Protokoll

der 1. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 5. Februar 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Balz Herter, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende:

Verhandlungsgegenstände:

1. Eröffnung der Sitzung durch das älteste und das jüngste Ratsmitglied 2
2. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2025/2026 4
3. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates für das Amtsjahr 2025/2026 6
4. Wahl von fünf Mitgliedern des Ratsbüros 11

Beginn der 1. Sitzung

Mittwoch, 5. Februar 2025, 09:00 Uhr

1. Eröffnung der Sitzung durch das älteste und das jüngste Ratsmitglied

[05.02.25 09:00:40]

Erich Bucher (FDP): Meine Damen und Herren, ich habe als ältestes Mitglied dieses Rates die Ehre, zusammen mit der jüngsten Ratskollegin Fina Girard die konstituierende Sitzung des Grossen Rates eröffnen zu dürfen. Ich erkläre die 45. Legislatur des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt als eröffnet.

Liebe Mitglieder des Grossen Rates, des Regierungs- und Gerichtsrates, werte Damen und Herren, zwischen Fina Girard, unserer Jugendpräsidentin neben mir, und mir liegen 50 Altersjahre, ein halbes Jahrhundert. Was bedeuten 50 Jahre? Es ist ziemlich schwierig, dies zu fassen. Ich möchte heute den Versuch machen, dies zu verbildlichen. Vor 100 Jahren wurde der Wasserturm auf dem Bruderholz fertiggestellt und der ganze Bruderholzhügel war unbebaut und mit Ausnahme der steilen Abhänge baumfrei. Solche Bilder helfen, den Zeitraum zu verstehen. Wie sieht es aber mit einem halben Jahrhundert aus?

Vor 50 Jahren habe ich mein Studium abgeschlossen und meinen Berufsweg vollständig geändert. Ich wurde zum Informatiker der ersten Stunde. Die elektronische Datenverarbeitung oder EDV, dann IT und heute Digitalisierung genannt, haben mich mein ganzes Berufsleben begleitet. Vor 50 Jahren arbeitete die EDV mit riesigen Mainframes, Computern so gross wie dieser Saal. Die Dateneingabe erfolgte mit Lochkarten und die Resultate wurden auf Endlospapier gedruckt und es konnte passieren, dass ganze Stadtteile keinen Strom mehr hatten, weil diese Mainframes so viel Energie verbrauchten. Und wo stehen wir heute? Dieses Ding zeigt beispielhaft die fünfzigjährige Entwicklung. Ich kann sie Ihnen in einem Bild darstellen, geholfen hat mir dabei das historische Museum mit seiner Ausstellung «Ausser Gebrauch» vom letzten Jahr. Schade, dass diese Schauwand wieder abgebaut wurde. Das Schaufenster der Ausstellung zeigt, wie sich die IT in einem halben Jahrhundert verändert hat. Das Handy hat die Schreibmaschine, den Kalender, das Lexikon, das Radio, die Landkarte, das Telefon, den Duden, das Foto- und das Videogerät, die Zeitung, den Taschenrechner, die Postkarte und vieles andere mehr ersetzt oder überflüssig gemacht. Weshalb zeige ich Ihnen dies? Ich habe während meinen über 50 Jahren Berufsleben gelernt, dass sich neue gute Technologien und Verarbeitungsmethoden immer irgendwo auf dieser Welt durchsetzen und dann auch über Europa und die Schweiz rollen, unabhängig davon, ob wir damit einverstanden sind oder eben nicht. Um dies mit anderen Worten zu sagen, es ist die normative Kraft des Faktischen.

Lassen Sie mich weitere Beispiele machen, die uns in nächster Zeit intensiv beschäftigen werden. Heute gibt es verschiedene Technologien oder Pflanzenzucht, um Nutzpflanzen stressresistenter zu machen. Stress für Pflanzen sind etwa Klimawandel, Insekten- oder Pilzbefall, um nur einige Beispiele zu nennen. Sie erinnern sich sicher an den Käferbefall auf dem Weizenfeld am Messeplatz. Die neuen Technologien haben zum Ziel, dass bei höheren Temperaturen gleiche Ernteerträge erzielt werden oder dass weniger Pestizide und Insektizide gespritzt werden müssen. Aber alle diese neuen Methoden werden in Europa und somit auch in der Schweiz als Gentechnik deklariert und dürfen nicht eingesetzt werden. Aber sind wir denn sicher, dass bei uns keine solchen Produkte verkauft werden, die nach dieser Definition gentechnisch verändert wurden? Nein, können wir gar nicht wissen. Da hilft auch keine Konzernhaftung, weil ausserhalb von Europa keine Deklarationspflicht besteht.

Und wie ist es mit den autonomen Fahrzeugen, die möglicherweise das Transport- und Taxigewerbe oder die Paketzustellung und eventuell sogar den öffentlichen Verkehr komplett umkrempeln könnten? Beobachten Sie auch die aktuelle technische Entwicklung bei den Drohnen. Der Krieg in der Ukraine bringt jeden Tag technologische Fortschritte, die in Kürze auch die zivile Nutzung beschleunigen und uns zwingen werden, über die dritte Dimension zu diskutieren. Wieso diese Beispiele der sich ändernden Technologien und Methoden? Ganz einfach, wir können sie nicht verhindern.

Und damit komme ich zum ersten meiner drei Wünsche. Ja, bei einem solchen Anlass hat man immer drei Wünsche. Der erste geht an Sie, liebe Parlamentarier, verhindern Sie Erneuerungen nicht, sondern begleiten Sie die Entwicklung und versuchen Sie, die negativen Nebenwirkungen, und ja, solche gibt es, abzuschwächen oder zu verhindern. Zur Präzisierung, die Nebenwirkungen und nicht die Technologie sind zu verhindern.

Aber kommen wir wieder zurück zur elektronischen Datenverarbeitung. Ich habe da eine Quizfrage an Sie. Welches war das wichtigste politische Thema rund um die Informatik in den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts? Ich helfe Ihnen, das Rätsel zu lösen. Es war die künstliche Intelligenz. Man hatte bereits damals Angst, das KI den Menschen ersetzt. Für mich ein

echtes Déjà-vu. Es ist auch für die öffentliche Verwaltung zwingend, dass neue Technologien so rasch wie möglich eingesetzt werden und hier komme ich zu meinem zweiten Wunsch an Sie, werte Mitglieder der Exekutive und des Gerichtsrats. Setzen Sie alles daran, die Digitalisierung zu beschleunigen. Nehmen Sie sich ein Beispiel am Staate Estland mit seiner in Europa am stärksten digitalisierten Verwaltung. Ich hätte dazu auch ein paar Tipps, wenn ich gefragt würde.

Mein dritter Wunsch geht an alle, die mir heute zuhören. Angst ist der schlechteste Ratgeber, den es gibt. Probieren Sie Neues aus und scheuen Sie das Risiko nicht. Sie werden sehen, es zahlt sich aus.

In diesem Sinn und Geist wünsche ich uns allen für die kommenden vier Jahre weniger Verbote, eine erfolgreiche, ausgewogene Politik, intensive Diskussionen für gute Lösungen und dies hoffentlich mit etwas weniger Vorstössen wie in der letzten Legislatur. Besten Dank.

[Applaus]

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Sehr geehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte, sehr geehrter Herr Gerichtspräsident, liebe Grossrätinnen und liebe Grossräte, ganz besonders diejenigen unter Ihnen, die heute zum ersten Mal hier Platz nehmen durften. Liebe alle, die heute im Rathaus sind und gemeinsam den Beginn der 45. Legislaturperiode feiern.

Die Fenster des Grossratssaals eröffnen den Blick auf einen Innenhof, einen Innenhof, von dem die meisten in der Stadt wohl gar nicht wissen, dass er existiert. Manchmal flattern Tauben oder es lässt sich eine spontan einberufene Sitzung zwischen Grossrät*innen beobachten. Nur der Turm der Martinskirche erinnert uns daran, dass wir mitten in der Stadt sind und dass die Entscheidungen, die wir hier fällen, diesen kleinen so vielfältigen Kanton betreffen, der vielfältiger ist, als es dieser unscheinbare Innenhof es uns glauben lässt. Basel, das denke ich immer, wenn ich über die Dreirosenbrücke gehe, ist auf seine Weise auch ein Fenster. Ein Fenster nach Europa, ein Fenster in die Welt. Unsere Geschichte ist eng verflochten mit den Handelswegen Europas und der Welt, unser Wohlstand ist es ebenso. Und wenn sich in der Welt etwas rückt, dann spüren wir das auch bei uns.

Erich Bucher hat in seiner Rede zurückgeblickt auf 50 Jahre technischen Aufschwung. Eine Betrachtung der Vergangenheit, die mir einmal mehr aufzeigt, dass ich als junge Frau heute ein anderes Lebensgefühl vermittelt bekomme. Aufwärts, schneller, besser, weiter, Wachstum, diese Prognose stockt und stottert, die exponentielle Kurve des Fortschritts geht nicht mehr auf. Sie spiegelt sich stattdessen in der ebenso exponentiellen Kurve der Klimaerhitzung, in gesellschaftlichen Spaltungen, in Populismus und Nationalismus. Ich bin wohl nicht alleine damit, wenn ich sage, es fällt mir im Moment oft schwer, das Radio aufzudrehen oder die Zeitungen aufzuschlagen. An vielen Orten drohen die demokratischen Grundwerte zu entgleiten und deren Institutionen unterwandert zu werden und das macht mir sehr grosse Sorgen.

Oft sagen mir ältere Semester, auch sie hätten sich grosse Sorgen gemacht um die Zukunft, als sie jünger waren und doch sei am Ende alles gut herausgekommen. Das Ozonloch hätte man gestopft, wenn auch nicht ganz, der eiserne Vorhang sei gefallen, aus Autokratien seien Demokratien entsprungen. Ihr, die mir das sagt, ich hoffe so sehr, Ihr behaltet Recht. Und zugleich wünsche ich uns, dass wir diese Zuversicht nicht nutzen, um uns zurückzulehnen oder gar abzuwenden, sondern dass wir Energie aus ihr schöpfen, um uns weiter für unsere Demokratie und unsere Zukunft stark zu machen. Ich hoffe also, wir schlagen weiter die Zeitungen auf, so schwer es uns teilweise auch fallen mag, dass wir weiter betroffen und empört sind, dass wir nie abstumpfen und immer wieder die Stimmen finden, um auf Ungerechtigkeiten und Unwahrheiten hinzuweisen. Auch im kleinen Basel können wir viel bewegen, auch wenn wir uns manchmal lieber um Solarpresskübel und Sonnenschirme kümmern.

Lasst uns also den Blick über die Mauern des Innenhofs werfen und finden wir immer wieder von neuem die Lust daran, andere Perspektiven einzunehmen und unseren Horizont zu erweitern. Und ich wünsche uns, dass wir in den kommenden vier Jahren auch den Blick nach innen nicht vergessen. Ich bin sicher, jede und jeder hier drin trägt eine Erinnerung an einen Moment in sich, an dem einem klar wurde, dass man mit den eigenen Händen und eigenen Worten etwas verändern kann. Bei mir war dieser Moment ein Samstagvormittag vor fast genau sechs Jahren, der 2. Februar 2019 auf dem Barfüsserplatz, die erste grosse Klimademo an einem Samstag, der erste Schritt vom Schülerstreik hin zur zivilgesellschaftlichen Klimabewegung. Ich weiss noch ganz genau, wie ich und meine Mitorganisator*innen es kaum fassen konnten, als immer mehr Menschen den Steinenberg und den Kohlenberg hinunterzuströmen schienen. Die Zeitungen schrieben von 4’000 Teilnehmenden, wir kletterten auf Mauern und zählten 10’000. Wer mir lieber glaubt, überlasse ich Euch, aber ungeachtet dessen, nie zuvor spürte ich so einen Zukunftswillen, so viel Drang nach Veränderung.

Vielleicht erinnert Ihr Euch auch gerade an diesen Moment, an das Gefühl, dass Euch antrieb, etwas anzupacken, mitreden zu wollen, mitgestalten zu wollen. Vielleicht war es Empörung, vielleicht waren es Geistesblitze, vielleicht Mitgefühl oder Besorgnis, aber, so bin ich fest überzeugt, es muss immer auch Hoffnung mitgeschwungen haben und die Überzeugung, etwas ändern zu können. Ich wünsche uns allen, dass wir diesen Moment, diesen kleinen inneren Anzündwürfel nicht vergessen und dass wir ihn in Momenten der Ohnmacht und der Müdigkeit wieder hervornehmen können und zünden können. Und ich wünsche uns, dass wir fair sind zueinander und dass wir uns gegenseitig ermutigen, damit wir in den vier

Jahren dieser Legislatur und weit darüber hinaus den langen Atem nicht verlieren, den wir brauchen, wenn wir unsere Welt als gerechteren und lebenswerten Ort zurücklassen möchten.

Ich hoffe, Ihr nimmt meinen Blumenstrauss an Wünschen, es waren etwas mehr als drei, an uns und an die Welt mit in die kommenden vier Jahre und wer weiss, vielleicht denken wir daran, wenn Ihr das nächste Mal aus dem Fenster des Grossratssaal in den kleinen Innenhof blicken. Besten Dank.

[Applaus]

2. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2025/2026

[05.02.25 09:15:05]

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Wir kommen damit zu Geschäft Nr. 2, der Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin des Grossen Rates. Ich bezeichne die folgenden Damen und Herren als Stimmenzählende für alle Wahlen in der heutigen Sitzung. Georg Mattmüller von der SP als Leiter des Wahlbüros, Brigitte Kühne von der GLP für Sektor 1 und 5, Harald Friedl von den Grünen für Sektor 2, Daniel Seiler von der FDP für Sektor 3, Annina von Falkenstein von der LDP für Sektor 4, die Sekretärin des Wahlbüros ist Sabine Canton.

Wir schreiten zur Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin des Grossen Rats für das Amtsjahr 2025/2026. Vorgeschlagen wurde Balz Herter (Mitte-EVP) sowie Eric Weber (fraktionslos). Werden weitere Vorschläge gemacht? Dem ist nicht so. Ich bitte alle Mitglieder auf ihren Platz zu sitzen, falls Sie das noch nicht getan haben, und ich bitte die Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler, die Wahlzettel in ihrem Sektor auszuteilen.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl bekannt:

Total ausgeteilte Wahlzettel: 100

Total eingegangene Wahlzettel: 99

Ungültige Wahlzettel: 1

Gültige Wahlzettel: 98

Absolute Mehr: 50

Gewählt ist:

Balz Herter mit 91 Stimmen.

[Applaus]

Ich gratuliere Balz Herter herzlich zur Wahl. Ich wünsche ihm viel Freude und Erfolg im neuen Amt und bitte ihn, meinen Platz einzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates

Sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes und der Staatskanzlei

Sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter

Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne und an den Bildschirmen

Liebe Familie, Freunde und Bekannte

Haben Sie heute Morgen bereits eine Brücke überquert?

Es könnte die Mehrheit der hier anwesenden Grossratsmitglieder sein, die eine Brücke braucht, um ins Rathaus zu gelangen. All jene vom Bruderholz und Gundeli müssen über die Gleisanlage der SBB. Natürlich gehen alle aus dem Kleinbasel, Riehen und Bettingen über eine der sieben Basler Rheinbrücken. Und andere queren vielleicht den Heuwaage- oder Birsigviadukt, bevor wir uns hier drin versammeln.

Bei mir stellt sich spätestens auf der Mitte der Mittleren Brücke jeweils dieses «aaah - do bini deheim»-Gefühl ein: dieser kurze Moment des Weitblicks und gleichzeitig diese Verbundenheit mit “meiner” Stadt. Wenn dann noch die Sonne hinter dem Käppelijoch hervor lacht, ist das ein ziemlich perfekter Augenblick, bevor ein langer Grossratstag hier im Rathaus startet. Nur einmal im Jahr – am Vogel Gryff – hört für mich die Brücke in der Mitte beim Käppelijoch auf. An diesem Tag muss ich als Greifenmeister dann schon eine Ausnahme machen.

Brücken verbinden nicht nur Stadtteile miteinander und ermöglichen uns, schneller von A nach B zu kommen – sie haben auch viel Symbolkraft. Wir müssen nicht weit schauen, um zu sehen, dass die Menschen auf der ganzen Welt gerade einmal mehr daran sind, Brücken abzubrechen, anstatt neue zu schlagen. Die Polarisierung hält Einzug im täglichen Diskurs, und der Ton in der Politik wird schärfer und schärfer. Auch wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht dazu verleiten lassen, im politischen Gegenüber nur noch das Schlechteste zu sehen. Aus persönlicher Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass man zuweilen überrascht wird, wie sehr man jemanden mögen kann, die oder der politisch anders tickt.

Wenn jeder nur auf seiner Seite der Brücke stehen bleibt, dann kommen wir nicht weiter und die Brücke zerfällt im schlimmsten Fall irgendwann. Was die Welt draussen braucht und wir hier drin, sind mehr Brückenbauerinnen und Brückenbauer – Menschen, die aufeinander zugehen, die zuhören können, auch bei Dingen, die sie vielleicht nicht gerne hören. Und die dann gemeinsam eine Lösung suchen, um Gräben zu überwinden. Jede Brücke braucht ein solides Fundament, das auch starker Strömung, einem querstehenden Rheinschiff oder, wie bei der Margarethenbrücke, einem Tram standhält.

Beim Blick z.B. in die USA bin ich froh um die Vielfalt in unserer Schweizer Politlandschaft. Bei uns im Grossen Rat haben wir neu sogar acht Fraktionen. Ich finde, dass das ein Ausdruck einer starken, lebendigen Demokratie ist und ein Grund, sich zu freuen.

Damit unsere Demokratie funktioniert, braucht auch sie – wie eine Brücke – ein starkes Fundament. Unser politisches System feiert in diesem Jahr sein 150-jähriges Bestehen. Regierten vor 1875 ein gutes Dutzend vermögender Ratsherren den Kanton, bei bescheidenen Mitwirkungsrechten der Bevölkerung, so brachte die neue Kantonsverfassung von 1875 moderne und demokratischere Staatsstrukturen: Im neu siebenköpfigen, vollberuflichen Regierungsrat konnten nun auch normale Bürger einsitzen. Die sieben Departemente wurden geschaffen, womit die Bevölkerung eine zugängliche Verwaltung erhielt. Für Regierungsrat und Grossen Rat galt nun die Gewaltentrennung, und die bis dahin komplizierten Grossratswahlen wurden vereinfacht. Vor allem aber: Die Volksrechte Initiative und Referendum wurden eingeführt und damit die direkte Demokratie, wie wir sie seither kennen und leben.

Nunja, nicht ganz so, wie wir sie heute kennen. Denn eine ziemlich grosse Gruppe blieb lange davon ausgeschlossen. Wenn Sie einen Blick nach links werfen, dann sehen Sie, dass neben den Fenstern eine Reihe an Porträts der ersten Bürgermeister die Pfeiler ziert. Frauen sind keine darunter. Es sollte auch nach der Einführung der neuen Verfassung noch eine lange Zeit dauern, bis den Frauen das Stimm- und Wahlrecht zugesprochen wurde. Nächstes Jahr wird sich die politische Mitwirkung der Frauen in Basel-Stadt zum sechzigsten Mal jähren. Ich bin froh, dass sich das Parlament und der Regierungsrat heute fast paritätisch zusammensetzen. Wer weiss, vielleicht hängt nach der nächsten Renovation des Rathauses ja auch mal ein Porträt einer Tanja, Esther oder einer Stephanie an einer dieser altehrwürdigen Wände?

Noch etwas älter als die Kantonsverfassung von 1875 ist unsere Mittlere Brücke. Sie feiert dieses Jahr ihr 800-jähriges Bestehen. Zum ersten Mal erwähnt wird sie in zwei Urkunden aus dem Jahr 1225, mit denen die Klöster St. Blasien und Bürgeln als Gegenleistung für ihren finanziellen Beitrag an den Brückenbau vom Brückenzoll befreit werden. Seit dem Bau flossen doch einige Liter Wasser den Rhein hinunter und die Beziehungen zu unseren Nachbarn im In- und Ausland haben sich – nicht zuletzt durch die neuen Brücken – stetig verbessert.

Diese nachbarschaftlichen Beziehungen müssen gepflegt werden, damit die aufgebauten Brücken und ihre Fundamente standhaft bleiben und der Dialog auch in stürmischen Zeiten geordnet stattfinden kann. Wir stehen vor herausfordernden bikantonalen Themen, die wir nur lösen können, wenn wir partnerschaftlich und gleichberechtigt aufeinander zugehen und uns in der Mitte treffen.

Manchmal hilft auch ein Perspektivenwechsel. Diesen hole ich mir jeweils bei einem Blick von einem der Türme bei uns auf dem Firmenareal, von wo aus man bei gutem Wetter eine wunderbare Fernsicht hat. Vor einiger Zeit hatte ich einen guten Freund aus Südafrika zu Besuch. Ich habe ihn auf die Terrasse im obersten Stock mitgenommen und ihm die Geografie der Region erklärt. Er konnte kaum glauben, dass es zwischen Basel-Stadt, Frankreich, Deutschland und Baselland keine sichtbaren Grenzen gibt, dafür Brücken. Dabei wurde mir wieder bewusst, dass unser gemeinsames Dreiland alles andere als selbstverständlich ist und unsere Region stark macht.

Für viele Baslerinnen und Basler sind die hohen Türme nach der Rückkehr von einer Reise das Zeichen, dass sie bald wieder zu Hause sind. Dieses «aaah - do bini deheim»-Gefühl stellt sich bei mir auch ein, sobald ich die weissen Fassaden in der Ferne aufblitzen sehe. Die Türme sind auch ein Zeichen dafür, wie gut sich der Standort Basel in den letzten Jahrzehnten entwickeln konnte. Damit dies weiterhin so ist, müssen wir hier im Rat ebenfalls Sorge zur ansässigen Wirtschaft tragen. Damit meine ich nicht nur die globalen Player, sondern ebenso sehr den kleinen Quartierelektrikerbetrieb. Mit ihnen allen müssen wir im stetigen Dialog bleiben, damit die gegenseitigen Anliegen und Wünsche platziert werden können und so auch die Brücke zwischen Politik und Wirtschaft stabil bleibt.

Sehr geehrte Anwesende, liebe Zuschauende im Livestream

Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und schätze es sehr, wenn die Bänke vor und vor allem neben mir so gut besetzt sind, wie jetzt gerade. Ich wünsche mir, dass dies auch während den Debatten an normalen Parlamentstagen so ist.

«Like a bridge over troubled water» werde ich mein Bestes geben, die Wogen während stürmischen Debatten aufzufangen. Dabei bin ich auf Ihre Hilfe angewiesen. Respektloses Verhalten, beleidigende Voten und persönliche Angriffe werde ich nicht tolerieren. Denken Sie daran, wenn Sie ans Redepult schreiten, dass auch Sie stets als Brückenbauerin und Brückenbauer fungieren.

Ausserhalb des Parlamentsbetriebes möchte ich mich dafür einsetzen, dass die Menschen in unserem Kanton möglichst viel über unsere Arbeit hier drin erfahren und sich so ein besseres Bild machen können, wie unser politisches System funktioniert. Ich möchte im ganzen Kanton präsent sein und alle ermutigen, uns zu besuchen und sich einzubringen. Denn die Demokratie lebt vom gemeinsamen Engagement aller. Unsere wichtigste Brücke ist die Demokratie. Mich für sie einzusetzen, ist mir in diesem Jahr die grösste Ehre.

Danke, dass Sie mir heute Ihr Vertrauen geschenkt haben.

Hiermit eröffne ich das erste Amtsjahr der 45. Legislatur des Grossen Rates.

[Applaus]

3. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates für das Amtsjahr 2025/2026

[05.02.25 09:47:37]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Fraktion SVP beantragt die Wahl von Beat K. Schaller als Statthalter. Zusätzlich stellt sich Eric Weber zur Verfügung. Werden weitere Vorschläge gemacht? Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Jetzt nach zwei Minuten Verhinderung darf ich reden. Ich rede auch als Brückenbauer, Herr Präsident, wie Sie das gesagt haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, einen Wahlvorschlag.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss Sie fragen. Herr Flury hat gesagt, ich darf keine Wahlvorschläge machen. Das geht nicht. Ich darf Wahlvorschläge machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es darf nur eine Fraktion für sich selber anmelden. Sie dürfen nicht.

Eric Weber (Fraktionslos): Dann ziehe ich meinen Vorschlag zurück. Ich bin auch Kandidat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Kandidieren Sie oder kandidieren Sie nicht?

Eric Weber (Fraktionslos): Dann rede ich zu meiner Sache. Ich bin ja Kandidat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das ist der erste Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Dann kann ich meine eigene Kandidatur zurückziehen. Zwei Sätze, ich will keinen Ordnungsruf, denn ich brauche das Geld. Ich möchte meine Kandidatur als Statthalter zurückziehen und ich begründe das noch mit einem Satz. Ich ziehe meine Kandidatur als Statthalter zurück, weil ich eh keine Chance habe. Dafür komme ich 2028 zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit wurden keine weiteren Kandidierenden vorgeschlagen. Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden nur an Ihrem Platz abgegeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Ergebnis des ersten Wahlgangs bekannt:

Total ausgeteilte Wahlzettel: 100

Total eingegangene Wahlzettel: 100

Ungültige Wahlzettel: 1

Gültige Wahlzettel: 99

Absolutes Mehr: 50

Stimmen haben erhalten:

Beat K Schaller: 35

Vereinzelte: 5

Leere Wahlzettel: 59.

Wenn eine Wahl nicht zustande gekommen ist, findet ein weiterer Wahlgang statt. Ich bitte das Wahlbüro, die Zettel zu verteilen.

Lorenz Amiet meldet sich zu Wort.

Lorenz Amiet (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion möchte ich ein paar Worte an Sie richten, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Wir haben heute Morgen schon sehr schöne friedfertige Ansprachen gehört, vom Perspektivenwechsel, von Gemeinsamkeiten, von Brücken. Fina Girard hat in ihrer Rede sogar dazu aufgerufen, dass wir fair sein sollen zueinander. Schon bei der ersten Abstimmung danach stelle ich fest, dass das in Frage gestellt ist.

Was ist die Aufgabe des Statthalters des Grossen Rates? Die Aufgabe ist, den Präsidenten zu vertreten, wenn dieser nicht auf dem Bock sitzen kann, und für einen geordneten Ratsbetrieb zu sorgen und die Verhandlungen zu führen. Niemand von Ihnen hat mich als Fraktionspräsident der SVP direkt oder öffentlich über die Medien dahingehend informiert, dass man diese Fähigkeiten, diese Qualitäten unserem Kandidaten Beat K. Schaller abspricht. Niemand hat mich oder über die Medien die grundsätzliche Integrität unseres Kandidaten in Frage gestellt. Die Kritik direkt und indirekt über die Medien richtete sich ausschliesslich gegen die politischen Positionen, die zugegebenermassen konservativen Positionen unseres Kandidaten. Ich habe mir heute Morgen nochmals die Mühe gemacht, das Smartvote Profil von Beat Schaller anzuschauen. Beat Schaller positioniert sich ziemlich genau in der Mitte der SVP-Fraktion. Er vertritt SVP-Meinungen, er ist kein Extremist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Amiet, Sie dürfen eigentlich nicht über Kandidierende reden.

Lorenz Amiet (SVP): Ich darf auch keine Fraktionserklärung abgeben? Ich halte mich kurz, dann können wir diese Frage offenlassen.

Ich gebe Ihnen kurz namens der SVP-Fraktion meine oder unsere Enttäuschung kund über das relativ breite Nichtunterstützen unseres Kandidaten. Ich bitte Sie deshalb ganz im Sinne der drei Reden, die wir heute Morgen schon

gehört haben, über Ihren eigenen Schatten zu springen und einen Kandidaten zu wählen, der vielleicht politisch mit Ihnen das Heu nicht auf der gleichen Bühne hat. Genauso wie ich in den letzten sechs Jahren auch Kandidatinnen und Kandidaten gewählt habe, die längst nicht alle politisch auf einer Linie mit mir liegen. Wählen Sie Beat K. Schaller als Statthalter, dann hat er ein Jahr Zeit zu zeigen, dass er diesem Amt als Grossratspräsident für das folgende Amtsjahr gewachsen ist. Und wenn sich in diesem Jahr zeigen sollte, dass er das nicht kann, entgegen meinen Erwartungen, dann hat man immer noch die Gelegenheit, in einem Jahr zu einem anderen Schluss zu kommen und jemand anderes zu wählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun kommen wir zum nächsten Wahlgang. Herr Weber?

Eric Weber (Fraktionslos): Die Anrede ist ja sonst, Herr Präsident, Herr Statthalter, aber wir haben ja noch keinen Statthalter, aber ich stelle wieder fest, ich muss kämpfen, dass ich hier reden darf. Lorenz Amiet hat gesprochen und ich habe das gleiche Recht. Ich habe gestaunt, dass dann der Präsident nach fünf Minuten gesagt hat, man darf nicht über Kandidaten reden, weil man mir das ja heute am Morgen auch schon gesagt hat. Wählen Sie mich, ich bin noch schlimmer als Beat Schaller, das wissen Sie, wählen Sie mich, ich bin noch schlimmer.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Somit bitte ich das Wahlbüro, die Stimmenzettel auszuteilen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Resultat des zweiten Wahlgangs bekannt:

Total ausgeteilte Wahlzettel: 100

Total eingegangene Wahlzettel: 100

Ungültige Wahlzettel: 1

Gültige Wahlzettel: 99

Absolutes Mehr: 50

Stimmen haben erhalten:

Beat K. Schaller: 39

Daniela Stumpf: 15

Lorenz Amiet: 12

Vereinzelte: 31

Leere Wahlzettel: 2.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber hat sich wieder zu Wort gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurzfassen, aber jetzt müssen wir einmal genau aufpassen. Wenn wir so weitermachen, tagen wir noch in drei Wochen. Wir haben ein Politkrimi, aber jetzt müssen Sie sich entscheiden oder Sie haben einfach 10’000 Franken Sitzungsgeld am Ende des Monats, weil wir hier mehrere Tage abwählen, aber so geht es auf keinen Fall. Seit 41 Jahren bin ich Grossrat, entscheiden Sie sich jetzt für jemanden, aber nicht diesen Kindergarten bei diesem Politkrimi, über Sie wird überall in Basel gelacht. Es ist traurig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eine Wahl ist nicht zustande gekommen. Es findet ein weiterer Wahlgang statt. Ich bitte das Wahlbüro, die Stimmunterlagen abzugeben.

Ich gebe noch bekannt, dass gemäss Geschäftsordnung § 32 Abs. 2 das relative Mehr zählt in diesem Wahlgang.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich verkünde Ihnen die Resultate des 3. Wahlgangs:

Total ausgeteilte Wahlzettel: 100

Total eingegangene Wahlzettel: 100

Ungültige Wahlzettel: 0

Gültige Wahlzettel: 100

Absolutes Mehr: 51

Gewählt ist:

Lorenz Amiet mit 54 Stimmen

Stimmen haben erhalten:

Beat K. Schaller: 40

Vereinzelte: 4

Lorenz Amiet (SVP): Offensichtlich haben Sie noch nicht genug gehört von mir heute Morgen. Ich fühle mich natürlich gebauchpinselt, dass Sie mir dieses Amt zutrauen, und ich fühle mich auch ein bisschen geehrt. Aber wie ich diversen von Ihnen vorgängig mitgeteilt habe und auch den Medien mitgeteilt habe, ist es mir unmöglich, dieses Amt anzunehmen. Ich sage es Ihnen gerne allen nochmals, warum das so ist. Ich bin Unternehmer und habe keine Lust, diesen Job aufzugeben. Ich bin im Militär engagiert und mache das mit Herzblut und mache es gerne. Und vor allem bin ich auch noch Ehemann und Familienvater und auch das möchte ich bleiben. Auch mein Tag hat 24 Stunden. Das Amt des Grossratspräsidiums oder des Statthalters bedeutet viel Aufwand, bedeutet Präsenz, bedeutet Zeit. Ich habe diese Zeit nicht und ich kann mir sie nicht nehmen, das heisst, ich nehme diese Wahl nicht an. Ich beantrage jetzt aber einen Sitzungsunterbruch, dass ich mich mit meiner Fraktion beraten kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ist unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lorenz Amiet hat sich zu Wort gemeldet und hat es.

Lorenz Amiet (SVP): Wir haben uns kurz beraten. Offensichtlich will eine Mehrheit von Ihnen keinen Statthalter Beat K. Schaller. Beat K. Schaller hat das zur Kenntnis genommen und steht für eine Wahl nicht mehr zur Verfügung. Die SVP-Fraktion hat deshalb beschlossen, Ihnen als Alternative Gianna Hablützel vorzuschlagen. Ich bitte Sie und hoffe sehr, dass die Spiele jetzt aufhören. Einen Kandidaten zu wählen, von dem bekannt ist, dass er die Wahl nicht annehmen kann, ist ein Spiel und Spiele sind insbesondere bei Wahlgeschäften eine unwürdige Geschichte, insbesondere in dieser schönen Halle. Ich bitte Sie sehr, jetzt Gianna Hablützel zu wählen als Vertreterin der SVP. Ja, Sie haben uns weichgeklopft, wir haben den Kandidaten ausgetauscht, seien Sie zufrieden damit. Sie haben etwas erreicht, aber machen Sie das Spiel bitte jetzt nicht noch unwürdiger, als es bereits ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Die Zeitungen haben geschrieben, Gianna Hablützel wird nicht gewählt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, Sie reden nicht über eine Person.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte mich nochmal ins Spiel bringen. Als Vizepräsident und Statthalter möchte ich Sie bitten, mich zu wählen, wie ich das vorhin gesagt habe. Ich möchte nicht noch vier Jahre warten, dass ich hier oben sitze als Alterspräsident. Meine Wahl möchte ich mit zwei Sätzen begründen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie dürfen nicht über die Person reden. Sie sagen jetzt nichts mehr.

Wir kommen damit zum 4. Wahlgang. Auch hier gilt gemäss § 32 Abs. 2 der Geschäftsordnung das relative Mehr. Ich bitte das Wahlbüro, die Unterlagen zu verteilen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich verkünde Ihnen das Resultat des 4. Wahlgangs.

Total ausgeteilte Wahlzettel: 99

Total eingegangene Wahlzettel: 99

Ungültige Wahlzettel: 0

Gültige Wahlzettel: 99

Absolutes Mehr: 50

Gewählt ist:

Christian C. Moesch mit 41 Stimmen

Stimmen haben erhalten:

Gianna Hablützel: 35

Vereinzelte: 6

Leere Wahlzettel: 17.

Christian C. Moesch (FDP): Es ist ein etwas komischer Augenblick, wo ich jetzt hier vor Ihnen stehe. Vorab danke ich, dass ich in dieses Amt von Ihnen gewählt wurde. Das Resultat ist nicht berauschend, 41 Stimmen. Ich muss Ihnen allerdings mitteilen, dass ich dieses Amt nicht annehmen werde. Der Grund ist relativ einfach. Es ist einigermassen unbestritten, dass die SVP Anspruch hat auf die Stellung einer Kandidatin oder eines Kandidaten für das Statthalteramt und in der ersten Person, die nominiert wurde, haben sich jetzt in dieser Zeit bis zu diesen Wahlen hin die Gemüter doch ziemlich erhitzt. Die ersten Wahlgänge haben gezeigt, dass offensichtlich die Mehrheit hier im Parlament nicht für einen Statthalter Beat K. Schaller ist. Die SVP hat die Konsequenz daraus gezogen, was ich sehr ein starkes Signal finde und wahrscheinlich auch nicht einfach war, und hat eine zweite Person nominiert. Ich finde es daher jetzt etwas eigenartig, wenn die zweite Person wiederum nicht die Mehrheit erhält und stattdessen ich offensichtlich in der Rangliste, ich weiss nicht, wie knapp, vor der offiziellen Kandidatin der SVP bin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es sind sechs Stimmen.

Christian C. Moesch (FDP): Das ändert aber nichts an meiner Aussage. Ich danke Ihnen für diese 41 Stimmen, aber wie gesagt, ich werde das Amt nicht annehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Hier ist ja schlimmer wie in Belarus. Ich sage zwei Sätze, bitte wählen Sie mich. Ich bin der berühmteste Grossrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es reicht. Zweiter Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich kandidiere.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bitte das Wahlbüro nach vorne. Wir kommen zum 5. Wahlgang. Es gilt auch hier nach § 32 Abs. 2 der Geschäftsordnung das relative Mehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Resultat des 5. Wahlgangs bekannt:

Total ausgeteilte Wahlzettel: 99

Total eingegangene Wahlzettel: 99

Ungültige Wahlzettel: 1

Gültige Wahlzettel: 98

Absolutes Mehr: 49

Gewählt ist:

Gianna Hablützel: 39

Stimmen haben erhalten:

Vereinzelte: 17

Ich gratuliere Gianna Hablützel zur Wahl.

[Applaus]

Gianna Hablützel (SVP): Geschätzte Damen und Herren, danke vielmals für die Stimmen, die jetzt im 5. Wahlgang zu meinen Gunsten ausgefallen sind. Es ist jetzt die Frage, soll ich diese Wahl effektiv annehmen oder nicht. Ja, ich setzte jetzt diesem Kindergartenspiel ein Ende und nehme an und ich werde Ihnen zeigen, dass auch die SVP eine würdige Statthalterin haben kann. Besten Dank.

[Applaus]

4. Wahl von fünf Mitgliedern des Ratsbüros

[05.02.25 11:36:18]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Wahl von fünf Mitgliedern des Ratsbüros. Die Fraktionen beantragen die Wahl von Bülent Pekerman (GLP), Sasha Mazzotti (SP), Oliver Bolliger (Basta), Laurin Hoppler (Grüne), Johannes Barth (FDP) und Catherine Alioth (LDP) als weitere Mitglieder des Ratsbüros. Zusätzlich stellt sich Eric Weber zur Wahl. Sie können maximal fünf Personen auf den Wahlzettel schreiben. Sie erhalten einen Wahlzettel mit nur Linien darauf.

Werden weitere Vorschläge gemacht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt. Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Ergebnis des ersten Wahlgangs bekannt:

Total ausgeteilte Wahlzettel: 99

Total eingegangene Wahlzettel: 99

Gültige Wahlzettel: 99

Gültige Stimmen: 495

Absolutes Mehr: 50

Gewählt sind:

Sasha Mazzotti: 75

Laurin Hoppler: 71

Catherine Alioth: 61

Bülent Pekerman: 59

Stimmen haben erhalten:

Johannes Barth: 50

Oliver Bolliger: 50

Wir werden dies heute Nachmittag per Losentscheid auslosen. Ich entlasse Sie in die Mittagspause.

Schluss der 1. Sitzung

12:34 Uhr

Protokoll

der 2. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 5. Februar 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Hanna Bay (SP), Thoms Widmer-Huber (Mitte/EVP).*

Verhandlungsgegenstände:

4. Wahl von fünf Mitgliedern des Ratsbüros ... 3
5. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung ... 3
6. Entgegennahme der neuen Geschäfte ... 5
7. Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder) ... 5
7.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Finanzkommission ... 6
8. Wahl der Geschäftsprüfungskommission (13 Mitglieder) ... 7
8.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission ... 8
9. Wahl der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (13 Mitglieder) ... 8
9.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission ... 9
10. Wahl der Gesundheits- und Sozialkommission (13 Mitglieder) ... 10
10.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten Gesundheits- und Sozialkommission ... 10
1. Wahl der Bildungs- und Kulturkommission (13 Mitglieder) ... 11
11.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission ... 12
12. Wahl der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (13 Mitglieder) ... 12
12.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission ... 13
13. Wahl der Bau- und Raumplanungskommission (13 Mitglieder) ... 13
13.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bau- und Raumplanungskommission ... 14
14. Wahl der Wirtschafts- und Abgabekommission (13 Mitglieder) ... 15
14.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission ... 16
15. Wahl der Regiokommission (13 Mitglieder) ... 16
15.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Regiokommission ... 17
16. Wahl der Petitionskommission (13 Mitglieder) ... 17
16.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Petitionskommission ... 18
17. Wahl der Begnadigungskommission (9 Mitglieder) ... 19
17.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Begnadigungskommission ... 19
18. Wahl der Disziplinarkommission (9 Mitglieder) ... 20
18.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Disziplinarkommission ... 21
19. Wahl der Wahlvorbereitungskommission (8 Mitglieder) ... 21
19.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission ... 22
20. Wahl der Kommission für Denkmalsubventionen (9 Mitglieder); (Amtsperiode 1. April 2025 - 31. März 2029) ... 23
20.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Kommission für Denkmalsubventionen ... 23
21. Wahl von acht Mitgliedern des Erziehungsrates (Amtsperiode 1. April 2025 - 31. März 2029) ... 24
22. Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG) ... 25
22.1. Anzug Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen ... 55

22.2. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort 56
22.3. Anzug Edibe Gölgeli und Sarah Wyss betreffend Einführung Elternzeit im Kanton Basel-Stadt..... 56
22.4. Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend Einführung einer Elternzeit in Kanton Basel-Stadt Variante: «Freiwilligen Fondslösungen mit Staatsbeiträgen» 57

Beginn der 2. Sitzung

Mittwoch, 5. Februar 2025, 15:00 Uhr

4. Wahl von fünf Mitgliedern des Ratsbüros

[05.02.25 15:00:13]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Nachmittagssitzung. Vielleicht noch eine kleine Bemerkung: Heute Morgen wurde der Kaffee offeriert von der jüngsten Grossrätin und dem ältesten Grossratsmitglied. Herzlichen Dank. (*Applaus)*

Wir fahren weiter mit der Konstituierung des Ratsbüros. Zuerst beginnen wir mit dem Losverfahren betreffend Traktandum 4, Mitglieder des Ratsbüros. Im ersten Wahlgang gewählt wurden Sasha Mazzotti mit 75 Stimmen, Laurin Hoppler mit 71 Stimmen, Catherine Alioth mit 61 Stimmen, und Bülent Pekerman mit 59 Stimmen. Die letzten beiden haben Stimmengleichzahl. Das sind Johannes Barth mit 50 Stimmen und Oliver Bolliger auch mit 50 Stimmen. Gemäss § 32 unserer Geschäftsordnung wird vom Präsidenten dem Rate sichtbar das Los gezogen. Also ich bin Glücksfee nachher. Ich bitte nun die Statthalterin ans Rednerpult. Dort kann sie die beiden Zettel mit beiden Namen je vier Mal falten und in eine Urne legen. Sobald sie bereit ist, werde ich das Los ziehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gewählt ist Johannes Barth. Ich gratuliere ihm zur Wahl ins Ratsbüro.

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder des Ratsbüros

Catherine Alioth, LDP

Johannes Barth, FDP

Laurin Hoppler, Grüne/jgb

Sasha Mazzotti, SP

Bülent Pekerman, GLP

5. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[05.02.25 15:02:31]

Balz Herter, Grossratspräsident: Neue Ratsmitglieder: Ich habe die Freude, acht neue Mitglieder in unserem Rat begrüssen zu dürfen und bitte die Angesprochenen, sich jeweils kurz von ihren Sitzen zu erheben.

Julia Baumgartner, SP

Daniel Gmür, SP

Maria Jona Schäfer, SP

Ismail Mahmoud, SP

Johannes Barth, FDP

Brigitta Gerber, BastA

Laetitia-Block, SVP

Remo Gallacchi die Mitte/EVP

Michael Graber, die Mitte/EVP.

(Applaus)

Ich wünsche den neuen Mitgliedern für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heissen sie herzlich willkommen.

Neue Abstimmungskarten: Sie haben ja bestimmt schon gemerkt, dass Sie diese verwenden müssen, daher überspringe ich diesen Punkt.

Rücktritt einer Gerichtspräsidentin am Zivilgericht: Elisabeth Braun hat den Rücktritt als Präsidentin am Zivilgericht auf den 31. Dezember 2025 erklärt. Ich danke der Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ansetzung einer Ersatzwahl.

Rücktritt einer nebenamtlichen Richterin am Zivilgericht: Katharina Zimmermann hat den Rücktritt als nebenamtliche Richterin am Zivilgericht auf den 30. März 2025 erklärt. Sie wurde am 15. Januar 2025 vom Grossen Rat zur nebenamtlichen Richterin am Appellationsgericht gewählt. Ich danke der Zurücktretenden für ihre Arbeit am Zivilgericht. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Neue Interpellationen: Es sind 13 Interpellationen eingegangen, die Interpellationen 6 und 8 werden schriftlich beantwortet, alle anderen mündlich.

Das waren meine Mitteilungen. Somit kommen wir zur Tagesordnung.

Antrag auf die Terminierung der Interpellationen: Das Büro beantragt Ihnen, die Interpellation erst am zweiten Sitzungstag, also am 12. Februar um 15 Uhr zu behandeln. Dies wäre eine Abweichung zu den gesetzlichen Vorgaben in den Ausführungsbestimmungen und benötigt nun ein Zweidrittelsmehr. Wir stimmen darüber ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Terminierung der Interpellationen am 12.02.25, NEIN heisst keine Terminierung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005790, 05.02.25 15:06:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Interpellationen am 12.02.2025 um 15:00 Uhr zu behandeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben der Änderung der Traktandenliste mit 90 gegen eine Stimme bei einer Enthaltung zugestimmt.

Antrag auf Terminierung: Das Büro beantragt Ihnen, die Traktanden 23 bis 25 auf nächsten Mittwoch um 9 Uhr anzusetzen. Ihrem Stillschweigen nach entnehme ich, dass Sie mit der Terminierung dieser Geschäfte einverstanden sind.

Antrag auf dringliche Traktandierung: Die Fraktion BastA beantragt, den Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro als dringlich nach Traktandum 25 zu traktandieren. Die Fraktion BastA möchte begründen.

Tonja Zürcher (BastA): Wir haben es vorher gerade gemerkt, wenn sogar ein Losentscheid notwendig ist, um darüber zu entscheiden, wer ins Ratsbüro kommt, dann ist es wahrscheinlich wichtig, dass wir dieses Ratsbüro auf alle Fraktionen vergrössern. Damit wir das möglichst bald in die Wege leiten können, bitte ich Sie, diesen Anzug dringlich traktandieren, damit wir nächste Woche darüber entscheiden können und das Ratsbüro dann die Umsetzung weiterverfolgen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen über diesen Antrag ab. Für die dringliche Traktandierung ist ebenfalls ein Zweidrittelmehr nötig.

Die Abstimmung startet jetzt.

2/3-Abstimmmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung (2/3 Mehr)

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005792, 05.02.25 15:07:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine dringliche Traktandierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Zweidrittelsmehr wurde knapp verfehlt.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend er genehmigt.

6. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[05.02.25 15:08:08]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an die Kommissionen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

7. Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:08:33]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 7 bis 21 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen als Sitze zu vergeben sind und nicht im Einzelfall ein Antrag auf geheime Wahl gestellt wird. Selbstverständlich werden die Abstimmung einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005796, 05.02.25 15:09:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich einstimmig mit 93 Stimmen für offene Wahlen ausgesprochen.

Sie haben die Liste für die Wahl in die Finanzkommission vorliegen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit schreiten wir zur offenen Wahl. Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Finanzkommission wählen will, stimmt Ja, wer die Wahl ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Finanzkommission willen will, stimmt JA, wer die Abstimmung ablehnt, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005798, 05.02.25 15:10:55]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der Finanzkommission

Ivo Balmer, SP

Olivier Battaglia, LDP

Julia Baumgartner, SP

Jessica Brandenburger, SP

Tobias Christ, GLP

Anouk Feurer, Grüne/jgb

Balz Herter, Mitte/EVP

Philip Karger, LDP

Georg Mattmüller, SP

Michela Seggiani, SP

Daniel Seiler, FDP

Joël Thüring, SVP

Fleur Weibel, Grüne/jgb

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere allen Gewählten. Mit 93 Stimmen wurden Sie in Ihr Amt gewählt.

7.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Finanzkommission

[05.02.25 15:11:10]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl ins Präsidium der FKom wurde von der SVP Joël Thüring vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Joel Thüring als Präsident der Finanzkommission wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005800, 05.02.25 15:11:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Joël Thüring als Präsidenten der Finanzkommission

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere Joël Thüring herzlich zur Wahl. Er ist mit 88 Stimmen bei einer Enthaltung gewählt.

8. Wahl der Geschäftsprüfungskommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:12:04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission wurden von den Fraktionen die folgenden Personen vorgeschlagen, die Sie auf der Liste finden. Gibt es weitere Vorschläge? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission wählen will, stimmt JA, wer die Abwahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005802, 05.02.25 15:12:54]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission

Daniel Albietz, Mitte/EVP

Bucher Erich, FDP

Tim Cuénod, SP

Alexandra Dill, SP

Lukas Faesch, LDP

Claudio Miozzari, SP

Pascal Pfister, SP

Beat K. Schaller, SVP

Johannes Sieber, GLP

Andrea Strahm, Mitte/EVP

Daniela Stumpf Rutschmann, SVP

Oliver Thommen, Grüne/jgb

Tonja Zürcher, BastA

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere auch diesen Mitgliedern zu ihrer Wahl in die Geschäftsprüfungskommission.

8.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission

[05.02.25 15:13:07]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Geschäftsprüfungskommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Tim Cuénod. Gibt es weitere Vorschläge? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Tim Cuénod als Präsident der Geschäftsprüfungskommission will, weil stimmt JA, während die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005804, 05.02.25 15:13:43]*

Der Grosse Rat wählt

Tim Cuénod als Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Tim Cuénod mit 88 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsident der GPK gewählt. Ich gratuliere.

9. Wahl der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:13:55]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden die Personen gemäss der separaten Liste. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit kommen wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der JSSK wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005806, 05.02.25 15:14:38]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der JSSK

Claudia Baumgartner, GLP

Hanna Bay, SP

Alex Ebi, LDP

Patrick Fischer, SVP

Edibe Gölgeli, SP

Nicola Goepfert, BastA

Barbara Heer, SP

Adrian Iselin, LDP

David Jenny, FDP

Bruno Lötscher-Steiger, Mitte/EVP

Mahir Kabakci, SP

Felix Wehrli, SVP

Fleur Weibel, Grüne/jgb

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Mitglieder der JSSK einstimmig in ihr Amt gewählt.

9.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

[05.02.25 15:14:51]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Barbara Heer. fragen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Hiermit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Barbara Heer als Präsidentin der JSSK, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005808, 05.02.25 15:15:22]*

Der Grosse Rat wählt

Barbara Heer als Präsidentin der JSSK zu wählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Barbara Heer mit 91 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsidentin der JSSK gewählt. Ich gratuliere.

10. Wahl der Gesundheits- und Sozialkommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:15:37]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder der GSK von den Fraktion vorgeschlagen wurden die Personen auf Ihrer vorliegenden Liste. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der vorgeschlagenen Personen in die GSK, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005810, 05.02.25 15:16:16]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der GSK

Oliver Bolliger, BastA

Tobias Christ, GLP

Melanie Eberhard, SP

Raoul I. Furlano, LDP

Anina Ineichen, Grüne/jgb

Lydia Isler-Christ, LDP

Christine Keller, SP

Christian C. Moesch, FDP

Melanie Nussbaumer, SP

Andrea Strahm, Mitte/EVP

Daniela Stumpf Rutschmann, SVP

Amina Trevisan, SP

Lea Wirz, Grüne/jgb

Balz Herter, Grossratspräsident: Auch diese Grossratsmitglieder wurden mit 95 Stimmen bei keiner Enthaltung und keiner Gegenstimme in die GSK gewählt.

10.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten Gesundheits- und Sozialkommission

[05.02.25 15:16:31]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission wurde von der Fraktion BastA Oliver Bolliger vorgeschlagen und von der Fraktion FDP Christian Moesch. Wir werden die Wahl somit geheim

durchführen. Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden ausschliesslich an Ihrem Platz abgegeben.

1. Wahl der Bildungs- und Kulturkommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:29:36]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Ergebnis der geheimen Wahl bekannt. Total ausgeteilte Wahlzettel 97, total eingegangene Wahlzettel 97, ungültig einer, gültige Wahlzettel 46, absolutes Mehr 49. Gewählt ist Christian C. Moesch mit 61 Stimmen. Ich gratuliere Christian Moesch zur Wahl und wünsche ihm viel Befriedigung in seinem Amt.

Für die Wahl als Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission liegt die Liste vor. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglied oder Bildungs- und Kulturkommission wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005812, 05.02.25 15:30:57]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der BKK

Catherine Alioth, LDP

Sandra Bothe-Wenk, GLP

Zaira Esposito, SP

Brigitte Gysin, Mitte/EVP

Laurin Hoppler, Grüne/jgb

David Jenny, FDP

Franz-Xaver Leonhardt, Mitte/EVP

Sasha Mazzotti, SP

Heidi Mück, BastA

Franziska Roth, SP

Jenny Schweizer, SVP

Michela Seggiani, SP

Joël Thüring, SVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere allen Gewählten Sie wurden einstimmig mit 94 Stimmen gewählt.

11.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission

[05.02.25 15:31:09]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der BKK von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Franziska Roth. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Franziska Roth als Präsidentin der BKK wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005814, 05.02.25 15:31:42]*

Der Grosse Rat wählt

Franziska Roth als Präsidentin der BKK zu wählen

Balz Herter, Grossratspräsident: Franziska Roth wurde einstimmig mit 92 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsidentin der BKK gewählt. Ich gratuliere herzlich und wünsche viel Befriedigung im Amt.

12. Wahl der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:31:58]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder der UVEK liegt Ihnen eine Liste vor. Werden weitere Vorschläge gemacht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der UVEK wählen will, stimmt JA, wer sie nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005816, 05.02.25 15:32:42]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der UVEK

Johannes Barth, FDP

Béla Bartha, Grüne/jgb

Leoni Bolz, SP

Remo Gallacchi, Mitte/EVP

Brigitta Gerber, BastA

Michael Graber, Mitte/EVP

Raffaela Hanauer, Grüne/jgb

Brigitte Kühne, GLP

Lisa Mathys, SP

Pascal Messerli, SVP

Jean-Luc Perret, SP

Nicole Strahm-Lavanchy, LDP

Stefan Wittlin, SP

Balz Herter, Grossratspräsident: Alle wurden mit 95 Stimmen bei keiner Gegenstimme in ihr Amt gewählt.

12.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission

[05.02.25 15:32:57]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl zur Präsidentin der UVEK von der Fraktion GAB vorgeschlagen wurde Raffaela Hanauer. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Raphaela Hanauer als Präsidentin der UVEK wählen will stimmt JA, wer sie nicht wählen will stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005819, 05.02.25 15:33:24]*

Der Grosse Rat wählt

Raphaela Hanauer als Präsidentin der UVEK

Balz Herter, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer wurde mit 89 Stimmen bei einer Enthaltung zur Präsidentin der UVEK gewählt. Ich gratuliere herzlich und wünsche viel Freude im Amt.

13. Wahl der Bau- und Raumplanungskommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:33:40]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder der BRK von den Fraktionen vorgeschlagen wurden die Personen auf der Ihnen vorliegenden Liste. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Wir schreiten zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagene Person als Mitglied oder BRK wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005821, 05.02.25 15:34:18]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der BRK

Ivo Balmer, SP

Salome Bessenich, SP

Fina Girard, Grüne/jgb

Daniel Gmür, SP

Christoph Hochuli, Mitte/EVP

Michael Hug, LDP

Pascal Messerli, SVP

Bülent Pekerman, GLP

Maria Schäfer, SP

Silvia Schweizer, FDP

Nicole Strahm-Lavanchy, LDP

Jo Vergeat, Grüne/jgb

Tonja Zürcher, BastA

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Mitglieder mit 96 Stimmen gewählt.

13.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bau- und Raumplanungskommission

[05.02.25 15:34:30]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der BRK von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Michael Hug.Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall, so schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Michael Hug als Präsidenten der BRK, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005823, 05.02.25 15:34:59]*

Der Grosse Rat wählt

Michael Hug als Präsidenten der BRK

Balz Herter, Grossratspräsident: Michael Hug wurde mit 95 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsident der BRK gewählt. Ich gratuliere ihm und wünsche ihm viel Freude im Amt.

14. Wahl der Wirtschafts- und Abgabekommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:35:12]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Mitglieder der Wirtschafts- und Abgabekommission wurden von den Fraktionen die Personen vorgeschlagen, auf Ihrer Liste sind. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Wirtschaft und Abgabekommission wählen möchte, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005825, 05.02.25 15:35:50]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der WAK

Nicole Amacher, SP

Lorenz Amiet, SVP

Beda Baumgartner, SP

Patrizia Bernasconi, BastA

Laetitia Block, SVP

Daniel Hettich, LDP

Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP

Ismail Mahmoud, SP

Pascal Pfister, SP

Niggi Daniel Rechsteiner, GLP

Jérôme Thiriet, Grüne/jgb

Luca Urgese, FDP

Annina von Falkenstein, LDP

Balz Herter, Grossratspräsident: Mit 96 Stimmen wurden alle Mitglieder in die Kommission gewählt.

14.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission

[05.02.25 15:36:15]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der WAK von der Fraktion Mitte/EVP vorgeschlagen wurde Andrea Elisabeth Knellwolf. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Wir schreiten zur offenen Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Andrea Elisabeth Knellwolf als Präsidentin der WAK, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005828, 05.02.25 15:36:39]*

Der Grosse Rat wählt

Andrea Elisabeth Knellwolf als Präsidentin der WAK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Andrea Knellwolf wurde mit 93 Stimmen als Präsidentin der WAK gewählt. Ich gratuliere herzlich und wünsche viel Erfolg.

15. Wahl der Regiokommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:36:51]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der Regiokommission wurden von den Fraktionen die Personen auf der Ihnen vorliegenden Liste vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Wir schreiten somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der RegioKo gemäss Wahlvorschlag, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005830, 05.02.25 15:37:30]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der PetKo

Erich Bucher, FDP

Tim Cuénod, SP

Melanie Eberhard, SP

Alex Ebi, LDP

Zaira Esposito, SP

Harald Friedl, Grüne/jgb

Gianna Hablützel-Bürki, SVP

Mahir Kabakci, SP

Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP

Niggi Daniel Rechsteiner, GLP

Nicole Strahm-Lavanchy, LDPOliver Thommen, Grüne/jgb

Felix Wehrli, SVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Sämtliche Mitglieder wurden mit 94 Stimmen bei einer Enthaltung in die Regiokommission gewählt.

15.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Regiokommission

[05.02.25 15:37:45]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Regiokommission von der Fraktion GLP vorgeschlagen wurde Niggi Rechsteiner. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall, wir schreiten somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Niggi Rechsteiner als Präsident der RegioKo, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005832, 05.02.25 15:38:12]*

Der Grosse Rat wählt

Niggi Rechsteiner als Präsident der RegioKo zu wählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Niggi Rechsteiner einstimmig mit 93 Stimmen und einer Enthaltung als Präsident der Regiokommission gewählt. Ich wünsche viel Freude und Befriedigung im Amt.

16. Wahl der Petitionskommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:38:24]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Mitglieder der Petitionskommission wurden von den Fraktion die Person vorgeschlagen, die auf der Ihnen vorliegenden Liste stehen. Es wurde eine neue Liste verteilt in der Zwischenzeit. Werden weitere Vorschläge gemacht? Jenny Schweizer wurde durch die Beat K. Schaller ersetzt auf der Liste. Wir kommen somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der PetKo gemäss Wahlvorschlag, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005834, 05.02.25 15:39:23]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der PetKo

Nicole Amacher, SP

Beda Baumgartner, SP

Laetitia Block, SVP

Seyit Erdogan, SP

Adrian Iselin, LDP

Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP

Ismail Mahmoud, SP

Heidi Mück, BastA

Beat K. Schaller, SVP

Nicole Strahm-Lavanchy, LDP

Jérôme Thiriet, Grüne/jgb

Jo Vergeat, Grüne/jgb

Thomas Widmer-Huber, Mitte/EVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Auch hier ein einstimmiges Resultat: Sie haben die vorgeschlagenen Mitglieder in die Petitionskommission gewählt mit 95 Stimmen bei einer Enthaltung.

16.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Petitionskommission

[05.02.25 15:39:37]

Balz Herter, Grossratspräsident: Zur Wahl als Präsidentin der Petitionskommission von der Fraktion BastA vorgeschlagen wurde Heidi-Mück. Werden andere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Wir starten die offene Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Heidi Mück als Präsidentin der PetKo, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005836, 05.02.25 15:40:08]*

Der Grosse Rat wählt Heidi Mück als Präsidentin der PetKo zu wählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Heidi-Mück wurde mit 88 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsidentin der Petitionskommission gewählt. Ich gratuliere und wünsche viel Freude.

17. Wahl der Begnadigungskommission (9 Mitglieder)

[05.02.25 15:40:22]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Mitglieder der Begnadigungskommission werden die Personen vorgeschlagen, die auf der Liste stehen. Werden weitere Personen vorgeschlagen? Dies ist nicht der Fall. Wir kommen somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der Mitglieder gemäss Wahlvorschlag, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005838, 05.02.25 15:40:57]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der Begnadigungskommission

Sabdra Bothe-Wenk, GLP

Alexandra Dill, SP

Fina Girard, Grüne/jgb

Edibe Gölgeli, SP

Maria Schäfer, SP

Daniel Seiler, FDP

Roger Stalder, SVP

Annina von Falkenstein, LDP

Thomas Widmer-Huber, Mitte/EVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Die vorgeschlagenen Mitglieder wurden mit 93 Stimmen gegen eine Stimme in die Kommission gewählt.

17.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Begnadigungskommission

[05.02.25 15:41:09]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der Begnadigungskommission wurde von der Fraktion SP Edibe Gölgeli vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Wir schreiten somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Edibe Gölgeli als Präsidentin der Begnadigungskommission, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005840, 05.02.25 15:41:40]*

Der Grosse Rat wählt

Edibe Gölgeli als Präsidentin der Begnadigungskommission

Balz Herter, Grossratspräsident: Edibe Gölgeli wurde mit 93 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsidentin der Begnadigungskommission gewählt. Ich gratuliere herzlich und wünsche auch ihr viel Freude.

18. Wahl der Disziplinarkommission (9 Mitglieder)

[05.02.25 15:41:55]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Mitglieder der Disziplinarkommission wurde Ihnen ebenfalls eine Namensliste ausgeteilt, werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Wir kommen somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der vorgeschlagenen Personen, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005842, 05.02.25 15:42:30]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der Disziplinarkommission

Daniel Albietz, Mitte/EVP

Anouk Feurer, Grüne/jgb

Raoul I. Furlano, LDP

Nicola Goepfert, BastA

Gianna Hablützel-Bürki, SVP

Melanie Nussbaumer, SP

Franziska Roth, SP

Amina Trevisan, SP

Annina von Falkenstein, LDP

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben auch hier einstimmig entschieden mit 96 Stimmen, dass die vorgeschlagenen Personen in die Disziplinarkommission gewählt werden.

18.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Disziplinarkommission

[05.02.25 15:42:45]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der Disziplinarkommission wurde von der Fraktion Grüne/JGB Anuk Feurer.Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Anouk Feurer als Präsidentin der Disziplinarkommission, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005844, 05.02.25 15:43:15]*

Der Grosse Rat wählt

Anouk Feuer als Präsidentin der Disziplinarkommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Anouk Feurer einstimmig als Präsidentin der Disziplinarkommission gewählt mit 93 Stimmen, bei einer Enthaltung. Ich gratuliere herzlich und wünsche viel Freude im Amt.

19. Wahl der Wahlvorbereitungskommission (8 Mitglieder)

[05.02.25 15:43:35]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Mitglieder der Wahlvorbereitungskommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden die Personen auf der Ihnen vorliegenden Liste. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der vorgeschlagenen Personen, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005847, 05.02.25 15:44:12]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der Wahlvorbereitungskommission

Olivier Battaglia, LDP

Claudia Baumgartner, GLP

Patrizia Bernasconi, BastA

Harald Friedl, Grüne/jgb

Bruno Lötscher-Steiger, Mitte/EVP

Pascal Pfister, SP

Silvia Schweizer, FDP

Roger Stalder, SVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Diese Mitglieder wurden mit 95 Stimmen bei keiner Gegendstimme in die Wahlvorbereitungskommission gewählt.

19.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission

[05.02.25 15:44:25]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Wahlvorbereitungskommission wurde von der Fraktion LDP Olivier Battaglia vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Olivier Battaglia als Präsident der Wahlvorbereitungskommission, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005849, 05.02.25 15:44:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

Olivier Battaglia als Präsident der Wahlvorbereitungskommission zu wählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Olivier Battaglia wurde einstimmig mit 95 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsident der Wahlvorbereitungskommission gewählt. Ich gratuliere ihm und wünsche viel Freude.

20. Wahl der Kommission für Denkmalsubventionen (9 Mitglieder); (Amtsperiode 1. April 2025 - 31. März 2029)

[05.02.25 15:45:10]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder der Kommission für Denkmalsubventionen wurden die Personen auf der Liste vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der vorgeschlagenen Personen, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005851, 05.02.25 15:45:49]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der Kommission für Denkmalsubventionen

Nicolas Baudet, SP

Diana Blome, LDP

Lukas Gruntz, SP

Jürgen Johner, GLP

Martina Löw, SP

Nicolas Rüst, Mitte/EVP

Ed Schumacher, FDP

Remo Thalmann, Grüne

Heinrich Ueberwasser, SVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Mitglieder mit 94 Stimmen einstimmig in die Kommission für Denkmalsubventionen gewählt.

20.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Kommission für Denkmalsubventionen

[05.02.25 15:46:05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Kommission für Denkmalsubventionen wurde von der Fraktion SP Lukas Lukas Gruntz. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Lukas Gruntz , NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005853, 05.02.25 15:46:34]*

Der Grosse Rat wählt

Lukas Gruntz als Präsidenten der Kommission für Denkmalsubventionen

Balz Herter, Grossratspräsident: Lukas Gruntz wurde einstimmig als Präsident gewählt mit 93 Stimmen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und Freude.

21. Wahl von acht Mitgliedern des Erziehungsrates (Amtsperiode 1. April 2025 - 31. März 2029)

[05.02.25 15:46:46]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder des Erziehungsrates wurden von den Fraktionen die Personen auf der vorliegenden Liste vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der vorgeschlagenen Personen, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005855, 05.02.25 15:47:35]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder des Erziehungsrates

Cornelia Birchmeier Resch, Grüne/jgb

Beatrice Haller, FDP

Soshya Kaufmann Crain, SP

Nicole Kuster, LDP

Marco Natoli, Mitte/EVP

Migmar Raith, SP

Christine Staehelin, GLP

Luzia Zuber, SVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Mitglieder des Erziehungsrates wurden wie vorgeschlagen gewählt mit 93 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Das Präsidium des Erziehungsrates liegt ex officio beim Vorsteher des Erziehungsdepartements Regierungsrat Mustafa Atici.

Damit sind die Wahlen in die Organe des Grossen Rates und die beiden ratsexternen Gremien abgeschlossen. Die Wahlen in die interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie in die trinationalen Gremien werden voraussichtlich auf die Sitzung vom 19. beziehungsweise 26. März traktandiert, da die nun gewählten Sach- und Oberaufsichtskommission sich zuerst konstituieren müssen und Wahlvorschläge für die interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie die trinationalen Gremien vorgelegt werden.

Ich gratuliere allen Gewählten und wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt. *(Applaus)*

22. Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

[05.02.25 15:48:55, 24.0790.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen. Für die Kommission hat das Wort deren Präsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Die Einführung der globalen Mindeststeuer von 15% für internationale Unternehmen stellt den Kanton Basel-Stadt vor grosse Herausforderungen. Ein wichtiger Standortvorteil, die bislang vergleichsweise tiefe Besteuerung, fällt damit weg. Um diesem Nachteil entgegenzuwirken, hat der Regierungsrat das Basler Standortpaket vorgeschlagen. Es enthält Massnahmen zur Innovationsförderung, steuerliche Anpassungen und gesellschaftliche und umweltpolitische Fördermassnahmen.

Kernstück des Pakets ist die Einrichtung eines Fonds sowie eine befristete Erhöhung der kantonalen Gewinnsteuer. Unternehmen mit einem Gewinn über 50 Millionen Franken sollen neu auf diesen Gewinnanteil 8,5 statt 6,5% Steuern zahlen. Die von der Regierung erwarteten Mehreinnahmen liegen zwischen 270 und 310 Millionen Franken pro Jahr, von denen bis zu 300 Millionen in den Fonds fliessen sollen.

In der Kommissionsberatung zeigte sich rasch, dass die Vorlage kontrovers diskutiert wird. Die Wirtschaftsverbände begrüssen die Innovationsförderung, verlangen aber, dass die Mittel ausschliesslich in diesem Bereich fliessen. Sie fordern zudem eine höhere Gewinnschwelle für den erhöhten Steuersatz sowie eine geografische Ausweitung der Fördermassnahmen auf die gesamte Nordwestschweiz. Die Gewerkschaften hingegen sehen das Standortpaket kritisch. Sie argumentieren, dass es in erster Linie grosse internationale Unternehmen begünstige und fordern eine stärkere Förderung gesellschaftlicher und Umwelt bezogener Massnahmen. Insbesondere setzen sie sich für eine gesetzlich verankerte Elternzeit ein.

Die Wirtschafts- und Abgabekonvention hat sich intensiv mit dem Standortpaket auseinandergesetz. Ziel wäre es, eine Lösung zu finden, die sowohl der Wirtschaft, als auch gesellschaftlichen und umweltpolitischen Anliegen gerecht wird. In der Steuerpolitik hat sich die Kommission mehrheitlich für die Einführung einer zweiten Tarifstufe bei der Gewinnsteuer ausgesprochen. Unternehmen mit einem Gewinn von über 50 Millionen Franken sollen auf diesen Anteil künftig 8,5% Steuern zahlen. Diese Massnahme schafft mehr Rechtssicherheit für Unternehmen und sichert gleichzeitig die Finanzierungsbasis für die Standortförderung. Zusätzlich wird die steuerliche Entlastung von maximal 5% des steuerbaren Gewinns begrenzt. Damit wird sichergestellt, dass Unternehmen nicht durch übermässige Steuerabzüge entlastet werden und einen fairen Beitrag leisten.

Im Bereich der Standortförderung hat die Kommission verschiedene Anpassungen beschlossen. Statt eines einzigen Fonds werden neu zwei separate Fonds geschaffen: Ein Innovationsfonds, in den 80% der Mittel fliessen sowie ein Fonds für Gesellschaft und Umwelt, der mit 20%der Mittel dotiert wird. Diese Trennung sorgt für Transparenz und stellt sicher, dass nicht sämtliche Mittel in die Innovationsförderung gehen, sondern auch gesellschaftliche und ökologische Anliegen berücksichtigt werden. Zudem wird die Obergrenze für die jährliche Äufnung der Fonds auf 500 Millionen Franken erhöht. Dies lässt genügend Spielraum, um auf höhere Steuereinnahmen flexibel reagieren zu können. Ein Teil der Mittel wird gezielt für Forschungskooperationen sowie für die Förderung von Elternzeit eingesetz. Damit stärkt der Kanton einerseits den Forschungsstandort Basel und unterstützt gleichzeitig familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, die im Fachkräftemarkt zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Nicht verwendete Mittel aus dem Fonds für Gesellschaft und Umwelt bleiben dort für fünf Jahre bestehen. Sollte sich nach dieser Zeit zeigen, dass sie nicht vollständig ausgeschöpft werden, fliessen sie in den Innovationsfonds. So wird vermieden,

dass ungenutzte Gelder brachliegen, während gleichzeitig genügend Zeit eingeräumt wird, um neue Projekte im Bereich Gesellschaft und Umwelt zu entwickeln.

Die Kommission hat sich auch mit der Frage der Förderberechtigung gesetzt. Neu können auch beschränkt steuerpflichtige Unternehmen und mit einer qualifizierenden Anlage in Basel-Stadt Anträge stellen. Damit wird sichergestellt, dass Unternehmen, die in Basel Steuern zahlen, aber ihre Forschungsaktivitäten aus Platzgründen in der Region durchführen, nicht benachteiligt werden. Zudem wird die Innovationsförderung auf das gesamte Nordwestschweiz ausgeweitet. Viele innovationsstarke Unternehmen haben Standorte ausserhalb der Kantonsgrenze, sind aber dennoch eng mit dem Wirtschaftsstandort Basel verbunden. Diese Massnahme trägt dieser Realität Rechnung.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Förderung klinischer Studien. Sie sind essenziell für die biopharmazeutische Forschung und stärken den Lifescience-Standort Basel im internationalen Wettbewerb. Die Kommission hat deshalb beschlossen, klinische Studien explizit in die Innovationsförderung aufzunehmen. Auch das Thema Elternzeit war ein zentraler Punkt der Beratungen. Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden freiwillig Elternzeit gewähren, sollen finanziell unterstützt werden. Diese Massnahme fördert eine moderne Arbeitskultur und macht Basel als Wirtschaftsstandort für Fachkräfte attraktiver. Die Kommission geht noch einen Schritt weiter und verankert den Anspruch auf Unterstützung für mindestens drei Wochen Elternzeit gesetzlich. Dies gibt den Unternehmen Planungssicherheit. Für alle weiteren Details und vor allem auch die Ergebnisse der Hearings verweise ich Sie auf den Kommissionsbericht.

Lassen Sie mich noch anfügen, dass es sich die Kommission hier alles andere als leicht gemacht hat und sich an zahlreichen Sitzungen intensiv mit der komplexen Materie im Detail vertraut hat machen müssen, um über Kompromisslösungen diskutieren zu können. Dazu wurde auch eine paritätisch zusammengesetzte Subkommission eingesetzt. Für den grossen Einsatz und dafür, dass wir uns am Schluss verständigen konnten, danke ich meinen WAK-Kolleginnen und -Kollegen sehr herzlich.

Insgesamt ist die Kommission überzeugt, mit diesen Anpassungen ein ausgewogenes Standortpaket geschaffen zu haben. Es stellt sicher, dass Basel-Stadt für Unternehmen attraktiv bleibt, berücksichtigt aber gleichzeitig gesellschaftliche und ökologische Anliegen. Die gezielte Förderung von Innovation, Forschungskooperation und familienfreundlichen Arbeitsmodellen schafft langfristige Mehrwerte, sowohl für die Wirtschaft als auch für die Gesellschaft und die Nachhaltigkeitsziele des Kantons.

Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt daher, den vorliegenden Vorschlag so anzunehmen, wie ihn die WAK ausgearbeitet hat, und den entsprechenden Gesetzesänderungen zuzustimmen. Dann gab es noch ein paar Anzüge, die wir behandeln mussten. Die WAK empfiehlt Ihnen, den Antrag Pascal Pfister abzuschreiben und die anderen Anzüge. das ist gezielte Forschungsförderung sowie die Einführung einer Elternzeit, weiter zu behandeln.

Ich bin gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir beginnen die neue Legislatur mit dem ersten Sachgeschäft und es ist ein Sachgeschäft von grosser Wichtigkeit. Es entscheidet über unseren Wirtschafts- und Innovationsstandort in den kommenden Jahren. Basel ist eine Wirtschaftsstadt. Fina Girard hat es heute Morgen angetönt, die Entstehung beim Handel mitten in Europa am Rhein, der Handel als Grundlage für die Entwicklung im Wirtschaftsbereich, später mit der Posamenterei, dem Handel, der chemischen Industrie, die für die Farbstoffe zuständig war, die sich weiter gewandelt hat zu Life Sciences und heute zu dem Life Science Cluster Nummer 1 in Europa, wo Innovation täglich stattfindet und hoffentlich auch in Zukunft geschieht.

Es sind Basler Firmen, die hier entstanden sind, die sich hier entwickelt haben, die sich zu internationalen Grossfirmen entwickelt haben und wir können froh sein, dass diese hier sind. Die grossen Firmen sind verantwortlich für 27% aller Arbeitsplätze in unserem Kanton, sie erbringen 57% der Wertschöpfung, des Wohlstands in diesem Kanton. Das ist von entscheidender Bedeutung, auch für die KMU im Bereich der Lieferanten, im Bereich der Kaufkraft der Menschen, die hier arbeiten. Und diese grossen Firmen bezahlen mehr als 80%der Gewinn. und Kapitalsteuern in diesem Kanton und tragen deshalb sehr wesentlich bei zur Finanzierung unseres Kantons und unserer Stadt. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig es ist, dass wir hier eine gute Antwort finden, gemeinsam mit dem Vorschlag der WAK wie er vorliegt.

Ich möchte zum Standortwettbewerb kommen. Standortwettbewerb ist eine Realität. Der Steuerwettbewerb ist ein Teil davon und eine Reaktion, aber Standortwettbewerb gibt es deshalb, weil Firmen mobil sind. Sie können frei entscheiden, wo sie investieren, wo sie Leute einstellen, wo sie Produkte herstellen, wo sie Dienstleistungen erbringen. Solange diese Freiheit besteht und die Firmen frei entscheiden können, in welchem Land und in welcher Region sie das tun wollen, solange das besteht und diese Mobilität vorhanden ist, wird es Standortwettbewerb geben. Und deshalb stellt sich heute die Frage nicht,

ob wir Standortwettbewerb gut finden oder schlecht. Da gibt es unterschiedliche Positionen, sicher auch in diesem Saal, sondern die Frage, die sich stellt, ist, wie wir auf diesen Standortwettbewerb reagieren. Wie soll sich Basel in Zukunft diesem Standortwettbewerb stellen?

Standwettbewerb, das sind diverse Faktoren. Ein wesentlicher sind die Steuern und die Schweiz hat die Gewinnsteuern im letzten Jahr erhöht. Das führt dazu, dass sich die Standortequalität des Standorts Basel verschoben hat und verschlechtert hat. Standortwettbewerb findet auch sonst statt. Ein paar Beispiele: Deutschland wäre bereit, 9 Milliarden für eine Intel-Chip-Fabrik in Magdeburg zu finanzieren. 9 Milliarden Staatsgelder für eine Anlage. Auch wenn wir in die USA schauen, wird uns bewusst, dass der Standortwettbewerb eher an Dynamik und dann Aggressivität gewinnt und nicht abnimmt. Schon unter der Biden-Administration mit dem Inflation Reduction Act, klare Fördermittel und Investitionen in den privaten Sektor, und jetzt unter der Trump Administration noch verstärkt mit der Aussicht auf tiefere Steuern, auf Strafzöllen usw. Die USA macht auch nicht mit bei der OECD Steuerreform und sie wird diese auch nicht akzeptieren. Man sieht in diesem Bereich, ja der Standortwettbewerb, er ist da.

Und so stellt sich die Frage, wie wir eben auf diese Sache antworten: Was ist unsere Antwort um sicherzustellen, dass auch in Zukunft die Bedingungen so sind, dass wir unseren Standort erhalten können, so erfolgreich und innovativ, wie er zu Zeit ist. Der Regierungsrat hat dem Parlament ein Massnahmenpaket vorgelegt, das drei Elemente enthält: Förderung der Innovation, Förderung der Elternzweit und Förderung von Klimaschutzmassnahmen. Diese drei Bereiche sollen sicherstellen, dass die Standortattraktivität zumindest zu einem wesentlichen Teil erhalten bleibt. Gleich bleiben wird sie nicht, aber ein wesentlicher Beitrag kann mit diesem Paket gelegt werden. Und ja, es spielt schon eine Rolle, wenn sich die Standortvorteile um 500 Millionen pro Jahr verschieben. Das ist eine wesentliche Veränderung der Situation und es braucht eine klare Antwort von uns als Kanton auf diese Herausforderungen.

Die WAK hat sich sehr intensiv mit diesem komplexen Thema auseinandergesetzt und legt uns einen Kompromiss vor, der grossmehrheitlich getragen wird in der WAK und der Regierungsrat trägt diesen Kompromiss auch mit, auch mit seinen Änderungen gegenüber dem regierungsrätlichen Vorschlag. Der Anteil für Gesellschaft und Umwelt wird darin deutlich erhöht im Vergleich zum regierungsrätlichen Vorschlag, nämlich von 30 Millionen auf bis zu 100 Millionen Franken jedes Jahr. Das ist eine grosse Summe, sie kann viel bewirken, insbesondere in der Elternzeit, wo wir im internationalen Vergleich eher schlecht dastehen, sie leistet einen Beitrag, dass wir dort besser werden und sie leistet auch einen wichtigen Beitrag für die Menschen, die in diesen Firmen arbeiten.

Die andere wesentliche Änderung im WAK-Vorschlag ist die Erhöhung des Handlungsspielraums von 300 bis 500. Ob dieser dann ausgeschöpft wird oder nicht, ist schwierig zu sagen, das ist abhängig von der Notwendigkeit, ob das möglich und nötig ist. Es ist auch gut möglich, dass diese Summe nicht so hoch ist, sondern tiefer, aber es erhöht den Handelsspielraum und auch die Möglichkeiten des Regierungsrates, auf diese Veränderung zu reagieren. Die klinischen Studien sinf ein weiterer Bestandteil. Wir vermuten, dass der internationale Teil nicht möglich sein wird, unter internationalen Regelungen, dann wird das auch nicht international stattfinden, sondern nur auf die Schweiz bezogen.

Wie gesagt, der Regierungsrat unterstützt den Vorschlag der WAK und bittet Sie als Plenum, dies auch zu tun. Das Geschäft ist wichtig. Wir brauchen eine klare Antwort, wenn wir möchten, dass wir auch in Zukunft einen Standort haben, der die Bedingungen setzt, dass hier die Arbeitsplätze weiterhin angeboten werden und entstehen und auch für den Erhalt des Steuersubstrates.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es ist eine spezielle Situation, wir sind zu zweit hier. Wir haben ein Geschäft, zweigeteilt ist und der zweite Teil betrifft vor allem mein Departement, nämlich die Erhöhung der Unternehmenssteuer, was doch sehr speziell ist und anscheinend verdankenswerterweise von der WAK auch nicht bestritten.

Wir werden die zweite Tarifstufe bei den kantonalen Gewinnsteuern erhöhen, auf Gewinnanteile von über 50 Millionen. Wir werden das befristet machen. Wir schlagen Ihnen das befristet vor. Und der zweite Punkt ist die Reduktion der Entlastungsbegrenzung im Rahmen der Patentbox von 40 auf 5 % des steuerbaren Gewinns. Beide Massnahmen führen dazu, dass es eine erhöhte Gewinnsteuerbelastung gibt bei gleichzeitiger Reduktion der Ergänzungssteuer.

Warum machen wir das? Durch diese Erhöhung der kantonalen Steuern wird die Ergänzungssteuer tiefer. Die kantonale Steuer ist eine ordentliche Steuer und sie bietet mehr Rechtssicherheit. Sie ist international anerkannt, das wissen wir, das wird auch immer so bleiben. Bei der Ergänzungssteuer können wir zum Glück im Moment davon ausgehen – das haben die ersten Verhandlungen gezeigt-, dass sie im ersten Moment anerkannt ist, aber es ist immer in Diskussion mit der OECD. Daher erhöhen wir die Steuern, damit wir mehr Rechtssicherheit haben. Zudem können wir die Mehreinnahmen viel besser schätzen. Wir haben grosse Probleme mit der Schätzung und es vereinfacht es uns, wenn wir das bei den kantonalen Steuern machen. Zudem senkt es den Anteil, der an den Bund geht. Das ist so. Wir sind der Meinung, das Geld soll auch für

den Standort eingesetzt werden und der Bund profitiert immer noch am Anteil, er erhält immer noch Ergänzungssteuer. Er erhält zusätzlich direkten Bundessteuer. Er erhält auch die Mehrwertsteuer auf die Standortmassnahmen. Also da fliesst immer noch genug an den Bund.

Wir befristen es, weil die Sachlagen nach etwas unklar ist. Man hat das auch mit den Unternehmen diskutiert. KMU und Startups sind nicht betroffen, weil sie nicht in diesem Bereich des Gewinns kommen, aber für viele andere Unternehmen, auch solche, welche nicht von der OECD-Steuerreform betroffen sind. Daher haben wir das befristet auch auf zehn Jahre, um die Entwicklung anzuschauen und zu evaluieren, ob es das nachher noch braucht. Wir fanden das eine sinnvolle Idee. Umgekehrt ist es immer schwierig. Wenn man eine neue Steuer oder eine Steuererhöhung eingeführt hat, ist es immer schwierig, diese dann wieder wegzukriegen. Daher ist es ein Kompromiss, dass wir das befristet machen bei der zweiten Tarifstufe.

Ich bin froh, dass es von der WAK nicht bestritten Wird. Wenn es heute oder nächste Woche beschlossen wird, kann die Einführung erst auf 2026 stattfinden. Wir sind jetzt im ersten Jahr, wo wir diese Mehreinnahmen verbuchen. Es wird also für dieses Jahr noch keine Gültigkeit haben. Soweit meine kurzen Ausführungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin ist Heidi Mück von der BastA.

Heidi Mück (BastA): Die Fraktion BastA lehnt das Standortpaket ab und möchte die Vorlage an den Regierungsrat zurückweisen, weil wir die vorgeschlagene Regelung, kurz gesagt, unsolidarisch finden und wir der Meinung sind, dass wir uns eine bessere Lösung leisten können. Da wir davon ausgehen müssen, dass unsere Haltung wohl keine Mehrheit finden wird, werden meine Fraktionskolleginnen und -kollegen verschiedene Anträge zur Verbesserung dieser Vorlage stellen. Wir unterstützen auch verschiedene Anträge von SP und den Grünen, sofern sie unsere eigenen Anträge nicht unterlaufen. Ich werde aber im Namen von BastA unsere grundsätzliche Ablehnung begründen.

Aus Sicht des Regierungsrats, der Wirtschaftsvertreter:innen und der professionellen Steueroptimierer ist die vorgeschlagene Lösung mit dem Fonds eine schlaue Lösung, das haben wir in der Kommissionsberatung deutlich zu hören und zu spüren bekommen und das können wir von BastA durchaus so anerkennen. Wir stellen aber das Ziel, das mit diesem Standortpaket verfolgt wird, grundsätzlich in Frage. Da kann die Fondslösung noch so schlau sein, es ist eine gigantische Umverteilungsübung in die falsche Richtung. Auch wenn es jetzt offenbar niemand mehr gerne hört, möchte ich doch nochmals an den Grundgedanken der OECD-Mindeststeuer erinnern. Es ging nämlich darum, mit einer Mindeststeuer dem immer hemmungslosen praktizierten Steuerwettbewerb unter den Ländern entgegenzuwirken und einigermassen faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Das Steuerdumping, das in den letzten Jahrzehnten betrieben wurde, hat auf nationaler und globaler Ebene schädliche, ja sogar destruktive Auswirkungen. Die reichen Länder oder Kantone werden immer reicher und die armen Länder oder Kantone werden immer ärmer. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander. Demokratische Strukturen werden so geschwächt und die multinationalen und umsatzstarken Firmen werden immer mächtiger und erzielen grosse Profite auch auf Kosten der finanzschwachen Länder im globalen Süden. Es war eigentlich allen klar, dass dies nicht so weitergehen kann.

Deshalb wurde eine 15% Mindeststeuer auf Gewinne für Unternehmen mit Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Euro eingeführt, mindestens 750 Millionen Euro Umsatz pro Jahr. Das sind nicht irgendwelche armen geplagten KMU, das sind die grossen multinationalen Player, und es ist eine Mindeststeuer auf ihre Gewinne. Gerade in den letzten Tagen haben wir die aktuellen Geschäftszahlen dieser Firmen erfahren, mit ihren Wahnsinnsgewinnnen und ihren Wahnsinnslöhnen für die CEO.

Auch in der Schweiz wurde die Mindeststeuer mit einem hohen Ja-Stimmenanteil angenommen. Linke und Gewerkschaften waren damals dagegen aber nicht, weil sie gegen die Mindeststeuer waren, sondern weil sie die Verteilung der Zusatzeinnahmen zwischen Bund und Kantonen unsolidarisch und schädlich fanden. Inzwischen haben weit über 100 Ländern diese Mindeststeuer grundsätzlich übernommen, aber bei der konkreten Umsetzung hapert es, weil alle wieder für ihren eigenen Vorteil sorgen wollen, und aus dem Steuerwettbewerb wurde rasch ein Förderwettbewerb gemacht. Und da spielt Basel-Stadt voll mit.

Ja, darin sind wie gut, dafür zu sorgen, dass es uns möglichst gut geht oder besser gesagt, dass es den hier ansässigen multinationalen Firmen gut geht. Aber geht es uns wirklich gut, wenn wir uns in dieser enormen Abhängigkeit von ein paar wenigen grossen Firmen bewegen, wenn wir uns aufführen, als seien wir alleine auf der Welt und die Schwierigkeiten der Menschen im globalen Süden gingen uns nichts an? Wenn wir genauer anschauen, was hier vorgeschlagen wird, sehen wir, dass praktisch sämtliche Zusatzeinnahmen durch die Mindeststeuer über den Fonds im Bereich Innovation an die Unternehmen zurückverteilt werden, an die Unternehmen, die von der Mindeststeuer betroffen sind, also an die grossen Player. Und ja wirklich. ,es können aus dem Fonds sogar Personalaufwendungen dieser Unternehmen finanziert werden.
(…)

Und mit der Erhöhung der kantonalen Gewinnsteuer hintertreiben wir auch den Volksentscheid vom Sommer 2023, was wir ziemlich undemokratisch finden. Wenn ich jetzt als Linke die Erhöhung der kantonalen Gewinnsteuer kritisiere, die vom Regierungsrat vorgeschlagen wurde, der sich bisher vehement gegen die Erhöhung der Gewinnsteuern wehrte und sie viel lieber senken wollte, dann komme ich mir vor wie im falschen Film. Aber wenn es darum geht, den grossen Firmen gute Bedingungen zu gewähren, ist der Regierungsrat offenbar sehr flexibel oder soll ich sagen innovativ. Das haben wir auch bei der Idee der Fonds festgestellt. Die Idee, einen Klimafonds zu schaffen, wurde ja noch im letzten Oktober als heikel bezeichnet und im letzten Juni appellierte die Finanzdirektorin im Grossen Rat, wir sollten keinen Parallelhaushalt schaffen. Ja und jetzt ist die Fondsidee genau das richtige, um das Geld an die Firmen zurückzuverteilen.

Zugegebenermassen gibt es ein paar Zückerchen für rotgrün. Zusatzeinnahmen über 500 Millionen Franken, und das wird in den ersten Jahren wahrscheinlich so sein, können in die allgemeine Staatskasse fliessen. Im Fördergebiet Gesellschaft und Umwelt, also 20% der Gelder, haben auch KMU die Möglichkeit, Fondsgelder zu beantragen. Und zur Finanzierung der Elternzeit können auch steuerbefreite juristische Personen Fondsgelder beantragen. Und dann gibt es aus dem Förderbereich Gesellschaft und Umwelt auch noch 15 Millionen Franken für Forschungskooperationen im Bereich Lifescience.

Ich nenne diese Teile des Standortpakets Zückerchen, aber das ist nicht despektierlich gemeint. Die WAK hat sich sehr um einen Kompromiss bemüht. Die Bedingungen waren sehr schwierig. Der Zeitdruck war sehr hoch. Diese Zückerchen sind nicht nichts und es ist durchaus nachvollziehbar, dass auch Teile der Linken bereit sind, auf diesen Deal einzusteigen und die bittere Pille zu schlucken. Aber diese Zückerchen ändern nichts daran, dass mit dem Standortpaket der grösste Teil der Zusatzeinnahmen aufgrund der Mindeststeuer im ohnehin schon finanzstarken Kanton Basel-Stadt bleiben wird und an die dort ansässigen umsatzstarken Firmen zurückverteilt wird. Und dies lehnen wir von BastA ab.

Für uns bedeutet die Standortförderung nicht einfach nur Rückverteilung der Steuereinnahmen an die grossen Player. Wir wünschen uns einen solidarischen Standort Basel, der seine Millionen auch für die Unterstützung von Programmen für die internationale Klimagerechtigkeit oder für soziale Gerechtigkeit im globalen Süden verwendet. Wir wünschen uns einen Standort, der die Lebensqualität aller Bewohnerinnen und Bewohner ins Zentrum stellt und nicht bei den kleinen Ausgaben knausert, also im sozialen Bereich, in der Quartierarbeit, in der Kultur, im Umweltbereich, im öffentlichen Verkehr. Wir wünschen uns einen Standort, der die Umverteilung fördert, aber in die andere Richtung.

Der finanzstarke und sich weltoffen gebende Kanton Basel-Stadt könnte sich solche Massnahmen durchaus leisten. Mit dem vorliegenden Standortförderungspaket zementieren wir die vorherrschenden Verhältnisse und verpassen eine Chance. Deshalb lehnen wir von BastA das vorliegende Paket ab und wollen es an den Regierungsrat zurückweisen. Bei den Anzügen folgen wir der WAK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Adrian Iselin. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Adrian Iselin (LDP): Wir sind in einem Weltumfeld im Moment, und die Amerikaner machen bei dieser OECD-Steuerreform nicht mit. Wie stellen Sie sich vor, wie die grossen Firmen dann darauf reagieren würden? Eine lokale Sicht ist vielleicht der falsche Ansatz.

Heidi Mück (BastA): Ich kann einfach noch einmal betonen, dass es uns wichtig ist, dass Basel-Stadt merkt, dass wir nicht alleine auf der Welt sind und dass wir nicht immer nur schauen können, dass es uns selber gut geht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Wir haben nicht schlecht gestaunt, als der Ratschlag der Regierung zur Umsetzung der OECD-Steuerreform der WAK vorgelegt wurde. Allein der Titel «Wahrung der Standortattraktivität - das Basler Standortpaket» hat klargemacht, in welche Richtung es gehen soll. Eine global angelegte Reform, die für mehr Steuergerechtigkeit sorgen soll, wird zum Steuergeschenk an Grosskonzerne, aus dem Tiefsteuerwettbewerb wird ein Förderwettbewerb.

Als Stadt im globalen Norden, die massgeblich von internationalen Konzernen profitiert, tragen wir Verantwortung für eine global gerechte Verteilung des ebenfalls global erwirtschafteten Kapitals. Wir sind deshalb enttäuscht, dass sich der Regierungsrat nicht getraut hat, solidarische Lösungen anzudenken. Aus diesem Grund werden wir auch den Rückweisungsantrag der BastA an den Regierungsrat unterstützen. Dennoch sind wir bereit, den von der WAK

ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag in seiner Komplexität und Vielschichtigkeit zu diskutieren und stellen zuwei Änderungsanträge, nach deren Annahme einzelne Mitglieder unserer Fraktion zu einer Zustimmung bereit wären.

Dazu drei Punkte: 1. Die Fondshöhe oder kurz das viele Geld, 2. Die regierungsrätlichen Zückerli und 3. Das Handelskammer Finish.

Beginnen wir mit Punkt 1, die Fondshöhe von 500 Millionen. Die Kommissionsberatung war in erster Linie ein Seilziehen um die Fondshöhe in astronomischer Grössenordnung, unter enormem Zeitdruck und auf der volatilen Grundlage von laufend neuen und ändernden Zahlen und Informationen. Und auch wenn Schätzungen über zukünftige Steuereinnahmen nie präzise sein können, sind wir dennoch besorgt, auf welcher Basis wir hier eigentlich eine so hohe Summe beschliessen. Als Parlament übergeben wir damit dem Regierungsrat die Kompetenz, allein über eine Summe zu bestimmen, die fast einem Zehntel des jährlichen Budgets entspricht. Ausserdem ist die Fondshöhe so angesetzt, dass nach aktuellen Schätzungen kaum Geld aus den zusätzlichen Steuereinnahmen in den regulären Haushalt fliesst. Stattdessen fliesst es auf direktem Weg zurück in die Wirtschaft. Wir unterstützen daher die Anträge zur Senkung der Maximalhöhe des Fonds. Eleganterweise umgeht der Regierungsrat mit der Erhöhung des Gewinnsteuersatzes die Ergänzungssteuer des Bundes und prellt damit den Bund und die Kantone um 20% der Steuereinnahmen. Damit umgehen wir als Kanton gleich auch noch die Volksabstimmung zur OECD-Besteuerung, welche in Basel notabene mit über 80% Ja-Stimmen gutgeheissen wurde. Dieses unsolidarische Verhalten Basels anderen Kantonen aber auch der eigenen Bevölkerung gegenüber sehen wir als Fraktion Grüne/jgb sehr kritisch.

Zu Punkt 2, den regierungsrätlichen Zückerchen. Heidi-Mück hat sie schon angesprochen. Als Fraktion Grüne/jgb sind wir sehr froh, konnten wir mit dem vorliegenden Gesetzesvorschlag bis zu 70 Millionen jährlich bereitstellen, um die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft voranzutreiben. Es ist ein zentrales Anliegen von uns Grünen, dass wir das hiesige Gewerbe unterstützen, denn nur gemeinsam erreichen wir unsere Klimaziele. Hier braucht es aber noch konkrete Massnahmen und innovative Wege, wie unser CO_2-Ausstoss lokal wie auch international konkret reduziert werden kann, und hier erwarten wir in der Ausarbeitung mehr. Auch die 15 Millionen Forschungskooperationen ermöglichen, zumindest im Kleinen, einen solidarischen Ausgleich.

Zum dritten Standbein des Fonds G und U, der Elternzeit: Als Fraktion Grüne/jgb sind wir der Überzeugung, dass die Einführung und Entrichtung einer Elternzeit eigentlich parlamentarischer Auftrag und nicht Teil einer Standortförderung ist, besonders damit der vorliegenden Lösung nicht alle Anstellungsverhältnisse von der Elternzeit profitieren können. Deshalb bitten wir sie, die Anzüge von Nicole Amacher sowie von Edibe Gölgeli und Sarah Wyss stehen zu lassen. Wir begrüssen also die Massnahmen im Fonds G und U, sind aber unglücklich darüber, dass diese mit der OECD-Besteuerung und der Standortförderung verstrickt wurden. Der Nachgeschmack dieser Zückerli ist daher auch etwas bitter.

Zu Punkt 3, das Handelskammer Finish. Die Handschrift der Anpassungen durch die WAK ist unverkennbar, so unverkennbar, dass Bajour in seinem Briefing gar vom Basler Standortpaket der Handelskammer schrieb. Diese Entwicklung der parlamentarischen Arbeit in einem Milizparlament bereitet uns Sorgen. Zum Inhaltlichen: Die Ausweitungen der Kriterien für den Innovationsfonds auf beschränkt Steuerpflichtige und auf klinische Studien lassen Partikularinteressen aus der Wirtschaft durchschimmern, die für uns scharf an der Grenze liegen. Wir werden deshalb auch den Änderungsantrag der SP unterstützen und die Streichung der klinischen Studien unterstützen.

Wenn wir ehrlich sind, dann widerspricht dieses Paket den Grundsätzen der grünen Steuerpolitik. Wir haben die Kommissionsberatung mit der Einstellung begonnen, den Ratschlag der Regierung aus linker Perspektive zu verbessern und wurden im Gegenteil zu Verteidigerinnen des ursprünglichen Ratschlags im Angesicht des Handelskammer Finish. Dennoch sind wir froh, konnten wir in dieser schwierigen, aber doch konstruktiven Kommissionsberatung immerhin 20% der Gelder für den Klimaschutz durch das lokale Gewerbe, für Forschungskooperationen im globalen Süden und die Vereinbarung von Familie und Beruf sichern. Die Fraktion Grüne/jgb wird daher grossmehrheitlich ablehnen. Werden unsere zwei Änderungsanträge angenommen, werden einzelne dem Gesetzesvorschlag zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Über 40’000 Arbeitsplätze, ein Viertel der Arbeitsplätze in unserem Kanton, 57% der gesamten kantonalen Wirtschaftsleistung, über 80% der Gewinnsteuereinnahmen – wir hatten im 2023 775 Millionen Franken Gewinnsteuereinnahmen, 80% macht 620 Millionen Franken. Darüber sprechen wir, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute das Basler Standortpaket verhandeln.

Es ist gerade ziemlich ungemütlich da draussen in der Welt. Ganz generell mit Blick auf Kriege und Krisen. Eigentlich befreundete Länder werden massiv unter Druck gesetzt, um einen Politik- oder gar einen Regierungswechsel herbeizuführen. Aber auch spezifisch mit Blick auf die Wirtschaft. Es wird wieder im grossen Stil über Zölle gesprochen, beziehungsweise mit diesen gedroht. Mit Import-Beschränkungen und Verboten versuchen mächtige Länder sich Vorteile zu

verschaffen. Und wir haben eine OECD, die sich als oberste Steuerbehörde aufspielt, obwohl ihr dafür ein legitimes Mandat fehlt. Wenn man mitverfolgt, wie Richtlinien laufend angepasst werden, ist offensichtlich: Grosse mächtige Staaten wie die USA, Grossbritannien oder auch Indien bekommen Ausnahmen, damit sie zumindest auf dem Papier beim Projekt Mindeststeuer dabei bleiben. Dafür werden die Regeln bei kleinen Staaten umso strenger ausgelegt oder sogar zu ihren Ungunsten angepasst.

Wir können schon so tun, als habe das alles irgendetwas mit Steuergerechtigkeit zu tun. Heidi Mück, das hat es nicht, auch wenn es immer gerne behauptet wird. Es geht um knallharten Standortwettbewerb, bei dem die grossen Staaten sich in unfairer Art und Weise Vorteile verschaffen wollen, nicht, weil dann mehr Geld in den globalen Süden fliesst, sondern damit mehr Geld in die Staatskassen von Deutschland, Frankreich, den USA, Singapur, Indien, Hongkong und so weiter fliesst. Das hat nichts mit Solidarität zu tun, darum geht es. Es gilt das Recht des Stärkeren, und das erfordert die Intelligenz des Kleineren. Wir dürfen nicht naiv sein, sondern wir müssen die Spielräume, die wir haben, bestmöglich ausnutzen, um als Standort auch weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben.

Denn das ist keine Selbstverständlichkeit. Die Geschichte ist reich an Beispielen von Ländern und Städten, die dachten, es gehe immer so weiter wie bisher. Sie würden für immer erfolgreich und wohlhabend bleiben, bis sie es irgendwann nicht mehr waren. Wir sind dazu gefordert, uns sehr gut zu überlegen, wie wir uns in diesem stürmischen Umfeld behaupten und so aufstellen können, dass wir unsere Arbeitsplätze, unsere Wirtschaftsleistung und unsere Steuereinnahmen erhalten können. Das ist auch nicht undemokratisch, denn der Hauptgrund für die Annahme der nationalen Ergänzungssteuer war, das Steuersubstrat in der Schweiz zu halten. Und das machen wir hier aus kantonaler Perspektive.

In diesem stürmischen Umfeld haben wir, erzwungen durch die OECD, die Gewinnsteuern für grosse international tätige Unternehmen erhöht, diseselbe OECD übrigens, die in einer Studie mal festgehalten hat, dass Gewinnsteuern zu den volkswirtschaftlich schädlichsten Steuern überhaupt gehören. Wir sind als Standort teurer und damit weniger attraktiv geworden. Ein Unternehmen, das bisher um die 11% Gewinnsteuer bezahlte, zahlt neu 15%. also fast einen Drittel mehr. Das ist substanziell, vor allem wenn man bedenkt, dass wir bei anderen Standortfaktoren, beispielsweise den Personalkosten, zu den teuersten Standorten gehören.

Das Basler Standortpaket ist unter diesen Umständen die richtige Antwort, um klar zu sein, wir verbessern damit den Standort gegenüber der Situation vor der Mindeststeuer nicht. Wir versuchen, die Verteuerung des Standortes durch die Mindeststeuer so gut wie möglich abzufedern. Am Vorschlag, den Sie heute auf dem Tisch haben, hat die Wirtschaft- und Abgabenkommission über ein halbes Jahr gearbeitet. Wir haben uns das Motto unseres heute gewählten Grossratspräsidenten zu Herzen genommen und Brücken gebaut. Das war alles andere als einfach, denn die Ufer waren ziemlich weit auseinander. Und wir müssen feststellen müssen ist, dass die Brückenpfeiler auf der einen Seite des Ufers stabiler sind als auf der anderen Seite. Es erinnert ein bisschen an die alte Rheinbrücke, die zur Hälfte aus Steinen und zur anderen Hälfte aus Holz gebaut war. Aber auch diese Brücke hielt über viele Jahre und so sind wir zuversichtlich, dass auch diese Brücke hier und heute halten wird.

Wir sind überzeugt, dass das Basler Standortpaket von der WAK in wichtigen Punkten verbessert wurde. Das Paket ist jetzt breiter aufgestellt. Es können mehr Unternehmen aus unserem Kanton Förderanträge stellen. Das ist das Gegenteil von Partikularinteressen. Das Paket lebt den regionalen Gedanken, indem wir Forschende in der Nordwestschweiz berücksichtigen. Das Paket schafft mit der zweiten Tarifstufe bei der kantonalen Gewinnsteuer mehr Rechtssicherheit für die Unternehmen. Ich hätte nie gedacht, dass ich mich hier vorne mal für eine Steuererhöhung starkmachen würde.

Das Paket gibt dem Regierungsrat einen grösseren finanziellen Spielraum als ursprünglich vorgesehen. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass die Unternehmen mit deutlich höheren Steuerzahlungen rechnen als der Regierungsrat, was sich in den Jahresrechnungen der Unternehmen zu bestätigen scheint. Und das Paket nimmt mit der Förderung von freiwilliger Elternzeit und der Reduktion von CO_2-Emissionen wichtige Anliegen von linker Seite auf. Wir wollten das natürlich nicht in das Paket mit aufnehmen, aber wir haben im Sinne einer Kompromisslösung hier einen grossen Teil der Brücke dazu gebaut.

Insgesamt sind wir überzeugt, dass wir einen fairen und ausgewogenen Kompromiss gefunden haben. Ich werde mich zu den verschiedenen Änderungsanträgen im einzelnen dann noch äussern. Bereits hier möchte ich aber meine Enttäuschung und auch mein Unverständnis zum Ausdruck bringen, dass dieser fein austarierte Kompromiss von der SP mit ihren beiden Änderungsanträgen fundamental in Frage gestellt wird. Sie legt damit die Axt an den Holzteil der von uns konstruierten Brücke. Wir verlassen uns auf diejenigen, die diesen Teil der Brücke mitgebaut haben, damit diese Brücke stehenbleibt. Wie bitten Sie, dem in harten und intensiven Verhandlungen ausgearbeiteten Kompromiss der Wirtschafts- und Abgabekommission, den wir fair und ausgewogen finden, zu folgen und sämtliche Änderungsanträge abzulehnen. Ebenso beantragen wir, alle vier Anzügen abzuschreiben.

Wir tragen eine grosse Verantwortung für unseren Standort, damit wir noch möglichst lange als Standort mit vielen und gut bezahlten Arbeitsplätzen, mit einer überdurchschnittlich hohen Wirtschaftsleistung und mit hohen Steuereinnahmen prosperieren können. Danke, wenn Sie dem Sorge tragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Pfister für die SP.

Pascal Pfister (SP): Dieses Geschäft hat natürlich eine lange Vorgeschichte und die Frage ist, wo man anfängt. Aus unserer Sicht kann man zum Beispiel auch beim jahrelangen Steuersenkungswettbewerb anfangen. Die Unternehmenssteuern, Gewinnsteuern sind international über die letzten Jahrzehnte gesunken. Das ist natürlich eine bedauerliche Entwicklung, weil dafür den Haushalten, den Staaten, den Gemeinwesen Geld verloren geht oder Möglichkeiten entgangen sind. Deshalb besteht ein grundsätzlicher Unterschied darin, dass wir von der SP nicht finden, die OECD habe uns das aufoktroyiert. Wir finden die Erhöhung der Mindeststeuer gut, weil es den Wettbewerb gegen unten stoppt, und deshalb haben wir uns für die OECD-Mindeststeuer eingesetzt, die, wie erwähnt wurde, in der nationalen Abstimmung 2023 auch in Basel-Stadt mit 81 % angenommen wurde.

Jetzt ist es aber natürlich klar, dass der Standort vor Herausforderungen steht. Wir haben vorher von Regierungsrat Kaspar Sutter gehört, dass die Steuern ein Teil der Standortattraktivität sind, dass es aber auch noch viele andere Standortfaktoren gibt, für die wir auch schon vor diesem Paket viel gemacht haben – Stichwort die Universität, die Forschung, der Arbeitsmarkt oder auch die politische Stabilität in unserem Land. Aber nichtsdestotrotz ist es klar, dass Standortmassnahmen, wenn es so eine grosse Änderung gibt bei den Steuern auf das Tapet kommen, das war auch ziemlich klar nach der Abstimmung. Und dabei ist wichtig, dass der Wohlstand hier in Basel auch zusammanehängt mit der internationalen Position, die Basel hat. Vieles dieser Wertschöpfung findet nicht direkt bei uns im Kanton statt, sondern in einem internationale Netzwerk, und deshalb sind wir von der SP, wie auch schon Vorrednerinnen das gesagt haben, klar der Meinung, dass wir auch eine internationale Verantwortung haben. Aber wir haben auch eine Verantwortung unserer Region gegenüber. Und das gibt die Grundhaltung der SP gut wieder. Es ist ein Spagat zwischen Standortpolitik und internationaler und auch eidgenössischer Solidarität. Deshalb haben wir auch im Hinblick auf diesen auf dieses Paket oder auf dieses zu erwartende Paket Vorstösse hier im Grossen Rat eingebracht, die der Grosse Rat überwiesen hat und die eben gerade auf diese globale globale Solidarität abzielen.

Das Thema der Vorlage des Regierungsrats war sicher im Fokus eines Ausgleichs für den Standortnachteil. Er hat hier einen industriepolitischen Weg gewählt. Auch die SP Basel-Stadt sagt, wir wollen ein Forschungsstandard sein, Basel soll ein Ort der Innovation sein für die Zukunft unseres Kantons, aber auch der Schweiz und von Europa. Deshalb können wir im Grundsatz die verstärkte Industriepolitik durch Ausbau der Förderung der Innovation mittragen. Im Gegensatz sind wir aber nicht der Meinung, dass das ganze Geld sozusagen wieder zurückverteilt werden soll, weil das ist einerseits nicht OECD-konform und es entspricht nicht dem, was wir uns vorstellen.

Wir sind froh, dass es an Bedingungen geknüpft wird. Geld bekommt nur, wer innovativ ist. Und dann haben wir erreicht, dass 20% in den Fonds Gesellschaft und Umwelt eingesetzt wird, und das ist eine Steigerung gegenüber der Regierungsratsvorlage, die maximal einen Betrag von 30 Millionen vorgesehen hat, in der WAK-Version ist es ein Beitrag von bis zu 100 Millionen. Und dort werden Themen aufgenommen, die auch Bürgerliche eigentlich mittragen könnten und weshalb wir nicht ganz verstanden haben, dass es dort überhaupt eine Opposition gegeben hat. Das Beispiel Elternzeit ist eigentlich eine Win-Win-Situation. Sie haben nämlich auch einen Standortvorteil, das wurde auch in Befragungen von Unternehmen klar zum Ausdruck gebracht, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade in einem internationalen Umfeld, in Zeiten des Fachkräftemangels durchaus auch auf dieser Ebene anzusehen ist.

Dann ist sehr wichtig, dass ein grosser Anteil in die Dekarbonisierung, in den Klimaschutz geht, und das auch auf einer internationalen Ebene. Und die globalen Forschungskooperationen wurden genannt. Also alle diese Errungenschaften dieses Pakets können wir als Linke auf der Habenseite verbuchen. Nicht auf der Habenseite hingegen ist die Anhebung des kantonalen Gewinnsteuersatzes. Das ist etwas, was für uns ein grosses Entgegenkommen war. Es wurde genannt, es wurde in der Kommission nicht mehr bestritten, aber es war ein sehr grosses Entgegenkommen der linken Seite, dass man das gemacht hat. Was sicher geholfen hat ist, dass die geographische Ausweitung des Förderungsanspruch, also die interkantonale Solidarität mit unseren unmittelbaren Nachbarn, berücksichtigt wird. Und was auch nicht auf unserer Habenseite ist und was für meine Fraktion, wie Sie den Anträgen entnehmen können, nicht so einfach zu verdauen war, ist die Erhöhung des Beitrages von ursprünglich 300 Millionen auf 500 Millionen.

Sie haben es gesehen, die SP-Fraktion stellt Anträge. Wir werden dann in der Detailberatung darüber diskutieren. Zum Ende des Fraktionsvotums möchte ich noch eine persönliche Erklärung abgeben als Mitglied der WAK. Wie das auch in der Vergangenheit bei Kompromissen der WAK war, werde ich mich dem Stimmverhalten in der Kommission hier im Plenum anschliessen und stehe weiterhin zu diesem ausgehandelten Kompromiss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Niggi Rechsteiner für die GLP.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Das Basler Standortpaket zielt darauf ab, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes weiter zu stärken und nachhaltiges Wachstum zu fördern. Dabei sollen sowohl grosse Unternehmen als auch kleine und mittlere Unternehmen profitieren. Der Zugang zu Fördermitteln steht somit auch diesen offen.

Im Rahmen des Pakets werden verschiedene Massnahmen ergriffen, um Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Es ist eine unglaublich komplexe Thematik, was eine Debatte ja zusätzlich erschwert. Da viele Fakten bereits genannt wurden in den vergangenen Voten beschränke mich auf die für unsere Fraktion wichtigsten Punkte.

Weshalb muss das Standortpaket unterstützt werden? Im Juni 2023 fiel der Volksentscheid zur Einführung der Ergänzungssteuer zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer. Man beginnt mit der Umsetzung. Ganz nebenbei behaupten Kritiker, dass die Schweiz vorschnell umsetzt, da andere Staaten den Forderungen nicht folgen würden. Aber das ist jetzt nicht unser Thema.

Faktisch resultiert eine Steuererhöhung für die Unternehmen, was wiederum den Standort Basel unattraktiv macht. Mit der Erhöhung der kantonalen Gewinnsteuer mit einer zweiten Tarifstufe möchte der Regierungsrat die Rechtssicherheit erhöhen, falls die OECD die Ergänzungssteuer als nicht konform deklarieren würde. Dies erscheint mir vorausschauend und sinnvoll. Die Unternehmen, welche von der OECD Mindestbesteuerung betroffen sind, und es sind nicht wirklich viele, steuern aber substanziell an den Wohlstand bei. Dies beweisen die folgenden Eckwerte: Ein Viertel der Arbeitsplätze in Basel-Stadt stammen von diesen Firmen, 80% der Gewinnsteuereinnahmen fliessen von diesen Firmen und das ist nicht wenig. 57% der gesamten kantonalen Wirtschaftsleistung stammt von diesen Unternehmen.

Zur Attraktivitätssteigerung werden die Firmen durch die Fonds Innovation und Gesellschaft und Umwelt unterstützt. Das ist ein Impact für die Wirtschaft, das Klima, aber auch für die Arbeitnehmenden. Mit einer Fondshöhe von 150 bis 500 Millionen Schweizer Franken soll im weitesten Sinne Standortförderung betrieben werden, da die Unternehmen Beiträge an Aufwendungen beziehungsweise Projekte in den genannten Bereichen beantragen können. Das ist doch attraktiv. Da die Unternehmen hohe Aufwendungen im Bereich Forschung und Entwicklung aufweisen, macht es auch Sinn, wenn der Innovationsfonds am höchsten alimentiert ist. Mit 20% für den Bereich Gesellschaft und Umwelt lassen sich zahlreiche Beiträge ausrichten, so zum Beispiel auch zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Explizit soll ja die Elternzeit unterstützt werden. Hier sprechen wir auch von einem Volumen von 30 bis 150 Millionen Franken pro Jahr und das ist auch nicht. Nach fünf Jahren fliessen die nicht verwendeten Mittel, so ist es vorgesehen, von Umwelt und Gesellschaft in den Innovationsfonds, damit nicht Fonds unnötig an- oder Fondskapital angehäuft wird.

Eine Einschränkung der Mittel aus den Steuermehreinnahmen, das heisst wenn wir durch höhere Steuer und den Standort unattraktiv machen und nichts dagegen tun, wie beispielsweise eben die Umsetzung des Standortpakets, so würde dies mit den künftigen umfangreichen Massnahmen der Standortförderung des Kantons Basel-Stadt, welche jetzt auch schon gemacht werden, irgendwie im Widerspruch stehen. Aufgrund dieser Fördermassnahmen siedeln sich ja heute auch schon Firmen an und das sollten wir ja nicht irgendwie kannibalisieren.

Lange und intensive Verhandlungen über die Höhe der Fondsobergrenze aber auch über den Umfang der Unterstützung und die Berechtigung zum Bezug von Mitteln aus den Fonds haben stattgefunden. Beispielsweise wurde die Frage aufgeworfen, ob ausschliesslich in Basel ansässige Unternehmen davon profitieren dürfen. Hierbei scheint es mir etwas kleinräumig überlegt, wenn wir uns im Vergleich mit globalen Unternehmen tatsächlich auf 36 km2 beschränken wollen. Da ist es nachvollziehbar, dass man den Radius ausweitet, denken wir doch in anderen Bereichen auch regional, grenzüberschreitend und trinational.

Auch der Mechanismus, der nach fünf Jahren erlaubt, nicht genutzte Mittel aus dem Fondes Gesellschaft und Umwelt in Fonds Innovation zu transferieren, macht Sinn, da wir kein Geld in Fonds parkieren möchten. Die Begehrlichkeiten steigen. Es ist klar, dass bei zunehmenden Einnahmen auch die Begehrlichkeiten steigen und da und dort noch ein Bedarf ausgemacht werden kann. Es ist auch edel, und das meine ich ernst, dass einzelne Personen oder Fraktionen mehr Mittel in den Klimaschutz fliessen lassen wollen oder benachteiligten Weltregionen mehr Unterstützung zukommen lassen möchten. Für diese beiden Anliegen beispielsweise wurden bereits andere Mittel alimentiert oder andere Mittel fliessen in Massnahmen, beispielsweise für die Erreichung der Klimaziele, aber auch beispielsweise mit der 1 Prozent-Initiative, mit welchem mehr Mittel für die internationale Zusammenarbeit zur Verfügung stehen sollen.

Es ist aus meiner Sicht nachhaltig, wenn ein Kanton wie Basel-Stadt darum besorgt ist, dass die Erträge nicht plötzlich dezimiert werden, weil der Standort nicht mehr attraktiv ist und Firmen abwandern, sonder wir handeln nachhaltig, wenn wir das zu verhindern versuchen, beispielsweise mit einem Standortpaket wie dasjenige, das zur Verhandlung steht.

Auf die einzelnen Änderungsanträge gehen wir nicht im Detail ein, da damit das Gesamtpaket und die Umsetzung der Massnahmen gefährdet würden. Die Anzüge Pfister, Baumgartner, Gölgeli/Wyss und Amacher möchte die Fraktion der GLP analog dem Antrag des Regierungsrates als erledigt abschreiben. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe im Namen der grünliberalen Fraktion, dass Sie unsere Empfehlung für das Standortpaket und somit dem Kompromiss der Kommission folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Annina von Falkenstein für die LDP.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich spreche wohl uns allen aus dem Herzen und nenne gleich einen Punkt der Einigkeit. Niemand von uns will einen Standortnachteil durch die internationale OECD-Mindestbesteuerung erfahren. Tatsache ist, dass diese aus nachvollziehbaren Gründen angenommen wurde und wir nun das Beste für den durch uns vertretenen Kanton und dessen Wohl herausholen müssen.

Der vorliegende WAK-Bericht ist durch monatelange Hearings, Debatten, Ideen, verworfene Ideen, neue Ideen, Seilziehen im Meter-, Zentimeter- und zuletzt im Millimeterbereich entstanden. Aber wir haben mit dem Bericht einen Kompromissvorschlag, der von der Mehrheit der WAK gutgeheissen wurde, erreicht und jetzt stehen wir mit dem Kompromiss im Plenum und Teile der SP versuchen, durch ihre Anträge von zentralen Einigungspunkten des Kompromisses wegzukommen. Das ist ein fragwürdiges Vorgehen. Noch fragwürdiger ist, dass heute Anträge der Grünen diskutiert werden, die während einem halben Jahr Kommissionsarbeit und gemäss unserem Bericht nicht auf den gemeinsamen Verhandlungstisch gebracht wurden. Bei einem standortpolitisch derart wichtigen Geschäft ist das eher unseriös und für die liberaldemokratische Fraktion nicht nachvollziehbar. Zeit und Diskussionslust wären genügend dagewesen, Auseinandersetzung mit dem Geschäft seitens der Antragstellenden offenbar leider nicht ausreichend und nicht rechtzeitig.

Im Zentrum des Pakets steht nun für uns, dass besonders die Unternehmen, die von der OECD bedingt erhöhten Steuer und der Basler Ergänzungssteuer betroffen sind, angemessen von den Standortfördermassnahmen Gebrauch machen können. Denn die Steuereinnahmen, die diese Firmen für unseren Kanton generieren, sind für die Attraktivität von Basel-Stadt massgeblich und ermöglichen uns in diesem Saal immer wieder äusserst grosszügiges Handeln. Das soll so bleiben und diesem Zustand müssen wir gemeinsam Sorge tragen. Entsprechend wichtig ist es, dass die in diesem Paket definierten Fördermethoden für diese Unternehmen interessant sind und natürlich, dass der Förderfonds Förderbeiträge in relevanter und signifikanter Höhe zulässt, damit die Massnahmen auch effektiv zur Standortattraktivität für die am stärksten betroffenen Unternehmen beitragen. Sie sollen in ihrer Wirkung der Verschlechterung der Steuersätze einigermassen entgegenhalten können und eben nicht nur ein formales symbolpolitisches Zückerchen sein.

Wir anerkennen, dass die Integration ökologischer und sozialpolitischer Aspekte ins Förderpaket für einen Kompromiss unabdingbar ist und für die Linke eine Fortsetzung ihrer politischen Kernanliegen darstellen. Aus Sicht der LDP hätten wir es bevorzugt, diese Themenfelder nicht via das Standortpaket zu lösen und sie in diesem Geschäft aussen vorzulassen. Da von Beginn des Geschäfts an für uns jedoch klar war, dass wir einen mehrheitsfähigen Kompromiss erreichen möchten, waren wir zu diesen Konzessionen unter Berücksichtigung einiger unserer wichtigsten Anliegen bereit.

Zusätzlich zu unserem gesunden Finanzhaushalt, den wir in Basel-Stadt haben, beschert uns nun die OECD-Steueränderung eine pralle Schatzkiste. Diese wird durch Steuergeld der hiesigen Grossunternehmen gefüllt. Da es uns zum Glück bereits heute gut geht, können wir es uns erlauben, die neuen Mittel wirklich grossmehrheitlich zur Förderung der Standortattraktivität für insbesondere eben diese Grossunternehmen, die die Schatzkiste füllen, zu nutzen. Weitere Themenbereiche kommen bereits jetzt in unserem Kanton nicht zu kurz und haben dennoch auch einen Weg in den vorliegenden Kompromiss gefunden, jedoch mit einer guten Balance und bei einer sinnvollen Fondsobergrenze.

Überlegen Sie sich also bitte gut, ob Sie aus einem Kompromiss zugunsten der wirtschaftlichen Standortattraktivität nun wirklich ein in Anbetracht der Änderungsanträge eher ideell geprägtes Bastelwerk machen möchten. Insbesondere die linke Politikagenda ist auf weiterhin hohe Steuereinnahmen angewiesen und leider kommt Hochmut bekanntlich vor dem Fall. Leider schimmert hier drin immer wieder eine leichte Tendenz zu Hochmut durch. Wir versuchen auch durch dieses Geschäft den mit Hochmut verbundenen Fall weiterhin zu vermeiden, und das gelingt uns allen nur gemeinsam, gemeinsam im Sinne unseres Kantons als attraktiven Standort.

Bitte halten Sie am Kompromiss des WAK-Berichts fest und sprechen Sie sich für ein gut geschnürtes Paket mit Inhalten aus Wirtschaftsfreundlichkeit, Innovationsförderung, Sozialem und Ökologischem aus. Wir bitten Sie deshalb, die vorliegenden Änderungsanträge von SP, Grünen und BastA abzulehnen. Des weiteren bitten wir Sie, im Anschluss alle Anzüge abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Albietz für die Mitte/EVP.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Vieles wurde schon gesagt, ich werde das Wenigste davon wiederholen und kann es vorwegnehmen, die Fraktion Mitte/EVP wird den Kommissionsanträgen zum Geschäft zustimmen, die vier behandelten Anzüge abschreiben und alle Änderungsanträge ablehnen.

Die Kommission präsentiert ein ausgewogenes und innerhalb der Kommission offenbar breit abgestütztes Standortpaket, das sowohl die Wettbewerbsfähigkeit Basels für Unternehmen sichert als auch gesellschaftliche und ökologische Anliegen berücksichtigt, dies mit klar definierten Förderbereichen, einer besseren Verteilung der Mittel, und mit der rechtlichen Verankerung der Elternzeitförderung entsteht ein Modell, das sowohl den Wirtschaftsstandort als auch soziale Entwicklungen stärkt.

Es ist sehr erfreulich, dass der Kommission in dieser für unseren Kanton wichtigen Angelegenheit ein mehrheitsfähiger Kompromiss gelungen ist, zumindest für den Moment. Dafür bedanke ich mich im Namen der Fraktion Mitte/EVP und bitte Sie, den Vorschlägen der WAK zuzustimmen.

Die von linker Seite auf dem Tisch liegenden Änderungsanträge werden wir wie erwähnt nicht unterstützen und eben die Anzüge abschreiben.

Gestatten Sie mir abschliessend eine Bemerkung zu den erwähnten Änderungsanträgen, die von meiner Fraktion als Zwängerei empfunden werden, aber offenbar den aktuellen Stil der Ratslinken abbilden, der schon heute Morgen auf unschöne Weise sichtbar wurde. Wenn immer möglich wird Powerplay gespielt, wenn nötig mit 51% Mehrheit und der politischen Gegner wahlweise niedergerungen oder gedemütigt. Ähnliches sehen wir bei diesem Geschäft. Früher war es Usanz, die in teils monatelanger Kommissionsarbeit erzielten Kompromisse zu akzeptieren, weil sie auch die differenzierte Zusammensetzung des Parlaments und der Kommissionen abbilden. Diese Gepflogenheit, die als Konkordanz bezeichnet wird und einst eigentlich eine Stärke unseres politischen Systems war, dieser Einbezug sämtlicher relevanten politischen Kräfte in den Entscheidungsprozess wird immer weniger beachtet, insbesondere wenn Anträge, die in der Kommission keine Mehrheit fanden, dann im Plenum wieder gestellt werden. Damit wird der Kompromiss in Frage gestellt. Ich bitte Sie, vor allem auch die Ratslinke, sich wieder auf die Stärken einer konkordanten Demokratie zu besinnen, bei der alle massgeblichen Kräfte an Geschäften mitwirken und nicht mit knappen Mehrheiten überstimmt und nach Möglichkeit niedergerungen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage von Pascal Pfister wird entgegengenommen.

Pascal Pfister (SP): Ich frage Sie als Mitglied der Mehrheit des WAK-Berichts. Ist Ihnen aufgefallen, dass bereits in der Kommission drei Leute dem Kompromiss nicht zugestimmt haben und es deshalb durchaus legitim ist, auch im Plenum wieder Anträge zu stellen?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ja, das ist mir aufgefallen und auch hier könnte man Grösse beweisen, einem solchen Kompromiss zu folgen. Dass Sie selber der Kommission folgen, habe ich mit Respekt zur Kenntnis genommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Steuerpolitik in einem internationalen Umfeld ist Machtpolitik. Nirgends zeigt sich das so deutlich wie bei der OECD-Mindeststeuer. Es geht nicht im geringsten darum, Steuergerechtigkeit zu schaffen, geschätzte Heidi-Mück, es geht darum, andere auszutricksen, insbesondere dass die grossen Staaten die kleinen Staaten austricksen können – wir haben es von Luca Urgese gehört -, ja es geht geradezu darum, dass man im Standortwettbewerb andere Staaten übertölpelt.

Nun Machtpolitik liegt uns in der Schweiz nicht. Da besteht die Gefahr, dass man sich übertölpeln lässt. Gott sei Dank liess sich der Regierungsrat nicht übertölpeln und hat ein gutes Paket vorgelegt. Gott sei Dank liessen wir uns auch in der WAK nicht übertölpeln und haben das Paket weiterentwickelt. Im Antrag, wie er nun zur Debatte steht, nutzen wir den Handlungsspielraum, den uns die OECD gibt, genau so aus, wie andere Kantone auch, insbesondere wie viele andere Staaten auch, wie auch die USA, bevor sie sich ganz vom Paket verabschiedeten, sie haben es vorhin gehört, die Regierung Trump ist ausgestiegen.

Ich wiederhole den eindringlichen Appell von Regierungsrat Kaspar Sutter nicht, ich fasse ihn plump zusammen: Meine Damen und Herren, es geht heute um die Wurst. Wenn wir heute das Standortpaket nicht annehmen, dann sägen wir den dicken Ast ab, auf dem wir in diesem Kanton sitzen. Standortwettbewerb bedeutet nicht, dass der eine oder andere Weltkonzern morgen Basel verlassen wird. Davor habe ich keine Angst. Standortwettbewerb bedeutet, dass Grosskonzerne Abteilungen, Forschungsteams oder Unternehmensteile sehr schnell in andere Länder verschieben können, und damit deren Gewinn, und damit der einen Steuersubstrat, und damit auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesen Abteilungen arbeiten und deren Einkommens- und Vermögenssubstrat, Steuersubstrat, welches uns Geld beschert, welches uns im

Kanton und notabene auch beim Bund danach fehlt. Wer das Gefühl hat, mit einer Ablehnung des Standortpaketes den Firmen eins auswischen zu können oder zumindest mehr von ihrem Gewinn abzuschöpfen, handelt grobfahrlässig. Wirtschaft ist mobil und flexibel, ein Staatswesen kann es per Definition inhärent nicht sein.

Deshalb meine Damen und Herren, stellen wir heute die Weichen für die kommenden Jahre bis Jahrzehnte. Fortsetzung des relativ wirtschaftsfreundlichen, uns ein reichhaltiges Kulturangebot finanzierendes, teures gar das teuerste Bildungswesen der Schweiz finanzierendes, Kitas finanzierendes, tolle Museen finanzierendes, trotzdem saftige Gewinne bescherendes Wirtschaftssystem dank der Standortpolitik der letzten Jahrzehnte, oder die Verabschiedung von dieser Politik und damit auch die Verabschiedung fetter Steuererträge.

Es ist Ihnen klar, dass die SVP für ersteres ist. Trotz einiger für uns zu weitgehender Konzessionen und trägt die SVP den WAK-Kompromiss integral mit und lehnt somit alle Abänderungsanträge ab. Bis zu 100 Millionen pro Jahr zusätzlich für Gesellschaft und Umwelt, von den Grosskonzernen finanziert, das ist die Umverteilung, liebe BastA Nicht, dass man unnötig abgeschöpfte zusätzliche Unternehmenssteuererträge wieder dorthin einspeist, wo das Geld herkommt. Diese Umverteilung, wie ich sie geschildert habe, ist Teil des Kompromisses, weshalb wir auch diese Kröte schlucken.

Wir zählen heute darauf, dass der Pragmatismus der deutlichen WAK-Mehrheit und des Regierungsrates über vermutlich gutgemeinten Idealismus obsiegt und wir insbesondere auch in diesem Haus weiterhin grosszügig Steuergelder für mehr oder weniger Nötiges verteilen können.

Zum Schluss komme ich auch nicht darum herum, mein Unverständnis darüber kommt zu tun, dass die Fraktion der SP den unter schwierigen Umständen zustande gekommenen Kompromiss durch ihre Anträge gefährdet. Umso mehr danke ich Pascal Pfister für sein persönliches Commitment zum Kompromiss. Und als kleinen Nachtrag möchte ich noch festhalten, dass wir von der SVP alle Anzüge abschreiben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Die Tragweite dieses Geschäfts zeigt sich nur schon daran, dass ich auf Hochdeutsch votiere heute. Auch in unserer Fraktion war dieses Geschäft sehr heiss diskutiert. Wie meine Fraktionskollegin Fina Girard bereits im Fraktionsvotum dargelegt hat, konnte sich die Fraktion Grüne/jgb auf keine einheitliche Haltung zu diesem gewichtigen Geschäft einigen, daher steht bei uns in der Kreuztabelle auch ein Offen. Es ist auch so, dass wir in der Kommission nicht einheitlich waren, weshalb wir auch Änderungsanträge stellen.

Die Gründe, weshalb ein grösserer Teil unserer Fraktion dem Kompromiss nicht zustimmen kann, hat Ihnen Fina Girard bereits sehr ausführlich und gut erklärt. Gerne spreche ich nun für den kleineren Teil der Fraktion, der teilweise auch unter der Voraussetzung, dass die beiden Änderungsanträge unserer Fraktion angenommen werden, diesem Kompromiss am Ende zustimmen wird. Der Kompromiss, um den die WAK in insgesamt 13 Sitzungen gerungen hat, wird auch von diesem Teil der Fraktion kritisch betrachtet. Besonders die Fondshöhe von 500 Millionen stellt ein erhebliches Zugeständnis an die besteuerten Firmen dar, auch wenn uns die Standortqualität und vor allem die Arbeitsplätze in unserem Kanton sehr am Herzen liegen. Die geografische Erweiterung sowie die Ausdehnung auf beschränkt steuerpflichtige Personen und die Subventionierung der klinischen Studien betrachten wir ebenfalls mit Skepsis und als Kröte, die im Rahmen des Kompromisses geschluckt werden muss.

Dennoch überwiegt die Einschätzung, dass die Erhöhung der Beiträge im Fonds für Gesellschaft und Umwelt auf erwartete 100 Millionen ein gutes Verhandlungsresultat darstellt, besonders auch im Vergleich zu den ursprünglich 30 Millionen, die im Ratschlag des Regierungsrats vorgeschlagen waren, zeigt sich dies als Fortschritt. Für uns als kleineren Teil der Fraktion ist es besonders wichtig, dass die Mittel für Umweltmassnahmen deutlich höher ausfallen als ursprünglich von der Regierung vorgesehen. Wie bereits in unserem Vorstoss von Anina Ineichen für einen Klimafonds gefordert, wird so den Unternehmen eine substanzielle Unterstützung zur Erreichung der Klimaziele angeboten. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass dieselbe Regierungsrätin und die Mehrheit des Grossen Rates nun einen solchen Fonds doch nicht so undemokratisch oder fehlgeleitet findet.

Wichtig ist auch, dass nicht nur Unternehmen, die der neuen OECD-Mindestbesteuerung unterliegen, von den Fördergeldern aus dem Umweltfonds profitieren. Auch zahlreiche KMU im Kanton Basel-Stadt können nun von dieser Förderung profitieren. Für diese Unternehmen ist finanzielle Unterstützung von grosser Bedeutung, da die Mittel für Investitionen in Klimaneutralität oft knapp sind und ohne solche Fördergelder womöglich nicht eingesetzt werden. Im Rahmen dieser Überlegungen haben wir auch den Antrag gestellt, dass auch nicht steuerpflichtige juristische Personen Anspruch auf Gelder aus dem Fonds für Gesellschaft und Umwelt haben sollten.

Die zusätzlichen Mittel für die Elternzeit so wie der gesetzlich geregelte Anspruch sind ebenfalls ein gutes Ergebnis des Kompromisses und entsprechen einer langjährigen Forderung der grünen Partei. Hier sehen wir durchaus einen Erfolg.

Durch den Wegfall der Deckelung und die damit verbundene Erhöhung der Beiträge für Gesellschaft und Umwelt wird die im ursprünglichen Ratschlag zu starke Gewichtung des Bereichs Innovation abgemildert, was das Standortpaket für uns mehrheitsfähig macht. Erfreulich ist es ebenfalls, dass die Beiträge für Forschungskooperationen im Vergleich zum Ratschlag verdreifacht werden konnten, damit kann zumindest ein Teilbeitrag zum globalen Gemeinwohl geleistet werden.

Die Erhöhung der kantonalen Gewinnsteuer, die die Ergänzungssteuer des Bundes obsolet macht, wird auch von diesem Teil der Fraktion kritisch gesehen. Dennoch überwiegen die Argumente in Bezug auf die OECD-Konformität und die Planungssicherheit sowohl für den Kanton als auch für die Unternehmen im Kanton Basel-Stadt. Dass diese Erhöhung vorläufig auf zehn Jahre befristet ist, wird begrüsst.

Ich persönlich werde mich wie Pascal Pfister an den Kompromiss halten, wie ich es auch in der Kommission schon gemacht habe.

Ich bitte Sie aber, damit auch ein grösserer Teil unserer Fraktion dem Geschäft zustimmen kann, auch unseren beiden Änderungsanträgen zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Bolliger ist der nächste Einzelsprecher.

Oliver Bolliger (BastA): Ich möchte die Chance nutzen und Ihnen ebenso die Rückweisung der Vorlage an den Regierungsrat ans Herz legen und so dem Regierungsrat nochmals die Gelegenheit zu geben, ein ausgewogeneres, ja solidarisches Paket zu entwerfen.

Meine Fraktionskollegin Heidi Mück hat Ihnen bereits einen guten Überblick über die verschiedenen Gründe gegeben, die für eine Rückweisung sprechen. Ich werde mich nun auf einen der grundlegendsten Aspekte fokussieren und darlegen, weshalb wir als BastA ein solches Standortpaket nicht akzeptieren können und warum wir damit unzufrieden sind.

Seit den Überlegungen zur Einführung einer weltweiten OECD-Mindeststeuer wird eine solche von den globalen multinationalen Konzernen als die grösste Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Zukunft dargestellt, und die Regierungen, auch die unsere, stimmen mit ein in das grosse weltweite Klagelied, dass wegen einer solchen Steuerpolitik die Weltwirtschaft zusammenbrechen würde. Diese Behauptungen sind natürlich Unfug und auf das Gröbste unseriös. Sie wissen das auch. Es ist nicht die Mindeststeuer, die für die in immer kürzeren Abständen sich wiederholenden weltweiten Krisen des Kapitals verantwortlich sind, sondern es ist das Wirtschaftssystem selber, welches auf Ausbeutung der Natur und billigen Arbeitskräften sowie auf ein absurdes, grenzenloses Wachstum der Produktion und des Überkonsums angewiesen ist. Es wäre schon mal fair, wenn von Seiten der Regierung und der Handelskammer diese Tatsachen auch mal benannt werden könnten, denn der Standortwettbewerb ist nicht einfach gottgegeben, sondern ein Ausdruck des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das kann man abfeiern oder kritisieren.

Ich gebe Kollege Lorenz Amiet recht, Steuerwettbewerb und Standortförderung ist definitiv Machtpolitik. Da gebe ich Ihnen zu 100 Prozent recht, denn seit rund 50 Jahren geht es eigentlich mehr oder weniger immer um das gleiche, bestmögliche Rahmenbedingungen für die grossen internationalen Konzerne mit so wenig staatlichen Regulierungen und Auflagen wie nun möglich und zudem ein angeheizter internationaler Steuerwettbewerb auf Kosten der Allgemeinheit und auf Kosten des globalen Südens.

Die OECD-Mindeststeuer ist eine internationale Antwort auf diesen Steuerwettbewerb und eine Reaktion auf das asoziale Verhalten der grossen Techgiganten wie Amazon, Google und Apple und weitere, Das war damals der Hintergrund. Meine Damen und Herren, die OECD-Mindeststeuer ist ein Fakt, und rund über 100 Staaten haben sich darauf geeinigt, mit dem Ziel, erstmals global ein wenig Steuergerechtigkeit zu schaffen. Dies ist der Sinn und Zweck, weniger Steuerdumping und mehr Steuergerechtigkeit, zumindest auf der nördlichen Seite der Erdkugel.

Und das Vorgehen der USA und der neuen libertären und rechtsnationalen Trumpregierung ist keine Entschuldigung, hier nun die Gerechtigkeit zu opfern, alle Werte fallen zu lassen und in das Spiel der Stärkeren einzusteigen, ein Spiel, das notabene ins Desaster führen wird. Aber genau das machen wir mit diesem Basler Standortpaket, wir spielen das Spiel mit und stellen es gegenüber der Bevölkerung quasi als alternativlos dar und bedienen Verlustängste mit der Drohung, dass die grossen Pharmaunternehmen wegziehen würden oder zumindest Abteilungen der Pharmaunternehmen wegziehen. Aus dem Steuerdumpingwettbewerb wird nun neu ein Standortförderwettbewerb, aber in der Konsequenz und in den Zielsetzungen ist es dasselbe.

Dieses Standortförderpaket ist eine unsolidarische Rückverteilungsübung zugunsten der multinationalen Konzerne und zu Lasten des Service Public. Es ist mir wirklich schleierhaft, wie die Regierung und Exponenten der WAK hier von einem gut austarierten und fairen Kompromiss sprechen können. Nein, es war von Anfang an klar, in welche Richtung es geht, und Fina Girard hat den Kontext der Erarbeitung dieses Ratschlags treffend ausgeführt. Diese Vorlage kannte von Anfang an nur eine Richtung, nämlich die Wahrung der Standortattraktivität, in Konkurrenz zu anderen Standorten in der Schweiz und zu

anderen Kantonen. Kein einziger Gedanke, dass das reiche Basel einen Teil der Steuermehreinnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Massnahmen im globalen Süden einsetzen und so einen solidarischen Beitrag für eine bessere Welt leisten könnte.

Uns als Fraktion wurde im Vorfeld unsere Unseriosität und Verantwortungslosigkeit vorgeworfen. In Anbetracht dessen, welche offensichtigen Tricks angewendet werden, damit ja kein Franken zu viel dem Bund gezahlt wird, ist das schon ein starkes Stück.

Wir als BastA können das vorliegende Standortpaket unmöglich mittragen und es steht diametral zu allen unseren politischen Werten. Ich bin überzeugt, dass ein solches Paket auf nationaler Ebene von den Parteipräsidien der SP und der Grünen nie und immer akzeptiert werden würde. Also weisen wir das Basler Steuerpaket zurück an die Regierung, um einen wirklichen Kompromiss ausarbeiten zu können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich möchte auf einer sehr grundsätzlichen Ebene starten. Ich verstehe das Anliegen dieses Standortpakets zu einem sehr grossen Grad. Ich glaube, zur ehrlichen Analyse gehört, dass wir uns auch in diesem Kanton und in diesem Land steuerpolitisch in eine Situation manövriert haben, in der wir jetzt heute sind, enorm abhängig. Wir haben Steuersätze, die weltweit konkurrenzfähig sind, übersetzt tief. Und das ist aus meiner Analyse und Sicht grundsätzlich schlecht. Aber, und das ist auch Realität, das ändern wir nicht grundsätzlich heute. Aber es wäre gut und ehrlich und allen zukünftigen Debatten zu diesem Thema zuträglich, wenn wir das anerkennen würden.

Lassen Sie mich zwei Sachen formal vorweg sagen. Zu den demokratiepolitischen Belehrungen in Bezug darauf, welche Anträge eine Fraktion stellen darf oder nicht, wenn einzelne Mitglieder in einer Kommission Nein gesagt haben: Ich glaube, es gibt nirgendwo irgendeinen Grundsatz, nach dem das nicht möglich sein soll. Und zum zweiten: Es muss möglich sein in diesem Rat, in diesem Kanton, dass, wenn wir darüber reden, dass wir bis zu einer halben Milliarde Franken in einen Fonds tun und zu einem grossen Teil in die Wirtschaft zurückfliessen lassen, dass wir das in einer Parlamentsdebatte kontrovers diskutieren und es nicht einfach alles bereits verabschieden.

Ich verstehe, dass man etwas tun muss. Aber ich kann dieses Paket auch aus einer grundsätzlich pragmatischen Haltung nicht mittragen, so wie es jetzt ist, und das ist auch der Grund, warum sich die SP-Fraktion zu zwei Änderungsanträgen entschlossen hat. Wir haben auf dem Weg zu einer möglichen Lösung sehr viele Zugeständnisse gemacht und sie geht teilweise ein bisschen unter, aber ich möchte sie trotzdem noch einmal hier nennen: Die Gewinnsteuererhöhung auf kantonaler Ebene ist ein riesiges Zugeständnis von uns. Es ist eine Umkehr der Volksabstimmung, die es gegeben hat, und wir führen eine weitere Sonderstellung für Konzerne ein mit einer neuen Steuerstufe ab 50 Millionen Gewinn.

Die Fraktion anerkennt die Erfolge des Paketes aus der WAK, der gesetzliche Anspruch auf Elternzeit, auch für Organisationen, die steuerbefreit sind, der Gesellschaft- und Umweltfonds auf 20 Prozent, die Forschungskooperationen. Aber es ist halt auch so, man muss sich irgendwann fragen, wo die Grenze ist. Lorenz Amiet hat Machtpolitik erklärt. Ich glaube, man kann auch sagen, dass man zu einem gewissen Grad in diesem Paket machtpolitisch Realitäten sieht. Und man muss sich irgendwann fragen, wie weit der von Fina Girard eingeführte HKBB Finish gehen darf. Möglichst alle Bedürfnisse von allen Firmen möglichst umfassend zu befriedigen, das ist nicht das Anliegen einer Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion. Dazu auch der Grundsatz, dass alles Geld, das reinkommt, zwingend über den Fonds wieder zurückgespielt werden muss, ist auch nicht die Haltung einer Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion.

Ich werde bei den Anträgen nur noch ganz kurz begründen. Zuerst zu den klinischen Studien: Wenn wir schon pragmatisch schauen, welches Steuersubstrat heute hier ist und bei welchen Firmen wir diese Realitäten haben, die ich vorher beschrieben habe, dann sollten wir aus unserer Sicht nicht zusätzliche Regelungen machen, bei der wir weitere Firmen und weiteres Steuersubstrat anziehen würden. Und bei der Höhe, meine Kolleginnen und Kollegen, ist es einfach so, dass wir auch aufgrund der Kommissionsberatung zu einer anderen Maximalhöhe des Fonds kommen, und zwar – und das finde ich schon noch wichtig – nicht das Geld, das zusätzlich im Haushalt bleibt. Das können Sie Standort relevant einsetzen. Die Frage ist, was Standortrelevanz heisst.

In diesem Sinne bitte ich Sie sehr, den beiden Anträgen der SP-Fraktion zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte nur kurz ein paar Punkte vor allem zur Mindeststeuer und zur Verteilung des Geldes klarstellen. Die Mindeststeuer, Oliver Bolliger, gilt nicht für Google und Amazon. Und wenn man nachgeht, für wen sie gilt, dann sieht man vielleicht auch, warum sie eingeführt wurde.

Zur Verteilung der Gelder: Ja, es gab eine Volksabstimmung, dass die Ergänzungssteuer zu 75% in den Kantonen bleibt, damit sie sie für den Standort einsetzen und den Rest an den Bund geht. Wir haben das Recht, die kantonalen Steuern selbstständig in eigener Kompetenz zu erhöhen, wie es alle betroffenen Kantone gemacht haben beziehungsweise noch machen werden. Und gerne führe ich einmal ein Gespräch mit der grünen Partei oder mit der Fraktion über das, was der Bund vorhat und was er mit dem Geld machen möchte. Er hat gesagt, gemäss Vorschlag aus dem Ständerat, es für die Finanzierung der Armee zu brauche. Darüber können wir uns unterhalten, wenn Sie das unterstützen möchten. Selbstverständlich ist das legitim. Ich halte es nicht für eine Standortmassnahme. Wir können auch darüber diskutieren, dass der Bund die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit kürzen will. Ob es sinnvoller ist, das Geld an den Bund zu geben, ob wir darüber diskutieren sollten. Ich glaube, in der Regiokommission haben wir ein Geschäft, einen Gegenvorschlag zu einer Initiative. Dort hätten Sie die Möglichkeit zu diskutieren, was wir für die Entwicklungszusammenarbeit ausgeben.

Zur fehlenden Solidarität mit den Kantonen: Der nationalen Finanzausgleich hat nichts mit der Ergänzungssteuer zu tun. Wir bezahlen mehr in den nationalen Finanzausgleich. Die Kantone profitieren davon. Die Hälfte der Gewinnsteuer, Unternehmenssteuer gehen an den Bund und ein Teil geht in den Finanzausgleich. Das ist davon nicht betroffen und wenn wir über Solidarität mit den Kantonen reden, reden wir doch mal über die Solidarität mit den Zentrumslasten. Hochschulen, Universitätsspitäler, Kultur oder über die Frauenhäuser. Dann reden wir darüber. Ich finde nicht, dass wir ein unsolidarischer Kanton sind, und ich lasse mir das hier auch nicht anhängen. Das sind wir nicht. Wir sind solidarisch auch mit unseren Partnerkantonen Aargau, Solothurn, Basel-Landschaft und Jura. Wir haben auch immer wieder gemeinsame Sitzungen. Wir unterstützen sie auch, wo es Sinn macht. Das lasse ich mir hier nicht anhängen. Und wir machen auch diesen Fonds nicht zu Lasten des Service Public. Nein, hier nirgends etwas reduziert. Der Grund für den Fonds ist, dass wir eben unseren Finanzhaushalt schützen können und nicht belasten müssen. Daher ist es nicht so, dass einfach 500 Millionen hineinfliessen und weg sind. Wir haben die Möglichkeit zu schauen, was wir brauchen für unsere sozialen Ausgaben, für Kultur, für neue Aufgaben, Klimaaufgaben. Die haben alle Platz und wenn alles belegt ist, wenn wir sehen, wir haben alles, was wir wollen, was der Grosse Rat will, dann können wir auch schauen, was noch Platz hat im Fonds. Es ist eben nicht so, dass es zu Lasten unseres normalen Finanzhaushaltes geht. Daher ist es der Fonds sinnvoll und im Gegensatz zum anderen Fonds, den ich bekämpft habe, ist dieser demokratisch. Denn wir brauchen kein Zwischengremium und hier machen wir das, damit das Geld fix ist und nicht mehr wegfliessen kann. Es fliessen nicht einfach alle Mehrerträge hinein, sondern der Regierungsrat beschliesst jeweils, wie viel wir haben, was wir nicht benötigen für unsere sonstigen Aufgaben und kann das dort festlegen.

Es ist mir einfach wichtig, dass Sie das wirklich bedenken und ich weiss, manchmal ist das Vertrauen in den Regierungsrat nicht so gross, aber Sie können glauben, dass uns alle unseren anderen Aufgaben wichtig sind - und ich glaube, wir geben genug Geld aus, wir knausern nicht bei den anderen Aufgaben. Das ist mir nicht aufgefallen, weder in der Budgetdebatte noch sonst bei den Debatten um die Ausgaben, dass wir knausern. Daher werden wir auch zukünftig genügend Geld haben, um wirklich sinnvolle und notwendige Aufgaben zu erfüllen und ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das Geschäft nicht zurückweisen, sondern dem so zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet Andrea Knellwolf verzichtet ebenfalls.

Eintreten wurde nicht beschritten. Rückweisung an den Regierungsrat wurde beantragt durch Heidi-Mück. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an den Regierungsrat, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 82 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005858, 05.02.25 17:23:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 82 gegen 16 Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses. und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss in zweiter Lesung zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005860, 05.02.25 17:24:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000 [1]) (Stand 1. März 2024) wird wie folgt geändert:

§ 69b Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 4bis (neu)

3 Wird der Reingewinn aus Patenten und vergleichbaren Rechten erstmals ermässigt besteuert (Boxeneintritt), so wird der in vergangenen Steuerperioden bereits berücksichtigte Forschungs- und Entwicklungsaufwand im Umfang von 5 Prozent gesondert zu einem Steuersatz von 0,5 Prozent besteuert.

4 Wird der Reingewinn aus Patenten und vergleichbaren Rechten erstmals nicht mehr ermässigt besteuert (Boxenaustritt), so wird auf Antrag der in vergangenen Steuerperioden angefallene Forschungs- und Entwicklungsaufwand im Umfang von 5 Prozent zu 0,5 Prozent an die Gewinnsteuern angerechnet. Die Anrechnung ist auf den Betrag beschränkt, der beim Eintritt nach Abs. 3 erhoben wurde. Der Antrag ist spätestens bis zur Rechtskraft der Veranlagung der Steuerperiode zu stellen, in welcher der Reingewinn aus Patenten und vergleichbaren Rechten erstmals nicht mehr ermässigt besteuert wird, ansonsten der Anspruch nach diesem Absatz erlischt.

4bis Wurde der Umfang des massgebenden Forschungs- und Entwicklungsaufwandes beim Boxeneintritt zu einem anderen Prozentsatz als dem für den Boxenaustritt nach Abs. 4 massgebenden Prozentsatz bestimmt, so gilt für den Boxenaustritt der durchschnittlich anwendbare Prozentsatz während der Anwendungsdauer der Patentbox, längstens aber der letzten 10 Jahre vor dem Boxenaustritt.

§ 70a Abs. 1 (geändert)

1 Die gesamte steuerliche Ermässigung nach § 69b Abs. 1 (Patentbox) darf nicht höher sein als 5 Prozent des steuerbaren Gewinns vor Verlustverrechnung, wobei der Nettobeteiligungsertrag nach § 77 ausgeklammert wird, und vor Abzug der vorgenannten Ermässigung.

§ 76 Abs. 1bis (neu)

1bis Ab Zeitpunkt des Inkrafttretens von § 242c geht für die Gewinnsteuer dieser Steuerperiode und der 9 darauffolgenden Steuerperioden § 242c dem § 76 Abs. 1 vor.

Titel nach § 242b (neu)

(5. Teil/IV.) 11. Zeitlich befristeter Gewinnsteuersatz

§ 242c (neu)

1 Ab Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorliegenden Bestimmung gelten für die Gewinnsteuer dieser Steuerperiode und der 9 darauffolgenden Steuerperioden nachfolgende Bestimmungen:

a) Die Gewinnsteuer der juristischen Personen beträgt in Abweichung von § 76 Abs. 1: 6,5 Prozent auf den ersten 50 Millionen Franken des steuerbaren Reingewinnes. Für den Anteil des steuerbaren Reingewinnes über 50 Millionen Franken beträgt der Steuersatz 8,5 Prozent.

b) Juristische Personen, die nur für einen Teil ihres Gewinns im Kanton steuerpflichtig sind, entrichten die Steuern für die im Kanton steuerbaren Werte nach dem Steuersatz, der ihrem gesamten Gewinn vor internationaler und interkantonaler Steuerausscheidung entspricht.

c) Juristische Personen, deren steuerbarer Reingewinn gemäss § 69b ermässigt wird, entrichten die Steuern nach dem Steuersatz, der ihrem gesamten Gewinn vor Anwendung von § 69b entspricht.

d) Bei einem unter- oder überjährigen Geschäftsabschluss werden für die Bestimmung des Gewinnsteuersatzes nur die ordentlichen Gewinne auf zwölf Monate umgerechnet.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 81 gegen 11 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Standortfördergesetz. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SP vor. Sie beantragt, lit. c zu streichen. Wir eröffnen hierzu die Debatte. Das Wort hat der Antragsteller Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich habe vorher schon angetönt, warum wir diesen Änderungsantrag stellen. Wenn mit diesem bestehenden Paket Substanz gefördert und erhalten werden soll, die bereits anwesend ist im Kanton Basel-Stadt, dann geht diese Ausweitung völlig in die falsche Richtung. Es ist nicht so, dass das ein zentraler und wichtiger Punkt ist für den Standort Basel-Stadt, aber noch viel weiter gehend muss man sich fragen, ob wir auch noch Aufwendungen für klinische Studien bezahlen wollen.

Zwei Punkte dazu: Erstens, der Regierungsrat hat bereits vorher in seinem Votum gesagt, dass diese Ausweitung nur umgesetzt wird, wenn Sie OECD-konform ist, wenn man klinische Studien im Ausland bezahlen würde. Wir möchten sichergehen, dass das sicher nicht passiert und stellen darum den Streichungsantrag.

Der zweite Punkt: Es ist sehr wichtig festzuhalten klinische Studien sind wichtig und zentral für den Erfolg von Medikamenten und das bestreitet die SP-Fraktion nicht. Die einzige Frage ist, ob die Aufwendungen dafür auch noch finanziell entschädigt werden sollen. Das ist es, was wir in Frage stellen und diese Ausweitung möchten wir gerne streichen und bitten Sie darum um Unterstützung. Sollte dieser Antrag nicht erfolgreich sein, wofür ja eine relativ grosse Möglichkeit besteht, möchte ich den Regierungsrat mit Nachdruck darum bitten, dass er es auf die Schweiz beschränkt und nicht klinische Studien im Ausland führt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächster hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich habe es vorher erwähnt. Ein Ziel dieser Vorlage ist, dass sie international compliant und konform ist. Wir gehen im Stand heute davon aus, dass Aufwendungen für klinische Studien im Ausland kaum möglich sind unter diesen Massgaben. Deshalb gehen wir heute davon aus, dass, auch wenn dieser Zusatz kommt dies nur in der Schweiz möglich sein wird und dann ist es ein relativ kleines Elemente in dieser ganzen Reform. Wir denken aber schon auch, dass die Schweiz in klinischen Studien nicht so stark ist durch unsere föderale Struktur. Da einen gewissen Anreize zu setzen, dass die auch in der Schweiz stattfinden, ist durchaus sinnvoll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Kommissionspräsidentin verzichtet. Somit hat der Fraktionssprecher Luca Urgese das Wort.

Luca Urgese (FDP): Ich unterstreiche nochmals, mit dieser Förderung wird das Paket breiter. Es können mehr Unternehmen profitieren, weniger Partikularinteressen. Es geht hier um Unternehmen, die bereits hier sind, die bereits hier ihren Sitz haben, aber in der ursprünglichen Form des Standortpakets nicht oder kaum förderberechtigt gewesen wäre. Sie hätten nur

die Mehrkosten gehabt, aber keinen Nutzen aus diesem Standortpaket. Das ist also das Ziel und der Fokus dieses Teil des Standortpaketes.

Wir müssen jetzt Frage stellen, ob wir jetzt mit dem neue Unternehmen anlocken. Das halte ich für unwahrscheinlich, weil wir eben als Standort durch die Mindeststeuer teurer geworden sind. Die Förderung kompensiert das nur teilweise, und nein, entgegen der Begründung im Antrag fördern wir nicht die Lohnkosten, sondern die Aufwendungen für klinische Studien, so wie es viele andere Länder heute auch tun. Und da habe ich schon nach einen Appell an den Regierungsrat, nämlich das auszureizen, was andere OECD-Länder auch tun, solange es andere OECD-Länder das auch tun, sehe ich nicht, wieso wir das nicht tun können sollten.

Und dann nochmals in aller Kürze und grundsätzlich: Dieser Antrag stellt den Kompromiss fundamental in Frage. Das bedauern wir ausserordentlich. Wir stehen nach wie vor und aus Überzeugung hinter dem Kompromiss. Aber wenn Sie hier einen wichtigen Brückenpfeiler herausbrechen, dann müssen auch wir nochmals grundsätzlich über die Bücher. Entsprechend habe ich hier Anträge, welche die Elternzeit, die Obergrenze des Fonds oder die Mittel für Gesellschaft und Umwelt nochmals zur Diskussion stellen würden. Wie gesagt, wir wollen das nicht. Wir wollen den Kompromiss und wir hoffen, dass die Mehrheit dieses Rates diesen auch will. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Luca Urgese, es gibt eine Zwischenfrage von Beda Baumgartner. Sie wird angenommen.

Beda Baumgartner (SP): Bezüglich der Partikularinteressen: Baben Sie eine Vermutung, wie viele Firmen direkt betroffen sind von dieser Ausweitung momentan im Kanton Basel-Stadt?

Luca Urgese (FDP): Ich habe keine Zahlen, das wissen Sie aus der Kommissionsberatung, aber es sind mehrere.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005862, 05.02.25 17:31:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 44 gegen 45 Stimmen.

Wir kommen damit zu Abs. 2 § 5 f neu, Bereich Gesellschaft Abs.1, Abs. 2 lit a und b, Abs. 3, Abs. 4, Abs. 5. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BastA vor. Sie beantragt einen Einschub nach juristischen Personen und an öffentlichrechtliche Einrichtungen des Kantons Basel-Stadt.

Wir öffnen hierzu die Debatte. Der Antragsteller. Nicola Goepfert hat das Wort.

Nicola Goepfert (BastA): Ich werde zu diesem Antrag wie auch zu 5g Bereich Umwelt sprechen. Die WAK hat die Anspruchsberechtigung im Bereich Gesellschaft bereits um steuerbefreite juristische Personen erweitert. Mit diesem Antrag möchte ich, dass für den gesamten Fonds Gesellschaft und Umwelt, also für beide Bereiche, sowohl steuerbefreite juristische Personen als auch öffentlichrechtliche Einrichtungen von den Fondsgeldern profitieren können.

Der Antrag stellt die Frage, ob wir die Ziele dieses Fonds in den Mittelpunkt stellen, diesen fokussieren oder ob wir die Gelder möglichst direkt und ohne weitere Berücksichtigung an die Firmen unsolidarisch zurückverteilen wollen. Wir von BastA wollen, dass alle Angestellten hier im Kanton zum Beispiel von einer freiwilligen Ausweitung der Elternzeit profitieren können, egal wo sie angestellt sind, zum Beispiel auch das Pflegepersonal im Spital. Diese Ungleichbehandlung in der Vorlage ist nicht nachvollziehbar, vor allem dann nicht, wenn wir uns die Argumente zur Ablehnung des Corona-Bonus für das Pflegepersonal im Oktober 2022 nochmals in Erinnerung rufen. Damals sagte die FDP, es sei auch die Aufgabe des Arbeitgebers, die finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitgeber, sowohl die öffentlichen wie auch die privaten. Wir können nicht auf der einen Seite den Corona-Bonus verweigern mit dem Argument, die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen müssen das selber regeln, ihnen dann ab den Zugang verweigern, den alle privaten Arbeitgeber erhalten, wenn es um die Finanzierung einer freiwilligen Elternzeit geht. Aus unserer Sicht muss hier eine gerechte Grundlage geschaffen werden, mit der alle Angestellten, unabhängig von ihrem Arbeitgeber, gleichermassen davon profitieren können.

Und Gleiches gilt auch für den Bereich Umwelt. Es ist unerlässlich, dass wir gemeinsam als Kanton vorwärtsmachen, um die Klimaziele 2037 zu erreichen. Und wenn wir schon in zwei Fonds schaffen, mit denen wir die OECD-Mindeststeuer unterwandern, dann sollen zumindest von diesen deutlich kleineren Fonds alle profitieren können, um ihren Beitrag zur ökologischen Transformation leisten zu können.

Mit diesem Antrag beziehen wir deshalb alle Steuerbefreiten juristischen Personen und öffentlichen-rechtlichen Einrichtungen mit ein, um die Schaffung einer Elternzeit zu fördern, um die Klimaziele 2037 zu erreichen. Wir ändern nichts an der Verteilung zwischen den beiden Fonds, sondern nur den Anspruch auf den kleineren Fonds. Einem Teil dieser Ausweitung hat die WAK schon zugestimmt, bitte stimmen Sie auch der weiteren Ausweitung der Antragsberechtigten für den Fonds Gesellschaft und Umwelt zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Dem Regierungsrat war sehr wohl bewusst, dass, wenn er die Elternzeit fördert und ganz konkret fördert im privaten Sektor in diesem Standortförderungsfonds, auch die Diskussion kommen wird für öffentlich-rechtliche Institutionen. Diese Diskussion wird geführt werden müssen, aber sie sollte nicht hier im Standortförderungsgesetz geführt werden.

Wenn Sie das möchten im Nachzug, dann ist das eine demokratische Diskussion, die stattfinden muss und die im ordentlichen Kantonshaushalt finanziert werden müsste. Das ist der richtige Ort für eine Elternzeit dann auch für staatliche Angestellten, aber die staatlichen Angestellten, ja, da stehen wir nicht in einem Standortwettbewerb zu den USA.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wortmeldungen sind plötzlich erschöpft. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005864, 05.02.25 17:37:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben diesen Änderungsantrag abgelehnt mit 57 gegen 41 Stimmen.

§ 5g neu Bereich Umwelt Abs. 1. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Grüne vor. Sie beantragt einen neuen Abs. 2. Zudem beantragt die Fraktion BastA ebenfalls einen neuen Abs. 2 mit einer Ergänzung zum Antrag der Fraktion Grüne. Wir eröffnen dazu diese Debatte. Als erstes hat das Wort Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Ich habe es in meinem Einzelvotum bereits dargelegt, dieser Antrag ist für einige Mitglieder der Fraktion sehr wichtig als Ergänzung zum Kompromiss, damit sie diesem zustimmen können. Begründet ist er dadurch, dass wir es nicht nachvollziehen können, dass im Bereich Gesellschaft juristische Personen, die steuerbefreit sind, von Geldern profitieren können, nicht aber im Bereich Umwelt. Es gibt auch bei den steuerbefreiten juristischen Personen zahlreiche Organisationen, Stiftungen, Vereine, die vor grossen Herausforderungen stehen bei der Erreichung der Klimaziele 2037 und es ist daher von grosser Wichtigkeit, dass diese Organisationen ebenfalls die Möglichkeit haben, Unterstützung aus dem Fördertopf für Gesellschaft und Umwelt zu beantragen.

Wir gehen nicht so weit wie die Fraktion BastA und unser Antrag schliesst die öffentlichen Institutionen sind nicht ein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat der Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Es gibt auch sonst keine Sprechenden. Somit kommen wir zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag Grüne/jgb, NEIN heisst Zustimmung ¨¨Anderungsantrag BastA!.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 6 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005866, 05.02.25 17:40:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter dem Änderungsantrag der Grünen/jgb zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 90 gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen für den Änderungsantrag der Grünen entschieden. Wir kommen bereits zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Grünen/jgb, NEIN heisst die Zustimmung zum Antrag der WAK

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 51 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005867, 05.02.25 17:40:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

Ablehnung des Änderungsantrags.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 51 gegen 44 Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Version der WAK entschieden.

Wir führen die Detailberatung weiter. § 5 h neu, Modalitäten der Beiträge für Massnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt,. Abs.1 bis 7. § 5 neue Formen der Beiträge Abs. 1 bis 5, § 5 j neu Förderung von Forschungskooperation im Bereich der Life Sciences, Abs.1 bis 4.

§ 5 k neu Fonds für Renovation, Fonds für Gesellschaft und Umwelt. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BastA vor. Sie beantragt eine Ergänzung im Titel. Wir eröffnen dazu die Debatte, der Anzugsstelle Oliver Bolliger hat das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Ich gehe davon aus, dass Sie den folgenden Text eines Liedes bestens kennen und vielleicht singen Sie innerlich ein wenig mit, dieser Debatte würde es mit Bestimmtheit gut tun.

«Dene wos guet geit, giengs besser, giengs dene besser wos weniger guet geit, was aber nid geit, ohni dass's dene weniger guet geit wos guet geit.» Nun, dieser intelligente Refrain vom Mani Matter sagt eigentlich schon alles und ich habe die etwas naive Hoffnung, ja vielleicht den Glauben, dass wir alle hier im Saal diese Zeilen im Grundsatz teilen. Aber mir ist auch klar, dass in den aktuell eher kalten und egoistischen Zeiten in der Welt solche solidarische und fürsorgliche Werte nicht gerade hoch im Trend sind, vielleicht noch etwas für die 1. Mai-Feier oder für die Sonntagspredigt in den leeren Kirchen.

Aber dem Zeitgeist zum Trotz, mit unserem Antrag zur Erweiterung der Verwendung der OECD-Steuereinnahmen für den globalen Süden soll der Kanton Basel-Stadt als weltoffene Stadt, die sie auch ist, ihre internationale Verantwortung übernehmen. Mit jährlich 150 Millionen Franken aus dem Basler Standortpaket für gezielte soziale und ökologische Unterstützungsprogramme im globalen Süden würden wir einen entscheidenden Teil für mehr soziale Gerechtigkeit und für die notwendigen Klimamassnahmen beitragen und so einen kleinen Beitrag zur Reduktion der Kluft zwischen Arm und Reich leisten. Damit wird auch der grundsätzliche Mangel der Vorlage, die Weiterführung des Steuerwettbewerbs als Subventionswettbewerb auf Kosten des globalen Südens, wenigstens teilweise korrigiert.

Von den jährlichen 500 Millionen Franken werden 150 Millionen für Massnahmen im globalen Süden vorgesehen. Es bleiben immer noch 280 Millionen für den Fonds Innovation und weitere 70 Millionen für Massnahmen in den Bereichen Gesellschaft und Umwelt. Und es ist nicht das Ziel, dass die Regierung zwingend seine eigene Programme zur Standortförderung im globalen Süden entwerfen müsste, es wäre ausreichend, bestehende internationale Fördermassnahmen zu unterstützen. Von denen gibt es ja etliche. Es könnten mehrjährige Schwerpunkte definiert werden, die evaluiert und weiterentwickelt werden. Ich bin fest überzeugt, dass dies aus nachhaltiger und ganzheitlicher Perspektive auch für die Regierung des Kantons Basel-Stadt und auch für die multinationalen Konzerne einen Mehrwert darstellen würde. Es könnten auf verschiedenen Ebenen mit der Zeit positive Effekte entstehen, die auch dort eine Wirkung erzeugen würden.

Auf eine solche Umsetzung könnten wir hier alles stolz sein. Es wäre Basler Standortförderung für hier und für dort, für unsere Zukunft, für mehr soziale Gerechtigkeit, für weniger Armut im globalen Süden und schlussendlich auch für mehr Frieden auf der Welt. So radikal ist diese Forderung nun auch wieder nicht. Es ist eigentlich der notwendige solidarische Zusatz für das vorliegende Basler Standortpaket.

Im Namen der BastA-Fraktion bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen und § 5g gemäss vorliegendem Antrag zu erweitern. Wenn dieser Antrag angenommen wird, werden wir die Anträge von Brigitta Gerber und Tonja Zürcher bei § 5k zurücknehmen und wir würden der Vorlage in der Schlussabstimmung sogar zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Solidarität mit dem globalen Süden ist sehr wichtig, gerade für einen wohlhabenden Ort wie der Kanton Basel-Stadt. Es gibt die 1 Prozent-Initiative, der Gegenvorschlag des Regierungsrats, eine Verdoppelung der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Aufgabe soll via Kantonshaushalt finanziert werden. Diese Diskussion führt zurzeit die vorberatendeParlamentskommission und ihr werden Sie sich stellen, wenn dieser Bericht da liegt.

Hier in den Standortfonds passt es nicht. Es kommen noch ein paar weitere Punkte dazu. Globaler Süden finde ich keine präzise Definition für ein Gesetz. Laut dem Nord-Süd-Bericht der UNO gehören zum Beispiel auch China dazu oder die Vereinigten Arabischen Emirate. Ich denke nicht, dass der Antrag diese unterstützen möchte.

Auch mathematisch geht es nicht ganz auf, nämlich in dem Fall, wenn wir nur 150 Millionen in den Fonds machen und 80% hereingehen aber zwingend 150 dann wieder in diesen Bereich. Also es geht mathematisch nicht auf, dieser Antrag, und deshalb möchte ich Sie bitten, diesen abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Sie wird entgegengenommen.

Tonja Zürcher (BastA): Ich verzichte jetzt mal, nach Ihrer Definition von Solidarität zu fragen. Sie haben die 1 Prozent-Initiative angesprochen. Ich würde gerne wissen, wie viel Prozent des Kantonshaushalt durch das Standortpaket betroffen sind.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich habe diese Prozentzahl nicht im Kopf, wie viele Prozent es sein sollen. Das diskutiert im Moment die Regio-Kommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005869, 05.02.25 17:46:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag mit 80 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Wir fahren in der Detailberatung weiter. Abs. 1, Abs. 2. Hier liegen zwei Änderungsanträge vor. Die Fraktion SP beantragt anstelle 500 Millionen noch 400 Millionen. Die Fraktion BastA beantragt einen Gesamtbetrag von bis zu 300 Millionen. Wir eröffnen dazu die Debatte.

Der Antragsteller für die SP, Beda Baumgartner, hat das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Es geht um einen zentralen Punkt des Paketes: Wie viel Geld soll in diesem Fonds geäufnet werden? Wie viel Geld der Mehreinnahme der OECD-Steuer sollen in die Wirtschaft und in die bereits diskutierten Massnahmen zurückfliessen?

Wir beantragen Ihnen von der SP-Fraktion 400 Millionen Franken als Höhe. Lassen Sie mich noch ganz kurz etwas sagen zum Antrag der BastA, der ja keine Mindestsumme vorsieht. Unabhängig davon, wie wir die Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass dieser Fall eintrifft, ist es natürlich so, dass wir einen gesetzlichen Anspruch für Elternzeit formuliert haben in dem Gesetz. Stand jetzt bleibt dieser Anspruch noch bestehen. Und wenn dann natürlich gar kein Geld im Fonds zur Verfügung stehen würde, dann könnte dieser gesetzliche Anspruch für die Elternzeit nicht erfüllt werden. Darum unterstützen wir das nicht und ich bitte Sie darum, unserem Antrag für eine Fondshöhe von 400 Millionen Franken zuzustimmen. Es ist, wie ich in meinem Eingangsvotum schon gesagt habe, auch die zentrale Frage, wie viel Geld im ordentlichen Haushalt übrig bleibt von dieser OECD-Reform und mit dem können wir sehr viele Anliegen im Kanton Basel-Stadt fördern, die durchaus auch Standort relevant sind, die durchaus auch wichtig sind für den Zustand des Kantons, für die Allgemeinheit in diesem Kanton und ich bitte Sie darum, unserem Antrag zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Ich weiss, Sie möchten alle schnell vorwärts machen, damit wir dieses Geschäft bis 18 Uhr fertig beraten können, aber ich nehme mir nun trotzdem die Zeit, weil es wirklich eine grundsätzliche Frage ist und sehr viel Geld, worüber wir heute entscheiden.

Wenn Sie ein bisschen über den Tellerrand hinausschauen, dann sehen Sie, dass weltweit und auch in Europa die Rechtspopulist:innen und Rechtsextreme auf dem Vormarsch sind. Sie fragen sich jetzt vielleicht. was das mit diesem Konzernsubventionsgesetz zu tun habe, über dass ich eben jetzt reden. Leider ist es ziemlich einfach: Staatliche Sparprogramme und Einschränkungen der öffentlichen Leistungen gehen mit einer Erstarkung der Rechts populistischen Parteien einher. Das wurde vielfach untersucht und sollte eigentlich auch in der Politik mal ankommen. Mit der Annahme dieses Konzernsubventionspakets könnte nicht nur hier bei uns in Basel bald mal das Geld knapp werden, um wichtige Sozialleistungen finanzieren zu können – ich denke hier insbesondere an bezahlbaren Wohnraum oder die Krankenkassenprämien, aber es wurden auch ganz viele andere Beispiele hier schon genannt wie die Hochschulen. Es geht

aber auch darum, dass durch diese Rückverteilung der Gelder an die Konzerne der solidarische Sinn und Zweck der OECD-Mindestbesteuerung zur Farce wird.

Mit der Annahme tragen Sie also bewusst dazu bei, dass anderen Ländern die Mittel fehlen, um elementare Aufgabe in der Bildung oder in der Gesundheitsversorgung finanzieren zu können. Wenn wir wenigstens einen Teil der Mehreinnahmen beim Kanton behalten anstatt ihn direkt den Konzernen zurückzuschicken, besteht wenigstens die Möglichkeit, dieses Geld für eine solidarische Verwendung einzusetzen, bei uns im Kanton oder beispielsweise auch über die Entwicklungszusammenarbeit.

Wir müssen uns übrigens auch nicht wirklich wundern, wenn der Bund im Rahmen des sogenannten Entlastungspakets versucht, Aufgaben des Bundes den Kantonen zu zuzuschieben, wenn insbesondere die reichen Kantone, und das sind ihr ja momentan noch, mit der punktuellen Erhöhung der kantonalen Gewinnsteuer dafür sorgen, dass möglichst wenig Geld der Zusatzeinnahmen beim Bund landet. Es ist deshalb entscheidend, dass unser Kanton einen Teil dieser Zusatzeinnahmen hier behält um eben auch diese zusätzlichen Kantonsaufgaben zu finanzieren. Hier geht es eben um die Hochschulen, um die Prämienverbilligungen, aber auch im Bereich des Gebäudeprogramms um energetische Sanierungen, Kitas und so weiter. Und das sind jetzt alles Aufgaben, die jetzt noch nicht zusätzlich von uns beschlossen sind, sondern es sind einfach zusätzliche Kosten, die auf uns zukommen werden, weil sowohl der Bund wie auch die Kantone sehr egoistisch immer nur für das eigene Budget schauen und wir machen hier voll mit.

Wir von der BastA beantragen ihn deshalb, den Maximalbeitrag von 500 Millionen wieder auf den Beitrag von 300 Millionen zu reduzieren. Das ist ehrlich gesagt immer noch extrem viel Geld. Also selbst wenn das nur eine einmalige Ausgabe wäre, wenn wir für dieses Geld irgendein Schulhaus bauen würden, würden wir sehr intensiv darüber diskutieren, ob das richtig ist, ob es vielleicht doch etwas günstiger gehen würde. Hier geht es aber nicht um eine einmalige Ausgabe, sondern um eine jährliche. Und ich gehe davon aus, dass Sie das auch rechnen können. Aber wenn wir das mal über eine Legislatur anschauen, dann sind es selbst beim Antrag von BastA über eine Milliarde Franken, die den Konzernen gegeben wird, womit die Konzerne subventioniert werden, und zwar Staatsgelder, also nicht einfach irgend etwas, das vom Himmel fällt.

Aber nicht nur dieser Betrag von 500 Millionen ist das Problem, sondern aus unserer Sicht auch klar diese Minimalgrenze von 150 Millionen. Was ist, wenn es der Pharma vielleicht mal nicht mehr so gut geht und diese Einnahmen etwas tiefer ausfallen? Wollen Sie dann wirklich bei anderen Staatsaufgaben, bei der Bildung, der Gesundheit, den Kitas und so weiter sparen, um die Löhne von Roche, Novartis, Bayer und Co. zu finanzieren?

Ich hoffe, Sie entscheiden sich hier so, dass wir unsere Geld selber verteilen können und da einsetzen können, wo wir es für richtig halten und auf diesen Minimalbeitrag verzichten, damit wir oder wenigstens die Regierung diese Flexibilität behalten kann. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrags.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das ganze Paket machen wir unter anderem auch, um das Steuersubstrat zu sichern hier bei uns im Kanton, das scheint mir ein wichtiger Punkt zu sein bei dieser Diskussion. Wir gehen davon aus, dass etwa 18% von diesem Geld, das in diesen Fördertopf geht, an den Bund geht, via Mehrwertsteuer und Gewinnsteuer, die er einzieht auf diesen Förderbeiträgen, 7% an unseren Kanton, auch durch Gewinnsteuern auf diesen Förderbeiträgen. Das sind schon25%, die nicht in die Innovationsförderung gehen, plus dann noch die 20% für den Fonds Gesellschaft und Umwelt. Also wir reden dann noch von einem Betrag von etwa 60% der Summe, die in die Innovationsförderung geht und auch die Innovationsförderung ist wichtig und richtig.

Deshalb möchte ich Sie bitten, diesen Spielraum beim Regierungsrat zu setzen mit 500 Millionen, wie das die WAK vorschlägt. Es gibt die Möglichkeit, auf die Gegebenheiten zu reagieren, den Kantonshaushalt zu berücksichtigen und auch die Situation für den Standort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Eigentlich wollte ich nicht mehr reden, aber wenn ich Tonja Zürcher reden höre, möchte ich schon noch ganz kurz auf sie Replik nehmen. Tonja Zürcher hat gesagt, rechte Kräfte werden stark. Ja das ist so und ich komme schon zum Schluss: Danke für die Lorbeeren, Tonja Zürcher. So bleibt es, die Populisten bleiben stark.

*Balz Herter, Grossratspräsident:*Somit kommen wir zur Abstimmung. Wir führen eine Eventualabstimmung durch.

Zuerst stellen wir den Antrag der SP dem Antrag der BastA gegenüber und danach der obsiegende dem Antrag der WAK.

Wir kommen zur Eventualabstimmiung.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung zum Änderungsantrag der SP, NEIN heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der BastA.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005871, 05.02.25 17:56:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter dem Änderungsantrag der SP zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 84 Stimmen gegen 14 Stimmen bei einer Enthaltung für die Variante der SP entschieden. Wir kommen zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag SP, NEIN heisst Ablehnung (Zustimmung Antrag WAK).

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005872, 05.02.25 17:57:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Version der WAK entschieden mit 53 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung.

Abs. 2 lit. a. Hier liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion BastA vor. Sie beantragt einerseits eine Ergänzung und andererseits 50% anstatt 80% des Gesamtbeitrags für den Fonds. Wir beraten beide Anträge zusammen und eröffnen die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet hat sich Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Tonja Zürcher hat Ihnen schon einiges an Hintergrund mitgegeben. Wir beantragen Ihnen das Richten der zwei Fonds aber jeweils zu jeweils 50%. Die Thematik Gesellschaft und Umwelt braucht unserer Meinung nach gerade in der heutigen Zeit vor allem viel Kraft und Unterstützung.

Deshalb – ein Herz für die Vergrösserung dieses Fonds – machen wir Ihnen gerne beliebt, das Verhältnis zu ändern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über den ersten Antrag der BastA.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 81 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005874, 05.02.25 17:59:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag mit 81 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Wir kommen zum zweiten Änderungsantrag. Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 82 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005875, 05.02.25 18:00:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben auch diesen Antrag mit 82 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Abs. 2 lit. b. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BastA vor. Sie beantragt, 50% statt 20% des Gesamtbetrags für den Fonds. Wir eröffnen hierzu die Debatte.

Es gibt keine Wortmeldungen. Daher stimmen wir jetzt gleich ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 82 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005877, 05.02.25 18:00:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag mit 82 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Abs. 3. Abs. 4: Hier liegen zwei Änderungsanträge vor. Die Fraktion Grüne wie auch die Fraktion BastA beantragen, einen zweiten Satz bezüglich der Berichterstattung hinzuzufügen. Wir eröffnen dazu die Debatte. Das Wort hat Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Es ist sicher nicht falsch, dass auf Wunsch der Handelskammer, so lesen wir im Bericht der WAK, die Finanzkontrolle die Prüfung des Fonds gewährleistet. Konkret geht es aber nicht nur darum, dass die FiKo kontrolliert, wie die verwendeten Gelder an die Betriebe zurückverteilt werden, sondern vor allem darum, dass die Höhe des jährlich ermittelten Steuerbeitrags zur Äufnung des Fonds sachlich nachvollziehbar ist. Der Wunsch der Handelskammer ist also nicht, dass die Mittel im Sinne der Allgemeinheit kontrolliert werden, sondern dass die Höhe des Steueraufkommens, das in den Fonds fliesst, korrekt ermittelt und gerecht auf die Unternehmen verteilt wird.

Die FiKo erhält also einen neuen Auftrag. Grundsätzlich habe ich keine Zweifel an der Arbeit der FiKo. Als ehemaliges Mitglied der Finanzkommission weiss ich, wie die FiKo arbeitet und wie gründlich sie ist. Es ist aber so, dass die Prüfungen und Berichte der FiKo von Gesetzes wegen verwaltungsintern bleiben und nur der Finanzkommission und GPK zur Kenntnis gebracht werden. Die Berichte der Finanzkontrolle und die ihnen zugrundeliegenden Unterlagen sind nicht öffentlich zugänglich. Die Finanzkommission und die GPK sind ihrerseits zur Geheimhaltung verpflichtet. Und ob die FiKo den beiden Oberaufsichtskommissionen in Sachen Standortförderungsfonds Bericht erstatten wird, ist ebenfalls nicht geklärt. Mir ist es nicht klar, das steht nirgends im Bericht. Das einzige, was der Grosse Rat allgemein zur Kenntnis nimmt, ist der Tätigkeitsbericht, in dem die Finanzkontrolle über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Prüftätigkeit sowie über wichtige Feststellungen und Beurteilungen informiert. Das ist alles. Der Grosse Rat und die Öffentlichkeit werden nicht über die Verwendung dieser Mittel und Subventionen informiert.

Dieser Fonds ist so konzipiert, dass seine Mittelverwendung das grösste Basler Geheimnis bleibt, ein Geheimnis von bis zu 500 Millionen pro Jahr. Im Namen der Fraktion BastA beantrage ich deshalb, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat jährlich über die Verwendung der Mittel aus dem Standortförderungsfonds Bericht erstattet. Eine Berichterstattung nur der WAK reicht uns nicht.

Die Gelder des Standortförderungsfonds sind als öffentliche Gelder zu behandeln, als Steuergelder schuldet der Regierungsrat der Bevölkerung Rechenschaft über die Mittelverwendung. Es darf nicht sein, dass Steuergelder von bis zu 500 Millionen Franken pro Jahr in einem Fonds versickern und die Bevölkerung nicht weiss, was damit passiert. Das ist höchst undemokratisch. Daher bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Der Regierungsrat muss dem Grossen Rat alle neuen Ausgaben über 300’000 Franken zum Beschluss vorlegen. Ausgabebeschlüsse des Grossen Rates ab 1,5 Millionen Franken unterliegen dem fakultativen Referendum, und jetzt wollen wir zwei Fonds öffnen, aus denen der Regierungsrat gemeinsam in alleiniger Kompetenz bis zu 500 Millionen Franken jährlich vergeben kann.

Ich erinnere mich sehr gerne zurück an die Grossratsdebatte um den Klimafonds, als Regierungsrätin Tanja Soland nicht verstehen konnte, wieso der Grosse Rat mit diesem Fonds seine Vergabekompetenz ab freiwillig abgeben wolle. Und Luca Urgese meinte damals - und ich könnte es selbst nicht besser sagen, weshalb ich zitiere: «Man kann die Auseinandersetzungen über die Prioritäten, die wir hier im Parlament führen müssen, nicht dem Parlament entziehen, indem man einfach separat einen Fonds einrichtet, über den wir dann nicht mehr entsprechend diskutieren müssen.»

Als Fraktion Grüne/jgb beantragen wir deshalb, dass der Regierungsrat zumindest alle zwei Jahre der zuständigen Kommission, der WAK, Bericht über Entwicklung und Wirkung der Fonds erstatten muss. Das ist nicht viel, aber ermöglicht immerhin einen Überblick und gibt Grundlage für politische Korrekturen. Dieses Vorgehen ist zudem ein bekanntes, welches für den Standortförderungsfonds seit letztem Jahr bereits im Standortförderungsgesetz verankert ist und die WAK übt diese Aufgabe dort bereits aus. Es wäre also nur kohärent, bei den zwei Fonds aus dem Standortpaket ebenfalls so zu verfahren, dies im Unterschied zum Antrag der BastA, der einen Schritt weitergeht.

Ich bitte Sie, wenn Sie zweifeln, zumindest dem Antrag der Grünen zuzustimmen, wenn Sie wollen, als Version Light, denn es ist zentral, dass wir heute keine Black Box produzieren, sondern Transparenz herstellen. Und ja, dies ist ein neuer Antrag, der so leider nicht in die Kommissionsdebatte einfliessen konnte und ich bin ehrlich, es ist enorm frustrierend, auf welch volatilem Boden und mit welcher Eile wir ein so komplexes Geschäft verabschieden mussten. Deshalb kommt dieser Antrag auch als Änderungsantrag in die Grossratsdebatte. Wir haben, da bin ich ganz ehrlich, den Moment in der Kommissionsberatung schlicht verpasst, da wir uns noch bis kurz vor der Berichtsbereinigung mit substantiellen Forderungen befasst hatten.

Und ich plädiere wirklich an Sie, liebe GLP, liebe Bürgerliche, dieser Antrag ändert nichts an der Substanz des Kompromisses, sondern ergänzt ihn lediglich um Transparenz. Ich bitte Sie daher sehr, dem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Beide Anträge unterstützt die SP-Fraktion klar. Wenn ein solcher Fonds geschaffen wird, wie er jetzt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nachher auch geschaffen wird, ist es wichtig, dass diese Berichterstattung sichergestellt ist. Die Berichterstattung an den Grossen Rat, so wie Sie die BastA-Fraktion vorschlägt, hat ihre Vorteile, dass der Umweg nicht gegangen werden muss über die WAK und die Vorteile des grünen Antrags sind, dass es in der Logik des Standortförderungsfonds gemacht wird, wie es die WAK bereits kennt.

Ich würde Ihnen aber ans Herz legen, dass Sie dem Antrag der BastA den Vorzug geben würden und dass Sie sich aber auf jeden Fall dazu durchrringen können, dass wir eine Berichterstattung zu diesem wichtigen und grossen Fonds haben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir führen die eine Eventualabstimmung durch und stellen den Antrag der Grünen dem Antrag der BastA gegenüber. Der obsiegende Antrag wird dem Antrag der WAK gegenübergestellt, welcher diesen Zusatz nicht möchte. Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der Grünen/jgb , NEIN heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der BastA.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005879, 05.02.25 18:09:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter dem Antrag der GRünen/jgb zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Variante der Grünen entschieden. Wir kommen schon zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Grünen/jgb, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 47 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005880, 05.02.25 18:09:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag der Grünen angenommen. Wir führen die Detailberatung weiter.

§ 5k Abs. 5 bis 6

§1 5l Abs. 1

§ 5m neu Ausführungsbestimmungen. Abs. 1

§ 6 aufgehoben

§ 6a neu Datenaustausch Abs. 1

§ 6b neu Rückforderung Abs. 1 bis 3

§ 6c neue Rechtsmittel Abs. 1

II Änderung anderer Erlasse

III Aufhebung anderer Erlasse.

§ 4 Schlussbestimmung.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem bereinigten Grossratsbeschluss das Standortfördergesetz zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 10 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005882, 05.02.25 18:11:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Standortförderungsgesetz vom 29. Juni 2006 [1]) (Stand 1. Mai 2024) wird wie folgt geändert:

Titel **(geändert)**

Standortförderungsgesetz (StaföG)

§ 3a (neu) Zusammenarbeit mit Dritten

1 Der Regierungsrat arbeitet im Rahmen dieses Gesetzes aktiv mit der Wirtschaft sowie mit dem Bund und mit regionalen und lokalen Gemeinwesen im In- und Ausland zusammen.

§ 4 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu) Programme zur Stärkung der Standortattraktivität (Überschrift geändert)

1 Der Kanton kann Programme zur gezielten Stärkung der Standortattraktivität finanzieren oder sich an solchen finanziell beteiligen.

2 Die Programme verbessern auf der Basis der bestehenden Stärken Basels die Standortfaktoren für Unternehmen und Institutionen.

3 In Einzelfällen können im Rahmen der Programme Beiträge an einzelne Unternehmen oder Institutionen gewährt werden.

§ 5 Abs. 1 (geändert) Standortförderungsfonds (Überschrift geändert)

1 Zur Finanzierung der Programme und Beiträge gemäss § 4 wird ein Standortförderungsfonds eingerichtet.

§ 5d (neu) Massnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt

1 Der Kanton kann auf der Grundlage des massgebenden Geschäftsjahres Beiträge an im Kanton beschränkt oder unbeschränkt steuerpflichtige juristische Personen gewähren, welche der Gewinnsteuer gemäss §§ 68 ff. des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000 unterliegen und nicht von der Gewinnsteuerpflicht gemäss § 66 StG befreit sind.

2 Handelt es sich bei der juristischen Person gemäss Abs. 1 um eine beschränkt steuerpflichtige juristische Person, wird zusätzlich mindestens eine qualifizierende Anlage im Kanton vorausgesetzt.

3 Der Regierungsrat kann den Kreis der gesuchsberechtigten juristischen Personen einschränken.

§ 5e (neu) Bereich Innovation

1 Im Bereich Innovation können Beiträge gemäss § 5d geleistet werden:

a) an Personalaufwendungen für Forschung, Entwicklung und Innovation in der Nordwestschweiz, wobei Aufwendungen im Kanton Basel-Stadt stärker unterstützt werden können;

b) an Abschreibungen auf Anlagen für Forschung, Entwicklung und Innovation einschliesslich Anlagen im Bereich der Hochtechnologieproduktion im Kanton Basel-Stadt und in der Schweiz, wobei Anlagen im Kanton stärker unterstützt werden können;

c) an Aufwendungen für klinische Studien oder für die Herstellung der notwendigen Wirkstoffe für ebendiese Studien.

2 Höhere Beiträge können gewährt werden, wenn diese im Zusammenhang mit Patenten und vergleichbaren Rechten stehen.

§ 5f (neu) Bereich Gesellschaft

1 Im Bereich Gesellschaft können Beiträge gemäss § 5d für die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Arbeitnehmenden mit vertraglichem Arbeitsort im Kanton geleistet werden, insbesondere für die Förderung von Elternzeit.

2 Bei der Förderung von Elternzeit beteiligt sich der Kanton mit Beiträgen an juristische Personen, wenn sie:

a) Arbeitnehmenden mit vertraglichem und faktischem Arbeitsort im Kanton nach einer Geburt oder Adoption Urlaub über die Ansprüche gemäss Bundesgesetz über den Erwerbsersatz (Erwerbsersatzgesetz, EOG) vom 25. September 1952 hinaus gewährt haben;

b) und die Arbeitnehmenden den Urlaub bereits bezogen haben.

3 Der Beitrag wird als Taggeld ausbezahlt und entspricht dem Taggeld, welches die Ausgleichskasse gemäss Erwerbsersatzgesetz den Arbeitnehmenden ausbezahlt hat. Das Taggeld wird mindestens für drei Wochen gewährt.

4 Beschränkt steuerpflichtige juristische Personen erhalten Beiträge gemäss Abs. 2 und 3, auch wenn sie keine qualifizierende Anlage im Kanton Basel-Stadt im Sinne von § 5d Abs. 2 vorweisen.

5 Diese Beiträge können in Abweichung von § 5d Abs. 1 auch an steuerbefreite juristische Personen gemäss § 66 lit. f StG geleistet werden.

§ 5g (neu) Bereich Umwelt

1 Im Bereich Umwelt können Beiträge gemäss § 5d für den Ausstieg aus fossilen Energien zur Dekarbonisierung und für die effiziente Nutzung von Energie geleistet werden.

§ 5h (neu) Modalitäten der Beiträge für Massnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt

1 Die Beiträge gemäss §§ 5e – 5g werden auf Gesuch hin einmal jährlich gewährt. Nicht fristgerecht eingereichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

2 Wird vom Regierungsrat eine elektronische Plattform für die Einreichung der Gesuche zur Verfügung gestellt, so werden diese ausschliesslich über diese Plattform entgegengenommen.

3 Die Höhe der Beiträge bemisst sich nach den nachgewiesenen Aufwendungen oder im Falle von § 5g nach den vermiedenen Treibhausgasemissionen oder der eingesparten Energie.

4 Beiträge gemäss § 5e setzen eine ordentliche Revision sowie eine Prüfung des Beitragsgesuchs durch die Revisionsstelle voraus.

5 Die Beiträge gemäss §§ 5e – 5g mit Ausnahme der Beiträge für die Förderung von Elternzeit gemäss § 5f Abs. 2 und 3 können beschränkt werden.

6 Die Beiträge werden mittels einer Verfügung gewährt.

7 Die Finanzkontrolle stellt die Prüfung im Rahmen des Finanz- und Verwaltungskontrollgesetzes (FVKG) vom 17. September 2003 sicher.

§ 5i (neu) Form der Beiträge

1 Beiträge gemäss §§ 5e – 5g können in Form von Förderbeiträgen, qualifizierten Steuergutschriften (QRTC) oder anderen anerkannten Steuergutschriften gewährt werden.

2 QRTC sind Steuergutschriften, welche gemäss OECD/G20-Regelwerken zur Mindestbesteuerung als Förderinstrument anerkannt werden.

3 Die an eine juristische Person gewährten QRTC werden mit deren offenen Steuerschulden der kantonalen Gewinn-, Kapital- und Grundstücksteuerschulden verrechnet.

4 Ist eine Verrechnung der QRTC mit Steuerschulden nicht oder nicht vollständig möglich, werden die QRTC auf künftige Steuerperioden vorgetragen, soweit diese die verrechenbaren Steuerschulden übersteigen.

5 Spätestens vier Jahre ab dem Zeitpunkt, in welchem die juristische Person die Bedingungen für die Ausrichtung des Beitrages erfüllt, ist der in der Form der QRTC zugesprochene Beitrag zur Auszahlung zu bringen.

§ 5j (neu) Förderung von Forschungskooperationen im Bereich der Life Sciences

1 Der Kanton kann neuartige Forschungskooperationen im Bereich Life Sciences zwischen in der Region tätigen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, universitären Spitälern und Kliniken und der im Kanton ansässigen und gemäss § 5d Abs. 1 steuerpflichtigen forschenden Industrie mit Beiträgen fördern.

2 Die Forschungskooperationen müssen einen globalen gesellschaftlichen Nutzen stiften.

3 Mit den Beiträgen werden die Kosten der öffentlichen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner oder mit Hochschulen assoziierten Forschungseinrichtungen oder einer Trägerschaft, die solche Forschungskooperationen organisiert, steuert und beaufsichtigt, mitfinanziert.

4 Die Beiträge werden auf Gesuch hin gewährt.

§ 5k (neu) Fonds für Innovation und Fonds für Gesellschaft und Umwelt

1 Zur Finanzierung der Beiträge gemäss § 5e wird der Fonds für Innovation und zur Finanzierung der Beiträge gemäss §§ 5f, 5g und 5j der Fonds für Gesellschaft und Umwelt eingerichtet.

2 Die Fonds werden jährlich mit einem Gesamtbetrag von 150 Millionen Franken bis zu 500 Millionen Franken geäufnet. Der Gesamtbetrag wird wie folgt aufgeteilt:

a) 80 % des Gesamtbetrages stehen dem Fonds für Innovation zu;

b) 20 % des Gesamtbetrages stehen dem Fonds für Gesellschaft und Umwelt zu, wobei 15 Millionen Franken für Forschungskooperationen im Bereich der Life Sciences nach § 5j vorzusehen sind.

3 Der Regierungsrat entscheidet im Rahmen von Abs. 2 über die jährliche Zuweisung an die Fonds. Dabei berücksichtigt er den Grundsatz des Haushaltgleichgewichts.

4 Über die Entnahme der Mittel aus den Fonds entscheidet der Regierungsrat abschliessend. Er kann die Kompetenz an das zuständige Departement delegieren. Der Regierungsrat berichtet der Wirtschafts- und Abgabekommission alle zwei Jahre über die Entwicklung der Fonds und deren Wirkung.

5 Die zugesprochenen Beiträge dürfen insgesamt nicht höher sein als das jeweilige Fondsvermögen. Die den jeweiligen Fonds zugewiesenen Mittel werden, abgesehen von einer allfälligen Schwankungsreserve, wenn möglich innerhalb eines Jahres ausgerichtet.

6 Die in den ersten fünf Jahren nach Inkrafttreten dieser Bestimmung im Fonds Gesellschaft und Umwelt nicht verwendeten Mittel verbleiben in diesem Fonds. Danach fliessen die jährlichen Mittel, die nicht für die Zwecke Gesellschaft und Umwelt verwendet werden, jeweils in den Fonds für Innovation.

§ 5l (neu) Ansprüche

1 Mit Ausnahme der Beiträge an juristische Personen gemäss § 5f Abs. 2 und 3 besteht kein Anspruch auf Leistungen gemäss diesem Gesetz.

§ 5m (neu) Ausführungsbestimmungen

1 Der Regierungsrat erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu den §§ 5d – 5k.

§ 6 Aufgehoben.

§ 6a (neu) Datenaustausch

1 Mit dem Gesuch um Ausrichtung von Beiträgen gemäss §§ 5e – 5g gewährt die gesuchstellende juristische Person der zuständigen Behörde und von dieser zugezogene Dritten das Recht, Informationen und Daten, die zur Prüfung des Gesuchs

dienlich sind, beim jeweiligen öffentlichen Organ und Dritten ungeachtet von Berufs- und Amtsgeheimnissen und vertraglichen Geheimhaltungspflichten einzuholen.

§ 6b (neu) Rückforderung

1 Beiträge gemäss §§ 5e – 5g, die auf der Grundlage falscher Angaben zugesprochen wurden, verlieren ihre Anspruchsgrundlage oder sind zurückzuerstatten.

2 Rückzufordernde Beiträge gemäss Abs. 1 sind ab Entstehung des Rückforderungsrechts zu dem im Schweizerischen Obligationenrecht festgelegten Zinsfuss zu verzinsen.

3 Verlegt eine juristische Person ihren Sitz, die tatsächliche Verwaltung oder die bisher geförderte Tätigkeit gemäss § 5e in einen anderen Kanton oder ins Ausland, so kann die zuständige Behörde die gesamten Förderbeiträge der letzten drei dem Wegzug vorangehenden Jahre zurückfordern

§ 6c (neu) Rechtsmittel

1 Verfügungen, die in Anwendung dieses Gesetzes getroffen werden, können mit Rekurs nach den allgemeinen Regeln angefochten werden.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 81 gegen 10 Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt.

Die WAK beantragt, den Anzug Pascal Pfister und Konsorten abzuschreiben und die Anzüge Beda Baumgartner und Konsorten, Edibe Gölgeli und Sarah Wyss sowie Nicole Amacher und Konsorten stehenzulassen.

Die WAK verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Nicole Amacher meldet sich zu Wort.

22.1. Anzug Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen

[05.02.25 18:11:27, 23.5345.03]

Nicole Amacher (SP): Wir haben jetzt gesetzlich verankert, dass es drei Wochen Elternzeit gibt. Wir haben aber auch gesehen, dass noch nicht alle Arbeitnehmer:innen von diesen drei Wochen profitieren können. Wir haben uns natürlich, als wir die Anzüge gestellt haben zur Elternzeit, auch etwas anderes vorgestellt als diese drei Wochen. Ich beklage mich nicht, ich habe mich stark gemacht für diese drei Wochen im Rahmen dieses Kompromisses. Aber das ist für mich ein Anfang, und wir können jetzt nicht diese Anzüge so abschreiben. Für uns ist das nicht erledigt, zumal eben noch nicht alle Mitarbeiter:innen davon profitieren können. Ich denke, so lange nicht auch diese Mitarbeiter:innen profitieren können, können wir diese Anzüge nicht abschreiben und ich würde Sie bitten, diese Anzüge nicht abzuschreiben, weil die Mehrheit diese Anzüge ja auch unterstützt hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen über jeden Anzug einzeln ab. Luca Urgese hat beantragt, alle abzuschreiben. Wir kommen zuerst zum Anzug Pascal Pfister und Konsorten.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005884, 05.02.25 18:13:31]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir haben den Anzug abgeschrieben mit 92 Stimmen gegen eine Stimmen bei zwei Enthaltungen.

Wir kommen gleich zur nächsten Abstimmung zum Anzug Beda Baumgartner und Konsorten.

22.2. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort

[05.02.25 18:13:47, 23.5344.03]

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 15 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005886, 05.02.25 18:14:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehengelassen mit 83 gegen 15 Stimmen. Wir kommen zur Abstimmung zum Anzug Edibe Gölgeli und Sarah Wyss.

22.3. Anzug Edibe Gölgeli und Sarah Wyss betreffend Einführung Elternzeit im Kanton Basel-Stadt

[05.02.25 18:14:33, 19.5255.05]

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005891, 05.02.25 18:14:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehengelassen mit 50 gegen 46 Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir kommen zur letzten Abstimmung vom heutigen Abend, zum Anzug, Nicole Amacher und Konsorten.

22.4. Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend Einführung einer Elternzeit in Kanton Basel-Stadt Variante: «Freiwilligen Fondslösungen mit Staatsbeiträgen»

[05.02.25 18:15:12, 23.5237.03]

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Der Grosse Rat beschliesst mir Stichentscheid der Präsidenten

Den Anzug abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich entscheide mich für Abschreiben.

Vielen Dank für die Überstunden, die Sie mit mir an meinem ersten Sitzungstag geleistet haben. Ich bedanke mich herzlich und wünsche einen schönen Abend.

Schluss der 2. Sitzung

18:16 Uhr

Protokoll

der 3. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 12. Februar 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Oliver Thommen (GP), Heidi Mück (BastA), Lydia Isler-Christ (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

23. Zuwahl von vier neuen Richterinnen und Richtern ans Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo 2
24. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von David Mühlemann als Richter am Strafgericht per 30. November 2024), Bericht der WVKo. 4
24.1. Wahl einer nebenamtlichen Richterin ans Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von Derya Tokay-Sahin als Richterin am Strafgericht per 31. Dezember 2024), Bericht der WVKo 6
25. Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern - 2. Lesung 6
27. Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton) 18
28. Motion 1 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt 19
29. Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg 20
30. Motion 3 Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen – Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz 24
31. Anzug 1 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung von Wasserläufen in der Basler Innenstadt 27
32. Anzug 2 Lydia Isler-Christ betreffend Teuerungsausgleich für Werkverträge per Ende Jahr 31
33. Anzug 3 Eric Weber betreffend Angeln als naturnahes Hobby fördern 31
34. Anzug 4 Eric Weber betreffend politische Neutralität an Schulen gewährleisten 32
35. Anzug 5 Eric Weber betreffend Grossrats-Broschüre „So wird in Basel-Stadt entschieden" bitte wieder auflegen und publizieren 33
36. Anzug 6 Eric Weber betreffend Gratis-Abfall-Entsorung für arme Leute 34
37. Anzug 7 Eric Weber betreffend mehr Dienstleistungen für die Herren und Damen Abgeordneten durch den Parlamentsdienst des Grossen Rates Basel 34
38. Anzug 8 Eric Weber betreffend Basler Parlament muss im Monat nach der Wahl in die neue Legislatur starten 35
39. Anzug Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Streichung der Leistungschecks an der Basler Volksschule, Schreiben des RR 36
39.1. Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend standardisierte Leistungschecks, Schreiben des RR 39

Beginn der 3. Sitzung

Mittwoch, 12. Februar 2025, 09:00 Uhr

23. Zuwahl von vier neuen Richterinnen und Richtern ans Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo

[12.02.25 09:00:23, 24.5203.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe vorerst folgende Mitteilungen.

Vertretungen in den Kommissionen: Die Fraktion SP hat die folgenden Vertretungen mitgeteilt: WAK vom 10. Februar bis 30. Juni Melanie Eberhard anstelle von Beda Baumgartner. PetKo vom 10. Februar bis zum 30. Juni Tim Cuénod anstelle von Beda Baumgartner. GPK 10. Februar bis 30. Juni Hanna Bay anstelle von Claudio Miozzari.

Neues Profilbild: Falls Sie sich noch nicht für einen Termin für ein neues Porträtbild eingetragen haben, so machen Sie das bitte heute noch auf der Website des Fotostudio Basilisk. Wir haben das mobile Fotostudio heute noch einmal oben im dritten Stock aufgebaut. Ab 13 Uhr gibt es noch freie Slots. Und sonst versuchten Sie es spontan und gehen Sie kurz vorbei. Als weitere Möglichkeit können Sie sich bis Ende nächster Woche beim Fotostudio Basilisk an der Clarastrasse fotografieren lassen, auch hier eine Anmeldung online.

Hinweis Teilnahme in Abwesenheit: Zu Ihrer Information, heute hat sich Lydia Isler Christ für eine Remote-Teilnahme an unserer Abstimmung angemeldet. Sie sehen dies aufgrund des abgedeckten Abstimmungsgerätes an ihrem Sitzplatz Nummer 12. Dieses darf nicht benutzt werden. Wenn die Lydia Isler Christ an einer Abstimmung teilnimmt sehen Sie dies, als wenn sie hier wäre. Es zeigt sie oben an.

Fundgegenstände: Letzten Mittwochabend wurden in der Kuppel ein blauer und ein gelber Schal gefunden. Falls Sie Eigentümerin oder Eigentümer wären, können Sie sich direkt bei der Kuppel melden und diesen dort abholen.

Noch eine zusätzliche Mitteilung, da ich schon vielseitig darauf angesprochen wurde: Heute Abend findet keine Nachtsitzung statt. Sie sehen dies jeweils auf dem Geschäftsverzeichnis oder im Internet. Dort steht, wann wir Sitzungen haben und wenn es eine eventuelle Nachtsitzung gäbe, würde dies ebenfalls in Klammer dort so festgehalten sein.

Dann kommen wir nun zu den traktandierten Geschäften.

Traktandum 23, Zuwahl von 4 neuen Richterinnen und Richtern ans Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 bis 2027, Bericht der Wahlvorbereitungskommission. Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, 1. Dr. Nicole Kuster Simon, 2. Dr. iur. Lukas Schaub, 3. Désirée Stramandino und 4. Dr. iur Nina Blum als Richter:innen am Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren weiteren Wahlvorschläge eingegangen. Für die Kommission hat das Wort Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Ich darf hier anstelle des bisherigen Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission sprechen, der ja wie Sie wissen nicht mehr im Grossen Rat vertreten ist. Dies geschieht auch in Absprache mit dem neugewählten Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission, der bei der Behandlung dieses Geschäfts noch nicht in der Wahlvorbereitungskommission war.

Die Wahlvorbereitungskommission beantragt Ihnen mit dem vorliegenden Bericht die Wahl von vier in unseren Augen sehr geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl ans Appellationsgericht als nebenamtliche Richter:innen. Wie Sie dem Bericht der Wahlvorbereitungskommission entnehmen konnten, hatte die Kommission eine Auswahl von mehr als vier Personen für die vier neu geschaffenen Stellen am Appellationsgericht. Insgesamt sieben Personen wurden von den Fraktionen für die vier Stellen nominiert. Die Kommission hat daher bereits im Vorfeld beschlossen, alle Kandidatinnen und Kandidaten zu einem Hearing einzuladen, um allen auch die gleiche Ausgangslage geben zu können. Um ein möglichst faires Auswahlverfahren garantieren zu können, hat auch die Wahlvorbereitungskommission bereits im Vorfeld für sich Kriterien für die Bewertung der Kandidaturen aufgestellt.

An erster Stelle, und das ist es für uns ganz wichtig, steht die fachliche und persönliche Eignung der Kandidatinnen und Kandidaten. Bei der fachlichen Eignung achteten wir auch darauf, dass die Kandidatin oder der Kandidat einen breiten juristischen Background mitbringt, der die vielen verschiedenen Rechtsgebiete des Appellationsgerichts abdeckt. Andererseits war es aber für uns gerade kein Nachteil, wenn die Kandidatin oder der Kandidat insbesondere im Strafrecht sehr gute Kenntnisse mitbringt, da die Aufstockung am Appellationsgericht aufgrund der neuen Strafprozessordnung erfolgte und in diesem Rechtsgebiet viele neue Aufgaben auf das Gericht zukommen werden.

Daneben, aber erst in zweiter Linie, sollte auch die politische Vertretung und der Proporz eine Rolle spielen bei der Nomination oder bei der Empfehlung der Kommission. Die Kommission wartete daher bewusst auf die Resultate der Gesamterneuerungswahlen vom Herbst 2024, um einen neuen Fraktionsschlüssel zu erstellen. Hierbei wurden nebst den bisherigen Vertretungen der Fraktionen am Appellationsgericht auch die Vertretungen an allen anderen Gerichten berücksichtigt.

Ich möchte hier jetzt noch auf zwei Punkte eingehen, die während der Kommissionsberatung zu Diskussionen führten und die aber auch im Bericht im Detail nachzulesen sind. Erstens die Gewichtung der Übervertretungen oder Untervertretungen von Parteien und Fraktionen in den Gerichtspräsidien an den Gerichten. Eine Minderheit der Kommission fand, dass dies zu Korrekturen bei der Anwendung des Fraktionsschlüssels führen sollte. Wir kamen in der Kommission aber in der Mehrheit in diesen Fragen zum Schluss, diesen Aspekt weniger zu gewichten, weil die Gerichtspräsidien gemäss der Verfassung durch das Volk bestimmt werden. Wie bereits gesagt, können Sie die Linien der Diskussion und der Argumente im Bericht im Detail nachlesen.

Zweitens wurde auch die Frage gestellt und diskutiert, wie mit einer Kandidatur einer Kollegin oder eines Kollegen hier aus dem Grossen Rat umzugehen ist. Auch hier haben wir in unserem Bericht unsere Überlegungen dargelegt. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es für uns kein Hinderungsgrund darstellt, eine Person zu empfehlen, die in unseren Reihen hier im Grossen Rat sitzt.

An dieser Stelle möchte ich den Kolleginnen und Kollegen der Kommission meinen Dank aussprechen für die tolle Zusammenarbeit und die wertschätzende Diskussionskultur. Unsere Wahlempfehlungen erfolgen nicht immer einstimmig, sind aber geprägt von gegenseitigem Respekt und Verständnis für die anderen Meinungen. Bei Gegenstimmen geht es dann meist nicht um die Einschätzung der Eignung der Kandidaturen, sondern es geht mehr darum, wenn wir gleichwertige Kandidaturen haben, welche Kriterien mehr oder weniger stark gewichtet werden.

Die Wahlvorbereitungskommission beantragt Ihnen einstimmig die Wahl von Frau Nicole Kuster Simon Herrn Lukas Schaub und Frau Désirée Stramandino und mit 4 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung Frau Nina Blum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch. Gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Drittel der Stimmen offene Wahlen beschliessen. Ich beantrage Ihnen hiermit offene Wahlen und starte die Abstimmung darüber.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005941, 12.02.25 09:09:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 89 Stimmen gegen eine Stimme für offene Wahlen entschieden. Somit schreiten wir zur Wahl.

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von vier Richter/-innen zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005946, 12.02.25 09:10:50]*

Der Grosse Rat wählt

als neue nebenamtliche Richterinnen und Richter am Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027:

Dr. iur. **Nicole Kuster-Simon** (geb. 1978, whft. in 4051 Basel)

Dr. iur. **Lukas Schaub** (geb. 1980, whft. in 4053 Basel)

Désirée Stramandino, MLaw, (geb. 1985, whft. in 4125 Riehen)

Dr. iur. **Nina Blum** (geb. 1980, whft. in 4053 Basel)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vier Personen mit 91 Stimmen gegen eine Stimme bei einer Enthaltung gewählt.

Ich gratuliere Nicole Kuster, Lukas Schaub, Désirée Stamandino und Nina Blum zur Wahl als Richter:innen am Appellationsgericht und wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im neuen Amt. *(Applaus)*

24. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von David Mühlemann als Richter am Strafgericht per 30. November 2024), Bericht der WVKo

[12.02.25 09:11:32, 24.5470.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Fabian Odermatt sowie Meret Rieger als Richter:in am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Ich übergebe das Wort an Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Auch bei diesem Geschäft darf ich für den früheren Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission sprechen. Und auch bei diesem Geschäft hatten wir wie beim vorhergehenden mehr Kandidatinnen und Kandidaten als Stellen zu besetzen waren, was für uns auch eher ein ungewöhnlicher Fall ist, weil normalerweise bei Ersatzwahlen die Fraktionen, die die bisherigen Sitze innehatten, für die Nachfolge sorgen oder Kandidatinnen aufstellen.

Bei diesem Geschäft ging es um zwei nebenamtliche Richterinnen- und Richterstellen am Strafgericht. Diese Stellen wurden frei, weil zwei bisherige nebenamtliche Richter:innen den Sprung ins Gerichtspräsidium schafften. Wie bereits gesagt, erhielten wir mehr Bewerbungen, es waren insgesamt drei Bewerbungen, die wir von den Fraktionen erhielten für diese zwei Stellen.

Auch hier beschloss die Wahlvorbereitungskommission im Vorfeld, alle drei Kandidaturen zu einem Hearing einzuladen, da auch hier die Prämisse für uns galt, dass die fachliche und persönliche Eignung an erster Stelle stehen sollte. Nachdem sich die Kommission ein Bild von den drei Kandidatinnen und Kandidaten machen konnte und alle drei für sehr geeignet für das

Amt einschätzte, hat die Kommission dann schlussendlich beschlossen, dass sie das Kriterium des Verteilschlüssels der Fraktionen hier zur Grundlage nimmt, um weitere Entscheidungen zu fällen. Sie kam also zum Schluss, dass es keinen keinen Grund gibt, hier vom Schlüssel abzuweichen. Daher empfiehlt Ihnen die Wahlvorbereitungskommission einstimmig die Wahl von Herrn Fabian Odermatt und mit 6 Stimmen bei einer Enthaltung von Frau Meret Rieger.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch. Gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Dritteln der Stimmen offene Wahlen beschliessen. Ich beantrage Ihne eine offene Wahl. Wir stimmen darüber ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005949, 12.02.25 09:14:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 90 Stimmen gegen eine Stimme für offene Wahlen entschieden. Wir schreiten damit zur Wahl.

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Fabian Odermatt zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005950, 12.02.25 09:15:37]*

Der Grosse Rat wählt

anstelle des per 30. November 2024 zurückgetretenen Dr. iur. David Mühlemann

Dr. iur. **Fabian Odermatt** (geb. 1985, whft. in 4051 Basel)

als nebenamtlichen Richter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027.

Die Wahl ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere Fabian Odermatt zur Wahl als Richter am Strafgericht und wünsche ihm viel Freud und Erfolg im Amt. Er wurde mit 92 Stimmen gegen eine gewählt.

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Meret Rieger zustimmt, stimmt ja wer nicht zustimmt stimmt nein. Die Abstimmung startet jetzt.

24.1. Wahl einer nebenamtlichen Richterin ans Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von Derya Tokay-Sahin als Richterin am Strafgericht per 31. Dezember 2024), Bericht der WVKo

[12.02.25 09:16:29, 24.5481.02]

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Meret Rieger zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005952, 12.02.25 09:16:30]*

Der Grosse Rat wählt

anstelle der per 31. Dezember 2024 zurückgetretenen Dr. iur. Derya Tokay-Sahin

Meret Rieger, MLaw (geb. 1996, whft. in 4052 Basel)

als nebenamtliche Richterin am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027.

die Wahl ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Meret Rieger mit 93 Stimmen gegen eine Stimme als Richterin ans Strafgericht gewählt. Ich wünsche ihr viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

25. Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern - 2. Lesung

[12.02.25 09:16:48, 22.1446.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage in zweiter Lesung zuzustimmen. Das Wort hat der Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die erste Lesung der Vorlage im Januar wurde noch in der alten Besetzung des Grossen Rates behandelt. Aufgrund einer speziellen Situation kam es im Verlauf der Behandlung zu einer etwas unübersichtlichen Lage. Über zwei Anträge der Regierung konnte schlussendlich nicht mehr abgestimmt werd. Es wurde eine zweite Lesung verlangt, die Ende Januar an der letzten Sitzung der GSK in alter Besetzung stattgefunden hat. Aufgrund der Tatsache, dass das vorliegende Gesetz weder im Parlament noch in der Kommission verändert wurde, berichten wir deshalb mündlich und zeitnah.

Da es schon kompliziert genug war oder ist, hat die alte GSK entschieden, dass ich als ehemaliger Präsident das Geschäft nochmals als Kommissionssprecher vertrete. In der zweiten Lesung haben wir in der Kommission erneut über einzelne Auswirkungen der Anpassung debattiert, insbesondere über die beiden Anträge Volle Erwerbstätigkeit und Altersschwelle, welche noch nicht im Parlament besprochen wurden. Die Positionen haben sich innerhalb der GSK aber nicht verändert und von der Minderheit wurden keine neuen Anträge eingereicht. Weil über die Anträge Karenzfrist und Zusätzliches Zimmer im Grossen Rat bereits inhaltlich debattiert und korrekt darüber abgestimmt wurde, verzichtete die Minderheit in der Kommission, diese wieder zur Diskussion zu stellen. Der Regierungsrat verzichtete ebenfalls darauf, diese beiden Anträge

neu zu stellen, so dass nun von den vier Anträgen noch zwei verbleiben, über die wir heute abstimmen müssen. Ich werde dies in der Detailberatung noch genauer erläutern. Die zweite Lesung hat somit das vorliegende Gesetz nicht verändert. Es gilt weiterhin die Version des Berichts der GSK.

Da die neuen Mitglieder des Parlaments die Eintretensdebatte nicht mitbekommen haben, werde ich nochmals kurz erläutern, um was es beim vorliegenden Mietbeitragsgesetz geht und kurz eine Orientierung geben zu den Anträgen, über die bereits abgestimmt wurde.

Von Vorteil wäre es, wenn die Fraktionssprechenden bereits in ihrem Fraktionsvotum ihre Position zu den beiden noch verbleibenden Anträgen der Regierung darlegen könnten. Zudem werde ich in der Detailberatung vor der jeweiligen Abstimmung der Paragraphen sie darauf aufmerksam machen, dass nun die Debatte zu einem vorliegenden Antrag möglich wäre. Insbesondere möchte ich darauf hinweisen, dass bei § 3 bereits über den Antrag der Regierung zur Wiedereinführung der §§ 8 bis 10, also explizit über das Thema der vollen Erwerbstätigkeit, gesprochen werden soll. Wie wir nun wissen, ist die Abstimmung bei § 3 entscheidend, wie es mit den §§ 8 bis 10 weitergehen soll.

Nun, worum geht es bei der Totalrevision des Mietbeitragsgesetzes? Der Ratschlag zur Totalrevision ist für das soziale Basel von grosser Bedeutung. Die GSK hat sich für die Beratung ausführlich Zeit genommen und sich intensiv mit der Thematik und dem Ratschlag auseinandergesetzt. Die steilen Wohnkosten dominieren seit Jahren die sozialpolitische Debatte in Basel und in den grossen schweizerischen Städten. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und seit dem Jahr 2018 ist das Recht auf Wohnen in unserer Kantonsverfassung verankert. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren durch Mietzinssteigerungen und tiefe Leerstandsquote weiter verschärft. Es wurden zwar diverse Massnahmen ergriffen, um die soziale Wohnpolitik im Kanton zu fördern, wie beispielsweise das Wohnbauprogramm 1000 Plus, aber der Druck ist immer noch enorm hoch und so hat die Subjekthilfe mittels den bekannten Mietzinsbeiträgen an Familien weiterhin eine grosse Bedeutung. Das aktuelle Mietzinsbeitragsgesetz leistet finanzielle Unterstützung für Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen, bei mehr als einem Drittel der Haushalte handelt es sich dabei um Einelternfamilien.

Weil aber die Armutsquote bei Haushalten ohne Kinder hoch ist und eine Mehrheit der Armutsbetroffenen darstellen, sollen die Mietzinsbeiträge in Zukunft an Haushalte ohne Kinder ausgeweitet werden. Die Prüfung des Anzugs Thomas Witter Huber hat gezeigt, dass eine Erweiterung der Mietbeiträge auf Haushalte mit geringen Einkommen ohne Kinder zu einer gezielten Entlastung von armutsgefährdeten Personen führen würde. Der Regierungsrat beantragte mit dem Ratschlag eine Totalrevision des Mietbeitragsgesetzes, dieses heisst nun neu Gesetz über die Ausrichtung von Mietbeiträgen. Dabei wurden folgende Inhalte auf Gesetzesebene formuliert:

Mietbeiträge werden neu auch für Einzel- und Paarhaushalte ohne Kinder gesprochen. Die Anspruchsberechtigung beginnt mit 25 Jahren. Bedingung ist eine volle Erwerbstätigkeit, das heisst mindestens eine 80 Prozent-Anstellung, Haushalte mit Besuchsrecht werden bessergestellt und erhalten auch Mietbeiträge. Weiterhin ist der Mietbeitrag von Einkommen, Mietzins und Wohnungsgrösse abhängig. Mit dem totalrevidierten Gesetz werden rund 1’700 Haushalte zusätzlich von Mietbeiträgen profitieren und es ergeben sich zusätzliche Ausgaben von insgesamt 5 Millionen Franken pro Jahr.

Die GSK war sich einig, dass es sich um ein bedeutsames Geschäft handelt und befürwortet die Öffnung der Mietzinsbeiträge auf Haushalte ohne Kinder. Mit der Einführung von Mietbeiträgen soll eine möglichst schwellenlose Ablösung der Sozialhilfe möglich werden beziehungsweise schon im vornherein verhindert werden. Im Verlauf der Kommissionsberatung wurde von einem Teil der GSK mehrere Anträge gestellt, damit noch mehr Personen von Mietbeiträgen profitieren können. Der andere Teil der GSK möchte beim Vorschlag der Regierung bleiben. Die Abstimmungen zu den Anträgen führten in der GSK zu sehr knappen Entscheidungen inklusive zweier Stichentscheide durch den damaligen Präsidenten. Alle Anträge wurden angenommen. Die Kommission hat sich gegen einen Minderheitsbericht entschieden, da die Minderheit dieselbe Position wie der Regierungsrat vertritt.

In der Kommissionsberatung wurden insgesamt fünf Anträge bestellt. Der Antrag zur Karenzfrist: Dieser soll die Karenzfrist auf Gesetzesebene regeln und bei zwei Jahren festschreiben anstelle von fünf Jahren auf Verordnungsebene. Dieser Antrag wurde im Grossen Rat debattiert und es wurde korrekt darüber abgestimmt. Der Antrag der Regierung, auf die ursprüngliche Version von fünf Jahren zurückzukommen, wurde abgelehnt.

Der Antrag zur Wohnungsbelegung bei getrennt lebenden Eltern. Die Berechnung der Mietbeiträge und der Zimmerzahl sollen nicht zwischen den Elternteilen unterschieden werden. Auch hier wurde der Antrag der Regierung abgelehnt und es gilt die Version der GSK und somit die gleiche Regelung für beide Elternteile.

Zum Antrag zur Streichung der vollen Erwerbstätigkeit zugunsten einer Berechnung mittels hypothetischen Einkommens sowie zum Antrag zur Streichung der Altersschwelle von 25 Jahren kommen wir anschliessend in der Detailberatung. Der Antrag zum Haushaltsabzug wurde im Verlauf der Beratung wieder zurückgezogen.

Noch einmal kurz zur finanziellen Wirkung der Anträge: Die finanziellen Auswirkungen unterscheiden sich je nach Antrag, diese sind im Bericht der GSK detailliert ausgewiesen. Werden alle Anträge gemäss GSK umgesetzt, ergeben sich Kumulierungen. Neu profitieren 3’250 Haushalte gegenüber 1’700 Haushalten gemäss der Variante der Regierung, also rund 1’500 Haushalte zusätzlich. Die Kosten für die Mietbeiträge steigen mit der Erweiterung der GSK von 4,6 Millionen auf neu

8,1 Millionen Franken und die Verwaltungskosten verdoppelt sich knapp auf 700’000 Franken. Insgesamt resultieren aus der Erweiterung also Mehrausgaben von 3,2 Millionen Franken, auf der anderen Seite kommt es bei der Sozialhilfe zu Ausgabenreduktionen.

Die GSK beantragt dem Grossen Rat mit 6 zu 2 Stimmen, der durch die Kommission veränderten Beschlussvorlage gemäss Bericht der GSK zuzustimmen und den Anzug von Thomas Widmer Huber als erledigt abzuschreiben. Nochmals erwähnt, aufgrund Abwesenheiten bei der Schlussabstimmung in der Kommission entstand ein zu deutliches Stimmengewicht für den Beschluss der GSK-Mehrheit.

Zur Orientierung betone ich nochmals, dass die GSK-Mehrheit bei der erweiterten Gesetzesvorlage bleibt und die GSK-Minderheit den noch zu verbleibenden zwei Anträgen der Regierung folgt. Bitte achten Sie für die Abstimmung in der Detailberatung auf die genaue Formulierung. Und wie bereits erwähnt werde ich jeweils vor der Abstimmung zu den betreffenden Paragraphen mich nochmals mit einem Votum melden. Ich danke dem Parlamentsdienst beziehungsweise dem Präsidenten für ein entsprechendes Erinnern, falls es vergessen geht.

Abschliessend möchte ich nochmals erwähnen, dass sich die GSK klar für eine Ausweitung ausgesprochen hat, aber über die Breite des Angebots unterschiedliche Haltungen hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächster an der Reihe ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Basel-Stadt ist ein Kanton mit einem grossen Wohlstand. Uns geht es gut, dank unserer Wirtschaft, dank unserer Geschichte, und das verpflichtet uns auch, für unsere soziale Verantwortung hier zu sein für diejenigen Menschen, die auf der Schattenseite stehen und die nicht so ein hohes Einkommen haben. Und auch diese Menschen gibt es hier bei uns im Kanton Basel-Stadt.

Die grossen Ausgabeposten bei Haushalten bei allen Haushalten, aber insbesondere bei Haushalten mit tiefen Einkommen sind die Krankenkassenprämien und die Mieten. Wir haben in beiden Bereichen zum Teil auch Steigerungen, die höher sind als die normale Teuerung. Bei den Krankenkassenprämien haben wir ein System, das in sich abgestimmt ist, wir haben die Ergänzungsleistung, die Sozialhilfe, auf der einen Seite, die Menschen mit ein IV- und AHV-Renten unterstützen oder Menschen unter dem Existenzminimum, die bei der Sozialhilfe sind. Und wir haben für die Menschen, die arbeiten und nicht auf der Sozialhilfe sind und tiefe Einkommen haben, die Prämienverbilligungen, die wir ja auch konstant jedes Jahr der Prämienteuerung anpassen. Ob das System ganz schön justiert ist, ist natürlich eine politische Diskussion, aber grundsätzlich haben wir ein soziales Sicherungssystem für diesen Bereich der Ausgaben.

Bei den Mieten haben wir das in vielen Bereichen auch. Wir haben einerseits die Objekthilfe, also wir schauen, dass preiswertes Wohnen entsteht und erhalten bleibt hier in diesem Kanton. Das ist auf Seiten der Objekte, aber wir haben auch auf Seite der Subjekthilfe – und auch das ist entscheidend, weil nicht alle alle die Möglichkeit haben, in preisgünstigem Wohnraum zu leben in dieser Stadt – ein breites Sicherungssystem, aber dort gibt es eben heute noch eine Lücke. Die Ergänzungsleistung leistet Mietbeiträge an Menschen mit einer IV-oder AHV-Rente, die Sozialhilfe leistet Mietbeiträge für Menschen, die in der Sozialhilfe sind, bei den Familien mit tiefen Einkommen haben wir erfolgreiche Mietbeiträge, aber dort ist eben bis heute die Bedingung, dass mindestens ein Kind in diesem Haushalt lebt. Eine Lücke haben wir bei kinderlosen Haushalten, also bei Einpersonen- und Paarhaushalten, die mit tiefen Einkommen sind und nicht in der Sozialhilfe sind und nicht eine AHV- oder IV-Rente haben. Und auch dort gibt es Armut, auch diese Menschen sind von Armut betroffen und genau hier setzt die Erweiterung an, die der Regierungsrat dem Grossen Rat vorschlägt.

Diese Lücke möchten wir heute schliessen und ich bin sehr froh, dass dieses Anliegen auch breit getragen wird durch alle Fraktionen, dass diese Lücke anerkannt ist und man jetzt diesen Schritt gehen will. Wie weit dieser Schritt geht, das haben wir im Januar schon diskutiert und das diskutieren wir heute. Wichtig auch aus einer Arbeitsanreizsituation ist, dass wir die Schwelle wegbekommen, knapp nach der Sozialhilfe. Dort haben wir heute die Situation, dass wenn jemand knapp nicht in der Sozialhilfe ist oder die Sozialhilfe verlassen kann wegen einer Arbeitstätigkeit, dann haben wir dort eine Lücke, dass die Person, obwohl sie arbeitet und ein höheres Einkommen generiert, am Ende des Tages vielleicht weniger Geld zur Verfügung hat. Und dies ist sehr störend aus einer Gerechtigkeitssicht und es ist auch störend, weil es die falschen Anreize setzt. Wir möchten, dass Arbeit sich lohnt. Und auch hier leistet die Erweiterung des Mietbeitragsgesetzes, die wir heute diskutieren, einen wichtigen Beitrag, um diese Schwelle bei Ein- und Zweipersonenhaushalten deutlich zu reduzieren. Also auch dies ist ein sehr wichtiger Grund für die Wichtigkeit dieses Geschäftes, das wir heute zum zweiten Mal diskutieren.

Ich möchte jetzt auf die Details eingehen, weil der Präsident wünscht, dass wir das im Eintreten machen. Dann halte ich mich auch an diesen Wunsch des GSK-Präsidenten. Der Regierungsrat hält in vier Themen, zu denen die GSK-Mehrheit Änderungen vorschlägt, an seinem Ratschlag fest. Er ist durchdacht und er hat auch seine Logik und deshalb hält auch der Regierungsrat an diesen Anträgen fest. Zwei davon wurden inhaltlich debattiert und es wurde darüber abgestimmt im Januar.

die haben wir zurückgezogen, da ist die demokratischen Diskussion erfolgt und Sie haben entschieden und sind der GSK-Mehrheit gefolgt.

Zwei inhaltliche Themen haben wir das letzte Mal nicht diskutiert und deshalb bin ich sehr froh, dass es eine zweite Lesung gibt und heute auch diese demokratische Auseinandersetzung um diese beide Anträgen möglich ist.

Zum ersten Antrag: Es geht um die Anforderung an die Erwerbsarbeit. Der Regierungsrat schlägt Ihnen hier eine höhere Hürde vor, als das bei den anderen Sozialleistungen der Fall ist, weil wir den Anspruch haben, damit man von dieser quasi neuen Sozialleistungen profitieren kann, dass man sich in den Arbeitsmarkt begibt und deshalb ist die Anforderung, dass jemand 80 Prozent arbeitet, damit er Anspruch auf diese Sozialleistung hat. Das ist anders bei den Prämienverbilligungen und anderen Sozialleistungen, auch bei den Familien. Weiterhin werden wir nicht mit diesem System arbeiten, sondern dort rechnen wir das Potenzialeinkommen ein, wenn jemand weniger arbeitet und eigentlich könnte, dann rechnen wir ein hypothetisches Einkommen dem Potenzialeinkommen dazu, was entsprechend die Sozialleistung reduziert. Wenn jemand also nicht voll arbeitet, hat das zur Folge, dass man tiefe Unterstützungsleistungen bekommt. Wir finden es richtig und auch inhaltlich gerechtfertigt, dass man die Hürde höher setzt. Deshalb stellt der Regierungsrat diesen Antrag und der Vorschlag ist dann in den §§ 3, 8, 9 und 10, und der Regierungsrat wird nach der ersten Abstimmung, falls er unterliegt, die folgenden drei Anträge zurückziehen, damit Sie nur einmal über dieses Thema abstimmen müssen.

Der zweite Punkt, der heute noch diskutiert wird, ist, ab wann diese Sozialleistung greift, ob ab 25 oder 18 Jahren, ob bereits 19-jährige Anspruch haben auf diese Leistung oder erst 25 bis 26-Jährige. 25 hat eine klare Konsistenz. 25 kennen wir an vielen Orten beim das Sozialversicherungsrecht. Auch bei den Kinder- und Familienzulagen ist 25 die entscheidende Schwelle beim Alter, davor auch bei den anderen Sozialleistungen rechnen wi junge Menschen, die unter 25 sind und in Ausbildung stehen, den Haushaltseinheiten der Eltern zu, wenn wir entscheiden, ob es eine Unterstützung gibt oder nicht. Der Grosse Rat hat eine Motion überwiesen, mit der die Grenze bei den Ausbildungszulagen erhöht wird auf 27 Jahr, so jedenfalls gemäss Erstüberweisung der Motion von Christine Keller. Und hier gehen Sie in die andere Richtung oder zumindest der Antrag der GSK-Mehrheit. Ich möchte Sie bitten, hier Konsistenz zu wahren, am besten bei beiden Themen, aber bei einem Thema immer weiter hoch zu gehen und beim anderen Thema immer tiefer runter, das ist nicht sehr konsistent.

Das andere ist die inhaltliche Frage. Ja, es ist zumutbar, dass jemand, der noch nicht 25 ist und nicht genügend verdient, um sich eine Ein- oder Zweizimmerwohnung zu leisten, entweder schaut, ein höheres Einkommen zu generieren, oder dann halt auf der Kostenseite einen Beitrag zu leisten, indem man in einer WG wohnt, wo die Kosten tiefer sind oder bei den Eltern bleibt. Das ist die andere Möglichkeit. Das ist auch inhaltlich zumutbar und es soll auch entsprechend Anreize setzen, damit man auch mittelfristig schaut, dass man sein Einkommen verbessern kann, insbesondere indem man sich auch weiterbildet und eine Berufslehre macht. Aus dieser Sicht ist es gut vertretbar und richtig, dass wir hier anders unterstützen als jemanden, der älter ist. Das ist der inhaltlich materielle Grund, der für das Alter 25 spricht. Und wir haben immer noch die Möglichkeit des Härtefalls. Wenn es für jemanden nicht zumutbar ist, dass er oder sie in einer WG wohnt oder nicht zumutbar ist, dass er oder sie bei den Eltern verbleibt, können wir Unterstützung leisten, aber nicht als Anspruch der immer gilt, wenn man entsprechend tiefes Einkommen hat und entsprechende Wohnkosten.

Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, bei diesen 25 zu bleiben und nicht diese Grenze herunterzusetzen und bei der Altersfrage und den sozialen Sicherungssystemen eine Konsistenz an den Tag zu legen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Fraktionssprecher hat sich Raoul Furlano gemeldet.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich lege nur ganz kurz dar für diejenigen, die noch nicht da gewesen sind in der ersten Debatte und in der ersten Eintretensdebatte, wieso es zu einer zweiten Lesung gekommen ist. Die zweite Lesung ist habe ich beantragt und ist überraschenderweise durchgekommen, weil der Ablauf nicht ganz so demokratisch korrekt war. Was demokratisch korrekt abgelaufen ist, sind die die Diskussionen der ersten zwei Geschäfte, wie der Regierungsrat und auch korrekterweise unser ehemaliger Präsident der GSK berichtet haben.

Das ist alles gut und recht, in einer zweiten Lesung hätte man eigentlich das Recht, das ganze Geschäft noch einmal von vorne zu diskutieren. Viele haben gemeint, das wäre nur der Fall, wenn etwas juristisch nicht ganz gelaufen ist. Ja, wir hätten das Geschäft tatsächlich noch einmal in die neu zusammengesetzte GSK bringen und neu alle vier Geschäfte noch einmal im Plenum diskutieren können.

Das haben wir von bürgerlicher Seite aus taktischen Gründen, um Steuergeld zu sparen und um Zeit zu sparen, nicht mehr gemacht, weil wir eingesehen haben, dass in der GSK eine linke Mehrheit besteht, die Geschäfte genau gleich noch einmal diskutiert worden wären für nichts und wieder nichts, leider, und im Parlament wären wir auch unterlegen. Das ist der Hintergrund. Und ohne das Kommissionsgeheimnis zu verletzen, darf ich auch sagen, wir haben das fair noch einmal diskutiert in einer letzten GSK-Sitzung, an der wir Bürgerlichen auch noch ein paar weitere Änderungsanträge eingebracht

haben, aber wir wollten das nicht noch einmal ausdiskutieren, sonst hätte sich das Geschäft noch weiter nach hinten verschoben.

Das Geschäft ist natürlich sehr wichtig. Seien Sie also nicht überrascht, wenn die LDP sich am Schluss vielleicht der Stimme enthält. Es ist eine absolut nötige und zielgerichtete Totalrevision. Das Problem ist nur, wie der Regierungsrat selber auch schon gesagt hat, dass man hinter dem rein Finanziellen nicht stehen könne, und der Regierungsrat hat sich etwas überlegt dabei. Und das ist nicht unsere Meinung. Er hat jetzt schon in der Eintretensdebatte argumentiert, was ich jetzt nicht tun will. Das ist jetzt eine Eintretensdebatte. Ich sage einfach, wie es dazugekommen ist, wie wir abstimmen werden. Wir und höchst wahrscheinlich auch die FDP, SVP und die Mitte werden bezüglich den zwei Änderungsanträgen, die noch debattiert werden, der Regierung folgen. Also passen Sie ganz fest auf, was der Präsident oben auf dem genau vorlesen wird, denn das letzte Mal ging das ein bisschen drunter und drüber.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich fasse noch einmal kurz das Votum zusammen, das ich das letzte Mal gehalten habe hinsichtlich der übergeordneten Verfassungsebene. Die GLP steht voll hinter dieser Gesetzesrevision. Wir finden es richtig, dass man da etwas macht im Sinne dessen, dass wir ganz klar für eine Subjekthilfe sind und Objekthilfe im Bereich Wohnen eher kritisch sehen. geht. Das ist vermutlich bekannt ist, aber ich wollte es hier noch einmal sagen.

Was die beiden konkreten Anträge betrifft, die jetzt auf dem Tisch liegen, so werden wir den einen Änderungsantrag der Regierung unterstützen, nämlich dass man bei der Ratschlagsversion der vollen Erwerbstätigkeit bleiben soll. Den anderen Antrag werden wir nicht unterstützen. Wir finden es sinnvoll, dass man die Altersschwelle aus dem Gesetz streicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Auch ich halte mich kurz, ich hatte im Januar ein längeres Eintretensvotum gehalten. es tut mir Leid für die Neuen, dass sie das nun nicht hören, aber ich habe mich jetzt entschieden, die Bisherigen nicht noch einmal damit zu langweilen.

Ich war ja damals sehr enthusiastisch und habe laut herausgeschrieben, dass es ein guter Tag sei. Das war offensichtlich etwas ungeschickt, weil es sich dann gezeigt hat, dass es nicht so gut war respektive etwas chaotisch. Ich rufe das jetzt nicht nochmals aus, aber ich hoffe natürlich, dass heute ein guter Tag ist.

Die SP-Fraktion unterstützt weiterhin die GSK-Mehrheit, die GSK-Variante. Ich werde bei der Detailberatung dann nochmals inhaltlich darauf eingehen, was ich jetzt aber im Voraus schon nochmals betonen will ist folgendes: In meiner Arbeit begegne ich Tag für Tag Menschen, die sozial benachteiligt sind, die auf Mietbeiträge angewiesen sind, um überhaupt eine Wohnung zu finden. Sie wissen alle, es gibt wenig günstigen Wohnraum in Basel-Stadt und ob man 100 Franken mehr hat oder weniger, das macht in diesem Einkommensschichten extrem viel aus. Und was ich Ihnen auch versichern kann ist, dass alle diese Menschen am Kämpfen sind. Es ist nicht bei allen gleich prekär und existenziell, aber es gibt wirklich keine einzige Person, die sich irgendwie auf den Sozialleistungen des Staates ausruht. Auch wenn wir Mietbeiträgen Menschen am Existenzminimum unterstützen, ist es immer noch wahnsinnig wenig Geld, das sie zum Leben haben. Es ist immer noch sehr oft ein grosser Stress.

Die Annahme, dass es Anreize braucht für diese Leute, damit sie sich im Arbeitsleben anstrengen, damit sie Vollzeit arbeiten, ist wirklich einfach falsch. Anders gesagt, der Anreiz ist sowieso da, alle diese Leute würden gerne mehr Einkommen haben, um ein gesundes und anständiges Leben zu führen. Aber es ist einfach nicht so einfach, einen festen Job mit festem Pensum über 80 Prozent zu finden in diesem Niedriglohnsegment. Darauf gehe ich später noch ein.

Ich bitte Sie deshalb jetzt nur einfach für diese Debatte noch einmal die Scheuklappen zu öffnen und sich inhaltlich auf die Argumente einzulassen. Das würde mich sehr freuen. Die SP empfiehlt wie gesagt weiterhin, das Gesetz anzunehmen und die GSK-Variante zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Zumindest im Thierstein Schulhaus ist heute ein sehr grosser Tag, denn die Erstklässler bekommen ihr Schulmaskottchen Bilby, welches von den Eltern genäht wurde, überreicht. Ich war also heute in einer

Turnhalle mit rund 400 Schülern würde ich sagen, ich habe es im Kopf überschlagen, während sie diverse Lieder sangen. Ich kann davon ausgehen, dass zehn dieser Kinder Familienmietbeiträge haben, die Quote im Gundeli ist 2,2 Prozent, ein bisschen höher als in anderen Quartieren, aber auch ein bisschen niedriger als in Kleinhüningen.

Diese zehn Familien profitieren davon. Das ist eine grosse Entlastung für die Eltern, die so vielleicht Ressourcen für anderes haben. Das hat mich sehr gefreut für diese Familie, und ich denke, wir haben hier ein grossartiges Gesetz, welches eine grossartige Entlastung bringt, welches Ressourcen frei macht für andere Probleme. Diese 400 Familien haben wahrscheinlich alle irgendein Problem, grösser oder kleiner. Uns es ist schön, wenn wir etwas dazu beitragen können.

Ich möchte dann auch nicht mehr gross auf die Mietbeiträge insgesamt eingehen, sondern einfach noch etwas zur Erwerbstätigkeit sagen. Ich spreche im Übrigen für die BastA und meine Fraktion und wir unterstützen hinsichtlich Erwerbstätigkeit den Antrag der GSK-Mehrheit. Es ist wichtig, das hypothetische Einkommen ist etwas Wunderbares, weil der Entscheid, wie viel Geld man erhält, ist nicht beim Gesuchbeantworter, sondern beim Gesuchsteller oder der Gesuchstellerin. Die Person kann selber entscheiden, auf etwas Geld zu verzichten und dafür weniger zu arbeiten. Manchmal ist dieser Entscheid vielleicht nicht ganz freiwillig, weniger zu arbeiten, manchmal ist es auch freiwillig. Wir sein ein Land und auch ein Kanton der Vereine, wir haben extrem viel Freiwilligenarbeit, extrem viel Milizarbeit. Wir alle hier drin kennen das bei unseren Pensen. Manchmal muss man Ressourcen freimachen, um etwas anderes machen zu können und hier sollte das mit dem Hypoeinkommen eigentlich auch belohnt werden, dass sich die Menschen engagieren. Es ist keine Selbstverständlichkeit. Und das schafft das hypothetische Einkommen, es ist ein wunderbares Instrument, ich bitte Sie, das zu unterstützen.

Bei der Altersschwelle möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass man nicht immer von sich selber auf andere schliessen darf. Nicht alle studieren bis 25, manche machen eine Lehre und sind mit 25 eigentlich schon voll im Erwerbsleben. Nun reicht es nicht. In der Sozialhilfeberatung kann ich schon sagen, erhöhen Sie doch ihr Einkommen. Es ist aber nicht so einfach, es geht manchmal nicht. Natürlich könnte man Anreize setzen, Weiterbildungen zu machen, aber ich kann Ihnen versichern, in der Sozialhilfeberatung oder auch in Beratungen für das gesamte Beitragswesen raten wir jungen Leuten immer, Weiterbildungen zu machen. Manchmal klappt es nicht. Es gibt diverse Gründe. Hier einfach zu sagen, dass Sie zu den Eltern gehen sollen und ihre Situation selber lösen, ist extrem ungerecht im Vergleich zu denen, die 26 Jahre als sind und dasselbe Problem haben. Es ist eine künstliche Grenze. Bei Familienzulagen kennt man sie, es gibt auch das Stimmrecht mit Grenze 18. Es ist eine künstliche Grenze, wir hier drin können sie setzen und ich bitte Sie, diese bei der Volljährigkeit zu setzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keinem weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Eintreten wurde bereits beschlossen, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses. Zu § 3 Anspruch und Festsetzung des Mietbeitrags Abs. 3: Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrats vor. Er beantragt, den zweiten Satz in Abs. 3 zu streichen. Wir eröffnen dazu die Debatte. Regierungsrat Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Aus dem Text wird es vielleicht nicht ganz ersichtlich, aber hier geht es jetzt um die Frage der Erwerbsarbeit, ob erwartet wird, dass Ein- und Zweipersonen-Haushalte, die Mietbeiträge erhalten möchten, mindestens 80 Prozent arbeiten müssen oder ob man das , wenn man der GSK-Mehrheit folgt, mit dem Hypoeinkommen hochrechnet. Das ist hier die Frage. Ich habe die Gründe vorhin dargelegt, weshalb der Regierungsrat hier die Hürde höher setzt und das in diesem Bereich, da es eine neue Sozialleistung ist, auch für gerechtfertigt erachtet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Sprecher der GSK.

Oliver Bolliger (BastA): Wie schon erwähnt, sprechen wir eigentlich nicht um den zu streichenden Satz, der ein Überbleibsel aus dem alten § 9 war, sondern um eine Wiedereinführung der vollen Erwerbstätigkeit aus den alten §§ 8 bis 10 der Regierungsratsvorlage. Also wir sprechen jetzt über den Anspruch und die Festsetzung des Mietbeitrags und somit über den Punkt volle Erwerbstätigkeit gemäss Regierung oder hypothetisches Einkommen gemäss GSK-Mehrheit.

Der dritte in der GSK angenommene Antrag ersetzte die volle Erwerbstätigkeit, also eben mindestens eine 80 Prozent-Anstellung als Anspruchskriterium. Die Mietbeiträge sollen stattdessen auf der Basis eines hypothetischen Einkommens berechnet werden als das theoretisch erzielbare Einkommen auf der Basis einer zumutbaren Arbeit.

Der Ratschlag der Regierung und die Minderheit der Kommission möchten an der vollen Erwerbstätigkeit festhalten. Bei den Mietbeiträgen soll im Gegensatz zu anderen Sozialtransferleistungen strikter verfahren werden, bei Personen oder Paaren

ohne Kinder soll der Anreiz zur Bereitstellung des Lebensunterhalts aus eigenen Mitteln hochgehalten werden. Die Eigenverantwortung bei der Stellenauswahl bringt dies zum Ausdruck und dieser Anreiz muss bestehen bestehen bleiben.

Die Mehrheit der GSK sieht dies jedoch anders. Die Eintrittsschwelle ist mit dem Kriterium der vollen Erwerbstätigkeit sehr hoch und bringt ungewollte negative Seiteneffekte mit sich. Nicht alle Erwerbsfähigen haben die Möglichkeit, einer vollen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Viele Anstellungen beispielsweise in der Gastronomie oder in der Reinigung sind temporär und das Pensum schwankt hin und her. Das Kriterium der vollen Erwerbstätigkeit führt dazu, dass die nicht gewollten Schwelleneffekte bei der Sozialhilfe bestehen bleiben und so Lücken entstehen und ein hoher administrativer Aufwand beim Hin- und Herwechsel zwischen den Sozialleistungen entstehen könnte. Auswertungen hätten gezeigt, dass die wenigsten Sozialhilfebeziehenden eine volle Erwerbsarbeit vorweisen können. Mit dieser hohen Eintrittsschwelle wird das sozialpolitische Ziel des Gesetzes aus Sicht der GSK-Mehrheit verpasst. Kommt hinzu, dass das hypothetische Einkommen als Berechnungsinstrument für die Auszahlung von Sozialleistung weit verbreitet und bewährt ist. Der Anreiz für eine höhere Erwerbsarbeit wäre weiterhin vorhanden und die Praxis beim zuständigen Amt für Sozialbeiträge bestens bekannt.

Mit dem Antrag zur Aufhebung der vollen Erwerbstätigkeit zugunsten einer Berechnung mit hypothetischem Einkommen würden 2’600 anstelle von 1’700 Haushalte erreicht werden, also rund 900 Haushalte mehr, die Mehrkosten gegenüber dem Vorschlag der Regierung wären zusätzlich 2 Millionen Franken bei den Mietbeiträgen und rund 200’000 Franken mehr an Verwaltungskosten.

Gerade bei diesem Antrag kann von einem entlastenden Effekt mindestens aus Sicht der GSK-Mehrheit bei der Sozialhilfe ausgegangen werden. Die GSK hat sich bei 5 zu 5 Stimmen mit Stichentscheid des damaligen Präsidenten zugunsten des Antrags für einen Wegfall der vollen Erwerbstätigkeit als Anspruchskriterium entschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir haben noch zwei Sprecherinnen und Sprecher auf der Liste. Melanie Nussbaumer hat das Wort für die SP.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich habe vorher schon erwähnt, dass ich hier jetzt etwas ausführlicher werde. Mir ist nämlich bewusst, dass die Erweiterung der GSK den schwersten Stand hat. Deshalb ist es mir wichtig, das gut zu erklären.

Mir ist bewusst, dass diese Erweiterung den schwersten Stand hat und zwar aus zwei Gründen: Es ist der teuerste und dieser Teil der Regierungsratsvorlage bedient den Mythos, dass armutsbetroffene Menschen faul seien und deshalb künstliche Anreize brauchen, mehr zu arbeiten. Lassen Sie mich auf beides kurz eingehen.

Warum ist es die teuerste Erweiterung? Weil damit natürlich die grösste Lücke geschlossen wird, die vom Regierungsrat unnötigerweise geöffnet wurde. Würden wir der GSK folgen, würden neu 2’700 Haushalte anstatt nur 1’700 Haushalte davon profitieren. Und 1’000 Haushalte mehr kosten logischerweise etwas. Das Preisschild ist bei circa 2 Millionen Franken. Ich will jetzt keine Vergleiche ansetzen mit anderen Themenbereichen, mit anderen Geschäften, die wir hier in diesem Saal auch verhandeln. Aber ich weise gerne nochmals auf das Gesamtbudget des Kantons Basel-Stadt von 5,2 Milliarden Franken hin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es sind 2 Millionen bei einem Budget von 5,2 Milliarden, die in ein sozialpolitisches Instrument fliessen, das funktioniert, das zielgerichtet ist, wie wir gehört haben, ein Instrument, das auch evaluiert wurde und die Evaluation hat gezeigt, dass es Armut wirkungsvoll bekämpft. Und dieses Instrument macht natürlich für alle armutsbetroffenen Menschen Sinn. Auch für alleinstehende Personen, die nicht Vollzeit respektive weniger als 80 Prozent arbeiten.

Ich bitte deshalb nochmals darum, die Folie zu zeigen mit der Grafik, die habe ich letztes Mal ja schon gezeigt, um einfach nochmals ganz plastisch darzustellen, worum es geht. Ich habe das letztes Mal schon erklärt, die grüne Linie, das ist die Sozialhilfe, das Einkommen, das man hat bei der Sozialhilfe und hier will ich nochmals betonen, das ist das Existenzminimum, auf das wir uns als Gesellschaft geeinigt haben, das tiefste Existenzminimum, das wir haben. Das Ziel dieser Mietbeiträge – das hat Regierungsrat Kaspar Sutter vorher auch ausgeführt – ist, dass man nicht tiefer fällt, dass man nach der Ablösung der Sozialhilfe nicht weniger hat als mit der Sozialhilfe, wenn man ins Arbeitsleben eintritt und wieder arbeitet. Der Regierungsrat hat gesagt, dass es einen Anreiz geben soll, sich von der Sozialhilfe zu lösen und zu arbeiten und selbstständig zu sein. Und damit das geschieht, braucht es eben Mietbeiträge, die diese Schwelle ein bisschen abfedern, damit es sich eben lohnt, sich von der Sozialhilfe zu lösen. Das ist das Ziel dieses Gesetzes.

Im Umkehrschluss: Wenn wir jetzt 1000 Haushalte davon ausschliessen mit dieser künstlichen Hürde, bedeutet das, dass wir jeglichen Anreiz nehmen, dass sich diese Personen aus der Sozialhilfe lösen, wenn sie noch keine 80 Prozent-Stelle haben. Es lohnt sich dann nicht für sie, sich abzulösen, sie fallen dann unter das Existenzminimum. Der Regierungsrat dachte, er sei schlau und schaffe damit eben einen Anreiz, damit die Leute mehr arbeiten. Aber ehrlich gesagt, es ist einfach ein Eigentor, das geschossen wurde. Denn das Gegenteil passiert. Er schafft mit dieser Hürde einen Anreiz, in der Sozialhilfe zu bleiben, und das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, macht auch finanzpolitisch nicht Sinn, weil die Sozialhilfe ist viel teurer, als wenn man selbstständig arbeitet und auch noch zusätzlich Mietbeiträge bekommt.

Und wenn Sie jetzt einwenden, diese Leute sollen dann einfach 80 Prozent arbeiten gehen, dann ist das Problem gelöst, dann können sie sich lösen und bekommen einfach noch Mietbeiträge, dann sprechen Sie einfach an der Realität dieser Menschen vorbei. Das sind oft Menschen, die keine Ausbildung abgeschlossen haben oder einen Abschluss gemacht haben, aber der nicht anerkennt wird in der Schweiz, die im Niedriglohnsegment arbeiten. Das sind Personen, die nicht einfach frei einen Job auswählen können auf dem Arbeitsmarkt, wie Sie wahrscheinlich alle. Diese haben oft keine Festanstellungen, sondern es sind oft temporäre Anstellungen, es sind unsichere Arbeitsplätze oft auch mit grossen Pensumunterschieden von Monat zu Monat oder es sind Stundenlohnangestellte. Das sind zum Beispiel Bauarbeiter, die im Sommer vielleicht in einem temporären Büro angestellt sind und 100 Prozent arbeiten können und im Winter, weil es weniger Aufträge gibt, nur noch 50 Prozent arbeiten können. Oder es sind Putzkräfte, die vielleicht in einem Unternehmen arbeiten, und wenn es Zusatzaufträge gibt, haben sie ein 80 Prozent-Pensum, im nächsten Monat reicht es dann halt wieder nicht, es gibt zu wenig Aufträge im Unternehmen, und dann fallen Sie unter diese 80 Prozenthürde.

Wir bestrafen also mit dieser Eintrittsschwelle Leute, die eh schon in unsicheren Jobs sind, die in prekären Verhältnissen leben. Auch armutspolitisch wie auch finanzpolitisch macht das keinen Sinn. Und auch bürokratiepolitisch macht das keinen Sinn, falls es dieses Wort überhaupt gibt. Diese Eintrittshürde führt zu einem wahnsinnig hohen administrativen Aufwand. Nehmen wir einen Mann, der sich von der Sozialhilfe ablöst, weil er für sechs Monate einen Temporärjob bekommen hat mit einem 90 Prozent-Pensum. Er meldet sich beim Amt für Sozialbeiträge für einen Mietbeitrag an. Das ASB nimmt die Unterlagen an, prüft alles, berechnet seinen Beitrag und zahlt es ihm aus. Nach Ablauf dieses Temporärjobs nach sechs Monaten kann das Temporärbüro ihm nur noch eine 50 Prozent-Stelle anbieten, wieder vielleicht für drei bis vier Monate. Er muss sich beim ASB anmelden, weil er sonst Sozialmissbrauch verübt. Das heisst, das ASB meldet ihn wieder ab, löscht alles seine Daten, alles weg. Zum Glück schafft er es, sich irgendwie über den Runden zu halten und er lebt ein paar Monate unter dem Existenzminimum. Und dann bekommt er vielleicht eben im Sommer wieder ein höheres Pensum. Er meldet sich also wieder beim Amt für Sozialbeiträge an. Das Amt für Sozialbeträge nimmt alles wieder auf, prüft seine Unterlagen und zahlt die Beiträge wieder aus.

Dieses Spiel kann man endlos weiterführen und es kann auch zwischen den Antragstellenden und dem Amt für Sozialbeiträge geschehen, aber es könnte auch zwischen der Sozialhilfe und dem Amt für Sozialbeiträge geschehen. Ein Hin und Her, ein Abmelden, Ablösen, Anmelden, wieder Abmelden usw. Es ist ein riesiger bürokratischer Aufwand, einfach weil der Regierungsrat davon ausgeht, dass die Leute irgendwie einen künstlichen Anreiz brauchen, um überhaupt mehr zu arbeiten. Das ist absurd.

Kurz, anstatt dass wir Working Poor im Niedriglohnsektor unterstützen und entlasten, belasten wir sie noch mehr, respektive lassen wir sie bewusst unter das Existenzminimum fallen oder wir nehmen gleich jeglichen Anreiz, um sich aus der Sozialhilfe zu lösen. Und einfach damit es klar ist und das kann der Regierungsrat vielleicht auch noch bestätigen, Mietbeiträge ersetzen nie einen ganzen Lohn, auch wenn der Lohn dem Mindestlohn entspricht. Das heisst, es lohnt sich immer für die Menschen, mehr zu arbeiten.

Daher bitte Sie, sich von diesem traditionellen, ja etwas veralteten Bild einer Festanstellung mit einem immer gleich hohen Pensum zu lösen und genau auf die Realität dieser Menschen zu schauen. Die Menschen in dieser Einkommensschicht sind nicht faul, sie brauchen keine Anreize, um mehr zu arbeiten. Das Instrument der Mietbeiträge wurde getestet und als wirkungsvoll und gut befunden. Jetzt müssen wir es einfach noch für alle zugänglich machen, anstatt einen Drittel der Zielgruppe auszuschliessen.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, diesen Antrag des Regierungsrats abzulehnen und der GSK-Mehrheit zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächster Fraktionssprecher hat sich Tobias Christ für die GLP gemeldet.

Tobias Christ (GLP): Ich habe leider kein so langes Votum vorbereitet, das vielleicht nötig gewesen wäre nach diesem Votum von Melanie Nussbaumer. Ich kann ihr inhaltlich in ganz vielen Punkten folgen, ich habe Sympathien und ich sehe die Probleme. Hingegen haben wir es uns in der GLP sicher nicht leicht gemacht bei diesem Thema. Wir sind aber zu einem anderen Schluss gekommen und folgen hier der Regierung. Wir finden es richtig, dass die Schwelle volle Erwerbstätigkeit im Gesetz bleibt. Wir vertrauen darauf, dass die Regierung und die Verwaltung auf Verordnungsebene Wege finden werden, um wenigstens ein Teil dieser Probleme, die von Melanie Nussbaumer angesprochen worden sind, abzufedern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte eigentlich nicht reden, aber wenn man einzelnen Rednern zuhört, muss man doch etwas sagen. habe eigentlich nicht wollen reden. Aber wenn man dann da den einzelnen Rednern zuhört, muss man doch etwas entgegnen. Es handelt sich um die Rede meiner Vorrednerin Melanie Nussbaumer.

Ich kann mich kurz fassen. Melanie Nussbaumer hat mehrmals gesagt, dass der Bürokratieaufwand zu gross sei. Aber Basel-Stadt ist weltweit die Stadt mit den meisten IV-Renten und Sozialhilfe und mit den meisten Leuten, die nicht arbeiten gehen. Das kann man nachlesen.

Melanie Nussbaumer, Sie haben gesagt, der Bürokratieaufwand sei zu gross. Ich sage, es handelt sich um Leute, die man nennen in der Fachsprache Bittsteller nennen darf. Es sind Leute, die eine Geldleistung beantragen, die der Steuerzahler zahlt Und wenn jemand ein Bittsteller ist und Geld beim Kanton beantragt, dann kann man davon ausgehen, dass der Bittsteller Zeit hat, von einem Amt zum anderen zu gehen, und er kann das sogar zu Fuss machen und braucht nicht einmal ein Abonnement.

Man kann von den Bittstellern schon ein bisschen etwas verlangen. Es ist mir einfach in dem Kanton zu viel Soziales. Das ist einfach so, und ich muss wirklich sagen, es wird den Leuten vor den Boden gelegt. Ich habe auch gestern jetzt wieder meinen Rundgang gemacht durch die Stadt Basel, habe verschiedene Departemente besucht, habe Prospekte und Bücher geholt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bitte sprechen Sie zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Es gibt überall diese Hefte und Informationsbroschüren, in denen steht, dass man Geld beantragen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Fleur Weibel gemeldet.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich habe jetzt die Debatte zu diesem Antrag beobachtet. Und ich habe dabei beobachtet, dass Sie alle Melanie Nussbaumers Votum sehr aufmerksam zugehört haben. Und ich glaube, das hat einen guten Grund, weil Melanie Nussbaumer nämlich in aller Ausführlichkeit und in aller Genauigkeit aufgezeigt hat, was es bedeutet, wenn wir jetzt der GSK zustimmen und nicht an dieser von der Regierung vielleicht auch ein bisschen als Sparmassnahme vorgesehenen 80 Prozent-Hürde festhalten. Und wenn sich mein Eindruck bestätigt, den ich hatte von Ihnen, als Sie Melanie Nussbaumer zugehört haben, dann habe ich das Gefühl, dass einige von Ihnen gehört haben, dass Melanie Nussbaumer Recht hat in ihren Ausführungen und ich bitte Sie deshalb, vielleicht noch mal zu überlegen, ob Sie hier nicht der Variante der GSK folgen möchten, um dieses Instrument der Mietzinsbeiträge, das wirklich ein extrem wichtiges und gutes Instrument ist, um Personen aus der Sozialhilfe abzulösen und die Schwelle zu senken, genehmigen möchten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der Regierung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005955, 12.02.25 10:06:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Variante der GSK entschieden mit 49 gegen 48 Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Abs. 4

§ 4 Beginn und Ende des Anspruchs

Abs. 1 bis 2

§ 5 Belegung der Wohnungen

Abs. 1 bis 3

§ 6 Sicherstellung der bestimmungsgemässen Verwendung

Abs. 1 bis 2

§ 7 Subsidiarität

Abs.1 bis 4

Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Sie haben jetzt entschieden und zwar relativ knapp. Aber damit das Gesetz konsistent ist, zieht der Regierungsrat die Anträge zu §§ 8, 9 und 10 zurück. Wenn jetzt die Mehrheiten ändern, wäre es komplett inkonsistent. Das war auch so abgemacht und wir ziehen die Anträge zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt § 11 Altersgrenze gemäss Synopse und Ratschlag. Wir eröffnen die Debatte. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter als Antragsteller.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich habe mich vorhin schon dazu geäussert, aber Sie haben jetzt bei drei Anträgen schon den finanziellen Rahmen deutlich erhöht. Ich möchte es jetzt bitten, bei diesem vierten Antrag zumindest zu diesem kleinen Betrag bei der Regierungsvariante zu bleiben. Ich habe Ihnen gesagt, seien Sie konsistent. 25 bei der Sozialversicherung ist ein konsistentes Alter, das wir in vielen Bereichen haben. Machen Sie es auch hier, wählen Sie 25 Jahre und nicht die beantragten 18 Jahre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Kommission hat das Wort Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Nun sprechen wir über den letzten verbleibenden Antrag. Es betrifft, wie schon erwähnt, die Altersschwelle. Diese war im § 11 der Regierungsratsvorlage geregelt. Auch diesen Paragraphen hat die GSK aufgehoben und der Regierungsrat möchte diesen Paragraphen wieder einfügen.

Die GSK hat den Antrag zur Aufhebung der Altersschwelle angenommen und die gemäss Vorlage der Regierung bestehende generelle Altersgrenze von 25 Jahren wie erwähnt aufgehoben. So wären auch ohne Ausnahmeregelung Mietbeiträge ab Erreichen der Volljährigkeit möglich. Nach der Mehrheit der GSK geht der Ratschlag der Regierung von einem Idealfall aus, der so nicht besteht. Nicht alle Menschen unter 25 Jahren befinden sich noch in Ausbildung und leben noch zu Hause bei den Eltern. Unterhalb dieser Altersgrenze gibt es ganz verschiedene Lebensrealitäten. Es gibt Personen, die eine Erstausbildung bereits abgeschlossen haben und andere, die diese erst angehen. Gerade junge Erwachsene nach einer Lehre in einem Tieflohnbereich wohnen oftmals selbstständig und könnten von Mietbeiträgen profitieren, und dies wäre aus armutspräventiver Sicht von grossem Vorteil. Die Möglichkeit, neue Ausnahmen zu ermöglichen, ist zwar schon einmal eine Verbesserung gegenüber der Vernehmlassung, aber es bleibt eine zusätzliche, unnötige Schwelle, die von einem Bezug abschrecken. Der Paragraph kann aus Sicht der Mehrheit der GSK deswegen aufgehoben werden.

Aus Sicht der Minderheit bestehen Unterstützungsbeiträge für die Ausbildung für Personen unter 25 Jahren. Damit junge Erwachsene bis zur Vollendung ihres 25. Altersjahr einen Anreiz haben, sich weiterzubilden und so nicht während ihrer gesamten Erwerbstätigkeit auf Mietbeiträge angewiesen zu sein, sollen die Mietbeiträge eben schon nicht ab 18 Jahren

möglich werden. Es sei eine verbreitete Realität, dass unter 25 Jährige noch bei den Eltern oder in einer WG leben und es gibt ja die Möglichkeit eben dieser Ausnahmeregeln.

Zur Auswirkung dieses Antrags: Bei einer Aufhebung der Altersschwelle von 25 Jahren wird mit zusätzlichen 100 Haushalten gerechnet und die Mehrkosten bei den Mietbeiträgen belaufen sich auf 200’000 Franken und 25’000 Franken Mehrausgaben bei der Verwaltung, also insgesamt Mehrausgaben von rund 225’000 Franken.

Die GSK hat sich mit 5 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung zugunsten des Antrags für die Aufhebung der Altersschwelle von 25 Jahren entschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen, damit schreiten wir jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der Regierung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005957, 12.02.25 10:11:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 55 gegen 43 stimmen.

Wir führen die Detailberatung weiter und kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss in zweiter Lesung zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 6 Nein, 30 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005959, 12.02.25 10:13:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

I.

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck und Gegenstand

1 Dieses Gesetz bezweckt und regelt die Gewährung von Beiträgen an die Miete (Mietbeiträge) von bedarfsgerechtem Wohnraum gemäss der finanziellen Leistungsfähigkeit der Antragstellenden.

§ 2 Wohnsitz und Mindestdauer

1 Die Anspruchsberechtigung setzt voraus, dass bei einem Einpersonenhaushalt die antragstellende Person und bei einem Mehrpersonenhaushalt zumindest eine der antragstellenden Personen bei Einreichen des Antrags seit mindestens zwei Jahren Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt hat.

§ 3 Anspruch und Festsetzung des Mietbeitrags

1 Die Ermittlung des Anspruchs auf Mietbeiträge richtet sich nach dem massgeblichen Einkommen gemäss § 6 des Gesetzes über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen, SoHaG) vom 25. Juni 2008 der massgeblichen wirtschaftlichen Haushaltseinheit nach § 5 SoHaG.

2 Massgebend für die Festsetzung des Mietbeitrags ist ferner der dem Vermieter oder der Vermieterin gemäss Vertrag geschuldete Mietzins (Nettomiete), einschliesslich einer vom Regierungsrat nach Massgabe der Wohnungsgrösse festgelegten Pauschale für die Nebenkosten (massgebender Mietzins).

3 Der Regierungsrat regelt die Mietbeiträge für getrennt lebende oder geschiedene Elternteile für die Ausübung des Besuchsrechts. Er kann für besondere Verhältnisse wie Fremdplatzierungen weitere Bestimmungen erlassen.

4 Der Regierungsrat legt die Mietzins- und die Beitragsgrenzen fest.

§ 4 Beginn und Ende des Anspruchs

1 Falls die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, beginnt der Anspruch auf Mietbeiträge ab dem Folgemonat der Antragstellung.

2 Der Anspruch auf Mietbeiträge endet auf das Ende des Monats, in welchem die gesetzlichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind. Der Anspruch erlischt mit Erreichen des Referenzalters nach Art. 21 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) vom 20. Dezember 1946.

§ 5 Belegung der Wohnungen

1 Bei Wohnungen mit mehr als zwei Zimmern, besteht der Anspruch auf Mietbeiträge in der Regel nur, wenn die Zahl der Zimmer diejenige der Mitglieder der Haushaltseinheit gemäss § 5 SoHaG nicht übersteigt. Wohnen getrennt lebende oder geschiedene Eltern nicht mit ihrem Kind oder ihren Kindern zusammen, erhöht sich die für die Ausübung des Besuchsrechts sowie der alternierenden Obhut zulässige Zimmeranzahl um ein zusätzliches Zimmer pro Kind.

2 Sinkt die Belegung während der Mietdauer, wird der Beitrag vermindert, oder er entfällt ganz.

3 Der Regierungsrat erlässt die näheren Ausführungsbestimmungen.

§ 6 Sicherstellung der bestimmungsgemässen Verwendung

1 Bieten die anspruchsberechtigten Personen keine Gewähr für eine bestimmungsgemässe Verwendung des Beitrages, kann die Auszahlung vorsorglich eingestellt oder an Dritte angeordnet werden. Der Regierungsrat erlässt die näheren Bestimmungen.

2 Der Anspruch auf Mietbeiträge darf weder abgetreten, ver- oder gepfändet, noch mit Arrest belegt oder in die Konkursmasse einbezogen werden. Jede solche Handlung ist nichtig.

§ **7** Subsidiarität

1 Solange Leistungen nach dem Sozialhilfegesetz vom 29. Juni 2000 ausgerichtet werden, besteht kein Anspruch auf Mietbeiträge.

2 Solange Leistungen nach dem Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) vom 6. Oktober 2006 oder nach dem Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG) vom 19. Juni 2020 ausgerichtet werden, besteht kein Anspruch auf Mietbeiträge.

3 Wurden Mietbeiträge für einen Zeitraum ausgerichtet, für welchen nachträglich rückwirkend Ergänzungsleistungen nach ELG oder Überbrückungsleistungen nach ÜLG ausgerichtet werden, so gehen die Ansprüche von der mietbeitragsberechtigten Person im Umfang der ausgerichteten Mietbeiträge auf den Kanton über.

4 Der Regierungsrat erlässt die näheren Ausführungsbestimmungen insbesondere zur Regelung bei Ablösungen.

2. Verfahren und Rechtspflege

§ 8 Mitwirkung beim Vollzug

1 Wer Leistungen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes beansprucht oder beanspruchen will, muss beim Vollzug unentgeltlich mitwirken und alle zur Abklärung des Anspruches notwendigen Auskünfte erteilen sowie die dazu notwendigen Unterlagen einreichen.

2 Der Regierungsrat erlässt die notwendigen Bestimmungen zur Einstellung und zum Erlöschen des Anspruchs, wenn der Aufforderung zur Überprüfung des Anspruchs nicht Folge geleistet wird.

§ 9 Meldepflicht bei geänderten Verhältnissen

1 Die allgemeine Meldepflicht bei wesentlich veränderten Verhältnissen richtet sich nach den Bestimmungen des SoHaG.

2 Der Regierungsrat kann weitere meldepflichtige Ereignisse und Veränderungen bestimmen.

§ 10 Rückerstattung und Erlass

1 Die Rückerstattung von unrechtmässig bezogenen Leistungen und der Erlass richten sich nach den Bestimmungen des SoHaG.

§ 11 Bearbeiten von Personendaten

1 Das Bearbeiten von Personendaten richtet sich nach den Bestimmungen der §§ 20 bis 24 SoHaG.

§ 12 Rechtsmittel

1 Gegen Mietbeitragsverfügungen steht den Betroffenen nach den Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt (Organisationsgesetz, OG) vom 22. April 1976 ein Rekursrecht an das zuständige Departement zu.

3. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 13 Vollzug und Ausführungsbestimmungen

1 Der Regierungsrat erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen.

2 Er ist ermächtigt, die im Gesetz aufgeführten Beträge bei wesentlich geänderten Verhältnissen anzupassen.

§ 14 Übergangsbestimmungen

1 Beim Inkrafttreten dieses Gesetzes hängige Gesuche von Haushalten mit Kindern werden nach diesem Gesetz beurteilt.

II. Änderung anderer Erlasse

Gesetz über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen, SoHaG) vom 25. Juni 2008 [1]) (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 (geändert)

1 Dieses Gesetz bezweckt die Harmonisierung und Koordination folgender kantonaler und kommunaler bedarfsabhängiger Sozialleistungen:

c) (geändert) Mietbeiträge;

§ 6 Abs. 2

2 Das massgebliche Einkommen der Haushaltseinheit gemäss § 5 dieses Gesetzes beinhaltet

c) (geändert) für die Anspruchsermittlung auf Mietbeiträge gemäss § 1 Abs. 1 lit. c dieses Gesetzes

Unteraufzählung unverändert.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Auf den gleichen Zeitpunkt wird das Gesetz über die Ausrichtung von Mietbeiträgen an Familien mit Kindern (Mietbeitragsgesetz, MBG) vom 21. November 1990 aufgehoben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Sie haben sich mit 62 Stimmen gegen 6 Stimmen bei 30 Enthaltungen für das Gesetz ausgesprochen.

27. Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)

[12.02.25 10:13:31, 24.5536.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, das vorgezogene Budgetpostulat entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, das vorgezogene Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Motion 1 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt

[12.02.25 10:13:56, 24.5522.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne möchte ich kurz erläutern, weshalb der Regierungsrat nicht bereit ist, diese Motion entgegenzunehmen. Es ist nicht so, dass wir die Idee nicht teilen, dass wir nicht finden, dass es toll wäre, wenn wir einen digitalen Führerschein hätten. Auch die Pionierrolle von Basel-Stadt anerkennen wir, das ist sicher ein gutes Ziel.

Nur müssen wir auch in aller Nüchternheit die Situation betrachten im Moment. Es ist ein grosses Projekt, das in technischer und finanzieller Hinsicht Herausforderungen nach sich zieht, auch datenschutzrechtlich müssten wir da einige Fragen klären, und dies zu einem Zeitpunkt, in dem wir ja wesentlich dran sind, die Projekte bei der Kantonspolizei zu durchleuchten. zu schauen, was wir verschieben können, wo wir uns doch auch so redimensionieren können, dass wir wieder den Grundauftrag und die Sicherheit von Basel-Stadt vor allem im Zentrum wissen.

Der neue Polizeikommandant Thomas Würgler hat da bereits einiges geleistet. Die Projekte sind mehr als halbiert mittlerweile und deshalb kommt die Regierung zum Schluss, dass der Zeitpunkt jetzt nicht der richtige ist, um ein weiteres Grossprojekt anzugehen. Selbstverständlich werden wir aber beobachten, wie sich die Situation auch in anderen Kantonen präsentiert und das auch aufmerksam anschauen. Wenn sich da etwas ergibt, das wir auch einfach übernehmen könnten, sind wir selbstverständlich bereit, diese Entwicklung anzuschauen, aber im jetzigen Zeitpunkt erachten wir das nicht als die Priorität des Regierungsrats.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit geht das Wort an die Motionärin Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Wir alle kennen den Vorteil der Digitalisierung, einer digitalen App. Wir erhalten ab nächstem Jahr eine digitale ID, auch den digitalen Lehrfahrausweis mit all seinen Vorteilen werden wir nächstens erhalten. Es ist nicht so, dass wir in Basel-Stadt etwas Neues erfinden müssen. Auch der digitale Fahrausweis, der schliesslich vom Bund kommt, wird kommen. Es geht hier einfach darum, dass wir, wenn er dann kommt, bei den ersten sind, denn wir sind eine Grenzregion und das soll ja schlussendlich auch europaweit eingeführt werden. Andere Länder haben das schon, da hinkt die Schweiz sogar noch ein bisschen hinten drein.

Ich habe bei dieser Motion kein Einführungsdatum und auch kein Enddatum genannt. Das heisst, es ist offen und wir können da auch schauen, wenn es dann vom Bund aus kommt, dass wir da einfach immer dabei sind. Ich finde es einfach eine gute Sache und ich freue mich auf diesen digitalen Fahrausweis. Ich freue mich auch, wenn es dann einen digitalen Fahrzeugausweis gibt, dann haben wir nämlich die Papier nicht mehr im Auto herumliegen, die unsicher sind und da könnten sich nämlich auch die E-Bikefahrer freuen, weil die dann auch papierlos unterwegs sind.

Ich würde mich freuen und ich würde auch sehr gerne Erich Bucher einen seiner drei Wünsche erfüllen. Es sind ja nicht ganz alle letzte Woche erfüllt worden, so dass wir hautnah bei der Digitalisierung in Basel-Stadt dabei sind. Ich wünsche mir darum, dass Sie die Motion überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005963, 12.02.25 10:19:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion mit 56 gegen 39 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

29. Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg

[12.02.25 10:19:30, 24.5542.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort geht an Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Die Prävention psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen ist von entscheidender Bedeutung für die Förderung ihrer allgemeinen Gesundheit und ihres Wohlbefindens. Psychische Gesundheit ist eine fundamentale Voraussetzung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Angesichts der steigenden Zahlen psychischer Erkrankungen ist es unsere Verantwortung, frühzeitig präventive Massnahmen zu ergreifen. Ein umfassender Ansatz, der bereits im Kindergarten beginnt und sich durch die gesamte Schulzeit zieht, kann dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche in ihrer psychischen Gesundheit unterstützt und das Risiko psychischer Erkrankungen verringert werden.

Durch emotionale Bildung, soziale Förderung und Stressbewältigungsstrategien ermöglichen wir es jungen Menschen, Herausforderungen besser zu bewältigen und psychische Erkrankungen vorzubeugen. Deshalb müssen nicht nur Kindergärten, Schulen und Eltern beziehungsweise Erziehungsberechtigte, sondern die Gesellschaft als Ganzes, also wir alle gemeinsam, der psychischen Gesundheit einen hohen Stellenwert einräumen. Indem wir frühzeitig handeln und Kinder in ihrer emotionalen und sozialen Entwicklung unterstützen, können wir nicht nur ihr individuelles Wohlbefinden fördern, sondern auch die Gesellschaft als ganze stärken. Es ist an der Zeit, in die psychische Gesundheit unserer Kinder zu investieren und ihnen die Werkzeuge an die Hand zu geben, die sie für ein psychisch gesundes Leben benötigen.

Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die Forderungen in der vorliegenden Motion von Fleur Weibel. Psychische Gesundheit soll bei der künftigen Planung und Koordination der Präventionsangebote an Schulen zwingend als Schwerpunkt gesetzt werden, damit die Stärkung der psychischen Resilienz durch die Förderung emotionaler Kompetenzen und Stressregulation bei jungen Menschen erfolgen kann.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, den vorliegenden Vorstoss als Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici, der eigentlich zuerst hätte sprechen sollen.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wie Sie ist auch der Regierungsrat der Ansicht, dass die Motion ein wichtiges Thema anspricht und dass die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zentral ist. Dies hat der Regierungsrat in der Beantwortung der schriftlichen Anfrage Fleur Weibel betreffend Prävention psychische Erkrankungen ab Kindergartenalter im August 2024 bekräftigt.

Wir haben damals dargelegt, wie die Schulen gemäss Lehrplan 21 die psychische Gesundheit im Unterricht und im Schulalltag fördern und welche Präventionsangebote vorhanden sind. Desweiteren haben wir ausgeführt, dass die Angebote der Schulsozialarbeit, des schulpsychologischen Dienstes oder auch der Kriseninterventionsstelle in Bezug auf die psychische Gesundheit ebenfalls präventiv wirken können.

Die nun vorliegende Motion fordert weitere obligatorische Präventionsprogramme für alle Schulen, was wir als nicht zielführend beurteilen. Für die Unterrichtsgestaltung und den Schulalltag ist es schwierig, wenn immer mehr und vor allem bestimmte Präventionsprogramme obligatorisch im Unterricht untergebracht werden müssen. Dies schränkt den pädagogischen Gestaltungsspielraum und die Teilautonomie der Schulen ein. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes hat Oliver Bolliger das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Die Motion von Fleur Weibel zeigt gut auf, was die verschiedenen negativen Auswirkungen von psychischen Erkrankungen in der Gesellschaft sein können. Ich gehe mal davon aus, dass dies uns bekannt ist und wohl kaum von jemandem hier im Saal bestritten wird. Die Wichtigkeit von psychischer Gesundheit bei Erwachsenen wie auch mehr bei Kindern und Jugendlichen ist seit der Coronapandemie deutlich mehr im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Die deutliche Zunahmen der letzten Jahre von Psychopharmaka ist ebenfalls ein Indiz dafür, dass wir hier eine gesundheitspolitische Herausforderung haben, die wir nicht ignorieren sollten.

Seit Jahren besteht ein akuter Notstand in der Versorgung von ambulanter psychologischer und psychiatrischer Behandlung und dies in allen Altersstufen, im besonderen aber auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Deshalb ist die Fokussierung nach einer Stärkung von altersgerechter und zielgruppenfokussierter Prävention auf allen Schulstufen angezeigt und völlig berechtigt. Weil unter Prävention sehr viel verstanden werden kann und weil die Lehrpersonen schon jetzt sehr belastet sind und kaum Zeit haben, neben Unterrichten, Durchführen von Checks, Mentoring für Studierende, Elterngespräche und Vernetzung mit anderen involvierten Fachpersonen im Schulzimmer, sind insbesondere die schulexternen Angebote auszubauen und flächendeckend zu installieren.

Für die Fraktion BastA ist es zentral, dass die Angebote eben flächendeckend und somit obligatorisch analog wie beispielsweise das Präventionsangebot «Mein Körper gehört mir» implementiert und diese nicht auf einer freiwilligen Stufe belassen werden. Somit wird nämlich verhindert, dass es sein könnte, dass ein Kind alle Präventionsangebote erleben durfte, während ein anderes Kind in der gesamten Schullaufbahn nie etwas davon mitbekommen hat.

Nur ein obligatorisches Angebot kann diese Zielsetzung einlösen. Ob es nun die in der Motion aufgeführten Angebote sind oder andere, soll die zuständige Fachabteilung beim Gesundheitsdepartement in Absprache mit dem Erziehungsdepartement beurteilen, unabhängig welches Angebot zentral bleibt, dass genügend finanzielle Ressourcen für externe Fachpersonen wie auch für die Schule selber, insbesondere für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt werden, denn nur so kann das Präventionsangebot mit der Klasse und je nach Stufe mit den Eltern qualitativ vor- und nachbereitet werden.

Aus Erfahrung von Suchtspräventionsprogrammen an Schulen kann ich Ihnen sagen, was bei zu knauserigen Ressourcen, zeitlichen wie finanziellen, und bei einer Einstufung auf freiwilliger Ebene die Gefahr gross ist, dass die Wirkung der Präventionsangebote nicht wirklich zur Entfaltung kommen können und somit möglicherweise verpuffen. Also lieber etwas grösser denken und dafür mehr Wirkung erzeugen als am falschen Ort auf Kosten der psychischen Gesundheit der Schüler und Schülerinnen zu sparen, denn dies lohnt sich definitiv mit Bestimmtheit nicht.

Die Fraktion BastA wird die Motion dem Regierungsrat überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Psychische Erkrankungen stellen eine wachsende Herausforderung für unsere Gesellschaft dar. Sie verursachen nicht nur unermessliches Leid bei den Betroffenen und ihren Familien, sondern sind auch mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Studien zeigen, dass eine frühzeitige und gezielte Prävention die Entstehung psychischer Erkrankungen nachhaltig reduzieren kann. Gerade die Kindheit und Jugend sind entscheidende Phasen, um Resilienz zu fördern und psychischen Erkrankungen entgegenzuwirken.

Der Regierungsrat anerkennt in seiner Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Fleur Weibel, dass über die Hälfte der langfristigen psychischen Probleme bereits im Kindes- und Jugendalter entstehen. Er hebt hervor, wie wichtig es ist, die psychische Gesundheit offen in Schulen und Familien zu thematisieren und zu fördern.

Die nun vorliegende Motion reagiert auf diese von der Regierung anerkannte Wichtigkeit und fordert, dass die Förderung der psychischen Gesundheit als ein Schwerpunkt gesetzt wird und ein altersstufengerechtes Präventionsprogramm ab dem Kindergarten über die ganze Schulzeit hinweg eingeführt wird. Ein solches Programm würde nicht nur die Resilienz und emotionale Kompetenz der Schüler:innen stärken, sondern auch Lehrpersonen und Eltern gezielt dabei unterstützen, die psychische Gesundheit der Kinder in der Schule und im Alltag zu fördern.

Ergänzend zu der Forderung der Motion werden im Vorstoss mögliche Massnahmen und Ansatzpunkte formuliert und der Regierung bei der Umsetzung des Präventionsprogramms zur Prüfung vorgeschlagen. Die vorgeschlagenen Massnahmen ziehen vor allem darauf, Synergien mit bestehenden Präventionsprogrammen, zum Beispiel zur sexuellen Gesundheit oder Gewaltprävention, zu nutzen, um eben die Lehrpersonen nicht zusätzlich zu belasten. Und es wird vorgeschlagen, bei bereits bestehenden Programmen wie zum Beispiel «Start now» oder «Irre normal» anzusetzen, statt von Grund auf das Rad neu zu erfinden. Ebenso wird eine enge Zusammenarbeit mit Fachperson vorgeschlagen, um eine qualitativ hochwertige und wirksame Umsetzung zu gewährleisten.

Gerade in Zeiten wachsender psychischer Belastung bei Kindern und Jugendlichen ist es unsere Aufgabe, nicht nur reaktiv zu handeln, sondern präventiv tätig zu werden. Ein konsequentes und verbindliches Präventionsprogramm, das Synergien zu anderen Themen schafft, ist der richtige Weg, um der zunehmenden Problematik frühzeitig zu begegnen und langfristig Kosten im Gesundheitswesen zu senken. Ich bitte Sie daher im Namen der Fraktion Grüne/jgb, die Motion der Regierung ein erstes Mal zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die beiden Vorrednerinnen und der Vorredner haben absolut richtig, inhaltlich diskussionslos. und korrekt festgehalten, dass Prävention und psychische Gesundheit wichtig sind. Die Frage ist nur, wie man das anstellt. Und da muss ich sagen, eine Motion ist nicht der richtige Weg. Fleur Weibel, ich schätze Sie sehr und auch die Gedanken, die Sie eingebracht haben, schätze ich enorm. Das Problem ist einfach, dass Sie schreiben, die Regierung solle prüfen und berichten, und das ist ein Anzug. Für einen Anzug, hätte ich vollste Sympathie gehabt. Eine Motion fordert schon sehr heftig, dass das ins Gesetz kommt und dagegen stellen sich für mich jetzt schon Argumente. Ich wage zu sagen, dass die Voraussicht der Regierung richtig ist, dass die Lehrer total überfordert sein könnten. Nicht alle Lehrer in diesem Pensum sind Psychologinnen, Psychologen, Psychiater, Psychiaterinnen. Ich rede jetzt also gegen meinen Beruf oder gegen meinen Einsatz für das Gesundheitswesen und setze mich für einmal sehr stark für die Lehrer:innen ein.

Sie wären wahrscheinlich völlig überfordert, wenn sie so etwas noch machen müssten in dem Lehrplan, den wir jetzt schon haben, der alle Lehrkräfte bis an den oberen Rand beschäftigt. Und nun wollen wir noch Pflichtfächer einbringen. Da muss ich sagen, da staune ich enorm. Natürlich müssen wir auch die Kosten anschauen und das Kosten- Nutzenverhältnis. Dann müsste man wirklich auch ganz gute Untersuchungen haben, die handfest und Evidenz basiert uns zeigen können, dass schon ein Einsatz im Kindergartenalter wirklich gute Resultate bringt. Ich glaube auch daran, ganz ehrlich gesagt, aber ganz gute Resultate fehlen meines Wissens.

Schade, ich hätte das sehr gerne unterstützt, weil inhaltlich finde ich es sehr wichtig, aber ich hätte es als Anzug durchgelassen. Als Motion kann ich da, und ich rede auch für meine Fraktion, nicht dahinter stehen und empfehle darum eine Ablehnung der Motion. Vielleicht wird einmal ein Anzug daraus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen und somit hat die Motionärin Fleur Weibel das Wort.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich danke zunächst meinen Vorredner:innen für die Debatte, es ist eine gute Diskussion. Ich danke vor allem den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen SP, BastA und Grüne/jgb für die unterstützenden Voten zu der Motion. Ich möchte nun nicht noch mal inhaltlich darauf eingehen, das wurde von meinen Kolleg:innen bereits ausgeführt, sondern möchte mich auf das beziehen, was Regierungsrat Mustafa Atici und mein Vorredner Raul Furlano gesagt haben.

Der Grund, warum ich das Thema als Motion fordere, hat ein bisschen damit zu tun, dass in der letzten Legislatur unsere Regierungsrät:innen mitgeteilt haben, dass wenn wir Anzüge machen, dass die gewohnheitsmässig in den Schubladen verschwinden. Deshalb arbeiten wir inzwischen vermehrt mit Motionen, damit wir Aufträge der Regierung wirklich verbindlich mitgeben können. Deshalb ist auch das eine Motion und wenn Sie nun sich den Text genau anschauen, dann geht es nicht darum, dass die Motion im Detail der Regierung vorgeben würde, was sie alles machen muss. Das einzige, was die Motion verbindlich fordert, und damit komme ich nachher zu Ihnen, Regierungsrat Mustafa Atici, weil ich aus Ihrer Stellungnahme

nicht ganz schlau geworden bin, ehrlich gesagt – also was die Motion fordert, ist, dass die psychische Gesundheit als Schwerpunkt gesetzt wird. Das ist eigentlich die grundsätzliche Motionsforderung und sie reagiert darauf, dass die Regierung in der schriftlichen Anfrage ausgeführt hat, dass sie im Moment dabei sind, die Präventionsprogramme zu prüfen. Es gibt eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe, die die Präventionsprogramme prüft und vielleicht wird dann die psychische Gesundheit zu einem Schwerpunkt gesetzt.Es könnte sein. Was die Motion jetzt fordert, ist der Regierung den verbindlichen Auftrag zu geben, in dieser Neugestaltung der Präventionsprogramme, die sowieso gemacht wird die psychische Gesundheit als wirklich drängendes Problem zu verankern. Das Thema ist auch verbunden mit vielen anderen Themen wie Sucht, Gewalt, auch der Handykonsum, die mit der psychischen Gesundheit zusammenhängen.

Die Motion möchte, dass die psychische Gesundheit ein wesentlicher Bestandteil wird und dass ein Präventionsprogramm ausgearbeitet wird, das nicht in Konkurrenz zu den bestehenden eingeführt wird, sondern dass das, was bereits gemacht wird, dass diese Synergien genutzt werden und zu einem obligatorischen Präventionsprogramm umgesetzt werden. Der Lehrplan 21 bietet Angebote, aber sie sind eben nicht obligatorisch, sie sind fakultativ und gleichzeitig kennen wir obligatorische Präventionsprogramme. Wir haben «Mein Körper gehört mir».

Und jetzt komme ich noch zu Raoul Furlano. Sie haben gesagt, wir könnten den Lehrpersonen nicht noch weiteres aufgeben. Ich erinnere daran, die FDP hat eine Motion gemacht, um sexualisierter Gewalt entgegenzutreten in den Schulen. Die FDP hat auch eine Motion gemacht, in der es darum geht, der häuslichen Gewalt entgegenzutreten mit Präventionsprogrammen, alles mit Unterstützung der LDP überwiesen als Motion. Und jetzt kommt diese Motion zur psychischen Gesundheit, sie kommt aus einer anderen Ecke und dann ist es plötzlich zu viel, was den Lehrpersonen zugemutet wird. Und ich gebe gleichzeitig zu, ich bin da völlig bei Ihnen, natürlich haben die Lehrpersonen viel zu tun und deshalb gibt es einen ganzen Katalog an Vorschlägen, die die Regierung nicht zwingend umsetzen muss, sondern die sie prüfen soll, die gleichzeitig eben auch der Entlastung der Lehrpersonen dienen soll und sie befähigen soll, im Bereich psychische Gesundheit aktiv zu werden, ohne dass sie Psycholog:innen sein müssen.

Ich hoffe, ich konnte ein paar paar der Bedenken entkräften und danke Ihnen für Ihre Unterstützung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Würden Sie einen Anzug an das Ratsbüro unterschreiben, mit dem die Abschaffung des Instruments des Anzuges verwirklicht wird?

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Vielleicht sprechen wir in der Kaffeepause nochmal darüber, worauf Sie genau hinaus wollen mit dieser Frage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005965, 12.02.25 10:39:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion mit 61 Stimmen gegen 33 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

30. Motion 3 Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen – Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz

[12.02.25 10:39:34, 24.5543.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort geht an Regierugnsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Motion greift ein sehr wichtiges und aktuelles Thema auf. Es geht um Rasenfelder und den verständlichen Wunsch nach mehr Kunstrasen. Ich kann Ihnen versichern, wir sind an diesem Thema dran, schon heute sind die Platzverhältnisse auf den Rasenfeldern ein Thema.

Die Women's EURO 2025 wird die Begeisterung für den Fussball weiter steigern und insbesondere die Anzahl Fussballerinnen vergrössern. Das freut uns sehr, bringt aber auch Herausforderungen bei der Sportinfrastruktur. Der Regierungsrat beantragt Ihnen jedoch, die Motion Thüring betreffend ein Herz für Kleinhüningen, Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasenersatz nicht zu überwiesen.

Die sportlichen Erfolge und die gute Auslastung des VRF Kleinhünigen sind sehr erfreulich. Die Schorenmatte wie auch andere Sportanlagen sind vor allem während der bevorzugten Trainingszeiten am Abend stark ausgelastet. Teilweise bestehen Wartelisten bei den Vereinen. Neue Teams können nicht gebildet werden. Gerade im Hinblick auf die zusätzlichen Mädchen- und Frauenteams möchten wir dies verhindern.

Dem Regierungsrat ist es ein wichtiges Anliegen, allen Vereinen im Rahmen der Möglichkeiten, genügend Infrastruktur für Sport und Bewegung zur Verfügung zu stellen. Um die Situation zu verbessern, erarbeitet das Sportamt zurzeit organisatorische und bauliche Massnahmen. Zu diesem Zweck wurden zusammen mit den Sportvereinen an mehreren Workshops Grundlagen erarbeitet und Potenziale identifiziert. Die bestehende Infrastruktur soll effizienter genutzt und dadurch eine Kapazitätssteigerung ermöglicht werden. Gleichzeitig sollen mit baulichen Massnahmen wie Kunstrasen und mobiler Beleuchtung die Kapazitäten erhöht werden. Dieses Jahr wird der neue Kunstrasen im Rankhof gebaut. Aber das reicht noch nicht. Das Sportamt erarbeitet aktuell ein Konzept für den Ausbau von Kunstrasenfeldern in Basel. Darin werden Belegungen, ökologische und klimatische sowie auch rechtliche Aspekte berücksichtigt.

Der Regierungsrat teilt die Meinung des Motionärs, dass die Station des VRF Kleinhüningen wie auch von anderen Vereinen aufgrund der hohen Auslastung schwierig ist. Er möchte jedoch dem Konzept für den Ausbau der Kunstrasenfelder nicht vorgreifen. Es soll jetzt nicht eine Sportanlage respektive ein Verein priorisiert werden. Sobald das Konzept vorliegt, wird eine Priorisierung vorgenommen und dem Grossen Rat ein Ratschlag für die Projektierung vorgelegt. Aus diesem Grund bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Wir sind von der BastA Fraktion selbstverständlich für die Überweisung. Ich habe nur drei Bemerkungen. Die Schorenmatte ist nicht im Herzen von Kleinhüningen, das wissen Sie wahrscheinlich, sondern eben im Hirzbrunnenquartier. Und zweitens soll auch nicht nur dann, wenn Vereine im Aufstieg sind, in sie investiert werden, sondern natürlich auch sonst, denn die Gesundheit ist uns wichtig und auch die sozialen Aspekte für unsere Jugend.

Ich möchte aber hier noch einen zusätzlichen Aspekt einbringen. Das haben wir gesehen bei der Petition zur OB- Matte. Es sind ja nicht nur die Vereine, die diese Matten nutzen, sondern es sind eben auch Kinder und Jugendliche und junge Menschen, die die Matten nutzen, um sich in ihrer Freizeit sportlich zu betätigen. Das ist ja auch toll und es ist ja auch so vorgesehen vom Gesetz, dass sie das dürfen, wenn die Vereine die Sportanlagen nicht nutzen.

Deshalb möchte ich eben auch hier dem Regierungsrat beliebt machen, dass er auch mitdenkt, dass die Apps, die versprochen wurden, bei der OB-Matte, mit der die Kinder und Jugendlichen, die nicht im Verein organisiert sind, nachschauen können, ob die Matte wohl frei ist, auch hier gemacht werden. Ich denke, es wäre auch hier sinnvoll, gerade wenn sie den Ausbau ins Auge fassen, was wir eine sehr gute Idee finden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Mir kommt es bald vor, dass ich seit 20 Jahren hier drin bin und immer wieder, wenn es um den Sport geht, die gleiche Leier bringe. Wir reden von der Fussball EM Frauen, da brauchen wir viele Sportanlagen, damit wir die nachhaltige Wirkung dieser Fussball EM auch umsetzen können, indem die Vereine auch genug Plätze bekommen, falls dann die jungen Mädchen und Frauen auch wirklich Fussballspielen wollen.

Es wird lamentiert, es wird hin- und hergedokert, heisst die ganze Zeit, Hallen kommen. Ja, wir brauchen mehr Fussballplätze. Wir brauchen jetzt mehr Kunstrasenplätze, weil halt der Matsch im Winter oder im Herbst da ist und dann nicht trainiert werden kann. Wir wissen das alle, aber ich habe bald das Gefühl, dass das Sportamt den falschen Namen trägt, es scheint mir bald, als sei es ein Verhinderungsamt und es regt mich langsam richtig auf.

Alex Ebi (LDP): Wir reden hier drin immer wieder über das Gleiche, es kommen überall Vorstösse, gute Ideen und die Antwort ist neun von zehn Mal, nein es geht leider nicht, wir machen noch ein Konzept, wir reden noch einmal darüber. Ich finde, so eine Kleinigkeit gehört eigentlich gar nicht hier hin. Das Sportamt sollte schon selber längstens darauf gekommen sein, überall abzuklären, wo man einen Kunstrasen schaffen könnte, und das muss nicht immer hier drin diskutiert werden. Die können auch einmal arbeiten und etwas umsetzen. Ich bin wirklich nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Alex Ebi, mässigen Sie sich bitte ein bisschen im Tonfall. Es gibt eine Zwischenfrage von Mahir Kabakci. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Mahir Kabakci (SP): Ist Ihnen bewusst, dass das Erziehungsdepartement respektive das Sportamt jahrelang unter der Führung der LDP war?

Alex Ebi (LDP): Ja, das ist offensichtlich einerlei.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen, daher hat das Wort der Motionär Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie natürlich, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen, nach dem Votum vom Regierungsrat Mustafa Atici weiss ich jetzt nicht, warum der Regierungsrat dagegen ist, diesen Vorstoss sich überweisen zu lassen. Er hat ja mehr oder weniger mir zugestanden, dass die Situation tatsächlich schwierig ist und dass man auch bestrebt ist, eine Lösung zu finden.

Die Situation aber auf der Schorenmatte ist aus meiner Sicht tatsächlich absolut unbefriedigend. Wir haben dort für viel Geld vor einigen Jahren die Infrastruktur erneuert. Wir haben dort zwei Rasenfelder, die jetzt in dieser Zeit des Jahres quasi nie bespielt werden können, sie sind gesperrt, weil die Witterungsbedingungen schlecht sind, das heisst der dort spielende Verein, die dort spielenden Mannschaften, von der Jugendmannschaft über die Profimannschaft bis hin zu den Senioren müssen ausweichen, müssen auf andere Spielfelder im Kanton Basel-Stadt oder müssen auf ein Fussballtraining verzichten und stattdessen beispielsweise auf ein Lauftraining setzen. Das ist die Situation auf der Schorenmatte. Diese Felder dort sind fast beinahe sechs Monate im Jahr gesperrt. Das ist aus meiner Sicht eine Situation, die absolut unhaltbar ist.

Wir haben es bei der Diskussion über die neue Tennishalle auf der Schützenmatte schon gehört. Ich habe es dort erwähnt, wir haben im Kanton Basel-Stadt eine Sportplatzkrise und Alex Ebi hat in seinem Votum noch einmal deutlich gemacht, dass die Situation nicht neu ist. Wir reden und sprechen von runden Tischen, von Konzepten, die irgendwann einmal entwickelt werden sollen, und in dieser Zeit warten alle diese Vereine auf Spielmöglichkeiten. Der VFR Kleinhünigen hat viele Jugendmannschaften. Diese Jugendliche können oft nicht ins Training, weil das Training abgesagt werden muss. Es ist für Kinder im Alter zwischen 7 Jahren und 12 Jahren auch nicht so einfach, irgendwo anders ein Training abzuhalten. Das ist auch für die Eltern eine Zumutung, wenn diese Kinder dann nicht auf der Schorenmatte, sondern irgendwo anders ihr Training absolvieren müssen. Es ist aber auch eine Zumutung für Menschen, die den Sport Fussball ausgewählt haben, wenn sie diesen Sport nicht ausüben können, sondern irgendwie ein Lauftraining absolvieren müssen, dann hätten sie sich ja auch für Leichtathletik als Sportart entscheiden können.

Sie sehen, Brigitta Gerber, diese Situation ist völlig unabhängig vom Erfolg einer Mannschaft, für den VFR Kleinhüningen absolut unhaltbar und es geht ja auch nicht darum, dass dieser Verein derzeit mit der ersten Mannschaft einen Lauf hat. Das ist sehr erfreulich, sondern es geht darum, dass es wirklich für alle Mannschaften des VFR Kleinhüningen absolut unbefriedigend ist. Und es ist so ja, es ist auch ein Nachteil für die erste Mannschaft, wenn sie nicht regelmässig auf ihrem

Platz trainieren kann. Die schönen Worte von Regierungsräten, die dann jeweils auf die Schorenmatte kommen, sind toll für den Verein. Aber es geht jetzt wirklich darum, dass man für die Schorenmatte und für die dort spielenden Mannschaften eine Lösung findet. Der VFR Kleinhüningen ist auch bereit, «seinen Platz», die Schorenmatte, für andere Vereine zu öffnen, weil die Situation, wie Regierungsrat Mustafa Atici auch erwähnt hat, tatsächlich in ganz Basel schwierig ist.

Diese Kunstrasenfeldoption ist deshalb wichtig, nicht nur für den VFR Kleinhüningen, sondern generell für den Fussballsport in unserer Region. Auch ohne die Frauen EM haben wir bereits heute das Problem dieser Plätze. Dieses Problem wird sich ja, wie Regierungsrat Mustafa Atici gesagt hat, auch verstärken und deshalb brauchen wir keine Runden Tische, wir brauchen auch keine Konzepte, sondern wir brauchen jetzt diese Möglichkeiten, dass rasch eine Lösung auf dem Tisch liegt, sodass diese Situation sich insgesamt auch verbessert.

Es ist auch aus ökologischer Sicht absolut irrsinnig, dass ein Verein statt auf der Schorenmatte drei Mal in der Woche im Pfaffenholz trainieren muss. Die Verantwortlichen des Vereins müssen das Material dorthin fahren. Es muss danach wieder zurückgebracht werden, da werden Kilometer gefahren, die man eigentlich nicht fahren müsste, wenn man dort trainieren könnte, wo man den Stammverein, den Stammplatz hat.

Deshalb glaube ich, ist es nun an der Zeit, dass wir dort eine Lösung finden. Die Schorenmatte wurde schön renoviert, wurde gut saniert. Beim Feld gibt es Potenzial, nutzen wir das jetzt. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen und ich wünsche mir wirklich sehr, dass dann die Antwort des Regierungsrates in drei Monaten etwas substanziell ist und nicht wieder darauf verweist, dass es Runde Tische gibt und allenfalls ein Sportplatzkonzept, das dann irgendwann in den Dreissigerjahren umgesetzt wird. Das wäre zu spät. Ich bitte Sie wirklich, jetzt zu handeln, wenn Sie diese Motion überwiesen bekommen, und ich hoffe sehr, dass sie heute gemeinsam mit mir diese Motion an den Regierungsrat überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir schreiten zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung , NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005968, 12.02.25 10:53:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion einstimmig mit 94 Stimmen überwiesen.

Traktandum 31 Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung von Wasserläufen in der Basler Innenstadt.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Die Fraktion LDP lehnt diesen Anzug ab, und zwar aus Kostengründen, Platzgründen und auch aus historischen Überlegungen. Der Vergleich. mit Freiburg ist falsch, da dort die Wasserläufe seit immer zum Stadtbild gehören. In Basel würde das künstlich aufgepfropft und würde auch so wirken.

Dass der Birsig nicht geöffnet werden kann, ergaben schon die Abklärungen im Zusammenhang mit dem Neubau des Birsighochhauses. Realistischerweise bleibt nur die Freie Strasse für solche Wasserspiele. Ganz abgesehen von den enormen Kosten und dem Unsinn, die erst gerade fertiggestellte Strasse wieder aufzureissen mit allen negativen Folgen für das Gewerbe, wird mit solchen Wasserläufen die Breitefläche der Strasse verstellt und verkleinert. Es ist schon nicht einzusehen, dass man in der Freien Strasse fix betonierte Wasserbrunnen und Abfalleimer hinstellt und damit die grosszügige Flanierfläche einengt, ganz abgesehen von der Unfallgefahr zum Beispiel mit einer Gruppe an der Fasnacht.

Das ist ja alles ziemlich lustig, aber mehr nicht, und vor allem nicht mit Steuergeldern. Wir lehnen diesen Anzug ab.

31. Anzug 1 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung von Wasserläufen in der Basler Innenstadt

[12.02.25 10:55:01, 24.5521.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Das ist jetzt vielleicht ein wenig ein enerviertes Votum für ein Thema, das sie als spassig abtun. Sie wünschen sich vermutlich alle gerade an diesen Regentagen den Sommer zurück. Aber ich erinnere Sie ganz gerne an das Gefühl vom Sommer hier in der Innenstadt. Es ist nämlich bei uns in der Innenstadt wie in anderen Quartieren im Sommer vor allem unerträglich heiss. Der Teer verwandelt sich in eine brutzelnde Herdplatte und wir in der Innenstadt, die hier unterwegs sind hier arbeiten oder hier leben und unsere Mittagspause vielleicht draussen verbringen wollen oder müssen, werden unfreiwillig zu Spiegeleiern. In knapp 60 Sekunden sind wir durchgebraten und ich muss schon etwas frustriert zur Kenntnis nehmen, dass scheinbar nichts zur Erleichterung dieser Hitze in der Innenstadt je möglich sein wird. Und das während uns gerade alle mächtigen Männer und ein paar Frauen der Welt sagen, dass wir sowieso nichts mehr gegen die Klimakrise tun können, dass wir sowieso diese planetaren Grenzen überschreiten und halt schauen müssen, wie wir uns mit dieser Hitze arrangieren. Aber ich weiss nicht, wer mittlerweile etwas von den planetaren Grenzen weiss, dass wir mit Überschreitung für uns Menschen nicht wirklich etwas für die Lebensqualität tun können. Wir können höchstens versuchen, irgend etwas für eine Lebensfähigkeit auf unserer lieben Mutter Erde zu tun. Ja voilà, da wären wir doch wieder zurück bei der Klimaadaption.

Scheinbar nicht, weil wir sind auch zurück beim Unmöglichen. Bei uns hier in der Innenstadt ist es laut Regierung kaum möglich, ich erinnere Sie, grosse Bäume zu pflanzen. Wir können hauptsächlich bestehende grosse Bäumen wie zum Beispiel die Ginkos am Rümelinsplatz vorzeitig fällen, weil wir einen Berliner Design Bürotraum umsetzen wollen. Und wenn wir neue Bäume kriegen, dann muss ich das leider so sagen, sind das meistens Kummerfürze in einem Topf, die irgendwo im Weg stehen. Also keine neuen Bäume. Wir können wegen der hohen Nutzung und der verschiedenen Ansprüche in dieser Innenstadt nämlich aber auch keine Flächen entsiegeln, weil entweder kommen dann die Trams nicht durch oder die Velofahrer nicht oder wir müssen auch das Behindertengesetz richtig umsetzen, also entsiegelte Fläche auch nicht möglich. Wenn wir Glück haben, dann dürfen wir uns einen Blumentopf vor dem Haus bewilligen lassen – mittlerweile müssen wir sogar noch um Bewilligung fragen für diese Blumentöpfe. Also Begrünung nicht möglich.

Wir können zum Glück Betonbänke hinstellen, damit wir uns unseren Po auch noch verbrennen können in der Mittagspause und wir können vielleicht, wenn wir Glück haben neben, unter einem Luxus-Schirm ein bisschen Schatten finden. Dann sitzen wir aber wie Sardinen unter diesem Schatten, weil wir wissen, seit neuestem, auch grosse Beschattung ist nicht möglich. Also was ist eigentlich möglich? Es ist entweder dank der Denkmalpflege nicht möglich, es ist wegen der Stadtbildkommission nicht möglich, es ist wegen Höhe, Tiefe, Struktur der Gebäude etwas nicht möglich, wegen der Nutzung des Bodens nicht möglich und natürlich auch wegen den Hauseigentümer:innen ist es dann auch nicht möglich, wenn alles andere vielleicht möglich gewesen wäre.

Also zurück zum Spiegelei-Dasein? Nein, wir haben darüber nachgedacht und vielleicht ist es eine Schnapsidee gewesen, aber ich habe mittlerweile wirklich auch das Gefühl, es hat sich zu einer Idee ausgereift, wir alle dürfen hier unsere Ideen einreichen, und ich sage, wir haben schon sehr viele blödere Ideen eingereicht als einen harmlosen Anzug, in dem wir eine neue Idee für diese Innenstadt in den Raum stellen, nicht eine durchgängige Bepflasterung von Wasserläufen, aber die Möglichkeit, vielleicht in gewissen Weisen an gewissen Orten, die wir sowieso in nächster Zeit umplanen, die Idee des Wasserlaufs miteinzubeziehen. Und nein, nicht eine Öffnung des Birsig und hier meterweise Flüsschen wieder aufmachen, nein, die Idee eines Wasserlaufes, damit wir vielleicht in der Innenstadt die Möglichkeit haben, diese Klimaerhitzung, die Sie ja scheinbar viele von Ihnen hier drin gar nicht aufhalten möchten, irgendwie mit ein bisschen Lebensqualität erträglicher zu machen.

In diesem Sinne wünsche ich mir weniger Sonnenschirme und weniger Blumenkübel und dafür ein bisschen mehr Lust, den Klimaschutz und die Klimaadaption nicht einfach aufzugeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, hat die SP-Fraktion bei diesem Geschäft ein Offen vermerkt. Die SP-Fraktion begrüsst Massnahmen, die zur Steigerung der Lebensqualität in unserem Kanton beitragen und unsere Stadt noch lebenswerter und attraktiver machen. In diesem Sinne erkennen wir auch den hohen Stellenwert, den das Naturelement Wasser im Stadtraum einnimmt, so wie es auch im Stadtklimakonzept festgehalten ist und im Rahmen der sogenannten blauen Massnahmen gefördert wird.

Neben den verschiedenen Pärken in unserer Stadt lädt das Rheinufer in der warmen Jahreszeit mit einer vielfältigen Auswahl an Sitzplätzen, Buvetten und Aufenthaltsmöglichkeiten zum Verweilen und zur Erholung ein. Dort treffen und drängen sich die Menschen in den Sommermonaten. Dort findet dann das städtische Leben statt, in der Innenstadt hingegen – und das haben wir schon vorhin im Votum von Jo Vergeat gehört – herrscht die Hitze vor, aber sonst wenig, das an die Freude des Sommers erinnert.

Mit dem vorliegenden Vorstoss soll geprüft werden, ob entlang des unterirdisch fliessenden Birsigs offene Wasserläufe geschaffen werden können. Der Vorschlag entstand aus der Überlegung, dass eine angenehme Gestaltung der Innenstadt mehr Personen dazu bewegen würde, dort zu verweilen, anstatt eine verwaiste Innenstadt zu beklagen, bietet dieser Anzug eine Vision für mehr Aufenthaltsqualität und Attraktivität.

Unsere Nachbarstadt Freiburg im Breisgau kennt bereits beispielsweise diese Wasserläufe, die nicht nur zum Stadtbild gehören, sondern eine grosse Anziehungskraft für viele Besucherinnen und Besucher haben. Die Umnutzung des Birsigparkplatzes, die letzte Woche in den Medien beschrieben wurde, ist in diesem Sinne als guter erster Schritt zu betrachten. Neben all den positiven Aspekten des Anzugs erkennt die Fraktion allerdings auch einige mögliche Nachteile. Zum einen ist es bekannt, dass das Wasser in der Basler Innenstadt tief unter der Erde fliesst. Diese Tatsache kann die Gestaltung von Wasserläufen erschweren, so wie auch frühere Abklärungen im Zusammenhang mit der Initiative Öffnung des Birigs ergeben haben. Zum anderen wären die Nutzungskonflikte so wie auch im Anzug identifiziert gerade in der Innenstadt gross. Die Umsetzung dieser Idee unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessen werden somit mit grossem Aufwand verbunden, gerade zu einem Zeitpunkt, an dem mit der Freien Strasse nach langer Zeit eine Baustelle in der Innenstadt abgeschlossen werden konnte. Für ein besseres Stadtklima sowie auch von den Anzugsteller:innen gewünscht, gäbe es effizientere und gleichzeitig weniger aufwendige Massnahmen als die Schaffung von Wasserläufen in der Innenstadt. So die Meinung von einigen Mitgliedern der Fraktion.

Mit diesen verschiedenen Argumenten haben wir uns auseinandergesetz innerhalb der Fraktion. Am Schluss sind die Fraktionsmitglieder der SP auf unterschiedliche Ergebnisse gekommen und deshalb werden wir in dieser Frage auch unterschiedlich abstimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen sind für Nichtüberweisung dieses Anzuges. Natürlich tönt dieser schön und wunderbar, aber er ist in unserer Stadt schwierig umsetzbar, aus drei Gründen. Erstens Aufgrund der Topografie: Für Wasserläufe muss dies einfach stimmen, sonst funktionieren sie nicht oder sie sind extrem aufwendig zu erstellen. Zweitens, in Freiburg im Breisgau sind die Bächlein historisch gewachsen und sind darum Teil des Stadtbildes, bei uns in Basel ist dies nicht der Fall. Drittens, durch diese Wasserläufe würde der bereits sehr hohe Nutzungsdruck, wir haben es bereits gehört, in unseren Gassen und Strassen noch erhöht. Man bedenke die vielen Veranstaltungen, bei denen solche Wasserläufe abgedeckt werden müssten. Und, es wurde ebenfalls erwähnt, im behördenverbindlichen Stadtklimakonzept sind die folgenden mit Wasser verbundenen Massnahmen enthalten:

Die Massnahme 5: Erlebbarer Wasser fördern Massnahme 6: Befestigte Flächen entsiegeln, Massnahme 7: Regenwasserkreislauf im Freiraum schliessen, Massnahme 8: Bewässerungen von Grün mit Regenwasser etablieren. Die Aufgabe des Bau- und Verkehrsdepartements ist es also, wo immer möglich und sinnvoll, Wasser in unserer Stadt erlebbar zu machen sowie den Wasserkreislauf zu fördern.

Und Last but not least: Es braucht jetzt einfach Zeit, um all die Forderungen aus der Politik für mehr blau-grüne Massnahmen sowie Entsiegelungen und Fernwärme umzusetzen. Und viel wichtiger finden wir Grünliberalen die wirkliche Revitalisierung von Bächen in unserem Kanton, wo immer möglich und sinnvoll, für die Biodiversität sowie für die Menschen. Besten Dank für die Nichtüberweisung dieses Anzuges.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist der Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Wir sind dieses Mal grün. Wir helfen dem Anzug zur Überweisung. Wir sind auch der Meinung, wie das Jo Vergeat schon gesagt hat, dass das eine riesige Chance ist. Das soll man prüfen und darüber berichten. Und in Freiburg geht das auch prima, die haben dort auch alles, und da gibt es keine Klagen. Es ist noch lustig, es gibt nämlich eine Sage von diesen Bächen in Freiburg, das wäre ja für Basel vielleicht auch noch interessant. Wer dort reinsteht, der wird später heiraten. Darum bitten wir Sie, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das Wort Basel, das ich habe ich den Briefkastenonkel von der Basler Zeitung gefrat, bedeutet Wasser. Unsere Stadt Basel heisst Basal und das heisst Wasser. Und die Älteren von uns kennen den Briefkastenonkel der Basler Zeitung noch, der Herr Forster hat mir das als Schüler erklärt.

Aber trotzdem, auch wenn unsere Stadt Wasser heisst und das ist so, ist dieser Anzug eine Zwängerei. Darum stimme ich auch dagegen. Jérôme Thiriet, ich muss Ihnen einfach sagen, das ist ein Luxusproblem und wenn man wirklich keine anderen Probleme hat in Basel finde ich das übertrieben.

Im Text steht oft der Name Freiburg, Freiburg unsere Nachbarstadt in Deutschland. Als Kind bin ich auch in Freiburg gewesen und ich fantasiere jetzt nicht, ich bin dort dann in so ein Bächlein hineingefallen. Ich bin eigentlich in Freiburg ins Bächlein hineingefallen und ich habe so einen Schreck bekommen. Gehst du in die Stadt, denkst du natürlich nicht, dass da so ein Flüsslein ist, in das man reinfallen kann. Und das kann ich einfach nie vergessen.

Brigitte Kühne, Sie haben richtig gesagt, die Bächlein passen nicht in die Topografie von Basel. Aber vielleicht haben Sie noch etwas vergessen, was auch Jérôme Thiriet als Anzugssteller vergessen hat. Wir könnten doch einen Wasserfall, einen Wasserfall vom Münsterhügel in den Rhein. Das wäre vielleicht noch eine Idee gewesen. Die Sache ist gut, aber ich finde es einfach ein bisschen übertrieben und darum denke ich. werde ich Nein stimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es wurden nun doch schon einige Argumente dagegen genannt. Ich möchte mich deshalb auf einige wenige beschränken. Was denken Sie, wie tief der Birsig beim Birsigparkplatz ist? Zwei bis drei Meter. Jetzt stellen Sie sich vor, wenn wir da öffnen, haben Sie kein hübsches Fluss- oder Bachbett, da haben Sie eine Schlucht. Jo Vergeat hat vorher gesagt, sie meine nicht den Birsig, aber er ist stellvertretend für ganz viele Bachläufe in dieser Stadt, die tief unten sind und ich denke, das muss man sich vergegenwärtigen, wenn man die Idee hat, die Bäche seien gerade unter der Oberfläche, es reiche da ein bisschen Asphalt wegzunehmen und dann hätte man einen Flusslauf in der Stadt. Das ist das eine, die Topografie ist ganz anders. Das bedeutet noch einmal ein komplett neues Wassersystem, das wir etablieren möchten müssten und das ist wirklich schwierig.

Der Anzug kommt ein bisschen als Eier legende Wollmilchsau daher. Sie nennen die Konfliktpunkte schon, Nutzungskonflikte. Stellen Sie sich vor, in der Freien Strasse hätten wir diesen Wasserlauf. Schon im Anzug steht, dass man ihn während der Fasnacht abdecken müsste. Man muss ihn auch beim Stadtlauf schliessen und bei allen anderen Veranstaltungen. Die andere Problematik ist das Littering, die auch beschrieben ist, oder die Barrierefreiheit, die auch im Anzug beschrieben ist. Ich verstehe die Ungeduld von vielen von Ihnen, die sagen, es werde zu häufig gesagt, es gehe nicht.

Ich komme zurück auf die Sonnensegel der, bei denen wir gestern mitteilen mussten, dass wir sie nicht realisieren können in der Freien Strasse. Schauen Sie, wenn die Hauseigentümer uns nicht erlauben, an den Häusern diese Sonnensegel anzubringen, dann wird es einfach schwierig und das kann man jetzt belustigend finden, dass es immer wieder Gründe gibt, weshalb Dinge eben schwierig umsetzbar sind, aber es ist eine Tatsache.

Und dann komme ich auch an die Adresse der SVP noch zu den Baustellen. Ganz ehrlich, ich wüsste nicht, wie ich den Gewerbetreibenden in der Freien Strasse erklären möchte, dass wir ein, zwei Jahre nach dem gesamt der gesamten Umgestaltung mit diesen mobilen Bäumen, die übrigens sehr gut angenommen werden von den Leuten mit Sitzbänken, die Freie Strasse wieder aufreissen, umso mehr wenn wir auch an all die anderen Baustellen denken in der Stadt, in der Clarastrasse, am Rümelinsplatz, an der Schifflände und in der Aeschenvorstadt, und dann möchten Sie eine weitere Baustelle? Ich weiss nicht, wie ich das erklären soll.

Glauben Sie mir, das Stadtklima an sich. die Aufenthaltsqualität ist uns ein grosses Anliegen. Ja, wir arbeiten mit diesen mobilen Elementen, weil es eben einer Stadt geschuldet ist, dass sehr viel stattfindet und dass wir sie verschieben müssen. Wir arbeiten daran, dass sie grosszügiger sind und ich denke wie gesagt, wenn Sie in der Freien Strasse schauen, sie werden angenommen, sie werden genutzt und sie werden geschätzt. Und Sie selbst haben Geld gesprochen, fast 10

Millionen Franken, damit wir weiter mit eben diesen Massnahmen, mit Beschattung, mit Begrünung und auch zum Beispiel mit Sprühnebel arbeiten. Dieses Geld haben Sie gesprochen und deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Ich denke wirklich, das macht in diesem Fall keinen Sinn.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen und somit hat der Anzugssteller Jérôme Thiriet das Wort.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Ich bedanke mich vielmals für die angeregte Diskussion. Ich hätte ehrlich gesagt nicht damit gerechnet, dass das so ein kontroverses Thema ist, habe ich doch relativ einfach Unterschriften gefunden habe für den Anzug. Beim Verfolgen der Diskussion habe ich gemerkt, dass viele Ängste hochgekommen sind, und ich will ein bisschen darauf eingehen.

Vielleicht hat man den Anzug einfach falsch gelesen oder falsch verstanden. Regierungsrätin Esther Keller, es geht eben nicht darum, den Birsig aufzumachen und ein riesiges, drei Meter tiefes Loch zu schaffen. Dass man den Birsig nicht aufmachen kann, das haben schon etwa 15 Vorstösse im Grossen Rat in den letzten 20 Jahren gezeigt. Deswegen habe ich einen anderen Ansatz gewählt, mit kleinen Bächlein, Rinnsalen, analog zu Freiburg. Das sind nicht Flüsse, die irgendwo tief unten sind, sondern das wäre eben oben auf Strassenniveau. Das heisst, man könnte das Wasser des Birsig hochpumpen, wenn das geht, oder anderes Wasser nehmen, aber auf jeden Fall kleine Wasserläufe an der Oberfläche schaffen. Es geht wirklich nicht darum, den Birsig aufzureissen. Das wissen wir, dass das nicht geht.

Dann geht es mir auch nicht darum, in der ganzen Stadt ein Flusssystem anzulegen, wirklich nicht. Es geht darum, einmal zu prüfen, ob das in einzelnen Strassenzügen vielleicht machbar wäre. Ich glaube, es ist im Anzug auch erwähnt, vielleicht auf dem Birsigparkplatz, wo die grüne Partei schon vor Jahren die Öffnung des Birsig gefordert hat, was ja nicht möglich ist. Aber 2035 kommt dann eine Neugestaltung und vielleicht könnte man dort an der Oberfläche fliessende Gewässer haben in der Art der «Bächle» und nicht einfach gemäss Birsig-Verlauf, wie er jetzt in diesem Zwischennutzungsprojekt auf dem Birsigparkplatz kommt, was vielleicht schon einmal ein Anfang ist, aber ein aufgezeichnetes Flüsschen hat eben keine kühlende Wirkung.

Das Argument mit der Topografie verstehe ich auch nicht ganz. Also wenn ein Birsig durch die Talstadt fliessen, dann kann vermutlich auch so ein Bächlein genau dort durchfliessen, und vielleicht gibt es auch noch andere Örtlichkeiten in der in der Stadt, wo die Topografie stimmt. Das halte ich auch für ein relativ schwaches Argument.

Bezüglich Nutzungskonflikte gibt es sicher Herausforderungen, aber die werden lösbar sein. Es gibt ja nicht nur Freiburg, sondern einen Haufen anderer Städte, die solche Bächlein haben, die dann geputzt werden und wo auch andere Veranstaltungen noch stattfinden können das Jahr hindurch und wo auch Passantinnen und Passanten sich bewegen können, ohne dass es gefährlich wird.

Also diese Argumente leuchten mir nicht ein. Es ist es ist mir auch nicht klar, warum man da von einem riesigen Aufwand ausgeht. Man kann es ja einfach einmal probieren, irgendwo, ich schlage vor auf dem Birsigparkplatz, wenn dann die Umgestaltung kommt, und in dem Sinn den Anzug zu überweisen und zu schauen, was man machen kann in diesem Bereich. Wie dringend notwendig eine solche Massnahme ist, hat ja Jo Vergeat dankenswerterweise schon sehr eindrücklich erläutert. Ich glaube, darauf muss ich nicht mehr eingehen.

Ich denke, jede Massnahme für die Stadt, für das Stadtklima, für kühle Aufenthalte in der Stadt ist wichtig, und deshalb danke ich Ihnen, wenn Sie den Anzug überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 40 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005971, 12.02.25 11:17:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Überweisung entschieden mit 49 gegen 40 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

32. Anzug 2 Lydia Isler-Christ betreffend Teuerungsausgleich für Werkverträge per Ende Jahr

[12.02.25 11:17:37, 24.5545.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

33. Anzug 3 Eric Weber betreffend Angeln als naturnahes Hobby fördern

[12.02.25 11:17:58, 24.5530.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Das Wort hat der Anzugsteller Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es geht um das Fischen und es gibt ja den Satz «Fischers Fritze fischt frische Fische». Das ist ein Wortspiel, aber in Basel ist es schwierig, dass Fischers Fritze frische Fische fischt, weil wir einen Behördedschungel haben. Sie haben heute Morgen gehört bei meinen Vorrednern, es sei zu kompliziert, wenn man etwas will, und in dem Anzug geht es auch darum, dass es zu kompliziert ist, einen Jugend-Fischerschein zu bekommen. Es wird alles gemacht in Basel, alles, aber für den Fischer wird zu wenig gemacht.

Und Basel war eine Fischerstadt, ein Fischerdorf vor 2000 Jahren, aber die Tradition wird nicht hochgehalten, darum dieser Anzug. Die zwei Flüsse Wiese und Birs sind verpachtet und dort darf man eventuell nicht fischen. Viele sprechen vom Behördendschungel, der mir auch zu kompliziert ist in diesem Fall, er schreibt zu viel vor und die Leute verstehen nichts. Wenn man dann auf die Homepage geht vom Kanton Basel-Stadt zum Thema Fischen in Basel, steht da, das Fischen an Bächen und Flüssen sei ein vielfältiges und faszinierendes Naturerlebnis, das man auch am Basler Rheinknie erleben und geniessen könne. Zum Fischen benötige man eine Fischereikarte und eine bestandene Sportfischerprüfung. Aber das ist einfach kompliziert. Dann steht da, wo man nicht fischen darf. Also es ist zu kompliziert und darum habe ich den Anzug gemacht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 70 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005974, 12.02.25 11:21:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Anzug wird nicht überwiesen mit 70 gegen 2 Stimmen.

34. Anzug 4 Eric Weber betreffend politische Neutralität an Schulen gewährleisten

[12.02.25 11:21:29, 24.5531.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Es haben sich keine Sprechenden eingetragen, somit geht das Wort an den Anzugsteller Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist ein Thema, mit dem ich tagtäglich von Schülern und jungen Menschen bombardiert werde. Als Grossrat sind Sie ja auch ein Sammelbecken für Beschwerden. Und ich bekomme jeden Tag die Beschwerden von Schülern, die mir sagen, dass in den Schulen eine gewisse politische Richtung vorherrsche. Das habe ich auch erlebt am Wirtschaftsgymnasium in Basel und am Gymnasium Muttenz.

Die Schüler schreiben mir und bitten. mich, etwas zu machen. Deshalb habe ich den Anzug eingerichtet. Ein Satz, der auch an die Lehrer gerichtet ist: «Gerade in einer Demokratie lebt der Fortschritt von Debatten und unterschiedlichen Perspektiven.» Das ist ganz wichtig und auch in der Schule muss es unterschiedliche Perspektiven und Debatten geben.

Ich sehe nicht ein, dass ich als Grossrat nicht eingeladen werde in Schulen, weil ich der Böse bin. Aber andere Parteien dürfen dort reden und das geht nicht. Es geht um Meinungen. Der Wettstreit der Worte ist der Pulsschlag der Demokratie, aber als Grossrat vermisse ich Demokratie in den Schulen, und deswegen habe ich diesen Anzug eingereicht. Ich bekomme sehr viele Rückmeldungen, eigentlich zu viele, und die Schüler rennen mir geradezu die Bude ein.

Ich finde es schade und es tut mir im Herzen weh, wenn ich sehe, wie schon in der Schule die Gesellschaft gespalten wird in die Guten und die Bösen. Und es darf nichts mehr gesagt werden. Aber es ist ein ganz wichtiges Thema und das wird in den nächsten Jahren auf uns zukommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 72 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005977, 12.02.25 11:25:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht nicht überwiesen mit 72 gegen eine Stimme bei einer Enthaltung.

Eric Weber (Fraktionslos): Auch hier ein wichtiger Satz in Ihr Schulheft: «Es sind Politiker erwünscht, die auch jenseits des Wahlkampfs das Gespräch mit den Menschen suchen.» Sie sind alle Grossräte, aber suchen Sie bitte das Gespräch mit den Menschen, auch wenn kein Wahlkampf ist.

Die Broschüre über den Grossen Rat, in der unsere Bilder abgedruckt waren, gibt es nicht mehr. Das ist ein Rückschritt. Ich habe die Broschüre seit 40 Jahren verteilt und sie ist gerne angenommen worden, weil die Leute dann schauen, wen sie kennen und wen nicht. Ich habe schon 30 Mal nachgefragt, es gibt sie nicht mehr. Ich habe sie dann überall eingesammelt, auf dem Stadtteilsekretariat Kleinbasel, aber da gab es nur noch zwei Exemplare.

Schauen Sie auf die Tribüne, sie ist seit zwei Stunden leer und das tut mir auch im Herz weh. Die Broschüre war ein Werbezweck für unser Parlament. Auch wenn Sie jetzt Nein stimmen, kann ich sagen, es ist ein grosser Verlust. Ich habe versucht Kopien zu machen von diesen Bildern der Grossräte oder der Grossratsbroschüre, in der unsere Arbeit erklärt wird. Es heisst immer, das existiere nun digital, aber nicht alle können digital lesen oder haben immer das Handy dabei. Und die alten Leute vergisst man auch mit dieser Digitalisierung unserer Grossratsbroschüre. Die alten Leute werden bei dieser Digitalisierung auf der Strecke gelassen und es gibt viele Verbände in der Schweiz und in Deutschland, die sagen, es gehe nicht, dass alles nur digital ist.

Ich will unsere Grossratsbroschüre bitte auf Papier, und denken Sie daran, meine Damen und Herren, auch wenn Sie lächeln, Sie sind auch alt in 30 Jahren. Oder denken Sie an Ihre Ehepartner, Freunde, Kinder, denen Sie sagen können, dass Sie Grossrat von Basel sind, Sie können zeigen, wie Sie arbeiten.

Es geht um Sie alle, Sie sind alle in dieser Broschüre und die Fotoseite mit allen Grossräten ist auch gut. Aber dass es sie nicht mehr gibt, finde ich wirklich sehr sehr traurig.

35. Anzug 5 Eric Weber betreffend Grossrats-Broschüre „So wird in Basel-Stadt entschieden" bitte wieder auflegen und publizieren

[12.02.25 11:29:53, 24.5532.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Dank wir kommen damit zur Abstimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Anzug wurde nicht überwiesen mit 66 gegen eine Stimme.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 66 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005981,]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

36. Anzug 6 Eric Weber betreffend Gratis-Abfall-Entsorung für arme Leute

[12.02.25 11:30:32, 24.5533.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (fraktionslos): Warum habe ich den Anzug eingereicht? Es ist mir zu viel. Ständig lese ich, was es alles gratis gibt. Dann frage ich mich, was man sonst noch gratis machen könnte.

Ich habe schon vor zehn Jahren Abfalldetektive an der Feldbergstrasse gesehen. Die haben eine alte Oma gestellt und ihr 150 Franken in Rechnung gestellt. Da heisst es immer, wir seien eine soziale Stadt. Aber diese Abfallsäcke sind teuer. Basel macht alles für die soziale Sache, aber bei den Abfallsäcken gibt es eine Lücke. Ich verlange Gratissäcke. Ich gebe zu, ich bin auch ein Abfallsünder, ich habe noch nie einen Beppisack gekauft, weil die mir zu teuer sind.

*Balz Herter, Grossratspräsident:*Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberwesiung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 70 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005983, 12.02.25 11:32:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 70 gegen eine Stimme.

37. Anzug 7 Eric Weber betreffend mehr Dienstleistungen für die Herren und Damen Abgeordneten durch den Parlamentsdienst des Grossen Rates Basel

[12.02.25 11:32:41, 24.5534.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (fraktionslos): Es ist ein ganz wichtiges Thema, mehr Dienstleistungen für die Abgeordneten durch den Parlamentsdienst. Wir haben durch den Parlamentsdienst viele Tickets für Fernsehshows, Theater bekommen. Wir haben das bekommen, weil sich der Parlamentsdienst dafür eingesetzt hat. Ich erwarte als Grossrat Tickets für den ESC, für die Frauen Fussball EM. Ich bin Grossrat, um Zugang zu erhalten zu diesen Veranstaltungen. Das ist ganz legal.

Der Parlamentsdienst macht sicher seine Arbeit, seine Stellen werden erhöht, aber die Leistung ist nicht zufriedenstellend. Ich möchte, dass der Sitzungskalender wieder gedruckt wird. Ich kenne andere Standards. Mit dem Sitzungskalender kann

man auch Werbung machen, damit die Tribüne voll ist. Viele wissen nicht, wann Grossratssitzung ist. Man könnte besser informieren. Wenn der Sitzungskalender für das ganze Jahr vorliegen würde, könnte man diesen verteilen, dann hätte man auch mehr Gäste. Das ist eine Lücke.

Auch wenn mein Anzug abgelehnt wird, wäre ich froh, wenn der Parlamentsdienst unaufgefordert den Sitzungskalender auflegen würde. Das wäre zu überlegen. Diese Sitzungskalender werden gerne entgegengenommen. Das ist hier eine Lücke

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberwesiung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 71 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005985, 12.02.25 11:38:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Anzug wurde nicht überwiesen mit 71 gegen eine Stimme.

Eric Weber (Fraktionslos): Basel weltweit das einzige Parlament, das erst vier Monate nach seiner Wahl in die neue Legislatur startet. Das gibt immer ein grosses Durcheinander.

Ich muss seit meiner Kindheit erklären, warum das so ist, weil die Leute verstehen das nicht und ich bin es Leid, ich mag es nicht immer erklären. Dann heisst es immer, wir wollten uns an andere Kantone anpassen, wir wollten eine Vereinheitlichung, aber bei uns in Basel ist es nicht so. Ich muss sagen, auch in Basel sollte der neue Grosse Rat im November anfangen.

Ich bin 30 Mal angesprochen worden seit der letzten Grossratswahl. Die Leute verstehen es nicht. Deshalb habe ich eine Frau nachrücken lassen, weil ich als Wahlbeobachter in Belarus war.

38. Anzug 8 Eric Weber betreffend Basler Parlament muss im Monat nach der Wahl in die neue Legislatur starten

[12.02.25 11:40:39, 24.5535.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberwesiung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 71 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005987, 12.02.25 11:41:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 71 gegen eine Stimme.

39. Anzug Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Streichung der Leistungschecks an der Basler Volksschule, Schreiben des RR

[12.02.25 11:41:26, 18.5121.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Mustafa Atici wünscht das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Es ist eine Kernaufgabe der Volksschule, die Leistungen der Schülerinnen und Schüler umfassend und fair zu beurteilen. Mit standardisierten Leistungstests können die Schülerinnen und Schüler ihre Fähigkeiten, Klassen, Schultyp und Leistungszug unabhängig einschätzen lassen. Die Checks und die nach der gleichen Logik funktionierende Aufgabensammlung Mindset sind wissenschaftlich fundierte und in der Praxis erprobte Instrumente zur Leistungsbeurteilung. Die Entwicklung, Durchführung und Ausweitung der Checks erfolgt zusammen mit den Partnerkantonen im Bildungsraum. Der Kanton Basel-Stadt profitiert dadurch in vielerlei Hinsicht von der dabei entstehenden Synergie.

Der Regierungsrat hat im Rahmen des Anzugs Beatrice Messerli und des Anzugs Katja Christ zwei Mal ausführlich zu den Checks Stellung genommen. Er hat sich jeweils dafür ausgesprochen, die Jacks weiterhin durchzuführen und die gemeinsame Weiterentwicklung fortzusetzen. Nach der umfassenden externen Evaluation hat der Regierungsrat in seinem Bericht vom 16. November 2022 drei Konzeptanpassungen angekündigt, die umgesetzt wurde. Auf eine Einführung des Checks S3 am Ende der Volksschule wurde verzichtet. Seit dem Schuljahr 2023/24 entscheiden die Klassenlehrpersonen, ob ihre Klassen am freiwilligen Check P3 teilnehmen und derzeit wird in einem Pilotprojekt getestet, wie die Schülerinnen und Schüler der Brückenangebote die Checks ebenfalls nutzen können.

Des weiteren wurden weitere auf den Empfehlungen des Evaluationsteams basierende Massnahmen umgesetzt. Diese werden im vorliegenden Schreiben erläutert. Das Vorgehen zeigt, dass Anliegen und Kritik aus der Schulpraxis Berufsbildung und die Politik aufgenommen und bei der Weiterentwicklung des Checks berücksichtigt werden. Das langfristige Ziel, die Checks noch besser in der Gesamtstrategie zu verankern, bleibt bestehen. Daran werden wir auch künftig weiterarbeiten.

Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, die beiden Anzügen zu den Checks als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Fraktionssprecher der BastA Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich spreche für Heidi-Mück, die heute leider krankheitshalber abwesend ist, und ich spreche auch für die Fraktion Grüne/jgb.Wir möchten den Anzug von Beatrice-Messer betreffend Streichung der Leistungschecks stehenlassen. Der Anzug von Katja Christ kann abgeschrieben werden

Es ist uns schon bewusst, dass wir da wohl auf verlorenem Posten sind, von Seiten des Erziehungsdepartements kommen seit Jahren klare Signale, dass der Wille nicht da ist, auf die Checks zu verzichten und das gegen den Wunsch einer überwiegenden Mehrheit der Lehrpersonen. Und auch die Fraktionen, die die Motion ursprünglich noch unterstützt hatten, sind nun offenbar umgeschwenkt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum. Vielleicht erfahre ich dazu noch etwas.

Es gab aber tatsächlich ein paar Verbesserungen. Der Check am Ende der Volksschule wurde nicht eingeführt und der Check in der dritten Primarschule ist nun freiwillig. Die Schulen werden nun offenbar besser unterstützt und die Lehrpersonen besser informiert und weitergebildet. Obwohl die Kritik an den Checks ja nicht darauf basierte, dass die Lehrpersonen zu wenig Informationen zu den Checks hatten oder sie nicht verstanden haben. Da machen wir es uns ein

wenig zu einfach. Die grundsätzliche Frage, ob es diese standardisierten Checks wirklich braucht und was sie tatsächlich bringen, bleibt aus unserer Sicht unbeantwortet und es stellen sich noch vielmehr Fragen.

Braucht es diesen Aufwand wirklich, binden diese Checks nicht zu viel Unterrichtszeit, die angesichts der vielen Anforderungen an die Schule sowieso viel zu knapp ist? Wäre das Geld nicht viel sinnvoller an anderer Stelle einzusetzen? Wie repräsentativ sind die Ergebnisse wirklich, wenn in manchen Klassen Teaching zu den Tests betrieben wird und es in anderen Klassen gar keine Vorbereitung gibt? Gibt es nicht sowieso zu viele Prüfungen und Tests im Schulalltag, zu viel Leistungsdruck für die Schüler:innen? Warum gibt es überhaupt eine Verpflichtung, eine gewisse Anzahl Tests pro Fach durchzuführen, wenn deren Aussagekraft offenbar nicht genügt und zusätzlich noch standardisierte Checks durchgeführt werden müssen? Geben wir den Schulen und den Lehrpersonen nun die Kompetenz der Beurteilung oder vertrauen wir ihnen da doch nicht ganz? Und glauben wir wirklich dem Märchen, das flächendeckende standardisierte Leistungschecks als Förderinstrument taugen? Wo sind denn die Ressourcen für die Förderung, falls bei den Checks wirklich ein Förderbedarf herauskommt?

Sie sehen, es gibt für uns einfach zu viele kritische Punkte und Fragen bezüglich der Checks und wir möchten sie weiterhin abschaffen und den Anzug von Beatrice Messerlis deshalb erneut stehenlassen. Wir befürchten aber, dass wir mit dieser Forderung keine Mehrheit bekommen. Deshalb deponieren wir den Vorschlag beim Erziehungsdepartement, dass sämtliche Checks als freiwillig deklariert werden sollen. Schliesslich heisst es ja selbst von Seiten Regierungsrat, dass kantonale Anpassungen im Rahmen des Gesamtkonzepts möglich sind. Und wenn die Auswahl von altersdurchmischten Schulklassen in Zukunft frei wählbar pro Standort sein könnte, macht es eigentlich schon auch Sinn, dass das auch bei den Leistungschecks möglich sein sollte. Besten Dank für Stehenlassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Die stete Veränderung an den Schulen und die Massnahmen zur integrativen Schule, die zurzeit an der Umsetzung sind, bedeutet, dass ich immer wieder meine Haltung evaluiere und auch wegen der Erfahrung aus der Praxis verändere und weiter entwickle. Ich bin bei den Checks etwas hin und her gerissen. Einerseits gibt es den negativen Aspekt Learning to the Test und eine Art Bewertung der Qualitäten der Lehrpersonen, die nicht aussagekräftig ist. Zudem werden weder die sozialen noch Soft Skills noch Kreativität noch innovative Kompetenzen abgefragt. Die Regierung antwortet, dass es eine chancengerechte Bildung gewährleistet. Mir ist neu, dass Vergleichstests fair sind, sind doch die Ausgangslagen der Kinder und Jugendlichen sehr unterschiedlich. Die Checks scheren alle Kinder über einen Kamm, egal was ihr Hintergrund oder ihr Bildungsstand ist.

Mit manchen Argumenten meines Vorredners Oliver Bolliger gehe ich auch einig. Andererseits stelle ich fest, dass für die dringend notwendige Schulentwicklung Daten und Evaluationen fehlen. In der Antwort der Regierung steht, dass aufgrund der Checks die PH für die Schulen im Kanton Aargau Leitfäden entwickelt hat, für Fördermassnahmen. Zugegeben, ich habe diese Leitfäden nicht überprüft und für unseren Kanton sind es ja vermutlich auch ganz andere. Die PH FHNW könnte aber eben auch als Forschungsschule die Resultate der Checks für pädagogisch sinnvolle Konzepte und Leitfäden für Schulleitungen und Lehrpersonenteams ableiten und nutzen. Es besteht ein Bedarf an inhaltlichen Konzepten und Erfahrungsaustausch, um die Umsetzung der Massnahmen der integrativen Schule zu verbessern. Das Rahmenkonzept des ED ist nicht inhaltlich, sondern ein Rahmenplan mit Zahlen und Prozenten, Vorgaben, was gemacht werden soll und darf, was verzweckte und unverzweckte Mittel sind.

Allerdings, wenn ich die Antwort des ED zu den Vorstössen Messerli und Christ lese, bin ich etwas zuversichtlicher, das durch die Checks und vor allem, wie sie verbessert werden, besser gelesen werden können, wie die Schule sinnvoll weiterentwickelt werden könnte. Die Vergleiche der Resultate sollten aber nicht dazu dienen, in gut und schlecht abzuleiten und aufzuteilen, sondern wie werden wir der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen gerechter und was müssen wir konkret ändern. Ob das ED und der Bildungsraum Nordwestschweiz das so nutzen wird, kann ich jetzt noch nicht sagen. Ich plädiere hier für eine sorgfältige Überprüfung.

Die aktuelle Umsetzung entspricht einem Kompromiss unter den Lehrpersonen ist der Sinn und Zweck der Checks nach wie vor umstritten. Soll es denn nun um eine Steuerung der Schulentwicklung gehen oder um ein Förderinstrument. Als Förderinstrument, Fördermittel habe ich da meine Zweifel. Die Vorstösse von Beatrice Messerli und Katja Christ sind acht Jahre alt. Es ist doch schon interessant, dass am freiwilligen Check P3 im Schuljahr 2023/24 25 Klassen aus 12 Primarschulen teilgenommen haben, 2024/25 waren es schon 32 Klassen an 16 Schulen. Vielleicht geht die neue Generation der Lehrpersonen anders damit um. Ich weiss es nicht. Vielleicht haben sich die Checks seit der Verfassung der Vorstösse 2016 verbessert oder weiterentwickelt.

Die SP plädiert hierfür Abschreiben. Das heisst nicht, dass wir alles in der Antwort der Regierung gutheissen oder die Stossrichtung allgemein richtig finden. Wir finden aber, dass es einen neuen, frischen Vorstoss mit der heutigen Ausgangslage braucht, der zielführender wäre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin Jenny Schweizer von der SVP.

Jenny Schweizer (SVP): Für den Arbeitgeber- und den Gewerbeverband reicht ein Bemühen des Regierungsrates, die Checks zu verbessern, um deshalb die Anzüge abzuschreiben. Uns reichen Bemühungen aber nicht. Die Regierung hatte nun in den letzten 12 Jahren seit der Einführung der Checks wirklich genug Gelegenheit gehabt, an der Verbesserung dieser Checks zu arbeiten und ihr Ziel zu erreichen, mit diesen ein Verbesserungsinstrument für die Leistungen und der Vergleichbarkeit der Schülerschaft zu implementieren. Dies geschah aber nicht.

Die Interpretation der Checkresultate ist nach wie vor für alle Erziehungsberechtigte extrem anspruchsvoll, wenn nicht sogar unmöglich. Die Darstellung ist immer noch katastrophal. Sie sind sogar so wenig aussagekräftig, dass die Lehrbetriebe ihre eigenen Leistungsprüfungen auf die Beine stellen. So hat also nicht nur der Kanton hohe Kosten mit den Checks zu tragen, sondern auch die Wirtschaft muss hohe Ressourcen zur Verfügung stellen, was ja wirklich nicht das Ziel sein kann.

Auch wissen wir, dass die Schülerinnen und Schüler logischerweise durch die Checks nicht besser werden, sondern wir bilden immer noch schweizweit das Schlusslicht, und wenn die Regierung glaubt, mit Änderungen an den Auswertungskriterien daran etwas zu ändern, dann frage ich mich, ob sie sich der Ernsthaftigkeit der Lage wirklich bewusst ist. Und auch das Auslagern der Auswertungen wird wahrlich das Problem nicht lösen. Also streichen wir die Checks, verbuchen sie unter Lernziel der Regierung «nicht erreicht» oder unter «Lieber ein Ende mit Schrecken als an Schrecken ohne Ende» und sparen wir uns die enormen zukünftigen Kosten und fokussieren uns darauf, ein Bildungskonzept zu entwickeln, damit unsere Schülerinnen und Schüler endlich wieder besser werden und schweizweit mithalten können.

Deshalb bitte ich Sie, den Anzug von Beatrice Messerli stehen zu lassen und den Anzug von Katja Christ abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Weiter hat sich Catherine Alioth gemeldet.

Catherine Alioth (LDP): Eigentlich wollte ich nicht reden, weil schon sehr viel gesagt wurde. Ich möchte einfach die Position der LDP mitteilen. Wir sind nämlich der Meinung, dass eigentlich sehr viel schon gemacht wird für die objektive Beurteilung der Klassen und Schulleistungen und dass Schulleitungen, Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler sowie auch Eltern unabhängig von Klasse, Schultyp und Leistungsbeurteilung eine Einschätzung der Kompetenzen erhalten. Diese Checks in zu einem wichtigen Bestandteil des Qualitätsmanagements der Volksschule geworden. Wir erachten die getroffenen Massnahmen als sinnvoll, gut eingeführt und umgesetzt. Wir beantragen Ihnen deshalb, die beiden Anzüge abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005990, 12.02.25 11:55:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Die haben den Anzug Beatrice Messerli mit 71 Stimmen gegen 20 Stimmen bei einer Enthaltung abgeschrieben. Beim Anzug Katja Christ wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben diesen somit stillschweigend abgeschrieben.

39.1. Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend standardisierte Leistungschecks, Schreiben des RR

[12.02.25 11:56:10, 17.5015.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit schliesse ich die Sitzung von heute Morgen ich wünsche Ihnen einen guten Appetit. Wir sehen uns um 15 Uhr zu den Interpellationen.

Schluss der 3. Sitzung

11:56 Uhr

Protokoll

der 4. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 12. Februar 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Tim Cuénod (SP), Tobias Christ (GLP), Patrizia Bernasconi (BastA), Fina Girard (GP), Lorenz Amiet (SVP), Heidi Mück (BastA), Lydia Isler-Christ (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

26. Neue Interpellationen ... 3
26.2. Interpellation Nr. 2 Jenny Schweizer betreffend «Lebende Tiere im Bereich Kultur?» ... 4
26.3. Interpellation Nr. 3 Lisa Mathys betreffend die Anwohnenden der Osttangente nicht länger vertrösten ... 6
26.4. Interpellation Nr. 4 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Vertragsverlängerung des Intendanten des Theater Basel ... 7
26.5. Interpellation Nr. 5 Daniel Hettich betreffend Verkehrsverbindungen zwischen Riehen und Basel ... 8
26.6. Interpellation Nr. 6 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Kennzahlen zu nicht ausgeschafften Asylmigranten in Basel-Stadt ... 9
26.7. Interpellation Nr. 7 David Jenny betreffend rechtliche Beurteilung des Erwerbs von Vermögenswerten im Finanzvermögen im Lichte des Bundesgerichtsentscheids vom 10. Januar 2025 (1C_679/2023) ... 9
26.8. Interpellation Nr. 8 Daniel Seiler betreffend monatelanges Provisorium bei der Tramhaltestelle St. Jakob 10
26.9. Interpellation Nr. 9 Beda Baumgartner betreffend Auswirkungen des Mindestlohnes in Basel-Stadt ... 11
26.10. Interpellation Nr. 10 Oliver Thommen betreffend chinesischer Repression in der Schweiz ... 12
26.11. Interpellation Nr. 11 Fleur Weibel betreffend Sparpaket des Bundes: Welche Auswirkungen sind für Basel-Stadt zu erwarten? ... 13
26.12. Interpellation Nr. 12 Maria Ioana Schäfer betreffend Massnahmen bezüglich drohender Tarifsenkungen für Psychotherapeut*innen ... 14
26.13. Interpellation Nr. 13 Anina Ineichen betreffend Microsoft ... 16
40. Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend «Vergünstigter Eintritt für Hallen- und Gartenbäder für AHV-/IVBezüger/innen», Schreiben des RR ... 17
41. Anzug Joël Thüring flexible Eintrittspreise für die Spätschwimmer in die baselstädtischen Gartenbäder, Schreiben des RR ... 20
42. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Diversität und Diskirminierungsbekämpfung an den Schulen in Basel-Stadt, Schreiben des RR ... 20
43. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Schulraum für das Quartier am Ring, Schreiben des RR ... 22
44. Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Primarschulkompetenz: Velofahren lernen, Schreiben des RR ... 25
45. Interpellation Nr. 150 Heidi Mück betreffend Wartefristen für das Zentrum für Brückenangebote (ZBA), Schreiben des RR ... 25
46. Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR ... 25
47. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder, Schreiben des RR ... 30
48. Anzug Joël Thüring und Lydia Isler-Christ betreffend betreffend «regelmässige Information der Bevölkerung über die Krisenvorsorge», Schreiben des RR ... 31

49. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten, Stellungnahme des RR 31
50. Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten, Stellungnahme des RR 34
51. Anzug Thomas Gander und Konsorten betreffend ein Mobilitätskonzept für das St. Jakob-Areal, Schreiben des RR 37

Beginn der 4. Sitzung

Mittwoch, 12. Februar 2025, 15:00 Uhr

26. Neue Interpellationen

[12.02.25 15:00:56]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Letzte Sitzung Nicole Kuster

Nicole Kuster wurde heute Morgen als Richterin gewählt, entsprechend hat sie heute Morgen den Rücktritt aus dem Grossen Rat eingereicht und dies ist nun ihre letzte Sitzung. Nicole Kuster ist seit dem 2. Februar 2023 Mitglied im Grossen Rat. Sie war Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission. Im Namen des Grossen Rates bedanken wir uns bei Nicole Kuster für ihren Einsatz für den Kanton und wünschen ihr viel Freude und Erfüllung im neuen Amt.

[Applaus]

Nicole Kuster spendet uns heute Nachmittag den Kaffee. Vielen Dank für diese grosszügige Geste.

Neue Interpellationen

Interpellation Nr. 1 Lydia Isler-Christ betreffend Nachdiplomstudiengang HF (NDS) Intensivpflege am Universitätsspital Basel. Die Interpellantin ist nicht anwesend und kann deshalb nicht begründen. Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Dem Regierungsrat ist bekannt, dass den Studierenden des aktuellen Nachdiplomstudiengangs Intensivpflege keine unmittelbare Anschlussstelle auf der Intensivstation des Universitätsspitals Basel angeboten werden konnte. Grund dafür ist, dass es aktuell und in absehbarer Zeit keine Vakanzen auf der IPS des USB gibt, ein genereller Anstellungsstopp besteht jedoch nicht. Nach Angaben des Universitätsspitals konnten mehrere Abgängerinnen und Abgänger des aktuellen Studiengangs auf die IPS-nahe Intermediate Care Station des USB vermittelt werden und weitere Studierende wurden an andere Universitätsspitäler weiterempfohlen. Den Studierenden wurden jedenfalls keine unterqualifizierten Stellen angeboten. Sowohl die Intermediate Care Station wie auch andere hochspezialisierte Fachabteilungen, wie zum Beispiel die Hämatologie, betreuen Patientinnen und Patienten, die auch auf der Intensivstation liegen könnten.

Zu Frage 2. Die Vorgaben für den Stellenplan für die Erbringung der anfallenden Pflegeleistungen, die die Schweizerische Gesellschaft für Intensivmedizin für die Zertifizierung von Intensivstationen aufstellt, werden vom USB stets eingehalten. Nach der Coronapandemie hat sich die Situation rasch entspannt. Die Fluktuationsraten haben sich stabilisiert und der Arbeitsalltag hat sich normalisiert. Auch mussten im Jahr 2024 keine Operationen wegen fehlender Intensivpflegekapazitäten verschoben werden.

Zu den Fragen 3 und 4. Es gibt aktuell keinerlei Hinweise, dass zu wenig Intensivpflegekapazitäten bestehen. Das USB kann den Bedarf jederzeit decken und bietet täglich eine qualitativ hochstehende medizinische Versorgung an. Dies war auch während der Coronapandemie der Fall. Wie in anderen Spitälern der Schweiz war das Patientinnen- und Patientenaufkommen auf der IPS im Jahr 2024 geringer als in den Vorjahren. Entsprechend hat das USB seine Kapazitäten in der Intensivmedizin angepasst, um verantwortungsvoll mit den Personalressourcen umzugehen und unnötige Ausgaben zu vermeiden. Angesichts der steigenden Gesundheitskosten sind die Leistungserbringer im Gesundheitswesen dazu auch angehalten. Nach dem Gesagten hat das Gesundheitsdepartement keine Veranlassung, die Planung der Fachkräfte des USB in Frage zu stellen.

Zu Frage 5. Die von der Interpellantin beschriebene Situation unterstreicht die Attraktivität des Universitätsspitals sowohl als Ausbildungsspital für hochqualifizierte Pflegefachkräfte als auch als Arbeitsort. Sie zeigt die Bereitschaft des USB, Personen in der Intensivpflege weiterzubilden, auch wenn kein unmittelbarer Eigenbedarf besteht. Damit leistet das USB einen wichtigen Beitrag zur Entschärfung des Fachkräftemangels in der Schweiz. Insbesondere mit Blick auf mögliche

Krisensituationen ist es wichtig, zusätzliches Personal mit Kompetenzen in der Intensivpflege auszubilden, um damit eine gewisse Krisenresilienz sicherzustellen.

Zu den Fragen 6 und 7 ist nochmals zu betonen, dass es am USB keinen Anstellungsstopp gibt. Ein gut besetzter Stellenplan und der sorgsame Umgang mit den Studierenden ist Ausdruck eines wertschätzenden Umgangs mit den Mitarbeitenden und einer gesunden Betriebskultur. Der Regierungsrat hat keinen Anlass, in Zweifel zu ziehen, dass dies im USB der Fall ist.

Zu Frage 8. Es gibt auch keine Anzeichen dafür, dass das USB aus finanziellen Gründen beim Personal sparen würde. Da die Fluktuation momentan gering ist und wenig Pensionierungen anstehen, ist der Stellenplan gut besetzt. Zudem war im Jahr 2024 in der ganzen Schweiz der Bedarf an Betten auf der Intensivstation niedriger als in den Vorjahren, in den Vorjahren natürlich war die Pandemie dominant. Das USB hat eine Intermediate Care Station aufgebaut und konnte in diesem Zusammenhang die Intensivkapazitäten von 40 auf 38 Betten reduzieren. Dadurch kam es zu einer Verschiebung der Patientinnen und Patienten, so dass die IPS im Jahr 2024 zu 77 Prozent und die Intermediate Care Station zu 78 Prozent ausgelastet waren.

Zu Frage 9. Der finanzielle Nettoaufwand des USB für die Ausbildung von 19 diplomierten Expertinnen und Experten in der Intensivpflege beläuft sich auf rund 600’000 Franken pro Jahr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist abwesend. Die Interpellation ist erledigt.

26.2. Interpellation Nr. 2 Jenny Schweizer betreffend «Lebende Tiere im Bereich Kultur?»

[12.02.25 15:07:25, 25.5022.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Zunächst allgemein. Wenn lebende Tiere an Veranstaltungen als Attraktion ausgestellt werden, ist gemäss Artikel 13 Abs. 1 Tierschutzgesetz eine Bewilligung für die Werbung mit Tieren erforderlich. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Unterbringung während des Anlasses sowie zwischen den Einsätzen der Tiere tierschutzkonform ist und die Ausbildungsanforderungen von der für die Tierbetreuung verantwortlichen Person erfüllt und die Transportbedingungen eingehalten werden. Zudem muss gesichert sein, dass die Tiere nicht leiden, keinen Schaden nehmen oder ihre Würde nicht anderweitig missachtet wird. Das Theater Basel beantragt beim Einsatz von Tieren jeweils die nötigen Bewilligungen. In allen Fällen konnten in den vergangenen Jahren die Bewilligungen jeweils erteilt werden.

Zu den einzelnen Fragen, zu Frage 1. Nein. Der Regierungsrat überlässt die künstlerische Planung des Theaters Basel im Sinne der Kunstfreiheit der Institution und geht davon aus, dass diese sich an bestehende kantonale Vorschriften betreffend den Einsatz von lebenden Tieren hält.

Zu Frage 2. Wir verweisen für die Grundsätze auf die bereits erwähnten Ausführungen zum Tierschutzgesetz. Das Theater Basel kennt einen schriftlich dokumentierten ordentlichen Prozess für den Tiereinsatz. Dazu gehört, dass zwingend beim kantonalen Veterinäramt eine Bewilligung eingeholt wird. Eine Besichtigung vor Ort sowie Ausbildungsnachweise zum Tierhalter oder zur Tierhalterin sowie zum Tier selbst gehören dazu. Der Prozess sieht auch vor, dass bei Bedarf Anpassungen bei den Inszenierungen im Interesse des Tieres vorgenommen werden können.

Zu Frage 3. Weder hat das Theater Basel bisher diesbezügliche Reaktionen erhalten noch meldet das Gesundheitsdepartement von Seiten Tierschutzorganisationen bisher eine negative Äusserung. Die Abteilung Tierschutz des Veterinäramts prüft die Gesuche und entscheidet über eine allfällige Bewilligungserteilung und mögliche Auflagen.

Zu Frage 4. Das Theater Basel hat bisher keine derartige Publikumsreaktion registriert. Auch dem Regierungsrat ist keine Kritik aus der Bevölkerung bekannt.

Zu Frage 5. Die aktiven Bewilligungen für die Aufführung des Theaters Basel zur Dreigroschenoper sowie zu Der Ring von Richard Wagner laufen noch bis zum Ende der Spielzeit. Aktuell sind keine neuen Produktionen mit Tiereinsatz geplant. Das Theater Basel schliesst nicht aus, dass es in Zukunft wieder Tiere auf der Bühne geben könnte, wobei dem Tierwohl in

grossem Masse und auch selbstverständlich gemäss den gesetzlichen Anforderungen auch in Zukunft Rechnung getragen würde.

Zu Frage 6. Es gab in den vergangenen Jahren vereinzelte Produktionen mit Tieren in den folgenden subventionierten Kulturstätten, im Jahr 2024 im Beyeler Museum, im Jahr 2022 im Museum der Kulturen und am Theaterfestival in der Kaserne und im Jahr 2016 in der Kunsthalle Basel. Das Theater Basel führte während den Jahren 2010 bis 2025 vereinzelte Produktionen mit Tieren durch. Alle Veranstaltungen verfügten über Bewilligungen des Veterinäramts.

Zu Frage 7. Nein, das ist nicht der Fall und auch nicht vorgesehen. Dafür liegt der Prozess gemäss der Beantwortung der Frage 2 vor.

Zu Frage 8. Nein, das kann sich der Regierungsrat mit Verweis auf die Kunstfreiheit nicht vorstellen. Wie bereits ausgeführt, ist der Regierungsrat überzeugt, dass dem Tierwohl angesichts der selbstverständlich notwendigen Bewilligungen und Prozesse in den einzelnen Fällen in angemessener Weise Rechnung getragen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jenny Schweizer (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Arbeit mit Tieren und Kulturstätten hat für mich nur mit Show zu tun und tut ihrer Kunst schlussendlich Abbruch. Ich bin der festen Überzeugung, dass der Schutz der Tiere über das Kulturschaffen gestellt werden muss, weil ein Tier auf einer Bühne nur Effekthascherei ist. Auch das Argument, dass das Veterinäramt seinen Segen geben muss, ist für mich nicht stichhaltig. Allein schon die Tatsache, dass das Veterinäramt herbeigezogen werden muss, zeigt ja schon, dass man sich bewusst ist, sich in einer Grauzone zu befinden. Und auch die Tatsache, dass nicht immer das gleiche Tier jede Vorstellung bestreiten kann, weil der Stressfaktor zu hoch ist, zeigt auch, dass solche Inszenierungen mit lebenden Tieren nicht belanglos sind. Die Regierung muss meines Erachtens nun ihren nötigen Menschenverstand walten lassen und von den Kulturschaffenden verlangen, ohne lebende Tiere den nötigen Effekt auf die Bühne zu zaubern. Wenn Kulturschaffende dazu nicht in der Lage sind, ist es meines Erachtens schlecht um sie bestellt. Ich bin mit der Interpellationsbeantwortung nur teilweise befriedigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Aufgrund der fortgeschrittenen Planungsarbeiten könnte sowohl die Lärmschutzwand Galgenhügel wie auch diejenige an der Schwarzwaldallee 62 noch dieses Jahr in Bau gehen. Nun gibt es aber die neueste Entwicklung, dass sich das Bundesverwaltungsgericht aus Lärmschutzgründen zugunsten einer Temporeduktion auf 60 km/h in der Nacht ausgesprochen hat. Der Regierungsrat wird die Auswirkungen dieses Entscheids auf die genannten und weiteren geplanten Massnahmen analysieren. Heute schon klar ist, dass die Ablehnung des Rheintunnels den Bau der Überdeckung Breite West stark erschwert, weil der Bau unter Vollbetrieb der Osttangente erfolgen muss. Der Kanton prüft derzeit innovative und nachhaltige Lösungen, auch die Durchführung eines Ingenieurwettbewerbs, dessen Ergebnisse sind frühestens 2026 zu erwarten.

Zu Frage 2. Der Ausweichverkehr belastet besonders in den Hauptverkehrszeiten die Quartiere und deren Bewohnerschaft entlang der Osttangente, namentlich im Lehenmatt. Mit dem Wegfall des Rheintunnels wird die Osttangente weiterhin überlastet bleiben. Für den Regierungsrat stehen in dieser Situation vor allem mittel- bis langfristige Handlungsfelder im Vordergrund, die bereits Teil der Mobilitätsstrategie sind. Um einige zu nennen, die weitere Stärkung von Fuss-, Velo- und öffentlichem Verkehr, die Erhöhung des Drucks auf den Bund für Massnahmen wie Road Pricing und die Siedlungsplanung auf kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeit und Freizeit ausrichten. Lokale Massnahmen gegen Ausweichverkehr, wie zum Beispiel Durchfahrtsverbote, ergänzen diese Massnahmen. Sie wirken allerdings primär lokal und sind mit Einschränkungen für die Bevölkerung und das Gewerbe verbunden. Der Regierungsrat wird solche Massnahmen dennoch prüfen und bei Bedarf umsetzen.

Zu Frage 3. Das Nachtfahrverbot für Lastwagen geniesst in der Schweizer Bevölkerung grosse Unterstützung. Eine Lockerung würde in die Kompetenz des Bundes fallen und der Regierungsrat kann sich erst differenziert positionieren, wenn ein konkreter Vorstoss auf Bundesebene vorgebracht wird.

26.3. Interpellation Nr. 3 Lisa Mathys betreffend die Anwohnenden der Osttangente nicht länger vertrösten

[12.02.25 15:15:53, 25.5023.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Lisa Mathys (SP): Besten Dank für die Beantwortung meiner Interpellation, Frau Regierungsrätin. Ich denke, es gibt einige Sachen, die wir hier doch kurz ansprechen sollten. Sie erwähnen, dass eigentlich die Lärmschutzwände quasi bereit sind, gebaut zu werden und stellen aber jetzt in Frage, ob man daran jetzt etwas ändern muss, weil das Gerichtsurteil gefallen ist bezüglich einer Möglichkeit in der Nacht, um eine Temporeduktion zu realisieren auf 60. Und da möchte ich doch wirklich sehr stark darum bitten, Esther Keller, dieses wichtige Gerichtsurteil hat ganz sicher nicht zur Folge, dass man diese Lärmschutzwände jetzt nicht bauen sollte. Diese Lärmschutzwände hat der Grosse Rat beschlossen und er hat sie zusammen mit den Bemühungen für Tempo 60 in der Nacht beschlossen. Es war hier nie die Rede, dass das eine oder das andere stattfinden soll, sondern wirklich beides, gerade weil ja eben die Temporeduktion nachts greift und die Lärmschutzwände, wie Sie sich vorstellen können, die stehen auch am Tag da, die nimmt man dann nicht runter und die wirken sich dann eben rund um die Uhr positiv aus. Ich denke wirklich, dass die Bevölkerung entlang der Osttangente es verdient hat, dass sie diese Lärmschutzwände, die wir schon so lange beschlossen haben, jetzt wirklich zügig erhält. Deshalb finde ich es jetzt auch schade, dass es Ihnen heute nicht möglich ist, den Zeitplan hier zu konkretisieren, auch wenn ich ein gewisses Verständnis habe, dass man das intern anschauen muss, aber ich finde wirklich, der Kanton schuldet der betroffenen Bevölkerung diese Massnahmen längst.

Dann haben Sie ja noch gesagt wegen der Einhausung, die Sie erwähnen, die erschwert werde, weil der Bau des Rheintunnels nicht erfolgt, abgelehnt wurde. In dieser Logik, eine Erschwerung der Einhausung heisst nichts anderes, als dass man die Einhausung erst nach 2040 hätte in Angriff nehmen wollen und realisieren wollen, weil vorher hätte ja der Rheintunnel für dieses Vorhaben rein gar nichts genützt und da bin ich eben wirklich dezidiert anderer Meinung, dass man auch dieses Vorhaben wirklich entschlossen jetzt angehen soll und dass das eigentlich auch vorher schon getan hätte werden sollen. Ich kenne einige Ingenieur*innen und die sind alle sehr ambitioniert und ehrgeizig, wenn es darum geht, ob Sachen machbar sind oder nicht. Es gibt das geflügelte Wort, das in diesem Berufsstand, glaube ich, sehr gut vertreten ist; geht nicht, gibt's nicht. Ingenieur*innen können und wollen solche Sachen realisieren, auch unter erschwerten Bedingungen, und ich bin sicher, dass wir das der betroffenen Bevölkerung in der Breite auch zuliebe tun können.

Ich möchte auch noch erwähnen, dass bei der einen Lärmschutzwand, um noch kurz auf diese zurückzukommen, ist ja vor allem eine Schule betroffen, ganz stark, also dort bei der Galgenhügel-Promenade. Dort war es nicht möglich, Elternabende abzuhalten mit geöffnetem Fenster im Sommer, weil es zu laut ist aktuell. Und deshalb auch dort noch einmal das wirklich dringliche Plädoyer, diese Lärmschutzwände jetzt nicht in Frage zu stellen, das wäre eine falsche Interpretation des erfolgten Bundesgerichtsurteils.

Bei der Frage 2 möchte ich auch noch einmal kurz darauf kommen, dass das Bundesgerichtsurteil, Sie haben ja gesagt, eine Erhöhung des Drucks auf den Bund für Massnahmen im Lärmschutzbereich, Sie haben da Road Pricing als Beispiel genannt, ich finde aber eben auch hier sollte man das Bundesgerichtsurteil noch einmal erwähnen und wirklich sich zu Herz nehmen, dass das auch ein Signal an das ASTRA, ans Bundesamt für Strassen sein muss, dass man wirklich künftig anders umgehen muss mit den Bedürfnissen der Menschen, die in diesen Städten und an diesen Autobahnen entlang leben und eben nicht nur Road Pricing angehen, sondern wirklich auch, dass eben Temporeduktionen, usw. wirklich Massnahmen sind, die verhältnismässig sind.

Bei den Durchfahrtsverboten bitte ich Sie, noch einmal der Bevölkerung von Birsfelden auch zuzuhören, wenn Sie sagen, dass es Einschränkungen für die Bevölkerung gäbe. Die Bevölkerung profitiert unmittelbar von solchen Durchgangsverboten. Sie haben sehr viel mehr Ruhe in ihren Wohnquartieren, wo der Verkehr nicht hingehört.

Wir bauen auf den guten Willen des Regierungsrates, insbesondere natürlich auch, falls das Nachtfahrverbot tatsächlich gefällt werden sollte, wir vertrauen Ihnen. Ich bin teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.4. Interpellation Nr. 4 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Vertragsverlängerung des Intendanten des Theater Basel

[12.02.25 15:21:06, 25.5024.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Zu Frage 1. Die aktuelle Leistungsvereinbarung mit dem Theater Basel gibt vor, dass die Trägerschaft über alle Sparten und über die gesamte Laufzeit eine gute Auslastung anstrebt. Die Frage kann deshalb vom Regierungsrat vor Ablauf und Auswertung der aktuellen Laufzeit der Leistungsvereinbarung per 31. Juli 2027 nicht abschliessend beantwortet werden. Die Auslastung der vergangenen Spielzeit 23/24 bewegt sich mit 66,4 Prozent im Rahmen der Auslastung der letzten zehn Jahre und gibt daher aus Sicht des Regierungsrats keinen Grund zur Sorge. Über die letzten zehn Jahre lag die Auslastung bei 66 Prozent, wobei hier die zwei Covid-Spielzeiten ausgeklammert sind. Damit eine gute Auslastung auch in Zukunft möglich ist, bemüht sich das Theater Basel mehr jüngere Besuchende zu gewinnen. In der Spielzeit 21/22 führte das Theater Basel deshalb den Tarif 20/10 Franken ein, Personen in Ausbildung bis 30 Jahre erhalten damit günstigen Zugang zu allen Vorstellungen, auch im Vorverkauf. Die Besuchszahlen im Segment der jungen Erwachsenen unter 30 in Ausbildung konnten so per Spielzeit 23/24 fast verdreifacht werden. Die abgeschlossene Spielzeit 23/24 sowie die laufende Spielzeit 24/25 sind mit dem Ring der Nibelungen und dem besonderen Programm im Ballett als Sonderspielzeiten geplant und daher seitens Theater Basel vom Publikumspotenzial auch niedriger budgetiert. Die Zuschauendenzahlen der Bezahlformate bewegten sich in den letzten zehn Jahren zwischen rund 148’000 und 189’000. Die Besuchszahlen 23/24 sind zur Vorspielzeit stabil und liegen etwa dort, wo zum Beispiel die Spielzeiten 12/13 von Georges Delnon oder die Spielzeit 15/16 von Andreas Beck auch war.

Zu Frage 2. Die jährliche Berichterstattung erfolgt in Form des publizierten Jahresberichts sowie der revidierten Jahresrechnung des Betriebs mit Erfolgsrechnung und Bilanz. Zusätzlich erfolgt sie im Rahmen einer standardisierten Berichterstattung, welche die Abteilung Kultur im Präsidialdepartement jährlich bei allen mit Staatsbeiträgen unterstützten Institutionen einholt.

Zu Frage 3. Die Evaluation erfolgt mit dem von der Abteilung Kultur entwickelten Tools im Rahmen ihres Evaluations-Konzepts, unter anderem mit qualitativ ausgerichteten Potenzialgesprächen, die mit jeder Institution alle zwei Jahre geführt und intern dokumentiert werden.

Zu Frage 4. Wie erwähnt bezieht sich die Vorgabe der Auslastung auf die gesamte Laufzeit der Leistungsvereinbarung. Es können aktuell daraus keine Rückschlüsse auf künftige Ziele abgeleitet werden. Diese werden wie bisher im Rahmen von künftigen Verhandlungen betreffend Staatsbeitrag 2027 fortfolgende zwischen der Abteilung Kultur im Präsidialdepartement und der Trägerschaft definiert und vom Regierungsrat genehmigt.

Zu Frage 5. Die Auslastung ist für Publikumsbetriebe mit einer definierten Anzahl Sitzplätze eine anerkannte und zweckmässige Kennzahl. Die Kennzahl hat einen direkten operativen Nutzen, wenn es um Umbaumassnahmen geht. Zum Beispiel wurde im Rahmen der Teilsanierung des Theaters Basel die Anzahl Plätze auf der grossen Bühne von 1’001 auf 876 reduziert wegen Baurechtsvorschriften und auch zur Erhöhung des Publikumskomforts. Generell ist festzuhalten, dass die Auslastung eine, aber nicht die einzige relevante Kennzahl in Bezug auf den Publikumszuspruch ist. Methodisch ist bei einem Theater zu beachten, dass generell die Platzkapazität nicht bei jeder Produktion gleich gross ist. So können Sitzplätze zum Beispiel wegfallen, weil das Bühnenbild in den Zuschauerraum erweitert wird oder weil das Bühnenbild von gewissen Plätzen aus nicht gut sichtbar ist.

Schliesslich hält der Regierungsrat fest, dass in Leistungsvereinbarungen mit kulturellen Institutionen eine Reihe von differenzierten Vorgaben definiert sind. Diese tragen dem Umstand Rechnung, dass Ansprüche im Bereich der künstlerischen Professionalität, des Publikums und der Finanzen gestellt werden. Alle diese Ansprüche müssen sorgfältig beurteilt werden. Die Beurteilung einzig auf eine Kennzahl einzuschränken, greift deshalb aus Sicht des Regierungsrats zu kurz.

Zu Frage 6. Diese Frage betrifft ein künftiges Staatsbeitragsverhältnis mit dem Theater Basel. Der Regierungsrat kann sich deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu dieser Frage äussern.

Zu den Fragen 7, 8 und 9. Ein Einbezug des Regierungsrats ist bei Vertragsverlängerung mit dem Intendanten nicht vorgesehen. Der Regierungsrat genehmigt die Wahl der Intendanz des Theater Basel bei einer Neubesetzung. Das Präsidialdepartement wurde vom Theater Basel vor Bekanntgabe der Vertragsverlängerung mit dem Intendanten informiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Besten Dank für die Beantwortung der von mir eingereichten Fragen zum Theater. Sie sind sehr ausführlich, etwas technisch. Ich wollte nie mit meiner Interpellation Eingriff in die künstliche Freiheit des Theaters Einfluss nehmen, das ist ganz klar. Es gibt aber, und da sind die Antworten meiner Meinung nach nicht so klar, im Theater ein Governance-Problem. Die Vorkommnisse der letzten Zeit zeigen das deutlich. Das Theater ist rechtlich eine Genossenschaft. Diese Genossenschaft ist über 100 Jahre so organisiert und am Anfang hat die Genossenschaft, das Theater sich finanziell fast selber getragen mit kleinen Beiträgen und heute ist das genau umgekehrt. Heute ist eigentlich der Kanton der finanzielle Hauptgeber für dieses Budget und das sind fast 50 Millionen, die jährlich zum Theater fliessen. Diese Verantwortung für dieses viele Geld ist meiner Meinung nach nicht klar und ich erwarte hier, dass man das besser begleitet, klare Regeln macht, wie man das macht. Sie haben von drei Säulen geredet, die künstliche Leitung, das operative, aber auch das unternehmerische, das wirtschaftliche und ich finde, man kann das auseinandernehmen und ich wäre froh, wenn man das in Zukunft, vielleicht werde ich auch noch einen Vorstoss dazu machen, das vielleicht anders macht, moderner.

Es ist ganz klar, diese Mittel sind gut, die das Theater bekommt. Das ist wichtig für unsere Kulturstadt, das ist auch wichtig für viele unsere Besucherinnen und Besucher, die kommen und auch hier übernachten. Sie kommen auch wegen dem Theater, es werden dort auch sehr viele aktuelle Themen im Weltgeschehen aufgenommen, aber nichtsdestotrotz kann man mit den Einsatzmitteln sorgfältig oder unsorgfältig umgehen. Ich will damit nicht sagen, dass es unsorgfältig ist, aber ich habe den Eindruck, da sind zu viele Freiheiten und ich würde gerne den Verwaltungsrat des Theaters bitten, das genau anzuschauen. Es sitzt auch eine Verwaltungsrätin hier im Moment und schreibt schön mit. Ich bin froh, wenn das Theater in Zukunft eine wichtige Institution wird, wo wir viele Themen besprechen können, und ich freue mich auf weitere Auseinandersetzungen.

Es ist meine erste Interpellation in meinem neuen Geschäft. Ich hatte diese Woche in der BKK Einsitz und habe die UVEK verlassen und werde mich jetzt mehr diesen Themen zuwenden, die sind ja auch wichtig, nicht nur die Infrastrukturen wie die Lärmschutzwände an unserer Autobahn ohne untertunneln. Besten Dank, ich bin mit der Interpellationsbeantwortung teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.5. Interpellation Nr. 5 Daniel Hettich betreffend Verkehrsverbindungen zwischen Riehen und Basel

[12.02.25 15:30:27, 25.5028.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Bei den Arbeiten an der Grenzacherstrasse handelt es sich um eine ausserplanmässige Notmassnahme der IWB infolge einer defekten Fernwärmeleitung. Dafür musste die Unterführung der Schwarzwaldstrasse zeitweise gesperrt werden. Sie ist aber seit dem 25. Januar wieder befahrbar. Die Arbeiten an der Fernwärmeleitung dauern voraussichtlich bis Ende März. Parallel zu dieser Notmassnahme gab es eine Störung der Lichtsignalanlage, was die Verkehrssituation zusätzlich belastet hat. Inzwischen funktioniert diese wieder.

Zu Frage 2. Das Bau- und Verkehrsdepartement, die IWB und die BVB koordinieren die Erhaltung ihrer Infrastruktur in der Koordinationskonferenz Infrastruktur. Wenn allerdings Notmassnahmen wie hier an einer defekten Fernwärmeleitung oder Lichtsignalanlage nötig werden, sind diese Arbeiten leider nicht planbar und es kann dazu führen, dass diese mit bereits laufenden Projekten zusammenfallen.

Zu Frage 3. Zur Achse Bäumlihofstrasse. Die Erneuerung der Bäumlihofstrasse dauert voraussichtlich bis November. Ausstehend sind diverse Werkleitungsarbeiten sowie die Erneuerung der Strasse. Voraussichtlich von April 2026 bis Ende 27 stehen umfangreiche Erneuerungsarbeiten in der Rauracherstrasse an. Zwischen der Äusseren Baselstrasse und dem

Kohlistieg werden Werkleitungen und Hausanschlüsse ersetzt und die Strasse sowie die Bushaltestellen erneuert. Im Anschluss an die Rauracherstrasse ist in den Jahren 28 und 29 die Erneuerung der Hörnliallee und des Otto Wenk-Platzes geplant. Auch hier werden Hausanschlüsse und Werkleitungen sowie die Strasse und die Bushaltestellen erneuert. Zudem wird der Vorplatz des Friedhofs Hörnli umgestaltet. In Riehen Dorf sind voraussichtlich 2029 und 2030 Arbeiten an der ÖV-Infrastruktur geplant. In der Riehenstrasse Abschnitt Hirzbrunnenallee bis Röttelerstrasse sind zudem voraussichtlich zwischen 2030 und 2031 Arbeiten geplant. Die Arbeiten sind so koordiniert, dass immer zwei der drei Achsen uneingeschränkt befahrbar sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Hettich (LDP): Ich danke für die Beantwortung und ich bin zufrieden. Ich hätte mir aber im Vorfeld vielleicht mehr Informationen Richtung Riehen gewünscht, dass man weiss, was ist, weil es hat sich gezeigt, wenn eine Achse mehr wegfällt, dann gibt es einen Riesenstau. Das ist für das ÖV, das ist für alle schwierig und auch für die Gewerbler, das kostet diese richtig Geld. Ich würde mir wünschen, dass wir Glück haben und das nicht noch einmal passiert und diese Koordination, die Sie angesprochen haben, dann auch wirklich funktioniert. Ich danke noch einmal für die Beantwortung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist es mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.6. Interpellation Nr. 6 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Kennzahlen zu nicht ausgeschafften Asylmigranten in Basel-Stadt

[12.02.25 15:33:58, 25.5029.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

26.7. Interpellation Nr. 7 David Jenny betreffend rechtliche Beurteilung des Erwerbs von Vermögenswerten im Finanzvermögen im Lichte des Bundesgerichtsentscheids vom 10. Januar 2025 (1C_679/2023)

[12.02.25 15:34:39, 25.5034.01]

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Der vom Interpellanten angesprochene Bundesgerichtsentscheid vom 10. Januar 2025 wirft grundsätzliche Fragen zur Abgrenzung zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen sowie zu den damit verbundenen Ausgabenkompetenzen auf. Da es sich um einen sehr aktuellen Entscheid handelt, der weitreichende Implikationen für die kantonale Praxis haben könnte, ist eine sorgfältige und umfassende Analyse erforderlich. Das Bundesgericht hat im Fall des Kantons Solothurn festgehalten, dass es nicht zulässig sei, Immobilien im Finanzvermögen zu kaufen, sofern von vornherein die konkrete Absicht besteht, diese für Verwaltungszwecke zu nutzen und später ins Verwaltungsvermögen zu überführen. Gleichzeitig erwähnt das Bundesgericht jedoch auch, dass Liegenschaften im Finanzvermögen als Finanzanlage gekauft werden können.

Die rechtlichen Grundlagen zur Zuteilung in das Finanzvermögen oder in das Verwaltungsvermögen sind in den Kantonen ähnlich ausgestaltet. Diese Frage wird auch im allgemeinen Verwaltungsrecht geregelt, welches für alle Gemeinwesen Geltung hat. Der Kanton Basel-Stadt verfügt jedoch mit § 54 der Verordnung zum Finanzhaushaltgesetz über eine

spezifische Regelung, die explizit die Nutzung von Synergien zwischen den Portfolios Finanzvermögen und Verwaltungsvermögen ermöglicht. Dies eröffnet im Vergleich zum Kanton Solothurn einen grösseren gesetzlichen Handlungsspielraum. Grundsätzlich können Immobilien im Finanzvermögen erworben werden, wenn die Marktfähigkeit der Liegenschaft gegeben ist und das Parlament bei einer allfälligen späteren Umwidmung ins Verwaltungsvermögen die Wahlfreiheit hat. Der Regierungsrat kann Liegenschaften mit Boden veräussern, wenn die Netto-Veränderung des Bodens jeweils über fünf Jahre ausgeglichen ist. Auf jeden Fall kann eine solche Liegenschaft im Baurecht abgegeben werden.

Die Verwaltung analysiert derzeit den Bundesgerichtsentscheid und seine Auswirkungen auf die baselstädtische Rechtslage und Praxis im Detail. Der Regierungsrat ist sich der Bedeutung dieser Thematik für die korrekte Handhabung der Ausgabenkompetenzen und die demokratische Legitimation von Liegenschaftserwerben bewusst. Deshalb erachtet er es als notwendig, diese grundlegende Analyse abzuwarten, bevor er zu den konkreten Fragen des Interpellanten abschliessend Stellung nehmen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

David Jenny (FDP): Ich habe eine solche Interpellationsbeantwortung noch nie so erlebt. Ich hatte mit einer schriftlichen Beantwortung in einem Monat gerechnet, nicht mit einer mündlichen. Die Mündliche, aus der entnehme ich, dass mein Anliegen ernst genommen wird und eine Analyse in Aussicht gestellt wird. Die kommt ja dann nicht in einer Form, wo ich wieder förmlich Stellung nehmen kann, es wird ja nicht umgewandelt in eine schriftliche Anfrage, also entziehen Sie mir die Gelegenheit, zu Ihren konkreten Antworten auch Stellung zu nehmen und ich frage mich, muss ich jetzt das Ganze nochmals als schriftliche Anfrage einreichen, damit ich dann auch die Gelegenheit zur Replik habe.

Es mag jetzt also ein bisschen technisch erscheinen, aber es geht wirklich um die Rechte vom Parlament und Volk bei Erwerb vor allem von Immobilien aus den Mitteln des Finanzvermögens und da hat das Bundesgericht in Solothurn relativ klar festgestellt in diesem Entscheid, wo als Reserve eine Liegenschaft gekauft wurde, aber schon mit dem konkreten Plan, das mal für die Justiz zu gebrauchen, dass das so nicht geht. Die Erklärung, dass wir eine Bestimmung in der Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz haben und dass das daher in Basel anders sein könnte, überzeugt mich nicht sehr. Ich glaube nicht, dass der Regierungsrat die Kompetenz auf Verordnungsebene hat, die grundsätzlichen Gewalten, die Kompetenzverteilung zwischen Regierung, Parlament und Volk zu ändern. Das wäre ein bisschen zu einfach.

Das ist ein Thema, das mich ein bisschen verfolgt. Ich habe eine Interpellation für die Sitzung vom 7. Dezember 2016 eingereicht. Da ging es um den Erwerb der Eishalle St. Jakob. Das wurde auch über das Finanzvermögen abgewickelt und nachher wurde dann umgewidmet in das Verwaltungsvermögen und ich habe eben diese Frage gestellt auf zehn Jahre zurück, können Sie die Hand ins Feuer legen, ob Sie das nie umgangen haben, unsere Bestimmungen. Ich wurde dort ziemlich abgeputzt von der Regierung, von der Amtsvorgängerin von Frau Soland. Departementssekretär war damals Herr Sutter, er trat in der Kommission auf und hat gesagt, ich habe da völlig Unrecht.

Im Lichte dieses Bundesgerichtsentscheides denke ich, dass meine Fragen schon damals eine gewisse Berechtigung hatten. Wir haben die generelle Problematik in Basel-Stadt, dass durch die Bodeninitiative und die Umsetzung eigentlich das ganze Immobilienfinanzvermögen politisiert wurde, ob man wirklich noch von Finanzvermögen sprechen kann und ob nicht wirklich auch die Bewertungen des Immobilienfinanzvermögens, weil es nicht mehr voll realisierbar ist, angepasst werden müssen. Das sollte auch mal angeschaut werden. Ich glaube, das Bundesgericht hat jetzt klar gemacht, dass dieser Trick im Finanzvermögen, kaufen und nachher umwidmen, dass der so nicht zulässig ist. Der Kanton könnte dies ändern, das braucht aber eine wirkliche Änderung des formellen Gesetzes und nicht irgendwelche schlauen Verordnungsbestimmungen.

In diesem Sinne, weil ich glaube, dass die Fragen ernsthaft dann beantwortet werden auf irgendwelche Weise, erkläre ich mich als teilweise zufrieden gestellt mit diesen Antworten und bin wirklich darauf gespannt, dass die konkreten Antworten auch so veröffentlicht werden, dass sie nicht nur Geheimwissen der Regierung bilden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.8. Interpellation Nr. 8 Daniel Seiler betreffend monatelanges Provisorium bei der Tramhaltestelle St. Jakob

[12.02.25 15:42:26, 25.5035.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

26.9. Interpellation Nr. 9 Beda Baumgartner betreffend Auswirkungen des Mindestlohnes in Basel-Stadt

[12.02.25 15:42:39, 25.5036.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Allgemein ist es schwierig, kausale wirtschaftliche Effekte durch die Einführung des Mindestlohns nachzuweisen oder auszuschliessen. Gerade in den letzten Jahren gab es verschiedene wirtschaftliche Herausforderungen, zum Beispiel die Covid-19-Pandemie, Inflation, Ukraine-Krieg, internationale Industriepolitik und harzig wirtschaftliche Entwicklung der Schweizer Handelspartner im Ausland. Diese haben das wirtschaftliche Umfeld in Basel-Stadt geprägt und zu konjunkturellen Schwankungen geführt. Mögliche Auswirkungen eines Mindestlohns können von solchen Entwicklungen überlagert werden. Eine isolierte Wirkung des Mindestlohns lässt sich daher nur schwer von anderen Einflüssen trennen. Festzuhalten bleibt, dass die Einführung des Mindestlohns in Basel-Stadt reibungslos verlief.

Zu Frage 2. Dem Regierungsrat und dem zuständigen Departement liegen keine derartigen Hinweise von betroffenen Unternehmen vor. In den Gesprächen mit den Firmen steht vielmehr der Arbeits- und Fachkräftemangel im Vordergrund.

Zu Frage 3. Auch bei der Arbeitslosenquote kann kein kausaler Effekt des Mindestlohns gesondert gemessen oder ausgeschlossen werden. In der zweiten Jahreshälfte 2022, also nach Einführung des Mindestlohns, entwickelte sich die Arbeitslosenquote in Basel-Stadt weiter positiv. Im September 2022 wurde mit 2,8 Prozent der niedrigste Wert der letzten Jahre gemessen, auch der saisonale Anstieg zum Jahresende war mit einer Arbeitslosenquote von 2,9 Prozent im Dezember wenig ausgeprägt. Im Januar 2024 ist die Arbeitslosenquote in der ganzen Schweiz wieder gestiegen, so auch in Basel-Stadt. Das international gedämpfte wirtschaftliche Umfeld macht sich auf dem Schweizer Arbeitsmarkt bemerkbar. Der Anstieg der Arbeitslosenquote ist branchenübergreifend sichtbar und betrifft nicht speziell den Niedriglohnbereich.

Zu Frage 4. Der Bericht des Regierungsrates zur Kontrolle kantonaler Mindestlohn 2023, der aktuell bei der WAK liegt, hält fest, dass die Unternehmen grösstenteils positiv auf die Kontrollen reagieren. Sie kommen den gesetzlichen Anforderungen in der Regel nach und sie halten die Kontrollen für wichtig, weil damit gleich lange Spiesse auf dem Arbeitsmarkt sichergestellt werden. Somit wird der Mindestlohn im Kanton Basel-Stadt mehrheitlich eingehalten. Der Mindestlohn wurde von den Unternehmen gut akzeptiert, dem Regierungsrat und dem zuständigen Departement wurden keine grösseren Probleme von Firmen aufgrund des Mindestlohns gemeldet.

Zu den Fragen 5 und 6. Die Universität und ihre Professorinnen und Professoren sind frei in ihren Publikationen. Die Qualitätskontrolle und Sicherstellung der Einhaltung der universitären Standards ist Aufgabe der Professorinnen und Professoren bezugsweise der Universität.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beda Baumgartner (SP): Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Sie haben ein Anliegen, zudem wollen Sie eine Umfrage machen. Sie schicken die Umfrage an möglichst viele Empfängerinnen und Empfänger, diese können sie anonym beantworten. Diese Empfängerinnen und Empfänger können die Umfrage aber nicht einmal beantworten oder nicht zweimal oder nicht dreimal, nein, sie können sie unbegrenzt viel beantworten. Und der Witz ist, die Umfrage ist anonym, das heisst, es lässt sich natürlich auch nicht überprüfen, welcher Teilnehmender oder welche Teilnehmende sie wie oft ausgefüllt hat. Und dann nehmen Sie die Ergebnisse dieser Umfrage, die Sie machen mit Drittmitteln eines Akteurs in einem Abstimmungskampf bezüglich eines Mindestlohnes in einem Nachbarkanton, schreiben nirgendwohin, woher diese Drittmittel kommen, sagen dann irgendwo noch im Blogbeitrag, es sei nicht alles repräsentativ, aber sehr informativ, und dann kommen Sie zu den sogenannten Studien des Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrums in Bezug auf die Ausführung des Mindestlohnes in Basel-Stadt und im Baselland.

Es ist schon unglaublich, dass wir ernsthaft eine mediale Diskussion hatten basierend auf diesen Umfragen oder Studien, die für Basel-Stadt argumentiert haben mit einer Betroffenheit von 23 Unternehmen. Wir müssen sagen, angebliche Unternehmen, weil wir wissen ja nicht, ob es Unternehmen waren, wir wissen auch nicht, ob Unternehmen XY die Umfrage zehn Mal ausgefüllt hat, es ist einfach nicht sichergestellt formal. Und dann von diesen 23 angeblich betroffenen Unternehmen sollen drei angeblich mehr Entlassungen durchführen und das führt dann zur Schlussfolgerung der verantwortlichen Professorin, dass es grosse Probleme gibt mit dem Mindestlohn in Basel-Stadt und wahrscheinlich perspektivisch auch mit dem Mindestlohn in Baselland.

Ich debattiere gerne mit allen Akteurinnen und Akteuren verschiedene Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Eingriffen, aber wenn die Grundlage diese ist, dann haben wir ein Problem, und zwar ein grosses. Mir ist klar, dass der Regierungsrat sagt, die Universität muss das selber sicherstellen und die Professuren und ich habe auch kein Interesse, dass die Politik der Universität diktiert, was sie zu tun hat oder was nicht, aber dass gewisse Grundlagen sichergestellt werden müssen, bevor man solche Aussagen in den Raum stellt, das erwarte ich von einer Universität. Ich bin auch sehr froh, dass der Regierungsrat für den Kanton Basel-Stadt klar festhält, wir haben keine Probleme mit dem Mindestlohn, im Gegenteil, und wenn man hört, was der Gewerbeverbandsdirektor sagt zum Mindestlohn in Basel-Stadt, dann ist es das pure Gegenteil, was die WWZ-Professorin ableitet aus ihrer anonymen, nicht repräsentativen Studie mit 23 angeblich betroffenen Unternehmen in Basel-Stadt.

Ich bin mit der Antwort des Regierungsrats sehr zufrieden, aber ich wünsche mir schon, dass wir, egal, woher sie finanziert sind, Umfragen und Studien künftig in diesem Bereich so machen, dass wir darauf ernsthaft eine seriöse Debatte führen können und nicht, dass es, und das ist am Ende leider so, einfach ein ideologisch getriebenes Projekt ist, mit dem man etwas behaupten kann, was in der breiten wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion einfach nicht mehr der Fall ist, nämlich dass Mindestlöhne kausal schlimm sind, zu Arbeitslosigkeit führen und zu weniger Stellenangeboten führen. Ich bin mit der Antwort des Regierungsrates sehr zufrieden und wünsche mir, dass die Universität Basel sich in diesem Kontext noch einmal überlegt, was für Benchmark sie sich selber gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.10. Interpellation Nr. 10 Oliver Thommen betreffend chinesischer Repression in der Schweiz

[12.02.25 15:49:52, 25.5070.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich beantworte gerne die Interpellation Nr. 10 namens des Regierungsrats wie folgt:

Allgemeine Vorbemerkung. Der Regierungsrat hat die mediale Berichterstattung zum Bericht des Bundesrats mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Zu Frage 1. Dem Regierungsrat liegen keine gesicherten Belege für solche Vorfälle vor. Es wurden aber vereinzelt mutmassliche Druckversuche gemeldet.

Zu Frage 2. Die systematische Erfassung von Strafanzeigen erfolgt nach Straftatbeständen und nicht nach deren Motiven oder Hintergründen. Es können deshalb keine gesicherten Angaben zu Anzeigen gemacht werden. Zu den Erkenntnissen des Nachrichtendienstes wird usanzgemäss nicht öffentlich Auskunft erteilt.

Zu Frage 3. Aktuell liegen dem Regierungsrat keine entsprechenden Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Städtepartnerschaft vor und die besagte Studie sowie der Bericht des Bundesrats sind noch nicht veröffentlicht. Aus diesen Gründen können auch keine allfälligen Rückschlüsse auf die Städtepartnerschaft mit Shanghai gezogen werden.

Zu Frage 4. Es besteht ein enger Austausch mit dem eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten zu den Aktivitäten im Rahmen der Städtepartnerschaft. Ebenfalls besteht ein enger Austausch mit den involvierten Basler Akteuren. Der Regierungsrat hat keine Kenntnisse über Repressionen im Zusammenhang mit aktuellen Kooperationen. Sollten aber entsprechende Hinweise seitens der Behörden oder der involvierten Akteure eingehen, werden diese geprüft und es wird in angemessener Form darauf reagiert werden. So wurde diese auch in der Vergangenheit bei konkreten Fällen gehandhabt, beispielsweise nach den Vorkommnissen rund um das chinesische Mondfest Basel im Jahr 2014.

Zu Frage 5. Es gab in den vergangenen Jahren keine Kontaktaufnahme seitens chinesischer Behörden in diesem Zusammenhang.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Vielen Dank für die Stellungnahme, ich nehme das zur Kenntnis. Bei Frage 5 habe ich etwas gestaunt und bin befriedigt mit der Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.11. Interpellation Nr. 11 Fleur Weibel betreffend Sparpaket des Bundes: Welche Auswirkungen sind für Basel-Stadt zu erwarten?

[12.02.25 15:53:05, 25.5071.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Der Bund erwartet für die Jahre ab 2027 strukturelle Finanzierungsdefizite im Umfang von bis zu 3 Milliarden Franken pro Jahr. Um diese zu bewältigen, hat er ein Entlastungspaket vorgelegt, das am 29. Januar in die Vernehmlassung ging. Da die Kantone rund 30 Prozent der Bundesausgaben erhalten, sind sie zwangsläufig von den geplanten Entlastungsmassnahmen betroffen. Je nach Massnahme können die Auswirkungen auf die Kantone sehr unterschiedlich sein. Insgesamt umfasst das Paket Massnahmen mit potenziellen finanziellen Auswirkungen auf die Kantone in Höhe von rund einer Milliarde Franken im Jahr 2027. Der Kanton Basel-Stadt ist als Trägerkanton einer Hochschule und mit dem Ausbau des Bahnknotens Basel inklusive Herzstück als geplantes grosses Verkehrsprojekt überdurchschnittlich stark von den Massnahmen betroffen. Unmittelbar und direkt betroffen ist der Kanton auch von der Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs, der zu einem jährlichen Einnahmeausfall von rund 18 Millionen Franken führen würde.

Die finanziellen Auswirkungen, insbesondere der indirekten Massnahmen, sind derzeit noch nicht vollständig quantifizierbar. Erst mit dem nun vorliegenden Vernehmlassungsunterlagen ist die Grundlage für eine umfassende Bewertung geschaffen. Die Verwaltung ist mit Hochdruck daran, die Auswirkungen auf den Kanton zu analysieren und abzuklären, an welchen Stellen Entlastungsmassnahmen abgefedert werden können. Der Kanton wird sich im Rahmen der interkantonalen Konferenz mit den anderen Kantonen absprechen, um seiner Stimme und allgemein jener der Kantone mehr Gewicht zu verleihen. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis zum 5. Mai 2025. Diese Zeit wird genutzt, um eine fundierte Stellungnahme vorzubereiten. Eine grundsätzliche Ablehnung der Sparmassnahmen erscheint nicht zielführend. Der Kanton wird sich dort beteiligen, wo die sinnvoll ist und er in der Verantwortung steht. Der Regierungsrat wird jedoch dezidiert jene Massnahmen ablehnen, die der Zukunftsfähigkeit des Kanton Basel-Stadt und der Schweiz schaden.

Der Regierungsrat bittet die Interpellantin, der Verwaltung die nötige Zeit für eine sorgfältige Analyse zu geben und um das Verständnis, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine detaillierten Aussagen zur Stellungnahme des Regierungsrates im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens möglich sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich bedanke mich für die, ich würde sagen, vorläufige Beantwortung der Interpellation. Wir haben auch kurz im Vorfeld darüber gesprochen, dass die Interpellation vielleicht ein bisschen verfrüht ist, weil, wie Tanja Soland ausgeführt hat, die Analyse noch nicht gemacht werden konnte. Ich werde deshalb die Fragen ergänzt durch ein paar neue Fragen nochmals als schriftliche Anfrage an die Regierung einreichen.

Im Moment überschlagen sich auch gerade die Ereignisse. Sie haben es wahrscheinlich mitbekommen, dass der Bund heute mitgeteilt hat, dass das erwartete Defizit von 2,6 Milliarden, das für 2024 budgetiert war, gar nicht eingetroffen ist. Das dürfte dem Vernehmlassungsprozess zu dem Sparpaket des Bundes doch noch mal eine entscheidende Wende geben und ich werde mich auch dahingehend bei der Regierung erkundigen, wie Sie auf dieser neuen Ausgangslage die Sparmassnahmen des Bundes beurteilen. Was ich schon wichtig finde zu bemerken, gleichzeitig ist, und das haben Sie sicher auch den Medien entnehmen können, insbesondere der Forschungs- und Wissenschaftsbetrieb in der Schweiz massiv gefährdet durch dieses Sparpaket, das der Bund angekündigt hat. Sowohl die Direktorin der Universität Basel wie auch der Direktor des schweizerischen Nationalfonds wie weitere Hochschulen und politische Organisationen haben ihre Bedenken zum Ausdruck gebracht. Es macht ein bisschen den Anschein, als würde der Bundesrat davon ausgehen, dass es gar keine Zukunft mehr gibt, in die zu investieren ist, und da würde mich schon interessieren, wie die Regierung Basel-Stadt sich dazu verhält und ich bin auch froh zu lesen in der vorläufigen Antwort der Regierung, dass sich der Regierungsrat dezidiert gegen jene Massnahmen stellen wird, die die Zukunftsfähigkeit des Kantons und der Schweiz in Frage stellen.

Ich bin insofern mit der vorläufigen Antwort zufrieden und werde diese Diskussion weiterverfolgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.12. Interpellation Nr. 12 Maria Ioana Schäfer betreffend Massnahmen bezüglich drohender Tarifsenkungen für Psychotherapeut*innen

[12.02.25 15:58:53, 25.5072.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen im Namen des Regierungsrats diese Interpellation wie folgt beantworten:

Zu Frage 1. Es ist den Tarifpartnern bisher nicht gelungen, eine Tarifstruktur zu entwickeln und einen nationalen Tarif für die psychologische Psychotherapie zu verhandeln. Die Kantone mussten deshalb im Frühjahr 2022 kurzfristig provisorische Tarife erlassen, nur so konnten die Leistungen der psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten überhaupt abgerechnet werden. Im Kanton Basel-Stadt gilt seither unverändert ein provisorischer Tarif in Höhe von 2.58 Franken pro Minute. Für die Verhandlung der definitiven Tarife sind die Tarifpartner zuständig. Das Verhandlungsergebnis der Tarifpartner ist grundsätzlich zu akzeptieren, es gilt das sogenannte Verhandlungsprimat. Der Bundesrat oder der Regierungsrat ist nur dann für die Festsetzung der Tarife zuständig, falls sich die Tarifpartner nicht einigen können. Zurzeit besteht für den Regierungsrat jedoch kein Anlass für allfällige Spekulationen über ein zukünftiges Verhandlungsergebnis. Sollte dem Regierungsrat künftig ein Tarifvertrag zur Genehmigung unterbreitet werden, ist davon auszugehen, dass dieser auf einem Verhandlungsergebnis beruht, das die Interessen beider Seiten ausgewogen berücksichtigt.

Zu den Fragen 2 und 3. Die Schweiz verfügt im europäischen Vergleich über eine sehr hohe Dichte an psychiatrischen und psychotherapeutischen Fachpersonen. Der Kanton Basel-Stadt belegt im nationalen Vergleich mit etwa 1,1 dreifach Personen pro 1'000 Einwohnenden den ersten Platz. Auch die Anzahl der Berufsausübungsbewilligungen für psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten im Kanton Basel-Stadt hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Diese Zahlen lassen darauf schliessen, dass der Beruf der psychologischen Psychotherapeutin respektive des Psychotherapeuten nach wie vor attraktiv ist. Der Kanton fördert bereits heute die psychotherapeutische Weiterbildung in den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel. Die bisherigen Analysen zeigen allerdings, dass bestehende Versorgungsengpässe nicht primär durch fehlende Therapieplätze entstehen, sondern durch den ungleichen Zugang, besonders für sozial benachteiligte Kinder, jugendliche Menschen mit Migrationshintergrund sowie für Personen mit bestimmten Diagnosen. Um gezielt Massnahmen treffen zu können, soll in einem ersten Schritt ein Monitoring der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung eingeführt werden.

Zu Frage 4. Im Rahmen seiner Strategie ambulant vor stationär verfolgt der Kanton die Verlagerung von Leistungen vom stationären in den ambulanten Bereich. Der Kanton und die psychiatrischen Kliniken in der gemeinsamen Gesundheitsregion haben sich im Rahmen der aktuell geltenden Spitalliste im Bereich Psychiatrie zur Durchführung von sogenannten Verlagerungsdialogen verpflichtet. Mit diesen soll eine Verschiebung in den ambulanten Bereich bewirkt werden. Die Stärkung der ambulanten Leistungserbringer, zu welchen auch die niedergelassenen Psychotherapeutinnen und

Psychotherapeuten gehören, ist dem Regierungsrat unverändert ein zentrales Anliegen. Im Rahmen des genannten Monitorings sollen allfällige Versorgungsengpässe aufgezeigt und anschliessend Massnahmen definiert werden. Aktuell liegen dem Regierungsrat aber keine Daten vor, die eine Verschiebung von der psychotherapeutischen Versorgung vom ambulanten in den stationären Bereich belegen würden.

Zu Frage 5. Provisorische Tarife gelten immer unpräjudiziell bis zum Vorliegen definitiver Tarife. Es kann also nicht ausgeschlossen werden, dass bei einer Differenz zwischen dem provisorischen und dem dannzumaligen definitiven Tarif es zu Rückforderungen kommt. Die Psychologinnen und Psychologen müssen sich deshalb frühzeitig mit den Krankenversicherern über die Höhe mögliche Rückforderungen informieren und zwingend entsprechende Rückstellungen tätigen. Allfällige Rückforderungen seitens der Krankenversicherer gehören zu den betrieblichen Risiken, welche selbstständig erwerbende Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wie andere Berufsgruppen im Gesundheitswesen auch zu tragen haben. Der Regierungsrat kann für Rückzahlungsforderungen keine Unterstützung des Kantons in Aussicht stellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Maria Ioana Schäfer (SP): Tarifkürzungen in der psychotherapeutischen Versorgung würden sowohl die Qualität als auch den Zugang zu Therapieplätzen und damit die gesamte Gesundheitsversorgung gefährden. Dies ist ein Szenario, welches Vorkehrmassnahmen braucht, denn die Nachfrage nach psychotherapeutischer Hilfe ist seit Jahren hoch und aktuell fehlen ausreichend Therapieplätze, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Ich möchte, dass der Berufsstand der Psychotherapeut*innen gestärkt wird und die Gesundheitsversorgung auch über den Kanton gewährleistet wird. Dies bedeutet, die psychotherapeutische Versorgung zu subventionieren und einen konkreten Plan bei möglichen Tarifsenkungen vorlegen zu können.

Auch wenn der Regierungsrat den Willen zu einer Verbesserung der Lage zeigt, ist es wichtig, dass er auch anerkennt, dass der Beruf der Psychotherapeut*innen noch immer gerade im Vergleich zu den Ärzt*innen nicht entsprechend gewürdigt und anerkannt wird. Denn trotz hoher Ausbildungskosten um die 60’000 scheinen alle damit zufrieden zu sein, dass die hart erkämpften Tarife wieder gesenkt werden sollen. Ja, sie dürfen eigenständig arbeiten, die Therapeut*innen, aber gleichwertig zur Medizin werden sie dann doch nicht betrachtet.

Ja, im internationalen Vergleich, da stehen wir gut da, das ist löblich, reichen tut es aber nicht. Es muss anerkannt werden, dass wir uns in einer deutlichen Versorgungskrise befinden und dies ist etwas, was der Kanton betrifft. Ich sehe auch in der Praxis, dass Menschen in akuten psychiatrischen Krisen Monate lang auf eine Therapie warten, jedoch zu wenig selbstgefährdend sind, um stationär aufgenommen zu werden, denn auch die Stationen sind stets voll.

Stellen Sie sich vor, ein 9-jähriges Kind sagt, es kann nicht mehr leben, verspricht aber, sich nichts zu tun. Es weint viel, lange und hat grosse Angst, genau wie die Eltern. In die Schule kann es nur noch gelegentlich. Jetzt ist es aber so, dass die Wartelisten für eine stationäre Aufnahme lange sind, schliesslich tut das Kind sich ja noch nichts an, und es wird empfohlen, sich ambulante Hilfe zu holen, etwas was eigentlich wünschenswert wäre und weniger destabilisierend wirkt auf das Kind. Jedoch sind die Wartezeiten auch hierfür zu lang, alle Therapeut*innen im Verzeichnis auf Rot, das ist Realität und in der Praxis immer wieder gesehen.

Eine Tarifsenkung beeinflusst uns alle, denn wenn die Psycholog*innen nur noch mit privaten Patient*innen arbeiten, bedeutet dies, dass sich lediglich die Menschen mit genügend Geld und Ressourcen eine Therapie leisten können. Ich begrüsse es daher, dass es ein Monitoring geben wird in Bezug auf soziale Ungleichheiten. Fest steht, die Ausbildungskosten müssen verringert werden und der Kanton muss mehr Assistenzstellen finanzieren als die Stelle an der UPK, namentlich auch solche in privaten Praxen. Ich wünsche mir, dass der Kanton einen guten und genauen Plan ausgearbeitet hat, falls die Tarife gesenkt werden. Ja, die Tarife werden durch die Verhandlungspartner bestimmt, die Folgen trägt aber der Kanton und die Bevölkerung darin. Wir dürfen erwarten, dass der Kanton alles unternimmt, der Weisung ambulant vor stationär gerecht zu werden und hier begrüsse ich auch, dass der Regierungsrat hier auch diese Meinung ist. Der Beruf und die Praxen müssen also stärker subventioniert und gestützt werden. Es darf nicht sein, dass Psychotherapeut*innen und somit auch wir den schwankenden Tarifen ausgesetzt sind, denn psychische Gesundheit betrifft uns alle. Gesundheit für alle statt für wenige.

Einige dieser Punkte wie das Monitoring für sozial Benachteiligte oder auch die Förderung an der UPK wurden aufgegriffen vom Regierungsrat. Jedoch fehlen mir die von mir aufgezählten zentralen Aspekte. Deswegen bin ich teilweise zufrieden und werde somit dieses Thema weiterverfolgen und bin sehr gespannt auf die Auswertung des Monitorings. Besten Dank für die Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.13. Interpellation Nr. 13 Anina Ineichen betreffend Microsoft

[12.02.25 16:08:22, 25.5073.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Aktuell werden Microsoft-Produkte auf lokalen kantonseigenen Servern betrieben. Der Regierungsrat hat im 2022 das Programm Connect M365 gestartet, mit welchem ein schrittweiser und kontrollierter Einsatz von Microsoft 365 in der Verwaltung geprüft und umgesetzt werden soll. Dieser Schritt war notwendig, da Microsoft seine Produktpalette vermehrt nur noch Cloud-basiert anbietet. Bei der Implementation steht die grösstmögliche Minderung von Risiken im Fokus. Die Prüfung erfolgt in Zusammenarbeit mit unabhängigen Unternehmen, welche Erfahrungen mit anderen Schweizer Kantonen haben. Das Programm befindet sich derzeit in Vorbereitung zur Berichterstattung an den Regierungsrat.

Die kantonale Datenschutzstelle hat Stellung genommen. Deren Einschätzungen werden im Rahmen des Programms zusammen mit einer externen Fachexpertise geprüft. Der Regierungsrat wird zu gegebener Zeit entscheiden, wie er M365 in der Verwaltung einzusetzen gedenkt. Das Programm sieht vor, dass die Daten der kantonalen Verwaltung in Microsoft Rechenzentren in der Schweiz gespeichert werden, unter Verwendung einer Verschlüsselung, deren Schlüssel ausschliesslich beim Kanton liegt. Der Bezug von Microsoft 365 erfolgt auf der vertraglichen Basis der digitalen Verwaltung Schweiz. Sie verhandelt die Konditionen mit Microsoft für alle Kantone. Die Beschaffung der Lizenzen erfolgt über einen Partner im Rahmen einer GATT/WTO-Beschaffung.

Open-Source-Software wird wo sinnvoll eingesetzt. Das heisst, wenn eine Open-Source-Software die gleichen Funktionen und Qualitäten wie ein kostenpflichtiges Programm bietet, kann sie als Alternative eingesetzt werden. Dabei sind die Aufwände für Anpassungen, Support und Wartung zu berücksichtigen. Open-Source-Alternativen zu Microsoft 365 sind grundsätzlich denkbar. Die Erfahrungen aus anderen Kantonen, wie beispielsweise Solothurn, zeigen jedoch, dass diese mit enormen Aufwendungen verbunden sind und bislang in keiner Verwaltung erfolgreich umgesetzt werden konnten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Vielen Dank für die Antwort. Ich bin teilweise befriedigt, weil ich doch anerkenne, dass ich offenbar zu einem noch offenen Geschäft Fragen gestellt habe und da noch nicht alle Antworten gegeben werden konnten. Ich möchte aber doch noch mal darauf hinweisen, Microsoft hat eine grosse Marktmacht und wir befeuern diese Marktmacht, indem wir hier relativ ungesehen die Produkte wieder übernehmen, da ich doch den Eindruck habe, dass Alternativen nicht ernsthaft geprüft werden. Natürlich ist Microsoft immer die gemütlichere und angenehmere Variante, weil alle neuen Mitarbeitern oder bestehenden Mitarbeitern kennen es schon, als sich auf etwas Neues einzulassen. Gerade Open-Source ist mit Aufwand verbunden und der Aufwand sollte dabei eben genau nicht die Rolle spielen, sondern es sollte nur die Anwendungsmöglichkeit eine Rolle spielen.

Zum Datenschutz. Ich möchte doch nochmal daraufhin weisen, es gibt Restrisiken, die bei Cloud-Nutzungen nicht aus geschlossen werden können. Es gibt Datenschützer in der Schweiz und in der EU, die ganz klar davor warnen, diese Cloud von Microsoft zu verwenden. Dies hat unter anderem mit dem Cloud Act zu tun, der der US-Regierung die Möglichkeit gibt, Zugriff zu nehmen, auch wenn die Daten nicht auf Servern in der USA liegen, sondern in Europa oder in der Schweiz. Auch wenn der Schlüssel nur beim Kanton liegt, der Cloud Act existiert und er geht sehr weit, davor warnen da Schützer explizit. Und gerade mit Blick auf die Geschehnisse in der Politik in der USA ist dies ein sehr ungemütlicher Gedanke, wenn wir daran denken müssen, dass unter Umständen klassifizierte Daten oder Personendaten in diesen Clouds gelagert werden.

Wenn diese Daten nicht in der Cloud gelagert werden, dann gibt es auch ein Risiko, weil diese Datenschutzaufgabe dann beim einzelnen User und bei der einzelnen Userin liegt. Die User müssen geschult werden, dass die Daten nicht so, wie vorgeschlagen von Microsoft, direkt in der Cloud abgespeichert werden, sondern immer noch lokal gespeichert werden. Dies ist ein erhebliches Risiko und die Erfahrung in anderen Kantonen und auch in Deutschland zeigt, dass viele Daten dann doch

in der Cloud abgespeichert werden, weil die Userinnen und User halt nicht den mühsamen Weg wählen von den lokalen Speichern oder es vergessen oder unabsichtlich dort lagern. Damit muss einfach gesagt werden, der Datenschutz, mich nimmt wunder, was die Basler Datenschützerin sagen wird, aber eigentlich müsste man zum Schluss kommen, dass es immer noch ein Risiko gibt und darum klar abgeraten werden sollte von diesen Produkten.

Dann noch einen Blick in die Zukunft. Ich habe im Vorfeld der Interpellation versucht, an solche Datenschutz-Berichte heranzukommen oder sogar an die Verträge und ich sehe, dass dort immer überall die Geheimhaltung gilt. Das ist sehr ärgerlich, es ist eine grosse Blackbox und es sind unsere Daten, die dort gelagert werden. Wenn Sie diesen Vertrag machen, wenn Sie einen Bericht der Datenschützerin haben, machen Sie diesen öffentlich, nicht unter Geheimhaltung oder so zumindest, dass man mit dem Öffentlichkeitsprinzip herankommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation und die Interpellationen sind erledigt.

40. Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend «Vergünstigter Eintritt für Hallen- und Gartenbäder für AHV-/IVBezüger/innen», Schreiben des RR

[12.02.25 16:14:54, 22.5327.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Im Namen des Regierungsrates beantrage ich Ihnen, den Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend «Vergünstigter Eintritt für Hallen- und Gartenbäder für AHV-/IV-Bezüger/innen» abzuschreiben. Die Anzugsstellenden beantragen, zu prüfen, ob für AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger ein vergünstigter Eintritt für die Hallen- und Gartenbäder eingeführt werden kann.

Für die Gartenbäder Bachgraben, Eglisee und St. Jakob, die Hallenbäder Eglisee und Rialto sowie für die beiden Kunsteisbahnen Eglisee und Margarethen gelten die gleichen Eintrittspreise. Deshalb haben wir den Anzug auch für die Kunsteisbahnen geprüft. Für die Bäder und Kunsteisbahnen gibt es diverse Preisabstimmungen und Abstufungen und Rabatte. Je nach Abo und Alter gibt es zwischen 14 und 28 Prozent Rabatt.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass der Basler Bevölkerung ein attraktives Angebot zur Verfügung steht und die Preise moderat sind. Für AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger gibt es keinen zusätzlichen Rabatt. Die Lebenssituation und die finanzielle Lage dieser Bevölkerungsgruppe sind sehr unterschiedlich. Eine generelle Vergünstigung für AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger würde diese unterschiedlichen Lebenssituationen nicht berücksichtigen. So würden alle AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger unabhängig von ihrem tatsächlichen Bedarf eine Vergünstigung erhalten. Sollten die Eintritte in die Bäder und Kunsteisbahnen für einkommensschwache AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger vergünstigt werden, müssen für diese einkommensschwache Personengruppe gezielte Massnahmen ergriffen werden.

Aus diesen Gründen bittet Sie der Regierungsrat, den Anzug Daniela Stumpf und Konsorten abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Sprecher für die Basta habe ich Oliver Bolliger auf der Liste.

Oliver Bolliger (BastA): Ich spreche für die Fraktionen BastA und Grüne/jgb und wir wollen den Anzug unbedingt stehen lassen. Wie Sie alle wissen, Schwimmen ist gesund, vor allem im Alter, denn Schwimmen ist gelenkschonend, stärkt insgesamt den Kreislauf, das Immunsystem und fördert die Ausdauer. Schwimmen ist das ideale Ganzkörpertraining und somit eine super Sturz-Prophylaxe.

Die Argumentation des Regierungsrats ist aus meiner Sicht mutlos und nicht sehr kreativ. Die Ablehnung gegenüber vergünstigten Tarifen beschränkt sich darauf, dass nicht alle AHV-Rentner und -Rentnerinnen es finanziell nötig hätten, ein vergünstigter Eintritt, also nicht als Giesskanne ausgeschüttet werden soll. Nun gut, wie gesagt, diese Argumentation hinkt ein wenig, weil beispielsweise auch bei Studierenden nicht alle die gleichen finanziellen Ausgangsvoraussetzungen haben,

aber niemand auf die Idee käme, deswegen die vergünstigten Preise für Studierende aufzuheben. Zudem gibt es durchaus Hallenbäder oder Gartenbäder in der Schweiz, beispielsweise in Luzern, die auch für Senior*innen einen vergünstigten Eintritt ermöglichen.

Aus unserer Sicht hätte der Regierungsrat etwas mehr Sensibilität zum Thema und etwas mehr Kreativität in der Beantwortung des Anzugs an den Tag legen können. Das Thema Alter und Armut scheint für den Regierungsrat zumindest in dieser Beantwortung nicht zu existieren. Gerade für AHV- oder IV-Rentner*innen mit Ergänzungsleistungen, und das sind ja nicht wenige, würde ein verbilligter Eintritt ins Gartenbad bzw. Hallenbad einen entscheidenden Unterschied machen. Auch Menschen, die von der Sozialhilfe abhängig sind, sollten von einem vergünstigten Eintritt profitieren können und dies alles im Sinne einer Förderung der Gesundheit unserer Bevölkerung.

Genau hier hätten wir mehr und bessere Antworten erwartet. Zum Beispiel hätte auch ein vergünstigter Eintritt mit der KulturLegi gekoppelt werden können, die besteht ja schon in Basel. So würden wir es ermöglichen, dass gezielt Personen mit wenigen finanziellen Mitteln schwimmen gehen und nicht aufgrund ihrer finanziellen Verhältnisse darauf verzichten müssen. Aber wie schon gesagt, aus einer gesundheitspolitischen Sicht wäre es erstrebenswert, dass grundsätzlich ältere Menschen mehr schwimmen und so präventiv ihre Gesundheitskosten zu senken vermögen. Und dies unabhängig davon, wie hoch ihre AHV-Renten sind und ob sie eine Pensionskassen-Rente haben oder nicht. Hier zu sperren, ist nicht sehr sinnvoll und vergünstigte Tarife wären wünschenswert und ja, seit letztem Mittwoch wissen wir, das können wir uns ja auch locker leisten.

Wir möchten diesen Anzug von Daniela Stumpf stehen lassen, damit der Regierungsrat nochmal über die Bücher geht und mit mehr sozialpolitischem Blick etwas Gescheites ausarbeitet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Auch wir von der SP würden gerne diesen Anzug stehen lassen. Die Argumente hat eigentlich Oliver Bolliger schon vorgebracht, wir finden es auch nicht sehr kreativ. Es stimmt natürlich, dass nicht alle AHV- und IV-Bezüger*innen auf verbilligte Hallenbad- und Gartenbad-Eintritte angewiesen sind, aber es gibt sehr wohl solche, die es wirklich sind und deshalb ist die Idee, dies der KulturLegi anzuhängen, wie sie vorher Oliver Bolliger gebracht hat, bestechend. Wir haben das im Vorfeld auch zusammen besprochen. Wir finden das sehr prüfenswert, weil dann eben auch Sozialhilfebezüger*innen auch von vergünstigten Hallenbad- und Gartenbad-Eintritte profitieren könnten. Das entspricht wirklich einem Bedürfnis, das haben mir Betroffene an der Armutskonferenz, an der vorletzten schon gesagt und wir haben das schon mal versucht, zusammen auch mit anderen anzuregen, aber das hat bisher nicht geklappt. Ich finde die Idee ganz gut, weil die Gesundheitsprävention gerade für diese Zielgruppe sehr wichtig ist. Also für AHV- und IV-Bezüger*innen mit Ergänzungsleistungen sowohl auch Sozialhilfebezüger*innen ist es sehr wichtig, dass sie Zugang zu diesem Sport haben können, zum Wassersport wie Aquagymnastik, Jogging oder so. Schwimmen, das ist sehr gelenkschonend, sehr zielführend und es wäre wichtig, dass sie da Zugang bekämen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes hat das Wort Catherine Alioth für die LDP.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP möchte diesen Anzug abschreiben. Der AHV-Rabatt hat ja in der Schweiz eine lange Tradition und ist auch heute noch weit verbreitet. Wer auf eine Rente angewiesen war, musste historisch gesehen oft mit einem sehr geringen Einkommen über die Runden kommen. Vergünstigte Eintrittspreise für Seniorinnen und Senioren ermöglichten auch dieser Bevölkerungsgruppe den Zugang zu kulturellen Veranstaltungen. Doch diese Zeiten haben sich geändert. Rentnerinnen und Rentner bilden in der Schweiz eine wohlhabende Bevölkerungsgruppe. Gemäss einer Studie der Versicherungsgesellschaft Swiss Life leben 73 Prozent der über 65-Jährigen in einem Haushalt mit hoher finanzieller Zufriedenheit. Wir erachten eine generelle AHV-Vergünstigung als nicht mehr zeitgemäss. Zu prüfen wäre vielmehr und für diese Zielgruppe wohl besser geeignet sind Preismodelle, die von der Zahlungsfähigkeit abhängen. Aus diesen Gründen bittet Sie die LDP-Fraktion, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes an der Reihe ist Daniela Stumpf Rutschmann für die SVP.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Zwei Jahre, zwei ganze Jahre hat der Regierungsrat gebraucht, um uns mitzuteilen, dass er nichts tun möchte. Das ist die Kernaussage dieses Berichts. Keine neuen Ansätze, keine kreativen Lösungen, keine

Bereitschaft auch nur ein Minimum an sozialem Engagement zu zeigen. Stattdessen erhalten wir eine Absage, die sich hinter einer Ausrede versteckt, die Zielgruppe sei zu heterogen.

Lassen Sie uns kurz innehalten und das Ganze betrachten. Es ist schwer zu glauben, dass es tatsächlich zwei Jahre gedauert haben soll, um zu dieser lapidaren Antwort zu kommen. Der Regierungsrat führt aus, dass die Eintrittspreise bereits moderat seien, dass eine generelle Vergünstigung für AHV- und IV-Bezüger*innen nicht zielführend wäre. Dabei ignoriert er, dass selbst moderat erscheinende Preise für viele Menschen mit kleinen Renten ein echtes Hindernis darstellen. Diese Verzögerung und dieser Mangel an Problembewusstsein sind schlicht respektlos gegenüber den Anliegen, die wir hier vertreten. Hallen- und Gartenbäder sind keine Privilegien für Wohlhabende, sondern essenzielle Begegnungs- und Erholungsräume, besonders in einer dicht bebauten Stadt wie Basel. Wenn man das Argument des Regierungsrats ernst nimmt, sollen wir den Zugang dazu aber offenbar nach dem Motto, wer sich es leisten kann, der darf, regeln. Das ist eine Ignoranz, die ich mir in unserer sozialen Demokratie nicht vorstellen möchte. Die Heterogenität der Zielgruppe, also dass es unter AHV- und IV-Bezüger*innen auch Menschen mit höherem Einkommen gibt, wird hier als Vorwand genutzt, um nichts zu tun. Aber wissen Sie was, dieses Argument greift ins Leere, denn es gibt bereits heute Instrumente, die genau solche Unterschiede berücksichtigen.

Ein besonders ärgerlicher Aspekt dieses Berichts ist, dass der Regierungsrat eine offensichtliche Lösung völlig ignoriert hat. Die KulturLegi, wie von Herrn Bolliger erwähnt, dieses etablierte Instrument richtet sich gezielt an einkommensschwache Personen, unabhängig davon, ob sie AHV- oder IV-Bezüger*innen sind. Die KulturLegi ermöglicht Zugang zu vergünstigten Eintritten für Freizeit, Sport und Kulturangebote und stellt sicher, dass tatsächlich nur diejenigen profitieren, die Unterstützung brauchen. Eine Partnerschaft mit der KulturLegi wäre einfach, unbürokratisch und gerecht. Warum wurde diese Möglichkeit nicht einmal in Betracht gezogen? Stattdessen entscheidet man sich für den bequemeren Weg, nichts zu tun und das Problem aussitzen. Es geht ja nicht nur um Eintrittspreise, es geht darum, ob wir als Gesellschaft bereit sind, Menschen mit kleinen Renten die Teilnahme im sozialen Leben zu ermöglichen. Es geht darum, ob wir solidarisch sein wollen oder ob wir uns hinter Ausreden verstecken. Der Regierungsrat argumentiert, dass einkommensschwache Menschen bereits durch Ergänzungsleistungen unterstützt werden. Aber die Realität sieht anders aus. Diese Menschen müssen jeden Rappen zweimal umdrehen und Freizeit oder Erholung sind oft der erste Posten, an dem gespart wird.

Wir dürfen diesen Bericht nicht einfach hinnehmen. Lassen Sie den Anzug stehen und den Regierungsrat auffordern, eine echte Lösung zu erarbeiten, sei es durch eine Kooperation mit der KulturLegi oder durch ein ähnliches gezieltes Instrument. Denn am Ende ist es unsere Aufgabe, soziale Gerechtigkeit aktiv zu gestalten und nicht, sie hinter Bürokratie und Bequemlichkeit zu verstecken. Lassen wir die Basler Bevölkerung nicht im Stich, lassen wir diesen Anzug nicht fallen. Ich danke fürs Stehenlassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Bolliger und Weitere beantragen Stehenlassen des Anzuges. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 59 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006012, 12.02.25 16:28:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 59 Nein-Stimmen gegen 34 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

41. Anzug Joël Thüring flexible Eintrittspreise für die Spätschwimmer in die baselstädtischen Gartenbäder, Schreiben des RR

[12.02.25 16:28:29, 18.5253.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

42. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Diversität und Diskirminierungsbekämpfung an den Schulen in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[12.02.25 16:28:53, 22.5534.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Eines meiner grossen Ziele als Regierungsrat ist es, die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu stärken. Das können wir nur erreichen, wenn wir die Diversität im Bildungsbereich fördern und Diskriminierungen entgegenwirken. Mit dem im August 2024 veröffentlichten Leitfaden «Umgang mit Vielfalt: Leitfaden zur Sensibilisierung und zum kritischen Umgang mit Diskriminierung an den Schulen Basel-Stadt» hat sich das Erziehungsdepartement zu diesem wichtigen Thema positioniert und klargemacht, dass es keine diskriminierenden Äusserungen oder Handlungen toleriert.

Der Leitfaden wurde den Schulen mit dem Antrag zur Verfügung gestellt, dass alle Lehr- und Fachpersonen diesen als Grundlage für ihre Arbeitsweise nutzen. Im Leitfaden finden sich auch Beispiele aus dem Basler Schulalltag, die den Praxisbezug herstellen. Neu ist zudem, dass die Schulsozialarbeit seit Anfang 2024 alle Diskriminierungsvorfälle, in die Mitarbeitenden der Schulsozialarbeit an den Standorten involviert werden, systematisch erfassen und dem Leiter Volksschulen regelmässig berichten. Dadurch bekommen wir einen Überblick und können reagieren, wenn es einen bestimmten Bedarf oder vermehrte Diskriminierungsvorfälle gibt.

Ich glaube, dass wir mit diesen Massnahmen erste Schritte in die richtige Richtung gegangen sind. Wir werden auch weiterhin wachsam sein und bei Bedarf weitere Massnahmen ergreifen. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, den Anzug Claudio Miozzari als erledig abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Philip Karger für die LDP.

Philip Karger (LDP): Der Anzug hat viele gute Fragen gestellt, der Regierungsrat hat sie meines Erachtens schlüssig beantwortet. Wichtig ist die Haltung des Erziehungsdepartements, diskriminierende Äusserungen und Verhaltensweisen in keiner Weise zu tolerieren. Es scheint, dass die Lehr- und Fachpersonen für das Thema Diskriminierung gut sensibilisiert sind und den Umgang mit der Thematik zunehmend verinnerlichen.

Das Erziehungsdepartement legt in seiner Antwort gut dar, dass mit dem Lehrplan 21 die Voraussetzungen gegeben sind, allen Schülerinnen und Schülern ein möglichst diskriminierungsfreies Umfeld zu bieten. Auf der Primar- und Sekundarstufe bietet die Sozialarbeit eine niederschwellige Anlaufstelle für von Diskriminierung Betroffenen. Diese Anlaufstelle wird gut angenommen. Das ED bietet diverse Weiterbildungsangebote für Lehr- und Fachpersonen an. Kritisch anzumerken ist einzig, dass diese Weiterbildungen auf freiwilliger Basis stattfinden. Wünschenswert wäre ein Obligatorium. Seit Oktober 2023 gibt es eine systematische Erfassung von antisemitischen Vorfällen und seit 2024 melden die Sozialarbeiter*innen alle Diskriminierungsvorfälle an den Volksschulen. Ich hoffe, dass diese Zahlen bald veröffentlicht werden. Die kritische Begleitung neuer Lehrmittel findet laut ED laufend statt. Die Kriterien des Evaluationstools Levanto 3.0 scheinen mir

ausgewogen und gut. Für die Anstellungen im ED gilt das Basler Personalgesetz und der § 14 erfüllt die geforderten Kriterien.

Wie eingangs erwähnt, hat der Regierungsrat in seiner Antwort alle Fragen gut beantwortet und ich sehe keine Punkte, die es rechtfertigen würden, den Anzug stehen zu lassen. Im Namen der LDP-Fraktion beantrage ich deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat das Wort Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Keine Person hat mehr Wert als eine andere und keine Person hat mehr Menschenwürde als eine andere. Auch in der Bundesverfassung wird unter Artikel 7 zum Thema Menschenwürde festgehalten: Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen. Es steht nicht darin, dass nur die Würde der Menschen zum Beispiel mit einem Schweizer Pass geachtet und geschützt werden soll, sondern die Würde von allen Menschen. Und unter Artikel 8 zum Thema Rechtsgleichheit steht in der Bundesverfassung, ich zitiere: Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Hautfarbe, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugungen oder wegen einer körperlichen, geistigen oder physischen Behinderung. Obwohl die Würde aller Menschen unantastbar ist und Diskriminierungen unzulässig sind, nehmen im Zuge des weltweiten Rechtsrutsches Hass, Anfeindungen, Herabwürdigungen und Ausgrenzung zu. Besonders migrierte Geflüchtete und People of Color werden diskreditiert und erniedrigt.

Rassismus und Diskriminierung sind gesellschaftliche Probleme, die sich auch im Bildungssystem widerspiegeln. Gemäss der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus ereignen sich die meisten Rassismusvorfälle im Bildungsbereich. Eine stärkere Verankerung dieser Themen in der Ausbildung von Lehrpersonen sowie in den Lehrplänen der Schulen ist essentiell, um langfristig eine inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaft zu fördern. Die Lehrpersonen müssen entsprechend sensibilisiert und aus- und weitergebildet werden. Die Migrant*innensession beider Basel hat im Jahr 2022 mehrere Anliegen und Forderungen zur Diversität und Diskriminierungsbekämpfung an Schulen verabschiedet, die in diesem Anzug aufgenommen werden.

Der Regierungsrat zeigt in seinem Bericht auf, dass viele Massnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung an Schulen umgesetzt wurden. Das ist sehr erfreulich, aber sie reichen nicht aus. Insbesondere, wir haben es vorhin schon gehört, weil viele Weiterbildungsangebote freiwillig besucht werden können. Es fehlt eine gewisse Verbindlichkeit. Zu wenig Lehrpersonen besuchen diese Weiterbildungsangebote, so dass die gewünschte Wirkung nicht erreicht wird. Was fehlt, ist somit eine systematische Weiterbildung der Lehrpersonen zum Thema Diversität und Diskriminierungsbekämpfung an den Schulen. Die SP-Fraktion wünscht sich zusammen mit der Migrant*innensession eine einheitliche Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung an den Schulen. Der entwickelte Leitfaden bleibt sonst nur ein Papier, das ohne ein Begleitprogramm nur wenig Wirkung entfalten kann.

Die SP-Fraktion bittet Sie deshalb, diesen Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich schliesse an die Voten von Philip Karger und Amina Trevisan an, die in zwei unterschiedliche Richtungen gehen und ich kann beide Schlussfolgerungen bis zu einem gewissen Grad nachvollziehen. Tatsächlich zeigt die Beantwortung des Anzugs, dass der Regierungsrat die Frage der Chancengerechtigkeit und die Bekämpfung von Diskriminierung an den Schulen ernst nimmt und insbesondere der Leitfaden zum Umgang mit Vielfalt an den Schulen ist sehr begrüssenswert. Ich habe mir diesen durchgelesen und er ist wirklich auch sehr gut gemacht und ich bin überzeugt, dass das ein wichtiges Instrument für die Schulsozialarbeit, für die Lehrpersonen und für den Umgang mit Diskriminierung ist.

Die Fraktion Grüne/jgb kommt trotz allem am Schluss nach Durchsicht der Beantwortung des Anzugs dazu, dass wir den Anzug gerne nochmal stehen lassen möchten und dies aus eigentlich drei Gründen oder respektive drei Fragen, die im Anzug gestellt wurden, die aus unserer Sicht noch nicht befriedigend genug beantwortet sind. Der erste Punkt betrifft die Massnahmen zur zielgerichteten und wirksamen Beratung und Unterstützung von Jugendlichen und Eltern im Fall von rassistischer Diskriminierung oder antisemitischer Diskriminierung oder sonstigen Diskriminierungsformen. Hier stellt sich uns die Frage, wie gegenüber den Schüler*innen und den Eltern kommuniziert wird, wohin sie sich wenden können und wie die Schule mit Diskriminierung umgeht. Es kann sein, dass das kommuniziert wurde, das ist der Beantwortung des Anzugs nicht zu entnehmen. Wir wissen aus der Anlaufstelle für Diskriminierung, dass es sehr wichtig ist, dass es eine Kommunikation gibt zu allen Formen von Diskriminierung, wo man sich hinwenden kann, und hier ist es wichtig, dass diese Informationen nicht nur den Lehrpersonen zur Verfügung gestellt wird, sondern auch den Schüler*innen und den Eltern.

Das ist der eine Punkt, der zweite Punkt ist die Erfassung und das Monitoring von Diskriminierungserfahrungen. Das ist erfreulich, dass hier nun Zahlen erhoben werden. Hier stellt sich aus unserer Sicht die Anschlussfrage, wo diese Zahlen zusammengetragen werden, wer diese auswertet im Hinblick auf was sie ausgewertet werden und wann und wo, dass das berichtet wird. Das würde uns auch noch interessieren.

Und dann sehen wir die Frage 6 zur Diversity-Management-Strategie bezüglich Anstellung von vielfältigen Lehrpersonen als nicht beantwortet. Hier könnte nochmals nachgebessert werden von Seiten der Regierung, wie Sie dazu beitragen, dass nicht nur die Schüler*innen an den Schulen divers sind, sondern auch die Lehrpersonen.

Insgesamt haben wir in letzter Zeit mehrere Vorstösse zum Thema Antisemitismus und Rassismus im Parlament überwiesen und der Regierungsrat ist sowieso mit diesen Fragen beschäftigt und deshalb beantragt die Fraktion Grüne/jgb, dass wir den Anzug nochmal stehen lassen, damit der Regierungsrat in zwei Jahren nochmals dazu berichten kann, auch wie sich die Situation und insbesondere die gemonitorten Fälle entwickelt haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben. Amina Trevisan und Weitere wollen ihn stehen lassen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Amina Trevisan

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006015, 12.02.25 16:42:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich dafür entschieden, den Anzug stehen zu lassen mit 49 Nein-Stimmen gegen 46 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

43. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Schulraum für das Quartier am Ring, Schreiben des RR

[12.02.25 16:42:12, 22.5422.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Neben dem ebenfalls zentralen Thema genügend Schulraum hat der sichere Schulweg für den Regierungsrat sehr hohe Priorität. Seit 2016 befasst sich das interdepartemental zusammengesetzte Koordinationsgremium Schulwegsicherheit (KOGESSI) mit konkreten Anliegen in Bezug auf die Schulwegsicherheit. Das Ziel ist, die Verkehrssicherheit insbesondere bei Kindergärten und Schulen stetig weiter zu erhöhen.

Die Sorge der Eltern der Kinder aus dem Quartier am Ring hat das Erziehungsdepartement sehr ernst genommen. Bereits 2022 haben die Volksschulleitung und die zuständige Schulleitung speziell zu dieser Thematik Elternabende durchgeführt und die Eltern angehört. In der Folge wurden verschiedene Massnahmen bereitgestellt. Zum Beispiel werden die Kinder der

ersten Klasse jeweils ab Schulstart bis zu den Herbstferien begleitet, damit sie den Schulweg einüben können. Im Weiteren wird an denjenigen Tagen, an denen nachmittags Unterricht stattfindet, ein Programm über Mittag angeboten. So können die Kinder in der Schule bleiben.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass sich die Schulwegsituation rund um die Primarschule Peters mit den flankierenden Massnahmen entspannt hat. Ich bitte Sie deshalb, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Mir ist es ein Anliegen, an dieser Stelle nochmals zu betonen, dass wir am Thema sicherer Schulweg auch künftig mit hoher Priorität weiterarbeiten werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Teilweise zufrieden sagen wir ja bei der Beantwortung einer Interpellation. Bei Anzügen gibt es diese Möglichkeit nicht. Steter Tropfen höhlt den Stein und darum drücken wir von der SP unsere teilweise Zufriedenheit mit Stehenlassen aus.

Wir wissen, dass der Kanton nur 37 km2 gross ist, der Raum also begrenzt. Trotzdem, Schulraum wird benötigt. Das ED weiss dies und ist dran, heisst es. Wir sehen das manchmal auch und wir sehen, dass sich da vielleicht was tut. Ich bin zuversichtlich, kann ich hier auch sagen, und darum möchten wir aber trotzdem mit dem Stehenlassen den Druck aufrechterhalten. In zwei Jahren wird ja wieder berichtet und dann kann das ED, also die Regierung über ihre Erfolge berichten. Das möchten wir der Regierung gönnen.

Darum lassen Sie doch bitte stehen, dann ist es nächstes Mal eine erfolgreiche Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die Grünen/jgb ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Der Regierungsrat anerkennt in seiner Antwort zum Anzug, dass die Schulraumsituation in der Innenstadt anspruchsvoll ist, zeigt jedoch wenig konkrete Lösungsansätze zur kurzfristigen Verbesserung auf. Wichtige Anliegen des Anzuges, wie etwa die Schaffung von zusätzlichem Schulraum oder die Umteilung von Kindern auf andere Standorte, lehnt der Regierungsrat ab. Dies, obwohl er selbst bestätigt, dass die Schülerzahlen in der Innenstadt hoch bleiben und die unbefriedigende Situation somit andauern wird.

Besonders bedenklich finden wir zudem auch die Haltung des Regierungsrates zur Schulwegsicherheit. Zwar wurden gewisse Begleitmassnahmen angeboten, diese jedoch nur temporär und mit dem Hinweis, wie wir vorhin nochmal gehört haben, dass die Kinder nach kurzer Zeit eigenständig den Weg gehen sollten. Wir sind der Meinung, dass die Schulwege gerade in der Innenstadt besonders für jüngere Kinder anspruchsvoll bleiben und nicht ohne Risiko sind und die Herausforderung für die Eltern in Bezug auf die Schulwege, gerade für die berufstätigen Eltern somit ungelöst bleiben.

Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen und auch ergriffenen Massnahmen zur Entlastung der Eltern und der Familien sind entweder nicht nachhaltig oder wurden mangels Nachfrage wieder eingestellt, was für uns ein Hinweis sein kann, dass sie nicht ausreichend auf die tatsächlichen Bedürfnisse dieser Familien ausgerichtet waren. Hier braucht es andere Lösungsansätze, weswegen wir den Anzug stehen lassen wollen, damit der Regierungsrat noch einmal die Chance hat, hier über die Bücher zu gehen. Wir erwarten, dass nachhaltigere Lösungen erarbeitet werden. Es braucht ein klares Bekenntnis zur langfristigen Schaffung von Schulraum in der Innenstadt und eine Prüfung alternativer Massnahmen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch die Schulwegsicherheit sowie der notwendige Schulraum sichergestellt werden kann.

Ich bitte Sie daher, den Anzug im Namen der Fraktionen Grüne/jgb und BastA stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GLP hat das Wort Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Die Motionärinnen und Motionäre machen auf eine echte Herausforderung aufmerksam. Die Primarschülerinnen und -Schüler aus dem Quartier am Ring, die ins Münster-Schulhaus eingeteilt werden, müssen täglich durch die Innenstadt mit anspruchsvollen Kreuzungen, Tram, Übergängen und viel Verkehr. Ein Schulweg von über einem Kilometer kann für 6- bis 8-Jährige nur unter bestimmten Bedingungen zumutbar sein. Das bestätigt Fussverkehr Schweiz in ihrem Positionspapier und die BFU-Fachdokumentation zum Schulweg.

Doch im Wohnviertel am Ring wird diese Grenze ausgereizt. Dass Eltern Pedi-Busse organisieren müssen, unterstreicht, der Weg ist für Erstklässler nicht einfach so machbar. Und wenn Familien täglich ein bis zwei Stunden für den Schulweg

einplanen müssen, selbst wenn sie sich aufteilen, stellt das die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Frage. Besonders belastend ist die Situation für berufstätige Eltern, die ihre Kinder begleiten müssten, es aber schlicht nicht können. Fakt ist, mit dem obligatorischen Volksschulangebot wird auch der Anspruch an einen zumutbaren Schulweg freigesetzt. Der Schulweg liegt somit im Aufgabenbereich der öffentlichen Hand. Deshalb fordern die Motionäre mehr Schulraum im Quartier am Ring inklusive Tagesstrukturangebote, die die Kinder selbstständig erreichen können. Das wäre eine echte Verbesserung für Familien und die Sicherheit der Kinder.

Der Regierungsrat schreibt, dass die Herausforderung, welche der Schulweg ins Münster-Schulhaus an die Schulkinder stellt, ihm und dem Koordinationsgremium Schulwegsicherheit bekannt sind und die an der Einschätzung der Sicherheit auf dem Schulweg beteiligten Stellen seien zum Schluss gekommen, dass der Schulweg zumutbar sei. In der Konsequenz rennen Eltern seit Jahren mit ihren Sorgen vergeblich an. Im Herbst 2022 haben deshalb 70 Eltern aus dem Quartier am Ring nochmals einen Anlauf genommen und einen besorgten Brief an den Regierungsrat geschickt. Doch die Antwort darauf lautete wie immer, der Schulweg gilt als zumutbar, auch wenn die Fragen nach den Kriterien, an denen sich das Gremium orientiert, öffentlich nicht einsehbar sind. Was bleibt, dass weder die Gefährlichkeit des Schulwegs noch die Innenstadt noch die Sorgen der Eltern um die Sicherheit ihrer Kinder verschwindet.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Grünliberalen mit der Antwort des Regierungsrats nicht zufrieden sind und empfehlen, den Vorstoss stehen zu lassen. Weil die Motionäre nicht gefragt haben, ob neuer Schulraum im Quartier am Ring geschaffen werden könnte, sondern wie. Weil sich die Eltern zu Recht sorgen, wenn ihre Erstklässler den gefährlichen Schulweg alleine meistern müssen, denn wenn eine Begleitung ab Spalenberg durch die Innenstadt nach drei Wochen eingestellt wird, weil nur noch fünf Schulkinder dies nutzen, dann haben ab diesem Zeitpunkt fünf Familien ein Problem, weil ihr Kind unbegleitet in die Schule gehen muss und wieder zur Tagesstruktur. Weil wir stets betonen, wie wichtig ein selbstständiger Schulweg für Kinder ist, er fördert ihre Eigenständigkeit, die Erfahrungen und den sozialen Austausch. Doch das setzt voraus, dass der Weg sicher ist, weil ein Picknick über Mittag keine Tagesstruktur ersetzt. Besonders junge Schulkinder brauchen Betreuung, eine gesunde Mahlzeit und einen sicheren Ort.

Weil die Schulwegsituation am Ring regelmässig Gegenstand von politischen Vorstössen ist, ist es Zeit, eine nachhaltige Lösung aufzuzeigen. Aus Sicht der GLP wird das Problem nicht genügend ernst genommen, denn es werden keine Massnahmen vorgeschlagen, welche die Gefährlichkeit und die verständlichen elterlichen Sorgen mindern, oder effektiv aufzeigen, wie neuer Schulraum für das Quartier am Ring geschaffen werden kann. Wir bitten deshalb, diesen Vorstoss stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht nochmals an Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich halte mich ganz kurz. Das Thema ist sehr emotional und deswegen merke ich, in der Diskussion wird einiges vermischt. Ich habe auch in meinem Votum zweimal erwähnt, wir unternehmen alles, drei Departemente arbeiten bei diesem Thema intensiv zusammen und wir werden es weiterhin. Ob dieser Vorstoss stehen gelassen wird oder nicht, wir werden weiterhin mit diesem Thema seriös arbeiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben. Sasha Mazzotti und Weitere beantragen Stehenlassen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Sascha Mazzotti

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006017,]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 56 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

44. Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Primarschulkompetenz: Velofahren lernen, Schreiben des RR

[12.02.25 16:54:09, 20.5337.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die erste Beantwortung des vorliegenden Anzugs wurde in der Sitzung des Grossen Rates vom 25. Januar 2023 diskutiert. In der Folge wurde der Anzug stehen gelassen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass es neben den Angeboten an den Schulen weitere Angebote brauche. Dazu soll nochmals geprüft werden, ob im freiwilligen Schulsport ergänzende Angebote möglich wären. Wir haben dies geprüft und ein neues Programm geschaffen. Seit Mai 2024 wird im Rahmen des freiwilligen Schulsports das Angebot «FunFit Velo» für Kinder der 4. bis 6. Primarschulklassen angeboten. Das Programm ist für Kinder gedacht, die schlecht oder gar nicht Velofahren können. Das Angebot war vorerst ein Pilotversuch, wurde dann aber so gut aufgenommen, dass es beibehalten und sogar ausgebaut werden soll.

Zusätzlich beschäftigt sich neu die interdepartementale Austauschgruppe Velo und Schule damit, wie bestehende Angebote zum Thema Velofahren lernen noch besser verknüpft werden können. Beispielsweise sollen ergänzende Angebote besser bekannt gemacht und zur Vorbereitung auf die Velo-Fahrprüfung genutzt werden. Mit dem neuen Programm des Sportamts im Rahmen des freiwilligen Schulsports und der neugeschaffenen Austauschgruppe wird dem Thema Velofahren lernen immer Gewicht gegeben und auf die Forderungen des Anzugs eingegangen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, den Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten als erledig abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

45. Interpellation Nr. 150 Heidi Mück betreffend Wartefristen für das Zentrum für Brückenangebote (ZBA), Schreiben des RR

[12.02.25 16:56:45, 24.5517.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet. Die Interpellantin ist abwesend. Die Interpellation ist erledigt.

46. Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR

[12.02.25 16:57:02, 24.5206.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Regierungsrat Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Im September 2024 haben Sie die Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen an den Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die Motion als Anzug zu überweisen.

Spielgruppen mit Deutschförderung sind ein wichtiges Angebot der frühen Förderung und Integration. Rund 600 Vorschulkinder besuchen momentan eine Spielgruppe mit Deutschförderung. Dabei handelt es sich um Kinder, die aufgrund der obligatorischen Deutschförderung zum Deutsch lernen verpflichtet sind, als auch um Kinder, die gut Deutsch sprechen. Das ist für die sprachliche und soziale Durchmischung sehr wichtig. Für Kinder im Deutschobligatorium ist der Besuch einer Spielgruppe an drei Halbtagen pro Woche gratis. Kanton und Gemeinden tragen die vollen Kosten. Für die anderen Kinder legen die Spielgruppen die Preise selber fest. Kinder aus Familien mit Krankenkassenprämienvergünstigung erhalten ergänzende Beiträge, die den Spielgruppenbesuch stark vergünstigt.

Die Motion fordert einen staatlichen Beitrag pro Kind, das eine Spielgruppe mit Deutschförderung besucht. Mit diesem Beitrag soll die finanzielle Situation der Spielgruppen gestärkt und das Angebot sichergestellt werden. Wie erwähnt, bezahlen Kanton und Gemeinden die vollen Kosten für Kinder im Deutschobligatorium. Es geht hier somit um einen finanziellen Beitrag für Kinder, die nicht im Obligatorium sind. Dieser Beitrag soll direkt an die Spielgruppen ausbezahlt werden.

In den vergangenen Jahren hat der Kanton Basel-Stadt viel in die frühe Deutschförderung in Spielgruppen investiert. Auf 1. August 2024 wurden vier Massnahmen umgesetzt, die die Spielgruppen weiter stärken und Eltern finanziell noch stärker entlasten. Auf das Schuljahr 2024 25 wurde die Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Intensivierung der Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt umgesetzt. Damit wurde die obligatorische Deutschförderung von zwei auf drei Halbtage pro Woche ausgebaut. Zudem bezahlt der Kanton den Spielgruppen mit Deutschförderung für jedes Kind im Obligatorium den erhöhten Beitrag von 16.30 Franken pro Förderstunde. Für diese Massnahmen wurden 950’000 Franken ins Budget eingestellt.

Im Rahmen des Massnahmenpakets für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung wurde auf 1. August 2024 für Spielgruppen mit Deutschförderung folgende Verbesserungen umgesetzt:

Erstens, Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen, deren Kind eine Spielgruppe besucht, ohne zum Deutsch lernen verpflichtet zu sein, werden noch stärker finanziell unterstützt.

Zweitens wird die Qualitätsentwicklung in Spielgruppen gefördert.

Für diese Massnahmen wurden 300’000 Franken ins Budget eingestellt. Diese umfassenden und kostenintensiven Massnahmen sind erst seit August 2024 in Kraft. Es braucht eine gewisse Zeit, bis diese Massnahmen Wirkung zeigen. Der Regierungsrat möchte die Auswirkungen beobachten, bevor weitere Schritte zur Stärkung der Spielgruppen eingeleitet werden.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, die Motion als Anzug zu überweisen.

Abschliessend noch etwas zur Frist. Die Motion fordert, innerhalb von einem Jahr einen Gesetzentwurf vorzulegen. Diese Frist ist kaum realisierbar. Falls der Grosse Rat den Vorstoss als Motion überweist, stelle ich im Namen des Regierungsrats den Antrag, die Frist um ein Jahr zu verlängern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP hat das Wort Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion möchte die Motion als Motion weiterbehandeln und nicht als Anzug überweisen. Wir können nicht warten, bis wir zuerst eine Analyse aus den Änderungen von zwei auf drei obligatorischen Halbtagen der Deutschförderung auf dem Tisch haben. Die Zeit drängt immer, wenn es um Bildung geht, weil nämlich in der Zwischenzeit zu viele Kinder, sprich zu viele Jahrgänge nicht angemessen gefördert werden können, so wie wir es uns auf die Fahne geschrieben haben. Heute müssen die Kinder mit Deutschförderung an drei Halbtagen in die Spielgruppe gehen und ganz wichtig, sie müssen mit deutschsprachigen Kindern zusammen sein können, ansonsten dieses Förderkonzept nicht gelingen kann. Wenn wir nun also auf eine Analyse warten, gehen erstens einige Spielgruppen ein, weil ihnen nämlich die Finanzen

fehlen, und zweitens, und das ist ganz wichtig, können sie ihren Auftrag als Deutschförderinstitution nicht wahrnehmen. Wir sparen also hier an der Bildung, was wir ganz sicherlich nicht wollen und nicht verantworten können.

Deshalb ist es wichtig, dass wir die Motion weiterhin als solche überweisen und so die Regierung in die Pflicht nehmen, sich intensiv mit der Tatsache zu beschäftigen, dass nämlich die Anzahl Kinder ohne Förderungsbedarf abgenommen hat. Wenn wir also weniger Kinder haben, die eigentlich in die Spielgruppen gehen sollten, um Hilfestellung in der Deutschförderung zu leisten, und dies noch neu an einem halben Tag mehr, dann können Sie sich vorstellen, dass das ganze Gebilde, das die Regierung lanciert hat, ins Wanken gerät, weil der wichtigste Teil, der zum Gelingen dieser Deutschförderung beiträgt, wegfällt. Umso wichtiger ist es, dass der bestehende Teil auch Anreize erhält, die Spielgruppen zu besuchen. Ich bin auch überzeugt, dass die Zahlen für die Gemeinden nicht so sehr ins Gewicht fallen werden. Riehen steht zwar finanziell schlecht da, aber wie der Gemeinderat und der Einwohnerrat immer zu Recht betonen, dürfen wir nicht an der Bildung sparen. Deshalb stehe ich auch als Einwohnerrätin weiterhin hinter der Motion von Franziska Roth und mir, weil es sich hier eben um Bildung handelt.

Sie alle wissen hier im Saal, dass ein Anzug immer sehr schnell und lange in einer Schublade verschwinden kann, und das sage ich an dieser Stelle nicht einmal vorwurfsvoll, aber in diesem Fall ist es unsere Pflicht, den Spielgruppen und ihren Kindern den Rücken zu stärken, damit die Deutschförderung gelingt. Die Regierung kann nicht einen solchen wichtigen Bildungsprozess den Spielgruppen aufbürden, ohne dafür zu sorgen, dass alle auf ihre Rechnung im wahrsten Sinne des Wortes kommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): In diesem Geschäft orientieren wir uns an den Empfehlungen des Regierungsrates und beabsichtigen, die Motion als Anzug zu überweisen. Wir erachten den mit der Motion ausgeübten Druck als nicht sinnvoll und unnötig. Der Regierungsrat hat seine Bereitschaft signalisiert, die Spielgruppen weiter zu stärken, will aber zuerst die umfassenden und kostenintensiven Neuerungen, die erst seit August 2024 in Kraft sind, wirken lassen. So wurden die Tarife für Kinder im Deutschobligatorium erhöht und die zusätzlichen Mittel für einkommensschwache Familien aufgestockt. Zudem wurden die Anzahl Förderstunden für Kinder im Deutschobligatorium von zwei Halbtagen auf drei Halbtage erhöht. Ein Erfolg, für den sich die LDP sehr stark eingesetzt hat. Wir sind der festen Überzeugung, dass es sinnvoll ist, zunächst die Wirkung dieser neuen Massnahmen abzuwarten, bevor weitere finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir erwarten innerhalb der nächsten zwei Jahre eine fundierte Evaluation, die Aufschluss geben wird, wie sich das Verhältnis zwischen den Kindern mit und ohne Deutschobligatorium entwickelt. Wir gehen mit den Motionär*innen einig, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kindern mit und ohne Deutschobligatorium für die Qualität des Spielgruppenangebots und für den Erfolg des Spracherwerbs von grosser Bedeutung ist. Gestützt auf diese Evaluation sollen, wo nötig und sinnvoll, weitere Massnahmen ergriffen werden. Bemerkenswert ist auch, dass die Nachfrage nach Spielgruppen zurückgegangen ist, während die Zahl der Kinder in Kitas, die auch Deutschförderung anbieten, zugenommen hat. Diese Veränderungen stehen in engem Zusammenhang mit der zunehmenden Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und es ist zu erwarten, dass sich dieser Trend fortsetzt.

Wir wollen also diese Entwicklung aufmerksam verfolgen und daher von einem vorschnellen Handeln absehen. Aus diesem Grund bitten wir Sie, die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist David Jenny für die FDP.

David Jenny (FDP): Ich kann, keine grosse Überraschung, im Wesentlichen Catherine Alioth folgen. Immer wenn gefragt wird, wir dürfen nicht bei der Bildung sparen, wird eigentlich die Debatte abgewürgt. Das erstaunt mich eigentlich von der SVP. Es geht auch bei der Bildung darum, Geld smart, effektiv und effizient einzusetzen und ich meine, es geht hier auch nicht um eine Spardebatte, sondern um eine Mehrausgabendebatte und diese Mehrausgaben sollen jetzt subito bewilligt werden, ohne dass wir die grossen Änderungen am Gesamtsystem, die wir beschlossen haben, die erst jetzt in Kraft getreten sind, wirklich die Auswirkungen beurteilen können und dann sagen können, es braucht punktuell noch ein, zwei Verbesserungen. Und ich meine, diese Daten liegen hier nicht vor. Ich will jetzt nicht sagen, Abwarten und Tee trinken, ich will auch nicht sagen, Abwarten und Schubladisieren, sondern ich vertraue jetzt Herrn Atici, dass das auch angeschaut wird und dass wir dann darüber Bericht bekommen mit diesem Anzug und dann können wir handeln und jetzt nicht übereilt mit diesem wirklich abgedroschenen Slogan, bei der Bildung nicht sparen ohne weitere Überlegungen. In diesem Sinne wird die FDP einen Anzug unterstützen, aber auf keinen Fall eine Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Durch das Votum meiner Namensvetterin fühle ich mich als zuständige Gemeinderätin für Bildung und Familie in Riehen angesprochen. Ich schliesse mich den Voten von Frau Alioth und meinem Fraktionssprecher selbstverständlich an und trotzdem möchte ich an dieser Stelle folgendes sagen.

Herr Regierungsrat Atici hat gesagt, es ist eine Ausweitung massgeblich schon erfolgt. Es wurden von zwei auf drei halbe Tage im Rahmen der Umsetzung der Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten die Spielgruppen mit Deutschförderung bereits massgeblich finanziell gestärkt. Auch die Beiträge für Familien mit bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen sowie die finanzielle Unterstützung der Spielgruppen beim Erwerb von Qualitätslabels als Teil des Massnahmenpakets Kinderbetreuung steigern die Attraktivität und die Qualität des Angebots für die Eltern zusätzlich. Und auch das wurde gesagt, diese umfassenden und kostenintensiven Neuerungen sind seit August 2024 in Kraft. Es bedarf doch einer gewissen Zeit, um die Wirkungen beurteilen zu können. Ich gehe davon aus, dass durch die Reduktion bei den Kita-Tarifen auch Kinder von den Spielgruppen schon früher in die Kita gehen. Das ist eine Massnahme, das muss man doch zuerst prüfen. Deshalb möchten wir die bereits getätigten Massnahmen und deren finanzielle Entlastung beurteilen, bevor wir weitere Massnahmen zur Stärkung der Spielgruppen ergreifen.

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass der Gegenvorschlag für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare, qualitativ hochwertige, familienergänzende Kinderbetreuung, auch diese Neuerungen seit August 2024 in Kraft getreten sind. Die finanziellen Auswirkungen zeigen sich seit August 2024 mit exorbitanten Kosten. Diese kann ich zumindest in Riehen belegen. Die Hochrechnungen im damaligen Ratschlag entsprechen in keinster Weise der Realität. Zumindest in Riehen haben sich seit der Einführung des Tagesbetreuungsgesetzes im August 2024 die Kosten um das Zweieinhalbfache erhöht. Statt 2,9 Millionen jährlich Kosten für die Kitas belaufen sich gemäss Hochrechnung die Kosten mittlerweile auf 7,5 Millionen Franken und das ist nicht das Ende.

Deshalb bitten wir Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen. So hat doch die Regierung zumindest die Möglichkeit, die finanziellen Auswirkungen der bisherigen Anpassungen im Bereich der Spielgruppen und die möglichen zusätzlichen Kosten zu prüfen und dem Parlament erneut vorzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Schweizer, es liegt eine Zwischenfrage von Frau Schweizer vor. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Jenny Schweizer (SVP): Frau Schweizer, sollte es nicht in Ihrem Interesse sein, dass das Verhältnis zwischen deutschsprachigen Kindern und die, die Deutschförderung brauchen, in einem Gleichgewicht steht und dass wir alles unternehmen müssen, und zwar rasch unternehmen müssen, dass dies auch gewährleistet ist?

Silvia Schweizer (FDP): Wie gesagt, man muss zuerst eine Analyse machen, wo diese Kinder sind. Sind die von der Spielgruppe in die Kita gegangen oder nicht. Zudem, und das war das grosse Problem, hat man keine Entdeckelung bei den sehr gut Verdienenden vorgenommen und das möchte ich diesmal vermeiden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächste Einzelsprechende hat sich gemeldet Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Bei dieser Motion, wir haben es jetzt schon mehrfach gehört, geht es um die Stärkung des Frühbereichs. Wir wissen, dass es für die Entwicklung der Kinder extrem wichtig ist, dass sie früh gefördert werden können, dass jeder Franken, den eine Gesellschaft in die Prävention und die Unterstützung bei Kindern investiert, um ein Vielfaches zurückkommt. Es lohnt sich, in eine gute Entwicklung von Kindern zu investieren.

Spielgruppen sind ausgesprochen wichtige Bildungsorte für kleine Kinder und sie leisten einen bedeutenden Beitrag zur frühen Förderung. Nebst der frühen Sprachförderung möchte ich speziell auch die Entwicklung sozialer Kompetenzen, die Entwicklung der Selbstständigkeit, aber auch das frühe Erkennen und Gegenwirken von Fehlentwicklungen nennen. Spielgruppen leisten im Frühbereich einen ganz wesentlichen und wichtigen Beitrag.

Das anerkennt der Regierungsrat zum Glück auch, trotzdem möchte er einfach mal abwarten. Aus der Stellungnahme des Regierungsrates ist ersichtlich, dass zwar die Anzahl Kinder mit Deutschförderung deutlich abgenommen hat, die Anzahl der Kinder, die keinen Deutschförderbedarf haben, hat aber noch mehr abgenommen. Wenn man bedenkt, dass die Kinder mit Deutschförderung an drei Halbtagen in die Spielgruppe gehen und die Kinder ohne Deutschförderung im Schnitt an nur zwei

Halbtagen, dann wird das Verhältnis von deutschsprechenden Kindern zum Verhältnis der Deutschförderkinder kleiner. Das beeinflusst die Qualität und am Schluss auch den Sinn der frühen Deutschförderung klar. Dem müssen wir jetzt entgegenwirken, wir können nicht warten. Wir müssen nicht auf eine Analyse warten, das sehen wir bereits jetzt.

Die finanzielle Belastung der Eltern für die Betreuung der Kinder haben wir nun in allen Bereichen reduziert. Nur bei den Spielgruppen wollen wir das für deutschsprechende Mittelstandsfamilien nicht machen. Klar, es gibt die Prämienverbilligung, die auch bei den Kosten der Spielgruppen wirkt, das haben wir gehört. Sie alle wissen aber, dass das System ab einem gewissen Einkommen nicht mehr greift und wie bereits gesagt, trifft es die deutschsprechenden Mittelstandsfamilien. Ich finde das nicht richtig.

Die Motion, die ist so verfasst, dass sie zwar klar formuliert, was verändert werden muss. Wie genau und vor allem in welchem finanziellen Umfang dies geschehen soll, lässt die Motion aber offen. Hier hat der Regierungsrat einen Spielraum. Zudem ist aus der Stellungnahme auch deutlich ersichtlich, dass es nicht so viele Familien sind, die durch die Erfüllung der Motionsforderung neu unterstützt werden müssen. Die zusätzlichen Kosten, die dürften sich also in einem kleinen Rahmen bewegen. Mit wenig Geld viel bewirken, das können Sie mit der Zweitüberweisung dieser Motion und ich danke Ihnen herzlich dafür.

Noch an Regierungsrat Mustafa Atici. Wir sind auf alle Fälle einverstanden mit der Fristverlängerung um ein Jahr. Das ist, glaube ich, wirklich kein Problem.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jenny Schweizer und Weitere beantragen Überweisung als Motion. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 59 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006021, 12.02.25 17:18:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 59 Nein-Stimmen gegen 30 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen für eine Weiterbehandlung als Motion entschieden.

Die Fristverlängerung müssen wir auch noch formell entscheiden. Der Regierungsrat beantragt ein Jahr zusätzlich, das heisst, zwei Jahre. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Fristverlängerung, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006025, 12.02.25 17:18:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist zur Erfüllung auf zwei Jahre zu verlängern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Fristverlängerung einstimmig mit 90 Stimmen gutgeheissen.

David Jenny beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 20 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006027, 12.02.25 17:19:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 2 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 64 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen dafür entschieden, die Motion zu überweisen.

47. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder, Schreiben des RR

[12.02.25 17:19:55, 19.5318.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Barbara Heer hat sich als Sprecherin gemeldet.

Barbara Heer (SP): Ich bin auch sehr einverstanden mit dem Abschreiben dieses Anzugs, möchte mich aber ganz kurz doch noch äussern und auch mal bedanken bei der Regierung, aber insbesondere auch bei den Mitarbeitenden der Gartenbäder, die das Anliegen dieses Anzugs jetzt seit dem Sommer 2024 umsetzen respektive, um ganz exakt zu sein, die Regierung wollte den Anzug mehrmals nicht umsetzen und ich habe dann mit zwei Budgetpostulaten nachgedoppelt und dann hat die Regierung das dementsprechend auch umgesetzt.

Das Frühschwimmen im Gartenbad Eglisee und Bachgraben ist jetzt eingeführt worden. Man sieht an den Zahlen, dass das Angebot auch sehr gut ankommt bei der Bevölkerung. Jetzt schon in der ersten Saison waren eigentlich fast ähnlich viele Nutzende wie im Joggeli auch zusammen im Eglisee und Bachgraben. Das ist eigentlich ganz gut, ein neues Angebot braucht immer etwas, um bekannt zu sein und das Joggeli ist ja seit sehr vielen Jahren etabliert. Dort ist auch das Angebot ja die ganze Saison da, Eglisee und Bachgraben ist es verkürzt von Mitte Juni bis Mitte August und auch dieser Zeithorizont hat sich gut eingependelt. Die Frühschwimmer*innen sind ja insbesondere freie Freizeitschwimmer*innen.

Der zweite Teil meines Anzugs ist auch ein Angebot, das wichtig ist für Familien oder Rentner*innen oder Menschen, die pendeln und halt erst abends um 6 oder 7 noch in die Badi können, oder alle Berufstätigen, für die sind jetzt eben am Abend die Öffnungszeiten verlängert worden von abends von 8 bis 9. Da haben wir ein bisschen weniger aussagekräftige Zahlen, auch weil da ja nicht die Eintritte relevant sind, um herauszufinden, ob das Angebot funktioniert, sondern eher, wie viele Menschen dann tatsächlich bis beispielsweise 8:30 Uhr, wenn dann das Bad auch wirklich fertig ist, dann noch da sind. Ich persönlich war sehr häufig in den Badis in diesem Sommer und habe viel beobachtet. Familien, die dann nach der Kita, nach dem Arbeiten abends um 6:30 Uhr noch in die Badi kommen, dort Abend essen, noch Baden können und dann um 8:30 Uhr nach Hause gehen. Also das Angebot wird wirklich genutzt.

Es ist eben sehr sinnvoll, weil es eine wichtige und tolle Infrastruktur ist, viel Grünraum, der während den Hitzetagen jetzt einfach abends eigentlich nicht mehr zur Verfügung stand. Das Baden war ja schon um 19:30 Uhr fertig und um 8 Uhr mussten die Leute dann draussen sein und so kann jetzt diese Infrastruktur intensiver genutzt werden. Es geht ja nicht einfach nur um Freizeit, sondern wirklich auch um Gesundheit. Gerade wenn es sehr heiss ist, ist einfach der Aufenthalt im Wasser bei sehr vielen Erkrankungen, die sich verschlimmern in den Hitzetagen, sehr erleichternd und hat eine hohe präventive Wirkung.

Dann möchte ich zum quasi Abschluss von diesem Geschäft jetzt für das Parlament wirklich nochmals den Mitarbeitenden danken, die diesen anspruchsvollen Job in unseren Gartenbädern machen. Wenn wir baden, arbeiten sie, die Nerven von vielen Menschen liegen immer wieder blank, wenn es sehr heiss ist, und die Mitarbeitenden müssen täglich sehr gut mit dem umgehen. Deshalb ist es natürlich auch wichtig, dass es da gute Arbeitsbedingungen gibt, und ich möchte da als letztes auch den Regierungsrat doch bitten, das mit auf den Weg zu nehmen, wirklich auch immer hinzuschauen, dass die Menschen, die diese wichtige Arbeit für uns machen, das auch unter guten Bedingungen tun können.

In dem Sinne bedanke ich mich bei der Regierung und es ist auch wirklich in Ordnung, diesen Anzug so abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

48. Anzug Joël Thüring und Lydia Isler-Christ betreffend betreffend «regelmässige Information der Bevölkerung über die Krisenvorsorge», Schreiben des RR

[12.02.25 17:24:22, 22.5331.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

49. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten, Stellungnahme des RR

[12.02.25 17:24:44, 24.5208.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres. Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Regierungsrat versteht das Anliegen der Motion und ist bereit, eine Vorlage vorzubereiten. Er möchte jedoch einen rechtssicheren Entwurf vorlegen und beantragt daher, die Motion als Anzug zu überweisen.

Die eigentliche Schwierigkeit der Motion ist, dass nach ihrem Wortlaut Vertreterinnen und Vertreter im Sinne von Artikel 68 Abs. 2 lit. d ZPO zugelassen werden sollen. Die kantonale Bestimmung soll also auf die ZPO verweisen. Diese spricht von beruflich qualifizierten Vertreterinnen und Vertretern, wer in diese Kategorie fällt, bleibt jedoch offen. In der Motionsbegründung heisst es dann, dass der Motionswortlaut jenem der Regelungen in den Kantonen Aargau und Zürich

entspreche. Im Kanton Aargau hat das EG ZPO aber einen anderen Wortlaut. Dort wird von Verbandsfunktionärinnen und Verbandsfunktionären gesprochen. Im Kanton Zürich, das ist richtig, verweist das Anwaltsgesetz auf die ZPO. Es hat jedoch einen Entscheid des Obergerichts gebraucht, um zu klären, was beruflich qualifiziert im Kanton Zürich bedeutet. Wird der Wortlaut dieser Motion ins Gesetz übernommen, werden auch unsere Gerichte klären müssen, was beruflich qualifizierte Vertreterinnen und Vertreter sind. Dies wird zum einen einige Zeit beanspruchen, zum anderen stellt sich die Frage, ob an dieser Stelle tatsächlich Richterrecht geschaffen werden soll. So sieht es der Regierungsrat als Aufgabe des Gesetzgebers an, die Anforderungen an beruflich qualifizierte Vertreterinnen und Vertreter festzulegen.

Schliesslich gibt es noch eine zweite Unschärfe in der Motion. Sie spricht von Arbeitsstreitigkeiten. Diese Formulierung lässt offen, ob nur die Parteivertretung vor dem Arbeitsgericht oder auch die Parteivertretung vor der Schlichtungsbehörde gemeint ist. Die von der Motion gewünschte Vertretungsmöglichkeit kann vorgesehen werden vor spezialisierten Arbeitsgerichten. So will es das Bundesrecht. Im Kanton Basel-Stadt ist das Arbeitsgericht ein Spezialgericht. Hier ist die verlangte Vertretungsmöglichkeit somit zulässig. Da hingegen sind die Abteilungen des Appellationsgerichts keine Spezialgerichte. Folglich können für Verfahren vor dem Appellationsgericht keine beruflich qualifizierten Vertreter vorgesehen werden. Das hat das Appellationsgericht auch so entschieden. Bei den Schlichtungsbehörden ist die rechtliche Lage hingegen etwas unsicher. Aufgrund der Gesetzgebungsmaterialien zur ZPO gehen wir davon aus, dass die Kantone hier die verlangte Vertretungsmöglichkeit wohl vorsehen dürfen.

Da sich die Motion nicht zu den einzelnen Instanzen äussert, wäre es für die Ausarbeitung der Vorlage von Vorteil, wenn Sie, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, in der Debatte deutlich machen würden, ob auch das Schlichtungsverfahren gemeint ist. Insgesamt würde es der Regierungsrat aber begrüssen, wenn der Grosse Rat für die Vorbereitung der Gesetzesvorlage einen grösseren Gestaltungsspielraum schaffen würde. Deshalb stellt er, wie bereits gesagt, den Antrag, die Motion Baumgartner als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprechender ist Lukas Faesch für die LDP.

Lukas Faesch (LDP): Beim nochmaligen überdenken dieser zwei Motionen 49 und 50 hat sich die LDP-Fraktion für ein Offen entschieden. Der «Chrüzlistich» ist in diesem Punkt fehlerhaft. Ein Teil der Fraktion folgt der Argumentation der Motionäre und speziell dem Argument, dass diese Praxis unter der alten Basler Zivilprozessordnung langjährige Praxis war und auch unter dem Regime der schweizerischen Zivilprozessordnung lange Zeit weitergeführt wurde und dies ohne Probleme und ohne Beanstandungen. Ein anderer Teil der Fraktion hat einerseits in Bezug auf Mietstreitigkeiten ernste formelle Bedenken, wie sie auch das Appellationsgericht geäussert hat, da es in Basel kein eigentliches Mietgericht gibt. Im Gegensatz zum Arbeitsgericht ist die Ausdehnung der Vertretungsbefugnisse nur bei Bestehen eines Mietgerichtes auf die Schlichtungsstelle zulässig, was eben in Basel nicht möglich ist. Es müsste zuerst ein paritätisches Mietgericht geschaffen werden anstelle des heute zuständigen Zivilgerichtes. Dies wäre aber mit grösster Wahrscheinlichkeit bundesrechtswidrig.

Bei der Parteienvertretung vor Arbeitsgericht und auch vor der Schlichtungsstelle besteht dieses Risiko weniger. Materiell ist dieser Teil der Fraktion auch der Meinung, dass diese Schlichtungsverfahren bewusst laienfreundlich sind. Die fachlich geschulten Schlichter erfragen die rechtserheblichen Tatsachen von sich aus und machen fundierte Lösungsvorschläge. Meist werden so tragfähige Lösungen gefunden und teure Prozesse vermieden. Es ist deshalb unnötig, den Kreis der zu Vertretung berechtigten Personen zu erweitern.

Ein weiteres Argument, das gegen diese Motionen spricht, ist die Beschränkung der berufsmässigen Vertretung durch die Anwaltschaft, was dem Schutz des Rechtssuchenden dient. Soweit für die zulassenden Vertreter*innen von Interessenorganisationen in Bezug auf die Berufshaftpflicht, Ausbildung, Prüfung und Aufsicht keine oder largere Regeln als für zugelassene Anwält*innen gilt, ist dies eine nicht zu rechtfertigende Besserstellung dieser zweiten Gruppe. Wenn die Gewerkschaften, Mieterverbände wie auch die Vermieterorganisationen und Arbeitgeberverbände ihre Mitglieder gut und fundiert beraten und in rechtlichen Fragen unterstützen, tragen sie viel dazu bei, gerichtliche Verfahren zu vermeiden und das ist die eigentliche Kernaufgabe und nicht die Ausweitung ihrer Tätigkeit auf eine Prozessvertretung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprechender für die SVP ist die Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Es wurde schon sehr vieles gesagt, ich beschränke mich deshalb auf etwas Praxisbeispiele. Wer von Ihnen war schon einmal vor Arbeitsgericht als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin? Da meldet sich jemand aus dem Off, also irgendjemand war schon mal. Spass beiseite. Ich habe es ein paar Mal schon gemusst als Arbeitgeber in drei verschiedenen Kantonen, also ich spreche da durchaus mit ein bisschen Erfahrung. Ich bin stolz darauf, dass ich vor Arbeitsgericht noch keinen einzigen Prozess verloren habe. Ich habe schon beide Szenarien erlebt. Ich habe schon das Szenario erlebt, wo von

Anfang an klar war, dass der ehemalige Arbeitnehmende vollständig chancenlos war vor Gericht. Aber ein Vertreter eines Verbandes, Sie können sich ausmalen, was für eine Art Verband, dass das war, hat ihm selbstverständlich ins Ohr geflüstert, dass er alles probieren müsse. Bar jeder Grundlage hat man so einen Prozess geschaffen, den man hochkant verloren hat. Die Rechtsschutzversicherung wird das übernommen haben oder allenfalls auch die Verbandskasse, ich weiss es nicht. Es hat jede Menge Zeit gebraucht und es hat vor allem dem ehemaligen Arbeitnehmenden gar nichts gebracht.

Ich habe aber auch das andere Szenario schon erlebt, wo ein fähiger Anwalt, nicht von einem Verband, einem Arbeitnehmenden einen Vorschlag gemacht hat für eine Schlichtung, die auch für uns annehmbar war und man hat einen Kompromiss gefunden. Ja, der ist ein bisschen weiter gegangen, als vielleicht das Gericht entschieden hätte, aber als Arbeitgeber ist man durchaus auch interessiert, manchmal einen Strich unter die Sachen zu ziehen und es hat mich weniger Geld gekostet, bei einem Kompromiss, bei einem Vergleich zu bleiben, als das ganze vollständig durchzuziehen. Ein fähiger Anwalt erkennt diese Chance für seinen Klienten, ein Parteivertreter, der von einem Verband kommt, vielleicht juristisch nicht so geschult ist, hingegen hat das Risiko, dass er dogmatisch argumentiert, ein Potemkinsches Dorf aufbauen muss für seinen Klienten und das wollen wir nicht einführen in Basel-Stadt.

Deshalb lehnen wir ab, in der Eventualabstimmung selbstverständlich sind wir für Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprechende ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Die Sprechende darf auch eine gewisse Erfahrung mit Verfahren am Arbeitsgericht für sich beanspruchen. Ich war mehr als 30 Jahre lang am Zivilgericht Basel-Stadt tätig und habe da durchaus auch einige arbeitsrechtliche Verfahren mitverfolgt, wenn auch meine Haupttätigkeit nicht dort war. Ebenso habe ich selbst Schlichtungen durchgeführt. Lieber Lorenz Amiet, vielleicht haben Sie jetzt da gerade schlechte Erfahrungen gemacht, aber ich kann das aus meiner Erfahrung gar nicht bestätigen, dass Verbandsvertreter hier in irgendeiner Form ihre Rechtsuchenden schlechter beraten würden als Anwälte, überhaupt nicht. Meistens sind sie sehr engagiert und das ist ja das Wesentliche und auch der Grundgedanke dieser Motion, der oder die Rechtssuchende hat eine Vertrauensbeziehung zu dieser Person in dem Verband, wo er oder sie Mitglied ist, und hat sie schon vorher beraten.

Und dann ist es ja auch nichts Neues. Es war ja auch eine jahrelange bewährte Praxis, die gelebt wurde, und auf die man jetzt wieder zurückkommen möchte. Ich spreche übrigens, um Missverständnisse auszuräumen, jetzt hier nur zur Motion von Beda Baumgartner und ich darf, um das bei dieser Gelegenheit auch noch zu sagen, auch für die BastA sprechen.

Wir beantragen, dass die Motion als Motion überwiesen wird. Die Argumente, die Regierungsrätin Eymann jetzt noch vorgebracht hat, die überzeugen uns also nicht. Es ist, wie gesagt, so, dass bereits der Bund legiferiert hat zu diesen speziellen vorausgesetzten Kenntnissen. Wir haben auch Einblick in den neuesten Kommentar zur ZPO, Stand 1.01.25, wo sich der Verfasser Tenchio noch mit dieser Fragestellung beschäftigt hat und er weist darauf hin, die berufliche Erfahrung, diese Kenntnisse wurden bereits legiferiert, der Kanton kann, muss aber nicht eine spezielle Regelung treffen dazu, sonst gilt Bundesrecht. Nur der Kanton Neuenburg hat gemäss diesem Kommentar eine andere Regelung, eine spezielle getroffen.

Wir sehen also nicht, dass es nötig wäre, hier einen Anzug zu machen, weil die Forderung zu wenig klar wäre. Sie ist deutlich und klar, knüpft an eine frühere Praxis an und dient den Rechtsuchenden und, davon bin ich wirklich überzeugt, auch den Gerichts- und Schlichtungsverfahren. Ich habe mich beim Motionär nochmals rückversichert, auch weil er leider sich entschuldigen musste für den Rest der Sitzung, aber es ist die Meinung der Motionäre, dass das auch für das Schlichtungsverfahren gilt. Ich habe persönlich die Erfahrung gemacht, dass vor allem, wenn die Gegenseite, die doch häufig über grössere juristische Erfahrung als Arbeitgeber verfügt als der Arbeitnehmende, beispielsweise als Personalchef oder sonst Vertreter, dass es wirklich gut ist, wenn auch der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin eben durch eine Person ihres Vertrauens vertreten sind. Dies hat in meiner beruflichen Erfahrung keineswegs gute Ergebnisse verhindert.

Daher möchte ich Sie im Namen der genannten Fraktionen bitten, doch diese Motion als Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Oliver Thommen für die Grünen/jgb.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion Grüne/jgb schliesst sich der Vorsprecherin an und diese hätte eigentlich auch für uns sprechen sollen, aber für das Protokoll ist es ja jetzt gesagt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Christine Keller beantragt die Überweisung als Motion.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

22 Ja, 68 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006031, 12.02.25 17:39:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 68 Nein-Stimme gegen 22 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde gestellt. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006033, 12.02.25 17:39:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 1 Jahr

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 74 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung für die Überweisung als Motion entschieden.

50. Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten, Stellungnahme des RR

[12.02.25 17:39:52, 24.5209.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen eine Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Die Motion fordert die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Vertreterinnen und Vertreter im Sinne von Artikel 68 Abs. 2 lit. d ZPO in Mietstreitigkeiten vor Mietschlichtungsstellen. Der Wortlaut von Artikel 68 Abs. 2 lit. d ZPO spricht von Miet- und Arbeitsgerichten. Im Kanton Basel-Stadt beurteilt das Zivilgericht Mietstreitigkeiten, ein Spezialgericht in Mietsachen, sprich ein sogenanntes Mietgericht kennt der Kanton nicht. Das Appellationsgericht Basel-Stadt hat in einem Entscheid in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten seine Haltung zur Interpretation von Artikel 68 Abs. 2 lit. d ZPO dahingehend geäussert, dass der Wortlaut entscheidend sei und kein weiterer Interpretationsspielraum bestehe. Weiter wird ausgeführt, dass die kantonale Kompetenz zur Legiferierung nur besteht, wenn ein Kanton über spezialisierte Arbeits- bzw. Mietgerichte verfügt. Damit ist eine kantonale Regelung, welche die beruflich qualifizierte Vertretung vor einem Mietgericht und auch vor der Schlichtungsbehörde ermöglicht, ohne die Schaffung eines Spezialgerichts für Mietsachen nicht erreichbar. Die Forderung der Motion belässt diesbezüglich keinen Spielraum. Die wörtliche Umsetzung der Motionsforderung birgt ein erhebliches Risiko, dass sie im Rahmen eines gerichtlichen Normenkontrollverfahrens als bundesrechtswidrig eingestuft würde.

Im Gegensatz zu vorliegender Motion wird in der Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht kein genauer Wortlaut der Gesetzesbestimmung vorgegeben, sondern generell die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen verlangt. Dies ist ein Hauptgrund, weshalb die rechtliche Beurteilung bei der Motion Zappalà anders ausgefallen ist als bei der vorliegenden Motion.

Nach dem Gesagten beantragt der Regierungsrat Ihnen, die Motion als Anzug zu überweisen, damit genügend Spielraum zur Erarbeitung eines Lösungsvorschlags auch bezüglich des Regelungsorts zusammen mit der Motion Zappalà besteht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erste Fraktionssprechende für die BastA hat sich gemeldet Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Ich beantrage Ihnen im Namen der BastA und der Grünen/jgb, diese Motion als Motion zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Diese, ähnlich wie die Motion von Beda Baumgartner, verlangt nichts Neues. Beide verlangen, das haben wir vorher gehört, ganz einfach, dass die langjährige Praxis, die sich bewährt hat, weitergeführt wird und dafür die rechtliche Grundlage geschaffen wird. Es wird niemandem etwas weggenommen. Es muss wieder möglich sein, dass im Falle von Streitigkeiten im Mietbereich vor Schlichtungsstelle und bis zu einer Streitsumme in Höhe von 30’000 Franken kein Anwalt und keine Anwältin beigezogen werden müssen. Die Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeit ist vom Gesetzgeber als niederschwellige Organisation gedacht und niederschwellig soll auch die Vertretung sein können, so für Mieter*innen wie auch für Vermieter*innen.

Zur rechtlichen Zulässigkeit. Wir bestreiten vehement, dass die Motion rechtlich unzulässig ist und wir können uns auf den renommierten Basler Kommentar 2025 stützen, der eben in vierter Auflage erschienen ist. Er bezieht auch die Erhaltung des Appellationsgerichts mit ein, ist noch deutlich ausführlicher als schon zuvor die dritte Auflage und er kommt unter Würdigung aller Umstände noch entschlossener als in der früheren Auflage zur Meinung, dass unser Vorgehen korrekt und richtig sei. Ja, in den juristischen Kommentaren geht man noch weiter, denn wäre die Haltung der Basler Regierung die einzige korrekte, so müsste eine Vielzahl von Kantonen, 17 insgesamt, ihre langjährigen Praktiken mit ihren niederschwelligen Vertretungen bei den juristischen Beurteilungen im Mietrecht Knall auf Fall aufgeben. Können 17 Kantone Unrecht haben? Nein, das weiss auch der Regierungsrat, denn er spricht eigentlich für uns. Er gesteht nämlich selber ein, ich zitiere: Es gebe Kantone, die die Vertretung von Mietschlichtungsstellen durch Verbände zulassen, ohne dass sie über ein paritätisch ausgestaltetes Mietgericht verfügen.

Ebenso gesteht er ein, dass es keinen Bundesgerichtsentscheid dazu gebe. Nebst den anderen Kantonen macht als Beispiel der Kanton Tessin ziemlich genau das, was wir mit dieser Motion verlangen. So steht ausdrücklich im vom Tessiner Grossen Rat erlassenen Einführungsgesetz zur ZPO, dass in vereinfachten und sogar in summarischen Verfahren Vertreterinnen und Vertreter bzw. Angestellte von Verbänden auftreten können. Hierzu gibt es auch Gerichtsurteile, so ein ganz neues vom 31. Januar 2023, welches der christlichsozialen Tessiner Gewerkschaft OCST das Vertretungsrecht in Mietsachen ausdrücklich einräumt. Ich möchte auch noch betonen, dass auch das Tessin, wie mehrere weitere Kantone, keine paritätischen Mietgerichte kennt und wir verlangen auch kein paritätisches Mietgericht. Wie erwähnt, ist auch der Basler Kommentar auf unserer Seite und sagt klipp und klar das Gegenteil des Regierungsrats. Auf ein formelles Mietgericht kommt es nicht an und eine, ich zitiere: Ungleichbehandlung zwischen Kantonen, die über Fachgerichte verfügen und Kantone, die über keine Fachgerichte verfügen, rechtfertigt sich ferner von der Sache her nicht und würde unzulässigerweise indirekt in die den Kantonen vorbehaltene Gerichtsorganisationsautonomie eingreifen. Zitat Ende.

Das Bundesgesetz selber, also die Zivilprozessordnung kann und muss hier für uns ausgelegt werden. Der Regierungsrat argumentiert formalistisch und falsch, wenn er sagt, die ZPO verlangt ein paritätisches Mietgericht. Und falls wir uns wirklich auf die Spitzfindigkeiten der Basler Regierung einlassen sollen, möchte ich folgendes hervorheben: Der Romandtext in der Zivilprozessordnung spricht anders als der deutsche Text nicht von Gericht, sondern viel weiter gefasst von juridictions. Auf

Italienisch steht einfach Giudice. Bekanntlich sind Gesetzestexte gleichwertig, also kann die Regierung nicht einmal aus dem Gesetz etwas für sich ableiten.

Zusammengefasst: Es gibt hier drin nicht so häufig diese Einigkeit und es ist auch ein starker Wille für niederschwelliges Vorgehen in einfachen Fällen von Arbeits- und Mietfragen vorhanden und nicht vergessen, diese Motion ist sozialpartnerschaftlich entstanden. Die Vermieter*innenorganisationen sind ebenfalls stark daran interessiert, dass die Vermieterseite niederschwellig vor Schlichtungsstellen vertreten werden kann. Juristische Spitzfindigkeiten haben also keinen Platz.

Ich bitte deshalb die Regierung, nun endlich einzulenken und dieses ganz simple, volksnahe Anliegen auch simpel innert sechsmonatiger Frist umzusetzen. Und ich bedanke mich schon im Voraus sehr, dass Sie diese Motion als Motion verabschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprechender ist Pascal Pfister für die SP.

Pascal Pfister (SP): Ich habe eigentlich ein längeres Votum vorbereitet, aber ich verzichte jetzt darauf, weil Patrizia Bernasconi das ausgeführt hat, was wir auch von der SP-Fraktion dazu zu sagen haben, nämlich dass es juristisch klar aus unserer Sicht kein Argument gibt, hier die Motion jetzt so nicht umzusetzen. Ich möchte deshalb noch ein bisschen auf den Gedanken dahinter eingehen. Ein Punkt ist, es geht hier um die Niederschwelligkeit von Rechtsstreitigkeiten. Ein Punkt dabei ist, das Recht ist nur so viel wert, wenn es wirklich durchgesetzt wird. Das kann lange im Gesetzbuch stehen, aber es muss auch wirklich durchgesetzt werden und es ist kein Geheimnis, dass Rechtsstreitigkeiten sehr teuer sind, dass das auch abschreckend wirkt und deshalb ein niederschwelliger Zugang sehr wichtig ist.

Das zweite ist, das gilt ja für beide Seiten. Das Gebiet gilt sowohl für die Vermieterseite als auch für die Mieter*innenseite und damit werden auch viele zusätzliche Verfahren eingespart, wenn man so niederschwellig zu Einigungen oder zur Klärung der rechtlichen Situation kommen kann. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet.

Patrizia Bernasconi beantragt Überweisung als Motion.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 76 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006035, 12.02.25 17:50:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 1 Jahr

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 76 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden.

Es wurde kein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. Sie haben die Motion somit der Regierung überwiesen.

51. Anzug Thomas Gander und Konsorten betreffend ein Mobilitätskonzept für das St. Jakob-Areal, Schreiben des RR

[12.02.25 17:51:05, 17.5131.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Verabschiedung

Stefan Fahrer, seit Oktober 2021 Leiter Dienste, Sicherheit und Technik bei der Staatskanzlei, wird per 1. März eine neue Funktion ausserhalb der Verwaltung annehmen. Ich bedanke mich ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit bei diversen Projekten, Veranstaltungen und wünsche Ihnen für Ihre berufliche und private Zukunft nur das Beste.

[Applaus]

Schluss der 4. Sitzung

17:52 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
23.9050

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:05:42
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	GRÜNE/jgb	BastA
Ja	90	29	0	12	12	7	6	7	0	0	-1	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	92	29	0	12	12	7	6	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	2	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	5	2	0	0	0	2	1	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	95	29	0	13	12	9	6	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
23.9050

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:07:24
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	60	30	0	0	0	5	6	1	0	0	-1	-1
Nein	32	0	0	12	12	2	0	5	1	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	30	0	12	12	7	6	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	2	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	2	1	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	96	30	0	13	12	9	6	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5041

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:09:17
Geschäft Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	30	0	12	12	8	6	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	30	0	12	12	8	6	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	2	1	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	96	30	0	13	12	9	6	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5041

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:10:33
Geschäft Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	30	0	12	12	8	6	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	30	0	12	12	8	6	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	2	1	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	96	30	0	13	12	9	6	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7.1**
25.5042

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:11:29
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Finanzkommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	88	28	0	12	11	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	89	28	0	12	12	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	8	2	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	2	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	97	30	0	13	12	9	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
25.5043

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:12:33
Geschäft Wahl der Geschäftsprüfungskommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	GRÜNE/jgb	BastA
Ja	93	30	0	12	12	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	12	12	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	2	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	97	30	0	13	12	9	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8.1**
25.5044

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:13:21
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	88	29	0	9	10	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	89	30	0	9	10	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	8	0	0	4	2	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	2	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	97	30	0	13	12	9	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
25.5045

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:14:17
Geschäft Wahl der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	94	30	0	12	12	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	12	12	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	2	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	97	30	0	13	12	9	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9.1**
25.5046

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:15:01
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	91	29	0	12	10	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	92	30	0	12	10	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	2	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	2	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	97	30	0	13	12	9	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
25.5047

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:15:54
Geschäft Wahl der Gesundheits- und Sozialkommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	95	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	95	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10.1**
25.5048

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:30:35
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten Gesundheits- und Sozialkommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	94	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11.1**
25.5050

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:31:20
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	92	29	0	12	11	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	30	0	12	11	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	1	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.5051

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:32:20
Geschäft Wahl der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	95	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	95	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12.1**
25.5052

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:33:02
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	89	30	0	10	9	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	90	30	0	10	9	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	8	0	0	3	3	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
25.5053

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:33:56
Geschäft Wahl der Bau- und Raumplanungskommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13.1**
25.5054

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:34:37
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bau- und Raumplanungskommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	95	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
25.5055

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:35:28
Geschäft Wahl der Wirtschafts- und Abgabekommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14.1**
25.5056

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:36:17
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Ja
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	29	0	13	11	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	29	0	13	11	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	1	2	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
25.5057

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:37:09
Geschäft Wahl der Regiokommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	94	30	0	13	12	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	95	30	0	13	12	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	2	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15.1**
25.5058

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:37:51
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Regiokommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	30	0	13	12	9	6	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
25.5059

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:39:01
Geschäft Wahl der Petitionskommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	95	29	0	13	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16.1**
25.5060

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:39:46
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Petitionskommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	88	30	0	12	8	7	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	89	30	0	12	8	7	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	9	0	0	1	4	3	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.5061

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:40:35
Geschäft Wahl der Begnadigungskommission (9 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	28	0	13	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	29	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17.1**
25.5062

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:41:18
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Begnadigungskommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	29	0	13	10	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	13	10	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	2	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
25.5063

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:42:08
Geschäft Wahl der Disziplinarkommission (9 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18.1**
25.5064

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:42:53
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Disziplinarkommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	30	0	13	10	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	13	10	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	2	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.5065

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:43:50
Geschäft Wahl der Wahlvorbereitungskommission (8 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	95	30	0	13	11	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	95	30	0	13	11	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19.1**
25.5066

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:44:33
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	95	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
25.5067

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:45:27
Geschäft Wahl der Kommission für Denkmalsubventionen (9 Mitglieder); (Amtsperiode 1. April 2025 - 31. März 2029)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	GRÜNE/jgb	BastA
Ja	94	30	0	13	12	9	6	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	13	12	9	6	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	1	1	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20.1**
25.5068

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:46:12
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Kommission für Denkmalsubventionen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	30	0	13	10	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	30	0	13	10	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	5	0	0	0	2	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
25.5069

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:47:13
Geschäft Wahl von acht Mitgliedern des Erziehungsrates (Amtsperiode 1. April 2025 - 31. März 2029)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	30	0	12	11	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	95	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:22:55

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	82	31	0	13	12	10	7	7	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1	-1
Abgestimmt	99	31	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:24:18

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ent
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	81	30	0	12	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Nein	11	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	31	0	12	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	7	0	0	1	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:31:25

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	45	28	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	54	3	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	99	31	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:36:52

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	41	24	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	57	6	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:39:38

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ent	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	90	30	0	13	12	10	7	7	0	0	-1	-1
Nein	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1	-1
Abgestimmt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:40:17

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ent	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	44	27	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	51	2	0	13	12	10	6	7	1	0	-1	-1
Ent	3	1	0	0	0	0	1	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:46:36

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	80	29	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	29	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:56:35

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	84	31	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Nein	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	99	31	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:57:12

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	GRÜNE/jgb	BastA
Ja	45	28	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	53	2	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	99	31	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:59:06

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	81	30	0	13	12	10	7	6	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	10	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	1	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:59:46

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	82	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:00:35

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	82	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	97	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:08:48

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	60	1	0	13	11	10	7	6	0	0	-1	-1
Nein	37	30	0	0	0	0	0	0	1	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	31	0	13	12	10	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:09:26

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	49	31	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	47	0	0	13	12	10	5	6	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	31	0	13	12	10	5	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	2	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:10:38

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ent
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	81	30	0	13	12	10	7	6	1	0	-1	-1
Nein	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	7	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	31	0	13	12	10	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22.1**
23.5345

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:13:09

Geschäft Anzug Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ent
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Ent
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	92	30	0	13	10	10	7	6	0	0	-1	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1	-1
Ent	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	95	30	0	13	10	10	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	3	0	0	0	2	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	97	31	0	13	10	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22.2**
23.5344

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:13:47

Geschäft Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	GRÜNE/jgb	BastA
Ja	83	31	0	13	3	8	7	3	0	0	-1	-1
Nein	15	0	0	0	9	2	0	3	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	31	0	13	12	10	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22.2**
23.5344

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:14:24

Geschäft Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22.3**
19.5255

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:14:33
Geschäft Anzug Edibe Gölgeli und Sarah Wyss betreffend Einführung Elternzeit im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	GRÜNE/jgb	BastA
Ja	50	31	0	0	0	1	0	0	0	0	-1	-1
Nein	46	0	0	13	12	8	7	6	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1	-1
Abgestimmt	97	31	0	13	12	9	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22.4**
23.5237

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:15:12

Geschäft Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend Einführung einer Elternzeit in Kanton Basel-Stadt Variante: «Freiwilligen Fondslösungen mit Staatsbeiträgen»

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	49	31	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	49	0	0	13	12	10	7	6	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	31	0	13	12	10	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5203

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 09:09:35

Geschäft Zuwahl von vier neuen Richterinnen und Richtern ans Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	89	28	10	11	12	9	7	7	0	0	5
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	10	11	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	1	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	6	2	2	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	29	10	12	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5203

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 09:10:28

Geschäft Zuwahl von vier neuen Richterinnen und Richtern ans Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	91	29	10	11	12	10	7	7	0	0	5
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	10	12	12	10	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	6	2	2	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	29	10	12	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
24.5470

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 09:14:36

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von David Mühlemann als Richter am Strafgericht per 30. November 2024), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	91	30	9	12	12	9	7	7	0	0	5
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	9	12	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	6	1	3	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	30	9	12	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
24.5470

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 09:15:15

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von David Mühlemann als Richter am Strafgericht per 30. November 2024), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	92	31	10	11	12	9	7	7	0	0	5
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	31	10	11	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	4	0	2	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	31	10	12	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
24.5470

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 09:16:08

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von David Mühlemann als Richter am Strafgericht per 30. November 2024), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	93	30	10	13	12	9	7	7	0	0	5
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	10	13	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	3	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	31	10	13	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
22.1446

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 10:05:32
Geschäft Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern - 2. Lesung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	48	0	0	13	12	10	6	7	0	0	0
Nein	49	31	12	0	0	0	1	0	0	0	5
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	98	31	12	13	12	10	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	31	12	13	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
22.1446

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 10:10:55
Geschäft Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern - 2. Lesung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	43	0	0	13	12	10	0	7	1	0	0
Nein	55	31	12	0	0	0	7	0	0	0	5
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	98	31	12	13	12	10	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	31	12	13	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
22.1446

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 10:12:48
Geschäft Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern - 2. Lesung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ent
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ent
Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Barth Johannes (FDP)	Ent
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Block Laetitia (SVP)	Nein
Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ent
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ent
Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ent
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ent

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	62	31	12	0	0	7	7	0	0	0	5
Nein	6	0	0	1	4	0	0	0	1	0	0
Ent	30	0	0	12	8	3	0	7	0	0	0
Abgestimmt	98	31	12	13	12	10	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	31	12	13	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
24.5522

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 10:18:57

Geschäft Motion 1 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GRÜNE/jgb	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	BastA
Ja	56	1	12	12	12	8	7	4	0	0	0
Nein	39	29	0	0	0	1	0	3	1	0	5
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	31	12	13	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
24.5542

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 10:38:52

Geschäft Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	61	31	12	0	4	4	5	0	0	0	5
Nein	33	0	0	13	7	5	0	7	1	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	31	12	13	12	9	5	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	1	0	0	1	0
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	98	31	12	13	12	10	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
24.5543

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 10:52:40

Geschäft Motion 3 Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen – Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	94	31	11	13	11	9	6	7	1	0	5
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	31	11	13	11	9	6	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	31	11	13	12	10	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
24.5521

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:17:03
Geschäft Anzug 1 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung von Wasserläufen in der Basler Innenstadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	49	21	10	2	8	3	0	0	0	0	5
Nein	40	6	0	10	3	7	6	7	1	0	0
Ent	4	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	11	12	12	10	6	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	4	1	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	30	11	13	12	10	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
24.5530

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:20:51
Geschäft Anzug 3 Eric Weber betreffend Angeln als naturnahes Hobby fördern

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Nein	70	22	6	10	9	8	5	5	0	0	5
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	72	22	6	10	10	8	5	5	1	0	5
Nicht abgestimmt	23	8	5	2	2	2	1	2	0	1	0
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	30	11	12	12	10	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
24.5531

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:24:46
Geschäft Anzug 4 Eric Weber betreffend politische Neutralität an Schulen gewährleisten

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Nein	72	25	7	8	10	9	4	4	0	0	5
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	74	25	7	9	11	9	4	4	0	0	5
Nicht abgestimmt	20	5	4	3	1	1	2	2	1	1	0
Nicht anwesend	6	1	1	1	0	0	1	1	0	0	1
Stimmberechtigt	94	30	11	12	12	10	6	6	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
24.5532

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:29:57

Geschäft Anzug 5 Eric Weber betreffend Grossrats-Broschüre „So wird in Basel-Stadt entschieden" bitte wieder auflegen und publizieren

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Nein	66	25	7	9	8	5	4	4	0	0	4
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	67	25	7	9	8	5	4	4	1	0	4
Nicht abgestimmt	25	4	4	3	4	4	2	2	0	1	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	0	1	1	1	0	0	1
Stimmberechtigt	92	29	11	12	12	9	6	6	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
24.5533

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:32:05
Geschäft Anzug 6 Eric Weber betreffend Gratis-Abfall-Entsorung für arme Leute

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Nein	70	26	7	8	9	6	5	5	0	0	4
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	71	26	7	8	9	6	5	5	1	0	4
Nicht abgestimmt	23	4	4	4	3	3	1	2	0	1	1
Nicht anwesend	6	1	1	1	0	1	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	30	11	12	12	9	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 37**
24.5534

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:37:59

Geschäft Anzug 7 Eric Weber betreffend mehr Dienstleistungen für die Herren und Damen Abgeordneten durch den Parlamentsdienst des Grossen Rates Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GRÜNE/jgb	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	BastA
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Nein	71	22	9	8	10	7	5	5	0	0	5
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	72	22	9	8	10	7	5	5	1	0	5
Nicht abgestimmt	23	8	2	4	2	3	1	2	0	1	0
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	30	11	12	12	10	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 38**
24.5535

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:40:45

Geschäft Anzug 8 Eric Weber betreffend Basler Parlament muss im Monat nach der Wahl in die neue Legislatur starten

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Nein	71	22	9	9	10	7	4	5	0	0	5
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	72	22	9	9	10	7	4	5	1	0	5
Nicht abgestimmt	23	8	2	3	2	3	2	2	0	1	0
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	30	11	12	12	10	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
18.5121

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:55:35

Geschäft Anzug Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Streichung der Leistungschecks an der Basler Volksschule, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GRÜNE/jgb	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	BastA
Ja	71	29	6	12	2	9	6	7	0	0	0
Nein	20	1	4	0	10	0	0	0	0	0	5
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	92	30	10	12	12	9	6	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	7	1	2	1	0	1	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	93	30	10	12	12	9	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 40**
22.5327

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 16:28:01

Geschäft Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend «Vergünstigter Eintritt für Hallen- und Gartenbäder für AHV -/IVBezüger/innen», Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	34	0	0	13	0	7	7	7	0	0	0
Nein	59	29	11	0	12	2	0	0	0	0	5
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	94	29	11	13	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	31	11	13	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 42**
22.5534

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 16:41:42

Geschäft Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Diversität und Diskirminierungsbekämpfung an den Schulen in Basel-Stadt, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	46	0	0	13	12	6	7	7	1	0	0
Nein	49	30	11	0	0	3	0	0	0	0	5
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	11	13	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	31	11	13	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 43**
22.5422

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 16:53:40
Geschäft Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Schulraum für das Quartier am Ring, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	36	0	0	10	12	8	0	6	0	0	0
Nein	56	30	10	2	0	1	7	1	0	0	5
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	93	30	10	12	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	31	11	13	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
24.5206

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:17:44

Geschäft Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	30	0	0	13	1	9	0	7	0	0	0
Nein	59	30	9	0	8	0	7	0	0	0	5
Ent	5	0	1	0	3	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	94	30	10	13	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	4	0	2	0	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	31	10	13	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
24.5206

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:18:25

Geschäft Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	95	31	10	12	12	9	7	7	1	1	5
Nicht anwesend	5	0	2	1	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	31	10	12	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
24.5206

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:18:37

Geschäft Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	90	30	9	11	12	9	7	7	0	0	5
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	30	9	11	12	9	7	7	0	0	5
Nicht abgestimmt	5	1	1	1	0	0	0	0	1	1	0
Nicht anwesend	5	0	2	1	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	31	10	12	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
24.5206

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:19:25

Geschäft Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	64	30	9	0	8	5	7	0	0	0	5
Nein	20	0	0	11	1	2	0	6	0	0	0
Ent	5	0	0	0	3	1	0	0	1	0	0
Abgestimmt	89	30	9	11	12	8	7	6	1	0	5
Nicht abgestimmt	6	1	1	1	0	1	0	1	0	1	0
Nicht anwesend	5	0	2	1	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	31	10	12	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
24.5208

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:38:40

Geschäft Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	22	0	0	10	9	1	0	2	0	0	0
Nein	68	30	9	2	3	8	7	4	0	0	5
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	91	30	9	12	12	9	7	6	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	1	0	1	0
Nicht anwesend	6	1	2	1	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	30	10	12	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
24.5208

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:39:25

Geschäft Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Block Laetitia (SVP)	Nein
Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	74	29	9	8	3	8	7	5	0	0	5
Nein	14	0	0	4	9	0	0	1	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	29	9	12	12	9	7	6	0	0	5
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	0	0	0	1	1	1	0
Nicht anwesend	6	1	2	1	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	30	10	12	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
24.5209

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:50:26
Geschäft Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GRÜNE/jgb	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	BastA
Ja	11	0	0	3	7	0	0	1	0	0	0
Nein	76	29	8	9	5	7	7	6	0	0	5
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	88	29	8	12	12	7	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	9	2	3	1	0	2	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	91	29	9	12	12	8	7	7	1	1	5

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Zuwahl von vier neuen Richterinnen und Richtern ans Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo	WVKo		24.5203.03
2.	Wahl eines nebenamtlichen Richters und einer nebenamtlichen Richterin ans Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo	WVKo		24.5470.02 24.5481.02
3.	Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG) und Bericht zu vier Anzügen, Bericht der WAK	WAK	WSU	24.0790.02 23.5344.03 23.5345.03 19.5255.05 23.5237.03
4.	Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR		ED	24.5206.02
5.	Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder, Schreiben des RR		ED	19.5318.04
1.	Motion Beat K. Schaller und Konsorten betreffend keine Allmendgebühren bis zur vollständigen Erholung des Gewerbes nach der Coronakrise, Bericht des RR		BVD	20.5484.03
2.	Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Sensibilisierung der Verwaltung im Umgang mit psychisch Erkrankten, Schreiben des RR		FD	22.5522.02
3.	Anzug Anina Ineichen und Konsorten betreffend Liberalisierung des Personentransports mit mehrspurigen Spezialvelos, Schreiben des RR		JSD	22.5078.03
4.	Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose, Schreiben des RR		WSU	18.5240.04
	Überweisung an Kommissionen			
5.	Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Ausgabenbericht des RR	WAK	FD	24.1748.01
6.	Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die Realisierung «Ersatzstandort Institut für Rechtsmedizin» für die Projektierung und Ausführung von Photovoltaik-Anlagen an der Socinstrasse 57a und 59 (Neubau für das Institut für Rechtsmedizin), Ausgabenbericht des RR	BRK	FD	24.1761.01
7.	Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR	BRK	FD	24.1772.01
8.	Investitionsbeitrag an die Projektierung der neuen Margarethenbrücke, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	24.1753.01
9.	Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahr 2023; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht des RR	UVEK	WSU	24.1832.01
10.	Beschaffung eines ABC-Lastkraftwagens für die Feuerwehr Basel-Stadt, Ausgabenbericht des RR	JSSK	JSD	24.1916.01
	An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung			
11.	Petition P482 "Matthäusplatz bleibt Matthäusplatz", Bericht der PetKo	PetKo		24.5409.02
12.	Anzug Lukas Faesch und Konsorten betreffend Abschaffung der metallenen Registrierungsmarke bei Hunden, Schreiben des RR		GD	21.5647.03

13.	Anzug Ivo Balmer und Konsorten betreffend mehr Transparenz auf dem Grundstücksmarkt, Schreiben des RR		BVD	23.5027.02
14.	Motionen:			
	1. Joël Thüring und Konsorten für mehr Sicherheit im Kleinbasel: Verlängerung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage			25.5003.01
	2. Roger Stalder und Konsorten betreffend Stopp gefährliche Gummiprofile in Tramgeleisen			25.5009.01
	3. Barbara Herr und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit			25.5010.01
	4. Philip Karger und Konsorten betreffend Pilotversuch mit Abfall-Unterflurcontainern, der den Namen "Versuch" verdient			25.5016.01
15.	Anzüge:			
	1. Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Arbeitszeitverkürzung für KMUs in einem Pilot ermöglichen			25.5002.01
	2. Andrea Strahm und Konsorten betreffend Basilisken-Brunnen auf dem Wielandplatz			25.5008.01
	3. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro			25.5017.01
	4. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Förderung der Baslertrommel und des Basler Piccolos im schulischen Kontext			25.5018.01
	5. Anzug Jenny Schweizer und Konsorten betreffend einheitliche Beschulung und Benotung an den Primarschulstandorten Basel-Stadt			25.5019.01
	6. Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Nutzung Windenergie im Überwachungsperimeter des Primärradars des EuroAirport Basel Mulhouse Freiburg			25.5021.01

Kenntnisnahme

16.	Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Förderung von Fahrgemeinschaften in der Agglomeration Basel, Schreiben des RR (stehen lassen)		BVD	18.5370.04
17.	Schriftliche Anfrage Tim Cuénod betreffend Veloparking-Situation an der Viaduktstr. / beim Elsässertor, Schreiben des RR		BVD	24.5462.02
18.	Schriftliche Anfrage Lisa Mathys betreffend Biodiversitätspotenzial in den Händen des Kantons, Schreiben des RR		FD	24.5482.02
19.	Schriftliche Anfrage Barbara Heer betreffend wieso ist Schulwegsicherheit eine grosse Sorge Basler Eltern - trotz UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde»? Schreiben des RR		ED	24.5425.02
20.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Öffentlichkeitsarbeit für Regierung und Verwaltung, Schreiben des RR		PD	24.5379.02
21.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1739)	BegnKo		
22.	Schriftliche Anfrage René Brigger betreffend Zweitwohnungsanteil in Basel gemäss Bundesamt für Raumentwicklung ARE, Schreiben des RR		PD	24.5473.02

Protokoll

der 5. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 19. März 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*David Jenny (FDP), Beda Baumgartner (SP), Jean-Luc Perret (SP), Silvia Schweizer (FDP), Tobias Christ (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 3
3. Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel 3
4. Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universität 4
5. Wahl von 5 Mitgliedern der IGPK Schweizerische Rheinhäfen 5
6. Wahl von 5 Mitgliedern der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz 6
7. Wahl von 2 Mitgliedern der IGPK Polizeischule Hitzkirch 6
8. Wahl von 3 Mitgliedern und eines Ersatzmitglieds des Oberrheinrates 7
9. Wahl von 7 Mitgliedern des Districtsrates 8
10. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Nicole Strahm-Lavanchy) 9
11. Campus Gesundheit – Änderung des Bebauungsplanes Nr. 215 vom 20. Mai 2015 im Bereich Petersgraben, Spitalstrasse, Schanzenstrasse, Klingelbergstrasse, Hebelstrasse (Areal Universitätsspital) und Abweisung der Einsprache, Bericht der BRK / Mitbericht der GSK 9
12. Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK zur zweiten Lesung 12
12.1. Motion Nicole Amacher und Konsorten betreffend Lohngleichheit: Lohngleichheitsanalysen für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden, Bericht der WAK zur zweiten Lesung 24
13. Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Baloise Session für die Jahre 2025–2028, Ausgabenbericht des RR 24
14. Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherug sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen (EG/ELG), Bericht der GSK 28
14.1. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen - persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen, Bericht der GSK 32
15. Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR 32
16. Petition P482 "Matthäusplatz bleibt Matthäusplatz", Bericht der PetKo 35
17. Petition P483 "Für einen sicheren Stücki-Steg JETZT!", Bericht der PetKo 36
19. Motion Joël Thüring und Konsorten für mehr Sicherheit im Kleinbasel: Verlängerung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage 37

Beginn der 5. Sitzung

Mittwoch, 19. März 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[19.03.25 09:00:45]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues, altes Mitglied in unserem Rat zu begrüssen. Ich bitte den Angesprochenen sich kurz zu erheben. Gabriel Nigon tritt die Nachfolge der zurückgetretenen Nicole Kuster an, die in ein Richteramt gewählt wurde. Ich heisse Sie herzlich willkommen zurück. Mit den Worten von Gabriel zu sagen, er ist mit viel Glück wieder hier und spendet uns heute Morgen den Kaffee und das Znüni.

Verabschiedung

Roland Schaad, unser berühmter Weibel, verlässt uns bzw. hat uns bereits verlassen auf anfangs März Richtung JSD. Er ist seit 1998 in den Diensten der Staatskanzlei und hat somit 28 Grossratspräsidentinnen und -präsidenten erlebt und uns an zahlreichen Anlässen tatkräftig unterstützt und uns auch an verschiedene Orte in der Schweiz gefahren. Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihren Einsatz und wünsche Ihnen alles Gute.

[Applaus]

Neue Interpellationen

Es sind 16 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 14, 19 bis 22, 25 bis 27 und 29 werden mündlich beantwortet.

Rücktritt einer Richterin

Désirée Stramandino hat ihren Rücktritt als nebenamtliche Richterin beim Strafgericht Basel-Stadt per 31. März 2025 eingereicht. Sie wurde vom Grossen Rat im Februar zur ausserordentlichen Richterin am Appellationsgericht gewählt, weshalb der Rücktritt von Gesetzes wegen erfolgt ist. Ich danke der Zurückgetreten für die als Richterin am Strafgericht geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Anwesenheitskontrolle

In der Vergangenheit ist es häufiger vorgekommen, dass einzelne Mitglieder vergessen haben, sich anzumelden und dies mit der Karte im Slot. Gemäss Gesetz müssen Sie dies innerhalb der ersten 15 Minuten nach Beginn der Grossratssitzung erledigen, damit Sie als anwesend gelten und Sitzungsgeld erhalten. Wir sind grosszügig, denn das System schliesst eigentlich erst nach 30 Minuten. Zukünftig wird es jedoch nicht mehr möglich sein, nach diesen 30 Minuten beim Parlamentsdienst eine Änderung zu verlangen. Es gilt somit als anwesend, wer die Karte rechtzeitig gesteckt hat. Ich bitte dies zu berücksichtigen und auch nach der Sitzung die Karte entsprechend aus dem System zu ziehen.

Neuer Rechtsfall

Gegen den Grossratsbeschluss Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West, Festsetzung eines Bebauungsplans ist ein Rekurs eingegangen. Das Ratsbüro hat entschieden, sich durch den Regierungsrat vertreten zu lassen.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen somit zur

Tagesordnung

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[19.03.25 09:05:09]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und den Zuweisungen an die Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte zu genehmigen.

3. Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel

[19.03.25 09:05:34]

Balz Herter, Grossratspräsident: Zu den Wahlen in die interparlamentarischen Gremien vorerst folgende Bemerkung:

Das Ratsbüro hat gemäss § 84a der Geschäftsordnung festgelegt, dass unsere Delegation in die interparlamentarischen Oberaufsichtskommissionen durch Mitglieder der Oberaufsichtskommissionen und der jeweils zuständigen Sachkommission gebildet werden sollen. Dementsprechend haben nicht die Fraktionen, sondern die Grossratskommissionen Wahlvorschläge vorgelegt.

Ich beantrage Ihnen somit, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 10 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über offene Wahl.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahlen bei den Traktanden 3 bis 10, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006059, 19.03.25 09:07:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 85 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme für offene Wahlen entschieden.

Somit schreiten wir direkt zur Wahl. Für die Wahl als Mitglieder der IGPK Universitäts-Kinderspital von der Gesundheits- und Sozialkommission und den beiden Oberaufsichtskommissionen vorgeschlagen wurden:

Für die GPK: Daniel Albietz, Daniela Stumpf Rutschmann

Für die FKom: Georg Mattmüller, Philip Karger

Für die GSK: Oliver Bolliger, Lydia Isler-Christ, Amina Trevisan

Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir zur offenen Abstimmung.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der IGPK Universitäts-Kinderspital wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006062, 19.03.25 09:08:12]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel:

Daniel Albietz

Daniela Stumpf Rutschmann

Georg Mattmüller

Philip Karger

Oliver Bolliger

Lydia Isler-Christ

Amina Trevisan

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 85 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen gewählt.

Ich gratuliere den Personen und wünsche Ihnen viel Freude im Amt.

4. Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universität

[19.03.25 09:08:23]

Balz Herter, Grossratspräsident: Von der Bildungs- und Kulturkommission und den beiden Oberaufsichtskommissionen vorgeschlagen wurden:

Für die GPK: Alexandra Dill, Tonja Zürcher

Für die FKom: Anouk Feurer, Michela Seggiani

Für die BKK: Catherine Alioth, Joël Thüring, David Jenny.

Es sind keine weiteren Vorschläge eingegangen. Wir schreiten somit auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der IGPK Universität wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006064, 19.03.25 09:09:21]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der IGPK Universität:

Alexandra Dill

Tonja Zürcher

Anouk Feurer

Michela Seggiani

Catherine Alioth

Joël Thüring

David Jenny

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 90 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme gewählt.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

5. Wahl von 5 Mitgliedern der IGPK Schweizerische Rheinhäfen

[19.03.25 09:09:30]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für diese Wahl wurden von der Wirtschafts- und Abgabekommission und den beiden Oberaufsichtskommissionen folgende Personen vorgeschlagen:

Für die GPK: Tim Cuénod

Für die FKom: Olivier Battaglia

Für die WAK: Jérôme Thiriet, Niggi Rechsteiner, Andrea Elisabeth Knellwolf

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der IGPK Schweizerische Rheinhäfen wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006066, 19.03.25 09:10:31]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der IGPK Schweizerische Rheinhäfen:

Tim Cuénod

Olivier Battaglia

Jérôme Thiriet

Niggi Rechsteiner

Andrea Elisabeth Knellwolf

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme gewählt.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

6. Wahl von 5 Mitgliedern der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz

[19.03.25 09:10:41]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl wurden von der Bildungs- und Kulturkommission und den beiden Oberaufsichtskommissionen vorgeschlagen:

Für die GPK: Erich Bucher

Für die FKom: Jessica Brandenburger

Für die BKK: Jenny Schweizer, Sandra Bothe, Sasha Mazzotti

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir starten somit die Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006068, 19.03.25 09:11:31]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz:

Erich Bucher

Jessica Brandenburger

Jenny Schweizer

Sandra Bothe

Sasha Mazzotti

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme gewählt.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

7. Wahl von 2 Mitgliedern der IGPK Polizeischule Hitzkirch

[19.03.25 09:11:39]

Balz Herter, Grossratspräsident: Von den beiden Oberaufsichtskommissionen vorgeschlagen wurden:

Für die GPK: Beat K. Schaller

Für die FKom: Ivo Balmer

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Ich starte somit die Abstimmung.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der IGPK Polizeischule Hitzkirch wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006070, 19.03.25 09:12:22]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der IGPK Polizeischule Hitzkirch:

Beat K. Schaller

Ivo Balmer

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 90 Ja-Stimme gegen 1 Nein-Stimme gewählt.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

8. Wahl von 3 Mitgliedern und eines Ersatzmitglieds des Oberrheinrates

[19.03.25 09:12:34]

Balz Herter, Grossratspräsident: Beim Oberrheinrat werden die Mitglieder usanzgemäss aus der Mitte der Regiokommission vorgeschlagen. Für die Wahl als Mitglieder und eines Ersatzmitglieds des Oberrheinrates von der Regiokommission vorgeschlagen wurden:

Für die Regiokommission: Niggi Rechsteiner, Andrea Elisabeth Knellwolf, Felix Wehrli

Als Ersatzmitglied: Melanie Eberhard

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir schreiten damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder und als Ersatzmitglied des Oberrheinrates wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN .

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006072, 19.03.25 09:13:30]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder und Ersatzmitglied des Oberrheinrates:

Niggi Rechsteiner

Andrea Elisabeth Knellwolf

Felix Wehrli

Melanie Eberhard, Ersatzmitglied

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme gewählt.

Ich wünsche viel Freude und Erfolg im Amt.

9. Wahl von 7 Mitgliedern des Districtsrates

[19.03.25 09:13:38]

Balz Herter, Grossratspräsident: Von der Regiokommission vorgeschlagen wurden:

Erich Bucher

Tim Cuénod

Harald Friedl

Mahir Kabakci

Nicole Strahm-Lavanchy

Gianna Hablützel-Bürki

Oliver Thommen

Wählbar sind gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 14. Dezember 2006 Mitglieder der Regiokommission.

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir schreiten somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder des Districtsrates wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006074, 19.03.25 09:14:31]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder des Districtsrates:

Erich Bucher

Tim Cuénod

Harald Friedl

Mahir Kabakci

Nicole Strahm-Lavanchy

Gianna Hablützel-Bürki

Oliver Thommen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme gewählt.

Ich gratuliere allen und wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

10. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Nicole Strahm-Lavanchy)

[19.03.25 09:14:40]

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommission während der ganzen Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion LDP lauten.

Für die Wahl als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission von der Fraktion LDP wurde Gabriel Nigon vorgeschlagen.

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir schreiten somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Gabriel Nigon wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006076, 19.03.25 09:15:42]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission: (Nachfolge Nicole Strahm-Lavanchy, LDP)

Gabriel Nigon, LDP

Balz Herter, Grossratspräsident: Gabriel Nigon wurde mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung als Mitglied der BRK gewählt.

Ich gratuliere herzlich und wünsche viel Freude und Erfolg im Amt.

11. Campus Gesundheit – Änderung des Bebauungsplanes Nr. 215 vom 20. Mai 2015 im Bereich Petersgraben, Spitalstrasse, Schanzenstrasse, Klingelbergstrasse, Hebelstrasse (Areal Universitätsspital) und Abweisung der Einsprache, Bericht der BRK / Mitbericht der GSK

[19.03.25 09:15:54, 22.0933.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission und die Gesundheits- und Sozialkommission beantragen, den Bericht an die beiden Kommissionen zurückzuweisen.

Das Wort geht an den Sprecher der BRK, dem Präsidenten Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich freue mich, Ihnen heute den Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Campus Gesundheit vorstellen zu dürfen. Dieser Bericht behandelt die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 215 sowie die Behandlung der Einsprachen gegen das Projekt.

Das Universitätsspital Basel (USB) ist nicht nur das grösste Gesundheitszentrum der Nordwestschweiz, sondern auch ein medizinisches Spitzeninstitut mit internationalem Renommee. Seine enge Vernetzung mit der Universität Basel sowie mit führenden Life Science-Unternehmen macht es zu einem zentralen Akteur in Forschung, Lehre und medizinischer Innovation. Die spiegelt sich auch in globalen Rankings wieder. Das USB gehört laut Newsweek regelmässig zu den besten Spitälern der Welt. Diese herausragende Positionierung unterstreicht die Notwendigkeit, dass sich das Spital baulich weiterentwickeln kann, um den steigenden Anforderungen im Gesundheitswesen gerecht zu werden.

Im August 2023 verabschiedete die BRK nach intensiven Beratungen ihren Bericht zum Campus Gesundheit. Damals standen zwei zentrale Fragen im Vordergrund. Erstens, ob das geplante Klinikum 3 mit seiner ursprünglich vorgesehenen Höhe und Nutzungsfläche tatsächlich notwendig ist und zweitens, ob das USB über die nächsten Jahrzehnte finanziell in der Lage sein wird, dieses Grossprojekt zu stemmen.

Die Kommission befürwortete grundsätzlich die Modernisierung des USB. Die heutige Infrastruktur, insbesondere die bestehenden Gebäude des Klinikums 2, ist in die Jahre gekommen und entspricht nicht mehr den Anforderungen eines modernen Spitalbetriebs. Die Kommission war sich auch bewusst, dass das USB langfristig wettbewerbsfähig bleiben muss, insbesondere in einem sich wandelnden Gesundheitssektor mit zunehmendem Kostendruck und technologischen Entwicklungen.

Gleichzeitig hatte die BRK aber auch Bedenken, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung. Schon damals zeichnete sich ab, dass der Gesundheitssektor unter Druck geraten würde, nachdem bei der Universitären Altersmedizin Felix Platter ein Abschreiber von 96,2 Millionen durch den Kanton gemacht werden musste. Die Situation am Universitätsspital Zürich, am Kantonsspital Aarau oder am Kantonsspital Winterthur, die allesamt mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfen, machten ebenfalls deutlich, dass Grossinvestitionen in Spitalbauten mit Bedacht geplant werden müssen. Die Frage war nicht nur, ob das USB das Bauvorhaben finanzieren kann, sondern auch, ob sich die Annahmen zur künftigen Bedarfsentwicklung bestätigen. Dies wurde von der BRK sehr ernst genommen.

Ein weiterer kritischer Punkt betraf die Spitalplanung in der Region. Obwohl Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemäss Staatsvertrag zu einer koordinierten Spitalplanung verpflichtet sind, zeigt es sich, dass das USB und das Kantonsspital Baselland ihre Ausbauprojekte weitgehend unabhängig voneinander vorantreiben. Dies führte innerhalb der Kommission zu Diskussionen darüber, ob es in Zukunft nicht zu Überkapazitäten kommen könnte, die letztlich allen Spitälern finanziell schaden würden.

Die Kommission thematisierte zudem die Auswirkungen des Neubaus auf das Stadtbild und die Grünflächen. Die ursprünglich geplante Verkleinerung des Spitalgartens um 22 Prozent wurde kritisch hinterfragt, insbesondere weil Grünflächen für die Erholung von Patientinnen und Patienten eine grosse Rolle spielen. Auch denkmalpflegerische Aspekte spielten eine Rolle, insbesondere im Zusammenhang mit dem Holsteinerhof. Eine andere Gestaltung des Gebäudes zum Holsteinerhof hin wurde daraufhin vorgesehen.

Seit der Verabschiedung des Berichts im August 2023 gab es wesentliche Entwicklungen. Bekanntlich wurde die Beratung im Parlament verschoben, damit eine gemeinsame Behandlung mit einem Darlehen, welches der Departementsvorstehende zur Absicherung der Finanzierung vorsah, beraten werden kann. Am 29. Januar 2024 entschied das Parlament, dem USB ein verzinsliches und rückzahlbares Darlehen von 300 Millionen Franken zu gewähren, 150 Millionen für den Umbau des Klinikums 2 und 150 Millionen für den Neubau des Klinikums 3. Der Bebauungsplan wurde jedoch nicht wie vorgesehen beraten, da die Kommissionen GSK und BRK einverstanden waren, dass das USB eine Reevaluation des Klinikums 3 machen kann. Am 26. Februar 2025 wurde nun bekannt, dass das Bauprojekt redimensioniert wird. Insbesondere das Klinikum 3 wird nicht in seiner ursprünglich geplanten Form gebaut. Es soll vorerst auf den Turmbau verzichtet werden, jedoch an einem Neubau an dieser Stelle festgehalten werden.

Nach diesen Entwicklungen stellt sich für das Parlament nun die Frage, wie mit den Änderungen umzugehen ist. Die ursprüngliche Planung, auf deren Basis die BRK ihren Bericht verabschiedet hatte, ist in einigen Punkten nicht mehr aktuell. Die Entwicklungen der letzten Monate haben gezeigt, dass die ursprünglichen Planungen in wesentlichen Punkten überarbeitet werden mussten. Die Entscheidung des USB, das Projekt zu redimensionieren, ist vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Herausforderungen nachvollziehbar. Gleichzeitig sind damit aber auch neue Fragen verbunden, die eine erneute Beratung erforderlich machen.

Die BRK beantragt daher, dass das Parlament das Geschäft zur erneuten Prüfung zurücküberweist. Dies gibt der Kommission die Möglichkeit, die überarbeiten Pläne sorgfältig zu beurteilen und ermöglicht es auch der Gesundheitskommission, einen aktualisierten Mitbericht zu erarbeiten. Eine fundierte Neubewertung der Baupläne ist im Interesse aller Beteiligten und die bestmögliche Lösung für das Universitätsspital Basel und die Gesundheitsversorgung der Region zu finden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Ihre Zustimmung zur Rückweisung an die Bau- und Raumplanungskommission und an die Gesundheitskommission für einen Mitbericht. Die beiden Kommissionen versuchen das Geschäft über den Weg der Rückweisung nun rasch an die Hand zu nehmen. Ich hoffe, dass wir das Geschäft bald wieder im Plenum final besprechen können und danke dafür, wenn eine detaillierte inhaltliche Ratsdebatte auf diesen Zeitpunkt hin verschoben wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der GSK verzichtet auf ein Votum. Somit geht das Wort an den Regierungsrat, Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen in Abwesenheit der Vorsteherin des Bau- und Verkehrsdepartements die Haltung des Regierungsrats zu diesem Geschäft kurz darlegen. Die Bau- und Raumplanungskommission und die mitberichtende Gesundheits- und Sozialkommission haben den Bebauungsplan für das Klinikum 3 auf dem Campus Gesundheit des Universitätsspitals Basel per August 2023 fertig beraten. Vor dem Hintergrund des Darlehensgeschäfts zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 und Klinikum 3 wurde in der Folge das Bebauungsplangeschäft von der Traktandenliste der Oktober-Grossratssession damals abgesetzt. Hintergrund war der Wunsch des Grossen Rates, zuerst Klarheit über die Finanzierung der Neubauten und das Darlehen des Kantons zu erhalten. Die Gewährung des Darlehens an das Unispital im Betrag von insgesamt 300 Millionen Franken wurde daraufhin an der Grossratssitzung vom 16. Mai 2024 beschlossen. Die durch das USB zwischenzeitlich in Angriff genommene Überprüfung der Erneuerung seiner baulichen Infrastruktur, insbesondere betreffend Klinikum 3, war zu diesem Zeitpunkt noch im Gang, so dass das Bebauungsplangeschäft im Grossen Rat bisher erst jetzt wieder traktandiert werden konnte.

Die Ergebnisse der Überprüfung liegen nun seit Anfang dieses Jahres vor und wurden vom Unispital im Februar 2025 auch der Öffentlichkeit kommuniziert. Ziel der Überprüfung war es, die Prozesse durch eine möglichst gute Verortung der medizinischen Dienstleistungen zu optimieren und die Kosten für die Bauten und den Betrieb möglichst tief zu halten. Diese Überprüfung stand auch unter dem Eindruck des negativen Betriebsergebnisses 2023 des Unispitals sowie der Beobachtung, dass für zahlreiche Spitäler schweizweit die finanzielle Tragbarkeit der erneuerten Spitalbauten anspruchsvoller geworden ist. Die Überprüfung erfolgte unter Einbezug aller relevanten Gesichtspunkte, die eine bedarfsgerechte und optimierte Versorgung erlauben. Deshalb bleiben möglichst alle medizinischen Kernleistungen auf dem Campus konzentriert.

Die Prozessoptimierungen, die Ambulantisierung und die Verdichtungen erlauben es, dass mit der aktualisierten Arealplanung auf rund 6'400 m2 Nutzfläche auf dem Campus verzichtet werden kann. Bereits beim Turm des Klinikums 2, das ist die grosse Baustelle, die aktuell in Betrieb ist, hatte das USB die medizinisch nutzbare Kernfläche zu Lasten von administrativen oder logistisch technischen Flächen optimieren können. Der angepasste Flächenbedarf auf dem Campus kann somit mit dem bereits im Bau befindlichen Turm des Klinikums 2 mit einem auf den Sockel reduzierten Neubau des Klinikums 3 und dann anschliessend mit dem neuen Sockel Klinikum 2 gedeckt werden. Auf die Realisierung des Turms des Klinikums 3 kann somit vorerst verzichtet werden. Der Bau des Turms wird jedoch Vorderhand langfristig als Option offen gehalten.

Folglich kann nun der parlamentarische Prozess zum Bebauungsplanungsgeschäft wieder aufgenommen werden. Dazu wird der Regierungsrat in den nächsten Wochen der federführenden Bau- und Raumplanungskommission und der mitberichtenden GSK ein Schreiben zu den erforderlichen Anpassungen des Bebauungsplans aufgrund der Etappierung des Neubaus des Klinikums 3 zukommen lassen. Es ist zu erwarten, dass das nur wenige Anpassungen, insbesondere im Bereich des Attikageschosses, sein werden, weil die Turm-Silhouette als zukünftige Entwicklungsfläche eben weiterhin möglich bleiben soll. Wir werden also nicht diesen ganzen Ratschlag umschreiben, sondern lediglich sehr punktuelle Ergänzungen oder Änderungen am Bebauungsplan vornehmen und dann auch ergänzende Ausführungen Ihnen dazu präsentieren.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal die Rolle des Unispitals betonen. Das Unispital ist das einzige Spital in der Region mit dem gesamten Leistungsspektrum der universitären Medizin im Bereich der Akutsomatik für die Erwachsenen und es spielt insofern für die Versorgung unserer Region und teilweise darüber hinaus eine elementar wichtige Rolle. Der Präsident der BRK hat bereits auf die ausgezeichnete internationale Positionierung des Hauses hingewiesen und ich möchte betonen, diese Medizinexzellenz ist für unsere Bevölkerung, für die Versorgung der Menschen, die hier leben und/oder arbeiten oder sich hier aus anderen Gründen aufhalten, auch diejenigen jetzt, die als Gäste zum ESC kommen werden, dürfen sich auf die

medizinische Versorgung verlassen, elementar wichtig und deshalb kann man das nicht hoch genug gewichten, dass eben die Funktionsfähigkeit, die Leistungsfähigkeit des Unispitals in Zukunft an diesem zentralen Standort auch sichergestellt sein wird. Dafür investieren wir, investiert das Unispital in seine bauliche Entwicklung. Es tut das, ich glaube, das haben Sie jetzt auch mit dieser Überprüfung sehen können, so massvoll und so wirtschaftlich wie möglich.

Wir schliessen uns gerne dem Antrag der Bau- und Raumplanungskommission an, ihr das Geschäft zur weiteren Bearbeitung zuzuweisen. Wir sehen auch, dass wir möglichst rasch hier nun zu einem definitiven Entscheid kommen möchten und selbstverständlich hat der Regierungsrat auch gar nichts gegen einen erneuten Mitbericht seitens der Gesundheits- und Sozialkommission.

Ich möchte abschliessend dem Grossen Rat und den befassten Kommissionen und Personen herzlich danken für ihre Geduld und für ihr Verständnis in diesem doch etwas ungewöhnlichen Geschäftsverlauf. Ich glaube, wir reden über ein sehr wichtiges Thema. Wir haben wichtige auch Entwicklungen in den vergangenen Jahren im Spitalbereich gesehen, deshalb rechtfertigt sich auch diese etwas ungewöhnliche Vorgehensweise. Ich danke Ihnen, dass Sie dafür Hand bieten und schliesse mich gerne den Anträgen des Kommissionssprechers der BRK an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Der Kommissionspräsident verzichtet in einer zweiten Runde, der Regierungsrat ebenfalls.

Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde durch die BRK und die GSK beantragt. Sie beantragen, den Bericht an ihre Kommissionen zurückzuweisen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über die Rückweisung.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006078, 19.03.25 09:32:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Bericht an die BRK mit Mitbericht GSK zurück zu weisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Bericht mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme an die beiden Kommissionen zurückgewiesen.

12. Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK zur zweiten Lesung

[19.03.25 09:32:27, 22.0834.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich kann es relativ kurz machen. Nachdem Sie aufgrund von zwei Abänderungsanträgen, die im Plenum gestellt wurden im November bei der Beratung des Geschäfts, die zweite Lesung an die WAK beschlossen hatten, haben wir uns noch einmal zusammengesetzt und eingehen beraten lassen von den entsprechenden Fachpersonen. Sie erinnern sich, es ging um die Frage, welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit ein Unternehmen unter die kantonale Lohngleichheitsanalysenpflicht fallen soll, also ob es um Vollzeitäquivalente gehe oder um

die Zahl von Mitarbeitenden. Dieser Antrag hatte dann auch noch einen weiteren Antrag ausgelöst, wonach im kantonalen Gesetz explizit festzuhalten sei, wie das Verhältnis zum eidgenössischen Recht ist.

Die Kommission hat das noch einmal durchgedacht und ist zum Schluss gekommen, dass die Kommission dabei bleiben möchte, bei dem, was sie Ihnen schon im November vorgelegt hat, nämlich dass sie mit 7 zu 6 Stimmen den Anträgen der WAK gemäss Ratschlag der Regierung zustimmen möchte und dass sie einstimmig die Motion von Nicole Amacher und Konsorten abschreiben möchte. Also wir haben dieselbe Ausgangslage wie bei der Debatte im November und ich bitte Sie entsprechend, das jetzt zu berücksichtigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die zweite Lesung ist ja nicht etwas, das wir allzu oft machen in diesem Parlament. Ich glaube, in diesem Fall war es angebracht, dass die Kommission die Entscheide des Grossen Rates in der ersten Lesung nochmals diskutieren und würdigen konnte. Ich bin namens des Regierungsrats dankbar, dass wir nun einen einfachen und klaren Antrag haben der Wirtschafts- und Abgabekommission, dass mit dem Abstellen auf Anzahl Arbeitsstellen eben auch die Systemkonkurrenz mit der Bundesgesetzgebung beibehalten werden soll. Ich glaube, es ist sinnvoll, dass wenn wir einen Basler Finish machen, und das ist ja der Antrag des Regierungsrats und der Kommissionsmehrheit, dass wir diesen dann so machen, dass nicht zusätzliche Komplikationen, zusätzliche neue Berechnungsarten eingebaut werden.

Ich würde deshalb namens des Regierungsrats dafür plädieren, auf eine Wiederneueinstellung des Änderungsantrags in der ersten Lesung zu verzichten und wie es die WAK vorschlägt, dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrats zu folgen. Die Argumente dazu, die kennen Sie aus dem Ratschlag, die habe ich hier auch schon ausgeführt in der Beratung im Rahmen der ersten Lesung, deshalb wiederhole ich sie hier nicht. Der Regierungsrat bleibt bei seinem Antrag und dieser entspricht dem Antrag der Wirtschafts- und Abgabekommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Als erstes eingetragen hat sich Niggi Rechsteiner für die GLP.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich könnte Ihnen nun in denselben Worten wie im November darlegen, weshalb die GLP-Fraktion einen Basler Finish bezüglich Lohngleichheitsanalysen zum jetzigen Zeitpunkt nicht wirklich unterstützt. Das wäre wohl etwas langweilig und so beschränke ich mich auf die wichtigsten Fakten.

Seit der letzten Verhandlung im Parlament und der zweiten Lesung in der Kommission ist nicht viel passiert. Einzig der Bericht des Bundes über den Vollzug von Artikel 13a bis 13i des Gleichstellungsgesetzes ist in der Zwischenzeit erschienen. Die Berichterstattung soll früher erfolgen, da noch einige parlamentarische Vorstösse hängig sind. Der Bericht gibt darüber Auskunft, wie viele Betriebe an der Evaluation teilgenommen haben. Der Rücklauf lag bei rund 39 Prozent, was einem sehr hohen Wert entspreche, und davon, von den 39 Prozent haben 77 Prozent die Lohngleichheitsanalyse wirklich durchgeführt. Es wurde im Weiteren wissenschaftlich evaluiert, ob die Unternehmen ihren drei Pflichten, erstens müssen sie analysieren, ob es in ihrem Betrieb unerklärbare systematische Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau gibt, zweitens muss eine unabhängige Stelle die Analyse überprüfen, drittens hat das Unternehmen die Mitarbeitenden über das Ergebnis der Analyse zu informieren.

Bereits bei der Veröffentlichung der Evaluationsergebnisse wurden Stimmen laut, die aus dem Bericht eine ungenügende Lohngleichheit ableiteten, obwohl dies aktuell nichts darüber aussagt. Das erachte ich als wenig fundiert. Im Bericht wird darauf hingewiesen, dass es verfrüht sei, das Gleichstellungsgesetz zu ändern, vielmehr zeige der Bericht auf, ob die drei gesetzlichen Pflichten eingehalten werden. Ich zitiere: Die Ergebnisse der Zwischenbilanz zeigen nur auf, ob und wenn ja die drei gesetzlichen Pflichten von den Arbeitgebenden bisher umgesetzt wurden. Es wurde aber noch nicht untersucht, ob die Einführung der Lohngleichheitsanalysepflicht tatsächlich einen Einfluss auf die Lohngleichheit hat und das Ziel der Revision des Gleichstellungsgesetzes von 2018 erreicht wird, nämlich eine Verringerung der Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau. Die Untersuchung der Auswirkung der Analysepflicht auf die Lohngleichheit wird Gegenstand der Wirkungsevaluation sein, die wie beschrieben vorgezogen werden soll. Zitat Ende.

Weshalb müssen wir nun auf kantonaler Ebene eine Speziallösung kreieren, welche zusätzlichen Unternehmen Mehraufwand beschert und keinen nachweislichen Effekt hat? Hierfür müssen nicht nur Unternehmen einen Zusatzaufwand betreiben, sondern auch die Verwaltung. In der Verwaltung sind zusätzliche Ressourcen notwendig, wenn dies alles kontrolliert werden soll. Geht man davon aus, dass sich der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in der Gesamtwirtschaft, privater und öffentlicher Sektor, weiter verringert hat, er ist von 18 Prozent im Jahr 2020 auf 16,2 Prozent im Jahr 2022 zurückgegangen, wie die ersten Analysen des Bundesamts für Statistik zeigen, so ist es wirklich zu

hinterfragen, ob wir zum jetzigen Zeitpunkt eine neue gesetzliche Grundlage brauchen oder ob es nicht zielführender ist, die aktuellen Regelungen zu evaluieren. Zudem hat der Kanton keine Kompetenz, in diesem Bereich zusätzlich zum Bund zu legiferieren, was zu Widersprüchen von Vorgaben führen könnte. Das hat auch ein juristisches Gutachten bestätigt.

Die Lohngleichheit ist ein wichtiges Anliegen und es gilt zu verhindern, dass für gleiche Arbeit unterschiedliche Löhne ausgerichtet werden, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sonstigen Faktoren. In der Gesellschaft darf Lohnungleichheit keinen Platz haben. Die Fraktion der GLP unterstützt dieses Anliegen auch, wo immer es Sinn macht, ist aber dezidiert der Meinung, dass Verhältnismässigkeit und Augenmass ein wichtiger Faktor bei der Umsetzung von Massnahmen sind, welche zusätzliche administrative Aufwendungen verursachen, wie im vorliegenden Fall für Unternehmen und Organisationen.

Wir haben während der Vernehmlassung und in der Beratung die Hand für einen Kompromiss gereicht, welche jedoch in aller Deutlichkeit abgelehnt wurde. Das ist bedauerlich, liegt aber nicht an uns. Für uns ist nun aber klar, dass wir diese unverhältnismässige Vorlage ablehnen werden und uns eher für eine Sanktionierung von Betrieben, welche Vorgaben nicht einhalten, aussprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprechende ist Laetitia Block für die SVP.

Laetitia Block (SVP): Bei der ersten Debatte habe ich es noch verfolgt am Bildschirm und musste zuschauen, wie hier debattiert wird über dieses Gesetz, dieses Anliegen, das mir doch auch sehr wichtig ist. Ich bin sehr froh, kann ich heute hier etwas von vorne mitmischen und auch das eine oder andere beisteuern.

Um es vorwegzunehmen, die Fraktion der SVP lehnt das Lohngleichheitsanalysegesetz ab. Auch allfällige Änderungsanträge würden wir ablehnen und die Motion möchten wir selbstverständlich abschreiben. Das ist ja nicht umstritten. Es ist ein Argument, das mir doch sehr wichtig ist, nochmals auszuführen, deshalb nehme ich mir diese Zeit, dieses Argument auszuführen, auch wenn Sie schon sehr lange und viel über dieses Thema debattiert haben, nämlich dass wir hier drin keine Gesetzgebungskompetenz für dieses Gesetz haben. Der Bund hat eine Gesetzgebungskompetenz. Er hat diese mit den Lohngleichheitsanalysen im Artikel 13a fortfolgende im Gleichstellungsgesetz umfassend wahrgenommen und wir haben hier keine Kompetenz, noch strengere Regelungen, ergänzende Regelungen zu erlassen und hier zu legiferieren. Das sage nicht ich, das sagt Prof. Dr. Felix Uhlmann, der ein Kurzgutachten dazu erstellt hat, und er kam nicht zu einem, wie es bei Juristen durchaus sein kann, ja, vielleicht, wenn man es so auslegt, nein, er war absolut eindeutig. Er hat gesagt, es ist eine klare Sache, wir haben hier keine Kompetenz zu regulieren. Deshalb macht es keinen Sinn, hier jetzt ein Gesetz zu erlassen, das nachher angefochten wird, das nachher nicht standhält.

Er hat dazu drei Punkte ausgeführt. Also wir haben wegen drei Gründen keine Berechtigung, hier ein Gesetz zu erlassen. Erstens, der Bund hat geregelt, hat reguliert und er hat uns eben zweitens keine ergänzende Möglichkeit gegeben, hier noch weiter zu regulieren. Also er hat hier umfassend reguliert. Und drittens, es geht hier um die gleiche Materie und den gleichen Regelungszugang. Wir haben hier nicht nochmal wie beim Mindestlohngesetz beispielsweise, wo man den Grund gefunden hat, wo man gesagt hat, wir haben einen anderen Zugang, hier geht es um die Armut und die Bedürftigkeit, die man regeln wollte, und nicht den Mindestlohn. Wir haben auf Bundesebene keine Regelung betreffend Mindestlohn, wir hatten kein Gesetz, hier haben wir explizit im Gleichstellungsgesetz die Lohngleichheitsanalysen bereits erfasst, bereits geregelt. Es wurden auch andere Zahlen debattiert, auch das können wir nachverfolgen, wenn wir auf Bundesebene schauen, wie diese Regelung zustande kam.

Deshalb bitte ich Sie wirklich, überlegen Sie sich nochmal gut, möchten Sie eine Lohngleichheitsanalysegesetz schaffen, möchten Sie hier in einem fremden Gärtlein rumtrampen, obwohl wir ganz genau wissen, dass wir hier nicht die Berechtigung haben und dass es nicht unser Garten ist, hier zu regulieren. Also besinnen Sie sich auf die Kompetenz, die Sie haben auf kantonaler Ebene und berücksichtigen Sie wirklich, dass es im Gleichstellungsgesetz bereits geregelt ist.

Und vielleicht auch, um das etwas vorwegzunehmen, noch inhaltlich, auch wenn hier schon viel gesagt wurde in der ersten Debatte, die Lohngleichheit gilt und sie ist auch einzuhalten, das bestreitet niemand, aber wir müssen natürlich auch sehen, diese Analysen, die bereits durchgeführt wurden, wir haben jetzt hier wirklich schon die ersten Resultate, die haben also deutlich gezeigt, dass die Lohngleichheit eingehalten wurde. Also 99,3 Prozent hat beispielsweise eine Studie aus der Uni St. Gallen ergeben, bei 461 Unternehmen haben 458, also eben diese 99,3 Prozent, die Lohngleichheit in der Toleranzschwelle von diesen 5 Prozent eingehalten. Und bevor Sie jetzt hier aufschreien und sagen, ja, aber das ist ja nicht die Lohngleichheit, in über 70 Prozent dieser Unternehmen konnte man wirklich keine Ungleichheit feststellen, also keine, wenn man das herausrechnet, berufsspezifisch, persönliche Merkmale, etc., gibt es keine systematischen Lohnungleichheiten und schon gar keine Lohndiskriminierung.

Also wirklich, egal, wie oft Sie es wiederholen, es gibt diese Lohndiskriminierung nicht und das ist doch erfreulich. Es wurde festgestellt aufgrund dieser Lohngleichheitsanalysen auf nationaler Ebene, dass das nicht vorhanden ist. Das ist doch schön

und jetzt müssen wir das Problem nicht weiter beackern und den Unternehmen noch mehr Aufwand generieren hier auf kantonaler Ebene, sondern wir sollten uns daran freuen und dieses Gesetz wirklich sein lassen. Das ist Aufwand, das sind Kosten, das ist Zeit, wo die Unternehmen nicht produktiv arbeiten können. Es würde nochmals 170 Unternehmen mit etwa 12’000 Mitarbeitern betreffen, also wirklich, das ist keine kleine Sache, das ist wirklich ein Basler Finish und das ist wirklich nicht nötig und wir schwächen den Wirtschaftsstandort Basel damit.

Deshalb, es ist wirklich besser, vom hohen Ross abzusteigen, bevor wir hier runtergeholt werden, denn es wurde angekündigt, dass hier auch gerichtlich dagegen vorgegangen wird und ich bitte Sie deshalb wirklich, lehnen Sie dieses Gesetz ab und lassen Sie diesen Basler Finish sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Block, es gibt eine Zwischenfrage von Frau Keller. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Christine Keller (SP): Frau Block, Sie haben jetzt gesagt, das sei ja unzulässig aufgrund des Gutachtens Uhlmann. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass mit guten Gründen das Departement und auch andere Juristinnen und Juristen vertreten, dass das sehr wohl zulässig sei?

Laetitia Block (SVP): Ich habe das gelesen, Prof. Dr. Felix Uhlmann hat auch dazu Stellung genommen, das kann man ja auch lesen. Ich denke, man kann dem Professor, der wirklich in diesem Bereich sehr tief drin ist, Vertrauen schenken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat das Wort Julia Baumgartner.

Julia Baumgartner (SP): Ich freue mich, in der zweiten Lesung die SP-Fraktion zu vertreten bei diesem wichtigen Gesetz. Lassen Sie mich vorerst mit ein paar Fakten beginnen. Vor zwei Wochen wurde eine Studie publiziert, welche die Rolle und die Bedingungen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt misst. Im Vergleich von 29 OECD-Ländern belegt die Schweiz den viertletzten Platz. Dabei spielen natürlich unterschiedliche Faktoren eine Rolle. Die Dauer der bezahlten Elternzeit, politische Partizipation und Repräsentation und auch der Gender Pay Gap. Frauen verdienen durchschnittlich 1’500 Franken pro Monat weniger als Männer und der Lohnunterschied ist zu Beginn der Karriere noch gering, nimmt jedoch stetig zu und erreicht kurz vor der Pensionierung seinen Höchststand. Wenn wir die sogenannte unerklärte Lohndifferenz anschauen, dann sind das durchschnittlich immer noch 8’000 Franken, die die Frauen jährlich weniger verdienen. Das hat Folgen. Eine geringere wirtschaftliche Unabhängigkeit und Einbussen bei der Altersvorsorge. Wenig überraschend ist Altersarmut deshalb weiblich.

Seit 1981 ist der Grundsatz, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, ein verfassungsrechtlicher Auftrag, doch wir sehen immer wieder, und die vorher genannten Zahlen beweisen es auch, ohne klare Massnahmen, griffige Massnahmen passiert zu wenig. Ein Mittel zur Umsetzung dieses Verfassungsauftrags sind die Lohngleichheitsanalysen, die in der Schweiz seit 2020 alle Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitenden durchführen müssen. Wir finden aber, es braucht eine breitere Analyse und fordern diese bereits für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden. Dafür setzen wir uns nicht nur hier kantonal ein, sondern auch national. Was mir an dieser Stelle wirklich ganz wichtig ist, diese Forderung ist keineswegs radikal und auch nicht einfach ein links-grünes Anliegen. Der Bundesrat hat ursprünglich auch diese Schwelle von 50 Mitarbeitenden verlangt und Sie kennen die Zusammensetzung unserer nationalen Exekutive. Und auch alliance F, der Schweizerische Dachverband der Frauenorganisationen, eine überparteiliche Organisation, übrigens co-präsidiert von einer GLP-Nationalrätin, fordert die Analysen bereits ab 50 Mitarbeitenden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich weiss, Sie haben in der Novembersession bereits ausführlich über diese Vorlage diskutiert. Trotzdem möchte ich noch einmal hervor streichen, dass wir mit dieser Regelung als Kanton gleichstellungspolitisch eine Vorreiterrolle übernehmen können und auch sollten. Und es irritiert mich, ehrlich gesagt, dass sich die bürgerlichen Parteien und insbesondere die GLP, die sich sonst gerne so progressiv gibt, sich diesem Anliegen so verweigern. Es handelt sich um eine Vorlage, bei welcher wir im Prozess bereits sehr entgegengekommen sind. Meine Fraktionskollegin Nicole Amacher wird nachher dazu auch noch etwas sagen. Lohngleichheitsanalysen sind ein wichtiges Mittel, um mehr Transparenz und Gerechtigkeit zu schaffen. Der Aufwand dafür ist vertretbar, der Nutzen für faire Löhne und für zufriedene Angestellte ist hingegen gross. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach über 40 Jahren ist die Zeit der Freiwilligkeit definitiv vorbei. Wer es mit der Lohngleichheit ernst meint, stimmt dieser Vorlage zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Annina von Falkenstein für die LDP.

Annina von Falkenstein (LDP): Ja, wir haben im November sehr ausführlich diskutiert über diese Vorlage. Wir haben in der Zwischenzeit den Kommissionsprozess, wie wir ihn wahrscheinlich alle schätzen, und die Kommissionsarbeit, wie wir sie auch erfolgreich kennen aus der Vergangenheit, noch ein bisschen aufgeholt mit dieser zweiten Lesung. Wir von der LDP sind der GLP sehr dankbar, dass der Antrag, den wir im Plenum diskutiert haben, in der Kommission dann diskutiert werden konnte. Dazu hatten wir vorher keine Chance und sehen deshalb die GLP zwar weiterhin als progressive Kraft, um auf meine Vorsprecherin Bezug zu nehmen, aber halt auch als Liberale, die hier den fairen Kommissionsarbeitsprozess, wie wir ihn eben, wie gesagt, schätzen, auch eingehalten hat.

Wir als LDP-Fraktion sehen die Lohngleichheitsanalysen ab 50 Mitarbeitenden weiterhin nicht als zielführend, können auch dem Kommissionsbericht entnehmen, dass es umstrittene Praktiken sind, die eben auch nicht direkt mit dem Gender Pay Gap zusammengeführt werden können und statistisch dort nicht nachweisbar wirken. Weiterhin finden wir es nach wie vor übermässig bürokratisch, gerade für die KMUs, die von dieser Mitarbeitenden-Grösse eben betroffen sind und sehen weiterhin, dass diese Massnahme in ihrer Wirkung als Basler Finish vor allem einfach umstritten ist.

Wir sind auch für die Lohngleichheit, wir sehen aber auch die Zahlen und wie sie sich entwickeln, und wir sehen andere Ansätze für das Restproblem als viel wirkungsvoller als ein derart bürokratisches Instrument. Auch was die Altersvorsorge anbelangt, die angesprochen wurde, da war eine Vorlage auf dem Tisch, national, diese wurde auch von der Partei meiner Vorsprecherin bekämpft, entsprechend wären da auch Instrumente unterwegs gewesen, die aber in ihrer Wirkung nicht ausreichend empfunden wurden und deshalb ganz verworfen wurden. Ja, dann geht es halt in diesem Bereich auch nochmal ein bisschen länger, warten wir weiter auf nationale Verbesserungen.

Grundsätzlich sind wir mit dem Kommissionsprozess zufrieden. Wir danken der GLP explizit noch einmal für die gute Zusammenarbeit rund um die zweite Lesung und bitten Sie weiterhin, dieses Gesetz abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Auch ich werde jetzt nicht nochmals in die Detaildebatte über die Zahlen einsteigen, wie es da jetzt genau aussieht, aber lassen Sie mich einfach nochmals kurz und knapp festhalten, die Differenz ist kleiner, als gerne behauptet wird, vor allem wenn es um die Differenz geht, die effektiv auf Diskriminierung zurückzuführen ist und die nicht anderweitig erklärbar ist.

Ich möchte hier heute den Fokus auf zwei Themen richten. Das eine ist die juristische Argumentation, da hat Kollegin Block ja bereits ausführlich dazu Stellung genommen. Auch wir sind nach wie vor der Ansicht, dass wir das, was heute hier auf dem Tisch liegt, gar nicht beschliessen dürfen, das ist also ein bundesrechtswidriger Beschluss. Der Bund hat abschliessend von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht. In der Vorlage wurden ursprünglich sozialpolitische Gründe vorgeschoben, wieso dass es deshalb trotzdem gehen sollte, was da hier heute vorgesehen ist, aber selbst der Regierungsrat, liebe Christine Keller, hat in der Kommission auch nicht mehr sozialpolitisch argumentiert, das habe ich letztes Mal schon gesagt, wiederhole es hier nochmals, die Argumentation des Regierungsrates waren verfassungsrechtlich. Es waren verfassungsrechtliche Argumente, die in der Kommission vorgebracht wurden, das kann man im Kommissionsbericht auch nochmals nachlesen, und dafür steht der Weg für den Kanton schlicht und einfach nicht offen, aber da werden wir uns wohl nicht einig, das werden abschliessend die Gerichte zu entscheiden haben.

Und das zweite ist der standortpolitische Faktor. Was Sie hier heute beschliessen wollen, bedeutet strengere Vorgaben. Es ist eine zusätzliche administrative Belastung für die Unternehmen. Sie können schon argumentieren, das ist ja nicht so aufwendig, es sind ja nur ein paar Stunden, es kostet nur ein bisschen was, Tatsache bleibt, in Basel-Stadt müsste man, wenn Sie das annehmen, Bürokratie bewältigen, die man in anderen Kantonen nicht bewältigen muss. Und da stellt sich dann einfach die Frage, haben wir jetzt im Kanton Basel-Stadt eine solche Situation, die das rechtfertigen würde. Sind wir jetzt tatsächlich im Kanton Basel-Stadt schlechter aufgestellt als in anderen Kantonen, ist bei uns die Situation schlimmer als in anderen Kantonen. Das ist nicht ersichtlich, mir wären keine entsprechenden Zahlen bekannt und damit bleibt nur eines, wir formulieren hier einen Standortnachteil ohne ersichtlichen Grund.

Und dann kann man argumentieren, ja, aber das habe ich das letzte Mal gehört, ja, aber das ist doch ein Vorteil für die Unternehmen, wenn sie darlegen können, dass sie da entsprechend konform sind. Das mag sogar sein, aber das kann jedes Unternehmen für sich selber entscheiden, ob es das in Anspruch nehmen will oder nicht. Wenn es dann ein solcher Vorteil ist, dann gibt es ja gute Gründe, das entsprechend freiwillig zu machen, aber wenn man einen Vorteil, einen unternehmerischen Vorteil einem Unternehmen aufzwingen muss, dann ist der Vorteil vielleicht auch doch nicht so gross, wie Sie da hier gerne behaupten.

Insbesondere aus diesen beiden Gründen, aber auch aus allen Gründen, die ich im November bereits genannt habe, bittet die FDP-Fraktion Sie weiterhin, dieses Gesetz abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist die Fina Girard für die Grüne/jgb.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Inhaltlich haben wir ja bereits über die Vorlage diskutiert und ich muss ehrlich sagen, wir als Fraktion Grüne/jgb, wir sind entsetzt darüber, wie dieses Geschäft beraten wurde. Die bürgerliche Mehrheit, und da muss ich wohl mit Bedauern die GLP nun auch dazu zählen, hat eine konstruktive Debatte blockiert, nur damit die GLP mit einem kurzfristigen Änderungsantrag auffahren konnte, der weder mehrheitsfähig noch rechtlich abgeklärt noch inhaltlich sorgfältig ausgearbeitet war und das Vorgehen sogar zusätzlich verkompliziert hätte.

Aus einer Motion, die damals noch mit einer Mehrheit überwiesen wurde, scheint auf einmal eine unmögliche Extremlösung geworden zu sein und das ist sie nicht. Ich durfte im Unternehmen, wo ich arbeite, zufälligerweise während der Beratung in der Kommission selbst bei einer solchen Analyse mitarbeiten. Bei 20 Mitarbeitenden, denn im Beschaffungswesen galt ja bis vor kurzem noch die Pflicht, bereits ab 10 Mitarbeitenden, da füllt man eine Tabelle aus und am Ende spuckt es einen Wert aus, der dann aussagekräftig darüber ist, ob Lohngleichheit plus-minus vorliegt. Bei uns mit etwas mehr als 20 Mitarbeitenden dauerte es nur wenige Stunden, bei der hier angedachten Grenze von 50 Mitarbeitenden kann ich mir kaum Aufwände von mehr als einem Tag vorstellen. Und vergessen wir nicht, mit dem vom Regierungsrat vorgelegten Gesetz werden Unternehmen, die Lohngleichheit vorweisen können, von der Analysepflicht befreit. Wer also sowieso bereits faire Löhne zahlt, hat Ruhe und im anderen Fall, da hoffe ich sehr, sind wir uns nach wie vor einig, müssen Angleichungen der Löhne passieren. Der Grundsatz für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ist schliesslich in der Bundesverfassung festgeschrieben.

Mir scheint, hier hat man aus einer bereits bekannten, sinnvollen und bewährten Massnahme einen Elefanten gemacht und ich hoffe sehr, dass unter dem Fuss dieses Elefanten heute nicht die wichtige Allianz für progressive Geschlechtergleichstellung zwischen den Linken und den Zentrumsparteien zerbricht. Das wäre schade und schädlich für eine konstruktive, zeitgemässe Gleichstellungspolitik.

Die Fraktion Grüne/jgb bittet Sie darum, dieser Gesetzesvorlage zuzustimmen und ich hoffe sehr, dass einzelne von Ihnen, deren Fraktionen ursprünglich die Motion unterstützt hatten, liebe GLP, liebe Mitte-EVP, vielleicht doch noch über ihren Schatten springen. Vergessen wir nicht, mit diesem Gesetz können wir die Lohngleichheit bei 78 Prozent der Beschäftigten sicherstellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Laetitia Block. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Laetitia Block (SVP): Ist Ihnen bewusst, dass Sie ja dem Änderungsantrag der GLP damals zugestimmt haben und jetzt zählen Sie die GLP zu den Bürgerlichen, zu den Bösen?

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Ich habe sicher nicht gesagt, dass die Bürgerlichen die Bösen sind, aber ja, wir haben damals zugestimmt unter Zeitdruck. Diese Vorlage konnten wir im Vorfeld nicht diskutieren, wir wollten retten, was noch zu retten ist, aber ich denke, jetzt durch die zweite Lesung haben wir alle gemeinsam gemerkt, wir haben ja auch den Änderungsantrag nochmals diskutiert und gemeinsam eigentlich eingesehen, dass das keine gute Lösung ist und da stehen wir immer noch dazu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Niggi Rechsteiner. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Was genau ist jetzt kurzfristig am Antrag der GLP, der ja schon inhaltlich in der Vernehmlassungsantwort formuliert wurde?

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Der Moment wäre nicht ein Änderungsantrag im Plenum gewesen, sondern ein normaler, regulärer Antrag während der Kommissionsdebatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Nun stehen wir wieder hier und debattieren darüber, ob Lohngleichheitsanalysen auch bei Unternehmen ab 50 Angestellten durchgeführt werden sollen oder nicht. Eigentlich debattieren wir wieder darum, ob es Lohngleichheitskontrollen überhaupt braucht. Das haben wir ja im November auch zu Genüge gehört, hier gehen die Meinungen weit auseinander. Ja, hier prallen Weltanschauungen aufeinander. Es geht hier auch in der zweiten Lesung, das möchte ich einfach noch einmal betonen, um die Erfüllung einer Motion, die zweimal erfolgreich in diesem Hause überwiesen wurde. Es geht um ein neues kantonales Lohngleichheitsanalysegesetz, das einen klar sozialpolitischen Zweck verfolgt und zusätzlich zur bundesrechtlichen Bestimmung gilt. Das liegt meiner Meinung nach genau wie die Festlegung eines Mindestlohns in der Kompetenz des Regierungsrats. Aber auch darüber haben wir schon im November gestritten, da werden wir uns auch trotz professoralen Gutachten wohl nicht einig.

Warum wir heute nochmals darüber debattieren, liegt am Änderungsvorschlag der GLP, der damals angenommen wurde und für Verwirrung gesorgt hat. Bei mir war es zwar weniger Verwirrung über das Prozedere, sondern ich habe schlicht nicht verstanden, was das Gute daran sein soll, wenn wir jetzt beim kantonalen Lohngleichheitsanalysegesetz mit Vollzeitäquivalenten anstatt mit tatsächlichen Arbeitsstellen rechnen. Das habe ich schlichtwegs nicht verstanden und das konnte mir Niggi Rechtsteiner in der Kommission danach auch nicht erklären, jedenfalls nicht so, dass ich es verstanden habe.

Dieser Vorschlag scheint nun aber vom Tisch, dafür ist nun das gesamte Gesetz gefährdet. Das sehen wir beim «Chrüzlistich», weil die GLP umgeschwenkt ist. Für mich ist das schwierig nachzuvollziehen. Es gibt doch noch Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern, das können wir doch nicht wegdiskutieren und ich möchte jetzt eigentlich nicht darüber streiten, wie gross die Unterschiede sind, sondern ich möchte, dass diese Unterschiede so bald als möglich ganz verschwinden. Und ich habe wirklich versucht zu verstehen die Argumentation des GLP-Vertreters, ich habe zugehört, er hat gesagt, Lohngleichheit sei ein wichtiges Anliegen. Aber das genügt doch nicht, einfach zu sagen, Lohngleichheit ist ein wichtiges Anliegen und es genügt auch nicht zu sagen, ja, man soll jetzt die Firmen sanktionieren, die diese Auflagen nicht erfüllen. Das hat er auch gesagt, so habe ich es verstanden. Wir brauchen doch Informationen, um zu wissen, wie die Firmen unterwegs sind, und wir brauchen diese Informationen auch bei den kleineren Firmen, bei denen ab 50 Mitarbeitenden.

Ich möchte einfach zum Schluss sagen, klar, eine Lohnanalyse durchzuführen, das ist ein Aufwand. Ja, aber dieser Aufwand tut den Unternehmen, und damit meine ich auch die KMU, nicht so weh, wie es Lohndiskriminierung den Betroffenen tut. Wir müssen das einfach einmal aufwiegen und ich bitte Sie, diesem Gesetz in zweiter Lesung deshalb zuzustimmen, ohne Änderung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Mück, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ist Ihnen bekannt, dass von wegen Umschwenken der GLP, dass die GLP ihre Position zu diesem Geschäft vor zwei oder zweieinhalb Jahren in der Vernehmlassung kundgetan hat und dass der Vorteil, wenn ich mir die zweite Frage erlauben darf, der Vorteil, auf den politischen Gegner einzugehen, vielleicht eine politische Mehrheit sein könnte?

Heidi Mück (BastA): Ja, ich weiss nicht, ob Sie unsere Vernehmlassung gelesen haben, wir haben da ganz viele Forderungen gestellt und die wurden alle auch nicht erfüllt. Also dieses Gesetz ist schon ein sehr grosser Kompromiss und ich denke, auf diesem hätten wir uns finden können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): In einem Satz zusammengefasst kann man sagen, der Kanton hat keine Kompetenz in dieser Sache. Diese Vorlage ist nicht rechtsgültig und ich würde mich freuen, wenn es ein paar mutige Bürger gibt, die dann vor Bundesgericht gehen und feststellen, der Grosse Rat Basel-Stadt hat da ein Gesetz gemacht, das gegen das Gesetz der Schweiz ist. Das würde mich freuen. Ich mache es nicht, aber das wollte ich einmal sagen, dass der Kanton überhaupt gar keine Kompetenz hat, da etwas zu machen.

Zuerst ist festzuhalten, dass der Bund seine Gesetzgebungskompetenz im Bereich Arbeitnehmerschutz im nationalen Gleichstellungsgesetz umfassend wahrgenommen hat. Und genau das Gleichstellungsgesetz sieht keine Kompetenz für die Kantone vor. Sie müssen einfach wissen, wenn Sie Bundesgesetz machen wollen, gehen Sie in den Nationalrat, aber bitte nicht hier im Kantonsparlament. Sie sind mit ihrem Gesetz an der falschen Adresse, Sie haben sich einfach in der Hausnummer geirrt.

Der Kanton kann und darf in diesem Bereich also nicht mehr etwas ändern. Um trotzdem Verschärfungen in diesem Bereich vorsehen zu können, bedient sich die Regierung eines juristischen Kniffs. Sie schafft ein neues eigenes Gesetz und gibt als Zweck dieser neuen Bestimmungen eine sozialpolitische Massnahme an. Das ist nach meiner Meinung einfach eine Ausrede. Durch diesen scheinbar anderen Zweck, argumentiert die Regierung, handle es sich hier nicht um eine reine Verschärfung des Bundesgesetzes, sondern um eine andere Zielsetzung. Jedoch ist der sozialpolitische Zweck schon im Gleichstellungsgesetz festgehalten.

Ein Kurzgutachten von Prof. Dr. Felix Uhlmann und Dr. Regula Hinderlings zuhanden des Arbeitgeberverbandes Region Basel betreffend rechtliche Bewertung des Gesetzes betreffend Lohngleichheitsanalysen des Kantons Basel-Stadt vom 15. Januar 2024 kommt denn auch zum eindeutigen Ergebnis, dass der Kanton, wie ich es gesagt habe, keine Gesetzgebungskompetenz hat. Sie müssen einfach wissen, auch wenn Sie hier manchmal denken, Sie sind in Bern, wir sind in Basel. Prof. Dr. Felix Uhlmann führte dies auch im WAK-Hearing eindeutig aus. Er hält drei wichtige Punkte fest, weshalb der Kanton hier nicht abändern darf. Mit dem Lohngleichheitsanalysengesetz würde der Kanton Basel-Stadt die gleiche Frage wie der Bund regeln, aber eine andere Antwort geben. Erstens, der Bund habe nicht vorgesehen, dass die Kantone ergänzende Regelungen erlassen können. Zweitens, der Kanton könne nicht sagen, er regelt die gleiche Materie unter einem anderen Regelungszugang. Und drittens, das kantonale Lohngleichheitsanalysengesetz würde somit zu einer Regelung führen, die das gleiche Ziel verfolge, aber andere Normen vorsehe. Daraus entstünde ein Konflikt zwischen der kantonalen Norm und der Norm durch Bundesgesetz.

Und da hoffe ich als Grossrat, dass dann irgendwie ein Bürger nach Lausanne geht und sagt, wir wollen das Gesetz, das wir jetzt heute beschliessen, als nicht gültig erklären und es geht hier genau genommen um die Frage, ob der Kanton die Kompetenz habe, aber er hat sie etwa nicht. Darum bin ich gespannt, wie das weitergeht, weil da eine Auseinandersetzung zwischen Kantonsrecht und Bundesrecht ist. Und wenn Sie in der Schule aufgepasst haben, haben Sie gelernt, dass ein Bundesgesetz über dem Kantonsgesetz steht. Der Bund hat immer recht und der Kanton hat später recht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ihre Zeit ist abgelaufen. Nächste Sprecherin ist Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Danke für die Diskussion, die mich eigentlich insgesamt auch sehr enttäuscht. Es zeichnet sich leider ab, dass hier die bürgerliche Mehrheit, und ich zähle die GLP jetzt klar dazu, dieses Gesetz, in dem jahrelange Arbeit steckt und von der Regierung unterstützt wird, wohl abgelehnt wird. Damit politisieren Sie hier alle an der Bevölkerung vorbei.

Die Lohngleichheit ist in der Bevölkerung und die Erreichung der Lohngleichheit wirklich breit abgestützt, weil die Mehrheit der Bevölkerung will nicht, dass Frauen immer noch im Schnitt unerklärt rund 8’000 Franken pro Jahr weniger verdienen für gleichwertige Arbeit und wie gesagt, unerklärt. Und das sind Erhebungen, diese Erhebungen gibt es, das sind die neuesten, lieber Niggi Rechsteiner und andere, die das hier immer wieder behaupten, dass das nicht stimmt. Dieses Gesetz ist kein nice-to-have. Es ist ein Gesetz, seit 44 Jahren in der Bundesverfassung verankert. Wir sind es unseren Freundinnen, unseren Ehefrauen, unseren Frauen, unseren Töchtern, unseren Enkelinnen, Nichten schuldig, dass dieses Gesetz jetzt endlich in die Realität gebracht wird. Und dieses Gesetz ist sinnvoll. Es braucht Lohngleichheitsanalysen ab 50 Mitarbeiter*innen.

Das stellt auch die neueste Lohnstrukturerhebung erneut fest, denn in der Gesamtwirtschaft fällt der unerklärte Anteil der Lohnunterschiede in Kleinunternehmen eben immer noch grösser aus. Das ist auch verständlich einerseits und erstaunt auch nicht, weil gerade in kleineren und mittleren Unternehmen fehlt häufig eine Lohnsystematik. Löhne werden oft situativ verhandelt. Das ist auch verständlich, aber es öffnet die Tür für potenzielle Lohndiskriminierung. Und das passiert, da bin ich davon überzeugt, in den allermeisten Fällen unbeabsichtigt, also nicht vorsätzlich. Aber gerade deshalb ist die Durchführung mindestens mal einer Lohngleichheitsanalyse so wichtig. Sie zeigen den Unternehmen auf, ob eine Diskriminierungsgefahr besteht und welche Massnahmen getroffen werden müssen, um allfällige Probleme zu erheben. In Basel-Stadt würden mit diesem Gesetz 169 Unternehmen mehr als mit dem bestehenden Bundesgesetz Lohngleichheitsanalysen durchführen, was sogar 79 Prozent der Beschäftigten umfassen würde. Das ist wirkungsvoll.

Es erstaunt mich leider nicht, aber enttäuschend finde ich die Kehrtwende der GLP in der Lohngleichheitsfrage. Die GLP, welche sich auch so gerne als fortschrittliche Gleichstellungspartei gibt. Ihr lehnt jetzt dieses Gesetz ab, ich finde das verwirrend. Das Gesetz basierend auf der Motion, die ich 2019 zusammen mit Katja Christ so angepasst habe, dass ihr es mitunterstützt. Ihr habt es zweimal mitüberwiesen. Ihr habt es mitbestellt und der Auftrag an die Regierung gegeben, dass ein Gesetz dazu zu verfassen ist. Dies wurde mit viel Arbeit und Steuergeldern gemacht und ja, es liegt jetzt hier. Es ist

milder noch als der ursprüngliche Vorschlag oder Ratschlag und was die Motion ursprünglich gefordert hat, wie beispielsweise, dass die Analysen nur ein einziges Mal durchgeführt werden müssen, wenn sie nicht deutliche Missstände zeigen. Wir wollten das nicht. Dass die Analysen, die im Rahmen des Beschaffungswesens durchgeführt werden, auch gelten, das finde ich okay, insofern sie nicht älter als vier Jahre zurückliegen, und dass das Gesetz «nur» 12 Jahre gilt und noch anderes mehr, ich kann jetzt nicht alles aufzählen. Aber ist jetzt wirklich das Erreichen der Lohngleichheit für die GLP kein relevantes Gleichstellungsthema mehr? Leider muss ich feststellen, die GLP ist auch in Gleichstellungsfragen keine verlässliche Partnerin. Schade, denn immerhin auf Bundesebene erklärt die Nationalrätin und Co-Präsidentin von alliance F, Kathrin Bertschy, Lohngleichheitsanalysen ab 50 Mitarbeitenden als Legislaturziel. Das ist aktuell.

Nun ich hoffe, dass einige von Ihnen, sei es von der GLP oder einer anderen bürgerlichen Partei, die das ursprünglich auch mitgetragen haben, sich jetzt doch noch solidarisch zeigen mit uns Frauen. Ich wiederhole nochmal, mit Ihren Frauen, mit Kolleginnen, Freudinnen. Wir wollen nicht mehr, sondern einfach gleich viel Lohn für gleichwertige Arbeit und das verdienen wir und es ist ein Gesetz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Laetitia Block und Johannes Sieber. Nehmen Sie diese entgegen? Sie werden entgegengenommen.

Laetitia Block (SVP): Sie sprechen von Lohnungleichheit. Sind Ihnen denn die Daten bekannt, die von den Unternehmen mit 100 Mitarbeitern bereits durchgeführt wurden, die zeigen, dass diese strukturelle Lohndiskriminierung nicht stattfindet und die Schwächen dieser Tools, die hier noch nicht erwähnt wurden, also Schichtzulagen, etc., die Ungleichheiten aufzeigen können, die nicht bestehen?

Nicole Amacher (SP): Sie kennen offensichtlich die Lohnstrukturerhebungen nicht und diese Diskussion führen wir nicht, die Logib-Diskussion. Es gibt Studien, auch vom Bund, auch von der Universität St. Gallen, dass diese Instrumente sehr wohl sehr tauglich sind, relevant und gesetzlich anerkannt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Nicole Amacher, wie oft haben Sie das Gespräch gesucht mit progressiven Gleichstellungspolitikern seit der ersten Lesung bis heute und können Sie nachvollziehen, dass ich aufgrund der Antwort nicht ganz Ihre Empörung teilen kann?

Nicole Amacher (SP): Ich habe über die letzten fünf Jahre und auch in der jüngsten Vergangenheit x-mal das Gespräch gesucht mit progressiven Gleichstellungspolitikern, auch von der GLP. Ich habe viele Gespräche, Telefone geführt, also ich habe mich sehr bemüht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich möchte diese Diskussion jetzt nicht inhaltlich unbedingt weiterführen. Frau Block hat ja eigentlich schon in Lehrbuchmanier vorgetragen, warum wir hier keine kantonale Gesetzgebungskompetenz haben. Aber jetzt diese Empörungskultur von Rot-grün, hier muss man schon ein paar Fakten noch einmal richtigstellen. Ich glaube, es war Lorenz Amiet, der im November gesagt hat, dass diese Debatte keine Sternstunde war in diesem Parlament und hier muss man schon auch mal sagen, wenn Sie jetzt finden auf der rot-grünen Seite, dass Sie jetzt hier empört sind über den Ablauf dieser Debatte und dieser Vorlage, dann muss man ganz klar sagen, wenn jemand diese Debatte und diese Vorlage ad absurdum geführt hat, dann waren es die rot-grünen Fraktionen.

Sie haben im November einem GLP-Antrag zugestimmt, den Sie selbst überhaupt nicht wollten, Sie haben dann selbst noch einen eigenen Abänderungsantrag eingereicht, weil Sie der Meinung waren, dass der GLP-Antrag Bundesrecht widerspricht. Sie haben trotzdem zugestimmt und nur deshalb gab es überhaupt eine zweite Lesung. Also wenn Sie jetzt sagen, Sie sind empört, Sie sind enttäuscht, Sie sind entrüstet, wie diese Debatte abgelaufen ist, also wenn jemand diese Debatte ad absurdum geführt hat, wenn jemand dazu beigetragen hat, dass diese Vorlage keine Sternstunde in der parlamentarischen

Geschichte des Kanton Basel-Stadt ist, dann sind es die rot-grünen Fraktionen. Ich denke, das darf man dann auch einmal fürs Protokoll noch richtigstellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich möchte jetzt schon noch einmal bemerken, die GLP hat vor zweieinhalb Jahren in der Vernehmlassung genau klargemacht, unter welchen Bedingungen sie dieses Gesetz annehmen möchte und sie hat diesen Antrag dann hier im Plenum gestellt, etwas zu spät, zugegeben, sie hat ihn in der Kommission gestellt, er wurde abgelehnt und es ist vollkommen klar, wenn das so ist, möchten wir das Gesetz halt nicht annehmen. Ich verstehe wie die Empörung nicht, wenn man seit zweieinhalb Jahren weiss, unter welchen Bedingungen wir bereit sind mitzumachen und jetzt wird hier gegen die GLP gewettert. Also ich kann das einfach nicht ernst nehmen, es tut mir leid.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nicole Amacher hat sich gemeldet für ein zweites Votum.

Nicole Amacher (SP): Ich repliziere noch kurz auf dieses Votum. Wir haben alle unsere Vernehmlassung gehabt, alle haben noch andere Massnahmen gewollt. Wir wollten noch stärkere, die Linken, massiv stärkere, Sie wollten schwächere. Aber Ihren Antrag, den wir nicht diskutiert haben eigentlich in der Kommission, weil die gesamte bürgerliche Seite nicht mal auf das Geschäft eingetreten ist in der Kommission, der ist einfach auch schlecht. Letztes Mal waren wir noch so unschlüssig, ja, jetzt versenken wir dieses Gesetz, aber wir finden, es braucht jetzt ein Bekenntnis dazu und nicht so ein Wischiwaschi wieder, irgendwie ein bisschen was und doch nicht. Wir wollen jetzt dieses Gesetz und ein klares Bekenntnis von Ihnen als GLP, dass es wichtig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Amacher, es gibt eine erneute Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird nicht entgegengenommen.

Somit ist die Liste der Redenden erschöpft. Der Regierungsrat und die Kommissionspräsidentin verzichten auf ein weiteres Votum.

Eintreten wurde bereits am 13. November 2024 beschlossen. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 5 des Berichts)

Titel und Ingress

§ 1 Gegenstand und Zweck

Abs. 1-2

§ 2 Geltungsbereich

Abs. 1

§ 3 Pflicht zur Durchführung einer Lohngleichheitsanalyse

Abs. 1-4

§ 4 Anerkennung bestehender Lohngleichheitskontrollen

Abs. 1, lit. a bis c

Abs. 2

§ 5 Anerkennung bestehender Lohngleichheitsanalysen

Abs. 1-2

§ 6 Methode der Lohngleicheheitsanalyse

Abs. 1

§ 7 Überprüfung der Lohngleichheitsanalyse

Abs. 1 lit. a bis c

Abs. 2

§ 8 Überprüfung durch ein zugelassenes Revisionsunternehmen

Abs, 1-3

§ 9 Überprüfung durch eine Organisation oder eine Arbeitnehmendenvertretung

Abs. 1

§ 10 Information für die Arbeitnehmenden

Abs. 1

§ 11 Veröffentlichung der Ergebnisse im öffentlich-rechtlichen Sektor

Abs. 1

§ 12 Übermittlung der Sachdaten an den Kanton

Abs. 1 – 4

§ 13 Ausführungsbestimmungen

Abs. 1

II. Änderung anderer Erlasse

Keine

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine

IV. Schlussbestimmung

Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Seine Geltungsdauer ist ab Inkrafttreten auf 12 Jahre befristet.

Wir kommen somit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006080, 19.03.25 10:26:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

I.

§ 1 Gegenstand und Zweck

1 Dieses Gesetz regelt die Durchführung von Analysen betreffend die Lohngleichheit von Frauen und Männern.

2 Es bezweckt die Reduktion negativer sozialpolitischer Auswirkungen von Lohndiskriminierung durch regelmässige Lohngleichheitsanalysen.

§ 2 Geltungsbereich

1 Das Gesetz findet Anwendung auf privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Arbeitgebende mit Sitz im Kanton.

§ 3 Pflicht zur Durchführung einer Lohngleichheitsanalyse

1 Arbeitgebende, die am Anfang eines Jahres 50 oder mehr Arbeitnehmende beschäftigen, führen für das betreffende Jahr eine betriebsinterne Lohngleichheitsanalyse durch.

2 Die Lohngleichheitsanalyse wird alle vier Jahre wiederholt. Fällt die Zahl der Arbeitnehmenden in diesem Zeitraum unter 50, so muss die Lohngleichheitsanalyse erst wieder durchgeführt werden, wenn die Zahl von 50 erreicht ist.

3 Zeigt die Lohngleichheitsanalyse, dass die Lohngleichheit eingehalten ist, so werden die Arbeitgebenden von der Analysepflicht befreit.

4 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten bezüglich Durchführung und Wiederholung der Analyse. Er definiert insbesondere den Kreis der für Analysepflicht und Analyse massgeblichen Arbeitnehmenden.

§ 4 Anerkennung bestehender Lohngleichheitskontrollen

1 Die Pflicht zur Durchführung einer Lohngleichheitsanalyse gemäss § 3 gilt als erfüllt, wenn Arbeitgebende:

a) sich in einer laufenden Kontrolle über die Einhaltung der Lohngleichheit im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens befinden;

b) sich in einer laufenden Kontrolle über die Einhaltung der Lohngleichheit im Rahmen der Gewährung von Staatsbeiträgen befinden oder

c) bereits gemäss lit. a oder b kontrolliert wurden, sofern der Referenzmonat der Kontrolle nicht länger als vier Jahre zurückliegt.

2 Der Regierungsrat erlässt Vorschriften darüber, wie die Bestimmungen dieses Gesetzes zu Information, Veröffentlichung und Übermittlung für anerkannte Lohngleichheitskontrollen gemäss Abs. 1 anzuwenden sind.

§ 5 Anerkennung bestehender Lohngleichheitsanalysen

1 Die Pflicht zur Durchführung einer Lohngleichheitsanalyse gemäss § 3 gilt als erfüllt, wenn Arbeitgebende bereits eine betriebsinterne Lohngleichheitsanalyse durchgeführt haben, welche die Anforderungen dieses Gesetzes erfüllt, sofern der Referenzmonat der Analyse nicht länger als vier Jahre zurückliegt.

2 Der Regierungsrat erlässt Vorschriften darüber, wie die Bestimmungen dieses Gesetzes zu Überprüfung, Information, Veröffentlichung und Übermittlung für anerkannte Lohngleichheitsanalysen gemäss Abs. 1 anzuwenden sind.

§ 6 Methode der Lohngleichheitsanalyse

1 Die Lohngleichheitsanalyse ist nach einer wissenschaftlichen und rechtskonformen Methode durchzuführen.

§ 7 Überprüfung der Lohngleichheitsanalyse

1 Die Arbeitgebenden lassen ihre Lohngleichheitsanalyse von einer unabhängigen Stelle überprüfen. Dafür können sie wählen zwischen:

a) einem Revisionsunternehmen mit einer Zulassung nach dem Bundesgesetz über die Zulas-sung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren (Revisionsaufsichtsgesetz, RAG) vom 16. Dezember 2005;

b) einer Organisation nach Art. 7 des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GIG) vom 24. März 1995 oder

c) einer Arbeitnehmendenvertretung gemäss dem Bundesgesetz über die Information und Mitsprache der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben (Mitwirkungsgesetz) vom 17. Dezember 1993.

2 Der Regierungsrat legt die Kriterien für die Auswahl der Revisionsunternehmen fest und regelt das Vorgehen für die Überprüfung durch ein Revisionsunternehmen.

§ 8 Überprüfung durch ein zugelassenes Revisionsunternehmen

1 Die Arbeitgebenden übergeben dem Revisionsunternehmen alle Unterlagen und erteilen ihm die Auskünfte, die es für die Erfüllung der Überprüfung benötigt.

2 Das Revisionsunternehmen überprüft, ob die Lohngleichheitsanalyse formell korrekt durchgeführt wurde.

3 Es verfasst innerhalb eines Jahres nach Durchführung der Lohngleichheitsanalyse zuhanden der Leitung der überprüften Arbeitgebenden einen Bericht über die Durchführung der Analyse.

§ 9 Überprüfung durch eine Organisation oder eine Arbeitnehmendenvertretung

1 Die Arbeitgebenden schliessen mit der Organisation gemäss § 7 Abs. 1 lit. b oder der Arbeitnehmendenvertretung gemäss § 7 Abs. 1 lit. c eine Vereinbarung über das Vorgehen bei der Überprüfung und der Berichterstattung zuhanden der Leitung der überprüften Arbeitgebenden ab.

§ 10 Information für die Arbeitnehmenden

1 Die Arbeitgebenden informieren die Arbeitnehmenden bis spätestens ein Jahr nach Abschluss der Überprüfung schriftlich über die Ergebnisse der Lohngleichheitsanalyse.

§ 11 Veröffentlichung der Ergebnisse im öffentlich-rechtlichen Sektor

1 Die Arbeitgebenden im öffentlich-rechtlichen Sektor veröffentlichen die Ergebnisse der Lohngleichheitsanalyse und der Überprüfung bis spätestens ein Jahr nach Abschluss der Überprüfung.

§ 12 Übermittlung der Sachdaten an den Kanton

1 Die Arbeitgebenden übermitteln die Sachdaten zur Lohngleichheitsanalyse gleichzeitig mit der Information für die Arbeitnehmenden gemäss § 10 dem zuständigen Departement.

2 Die erhobenen Sachdaten dienen der Analyse der Umsetzung des Gesetzes durch das zuständige Departement und können zu statistischen Zwecken verwendet werden.

3 Das zuständige Departement kann Arbeitgebende kontaktieren und Empfehlungen abgeben. Arbeitgebende, an die eine Empfehlung gerichtet wird, erklären gegenüber dem zuständigen Departement, ob und inwiefern die Empfehlung befolgt wird.

4 Der Regierungsrat legt inhaltliche und formale Anforderungen für die zu übermittelnden Daten fest.

§ 13 Ausführungsbestimmungen

1 Der Regierungsrat erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Seine Geltungsdauer ist ab Inkrafttreten auf 12 Jahre befristet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Beschluss abgelehnt mit 50 Nein-Stimmen gegen 47 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

12.1. Motion Nicole Amacher und Konsorten betreffend Lohngleichheit: Lohngleichheitsanalysen für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden, Bericht der WAK zur zweiten Lesung

[19.03.25 10:26:54, 19.5271.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die WAK beantragt, die Motion Nicole Amacher und Konsorten betreffend «Lohngleichheit: Lohngleichheitsanalysen für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden» gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abzuschreiben.

Die WAK verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Durch Eintreten auf das Geschäft ist die Motion als erledigt abgeschrieben.

13. Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Baloise Session für die Jahre 2025–2028, Ausgabenbericht des RR

[19.03.25 10:27:23, 24.0684.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Wir haben das Geschäft in der WAK beraten und beleuchtet. Es kam uns ein bisschen vor wie, nicht gerade täglich grüsst das Murmeltier, aber die Fragestellungen kamen uns bekannt vor, auch vom Swiss Indoors-Thema. Es geht um die Positionierung des Logos für den Kanton Basel, also Basel in internationalen Veranstaltungen, die in Basel stattfinden. Diese sind natürlich nicht messbar, die Erfolge, die damit erzielt werden, darum ist es keine exakte Wissenschaft. Lohnt sich der Aufwand, ist der Return on Investment gegeben, wie auch immer.

Wir sind aber überzeugt, gerade bei der Baloise Session wie auch natürlich bei Swiss Indoors, das ist jetzt aber hier nicht das Thema, aber es sind einfach ähnliche Überlegungen, die anzustellen sind, bei der Baloise Session handelt es sich um eine Veranstaltung, die wirklich international fast ihresgleichen sucht. Die Verbreitung über verschiedene Medienkanäle ist enorm, die Acts, die dort auftreten, haben wirklich sehr grosse weltweite Ausstrahlung und die Platzierung des Logos, die konstante Platzierung des Logos Basel ist hier wirklich eine sehr wertvolle Marketingmassnahme, das kann man nicht bestreiten.

Auch wenn es keine genauen Zahlen darüber geben kann natürlich, denken wir, dass Aufwand und Nutzen sich hier sehr gut vertragen im positiven Sinne und wir bitten Sie darum einstimmig, dem Geschäft zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort für den Regierungsrat hat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich kann mich hier vollumfänglich der Präsidentin der Wirtschafts- und Abgabekommission anschliessen. Auch der Regierungsrat erachtet die Baloise Session sowohl in kultureller Hinsicht als auch mit Blick auf die hervorragende internationale Wahrnehmung als einer der bedeutenden Anlässe im Veranstaltungskalender unseres Kantons. Dem Festival-Team ist es gelungen, die Baloise Session in den vergangenen vier Jahrzehnten auf ein höchstes internationales Niveau zu bringen und auf diesem Niveau vor allem auch zu halten. Die Baloise Session ist seit Jahren als ein hochkarätiges Kulturfestival in unserer Stadt tief verankert, ein Festival, das jedes Jahr hochkarätige Musikerinnen und Musiker nach Basel bringt. Es ist ja auch so, dass wir nicht unendlich viele jährlich wiederkehrende Anlässe in Basel haben mit einer derartigen internationalen Ausstrahlung. Wir haben die Art Basel, wir haben die Swiss Indoors und ich glaube, man darf sagen, dann kommt sicher auch direkt die Baloise Session als einer derjenigen wiederkehrenden Anlässe, die eben international auch Ausstrahlungskraft haben. Solche international renommierte Grossanlässe tragen massgebend zum Bekanntheitsgrad Basel bei, sie generieren eine durchaus bedeutende Wertschöpfung. Insofern ist es aus Aspekten des Standortmarketings auch sinnvoll, diese Veranstaltungen als Plattformen zu nutzen.

Wir haben die zahlreichen Fernsehübertragungen, Berichterstattungen international und das hat uns seit 2021 dazu geführt, im Rahmen eines Marketing-Engagements als Kanton verschiedenen Leistungen einzukaufen. Ein wichtiges Element dabei ist, dass die Marke Basel, der Schriftzug Basel im Bühnenhintergrund sichtbar ist, und zwar immer während der ersten 15 Minuten der Konzerte. Natürlich auch für all diejenigen, die dieses Konzert über den Bildschirm verfolgen, zeitversetzt. Sie wissen vielleicht, auf vielen internationalen Flügen kann man Baloise Session-Konzerte schauen, wir haben Fernsehstationen in 107 Ländern, die die Baloise Session-Konzerte zeigen, bedeutende Zielmärkte wie Deutschland, Frankreich, China, die USA, Grossbritannien und Japan.

Man kann ja solche medialen Gegenwerte eines Marketing-Engagements auch berechnen. Die Berechnung beim Engagement an der Baloise Session beläuft sich auf knapp 800’000 Franken, also ungefähr das Fünffache des jährlichen Engagements unseres Kantons. Auch wenn das nicht eine restlos exakte Wissenschaft ist, wie immer bei diesen Wertschöpfungsstudien und bei diesen Marketing-Wertstudien, ist es doch ein klarer Indikator dafür, dass wir hier als Kanton viel bekommen für dieses Engagement, nicht zuletzt natürlich auch eine Absicherung, dass dieses hochkarätige Festival in der bestehenden Form weiterbestehen, sich weiter auf höchstem Niveau bewegen kann.

Nun läuft das bisherige Engagement aus bzw. es ist schon ausgelaufen, 2024, wir sind ja etwas spät dran. Das ist aber leicht zu erklären, da die WAK mit dem grossen Standortpaket mit noch grösseren Geschäften intensiv beschäftigt war in den letzten Monaten. Wir können aber nun heute mit einer Genehmigung der Fortsetzung des Marketing-Engagements sicherstellen, dass eben die Baloise Session für die nächsten vier Jahre weiterhin die Marke Basel derart prominent zeigen kann und natürlich senden wir da auch ein Signal an die für das Festival wichtigen Sponsoren aus, dass eben das Festival einen starken Rückhalt der Allgemeinheit, der Politik und der Gesellschaft geniesst.

Aus diesem Grund beantrage ich Ihnen namens des Regierungsrats, gleich auch wie die WAK, Ausgaben in der Höhe von 648’600 Franken für die Periode 2025 bis 2028, ein unverändertes Beitragsengagement für die nächsten vier Jahre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erste Fraktionssprecherin für die BastA hat sich Patrizia Bernasconi eingetragen.

Patrizia Bernasconi (BastA): Um vorauszuschicken, meine Fraktion wird diesem Beschluss mehrheitlich zustimmen. Ich erlaube mir aber trotzdem ein paar kritische Bemerkungen zu diesem Geschäft. Wir sprechen Mittel dafür, dass wir eine Werbefläche kaufen, damit wir die Marke Basel präsentieren können. Es geht um eine Werbefläche. Was diese Werbefläche tatsächlich für Auswirkungen für Basel hat, das wissen wir nicht und ich bin mir sicher, es wird nicht mal gemessen, was das für Auswirkungen hat. Es wäre also ehrlicher, von einer Subvention zu reden. Das können wir aber nicht, da Subventionen von kommerziellen Veranstaltungen verpönt sind. Also verstecken wir das Ganze unter dem Begriff Werbung und darüber müssen wir uns alle bewusst sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Fina Girard für die Grüne/jgb.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Auch hier nur ganz kurz. Vor vier Jahren haben wir als Grün-Alternatives Bündnis dieser Vorlage zugestimmt, unter dem Vorbehalt, die Wirkung der Massnahmen kritisch zu prüfen und wenn der Regierungsrat es nun als Erfolg verbucht, dass die Stadt Basel nun in Fluglinien rund um die ganze Welt für sich wirbt, dann müssen wir als Grüne/jgb doch kurz aufmucken. Unser Netto-Null-Ziel bis 2037 soll eben nicht an den Kantonsgrenzen Halt machen, sondern sich in all unseren Aktivitäten widerspiegeln und dabei hoffen wir auch, dass der Kanton auf einen nachhaltigen, langsamen Tourismus setzt.

Basel darf dieses Jahr besonders strahlen, ESC, Fussball EM, EJCF und vielen weiteren sei Dank und ob dieses Marketing-Geld für einen Schriftzug angesichts dessen tatsächlich nötig ist, und Patrizia Bernasconi hat es gesagt, bei einem kommerziellen Anbieter nötig ist, stellen einzelne in Frage und werden sich deshalb enthalten. Die Mehrheit wird zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte eigentlich nicht reden, aber wenn man dann doch als Grossrat und Mensch Schriftverkehr führt mit dem Kanton, muss man doch das sagen. Ich stelle Rückweisung an die Regierung und ich stelle Antrag auf Nichteintreten.

Herr Cramer hat gesagt, wichtiger Bekanntheitsgrad für Basel. Ja, aber ich stelle fest, dass Tickets der Baloise Session immer an die Regierung gehen. Ich habe als Grossrat noch nie ein Ticket bekommen und dann muss man das einmal ganz klar, wie es die Basler Zeitung sagt, einordnen und feststellen, wie die Regelung ist. Wir geben als Parlament Gelder noch und noch, jetzt für die Baloise Session, aber haben wir im Endeffekt etwas davon? Nein, wir haben nichts davon, die Freikarten gehen ständig an die Regierung. Und das muss gesagt werden, wir sind Grossräte, wir sind keine Regierung und der Grosse Rat hat den Auftrag, die Regierung zu kontrollieren. Und ich muss dann wirklich sagen, als Grossrat bin ich enttäuscht, wenn man weiss, was ein Regierungsrat in Basel verdient, mehr wie der deutsche Bundeskanzler. Wenn ich jetzt gerade bei Deutschland bin, ein Beispiel.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das tut nichts zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber man darf sagen, wie die Tickets verteilt werden. Eine Zeitung hat einen Chefredaktor. Ich war bei der Bild-Zeitung, der Chefredaktor kann nicht alle Einladungen annehmen und die Einladungen werden an die Journalisten verteilt, die Reiseeinladungen, darum bin ich auch sehr viel gereist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat nichts mit dem Staatsbeitrag und Marketing-Engagement zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber trotzdem, das Marketing-Engagement wird von mir nicht akzeptiert. Rückweisung an die Regierung und Nichteintreten, solange ich kein Freiticket bekomme von der Baloise Session und das darf ich sagen. Herr Präsident, ich weiss nicht, ob Sie es wissen, ich schreibe überall hin und ich sage, ich bin Grossrat von Basel, ich möchte ein Ticket.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, auch das hat nichts mit dem Staatsbeitrag zu tun. Erster Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Frau Girard hat gesagt, dass in Basel solche Anlässe sind. Wenn Sie ins Heft des Grossen Rats schauen, stelle ich auf der Seite 54 die Frage, wer Freikarten bekommt und das ist einfach ein berechtigtes Anliegen. Ich hätte dann schon einmal vom Regierungspräsidenten erwartet, dass er sagt, nicht nur, wie toll das ist, Fernsehwerbung in 107 Ländern. Ich möchte bei der nächsten Rede wissen, und ich möchte hier wirklich um Anstand bitten und Ordentlichkeit, wie viele Tickets bekommt die Regierung und gibt das nicht weiter an den Grossen Rat. Bekommt die Regierung 100 Freitickets, bekommt die Regierung 200 Freitickets, ich möchte das wissen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber.

Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer nicht eintreten will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006084, 19.03.25 10:41:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme.

Eric Weber beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Wir kommen auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Ausgabenbericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006085, 19.03.25 10:42:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Ausgabenbericht nicht zurückgewiesen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme.

Detailberatung (Seite 7 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen somit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 2 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006087, 19.03.25 10:42:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt (Einkauf von Marketingleistungen) beim Musikfestival Baloise Session werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 648’600 (inkl. MwSt.) resp. Fr. 162’150 (inkl. MwSt.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 85 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

14. Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherug sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen (EG/ELG), Bericht der GSK

[19.03.25 10:42:53, 24.1627.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort hat Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ergänzungsleistungen zur AHV- oder Invalidenversicherung sind für die soziale Sicherheit und für die finanzielle Existenzsicherung von Personen mit Alters- und Invalidenrenten von sehr grosser Bedeutung. Ohne diese Unterstützungsleistungen wären viele Menschen von einem Leben in Armut bedroht. Die Ergänzungsleistungen sind deshalb unerlässlich, um soziale Gerechtigkeit zu fördern. Nun wissen wir aufgrund einer von der Verwaltung bei der Berner Fachhochschule in Auftrag gegebenen Studie, dass im Kanton Basel-Stadt bei der Ergänzungsleistung eine Nichtbezugsquote von rund 29 Prozent besteht. Bei der Sozialhilfe ist diese sogar noch ein wenig höher. Also eine doch sehr bedeutende Anzahl von Menschen in Armut, die Anspruch auf Sozialleistungen hätten, beziehen diese aber nicht. Dies hat mittel- und längerfristige Folgen für die Betroffenen, inklusive Folgekosten für die Gesellschaft. Die Gründe für den Nichtbezug sind vielseitig, wie beispielsweise Zuständigkeitsfalle mit dem hin und her zwischen den Ämtern oder die Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen. Manchmal fehlen aber auch einfach die notwendigen Informationen sowie eine einladende Haltung der zuständigen Ämter.

All diese Gründe sind zwingend zu bearbeiten, um die Nichtbezugsquote in den kommenden Jahren zu senken, damit der Kanton Basel-Stadt seine Aufgaben in der Armutsprävention erfolgreich wahrnehmen und seinem Anspruch gerecht wird. Diverse Massnahmen, um bezugsberechtigte Personen besser zu erreichen, wurden bereits ergriffen, beispielsweise eine

überarbeitete Webseite in einfacher Sprache, Erklärvideos in fünf Sprachen und eine enge Zusammenarbeit mit sozialen Institutionen. Mit der Überweisung des Anzugs von Christine Keller im September 2023 wurde die bis anhin noch nicht existente Massnahme der persönlichen Benachrichtigung von Amtes wegen auf den Weg gebracht. Mit diesem Ratschlag unterstützt der Regierungsrat das wichtige Anliegen und verweist auf die bereits bestehende aktive Ansprache bei den Prämienverbilligungen.

Mit der Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes Ergänzungsleistungen sowie kantonalen Beihilfen (EG/ELG) beantragt der Regierungsrat die notwendige gesetzliche Grundlage für die persönliche Information an Personen, die aufgrund ihrer Steuerdaten Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben könnten, aber keine Sozialhilfe beziehen. Wahrscheinlich hat dies kaum jemand bemerkt, aber in Teilen des Berichts steht fälschlicherweise ab und zu die Abkürzung EL/ELV anstatt EG/ELG, es betrifft aber immer dasselbe Gesetz. Mit der vorliegenden Teilrevisionen wird der bereits erwähnte Anzug von Kollegin Keller erfüllt und kann somit abgeschrieben werden.

Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen behandelt. Daran haben der Departementsvorsteher des WSU sowie die stellvertretende Abteilungsleiterin des Amts für Sozialbeiträge teilgenommen.

Die erwähnte Studie hat festgestellt, dass besonders in Haushalten mit kleiner Bedarfslücke auf Sozialleistungen die Nichtbezugsquote höher ist als bei Haushalten mit grosser Bedarfslücke. Aufgrund der Erkenntnisse der Studien konnten vier Kategorien von Person mit einem EL-Nichtbezug eruiert werden. Besonders bei drei Kategorien wären mit Massnahmen anzusetzen, beispielsweise bei überforderten Personen mit hoher subjektiver Bedürftigkeit, aber fehlenden Systemkenntnissen und allgemeiner Überforderung, welche dann zum Nichtbezug führen, sowie bei der Kategorie distanzierten Person mit tiefer subjektiver Bedürftigkeit und abweichender Einschätzung ihrer Anspruchsberechtigung, was dazu führt, dass gar kein Antrag gestellt wird. Aber auch bei verunsicherten Personen mit hoher subjektiver Bedürftigkeit und Kenntnissen des Sozialsystems, aber mit grosser Scham oder Angst vor Nachteilen führt dies dann zur nicht Inanspruchnahme der Sozialleistungen.

Der Anspruch auf Ergänzungsleistungen ist komplexer zu berechnen als bei den Prämienverbilligungen. Ausgaben und Einnahmen müssen gegenübergestellt werden. Es benötigt daher einen Abgleich mit den Steuerdaten und weiteren Parametern, um ein gezieltes Anschreiben zu ermöglichen. Eine Abfrage des Datenmarktes sowie ein Abgleich mit der Sozialhilfe muss erfolgen. Die persönliche Identifikation und die Benachrichtigung brauchen auf kantonaler Ebene daher eine gesetzliche Grundlage und zudem müssen auch die Vorschriften des Datenschutzes eingehalten werden.

Folgendes Vorgehen ist vom Regierungsrat geplant:

Teilrevision des EG/ELG, dann der Gesamtabgleich der Daten und gezieltes Anschreiben und ab 2026 Informationen an alle Neurentnerinnen und Neurentner und dann ein erneutes Anschreiben im Fünfjahresrhythmus. Wie Sie dem Bericht der GSK entnehmen können, sieht die Teilrevision deshalb eine Ergänzung des § 2 des EG/ELG mittels eines zweiten Absatzes vor. Die Gesamtausgaben für die Ergänzungsleistungen betrugen 2023 238 Millionen Franken. Durch das Anschreiben werden mehr Personen erreicht und es wird mit Mehrausgaben für den Kanton Basel-Stadt inklusiv zusätzlichen Verwaltungsaufwand von 3,24 Millionen Franken geschätzt. 1,5 Millionen Franken entfallen dann beim Bund.

Die GSK unterstützt geschlossen die vorliegende Teilrevision und erachtet es als sehr sinnvoll, Anspruchsberechtigte aktiv auf Sozialleistungen aufmerksam zu machen. Bei der Teilrevision wird kein neuer Anspruch geschaffen, sondern es wird die Inanspruchnahme von berechtigten und wichtigen Sozialleistungen gefördert. Ein Beitrag also für eine aktive Armutsprävention von Seiten des Kantons. Die dazu notwendigen Kosten für administrative Tätigkeiten zur Eruierung und Anschreiben fallen vergleichsweise gering aus. Wir sollten also ein Interesse daran haben, dass alle Bezugsberechtigten ihre Leistungen aus den Sozialversicherungen in Anspruch nehmen, damit diese nicht unter der Armutsgrenze leben müssen. Dies wirkt sich auf mehreren Ebenen positiv aus, die Betroffenen müssen weniger bei Gesundheit, Lebensmittel oder der sozialen Teilhabe einsparen und dies senkt die körperlichen und psychischen Folgekosten aufgrund Armutsbetroffenheit.

Die GSK erachtet es auch als wichtig, älteren und alleinstehenden oder zugezogenen und mit dem Bezug von Ergänzungsleistungen nicht vertrauten Personen ihre Rechte und Möglichkeiten in möglichst einfacher Sprache zu erklären. Die Massnahmen müssen in der Breite Wirkung erzeugen und grossflächig umgesetzt werden. Unnötige Schwellen, die bisher Anträge verhindert haben, müssen zwingend gesenkt bzw. beseitigt werden. Neben sprachlichen Vereinfachungen und fremdsprachigen Angeboten muss auch die Beibehaltung der Antragsmöglichkeit auf Papier unbedingt beibehalten werden. Aufgrund des bestehenden Digital Gap durch Ausbildung, Lebensumfeld oder Alter sowie aufgrund der aktuellen Erfahrung mit der Umstellung bei der elektronischen Steuererklärung zeigt sich, wie wichtig dies ist, um die Schwellen tief zu halten. Der GSK ist es zudem ebenso wichtig, dass auch die Angehörigen von Bezugsberechtigten auf die Leistungen sensibilisiert werden und Unterstützungsleistungen durch vertraute Organisationen, wie beispielsweise die Spitex oder Pro Senectute, gewährleistet sind. Das Departement hat versichert, dass die Anliegen, leichte Kommunikation und verbesserte Unterstützung, auch für die Behörden wichtig sind und angegangen werden.

Die GSK beantragt deshalb Ihnen einstimmig, der Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zu AHV und IV sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen zuzustimmen und den Anzug von Christine Keller und Konsorten als erledig abzuschreiben. Besten Dank für Ihre Zustimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Regierungsrat, das Wort hat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Ergänzungsleistungen zu AHV- und IV-Rente sind ein wichtiges Instrument zur Existenzsicherung und zur Armutsbekämpfung. Es ist deshalb wichtig und auch im Interesse des Kantons und der Stadt, dass diese Sozialleistungen auch diejenigen erreichen, die sie benötigen, die einen Anspruch darauf haben. Grundsätzlich können wir feststellen, dass unsere guten sozialen Sicherungssysteme Armut sehr wirkungsvoll bekämpfen. Armut ist in der Schweiz insbesondere dort gross, wo wir es mit einem Nichtbezug zu tun haben und das ist genau der Grund, weshalb der Regierungsrat und auch das Amt für Sozialbeiträge und die Sozialhilfe einen grossen Schwerpunkt setzen auf die Verringerung des Nichtbezuges der beiden Sozialleistungen, die es gibt.

Damit man das tun kann, muss man den Nichtbezug auch kennen, auch eruieren. Eine ganz exakte Wissenschaft ist das nicht, aber sowohl die Sozialhilfe wie auch das Amt für Sozialbeiträge haben in Studien abfragen lassen, wie stark dieser Nichtbezug ist und er wird bei der EL auf 29 Prozent geschätzt. Er ist dort höher als zum Beispiel bei den Prämienverbilligungen und deshalb ist es auch wichtig, dass wir gerade auch in diesem Bereich Massnahmen ergreifen, um den Nichtbezug zu reduzieren. Es geht ja hier bei Menschen mit einer IV-Rente, also mit einer Einschränkung, mit einer körperlichen oder psychischen, und auch bei Menschen im Alter, die im AHV-Alter sind und in Armut leben, wenn sie auf diese Ergänzungsleistungen nicht Rückgriff nehmen. Bei beiden dieser Studien ist eine Aktualisierung in diesem Jahr geplant. Wir machen das, das ist die Idee, im Zweijahresrhythmus, so dass wir auch sehen, wie sich dieser Nichtbezug entwickelt und wo die Hebel auch sind.

Das Amt für Sozialbeträge hat schon einiges unternommen, um niederschwelliger zu werden. Die Webseite wurde umfassend überarbeitet, es gibt Informationen in einfacher Sprache, es gibt Erklärvideos in mehreren Sprachen und es gibt auch die Hilfe beim Ausfüllen des Antrags. Und ich kann den Präsidenten der GSK beruhigen, das papierige und analoge Ausfüllen, das bleibt weiterhin bestehen, selbstverständlich bei allen Sozialleistungen, die wir haben, aber wo wir Handlungsbedarf haben, ist eher im Digitalisierungsbereich, dass wir dort besser werden müssen, dass auch die digitale Beantragung von diesen Sozialleistungen einfacher wird. Und genau in diesem Bereich der Reduktion des Nichtbezuges geht auch der Anzug Keller, den wir heute besprechen, der eben die Erfahrung, die wir heute schon haben bei den Prämienverbilligungen, wo wir die Daten haben, die Steuerdaten und entsprechend die potenziell Berechtigten direkt anschreiben können, dass wir das in Zukunft auch bei den Ergänzungsleistungen machen können.

Bei den Prämienverbilligungen, da besteht bereits eine gesetzliche Grundlage und deshalb dürfen wir dies auch tun, und da es sich um persönliche Personendaten handelt, brauchen wir diese gesetzliche Grundlage, damit dieser Abgleich notwendig ist und das ist genau der Antrag in diesem Gesetz, der Ihnen heute vorliegt. Bis im Sommer 2025 werden wir die Steuerdaten 2023 zur Verfügung haben, dann kann ein erster Abgleich stattfinden mit sämtlich potenziell anspruchsberechtigten Personen. Wir rechnen ungefähr mit einem Adressatenkreis von 4’000 Haushalten. Ab 2026 sollen dann auch neue Rentnerinnen und Rentner jeweils mit einem Jahresversand auf ihren möglichen Anspruch direkt aufmerksam gemacht werden. Alle anderen, die werden wir in einem Fünfjahresrhythmus abgleichen. Weil Renteneinkommen relativ stabil sind, ist es auch zielführend, ist es auch effektiv und effizient, das alle fünf Jahre zu tun. Ein jährliches Anschreiben wie bei der Prämienverbilligung, wo wir es mit viel stärkeren Schwankungen auch auf der Einkommensseite zu tun haben, ist deshalb nicht sinnvoll.

Die Kostenfolgen, die belaufen sich auf 4,62 Millionen, das ist das Bruttoprinzip. Der allergrösste Teil sind natürlich dann die Ergänzungsleistungen, die ausbezahlt werden, und nicht die administrativen Kosten. Und der grosse Vorteil ist ja auch bei den Ergänzungsleistungen, dass der Bund sich da mitbeteiligt und mitfinanziert, also wir holen auch, sage ich jetzt mal, diese Bundesgelder effektiver ab und das sind dann 1,5 Millionen, die dann bei dieser Schätzung der Bund einbringen wird. Wir gehen heute davon aus, dass wir dazu 550 neue EL-Bezügerinnen und -Bezüger erreichen effektiv, wie die Zahlen dann sein werden, das wissen wir nicht, aber das werden wir dann sehen, wenn die Erfahrungen vorliegen von diesen neuen Massnahmen.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat gemeinsam mit der GSK, diese Gesetzänderung zu verabschieden. Sobald diese vorliegt, wird sich das Amt für Sozialbeiträge an die Umsetzung machen, damit dann dieser Abgleich stattfinden kann und wir wirklich unser Ziel auch möglichst erreichen, dass wir eben mehr Leute erreichen und diese dann die Möglichkeit haben und von ihrem Recht Gebrauch machen und wir Armut bei Menschen mit IV-Renten und bei Menschen mit AHV-Renten reduzieren können. Das ist das Ziel dieser Gesetzesänderung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erste Fraktionssprecherin hat sich eingetragen Christine Keller für die SP.

Christine Keller (SP): Das Geschäft ist erfreulicherweise unbestritten und ich will hier auch nicht verlängern. Mir bleibt auch im Namen meiner Fraktion zu danken dem Regierungsrat, der Verwaltung und der GSK, dass dieses Anliegen, obwohl ja ein Anzug sogar, nicht einmal eine Motion, so gut und so speditiv umgesetzt wurde. Ich freue mich wirklich da auch sehr, auch im Namen dieser zusätzlichen Armutsbetroffenen, die dadurch zu ihrem Recht kommen. Der Nichtbezug von Sozialleistungen ist ein Problem und es kann nicht sein, dass fast 30 Prozent von ihrem guten Recht aus Unkenntnis oder Angst oder Scham nicht Gebrauch machen. Und auch in den Fällen, wo es nicht an Unkenntnis liegt, wird ein entsprechendes Schreiben der Verwaltung mit dem Hinweis auf das Recht sicher dazu beitragen, dass dieser Schritt gemacht wird. Wie gesagt, herzlichen Dank und ich freue mich sehr, dass dieser weitere Schritt zu einem noch sozialeren Basel hier getätigt werden darf und bitte Sie natürlich um Zustimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und der Kommissionssprecher verzichten in einer zweiten Runde.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

I.

§ 2 Abs. 2 (neu)

Allgemeines (Überschrift geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen somit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006089, 19.03.25 10:58:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Das Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen [1]) (EG/ELG) vom 11. November 1987 [2]) (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 2 (neu)

Allgemeines (Überschrift geändert)

2 Personen, die keine Leistungen der Sozialhilfe beziehen und aufgrund der Steuerdaten Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben könnten, werden regelmässig persönlich angeschrieben. Der Regierungsrat regelt das Nähere.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 88 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zugestimmt.

14.1. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen - persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen, Bericht der GSK

[19.03.25 10:59:05, 23.5244.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, den Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend «Ergänzungsleistungen – persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen» als erledigt abzuschreiben.

Die GSK verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

15. Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR

[19.03.25 10:59:26, 24.1772.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, den vier Beschlussvorlagen zuzustimmen.

Das Wort hat der Präsident der BRK, Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die finanzrechtliche Zuordnung von Liegenschaften erfolgt gemäss dem Finanzhaushaltsgesetz und wird regelmässig überprüft, um sicherzustellen, dass jede Liegenschaft der richtigen Vermögensmasse zugewiesen ist. Grundsätzlich unterscheidet man zwischen dem Verwaltungsvermögen und dem Finanzvermögen. Liegenschaften im Verwaltungsvermögen dienen unmittelbar der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe. Dazu gehören beispielsweise Schulhäuser, Verwaltungsgebäude oder Polizeistationen. Solche Liegenschaften stehen nicht zur freien Verfügung, sondern werden langfristig für die Erbringung staatlicher Leistungen benötigt. Das Finanzvermögen hingegen umfasst Liegenschaften, die nicht unmittelbar einer öffentlichen Aufgabe dienen. Sie können grundsätzlich veräussert werden, wenn der Kanton sie nicht mehr benötigt. Eine korrekte Zuordnung ist entscheidend, um die kantonalen Ressourcen effizient zu verwalten und Transparenz in der Bewirtschaftung der Liegenschaften sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund schlägt der Regierungsrat vor, zwei Liegenschaften aus dem Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen zu überführen, eine sogenannte Entwidmung, und zwei Liegenschaften aus dem Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen zu übertragen, eine Widmung.

Die Kommission hat sich mit diesen Fällen befasst und unterstützt die vorgeschlagenen Umwidmungen. Zunächst geht es um die Entwidmungen vom Verwaltungs- und Finanzvermögen.

Die Parzelle Nr. 1896, Sektion 8, ist ein unbebautes Grundstück an der Bäumlihofstrasse/Allmendstrasse. Diese Parzelle umfasst rund 19’000 m2 und liegt in der Grünanlagezone. Sie wurde ursprünglich als Reserve-Land erworben und ist derzeit landwirtschaftlich verpachtet. Eine Nutzung für Verwaltungszwecke ist nicht vorgesehen, da sich das Grundstück ausserhalb

des Siedlungsgebietes befindet und keine öffentliche Aufgabe erfüllt. Analog zu anderen landwirtschaftlich genutzten Grünflächen wird daher eine Überführung ins Finanzvermögen vorgeschlagen. Damit bleibt die Flexibilität erhalten, über eine künftige Nutzung zu entscheiden.

Die Parzelle Nr. 2085, Sektion 8, am Eisenbahnweg 7/7A, diese Parzelle liegt ebenfalls in der Grünanlagezone und umfasst zwei Wohngebäude. Beide Gebäude sind im kantonalen Inventar der schützenswerten Bauten erfasst. Die Liegenschaft wurde ursprünglich als Pächterhaus des Guts Rankhof genutzt, später saniert und in eine Wohnnutzung überführt. Die heutige Nutzung besteht ausschliesslich aus privater Wohnvermietung, eine Rückführung in eine öffentliche Nutzung ist nicht geplant. Da die Liegenschaft somit keiner Verwaltungsaufgaben mehr dient, soll sie ins Finanzvermögen überführt werden.

Nun kommen wir zu den Widmungen vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen.

Die Parzelle Nr. 2017, Sektion 4, an der Röschenzerstrasse 7, diese Liegenschaft wurde ursprünglich als Wohnhaus errichtet und später für die Kinder- und Jugendpsychiatrie genutzt. Nach dem Auszug der Klinik im Jahr 2019 wurde die Liegenschaft zur Zwischennutzung vermietet. Eine ursprünglich geplante Wohnnutzung konnte aufgrund der baulichen Gegebenheiten nicht realisiert werden. Nun soll die Liegenschaft langfristig als Tagesstruktur und Kindergarten für das Schulhaus Brunnmatt genutzt werden. Aufgrund dieser öffentlichen Nutzung ist es folgerichtig, die Liegenschaft vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen zu überführen.

Die Parzelle Nr. 0643, Sektion 8, an der Grenzacherstrasse 106, genannt Rosengarten, diese Liegenschaft beherbergt einen Kindergarten, der langfristig erhalten bleiben soll. Ursprünglich gab es Überlegungen, die Liegenschaft an die F. Hoffmann-La Roche AG zu veräussern. Allerdings stiess dies auf Widerstand aus der Bevölkerung. Die aktuelle Strategie sieht eine langfristige öffentliche Nutzung vor, weshalb eine Überführung ins Verwaltungsvermögen beantragt wird.

Unsere Kommission hat sich mit diesen vier Fällen auseinandergesetzt und ist zum Schluss gekommen, dass die vorgeschlagenen Umwidmungen sachgerecht sind. Die Entwidmungen betreffen Liegenschaften, die keine Verwaltungsaufgaben mehr erfüllen, während die Widmungen sicherstellen, dass für langfristige öffentliche Nutzungen die korrekte Vermögenszuordnung erfolgt.

Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen daher, den Anträgen des Regierungsrats zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland verzichtet auf eine Wortmeldung. Ich habe keine Sprechenden eingetragen.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 (Seite 9 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung des Grossratsbeschlusses 1.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006093, 19.03.25 11:06:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Parzelle Nr. 1896, Sektion 8, ohne Adresse, ist vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen zu übertragen (Entwidmung). (Inkraftsetzung per 1. Juli 2025).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Grossratsbeschluss einstimmig mit 88 Ja-Stimmen angenommen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2 (Seite 10 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung des Grossratsbeschlusses 2.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006094, 19.03.25 11:06:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Parzelle Nr. 2085, Sektion 8, Eisenbahnweg 7/7A ist vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen zu übertragen (Entwidmung). (Inkraftsetzung per 1. Juli 2025)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 87 Ja-Stimmen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 3 (Seite 11 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung des Grossratsbeschlusses 3.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006095, 19.03.25 11:07:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Parzelle Nr. 2017, Sektion 4, Röschenzerstrasse 7 ist vom Finanzvermögen ins Ver-waltungsvermögen zu übertragen (Widmung). (Inkraftsetzung per 1. Juli 2025)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde mit 92 Ja-Stimmen angenommen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 4 (Seite 12 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung des Grossratsbeschlusses 4.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006096, 19.03.25 11:08:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Parzelle Nr. 0643, Sektion 8, Grenzacherstrasse 106 ist vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen zu übertragen (Widmung). (Inkraftsetzung per 1. Juli 2025).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 92 Ja-Stimmen.

16. Petition P482 "Matthäusplatz bleibt Matthäusplatz", Bericht der PetKo

[19.03.25 11:08:06, 24.5409.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Für die Kommission hat Nicole Strahm-Lavanchy das Wort.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Gerne präsentiere ich Ihnen im Namen der Petitionskommission den Bericht zur Petition P482 «Matthäusplatz bleibt Matthäusplatz». Die Petition «Matthäusplatz bleibt Matthäusplatz» fordert die Zurückweisung des offiziellen Entscheids, den seit jeher als Matthäusplatz bekannten Platz offiziell in Matthäuskirchplatz umzubenennen. Die Petitionskommission hat jeweils eine Vertretung der Petentschaft und der Verwaltung zu einem Hearing eingeladen. Der Matthäusplatz ist seit mehr als 100 Jahren ein zentraler Treffpunkt im Matthäusquartier. Hier finden der Wochenmarkt, Veranstaltungen sowie das soziale Leben des Quartiers statt. Dass die Bedeutung des Ortes mit der de facto neuen Bezeichnung Matthäuskirchplatz auf eine rein kirchliche Funktion reduziert wird, wird diesem Platz laut Petition nicht gerecht. Auch in der Quartiergemeinschaft wird dieser Örtlichkeit eine wesentlich umfassendere Rolle zugeschrieben.

Es ist für die Petentschaft gut nachvollziehbar, dass die Nomenklaturkommission bei der Benennung von Strassen und Plätzen einer gewissen Systematik folgt. Kein Verständnis zeigt sie aber, wenn die Systematik höher gewichtet wird als der gelebte Alltag. Der Name Matthäusplatz sei identitätsstiftend und müsse deshalb bestehen bleiben. Die Vertretenden der Petentschaft haben zudem verschiedene Beispiele erwähnt, bei denen ein Platz trotz Kirche nicht als Kirchplatz bezeichnet ist. So heisse der Claraplatz trotz Clarakirche nicht Clarakirchplatz und der Barfüsserplatz trotz Barfüsserkirche nicht Barfüsserkirchplatz. Dass Plätze mit Kirche als Kirchplatz bezeichnet werden, sei in Basel also keine prinzipielle Regel.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt aus Sicht der Petentschaft ist das missachtete Mitwirkungsrecht der Quartierbevölkerung gemäss § 55 der Kantonsverfassung. Dieser besagt, dass der Staat die Quartierbevölkerung in seiner Meinungs- und

Willensbildung einzubeziehen hat, sofern Interessen tangiert werden. Die Umbenennung in diesem Fall erfolgte aber ohne vorherige Konsultation der betroffenen Anwohnenden und Organisation wie dem Quartierverein «Matthäusplatz unser Platz» oder dem Stadtteilsekretariat. Die Petentschaft hofft nun sehr, dass die Nomenklaturkommission nicht an ihrer eigenen Systematik festhält und deshalb der Willensäusserung der Bevölkerung folgt und den Namen Matthäusplatz als offiziellen Namen anerkennt.

Die Vertretung der Verwaltung, beide auch Mitglieder der Nomenklaturkommission, argumentiert, dass die Nomenklaturkommission nach festgelegten Kriterien arbeitet, die historische, topografische und städtebauliche Aspekte berücksichtigen. Der Name Matthäuskirchplatz sei sachlogisch, da die Matthäuskirche seit ihrer Errichtung im Jahr 1896 das städtebaulich prägende Element des Platzes darstelle. Zudem sei diese Bezeichnung in historischen Dokumenten nachweisbar und im Verwaltungskontext bereits mehrfach benutzt worden. Dass die Bezeichnung Matthäuskirchplatz keine Erfindung der Nomenklaturkommission ist, hat deren Vertretung mit verschiedenen Dokumenten aus der Vergangenheit belegt. Dass sich aber auch viele Beispiele finden lassen, bei denen vom Matthäusplatz die Rede ist, ist bei der Nomenklaturkommission unbestritten. Auch ist ihnen bewusst, dass der Platz sowohl in der Verwaltung als auch in der Bevölkerung sowohl Matthäusplatz wie auch Matthäuskirchplatz genannt wird und dass sich dieser Umstand mit der offiziellen Benennung des Platzes zum Matthäuskirchplatz auch nicht ändern wird.

Die Nomenklaturkommission entscheide aber nicht im stillen Kämmerlein, sondern suche jeweils den Kontakt zu Betroffenen. Sie vergebe nicht abgehoben oder nach starren Regeln Namen für Strassen und Plätze und sei durchaus bestrebt, den Wünschen der Bevölkerung gerecht zu werden. Sie tausche sich mit Verwaltungsstellen, betroffenen Grundeigentümer und bei Personenbezeichnungen auch mit Verwandten oder Stiftungen aus. Um aber zu verhindern, dass Interessengruppen oder Firmen ihre Wünsche durchsetzen, sei eine gewisse Unabhängigkeit wichtig. Dass bei der Benennung von Strassen und Plätzen nicht immer alle zufrieden seien, lasse sich leider daher nicht verhindern. Eines ist sich die Nomenklaturkommission im Nachhinein aber bewusst, die Kommunikation ist zukünftig verbesserungswürdig. Einen solch tragenden Entscheid, wie üblich nur via Mitteilung im Kantonsblatt, zu publizieren, das reicht nicht.

Die Petition per se kommt zum Schluss, dass die offizielle Bezeichnung Matthäuskirchplatz nicht zwingend ist, da es in Basel zahlreiche Plätze mit Kirchen gibt, die nicht als Kirchplatz benannt sind, wie bereits gehört. Während die systematische Herangehensweise der Nomenklaturkommission nachvollziehbar ist, wäre ein Einbezug der Quartierbevölkerung und den diversen zugewandten Organisationen in diesem Fall sinnvoll gewesen. Die Petition zeigt nämlich deutlich, dass der Name Matthäusplatz in der Bevölkerung gebräuchlicher ist als Matthäuskirchplatz. Dennoch kann nicht abschliessend gesagt werden, ob sich eine klare Mehrheit der Bevölkerung vom Matthäusplatz oder vom Matthäuskirchplatz entschieden hätte.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Petitionskommission dem Grossen Rat, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen, mit der Bitte an die Regierung, eine erneute Prüfung unter Berücksichtigung der Quartierbevölkerung, Stadtteilsekretariat, Quartiervereine, usw. in Betracht zu ziehen, eventuell mittels einer Umfrage, welche die Präferenzen der Bevölkerung ermittelt, um so auch die gelebte Identität des Quartiers herauszufinden. Die daraus resultierenden Erkenntnisse können dann abschliessend für die Namensgebung berücksichtigt werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Petition P482 "Matthäusplatz bleibt Matthäusplatz" wird dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen.

17. Petition P483 "Für einen sicheren Stücki-Steg JETZT!", Bericht der PetKo

[19.03.25 11:15:23, 24.5436.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Für die Petitionskommission das Wort hat Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Die Petition «Für einen sicheren Stücki-Steg JETZT» fordert dringend notwendige Verbesserungen an der Brücke über die Wiese, zwischen dem Wiesendamm und der Hochbergerstrasse, um diese bei allen Witterungen für

alle Nutzer*innen zugänglich zu machen. Die Petentschaft weist dabei auf drei zentrale Probleme hin: Die seit mehreren Jahren defekte Beleuchtung, den rutschigen Metall-Belag und die unzureichenden Bodenmarkierungen, die zu gefährlichen Situationen zwischen Fuss- und Veloverkehr führen.

Die Petitionskommission hat sich in einer Sitzung mit dem Anliegen befasst. Am 13. Januar fand eine Anhörung mit einem Vertreter der Petentschaft sowie Vertretern des Bau- und Verkehrsdepartements statt. Auch nach dieser Anhörung kann die Petitionskommission die Unzufriedenheit der Bevölkerung von Kleinhüningen über den derzeitigen Zustand des Stücki-Stegs nachvollziehen. Die Verwaltung bestätigte, dass die Beleuchtung bereits 2020 ausser Betrieb genommen wurde, weil keine Ersatzteile mehr verfügbar waren, und teilt aber mit, dass eine neue Beleuchtung nun Anfang 2025 installiert werden soll.

Bezüglich des rutschigen Belags bestehen trotz den Ausführungen des Bau- und Verkehrsdepartements weiterhin Sicherheitsbedenken, insbesondere bei Nässe, bei starkem Laubfall und bei Kälte. Hier fordert die Kommission eine vertiefte Prüfung möglicher Verbesserungen, sei es durch einen neuen Belag, eine Beschichtung oder intensivere Reinigung und Winterdienst. Zudem sollen die Bodenmarkierungen erneuert und sichtbar gemacht werden, damit Fussgänger und Velofahrer*innen besser aneinander vorbeikommen.

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 10 zu 0 Stimmen, die Petition «Für einen sicheren Stücki-Steg JETZT» an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Sie fordert den Regierungsrat zum einen auf, die Wirkung der neuen Beleuchtung nach der Installation mit einer Vertretung der Petentschaft zu evaluieren. Sollte auch die neue Beleuchtung von Vandalismus betroffen sein, müsste zeitnah nach einer anderen Lösung gesucht werden. Zum anderen erwartet die Kommission, dass der Regierungsrat Massnahmen zur Verbesserung der Begeh- und Befahrbarkeit des Stücki-Stegs ergreift.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P483 "Für einen sicheren Stücki-Steg JETZT!" wird dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen.

19. Motion Joël Thüring und Konsorten für mehr Sicherheit im Kleinbasel: Verlängerung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage

[19.03.25 11:18:25, 25.5003.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne erläutere ich, warum der Regierungsrat nicht bereit ist, diese Motion entgegenzunehmen. Es ist ja so, dass wir diese Videoüberwachung im Sommer 2023 installiert haben, gestützt auf die doch frappanten Fallzahlen im Bereich schwerer Gewaltdelikte rund um die Dreirosenanlagen. Es war eine flankierende Massnahme zu Kontrollen, zur weiteren Vernetzung auch der weiteren Anspruchsgruppen auf der Dreirosenanlage, die JuAr ist ein Beispiel, die Ranger sind ein weiteres, etc. Wir haben relativ schnell feststellen können, dass diese Massnahme Wirkung erzielt hat, die Gewaltdelikte gingen markant zurück. Was allerdings nicht geschehen ist, ist der Rückgang von Drogenkriminalität und Kleinkriminalität, aber das war auch nicht die Stossrichtung der Videoüberwachung, da weiss man auch, dass dieser abschreckende Effekt jetzt nicht besonders gross ist.

Nun, wir sind nicht ganz frei in der Anordnung einer Videoüberwachung, wir stützen uns dabei auf das IDG, § 17. Da heisst es auch ziemlich deutlich drin, wenn diese Massnahme nicht mehr nötig ist oder den Zweck erfüllt und die Fallzahlen, jetzt in unserem Fall, markant zurückgehen, dass man dann eben auch verpflichtet ist seitens Justiz- und Sicherheitsdepartement, beantragende Behörde, diese Massnahme zu hinterfragen respektive dann auch aufzugeben. Das haben wir nach einer einmaligen Verlängerung, die wir noch gemacht haben bis Ende 2024, dann auch gemacht, weil wir der Meinung waren, wir haben jetzt eigentlich das Ziel erreicht. Wir sind mit Vorsicht unterwegs allerdings, weil wir haben die Vorinstallation auf der Dreirosen noch so weit stehengelassen, das heisst, wir wären sehr schnell, wenn sich eine gegenteilige Bewegung oder Entwicklung abzeichnen würde, diese Videoüberwachung wieder zu installieren, selbstverständlich nach den gesetzlichen

Voraussetzungen des IDG unter Einbezug der Datenschutzbeauftragten, all das, was die gesetzlichen Rahmenbedingungen auch ausmachen.

Das war der Grund, weshalb wir zum Schluss gekommen sind, wir müssen auch ehrlich sein, es ist nicht eine dauerhafte Grundlage für eine dauerhafte Überwachung und wenn wir Wirkung erzielen und diese Zahlen auch monitoren, dann müssen wir auch entsprechend handeln, wenn es besser wird und die die Überwachung auch abschalten. Das will aber nicht heissen, dass es jetzt da einfach nie mehr Überwachungen gibt. Wir prüfen unsere sogenannten Hotspots in der Stadt sehr wohl und da, wo wir der Meinung sind, dass die Videoüberwachung zielführend ist, werden wir die in Erwägung ziehen, selbstverständlich, aber hier waren wir jetzt wirklich der Meinung, dass wir das Ziel erreicht haben und könnten aber gestützt auf die gesetzliche Grundlage, das ist mitunter der Grund, weshalb der Regierungsrat findet, die Motion ist wie nicht nötig, weil wir haben die Grundlage. Wenn wir zum Schluss kommen, polizeilich, es ist wieder notwendig, dann gehen wir einfach normal in den Prozess nach § 17 IDG und das ist der Grund.

Ich denke, was auch noch erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, ist, dass die Videoüberwachung wirklich ein Element war dieses Massnahmenpakets, das wir aufgegleist haben über die Departementsgrenzen hinweg. Ich habe es gesagt, mit verschiedenen Anspruchsgruppen, unter Einbezug aller Stakeholder, die da auf der Dreirosenanlage auch Interessen haben, und das hat insgesamt als Paket Wirkung erzielt, aber ich denke, wir müssen dranbleiben, wir dürfen nicht einfach jetzt nur sagen, es ist gelöst und fertig. Insbesondere die Drogenkriminalität macht mir Sorgen, aber da müssen wir andere Mittel und Wege finden als eine Videoüberwachung.

Das ist der Grund, weshalb wir da zum Schluss kommen, das wäre jetzt nicht zielführend, nicht basiert auf die aktuellen Zahlen, das weiterzuführen und ich bin gebunden ans Gesetz und muss diese Voraussetzungen auch ernst nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe gar nicht gewusst, dass das Geschäft heute kommt, aber da muss ich natürlich als Ein-Thema-Partei reden und es ist die Motion von meinem lieben Freund, Joël Thüring. Ich fühle mich nicht verächtlich gemacht, wenn es heisst, Ein-Thema-Partei, die Grünen sind es auch, die haben es im Namen und ich bin ja auch Grossrat aus dem Wahlkreis Kleinbasel. Und es geht um das Kleinbasel, ich wohne auch im Kleinbasel. Ich bin früher, das können Sie nicht wissen, Grossrat in Grossbasel West gewesen, 84 und 88.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das tut nichts zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich habe dann gemerkt, wegen dieser Kriminalität im Kleinbasel braucht es den Erik im Kleinbasel. Darum habe ich meinen Wahlkreis gewechselt von Grossbasel West nach Kleinbasel und dort bleibe ich bis zum bitteren Ende.

Wegen der Kriminalität. Ich bitte Sie, die Motion von Joël Thüring zu überweisen. Ich bitte Sie wirklich inständig, das zu überweisen. Und weil ich ja auch die Begabung habe, nach vorne zu blicken, kann ich Ihnen sagen, ich habe jetzt noch kein «Chrüzlistich» auf Papier bekommen, aber wenn es jetzt abgelehnt wird, dann, ich weiss nicht, ob Joël Thüring nachher redet, aber wenn Sie jetzt die Motion ablehnen, verärgern Sie Joël Thüring und dann kommen die Schlagzeilen bei ihm in Social Media zu dieser Motion; Parlament lehnt Videoüberwachung ab, nur SVP für Sicherheit in Kleinbasel. Das sind dann Schlagzeilen, die Sie dann haben.

Die Frau Ministerin hat richtig gesagt, es gibt so Hotspots, also auf Deutsch Problembezirke, Problemviertel oder Ghetto, auf Englisch Hotspot, und ich muss sagen wegen dieser Sicherheit in Kleinbasel, Videoüberwachung, höre ich, und ich höre das wirklich schon seit vielleicht 30 Jahre, dass mir viele Wähler sagen, Herr Weber, die Polizei geht nicht mehr gerne in die Problemviertel. Und dann sage ich, ja, ich kann da jetzt auch nicht viel machen. Frau Eymann hat richtig angesprochen, Drogenkriminalität, auch heute Morgen wieder, bevor ich hier ins Parlament komme, gehe ich immer meine Post holen am Claraplatz, stehen auch schon wieder fünf Stück dort, die am Claraplatz irgendwie Sachen verkaufen. Und darum wäre ich dankbar, wenn die Motion durchgeht, weil das auch mein Thema ist und ich finde, das darf man sagen.

Ich weiss nicht, ob Joël Thüring es sagen wird oder Herr Hochuli als Quartierpolizist wird sich auch auskennen, ich muss einfach sagen, viele Leute haben Angst, am Abend rauszugehen und das kann nicht sein. Auch ich gehöre zu diesen Fällen jetzt schon, ich habe einfach Angst, am Abend rausgehen, egal wo in Basel oder sonst wo, weil es einfach dann abends dunkel ist und weniger Polizei und weniger Zeugen unterwegs sind. Und es kann ja nicht sein, dass es dann in Kleinbasel heisst, man kann abends ab 6 Uhr nicht mehr rausgehen und das erfinde ich einfach nicht. Das ist der Fall und das regt mich einfach auf.

Darum bin ich jetzt gespannt, was der Polizist Hochuli sagt, den ich sehr schätze. Dann wird natürlich abgelehnt von Frau Zürcher und von Frau Heer, aber dann gibt es die Abstimmung und dann sehen wir, was herauskommt. Ich freue mich auf eine spannende Diskussion und bitte Sie, da mitzumachen. Und wie gesagt, denken Sie daran, dass Joël Thüring als Altgrossratspräsident und freundlicher Mensch wirklich das Thema bearbeitet hat und bitte denken Sie auch daran, und das möchte ich noch sagen, Joël Thüring vertritt die stärkste Partei in der Schweiz und das darf man in Basel sagen, Joël Thüring, stärkste Partei der Schweiz, da bin ich stolz, dass ich auch ein Foto mit ihm zusammen habe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Videoüberwachung in der Dreirosenanlage hatte messbaren Erfolg. Die Sicherheitslage auf dem Areal hat sich im 2024 im Vergleich zum 2023 stark verbessert. Im Juni bis November 2023 gab es 283 Meldungen im Zusammenhang mit der Dreirosenanlage an die Polizei, im gleichen Zeitraum im 2024 nur noch 138 Meldungen. Die Meldungen haben sich also halbiert, insbesondere nahmen die schweren Gewaltdelikte ab. Wir sehen also, dass die Videoüberwachung präventiv gegen Delikte wirkte und dadurch wird auch die Kantonspolizei ein Stück weit in ihrer Arbeit entlastet.

Wichtig ist aber auch, dass durch die Videoüberwachung die Effektivität der Strafverfolgung durch die Videokameras erhöht werden konnte. Seit der Inbetriebnahme der Videoüberwachung im August 2023 bis im Dezember 2024 wurden in 86 Fällen Aufzeichnungen von Delikten zuhanden der Staatsanwaltschaft gesichert. Das ist eine hohe Anzahl. Damit können einerseits die Sachverhalte besser aufgeklärt werden und andererseits kann auf den Aufnahmen die Täterschaft erfasst werden. Aufgrund dieser Videoaufzeichnungen konnten bereits zahlreiche Täter von Polizistinnen und Polizisten erkannt werden. Somit konnten diese Strafverfahren gegen die identifizierten Personen anstatt gegen unbekannt eingeleitet werden.

Mir ist natürlich bewusst, dass sich die Sicherheitslage in der Dreirosenanlage nicht nur wegen der Videoüberwachung, sondern auch zusammen mit den anderen Massnahmen verbessert hat, wie die höhere Polizeipräsenz und Kontrollen, der Erhöhung der Präsenz des Ranger-Dienstes und auch der besseren Beleuchtung. Aber ich bin überzeugt, dass sich ohne Videoüberwachung die Sicherheitslage auf der Dreirosenanlage im Sommer dieses Jahres wieder verschlechtern wird und wenn Delikte passieren, können viel weniger davon aufgeklärt und Strafverfahren gegen die Täter eingeleitet werden, weil diese ohne Videoaufnahmen oft nicht identifiziert werden können.

Weshalb sollten wir nun eine Massnahme nach weniger als eineinhalb Jahren beenden, die erfolgreich ist? Ich will auch nicht, dass die Videoanlage für immer in Betrieb ist, aber sie sollte schon mindestens zwei ganze Sommer hintereinander in Betrieb sein, um dann die Wirkung analysieren zu können. Bezüglich des Datenschutzes müssen Sie sich wirklich auch keine Sorgen machen. Der Zugriff auf die aufgezeichneten Videodaten ist streng geregelt. Nur spezifische Mitarbeitende der Kantonspolizei haben Zugriff. Zudem werden die Video-Dateien nach sieben Tagen automatisch gelöscht.

Ich bitte Sie, auch im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, diese Motion zu überweisen, für die Sicherheit in Kleinbasel und im speziellen der Dreirosenanlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Die Überwachung von öffentlichem Raum stellt einen massiven Eingriff in die Grundrechte der Bevölkerung dar. Der Nutzen dagegen ist eher bescheiden. Ich sage nicht nichts, aber bescheiden. Eine Kamera verhindert nämlich keine Straftat. Im besten Fall ermöglicht sie im Nachhinein, diese Tat zu beweisen, das ist, was mein Vorredner aufgeführt hat, jedoch ist die Qualität des Beweismaterials auch nicht immer über ihren Zweifel erhaben. Also ich denke, es gibt hier eine gewisse Unterstützung, aber es ist nicht so, dass man alles damit nachträglich verfolgen kann. Was aber ganz klar ist, ist, dass das Abschreckungspotenzial von Videoüberwachungen äusserst gering ist. Es wird im besten Fall oder im schlechtesten Fall, je nachdem, wie man das sehen will, eine Verlagerung der Delikte stattfinden. Gerade bei der Dreirosenmatte hat man jetzt eine Verlagerung des Drogenhandels in die Quartiersträsschen und die Vorgärten beobachtet. Ich weiss jetzt auch nicht, ob das wirklich der Erfolg ist, den Sie hier feiern möchten. Denn das Wichtigste ist, dass man mit einer videoüberwachten Stadt oder einem videoüberwachten öffentlichen Raum die Kriminalität nicht per se in den Griff kriegt. Das zeigen Studien aus London, wahrscheinlich eine der meist videoüberwachten Städte der Welt und ja, auch die USA gilt jetzt nicht unbedingt als ein Land mit sehr geringer Kriminalitätsrate trotz der sehr hohen Überwachungsrate.

Wenn wir tatsächlich etwas gegen die Drogen- und Armutskriminalität tun wollen, braucht es einerseits Arbeitserlaubnisse, es braucht Anerkennung von Ausbildungen, es braucht aber ganz wichtig, und ich denke, hier sollten auch die polizeilichen Ressourcen eingesetzt werden, eine Bekämpfung der mafiösen Strukturen im Hintergrund, weil die sorgen dafür, dass es passiert, vor Ort sind die Leute austauschbar. Aber es braucht auch, und das ist absolut entscheidend, einen Zugang mit

einer Begleitung der Suchtbetroffenen, gerade jetzt hier, wo es um die die Drogenkriminalität geht, um eben eine Beschaffungskriminalität einzudämmen. Anstatt diese Ursachen anzugehen, begrenzen die SVP und ihre offenbar neuerdings Junior-Partei LDP lieber die freiheitliche Demokratie und wollen die polizeilichen Ressourcen auf diese Videoüberwachung setzen.

Ich möchte zum Schluss nochmals kurz einen Satz aus der Medienmitteilung zitieren, die die Kantonspolizei zur Einstellung der Videoüberwachung gemacht hat. Es entspricht auch dem, was die Polizeidirektorin vorher ausgeführt hat. «Mit diesem Entscheid kommt die Kantonspolizei der Vorgaben des kantonalen Informations- und Datenschutzgesetzes nach, eine Videoüberwachung örtlich und zeitlich auf das zur Erreichung des konkreten Zwecks Erforderliche zu beschränken». Also was heisst das jetzt? Die Motionär*innen von SVP und LDP wollen also oder fordern also eine widerrechtliche und unnötig lange Videoüberwachung. Wir von der BastA finde es schon noch interessant, wie selektiv diese Law&Order-Parteien offenbar auswählen, welche Gesetze mit jedem Mittel durchgesetzt werden sollen und gegen welche gezielt verstossen werden soll.

Ich bitte Sie alle, die den Rechtsstaat, die Grundrechte, die wir haben, aber auch die liberale Gesellschaft wertschätzen, diese Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Zürcher, es gibt eine Zwischenfrage von Felix Wehrli. Sie wird entgegengenommen.

Felix Wehrli (SVP): Frau Zürcher, ist Ihnen bewusst, dass es eben nicht oder nicht nur um die Drogenkriminalität geht, von der Sie jetzt eigentlich nur geredet haben, sondern vor allem um Gewaltdelikte, Tötungsdelikte, etc., die es seither nicht mehr gegeben hatte, und ist Ihnen der Schutz von diesen Leuten, ist Ihnen das völlig Wurst?

Tonja Zürcher (BastA): Als Anwohnerin oder nicht ganz direkt, aber relativ direkte Anwohnerin ist mir sehr bewusst, was dort gelaufen ist und auch, was die Sorge der Quartierbevölkerung ist. Es hat sich aber sehr stark beruhigt, insbesondere, und das wurde mir mehrfach gesagt, aufgrund der Ranger-Dienste, die dort vorhanden sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Auch auf die Gefahr hin, dass ich jetzt auch zur Law&Order-Fraktion gehöre, Tatsache ist einfach, dass wir ein Problem haben. Wir haben mit dieser Videoüberwachung gewisse Sachen verhindern können bzw. es hat vielleicht auch ein bisschen geholfen, wie andere Sachen auch helfen, und von dem her jetzt einfach wieder sagen, wir lösen das mit einem Runden Tisch oder mit irgendetwas, das funktioniert halt einfach nicht. Und ja, es ist so, am Claraplatz sind die Nasen auch wieder da und wenn wir keine andere Lösung haben, müssen wir es zumindest mit solchen Sachen versuchen und Ressourcen bei der Polizei braucht das natürlich dann nicht, wenn wir eine Kamera hinstellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich, diese Motion nicht zu überweisen. Wir erachten sie als inhaltlich falsch und auch wie die Regierung als überflüssig. Wir haben hier im Parlament auch beschlossen, dass es in der Kompetenz des zuständigen Departementes ist, über den Einsatz von Videoüberwachung zu entscheiden und dieser hat auch immer kurzzeitig und verhältnismässig zu erfolgen. Wir erwarten von der Regierung, dass sie diese Entscheide trifft mit dem Blick auf das sorgfältige Zusammenspiel mit anderen präventiven und falls nötig auch repressiven Massnahmen. Als Parlament haben wir in dieser Thematik die Oberaufsicht über die Rechtmässigkeit der Video-Überwachungseinsätze. Das nehmen wir wahr und wir haben auch die Verantwortung, adäquate gesetzliche Grundlagen zu gewährleisten.

Wir lehnen es ab, wenn die SVP uns jetzt unsere eigenen Gesetze, die wir hier beschlossen haben, mit dieser Motion übersteuern möchte. Die Regierung ist in ihrer Kompetenz zum Schluss gekommen, eine Videoüberwachung wäre jetzt nicht mehr verhältnismässig, sie würde nicht dem Gesetz entsprechen und das ist jetzt nicht nachvollziehbar, wieso das Parlament jetzt da gegen die eigenen Gesetze vorgehen solle.

Die Videoüberwachung soll nicht ausschliesslich der Strafverfolgung dienen, das war auch die Absicht der Gesetzgeberin, als das 2004 verabschiedet worden ist vom Grossen Rat, sondern es geht eben auch um diesen präventiven Ansatz der Polizeiarbeit. Die Videoüberwachung ist ja übrigens, wie auch ausgeführt worden ist, dauernd evaluiert worden. Wir müssen

da jetzt nicht noch ein Jahr warten, um diese Evaluation zu machen. Wo wir genau hinschauen müssen, ist, dass die Videoüberwachung noch immer im gesetzlichen Rahmen umgesetzt wird. Das ist nicht immer so gewesen, 2021 ist im Hafen eine Videoüberwachung geheim und ohne das nötige Reglement installiert worden. Bei der Dreirosenanlage ist das bisher gesetzeskonform umgesetzt worden und da schauen wir auch weiterhin genau darauf, auch als SP-Fraktion.

Es ist genannt worden, schon viele Massnahmen sind ergriffen worden in der Dreirosenanlage. Die Videoüberwachung muss ein Element eines ganzheitlichen Ansatzes sein, den haben wir auch mit verschiedenen linken Vorstössen immer wieder gefordert. Vereine, Institutionen im Kleinbasel setzen sich seit Jahren für ein koordiniertes Vorgehen ein und die Regierung hat im Frühjahr 2024 ein umfassendes Massnahmenpaket verabschiedet. Die Behauptung also, dass die Videoüberwachung alleine die Sicherheit verbessern würde, ist schlicht falsch. Kriminalitätsentwicklung in einer Stadt wie Basel ist nie monokausal, sondern multifaktoriell, auch Dynamiken im weltweiten Drogenhandel spielen eine grosse Rolle.

Dass Videoüberwachung hier immer wieder als Wunderlösung dargestellt wird, sei es vom Motionär oder, möchte ich auch erwähnen, die Kommunikation der Polizei verstärkt dies auch, ist aus unserer Sicht fragwürdig und auch ein Stück weit unfair gegenüber den Bemühungen zur Verbesserung der Lebensqualität und Sicherheit, die ganz viele andere Institutionen und andere Departemente auch machen. Die Regierungsrätin hat das dankenswerterweise im Votum erwähnt. Es braucht ein ausgewogenes Massnahmenpaket, die Dreirosen-Rangers sind sehr wichtig, Angebote für Drogenkonsumierende müssen ausreichend zur Verfügung stehen, Ermittlungen im Drogenhandel, usw., und hier möchte ich auch meinen Dank aussprechen an alle, die das seit Jahren auch tun und machen. Ein ganzheitlicher Ansatz ist nicht nur nachhaltiger, er ist auch kostengünstiger. Angesichts des massiven Personalmangels können und wollen wir Sicherheitsprobleme hier im Kanton nicht allein polizeilich lösen. Wir müssen Prävention und Repression immer in ein ausgewogenes Verhältnis bringen.

Dann ist einfach auch noch wichtig, dass die Videoüberwachung nur einen kurzzeitigen Präventionseffekt hat und wenn sie zu lange bleibt, diese Wirkung schnell verpufft. Deshalb ist es wichtig, dass wir immer wieder die Videoüberwachung auch entfernen, weil es kann auch sein, dass die Wirkung, die jetzt nach einem Jahr da war, nach zwei Jahren bereits verpufft wäre. Und dann müssen wir auch über die Verdrängungseffekte sprechen. Das wissen wir ja auch aus der Forschung und auch von Anwohnenden im Kleinbasel, dass das durchaus passiert ist.

Die Dreirosenanlage soll kein Experimentierfeld sein für Rechte, Law&Order-Ansätze, sondern ein Ort, an dem die Behörden endlich nachhaltig lernen sollen, dass sie koordiniert und ganzheitlich vorgehen müssen mit Blick auf Drogenpolitik, Quartierentwicklung, sozialer und polizeilicher Massnahmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Frau Heer, können Sie mir drei sicherheitspolitische Massnahmen nennen, für welche sich die SP-Fraktion konkret in dieser Legislatur einsetzen wird, damit die Kriminalitätsrate insbesondere in Kleinbasel reduziert wird?

Barbara Heer (SP): Wir sind laufend an diesen Themen dran, wir haben verschiedenste Vorstösse eingereicht im letzten Jahr. Das Massnahmenpaket, das ganzheitliche von der Regierung vom letzten Frühling ist massgeblich auch von unseren Vorstössen geprägt worden und das werden wir auch in dieser Legislatur weiterhin machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte das von meinen Vorrednern einmal einordnen, was da gesagt worden ist, weil da werden einfach Sachen vertuscht und als Kleinbasler Grossrat kann man das richtig stellen hier vorne im Grossen Rat. Frau Zürcher hat wortwörtlich gesagt, die Abschreckung ist gering. Ich möchte darauf antworten. Es stimmt nicht und ich muss Ihnen ganz klar widersprechen. Ich stelle fest, wo Kameras sind, sind die Täter gehemmt. Wo Kameras sind, ist ein möglicher Täter gehemmt. Warum? Man könnte ihn ja identifizieren. Wo Kameras sind, sind weniger Beschimpfungen, weniger Diebstahl, wird den Leuten weniger entrissen, werden die Leute weniger beleidigt. Der Beweis, was ich schon seit vielen Jahren sage, ist Abu Dhabi. Dort sind Kameras in jeder Hotelflur, dort können Sie, wenn etwas passiert, zurückverfolgt werden mit der Kamera, in welches Zimmer Sie gegangen sind. Und darum ist dort die Kriminalität gleich null, Frau Zürcher. Ich habe einfach Angst, wenn ich in 20 Minuten jeden Tag lese, Basel ist die kriminellste Stadt der Schweiz und Frau Zürcher, das liegt nicht an mir. Sicherlich bin ich auch in der Statistik vorhanden, aber Basel ist die kriminellste Stadt der Schweiz.

Ich komme zum nächsten Redner, Herrn Hochuli. Er ist für mich ein geschätzter Quartierpolizist und ich bin erschrocken, als er gesagt hat, die Filmchen werden nur sieben Tage gespeichert. Herr Hochuli, ich wäre der Polizei dankbar, wenn man die Filmchen der Täter 30 Tage speichern würde, weil bis man die Anzeige gemacht hat auf dem Polizeiposten in der Clarastrasse, bis es zur Staatsanwaltschaft gegangen ist, bis es dort einen Sachbearbeiter hat, sind die sieben Tage schon vorbei. Herr Hochuli, besser wären 30 Tage.

Herr Seiler, ich habe Ihnen zugehört. Ich schätze Sie sehr als Grossrat, aber Ihre Rede ist sehr kurz gewesen. Ich hätte mir mehr Substanz erwartet.

Ich komme schon zum letzten Redner, zu Frau Heer. Danke für Ihre staatspolitische Erklärung, dass wir als Parlament die Oberaufsicht über die Kameras haben. Aber Frau Heer, Sie lehnen das ja ab. Wie wollen Sie denn Ihrem Wähler vermitteln, dass Sie gegen Videoüberwachung sind? Das ist mir ein Rätsel, aber es ist nicht mein Problem. Ich bin für Joël Thüring, ich bin für seine Motion. Warum wollen Sie das verhindern, Frau Heer, die Kameras? Das verstehe ich nicht, das hat bei mir einfach kein Verständnis, weil es passiert ja nichts, wer kein schlechtes Gewissen hat, muss keine Angst haben vor einer Kamera. Ich freue mich immer über jede Kamera, da hinten hängt auch eine, ich finde den Livestream toll und wer nichts zu verbergen hat, muss keine Angst haben vor einer Kamera.

Darum unterstütze ich die Motion von Joël Thüring mit viel Herzblut und danke der grössten Partei in der Schweiz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Die Diskussion war jetzt lang und ausführlich und ich gehe nicht nochmal auf die verschiedenen Ausführungen ein. Ich denke, sowohl Christoph Hochuli wie auch Tonja Zürcher oder Barbara Heer sind sehr differenziert auch auf die Situation auf der Dreirosenmatte und auf die rechtlichen Grundlagen eingegangen. Ich spreche vielleicht jetzt eher auch noch mal aus der Sicht einer Person, die in dieser videoüberwachten Zone lebt.

Ich bin jetzt die letzten eineinhalb Jahre, wenn ich in meine Strasse eingebogen bin, war da ein Schild, auf dem stand: Achtung Videoüberwachung. Ich habe mich irgendwann daran gewöhnt. Ich glaube, die Leute, die zu mir auf Besuch kamen, die waren zum Teil so, ah okay, ja genau, ah ja, stimmt, Dreirosenmatte, das ist die videoüberwachte Zone. Ich möchte hier überhaupt nicht mich dagegen aussprechen, dass diese Massnahme in den letzten eineinhalb Jahren auch wichtig war. Wir hatten eine wirklich schwierige Situation auf der Dreirosenmatte, das kann ich Ihnen als Anwohnerin auch sagen und es bestand Handlungsbedarf und entsprechend hat die Polizei mit einem breiten Katalog an verschiedenen Massnahmen da zu einer Beruhigung der Situation beigetragen. Das sehen wir ja auch in den Zahlen. Von daher gab es auch eine Zeit, wo ich dachte, ja, es ist auch nicht schlecht, dass wir die Videoüberwachung im Moment haben.

An was ich aber gleichzeitig jetzt trotzdem daran erinnern möchte, dass wir das Informations- und Datenschutzgesetz haben, das uns ganz klare Richtlinien vorgibt bezüglich wie lange und mit welcher Grundlage man einen öffentlichen Raum videoüberwachen kann. Und Stephanie Eymann hat eigentlich zu Beginn der Debatte alles gesagt, nämlich dass die Vorrichtungen weiter vorhanden sein würden und wenn die Polizei zur Einschätzung kommen würde, dass es wieder eine Videoüberwachung braucht, dass dann auch eine Videoüberwachung wieder eingeführt werden könnte.

Insofern ist die Motion eigentlich überflüssig und in der Motion steht auch, dass es darum geht, durch jetzt noch eine Verlängerung der Videoüberwachung über die Erreichung des Ziels hinaus die Wirkung der Massnahmen evidenzbasierter analysieren zu können. Eine Videoüberwachung dient nicht der Datenerhebung, sondern eben eines kurzfristigen präventiven Einsatzes, das ist kein Forschungsinstrument. Man kann genauso gut umgekehrt argumentieren, wir schalten jetzt die Videoüberwachung ab und schauen, wie sich die Situation entwickelt. Es gibt, wie gesagt, zahlreiche andere Massnahmen, Tonja Zürcher und Barbara Heer haben das ausgeführt. Und was mir auch nicht ganz klar war, Daniel Seiler hat sich jetzt für die Motion ausgesprochen, die FDP hat im «Chrüzlistich» aber eine Ablehnung der Motion. Da würde mich schon auch noch von den Rechtsexperten*innen der FDP und der Mitte interessieren, wie sie das Datenschutzgesetz und den Einsatz von Videoüberwachung einschätzen.

Von daher, im Namen der Fraktion Grüne/jgb bitte ich Sie darum, diese Motion nicht zu überweisen, sondern der Einschätzung der Regierung und der Kantonspolizei zu vertrauen, dass sie diese Situation beurteilen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Felix Wehrli. Sie wird entgegengenommen.

Felix Wehrli (SVP): Ich war erfreut von Ihnen zu hören, dass Sie mit der Videoüberwachung an diesem Ort einverstanden waren, dass Sie das verstanden haben. Sind Sie das in Zukunft auch, wenn es Hotspots gibt, wo die Kriminalität hoch ist?

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Auch in diesem Fall wird die Kantonspolizei eine Einschätzung machen, die wir dann beurteilen werden. Ich kann es nicht per se grundsätzlich so sagen, aber ich kann sagen, dass punktuell auf der Dreirosenmatte das einen Effekt hatte, den ich nicht einfach per se als negativ darstellen würde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Motionär Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich danke für die Debatte. Sie verläuft wie so oft, wenn es um das Thema Sicherheit geht, entlang dem Graben links gegen bürgerlich. Ich hoffe sehr, dass Daniel Seiler in seiner Fraktion noch einige überzeugt, doch auch hier mit uns zu stimmen, um diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

Es wurde nun von den Votanten der linken Seite sehr oft mit diesem Datenschutzgesetz argumentiert. Ja, meine Damen und Herren, das Datenschutzgesetz respektieren wir. Wir müssen aber aufpassen, dass der Datenschutz nicht zum Täterschutz verkommt und all das, was Sie heute in Ihrer Argumentation gebracht haben, ist letztlich Täterschutz. Und Frau Weibel, Sie sagen, eine solche Videoüberwachung soll immer nur temporär erlaubt bleiben. Ich warte auf einen Vorstoss von Ihnen, der die Videoüberwachung in den Tram- und Buslinien der BVB wieder ausschaltet. Ich warte auf einen Vorstoss, der die Videoüberwachung der Leimenstrasse rund um die Synagoge wieder einstellt. Diese Gebiete werden permanent videoüberwacht und es ist nicht so, dass damit irgendjemand sich übermässig überwacht fühlt, sondern diese Massnahmen tragen dazu bei, dass im Zweifel ein Delikt aufgeklärt werden kann.

Und es ist auch nicht so, Frau Weibel, dass Ihre Besucher videoüberwacht sind, wenn Sie zu Ihnen kommen, sondern die Videoüberwachung wird dann von den Strafverfolgungsbehörden herangezogen, wenn ein Delikt geschieht, wenn es darum geht, etwas aufzuklären. Das hat Herr Hochuli in seinem Votum ja auch bereits erwähnt. Es ist nicht so, dass irgendjemand, dem es gerade langweilig ist, bei der Kantonspolizei in die Büros gehen kann, den Computer einschalten kann und mal gucken kann, wer da so rund um die Dreirosenanlage gerade herumläuft, sondern es geht darum, dass wenn es zu einem Delikt kommt und zu einem Strafverfahren, dass dann die Ermittlungsbehörden auf diese Videoüberwachung Zugriff haben können und diese Videoüberwachung ausgewertet werden kann, um das Delikt allenfalls eben aufzuklären. Im Zweifel im Übrigen auch im Sinne desjenigen, der beschuldigt wird. Es gibt auch Fälle, in denen dann vielleicht herauskommt, dass es gar nicht zu einem Delikt gekommen ist. Also es ist nicht einmal nur so, dass eine solche Videoüberwachung immer zu einer Verurteilung führen kann, sondern im Gegenteil vielleicht auch den Beschuldigten entlastet.

Bei der Dreirosenanlage ist es so, das hat Frau Eymann ja selber auch zugegeben, dass wegen der Videoüberwachung nun die Deliktzahlen massiv gesunken sind. Sie sind massiv gesunken und es ist doch völlig absurd, nun sich auf das IDG zu berufen und zu sagen, diese Massnahme kann nun wieder aufgehoben werden, weil sich die Situation verbessert hat. Ja, die Situation hat sich verbessert, eben weil wir diese Videoüberwachung haben. Also da beisst sich die Katze doch in den Schwanz, wenn wir uns hier nun auf das IDG berufen.

Und es ist auch nicht so, Frau Heer, dass dieses Gesetz in Stein gemeisselt ist und der Grosse Rat hier nichts mehr dazu sagen kann. Wir als Grosser Rat, wir sind die Legislative, die gesetzgebende Kraft in diesem Kanton und selbstverständlich können wir mit einer Motion auch den Regierungsrat beauftragen, eine Videoüberwachung länger wie nur eben bis jetzt Ende 2024 zu installieren, so wie es mein Vorstoss gefordert hat, mindestens noch für das Jahr 2025, damit wir zwei Frühjahre, zwei Sommer sehen, wie sich die Lage dort entwickelt, denn ich glaube nicht, dass wenn wir diese Anlage nun ausgeschaltet lassen, dass sich im Sommer die Situation nicht wieder verschlechtern wird. Es wird dort wieder zu weiteren gefährlichen Delikten kommen, das wollen wir doch eigentlich alle nicht und deshalb finde ich diesen Widerstand auch etwas schwierig.

Auch Frau Eymann bezieht sich auf das IDG. Ich kann Ihnen sagen, es gibt die Kantonsverfassung, § 24, die sehr deutlich sagt, dass der Staat für die öffentliche Sicherheit eine Verantwortung trägt. Man kann sich dann, wenn man mit dem Datenschutz ins Gespräch kommt, auch auf diesen Artikel, auf diesen Paragraphen beziehen. Die öffentliche Sicherheit ist ein wichtiges Gut. Die Sicherheit ist die Kernaufgabe des Staates und hier hat aus meiner Sicht auch der Datenschutz zurückzustehen, erst recht dann, wenn es um einen Gewalt- und Kriminalitätshotspot wie die Dreirosenanlage geht.

Ich bitte Sie deshalb wirklich, diese Verlängerung der Videoüberwachung heute zu unterstützen, dafür sicherzustellen, dass die Dreirosenanlage auch in diesem Sommer weniger Delikte erfährt wie noch vor zwei Jahren. Auch die Polizei soll und kann dadurch weiter entlastet werden und ich möchte nicht, dass wir erst wieder dann die Überwachung einschalten, wenn es zu neuen schweren Delikten kommt.

Muss es denn zuerst wieder zu Tötungsdelikten, zu Vergewaltigungen kommen auf diesem Platz, auf dieser Anlage, bevor Sie hier in diesem hohen Hause dieser wichtigen Videoüberwachung zustimmen? Ich finde das ein fatales Signal und ich bitte Sie wirklich, heute mit uns gemeinsam diese Motion zu überweisen, damit die Sicherheit in diesem Gebiet gewährleistet bleibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Weibel. Sie wird entgegengenommen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Joël Thüring, wenn ich Ihrer Argumentation folge, dann müsste man im Prinzip die ganze Stadt videoüberwachen. Wann kommt Ihr Vorstoss dazu?

Joël Thüring (SVP): Nein, ich bin dafür, dass dort videoüberwacht wird, wo es Gewalthotspots gibt. Die Dreirosenanlage ist so einer, ich wäre bei der Heuwaage-Unterführung sehr dafür. Ich bin sehr dafür, dass die Synagoge videoüberwacht ist, aber ich bin nicht dafür, dass die Videoüberwachung überall installiert wird, sondern nur dort, wo die öffentliche Sicherheit stark gefährdet ist, so wie es eben beim genannten Beispiel der Fall ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 56 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006100, 19.03.25 11:59:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 56 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Schluss der 5. Sitzung

11:59 Uhr

Protokoll

der 6. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 19. März 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Franz-Xaver Leonhardt (Mite/EVP), Pascal Pfister (SP), Anina Ineichen (GP), Brigitta Gerber (BastA), Brigitte Gysin (Mitte/EVP), Edibe Gölgeli (SP), Franziska Roth (SP), Jean-Luc Perret (SP), Silvia Schweizer (FDP), Tobias Christ (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

18. Neue Interpellationen ... 3
18.1. Interpellation Nr. 14 Amina Trevisan betreffend Schutz vor Gewalt und Zugang zur Unterstützung und Polizei für Sexarbeitende ... 3
18.2. Interpellation Nr. 15 Jo Vergeat betreffend Beratungen ungewollte Schwangerschaften ... 5
18.3. Interpellation Nr. 16 Lukas Faesch betreffend Schadstoffsanierung Rosental Mitte ... 5
18.4. Interpellation Nr. 17 Tonja Zürcher betreffend mehr Transparenz über hochgradig krebserregendes Benzidin im Klybeck ... 5
18.5. Interpellation Nr. 18 Eric Weber betreffend würde die Basler Regierung den Botschafter von Belarus empfangen? ... 6
18.6. Interpellation Nr. 19 Raoul I. Furlano betreffend Redimensionierung des Neubauprojekts des Universitätsspitals Basel (USB) ... 6
18.7. Interpellation Nr. 20 Oliver Bolliger betreffend einer Basler Unterstützung für die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Nothilfe ... 8
18.8. Interpellation Nr. 21 Mahir Kabakci betreffend Abteilung Polizeiwissenschaften der Kantonspolizei Basel-Stadt ... 10
18.9. Interpellation Nr. 22 Joël Thüring betreffend Sportplatzkrise: gewollte Skurrilitäten in Basel-Stadt? ... 12
18.10. Interpellation Nr. 23 Jessica Brandenburger betreffend Chemische Unterwerfung: Ausprägung, Massnahmen, Sensibilisierung und Opferschutz ... 14
18.11. Interpellation Nr. 24 Julia Baumgartner betreffend Einführung Lernprogramme für Sexualstraftäter ... 15
18.12. Interpellation Nr. 25 Brigitta Gerber betreffend Vorbereitungen und der Handhabung des öffentlichen Raums für die Eurovision Song Contest (ESC)-Veranstaltung – ein Fest für alle! ... 15
18.13. Interpellation Nr. 26 Patrizia Bernasconi betreffend Sicherheitsdispositiv am ESC ... 17
18.14. Interpellation Nr. 27 Heidi Mück betreffend konkrete Umsetzung des Ruhetags- und Ladenöffnungszeitengesetzes (RLG) ... 18
18.15. Interpellation Nr. 28 Christine Keller betreffend möglicher Interessenkonflikte hinsichtlich aktueller und neuer Tätigkeit der Direktoren von USB und UPK ... 19
18.16. Interpellation Nr. 29 Annina von Falkenstein betreffend ESC als Anlass für einen Basler Frühlingsputz ... 20
20. Motion Roger Stalder und Konsorten betreffend Stopp gefährliche Gummiprofile in Tramgeleisen ... 21
21. Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit ... 24
22. Motion Philip Karger und Konsorten betreffend Pilotversuch mit Abfall-Unterflurcontainern, der den Namen "Versuch" verdient ... 25
23. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Arbeitszeitverkürzung für KMUs in einem Pilot ermöglichen ... 30
24. Anzug Andrea Strahm und Konsorten betreffend Basilisken-Brunnen auf dem Wielandplatz ... 35

25. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro 35

Beginn der 6. Sitzung

Mittwoch, 19. März 2025, 15:00 Uhr

18. Neue Interpellationen

[19.03.25 15:00:54]

Balz Herter, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie herzlich zur Nachmittagssitzung. Wir haben derzeit keine Mitteilungen. Somit starten wir direkt mit den Interpellationen.

18.1. Interpellation Nr. 14 Amina Trevisan betreffend Schutz vor Gewalt und Zugang zur Unterstützung und Polizei für Sexarbeitende

[19.03.25 15:01:11, 25.5078.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitende Bemerkungen: Sexarbeitende sind aufgrund der Art ihrer Tätigkeit zweifellos einer erhöhten Gefährdung ausgesetzt. In Basel-Stadt wird deshalb viel unternommen, um den Schutz und die sicheren Arbeitsbedingungen für Sexarbeitende im bestehenden liberalen Modell der erlaubten Prostitution mit Verbotsvorbehalt zu verbessern und Anreize für Transparenz und Regelkonformität zu schaffen. Dabei wird ein Mehrsäulen-Ansatz verfolgt. Staatliche und nicht-staatliche Akteure tauschen sich regelmässig am Runden Tisch Prostitution aus und bemühen sich, in diesem hoch volatilen Arbeitsumfeld den Überblick zu bewahren. In den letzten Jahren wurde die verwaltungsinterne Koordination intensiviert sowie Information und Beratung von Sexarbeitenden und Arbeitgebenden verbessert. Auch die Unterstützung von Sexarbeitenden in arbeitsrechtlichen, finanziellen und gesundheitlichen Belangen wurde gestärkt und während Corona auch auf Arbeitgebende ausgeweitet. Kontrolle und Sanktion sind wichtige Elemente, um regelkonformes Verhalten zu fördern sowie Schwarzarbeit und Ausbeutungssituationen zu bekämpfen.

Zu Frage 1: Die Betriebe werden regelmässig von der Kantonspolizei kontrolliert. Im Rahmen dieser Kontrollen werden die angetroffenen Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter befragt; etwa dazu, ob sie selbstständig darüber entscheiden können, welche Praktiken sie anbieten, ob sie Kunden ablehnen können und wer die Termine vereinbart. Zudem werden sie über ihre Rechte sowie über die Unterstützungsangebote informiert, die zur Verfügung stehen, sollten sie von Gewalt betroffen sein. Es wird auch die Möglichkeit geboten, Anzeigen direkt vor Ort oder in den Räumlichkeiten der Fachstelle Aliena zu erstatten.

Wie einleitend bereits dargelegt, engagiert sich der Kanton Basel-Stadt am Runden Tisch Menschenhandel und am Runden Tisch Prostitution. Diese Gremien dienen der operativen Koordination zwischen verschiedenen Akteuren und Bereichen. Der Runde Tisch Prostitution befasst sich mit den unterschiedlichen negativen Auswirkungen sowie den Begleiterscheinungen der Prostitution. Die involvierten Akteure arbeiten gemeinsam an der schrittweisen Verbesserung der Situation für alle Beteiligten und Betroffenen rund um das Basler Rotlicht-Milieu.

Zu Frage 2: Basel-Stadt setzt einerseits auf die niederschwellige Information, Beratung und Unterstützung von Sexarbeitenden durch Aliena. Durch eine Finanzhilfe unterstützt der Kanton die Massnahmen der Fachstelle zur Stärkung der Sexarbeitenden. Anderseits stellt der Kanton über die Runden Tische zu Prostitution und Menschenhandel sicher, dass Behörden, Fachstellen und NGOs in regelmässigem Austausch stehen, um den Schutz und die Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden zu verbessern. Der Regierungsrat hat die Bekämpfung des Menschenhandels zudem seit 2017 als Schwerpunkt in der Kriminalitätsbekämpfung einschliesslich Strafverfolgung gewählt. Dadurch legen Kantonspolizei und

Staatsanwaltschaft einen Fokus auf die Kontrolltätigkeit im Milieu und koordinieren ihre Zusammenarbeit in der Taskforce Menschenhandel mit weiteren Akteuren, wie dem Migrationsamt oder der Opferhilfekommission.

Zu Frage 3: Es gibt keine statistischen Grundlagen zu Gewalt gegen Sexarbeitende. Es existieren verschiedene Hürden, welche den Gang von Sexarbeitenden zur Polizei erschweren. Dazu gehören die Angst, aufgrund ihrer Tätigkeit stigmatisiert zu werden, oder die Sorge vor ausländerrechtlichen Konsequenzen. Im Kanton Basel-Stadt ist die Fachstelle Aliena als zentrale und niederschwellige Anlaufstelle für Sexarbeitende etabliert. Die enge Kooperation zwischen dem Amt für Wirtschaft und Arbeit mit Aliena im Meldeverfahren trägt dazu bei, dass einem Grossteil der Sexarbeitenden die Dienstleistungen von Aliena bekannt sind.

Zu Frage 4: Unabhängig vom Aufenthaltsstatus haben mutmassliche Opfer von Menschenhandel Anspruch auf Schutz und Unterstützung. Dazu gehören die Unterbringung in einer Schutzunterkunft sowie eine Erholungs- und Bedenkzeit von mindestens 30 Tagen, um zu entscheiden, ob sie mit den Strafverfolgungsbehörden kooperieren möchten.

Bei Kooperation erhalten die Opfer für die Dauer des Strafverfahrens eine vorübergehende Aufenthaltsbewilligung, die an ihre Aussagebereitschaft geknüpft ist. In besonderen Härtefällen kann eine langfristige Aufenthaltsbewilligung beantragt werden.

Während der Erholungs- und Bedenkzeit sowie bei Kooperation wird in der Regel von einer strafrechtlichen Verfolgung des illegalen Aufenthalts abgesehen. Opfer von Menschenhandel können gemäss des "non-punishment"-Grundsatzes von Verstössen gegen das Ausländergesetz entlastet werden. In anderen Fällen ist dies nicht möglich.

Zu Frage 5: Die Mitarbeitenden der Kantonspolizei erhalten Schulungen, ergänzt durch E-Learning-Module und Präsenzveranstaltungen zu Themen wie sexuelle Gewalt, Prostitution und Menschenhandel. Aktuell wird ein spezifisches E-Learning-Modul entwickelt, das die Polizistinnen und Polizisten an der Front dabei unterstützt, Menschenhandel zu erkennen und die richtigen Sofortmassnahmen zu ergreifen.

Zu Frage 6: Die Kantonspolizei verfügt im Bereich Milieu und Menschenhandel über zwei Fachexperten sowie sechs Milizexperten. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf der Kontrolle der derzeit etwa 126 im Kanton betriebenen Salons. Bei diesen Kontrollen wird besonderer Wert daraufgelegt, Vertrauen zu den Sexarbeitenden aufzubauen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, Missstände zu melden. Diese vertrauensbildende Massnahme zielt darauf ab, die Hemmschwelle für Betroffene zu senken, damit sie sich bei Problemen oder Verdachtsmomenten an die Behörden wenden. Weiter steht sie in ständigem Kontakt mit der Kripo, dem Migrationsamt, dem AWA und Aliena. Die Kantonspolizei Basel-Stadt arbeitet auch mit den Schutzeinrichtungen Victras und dem FiZ zusammen. Ziel ist es, gemeinsam ein Augenmerk auf mögliche Missstände im Bereich Arbeitsausbeutung, Förderung der Prostitution und/oder Menschenhandel zu richten, um Opfer bestmöglich zu schützen und mutmassliche Täter den Strafverfolgungsbehörden zu melden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Amina Trevisan (SP): Ich bin mit der Beantwortung der Fragen zufrieden. Als ehemalige Leiterin der Koordinationsstelle prekäre Wohnverhältnisse dürfte ich während rund fünf Jahren am kantonalen Runden Tisch die Prostitution und am Runden Tischmenschenhandel mit vielen Akteur:innen im Bereich Sexarbeit teilnehmen. Zudem engagiere ich mich als Vorstandsmitglied bei der Fachstelle für Frauen im Sexgewerbe Aliena. Deshalb weiss ich, dass das Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt mit der Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe, die sich mit Themen wie häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Opferhilfe für Prostitution und Menschenhandel befasst, eine sehr gute Arbeit leistet. Auch bin ich mir bewusst, dass viele Mitarbeitenden der Polizei für die Lebenssituation von Sexarbeitenden sensibilisiert sind und sich engagiert für den Schutz von Sexarbeitenden einsetzen. Und auch Regierungsrätin Stephanie Eymann ist besonders engagiert im Bereich Gewaltprävention, was ich sehr zu schätzen weiss.

Aus der ProCoRe-Studie geht deutlich hervor, dass die Sexarbeit nicht die Ursache der Gewalt ist. Die Ursache der Gewalt besteht vielmehr in der Mehrfachdiskriminierung, welche die Sexarbeiterinnen erleben. Aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft und ihrer Tätigkeit als Sexarbeiterinnen sind sie einem höheren Gewaltsrisiko ausgesetzt.

Auch die Gewalt, die von den Freiern ausgeht, kann und darf nicht losgelöst von anderen Faktoren wie Männergewalt und geschlechtsspezifischer Gewalt betrachtet werden. Diese Formen von Gewalt ziehen sich durch alle Gesellschaftsschichten. Politisch können wir keinen Respekt für Sexarbeiterinnen einfordern, aber wir können sensibilisieren, informieren und aufklären und dadurch einen Beitrag zur Enttabuisierung und Entstigmatisierung der Sexarbeiterinnen beitragen. Und hier ist es wichtig, dass Fachstellen wie Aliena und Vereine, die sich im Bereich Sexarbeit engagieren, weiterhin finanzielle Unterstützung erhalten.

Die Ergebnisse der Studie von ProCoRe machen zudem deutlich, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, um Sexarbeitende in der Schweiz, auch in Basel, besser vor Gewalt zu schützen. Es braucht Massnahmen auf der Ebene des

Rechtsrahmens, der Prävention. der Strafverfolgung sowie von Unterstützung von Sexarbeitenden. Viele Gewaltbetroffene, die im Milieu tätig sind, getrauen sich nicht, Anzeige zu erstatten. Sexarbeiterinnen brauchen deshalb im Falle von Gewalterfahrung einen niederschwelligen Zugang zu einer Stelle, wir haben gehört, es ist möglich, das freut mich. Ich bin alleine zu hören, dass im Bereich Gewalt im Kontext von Sexarbeit viel unternommen wird und bedanke mich bei allen Beteiligten und für die Beantwortung der Frage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist es erledigt.

18.2. Interpellation Nr. 15 Jo Vergeat betreffend Beratungen ungewollte Schwangerschaften

[19.03.25 15:11:15, 25.5100.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie ist nicht anwesend. Somit gehen wir zum nächsten Traktandum.

18.3. Interpellation Nr. 16 Lukas Faesch betreffend Schadstoffsanierung Rosental Mitte

[19.03.25 15:11:34, 25.5101.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird auch diese Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

18.4. Interpellation Nr. 17 Tonja Zürcher betreffend mehr Transparenz über hochgradig krebserregendes Benzidin im Klybeck

[19.03.25 15:11:47, 25.5102.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Tonja Zürcher (BastA): Es hat sich ja inzwischen etwas getan in dieser Sache bezüglich Altlastengift im Bereich von Klybeck. Ich bin sehr froh, dass die Grundeigentümer:innen inzwischen angekündigt haben, einen Grossteil der Dokumente zu veröffentlichen und uns zu ermöglichen, dazu auch eine Beurteilung von Fachpersonen einzuholen, ich glaube, die wenigsten von uns sind fähig, wirklich alles im Detail zu verstehen und zu lesen, aber es ist wichtig, dass auch unabhängige Personen überprüfen können, was alles an Giftstoffen im Klybeck sind, wie es untersucht wird und wie es weitergeht.

Das hat jetzt nicht hundertprozentig mit dem zu tun, was die Interpellation gefordert hat. Da habe ich nämlich gefordert, dass der Kanton sich für die Transparenz einsetzen soll und das ist auch ein bisschen meine Enttäuschung. Die Grundeigentümer:innen haben zum Glück reagiert auf die ehrenamtliche also freiwillige, am Abend und Wochenende organisierte Altlastenkonferenz im Quartier, und nicht auf einen Druck, der vom Kanton gekommen wäre. Ich weiss nicht, ob der nicht passiert ist oder ob sie da einfach kein Gehör hatten. Ich kann mir aber vorstellen, dass man das schon früher hätte bewirken können, wenn man das gewollt hätte.

Und einfach noch als Anmerkung, weil es auch in dieser Medienmitteilung der Grundeigentümer:innen steht, was ist schon schwierig finde und ich auch wirklich denke, dass die Regierung, der Kanton hier ein Auge darauf haben müsste. Es wurde gesagt, dass man die Sanierungskonzepte dann vorlegt, wenn ein Baugesuch kommt, das heisst wenn eine etappierte Bebauung dieses Areals erfolgt, erfolgt auch eine etappierte Sanierung des Areals. Das heisst, wir haben ein Haus, das ist

gebaut und bewohnt, und vielleicht wird dann nebenan wieder gebuddelt und nach Giftstoffen gesucht, weil da halt doch noch etwas im Boden ist. Das ist sehr unangenehm und ich glaube nicht im Sinne eines attraktiven Quartiers.

Also ich bitte den Regierungsrat ergänzend zu meiner Interpellation sich Gedanken zu machen, dass man mit den Investor:innen zusammen wirklich ein Gesamtsanierungskonzept ausarbeitet und das nicht einfach Schritt für Schritt macht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur nächsten Interpellation.

18.5. Interpellation Nr. 18 Eric Weber betreffend würde die Basler Regierung den Botschafter von Belarus empfangen?

[19.03.25 15:14:29, 25.5103.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellation wird schriftlich beantwortet. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): In meiner Interpellation geht es um den Frieden in der Welt, es geht um grosse Weltpolitik. Wie Sie alle wissen, war ich Ende Januar als Wahlbeobachter in Belarus und habe zusammen mit einem anderen SVP-Kantonsrat die Schweiz repräsentiert und konnte zehn lange TV-Interviews im Fernsehen geben. Die Schweizer Botschafterin hat mich erneut empfangen und jetzt geht es um den Botschafter von Belarus in der Schweiz. Dieser Botschafter genauso wie die Schweizer Botschafterin in Minsk hat mich schon mehrfach empfangen und mir persönlich gedankt für meinen Einsatz.

Russland wehrt sich zu Recht gegen westliche Militäreinrichtungen in seiner Peripherie und wird dabei von Belarus unterstützt. Die Politikerin Sarah Wagenknecht vom Bündnis Sarah Wagenknecht sagte zu dieser Problematik: «Der Kampf um Einflusszonen, um Rohstoffe und Absatzmärkte wir von allen Seiten mit ökononischen, geheimdienstlichen aber zunehmend auch mit militärischen Mitteln geführt. Noch sind es vor allem Stellvertreterkriege, über die die Auseinandersetzung ausgetragen wird. Aber die Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Atommächten ist so gross wie noch nie in der Geschichte der Menschheit. Atomare Aufrüstung und eskalierende Konflikte zwischen den Atommächten setzen das Überleben der Menschheit aufs Spiel und müssen beendet werden.»

Wir wollen, dass die Schweiz seiner historischen Verantwortung wieder gerecht wird und sich auf ihre Neutralität besinnt. Daher fordern wir, dass auch die Basler Regierung mit allen Botschaftern reden und nicht einzelne Länder ausschliessen. Denn die Lösung von Konflikten mit militärischen Mitteln lehnen wir ab. Der Botschafter von Belarus hat mich gefragt, ob ich Wahlbeobachter für die Präsidentschaftswahl machen werde. Und ich habe als Grossrat zugesagt. Der Einsatz in Belarus war sehr gut organisiert, ich hatte ein tolles Mitarbeiterteam.

Belarus wird in den westlichen Medien ganz falsch dargestellt. Es ist ein Informationskrieg gegen Belarus. Jeder soll sich selbst einen Blick über dieses Land verschaffen und hinfahren, dann sieht man, dass alles gelogen ist. Die Menschen in Belarus leben glücklich, es sind sehr hübsche Menschen dort. Und die Weissrussen sind alles patriotischen Menschen, überall werden Volkstänze aufgeführt und die Leute lachen. Sie sind nicht verbittert wie oft in Westeuropa.

Ich danke der Botschaft von Belarus in Bern und der Schweizer Botschafterin in Minsk. Ich liebe Präsident Alexander Lukaschenko.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur nächsten Interpellation.

18.6. Interpellation Nr. 19 Raoul I. Furlano betreffend Redimensionierung des Neubauprojekts des Universitätsspitals Basel (USB)

[19.03.25 15:18:22, 25.5115.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation im Auftrag des Regierungsrats wie folgt beantworten.

Zu Frage 1: Das Universitätsspital Basel (USB) hat 2024 das Generationenprojekt «Campus Gesundheit» erneut einer genauen Prüfung unterzogen. Ziel war es, durch eine möglichst gute Verortung der medizinischen Dienstleistungen die Prozesse zu optimieren und die Kosten für die Bauten und den Betrieb möglichst tief zu halten. Diese Überprüfung erfolgte auch vor dem Hintergrund des negativen Betriebsergebnisses, welches das Spital 2023 verzeichnen musste, sowie der Beobachtung, dass für die meisten Spitäler schweizweit die finanzielle Tragbarkeit der erneuerten Spitalbauten anspruchsvoller geworden ist.

Die Überprüfung erfolgte unter Einbezug aller relevanten Gesichtspunkte, die eine bedarfsgerechte und optimierte Versorgung erlauben. Deshalb bleiben möglichst alle medizinischen Kernleistungen auf dem Campus konzentriert. Dank Prozessoptimierungen, verstärkter Ambulantisierung und Verdichtungen erlaubt die aktualisierte Arealplanung einen Verzicht auf rund 6'400 Quadratmeter Nutzfläche auf dem Campus. Der angepasste Flächenbedarf auf dem Campus kann somit mit dem bereits im Bau befindlichen Turm des Klinikums 2, einem auf den Sockel reduzierten Neubau des Klinikums 3 und der anschliessend geplanten Fertigstellung des Klinikums 2 mit Sockel gedeckt werden. Auf die Realisierung des Turms des Klinikums 3 kann damit vorerst verzichtet werden. Der Turm wird jedoch als langfristige Option offengehalten und deshalb auch weiterhin im Bebauungsplan vorgesehen.

Zu Frage 2: Der Verwaltungsrat des USB hat die Anpassungen am 23. Januar 2025 beschlossen und unmittelbar danach auch den Kanton informiert. Das Vorgehen wurde mit dem Gesundheitsdepartement und dem Bau- und Verkehrsdepartement abgesprochen. Vor der öffentlichen Kommunikation wurden der Regierungsrat, die Präsidenten der Bau- und Raumplanungskommission sowie der Gesundheits- und Sozialkommission vorinformiert, ebenso der Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft. Das Bebauungsplangeschäft kann nun in der Bau- und Raumplanungskommission und der mitberichtenden Gesundheits- und Sozialkommission im Grossen Rat wiederaufgenommen werden. Der Regierungsrat wird dazu in den nächsten Wochen den Kommissionen ein entsprechend aktualisiertes Schreiben zukommen lassen.

Zu Frage 3: Dank dem Verzicht des Baus des Turms des Klinikums 3 können die geschätzten Kosten des Turms von 200 Millionen Franken eingespart werden. Das USB wird den Sockel des Klinikums 3 aber so vorrüsten, dass in einer späteren Generation der Turm bei Bedarf aufgebaut werden könnte. Damit reduziert das USB im Sinne der Nachhaltigkeit den ökologischen Fussabdruck und hält zugleich künftigen Generationen mit der möglichen Ergänzung des Turms die Option zur erneuten Verdichtung des Campus offen.

Zu Frage 4: Bis zum Jahr 2042 investiert das USB mit dem Campus Gesundheit rund 1.7 Milliarden Franken in die Bauprojekte Klinikum 2 und Klinikum 3. Mit der derzeitigen Redimensionierung des Klinikums 3 auf den Sockel kann der für die medizinischen Leistungen notwendige Flächenbedarf gedeckt werden. Die Verdichtung der medizinischen Kernfläche schafft kurze Wege und erleichtert die effiziente Leistungserbringung. Die kurzen Wege sind insbesondere für die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit komplexen Krankheitsbildern und auch für die Mitarbeitenden sehr wichtig, da in diesen Fällen mehrere Teams involviert sind. Die so erleichterte interdisziplinäre Zusammenarbeit ist auch für die Forschenden hochrelevant. Insofern werden die erneuerten Infrastrukturen den zeitgemässen Bedürfnissen der Leistungserbringenden und der Forschenden gleichermassen gerecht.

Zu Fragen 5 und 6: Die Spitäler planen die erforderlichen Erneuerungsinvestitionen eigenständig. Sie beachten dabei die Leistungsaufträge, welche zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit den gleichlautenden Spitallisten aufs Engste abgestimmt sind. Das USB hat dabei auch den heutigen und künftigen Bedarf berücksichtigt, welcher sich aus den engen und vertraglich vereinbarten Kooperationen mit dem Kantonsspital Baselland ergibt. Dies betrifft zum Beispiel die Pathologie, die Radioonkologie oder das Herzkatheterlabor. Somit werden auch Doppelspurigkeiten vermieden.

Im Rahmen der Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft hat der Regierungsrat dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft Mitte November des letzten Jahres eine Einladung zur Aufnahme von Verhandlungen zukommen lassen, die bislang unbeantwortet geblieben ist.

Abschliessend möchte ich noch einmal auf die herausragende Bedeutung des Kantonsspitals Basel für unsere Region und darüber hinaus hinweisen. Ich wiederhole das nicht im Detail, es wurde heute Vormittag bereits gebührend erwähnt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Raoul I. Furlano (LDP): Vielen Dank für die gute Beantwortung und rasche Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin nur teilweise zufrieden und ich werde dies gleich begründen. Die LDP begrüsst selbstverständlich, dass man auf die Finanzen jetzt mehr Gewicht gelegt hat und geschaut hat, wo man einsparen könnte. Das ist immer gut für uns Steuerzahler, und für alle Beteiligten im Kanton ist das sicher richtig und wichtig, dass wir da günstiger – wobei günstig ein Schmeichelwort ist –, davonkommen als geplant. Das ist die eine Seite. Die Dimension der Einsparungen und die Auswirkungen sind befriedigend für mich oder sehr zufriedenstellend beantwortet worden, damit kann ich leben, das sind fähige Leute und Fachpersonen, die sich darum kümmern in dieser Riesenorganisation, die bestens läuft.

Aber was mir gefehlt hat, ist die Transparenz. Ich muss mich zurückbesinnen. Nach nicht so vielen Monaten macht man nun plötzlich eine Kehrtwende, nach einem langen Prozess, während dem in den Kommissionen, hier dring diskutiert wurde, und nun kommt plötzlich die Meldung in den Medien, und das fand ich seltsam und darüber war ich irritiert.

Warum bin ich nicht vollständig zufrieden mit den Antworten, die ja eigentlich Sinn machen? Man kann das Glas halb voll oder halb leer sehen. Die einen sagen, wir seien nachhaltig und gäben der nächsten Generation die Möglichkeit, falls es gebraucht werde. Auf der anderen Seite schieben wir einfach die Kosten, die sicherlich kommen werden, auf die nächste Generation. Das ist meine Glaskugellesung, aber es ist absehbar.

Aber was mich sehr gestört hat ist die Aussage, dass der Regierungsrat mit dem Kanton Basel-Landschaft Mitte November Kontakt aufgenommen und eingeladen habe und seither habe man nichts mehr gehört. Ja stupft man da nicht nach? Und was ist los mit diesem Kanton Basel-Landschaft? Es kann doch nicht sein, dass man bei solchen Milliardenprojekte nicht zusammenarbeitet. Es steht doch auch in der Verfassung, dass wir hier zusammenarbeiten müssen. Das irritiert mich massiv. Aber zu unserer Seite muss ich auch sagen, wenn man eine Einladung verschickt hat und man erhält keine Antwort, dann muss man nachfragen. Das fehlt mir hier.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledig. Auf der Tribüne begrüsse ich nun eine Klasse der Berufsfachschule Basel mit Lehrperson Jens Atelt. Die Lernenden haben sich bereits vorhin mit Jérôme Thiriet ausgetauscht und durften natürlich eine Rathausführung geniessen. Schön, seid ihr bei uns zu Besuch.

Ich übergebe für das nächste Traktandum meiner Statthalterin das Wort.

18.7. Interpellation Nr. 20 Oliver Bolliger betreffend einer Basler Unterstützung für die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Nothilfe

[19.03.25 15:29:12, 25.5116.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er möchte und hat das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Ich möchte meine Interpellation begründen und in den aktuellen politischen Kontext stellen. An der ersten Sitzung der neuen Legislatur anfangs Februar hat der Grosse Rat das Basler OECD Standortförderpaket von 500 Millionen Franken überwiesen. Die Anträge von BastA für mehr soziale Steuergerechtigkeit und internationale Solidarität wurden hier in diesem Saal allesamt abgeschmettert. Drei Wochen später hat die wirtschaftslibertäre US-Regierung unter Präsident Trump einen Shutdown der weltweit wichtigsten amerikanischen Entwicklungsbehörde US Aid beschlossen, für drei Monate alle Gelder eingefroren und unzählige Mitarbeitende auf die Strasse gesetzt und ist dann auch noch aus der WHO ausgetreten. Ein irres, unsolidarisches und wahnsinniges Unterfangen mit dramatischen Auswirkungen für notleidende Menschen und die Beschäftigten in den Entwicklungsprojekten und der humanitären Nothilfe. Kurz darauf wurde bekannt, dass auch in der Schweiz und in Basel Hilfswerke und für die Entwicklungszusammenarbeit entscheidende Institute wie unser Swiss TPH massiv von diesem Entscheid betroffen sind. So ist es beispielsweise die Malariabekämpfung oder die medikamentöse Versorgung von Menschen mit einer HIV-Diagnose in Tansania existenziell bedroht, aber auch die dringend notwendige humanitäre Nothilfe in der kriegsversehrten Ukraine, im zerbombten Gaza, im Sudan, in Syrien und weiteren kriegs- und armutsbetroffenen Regionen dieser Welt.

Nun stellt sich schon die Frage, ob wir als superreiche Stadt einfach wegschauen oder ob wir in eine solidarische humanistische Bewegung kommen. Natürlich ist mir klar, dass unser Kanton nicht einfach voll in die Bresche springen kann

und eine ganze US Aid ersetzen kann. Um das geht es mir auch gar nicht, aber meine Damen und Herren, einfach aussitzen oder wie so oft alleine auf den Bund verweisen, das reicht in der jetzigen Weltlage nicht mehr aus, gerade auch wenn wir uns die jetzige Zusammensetzung des nationalen Parlaments anschauen. Solidarität auch im Kleinen ist gefragt und genau deshalb habe ich diese Interpellation eingereicht.

Ich bin überzeugt, dass wir als Kanton in der Lage sind, zumindest unseren Hilfswerke und dem Institut Swiss TPH in dieser prekären und dramatischen Lage beizustehen und sie mit finanziellen Mitteln zumindest in der akuten ersten Phase zu unterstützen, um ihre wertvolle Arbeit zu sichern. Es kann ja wirklich nicht sein, dass wir einerseits ein riesiges Förderpaket für die grossen Konzerne schnüren, den ESC und die Frauen EM durchführen und somit tief in unsere Schatulle greifen und auf der anderen Seite nicht in der Lage sind, internationale finanzielle Notunterstützung zu leisten. Dem Argument, dass es nicht zielführend sei, dass Kantone sich selber ermächtigen und lokale Hilfswerke oder Institute unterstützen, kann ich überhaupt nichts abgewinnen. Schliesslich haben wir genau das gegenüber unseren hiesigen Grosskonzernen anfangs Februar gemacht. Klar müsste auch der Bund in Bewegung kommen kommen, aber das schliesst eine Mitunterstützung von Seiten der Kantone nicht aus, im Gegenteil, beides wird schlussendlich notwendig sein.

Froh bin ich über die Nachricht aus Bern, dass der Ständerat Würde und Menschlichkeit bewahrt hat und gestern die Zahlung gegenüber dem Palästinenserhilfswerk der UNO nicht beerdigt hat. Aufgrund der aktuellen Elendsituation in Gaza ist dies dringlicher denn je. Wir leben aktuell in Zeiten, in der Menschlichkeit und internationale Solidarität wichtiger denn je sind, sei es im Grossen oder im Kleinen, und ich bin wirklich davon überzeugt, dass wir unseren Blick über Basel-Stadt hinaus ein wenig erweiten müssen. Ich bin gespannt auf die Antworten der Regierung und wünsche mir eine solidarische Haltung, ein mutiges, aktives Handeln zugunsten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Nothilfe für die Hilfswerke und für das Swiss TPH.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich die Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Einleitende Bemerkungen: Die Finanzierung von Projekten von Schweizer Hilfswerken im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit steht aufgrund der Kürzungen der Mittel des Bundes und von internationalen Geldgebern vor grossen Herausforderungen. Der Regierungsrat schlägt mit dem «Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA)» eine substantielle Erhöhung der kantonalen Mittel in diesem Bereich vor, von aktuell insgesamt gut vier Millionen jährlich auf jährlich acht Millionen Franken. Damit soll die internationale Zusammenarbeit nachhaltig gestärkt werden. Das Geschäft befindet sich aktuell in parlamentarischer Beratung.

Zu Frage 1: Der Kanton Basel-Stadt vergibt jährlich Mittel in der Höhe von zwei Millionen Franken auf Basis von Gesuchen für Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Ist die Umsetzung des Projektes nicht wie geplant möglich, sind die Empfängerorganisationen verpflichtet, dies der zuständigen Stelle beim Kanton zu melden. Ebenfalls müssen bei der Beantragung von neuen Mitteln Auskünfte zur bisherigen Projektumsetzung und zur Gesamtfinanzierung erteilt werden. Aktuell liegen keine entsprechenden Meldungen vor. Die erste Frist in diesem Jahr für die Einreichung neuer Gesuche endet am 1. April 2025. Zu diesem Zeitpunkt wird ersichtlich, ob und in welcher Höhe die vom Kanton unterstützten Projekte allenfalls von der Kürzung der Gelder von USAID betroffen sind.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat hat sich im Rahmen der entsprechenden Vernehmlassungen dafür eingesetzt, dass die Schweiz ein stärkeres, ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und Möglichkeiten entsprechendes finanzielles Engagement für die internationale Zusammenarbeit leistet. In Bezug auf die Unterstützung spezifischer Organisationen besteht keine Kommunikation mit den Bundesbehörden.

Zu Frage 3: Die zuständige Stelle beim Kanton steht mit den grossen Schweizer Hilfswerken in regelmässigen Kontakt, sei dies im Rahmen der Vergabe von Projektmitteln, an Informationsveranstaltungen oder im bilateralen Austausch. Eine Unterstützung von Projekten erfolgt auf Basis der eingereichten Gesuche. Die erste Frist in diesem Jahr für die Einreichung neuer Gesuche endet am 1. April 2025.

Zu Frage 4: Der Kanton hat bislang Mittel in der Höhe von einer Million Franken für humanitäre Nothilfe an die Hilfsorganisationen UNICEF und IKRK im Kontext des Nahost-Konfliktes zur Verfügung gestellt. Diese Spenden wurden von den beiden Organisationen ausgeschöpft und wie vorgesehen eingesetzt. Für die Ukraine hat der Kanton für Nothilfemassnahmen und Materiallieferungen bislang insgesamt über eine Million Franken zur Verfügung gestellt. Auch diese Massnahmen sind abgeschlossen. Aktuell besteht keine Beteiligung an Nothilfe-Programmen in Ländern, die von Krieg betroffen sind.

Zu Frage 5: Wie eingangs erwähnt schlägt der Regierungsrat eine Erhöhung der Förderbeiträge auf das Jahr 2026 vor. Der Bedarf an Mitteln aufgrund der aktuellen Situation kann nach der Eingabefrist für Projektgesuche am 1. April 2025 ermittelt werden.

Zu Frage 6: Zum aktuellen Zeitpunkt bestehen keine Absichten, die bestehenden Gefässe zur Förderung von Projekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit kurzfristig anzupassen.

Zu Fragen 7 und 8: Wie erwähnt schlägt der Regierungsrat einen substantiellen Ausbau des Engagements in der internationalen Zusammenarbeit auf bis zu acht Millionen Franken pro Jahr vor. Dies umfasst auch die Unterstützung von humanitären Nothilfemassnahmen in kriegsbetroffenen Ländern.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation teilweise zufrieden. Ich bin sehr froh, dass die Regierung mit den zuständigen Behörden und den zuständigen Organisationen in Kontakt ist und auch grundsätzlich bereit ist, die Entwicklungszusammenarbeit und auch die finanziellen Mittel für die humanitäre Nothilfe zu erhöhen im Rahmen dieses Vorschlags, der ja immer noch in der Beratung ist und irgendwann dann hoffentlich im Mai bei uns landen wird. Und dann hoffe ich es sehr, dass das Parlament diesem Ansinnen wirklich auch Unterstützung bietet. Ich gehe einig mit Regierungsrat Conradin Cramer, dass das notwendig ist, dass sie hier vorwärtsmachen müssen. Das freut mich und ich höre auch, dass man Eingaben machen kann bis zum 1. April für weitere Massnahmen. Ich denke, das wird notwendig sein.

Ich bin nur teilweise zufrieden, weil ich schon denke, dass wir angesichts der Situation, die in der Welt herrscht, Massnahmen gegenüber unseren eigenen Organisationen und eben auch dem Swiss TPH wahrnehmen und es wäre angebracht zu sagen, ja, wir sind bereit, auch neben der 1%-Initiative auch Massnahmen zu ergreifen, um zu schauen, ob es unmittelbar in einzelnen Projekten Unterstützung braucht. Da wäre ich froh, . Da wäre ich froh, wenn eine aktivere Haltung wahrnehmbar wäre.

Ich gehe mal davon aus, dass das möglich sein wird, wenn die entsprechenden Eingaben gemacht wird und dass dann die Regierung entsprechend unterstützend handelt. Ich bedanke mich für die Beantwortung und erkläre mich als teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.8. Interpellation Nr. 21 Mahir Kabakci betreffend Abteilung Polizeiwissenschaften der Kantonspolizei Basel-Stadt

[19.03.25 15:39:01, 25.5117.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Allgemeines: Die Kantonspolizei Basel-Stadt blickt auf ein herausforderndes Jahr 2024 zurück. Mit der Übernahme der Leitung der Kantonspolizei im September 2024 überprüfte Kommandant Thomas Würgler sämtliche Tätigkeiten auf ihre Wirksamkeit in Bezug auf das strategische Hauptziel «Mehr Sicherheit für die Basler Bevölkerung».

Das aktuell wichtigste Projekt betrifft die Stärkung der polizeilichen Grundversorgung. Um die durch den Personalunterbestand entstandenen personellen Engpässe bei Patrouillen und Requisitionen zu beheben, wird die Sicherheitspolizei neu organisiert. Im Weiteren wurde eine neue Hauptabteilung Prävention sowie eine neue Hauptabteilung Planung + Einsatz geschaffen.

Auch hat die Kantonspolizei ihre Führungs- und Unterstützungsprozesse in den Bereichen Kommando und Logistik mit Sorgfalt überprüft und im Sinne des Gesamtziels, für mehr Sicherheit für die Basler Bevölkerung zu sorgen, weiterentwickelt. Neben dem Personalwesen wurde im Zuge dieser Massnahme insbesondere die Abteilung Polizeiwissenschaften einer

Neubewertung unterzogen. Wissenschaftliche Forschung erfordert spezialisierte Kenntnisse und Ressourcen, die über den eigentlichen Kernauftrag der Kantonspolizei hinausgehen. Aufgrund des wieder verstärkten Fokus auf ihre wesentlichen Aufgaben überträgt die Kantonspolizei ihre Forschungsaktivitäten daher künftig an spezialisierte Institutionen. In der Schweiz übernimmt beispielsweise das Schweizerische Polizei-Institut (SPI) eine zentrale Rolle in der angewandten Polizeiforschung. Es fördert und koordiniert Forschungsprojekte, die darauf abzielen, die Polizeiarbeit zu optimieren und aktuelle Herausforderungen zu bewältigen.

Zu Fragen 1 und 8: Wie soeben ausgeführt, sollen künftig alle Leistungen der Stabsbereiche auf das übergeordnete Ziel «Mehr Sicherheit für die Basler Bevölkerung» hinwirken. Vor diesem Hintergrund wurde beschlossen, die bisherige Ausrichtung der Abteilung Polizeiwissenschaften zugunsten einer verstärkten Führungsunterstützung anzupassen.

Zu Fragen 2, 7, 9 und 10: Die Aufgaben im Bereich Führungsunterstützung werden neu in der Abteilung Recht weitergeführt. Dazu gehören nach wie vor die interne Aufbereitung der neuesten wissenschaftlichen Entwicklungen im Polizeiwesen sowie das Erstellen angewandter Recherchen mit praxisbezogenen Handlungsableitungen für die Kantonspolizei. Selbstverständlich orientieren sich auch andere Organisationseinheiten, wie etwa die Hauptabteilung Prävention, an wissenschaftlichen Erkenntnissen, um ihre Arbeit noch wirkungsvoller und zielgerichteter zu gestalten.

Zu Frage 3a: Das Projekt zur Radikalisierung im Polizeiwesen wird am Schweizerischen Polizei-Institut (SPI) weitergeführt. Das Projekt zum Thema Sicherheit und städtische Zwischennutzungen ist neu beim Präsidialdepartement in der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung angesiedelt.

Zu Fragen 4 und 5: Im Rahmen der Überprüfung der Führungs- und Supportprozesse wurde auch das HR neu ausgerichtet. Die Abteilung People & Organisational Empowerment wurde aufgehoben und das Projektmanagement zentralisiert.

Zu Frage 6: Aufgrund der Auflösung der Abteilung People & Organisational Empowerment haben drei festangestellte und eine befristet angestellte Person die Kantonspolizei verlassen.

Zu Frage 11: Die Qualität der Polizeiarbeit wird in erster Linie durch den Einsatz fähiger, gut ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten sowie Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten sichergestellt. Unterstützt werden diese von den Stabsbereichen, welche die für die Polizeiarbeit erforderlichen Querschnittsdienstleistungen erbringen.

Zu Frage 12: Sowohl Hochschulen als auch das Schweizerische Polizeiinstitut betreiben Forschung, welche die Polizei für ihre Arbeit nutzen kann. Es entspricht der gängigen Praxis aller Korps, sich an diesen Ergebnissen zu orientieren.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Mahir Kabakci (SP): Vielleicht besser eine allgemeine Kritik: Mir ist aufgefallen, dass in letzter Zeit die Interpellationen und schriftlichen Anfragen ein bisschen dünn beantwortet werden. Da die Regierung sich immer beklagt, dass so viele Anzüge und Motionen eingereicht werden, wäre ich einfach froh, wenn man vielleicht ein bisschen detaillierter die Interpellation respektive die schriftlichen Anfragen beantworten würde.

Die Antworten des Regierungsrats auf die Interpellation bestätigen meine Befürchtung. Die Abteilung Polizeiwissenschaften der Kantonspolizei Basel-Stadt wird faktisch abgeschafft, auch wenn sie formal weiterbesteht, aber künftig nur noch auf Führungsunterstützung reduziert wird. Damit verliert Basel-Stadt eine schweizweit einzigartige Abteilung, die in den vergangenen Jahren wertvolle wissenschaftliche Arbeit geleistet hat.

Die Begründungen des Regierungsrates für die Entscheidung sind wenig überzeugen. Die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung für die Polizei wird zwar anerkannt, aber gleichzeitig wird die einzige interne Einheit, die sich systematisch mit polizeiwissenschaftlichen Fragen befasst hat, massiv geschwächt. Es bleibt unklar, wie künftig sichergestellt wird, dass wissenschaftliche Erkenntnisse weiterhin systematisch in die Polizeiarbeit einfliessen, und sozialwissenschaftliche Erkenntnisse können nicht einfach als «By the Way» abgestempelt werden. Es ist die Grundlage, die Basis für die Arbeit der Polizei. Einzelne externe Studien oder punktuelle Kooperationen mit Hochschulen können eine institutionalisierte polizeiwissenschaftliche Forschung nicht ersetzen. Dies wirft Fragen zur strategischen Ausrichtung der Kantonspolizei respektive des Kommandanten Würgler auf. Ist wissenschaftliche Reflexion nur noch dann erwünscht, wenn sie in das bestehende Bild passt?

Auch die strukturellen Veränderungen innerhalb der Kantonspolizei geben in dieser Frage zu denken. Dass die Abteilung im Bereich Organisationsentwicklung aufgelöst oder umstrukturiert wurde, deutet auf eine allgemeine Tendenz hin, innovative und analytische Einheiten abzubauen. Gerade bei der Polizeiarbeit ist die Selbstreflexion immens wichtig, das Handeln, das eigene Handel hinterfragen und auch aus den Fehlern Lehren zu ziehen und dabei auch die Grundlage der wissenschaftlichen Arbeit zu nutzen, um sich weiterentwickeln zu können. Dies steht im Widerspruch zu den aktuellen Herausforderungen, mit denen die Polizei konfrontiert ist.

Gerade auch die Ergebnisse des Berichts von Professor Markus Schefer zeigen, dass es dringend eine kritische Auseinandersetzung mit Themen wie Racial Profiling, Sexismus, aber auch Personalführung, Transparenz in der Beförderungsstruktur braucht. Eine starke wissenschaftliche Begleitung wäre dabei ein wichtiger Faktor gewesen. Gerade in Zeiten von unterschiedlichen Krisen und Tendenzen zur Radikalisierung ist dies leider ein Fehlentscheid.

Diese Entwicklung ist enttäuschend und kurzsichtig. Die Kantonspolizei Basel-Stadt verliert damit ein wertvolles Instrument zur Weiterentwicklung und Professionalisierung ihrer Arbeit. Wir erwarten daher vom Regierungsrat, dass er darlegt, wie er die Qualität der Polizeiarbeit künftig sicherstellen will, ohne eine fundierte wissenschaftliche Begleitung. Ich bin mit der Antwort teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.9. Interpellation Nr. 22 Joël Thüring betreffend Sportplatzkrise: gewollte Skurrilitäten in Basel-Stadt?

[19.03.25 15:47:14, 25.5121.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an den Regierungsrat Mustafa Atici.

Mustafa Atici: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zuerst einige einleitende Bemerkungen: Hauptziel der Sport- und Bewegungsförderung ist es, der Bevölkerung und den Vereinen bedürfnisgerechte Angebote zur Verfügung zu stellen. Eine grosse Herausforderung sind dabei die im Kanton Basel-Stadt beschränkten räumlichen Möglichkeiten. Zudem gibt es diverse Zielkonflikte. So müssen jeweils diverse Interessen und Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, wie beispielsweise diejenigen der Einwohnerinnen und Einwohner von Sportanlagen. Und es kann auch Zielkonflikte innerhalb des Sports geben, beispielsweise zwischen dem Leistungssport und dem Breitensport. Es ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen, die Interessen abzuwägen und passende Lösungen für alle Sportarten und Sporttreibende im organisierten und ungebundenen Sport zu finden. Das Erziehungsdepartement steht im regelmässigen Austausch mit den Sportverbänden und Sportvereinen. Wir arbeiten ständig an neuen Lösungen und werden das auch in Zukunft tun.

Zu Fragen 1 bis 5: Der Antrag auf Einführung einer Begegnungszone am Buschweilerweg wurde aus der Einwohnerschaft eingereicht. Eine erste Einigungsprüfung durch die Fachabteilung Stadtraum hat ergeben, dass die Voraussetzungen für die eine Einführung einer Begegnungszone grundsätzlich gegeben sind. Zwecks Miteinbezug wurden Anfang Februar 2025 die Einwohnenden und alle Postadressen am Buschweilerweg angeschrieben. Die Angeschriebenen haben bis zum 23. März 2025 Zeit, ihre Anmerkungen und Wünsche einzugeben. Nach Bearbeitung der Rückmeldungen wird es ein zweites Schreiben und eine Umfrage geben. Im Rahmen dieser Umfrage kann man sich für oder gegen die Einführung einer Begegnungszone aussprechen.

Die aktuelle Planung würde zum Wegfall von drei bis vier Parkplätzen am Buschweilerweg führen. Ein Teil der bestehenden Parkplätze würde entfernt, so auch die vom Interpellanten erwähnten Plätze entlang des Sportplatzes. Gleichzeitig würden aber auch neue Parkplätze geschaffen, so zum Beispiel direkt vor dem Sportplatz auf der gegenüberliegenden Strassenseite. Grund dafür ist die geplante wechselseitige Anordnung der Parkplätze sowie das Aufstellen von Sitzbänken und eines Pflanzentrogs. Der allfällige Wegfall der insgesamt drei bis vier Parkplätze wird als vertretbar vertretbar errichtet.

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass das Parkplatzangebot in diesem Gebiet zu gewissen Seiten, insbesondere wären Sportanlässen, knapp oder nicht ausreichend sein kann. Solche Situationen gibt es regelmässig im Umfeld von Sportplätzen, Veranstaltungsorten, Familiengartenarealen oder dergleichen Auch der Sportplatz Buschweilerweg ist mit dem öffentlichen Verkehr gut erreichbar. Die Situation betreffend die Busse von auswärtigen Mannschaften ist bekannt. Von der Einrichtung von fixen Car-Parkplätzen vor Ort wird jedoch weiterhin abgesehen. Für die Einrichtung solcher Parkplätze müssten zahlreiche Parkplätze aufgehoben werden, was in Anbetracht der punktuellen Nutzung als nicht verhältnismässig erachtet wird. Das Fahrpersonal kann den Bus nach dem Ausladen an einem dafür vorgesehenen Ort abstellen und dort Pause machen oder mit dem öffentlichen Verkehr zum Sportplatz fahren. Dieses Prozedere ist für das Fachpersonal üblich. Täglich laden viele Reisebusse Personen in Basel ein und aus, ohne dass das Fahrzeug am Zielort parkiert werden kann. Für das längere Parkieren gibt es definierte Parkplätze. Weitere Informationen hierzu sind online zu finden.

Der FC Black Stars kann die Sportanlage Buschweilerweg zu einem grossen Teil exklusiv nutzen und wird auch sonst wie alle weiteren Sportvereine im Rahmen der Sport- und Bewegungsförderung des Kantons unterstützt. Von einer Benachteiligung kann somit nicht die Rede sein.

Zu Fragen 6 bis 8. Seit 15 Jahren wird jeweils im Januar der Weltcup Longines CHI Classics in der Sankt Jakob-Halle in Basel durchgeführt. Dieser Grossanlass gehört zum hochklassigen Sportprogramm in Basel und bietet einen wichtigen Schauplatz für Pferdesport auf höchstem Niveau. Zur Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur werden jeweils zwei Rasenfelder auf der Sportanlage Sankt Jakob durch Zelte belegt. Die beiden Felder sind nicht beleuchtet und werden im Wintersemester bis etwa Anfang April nicht für Training genutzt. Es fallen somit keine Flächen für die Sportnutzung weg. In diesem Jahr findet Anfang April ein weiterer Höhepunkt des internationalen Pferdesports in Basel statt. Die FEI World Cup Finals in der Sankt Jakobs-Halle. Aus Sicht des Sports und Standortmarketings ist auch dies ein bedeutender Anlass, den wir in unserer Stadt begrüssen dürfen. Und auch für diesen Anlass wird Infrastruktur benötigt. Für die Nutzung der beiden Felder inklusive Instandstellung während dem CHI Classics jeweils Kosten von 20’000 Franken in Rechnung gestellt. Im Januar 2025 für die längere Belegung inklusive FEI World Cup Finals rund 46’000 Franken.

Im Anschluss an die FEI Finals wird zu Lasten des Veranstalters ein neuer Rollrasen verlegt. Dadurch kann die Zeitspanne bis zur Wiederverwendung der Felder reduziert werden. Da die beiden Felder, wie erwähnt im Wintersemester nicht in Betrieb sind, können alle Trainings wie geplant durchgeführt werden. Zu Beginn des Sommersemesters werden Alternativen zur Verfügung gestellt, bis die Felder wieder bespielt werden können. Für die Vereine entstehen keine Mehrkosten.

Zu Frage 9: Der Regierungsrat freut sich, dass sich Basel mit der Austragung des Eröffnungsspiels so wie das Finalspiel als Hauptaustragungsort der UEFA Women's EURO 2025 bezeichnen darf. Der UEFA wurden mit dem Stadion Schützenmatte und dem Pfaffenholz zwei Sportanlagen als Base-Camps der nationalen Teams angeboten. Diese wurden von den UEFA zusammen mit einem Team-Hotel in einem Angebotskatalog übernommen. Verschiedene Kriterien beeinflussen die Wahl der Nationalteams, neben sportlichen Kriterien zum Beispiel auch die Lage und die Erreichbarkeit der verschiedenen Stadien oder die Hotelangebote. Es wurde nicht kommuniziert, weshalb die Wahl nicht auf ein Angebot in Basel-Stadt fiel. Im Angebotskatalog wurden den 16 Nationalteams mehr als 40 Hotels und dazugehörige Trainingsstätten offeriert. Die Host City Basel hätte sich über einen Camp auf einer ihrer Anlagen sehr gefreut. Allerdings wäre dies aufgrund der exklusive Nutzung durch die Nationalteams auch mit Einschränkungen für die Basler Sportlerinnen und Sportler sowie für die Basler Sportvereine verbunden gewesen.

Zu Frage 10: Dem Regierungsrat und dem Sportamt ist eine solche Tendenz nicht bekannt. Es findet ein regelmässiger Austausch zwischen dem Sportamt und dem Fussballverband statt. Kürzlich wurde im Stadion Rankhof das Spiel der U19 Nationalmannschaft gegen Frankreich ausgetragen. Ende April 2025 findet auf der Schorenmatte ein Spiel zwischen der U18 Nationalmannschaft und Ungarn statt.

Zu Fragen 11 bis 13: Grundsätzlich werden Naturrasenfelder nur bei Bedarf gesperrt und durchgehend fachlich gepflegt. Ziel ist es, den Vereinen möglichst viele Felder in möglichst guter Qualität zur Verfügung zu stellen. Je nach Witterung, Temperatur und Lichtverhältnissen entscheiden die Fachpersonen des Sportamtes wann Naturrasenfelder aufgrund der biologischen Gegebenheiten gesperrt werden müssen. Irreparable Schäden sollten verhindert werden. Im Winter finden weniger Belegungen auf Naturrasen statt, da in diesem Zeitraum vor allem die Kunstrasenfelder und spezielle resistentere Winternaturrasen genutzt werden.

Zur Frage 14: Es besteht ein enger Austausch zwischen den zuständigen Behörden. Das Sportamt steht in Kontakt mit der Stadtgärtnerei Basel-Stadt, dem Rheinzentrum für Landwirtschaft Basel-Landschaft, dem Bundesamt für Landwirtschaft und dem nationalen Pflanzenschutzdienst Agroscope. Gemeinsam wurde eine Strategie zur Bekämpfung der Japan-Käfer mit verschiedenen Szenarien für die kommende Session entwickelt. Dies liegt zur Prüfung beim Bund und wird zu gegebener Zeit auch kommuniziert.

Zu Frage 15: Die Anforderungen an die Sportstadt Basel sind vielschichtig. Es gilt sowohl für den Breiten- wie auch für den Leistungssport gute Voraussetzungen zu schaffen. Daran arbeiten wir mit den Sportverbände, mit den Sportvereinen zusammen. Zentral für die Sportförderung ist die Infrastruktur, welche im Sportanlagenkonzept aufgenommen worden ist. Es ist zentral, dass wir hier in den kommenden Jahren die notwendigen Entscheide fällen.

Joël Thüring (SVP): Manchmal ist eine schriftliche Beantwortung einfacher, aber ich bin trotzdem dankbar, dass Regierungsrat Mustafa Atici sich die Zeit genommen hat, diese 15 Fragen zu beantworten. Ich kann in der Kürze nun nicht auf alles eingehen, weil ich die Antworten ja auch erst seit jetzt kenne. Ich kann Ihnen einfach sagen, dass mich diese Antworten tatsächlich nur teilweise befriedigen.

Besonders skurril bleibt dieses Beispiel mit dem Car einer auswärtigen Mannschaft, in dem der Vorschlag gemacht wird, dass dieser Buschauffeur dann mit dem öffentlichen Verkehr zurück auf das Spielfeld auf dem Buschweilerhof fahren soll. Als Beispiel nimmt man dann einen Reisecar für eine Touristikgruppe. Diese Person ist Teil eines Staffs und diese Person wird während des Spiels auch noch für etwas anderes benötigt. Das heisst, wenn dieser Herr - meistens ist es ein Herr, es

kann aber auch eine Dame sein – dann noch lange mit dem ÖV vom Standort des Cars beim Sportplatz Schützenmatte zum Buschweilerhof gehen muss, dann .wird das für das Team sehr schwierig und es ist auch ökologisch ein absoluter Schwachsinn, wenn eine Mannschaft mit dem Car zum Buschweilerhof fahren muss, dann wird der Car zusammen mit einem Privatauto des Vereins FC Black Stars zur Schützenmatte eskortiert, dort muss dann dieser Mitarbeiter der Black Stars den Fahrer des anderen Teams zurückfahren zum Buschweilerhof und ihn dann 10 Minuten vor Spielende wieder zurück zur Schützenmatte eskortieren, damit er dort den Bus abholen kann um dann rechtzeitig nach Spielende wieder auf dem Buschweilerhof zu sein, um diese auswärtige Mannschaft zurückzufahren. Das ist ein aus meiner Sicht sehr gutes skurriles Beispiel dafür, wo es in diesem Kanton hapert.

Nun sagt Regierungsrat Mustafa Atici dann zu diesem Punkt, es wäre nicht verhältnismässig, für einen Carparkplatz Parkplätze aufzuheben, gleichzeitig sagt der Regierungsrat aber auch, dass dort Parkplätze aufgehoben werden sollen für eine Begegnungszone, die angeblich von Anwohnenden gefordert wird. Das zeigt doch ein bisschen die ganze Widersprüchlichkeit in diesem Bereich.

Dann zu einem zweiten Punkt: Regierungsrat Mustafa Atici hat erwähnt, dass diese beiden Fussballfelder auf dem Areal St. Jakob jetzt zwischen Januar und April blockiert gewesen sind oder blockiert sind wegen zwei Reitveranstaltungen und dass man ja diese Spielfelder ohnehin nicht benutzen könnte in den Wintermonaten, weil sie über keine Beleuchtung verfügen. Das ist eben genau das Problem. Wir haben Sportinfrastrukturen in dieser Stadt, die ungenügend ausgerüstet ist und deshalb im Winter nicht genutzt werden können, obschon wir ja wissen, dass im Kanton Basel-Stadt die Sportplatzsituation nicht unbedingt gerade optimal ist. Und statt dass man vielleicht möglichst rasch schaut, dass man diese Ausrüstung sich anschafft – es gibt ja nun auch eine Idee vom Olivier Battaglia für mobile Beleuchtungen für solche Plätze – sagt man einfach, es ist so und dann kann man es auch drei oder vier Monate für Reitsport blockieren respektive der Reitsport findet ja nur im Januar und im April statt. Auch das ist aus meiner Sicht ein wirklich sehr skurriles Beispiel was alles im Kanton Basel-Stadt, wenn es um Sportplatzbewirtschaftung geht, schiefläuft.

Und was ich dann besonders schwierig finde – Regierungsrat Mustafa Atici hat das eben bestätigt, ich habe es aus dritter Hand erfahren – ist folgendes: Wir haben nun diese UEFA Frauen EM in der Schweiz. Basel brüstet sich als Hauptaustragungsort dieser Veranstaltung. Das ist auch sehr zu begrüssen, dass wir im Frauenfussball auch attraktiv sind. Und dann haben wir unzählige Nationalteams, europaweit, die in der Schweiz sind und kein einziges dieser Nationalteams macht ihr Camp in der Region Basel. Weshalb nicht, Herr Regierungsrat? Weil die Bedingungen zu schlecht sind. Die internationalen Verbände haben sich verschiedene Angebote angeschaut. Einige dieser Verbände gehen jetzt in Fussballcamps im Kanton Zug und Basel als Hauptaustragungsort hat keines dieser Camps erhalten, weil die Sportinfrastrukturbedingungen zu schlecht sind. Und auch dieses Beispiel zeigt, dass in diesem Bereich sehr viel falsch läuft. Ich bitte den Regierungsrat wirklich, diese sechs sehr zufällig ausgewählten Beispiele auch zum Anlass zu nehmen, sich wirklich möglichst rasch um diese Sportplatzkrise zu kümmern und nicht erst darauf hinzuarbeiten, dass vielleicht in einigen Jahren sich die Situation an der einen oder anderen Stelle verbessert. Das, glaube ich, ist einer Sportstadt, wie es Basel gerne sein möchte, wirklich unwürdig.

Ich bin deshalb mit den Antworten auf meine Fragen teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellationen ist erledigt.

18.10. Interpellation Nr. 23 Jessica Brandenburger betreffend Chemische Unterwerfung: Ausprägung, Massnahmen, Sensibilisierung und Opferschutz

[19.03.25 16:03:23, 25.5131.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Jessica Brandenburger (SP): Gerne begründe ich, wieso ich diese Interpellation eingereicht habe. Ich möchte vom Regierungsrat wissen, wie gut unsere Polizei, die Staatsanwaltschaft, die Rechtsmedizin, aber auch unsere öffentlichen Spitäler auch Fälle von chemischer Unterwerfung geschult und vorbereitet sind. Denn nur wenn diese Fachpersonen, die als erste Anlaufstelle dienen, die richtigen Schlüsse ziehen und Zusammenhänge erkennen, haben Opfer die Chance, dass ihnen schnell genug geholfen werden kann.

Das Thema betrifft uns alle. Der Fall von Gisèle Pelicot zeigt auf eindrückliche Weise, dass es nicht nur junge partyfreudige Menschen trifft, die im Ausgang etwas in den Drink gekippt bekommen, sondern dass sexualisierte Gewalt und Übergriffe als Folge von chemischer Unterwerfung auch da stattfindet, wo niemand zusieht, zu Hause, und dass es eben jede treffen kann. Es ist egal wie alt oder attraktiv man ist, ob man in einer festen Beziehung oder nicht ist. Opfer von sexualisierter Gewalt, das kann jede und jeder werden. Und es zeigt auch, dass es eben nicht reicht, an Partys Armbänder zu verteilen und Drinks auf KO-Tropfen zu testen. Das ist ein Element, aber sicher nicht das einzige, um in Zukunft solche Fälle zu verhindern.

Es ist wichtig, dass wir als Gesellschaft nicht wegschauen. Das möchte ich mit dieser Interpellation erreichen. Der Fall Pelicot ist nur die traurige Spitze des Eisbergs. Dass er publik wurde hat mit dem enormen Mut von Frau Pelicot zu tun, nicht zu schweigen. Wie viele Opfer gibt es, die sich nicht getrauen. über das Erlebte zu sprechen. Dass wir als Kanton unsere Behörden und Fachpersonen bestmöglich vorbereiten, ist darum das Mindeste. Ich danke den zuständigen Departementen für eine sorgfältige Beantwortung der Fragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten und die Interpellantin möchte begründen.

Julia Baumgartner (SP): Seit Juli 2024 ist das revidierte Sexualstrafrecht in Kraft. Die Revision war nur möglich dank dem erfolgreichen Zusammenspiel von Kollektiven, von Betroffenen von Fachorganisationen, NGO's und Politiker:innen. Im Zentrum der Gesetzesänderung stand die Ausdehnung der geltenden Tatbestände der Vergewaltigung und der sexuellen Nötigung. Die Definition von Vergewaltigung wurde erweitert, indem der Tatbestand neu geschlechtsneutral formuliert ist und alle Geschlechter umfasst.

Daneben wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass Staatsanwaltschaften und Gerichte Straftatpersonen dazu verpflichten können, sogenannte Lernprogramme zu besuchen. Lernprogramme sollen helfen, deliktrelevantes Verhalten nachhaltig zu ändern und man geht davon aus, dass das Risiko, dass ein Straftäter rückfällig wird, mit dem Besuch eines solchen Programms um 80 Prozent sinkt. Das ist also wirklich eine wichtige und wirksame Präventionsmassnahme.

Wie das Regionaljournal im Februar berichtet hat, ist der Kanton Basel-Stadt mit der Einführung eines solchen Programms jedoch deutlich im Verzug und das, obwohl die Inkrafttretung des Gesetzes vom Bundesrat nicht bereits auf Januar 2024 angesetzt wurde, sondern auf Juli 2024, um den Kantonen genügend Zeit für die Umsetzung zu geben.

Ich habe deshalb eine Interpellation eingereicht, in welcher ich von der Regierung wissen möchte, was der Grund für die Verspätung ist und wie professionell auch das Projekt aufgegleist ist, und ob die nötigen Ressourcen vorhanden sind. Die Einführung eines guten, wirksamen Lernprogramms als Präventionsmassnahme liegt nicht nur im Interesse der Sicherheit von Frauen und allen Gewaltbetroffenen, sondern auch im Sinne der gesetzlichen Vorgaben und des Opferschutzes. Ich bin sehr gespannt auf die Antwort der Regierung und werde dieses Thema aufmerksam weiterverfolgen.

18.11. Interpellation Nr. 24 Julia Baumgartner betreffend Einführung Lernprogramme für Sexualstraftäter

[19.03.25 16:08:03, 25.5132.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

18.12. Interpellation Nr. 25 Brigitta Gerber betreffend Vorbereitungen und der Handhabung des öffentlichen Raums für die Eurovision Song Contest (ESC)-Veranstaltung – ein Fest für alle!

[19.03.25 16:08:31, 25.5133.01]

Brigitta Gerber: Ich möchte die Interpellation begründen, weil gestern und vorgestern schon wieder viel gesagt wurde zum ESC. Daher bin ich schon mit einer Eingabe am Sonntag etwas hintendrein.

Der ESC ist die grösste Musikparty der Welt, ein Fest für alle. Und die Frage ist, ob es wirklich für alle ist, die wollen und natürlich auch können. Und deshalb hat mich erstens interessiert, wie es mit der sozialen Teilhabe aussieht von der Stadt und den Organisationen, was man vorhat, was man tun will. Ich habe gelesen, dass es ein Eurovision Village geben wird, das täglich von 10 bis 17 Uhr geöffnet ist, Public Viewing, Life Konzerte stattfinden, alles sehr begrüssenswert. Auch ist die Indoor Halle 1 kostenlos offen. Weiter ist ein Eurovision Boulevard geplant zwischen dem Bahnhof SBB und dem Badischen Bahnhof.

Da gibt es viel, das genossen werden kann und gratis ist. Ich denke, Food und Getränke werden nicht so günstig sein, aber vielleicht kann man sich da auch noch etwas einfallen lassen. Als erstes sehe ich die soziale Teilhabe breit abgedeckt und hoffe, dass dies noch vertieft wird. Aber beim zweiten Punkt, wo es um Vertreibung und Verdrängung geht, habe ich noch eine Frage. Das Motto des ESC ist ja respektvoller Umgang. Deshalb die Frage, wie das in Basel gehandhabt wird. Das soziale Cleansing haben wir zuletzt in Paris gesehen bei der Olympiade. Das ist eine herausfordernde Geschichte, und ich denke, da gilt es wirklich gut hinzuschauen und wirklich die spezialisierten Organisationen für diese Problematiken beizuziehen, um es besser zu lösen und besser zu machen als natürlich diese Riesenstadt wie Paris. aber es gibt natürlich auch kleinere Städte, die das schon versucht haben.

Das wollte ich noch schnell begründen. Ich danke schon für die Antwort, die ich bekommen habe. Ich habe sie noch nicht ganz gelesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Regierungsrat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Einleitende Bemerkungen: Der Eurovision Song Contest ist seit jeher ein völkerverbindender und inklusiver Anlass, bei welchem Toleranz und Offenheit zelebriert werden. In diesem Sinne plant auch der Regierungsrat ein Fest, bei welchem sowohl die zahlreichen auswärtigen Besucherinnen und Besucher wie auch die Basler Bevölkerung gleichermassen willkommen sind und sich wohl und sicher fühlen sollen.

Zu Frage 1: Es wird während des ESC in Basel keine Einschränkungen in Bezug auf die Aufenthalts- und Bewegungsfreiheit geben, solange die Sicherheit aller Beteiligten gewährleistet ist. Neben den neun von der SRG organisierten Shows in der St. Jakobshalle sind zahlreiche Angebote und Attraktivitäten im Stadtzentrum geplant, an denen alle Bevölkerungsteile und die angereisten ESC-Fans uneingeschränkt und aktiv teilhaben können. Die Angebote im Stadtzentrum sind weitestgehend kostenlos zugänglich. Das Programm ist vielseitig, generationenübergreifend und in verschiedenster Hinsicht inklusiv.

Zu Frage 2: Teile des Rheinbords wie auch der Claraplatz und die Bahnhöfe sind Teil des sogenannten Eurovision Boulevards und werden mit verschiedenen Elementen wie Bühnen für Strassenmusizierende, Sitzgelegenheiten und zusätzlichen Verpflegungsständen bespielt. Marginalisierte und armutsbetroffene Gruppen werden dadurch nicht tangiert.

Zu Frage 3: Basel will sich während des ESC als gute Gastgeberin präsentieren. Zu diesem Zweck werden Schulungen für die gesamte Dienstleistungskette organisiert. Darunter fallen auch Sicherheitskräfte. Zudem werden als eine der Massnahmen zur Gewaltprävention in der ganzen Stadt Awareness-Teams unterwegs sein, und es wird Rückzugsorte (sog. Safer Spaces) geben, wo alle Personen Schutz finden können, wenn sie negative Erfahrungen gemacht haben.

Zu Frage 4: Um die Angebote möglichst für die ganze Bevölkerung zugänglich zu machen, sind sie weitestgehend kostenlos. Sowohl für den Eurovision Square am Barfüsserplatz wie auch für das Eurovision Village in der Messe sind keine Eintrittskarten notwendig und auch armutsbetroffene Familien können daran teilhaben.

Das Angebot des öffentlichen Verkehrs wird während des ESC stark ausgebaut, und seine Nutzung ist in den Eintrittskarten der Hauptshow, der Arena plus und des EuroClubs inbegriffen und damit für die Besucherinnen und Besucher dieser Veranstaltungen kostenlos. Essens- oder Getränkecoupons für die Bevölkerung sind nicht vorgesehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu begründen, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitta Gerber: Ich bin mit der Antwort zufrieden. Ich möchte einfach noch einmal zurückgeben, dass wir in Basel wirklich gute Organisationen haben, die viel Know-How haben nicht nur in Bezug auf Armutsbetroffene, sondern auch auf Obdachlose. Vielleicht wäre es gut, diese auch noch mit einzubeziehen. Ansonsten freue ich mich auf das Fest.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist es erledigt.

18.13. Interpellation Nr. 26 Patrizia Bernasconi betreffend Sicherheitsdispositiv am ESC

[19.03.25 16:15:02, 25.5134.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Rregierungsrat wird diese Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Patrizia Bernasconi (BastA): Anlass dieser Interpellation war auch das Interview von Regierungspräsident Conradin Cramer mit der NZZ, in dem er auf die Sicherheitsmassnahmen angesprochen wurde und er keine Auskunft darüber gab, nicht weil er keine Auskunft geben konnte, sondern weil die Massnahmen nicht bekanntwerden sollten.

Ich bin aber der Meinung, dass wir im Klaren sein müssen, welches Sicherheitsdispositiv anlässlich des ESC aufgebaut wird und was dies für die Bewohner:innen dieser Stadt bedeutet. Ich selber zum Beispiel bewege mich in meinem Alltags- und Arbeitsleben hauptsächlich im Perimeter der ESC-Meile. Ich möchte wissen, ob hier besondere Massnahmen vorgesehen sind, ob ich auf Schritt und Tritt überwacht werde, und das nicht nur für mich, sondern für alle, die sich während der ESC-Woche in der Stadt aufhalten.

Ich will ja auch wissen, inwieweit die Grundrechte, wie die Versammlungs- und Meinungsfreiheit eingeschränkt werden. Wir müssen es ja aussprechen, was passiert, wenn es Demonstrationen wegen der Situation in Gaza gibt, eine Situation, die in den letzten Tagen massiv eskaliert ist und auch von Bundesrat Ignazio Cassis verurteilt wurde. Vor allem war es mir wichtig zu wissen, ob allfällige Massnahmen auch nach dem ESC weitergeführt werden. Der Kanton könnte auf die Idee kommen, die Sicherheitsinfrastruktur zu behalten, wenn er ja eine Infrastruktur aufbaut und dafür Geld ausgibt, wäre es ja dumm, das Ganze wieder abzubauen. Ich finde es eine wichtige Information, wenn es nicht so wäre. Ich danke für die Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Fragen 1, 3, 4 und 5: Usanzgemäss gibt der Regierungsrat keine Auskunft zum vorgesehenen Mitteleinsatz. Es werden zur Unterstützung der Kantonspolizei Basel-Stadt sowohl Einsatzkräfte gestützt auf das Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz als auch solche gestützt auf die Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze beigezogen.

An den ESC-Veranstaltungsorten selbst sorgen Sicherheitsdienste im Auftrag der Veranstalterin für Sicherheit und Ordnung.

Zu Frage 2: Ja. Im Rahmen der Planung fand ein persönlicher Austausch mit den Sicherheitsverantwortlichen von Malmö statt. Über die Details wird aus polizeitaktischen Gründen keine Auskunft erteilt.

Zu Fragen 6 und 7: Die Regelungen für Kundgebungen bleiben während des ESC unverändert und können der «Basler Demopraxis» auf der Website des Kantons entnommen werden. Während des ESC werden jedoch zahlreiche Örtlichkeiten in der Innenstadt für Veranstaltungen genutzt. Dies wird von der Kantonspolizei im Rahmen der Gesuchsprüfung und der damit einhergehenden Interessensabwägung berücksichtigt.

Der Regierungsrat möchte an dieser Stelle deshalb ausdrücklich betonen, dass es für die Arbeit der Sicherheitsverantwortlichen des ESC essenziell ist, dass Personen, die eine Kundgebung durchführen möchten, zuvor eine entsprechende Bewilligung bei der Kantonspolizei einholen. Dies ermöglicht es den Behörden, den verschiedenen Interessen bestmöglich Rechnung tragen zu können.

Zu Fragen 8 und 9: Die Durchführung des ESC hat keine Auswirkungen auf die geltende Rechtslage im Kanton Basel-Stadt. Entsprechend benötigen Überwachungsmassnahmen eine gesetzliche Grundlage und müssen stets dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit entsprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Patrizia Bernasconi (BastA): Zuerst möchte ich Regierungsrätin Stephanie Eymann für die rasche Beantwortung danken. Ich hatte ursprünglich eine schriftliche Antwort erwartet, da es eigentlich viel zu beantworten gebt. Es ist aber auch nicht wirklich überraschend, dass die Antworten mündlich erfolgen, die Antworten sind sehr dürftig, weil der Regierungsrat aus polizeitaktischen Gründen keine Auskunft geben will.

Ich werde deshalb nicht jede Antwort kommentieren, weil es nicht viel zu sagen gibt. Immerhin erfahre ich, dass die Basler Demopraxis weiterhin besteht jedoch, da die Innenstadt für die ESC-Veranstaltung belegt sein wird, eine Interessenabwägung stattfinden wird, was für mich bedeutet, dass Demonstrationen in der Innenstadt nicht bewilligt werden, weil die Interessenabwägung eindeutig zugunsten des ESC ausfallen wird. Ganz zu schweigen davon, dass spontan Demonstrationen toleriert würden. Grundrechte werden also während des ESE nicht hoch gewertet werden.

Auch die letzte Antwort auf die Frage nach der Videoüberwachung und dem schleichenden Ausbau einer allfälligen Sicherheitsinfrastruktur nach der ESC-Woche ist für mich sehr dürftig und nichtssagend. Sie lässt viel Interpretationsspielraum zu und gibt mir als Bewohnerin dieser Stadt keine Garantie, dass ich, und nicht nur ich, mich im Mai und auch danach in der Stadt und meinem alltäglichen Bewegungsradius bewegen kann, ohne ständig videoüberwacht zu werden. Es ist jetzt sicher nicht überraschend zu hören, dass ich mit der Beantwortung diese Interpellation nicht zufrieden bin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.14. Interpellation Nr. 27 Heidi Mück betreffend konkrete Umsetzung des Ruhetags- und Ladenöffnungszeitengesetzes (RLG)

[19.03.25 16:21:12, 25.5135.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten und die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Somit gibt das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Gemäss §7 des kantonalen Gesetzes über öffentliche Ruhetage und Ladenöffnung RLG kann das zuständige Departement Verkaufslokalen, welche die Voraussetzungen von Art. 4 Abs. 1 des Arbeitsgesetzes erfüllen, erweiterte Öffnungszeiten bewilligen. Dieser Art. 4 Abs. 1 des nationalen Arbeitsgesetzes besagt: Das Arbeitsgesetz ist nicht anwendbar auf Betriebe, in denen lediglich der Ehegatte, die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner des Betriebsinhabers, seine Verwandten in auf- und absteigender Linie und deren Ehegatten, eingetragene Partnerinnen oder Partner sowie seine Stiefkinder tätig sind. Den Begriff der erweiterten Öffnungszeiten präzisiert §6 der entsprechenden kantonalen Verordnung für alle Wochentage: Der zulässige Zeitrahmen für Bewilligungen laut § 7 des Gesetzes beträgt für alle Wochentage 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr. Die Bewilligungen werden aus Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes nicht publiziert.

Zu Frage 2: Um von den erweiterten Ladenöffnungszeiten gemäss §6 RLV zu profitieren, benötigen die Betriebe eine Bewilligung. Den Antrag reichen die Unternehmen beim Amt für Wirtschaft und Arbeit ein. Dieses prüft vor der Bewilligungserteilung die korrekte Rechtsform (keine juristische Person), das Vorhandensein des Familienbegriffs gemäss Art. 4 Abs. 1 des Arbeitsgesetzes, die Fläche des Betriebs, die nicht grösser als 300 m2 sein darf, den Wohnsitz der Betriebsinha-benden, da der feste Wohnsitz der Betriebsinhaberin oder des Betriebs-inhabers nicht weiter als 30 Minuten Fahrtzeit entfernt liegen darf, den Mietvertrag oder Eigentumsnachweis, da der Mietvertrag oder der Eigentumsnachweis des Betriebes auf den Betriebsinhaber oder die Betriebsinhaberin lauten muss.

Liegen die Unterlagen vollständig vor, entspricht der Inhalt den Anforderungen, kann eine Bewilligung erteilt werden. Pro Familie wird nur eine Bewilligung erteilt.

Im Fall der Spar-Filiale lag fast 15 Jahre lang eine solche Bewilligung vor. Und es stellte sich die Frage, wie nach dem Hinschied der bisherigen Betriebsinhaberin vorzugehen ist. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit nahm dabei eine Einzelfallbeurteilung vor. Es berücksichtigte dabei unter anderem die gefestigte Rechtsbeziehung der neuen Betriebsinhaber. Aufgrund dieser Sachlage erteilte das Amt für Wirtschaft und Arbeit die Bewilligung zur Führung eines Familienbetriebes. Es handelt sich indes nicht um eine generelle Praxisänderung, sondern um eine Einzelfallbeurteilung.

Zu Frage 3: Es handelt sich nicht um eine Ausnahmebewilligung zum RLG, sondern um eine Einzelfallbeurteilung im besonderen Fall der familiären Umstände und der Geschichte des Betriebs.

Zu Frage 4: Wie in der Stellungnahme des Regierungsrates vom 12. Februar 2025 zum Antrag Luca Urgese und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ausweitung der Definition von Familienbetrieben dargelegt, reichen die gesetzlichen Grundlagen aus, um für die Spar-Filiale eine gesetzeskonforme korrekte Entscheidung im Einzelfall zu treffen. Der Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative wurde durch die Berichterstattung zur Spar-Filiale ausgelöst, mit dem Ziel, den in Art. 4 Abs. 1 des nationalen Arbeitsgesetzes festgehaltenen Familienbegriff so anzupassen, dass künftig auch Geschwister und andere Verwandte in Seitenlinie vom Begriff des Familienbetriebes erfasst sind. Der Regierungsrat unterstützt den Antrag auf die Einreichung einer Standesinitiative.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu begründen, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Heidi Mück (BastA): Ich danke Regierungsrat Kaspar Sutter für die Beantwortung meiner Interpellation. Sie hat ja einen direkten Zusammenhang mit der Standesinitiative, die Luca Urgese beantragt hat. Und dieser Antrag wurde vom Regierungsrat positiv aufgenommen und unterstützt. Das finde ich auch positiv. Ich habe diesen Antrag ja auch unterzeichnet, wie auch Vertreter:innen von anderen Parteien unter anderem Joël Thüring, was in der BZ dann dazu geführt hat, dass von einer unheiligen Allianz gesprochen wurde.

Aber das war es nicht, was mich irritiert hat. Damit kann ich eigentlich leben. Was mit irritiert hat, waren die Äusserungen des Vertreters des AWA im besagten BZ-Artikel und ich gebe es zu, ich wurde auch von politisch nahestehenden Gewerkschaftsvertretern darauf angesprochen und habe deshalb diese Interpellation eingereicht. Wenn da nämlich wirklich Sonderbewilligungen ausgesprochen werden, nur weil ein allgemeines Bedürfnis nach sonntags offenen Läden besteht oder sogar unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit, dann könnten wir das RLG auch einfach schreddern. Und ich habe dann gerade erfahren, dass es sich ja nicht um eine Sonderbewilligung respektive Ausnahmebewilligung handelt, sondern um eine Einzelfallbeurteilung, wie bei dieser Spar-Filiale. Trotzdem kann ich den Unmut der Gewerkschaften durchaus nachvollziehen, denn es braucht eine klare Regelung und was gilt und was nicht und es braucht auch eine auch eine gute Kommunikation dazu.

Der Antrag für eine Standesinitiative von Luca Urgese ist deshalb wichtig und richtig, aber es ist auch wichtig, bei einer Lösungsfindung die Gewerkschaften ins Boot zu holen, und da möchte ich wirklich noch einmal appellieren an den Regierungsrat. Es heisst auch, die Gewerkschaften müssen angemessen informiert werden. So hätte ich es jetzt zum Beispiel angebracht gefunden, zumindest zu informieren, wie viele solche Einzelfallbewilligungen überhaupt ausgesprochen wurden. Mir wurde nämlich der Verdacht geäussert, dass es einige oder sogar zahlreiche solche Sondereinzelfallbewilligungen gibt und es wäre doch gut gewesen zu hören, wie viel wenn man schon nicht sagt, welche.

Sie müssen mich nicht über die gesetzlichen Grundlagen informieren, die kenne ich nämlich, sonst hätte ich die Interpellation nicht eingereicht. Also Fazit: Die Kommunikation fand ich unglücklich, im Einzelfall der erwähnten Spar-Filiale wurde eine Lösung gefunden und das finde ich auch gut so. Da möchte ich nicht missverstanden werden, und die Standesinitiative soll Klarheit bringen, das finde ich auch gut so. Also deshalb mein Fazit: Ich erkläre mich teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.15. Interpellation Nr. 28 Christine Keller betreffend möglicher Interessenkonflikte hinsichtlich aktueller und neuer Tätigkeit der Direktoren von USB und UPK

[19.03.25 16:29:03, 25.5136.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Das ist nicht der Fall.

18.16. Interpellation Nr. 29 Annina von Falkenstein betreffend ESC als Anlass für einen Basler Frühlingsputz

[19.03.25 16:29:32, 25.5137.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungspräsident Condradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt.

Allgemeines: Die Host City Basel möchte sich während des ESC von ihrer besten Seite zeigen. Neben umfassenden Massnahmen zur Förderung der Willkommenskultur, welche sich vornehmlich an die dienstleistenden Betriebe richten, soll auch das Stadtbild dazu beitragen, dass sich alle auswärtigen Besuchenden wie auch die lokale Bevölkerung sicher und wohl fühlen. Eine attraktive Bespielung des ESC-Boulevards ist dabei ebenso wichtig wie die Sauberkeit.

Die Stadtreinigung des Tiefbauamtes erhebt täglich den so genannten Sauberkeitsindex. Dieser bestätigt, dass auf dem Gebiet der Stadt Basel die festgelegte Sauberkeit erreicht und teilweise übertroffen wird. Ein besonderes Augenmerk wird auf die «Eingangstore Basels» gelegt, also auf den Bahnhof Basel SBB und den Badischen Bahnhof. Das heisst, dass hier vor den Anlässen gezielt gereinigt wird. Während den Anlässen werden im Fest-Perimeter Bodenflächen und Abfallkübel sowie die Hauptachsen bedarfsgerecht gereinigt. Bei der Stadtreinigung gilt während den Anlässen ein Ferienstopp, damit sowohl das normale Tagesgeschäft als auch der Einsatz der zusätzlich benötigten Kapazitäten sichergestellt sind. Im Weiteren sind während den Anlässen Sonder-Teams mit Schwemm-Fahrzeugen von der Reinigung sowie von Spray-Ex zur Beseitigung von Schmierereien in der Stadt im Einsatz.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat sieht keinen Anlass für umfangreiche zusätzliche Reinigungs- und Auffrischungsmassnahmen im Vorfeld. Jedoch werden vor Beginn des Anlasses die Eingangstore der Stadt, namentlich der Bahnhof SBB und der Badische Bahnhof, gezielt gereinigt.

Zu Fragen 2 und 3: Die Priorität liegt auf einer sicheren und sauberen Veranstaltung. Basel Tourismus ist massgeblich für die Umsetzung des Welcome-Konzepts verantwortlich und wird darüber hinaus darauf achten, dass touristische Infrastrukturen sauber und intakt sind. So werden zum Beispiel die Schilder der historischen Rundgänge eigens für den ESC erneuert und die Steiger der Hotelschiffe werden von Sprayereien befreit. StadtKonzept Basel wurde für die Ausgestaltung des Eurovision-Boulevards beratend beigezogen.

Zu Frage 4: Das Motto «crossing borders», unter dem das Basler Bewerbungsdossier für den ESC eingereicht wurde, kommt insbesondere beim kulturellen Rahmenprogramm, bei touristischen Angeboten sowie bei der verkehrstechnischen Erschliessung durch zusätzliche ÖV-Verbindungen zum Tragen.

Zu Frage 5: Hier wird keine Unterscheidung vorgenommen.

Zu Frage 6: Der Regierungsrat begrüsst die Initiative der Basler Betriebe und unterstützt diese tatkräftig, indem die Welcome-Massnahmen im Rahmen des ESC aus dem ESC-Kredit finanziert werden. Darunter fällt – nebst den Schulungen für die gesamte Dienstleistungskette – auch Dekorations- und Brandingmaterial für das lokale Gewerbe im Rahmen einer Sensibilisierungskampagne. Dadurch können die Basler Unternehmen von der Strahlkraft des ESC profitieren und daraus Wertschöpfung generieren. Darüber hinaus sorgt der Regierungsrat mit umfangreichen Massnahmen im Bereich der Stadtbespielung, der Sicherheit und der öffentlichen Infrastruktur für gute Rahmenbedingungen.

Zu Frage 7: Der Aspekt der Nachhaltigkeit in allen drei Dimensionen – wirtschaftlich, ökologisch und sozial – spielt bei der Planung und Durchführung des ESC in Basel eine zentrale Rolle. Sowohl für den ESC als auch für die Women's Euro wurde ein umfangreiches Nachhaltigkeitskonzept entwickelt. Im Bereich der Infrastruktur wird ebenfalls darauf geachtet, dass bestehende Vorrichtungen und Gebäude genutzt werden und keine neuen Anlagen errichtet werden müssen. Spezifische Reinigungsarbeiten, die den Anlass überdauern, sind nicht vorgesehen, da die Sauberkeit auf dem Stadtgebiet hinreichend gegeben ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu begründen, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung dieser Interpellation rund um die Möglichkeit eines Basler Frühlingsputzes vor dem ESC, der einerseits den Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt, aber natürlich auch vor allem den hier ansässigen Personen zugutekommen sollte. Ich finde es sehr toll, dass Basel Tourismus und Stadtkonzept einbezogen werden in die Arbeiten, die vor dem ESC anfallen und die bereits geplant sind und auch, dass der Link zu den verschiedenen Betrieben, die Basel in dieser Zeit vielfältig bereichern werden, so stark gemacht wird. Ich glaube, das ist ein grosser Vorteil, um diesen Anlass glücken zu lassen.

Mich würde es noch wundernehmen, wie die Zusammenarbeit zwischen Basel Tourismus und der Stadtreinigung ausfällt, weil da genannt wird, dass gerade im Vorfeld vor allem über Basel Tourismus Meldungen gemacht werden oder Punkte aufgezeigt werden, wo das Image momentan noch nicht ideal ist. In diesem Kontext habe ich leider den Pylonen beim Dreiländereck vermisst. Ich habe aber leider auch keine Frage wirklich explizit dazu gestellt, denn das war ursprünglich der Aufhänger für die Interpellation, aber nach vier Jahren im Grossen Rat sollte ich unterdessen wissen, dass zwischen den Zeilen nicht beantwortet wird, dass man das ausformulieren müsste, das heisst, das ist eine Kritik an mich selbst, das werde ich bei einem nächsten Mal ein bisschen expliziter formulieren.

Was mich auch noch interessieren würde und was auch nicht so gut beantwortet wurde, ist, wie diese Eingangstore, die Bahnhöfe einerseits wie auch unser internationales Busbahnhofsprovisorium ein bisschen aufgepimpt werden Das ist vor diesem Skatepark im Gundeli und man hat eher Lust, mit dem Bus wegzufahren als mit dem Bus anzukommen. Das wäre noch gut zu wissen oder gebe ich in diesem Rahmen einfach mal noch mit. Und auch die Sicherheit auf dem Centralbahnplatz. Man kann auf dem sauberen und aufgeräumten Platz überfahren werden, wenn man ankommt. Die Sicherheit wurde nicht wirklich angesprochen und wenn man den Centralbahnplatz kennt, dann kann man ihn einigermassen sicher überqueren, aber wenn man neu ankommt und zuerst einmal in die Weite schaut, um die Stadt zu entdecken, die man gerade besucht, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass ein Bus oder ein Tram oder beides plus Velos, einem die Sicht ein bisschen zerstören. Immerhin ist man dann wach und kann nachher alles sehr bewusst wahrnehmen, weil eben die Gefahr dort von überall her lauert.

Aber ich denke, dass diese Punkte auch bewusst sind. Wie gesagt, ich habe sie nicht explizit als Frage formuliert, daher kann ich mich auch nicht beklagen, wenn sie nicht beantwortet wurden. Ich bin mit der Antwort sehr zufrieden und freue mich auf die Stadt in ihrem besten Kleid, wie sie uns dann hoffentlich erwarten wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden und die Interpellation ist erledigt. Damit sind alle Interpellationen erledigt.

20. Motion Roger Stalder und Konsorten betreffend Stopp gefährliche Gummiprofile in Tramgeleisen

[19.03.25 16:36:47, 25.5009.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Zu Wort gemeldet hat sich Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Eine Million Franken und viele Jahre später und immer noch kein greifbares Ergebnis - es klappt wegen Problemen mit dem Gummi, den schweren Trams und den komplizierten Ein- und Ausbau einfach nicht mit den Füllungen in den Tramgleisen. In Zürich hat man das schnell gemerkt, aber Basel macht immer weiter. Jetzt mit einer kurzen Variante vor und nach den Haltestellen, sogar wenn das den Gummi ein wenig schont, weil das Tram nicht darauf stehenbleibt, wird er doch abgenutzt und nichts ist gefährlicher für Velo und Tram als kaputte Gummis in den Schienen.

Ich habe im Sommer mehrmals bei der Haltestelle Bruderholzstrasse beobachten können, dass viele Velofahrer:innen auch mit den Gummis in den Schienen sehr vorsichtig über diese fuhren und auch beim Fahren zwischen den Schienen keinen sicheren Eindruck machten. Das Ganze ist ein Versuch und ein solcher kann auch abgebrochen werden. Sich einzugestehen, dass die Idee gut aber nicht durchführbar ist, ist keine Niederlage. Einen Versuch über Jahre und mit grossen Ausgaben fortzusetzen, obwohl er keine Aussicht auch Erfolg hat, ist einer Zwängerei. Wichtig für die Velofahrer:innen: Der

Abbruch dieses Versuchs soll nicht heissen, dass die Regierung und die BVB nicht nach einer neuen und besseren Idee suchen.

Im Namen der Fraktion der LDP bitte ich Sie also, dem Schrecken hier ein Ende zu setzen und diese Motion anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Kurz und bündig: Wir Grünliberalen möchten den Pilotversuch ordentlich zu Ende führen. Nur dann kann man ein Fazit ziehen, nur dann wissen wir, ob die kleineren Abschnitte, die kürzeren Stücke nicht doch funktionieren. Ein abrupter Stock macht hier in diesem Moment keinen Sinn. Wir brauchen ordentliche Entscheidungsgrundlagen. Wir bitten Sie deshalb, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Ich kann mich den Worten von Brigitte Kühne nur anschliessen. Es ist sicher so, dass die Resultate des velofreundlichen Gleises nicht erfreulich sind oder nicht zufriedenstellend sind, ich bin aber ebenfalls der Meinung, dass es dazu keine Motion braucht, sondern dass wir jetzt den Evaluationsbericht abwarten und das sollte dann genügen. Dann kann man ordentlich mit diesem Pilot auch abschliessen. Im Namen der SP bitte ich um Nichtüberweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Diese Motion fordert einen unverzüglichen Abbruch des Projekts. Die Fraktion Grüne/jgb befindet dies nicht sinnvoll. Es ist ganz klar, Schienen und Kap-Haltestellen generieren bei uns in Basel-Stadt aber auch in sämtlichen anderen Schweizer Städten Probleme für Velofahrende. Dafür gibt es verschiedene Lösungen. Man kann Überfahrten machen über das Trottoir. Das ist natürlich das Optimum. Tempo 30 ist eine erste Verbesserung. Umfahrungsrouten kann man auch machen, wenn es keinen Platz gibt für andere Massnahmen. Schiebetritte in die Trams einzubauen wäre auch eine sehr gute Lösung, dafür dauert es jedoch noch Jahrzehnte, bis die ganze Tram-Flotte mit Schiebetritten ausgerüstet ist. Eine Entschärfung bringen Gummis in den Schienen, so dass die Sturzgefahr sich reduziert.

Auch wir von der Fraktion Grüne/jgb sind enttäuscht darüber, dass das Projekt nicht mehr Erfolg hat und doch sehr stagniert. Anscheinend ist es sehr schwierig, so einen Gummi zu produzieren, der wirklich Witterungen jeglicher Art standhält. Wir sehen es als unsere Verantwortung, teils als sehr reicher Kanton hier auch Innovationsarbeit zu leisten und ein unverzüglicher Abbruch für ein Projekt, das grundsätzlich etwas sehr Sinnvolles verfolgt, Schwierigkeiten hat und nicht ganz das Resultate bringt, das wir uns wünschen, sehen wir doch eigentlich als nicht sauber an. Wir wünschen uns, dass mit dem nächsten Statusbericht für die Behindertengleichstellungsgesetzumsetzung auf dem Tram- und Busnetz die Ausgangslage und die weiteren Infos über diesen Versuch dargelegt werden und dass wir dann weiterschauen. Ein unverzüglich der Abbruch wäre jedoch sehr schade, weil man dann das Projekt nicht auswerten könnte. Wir werden daher diese Motion ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es haben sich alle sehr kurzgehalten. Ich darf das auch tun. Die Schwierigkeit bei dieser Motion liegt wirklich bei diesem Wort unverzüglich. Wenn die Motion offen gewesen wäre in der Frist, dann hätte ich sehr gerne diese auch entgegengenommen, weil natürlich prüfen wir nach jedem Phasenabschluss, ob es sinnvollist, etwas anzupassen, eine neue Phase einzuleiten oder das Projekt abzubrechen.

Und ich kann ganz offen sein, die Variante mit den langen Gummistücken ist gescheitert. Das ist zu aufwändig im Einbau. Es hält zu wenig lange, es würde viel zu teuer werden, wenn wir das in der ganzen Stadt ausrollen würden, aber die Variante mit den kurzen Stücken, wo man eben zwischen den Gleisen wechseln kann und zurück, die sieht wirklich sehr vielversprechend aus. Und es ist so, dass man manchmal bei diesen Versuchen auch etwas Durchhaltevermögen beweisen muss, nicht Sturheit auf keinen Fall, ich kann ihn versichern, dass wir am liebsten nach der nächsten Phase, wenn wir diese kurzen

Stücke getestet haben, sorgfältig schauen, was das Resultat ist, ob es wirtschaftlich überhaupt vertretbar ist vom Aufwand her. Glauben Sie mir, auch ich möchte wirklich, dass die Leute bei der BVB und bei mir im Departement sich nicht mit Versuchen beschäftigen, die sich nicht lohnen, aber hier jetzt unverzüglich abzubrechen wäre wirklich sehr schade.

Diese Kapphaltestellen sind eine Herausforderung. Das schildern uns viele Menschen und tatsächlich ist es so, dass Menschen, wenn sie sich nicht sicher fühlen mit dem Fahrrad, dann tendenziell das Fahrrad auch stehenlassen. Wenn wir das Velofahren fördern möchten, dann müssen wir Lösungen finden für diese Kaphaltestellen, und deshalb möchte ich Sie sehr bitten, diese Motion nicht zu überweisen, uns diese Zeit für die nächste Phase mit diesen kurzen Stücken an der Bruderholzstrasse zu geben und dann zu entscheiden, wie wir weiter verfahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit hat der Motionär Roger Stalder das Wort.

*Roger Stalder (SVP): I*ch bin schon dieser Meinung, dass man das jetzt blitzartig stoppen soll, denn es wird keine Garantie geben, dass auch das kurze Stück funktionieren wird. Es gibt auch noch andere Fakten. Jetzt hat man einfach geredet, mit dieser Verkürzung und mit diesen sechs Metern werde man die Finanzen ein bisschen runterbringen. Das mag so sein, der Aufwand ist enorm, trotzdem, selbst wenn der Gummi ein Jahr halten würde, müssten Sie bei allen diesen Haltestellen jedes Jahr die Schiene und den Gummi immer wieder herausnehmen und wieder neu einbauen. Ich habe mich informieren lassen, das passiert über eine Nachtschicht mit sechs Mann und das bei jeder Haltestelle. Die Firma hat klar gesagt, sie könne das gar nicht bewältigen. Also müssten dort auch noch Fremdfirmen eingestellt werden.

Eigentlich wäre ja gedacht gewesen, dass man das in der ganzen Stadt macht. Was nützen die sechs Meter, wenn Sie im grössten Teil des Tramnetzes keinen Gummi haben? Also dort müssen Sie quer darüberfahren und meine Leute haben das bestätigt, dass über 90 Prozent wissen, dass man in Basel eine Tramschiene hat und quer darüberfahren muss, da nützen auch die sechs Meter nichts für die Sicherheit.

Und was noch ganz verheerend ist, was man hier irgendwie ignoriert, ist, dass auch auf diesen sechs Metern die Trams entgleisen können, wenn dieser Gummi nicht hält. Fakt ist auch, dass die Oldtimertram, die ja sehr beliebt sind in Basel, auch das Weihnachtstram, überall dort, wo es diesen Gummi gibt, nicht mehr fahren können. Das hat man mir auch so bestätigt. Das kann man doch nicht in Kauf nehmen. Also muss man eine Entgleisung von einem Tram sofort stoppen und nicht erst, wenn man es noch zehnmal probiert hat. Und darum bitte ich Sie wirklich, diesen Pilotensuche zu stoppen und die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung über diese Motion.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006120, 19.03.25 16:48:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion abgelehnt mit 57 gegen 36 Stimmen.

21. Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit

[19.03.25 16:48:17, 25.5010.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Eric Weber möchte sie bestreiten.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte, dass die Motion nicht überwiesen wird, das heisst ich möchte sie bestreiten. Im Januar 2025 hat der Grosse Rat für die nächsten drei Jahre 2025 bis 2027 eine Geldpauschale für die Umkleidezeit von Angestellten der kantonalen Verwaltung gutgeheissen. Das entspricht den neuen Entwicklungen in der Praxis zur Entschädigung der Umkleidezeit und wurde unterstützt. Unerfreulich war jedoch, dass dabei die Pauschale gegen den Willen des Regierungsrats erhöht und statt den vom Regierungsrat empfohlenen und in der Praxis üblichen 60 Franken Pauschale eine 80 Franken Pauschale festgelegt wurde. In der Praxis entschädigt eine Mehrheit der Arbeitgeber die Umkleidezeit durch eine monatliche Geldpauschale. Die vorliegende Motion fordert nun eine Abweichung von der gängigen Praxis, indem die Umkleidezeit mit einer Zeitgutschrift abgegolten werden soll.

Die Volksaktion lehnt es ab, die Umkleidezeit über die Arbeitszeit zu erfassen, denn eine Zeitgutschrifterschwert die Einsatzplanung zusätzlich und hat zur Folge, dass die Angestellten, welche so dringend an Einsatzorten gebraucht würden, noch weniger Einsatzzeit leisten. Der Kanton sollte sich zudem an der Praxis der Privatwirtschaft orientieren und folglich bei der Geldpauschale bleiben. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass die Arbeitnehmer der kantonalen Verwaltung mit der Geldpauschale von 80 Franken bereits bessergestellt sind als die meisten Angestellten in der Privatwirtschaft.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen einfach mal ganz klar und deutlich sagen, dass wir hier nicht in einer Sendung sind von «Wünsch dir was». Die Kantonsangestellten sind im Parlament vertreten, in anderen Parlamenten der weltweit dürfen Staatsangestellte nicht im Parlament sein und das ist eigentlich eine Sache, die ich noch erleben möchte, dass nämlich Staatsangestellte nicht in einem Parlament sind. Wir haben schon oft darüber diskutiert und das macht einen wütend, dass die Staatsangestellten ihre Sachen hier im Parlament in eigener Regie beschliessen. Höheren Lohn, mehr Zeit für Umkleiden. Ich sage jedem, seien Sie froh, wenn Sie einen Job haben und verlangen Sie nicht zu viel. Das ist einfach nicht gut.

Darum habe ich gefunden, dass ich das klar und deutlich sagen muss, dass nach meiner Ansicht das, was in der Privatwirtschaft ist, beim Staat nicht noch mehr verlangt werden darf. Das ist der Fall so und ich muss sagen, solche Wünsche sind für mich eine «Unverschämtheit».

Balz Herter, Grossratspräsident: Darf ich Sie bitten, zukünftig auf das Vorlesen von irgendwelchen Abstimmungsempfehlungen von Verbänden im Wortlaut zu verzichten? Besten Dank. Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Die Motionärin hat das Wort. Sie verzichtet. Damit kommen wir direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006122, 19.03.25 16:53:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 85 gegen 7 Stimmen.

22. Motion Philip Karger und Konsorten betreffend Pilotversuch mit Abfall-Unterflurcontainern, der den Namen "Versuch" verdient

[19.03.25 16:53:33, 25.5016.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das Pilotprojekt der Unterflurcontainer im Bachlettenquartier ist ihr Auftrag. Sie haben dieses Pilotprojekt bestellt, Sie haben es bewilligt als Gremium, und wir, die Verwaltung und der Regierungsrat, führen Ihren Auftrag jetzt aus.

Es ist schon eine Geschichte, die länger geht. Es gab mal ein Konzept des Regierungsrates, das dann vom Parlament sehr stark erweitert worden, nämlich dass man weiterhin ein Parallelsystem fahren muss. Also all diese Verbesserungen, die man auf der einen Seite erreichen wollte, nicht erreicht werden sollten und gleichzeitig noch das Geld gekürzt hat. Das war dann eine aus Sicht des Regierungsrates undurchdachte Vorlage. Es gab das Referendum gegen dieses Projekt Unterflurcontainer und der Regierungsrat war gegen den Grossratsbeschluss. Ich glaube, diese Situation gab und gibt es nicht so oft, dass quasi der Regierungsrat aufgrund der Parlamentsdiskussion zum Schluss kommt, dass er eine Nein-Parole empfiehlt bei dieser Referendumsabstimmung. Und der Entscheid war dann entsprechend auch sehr gross und auch im Sinne des Regierungsrates.

Danach gab es den Anzug Balmer, der überwiesen wurde vom Grossen Rat mit dem Auftrag, solche Pilotprojekte zu machen, wo eben die bisherige Einsammlung von Abfall ersetzt wird mit Unterflurcontainern. Der Wortlaut war relativ klar, es ging um ein Ersetzen in diesem Pilot, damit man wirklich testen kann, was das heisst, wenn man in einem Quartier nur Unterflurcontainer hat und nicht gleichzeitig auch noch die Bebbi-Säcke eingesammelt. werden.

Der Regierungsrat hat das aufgrund des Anzuges erarbeitet, Ihnen vorgelegt als Grossem Rat und es wurde beraten in der UVEK und dann hier beschlossen und zwar ziemlich deutlich, alle Fraktionen ausser die SVP waren für dieses Pilotprojekt im Bachletten, mit 75 zu 16 Stimmen. Und auch die LDP war geschlossen für dieses Pilotprojekt.

Das ist der Beschluss dieses hohen Rates und – ich denke, das ist auch eine wichtige Information -, dieser Beschluss unterlag dem fakultativen Referendum. Jede und jeder in unserem Kanton, der mit diesem Entscheid nicht einverstanden war, hätte die Möglichkeit gehabt, ein Referendum zu ergreifen und es wieder vor das Volk zu bringen. Es wurde kein Referendum ergriffen und deshalb hat auch diese demokratische Kontrolle funktioniert. Und aufgrund dieses Beschlusses der Akzeptanz durch die Nichtergreifung des Referendums ist jetzt die Verwaltung dran, diesen Auftrag nach vielen Einsprachen umzusetzen und auszuführen, dieses Projekt zu pilotieren und zu evaluieren und dann zu entscheiden aufgrund der Erfahrung, wie die Leute das aufnehmen, was die Probleme sind, was die Kosten sind, um dann einen seriösen Entscheid zu fällen, ob in Zukunft dann das System in dieser Stadt sein soll, dass weiterhin die Bebbi-Säcke eingesammelt werden oder dass wir diese Unterflurcontainer haben.

Die inhaltlichen Argumente sind alle dargelegt in diesem damaligen Ratschlags an den Grossen Rat. Es gibt sehr viele gute Gründe. Wir können verschiedene Fraktionen sammeln, das Macht das Trennen sehr einfach für die Leute. Es ist einfacher zum Einsammeln, es ist für den Arbeitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser. Man kann rund um die Uhr seinen Abfall entsorgen. Es ist auch keine Futterquelle mehr für die Krähen, die dann sich gut vermehren, weil sie da schönes Futter finden. Es gibt also sehr viele gute Gründe für dieses Polpilotprojekt.

Es gibt auch gewisse Gründe dagegen, dass man eine gewissen Distanz gehen muss, dass das auch Schwierigkeiten gibt für gewisse Leute, die eine Geheinschränkung haben. Es geht in diesem Pilot darum, diese Vor- und Nachteile der beiden Systeme nebeneinander zu stellen. Und dazu braucht es diesen Pilot. Es braucht ein Pilot, bei dem nicht noch gleichzeitig die Bebbi-Säcke eingesammelt werden, denn dann kann man diese Gegenüberstellung auch wieder nicht machen.

Also ich bitte Sie, lieber Grosser Rat als Gremium, seien Sie konsistent, Sie haben diesen Auftrag deutlich erteilt. Sie haben schon sehr viel Arbeit damit ausgelöst und jetzt machen wir diesen Pilot und entscheiden danach, wie es weitergeht mit dem Abfalleinsammeln hier bei uns in der Stadt Basel. Deshalb bitte ich Sie im Namen des Regierungsrats, diese Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Regierungsrat Kaspar Sutter hat recht, Sie alle haben das gewollt. Die SVP wollte das nie, Sie haben das richtig gesagt, Herr Sutter, wir waren von Anfang an gegen dieses Projekt und wir sind es weiterhin und deshalb unterstützen wir auch die Motion von Philip Karger, weil wir die Idee dieser Abfallunterflurcontainer in keiner Weise unterstützen können. Ich bin in dieser Frage tatsächlich auch persönlich betroffen. Ich wohne an einer Strasse und ich muss Ihnen ganz ehrlicherweise sagen, die Kommunikation in diesem Zusammenhang ist, nachdem es bereits auch schon früher kritisiert wurde, weiterhin miserabel. Ich weiss zum Beispiel bis heute nicht, wo ich dann meinen Abfall hintragen muss. Ich gehe davon aus, dass ich ihn mehrere 20, 30 vielleicht 100 Meter in der Gegend herumtragen muss, mit diesem Abfallsack spazieren gehen muss, und ich erkenne für mich zumindest und so geht es vielen Personen, die bei mir im Hause wohnen, keinen Mehrwert, wenn ich nun mit meinem Abfall Gassi gehen muss.

Ich finde auch das Argument, dass man 24 Stunden den Abfall entsorgen kann, etwas schwierig. Gleichzeitig haben wir seit Jahren an verschiedenen Stellen Sammelstellen für Glas, Alu und Co. Dort darf man auch nicht 24 Stunden entsorgen, Warum? Weil es lärmintensiv ist. Und jetzt wollen Sie in einem dicht besiedelten Quartier wie dem Bachlettenquartier mit Abfallunterflurcontainern erlauben, dass wir während 24 Stunden den Abfall dorthin transportieren kann und wir alle wissen – das sehen wir auch bei bestehenden Unterflurcontainerstellen auf der Erlenmatt – dass, wenn Sie eine solche Anlage einrichten, rund um die Anlage herum sich der Abfall nur so sammelt. Allerlei Dinge werden dort hingelegt, auch, was gar nicht dorthin gehören sollte. Das wird auch im Bachlettenquartier danach zunehmen. Es werden Parkplätze vernichtet, es müssen Strassen aufgerissen werden, weil man ja diese Unterflurcontainer eben unterirdisch installieren muss. Ich finde das eine sehr grosse Zumutung. Wenn ich schon sehe, wie die ganze Kommunikation dieses Pilotprojekts schon miserabel ist, dann bin ich sehr gespannt, wie danach diese Umfrage oder die Evaluation des Projekts vonstatten gehen soll. Werden dann alle Bewohner des Quartiers befragt? Wie wird das gewertet? Nach welchen Kriterien wird danach entschieden, dass man auf dieses Abfallunterflurcontainersystem in der gesamten Stadt umschwenkt? Oder muss man dann allenfalls alle diese Unterflurcontainerstellen auch wieder zumachen, wenn man feststellt, dass dieses System nicht kompatibel ist?

Deshalb, glaube ich, ist es zumindest für den jetzigen Zeitpunkt richtig, dass wir diese Motion Karger überweisen und den Anwohnern die Möglichkeit geben, weiterhin auch das alte bewährte System zu benutzen, denn es ist so, es ist gerade im Bachlettenquartier für viele ältere Menschen nicht zumutbar, diesen Abfallsack mehrere 100 Meter in der Gegend herumzuschleppen. Das ist aufwendig, das ist schwer, das ist umständlich und ich glaube nicht, dass man das von Bürgerinnen und Bürgern, die in diesem Kanton wohnen, die hier Steuern zahlen (und im Bachlettenquartier leben nun jetzt auch nicht gerade diejenigen, die am allerwenigsten Steuern bezahlen), dass man ihnen nun diese Dienstleistung wegnimmt. Das halte ich für wirklich nicht angebracht und ich glaube, es ist auch nicht notwendig, dass wir in diesem Bereich etwas machen.

Deshalb lassen Sie diese Bewohnerinnen und Bewohner im Bachlettenquartier in Ruhe. Lassen Sie diese Menschen weiterhin ihren Abfallsack vor die Türe stellen, seien wir doch froh, dass die Menschen den Abfall noch ordentlich entsorgen. Da gibt es viele andere Beispiele, wo es eben nicht so gut klappt. Ich glaube, wir verlieren nichts, wenn wir diese Motion Karger überweisen und die Möglichkeit dieses parallelen Systems für den Moment zumindest einmal laufen lassen. Ich kann nur für mich sprechen, ich werde meinen Abfallsack garantiert nicht mehrere 100 Meter durch das Quartier tragen. Ich werde meinen Abfall weiterhin bei meinem Hauseingang, Montags oder Donnerstags abstellen und warte auf die Entsorgung durch die Stadtreinigung. Besten Dank für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Andrea Strahm. Sie wird entgegengenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Stören Sie sich nicht an den regelmässig aufgepickten und aufgerissenen Säcken, die auf den Strassen herumliegen, stinken und Ratten und Marder anziehen?

Joël Thüring (SVP): Ich störe mich generell an der Abfallentsorgung in diesem Kanton, aber dafür ist der Unterflurcontainer aus meiner Sicht nicht das geeignete Mittel, dagegen zu wirken. Da muss es andere Möglichkeiten geben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Regierungsrat Kaspar Sutter hat eigentlich schon sehr schön die Vorgeschichte erläutert. Ich möchte hier nur noch kurz daran erinnern, dass wir uns in diesem Saal bis auf die SVP wirklich einig waren, zuerst bei der Abstimmung, dann auch bei der weiteren Stossrichtung, dass wir grundsätzlich Unterflurcontainer möchten und dass wir aber nicht nur halb flächendeckend Unterflurcontainer einführen möchten und dafür eine flächendeckende Müllabfuhr. Das wäre eigentlich das gewesen, worüber wir abgestimmt haben. Und es war auch klar, dass es weitergehen wird mit diesem

Geschäft nach der Abstimmung und deshalb auch dann dieser Vorstoss. Deshalb sind wir heute da, wo wir eigentlich immer schon geplant haben zu sein nach dieser Abstimmung.

Das Referendum wurde nicht ergriffen gegen den Grossratsbeschluss 2019 für diesen Pilotversuch, und nun wird dieser Pilotversuch dennoch in Frage gestellt. Ich finde das ein wenig schade, gehe aber gerne kurz auf die Forderungen der Motion ein.

Die Motion fordert, dass ein Versuch gemacht werden soll, der den Namen Versuch verdient und sagt darum, dass die Container nicht im Boden versenkt werden sollen. In meinen Augen kann ein Versuch nur wirklich ausgewertet werden – und das ist ja das, was wir in diesem Saal auch wollten, als nächster Schritt – wenn er möglichst nahe an dem ist, was man eigentlich prüfen will. Wenn die Container nun nicht im Boden, also als Unterflurcontainer gestaltet werden und dennoch den Pilot für Unterflurcontainer pilotieren soll, dann macht das keinen Sinn. Es bedeutet konkret auch, dass die Bevölkerung ihren Müll hochheben muss. Das ist vor allem für ältere Generationen gar nicht mal so einfach, den Müllsack dann oben hinein zu werfen, und es bedeutet auch, dass die Gerüche von diesen Müllsammelstellen nicht gleich gut kontrolliert werden können wie in Unterflurcontainern.

Das Anbieten von beiden Arten der Müllentsorgung wird ebenfalls gefordert. Ich finde, das macht nicht wirklich Sinn zu prüfen, denn was wir eigentlich prüfen wollen, ist es ja genau, wie es ist, wie es ankommt, wenn statt einer Abfuhr zweimal wöchentlich nur noch die Unterflurcontainer zur Verfügung stehen. Wenn wir das nicht tun, dann prüfen wir eigentlich gar nichts mehr. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir wissen es alle, diesen Unterflurcontainern geht eine lange Geschichte voraus hier in Basel, Regierungsrat Kaspar Sutter hat das sehr präzise erläutert. Nun ist es an der Zeit, den demokratischen Entscheid endlich auszuführen und nicht abzuändern, wie dies die Motion verlangt. Ausserdem ist der Zuschlag für die 28 Unterflurcontainer für den Pilotversuch erteilt, wie dies dem aktuellen Kantonsblatt entnommen werden kann.

Denn Unterflurcontainer sind eine rundum gute Sache. Die halbe, gefühlt sogar die ganze Schweiz sowie unszählige europäische Städte wissen dies seit langem. Seit Ende der 1990-er Jahre gibt es sie in der Schweiz und sie haben sich rasant verbreitet. Warum? Es geht um Komfort und Barrierefreiheit und ja Joël Thüring, der Abfall kann zu jeder Tages- und Nachtzeit einfach entsorgt werden, ist doch super. Verbesserte Hygiene, keine Geruchsbelästigungen, keine Krähen, die die Säcke aufreissen. Reduzierter Aufwand für die Kehrichtabfuhr, insbesondere weniger Kehrichtfahrzeugfahrten, einfaches, Trennen von Abfall mit unterschiedlichen farbigen Säcken, zum Beispiel dann endlich auch Bioabfälle. Meine Damen und Herren, Sie sehen, ein flammendes Votum für die Unterflurcontainer direkt aus dem Pilotquartier Bachletten. Warum? Weil ich in diversen anderen Städten und Dörfern mehrfach selbst erlebt habe, wie gut sie funktionieren. Nein, die Umgebung eines Unterflurcontainers ist nicht schmutzig. Nein, ein Unterflurcontainer 10 Meter entfernt vom Hauseingang mindert den Wert einer Immobilie nicht. Nein, Unterflurcontainer machen keinen Lärm.

Unterflurcontainer sind eine effiziente und nachhaltige Lösung für die Abfallentsorgung in städtischen Gebieten. Wir Grünliberalen begrüssen genau dies, eine effiziente, nachhaltige und einfache Abfallbewirtschaftung. Herzlichen Dank für die Ablehnung dieser Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Wie viele Menschen kennen Sie, die ein echtes Bedürfnis haben, freitags oder donnerstags um 3 Uhr nachts den Abfall zu entsorgen?

Brigitte Kühne (GLP): Ich kenne keine solche Menschen, aber es ist ein Bedürfnis. Mein Mann weiss zum Beispiel immer noch nicht, wann er den Sack rausstellen muss und für ihn wäre es super, wenn er den einfach hinbringen könnte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich kann nicht versprechen, dass ich gleich viel Einblick in mein Privatleben gewähre wie Brigitte Kühne. Ich möchte auch noch einmal kurz an die Historie des Geschäftes anknüpfen, auch wenn es jetzt schon mehrfach erwähnt

worden ist. Das war 2015 sicher kein Glanzstück der basel-städtischen kantonalen Politik. Ich habe es so in Erinnerung, dass man diese Vorlage wirklich im Grossen Rat im letzten Moment noch ein bisschen vermurkst hatte, wenn man das so nennen will, und Fakt bleibt, dass dann alle zur Ablehnung empfohlen haben, dass dieses Nein nicht gegen die Unterflurlösung gerichtet war, sondern eben weil man in letzter Minute es noch so formuliert hatte, dass eine Doppelspurigkeit erforderlich gewesen wäre, dass man gleichzeitig oberirdische Touren gefahren hätte und unterirdische Entsorgung angeboten hätte, und das ist genau das, was die Motion jetzt fordert und genau das war der Grund dafür, dass alle, die es hier drin unterstützt hatten 2015 dann eben bei der Volksabstimmung für ein Nein plädiert haben. Es ist also wirklich eine unzulässige Aussage jetzt zu behaupten, es sei eine Umsetzung gegen den Willen der Bevölkerung. Der Grund war exakt die Forderung, die jetzt in der Motion steht.

Nebenbei gesagt, ein echter Pilot ist ganz sicher nicht, wenn man zwei Systeme parallel laufen lässt, denn dann kann man es nicht auswerten. Regierungsrat Kaspar Sutter hat das ebenfalls schon ausgeführt. Sonst wollen Sie übrigens ja auch immer möglichst effizient arbeiten. Hier wollen Sie jetzt zwei parallele Lösungen finanzieren.

Unzählige Städte in der Welt und auch unzähliege Siedlungen bei uns in Basel machen es schon so, dort gibt es die Unterflurcontainer, Erlenmatt oder Lehenmatt, Sie können spazieren gehen in der Stadt, Sie werden es an vielen Orten antreffen, und es ist erfolgreich, es funktioniert, es ist sauber, es ist praktisch, es ist bequem.

Und nein Joël Thüring, man muss nicht um 3 Uhr entsorgen wollen. Es gibt ganz viele Menschen in dieser Stadt, die zum Beispiel eine Mobilitätsbeeinträchtigung haben, die haben Leute, die sie unterstützen, und die müssen sie dann nicht mehr genau am Abfuhrtag und erst abends um 7 Uhr darum bitten, dass sie ihnen helfen und den den Abfall hinauaustragen für sie, sondern das kann dann jederzeit geschehen. Das geschieht dann eben dann, wenn die Spitex sowieso kommt oder wenn man die Nachbarin sowieso gerade antrifft und sie darum bitten kann, den Abfall hinauszutragen.

Auch dieses Märchen von den mehreren 100 Metern, das ist purer Populismus und gehört einfach nicht in diesen Ratssaal. Ein absoluter Extremfall wären 140 Meter gemäss der Kommunikation. Jetzt machen Sie hier mit grossen Worten Hunderte von Metern. Das ist überhaupt nicht die Realität. Schauen Sie die Siedlungen in Basel an, wo die Unterflurlösung bereits umgesetzt ist. Das ist wirklich einfach schade, wenn man dann irgendwelche Märchen erzählt.

Zusätzlich ermöglicht das Sack-im-Behälter-Prinzip, dass man ja austesten will, dass eben kleinere Säcke gefüllt werden und dann entsorgt werden können. Das muss auch nicht mehr die gleiche Grösse sein. Man muss auch nicht diverse unterschiedliche Abholtage für sich selber koordinieren, am einen Tag das Altmetall, am anderen Tag das Sperrgut, am dritten Tag das Papier und am vierten Tag der normale Kehricht, sondern das geht dann eben alles oder möglichst viel davon in einen Behälter mit verschiedenfarbenen Säcken. Das ist ja genau die geniale Idee.

Und dann möchte ich einfach schon uns schon noch sagen, dass es die gleichen sind, die jetzt hier diese Forderung unterstützen, die sich dann lautstark darüber beklagen, dass unsere Stadt dreckig sei und dass es zu wenig sauber sei. Auch das wurde schon angesprochen. Ich finde es aber so frappant, dass ich es gerne noch einmal wiederhole. Sie wollen weiterhin Krähen, Mardern und anderen Tieren in dieser Stadt den Speck vor das Maul stellen, indem sie die Bebbi-Säcke über Nacht in den warmen Sommernächten schön an die Strasse stellen und sich dann wundern, wenn es am morgen verteilt ist über das ganze Trottoir und die Strasse. Entschuldigen Sie bitte, das ist keine zeitgemässe Abfallentsorgung. Ich denke wirklich, da machen wir jetzt keine neue Erfindung, sondern wenden etwas Sinnvolles, Praktisches und Sauberes an und sollten das jetzt nicht begraben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Etwas in ein Loch zu versenken und da stinkend im Loch liegen zu lassen, dann wieder auszugraben, ist das wirklich etwas Sinnvolles und Zukunftsgerichtes.

Lisa Mathys (SP): Sie wollen das doch mit der Atomenergie die ganze Zeit machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Michael Graber.

Michael Graber (Mitte-EVP): Ich habe nicht schlecht gestaunt, als ich letzten Freitag in der Baz gelesen habe, dass das Baudepartement die 28 Unterflurcontainer für den Pilotversuch im Bachlettenquartier schon bestellt hat. Das Projekt ist ja nicht unumstritten und ich hätte erwartet, dass man zumindest die heutige Abstimmung im Grossen Rat abwartet. Es ist offensichtlich, die Regierung macht Dampf und will vorwärts machen.

Nun, ich kann die Bewohnerinnen und Bewohner im Bachlettenquartier verstehen. Es löst mulmige Gefühle aus, wenn man ungefragt Teil eines Pilotversuchs wird. Ich möchte mein Votum hier nutzen, um ein bisschen aus dem Nähkästchen zu plaudern. Meine Frau und ich wohnten früher mit unseren Kindern an der Laufenburgerstrasse, diese liegt schräg vis-à-vis vom Gartenbad Eglisee. Wir hatten bei uns in der Siedlung einen Unterflurcontainer für die Bebbi-Säcke. Ich habe es gestern extra mit Google Maps nachgemessen, die Gehdistanz von unserer damaligen Wohnung beträgt 160 Meter. Ich fand die Unterflurcontainersuper. Ich kannte das Konzept bislang noch nicht, habe aber schnell Gefallen daran gefunden. Insbesondere zwei Aspekte haben mich überzeugt: Flexibilität und Sauberkeit.

Erstens Flexibilität: Stellen Sie sich folgende Situation vor: Sie haben am Samstagabend ein paar Freunde eingeladen, es entsteht mehr Abfall als sonst und schwubs, der Bebbi-Sack ist voll. Die Müllabfuhr kommt in Ihrem Quartier aber erst am Dienstagmorgen. Also Bebbi-Sack zubinden und irgendwo deponieren, wo er möglichst nicht im Weg steht und hoffentlich nicht stinkt. Pech hat, wessen Wohnung keinen Balkon hat. Ganz anders mit Unterflurcontainern. Sie gehen nach dem Aufräumen kurz runter und nach wenigen Minuten hat sich die Sache erledigt. Ich fand das jedenfalls sehr praktisch.

Zweitens Sauberkeit: Wir alle haben das vermutlich schon erlebt. Kaum hat man sich am Morgen auf dem Weg zur Arbeit gemacht, erblickt man auf dem Trottoir einen Bebbi-Sack, den irgendein Tier in der Nacht zerfetzt hat. Das ist hässlich und das stinkt. Mit Unterflurcontainern besteht dieses Problem nicht.

Und vielleicht noch eine Anmerkung zur vorliegenden Motion. Ein Pilotversuch, bei dem man wählen kann, ob man den Sack vor die Tür stellt oder in den Container wirft, ist meiner Meinung nach nicht zielführend. Man würde eine Situation simulieren, die es später bei einem allfälligen regulären Betrieb nicht geben würde. Eine Auswertung des Versuchs wäre so kaum noch möglich. Meiner Meinung nach ,macht der geplante Pilotversuchsinn. Man bestimmt ein Quartier und führt dort probehalber die Abfuhr der Abfallsäcke per Unterflurcontainer durch. Nach einem Jahr schaut man, was funktioniert hat und was nicht funktioniert hat. Und je nachdem führt man dann das System flächendeckend ein oder man belässt es beim alten System. Und genau so ist ja auch der Pilotversuch geplant.

Mein persönlicher Erfahrung mit Unterflurcontainern ist, dass es eine gute Sache ist. Ich unterstütze das geplante Pilotprojekt des Baudepartements und empfehlen Ihnen, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat der Motionär Philip Karger das Wort.

Philip Karger (LDP): Nein, bei dieser Motion geht es nicht um ein Für oder Wider der Unterflurcontainer. Es geht um einen Pilotversuch, der diesen Namen auch verdient. Ja, auch die Fraktion der LDP hat 2019 dem Pilotversuch zugestimmt. Daran hat sich nichts geändert. Die LDP will mit dieser Motion einfach keinen Fait accompli, sondern einen fairen Versuch. Gäbe es eine echte Auswahl könnte, könnte die Bevölkerung mit den Füssen abstimmen, welches System sie will. Ich denke übrigens, dass bei einer echten Auswahl das Ergebnis durchaus offen wäre.

Ein Versuch gibt mehrere Möglichkeiten vor, aus denen ausgewählt werden kann. Wenn es keine Auswahl gibt, ist es keine Vorgabe und kein Versuch. Eine andere Definition für Versuch ist, etwas so lange auszuprobieren, bis es funktioniert. Beides ist bei diesem sogenannten Pilotversuch nicht gegeben. Sie scheinen davon auszugehen, dass die Bevölkerung die Unterflurcontainer nicht will und scheuen daher den echten Versuch. Sie zwingen also der Bevölkerung in einem Pseudo-Versuch Ihre Vorstellung von einer modernen Abfallentsorgung auf. Anders kann ich Ihre Reaktion nicht interpretieren.

Natürlich werden wir in einem Jahr erfahren, wie erfolgreich der Pilotversuch war und natürlich werden wir dann darüber diskutieren, wie schnell wir diese Unterflurcontainer in der ganzen Stadt installieren können. Der Versuch im Bachlettenquartier war ja mangels Alternativen erfolgreich.

Hätten Sie den Mut, die Bevölkerung mit den Füssen abstimmen zu lassen, dann könnten Sie bei späteren Diskussionen von einem gelungenen oder gescheiterten Versuch sprechen. So wie der Versuch jetzt aufgebaut ist, kann man nur sagen, die Bevölkerung hat mitgemacht. Was bleibt ihr denn anderes übrig? Beispiele wie Erlenmatt und so weiter können nicht angeführt werden, da die Situation dort völlig anders ist. Einerseits handelt es sich um ein geschlossenes Gebiet mit viel kürzeren Wegen, andererseits wohnt in diesen Gebieten eine relativ junge Bevölkerungsschicht, die keine Schwierigkeiten hat, einen Bebbi-Sack spazieren zu tragen.

Ist bitte Sie nochmals auch im Namen der LDP Fraktion, den Mut zu haben, für einen echten Versuch zu stimmen und die Motion anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage, diese wird abgelehnt. Somit schreiten wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

26 Ja, 62 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006124,]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 62 Stimmen gegen 26 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Somit sind die Motionen erledigt und wir kommen zu den Anzügen.

23. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Arbeitszeitverkürzung für KMUs in einem Pilot ermöglichen

[19.03.25 17:24:13, 25.5002.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort geht als erstes an Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn ein Staatswesen zu viel Geld hat, dann ist der Fantasie, was man mit diesem Geld macht, keine Grenzen gesetzt. Selten habe ich einen Vorstoss gelesen, wo die Litanei an Gründen, die dagegen spricht, länger ist als bei diesem Vorstoss. Ich werde mich auf die wichtigsten Punkte konzentrieren.

Als Beispiel wird Spanien herbeigezogen. Spanien kämpft mit 26 bis 27 Prozent Jugendarbeitslosigkeit und die Motivation für diese Mechanik, die hier vorgeschlagen wird, ist die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Das Problem, das wir im Arbeitsmarkt haben in unserem Kanton ist aber nicht die Jugendarbeitslosigkeit, es ist der Fachkräftemangel. Also eigentlich müssten wir Motionen einreichen, wie man Arbeitspensen durch den Staat subventioniert vergrössern könnte nicht verkleinern. Indirekt machen wir das ja auch als Staat, indem wir zum Beispiel Kitas finanzieren.

Der Titel dieses Anzugs lautet «Arbeitszeitverkürzung von KMU’s ermöglichen». Als KMU-Unternehmer kann ich Ihnen sagen, ich kann heute schon Arbeitszeitverkürzungen machen. Der Titel dieses Vorstosses müsste lauten «Auf Kosten des Staates Pensen reduzieren» oder von mir aus «Auf Kosten des Staates nicht arbeiten». Das wäre wahrscheinlich ehrlicher.

Nehmen Sie als Beispiel das Thema Missbrauch, der sogenannte Mitnahme-Effekt. Wenn ich jetzt jemanden anstelle und ihm für ein 80 Prozent-Pensum zum Beispiel 4’000 Franken anbiete – es entspricht einem Vollzeitpensum von 5’000 Franken -, ja dann kann ich ja auch sagen, machen wir 100 Prozent-Pensum, sie arbeiten dann einfach nur 80 Prozent und die restlichen 20 Prozent zahlt Basel-Stadt. Das kommt dann für den Mitarbeiter auf das gleiche heraus, aber ich als Arbeitgeber spare 20 Prozent des Lohns, und es kann mir niemand sagen, ich hätte da etwas getrickst, weil die Person arbeitet 80 Prozent statt 100 Prozent. Wie wollen Sie das in den Griff kriegen?

Dann kommt die Frage, wer davon profitieren soll. Im Vorstoss wird von KMU gesprochen. Grössere Firmen dürfen das also nicht anbieten, aber wir müssen auch ehrlich sein, das sind dann nicht die KU, das sind die MU,m die das allenfalls einführen können, denn in einem MU können Sie allenfalls die Arbeit von vier Personen auf fünf verteilen. Das geht, aber in einem KU mit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern können Sie das schlicht und einfach nicht. Also Sie bevorzugen dann die grösseren Unternehmen gegenüber den kleineren.

Weiter, wie soll ich der einen Mitarbeiterin erklären, dass sie 100 Prozent Lohn bekommt für 100 Prozent Arbeit und die Kollegin daneben bekommt 100 Prozent Lohn für 80 Prozent Arbeit, weil glücklicherweise ihr Job ein Teilzeitpensum zulässt. Sie sehen, mit Fairness kann man dieses Thema nicht handhaben.

Die Arbeitgeberattraktivität sollen wir als Kanton nicht steuern. Es ist Aufgabe von uns Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu schauen, dass wir gute Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind, teilweise auch, indem wir Teilzeitmodelle, Jobsharing und anderes anbieten. Das gehört heute dazu. Aber das sollen wir auf unsere Rechnung machen und nicht auf die Rechnung des Staates.

Arbeitsrecht regelt das Verhältnis von Arbeitgebern zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zwischen den Sozialpartnern. Und das ist auch gut so und das soll so bleiben. Ideen, welche wollen, dass der Staat hier sich einmischt, sind in jedem Fall aus liberaler Sicht abzulehnen. In diesem Sinn bitte ich Sie also, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Lorenz Amiet hat schon ganz viel gesagt, das ich jetzt nicht wiederholen muss. In diesem Anzug wird eine Arbeitszeitverkürzung für die KMU verlangt. Ich habe mir Zeit genommen und nachgesehen und habe ganz interessant gefunden, dass von den unterzeichnenden Personen niemand dabei ist, der ein eigenes KMU mit Angestellten hat. Ich finde das schon interessant. Ich bin selber, wie man so typisch sagt, ein KU. Ich habe einen Betrieb mit 13 Angestellten. Ich weiss also, wovon ich spreche. Ich bin in meinem eigenen Betrieb verantwortlich dafür, dass sich alle Menschen wohlfühlen, und das ist selbstredend in meinem ureigenen Interesse. Es liegt also an mir, Arbeitsbedingungen zu schaffen, dass die Mitarbeiter:innen glücklich sind und gerne bei mir arbeiten. Aber dazu braucht sich der Staat nicht einzumischen, und dagegen wehre ich mich ganz dezidiert und mit mir auch die ganze LDP-Fraktion.

Was ist der Sinn so eines Pilotversuchs? Was soll damit erreicht werden? Es entsteht nur Druck gerade jetzt auf die ganz Kleinen, die das nicht umsetzen können oder wollen, aus verschiedenen Gründen. Man hat vorher vom Fachkräftemangel gesprochen. Auch da gibt es natürlich einen negativen Effekt. Es gibt vielleicht gewisse Betriebe, die das umsetzen können, wo man tatsächlich alles so optimieren kann, dass die gleiche Arbeit in weniger Zeit kann gemacht werden. Aber wenn ich mit weniger Angestellten auskommen muss, dann muss ich entweder noch mehr Fachkräfte einstellen oder ich schliesse mein Apothek einen Tag, was ja auch nicht wirklich im Sinn des Erfinders ist. Also, der Fachkräftemangel wird erhöht.

Das heisst als Fazit ganz einfach, jeder Betrieb kann machen, was er will, wie Lorenz Amiet bereits gesagt hat, jeder kann seine Arbeitszeiten verkürzen, aber dafür braucht es keinen Staat, der sich einmischt und es braucht sicher keinen Pilot, der mit Steuergeldern finanziert ist. Darum lehnen wir den Anzug ganz klar ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Beim Lesen dieses Anzugs dachte ich mir, hier hat einer etwas geschrieben, der von KMU mit Angestellten wenig bis keine Ahnung hat. Viele Betriebe müssen für ihr Weiterbestehen halt eben die Arbeit und die Aufträge, die sie erhalten, abarbeiten, und das möglichst effizient und schnell. So wird das auch bei Submissionen erwartet, schlussendlich zählt der tiefste Preis. Das ist halt mal keine Wohlfühloase.

Es gäbe viele Themen, die man für die KMU machen könnte, die ihre Arbeit erleichtern würde. Ganz grundsätzlich sollte mehr ermöglicht statt verhindert werden, angefangen bei Parkiermöglichkeiten für die Gewerbebetriebe. Ich will hier aber nicht weiter ausführen. Das staatliche Eingreifen ist wettbewerbsverzerrend und unnötig. Ich danke, wenn Sie das nicht überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Ich muss jetzt gerade tief durchatmen nach all diesen Katastrophenvoten, die ich hier gehört habe. Wir von der Basta möchten diesen Anzug betreffend Pilotversuch Arbeitszeitverkürzungen für KMU gerne überweisen und ich darf mit grosser Freude mitteilen, dass ich auch für die grüne Fraktion sprechen darf. Und ich möchte einfach noch einmal eine Lanze brechen für die Arbeitszeitverkürzung. Für uns ist die Verkürzung der Arbeitszeit wirklich ein wichtiges Mittel, um den zunehmenden Druck, dem die Arbeitnehmenden ausgesetzt sind, zu begegnen. Wir wissen nämlich alle, dass lange Arbeitstage das Unfallrisiko erhöhen und die Produktivität senken. In den letzten Jahren hat sich die Arbeit immer mehr verdichtet, das wissen wir auch, der Produktivitätsdruck hat immer mehr zugenommen. Das ist einfach nicht gesund. Eine

Arbeitszeitverkürzung ist deshalb auch für uns eine präventive Massnahmen, und Studien zeigen ja auch, dass die Produktivität eigentlich nicht so wahnsinnig sinkt, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird.

Hinzu kommt, und das hat ich wirklich geärgert, dass wir in letzter Zeit immer von Standortattraktivität reden. Wir haben ja ein Standardförderpaket verabschiedet, erst kürzlich, mit dem wir 500 Millionen Franken Steuergeschenke an multinationale Firmen geben. Eine Arbeitszeitverkürzung wäre auch ein wichtiger Faktor für die Erhöhung der Lebensqualität der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und damit auch ein wichtiger Faktor der Standortattraktivität.

Nun fordert dieser Anzug, dass geprüft wird, ob im Kanton ein dreijähriges Pilotprojekt durchgeführt werden könnte, so wie diese Pilotprojekte auch in anderen Ländern schon durchgeführt werden. Klar aus anderen Gründen, da gebe ich Ihnen recht, Lorenz Amiet, das ist klar. Aber trotzdem, das Pilotprojekt wäre freiwillig, es wäre mit finanziellen Anreizen für KMU und es wäre nach Möglichkeit mit wenig bürokratischem Aufwand zu machen und mit einer wissenschaftlichen Evaluation. Ich sehe hier einfach die Katastrophengefahr nicht, aber vielleicht – das wurde ja auch gesagt –, verstehe ich einfach nichts von KMU.

Es ist ein Anzug, und wir finden dieses Anliegen prüfenswert und wir wären auch gespannt auf die Erkenntnisse, die aus einem solchen Pilotprojekt gezogen werden könnten. Wir bitten Sie deshalb, trotz aller Bedenken diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Beat K. Schaller. Sie wird entgegengenommen.

Beat K. Schaller (SVP): Wenn Sie den Link im Anzug verfolgen, dann lesen Sie, dass in England ein Versuch gemacht wurde mit 60 Unternehmen. Und ein wichtiger Satz ist, dass trotz Arbeitszeitverkürzung die Umsätze in etwa gleich waren. Also nehmen wir die Zahlen konkret, wenn ein Unternehmen mit 90 Prozent Gesamtarbeitszeit gleich viel Umsatz macht wie mit 100 Prozent, hat es einen Wasserkopf von 10 Prozent. Meine Frage an Sie: Wieso soll der Steuerzahler einen Wasserkopf und 10 Prozent finanzieren?

Heidi Mück (BastA): Das ist eine schwierige Frage, denn es geht ja um die Finanzierung eines Pilotprojekts und darum, daraus Erkenntnisse zu gewinnen. Dass bei uns solche Wasserköpfe bestehen, wage ich zu bezweifeln. Aber es geht ja nicht darum, solche zu finanzieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher aus Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Man kann schon eine Diskussion über Sinn und Unsinn der Viertagewoche führen. Meine bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen, die vor mir gesprochen haben und die auch praktische Erfahrungen als Arbeitgeber haben, haben aufgezeigt, welche Probleme das mit sich bringen kann. Und wenn sich jetzt hier Heidi Mück über die Dichte der Arbeit oder über den Stress am Arbeitsplatz beklagt, dann kann sie sich ja fragen, wie das dann aussieht, wenn man die gleiche Arbeit in weniger Zeit ausführen soll. Aber das ist hier gar nicht die Frage. Die Frage ist, ob es ein Basler Pilotprojekt dafür braucht.

Dazu kann man zunächst festhalten, dass eine gewisse Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt stattfindet. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit nimmt bei Vollzeitangestellten seit Jahren laufend ab. Der Anteil Teilzeiterwerbstätiger nimmt auf der anderen Seite zu. Die Unternehmen reagieren also auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Der Fachkräftemangel zwingt sie dazu, auf Bedürfnisse zu reagieren, so weit sie das natürlich können und sie nicht durch Präsenz oder Ladenöffnungszeiten dazu gezwungen sind, das nicht tun zu können.

Wir hatten als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch nie so viel Freizeit, wie wir es heute haben. Nun will man hier ein Pilotprojekt machen, aber es gibt weltweit mehrere Pilotprojekte und Beispiele, die durchgeführt wurden, in so vielen Ländern nah und fern. Deutschland, Grossbritannien, Italien, Schweden, Island, Kanada, Chile, Planzer in der Schweiz. Es gibt so viele Beispiele. Wenn man dann wirklich interessiert ist, was so ein Pilotprojekt ergeben würde, dann kann man ja auch mal nachlesen, was diese Pilotprojekte dann effektiv ergeben haben.

Jedes Unternehmen kann selber entscheiden, ob es gestützt auf die Erfahrungen all dieser Pilotprojekte und Unternehmen ebenfalls eine solche Viertagewoche einführen will. Kein Gesetz verbietet das. jedes Unternehmen kann das machen. Brauchen wir in Basel wirklich noch ein zusätzliches Pilotprojekt, welches schaut, ob die Situation auf unseren 37 km2 dann vielleicht doch ein bisschen anders ist als überall sonst auf der Welt? Es erinnert mich ein bisschen an die Pollerdiskussion, die wir geführt haben. Überall auf der Welt ist das erprobt und bewährt, aber wir im Kanton Basel-Stadt müssen ein

mehrjähriges Pilotprojekt machen, um herauszufinden, ob das bei uns dann auch entsprechend funktioniert. Also ich sehe Sinn und Zweck eines solchen Pilotprojektes nicht.

Und dann gibt es noch einen anderen Aspekt. Man muss natürlich, wenn man ein solches Pilotprojekt macht, eine Selektion machen. Welche Unternehmen dürfen sich jetzt an diesem Pilotprojekt beteiligen und nicht, welche Unternehmen kommen in den Genuss solcher staatlicher Unterstützungsgelder für drei Jahre? Das ist eine massive Wettbewerbsverzerrung. Das ist ein deutlicher Eingriff des Staates in den Wettbewerb. Denn gewissen Unternehmen zahlen wir dann einen Teil des Lohnes und anderen Unternehmen nicht. Das ist doch nicht gerecht. Das ist kein gerechter Wettbewerb. Das geht nicht. Da müssen Unternehmen mit den Steuern, die sie bezahlen, die Löhne ihrer Konkurrenz mitfinanzieren. Das ist inakzeptabel. Das können wir so nicht machen.

Diese Forderung nach einem Pilotprojekt ist nicht notwendig. Sie bringt massive Probleme mit sich und deshalb bitte ich Sie im Namen der FDP-Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Luca Urgese und auch Lorenz Amiet haben das Wesentliche schon gesagt. Ich möchte vielleicht noch eine andere Sicht einbringen. Der gleiche Lohn für vier Tage entspricht einer Lohnerhöhung von 20 Prozent. Das ist eine grosse Menge. Wie wollen Sie nach Beendigung des Pilotprojekts den Leuten beibringen, dass sie nun wieder 20 Prozent mehr arbeiten oder weniger verdienen, wenn sie bei der Viertageswoche bleiben möchten. Dann müssen sie ja diese Lohneinbusse in Kauf nehmen.

Das soll dann auch noch der Staat bezahlen. Ich kann das nicht nachvollziehen. Die Wettbewerbsverzerrung hat Luca Urgese schon geltend gemacht. Ich kann aber auch nicht nachvollziehen, was so schlecht am Arbeiten sein soll. Ich habe langsam Mühe, vielleicht werde ich auch alt, aber diese Work-Life-Balance-Sicht bedeutet ja, Work ist nicht Live, und Live ist immer nur Happiness. Das ist nicht so. Arbeit gibt auch Befriedigung, Freizeit gibt auch Ärger. Also diese Grundeinstellung, dass Arbeit immer nur schlecht ist, kann ich nicht nachvollziehen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Der Anzugsteller ist abwesend. Somit hat die Zweitunterzeichnende Melanie Nussbaumer das Wort.

Melanie Nussbaumer (SP): Vielen Dank für diese sehr emotionalen Voten. Es ist interessant, Ihnen zuzuhören. Anscheinend haben wir mit diesem Vorstoss einen Nerv getroffen. Ich glaube auch, dass Sie sicher Wissen haben über KMU, im Gegensatz zu Ihnen spreche ich meinen politischen Gegnern die Kompetenzen nicht per se ab. Sie haben da sicher Kompetenzen, und was Sie aber auch haben sind, wie die Voten gezeigt haben, sehr grosse ideologische Scheuklappen. Und das ist natürlich sehr schade, denn eigentlich ist dieser Vorstoss entstanden aufgrund Ihrer Kritik nach der Motion zur Arbeitszeitverkürzung von Verwaltungsmitarbeitenden. Damals haben Sie uns um die Ohren geworfen, dass wir damit die KMU konkurrenzieren und dass die KMU ja die Armen sind, die wirklich Schwierigkeiten haben, attraktiv zu sein eben in Zeiten des Fachkräftemangels, und dass das gar nicht ginge. Lorenz Amiet und ich haben uns sogar in Telebasel über dieses Thema gestritten. Das war genau das Argument. Das hier ist ein Vorstoss, um die KMU direkt zu unterstützen, um eben auch in diesem Kampf um Arbeitskräfte mitzuhalten. Deshalb ist es sehr sehr schade, dass Sie hier diese Scheuklappen haben.

Es wurde schon gesagt von Heidi-Mück, es gibt viele Studien, es gibt verschiedene Studien aus verschiedenen Ländern und diese zeigen, dass bisher eine verkürzte Arbeitszeit die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden erhöhen kann und dass das auch die Arbeitsattraktivität der Arbeitgeber steigert. Und das ist eigentlich eine Unterstützung von KMU, die dann mit solchen Massnahmen, mit solch einem Pilotversuch ihre Arbeitsattraktivität steigern können.

Das ist natürlich in Zeiten des Fachkräftemangels extrem entscheidend. Mitarbeitende, die eine bessere Work-Life-Balance erleben, bleiben auch eher in einem Unternehmen. Das weiss man auch aus sehr vielen Studien, und sie sind auch motivierter, da zu arbeiten. Es gibt weniger Ausfälle. Das ist alles wissenschaftlich belegt und dass das auch ein Vorteil für die Betriebe ist, ist ja irgendwie logisch, und dass das auch im Interesse ist von uns allen, von der gesamt Gesellschaft ist, wenn wir zufriedene Menschen haben in diesem Kanton, zufriedene Arbeitnehmende, dann ist das für uns alle gut.

Es gibt Fragen zur Umsetzung, da haben Sie schon recht. Sie haben auch gute Fragen aufgeworfen. Aber es ist auch ein Anzug. Es geht ja darum, das auszuarbeiten und genau abzuklären und abzugrenzen, wie man das aufgleisen soll. Wenn es so gemacht wird, als wäre das nicht möglich, dann ignoriert man einfach komplett, dass es schon solche Studien gab, dass

es schon solche Projekte gab, auch in anderen Ländern. Diese vermeintliche Unmöglichkeit eines Pilotversuchs ist völlig absurd.

Kurz und knapp, wenn wir KMU ermöglichen, flexible Arbeitszeitmodelle anzubieten und ein auszuprobieren, können sie nicht nur ihre Fachkräfte besser binden, sondern auch neue Talente gewinnen. Das hilft unseren KMU ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und gleichzeitig den Fachkräftemamangel zu mildern. Und wenn ich mir zuhöre bei diesem Fazit, da müssten eigentlich alle, die jeweils vom Gewerbeverband vor den Wahlen unterstützt werden, diesem Vorstoss zustimmen. Für die KMU ist dieser Vorstoss nur positiv. Und in diesem Sinne bedanke ich mich in Namen auch von Beda Baumgartner, dem Anzugstellenden, und der SP-Fraktion für die Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen vier Zwischenfragen vor. Sie werden entgegengenommen. Luca Urgese hat das Wort.

Luca Urgese (FDP): Wenn doch, wie Sie sagen, alle Vorteile wissenschaftlich belegt sind, wieso genau brauchen wir noch eine wissenschaftliche Studie aus Basel-Stadt, um doch noch einmal dasselbe zu belegen?

Melanie Nussbaumer (SP): Die Studien aus den anderen Ländern haben halt andere Bedingungen zu Grunde, da geht man auch schon von anderen Wochenarbeitszeiten aus. Da hat man die Viertagewoche ausprobiert, wie es sich in der Schweiz mit der 42 Stundenwoche verhält, weiss man nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Wie genau definieren Sie Wettbewerbsfähigkeit, wenn sie offenbar nur durch staatliche Mitfinanzierung erhalten werden kann?

Melanie Nussbaumer (SP): Rückfrage: Wieso haben wir ein 500 Millionen-Standortpaket gemacht?

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage kommt von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Es geht ja darum, dass die Leute weniger arbeiten. Wenn Leute weniger arbeiten, entsteht weniger Steuersubstrat, aber aus diesen Steuern soll ja Ihr Vorhaben finanziert werden. Wie können Sie das vereinbaren, dass mit weniger Steuern mehr ausgegeben werden soll?

Melanie Nussbaumer (SP): Da haben Sie etwas falsch verstanden. Sie sollen weniger arbeiten, aber gleich viel Lohn erhalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Sie haben die Zufriedenheit der Arbeitnehmer:innen betont. Wie gross ist Ihre Zufriedenheit als Arbeitnehmerin, wenn Sie wissen, dass Ihr Gegenüber im Büro den gleichen Lohn bekommt, aber einen Tag weniger arbeitet in der Woche?

Melanie Nussbaumer (SP): Das ist ein typisches Argument, mit dem man etwas ad Absurdum führt. Natürlich müssen hier die Kriterien gut ausgearbeitet werden, dass so etwas nicht passiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006126, 19.03.25 17:48:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 48 Stimmen gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung.

24. Anzug Andrea Strahm und Konsorten betreffend Basilisken-Brunnen auf dem Wielandplatz

[19.03.25 17:49:02, 25.5008.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

25. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro

[19.03.25 17:49:33, 25.5017.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen Gemeldet hat sich Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion möchte diesen Anzug nicht an das Ratsbüro überweisen. Wir haben die Diskussion darüber geführt bei der Verteilung der Kommissionssitze. Wir waren damals schon nicht der Meinung, dass das unbedingt notwendig sein muss und wir sind in der Fraktion zum Entscheid gekommen, dass wir das nicht möchten.

Der Grund ist relativ einfach. Wir sind nicht der Ansicht, dass man sämtliche neuen Gegebenheiten umgehend und gleich mit einer Geschäftsordnungsänderung anpassen muss oder sich dieser Anpassungen annehmen muss. Das finden wir nicht notwendig, das haben wir auch in der Vergangenheit nicht immer getan. Nun wird vielleicht Tonja Zürcher sagen, man habe das vor vier Jahren bei der Vergrösserung der Petitionskommission gemacht. Das ist aber noch kein Argument, weshalb man es nun auch bei der Grösse des Ratsbüros so machen muss.

Wir haben in der Vergangenheit immer schon unterschiedliche Situationen gehabt im Ratsbüro, die Zahl 7 ist es schon länger Teil des Ratsbüros respektive es ist ja eigentlich 5 plus 2, der Statthalter, die Statthalterin und der Grossratspräsident. Wir hatten schon Phasen in der im Leben mit nur sechs Fraktionen, dann hatte die grösste Fraktion die SP zwei Vertretungen im Ratsbüro. Damals gab es auch keinen Vorstoss, dass man das Ratsbüro nun wieder verkleinern müsste, weil sich die Situation verändert hat. Wir glauben auch jetzt nicht, dass es diese Vergrösserung des Ratsbüros benötigt. Die Informationen, die aus dem Ratsbüro heraus wichtig sind, kann man auch so selbstverständlich nach aussen geben. Wir haben diese Situation auch früher gehabt als eine Partei, die nun wieder eine Fraktion ist, die Grünliberalen, keine Fraktionsstärke hatten, waren sie als Fraktionslose auch nicht eingebunden in die Information des Ratsbüros. Auch das hat

den Parlamentsbetrieb nicht massiv gestört oder verändert. Wir vertrauen darauf, dass diese Informationen auch entsprechend weitergegeben werden können.

Dann stört uns als nächstes auch noch die Forderung, dass das innerhalb von sechs Monaten umgesetzt werden muss. Das ist gar nicht zulässig. Ein Anzug kennt keine Begrenzung der Frist auf sechs Monate oder auf etwas anderes. Ein Anzug wird innerhalb von zwei Jahren beantwortet. Wenn das Ratsbüro in diesem Fall jetzt, ansonsten ist es ja meistens der Regierungsrat, es früher beantworten möchte, dann kann es das, muss es aber nicht. Dies ist nur bei Motionen der Fall. Deshalb glauben wir, braucht es für den Moment diesen Vorstoss nicht.

Tonja Zürcher wird dann allenfalls auch noch anbringen, dass man das an dieser Sitzung bei der Verteilung der Kommissionspräsidien und der Kommissionssitze ja andiskutiert hat. Das mag tatsächlich so sein. Wir haben damals aber keine Zusage gemacht, dass das die Fraktionen alle geschlossen tragen. Und dann gab es ja auch noch diesen doch sehr unschönen Februar, als man nicht nur bei der Statthalterwahl sich nicht besonders anständig gezeigt hat, sondern ja dann trotzdem auch an diverser Stelle Kandidaturen lanciert hat, Angriffe gestartet hat namentlich gegen die FDP-Fraktion, ihre Vertretung im Ratsbüro, aber auch das Präsidium der Gesundheits und Sozialkommission, so dass zumindest auch in unserer Fraktion die Bereitschaft nicht unbedingt gewachsen ist, nun bereits eine Änderung der Geschäftsordnung nach so kurzer Zeit wieder an die Hand zu nehmen. Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt 2 Zwischenfragen von Nicola Goepfert und Jessica Brandenburger. Sie werden entgegengenommen.

Nicola Goepfert (BastA): Wenn der Losentscheid im Februar anders herausgekommen wäre, hätten Sie sich gleich verhalten bezüglich dieses Anzuges?

Joël Thüring (SVP): Ich kann jetzt nur für mich persönlich sprechen, weil wir diese Diskussion in der Fraktionssitzung am Montag tatsächlich nicht geführt haben. Ich gehöre zu den konservativ Vertreterinnen und Vertretern des Parlamentes, ich bin auch schon relativ lange dabei, der findet, dass man die Geschäftsordnung nicht allzu häufig ändern sollte. Deshalb wäre meine Antwort Ja.

Jessica Brandenburger (SP): Selbst acht Jahre lang im Büro gesessen, heute so ein Votum – ist Ihnen gar nichts peinlich?

Joël Thüring (SVP): Jessica Brandenburger, wenn Sie schon unfundiert angreifen, dann müssten Sie vielleicht richtig angreifen. Ich war zwölf Jahre im Ratsbüro.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul I. Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die LDP-Fraktion hat ein Offen eingegeben, und ich möchte das gerne erklären. Was in den letzten Wochen rund um die Kommissions- und Bürowahlen erlebt haben, spottet meiner Meinung nach jeder politischen Absprache und jedem politischen Anstand. Die BastA hat mit ihrem Verhalten unmissverständlich bewiesen, dass sie nicht gewillt ist, sich an getroffene Vereinbarungen zu halten. Statt sich an gemeinsam festgelegten und sich über die Jahre bewährten Proporzmechanismus zu halten, haben sie Absprachen einseitig gebrochen und das Vertrauen in die Zusammenarbeit ist damit beschädigt worden. In diesem Licht erscheint nun die diskutierte Aufstockung des Büros auf sieben Fraktionen als direkte Konsequenz.

Wer das System aus Eigennutz aushebeln möchte, darf sich nicht wundern, wenn das System auch hinterfragt wird. Wenn sich die linken Blöcke weiter fragmentieren, dann kann ja nicht mehr davon ausgegangen werden, dass die SP automatisch alle vier Jahre das Präsidium des Grossen Rates bekommt. Das kann man dann auch hinterfragen. Das bisherige Modell basierte auf einem gewissen Grundvertrauen und Verlässlichkeit, und das Vertrauen ist durch das Handeln der BastA aus Sicht einiger Mitglieder der LDP-Fraktion untergraben worden. Wir halten als LDP an einer sachorientierten, fairen und verlässlichen Politik fest. Wer sich aus kurzfristigem Opportunismus über Absprachekultur und bewährte Mechanismen hinwegsetzt, muss sich über entsprechende Konsequenzen nicht wundern. Unsere Fraktion hat deshalb entschieden, bei diesem Traktandum offen zu bleiben, und es wäre an der BastA, sich selber zu fragen, warum sie es so weit hat kommen lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Im Moment haben wir die Situation, dass wir im Ratsbüro unserer Meinung nach einen Sitz zu wenig haben. Jede Fraktion sollte im Ratsbüro vertreten sein. Es müssen alle Fraktionen dabei sein, egal wie gross sie sind.

Jetzt haben wir die Situation, dass es auch so sein kann, dass die SP nicht vertreten ist. Das ist möglich. Hier geht es aber nicht darum, wer nicht vertreten ist oder wer vertreten ist, sondern es geht darum, dass wir am vereint haben, dass Alle Fraktionspräsidenten und -präsidenten ein Vorstossschreiben – Tonja Zürcher hat es erstellt – unterschreiben und dass dieses so schnell wie möglich durchgeht, dass wir diese Situation ändern können. Das haben wir gemacht und deshalb bin ich überrascht, dass die LDP einen Offen hat. Ich verstehe, dass die SVP Nein sagt.

Ich hoffe aber, dass wir hier jetzt diese Situation bereinigen können, dass wir den Vorstoss überweisen können und dann wieder Klarheit schaffen, dass alle Fraktionen im Ratsbüro vertreten sind und dass dann Entscheide und Diskussionen, die vom Büro aus kommen, in alle Fraktionen gespiegelt werden können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe gerade gegoogelt, weil ich den Artikel der Basler Zeitung über unsere traurige Diskussion im Februar nicht dabei habe. In der Basler Zeitung hat es geheissen, es sei ein Chaos, die eines Statthalters sei normalerweise eine formelle Sache.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das hat nichts mit diesem Thema zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich beziehe mich auf meine Vorredner und möchte das einfach festhalten, weil ich auch als Grossrat gewisse Wünsche habe, die ich hier vertrete und ich muss ganz klar sagen, Herr Präsident und Frau Statthalterin, ich möchte auch nicht, dass das Büro des Grossen Rat erweitert wird und auch, weil ich die BastA nicht im Büro haben will. Ich bin seit 41 Jahren Grossrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, mässigen Sie sich.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe diese Erfahrung seit 41 Jahren im Grossen Rat. Wenn Sie im Büro sind, haben Sie Anspruch auf einen Regierungsrat. Joël Thüring hat richtig gesagt, dass es nicht anständig sei, was passiert sei im Februar. Ich finde das auch. In den Zeitungen wurde von «kleinlich» gesprochen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dies hat nichts mit dieser Thematik zu tun. Das ist ein zweiter Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir wollen doch das Ratsbüro nicht aufstocken. Dann würde ich meine Rede im gegenseitigen Einverständnis abbrechen, denn ich möchte nicht einen dritten Ordnungsruf. Aber ich möchte mich trotzdem bedanken bei meinem tollen Vorredner Joël Thüring. Er hat mir aus dem Herzen gesprochen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Die Fraktion Grüne/jgb möchte diesen Anzug überweisen. Wir sind der Meinung, dass alle Fraktionen im Büro vertreten sein sollen. Uns geht es hier um Repräsentanz. Es wurde ja auch schon erwähnt, wir hatten diesen Parteienbazar, da hat man lange darüber diskutiert. Man kam zum Schluss, dass man das nicht dringlich machen wollte, sondern einen Anzug einreichen wollte. Und Sie haben auch gesehen, dass alle Fraktionspräsidien mitunterzeichnet haben. Also bitte überweisen wir jetzt diesen Anzug, diskutieren Sie das im Büro. Es war nämlich das Argument im Basar,

dass man gesagt hat, dass man ja nicht wisse, welches die Konsequenzen seien, wenn wir es jetzt sofort überweisen oder wenn wir es jetzt sofort umsetzen. Es sollen im Büro die Auswirkungen diskutiert werden, auch die richtige Formulierung.

Aber persönlich ist es uns sehr wichtig, dass im Büro alle Fraktionen vertreten sind, wie es auch in der Wahlvorbereitungskommission ist. Wir haben dort einen sehr guten Austausch, da sind auch alle Fraktionen vertreten, und es macht nur Sinn, wenn über Sachen, die das Organisatorische des Grossen Rates betreffen, alle Fraktionen mitdiskutieren, mitentscheiden können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jetzt hat die Anzugstellerin Tonja Zürcher das Wort.

Tonja Zürcher (BastA): Es ist schon noch spannend zu hören, was uns jetzt hier vorgeworfen wird bezüglich Absprachen und Anstand, und gleichzeitig wirft man die Abmachung aus dem Basar über den Haufen. Wovor haben Sie eigentlich Angst? Dass wir das ganze Ratsbüro revolutionieren und plötzlich drei linke Vertreter:innen im Ratsbüro alles anders machen als bisher? Oder geht es Ihnen einfach darum, die bis jetzt relativ einseitige rechte Mehrheit im Ratsbüro zu halten? Oder sind Sie einfach beleidigt? Ich weiss es nicht, aber ich denke, wir haben hier lange darüber gesprochen im Parteienbasar. Ich bin sehr froh um die Voten, die hier sachlich dargelegt haben, um was es eigentlich geht und danke Ihnen für die Überweisung dieses Anzugs, damit wir hier endlich dafür sorgen können, dass alle Fraktionen präsent sind. Ich denke, das sollte eigentlich selbstverständlich sein. Ich bin überzeugt, dass das Ratsbüro einen guten Vorschlag bringen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 11 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006129, 19.03.25 18:05:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 75 gegen 11 Stimmen bei 6 Enthaltungen so. Ich bedanke mich für diese Sitzung und möchte Ihnen hiermit mitteilen, dass wir auf die Nachtsitzung nächste Woche verzichten können, da wir im April nur sehr wenige Sachgeschäfte haben werden.

Schluss der 6. Sitzung

18:06 Uhr

Protokoll

der 7. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 26. März 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Lydia Isler-Christ (LDP), Beda Baumgartner (SP), Silvia Schweizer (FDP).*

Verhandlungsgegenstände:

26. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Förderung der Baslertrommel und des Basler Piccolos im schulischen Kontext 2
27. Anzug Jenny Schweizer und Konsorten betreffend einheitliche Beschulung und Benotung an den Primarschulstandorten Basel-Stadt 7
28. Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Nutzung Windenergie im Überwachungsperimeter des Primärradars des EuroAirport Basel Mulhouse Freiburg 11
29. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros 11
30. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen, Schreiben der JSSK 24
31. Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Sicherheit für Velofahrende an Kreuzungen und entlang parkierter Autos, Schreiben des RR 27
32. Anzug Philip Karger und Konsorten betreffend Stärkung der Cybersicherheit für Staatliche Verwaltungen, Firmen und Privaten in Basel-Stadt, Schreiben des RR 30
33. Interpellation Nr. 137 Eric Weber betreffend unhaltbarer Zustand am Claraplatz, Schreiben des RR 31
34. Interpellation Nr. 140 Felix Wehrli betreffend personelle Situation bei der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt, Schreiben des RR 32
35. Interpellation Nr. 143 Eric Weber betreffend Loyaler Vize-Kommandant der bei der Polizei auch gehen musste, Schreiben des RR 32
36. Anzug Anina Ineichen und Konsorten betreffend Liberalisierung des Personentransports mit mehrspurigen Spezialvelos, Schreiben des RR 33
37. Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Einführung der Leinenpflicht während der Brut- und Setzzeit in den Langen Erlen, Schreiben des RR 33
38. Interpellation Nr. 6 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Kennzahlen zu nicht ausgeschafften Asylmigranten in Basel-Stadt, Schreiben des RR 33
39. Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend digitaler Transformation der Verwaltung, Schreiben des RR 34

Beginn der 7. Sitzung

Mittwoch, 26. März 2025, 09:00 Uhr

26. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Förderung der Baslertrommel und des Basler Piccolos im schulischen Kontext

[26.03.25 09:00:47, 25.5018.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Gratulation zu einem runden Geburtstag. Beat K. Schaller feierte seinen runden Geburtstag. Aus diesem freudigen Anlass spendiert er heute Morgen den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich Beat K. Schaller ganz herzlich und bedanke mich für die grosszügige Geste.

Abgabe neuer Vorstösse: Das Geschäftsverzeichnis des April wird bereits diese Woche am Freitag verschickt. Es können daher nur persönliche Vorstösse aufgenommen werden, die bis heute um 12 Uhr 00 dem Ratssekretariat abgegeben und gleichzeitig per Mail dem Parlamentsdienst zugestellt werden.

Nicola Goepfert (BastA): Ich bestreite diesen Anzug unter der Gefahr, mich unbeliebt zu machen, aber bei aller Liebe zur Fasnacht, diese Motion liegt auch zeitlich super, alle schwelgen noch in der Erinnerung an die schönsten drei Tage in Basel. Aber wir müssen diesen Vorstoss auch unabhängig von der Fasnacht betrachten und uns fragen, wo die Politik in die Bildung eingreifen soll. Aus Sicht unserer Fraktion nicht bei der Fasnacht. Diese ist und bleibt ein tolles Hobby, ein wichtiges Kulturgut im Kanton. Der Ursprung der Fasnacht ist aber auch etwas Widerständiges, das gehört nicht in den Lehrplan integriert.

Und es ist ja eigentlich so, als wäre die Fasnacht in Basel vom Aussterben bedroht. Wir haben es eindrücklich gesehen, alle die Schulen, die auf die Strassen gegangen sind und die Fasnacht gefeiert haben schon vor der offiziellen Fasnacht und auch an der Fasnacht selber. Die Stadt war voll, es waren sehr schöne, drei Tage.

Es gibt aber auch Elemente, die schon in die Schule einfliessen. Es gibt die Schulumzüge, es gibt aber auch seit 2017 die Fasnachts-Kiste, welche die Schule bestellen kann. Dort hat es verschiedene Fasnachts-Utensilien, Larven Böckli, um Schüler:innen die Fasnacht auch näher zu bringen. Wenn wir jetzt diesen Anzug überweisen, finde ich, nehmen wir eine fragwürdige Rolle ein, denn es soll nicht alles in den Lehrplan aufgenommen werden, das für Basel von kulturellem Wert ist. Das Weidlingfahren im Sportunterricht, der Bärentanz oder auch der FCB, das Leckerlibacken sind alles wichtige Sachen, die auch zu unserer Kultur gehören, aber deshalb muss es noch lange nicht in den Lehrplan aufgenommen werden.

Wir von der BastA finden es wichtig, dass Inhalte in den Lehrplan aufgenommen werden, die auch vom relevant sind für die spätere Berufsbildung, für die persönliche Entwicklung, für das gesellschaftliche Zusammenleben, wenn es zum Beispiel um politische Bildung oder um Bildung im Hinblick auf Sensibilität im gesellschaftlichen Zusammenleben gibt. Und es ist kaum zu glauben, dass ich das mal sage, aber zum Beispiel so, wie es die Jungfreisinnigen in Baselland fordern, dass Themen wie Steuern oder die Altersvorsorge in den Unterricht aufgenommen werden. Wir können schon eingreifen oder auch politische Forderungen stellen, aber wir müssen gut überlegen, wo wir das machen.

Deshalb lehnt eine Mehrheit der BastA-Fraktion diesen Vorstoss ab. Einzig unser aktiver Fasnächtler kann sich nicht dazu bewegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprechende ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Am Mäntag do foht d'Fasnacht a, e riesegrosses Fest. Mir alli lege d'Larve a, das finde mir halt s'Best.

Wer noch kein Fasnachts-Instrument spielt in der Schule, der singt und lernt so schon mal die Melodien. Wie Sie wissen, war dieses Jahr die Schulfasnacht, und das ist eine Gelegenheit, mit der Klasse nicht nur die Larven zu basteln, sondern sich

auch vertiefter mit dem Thema Fasnacht auseinanderzusetzen und mit dieser Tradition. Dass ich im Keller Larven habe, eine Kostümsammlung, eine Büchse voller Plaketten und viel Fasnachts-Material, hat nichts damit zu tun, dass ich aktive Fasnächtlerin bin, sondern dass ich ein kulturelles Interesse an dieser Sache habe.

Der Anzug will den Schülerinnen und den Schülern neue Möglichkeiten zur persönlichen und musikalischen Entwicklung eröffnen und dafür müssen Rahmenbedingungen geschafft werden. In diesem Anzug da gibt es 9 Ob oder Wie, also Fragen an die Regierung und keine Forderungen. Aus meiner Sicht als Lehrperson ist das spannend und aus allgemeiner Sicht der Lehrpersonen wird ja nirgends gefordert, dass jetzt die Lehrpersonen ganz viel ändern müssen und mehr vorbereiten müssen, im Gegenteil, durch die klare Verankerung in den Schulen und die grössere Selbstverständlichkeit, die daraus entsteht, hätten wir Lehrpersonen sogar ein bisschen weniger Aufwand. Zudem würde das ja auch die Lehrpersonen entlasten, die gar nicht so Fasnachts begeistert sind und auch die Lehrpersonen, die nicht aus der Region sind und diese Tradition eigentlich gar nicht kennen.

Übrigens, es gibt an den Schulen schon Angebote von Musikunterricht, da entscheidet sich eine Schule für ein Instrument - bei mir an der Schule sind es die Streichinstrumente und dort gibt es ein Angebot, durch das die Kinder Geige oder Cello lernen können. Und dann gibt es ein kleines Orchester. Also so etwas gibt es schon, das könnte man durchaus mit Trommeln und Pfeifen auch anbieten. Ob sie jetzt eine Fasnachts begeisterte Person sind oder ob sie Ski fahren gehen während den Fasnachtsferien, ich bitte Sie auf jeden Fall, den Anzug zum Prüfen und zu Berichten zu überweisen. Der BastA kann ich nur sagen: Das eine tun und das andere nicht lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Ist es nicht schön, ein UNESCO-Weltweltkulturerbe zu haben, das aus der Bevölkerung heraus über Hunderte von Jahren wuchs und gedieh? Und so soll es unseres Erachtens auch bleiben. Denn trotz des Prädikats Weltkulturerbe soll die Fasnacht für jedermann ein Hobby sein. Vor allem die Cliquen übernehmen die Aufgabe, junge Menschen für die Trommel und für das Piccolo zu begeistern und sie machen dies ausserordentlich erfolgreich und niederschwellig.

Und nun möchte Jean-Luc Perret, dass die Trommel und das Piccolo Einzug in unser Bildungssystem hält. Dies kann unseres Erachtens sehr kontraproduktiv sein und die Begeisterung bei den jungen Menschen auch schmälern, denn Schule setzen die Schülerinnen und Schüler auch schon in der Primarschule nicht unbedingt mit Freizeit gleich. Es gehört nicht zu unserer Allgemeinbildung, sich für die Fasnacht begeistern zu müssen, und es gehört auch nicht zu unserer Aufgabe, Trommel und Piccolo als Instrumente speziell zu fördern und zur Verfügung zu stellen. Denn mit diesem Anzug stellen Sie sie gar in den Vordergrund der Basler Fasnacht. Die Fasnacht besteht nicht nur aus diesen zwei Instrumenten, sondern muss als Ganzes mit Kostümen, Laternen, Schnitzelbänken und der Guggenmusik betrachtet werden.

Aber zurück zu Trommel und Piccolo: Weshalb sollten wir uns in ein sympathisches, gut funktionierendes Akquisitionssystem durch die Cliquen einmischen? Welches Zeichen setzen wir hier denn für diese grosse freiwillige Arbeit? Dass sie es nicht gut machen und deshalb der Lehrplan 21 und das Musikschulgesetz übernimmt? Glauben Sie, dass die Kinder am Samstag nach der Fasnacht hoch motiviert noch ins Zelt zu den Cliquen marschieren, wenn sie wöchentlich am Montagmorgen im Fach Musik und Bewegung zu den Trommeln und dem Piccolo unterrichtet werden?

Wir wissen, dass die Basler Fasnacht schon 1376 existierte und sich ohne Bildungssystem vergrössert, ausgebreitet und entwickelt hat. Die Kinder lernen die Fasnacht kennen, indem die Schulfasnacht stattfindet, Kostüme gebastelt werden oder sogar ein kleiner Schnitzelbank geübt wird. Aber weiter muss die Fasnacht nicht Einzug in unser Schulsystem halten. Die Fasnacht lebt von ihrer Eigendynamik, dass sie mit Freizeit in Verbindung gebracht wird. Und jeder, der sich dafür interessiert, kann daran teilhaben. Es darf aber nicht zu einem Muss für jedermann werden, in dem in der Schule diese zwei Instrumente gefördert werden, indem es zu einem Wahlpflichtmodul wird oder sie in der musikalischen Früherziehung einbezogen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Die Fraktion Mitte-EVP bittet Sie, diesen Anzug zu überweisen, dies, obwohl wir gewissen der kritischen Fragen, die nun von zwei Votanten schon geäussert wurden, durchaus teilen. Ich denke, es ist nicht notwendig – da scheint ja auch Einigkeit zu bestehen – auf die kulturelle Bedeutung der Fasnacht einzugehen. Das ist ja nicht der Streitpunkt bei diesem Anzug. Was uns aus Sicht Mitte-EVP wesentlich scheint, ist eigentlich die Motion von Johannes Sieber betreffend Musikschulgesetz und es erscheint uns sinnvoll, in diesem Kontext die Frage auch des Unterrichts in Trommeln und Pfeifen auch mit in den Blick zu nehmen und nicht von vornherein zu vergessen oder nicht einzubeziehen.

Bei den Fragen rund um die Schule teilen wir die Skepsis, die genannt wurde. Tatsächlich stellt sich die Frage, ob nun in einer Weise etwas verbindlich im Lehrplan 21 stehen soll oder als Wahlpflichtmodul? Reicht es nicht, wenn eine Schule im Rahmen eines Freiwahlfaches so etwas anbietet, wie es das auch für andere Instrumente gibt? Aber ich möchte darauf hinweisen, es ist ein Anzug und keine Motion. Ich finde, dass gewisse Vorredner:innen darüber gesprochen haben, als würde jetzt mit einer Motion eine Verbindlichkeit geschaffen, so dass schon sicher ist, dass, wenn wir überweisen, ab übermorgen an den Schulen alle Trommeln und Pfeifen lernen. Da teile ich wirklich die Sicht, dass ja Fasnacht vielmehr als Trommel und Pfeifen ist und dass es schon sehr viel Vermittlung hier geschieht mit den bereits genannten Singen, Umzügen, mit dem Larven Basteln, Kostümen Herstellen und so weiter. Es ist aber wie gesagt ein Anzug und es scheint mir darum durchaus gerechtfertigt, dass die Regierung sich zu den verschiedenen genannten Aspekten dieses Anzugs äussert. Ich bitte Sie darum im Namen auch unserer Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): Es steht ausser Frage, die Basler Trommel und das Piccolo sind kulturelle Aushängeschilder unseres Kantons, lebendiges Brauchtum, das zu Basel gehört wie der Rhein zur Mittleren Brücke. Dass wir diese Tradition pflegen und fördern wollen, ist richtig, auch speziell für mich als aktiver Fasnächtler, aber die entscheidende Frage ist doch wie. Der vorliegende Anzug schlägt eine Reihe staatlicher Massnahmen vor, von der Integration ins Musikschulgesetz über neue Wahlpflichtsmodule wir sind zu Talentpools, Weiterbildungen, zusätzlichen Lehrmitteln. Das klingt zunächst wohlmeinend, trägt aber aus Sicht der FDP einen Hang zu Überregulierung, zur schleichenden Verstaatlichung eines funktionierenden Vereinswesens bei. Denn die Basler Trommel lebt nicht wegen, sondern trotz des Staates. Der Metzger Bell organisierte den ersten Morgenstreich vor über 190 Jahren gegen die Obrigkeit und nicht mit oder für sie. Der Staat sollte sich hierbei raushalten.

Die Fasnacht lebt durch das Engagement in den Cliquen, durch die Eigenverantwortung, Herzblut und eine gelebte generationsübergreifende Tradition. Genau dieses Milieu dürfen wir nicht durch staatliche Strukturen erdrücken. Wir fordern deshalb, Fördern Ja, aber subsidiär, pragmatisch und effizient. Die Regierung könnte sorgfältig prüfen, ob und wie ein Mehrwert für Kinder und Jugendliche tatsächlich entsteht, ohne die Schulen zu überladen und neue Pflichtmodule zu schaffen und ohne unnötige Kosten zu verursachen. Mehr jedoch nicht.

In diesem Sinne lehnen wir diesen Vorstoss ab, da wir die Schulen nicht noch mehr unnötig belasten möchten und pochen auf einen gesunden Realitätssinn und eine klare Kosten-Nutzen-Perspektiven.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Die Basler Trommel und das Basler Piccolo sind einzigartige kulturelle und historische Bestandteile der Basler Fasnacht und des UNESCO Weltkulturerbes und gehören zu unserer Stadt. Ihre Integration in den Schulunterricht würde das kulturelle Erbe fördern und Kindern sowie Jugendlichen die Möglichkeit geben, mit diesen Instrumenten in Kontakt zu kommen, auch wenn sie keinen Bezug zur Fasnacht haben. Die musikalische Bildung ist im Kanton Basel-Stadt ein zentraler Bestandteil der schulischen und ausserschulischen Förderung.

Die Basler Trommel und das Basler Piccolo sind integrale Bestandteile der Basler Kultur, werden jedoch im regulären Musikunterricht nicht systematisch berücksichtigt. Die kulturelle und pädagogische Bedeutung dieser Instrumente stärkt die regionale Identität und eröffnet Schülerinnen und Schülern bei der Integration in den Schulunterricht neue Möglichkeiten zur musikalischen Förderung und Entwicklung.

Darüber hinaus kann die schulische Förderung zur Stärkung der Fasnachtscliquen durch indirekte Nachwuchsförderung beitragen. Zudem kann die Förderung der Fasnachts-Kultur als Mittel zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund dienen. Die Integration in den Lehrplan und die Anerkennung durch den Kanton würden positive Rahmenbedingungen schaffen und im Rahmen des normalen schulischen Unterrichts den Nachwuchs fördern.

Auch ist der Zeitpunkt des Anzugs vor dem Hintergrund des neuen Musikschulgesetzes optimal gewählt, da geprüft werden kann, in welcher Form die Förderung der Basler Trommel und des Basler Piccolos in den schulischen Unterricht integriert werden und ob ein erweitertes Angebot im Sinne der musikalischen Früherziehung und Inklusion mit geeigneten Rahmenbedingungen unterstützt werden kann.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Integration der Basler Tommel und des Basler Piccolos den Unterricht aufgrund ihrer bedeutenden Rolle im kulturellen Erbe Basels, der Notwendigkeit der Nachwuchsförderung, den

pädagogischen Vorteilen und der Möglichkeit zur institutionellen Anerkennung und der Unterstützung von grosser Bedeutung ist.

Die LDP bittet Sie deshalb, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Wir haben jetzt schon sehr viel gehört, die auf eine Ablehnung tendieren. Wir von der Fraktion Grüne/jgb sehen das nicht so kritisch. Ich glaube nicht, dass wir Angst haben müssen, dass mit einem Anzug, der sich mit der Förderung von Trommeln und Pfeiffen auseinandersetzt und nicht nur im schulischen Kontext im Klassenzimmer sondern eben auch mit diesen anderen Aspekten, die Fasnacht nicht in ihrem Grundgedanken erschüttern wird, auch nicht der Fasnacht den Mut nehmen wird, sich gegen die Obrigkeit zu stellen. Ich glaube aber, wir müssen uns auch bewusst sein, man hat als Kanton Basel-Stadt UNESCO Weltkulturerbe werden wollen. Man hat sich verpflichtet, man hat mit dieser Verpflichtung auch Aufgaben auf sich genommen, zum Beispiel, dass man dazu beitragen muss, dass sich die Fasnacht weiterentwickelt, dass man dazu beitragen muss, dass die Fasnacht bewahrt wird. Und irgendwo muss man als Kanton auch ein bisschen spüren und vielleicht auch herausfinden, wo denn die Verantwortlichkeiten liegen. Und wir haben sie schon. Wir haben im Schulsystem jetzt schon integriert, was übrigens alle Gemeinden und Ortschaften auf der Welt machen – Heimatkunde hiess das früher. Natürlich setzen wir uns mit dem auseinander, das in Basel die besondere Identität stiftet und da gehört die Fasnacht dazu. Da gehören aber aus meiner Sicht auch andere Sachen dazu. Das wird in der Schule schon gemacht.

Was ich aber merke zum Beispiel als Freiwillige von einer solchen Cliquen engagiert, ist, dass ich jedes Jahr an etwa 20 Schulen freiwillig am Donnerstagmorgen trommeln gehen könnte, und zwar nicht nur am Umzug, sondern auch noch in die Klasse gehen, die Trommeln vorstellen und sie einmal mitbringen, denn es hat keiner eine und man kriegt keinen Zugang dazu. Ganz viele möchten mehr machen und können es nicht. Also ich glaube, da gibt es wirklich Potenzial, das man ausnützen kann, bei dem man nicht Angst haben muss, dass man etwas vorschreibt oder die Schulen belastet. Es wäre eine Ergänzung.

Was ich auch sehr wichtig finde ist Folgendes: Ich weiss nicht, ob das offizielle Preistrommeln und Preispfeifen Ihnen ein Begriff ist. Es ist wahnsinnig, was dort an Qualität für Instrumente geleistet wird, die in Basel sehr spezifisch sind. Das Piccolo ist extrem spezifisch und das Basler Trommeln hat sich wahnsinnig entwickelt. Das hat in der professionellen Musik eine wahnsinnige Identität, etwas ganz Spezielles und ich finde es extrem wichtig, dass man diese Instrumente auch in ein Musikschulkonzept mit hinwindenkt, in dieses Gesetz mitdenkt.

Die Entwicklung des freiwilligen Engagements geht in eine andere Richtung als dort, wo wir herkommen. Es gibt sehr viele Vereine, die Schwierigkeiten haben, das Level an freiwilligem Engagement aufrechtzuerhalten und die extrem entlastet würden zum Beispiel durch Weiterbildungsangebote für Instruktor:innen, für eine Unterstützung für das unglaubliche Angebot, das da geleistet wird, freiwillig von vielen jungen Menschen und ich glaube, diese Tendenz mittragen zu können, ist etwas Sinnvolles, das man prüfen kann, und darum sind wir für den Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Jo Vergeat hat es schon vorweggenommen, es geht nicht lediglich um die Fasnacht, es geht eigentlich um Instrumente. Es wird ja von mir auch nicht in Frage gestellt, ob der Blockflötenunterricht in der Musik in den Musikunterricht gehört oder nicht. Eigentlich dachte ich mir bei der Unterzeichnung des Anzugs, dass es selbstverständlich ist, dass die Trommel und das Piccolo nun endlich als Musikinstrumente deklariert werden. Mit Erstaunen sehe ich in der Kreuztabelle und aus den Voten habe ich es gehört, dass das Geschäft nicht unumstritten ist und kann das eigentlich gar nicht nachvollziehen. Aus diesem Grund sehe ich mich genötigt, auch noch ein paar Worte an Sie zu richten.

Vor Jahren schon wurde darüber diskutiert, dass es etwas eigenartig sei, dass die Trommel und das Piccolo nicht als Instrument im Musikunterricht anerkannt werden. Es ist immer, dass diese Instrumente ja lediglich Mittel zum Zweck sein, an der Fasnacht teilzunehmen. Tatsächlich mag das für eine Vielzahl von Fasnächtler:innen zutreffen und das ist auch gut so. Für mich ist das aber nur ein Teil der Geschichte. Schon früher konnten Kinder und Jugendliche sich musikalisch weiterentwickeln im Bereich Piccolo und Trommel. Dies war durch private Initiativen wie die KMB und die Trommelakademie möglich. Da wurde nicht lediglich Fasnachtsmusik gespielt, sondern es wurden anspruchsvolle Kompositionen eingeübt und an Konzerten aufgeführt. Die Trommel- und Pfeiferkunst hat sich in den vergangenen Jahrzehnten enorm weiterentwickelt und es entstanden verschiedene Gruppierungen, welche in verschiedenen Stilen musizieren, zum Teil sehr virtuos und auf internationalem Parkett. Da sind ja dann alle auf unsere Formationen in der Stadt stolz.

Der Austausch unter den Musizierenden erstreckt sich über den ganzen Erdball und es werden Partnerschaften auf musikalischer Basis gepflegt. Die Musikstücke werden anspruchsvoller und teilweise auch konzertant. Weshalb nun sollen das Piccolo und die Trommel nicht als vollwertige Instrumente anerkannt und im schulischen Kontext gefördert werden? Mit dem Anzug wird lediglich darum gebeten, zu prüfen und zu berichten, ob die Förderung im Musikschulgesetz integriert werden kann. Gegen eine Abklärung gibt es jetzt nun wirklich nichts einzuwenden. Aus diesem Grund bitte ich Sie um Überweisung des Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich beschäftige mich zurzeit nur mit der Fasnacht. Ich bin gegen Fasnacht. Ich möchte, dass dieser Anzug nicht überwiesen wird. Ich bin der einzige Grossrat, der bei den Schnitzelbänken erwähnt wird, obwohl es ja eigentlich eine Ehre ist. Aber ein Schnitzelbank hat gesagt, der Eric Weber sei eine Sau. Dagegen klage ich, denn das ist weit unter der Gürtellinie.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit hat das Wort der Anzugsteller Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich danke für die engagierte Diskussion, das hätte ich beim Sammeln der Unterschriften nicht gedacht. Ich dachte eher, ich würde offene Türen einrennen, aber offenbar ist der Anzug doch auf Widerstand gestossen. Ich möchte noch einmal die wichtigsten Argumente aus meiner Sicht, die für eine Überweisung sprechen, nennen.

Vielleicht fange ich gerade mit der Idee zu diesem Anzug an. Es ist nämlich nicht so, dass mir diese Idee einfach so im Rausch der Vorfreude auf die Fasnacht kam. Vielmehr sind zwei Leute, unabhängig voneinander, die sich seit Jahren mit viel Energie für den Trommelnachwuchs in Basel einsetzen. Und beiden ist aufgefallen, dass Basel bei der schulischen Musikförderung zwar vorwärts macht, dass aber gleichzeitig unseren beiden Weltkulturinstrumente, Piccolo und Trommel, in der ganzen Systematik nirgendwo vorkommen. Es geht mir aber nicht darum, ein neues Schulfach zu schaffen, wie das gesagt wurde. Es geht auch nicht darum, beim Kanton neue Stellen als Pfeiff- oder Tambourinstruktor:in zu schaffen. Diese Stellen gibt es ja bereits, zum Beispiel bei der Trommel- oder Piccoloakademie, oder selbstverständlich in jeder Stammclique. Es geht darum, ein Bewusstsein und eine Verbindung zu schaffen zwischen diesen Ausbildner:innen und dem Kanton, der die schulische und ausserschulische Musikförderung verantwortet und organisiert.

In anderen Kantonen wird das systematische gemacht, zum Beispiel im Wallis. Da klappern zwei Leute die Primarschulklassen mit Trommel und Piccolo systematisch ab. Danach weiss jedes Kind, welches kulturelle Erbe der eigene Kanton mit sich trägt, unabhängig davon, ob die Eltern mit Fasnacht viel, wenig oder gar nichts am Hut haben und unabhängig davon, ob sie eine Primarlehrerin wie zum Beispiel Sasha Mazzotti haben, die wochenlang bastelt und den gesamten Unterricht auf die Fasnacht ausrichtet oder eben nicht. Dieser inklusive Teil ist mir bei diesem Anzug sehr wichtig, deshalb möchte ich ihn noch einmal hervorheben.

Jo Vergeat hat schon erwähnt, dass sich das Trommeln und Pfeifen in den letzten Jahren stark professionalisiert hat. Wenn Sie heute ans offizielle Preistrommeln und Preispfeifen gehen, dann hören Sie dort Vorträge, die in jeder Masterklasse an der Musikakademie mithalten könnten. Was aber, wenn nun jemand eine Musikmaturität mit dem Basler Piccolo machen möchte? Wer sind dann die Expert:innen? Talentförderung ist ein weiterer Wunsch, den dieser Anzug in sich trägt.

Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Anzug viele Verbindungen auslösen können. Die Verbindung zwischen schulischen Angeboten und der Ausbildung in Cliquen und Akademien. Die Verbindung der Basler Trommel und des Basler Piccolo mit dem neuen Musikschulgesetz als feste Bestandteile der schulischen und ausserschulischen Förderung. Und nicht zuletzt die Verbindung zwischen unserer Volkskultur, die unsere regionale Identität so stark prägt, und den Kindern dieser Stadt, woher sie auch immer zu uns gekommen sind.

Ich bitte Sie also, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 17 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006182, 26.03.25 09:29:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug mit 75 gegen 17 Stimmen überwiesen.

27. Anzug Jenny Schweizer und Konsorten betreffend einheitliche Beschulung und Benotung an den Primarschulstandorten Basel-Stadt

[26.03.25 09:29:57, 25.5019.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erstes hat sich gemeldet Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Es ist eine Kernaufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, die Leistungen der Schülerinnen und Schüler umfassend und fair zu beurteilen. In der Schullaufbahnverordnung, die für alle Schulen gilt, ist festgehalten, dass sich die Beurteilung an sachlichen Kriterien ausrichten und nachvollziehbar sein muss. § 21 Abs. 4 der Schullaufbahnverordnung hält fest, dass einzelne Leistungserhebungen in Worten, Prädikaten, Noten ab dem 7. Schuljahr oder einer anderen Bewertungsform zum Beispiel mit Farben oder Smileys erfolge. Mit diesem Passus will man bewusst den zentralen pädagogischen Gestaltungsfreiraum der einzelnen Lehrpersonen sichern.

In der Praxis und aufgrund der kantonalen Vorgaben der Schullaufbahnverordnung nimmt die Bewertung mit Noten und Prädikaten an den Schulen einen festen Platz ein. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten am Ende des Schuljahres je nach Stufe ein Zeugnis mit Prädikaten oder Noten. Dies ermöglicht die Vergleichbarkeit der Beurteilung über die Schulen und Klassen hinweg. Die Lehrpersonen nutzen während des Schuljahres den ihnen zur Verfügung stehenden Gestaltungsfreiraum, um den Schülerinnen und Schülern hilfreich ist und motivierende Rückmeldungen zum Lernstand und Lernfortschritt zu geben. Der Rahmen ist klar definiert. Die Befürchtung der Anzugsstellenden, dass künftig unübersichtlicher Unterricht und Prüfungsformen an den Primarschulstandorten entstehen, ist unbegründet.

Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): In einer Primarschule wird eine Klasse nach einem speziellen Konzept unterrichtet: Autonomes selbstständiges Lernen ohne Noten im Rahmen der rechtlichen Vorgaben Teilautonomie der Schule. Es handelt sich dabei nicht um ein Pilotprojekt mit Evaluation. Deshalb ist nicht bekannt, wie oder ob eine systematische Prüfung der Wirksamkeit erfolgt, noch wird dazu berichtet. Dahingehend richtet sich der Fokus der GLP.

Die Vielfalt autonomer Unterrichtssysteme birgt das Risiko von Ungleichheiten, zumal die Schule oder die einzelnen Klassen nicht wählbar sind. Wenn jede Klasse eigenständig über Unterrichts- und Bewertungssysteme entscheidet, schafft diese verschiedene Voraussetzungen innerhalb desselben Schulstandorts und innerhalb der Volksschulen.

Ich verstehe den Vorstoss so und habe ihn deshalb unterschrieben, dass die Anzugstellenden darauf hinweisen, dass Gleichbehandlung und Vergleichbarkeit gefährdet sein könnten, beispielsweise auch weil die Hattie-Studie belegt, dass instruktiver Unterricht besonders wirksam ist. Daher ist die GLP der Meinung, dass der verstärkte Einsatz selbstgesteuerter Lernformen auf Primarstufe kritisch geprüft, wissenschaftlich begründet und transparent bewertet werden soll. Aber wäre es nicht im Interesse aller, dieses Projekt zu begleiten und genau zu untersuchen? Und wenn es sich bewährt, könnte es ja sogar ausgedehnt werden. Warum also sollte über die Ergebnisse nicht berichtet werden? Die GLP sieht nicht, was dagegen spricht.

Die Einführung unterschiedlicher Unterrichts und Beurteilungsmodelle pro Klasse wirft für uns aber auch grundlegende Fragen auf. Die Volksschule hat einen Bildungs- und Selektionsauftrag. Schulgesetz und Verordnung sind das Ergebnis breiter Verhandlungen und sollen eine verlässliche Grundlage für alle Schülerinnen und Schüler schaffen. Wie weit soll die Teilautonomie der Schulen gehen und wo braucht es klare gemeinsame Vorgaben? Wo liegen die Grenzen schulischer Entscheidungsfreiheit, um Chancengerechtigkeit, Chancengleichheit zu sichern und welche Kriterien gelten für Zielsetzung und Überprüfung? Auch eine Bewertung nach Farben statt Noten wirft unabhängig der Methode grundlegende Fragen auf, zum Beispiel. wie wird sichergestellt, dass die Leistungen aller Schüler und Schülerinnen nach einheitlichen Standards beurteilt werden? Ist es sinnvoll, dass jede Schule oder gar jede Klasse eigene Beurteilungssysteme entwickelt und anwendet?

Für die GLP geht es also darum, welche einheitlichen Kriterien die Volksschule braucht, um faire, vergleichbare und transparente Beurteilungs- und Unterrichtssysteme sicherzustellen. Der Selektionsauftrag am Ende der Primarschule setzt einheitliche, vergleichbare und objektive Beurteilungen voraus, um eine nachvollziehbare Zuweisung in weiterführende Schulstufen zu gewährleisten. Die Methodenfreiheit und pädagogische Weiterentwicklung sind von grosser Bedeutung, das steht ausser Frage. Gleichzeitig sollte die öffentliche Bildung auf nachvollziehbaren und erprobten Grundlagen basieren, insbesondere in sensiblen Bereichen wie Leistungsbewertung, Selektion und Bildungsgerechtigkeit.

Aus diesen Gründen empfehlen wir Grünliberalen, den Anzug zu überweisen und den Regierungsrat einfach berichten zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprechende ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Ich spreche hier für die Fraktionen SP und Grüne/jgb. Gehen Sie in Gedanken ein paar Jahre zurück, so weit, bis Sie in ihrer Schulzeit angekommen sind. Wir alle hier drin wurden unterschiedlich unterrichtet und haben unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Das könnte am Jahrzehnt liegen. Das könnte auch an der Schule, am Kanton, urban, ländliches Gebiet und so weiter liegen.

Auch wenn früher das Motiviertsein weniger wichtig war, hat die Motivation einen Einfluss. Erinnern Sie sich, wann Sie eigentlich motiviert waren in der Schule. Wann hatten Sie Erfolgserlebnisse, bei wem, haben Sie etwas fürs Leben gelernt oder nur für die Prüfung? Laut John Hattie, einem Erziehungswissenschaftler, der eine sehr umfangreiche Metastudie gemacht hat «Lernen sichtbar machen» liegt ein grosser Anteil am erfolgreichen Lernen in der Beziehung der Lehrperson zu den Lernenden, also die Haltung und Handlung gegenüber den Schülerinnen und Schülern. John Hattie ist nicht nur ein anerkannter Wissenschaftler, die Erkenntnisse, die er und sein Team machen, fliessen schon seit längerem in die Unterrichtsmethodik der heutigen Schule ein. So hat die PH eine Unterseite auf der FHNW-Seite, die sich dem Thema «Lernen sichtbar machen», widmet.

In den Voten meiner Vorrednerin wurde und wird auf Chancengerechtigkeit und Fairness hingewiesen. Das finde ich auch wichtig. Aber ob das mit der Unterrichts- und der Beurteilungsmethode alleine zu tun hat, bezweifle ich. Ich bezweifle das als Lehrerin, als Mutter und auch als ehemalige Schülerin.

Ich habe grosse Schwierigkeiten mit der Forderung der Vergleichbarkeit der Leistung. Was heisst das? Sind Noten tatsächlich so aussagekräftig? Ist die Note 5 in der Klasse 5a im Schulhaus XY gleich wie die Note 5 der Klasse 1a im Schulhaus XX? Schon in Ihrer Schulzeit wussten Sie, dass das nicht fair war und dass das nie so lief. Fair ist es natürlich nicht, das Ganze, da gebe ich Ihnen recht, aber wenn alle dieselben Prüfungen zur selben Zeit machen, in ganz Basel oder am gleichen Standort, dann kann ich Ihnen sagen, ist das auch nicht fair.

Ja, in Basel besteht eine Methodenfreiheit und zwar schon seit längerem, nicht nur pro Schulstandort, sondern sogar innerhalb der Schule. Aber unabhängig von der Methode, die Kinder lernen innerhalb eines gegebenen Zeitraums die vom Lehrplan festgesetzten Kompetenzen. Der Weg dahin ist halt unterschiedlich. Die heutige Schule ist nicht nur einfach ein Ort, wo Stoff vermittelt wird und periodisch abgefragt wird, wer was verstanden wird. Es wäre ehrlich gesagt auch nicht besonders gerecht, dass die, die auswendiglernen können und gut darin sind, auch dann gut benotet werden und ins P-Niveau kommen. Stattdessen setzen die Lehrerinnen, die an einer Basler Schule unterrichten und die auch der Anlass für diesen Vorstoss sind, auf enge persönliche Begleitung, regelmässige Lerndialoge mit jedem einzelnen Kind und zu seinen individuellen Kompetenzen und auf Gespräche mit den Eltern. Das ist ein aufwendiges Verfahren und erfordert grossen Einsatz der Lehrpersonen. Die Lehrpersonen machen es sich nicht einfach und sind dabei sehr sorgfältig.

Die Kritik im Anzug bezüglich der Beurteilung verstehe ich nicht wirklich. Es geht hier um eine kompetenzorientierte Beurteilung. Eine Bewertung findet statt, einfach in einer anderen Form, anhand von Farben und die Farben stehen für unterschiedlich erreichte Niveaus und haben einen Notenwert. Der Regierungsrat hat das erklärt. Noten für den Übertritt in die Sek sind also da und werden vergeben. Zudem werden die Eltern und die Kinder regelmässig in Gesprächen auf diesem Weg mitgenommen. Es ist nicht willkürlich.

Zur Methodik, Sandra Botha hat es schon angesprochen, dass selbstorganisierte Lernen so geeignet ist, kann man hinterfragen, aber das ist ein Thema, welches im Kollegium, den Schulleitungen und den Expertinnen diskutiert werden soll. Das ED könnte da aber einen Rahmen schaffen.

In einem Punkt möchte ich Jenny Schweizer aber Recht geben. Die Antwort des ED auf ihre Interpellation zu diesem Thema. Das Ziel des ED sollte doch sein, proaktiv die Schulentwicklung voranzutreiben. Und wenn das ED meint, mit so einer laxen Antwort, wie sie sie Jenny Schweizer gegeben haben – ich fand sie ja fast arrogant - zu beantworten, statt das Unverständnis der Interpellantin ernst zu nehmen und ihr zu erklären, was beispielsweise eine kompetenzorientierte Beurteilung bedeutet, muss es sich nicht wundern, dass es dann einen Anzug gibt. Ich habe Verständnis für diese Reaktion von Jenny Schweizer, aber das reicht uns nicht für eine Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprechende ist Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Dieser Anzug fragt, wie die Vergleichbarkeit der Leistungen in den Primarschulen Basel-Stadt noch gewährleistet werden kann. Die Anzugsteller:innen wünschen sich einen verlässlichen und gerechten Aufschluss über das Übertrittsniveau der einzelnen Schüler:innen in die Sekundarstufe 1. Dafür braucht es nach Meinung der Anzugsstellenden einen politischen Grundsatzentscheid, da ansonsten unübersichtliche Unterrichts- und Prüfungsformen drohen.

Ich muss zugeben, ich habe sogar ein gewisses Verständnis für diese Bedenken. Schliesslich war ich eine engagierte Gegnerin der teilautonomen Schulen, weil ich ein Auseinanderdriften der Schulen befürchtet habe. Nun haben wir die teilautonomen Schulen und ich lügen müsste, wenn ich sagen würde, dass jetzt alles in Butter ist, aber meiner Ansicht nach liegt das eher an den Ressourcen. Mir ist nämlich bewusst, dass die Schulen in Bewegung sind und dass auf auf pädagogischer Ebene sehr viel passiert und das ist ja auch gut so. Es ist ja nicht so, dass früher in allen Schulen der Unterricht gleich organisiert war. Meine Erfahrung mit drei Schulkindern, die diese Schule durchlaufen haben, zeigen, schon immer gab es Schulhäuser oder sogar einzelne Klassen, die mit Wochenplänen, selbstständigem Lernen usw. andere Wege ausprobiert haben. Ich erinnere mich gerne an die spielzeugfreien Kindergärten, die vor vielen Jahren als zeitlich befristetes Projekt liefen. Das war eine grossartige Sache, oder an die Beurteilungsformen, die damals in der OS Usus waren. Geben wir den Schulen doch hier den Spielraum, den sie brauchen, um ihre eigenen Stärken zu nutzen, um auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler einzugehen.

Ich habe Sandra Bote aufmerksam zugehört, weil ich mich ein bisschen gewundert habe, dass sie diesen Anzug unterschrieben hat, und ich merke, dass offenbar das Verständnis über den Sinn und Zweck dieses Anzugs auseinandergeht. So wie ich den Anzugstext lese, geht es hier vornehmlich darum, dass die Idee einer Beurteilung ohne Noten nicht goutiert wird und damit ging meine Unterstützung um Einverständnis vollends verloren. Wir von BastA sind nämlich überzeugt, dass erfolgreiches Lernen nichts mit Notengebung zu tun hat. im Gegenteil, eigentlich wünschen wir uns, dass die Testerei an den Schulen aufhört und die Noten an der Primarschule abgeschafft werden. Aber auch davon sind wir ja noch weit entfernt.

Es braucht, wenn überhaupt, alternative Formen der Leistungsbewertung, die individuell statt vergleichend sind und die die Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler stärker berücksichtigen. Dass erfolgreiches Lernen auch ohne Noten möglich ist, zeigen zahlreiche Schulen in ihrer täglichen Praxis. Hören wir doch auf, die Schüler:innen schon auf Primarschulstufe zu vergleichen und alle über einen Kamm zu scheren. Es ist zwar ein alter Spruch, aber ich sage es trotzdem noch einmal, das Gras wächst nicht schneller, wenn wir daran ziehen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich habe diesen Anzug auch unterschrieben, aber nicht als Ausdruck davon, dass ich gegenüber neuen Formen des Unterrichtens und Bewertens verschlossen wäre. Ich finde Schulentwicklung, Weiterentwicklung des Unterrichts, auch von Bewertungsformen sehr wichtig gerade auch Projekte, die Bottom up stattfinden, können sehr wertvoll sein. Meine Unterschrift ist auch nicht eine Bewertung des Beispiels, das im Anzug genannt wird der Primarschule Gotthelf. Ich bin selbst an einer Schule tätig, die mit dem System GB plus sehr innovativ neue Form gesucht hat und ein Sohn meiner Vorrednerin konnte ich da sogar zwei Jahre in diesem System miterleben. Ich finde das durchaus sehr wertvoll, solche Dinge auszuprobieren. Und als die Anzugsstelle mir ihren Text zu lesen gab, war meine erste Reaktion ein Verdacht, es ginge um Notengläubigkeit, um eine völlig falsche Einschätzung, was es bedeutet, mit Zahlen zu bewerten, es herrsche keine Offenheit für Entwicklung, sie würde wohl am liebsten noch mit der Wachstafel Unterricht haben. Manches habe ich auch geäussert,

und habe es dann trotzdem zu Ende gelesen und fand dann die Forderung trotz allem berechtigt, zu sagen, dass es doch ein relativ weitgehender Wechsel in der Bewertungsmethode darstellt.

Was mir wichtig scheint ist, dass die Eltern die Primarschule nicht wählen können, das heisst, das Kind kommt in eine Schule, die vom Wohnort her bestimmt ist und dort in eine Klasse, die sie auch nicht wählen können. Sie sind dann mit einem doch recht anderen. für sie ungewohnten Konzept konfrontiert und erleben vielleicht, dass das andere Kind in einer anderen Klasse ist, die anders unterrichtet wird oder dass die Nachbarn an einem anderen Schulhaus ihr Kind im Unterricht haben, wo es wieder anders ist.

Es geht ja letztlich auch nicht nur um die Frage, ob man statt Noten Farben gibt, dass auch mit dem selbst organisierten Lernen eine Methodik angewendet wird, in der es schon einzelne Forschungsergebnisse gibt, die zeigen, das sie neben vielem Guten vielleicht für schwache Schüler und Schülerinnen auch gewisse Dinge mit sich bringen, die zu bedenken sind.

Darum, wenn man ein solches Konzept einführt, dann scheint mir einfach die Frage wichtig, wie das genau geschieht, und das ist der Hintergrund, warum ich unterschrieben habe. Als wir an unserer Schule damals GB plus einführten, hat der Erziehungsrat ein Pilotprojekt bewilligt. Das wurde extern auch begleitet und es wurde evaluiert und dann definitiv bewilligt. Seither haben unzählige Schulen ein ähnliches Konzept übernommen, wir hatten schon Besuch aus der ganzen Schweiz und ich denke, das hat auch damit zu tun, dass es eben auch sorgfältig begleitet und evaluiert worden ist. Ich sehe darum auch eine Chance darin, wenn man sich überlegt, ob es nicht auch bei einem Konzept, das im Gotthelfschulhaus gemacht wird, nicht sinnvoll wäre, zu evaluieren, nicht um es abzuwerten, im Gegenteil, um es letztlich vielleicht sogar aufzuwerten.

Dass der Regierungsrat diesen Anzug gar nicht erst sich überweisen lassen möchte, verstehe ich darum nicht. Er könnte ja in seiner Antwort genau darauf hinweisen, wie solche neue Konzepte einzuordnen sind, wie man damit umgehen möchte, auch um zu gewährleisten, dass eben die verschiedenen Methoden und Bewertungsformen und so weiter nicht zu weit auseinanderdriften, so dass sie auch ein Vertrauen geniessen bei Eltern, die Kinder in einer solchen Klasse haben.

Aus diesem Grund möchte ich Sie doch bitten, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Damit hat die Anzugstellerin Jenny Schweizer das Wort.

Jenny Schweizer (SVP): Ich danke meinen Vorrednerinnen für ihre Worte, die waren wirklich sehr aufschlussreich. Ich muss an die Adresse von Sasha Mazzotti sagen, wenn Sie Verständnis haben für meine Zweifel, dann bin ich darüber sehr froh, aber stellen Sie sich auch einmal vor, wie es dann den Eltern geht, welche Zweifel die haben, die sie hier jetzt nicht in die Diskussion einbringen können. Und ich glaube gegenüber den Erziehungsberechtigten Rechnung zu tragen und zu zeigen, dass die Vergleichbarkeit ernstgenommen wird und dass man sich damit auseinandergesetzt hat, wäre mit einer Überweisung dann schon gegeben. Und Heidi Mück möchte ich eigentlich nur sagen, dass Sie mir unterstellen, dass ich diese neue Unterrichtsform ablehne. Das können Sie mir gerne unterstellen, aber es ist hier im Anzug nicht so beschrieben, und in diesem Sinn finde ich es wirklich wichtig, dass man die Unterrichtsformen gegeneinander abgewogen hat und eben auch verglichen hat.

Ich möchte betonen, dass die verschiedenen Beschulungsformen alle das gleiche Ziel erreichen müssen, dass wir die Schülerinnen und Schüler am Ende der Primarschule erfolgreich in der Sek 1 zusammenführen können. Alle Unterrichtsformen müssen sich somit gegenseitig standhalten. Die Schülerinnen und Schüler müssen auf dem gleichen Wissensstand sein und kompetenzmässig immer innerhalb ihres Leistungszuges auf dem gleichen Niveau sein, in dem sie in einer Klasse zusammengeführt und eingeteilt werden. Das heisst, die in den Zeugnissen abgebildeten Leistungsbeurteilungen müssen so weit deckungsgleich sein, dass in einer Sek 1-Klasse ein Zusammenführen möglich ist, egal aus welchen verschiedenen Quartierstandorten die Schülerinnen und Schüler kommen.

Und wenn sich nun eine neue Unterrichtsform ausbreitet, muss doch das ED die Nachteile, die Vorteile, die Vergleichbarkeit kommentieren, begründen und ergründen. Und indem sie den Anzug nicht entgegennehmen will, heisst das für mich, dass sie sich entweder um die Vergleichbarkeit foutiert oder sie hat, bevor sie grünes Licht gegeben hat, vernünftigerweise eine Vergleichbarkeitsanalyse gemacht, aber sie lässt uns nicht daran teilhaben. Und das sollte Sie alle hier im Saal schon etwas misstrauisch stimmen. Ausgerechnet die Linken von SP, BastA und Grüne, die sich immer gebetsmühlenartig auf Studien, Statistiken und Analysen beziehen, um ihre Argumente zu untermauern, wollen hier bei der Bildung unserer Schülerinnen und Schüler darauf verzichten.

Wenn Sie nicht mehr an der Unterrichtsform und deren Konsequenzen in unserem Bildungssystem interessiert sind, haben wir wahrlich ein noch grösseres Problem, als ich je angenommen habe. Also lassen wir doch die Regierung berichten, wie die verschiedenen Beschulungs- und Benotungs- und Unterrichtsformen sich gegenseitig standhalten können. Nur so

können nämlich die Erziehungsberechtigten darauf vertrauen, dass egal in welchem Quartier und egal welche Beschulungsform ihre Kinder erhalten, dafür gesorgt würde, dass für niemanden ein Nachteil entsteht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006186, 26.03.25 09:53:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 47 gegen 46 Stimmen bei einer Enthaltung.

28. Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Nutzung Windenergie im Überwachungsperimeter des Primärradars des EuroAirport Basel Mulhouse Freiburg

[26.03.25 09:53:55, 25.5021.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigen den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

29. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros

[26.03.25 09:54:24, 22.5335.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen sowie den Anzug Olivier Battaglia abzuschreiben. Für das Ratsbüro hat das Wort. Claudio Miozzari.

Claudio Miozzari (SP): Ich spreche hier für das Ratsbüro in der alten Besetzung, das diesen Bericht noch verabschiedet hat. Der Anzug Olivier Battaglia wurde vom Grossen Rat überwiesen und bereits einmal stehengelassen. Damit hat der Grosse Rat zum Ausdruck gebracht, dass er eine «richtige» BVG-Lösung wünscht und keine Pauschalabgeltung für die Altersvorsorge möchte. Der Anzug argumentiert, dass viele Ratsmitglieder aufgrund ihrer politischen Tätigkeit ihr Pensum am Arbeitsort reduzieren müssen, dort also weniger Verdienst haben, und weil das Einkommen aus der Tätigkeit im Grossen Rat nicht BVG-versichert ist entsprechend Einbussen bei der Altersvorsorge haben. Diese Problematik wollte der Anzugssteller

und wollten seine Unterstützerinnen und Unterstützer angehen und ich kann Ihnen auch berichten, dass sich diese Frage in den letzten Jahren und auch aktuell in verschiedenen Kantonsparlamenten gestellt hat. Es gibt auch verschiedene Studien zum Thema, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Das Fazit: Es ist kompliziert und nicht ganz einfach, eine passende Lösung für die Altersvorsorge für Parlamente zu finden.

Wir haben uns dieser Aufgabe gewidmet in einer Subkommission mit Jo Vergeat, Joël Thüring und mir, und dabei ist deutlich geworden, die im Anzug geforderte Adaption der Bundeslösung, also der Lösung für die eidgenössischen Parlamente, ist für den Grossen Rat nicht ohne weiteres möglich. Zum einen gibt es rechtliche Vorbehalte und zum anderen war es schlicht so, dass der Versicherer der Bundesparlamente nicht bereit war, uns eine Offerte vorzulegen. Es haben sich aber andere Lösungen gegeben und wir haben verdankenswerterweise zwei Offerten erhalten und das mit dem Dank meine ich sehr ernst. Es ist so, dass wir als Parlament nur bedingt attraktiv sind für Versicherer, weil wir viele Fluktuationen haben und weil es von der Entschädigungshöhe her halt dann doch nicht so hoch ist, also relativ grosser administrativer Aufwand bei kleinen Beträgen. Entsprechend danke Pensionskasse Basel-Stadt, dass uns eine Lösung mit der gesetzlichen Eintrittsschwelle vorliegt und danke BVK aus Zürich, dass sie dem Grossen Rat die Vorsorgelösung anbietet, die für den Kantonsrat Zürich erarbeitet worden ist.

Die Subkommission und das Ratsbüro haben sich in einer Abwägung klar für die Lösung BVK entschieden, da sie mit der tieferen Eintrittsschwelle der Teilzeitrealität hier im Grossen Rat besser gerecht wird. Für die PKBS hätte natürlich gesprochen, dass es unsere PK ist, bei der auch das Kantonspersonal versichert ist. Sie hätte aber nur für eine Minderheit der Bestverdienenden hier im Rat gegriffen. Mit dem Anschluss an die BVK ist es möglich, eine tatsächliche Altersvorsorge für deutlich mehr als die Hälfte der Mitglieder des Grossen Rats zu schaffen.

Da wir als Grossrätinnen und Grossräte, wie schon mehrfach auch von der Verwaltung festgehalten, keinen formellen Arbeitgeber haben, erachtete es das Ratsbüro und erachteten es auch alle Ansprechpartnerinnen und -partner als legitim, eine eigene Lösung zu wählen. Mit der vorliegenden Gesetzesänderung wird dem Ratsbüro entsprechend die Kompetenz eingeräumt, einen Vorsorgeanschluss zu wählen. Wenn Sie der Beschlussvorlage also zustimmen, wird der Anschluss bei der BVK umgesetzt. Natürlich kann dieser Anschluss dann in der Folge auch regelmässig wieder überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Für alle, die im definierten Altersspektrum bis 70 Jahre liegen und die die Eintrittsschwelle nicht erreichen aber sieht die vorliegende Beschlussvorlage einen Vorsorgebeitrag in der Höhe des Arbeitgeberbeitrags vor, der als ordentliches Einkommen zu versteuern ist. Ausserdem werden von der Versicherungspflicht Selbstständigerwerbende mit der vorliegenden Beschlussvorlage ausgenommen, da ein Anschluss an die zweite Säule im Nebenverdienst für sie finanziell nachteilig sein kann.

Zu den vorliegenden Anträgen möchte ich einleitend sagen, dass sie im Ratsbüro so nicht gestellt wurden, wir also dazu keine Position bezogen haben, weil wir keine Möglichkeit dazu hatten. Zum Antrag von Bruno Lötscher, der bezweckt, dass auch Ratsmitglieder über 70 Jahren einen Beitrag ausbezahlt erhalten, eben ein zusätzliches Einkommen kann ich sagen, dass im Ratsbüro ein Antrag gestellt wurde, die Alterslimite möglichst hoch zu halten. Wir haben dem entsprochen mit dem maximalen Versicherungsalter 70 Jahre. Mehr ist bei der BVK, und ich glaube bei fast allen Vorsorgeeinrichtungen in der Schweiz, gar nicht möglich. Für den Antrag spricht ein bisschen der Gestus möglichst alle mitzunehmen mit einer Lösung, dagegen würde sprechen, dass man hier nicht mehr von Altersvorsorge sprechen kann. Wir gehen mit dem Antrag schon über die geforderte Altersschwelle hinaus im Anzug mit den 70 Jahren. Aber ich gebe hier keine Abstimmungsempfehlung ab, das Ratsbüro hat darüber nicht beschlossen.

Was auch noch ein Thema ist, ist die Erhöhung der Entschädigungen. Ein Mal pro Legislatur muss das Ratsbüro die Entschädigungen prüfen. Es ist in der alten Besetzung natürlich auch in der alten Legislatur noch mit knapper Mehrheit zum Schluss gekommen, dass die Verbesserungen, die der Anschluss an die BVK bringt, die Teuerung mehr als aufwiegen und keine zusätzlichen Sitzungsgelderhöhungen vorzusehen sind. Die alte Besetzung des Ratsbüros empfiehlt aber dem neuen Ratsbüro, schon bald die Entschädigung an die Fraktionen und ans Präsidium zu überprüfen, da diese im schweizweiten Vergleich anders als die Sitzungsgelder eher tief angelegt sind. Für alles weitere verweise ich auf den Bericht des Ratsbüros und auf dessen Anhänge. Ich bin gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Vorweg, die Fraktion BastA unterstützt die erarbeiteten aus unserer Sicht umsichtige Variante des Ratsbüro des Grossen Rates und wird den zwei vorliegenden Grossratsbeschlüssen gemäss dem Bericht zustimmen.

Der Grosse Rat hat bereits zwei Mal klar seinen politischen Willen zum Ausdruck gebracht, dass für die Grossratsmitglieder des Kantons Basel-Stadt eine Lösung zur beruflichen Vorsorge umgesetzt werden soll. Ein politisches Amt ist vielleicht mehr als nur ein freiwilliges Hobby und obwohl die Lebensrealitäten der 100 Grossratsmitglieder mit Bestimmtheit sehr

unterschiedlich sind, ist es klar, dass sich bei vielen der hohe zeitliche Aufwand auch auf die berufliche Realität auswirkt und es deswegen zu Reduktionen, beispielsweise beim Pensum bei der Arbeit kommt. Auch gerade für jüngere Mitglieder des Grossen Rates, die neben der Ausbildung und Teilzeitarbeit ein politisches Mandat ausüben, wäre eine Pensionskassenlösung für die Altersvorsorge von sehr grossem Vorteil, und dies gilt natürlich genau so bei Elternpflichten, weil durch allfällige Reduktion des Arbeitspensum und dem Aufwand für ein politisches Mandat weniger in die Pensionskasse fliessen kann.

Es liegt auch auf der Hand, es gibt also gute soziale Gründe, um in Zukunft eine berufliche Vorsorgelösung für die Grossrätinnen und Grossräte unseres Kantons anzubieten. Gemäss vorliegendem Bericht hat sich das Ratsbüro umsichtig mit möglichen Varianten beschäftigt. Wir erachten die gewählte Variante mit der BVK als sehr sinnvoll und begrüssen auch die Ergänzung für diejenigen Mitglieder des Grossen Rats, welche die reduzierte Eintrittsschwelle nicht erreicht hat. Etwas schade ist, dass die Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt nicht in der Lage war, ein ähnliches offenes Angebot zu offerieren. Es wirkt ein bisschen unflexibel und nicht so zeitgemäss.

Wir danken der Subkommission und dem Ratsbüro für seine Arbeit. werden beiden Grossratsbeschlüssen zustimmen und den Anzug von Kollege Battaglia abschreiben. Den Antrag der FDP lehnen wir ab, den Grundbetrag zu reduzieren, obwohl ja auch im Ratschlag vermerkt wurde, dass diese Thematik, ob jetzt mehr oder weniger, eben auch auf später verschoben werden sollte. Das irritiert ein wenig.

Den Antrag vonBruno Lötscher lehnen wir auch ab, nicht aufgrund einer Altersdiskriminierungsidee, sondern weil das Risiko einer Einbusse bei der Pensionskasse ab dem Alter 70 Jahre nicht mehr so gegeben ist. Man ist ja auch nicht mehr gegen Arbeitslosigkeit versichert und deshalb lehnen wir diesen Antrag auch ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Wenn wir dieses Geschäft beraten, dann beraten wir unsere eigene Entschädigung, und wenn es darum geht, dann sollten wir moderat und zurückhaltend sein, wenn es um unser eigenes Portemonnaie geht, vor allem dann, wenn wir hier regelmässig darüber diskutieren, wie es um die Kaufkraft der Bevölkerung in unserem Kanton bestellt ist. Und wir sollten alle Ratsmitglieder, wenn es um solche Entschädigungen geht, möglichst gleich behandeln.

Wenn wir das heute so beschliessen, dann bedeutet das faktisch eine Erhöhung unserer Entschädigung um 10 Prozent. Und darum geht auch die Argumentation von Oliver Bolliger nicht auf, dass man das ja dann zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren kann. Wir diskutieren hier und heute um eine Erhöhung der Entschädigung von diesen 10 Prozent, wie es auch im Bericht des Büros dargestellt wird. Das halten wir für nicht angebracht und auch nicht für gerechtfertigt, genauso wenig, wie wir es für gerechtfertigt halten, dass wir die Kolleginnen und Kollegen, die älter sind als 70 Jahre, hier mit dieser Lösung schlechter stellt.

Die heutige Pauschalentschädigung, die sie und ich jedes Jahr erhalten, deckt den Vorsorgeaufwand bereits ab, das ist explizit erwähnt im § 9 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Das Büro hat das auch entsprechend erkannt und will den Begriff Vorsorgeaufwand aus diesem entsprechenden Absatz entfernen.

Jetzt haben wir im Bericht des Büros gesehen, die Lösung, die hier heute beschlossen werden soll, soll in der Grössenordnung von rund 240’000 Franken kosten. Geteilt durch 100 Ratsmitglieder macht das 2’400 Franken. Deshalb haben Sie heute von uns einen Änderungsantrag auf dem Tisch, der unsere Grundpauschale von heute 6’000 Franken um genau diese 2’400 Franken reduzieren soll. Das würde bedeuten, wir erhöhen unsere Entschädigung nicht, wir bleiben quasi Netto Null, wenn Sie so wollen, und können dann zu einem späteren Zeitpunkt darüber entscheiden, ob es angemessen ist, unsere Entschädigung entsprechend zu erhöhen. Wir müssen die Kritik annehmen, da bin ich offen für die Kritik, dass dieser Antrag relativ kurzfristig hier verteilt und auf den Tisch gelegt wurde. Sie kennen das, wie es halt so ist, gewisse Ideen kommen einem erst relativ kurzfristig in der Vorbereitung. Dafür entschuldige ich mich, dass sie gar nicht Gelegenheit hatten, das vorzubereiten, aber nichts destot rotz sahen wir es als notwendig an, Ihnen diesen Antrag heute auf den Tisch zu legen.

Diese Lösung, das habe ich bereits gesagt, führt zu einer Ungleichbehandlung der Ratsmitglieder, die älter als 70 sind. Sie führt aber auch zu einer Ungleichbehandlung von Ratsmitgliedern bezüglich Steuern, denn je nachdem, in welcher Form man jetzt diesen Vorsorgebeitrag bezahlt bekommt unterliegt dieser Betrag nämlich der Einkommensteuerpflicht oder eben nicht. Wir haben jetzt eine einheitliche Lösung für alle Ratsmitglieder. die Grundpauschale, die steuerfrei ist, die Sitzungsgelder, die einkommensteuerpflichtig sind, und jetzt führen wir bei der Vorsorge verschiedene Varianten ein mit unterschiedlichen Steuerfolgen. Das führt auch zu einer weiteren Ungleichbehandlung der Ratsmitglieder. je nachdem, was die persönliche Situation ist, je nachdem, welche Lösung man entsprechend wählt. Wenn wir hier einen solchen Vorsorgebeitrag einführen, dann ist das keine Pauschale mehr, dann hat sie einen konkreten Zweck. Daher wird mit allergrösster Wahrscheinlichkeit dieser Betrag nicht steuerfrei sein.

Und dann erhalten wir hier keine Möglichkeit, die Offerte der BVK richtig einzuordnen, weil wie ausgeführt wurde, die PKBS nicht in der Lage war, hier eine konkret bezifferte Offerte vorzulegen. Im Bericht sehen wir keine anderen Offerten, also können jetzt nicht sagen, ob das eine teure oder eine günstige Offerte ist. Also wir glauben, da wäre es angebracht gewesen, noch weitere Offerten abzufragen, weil bei einem Betrag dieser Grössenordnung, glaube ich, wäre das den Aufwand wert gewesen.

Aus diesem Grund stellen wir Ihnen hier und heute drei Anträge. Erstens beantragen wir Ihnen, dieses Geschäft an das Büro zurückzuweisen, damit das Büro eben die Offerten, die nicht eingeholt wurden, noch nachholen kann, damit wir eben diesen Betrag, wenn wir das das nächste Mal diskutieren sollten, besser einordnen können. Zweitens, sollten Sie diesem Rückweisungsantrag nicht folgen, haben Sie einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion auf dem Tisch, dass man ebendiese 2'400 Franken bei uns von der Grundentschädigung wegnimmt, damit unsere Entschädigung gleich bleibt unter dem Strich, so wie das heute bereits der Fall ist. Und sollten Sie auch diesen Antrag ablehnen, beantragen wir Ihnen, dieses Geschäft abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Joël Thüring für die SVP.

Joël Thüring (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, dieses Geschäft abzulehnen, den Vorschlag des Ratsbüros also nicht umzusetzen. Wir können uns aber auch, ich werde das nachher noch ausführen, dem Antrag von Luca Urgese anschliessen, dieses Geschäft an das Ratsbüro zurückzuweisen. Claudio Miozzari: der Sprecher des alten Ratsbüros hat es erwähnt, ich war Teil dieser Subkommission. Sie haben aber auch festgestellt, dass im Ratsbüro eine Person diese Lösung abgelehnt hat. Ich kann das transparent machen, das war ich. Das ist insofern die konsequente Haltung, weil meine Fraktion schon von Anfang an gegen diesen Vorstoss von Olivier Battaglia war. Unsere Meinung hat sich nicht geändert, wir erachten diesen Vorschlag als nicht richtig. Er liegt ein Grundmissverständnis vor, wenn wir von einem Vorsorgebeitrag sprechen für eine Funktion, die kein Beruf ist. Grossratsmitglied zu sein, ich habe es schon damals gesagt, ist kein Beruf. Das ist eine Tätigkeit, die Sie im Milizsystem freiwillig ausüben, die wird Ihnen von niemandem aufgezwungen und soll auch nicht Bestandteil sein eines beruflichen Einkommens.

Und wenn wir uns die Historie des Anzug von Olivier Battaglia noch einmal genau anschauen, dann hat Olivier Battaglia auch nicht das gefordert, was wir hier heute diskutieren. Olivier Battaglia hat nämlich in seinem Anzug gefordert, dass nur für diejenigen Ratsmitglieder, die berufstätig sind und für die aufgrund dieses Grossratsmandats eine Reduktion der beruflichen Tätigkeit notwendig wird, was eine Folge bei der beruflichen Vorsorge hat, dass dafür eine Lösung gefunden wird. Das ist also weitaus weniger als das, was nun das Ratsbüro hier beantragt.

Das Ratsbüro geht jetzt mit der Giesskanne grosszügig durch diese Reihen und möchte alle Grossratsmitglieder, selbst diejenigen, die schon seit vielen Jahren pensioniert sind. Und ich wage zu behaupten, dass auch diejenigen, die heute die Anträge von Bruno Lötscher unterstützen, über 65 sind und pensioniert sind und nun wirklich nicht auf diesen zusätzlichen Beitrag angewiesen sind. Wenn ich ihre berufliche Laufbahn anschaue, vermute ich, dass sie eine sehr gute Pensionskassenlösung in der Vergangenheit schon hatten. Jetzt sollen alle eine zusätzliche Entschädigung erhalten, die wird in der Grössenordnung von insgesamt etwa einer Viertelmillion Franken pro Jahr liegen. Und das, glauben wir, ist weit von dem, was der Anzug Battaglia ursprünglich gefordert hat. Und es ist auch in einer Zeit, in der viele Menschen auch in Basel-Stadt bei knapper Kasse sind, Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen, ein falsches Signal, das wir hier nach aussen senden.

Luca Urgese hat mit seinem Antrag, die Ausführungsbestimmungen zu ändern und den Grundbetrag zu reduzieren, der tatsächlich sehr kurzfristig eingetroffen ist, versucht, einen Mittelweg einzuschlagen, dass zumindest die Summe am Schluss des Tages für die Staatskasse budgetneutral oder rechnungsneutral bleibt. Wir unterstützen diesen Antrag. Trotzdem erachten wir das System dieser Vorsorge ganz generell eben für falsch und für nicht korrekt. Luca Urgese hat kritisiert – und da muss ich jetzt als ehemaliges Mitglied des Ratsbüros das Ratsbüro auch ein bisschen in Schutz nehmen – dass zu wenig Offerten vorgelegen sind. Ganz offen gestanden, das ist ja auch für eine Pensionskasse kein sonderlich attraktives Angebot, dass hier unterbreitet werden soll. Das betrifft 100 Mitglieder, das sind Kleinstbeträge, das sind dann auch Mutationen, das sind sehr unterschiedlich hohe Beträge, das ändert von Jahr zu Jahr, von Person zu Person, das rentiert sich ja für eine Pensionskasse auch nicht sonderlich. Und deshalb war unter anderem auch die Begeisterung der PKBS, immerhin «unserer» kantonalen Staatspensionskasse nun nicht sonderlich gross. Deshalb glaube ich, dass wenn wir uns für eine solche Lösung entscheiden, dass die Variante, die hier ausgearbeitet wurde mit der BVK, zumindest die vernünftigste ist. Aber machen wir uns nichts vor, diese Variante ist auch für den Parlamentsdienst mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden. Sie generieren hier Kosten auch für die Verwaltung, für diese Mutationen, für die Meldungen. Das alles erscheint uns nicht verhältnismässig zu sein.

Wir bitten Sie deshalb, diesen Antrag des Ratsbüros heute entsprechend abzulehnen. Verzichten Sie darauf, den Grossratsmitgliedern eine Pensionskasse auszubezahlen, zeigen Sie Haltung gegenüber der Bevölkerung, die

wahrscheinlich grossmehrheitlich kein Verständnis hat, wenn wir uns hier heute einen solchen Betrag selber sprechen. Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, dieses Geschäft an das Ratsbüro zurückzuweisen, dem Wahltag der FDP-Fraktion zu folgen und dann eventualiter das Geschäft komplett abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Es gibt leider niemand anderen, der über unsere Entschädigung diskutieren kann und das führt zu dieser Situation, ja auch geschätzte Bevölkerung, die zuhört, dass wir hier drin darüber entscheiden müssen, wie unser Engagement hier in diesem Saal und darüber hinaus entschädigt wird. Ich glaube auch nicht, dass das immer die ideale Lösung ist. Wir diskutieren ja oft über Ausstand und wen was betrifft und was wir diskutieren können, aber es ist nun mal unsere Ausgangslage.

Wir haben hier diese berufliche Vorsorgelösung für uns Mitglieder des Grossen Rates vor uns liegen, nicht, weil das ein Jux des Ratsbüros war, sondern weil wir als Grosser Rat in zweifacher Abstimmung mit einer klaren Mehrheit uns für eine berufliche Vorsorge ausgesprochen haben. Wir von der Fraktion Grüne/jgb haben dieses Anliegen von Beginn an unterstützt. Ich glaube, wir müssen der Realität ins Auge sehen, dass wir hier drin mit ganz unterschiedlichen Realitäten konfrontiert sind. Es gibt unterschiedlichste Ausgangslagen von Personen, die hier drin – und darüber sind wir froh – aus unterschiedlichsten Hintergründen Politik machen, sich engagieren, dieses Amt mit Verantwortung, aber auch mit Würde ausführen. Obwohl wir dieses Milizparlament hochhalten wollen, müssen wir die Veränderungen und die Zunahme der Arbeit für Grossratsmitglieder anerkennen. Wenn wir schauen, wie die Sitzungen zunehmen, wenn wir schauen, wie der Arbeitsaufwand zunimmt, dann braucht es entweder unglaublich grosszügige Arbeitgeber:innen, die diese Ausfälle mittragen, die mittragen, dass man weniger Zeit im Büro verbringen kann, die vielleicht sogar ausserordentlich stolz darauf sind, dass sie Mitglieder in ihren Reihen haben, die sich engagieren, und die das zahlen, oder es läuft darauf hinaus, dass man die Arbeit reduzieren muss, vor allem wenn man sich in Kommissionen noch grossartig engagiert und sich wirklich reinfuchsen möchte in die komplexen Geschäfte, oder dass man neben der Ausbildung und dem Grossratsamt nicht noch zusätzlich einem Beruf nachgehen kann. Und das ist eine Realität und ich glaube nicht, dass wir diese durch eine Pauschale decken. Es gibt durchaus Pensen oder Auszahlungen im Grossen Rat an Mitglieder, die eigentlich eine gesetzliche Vorsorge verlangen würden. Natürlich ist es nicht so geregelt, aber sie über überschreiten bei weitem diesen kleinen Nebenverdienst, den wir hier immer wieder diskutieren. Und ich glaube auch, unsere Bevölkerung schafft es, dafür ein Verständnis aufzubauen und mitzugehen, wenn wir gezielt darüber informieren, was hier eigentlich bezahlt wird, welche Leistungen wir entschädigt bekommen und in welchem Verhältnis diese stehen.

Also demnach sind wir klar für diese vorgeschlagene Lösung, weil sie die Milizpolitik auch zugänglich macht. Sie macht sie nicht abhängig von Arbeitgeber:innen, die eine grosse Chance geben oder vielleicht von dem Hintergrund des Partners, der Partnerin, die dann etwas mehr tragen kann, sondern sie macht dieses Milizparlament zugänglicher und gibt eine Absicherung. Und natürlich ist es immer Eigenverantwortung, dass eine Pauschale in die Altersvorsorge gezahlt wird. Das sehe ich. Ich glaube aber nicht, dass das der richtige Weg ist. Auch für das Verständnis der Altersvorsorge, der beruflichen Vorsorge, das wir immer so hochhalten, ist es am Schluss besser, wenn etwas zwingend in eine Vorsorge eingezahlt wird, je nach Situation, als dass es Teil dieser Entschädigung ist und man es selbst übernimmt. Man kann da unterschiedlicher Meinung sein. Ich bin da ganz klar der Meinung, dass das die Vorsorge stärkt und die Absicherung verbessert.

Wir sind für diese Lösung. Wir haben sehr viel diskutiert im Ratsbüro. Ich finde es auch sehr schade, kommen diese Anträge erst so spät in die Diskussion. Ich glaube, wir hatten unglaublich viel Zeit, auch Pauschallösungen haben wir diskutiert. Vielleicht ist es ein anderes Mitglied, das diese Idee plötzlich heute hatte, aber das erschwert es uns. Wir als Fraktion werden den Änderungsantrag der FDP ablehnen, weil ganz klar ist, dass das neu zusammengesetzte Ratsbüro diese ganze Diskussion um die Entschädigungen neu führen muss und da auch noch einmal über diese Grundpauschale diskutieren kann. Aber so steht diese Zahl nicht wirklich im Verhältnis. Mit dieser Grundpauschale würde nicht zugewiesen, welcher Betrag für was steht, diese Grundpauschale steht für ganz viel. Sie steht auch für Aktenlesen, es ist eine Reiseentschädigung, es sind Spesen dabei, sie deckt ganz viele Dinge ab und ich finde es schwierig, das jetzt einfach so ohne Diskussion durchzubringen. Wir müssen auch nicht ans Büro zurückweisen. Wir haben als Büro diese Lösungen unendlich durchgekaut, es gab sehr viel Widerstand, eine solche Lösung zu machen im Büro. Wir haben sie aber trotzdem vorgeschlagen, und ich glaube, diese Diskussion findet im Büro sowieso statt, wenn wir über diese Entschädigungen, unabhängig von dieser Erhöhung, diskutieren.

Für den Änderungsantrag der Mitte geben wir nichts vor. Ich finde, das können unsere Mitglieder selber entscheiden. Es geht dabei einfach darum, dass es ein wenig sachfremd ist, insofern es dann nicht mehr wirklich einer Altersvorsorge entspricht, aber wir geben da die Hand all den Personen über 70 Jahren, dass sie nicht benachteiligt werden.

In diesem Sinne glaube ich, haben wir hier eine gute Lösung. Wir hätten uns auch gewünscht, dass diese Lösung mit der PKBS zustandekommen könnte. Das hat so nicht funktioniert und wir bitten Sie, nicht zurückzuweisen, sondern den vorliegenden Vorschlag anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Bülent Pekerman für die GLP.

Bülent Pekerman (GLP): Heute haben wir die Gelegenheit, eine strukturelle Lücke zu schliessen, die viele von uns betrifft, nämlich die Altersvorsorge für die jetzigen und künftigen Mitglieder des Grossen Rates. Und das können nur wir. Mit dem vorliegenden Bericht des Ratsbüros liegt eine pragmatische und ausgewogene Lösung von, sie ermöglicht nämlich den Anschluss an die berufliche Vorsorge für die Mehrheit der Ratsmitglieder und bietet gleichzeitig eine faire Alternative für Ratsmitglieder und für jene, die unter der Eintrittsschwelle liegen oder selbstständig erwerbend sind.

Unsere Aufgabe im Parlament ist es, Verantwortung zu übernehmen für unseren Staat, für die Zukunft und auch für uns selbst. Unsere Ratsarbeit, Oliver Bolliger hat es auch schon erwähnt, ist nicht nur ein Ehrenamt, sondern mit einem erheblichen zeitlichen und finanziellen Engagement verbunden. Viele von uns reduzieren ihr berufliches Pensum und nehmen sogar Lohneinbussen in Kauf. Die Folge davon ist eine Lücke in der beruflichen Vorsorge, die nicht nur die finanzielle Absicherung unserer Zukunft betrifft, sondern auch eine strukturelle Ungleichbehandlung gegenüber anderen politischen Mandatsträgern darstellt. Der Bund kennt bereits eine solche Regelung und auch der Kanton Zürich hat für seine Kantonsrätinnen und -räte eine funktionierende Lösung. Es ist deshalb nicht nur gerechtfertigt, sondern geradezu notwendig, dass auch wir in Basel-Stadt diesen Schritt zu tun.

Das Ratsbüro hat gründliche Abklärungen vorgenommen und sich für die BVK entschieden, eine Lösung, die für die meisten Ratsmitglieder zugänglich ist und gleichzeitig finanziell tragbar bleibt. Wichtig ist, dass niemand ausgeschlossen wird, das war uns sehr wichtig im Büro. Wer die Eintrittsschwelle nicht erreicht oder selbstständig ist, erhält einen fairen Ausgleich. Durch die Festlegung des Pensionierungsalters auf 70 Jahre wird zudem sichergestellt, dass möglichste viele Ratsmitglieder von dieser Vorsorgungslösung auch profitieren können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht hier nicht um Privilegien, das möchte ich betonen, sondern um eine faire und zeitgemässe Anpassung an die Realität unserer parlamentarischen Arbeit. Ich bitte Sie deshalb im Namen der grünliberalen Fraktion, dem Antrag des Ratsbüros zuzustimmen und wir lehnen diese Änderungsanträge aus den bekannten bereits erwähnten Gründen ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Leoni Bolz für die SP.

Leoni Bolz (SP): In der heutigen Zeit ist Teilzeitarbeit bei weitem keine Seltenheit mehr. Einbussen bei der Rente sind jedoch gross, wenn Teilzeit gearbeitet wird und keine Vorsorgelösung existiert. Personen mit Anstellungen bei verschiedenen Arbeitgebern werden durch die hohe Eintrittsschwelle und die mehrfach geleisteten Koordinationsabzüge ebenfalls abgestraft. Die SP steht generell dafür ein, dass die Eintrittsschwelle bei Teilzeitarbeit gesenkt und so eine Vorsorgelösung für mehr Menschen ermöglicht wird. Entsprechend soll eine Senkung auch hier nicht nur für Grossratsmitglieder, sondern für alle Kantonsangestellten angestrebt werden. Diesbezüglich hat die SP auch vor, einen Vorstoss einzureichen. Andere Pensionskassen als die PKBS zeigen denn auch, dass tiefe Eintrittsschwellen und tiefere Koordinationsabzüge möglich sind.

Das Grossratsmandat soll für alle möglich sein, ohne Angst vor finanziellen Einbussen im Alter. Die politischen Ämter verlieren heutzutage immer mehr an Attraktivität. Die Hürden sollen also nicht erhöht, sondern gesenkt werden. Mit einer Vorsorgelösung können wir mindestens eine Hürde senken. Bezüglich der Haltung gegenüber der Bevölkerung, die Joël Thüringen erwähnt hat, möchte ich darauf hinweisen, dass wir als Grosser Rat erst kürzlich 500 Millionen den Unternehmen und nicht der Bevölkerung gesprochen haben. Soweit ich mich erinnere, haben Sie diesbezüglich keine Bedenken in diese Richtung geäussert.

Die SP bittet Sie, den Vorstoss zu überweisen und bedankt sich beim Ratsbüro für die geleistete Arbeit.

Zum Änderungsantrag von Bruno Lötscher sehen wir diesbezüglich eine Schwierigkeit, dass Menschen über 70 bereits im Pensionierungsalter sind und also nicht im Alter, wo eine Altersvorsorge angespart werden muss. Auch ist es so, dass bei den Pensionskassen keine Menschen versichert werden, die über 70 Jahre alt sind. Andersherum muss man sagen, dass diejenigen Grossrät:innen, die die Altersvorsorgelösung nicht wünschen, den Arbeitgeberbetrag ausbezahlt erhalten. Insofern entsteht hier womöglich eine Diskriminierung, wenn das Geld für beliebige Zwecke ausgegeben wird und nicht beispielsweise in eine dritte Säule einbezahlt wird. Dies ist dann aber nicht im Sinne der angedachten Verwendung und jeder Person selbst überlassen. Die SP sieht aber ein, dass in einer arbeitsrechtlich ähnlichen Frage via Geschäftsordnung eine

mögliche Altersdiskriminierung stossend ist und ist daher für offen. Den Antrag der FDP, den wir 20 Minuten vor der Behandlung erhalten haben, lehnen wir aufgrund der Kurzfristigkeit ab. Die Rückweisung lehnen wir ebenfalls ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia für die LDP.

Olivier Battaglia (LDP): Da habe ich ja einiges ausgelöst. Ich möchte einfach mal ganz kurz darauf zu zurückkommen, wieso ich das überhaupt aufgebracht habe. Auf der einen Seite war die Situation, dass wir als Gemeinderäte in Bettingen eine Entschädigung erhielten, und wir haben mit dieser Entschädigung und den Stunden, die wir dort leisteten, den Schwellwert von 21'000 Franken überschritten. Die Gemeinde Bettingen als Gesellschaft war beim Kanton Basel-Stadt Vertragnehmer und konnte dort in der Pensionskasse teilnehmen. Wir waren dort im Prinzip integriert wie alle anderen Gemeindeangestellten ebenfalls, so dass wir von den Beiträgen in den Genuss kamen. Das hat nach acht Jahren Gemeinderat dazu geführt, dass ich am Schluss einen Betrag von 30'000 Franken an meine angestammte Pensionskasse überweisen konnte.

Das klingt alles super und einfach, aber das Leben ist nicht ganz so schwarz-weiss und wir haben hier verschiedene Ausgangslagen. Das Thema ist enorm komplex. Einerseits haben wir Leute, die 100 Prozent arbeiten der Arbeitgeber unterstützen die Personen, andere Arbeitgeber verlangen, dass dies aus den eigenen Rippen gezogen wird, die Zeit aufgebracht werden muss, was Lohneinbussen zur Folge hat. Die Faktoren, die für eine Pensionskasse zählen sind nicht nur, «Toll, ich habe eine Pensionskasse!». Früher mit dem Leistungsprimat war es einfach, da wurde man unmittelbar vor Ende der Karriere befördert, damit man bessere Pensionskassenleistungen hatte. Wir sind nun bei den Beitragsprimaten. Das Geld, das wir erwirtschaften, macht nachher die Pensionskasse aus.

Unsere Situationen hier sind sehr unterschiedlich, das wurde bereits angesprochen. Es gibt Personen, die arbeiten Teilzeit. Die werden wahrscheinlich keine grosse Pensionskasse erwirtschaften können. Es gibt andere, die haben ein sehr gutes Einkommen und haben dadurch ihre Pensionskasse recht gut bestückt und haben können von recht guten Beiträgen nach der Pensionierung leben. Ein weiteres Problem ist nicht nur, dass die einzelnen Personen auch in diesem Modell unterschiedliche Beiträge erhalten würden, sondern auch, dass wir als Grossrat eine unterschiedliche Lösung haben. Da der Grosse Rat nicht, wie Joël Türing gesagt hat, ein Beruf ist, sondern mehr eine Berufung, ist es so, dass wir dort nicht als eigenständige Gesellschaft auflaufen können. Das heisst, wir hätten jetzt hier im Kanton Basel-Stadt eine Lösung für die Angestellten im Kanton, Schwellenwert 21'000 Franken, dann hätten wir noch eine spezielle Lösung für dieses Grüppchen im Grossen Rat, wo der Schwellwert bei 14'000 Franken liegen würde. Die ganzen Faktoren, die hier mit dazu zählen, wie man das ausrechnen muss, wie das kalkuliert wird, sind sehr komplex und ich möchte mich auch beim Ratsbüro bedanken, dass man sich diese Mühe gemacht hat, so intensiv sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Jetzt hat man diese Lösung, eine zusätzliche Pensionskassenlösung ausserhalb der Kantonslösung. Es wäre schön gewesen, wenn man es geschafft hätte, das in die Pensionskasse von Basel-Stadt zu integrieren.

Ich frage mich auch, was machen Staatsangestellte, die Teilzeit arbeiten und nie auf die 20'000 Schwellenwert kommen. Die wären auch froh, wenn sie einen Schwellenwert von 14'000 Franken hätten, wo sie dann wieder etwas beitragen könnten. Denn wir bewegen uns immer mehr und mehr in eine Richtung, wo viele Leute nicht den maximalen AHV-Wert bekommen und die Pensionskassen nicht geöffnet werden, sprich, wir haben da ein gesellschaftliches Problem, das auf uns zukommt in der Zukunft, das wir irgendwie finanzieren müssen.

Aber lange Rede kurzer Sinn, die LDP hat in der Kreuztabelle ein Offen eingegeben, weil wir uns wirklich mit diesem Themen auch dank unserer Fachexperten im Umfeld Versicherungswesen auseinandergesetzt haben und einfach gesagt haben, dass die Lösung, die jetzt vorliegt, nicht fertig gedacht ist. Das sieht man auch an den Anträgen, die wir hier vorliegen haben und die LDP würde gerne das Geschäft an das Ratsbüro zurückweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich war zuversichtlich und habe mit einem Mea culpa von Oliver Bolliger gerechnet. Er hat uns da sicherlich mit guten Intentionen eingebrockt und vorneweg, die Rückweisung bringt wirklich überhaupt nichts. Oliver Bolliger und die Ratsmehrheit haben dem Ratsbüro eine Mission impossible eingebrockt. Durch eine Rückweisung wird nichts besser. Der verunglückte Anzug von Olivier Battaglia wäre weiterhin umzusetzen, und der war nie umzusetzen. Er forderte einen bürokratischen Aufwand, den Nachweis, dass jemand wegen dem Mandat seine Erwerbstätigkeit reduziert, Detektivarbeit für den Parlamentsdienst. Er war von Anfang an altersdiskriminierend angelegt. Was wollen Sie aus einem solchem, nicht ganz durchgedachten, aber mit guten Intentionen gemachten Vorstoss tun?

Das Ratsbüro hat Ihnen im ersten Ablauf empfohlen abzuschreiben. Ich habe damals dargelegt und wahrscheinlich nicht verständlich genug, dass im 2007 sich dieses Parlament dafür entschlossen hat, den ursprünglich auf eine Erwerbsersatzordnung angelegte Entschädigungsmechanismus aufzugeben zu einem einfachen System, wo jedes Mitglied dieses Parlamentes gleichbehandelt wird. Das ist sehr einfach handhabbar. Olivier Battaglia hat gefordert, das quasi partiell wieder aufzuheben, aber ich glaube, das kann man nur, wenn man das gesamthaft das System wieder ändert. Und meine, ich war nicht in dieser Subkommission, das Ratsbüro hat das Beste aus dieser Mission impossible gemacht. Es bleiben Sachen zurück, die nicht zu korrigieren sind. Wir können nicht eine eigene Pensionskasse machen, die jetzt noch einmal eine bessere Offerte macht. Ich glaube, es ist völlig illusorisch, mit nochmaligem Einholen von Offerten ein besseres Resultat zu erhalten.

Es bleiben Ungerechtigkeiten, es ist ein nicht durchdachter Systembruch, es gibt eine gewisse Altersdiskriminierung. Ich werde persönlich ablehnen, aber ich heute geht es nur darum, Ja oder Nein zu sagen, und eine weitere Runde im Ratsbüro ist wirklich für die Füchse. Und wenn man das sagt in der Hoffnung, dass es irgendwann dann selber stirbt, dann denke ich, dass wir bei unserem System bleiben sollte. Wenn Sie das nun in Würde beerdigen, kann das Ratsbüro mit einem Vorschlag kommen, wie unter Umständen eine Anpassung der Entschädigungen an die Inflation gemacht wird. Ich glaube, wenn das Staatspersonal eine Inflationsanpassung erhält, dann ist in dem gewissen Umfang auch legitim, dass die Tätigkeiten hier entsprechend angepasst entschädigt werden.

Andererseits das Argument, dass die Attraktivität der Mitgliedschaft in unserem Kantonsparlament nachgelassen hat, scheint mir weit hergeholt. Wir hatten sehr volle Listen. Das stimmt vielleicht für eine kleine Gemeinde. Ich glaube, im Kanton Genf werden die Wahllisten überflutet. Das ist also kein sehr valables Argument. Und zu sehen, was jetzt dieses Geschäft mit dem Standortförderungsgeschäft zu tun hat, dafür reicht meine Fantasie auch nicht aus.

Also ich glaube, heute muss man einfach Ja oder Nein sagen. Die Zwischenlösungen bringen relativ wenig und ich glaube, das Ratsbüro und vor allem die Subkommission haben gute Arbeit gemacht. Mehr lässt sich nicht herausholen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das Geschäft ist ein schwieriges, weil es halt irgendwie unpassend ist. Ich glaube, es passiert immer mehr, dass wir die Ratstätigkeit als Arbeit anschauen und sie ist es halt nicht. Es ist eine Tätigkeit in nicht dem Arbeitsvertrag angeglichen ist, sondern es ist das klassische *nobili officium*, und deshalb passen diese Dinge, die auf das Arbeitsrecht zugeschnitten sind, eigentlich nicht oder nur begrenzt auf uns. Und deshalb habe ich hier mit meinem Änderungsantrag den Finger darauf gelegt, um zu zeigen, dass so, wie wir das jetzt machen, so wie das jetzt vorgesehen ist, wir eigentlich eine verkappte Erhöhung der Sitzungsgelder vorsehen und die älteren Ratsmitglieder sind einfach das Feigenblatt gewesen, um das zu verstecken oder zu vertuschen, weil die sind ja dann davon ausgenommen, also ist es Vorsorge. Es ist Vorsorge und nicht Sitzungsgelderhöhung.

Wenn wir aber die Lösung, wie sie gemacht oder vorgeschlagen wird, genau anschauen, ist es eben so, dass es ganz viele verschiedene Varianten gibt. Es gibt die Mitglieder in diesem Rat, die darauf verzichten können, dieser Vorsorge beizutreten. Es gibt Mitglieder, aber die bekommen dann eine Art Sparbeitrag am Ende des Jahres. Es gibt Mitglieder im Rat, die die Eintrittsschwelle nicht erreichen, also auch nicht die Vorschriften erfüllen, die bekommen dann am Ende des Jahres einen Sparbeitrag ausbezahlt, ohne irgendwelche Auflagen, wie das Geld zu verwenden ist. Und dann gibt es noch die, die schon 70 Jahre alt und mehr sind, aber für die brauchen wir ja nichts mehr, selbstverständlich, da ist der Vorsorgefall eingetreten, die sind sowieso abgesichert. Also die lassen wir dann draussen und dann ist es eine Vorsorgelösung. Und genau die beiden Beispiele vorher zeigen, dass es eben eine massiv diskriminierende Lösung ist. Wie lässt sich denn rechtfertigen, dass wir hier in diesem Saal unterschiedliche Sitzungsgelder ausbezahlen?

Faktisch erhalten künftig die über 70-Jährigen einfach weniger Sitzungsgeld, sonst müsste man auch die anderen beiden Ausnahmen, nämlich diejenigen, die freiwillig darauf verzichten können, weil sie noch nicht 70 Jahre alt sind und diejenigen, die die Eintrittswelle nicht erreichen, weil sie also auch nicht unter die BVG-Pflicht fallen und einen bekommen können. Sonst müsste man die halt auch ausnehmen von dieser Vorsorgelösung. Wollen wir das, weil viele vielleicht profitieren können zu Lasten der älteren Mitglieder, einfach so durchgehen lassen? Mich stört das einfach.

Jetzt bin ich natürlich ein älteres Mitglied dieses Rates. Aber mich stört das, dass so locker Altersdiskriminierungen stattfinden. Immer mehr, an immer mehr Orten erlebe ich das, und ich bitte Sie einfach darum, hier ein Augenmerk darauf zu legen, dass wenn wir so, wie wir das jetzt geplant haben, weiterfahren, dann trifft das ja nur ein paar wenige. Wenn wir dann den Vorschlag von Luca Urgese noch nehmen, wird übrigens diese Altersdiskriminierung noch verdoppelt, weil nämlich dann noch der Beitrag gekürzt wird und dann bekommt man den gekürzten Beitrag als über 70-Jähriger gar nicht ausbezahlt. Also Sie sehen, die ganze Vorlage ist wirklich gut gemeint. Aber sie passt einfach nicht zu unserer Tätigkeit.

Wahrscheinlich hat David Jenny Recht, dass das Gescheiteste wäre zu sagen, sind wir doch ehrlich, wir sind Parlamentarier, wir müssen es über die Grundentschädigung lösen, über die Pauschale lösen und denken wir neu, und lehnen wir heute ab. Das ist aber wohl nicht realistisch. Vielleicht ist realistischer der Vorschlag von Luca Urgese, die Rückweisung zu unterstützen, um zu sagen, machen wir doch eine Lösung, mit der wir nicht Parlamentarier von zweiter Klasse kreieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Franz-Xaver Leonhardt und Sasha Mazzotti. Sie werden angenommen.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Wenn ich deinem Votum zugehört habe, dann habe ich gemeint herauszuhören, dass das eher ein Rückzug von deinem Änderungsantrag ist und ein Abschreiben des Geschäfts und ein Neuanfang. Habe ich das so richtig verstanden?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Weil es so schwierig ist, sind wir ja immer leicht überfordert, weil es ja schnell gehen muss. Deshalb bin ich grundsätzlich für die Rückweisung.

Sasha Mazzotti (SP): Sie haben vorhin von Altersdiskriminierung gesprochen und das kann ich nachvollziehen in gewissen Dingen. Jetzt ist es so, dass es ja Ratsmitglieder gibt, die arbeiten und weniger Prozent arbeiten können, weil sie hier im Parlament sind. Betrifft es denn auch Leute über 70, die ein anderes Pensum fahren müssen, weil sie im Rat sind?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich glaube die Optik ist falsch. Wenn wir sagen, wir sind wie Arbeitnehmer, dann ist eigentlich auch der über 70-Jährige hier drin nicht pensioniert, sonst würde ich ja nicht hier stehen. Also die Optik, die Sie aufbringen, ist die der Arbeitnehmer draussen oder der Arbeitgeber draussen, aber für die Lösung hier ist es der Arbeitgeber Kanton für uns und da ist niemand pensioniert, sonst wäre er gar nicht hier.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Wir haben uns hier ein Thema ausgesucht, das fast alle hier überfordert. Das BVG-Gesetz gibt es seit 1985, mit ihmhaben sich schon unzählige Professoren auseinandergesetzt. Das Stimmvolk hat schon 100 Mal zugestimmt und wieder abgelehnt. Wir benutzen jetzt genau das Produkt, genau diesen Weg, um allenfalls unsere Entschädigung zu erhöhen. Das scheint mir der komplett falschen Weg zu sein. Das Ratsbüro hat alles probiert, um etwas vorzulegen, wofür man einen Arbeitgeber bräuchte. Das ist nicht der Fall. Wir haben ja gar keinen Arbeitgeber. Folglich sind wir auch nicht Arbeitnehmer. Dann können wir eigentlich gar kein BVG anwenden, und doch sollten wir es irgendwie machen, weil wir eine Entschädigung brauchen, weil wir nicht mehr so viel arbeiten können.

Das hört nicht mehr auf, da können wir zehn Spezialisten fragen und wir werden zehn verschiedene Meinungen hören. Vielleicht sind es auch nur acht. Die 70-Jährigen sind natürlich ausgeschlossen. Die unter 25-Jährigen werden eigentlich auch ausgeschlossen, mindestens beim Sparbeitrag. Also müsste man da wieder eine separate Lösung finden. Dann gibt es den Koordinationsabzug, an dem wir auch herumschrauben, das sollen jetzt plötzlich nur noch 14’000 Franken sein. Aber dann müssten wir eigentlich alle Staatsangestellten auch auf 14’000 Franken heruntersetzen. Das könnten wir gar nicht mehr bezahlen.

Also Fragen über Fragen. Und wir sitzen hier und drücken am Schluss nach unserer politischen Gesinnung ein Knöpfchen links oder rechts. Alle denken, das ist doch lustig, wir erhalten im Durchschnitt 2’400 Franken mehr. Das ist doch nicht der Punkt. Wir können nicht so ein Produkt benutzen, um unsere Entschädigung zu erhöhen. Das ist wirklich total das falsche Produkt.

Und jetzt rede ich nicht einmal von den Folgen. Ein UVG haben wir wahrscheinlich auch nicht, also da kämen noch ganz andere Sachen hinzu. Darum, ich bin total dafür, auch wenn das von meinem Parteikollegen kommt, dass das Geschäft abgeschrieben wird und zurückweisen bringt überhaupt nichts. Entweder Ja oder Nein, oder es wird extrem kompliziert. Das kann ich Ihnen garantieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Olivier Battaglia gemeldet.

Olivier Battaglia (LDP): Ich möchte nur noch auf einen Punkt hinweisen aus dem Bericht. Im Kapitel 3.7 ist auch die Variante aufgezeigt, wenn dieses Geschäft abgelehnt wird, was das Ratsbüro dann als Alternative vorgesehen hat, dass man nämlich dann die Sitzensitzungsgelder analysiert. Einfach, dass man hier nicht einfach nur schwarz weiss sieht. Das Ratsbüro hat schon einen Plan B vorgeschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit geht das Wort an den stellvertretender Sprecher des Ratsbüros.

Claudio Miozzari (SP): Besten Dank für die spannende Debatte und die Würdigung der Arbeit des Ratsbüros und der Subkommission.

Ich möchte nur Stellung nehmen zum «nicht fertig gedacht» und zu der ganzen Unklarheit. Natürlich ist das BVG komplex und auch diese Lösung bedeutet viel Rechnen, aber es ist nicht so, dass die Lösung, die Ihnen vorgeschlagen wird, nicht fertig gedacht ist. Es ist eine sehr konkrete Lösung, es ist ganz eine konkrete Offerte, da ist alles definiert. Da stellen sich dann keine rechtlichen Fragen, wie das umgesetzt werden muss.

Ich möchte auch sagen, dass wir relativ viel Arbeit investiert haben. Es gab auch eine Konferenz der Parlamentsleitung extra zum Thema BVG. Das war sehr interessant, dass das wirklich national ein Thema ist und wir haben alle aktuell vorliegenden Lösungen mit einbezogen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung an das Ratsbüro wurde durch Luca Urgese und weitere beantragt. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an das Ratsbüro, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 62 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006189, 26.03.25 10:48:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 62 gegen 32 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Somit kommen wir zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, GO, Seite 9 des Berichts.

Titel und Ingress

I § 9 Abs. 3 geändert.

§ 9a neu

§ 9b neu. Hier liegt ein Äderungsantrag von Bruno Lötscher vor. Er möchte einen Teil in Absatz 1 durch eine neue Formulierung ersetzen. Der Antrag wurde Ihnen ausgeteilt. Ich eröffne dazu die Debatte. Das Wort hat Antragsteller Bruno Lötscher. Er verzichtet. Gibt es weitere Sprechende? Das ist nicht der Fall. Daher kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 32 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006191, 26.03.25 10:49:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Änderungsantrag ausgesprochen mit 61 gegen 32 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Ich fahre weiter.

§ 18 Abs. 2 lit. m neu.

II Änderung anderer Erlasse.

III Aufhebung anderer Erlasse.

IV Schlussbestimmung.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 30 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006193, 26.03.25 10:50:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) vom 29. Juni 2006 [1]) (Stand 1. Februar 2025) wird wie folgt geändert:

§ 9 Abs. 3 (geändert)

3 Die Mitglieder des Grossen Rates erhalten zusätzlich einen jährlichen Grundbetrag. Mit dem jährlichen Grundbetrag werden die Aufwendungen für Aktenstudium, Partei- und Öffentlichkeitsarbeit, Verpflegung, Erwerbsausfall, Betreuungsaufgaben, sonstige Inkonvenienzen, Versicherung und dergleichen abgegolten.

§ 9a (neu)

Berufliche Vorsorge

1 Der Kanton versichert die Mitglieder des Grossen Rates bis zum vollendeten 70. Altersjahr gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität bei einer Vorsorgeeinrichtung. Die Versicherung ist freiwillig für Mitglieder des Grossen Rates, die einen selbstständigen Haupterwerb ausüben.

2 Der Kanton finanziert drei Fünftel der Spar- und Risikobeiträge und fünf Siebtel allfälliger Sanierungsbeiträge.

3 Ein Ausscheiden aus dem Grossen Rat vor der Vollendung des 70. Altersjahres hat keine besonderen Leistungen zur Folge.

4 Die Leistungen gemäss Abs. 2 beziehen sich auf die jährlichen Sitzungsgelder, sofern diese Sitzungsgelder mehr als die Hälfte der maximalen jährlichen AHV-Altersrente gemäss Bundesgesetzgebung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung betragen. Die Leistungen beziehen sich auch auf den Koordinationsabzug, der den pauschal bestimmten Zeitaufwand für das parlamentarische Mandat berücksichtigt.

5 Das Ratsbüro des Grossen Rates bestimmt die entsprechende Vorsorgeeinrichtung.

§ 9b (neu)

Ausnahmen von der beruflichen Vorsorge

1 Mitglieder des Grossen Rates, die der Versicherung nicht angehören, erhalten am Ende jedes Amtsjahres anstelle der Leistungen gemäss § 9a einen Vorsorgebeitrag in der Höhe des Arbeitgeberbeitrags gemäss § 9a Abs. 2 auf den jährlichen Sitzungsgelderbetrag gemäss § 9a Abs. 4.

2 Mitglieder des Grossen Rates, deren jährliche Sitzungsgelder die Hälfte der maximalen jährlichen AHV-Altersrente nicht übersteigen, die aber aufgrund einer anderen versicherten Tätigkeit der vom Ratsbüro bestimmten Vorsorgeeinrichtung angehören, werden gemäss § 9a versichert.

§ 18 Abs. 2

2 Es hat neben den sonst in diesem Gesetz genannten insbesondere die folgenden Aufgaben:

m) (neu) es ist für die Ausgestaltung und Wahl der Vorsorgeeinrichtung der beruflichen Vorsorge zuständig.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und das Ratsbüro bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 62 gegen 30 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Wir fahren fort in der Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, Seite 11 des Berichts

Titel und Ingress.

I § 11: Hier liegt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor. Sie beantragen, den Grundbeitrag von 6’000 Franken auf 3’600 Franken zu reduzieren. Der Antrag wurde Ihnen verteilt. Ich eröffne auch hierzu die Debatte. Der Antragsteller verzichtet auf eine Begründung, der Sprecher des Ratsbüros ebenfalls. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit kommen wir schon zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 77 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006195, 26.03.25 10:52:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 77 gegen 16 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

§ 11a (neu)

§ 11b (neu).

II Änderung anderer Erlasse

III Aufhebung anderer Erlasse

IV Schlussbestimmung

Wir kommen somit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 29 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006197, 26.03.25 10:52:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB) vom 29. Juni 2006 [1]) (Stand 1. Februar 2025) wird wie folgt geändert:

§ 11a (neu)

Zuständigkeiten berufliche Vorsorge

1 Das Ratsbüro des Grossen Rates erteilt der Vorsorgeeinrichtung die Auskünfte über die versicherungspflichtigen Mitglieder des Grossen Rates, die nötig sind für die Durchführung derer Vorsorge, insbesondere für die Führung der Alterskonten und die Berechnung der Beiträge.

2 Das Ratsbüro legt auf Beginn einer neuen Legislatur den Zeitaufwand für das parlamentarische Mandat fest.

§ 11b (neu)

Vorsorgebeitrag

1 Das Ratsbüro entscheidet über die Auszahlung eines Vorsorgebeitrags gemäss § 9b GO auf begründetes Gesuch hin.

2 Die Mitglieder des Grossen Rates informieren das Ratsbüro über Aufnahme oder Beendigung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit während der Legislatur.

3 Der Vorsorgebeitrag wird am Ende jedes Amtsjahres ausbezahlt.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; das Ratsbüro bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 61 gegen 29 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Das Ratsbüro beantragt, den Anzug Olivier Battaglia als erledigt abzuschreiben.

Das Ratsbüro verzichtet auf ein Votum. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug als erledigt abzuschreiben.

30. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen, Schreiben der JSSK

[26.03.25 10:53:12, 16.5314.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Für die JSSK hat das Wort deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich im Namen der JSSK zu unserem Bericht zu diesem Anzug. Es ist etwas üblich, dass Anzüge vom Grossen Rat an eine Kommission überwiesen werden, um zu prüfen und zu berichten. Das ist in diesem Falle geschehen, weil er auch schon eine etwas längere Geschichte hinter sich hat und die Regierung auch immer eine etwas ablehnende Haltung hatte gegenüber diesem Anliegen. Er wurde uns zu einem anderen Geschäft, das einfach um die Missverständnisse zu verhindern. Wir haben ihn zu Beginn zusammen mit dem Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen behandelt. Zu diesem Anzug haben wir dem Grossen Rat bereits vor ein paar Monaten berichtet und haben beantragt, ihn stehen zu lassen. Dieses Anliegen wird dann von der Verwaltung aufgenommen in der anstehenden Teilrevision des Wahlgesetzes. Die Verwaltung wird das Anliegen auch in der Vernehmlassung abfragen, und wir als JSSK werden zu diesem Geschäft dann später wieder berichten, im Rahmen der Teilrevision des Wahlgesetzes. Dort konnten wir also klar aufgleisen, dass das Anliegen jetzt zeitnah auch gesetzlich umgesetzt wird.

Bei diesem vorliegenden Anzug ist es ein bisschen komplexer, auch weil es hier doch an demokratiepolitischen Grundfragen rüttelt, wobei auch wir in der JSSK jetzt auch durchaus Vor- und Nachteile geprüft haben, aber nicht eine ganz klare Haltung hatten, sondern es durchaus auch Stimmen gab, die eigentlich der Meinung sind, man sollte bei der jetzigen Gesetzeslage bleiben. Wir sind jetzt der Meinung, dass wir die Fragen geprüft haben und jetzt auch inhaltliches Futter mit unserem Bericht liefern, damit die politische Diskussion weitergeführt werden kann. Wir beantragen hier aber jetzt Abschreiben des Anzugs, eben weil ein Teil der Kommission dem Anliegen eher kritisch gegenübersteht, andererseits aber auch, weil wir der Ansicht sind, dass das wirklich eine ganz zentrale demokratiepolitische Grundfrage ist, die gut diskutiert werden muss und wir es deshalb besser finden, wenn Grossrät:innen, die das weiterverfolgen wollen, hier einen neuen Vorstoss machen, der Vorstoss stammt doch von 2016. Der neue Vorstoss könnte dann auch wirklich die Erkenntnisse aus unserem Bericht einbeziehen, beispielsweise sehr genau in einer neuen Motion von der Regierung fordern, wie das Gesetz gemacht werden soll oder auch noch mal die Vorlage an die JSSK überweisen, wenn dann der Grosse Rat möchte, dass die JSSK diese Vorlage ausarbeitet. Für uns war es einfach wichtig, dass das Anliegen doch noch einmal im Grossen Rat ganz grundsätzlich diskutiert wird.

Wenn heute der Regierungsrat die rechtliche Zulässigkeit einer Initiative abgeklärt hat und Stellung genommen hat zum weiteren Vorgehen, kann der Grosse Rat zwei Sachen machen kann. Einerseits können wir eine Initiative ihm direkt dem Volk vorlegen oder wir können sie dem Regierungsrat oder der Kommission zur Berichterstattung überweisen. Wenn wir den zweiten Weg wählen via Regierungsrat oder Grossratskommission, führen wir nach deren Berichterstattung hier eine ausführliche Debatte und der Grosse Rat kann dann auch Stellung nehmen und eine Abstimmungsempfehlung machen. Basierend auf diesen Berichten entsteht dann das Abstimmungsbüchlein als Produkt. Die Staatskanzlei oder der Regierungsrat machen eine kurze sachliche Erklärung der Vorlage, mit der die Argumente auch der gegnerischen Seite dargelegt sind, aber die auch vorwiegend auf der Berichterstattung des Regierungsrates beruht. Die andere Option, und um die geht es bei diesem Anzug, ist, dass wir eine Vorlage direkt vors Volk schicken können, ohne die Runde über Regierung oder Kommission zu machen. Und gemäss Stand heute dürfen wir dann aber nicht darüber diskutieren, ob wir die Initiative zur Annahme empfehlen oder nicht. Dieses Recht haben wir uns heute nicht gegeben und genau das will dieser Anzug ändern.

In diesem Fall stellt dann auch weiterhin der Regierungsrat das Abstimmungsbüchlein zusammen, er erläutert oder fasst die Argumente zusammen. Es gibt dann aber keine inhaltliche Stellungnahme der Regierung oder des Grossen Rates, keine Darstellung von Pro und Kontra aus Sicht von Behörden. Der Anzug möchten das ändern.

Wir haben dann auch beschlossen, wie so etwas aussehen könnte. Man müsste im Grossen Rat diese Diskussion führen. Der Ablauf der Debatte wäre anders, zuerst würden wir entscheiden, dass es keinen Bericht von der Regierung gibt, dass es direkt vors Volk geht, und dann in einem nächsten Schritt müssten wir diskutieren, ob wir die Initiative ablehnen oder die Annahme empfehlen wollen.

Wir haben auch diskutiert, dass das nachher im Abstimmungsbüchlein steht und dass dies beispielsweise mit dem Stimmverhältnis publiziert würde. Dann würde die Stimmbevölkerung auch sehen, mit welchem Stimmverhältnis diese

Empfehlung gemacht worden ist. Wir würden dann der Meinung sein, dass es einen Link braucht auf die Grossratsdebatte, aber es gäbe keine Zusammenfassung der Grossratsdebatte, da dies durchaus heikel wäre, eben weil die Grossratsdebatte nicht auf einem Bericht fungiert, sondern auf den verschiedenen Argumenten, die in dieser Zeit dann entstehen.

Die Verwaltung hat in der Kommissionsberatung weiterhin gesagt, dass sie eigentlich gegen dieses Anliegen ist. Aus ihrer Sicht, und das war vor allem eine juristische Argumentation, steht dies im Widerspruch zur bundesgerichtlichen Rechtsprechung, die Behörden müssen zwar nicht neutral sein, sie müssen aber sachlich sein und eine Abstimmungsempfehlung ohne eine Berichtsgrundlage genüge diesem Punkt der Sachlichkeit nicht. Zweitens haben sie vor allem rechtsstaatliche Bedenken, also dass dann die politische Debatte weniger fundiert sei ohne eine Berichterstattung als Grundlage, was demokratiepolitisch schlecht sei.

Wir haben uns dann an vier Sitzungen mit der Vorlage auseinandergesetzt, die Staatskanzlei war vor allem vertreten. Wir haben dann sehr kontrovers diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass wir insbesondere diese juristische Argumentation, also dass eine Abstimmungsempfehlung ohne Bericht als Grundlage unsachlich und somit bundesrechtswidrig, genauer anschauen wollen. Und das haben wir dann auch gemacht und haben ein Hearing durchgeführt mit Dr. iur. Lukas Schaub, Dozent für Staats- und Verwaltungsrecht an der ZAHW, den wir übrigens vor Kurzem als nebenamtlichen Richter ans Appellationsgericht gewählt haben. Er hat uns dann dargelegt, dass er die konträre Perspektive hat als die Verwaltung. Eine solche Empfehlung ist durchwegs mit der Bundesverfassung und der Rechtsprechung vereinbar. Es gibt keine verfassungsrechtliche Pflicht, überhaupt Abstimmungserläuterungen zu machen. Zudem sei eine Abstimmungsempfehlung halt ein politischer Akt und abzugrenzen ist von der Abstimmungsinformation, die wiederum einer rechtlichen Kontrolle durchaus zuzuführen ist. Wir sind dann eben auch mit dieser Expertise zum Schluss gekommen, dass das Anliegen klar rechtlich zulässig ist, aber die grosse Frage ist weiterhin, ob es demokratiepolitisch gewollt ist oder nicht. Die Verwaltung hat dann diese Unterscheidung des Experten zwischen dem politischen Akt der Abstimmungsempfehlung und dem sachlichen Akt der Abstimmungserläuterung kritisiert und steht weiterhin auf ihrer Position.

Wir haben dann verschiedene Aspekte diskutiert. Es ist ja weiterhin so, dass der Regierungsrat auch in einer Debatte, die ohne Bericht erfolgt, durchaus informieren darf, also eigentlich intervenieren darf in einer öffentlichen Diskussion, die mit falschen Zahlen zum Beispiel kursiert und dürfte auf die richtigen Zahlen hinweisen. Wir haben dann aber durchaus auch die Schwierigkeit der Verwaltung gesehen, dass wenn der Regierungsrat gar nie den Auftrag erhält, einen Bericht zu machen zu einer Vorlage, er dann möglicherweise diese richtigen Zahlen gar nicht erarbeitet hat. Wir haben dann die Verwaltung gefragt, wieso sie solche Abklärungen nicht einfach machen, auch wenn sie nicht den Auftrag zur Berichterstattung erhalten, sondern einfach weil es demokratiepolitisch wichtig ist, genau zu wissen, welche zum Beispiel die finanziellen Auswirkungen einer Vorlage sind. Die Verwaltung hat die Meinung vertreten, dass dafür die Zeit fehlt, sie haben drei Monate für die Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit und für Überlegungen, ob die Regierung berichten möchte zur Initiative oder nicht, und dass sie nicht die gleichen Abklärungen machen können, die sonst im Rahmen der Berichterstattung von sechs Monaten passieren. Wir haben weiter diskutiert, ob man das Anliegen auf Vorlagen einschränken könnte, die nicht komplex sind, haben das aber auch relativ schnell wieder verworfen, weil das letztlich nicht zu definieren ist und das Parlament vielleicht auch bei einer durchaus komplexen Vorlage eine schnelle Weichenstellung des Volkes zu einer Frage haben möchten.

Für die JSSK ist es klar, die Willensbildung der Stimmberechtigten in ihrer Komplexität und Ernsthaftigkeit stattfinden lassen zu können, ist wichtig. Da tragen wir eine Verantwortung. Die sachliche und ausgewogene Information durch die Behörden ist auch wichtig, dazu gehört auch der Grosse Rat, doch sieht die JSSK auch, ein Abstimmungsbüchlein bei einer Vorlage ohne Bericht durch die Regierung oder Kommission eine einfache Abstimmungsempfehlung mit Bekanntgabe des Abstimmungsverhältnisses durchaus sehr hilfreich und eine Orientierungshilfe sein könnte für die Stimmberechtigten. Heute ist es so, dass es in keinem Kanton der Schweiz die Möglichkeit gibt, eine Initiative dem Volk vorzulegen, versehen mit einer Abstimmungsempfehlung durch das Parlament. Soll Basel hier vorausgehen und das einführen, weil es eben bedauerlich ist, wenn der Grosse Rat sich dann nicht äussern darf, oder gibt es berechtigte rechtsstaatliche Gründe, wieso das andere Kantone nicht machen und Basel-Stadt das vielleicht auch nicht tun sollte.

Wir sind zur etwas ambivalenten Haltung gekommen, dass wir gewisse Vor- und Nachteile sehen. Schlussendlich ist es hier eine politische Frage, die wir zu beantworten haben, die auch ausführlich diskutiert werden soll. Deshalb sind wir dann eigentlich zum Schluss gekommen, dass wir unseren Auftrag erfüllt haben, wir haben die Inhalte geprüft, wir haben eine Abklärung vorgenommen über Vor- und Nachteile und sie hier vorgelegt, wir sind möchten jetzt aber beantragen, den Anzug als erledigt abzuschreiben, mit der Aufforderung, wenn die Grossrät:innen das wollen, das Anliegen mit einem neuen Vorstoss einzubringen, um eben auch sicherzustellen, dass unabhängig von den juristischen Aspekten auch diese demokratiepolitische Diskussion wirklich fundiert geführt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich möchte gerne eröffnen mit einem Dank an die JSSK und auch an die Präsidentin der JSSK, die diese Fragen sehr sorgfältig abgeklärt haben und jetzt auch hier begründet haben, wie die Kommission zu diesen Schlüssen gekommen ist.

Jetzt wissen wir nach nota bene neun Jahren der Abklärung, dass wir Abstimmungsempfehlungen abgeben dürfen, auch wenn wir nicht betreut werden durch den Regierungsrat. Wir dürfen das, wenn wir das wollen. Es gibt eigentlich zwei Fragen, die sich mit diesem Anzug stellen: Sind wir in der Lage, über eine Initiative ohne den Regierungsrat zu diskutieren? Ich war immer ein bisschen verwundert über diese etwas staatspaternalistische Haltung des Regierungsrates, dass wir, wenn wir keinen Bericht bekommen, der uns über die Folgen einer Initiative aufklärt, nicht richtig diskutieren und uns eine Meinung bilden können, die wir denn dann auch dem Volk entsprechend zukommen lassen. Und die zweite Frage ist: Kann dann der Regierungsrat eine Empfehlung im Abstimmungsbüchlein begründen, wenn er vorher nicht selber Bericht erstattet hat? Und auch das ist doch ziemlich offensichtlich, dass es möglich ist, dass wir hier drin eine Debatte führen, dass wir uns eine Meinung bilden. Das ist das, was wir ja an jeder Sitzung hier machen. Wir bilden uns im Vorfeld eine Meinung, tragen diese hier vor, und wieso der Regierungsrat nicht in der Lage sein sollte, aus dieser Diskussion eine sachliche Information an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu formulieren, hat sich mir ohnehin nie erschlossen.

Jetzt kann ich verstehen, dass die JSSK sagt, wir haben das jetzt sorgfältig abgeklärt, wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, das hat uns jetzt gesagt, wir dürften das, aber wir bräuchten nochmals ein explizites Mandat des Parlamentes, wenn wir jetzt in die Gesetzgebungsarbeit steigen soll. Und da möchte ich einfach nochmals in Erinnerung rufen, es ist ja eher unüblich, dass man die Gesetzgebungsarbeit von Grund auf an eine Kommission überträgt, aber das hat jetzt von der Geschichte dieses Vorstosses her schon einen Grund, nämlich dass der Regierungsrat das einfach unbedingt nicht will. Und das hat dann letztendlich dazu geführt, dass wir diesen Anzug an die JSSK überwiesen haben, wenn Sie so wollen, ein bisschen am Regierungsrat vorbei.

Dieses Mandat des Parlaments kann das so behandeln, wie es die Kommissionspräsidentin begründet hat, man hätte das auch so tun können, dass man dem Grossen Rat den Entscheid unterbreitet, wenn der Grosse Rat diesen Anzug jetzt stehen lässt, dann verstehen wir das als Auftrag, in diese Gesetzgebungsarbeit einzusteigen und wenn der Grosse Rat diesen Anzug abschreibt, dann verstehen wir das so, dass das nicht entsprechend erwünscht ist. Das wäre aus meiner Sicht die effiziente Variante gewesen. Natürlich kann ich jetzt, sollten Sie diesen Vorstoss abschreiben, mit einem neuen Vorstoss kommen. Dann werden halt die politischen Mühlen nochmals mahlen. Das wird eine entsprechende Zeit in Anspruch nehmen, ich erinnere nochmals daran, dieser Vorstoss stammt aus dem Jahr 2016, wir diskutieren seit neun Jahren über diese Frage, ob wir das machen sollen oder nicht.

Ich glaube, jeder und jeder hier drin war inzwischen in der Lage, sich hierzu auch eine Meinung zu bilden. Der Regierungsrat traut uns das offensichtlich nicht zu und wir sollten jetzt meiner Meinung nach zum Ausdruck bringen, dass wir uns das eben durchaus schon entsprechend zutrauen. Hier sollten wir diesen Zeitverlust, der damit verbunden ist, vermeiden. Am Schluss landet es dann ja ohnehin wieder bei der JSSK, die sich dann mit diesem Geschäft wieder auseinandersetzen darf, vorausgesetzt natürlich, dass Sie uns diesen Vorstoss natürlich überweisen. Also lassen Sie uns die entsprechende Abkürzung nehmen. Da sind wir deutlich effizienter.

Und jetzt an die, die im Moment vielleicht noch ein bisschen unentschlossen und skeptisch sind. Sie haben ja, wenn Sie den Anzug stehenlassen, noch nicht präjudiziert. Damit ist das Gesetz ja da noch nicht beschlossen, sondern Sie können dann im Rahmen der Gesetzesberatung sich noch definitiv die Meinung bilden, ob Sie diese Abstimmungsempfehlung durch den Grossen Rat wollen oder nicht. Also ich bitte Sie lassen Sie uns nicht nochmals nach neun Jahren das ganze Prozedere von vorne durchlaufen lassen, seien wir effizient. Ich bitte Sie, lassen Sie diesen Anzug stehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wünscht die Sprecherin der JSSK das Wort? Sie hat es.

Barbara Heer (SP): Besten Dank auch für das Votum von Anzugssteller Luca Urgese. Vielleicht noch ganz kurz zu den Argumentationsebenen: Wir hatten durchaus die Wahrnehmung, dass es auch ein stückweit um Befindlichkeiten ging und das Machtverhältnis zwischen dem Grossen Rat und dem Regierungsrat in die Diskussion hineingespielt hat. Der Anzugssteller hat es als staatspaternalistische Haltung des Regierungsrat bezeichnet. Wir haben das in unserer Diskussion auch bewusst bemüht, diesen Aspekt etwas beiseite zu lassen und es wirklich demokratiepolitisch anzuschauen.

Dann erlaube ich mir eine kleine formale Bemerkung. Tatsächlich hätte man jetzt auch den Weg wählen können, im Rahmen desselben Anzug hier weiterzuarbeiten. Wir hatten durchaus aber etwas die Befürchtung, dass die Diskussion vielleicht ein bisschen weniger ausführlich geführt wird mit einem neuen Geschäft, weil es eben doch ein etwas älteres ist, und dann ist es natürlich im Interesse einer effizienten Kommissionsberatung, ohne hier jemandem zu nahe treten zu wollen, wenn die Fraktionen sich untereinander bei diesem Anliegen auch ansprechen. Tatsächlich sind wir davon ausgegangen, dass dieser Weg, den wir beschreiten, mit dem Anzugsteller abgesprochen war. Das würde ich bei einem nächsten Anzug in meiner präsidialen Rolle wohl selber einfach machen, um sicher zu sein, dass das auch entsprechend aufgegleist ist.

Auch wenn Sie jetzt diesen Anzug abschreiben, positionieren Sie sich nicht für oder gegen das Anliegen, sondern für einen bestimmten Weg, nämlich dass wir jetzt diese Frage angeschaut haben, dass sie wichtig ist und wir als Grosser Rat es dann einfach nochmals diskutieren würden, falls ein neuer Vorstoss kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung. Luca Urgese beantragt, den Anzug stehen zu lassen und die JSSK beantragt, ihn abzuschreiben. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag JSSK, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Luca Urgese

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 25 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006200, 26.03.25 11:14:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 70 gegen 25 Stimmen.

31. Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Sicherheit für Velofahrende an Kreuzungen und entlang parkierter Autos, Schreiben des RR

[26.03.25 11:14:17, 17.5209.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, diesen Anzug abzuschreiben und ich komme vielleicht kurz eingangs zu der Begründung, weshalb wir das beantragen. Wir haben seit der letzten Anzugsbeantwortung die Anzahl dieser Aufstellbereiche für Velofahrende unmittelbar vor einer Kreuzung mit einer Lichtsignalanlage um weitere zwölf auf jetzt insgesamt 46 Aufstellflächen erhöht. Darüber hinaus ist auch bei anstehenden Projekten mittlerweile standardmässig inkludiert die Prüfung, ob und wann solche Aufstellflächen für Velofahrende eingerichtet werden können.

Eine flächendeckende Einführung, so wie der Anzugsteller es fordert, ist allerdings nicht möglich. Denn es muss auch die Gegebenheit vorhanden sein, so etwa die Fahrstreifenbreite, um solche Vorhaben auch zu realisieren. Und wir wissen alle, wir sind in unserer Stadt in einer gebauten Stadt unterwegs. Wir optimieren, wo wir können durch Anzeichnen oder eben auch durch bauliche Massnahmen, aber flächendeckend wird nicht möglich sein auch aufgrund der Platzverhältnisse

Das ist eigentlich der Grund, weshalb wir der Meinung sind, wir könnten diesen Anzug abschreiben, aber natürlich in den Grundauftrag und in jede bauliche weitere Veränderung oder in jede Prüfung miteinbeziehen, wo wir doch noch weitere solche Aufstellflächen realisieren können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb und der BastA-Fraktion beantrage ich, diesen Vorstoss stehen zu lassen. Es wurde bereits gesagt von Regierungsrätin Stephanie Eymann, Dank des Anzugs hat sich einiges

bewegt. Es wurde auch einiges unternommen. Es wurden zahlreiche Aufstellflächen vor Lichtsignalanlagen, vor Ampeln markiert. Das bringt deutlich mehr Sicherheit. Die Velofahrenden spüren das alltäglich. Es würden auch Massnahmen gegen Dooring-Unfälle gemacht, zum Beispiel in der Allschwilerstrasse oder der Neuweilerstrasse. Es wurden auch die gefährlichen Parkplätze neben den Tramgleisen aufgehoben und auch in der Kannenfeldstrasse wurden Parkplätze um einen halben Meter verschoben, was sehr zu begrüssen ist, da diese sehr einfache Massnahme auch tatsächlich direkt eine Auswirkung hat und Velofahrende vor Dooring-Unfällen schützt.

Wir sind jedoch der Ansicht, dass noch nicht alle Low Hanging Fruits geerntet wurden, beispielsweise alle die von Basel Westen hin zum Bahnhof fahren auf den Velostreifen, kennen die Situation dort, das Problem mit den sehr schmalen Velostreifen und den gerade nebenan sich befindenden Parkplätzen ist nicht nur in der Kannenfeldstrasse vorhanden, sondern auch weiter vorne. Deshalb könnte man dort durchaus noch mehr Sicherheit schaffen. Die Zahlen des Veloverkehrs, die auf dieser Route vorhanden sind, sprechen auch für sich. Das Velo ist im Aufschwung in unserem Kanton und deshalb bitte ich den Grossen Rat, den Anzug stehen zu lassen und die letzten Low Hanging Fruits noch zu ernten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Wir debattieren diesen Anzug jetzt schon zum vierten Mal. Nach den Debatten vom 15. November 2017, 19. Februar 2020, 16. November 2022 könnte man den Eindruck haben, es sei in dieser Gelegenheit nichts geschehen. Aber nein, es braucht noch eine vierte Debatte und es geht ja weiss Gott nicht um etwas Weltbewegendes, sondern um Velo-Aufstellflächen vor Lichtsignalen und Velostreifen entlang von Parkplätzen. Man könnte meinen, der Regierungsrat würde sich nicht genügend mit dem Anliegen auseinandersetzen.

Liest man die Stellungnahmen der Regierung, hört man die Aussagen von Regierungsrätin Stephanie Eymann, dann ist dieser Eindruck ganz klar falsch. Im Schreiben vom 7. Januar 2020 geht der Regierungsrat sehr detailliert auf Radstreifen vor Kreuzungen mit Lichtsignalen und Radstreifen entlang von Parkfeldern ein. Es geht weiter, im Schreiben vom 17. August 2022 gibt der Regierungsrat sehr detailliert eine eindrückliche Zahl von seit der letzten Beantwortung des Anzugs neu angeordneten Aufstellbereichen für Velofahrer. Auch hier ist die klare Bereitschaft der Regierung deutlich sichtbar, sich des Anliegens anzunehmen, konkrete Schritte zu unternehmen. Daraus jetzt abzuleiten es würde nicht genügend getan, ist gelinde gesagt abenteuerlich. Kommt hinzu, dass seit dem 1. Januar 2021 das freie Rechtsabbiegen bei Rot für Velofahrer möglich ist, dies zu den bereits vorhandenen und weiter hinzugefügten Velo-Abstellflächen vor den Rotlichtern.

Jetzt zur Abtrennung von Radstreifen: Ja, diese Abtrennung entlang von Parkfeldern ist bei den beengten Platzverhältnissen in unserem Kanton halt einfach schlicht nicht überall möglich, so schlimm Türöffner-Unfälle sind, laut Anzugsbeantwortung nimmt die Anzahl dieser Art von Verkehrsunfällen ab, worüber wir natürlich sehr froh sind. Wenn wir handkehrum die in unserem Kanton rabiat vorangetriebene Parkplatzabbauschlacht zeitlich extrapolieren, dann sehen wir, dass sich dieses Problem leider von selbst lösen wird, nämlich dann, wenn Sie auch noch den hintersten und letzten Autofahrer aus unserem Kantonsgebiet verjagt haben.

Leider stellt sich ein Teil des Grossen Rates einer naheliegenden Lösung des Parkplatzproblems entgegen, nämlich den Parkings unter dem Boden, welche sich sehr gut als Quartierparkings verwenden lassen. Landhof und die Ablehnung der Tschudimatte sind traurige Beispiele. Die Verhinderung des Parkplatzes wurde von Teilen des Grossen Rates als Glanzleistung wahrgenommen. Wir von der SVP beurteilen das anders. Wir nennen es einen Pyrrhussieg.

Leider können wir auch weitere Begehrlichkeiten der Veloverbände nicht ausschliessen, nämlich dass der Kanton bei Sanierung von Strassenzügen Trottoir schmäler ausgestaltet, Parkplätze damit weiter von der Strassenmitte entfernt, um so grössere oder mehr abgesetzte Velostreifen zu ermöglichen. und das natürlich dann auf Kosten der Trottoirbreiten, mithin einmal mehr auf Kosten der Fussgänger. Diese Befürchtung ist leider nicht unbegründet, ist doch in unserem Kanton der Fussgänger gerne der Spielball der grossen Verkehrsträger, dessen Habitat man ohne schlechtes Gewissen einschränken kann.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass der Anzug aus dem Jahre 2017 nicht unbeantwortet geblieben ist, dass der Regierungsrat reagiert hat, weiter konkret daran arbeitet und die Anzugsforderungen umsetzt. Jetzt diesen Anzug noch einmal stehen zu lassen, das gemahnt doch sehr an das Wort Zwängerei. Ich bitte Sie, zeigen Sie Grösse, lassen Sie gut gut sein. Namens der SVP bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat das Wort Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich beantrage Ihnen wie Raffaela Hanauer zuvor, diesen Anzug nochmals stehen zu lassen. Ich bin da auch ein bisschen wehmütig, weil das Raphael nicht selbst tun kann. Ich war immer beeindruckt, wie stabil seine Vorstösse argumentiert waren und wie sie Hand und Fuss hatten und es gibt auch sehr gute Argumente für ein Stehenlassen.

Wie gesagt, es geht um zwei Themen: Die Aufstellbereiche für Velos vor Rotlichtern sowie den Sicherheitsabstand entlang parkierter Autos zur Verhinderung von Dooring-Unfällen. In beiden Fällen sind wir mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden oder noch nicht zufrieden.

Zuerst zu den Aufstellflächen: Unseres Erachtens agiert die Verwaltung da zu vorsichtig und zu zurückhaltend. Es werden nationale Gesetze genannt, die offenbar an vielen Rotlichtern Aufstellbereiche verunmöglichen. Aber diese Gesetze gelten in anderen Schweizer Städten auch und dort sieht man viel mehr Aufstellbereiche, auch dann, wenn aufgrund der Breite kein Zuführen der Velostreifen Platz hat. Dies gilt explizit auch für Linksabbiegespuren. Aufstellbereiche bringen auf jeden Fall mehr Sicherheit, als sich zwischen wartenden Autos eingeklemmt aufzustellen. Die zurückhaltende Praxis in Basel ist eine kantonale Entscheidung und benachteiligt die Velofahrenden.

Das andere Thema, die Sicherheitsabstände entlang parkierter Autos: Die Antwort vertröstet uns auf Umbauprojekte. Dafür fehlt uns das Verständnis, denn um einen Parkplatz 75 cm der Strasse weg neu aufzumalen, braucht es kein Umbauprojekt. Und in den genannten Abschnitten wäre dies machbar, ohne Einschränkungen für den Fussverkehr.

Nun läuft ja gerade in der Kannenfeldstrasse ein Pilotversuch mit 50 cm Abstand. Abgesehen davon, dass es unserer Meinung nach keine Untersuchungen mehr dazu braucht, ist dies ein weiteres Argument, den Anzug bis zu dessen Auswertung stehen zu lassen. In vielen anderen Städten übrigens sind die Normen bereits entsprechend angepasst. Ich möchte zum Beispiel Zürich erwähnen, wo als Standard 75 cm gilt und die Dooring-Unfälle seither messbar zurückgehen. Deshalb stimmen wir dem Abschreiben des Vorstosses nicht zu und bitten Sie, ihn nochmals stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Daniel Hettich für die LDP.

Daniel Hettich (LDP): Die Sicherheit der Velofahrer ist auch für die LDP ein wichtiges Thema. Das Velofahren sollte auf allen Strassen, die für den Veloverkehr offen sind, sicher sein. Das ist so. Das Amt für Mobilität untersucht ja sämtliche Strecken mit engen Platzverhältnissen neben den Gleisen und auch die Abstandmöglichkeiten. Ich glaube, es ist auf der Reise und damit kann der Anzug abgeschrieben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Einzelsprecher hat sich eingetragen Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Wir haben schon viel gehört zu diesem Thema. Velofahren ist im Aufschwung, und dann höre ich auch noch, dass der Regierungsrat vorsichtig und zurückhaltend ist. Jeder, der heute Morgen die die BZ gelesen hat und das neue Projekt, zu dem Kollege Beat Leuthard sich geäussert hat, wie der Riehenring umgestaltet werden soll sieht ein, dass da von Zurückhaltung nicht die Rede sein kann, was die Ansprüche den Velo-Lobby betrifft.

Ich habe eine kleine Grafik mitgebracht. Das Velofahren wächst in dieser Stadt. Es nimmt zu. Es ist sehr beliebt, das hören wir jeden Tag. Die aktuelle Unfallstatistik bei den Velos zeigt, dass diese seit Jahrzehnten kontinuierlich rückläufig ist, trotz grosser Zunahme an Velofahrenden. Den Leuten gefällt das Velofahren, das finde ich toll und mache es selber auch, aber wir müssen schon ein bisschen realistischer werden. Letztes Jahr gab es 22% weniger Unfälle. Wir müssen realistischer werden und versuchen, miteinander Verkehrspolitik zu machen und nicht gegeneinander.

Balz Herter, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Raphaela Hanauer

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006202, 26.03.25 11:29:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 53 gegen 39 Stimmen bei einer Enthaltung für Stehenlassen entschieden.

32. Anzug Philip Karger und Konsorten betreffend Stärkung der Cybersicherheit für Staatliche Verwaltungen, Firmen und Privaten in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[26.03.25 11:29:24, 22.5216.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, diesen Anzug abzuschreiben. Auch hier möchte ich gerne begründen. Es ist natürlich so, dass der Regierungsrat sowohl die Cybersicherheit als auch die Bekämpfung der Cyberkriminalität als sehr wichtige Aufgaben, aber eben auch als grosse Herausforderungen anerkennt. Man sieht das auch aus der gestern veröffentlichten Kriminalstatistik, wie die digitale Kriminalität im letzten Jahr wiederum angestiegen ist.

Es ist aber auch in der Zwischenzeit einiges gegangen an Massnahmen, und ich denke, es ist auch wichtig zu wissen, dass wir an diesem Thema ganz eng dranbleiben müssen und Massnahmen weiterhin auch etablieren müssen, das ist auch sehr hoch auf der Agenda des Regierungsrats angekommen. Bei der Staatsanwaltschaft wurde beispielsweise im September 2020 das Dezernat Digitale Kriminalität geschaffen, seit dann ist es auch in Betrieb. Wir haben im Bereich Resilienzmanagement die Abhängigkeiten von Systemen und anderen Dienstleistenden erhoben und wir haben auch die wichtigen IKT-Anwendungen und Verbindungen definiert und die geforderte Verfügbarkeit ermittelt, um eben die Resilienz entsprechend auch erhöhen zu können. Wir haben in der kantonalen Verwaltung ein Projekt namens Sicherheitsmonitoring, bei dem auf Früherkennung gesetzt wird, auf konsequente Dokumentation und Sensibilisierung.

Punkto Sensibilisierung wurde im laufenden Jahr auch eine Awareness-Kampagne zu Cyberrisiken durchgeführt, um eben auch das Sicherheitsbewusstsein der kantonalen Mitarbeitenden weiter zu erhöhen und was auch geplant ist, ist eine übergeordnete koordinierende Zuständigkeit zu definieren, wo wir eben auch uns über Schnittstellen unterhalten und wo auch als Ansprechperson oder Ansprechpartner für nationale Behörden eine Anlaufstelle geschaffen wird.

Sie sehen, das Thema ist wichtig, die Massnahmen sind für die Regierung eine hohe Priorität in der Umsetzung, aber wir sind an einem Punkt, wo wir denken, wir können dennoch diesen Anzug abschreiben.

Balz Herter: Als erster Fraktionssprecher hat sich Oliver Thommen gemeldet.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie, den Anzug stehen zu lassen. Die Ausführungen von Regierungsrätin Stephanie Eymann haben wir gehört. Ich glaube, es passiert sehr viel. Persönlich habe ich das Vertrauen in den Regierungsrat, was den ganzen Bereich Digitalisierung angeht, etwas verloren und dazu gehört von mir aus gesehen auch die Cybersicherheit.

Es wäre wünschenswert, wenn der Regierungsrat vielleicht in einem gesonderten Geschäft an den Grossen Rat gelangen kann, anstatt all die vielen kleinen Vorstösse, die vielen kleinen Beschaffungen oder grösseren Beschaffungen, die halt alle gebunden sind, zerstückelt über die Jahre zu haben. Und dann könnte dann auch dieser Anzug abgeschrieben werden in einem Gesamtpaket.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Philip Karger.

Philip Karger (LDP): In ihrer Antwort vom 18. Dezember 2024 auf meinen Anzug schreibt die Regierung, dass die Cyberangriffe an Häufigkeit und Komplexität zunehmen. Das haben einige Departemente bereits selber erfahren. Mit vielen Antworten auf diesen Anzug bin ich einverstanden mit den Aussagen, dass Cybercrime und Cybersecurity getrennt behandelt werden müssen, aber nicht. Das eine bedingt das andere und beides hängt miteinander zusammen. Wer Cybercrime bekämpft, tut automatisch etwas für die Cybersicherheit.

Eine Verbesserung der verwaltungsinternen Koordination ist dringend notwendig und ich hoffe, dass die Regierung diese auch im Sinne des Bundesrates und der KKJPD rasch vorantreibt. Gut ist, dass sich die Regierung der Verantwortung für den Schutz der Daten von Bürgerinnen und Bürgern in der kantonalen Verwaltung so wie für den Schutz der eigenen kritischen Infrastruktur bewusst ist.

Wichtig ist, dass es nicht bei einer einzigen WNS-Kampagne für Cyberrisiken bleibt. Solche Kampagnen müssen laufend wiederholt werden. Nur so bleibt das Thema aktuell. Wie die Regierung selber erkannt hat, fehlt eine übergeordnete koordinierte Zuständigkeit, welche diese Schnittstellen pflegt und als zentrale Anlaufstelle innerhalb des Kantons und für die nationalen Behörden fungiert. Ich bin zuversichtlich, dass diese Stelle rasch geschaffen wird. Es macht durchaus Sinn, wenn auf nationaler Ebene eine Gefahrenkarte erstellt wird und der Kanton Basel-Stadt ist anschliesst. Ich würde es begrüssen, wenn sich die Regierung dafür einsetzt, dass diese Gefahrenkarte rasch erstellt wird.

Bei der zentralen Speicherung von sensiblen Daten, muss immer wieder neu definiert werden, was sensible ist, und das bleibt eine wichtige Aufgabe. Weiterhin erachte ich es als sehr wichtig, dass die Speicherung dieser Daten ausschliesslich durch den Kanton geschieht. Nur so hat der Kanton volle Kontrolle über diese. Alles in allem hat die Regierung plausibel dargelegt, dass sie das Thema Cybersicherheit und Cyberkriminalität ernst nimmt. Ich werde die Entwicklungen in den genannten Punkten weiter beobachten und bei Bedarf entsprechend reagieren. Ich bin, wie auch die Fraktion der LDP, damit einverstanden, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Darf ich Sie bitten, wenn Sie den Saal betreten, diesen ruhig zu betreten und die persönlichen Gespräche draussen zu führen. Es wäre sehr nett und respektvoll auch gegenüber den Sprechenden.

Oliver Thommen beantragt Ihnen, den Anzug stehen zu lassen. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Oliver Thommen

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 21 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006204, 26.03.25 11:37:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 74 gegen 21 Stimmen dafür entschieden, den Anzug abzuschreiben.

Auf der Tribüne begrüsse ich nun eine 10. Klasse des Zentrums für Brückenangebote des Clara-Schulhauses mit Lehrperson Astrid Bertschy. Schön, seid Ihr zu Besuch.

33. Interpellation Nr. 137 Eric Weber betreffend unhaltbarer Zustand am Claraplatz, Schreiben des RR

[26.03.25 11:37:54, 24.5468.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat vorher erklärt, dass er mit der Antwort nicht zufrieden ist. Die Interpellation ist somit erledigt.

34. Interpellation Nr. 140 Felix Wehrli betreffend personelle Situation bei der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt, Schreiben des RR

[26.03.25 11:38:12, 24.5483.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Felix Wehrli (SVP): Hier geht es um die personelle Situation bei der Staatsanwaltschaft und um den Gesundheitsschutz vor allem. Sie sehen aus der Beantwortung, dass die Krankheitstage ab 2022 massiv angestiegen sind. Man halt etwa 300 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Langzeitkranke im 2021 33, im 2022 42 und im 2023 52. Das hat seine Gründe. Es fällt auf, dass die Kripo, gemäss einer Studie die am meisten belastete Abteilung von Krankheitstagen, zahlenmässig am grössten betroffen ist. Auch hat seine Gründe, auf die ich nur ganz kurz eingehen möchte. Wenn in der Beantwortung steht, dass die Geschäftsleitung der Gesundheitsschutz und die Fürsorgepflicht sehr ernst nimmt, so zweifle ich das an. Viele Kripomitarbeiterinnen und -mitarbeiter sprechen ihnen das dezidiert ab. Stellen Sie sich vor, Sie werden seit Jahren praktisch dazu gezwungen, zwölf Tage am Stück zu arbeiten, obwohl des das Arbeitsgesetz explizit aus Gesundheitsschutz verbietet. Es wird Ihnen gesagt, dass Sie ja Überzeit einziehen können, also die Zeit, die sie selber schon gearbeitet haben, anstatt Ihnen den gesetzlich vorgeschriebenen freien Tag nach sieben Arbeitstagen zu gewähren.

Dann wird erwähnt, dass festgestellt wurde, dass die Kriminalkommissäre besonders belastet sind und eine provisorische Übergangsregelung gefunden wurde. Ja, da kann man sagen, das ist ein kleiner Erfolg, Dank unserer Regierungsrätin Stephanie Eymann. Dabei vergisst man, dass die wirklich belastete Belegmannschaft die ist, welche auch in der Nacht aufstehen und an Tatorte ausdrücken muss, um Abklärungen und Befragungen zu tätigen, natürlich nach wenig oder gar keinem Schlaf muss man am nächsten Tag spätestens um 9 Uhr wieder am Arbeitsplatz sein. Natürlich fährt man auch übermüdet mit dem Pikettfahrzeug.

Da darf man sich nun wirklich die Frage stellen, weshalb nichts dagegen unternommen wird und was nachhaltig ist. Das Gegenteil ist der Fall. Die Mitarbeitenden mussten vor zwei Jahren eine Anwältin damit beauftragen, ihre Rechte auf Gesundheitsschutz einzufordern. Die Leitung sperrt sich aber seit Jahren dagegen. Und nun hat die Leitung selber einen Anwalt damit beauftragt, gegen die Forderungen der Mitarbeitenden vorzugehen. Es wird so weit kommen, dass ein Gericht den Gesundheitsschutz einfordern muss oder darüber urteilen muss.

Sie können sich vorstellen, dass die Arbeitsmoral bei der Stawa und vor allem bei der Kripo nicht die Beste ist und die Krankheitstage weiter ansteigen werden. Selbst die Aufsichtskommission der Stawa kam zum Schluss, das seit 2022 eine strukturelle Überbelastung vorhanden ist und sich diese auf die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auswirkt, was die vielen Krankheitstage und Kündigungen belegen.

Es gäbe noch viel dazu zu sagen, aber ich verzichte hier darauf, werde aber weiter an der Sache dranbleiben. Ich kann aber sagen, ich und auch viele Mitarbeitende der Kripo sind mit der Beantwortung leider nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort auf die Interpellation nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

35. Interpellation Nr. 143 Eric Weber betreffend Loyaler Vize-Kommandant der bei der Polizei auch gehen musste, Schreiben des RR

[26.03.25 11:42:04, 24.5497.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung wurde schriftlich zugestellt und der Interpellant hat heute Morgen erklärt, dass er mit der Antwort nicht zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

36. Anzug Anina Ineichen und Konsorten betreffend Liberalisierung des Personentransports mit mehrspurigen Spezialvelos, Schreiben des RR

[26.03.25 11:42:23, 22.5078.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.

37. Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Einführung der Leinenpflicht während der Brut- und Setzzeit in den Langen Erlen, Schreiben des RR

[26.03.25 11:42:45, 18.5053.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Auch hier habe ich keine Sprechenden eingetragen. Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.

38. Interpellation Nr. 6 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Kennzahlen zu nicht ausgeschafften Asylmigranten in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[26.03.25 11:43:08, 25.5029.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen. Die Statistiken belegen es sehr deutlich, dass wir im Kanton Basel-Stadt weiterhin ein grosses Problem mit Ausländerkriminalität, besonders mit den von Asylmigranten begangenen Straftaten haben. 28% aller Straftaten nach Strafgesetzbuch wurden 2023 von Ausländern und Asylmigranten begangen. Dies belegt die Antwort auf meine Interpellation. Doch viel mehr will oder kann der Regierungsrat nicht preisgeben.

Es ist doch sehr speziell, dass er in Bezug auf Statistiken zu häuslicher Gewalt nicht nach Aufenthaltsstatus differenzieren kann, wodurch sonst in diesem Kanton über alles eine Statistik geführt wird. Auch kann er nicht detailliert mitteilen, welche straffälligen Asylmigranten ausgeschafft wurden, sondern liefert nur eine Pauschalzahl. Auch hier stellt sich mir die Frage: Warum geht das nicht? Und weiter kann der Regierungsrat auch nicht darüber informieren, wie viele Asylmigranten nicht zurückgeführt werden konnten. Angeblich sei der administrative Aufwand dafür zu gross.

So bleibt bei mir ein ungutes Gefühl. Es zeigt sich eine gewisse Inflexibilität des Regierungsrates, in diesem Bereich Fragen zu beantworten. Man muss sich deshalb die Frage stellen, was will der Regierungsrat eventuell verschweigen? Vor welchen konkreten Zahlen und Statistiken fürchtet er sich? Ist das Asylchaos noch viel schlimmer? All diese Fragen bleiben nun offen. Sicher ist einzig, ich bin mit der Antwort des Regungsregierungsrates auf meine Interpellation nicht zufrieden und die SVP wird sich in diesem Zusammenhang weitere Vorstösse überlegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

39. Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend digitaler Transformation der Verwaltung, Schreiben des RR

[26.03.25 11:45:19, 20.5185.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiten. Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet. Somit hat Beat K. Schaller als erster Fraktionssprechender das Wort.

Beat K. Schaller (SVP): Der Anzug nimmt das wichtige Thema der Transformation der Verwaltung in eine digitale Welt auf. Er moniert, es fehle offensichtlich eine klare Verantwortlichkeit innerhalb der Verwaltung, wer diese Transformation des Kantons überhaupt überblickt, vorantreibt und einheitliche Standards vorgibt. Für den Laien ist die IT ein einziger monolithischer Block und sie meinen, eine einzige Stelle solle dafür verantwortlich sein. Und diese Sichtweise greift zu kurz. Wir müssen unterscheiden zwischen Fachanwendungen und Basisdiensten. Fachanwendungen sind zum Beispiel eine Anwendung zur Verwaltung von Baugesuchen, welche für das Design, die Implementierung und den Einsatz spezifisches Fachwissen benötigen. Im Unterschied dazu sind die Basisdienste Anwendungen, welche für eine gesamte Installation inklusive aller Fachanwendungen zum Tragen kommen, und Beispiele dafür sind Systeme für die Sicherheit, die Kommunikation im Innern, nach aussen, das interne Netzwerk und die dazugehörigen Standards und Normen. Es gibt jetzt in Basel-Stadt bereits die Fachstelle E-Government, es gibt die zentralen Informatikdienste, die Arbeitsgruppe Smart City. Der Regierungsrat hat eine Geschäftsstelle Digitale Verwaltung und die Position des Chief Digital Officers geschaffen. Er dient als kantonale Anlauf- und Koordinationsstelle für die digitale Transformation.

Und mehr ist nicht immer besser. Der Regierungsrat zitiert hier eine Aussage aus Bern, es bearbeiten zu viele Akteure zu kleine Aufgabenfelder in diesem Themenkomplex, was zu einer gegenseitigen Behinderung führt. Wir dürfen hier nicht der Versuchung erlegen, die bestehenden Organisationen mit einer weiteren Struktur namens Dienstabteilung digital zu erweitern, so wie es den Anzug fordert.

Nun was die Fachanwendungen anbelangt, fährt der Regierungsrat eine interessante Strategie. Er hat sich für einen Basler Weg der digitalen Transformation namens duales System entschieden. Neben dem Kernteam der Geschäftsstelle Digitale Verwaltung stehen freiwillige Mitarbeiter von kantonsinternen motivierten Fachkräften zur Verfügung und diese Mitarbeiter sind bereit, bis 20% ihrer Arbeitszeit einzubringen. Dadurch, so der Regierungsrat, entstünde nicht nur kein zusätzlicher finanzieller Aufwand, es fiese auch vielseitiges Fachwissen und wertvolle Erfahrung.

Also 20% ihrer Arbeitszeit investieren Teile der Kantonsangestellten für diese Transformation. Das ist ja spannend. Es gibt also Mitarbeiter in der Verwaltung, die 20% ihrer Kernarbeit aufgeben können, ohne dass scheinbar ihre Gesamtleistung darunter leiden würde. Ja, wieso Arbeiten sie nicht bereits jetzt schon 80%? Es ist bemerkenswert, wie offen der Regierungsrat hier kundig macht, dass Teile der Verwaltung problemlos auf 20% ihrer Kernaufgabe verzichten können. Ja, und was machen diese Leute dann, wenn sie dereinst nicht mehr mit der digitalen Transformation beschäftigt sind? Machen sie dann wieder die 20% Arbeit mehr, die sie ja jetzt nicht erledigen? Oder reduzieren sie dann ihr Arbeitspensum? Das wäre mal eine Möglichkeit der Eindämmung der Verwaltungsexplosion.

Trotzdem, diese duale Strategie ist interessant und es ist nicht an uns, sie zu hinterfragen. Wir beurteilen nur die Resultate und die sind ja nach Regierungsrat auf gutem Kurs. Eine andere Aussage des Regierungsrats wäre ja auch zu viel erwartet. Lassen wir ihn diesen Kurs weiterverfolgen. Er erwähnt zum Beispiel sein E-Portal als Herzstück des Service Public. Ich persönlich finde, es gibt vom Aussehen her sicher Schöneres, aber dieses Portal ist funktional. Ich finde mich gut zurecht darin und auch die Anmeldungsauthentifizierung mittels AGOV stellt jetzt wirklich keine unüberwindbare Hürde dar, und dass hier Unkenrufe von ein paar Leuten kommen ist ja kaum zu vermeiden.

Mit der Einführung einer Dienststelle Digital, wie es der Anzug fordert, vergrössern wir die Anzahl der Akteure, was aber keine Garantie für bessere Ergebnisse ist, siehe dazu die obige Aussage des Bundes. Kommt hinzu, dass die GPK ja auch eine Motion eingebracht hat, mit welcher sie eine zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik verlangt. Also nicht weitere Stellen per se, sondern Weisungsbefugnisse, welche die Basisdienste stärken, wie ich es eingangs ausgeführt habe.

Alles in allem sehen wir von der SVP eine zusätzliche Organisation für die digitale Transformation nicht als sinnvoll an. Ergo bitte ich Sie namens der Fraktion der SVP, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprechender ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die LDP würde gerne dieses Geschäft stehenlassen. Wir befinden uns momentan in einer Umbruchsituation, in der das Projekt Pharos auch noch ins Spiel kommt, welches sicher einen Einfluss hat auf die ganzen Digitalisierungsvorhaben. In diesem Sinne würden wir gerne dieses Geschäft stehenlassen, um später wieder darauf eingehen zu können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich danke Beat K. Schaller für sein Votum. Wir sind uns fast in allem einig. Ich gebe Ihnen recht, es klingt etwas seltsam, wenn wir schreiben, die Mitarbeitenden könnten zu 20% diese zusätzliche Arbeit einfach so übernehmen. Da haben Sie recht, das klingt etwas seltsam. Aber es ist schon so, wir haben ja immer neue Aufgaben in der Verwaltung. Ich verlange nicht für jede neue Aufgabe mehr Ressourcen, weil ich erwarte von den Mitarbeitenden, dass sie einmal eine alte Aufgabe aufgeben, dass sie irgendwo effizienter werden, und das ist etwas, was wir ja auch in der Verwaltung machen. Das heisst die 20% schaufelt man sich frei. Man gibt eine andere Aufgabe ab oder verteilt sie über mehr Schultern oder kann sie beenden oder man ist auch bereits in diesem Bereich tätig. Da haben wir eben sehr viele, darum das duale System. Es ist bei uns sehr weit verbreitet in allen Departementen, Personen, die auch nicht als IT-Mitarbeitende gelten, mit Digitalisierungsprojekten vertraut zu machen, weil Sie brauchen da nicht nur IT-Menschen, sondern Sie brauchen vor allem auch Personen, die Prozesse anschauen oder überarbeiten. Daher haben wir dieses System angewandt, um auch gleich das Fachwissen zu haben. Daher gehe ich mit Beat K. Schaller einig und bin froh, dass zumindest die SVP das auch so sieht.

Und ja, Olivier Battaglia, eir können Ihnen auch anders berichten und das machen wir auch gerne. Sie sehen, ich bin froh, wenn ich auch mal einen Anzug wieder abschreiben darf. Ich sehe Ihren Wunsch nach Information und wir werden Ihnen selbstverständlich berichten, wie es weitergeht. Es wird jetzt sowieso in den nächsten Monaten viel passieren und wir können Ihnen gerne auch auf anderem Weg berichten. Daher bin ich froh, wenn Sie diesen Anzug abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Olivier Battaglia beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Oliver Battaglia.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 21 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006213, 26.03.25 11:55:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 65 gegen 21 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Schluss der 7. Sitzung

11:55 Uhr

Protokoll

der 8. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 26. März 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Lydia Isler-Christ (LDP), Pascal Messerli (SVP), Beda Baumgartner (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

41. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss, Stellungnahme des RR 2
42. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket- Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton, Stellungnahme des RR 9
43. Motion der Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik, Stellungnahme des RR 14
44. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Sensibilisierung der Verwaltung im Umgang mit psychisch Erkrankten, Schreiben des RR 19
45. Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger, Stellungnahme des RR 21
46. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen, Schreiben des RR 26
47. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend verbesserten Begleitung vulnerabler Menschen durch das ABES, Schreiben des RR 27
48. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose, Schreiben des RR 27
49. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend eines kantonalen KMU-Klimafonds für Basel-Stadt - juristische Grundlage und Planungssicherheit schaffen, Schreiben des RR 27
50. Motion Adrian Iselin und Michael Hug betreffend Schaffung von kantonalen Förderbeiträgen für Photovoltaik-Anlagen zusätzlich zur Förderung durch den Bund, Stellungnahme des RR 29
51. Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Anpassung von § 7 Energiegesetz, Bericht des RR 29
52. Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen, Stellungnahme des RR 32

Beginn der 8. Sitzung

Mittwoch, 26. März 2025, 15:01 Uhr

41. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss, Stellungnahme des RR

[26.03.25 15:01:13, 24.5275.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe nur eine Mitteilung zu machen:

Genesungswunschkarte

Auf dem Tisch des Hauses liegt die Genesungswunschkarte für unsere Weibelin Raymonde Morf Lange, die Sie bitte unterschreiben, wenn Sie das möchten.

Wir fahren mit der Traktandenliste fort.

Traktandum 40. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Vertrauen durch Transparenz über Einwohnerdaten – Einführung des "Reversed BigBrother Principle"

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Traktandum 41. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend «Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss»; Stellungnahme

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet. Bestritten wird dies von Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Wir sprechen nun zu den beiden Steuerreduktionsmotionen, also der Motion von Luca Urgese zum jährlichen Basar eines kantonalen Einkommenssteuerfusses sowie auch für die darauffolgende Steuersenkungsmotion von Lorenz Amiet. Es wird Sie nicht erstaunen, beide Motionen werden von der Fraktion BastA, und ich spreche auch, soweit ich das noch weiss, für die Fraktion Grüne/jgb, bekämpft und wir legen es Ihnen wirklich ans Herz, beide Motionen nicht dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen von den bürgerlichen Parteien, nun spielen Sie wirklich mit dem Feuer. Es ist äusserst verantwortungslos, den finanziellen Spielraum des Kantons Basel-Stadt von Grossratssitzung zu Grossratssitzung zu verkleinern und damit in der Zukunft und im Nachgang grössere Sparmassnahmen zu provozieren. Vor einem Monat haben Sie bis zu 500 Millionen Franken an Steuereinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer mittels eines sehr spendablen Standortpakets den Konzernen geschenkt und dies jedes Jahr. Und jetzt wollen Sie den Staatshaushalt weiter aushöhlen und die finanzielle Kapazität und die Steuereinnahmen weiter abbauen. Ich frage Sie, mit welchem Ziel eigentlich, welches politische neoliberale Programm verfolgen Sie damit und kommen Sie mir nicht mit dem Ammenmärchen von Trickle-Down-Effekte, die uns allen zugutekommen würden und die ganze Gesellschaft glücklich und zufrieden machen, wenn wir den freien Markt nur spielen lassen und die gesellschaftlichen Aufgaben aufs Minimum reduzieren. Sie wissen ganz genau, dass dies einfach nicht stimmt und noch nie gestimmt hat. Zugegeben, es passt ja irgendwie gerade ideal zum Zeitgeist in den USA, die die Demokratie aushöhlt, und ihr wirtschaftslibertärer Haufen von Regierung und Tech-Oligarchen bauen die Gesetze schamlos zu ihren Gunsten um und wichtige und grundlegende globale Unterstützungsmassnahmen ab.

Nach uns die Sintflut, so heisst das Konzept der neuen Rechten weltweit, sei es in den USA oder in Europa. Es ist an den Linken und der politischen Mitte-Parteien, diesen Irrsinn, der den Zusammenhalt in der Gesellschaft zerstört, zu stoppen. Nun, es ist mir bewusst, dass wir hier in Basel glücklicherweise noch nicht amerikanische Verhältnisse haben und ich glaube auch nicht wirklich, dass die Kollegen Urgese und Amiet eine solche libertäre Politik verfolgen. Trotzdem stehen diese beiden Motionen unter Berücksichtigung des politischen Gesamtkontextes genau in diesem Geist und reduzieren die staatlichen Aufgaben auf ein Minimum. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dabei ist gerade das Gegenteil gefordert. Wir stehen vor grossen zukünftigen Herausforderungen, das heisst, das Voranbringen und die Umsetzung unserer Klimastrategie 2037, eine Riesenaufgabe, sowie die Sicherstellung unserer Infrastruktur an den Schulen, Spitälern und Kliniken, Sportanlagen, Universitäten, Schulen, aber auch sicherheitspolitische Massnahmen.

Gemäss der Antwort von Regierungsrätin Tanja Soland auf eine Interpellation ist der Kanton Basel-Stadt vom Sparpaket des Bundes überdurchschnittlich betroffen. Somit ist also noch völlig unklar, wie hoch die finanziellen Ausfälle in Zukunft sein werden und wir haben nichts Besseres vor, nach dem 500-Millionen-Paket an die Konzerne, unsere Steuereinnahmen nochmals weiter zu senken. Ich möchte Sie erinnern, dass Sie die Einkommens- und Vermögenssteuer erst vor zwei Jahren gesenkt haben und so auf rund 112 Millionen Franken an Steuereinnahmen verzichten. Wir verteilen das Geld gerade sehr grosszügig an die Konzerne und an die Menschen, die aufgrund ihres Einkommens oder Vermögens eh schon privilegiert sind und so vergrössern wir die soziale Ungleichheit, anstatt sie zu verkleinern. Zudem wurde die Motion Christian Moesch zur Erfüllung überwiesen und nun ausgearbeitet, was eine Teilrückzahlung von Steuern bei Überschussjahren ermöglicht.

Spannend ist auch, dass die Gemeinden Riehen und Bettingen beide Motionen jetzt ablehnen. Dies zeigt doch deutlich auf, wenn zwei bürgerlich dominierte Gemeinden die Vorstösse ablehnen, wie gefährlich diese eben sind. Zu denken gibt mir aber schon, dass wir nur bei realer negativer Auswirkung hier im Kleinen Steuersenkungen ablehnen, kaum sind die Auswirkungen woanders, ist es uns nicht mehr wichtig, was die Auswirkungen uns Politik sind, am Beispiel des Basler Standortpakets, ja, ich bringe es jetzt immer wieder mal, zeigte sich dies eindrücklich. Was geht uns schon ein ärmerer Kanton oder gar der globale Süden an.

Nun, ich bin froh, dass der Regierungsrat die beiden Motionen ablehnt. Nicht nur die unsichere Finanzlage in den Gemeinden Riehen und Bettingen sprechen gegen eine Überweisung, auch die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind geprägt von zunehmender Unsicherheit und der Kanton ist angewiesen auf einen finanzpolitischen Handlungsspielraum, um seine infrastrukturellen Herausforderungen für die Bevölkerung sicherzustellen. Dies ist, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, attraktive Standortpolitik, die den Menschen zugutekommt.

Ich bitte Sie für die Fraktion BastA und Grüne/jgb, beide Motionen dem Regierungsrat nicht zu überweisen und auf die Umsetzung der Motion Moesch «Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Personen» abzuwarten, ansonsten kann es sehr gut sein, dass Sie selber die Motion Moesch hinfällig machen, denn dann wird es in Zukunft nichts mehr zum Rückverteilen in der Kasse haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Zum besseren Verständnis Ihres Schenkungsbegriffes. Ich nehme Ihnen jetzt 70 Franken aus der Tasche und gebe Ihnen 50 zurück, haben Sie eine Schenkung von mir erhalten?

Oliver Bolliger (BastA): Ja, wenn ich davon ausgehe, dass ich die 70 gar nicht zugute hätte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): In dieser Motion wird nichts Aussergewöhnliches gefordert, auch wenn Kollege Bolliger das jetzt alles in die libertäre oder in die Rechtsaussenecke stellen will, was ich persönlich jetzt eher unanständig finde. Und auch dieses Märchen, da wird jetzt der Kanton auf ein Minimum zurückgestutzt, also wenn man sich anschaut, was wir für ein Ausgabenwachstum hatten und haben und jedes Mal auch wieder beschliessen, tut mir leid, das so zu sagen, aber es ist einfach nur noch lächerlich als Argumentation. Also diese Kluft, die hier dargestellt wird, wir würden da jetzt nur noch für die Reichen und so, also schauen Sie sich doch an, wie wir die Sozialausgaben in den letzten Monaten noch und nöcher erhöht haben, also wir schauen durchaus auf diejenigen hier im Kanton, die Unterstützung nötig haben. Aber gut, zurück zur Sache.

Ich habe mir nicht alle 26 Parlamente unseres Landes angeschaut, aber die, die ich angeschaut habe, haben alle einen jährlichen Beschluss über einen kantonalen Steuerfuss. Ob Sie jetzt den Landrat im Kanton Baselland anschauen, den

Kantonsrat in Zürich, den Grossen Rat des Kantons Bern, den Grossen Rat Kanton Aargau, Kantonsrat Luzern, um hier nur ein paar Beispiele zu nennen, die kennen das alle, die entscheiden jedes Jahr darüber.

Und unabhängig von der Frage, ob man jetzt Steuersenkungen gut oder schlecht findet, was ja hier gar nicht Gegenstand der Motion ist, finde ich, wir sollten grundsätzlich darüber diskutieren, was dieses Parlament entscheiden können soll. Und wir finden, es muss doch möglich sein, dass wir als Stadt Basel, deren Vertretung wir ja bekanntlich auch sind, wir sind nicht nur Kantonsparlament, wir sind auch Stadtparlament, dass wir unabhängig von den Landgemeinden über unsere Steuerbelastung entscheiden können sollten. Und es muss doch möglich sein, dass wir als Kantonsparlament den kantonalen Teil der Einkommenssteuern, also die sogenannten Kantonssteuerquote, anpassen können. Wenn der Regierungsrat nun argumentiert, dass der Steuerfuss in Basel-Stadt keine Bedeutung hat, weil im Gesetz fix 100 Prozent steht, dann ist es ja gerade die Absicht dieser Motion, dies zu ändern. Also das ist irgendwo ein Zirkelargument. Der Steuerfuss wurde sogar ausdrücklich im Gesetz festgeschrieben und nicht ganz weggelassen für den Fall, dass man auf diese Frage wieder einmal zurückkommen möchte. Ich habe das entsprechende Zitat aus den Materialien, aus dem damaligen Bericht in der Motion aufgeführt. Sie können es dort nachlesen.

Der Regierungsrat hat sich durchaus geschickt verhalten, indem er die Gemeinden nach ihrer Haltung gefragt hat. Ein Vorgehen, das ich bisher bei Motionen nicht allzu oft gesehen habe, auch dann, wenn Gemeindeinteressen betroffen waren. Hier hat er es getan und wir haben die entsprechende Stellungnahme gesehen. Nun, wir verstehen, dass Gemeinden eine kurzfristige Senkung befürchten, die bei ihnen direkt zu wenig Einnahmen führen und sich entsprechend auf ihre Finanzen auswirken. Wobei man anmerken muss, dass die finanziellen Herausforderungen, insbesondere der Gemeinde Riehen, nichts mit Steuersenkung zu tun haben, sondern mit Beschlüssen dieses Parlaments, insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit, welche zu einer massiven Kostensteigerung bei den Gemeinden geführt haben. Aber wir nehmen diese Bedenken ernst und möchten deshalb insbesondere den Vertreterinnen und Vertreten aus Riehen eine Brücke bauen und deshalb beantrage ich Ihnen heute eine Umwandlung meiner Motion in einen Anzug. Damit öffnen wir für den Regierungsrat den Fächer, damit er auch weitere Varianten prüfen kann.

Die Ursprungsforderung wäre, dass der kantonale Steuerfuss auf die Steuersätze angewendet wird, davon wären die Gemeinden natürlich betroffen, das hat der Regierungsrat in seiner Stellungnahme ausgeführt. Eine weitere Variante ist, dass der Grossratsbeschluss sich ausschliesslich auf die Kantonssteuerquote auswirken soll. Dies würde sich nicht auf die Gemeindefinanzen auswirken, würde aber dennoch alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlasten. Das konnte man auch in einer Interpellationsantwort nachlesen, die im Einwohnerrat Riehen beantwortet wurde. Und eine dritte Variante wäre, dass der Grossratsbeschluss sich auf den Gemeindesteuerfuss der Stadt Basel auswirken soll. Davon wären dann natürlich nur die Steuerzahlenden in Basel betroffen. Das bedingt einen kleinen Umbau, das ist klar, aber das erschliesst sich mir bis heute nicht, warum die Gemeinde Riehen und die Gemeinde Bettingen ihren Steuerfuss anpassen können, die Stadt Basel aber nicht. Dies könnte man so korrigieren. Wir sind überzeugt, dass sich eine Lösung finden lässt, die auch den berechtigten Interessen unserer Landgemeinden Rechnung trägt, und wir sind überzeugt, dass eine solche Lösung auch im Interesse der Bevölkerung ist. Wenn der Kanton einen höheren Überschuss budgetiert, warum sollten wir dann die Bevölkerung nicht direkt entlasten und eine schwarze Null anvisieren können?

Dann hat der Regierungsrat argumentiert, er könne nicht nachvollziehen, wieso dass jetzt behauptet wird, das bedinge mehrjährige Gesetzgebungsverfahren, wenn man den ordentlichen Gesetzgebungsprozess einleitet, währenddem das beim Steuerfuss nicht der Fall wäre. Nun, die beiden genannten Steuerpakete hatten eine mehrjährige Vorgeschichte, auch mit parlamentarischen Vorstössen, die notwendig waren, um entsprechend den Druck aufzusetzen. Dem gegenüber stünde ein Beschluss über den Steuerfuss im Rahmen der Budgetdebatte. Diese bräuchte nicht, wie behauptet, einen eigenen Ratschlag, sondern man würde das eben gemeinsam mit dem Budget beraten und beschliessen. Der Regierungsrat kann ja mal bei unserem Nachbarkanton nachsehen, wie das gemacht werden könnte. Vom Prozedere her wäre das ziemlich einfach. Es wäre natürlich unsere Aufgabe als Parlament, verantwortungsvoll mit diesem Instrument umzugehen, so wie dies ja die anderen Kantone ebenfalls schaffen. Und, falls man da nicht einverstanden ist, gäbe es ja immer noch das Veto-Recht des Volkes mit dem Referendum.

Sie sehen also, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir betreten hier kein Neuland. Wir wollen hier etwas, was, wie ich gesagt habe, die anderen Kantone auch haben, auch können, ich bin überzeugt, wir schaffen das auch. Deshalb bitten wir Sie, wie gesagt, diesen Vorstoss in einen Anzug umzuwandeln und als solchen zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Melanie Eberhard für die SP.

Melanie Eberhard (SP): Ja, diese beiden Motionen, auch ich werde gerade auf beide Motionen eingehen im Namen der SP-Fraktion, also die Motion von Luca Urgese sowie auch die nachfolgende von Lorenz Amiet. Luca Urgese hat vorhin sehr lang und breit verschiedene Technikalitäten ausgeführt und in einem Nebensatz auch erwähnt, es geht uns gut, wir sollten das eben auch wieder an die Steuerzahlenden zurückgeben. Doch wir haben in den letzten Jahren sehr viel Steuern auch

eingenommen, es geht uns gut, wir haben weniger ausgegeben, wir hatten einen Überschuss, das stimmt selbstverständlich hier für diese Aussagen, doch es geht uns eben nicht per se allen gut. Es geht einem Teil gut, aber wirklich vielen Menschen hier in Basel geht es nicht gut. Das betrifft natürlich nicht diejenigen Menschen, die in der Motion von Lorenz Amiet angesprochen werden, die gut qualifizierten Arbeitskräfte, die steuerlich noch weiter entlastet werden sollen, aber es geht eben sehr vielen Leuten nicht gut hier in Basel und auf diese Menschen sollten wir auch genau in diesen Momenten schauen.

Es gibt diejenigen Menschen, denen es nicht gut geht hier in Basel in der reichen Schweiz, die trotz vielem Arbeiten nicht über die Runden kommen, diese Menschen sollten wir entlasten. Und dann gibt es auch noch Menschen auf der ganzen Welt, denen es nicht gut geht und auch für diese Menschen haben wir eine Verantwortung, gerade in der aktuellen Zeit mit menschgemachtem Klimawandel, Krisen, Konflikten und sehr viel Leid. Verantwortung übernehmen heisst auch, dass wir nicht nur weltweit, nicht nur mit den Menschen hier in Basel, sondern eben auch mit unseren Finanzen verantwortungsvoll umgehen. Und da ist es nun sicherlich nicht der richtige Zeitpunkt, notabene erst nachdem im letzten Jahr die letzte Steuersenkung in Kraft getreten ist, dass wir erneut bei Steuereinsparungen vorwärtsmachen.

Neben dieser ganz grundsätzlichen Ablehnung der Motionen Luca Urgese und Lorenz Amiet sowie Konsorten gibt es aber auch konkrete Aspekte, die gegen eine Überweisung der beiden Motionen sprechen.

Zur Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend eine Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss sind es die folgenden: Mit der Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses zur Festlegung des kantonalen Einkommensteuerfusses würde der aktuell sehr gut funktionierende und effiziente Steuermechanismus in Basel aufgehoben. Die langfristigen und stabilen Prinzipien unserer bisherigen Steuerpolitik würden durch die neue Regelung auch Verunsicherung und Planungsunsicherheit, beispielsweise bei Bürgerinnen und Bürger, verursachen können und zu Mehraufwänden hier im Parlament führen. Und es ist so, dass ein jährlich ändernder Steuerfuss nicht nur die Steuerpflichtigen, sondern auch die Gemeinden vor Herausforderungen stellen würde, wir haben das ja vorhin auch schon in den Ausführungen der beiden Vorredner gehört.

Dann komme ich noch zu einigen Aspekten, die ich hinsichtlich der Motion von Lorenz Amiet anmerken möchte. Der Regierungsrat führt in seiner Stellungnahme sehr überzeugend aus, wie unklug und verantwortungslos eine erneute Steuersenkung zum aktuellen Zeitpunkt ist. Zum einen, da der Kanton in den letzten Jahren durch ausserordentliche Steuereinnahmen von Unternehmen Haushaltsüberschüsse erzielt hat und diese sehr schwankend sind, also nicht als Grundlage für eine langfristige Finanzpolitik dienen sollten. Und zum anderen, da hohe Ausgaben und Investitionen anstehen, die während den prognostizierten Steuereinnahmen stagnieren, und der Finanzausgleich würde sich erhöhen. Die erneute Steuersenkung würde also die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kantons erheblich einschränken, wodurch wichtige Investitionen unter Druck geraten oder der Kanton Schulden machen muss, was wir nicht möchten. Eine Steuersenkung würde die finanzielle Handlungsfähigkeit einschränken und dann, das wurde auch letztes Mal schon genannt, gibt es eben noch die Mitnahmeeffekte bei Steuersenkungen, die in der Forschung weitverbreitet und dokumentiert sind. In vielen Fällen profitieren also wohlhabende Haushalte aufgrund der Steuersatzlogik überproportional von den Steuersenkungen und dadurch wird die Einkommensungleichheit weiter verstärkt. Zudem ist Basel auch im Vergleich zu den Vorortgemeinden steuerlich sehr attraktiv, weshalb es nicht weitere Steuersenkungen braucht.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, die Motionen nicht zu überweisen und den Fokus auf eine nachhaltige sozialgerechte und langfristige Finanzpolitik zu legen. Auf eine Finanzpolitik, die den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung Rechnung trägt und die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kantons erhält. Denken Sie an die Menschen, denen es eben nicht so gut geht und verhindern sie unnötige Unsicherheiten und Komplikationen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet. Sie wird entgegengenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Melanie Eberhard, Sie haben aber schon gesehen, wenn wir von den Leuten sprechen, bei denen es nicht so gut geht, dass die Einkommensklammer von null bis 100’000 Franken steuerliches Einkommen prozentual am stärksten entlastet wird durch meine Motion?

Melanie Eberhard (SP): Ja, selbstverständlich habe ich das gesehen und da möchte ich aber auf diesen Punkt, den ich vorhin gerade ausgeführt habe, verweisen, dass durch die Mitnahmeeffekte am Schluss trotzdem überproportional die Leute profitieren, die hohe Einkommen bereits haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ für die GLP.

Tobias Christ (GLP): Ich werde zur zweiten Motion nachher von Lorenz Amiet ausführlicher sprechen für die Fraktion der GLP. Hier nur ganz kurz, wir können uns weitgehend dem Votum von Luca Urgese anschliessen. Wir befürworten diesen Vorstoss. Wir sind auch damit einverstanden, das in einen Anzug umzuwandeln und so direkt weiter zu behandeln und wollen einfach nochmal daran erinnern, dass es hier jetzt nicht um Steuersenkungen geht bei diesem Vorschlag, sondern es geht hier um eine Systemänderung, um weitere Flexibilisierung, die kann in beide Richtungen gehen und die halten wir grundsätzlich für richtig und sinnvoll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Eigentlich bin ich Oliver Bolliger sehr dankbar für diese Brandrede mit all diesen Kampfbegriffen aus der Mottenkiste des Sozialismus, welche mir zeigt, weshalb ich linker oder ideologischer Fiskalpolitik so wenig abgewinnen kann. Er nennt die Einrichtung eines Steuerfusses einen Basar, wenn man das jährlich festlegen muss, und es sei ein Spiel mit dem Feuer. Da muss ich Ihnen sagen, da spielen diverse Kantone schon seit Jahren und Jahrzehnten mit dem Feuer, auch die Gemeinde Riehen hat einen Steuerfuss, der jährlich festgelegt wird, wir spielen jährlich mit dem Feuer. Es ist wirklich eine unglaubliche Übertreibung, es ist nichts anderes als gesunde Finanzpolitik. Wenn Sie einen Verein haben oder ein Staatswesen, das gewisse Einnahmen und gewisse Ausgaben hat, dann müssen Sie schauen, dass diese im Lot bleiben. Und wenn halt ein Verein feststellt, dass immer am Ende des Jahres Geld fehlt, dann wird er die Mitgliederbeiträge massvoll erhöhen, wenn er sieht, dass über Jahre Vermögen angesammelt wird, dann soll es einige gegeben haben, die auch dann die Beiträge senken für die Mitglieder und nichts anderes soll für ein Staatswesen gelten.

Anderes erleben wir zum Beispiel Monat für Monat in diesem hohen Hause. Da bewilligen wir Ausgaben, bei denen zum Ausdruck kommt, dass in unserem Kanton offensichtlich zu viel Geld vorhanden ist. Sie können mal unsere Traktandenliste der heutigen Sitzung, also der Sitzung dieses Monats durchforsten und sich fragen, welche Vorstösse sind darauf zurückzuführen, dass wir schlicht zu viele Mittel haben seit Jahren. Seit Jahren schreibt dieser Kanton Überschüsse und es ist eben die vernunftgemässe Ansicht, dass wenn zu viel Geld reinkommt, dass man es vielleicht auch denen teilweise zurückgeben kann, die zu viel einbezahlt haben oder für die Zukunft weniger verlangen. Das ist einfach ein ganz normaler Vorgang, der für jeden Haushalt spielt und gilt.

Leider verlegt sich das Parlament tendenziell aufs erste, nämlich immer neue Ausgaben zu erfinden, das Geld auszugeben, immer wieder neue Aufgaben auch zu erfinden und das bedeutet auch, dass die Verwaltung im entsprechenden Masse wächst und immer schwerfälliger wird. Ich habe eine tiefe Überzeugung, dass man ein Staatswesen in der Grösse nur disziplinieren kann, wenn man ihm die Mittel entzieht, die es nicht braucht. Das heisst, die Verknappung von Mitteln ist die mächtigste Massnahme für Augenmass und Effizienz. Sie kennen das von Ihrem eigenen Körper. Wenn Sie ihm zu viel zuführen und er weniger quasi verbraucht, dann setzen Sie Fett an und dann werden Sie schwerfällig und man beginnt irgendwo, sich ungesund zu bewegen und träge zu werden. Und dasselbe gilt auch für ein Staatswesen, es kann zu gross werden und zu träge.

Mittlerweile sind wir so weit, das habe ich jüngst in der Zeitung gelesen, dass 19 Personen der Verwaltung sich mit einem Pflanzloch beschäftigen im Rahmen einer Baubewilligung. Das kann sich nur ein Staatswesen leisten, dass so viele Personen überhaupt beschäftigt. Und dreifach Stellen, habe ich mir sagen lassen, sind mit der Planung von Erschliessungsstrassen beschäftigt, die dann umso länger dauern. Es ist das Amt für Mobilität, das eine Erschliessungsstrasse plant, dann das Planungsamt, dann das Tiefbauamt. Drei Mal werden Strassen gezeichnet, werden Pläne aufgelegt, können Einsprachen erhoben werden, es ist unglaublich und das passiert, wenn wir zu viel Geld haben. Es gibt böse Zungen, die behaupten, man könne eines dieser Ämter ersatzlos streichen und niemand würde es bemerken. Das ist eine gefährliche Hypothese, wir können es ja mal ausprobieren. Solange dieser Zustand anhält und verwaltungsseitig keine gesunde Einsicht einkehrt, werde ich mich für jegliche Steuersenkung in diesem Kanton einsetzen.

Jetzt ist da noch die Frage mit den Landgemeinden. Wir haben gelesen, dass die diesen Senkungen kritisch gegenüberstehen. Mich überraschen die Einwände einerseits, die die Gemeinden gemacht haben, aber auch, dass gewisse Grossratsmitglieder aus demselben Wahlkreis wie ich, diesen Einwänden folgen. Und jetzt rede ich als jemand, der 12 Jahre lang dem Gemeinderat Riehen angehörte, vier Jahre davon als Verantwortlicher für die Finanzen. Riehen hat sich während langer Jahre eine gewisse Steuerautonomie erkämpft, indem der Steuerfuss in Riehen, wieder dieser Steuerfuss, selber festgelegt werden kann. Und mit diesem Steuerfuss kann man auch reagieren, wenn im Kanton die Kantonssteuer verändert wird. Das heisst, wenn sie erhöht wird, kann die Gemeinde sagen, wir haben immer noch genügend Geld, wir senken den Steuerfuss, wenn sie gesenkt wird, kann die Gemeinde auf die andere Seite reagieren. Und jetzt ist es so, in diesen 12 Jahren, in denen ich im Gemeinderat war, hat die Gemeinde Riehen 12 Jahre lang schwarze Zahlen geschrieben. Seit ich gegangen bin, ich sehe hier keinen zwingenden Zusammenhang, sind sie in die roten Zahlen gefallen. Aber es ist doch so, wenn Sie 12 Jahre Überschuss schreiben, dann erträgt es doch auch einige Jahre mit Unterdeckung. Das ist auch ein

normaler Vorgang. Wenn Sie 12 Jahre lang Vorräte anhäufen konnten, dann kann man auch einige Jahre schauen, wie sich das entwickelt und vielleicht stabilisiert sich das ja in drei bis vier Jahren und da muss man gar nichts unternehmen, weil man vorher Jahre lang auch Überschüsse geschrieben hat.

Jetzt ist es aber so, dass Riehen sogar reagieren könnte, wenn Riehen findet, wir wollen reagieren auf diese Steuersenkung, Riehen kann den eigenen Steuerfuss anpassen. Und hier werden offenbar Nachteile befürchtet und darum bin ich froh, dass diese Interpellation von David Moor eingereicht wurde beim Einwohnerrat, in der er gefragt hat, was würde passieren, wenn Riehen aufgrund dieser Steuersenkungen im Kanton den eigenen Steuerfuss der Vermögens- und Einkommenssteuern um 3 Prozent erhöhen würde. Die Antwort war, man würde zwar mehr Gemeindesteuern bezahlen, aber mit der gesenkten Kantonssteuer zusammen würden auch die Riehener am Ende unter dem Strich weniger Steuern zahlen. Also wer sich gegen diese Motion wehrt, der wehrt sich de facto gegen eine Steuersenkung auch für die Riehener Bürger. Ich bitte Sie, das zu beherzigen, wenn Sie über diese Motionen entscheiden.

Aus diesem Grund bin ich sehr dafür, dass wir beide Motionen überweisen, die erste von Luca Urgese, weil wir dann jährlich auf Entwicklungen steuerlicher Art reagieren können. Wir können den Steuerfuss erhöhen, wenn wir finden, wir haben zu wenig Einnahmen, wir können ihn senken als Parlament, es stärkt das Parlament in seiner Fiskalverantwortung, wir können ihn senken, wenn wir finden, es ist im Moment genug Geld vorhanden. Und wie schon erwähnt, die Motion Amiet wird dazu führen, dass im ganzen Kanton Menschen, die Jahr für Jahr Geld einzahlen für die Aufgaben, die dieser Kanton hat, entlastet werden. Und wie man da dagegen sein kann, das ist mir ein Rätsel.

Oliver Bolliger (BastA): Unabhängig davon, ob Sie den Sozialismus gut finden oder nicht, ich hätte einige Fragen, aber jetzt nur eine. Hätte das Riehener Finanz-Debakel, Budget-Debakel verhindert werden können, hätte man vielleicht keinen Basar des jährlichen Steuerfusses gehabt?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Abgesehen davon, dass ich nicht mehr in der Verantwortung bin, es hat miteinander nichts zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit hat Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Als Regierungsrätin des Kantons Basel-Stadt erlaube ich mir, hier auch ein wenig für die Gemeinde Riehen und Bettingen zu reden, die mir nicht nur in meinem Job als Regierungsrätin, sondern auch persönlich am Herzen liegen. Und ich kann Ihnen sagen, ich habe wirklich null Interesse, dass die Gemeinde Riehen ihre Steuern erhöhen muss, das ist für unseren Standort nicht sinnvoll. Wir haben das letzte Mal auch sehr viel über Standortpolitik geredet und für uns macht es keinen Sinn, eine Gemeinde zu haben, die aufgrund gewisser Entscheide am Ende ihre Steuern erhöhen muss. Natürlich können Sie das, Herr Albietz, aber das macht doch keinen Sinn. Es macht Sinn, dass wir verschiedene Gemeinden haben, auch wenn hier die Stadtgemeinde zum Kanton gehört, dass wir verschiedene Voraussetzungen haben. Das macht unseren Kanton aus und ich schätze das persönlich sehr und ich schätze es auch als Regierungsrätin. Ich glaube auch nicht unbedingt, dass es mit Ihrem Abgang zusammenhängt oder mit der neuen Person, die nun die Finanzen leitet in Riehen, dass es dort Schwierigkeiten gegeben hat, das glaube ich auch nicht. Wir sind in einem engen Austausch, ich kenne auch gewisse Probleme, die sich jetzt ergeben haben in Riehen. Die Situation ist immer schwierig, wenn der Kanton eine Stadtgemeinde gleichzeitig hat und Entscheidungen trifft, die Sie nicht selber entscheiden können. Wir haben im Finanzausgleich ein Gespräch untereinander und ich glaube auch, dass wir dieses Jahr hier, hoffe ich sehr, gewisse Entscheide treffen könnte, die die Situation für Riehen verbessert. Aber ich möchte wirklich nicht, dass Riehen die Steuern erhöhen muss.

Ich erlaube mir, zu beiden Vorstössen zu reden, weil es für mich nicht das gleiche ist. Wenn Sie Steuern senken wollen, dann besprechen wir das bei Amiet. Was Sie hier wollen, ist den Steuerfuss einführen bzw. dass wir jedes Jahr diesen verändern können. Diese Systemänderung, es tut mir einfach leid, für einen Kanton mit einem 5-Milliarden-Budget halte ich für absurd. Für eine Gemeinde, einen Verein macht das Sinn. Je kleiner das Budget ist, je sinnvoller ist das, wenn Sie die Finanzen überblicken können. Bei uns wird das schon schwieriger. Und dann jedes Jahr wollen Sie im Dezember beschliessen, wie der Steuerfuss wird und erst irgendwie zwei Jahre später sehen Sie das oder sogar drei Jahre später. Wir sind nicht ein kleines Schiff, wir sind ein Riesentanker und hier macht es wirklich mehr Sinn, wenn Sie die Steuern senken wollen, dann machen Sie das. Diskutieren wir das beim Vorstoss Amiet.

Mit dem Steuerfuss ist das nicht clever für unseren Tanker. Da haben Sie andere Möglichkeiten. Und wenn wir das jedes Jahr beschliessen müssen, hü, hott, nein, ich möchte auch nicht, dass Sie die Steuern so schnell erhöhen, das möchte ich auch nicht, in beide Richtungen nicht, das ist hü, hott auf einem grossen Tanker. Dieses System erachte ich nicht als

sinnvoll. Das ist auch der Grund, warum die meisten Kantone das nicht machen. Sie könnten es zwar, aber das ist nirgendwo Praxis. Es ist eher für die kleineren Gemeinden, da müssen Sie schneller reagieren. In Bettingen kippt das Budget schneller, das ist kleiner, da muss man reagieren können. Bei uns, wir haben eine längerfristige Planung, da geht das wirklich problemlos mit den Steuersätzen.

Und nein, wir haben nicht nur jetzt Riehen und Bettingen gefragt. Ja, ich habe es auch schon vergessen, das tut mir leid, aber wir bemühen uns sehr bei allen Änderungen, die wir machen, mit Riehen und Bettingen im Austausch zu sein. Da geben wir uns wirklich Mühe und sie waren frei, ihre Antwort zu geben. Sie haben jetzt gesagt, machen Sie einen Anzug, führen Sie eine Gemeinde Basel ein. Ich wäre Ihnen also wirklich sehr dankbar, wenn ich das nicht muss und wenn Sie Steuern senken wollen, dann bitte diskutieren wir das nachher beim Vorstoss Amiet. Wir brauchen nicht einen neuen Weg, nochmal einen neuen Weg.

Wir sind jetzt bei der Motion Moesch am Prüfen, das ist ein System, da geht das schnell. Die Rückvergütung kann man wirklich im Dezember beschliessen, zack, nächstes Jahr ausschütten. Da haben wir den Überblick, das können wir mit dem Tanker, aber diesen Steuerfuss hier, das wissen Sie nachher drei Jahre später, ob das was gebracht hat oder nicht oder ob es einen Sturm gibt und wie wir mit dem Tanker im Sturm sind. Das ist nicht sinnvoll für unseren Kanton. Wir haben Moesch, da werden wir bald diskutieren, wir haben nachher den üblichen Weg für die Steuersenkungen, den können wir auch diskutieren, aber hier wäre ich wirklich sehr dankbar, wenn wir diese Hü-/Hott-Lösung klar umgehen würden. Und wenn jetzt Herr Amiet mir die Zwischenfrage stellt, ob ich seine Motion unterstütze – nein, das ist sie nicht, gut, dann hätte ich sie gleich beantworten können.

Also ich bitte Sie hier wirklich sehr, diese Motion, diesen neuen Weg auch als Anzug, ich muss Ihnen wirklich sagen, viele neue Wege zu prüfen, ich wäre froh, ich müsste jetzt nur den Moesch prüfen, den würden wir bringen, da können wir diskutieren – nein, Entschuldigung, nicht ihn selber natürlich, nein, das wäre wahrscheinlich auch sehr kompliziert, nein, nur den Vorstoss von Moesch – da haben wir schon genug zu diskutieren. Lassen Sie uns doch diesen Weg gehen, sonst weiss ich nicht genau, haben wir am Schluss irgendwann dann mal Chaos.

Daher besten Dank für Ablehnung Motion und Anzug. Und die Frage nehme ich an.

Lorenz Amiet (SVP): Frau Regierungsrätin, wenn wir ein Tanker sind, was ist dann der fast zehnmal so grosse Kanton Zürich, der den Staatssteuerfuss schon lange kennt?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, aber wann hat er das das letzte Mal gemacht? Es wird dort auch nicht gemacht mit dem Steuerfuss rauf und runter. In welcher Geschichte? Ja, aber es ist kein so sinnvolles System, es bringt uns nicht um, aber es macht unsere kleine Welt auch nicht besser.

Balz Herter, Grossratspräsident: Luca Urgese möchte Ihnen auch noch eine Zwischenfrage stellen.

Luca Urgese (FDP): Trifft es zu, dass der Kanton Zürich das letzte Mal im Jahr 2022 den kantonalen Steuerfuss gesenkt hat?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Was wollen Sie von mir, ob das stimmt? Ja, ich weiss es nicht. Ich traue Ihnen, Sie wissen das.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Damit wird darüber abgestimmt, ob wir den Anzug überweisen oder nicht. Der Regierungsrat und Weitere beantragen Nichtüberweisung. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Ja heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

49 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006217, 26.03.25 15:40:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe meinen ersten Stichentscheid und ich stimme Ja.

42. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket- Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton, Stellungnahme des RR

[26.03.25 15:40:06, 24.5276.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres.

Die Finanzdirektorin verzichtet in der ersten Runde. Somit geht das Wort an die Fraktionssprecherin der LDP, Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir haben in der Diskussion vorher schon mitbekommen, dass es eigentlich immer wieder ein Ausspielen verschiedener Aspekte ist, wenn es um die Steuerfrage geht. Einerseits sind das die Familien, die bereits Senkungen erlebt haben mit dem letzten Steuerpaket gegenüber den Alleinstehenden, die nicht viel profitiert haben mit der letzten Steuersenkung. Es werden Einzelpersonen gegen Unternehmen und die Unternehmenssteuern und die Höhe davon und die Flexibilität für den Kanton ausgespielt, was man in der Stellungnahme des Regierungsrats lesen kann. Und neu hat der Regierungsrat ja offenbar unsere Gemeinden entdeckt, es wird auch der Kanton oder die Stadt Basel die kantonalen Steuern gegenüber unseren beiden weiteren Gemeinden ausgespielt. Das finde ich eine schlechte Grundlage für die Debatte, denn schlussendlich sind die Steuern die Einnahmen, aber wir haben auch die Ausgabenseite und für diese sind wir Herrschaften hier drin massgeblich mitverantwortlich und da gilt es wirklich und auch an der Nase zu nehmen, wenn es um diese Ausgaben geht.

Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber ich werde immer wieder konfrontiert in meinem Umfeld, wo ich mich sonst befinde neben der Politik, was genau wir denn alles noch uns leisten möchten hier drin und das gilt auch für uns Bürgerliche. Wir haben auch immer wieder Vorstösse, wo es wirklich um eher exklusivere Dinge geht als um das Grundlegende, worum wir uns kümmern sollten. Und wenn wir da einmal eine Aussortierung machen mit all diesen Vorstössen, die wir in diese Pipeline reingeben, dann wird unter dem Strich auch mehr hängenbleiben, auch wenn wir die Steuern senken. Das haben wir definitiv in der Hand und daran sollten wir immer auch denken, wenn wir diese Diskussion führen. Das hat Herr Albietz vorher schon gesagt, was ich sehr unterstreiche.

Dann auch dazu grundsätzlich, die Steuersenkungen, die gehen schnell, wir können schnell Steuern senken, das ginge zack gemäss Zitats-Frau Soland, ich habe den Eindruck, bei der Steuerverwaltung geht das wenigste nach dem Prinzip zack, wenn ich denke, wie lange ich schon auf meine Veranlagung 2023 warte, das ist nicht zack, das ist eher sehr langsam.

Und dann möchte ich noch die Situation mit Riehen ansprechen. Ich habe den Eindruck, auch da gibt es Probleme, zum Beispiel beim Leseverständnis, wenn man die genannte Interpellation anschaut, das kann man offenbar sehr verschieden interpretieren und ich möchte auch daran erinnern, dass man als Gemeinderat nicht gleichzeitig Grossrat ist, sondern dass das zwei Ämter sind, wo es definitiv auch ein Rollenbewusstsein braucht. Ich bedaure es sehr, dass wir hier von bürgerlicher Seite nun Friendly Fire erleben, denn wir müssen zusammenarbeiten, wir haben auch bewiesen, dass wir das können in der Vergangenheit. Wir arbeiten weiter daran und ich hoffe, dass wenn das heute zu Bruch geht, wenn wir diesen nächsten Schritt nicht gemeinsam gehen können, dass wir immerhin in Zukunft daran arbeiten, gemeinsam weitere Steuersenkungen hervorzubringen, denn wir können das durchaus schaffen. Vielleicht nicht in diesem Jahr, weil es vielleicht auch damit zu tun hat, dass es ein Wahljahr ist in Riehen, aber wir müssen da weiter daran zusammenarbeiten. Die Basis ist da, vielleicht klappt es jetzt nicht, hoffentlich klappt es in Zukunft.

Deshalb bitte ich Sie wirklich, diesen Vorstoss als Motion zu überweisen und sich alles, was ich vorher gesagt habe, auch nochmal durch den Kopf gehen zu lassen, weil ich denke, da ist das eine oder andere gut gemeinte bisschen mit dabei, das wir uns alle immer wieder vor Augen führen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Tobias Christ für die GLP.

Tobias Christ (GLP): Wir Grünliberalen stehen geschlossen hinter der Motion und empfehlen die Überweisung. Wir sind fest überzeugt, dass die Steuereinnahmen des Kantons und der Stadt Basel bei den natürlichen Personen aktuell höher sind als notwendig und dass weiter auch eine Anpassung der Tarifstufen insbesondere zur Entlastung der Einkommen im tieferen Bereich angezeigt ist. Dabei geht es uns nicht nur um die Verbesserung der Standortattraktivität, sondern vor allem auch um eine nachhaltige Finanzpolitik. Wenn die Einnahmen über Jahre hinweg zu hoch sind, so ist das zwar für die Regierung verständlicherweise erfreulich und erhöht ihren Spielraum, aber für die fiskalische Disziplin ist es leider schädlich. Wenn das Geld mal im Fiskus ist, dann ist die Versuchung, es auszugeben, gross.

Natürlich stünde es uns, dem Grossen Rat, offen, mehr fiskalische Disziplin auf Ausgabenseite zu üben, ohne die Einnahmenseite anzufassen. Natürlich ist es sinnvoll, die Überschüsse für Investitionen und die Reduktion der Fremdfinanzierung einzusetzen, doch leider zeigt die Erfahrung, dass es ohne einen gewissen Druck auf der Einnahmenseite sehr schwierig ist. Dabei geht es ja gar nicht darum, Sparmassnahmen durchzusetzen, auch wenn wir Grünliberalen durchaus offen sind, die Notwendigkeit gewisser Ausgaben und Leistungen zu hinterfragen. Es geht vor allem um den Druck, effizienter zu werden. Nur wenn eine gewisse gesunde Knappheit der Ressourcen gegeben ist, arbeiten wir alle, vom Souverän über die Legislative hin zu Regierung und Verwaltung, konsequent daran, die Ressourcen auch wirklich effizient einzusetzen.

Letztlich geht es um die politische Frage, welche Staatsquote wir für richtig halten. Wir Grünliberalen sind der Ansicht, dass eine tiefere Staatsquote grundsätzlich wünschenswert ist und vor allem aber, dass sie nicht erhöht werden sollte. Konkrete Zahlen liegen mir nicht vor, aber ich wage hier die Behauptung, dass die Staatsquote in Basel-Stadt im interkantonalen Vergleich hoch ist und in den letzten Jahren auch gestiegen ist. So viel zu den grundsätzlichen Überlegungen.

Hier noch unsere Stellungnahme zu einigen Punkten, die in der Debatte zum vorherigen Agendapunkt aufgekommen sind, die in den letzten Monaten diskutiert worden sind.

Erstens; ist jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Steuersenkung? Für die Befürworter von Steuersenkungen, und dazu zählt die GLP ganz entschieden, ist es immer der richtige Zeitpunkt für eine Steuersenkung, je früher, desto besser. Für die Gegner ist der Zeitpunkt nie der richtige, denn es bestehen immer Unsicherheiten bezüglich der Entwicklung der Steuereinnahmen und der Staatsausgaben. Seien wir also ehrlich, entweder wir sind dafür oder dagegen und streiten wir nicht über den Zeitpunkt. Darüber hinaus wissen wir alle, dass es nach der Überweisung dieser Motion auch im allerschnellsten Fall noch eine gute Weile dauert, bis eine Steuersenkung dann wirklich in Kraft tritt.

Zweitens; ist die geforderte Höhe der Steuersenkung und die Detailausgestaltung die richtige? Ich muss mich ein bisschen korrigieren, das wurde, glaube ich, jetzt gar nicht gross diskutiert heute. Die konkrete Ausgestaltung ist für die GLP jedenfalls überhaupt nicht in Stein gemeisselt. Wir behalten uns natürlich vor, bei der Detailberatung eines Ratschlags dann Änderungen vorzunehmen und wir können als Fraktion schon jetzt versprechen, dass wir uns, wie man das von uns kennt, pragmatisch und vernünftig zeigen werden, also nicht auf Teufel komm heraus eine Steuersenkung in einem nicht vertretbaren Umfang durchboxen werden. Ausserdem verweisen wir an der Stelle gerne auf die Schwester-Motion Urgese, die wir vorhin behandelt haben, mittlerweile ein Anzug, die uns das nötige Instrument gibt, flexibel zu reagieren, sollte sich herausstellen, dass wir bei diesem Steuerpaket zu steil gegangen sind.

Drittens, was ist mit der Auswirkung auf die Gemeinde Riehen? Wir sind uns bewusst, dass eine Anpassung der kantonalen Steuertarife direkte Auswirkungen auf die Gemeinde Riehen hat. Die geschätzten Mindereinnahmen von 14 Millionen Franken ab 2027 sind eine Herausforderung, insbesondere vor dem Hintergrund der bereits erfolgten Einbussen durch frühere Steuerreformen. Auch verstehen wir, dass eine Erhöhung des Gemeindesteuerfusses politisch schwierig durchzusetzen ist. Trotzdem will ich hier aber nochmal meiner Vorrednerin, Regierungsrätin Soland, widersprechen. Die Gemeinde Riehen müsste nicht ihre Steuern erhöhen, sie müsste den Gemeindesteuerfuss erhöhen. Sie könnte das durchaus so machen, dass die Steuern ungefähr gleichbleiben. Damit das auch nochmal in aller Deutlichkeit gesagt ist. Es ist jedoch klar, dass die finanzielle Lage Riehens bei der Detailausgestaltung der Steuersenkung ernsthaft berücksichtigt werden muss. In diesem Sinne sehen wir die Motion auch als Ausgangspunkt für eine ausgewogene Lösung, die sowohl kantonale als auch kommunale Interessen einbezieht. Insbesondere wären wir als GLP auch hier offen, natürlich dann im Detail auf Interessen der Gemeinde einzugehen.

Ich komme zum Schluss. Wenn unsere linken Kolleginnen und Kollegen die Motionen nicht mittragen, so können wir das verstehen, denn es entspricht deren politischer Überzeugung, was wir respektieren. Wenn die Überweisung aber jetzt an unseren bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen scheitert, so haben wir dafür nur grosses Unverständnis. Die GLP empfiehlt jedenfalls die Motion zur definitiven Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Bolliger. Sie wird entgegengenommen.

Oliver Bolliger (BastA): Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, aber habe ich Sie richtig verstanden, die GLP begrüsst weitere Steuersenkungen zur jetzigen Zeit in der Gemeinde Riehen? Ist das so richtig, korrekt?

Tobias Christ (GLP): Ich habe gesagt, dass die Gemeinde Riehen keine Steuersenkung machen muss, die kann den Gemeindesteuerfuss anpassen, so dass im Endresultat keine Steuersenkung resultiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Die finanzielle Lage unseres Kantons, und ich glaube, man kann sagen, das ist ein grosses Glück für uns, die ist wirklich auch weiterhin ausgezeichnet und das trotz massivem Ausgabenwachstum in den letzten Jahren. Immer noch schreiben wir hohe Überschüsse in dreistelliger Millionenhöhe. Das war über die letzten Jahre eigentlich ziemlich konsequent der Fall, mindestens im Durchschnitt. Wenn wir uns also nun die Frage stellen, können wir uns das leisten, jetzt hier die Steuern zu senken, dann ist die Antwort, ja, bei weitem können wir uns das leisten.

Was ist jetzt mit den Menschen, denen es nicht so gut geht, die beim letzten Traktandum angesprochen wurden? Was haben wir denn in den letzten Monaten und Jahren nicht alles beschlossen, um genau diese Menschen finanziell zu unterstützen? Wichtig ist es, die Balance zu halten. Wichtig ist es, auch auf die zu schauen, die das alles finanzieren. Es sind relativ wenige Haushalte und wenige Unternehmen, die den wesentlichen Teil des Finanzhaushaltes beitragen. Lassen Sie mich das ein bisschen konkretisieren. Es sind 3 Prozent der höchsten Einkommen, die 40 Prozent aller Einkommenssteuern bezahlen oder noch etwas bildhafter, dank weniger als 5 Prozent der Privatpersonen und der Unternehmen können wir alle Staatsangestellten des Kantons Basel-Stadt finanzieren. So viele Steuern bezahlen diese.

Wenn jetzt also beklagt wird, dass der Spielraum des Kantons beschränkt wird, wenn wir diese Motion überweisen, muss man sich vor Augen führen, dass unsere Investitionen sich seit Jahren auf Rekordniveau befinden. Unsere Pro-Kopf-Ausgaben wachsen jedes Jahr. Von da her ist die Tatsache einfach, Sie wollen weiterhin Jahr um Jahr das Geld mit vollen Händen ausgeben können und wir wollen, dass das Geld im Portemonnaie der Bevölkerung bleibt. Das ist der wesentliche Unterschied, den wir hier haben und den wir hier auszumehren haben.

Die finanzielle Lage unseres Kantons, ich habe es gesagt, lässt das ohne weiteres zu, wir tun gut daran, nicht nur den Sozialstaat laufend auszubauen, sondern auch denen Sorge zu tragen, die diesen im Wesentlichen finanzieren und deshalb bitte ich Sie, überweisen Sie diese Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Vor ziemlich genau zwei Monaten haben Sie alle, auch Frau Regierungsrätin Soland, auch ich, den gleichen Brief bekommen mit der Aufforderung zur Einreichung der Steuererklärung, wo sich Frau Regierungsrätin Soland namens des Regierungsrates dafür bedankt, dass man Steuern zahlt, auch schreibt, dass der Regierungsrat sorgsam mit dem Geld umgeht, das er eintreibt. Was er aber nicht schreibt, ist, dass er in den letzten zehn Jahren Jahr für Jahr zwischen 5 und 10 Prozent zu viel Geld den Bürgerinnen und Bürgern zum Sack herausgeholt hat. So viel etwa ist Jahr für Jahr im Kanton Basel-Stadt Überschuss angefallen. Steuern müssen nach dem Prinzip funktionieren, so viel wie nötig, und ja, so viel wie nötig, Oliver Bolliger, nicht weniger als nötig, so viel wie nötig, aber auch so wenig wie möglich. Gewinnmaximierung darf nicht Prämisse staatlichen Handelns sein, weil das Geld wird nicht verdient, sondern das Geld wird per Zwang von der Bürgerin und vom Bürger eingefordert, damit man das staatliche Arbeiten sicherstellen kann, das selbstverständlich wieder den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt.

434 Millionen Franken Gewinn hat der Kanton Basel-Stadt im Jahr 2023 erwirtschaftet. Ich werde einen Besen fressen, wenn Frau Regierungsrätin Soland nicht in wenigen Tagen für das 2024 wieder einen saftigen Gewinn verkünden wird. Es ist das Luxusproblem dieses Kantons, dass wir im Schnitt etwa 200 Millionen Franken besser abschneiden als budgetiert. Es ist ein Luxusproblem, ich bin froh, dass es so ist und nicht umgekehrt, das sage ich in aller Deutlichkeit. Wenn man jetzt den Teufel an die Wand malt und davon spricht, dass wir unseren Spielraum nicht einengen dürfen, ja, meine Damen und Herren, welchen Spielraum wollen wir einengen, wenn wir hunderte von Millionen Gewinn machen Jahr für Jahr? Wir haben jeden erdenklichen Spielraum, es wurde mehrfach gesagt, wir leisten uns sehr, sehr vieles, wo andere in der Schweiz froh wären, sie könnten sich nur einen kleinen Teil davon leisten. Und das verrückte ist, und da gebe ich Daniel Albietz nicht recht, selbst

wenn diese Motion überwiesen wird, können wir uns das alles weiterhin leisten. Wir müssten uns kein bisschen einschränken, nirgendwo. Wir können weiterhin das Geld mit beiden Händen zum Fenster rauswerfen oder investieren, je nachdem, wo Sie stehen, sehen Sie das wahrscheinlich ein bisschen anders. Es steht nach wie vor genügend Geld zur Verfügung. Und falls dann in einigen Jahren irgendwann mal tatsächlich nicht mehr genügend Geld zur Verfügung steht, dann sagt niemand, man kann den Steuerfuss nicht wieder anpassen, sei es via Anzug Urgese per System oder sei es, indem man halt wieder einen Vorstoss einreicht.

Es wurde der Vergleich gemacht mit den USA. Der amerikanische Staat macht gigantische Defizite Jahr für Jahr und spricht von Steuersenkungen. Wie machen gigantische Überschüsse und sprechen von Steuersenkungen. Das ist doch meines Erachtens ein sehr grosser Unterschied. Es ist klar, dass wir uns, dass der Kanton Basel-Stadt sich eine Steuersenkung auch im geforderten Umfang leisten kann und wir sind auch überzeugt, dass die Lösung, wie sie vorgeschlagen wird, vom System her sozialverträglich ist. Insbesondere tiefe Einkommen profitieren von dieser Lösung. Es ist also, gestatten Sie mir, das so zu formulieren, eine Steuersenkung für alle statt für wenige.

Jetzt haben wir das Problem Riehen. Es ist natürlich bedauerlich, dass Riehen de facto den Kanton jetzt da in Geiselhaft nimmt und sein Veto ausspielen lässt. Es wurde schon in aller Deutlichkeit von Vorrednern gesagt, dass Riehen diese Situation auch anders lösen könnte. Es ist aber nicht so, dass ich kein Verständnis hätte für Riehen, weil wir, der Grosse Rat hat auch Riehen in Geiselhaft genommen in den vergangenen Jahren, indem wir Ausgaben beschlossen haben, welche das Budget von Riehen überdurchschnittlich belasten. Insofern habe ich ein gewisses Verständnis für die Haltung von Riehen, hätte mir aber natürlich gewünscht, dass man das auf anderem Weg löst. Ich nehme zur Kenntnis, dass voraussichtlich die Motion jetzt am Problem Riehen scheitern wird. Da meine Erwartung aber ist, dass wir weiterhin massive Überschüsse schreiben werden, wird eine allfällige Ablehnung meiner Motion jetzt nicht das Ende dieser Diskussion bedeuten, sondern es wird einfach bedeuten, dass man die Diskussion um eine Lösung für Riehen ergänzt weiterführen muss.

Trotzdem bitte ich Sie selbstverständlich um Unterstützung dieser Motion, weil wir können es uns leisten, es ist vom System her eine sehr soziale Lösung und für den Kanton Basel-Stadt und unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eine gute Sache.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprechender ist Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Ich habe der Erstüberweisung mit Überzeugung zugestimmt und ich möchte eigentlich auch heute mit Überzeugung zustimmen. Das ist aber nicht möglich, es ist bereits angetönt worden. Der Gemeinderat von Riehen hat eine ganz spezielle und wichtige Verantwortung wahrzunehmen für die Gemeinde und natürlich insbesondere für die Finanzen. Und dieser Beschluss, so gut er auch ist, die ganze Idee und das ganze Konzept, hat eben Millionen-Ausfälle in Riehen zur Folge und das können wir nebst den anderen Defizit-Millionen im Moment nicht stemmen und deswegen kann ich nicht zustimmen. Ich habe mit Freude von Frau Regierungsrätin Soland gehört, dass man dabei ist, dieses Problem anzupacken, diese Belastung von Riehen, die ständig durch Beschlüsse des Grossen Rates zunehmen, insbesondere im Schulbereich. Wir freuen uns, wenn wir dort diskutieren können und eine Lösung finden.

Aufgrund der Verantwortung als Gemeinderat kann ich leider nicht zustimmen, lieber Lorenz Amiet. Es ist auch keine Geiselhaft, es ist eine Verantwortung, Sie können mir glauben, eine sehr, sehr schwierige Verantwortung, hier dies wahrzunehmen. Ich kann nicht zustimmen und danke Ihnen vielmals für das Verständnis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Annina von Falkenstein. Sie wird entgegengenommen.

Annina von Falkenstein (LDP): Sie wissen aber, dass einer der Gemeinderäte auch in der WAK sitzt und dieses Geschäft, nachdem es überwiesen wird, auch irgendwann in der WAK landet und dort eine bürgerliche Mehrheit ist, sofern dieser Gemeinderat auch mitstimmt mit den Bürgerlichen?

Stefan Suter (SVP): In der WAK könnten Beschlüsse gefasst werden, ja, das wäre gut, aber heute kann ich einfach nicht zustimmen, dass hier eine Steuererhöhung in Riehen die Folge wäre, das wäre fatal und ich bitte nochmals um Verständnis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Von der EVP her haben wir im letzten September die Erstüberweisung der Motion zur Steuersenkung unterstützt, nicht aus ideologischen Gründen, sondern aus sachlichen Gründen, denn der Kanton hat über Jahre mehr Geld eingenommen, als er für seine Aufgaben braucht. Andererseits hatte ich bei meinem Votum vor einem halben Jahr gesagt, dass wir bei der Zweitüberweisung die Überlegungen des Riehener Gemeinderats für unsere Entscheidungsfindung berücksichtigen werden. Der Riehener Gemeinderat schätzt in seiner bereits schon auch erwähnten Interpellationsantwort an den Einwohnerrat Ende Januar die Mindereinnahmen für die Steuerperiode 2026 grob auf 12 Millionen Franken.

Ja, Riehen könnte mit einer gemeindeinternen Steuererhöhung die Ausfälle kompensieren, aber, nun folgt mein aber, das wird in Riehen über Jahre intensive Debatten über die Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuern zur Folge haben. Es wäre ein grosser Aufwand, ein Krampf und weil Steuererhöhungen auch in der Riehen nicht beliebt sind, würde die Mehrheit im Einwohnerrat vermutlich versuchen, das jährliche Budget noch stärker zu beschneiden, als es kürzlich geschehen ist. Ein Beispiel für die Streichung von nicht gebundenen Ausgaben war in der Januarsitzung im Einwohnerrat die substanzielle Budgetkürzung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Gegen die Stimmen von SP, EVP, Grünen und BastA strich die bürgerliche Mehrheit des Einwohnerrates 350’000 Franken für Entwicklungsprojekte im In- und Ausland. Diese Kürzung ist eine einschneidende Abkehr von der bisherigen Regelung, 1 Prozent der Einkommensteuern solidarisch für Entwicklungsprojekte einzusetzen. Dazu kann ich nur den Kopf schütteln. Es geht mir aber nicht nur um einzelne solche Sachfragen, Riehen hat wichtigere Themen als jahrelang über Kürzungsanträge und Steuerfragen zu debattieren.

Die vorliegende Motion betrifft zudem die Gemeindeautonomie der beiden Landgemeinden. Das ist eigentlich der wichtigere Aspekt noch. Riehen will nicht gezwungen werden, die Gemeindesteuern zu erhöhen. Der aktuelle Kurs wird heute keine Mehrheit finden, für uns meines Erachtens eine Chance, bessere Lösungen zu entwickeln. Unabhängig, wie man politisch zu Steuerfragen steht, geht es darum, die Anliegen des Kantons Basel-Stadt mit der Autonomie der beiden Landgemeinden in Einklang zu bringen. Es braucht eine Regelung, mit welcher die Steuern des Kantons angepasst werden können, ohne dass Riehen und Bettingen in ihrer Gemeindeautonomie beeinträchtigt werden. Weil es eine bessere Lösung braucht, bin ich am Vorbereiten eines Vorstosses dazu und bringe ihn auch mit anderen im Gespräch dann später ein und zusammen mit anderen plane ich einen zweiten Vorstoss zu weiteren Themen im Miteinander von Kanton und Landsgemeinden, etwa zur Situation, das wurde auch schon angesprochen, dass Beschlüsse im Grossen Rat sich in finanzieller Hinsicht direkt auf die Jahresrechnung der Landgemeinden auswirken. Auch hier braucht es künftig neue Lösungen.

Die vorliegende Motion werden wir von der EVP her nicht unterstützen, ich bin aber grundsätzlich offen, auch künftig über Steuersenkungen nachzudenken, wenn der Kanton mehr Geld einnimmt, als er braucht, und wenn die Anliegen der Gemeinden Riehen und Bettingen frühzeitig angemessen einbezogen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Somit geht das Wort an Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wie gesagt, finde ich dieses System hier sinnvoller, wenn Sie über Steuersenkungen diskutieren wollen und ja, man sagen kann, entweder ist der Zeitpunkt immer gut oder ist immer schlecht. Der Kanton wird morgen die Rechnung präsentieren. Ich darf Ihnen sagen, Baselland hat uns übertroffen, also von dem her, die Steuersenkungen werden jetzt das erste Mal in der Rechnung sichtbar. Das ist in Ordnung und wir verkraften das, das haben wir auch immer gesagt, machen wir.

Es könnte auch sein, dass man über das Paket diskutieren kann, nur, Sie machen hier jetzt immer wie mehr Bedingungen. Sie haben genau ausformuliert, was es sein muss, Sie sagen, in einem Jahr muss es vorliegen, ja, das muss es dann, das heisst, es soll dann auf 2027 bereits zählen, dann wollen Sie noch den Steuerfuss, den Sie dann immer erhöhen oder wieder senken können, und dann wollen Sie noch die Motion Moesch, Sie wollen die Überschüsse auch noch verteilen. Und gleichzeitig, und das ist das, was ich einfach nicht verstehe, auch gerade bei den Bürgerlichen und der GLP, gleichzeitig sehe ich keine Ausgabe, die Sie nicht tätigen wollen, die Sie nicht erhöhen wollen.

Ich meine, Herr Albietz, Sie haben hier ein Riesenvotum gehalten und was Sie für Entlastung sind und haben schon fast die Verwaltung ins Lächerliche gezogen. Ich glaube, wir haben nachher noch eine Motion Daniel Albietz betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger. Für die Wohnbauträger, die gemeinnützigen, ist es dann wieder in Ordnung. Haben Sie nicht einen Vorstoss unterschrieben für 260 Millionen, die ich bereitstellen soll für die gemeinnützigen Wohnbauträger? Da ist es dann wieder in Ordnung, dieses Geld sollen wir auf der Seite haben, das ist okay. Bei allem, wenn auch der Regierungsrat mal vorschlägt, nicht so viel Geld auszugeben, eine Aufgabe nicht zu machen, da höre ich leider sehr wenig von Ihnen. Sie sagen, Sie brauchen dieses enge Korsett. Also das heisst, Sie möchten Defizite. Sie brauchen Defizite, damit Sie aufhören mit dem Ausgabenwachstum? Geht das bei Ihnen zu Hause auch so? Gut, das war jetzt vielleicht etwas böse, okay, nehme ich zurück. Aber ja, wenn Sie uns schon vergleichen mit einem normalen Haushalt, ich finde es nicht schön, wenn man zuerst Defizite machen muss und dann, ah, jetzt, Baselland hat das gemacht ein Jahr lang, Drama. Und was lese ich heute in der Zeitung, was, 157 Millionen Überschuss, okay, gut, vielleicht nützt es,

vielleicht muss ich wirklich ein Defizit budgetieren, aber dann weisen Sie das Budget zurück und dann sind wir auch nicht weiter. Ich muss ein Defizit in der Rechnung kriegen. Schauen wir mal 2025, ESC, es ist ja geplant, schauen wir morgen nicht, diese Überraschung kann ich vorwegnehmen.

Also ich wünsche mir, dass Sie die Motion nicht überweisen, obwohl ich an sich finde, dass das System freundlicher wäre, aber innerhalb eines Jahres ist es auch sehr knapp und ich glaube, es macht jetzt auch Sinn, der letzten Steuersenkung ein wenig Zeit zu geben. Wir haben Steuern gesenkt, wir haben nicht einfach nichts gemacht. Wir haben ein grosses Standortpaket, von dem ich sehr, sehr, sehr, sehr hoffe, dass die Bevölkerung auch hinter dem Standortpaket steht. Wenn sie das nämlich nicht macht, haben wir grössere Probleme als diese Vorstösse, die Sie überwiesen haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland, es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Frau Soland, haben Sie den Besen griffbereit, den Herr Amiet gerade jetzt verzehren wird?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Nein, leider gerade nicht.

Lorenz Amiet (SVP): Frau Regierungsrätin, die Regierung schreibt, dass eine Steuersenkung jetzt verfrüht sei. Wie viel Überschuss müsste man im 2025 machen, dass Sie das nicht mehr für verfrüht halten würden?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Nein, man muss einen strukturellen Überschuss haben. Der Überschuss misst das strukturell über ein paar Jahre, aber wir könnten dies übergangsmässig auch mit der Motion Moesch, mit der Rückvergütung könnten wir dies ausgleichen und die Bevölkerung sofort entlasten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tobias Christ beantragt die Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Der Regierungsrat und Weitere beantragen die Nichtüberweisung der Motion.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion zur Umsetzung innert eines Jahres, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006219, 26.03.25 16:11:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Nichtüberweisung entschieden mit 57 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen.

43. Motion der Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik, Stellungnahme des RR

[26.03.25 16:11:47, 24.5261.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres.

Tanja Soland verzichtet in der ersten Runde. Somit geht das Wort an Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Die LDP will, dass diese Motion definitiv überwiesen wird. Stellen Sie sich vor, Sie wären Firmeninhaber, Sie hätten sieben Abteilungen, jede Abteilung hat einen eigenen IT-Verantwortlichen und eigene IT-Applikationen. Das Chaos ist perfekt. Was würden Sie tun als Firmeninhaber? Ich bin sicher, jeder hier drin würde sofort die IT zentralisieren, eine Stabsstelle machen und diese weit mit Weisungsbefugnis ausrüsten. Das ist eigentlich der Kern, warum die GPK schon seit Jahren dies fordert und das wurde nicht gemacht. Der Kanton, der böckelt und warum böckelt er, weil jedes Departement seine Hoheit und sein Gärtli selber behalten will.

Nachdem in den letzten Jahren die GPK regelmässig die IT-Mängel und -Schwachstellen in der kantonalen Verwaltung moniert hat und auch die Finanzkontrolle regelmässig Mängel festgestellt hat, ist es an der Zeit, klare departementsübergreifende Verantwortlichkeiten zu schaffen. Es braucht dringend eine klar definierte IT-Governance, ein gesamtkantonales IT-Portfolio, Zentralisierung der IT-Dienste und Informationssicherheit. Der Regierungsrat, wenn er selbst ausführt, dass die aktuellen IT-Strukturen den Ansprüchen nicht vollständig gerecht werden, dann sagt er ja einiges. Angesichts der gravierenden Missstände beschönigt der Regierungsrat mit dieser Formulierung die tatsächliche Situation aber massiv. Ich zähle, einfach ohne Vollständigkeit, ein paar IT-Themen des Kantons auf, die zentral gelöst werden müssen. Sie sind alle im Rechenschaftsbericht der GPK oder im Jahresbericht der Regierung zu lesen oder auch in den Berichten der Finanzkontrolle.

Es braucht eine zentrale IT-Sicherheit. Es braucht zentrale einheitliche Lösungen für Verschlüsselung heikler Mails, wie wir das jetzt gerade in Amerika gesehen haben. Es braucht ein einheitliches Konzept für den Gang des Kantons in eine iCloud. Der Kanton blockiert sich selbst mit hunderten von dezentralen IT-Projekten. Es braucht ein einheitliches Konzept für den Umgang mit der riesigen Datenmenge bzw. durch Prüfung veralteter oder sogar teils unzulässiger Einträge und Autorisierungen. Und es braucht eine zentrale Regelung von KI-Einsatz und zentrale Registrierungspflicht für die KI-Anwendung.

Wenn auch zuzugeben ist, dass mit dem Projekt Pharos endlich etwas in dieser richtigen Richtung unternommen wird, kommt das sehr spät und vermutlich unter dem nun entstandenen parlamentarischen Druck. Mit dieser Motion fördern wir dieses Projekt und halten den Druck aufrecht, bevor dieses Pulverfass explodieren kann. Und wieso soll Pharos nicht möglich sein, wenn statt sieben Departemente nur eines federführend ist? Auch kennt niemand von uns den wirklichen Inhalt dieser Pharos-Projekte und wenn Pharos wirklich alle Anliegen der Motion erfüllt, wie die Regierung in ihrer Stellungnahme ausführt, sehe ich keinen Grund, warum man diese Motion nicht überweisen sollte. Gegen eine allfällige Verlängerung der Frist auf 2 Jahre hat die LDP überhaupt nichts einzuwenden, falls die Regierung mehr Zeit beanspruchen sollte.

Ich bitte Sie, diese Motion definitiv zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring für die SVP.

Joël Thüring (SVP): Ich muss leider meinem Vorredner Lukas Faesch widersprechen. Wir, die SVP-Fraktion sieht das nicht so, wir beantragen Ihnen die Überweisung als Anzug an den Regierungsrat. Die Motion hat im Kern einen Punkt getroffen, den wir natürlich auch sehen. Die IT im Kanton Basel-Stadt ist, was die Struktur anbelangt, sicherlich nicht optimal. Das haben die verschiedenen Vorfälle, die auch in der Motion erwähnt worden sind, die wir aber auch alle aus den Jahresberichten der GPK und aus vielen anderen Berichten kennen, in den vergangenen Jahren gezeigt. Hier gibt es sicherlich ein Verbesserungspotenzial, welches auch ergriffen werden sollte. Und ich würde behaupten, dass auch Frau Regierungsrätin Soland sagen würde, dass die IT im Kanton Basel-Stadt nicht optimal aufgestellt ist. Das ist aber auch tatsächlich teilweise historisch bedingt.

Wir haben die Situation, dass wir nicht nur einen einzigen quasi Strang der Informatik im Kanton haben, sondern dass es eben auch noch Nebenstränge gibt mit der Infrastruktur beim Erziehungsdepartement oder/aber auch beispielsweise bei der Kantonspolizei. Diese verschiedenen Departemente haben anders als vielleicht einen Grosskonzern, Herr Faesch, eben auch ganz unterschiedliche Bedürfnisse, was die IT-Infrastruktur anbelangt. Es geht nicht darum, das ist heute schon zentralisiert, dass alle über Microsoft arbeiten, sondern es geht auch um die Fachapplikationen, die in den jeweiligen Departementen verwendet werden. Ob dort im Zweifel eine Weisungsbefugnis seitens der kantonalen IT, also der IT BS, tatsächlich der richtige Weg ist, um dann auch entsprechend die Abläufe in den Departementen möglichst speditiv zu halten, das wage ich zumindest zu bezweifeln. In meiner Zeit, als ich in der Verwaltung gearbeitet habe, das ist jetzt auch schon 20

Jahre her, war es zumindest so, dass meistens diejenigen IT-Projekte, die dezentral gelaufen sind, die sehr fachspezifisch waren, und in einer Dienststelle wie dem kantonalen Labor gibt es zum Beispiel eben auch sehr viele Applikationen, die sehr fachspezifisch sind, wäre es nicht von Vorteil gewesen, wenn die IT BS eine zu starke Weisungsbefugnis gehabt hätte. Und hier auf diesem schmalen Grad zwischen was ist sinnvoll, dass es zentral geregelt und auch zentral gesteuert wird, und was macht mehr Sinn, dass es weithin in einem gewissen Teil auch dezentral bleibt, befinden wir uns.

Und das von der Regierung nun auch in der Antwort auf die Motion der GPK erwähnte Projekt Pharos scheint uns zumindest nun vernünftig aufgegleist zu sein. Wir müssen es selbstverständlich im Auge behalten. Dafür gibt es Oberaufsichtskommissionen, die sich dieser Sache annehmen können. Das heisst nicht, dass es eine Begleitgruppe dazu geben muss, aber das Projekt kann auch gegenüber dem Parlament dargelegt werden, die Regierung kann Rechenschaft über dieses Projekt ablegen und nun auf diesem Weg, auf dem sich die Verwaltung befindet mit dem Projekt Pharos, quasi eine Umkehr zu verlangen und die Motion, so wie es der Text vorsieht, wie jetzt auch Herr Faesch gesagt hat, so strikt innerhalb eines Jahres oder vielleicht dann auch zwei Jahren, wenn man es verlängern würde, alles zu zentralisieren, würde aus unserer Sicht dieses Projekt Pharos obsolet machen. Wir hätten also einen Zustand, dass wir ein jetzt aufgegleist Projekt, das vielleicht zweifelsohne an der einen oder anderen Stelle dann auch im Laufe des Prozesses noch verbessert oder nachjustiert werden muss, ein Projekt abgebrochen werden muss, sistiert werden muss, es müsste etwas Neues aufgegleist werden und ich bezweifle, dass diese dann Neuauflage der zentralen Verantwortlichkeiten und der dezentralen Verantwortlichkeiten der kantonalen IT mit einem solchen neuen Projekt dann besser, schneller und günstiger wäre.

Deshalb bitte ich Sie im Namen meiner Fraktion, hier dem Regierungsrat zu folgen, ihm diese Motion als Anzug zu überweisen und ansonsten dieses Projekt Pharos jetzt sich entfalten zu lassen und dem Regierungsrat Zeit zu geben, hier gemeinsam mit den Fachverantwortlichen eine möglichst gute, zukunftsfähige IT-Infrastruktur für den gesamten Kanton zu schaffen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Michela Seggiani für die SP.

Michela Seggiani (SP): Tatsächlich muss ich ausnahmsweise meinem Vorredner recht geben in Teilen und die SP-Fraktion ist auch für Anzug, allerdings sind die Gründe doch nicht deckungsgleich, sondern sie sind anders. Eine klare und funktionierende Organisation im Bereich der Informatik ist notwendig, dem stimmen wir auch zu. Wir anerkennen aber auch, dass der Regierungsrat bereits Massnahmen ergriffen hat und wir sind auch froh, dass die aktuelle Struktur allgemein, wie in der Stellungnahme der Regierung ja auch beschrieben wird, als problematisch gesehen wird. Ob das Projekt Pharos die Situation vollständig lösen kann, das weiss ich nicht, da muss ich oder da müssen wir halt auch zugeben, dass wir diese Kompetenzen nicht haben, auch wenn wir in einer Oberaufsichtskommission sitzen. Also das weiss ich nicht, aber es ist sicher eine gute Massnahme und es weist auch in eine gute Richtung.

Deshalb denken wir, dass der Antrag der Regierung, hier auf Anzug umzuwandeln, sicher zu unterstützen ist. So müssen wir auch nicht alles, das schon aufgebaut wurde, wieder abbrechen und bei Neuem beginnen. Deshalb sind wir von der SP für Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Laurin Hoppler für die Grünen/jgb.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Die Digitalisierung und die damit verbundenen Herausforderungen machen deutlich, dass die Organisation unserer kantonalen Informatik eine strategische Schlüsselrolle spielt. Deshalb ist es wichtig, dass wir die vorliegende Motion weiterhin als Motion behandeln und sie umgesetzt wird. Die bisherigen Berichte der Finanzkontrolle und die Erkenntnisse der Jahresberichte der letzten Jahre von der GPK zeigen klar auf, dass die aktuelle Struktur der Informatik in unserem Kanton nicht ausreichend ist. Die IT ist viel zu stark fragmentiert, es fehlt an zentraler Steuerung und klaren Verantwortlichkeiten. Die Folge davon ist, dass die Effizienz leidet und Sicherheitslücken entstehen. All das können wir uns in einer Welt voller Cyberrisiken und zunehmender Digitalisierung einfach nicht leisten, denn diese Cyberrisiken nehmen zu und sie werden zukünftig zur Realität dazu gehören.

Die Motion ist im Grunde sehr klar. Sie fordert eine zentrale departementsübergreifende Instanz, die weisungsbefugt ist und eine klare Struktur schafft. Das ist unseres Erachtens eine notwendige Anpassung, um den Betrieb zu stabilisieren und die Sicherheit zu gewährleisten. Die bisherigen Prozesse zeigen, solange wir nicht eine zentrale Stelle schaffen, die effektiv handeln kann, werden wir weiterhin mit den gleichen Problemen kämpfen. Ein Kulturwandel alleine reicht nicht aus, wenn er nicht von strukturellen Anpassungen begleitet wird.

Die Frist von einem Jahr ist sehr sportlich, das gebe ich zu. Ich denke, es ist aber bei dieser Motion wichtig, dass man sich motivierte Ziele steckt, um auch wirklich ein bisschen den Druck aufrechtzuerhalten, dass diese Ziele auch wirklich

umgesetzt werden und dass nicht weiterhin dieses Thema einfach so schleppend über Jahre hinweg mitgezogen wird. Das können wir uns einfach nicht mehr leisten in der heutigen Zeit.

Deshalb ist unsere Fraktion Grüne/jgb der Überzeugung, dass wir das nochmals als Motion überweisen sollen und bitten Sie, das ebenfalls zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich spreche hier als Einzelsprecher und erlaube mir ein paar differenzierende Bemerkungen. Es gibt auf der einen Seite die Befürchtung, dass wenn diese Motion nicht angenommen wird, nichts läuft, die unnötigen Doppelspurigkeiten weiter vorhanden sind, Sicherheitsstandards im Kanton weiterhin nicht erfüllt werden, die unhaltbaren Zustände gerade im Sicherheitsbereich nach wie vor vorhanden sind und auch Anschaffungen ineffizient sind, usw. Und es gibt auf der anderen Seite die Befürchtung, dass man Initiative und Innovation in gewissen Abteilungen, usw. abwürgt durch zu viel Zentralisierung. Ich glaube, egal, wie es heute herauskommt, und ich persönlich bin in Übereinstimmung mit der GPK dafür, dass man einen Schritt Richtung mehr Zentralisierung wagt, aber egal, wie es herauskommt, es braucht weitere Gespräche und vielleicht auch einen Austausch zwischen Regierung und Oberaufsicht und insbesondere der GPK.

Aus der vorliegenden Antwort ist noch ein bisschen zu wenig klar, ob uns Pharos Licht in der Dunkelheit bringt, also ob das jetzt wirklich der ersehnte Leuchtturm ist oder nicht, das lässt sich, und das hat auch meine Fraktionspräsidentin vorher betont, im gegenwärtigen Zeitpunkt zu wenig klar beurteilen. Ich denke, egal, wie man sich heute entscheidet, und ich bin für den Schritt zur Zentralisierung, man muss sich auf jeden Fall die Risiken bewusst sein, die einhergehen, wenn man entweder die nötigen Schritte nicht unternimmt in der Zentralisierung oder wenn man dann vielleicht auch so weit geht, dass man riskiert, die Initiative in der Abteilung abzuwürgen. Aber was völlig unstrittig ist und auch von der Regierung nicht bestritten wird, ist, dass es Schritte braucht, um sicherzustellen, dass die Sicherheit an vielen Orten gewährleistet werden kann und die Frage ist, wie stark man dem Nachdruck verleihen möchte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat hat im Dezember 2024 entschieden, die Basisdienste bei der IT BS zu zentralisieren. Das scheint hier vollkommen untergegangen zu sein. Wir haben einen Entscheid schon getroffen. Ich weiss nicht, Sie sagen mir, es passiert nichts, ich mache nichts, ich höre nicht auf Sie, ich würde überhaupt nichts machen. Das stimmt einfach nicht. Der Regierungsrat hat entschieden, das ist Vergangenheit, das haben wir gemacht. Wir sind daran, die Basisdienste bei der IT BS zu zentralisieren. Das ist ein grosser Entscheid. Die Mitarbeitenden sind sehr beunruhigt, es wird Verschiebungen geben von den Departementen zur IT BS, da ist jetzt viel Dynamik drin, viel Angst, viel Unsicherheit, aber wir haben das gemacht. Die Regierung hat jetzt quasi endlich gesagt, das geht nicht mehr. Basisdienstleistungen ist die Basis der Digitalisierung. Das sind die Dinge, die laufen müssen, damit die Mitarbeitenden arbeiten können, damit wir digitalisieren können. Und das zentralisieren wir, da sind wir daran, das machen wir, das ist ein Muss, das muss gehen. Einfach nur ganz nebenbei, die Gerichte, die sind dann bei Ihnen. Also wir sind auf diesem Weg.

Wir sind auch auf dem Weg selbstverständlich, dass die Fragen zur KI, die Fragen zur Sicherheit, die müssen gesamtkantonal gelöst werden und umgesetzt und eingehalten. Die Einhaltung, ja, da kann man eine neue Governance machen, da sind wir daran. Dass es am Ende immer Personen geben wird, die das nicht machen das ist so, das wissen wir alle. Wir haben mehrere 1000 Mitarbeitende, dass es da immer einmal einen Mitarbeiter gibt, der ein Mail öffnet, das er nicht sollte, oder der etwas macht, das er so nicht machen sollte, das wird es immer geben, das können wir nicht verhindern, aber wir können diese Basisdienstleistungen zentralisieren.

Was einfach wenig Sinn macht und was wir auch nicht wollen, ist alle Fachapplikationen auch noch zentralisieren. Da gibt es Kantone, die das machen, aber der Regierungsrat hat sich überzeugen lassen, dass Fachapplikationen, die wirklich nur ein oder zwei Departemente betreffen, dort gemacht werden sollen. Weil die Kantonspolizei wird sich sonst bei Ihnen bedanken, wenn unsere IT ihre Fachapplikationen macht. Da sind die Wege zu lange, das macht keinen Sinn, da müssen Fachspezialisten dabei sein, die wirklich dann auch bei der Kapo nahe, kurze Wege haben.

Was genau zu was gehört, da sind wir dabei, das aufzuschlüsseln. Gerne komme ich in die GPK, es wurde einfach bisher abgelehnt, ich habe es angeboten. Ich durfte dann aber in die Finanzkommission gehen. Wir haben es vorgestellt mit Pascal Bettendorf, der Experte, der externe, der dabei ist, Pharos in den Departementen auch umzusetzen. Wir sind hier wirklich am Arbeiten. Ich werde Ihnen, davon gehe ich aus, der Regierungsrat auf meinen Vorschlag hin auch noch vor den Sommerferien vorstellen, wie die IT-Leitung neu besetzt wird. Der IT-Leiter hat gekündigt, der wird Ende Mai aufhören. Wir brauchen eine neue IT-Leitung, wir brauchen eine neue Struktur, wir sind hier wirklich fest am Arbeiten.

Das ist auch der Grund, warum ich das nicht als Motion möchte. Wenn das kommt, dann müssen wir alles zentralisieren, dann waren die jetzigen Entscheidungen falsch, müssen wir irgendwie rückgängig machen, die Mitarbeitenden wissen nicht, was mit ihnen passiert. Ich glaube auch, dass es nicht sinnvoll ist, alles wirklich zu zentralisieren. Ich glaube, der Weg, den wir einschlagen, ist gut. Daher bitte ich Sie, einen Anzug zu überweisen und wir kommen gerne in die Kommissionen und berichten regelmässig, weil wir sind am Arbeiten. Es ist nicht so, dass wir nichts machen. Es passiert einiges im Moment und in den nächsten Monaten und das stellen wir Ihnen gerne vor. Der Entscheid vom letzten Jahr haben wir auch in einer Medienmitteilung kommuniziert, das mag vielleicht beim einen oder anderen untergegangen zu sein.

Daher bitte ich Sie sehr, die Motion als Anzug zu überweisen und uns einzuladen in die Kommissionen, wenn Sie wissen möchten, wo das Projekt gerade steht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland, auch hier wieder zwei Fragen. Sie werden entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie sind ja immer wieder bei uns in der Kommission und Sie haben im Dezember anscheinend entschieden, dass Sie das so machen wollen, wie wir das angeblich wollen. Die Motion wurde im Juni eingereicht. Warum ist es Ihnen dann erst über Neujahr in den Sinn gekommen, auf die GPK zuzukommen zu diesem Geschäft?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich musste den Regierungsentscheid abwarten.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich bin seit vier Jahren in der GPK und seit vier Jahren monieren wir in den Jahresberichten genau das Thema und Sie sagen, Sie hätten noch nie dazu reden können in der GPK?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Nein, tut mir leid, das ist ein Missverständnis, das habe ich nicht gesagt, nein. Nur jetzt gerade nach dem Entscheid des Regierungsrats im Dezember, der etwas spät kann, den musste ich einfach abwarten, weil unklar war, das ist ein etwas historischer Entscheid, ob der Regierungsrat dahinter steht oder nicht. Ich habe nur das gemeint, tut mir leid.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lukas Faesch und Laurin Hoppler beantragen die Überweisung als Motion.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 44 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006221, 26.03.25 16:35:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden.

44. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Sensibilisierung der Verwaltung im Umgang mit psychisch Erkrankten, Schreiben des RR

[26.03.25 16:35:40, 22.5522.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Soland verzichtet. Somit geht das Wort an Melanie Nussbaumer als Fraktionssprecherin der SP.

Melanie Nussbaumer (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. Ehrlich gesagt war die Beantwortung ziemlich enttäuschend. Für die, die den Anzug jetzt nicht gerade nochmals gelesen haben, es geht darum, dass Verwaltungsmitarbeitende, die in Kontakt sind mit Bürgerinnen und Bürgern, dass die besser sensibilisiert sind im Bereich der psychischen Gesundheit respektive psychische Krankheiten. Das heisst, alle, die in der Verwaltung arbeiten, die Kontakt haben mit Bürger*innen sollten ein gewisses Grundwissen haben, wie mit Leuten umgegangen werden muss, die psychisch erkrankt sind. Das wäre eigentlich das Ziel dieses Vorstosses. Jetzt wurden verschiedene Massnahmen aufgezählt in der Beantwortung, dass es schon verschiedene Gefässe gibt, die mit diesem Thema zu tun haben, aber eigentlich wurde das Ziel dieses Vorstosses nicht in Betracht gezogen, dass man das wirklich auch umsetzt.

Es war auch enttäuschend, dass vor allem diejenigen Departemente in den Fokus gerückt wurden, das Gesundheitsdepartement und das WSU, wo es sowieso schon eher Menschen hat, die eine sozialarbeiterische Ausbildung haben oder sonstige Ausbildung haben, die Kenntnisse haben im Bereich psychischer Gesundheit. Also wenn in einer Auflistung steht, dass es in der Sozialhilfe ein Gefäss gibt für Supervision, dann hat das nichts damit zu tun mit diesem Anzug, das ist einfach sehr weit hergeholt respektive hat nichts mit diesem Ziel zu tun. Wie gesagt, das sind Departemente, wo es auch schon bereits Kompetenzen wahrscheinlich gibt, die man vielleicht noch weiter vergrössern könnte, aber da besteht schon etwas.

Aber es gibt natürlich auch andere Departemente, wo man Kontakt hat mit Bürgerinnen und Bürgern, zum Beispiel das JSD. Sie wissen alle, da gibt es viele Leute, viele Angestellte, die Kontakt haben mit Bürgerinnen und Bürgern, zum Beispiel Polizistinnen und Polizisten, oder es gibt das Finanzdepartement, die Steuerverwaltung, auch da hat man Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern und da ist es umso wichtiger, dass diese Grundlagenkenntnisse zum Umgang mit psychisch erkrankten Personen, dass das verbessert wird. Denn wenn dort sensibel mit diesen Leuten umgegangen wird im Kontakt, dann kann man einiges auffangen respektive man verstärkt die Krankheiten, die eh schon bestehen, mit schlechten Reaktionen nicht.

Von dem her ist es wichtig, dass hier weitergegangen wird als das, was im Anzug steht, dass wirklich dieses Ziel nochmals überprüft wird, wie kann man das verbessern, wie kann man die Kompetenzen in der ganzen Verwaltung, in allen Departementen vergrössern und verteilen auf alle Mitarbeitenden, die Kontakt haben mit Bürgerinnen und Bürgern. Ich glaube, das hätte einen sehr guten Multiplikatoreneffekt und ich wäre sehr dankbar, wenn wir das nochmals stehen lassen würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Auch im Namen der Fraktion BastA beantrage ich Ihnen, diesen Anzug von Kollegin Nussbaumer stehen zu lassen, denn es gibt noch so viel zu tun und zu verbessern. Ein Abschreiben dieses Anzugs wäre zurzeit viel zu früh und auch noch nicht angezeigt. Weil früher war das überhaupt nicht so ein Thema, psychische Gesundheit auf der Verwaltung, das war eigentlich fremd. Und erst in den letzten Jahren, da ist auch etwas passiert, da hat die Verwaltung auch Massnahmen eingeleitet und auch individuelle Weiterbildungen umgesetzt, um bei Mitarbeitenden, gerade vor allem die, die mehr vielleicht auch Kontakt mit Menschen haben, die eine psychische Erkrankung haben könnten, auf eine Sensibilisierung hinzuarbeiten.

Dies ist lobenswert, doch wir befinden uns in diesem Prozess erst in den Anfängen. Andere Verwaltungsbereiche, Kollegin Nussbaumer hat es gerade erwähnt, wie zum Beispiel die Einwohnerdienste, wo jeden morgen früh doch ein Mix aus Menschen hinkommen und auch ab und zu warten müssen und vielleicht auch gestresst sind, weil sie sich nicht registrieren konnten, das Betreibungsamt, die Polizei, die Universitäten, Schulen, aber auch die Spitäler stehen vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen. Das hat auch zugenommen im Umgang mit psychisch belasteten Kund*innen oder aber auch mit psychischen belasteten Mitarbeitenden. Und das ist in der Tat auch nicht so einfach, das erreicht auch nicht einfach eine einmalige Sensibilisierungskampagne, ich glaube, da müssen wir länger dranbleiben, um in Zukunft da gute Lösungen hinzubekommen.

Es ist wichtig, dass nicht nur einzelne Mitarbeitende im Umgang geschult werden, sondern die Behörden und Abteilungen mit ihren unterschiedlichen Zielgruppen sie von Amtes wegen auf dieses Thema sensibilisieren und Massnahmen auf struktureller Ebene und nicht nur auf individueller Ebene wiederholt einleiten. Besonders die Führungskräfte sind entsprechend gefordert, um das Bewusstsein zur Problematik in den Abteilungen hochzuhalten. Ich bin überzeugt, dass gezielte Sensibilisierungskampagnen in den spezifischen Ämtern sich positiv auf die Kultur und auf den Umgang mit psychisch erkrankten Menschen auswirken werden. Da hat es noch viel Luft nach oben und es würde sich lohnen, hier weiterzudenken und nochmals zu berichten in zwei Jahren.

Deshalb wollen wir den Anzug stehen lassen, damit weitere Massnahmen entwickelt werden können, die auch vor allem vermehrt auf struktureller Ebene ansetzen. Für die kommende Beantwortung des Anzugs wäre es deshalb wünschenswert aufzuzeigen, welche Ziele, Massnahmen und Sensibilisierungen auf struktureller Ebene für die Verwaltung skizziert und umgesetzt werden können. Besten Dank für das Stehenlassen dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Rednerinnen und Rednern ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich finde, Herr Bolliger und Frau Nussbaumer haben nicht genau das Gleiche gesagt und ich gehe eher mit Herrn Bolliger einig. Also wenn Sie, Frau Nussbaumer, möchten, dass wir alle individuell schulen, und Sie sprechen jetzt vor allem die Mitarbeitenden bei mir an, Steuerverwaltung, Polizei, nehme ich an, dass die das haben, da gehe ich davon aus, die haben ja eine sehr intensive und lange Schulung in Hitzkirch, aber jetzt bei mir, bei der Steuerverwaltung, da müssen Sie schon sehen, wir reden hier von sehr tiefen Lohnklassen. Also Sie reden hier von Personen, die sowieso schon unter Druck stehen, die bereits viele Weiterbildungen in ihrem Bereich machen müssen und da gibt es vielleicht noch Weiterbildungen, die vielleicht noch wichtiger wären, bevor diese kommt. Und da sollen sie geschult werden in psychischen Krankheiten. Ich muss Ihnen sagen, ich bin Pflegefachfrau Psychiatrie, ich war drei Jahre in Ausbildung, ich habe zehn Jahre in der Psychiatrie gearbeitet. Das ist nicht ganz so einfach und nimmt viel Zeit in Anspruch und man erwartet dann auch viel von den Personen.

Ich gehe eher mit Herrn Bolliger einig, dass es eine strukturelle Frage ist, dass es auch eine Frage der Führungskräfte ist, dass man eher sich dort überlegen soll, wie geht man um. Und tatsächlich ist das bei der Steuerverwaltung ein Thema. Es gibt eine Person, sagen wir, die wahrscheinlich auch psychisch erkrankt ist, die ich ab und zu aus dem Gebäude begleiten muss, weil meine Mitarbeitenden Angst haben. Aber dies jemanden in einem Weiterbildungskurs oder mit einer Kampagne kurz beizubringen, ist ein hoher Anspruch. Dass man Kampagnen macht, und das macht auch das Gesundheitsdepartement immer wieder über Depressionen oder gewisse Themen, bei Psychotikern wird das etwas schwieriger, hier Verständnis zu kriegen, ist auch wirklich nicht ganz so einfach, da glaube ich, da gibt es Kampagnen, aber wirklich alle einzeln zu schulen, ich glaube, dieser Anspruch ist einfach zu hoch.

Ich würde eher das Votum von Herrn Bolliger aufnehmen, ich denke, das ist auch bei mir immer ein Thema. Wir haben das auch, das machen wir, dass wir eher strukturell überlegen, was kann man verbessern, auch die Sicherheit der Mitarbeitenden beim Schalter, dass sie sich wohlfühlen. Hier wäre wahrscheinlich eine Supervision noch zielführender als eine Weiterbildungsmassnahme. Aber wir gehen die Themen an, wir sind dabei, aber wenn wir jetzt wirklich alle einzeln schulen müssen, ich glaube nicht, dass das für diese Mitarbeitenden das Zielführende ist, die auch schon sonst sehr unter Druck stehen. Ich glaube, dass wir hier eher quasi die Führungspersonen ansprechen müssen.

Aus diesem Grund wäre ich Ihnen dankbar, den Vorstoss abzuschreiben, auch wenn ich das Thema wirklich wichtig finde, und dass wir das auch weiterhin mit HR BS in diesem Sinn bearbeiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Vorstoss abschreiben. Für Stehenlassen plädieren Melanie Nussbaumer und Oliver Bolliger.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006223, 26.03.25 16:45:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 55 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung dafür entschieden, den Anzug stehen zu lassen.

45. Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger, Stellungnahme des RR

[26.03.25 16:46:07, 24.5424.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres.

Als erster Fraktionssprecher hat sich gemeldet Michael Hug für die LDP.

Michael Hug (LDP): Die gemeinnützigen Wohnbauträger haben eine wichtige Funktion zu erfüllen und das anerkennt auch die LDP-Fraktion, insbesondere beim grossen Kompromiss zu Basel baut Zukunft, wo man die Bauträgerneutralität auch festgelegt hat, oder bei der Hafeninitiative, wo man 100 Prozent Kostenmiete festgelegt hat. Es gibt bereits viele Instrumente und Mechanismen, die gemeinnützige Wohnbauträger auch privilegieren gegenüber anderen Wohnbauträgern. Das steht auch in der Beantwortung der Regierung. Uns ist in diesem Sinne nicht klar, weshalb noch ein zusätzliches Mittel nun hier gegeben werden soll über diese Restfinanzierungsdarlehen, um diese gemeinnützigen Wohnbauträger noch weiter zu fördern. Die Statistik heute hat gezeigt, dass vor allem Genossenschaften hier in Basel umbauen und auch neu bauen. Es gab erst gerade einen Zeitungsartikel, der auch zeigt, dass die Genossenschaften mitursächlich sind für viele Abbrüche, wenn man die Schweizer Optik einnimmt.

Wie ich schon gesagt habe, wer sind eigentlich die gemeinnützigen Wohnbauträger? Es gibt die Wohnbaugenossenschaften, es gibt Stiftungen für den sozialen Wohnungsbau, es gibt aber auch Wohnbauträger, die durchaus soziale, wohnpolitische Anliegen unterstützen, aber die hier nicht darunter fallen. Ich habe erst gerade ein Gespräch gehabt mit jemandem, der vertritt eine Aktiengesellschaft, die schon seit den 70er-Jahren sozialen Wohnraum bereitstellt. Die können von diesen Massnahmen nicht profitieren, was mich doch sehr stört, dass man hier so einfach nur vor allem die Genossenschaften unterstützt. Weshalb braucht es noch mehr? Wie wir schon gehört haben, gibt es schon Darlehen und Subventionen an Wohnbauträger. Es gibt Bürgschaften, die über das Wohnraumfördergesetz gemacht werden können, auch bei der Basler Kantonalbank. Die Wohnbauträger sind ausgenommen vom Wohnschutz im Vergleich zu anderen Formen. Weshalb braucht es also noch mehr?

Zudem möchte ich mir einen Seitenhieb hier nicht verkneifen, dass die Genossenschaften nicht das Allheilmittel sind, um alle Probleme zu lösen. Genossenschaften, und das sieht man in der Berichtserstattung, national auch haben strukturelle Probleme. In vielen Wohnbaugenossenschaften ist es zum Beispiel so, dass junge Familien, Studierende oder Ausländerinnen und Ausländer einen schwierigen Zugang finden, weil sie nicht aufgenommen werden. Auch für die Genossenschaft ist es so, dass sie lieber jemanden haben, der regelmässig zahlen kann und keine Wechsel stattfinden.

Das ist schon ein grosses Thema, das ich finde, sollten wir einmal besprechen. Und nochmal, wenn wir so eine Förderung noch weiter ausbauen wollen, dann finde ich es fair, wenn der Begriff des gemeinnützigen Wohnbauträgers weiter gefasst werden würde und vielleicht können wir dann ins Gespräch finden, aber zu diesem Zeitpunkt ist die LDP-Fraktion nicht bereit, dieses Anliegen weiter zu unterstützen und spricht sich darum für eine Nichtüberweisung aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Kollege Hug hat die Analyse schon angesprochen. Ich weiss nicht, wer es gesehen hat heute, die Medienmitteilung, es ging um die Wohnraumproduktion vom Kanton. Wir haben im letzten Jahr noch 151 neue Wohnungen geschaffen, das ist im Vergleich zum Höchstwert im 2022, wo es 900 waren, noch 15 Prozent. Natürlich geht es hier nicht genau um das gleiche, aber es zeigt eigentlich, dass halt trotzdem auch hier wieder ein Zusammenhang besteht. Wir brauchen eigentlich hier Deregulierung und nicht mehr Regulierung. Und da bei diesen Zahlen, die heute veröffentlicht wurden, müssten doch die Alarmzeichen bei allen Fraktionen, die Lampen müssten leuchten und ich staune schon, dass hier nur die FDP und die LDP für Abschreiben sind.

Mit diesen Restfinanzierungsdarlehen, die führen natürlich dazu, dass die Immobilienpreise steigen. Für das muss man kein Wirtschaftswissenschaftsstudium absolvieren, da reicht auch die Migros-Klubschule. Ich glaube, das ist offensichtlich, der Regierungsrat führt das auch aus in seinem Bericht. Daher müssen wir wirklich da aufpassen, was wir machen, und nicht zusätzlich neue Staatsinterventionen machen. Ich weiss, die Frau Regierungsrätin hat das nicht gerne, wenn ich von Planwirtschaft rede in diesem Kontext, aber wir laufen halt leider langsam immer mehr in diese Richtung und statt wir eben deregulieren, regulieren wir in diesem Wohnungsbaumarkt immer mehr und schaffen keinen attraktiven Standort für die Wohnbauinvestoren.

Daher bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Ivo Balmer für die SP.

Ivo Balmer (SP): Heute verhandeln wir ja wirklich jetzt zum zweiten Mal diese Überweisung, die wir als SP-Fraktion sogar als Motion ein zweites Mal überweisen wollen zu diesen Restfinanzierungsdarlehen. Ich bitte diesen Titel nochmals zu lesen, es ist Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger*innen. Lieber Kollege Hug, bitte lassen Sie doch uns jetzt nicht nochmals diese Diskussion eröffnen. Wir haben das bei der Kostenmiete gehabt. Gemeinnützige Wohnbauträger*innen ist viel weiter gefasst, als dass die Genossenschaften sind. Das heisst, alle die, die sich zu dem bekennen, die können natürlich dann auch entsprechend, wenn dieses Instrument eingeführt würde in unserem Kanton, davon profitieren und die entsprechenden Restfinanzierungsdarlehen bekommen. Ich denke, das ist klar und es ist auch klar, dass wir hier eben nicht nur von diesen Genossenschaften reden.

Sie können sich vorstellen, eigentlich bin ich sehr erfreut, wie das letzte Mal, nochmals über diesen Vorstoss hier mit Ihnen debattieren zu können und heute bin ich auch sehr erfreut über die Beantwortung des Regierungsrats, weil er macht hier klar, dass einerseits dieser Vorstoss rechtlich zulässig ist und vor allem, und da möchte ich schon Kollege Seiler bitten, er stuft das Anliegen preisgünstiger Wohnraum und das auch zu fördern als inhaltlich bedeutsam ein. Das ist ja genau den Rahmen, den wir haben, die Bundesgesetzgebung macht das klar mit Artikel 108 und wir nehmen es explizit auf mit dem Recht auf Wohnen und wir haben die Zielsetzung bis 2050, den Anteil an preisgünstigem Wohnraum, und da zählen jetzt sogar noch mehr dazu, da gehört nämlich das ganze Wohnbauprogramm der öffentlichen Hand dazu, da gehört auch die kantonseigene Stiftung dazu, diesen Anteil, der heute je nach Statistik bei 13 Prozent dümpelt, diesen zu erhöhen bis 2050 auf 25 Prozent.

Und diese Motion bietet jetzt die Gelegenheit, das sehr gezielt und vor allem schneller zu machen. Und da ist der Vergleich mit dieser Wohnbauproduktion, hier reden wir nicht primär über eine direkte Neubauförderung, sondern es sind Restfinanzierungsdarlehen, dass die gemeinnützigen Bauträger*innen auf dem Immobilienmarkt Grundstücke erwerben können. Herr Hug hat es ja ausgeführt, die verdichten dann auf ihren Flächen, die machen Aufstockungen, die schauen dann in einem zweiten Schritt, dass es preisgünstigen Neubau gibt, und das ist das, was fehlt in diesem Kanton. Es ist der preisgünstige Wohnungsbau, der angekurbelt werden muss.

Und doch eine Bemerkung, weshalb Motion. Ja, weil eben auf dem Immobilienmarkt die Zeit das entscheidende ist und deshalb müssten wir jetzt hier vorwärtsmachen. Ich meine, es ist ein Jahr drin, dann reden wir in einem Jahr nochmals darüber, da sind wir kulant und es ist wichtig, dass es vorwärtsgeht, weil jede Immobilie, die nochmals kommt, die ist dann teurer und deshalb müssen wir hier jetzt vorwärtsmachen. Und ich glaube, das ist Spekulation, das ist nicht Preistreiberei. Ich weiss nicht, ob Sie das Mal sich vor Augen geführt haben, wie viele Handänderungen es überhaupt in unserem Kanton gibt und dieser Anteil, der dann mit diesen Restfinanzierungen gefördert würde, der ist verschwindend klein bzw. wären dann diese Rahmenfinanzierungen sofort aufgebraucht, wenn wir irgendwie da überborden würden und diese Restfinanzierungsdarlehen so eine grosse Nachfrage finden.

Statistisch ist es super relevant, weil dem Ziel kommen wir natürlich mit einer Wohnung, die wir überführen in den gemeinnützigen Wohnungsbau, dieser Quotenzielsetzung viel näher. Das ist einfach diese statistische Grösse, weil das 100 Prozent gleichbleibt. Und dort, weshalb ist die Gemeinnützigkeit hier entscheidend, ist wirklich, weil das einmal geschieht und dann bleibt es auch. Dann ist das eben nicht eine Wohnung, die dann jedes Mal, wenn sie neu vermietet wird, in ihrem Preis steigt, sondern sie bleibt in diesem Segment. Und ich möchte hier wirklich bitten, dass wir uns auf diese Gemeinnützigkeit einigen können. Wir haben beim Basel baut Zukunft explizit die Eigentümer*innenneutralität eingeführt. Also das heisst,

sobald sich eine Körperschaft zu diesem Prinzip bekennt, dann kann sie für die Liegenschaft, die sie erwerben möchte, von diesen Restfinanzierungen profitieren.

Deshalb bitte ich Sie jetzt wirklich, machen wir vorwärts, bremsen wir die Spekulation, überweisen wir das als zweites Mal als Motion und dann schauen wir weiter. Ich glaube, es würde unserem Kanton gut anstehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Balmer, es gibt eine Zwischenfrage von Michael Hug. Sie wird entgegengenommen.

Michael Hug (LDP): Sie, der sich immer gegen die Spekulation ausspricht, wie stellen Sie sich dazu, wenn ein Privateigentümer dann weiss mit diesem Restfinanzierungsdarlehen, dass er die Liegenschaft teurer verkaufen kann als ohne?

Ivo Balmer (SP): Ich glaube, wenn ein Privater wirklich nachhaltig das einem Gemeinnützigen zuführen wird, dann kann er den Preis eben genau ein bisschen höher machen, weil wenn er es auf dem Markt verkauft, dann kriegt er es so oder so, den höheren Preis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Grüne/jgb hat Lea Wirz das Wort.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Mit der vorliegenden Motion wird das Ziel verfolgt, den gemeinnützigen Wohnungsbau im Kanton Basel-Stadt zu fördern, indem mit dem Restfinanzierungsdarlehen ein neues Instrument geschaffen wird. Angesichts der Wohnungslage, unserer politischen Zielsetzung im Bereich des bezahlbaren Wohnraums, möchte die Fraktion Grüne/jgb die Motion als solche an die Regierung überweisen. Ich glaube, die Zahlen, die veröffentlicht wurden zu den Neubauten und zu den Sanierungen, sprechen eigentlich auch für sich, dass es hier weitere Bestrebungen braucht.

Die kantonale Verfassung, aber auch das Wohnraumförderungsgesetz geben klar vor, dass der Erhalt und die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum aktiv unterstützt werden soll. Wir haben uns hier im Kanton das Ziel gesetzt, dass der Anteil an preisgünstigem Wohnraum bis 2050 auf 25 Prozent steigen soll. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es geeignete Instrumente, die den Erwerb und die Sanierung von Liegenschaften und auch den Bau durch gemeinnützige Wohnbauträger*innen erleichtern. Die Motion bietet hier Hand, indem sie eine gesetzliche Grundlage für die Restfinanzierungsdarlehen fordert. Diese Massnahmen stärkt somit direkt die Umsetzung bestehender politischer Ziele und ist ein logischer und notwendiger Schritt zur Erfüllung der gesetzten Zielwerte und diese Ziele sind richtig und wichtig.

Wir haben in der letzten Session hier über die Ausweitung der Mietzinsbeiträge beschlossen, dass wir ein solches Instrument brauchen, und dies nun auch auf weitere Personengruppen ausgeweitet haben, zeigt doch deutlich, dass wir im Bereich des bezahlbaren Wohnens vorwärtsmachen müssen und das günstige Wohnen grundsätzlich stärken müssen. Das vorgeschlagene Instrument ist ein Schritt in die richtige Richtung und die geforderte Rahmenausgabenbewilligung von 40 Millionen Franken ist sinnvoll investiertes Geld, das nicht verloren geht, sondern verzinst in den Kantonshaushalt zurückfliesst. Es verunmöglicht zudem auch nicht, dass andere Bauträgerschaften Immobilien und Grundstücke erwerben können, sondern stärkt diejenigen, die es im Bietverfahren eher schwer haben. Die Hebelwirkung dieser Massnahme scheint uns daher gross. Durch die Restfinanzierungsdarlehen wird es gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen und -Trägern überhaupt erst ermöglicht, bei Liegenschaftsverkäufen realistisch mitzuhalten.

Ich bitte Sie daher im Namen der Fraktion Grüne/jgb, den Vorstoss als Motion an die Regierung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ich darf vorwegnehmen, dass auch die Fraktion Mitte-EVP für die Weiterbehandlung als Motion ist und Ihnen daher dies auch empfiehlt.

Es war interessant vorher, die kleine Spitze von Frau Regierungsrätin Soland zu vernehmen, die einen Widerspruch empfunden hat zwischen meiner Unterstützung von Steuersenkungen und der Einreichung einer solchen Motion. Und ich bin wirklich ein bisschen überrascht, weil ich davon ausgehe, dass die Vorstösse, die ich einreiche, sowohl von der zuständigen Regierungsrätin wie auch von der Verwaltung gelesen werden, verstanden werden und dass unsere Regierungsrätin den Unterschied zwischen einer Finanzanlage und einer Ausgabe respektive Aufwand in einer Erfolgsrechnung kennt. Denn was hier vorgeschlagen wird, ist eigentlich ein Finanzprodukt für den Kanton, das seine Kosten nicht erhöht, sondern das Geld

wird angelegt, es muss zurückbezahlt werden, es wird verzinst, wir reden von einer Anlage. Aber Frau Regierungsrätin Soland war auch schon überrascht, als ich sie fragte, ob der Kanton eine Anlagestrategie hat, für das muss er ja Anlagen haben und die hat er, das kann ich Ihnen versprechen.

Es geht nochmals zur Klärung nicht um staatlichen Wohnungsbau, es geht nicht um A-fonds-perdu-Beiträge, sondern es geht um die Förderung gemeinnützigen Wohnungsbaus durch private Bauträger. Und die sind eben nicht beschränkt auf Genossenschaften, sondern es können Stiftungen sein, es können sogar Aktiengesellschaften sein, die sich dem Prinzip der Kostenmiete verschrieben haben. Und auch hier, zur Kostenmiete gehören auch Finanzierungskosten, das heisst, wenn Hypothekarzinsen steigen, was sie auch schon mal waren, viel höher, dann muss das in der Kostenmiete einberechnet werden und führt halt auch dort zu entsprechenden Korrekturen, aber uns scheint eben, dass das vorrangige Ziel, auf das der Regierungsrat auch verweist, wichtig ist, nämlich die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus als Verfassungsauftrag in der Bundesverfassung. Es ist ein Ziel der Wohnungspolitik des Bundes gemäss Artikel 108 Bundesverfassung.

Demselben Ziel hat sich auch die Mitte verschrieben in ihrem Parteiprogramm, das habe ich letztes Mal dargelegt. Es geht um gemeinnützigen Wohnungsbau von privaten Wohnbauträgern, der gefördert werden soll. Wir sprechen von einem Markt, der überhitzt ist, der ein knappes Angebot hat. Wir reden von einer sehr tiefen Leerstandsquote, wir müssten grössere Leerstände haben, damit hier ein Markt spielen würde und darum braucht es für die zur Verfügungstellung preisgünstigen Wohnraums auch für Familien solche Werkzeuge.

Die Motion verlangt die Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage. Mir ist auch nicht klar, weshalb der Regierungsrat jetzt findet, man soll das nur als Anzug überweisen. Selbst wenn es als Motion weiterginge, und wir möchten das gerne, dann kann man ja über den Betrag immer noch bei dieser Vorlage, wenn sie denn kommt, verhandeln oder über den Mechanismus, aber es geht um den verbindlichen Auftrag, hier ein Finanzierungsinstrument im gewünschten Sinne zu schaffen.

Die Argumente für oder gegen die Motion, die wurden ja schon bei der Erstüberweisung diskutiert, ich werde darauf nicht mehr allzu gross eingehen. Wir sehen auch den Vorwurf der Preistreiberei als Vorwand. Ich möchte Ihnen folgendes Beispiel nennen: Es gibt Situationen, da möchte ein privater Eigentümer sein Mehrfamilienhaus verkaufen. Er hat ein Angebot eines Privaten, aber findet, eigentlich würde ich gerne gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Der Private würde aber einen geringfügigen Betrag, und wir reden hier von 20’000 Franken pro Wohnung, nicht von Beiträgen in beliebiger Höhe, die Genossenschaft erhält so ein Mittel, den Privaten einen etwas höheren Preis zu zahlen, der bei der Finanzierung berücksichtigt werden muss. Aber dadurch wird Wohnraum in gemeinnützigen Wohnraum umgewandelt, der auf lange Zeit eben als gemeinnütziger Wohnraum gesichert ist.

Aus der Beantwortung des Regierungsrates vermute ich, dass ihn vor allem die Jahresfrist gestört hat. Hier hätte die Möglichkeit bestanden, eine längere Frist zu beantragen, das war nicht der Fall. Für mich ist auch das ein Vorwand, denn natürlich will sich die Verwaltung möglichst lange Zeit nehmen. Aber es zeigt sich, Fortschritt wird oft nur mit knappen Zeitverhältnissen und Fristen erreicht. Dass es möglich ist, zeigt die Umsetzung des ESC, es gibt auch weitere Beispiele, wo eben knappe Fristen auch zu entsprechender Bewegung führen. Und die Dauerüberlastung von Amtsstellen halte ich noch immer für eine widerlegbare Vermutung.

Wie schon bei der Erstüberweisung erwähnt, wurde ich wiederholt auf die Frage angesprochen, was denn unter gemeinnützigem Wohnungsbau zu verstehen sei und sogar institutionelle Anleger haben mich gefragt, ja, wenn wir jetzt als AG uns der Kostenmiete verschreiben müssen, zum Beispiel bei Basel baut Zukunft oder bei anderen Arealen, die genannt wurden, können wir da dann profitieren? Und es ist eben so, Bauträger, egal, welche Trägerschaft sie haben, können diese Beiträge beanspruchen, wenn sie nach dem Prinzip der Kostenmiete arbeiten.

Aus bürgerlicher Sicht abschliessend nochmals zu betonen ist, dass es sich nicht um A-fonds-perdu-Beiträge handelt, sondern um rückzahlbare und verzinsliche Darlehen, also um eine Anlage nochmals des Kantons. Zudem Wohnbaugenossenschaften investieren immer, bei hohen und bei tiefen Zinsen, bei Konjunktur und Inflation. Sie sind damit ein konjunkturunabhängiger Motor der regionalen Wirtschaft. Das wird viel zu wenig beachtet und in diesem Sinne empfehle ich Ihnen Überweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der heikle Punkt ist nicht Punkt 1, mit dem Sie jetzt immer argumentiert haben mit den Darlehen. Die Darlehen sind nicht der heikle Punkt, der heikle Punkt ist Punkt 2. Es tut mir leid, aber da steht: Diese durch den Grossen Rat bereits beschlossene Rahmenausgabenbewilligung finanziert dabei eine allfällige Differenz. Beim zweiten Punkt geht es um die Finanzierung. Ich habe in diesem ganzen Punkt nichts von einem Darlehen gelesen und ja, wir haben das schon, diese 20 Millionen, und ich kann Ihnen sagen, das ist eine schwierige Voraussetzung. Weil was Sie wollen, ist,

dass wir einen Teil finanzieren, und zwar zwischen einem Marktpreis und quasi einem etwas überhöhten Preis an einen gemeinnützigen Wohnbauträger, also quasi nicht an eine staatliche Organisation, sondern an einen Privaten. Das ist eine Subvention, ich verstehe das nicht anders. Das sind Subventionen und dann noch in einer Rahmenausgabenbewilligung. Das ist Verwaltungsvermögen, da brauche ich eine rechtliche Grundlage, um diese Subvention zu geben. Das wird dann nicht ganz so einfach, das wird ein schwieriges Unterfangen.

Punkt 1 bin ich mit Ihnen einverstanden, das hat mir auch Immobilien Basel-Stadt gesagt, das könnte man machen, dass macht einen gewissen Sinn mit diesem Darlehen für diesen Bereich, da ist es wirklich ein Darlehen. Aber da geht es um eine Finanzierung beim Punkt 2 und das ist eine Subventionierung, das wäre dann ein Staatsbeitrag. Ja, wir werden schauen, wie wir das machen und das wird nicht so einfach, da brauchen wir eine rechtliche Grundlage und der Grosse Rat muss diese dann zuerst beschliessen. Ja, innerhalb eines Jahres ist etwas knapp, aber wenn Sie das möchten, dann machen wir das.

Wir sind vor allem da kritisch, wenn Sie uns einen Anzug geben, dann könnte man prüfen, was wäre allenfalls noch möglich, was nicht im Verwaltungsvermögen ist. Verwaltungsvermögen ist eine Staatsaufgabe und ob es eine Staatsaufgabe ist, privaten Wohnbauträgern, auch wenn sie gemeinnützig sind, ihre Wohnungen zu finanzieren, darüber kann man sich streiten. Wenn der Kanton das macht, wäre ich noch einverstanden, nachher wird es einfach schwierig, dann werden wir auch Bedingungen haben müssen. Dann wird sich auch die Frage stellen, wer darf in die Wohnungen. Das kann ich dann wahrscheinlich nicht mehr Ihnen überlassen, da müssen wir ein ganzes Konzept haben, weil das sind dann wirklich subventionierte Wohnungen. Das gibt schon ein wenig einen Unterschied zu heute, das wäre ein Systemwechsel.

Darum haben wir Sie gebeten, einen Anzug zu machen, dass wir diese Schwierigkeit vielleicht umgehen könnten. Ich hoffe jetzt noch und bitte Sie, das in einen Anzug umzuwandeln, ansonsten werden wir uns dann in einem Jahr über das Subventionsverhältnis unterhalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ivo Balmer und Weitere beantragen die Überweisung als Motion.

Wir kommen zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006225, 26.03.25 17:12:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 55 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen.

Michael Hug beantragt Nichtüberweisung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006234, 26.03.25 17:14:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 1 Jahr

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Motion überweisen mit 56 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

46. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen, Schreiben des RR

[26.03.25 17:14:39, 22.5570.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Frau Soland verzichtet in einer ersten Runde. Somit hat das Wort die Fraktionssprecherin für die SP, Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die SP-Fraktion möchte meinen Vorstoss stehen lassen, denn es wird hier aufgezeigt, dass wenn möglich den Mindestanforderungen entsprochen wird. Das reicht mir aber bei weitem nicht. Es kann nicht sein, dass wir in Basel im Thema Behinderung ein Minimum erfüllen und davon ausgehen, dass das reicht. Diese Ausgangslage ohne weitere Erklärung ist mir zu dürftig. Die Intention, wenn immer möglich, hindernisfrei zu bauen und aus Fehlern, zum Beispiel beim kHaus, zu lernen, fehlt mir oder lese ich zumindest nicht aus dem vorliegenden Bericht.

Menschen mit Behinderung empfinden nicht einfach etwas als nicht barrierefrei. Für sie hat ein Bau je nachdem so viele Barrieren, dass ihnen der Zugang eben verwehrt bleibt. Das Bestreben, hier etwas zu ändern, fehlt mir. So wird zum Beispiel erwähnt, dass jeweils Expert*innen zuzuteilen seien, aber ob das dann wirklich gemacht wird, wie, wann, wo, etc., das wird nicht erläutert. Ehrlich gesagt bin ich über die Beantwortung etwas enttäuscht. Ich habe die Form des Anzuges gewählt, weil ich ja möchte, dass geprüft und berichtet wird, nicht nur geantwortet, sonst hätte ich eine schriftliche Anfrage gemacht.

Es wird uns auch hier immer wieder gesagt, es brauche nicht immer Motionen, wenn wir etwas erreichen wollen mit unseren Vorstössen und ich möchte jetzt deshalb stehen lassen, um wirklich noch einmal anzustossen, dass hier eine Wirkung erzielt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Michela Seggiani

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006236, 26.03.25 17:17:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 53 Nein-Stimmen gegen 35 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

47. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend verbesserten Begleitung vulnerabler Menschen durch das ABES, Schreiben des RR

[26.03.25 17:18:09, 22.5370.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

48. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose, Schreiben des RR

[26.03.25 17:18:40, 18.5240.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

49. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend eines kantonalen KMU-Klimafonds für Basel-Stadt - juristische Grundlage und Planungssicherheit schaffen, Schreiben des RR

[26.03.25 17:19:04, 22.5247.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrat Sutter verzichtet auf ein Votum. Somit geht das Wort an die erste Fraktionssprecherin für die Grünen/jgb, Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich stelle den Antrag im Namen meiner Fraktion Grüne/jgb, dies stehen zu lassen.

In der Beantwortung wird auf das Standortpaket verwiesen. Wie wir in diesem Saal ja alle wissen, wird es mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit zu einer Abstimmung kommen und daher ist es nur gerechtfertigt, diesen Anzug jetzt auch stehen zu lassen und die Abstimmung abzuwarten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Beat K. Schaller für die SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Laut Anzug soll die Regierung eine sinnvolle gesetzliche Grundlage und anteilige Finanzierung eines kantonalen KMU-Klimafonds vorschlagen. Ja, wen überrascht es, aber einmal mehr muss das Klima herhalten, um

Steuergelder ausgeben zu können. Und willst du eine Abstimmung gewinnen, dann hänge das Wort Klima daran. Eine neuzeitliche Politikstrategie, die uralt ist. Mit Angst lässt sich noch immer hervorragend politisieren. Es reicht scheinbar nicht, die Förderung der für uns tatsächlich enorm wichtigen kleinen und mittleren Unternehmen voranzutreiben, die Unternehmen, die sehr viele Arbeitsplätze bereitstellen, sehr viele Ausbildungsplätze, es braucht da noch das Klima, es muss ein KMU-Klimafonds sein.

Erhellend ist einmal mehr, welche Ideen die baslerischen Geldschwämme produziert. Die Anzugssteller schreiben, mit seinem strukturellen Überschuss verfügt der Kanton über die nötigen Mittel, um einen entsprechenden KMU-Klimafonds zu äufnen. Ja, ich bitte Sie, wie kurzsichtig ist denn das? Hier wird einfach angenommen, dass dieser strukturelle Überschuss in Stein gemeisselt sei und auf ewig garantiert. Eine Denkweise, welcher wir leider immer wieder begegnen. Das sind hehre Ideen, welche spätestens dann in die Hosen gehen, wenn Basel aus irgendwelchem Grund auch immer einmal nicht mehr einen strukturellen Überschuss hat. Je mehr Ausgaben wir machen, je mehr Dinge wir unterstützen, desto mehr Begehrlichkeiten provozieren wir, und zwar langfristig. Die Leute gewöhnen sich dann daran, dass der Staat dieses Geld ausgibt. Sollte es dann einmal nicht mehr hier sein, wird es umso bitterer, nachhaltig ist anders.

In seiner Stellungnahme schreibt der Regierungsrat, welche Fördertöpfe auf Ebene Bund und Kanton bereits bestehen. Ich erspare Ihnen eine Aufzählung, Sie haben ja sicher die Antwort der Regierung selbst genau gelesen. Laut Antwort werden die Anliegen des Anzugs bereits abgedeckt, auch für die KMU. Deshalb folgt die SVP der Regierung bei diesem Anzug und ich bitte Sie namens Fraktion der SVP, den Anzug abzuschreiben. Ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Klimaschutz ist notwendig, und zwar für die Zukunft und vor allem das Leben der zukünftigen Generationen. Da haben wir auch einen klaren Auftrag unserer Stimmbevölkerung, sie haben mit deutlichem Mehr Netto-Null 2037 vorgeben. Das ist ein ambitioniertes Ziel, ein wichtiges Ziel und wir brauchen dazu auch die Wirtschaft und wir brauchen die KMUs zur Erreichung dieser Ziele. Und wir möchten dies gemeinsam mit der Wirtschaft und den KMUs tun, um gleichzeitig auch sicherzustellen, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit darunter nicht leidet, sondern im Gegenteil sogar gestärkt wird.

Sie haben im Innovationsprogramm 67 Millionen gesprochen, also für die Innovationsförderung, die wir etwa vor einem Jahr im Januar hier als Rahmenausgabenbewilligung bewilligt oder Sie bewilligt haben. Wir haben dort explizit die Innovationsförderung smart diversifiziert, indem die nachhaltige Innovation neu auch ein wichtiger Innovationsförderschwerpunkt ist in diesem Programm. In der Zwischenzeit sind die beiden Programme in diesem Bereich vom Regierungsrat bewilligt und auch, wie es das Gesetz vorsieht, durch die WAK zur Kenntnis genommen worden. Das eine, BaselCircular, eine wichtige Initiative, die wir gemeinsam mit der Eckenstein-Geigy Stiftung machen, der Kanton und die Stiftung zusammen paritätisch finanziert mit jeweils einer Million pro Jahr. Dieser Verein steht und dieses Programm ist am Laufen und unterstützt genau KMUs, sowohl KMUs, die in der Kreislaufwirtschaft direkt tätig sind, aber auch alle anderen KMUs in ihrer Art des Produzierens von einer linearen Produktionsform und Erstellungsform hin zu einem zirkulären Weg, um Ressourcen zu schonen, damit das Klima zu schonen und auch unsere Abhängigkeit aus dem Ausland zu reduzieren.

Wir haben mit Basel2037 das zweite Programm, das KMUs ganz direkt unterstützen soll auf ihrem Weg zu Netto-Null, eben gemeinsam mit viel Innovation verknüpft, damit wir auf diesem Weg vorwärtsgehen.

Das Wichtigste aber, vor allem auch auf finanzieller Ebene, über das stimmen wir im Mai ab, das ist das Basler Standortpaket. Ein ganz wichtiges Instrument zur Unterstützung unserer Klimaschutzziele. Wir haben da bis zu 100 Millionen, also es wird nicht immer 100 Millionen sein, da auch der Gesamtbetrag nicht immer 500 sein wird, sondern auch tiefer liegen kann, aber wir haben da ein wichtiges Gefäss, wo wir ganz direkt CO_2-Reduktion im Scope 1 der Firmen finanziell unterstützen können und damit auch die Anreize noch weiter so stellen, dass CO_2 im Klimaschutz effektiv vollzogen wird durch die Firmen in Basel.

Von dem her, ich denke, da wurde, seit dieser Anzug überwiesen wurde, sehr, sehr viel gemacht, sehr viel Gutes, sehr viel Wichtiges. Jetzt ist wichtig, dass dieses Basler Standortpaket mit diesem Teil auch noch kommt und aus diesem Grund, weil all diese Arbeit gemacht wurde und wir riesige Schritte gemacht haben für die KMUs im Bereich Klimaschutz, bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates, diesen Anzug abzuschreiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 17 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006246, 26.03.25 17:27:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 75 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

50. Motion Adrian Iselin und Michael Hug betreffend Schaffung von kantonalen Förderbeiträgen für Photovoltaik-Anlagen zusätzlich zur Förderung durch den Bund, Stellungnahme des RR

[26.03.25 17:27:31, 24.5184.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

51. Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Anpassung von § 7 Energiegesetz, Bericht des RR

[26.03.25 17:28:05, 20.5020.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrat Sutter verzichtet auf ein Votum. Somit geht das Wort an den Fraktionssprechenden der Grünen/jgb, Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Die Motion von Jürg Stöcklin und Konsorten, die 2021 notabene auf Antrag des Regierungsrates zur Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage überwiesen wurde, harrt auch nach bald fünf Jahren auf seine Umsetzung. Die Motion verlangte und verlangt immer noch, dass für alle Wärmeverbünde bezüglich CO_2-Neutralität die gleichen Anforderungen gelten wie für das Fernwärmegesetz der IWB, das einen 80 Prozent erneuerbaren Energieanteil vorgibt. Die Motion wurde vor dem Hintergrund eingereicht, dass im § 7 des Energiegesetzes für Wärmeverbünde nur ein Anteil von 20 Prozent CO_2-Neutralität gefordert wird. Wie kann der Regierungsrat für die Abschreibung der Motion mit der Behauptung,

das Anliegen sei erfüllt, eintreten, obwohl dieser Paragraph des Energiegesetzes bis heute nicht geändert wurde und das Gesetz für neue oder bestehende Wärmeverbünde nach wie vor nur einen erneuerbaren Anteil von 20 Prozent verlangt?

Der Regierungsrat will uns weismachen, dass die Motion überholt sei, weil seit ihrer Überweisung in der Verfassung das Netto-Null-Ziel bis 2037 verankert wurde und im September 2023 die Klimaschutzstrategie verabschiedet wurde, welche beschreibt, wie das festgelegte Ziel Netto-Null erreicht werden kann. Der Regierungsrat schreibt dann weiter, dass das aktuelle Energiegesetz nicht nur bezüglich Wärmeverbünden, sondern auch in mancherlei anderer Hinsicht nicht kompatibel mit dem Verfassungsziel Netto-Null bis 2037 sei und er deshalb plane, eine Teilrevision des Energiegesetzes zu erarbeiten, um das Gesetz mit der Verfassung kompatibel zu machen.

Dieses Anliegen ist sicher sehr löblich und wie ja die Motion zeigt auch dringend nötig, weil ohne verbindliche Vorgabe des Verfassungsziels und die Klimaschutzstrategie Gefahr laufen, nicht rechtzeitig umgesetzt zu werden. Gerade heute erleben wir auf nationaler Ebene, wie einst beschlossene Strategien und Bereiche beispielsweise in der Landwirtschaft von einem Moment auf den anderen zur Makulatur werden. In seiner Argumentation unterschlägt der Regierungsrat, dass eine Verfassungsbestimmung eben nichts mehr als eine Absichtserklärung ist, genauso wie die Klimaschutzstrategie, sofern diese Absichten nicht in Gesetzen oder Verordnungen umgesetzt wurden, die im Unterschied zu einer Verfassung oder einer Strategie verbindlichen Charakter haben.

Damit ist diese Aussage, dass das Anliegen der Motion bereits umgesetzt sei, eher irreführend, da ja der § 7 des Energiegesetzes bis heute eben nicht in Kraft ist und es eben immer noch möglich ist, dass Wärmeverbünde mit einem weitaus kleineren Anteil erneuerbarer Energie auf den Markt kommen und ihre Dienste anpreisen. Wenn der Regierungsrat es nicht schafft, die Forderung einer Motion während über vier Jahren umzusetzen, so lässt das für die versprochenen weitergehenden Anpassungen des Energiegesetzes nichts Gutes erahnen und realistisch muss man davon ausgehen, dass diese Gesetzesanpassung noch viele Jahre in Anspruch nehmen wird.

Gemäss dem Sprichwort; lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach, möchten wir mit dem Stehenlassen der Motion und deren Forderung, dass der Regierungsrat in einem ersten Schritt die dringend notwendige Gesetzesanpassung vornimmt, damit keine Wärmeverbünde mit lediglich einem Anteil von 20 Prozent erneuerbare Energie weiterhin erlaubt sind. Wir fordern daher die Regierung gleichzeitig auf, sein sehr zögerliches Agieren in dieser Sache endlich aufzugeben und erste Pflöcke im Energiegesetz einzuschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Wir haben jetzt schon eine relativ interessante Situation mit dieser Motion hier. Zum einen wird uns nach der Zweitüberweisung der Motion keine Umsetzung präsentiert, wie es eigentlich gefordert ist, also nach der Zweitüberweisung einer Motion hat der Regierungsrat den Auftrag, diese Motion zu erfüllen, statt sie zu erfüllen, wird einfach behauptet, sie sei schon erfüllt. Mein Vorredner hat sehr klar ausgeführt, dass es das nicht ist, dass ein Verfassungsziel halt eben nicht das gleiche ist wie ein Gesetz, das etwas Konkretes regelt. Gleichzeitig haben wir es aber auch mit einer Motion zu tun, die tatsächlich so unambitioniert formuliert wurde, dass sie mit leichter Verzögerung bei der Umsetzung durch den Regierungsrat tatsächlich überholt ist. Das heisst aber nicht, dass man sie nicht umsetzen kann einfach entsprechend der jetzigen Verfassung.

Also ich finde das Vorgehen des Regierungsrats hier ziemlich befremdlich und nicht wirklich nachvollziehbar, auch wie das so mit den Grundregeln dieses Parlaments funktionieren soll, dass hier einfach nicht ein Auftrag des Parlaments umgesetzt wird. Und ja, so unambitioniert diese Motion schon von Anfang an war, noch unambitionierter verhält sich der Regierungsrat. Wir haben jetzt dieses Verfassungsziel doch auch schon ein Moment und es wäre durchaus möglich gewesen, diesen Auftrag, der jetzt hier vorliegt für die Anpassung der Fernwärmenetze, so anzupassen, dass er verfassungskonform wäre und jetzt dieses Gesetz vorzulegen.

Also ich bitte Sie, diese Motion hier nochmals als Motion zu überweisen oder stehen zu lassen, oder wie das auch immer heisst in dieser Form, das habe ich nämlich noch nie erlebt, dass man eine Motion nochmals überweisen muss, damit sie dann tatsächlich umgesetzt wird, aber dafür zu sorgen, dass es hier wirklich endlich vorwärtsgeht und wir nicht noch Jahre warten müssen, bis die Verfassung und die Klimaneutralität darin vielleicht tatsächlich irgendwann einmal umgesetzt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Regierungsrat Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ehrlich gesagt, staune ich schon ein bisschen. Diese Motion, sie ist noch nicht alt, aber sie hat noch Ziele, die nicht übereinstimmen mit den mittlerweile beschlossenen Zielen. Sie wollte das Ziel 2050, sie wollte nur 80 Prozent erneuerbar, ich weiss nicht, wie man an diesen Forderungen festhalten kann, ehrlich gesagt. Insbesondere wenn man den Text unten schaut, die Besitzstandregelung, ich lese das nochmals vor: «Für Wärmeverbünde, die dieses Ziel nicht erreichen, soll eine Besitzstandregelung eingeführt werden, bis die getätigten Investitionen abgeschrieben sind und die Anlagen erneuert werden müssen». Dann laufen die aber fossil noch sehr, sehr lange weiter, ich weiss jetzt nicht, ob das die Absicht ist der beiden Vorredner*innen, ehrlich gesagt. Von dem her staune ich, insbesondere dass jetzt von diesen Fraktionen dieser Antrag kommt, dass man an dieser Motion mit diesen unambitionierten Zielen und mit dieser Besitzstandregelung festhalten möchte.

Für den Regierungsrat gilt die Verfassung, die ist klar gesetzt, die setzt Netto-Null 2037, entsprechend sind auch die Vorgaben für die Fernwärme der IWB, der den allergrössten Teil ausmacht, ziemlich klar gesetzt. Wir sprechen da von 2035 auf wirklich keine fossilen Brennstoffe mehr, aber der Weg wird jetzt natürlich schon gemacht mit dem Holzschnitzelkraftwerk am Bahnhof, mit den Erweiterungen der erneuerbaren Wärmequellen, sei es bei der ARA, sei es mit Rheinwasserwärme, da ist der Weg am Laufen. Und es ist so, es braucht noch eine Energiegesetzrevision, aber da gibt es noch ganz viele andere Punkte, die gebündelt kommen sollen, damit Sie dann einen Überblick haben über all die Massnahmen, die im Energiegesetz vollzogen werden. Da sprechen wir dann auch vom Verbot von Erdölheizungen auf 2037 zum Beispiel und dann können Sie das insgesamt anschauen.

Diese Motion, die ist überholt, die Verfassung geht deutlich weiter und setzt deutlich ambitioniertere Ziele, die selbstverständlich gelten für das Handeln des Regierungsrates und auch für Sie. Von dem her möchte ich Sie jetzt bitten, diese Motion, die noch von der Zeit vorher kommt, abzuschreiben und auf die neue Zeit, auf Basel 2037 umzuschwenken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Sie wird entgegengenommen.

Tonja Zürcher (BastA): Bis wann wird denn diese gebündelte Revision des Energiegesetzes vorliegen und wie stellt der Regierungsrat sicher, dass bis dann das Verfassungsziel nicht weiter missachtet wird?

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das Verfassungsziel wird nicht missachtet, ich weiss nicht, von wo diese Aussage kommt, und ein genaues Datum kann ich Ihnen hier jetzt spontan nicht nennen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 18 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006249, 26.03.25 17:38:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 75 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen.

52. Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen, Stellungnahme des RR

[26.03.25 17:39:07, 24.5277.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, diese Motion als Anzug zu überweisen und nicht als Motion. Ich möchte gerne beginnen mit der Frage, wo überhaupt die Deckungslücke ist und wo überhaupt das Problem ist in dieser Frage. Heute aus der Betrachtung eines jungen Menschen, der in Ausbildung ist, bekommen seine Eltern, bis er 25 oder sie 25 wird, 325 Franken pro Monat. Das bekommen die Eltern. Finanziert wird das Ganze durch die Arbeitgeber, also von dem Ort, wo die Eltern arbeiten und via ihre Familienkasse, der der Arbeitgeber abgeschlossen ist, finanziert durch die Firmen, dass Eltern von jungen Menschen in Ausbildung diesen Beitrag bekommen.

Was geschieht, wenn diese Person 25 wird. Dann bekommen die Eltern diese 325 Franken nicht mehr, das stimmt, aber diese junge Person bekommt deutlich mehr Geld als diese 325 Franken in den allermeisten Fällen, weil mit diesem Alter tritt aus den Sozialleistungen quasi endlich die Volljährigkeit ein und man betrachtet die Person als Individuum. Wenn diese Person studiert und nicht viel Geld verdient, dann gibt es plötzlich neue Prämienverbilligungen, die gibt es vorher in den meistens Fällen nicht, da ja diese Person den Eltern zugerechnet wird und dieser Haushalt mit den Eltern in den meisten Fällen genug Einkommen hat. Dann kann also die Prämienverbilligung kommen, das ist ein bisschen abhängig davon, wie viel die Person arbeitet, aber das sind etwa dann 461 Franken pro Monat. Und dann haben Sie ja vor zwei Monaten oder Anfang des Jahres entschieden, dass es auch noch Mietzinsbeiträge gibt für Alleinstehende. Also diese junge Person, die noch studiert, bekommt auch Mietzinsbeiträge, auch wenn sie zu Hause wohnt. Anteilsmässig, natürlich nicht für das ganze Familienhaus, aber anteilsmässig für die Kosten, die verursacht werden. Abhängig von Mietkosten und Einkommen können das nochmal 390 Franken sein. Unter dem Strich jetzt in diesem Fall, das ist, wie gesagt, nicht bei allen ganz genau gleich, aber bei den Fällen, wo diese studierenden Personen wenig verdienen oder fast nichts verdienen, sind das 851 Franken. Diese Person ist also, wenn man es auch gesamthaft anschaut, besser dran als vorher.

Und jetzt möchte dieser Vorstoss dann auf diese 851 Franken nochmals diese 325 Franken draufsetzen. Ehrlich gesagt, ich verstehe das nicht. Wir verstehen nicht, wo hier die Lücke ist, wo hier ein Handlungsbedarf besteht für unser Staatswesen, da abzuweichen von der Bundesregelung. Wir sind ja dann betragsmässig höher, aber von dem Alter, das ist durch den Bund gesetzt, diese 25. Also Sie sehen, es gibt keine Lücke, der Familie geht es finanziell besser, wenn die Person 26 wird, also gesamthaft betrachtet, es geht ihr besser. Deshalb können wir als Regierungsrat das nicht nachvollziehen, wo hier die Notwendigkeit ist für ein neues Finanzierungssystem oder eine Erweiterung der ganzen Geschichte.

Bei der Umsetzung, das ist dann die andere Möglichkeit, es gibt zwei Varianten, das umzusetzen. Die Motion weist das nicht aus. Die eine Möglichkeit ist, wir lassen diese Individuen bei ihren Familienkassen, wo sie schon sind, und das wird dann weiterhin finanziert durch die Arbeitgeber, entsprechend werden diese Kosten dann durch erhöhte Beiträge der Arbeitgeber finanziert. Das ist die eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit, die die Motion auch offenlässt, ist, dass wir das steuerfinanziert machen. Dann müssen wir aber all diese Fälle transferieren, höchstwahrscheinlich dann zur AKBS und dann wird das steuerfinanziert, dann fängt das ganze System an, nochmals quasi von neu für dann die verbleibenden ein oder zwei Jahre. Eine Bürokratie, die ich, ehrlich gesagt, nicht möchte.

Die Verteilungsfrage stellt sich auch noch. Es ist leider so, dass Eltern von Menschen, die studieren, besser verdienen als der Durchschnitt. Das zeigen auch die Zahlen, das heisst, hier gibt es Geld und das sieht man auch, wenn man schaut bei der Ausgleichskasse, die Haushalte mit Kindern, die 24 sind und noch in Ausbildung sind, die haben ein höheres Einkommen als die Familien als Gesamtmenge. Das heisst, auch das Geld, das man ja auszahlt, geht eher an Haushalte, die mehr verdienen als der Durchschnitt. Das wäre dann noch die Verteilungsfrage.

Sie sehen, wir können nicht nachvollziehen, dass es hier einen Handlungsbedarf braucht. Wo es vielleicht Handlungsbedarf gibt, und deshalb beantragen wir Ihnen auch den Anzug, bei der Überprüfung, ob wirklich die Stipendien und diese Beiträge richtig eingestellt sind und ob wir dort nicht ein Problem haben. Weil wenn eine Chancenungleichheit besteht, dann beginnt die deutlich früher als bei den Jugendlichen oder den jungen Erwachsenen, die 25 werden, und deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, uns das als Anzug zu überweisen, dass wir diesen spezifischen Bereich, weil die Chancengleichheit ist ein sehr wichtiges Anliegen, aber diese erreichen wir nicht, indem wir die Ausbildungsbeiträge jetzt erhöhen bis 27, sondern erreichen wir beim Stipendium.

Zum Schluss, Sie kennen dieses Votum bereits von mir, es ist auch Zeit, dass die Menschen dann wirklich mal selbstständige Individuen werden. Sie haben bei den Mietzinsbeiträgen das Alter runtergesetzt, jetzt soll es hier hoch, ich glaube wirklich, es macht Sinn, dass mit 25 man dann ein Individuum ist und auch so betrachtet wird von uns, vom Kanton her. Und eigentlich, wenn man dann das Ausbildungsalter hochsetzt, müssten wir auch beim SoHaG, also bei den Sozialleistungen, das Alter hochsetzen und diese Jugendlichen, diese jungen Erwachsenen weiterhin zur Familie dazu rechnen, bis sie 27 sind. Das wäre eigentlich die logische Konsequenz, die Ihnen dann der Regierungsrat höchstwahrscheinlich auch beantragen würde, wenn Sie uns diese Motion überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich weiss nicht, ob ich Sie wirklich überzeugen kann mit meinem Anliegen, aber ich versuche es mal. Die Fraktion BastA wird diese Motion erneut als Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung überweisen, weil wir diese Motion sehr wohl als sinnvoll erachten. Bevor ich dies begründen werde, möchte ich Sie aber auf eine ein wenig eigenwillige Interpretation von Familie in der Beantwortung des Regierungsrats hinweisen. Irgendwie kann ich nicht ganz glauben, dass der Regierungsrat wirklich dieser Meinung ist, aber vielleicht ist er es eben doch. Auf Seite 9 unter Punkt 3 im zweiten Absatz schreibt der Regierungsrat, dass er grundsätzlich der Meinung ist, dass Einwohner und Einwohnerinnen sozialpolitisch ab dem 26. Altersjahr als Individuen und nicht mehr als Familienmitglieder betrachtet werden sollen. Also das ist mir irgendwie neu. Das heisst also, meine älteste Tochter ist somit gerade vor zwei Tagen sozialpolitisch aus der Familie ausgetreten und ich habe sozusagen nur noch zwei Kinder. Nun, eine doch sehr eigenartige Interpretation, was zudem dazu führen würde, dass die Erbschaftsteuer für direkte Nachkommen nur noch bis zum 25. Altersjahr steuerbefreit wäre, weil dann ja eine andere Kategorie zum Zuge käme. Dies müsste im Gesetz übrigens dann noch entsprechend angepasst werden.

Nun gut, wie auch immer Familie definiert wird, Fakt ist, dass das Anliegen von Christine Keller vielleicht schwierig bei der Umsetzung, aber trotzdem sehr berechtig und zeitgemäss ist und die gesellschaftlichen Realitäten betreffend dem Alter bei Beendigung einer Ausbildung berücksichtigt. Und dies betrifft bei weitem nicht nur akademische Laufbahnen, nicht von ungefähr spricht man generell auch davon, dass 25 das neue 18 ist und somit ist es ja auch nachvollziehbar, dass es halt durchaus so ist, dass junge Erwachsene heute mit 25 sich noch voll oder gegen Ende in der Ausbildung befinden und Eltern für den Lebensunterhalt, Krankenkassen, Schulkosten, etc. halt noch verantwortlich sind.

Der Regierungsrat behauptet, dass eine neue kantonale Leistung für Menschen in Ausbildung im Alter von 26 oder 27 nicht zielführend sei, weil sie einem Grundsatz von gezielter Mittelverwendung widerspricht. Das verstehe ich nicht ganz, auch heute schon muss der Anspruch auf die Ausbildungszulagen ab dem 18. Altersjahr mittels Schul-, Lehr- oder Studiumbestätigung belegt werden, sonst wird nichts ausbezahlt. Es ist also mitnichten eine Giesskanne und wehe ihr Kind kommt auf die abwegige Idee eines Zwischenjahres mit ein wenig Jobben, Praktikum oder Reisen, schon ist die monatliche Ausbildungszulage futsch.

Nein, die Realität vieler Familien sieht so aus, dass sich junge Erwachsene mit 25 noch in der Erstausbildung oder in einer weiterführenden Ausbildung befinden. Ich denke, es ist wichtig, dass man einfach verstehen muss, dass das heute mit 25 nicht mehr so ist wie damals, als ich noch eine KV-Lehre gemacht habe, die in der Regel mit 25 fertig ist. Das hat sich gesellschaftlich verschoben. Auch die Erfahrung aus der Jugendhilfe bestätigen diesen Trend. Es ist durchaus verbreitet, dass Jugendliche ihre Erstausbildung später als mit 17 beginnen oder 16, umso mehr, wenn ein Brückenangebot oder gar eine vierjährige FMS abgeschlossen wird und dann noch Praktika absolviert werden müssen. Bei männlichen Jugendlichen kommt zudem noch die Militärpflicht oder Zivildienst dazwischen, dies kann Ausbildungsbiografien zwangsweise in die Länge ziehen und darauf müsste zeitgemäss reagiert werden und nicht mit einer technokratischen Antwort.

Auch die Berechnungen von Regierungsrat Sutter, die sind mir in der Praxis, vielleicht stimmen sie technisch schon, aber in der Praxis sieht es einfach anders aus. Auch bei uns gerade in der sozialen Arbeit, auch bei mir in der Stelle, wir haben ein Pilotprojekt für ein Übergangswohnen für junge Erwachsene lanciert, gerade für junge Erwachsene aus prekären Wohnsituationen, aber in Ausbildung und oft reichen die Einnahmen aus Stipendien, Ausbildungszulagen eventuell Lohneinnahmen aus und es ist gar keine Sozialhilfe notwendig. Ich kann Ihnen aber sagen, auch in diesem Pilot werden die wenigsten jungen Menschen mit 25 Jahren bereits ihre Ausbildung beendet haben. Also sie sind noch dann in der Ausbildung. Der Wegfall von Ausbildungszulagen wirkt sich in solch einer eher prekären Wohn- und Ausbildungssituation also negativ aus und allenfalls, nicht unbedingt zwingend, aber könnte sein, muss Sozialhilfe dann wieder greifen.

Eine Überweisung als Anzug wünscht sich einzig und allein der Regierungsrat und ich bin auch der Meinung, dass wir auf einen Anzug verzichten können. Entweder sind wir der Meinung, und da bin ich jetzt ein bisschen vielleicht polemisch, dass in dieser Frage aufgrund der Ausbildungsrealität eine Anpassung beim Alter notwendig ist oder wir finden, dass wer es nicht schafft, mit 25 Jahren fertig ausgebildet zu sein, es zu gemütlich genommen hat und somit selber Schuld ist.

Damit wir das soziale Basel auch weiterhin an die Zukunft ausrichten können, beantrage ich, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen und auch, wenn das dann so wäre, dass der Regierungsrat beim Sozialhilfegesetz Anpassungen

macht, dann würde ich wirklich davon abraten, weil das hat in der Realität ganz schwierige Auswirkungen in der Sozialhilfe bei der Unterstützung von 25-Jährigen, da muss man immer dauernd Ausnahmeregelungen finden bei der Sozialhilfe, damit man das überhaupt gescheit durchbringen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich möchte dieses Geschäft heute noch fertigmachen und wäre daher froh um kurze Voten.

David Jenny (FDP): Ich verzichte auf die Anrede und sage, in einem Punkt kann ich Herrn Bolliger folgen, abschreiben ist besser als Anzug, daher stelle ich formell den Antrag auf Abschreiben. Ich glaube, unser Sozialdirektor hat wirklich mit Fachkompetenz dargelegt, warum dieser Vorstoss nicht gerade das Gelbe vom Ei ist und das hat, glaube ich, auch Herr Bolliger erkannt, darum hat er sich in Absurditäten geflüchtet. Also 25 ist das neue 18, dann ist 18 das neue 11, dann bitte ich um Entzug des Stimm- und Wahlrechts für alle 18-Jährigen. Das ist genauso logisch wie die Ausführungen von Herrn Bolliger.

Wir haben dieses System mit 25 und ich meine, Sie sind für den vormundschaftlichen Staat und wollen eben nie jemand aus der Vormundschaft, das heisst, der Familie oder des Staates entlassen. Herr Sutter hat dargelegt, man kann mit 25 auf eigenen Beinen stehen. Und dann das Argument noch, ja, das ist kein Familienmitglied, etc., das will ich also nicht näher würdigen, da wurde es wirklich absolut absurd. Ich glaube, die Regierung hat wirklich sehr gut dargelegt, warum dieser Vorstoss eben nicht taugt, und ich glaube, wenn jemand noch ganz schlaue Ideen hat, kann man dann eine weitere Motion oder Anzug einreichen, aber wir müssen jetzt nicht die Regierung weiter beschäftigen und in diesem Sinne, bitte abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Auch die LDP ist für Abschreiben. Auch ich möchte mich kurzhalten, wir sind wie der Vorredner dieser Meinung und sehen auch, dass der Bund mit 25 Jahren das so verankert und auch das Ausscheren hier in Basel schon von daher das Falsche ist. Danke, wenn Sie es abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Laetitia Block für die SVP.

Laetitia Block (SVP): Auch die SVP spricht sich für Abschreiben aus. Einige Argumente, die noch nicht gesagt wurden, ich halte mich kurz, möchte ich doch noch kurz erwähnen. Ich meine, die Statistik zeigt, es ist ein gutes Alter, das im Gesetz festgelegt ist. 25 Jahre, das ist etwa der Median, wann statistisch die Ausbildung abschliesst, Bachelor, Uni ist im Moment das statistische Alter 24, Fachhochschule, Pädagogische Hochschule 25. Es stimmt also, wir brauchen hier also nicht noch einen Basel Finish, wo wir noch etwas Eigenes einführen hier wieder, indem wir eine eigene Leistung mit einem eigenen Namen einführen müssen. Und auch in Zeiten des Fachkräftemangels, denke ich, ist es nicht sinnvoll, ich provoziere jetzt das mit meiner Formulierung, die Ausbildung etwas hinaus zu «stüdelen», das auch noch zu unterstützen. Es wäre auch eine Durchbrechung der ganzen Systematik, wir haben es gehört, verschiedene Gesetze haben die Alterslimite 25. Es ist also sinnvoll, hier bei dem zu bleiben oder bzw. diesen Anzug hier wirklich abzuschreiben, ganz zu schweigen von den Kosten und der Bürokratie, das eine eigene Zulage hier in Basel wieder auslösen würde. In dem Sinne, die SVP spricht sich für Abschreiben aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Sprecherin für die SP ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich werde mich ebenfalls um Kürze bemühen. Man verzeihe mir, wenn es nicht in drei Minuten geht. Der erste Irrtum, den der geschätzte Vorredner Kaspar Sutter begeht, oder Irrtum, eine Einschätzung, die jedenfalls von der Fraktion abweicht, ist, dass er die bedarfsabhängigen im SoHaG geregelten Leistungen mit den Kinderzulagen vermischt. Die Kinderzulagen sind die einzige Transferleistung direkt einkommensunabhängig an alle Eltern, die allen, ob arm oder reich, zusteht. Das ist wirklich nicht viel, aber es ist wichtig, dass das nicht mit den bedarfsabhängigen Leistungen vermischt wird und es ist darum auch kein Widerspruch zur gezielten Mittelverwendung. Das Beispiel von Herrn Sutter krankt auch daran, dass nicht das Kind, sondern die Eltern, die unterhaltspflichtig sind, Anspruch auf diese Zulage haben. Nur in seltenen Fällen, wenn das Geld nicht bestimmungsgemäss verwendet wird, kann es direkt an die Kinder ausbezahlt werden. Zudem ist lange nicht in allen Fällen ein Anspruch gegeben auf Zulagen in dieser Höhe gemäss bedarfsabhängigen Leistungen, wie

es Herr Sutter gesagt hat. In einem mir bekannten Beispiel würde die Ausbildungszulage höher liegen als das, was käme an bedarfsabhängigen Leistungen. Wichtig ist aber, dass wir das nicht vermischen, dass wir sehen, dass das eine Sozialversicherungsleistung ist und eben keine bedarfsabhängige Leistung.

Und ja, es ist so, dass die AHV leider dieses Alter auch hat, aber man kann nicht immer das eine Unrecht gegen das andere ausspielen. Ich bin selbstverständlich der Meinung, dass auch die Halbwaisenrente länger als 25 ausbezahlt werden soll. Warum, Oliver Bollinger hat es klar gesagt, es ist nicht mehr wie früher, Frau Block, ich weiss nicht, was Sie für Zahlen haben. Nach den mir vorliegenden Zahlen des statistischen Bundesamtes wird praktisch keine Masterausbildung mehr abgeschlossen mit 25, das hat seit Bologna geändert. Ausserdem, das wurde auch gesagt, kommt noch der Zivildienst dazu, die Situation ist nicht mehr dieselbe. Warum sollen wir in Basel vorangehen? Ja, wir hätten hier eine Pionierrolle, das ist aber nichts Neues, dass Basel in gewissen Dingen eine Pionierrolle spielt. Zum Beispiel in Sachen Kinderzulagen war es sogar unser Nachbarkanton Baselland, der als erster für Selbstständige eine Kinderzulage eingeführt hat. Das war nämlich früher nicht so und siehe da, der Bund ist gefolgt. Manchmal kann das Sinn machen.

Die Kosten sind überschaubar, weil wir ja bescheiden ein bis zwei Jahre verlangt haben. Diese Kosten decken selbstverständlich weiterhin nicht die ganzen Ausbildungskosten eines Jugendlichen und deshalb wird sich der von uns errechnete Betrag auch in Grenzen zwischen ein bis zwei Millionen pro Jahr halten. Auch der administrative Aufwand ist begrenzt, weil man es bei der Familienausgleichskasse anhängen kann, die schon jetzt diese Leistung administriert, die nicht von den Arbeitgebern kommt, nämlich diejenige für die Nichterwerbstätigen. Die kommt schon jetzt über diese kantonale Familienausgleichskasse und diese könnte dann auch diese Zusatzleistung administrieren. Also ich denke, es ist eine Geste, die den Kanton nichts kostet, aber für die Betroffenen eine wichtige Geste ist. Auch eine Frage der Gerechtigkeit, ich habe wirklich auch Leute, die mir sagen, warum habe ich zum Beispiel als Mutter von zwei Söhnen, die nicht die Chance haben, rechtzeitig abzuschliessen wegen des Zivildienstes, warum bekomme ich keine Ausbildungszulage mehr.

Ich finde, das ist eine wichtige soziale Folge und schliesse mich im Weiteren Vielem, was Herr Bolliger gesagt hat, jetzt aus Zeitgründen an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als letzte Fraktionssprecherin gemeldet hat sich Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich möchte kurz begründen, weshalb die GLP von Motion auf Anzug wechseln wird. Unsere Entscheidung basierte auf dem Grundsatz der Gleichbehandlung von jungen Frauen und Männern in der Erstausbildung auf Tertiärstufe. Mit der schweizweiten Verlängerung der Schulzeit bis zum Abschluss der Sekundarstufe 2 auf 13 Jahre sind junge Menschen heute beim Schulabschluss im Schnitt 20 Jahre alt, früher war das mit 19 der Fall. Alle jungen Männer sind danach verpflichtet, Militär oder Zivildienst zu leisten. In der Folge beginnen sie ihr Studium meist erst mit 21. Ein Studium bis zum Master dauert in der Regel fünf Jahre, das heisst, im letzten Studienjahr entfällt für viele Eltern die Ausbildungszulage, obwohl ihr Sohn die Ausbildung ohne Verzögerung und in Mindestzeit absolviert hat.

Daraus schlossen wir eine klare Ungleichbehandlung. Während Erziehungsberechtigte von jungen Frauen fünf Jahre lang Ausbildungszulagen erhalten, sind es bei jungen Männern de facto nur vier Jahre. Diese Ungleichbehandlung basiert einzig auf dem Geschlecht, das ist mit dem Gleichstellungsgrundsatz nicht vereinbar. Auf den ersten Blick war diese Situation für uns nicht akzeptabel. Der Regierungsrat konnte jedoch überzeugend darlegen, dass daraus keine finanzielle Benachteiligung für Eltern von jungen Männern entsteht respektive im Endeffekt für die jungen Menschen, die noch in der Ausbildung sind.

Hingegen unterstützen wir den Vorstoss in Form eines Anzugs. Wir finden es sinnvoll, die Finanzierung von Aus- und Weiterbildungen im Erwachsenenalter im Rahmen einer Gesamtstrategie zu prüfen und auch weil entsprechender Vorstoss der GLP diesbezüglich bereits vorliegt. Das kann man zusammen betrachten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Bolliger beantragt die Überweisung als Motion.

Wir kommen zur Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006251, 26.03.25 18:03:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden mit 47 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen.

David Jenny und Weitere beantragen die Nichtüberweisung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 38 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006253, 26.03.25 18:03:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 55 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Schluss der 8. Sitzung

18:04 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5122

Abstimmungsdatum 19. März 2025 09:06:50
Geschäft Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	24	13	12	11	10	4	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	24	13	12	11	10	4	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	0	0	0	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	8	4	0	0	1	0	2	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	27	13	12	11	10	5	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5122

Abstimmungsdatum 19. März 2025 09:07:51
Geschäft Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ent
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	24	11	12	11	9	6	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	12	12	11	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	13	12	11	10	6	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5123

Abstimmungsdatum 19. März 2025 09:08:59
Geschäft Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universität

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	24	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	24	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	3	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	13	12	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.5124

Abstimmungsdatum 19. März 2025 09:10:10
Geschäft Wahl von 5 Mitgliedern der IGPK Schweizerische Rheinhäfen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	26	13	12	11	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	26	13	12	11	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
25.5125

Abstimmungsdatum 19. März 2025 09:11:09
Geschäft Wahl von 5 Mitgliedern der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	25	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	25	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	4	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5126

Abstimmungsdatum 19. März 2025 09:12:00
Geschäft Wahl von 2 Mitgliedern der IGPK Polizeischule Hitzkirch

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	26	13	11	12	10	6	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	13	11	12	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
25.5127

Abstimmungsdatum 19. März 2025 09:13:08
Geschäft Wahl von 3 Mitgliedern und eines Ersatzmitglieds des Oberrheinrates

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	27	13	11	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	13	11	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
25.5128

Abstimmungsdatum 19. März 2025 09:14:09
Geschäft Wahl von 7 Mitgliedern des Districtsrates

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	27	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
25.5118

Abstimmungsdatum 19. März 2025 09:15:21
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Nicole Strahm-Lavanchy)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	28	12	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
22.0933

Abstimmungsdatum 19. März 2025 09:31:57

Geschäft Campus Gesundheit – Änderung des Bebauungsplanes Nr. 215 vom 20. Mai 2015 im Bereich Petersgraben, Spitalstrasse, Schanzenstrasse, Klingelbergstrasse, Hebelstrasse (Areal Universitätsspital) und Abweisung der Einsprache, Bericht der BRK / Mitbericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	13	12	10	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	12	10	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	13	12	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
22.0834

Abstimmungsdatum 19. März 2025 10:26:24

Geschäft Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK zur zweiten Lesung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	30	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Nein	50	0	13	12	1	10	7	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.0684

Abstimmungsdatum 19. März 2025 10:41:05

Geschäft Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Baloise Session für die Jahre 2025–2028, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	29	13	11	10	10	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	11	10	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	2	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.0684

Abstimmungsdatum 19. März 2025 10:41:43

Geschäft Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Baloise Session für die Jahre 2025–2028, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	92	29	11	12	10	10	7	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	11	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	2	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.0684

Abstimmungsdatum 19. März 2025 10:42:25

Geschäft Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Baloise Session für die Jahre 2025–2028, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	28	12	12	7	9	7	7	3	0	0
Nein	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
Ent	5	0	0	0	2	1	0	0	2	0	0
Abgestimmt	92	28	12	12	9	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	1	0	3	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
24.1627

Abstimmungsdatum 19. März 2025 10:58:34

Geschäft Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherug sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen (EG/ELG), Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	27	13	12	9	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	13	12	9	10	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	0	0	2	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	13	12	11	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
24.1772

Abstimmungsdatum 19. März 2025 11:05:45

Geschäft Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	27	13	10	10	10	6	7	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	27	13	10	10	10	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	10	2	0	2	2	0	1	0	1	1	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
24.1772

Abstimmungsdatum 19. März 2025 11:06:25

Geschäft Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	25	13	12	10	10	6	7	4	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	25	13	12	10	10	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	11	4	0	0	2	0	1	0	2	1	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
24.1772

Abstimmungsdatum 19. März 2025 11:07:04

Geschäft Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	29	13	12	10	10	6	7	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	10	10	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	6	0	0	0	2	0	1	0	1	1	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
24.1772

Abstimmungsdatum 19. März 2025 11:07:40

Geschäft Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	29	13	12	10	10	6	7	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	10	10	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	6	0	0	0	2	0	1	0	1	1	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.5003

Abstimmungsdatum 19. März 2025 11:58:59

Geschäft Motion Joël Thüring und Konsorten für mehr Sicherheit im Kleinbasel: Verlängerung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	39	0	13	12	0	10	0	3	0	1	0
Nein	56	30	0	0	12	0	6	2	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	97	30	13	12	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
25.5009

Abstimmungsdatum 19. März 2025 16:47:41
Geschäft Motion Roger Stalder und Konsorten betreffend Stopp gefährliche Gummiprofile in Tramgeleisen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	36	0	11	12	0	7	0	6	0	0	0
Nein	57	28	2	0	10	3	7	0	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	12	10	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	10	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
25.5010

Abstimmungsdatum 19. März 2025 16:52:59

Geschäft Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	29	13	10	10	10	6	1	6	0	0
Nein	7	0	0	2	0	0	0	4	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	10	10	6	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	10	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
25.5016

Abstimmungsdatum 19. März 2025 17:23:35

Geschäft Motion Philip Karger und Konsorten betreffend Pilotversuch mit Abfall-Unterflurcontainern, der den Namen "Versuch" verdient

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ent	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	26	0	11	12	0	2	0	1	0	0	0
Nein	62	29	0	0	10	6	7	5	5	0	0
Ent	3	0	1	0	0	1	0	0	1	0	0
Abgestimmt	91	29	12	12	10	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	10	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
25.5002

Abstimmungsdatum 19. März 2025 17:48:28

Geschäft Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Arbeitszeitverkürzung für KMUs in einem Pilot ermöglichen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	29	0	0	10	0	3	0	6	0	0
Nein	44	0	13	12	0	9	3	6	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	12	10	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	10	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
25.5017

Abstimmungsdatum 19. März 2025 18:05:37
Geschäft Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	75	29	9	0	10	8	7	6	6	0	0
Nein	11	0	0	10	0	0	0	0	0	1	0
Ent	6	0	4	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	10	8	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	0	0	2	2	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	29	13	12	10	8	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
25.5018

Abstimmungsdatum 26. März 2025 09:29:13

Geschäft Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Förderung der Baslertrommel und des Basler Piccolos im schulischen Kontext

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	75	29	12	4	12	8	7	1	2	0	0
Nein	17	0	0	8	0	1	0	5	3	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	12	12	12	9	7	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	1	0	1	0	1	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
25.5019

Abstimmungsdatum 26. März 2025 09:53:20

Geschäft Anzug Jenny Schweizer und Konsorten betreffend einheitliche Beschulung und Benotung an den Primarschulstandorten Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	12	12	0	9	7	7	0	0	0
Nein	46	28	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
22.5335

Abstimmungsdatum 26. März 2025 10:48:12

Geschäft Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	32	0	12	11	0	4	0	5	0	0	0
Nein	62	30	0	1	12	6	7	0	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
22.5335

Abstimmungsdatum 26. März 2025 10:49:36

Geschäft Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	61	19	12	5	12	6	0	7	0	0	0
Nein	32	10	0	6	0	3	7	0	6	0	0
Ent	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
22.5335

Abstimmungsdatum 26. März 2025 10:50:28

Geschäft Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	30	0	1	12	6	7	0	6	0	0
Nein	30	0	12	11	0	0	0	7	0	0	0
Ent	4	0	0	0	0	4	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
22.5335

Abstimmungsdatum 26. März 2025 10:51:43

Geschäft Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	16	0	0	9	0	1	0	6	0	0	0
Nein	77	30	12	3	12	7	7	0	6	0	0
Ent	3	0	0	0	0	2	0	1	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
22.5335

Abstimmungsdatum 26. März 2025 10:52:31

Geschäft Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	63	30	0	1	12	7	7	0	6	0	0
Nein	29	0	11	11	0	0	0	7	0	0	0
Ent	4	0	1	0	0	3	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
16.5314

Abstimmungsdatum 26. März 2025 11:13:41

Geschäft Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen, Schreiben der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Barth Johannes (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Ja
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	70	30	4	12	10	1	7	0	6	0	0
Nein	25	0	8	0	1	9	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	11	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
17.5209

Abstimmungsdatum 26. März 2025 11:28:48

Geschäft Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Sicherheit für Velofahrende an Kreuzungen und entlang parkierter Autos, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	0	12	12	0	9	0	6	0	0	0
Nein	53	28	0	0	12	1	6	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	10	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	0	0	1	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
22.5216

Abstimmungsdatum 26. März 2025 11:36:54

Geschäft Anzug Philip Karger und Konsorten betreffend Stärkung der Cybersicherheit für Staatliche Verwaltungen, Firmen und Privaten in Basel-Stadt, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	74	30	12	12	0	9	7	4	0	0	0
Nein	21	0	0	0	12	0	0	3	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
20.5185

Abstimmungsdatum 26. März 2025 11:55:04
Geschäft Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend digitaler Transformation der Verwaltung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	26	1	12	7	8	7	0	4	0	0
Nein	21	0	11	0	3	0	0	7	0	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	26	12	12	11	8	7	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	8	3	0	0	0	2	0	0	2	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	12	12	11	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 41**
24.5275

Abstimmungsdatum 26. März 2025 15:39:34

Geschäft Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	0	12	12	0	10	7	7	0	0	1
Nein	48	30	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	30	12	12	12	10	7	7	6	0	1
Nicht abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	7	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 42**
24.5276

Abstimmungsdatum 26. März 2025 16:11:19

Geschäft Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket- Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	0	11	9	0	6	7	6	0	0	0
Nein	57	30	1	3	12	4	0	1	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	7	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 43**
24.5261

Abstimmungsdatum 26. März 2025 16:35:12

Geschäft Motion der Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	27	1	10	0	3	6	1	0	0	0
Nein	44	1	11	2	12	5	1	6	6	0	0
Ent	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	12	12	8	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 44**
22.5522

Abstimmungsdatum 26. März 2025 16:45:37

Geschäft Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Sensibilisierung der Verwaltung im Umgang mit psychisch Erkrankten, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	0	12	12	0	9	0	6	0	0	0
Nein	55	30	0	0	12	0	7	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 45**
24.5424

Abstimmungsdatum 26. März 2025 17:12:34

Geschäft Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	40	0	11	12	0	2	7	7	0	1	0
Nein	55	30	0	0	12	7	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	11	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 45**
24.5424

Abstimmungsdatum 26. März 2025 17:14:09

Geschäft Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	30	0	0	12	8	0	0	6	0	0
Nein	39	0	12	12	0	1	7	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
22.5570

Abstimmungsdatum 26. März 2025 17:17:37

Geschäft Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	35	5	11	9	0	2	2	6	0	0	0
Nein	53	24	1	0	12	5	5	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	89	29	12	9	12	7	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	0	2	0	2	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
22.5247

Abstimmungsdatum 26. März 2025 17:27:04

Geschäft Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend eines kantonalen KMU-Klimafonds für Basel-Stadt - juristische Grundlage und Planungssicherheit schaffen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	75	30	12	12	0	7	7	7	0	0	0
Nein	17	0	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	30	12	12	11	7	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	1	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 51**
20.5020

Abstimmungsdatum 26. März 2025 17:38:38
Geschäft Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Anpassung von § 7 Energiegesetz, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Nein
Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	75	28	12	12	0	9	7	7	0	0	0
Nein	18	0	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	12	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 52**
24.5277

Abstimmungsdatum 26. März 2025 18:02:51

Geschäft Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	12	12	0	9	6	7	0	1	0
Nein	46	28	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	12	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 52**
24.5277

Abstimmungsdatum 26. März 2025 18:03:35

Geschäft Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	28	1	0	12	2	6	0	6	0	0
Nein	38	0	11	12	0	7	0	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	12	12	12	9	6	7	6	1	1

Protokoll

der 9. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 9. April 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Tobias Christ (GLP), Beda Baumgartner (SP), Nicola Goepfert (BastA), Remo Gallacchi (Mitte/EVP).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 3
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 4
3. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP) 4
4. Übernahme Wildt'sches Haus am Petersplatz 13 in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt unter Weiterführung des Stiftungszwecks, Ratschlag des RR 5
6. Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend effiziente Gesundheitsversorgung durch überregionale Planungsregionen 8
7. Motion 1 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Gestaltung von nachhaltig erfolgreichen Matching - Prozessen zwischen Jugendlichen und Lehrbetrieben in der Berufslehre 13
8. Motion 2 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball .. 14
9. Motion 3 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb 14
10. Motion 4 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus 21
11. Motion 5 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Open-Source für Basel-Stadt analog Art. 9 EMBAG 27
12. Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend zukunftsfähige Mobilitätslösungen bei Unternehmen, Veranstaltungen und Institutionen 27
13. Anzug 2 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Optimierung des Tramverkehrs durch die Innenstadt 27
14. Anzug 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend bessere Anbindung des südöstlichen Bruderholzquartiers mit dem Velo 29
15. Anzug 4 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Massnahmen zur Sicherung der Unterrichtsqualität und Unterstützung von Lehrpersonen ohne abgeschlossene Ausbildung an unseren Schulen 31
16. Anzug 5 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Soziale Sicherheit für Frauen durch verbesserte Information & Planung - das «cash or crash»-Tool 31
17. Anzug 6 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Toilettensituation im Landschaftspark Wiese 33
18. Anzug 7 Stefan Suter und Konsorten betreffend Postzustellung A-Post + ... 34
19. Anzug 8 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Dranbleiben an den Planungen für zusätzliche Grün- und Freiräume im unteren Kleinbasel 34
20. Anzug 9 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Einführung Edubs-Book und dessen praktische Handhabung (Tastaturkenntnisse, Ergonomie) 34
21. Anzug 10 Eric Weber betreffend Steuern senken 34
22. Anzug 11 Eric Weber betreffend FC Basel soll die Polizei Einsätze selbst bezahlen 35
23. Anzug 12 Eric Weber betreffend Schutz dem Basler Wald - das grüne Herz unseres Kantons 37
24. Anzug 13 Eric Weber betreffend Behörden sollen Nationalität von Tätern nennen 38

25. Anzug Thomas Müry betreffend thermographische Aufnahmen zur Feststellung von Energieverlusten im Gebäudebereich, Schreiben des RR 39
26. Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend smarte Stadtbeleuchtung, Schreiben des RR 39

Beginn der 9. Sitzung

Mittwoch, 9. April 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[09.04.25 09:00:21]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Als erstes möchte ich Sie nochmals dazu aufrufen, hier im Saale etwas ruhiger zu sein. Es ist uns allen aufgefallen, dass es sehr laut ist seit der neuen Legislatur und Gespräche hier drin überall stattfinden. Führen Sie diese bitte draussen, das wäre sehr freundlich von Ihnen.

Neue Interpellationen

Es sind 16 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 30 bis 33, 36, 37, 39 und 43 werden mündlich beantwortet.

Kaffeespende

Silvia Schweizer und Patrick Fischer feiern heute Geburtstag. Sie spendieren uns deshalb heute Morgen den Kaffee. Ich gratuliere herzlich und bedanke mich ebenfalls.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen somit zur

Tagesordnung

Es wurde der Antrag zur Traktandierung einer dringlichen Interpellation von Anina Ineichen eingereicht. Diese wurde Ihnen verteilt. Die Interpellantin möchte begründen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Der Entscheid gestern der Regierung hat weitreichende Konsequenzen auf unsere Daten und die Daten aller unserer Einwohnerinnen und Einwohner. Er hat Konsequenzen für weitere Organisationen wie die Gerichte und die Parlamentsdienste, die nicht direkt dem Regierungsrat unterstellt sind. Der Entscheid wurde gegen die Empfehlung der Datenschützerin ausgesprochen. Die Datenschützerin hat eine sehr gute Mitteilung verteilt mit einem imposanten Anhang an Dokumenten, unter anderem einer spannenden Wegleitung der Kanzlei Vischer, die vieles aufzeigt, was gefährlich ist bei einer M365-Nutzung, weil diese Daten nicht sicher sind, auch wenn sie verschlüsselt sind. Solange wir ein Produkt nutzen von Microsoft, sind die Daten nicht sicher, weil die Regierung in den USA grundsätzlich zugreifen kann mit dem Cloud App. Expert*innen überall in Europa warnen vor der Nutzung. Viele Länder überlegen sich, jetzt umzusteigen. Schleswig-Holstein zum Beispiel ist schon umgestiegen, auch der Bund hat ein Projekt gestartet, um die Exitstrategie zu bedenken und neue Lösungen zu finden.

Nun braucht meines Erachtens der Grosse Rat dringend Antworten aus dieser Interpellation, um zu beurteilen, wie wir weiter vorgehen wollen. Es geht nicht an, dass ein so weitreichender Entscheid ohne Einbezug des Grossen Rats gefällt wird meines Erachtens. Ich bitte Sie darum, diese Interpellation zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bei einer Traktandierung muss der Regierungsrat diese in der laufenden Session beantworten. Dies bedeutet heute oder morgen.

Wir stimmen darüber ab. Es ist ein Zweidrittelmehr für die Traktandierung der Interpellation notwendig.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Traktandierung der dringlichen Interpellation, NEIN heisst keine Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006298, 09.04.25 09:04:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Abstimmung wird wiederholt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir starten die Abstimmung erneut.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Traktandierung der dringlichen Interpellation, NEIN heisst keine Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006300, 09.04.25 09:06:32]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine dringliche Traktandierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Zweidrittelmehr wurde nicht erreicht. Somit ist das Geschäft erledigt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[09.04.25 09:06:50]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an die Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte zu genehmigen.

3. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP)

[09.04.25 09:07:16]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahl offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Für offene Wahlen braucht es eine Zustimmung mit einem Zweidrittelmehr, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen.

Wir stimmen über die offene Wahl ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006303, 09.04.25 09:08:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für offene Wahlen entschieden.

Gemäss § 14 Abs.1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zuständig, welche auf Mitglieder der Fraktion LDP lauten.

Für die Wahl als Mitglied der JSSK von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Gabriel Nigon.

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir schreiten damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Gabriel Nigon wählen will, stimmt JA. Wer ihn nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006305, 09.04.25 09:09:15]*

Der Grosse Rat wählt

Als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP) **Gabriel Nigon**, LDP

Balz Herter, Grossratspräsident: Gabriel Nigon wurde mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung gewählt.

Ich gratuliere Ihnen zur Wahl und wünsche Ihnen im Amt viel Freude.

4. Übernahme Wildt’sches Haus am Petersplatz 13 in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt unter Weiterführung des Stiftungszwecks, Ratschlag des RR

[09.04.25 09:09:29, 25.0160.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Mit diesem Ratschlag beantragt Ihnen der Regierungsrat, die Übernahme der Liegenschaft Wildt'sches Haus in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt unter Weiterführung des Stiftungszwecks zu bewilligen. Für die Bewirtschaftung werden wiederkehrend Personalmittel in der Höhe von 120'000 Franken pro Jahr zu Lasten der Erfolgsrechnung beantragt.

Das Geschäft wurde der Finanzkommission überwiesen. Sie hat sich entsprechend in der Folge an einem Hearing über das Geschäft informieren lassen. Anwesend waren die Staatsschreiberin sowie Vertreterinnen und Vertreter von Immobilien Basel-Stadt.

Das Wildt'sche Haus wurde 1762 bis 1764 vom Architekten Johann Jacob Fechter für den Seidenbandfabrikanten Jeremias Wildt-Socin erbaut. Es war für dessen Tochter und ihren Mann bestimmt, die es dann auch bezogen haben. Eigentümerin ist die Stiftung Wildt'sches Haus, Stiftungszweck ist der Erhalt des Gebäudes und seine Nutzung für Repräsentationszwecke der Universität Basel und des Regierungsrats. Auch eine Vermietung an Dritte ist möglich.

Seit 1957 ist dieses Haus einer staatlichen Liegenschaft gleichgestellt. Der Kanton Basel-Stadt trägt den Unterhalt und gewährt eine Defizitgarantie. Für 2021 bis 2024 wurden hierfür 480'000 Franken bewilligt. Wegen unzureichender Einnahmen aus Vermietungen und eingeschränkter Nutzungsmöglichkeiten ist die finanzielle Lage der Stiftung angespannt. Deshalb hat der Stiftungsrat beschlossen, die Stiftung Wildt'sches Haus aufzulösen und die Liegenschaft dem Kanton zu einem symbolischen Betrag zu übertragen. Die BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel hat die Übertragung des Wildt'sches Hauses am Petersplatz an den Kanton im Rahmen der Liquidation der Stiftung unter Einhaltung bestimmter Bedingungen im Grundsatz zugestimmt. Bedingungen wie die grundbuchliche Sicherung des Stiftungszwecks, die Übernahme ins Verwaltungsvermögen und der Erarbeitung eines Betriebs- und Nutzungskonzepts. Diese Punkte werden im Vermögensübertragungsvertrag festgehalten.

Vor diesem Hintergrund beantragt der Regierungsrat nun die Übernahme der Liegenschaft zu einem symbolischen Betrag von einem Franken unter Weiterführung des bisherigen Stiftungszweckes. Die Stiftung kann somit liquidiert werden. Vermögen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Wildt'sches Haus gehen an den Kanton über. Der Stiftungszweck, insbesondere das Nutzungsrecht für Universität und Regierungsrat, wird durch eine Dienstbarkeit gesichert. Nach Genehmigung durch den Grossen Rat wird die Stiftung 2025 liquidiert. Der Unterhalt erfolgt, wie bereits erwähnt, schon seit den 1950-Jahren durch IBS. Daran ändert sich durch die Übernahme nichts, nur die Schnittstelle zur Stiftung entfällt, was den Ablauf vereinfacht. Künftig soll auch die Vermietung im Rahmen einer Objektstrategie optimiert und ein passendes Betriebskonzept umgesetzt werden.

Mit der künftigen Objektstrategie soll das Haus als repräsentatives Gebäude erhalten bleiben, weiterhin für Anlässe von Regierung und Universität zur Verfügung stehen, neu aber auch benötigt werden können oder genutzt werden können für die Verwaltung und auch den Grossen Rat. Auch Tagesmieten für Anlässe bleiben möglich. Bisher wurden nur wenige Räume vermietet. Neu sollen elf Räume inklusive einem Gewölbekeller mit insgesamt 640 m2 zur Verfügung stehen, also rund 50 Prozent mehr Fläche. Ziel ist auch entsprechend eine intensivere Nutzung, 2023 fanden neun Vermietungen statt, 2024 nur sechs. Das Haus bietet repräsentative gebrauchstaugliche Räume, der notwendige Ausbau ist weitgehend vorhanden, es braucht aber Modernisierungen bei Sanitäranlagen und Infrastruktur. Andere Betriebsräume, beispielsweise für Catering, aber auch Lager sind vorhanden. Zudem ist für die bessere Nutzung auch die barrierefreie Erschliessung geplant, da das Gebäude derzeit keinen Lift hat und auch der Haupteingang nicht behindertengerecht zugänglich ist.

Die Staatskanzlei übernimmt gemeinsam mit dem Bau- und Verkehrsdepartement den Betrieb und Unterhalt, wobei der bauliche Standard beibehalten wird. Ein Betriebs- und Nutzungskonzept regelt alle relevanten Abläufe wie Sicherheit, Zutritt, Logistik und die Entsorgung unter Berücksichtigung des historischen Charakters. Die darin vorhandene Weiterführung des Stiftungszwecks trug zur Zustimmung der Stiftung zur Eigentumsübertragung bei. In den Verhandlungen wurde ein Übernahmewert der Liegenschaft von einem Franken vereinbart unter Berücksichtigung der Staatsbeiträge und des Unterhalts durch den Kanton. Die Stiftung trägt die Kosten der Auflösung, ein eventueller Restbestand geht an den Kanton. Mit der Übernahme übernimmt der Kanton auch die auf dem Grundstück lastende Hypothek von 360'000 Franken, die aufgrund der Vereinigung von Schuldner und Gläubiger entfällt. Aufgrund des Werts der Liegenschaft liegt die Übertragung des Wildt'sches Hauses ins Vermögen des Kantons, also in das Verwaltungsvermögen, in der Kompetenz des Grossen Rates und untersteht zudem dem fakultativen Referendum. Im ursprünglich Ihnen zugestellten Ratschlag hat sich hier ein Fehler auf Seite 6 eingeschlichen. Die Ablösung der Hypothekarschule beläuft sich auf 360'000 Franken. Dies wurde in der Zwischenzeit korrigiert.

Die geplante Objektstrategie, die elf Räume für Anlässe und Sitzungen bereitstellt, wird die Nutzung und Erlebbarkeit des Wildt'sches Hauses erheblich steigern. Langfristig wird mit einer höheren Auslastung gerechnet, was den Erwirtschaftungsaufwand erhöht. Für den Betrieb ist eine Stelle mit einem Jahresaufwand von 120'000 Franken vorgesehen, wie im Budget 2025 beantragt. Eine umfassende Vermietung wird frühstens 2026 möglich sein und der Personalbedarf wird nach dem ersten Betriebserfahren evaluiert. Die neue Objektstrategie und die erforderlichen Personalressourcen ermöglichen eine höhere Auslastung. Für die Universität und die Verwaltung, und das ist wichtig, inklusive dem Grossen Rat

ist ein Vorzugspreis vorgesehen. Nach Umsetzung der Strategie und den baulichen Massnahmen werden Einnahmen von 52’000 Franken pro Jahr erwartet, wobei in den ersten Jahren nach der Übernahme aufgrund von Sanierungsarbeiten mit geringeren Erträgen zu rechnen ist.

Die Finanzkommission hat deshalb einstimmig beschlossen, dem Geschäft zuzustimmen. Sie macht im Ratschlag auf Seite 8 auf einen zweiten Fehler aufmerksam, der ebenfalls in der Zwischenzeit korrigiert wurde, bei Ziffer 2 im Grossratsbeschluss sollte es 120’000 Franken heissen. Wir bitten Sie also, wie auch die Finanzkommission heute um Ihre Zustimmung und danken für die Aufmerksamkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Oliver Thommen hat das Wort.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich möchte eigentlich nur noch eine kurze Anmerkung oder eine Anregung an die Regierung machen, der mir beim Lesen des Ratschlags aufgefallen ist. Als Abkomme einer Region, wo der Webstuhl sehr oft spann und arbeitete, würde ich gerne anregen, dass man vielleicht bei den Vermietungen, da es ja jetzt wieder in staatlichem Besitz ist und nicht mehr ein Stiftungszweck verfolgen muss, dass das neben dem Kanton Basel-Stadt auch der Kanton Baselland, seine Regierung für offizielle Anlässe nutzen könnte. Nichtsdestotrotz war ja Jeremias Wildt-Socin ein Grossgrundbesitzer und Seidenbandfabrikant, der sein Vermögen ja unter anderem in unserem geschätzten Nachbarkanton machte und vielleicht hilft das ja auch bei der sehr zerrütteten Partnerschaft, wenn man von aussen hinsieht, als gutes Zeichen des guten Willens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In einer zweiten Runde verzichten Regierungsrätin Soland und Joël Thüring.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Ratschlags)

Titel und Ingress

1. Übernahme

2. Kosten Betrieb

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006307, 09.04.25 09:19:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Die Übernahme der Liegenschaft «Wildt’sches Haus», Petersplatz 13, Parzelle Nr. 290 in Sektion 1, in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt (Verwaltungsvermögen) unter Weiterführung des Stiftungszwecks wird genehmigt.

2. Für den Betrieb des Wildt’schen Hauses werden wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von Fr. 120’000 pro Jahr zu Lasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements (Staatskanzlei) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

6. Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend effiziente Gesundheitsversorgung durch überregionale Planungsregionen

[09.04.25 09:19:22, 25.5086.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Niggi Rechsteiner wünscht das Wort als Einzelsprecher.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich spreche hier im Namen von Tobias Christ, der die Standesinitiative eingereicht hat. Die GLP beantragt hiermit die Einreichung einer Standesinitiative zur verbindlichen und überregionalen Spital- und Gesundheitsplanung.

Die Erfahrung zeigt leider, dass die freiwillige Koordination zwischen den Kantonen oft nur unzureichend funktioniert, was zu ineffizienten Strukturen, Doppelspurigkeit und letztlich hohen Gesundheitskosten führt. Die Gesundheitsversorgung ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Die steigenden Kosten und unkoordinierte Planungsprozesse gefährden nicht nur die finanzielle Tragbarkeit des Systems, sondern auch dessen Qualität. Die Kantone sind gesetzlich zur interkantonalen Koordination verpflichtet, doch in der Praxis wird diese nur fragmentarisch umgesetzt. Basel-Stadt kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen und gemeinsam mit Baselland sowie weiteren Kantonen der Nordwestschweiz eine nationale Debatte anstossen.

Ein gleichlautender Vorstoss wurde im Baselbieter Landrat eingereicht, aber noch nicht debattiert. Allerdings liegt dort schon eine Stellungnahme des Regierungsrats vor. Der Regierungsrat Basel-Landschaft lehnt die Standesinitiative mit der Begründung ab, dass bereits ausreichende interkantonale Koordinationsmechanismen bestehen und eine weitere Integration der Versorgungsplanung nicht zielführend sein. Wir widersprechen dieser Einschätzung aus folgenden Gründen:

1. Die bestehende Koordination reicht nicht aus. Der Regierungsrat verweist auf die gesetzlichen Grundlagen im KVG und auf interkantonale Vereinbarungen wie der Staatsvertrag zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Doch gerade dieser Staatsvertrag wird just im Kanton Basel-Landschaft und insbesondere auch von dessen Regierung aktuell wieder stark in Frage gestellt.

2. Die Ablehnung durch Nachbarkantone ist kein Argument gegen die Initiative. Der Regierungsrat Baselland argumentiert, dass die Nachbarkantone Aargau, Solothurn und Jura eine Beteiligung an der gemeinsamen Gesundheitsregion abgelehnt haben. Doch dies zeigt gerade das Problem, eine freiwillige Zusammenarbeit stösst an ihre Grenzen. Die Kantone entscheiden nach eigenen Interessen, was die überregionale Gesundheitsversorgung beeinträchtigt.

3. Die Rolle des Bundes ist entscheidend. Der Regierungsrat befürchtet, dass eine stärkere Bundeskompetenz die kantonale Gesamtversorgungsplanung schwächen könnte. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Der Bund würde lediglich die Planungsregion definieren, die Umsetzung bliebe bei den Kantonen. Die Kompetenzverteilung wäre klar geregelt. Der Bund sorgt für eine überregionale Strategie, die Kantone behalten ihre Finanz- und Steuerungshoheit. Nur falls die Kantone sich nicht auf eine koordinierte Planung einigen können, muss der Bund als übergeordnete Instanz eingreifen können. Genau das fordert die Standesinitiative.

Die Begründung des Regierungsrats Baselland zeigt also auf, dass ein nachhaltiger Paradigmenwechsel unbedingt notwendig ist. Die GLP setzt sich für eine effiziente kostendämpfende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ein. Dazu braucht es eine verbindliche interkantonale Spital- und Gesundheitsplanung. Die Standesinitiative fordert deshalb zusammenfassend verbindliche überregionale Planung in Gesundheitsregionen, Festlegung von Gesundheitsregionen nach sachlichen Kriterien, Patientenströme statt politische Grenzen, eine klare Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen. Der Bund sorgt für Struktur, die Kantone für die Umsetzung.

Die heutige Situation mit freiwilligen Vereinbarungen führt zu suboptimalen Lösungen und steigenden Kosten. Die Gesundheitsversorgung muss effizienter und vorausschauender geplant werden. Diese Standesinitiative ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die GLP-Fraktion bittet Sie daher um Ihre Zustimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die regionale und überregionale Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung ist ausserordentlich wichtig und sie gewinnt angesichts der fortschreitenden Entwicklung der Angebote und des medizinischen Fortschritts zusehends an Bedeutung. Der Regierungsrat anerkennt daher die von den Antragstellenden genannten Herausforderungen. Wir sind uns diesbezüglich einig.

Genau aus diesen Gründen wurde unter anderem der Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung abgeschlossen und in der Volksabstimmung vom 10. Februar 2019 von der Stimmbevölkerung beider Kantone auch angenommen. Seither haben wir zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft eine voll integrierte gemeinsame Versorgungsplanung. Wir erheben gemeinsam die Patientenströme, wir vergeben gemeinsam und einheitlich die Leistungsaufträge an die Spitäler und unsere Region beider Basel ist dafür eine geeignete Region. Wir erreichen mit unserer gemeinsamen Planung weit über 90 Prozent der Behandlungen unserer Bevölkerung und haben auch namhafte Patientenströme aus anderen Kantonen, insbesondere Aargau, Solothurn, Jura sowie aus dem benachbarten Ausland. Wir haben hier also in Basel, was Sie in Ihrer Standesinitiative verlangen.

Mit Blick auf die regionale Ausdehnung des geografischen Wirkungskreises unseres Staatsvertrages sieht dieser explizit vor, dass weitere Kantone beitreten können. Das Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt wie auch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft fragen die Kantone Aargau, Jura und Solothurn regelmässig an, letztmals im Herbst 2024, ob sie sich verbindlich an der gemeinsamen Gesundheitsregion beteiligen möchten. Bisher war diesen Anfragen noch kein Erfolg beschieden. Das ist auch verständlich, wenn Sie sich die geografische Situation der genannten Kantone vor Augen führen. Sie fühlen sich nicht ausschliesslich in der Nordwestschweiz zugehörig, sondern reichen auch namentlich mit ihren Patientenströmen in andere Regionen und haben deshalb eine besondere Situation, was wir auch anerkennen sollten.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Antrag soll jetzt der Bund dazu aufgefordert werden, die rechtlichen Grundlagen für eine verpflichtende Spital- und Gesundheitsplanung zwischen den Kantonen zu schaffen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die rechtlichen Grundlagen für eine verpflichtende interkantonale Spitalplanung bereits existieren und auch umgesetzt werden. So ist die Spitalplanung und die daraus resultierende Erstellung der Spitalliste im Artikel 39 des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) als kantonale Aufgabe explizit festgelegt und die Kantone sind verpflichtet, ihre Planungen zu koordinieren. Wie die Koordination zu erfolgen hat, wird in Artikel 58e der Krankenversicherungsverordnung detailliert ausgeführt. So müssen die Kantone die Informationen über die Patientenströme auswerten, diese Informationen mit den betroffenen Kantonen austauschen und sie bei ihrer Spitalplanung entsprechend berücksichtigen. Dem wird zusätzlich mit den Empfehlungen der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) zur Spitalplanung Rechnung getragen. Dort ist noch einmal detaillierter festgehalten und vereinbart zwischen den Kantonen, wie wir das machen. In diesem Sinn sind die Empfehlungen als Beitrag zur interkantonalen Koordination der Spitalplanung im Sinne des KVG zu verstehen.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass die interkantonale Koordination der Spitalplanung in der Nordwestschweiz bereits heute stattfindet. So werden etwa die Patientenströme im periodischen Austausch in Arbeitsgruppen analysiert sowie operative und strategische Fragestellungen diskutiert. Dabei werden die Patientenströme in den jeweiligen Versorgungsplanungsberichten der beiden Basel sowie auch der Kantone Aargau, Bern und Solothurn berücksichtigt. Zudem werden relevante Leistungserbringer in der Nordwestschweiz schon heute auf den jeweiligen kantonalen Spitallisten unabhängig vom Spitalstandort berücksichtigt. Also die Kantone vergeben auch Leistungsaufträge an ausserkantonale Spitäler. Noch andere Regeln gelten im Bereich der hochspezialisierten Medizin, dort wissen Sie, gibt es diese interkantonale Vereinbarung und dort wird die Planung bereits schweizweit vorgenommen.

Ist meine Redezeit schon zu Ende? Dann muss ich an dieser Stelle zum Schluss kommen und mir vorbehalten, noch ergänzende Ausführungen dann später anzubringen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Sprecherin ist Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Wir haben diesen Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative bei uns in der Fraktion breit diskutiert und wir sehen grundsätzlich die Problematiken, die Niggi Rechsteiner namens der GLP vorhin ausgeführt hat, sehr deutlich. Wir sind auch der Meinung, dass es durchaus mehr Zusammenarbeit braucht, dass es mehr Kooperation braucht, dass man eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung, aber auch eine Gesundheitsversorgung, die dann für die Bevölkerung bezahlbar ist, erreicht, indem man eben enger zusammenarbeitet, sich unterstützt, zusammen plant, zusammen auch Infrastrukturen plant im Gesundheitswesen und auch die gesamte Grundversorgung gemeinsam koordiniert.

Nichtsdestotrotz, das haben Sie wahrscheinlich dem «Chrüzlistich» entnehmen können, haben wir uns schlussendlich überwiegend gegen die Überweisung ausgesprochen und das primär aus formellen Gründen.

Zum einen, es wurde ausgeführt, gibt es verschiedene Instrumente, die bereits zum Tragen kommen. Zum anderen gibt es auch sehr viele verschiedene bereits hängige politische Vorstösse. Es gibt auf kantonaler Ebene sowohl jetzt in unserer Region Vorstösse, die verlangen, dass enger zusammengearbeitet wird und an diesen halten wir auch fest. Da erwarten wir auch nach wie vor, dass das getan wird und sehr gerne auch über die beiden Kantone Baselland und Basel-Stadt hinaus. Zum anderen gibt es aber auch auf nationaler Ebene verschiedene politische Vorstösse. Es gibt mitunter ein Postulat von Sarah Wyss, das letzten Herbst überwiesen wurde, dass genau Forderungen in diese Richtung stellt, das bereits überwiesen wurde. Es gibt Vorstösse von der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, die als Kommission eine entsprechende Motion eingereicht hat und da einschreitend agieren möchte, also dem Bund da mehr Verantwortung bzw. ihn stärker in die Pflicht nehmen möchte. Und es gibt auch eine entsprechende Motion, die im Nationalrat eingereicht wurde seitens der GLP.

Aufgrund dieser Ausgangslage und auch in Anbetracht dessen, dass Standesinitiativen ja in Bundesbern nicht so gerne gesehen werden und in der Regel sowieso einfach ziemlich abgetischt werden, haben wir uns dann dazu entschlossen, auch wenn wir die Forderung sehr gut nachvollziehen können und da auch hoffen, dass da in Zukunft noch enger, noch besser zusammengearbeitet wird, jetzt auf diese zusätzliche, sagen wir mal, Arbeitsbeschaffung mit geringem Ausgangserfolg zu verzichten. Nichtsdestotrotz ist festzuhalten, dass wir durchaus erwarten, dass in Zukunft enger miteinander zusammengearbeitet wird und wir die Forderung des Anliegens auch sehr gut nachvollziehen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die Fraktion BastA erachtet das Anliegen von Tobias Christ, welches im Vorstoss beschrieben ist, grundsätzlich als berechtigt und inhaltlich auch nicht als falsch. Der Vorstoss liegt unserer Meinung nach aber auf einer symbolischen Ebene und klammert wesentliche Aspekte, die uns wichtig wären, aus. Deshalb stellt sich uns die Frage, ob nun eine Überweisung auf dieser symbolischen Ebene nun wirklich so viel Sinn macht. Klar wären bikantonale und überregionale Planungen in der Gesundheitsversorgung, die über die Definition von gemeinsamen Spitallisten hinaus weichen und Gesundheits-, Infrastruktur- und Spitalplanungen miteinschliesst, sehr sinnvoll. Dies haben wir ja immer befürwortet, dass diese vor allem im Sinne der Bevölkerung und des Service Public ausgestaltet werden.

Also weshalb lehnen wir nun die Überweisung dieser Standesinitiative an den Regierungsrat ab? Aus folgenden drei Gründen:

Erstens, wie Herr Regierungsrat Engelberger auch schon ausgeführt hat, in den Kantonen Baselland und Basel-Stadt besteht bereits eine gemeinsame Gesundheitsregion und es bestehen auch bereits erste Kooperationen zu Spitälern des Juranordfusses. Der Rahmen wäre also vorhanden und wir sind der Meinung, dass diese für die Erreichung der Zielsetzungen ausreichend ist, aber leider stockt es mit der Umsetzung in Teilaspekten. Und anstatt eine Standesinitiative einzureichen, soll der Regierungsrat all seine Kräfte auf ein bikantonales Zusammenraufen verwenden, um die GGR auf die von der Stimmbevölkerung gewünschte wirkungsvolle Stufe zu heben. Dabei stehen für BastA nicht die Kosteneinsparungen im Vordergrund, sondern ein qualitatives, nachhaltiges und auf den effektiven medizinischen Bedarf ausgerichtetes Angebot fernab von gegenseitiger Konkurrenzierung und Erreichung von EBITDA-Margen.

Zweitens, zudem ist die Standesinitiative eigentlich überflüssig. Auch das wurde schon erläutert, das Anliegen von Planungsregionen ist bereits in Bundesbern mehrfach deponiert. Unter anderem hat die ständerätliche Kommission einen entsprechenden Vorstoss bereits eingereicht und mit unserer Nationalrätin Sarah Wyss haben wir ja eine Vertreterin aus unserem Kanton, die sich für das Anliegen eh schon stark macht. Aber wie wir alle wissen, wimmelt es in Bern nur so von Gesundheitswesen-Lobbyisten und deshalb, ehrlich gesagt, erwarte ich von einer eingereichten Standesinitiative bei diesem bürgerlichen Bundesparlament überhaupt nichts Gescheites und Kreatives. Wir können uns also diesen symbolischen Schritt einsparen.

Und drittens fokussieren die Formulierungen in der Standesinitiative zu sehr auf Einsparungen, Effizienzgewinnen und Dämpfung der Gesundheitskosten. Ich bin das sehr skeptisch, denn eigentlich wissen wir ja alle, dass die Zitrone bereits ausgepresst ist und die verheissenden grossen Einsparungen gar nicht mehr zu erzielen sind. Im Gegenteil, die dringend notwendigen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen in der Pflege und den Assistenzärzt*innen sind nicht kostenfrei zu haben und dass die Erneuerung der Spitalinfrastruktur nicht durch die Betriebsgewinne der Spitäler refinanziert werden können, ist nun, glaube ich, schweizweit auch allen bekannt. In der ganzen Diskussion wird völlig ausser Acht gelassen, dass das gesamte Finanzierungssystem seit der Einführung von Fallpauschalen oder Auslagerungen von kostenintensiven Universitätskliniken und dem von bürgerlicher Seite auferlegten Kostendruck auf die Spitäler nicht mehr funktioniert. Es braucht andere Ansätze. Neben den bikantonalen Regulierungen und Planungen braucht es bessere Arbeitsbedingungen

und mehr ausgebildetes Fachpersonal, mehr Zeit für den Patienten am Bett, weniger Administration, weniger Controlling und dringend ein anderes Finanzierungssystem.

Aus all diesen Gründen werden wir die Standesinitiative nicht überweisen. Wir sind der Meinung, dass wir unseren Fokus besser auf die qualitative Weiterentwicklung unserer gemeinsamen Gesundheitsregion und für einen wirklichen Systemwechsel der Finanzierung des Gesundheitswesens legen sollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Die FDP unterstützt die Überweisung dieser Standesinitiative ausdrücklich. Die zunehmenden Herausforderungen im Gesundheitswesen, insbesondere im Bereich der Spitalplanung, verlangen nach neuen überkantonalen Lösungen. Die Standesinitiative greift ein Problem auf, das seit Jahren bekannt ist. Die freiwillige Zusammenarbeit zwischen den Kantonen reicht nicht aus, um eine effiziente, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Eine gesetzlich verankerte verbindliche Planung in funktionalen Versorgungsregionen, abgestimmt auf Patientenströme und den Versorgungsbedarf, ist ein sinnvoller und notwendiger Schritt. Gleichzeitig bliebe die föderale Verantwortung der Kantone gewahrt bei gleichzeitiger Klarheit in der Kompetenzverteilung.

Ich bin überzeugt, dass diese Standesinitiative eine wichtige und notwendige Debatte auf Bundesebene anstossen und zu einer sachgerechten Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems beitragen kann. Daher empfehle ich Ihnen, die Überweisung dieser Standesinitiative zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann es relativ kurz machen, auch die SVP unterstützt diesen Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative. Man kann dementsprechend auch inhaltlich auf die Voten von Kollegen Rechtsteiner und Moesch verweisen. Ich denke, inhaltlich sind sich ja auch alle einig, dass hier auch etwas geschehen muss. Deshalb vergibt man sich auch nichts, wenn man hier jetzt der Standesinitiative zustimmt, obwohl ich natürlich auch Frau Eberhard recht geben muss, dass die Wahrscheinlichkeit relativ gross ist, dass diese Standesinitiative, wie viele andere auch, in Bundesbern versanden wird, aber trotzdem, inhaltlich sind wir uns ja da auch einig und dann vergibt man sich auch nichts, wenn man jetzt dem so zustimmt. Dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich fange an mit einem mea culpa, nämlich der «Chrüzlistich», der falsch ist wegen mir, es ist nicht ein Plus, es ist ein Minus drauf. Und zwar sind die Argumente schon gesagt worden, sie sind schon benannt worden, ich will die nicht nochmal alle wiederholen, Frau Eberhard hat geredet, andere haben geredet, wieso wir die Standesinitiative nicht überwiesen haben wollen.

Was man noch nicht gesagt hat, ist die Verantwortungsdiffusion, eine mögliche, die so etwas generieren könnte, bei den Kosten und bei der Qualität. Wenn der Bund plötzlich, und wir reden jetzt von einem Bund, der ja nicht gerade wirklich in der stärksten Verfassung ist im Moment, wenn man die Weltlage anschaut, wenn man alles andere anschaut, wäre es ein bisschen naiv, denke ich, wenn man jetzt erwarten würde, dass der Bund plötzlich Milliarden ausschüttet für irgendwelche Planungsregionen im Gesundheitswesen. Also sind wir gefordert, wie wir auch schon gehört haben, dass wirklich hier bikantonal das so läuft und es läuft ja eigentlich recht gut. Vor allem in der Spitzenmedizin wissen wir, welche Eingriffe wo gemacht werden sollen und das wird gesteuert und das ist auch gut so. Das sagt sogar ein Liberaler. Also wenn wir nochmal auf die Verantwortungsdiffusion bei den Kosten und der Qualität schauen wollen, dann müssen wir sagen, wenn der Bund die Planungsregionen definieren würde, einfach so einmal durchdacht, aber die Kantone weiterhin für die Finanzierung und dann für die Umsetzung verantwortlich wären, dann haben wir doch ein Zuständigkeitschaos. Da müssen wir uns auch im ganz klaren sein. Wer haftet dann zum Beispiel bei einer Fehlplanung, wer haftet dann, ist das dann der Bund, sind das die Kantone, wer trägt überhaupt die Konsequenzen? Das ist einmal ein Argument, das vielleicht noch nicht genannt worden ist.

Dann ein zweites, das ich noch sehe oder wir noch sehen, ist die Gefahr von einer politisch motivierten Gesundheitsregion, die besteht dann tatsächlich, dass man die Gesundheitsregionen definiert durch den Bund, die dann durchaus politisch motivierte Grenzziehungen sein könnten und die sind dann nicht zwingend sachlich oder dann wirklich gut qualitätsmässig

medizinisch sinnvoll allenfalls. Also das widerspricht der Idee von einer unabhängigen evidenzbasierten Planung, wie man dem sagen würde, und das wäre der liberale Anspruch.

Und dann auch noch ein drittes und letztes Argument, Zweifel an einer Umsetzbarkeit von überhaupt so etwas in der jetzigen Situation, in der wir uns weltweit befinden einerseits, aber auch, wo sich der Bund im Moment befindet, eine interkantonale Kooperation, die ist schwerfällig, da gebe ich recht, die ist auch nicht einfach, wir merken ja das am eigenen Leib, aber das ist genau unsere Challenge und dort sollten wir unsere Energien und unsere Gelder auch sogar und all das sollte man dort wirklich investieren. Eine Bundeslösung könnte noch viel trägere Entscheidungsprozesse erzeugen und wir müssen uns immer noch bewusst sein, in der Schweiz haben wir immer noch eine hoch qualitative Medizin, ob sie teuer, nicht so teuer oder tragbar, usw. ist, das sind andere Diskussionen. Aber ich möchte einfach hier nochmals staten, wir haben immer noch mit dem USB in einem Kanton drin, das weltweit eines der besten Spitäler ist und wir bieten die Qualität in der Medizin hier an.

Und darum, all das, was ich jetzt hier gesagt habe, das sind noch die letzten drei Argumente, die mir noch gefehlt haben in der guten Debatte, die wir hier geführt haben. Und ich entschuldige mich nochmal im Namen der LDP und von mir, dass wir im «Chrüzlistich» da falsch drin zitiert sind. Also wir lehnen diese unnötige, zwar vielleicht auch gut gemeinte, aber ein bisschen naive Standesinitiative ab, was schlussendlich sicher auch nur Symbolpolitik ist und ich empfehle der GLP, sich bei der eigenen Vertreterin das nächste Mal vielleicht Auskunft einzuholen, was in Bern läuft, dort läuft nämlich genauso viel, wie bis jetzt schon gesagt worden ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): So viel Einigkeit war wahrscheinlich selten bei diesen unterschiedlichen Einschätzungen im «Chrüzlistich» und jetzt, nachdem Raoul Furlano erklärt hat, dass da das falsche Zeichen drin war bei der LDP, ist die Abstimmung wahrscheinlich jetzt in die andere Richtung gekippt. Nichtsdestotrotz werde ich noch kurz sagen, wie es die Fraktion Grüne/jgb sieht.

Wir haben es von eigentlich allen Sprecherinnen und Sprechern gehört, es gibt eigentlich eine Einigkeit, wie wichtig die interkantonale, die regionale Zusammenarbeit und die gemeinsame Planung ist und jetzt haben wir hier diese Standesinitiative, auf Bundesebene gibt es schon diverse Vorstösse, und jetzt sind wir auf der Ebene, was bringt diese Standesinitiative, ist es ein symbolischer Akt oder nicht. Und das haben wir natürlich auch bei uns in der Fraktion diskutiert und wir kamen jetzt zum Schluss, dass wir tendenziell eher für Überweisung sind. Es ist ja eine Erstüberweisung. Wir hatten damals noch nicht die Argumentation des Regierungsrates, der das nicht entgegennehmen will, das haben wir jetzt gehört, das war sehr ausführlich, aber vielleicht kann man das dann ja noch in einer schriftlichen Stellungnahme haben.

Wir sind der Meinung, das könnte die Diskussion beleben, auch auf Bundesebene. Wir sind der Meinung, es ist eine sehr wichtige Diskussion, weil das Gesundheitswesen nicht dort steht, wo es stehen könnte, und wir sehen auch den Bundesrat eigentlich in der Verantwortung, mehr in der Koordination zu unternehmen, damit das auch in anderen Regionen gut funktioniert. Da könnten wir ja als Kanton Basel-Stadt auch eine kleine Vorbildfunktion übernehmen, wie es auch schon ausgeführt wurde von Regierungsrat Lukas Engelberger.

Wie schon gesagt, wir sind jetzt auch nicht der Meinung, dass es unbedingt sein muss, wir sind aber in der Tendenz eher in Richtung, ja, wir können damit die Diskussion innerhalb der Schweiz damit beleben, aber die Diskussion, wie sinnvoll Standesinitiativen sind, die haben wir, glaube ich, bei jeder Standesinitiative mehr oder weniger auch schon behandelt und diskutiert. Also wir sind für Überweisung, für eine Erstüberweisung und danken Ihnen, wenn Sie uns folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht für ein zweites Votum an Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, noch kurz ergänzend festzuhalten, dass wir selbstverständlich uns bewusst sind, dass wir in der Regionalisierung der Planungen im Gesundheitswesen noch weitere Fortschritte benötigen. Dafür hat mir vorher die Redezeit nicht mehr gereicht. Ich nehme das selbstverständlich mit, dass das auch eine Forderung ist aus dem Parlament und ich kann Ihnen noch sagen, dass wir daran auch arbeiten und uns dafür einsetzen in den Gremien der Gesundheitsdirektorenkonferenz. Ich habe diese Empfehlungen zur Spitalplanung erwähnt. Das ist eine ziemlich detaillierte Anleitung, wie wir den Kantonen empfehlen, ihre Spitalplanung zu machen und ich kann sagen, dass die Allermeisten sich in ihren Planungen auch an derselben Methode orientieren und dort wollen wir jetzt eben einen weiteren Schritt in Richtung dieser regionalen Erhebung der Patientenströme und in Richtung der regionalen Planung anstreben. Wir arbeiten daran. Ich sage zwar hier, dass ich dankbar wäre, wenn wir diese Standesinitiative nicht einreichen

würden, aber ich sage gar nicht, dass wir in dem Bereich keine Arbeit mehr hätten und kann Ihnen in Aussicht stellen und versprechen, dass wir da selbstverständlich dranbleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte nur kurz erwähnen, dass diese Standesinitiativen gar nicht so schlecht sind. Also ich habe eine Standesinitiative mit Annina von Falkenstein von der LDP für das Konversionsverbotsgesetz auf Bundesebene eingereicht und diese Standesinitiative hat sich dann zu einer Kommissionsmotion entwickelt. Also es ist durchaus so, dass man mit Standesinitiativen etwas bewirken kann und ich bin ein bisschen überrascht, dass man immer, wenn die Standesinitiativen kommen, auch von neuen Ratsmitgliedern mitbekommt, dass das nichts bringt. Es bringt etwas und in diesem Sinne hoffe ich, dass wir doch noch ein paar Stimmen bekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hätte der Antragsteller Tobias Christ. Die Zweitunterzeichnerin Claudia Baumgartner verzichtet auf ein Votum.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 61 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006309, 09.04.25 09:50:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Standesinitiative nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Standesinitiative nicht überwiesen mit 61 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

7. Motion 1 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Gestaltung von nachhaltig erfolgreichen Matching - Prozessen zwischen Jugendlichen und Lehrbetrieben in der Berufslehre

[09.04.25 09:50:33, 25.5087.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.

8. Motion 2 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball

[09.04.25 09:51:04, 25.5088.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldung vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.

9. Motion 3 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb

[09.04.25 09:51:30, 25.5089.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Das Wort geht an Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Ich beantrage im Namen der SP-Fraktion die Überweisung der Motion Balmer und Konsorten und führe Ihnen gerne kurz aus, wieso wir und auch die Grünen, für die ich hier sprechen darf, das eine gute Idee finden. Was will der Vorstoss? Ein Rahmenkredit für den Landerwerb mit 260 Millionen Franken. Und wieso wollen wir das? Für das Vorantreiben einer aktiveren Bodenpolitik. Das hat für einen kleinen Stadtkanton wie uns nur Vorteile. Boden ist ein wertvolles Gut, er lässt sich weder vermehren noch importieren und Boden ist die Grundlage für viele unserer Grundbedürfnisse, darunter auch das Wohnen. Und dass der Boden gerade in Basel knapp ist, das versteht sich von alleine. Investitionen in Landkäufe lohnen sich also umso mehr und das meine ich durchaus ökonomisch betrachtet. Das zeigt die ökonomische Entwicklung eindeutig. Das wusste schon Bernoulli und das wissen auch andere kleine Stadtstaaten und Städte wie Singapur, Kopenhagen, Helsinki und andere, die durch Baurechtsabgaben die Stadtentwicklung aktiv vorantreiben.

Dass sich auch die Basler Stimmbevölkerung mehr aktive Bodenpolitik wünscht, das bringt sie in Abstimmungen immer wieder deutlich zum Ausdruck. Sei es die Bodeninitiative oder auch die Abstimmung «Recht auf Wohnen» oder auch nationale Abstimmungen zum Thema, wie zum Beispiel die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen», mit der ein Vorkaufsrecht eingeführt hätte werden sollen, da hat die Basler Stimmbevölkerung mit 60 Prozent Ja gesagt. Für uns ist klar, der Regierungsrat hat sich im Rahmen der Umsetzung der Initiative «Recht auf Wohnen» das Ziel gesetzt, den Anteil an preisgünstigem Wohnraum bis 2050 auf 25 Prozent zu erhöhen und dieses Ziel, das erreichen wir nur mit erhöhten Anstrengungen und zusätzlichen Investitionen in den Landerwerb.

Aktive Bodenpolitik heisst für uns aber nicht, dass dann der Kanton selber dieses Land bebauen bzw. verwalten muss. Die Abgabe im Baurecht ist eine zentrale Komponente der aktiven Bodenpolitik. Und wenn Sie den Vorstoss aufmerksam gelesen haben, dann steht da auch nichts von Genossenschaften oder von gemeinnützigen Baurechtsträgern, im Gegenteil, es ist explizit von Baurechtsabgaben an private Trägerschaften die Rede. Niemand soll hier von Vorneweg ausgeschlossen werden.

Der Vorstoss ist aus unserer Sicht also sehr wohl mehrheitsfähig und wir würden uns sehr freuen, wenn wir hier auch auf bürgerliche Unterstützung zählen könnten. Letztlich geht es uns darum, Gestaltungsspielräume zu schaffen und zu nutzen, denn dort, wo uns der Boden gehört, dort, wo wir Baurechte vergeben, da können wir anders mitgestalten. Das sehen wir nicht zuletzt an ganz vielen Beispielen, die wir bereits kennen. Erlenmatt Ost, Baurechtsvergaben der IBS am Kohlistieg, Schoren, Burgfelderstrasse, Westfeld, Volta Nord, Walkeweg, usw. Auch in Riehen kennen wir das System, beispielsweise am Höflirain wurden sieben Reiheneinfamilienhäuser im Baurecht erstellt.

Wir sehen die Möglichkeiten, die sich in so einem Modell bieten, aber auch bei anderen Baurechtsgeber*innen, wie zum Beispiel der Stiftung Habitat auf dem Lysbüchel, wo sie eben ihren Boden durch diese Baurechtsabgaben sehr differenziert, sehr vielfältig, sehr kleinteilig entwickeln. Eben nicht nur mit planungsrechtlichen Vorgaben, wie wir das über Zonenplan,

usw. machen, sondern durch die aktive Gestaltung in den Baurechtsvereinbarungen. Das ist es, was wir meinen, wenn wir von aktiver Stadtentwicklung sprechen.

Nicht zuletzt möchte ich noch ein Beispiel erwähnen, mit dem wir uns ebenfalls schon beschäftigt haben, das uns noch weiter beschäftigen wird, nämlich das Hafenareal, das ja uns bereits gehört. Und auch da haben wir bereits erste Entscheide gemeinsam getroffen, eben nicht nur planungsrechtlich, da können wir mitentscheiden, wie gross dieser Park werden soll oder ob da auch Baurechtsabgaben im Stockwerkeigentum zum Zuge kommen können.

In diesem Sinne fordert der Vorstoss nichts Neues, sondern einfach mehr von dem, was bereits sehr gut funktioniert. Wir hoffen, dass Sie in diesem Sinne zumindest der Erstüberweisung zustimmen werden, und ich freue mich im Namen der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen über Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Wohnen ist ein Grundbedürfnis von allen Menschen. Man kann gar nicht darauf verzichten, alle Menschen müssen irgendwo wohnen. Als Kantonsparlament haben wir eine Mitverantwortung, dass in Basel-Stadt genügend und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung steht. Mit dieser Motion von Ivo Balmer können wir etwas dazu beitragen. Der Boden ist ein äusserst knappes Gut, insbesondere in unserem kleinen Kanton und es kann nicht vermehrt werden. Der Wohnungsleerstand ist sehr tief, der Markt ist verzerrt und überhitzt, was die Spekulationen begünstigt, die in niemandes Interesse ist. Insbesondere für Familien ist es zurzeit sehr schwierig, eine genügend grosse und auch bezahlbare Wohnung zu finden. Ganz wichtig, staatlicher Landkauf bedeutet nicht staatlicher Wohnungsbau. Ich befürworte, dass der Kanton Land kauft, das er im Baurecht vergibt. Der Kanton besitzt den Boden noch, aber Private bauen darauf Wohnliegenschaften. Diese Privaten können Wohnbaugenossenschaften, aber auch gewinnorientierte Unternehmen sein.

Noch ein Blick in den Osten. Im Jahr 2022 hatte die Stadt Zürich für rund 184 Millionen Franken neun Grundstücke erworben, im 2023 für insgesamt 358 Millionen Franken 15 Grundstücke. Im Budget 2024 hatte der Stadtrat für den Landerwerb sogar 500 Millionen Franken vorgesehen. Wir sind etwas bescheidener. Die vorliegende Motion fordert nur eine Rahmenausgabenbewilligung für 260 Millionen Franken für Landerwerb, also kein jährlicher Betrag. Eine Preistreiberei im Immobilienmarkt entstand in der Stadt Zürich übrigens nicht. Die Stadt kauft höchstens fünf, in extremen Jahren zehn Prozent des Volumens. Dadurch entstand keine Preistreiberei. Die Stadtverwaltung verfügt über eine Schätzungskommission mit grosser Erfahrung. Diese bewertet die Areale und berücksichtigt einen eventuellen Arrondierungsmehrwert bzw. das Potenzial eines Grundstücks. Daraus ergibt sich eine klare Angebotslimite. Die Stadt kauft nicht einfach alles, was auf den Markt kommt, und genauso würde unser Finanzdepartement den Landerwerb bestimmt auch umsetzen.

Mit diesem Landerwerb profitiert unsere Bevölkerung und der Kanton gleich mehrfach. Viele Menschen erhalten bezahlbaren Wohnraum, der Kanton kann Geld nachhaltig und sicher anlegen und der Staat muss wegen den fairen Mietpreisen in diesen Liegenschaften potenziell weniger Mietzinsbeiträge auszahlen. Ich empfehle Ihnen deshalb auch im Namen der EVP und einem Teil der Mitte, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Im Namen der LDP-Fraktion sprechen wir uns gegen die beantragte Rahmenausgangbewilligung aus, zumindest in der vorliegenden und unklaren Form. Einen Gedanken zur Bernoullis Absicht, der hier immer wieder zitiert wurde, nach meiner Leseart war es vor allem sein Ziel, für raumplanerische Ziele sinnvoll Boden und Flächen zu halten, um dann beispielsweise Spitäler oder andere Infrastrukturen bauen zu können, welche in Zukunft durch die Gesellschaft benötigt werden. Das heisst, kleine Flächen vermeiden, damit man dann später auch Handlungsspielraum hat, zum Beispiel um eine Schule zu bauen. Das ist zugegebenermassen gerade in der Stadt Basel nicht passiert und ein Problem, das wir heute kennen. Nun ist es aber so, dass unsere Stadt anders gewachsen ist als zum Beispiel auch Singapur und andere Städte, wo der gesamte Boden in der öffentlichen Hand ist. Jetzt einzugreifen ist einfach relativ teuer und birgt Risiken der Wettbewerbsverzerrung. Ein generelles Ankaufen des gesamten Bodens war meines Erachtens also auch nicht die Absicht von Herrn Bernoulli.

Es braucht also eine klare Strategie. Was soll für welchen Grund gekauft werden? Die LDP-Fraktion hat grosse Mühe, den Markt derart zu verzehren, dass jeder Private weiss, der Kanton ist in der Pflicht, zuzukaufen. Das ist auch im Kanton Zürich ein Problem. Ratskollege Christoph Hochuli hat von diesem Fonds erzählt, hier wurde ein Fonds geäufnet, der immer weiter gespiesen wird und der Druck wird immer grösser, auch gegenüber der Stadtregierung in Zürich, dass sie kaufen müssen, aber die wollen gar nicht und das führt dann auch zu Fehlanreizen. Wir wollen einfach verhindern, dass es ein wilder Zukauf gibt, der unkoordiniert ist.

Kommen wir zurück zum Status Quo. Der Kanton verfügt bereits heute über die Möglichkeit, eine aktive Bodenpolitik zu betreiben, gestützt auf § 50a des Finanzhaushaltgesetzes. Dort steht, dass die aktive Bodenpolitik ein Ziel ist. Diese wird auch genutzt, etwa mit dem Erwerb des Clara-Areals oder der Liegenschaft an der Gartenstrasse, um einige grössere Beispiele zu nennen. Diese haben auch über mehrere 100 Millionen gekostet. Das sieht man auch in den Bewegungen des Finanzvermögens der letzten Jahre und des Immobilienvermögens. Und es kommt, lieber Kollege Hochuli, zu einer Preistreiberei, das wurde uns beim Clara-Areal bekannt gemacht und beim Horburg wurde es diskutiert. Aber auch in Gesprächen mit Gesellschaften, die nun Liegenschaften in Zürich halten, wurde mir das so mitgeteilt, dass die ein grosses Problem damit haben, dass immer die Klinge über einem schwebt, dass die öffentliche Hand zugreifen will oder kann. Eine zusätzliche Rahmenausgabenbewilligung ist deshalb nicht notwendig.

Völlig unklar bleibt auch, was die Motionäre mit dieser Rahmenausgabenbewilligung bezwecken. Geht es um Käufe ins Finanzvermögen, die heute in der Kompetenz des Regierungsrats liegen, oder um Käufe ins Verwaltungsvermögen, welche ohnehin dem Grossen Rat zur Genehmigung unterstehen. Da das Verwaltungsvermögen bereits heute durch das Parlament bewilligt wird, muss davon ausgegangen werden, dass sich die beantragte Bewilligung auf das Finanzvermögen bezieht. Gerade in diesem Fall ist aber Zurückhaltung angezeigt, denn eine Rahmenausgangbewilligung wirkt nicht nur als Ermächtigung, sondern auch als mögliche Begrenzung. Ist es also eine bis Bestimmung oder ein Mindestbetrag, über wie viele Jahre soll diese Rahmenausgabebewilligung wirken?

Wenn natürlich der Vorschlag ist, dass wir diese Ausgabenbewilligung als Demokratisierung des Kaufes ins Finanzvermögen anschauen, dann können wir gerne darüber diskutieren, wenn man zum Beispiel sagt, über die nächsten vier Jahre bis maximal diese über 200 Millionen. Aber wenn es einfach zusätzlich zu der ohnehin geforderten und verankerten aktiven Bodenpolitik ist, dann verstehe ich nicht ganz die Sinnhaftigkeit. Zudem drohen Eigentums- und wohnpolitische Fehlanreize, das wurde schon mehrfach gesagt, das wurde auch beim Horburgpark immer wieder auch glaubhaft dargelegt. Die Regierung wollte dieses auch nicht kaufen und ist auch bei sonstigen Immobilien nicht interessiert und muss sich dann immer wieder auch dagegen wehren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Keine Frage zu Ihrer einwilligen Leseart zu Bernoulli, sondern wenn Sie sagen, dass in Zürich diese Bodenpolitik preistreibend ist, wie erklären Sie sich dann, dass die Bodenpreise und die Wohnpreise in Vorortsgemeinden von Zürich, die überhaupt keine aktive Bodenpolitik betreiben, zum Teil deutlich stärker angestiegen sind?

Michael Hug (LDP): Ich nehme an, das hat auch mit dem Preis an sich zu tun, dass in den Vorortsgemeinden auch die Preise noch günstiger waren zum Zukauf und die Regulierungsdichte auch kleiner ist als in den städtischen Zentren wie Zürich oder Basel. Das sieht man im Übrigen auch in Baselland momentan.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Wo man aber dem Motionär durchaus Recht geben muss, wenn man der Meinung ist, dass der Kanton aktiver werden soll, dass er eine aktivere Bodenpolitik betreiben soll, dann ist es durchaus intelligenter, eine derartige Motion einzureichen, als wenn man zehn verschiedene Motionen einreicht und sagt, kauft konkret dieses oder dieses Areal, weil dort hätte dann der Kanton, gerade bei einer Zweitüberweisung einer Motion, kaum Handlungsspielraum und würde von einem Privaten dann wahrscheinlich noch über den Tisch gezogen. Dementsprechend würde es durchaus mehr Sinn machen, wenn man der Auffassung ist, man soll aktiver sein, eine derartige Motion einzureichen. Da gebe ich dem Motionär Recht.

Die SVP-Fraktion ist aber nicht der Meinung, dass hier der Kanton noch aktiver werden muss. Wir sind der Meinung, der Kanton soll sich auf seine zentralsten Staatsaufgaben konzentrieren. Es gibt bereits jetzt Möglichkeiten, wie der Kanton situativ schauen kann, wo er eine aktive Bodenpolitik betreibt, zusätzliches Engagement ist aus unserer Sicht in diesem Bereich nicht nötig. Und ich denke auch, wir haben in diesem Kanton genügend Möglichkeiten, wie preisgünstiger Wohnraum geschaffen wird, beispielsweise mit den Möglichkeiten des Kantons, eine Bodenpolitik zu betreiben, aber auch bei den Transformationsarealen, wo ja das Entwicklungspotenzial am grössten ist für die nächsten Jahrzehnte. Dort haben wir ja mit dem Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft» einen guten Kompromiss auch erzielt und dort wird in den nächsten Jahrzehnten auch sehr viel günstiger Wohnraum entstehen.

Dementsprechend sind wir der Meinung, die Instrumente genügen, so wie sie jetzt sind, es braucht nicht noch eine aktivere Bodenpolitik und der Staat soll sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren und es gibt ja auch genügend Regulierungen und Dinge, an die sich auch Private halten müssen, wenn sie neuen Wohnraum erstellen lassen. Dementsprechend benötigt es hier dieses Zusatzengagement des Staates nicht und dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Wir haben schon viel gehört über das Thema. Auf der einen Seite läuft alles gut, alles wunderbar, auf der anderen Seite hören wir die Befürchtungen. Ich möchte kurz ein bisschen auf die Realität eingehen. Investoren verlassen die Stadt, den Handwerkern geht die Arbeit aus, die Wohnbautätigkeit ist stark rückläufig. Wir haben das hier drin schon ein paarmal thematisiert, jeder, der mit offenen Augen durchs Leben läuft, muss konstatieren, dass diese Wohnraumschutzbestimmung die ganze Wohnbautätigkeit an die Wand gefahren haben.

Ende März hat der Kanton die Statistik über die Wohnproduktion im letzten Jahr veröffentlicht. Ein Thema, das scheinbar nicht so gross auf Beachtung gestossen ist, im Jahr 2024 wurden noch 151 neue Wohnungen produziert. In den vergangenen zehn Jahren wurde jeweils ein Mehrfaches davon produziert, der Höchststand war im Jahr 2022, das waren 900 neue Wohnungen. Diese 151 Wohnungen sind noch 15 Prozent vom Höchststand. Wenn wir das jetzt ein bisschen mit anderen aktuellen Veränderungen anschauen, der Börsenkurs ist in den letzten Tagen und Wochen um 10 bis 15 Prozent zurückgegangen.

Diese Neubauten von Wohnungen sind etwa 80 Prozent zurückgegangen und wir wollen jetzt hier drin wirklich nochmals über zusätzliche Massnahmen in diesem Bereich diskutieren und die Attraktivität für Investoren noch mehr schmälern. Das wollen Sie wirklich erreichen. Statt Deregulierung wollen Sie noch mehr staatliche Eingriffe und den Preis noch mehr treiben, damit am Schluss die Investoren die Stadt noch mehr verlassen. Das wollen Sie tatsächlich. Sie können das auch anders verkaufen, aber das ist die Konsequenz von dem, was Sie hier jetzt da fordern. Sie ignorieren die aktuellen Zahlen, Sie ignorieren, wo unser Markt steht, wenn man noch vom Markt reden kann, und wollen jetzt zusätzlich noch 260 Millionen ins Kässchen tun und damit markttreibend sein, preistreibend sein. Das verstehe ich nicht. Die FDP ist dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Seiler, es gibt eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Diese wird entgegengenommen.

Ivo Balmer (SP): Nur kurz, weil Sie auf die Wohnbaustatistik verwiesen haben. Haben Sie die Begründung gelesen des Kantons, Zinsentwicklung und Baupreisteuerung als Stichwort?

Daniel Seiler (FDP): Der Kanton hat gesagt, es ist nicht klar, wo das herkommt. Es gibt verschiedenste Faktoren und er hat auch darauf hingewiesen, dass es durchaus auch einen Zusammenhang haben kann mit den Wohnschutzbestimmungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA bittet Sie, die vorliegende Motion ebenfalls zu überweisen und zu unterstützen. Salome Bessenich hat schon einige gute Argumente gebracht, vielen Dank, hätte ich mich auch anschliessen können, aber ich sage es jetzt noch kurz für BastA.

Ich werde auch nochmal erwähnen, das Stimmvolk hat mit der Bodeninitiative klar manifestiert, dass es den Kanton befähigen möchte, eine aktive Boden- und Wohnpolitik zu betreiben und dazu gehört eben auch der Bodenerwerb, um ihn nachher zum Beispiel, ich finde schon noch wichtig, genossenschaftliche Bauträger zu nennen, aber natürlich auch die Privaten. Aber wieso auch die Genossenschaftlichen, ich denke, das ist vor allem für die jüngeren Generationen ein ganz wichtiger Aspekt, um überhaupt in den Bereich bezahlbaren Wohnraums zu kommen heutzutage. Oder eben auch, und das ist für den Kanton wichtig, zusätzliche Flächen zu erwerben, um Schulen oder eben Sporthallen zu bauen oder zu errichten oder auch um zu entwickeln. Ich denke, das ist wichtig für die Stadt, sie hier handlungsfähig zu halten, damit die Stadt sie gut managt. Wichtig, die richtigen Schulen an den richtigen Orten zu haben und diese neuen Herausforderungen auch gerecht zu werden.

Dafür dürfen es durchaus diese 260 Millionen sein, von mir aus auch mehr. Ich denke, das ist ein ganz sinnvoller Beitrag für die Entwicklung unserer Stadt. Deshalb, die Fraktion BastA unterstützt diesen Vorstoss und ich möchte Ihnen wirklich beliebt machen, ihn auch zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Mir ist nicht so ganz klar in der Diskussion, wohin es wirklich gehen soll, weil wir sind sehr einverstanden, dass wir eine aktive Bodenpolitik machen sollen. Das steht auch so im Gesetz, das machen wir ja. Selbstverständlich brauchen wir Boden für neue Schulen, für all die Sportanlagen, wobei ich Ihnen sagen kann, das ist nicht so einfach, aber wir sind dabei, wir machen das ja. Aber was Sie hier verlangen, ist eigentlich eine Prinzipienänderung. Wir machen das bisher im Finanzvermögen und Sie wollen jetzt, dass wir es im Verwaltungsvermögen machen. Das ist der Unterschied. Da müssten wir jetzt dann eine gesetzliche Grundlage schaffen zuerst, das wäre die erste Voraussetzung, und danach müssten wir auch diesen Betrag, der würde uns zu neuen Schulden bringen, weil dieser Betrag, der ist dann nicht so wie heute im Finanzvermögen, sondern wenn diese Rahmenausgabenbewilligung kommt von 260 Millionen, dann schlägt er auf die Schulden. Ich finde, das ist jetzt finanzrechtlich nicht so sinnvoll. Ich weiss nicht, ob Sie das überlegt haben, das können wir dann auch, falls Sie es doch überweisen wollen, in der Stellungnahme zeigen.

Wir haben ja heute das Finanzvermögen, wir haben diese Möglichkeiten, die besteht ja. Sie wollen sagen, wir sollen noch mehr machen und das wird einfach gefährlich, wenn Sie uns so zwingen. Das wissen dann auch die, die verkaufen, die wissen das und dann schlagen sie den Preis noch höher. Da ist die Gefahr. Wir kaufen nicht alles, weil es zum Teil überteuert ist. Wenn es überteuert ist, heisst das, dass wir eine Wertberichtigung vornehmen müssen. Das schlägt auch gleich auf die Finanzen, daher machen wir das nicht. Das heisst, je mehr wir in den öffentlichen Fokus kommen, je mehr die Verkäufer wissen, dass wir kaufen müssen, je höher wird der Preis. Ich finde das nicht sinnvoll und ich glaube, wir haben doch in den letzten Jahren viel gemacht. Wir haben auch noch die Wohnstiftung, die auch noch Häuser aufkaufen kann, wir sind ja dabei, wir versuchen das, aber das Gebiet ist eng, die Preise sind hoch, da braucht man halt auch etwas Geduld.

Ich sehe nicht, dass wir hier nicht vorwärtsmachen. Sie haben ja die Beispiele genannt, daher habe ich das Gefühl, wir sind hier eigentlich auf Kurs mit dem, was Sie möchten, aber diese Prinzipienänderung, nun das im Verwaltungsvermögen zu machen, findet der Regierungsrat eher schwierig und eher hinderlich und auch für unseren Finanzhaushalt nicht so sinnvoll. Daher bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Franz-Xaver Leonhardt. Diese wird entgegengenommen.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Warum möchten Sie diesen Rahmenkredit vom Finanzvermögen wegnehmen? Das habe ich noch nicht verstanden.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Eine Rahmenausgabenbewilligung vom Grossen Rat ist Verwaltungsvermögen, es ist dann im Verwaltungsvermögen, das ist finanzrechtlich so. Wir brauchen das ja nicht, wir haben das Geld im Finanzvermögen. Wenn Sie das wollen, machen Sie eine Prinzipienänderung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Wie Sie gesehen haben, ist unsere Fraktion mit einer offenen Position im «Chrüzlistich», das heisst, sowohl die EVP-Fraktion wie einige der Mitte-Fraktion unterstützen die Erstüberweisung dieses Vorstosses. Natürlich schauen wir dann, welche Antwort kommt, und werden uns dann für die Zweitüberweisung unsere Gedanken machen. Aber uns scheint, selbst wenn das Instrumentarium in der Finanzhaushaltordnung, § 50a wurde genannt, vorliegt, kann man den Regierungsrat auch ein bisschen ermutigen, etwas aktiver zu werden, als es eben hier im Moment geschieht, und aktive Bodenpolitik zu betreiben.

Ich bin auch sehr erstaunt, und das möchte ich vorwegnehmen, dass heute erzählt wird, dass irgendein Übergang vom Finanz- zum Verwaltungsvermögen verlangt wird. Das ist nicht der Charakter einer Rahmenausgabenbewilligung. Es geht beim Vorstoss auch nicht darum, mehr Sportanlagen zu bauen oder mehr Schulhäuser zu bauen, sondern es geht um eine aktive Bodenpolitik, die eine aktive Wohnbaupolitik zur Folge hat. Denn es zeigt sich, dass gerade gemeinnützige

Wohnbauträger sowohl in schlechten Konjunkturlagen als auch in guter Konjunktur investieren und Wohnungen bauen. Und hier sind wir beim eigentlichen Problem.

Es gibt ja bei der Boden- und Wohnpolitik mindestens drei Positionen. Es gibt auf der einen Seite die sozialistische und kommunistische Position, die will den Kapitalismus abschaffen, Eigentum verbieten, das ist definitiv nicht meine Überzeugung. Schauen Sie in die Geschichte, sozialistische Systeme haben immer in die Armut geführt und sind letztlich gescheitert. Dann gibt es auf der anderen Seite die kapitalistische Position, welche in keinen Markt eingreifen will, und jedes Gut den Gesetzen von Angebot und Nachfrage aussetzen möchte und diese Überzeugung teile ich eben auch nicht. Es gibt diese Position der Mitte, die anerkennt, dass es Güter gibt, die knapp sind, dass es Güter gibt, die die Märkte nicht mehr spielen lassen, und das hat Spekulation und überhöhte Preise zur Folge und diejenigen, die das Privileg haben, ein solches Gut zu besitzen, die können dann eben den Preis bestimmen. Ich bin ein Verfechter der freien Marktwirtschaft, aber eben, sie muss frei sein. Das bedeutet, wenn der Markt nicht spielt, insbesondere bei knappen Gütern, braucht ein Markt auch Regulation und Korrektur. Das ist eine tiefe Überzeugung von mir, ich bin kein Verfechter des Raubtier-Kapitalismus.

Wir alle müssen wohnen und der Wohnungsmarkt ist ausgetrocknet im Kanton Basel-Stadt, er ist dunkelrot auf der Landkarte. Das ist anders in ländlichen Gebieten, wo man noch Wohnungen finden kann, aber hier sind die Preise unter Druck oder nicht unter Druck, sondern sie sind angeheizt und das führt dazu, dass gerade Familien mit Kindern Probleme haben, bezahlbaren Wohnraum in dieser Stadt zu finden. Und hier bin ich dann beim Programm der Mitte. Wir haben es Mitte 2024 erneuert, dass die Politik des Kantons darauf ausgerichtet sein muss, den Wohnungsbau im Kanton zu fördern und sich für eine genügende Anzahl an Wohnungen zu tragbaren Bedingungen zu engagieren. Das ist die Familienpolitik der Mitte.

Aber es geht dann eben hier bei diesem Vorstoss nicht primär um Wohnbaupolitik, sondern es geht in erster Linie um aktive Bodenpolitik, dass ein beschränktes Gut auch zu guten Teilen dem Gemeinwesen, zu dem wir alle gehören, gehören darf und der gibt es dann eben ab. Und das steht drin, es steht eben nicht drin, dass wir staatlichen Wohnungsbau fördern wollen, sondern er soll ihn an Private abgeben, vorzugsweise an gemeinnützige, und ich meine nicht nur Genossenschaften damit, gemeinnützige Wohnbauträger, die auf der Basis von Kostenmiete bezahlbaren Wohnraum langfristig zur Verfügung stellen. Ich denke also, dass wir nicht mit untauglichen Lösungen wie dem Basler Wohnschutz den Besitzstand schützen sollen, sondern eben eine aktive Bodenpolitik betreiben sollen.

Hier verstehe ich nicht, weshalb Liegenschaften, die gekauft werden, im Verwaltungsvermögen sein müssen. Sie müssen im Finanzvermögen sein, denn sie sollen einen Ertrag bringen. Es geht um Baurechte, die abgegeben werden, also es geht nicht darum, Verwaltungsvermögen zu schaffen. Ich bin auch dagegen, dass dieses Land für weitere öffentliche Infrastrukturbauten benutzt wird, sondern es müssen Wohnungen gebaut werden.

Darum habe ich den Vorstoss unterschrieben und bin sicher für eine Erstüberweisung, erlaube mir aber, die allfälligen Einwände der Regierung, so sie denn plausibel sind, in der Motionsbeantwortung bei der Frage der Zweitüberweisung ernst zu nehmen. Er soll eine Ermutigung sein, der Vorstoss, § 50a FhO aktiver zu leben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Michael Hug. Diese wird entgegengenommen.

Michael Hug (LDP): Bisher konnte ja die Regierung ins Finanzvermögen eigentlich unlimitiert Liegenschaften erwerben. Mit dieser Rahmenausgabenbewilligung limitieren Sie ja den Wert, der möglich ist für Käufe. Ist Ihnen bewusst, dass Sie damit das Ziel, eine aktivere Bodenpolitik zu erreichen, eigentlich torpedieren?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Das sehe ich nicht so, denn erstens ist nicht von einer Limitation der Rede, sondern von einer aktiven Ausgabe mal von Geld, um Liegenschaften zu kaufen, aber eben auch zur Klärung, nicht zu jedem Preis, sondern wenn Liegenschaften zur Verfügung stehen, dann soll der Staat kaufen können, wenn der Preis angemessen ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin schon erstaunt, welche Unkenntnis der finanzrechtlichen Grundlagen aus den Voten der Mitte hervorgehen. Die Überschrift heisst Rahmenausgabenbewilligung. In unserer Finanzhaushaltsgesetzgebung ist das im § 27 geregelt unter der Überschrift Ausgabe und Ausgabe ist eben per Definition Verwaltungsvermögen. Der Gegenbegriff ist Anlage, das zählt für das Finanzvermögen. Und ich meine, wie man das übersehen kann, also ich sage jetzt nicht, ich bin schon Beisitzer gewesen bei Examen, aber nachher haben wir Verwaltungsvermögen. Verwaltungsvermögen kann zum Beispiel auch nicht belastet werden. Ob überhaupt eine Abgabe im Baurecht aus Verwaltungsvermögen an Private zulässig

ist, kann mir dann Frau Soland beantworten. Und ich meine, diese Aktivierung des Paragrafen unter Finanzvermögen können Sie nicht mit dem erreichen. Da können Sie irgendwelche Aufforderungen machen, aber ich meine, in Basel geben wir diese zwei Welten ja langsam aus zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen und ich glaube, konsequent müssen Sie sagen, in Basel-Stadt schaffen wir das Finanzvermögen ab, ausser für die Verwaltung von Cash. Das wollen Sie, nichts anderes. Aber das hier ist wirklich nicht aktiver Landerwerb, sondern aktiver Unsinn und ich bitte auch die Mitte, ein bisschen zu überlegen und diesen aktiven Unsinn nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit hat Ivo Balmer das Schlusswort.

Ivo Balmer (SP): Vielen Dank für die lebhafte Debatte, wo wir jetzt am Schluss auch noch juristisch wurden und von der aktiven Bodenpolitik zum vermeintlichen aktiven Unsinn gekommen sind. Herr Hug, ich möchte gerne doch mit einem kleinen Zitat von Hans Bernoulli starten und da uns allen verdeutlichen, wie ich ihn lese und wie ich ihn verstehe. Es ist nicht derjenige, der das Gebäude baut, nicht derjenige, dem das Haus gehört, sondern derjenige, der über den Boden verfügt, der über die Entwicklung unserer Städte bestimmt. Und das ist ein Ursprungswert, das hatten wir bei Horburg, das ist «Die Stadt und ihr Boden» aus der Ausgabe 1946. Und genau hier, und da richte ich mich an die Einwände des Finanzdepartements und auch diese Verwirrung, die jetzt hier aufkommt, Hans Bernoulli macht hier klar, um was es in dieser Motion primär geht. Es geht den Gestaltungsspielraum für zukünftige Entwicklungen zu erweitern. Die Motion ist auch klar, dass sie den Verwendungszweck dieser Rahmenausgabenbewilligung für den Landerwerb und die Abgabe im Baurecht an private Bauträger*innen einsetzen möchte.

Und das ist genau das, worum es hier geht. Es geht um die aktivere Bodenpolitik. Wir haben eine aktive Bodenpolitik, das ist richtig. Wir zitieren auch den entsprechenden Paragrafen und das passiert im Finanzvermögen. Wenn ich heute höre, dass das nicht geht, wenn man das mischt, dass das jetzt im Verwaltungsvermögen sein muss, dann ist das jetzt der Zeitpunkt, das erste Mal zu überweisen und dann nehme ich gerne Empfehlungen entgegen, wie man diesen Willen, den die Motionär*innen damit ausdrücken, das aktiver zu machen. Ich wurde so beraten, dass das eine Möglichkeit ist. Ich nehme auch einen Fonds oder sonst etwas. Es geht darum, aktivere Bodenpolitik zu machen und wir bekunden unser Bekenntnis dazu, indem wir 260 Millionen heute das erste Mal zur Prüfung überweisen wollen und dann hoffentlich auch ein zweites Mal sprechen.

Eine aktive Bodenpolitik ist das zentrale Instrument für Stadtentwicklung, denn eben, wer über Boden verfügt, kann Quartiere gezielter entwickeln, Freiräume und Grünräume sichern. Das kann man alles unter der Prämisse Wohnungsbau machen und darum geht es. Der Nutzen geht aber noch weiter und da möchte ich an alle, die von der Regulierung gesprochen haben, ich glaube, es war Kollege Seiler, Bodenpolitik schafft Planungssicherheit und gibt uns als Staat und Gesellschaft die Möglichkeit, die Entwicklung unserer Stadt eben aktiv eigentumsrechtlich mitzugestalten, statt nur immer planungsrechtlich oder sonst wie hinterher zu regulieren. Also sie macht aus planerischer Reaktion proaktive Politik.

Wer heute nicht vorausschauend Boden sichert, zahlt entweder morgen doppelt so viel oder noch schlimmer, wir verlieren ganz die Kontrolle. Denn Boden, das wurde auch schon gesagt, ist endlich und bleibt nicht vermehrbar und er bildet die Lebensgrundlage aller. Wer einem sogenannten Markt ohne Angebotsausweitung und Zwangskonsum das überlässt, verliert wirklich jeden politischen Gestaltungsspielraum. Und jetzt zu diesen Argumenten der Marktverzerrung. Ich habe hier auch noch ein Zitat für Michael Hug rausgesucht, weil ich wirklich die Debatte mit Ihnen über Bernoulli schätze. Er meint wirklich im gleichen Buch auch, wenn der Boden der Spekulation überlassen wird, verliert die Gemeinschaft die Hoheit über die eigene Entwicklung.

Ich würde sagen, lassen wir doch nur das Wasser den Rhein runter fliessen und nicht noch unseren Boden, ich denke, diese Weitsicht steht Basel gut und wir erhalten sie vor allen Dingen mit einer aktiven Rennbodenpolitik für die zukünftigen Stadtgenerationen. Ich bitte Sie deshalb, dieser Motion zuzustimmen und ich bedanke mich herzlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Mich würde interessieren, wie Sie diesen extremen Rückgang von diesen über 80 Prozent der Wohnbauproduktion einschätzen.

Ivo Balmer (SP): Also Sie referieren auf die Zahlen aus Ihrem Votum. Auf den offiziellen Zahlen, ja. Ich teile die Einschätzung der Verwaltung, die klar ist, gesicherte Erkenntnis, Zinsanstieg, Baukostenteuerung. Was unklar ist, ist der Wohnschutzeffekt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 40 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006313, 09.04.25 10:32:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

10. Motion 4 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus

[09.04.25 10:32:43, 25.5090.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Gemeldet hat sich als erstes David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich teile wiederum die Meinung der Regierung. Ich bin jetzt nicht böse und rede nicht von aktivem Unsinn, sondern von fehlgeleitetem Lobbyismus. Wissenschaftsjournalismus, Quartier-Journalismus, Nachtsitzungspolitik-Journalismus, Randsportarten-Journalismus, Vereins- und Generalversammlungs-Journalismus, Basilensia-Journalismus, Klatschspalten-, Glanz und Gloria-Journalismus und dann auch von Kulturjournalismus, alles mehr oder weniger fördernswerte Untergattungen des Journalismus. Jetzt wird hier eine raus gegriffen, die liegt Herrn Sieber natürlich sehr am Herzen, das schätze ich auch, sein Einsatz, aber warum gerade dies und warum nicht alles. Ich nehme an, da hat er schon Antworten gegeben in einem Interview, aber ich glaube, das kann man wirklich nicht schlüssig erklären.

Dann soll unser Kulturfördergesetz entsprechend erweitert werden. Das ist ja noch gut und nachher steht dann, er soll ein Förderinstrument vorlegen, das ist aber dann nicht definiert im Gesetz. Wir haben ganz klare Förderinstrumente im § 4 des entsprechenden Gesetzes. Ein Vorschlag, wie das zu erweitern wäre, wird nicht gesagt. In der Regel entscheidet ja dann auch nicht der Grosse Rat darüber. Ich glaube, es ist eben auch die Gefahr der Nähe in unserem Kanton zu all diesen Akteurinnen und Akteuren in diesen Sektoren. Wir wissen ja schon, wie schwierig es ist, die Mittel aus der Trinkgeldinitiative so zu verteilen, damit es nicht nur eine bestimmte Nähe ist und hier wird das dann nochmals näher zu allem, ich halte dies für untauglich. Wir haben gewisse Probleme gesamthaft, wie Medien genügend Geld verdienen können, aber ich glaube, jetzt da irgendetwas ziemlich willkürlich rauszugreifen, bringt nichts, beschäftigt die Verwaltung, geht vielleicht durch, weil dann niemand dann irgendwann ein Referendum ergreifen will, aber ich glaube nicht, dass das wirklich eine Besserung schafft. Ich glaube, dann kommen alle anderen möglichen Sparten und sagen, wenn das so ist, dann bitte auch für uns etwas.

Es ist sehr willkürlich und ich glaube, das stoppt man lieber am Anfang als sagen, ja, das ist ja gut gemeint und wir warten mal ab, was die Regierung berichtet. Wir wissen alle, was sie so in etwa berichten wird und dann wird das nochmal

überwiesen, dann kommt das irgendwann in eine Kommission, dann kommen alle anderen und sagen, wir wollen aber jetzt auch berücksichtigt werden, das ist ein Leerlauf. Es wird einige Jahre dauern und in der Zwischenzeit wird sich der Kulturjournalismus selber weiterentwickeln und in diesem Sinne stoppen Sie lieber diese Übung heute, als irgendwo in vier, fünf Jahren ein kompliziertes Gesetz zu haben, denn ganz so einfach, wie es hier gesagt wird, wird es nicht gehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Diese wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Lieber David Jenny, ich möchte Ihnen Ihre Frage zurückstellen, warum nicht alles. Wäre denn die FDP bereit, eine Motion für Förderung des Journalismus im Allgemeinen zu unterstützen?

David Jenny (FDP): Im Allgemeinen und im Besonderen auf der ganzen Welt. Nein, ich glaube, das ist nicht die Rolle der kantonalen Kulturpolitik. Und ja, früher gab es vom Bund die verbilligten Posttarife, etc., das ist in der heutigen Zeit nicht mehr möglich. Also wenn, dann müsste es auf Bundesebene möglichst neutral sein. Ich weiss auch nicht, wie Sie hier verhindern wollen, dass dann die Baselbieter gratis in den Genuss unseres hochwertigen Kulturjournalismus kommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Warum Kulturjournalismus, weil Kultur von zentraler Bedeutung für das Selbstverständnis unseres Kantons im Herzen der Metropolregion Basel ist. Wir sind Museums- und Musikstadt mit Institutionen von internationalem Renommee. Wir sind Heimat des grössten Dreispartenhauses der Schweiz und Ausgangspunkt der wichtigsten internationalen Kunstmesse. Auch kleinere Institutionen und eine vielfältige freie Szene finden in Basel fruchtbaren Boden. Kürzlich hat Basel-Stadt das Engagement für die Jugend- und Alternativkultur substanziell ausgebaut. Mit dem neuen Förderprogramm für die Club- und Nachtkultur übernimmt Basel schweizweit eine Vorreiterrolle. Während das Budget für Kulturproduktion und Kulturmarketing steigt, sinkt aber die mediale Resonanz von Kultur.

Kulturjournalismus ist jedoch ein unverzichtbarer Teil der Kulturproduktion. Kulturproduktion ohne Kritik verpasst das Potenzial ihrer Wirkung. Ohne die Einordnung bezüglich Qualität und thematischer Einbettung in den gesellschaftlichen Kontext verliert der Kulturbetrieb gesamthaft an Bedeutung. Während der Vermittlung von Zeiten der Kulturproduktion zu Recht ein immer höherer Stellenwert beigemessen wird, schwindet die unabhängige Einordnung und Kritik, die qualitativer Kulturjournalismus leisten kann. Der Diskurs in und über Kultur entwickelt sich zur Einbahnstrasse. Die Deutungshoheit liegt bei den Institutionen, die sich Vermittlung leisten können. Alle anderen finden im öffentlichen Diskurs gar nicht mehr statt.

Es ist über die kulturinteressierte Gesellschaft hinaus, besonders aber auch für die Politik von Bedeutung, eine unabhängige, fachkundige Einordnung der Kulturprogramme und Produktionen zu haben, die sich mit Literatur, Theater, Film, Musik, Kunst und Medienkritik beschäftigt und über Hintergründe und Entwicklungen im Kulturbetrieb berichtet. Doch der Journalismus und im speziellen der Kulturjournalismus steht durch den disruptiven Wandel der Medienbranche immer stärker unter Druck. Die Kulturberichterstattung hat an ihrer Vielfalt und Qualität verloren. Die Folge, immer weniger kulturelle Beiträge und Artikel werden publiziert und wenn dann immer öfter fast ausschliesslich zu Mainstreamproduktionen. Auf der Strecke bleibt jener kulturelle Reichtum, der gerade in Basel so ausgeprägt ist und unsere Region ausmacht.

In seiner Antwort auf die schriftliche Anfrage von Johannes Sieber betreffend Massnahmen zur Förderung der medialen Resonanz von Kultur anerkennt der Regierungsrat die zentrale Bedeutung der Kultur für den Standort Basel sowie die Herausforderungen gezielter Kulturkommunikation in einer stark segmentierten Medienlandschaft. Er sieht qualitativ hochwertige Kulturberichterstattung und Vermittlung als wesentlich für Verständnis und Wertschätzung von Kultur. Im Gegensatz zur Vermittlung fehlt jedoch im Kulturfördergesetz eine gesetzliche Grundlage zur Förderung unabhängiger Kulturberichterstattung. Entsprechende Massnahmen lehnt der Regierungsrat daher ab.

Vor diesem Hintergrund fordert die GLP, diese heute fehlende gesetzliche Grundlage zu schaffen. Das soll in Anlehnung an die gesetzliche Grundlage der Vermittlung im Kulturfördergesetz geschehen. Wir machen im Motionstext einen konkreten Vorschlag und ebenso zu einem Förderinstrument inklusive einer sinnvollen Alimentierung. Das Ziel ist die Steigerung journalistischer Resonanz von Kultur sowohl etablierter Kulturinstitutionen als auch der vielfältigen freien Kulturproduktionen. Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP ist gegen die Überweisung dieser Motion. Wir denken, dass eine gesetzliche Regelung für Kulturjournalisten in manchen Punkten gut sein kann, wir haben es soeben gehört von Ratskollegin Sandra Bothe, aber aus unserer Sicht überwiegen die Risiken.

Ein zentrales Anliegen ist die Unabhängigkeit. Kulturjournalisten müssen frei von Politik und Wirtschaft arbeiten können. Wenn wir den Kulturjournalismus unterstützen wollen, muss man sicherstellen, dass Journalisten weiterhin frei von Druck arbeiten können. Nur so kann eine objektive und authentische Berichterstattung gesichert werden, die für die gesellschaftliche Meinungsbildung essentiell ist. Ein weiterer kritischer Punkt ist die finanzielle Unterstützung, die die Motion fordert. Hier sehen wir die ernsthafte Gefahr, dass mit der Schaffung solcher Fördermittel die journalistische Freiheit empfindlich eingeschränkt wird, was auch die Unabhängigkeit der Berichterstattung beeinträchtigen würde. Sind einmal finanzielle Subventionen etabliert, könnten auch andere journalistische Bereiche, wir haben es auch schon von David Jenny gehört, wie zum Beispiel der Lokaljournalismus oder Investigativjournalismus, ähnliche Forderungen aufstellen. Dies könnte dazu führen, dass umstrittene Themen nicht mehr so unbefangen behandelt werden und eine ausgewogene Berichterstattung in Frage gestellt wird.

Der Kanton tut bereits einiges für eine umfassende und vielfältige Medienlandschaft. So fördert er mehrere Online-Plattformen, die darauf abzielen, das Publikum zu orientieren und ihm Zugang zu wichtigen Informationen zu verschaffen. Der Markt im Bereich des Journalismus sollte seiner eigenen Dynamik folgen und das funktioniert in der gegenwärtigen Medienlandschaft, die wir beobachten können. Ich schaue regelmässig in dem Medienspiegel des Theaters Basel. Dort berichten stets rund zehn Pressevertretern von den Premieren. Auch die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zur Wahrnehmung und Nutzung des Kulturangebots, welche die Abteilung Kultur im vergangenen Jahr durchgeführt hat, zeichnen ein klares Bild. 91 Prozent der Befragten beziehen ihre Informationen über Plakate, 90 Prozent im Austausch mit anderen Menschen, 73 Prozent durch gedruckte Informationsmaterialien wie Flyer und Veranstaltungskalender. Zudem informieren sich 64 Prozent über Websites und Apps mit digitalen Veranstaltungskalendern und 60 Prozent nutzen gedruckte Zeitungen und Magazine. Diese Zahlen verdeutlichen eindrücklich, dass es keine gesetzliche Verankerung des Kulturjournalismus braucht.

Wir lehnen die Überweisung dieser Motion ab und setzen uns für unabhängigen und freien Journalismus ein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Diese wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Wenn der Journalismus, der geförderte Kulturjournalismus nicht mehr frei sein kann, ist dann die geförderte Kunst nicht frei, will das heissen, dass die Kunst in Basel-Stadt staatlich gesteuert ist?

Catherine Alioth (LDP): Entschuldigung, ich verstehe die Frage nicht richtig. Ich meine, es geht ja um die Berichterstattung und die haben wir ja auch in der Kunst. Also ich habe es nicht ganz verstanden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen. Es kann meiner Ansicht nach nicht Staatsaufgabe sein, Kulturjournalismus zu fördern und gesetzlich festzuschreiben und ich stelle somit auch eigentlich die Zulässigkeit dieser Motion etwas in Frage.

Die Medienfreiheit ist ein hohes Gut und darf nicht angegriffen werden, was sie aber meines Erachtens mit dieser Motion tut. Es gibt gerade auch in Basel zahlreiche Privatmedien, die angegangen werden können, über die mannigfaltige Kulturlandschaft in unserem Kanton zu berichten. Vielleicht wird es auch vom Motionär einfach als Werbeinstrument angesehen, wenn über die Kulturarbeiten mehr geschrieben wird, aber auch dafür ist das Kulturfördergesetz nicht da.

Ich bin der Meinung, dass wir, auch wenn wir so viel Geld im Kulturbereich ausgeben, dann nicht auch noch dafür bezahlen und festlegen müssen, damit darüber berichtet wird. Wir können den Medien in diesem Bereich sicher vertrauen, dass sie darüber berichten, wenn sie es für angemessen erachten. Sie zu zwingen, ist sicherlich hier der falsche Weg.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich muss gerade vorwegschicken, dass ich die Vergleiche, die David Jenny gezogen hat mit anderen Berichterstattungen, die eingefordert werden könnten, ein bisschen deplatziert fand. Insbesondere wenn zum Beispiel die Berichterstattung über Nachtsitzungen hier in den gleichen Topf geworfen werden oder andere Sachen wie Kulturjournalismus, dann finde ich das ein bisschen nicht ganz korrekt eingeordnet. Ich denke, dass das Kulturschaffen, wir haben es schon gehört, in unserer Region ein sehr wertvolles Gut ist. Basel-Stadt ist stark als Kulturstandort und es ist extrem wichtig, dass dieses Kulturschaffen auch gesehen wird und auch dass es kritisch reflektiert wird.

Ich komme gerade auch auf den Vorwurf oder die Unterstellung der Abhängigkeiten und vom Druck zurück, die Catherine Alioth erwähnt hat. Ich denke gerade, das ist ja nicht gegeben, auch das Kulturschaffen an sich wird staatlich mitfinanziert und gefördert und ist deshalb trotzdem frei und umso wichtiger ist es, dass das nicht nur irgendwo im stillen Kämmerlein stattfindet, sondern dass es auch kritisch reflektiert wird medial. Und da geht es nicht nur um Werbung, da geht es um eine Einordnung ins Zeitgeschehen, ins Kulturleben in unserer Stadt und es ist extrem wichtig, dass das stattfindet. Sonst macht dann irgendwie die Finanzierung des Kulturschaffens an sich auch gar nicht mehr so viel Sinn.

Kultur ist ja nicht nur einfach schön geistiges Vergnügen, sondern es ist eine wichtige Auseinandersetzung mit dem, was in unserer Welt passiert, was in unserer Gesellschaft passiert, wie wir uns entwickeln als Welt und deshalb ist es extrem wichtig, dass das auch journalistisch einen Niederschlag findet. Die fehlende Wertschätzung für Kultur und für Kulturjournalismus in Verlagshäusern zeigt sich bei den Kürzungen, die gemacht werden in den Redaktionen der Zeitungen. Wir sehen, wo das Geld nicht mehr vorhanden ist, die Ressourcen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Natürlich ist das nicht in allen Medien so, aber in einigen und genau das ist eine falsche und gefährliche Entwicklung und die Ansiedlung, die vorgeschlagen ist im Vorstoss, im Kulturgesetz, die verdeutlicht eben gerade auch, dass es ein logischer Teil von Staatsaufgabe ist, sicherzustellen, dass Kulturschaffen auch kritisch reflektiert wird und journalistisch diskutiert wird und nicht nur einfach stattfindet und damit hat es sich.

In diesem Sinne ist die SP klar für die Überweisung dieser Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe eigentlich nicht reden wollen und habe jetzt einfach zugehört und Sie wissen ja, als Ein-Thema-Partei rede ich eigentlich immer zu meinem Thema Ausländerasyl, aber weil ich der einzige Journalist bin in diesem Parlament, möchte ich einmal ein paar Sachen klar festhalten.

Ich bin stolz, dass ich 1990 Reporter geworden bin in Festanstellung bei der grössten Zeitung von Europa, bei Bild. Und darum kann ich das auch einordnen, was ich da jetzt zu diesem Thema Geld und Journalismus sage. Ich selber bin als Mensch, Grossrat und Journalist gegen diese Motion. Die älteren Grossräte erinnern sich sicherlich noch, wenn man früher die Basler Zeitung gelesen hat, die Basler Zeitung hatte früher einen eigenen Teil, der hiess Feuilleton, einen schönen Namen. Die Basler Zeitung hatte einen Teil, lokaler Sport, Feuilleton, Wirtschaft. Gibt es den Teil Feuilleton noch in der Basler Zeitung? Nein, den gibt es nicht mehr. Sie müssen auch wissen, die Zeitungen sind private Unternehmungen und die Zeitungen, die Verlage, die haben nach wie vor genügend Geld und können ihre Journalisten selber zahlen.

Ich komme zu meinen Vorrednern. Ich bin ja einer von diesen Grossräten, der gerne zuhört und ich vermisse das, dass Sie nicht Stellung nehmen zu den Vorrednern, dass Sie nur Ihre Reden ablesen. Ich rede nur noch zu Sachen hier in diesem Parlament, die mich beschäftigen, sonst habe ich keine Zeit mehr. Ich komme zur Frau Sandra Bothe-Wenk. Sie haben gesagt, die grösste Kunstmesse ist in Basel. Aber da muss ich Ihnen sagen, Frau Bothe-Wenk, wie lange ist die Kunstmesse noch bei uns? Basel wird überrannt vom Ausland, von der Paris Art. Catherine Alioth, Sie haben richtig gesagt, es gibt genügend Förderung, da schliesse ich mich Ihnen an.

Dann nur ein Beispiel, und dann komme ich schon zum Schluss, ich habe eine eigene TV-Show, eine Fernseh-Show im staatlichen Fernsehen von Belarus. Und dort, das kann man auch im Internet schauen, trete ich auf als Chefankläger gegen die EU. Und ich bekomme auch keine Förderung und darum sehe ich nicht ein, dass die anderen eine Förderung bekommen.

Ich komme zum Schluss, zu Jenny Schweizer. Sie haben richtig gesagt, die Kultur geht runter und ich muss Ihnen einfach noch sagen, warum die Kultur runtergeht, wegen Social Media. Auch meine Kinder lesen keine Zeitung, es braucht keine Feuilleton-Unterstützung, alle Leute lesen heute bis zum Alter von 30 nur noch Social Media und das ist eben die neue Kultur. Darum muss ich einfach ganz klar sagen an den Motionär, Sie haben das falsch aufgestrickt, Sie hätten mehr für Social Media machen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wir sind uns einig, so habe ich es jedenfalls gehört, dass Kulturjournalismus relevant ist für den Diskurs über das Kulturangebot und ich glaube, auch unbestritten ist, dass die mediale Resonanz von Kultur in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Ein Phänomen, das nicht beschränkt ist auf Kulturjournalismus, sondern wohl generell auf qualitativ hochstehenden Journalismus, nicht zuletzt, wie wir es ja selbst erleben, auch in der Berichterstattung über das politische Geschehen.

Die Motion fordert nun, dass spezifisch der Kulturjournalismus ins Kulturfördergesetz eingeschrieben werden soll mit einem § 6 unter Vermittlung und Zugang. Der Kanton soll also in seinem Kulturfördergesetz eine gesetzliche Grundlage schaffen zur Förderung der Kulturberichterstattung und des Kulturjournalismus. Der Regierungsrat soll, das fordert die Motion so, auf dieser gesetzlichen Grundlage dann Förderinstrumente und auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen mit dem Ziel, die Steigerung der journalistischen Resonanz des Kulturangebots zu erwirken.

Der Regierungsrat lehnt dies ab und möchte die Motion nicht entgegennehmen. Er hält es nicht für zielführend, eine kantonale Medienförderung spezifisch im Bereich Kultur einzuführen. Bei einer solchen kantonalen Medienförderung im Bereich der Kultur würde sich eine Reihe von Herausforderungen stellen. In erster Linie wäre es eine staatspolitische Herausforderung, hier geht es um das Verhältnis von Staat und Medien. Eine staatliche Finanzierung würde eine Abhängigkeit von staatlichen Geldern schaffen. Das ist im Journalismus im Kulturbereich besonders herausfordernd. Derselbe Kanton, der Kulturinstitutionen subventioniert, würde auch noch die Berichterstattung über diese Kulturinstitutionen subventionieren. Das wäre vieles, aber jedenfalls kein Journalismus mehr im Sinn, wie wir ihn verstehen, also im Sinn einer unabhängigen, auch einer kritischen Berichterstattung.

Bei einer Medienförderung im Bereich Kultur müssten also irgendwie Massnahmen definiert werden, mit denen die Unabhängigkeit der Berichterstattung gesichert werden könnte. Wie das gehen soll, das erhellt sich mir nicht. Kulturberichterstattung und Kulturjournalismus sind Teil des Informationsangebots für die Bevölkerung. Sie sind gerade kein Vermittlungs- oder gar Marketing-Instrument. Die Medien sollen ihre Unabhängigkeit vor den Fachbehörden wahren können, die Fachbehörden, die für die Umsetzung der Kulturpolitik des Kantons zuständig sind. Ein subventionierter Kulturjournalismus via Kulturförderung mit einem Leistungsauftrag, der wird seine Unabhängigkeit nicht behaupten können. Es wird ein zahnloser, unkritischer Journalismus werden.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass jegliche Art von Journalismus, sei es Kulturberichterstattung, Sportberichterstattung, Wissenschaftsjournalismus oder eben politischer Journalismus immer auch im Kontext der Entwicklungen der Medienlandschaft gesamthaft betrachtet werden muss und lehnt es deshalb auch dezidiert ab, jetzt ein «Sonderzügli» für die Kultur zu schaffen. Wir bitten Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und nicht auf die Motion einzutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Cramer, es gibt zwei Zwischenfragen. Diese werden entgegengenommen. Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Könnten Sie noch einmal erläutern, wie ein Definieren eines Finanzierungsgefässes dem Journalismus die Zähne ziehen soll? Wieso können Journalisten dann nicht mehr kritisch denken?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Das ist die ganze Argumentation. Wer seine Berichterstattung, finanziert mit staatlichen Geldern, wird nicht in gleichem Masse kritisch sein können mit staatlich subventionierten Kulturinstitutionen. Das ist ein systemisches Problem, das meines Erachtens nicht lösbar wäre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Patrick Marcolli von der bz hat mir vorgeworfen, ich würde mit diesem Konzept, das dieser Motion zugrunde liegt, dem Journalismus die Vermittlung nehmen. Also dass der Journalismus separat behandelt werde, sei ein Zeichen dafür, dass er nicht vermittle. Also wenn das stimmt, dann hätten wir ja die gesetzliche Grundlage zur Förderung des Journalismus bereits mit diesem Vermittlungsartikel.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wir haben keine gesetzliche Grundlage für eine staatliche Subventionierung von Kulturjournalismus und ich glaube, es ist sinnvoll, in dieser Frage auf Journalistinnen und Journalisten zu hören.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat der Motionär Johannes Sieber das Wort.

Johannes Sieber (GLP): Ich möchte mich zuerst bedanken bei Sandra Bothe für ihr tolles Votum und bei Lisa Mathys, nicht nur für das Votum und die Unterstützung, sondern auch das Mitdenken an der Förderung von Journalismus im Kanton Basel-Stadt. Ich finde das sehr wertvoll.

Ich möchte auf einen Punkt eingehen, der mir sehr wichtig erscheint, dass, glaube ich, Jenny Schweizer und auch Catherine Alioth irgendwie einem Missverständnis zugrunde oder aufgelaufen sind, denn die Plattformen, die der Kanton unterstützt für die Multiplikation von Veranstaltungen zum Beispiel, die für reines PR dienen oder auch Plakate, das ist kein Kulturjournalismus. Es geht in dieser Motion darum, dass wir die kritische, unabhängige Reflexion von der Kulturproduktion fördern und die ist eben genau nicht gesteuert von den Institutionen. Die soll eben frei sein und sie soll die Möglichkeit haben, die Kulturproduktion zu kritisieren, auch dann, wenn ihnen das vielleicht nicht so passt. Ich denke, wir haben ein Missverständnis zwischen den 150 Millionen, die wir für die Produktion ausgeben und diese Produktion ist ja auch nicht staatlich gesteuert. Also es ist ja nicht so, dass Conradin Cramer ins Theater geht und dort irgendwelche Texte zensuriert, also ich hoffe es zumindest nicht. Ich glaube, dieser Möglichkeit, so viel gute Kultur zu machen, sollten wir auch die Möglichkeit einer Kritik gegenüberstellen und das scheint mir sehr wichtig.

Der Punkt der Abhängigkeit, da haben wir zahlreiche Studien, die belegen, dass Medienförderung nicht zu einer Steuerung der Medien führt. Wir haben seit langem eine Medienförderung und die WOZ ist noch nicht rechter und die NZZ noch nicht linker geworden deswegen. Also das ist irgendwie ein Mythos, der immer wieder kommt. Ich habe eigentlich gehofft, dass Luca Urgese von der FDP reden wird, der kann das immer so sehr gut.

Und da möchte ich einfach sagen, was will die Motion, die Motion möchte eine Kann-Formulierung in ein bestehendes Gesetz schreiben. Damit ist noch keine Verpflichtung, dass man fördern muss, sondern man kann. Dieser Artikel, der dem Regierungsrat fehlt, hat eben in diesem Bereich vorwärtszumachen. Und ich finde es ein bisschen merkwürdig von gewissen Redner*innen, die zwar das Problem erkennen, aber nicht über eine Lösung nachdenken wollen. Denn diese Motion regt genau das an, dass wir über eine Lösung nachdenken, dass die gesetzliche Grundlage in einem Punkt geschaffen wird und dass der Regierungsrat einen Vorschlag macht, wie das den bewerkstelligt werden kann. Und genau darum geht es. Wir können diesen Vorschlag dann anschauen und wir können ihn auch ablehnen, wenn wir ihn nicht gut finden. Es ist hier keine Einführung von einer Verpflichtung für Journalismus und auch kein Budget, das gesprochen wird. Es ist einfach eine Verpflichtung, dass der Regierungsrat in dieser Medienförderung, die bereits als Anzug schon seit drei Jahren steht, einen Schritt vorwärts macht.

In diesem Sinn hoffe ich sehr, dass wir eine Erstüberweisung schaffen und der Regierungsrat dann vielleicht ausführlicher begründen kann, warum er das nicht gut findet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Messerli. Diese wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Johannes Sieber, wie lässt sich diese Motion mit der Finanzpolitik der GLP rechtfertigen, in der immer gefordert wird, dass der Regierungsrat sparen soll?

Johannes Sieber (GLP): Das kann ich gut beantworten. Wir hätten auch einfach 10 Millionen fordern können mit einer Motion, das haben wir nicht getan. Wir wollen sehen, wie das gelöst werden kann und sind dann bereit zu prüfen, ob wir das finanzieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung , NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 38 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006315,]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 54 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

11. Motion 5 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Open-Source für Basel-Stadt analog Art. 9 EMBAG

[09.04.25 11:04:38, 25.5091.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

12. Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend zukunftsfähige Mobilitätslösungen bei Unternehmen, Veranstaltungen und Institutionen

[09.04.25 11:05:18, 25.5031.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

13. Anzug 2 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Optimierung des Tramverkehrs durch die Innenstadt

[09.04.25 11:05:47, 25.5032.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Nicole Strahm-Lavanchy meldet sich als Einzelsprecherin.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Wir sind alle interessiert an einer Entflechtung des Tramverkehrs durch die Innenstadt und danken den Verantwortlichen für das sehr grosse Bestreben zugunsten eines florierenden ÖV-Angebots. Aber was heisst eigentlich Innenstadt? Route Bankverein - Marktplatz oder wer definiert das eigentlich? Ist nicht ein grösserer Kreis rund um diesen Teil auch Innenstadt, zum Beispiel die Vorstädte über die Wettsteinbrücke bis zum Messeplatz oder das ganze Uni-

und Spitalareal? Auf jeden Fall möchten wir für alle diese Routen zukünftig eine optimale ÖV-Lösung anbieten können und das alles ohne Behinderung.

Im vorliegenden Anzug wird aber suggeriert, dass eine Entflechtung durch die Innenstadt nur mit einem Ausbau des Schienenverkehrs durch den Claragraben oder sogar künftig durch den Petersgraben geplant werden kann. Da bin ich ganz klar gegen diesen Ausbau und möchte hier auch keine Präjustiz schaffen. Diese geplanten Schieneninfrastrukturen entlang diesen Routen bergen erhebliche Risiken für die historische und kulturelle Bedeutung dieser innerstädtischen Areale. Auch der bestehende städtebauliche wertvolle Charakter leidet stark mit einem solch übertriebenen Ausbau. Hier bedarf es einer Planung, die den Charme, die Schönheit und die Nutzbarkeit des Stadtkerns schätzt und bewahrt.

Auch kann ich keine neue Tramlinien unterstützen, welche den Knoten Wettsteinplatz noch mehr zu einem Verkehrshotspot werden lassen. Wir haben in unserer Stadt als Alternative eine bereits optimal ausgebaute Ringlinie und von dieser spricht leider niemand. Es ist heute bereits möglich, vom Bahnhof SBB ins Klybeckareal zu fahren und dies braucht keinen unnötigen teuren, aufwändigen Ausbau an der Schieneninfrastruktur durch den Claragraben, nur weil ein paar Sekunden Reisezeit gewonnen werden könnten. Statt eines Ausbaus müssen alternative Konzepte zur Diskussion kommen, die sowohl eine Verbesserung der Verkehrsdynamik als auch den Erhalt unserer Stadtarchitektur ermöglichen. Ich bin sicher, dass wir in ein paar Jahren ganz eine andere ÖV-Mobilität zur Verfügung haben werden und als nur eine mit einer teuren aufwendigen Schieneninfrastruktur.

Zwischenzeitlich kann überlegt werden, ob wirklich alle Tramlinien durch die Innenstadt fahren müssen. Die Herausforderungen der urbanen Mobilität erfordern einen ganzheitlichen Ansatz, der alle relevanten Interessen berücksichtigt. Das wird leider in unserer Stadt ein wenig ignoriert. Einmal ist das nur das Velo, am anderen Tag ist es nur der ÖV. Alle diese fokussierten Konzepte laufen Gefahr, die Bedürfnisse der jeweils aller anderen Interessen zu vernachlässigen. Wir müssen andere Wege finden, die sowohl dem Mobilitätswandel gerecht werden als auch den einzigartigen Charakter unserer Innenstadt bewahren.

Die LDP bittet Sie deshalb, den Anzug kritisch auf jegliche neue Verkehrsführungen der diversen Tramlinien und auf einen Ausbau des Schienenverkehrs zu hinterfragen. Ich lehne jedenfalls aus genannten Gründen den Anzug ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurzfassen. Nicole Strahm, ich glaube, Sie wohnen nicht in Kleinbasel, ist das richtig? Sie sind in Grossbasel, darum muss ich Ihnen als Kleinbasler sagen, der Wettsteinplatz, den Sie angesprochen haben, ist der zweitwichtigste Platz in Kleinbasel und in meinem Wahlkreis. Der wichtigste Platz ist der Claraplatz und ich finde, der zweitwichtigste Platz in Kleinbasel muss eingebunden werden in das Netz und noch mehr Verbindungen bekommen. Das wollte ich einfach sagen. Viele Leute sagen ja, auch wir und ich sage das selber, in Basel ist man schneller zu Fuss unterwegs. In Kleinbasel bin ich schneller zu Fuss unterwegs, auch wenn ich jetzt zu Fuss ins Rathaus komme. Ich bin schon im Dezember 2020 mit dem BVB-Tram in der Hauptstadt von Bulgarien, in Sofia, gefahren und das sind Trams, die Sie alle kennen, die heissen Sänften, weil man da oben und unten sitzen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat nichts mit diesem Vorstoss zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte nur sagen, schade, dass bei uns so alte Trämli fahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Als Zweitunterzeichnerin darf ich hier das Schlusswort zu diesem Vorstoss halten. Der Tramausbau ist für unsere Region enorm wichtig. Wir sind eine wachsende Region und wir haben Klimaziele zu erreichen. Im Tramausbau diskutieren wir über verschiedenste Linien, Claragraben-Petersgraben, Margarethen-Verbindung, Tram 30, Bachgraben, Letten, Klybeck, etc. Einige davon könnten die Innenstadt entlasten. Einige dieser neuen Schienenstücke würden tatsächlich auch Möglichkeiten erlauben, dass nicht mehr so viele Trams über die Innenstadt verkehren müssen, da stimme ich meiner Vorrednerin Nicole Strahm-Lavanchy sehr zu. Doch diese neuen Streckenabschnitte, die werden nicht gleich morgen gebaut sein und gleichzeitig drängt sich seit längerem auch die Problematik auf, dass sich in der Innenstadt die Trams gegenseitig behindern und wir diese grüne Wand haben.

Es wurde vorhin gesagt, der Anzug suggeriere, dass nur mit diesen neuen Schienen in der Innenstadt eine Entlastung geschehen kann. Jedoch ist genau das Gegenteil der Fall. Der Anzug verlangt, dass zu prüfen ist, ob bereits vorher, ohne diese neuen Schienenausbauten, schon kleinere Verbesserungen gemacht werden können und wie diese aussehen würden. Er sagt zwar, dass antizipiert werden soll, dass neue Schienenstücke kommen sollen, diese Schienenstücke sind jedoch noch nicht beschlossen. Die Problematik drängt sich dennoch seit längerem auf und daher ist dieser Prüfauftrag sinnvoll in meinen Augen und ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006320, 09.04.25 11:14:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 70 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

14. Anzug 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend bessere Anbindung des südöstlichen Bruderholzquartiers mit dem Velo

[09.04.25 11:14:59, 25.5033.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Das wird bestritten durch Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich darf auch für die LDP-Fraktion bestreiten. Die SVP-Fraktion und die LDP-Fraktion bestreiten diesen Anzug. Wir sind der Meinung, dass es bei diesem Anzug einmal mehr darum geht, dem Autofahrer das Leben schwer zu machen, mit Tempo 30-Zonen, mit Abbau von Parkplätzen, und da machen wir hier nicht mit und sind gegen diesen Anzug.

Es gab auch schon eine schriftliche Anfrage im Jahr 2020. Dort hat der Regierungsrat eigentlich ganz klar gesagt, weshalb man dort keine zusätzlichen Velospuren installieren sollte und es wird jetzt einmal mehr mit diesem Veloweggesetz argumentiert auf Bundesebene. Und hier habe ich einfach das Gefühl, sehr viele, welche damit argumentieren, wollen es nicht wahrhaben, aber es gibt aus dieser Bundesvorgabe kein Anspruch darauf, dass in einer konkreten Strasse ein Veloweg gebaut werden muss. Der Kanton hat dort einen breiten Handlungsspielraum und immer wenn man in einem Vorstoss suggeriert, dass man jetzt wegen dem neuen Veloweggesetz hier oder hier einen neuen Veloweg bauen muss, dann ist dieses Narrativ einfach nicht wahr und dagegen wehren wir uns von der SVP-Fraktion, dass man hier, basierend auf diesem neuen Gesetz, zusätzlich in diesem Kanton dem Autofahrer das Leben schwer machen will.

Ausserdem befürchten wir gerade in den engen Gassen, die im Anzug erwähnt werden, dass dort die Parkplätze gerade auch für Eigentümer und Personen, die dort wohnen, dann einfach auch abgebaut werden und damit haben wir keinen Mehrwert. Es gibt gewisse Wege, wo Velofahrer auch durchfahren können, aber es gibt keinen Anspruch, dass überall, in

jeder Strasse ein Veloweg geschaffen werden muss basierend auf diesem Veloweggesetz. Der Regierungsrat hat auch ganz klar gesagt 2020, weshalb das in diesen Strassen nicht möglich ist und dementsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Stefan Wittlin hat sich gemeldet.

Stefan Wittlin (SP): Ich möchte ganz kurz replizieren, die SP-Fraktion unterstützt diesen Anzug. Wir hätten es lieber, wenn man ein bisschen grossräumiger denken würde, aber gerade bei der Velosicherheit ist es offensichtlich immer wieder nötig, dass wir einzelne Orte herausgreifen, dass wir konkrete Massnahmen fördern, weil einfach immer noch zu wenig gemacht wird. Es geht nicht darum, die Autofahrer*innen zu vergraulen, es geht darum, die Velosicherheit zu erhöhen und es ist wichtig, dass wir in diese Infrastruktur investieren.

Und einfach noch auf dieses Argument der schmalen Fahrbahn, eben genau da ist es wichtig, diese Velostreifen zu bauen, weil da ist die Gefahr am höchsten für die Velofahrer*innen und deshalb sind die Massnahmen, die in diesem Anzug von Lukas Bollack gefordert sind, wichtig und richtig und ich bitte Sie, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit geht das Schlusswort an Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich möchte es eigentlich kurz machen. Ich übernehme hier das Votum von meinem ehemaligen Fraktionskollegen Lukas Bollack und ich möchte vielleicht kurz darauf hinweisen, ich finde es eigentlich schade jetzt von der SVP, dass wir das immer hören, dass wir hier irgendwie etwas konkurrenzieren, dass es um Parkplatzabbau geht, dass es gegen die Autofahrenden geht. Es geht überhaupt gar nicht darum, es ist ja auch ein Anzug, es geht darum, zu prüfen und zu berichten.

Stefan Wittlin hat das jetzt sehr schön gesagt, es ist wirklich bei der Velosicherheit halt so, dass man einzelne Streckenabschnitte genau anschauen muss. Deswegen möchte ich jetzt hier noch kurz das Votum halten, weil der vorliegende Anzug wurde wirklich auf Anfrage von ganz konkret betroffenen Quartierbewohner*innen jetzt nochmals lanciert. Diese Bewohner*innen, die wünschen sich direktere und sichere Veloverbindungen zwischen ihrem Quartier, dem südöstlichen Bruderholz und der Stadt sowie mit dem restlichen Bruderholzquartier. Im südöstlichen Bruderholz wohnen viele Familien. Man sieht zahlreiche Velofahrende, darunter viele Kinder, die sich selbstständig zur Schule oder für Freizeitaktivitäten bewegen.

Die offizielle Veloroute, welche das Quartier über die Jakobsbergstrasse mit der restlichen Stadt verbindet, ist jedoch für viele Fahrten nicht die direkteste Verbindung und beschert den Velofahrenden teilweise auch zusätzliche Höhenmeter. Viele weichen deshalb auf die Giornicostrasse mit direkterer Verbindung aus. Diese jedoch ist eine Tempo 50 Strasse, verfügt über keinen Velostreifen und wird zu Stosszeiten stark vom Pendelverkehr genutzt. Velofahrende berichten von gefährlichen Überholmanövern auf der Giornicostrasse, insbesondere in der unübersichtlichen Kurve zwischen Reinacherstrasse und Zur Gempenfluh. Auch bei der Bushaltestelle beim Alterszentrum Zum Wasserturm kommt es häufig zu riskanten Überholsituationen.

Wir haben es gehört, eine schriftliche Anfrage von Kerstin Wenk aus dem Jahr 2020 betreffend Velostreifen auf der Giornicostrasse wurde vom Regierungsrat aufgrund der Platzverhältnisse damals abschlägig beantwortet. Umso mehr bin ich natürlich jetzt sehr dankbar, dass der Regierungsrat jetzt bereit ist, diesen Anzug im Interesse der Quartierbevölkerung und deren Sicherheit entgegenzunehmen, also diese Situation, die sich offensichtlich seit fünf Jahren auch noch nicht wirklich merklich verbessert hat, dass man das eben vielleicht doch nochmals anschaut.

Dann auch noch die Verbindung zum restlichen Bruderholz über die ebenfalls velostreifenlose Reservoirstrasse. Diese ist zwar sicherer, stellt aber einen Umweg dar. Eine deutlich direktere Verbindung besteht über den Fussweg bei der Liegenschaft Anwilerstrasse 12, diese ist jedoch nur beschränkt nutzbar. Dort muss das Velo gestossen werden. Nur Kinder bis 12 Jahren dürfen den Fussweg befahren, was allerdings immer auch wieder zu Konflikten mit den Fussgänger*innen führt und auch Erwachsene nutzen natürlich naheliegenderweise diese selbstverständlich auch illegale Verbindung über den Fussweg.

Die Fraktion der Grünliberalen ist deshalb überzeugt, dass eine Verbesserung der Velo-Anbindung des südöstlichen Bruderholzes nötig und möglich ist und der Quartierbevölkerung einen grossen Mehrwert bringen würde, ohne gegenseitige Konkurrenzierung. Ich danke Ihnen deshalb im Namen der GLP-Fraktion vielmals für die Überweisung dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Baumgartner, es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Frau Baumgartner, Sie haben gesagt, es geht nicht auf Kosten der Autofahrer. Können Sie denn garantieren, dass bei der Umsetzung des Anzuges keine Parkplätze, gerade in diesen engen Gassen abgeschafft werden?

Claudia Baumgartner (GLP): Ich möchte hier die Antwort des Regierungsrates nicht vorwegnehmen, so spezialisiert bin ich jetzt nicht genau in diesem Thema logischerweise. Deshalb wollen wir es ja prüfen lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006322, 09.04.25 11:23:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 67 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

15. Anzug 4 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Massnahmen zur Sicherung der Unterrichtsqualität und Unterstützung von Lehrpersonen ohne abgeschlossene Ausbildung an unseren Schulen

[09.04.25 11:23:29, 25.5074.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

16. Anzug 5 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Soziale Sicherheit für Frauen durch verbesserte Information & Planung - das «cash or crash»-Tool

[09.04.25 11:23:58, 25.5075.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Lydia Isler-Christ bestreitet dies.

Lydia Isler-Christ (LDP): Ich darf im Namen der LDP und der SVP reden. Wir bestreiten diesen Anzug. Lebensverändernde Umstände können Einfluss haben auf die Finanzen, auf die finanziellen Verhältnisse, das ist klar. Es gibt bestehende Beratungsangebote, die sinnvoll sind, das stellen wir auch nicht in Frage, aber sonst handelt es sich hier aus unserer Sicht wieder einmal um einen Vorstoss, der nicht nötig ist. Wie im Vorstoss bereits erwähnt, gibt es eine Studie, gibt es schon ganz viele Angebote, unterstützt auch von verschiedenen Institutionen. Die GGG ist erwähnt, Sozialversicherungen klären auch auf, im Vorstoss ist sogar der Link zu einem bereits bestehenden Angebot. Aber die Angebote anzunehmen, ist freiwillig, der Staat kann nicht für sämtliche Lebensentscheide verantwortlich sein. Im Vorstoss wird ausdrücklich eine flächendeckende Information gefordert, in der Schule, in der Verwaltung, in der Privatwirtschaft, das sehe ich sowieso als illusorisch, im Leben zählt einfach auch noch die Eigenverantwortung, wir sind mündige Bürger.

Kurz, die Fraktion der SVP und der LDP finden diesen Vorstoss unnötig. Er ist mit unnötigen Kosten verbunden und wir lehnen ihn darum ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Wir von BastA möchten diesen Anzug von Brigitta Gerber gerne überweisen, denn wir finden die Kampagne «cash or crash» sinnvoll und wichtig. Wir möchten, dass das Onlinetool, mit dem Personen im Alter von 25 bis 40 Jahren ihre Lebensentscheidungen auf finanzielle Konsequenzen überprüfen können, im Kanton Basel verbreitet und gepusht wird.

Auch wenn ich selber nicht mehr zur Zielgruppe der Kampagne gehöre, habe ich mir dieses «cash or crash»-Tool mal angeschaut und ich muss sagen, ich hätte mir gewünscht, dass es so etwas gegeben hätte, als ich jünger war. Auf spielerische Weise können mit diesem Tool Frauen und Männer wichtige Informationen zu ihrer persönlichen Lebenssituation und zu allfälligen Entscheidungen abrufen. Die Themen reichen von Teilzeit, Heirat, Kinder bis zu Karriere und Scheidung. Es wird mit dem Tool und auch mit der dazugehörigen Kampagne kein Zeigefinger erhoben, niemand wird zu irgendetwas gedrängt. Es gibt einfach gute Informationen über finanzielle Auswirkungen von Lebensentscheidungen und es gibt unseres Wissens kein anderes Tool in der Schweiz, das diese wichtigen Fragen so informativ und niederschwellig behandelt.

Dieser Anzug fordert doch lediglich, dass der Regierungsrat sich Gedanken darüber macht, wie diese Kampagne längerfristig unterstützt werden könnte. Aus diesem Grund bitten wir Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie ebenfalls, diesen Anzug zu überweisen. Wir haben in der Schweiz immer noch Lohnungleichheit, wir haben insbesondere eine grosse Ungleichheit bei der Einkommensverteilung und dann eben auch bei den Vermögen. Wenn man anschaut, welches Vermögen Frauen haben in der Schweiz im Vergleich zu den Männern, da steht die Schweiz im europäischen Vergleich sehr schlecht da.

Es geht ja nicht ausschliesslich um das weibliche Geschlecht, sondern um die Lebenssituationen. Wir wissen, dass Frauen, die Kinder haben dann im Verlauf von ihrem Leben, deutlich weniger verdienen. Die Studie, die da auch genannt ist im Anzug, zeigt das ja mit sehr heftigen Zahlen auf. Wir wissen auch, dass Paare heute häufig nicht das Modell leben, dass sie sich eigentlich wünschen. Sehr viele Männer möchten Teilzeitarbeit, sehr wenige tun es, viele Paare möchten ein egalitäres Modell, rutschen aber am Schluss in traditionelle Rollen ab. Es gibt eine riesige Diskrepanz zwischen dem, was Eltern wünschen und der Realität, in der sie landen. Einerseits hat das strukturelle Ursachen, gesellschaftliche Erwartungen, andererseits hat es aber durchaus mit Informationen zu tun und eben auch der Eigenverantwortung.

Deswegen finden wir diesen Anzug auch so wichtig, weil er Familien dabei unterstützt, eigenverantwortlich mit Blick auf die finanziellen Konsequenzen in ihrer Lohn- und Care-Arbeit Entscheide zu treffen. Die bundesgerichtliche Rechtsprechung ist hier ja klar. Die Ehe ist keine Lebensversicherung für das Erwerbsmodell, das man als Familie wählt, sondern die Frauen müssen dann nach einer Scheidung, ich sage jetzt halt die Frauen, weil es meistens die Frauen sind, die Teilzeit arbeiten, müssen nach einer Scheidung diese finanziellen Konsequenzen alleine tragen.

Wir finden es sehr wichtig, dieser Anzug, dass die Regierung diese bereits existierende Kampagne weiter stärkt in Basel, sicherstellt, dass sie zu den Zielgruppen kommt und auch finanziell schaut, dass es diese Kampagne langfristig gibt. Das ist

umso wichtiger, weil wenn man Eltern wird, erhält man von den verschiedensten Seiten x Informationen, Broschüren über gesunde Ernährung, Beckenbodentraining, soll das Baby auf dem Bauch oder auf dem Rücken schlafen, usw. sowohl Nachteile windelfreier Erziehung, aber Informationen über die finanziellen Konsequenzen der Elternschaft und wie man Care-Arbeit und Berufsarbeit organisiert, diese Informationen erhält man weiterhin nicht. Und genau das macht diese Kampagne und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug jetzt zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Somit hat Brigitta Gerber das Schlusswort.

Brigitta Gerber (BastA): Sie haben ja im Text schon einige Argumente, aber ich danke jetzt nochmals für die guten Argumente von Heidi Mück und von Barbara Heer. Das waren wirklich gute Aspekte, besonders Beckenbodentraining, das dann berücksichtigt wird, aber alles andere, was mit Finanzen zu tun hat, eben wenig. Deshalb an die Adresse der Bürgerlichen, der Wirtschaftskreise sozusagen. Gut informierte Frauen werden wohl an einem gewissen Punkt ihre Pensen erhöhen, das zeigt ja die Studie, und das käme sicher den Schulen mit ihren knappen Personalressourcen sehr entgegen, aber sicher auch der Privatwirtschaft. Ich würde mir das überlegen, denn das sind sie, das sind die hochqualifizierten Arbeitskräfte, die wir suchen. Zumindest höre ich das von Ihrer Seite oft. Minimaler Aufwand, höchster Effizienz, das würde ich Ihnen wirklich nahelegen und deshalb diesen Vorstoss zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006325, 09.04.25 11:32:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 57 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

17. Anzug 6 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Toilettensituation im Landschaftspark Wiese

[09.04.25 11:32:21, 25.5076.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

18. Anzug 7 Stefan Suter und Konsorten betreffend Postzustellung A-Post +

[09.04.25 11:32:44, 25.5077.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

19. Anzug 8 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Dranbleiben an den Planungen für zusätzliche Grün- und Freiräume im unteren Kleinbasel

[09.04.25 11:33:06, 25.5082.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

20. Anzug 9 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Einführung Edubs-Book und dessen praktische Handhabung (Tastaturkenntnisse, Ergonomie)

[09.04.25 11:33:34, 25.5085.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

21. Anzug 10 Eric Weber betreffend Steuern senken

[09.04.25 11:34:01, 25.5105.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Eric Weber hat sich als Sprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Wenn Sie der Bevölkerung einmal zuhören, was die Bevölkerung ärgert, dann sind das vier Sachen. Die Krankenkasse, die nervt mit wöchentlichen Briefen, die Steuern, die zu hoch sind, und dann Probleme mit der Einwanderung. Das sind die drei Themen, mit denen Sie die Wähler abholen können. Die Krankenkasse ist verhasst, Steuern sind verhasst und die Migration beschäftigt uns ein Leben lang.

Bei den Steuern ist das Grundproblem, dass die Steuern nicht direkt vom Lohn abgezogen werden. Wenn Sie einmal, wie viele Grossräte, im Ausland gearbeitet haben, wissen Sie, dass im Ausland die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden. Und dann sind Sie natürlich schnell dabei, dass Sie bei der Steuererklärung den Lohn, den Sie von den Steuern abgezogen bekommen haben, zurückbekommen, weil wenn Sie dann die Steuererklärung machen, zum Beispiel in Deutschland bekommen Sie dann zwischen 2'000 und 10’000 Euro pro Jahr zurück, und darum erledigen die Leute in solchen Ländern die Steuern schnell, weil sie ja durch die Steuererklärung die zu viel bezahlten Steuern zurückbekommen. Darum habe ich diesen Anzug gemacht, in dem ich sage, bitte die Steuern senken. Sie machen sich beliebt bei Ihren Wählern, wenn Sie auch im nächsten Wahlkampf im Oktober 2028 sagen, liebe Regierung, bitte die Steuern senken.

Und es ist jetzt kein Witz, ich war heute Morgen am Postschalter und habe meine Steuern für 2023 bezahlt. Jetzt habe ich Ruhe, das ist dann einfach schön, wenn man das gemacht hat. Vielleicht wissen Sie es nicht, wenn Sie nicht so viel mit den Wählern reden, viele Basler melden sich ab, weil sie sagen, wir wollen keine Steuern mehr zahlen. Ich habe ganz viele Leute, die mir das erzählen, Eric, wir melden uns ab, wir gehen ins Ausland zum Reisen. Das muss man wissen.

Gestern hatten Sie in der Post die Zeitschrift des Statistischen Amtes Basel und ich bin erschrocken, als ich die Zeitschrift gestern gelesen habe. Dort ist, glaube ich, gestanden, fünf oder sechs oder sieben Prozent von allen Steuerzahlern werden in unserem Kanton betrieben. Also das ist ein grosses Problem und darum habe ich diesen Anzug gemacht betreffend Steuern senken, weil ich finde, es ist genügend Geld vorhanden, aber ich weiss, ich komme nicht durch. Aber ich kann sagen, ich habe diesen Anzug gemacht und ich freue mich, bin glücklich und meine Wähler wissen, der Eric hat den Anzug gemacht betreffend Steuern senken.

Auch wenn es abgelehnt wird mit einer Stimme, kann ich das sagen, weil wir sind ein offizielles Parlament und darum bin ich stolz und glücklich, dass ich den Anzug gemacht habe und bedanke mich bei Ihnen. Vielleicht bekomme ich ja doch noch eine Stimme von der SVP, die mich auch immer bittet, dass ich für sie wählen soll. Politik ist die hohe Kunst der Kompromisse und ich bitte Sie, auch mir etwas zu geben, wenn man von mir etwas will.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 67 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006331, 09.04.25 11:38:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgelehnt mit 67 Nein-Stimmen.

22. Anzug 11 Eric Weber betreffend FC Basel soll die Polizei Einsätze selbst bezahlen

[09.04.25 11:39:02, 25.5106.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Dieser Anzug ist ganz wichtig. Wenn Sie Zeitungen lesen, mein Herz blüht auf, Städte in Deutschland stellen diesen Fussballclubs der deutschen Bundesliga Polizeieinsätze in Rechnung. Das sind Millionen von Franken an Kosten, die die Polizeieinsätze bei Fussballspielen verursachen und Sie wissen ganz genau, der FC Basel, der scheinbar Schweizermeister und Cupsieger wird, verdient Millionen, aber an der Sicherheit der Polizei beteiligen sie sich nicht. Darum habe ich mir den wichtigen Satz notiert, viele Städte Europas stellen um, stellen Rechnung dem Fussballclub. Lieber Kollega der SVP, Basel muss dem auch folgen, sonst ist Basel abgehängt wie ein Eisenbahnwaggon, der einfach abgehängt wird und die Kosten bleiben beim Steuerzahler sitzen. Ich habe diesen Anzug jetzt selber nicht erfunden, ich habe das gelesen bei einer anderen europäischen Stadt, wo Ihre Kollegen Stadträte, Gemeinderäte sagen, wir zahlen nicht mehr für die Krawalle bei der Bundesliga, wir zahlen nicht mehr für die Fussballspiele und die tausenden von Polizisten, die jedes Wochenende im Einsatz sind.

Und dann bin ich einfach enttäuscht und ich möchte das hier noch loswerden, dann reden wir immer, ja, Basel, Frauenfussball, EM-Frauenfussball, aber auch da, gut, das ist es eine andere Sache, da ist es eine Europameisterschaft, da zahlt das Gastland gerne den Beitrag an die Polizei, aber nicht beim FC Basel, der ja nach wie vor Millionengewinne macht und die Spieler auch mit Millionen bezahlt. Ich finde es doch ein Armutszeugnis, dass der FC Basel sich nicht mal freiwillig an den Kosten der Polizei beteiligt. Der FC Basel könnte ja kommen und sagen, lieber Kanton Basel-Stadt, wir sind der beliebteste Fussballclub der Schweiz, wir sind die besten Fussballer, was ja teilweise stimmt, und wir geben euch vier Millionen pro Jahr an die Polizei. Aber die Freiwilligkeit kommt nicht. Ich erfinde das ja nicht, ich lese halt gerne viele Zeitungen in der Unibibliothek und dort steht, ganz Europa stellt um und ich finde, man müsste auch in Basel den FCB gesetzlich verpflichten, dass der FC Basel für die Polizei zahlt. Aber wie gesagt, das ist nicht der Fall.

Aber wenn man dann die Zeitungen liest, heisst es immer, Basel ist wichtig, Basel ist FCB, Basel ist Fasnacht, usw., aber wenn man dann als Mensch und als Steuerzahler und als Grossrat hinter die Kulissen schaut, dann sehe ich schon irgendwie, Entschuldigung das Wort, das Grauen. Da haut jeder ab und nimmt sein Geld mit, aber die Gemeinschaft, die wir hier präsentieren, der Kanton Basel-Stadt, den wir hier präsentieren, geht leer aus. Und wenn ich manchmal traurig war, wenn der FC Basel verloren hat, hat meine Exfrau gesagt, du Eric, wir haben nichts davon, wenn der FC Basel gewinnt. Dann habe ich gesagt, ja, du hast eigentlich recht, wir haben nichts davon.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit den Sicherheitskosten nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber wie gesagt, die Kosten sind wichtig, Geld regiert die Welt, das ist überall der Fall, ich spüre das auch, Geld regiert die Welt. Ich werde das Thema FC Basel weiterhin behandeln, weil es ungerecht gegenüber diesen Leuten ist, die Steuern zahlen und die nicht an den FCB-Match gehen und selbst die, die an den Match gehen, spenden nicht freiwillig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 65 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006333, 09.04.25 11:44:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe eine Mitteilung zu machen:

Heute Nachmittag ab 13:00 Uhr werden der Innenhof des Rathauses und die Zuschauertribüne für Gäste geschlossen bleiben, um Sie vor angekündigten Störaktionen zu schützen. Diese Massnahme habe ich in Rücksprache mit der Kantonspolizei getroffen. Vor dem Eingang zum Rathaus wird Sicherheitspersonal präsent sein, für Mitarbeitende des Rathauses und für Sie als Grossratsmitglieder und akkreditierte Journalistinnen und Journalisten bleibt der Zugang weiterhin ungehindert möglich. Unser Weibel wird den Sicherheitsdienst dabei unterstützen, dass Sie alle erkannt und rein gelassen werden. Sie können das Velo im Innenhof parkieren, der Eingang Martinsgasse wird geschlossen werden und wird erst am Abend wieder geöffnet. Die einzige Ausnahme ist eine angemeldete Gästegruppe, die heute Abend gegen 17:30 Uhr zu uns stossen wird. Dies zu meiner Mitteilung.

23. Anzug 12 Eric Weber betreffend Schutz dem Basler Wald - das grüne Herz unseres Kantons

[09.04.25 11:45:59, 25.5107.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Der Wald, der wird auch in unserem Kanton vergessen. Ich möchte es begründen. Ich habe als Kind viel im Wald gespielt und dann hat mich eine Zecke gebissen und dann habe ich eine Hirnhautentzündung bekommen und wurde im Kinderspital gerettet. Ich lerne hier im Parlament, wir sind ein grüner Kanton, wir sind umweltfreundlich, aber keiner redet zum Thema Wald. Darum habe ich diesen Anzug gemacht zum Thema Wald. Mir ist bewusst, dass auch dieser Anzug nicht durchkommen wird, weil scheinbar bin ich, ich weiss es nicht, von der falschen Partei, aber ich habe es versucht, den Anzug Wald, ich liebe den Wald.

Wenn man wenig Geld hat, geht man Pilze suchen im Wald in Riehen. Und ich bin der einzige Grossrat, der auch den Wald in Riehen aufgeräumt hat. Ich ging «fötzelen» das nennt man so auf Baseldeutsch, im Wald von Riehen über ein Beschäftigungsprogramm des Kantons Basel. Das hat Spass gemacht, ich war noch ganz jung, aber es hat Spass gemacht. Und darum weiss man, was im Wald los ist, und dann regen sich halt viele Leute immer auf, das bekomme ich auch mit, wenn Bäume gefällt werden und das ist das Thema. Aber ich weiss, ich komme nicht durch, aber wie gesagt, Dankeschön.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006336, 09.04.25 11:48:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 53 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir hier drinnen mindestens 50 Personen sein sollen. Wir sind da relativ knapp am Limit.

24. Anzug 13 Eric Weber betreffend Behörden sollen Nationalität von Tätern nennen

[09.04.25 11:49:11, 25.5108.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist meine zweitletzte Rede im Monat April. Es ist ja nur noch meine Interpellation, also möchte ich Sie da nicht überstrapazieren. Ich habe jetzt ein paar Anzüge gebracht, aber der härteste Anzug ist halt schon der und da möchte ich jetzt auch meine Kollegen von der SVP, die noch da sind, bitten, zuzuhören.

Anzug betreffend Behörden sollen Nationalität von Tätern nennen. Das ist ein ganz schlimmes Thema. Alle Zeitungsredaktionen sind tief verunsichert, was dürfen wir noch schreiben? Ich kann mich kurzfassen, ein Beispiel: Ich war als Journalist für die Märkische Oderzeitung in Frankfurt (Oder) an der Grenze zu Polen tätig. Der Chefredaktor hat an alle Journalisten geschrieben: Über Rechtspopulismus und solche Parteien dürfen Sie nur schreiben in Absprache der Chefredaktion. Und darum sind die Journalisten sehr verunsichert, weil darf die Nationalität des Täters genannt werden? Selbst ich als Grossrat komme nicht mehr draus, wenn ich Zeitungen lese, deutsche Zeitungen, aus Österreich, aus der Schweiz, aus Deutschland, dürfen diese Zeitungen überhaupt noch den Täter nennen? Teilweise wird es genannt. Und dann gibt es aber zum Beispiel die Fälle, wo jemand mit Migrationshintergrund, habe ich auch mit Grossmutter von Italien und Mutter von Deutschland, wenn jetzt aber jemand Schweizer ist wie ich, könnte man auch schreiben, wenn ich jetzt verurteilt wäre, Täter mit Migrationshintergrund. Aber ich bin Schweizer, aber ich habe auch 75 Prozent Migrationshintergrund, 50 Prozent Deutsch, 25 Prozent italienisch und 25 Prozent schweizerisch.

Darum sage ich ja hier in diesem Anzug, die Polizei und Justiz sollen künftig bei Auskünften über Straftaten die Nationalität der Tatverdächtigen nennen. Ich habe sehr viel gelernt zu diesem Anzug von Joël Thüring. Joël Thüring macht ja viel mit Statistik und dann konnte ich lesen, 2023 erreichte der Anteil ausländischer Verdächtigen mit 41,1 Prozent einen neuen Höchststand. Und das ist natürlich schon viel, das schürt natürlich auch Emotionen und ich bin mit dem gross geworden, mit dieser Kriminalität. Darum möchte ich eigentlich, dass es mal ganz klar festgehalten ist auch in unserem Kanton, dass die Behörden die Nationalität der Täter nennen. Damit es heisst, der ist aus, ich nenne jetzt keine Länder, aber dass es heisst, der ist aus diesem Land, der ist aus jenem Land, der ist so alt und dass man die Nationalität nennt und dass nicht mehr die Unsicherheit in den Redaktionen ist, was dürfen wir schreiben und was dürfen wir nicht schreiben.

Das finde ich eigentlich traurig, dass man dann als Zeitungsabonnent - der Leser ist dann böse auf die Zeitung und es gibt böse Leserbriefe, die habe ich auch immer bekommen, aber die Zeitung kann ja nichts dafür, weil ja die Zeitung die Pressemitteilungen vom Polizeidepartement oder von der Staatsanwaltschaft bekommt und wenn dort halt nicht mehr genau aufgeklärt wird, weil man Angst hat vor der Bevölkerung, finde ich das schon traurig und bin selber verunsichert, weil ich nicht weiss, was darf man schreiben, was darf man nicht schreiben. Das ist ein Thema, das den Wähler, auch Ihre Wähler hochgradig interessiert, wo der Wähler Bescheid wissen möchte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006338, 09.04.25 11:54:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 68 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

25. Anzug Thomas Müry betreffend thermographische Aufnahmen zur Feststellung von Energieverlusten im Gebäudebereich, Schreiben des RR

[09.04.25 11:54:59, 22.5550.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

26. Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend smarte Stadtbeleuchtung, Schreiben des RR

[09.04.25 11:55:24, 18.5103.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

Schluss der 9. Sitzung

11:55 Uhr

Protokoll

der 10. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 9. April 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Tobias Christ (GLP), Brigitte Kühne (GLP, Beda Baumgartner (SP), Nicola Goepfert (BastA), Remo Gallacchi (Mitte/EVP).*

Verhandlungsgegenstände:

5.1. Interpellation Nr. 30 Patrizia Bernasconi betreffend Beschaffung bargeldlose ÖV-Billette-Automate 3
5.2. Interpellation Nr. 31 Salome Bessenich betreffend Zunahme von Antisemitismus in Basel-Stadt 4
5.3. Interpellation Nr. 32 Adrian Iselin betreffend Rücktritt des CEO der MCH Group 6
5.4. Interpellation Nr. 33 Daniel Seiler betreffend Rückstaus an der St. Jakobskreuzung nach Event 7
5.5. Interpellation Nr. 34 Eric Weber betreffend möglicher Terror-Anschlag in Basel während des Eurovision Song Contest 8
5.6. Interpellation Nr. 35 Michela Seggiani betreffend Förderung von Diversity-Zielen durch Anreize 9
5.7. Interpellation Nr. 36 Fleur Weibel betreffend besserer Schutz von Sans-Papiers vor häuslicher Gewalt .. 10
5.8. Interpellation Nr. 37 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Entscheid des Baselbieter Regierungsrats, den Uni-Standort Dreispitz nicht zu realisieren 12
5.9. Interpellation Nr. 38 Brigitta Gerber betreffend Umbau Austrasse: Fehlende Partizipation, Baubeginn während der Planauflage? 13
5.10. Interpellation Nr. 39 Georg Mattmüller betreffend Finanzlage des Nachbarskanton 13
5.11. Interpellation Nr. 40 Sandra Bothe betreffend Konsequenzen der Einführung der Wahlmöglichkeit von Italienisch auf Sek II Stufe und Stellung des Frühfranzösisch im Basler Bildungssystem 14
5.12. Interpellation Nr. 41 Gabriel Nigon betreffend Stand der Planungen für eine vom Grossen Rat verlangte Publikumssporthalle 14
5.13. Interpellation Nr. 42 Michael Hug betreffend Zwischennutzung des Sommercasinos durch den Verein Chateau Solaire 15
5.14. Interpellation Nr. 43 Laetitia Block betreffend Sicherheit im öffentlichen Verkehr durch Polizeipräsenz stärken 15
5.15. Interpellation Nr. 44 Oliver Bolliger betreffend Auslagerung der Margarethenklinik 16
5.16. Interpellation Nr. 45 Anouk Feurer betreffend Ermöglichung der Übergangs- und Nachsorgebegleitung zur Reduktion des «Drehtürphänomens» in der Psychiatrie 16
27. Anzug Balz Herter und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Kongressstadt Basel, Schreiben des RR . 16
28. Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe-Abhängigkeit, Schreiben des RR 17
29. Antrag Luca Urgese und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ausweitung der Definition von Familienbetrieben, Stellungnahme des RR 17
30. Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Reduktion von unnötigen Kurzstreckenflügen, Stellungnahme des RR 18
31. Anzug Oliver Thommen und Daniel Sägesser betreffend Beteiligung der Vermietenden an den Energiekosten unsanierter Liegenschaften als Anreiz zur Erhöhung der Sanierungsrate, Schreiben des RR 21
32. Interpellation Nr. 17 Tonja Zürcher betreffend mehr Transparenz über hochgradig krebserregendes Benzidin im Klybeck, Schreiben des RR 21

33. Budgetpostulat 2025 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen), Schreiben des RR 22
34. Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Agogik im Alter: Stationäre Leistungen für behinderte Personen im AHV-Alter, Schreiben des RR 24
35. Anzug Lukas Faesch und Konsorten betreffend Abschaffung der metallenen Registrierungsmarke bei Hunden, Schreiben des RR 24
36. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Psychiatrische Versorgung im Kinder- und Jugendalter, Schreiben des RR 24
37. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten für verpflichtend betriebliche Berufsbildung in Institutionen und Organisationen mit Pflegeleistungen -fehlende Berufsbildende als Flaschenhals in der Pflege, Schreiben des RR 26
38. Anzug Melanie Eberhard und Konsorten zur Situation der Nachhol- und Weiterbildungen bei Gesundheitsberufen, Schreiben des RR 26
39. Anzug Joël Thüring betreffend "Massnahmen gegen die überfüllte Notfallstation und die Überbelastung des Personals in den Spitälern", Schreiben des RR 27
40. Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-E-Zigaretten, Stellungnahme des RR 27
41. Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Förderung von Psychotherapieplätzen durch die Subventionierung der Weiterbildung von psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen, Stellungnahme des RR 31
42. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Stellungnahme des RR 34
43. Interpellation Nr. 15 Jo Vergeat betreffend Beratungen ungewollte Schwangerschaften, Schreiben des RR 36
44. Interpellation Nr. 28 Christine Keller betreffend möglicher Interessenkonflikte hinsichtlich aktueller und neuer Tätigkeit der Direktoren von USB und UPK, Schreiben des RR 37
45. Motion Beat K. Schaller und Konsorten betreffend keine Allmendgebühren bis zur vollständigen Erholung des Gewerbes nach der Coronakrise, Stellungnahme des RR 38
46. Interpellation Nr. 157 Luca Urgese betreffend Schluss mit dem App-Wildwuchs im öffentlichen Verkehr!, Schreiben des RR 38
47. Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR 39

Beginn der 10. Sitzung

Mittwoch, 9. April 2025, 15:00 Uhr

5.1. Interpellation Nr. 30 Patrizia Bernasconi betreffend Beschaffung bargeldlose ÖV-Billette-Automate

[09.04.25 15:00:07, 25.5140.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie herzlich zur Nachmittagssitzung. Ich habe keine Mitteilungen. Somit starten wir direkt mit den Interpellationen

Interpellation Nummer 30 Patrizia Bernasconi betreffend Beschaffung bargeldlose ÖV Billettautomaten. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Daher geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation gerne wie folgt.

Zu Frage 1: Für die Stempelkarte wird es eine Nachfolgelösung geben, so dass man auch in Zukunft vorgängig ein Billett kaufen und es vor der Fahrt entwerten kann. Die Barzahlung am Automaten wird durch eine ÖV-Prepaid-Bezahlkarte abgelöst. Diese kann man an verschiedenen Verkaufsstellen mit einem Guthaben aufladen. Die U-Abo-Card wird zudem in den Swisspass integriert.

Zu Frage 2: Das wurde nicht untersucht, da mit der ÖV-Prepaid Bezahlkarten weiterhin Barzahlung möglich sein wird, auch von kleinen Beträgen.

Zu Frage 3: Die Karte kann ohne Registrierung gekauft werden und ist daher anonym. Das wird auch so bleiben.

Zu Frage 4: Die Planung ist noch nicht definitiv abgeschlossen. Aktuell ist ein Mindestladebetrag von 10 Franken beim erstmaligen Kauf der ÖV-Prepaid-Bezahlkarte vorgesehen. Der Betrag kann vollständig für den Kauf von Billetten verwendet werden. Ein Depot oder eine Gebühr ist nicht vorgesehen.

Zu Fragen 5 und 6: Das Vertriebsnetz befindet sich noch in Entwicklung. Die ÖV-Prepaid-Bezahlkarte wird aber einfach erhältlich sein, sprich nicht nur im Kundenzentrum der BVB am Barfüsserplatz, sondern auch an Kiosks. Weitere Verkaufsstellen wie beispielsweise in Altersheimen, sind ebenfalls vorgesehen.

Zu Frage 7: Gelegenheitsfahrgäste, die in Basel eine Übernachtung gebucht haben, können mit der Basel Card den ÖV schon heute gratis nutzen. Ansonsten gelten für Gelegenheitsnutzende dieselben Bedingungen wie für alle, nämlich die Bezahlmöglichkeiten und Bezugsmöglichkeiten über das Smartphone oder über die Automaten mit Kreditkarten oder Bezahlapps.

Zu Fragen 8 und 9: Die meisten ÖV-Tickets werden bereits heute digital und somit bargeldlos bezahlt. Da mit der ÖV-Prepaid-Bezahlkarte zudem weiterhin Barzahlungen möglich sein werden, geht der Regierungsrat nicht davon aus, dass der ÖV durch die neuen Billettautomaten unattraktiver wird.

Zu Frage 10: Elektronische Zahlungssysteme weisen eine sehr tiefe Ausfallrate auf. Sollte es aber zu einem Ausfall kommen, könnten Tickets weiterhin über die Online-Verkaufskanäle bezogen werden. Mechanische Probleme bei der Bargeldverarbeitung bei den BVB-Automaten sorgen heute für weit mehr Probleme als Ausfälle des elektronischen Zahlungssystems.

Zu Frage 11: Die aktuelle Anzahl Billettautomaten entspricht nicht mehr dem Bedarf. Viele Automaten werden nur wenig genutzt, auch am Aeschenplatz. Das ist wirtschaftlich nicht sinnvoll. Am Aeschenplatz stehen die Automaten zudem sehr nahe beieinander und zum Teil auf schmalen Haltekanten, wo sie im Weg sind. Die Reduktion der Anzahl Automaten bedeutet nur geringfügig längere Gehwege.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Patrizia Bernasconi (BastA): In einer Welt, in der digitale Zahlungen, Apps und kontaktlose Transaktionen allgegenwärtig sind, könnte man meinen, dass Bargeld bald der Vergangenheit angehören wird. Doch es gibt viele Gründe, warum das Bargeld nach wie vor eine fundamentale Bedeutung für die Freiheit und Selbstbestimmung des einzelnen hat.

Für mich besteht ein Recht auf analoges Leben, also auch auf Bargeld. Das Recht auf Bargeld ist nicht nur eine Frage der Wahlfreiheit, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit. Nicht jeder hat Zugang zu Bankkonten oder digitalen Zahlungsmethoden, sei es aufgrund von technischen Hürden, persönlichen Vorlieben oder auch finanziellen Herausforderungen. Für viele Menschen bleibt Bargeld die einzig verlässliche und nachvollziehbare Zahlungsmethode. Das Recht, mit Bargeld zu leben bedeutet, dass wir die Vielfalt der Zahlungsmethoden bewahren und niemanden aus dem Finanzsystem ausschliessen, nur weil er oder sie sich dem Digitalen nicht anpassen kann oder will.

Ich bedanke mich zuerst für die Beantwortung meiner Fragen. Grundsätzlich fehlt mir eine Haltung des Regierungsrates. Gerade der Kanton als Eigentümer der BVB sollte ein besonderes Augenmerk auf das Recht auf Bargeld haben. Der ÖV gehört letztlich zum Service Public und da dürfen wir niemanden abhängen.

Zu den einzelnen Fragen: Ich kann feststellen, dass man nach Ablösungsmöglichkeiten für die Stempelkarte sucht, dass man bestrebt ist, ein Netz von Verkaufsstellen für die Prepaid-Karten aufzubauen, wie und wo und in welcher Dichte ist noch unklar. Unbefriedigend ist die Antwort auf die Frage, wie gelegentliche Fahrgäste abgeholt werden sollen. Damit sind nicht die Feriengäste gemeint, sondern Menschen, die spontan das Fahrrad stehenlassen, weil es zum Beispiel regnet oder jemand, der gerade sein U-Abo zu Hause vergessen hat.

Unbefriedigend ist auch, dass nicht untersucht wurde, wie sich die Abschaffung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs auf finanziell benachteiligten Personen auswirken würde, die oft keine Kreditkarte besitzen, sondern der Regierungsrat geht einfach davon aus, dass die Prepaid-Karte die Lösung für alles ist. Und das ist mir zu wenig. Und auch wurde nicht untersucht, wie sich diese neue Automaten auf die Attraktivität des ÖV auswirken, denn es gibt immer noch viele Leute, die mit Bargeld die Tickets kaufen. Zur Situation am Aeschenplatz muss ich sagen, dass es wirklich unbefriedigend ist. Die neuen Automaten sind vielleicht in naher Fussdistanz, aber der Aeschenplatz ist nicht gerade der einfachste Ort, um überhaupt die Strasse zu überqueren.

Im grossen und ganzen bin ich mit Beantwortung meiner Interpellation zu zwei Dritteln unzufrieden. Sie können sich ausrechnen, was das genau heisst.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

5.2. Interpellation Nr. 31 Salome Bessenich betreffend Zunahme von Antisemitismus in Basel-Stadt

[09.04.25 15:07:58, 25.5169.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich namens des Regierungsrats diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat ist besorgt darüber, dass sich antisemitische Vorfälle in der Schweiz im letzten Jahr auf einem deutlich höheren Niveau verfestigt haben als vor dem 7. Oktober 2023. Das Sicherheitsgefühl jüdischer Menschen und die Sicherheitslage jüdischer Einrichtungen haben sich verschlechtert. Die Bekämpfung von Antisemitismus ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen und hat höchste Priorität. In den Bereichen Sicherheit, Bildung und Erinnerung werden diverse Massnahmen umgesetzt. Handlungsbedarf besteht insbesondere in der Koordination der diversen Massnahmen im Bildungsbereich und im Ausbau und der Zugänglichkeit bestehender Beratungsangebote. Ebenso erscheint es dem Regierungsrat notwendig, Sensibilisierungsmassnahmen und Massnahmen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zur Prävention antisemitischer Vorfälle zu ergreifen.

Zu Frage 2: Ja, der Regierungsrat hatte auch unabhängig des jüngsten Antisemitismusberichts Kenntnis der Situation bezüglich gemeldeter antisemitischer Vorfälle in Basel-Stadt. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt seit Anfang 2023 die Meldestelle des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes SIG und steht mit dieser in regelmässigem Austausch.

Jeweils im März berichtet der SIG gegenüber dem Kanton Basel-Stadt über die Vorfälle schriftlich. Seit 2024 erfassen die Mitarbeitenden der Schulsozialarbeit im Erziehungsdepartement systematisch Diskriminierungsvorfälle. Die Schulsozialarbeit meldet als antisemitisch wahrgenommene Vorfälle an die Leitung der Volksschule. Diese werden mit der SIG-Meldestelle abgeglichen.

Zu Frage 3: In Basel-Stadt können sich von Antisemitismus betroffene Menschen an die Beratungsstelle Stopp Rassismus und an das Netzwerk Antirassismus wenden oder wie erwähnt an die Meldestelle des SIG. Alle Stellen erhalten einen entsprechenden Staatsbeitrag des Kantons und stehen in engem Austausch mit der Fachstelle Integration und Antirassismus des Präsidialdepartements. Im Internet zugängliche Meldeformulare sind die niederschwelligsten Meldemöglichkeiten. Sie sind sowohl beim Netzwerk-Antirassismus als auch beim SIG vorhanden. Für antisemitische Vorfälle in sozialen Medien kann man sich zusätzlich an die nationale Plattform Stophatespeech.ch wenden. Stehen zusätzlich strafbare Handlungen im Raum, wie etwa Ehrverletzungsdelikte oder eine Verletzung der Rassismusstrafnorm, kann das Verhalten bei der Kantonspolizei zur Anzeige gebracht werden.

Zu Frage 4: Die Israelitische Gemeinde Basel IGB ist Mitglied am Runden Tisch der Religionen beider Basel, der von der Religionskoordination Basel-Stadt geleitet wird und sich vier bis fünf Mal jährlich trifft. Ebenso besteht regelmässiger aus Kontakt zum SIG, zum einen durch die Meldestelle. aktuell auch in Bezug zum Eurovision Song Contest. Die IGB ist zudem Mitglied des Steuerungsausschusses zur Entwicklung des kantonalen Massnahmenplans Antisemitismus wie auch zur Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan. Weiter stehen die Kantonspolizei und die IGB im Rahmen des Projekts Jüdische Sicherheit Basel, das von der gleichnamigen Taskforce bearbeitet wird, in regelmässigem Austausch.

Zu Frage 5: Die Schweiz und auch der Kanton Basel-Stadt ordnen Antisemitismus dem Gesamtphänomen des Rassismus zu. Bei der Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus werden die Besonderheiten sowie die historische Konstante des Antisemitismus beachtet. Der Kanton engagiert sich mit verschiedenen Massnahmen in verschiedenen Departementen gegen den Rassismus und ist Mitglied der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Eine koordinierende Aufgabe innerhalb der Verwaltung übernimmt dabei die Fachstelle Integration und Antirassismus, die auch dem Bund gegenüber Ansprechpartnerin für Strategie und Umsetzung ist. In der interdepartementalen Strategiegruppe zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus ISER ist auch die Prävention von Antisemitismus regelmässig Thema. In der ISER sind mit Ausnahmen des Finanzdepartements alle Departementen vertreten. Der Runde Tisch Diskriminierungsschutz bringt unter der Leitung der Fachstelle Integration und Antirassismus regelmässig Vertretende zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Departemente zu einem Austausch zusammen. Der Runde Tisch der Religionen beider Basel engagiert sich gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus und gegen Diskriminierung innerhalb von Religionsgemeinschaften. In Bezug auf einzelne Massnahmen, zum Beispiel im Bereich Erinnerung, gibt es verschiedene Arbeitsgruppen, die abteilungs- und departementsübergreifend und auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten.

Zu Frage 6: «Speak up» ist ein Präventionsprojekt, das durch die Delegierten der IGB und der Basler Muslimkommission BMK am Runden Tisch entstanden ist. «Speak up» unterstützt Jugendliche, junge Erwachsene und Bildungsverantwortliche, Diskriminierungsformen besser zu verstehen und sich dagegen auszusprechen. Speziell im Fokus standen in der Pilotphase 2024 der Antisemitismus und der antimuslimische Rassismus. Auch im Rahmen der Aktionswoche gegen Rassismus im März oder der Woche der Religionen im November unterstützt der Kanton Basel-Stadt regelmässig Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft, die zur Prävention von Antisemitismus beitragen können, wie zum Beispiel ein jüdisch-muslimisches Fastenbrechen im März 2024, eine jüdisch-muslimische Museumsführung und Stadtführungen zu den Stolpersteinen im März 2025 oder eine interreligiöse Friedensandacht im November 2024.

Zu Frage 7: Die antisemitischen Vorfälle waren in den letzten Jahren regelmässig ein Thema am Runden Tisch der Religionen. Auch andere Vorfälle aufgrund der Religionszugehörigkeit, beispielsweise antimuslimischer Rassismus sind Thema. Der Regierungsrat ist zudem über die zuständige Fachstelle Integration und Antirassismus in regelmässigem Austausch mit weiteren vom Rassismus betroffenen Gruppen.

Zu Frage 8: Die Bekämpfung von Antisemitismus als teilgruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist im Kanton Basel-Stadt ein wichtiges Anliegen und wird schon seit längerer Zeit prioritär behandelt. Es werden insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Bildung und Erinnerung diverse Massnahmen umgesetzt, die der Regierungsrat teilweise in seinem Schreiben zum Anzug für einen Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus detaillierter beschrieben hat. Darüber hinaus gibt es im Bereich Sensibilisierung und Öffentlichkeit bereits zahlreiche Massnahmen, die vom Kanton Basel-Stadt getroffen werden, darunter die Woche der Religionen, die Aktionswoche gegen Rassismus oder der Runde Tisch der Religionen. Im Rahmen der Strategieentwicklung zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus werden zurzeit Lücken und Handlungsbedarf in den genannten Handlungsfeldern sowie deren Erweiterung geprüft. Dies wird unter Berücksichtigung der nationalen Strategie und der Evaluation der Massnahmen gegen Antisemitismus von Bund, Kantonen und Gemeinden gemacht.

Zu Frage 9. Ein Leitfaden zum Umgang mit Vielfalt wurde zu Beginn dieses Schuljahres an den Schulen Basel-Stadt eingeführt. Er sensibilisiert alle Mitarbeitenden im Schulumfeld für einen diskriminierungsfreien und chancengerechten Umgang mit Diversität. Wie bereits ausgeführt, erfassen seit 2024 die Mitarbeitenden der Schulsozialarbeit systematisch Diskriminierungsvorfälle.

Zu Frage 10: Der Kanton Basel-Stadt verfügt mit den jährlichen Reportings der Meldestelle des SIG, der Beratungsstelle Stopp Rassismus und des Netzwerks Antirassismus über eine Dokumentation der gemeldeten Fälle. In Bezug auf die erlebte Diskriminierung muss aktuell auf Grundlagen der nationalen Ebene zurückgegriffen werden. Auf Bundesebene wird alle zwei Jahre von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung ein Monitoring aktualisiert, das die Häufigkeit, die betroffenen Gruppen, die Diskriminierungsformen und die Lebensbereiche untersucht. Als Datengrundlagen werden dabei Erhebungen des Bundesamtes für Statistik sowie der verschiedenen Beratungsnetzwerke berücksichtigt. Für die Formulierung von Massnahmen und deren Evolution wird im Zuge der kantonalen Strategieentwicklung der Aufbau eines Monitoring-Systems geprüft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Salome Bessenich (SP): Ich möchte mich als erstes für die sehr ausführliche Beantwortung meiner Fragen bedanken. Ich bin froh zu hören, dass es auch für den Regierungsrat notwendig erscheint, vermehrt Sensibilisierungsmassnahmen und Massnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zur Prävention zu ergreifen. Wie es scheint, ist das Wissen da, das Problem ist erkannt, die richtigen Gefässe existieren, es fehlt nur noch der Massnahmenplan. In diesem Sinne hoffen wir, dass wir da bald mehr wissen und auch, dass der Handlungsbedarf im Bildungsbereich erkannt ist, freut mich zu hören. In diesem Sinne bin ich weiterhin unzufrieden mit der Situation aber zufrieden mit der Antwort des Regierungsrates.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

5.3. Interpellation Nr. 32 Adrian Iselin betreffend Rücktritt des CEO der MCH Group

[09.04.25 15:17:52, 25.5170.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Bei der MCH Group AG handelt es sich um ein börsenkotiertes privatrechtliches Unternehmen. Der Kanton Basel-Stadt ist heute nur noch als Minderheitsaktionär an der MCH beteiligt. Gemäss Statuten der MCH hat der Kanton das Recht, zwei Delegierte in den heute sechsköpfigen Verwaltungsrat der MCH Group zu entsenden. Gestern hat der Regierungsrat neu Frau prof. Dr. Michèle Sutter-Rüdisser auf den Zeitpunkt der GV 2025 als neue Delegierte gewählt. Sie wird gemeinsam mit dem bisherigen Delegierten Raphael Wyniger die Interessen des Mitigentümers Basel-Stadt im Verwaltungsrat vertreten.

Zu Frage 1: Ja, der Regierungsrat teilt die Einschätzung, eine gut aufgestellte und funktionierende MCH ist zentral für den Messe- und Kongressstandort Basel. Für den Regierungsrat ist es daher wichtig, dass mit den beiden Delegierten im MCH-Verwaltungsrat eine gute Verankerung und Interessensvertretung des Kantons Basel-Stadt innerhalb der MCH Group erreicht wird und die Mitwirkung in der Führung und der strategischen Ausrichtung der MCR Group gewährleistet ist. Die Vertretung der Interessen der Stadt und der Region ist über die beiden Delegierten sichergestellt.

Zu Frage 2: Der Verwaltungsrat hat die Verantwortung für die Führung der MCH Group und die Besetzung der CEO-Position. Mit den zwei Delegierten des Kantons im MCH Verwaltungsrat können die Interessen von Basel im Unternehmen und bei der Auswahl der CEO-Position angemessen entsprechend der Beteiligungsverhältnisse im Unternehmen berücksichtigt werden.

Zu Frage 3: Wie bereits ausgeführt, liegt die Verantwortung zur Besetzung der CEO-Position beim Verwaltungsrat der MCH Group. Der Kanton ist über seine VR-Delegierten daran beteiligt. Dem Regierungsrat stehen keine weiteren Möglichkeiten zur Verfügung, auf den Entscheid Einfluss zu nehmen

Zu FRage 4: Die Beteiligung an der MCH Group hat zum Ziel, den Messe- und Kongressstandort Basel zu fördern und zu stärken. Wegen der mit der Durchführung von Messen und Kongressen verbundenen positiven Wertschöpfungseffekte für die lokale Wirtschaft hat für den Regierungsrat eine möglichst hohe Auslastung der hiesigen Messe- und Kongressinfrastruktur Priorität. Diesem Ziel kommt die MCH Group mit zusätzlichen Initiativen nach. So wurde Ende 2023 das Messequartier Basel ins Leben gerufen, um den Standort Basel mit unterschiedlichen Angeboten möglichst ganzjährig zu bespielen. Insbesondere die dauerhafte Bespielung durch das Bambusnest und den Cube Club eröffnen sich neue Perspektiven für Konzerte und Firmenanlässe. Die weltweit bedeutendste Kunstmesse, die Art Basel, nimmt dabei einen besonders wichtigen Stellenwert ein. Der Regierungsrat verfolgt das strategische Ziel, die Art Basel langfristig in Basel auszutragen und zu stärken. So unterstützte der Regierungsrat bereits verschiedene Massnahmen für die Standortattraktivität während der Art Basel wie den Basel Social Club, das Begleitprogramm der Kunstbuchmesse I Never Read, Art Book Fair Basel und lancierte gemeinsam mit Basel Tourismus und der Art Basel die Initiative zur Stärkung der Willkommenskultur. Der Standort Basel wird in diesem Jahr auch mit dem neuen Art Basel Awards und dem Art Basel Summit zusätzlich gestärkt. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat eine Mitfinanzierung dieser Initiative mit 200’000 Franken aus dem Kompetenzkonto gesprochen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Zuerst ist wirklich festzuhalten, dass es wichtig ist, dass man die MCH nicht komplett ans Ausland verliert. Ich wurde angegangen, nachdem ich den Wechsel des CEO natürlich auch den Medien entnommen habe, von diversen Leuten aus der Kunstszene, seien das Galeristen, seien das Sammler, und man hat gesagt, dass das ein grosses Problem, wäre wenn der CEO kein Bezug zu Basel hat, weil die grosse Angst ist, dass man irgendwann die wichtigste Kunstmesse der Welt nicht mehr in Basel, sondern eben im Ausland besuchen wird. Und das war die Angst.

Schön wäre natürlich, wenn der CEO in Basel wäre, vielleicht Schweizer wäre, das ist aber natürlich nicht so wichtig. Ich verstehe, dass wir aufgrund der Aktionärsverhältnisse jetzt offensichtlich zwei Delegierte haben von insgesamt sechs, das heisst, wir können dort Einfluss nehmen auf den CEO. Sie haben gesagt, man können nicht mehr machen. Vielleicht kann man einfach noch die Wichtigkeit medial besser positionieren, dass das wirklich eine wichtige Sache wäre für Basel, dass man da eben einen CEO hat, der sich auch dafür einsetzt und schaut, dass man zukünftig auch die Messe weiterhin hier besuchen darf.

Danke auch für die Ausführungen in Bezug auf die Art und was alles gemacht wird. Das finde ich sehr toll. In diesem Sinn bin ich zufrieden mit der Beantwortung der Interpellation und hoffe sehr, dass es einen CEO geben wird, der Basel wohlgesinnt ist und dass wir die Messe hier behalten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

5.4. Interpellation Nr. 33 Daniel Seiler betreffend Rückstaus an der St. Jakobskreuzung nach Event

[09.04.25 15:23:31, 25.5171.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten die Interpellation wie folgt.

Zu Fragen 1 bis 3: Die laufenden Bauarbeiten lassen noch keine umfassende verkehrsabhängige Steuerung der Lichtsignalanlage an der Kreuzung St. Jakob zu. Je nach Anlässen kann es daher tatsächlich zu längeren Wartezeiten kommen. Dies wird sich nach Beendigung der Bauarbeiten deutlich verbessern, wenn die definitive Steuerung in Betrieb genommen werden kann. Die Phasen werden dann so eingestellt, dass die Wartezeiten für alle Verkehrsteilnehmenden kürzer werden.

Zu Frage 4: Ja, mit der Geschäftsstelle-Eventverkehr St. Jakob finden Koordinationssitzungen statt. In diesen werden verschiedene Aspekte des Eventverkehrs diskutiert. Aktuelle Themen sind unter anderem die Verbesserung der Verkehrsführung an der Ausfahrt aus dem Parking und die Identifikation von Events, bei denen Verkehrswachen benötigt werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Seiler (FDP): Herzlichen Dank für diese Ausführungen. Grundsätzlich bin ich zufrieden mit diesen Aussagen. Einfach noch eine Anmerkung: Die Situation besteht ja nicht erst seit dieser Baustelle. Wir hoffen wirklich, dass die Ampelanlage dann wirklich intelligent in dem Sinn sein wird, dass man sie dann je nachdem, wie die Verkehrsflüsse sind, auch einstellen kann. Und es ist toll, wenn nachher für alle alles kürzer geht. Das ist dann spannend zu sehen, wie das genau funktionieren soll. Herzlichen Dank auf jeden Fall, wir werden das weiterverfolgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

5.5. Interpellation Nr. 34 Eric Weber betreffend möglicher Terror-Anschlag in Basel während des Eurovision Song Contest

[09.04.25 15:25:46, 25.5174.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin während des ESC nicht in Basel, darum habe ich die Interpellation eingereicht. Man muss immer unterscheiden, ob es sich um eine konkrete Gefahrenlage handelt oder um eine abstrakte. In Basel ist ganz klar letzteres der Fall, da kein greifbarer Verdachtshinweis für einen Anschlag vorliegt. Dennoch besteht eine Gefahr und ich will diese als Journalist einordnen und aufzeigen, was passieren kann.

Anscheinend ist es leider oft so, dass in Internetforen grosse Ereignisse in Städten gegoogelt werden. Sie dienen dann als Beispiel, um Leute zu animieren, genau dort einen Anschlag zu verüben. Wenn aber der islamische Staat dazu aufruft, dann wird es für Basel sehr gefährlich, und der IS mag diese Sachen gar nicht und ich drücke mich jetzt in Worten mal ganz harmlos aus, der IS mag dieses LGBTQ nicht. Wenn Basel in IS-Foren im Internet gewarnt wird, dann wird es für uns alle sehr gefährlich und wir haben am 14. Mai Grosser Rat, da habe ich schon Angst. Daher verlange ich auch von der Polizei einen besonderen Schutz für den 14. Mai für das Parlament. Ich kann es nicht ändern, weil ich bekannt bin. Als Grossrat ist bei mir die Drohung eingegangen auf Instagram und ich habe alles von meinem Handy der Polizei weitergegeben. Und die haben gesagt, Sie nähmen das ernst, aber ich habe dann von der Polizei auch nichts mehr gehört.

Die Interpellation habe ich gemacht, bevor die Drohungen eingegangen sind mit Amoklauf. Der Regierungsrat hat die Lage nicht im Griff und ich liefere jetzt Beweise, dass der ESC gefährlich ist in Basel. Ich habe monatelange Recherche hinter mir als Grossrat, Mensch und Journalist, und ich habe alles schriftlich. Und die Regierung von Basel-Stadt teilt mir schriftlich mit, sie hätten keine Tickets mehr für den ESC.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat nichts nichts mit dem Thema zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Okay, aber so etwas macht man nicht, dass man mir kein Ticket gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat nichts mit dem Thema Terroranschläge zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir sind ein Parlament und wir müssen die Regierung kontrollieren. Das ist unsere Aufgabe und darum habe ich diese Interpellation eingegeben. Ich habe nicht irgendwelche Fantasien oder so. Ich bin vollkommen gesund, bei klarem Verstand, ohne Alkohol, ohne Drogen und ich bin der Zeit oft drei Schritte voraus. Erlauben Sie mir diesen Schlusssatz: Die Regierung von Basel-Stadt hat mir alles kaputtgemacht und das kann ich nicht akzeptieren. Ich war traurig, weil ich mir Tickets an gute Leute versprochen habe und es sind jetzt alle von mir schwer enttäuscht.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen frohe Ostern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Auch Ihnen schöne Ostern.

5.6. Interpellation Nr. 35 Michela Seggiani betreffend Förderung von Diversity-Zielen durch Anreize

[09.04.25 15:30:49, 25.5177.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Michela Seggiani (SP): Es knirscht in den Fugen der bestehenden Weltordnung nicht erst seit gestern, aber seitdem die Börsen auf der ganzen Welt wegen surrealen Zöllen verrückt spielen, ist dies wohl allen klar geworden. Es ist aber nicht erst seit den Zollverkündigungen so, sondern seitdem der Präsident der so genannten freien Welt aktiv gegen alle Menschen, die nicht weiss, heterosexuell und männlich sind, agiert. Transmenschen werden Medikamente verwirrt, Schwulenhasser werden aus dem Gefängnis entlassen, gleichgeschlechtliche Liebe wird negiert und Diversitätskonzepte werden verboten. Diese Fakten stammen nicht aus einem Geschichtsbuch, sondern aus den Medien der letzten Wochen.

Und wenn wir dazu sagen, wir können nichts tun, dann ist das falsch. Egal ob Grossratsmitglied, Verwaltung oder Regierung, wir können mindestens probieren, diesen Tendenzen etwas zu entgegnen. So können wir zum Beispiel Anreize geben, wenn hier ansässige Firmen ihre Diversitätsziele nicht streichen oder mit ihnen ins Gespräch kommen und schauen, was man gemeinsam machen könnte. Wir können nichts tun, Diversitätskonzepte und Ziele zu streichen, mag vielleicht nach nichts Existenziellem klingen, aber genau so ist es und deshalb ist das auch dramatisch. Was jahrelang aufgebaut wurde, wird zerstört. Die Wirkung und das Signal, welche dieser vorauseilende Gehorsam von Roche und Co. auslöst, können wir heute nur vage einschätzen. Diversität bedeutet nichts anderes, als alle Menschen in der Gesellschaft gleich zu akzeptieren und inkludieren, egal welches Geschlecht sie haben, welche Hautfarbe, welche Herkunft oder aus welcher Schicht sie kommen. Das ist nichts Gefährliches, wie wir uns momentan Rechtspopulisten weismachen wollen, sondern eine Bereicherung für alle.

Deshalb möchte ich von der Regierung wissen, welchen Stellenwert sie Diversitätszielen gibt, welche Anreize für das Beibehalten oder Erarbeiten von Diversitätskonzepten sie schaffen könnte und welche Einflussmöglichkeiten sonst noch möglich wären. Ich bin gespannt auf eine hoffentlich baldige Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur nächsten Interpellation. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten und die Interpellantin möchte begründen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Obwohl der Regierungsrat die Interpellation gleich mündlich beantworten wird, möchte ich kurz begründen, um den Kontext der Interpellation deutlich zu machen. In den letzten zwei Jahren 2023 und2024 wurde jede zweite Woche eine Frau durch ihren Partner, ihren Expartner oder einen anderen männlichen Angehörigen getötet. Im Jahr 2025 verzeichnen wir gar eine massive Zunahme. Wir haben es nicht mehr nur mit einem Tötungsdelikt alle zwei Wochen zu tun, sondern in den ersten drei Monaten dieses Jahres wurde jede Woche eine Frau von ihrem Partner oder Expartner getötet.

Diesen Tötungsdelikten geht oft eine längere Geschichte häuslicher Gewalt voraus und auch hier haben wir gesehen, wie die aktuelle Kriminalstatistik gezeigt hat, dass die Zahlen zur häuslichen Gewalt massiv zunehmen. Wir haben hier also einen riesigen Handlungsbedarf, der nicht nur riesig ist, sondern auch dringlich, weil eben wie gesagt die häusliche Gewalt auch mit dem Tod der betroffenen Personen enden kann. Auch wissen wir, dass die Dunkelziffer im Bereich häusliche Gewalt gross ist, weil es sich hier um emotional sehr komplexe Beziehungsverhältnisse zwischen Opfer und Täter handelt und

entsprechend die Scham und die Angst der Opfer häufig gross ist, diese Vorfälle dann auch anzuzeigen. Wir diskutieren jetzt darüber, ob die Anzahl der gestiegenen Anzeigen zum Beispiel ein Ausdruck dafür ist, dass mehr Personen sich auch getrauen, diese Vorfälle anzuzeigen, was grundsätzlich erfreulich wäre, gleichzeitig wird die Dunkelziffer weiterhin hoch sein. Das zeigt die Situation auf die ich jetzt gleich eingehe, nämlich dass die häusliche Gewalt besonders dann ganz schwierig sich auswirkt, wenn die ökonomische Abhängigkeit des Opfers sehr gross ist oder wenn beispielsweise der eigene Aufenthaltsstatus der Ehe oder der Beziehung mit dem Täter abhängt. Darum hat das nationale Parlament auch kürzlich beschlossen, das Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer und Integration so anzupassen, dass Betroffene von häuslicher Gewalt ihren Aufenthaltsstatus nicht verlieren, wenn die Ehe nach dem Familiennachzug aufgelöst und geschieden wird. Damit sind also ausländische Frauen heute besser vor häuslicher Gewalt geschützt oder anders gesagt, der Schutz vor Gewalt wird hier höher gewichtet als der Aufenthaltsstatus der Person.

Und jetzt kommen wir aber zu dem Problem um das sich die Interpellation dreht, nämlich darum, dass von diesem besseren Schutz, der hier gewährleistet wird neuerdings, Sanspapiers-Frauen und Sanspapiers-Männer nicht erfasst werden. Sie haben keinen Zugang zur Justiz und gerade deshalb sind sie besonders anfällig für häusliche Gewalt, wie die Anlaufstelle für Sanspapiers beispielsweise berichtet. Das heisst, die Täter sind sich sehr wohl bewusst, dass die Opfer nicht zur Polizei gehen können. Deutlich gemacht hat diese Schutzlosigkeit von Sanspapiers-Frauen ein Fall, der sich kürzlich in der Region Basel ereignete und mit dem Tod der von häuslicher Gewalt betroffenen Frau endete.

Vor diesem Hintergrund möchte ich von der Regierung wissen, wie sie den Schutz von Sanspapiers-Frauen vor häuslicher Gewalt verbessern möchten, wie also das System geändert werden kann, das aktuell im Fall von Sanspapiers-Frauen die Täter schützt, weil die Opfer keinen Zugang zur Justiz haben.

5.7. Interpellation Nr. 36 Fleur Weibel betreffend besserer Schutz von Sans-Papiers vor häuslicher Gewalt

[09.04.25 15:38:35, 25.5178.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Der Kanton Basel-Stadt macht mit verschiedenen Massnahmen auf das Thema häusliche Gewalt aufmerksam, zum Beispiel mit dem Projekt Halt Gewalt, das sich mittels Workshops, Aktionen und über Social-Media an die Quartierbevölkerung wendet. Darüber hinaus stellt der Kanton Informationsmaterial in mehreren Sprachen zur Verfügung und hält bei Bedarf Referate zum Thema.

Zu Fragen 2, 8 und 8a: Eine Anzeige ist grundsätzlich immer möglich, unabhängig vom Aufenthaltsstatus der betroffenen Person. Die Kantonspolizei Basel-Stadt ist gemäss eidgenössischem Ausländer- und Integrationsgesetz dazu verpflichtet, den rechtswidrigen Aufenthalt einer Person in der Schweiz dem Migrationsamt zu melden. Dieses kann bei Vorliegen eines sogenannten Härtefalls von ausländerrechtlichen Massnahmen absehen. Für einen erweiterten Handlungsspielraum müsste die Bundesgesetzgebung angepasst werden.

Zu Fragen 3, 4, 6 und 7: Sanspapiers, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, können nur unter Preisgabe der Identität polizeiliche Schutzmassnahmen beanspruchen. Sie haben aber auch die Möglichkeit, sich an die Anlaufstelle für Sanspapiers zu wenden. Diese bietet Beratung an und vermittelt bei Bedarf an die Opferhilfe oder an Schutzunterkünfte wie das Frauenhaus oder Wohnen für Frauen und Kinder. Beide Einrichtungen stehen auch Frauen ohne Aufenthaltsbewilligung offen und sind verpflichtet, deren Identität zu schützen. Gewaltbetroffene können auch selbstständig ein Frauenhaus aufsuchen. Auch Deutschkurs, Quartiertreffpunkte oder Vereine bieten wichtige Netzwerke, die beim Aufbau einer unabhängigen Existenz helfen können.

Zu Frage 5: Zwar haben die betroffenen Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus auch ohne Aufenthaltsbewilligung in einer Notlage Anspruch auf Hilfe und Unterkunft. Ohne Offenlegung ihrer Identität ist die Vermittlung weiterer kantonaler Angebote aber nicht möglich.

Zu Frage 8b: Grundsätzlich können Personen ohne geregelten Aufenthalt nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer eine Härtefallbewilligung beantragen, wenn es aufgrund der gesamten Umstände für die betroffene Person unzumutbar ist, in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Das Erleben häuslicher Gewalt wird bei der Gesuchsprüfung mitberücksichtigt, reicht aber in der Regel für sich allein nicht aus.

Zu Frage 8c: Art. 50 des eidgenössischen Ausländer- und Integrationsgesetzes regelt den sogenannten nachehelichen Härtefall bei Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs rechtmässig zu ihren Partnern in die Schweiz eingereist sind. Auf eine entsprechende Regelung für rechtswidrig eingereiste Personen wurde bei der erst kürzlich in Kraft getretenen Revision des Artikels verzichtet, weshalb kein Raum für eine weitergehende kantonale Regelung besteht.

Zu Frage 9: Kinder, die von häuslicher Gewalt mitbetroffen sind, können sich an Vertrauenspersonen in der Schule wenden. Diese informieren die Schulleitung und die Schulsozialarbeit, welche die Kinder situationsgerecht unterstützen und allenfalls weitere Stellen involvieren. Wenn nötig finden Kinder zusammen mit ihren Müttern Schutz in den Frauenhäusern, aber eine Anschlusslösung steht nicht zur Verfügung.

Zu Frage 9a: Präventive Beratungsangebote bieten das Männerbüro sowie der Fachbereich Gewaltberatung der Bewährungshilfe. Diese können von Selbstmeldenden auch unabhängig von deren Aufenthaltsstatus besucht werden. Auch das Migrationsamt kann gewalttätige Partner zu einer Gewaltberatung oder einem Programm zur Prävention von häuslicher Gewalt verpflichten.

Zu Fragen 10, 10a und 11: Der Regierungsrat ist sich der Vulnerabilität der Sanspapiers bewusst. Das Ausmass von häuslicher Gewalt, mit dem Sanspapiers konfrontiert sind, ist nicht bekannt, mutmasslich aber nicht zu unterschätzen. Der Regierungsrat prüft deshalb, ob die Daten zu häuslicher Gewalt an Sanspapiers in das kantonale Gewaltmonitoring aufgenommen werden, um die Problematik besser analysieren zu können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich danke der Regierungsrätin für die Beantwortung der Interpellation und äussere mich dazu wie folgt.

Die Antwort der Regierung zeigt auf, dass die Situation von Sanspapiers, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, enorm schwierig ist und gemäss Antworten der Regierung auch so bleiben wird. Polizeiliche Schutzmassnahmen können nur unter Preisgabe der Identität beansprucht werden. Der Aufenthaltsstatus, der nicht geregelt ist, würde dem Migrationsamt gemeldet und damit ist der Zugang zu polizeilichen Schutzmassnahmen für Sanspapiers de facto verschlossen. Ein Umstand, den die Täter auszunutzen wissen. Die einzige Möglichkeit für Sanspapiers-Frauen und ihre Kinder, vorübergehend Schutz zu erhalten, ist über die Opferhilfe oder Schutzunterkünfte wie das Frauenhaus gewährleistet, weil diese Institutionen die Identität der Opfer schützen können. Eine Weitervermittlung der Betroffenen aber an kantonale Angebote, die in Notlagen Hilfe und Unterkunft bieten würden, ist wiederum nur mit Offenlegung der Identität möglich. Damit stehen Sanspapiers-Frauen und ihre Kinder nach dem Aufenthalt im Frauenhaus wiederum schutzlos da. Hinzu kommt, dass bei der Beantragung einer Härtefallbewilligung beim Kanton das Erleben von häuslicher Gewalt zwar mitberücksichtigt wird, aber in der Regel nicht alleine für die Bewilligung des Härtefallsgesuchs und damit die Regularisierung des Aufenthaltsstatus ausreicht.

Wenn ich diese Antworten der Regierung höre, dann finde ich das richtig beklemmend, wie hier die Auswegslosigkeit und Schutzlosigkeit von Sanspapiers-Frauen vor häuslicher Gewalt zum Ausdruck kommt. Ich hätte erwartet, dass der Regierungsrat sich zum Beispiel bereit erklären würde, die Härtefallpraxis des Kantons zu überprüfen, oder dass er sich bereit erklären würde zu überprüfen, wie Anschlusslösungen, die längerfristig sind, geprüft werden könnten, so dass eine längerfristige Schutzunterkunft, beispielsweise für Sanspapiers-Frauen und insbesondere Sanspapiers-Frauen mit Kindern, gewährleistet werden könnte. Dies spricht der Regierungsrat in seiner Interpellationsbeantwortung nicht an. Das einzige, was der Regierungsrat zum Schluss anerkennt, ist, dass die Vulnerabilität der Sanspapiers im Fall von häuslicher Gewalt sehr hoch ist und dass anzunehmen ist, dass das Ausmass nicht zu unterschätzen ist. Genau das ist das, was auch die Anlaufstelle für Sanspapiers zeigt, dass dort das Thema der häuslichen Gewalt ein sehr grosses Thema ist.

Der Regierungsrat endet dann damit zu sagen, dass er prüfen würde, inwiefern Daten zu häuslicher Gewalt an Sanspapiers aufgenommen und besser analysiert werden könnten, also dass die Problematik besser analysiert werden könnte, nur ist die Problematik eigentlich schon bekannt und es reicht bei weitem nicht aus, einfach nur eine Analyse anzustreben, sondern de facto geht es darum, die Praxis und die verschiedenen Möglichkeiten, die es gäbe, den Schutz von Sanspapiers-Frauen zu verbessern, rasch anzugehen und ich behalte mir vor, hier weitere Forderungen an den Regierungsrat zu stellen.

Trotzdem bedanke ich mich für die Beantwortung der Interpellation und erkläre mich im Sinne, dass die Interpellation beantwortet wurde, als zufrieden mit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

5.8. Interpellation Nr. 37 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Entscheid des Baselbieter Regierungsrats, den Uni-Standort Dreispitz nicht zu realisieren

[09.04.25 15:47:30, 25.5180.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat hat am 18. Oktober 2018 zusammen mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft und der Universität Basel kommuniziert, dass auf dem Dreispitz ein Neubau für die wirtschaftswissenschaftliche und die juristische Fakultät entstehen soll. Neben dem Departement für Sport Bewegung und Gesundheit beim Sankt Jakob-Park und dem Departement für Biomedical Engineering bei der Innovationsgarage auf dem Basler Linkareal in Allschwil wäre dies der dritte Universitätsstandort auf Baselbieter Boden. Der Regierungsrat hält es für ein wichtiges politisches Zeichen, die gemeinsam getragene Universität in beiden Partnerkantonen zu verankern.

Am 22. April 2022 hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft kommuniziert, dass er selbst als Investor für den Campus auf dem Dreispitz auftritt und den Neubau für die Universität erstellt. Seitdem laufen die Planungen unter Federführung der Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons Basel-Landschaft auf Stufe Vorprojekt. Am 2. April 2025 hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft nun beschlossen, diese Planung zu sistieren und das Bauprojekt bis auf weiteres nicht in Angriff zu nehmen. Der Regierungsrat bedauert diesen Entscheid.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft begründet die Sistierung des Projekts einerseits mit den laufenden Gesprächen zwischen den Trägerkantonen zur künftigen Finanzierung der Universität, anderseits mit einer Neubeurteilung der Dringlichkeit dieses Investitionsvorhabens. Der Regierungsrat ist überrascht, dass der Kanton Basel-Landschaft den Projektfortschritt von den partnerschaftlichen Gesprächen zur künftigen Ausgestaltung des Finanzierungsschlüssels abhängig gemacht. Wir gehen davon aus, dass der Sistierungsentscheid den gemeinsamen Wunsch nach einem Universitätsstandort auf dem Gebiet Dreispitz nicht grundsätzlich in Frage stellt.

Bei der Beurteilung der Dringlichkeit ist zwischen betrieblichen Erfordernissen und der politischen Bedeutung des Projekts zu unterscheiden. Da der Mietvertrag auf dem aktuellen Standort bis 2039 verlängert werden konnte, besteht aus betrieblicher Sicht zurzeit keine Dringlichkeit für einen neuen Standort.

Zu Frage 3: Die Universität verweist in ihrer Reaktion auf den Sistierungsentscheid darauf, dass sie bis ins Jahr 2039 über eine funktionierende Perspektive für die juristische und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät verfüge. Aus akademischer Sicht ist derzeit für den beiden Fakultäten wegen der Synergien, die mit den Hörsälen im Biozentrum und im Kollegienhaus am Petersplatz genutzt werden können, keinen Standortwechsel notwendig.

Zu Frage 4: Ein Forschungs- und Lehrbetrieb wie die Universität stellt komplexe Anforderungen an die Infrastruktur. Gegenüber anderen laufenden und geplanten Projekten hat der Neubau auf dem Dreispitz für die Universität wegen der Möglichkeit der Vertragsverlängerung tatsächlich nicht erste Priorität.

Zu Frage 5: Für die Studierenden hat der Entscheid keine unmittelbaren Folgen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt befindet sich nach wie vor in partnerschaftlichen Gesprächen und wir sind überzeugt, dass wir uns über die langfristigen Perspektive der Universitätsfinanzierung einigen werden. Wie gesagt, gehen wir davon aus, dass der Sistierungsentscheid den gemeinsamen Wunsch nach einem Universitätsstandort auf dem Dreispitz nicht grundsätzlich in Frage stellt.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Herzlichen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Aus den Antworten auf meine Fragen höre ich heraus, dass die Sistierung des Unistandorts Dreispitz von der Baselbieter Regierung im Alleingang beschlossen wurde. Dies ist aus diversen Gründen befremdlich. Offensichtlich ist der Entscheid bei der Baselbieter Regierung schon länger gereift. Es stellt sich damit die Frage, weshalb der Baselbieter Regierungsrat diese Überlegung nicht schon früher mit der Basler Regierung erörtert hat.

Eine Frage, die offenbleibt, ist die Rolle des Immobiliengremiums der Universität Basel. Der Universitätsrat hat zusammen mit dem Immobiliengremium die Immobilienstrategie 2030 erarbeitet. Dort ist der Standort Dreispitz explizit verankert. Es ist erstaunlich, dass die Regierung des Kantons Basel-Landschaft dieses im Universitätsvertrag verankerte Instrumenten

einfach so übersteuert. Ebenso befremdlich ist die Tatsache, dass der Kanton Basel-Landschaft schon lange einen zusätzlichen Unistandort auf Kantonsgebiet fordert, das konkrete Projekt jetzt aber sistiert.

Das Vertrauensverhältnis wird im Moment vom Kanton Basel-Landschaft strapaziert. Die bevorstehenden Verhandlungen werden so schwierig. Ich erwarte daher vom Regierungsrat, dass er mit einer klaren Strategie in diese Verhandlungen geht und Leadership an den Tag legt. In diesem Sinn bin ich mit der Beantwortung zufrieden und danke herzlich.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

Wir kommen zur nächsten Interpellation. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin will begründen.

Brigitta Gerber (BastA): Natürlich bin ich gespannt auf die schriftliche Beantwortung. Ich möchte Ihnen aber noch zwei Dinge mitgeben. Erstens: Natürlich ist das Strassenprojekt bereits durch den politischen Prozess gegangen. Leider konnte das Quartier vorab nicht partizipieren, wie das eigentlich gesetzlich vorgesehen wäre, und deshalb auch meine diversen Fragen zur Partizipation, aber natürlich auch zum Baubeginn während der Planungsauflage, was ich sehr seltsam finden. Zweitens: Da ich gehört habe, dass die Interpellationen keine Bilder mitgegeben werden dürfen, habe ich sie hier Ihnen noch zur Kenntnis bringen wollen. Sie sehen auf dem Bild links ein oranges Auto. Das ist das Auto der BVB, nehme ich an. Das ist am letzten Freitag in der Austrasse zum Schienenflicken gekommen. Man sieht auch die beiden Flickstellen. Lustig ist auch, das sehen Sie eben auch auf diesem Bild mit dem orangen Auto, die Strasse ist hinten gesperrt seit dem 31., das ist schon vier Tage vorher geschehen, die Schiene ist da auch schon seit vier Tagen weg. Deshalb war es auch meine Frage, warum man eine Schiene repariert, die sowieso wahrscheinlich in zwei Monaten wegkommt und im Moment ganz sicher kein Tram fährt, weil hinten ja die Tramschienen schon weg sind. ich wollte Ihnen einfach das Bild noch einmal zur Kenntnis bringen.

5.9. Interpellation Nr. 38 Brigitta Gerber betreffend Umbau Austrasse: Fehlende Partizipation, Baubeginn während der Planauflage?

[, 25.5182.01]

5.10. Interpellation Nr. 39 Georg Mattmüller betreffend Finanzlage des Nachbarskanton

[09.04.25 15:57:02, 25.5183.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Der Kanton Basel-Landschaft schliesst seine Jahresrechnung 2024 mit einem Überschuss von 157 Millionen Franken ab. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat den guten Abschluss des Kantons Basel-Landschaft erfreut zur Kenntnis genommen. Die beiden Kantone sind mit ihren Aufgaben und Investitionen eng verflochten und beeinflussen sich gegenseitig. Wichtige Aufgaben können nur zusammen sinnvoll gelöst werden. Daher ist es wichtig, dass es beiden Kantonen finanziell gut geht.

Der Regierungsrat hofft, dass aufgrund der neuen finanziellen Ausgangslage im Nachbarkanton die Partnerschaft gestärkt wird. Partnerschaftliche Verhandlungen sind aber auch bei einer ähnlichen finanziellen Ausgangslage herausfordernd. Teilweise unterschiedliche Interessen müssen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht und eine für beide Seiten vertretbare Lösung gefunden werden.

Der Regierungsrat hat die Interessen des Kantons Basel-Stadt in die Verhandlungen eingebracht. Ihm war aber auch wichtig, wenn immer möglich eine partnerschaftliche Lösung zu erreichen. Der Regierungsrat sieht daher keinen Anlass, getroffene Beschlüsse neu zu verhandeln.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Georg Mattmüller (SP): Vielen Dank für die Beantwortung der vielleicht etwas hilflosen Interpellation meinerseits, deshalb ist wahrscheinlich auch die Antwort ziemlich kurz ausgefallen.

Ich bin mit der Antwort insofern zufrieden, dass ich nicht viel anderes erwartet habe, hoffe aber an dieser Stelle wirklich auch, dass sich in der bikantonalen Zusammenarbeit nicht immer nur einseitiger Druck durch Sparhysterie auch negativ für unseren Kanton auswirkt für die Zukunft. Insofern bin ich zufrieden mit der Antwort und unzufrieden mit der Situation.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Gerne erläutere ich, weshalb es diese Interpellation braucht, obwohl die Antwort auf meinen Anzug betreffend Fremdsprachenstrategie voraussichtlich im Juni vorliegen wird. Die neu geplante Einführung für Italienisch als alternative gleichgestellte zweite Landessprache ab der Sekundarstufe 2 stellt quasi einen Paradigmenwechsel in der Basler Fremdsprachenstrategie dar. Gleichzeitig zeigen sich in der Praxis deutliche Herausforderungen. Die Französisch-Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler liegen unter den Erwartungen, trotz Frühstart ab der dritten Primarschule. Auch bei den Grundkompetenzen in Deutsch und Mathematik gehört Basel im nationalen Vergleich zu den schwächeren Kantonen. Zugleich spitzt sich der Mangel an qualifizierten Französisch-Lehrpersonen zu.

Mit der neuen Wahlfreiheit zwischen Französisch und Italienisch verändern sich nicht nur die gymnasialen Rahmenbedingungen respektive der Mittelschulen, sondern auch die Voraussetzung für die Laufbahn ab Entwicklung, die Übertrittslogik und die Stellung von Englisch als durch alle Stufen durchgängige Fremdsprachen. Zudem stellt sich die Frage, wie Basel-Stadt seinen Anspruch auf grenzüberschreitende Verständigung im trinationalen Raum künftig bildungspolitisch verankert.

Was mir fehlt, ist der Blick auf eine strategisch konzeptionell abgestützte Auslegeordnung, einer Zukunft gerichteten Fremdsprachengesamtstrategie, die pädagogische Zielsetzungen, strukturelle Voraussetzungen und gesellschaftliche Veränderungen kohärent zusammendenkt. Ziel der Interpellation ist es, zentrale Fragen zu Gewichtung und Rolle der Fremdsprachen, insbesondere Französisch, und im Hinblick auf die neu vorgesehene Gleichbehandlung mit Italienisch in Bezug auf die Anschlussfähigkeit und die interkantonale Vergleichbarkeit aufzuwerfen, jedoch ausdrücklich ohne wertende Absicht jetzt im Vorfeld.

Die Interpellation soll helfen, die Antwort der Regierung auf den Anzug zur Bildungsstrategie des Fremdsprachenerwerbs, die wie gesägt voraussichtlich im Juni beantwortet wird, unter Einbezug der neuen Entwicklungen sachlich einordnen zu können.

5.11. Interpellation Nr. 40 Sandra Bothe betreffend Konsequenzen der Einführung der Wahlmöglichkeit von Italienisch auf Sek II Stufe und Stellung des Frühfranzösisch im Basler Bildungssystem

[09.04.25 15:59:57, 25.5184.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten.

5.12. Interpellation Nr. 41 Gabriel Nigon betreffend Stand der Planungen für eine vom Grossen Rat verlangte Publikumssporthalle

[09.04.25 16:02:51, 25.5185.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

5.13. Interpellation Nr. 42 Michael Hug betreffend Zwischennutzung des Sommercasinos durch den Verein Chateau Solaire

[09.04.25 16:03:04, 25.5186.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

5.14. Interpellation Nr. 43 Laetitia Block betreffend Sicherheit im öffentlichen Verkehr durch Polizeipräsenz stärken

[09.04.25 16:03:17, 25.5187.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Fragen 1, 2 und 11: Ja, die Polizeipräsenz im öffentlichen Verkehr kann sowohl die objektive Sicherheit als auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Nutzerinnen und Nutzer erhöhen. Sichtbare polizeiliche Präsenz wirkt in der Regel grundsätzlich präventiv und schreckt potenzielle Täterinnen und Täter ab.

Zu Frage 3: Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt führt keine Statistik, die über die polizeiliche Kriminalstatistik hinausgeht. In dieser werden einzelne Deliktsfelder zwar nach Örtlichkeiten ausgewiesen, allerdings nicht so detailliert, wie es hier gefragt ist.

Zu Fragen 4, 5 und 6: Ja, Polizistinnen und Polizisten sowie Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten dürfen bei dienstlichen Einsätzen den öffentlichen Verkehr kostenlos benutzen. Dies wird in den gemeinsamen Tarifnebenbestimmungen für den nationalen direkten Verkehr und die Verbünde gesamtschweizerisch geregelt. Voraussetzung für die Inanspruchnahme ist die Interventionsfähigkeit der Angehörigen der Kantonspolizei und die Verpflichtung, für allfällige Hilfestellungen zur Verfügung zu stehen, beispielsweise zugunsten des Personals. Die Berechtigung gilt für dienstliche Fahrten sowohl in Uniform als auch in ziviler Kleidung. Für alle übrigen Fahrten sind hingegen gültige Fahrausweise erforderlich.

Zu Frage 7: Nein, uniformierte Patrouillen erfolgen im Rahmen von dienstlichen Einsätzen.

Zu Fragen 8, 9, 10 und 13: Die nationale Regelung zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Verkehrs durch Polizeiangehörige bei dienstlichen Einsätzen hat nach wie vor Bestand.

Zu Frage 12: Primär obliegt die Sicherheit innerhalb der öffentlichen Verkehrsmittel den Transportunternehmen. Die Transportunternehmen sind per Bundesgesetz legitimiert, eigene Sicherheitsorgane einzusetzen, soweit es zum Schutz der Reisenden, der Angestellten, der transportierten Güter, der Infrastruktur und der Fahrzeuge sowie zur Gewährleistung eines ordnungsgemässen Betriebs erforderlich ist.

Zu Frage 14: Nein, Polizistinnen und Polizisten fahren in einem solchen Fall nicht ohne Fahrberechtigung, denn sie verfolgen einen dienstlichen Auftrag. Ob sichtbare Polizeipräsenz Abhilfe gegen das Fahren ohne gültigen Fahrausweis schafft, kann offen bleiben, da sowohl die Sicherheit als auch die Kontrolle gültiger Fahrausweise in den primären Zuständigkeitsbereich der Transportunternehmen fällt.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Laetitia Block (SVP): Vielen Dank für die Beantwortung. Ich bin mit den Antworten zufrieden. Ich habe hier einfach wahrgenommen, dass es sehr viel Unsicherheit gab. Ich habe ganz viele verschiedene Personen gefragt und festgestellt, dass niemand so genau weisse, was die Regel ist beziehungsweise offenbar war man hier der Meinung, dass es sehr unterschiedliche Regelungen gibt oder die Personen waren nicht gut informiert. Hier konnten wir jetzt ein bisschen Klarheit schaffen, denn ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir auch im öffentlichen Verkehr Sicherheit haben, dass auch dieses Sicherheitsgefühl durch die Polizeipräsenz, rein schon durch diese Nutzung, gewährleistet ist und ich bin froh, dass wir mit diesen Fragen hier ein bisschen Klarheit schaffen konnten. Ich bin happy, dass die Polizisten auch den ÖV nutzen können.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

5.15. Interpellation Nr. 44 Oliver Bolliger betreffend Auslagerung der Margarethenklinik

[09.04.25 16:07:54, 25.5188.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

5.16. Interpellation Nr. 45 Anouk Feurer betreffend Ermöglichung der Übergangs- und Nachsorgebegleitung zur Reduktion des «Drehtürphänomens» in der Psychiatrie

[09.04.25 16:08:08, 25.5189.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

27. Anzug Balz Herter und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Kongressstadt Basel, Schreiben des RR

[09.04.25 16:08:40, 20.5028.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Andrea Knellwolf möchte sich zu Wort melden.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich beantrage Ihnen auch nach Rücksprache mit dem Erstunterzeichner, der hier sitzt und nichts sagen darf, dass wir den Anzug stehenlassen möchten. Es gibt Fortschritte, es gibt Bestrebungen, aber es wurde gerade erst wieder letztes Jahr ein grosses Paket zur Förderung des Wirtschaftsstandorts inklusive der Messesituation gesprochen und wir würden gerne zuwarten und sehen, wie sich diese Förderung nun wirklich auswirkt. Wir bitten Sie darum, den Anzug noch einmal stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wie gesagt, nach diesem Anzug ist ja etwas ganz Konkretes geschehen, indem der Regierungsrat dem Grossen Rat das Innovations Förderpaket beantragt hat. Dort ist die Kongressförderung enthalten. Sie haben entschieden auf Antrag des Regierungsrats, dass diese Kongressförderung auch erhöht werden soll, und für dieses Programm haben wir jetzt für die nächsten vier Jahre wieder die Gelder gesprochen und auch die BAK informiert, wie das im Gesetz vorgesehen ist. Dadurch wurde dies aufgegleist in dem Sinn, wie das der Grosse Rat auch entschieden hat nach dieser Anzugseinreichungen. Deshalb denken wir, dass es richtig ist, jetzt diesen Anzug abzuschreiben. Selbstverständlich werden wir. bevor dann die nächste Vierjahresperiode kommt, auch wieder berichten, zumindest der WAK, nämlich darüber, was die Förderung gebracht hat, was die Wirkung dieser Förderung ist, bevor dann die nächsten vier Jahre gesprochen werden.

Deshalb möchte ich Sie bitten, dem Regierungsrat zu folgen und diese Kongressförderung, die auch der Regierungsrat sehr wichtig findet – das möchte ich hier noch betonen – heute diesen Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Andrea Knellwolf beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 9 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006359, 09.04.25 16:11:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag mit 79 gegen 9 Stimmen abgeschrieben.

28. Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe-Abhängigkeit, Schreiben des RR

[09.04.25 16:11:42, 20.5329.03]

*Balz Herter, Grossratspräsident:*der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

29. Antrag Luca Urgese und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ausweitung der Definition von Familienbetrieben, Stellungnahme des RR

[09.04.25 16:12:06, 24.5408.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ausweitung der Definition von Familienbetrieben zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Standesinitiative einzureichen.

30. Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Reduktion von unnötigen Kurzstreckenflügen, Stellungnahme des RR

[09.04.25 16:12:47, 24.5411.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Das Wort hätte Regierungsrat Kaspar Sutter, er verzichtet. Somit geht das Wort an die Fraktionssprechende der GLP Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen stehen weiterhin mit voller Überzeugung hinter unserem Antrag zur Einreichung der Standesinitiative. Die Einführung einer Lenkungsabgabe auf unnötige Kurzstreckenflüge ist ein wichtiges Anliegen angesichts der Klimakrise. Die Lenkungsabgabe setzt einen Anreiz zur Reduktion von Flügen, die ökologisch besonders schädlich sind und oft durch alternative Verkehrsmittel wie Bahnreisen ersetzt werden könnten. Sie ist ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltiger Mobilität und Klimaschutz.

Wir sind uns bewusst, dass diese Standesinitiative es auf Bundesebene nicht einfach haben könnte. Dennoch ist die Stossrichtung sachlich absolut richtig. Es geht darum, ein politisches Zeichen zu setzen. Der Kanton Basel-Stadt soll klar zum Ausdruck bringen, dass er bereit ist, Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise zu übernehmen und innovative Lösungen zu unterstützen. Gerade nachdem der Antrag im Kanton Basel-Landschaft abgelehnt wurde, ist es umso wichtiger, dass unser Kanton dieses Signal aussendet.

Wir verstehen nicht, warum die Regierung ein anderes Zeichen setzen möchte. Die Argumente des Regierungsrates für eine Ablehnung scheinen uns doch etwas dünn. Erstens, Effektivität der Massnahme: Der Regierungsrat argumentiert, dass eine Lenkungsabgabe auf Kurzstreckenflüge nicht zielführend sei, da sie keine signifikante Reduktion des Flugverkehrs bewirken würde. Diese Einschätzung teilen wir nicht vollständig. Zwar mag der direkte Effekt begrenzt sein, doch eine solche Abgabe hat eine wichtige Signalwirkung und kann langfristig zu einem Umdenken führen, sowohl bei Reisenden als auch bei politischen Entscheidungsträgern.

Zweitens, Kompetenz des Kantons: Es wird angeführt, dass der Kanton Basel-Stadt keine direkte Kompetenz habe, eine solche Abgabe einzuführen. Das ist korrekt. Jedoch ist genau deshalb die Einreichung einer Standesinitiative das richtige Mittel, um das Anliegen auf Bundesebene zu platzieren und dort eine Diskussion anzustossen.

Drittens, das Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Regierungsrat sieht das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Initiative kritisch und verweist auf den bürokratischen Aufwand sowie die geringen Erfolgsaussichten. Wir sind der Meinung, dass politische Zeichen nicht immer unmittelbar messbare Erfolge bringen müssen. Gerade im Bereich des Klimaschutzes geht es darum, langfristige Perspektiven zu eröffnen und den gesellschaftlichen Diskurs voranzutreiben.

Zusammenfassend bleibt unsere Position klar: Die Einführung einer Lenkungsabgabe auf Kurzstreckenflüge ist ein notwendiger Schritt in Richtung nachhaltiger Mobilität und Klimaschutz. Auch wenn die Erfolgsaussichten auf Bundesebene begrenzt sind, ist es entscheidend, dass Basel-Stadt ein starkes Zeichen setzt und sich für innovative Lösungen einsetzen. Wir Grünliberalen empfehlen Ihnen daher klar, die Standesinitiative an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): In der Kreuztabelle hatte die SP ein Minus. Wir sind aber offen. Entschuldigen Sie den Fehler. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass er der Auffassung ist, dass «es zum Schutz des Erdklimas gilt, den Ausstoss von Treibhausgasen und insbesondere von CO_2 durch menschliche Aktivitäten möglichst weit zu verringen». Der Regierungsrat schreibt weiter, dass auch im Mobilitätssektor eine entsprechende Lenkung zur Reduktion von schädlichen Umweltfolgen notwendig ist und unterstützt die Einführung von staatlichen Abgaben, die Anreize setzen, die Menge des Flugverkehrs zu reduzieren. Das Argument, das die abschliessende Ablehnung begründet ist hauptsächlich: Nach Lage der Dinge dürfte eine schweizerische Flugticketabgabe für die Flüge am EAP ohne eine politische Lösung mit Frankreich kaum umsetzbar sein.

Mit der Überweisung dieser Standesinitiative geben wir doch den Auftrag, diese politische Lösung zu suchen und senden eine klare Botschaft an Bundesbern, dass die Anzahl der Kurzstreckenflüge vermindert werden soll. Wenn wir vorwärtskommen wollen mit der CO_2-Reduktion, dann müssen wir, das ist meine persönliche Überzeugung, auch bei unserem eigenen Verhalten, welches das Flugverhalten mit einschliesst, anfangen und anpacken, wenn es um Anreize geht, die dies unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat das Wort Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Die Problematik mit der Binationalität unseres Flughafens in Basel wurde von der Regierung aus meiner Sicht umfassend erklärt. Es ist ja nicht nur so, dass wir hier ein Problem zu lösen hätten auf nationaler Ebene, sondern es ist vielmehr so, dass wegen dieser Binationalität und wegen der Möglichkeit, auf französische Verkehrsrechte auszuweichen, bei einer solchen Standesinitiative, wenn die denn umgesetzt würde, Basel mehr Verkehr akzeptieren müssten. Also es ist nicht einfach nur so, dass es für Basel keine Wirkung hat, sonst es hat für Basel sogar eine negative Wirkung.

Was mir aber noch wichtiger erscheint, und das fehlt mir bis jetzt noch in dieser Diskussion: Kein Mensch, der einigermassen vernünftig denkt, nimmt das Flugzeug, um nach Frankfurt zu gelangen. Da sind Sie mit dem Zug schneller, viel günstiger, bequemer, was Sie nur wollen. Ja weshalb fliegen dann trotzdem Flugzeuge zwischen Basel und Frankfurt? Schlicht und einfach und nahezu ausschliesslich wegen dem Umsteigeverkehr insbesondere auf Langstrecken. Wenn Sie aus der Schweiz nach Charlotte in North Carolina fliegen wollen, dann können Sie das nicht, dann müssen Sie nach Frankfurt, Amsterdam oder London fliegen und da können Sie umsteigen. Ja wollen Sie, dass in Zukunft auch ab Zürich nach Charlotte geflogen werden kann? Natürlich, das könnte man wollen, das ist vielleicht bequemer und die Chance, dass ein solcher Flug sich rentiert, ist auch grösser, wenn diese Anschlussflüge nicht mehr ab Basel verfügbar sind. Aber in Sachen CO_2-Ausstoss ist das absolut kontraproduktiv.

Letzter Punkt: Schauen Sie mal, wie viel CO_2 Ausstoss pro Passagier die italienische Staatsbahn hat und schauen Sie mal den CO_2-Ausstoss an von Easyjet, und dann werden Sie feststellen, dass es nicht einfach sauber ist, den Zug nach Venedig zu nehmen, sondern dass es durchaus bei gewissen Destinationen, nicht bei allen, das ist klar, aber bei gewissen Destinationen fürs Klima besser ist, das Flugzeug zu nehmen. Auf den ersten Blick hat man immer das Gefühl, Zug gleich sauber, warum, weil in der Schweiz das so ist, da sind wir privilegiert. Die SBB fahren CO_2 befreit. Das gilt vielleicht noch in Frankreich, vielleicht für zwei oder drei andere Länder, aber das Gros der Eisenbahn in Europa bezieht den Strom aus fossiler Produktion und nicht sehr effizient, weil Eisenbahnwagen sind sehr, sehr schwer und im Durchschnitt sehr schlecht gebucht, im Gegensatz zu Flugzeugen, die in der Regel mit zwischen 85 und 90 Prozent Auslastung fliegen.

Auf den ersten Blick also eine Idee, die gut gemeint ist, aber auf den zweiten, dritten, vierte oder fünften kontraproduktiv ist. Deshalb bitte ich Sie sehr und empfehle, diese Standesinitiative nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun wünscht Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich habe gestaunt über die Aufnahme unserer Argumente durch die GLP-Sprecherin. Es entspricht nicht dem, was wir in dieser Antwort geschrieben haben. Wir schreiben deutlich, dass der Ausstoss von Treibhausgas und insbesondere von CO_2 durch menschliche Aktivität möglichst zu verringern sei und dass selbstverständlich hier auch die Kurzstreckenflüge eine Rolle spielen. Wir haben auch das CO_2-Gesetz begrüsst, das abgelehnt wurde und das eine Flugticketabgabe vorgesehen hat. Also es gibt überhaupt keinen Widerstand seitens des Regierungsrates zu Flugticketabgaben, wir denken sogar, es wäre und ist ein gutes Instrument.

Der Punkt ist die Binationalität, und das führen wir aus in diesem in diesem Bericht. Auch wenn eine Flugticketabgabe kommt in Zürich und Genf, iim französischen Sektor am EAP kommt sie dadurch nicht und ob sie im Schweizer Sektor kommen könnte, das ist bestritten. Das würde natürlich die Schweiz versuchen, aber ob es von der französischen Seite akzeptiert ist, ist nicht klar aufgrund der rechtlichen Situation. Aber im französischen Sektor wäre sie nicht da.

Und dann gibt es zwei Punkte zu bedenken: Ja, wenn es in Zürich und Genf teurer wird, dann besteht natürlich die Möglichkeit, dass die Schweizer Kundinnen und Kunden auf den EAP ausweichen und das wäre für viele der nächste Flughafen, von dem die Kurzstreckenflüge ohne Abgabe noch abfliegen würden. Das würde zu Mehrverkehr führen bei uns am EAP. Das hilft weder dem Klima noch unseren Anwohnerinnen und Anwohnern. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir das ablehnen.

Der zweite Punkt ist die Frage der Standesinitiative. Wenn wir als Regierungsrat nach Bern gehen und sagen, wir hätten gerne eine Lenkungsabgabe in Zürich und Genf, aber wir wissen nicht, ob das in Basel möglich ist. Das kann man machen, aber ehrlich gesagt weiss ich nicht, ob das der richtige Weg ist, um dann diese Regulierung zu erwirken, auch wenn man sie will – und wie gesagt, eine Flugticketabgabe wäre grundsätzlich ein wichtiges Instrument, vor allem wenn es europäisch eingeführt wird.

Und deshalb bittet Sie der Regierungsrat aus diesen Gründen, und nicht aus klimapolitischen Gründen, diese Standesinitiative nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (BastA): Ist es richtig, dass alle Nachbarländer der Schweiz – ausser Liechtenstein, das keinen Flughafen hat – eine Flugticketabgabe haben?

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich habe die Frage nicht verstanden.

Tonja Zürcher (BastA): Ist es so, dass Frankreich, Deutschland und alle anderen Länder um die Schweizer herum – ausser Liechtenstein, das keinen Flughafen hat, eine Flugticketabgabe besitzen?

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das glaube ich nicht, aber wenn es eine solche in Frankreich gibt, dann könnte ich die Wirkung ehrlich gesagt am EAP noch nicht beobachten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006363, 09.04.25 16:25:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Standesinitiative bei den Bundesbehörden einzureichen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Standesinitiative überwiesen mit 48 gegen 43 Stimmen bei einer Enthaltung.

31. Anzug Oliver Thommen und Daniel Sägesser betreffend Beteiligung der Vermietenden an den Energiekosten unsanierter Liegenschaften als Anreiz zur Erhöhung der Sanierungsrate, Schreiben des RR

[09.04.25 16:26:03, 23.5028.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

32. Interpellation Nr. 17 Tonja Zürcher betreffend mehr Transparenz über hochgradig krebserregendes Benzidin im Klybeck, Schreiben des RR

[09.04.25 16:27:00, 25.5102.01]

Tonja Zürcher (BastA): Auf den ersten Blick sieht die Antwort ganz gut aus. Der Regierungsrat antwortet zwar sehr knapp auf die Fragen, aber es wird ganz transparent auf ein Datenportal verwiesen und sogar ein PDF mit Analyseergebnissen wird verlinkt. Ich fand das auf den ersten Blick gut. Wenn man dann ein bisschen genauer die Antworten anschaut, dann gibt es schon ein paar Fragezeichen.

Das mit den Messstellen ist für mich schon nicht ganz nachvollziehbar. Wenn von elf Messstellen in einem bestimmten Bereich fünf nicht funktional sind, weil sie zugewachsen sind oder irgendwie einmal zugebaut wurden, ohne dass es gemeldet und entsprechend gemerkt wurde, dann habe ich schon ein bisschen meine Fragen dazu, ob das Klybeck wirklich das bestüberwachte Gelände der Schweiz ist. Aber man kann sagen, das Problem wurde erkannt und mit neuen Messstellen an sich behoben.

Auf das zweite Problem bin ich nicht selber gekommen, weil man dafür sehr tief in die Datenlage gehen muss. Im PDF mit den Analyseergebnissen von Mai 2024, das verlinkt ist, sieht man einen Benzidinfund. Das ist der, der auch schon bekannt war und angekündigt war. Er ist nicht unproblematisch von den Grenzwerten her, aber nicht so, dass er sofort saniert werden müsste, aber er muss überwacht werden, jedenfalls so lange, wie das Areal so bleibt, wie es ist, reicht die Überwachung. Ich hoffe, dass da dann die Messstellen entsprechend funktionieren, dass die Überwachung auch wirklich funktioniert.

Alle anderen Werte sind grün, Grenzwerte offenbar eingehalten. Es sieht so aus als wäre alles gut. Aber leider braucht es einmal mehr den kritischen und fachkundigen Blick der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz von aussen. Sie haben heute eine Medienmitteilung dazu verschickt, weil Martin Forter genauer in die das Datenportal hineingegangen ist und bemerkt hat, dass an einer Stelle am unteren Rheinweg im Grundwasser das ebenfalls sehr gefährliche o-Benzidin gefunden wurde. Ja, ich habe in meiner Interpellation nicht nach o-Benzidin gefragt, aber wenn der Regierungsrat in seiner Antwort sagt, es gibt keine sanierungspflichtigen anderen Stellen, dann erwarte ich, dass man auch andere Giftstoffe anschaut. Und jetzt sieht man bei einer Messung im Januar 2024, dass hier 3,8 Nanogramm o-Benzidin pro Liter Wasser gemessen wurde. Das ist über dem Grenzwert oder über dem vorläufigen Grenzwert. Es ist über dem Grenzwert für die Sanierungsbedürftigkeit. Also hier muss etwas gemacht werden. o-Benzidin ist hochgradig krebserregend. Also man bekommt nicht einfach ein wenig Schnupfen bekommt.

Mit der Antwort, mit der gesagt wird, dass nur eine Stelle auf dem Areal sanierungspflichtig ist, wird hier vorgegaukelt, es wäre alles in Ordnung. Mit der einen Stelle ist eben der bekannte Chlorbenzolschaden gemeint, etwas das wir wissen, wofür auch ein Plan da ist, wenn es stark wird. Wenn es heisst, es sei nur eine sanierungspflichtig, meint man, es wäre diese.

Ich muss sagen es, es hat mich schon ziemlich schockiert, das zu hören, dass hier etwas vorgegaukelt wird, was nicht stimmt. Die Bevölkerung, insbesondere die Quartierbevölkerung, die direkt betroffen ist, aber schlussendlich wir alle in diesem Kanton und insbesondere auch wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen uns darauf verlassen können, dass der Regierungsrat offen, ehrlich und eben auch vollständig antwortet. Wenn der Regierungsrat nun aber wichtige Ergebnisse verschweigt, dann ist das nicht einfach nur Peanuts. Entweder haben Verwaltung und Regierungsrat nicht erkannt, dass das Ergebnis problematisch ist, was so ziemlich riesige Fragezeichen geben würde zur Fachkompetenz, oder man hat bewusst etwas verschleiert. Es kann nicht sein, dass bei jeder Kommunikation des Kantons zu Giftstoffen im

Klybeck eine externe Faktenprüfung durchgeführt werden muss. Ich verlange, dass, anstatt immer wieder nur stückchenweise das zuzugeben, was öffentlich bekannt und bewiesen ist, endlich systematisch analysiert und transparent informiert wird. Es kann nicht sein, dass man einfach weiter wurstelt und hofft, dass niemand genau hinschaut. Das Gift ist nicht weniger giftig, nur weil man die Augen schliesst. Ich bin, wie Sie erwarten können, nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden. Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das wir ja nicht so oft, dass wir nach der Beantwortung einer Interpellation eine Erklärung abgeben, aber ich möchte das in diesem Fall tun, weil ich glaube, dass es bei den Altlasten wichtig ist, dass wir sachlich und faktenorientiert sind und natürlich den Schutz der Umwelt und der Menschen immer in den Vordergrund stellen.

Zu Benzidin, das hat auch die Interpellantin beantwortet, wurde ausserhalb des Areals noch nie der Grenzwert von 3,0 Nanogramm pro Liter nachgewiesen. Das steht auch so in der Interpellationsbeantwortung und danach wurde gefragt. Zu o-Benzidin, das jetzt als nächster Stoff in den Fokus rückt: Ja, da gab es eine Messung, die das AUE auch publiziert hatte auf auf seiner Homepage, dort steht auch die Fundstelle, die jetzt zitiert wird. Da wird im Januar 2024 ein Wert von 3,8 Nanogramm pro Liter nachgewiesen. Aufgrund dieses Nachweises fand im Mai 2024 eine weitere Untersuchung statt. Bei dieser konnte kein o-Benzidin mehr nachgewiesen werden, da die Bestimmungsgrenze von o-Benzidin bei 1 Nanogramm pro Liter liegt. Benzidin konnte bei den beiden Messungen nicht nachgewiesen werden. Alle diese Resultate sind wie gesagt öffentlich publiziert auf der Datenbank.

Das zeigt aber, ein einmaliger Befund reicht nicht aus für eine Klassifizierung. Einzelne Analyseresultate stellen eine Momentaufnahme dar und müssen aus diesem Grund immer auf Plausibilität geprüft und verifiziert werden, das heisst auch mehrfach gemessen werden, und das in beide Richtungen. Denn Einzelwerte können durch unterschiedliche Umweltbedingungen, Probeentnahmeunterschiede und Laborhandhabungen unterschiedlich ausfallen. Dazu kommt, dass es im Gegensatz zu Benzidin für o-Benzidin bis heute noch keinen rechtsverbindlichen Grenzwert gibt, der Handeln jetzt ermöglicht. Der Kanton Basel-Landschaft hat einen Wert herleiten lassen. Dieser wurde vom Bund noch nicht publiziert und ist auch noch nicht rechtsverbindlich. Aber selbstverständlich, wie Sie sehen, werden auch diese Stoffe gemessen und getrackt und beobachtet durch das AUE. Entsprechend laufen, wie das auch in der Interpellationsantwort steht, die technischen Untersuchungen auf dem ehemaligen Industrieareal Klybeck. Sollte es dabei zu einer neuen Beurteilung kommen, würde das AUE selbstverständlich weiterführende Massnahmen verfügen und den kantonalen Kataster der belasteten Standorte entsprechend anpassen. Die nächsten Messungen im Grundwasser im Abstrombereich des ehemaligen Industrieareals Klybeck führt der Kanton im Mai 2025 durch.

Ich wäre froh bei diesen Altlasten, wenn wir die gesamten Fakten anschauen. Das AUE ist auch immer offen für alle Diskussionen in diesem Bereich. Das ist mir wichtig in dieser Frage, denn es geht um ein wichtiges Gut, dass es zu schützen gilt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tonja Zürcher hat eine Zwischenfrage. Sie wird nicht entgegengenommen.

33. Budgetpostulat 2025 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen), Schreiben des RR

[09.04.25 16:35:15, 24.5537.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat teilweise zu erfüllen und ins Budget 2025 zusätzlich einen Betrag von 100’000 Franken einzustellen. Der gesamthaft beantragte Betrag war 200’000 Franken.

Das Wort hätte Regierungsrat Lukas Engelberger. Er verzichtet. Gemeldet hat sich die Lydia Isler-Christ als Fraktionssprecherin für die LDP.

Lydia Isler-Christ (LDP): Die Fraktion der LDP lehnt das Budgetpostulat ab, wie bereits schon bei der ersten Überweisung. Die Argumente sind die gleichen. Ich mache es darum ganz kurz. Wenn man die Kreuztabelle anschaut, sind wir uns bewusst, dass wir chancenlos sind, aber wir haben es der Vollständigkeit halber trotzdem anmerken wollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet hat sich Niggi Daniel Rechsteiner als Fraktionssprecher für die GLP.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es freut mich sehr, dass der Regierungsrat in seiner Stellungnahme zum Budgetpostulat auf das Anliegen eingeht und den Bedarf eines erweiterten Monitorings feststellt. Auch hat er darin zwei zusätzliche Massnahmen beschrieben, welche dazu führen, einerseits den Bedarf vertiefter zu eruieren und andererseits konkrete Massnahmen aufzuzeigen, welche die Mangellage hoffentlich reduzieren kann.

Mit rund 100’000 Franken möchte der Regierungsrat das Budgetpostulat erfüllen. So soll nun auch nicht die genannte Gesamtsumme genutzt werden, welche sowieso als Kostendach verstanden werden sollte. Ich bin der festen Überzeugung, dass mit den vorgesehenen Mitteln nicht die Verwaltung aufgebläht wird, sondern wichtige Grundlagen für rasche Massnahmen zur Behebung der äusserst schwierigen Situation im Bereich der ambulanten psychotherapeutischen Intervention geschaffen werden. Wichtig scheint mir, dass alle involvierten Behandlungs- und Fachstellen in das Monitoring involviert werden, damit die künftigen Massnahmen differenziert auf den Bedarf abgestimmt beziehungsweise festgelegt werden können. Dass mit den Erkenntnissen aus dem Monitoring beziehungsweise aus den daraus abgeleiteten Massnahmen tatsächlich alle bisher formulierten Ziele erreicht werden können, ist wünschenswert.

Oberstes Ziel ist der Zugang zu psychotherapeutischen Abklärungen und Behandlungen, was heisst, dass die Wartezeiten drastisch reduziert werden können. Die rasche Abklärungsbehandlung ist ein essentieller Faktor, um Chronifizierung zu verhindern. Somit verkürzen sich die Behandlungszeiten und damit reduzieren sich auch die Kosten. Ich bin der Ansicht, dass die Investition in die Verbesserung der Situation langfristig Kosten reduzieren wird, ein Mehrfaches der vorgesehenen 100’000 Franken. Es wäre deshalb etwas kurzfristig gedacht, wenn man das Gefühl hätte, das Problem löse sich von alleine und die Kosten liessen den Staatsapparat wuchern. Es ist ein moderater Einmalbeitrag, der verhindern soll, dass unbehandelte psychische Probleme nicht wuchern können.

Die Rechnung geht nicht auf. Nichts machen ist keine Lösung, sondern der Garant dafür, dass wir künftig im Gesundheits- und Sozialwesen mit höheren Kosten zu kämpfen haben. Dass im Januar zwei Drittel des Grossen Rates dem Budgetpostulat zustimmten, war ein starkes Zeichen. Nach den Ausführungen des Regierungsrates wäre es naheliegend, dass die im Januar geäusserten Zweifel der ablehnenden Stimmen nun ausgeräumt sind. Ich träumte auch davon, dass die LDP auch hier ein falsches Kreuz gesetzt hat, so dass auch noch das dritte Drittel zustimmen könnte. Viele betroffene Menschen würden Ihnen danken dafür und mich würde es freuen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnen

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 18 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006367, 09.04.25 16:40:32]*

Der Grosse Rat beschliesst

In teilweiser Entsprechung des Budgetpostulats Niggi Daniel Rechsteiner werden im Budget 2025 des Gesundheitsdepartements zusätzlich Fr. 100’000 eingestellt. (Position Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 71 gegen 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

34. Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Agogik im Alter: Stationäre Leistungen für behinderte Personen im AHV-Alter, Schreiben des RR

[09.04.25 16:40:45, 19.5474.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

35. Anzug Lukas Faesch und Konsorten betreffend Abschaffung der metallenen Registrierungsmarke bei Hunden, Schreiben des RR

[09.04.25 16:41:06, 21.5647.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

36. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Psychiatrische Versorgung im Kinder- und Jugendalter, Schreiben des RR

[09.04.25 16:41:29, 22.5262.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Georg Mattmüller als Sprecher der SP.

Georg Mattmüller (SP): Im Namen der SP und der Grünen Partei bitte ich Sie um Stehenlassen und möchte das folgendermassen begründen: Der Regierungsrats antwortet ausführlich, und es ist nachvollziehbar, dass die Motion und auch der parallel laufende Prozess des Psychiatriekonzeptes zusätzliche Angebote beziehungsweise Massnahmen erwirkt haben. Was aber leider weiter ein Problem ist und in der Beantwortung der Regierung nicht behandelt wird, ist der Fachkräftemangel bei den niedergelassenen Psychiater:innen und Psychotherapeut:innen.

Dies bleibt leider ein Problem und in der Angebotslandschaft. Es ist klar, dass die Regierung keinen durch Durchgriff auf die Niedergelassenen hat, allerdings berichtet er, dass er diesbezüglich im Aufbau eines Monitorings ist und berichtet, dass im 2025 eine erste Befragung aller Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Psychiaterinnen und Psychiater mit Berufsausübungsbewilligung des Kanton Basel-Stadt stattfinde. Ziel ist, möglichst präzise Daten über das aktuelle Therapieangebot zu erheben und herauszufinden, welche Patientengruppen besondere Schwierigkeiten haben, einen Therapieplatz zu finden.

Dies scheint mir sehr sinnvoll. Wenn nun der Anzug stehengelassen wird, kann das Gesundheitsdepartement zu einem späteren Zeitpunkt eben auch zu diesen Ergebnissen berichten. Ich bitte Sie daher, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Auch im Namen der Fraktion BastA beantrage ich Ihnen, diesen Anzug stehen zu lassen. Ähnlich wie beim Anzug zur Sensibilisierung der Verwaltung wurde zwar einiges unternommen und verbessert, jedoch bestehen in der psychiatrischen Versorgung noch etliche Baustellen und Lücken, weshalb ein Abschreiben dieses Anzugs zum jetzigen Zeitpunkt nicht angezeigt wäre.

Im stationären Bereich wurden zwar effektiv mehr Kapazitäten geschaffen und auch inhaltlich dringende Anpassungen vorgenommen, wie beispielsweise beim Angebot der Tntensivtherapiestation der PBL in Liestal. Dies war aus fachlicher Sicht extrem wichtig, damit die stationäre Unterbringung der Jugendlichen von der Erwachsenenpsychiatrie getrennt werden konnte. Aber auch heute noch, besonders für sehr vulnerable und teilweise auch sozial auffällige Kinder und Jugendliche, aber auch für junge Erwachsene bestehen oft nicht die passenden Angebote auch im stationären Bereich. Da bin ich wirklich von meinem Alltag sehr geprägt. Wenn man da etwas suchen muss, dann kann es sein, dass das wirklich fast ein Ding der Unmöglichkeit wird.

Und in der ambulanten Versorgung haben wir immer noch zu wenig niederschwellige und auf kürzere Zeit fokussierte Angebote. Es ist weiterhin eine grosse Herausforderung, teilweise war es fast unmöglich, zeitnah einen ambulanten Therapieplatz zu finden. Und es liegt nicht nur allein an der Anzahl der Psychiater:innen und Psycholog:innen, sondern auch an so hohen Hürden bei der Aufnahmen, auch an zu hohen Therapieansprüchen, einer selektiven Haltung und einer fehlenden aufsuchenden Versorgungsstruktur. Da würde das Stehenlassen enorm Sinn machen, dass man hier noch mal zu diesen Themen in zwei Jahren berichtet. Es besteht weiterhin wirklich ein grosser Handlungsbedarf in der psychiatrischen Versorgung und deshalb beantragen auch wir von BastA, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die FDP hat das Wort Christian C. Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Die Fraktion der FDP spricht sich ebenfalls für ein Stehenlassen dieses Anzugs aus, und dies aus drei zentralen Gründen. Erstens zeigt der Bericht des Regierungsrates zwar, dass zahlreiche Fortschritte in der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen bereits gemacht wurden beziehungsweise am Laufenden sind, aber gleichzeitig auch deutlich, dass die Herausforderungen massiv bleiben. Der Fachkräftemangel ist weiterhin akut besonders bei komplexen Fällen. Ambulante Kapazitäten sind begrenzt, gerade für Familien mit hohem Unterstützungsbedarf.

Zweitens, viele der ergriffenen Massnahmen und neuen Angebote sind sehr jung. Sie wurden teilweise erst kürzlich eingeführt oder befinden sich noch im Aufbau. Eine seriöse Beurteilung ihrer Wirksamkeit steht aus. Eine Abschreibung zum jetzigen Zeitpunkt wäre voreilig und käme einem Freipass ohne Nachkontrolle gleich.

Und drittens hat der Anzug klar strukturelle Mängel benannt, etwa im Transitionsprozess, in der interdisziplinären Zusammenarbeit oder in der Unterstützung von Familien mit mehrfach belasteten Kindern. In diesen Bereichen besteht unseres Erachtens weiterhin Handlungsbedarf, trotz der Fortschritte in der Versorgung.

Lassen Sie den Anzug deshalb stehen, nicht um zu bremsen, sondern um die Entwicklung weiter politisch zu begleiten, zu evaluieren und wenn nötig gegebenenfalls auch nachzusteuern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Somit hat Regierungsrat Lukas-Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die durchaus wohlwollende Würdigung unserer Arbeit und Berichterstattung. Sie haben entgegengenommen, dass es Fortschritte gibt im Bereich der psychiatrischen Versorgung und dafür bin ich Ihnen schon einmal dankbar. Und ich bin selbstverständlich mit Ihnen einverstanden, dass es weiteren Verbesserungsbedarf gibt. Das ist so ein riesiges Thema, dass man ja eigentlich theoretisch einen Anzug auf ewig stehenlassen müsste, weil irgendwelchen Verbesserungsbedarf in diesem Thema werden wir vermutlich immer haben.

Ich nehme aber mit, dass Sie spezifisch auch sich an diesem Thema Fachkräftemangel und Ergebnisse des Monitorings, das wir angekündigt haben, Interesse haben. Dass wir das weiterverfolgen sollen, nehme ich entgegen und selbstverständlich

wird der Regierungsrat erneut Bericht erstatten in irgendeiner Form ohnehin zu diesem Monitoring und wenn Sie stehen lassen, dann auch aufgrund dieses Anlasses.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Georg Mattmüller

Ergebnis der Abstimmung

21 Ja, 70 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006371, 09.04.25 16:49:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 70 gegen 21 Stimmen dafür entschieden, den Anzug stehen zu lassen.

37. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten für verpflichtend betriebliche Berufsbildung in Institutionen und Organisationen mit Pflegeleistungen -fehlende Berufsbildende als Flaschenhals in der Pflege, Schreiben des RR

[09.04.25 16:49:42, 22.5572.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreinen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

38. Anzug Melanie Eberhard und Konsorten zur Situation der Nachhol- und Weiterbildungen bei Gesundheitsberufen, Schreiben des RR

[09.04.25 16:50:23, 22.5580.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Amtsantrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

39. Anzug Joël Thüring betreffend "Massnahmen gegen die überfüllte Notfallstation und die Überbelastung des Personals in den Spitälern", Schreiben des RR

[09.04.25 16:50:47, 22.5593.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiten.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

40. Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-E-Zigaretten, Stellungnahme des RR

[09.04.25 16:51:14, 24.5397.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrat Lukas Engelberger wünscht in der ersten Runde das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Sie haben uns im vergangenen November diese Motion zur Stellungnahme überwiesen. Wir werden darin beauftragt, im Kanton Basel-Stadt so rasch wie möglich ein generelles Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten zu erlassen respektive Ihnen das vorzulegen.

Ich möchte einleitend festhalten, dass auch der Regierungsrat das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre grundsätzlich teilt und diese Einweg-E-Zigaretten nicht als besonders wertvolle Produkte erachtet, insofern haben wir Verständnis.

Wir müssen Ihnen allerdings berichten, dass ein solches Verbot auf kantonaler Ebene nicht umgesetzt werden kann. Im Herbst 2024 ist das neue Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten in Kraft getreten. Der Bund hat damit von seiner umfassenden Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes Gebrauch gemacht. Aus diesem Grund besteht für die Kantone kein Raum mehr ein Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten zu erlassen, auch die Umweltschutzgesetzgebung gibt uns eine derartige Kompetenz nicht. Wir sind deshalb der Auffassung, dass wir mit einem kantonalen Verbot gegen höherrangiges Recht verstossen würden.

Wirft man einen Blick auf die Rechtslage in den anderen Kantonen, so hat der Kanton Wallis kürzlich als erster Kanton ein solches Verbot beschlossen. Auch das Parlament des Kantons Jura hat einen motionsähnlichen Auftrag erteilt. Wir sind der Auffassung, dass aufgrund der erläuterten Rechtslage in diesen Kantonen, so sie es dann weiterverfolgen, durchaus Gerichtsverfahren zu erwarten sind.

Auf Bundesebene hat der Nationalrat eine Motion des grünen Walliser Nationalrats Christoph Clivaz angenommen, wonach im Tabakproduktegesetz ein Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten zu verankern sei. Die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats hat nun am vergangenen Freitag dieser Motion ebenfalls zugestimmt, und der Ständerat wird voraussichtlich im Sommer über diese Motion entscheiden. Dann ist dieses Verbot national einen grossen Schritt weiter. Und wir werden die Entwicklungen auf Bundesebene sowie auch in anderen Kantonen gerne in Ihrem Auftrag weiter beobachten, sind aber der Meinung, jetzt angesichts insbesondere des aktuellen Beratungsstands im Bundesparlament sollten wir noch etwas zuwarten, und das können wir, wenn Sie uns dieses Geschäft in der Form als Anzug weitergeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion war schon bei der ersten Überweisung der Motion Hochuli dagegen. Die Haltung der SVP-Fraktion hat sich in dieser Frage nicht geändert. Wir beantragen Ihnen deshalb heute, diese Motion abzuschreiben. Sie ist auch nicht als Anzug weiterzufolgen, so wie es der Regierungsrat nun beantragt hat.

Der Grund dafür ist relativ klar, das haben wir schon damals als Hauptargument aufgebracht, dieses Verbot verstösst gegen Bundesrecht und es macht deshalb keinen Sinn, auch wenn ich in der Kreuztabelle sehen, dass einzelne Fraktionen trotzdem an einer Motion festhalten wollen, auch wenn es gegen Bundesrecht verstösst. Das wäre nun wirklich der falsche Weg. Selbst wenn Sie für ein Verbot der Einweg-E-Zigaretten sind, können Sie das kantonal nicht durchsetzen. Der Regierungsrat hat das ja auch in seiner Stellungnahme bereits ausgeführt. Auch die Kantone und die Kantonsparlamente, die das jetzt schon beschlossen haben, werden damit wahrscheinlich vor Gericht anstossen, solange es eben keine bundesgesetzliche Regelung in diesem Zusammenhang gibt.

Das ist also reine Symbolpolitik, die Sie heute hier betreiben, wenn Sie dieses Geschäft als Motion dem Regierungsrat noch einmal überweisen würden. Ich vermute, selbst der Motionär Christoph Hochuli, er wird dann wahrscheinlich noch dazu etwas sagen, sieht ein, dass es als Motion keinen Sinn macht, so zumindest interpretiere ich die Kreuztabelle. Seine Fraktion ist ebenfalls für Überweisung als Anzug. Das kann man sein, wir sind aber auch hier der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, dass man jetzt einfach dem Regierungsrat in einer Schublade einen weiteren Vorstoss überlässt, der ja dann ohnehin obsolet werden würde, wenn diese dieser Vorstoss von Nationalrat Clivaz im Ständerat eine entsprechende Mehrheit finden würde, dann ist das Anliegen von Christoph Hochuli ja ebenfalls erfüllt und dann hat auch der Regierungsrat im Kanton Basel-Stadt keine zusätzliche Funktion mehr wahrzunehmen. Es wird dann vielmehr eine Frage des Vollzugs werden.

Wir halten es aber nicht für sinnvoll, überhaupt ein solches Zigarettenverbot einzuführen, erst recht nicht nur im Kanton Basel-Stadt. Das können Sie sehr leicht umgehen, beispielsweise indem Sie dann diese Einwegzigaretten in Muttenz kaufen oder in Allschwil. Ihre Partei, Christoph Hochuli, hat meines Wissens ja auch einen Versuch gestartet im Kanton Basel-Landschaft, ein solches ein Einweg-Zigarettenverbot zu verlangen und ist damit im Landrat gescheitert, sicherlich aus zwei Gründen, der liberale Aspekt, der dagegen spricht und der zweite ist der erwähnte mit dem Bundesgesetz, das ja zurzeit in Diskussion steht.

Wir glauben nicht, dass ein solches Verbot etwas bringt. Selbst wenn es national kommen würde, können Sie es weiterhin umgehen. Das zeigt die Geschichte anderer Verbote. Das ist problemlos möglich. Sie machen damit nichts für den Jugendschutz, wenn Sie solche Einweg-E Zigaretten verbieten, weil ja alle anderen E-Zigaretten weiterhin erlaubt wären, und Sie machen zusätzlichen Aufwand für die Behörden, gerade auch für Christoph Hochuli und seine Kantonspolizei, die sich ja zu Recht beklagt darüber, dass sie über zu wenig Ressourcen verfügt. Wenn wir der Polizei immer mehr Vollzugsaufgaben übertragen, dann hat sie irgendwann keine Zeit mehr, das wirklich Wichtige zu machen. Und ich bin ehrlicherweise der Ansicht, dass unsere kantonalen Vollzugsbehörden andere Dinge priorisiert bekämpfen müssen und dann sicherlich nicht in einzelne Lokalitäten schauen müssen, ob dort unter der Theke Einweg-E-Zigaretten verkauft werden. Das wird der Fall sein, da müssen wir uns auch nichts vormachen, wir sehen das ja auch bei dieser ganzen Diskussion zum Thema Lachgas und wir sehen es an ganz anderen Stellen auch, wie solche Verbote umgangen werden können.

Deshalb glauben wir, dass wir heute diesen Vorstoss abschreiben können. Sollte das Verbot national kommen – ich persönlich hoffe es nicht –, wird sich der Kanton dann unabhängig von der Motion Hochuli, die dann vielleicht ein Anzug ist, mit der Frage des Vollzuges befassen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Bolliger. Sie wird entgegengenommen.

Oliver Bolliger (BastA): Erinnern Sie sich noch an die Zeiten von Alcopops und haben Sie nicht auch die Meinung, dass das Wirkung erzeugt hat, als man sie verboten hat?

Joël Thüring (SVP): Nein, ich denke nicht, zumal wir hier ja von einer Einweg-E-Zigarette sprechen und nicht von den E-Zigaretten, die bleiben ja weiterhin erlaubt und deshalb ist auch der Effekt relativ gering.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat Oliver Bolliger das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Im Namen der Fraktion BastA und der Fraktion GRÜNE/jgb beantrage ich Ihnen, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen und dies, auch wenn in der Antwort des Regierungsrats festgehalten ist, dass ein kantonales Verbot gegen das aktuelle Bundesrecht verstossen würde. Ja, das ist so, aber manchmal gibt es Situationen, in denen Gesetze dazu dienen, entweder Unrecht zu legitimieren oder wie in diesem Fall, der Gesundheit zu schaden, und nur damit der Handel von Tabakprodukten weiter ermöglicht wird. Ja, vielleicht ist es Symbolpolitik, ist aber in Anbetracht der Tatsache, dass in Bundesbern die Tabaklobby sehr stark ist, vielleicht auch trotzdem notwendig. Wenn etwas wirklich so unsinnig, gefährlich und umweltverschmutzend ist wie Einweg-E-Zigaretten, würde ich mir Mut und politisches Rückgrat

wünschen, nicht von der Regierung, da ist ja das Gesetz dagegen, das kann ich noch nachvollziehen, aber dann doch vom Parlament.

Seit Februar dieses Jahres sind zum Beispiel die Einweg-Vapes in Frankreich verboten, und auch in Belgien besteht seit diesem Jahr ein Verbot. Zudem kann angenommen werden, dass es auch in Deutschland zu einem Verbot kommt und dies, obwohl in der EU erst gegen Ende 2026 mit einem Verbot gerechnet werden kann. Es ist also in der EU möglich, und ich denke, es ist auch in der Schweiz möglich.

Auch der Nationalrat hat deutlich mit 122 zu 63 Stimmen einen Verbot zugestimmt. Es liegt nun am Ständerat, nachzudoppeln. Die Zeichen sind eigentlich klar und deutlich zu erkennen. Seien wir also mutig wie die Stimmbevölkerung und das Parlament in den Kantonen Wallis und Jura, und ich bin überzeugt, würden wir heute im Kanton Basel-Stadt eine Abstimmung darüber machen, das Verbot wäre auch hier beschlossen. Also auf was warten wir eigentlich?

Nun, es kann ja nicht der Grund sein, dass der Kanton Basel-Landschaft ein Verbot abgelehnt hat. Weil es gegen das aktuelle Bundesrecht verstossen würde? Na nun. Und weil die Tabakindustrie not amused ist? Nein. Jeder einzelne Kanton, der jetzt trotz der aktuellen gesetzlich ungünstigen Situation ein Verbot ausspricht, stärkt das Ansinnen auf nationaler Ebene, ein Verbot so schnell als möglich einzuführen und dies in einem Land, in dem normalerweise die Tabaklobby mit ihrem Anliegen oft durchkommt und den Jugendschutz immer wieder aufs Minimum reduziert.

Deswegen frage ich schon an die Adresse der EVP, die eigentlich das angestossen hat, aber auch an die SP, wirklich trotz juristischen Argumentationen auf der Motion zu beharren. Politisches Handeln beziehungsweise Entscheidungen haben Auswirken auf gesetzliche Bestimmungen und führen immer wieder auch zu gesetzlichen Anpassungen.

Dass die Tabakindustrie alle Hebel in Bewegung setzt, damit es in der Schweiz nicht zu einem Verbot kommen wird, ist ja logisch. Sie machen ihren Profit mit den auf Jugendliche ausgerichtete Einsteigeprodukte, die, offensichtlicher geht es kaum noch, zum Rauchen verleiten und schlussendlich Nikotin abhängig machen. Alle Argumente, und das hat auch Regierungsrat Lukas Engelberger erwähnt, für ein Verbot dieser unnötigen Produkte. Einzig der Verweis auf die aktuelle Rechtslage ist das Argument für eine Überweisung als Anzug. Es wird dann aber nicht geprüft und berichtet, es wird einfach abgewartet, ob und wann Bundesbern ein Verbot ausspricht und dann wird nachgezogen.

Nun ja, kann man so machen, aus meiner Sicht ein wenig mutlos, und deshalb halten wir an der Motion fest und das würde mich sehr freuen, wenn noch ein paar Stimmen dazu kämen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Fasse ich es richtig zusammen: Rechtsstaatlich handeln Sie nur, wenn es Ihnen in den Kram passt?

Oliver Bolliger (BastA): Nein, ganz und gar nicht, aber es gibt ab und zu Situationen, da kann man symbolisch über das Recht dann doch hinausgehen, wenn es Sinn macht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Danier Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ein Verbot braucht Mut. Ich glaube, es ist eher umgekehrt. Es braucht Mut, eben hier kein Verbot zu fordern. Wir reden von Selbstverantwortung, Verantwortung der Eltern, mit den Kindern, mit den Jugendlichen zu sprechen. Das ist für mich eher mutig.

Über das andere ist schon alles gesagt. Wir sind grundsätzlich natürlich als FDP gegen solche Verbote. Noch schlimmer ist es, wenn es national schon läuft und wir die Leute zusätzlich hier in Basel noch beschäftigen wollen. Daher bitte abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Im September 2024 reichte ich die Motion für ein kantonales Verbot von Einweg-E-Zigaretten ein. Im November überwiesen wir die Motion an den Regierungsrat. Dieser schrieb nun in seiner Stellungnahme, dass die Motion rechtlich unzulässig sei, weil gemäss dem Umweltschutzgesetz der Bund für Verbote von Einweg-Produkten zuständig sei und die Kantone keine Kompetenz hätten, kantonale Verbote einzuführen. Der Regierungsrat anerkennt jedoch

die grosse Suchtgefahr von Einweg-E-Zigaretten für Jugendliche sowie die Umweltproblematik und begrüsst ein nationales Verbot von Einweg-E-Zigaretten. Der Regierungsrat wolle die Entwicklungen auf Bundesebene und in den anderen Kantonen weiter verfolgen und dem Grossen Rat zu gegebener Zeit erneut berichten, wie er schreibt. Er beantragt dem Grossen Rat, ihm die Motion nun als Anzug zu überweisen.

Werfen wir einen Blick in andere Kantone. Der Walliser Grosse Rat stimmte am 14. November 2024 sehr deutlich für die Einführung eines kantonalen Verbots von Einweg-E-Zigaretten. Meine Abklärungen im Wallis ergaben nun, dass der Walliser Regierungsrat mit dem Verbot der Einweg-E-Zigaretten einverstanden ist, aber dass er die Grossratsmitglieder darauf hinwies, dass das Verkauf auf kantonaler Ebene dem Bundesrecht widersprechen könnte. Die Entscheidung im Grossen Rat Wallis für ein kantonales Verbot sei in Kenntnis dieser Sachlage und in Erwartung der Behandlung der Motion für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten durch das Bundesparlament getroffen worden. Da kein Referendum ergriffen wurde, wird die Änderung im Walliser Gesundheitsgesetz bald in Kraft treten.

Im Kanton Jura wurde eine Motion für ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten mit 55 gegen 2 Stimmen angenommen. Auf meine Anfrage beim Kanton Jura erhielt ich die Antwort, dass die rechtliche Zulässigkeit eines kantonalen Verbots dort noch nicht geprüft worden sei, aber dass es scheine, dass die Kantone in diesem Bereich restriktivere Gesetze erlassen können als der Bund.

Im Kanton Bern hat der Grosse Rat am 6. März dieses Jahres eine Motion für ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten mit 92 zu 49 Stimmen angenommen. Auch ein Teil der FDP-Fraktion hat sich dort für ein Verbot eingesetzt. Der Regierungsrat des Kantons Bern sagte in der Debatte, dass für ein kantonales Verkaufsverbot möglicherweise die gesetzlichen Grundlagen fehlen würden.

In diversen weiteren Kantonen wurden Vorstösse für kantonale Verbote von Einweg-E-Zigaretten eingereicht, die noch behandelt werden müssen.

Nun, die rechtliche Zulässigkeit für kantonale Verbote von Einweg-E-Zigaretten scheint eher nicht gegeben, auch wenn nicht totale Einigkeit unter den Kantonen besteht. Im schweizerischen Umweltschutzgesetz steht in Art. 30a lit. a: Der Bundesrat kann das in Verkehrbringen von Produkten verbieten, die für eine einmalige und kurzfristige Verwendung bestimmt sind, wenn deren Nutzen die durch sie verursachte Umweltbelastung nicht rechtfertigt. Ob nun damit gemeint ist, dass nur der Bundesrat Verbote erlassen darf oder ob die Kantone auch eigene Verbote erlassen dürfen, scheint nicht ganz klar.

Ich bin auch der Meinung, dass langfristig natürlich ein schweizerisches Verbot von Einweg-E-Zigaretten das Ziel sein muss. Eine entsprechende Motion wurde bekanntlich im Nationalrat im Juni 2024 sehr deutlich mit 122 zu 63 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Der Ständerat wird in der Sommersession darüber befinden und der Motion hoffentlich auch zustimmen. Und dieses nationale Verkaufsverbot begrüsst ja auch unser Regierungsrat.

Zur Erinnerung: Beim geforderten Verkaufsverbot geht es nur um die Einwegmodelle von E-Zigaretten, denn es ist ein ökologischer Unsinn, ein Einwegprodukt herzustellen, wenn es dasselbe Produkt als aufladbare und nachfüllbare Version gibt. Bei der Entsorgung im Abfall gehen die vielen wertvollen Rohstoffe wie Metall, Lithium, Nickel, Zink und Aluminium verloren, und auch wenn die Geräte korrekt dem Recycling zugeführt werden, benötigt es dennoch einen sehr grossen Aufwand und viel Energie, um die Geräte in ihre Einzelteile zu zerlegen, zu sortieren und die Rohstoffe wieder aufzubereiten. Die wiederaufladbaren und nachfüllbaren E-Zigaretten sollen selbstverständlich erlaubt bleiben.

Ich empfehle Ihnen im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, meine Motion nun als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet auf ein zweites Votum. Oliver Bolliger beantragt Überweisung als Motion. Wir kommen daher zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006376, 09.04.25 17:10:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden. Joël Thüring beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen daher darüber ab.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006377, 09.04.25 17:11:31]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 62 gegen 68 Stimmen bei einer Enthaltung.

41. Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Förderung von Psychotherapieplätzen durch die Subventionierung der Weiterbildung von psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen, Stellungnahme des RR

[09.04.25 17:11:45, 24.5395.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir beantragen Ihnen auch hier Überweisung als Anzug. Die Sicherstellung einer ausreichenden psychotherapeutischen Versorgung ist ein zentrales Anliegen des Regierungsrats und die Weiterbildungsförderung auch im Bereich der Niedergelassenen gehört sehr wohl auch dazu. Wir wollen dieses Anliegen jedoch in anderer Form weiterverfolgen als wie das uns nun spezifisch vorgegeben würde mit dieser Motion. Wir haben Ihnen dazu ziemlich ausführlich berichtet. Wir haben Ihnen auch in unserer Stellungnahme schriftlich dargelegt, wie es doch gelungen ist, die Anzahl der Therapeutinnen und Therapeuten in Weiterbildung namhaft zu steigern.

Statt isolierter Massnahmen ist es indessen entscheidend, das bestehende System effizienter zu gestalten. Dazu gehören eine bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen, eine optimierte Verteilung von Therapieplätzen und den Abbau von Zugangshürden für besonders Benachteiligte. Um diese Ziele zu erreichen, arbeiten wir aktuell auf mehreren Ebenen intensiv. Wir sind beispielsweise daran, mit weiteren Partnerinstitutionen Gespräche zu führen und eben diese Faktoren zu adressieren, die zu Problemen führen. Mehrfachbelastungen sind so ein Thema bei einzelnen Personen, sozialer Status, auch Sprachbarrieren sind Themen, die eben den Zugang zu Therapien erschweren. Die Ursache für die Engpässe der Versorgung liegt somit nicht nur und auch nicht primär in einer unzureichenden Anzahl von Therapieplätzen, sondern auch in einem ungleichen Zugang zu diesen. Da sind wir nun an der Arbeit und wir prüfen, wie spezifische institutionalisierte Therapieangebote weiter unterstützt werden können. Wir werden dazu auch in einem Ratschlag im Verlauf dieses Jahres Ihnen berichten und Antrag stellen, wo es um die gemeinwirtschaftlichen Leistungen dann gehen wird.

Ich möchte ebenfalls auch dieses Monitoring noch einmal erwähnen, dass bereits zur Sprache kam und hier auch von Ihnen erwähnt wurde, mit dem wir ein präziseres Bild über die aktuellen Strukturen und auch über mögliche Defizite und Herausforderungen gewinnen möchten.

Parallel dazu, das ist mir auch immer wichtig zu sagen, bieten wir bereits jetzt vielfältige Angebote sowohl im therapeutischen Bereich wie auch im präventiven und sozialmedizinischen Feld wie Schulworkshops, Freizeitaktivitäten, Sensibilisierungsveranstaltungen, Beratungsstellen oder Treffpunkte. Das sind alles Elemente, die beitragen zur Stärkung der psychischen Gesundheit unserer Bevölkerung.

Ich möchte noch auf einen spezifischen Punkt hinweisen, der mir Sorge macht, falls wir jetzt doch auf dem Weg der Motion Ihren Auftrag weiter beantworten müssten, und zwar wäre das diese strenge Vorgaben, die Sie formulieren, dass alle Therapeutinnen und Therapeuten in Weiterbildung unterstützt werden müssten, also alle und zwar alle nach den selben Ansätzen. Sie würden uns keine Differenzierungen mehr ermöglichen, so wie wir die heute auch beispielsweise im Bereich der ärztlichen Weiterbildung haben. Da gibt es unterschiedliche Ansätze, weil die jeweiligen Institutionen und und Weiterbildungssettings auch tatsächlich nicht gleich kostenintensiv sind, und wir brauchen diese Differenzierungsmöglichkeit und diese Steuerungsmöglichkeit und hätten Mühe im Korsett Ihrer Motion das sinnvoll umzusetzen. Deshalb möchten wir Ihnen den Antrag stellen, das als Anzug weiter zu bearbeiten. Wir sind gewillt, das zu tun und wir können Ihnen auch in Aussicht stellen, dass wir Ihnen zu diesen Themen wieder berichten werden, wie gesagt beispielsweise bei diesem Ratschlag zu den gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erste Fraktionssprecherin für die SP hat das Wort Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Stellen Sie sich vor, Eltern verlieren bei einem Verkehrsunfall ihr Kind. Die Trauer und der Schmerz sind nicht in Worte zu fassen. Eine psychotherapeutische Hilfe muss in solchen Situationen schnell gewährleistet sein, ist sie aber nicht. Ein Teenager ist mit dem Tod seines Vaters konfrontiert, der an Krebs gestorben ist. Der Jugendliche kommt mit dem unerwarteten Tod des Vaters nicht klar. Hilfe ist unabdingbar, aber gerade für Kinder und Jugendliche sind die Wartezeiten enorm lang, bis sie einen Psychotherapieplatz finden. Eine 18-jährige Frau ist mit ihrem Leben überfordert, weil sie und ihre Mutter jahrelang Opfer von häuslicher Gewalt waren. Auch sie braucht schnell Unterstützung, da sie als traumatisierte junge Frau ihren Alltag nicht mehr bewältigen kann. Und dann all die vulnerablen Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrungen, die aufgrund von vielfältigen Barrieren keinen oder nur einen erschwerten Zugang zu einer psychotherapeutischen Behandlung finden.

Ich könnte viele weitere Beispiele aufzählen, aber das ist nicht nötig, weil Ihnen die Problematik bekannt ist. Die Frage, die sich heute stellt, lautet deshalb: Was ist uns die psychische Gesundheit wert? Denn letztlich geht es darum. Die gleichwertige Subventionierung der Weiterbildung von psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen ist eine Investition, die sich mehrfach lohnt. Mehr ausgebildete Psychotherapeut:innen können mehr psychisch Erkrankte und unterstützen. Es ist nicht nur schwer ambulante Psychotherapieplätze zu finden, sondern wir haben zudem zahlreiche psychotherapeutische Fachpersonen, die kurz vor der Pensionierung stehen. Die Subventionierung der Weiterbildung trägt dazu bei, den Fachkräftemangel in diesem Bereich zu bekämpfen, auch wenn damit die Versorgungsengpässe nicht komplett gelöst werden, so können diese verringert werden.

Fakt ist, zahlreiche Psychologieabsolvent:innen können sich die hohen Ausbildungskosten schlicht nicht leisten. Die Kosten im Umfang von ca. 60’000 Franken in Kombination mit dem langen Ausbildungsweg von mindestens neun Jahren und insbesondere bei Assistenzpsychologikenpsycholog:innen tiefen Lohn kann abschreckend wirken. Nicht alle verfügen über Ersparnisse oder bekommen eine finanzielle Unterstützung durch die Familie. Gleichzeitig sind immer weniger Psychologiestudierende bereit, Kredite oder Darlehen aufzunehmen, um mit Schulden ins Berufsleben zu starten, weshalb sie auf eine Psychotherapieweiterbildung verzichten. Absolvent:innen orientieren sich deshalb beruflich um. Dies führt auf lange Sicht zu einem deutlichen Mangel an psychotherapeutischem Nachwuchs. Ein Mangel an Psychotherapeut:innen führt aber langfristig zu erheblichen Kosten für Gesellschaft und Wirtschaft, da psychische Erkrankungen unbehandelt bleiben.

Eine psychotherapeutische Weiterbildung darf nicht nur für Privilegierten tragbar sein. Eine grössere soziale Diversität unter den Therapeut:innen ist wichtig. Je unterschiedlicher die Biografien sowie die soziale und ethnische Herkunft der Menschen in Weiterbildung sind, desto näher sind sie an den Lebensrealitäten der heterogenen Bevölkerungsgruppe, die sie therapieren.

Im Bericht steht, dass vor allem der Zugang zur Psychotherapie von höchst vulnerablen Menschen und von Opfern häuslicher Gewalt erhöht werden soll. Absolut richtig, ich kann das nur bestätigen. Auch anerkenne ich die bisher geleisteten Bemühungen das Gesundheitsdepartements. Auch ein Monitoring, wie im Bericht erwähnt, ist hilfreich. Und auch die vielfältigen Angebote und Präventionsprogramme, die im Kanton erfolgreich umgesetzt werden, sind wichtig und richtig.

Aber dies alles reicht nicht aus, um das Problem nachhaltig zu lösen. Die Subventionierung der Psychotherapieweiterbildung soll deshalb nicht als eine isolierte Massnahme verstanden werden, sondern es braucht einen Strauss an Massnahmen, wie es so schön heisst. Die vorliegende Motion bietet nicht eine allumfassende Lösung des ganzen Problems, aber sie ist ein wichtiger Bestandteil oder ein Baustein zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung.

Angesichts des Problems fehlender Psychotherapieplätze müssen wir zwingend dafür sorgen, den Beruf der psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen attraktiver zu machen. Die Subventionierung der Weiterbildungskosten ist ein Teil davon. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion definitiv zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie beantragen die Weiterbearbeitung als Motion. Nächster Fraktionssprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich spreche für die Fraktion BastA und die Fraktion GRÜNE/jgb und ich spreche zur aktuellen Motion von Amina Trevisan zur Subventionierung der therapeutischen Weiterbildung und auch gerade noch zur nachfolgenden Motion von Beat Braun zur Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung.

Beide Fraktionen sind der Meinung, dass beide Motionen dem Regierungsrat auch ein zweites Mal als Motion überwiesen werden sollen. Wie ich schon beim Anzug Mattmüller dargelegt habe, gibt es weiterhin noch sehr grosse Herausforderungen in der ambulanten Versorgung von Psychotherapien bei Kindern, Jugendlichen aber auch bei Erwachsenen. Deshalb sind die geforderten Massnahmen in den beiden Motionen berechtigt und wichtig.

Die Forderung, die Weiterbildung in der psychotherapeutischen Ausbildung für Psycholog:innen oder für angehende Psychiater:innen mittels Subventionen zu unterstützen, erleichtert die Zugänge zur Profession. Eine Therapieausbildung ist teuer und muss man sich leisten können, und somit hätte dieser Ansatz sicher eine Wirkung, auch wenn ich die Meinung teile, dass der Effekt nicht unmittelbar zu spüren sein wird. Aber es ist mit Bestimmtheit ein sehr guter Ansatz, in Zukunft mehr Diversität in der Profession der Psychotherapie zu erlangen.

Die Motion von Beat Braun fordert ein Konzept, um die psychotherapeutische Versorgung im stationären und ambulanten Bereich zu verbessern, also zu erhöhen. Ein uns allen bekanntes Problem, das wir als wichtig erachten und dies erachten wir auch als besonders wichtig und besonders für die Förderung von niederschwelligen Zugängen zu Therapie- und Beratungsangeboten, beispielsweise auch bei der Jugendberatung, braucht es ein besonderes Augenmerk und da sehe ich vor allem dieses Konzept als wichtigen Bestandteil, wie auch das bereits erwähnte Monitoring. Es ist sicher auch hilfreich, um dieses geforderte Konzept umzusetzen.

Deshalb bitten wir Sie, beide Motionen als Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich kann mich im Namen der LDP sehr gerne den Ausführungen von Regierungsrat Lukas Engelberger anschliessen und Ihnen empfehlen, beide Motionen als Anzug zu überweisen. Argumente für das Überweisen als Anzug hat der Regierungsrat schon vorgebracht, es wird schon sehr viel gemacht.

Es sind zwei Sachen, die für mich als Liberaler wichtig sind – und ich hoffe, es ist ein Fehler in der Kreuztabelle bei der FDP, denn das ist alles andere als liberal, wenn man das als Motion überweisen will. Die ungerechte Bevorzugung eines Berufsstands. Wieso müssen wir jetzt für Psychotherapeut:innen die Weiterbildung staatlich finanzieren? Was machen wir mit den Physiotherapeut:innen? Was machen wir mit den Hebammen? Was machen wir mit den anderen Berufsgruppen? Ich denke auch an Handwerker. Dann fangen wir an, auch Weiterbildungen bei den Handwerkern staatlich subventionieren zu lassen? Ich weiss es nicht, das finde ich nicht liberal und finde ich auch nicht gut und darum kommt das für mich überhaupt nicht in Frage.

Ich rede als Vater von einem Sohn, der jetzt genau in so einer klinischen Ausbildung ist. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir gerade in Basel unzählige Möglichkeiten haben, Stipendien auch für solche Weiterbildungen einzuholen. Also da muss der Staat jetzt nicht wirklich eingreifen mit Geldern, die wir wirklich anders einsetzen sollten.

Dann kommt ein anderes Argument für mich noch in Frage, nämlich das der Ineffizienz. Jetzt haben wir gerade einen Mangel. Wie lange haben wir den Mangel? Das wissen wir nicht. Wenn wir die Anzahl Studierenden in Psychologie anschauen, dann haben wir einen Boom. Also das ist einfach so. Ich erwarte bald einmal sogar einen Numerus Clausis. Es ist fast schon grotesk, was ich jetzt da sage, aber ich weiss das auch aus eigener Sicht, mit einem wunderbaren Masterabschluss ist es nicht einfach gewesen, eine Stelle zu finden, und viel weniger in der finanziellen Unterstützung einer

Weiterbildung. Also man hat einen riesigen Kampf, überhaupt eine Stelle zu finden. Daran muss man arbeiten und nicht die Weiterbildung unterstützen. Denken Sie bitte an die Stipendien, weil ich weiss das aus eigener Erfahrung, weil ich auch über Stipendien manchmal habe entscheiden dürfen, dass es die wirklich gibt und die wirklich auch fest nicht gebraucht werden. Das ist eine Tatsache, glauben Sie mir, das ist so.

Und darum ist die LDP ganz klar für, wenn überhaupt, eine Überweisung als Anzug und wenn man es dann ganz abschreiben will, vertraue ich auch unserer Exekutive, dass im Gesundheitsdepartement gearbeitet wird. Als Anzug sind wir auch einverstanden, aber sicher nicht als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Amina Trevisan. Sie wird angenommen.

Amina Trevisan (SP): Ich möchte ungern Berufe gegeneinander ausspielen, aber eine Lehrperson, die zum Beispiel Germanistik studiert hat und dann Gymnasiallehrerin werden will, verfolgt eine Ausbildung, die auch staatlich finanziert wird. Wo ziehen Sie die Grenze?

Raoul I. Furlano (LDP): Das ist ja genau das, was ich Ihnen vorwerfe, dass Sie keine Grenzen ziehen und das ist das Problem. Wo ziehen wir die Grenzen? Ich weiss es eben auch nicht. Ich würde sie relativ straff ziehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Amina Trevisan beantragt die Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 53 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006379, 09.04.25 17:29:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion und stillschweigende Überweisung an den den Regierungsrat

Frist 4 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 53 gegen 36 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gibt es einen Antrag auf Nichtüberweisung der Motion? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit haben Sie die Motion stillschweigend dem Regierungsrat überwiesen.

42. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Stellungnahme des RR

[09.04.25 17:29:35, 24.5303.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrat Lukas Engelberger wünscht das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir stellen fest, wir sind heute in einer eigentlichen Psychotherapiesession. Es geht weiter zum selben Thema und ich ich wiederhole mich, dessen bin ich mir bewusst. Der Regierungsrat anerkennt selbstverständlich die Herausforderungen und auch deren Dringlichkeit. Wir sind auch hier der Meinung, dass wir besser vorwärtskommen im Thema, wenn wir diesen Auftrag hier von Ihnen als Anzug entgegennehmen dürfen. Wir sind seit einiger Zeit intensiv im Gespräch seitens Gesundheitsdepartement mit Partnerdepartementen, also insbesondere JSD und ED, aber auch den Psychiatrien, sowohl der UPK wie auch den niedergelassenen, und dort hat sich gezeigt, dass besonders die vulnerablen Familien, insbesondere Kinder und Jugendliche bei der Suche nach Therapieplätzen vor grossen Herausforderungen stehen. Das hatten wir bereits in unserer Session heute und das kann ich auch an dieser Stelle unterstreichen, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, sind wir an der Arbeit. Ich kann hier wirklich verweisen auf das zuvor Gesagte, auch auf diese Arbeiten am Monitoring und an der Vernetzung, die wir unter dem Titel des Budgetpostulats Rechsteiner Ihnen schon beschreiben konnten.

Und deshalb sind wir der Auffassung, dass es nicht sinnvoll ist, jetzt in der Form der Motion noch einen weiteren Auftrag innerhalb eines Jahres formalisiert zu verabschieden, wo wir dann zusätzlich noch einmal berichten, sondern wir würden eher dann einen Bericht sehen in Form des Anzugs im Zusammenhang mit anderen Geschäften, die wir Ihnen dann zur Kenntnis bringen können.

Das wäre für uns zweckdienlicher und deshalb möchte ich beliebt machen, uns dieses Geschäft als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Die meisten von uns kennen die Zahlen, wir kennen die Herausforderung und wir wissen, die psychische Belastung in unserer Gesellschaft nimmt stetig zu, besonders bei Kindern und Jugendlichen. Zwischen 2012 und 2022 ist die Zahl der Patientinnen und Patienten in ambulanten Psychotherapien um 44 Prozent gestiegen, bei Kindern und Jugendlichen sogar um 76 Prozent. Das ist kein vorübergehendes pro Phänomen, sondern ein strukturelles Problem.

Der Regierungsrat anerkennt dieses Problem, das hat uns Regierungsrat Lukas Engelberger bereits gesagt. Er verweist dabei auf laufende Programme, Monitoringprojekte und Dialoge in Fachstellen. Das ist wichtig und das ist richtig, aber unseres Erachtens reicht es nicht, denn Menschen in akuten Krisen warten zu lange auf Hilfe. Besonders vulnerable Gruppen wie traumatisierte Betroffene häuslicher Gewalt fallen durch die Marschen.Lange Wartezeiten führen nicht nur zu individuellem Leid, sondern auch zu enormen gesellschaftlichen Folgekosten. Allein Gewalt in Paarbeziehungen verursacht schweizweit pro Jahr bis zu 287 Millionen Franken. Ein Teil dieser Kosten könnten mit einem besseren Versorgungsangebot vermieden werden.

Und ja, es gibt bereits Programme, doch sie gehen offensichtlich nicht weit genug. Was fehlt, ist ein konkreter koordinierter Ausbau der ambulanten Therapieplätze. Die Motion verlangt genau das, ein Konzept, das kurz- und langfristig mehr Kapazitäten schafft, mit Einbezug aller relevanten Akteure und innovativen Versorgungsformen wie digitalen oder hybriden Angeboten. Der Regierungsrat sagt, eine Erweiterung könne bestehende Prozesse beeinträchtigen. Da frage ich zurück: Was nützt am Ende mehr, eine zusätzliche Massnahme zur konkreten Verbesserung oder das weitere Zuwarten, während Menschen auf Hilfe warten.

Deshalb bitte ich Sie, geben wir dieser Motion die Zustimmung, nicht gegen den Regierungsrat, sondern gemeinsam mit ihm für eine Gesundheitsversorgung, die die Realität aufnimmt und für eine Gesellschaft, die hinschaut und handelt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Ich kann mich meinem Vorredner nur anschliessen. Wer heute psychisch erkrankt ist, braucht Geduld. Es fehlen ambulanten Psychotherapieplätze, es gibt eine Wartezeit von bis zu neun Monaten und nicht alle haben einen Zugang zur psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung. Wir haben es mehrmals schon gehört, ich glaube heute in diesem Parlament anerkennen wir einfach die Notwendigkeit, zu handeln. Nicht, dass der Regierungsrat bis jetzt nicht genügend geleistet hätte, aber es braucht einfach noch mehr Effort.

Dabei gilt auch für die psychischen Erkrankungen. Je früher sie behandelt werden, desto besser die Heilungschancen. Zudem entstehen weniger gesellschaftliche Folgekosten, wenn Menschen mit psychischen Problemen einfacher und schneller Zugang zur Psychotherapie erhalten. Menschen fallen weniger aus ihrem Berufsleben heraus, müssen weniger IV beziehen. Kinder und Jugendliche können besser mit den Herausforderungen in der Schule, Berufslehre und Gymnasium um gehen und schliessen eher eine Ausbildung ab.

Ja, es braucht dringend Handlungsbedarf auf der politischen Ebene. Der Zugang zu psychotherapeutischen Leistungen muss deshalb vereinfacht werden und es gilt, eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Die SP-Fraktion anerkennt gleichwohl alle bisherigen Bemühungen und laufenden Programme des Gesundheitsdepartements, um eine ausreichende psychotherapeutische Versorgung zu gewährleisten und dem Therapieplatzmangel entgegenzuwirken. Die laufenden Massnahmen sind wichtig und sollen weitergeführt werden. Die SP-Fraktion ist dennoch für die Zweitüberweisung der vorliegenden Motion Beat Braun. Es braucht zusätzlich ein Konzept, das konkret darlegt, wie die Zahl der ambulanten Therapieplätze kurz- und langfristig erhöht werden kann. Uns ist bewusst, die Frist von nur einem Jahr für die Erarbeitung eines Konzeptes kann eine Herausforderung sein, aber angesichts der Dringlichkeit, Lösungen für die mangelnden Psychotherapieplätze zu finden, erachten wir die Frist als einhaltbar. Um eine nachhaltige und gezielte Verbesserung der Situation zu erwirken, bitten wir sie deshalb um eine erneute und definitive Überweisung der vorliegenden Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Christian Mösch und weitere beantragen die Überweisung als Motion. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006382, 09.04.25 17:38:09]*

Der Grosse Rat beschliesst Weiterbehandlung als Motion und stillschweigende Überweisung an den den Regierungsrat

Frist 4 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 57 gegen 33 Stimmen für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Wenn ich es richtig sehe, wird auch hier kein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. Sie haben deshalb die Motion dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

43. Interpellation Nr. 15 Jo Vergeat betreffend Beratungen ungewollte Schwangerschaften, Schreiben des RR

[09.04.25 17:38:33, 25.5100.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich sage es vorweg, ich bin teilweise zufrieden mit der Interpellationsantwort. Ich bin sehr froh, dass die Regierung anerkennt, dass die Sicherstellung von Schwangerschaftsabbrüchen und eines Beratungsangebot bei ungewollten Schwangerschaften gewährt werden muss. Es gibt kaum eine vulnerablere Situation als eine ungewollte Schwangerschaft, ich kann das aus eigener Erfahrung sagen, und die aktuelle Weltlage führt eher dazu, dass es wieder eine grössere Tabuisierung und Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen gibt, und diese Stigmatisierung und Tabuisierung hat gravierende Folgen für die psychische Gesundheit und die Zugänglichkeit des Angebots. Umso mehr besorgen mich Medienberichterstattungen, die die Sicherstellung dieses Angebots in unserer Stadt in Frage stellen. Ich bin sehr froh um diese ausführlichen Antworten. Vieles davon ist für mich sehr klar, auch, dass man entsprechend mit Blick auf Datenschutz und die Anonymität keine gross ausgeführten Qualitätsstudien durchführen kann. Ich frage mich dennoch, wie

eine Qualitätssicherung in Zukunft gewährt werden kann, wie wir diese Qualität auch kontrollieren können, von der der Regierungsrat in seiner Antwort sehr überzeugt ist, weil, auch wenn man das Monitoring der sexuellen Gesundheit Schweiz anschaut, dann geht es dabei eigentlich nicht um eine Qualität der Beratungsstellen oder des Austausches, sondern es sind einfach quantitative Zahlen, die da erfasst werden und die geben auch keinen Rückschluss auf die einzelnen Beratungsstellen.

Ich selbst habe mit Erstaunen festgestellt, dass die Zahlen der Beratungen oder in Anspruch genommenen Beratungen im Kanton Basel-Stadt scheinbar sich diametral entwickeln zu den Zahlen im Rest der Schweiz, wo eine Zunahme ersichtlich ist laut dem Monitoring der sexuellen Gesundheit Schweiz, und ich frage mich hier insbesondere, ob man sich wirklich so sicher sein kann, dass das ein Zeichen für einen niederschwelligen Zugang des Beratungsangebotes ist. Mittlerweile, vielleicht hat es darum auch so lange gedauert bis eine Antwort vorgelegt wurde, ist die Website ein bisschen angepasst. Es gibt nicht mehr mehrere Begriffe auf dem Unispital, somit hat sich die Interpellation ja schon mal gelohnt. Auf der anderen Seite ist es für mich ganz klar, dass wir diese Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen, zu Beratungen für bei einer ungewollten Schwangerschaft als Kanton so angehen müssen und so kommunizieren müssen, dass es eben auch zeigt, dass wir als Gesellschaft mit diesem Thema offen umgehen und es zugänglich machen. Ich habe auch festgestellt, dass es, soweit ich das verstanden habe, keine englische Version dieser Homepage gibt, oder ich habe das zumindest nicht gefunden im Vergleich zum Kanton Basel-Landschaft, wo man wirklich fast in allen Sprachen die Anlaufstelle und die Angaben dazu finden kann auf ihrer Hallo Baselland-Homepage, die ich sowieso sehr stark finde was die Niederschwelligkeit und Zugänglichkeit angeht.

Ich mache mir Sorgen, dass diese sinkenden Zahlen eigentlich eher ein Zeichen dafür sind, dass wir eben nicht genügend zugänglich und niederschwellig sind und dass wir diese Menschen nicht erreichen. Und es ist mir ein grosses Anliegen und ich habe den Regierungsrat auch so verstanden, dass man diese fast schon Euphorie, in der hier kommuniziert wird, dass die Behandlungen heruntergehen, dass der Regierungsrat das auch eng begleitet und vielleicht sich auch wirklich noch einmal mit dem Unispital auseinandersetzt, wie man da eine solche Klärung dieser sinkenden Zahlen durchführen kann.

Zuletzt zu den Stellenprozenten. In einem so vulnerablen Bereich muss man wirklich ein gutes Bewusstsein für die Gespräche und für das Vorgehen, die Prozesse haben. Ich finde es toll, gibt es Flexibilität im Team. Ich mache mir aber auch ein bisschen Sorgen, wer dann hier wirklich die Verantwortung für diesen Posten trägt und hier auch das Konzept so durchführt und ich hoffe in diesem Sinne, dass sich der Regierungsrat da auch weiterhin gut informiert und dabei bleibt und wir den Anschluss nicht verlieren und nicht am Schluss die basel-städtischen Personen lieber nach Basel-Landschaft oder nach Binningen gehen, weil da die Zugänglichkeit so niederschwellig und so toll umgesetzt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Auf der Besuchertribüne begrüsse ich nun die Alliance Française de Bâle. Herzlich willkommen bei uns im Rathaus, Sie werden im Anschluss noch eine Rathausführung geniessen. Herzlich willkommen bei uns.

44. Interpellation Nr. 28 Christine Keller betreffend möglicher Interessenkonflikte hinsichtlich aktueller und neuer Tätigkeit der Direktoren von USB und UPK, Schreiben des RR

[09.04.25 17:44:15, 25.5136.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt, die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Christine Keller (SP): Ich habe ja nach potenziellen Interessenkonflikten gefragt, ohne jede Unterstellung an die real betroffenen Personen, auf höchster Ebene bei den Wechseln in den Spitälern Unispital und UBK. Ich danke für die Informationen, erkläre mich jetzt schon als teilweise zufrieden mit Tendenz zu nicht zufrieden, aber für das Protokoll teilweise zufrieden.

Der Regierungsrat verweist die Verantwortlichkeit an den Verwaltungsrat. Das mag mich nicht ganz zu befriedigen, denn der Regierungsrat hat ja schon im Rahmen der Eignerstrategie konkret 4.2 derselben eine Aufsichtsfunktion, gerade was eben Public Governance betrifft, zusammen mit dem Grossen Rat und dessen Aufsichtskommissionen. Es ist eigentlich selbstverständlich und soll wirklich nicht in Abrede gestellt werden, dass der scheidende Direktor des USB, Herr Werner

Kübler, sich nicht beteiligt an Entscheiden betreffend SWICA. Aber damit ist das hinsichtlich Compliance noch nicht wirklich sichergestellt. Wo ist eine Kontrolle?

Dann bin ich wirklich nicht zufrieden mit den Ausführungen zur Frage 5 betreffend den Regularien für vergleichbare Fälle potenzieller Interessenkonflikte. Hier wird festgehalten, dass die Public Corporate Governance-Richtlinien eben keine Regelungen zum Thema erhalten und dass daher subsidiär das OR gilt. Der Verweis ans OR stösst aber ins Leere, weil das OR ja lediglich legiferiert hat, dass ein Konkurrenzverbot gewisse Grenzen hat, aber eben keines vorsieht ohne ausdrückliche Abrede. Deswegen hilft es nicht viel zu sagen, dass subsidiär das OR gilt, gelten tun lediglich allgemeine Geheimhaltungspflichten. Und offenbar auch im Personalgesetz des Kantons – ich habe hier auch nach dem Kanton gefragt – fehlen Regelungen ausser eben der Verschwiegenheit. Also ist hier hier diesbezüglich nichts geregelt. Dennoch findet aber der Regierungsrat, es bestehe kein Handlungsbedarf. Somit bin ich mit diesem Teil der Antwort nicht zufrieden und vielleicht werden wir das Thema wieder einmal aufgreifen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

45. Motion Beat K. Schaller und Konsorten betreffend keine Allmendgebühren bis zur vollständigen Erholung des Gewerbes nach der Coronakrise, Stellungnahme des RR

[09.04.25 17:47:36, 20.5484.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderen Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst stillschweigend,

die Motion wird als erledigt abgeschrieben.

46. Interpellation Nr. 157 Luca Urgese betreffend Schluss mit dem App-Wildwuchs im öffentlichen Verkehr!, Schreiben des RR

[09.04.25 17:48:04, 25.5507.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Luca Urgese (FDP): Das Ende der Lebensdauer von Basel und Regio wäre eine Chance, dass die BVB und die BLT und idealerweise auch andere Verkehrsbetriebe im Tarifverbund Nordwestschweiz sich zusammenschliessen und eine gemeinsame Fahrplan-App betreiben. Ich würde sagen, mit den bestehenden Apps sind alle Bedürfnisse der Fahrgäste zur Genüge abgedeckt und es ist nicht ersichtlich, weshalb jetzt die BVB noch einmal eine neue, eine separate Lösung braucht, um eben diese Bedürfnisse nochmals zu erfüllen.

Eine separate Lösung, die wir wir nachlesen können zudem eine All-in-One-Lösung sein soll, das heisst also sowohl der Fahrplan, also auch der Ticketverkauf sollen in einer App enthalten sein, währenddem sich die BLT dazu entschieden hat, das in zwei separaten Apps zu betreiben. Und es hat sinen Grund, wieso das in zwei Apps betrieben wird. Fasst man das in einer App zusammen, ist es technisch komplexer, das zusammenzufassen und damit auch deutlich teurer.

Wenn wir jetzt nachlesen, dass die BVB bis Ende 2024 eine Marktsondierung durchgeführt hat, dann hat sich aus dieser Sondierung, da bin ich sehr fest überzeugt davon, sicher nicht ergeben, dass die BVB unbedingt eine eigene App haben muss. Die Nutzer wollen einfach eine Fahrplan-App haben, aber wer genau der Absender ist, ist ihnen wahrscheinlich eher egal.

Warum also soll es jetzt diese eigene App geben? Ein Grund wird wohl sein, dass die BVB die Kosten relativ einfach abwälzen kann. Das wurde vom Regierungsrat auch ausgeführt. Es wird finanziert über die Einnahmen der Billett- und

Aboverkäufen, also von den Nutzerinnen und Nutzern, und weiter wird ausgeführt, dass das dann auch über die Abgeltung, also über Steuereinnahmen finanziert wird, sprich von uns allen. Und ich kann jetzt schon sagen, sollte das dann tatsächlich so sein, behalten wir uns als FDP vor, bei der Diskussion über die nächste Abgeltung einen entsprechenden Kürzungsantrag zu stellen.

Und dann – und das leuchtet mir aber schon eher ein – kommt diese ganze Frage der Provisionierung, also dass man da an den Provisionstopf, der dann vielleicht irgendwann in naher Zukunft entstehen wird, herankommen kann. Und ich bin überzeugt, es sollte doch möglich sein in unserer Region, dass man im Tarifverbund Nordwestschweiz eine gute gemeinsame Lösung finden kann, wo man sich in einer gemeinsamen App sicher auch auf die Verteilung dieser Provisionen einigen kann. Das ist sinnvoller als Alternative zur SBB-App, die hier ja genannt wird, die sozusagen ein Konkurrenzprodukt ist, wo über die Provisionen konkurriert wird. Es ist besser, wenn es eine App aus der Region gibt, die mit der SBB konkurriert. Aber je mehr regionale Apps wir haben, desto stärker ist die Marktposition der SBB-App.

Der Regierungsrat sagt, diese Idee, die die BVB hier im Kopf hat, ist ungünstig. Ich würde sogar weitergehen und sagen, das ist einfach nicht aus Nutzersicht gedacht, sondern rein aus lokalem Prestigedenken. Und das muss sich ändern. Ich habe hier eine klare Erwartung an die Basler Verkehrsbetriebe. Macht das gemeinsam mit der BLT.

Und nun stellt sich die Frage, ob ich zufrieden bin mit dieser Interpellationsbeantwortung. Ich muss sagen, das hängt jetzt davon ab, was die BVB in der Folge dann machen wird in der Kenntnis der Haltung des Regierungsrates, der das eben ungünstig findet. Insofern kann ich nicht zufrieden sein, solange ich nicht weiss, wie das herauskommt und bekenne mich deshalb als teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist es erledigt.

47. Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR

[09.04.25 17:52:35, 24.5396.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt ihm diese nicht zu überweisen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie wissen alle, dass wir im Jahr 2022 eine personelle Krise im Bauinspektorat hatten. Das hat dazu geführt, dass die Dossiers sehr lange liegen blieben und wir haben damals mit Sofortmassnahmen reagiert. Wir haben uns selbstverständlich personell verstärkt, aber wir haben eben auch die bisher relativ starre Gebietszuteilung geöffnet mit dem Ziel, dass ein Dossier, das eingereicht wird, eben an den nächsten freien Bauinspektoren, an die nächste freie Bauinspektorin weitergegeben wird, so dass Sie beispielsweise nicht benachteiligt sind, wenn Sie in einem Quartier wohnen, wo eben aktuell sehr viel gebaut wird.

Diese Massnahmen haben Wirkung gezeigt. Wir konnten die Bugwelle mit älteren Dossiers abarbeiten und auch die Erfüllungsfrist hat sich erholt. Wir haben auch Justierungen vorgenommen. Also vielleicht vorab, es ist sowieso wichtig zu wissen, häufig herrschte die Meinung vor, dass ein Dossier dann von einem zum anderen Bauinspektor geht. Das ist natürlich nicht der Fall. Ab dem Moment, wo Sie ein Dossier einreichen, haben Sie dieselbe Bauinspektorin, denselben Bauinspektor. Jetzt gab es noch die Frage nach den Vorbesprechungen, also den Wunsch, dass auch bei den Vorbesprechungen dieselbe Person sich das Dossier anschaut. Auch da haben wir nachgebessert. Man kann jetzt über die Onlinebuchung Termine buchen und da auch Personenwünsche angeben.

Also Sie sehen, wir reagieren auch auf diese Inputs und wir werden weitere Justierungen vornehmen. Wir sind auch mit den Fachverbänden, mit dem SIA, mit dem BSA in Kontakt. Aber mit dieser Motion greifen Sie wirklich stark auch in die Freiheit des Regierungsrat ein, die Verwaltung zu organisieren, auch effizient zu organisieren, und deshalb stuft auch der zentrale Rechtsdienst diese Motion als unzulässig ein.

Ich möchte aber nicht so sehr formell argumentieren, sondern Ihnen eben sagen, dass wir das weiter beobachten, aber dass wir doch sehen, dass die Bugwelle abgearbeitet werden konnte, dass eine Effizienzsteigerung möglich ist, dass heute auch angesichts der vielen Teilzeitarbeitenden dieselbe Aufteilung wie früher wirklich einfach schwierig ist und deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Sprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ich kann es vorwegnehmen, mein Mitmotionär und ich beantragen Weiterbehandlung als Motion, und das ist wahrscheinlich darum befremdlich für die Regierung, weil sie ja findet, die Motion sei rechtlich nicht zulässig. Wir sehen das eben anders. Es geht um die alte Frage, ob die Motion hier das richtige Instrument ist oder ob eine Motion der reinen juristischen Lehre genügen muss oder ob es eben auch ein politisches Signal ist, und leider müssen wir aufgrund der Beantwortung diesen Antrag stellen auf Weiterbehandlung als Motion. Sie werden sich erinnern, wir hatten es schon mal von den Öffnungszeiten des BGI. Das war genau dieselbe Situation. Man sagte damals, das sei operativ, lassen Sie uns das selber machen, wir wissen wie es geht. Und wir haben die Motion zum zweiten Mal als Motion überwiesen, und es war dann einfach mal klar, dass hier etwas umzusetzen ist, was ein politischer Wille des Parlaments ist.

Also Mühe macht offenbar der operativen Charakter der Motion. Ich habe bei der Erstüberweisung gesagt, es gehe um einen Wink mit dem Zaunpfahl, der zum Zeitpunkt der Zweitüberweisung durchaus abgeschwächt werden darf, falls der Wink bis dann verstanden wurde. Wenn ich sehe, wie medial und auch jetzt wieder daran festgehalten wird, dass diese Aufhebung der Gebietszuteilung wirklich gut war oder dass man das so regeln müsste, dann sind wir eben dafür, dass heute nochmals ein deutliches Zeichen gesetzt werden muss wie bei den Öffnungszeiten. Ich denke auch, die Begründung der Unzulässigkeit war wohl ein Copy Paste aus jener Motionsbeantwortung.

Nun, solange sich ein Departement ziemlich beratungsresistent gibt – die Gebietszuteilung ist ja etwas abgeschwächt worden – und eine gewisse Schwerhörigkeit aufweist für die Anliegen seiner Kunden, muss Abs. 1 bis von § 42 der Geschäftsordnung leider extensiv ausgelegt werden und muss das Parlament manchmal das Skalpell auch für kleine Einschnitte anlegen. Mir wäre auch lieber, es wäre anders und dieses Inspektorat würde so funktionieren, wie man sich dies wünschen würde.

Es muss ja keine starre und unflexible Lösung sein mit dieser Gebietszuständigkeit, organisatorisch ist da viel möglich, beispielsweise eine Stellvertretungsregelung mit Haupt- und Ersatzzuständigkeit, die Rücksicht auf die aktuelle Belastungssituation nehmen kann. Aber die Gebietszuteilung ist eben auch wichtig. Ich erinnere daran, dass sie für Gebiete, in denen die gleichen Regeln nach Bau- und Planungsgesetz gelten, sinnvoll sein kann, nicht aber für Spezialvorschriften, für Bebauungspläne wie die Zonenordnung der Landgemeinden oder eben komplexe Bebauungspläne und andere Dinge, bei denen es keinen Sinn macht, dass sich eine nach oben offene Anzahl Bauinspektorinnen und Bauinspektoren in diese Dinge vertiefen.

Problematisch ist, es wurde erwähnt, dass Gesuchstellende bei Beratungen und Baubegehren in der Regel nicht mehr auf denselben Bauinspektor respektive dieselbe Bauinspektorin treffen. So kommt es dem Vernehmen nach wiederholt vor, dass die beratende Person eine Aussage macht, das anschliessende Baubegehren aber anders beurteilt wird. Das ist für die Bauherrschaft sehr ärgerlich und verursacht Mehrfachaufwand. Dass das jetzt erkannt wurde und hier Abhilfe geschaffen werden soll, hören wir gern, dennoch braucht es aus unserer Sicht diese Zweitüberweisung. Zudem wurde die Abschaffung der Gebietszuweisung offenbar ohne Vernehmlassung bei den mitwirkenden Behörden und bei den Branchenorganisationen beschlossen. Usanz wäre, dass sich die Betroffenen äussern können. Das hätte geholfen, unter Beachtung der verschiedenen Aspekte eine optimale Lösung zu finden.

Ich beantrage Zweitüberweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir fahren morgen um 9 Uhr weiter mit Patrizia Bernasconi. Ich wünsche einen schönen Abend.

Schluss der 10. Sitzung

17:59 Uhr

Protokoll

der 11. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 10. April 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Tobias Christ (GLP), Raffaela Hanauer (GP), Beda Baumgartner (SP), Heidi Mück (BastA), Nicola Goepfert (BastA), Annina von Falkenstein (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

47. Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR 2
48. Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen, Stellungnahme des RR 8
49. Anzug Ivo Balmer und Konsorten betreffend mehr Transparenz auf dem Grundstücksmarkt, Schreiben des RR 10
50. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend politische Plakatierung durch die APG, Schreiben des RR 14
51. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend attraktivere Innenstadt in den Sommermonaten durch Sonnensegel, Schreiben des RR 15
52. Interpellation Nr. 8 Daniel Seiler betreffend monatelanges Provisorium bei der Tramhaltestelle St. Jakob, Schreiben des RR 17
53. Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen, Stellungnahme des RR 17
54. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel, Stellungnahme des RR 20
55. Budgetpostulat 2025 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt), Schreiben des RR 24
56. Budgetpostulat 2025 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS), Schreiben des RR 25
57. Motion Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen, Stellungnahme des RR 26
58. Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend gezielte Unterstützungsmassnahmen für Junge Lehrpersonen während des Studiums, Stellungnahme des RR 30
59. Motion Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR 32

Beginn der 11. Sitzung

Donnerstag, 10. April 2025, 09:00 Uhr

47. Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR

[10.04.25 09:00:11, 24.5396.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Hinweis auf einen Anlass der Kulturgruppe: Der erste Anlass der Kulturgruppe findet in der Fondation Beyeler neu am Donnerstag, 26. Juni, 18 Uhr 30 und nicht wie ursprünglich kommuniziert am 14. Mai statt. Anmelden für den Anlass können Sie sich bei Joël Thüring.

Erste Grossratspräsidentin: Vielleicht haben Sie sie übersehen, aber auf den letzten Stufen zum Grossratssaal in der Eingangshalle sind Sie vorher am Bronzeporträt von Gertrud Spiess vorbeigelaufen. Heute vor 50 Jahren, am 10. April 1975, hat der Grosse Rat sie zur ersten Grossratspräsidentin gewählt. Gertrud Spiess wurde damit auch die erste Präsidentin eines Deutschschweizer Kantonsparlaments. Die Gymnasiallehrerin und CVP-Vertreterin gehörte 1968 zu den ersten Frauen, die in den Grossen Rat einziehen konnten, und im Jahr ihres Grossratspräsidiums 1975 wurde Gertrud Spiess dann auch zur ersten Basler Nationalrätin gewählt. Werfen Sie beim Verlassen des Rathauses doch wieder einmal einen Blick auf die Pionierin der Basler Politik. Sie ist bis heute die einzige Politikerin, die in der reichen Bilderwelt des Rathauses Sichtbarkeit erhalten hat. Die Büste schmückt die Eingangshalle seit 2018 zum Anlass 50 Jahre Frauen im Basler Parlament. Beim Eingang liegen die Broschüren dazu auf.

Dies waren meine Mitteilungen (*Applaus)*. Wir fahren fort mit Traktandum 47. Herr Gmür hat sich gestern noch gemeldet als Fraktionssprecher. Dann haben wir die Reihenfolge wieder genau so hergestellt, wie wir sie gestern verlassen haben.

Dann bitte ich nun die Patrizia Bernasconi als Fraktionssprecherin der BastA nach vorne.

Patrizia Bernasconi (BastA): In den letzten Jahren stand das Bau- und Gastgewerbeinspektorat immer wieder im Zentrum öffentlicher Diskussion und stand massiv unter Beschuss. Das BGI war im weitesten Sinn nicht erreichbar, die Pendenzenliste wuchs stetig und die Wartezeit auf eine Bearbeitung von Gesuchen nahm dramatisch zu. Der Grund dafür lag vor allem in der Tatsache, dass viele Stellen, aus welchen Gründen auch immer, im BGI vakant waren und dazu kam eine hohe Abwesenheitsquote aufgrund von Krankheit. Die Situation im BGI war also alles andere als zufriedenstellend.

Im Jahr 2022 hörten wir von Seiten der Regierung immer wieder beschönigende Aussagen über sogenannte Engpässe, doch in Realität sah es anders aus. Es ging schlichtweg nichts mehr voran. In der Folge berichteten sowohl die Geschäftsprüfungskommission als auch die Finanzkommission über die schwierige Lage und die damit verbundenen Probleme. Doch im Laufe des Jahres 2023 zeigte sich ein Wendepunkt. Die Situation begann sich allmählich zu beruhigen und stabilisieren. Neue Stellen wurden geschaffen, vakante Positionen wurden besetzt und ein neues System zur Bearbeitung der Gesuche wurde eingeführt. Das haben wir gestern auch von Regierungsrätin Esther Keller gehört. Diese Massnahmen führten dazu, dass die Pendenzenliste allmählich abgebaut werden konnte. Doch auch wenn sich die Lage verbessert hat, kann es sein, dass es noch immer nicht perfekt ist.

Trotzdem erkennen wir die neuen Ansätze der Regierungsrat als sinnvoll an. Das neue System ist effizienter, es ermöglicht den Bauinspektor:innen ein umfassendes Wissen über die gesamte Stadt zu erlangen. Stellvertretungen sind nun einfacher möglich, die Wartezeiten werden verkürzt. Wenn das Problem aber darin besteht, dass den Bauherrschaften, je nach Quartier, Ansprechpartner:innen fehlen, sollte eine Lösung in dieser Richtung gefunden werden, anstatt das gesamte System in Frage zu stellen. Es ist wichtig, dass wir nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die neue Praxis bietet durchaus Potenzial, wenn wir gezielt an noch bestehenden Schwachstellen arbeiten. Und das hat Regierungsrätin Esther Keller in Aussicht gestellt, beziehungsweise sie ist schon daran, wie sie gestern erwähnt hat.

Deshalb stimmen wir dem Antrag des Regierungsrats zu. Wir sind der Überzeugung, dass diese Änderungen eine positive Entwicklung darstellen und der weiteren Verbesserung des BGI dienen. Auf die Frage, ob die Motion rechtlich zulässig ist

oder nicht, gehe ich nicht ein, nicht weil ich mit dem Regierungsrat einverstanden bin, sondern weil die Frage über die Wirkung von Motionen auf das Funktionieren der Verwaltung immer noch nicht geklärt ist, und da haben wir ständigen Streit zwischen Regierungsrat und Grossem Rat. Aus diesem Grund gehe ich jetzt darauf nicht ein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Daniel Gmür für die SP.

Daniel Gmür (SP): Ich darf Ihnen im Namen der SP-Fraktion die Überweisung als Motion nahelegen. Zuerst und ein weiteres Mal, wir haben es schon gehört, zur rechtlichen Zulässigkeit diese Motion: Ich werde mich kurz dazu äussern, auch wenn wir schon gehört haben, dass es immer wieder ein Problem ist.

Sie sehen mich zum ersten Mal hier vorne und wissen deswegen wahrscheinlich, dass das meine erste Legislatur ist und ich bin noch nicht so lange in diesem Rat und trotzdem jetzt bin ich schon an diesem Punkt angelangt, wo ich wirklich erstaunt bin, wie oft angeblich eine Motion in diesem Rat unzulässig ist und wie oft sie dann trotzdem überwiesen wird. Zugegebenermassen verlangt ja diese Motion einen Eingriff in die Verwaltungsorganisation. Ja, das ist so. Was die Motion aber hier im Ergebnis verlangt, ist zu vergleichen mit einer örtlichen Zuständigkeit in einer Verwaltungseinheit. Das mag die Verwaltungsjurist:innen im kleinräumigen Kanton Basel-Stadt vielleicht ein bisschen überraschen, aber schauen wir in grossräumigere Kantone, dann sehen wir da sehr oft eine Bezirkseinteilung in diversen Verwaltungseinheiten, und wieso dürfen wir das nicht per Motion in Basel-Stadt einführen?

Wenn ich mir anschaue, wo die Zulässigkeit einer Motion wirklich streitig ist und was hier manchmal die Lösungen sind, die präsentiert werden, dann komme ich zum Schluss, dass ich glaube, dass das Argument der rechtlichen Zulässigkeit doch sehr oft übereinstimmt mit dem Einverständnis zur Motion, inhaltlich selbst. Das sehen wir, wenn es kein Problem war, per Motion die Auslagerung einer Verwaltungseinheit in eine andere zu machen. Das haben wir zum Beispiel bei der Kriminalpolizei gesehen, das sehen wir auch, wenn wir zum Beispiel bei einzelnen Ratsmitgliedern sehen, dass sie bei ihren eigenen Motionen, zum Beispiel zu den Öffnungszeiten im BGI, wenn ich wörtlich zitieren darf, sagen: «Selbstverständlich darf der Grosse Rat hier übersteuern, der Grosse Rat-Gang bei jeder Tätigkeit der Verwaltung übersteuern.» Ein paar Jahre später steht der gleiche Ratskollege hier und sagt, dass wir zwar die Öffnungszeiten übersteuern dürfen, aber nicht örtliche Zuständigkeiten einführen.

Ich sehe das ein bisschen weniger absolut als dieser Ratskollege ähnlich, gehe aber davon aus, dass wir als Rat, der die Oberaufsicht über die Verwaltung hat, auf jeden Fall ab einem gewissen Punkt mit der stärksten Mittel, einer Motion, eingreifen dürfen. Nun jedenfalls scheint mir vor diesem Hintergrund und aus demokratiepolitischer Sicht klar, dass wir als Oberaufsicht in einer Funktion sind, in der wir dazu schauen müssen, dass wir im Zweifelsfall für die Zulässigkeit gesetzgeberischer Tätigkeit votieren.

Nun inhaltlich zur Motion: Der Leidensdruck ist gross, der Leidensdruck ist so gross, dass wir ein starkes Mittel wie zum Beispiel das Mittel der Motion wählen müssen. Ja, auch ich stelle in Frage, ob das Gebietsprinzip das Allerheilmittel ist. Was ich aber sehe, ist, dass der Regierungsrat sich weigert, hier eine Alternativlösung zu bringen. Hätten die Motionäre ein besseres Mittel wählen können? Ja, vielleicht. Hat der Regierungsrat uns ein besseres Mittel präsentiert? Nein, hat er nicht. In diesem Rat wurde Ihnen ja die im Mai 2024 publizierte Umfrage des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein SIA Basel präsentiert, wo Sie gesehen haben, dass das BGI die Note ungenügend erhält. 89,1 Prozent der mindestens 160 Befragten haben explizit die Abschaffung des Gebietsprinzips als nicht zielführende Massnahme eingeschätzt.

Es ist nicht nur so, dass Anfragen beim BGI verzögert beantwortet werden. Ich habe Erfahrungsberichte bekommen, dass gewisse Anfragen gar nicht mehr beantwortet werden oder einfach pauschal auf das generelle Baubegehren verwiesen wird. Mit dem gefallenen Gebietsprinzip scheint sich irgendwie eine Verantwortungsdiffusion im BGI eingeschlichen zu haben. Die Dienstleistungsorientierung des BGI wurde dadurch massiv geschwächt. Da sich der Regierungsrat gegen eine Lösung zu wehren scheint, ist wie gesagt hier das Mittel der Motion mit einer konkreten Massnahme das einzig Gewinnbringende, um etwas in Bewegung zu bringen.

Da das Gebietsprinzip dann als Mittel eingeschätzt wurde, dessen Abschaffung eine Schwächung der Dienstleistungsorientierung gebracht hat, erscheint uns durchaus angebracht, dieses Mittel wieder einzuführen. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Rat hier für Alternativvorschläge offen ist. Deswegen, Frau Regierungsrätin, ein Appell ganz persönlich von mir, wenn Sie bessere Lösungsvorschläge bringen, bin ich davon überzeugt, dass dieser Rat diese seriös prüfen will. Solange das nicht so ist, ist es halt das Gebietsprinzip.

Das regierungsrätlich angeführte Argument der Arbeitgeberattraktivität scheint mir jedenfalls in keinem Widerspruch zu sein zum Gebietsprinzip. Die Motion verlangt nicht, dass eine Einzelperson mit einem 100 Prozent Pensum für ein Gebiet zuständig sein muss, und wenn die Stellungnahme des Regierungsrats meint, Schwankungen können durch das Gebietsprinzip besser aufgefangen werden, möchte ich auch hier explizit auf die Motion verweisen, die explizit vorsieht, dass

es auch gebietsunabhängige Springer:innen geben soll. Was haben wir also hier? Die Wiedereinführung des Gebietsprinzips mit den gebietsunabhängigen Springer:innen, eine Win-Win-Situation.

In diesem Sinne lege ich Ihnen die Überweisung als Motion nahe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ja, die Situation im BVD ist leider noch nicht so gut, wie wir es gerne hätten, und man spürt keine Verbesserung. Auch aus meiner Riehener Sicht als Gemeinderat gehört diese Motion unbedingt überwiesen, um den Druck maximal zu erhöhen. Einige Lösungsansätze konnten zwar am Runden Tisch besprochen werden, leider folgte aber kein Versuch, die Anliegen und das Besprochene auch wirklich umzusetzen und etwas zu ändern. Das Fazit: Ein Runder Tisch nützt eigentlich nichts. Ja, man nahm eher das Gegenteil wahr. Von Zusammenarbeit kann leider nicht gesprochen werden. Die Schäden haben am Schluss die Bauherren, die die Baubewilligung erwarten, welche falsch beraten werden und unnötige Aufwände haben. Die Regierungsrätin hat zwar gestern von Besserung gesprochen und dass sich die Situation beruhige, aber ich bin mir da nicht so sicher, und ich kann das leider nicht bestätigen.

Vielleicht noch an das BVD: Wenn eine Baueingabe gemacht wurde, ist die Planung abgeschlossen und die Kosten sind entstanden. Die Verzinsung läuft und ja vermutlich auch auf dem Grundstück, und das bedingt auch, dass die Zeit möglichst kurz sein soll, bis die Bewilligung erteilt werden kann. Die Verzögerung der Projekte ergibt unmutige Bauherren, und das wollen wir doch eigentlich nicht. Und irgendwie ist vermischt, dass Bewilligungsverfahren eher in der Steinzeit als auf dem Weg in eine Digitalisierung, so wie wir es gerne hätten. Als Beispiel, wenn man Austauschpläne einsendet und nach sieben Wochen nichts hört, dann erhält man zur Antwort, man müsse die Pläne 1 kennen, dass man sie anschliessend den Ämtern zustellen kann, das brauche halt Zeit. Ein Angebot von den Bauherren, die Pläne digital abzugeben, wird nicht akzeptiert. Also zum Verstehen, man liefert Papier ab, das wird nachher eingescannt. Von Kundenfreundlichkeit kann ich da nicht reden. Man benimmt sich eher wie ein König, darum findet man die Motion logischerweise als rechtlich nicht zulässig. Wer hat es schon gerne, wenn einer am Thron rüttelt.

Auch ich bin schlussendlich ist gespannt auf die Auswirkung der Digitalisierung, wie sie denn funktionieren sollte. Vermutlich geht das nach lange und ich bin gespannt und hoffe nun wirklich, dass sich etwas grundlegend ändert. Danke für die Überweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich spreche eigentlich nur, weil ich gestern Oliver Bolliger gesagt habe, er handle nicht rechtsstaatlich mit seinem Anliegen, als er eine absolut unzulässige Motion rechtlich dann durchsetzen wollte.

Ich glaube, das müssen wir zugestehen, diese Motion ist sicherlich stark im Graubereich und ich habe letztes Jahr eine schriftliche Anfrage betreffend Unabhängigkeit des zentralen Rechtsdienstes insbesondere bei der Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit von Motionen gestellt. Die wurde dann auch beantwortet und ich habe noch eine Replik geschrieben. Dort habe ich ein Organstreitverfahren vorgeschlagen, wo dann richterlich geklärt werden könnte durch unser Verfassungsgericht, ob da wirklich eine Motion zulässig ist oder nicht. Daran hat die Regierung keine Freude gehabt. Wenn wir ein Gesetz vorgeschlagen hätten, dann hätte die Regierung wahrscheinlich nicht sagen können, das sei richtig unzulässig, aber, es würde sehr lange dauern.

Jetzt wirken wir nicht auf den Einzelfall ein, aber wir greifen relativ tief in die Organisation einer Abteilung ein. Ich glaube, wie es jetzt rechtlich ist, kann die Regierung nachher sagen, der Grosse Rat hat überwiesen, das ist rechtswidrig, wir kümmern uns nicht darum. Ob das politisch klug ist, muss die Regierung selber beurteilen. Wir haben keine Sanktionsmöglichkeit. Insofern bleibt die Regierung frei. Sie kann dann in allen möglichen Berichten getadelt werden.

Ich hoffe aber, dass die Regierung hier wirklich Einsicht hat, denn dieses Amt ist ein Problemkind. Alle erzieherischen Massnahmen haben bis jetzt nicht viel gefruchtet. Die Regierung war in vielem sehr widerspenstig und unbelehrbar. Und ich glaube, darum ist es politisch ein zulässiges Zeichen, diese Motion als Motion zu überweisen, auch wenn sie sehr stark in der Grauzone ist. Wir greifen nicht in den Einzelfall ein. Wir verletzen auch keine Rechtspositionen Dritter, und daher kann ich mit gutem Gewissen hier einer Überweisung als Motion zustimmen, mit dem Wissen, dass wir die Regierung wahrscheinlich hier nicht rechtlich binden können und es auch keine gerichtliche Möglichkeit gibt zu klären, wer da rechtlich wirklich recht hat. Und in diesem Sinne bitte ich Sie als erzieherische Massnahme, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich wollte eigentlich nicht sprechen. Ich fühle mich jetzt aber doch genötigt, weil mein lieber Freund David Jenny und auch David Gmür vorher gesagt haben, diese Motion könne man überweisen, weil man ja mit dem Inhalt einverstanden sei. Sie haben es nicht so überspitzt gesagt. Ich muss Ihnen beiden sagen, ich bin sehr einverstanden mit dem Inhalt der Motion, ich bin aber dezidiert der Meinung, dass es eine Motion ist, die so nicht zulässig ist. Wir können nicht je nachdem ob es uns gefällt oder nicht, sagen, die Motion ist zulässig oder nicht, sondern wir selber sind auch als Oberaufsichtsbehörde an das gebunden, was wir als Recht gesetzt haben. Und wir haben nun mal die Motion definiert, wir haben den Anzug definiert, und hier wird klar in die Organisationsautonomie der Regierung eingegriffen. Aber wenn ich das noch so gerne hätte, auch wenn ich es genauso sehe wie David Jenny, hier muss gehandelt werden, und obwohl mein Fraktionskollege Daniel Albietz die Motion mitunterzeichnet hat, er weiss, dass ich das nur als Anzug unterstützen kann, weil wir uns selber bitte auch als Oberaufsichtsbehörde nicht als Übergesetzgeber verhandeln dürfen, sondern wir sind auch an unsere eigenen Regeln gebunden. Und hier ist es für mich klar, man hätte diese Motion mit dem gleichen Inhalt anders schreiben können, hätte das gleiche Ziel erreicht, aber so wie sie jetzt verfasst ist, kann man sie leider nur als Anzug überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben uns jetzt den Antrag gestellt, die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich möchte nicht nochmals alles wiederholen, das wir gestern Abend und heute Morgen schon gehört haben zu diesem Thema, ich möchte aber beliebt machen, wie man Mitmotionär, diese Motions zur Erfüllung an die Regierung zu überweisen. Die restliche Würdigung war schon ein Thema bei der ersten Diskussion in diesem Rat und sie greift einen valablen Punkt auf, ist meines Erachtens jedoch nicht so zentral, weil dies nicht ein juristischer Druck sein sollte, sondern ein politischer. Ein politischer Druck, da über 70 Parlamentarier:innen die Motion bei der ersten Überweisungen unterstützt haben, über 70, und ein politischer Druck, weil die Verbände SIA und der BSA ganz klar waren in ihrer Aussage, dass hier eine Veränderung herbeigeführt werden muss.

Die Departementsvorsteherin hat gestern in ihrem Votum erklärt, dass sie immer im Austausch steht mit den Branchenverbänden und ich habe das auch gemacht. Ich wollte nicht in einem Blindflug diese Motion ein zweites Mal zur Erfüllung überweisen und habe gefragt: Ist es denn für euch zentral, dass wir weiter auf diesem Kurs bleiben oder reicht es entsprechend der Beantwortung, wenn wir davon absehen oder auf einen Anzug wechseln. Und mir wurde dann gesagt, dass es ganz entscheidend ist, auf diesem Kurs weiter zu bleiben. Darum bitte ich Sie, einfach als politisches Zeichen, die Motion zur Erfüllung zu überweisen.

Und vielleicht noch zur Aussage, die in der Rückmeldung in der Beantwortung der Regierung geäussert wurde, dass die Fristen durch die Änderung der Gebietszuständigkeit nun besser eingehalten werden. Das würde ich meinen, ist es nur zum Teil die ganze Wahrheit. Das wurde auch schon gestern gesagt. Wir sind das kritisch, weil wahrscheinlicher ist, dass dies auch auf das zusätzliche Personal zurückzuführen ist, was ja grundsätzlich positiv ist. Und auch traurigerweise ist auch der Rückgang der Baugesuche sicher auch mitentscheidend, dass der Stapel weniger gross ist.

Damit möchte ich abschliessen und noch einmal die Empfehlung auch von meiner Fraktion, der LDP, an Sie richten, diese Motion als Motion zur Erfüllung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Sie haben erwähnt, dass Sie mit Architekten und Bauherren gesprochen haben in Bezug auf dieses BGI und ich wollte fragen, ob das die einzigen Anspruchsgruppen sind, die auf das BGI einwirken.

Michael Hug (LDP): Nein. Ich weiss nicht, was Sie genau mit einwirken meinen, aber sie sind sicherlich nicht die einzige Anspruchsgruppe, die in Wechselwirkung mit dem BGI steht. Aber die Planungsbehörden sind sicher die, die am meisten betroffen sind von diesem Prozess.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Nachdem jetzt aus meiner eigenen Fraktion noch Widerstand gegen die Motion gekommen ist, möchte ich doch noch, nicht eine juristische Diskussion weiterführen, sondern etwas klarstellen. Ich war ja in verschiedenen Rollen in der Politik tätig, einerseits zwölf Jahre in der Exekutive in Riehen und jetzt als Parlamentarier. Ich bin aber auch Jurist, das weiss man. Und hier möchte ich klarstellen, dass ich in diesem Hause in erster Linie Politiker bin und in zweiter Linie Jurist. Und ich musste selber Lernen von gewissen Hochschulansprüchen Abschied zu nehmen, damit politische Ziele klar formuliert werden können und es dann eben der Regierung überlassen ist, wie sie darauf reagiert. Es soll ein klarer Wille zum Ausdruck kommen. Wir haben dies diskutiert gestern bei dieser Rahmenausgabebewilligung, ist das das richtige Instrument, ist es die richtige Vorgehensweise. Die Regierung ist immer frei, nach der zweiten Überweisung einer Motion eine Lösung vorzuschlagen, die rechtlich korrekt ist.

Es ist auch überhöht zu erwarten, dass ein Parlamentarier in allen Gesetzestexten zu Hause ist und dann die juristisch ausgewogene Lösung bringt. Vorstösse sind keine Rechtsschriften, sondern äussern einen politischen Willen. Und sie müssen formaljuristisch nicht immer der reinen Lehre genügen. Das sage ich nach vier Jahren Grossrat, ich habe dazu gelernt und bin pragmatisch geworden. Das ist ab und zu ein Schmerz wahrscheinlich für die Rechtsabteilungen dieses Kantons, aber damit kann ich leben.

Und was das BG betrifft, habe ich tatsächlich ein politisches Ziel und das wird hier drin von vielen Leuten geteilt, nämlich Effizienz, Kundenfreundlichkeit und Augenmass ins BGI zurückzubringen und den grassierenden Formalismus nach Möglichkeit zu beenden in absehbarer Zeit. Und wenn die Vorsteherin des BVD dies nicht hinreichend umsetzt, muss eben durch das Parlament mittels Feinjustierung nachgeholfen werden. Mir wäre es auch lieber, es würde von Seiten der Vorsteherin gehandelt, aber es braucht offenbar ab und zu Remedur durch das Parlament.

Indirekt wird zudem in der Motionsbeantwortung behauptet, die Aufhebung des Gebietsprinzips habe zu einem Abbau des Pendenzenbergs geführt. Das wird zumindest angedeutet. Mit Verlaub, das ist Schönfärberei. Der Abbau geschah vor allem wegen eines massiven Rückgangs der Baugesuche aufgrund eines Rückgangs der Bautätigkeit in diesem Kanton aus bekannten Gründen.

Das BGI hat früher einmal während Jahren sehr gut funktioniert und das soll wieder so werden. Darum bitte ich Sie, die Motion als Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Andrea Knellwolf. Sie wird entgegengenommen.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich will Daniel Albietz gar nicht widersprechen, sondern ihn nur um eine Ergänzung bitten. Effizienz, Kundenfreundlichkeit, man könnte doch vielleicht auch noch Rechtmässigkeit anfügen?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Das meinte ich mit dem grassierenden Formalismus und dem fehlenden Ermessen auf diesem Amt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielleicht zuerst zur rechtlichen Zulässigkeit. Sie wissen, ich bin keine Juristin, aber es ist mir wirklich wichtig, das ist keine politische Einschätzung. Der zentrale Rechtsdienst beim Justiz- und Sicherheitsdepartement macht diese Einschätzung und es wird nicht abgeändert durch die Regierung, einfach dass ich das hier noch einmal klarstellen kann. Das ist keine politische Einschätzung und wir verstecken uns auch nicht hinter dieser Unzulässigkeitserklärung, im Gegenteil, wir wissen, dass eine Beurteilung als unzulässig meistens eher noch mehr Vehemenz zum Protest auslöst als das Gegenteil. Also glauben Sie mir, es wäre keine schlaue Art und Weise, das als Mittel zu nutzen.

Dann zum Inhalt: Ich bin sehr dankbar, dass Sie auch jetzt eben am Mikrofon auch im Zusammenhang mit der Frage, ob die Motion überhaupt zulässig ist, uns gewisse Freiheiten eingeräumt haben. Ich glaube, das ist sehr wichtig und eben der Punkt, weshalb der zentrale Rechtsdienst diese Motion auch als unzulässig eingeschätzt hat, weil sie eben zu tief in die Organisation eingreift. Wenn Sie uns da gewisse Freiheiten geben, möglicherweise eben auch als Überweisung als Anzug, dann werden wir das gerne anschauen. Und das ist mir auch wichtig, Daniel Gmür, das fand ich nicht ganz fair. Wir haben in unserem Schreiben angekündigt, dass wir uns das anschauen werden, evaluieren werden, aber es wäre nicht besonders

sorgfältig von mir, die Evaluation vorwegzunehmen und Ihnen schon heute eine Lösung zu präsentieren, bevor wir uns das angeschaut haben. Es steht zwei Mal im Bericht, dass wir das tun werden und das werden wir auch tun.

Daniel Albietz und David Jenny, ich bedaure sehr, dass Sie die Verbesserungen nicht mitbekommen haben. Wir haben eine lange Medienmitteilung, drei Seiten, gemeinsam mit den Fachverbänden vor wenigen Wochen verschickt mit wirklich verschiedenen Dingen, Massnahmen, die wir ergriffen haben, Verbesserung der Erfüllungsquote, Abbau der Bugwelle. Wir haben die Online-Terminbuchung eingeführt. Bis vor wenigen Wochen gingen die Dossiers seriell von Fachinstanz zu Fachinstanz, Dutzende Fachinstanzen. Natürlich geht das lange. Vor wenigen Wochen haben wir endlich einführen können, dass das jetzt parallel geschieht, diese Bearbeitung der Dossiers. Also wirklich, es geht einiges. Ich schicke Ihnen noch so gerne die gemeinsame Medienmitteilung mit den Fachverbänden nochmals zu.

Hier zu behaupten, dass sich nichts bewege, das ärgert mich. Ich nehme das wirklich sehr ernst. Wir sind da am Arbeiten. Ich sage nicht, es gibt nicht noch weiterhin Bedarf, wir bleiben dran, das verspreche ich Ihnen, aber es ist wirklich schon einiges gegangen.

Deshalb nochmals, ob als Anzug oder was auch immer mit dieser Motion geschieht, wir schauen uns das an. Ich bin froh, wenn Sie uns gewisse Freiheiten lassen, denn ich glaube, auch ohne juristischer Background leuchtet es ein, dass wir als Regierungsrat wirklich die Freiheit haben müssen, die Verwaltung so und auch effizient zu organisieren, wie wir das für richtig halten. Das ist die klassische Gewaltentrennung zwischen der Legislative und der Exekutive.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir schreiten zu den Abstimmungen. Bruno Lötscher beantragt Überweisung als Anzug, Daniel Albietz beantragt Überweisung als Motion. Daher kommen wir zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

21 Ja, 70 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006394, 10.04.25 09:31:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: 70 Personen sind für die Weiterbehandlung als Motion, 21 für den Anzug und es gibt zwei Enthaltungen.

Patrizia Bernasconi beantragt Nichtüberweisung der Motion. Deshalb kommen wir zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 15 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006396, 10.04.25 09:32:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 1 Jahr

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 73 gegen 15 Stimmen bei sechs Enthaltungen für eine Überweisung der Motion entschieden.

48. Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen, Stellungnahme des RR

[10.04.25 09:32:41, 24.5280.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Hier kann ich es wirklich ganz kurz machen. Wir unterstützen die Stossrichtung der Motion selbstverständlich, auch uns ist es wirklich ein grosses Anliegen, dass wir im Zuge der Fernwärme das Potenzial auch für Begrünung nutzen können. Wir sind bereits daran, diese planerischen Grundlagen zu erarbeiten. Wir haben die ganze Aufteilung des Raumes im Boden mit Leitungen, Wurzelräumen reglementiert und nachjustiert im Oktober 2024. Jetzt geht es tatsächlich noch um die Frage, wie man Lösungen finanziert, die dann eben doch deutlich teurer sind als eine normale Lösung, wenn diese Lösung dann eben Grün ermöglicht. Und wir werden das sehr gerne machen. Wir halten aber die Frist, die hier in der Motion angegeben ist einfach etwas für sportlich, da hier gefordert wird, das innerhalb eines Jahres zu tun. Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, das als Anzug zu überweisen. Aber inhaltlich mit der Stossrichtung sind wir absolut einverstanden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): In unserem begrenzten Kantonsgebiet übertrumpfen sich im Moment die diversen Forderungen und die unzähligen Partikularinteressen an unserem sehr begehrten Strassenraum. Die Ansprüche reichen nächstens für die ganze Nordwestschweiz. Grundsätzlich begrüssen wir alle das Bestreben, den öffentlichen Raum grüner und lebenswerter zu gestalten, gleichzeitig erachten wir diese Motion in ihrer jetzigen Form nicht nur als unnötig, sondern es ist auch hier wieder einmal mehr eine pauschale Priorisierung eines Teilbereichs.

In unserem Kanton haben sich bereits wesentliche Planungsinstrumente etabliert, die den Anforderungen einer modernen integrierten Stadtentwicklung Rechnung tragen. Es besteht also kein Bedarf, zusätzlich unnötige Forderungen zu erheben, die mehr Kosten als Fortschritt bringen. Alles andere hat Frau Regierungsrätin Esther Keller bereits gesagt und aus diesen Gründen plädiere ich im Namen der LDP dafür, diese Motion abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ich habe jetzt gerade gehört von Nicole Strahm, dass sie das für unnötig hält. Ich möchte vielleicht noch ein bisschen einordnen, wo diese Motion eigentlich steht.

Es gibt eine Studie zum Stadtklima Basel aus dem Jahr 2018. Diese kommt zum Schluss, dass die Folgen der Klimaerwärmung vor allem im städtischen Umfeld massive Folgen auch für die Bevölkerungsgesundheit haben wird und bis in die Hälfte dieses Jahrhunderts zu einem der grössten Gesundheitsprobleme werden könnte, wenn wir nicht eben im Sinne der Verbesserung der Situation agieren. Zum Beispiel wissen wir aufgrund von Meteodaten heute schon, dass wir zum Teil schon in einem Jahr bis zu zehn Tropennächten in Riehen und Bettingen haben, wenn man aber in die Feldbergstrasse geht, müssen wir der Bevölkerung bis zu 40 Tropennächten zumuten und ihr den Schlaf rauben. Es ist sehr wohl alles zu tun und zwar schnell zu tun, dass wir hier zu einer besseren Entwicklung kommen.

Die Temperaturen sprechen also eine sehr klare Sprache und das aktuelle Stadtklimakonzept hält zugegebenermassen auch einige Antworten bereit, dieser beunruhigenden Entwicklung zu begegnen. Was aber an der Oberfläche für die Umsetzung

des Konzeptes für machbar erscheint, wird leider sehr häufig durch die Tatsachen, sprich Werkleitungen im Untergrund, wieder zunichtegemacht. Swisscom, IWB und das liebe Auto streiten um die Plätze über und unter dem Boden und sorgen für ständige Nutzungskonflikte, die scheinbar so gross sind, dass sich die Verantwortlichen häufig gegen griffige Massnahmen zur Linderung der städtischen Überhitzung entscheiden.

Mit der Stilllegung von Gasleitungen und dem Ausbau des Fernwärmenetzes hätten wir nun gute Instrumente in der Hand für mehr Platz, für Entsiegelung und für das Pflanzen von Bäumen zu sorgen. Auch die Regierung macht uns in ihrer Antwort absolut Mut, indem sie uns versichert, dass die Problematik erkannt ist und sie sehr gerne bereit ist, die Anliegen der Motion auch unter Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen. Sie verspricht sogar, dass sich auch bei anspruchsvollen Situationen geeignete Begrünungsmassnahmen realisieren lassen. Inwieweit sie damit Bäume meint, kann ich die Antwort nicht entnehmen. In der Antwort der Regierung wird auf ein Regelwerk verwiesen, das die Grundlage für Baumpflanzung in Zusammenhang mit Werkleitungen festlegt. Dieser Aussage folgt dann auch ein weiteres Versprechen, dass bereits bei zahlreichen Projekten im Zusammenhang mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes vorgesehen ist, Werkleitungen umzulegen, um Bäume zu pflanzen und Flächen zu entsiegeln oder zu begrünen.

Dies hört sich natürlich alles sehr erfreulich an, bleibt aber bis dato nur ein Versprechen in der Zukunft und wir können davon nicht ableiten, dass dahinter auch der Wille steckt, diesen Projekten mehr Priorität einzuräumen. Dieser Zweifel wird wiederum von der Aussage genährt, dass der Regierungsrat künftig bei der Güterabwägung Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien stärker gewichten will. Hier werden wiederum erfreuliche Aktivitäten in Aussicht gestellt, die aber nicht im hier und jetzt, sondern in der Zukunft liegen. Und so steht es nun auch mit der Haltung der Regierung gegenüber dieser Motion. Eigentlich sind alle Instrumente da, alles steht bereit und man könnte konkrete Projektlisten und auch die Prioritäten und Kosten darlegen, aber eben, besser nicht gleich und nicht jetzt. Und so wünscht sich der Regierungsrat mehr Zeit und wir fragen uns einmal mehr, ja wann denn, wenn nicht jetzt.

Das Klima, will man den Zahlen Glauben schenken, scheint nicht abzuwarten und deshalb möchten die Grünen Basel-Stadt Sie bitten, diese Motion der Regierung hier und jetzt zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Finden Sie es sinnvoll, wenn man eine Strasse wie die Wettsteinallee zehn Jahre nach der kompletten Umgestaltung jetzt wieder komplett aufreisst und wieder umgestaltet, im Sinne einer Ökobilanz?

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Es ist an sich sinnvoll. Wir investieren in die Zukunft und machen heute Pläne. Wir realisieren heute Pläne, die vor 40 Jahre auf dem Tisch gelegen sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Motion. Als erstes, entgegen der in der Motion geforderten Frist von einem Jahr beantrage ich, wie bei der Erstüberweisung schon erwähnt, eine Frist von vier Jahren anstatt von einem Jahr. Und ich darf hier im Namen der SP und der Grünliberalen argumentieren.

Wir Grünliberalen und die SP sind froh, dass der Regierungsrat die Problematik bereits erkannt hat und gerne bereit ist, das Anliegen der Motion auch unter Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen. Auch begrüssen wir die Inkraftsetzung der Regelung betreffende Raumaufteilung für die Realisierung unterirdischer Infrastrukturen und Begrünungen im öffentlichen Raum der Stadt und Kantonsstrassen Basel-Stadt per Oktober 2024, insbesondere die spezifischen Ergänzungen zur Thematik Baumpflanzungen.

Lieber Regierungsrat und auch Gewerbeverband, die Motion ist weit davon entfernt zu fordern, dass der Bau von Leitungstunnels flächendeckend eingesetzt werden soll, wie der Regierungsrat in der Antwort erwähnt und eben der Gewerbeverband in seiner Mail. Dann wenn die Mehrkosten und Überlegungen zu Leitungstunnels transparent erläutert werden in Ratschlägen, die nach Überschreiten des Schwellenwertes ins Parlament kommen, ist es ja immer noch an der Politik zu entscheiden, ob die hohen Kosten für das zusätzliche Grün genau an diesem Ort sinnvoll sind oder nicht.

Weiter interessant ist die Argumentation des Regierungsrates zum Schluss seiner Antwort: «Der Regierungsrat möchte bei der Güterabwägung künftig Umwelt- respektive Nachhaltigkeitskriterien stärker Gewichten und die zugrunde liegende Methodik entsprechend anpassen.» Also genau das, was meine Motion fordert. Damit soll sowohl für die Projektierung als

auch für die politische Freigabe der Finanzmittel eine transparente Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt werden, ebenfalls genau das, was die die Motion fordert.

Aufgrund der Komplexität wird die Erarbeitung einer entsprechenden Methodik sowie der zugehörigen Entscheidprozesse voraussichtlich aber mehr als ein Jahr in Anspruch nehmen. Somit diesen Passus zusammengefasst: Der Regierungsrat von Basel-Stadt möchte exakt das gleiche umsetzen, was die Motion fordert. Sie brauchen einfach mehr Zeit. Und wie gesagt, kein Problem, vier Jahre anstatt ein Jahr, wie eingangs bereits beantragt. Überweisen wir also diese Motion ein zweites Mal als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Béla Bartha und weiter beantragen die Überweisung als Motion. Wir kommen daher zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006398, 10.04.25 09:45:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Jetzt geht es um die Frist. Es wurden von der Motionärin anstatt eines Jahres vier Jahre gewünscht. Gibt es hierzu Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Deshalb kommen wir zur letzten Abstimmung. Nicole Strahm beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 36 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006400, 10.04.25 09:46:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 55 gegen 36 Stimmen dafür entschieden, die Motion mit einer Frist von vier Jahren zu überweisen. Das Geschäft ist erledigt.

49. Anzug Ivo Balmer und Konsorten betreffend mehr Transparenz auf dem Grundstücksmarkt, Schreiben des RR

[10.04.25 09:46:39, 23.5027.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir bitten Sie, diesen Anzug abzuschreiben und zwar einfach, weil wir Sorge haben, dass das Ziel, das dieser Anzug verfolgt, nicht erreicht wird mit diesem Mittel.

Es geht hier darum, wie transparent man über die Preise im Immobilienmarkt, über Grundstücks- und Bodenpreise informiert, und wir haben da schon etliche Kennzahlen, die auch dazu dienen, die Entwicklungen zu verfolgen. es gibt auch einen neuen Index, den wir seit August 2024 haben, nämlich den Bodenpreisindex, den wir jetzt veröffentlichen in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Grundstücksbewertung respektive mit dem statistischen Amt. Das ist eine wichtige Kennzahl.

Wir befürchten einfach, dass eine noch detailliertere Transparenz über die Preise genau zum Gegenteil führt zu dem, was man sich wünscht, nämlich dass das eher preissteigernd ist. Tendenziell orientiert man sich ja, wenn man ein Objekt verkauft, lieber am Höchstpreis und nicht unbedingt am niedrigsten in der Nachbarschaft. Wir denken, dass das eher die Preise noch gegen oben befeuern könnte und wir sehen auch, dass in den gebrachten Beispielen in den Kantonen Jura und Genf, aber auch in Wien, die Preise nicht gesunken sind, im Gegenteil.

Deshalb hoffen wir, dass Sie hier diesen Anzug nicht nochmals überweisen. Ich denke, wir müssen das im Auge behalten. Es gibt andere Mechanismen, die einen grossen Einfluss haben darauf, und auch der Regierungsrat hat ein Interesse daran, dass sowohl der Preis für den Boden wie auch für Wohnungen eben erschwinglich bleibt, in einem gesunden Rahmen bleibt. Aber wir denken, dass das wirklich das falsche Mittel dazu ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Patrizia Bernasconi für BastA.

Patrizia Bernasconi (BastA): Es ist wahr, dass die Immobilienpreise in Städten wie Genf, wo die Kosten von Immobilienkäufen öffentlich gemacht werden, gestiegen sind. Aber wie stark die Preise ohne diese Transparenz gestiegen wären, wissen wir nicht. Was wir jedoch wissen ist, dass Transparenz viele Vorteile hat, Vorteile, die leider vom Regierungsrat nicht erkannt werden Und einige dieser Vorteile möchte ich Ihnen erläutern.

Erstens: Wenn Käufer:innen und Verkäufer:innen Zugang zu öffentlich zugänglichen Informationen über die Kaufpreise haben, entsteht mehr Wettbewerb unter den Verkäufer:innen. Das ist eigentlich ein Marktargument, das bei Ihnen doch ankommen müsste. Aber wenn mehr Wettbewerb entsteht unter den Verkäufer:innen, könnten die Preise für Käufer:innen niedriger werden und das ist auch für Mieter:innen von Vorteil. Verkäufer:innen sind gezwungen, ihre Immobilien zu Preisen anzubieten, die im Vergleich zu ähnlichen Objekten auf dem Markt fair sind.

Zweitens: Die Veröffentlichung von Kaufpreisinformationen hilft den Behörden und anderen Marktbeobachtern, den Immobilienmarkt zu überwachen. Sie können dann erkennen, wie sich die Preise entwickeln und bei Bedarf, wenn der wieder vorhanden ist, Massnahmen ergreifen und zu regulieren, dies zu Gunsten von allfälligen Käufer:innen und zugunsten von Mieter:innen.

Drittens: Transparenz hilft, Manipulationen und Spekulationen bei den Preisen zu verhindern. Wenn die Preise öffentlich einsehbar sind, wird es schwierig für einzelnen Gruppen, die Preise zu erhöhen, um mehr Profit zu machen. Das kommt allen zugute, sowohl den Käufer:innen als auch den Mieter:innen.

Viertens. Wenn die Kaufpreise öffentlich sind, schafft das Vertrauen. Käufer:innen wissen, dass sie faire Preise zahlen, auch Mieter:innen können sehen, ob die Immobilie zu einem überhöhten Preis gekauft wurde. Das sorgt für mehr Sicherheit und Fairness für alle.

Leider sieht der Regierungsrat diese Vorteile für alle nicht und die von Regierungsrätin Esther Keller vorgebrachten Massnahmen reichen uns nicht. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Ivo Balmer für die SP.

Ivo Balmer (SP): Also auch die SP-Fraktion möchte diesen Anzug noch stehenlassen. Ich möchte auch ganz herzlich danken für die ausführliche Beantwortung dieses Anzugs, das finde ich schön. Dieses Anliegen wurde, das habe ich gespürt, aufgenommen in der Verwaltung.

Nun gibt es diese Diskussion, wie preisdämpfend diese Wirkung sein könnte. Patrizia Bernasconi hat ausgeführt, wie das auch anders beurteilt werden könnte. Der Regierungsrat und die Verwaltung kommen zu einem anderen Schluss, wobei ich da ja schon eindrücklich finde, dass der Regierungsrat ganz klar sagt, dass marktwirtschaftliche Mechanismen und die hohe Wohnraumnachfrage, Zinsentwicklungen usw. zu Bodenspekulation führen. Das sind die steigenden Preise. Diese Ansicht teile ich sehr und jetzt müssen wir uns quasi als Parlament und auch als Stadtgesellschaft überlegen, wie wir jetzt mit diesen Entwicklungen umgehen wollen. Und da gibt es den meiner Meinung nach immer noch, wie Patrizia Bernasconi gesagt hat, den absoluten Transparenzansatz, den ich nach wie vor inhaltlich teile. Die Regierung möchte nicht jetzt sofort zu dem schreiten.

Interessant ist, dass es eine gesetzliche Änderungspraxis geben könnte, es wird aufgezeigt, wie das stattfinden kann. Da müssen wir überlegen, wie wir weiter vorwärts schreiten möchten. Was ich aber gut finde, ist, dass wir jetzt einen staatlichen Bodenpreisindex haben. Das finde ich einen wichtigen Output dieses Anzugs. Und wenn ich die Antwort richtig gelesen habe, und das ist eigentlich mein Hauptgrund, weshalb der jetzt wirklich stehengelassen werden sollte, ist, dass man mit diesen Bodenrichtwerten eine alte Basler Praxis sei über 50 Jahren hat. Sie sind vorhanden, sie sind einfach nicht öffentlich zugänglich, bzw. nur insofern, dass man diese Richtwerte pro Grundstück gegen Bezahlung anfordern muss. Und jetzt gibt es die Fachstelle Grundstücksbewertung, die zurzeit überprüft – und dieses Wort macht mir schon auch Unbehagen -, dass man diese Bodenrichtwerte in Form einer Karte herausgeben möchte. Und deshalb ganz explizit: Ich hoffe, das wird überprüft und eine Umsetzung ist geplant, weil ich glaube, diese Umsetzung würde viele Teile dieses Anzuges aufnehmen und auch entsprechend das parlamentarische Bedürfnis würdigen, dass wir Transparenz wollen, mehr Transparenz wollen. Und das ist eine Frage an Regierungsrätin Esther Keller: Was haben wir da zu erwarten nach dieser Überprüfung? Ich gehe davon aus, wir erhalten eine Bodenrichtwertskarte für Basel-Stadt. Das wäre eine grosse Errungenschaft.

Und jetzt wenn ich mich wieder an die bürgerliche Parlamentarier:innen hier drin. Ich fände es wirklich schön, wenn wir jetzt diesen Anzug stehenlassen würden, bis wir diese Bodenrichtwertkarte haben. Und dann denke ich, sind wir wirklich gemeinschaftlich auch weitergekommen, dass wir für unseren Bodenmarkt, der wirklich verrückt spielt, etwas tun. Gestern haben wir über Instrumente gesprochen, wie man da auch noch anders agieren kann. Und das ist die Grundlage und deshalb, lassen wir doch diesen Anzug stehen und schauen, was die Grundstücksbewertungsstelle mit dieser Richtwertkarte macht. Ich möchte da einfach diesen Druck aufrechterhalten. Also das ist jetzt schon umzusetzen, weil wenn das nicht umgesetzt wird, dann muss ich sagen, ist dieser Anzug einfach ein bisschen dürftig in der Umsetzung bei der Verwaltung angekommen. Aber berichtet wurde gut, das möchte ich festhalten. Deshalb bitte ich, den Anzug nochmals stehenzulassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionsprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die Fraktion der LDP ist gegen das Stehenlassen, nicht weil Transparenz schlecht wäre, sondern weil der Eingriff in die wirtschaftliche Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger nicht verhältnismässig ist. Die Publikation einzelner Transaktionspreise erlaubt Rückschlüsse auf die finanziellen Verhältnisse der Vertragsparteien. Ein solch tiefer Eingriff ist nur dann gerechtfertigt, wenn ein klarer Nutzen nachgewiesen ist. Doch genau dieser fehlt. Wie die Regierung richtig schreibt, orientiert sich denn auch der Verkäufer am höchsten Wert in der Gegend, daher wirkt diese Massnahmen auch noch preistreibend.

Der Regierungsrat hat überzeugend dargelegt, dass Kantone und Städte mit Preisoffenlegungen wie Genf, Jura oder auch Wien in Österreich keine dämpfende Wirkung auf die Bodenpreise verzeichnen, im Gegenteil, Einzelpreisveröffentlichungen können die Preisspirale gar noch antreiben, weil sich Verkäufer, wie schon erwähnt, tendenziell an den Höchstpreisen orientieren und weil tiefe Preise etwa bei Erbteilungen aus rechtlichen Gründen gar nicht veröffentlicht werden dürfen. Es entsteht ein verzerrtes Bild. Ohne Kontext wie Ausbaustandort oder Lagequalität sind die Zahlen ohnehin nur bedingt aussagekräftig.

Die heutige Praxis mit Bodenrichtwerten, Durchschnittswerten und Preisindizes sorgt bereits für Transparenz, ohne unverhältnismässig in die Privatsphäre einzugreifen. Ich verstehe das Anliegen nach mehr Transparenz gut, aber wir müssen darauf achten, dass wir dabei nicht über das Ziel hinausschiessen. Wenn eine Massnahme weder den gewünschten Effekt bringt noch verhältnismässig ist, dann sollten wir den Mut haben, sie auch einmal abzulehnen, gerade im Interesse einer faktenbasierten und rechtsstaatlich sauberen Politik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt auch eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Sie wird entgegengenommen.

Ivo Balmer (SP): Unterstützen Sie das Anliegen einer Bodenrichtwertkarte pro Quartier?

Michael Hug (LDP): Ja, wenn es sinnhaft ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Der vorliegende Anzug verfolgt ein klares Ziel, nämlich mehr Transparenz auf dem Grundstückmarkt. Wir alle wissen, die Preisentwicklung ist nicht nur in Basel-Stadt seit Jahren stark steigend. Das hat erhebliche Auswirkungen auf Wohnraum, die soziale Durchmischung, aber auch die Stadtentwicklung. Die Argumente des Regierungsrates gegen die Veröffentlichung von einzelnen Handänderungspreisen sind zwar grundsätzlich nachvollziehbar, man kann aber, wie wir schon gehört haben vorhin, auch zu anderen Schlüssen kommen. Und selbst wenn diese Transparenz nicht direkt preisdämpfend wird, schafft sie doch eine wichtige Grundlage für faktenbasierte politische Entscheidungen und kann dazu beitragen, Marktverzerrungen und Bodenspekulationen vorzubeugen.

Andere Kantone und Länder zeigen, dass eine datenschutzkonforme Veröffentlichung möglich ist und die heutigen Praxis in Basel-Stadt reicht dafür nicht aus. Der letztes Jahr erstmals veröffentlichte Bodenpreisindex geht schon in eine richtige Richtung. Nun scheint geprüft zu werden, ob eine Bodenrichtwertkarte öffentlich gemacht werden könnte.

Und deshalb möchte auch die Fraktion GRÜNE/jgb den Anzug stehenlassen, bis diese Prüfung abgeschlossen und bestenfalls umgesetzt wurde und die Regierung dem Grossen Rat berichten kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Man wirft mir manchmal vor, ich sei ein zu rationaler Mensch, zu stark mit der linken Hirnhälfte unterwegs und ich muss zugeben, dass ich mich bei diesem Geschäft auch frage, ob das ein Me-Problem ist, dass ich das so rational sehr. Aber wenn man diese Geschichte rational anschaut, dann kommt man nicht umhin, der Logik der Regierung zu folgen, und ich bin froh, dass die Regierung offensichtlich hier auch rational unterwegs ist.

Lassen Sie mich das Ganze beispielhaft. zugegebenermassen ein bisschen vereinfacht darstellen. Ich nehme an, Kollege Ivo Balmer ist nicht im Immobilienhandel tätig. Ich bin es auch nicht. Deshalb ist das Beispiel rein fiktiv. Nehmen wir an, wir hätten zwei kleine Grundstücke nebeneinander, und und wir wollen sie beide verkaufen. Ich wäre zufrieden mit 800’000 Franken und dann sehe ich, dass Ivo Balmer seines für eine Million verkauft hat. Sie haben ja nicht den Eindruck, dass ich da mit 800’000 noch zufrieden wäre. So philanthrop bin ich nicht unterwegs. Dann will ich auch ein Million, nein, ich will noch ein bisschen mehr, weil ich verkaufe meines später und wir haben eine Teuerung und wir haben Angebotsverknappung, seines ist ja schon weg. Angebotsverknappung bedeutet, die Preise steigen.

Ich hoffe, dass ich mit diesem ganz kleinen Beispiel zeigen konnte, was die Regierung hier lange und deutlich zum Ausdruck bringt. Mit dieser Idee wird man die Preise nach oben treiben und nicht senken. In diesem Sinne bitte ich Sie sehr, der Regierung zu folgen, dass Sie hier nicht etwas völlig Kontraproduktives stehenlassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gabriel Nigon hat sich gemeldet als Einzelsprecher.

Gabriel Nigon (LDP): Ich weiss jetzt nicht, mit welcher Hirnhälfte ich vor Ihnen stehe, aber es gibt noch ein kleines Problem. Oft wird bei Grundstücksverkäufen oder -transaktionen der Preis aufgeteilt in einen Grundstückskaufspreis und in ein Werklohn. Also Sie kaufen ein Grundstück, darauf wird ein Haus erstellt. Sie bezahlen nur für das Land, das wird notariell verurkundet. Das andere kommt in dem Werkvertrag für das Erstellen der Bauten. Das ist nicht notariell verurkundet und erscheint nirgends. Also es gibt keine Transparenz bei solchen Geschäften und das ist oft der Fall.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte nur noch kurz auf die Frage von Ivo Balmer reagieren oder auch die Frage, die mehrere aufgeworfen haben wegen dieser Ankündigung, dass die Fachstelle Grundstücksbewertung zurzeit die Herausgabe einer vereinfachten Bodenrichtwertkarte überprüft.

Wie gesagt, es geht ja auch darum, wie macht man das bezüglich Methodik, Frequenz usw. Wir sind da dran, aber ich kann das so beantworten: Wenn Sie den Anzug stehenlassen, würden wir das natürlich eher noch als Votum verstehen, das weiter auszuarbeiten und als Druck, das zu tun. Wir behalten uns die Überprüfung aber nach wie vor vor.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006402, 10.04.25 10:05:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 46 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung dafür entschieden, den Anzug stehen zu lassen.

50. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend politische Plakatierung durch die APG, Schreiben des RR

[10.04.25 10:05:32, 20.5451.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Patrizia Bernasconi hat sich als Fraktionssprecherin für die BastA gemeldet.

Patrizia Bernasconi (BastA): Dieser Anzug wurde zum ersten Mal stillschweigend überwiesen. Vor drei Jahren wurde er mit der ausdrücklichen Bitte an den Regierungsrat im Rahmen der Motion Pfister zu behandeln stehengelassen. Heute jedoch heisst es, der Regierungsrat würde die Anliegen des Anzugs im Rahmen dieser Motion weiterbearbeiten, weshalb der Anzug nun abgeschrieben werden soll.

Doch wenn die Angelegenheit im Rahmen der Motion Pfister weiterbehandelt wird, könnte der Anzug ganz einfach stehenbleiben. An dieser Stelle fehlt es an einer klaren Linie. Es ist vielmehr offensichtlich, dass der Regierungsrat sich dieser Forderung entledigen möchte.

Materiell geht es bei diesem Anzug nicht darum, so wie in der Motion Pfister, eine Mindestzahl von Parteien zu definieren, die an einer Abstimmungskampagne teilnehmen müssen, damit die APG eine spezielle Politikplakatierung zur Verfügung stellt. Es geht vielmehr um das Verhalten der APG gegenüber den Parteien, die beispielsweise in einigen Fällen dazu gezwungen werden, die Allmendverwaltung einzuschalten, um ihr Anliegen gemäss dem Merkblatt notabene durchzusetzen.

Die Zusammenarbeit der APG mit den Parteien hat sich oft als mühsam und bürokratisch herausgestellt. Häufig wird den Parteien von der APG signalisiert, dass die politische Plakatierung eher unangenehm ist, dass sie wenig gewinnbringend erscheint. Das kann und darf nicht so bleiben. Es geht hier um mehr als nur um eine Forderung nach einer faireren und transparenteren politischen Plakatierung. Es geht auch um den Wettbewerb. Wir müssen neue, faire, kreative Reformen finden, wie Plakatierungen organisiert werden können, ohne dass die APG eine nahezu monopolartige Stellung behält.

Ja, es ist richtig, die politische Plakatierung ist eine heikle Angelegenheit. Gerade deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass wir ein genaueres Auge auf das Verhalten der APG werfen. Der Regierungsrat trägt hier eine besondere

Verantwortung, insbesondere wenn er sich weigert, den Subventionsvertrag öffentlich zu machen. Dies ist eine Situation, die keinesfalls im Sinne einer gerechten und transparenten politischen Kommunikation sein sollte. Ein Mekrblattersatz, kein Vertrag und auch kein Gesetz.

Ich bitte Sie daher, diesen Anzug nicht einfach abzuschreiben, sondern ihn weiterhin zu behandeln und dafür zu sorgen, dass die Anliegen, die letztlich alle Parteien betrifft, endlich ernstgenommen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecherin für die SP hat sich Julia Baumgartner gemeldet.

Julia Baumgartner (SP): Die SP-Fraktion ist für Abschreiben dieses Anzugs. Trotzdem ist es uns wichtig, nochmals zu betonen, dass bei der Erarbeitung einer neuen Konzession mit der APG die temporären Wahlständer, unabhängig von der Anzahl Abstimmungen und Sujets. zur Verfügung stehen sollten. Denn die so genannten Papillons geben Abstimmungsvorlagen die nötige Sichtbarkeit im öffentlichen Raum und das ist für eine funktionierende Demokratie von zentraler Bedeutung.

Zum Votum meiner Kollegin der BastA: Wir teilen die Haltung, dass die Zusammenarbeit mit der APG grundlegend verbessert werden muss und erwarten, dass dies bei der Umsetzung der Motion von Pascal Pfister und bei der Erarbeitung einer neuen Konzession berücksichtigt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Daher kommen wir direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Patricia Bernasconi

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 15 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006423, 10.04.25 10:10:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 72 gegen 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

51. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend attraktivere Innenstadt in den Sommermonaten durch Sonnensegel, Schreiben des RR

[10.04.25 10:10:39, 23.5234.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Als erster Fraktionssprecher hat sich Jean-Luc Perret für die SP gemeldet.

Jean-Luc Perret (SP): Die SP-Fraktion beantragt, diesen Anzug stehen zu lassen und zwar weil wir von der Wirksamkeit von Sonnensegeln absolut überzeugt sind. Es wäre aus unserer Sicht nun ein Fehler, diesen schon beim ersten leisen Gegenwind die Segel zu strecken, wie man das so schön sagt, gerade in der Freien Strasse, die eine klare Hitzeproblemzone ist gemäss Stadtklimaanalyse.

Es ist ja auch nicht so, dass dort nie irgendetwas hängt, sei es die Weihnachtsbeleuchtung, Werbebanner, Kunstinstallationen, für fast alles findet sich offenbar eine Lösung. Da drängt sich doch das Gefühl auf, auch beim Hitzeschutz müsste eigentlich noch etwas herauszuholen sein.

Auch die Argumentation mit dem Sonnengang und dem praktisch ständig vorhandenen Gebäudeschatten überzeugt nicht. Die Hitze entsteht schliesslich nicht nur am Boden bei direkter Sonneneinstrahlung, sondern die ganze Strassenschlucht heizt sich auf. Und dagegen helfen in der Höhe angebrachte Segel auf jeden Fall. Wir möchten Sie also darum bitte, nochmals einen zweiten Anlauf zu nehmen, ob in der Freien Strasse oder auch an einem anderen heissen Ort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Zunächst möchte ich mich bedanken für die Arbeit der Verwaltung und der Regierung, die ja selbst auch geschrieben haben, dass sie dieses Ansinnen gut finden und ihm positiv gegenüberstehen und auch mit den Eigentümerschaften an den Freien Strassen gesprochen haben. Umso trauriger ist es, dass bei der Freien Strasse offenbar die Eigentümerschaften nicht bereit waren, hier Hand zu bieten, zumindest temporär diese Sonnensegel zu installieren. Im Winter ist es auch kein Problem mit der Weihnachtsbeleuchtung. Zudem wurde im Jahr 2008 in einer Installation während der Europameisterschaft auch ein solches Sonnensegeldach installiert. Offenbar gab es dort keine Probleme damit.

Es wäre eine schöne Gelegenheit gewesen, während der Grossevents, die wir jetzt in der Region Basel haben mit dem ESC und auch der Frauen EM, dies wieder zu machen. Dies scheint aber nicht möglich zu sein. Dennoch möchte ich im Namen der LDP-Fraktion Ihnen unterbreiten, diesen Vorstoss als Anzug weiter zu überweisen, weil er auch so formuliert ist, dass er sich nicht nur auf die Freie Strasse fokussiert, sondern generell auch den Raum und den Spielraum lässt, was auch die Regierung selbst schreibt, dass sie das möchte, bei Orten, wo es eine Möglichkeit gibt, solche Segel zu installieren.

Mittlerweile habe ich auch gesehen, dass wieder neue Vorstösse in der Pipeline sind, die ähnliches vorhaben, einfach mit einer Beschattung oder Begrünung. Darum fände ich es durchaus sinnvoll, wenn man diesen Vorstoss als Anzug weiterhin bei der Verwaltung lässt, damit sie auch einen Auftrag haben bei verschiedenen Umgestaltungen, die noch auf uns zukommen, dies zu überprüfen und möglicherweise solche Sonnensegel zu installieren.

Als letzte Bemerkung möchte ich noch sagen, dass ich einige Zuschriften erhalten habe von privaten Eigentümerschaften, die auch bei Strassenabschnitten sind, die noch saniert werden. und diese haben mir gesagt, sie wären sehr stark interessierter an, wenn mit der Verwaltung hier gemeinsam auch ein solches Werk realisiert werden könne. Und gerade deshalb ist es auch wichtig, beim Anzug zu bleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreibung gemäss Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006425, 10.04.25 10:15:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 47 gegen 43 Stimmen bei einer Enthaltung.

52. Interpellation Nr. 8 Daniel Seiler betreffend monatelanges Provisorium bei der Tramhaltestelle St. Jakob, Schreiben des RR

[10.04.25 10:15:40, 25.5035.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Seiler (FDP): Ich danke für die Antwort. Ich bin zum Teil zufrieden, teils weil ich jetzt verstehe, um was es eigentlich geht. Wir sprechen von diesem Tramstationsprovisorium, das jetzt seit über einem halben Jahr beim Sankt Jakob steht. Es geht offensichtlich um zwei Projekte, die Tramhaltestelle und das Projekt Werbe- und Informationsflächen. Beides war für Frühling 2026 geplant und wurde aufgrund der Womens Football Euro vorgezogen, was grundsätzlich ja eigentlich eine gute Sache ist, damit die Baustelle da nicht Beim St. Jakob ist.

Das Problem liegt jetzt wieder beim Bewilligungsverfahren für diese Werbetalfen, wie ich gemerkt habe. Dieses Bewilligungsverfahren konnte mit dieser Verschiebung nicht mithalten. Das heisst, aus diesem Grunde haben wir jetzt seit einem halben Jahr dieses Bauprovisorium, das nicht wirklich eine schöne Visitenkarte abgibt für die Stadt.

In der Antwort von Ende Februar wurde in Aussicht gestellt, dass ab März dieses Provisorium aufgehoben wird und dass die neuen Werbeflächen zur Verfügung stehen. Ich weiss nicht, ob sie heute hängen. Ich weiss das nicht, aber ich war vor zwei Tagen das letzte Mal da, da waren sie immer noch nicht da. Auch habe ich festgestellt, dass es im Frühling einen Ratschlag geben wird über eine digitale Lösung. Ich hoffe, dass das nicht der Frühling 2026 ist oder vielleicht hat die Regierungsrätin auch heute schon weitere Informationen. Sie hat noch keine weiteren Informationen. Dann danke ich für die Ausführungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

53. Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen, Stellungnahme des RR

[10.04.25 10:18:08, 24.5465.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert vier Jahren. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielleicht kurz vorab, Daniel Seiler, es gibt, glaube ich formell gar keine Möglichkeit für mich zur Antwort auf ihre Beantwortung unserer Antwort. Auf alle Fälle wäre das etwas kompliziert geworden, aber wir können uns gerne nachher noch austauschen.

Nun zur Motion: Die Schulwegsicherheit ist natürlich nicht erst seit diesem jüngsten Ereignis etwas, das uns sehr sehr wichtig ist. Es gibt ein departementsübergreifendes Koordinationsgremium mit Lead im ED, die sogenannte KOGESSI. Da ist auch das Justiz- und Sicherheitsdepartement involviert und natürlich wir mit dem Amt für Mobilität. Und wir sind stetig daran, die Schulwege und generell natürlich die ganzen Verkehrswege in Basel-Stadt sicher zu machen.

Wir möchten hier diese Motion gerne als Anzüge überwiesen bekommen, weil es eben auch schon sehr viel gibt, was in dieser Richtung läuft. Ich kann hier auf einige Motionen verweisen, beispielsweise die Motion Aeneas Wanner bezüglich Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten, aber auch die Motion Moesch bezüglich Sicherheit rund um Kindergärten. Wir haben die Motion Fuhrer zum generell integralen Tempo 30 auf Kantonsboden und weitere Vorstösse, die sich um die Verkehrssicherheit kümmern. Auch diese KOGESSI nimmt weiterhin Anregungen entgegen. Wir haben Ihnen auch in der Beantwortung doch einige Massnahmen aufgelistet, die in jüngster Zeit passiert sind. Also wir bleiben da dran und ich glaube, es ist jetzt da eine Frist von zwei Jahren gesetzt, um zu fordern, dass alles umgesetzt wird. Man muss sich, glaube ich, auch bewusst sein, dass quasi alle Strassen in Basel-Stadt auf gewisse Weise Schulwege sind, weil wir haben ein sehr dichtes Netz an Kindergärten und an Schulhäusern, also tendenziell betrifft das potenziell fast alle Strassen in Basel-Stadt.

Deshalb bitten wir Sie, dass wir da dranbleiben dürfen und dies in Form eines Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Ein eigenständiger Schulweg ist entscheidend für die Kindheit. Nicht nur für die sozialen Kontakte, für die Freundschaften, die sich darauf entwickeln, sondern auch für die kognitive Entwicklung der Kinder, beispielsweise die räumliche Orientierung, die eben vor allem dann entwickelt wird, wenn die Kinder selbstständig unterwegs sind und nicht einfach den Eltern hinterher laufen oder noch schlimmer zur Schule gefahren werden. UInd es ist auch so, dass bei einem sicheren Wohnumfeld, Schulumfeld die Kinder auch viel häufiger und länger draussen spielen. Gerade auch wenn wir die gesundheitliche und körperliche Entwicklung der Kinder anschauen, ist das sicher etwas, das sehr wichtig ist. Ja, und das ist auch nicht wirklich eine Neuigkeit, Kinder sind besonders gefährdet, sie sind klein, sie sehen nicht über Hindernisse und man sieht sie nicht, wenn sie hinter Hindernissen sind. Aber sie entwickeln beispielsweise auch erst ab etwa 10 Jahren ein Bewusstsein für Gefahren. Und erst ab etwa 12 Jahren können sie Geschwindigkeiten richtig einschätzen.

Das heisst, da können Sie noch so viel auf die Kinder einreden und Ihnen sagen, sie sollen vorsichtig sein, sie sollen aufpassen, sie können das nicht. Deshalb ist es entscheidend, dass die Infrastruktur sicher ist. Und ich denke, hier sind wir uns alle einig und ich bin auch sehr froh, dass das bei der Verwaltung und bei der Regierung eine hohe Priorität hat. Ich habe auch tatsächlich das Gefühl, dass sich hier ein bisschen etwas entwickelt, dass die Sicherheit höher gewichtet wird als auch schon. Trotzdem gibt es noch sehr viele unsichere Stellen und es muss hier einfach schneller vorwärtsgehen. Diese müssen schneller behoben werden. Auch wenn wir diese Motionen Moesch und Wanner anschauen, die doch schon eine Weile nicht vollständig umgesetzt sind, zeigt sich uns, dass hier eine etwas höhere Geschwindigkeit und eine höhere Priorisierung der Umsetzung wichtig ist.

Trotzdem bin ich bereit, die Frist auf vier Jahre zu verlängern für die Umsetzung. Das heisst aber nicht, dass jetzt die nächsten dreieinhalb Jahre einfach weitergemacht wird wie bisher und dann schnell ein Bericht geschrieben wird, sondern die Priorität der Sicherheit, insbesondere auf Schulwegen, muss sofort höher gewichtet werden und es muss entschlossen weitergemacht werden und mit einer höheren Geschwindigkeit. Denn hier ist auch wichtig, die Priorität entsprechend der Gefahrensituation gesetzt wird. Wenn also etwas gefährlicher ist, dann muss das stärker priorisiert werden, nicht erst in vier Jahren umgesetzt werden, sondern idealerweise schon in den nächsten Monaten.

Die Motion gilt nur teilweise als rechtlich zulässig. Ja, das ist natürlich klar, dass wir als Kantons- und Stadtparlament nicht auf den Gemeindestrassen von Bettingen und Riehen durchgreifen können. Ich hoffe einfach, dass diese Gemeinden selber auch dafür sorgen möchten, dass die Schulwege sicher sind. Aber klar, unsere Verwaltung muss es da umsetzen, wo sie zuständig ist.

Und für mich ist auch klar, dass das Thema Schulwegsicherheit auch noch Ablauf dieser vier Jahre nach Umsetzung dieser Motion nicht plötzlich weg ist. Es ist ein Dauerthema. Es muss immer wieder überprüft werden, wie sich es entwickelt. Es müssen auch Rückmeldungen von Eltern, Schulen und so weiter einbezogen werden. Also es ist klar, dass jetzt nicht einfach mit dieser Motion ein für allemal alles gut ist. Die Idee ist, dass wir wirklich jetzt so einen Boost hinbekommen, mit dem es schnell vorwärtsgeht, mit dem es schnell besser wird, dass wir alle in vier Jahren auf einem anderen Stand sind, den wir dann weiterentwickeln können.

Also ich danke Ihnen für die Überweisung als Motion mit der Umsetzungsfrist von vier Jahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Ich danke für das gute Votum meiner Vorrednerin, dem ich mich in jedem Wort gerne anschliessen kann. Der Regierungsrat sagt in der Motionsbeantwortung, die Schulwegsicherheit geniesse sehr hohe Aufmerksamkeit und diverse Massnahmen seien bereits in Planung. Und tatsächlich sehe ich das auch in meinem Alltag. Die Schulwegsicherheit ist stärker auf dem Radar bei diversen Beteiligten. Ich bekomme von unserer Schulleitung nun auch Infobriefe, wenn Baustellen auf dem Schulweg liegen und ich schätze das. Ich begrüsse auch die Liste in der Stellungnahme der Regierung, die zeigt, was schon gemacht wurde.

Ich lese in der Stellungnahme aber auch, dass in den nächsten Jahren weitere Herausforderungen auf uns zukommen, mit neuen Schulstandorten und reger Bautätigkeit und dass auch der Regierungsrats Optimierungspotenzial sieht und Möglichkeiten dafür in der Anpassung der Prozesse und Gremien ortet. Ja das denke ich mir auch. Die geschilderten Abläufe bei den Meldungen von Gefahrenstellen scheinen mir zu bürokratisch und langsam, das interdepartementale Gremium für die Schulwegsicherheit, das KOGESSI, könnte sich wohl rascher und pragmatischer abstimmen.

Darum möchte die SP-Fraktion ebenfalls an der Motion festhalten, damit wir diese wichtigen Themen eben tatsächlich rasch und konkret, wie der Titel der Motion das sagt, umsetzen, zumindest da, wo sie rechtlich zulässig ist und nicht gegen die Gemeindeautonomie von Riehen und Bettingen verstösst, und auch da schliesse ich mich der Hoffnung von Tonja Zürcher an.

Ich möchte mit Nachdruck betonen, dass die jüngeren Kinder keine Wahl haben, wo und ob sie in die Schule gehen. Sie haben keine Wahl, ob sie an dieser Art von Verkehr teilnehmen. Sie sind in diese Situation hineingeboren und haben sie nicht mitkreiert. Sie müssen mehr gesehen werden in ihren Bedürfnissen, rasch und konkret.

Wir verstehen, dass es Sinn macht, die Erfüllung der Motion gut mit anderen geplanten Projekten und den themenverwandten Motionen Wander und Moesch abzustimmen. Davor soll die Regierung genügend Zeit erhalten und wir stimmen daher auch der Fristverlängerung auf vier Jahre zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Béla Bartha für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Nach dem, was ich gehört habe von Tonja Zürcher und Alexandra Dill, und auch gelesen habe in der Motion muss ich sagen, ja, die Regierung ist wirklich aktiv und sie macht etwas, das ist gut. Dann bin ich aber beim Vorbereiten über einen Text gestossen und zwar eben zur Motion von Tonja Zürcher zur Schulwegsicherheit. Und da hat der Gewerbeverband eine Stellungnahme dazu geschrieben und ich möchte schnell zitieren: «Durch die Einführung von Fahrverboten und neuen Verkehrsführungen wird die Erreichbarkeit von Kunden, Lieferanten oder Betriebsstätten erschwert. Dies verursacht dies verursacht für Unternehmen Verzögerungen im Betriebsablauf und erhöht die Betriebskosten.»

Für mich zeigt das exemplarisch, in welchem Spannungsfeld wir hier stehen. Das zeigt sich jetzt gerade in dieser Stellungnahme des Gewebeverbands sehr unverblümt. Auf der einen Seite versucht man, den Verkehr so zu gestalten, dass die Kinder möglichst ohne Lebensgefahr von zu Hause in die Schule kommen und auf der anderen Seite wird die Befürchtung geäussert und damit auch die Forderung impliziert, dass diese Bestrebungen den Verkehrsfluss nicht stören sollen. Grösser könnte meiner Meinung der Gegensatz nicht sein.

Es ist eine Tatsache, dass seit einigen Jahren die meisten Menschen in der Schweiz in den Städten wohnen und daher es endlich Zeit wird, dass wir unser Mindset ändern und beginnen, Stadtentwicklung für die Bewohner der Städte an die Hand zu nehmen und uns die Lebensqualität in der Stadt nicht mehr von den Bedürfnissen des Verkehrs vorschreiben lassen. Ich weiss, wie hoch die Flughöhe dieser Bemerkung ist, aber es zeigt einfach, in welchen Kontrast wie hier stehen.

Die Grünen sehen die Dringlichkeit der Umsetzung, die in dieser Motion gefordert wird und anerkennen aber auch, dass es vielleicht mehr Zeit benötigt, diese zielgenau umzusetzen und unterstützt die Überweisung der Motion mit einer Verlängerung der Frist um vier Jahre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tonja Zürcher und weitere beantragen die Überweisung als Motion. Ein Antrag auf einen Anzug wurde von der Regierung gestellt. Wir kommen zur Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006429, 10.04.25 10:30:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion und stillschweigende Überweisung der Motion an dem Regierungsrat. Frist: 4 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 51 gegen 39 Stimmen für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Sie haben die Motion deshalb dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

54. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel, Stellungnahme des RR

[10.04.25 10:30:49, 24.5463.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen eine Umsetzung der Motion innert 18 Monaten. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist mir sehr wichtig, hier zu sagen, dass der Regierungsrat diese Motion nicht deshalb nicht überwiesen haben möchte, weil wir das Konzept nicht sinnvoll finden. Im Gegenteil, das Konzept stammt, glaube ich aus den Achtzigerjahren, also ist wirklich schon ordentlich alt. Früher hat man von der 15-Minuten-Stadt gesprochen. Ich glaube, gerade hier in Basel mit unserer Kleinräumigkeit ist klar, dass eben auch eine Zeit 10-Minuten-Stadt möglich ist und wir haben Ihnen die verschiedenen Instrumente, also die Situation in Basel-Stadt unter 2.3 im Schreiben auch etwas ausführlicher dargelegt. Also wir arbeiten heute schon intensiv darauf hin, dass eben möglichst kurze Wege entstehen zwischen Arbeiten, zwischen Freizeit und Wohnen, so dass wir eben den Verkehr auch in gewissen Grenzen halten können.

Aber in dieser Motion werden unseres Erachtens zu starre Vorgaben gewünscht. Man muss sich vorstellen, dass, wenn man dieses Konzept eng auslegen würde, wir entweder die Einwohnerzahl auf 400’000 Einwohnenende steigern müssten, um das richtige Verhältnis zu Arbeitsplätzen zu finden, also verdoppeln, oder wir müssten irgendwie die wirtschaftliche Entwicklung dieses Kantons bremsen, weil wir dann zu viele Arbeitsplätze haben im Vergleich zu Einwohnenden. Ich denke, man muss sich auch bewusst sein, dass Städte natürlich immer eine gewisse Arbeitsplatzkonzentration haben, sie haben eine Zentrumsfunktion, also dass das Verhältnis nicht ganz 2 zu 1 ist, ergibt sich auch aus diesem Umstand.

Wir werden weiter in diese Richtung arbeiten. Wir möchten diese 10-Minuten-Stadt anstreben, eben diese kurzen Wege, diese Verflechtung zwischen den verschiedenen Aktivitäten und wir werden uns auch noch mal den Quartieren annehmen, uns also überlegen, was die verschiedenen Quartiere brauchen, wie man sie stärken kann, dass diese eben verschiedene Möglichkeiten anbieten, eigentlich alles, was man so braucht zum Leben. Wir sind da bereits dran, wir werden auch berichten, und deshalb bitten wir Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die GRÜNEN/jgb ist Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Das St. Johann, wo ich zu Hause bin, ist eines dieser Quartiere, in denen die 10-Minuten-Nachbarschaft eigentlich schon heute Alltag ist, und das spüre ich im Guten. Und nicht nur das St. Johann, auch Quartiere wie das Matthäus oder das Gundeli haben eine hohe Dichte und gleichzeitig eine besonders hohe und vielfältige Lebensqualität.

Die Stadt der kurzen Wege ist bereits seit Jahrzehnten Ziel und Ideal einer nachhaltigen und lebenswerten Stadtentwicklung. Wir Grüne setzen uns seit Beginn unserer Parteiexistenz ein für ein besseres Verhältnis von bezahlbarem Wohnraum pro Arbeitsplatz, für kürzere Pendelwege und weniger Pendelverkehr, für eine starke Lokalwirtschaft, für begrünte und verkehrsberuhigte öffentliche Räume, schlicht für eine Nutzungsdurchmischung, wie es eine lebenswerte und vielfältige Stadt ausmacht.

Nun hat dieses Konzept von Professorin Sibylle Wälty einen neuen Namen erhalten und die LDP scheint nun gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien auch Gefallen daran zu finden, die 10-Minuten-Nachbarschaft. Wir haben die Motion Hug eingehend diskutiert in der Fraktion und wir unterstützen die Analyse, dass das heutige Verhältnis von fast eins zu eins kein gangbarer Weg ist und wir alle wissen um die raumplanerischen Ziele der Innenentwicklung und was sie bedeuten für ein Basel, das wächst.

Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt deshalb im Grundsatz die Überweisung und Umwandlung in einen Anzug, auch wenn wir einige Vorbehalte gegenüber dem Konzept von Sibylle Welti hegen. Wir sind deshalb froh, betont auch die Regierung in

ihrer Antwort, dass das quantitativ basierte Rahmenwerk der 10-Minuten-Nachbarschaft zu starr und zu theoretisch ist und die Zahlenschlacht von Einwohnerzahlen und Arbeitsplätzen zu absurden Dimensionen führen kann. Verdichtung allein greift zu kurz. Zum Gestalten und Bewohnen von Stadt gehört mehr als das Verhältnis zwischen Wohn- und Arbeitsplätzen, mehr als quantitative Dichtungsmessungen.

Wir Grüne möchten deshalb dazu anhalten, den Wohnungsbau nicht dem zwei zu eins-Verhältnis dem Diktat des Wirtschaftswachstums zu unterstellen. Die Fläche unseres Stadtkantons ist begrenzt. Unsere Ressourcen sind es ebenso. Der Wachstumszwang der Wirtschaft steht auch hier wieder einmal quer zur Realität. Den dichten Quartieren fehlen in Basel bereits heute Grünflächen zu Kühlung und Erholung. Hier dürfen wir keine Abstriche zugunsten der Verdichtung machen. Es braucht also Augenmass und Verhältnismässigkeit und es braucht gleich lange Speise für alle, fürs dichte Matthäus genauso wie für das Bruderholz oder Neubad. Ein lebenswertes Zuhause in Basel soll für alle bezahlbar bleiben.

Und wenn Sibylle Wälty in den Medien von Wohntürmen spricht, dann bereitet uns das Sorgen. Hochhäuser sind weder flächeneffizient, noch sind sie nachhaltig, noch schaffen Sie günstigen Wohnraum. Die bezahlbaren Wohnungen finden sich im Bestand. Die dichten Quartiere zeichnen sich durch Blockrandbebauungen aus. Eine soziale und klimagerechte Stadtentwicklung setzt auf den Bestand und dazu gibt das Konzept der 10 Minutennachbarschaft noch viel zu wenig Antwort.

Denken wir also nicht nur an Dichte, denken wir an Wohnflächensuffizienz, denken wir daran, wie unsere Wirtschaft in Zukunft wachsen soll, denken wir an die grauen Emissionen von Neubauten, an die Stadt für alle. Und nutzen wir die Chancen dieser Motion, die raumplanerischen Instrumente darauf auszulegen, unsere Quartiere zu begrünen, Aufenthalts- und Begegnungsorte zu schaffen, unsere Strassen von Verkehr zu beruhigen und das lokale Gewerbe zu stärken. Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie daher, die vorliegende Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Ismail Mahmoud.

Ismail Mahmoud (SP): Die SP-Fraktion hat hier ein Offen. Wir haben dieses Geschäft relativ breit diskutiert. Wir sehen die positiven Aspekte der 10 Minutennachbarschaft, aber es ist dennoch fraglich, ob dieses Konzept wirklich das richtige Instrument ist, der richtige Ansatz, um steigende Mieten und Gentrifizierung zu bekämpfen.

Zuerst einmal möchten wir anerkennen, dass die Regierung nicht untätig geblieben ist. In der Mobilitätsstrategie wurde festgehalten, dass die Stadt der kurzen Wege umgesetzt werden soll und wird. Es ist wichtig, dass die Wege kurz sind in den Nachbarschaften, in den Quartieren und das begrüssen wir sehr. Auch im Zonenplan ist festgehalten, dass es ist ein verdichtetes Potenzial gibt und die Stadtteilrichtpläne sind genau diese Art von Plänen, die wie sehr schätzen, denn dort wird auf die Realitäten des Quartiers eingegangen, es wird geschaut, was gebraucht wird und hier wäre eine 10-Minuten-Nachbarschaft wahrscheinlich zu starr, wie es die Regierung auch festgehalten hat.

An dieser Stelle kann ich mich meiner Vorrednerin anschliessen, im kantonalen Richtplan, in den Bebauungsplänen ist nach wie vor ein Verhältnis von eins zu eins vorgesehen, was Wohnen und Arbeit betrifft. Auch jetzt im Kanton besteht dieses Verhältnis und das ist natürlich problematisch. Mehr Beschäftigte bei mangelndem Wohnraum führt automatisch zu einer Preisentwicklung nach oben, und diese Preisentwicklung ist der perfekte Nährboden für weitere Gentrifizierung, und das wollen wir ja eben nicht. Und hier hat die 10-Minuten-Nachbarschaft einen anderen Ansatz, eine andere Antwort, nämlich dieses Verhältnis von 2 zu 1 anzustreben und gerade dort, wo neu gebaut wird, in den Transformationsarealen, wäre es doch sehr erstrebenswert, dieses Verhältnis umzusetzen.

Wir begrüssen grundsätzlich die Umwandlung in einen Anzug, so hätte die Regierung die Möglichkeit, diesen zentralen Punkt der 10-Minuten-Nachbarschaft, dieses Verhältnis von 2 zu 1 herauszupicken und zu schauen, wo dies umgesetzt werden könnte. Wichtig ist und bleibt: Raumplanung muss ökologisch und sozial flankiert sein, immer.

Wir haben ja ein Offen eingegeben. Es gibt Teile der SP-Fraktion, die sich dennoch nicht sicher sind, ob dieses Konzept wirklich der richtige Ansatz ist, scheint es doch ein relativ technokratischer Ansatz zu sein, der Top Down ist und weitflächig zu starr ist, wie es die Regierung auch gesehen hat. Ich bin nicht sehr oft auf dem Bruderholz, aber es wäre schon spannend zu sehen, wie dort eine 10-Minuten-Nachbarschaft aussehen würde. Deswegen unser Offen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Michael Hug für die LDP.

Michael Hug (LDP): Es würde wir uns auch wundernehmen, wie auf dem Bruderholz eine 10 -Minuten-Nachbarschaft aussehen würde, deswegen steht in meinem Vorstoss auch klar, dass es nur an geeigneten Orten umgesetzt werden soll.

Ja, das Konzept von Sibylle Wälty ist numerisch ausgerüstet und sehr strikt in der Ausformulierung. Als ich dann die Reaktionen gehört habe, habe ich mich auch bereit erklärt, hier für eine Weiterbearbeitung über einen Anzug zu gehen, anstatt an der starren Motion festzuhalten. Ich konnte dann verschiedene Gespräche führen und habe dann auch mitbekommen, dass die Planung, wie die Stadt sich weiterentwickeln soll, vor allem auf die Transformationsareale ausgerichtet ist. Das heisst, man geht davon aus, dass das Entwicklungspotenzial in der bebauten Siedlungsstruktur klein ist oder gar nicht vorhanden ist. Die einzige Entwicklung, die wir momentan sehen, geht über Sondernutzungspläne, also Bebauungspläne, die dann immer wieder auch hier im Parlament diskutiert werden können. Fakt ist aber, dass wir ein Raumplanungsgesetz haben auf einer nationalen Ebene, die mit grosser Mehrheit vor einigen Jahren durch das Schweizer Volk so verankert wurde. Und das führt halt genau zu diesem Problem: Man will nicht, dass die Agglomeration noch weiter wächst, man möchte nicht, dass grüne Felder neu eingezont werden und hier möchte man trotzdem auch in der Stadt nicht, dass zu viel neuer Nutzungsdruck, zu viele neue Wohnungen gebaut werden, obwohl wir natürlich eine Wohnungsnot haben. Das ist ja gerade diese Spirale, die sich gerade dreht. Darum, denke ich, ist es essentiell wichtig, neben den Transformationsarealen auch nochmals genau einen Blick zu richten auf die bebaute Stadt. Wo gibt es Gebiete, die sich anbieten, verdichtet und entwickelt zu werden, aber nicht einfach im Sinn «Wir machen jetzt Beton bis 100 Meter hoch» sondern eben im Sinne, welche Nutzung den besten Mix bringenzwischen Grünraum, Wohnraum, Arbeitsraum und eben auch den verkehrlichen Aspekten, die das mit sich bringt.

Die 10-Minuten-Nachbarschaft hat ja immerhin auch den Vorteil, dass der Verkehr von der Agglomeration in die Stadt zu den Arbeitsstätten reduziert werden sollte oder zumindest eingegrenzt werden sollte, und es ist schon spannend, die Perspektive für den Kanton Basel-Stadt – das haben wir in in verschiedenen Abstimmungskämpfen gehört, zuletzt zum Nationalstrassenausbau – geht davon aus, dass bis 2050 140’000 mehr Menschen in der Region, in der Agglomeration Basel wohnen. Und wir müssen uns schon entscheiden, wo diese dann genau wohnen und wo sie arbeiten gehen. Irgendwo sehe ich uns als Gemeinschaft auch in der Verantwortung, mehr Wohnraum zu bauen, neben den Wirtschafts- und Arbeitsflächen.

Darum sehe ich es in der Weiterbearbeitung als Anzug auch als Auftrag an die Verwaltung, dass man eine Gesamtrevision der Richtplanung, deren letzte aus dem Jahr 2000 stammt, anstrengt. Das ist nicht in unserer Kompetenz, sondern eben im Kanton Basel-Stadt in der Kompetenz der Regierung. Man soll prüfen, wo entwickelt werden kann. Das muss nicht über den Hochhausbau sein. Das kann eben auch über den Blockrand geschehen, aber nicht überall ist diese Bautypologie sinnhaft.

Darum möchte ich Ihnen noch einmal wirklich ans Herzen legen, diesen Vorstoss als Anzug zu überweisen, mit dem klaren Auftrag, die Richtplanung zu überarbeiten und unsere bebaute Stadt so weiterzuentwickeln, dass sie die Bedürfnisse der jetzigen Zeit richtig aufnehmen kann für eine zukunftsfähige Stadt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Fina Girard und Oliver Thommen. Diese werden angenommen. Zuerst hat das Wort Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Sie sagen, das Bruderholz sei nicht geeignet. Könnten Sie mir kurz ausführen, warum dieses Quartier als einziges davon ausgenommen werden sollte?

Michael Hug (LDP): Es soll nicht das einzige Beispiel sein. Weil es ein reines Wohnquartier ist, ist es kein geeignetes Beispiel für dieses Konzept. Aber sprechen wir für die Gegend um den Bahnhof. Dort ist das ja ein Thema. Ich sehe eher die Nauenstrasse und die Clarastrasse im Fokus, um das Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Wohnraum anzupassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Zwischenfrage von Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sind Sie denn auch bereit, für eine Verkehrspolitik zu sorgen, damit die Menschen, die in diesen dichten Quartieren wohnen, dann auch gern dort wohnen, ohne Dreck und Lärm?

Michael Hug (LDP): Ich bin immer bereit, mich gegen Dreck und Lärm einzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich muss zugeben, ich bin langsam beunruhigt. Ich bin schon den ganzen Morgen derselben Meinung wie Regierungsrätin Esther Keller. Ich bitte Sie auch bei diesem Vorstoss, der Regierung zu folgen und ihn abzuschreiben resp. nicht zu überweisen. Wir waren schon bei der ersten Überweisung dieses Vorstosses gegen die Motion Hug. Die Idee dieser Motion, die ja sehr theoretisch auf Basis von Studien und einer Professorin der ETH liegt, ist natürlich sehr interessant. Sie ist einfach in der praktischen Umsetzung absolut unrealistisch. Der Regierungsrat führt das aus, man müsste, um dieses Verhältnis zu schaffen, die Bevölkerungszahl auf 400'000 in Basel anwachsen lassen. Das will die SVP-Fraktion auf gar keinen Fall. Wir sind der Ansicht, dass das Verhältnis sich nicht so anpassen soll, wie das mit dieser 10-Minuten-Nachbarschaft der Fall ist. Das würde nämlich bedeuten, dass wir noch mehr verdichten müssten. Wir müssten Grünraum vernichten und die SVP-Fraktion wehrt sich dezidiert dagegen, dass Grünräume weiter vernichtet werden.

Dann haben wir heute immer wieder gehört die Idee der Stadt der kurzen Wege. Ich finde diese Diskussion relativ skurril in diesem Lande. Ich würde sogar behaupten, wir sind das Land der kurzen Wege. Es gibt, wenn Sie mit einer Person in den Vereinigten Staaten sprechen oder auch in anderen Ländern Europas, wohl kein Land, das alles in derart kurzer Distanz erreichbar gemacht hat, von der Gesundheitsversorgung über alles andere, was da auch noch dazugehört. Deshalb finde ich diese Diskussion gerade auch in Basel etwas ganz besonders. Michael Hug hat vorher als Beispiel die Nauenstrasse erwähnt oder auch das Gundeli. Ich habe mir dann überlegt, was genau jetzt aus dem Gundeli oder von der Nauenstrasse nicht innerhalb von 10 Minuten erreichbar ist, das tatsächlich auch notwendig ist. Mir kommt da nichts in den Sinn, ausser vielleicht an der Bachlettenstrasse wo ich wohne bald der Unterflurcontainer, der ist vielleicht weiter weg als 10 Minuten.

Aber ansonsten in dieser Stadt der heute schon sehr kurzen Wege scheint mir diese Idee nun wirklich nicht besonders prioritär zu sein. Und wenn wir schauen, was es für andere Beispiele gibt an Städten auf der Welt, dann haben diese auch eine ganz andere Dimension als Basel. Wir sprechen hier von einer Stadt mit gut 200'000 Einwohner. Das Beispiel dieser Idee Portland wird ja auch in der Motionsbeantwortung des Regierungsrates erwähnt. Portland hat, wenn man das ganze Gebiet darum herum nimmt, eine Bevölkerungszahl von zweieinhalb Millionen, das ist also schon fast ein Viertel der Schweiz. Und auch andere Beispiele überzeugen mich in diesem Zusammenhang nicht. Und dort, wo es tatsächlich zu funktionieren scheint, muss man sagen, das sind Städte, die erst gebaut wurden, zum Beispiel Poundbury. Das ist eine Stadt, die 1993 in England geschaffen wurde mit diesem Gedanken des Konzepts. Das ist natürlich eine andere Ausgangslage, wenn Sie eine Stadt neu bauen. Ein aktuelles Beispiel finden Sie in Saudi-Arabien. Dort kann man sich solche Ideen natürlich schon auch überlegen, weil man von Anfang an die Möglichkeit hat, es so aufzugleisen. Aber in einer schon gebauten Stadt – und Fina Girard hat ja mit der Zwischenfrage eine sehr gute Frage auf den Punkt gebracht – in einer schon gebauten Stadt mit gebauten Quartieren, wie zum Beispiel dem Bruderholz oder auch anderen Gegenden, ist das auch in der Realität praktisch nicht umsetzbar.

Und deshalb glaube ich, verlieren wir nichts, wenn wir diesen Vorstoss heute nicht an den Regierungsrat überweisen, weil der Regierungsrat in seinen Überlegungen, das führt er ja auch aus, überall dort bereits heute schaut bei den Bebauungsplänen, bei der Mobilitätsstrategie, beim Richtplan, bei den Stadtteilrichtplänen, dass es eben möglichst kurze Wege, eine möglichst einfache Zugänglichkeit gibt. Darüber hinaus zu gehen, scheint mir nicht angebracht zu sein.

Und der letzte Punkt, der für die SVP-Fraktion noch zusätzlich entscheidend zu sein scheint, ist, dass es für die Fortführung der Planung der Transformationsareale sehr gefährlich zu sein scheint, wenn wir hier eine zu starre Vorgabe machen würden. Das ist zugegebenermassen jetzt auch mit dem Vorschlag von Michael Hug, es als Anzug weiterzuverfolgen, natürlich etwas gemindert, aber trotzdem bleibt dies eine gewisse Gefahr. Und deshalb bitten wir Sie, diesen Vorstoss heute nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Ich habe bereits bei der Erstüberweisung ausführlich begründet, weshalb wir diese einseitige Umsetzung so nicht sinnvoll finden. Trotzdem nochmals kurz zusammengefasst: Ja für die Stadt der kurzen Wege, aber gegen eine einseitige massive Verdichtung, wie sie hier vorgeschlagen wird, vor allem eine Wohnverdichtung. Das weitere Problem ist ist, dass bei diesem Konzept oder vor allem, wie es der Motionär dann umgesetzt haben will, die Mobilität gar nicht aktiv angesprochen wird. Eine Stadt der kurzen Wege ist nicht nur die Folge einer Verdichtung, sondern es hat eben auch mit Mobilität zu tun und eben auch mit dem der Wirtschaft, dem Wirtschaftswachstum. Das wird vollständig ignoriert. Die Arbeitsplatzkonzentration ist überhaupt kein Thema.

Wenn wir dieses Konzept einigermassen ernst nehmen würden, dann müssten wir jetzt in der BRK entscheiden Nein, die Roche darf kein weiteres Hochhaus bauen, sondern wir machen da eine Wohnüberbauung hin, denn das wäre die einzige Konsequenz daraus. Abgesehen davon, dass das Bruderholz verdichtet werden müsste mit Arbeitsplätzen.

Ich glaube, es zeigt einfach, dass es hier gar nicht darum geht, eine Stadt der kurzen Wege zu erreichen, sondern einfach eine Motion ist für mehr Bauen, mehr bauliche Verdichtung auf Kosten von Grünflächen und bezahlbarem Wohnraum. Wir von der BastA lehnen diese Motion deshalb klar ab, auch als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Fina Girard und weitere beantragen die Überweisungen als Anzug. Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Darum wird die Motion als Anzug weiterbehandelt. Der Regierungsrat und weitere beantragen Nichtüberweisung. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

44 Ja, 45 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006432, 10.04.25 10:54:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichentscheid des Präsidenten nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich muss einen Stichentscheid fällen und ich folge hier der Regierung und bin gegen Überweisung.

55. Budgetpostulat 2025 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt), Schreiben des RR

[10.04.25 10:55:02, 24.5538.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat abzulehnen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Mit diesem Budgetpostulat wird beantragt, im Bereich Jugend, Familie und Sport während zehn Jahren um jährlich 9’000 Franken zu ändern für die Anschaffung und Installation mobiler Beleuchtungsanlagen für die Sportplätze.

Der Regierungsrat anerkennt das Anliegen des Budgetpostulats. Der Bedarf an Sportplätzen im Kanton Basel-Stadt ist unumstritten gross. Um die Belegung auf den Sportanlagen zu optimieren, hat das Sportamt zusammen mit den Vereinen bereits Massnahmen beschlossen, die auf das Wintersemester 2025/26 umgesetzt werden. Angesichts des beschränkten Platzangebots und der hohen Nachfrage ist auch die Beschaffung von mobilen Beleuchtungsanlagen sinnvoll. Das Erziehungsdepartement prüft aktuell mobile Beleuchtungsanlagen in Absprache mit dem schweizerischen Fussballverband und dem Regionalverband Nordwestschweiz. Das Erziehungsdepartement wird mobile Anlagen anschaffen. Die Anschaffungen werden aus dem Budget des Erziehungsdepartements erfolgen.

Deshalb beantragen wir, dieses Budgetpostulat abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Wortmeldung eingetragen, es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat nicht zu überweisen

56. Budgetpostulat 2025 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS), Schreiben des RR

[10.04.25 10:57:20, 24.5540.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat teilweise zu erfüllen und im Budget 2025 zusätzlich einen Betrag von 75'000 Franken einzustellen. Ursprünglich wurden 150'000 Franken gefordert. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Grundsätzlich möchte ich zu Beginn anmerken, dass die Schulsozialarbeit an unseren Schulen eine tolle Arbeit macht und dazu beiträgt, dass Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern in schwierigen Situationen Hilfe und Unterstützung erhalten. In diesem Bereich hat das Erziehungsdepartement in der Vergangenheit auch immer wieder wichtige Investitionen unternommen.

Auf der Sekundarstufe 2 ist in Basel-Stadt die Schulsozialarbeit institutionell nicht verankert. An den Gymnasien und der FMS können sich Jugendliche an den schulpsychologischen Dienst, die Lehrpersonen oder die Mitglieder der Schulleitungen wenden.

Die Einführung einer Schulsozialarbeit an den Mittelschulen wurde angesichts der steigenden Zahl labiler Schüler und Schüler in schwierigen Familienverhältnissen wichtig. Auch wenn das Angebot als willkommene Unterstützung gesehen wird, scheint an den Gymnasien und der FMS nach wie vor eine Person zu helfen, die vor Ort die Kommunikation und Triage zwischen den weiter zunehmenden Fällen von psychosozial und gesundheitlich labilen Schüler und Schüler und deren Eltern, den Sozialdiensten, Kliniken und so weiter gestaltet.

An der FMS sind die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in belasteten psychosozialen Lebenslagen sind, im Vergleich zu den übrigen Mittelschulen und Berufsschulen am höchsten. Das vorerst zeitlich begrenzte Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der FMS setzt darum an der richtigen Schule der Sekundarstufe 2 an und ermöglicht es, wichtige Erkenntnisse für eine allfällige Einführung einer Schulsozialarbeit an den Mittelschulen zu gewinnen. So soll vor allem geprüft werden, ob die psychosozial belasteten Schülerinnen und Schüler auf diese Weise die nötige Unterstützung, und die Lehrpersonen und die Schulleitungen die erforderliche Entlastung erhalten.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat die Erfüllung dieses Budgetpostulats und das Budget 2025 des Erziehungsdepartements im Umfang von 75'000 Franken zur Einrichtung eines vorerst zeitlich begrenzten Pilotprojekts Schulsozialarbeit an der FMS zu erhöhen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Bei der Erstüberweisung dieses Budgetpostulats sprach sich die LDP mehrheitlich gegen die Überweisung aus. Dies ist jedoch nicht aus inhaltlichen Gründen geschehen. Wie wir bereits bei der ersten Überweisung betont haben, sind wir der Überzeugung, dass das Anliegen der Einführung von Schulsozialarbeit mit einer grösseren Weitsich angegangen werden sollte. Das Vorgehen des Regierungsrates zur Erfüllung des Budgetpostulats erscheint uns zu fragmentiert, beschränkt sich auf die FMS und wird gleichzeitig als Pilotprojekt deklariert. Wir erachten dieses Vorgehen als zu kurzfristig, wenig nachhaltig und zu wenig tragfähig. Das Thema Schulsozialarbeit ist von zu grosser Bedeutung.

Gerade in der Sekundarstufe sind Jugendliche mit zahlreichen Herausforderungen des Erwachsenwerdens konfrontiert. Themen wie Schulabsentismus oder auch die tiefe Abschlussquote auf Sekundarstufe 2 sind, wie wir sie in unserem Kanton haben, keine Begleiterscheinungen, sondern stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Entwicklung unserer Jugend dar und widerspiegeln sich letztlich in den gesellschaftlichen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Wir sind deshalb nach wie vor der Meinung, dass Schulsozialarbeit an allen weiterführenden Schulen, aufbauend auf den bestehenden Angeboten und Strukturen. dieser Herausforderung besser gerecht wird. Aus diesen Gründen sprechen wir uns weiterhin gegen das Budgetpostulat aus und fordern einen umfassenden Ansatz zur Thematik der Schulsozialarbeit an den weiterführenden Schulen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Thomas Widmer Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Die Mitte/EVP unterstützt das Pilotprojekt zur Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule FMS. Der Bedarf ist da. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in belasteten psychosozialen Lebenslagen sind, sind laut Angaben des Regierungsrats im Vergleich zu den übrigen Mittelschulen und Berufsfachschulen am höchsten. Wir haben es gerade von Regierungsrat Mustafa Atici gehört.

Das zeitlich begrenzte Pilotprojekt an der FMS ermöglicht es, wichtige Erkenntnisse für eine allfällige Einführung einer Schulsozialarbeit an den Mittelschulen zu gewinnen. Es geht bei der Prüfung vor allem um zwei Fragen: Erhalten die psychosozial belasteten Schülerinnen und Schüler auf diese Weise die nötige Unterstützung und bringt es den Lehrpersonen und der Schulleitung die erforderliche Entlastung?

Die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, das vorliegende Budgetpostulat für das Jahr 2025 im Umfang von 75’000 Franken zu erfüllen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Atici verzichtet in einer zweiten Runde auf ein Votum. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses zum Budgetpostulat und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 19 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006435, 10.04.25 11:05:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

In teilweiser Entsprechung des Budgetpostulats Sasha Mazzotti werden im Budget 2025 des Erziehungsdepartements zusätzlich Fr. 75'000 eingestellt. (Position Erziehungsdepartement, Dienststelle 265, Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule FMS).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 72 gegen 19 Stimmen.

57. Motion Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen, Stellungnahme des RR

[10.04.25 11:05:25, 24.5423.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Lassen Sie mich in kurze ein paar wichtige Fakten zu diesem Thema nennen: An den Basler Volksschulen werden Messenger Dienste für die Kommunikation zwischen der Schule und den Erziehungsberechtigten eingesetzt. Mit solchen Apps können Nachrichten, Termine und Dokumente einfach und direkt ausgetauscht werden. Das bietet viele Vorteile für beide Seiten. Aktuell sind die Schulen jedoch nicht verpflichtet, einen Messenger Dienst einzusetzen. Für diese Kommunikation besteht ein grosses Angebot an Diensten. Im Kanton Basel-Stadt sieht es aktuell so aus, dass viele Standorte die App von Club einsetzen. Zwei Primarschulen setzen die School-App ein.

Auch uns ist es ein Anliegen, dass digitale Anwendungen und Dienste durch möglichst einheitliche Plattformen angeboten werden. Beim Erziehungsdepartement laufen daher bereits Bemühungen, die Beschaffung und den Einsatz von Messenger Diensten an den Primar- und Sekundarschulen einheitlich zur regeln. Das heisst, wir sind bereits daran, die Anliegen des Vorstosses zu prüfen und umzusetzen. Ich bitte Sie deshalb, die Motion dem Regierungsrat als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Sandra Bothe-Wenk für die GLP.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich freue ich mich sehr über die Tatsache, dass die schulische Kommunikation in Basel-Stadt bereits mehrheitlich über einen Messenger Dienst erfolgt. Das sind Good News vom Regierungsrat und es zeigt, eine zentrale Kommunikationslösung ist nicht nur möglich, sie ist auch praktikabel. An vielen Sek- und Primarschulstandorten wird bereits per Klub kommuniziert. Wir haben es gehört, lediglich an fünf, nach meiner Recherche nicht an zwei Primarschulen wird die Schulapp genutzt. Was die Übergangsfrist für eine einheitliche Lösung betrifft, bin ich angesichts des heutigen Stands offen und zuversichtlich, dass die laufenden Bemühungen zu einem zielführenden Abschluss kommen. Aber gerade weil diese Entwicklung ja bereits stattfindet, braucht es jetzt den nächsten Schritt. eine verbindliche zentrale Regelung. Warum? weil wir mit einer kantonalen Kommunikationslösung zwischen Schule, Lehrpersonen und Elternhaus sehr viel gewinnen.

Diese Punkte fasse ich gerne noch einmal zusammen. Wir schaffen eine moderne und verlässliche Kommunikation, einfach zugänglich und datenschutzkonform. Davon profitieren Familien mit Kindern an mehreren Schulstandorten genauso wie Lehrpersonen, die an verschiedenen Schulen unterrichten. Krankmeldungen, Elternabende, Projektinfos oder persönliche Nachrichten, all das kann übersichtlich über eine zentrale Plattform ausgetauscht werden, deren Server in der Schweiz stehen. Ein integrierter Übersetzungsdienst ermöglicht mehrsprachige Kommunikation, Lesebestätigungen schaffen Verbindlichkeit und der administrative Aufwand wird deutlich reduziert, für das Schulpersonal genau so wie für die Eltern. Das ist ein echter Mehrwert für den Schulalltag und eine Investition in die Beziehungsarbeit zwischen Elternhaus und Schule.

Der Vorstoss adressiert aber eine weitere wichtige Forderung, die in der Stellungnahme des Regierungsrat offenbleibt, die Notwendigkeit einer zentralen kantonalen Lösung, insbesondere mit Blick auf Lizenzierung, Datenverwaltung und administrative Zuständigkeiten. Wird die Motion nur als Anzug überwiesen. bleibt der Kern des Anliegens unverbindlich. Heute erfolgt die Beschaffung und der Einsatz von Messenger Diensten an Schulen dezentral. Das verursacht nicht nur unnötige Mehrkosten, sondern belastet besonders das Lehrmittelbudget der einzelnen Schulstandorte, obwohl es sich klar um eine Verwaltungsaufgabe handelt. Die kantonale Digitalisierungsstrategie von ICS BS verfolgt ausdrücklich das Ziel, Schulen administrativ und technisch zu entlasten. Bei den EduBooks für Schülerinnen und Schülern ist die administrative Verwaltung bereits zentral umgesetzt, doch im Bereich der Elternkommunikation passiert in der Praxis das Gegenteil, insbesondere weil verbindliche Standards fehlen.

Dass hier nicht nur Effizienz, sondern auch erhebliche Kosteneinsparungen möglich wären, zeigt das Bild auf die Zahlen. In der Stadt Bern kostet die zentrale Klublizenz inklusive Schulung und Support lediglich ein Franken pro Kind und Jahr bei rund 12’000 Schülerinnen und Schülern. In Basel hingegen zahlen einzelne Schulstandorte über ihr Lehrmittelbudget mehr als sechs Franken pro Kind für dasselbe Produkt. Hochgerechnet auf 18’300 Kinder und Jugendliche in der Volksschule entsteht so ein beträchtlicher finanzieller Mehraufwand pro Jahr, auch für die Primarschulen in Riehen und Bettingen. Selbst eine kantonale Lizenz während der Übergangslösung für die fünf Standorte mit Schulapp wäre kostengünstiger als eine individuelle Lizenz pro Schule, denn diese Kosten liegen ebenfalls bei rund sechs Franken pro Kind.

Noch ein Wort zur Teilautonomie: Ich bin überzeugt, eine zentrale Schulkommunikations-App-Lösung schränkt die Teilautonomie der Schulen nicht ein, sondern im Gegenteil, es würde sie stärken, denn sie ermöglicht es den Schulen eine datenschutzkonforme, kostengünstigere Lösung zu nutzen und gleichzeitig den administrativen Aufwand zu reduzieren, den sie besser in Bildungsprojekte investieren. Schulen sollen nicht mit der Verantwortung belastet werden, am Markt geeignete Lösungen zu suchen und deren Sicherheit zu prüfen. Das ist Aufgabe des Kantons.

Wir alle hören doch immer wieder, dass sich Schulen administrative Entlastung wünschen. Umso unverständlicher wäre es, wenn wir genau dann zurückkrebsen, wenn eine konkrete und bereits praxiserprobte Lösung auf dem Tisch liegt, die erst noch kostengünstiger ist. Ich habe mich im Vorfeld mit diversen Schulleitungen und Leilehrpersonen ausgetauscht und dabei wurde deutlich, sie würden eine zentrale, einheitliche, datenschutzkonforme Kommunikationslösung für unsere Schulen im Einklang mit der kantonalen Digitalisierungsstrategie und den realen Bedürfnissen von Schulen und Familien gewinnbringend finden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin für die Fraktion LDP ist die Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich kann es eigentlich relativ kurz machen. Ratskollegin Sandra Bothe hat sehr ausführlich dargelegt, worum es geht in dieser Motion. Wir finden die Motion hier richtig und wichtig. Denn diese würde die Schulleitungen erheblich entlasten und auch eine klare du Struktur schaffen, wenn ein einheitlicher Messenger Dienst da ist, und das käme allen Beteiligten zugute.

Wir nehmen auch erfreut zur Kenntnis, dass im ED bereits Schritte unternommen werden, um die Beschaffung und den Einsatz von Messenger Diensten an unseren Volksschulen zu vereinheitlichen. Aus diesem Grund sind wir überzeugt, dass die Motion hier richtig ist, um zügig einen einheitlichen Messenger Dienst zur Verfügung zu stellen. Wir denken, ein Anzug ist zu unverbindlich und deshalb empfehlen wir Ihnen, die Motion als Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nchste Fraktionssprecherin ist Alexandra Dill für die SP.

Alexandra Dill (SP): Ich habe bei der Erstüberweisung dieser Motion Sie alle mitgenommen in meinen Familienalltag und ich hoffe, Sie haben noch vor Augen, welche Vereinfachungen ein Messenger Dienst im Familienmanagement bringt. Aber es geht hier nicht um meinen Familienalltag, sondern um viel mehr. Es geht um Inklusion, denn ein Messenger Dienst ist barrierefrei und mehrsprachig. Es geht um Datenschutz und faire Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen. Sie können sich abgrenzen und müssen keine privaten Kanäle mehr für Elternkommunikation nutzen. Es geht aber auch um Kosteneffizienz, denn eine zentrale Lösung spart Kosten und entlastet die Schulen von administrativem Aufwand, Sandra Bothe hat das bestens dargelegt.

Schulen, die bereits einen Elternkommunikation Messenger haben, bezahlen ihn aktuell aus dem Lehrmittelbudget, obwohl Verwaltungs- und Digitalisierungsdienste sonst zentral organisiert und gedeckt sind. Dieses Geld fehlt dann anderswo und das finde ich einfach schade. Die SP sieht diese Anliegen in der Stellungnahme der Regierung als zu wenig verbindlich berücksichtigt und möchte darum ebenfalls bei der Zweitüberweisung an einer Motion festhalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNEN/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich habe eine Schulapp. Ich sage nicht welche, aber ich würde mir manchmal wünschen, wir hätten hier im Parlament so etwas, vielleicht kommt ja irgendwann ein Anzug an das Ratsbüro, dass die Kommunikation und alles um den Alltag herum so managen würde wie so eine Schulapp. Alexandra Dill hat ja schon gesagt, dass dies eine echte Erleichterung ist. Es ist wirklich etwas Wunderbares und ich bin so froh, dass es das gibt.

Ich möchte Ihnen kurz noch darlegen, warum Sie hier als Motion überweisen sollen. Die Vorrednerinnen haben eigentlich schon sehr viel gesagt, aber vielleicht noch einige Punkte, die mir noch wichtig sind. Wenn Sie keine App haben, dann findet die Kommunikation trotzdem statt. Kommunikation findet immer statt. Deswegen ist es wichtig, dass es etwas gibt, irgendein Gefäss, wo diese Kommunikation stattfinden kann. Das ist nicht nur wichtig, damit die Eltern ihren Schulalltag einfach managen können, sondern es ist auch wichtig, weil die Lehrpersonen ja auch ein Recht auf Privatsphäre haben und man muss einfach etwas realistisch sein. Wenn es keine App gibt, die zur Verfügung gestellt wird, dann wird einfach Whatsapp verwendet und das läuft dann 24 Stunden neben dem Beruflichen auch mit dem Privaten, und jede Person hat das Recht, ab und zu nicht von Eltern bezüglich irgendeiner Prüfung oder was auch immer angegangen zu werden.

Das zweite ist der Datenschutz und ich möchte jetzt explizit nicht etwas sagen zu irgendeiner bestimmten App oder was auch immer. Es ist einfach wichtig, wenn der Regierungsrat jetzt den Auftrag als Motion erhält, dass er wirklich schaut, dass es ein Messenger ist, der wirklich auch datensicher ist und der auch funktional ist.

Warum als Motion? Es wurde bereits gesagt, angesichts der schon langen Geschichte ist es wichtig, dass das ED hier einen verbindlichen Auftrag erhält, auch wenn es natürlich jetzt mit einem neuen Vorsteher vielleicht auch anders wird, aber die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass es hier wirklich eine klare Sprache braucht, damit das auch wirklich umgesetzt wird und damit es, und das möchte ich hier wirklich ausdrücklich nochmal wiederholen, nicht aus dem Lehrmittelbudget bezahlt wird, denn das ist nicht der Sinn der Sache. Wir haben auch nicht im Dezember mehr Lehrmittel gesprochen, damit man dann Lizenzgebühren für Messenger Dienste bezahlen kann. Und das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Vielleicht noch zur Spezifizierung: Ein Problem ist, dass, wenn das jede Schule selber machen muss, sie ja nicht nur die Lizenz selber kaufen muss, sondern sie muss auch überlegen, welche Funktionen sie haben möchte, denn die App, die wir jetzt an der Schule meiner Kinder benützen, hat natürlich viele Funktionen und jede zusätzliche Funktion kostet. Dann muss das jede Schule selber machen und das ist doch völlig absurd, dafür gibt es ja eine zentrale Verwaltung, die so etwas mit einer Strategie dahinter eine solche App beschaffen kann und die Funktion bestimmen kann, damit alle den gleichen

Handlungsspielraum haben und nicht jede Schule einen administrativen Aufwand dafür betreiben muss. Das ist das zentrale Argument, nämlich dass hier für einmal die Zentralisierung im ED auch etwas Sinnvolles bewirken kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): In aller Kürze, weil ich dieses Geschäft auch nicht überbewerten will: Pro forma stellt die SVP den Antrag auf Abschreiben.

Wir haben vorhin gehört, was im ED bereits getan wird. Weshalb wollen wir dann diesen Anzug stehenlassen? Braucht es diese Zentralisierung? Aus unserer Sicht nein, das System funktioniert und wenn die Schulen unterschiedliche Funktionalitäten wollen, dann wollen sie das, das kann man dezentral managen. Auch bei uns übrigens gibt es Familienalltag und auch der funktioniert im Moment nicht so schlecht.

Also man kann das Ganze gut in die Geschichtsbücher verschieben, abschreiben und schauen, was dann das ED irgendwann mal bringt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprechen hat sich Sasha Mazzotti gemeldet.

Sasha Mazzotti (SP): Ich staune ein bisschen, hier geht es über die SVP, es geht hier auch um Steuergelder, es geht hier darum, dass man eine Lizenz einfordert. Sandra Bothe hat es gesagt, in Bern hat man das gemacht, da kostet es einen Franken pro Schüler:in, hier sechs Franken. Das geht auf Kosten von etwas anderem, nämlich vom Materialmudget. Das betrifft auch Ihre Kinder, die alle noch schulpflichtig sind. Es geht hier nicht darum, dass wir beschliessen, was die bessere App ist. Es geht einfach darum, dass die Fachpersonen im ED dies machen müssen und nicht die Schulleitungen. Die Schulleitungen haben genug anderes zu tun, es sind pädagogisch geschulte Personen und müssen jetzt auch noch verhandeln und so weiter. Es geht darum, dass die Leute im ED schauen, ob es sicherheits- und datenschutzkonform ist, ob es den Bedürfnissen an den Schulen entspricht, und dann wird das mit dem Anbieter ausgehandelt, es wird ausgeschrieben, diesen Weg kennen Sie wahrscheinlich besser als ich. In der Regel dauert das ein Jahr, ich glaube, man hat für die Umstellung etwa fünf Jahre. Das ist der Job der Verwaltung und nicht der Schulen. Darum bin ich erstaunt, dass dies auf bürgerlicher Seite nicht unterstützt wird, Danke an die LDP, die auch bürgerlich ist. Ich könnte noch lange reden, aber ich glaube, Sie haben den Punkt begriffen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sandra Bothe-Wenk und weitere beantragen die Überweisungen als Motion. Daher kommen wir zuerst zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

19 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006437, 10.04.25 11:24:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 68 gegen 19 Stimmen für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Lorenz Amiet beantragt Nichtüberweisung. Daher kommen wir zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 9 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006438, 10.04.25 11:24:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 80 gegen 9 Stimmen bei einer Enthaltung.

58. Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend gezielte Unterstützungsmassnahmen für Junge Lehrpersonen während des Studiums, Stellungnahme des RR

[10.04.25 11:25:03, 24.5367.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir nehmen die Aufgabe, Lehrpersonen zu Beginn ihrer Schultätigkeit bestmöglich zu begleiten, sehr ernst. Auch Studierende an der PH FHNW, die bereits während ihres Studiums eine Lehrtätigkeit beim Kanton aufnehmen, sollten selbstverständlich gut unterstützt werden. Mindestens ebenso gut wie Absolventinnen und Absolventen einer PH. In Basel-Stadt kennen wir mit dem so genannten begleiteten Berufseinstieg bereits ein Programm zur umfassenden Unterstützung von Berufseinsteigerinnen und -einsteigern. Wir sind dabei, dieses Programm mit den Studienanforderungen der PH FHNW zu koordinieren und in Einklang zu bringen.

Ziel dieser Bemühungen ist es, den begleiteten Berufseinstieg auf Studierende mit Lerntätigkeit beim Kanton auszuweiten. Insofern erfüllen wir bereits, was die Motion fordert. Der Kanton Basel-Stadt nimmt im Programm des begleiteten Berufseinstiegs eine Pionierrolle ein. Wir möchten aus pragmatischen Gründen davon absehen, die Erweiterung dieses Programms auf Studierende auf vierkantonaler Ebene anzugehen. Den anderen Kantonen im Bildungsraum Nordwestschweiz steht es frei, bei Bedarf das Basler Modell oder Teile davon zu übernehmen. Das würden wir selbstverständlich begrüssen.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf die Studienvariante Bachelor Plus oder Master Plus hinweisen. Diese Studienvariante, bei welcher die Studierende bereits während ihres Studiums eine Lerntätigkeit beim Kanton innehaben, hat es zum Ziel, den Übergang vom Studium in den Beruf optimal zu gestalten. Leider ist dieses Pilotprojekt mangels Interesse der Studierenden gescheitert. Sie ziehen eine selbst organisierte Anstellung mit entsprechend mehr Flexibilität und Freiraum einer von der PH begleiteten Anstellung vor. Vor diesem Hintergrund beantragen wir Ihnen, die Motion dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die SP ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Zunächst möchte ich mich beim Regierungsrat für die Stellungnahme zu diesem Geschäft und auch für seine Bemühungen in der Sache bedanken. Unseren Vorbehalt gegenüber dem ausgewählten parlamentarischen Instrument haben wir bereits bei der Erstüberweisung erwähnt und dementsprechend werde ich diesbezüglich auch nichts sagen.

Allerdings halten wir daran fest, dass attraktivere Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen von enormer Bedeutung sind, um dem Lehrkräftemangel langfristig entgegenzuwirken und die Schulqualität auf lange Sicht sicherzustellen.

Für junge Personen kann sich der Einstieg in die Lehrtätigkeit schwierig gestalten. Neben der Gestaltung des Unterrichts sind sie vom ersten Tag an mit teilweise schwierigen familiären Verhältnissen der Schulkinder konfrontiert. Zugleich sind vielschichtige Erwartungen zu erfüllen, die von den Eltern, Schulleitungen, Kolleginnen und Kollegen oder von der Schulsozialarbeit gestellt werden.

Heute den Astronauten von Morgen die Sterne näherbringen. So war im Jahr 2023 eine Kampagne gegen den Lehrkräftemangel auch in unserem Kanton. Zuerst liegt es aber in unserer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich Lehrpersonen ab dem ersten Arbeitstag in den Schulen wohlfühlen und die notwendigen Unterstützungsangebote für den Einstieg in die Berufspraxis erhalten. Sie alle sind bedeutende Stütze des Bildungssystems und leisten im Zeitalter des Lehrkräftemangels einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Bedarfes.

Der Regierungsrat anerkennt in seiner Stellungnahme die Notwendigkeit, alle Lehrpersonen zu Beginn ihrer Schultätigkeit bestmöglich zu begleiten und zu unterstützen. Das haben wir vorhin gehört und das schätzen wir natürlich sehr. Allerdings gibt es in unseren Augen Handlungsbedarf, gerade für jene jungen Lehrpersonen, die neben ihrem Studium selbst organisiert an Schulen tätig sind. Sie sind vom Angebot des begleitenden Berufseinstiegs an Volksschulen ausgeschlossen und können nicht von Unterstützungsangeboten profitieren. Solche Angebote gibt es nur für die Ausbildungsvariante Bachelor und Master Plus, die, wie wir schon vorher gehört haben, notabene ab Herbst 2025 nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

Uns ist es bewusst, dass der Fokus während der Ausbildung auf den Studieninhalt gelegt werden soll, denn wir brauchen gut ausgebildete Lehrpersonen für ein starkes Bildungssystem. Doch wünschen wir uns eine umfassende, nachhaltige Lösung zur Unterstützung von jungen Lehrpersonen in ihrem beruflichen Alter. Es ist essenziell, heute ein Zeichen zu setzen, um den Nachwuchs in Lehrberufen zu fördern und ein frühzeitiges Ausbrennen von jungen Lehrpersonen zu verhindern.

In diesem Sinne bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, dieses Geschäft heute als Anzug zu überweisen, damit das Thema weiterverfolgt wird und Massnahmen ergriffen werden. Dann klappt es vielleicht auch mit den Astronautinnen und Astronauten von Morgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Ich spreche hier auch im Namen der Fraktion BastA. Ganz ehrlich, ich bin ein bisschen enttäuscht vom Regierungsrat, enttäuscht, weil wir immer wieder das gleiche Argument hören, wenn es um die Fachhochschule Nordwestschweiz geht. Wir können nichts machen, weil wir sind ein eigener Kanton. Wir müssen immer mit allen anderen Kantonen, die beteiligt sind, zusammen entscheiden. Daher können wir gar nichts verändern und es besteht auch kein Wille, dies wirklich zu tun. Und langsam nervt mich dieses Thema wirklich, weil ich es einfach nicht verstehe, wieso unser Kanton nicht für unsere Personen, die an den Schulen angestellt sind und betroffen sind, schauen kann. Das verstehe ich einfach nicht.

In meiner Motion geht es ja um die Lehrpersonen, die bei uns im Kanton angestellt sind an den Schulen, und nicht darum, dass wir anderen Kantonen vorschreiben wollen, dass die genau diese Massnahmen auch umsetzen müssen, sondern es geht darum, dass wir die Angestellten von unserem Kanton unterstützen. Und dabei geht es nicht darum, dass wir irgendwie das Bildungssystem oder das ganze System auf den Kopf stellen. Es geht nur darum, dass man Massnahmen ergreift, um junge Lehrpersonen zu unterstützen.

Sie haben vorher gesagt, dass das Pilotprojekt gescheitert ist oder bald endet, weil es auch nicht auf genügend Resonanz gestossen ist. Das ist schade, aber liegt wohl auch daran, dass es sehr technisch ist, weil es zu stark an der Fachhochschule angegliedert ist, Teil des Studiums ist und nicht einfach flexibel die Personen stützt, die daneben arbeiten wollen. Und momentan ist so ein Modell auch finanziell gesehen nicht attraktiv. Deshalb haben wir auch den Vorstoss von Fina Girard, der genau dieses Thema aufgreift, weil wir da einen Beruf haben, der nicht ganz unanstrengend ist und gerade am Anfang müssen wir auf diese Menschen schauen und solche Angebote schaffen oder ausbauen. Sie müssen auch nicht Pflicht sein, sondern es muss die Möglichkeit bestehen, dass diese Personen den Zugang dazu haben oder zumindest informiert werden darüber, dass es diese Massnahmen, die vielleicht schon bestehen, gibt und dass man diese weiter ausbaut.

Also noch einmal, die Entscheidung dafür ist nicht abhängig von allen Kantonen, sondern wir können hier ganz selbstständig sein und solche Massnahmen ergreifen. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion jetzt in einen Anzug umzuwandeln. Ich kann verstehen, dass man hier wieder auf die rechtliche Zulässigkeit kommt. Das ist Usus, wenn es um dieses Thema geht. Darum können wir das gerne in einen Anzug umwandeln und ich bitte Sie, dies zu tun. Und den Regierungsrat bitte ich

dementsprechend, dann auch selbstständig zu werden und die Mittel und Wege zu schaffen, um diese Unterstützung zukünftig zu bieten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich habe ihn meiner Rede genau erwähnt, was kantonal möglich ist. Das wird auch vom Kanton unternommen. Wir machen auch einiges, aber es gibt auch eine Tatsache in gewissen Bereichen. Wir sind verbunden mit anderen drei Kantonen, um zusammen weitere Fortschritte zu entwickeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Zaira Esposito und weitere beantragten die Überweisung als Anzug. Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Darum wird die Motion als Anzug behandelt. Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung des Anzugs, NEIN heisst nicht die Überweisung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006440, 10.04.25 11:37:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 45 gegen 44 Stimmen.

59. Motion Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[10.04.25 11:37:20, 24.5333.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Gerne möchte ich ein paar Punkte aufführen, welche die Überlegungen des Regierungsrates zu diesem Vorstoss wiedergeben. Gleich zu Beginn möchte ich sagen, dass der Regierungsrat die inhaltlichen Ziele der Motion durchaus teilt. Wichtig ist jedoch, eine Erhöhung der Ausbildungsquote auf Sekundarstufe 2, wie es der Motionär anstrebt, wird nur mit einem ganzheitlichen stufenübergreifenden Ansatz erfolgreich sein. Es braucht dafür zielführende, konkrete Massnahmen, die hinsichtlich ihrer Wirkung, Kosten, Rechtsfolgen und weitere Folgen geprüft werden müssen. Wir möchten auch die bisherigen Erfahrungen in Genf und im Tessin näher untersuchen. Die seriöse Erarbeitung der dafür notwendigen Grundlagen ist innerhalb eines Jahres, wie in der Motion verlangt, nicht möglich. Dies ist auch einer der Hauptgründe, warum beantragt wird, die Motion als Anzug zu überweisen. Ein Anzug gibt dem Erziehungsdepartement die nötige Zeit, um die vielen Fragen, die mit einem Ausbildungsobligatorium verbunden sind, sorgfältig zu klären und dann dem Grossen Rat darüber zu berichten. Aus all diesen Gründen beantragen wir dem Grossen Rat, die Motion Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Sandra Bothe-Wenk für die GLP.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Die Erhöhung der Abschlussquote auf Sekundarstufe 2 ist ein zentrales bildungs- und gesellschaftspolitisches Ziel. Alle jungen Menschen sollen unabhängig von ihren Startbedingungen eine tragfähige berufliche Perspektive erhalten. Dieses Ziel und die Sorge über den anhaltenden hohen Anteil Jugendlicher ohne Abschluss, junger Menschen ohne Abschluss im Kanton Basel-Stadt teilen wir Grünliberalen vollumfänglich. Die Folgen sind gravierend für die jungen Menschen selbst, auch für die Gesellschaft und Wirtschaft.

Die Forderung nach einem Ausbildungsobligatorium bis 18 ist Ausdruck eines berechtigten Handlungswillens. Umso wichtiger ist es nun, nachhaltige Schlüsse aus der Antwort der Regierung zu ziehen, wirksam und langfristig tragfähig. Trotz grosser Sympathie für das Anliegen sprechen wir uns für eine Überweisung als Anzug aus. Ich begründe dies wie folgt:

Die Regierung verweist auf eine breite Palette bestehender Massnahmen und Gefässe entlang der Schul- und Berufslaufbahn, in die ein Obligatorium eingebettet werden könnte. Diese Strukturen sind zentral und in vielen Fällen wirksam. Dennoch reichen sie bisher nicht aus, um alle Jugendlichen erfolgreich zum Abschluss zu führen. Bevor ein Obligatorium auf diese Angebote abstützt, braucht es eine fundierte Analyse. Wo stossen die bestehenden Gefässe an ihre Grenzen und warum? Wir müssen wissen, wo sie funktionieren, wo sie scheitern und für wen. Die GLP begrüsst, dass das ED mit seinem Projekt LiB eine stufenübergreifende Gesamtstrategie entwickelt. Sie setzt am richtigen Punkt an bei der Passung der Angebote zu den Voraussetzungen der Jugendlichen und den Ursachen für Dropouts und Lehrabbrüche.

Gleichzeitig wissen wir, ein Obligatorium allein schafft noch keine Motivation und keine Ausbildungsreife. Führt man diese Argumente zusammen, kommen wir Grünliberalen zum Schluss, dass eine formale obligatorische weiterführende Ausbildungszeit nicht automatisch zu besseren Ergebnissen führt. Juristische Hürden, so anspruchsvoll sie sein mögen, sollten hingegen kein Hinderungsgrund sein, wenn ein Obligatorium zielführend ist. Wären allein diese formalen Anforderung der Grund für eine Ablehnung, hätte die GLP einer verbindlichen Überweisung zugestimmt. Ebenso kann man die Umsetzungsfrist verlängern. Für uns Grünliberale steht aber fest, es braucht ein koordiniertes und differenziertes Vorgehen, um eine tragfähige Lösung zu finden und die Abschlussquote tatsächlich langfristig wirksam zu erhöhen.

Aus unserer Sicht sollten unter anderem folgende Punkte zusätzlich weiterverfolgt werden. Zum Beispiel eine kritische Analyse der bestehenden Massnahmen und schulischen Schnittstellen, etwa mit Blick auf Jugendliche, die nach der obligatorischen Schulzeit ein Vollzeitpraktikum absolvieren, aber noch keine Lehrstelle haben oder erhalten. Sie werden nicht durch die Lehrstellenaufsicht begleitet und fallen womöglich durch das Raster. Gerade in Übergangsphasen braucht es eine Begleitung der jungen Menschen. Die Prüfung ergänzender Optionen, etwa eine Stichtagsverschiebung beim Schuleintritt oder ein freiwilliges 10. Schuljahr innerhalb der Volksschule.

Die Grünliberalen Folgen der Empfehlung der Regierung. Wir sprechen uns für eine Überweisung als Anzug aus, damit das Anliegen sorgfältig geprüft und gezielt in die laufende Strategieentwicklung eingebettet werden kann. Wir bleiben offen für das Obligatorium, das möchte ich wirklich sagen, anhand der Strategie, die ja ausgearbeitet wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat sich Catherine Alioth gemeldet.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP unterstützt das Ziel der Motion, die Ausbildungsquote auf Sekundarstufe 2 entscheidend zu erhöhen. Es ist unbestritten, wir haben es gehört, die Abschlussquote in Basel-Stadt ist zu niedrig und muss dringend verbessert werden. Die Frage ist: Hilft eine Ausbildungspflicht wirklich? Hier bleiben wir skeptisch, ob die Einführung einer Ausbildungspflicht tatsächlich der richtige Ansatz ist, um den bestehenden Herausforderungen zu begegnen.

Angesichts der vielfältigen Faktoren, die die Ausbildungsentscheidung junger Menschen beeinflussen, haben wir erhebliche Zweifel, ob eine Pflichtslösung der Schlüssel zu einer nachhaltigen Erhöhung der Ausbildungsquote sein kann. Wir anerkennen jedoch, dass die Förderung der Berufsbildung ein zentraler Bestandteil unserer Bildungsstrategie ist und dass das ED bereits mit grossem Engagement an diesem Thema arbeitet. Die laufenden Initiativen zeigen bereits Resultate, die in die richtige Richtung gehen. Ein umfassendes Angebot an obligatorischen und freiwilligen Massnahmen ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, sich gezielt auf die Berufswahl vorzubereiten und ihre individuellen Stärken zu erkennen.

Es ist wichtig, nicht nur auf kurzfristige Lösungen zu setzen, sondern eine nachhaltige und umfassende Strategie zu entwickeln, die die Jugendlichen in ihrer beruflichen Entwicklung nachhaltig unterstützt. Indem wir das bestehende System stärken und auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen, können wir langfristig positive Veränderungen bewirken und die Ausbildungsquote deutlich erhöhen. Ein wichtiger Aspekt ist, die Eigenverantwortung der Schülerinnen und

Schüler und deren Eltern zu stärken, um Jugendliche bestmöglich auf ihren beruflichen Weg vorzubereiten und damit einen erfolgreichen Eintritt in das Erwerbsleben zu ermöglichen.

Hier kann der Kanton seine Verantwortung wahrnehmen, indem er eine intensivere Begleitung als bisher anbietet. Das ist durchaus erkannt, denn das ED entwickelt im Rahmen des Projekts Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell (LiB) eine stufenübergreifende Gesamtstrategie mit verschiedenen Massnahmen und Initiativen. Bis Ende 2025 soll sogar ein Ausbildungsobligatorium in diesem Rahmen geprüft werden.

Wir erachten diese Aktivitäten als Moment ausreichend und als zielführend, die Massnahmen zur Erhöhung der Abschlussquote dann im Rahmen der Gesamtstrategie zu beurteilen. Oberstes Ziel ist die Wirksamkeit der Massnahmen und um wirksam zu sein, braucht es Willen, die Zeit und eine Strategie. Alle drei sind vorhanden. Wir glauben nicht, dass es dazu eine Motion braucht und bitten Sie deshalb, das Geschäft abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Nur ganz kurz, auch die Fraktion die Mitte/EVP möchte das Geschäft als Anzug Übermitteln.

Die Ausführungen von Catherine Alioth haben unterstrichen, warum eine Motion nicht angebracht ist. Das hat auch Sandra Bothe schon deutlich gemacht. Wir sind aber auch der Meinung, dass es als Anzug überwiesen und nicht abgeschrieben werden sollte, um auch gerade diese spezifische Idee auch im Rahmen der gesamten Abklärung bewusst weiterzuverfolgen und nicht aus den Augen zu verlieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, sind wir offen. Teile von uns möchten den Vorstoss als Anzug weiterbehandelt sehen und finden es in Ordnung auch, dass diese Frage des Ausbildungsobligatorium geprüft werden soll im Sinne eines Rechts auf Ausbildung. Ein anderer Teil, dazu gehöre auch ich, lehnt diese Motion auch nach Umwandlung in einen Anzug ab, auch das Ausbildungsobligatorium als Idee, weil wir davon ausgehen, dass dann immer auch die Möglichkeit besteht, repressiv damit umzugehen, und das möchte ich doch wirklich verhindern wollen, weil es natürlich bei der Sozialhilfe auch Menschen gibt und Jugendliche gibt, die zurzeit einfach nicht in der Lage sind, eine Ausbildung zu absolvieren, vielleicht auch nicht willens sind eine Ausbildung zu absolvieren, aus unterschiedlichen Gründen, auch vielleicht aus der sozialen Biografie hergeleitet. Und deswegen finde ich es ganz gefährlich, hier ein Ausbildungsobligatorium zu fordern.

Wenn dann jetzt trotzdem der Anzug so überwiesen wird, dann fände ich es sehr wichtig dem Regierungsrat auch diesen Aspekt mitzugeben, dass hier keine repressive Schiene aufgearbeitet werden kann und dann Jugendliche darunter leiden müssen, dass in ihrer schweren Situation, in der sie eh schon stecken, dann auch noch mit einem Ausbildungsobligatorium konfrontiert sind, was dazu führen wird, dass sie dann weniger Unterstützungsmassnahmen erhalten. Das ist sicher nicht der beste Ansatz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecherin für die SP hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.

Melanie Nussbaumer (SP): Auch wir in der SP-Fraktion unterstützen die Überweisung als Anzug.

Wir sind alle dafür, dass die Abschlussquote erhöht werden muss und auch von Regierungsrat Mustafa Atici haben wir jetzt schon mehrmals gehört, dass das ihm wirklich ein grosses Anliegen ist und deshalb ist das Vertrauen auch sehr gross, dass das wirklich angegangen wird.

Wir finden es nachvollziehbar, dass es eine Gesamtstrategie braucht, bei der auch weiterhin das Obligatorium ein Teil der Überlegungen sein darf. Das darf es auch weiterhin sein. Und hier finde ich die Überlegung von Oliver Bolliger auch wertvoll, dass das natürlich mitgedacht werden muss, was dann passiert, wenn Jugendliche trotzdem irgendwie eine Lehre abbrechen oder die Schule abbrechen. Dass hier nicht repressiv vorgegangen wird, ist für uns auch selbstverständlich.

Ich habe es auch gehört von Catherine Alioth, dass sie auch dafür ist, dass es eine intensivere Begleitung dieser Jugendlichen braucht und hier sind wir uns sicher auch sehr einig, dass das ganz wichtig ist in der Ausarbeitung der Massnahmen.

Dann will ich noch ganz kurz daran erinnern, dass wir etwa vor einem oder zwei Monaten einen anderen Anzug von mir stehengelassen haben, den wir schon vor zwei Jahren überwiesen haben, der eigentlich genau das gleiche gefordert hat respektive dieses Thema zum Thema gemacht hat, und es wäre also nichts als konsequent, wenn wir auch diesen Vorstoss einfach als Anzug überweisen in dem Sinne, dass es wirklich politisch unterstützt wird, wenn der Regierungsrat hier vorwärts macht und klar wird, wohin die Reise gehen muss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich danke für die Debatte. Ich habe gerade gestern zufälligerweise ein Video mit Regierungsrat Mustafa Atici gesehen, aufgenommen von der Roche. Sie mögen sich vielleicht erinnern, Sie haben dort ein Interview gegeben und Sie haben gesagt, Sie wollen, dass jeder in Basel-Stadt eine Ausbildung abschliesst. Und ich habe das gestern Abend lustigerweise so zur Kenntnis genommen und dann an diese Debatte von heute Morgen gedacht und mir dann überlegt, was das jetzt für meine Motion und auch für den Antrag des Regierungsrates bedeutet, das als Anzug weiterbehandeln zu wollen. Tatsächlich habe ich nicht das Gefühl, dass wir mit einer Überweisung als Anzug nichtserreichen, da bin ich auch bei meinen Vorrednerinnen und Vorrednern. Ich habe einfach ein Bauchgefühl, dass, wenn wir es als Anzug weiterlaufen lassen und nicht als Motion wir zu wenig Druck aufsetzen. Hier habe ich anders als vielleicht Sandra Bothe, etwas weniger Vertrauen, dass das, was ausgeführt wird im Bericht des Regierungsrates dann tatsächlich dazu führen wird, dass sich diese Abschlussquote auch verbessert, dass mehr junge Menschen in unserem Kanton auch tatsächlich eine Ausbildung, wie es Regierungsrat Mustafa Atici ja auch wünscht, abschliesst.

Wenn wir die Zahlen auf Seite 5 des Berichts anschauen, dann schleckt es keine Geiss weg, dass wir auf dem zweitletzten Platz sind und die Situation hat sich in den letzten Jahren eben auch nicht wesentlich verbessert. Es ist also keine neue Situation. Es ist auch kein neues Symptom, das wir hier bekämpfen wollen, sondern es ist eine langanhaltende schwierige Situation, die wir hier in diesem Kanton haben und der Regierungsrat, das Erziehungsdepartement hat schon seit Jahren quasi den Auftrag, weil sie sich ja auch selber das Ziel gegeben haben, die Abschlussquote zu erhöhen, hier Massnahmen zu ergreifen. Nun sind wir aus meiner Sicht an einem Punkt, wo wir feststellen müssen, dass diese Massnahmen einfach nicht ausgereicht haben.

Nun können wir mit gutem Glauben Regierungsrat Mustafa Atici vertrauen, dass er mit der Überweisung als Anzug das Geschäft trotzdem weiterhin so ernsthaft behandelt, dass sich die Abschlussquote oder die Situation verbessern wird, oder aber wir gehen einen Schritt weiter und wünschen uns vom Regierungsrat, dass er aufgrund der Zweitüberweisung dieser Motion rascher handeln muss, ein solches Ausbildungsobligatorium einführen muss. Er muss ja dazu auch noch einmal an den Grossen Rat gelangen.

Die Bedenken, die auch Oliver Bolliger angeführt hat, müssen durchaus auch ernstgenommen werden, wie wir das, wenn wir ein solches Obligatorium hätten, in der konkreten Umsetzung dann auch bewerkstelligen wollen, dass auch die jungen Menschen mitgenommen werden, dass es nicht einen zu repressiven Charakter hat. Da sind wir selbstverständlich offen.

Wir glauben aber, es macht mehr Sinn, es jetzt als Motion weiter zu behandeln, um dem Regierungsrat hier auch wieder den Druck des Parlamentes zu übermitteln, dass wir wirklich wollen, dass sich diese Situation rasch stark verbessert. Ich glaube persönlich, dass der Anzug ein zu wenig starkes Mittel ist, auch wenn ich Vertrauen habe, dass der Regierungsrat vieles unternimmt, um es zu verbessern. Aber die letzten zehn Jahre zeigen einfach, dass das alles viel zu wenig war.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich Blicke jetzt auf zehn Jahre Mitgliedschaft in der Schulkommission der Gewerbeschule zurück und die letzten sechs Jahre als Präsident, und ich glaube, da bin ich in diesem Fall eher bei Oliver Bolliger. Mit Zwang und Druck werden wir in diesem Bereich also wirklich nichts erreichen. Da müssen wir wirklich aufpassen, dass es am Schluss nicht dazu führt, dass es noch viel mehr Abbrüche gibt, als wir eigentlich heute schon haben.

Die FDP ist offen. Ich bin eher für Abschreiben, aber wie Regierungsrat Mustafa Atici ausgeführt hat, kann er auch mit einem Anzug leben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring beantragt die Überweisung als Motion. Wir kommen daher zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006442, 10.04.25 11:57:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 79 gegen 13 Stimmen für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden. Catherine Alioth beantragt die Nichtüberweisung. Auch hierüber stimmen wir ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 27 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006444, 10.04.25 11:57:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 64 gegen 27 Stimmen.

Wir schliessen für heute Morgen. Heute Nachmittag stelle ich den Antrag beziehungsweise habe ich entschieden, dass die Sitzung abgesagt wird. Wir haben nur noch etwa Material für eine Stunde und daher lohnt es sich wahrscheinlich nicht, dass Sie nochmals kommen. Gibt es hier einen Gegenantrag oder ist das in Ordnung so? Tonja Zürcher stellt einen Gegenantrag.

Tonja Zürcher (BastA): Ich kann sehr gut verstehen, dass Sie einen freien oder einen Büronachmittag haben möchten. Ich wünsche mir das auch. Aber es gibt ein Geschäft, das Budgetpostulat für Plankton, und es macht schon etwas aus, wenn man dann irgendwann Mitte Jahr einmal erfährt, ob man das Geld bekommt oder nicht. Deshalb fände ich es toll, wenn wir heute Nachmittag diese Stunde noch machen könnten, dann haben wir auch eine grössere Sicherheit, dass wir dann nächsten Monat keine Nachtsitzung machen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen möchte sich auch dazu melden.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich wollte das gleiche sagen, wir sollten eine Sitzung machen heute Nachmittag und eher im Mai, wenn der ESC ist, weniger Sitzungen durchführen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dann stimmen wir darüber ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten anscheinend keinen freien Nachmittag. Es gibt 53 Stimmen für die Durchführung heute Nachmittag Dann sehen wir uns um 15 Uhr wieder hier.

Abstimmung

JA heisst Durchführung der Nachmittagssitzung, NEIN heisst Absagen.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 30 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006446,]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Nachmittagssitzung durchzuführen.

Schluss der 11. Sitzung

12:01 Uhr

Protokoll

der 12. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 10. April 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	,
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Annina von Falkenstein (LDP), David Jenny (FDP), Tobias Christ (GLP), Lea Wirz (GP), Beda Baumgartner (SP), Georg Mattmüller (SP), Heidi Mück (BastA), Nicola Goepfert (BastA).*

Verhandlungsgegenstände:

60. Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend Unterstützung der Schulen und der Lehrpersonen bei der Anwendung von KI-Systemen in der Bildung, Stellungnahme des RR 3
61. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Prävention in der Schule: häusliche Gewalt, Stellungnahme des RR 5
62. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Praxisbezug im Lehrkörper der FHNW, Schreiben des RR 5
63. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel 6
64. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Nachholbildungsmöglichkeiten bei Defiziten in den Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen, Schreiben des RR 8
64.1. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend fit durch Weiterbildung auf dem Arbeitsmarkt, Schreiben des RR 8
65. Budgetpostulat 2025 Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR 8
66. Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck, Stellungnahme des RR 11
67. Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Einführung einer Schlichtung bei Gesuchen gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip, Stellungnahme des RR 14
68. Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend negative CO2-Emissionen Zertifikate zur Kompensation von Treibhausgasen, Schreiben des RR 18
69. Interpellation Nr. 18 Eric Weber betreffend würde die Basler Regierung den Botschafter von Belarus empfangen?, Schreiben des RR 18
70. Motion Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität, Stellungnahme des RR 18
71. Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung, Stellungnahme des RR 19
72. Anzug Melanie Eberhard und Konsorten betreffend kostenlose Betreibungs- und Verlustscheinregisterauszüge für Sozial- und Schuldenberatungsstellen, Schreiben des RR 25
73. Interpellation Nr. 23 Jessica Brandenburger betreffend Chemische Unterwerfung: Ausprägung, Massnahmen, Sensibilisierung und Opferschutz, Schreiben des RR 27
74. Interpellation Nr. 24 Julia Baumgartner betreffend Einführung Lernprogramme für Sexualstraftäter, Schreiben des RR 27
75. Interpellation Nr. 16 Lukas Faesch betreffend Schadstoffsanierung Rosental Mitte, Schreiben des RR ... 28

Beginn der 12. Sitzung

Donnerstag, 10. April 2025, 15:02 Uhr

60. Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend Unterstützung der Schulen und der Lehrpersonen bei der Anwendung von KI-Systemen in der Bildung, Stellungnahme des RR

[10.04.25 15:02:46, 24.5398.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Regierungsrat Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Das Thema KI ist aktuell in aller Munde. Die Auswirkungen dieser Systeme auf die verschiedenen Bereiche unseres Lebens werden breit diskutiert. Diese Diskussion macht auch keinen Halt vor unseren Schulen und ist Gegenstand des vorliegenden Vorstosses.

Lassen Sie mich zu Beginn gleich ganz kurz auf die rechtliche Einschätzung zu der vorliegenden Motion eingehen. Der Regierungsrat merkt bereits in seiner Stellungnahme an, dass die Motion nur in Teilen zulässig ist. Gerade die Forderung nach KI-Aus- und Weiterbildungsmodulen für die Lehrpersonen sowie die Forderungen nach konkreten Modulen zum Thema KI in der Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz ist rechtlich nicht zulässig, da diese nicht vollständig im Kompetenzbereich des Grossen Rates liegen. Lassen Sie mich Ihnen jedoch sagen, die Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken der KI für den Bildungsbereich ist bereits heute Teil der Ausbildung an der Fachhochschule PH FHNW und der Weiterbildung der Lehrpersonen im Kanton. Des Weiteren bestehen für die Schulen der Sekundarstufe 1 und Sekundarstufe 2 zudem FAQ zum Umgang mit KI, welche an die Lehrpersonen und Schulleitungen adressiert sind. Grundsätzlich soll an den Schulen des Kantons Basel-Stadt kein Verbot von KI-Anwendungen ausgesprochen werden, sondern der sinnvolle kritische und praxisnahe Umgang mit derartigen Systemen gelernt werden.

Gerne möchte ich nun konkret auf die Forderungen der Motion eingehen.

Zur Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen. Die Stellungnahme des Regierungsrates zeigt klar auf, dass das Thema KI bereits heute mit einer Vielzahl von Modulen, Veranstaltungen und Beratungen Teil der Weiterbildung der Lehrpersonen durch das pädagogische Zentrum Basel-Stadt ist. Dies gilt ebenso für die Ausbildung an der PH der FHNW, wo die angehenden Lehrpersonen direkt oder indirekt mit dem Thema KI im Bildungsbereich zu tun bekommen.

Zur Forderung nach der Einführung von KI-Systemen an den Basler Schulen. Aktuell läuft im Erziehungsdepartement ein Projekt zum Thema Nutzung von KI-Systemen an den Basler Schulen. Ziel dieses Projekts ist es, einerseits eine allgemeine KI-Governance für das Erziehungsdepartement zu schaffen, und andererseits den datenschutzkonformen Einsatz von Microsoft Copilot als KI-Anwendung an den Schulen zu etablieren. Im Rahmen dieses Projekts müssen eine ganze Reihe von rechtlichen Fragen und andere Herausforderungen geklärt werden, zum Beispiel Datenschutzfragen, Fragen nach den urheberrechtlichen Anforderungen, usw. Das Lernen eines altersgerechten und sinnvollen Einsatzes von KI-Anwendungen soll an Schulen im Kanton Basel-Stadt im Unterricht integriert und gefördert werden, da KI für alle Aspekte unserer Gesellschaft immer wichtiger wird. Aus dieser Sicht ist es sinnvoll, dass an den Schulen des Kantons Basel-Stadt Microsoft Copilot als geprüfte und primäre KI-Anwendung zur Verfügung gestellt werden soll. So werden die Schülerinnen und Schüler an einer Anwendung geschult, welche sich später im Verlauf ihres weiteren Bildungs- und Berufslebens auch direkt wiederfinden wird.

Unsere Ausführungen zeigen, dass der Regierungsrat die Wichtigkeit des Themas KI und deren Anwendungen im schulischen Kontext erkannt hat und ein laufender Prozess stattfindet, um einen rechtskonformen sowie praxisorientierten Umgang mit KI an den Basler Schulen zu gewährleisten. Aus diesem Grund beantragt der Regierungsrat, die vorliegende Motion als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat wird im Rahmen der Beantwortung eines Anzuges über den Fortschritt der diversen laufenden Arbeiten zu diesem Thema und über allfällige weitere anzustrebende Massnahmen wieder berichten.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth für die Fraktion LDP.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion will für die Unterstützung der Schulen und der Lehrpersonen bei der Anwendung von KI-Systemen an der Motion festhalten. Wir haben es soeben gehört, das Thema KI kann nicht ignoriert werden. Es erfordert unsere volle Aufmerksamkeit und muss proaktiv angegangen werden. Die technologischen Entwicklungen und Errungenschaften im Bereich KI schreiten in einem beeindruckenden Tempo voran und es ist unerlässlich, dass wir uns aktiv mit diesen Veränderungen auseinandersetzen. Ich möchte das grosse Ganze der Motion betrachten und nicht auf die einzelnen Forderungen eingehen, die gemäss Stellungnahme des Regierungsrates nicht alle rechtlich zulässig sind.

Damit aber alle wichtigen Punkte um die Bereitstellung von KI-Systemen für alle Schulstufen zusammengebracht werden können, ist ein umfassendes Gesamtkonzept unerlässlich. Das Projekt «Nutzung von KI-Systemen an Basler Schulen», das aktuell im ED läuft, liefert dabei wichtige Erkenntnisse. Die Schule darf nicht riskieren, die Deutungshoheit darüber zu verlieren, wie Lernen gestaltet werden soll. KI kann die Lehrtätigkeit bereichern und ergänzen. Die Lehrpersonen und die Pädagogische Hochschulen müssen gemeinsam herausfinden, wie KI sinnvoll und zielführend eingesetzt werden kann und die Behörden stellen eine fortlaufende Aus- und Weiterbildung von allen Lehrpersonen im Bereich KI sowie fachkundige Unterstützung, wie pädagogischer ICT-Support, vor Ort sicher. Ein Gesamtkonzept heisst auch, dass man sich überlegen muss, welche Lizenzen für Software gekauft werden müssen.

Wenn ich den «Chrüzlistich» anschaue, stehen wir allein mit einer Motion da. Dennoch ist es mir wichtig, hier nochmals zu betonen, dass sich KI rasant schnell weiterentwickelt und es wichtig ist, das Thema verbindlich und rasch anzugehen. Mit einem Anzug verlieren wir wichtige Zeit. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin für die Fraktion SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Wie halten Sie es mit KI? Haben Sie Ihre Voten schon damit geschrieben? Ich gestehe, meine Voten entstehen beim Velofahren und seit ich das Diktat-App entdeckt habe, verbinde ich mich via Kopfhörer, radle und rede und es schreibt. Ich bin begeistert von der neuen Technologie, aber eigentlich ist es einfach eine Erleichterung eines analogen Denkprozesses. Allerdings, für dieses Votum habe ich beim letzten Teil auf KI mich gestützt.

Aus der Antwort des Regierungsrats habe ich nur einzelne Punkte herausgepickt, aus aktuellem Anlass. Tatsächlich müsste für den sicheren Einsatz von Microsoft Copilot die Enterprise-Variante verwendet werden und nicht eine freie Webversion. Allerdings, vor dem Hintergrund der klaren und kritischen Haltung der Datenschutzbeauftragten des Kantons Basel-Stadt zur flächendeckenden Einführung von Microsoft 365 in der kantonalen Verwaltung, ist der Einsatz von Microsoft Copilot an Basler Schulen datenschutzrechtlich und politisch sehr heikel. Ihre Einschätzung lässt sich wie folgt für den Bildungsbereich einordnen: Die Bedenken zur digitalen Souveränität gelten 1:1 auch für Schulen. Schulen verarbeiten personenbezogene Daten von Minderjährigen und das ist eine besonders schützenswerte Kategorie.

Eine wirkliche Datensouveränität oder unabhängige Kontrolle über die Datenverarbeitung ist also nicht gewährleistet. Bereits vor dem Digitalisierungs-Ratschlag für Basler Schulen von 2018 wurde eine hybride Strategie für die Schulen gefahren. Office 365 kommt zwar zum Einsatz, gleichzeitig werden mit ILIAS und AI Cloud, für uns an den Schulen eduBS Cloud, etc., auch Open Source-Tools und sichere lokal gehostet Datenablagen zur Verfügung gestellt. Diese vorausschauende Strategie mit dem bewussten Einsatz von Open Source müsste vor dem aktuellen Hintergrund weiter vorangetrieben und gestärkt werden.

Und nun kommt KI in meinem Votum zum Einsatz. Ich bin über Punkt 2.1.3 im letzten Abschnitt gestolpert. Ich zitiere: Zudem fallen mit jeder weiteren KI-Anwendung, die flächendeckend eingeführt werden soll, neue Lizenzgebühren an, die aktuell nicht im Budget des Erziehungsdepartements eingeplant sind. KI schreibt dazu, dass diese Aussage falsch ist. Und schreibt weiter, es gibt einige kostenlose KI-Tools für Schulen, die DSGVO-konform sind und für den Unterricht genutzt werden können. Erstens, fobizz KI-Tools, diese Plattform bietet DSGVO-konforme KI-gestützte Werkzeuge für Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler. SchulKI, eine speziell für Schulen entwickelte ChatGPT-Variante, die datensparsam arbeitet und keine Registrierung von Schüler*innen erfordert. KI spuckte auch noch weitere Vorschläge aus, aber für die Basler Schulen wären besonders fobizz, wenn man das so ausspricht, oder SchulKI empfehlenswert. Beide sind DSGVO-konform und arbeiten und speziell für den Bildungsbereich wurden sie entwickelt. Da fallen keine Lizenzgebühren an.

Nun was soll ich sagen? Ich erwarte vom ED eine fundierte und korrekte Antwort. Eine Antwort im Interesse der Schulen, Lehrpersonen und Schüler*innen und nicht eine mit dem Schlag mich Tod-Argument Lizenzgebühren, die erst noch nicht stimmt. Liebe Verantwortliche der Verwaltung am ED, wir formulieren Vorstösse nicht zur Arbeitsbeschaffung und nicht aus Spass, sondern weil wir einen Missstand sehen und auf ein wichtiges Thema hinweisen wollen. Ich bin überzeugt, dass es bedeutend weniger Vorstösse gäbe, wenn Sie als Verwaltung nicht nur das Geld und das Schulwesen verwalten, sondern

sich proaktiv Gedanken machen, Konzepte entwickeln und am Puls der Zeit im Sinne der Weiterentwicklung und Verbesserung der Schulen auch handeln würden.

Die SP ist für Anzug, das entnehmen Sie dem «Chrüzlistich» und erwartet, dass es trotz der Frist, die da gegeben ist, mit einer Ernsthaftigkeit und auch zügig behandelt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Catherine Alioth beantragt Überweisung als Motion.

Wir stimmen darüber ab, ob es als Anzug oder Motion weiterbehandelt wird.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006449, 10.04.25 15:16:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug und stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden mit 73 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen.

61. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Prävention in der Schule: häusliche Gewalt, Stellungnahme des RR

[10.04.25 15:16:32, 24.5302.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Es liegen keine Wortmeldung vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion in einen Anzug umzuwandeln und den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

62. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Praxisbezug im Lehrkörper der FHNW, Schreiben des RR

[10.04.25 15:17:07, 21.5318.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

63. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel

[10.04.25 15:17:30, 24.5065.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Mustafa Atici wünscht das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir stellen in der Anzugsbeantwortung die Situation der Palliativ Care an der Universität Basel im gesamtschweizerischen Kontext dar und wir zeigen auf, welche Rolle das Thema in der medizinischen Ausbildung heute spielt. Palliative Care ist sowohl in der Weiterbildung wie auch in der Lehre und Forschung fest verankert und wird an der Universität Basel fortlaufend weiterentwickelt.

Was der Anzug fordert, können wir nicht in der beantragten Weise einlösen. Die Universität ist im Rahmen der Globalbeiträge autonom. Sie priorisiert Lehre und Forschung unabhängig und entwickelt sie eigenständig weiter. Die Schaffung von Stiftungsprofessuren ist eine Möglichkeit, mit denen die Universität sich neue Forschungsgebiete erschliessen und bestehende ausbauen kann. Diesbezüglich war die Universität bereits in der Vergangenheit erfolgreich.

Selbstverständlich begrüsst der Regierungsrat solche Kollaborationen, aber er kann sie nicht initiieren. Wenn der Entwicklungs- und Strukturplan der Medizinischen Fakultät eine Stärkung der Palliative Care vorsieht, dann kann ich dieses Ziel als Mitglied des Universitätsrates aus dem strategischen Steuerungsgremium der Universität unterstützen und das würde ich selbstverständlich auch tun.

Wie bitten Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort für die SP hat Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich habe die Ehre, auch für die Fraktionen BastA und Grüne zu sprechen, nicht nur für die SP. Ich habe jetzt das letzte, was Herr Mustafa Atici gesagt hat, natürlich mit Freude gehört, dass er sich einsetzen will, aber umso mehr finde ich es sinnlos, jetzt diesen Anzug abzuschreiben, weil ja das dann genau das gegenteilige Signal ertönen lässt, dass der Grosse Rat dieses Anliegen nicht unterstützt.

Es geht hier, um noch auf die Antwort der Regierung einzugehen, schriftlich natürlich, nicht darum, der Universität vorzuschreiben, welche strukturellen Professuren sie einrichten soll. Das können wir nicht, das wissen wir und das haben wir auch nicht verlangt. Aber die Bedeutung einer Disziplin in der Medizin zeigt sich schon auch daran, ob dafür eben eine strukturelle Professur, also nicht einfach eine Titel-Professur, wie sie hier in einem Fall vergeben worden ist, vorgesehen ist. An der Medizinischen Fakultät, um nur Beispiele zu nennen, gibt es Professuren für Social Robotics, Radiopharmazeutischen Chemie, Tissue Engineering, fragen Sie mich nicht, was das ist, oder Materialwissenschaft.

Mir liegt die Palliative Care wirklich sehr am Herzen. Es ist ein Thema, das uns alle betreffen kann und dass viele von uns, auch schon Ihre Angehörigen, davon profitieren durften. Es ist die Möglichkeit, den letzten Lebensabschnitt in Würde und schmerzfrei verbringen zu dürfen. Dies als Alternative zum Ansatz vielleicht eines Freitodes, und das ist auch das Recht jeder Person, sich für diesen Weg zu entscheiden, aber es ist meine Überzeugung, dass wir dafür einstehen müssen, dass dies nicht nötig ist, dass jeder ohne Schmerz und in Würde gehen kann. Ich habe ja die Ehre, für ein solches Institut freiwillig auch Arbeit leisten zu dürfen, eine sehr bereichernde Erfahrung und ich bin unendlich dankbar diesen Menschen.

Und da ist es eben ein Zeichen von Anerkennung, dass man dieser Palliative Care nicht nur den Institutionen, sondern auch der Profession eine strukturelle Professur gibt und es darf auch nicht sein, dass man einfach sagt, ja, Palliative Care ist interdisziplinär. Natürlich ist es das, aber bitte, welches Fach in der Medizin, das wissen diejenigen hier im Raum besser als ich, die medizinisch gebildet sind, welches Fach in der Medizin ist denn wohl nicht interdisziplinär. Also interdisziplinär und interprofessionelle Zusammenarbeit braucht es überall in der Medizin und um die Forschung und Lehre im Bereich Palliative Care sicherzustellen, ist die Medizinische Fakultät auf externe Fachleute angewiesen. Wenn diese Basel verlassen oder die Person, die jetzt die Titularprofessur hat, pensioniert wird, ist plötzlich niemand mehr für den Bereich Palliative Care zuständig.

Mit der Strategie Palliative Care hat der Kanton klar gemacht, dass er das als wichtig erachtet, als für eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung und darum wäre jetzt der richtige Moment, ein Signal zu senden an die Medizinische Fakultät, dass der Kanton eine solche Professur als wünschenswert erachtet und was ich höre, sind da durchaus offene Türen vorhanden. Das tun wir aber sicher nicht, indem wir diesen Anzug heute abschreiben. Es geht, wie gesagt, um eine Stiftungsprofessur, ein wichtiger erster Schritt, die dann später in eine ordentliche Professur überführt werden könnte, und sollte der Kanton, das wäre dann der zweite Schritt, einen Teil der notwendigen Finanzierung übernehmen, wäre es natürlich einfacher, weitere Stiftungen oder Mäzene zu finden.

Also wenn Sie wie ich auch davon überzeugt sind, dass die Medizinische Fakultät eine Professur für Palliative Care braucht, dann bitte ich Sie wirklich, diesen Anzug stehen zu lassen. Wir überlegen uns auch ein Budgetpostulat dann zu gegebener Zeit. Ich danke Ihnen wirklich herzlich für die Zustimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Danke vielmal der Vorrednerin Christine Keller für die Ausführungen und auch die Untermauerung der Wichtigkeit von so einer Palliative Care-Medizin, hinter der ich voll und ganz stehen kann. Der Weg aber dazu, dass man das mit einem Anzug quasi als Symbolpolitik betreibt, finde ich falsch, und zwar werde ich die Argumente bringen, wieso ich das falsch finde.

Einerseits müssen wir in der Palliative Care, wie Sie es richtig gesagt haben, aus der Praxis herauskommen. Ein Lehrstuhl allein, der Professor, der Titularprofessor oben geht nicht Palliative Care machen und zu Hause. Der doziert die vielleicht und die werden schon doziert, das ist einfach so. Ich bin Mitglied der Medizinischen Fakultät und ich kann Ihnen versichern, dass wir da massiv ein Auge darauf haben und dass man das aber staatlich, und dann wirklich staatlich dann auch noch subventioniert am Schluss, weil am Schluss geht es ja auf das hinaus, man macht vielleicht eine Stiftungsprofessur und irgendwann muss man die dann auch zahlen können und wer zahlt sie dann wieder, der Staat. Und das ist nicht die Aufgabe des Staates, das ist die Aufgabe der Universität und der Uni in ihrem Hoheitsrecht reinzureden, finden wir als Liberale völlig den falschen Weg. Aber abgesehen davon, ganz richtig, die Bedeutung von Palliative Care ist enorm und ist wichtig, wird aber auch schon gelebt.

Über die Subventionierung habe ich jetzt das Argument schon gesagt. Dann muss ich auch ganz ehrlich sagen, die Kosten-Nutzenverhältnisse von solchen Lehrstühlen, die muss man auch einmal anschauen, was so ein Lehrstuhl überhaupt bringt. Kosten-Nutzen heisst ganz klar, was nützt denn so ein Lehrstuhl, wie viele Studenten profitieren davon, gibt es Forschungsprojekte, wäre das realistisch. Ohne klare Wirkungsanalyse wirkt der Anzug für mich wirklich, das, was ich am Anfang gesagt habe, viel mehr symbolisch als wirklich strategisch. Liberal denkend setzt man auf Effizienz und Wirkungsmessung und das ist hier von unseren Augen her nicht berichtigt.

Und dann, wenn sich die Politik anfängt nach den Bedürfnissen einer Universität zu richten und ganz speziell noch von einer Medizinischen Fakultät, dann gute Nacht miteinander. Also wir merken ja, Sie haben ja auch gesagt, Sie haben keine Ahnung, was Tissue Engineering ist, das ist etwas vom wichtigsten überhaupt, ich erkläre Ihnen das gerne nachher. Aber dann könnte ja einer kommen und sagen, wir wollen noch mehr Stiftungsprofessuren für Tissue Engineering. Komisch.

Die LDP ist für Abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Furlano, es gibt eine Zwischenfrage von Frau Schäfer. Sie wird entgegengenommen.

Maria Ioana Schäfer (SP): Sie haben ja gesagt, dass ein Lehrstuhl zu hinterfragen ist, auch die Wichtigkeit und ob es das überhaupt so braucht. Wo ist die Linie? Weil wir haben ja verschiedene Lehrstellen an der Medizin, wo findet die Linie statt, dass genau bei der Palliative Care das eben nicht wichtig ist?

Raoul I. Furlano (LDP): Da muss ich korrigieren, ich habe nicht gesagt, dass das nicht wichtig ist. Ich habe gesagt, das ist nicht der Weg, wie man so einen Lehrstuhl macht über die Politik. Die Wichtigkeit ist unbestritten, aber den Weg über eine Politik zu gehen, in eine Uni reinzureden, das ist für uns der falsche Weg. Aber das habe ich nicht gesagt, es ist wichtig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 39 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006453, 10.04.25 15:28:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 45 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

64. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Nachholbildungsmöglichkeiten bei Defiziten in den Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen, Schreiben des RR

[10.04.25 15:28:45, 21.5220.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

64.1. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend fit durch Weiterbildung auf dem Arbeitsmarkt, Schreiben des RR

[10.04.25 15:29:24, 21.5299.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

65. Budgetpostulat 2025 Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR

[10.04.25 15:29:32, 24.5539.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat ganz zu erfüllen und zusätzlich einen Betrag von 35’000 Franken ins Budget 2025 einzustellen.

Regierungsrat Conradin Cramer wünscht das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Der Regierungsrat anerkennt den wertvollen Beitrag des Projekts «plankton» für den Klimaschutz und für die Biodiversität. Aus diesem Grund hat er das Projekt bereits 2022 bis 2024 in der Pilotphase als Schwerpunktprojekt über den Swisslos-Fonds unterstützt. Heute ist der Regierungsrat bereit, das Budgetpostulat zu erfüllen.

Der Verein plankton leistet mit seiner Arbeit einen wertvollen Beitrag zu den Zielen der Ernährungsstrategie, das Angebot an regionalen und nachhaltigen Produkten im Kanton zu erhöhen sowie die Bevölkerung über eine genussvolle, gesunde und nachhaltige Ernährung zu informieren.

Der Regierungsrat beantragt daher, im Budget 2025 des Präsidialdepartements zusätzlich diese 35'000 Franken einzustellen. Mit der Gewährung dieses Beitrags unterstützt er plankton darin, das niederschwellige Vermittlungs- und Sensibilisierungsangebot im Jahr 2025 fortführen zu können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Ich möchte mich hier ganz herzlich dafür bedanken, dass der Regierungsrat bereit ist, dieses Budgetpostulat umzusetzen und sich ja auch schon beim Vorgezogenen Budgetpostulat bereit erklärt hat, das entgegenzunehmen.

Die Argumente, weshalb das wichtig ist, hat der Regierungspräsident bereits gesagt. Es ist ein niederschwelliges Angebot und was ich ganz fest noch betonen möchte, es ist auch ein sehr praktisches Sensibilisierungsangebot. Es geht nicht um irgendwelche Broschüren oder Plakate oder irgend so was, die Idee ist, dass die Menschen aufs Feld gehen, sich wirklich die Hände schmutzig machen und erfahren, was Landwirtschaft heisst, inklusive Rückenschmerzen nach ein, zwei Stunden ernten, usw. Wir alle, die sich das nicht gewohnt sind, merken sehr schnell, wie anstrengend das ist und eben auch, wie wertvoll das geerntete Gemüse und die landwirtschaftlichen Produkte generell sind.

Ich denke, es ist bereits ein bisschen in diese Richtung vorgearbeitet worden oder ich hoffe es zumindest. Ich hoffe auch, wenn das heute jetzt überwiesen wird, so beschlossen wird, dass dann auch eine Vereinbarung mit dem Verein plankton für die folgenden Jahre gemacht wird, also dass wir das nicht immer über das Parlament dann noch diskutieren müssen. Es geht hier ja wirklich nur um einen sehr kleinen Betrag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SVP ist die Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Die SVP-Fraktion lehnte dieses Budgetpostulat im Januar ab und lehnt dies nach wie vor ab. Sie stellen hier auch diesen Antrag, dass dieses Budgetpostulat abgelehnt wird.

Es ist in Ordnung, wenn man hier dieses Engagement zeigen möchte, aber es ist ja auch ein Pilot, dass das finanziert wurde 2022 bis 2024, und Pilot, das wurde auch im Januar bereits gesagt, bedeutet auch, es ist eine Anschubfinanzierung und es geht hier nicht darum, dass es nachher dauerhaft eine Subventionierung ist. Deshalb lehnen wir das auch ab, auch wenn wir das absolut unterstützenswert finden, dass man Food Waste verhindern soll. Das ist absolut richtig und das ist auch gut und es ist auch gut, wenn man es erlebbar macht, die Ernährung, und sich hier auch informieren kann, neben den Informationen, die es natürlich im Internet zuhauf gibt. Aber wir sehen das hier einfach nicht als eine staatliche Aufgabe, folglich auch nicht, dass es staatlich finanziert werden muss. Es ist okay, wenn man es als Pilotphase, als Anschub finanziert hat, aber hier sind wir dagegen, dass man jetzt dauerhaft eigentlich die hohle Hand macht und hier diese Finanzierung nun vom Staat haben möchte.

Deshalb lehnen wir dieses Budgetpostulat nach wie vor ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Die Aufnahme von plankton ins Budget steht im Einklang mit der Strategie für eine nachhaltige Ernährung. Es macht in diesem Kontext absolut Sinn, für das wichtige Ziel, klimafreundliche Ernährung zu fördern, mit einer schon gut etablierten Institution, die genau dieses Ziel verfolgt, zusammenzuarbeiten und ihr niederschwelliges Vermittlungs- und Sensibilisierungsangebot zu unterstützen.

Der Regierungsrat hat dies ebenfalls erkannt und das Projekt ja zuvor auch schon als Pilot unterstützt und nun ist er bereit, es auch ins ordentliche Budget aufzunehmen. Das freut mich und es ist mir nicht verständlich, warum dies nun bekämpft werden soll, denn es entspricht dem Auftrag, regionale und nachhaltige Produkte im Kanton zu fördern und die Bevölkerung über eine genussvolle, gesunde und nachhaltige Ernährung zu informieren. Auch wenn es nur ein kleiner Beitrag ist, wir können einfach den Kopf beim Klimaschutz nicht weiter in den Sand stecken. Wir laufen sonst in grössere Schwierigkeiten und auch erhebliche Mehrkosten hinein, wenn wir nicht heute bereits handeln, für unsere Gesundheit und auch für den Klimaschutz, denn 25 Prozent aller Umweltbelastungen werden durch das Ernährungssystem verursacht.

Plankton tut eben etwas ganz Konkretes dagegen, hier und heute auf unserem wertvollen baselstädtischen Boden. Darum bitte ich im Namen der SP-Fraktion um Zustimmung zum Antrag der Regierung, das Budgetpostulat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich will ich es kurz machen, ich darf auch für die LDP sprechen. Ich erinnere hier, das ist genau so eines dieser Projekte, das Regierungsrätin Soland dann immer wieder erwähnt, wenn wir zusätzliche Gelder sprechen für irgendetwas. Ich muss da einfach vielleicht korrigieren, die Regierung ist jetzt bereit, das anzunehmen, nachdem wir es schon mal überwiesen haben, aber ursprünglich wollte die Regierung das eben nicht annehmen, müssten wir vielleicht auch noch sagen. Ich finde es toll, ich bin gestern genau hinter so einem Velo nachgefahren mit diesen Kisten drauf. Es ist toll, super, hat mir auch gefallen, aber wieso muss das immer alles dann durch die Gelder der Verwaltung der Stadt bezahlt werden? Wieso kann so etwas nicht auch selbsttragend sein? Wieso muss immer alles die Stadt übernehmen? Alle diese Ideen, die Sie immer wieder einbringen im Budgetprozess, das verstehe ich nicht.

Von dem her lehnen wir das ab, zusammen mit der LDP.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses zum Budgetpostulat

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006457, 10.04.25 15:38:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats Tonja Zürcher werden im Budget 2025 des Präsidial-departements zusätzlich Fr. 35'000 eingestellt. (Position Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)).

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 51 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

66. Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck, Stellungnahme des RR

[10.04.25 15:38:13, 24.5350.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Regierungspräsident Cramer verzichtet auf ein Votum. Das Wort hat Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich danke dem Regierungsrat für seine Stellungnahme. Ich nehme zur Kenntnis, dass die rechtliche Zulässigkeit nicht vollständig gegeben ist. Ich glaube aber, dass das lösbar ist. Tatsache ist, dass die GGG Stadtbibliotheken die einzigen Anbieter im Kanton sind und über grosse Expertise verfügen, betreiben sie doch zehn Bibliotheksfilialen im Kanton.

Eine Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen, Klybeck ist ein klares Bedürfnis der Bevölkerung. Das Anliegen wurde von der Bevölkerung innert kurzer Zeit rund tausend Mal in einer Petition unterschrieben. Der Dorfverein Kleinhüningen hat sich dieses Anliegens angenommen und in intensiver Vorarbeit geeignete Räumlichkeiten im Stücki-Areal identifiziert, die zu einem vernünftigen Mietzins angemietet werden können. Zudem informierte der Dorfverein Kleinhüningen die GGG Stadtbibliotheken, die ja bis 2005 eine Bibliotheksfiliale in Kleinhüningen betrieben, über den bestehenden Bedarf und die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten. Der Dorfverein suchte auch die Unterstützung der CMS für die Anfangsinvestitionen und erhielt positive Rückmeldungen, die eine wesentliche Unterstützung nicht ausschliessen.

Diese ermutigende Ausgangslage hat mich dazu bewogen, mit einer Motion dem Bibliotheksprojekt weiteren Schwung zu verleihen. Zwischenzeitlich hat sich die JuAr für ihren Jugendtreff Kleinhüningen für Räumlichkeiten im Stücki-Areal interessiert. Die JuAr Basel und die GGG Stadtbibliotheken kooperieren seit über zehn Jahren, Bibliotheken zu Orten für Inspiration, Begegnung und Mitgestaltung zu machen. Es liegt nahe, dass sich diese Institutionen für eine Kooperation in diesem Sinn im Stücki-Areal zusammentun. Zudem könnten Räumlichkeiten gemeinsam genutzt werden, was sich auch finanziell positiv auf deren Budgets auswirkt. Bereits in der Motion wurde auf den grossen Mehrwert hingewiesen, dass die Einbindung von Organisationen aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit sich bringen kann. Es ist deshalb sehr erfreulich, dass sich nun die konkrete Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen eröffnet. So viel zur Ausgangslage.

Sie werden mir bestimmt Recht geben, dass die Umstände wirklich gut sind. Die Räumlichkeiten im Stücki-Areal werden vom Vermieter nicht für unbegrenzte Zeit freigehalten, eben nur so lange, bis sie von anderen Interessenten beansprucht werden. Auch der ernst zu nehmende Hinweis der CMS, sich an den Investitionskosten zu beteiligen, kann entfallen. Deshalb besteht Handlungsbedarf, der nicht auf die lange Bank geschoben werden soll. Auch wenn noch keine eigentliche Bibliotheksstrategie vorliegt, wie der Grosse Rat den Regierungsrat im Januar 2021 im Rahmen der letzten Staatsbeitragserneuerung aufgefordert hatte, ist nicht zu übersehen, dass Kleinhüningen im Hinblick auf Bibliotheken unterversorgt ist. Seit 2005, ich habe es schon gesagt, gibt es dort keine Bibliothek mehr. Das Quartier hat sich in den letzten Jahren verändert. Es ist heute ein verdichtetes Quartier, wo gerade Bibliotheken als Aufenthaltsorte, Veranstaltungspartner und Veranstaltungsraum sowie als Working Space relevant sind. Die Bibliotheken haben sich auch immer stärker zu informellen Bildungspartnern entwickelt.

Die GGG Stadtbibliotheken hätten diese zusätzliche Filiale mit dem Antrag auf Erneuerung des Staatsbeitrags für die Periode ab 2022 beilegen können. Ich glaube aber, dass es hier nicht der Ort und Moment ist, das zu beurteilen. Fakt ist, dieser Antrag auf eine Filiale in Kleinhüningen-Klybeck ist ein Bedürfnis dieser Quartiere und es ist mitunter unser Auftrag als Grosser Rat, hierfür sind wir schliesslich gewählt, solche Anliegen aufzunehmen und zu prüfen. Wir haben hier ein sinnvolles und sinnstiftendes Projekt vorliegen mit günstig liegenden Rahmenbedingungen.

In diesem Sinne unterstreiche ich die Dringlichkeit, die mit der Motion aufgenommen wird. Es soll keine Zwängerei sein. Der «Chrüzlistich» deutet auf einen Anzug hin. Ich befürchte, dass wertvolle Zeit und damit die günstigen Rahmenbedingungen wegfallen. Wenn es aber doch zu einem Anzug kommt, wünsche ich mir, dass der Sache, der Bibliothek die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die sie verdient, nämlich einen Mehrwert für die Quartiere Klybeck und Kleinhüningen und ihre Bevölkerung. Ich bitte Sie um Unterstützung, dass dem Grossen Rat innert Jahresfrist eine Vorlage für eine Bibliotheksfiliale in Kleinhüningen-Klybeck unterbreitet wird, das heisst, die Motion als Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Ich spreche hier für die SP-Fraktion und für die Fraktion Grüne/jgb. Ich spreche, obwohl ich gern eine Motion unterstützt hätte, aber inhaltlich waren wir uns in der Fraktion einig und meine Kolleginnen und Kollegen haben mich überzeugt, dass die Regierung auch bei einer Überweisung als Anzug nicht zwei Jahre warten muss. Sie können hier schnell handeln und eine Finanzierung beantragen, darum bin ich auch Ihnen, meine Damen und Herren, dankbar, dass wir heute Nachmittag das beschliessen können.

Kleinhüningen hat seit 2005 keine Bibliothek mehr. Ich mache einen grossen Strich, eine ganze Seite, weil Frau Alioth hat alles sehr schön ausgeführt. Es geht aber nicht nur um die Bibliothek, sondern auch um die JuAr und die Bibliothek. Die GGG und die JuAr haben eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit, schon erprobte Zusammenarbeit, da gibt es verschiedene Modelle. Das Stücki war ja mal als grosses Shopping-Zentrum geplant. Das war ein Flop und jetzt gibt es dort Kinos und Gewerbe und ein paar Läden, also eine Bibliothek und ein Jugendzentrum würden da wirklich sehr gut hineinpassen und diesen Ort beleben.

Das Ganze, und das finde ich entscheidend, ist nicht nur eine Idee aus der Politik, das wäre doch toll, sondern hier waren verschiedene Player aktiv und vor allem initiativ. Frau Alioth hat das ausgeführt und das finde ich eigentlich das Zentrale hier an diesem Anliegen. Oft haben wir eine tolle Idee, aber wer soll das dann machen und möchten das diese Leute überhaupt. Diese Player, aktiv und initiativ, servieren der Regierung für ein Problem eine sinnvolle und praktikable Lösung. Aber die kostet und dieses Geld haben diese Leute natürlich nicht, diese Vereine und Institutionen. In den letzten Grossratssitzungen hatten wir ja viele Geschäfte, wo es darum ging, wir haben Überschüsse, geben wir das an die Leute zurück, was machen wir, Steuersenkungen, und jetzt haben wir hier eine Möglichkeit, mit einem verhältnismässig kleinen Betrag in einem Quartier, wo es seit 20 Jahren keine Bibliothek gibt und vielleicht auch bald kein Jugendzentrum mehr, etwas zu tun.

Auch wenn es nur zu einer Überweisung als Anzug kommt, dann bitte ich die Regierung, dies als eine wichtige und dringende Aufgabe zu sehen. Die Vorarbeit wurde geleistet. Sie müssen einfach bei der Umsetzung finanziell unterstützen und ein paar Sachen klären. Bitte werden Sie aktiv und unterstützen Sie, wenn Leute aus der Bevölkerung und Institutionen selbstständig nach Lösungen suchen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Bibliotheken sind ein zentrales Bildungs- und Kulturangebot mit öffentlichem Auftrag. Insofern ist ein gut zugängliches Bibliothekswesen in allen Quartieren staatliche Verantwortung, insbesondere mit Blick auf Chancengleichheit, gesellschaftliche Teilhabe und Bildungszugang. Besonders für Kinder, Familien und ältere Menschen ist es zentral, dass eine Bibliothek im eigenen Quartier liegt und zu Fuss erreichbar ist. Deshalb haben wir Grünliberalen uns die Frage gestellt, ob es genügt, die Verantwortung für neue Standorte allein der GGG zu überlassen.

Der Regierungsrat sagt Nein zur Motion mit Verweis darauf, dass neue Standorte nur im Rahmen der langfristigen GGG-Planung möglich seien und die Motion daher unzulässig sei. Gleichzeitig wissen wir, die GGG plant aktuell keine neuen Filialen, sie will stattdessen in bestehende Standorte investieren. Der Beitrag der nächsten Finanzperiode ab 2026 wurde dementsprechend beantragt, also ohne eine Bibliothek in Kleinhüningen-Klybeck. Aber was, wenn hinter dieser Entscheidung die Sorge steht, ein zusätzlicher Standort könnte die Finanzierung der bestehenden Bibliotheken gefährden?

Auch wenn die Motion formal als unzulässig eingestuft wird, ist sie politisch doch hoch relevant. Sie fordert vom Regierungsrat eine klare Positionierung zur zukünftigen Standortstrategie der Stadtbibliotheken und eine verbindliche Vorlage für einen zusätzlichen Standort in Kleinhüningen-Klybeck. Genau das verleiht dem Vorstoss politische Wirksamkeit und deshalb will die GLP bewusst daran festhalten. Die GGG ist in Basel der einzige flächendeckende Anbieter öffentlicher Bibliotheksleistungen mit offenem Zugang für alle. Hochschul-, Schul- oder Museums- und Fachbibliotheken richten sich an eine bestimmte Zielgruppe oder sind thematisch eingeschränkt. Sie können eine Quartierbibliothek mit ihrer breiten Ausrichtung und sozialen Funktion nicht ersetzen. Gleichzeitig bieten sich derzeit besonders vorteilhafte Rahmenbedingungen für die Einrichtung einer Bibliothek in diesem Quartier. Die Mitglieder des Dorfvereins Pro Kleinhüningen haben sich mit grossem zivilgesellschaftlichem Engagement dafür eingesetzt, eine Lösung aufzugleisen.

Zwar will der Regierungsrat den Bedarf im Rahmen eines Anzugs prüfen. Das anerkennen wir, aber die Voraussetzungen sind jetzt optimal und es ist entscheidend, dass rasch Gespräche mit der GGG stattfinden und eine Vorlage ausgearbeitet wird. Eine Überweisung als Anzug verzögert den Prozess unnötig und riskiert, dass die Räume anderweitig vermietet werden. Es gibt aktuell nach Meinung der Grünliberalen keine andere Organisation, die ein vergleichbares Bibliotheksangebot im Quartier bereitstellen könnte. Für uns ist deshalb klar, der Vorstoss ist politisch sinnvoll, gut begründet und praktisch umsetzbar. Wie gesagt, wir bleiben bei der verbindlichen Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Tonja Zürcher für die BastA.

Tonja Zürcher (BastA): In der Motion wird aufgeführt, dass gerade wegen der Entwicklung mit klybeckplus in Zukunft sehr viel mehr Menschen da wohnen würden und deshalb es notwendig ist, hier eine Bibliothek einzurichten. Ich stimme dem absolut zu, möchte aber auch noch ergänzen, Klybeck und Kleinhüningen haben bis jetzt schon rund 10’000 Einwohnende und es sind Quartiere mit besonders vielen Kindern und Jugendlichen. Das heisst, ich glaube, ganz unabhängig, wann und wie das mit klybeckplus kommt, ist es wichtig, dass man jetzt vorwärts macht mit einem Bibliotheksstandort in diesem Quartier.

Der Standort im Stücki selber, der jetzt hier im Vordergrund steht, ist vielleicht nicht ganz optimal. Er liegt eher am Rand der Quartiere. Der ursprüngliche Standort, wo jetzt ein Klyck ist, war sicher besser geeignet, aber trotzdem kann man sagen, es ist gut, wenn da etwas passiert. Das Stücki ist mit der ganzen Entwicklung der letzten Jahre inzwischen doch zu einem Treffpunkt geworden, gerade für junge Menschen, nicht nur wegen Kino und anderen Angeboten, sondern einfach, weil es da Platz hat, sie können da sein. Es hat auch gratis Internet, WLAN, usw., also ältere Kinder und Jugendliche sind sowieso schon da, kennen das Gebäude, also ich denke, es würde sich da sehr schnell einrichten. Man muss aber wirklich auch darauf schauen, dass der Zugang gut möglich ist, dass man da gut hinkommt, gerade auch die Strassenquerung über die Hochbergerstrasse, die insbesondere am Samstag nicht ganz einfach ist. Aber das einfach so als Nebenbemerkung, die man dann bei der Konkretisierung vielleicht noch etwas anschauen sollte.

Für uns von BastA ist aber ganz klar, dass wir das als Motion überwiesen haben möchten, weil es nicht irgendwann mal eine Bibliothek braucht, sondern bald.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Ich kann mich den Ausführungen meiner Vorrednerin Sasha Mazzotti sehr anschliessen. Das kommt hier nicht allzu oft vor, darum sage ich das jetzt sehr genüsslich. Wir sehen das absolut auch so, dass wir inhaltlich hier zustimmen. Eine Bibliothek in diesen Quartieren ist sicherlich sinnvoll. Man weiss, die Quartiere wachsen, wir haben es gehört, und eine Bibliothek ist ein Ort der Bildung, ein Ort der Begegnung, ein Aufenthaltsort, ein Treffpunkt, auch ein Ort der Integration. Ich denke, das ist sicherlich etwas Sinnvolles. Wir finden das etwas Sinnvolles, aber wir konnten diesen Ausführungen der Regierung absolut folgen und zustimmen, dass es hier die Mitwirkung der GGG braucht und wir verstehen, dass diese Motion deshalb rechtlich nicht zulässig ist, und können diesem folgen. Aber weil wir das Anliegen inhaltlich teilen, sprechen wir uns hier aus für die Überweisung als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für das Wohlwollen, dass der Arbeit der GGG entgegengebracht wird und auch der Anerkennung der legitimen Bedürfnisse des Kleinbasels, vor allem auch im Hinblick auf Leseförderung, auf Treffpunkte für vor allem auch junge Menschen. Dennoch beantragt Ihnen der Regierungsrat, diese Motion als Anzug zu überweisen. Einerseits, es wurde gesagt, Sie konnten es lesen, aus formellen Gründen. Es geht nicht an, dass man zwingend eine private Trägerschaft, und das ist die GGG, zu etwas verpflichtet. Hier hat der Kanton nicht die volle Zuständigkeit, deshalb geht der Weg der Motion rechtlich nicht.

Es gibt aber auch inhaltliche Gründe, die klar für Überweisung als Anzug sprechen, nämlich vor allem auch derjenige, dass wir diese Partnerschaft mit der GGG ernst nehmen sollten. Die GGG leistet eine herausragende integrative Arbeit mit den Staatsbibliotheken. Es geht nicht, hier über den Kopf der GGG hinweg zu bestimmen, an welchem Ort welche konkrete Bibliothek innerhalb eines Jahres zu erstellen ist, sondern wir pflegen solche grundlegenden, auch strategischen Entscheide mit unseren Partnerinnen und Partnern abzusprechen. Das ist die Art, wie im Kanton Basel-Stadt umgegangen wird mit Staatsbeitragsempfängern und da bitte ich wirklich auch dezidiert darum, diese Art der Zusammenarbeit auch in diesem Fall zu respektieren. Dies gesagt, ist der Regierungsrat auf jeden Fall bereit, mit der GGG in eine strategische Diskussion zu treten.

Ich erlaube mir, daran zu erinnern, dass genau dies die Forderung des Grossen Rates war in der Debatte um die letzte Staatsbeitragserneuerung im Januar 2021. Es ging darum, dass der Regierungsrat angehalten wurde, die strategische Entwicklung der Zweigstellen der GGG Stadtbibliotheken enger zu begleiten und ihr mehr Beachtung zu schenken und das betrifft natürlich insbesondere die Anpassungen im Filialnetz der Bibliotheken. Und diesen intensiven Austausch über die Strategie und den Leistungsauftrag der GGG, den haben wir ernst genommen und daraus unter anderem ist der vom Grossen Rat ja einstimmig letzten Herbst beschlossene Investitionsantrag zu Ausbau und Erweiterung einer

Quartierbibliothek im Bläsi entstanden. Und genau so möchten wir auch vorgehen, wenn es jetzt um weitere Ideen geht für neue Bibliotheksfilialen.

Wir sehen natürlich, dass mit den zu erwarteten Bevölkerungsentwicklungen auf dem Areal klybeckplus Bedarf entsteht, gerade in diesem Quartier, gerade auch in Kleinhüningen und entsprechend möchten wir im Dialog mit der GGG den Bedarf nach einem zusätzlichen Standort prüfen. Das soll sorgfältig geschehen, in enger Abstimmung mit der Trägerschaft und dafür haben wir dann auch die nötige Zeit in der kommenden Leistungsperiode.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrats auf Überweisung als Anzug zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Catherine Alioth beantragt die Überweisung als Motion. Wie kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 22 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006459, 10.04.25 15:58:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion in einen Anzug umzuwandeln und stillschweigend dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 65 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden.

Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

67. Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Einführung einer Schlichtung bei Gesuchen gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip, Stellungnahme des RR

[10.04.25 15:58:56, 24.5297.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Conradin Cramer verzichtet auf ein Votum. Somit hat Fraktionssprecher Lukas Faesch das Wort.

Lukas Faesch (LDP): Die LDP bittet Sie, die Motion nicht zu überweisen. Weil wir gegen unnötige Grossratssitzungen sind, ist die LDP auch gegen unnötiges teures Schaulaufen in Form von Schlichtungsverfahren. Denn bei Fehlverhalten, und das hat der Regierungsrat richtig ausgeführt, steht jederzeit die Ombudsstelle zur Verfügung und auch hier gilt wie überall im öffentlichen Recht das Legalitätsprinzip uneingeschränkt. Ein solches Schlichtungsverfahren hat der Grosse Rat bei der Beratung des IDG klar abgelehnt, weil es zu Inkongruenzen in den baselstädtischen verwaltungsrechtlichen Verfahrenssystemen kommen würde. Und das gilt auch heute noch, es hat sich nichts daran geändert.

Darum bittet die LDP Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Schlichtungsverfahren sind grundsätzlich etwas Sinnvolles, sie tragen nämlich zu einer Friedensregelung bei. Voraussetzung ist allerdings, dass es eine Schlichtungsmasse gibt, eine Verhandlungsmasse, über die man ein Resultat, ein Friedensresultat finden kann. Das ist in der Regel im zivilrechtlichen Streit, das ist dort die Regel. Der Kläger verlangt 100 Franken, der Beklagte null oder 10, man einigt sich irgendwo bei 60. Der Frieden ist hergestellt, es spielt keine Rolle, ob das Recht jetzt da ganz genau richtig angewendet wurde, wichtig sind andere Dinge, wie zum Beispiel Kostenfragen oder dass man wieder gut schlafen kann. Also wunderbar.

Und jetzt Übertragung hier auf das Öffentlichkeitsprinzip, da funktioniert es eben nicht. Da besteht ein Anspruch oder es besteht eben kein Anspruch und wenn kein Anspruch besteht, kann man nicht in einem Schlichtungsverfahren diskutieren, ob man vielleicht ein bisschen Papier, Seite 9 von diesem Bericht vielleicht doch sehen kann, dafür Seite 19 nicht, das funktioniert nicht. Hier hat das Gemeinwesen nach öffentlich-rechtlichen Prinzipien zu entscheiden und das gilt dann oder ist dann richtig oder falsch und wenn es falsch ist, muss man es oder kann man es anfechten. Es ist vom Regierungsrat auch richtig gesagt worden, das Ganze führt zu einer zeitlichen Verzögerung. Wenn jemand zu seinem Recht kommen will, etwas durchsetzen, so muss er dann noch über eine Schlichtungsverhandlung gehen. Die Zeit kostet.

In diesem Sinne beantragt meine Fraktion Abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Christine Keller für die SP.

Christine Keller (SP): Ich bin etwas erstaunt, insbesondere über beide Vorredner, aber vor allem auch, dass Herr Faesch gesagt hat, dass ausgerechnet das Schlichtungsverfahren teuer sei und den Prozess hinauszögern würde. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Ein Schlichtungsverfahren ist für die Parteien kostenlos und führt in sehr vielen Fällen zu einer vorzeitigen Beendigung und zu einer Beschleunigung des Verfahrens. Auf Bundesebene, wo es dieses Schlichtungsverfahren ja bewährtermassen gibt, erhalten Zweidrittel der Gesuchstellenden innerhalb von drei Monaten eine Entscheidung. Kein Gericht arbeitet so schnell.

Es wurde vorhin mit Recht gesagt, dass Schlichtungsverfahren im Privatrecht sehr bewährt sind. Ich selbst hatte ja die Ehre, am Zivilgericht zu schlichten, mit hoher Erfolgsquote. Jetzt wird gesagt, ja, das sei nicht möglich oder nicht so sinnvoll beim öffentlichen Recht, weil es da nur richtig oder falsch gebe. Aber mit Verlaub, diese Annahme ist doch etwas abwegig. Es gibt selbstverständlich auch im öffentlichen Recht, und wenn ich sehe, wer sich noch eingetragen hat auf der Rednerliste, haben wir hier einen berufenen Mann, der nicht nur Zivilrechtler, sondern eben auch öffentlich-rechtlich tätig war, der dazu sicher noch etwas sagen kann, zum Ermessensspielraum, der selbstverständlich auch beim öffentlichen Recht und gerade bei diesen Pflichten besteht.

Ich möchte einfach an die Bedeutung des Öffentlichkeitsprinzips erinnern, an diese rechtsstaatliche Bedeutung, die auch indirekt die 4. Gewalt eines Staates, nämlich den Journalismus, stärkt Auch hier ist dieses Schlichtungsverfahren eben keine paradoxe Erfindung, sondern es hat sich ja in den Kantonen Freiburg, Schwyz, Solothurn, Thurgau, Genf, Waadt wie auch im Bund bewährt und wir beharren auch nicht unbedingt darauf, dass es genau gleich wie der Bund sein muss. Man kann noch eine Zwischenlösung finden, wie es der Kanton Schwyz kennt, wo in aussichtslosen Fällen auch ein direkter Weiterzug möglich sein könnte. Wir lehnen uns zwar an den Bund an, aber wir sagen einfach, wir wollen dieses Schlichtungsverfahren und im Moment gibt es das eben nicht. Zwar ist es möglich, an die Datenschutzbeauftragte ein Schlichtungsgesuch zu stellen, aber die Gegenseite, also der Kanton, muss sich nicht darauf einlassen und lässt sich auch nicht immer darauf ein.

Die Belastung dürfte im Übrigen gering sein. Keine Rede von teurem und aufwändigen Verwaltungsaufwand. In Basel-Stadt waren 50 Gesuche eingereicht, wovon 22 ganz oder teilweise abgelehnt wurden. Basierend auf Erfahrungen auf Bundesebene wären etwa vier Schlichtungsverfahren zu erwarten. Unter dem Strich würde man sogar Ressourcen sparen für das Gerichtsverfahren.

Zusammenfassend stärkt die Schlichtung das Öffentlichkeitsprinzip, erleichtert den Informationszugang, senkt die Kosten und entlastet die Gerichte. Der Mehraufwand bleibt überschaubar und amortisiert sich durch vermiedene Gerichtsverfahren. Erfahrungen zeigen, dass sie zu schnelleren einvernehmlichen Lösungen führt, zum Vorteil der Verwaltung und der Öffentlichkeit. Ich darf Ihnen danken für die Aufmerksamkeit und bitte für die Überweisung natürlich als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Meine Fraktion beantragt Ihnen Abschreiben dieses Vorstosses, als Einzelsprecher beantrage ich Ihnen aber, dass Sie diesen Vorstoss als Motion überweisen. Ich habe natürlich etwas Mühe, hier jetzt eine juristische Vorlesung zu halten, wenn ich zwei so berufene Vorredner gehabt habe, die aus juristischem Munde gesagt haben, das sei eigentlich eine unnötige Vorlage. Ich muss Ihnen sagen, ich beurteile das völlig anders und sehe es wie Christine Keller.

Warum kann hier eine Schlichtungsstelle wirklich sinnvoll sein? Es geht um das Öffentlichkeitsprinzip. Das Öffentlichkeitsprinzip ist etwas Neueres, das kennen wir noch nicht so lange, aber das hat eine wichtige Bedeutung bekommen. Das Öffentlichkeitsprinzip soll ja auch zum Durchbruch kommen, wollen wir, dass es zum Durchbruch verholfen wird, vor allem auch für die Journalistinnen und die Journalisten, für die Medien.

Und jetzt sagen wir, und das hat vor allem mein lieber Kollege Stefan Suter gesagt, die Verwaltung, die muss ja von Amtes wegen das Recht richtig anwenden. Das ist so, das ist richtig, aber in diesen Verfahren ist anders als sonst die Verwaltung selber Partei und sie beurteilt selber ihre Fragestellung. Also normalerweise beurteilt die Verwaltung irgendein Anliegen. Das wird nach Recht und Gesetz beurteilt und dann macht sie das. Da ist sie nicht Partei. Aber hier ist die Verwaltung Partei, denn jemand möchte Einblick nehmen und die Verwaltung überlegt, darf der das jetzt oder darf der das nicht und sagt, nein, das darf er nicht, das sind meine Akten, ich zeige die nicht. Das ist nicht dasselbe, wie die Verwaltung sonst arbeitet und es wäre doch etwas viel verlangt von der Verwaltung, wenn man immer sagen würde, in diesen Fällen, wo man selber Partei ist, steht man auch über der Sache, wie man das sonst zu sein hat. Also hier ist eine andere Ausgangslage.

Wenn man jetzt sagt, die Schlichtung verlängert die Verfahren, muss ich Ihnen sagen, das stimmt gar nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe 2011 die Einführung des Schlichtungsverfahrens in der Zivilprozessordnung erlebt und dort werden rund 80 Prozent der Verfahren niederschwellig, schnell und kostengünstig heute erledigt. Rund 80 Prozent der Verfahren. Wenn es dann einmal tatsächlich weitergeht, dann ist das natürlich eine etwas längere Dauer, aber für die allermeisten Fälle wird es kostengünstiger und schneller. Also ich habe hier keine Angst vor der Schlichtung. Die Schlichtung ist ein sinnvolles, schnelles, bürgerfreundliches und billiges Verfahren. Und wie gesagt, die Verwaltung ist hier selber Partei, deshalb kann man nicht einfach darauf vertrauen, wie das normalerweise ist, dass sie sowieso das Recht völlig vorbehaltlos und unvoreingenommen und richtig anwendet.

Hier eine Hilfestellung zu bieten für die Bürgerinnen und Bürger, für die Journalisten vor allem, wäre sinnvoll und es ist tatsächlich so, der Bund macht das so, andere Kantone machen das auch so, das wäre kein Basler Finish, das wäre eine sinnvolle Ergänzung des IDG, das wir ja noch nicht so lange haben. Und die Ombudsstelle, das nur zum Schluss, die Ombudsstelle und auch die Datenschutzbeauftragte sind nicht die geeigneten Orte, um diese Frage zu prüfen. Deshalb eine eigene Schlichtungsstelle.

Ich beantrage Ihnen also persönlich, nicht für die Fraktion, die Überweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wenn die weisen Juristen sich uneinig sind, dann empfiehlt es sich, auf die Weisheit des Regierungsrats zu hören, möchte ich Ihnen jedenfalls beliebt machen, und der Regierungsrat bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Die Möglichkeit, dieses Schlichtungsverfahren beim Zugang zu suchen, hat ja eine lange Geschichte. Bei der Behandlung des Ratschlags zum IDG vor rund 16 Jahren wurde darüber ausdrücklich diskutiert. Der Grosse Rat hat damals entsprechende Regelungen auf Antrag seiner JSSK verworfen, und zwar aus Gründen, die heute auch noch gelten. Damals wurde vorgebracht zur Datenschutzbeauftragten als mögliche Schlichtungsstelle, dass sie eben im Bereich des Öffentlichkeitsprinzips eine Kontroll- und Aufsichtsfunktion wahrnimmt. Und Aufsicht und Schlichtung, das sollte man nicht miteinander vermischen. Eine Schlichtungsfunktion bedingt Unabhängigkeit. Deshalb wurde damals die oder der Datenschutzbeauftragte nicht als geeignet erachtet als Schlichtungsstelle. Weiter wurde dann festgestellt, dass die Anrufung einer Schlichtungsstelle, Datenschutzbeauftragte oder Ombudsstelle möglich sein soll, auch ohne ein speziell geregeltes Schlichtungsverfahren auf freiwilliger Basis. Von dieser Möglichkeit übrigens wurde in letzter Zeit auch Gebrauch gemacht.

Und schliesslich erachtete die vorberatende JSSK es damals für erforderlich, eine grundsätzliche Reform des kantonalen Verwaltungsverfahrens durchzuführen, bevor Schlichtungsverfahren im öffentlichen Recht eingeführt werden sollen. Und dieser Standpunkt ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil im öffentlichen Recht, es wurde gesagt, das Legalitätsprinzip gilt, das heisst, die Behörden sind an das Gesetz gebunden und das Legalitätsprinzip, das steht in einem Spannungsverhältnis, um nicht gerade zu sagen, in einem Widerspruch zum Zweck einer Schlichtung. Denn bei der Schlichtung im vom Grossrat Lötscher erwähnten Zivilprozess, dort steht ja die Möglichkeit einer gütlichen Einigung, die

Erzielung einer gütlichen Einigung im Vordergrund und für eine solche Einigung besteht kaum Spielraum im Bereich des IDG, weil dieses das Zugangsrecht eben detailliert regelt. Die Zugangsquerung hat sich nach den gesetzlichen Vorgaben zu richten, sie kann nicht Gegenstand von Verhandlungen oder Vermittlungen sein. Entsprechend muss, wenn die korrekte Rechtsanwendung überprüft werden soll, dies eben im Rechtsmittelverfahren erfolgen, nicht im Rahmen einer Schlichtung.

Der Grosse Rat verzichtete damals dann entsprechend auf die Einführung eines Schlichtungsverfahrens und die vorliegende Motion und die Voten, die ich heute gehört habe, bringen keine neuen Argumente, welche die damals von der JSSK ins Feld geführten Gründe entkräften würden. Und es ist auch nicht ersichtlich, dass heute, 16 Jahre später, bei der Behandlung von Zugangsgesuchen ein Missstand herrschen würde. Im Gegenteil, die grosse Mehrheit von abweisenden Entscheiden der Verwaltung, die weitergezogen wurden, die wurde dann auch vom Verwaltungsgericht entsprechend bestätigt. Weiter ist noch festzuhalten zur Ablehnung von Zugangsgesuchen, das ist ja nicht einfach etwas Böses gegen die Öffentlichkeit, denn das Öffentlichkeitsprinzip, das gilt nicht uneingeschränkt. Die Ablehnung kann aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes, aus Gründen von öffentlichen Interessen gerade notwendig sein. Es ist also durchaus möglich, dass die Ablehnung berechtigt ist und in diesem Sinne nichts Negatives.

Ich möchte auch noch zwei weitere Punkte hervorheben. Mit dem obligatorischen Schlichtungsverfahren, obligatorisch, jeder muss, entsteht natürlich ein Zusatzaufwand für Gesuchstellende, Privatpersonen, Medienschaffende, die nicht unendlich Ressourcen haben, und auch für die Verwaltung. Ich frage mich vor allem auch, ob die Verlängerung des Verfahrens im Sinne der Gesuchstellenden wäre, die ein Interesse an schneller Information sehr oft haben, gerade wenn es Medienschaffende sind. Zudem ist es ja unnötig, ein obligatorisches Schlichtungsverfahren einzuführen, wenn das freiwillige Schlichtungsverfahren verlangt werden kann und auch genutzt wird. Ich sehe da kein gesundes Verhältnis von Kosten und Nutzen bei einer obligatorischen Schlichtung.

Schliesslich möchte ich darauf hinweisen, dass der Grosse Rat erst vor kurzem eine umfassende Revision des IDG verabschiedet hat und das vorliegende Anliegen damals aus Gründen, die mir nicht bekannt sind, nicht eingebracht wurde. Das revidierte IDG ist seit gut vier Monaten in Kraft, seit dem 1. Januar 2025, und bevor wir nun dieses IDG wieder doch in einem grundsätzlichen Punkt reformieren, indem wir einen neuen obligatorischen Verfahrensschritt einführen, sollten wir zunächst die Auswirkungen der aktuellen Revision analysieren können.

Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Christine Keller beantragt die Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Lukas Faesch und Weitere beantragen Nichtüberweisung der Motion.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 29 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006462, 10.04.25 16:17:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu Überweisen.

Frist: 2 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 56 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen für die Überweisung der Motion entschieden.

68. Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend negative CO2-Emissionen Zertifikate zur Kompensation von Treibhausgasen, Schreiben des RR

[10.04.25 16:17:26, 22.5571.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

69. Interpellation Nr. 18 Eric Weber betreffend würde die Basler Regierung den Botschafter von Belarus empfangen?, Schreiben des RR

[10.04.25 16:17:54, 25.5103.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde schriftlich zugestellt. Der Interpellant ist nicht anwesend, deshalb ist die Interpellation erledigt.

70. Motion Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität, Stellungnahme des RR

[10.04.25 16:18:15, 24.5430.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Stephanie Eymann wünscht das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Regierungsrat teilt das Anliegen der Motion im Grundsatz und ist daher auch bereit, eine Verfassungsvorlage zur Einführung eines kantonalen Grundrechts auf digitale Integrität auszuarbeiten und diese dann auch dem Stimmvolk zur Abstimmung vorzulegen. Der Regierungsrat anerkennt insbesondere die Pflicht des Staates, einen genügenden Rechtsrahmen zu schaffen, um die Integrität der Menschen auch im digitalen Raum in einem sich schnell wandelnden rechtlichen, technologischen und politischen Umfeld sicherzustellen.

Die vorliegende Motion verlangt ein Grundrecht auf digitale Integrität, welches die Motion, was eben eigentlich schon unüblich ist, in vier eng umschriebene Teilaspekte ausformuliert. Für den Regierungsrat sind diese Teilaspekte einerseits zu eng formuliert und andererseits möglicherweise nicht vollständig. Grundrechte sollten auf Dauer angelegt und daher technologieneutral sein. Die Formulierung muss Raum lassen für eine Weiterentwicklung und Anpassung des Grundrechts an künftige technologische und gesellschaftliche Phänomene und Problemfelder. Die Motion statuiert lediglich einen Abwehranspruch gegenüber dem Staat und nimmt namentlich Themen wie staatliche Förderung der digitalen Inklusion und die Datensouveränität nicht auf.

Damit das neue Grundrecht den grösstmöglichen Nutzen bringt, muss die neue Bestimmung sorgfältig ausgearbeitet und auch formuliert werden. Es soll eben nur das Grundrecht selbst und nicht die in den Gesetzen zu konkretisierenden Teilgehalte in die Kantonsverfassung aufgenommen werden. Es soll auch eruiert werden, was in der Verfassung zu verankern ist, was an der Ausgestaltung durch den Gesetzgeber dann noch zu legiferieren ist und welche Hoheit auch den Gerichten in der Rechtsanwendung zugutekommen soll. Es sollen insbesondere auch Vor- und Nachteile der einzelnen Teilgehalte sorgfältig abgewogen werden. Beispielsweise könnte ein Recht auf Online-Leben dazu führen, dass der Kanton

eine aufwändige und kostenintensive parallele Infrastruktur für einen kleinen Teil der Bevölkerung aufrechterhalten müsste. Das muss man gut abwägen. Es soll ausserdem auch vermieden werden, dass die neue Verfassungsbestimmung zu bestehenden Grundrechten in Konkurrenz tritt und deren Anwendungsbereich einschränkt und es soll auch geprüft werden, ob über den in der Motion geforderten Abwehranspruch hinaus auch die digitale Inklusion und Sensibilisierung der Bevölkerung und die Datensouveränität in der Verfassung aufgenommen werden sollte.

Es ist diese Fülle an Fragen, die jetzt noch nicht beantwortet sind, aber ich denke schon in der ersten Überweisung doch sehr ausführlich auch seitens des Regierungsrates angesprochen wurden, die den Regierungsrat dazu führen, zu beantragen, die Motion als Anzug zu überweisen, damit wir eine Verfassungsbestimmung vorbereiten können, die das inhaltliche Anliegen der Motion umsetzt, aber den oben angesprochenen Problematiken auch Rechnung trägt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Oliver Thommen für die Grüne/jgb.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Normalerweise ist es ja so, wenn man eine Motion einreicht und danach möchte der Regierungsrat naturgemäss einen Anzug machen, dann hat man den Reflex, als Teil der Legislative natürlich nicht einverstanden zu sein mit der Exekutive. Und wenn ich bei diesem Geschäft am Dienstagnachmittag die Medienmitteilung der Regierung gelesen habe und dann auch die Medienmitteilung der Datenschutzbeauftragten, dann wird das Sie vielleicht erstaunen, dass wir hier auf Anzug plädieren. Vielleicht, aber nicht nur, hat es auch den Grund, als ich diesen Bericht gelesen habe, habe ich oben im Geschäftsverzeichnis JSD gelesen und nicht FD, was einem doch Hoffnung lässt, dass hier das wirklich ernsthaft angeschaut wird, auch wenn es ein Anzug ist und nicht eine Motion.

Nun zum inhaltlichen. Grundsätzlich bin ich hier mit der Regierung einig und danke auch der Regierungsrätin für ihre Stellungnahme hier. Ich möchte einfach noch ein paar Punkte einbringen, wo ich mit dem Bericht nicht ganz einig bin. Das ist einerseits die Relativierung, dass gewisse Grundrechte bereits den Gehalt der digitalen Integrität wie beinhalten. Das sehe ich ein bisschen anders, auch weil es den Menschen vielleicht bei anderen Grundrechten mehr bewusst ist als im digitalen Raum. Und andererseits, weil ein Grundrecht immer auch ganz viele Auswirkungen hat auf das Verwaltungshandeln. Also wenn wir nur ein IDG haben, ist das halt schon etwas anderes, als wenn man einen Verfassungsgrundsatz hat.

Dann bin ich mir nicht ganz sicher bei den personenbezogenen Daten, ob wir hier noch ein richtiges Verständnis haben. Ich denke, dass hoffentlich in der baldigen Auseinandersetzung um einen Gesetzestext und auch der angekündigten Vernehmlassung zu einem solchen Verfassungszusatz dann auch mit diesem Teil sich auseinandergesetzt wird. Also wir reden hier wieder über KI und WR, etc., die auch die Begriffe der Persönlichkeit ganz neu definieren.

Dann zum Text an sich, vielleicht würde es sich hier anbieten, dann sich auch Richtung Genf und Neuenburg zu orientieren, wie die das Thema umgesetzt haben. Da gibt es ja bereits Ansätze, wo man sich abschauen kann und nicht alles neu erfinden muss und wo es vielleicht auch gut ist, wenn man in verschiedenen Kantonen ähnliche Rechte hat. Und wenn wir schon beim Beispiel Genf sind, ich mag Genf noch etwas und setze mich auch mit Genf ab und zu auseinander, da gibt es ja dieses Grundrecht. Und vielleicht einfach noch, weil wir die Diskussion heute schon mal im Rahmen einer anderen Motion hatten, die ersten, die sich nach der Einführung dieser digitalen Integrität im Kanton Genf, die es dort schon gibt, damit auseinandersetzten und dieses Grundrecht auch beanspruchen wollten, waren Lehrerinnen und Lehrer, Eltern sowie Jugendliche, die in eine Schule gehen, weil die sich am Zwang zu Microsoft und WhatsApp störten und gerne etwas hätten, das ihre digitale Integrität besser sicherstellt. Wir können schon mal froh sein, wir haben das heute Morgen zumindest als Grosser Rat gelöst, jetzt ist der Regierungsrat dran.

Die Fraktionen Grüne/jgb und SP bitten Sie, als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Es wurde kein Antrag auf Motion gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion in einen Anzug umzuwandeln und den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

71. Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung, Stellungnahme des RR

[10.04.25 16:26:42, 24.5464.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Frau Eymann verzichtet in der ersten Runde. Somit geht das Wort an den Fraktionssprechenden der SVP, Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Vision Zero, keine Toten, keine Schwerverletzten im Strassenverkehr, wer wäre da schon dagegen. Ich kann Ihnen versichern, auch die Mitglieder der LDP-Fraktion, für die ich auch spreche, sowie die Mitglieder meiner Fraktion sind selbstverständlich vollkommen hinter diesem Zielbild Vision Zero. Vision Zero als langfristiger Traum, nicht unbedingt als Vision. Sie wissen ja, was Helmut Schmidt zu Visionen gesagt hat.

Fertig mit der Vision und zur Motion. Diese Motion hat leider einen ganz wesentlichen Kunstfehler, indem sie den Fahrradverkehr und den Fussverkehr gemeinsam als schützenswert klassiert. Eines der grössten Probleme, die wir im Verkehr in diesem Kanton haben, ist aber gerade der Konflikt zwischen Fahrradverkehr und Fussverkehr. Sie wissen es, unlängst ist leider ein Fahrradfahrer zu Tode gekommen nach einer Kollision mit einem E-Trottinettfahrer. Ob jetzt der E-Trottinettfahrer als Fussgänger oder auch als Fahrradfahrer klassifiziert würde im Sinn dieser Motion, das entzieht sich meiner Kenntnis, aber beides wäre mit Sicherheit im Rahmen dieser Motion schützenswerte Verkehrsteilnehmer gewesen.

Verkehrsunfälle, Verkehrstote, Schwerverletzte sind immer auch eine Frage der Verhältnismässigkeit. Will man Vision Zero zu 100 Prozent umsetzen, dann könnte man ein allgemeines Fahrverbot kantonsweit einfordern. Nun, diese Motion verlangt das nicht, das ist mir auch klar, ich gehe nicht davon aus, dass irgendjemand in diesem Raum das verlangen würde, aber das wäre die ultimative Lösung. Wo setzt man jetzt die Linie, wo ist die Verhältnismässigkeit eingehalten und da sind wir der Auffassung, dass wir heute in diesem Kanton schon sehr verhältnismässig unterwegs sind. Vielleicht mit einer Einschränkung, was die Geschwindigkeitsbegrenzung von Zweiradfahrzeugen betrifft, Sie kennen die Problematik, dass E-Fahrräder zum Teil noch ohne Tacho ausgerüstet sind und zum Teil in der 30er-Zone mit 60 blochen und man das nicht ahnden kann. Aber auf Bundesebene ist man daran, das zu korrigieren und dann sind wir wahrscheinlich so ziemlich in jedem Bereich verhältnismässig bzw. dort, wo man weiter optimieren muss, wo Schwächen erkannt werden, wird optimiert, wird von der Regierung optimiert, ohne das Zutun des Grossen Rates.

In diesem Sinne, auch das ist Verhältnismässigkeit im Sinne von Beschäftigung der Verwaltung, sind wie der Auffassung, dass man diese Motion komplett abschreiben kann mit dem Vertrauen an die Regierung, dass sie weiterhin dazu schaut, dass Verkehr für alle Teilnehmer ständig sicherer wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprechende für die Grünen/jgb ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Noch kurz zu meinem Vorredner. Es geht beim Strassenverkehr immer um Hierarchie. Die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sind besonders zu schützen. Das sind tatsächlich die Fussgänger*innen, aber auch die Velofahrer haben einen höheren Schutz verdient als jene, die weniger verletzlich sind im Verkehr. Darum macht es durchaus Sinn, hier auch die Velofahrerinnen und Velofahrer miteinzubeziehen.

Nun zur Motion selbst. In der Beantwortung der Motion wird aufgeführt, dass bereits alles unternommen wird, um die Verkehrssicherheit in Basel zu erhöhen und Unfälle zu reduzieren. Mit Verlaub, es geht genau nicht darum, die Unfälle zu reduzieren, sondern die Motion verlangt einen Paradigmenwechsel. Es geht darum, dass wir keine tödlichen Verkehrsunfälle mehr haben und auch keine Schwerverletzten mehr infolge von Unfällen. Und das ist möglich, es ist eine Frage der Infrastruktur. Dieser Paradigmenwechsel muss vorgenommen werden. Zurzeit habe ich den Eindruck, dass es bei Unfällen oder in der Nachbearbeitung von Unfallschwerpunkten immer darum geht, eine Interessensabwägung zu machen. Das hat ja mein Vorredner auch aufgenommen, aber ich denke, es geht genau nicht um die Verhältnismässigkeit bei Unfällen und auch nicht um eine Interessensabwägung, sondern es geht darum, dass wir die schwächsten Verkehrsteilnehmer schützen und dann spielt das Interesse, und beim Verkehr gibt es ja eigentlich zwei Interessen, für Sicherheit, also Verkehrssicherheit und schnelles Durchkommen im Strassenverkehr, und wenn wir das schnelle Durchkommen oder den flüssigen Verkehrsfluss anschauen, dann muss doch die Sicherheit weiter oben stehen. Ich denke, das will diese Motion, wir müssen eine Infrastruktur haben, wir brauchen eine Verkehrsumgebung, die es uns erlaubt, dass wir keine Verkehrstoten mehr haben.

Da möchte ich nochmal auf die Motion zurückkommen, hier werden punktuell Massnahmen aufgezählt, unter anderem auch Schulungen, Plakate und ich muss wirklich deutlich sagen, es ist immer die Infrastruktur beim Verkehr. Mit guter Infrastruktur können wir Verkehrsunfälle vermeiden, das sehen wir in anderen Ländern ganz deutlich. Länder mit guter Veloinfrastruktur, jetzt nehme ich die Veloinfrastruktur, das hat damit zu tun, dass ich Pro Velo-Präsidentin bin und nicht beim Fussgängerverein, gute Veloinfrastruktur führt dazu, dass es keine Unfälle mehr gibt oder keine schweren Unfälle mehr gibt. Wir sehen das in Amsterdam, wir sehen das in Kopenhagen. Mit guter Veloinfrastruktur können wir Unfälle vermeiden und es

braucht eben gerade nicht, die sind additional schon gut, diese Plakate mit dem Gartenzwerg, die uns an ein anständiges Verhalten im Verkehr erinnern oder die Plakate «Achtung Kinder», als ob Kinder etwa sind, die überraschend hierherkommen, das sind Kinder, die im Verkehr teilnehmen und die müssen beachtet werden wie alle anderen auch. Es braucht auch keine Plakate, dass wir uns besonders leuchtend anziehen sollen im Winter, damit wir nicht überfahren werden, weil ich habe den Anspruch an eine Verkehrssicherheit in Basel, dass ich mich nicht als Weihnachtsbaum verkleiden muss, um nicht überfahren zu werden, sondern ich habe den Anspruch, dass es eine Infrastruktur gibt beim Verkehr, die darauf ausgerichtet ist, dass Fussgängerinnen und Fussgänger nicht überfahren werden und das Velofahrer auch nicht überfahren werden.

In der Beantwortung der Motion klingt es ein bisschen so, als sei alles längst umgesetzt und dass wir überall dran seien mit Vision Zero, einfach unter einem anderen Namen. Ich muss hier entschieden widersprechen. Ich war sehr nahe daran bei der Elsässerstrasse. Viele Anwohner*innen kamen auf mich zu, ich konnte Protokolle lesen, ich konnte Mails lesen, wie die Eltern versuchten Verkehrssicherheit zu erreichen, bevor der Unfall passiert ist. Sie wurden nicht gehört. Der Unfall ist passiert, eine schreckliche Tragödie. Wieder mussten die Anwohnerinnen und Anwohner, die Eltern massiv kämpfen, damit sich etwas ändert und jetzt ändert sich etwas. Aber das ist nicht die Idee, die ich habe von Verkehrssicherheit, dass es einen enormen Druck auf die Verwaltung braucht von der Bevölkerung, dass sich etwas ändert, sondern ich wünsche mir einen Paradigmenwechsel in der Verwaltung, das Commitment, wir wollen Vision Zero und das verlangt die Motion. Das wurde vorliegend nicht erfüllt, darum bitte ich Sie, diese Motion nochmals zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Ineichen, es gibt zwei Zwischenfragen von Lorenz Amiet und Nicole Strahm-Lavanchy. Sie werden entgegengenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Frau Ineichen, wie sieht ein Paradigmenwechsel aus, welcher einen Unfall zwischen einem E-Trottinett und einem Fahrrad verunmöglicht?

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die E-Trottis dürfen die Fahrradinfrastruktur mitbenützen. Hier braucht es einfach eine bessere Infrastruktur. Mehr Benutzer auf der Veloinfrastruktur benötigen eine grössere Veloinfrastruktur.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Anina Ineichen, ist Ihnen nicht bekannt, dass gerade in Amsterdam die Aggressionen unter den Velofahrern und den zu Fuss Gehenden sehr hoch ist?

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Tatsächlich habe ich nur die Statistiken betreffend Todesfälle und schweren Unfallverletzten angeschaut. Da gab es keine, auch nicht zwischen Velofahrern und Fussgänger*innen zu vermelden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Tonja Zürcher für die BastA.

Tonja Zürcher (BastA): Vision Zero steht im Mittelpunkt und wir lesen auch das Versprechen, dass der Kanton konsequent an der Verbesserung der Verkehrssicherheit arbeitet. Ich freue mich sehr über diese Aussagen und ich habe das auch schon gesagt im Zusammenhang in meiner Motion der Schulwegsicherheit, ja, ich habe auch das Gefühl, es geht in die richtige Richtung. Aber auch hier zeigt leider die Realität, dass wir noch nicht an dem Ort sind, wo wir sein wollen. Wir haben nicht null Schwerverletzte, nicht null Verkehrstote, wir haben leider im vergangenen Jahr sogar von beidem mehr verzeichnen müssen. Es gab mehr Menschen, die im Verkehr schwer verletzt wurden und es wurden auch mehr getötet als im vorletzten Jahr. Also hier zum Glück sind immer noch Einzelfälle, aber jeder Einzelfall hier ist absolut tragisch und ich denke, es ist unvermeidlich, dass wir uns dieses Ziel von Vision Zero setzen und eben nicht nur irgendein Ziel wie Weltfrieden, das wir dann vielleicht irgendwann mal erreichen, sondern wirklich etwas Konkretes, wo wir auch konkret daran arbeiten.

Die in der Antwort der Regierung aufgeführten Beispiele, wie ein gesicherter Veloweg oder die Überprüfung des Konfliktgrüns, Sicherheitsabstand von Tramschienen, usw., das sind gute Beispiele, von diesen braucht es mehr. Und auch die Meldeplattform für Gefahrenstellen finde ich super. Ich habe, ehrlich gesagt, erst dank dieser Antwort davon erfahren. Vielleicht liegt es an meiner Ignoranz, vielleicht auch daran, dass es einfach nicht sehr bekannt ist. Also ich denke, dass wenn man schon so etwas Gutes macht, dann sollte es auch besser bekannt sein.

Es gibt auch bereits andere Vorstösse, die in diese Richtung gehen. Ich verspreche mir sehr viel, auch von der Tempo 30-Motion von Raphael Fuhrer, weil gerade Tempo 30, das hat jetzt gerade auch kürzlich wieder eine vergleichende Studie von

verschiedenen europäischen Städten gezeigt, führt dazu, dass schwere Unfälle stark abnehmen. Also um mehr als einen Drittel, das ist immer noch nicht null, aber es ist doch eine starke Reduktion, die alleine mit einer etwas geringeren Geschwindigkeit erreicht werden kann. Vielleicht auch noch zu sagen, eine weitere Studie, die auch jetzt letzte Woche herausgekommen ist von der Städtekonferenz, da können wir lesen, dass ein Viertel der Bevölkerung in Basel-Stadt gerne Velofahren würde, es aber nicht macht, weil es ihnen zu gefährlich ist. Ein Viertel, das ist nicht einfach nur Nebensache.

Weil es jetzt vorher ein bisschen vertieft angesprochen wurde, möchte ich auch noch etwas zu diesem Paradigmenwechsel sagen oder was im Fokus steht. Es geht nicht um welches Verkehrsmittel im Fokus steht. Es geht nicht um E-Trottis, Velos oder Fussgänger*innen, es geht auch nicht um Tram oder Auto. Es geht darum, dass wir eine Infrastruktur haben, die es allen Verkehrsteilnehmenden sicher macht. Das heisst, es ist nicht weniger schlimm, wenn mit einem Velo etwas passiert oder mit einem Auto, wenn die Fussgängerin nachher schwer verletzt ist. Es ist genau gleich schlimm und deshalb muss die Infrastruktur so gemacht werden, dass wir eine Fehler verzeihende Infrastruktur haben, dass es, wenn es aufgrund von Unaufmerksamkeit, usw. trotzdem zu einem Crash kommt, dass es eben nicht zu Schwerverletzen führt und nicht zum Tod führt. Um das geht es und weil es hier wirklich vorwärtsgehen muss, weil wir diesen Wechsel brauchen von, Unfälle passieren einfach, sie sind tragisch, aber wir können nicht wirklich etwas dagegen machen, zu unsere Infrastruktur ist dafür stark mitverantwortlich, dass es einen Unfall gibt, diesen Wechsel müssen wir hinbekommen und ich denke, das bekommen wir nur wirklich hin, wenn wir überzeugt sind, dass wir ihn machen müssen.

Deshalb bittet BastA Sie, diese Motion wirklich als Motion zu überweisen und nicht nur als Anzug. Ich hoffe aber auch, selbst wenn es als Anzug überwiesen wird, dass wir hier wirklich einen grossen Schritt vorwärtskommen, weil die Situation ist wirklich so, dass wir eine Veränderung brauchen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): Die vorliegende Motion verfolgt ein unbestrittenes, wichtiges Ziel, die Sicherheit der verletzlichsten Verkehrsteilnehmer, insbesondere von Kindern, Fussgänger*innen und Velofahrer*innen. Das Anliegen teilen wir alle. Was wir aber nicht teilen können, ist der Eindruck, der hier erweckt wird, nämlich dass der Kanton Basel-Stadt in Sachen Verkehrssicherheit untätig ist. Ganz im Gegenteil, die Regierung hat in den letzten Jahren zahlreiche wirkungsvolle Massnahmen umgesetzt. Ich erinnere an die Einführung der ersten Protected Bike Lane, die Velo-Aufstellflächen, die umfassende Schulwegsicherheitsanalyse, das Verkehrsunfall-Dashboard und auch an die Einrichtung der Plattform zur Meldung von Gefahrenstellen. Und lassen wir auch nicht unerwähnt, dass unser Kanton mit dem BFU-Sicherheitspreis 2023 ausgezeichnet wurde. Das ist kein Zufall, das ist Leistung, die auch die Reduktion von 22 Prozent der Velounfälle im 2024 Kollege Seiler in der letzten Sitzung aufzeigte.

Die Motion fordert kurz und mittelfristige Massnahmen, bleibt dabei aber völlig vage. Es fehlt an konkreten Vorschlägen, an Umsetzbarkeit und an einer Abwägung der Verhältnismässigkeit. So entsteht Symbolpolitik statt echter Fortschritt. Als FDP stehen wir für effiziente und wirksame Politik, nicht für zusätzliche Papiere, wenn die Werkzeuge längst vorhanden sind. Sicherheit, ja, aber nicht um jeden Preis, einer ideologisch motivierten Einschränkung individueller Mobilität oder in einer faktischen Verdrängung des motorisierten Verkehrs.

Darum überweisen wir diese Motion nicht als verbindlicher Auftrag, sondern sollten wir diese abschreiben. Wir setzen viele Zeichen für die Verkehrssicherheit mit Augenmass, aber bitte für eine Politik, die sich an der Realität orientiert und nicht an wohlklingenden Überschriften.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Salome Bessenich für die SP.

Salome Bessenich (SP): Ich möchte kurz begründen, kurz erklären, ich kann nämlich meinen Vorrednerinnen Anina Ineichen und Tonja Zürcher nur zustimmen. Auch für die SP gibt es keinesfalls ein Abwägen der Verhältnismässigkeit, wenn Menschen sterben. Auch wir sehen Handlungsbedarf, wir sehen auch Handlungsmöglichkeiten, auch für uns wäre natürlich die Überweisung als Motion eine Möglichkeit gewesen. Uns hat aber die Antwort des Regierungsrats so weit überzeugt. Wir sehen, dass es in die richtige Richtung geht und für uns ist ganz klar, wenn wir als Anzug überweisen, dann ist es nicht nur als Anzug überwiesen, sondern wir überweisen als Anzug in der Erwartung, dass damit die Forderung des Vorstosses ohne Abstriche umgesetzt wird. Die Forderung nämlich, null Verkehrstote, null Schwerverletzte. Vision Zero. Im Namen der SP danke ich Ihnen, wenn Sie das unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich bin jetzt dankbar für die am Schluss noch versöhnlichen Worte. Ich habe mich, ehrlich gesagt, schon ein wenig geärgert, weil es wird uns einfach so ein bisschen unterstellt, dass uns Verkehrssicherheit nicht wichtig ist, wir generell zu wenig machen und da möchte ich einfach dezidiert auch widersprechen. Wir hatten die Verkehrssicherheit ganz hoch auch in der Legislaturplanung. Wir haben seither ganz grosse Fortschritte gemacht, wir haben auch den Schritt gemacht, dass wir nicht nur punktuell Massnahmen realisieren, sondern wirklich auch systematisch und gebündelt und fachbereichsübergreifend nach Lösungen suchen und auch Diverses umgesetzt haben. Die Liste wurde vorhin genannt, ich zähle das nicht nochmals alles auf. Aber da zu sagen, es sei uns irgendwie gleichgültig, da möchte ich mich wirklich wehren dagegen. Es ist halt einfach schon so, dass wir die Stadt nicht von heute auf morgen umbauen können. Die Infrastruktur ist gewachsen. Wir müssen da schauen, wo wir können, wo gerade ein Bauprojekt ist oder eine gefährliche Stelle ist, etc., da wird aber auch so zusammengearbeitet, dass das möglich wird.

Ja, und Herr Amiet, es freut mich, dass Sie Vertrauen in die Regierung haben, dass Sie sagen, das könnte man abschreiben. Wir sind kompromissbereit, einen Anzug, und zwar nicht nur einen Anzug. Ich denke einfach, der Pfad, den wir eingeschlagen haben, der führt in die richtige Richtung und da finde ich jetzt auch als Kompromiss richtig, dass wir wieder berichten, aber jetzt daraus eine Motion zu machen, das sieht der Regierungsrat nicht.

Ich möchte auch an dieser Stelle noch Frau Ineichen doch noch widersprechen, weil ihre These oder ihre Gleichung, gute Infrastruktur gleich Zero, Null und keine Verkehrstoten, so haben Sie es gesagt, das stimmt natürlich auch nur bedingt. Weil wenn wir analysieren, weshalb es Verkehrsunfälle gibt, auch im Zweiradbereich, im Fussgängerbereich, in der Kollisionszone, da müssen wir auch über das Verhalten reden der einzelnen Verkehrsteilnehmenden. Und dann reden wir über Verkehrsregeln und wir reden auch über Konsum von Substanzen und wir reden über all diese Dinge. Also diese 1:1-Rechnung, die kann man so nicht unterschreiben.

Und wo ich auch nicht einverstanden bin, also nur bedingt einverstanden bin, ist, wenn die Verkehrspolizei Tipps gibt zur Sichtbarkeit, zur Erkennung im Verkehr, dann hat das nichts damit zu tun, dass wir möchten, dass Fussgänger und Velofahrende sich wie Tannenbäume schmücken. Aber wenn nicht mehr selbstverständlich ist, dass man Licht hat am Velo und dass man schwarz in schwarz irgendwo ohne zu schauen, oder wenn man nur auf dem Handy über den Fussgängerstreifen, wenn überhaupt, geht, dann ist das das Mindeste, was wir noch empfehlen können, einfach auch zum Selbstschutz und da gibt es also Abstufungen zum Weihnachtsbaum-Outfit. Also das möchte ich auch noch dezidiert gesagt haben.

Und ja, Frau Zürcher, ich habe genickt, als Sie gesagt haben, vielleicht war ich auch ignorant und habe das Gefahrentool einfach ignoriert. Wir hatten das sehr gross medial propagiert. Wir haben eine Medienmitteilung, ich war extra schnell schauen, am 12. Juni 2023 haben wir das vorgestellt, haben eine Medienmitteilung gemacht, es wurde gross medial auch aufgenommen und ich kann Ihnen zurückmelden, dass es auch sehr rege genutzt wird. Es gab am Anfang etwas Schwierigkeiten, dass die Leute wussten, wie man was eingeben muss, aber das ist ein sehr gutes Tool, um sehr niederschwellig einzelne Gefahrenstellen schnell zu detektieren und dann auch Lösungen zu finden und da sind wir mit Hochdruck und mit Nachdruck daran. Und ja, das wäre dann schon auch schön, wenn man solche Schritte auch anerkennen würde.

Wir bleiben dran, das versichere ich Ihnen, auch mit Anzug bleiben wir dran, und zwar mit Nachdruck.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Ineichen. Sie wird entgegengenommen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Ich hätte eigentlich sogar zwei. Wie erklären Sie sich dann, dass Kopenhagen keine Verkehrstoten hatte im 2023, 2024, weiss ich jetzt nicht, und wieso richtet sich Ihrer Vermutung nach die TCS-Kampagne, wenn ich es richtig im Kopf habe, im Winter jeweils daran, dass die Fussgänger und die Velofahrer Leuchtkleider anziehen sollen und nicht die Autofahrer bessere Beleuchtung haben sollen oder beispielsweise langsamer fahren sollen?

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Das waren diverse Zwischenfragen. Kopenhagen müsste ich analysieren, da bin ich jetzt spontan nicht in der Lage, eine Antwort zu geben, und ich bin nicht der TCS.

Balz Herter, Grossratspräsident: Anina Ineichen und Weitere beantragen Überweisung als Motion. Wir kommen zur Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 15 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006467, 10.04.25 16:49:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 69 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen.

Lorenz Amiet und Weitere beantragen Nichtüberweisung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 27 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006469, 10.04.25 16:50:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung des Anzugs entschieden mit 56 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, da ich vielseitig angesprochen worden bin auf die Medienmitteilung der Staatsanwaltschaft möchte ich Ihnen folgendes mitteilen:

Letzte Woche wurde ich in Kenntnis gesetzt durch ein Ratsmitglied, der auf einer chinesischen Videoplattform eine Zuschrift bekommen hat mit einer Drohung gegen seine Person. Wir waren wegen der Drohung im engen Austausch mit den Sicherheitsbehörden und dies mehrfach. Ich habe meinen ganzen Dienstag damit verbracht, mit diesen zu sitzen. Diese bringen die entsprechenden Erfahrungen im Umgang mit solchen Situationen mit, namentlich auch, wie die Gefährdung einzuschätzen ist. Wir haben der Polizei vertraut, dass sie die oder den Urheber der Drohung verfolgt und die geeigneten Massnahmen trifft, um uns zu schützen. Glauben Sie mir, die Polizei war präsent genug hier. Was die Kommunikation betrifft, haben wir uns bis zur Medienmitteilung der Staatsanwaltschaft bewusst mit Informationen zurückgehalten, weil die entsprechenden Ermittlungen und Sicherheitsvorkehrungen in Gang waren. Hätte es Hinweise auf konkrete Gefährdungen gegeben, hätte die Kommunikation selbstverständlich in anderer Weise stattgefunden.

Es ist selbstverständlich, dass sich Direktbetroffene immer möglichst schnelle und viele Informationen wünschen. Ich verstehe aber auch, dass die Suche nach einer Täterschaft heikel ist, wo Informationen zurückgehalten werden, um keine

unnötige Unruhe oder Gerüchte aufkommen zu lassen. Wir sind nun froh, dass die Polizei und die Staatsanwaltschaft innerhalb von kürzester Zeit eine tatverdächtige Person festnehmen konnten. Die Massnahmen gestern Nachmittag waren primär auch wegen der Störaktion, die angekündigt war. Es waren sehr viele Teilnehmer aus der ganzen Schweiz gemeldet und diese haben sich dann draussen auf dem Marktplatz versammelt. Für weitere Fragen können Sie sehr gerne im persönlichen Gespräch auf mich zukommen. Besten Dank.

72. Anzug Melanie Eberhard und Konsorten betreffend kostenlose Betreibungs- und Verlustscheinregisterauszüge für Sozial- und Schuldenberatungsstellen, Schreiben des RR

[10.04.25 16:52:27, 23.5013.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Stephanie Eymann wünscht das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich möchte vorab etwas sagen. Dass wir das abschreiben wollen, hat nichts damit zu tun, dass wir das nicht machen wollen, sondern wir haben analysiert, dass wir es nicht machen dürfen, weil das Betreibungs- und Konkursrecht die Gebührenerhebung regelt, die Gebühren höher regelt und wir da kantonal einfach keinen Spielraum haben, wohl wissen, dass das eine Zeitlang so praktiziert wurde, das ist ja dann auch genannt worden, aber das im Wissen, dass es eigentlich nicht geht, wieder einzuführen, das ist doch relativ heikel.

Wir haben ja ausgeführt, was für uns der pragmatische und gute Lösungsansatz wäre. Die Anzugstellerin hat ja auch aufgeführt, die bewährten Institutionen, die schon Staatsbeiträge erhalten und der Vorschlag des Regierungsrates zur Güte, wäre jetzt wirklich, dass man das in die Staatsbeiträge reinnimmt, aufrechnet und dann gezielt praktisch über die Staatsbeitragsempfangenden diesen Kostenerlass machen kann. Damit ritzen wir nicht die Zulässigkeit oder die Bundeszuständigkeit, finden aber einen pragmatischen Weg, weil auch wir sind der Meinung der Anzugstellerin, dass es ein unhaltbarer Zustand ist in der Summe, dass man da noch Gebühren erhebt für eine Situation, die man vielleicht wirklich von Anfang an offenlegen sollte und nicht noch irgendwie belastet wird durch Gebühren.

Inhaltlich, denke ich, sind wir regierungsseitig gleicher Meinung, aber die Umsetzung wäre einfach eine andere. Das wollte ich einfach vorab noch sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Ich bin jetzt gerade froh über das Votum von Regierungsrätin Eymann, weil es zumindest so tönt, dass gesehen wird, dass das notwendig ist. Trotzdem möchten wir als Fraktion BastA diesen Anzug von Melanie Eberhard stehen lassen.

Hier haben wir leider wieder einmal eine Situation, in der das Bundesrecht eine langjährige, etablierte und gute Praxis aus meiner Sicht zunichte gemacht hat. Die Verwaltung hat vor drei Jahren die bestehende Praxis, dass definierte soziale Organisationen, also nicht jedes, sondern definierte, für ihr Klientel einen kostenlosen Betreibungsregisterauszug bestellen können, abgeschafft und dies ohne eine alternative Lösung, damals zumindest, dann anzubieten. Nun, ich bin Sozialarbeiter und nicht Jurist und habe deswegen vielleicht ein etwas undogmatisches Verständnis zur Gesetzgebung, was Sie ja bereits gestern mit meinem Festhalten an der Motion für ein Verbot der Einweg-E-Zigaretten bemerkt haben.

In der Antwort des Regierungsrats wird dargestellt, dass das Betreibungs- und Konkursamt nicht mehr genau nachvollziehen kann, wie die alte Praxis zustande kam, aber in derselben Antwort werden die Gründe, und es wird jetzt auch so bestätigt, eigentlich sehr gut dargelegt und diese bestehen eben auch heute noch in der Praxis weiterhin. Denn die Auszüge aus dem Betreibungs- und Verlustscheinregister sind für diverse Handlungen der betroffenen sozialen Organisationen unerlässlich. Sei es bei einer Schuldenregulierung, bei der Wohnungssuche oder bei einem Antrag zur Erlangung einer Mietzinsdepotgarantie, also wenn man die Wohnung dann gefunden hat. Ohne Auszug vom Betreibungsamt geht überhaupt nichts. Die Erwähnung, dass planlos diese Auszüge bestellt wurden, ist nicht wirklich belegt und entspricht auch nicht meinen Erfahrungen, auch gar nicht aus sozialarbeiterischer Praxis, nämlich erst Zielsetzungen, etc. zu klären, bevor irgendwelche

Massnahmen definiert werden. Viel eher ist der Anstieg der Bezüge der Tatsache geschuldet, dass mehr Menschen von Wohnungsnot betroffen sind und bei der Wohnungssuche unter Druck stehen oder sich in einer Schuldenberatung befinden.

Der Anzug hat zum Ziel, dass der Regierungsrat prüft, wie sichergestellt werden kann, dass Sozial- und Schuldenberatungsstellen auch zukünftig kostenlos Betreibungsregisterauszüge für die Arbeit mit den Menschen in Not bestellen können. Und hier ist, muss ich entgegnen, die Antwort aus meiner Sicht ungenügend. Ich gehe nicht davon aus, dass die betroffenen sozialen Einrichtungen wirklich für eine Erarbeitung einer möglichen Lösung eingebunden wurden. Die Idee, dass die Sozial- und Schuldenberatungsstellen in Basel-Stadt ihr Anliegen in die Finanzverhandlungen zu den Staatsbeiträgen einbringen sollen, um die Ausgaben zu finanzieren, ist meines Erachtens nur so semi-zielführend und schon gar nicht, wie in der Antwort der Regierung geschrieben, gleichgerichtet. Denn die Verhandlungen zu Finanzhilfen sind zwischen den Departementen, und ich spreche aus Erfahrung, sehr unterschiedlich. Zudem besteht auch das Risiko, dass mit Pauschalbeiträgen im Rahmen der Finanzhilfen die effektiven Kosten der kostenfreien Bezüge der Betreibungsregisterauszüge entweder zu tief oder vielleicht auch zu hoch sind und nur alle vier Jahre angepasst werden können.

Ich bin davon überzeugt, dass das Betreibungs- und Konkursamt gemeinsam mit den Sozial- und Schuldenberatungsstellen eine bessere Lösung erarbeiten kann, damit die langjährige Praxis, die ja auch wirklich vom Regierungsrat bestätigt wird, dass das sinnvoll ist, im Sinne von zielführender sozialer Arbeit fortgesetzt werden kann. Ich bitte Sie daher, den Anzug nochmals stehen zu lassen, damit vielleicht doch eine noch bessere Lösung erarbeitet werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Herzlichen Dank für die Ausführungen meines Vorredners Oliver Bolliger, der die Notwendigkeit dieser Betreibungs- und Verlustregisterauszüge dargelegt hat, und auch für das Votum von Regierungsrätin Eymann, die dargelegt hat, dass sie die bisherige grundsätzlich kostenlose zur Verfügungstellung durchaus begrüsst hätten, und da anerkennen wir selbstverständlich auch, dass es eine schwierige Ausgangslage ist, wenn da die rechtlichen Grundrahmenbedingungen fehlen.

Auf Basis der Antwort auf den Anzug habe ich mich dann mit verschiedenen Organisationen und auch den weiteren Anzugsstellenden ausgetauscht. Wir haben grundsätzlich sehr begrüsst, wie das ganze Thema erachtet wird, wie das ernst genommen wird, was die Herausforderung da in diesen Situationen ist. Wir haben uns auch damit auseinandergesetzt, dass es durchaus sehr unterschiedliche Organisationen gibt, die unterschiedlich stark auch von diesem Angebot Gebrauch gemacht haben und sind deshalb dann zum Schluss gekommen, dass es vielleicht, auch wenn wir die Lösung grundsätzlich nachvollziehen können, das über die Staatsbeiträge zu regeln, nicht für alle Organisationen gleich sinnvoll ist.

Wir haben auch überlegt, ob es eventuell Möglichkeiten gäbe in Form eines nicht ganz offiziellen Registerauszuges, dass es informelle Möglichkeiten gäbe, die dann rechtlich wieder zulässig wären. Es gab einfach verschiedene Überlegungen, verschiedene Vorbehalte, auch gegenüber dem Vorschlag der Regierung, weshalb ich Ihnen hiermit ein erstes Mal Stehenlassen beantrage zur Weiterprüfung dieses Anliegens, mit der Hoffnung, dass sich da eine gute Lösung findet für die Organisationen, über die es mit den Staatsbeiträgen geregelt werden kann, aber eben auch für die anderen Organisationen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreibung gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Oliver Bolliger.

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006472, 10.04.25 17:01:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 49 Nein-Stimmen gegen 34 Ja-Stimmen.

73. Interpellation Nr. 23 Jessica Brandenburger betreffend Chemische Unterwerfung: Ausprägung, Massnahmen, Sensibilisierung und Opferschutz, Schreiben des RR

[10.04.25 17:01:08, 25.5131.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jessica Brandenburger (SP): Vielen Dank für die umfassende Beantwortung der Fragen. Dass es bisher keine statistische Erfassung von Fällen von chemischer Unterwerfung gibt, ist natürlich suboptimal. Ich stecke grosse Hoffnung in das umfassende Gewaltschutzkonzept, das während dem ESC zum Einsatz kommt. Ich glaube, das kann eine tolle Sache werden und ich glaube, dass vor allem auch andere Grossanlässe und andere Kantone etwas lernen können von uns. Ich hoffe, dass es seinen Zweck erfüllen wird, dass die Präsenz der mobilen Awareness-Teams dazu führen wird, dass weniger Übergriffe passieren werden und dass Opfer schnell und umfassend und vor allem professionell geholfen werden kann. Ich glaube, das ist wichtig, dass wir das tun, und ich finde das wirklich extrem toll. Frau Eymann, vielen Dank, dass Ihr Departement dieses Thema so ernst nimmt. Ich sehe, dass Sie viel tun, vielen Dank für Ihre Arbeit. Ich bin mit den Antworten zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

74. Interpellation Nr. 24 Julia Baumgartner betreffend Einführung Lernprogramme für Sexualstraftäter, Schreiben des RR

[10.04.25 17:02:51, 25.5132.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Julia Baumgartner (SP): Zuerst danke ich für die Antworten zu meiner Interpellation. Es stimmt mich grundsätzlich positiv, dass der Regierungsrat der Täterarbeit eine Wichtigkeit beimisst. Ich erlaube mir trotzdem zwei kritische Anmerkungen.

Erstens zur verzögerten Einführung, also Antwort auf Frage 2. Auch wenn ich es begrüsse, dass Ihnen ein Programm von hoher Qualität am Herzen liegt, bedaure ich trotzdem die verzögerte Einführung und die unglückliche mediale Kommunikation, man sei nun halt wie andere Kantone ein bisschen in Verzug. Das Inkrafttreten des Gesetzes wurde extra nicht auf Januar 2024, sondern auf Juli 2024 angesetzt, um den Kantonen genügend Zeit für die Umsetzung zu geben.

Zweitens zur Priorisierung bei der Staatsanwaltschaft nach Schwere der Tat, die Antwort auf Frage 4. Grundsätzlich ist es verständlich, dass nach Schwere der Tat priorisiert wird. Gerne wiederhole ich jedoch das, was meine Fraktionskolleg*innen hier seit Jahren betonen, Fälle von sexualisierter Gewalt und eben auch sexueller Belästigung müssen bei der Staatsanwaltschaft höher priorisiert werden. Sonst besteht die Gefahr, dass eine der wichtigen Neuerungen des neuen Sexualstrafrechts, die Verpflichtung zu Lernprogrammen, bei sexueller Belästigung kaum Anwendung findet.

Die Sexualstrafrechtsreform ist ein grosser Erfolg, der nur dank dem Zusammenspiel von Politik, Fachpersonen, Betroffenen und tausenden von Aktivist*innen möglich war. Eine gute Umsetzung ist nun zentral. Wir werden da dranbleiben und ich bin teilweise zufrieden mit den Antworten des Regierungsrats.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

75. Interpellation Nr. 16 Lukas Faesch betreffend Schadstoffsanierung Rosental Mitte, Schreiben des RR

[10.04.25 17:05:12, 25.5101.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant ist nicht anwesend. Die Interpellation ist erledigt.

Ich bedanke mich für das aktive Mitmachen und Abarbeiten der Traktandenliste und mache noch schnell eine Mitteilung:

Im Mai ist es so, dass es Leute gibt, die Tickets haben für den ESC um 17:30 Uhr. Wir werden die Nachmittagssitzung am ersten Sitzungstag von 14 Uhr bis 17 Uhr durchführen, damit alle rechtzeitig im Joggeli sind. Ich wünsche frohe Ostern.

Schluss der 12. Sitzung

17:06 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 09. April 2025 09:04:03
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	27	0	5	12	6	3	0	4	0	0
Nein	30	0	12	7	0	2	2	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	27	12	12	12	8	5	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	10	4	1	0	0	2	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	90	27	12	12	12	8	5	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 09. April 2025 09:06:11
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	29	0	4	12	6	3	0	5	0	0
Nein	32	0	12	8	0	3	2	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	29	12	12	12	9	5	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	0	0	1	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	29	12	12	12	9	5	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5138

Abstimmungsdatum 09. April 2025 09:07:53
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	29	12	12	12	9	6	7	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	12	12	12	9	6	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	29	12	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5138

Abstimmungsdatum 09. April 2025 09:08:54
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ent

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Ja
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	29	11	12	12	9	6	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	12	12	12	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.0160

Abstimmungsdatum 09. April 2025 09:18:54

Geschäft Übernahme Wildt'sches Haus am Petersplatz 13 in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt unter Weiterführung des Stiftungszwecks, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	27	13	12	10	9	6	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	13	12	10	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
25.5086

Abstimmungsdatum 09. April 2025 09:50:04

Geschäft Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend effiziente Gesundheitsversorgung durch überregionale Planungsregionen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	31	0	0	9	11	0	6	5	0	0	0
Nein	61	30	12	3	0	9	0	2	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	30	12	12	11	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
25.5089

Abstimmungsdatum 09. April 2025 10:32:16
Geschäft Motion 3 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	30	0	0	12	6	0	0	5	0	0
Nein	40	0	13	12	0	3	4	7	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	12	12	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
25.5090

Abstimmungsdatum 09. April 2025 11:04:09

Geschäft Motion 4 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	54	29	0	0	12	2	6	0	5	0	0
Nein	38	0	13	12	0	5	0	7	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	12	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
25.5032

Abstimmungsdatum 09. April 2025 11:14:28
Geschäft Anzug 2 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Optimierung des Tramverkehrs durch die Innenstadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	70	25	0	9	10	9	6	6	5	0	0
Nein	16	0	13	2	0	0	0	1	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	87	25	13	11	10	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	8	4	0	1	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
25.5033

Abstimmungsdatum 09. April 2025 11:23:02

Geschäft Anzug 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend bessere Anbindung des südöstlichen Bruderholzquartiers mit dem Velo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	67	29	0	0	12	9	6	6	5	0	0
Nein	25	0	12	12	0	0	0	1	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	12	12	12	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
25.5075

Abstimmungsdatum 09. April 2025 11:31:54

Geschäft Anzug 5 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Soziale Sicherheit für Frauen durch verbesserte Information & Planung - das «cash or crash»-Tool

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	30	0	0	11	6	5	0	5	0	0
Nein	35	0	13	12	0	2	0	7	0	1	0
Ent	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	13	12	12	8	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
25.5105

Abstimmungsdatum 09. April 2025 11:38:34
Geschäft Anzug 10 Eric Weber betreffend Steuern senken

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	67	22	13	7	8	4	4	5	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	67	22	13	7	8	4	4	5	4	0	0
Nicht abgestimmt	26	6	0	4	4	5	2	2	1	1	1
Nicht anwesend	7	3	0	1	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	28	13	11	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
25.5106

Abstimmungsdatum 09. April 2025 11:44:24
Geschäft Anzug 11 Eric Weber betreffend FC Basel soll die Polizei Einsätze selbst bezahlen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	65	23	10	7	8	5	3	5	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	66	23	10	7	8	5	3	5	4	1	0
Nicht abgestimmt	23	5	2	2	4	4	3	1	1	0	1
Nicht anwesend	11	3	1	3	0	1	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	89	28	12	9	12	9	6	6	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
25.5107

Abstimmungsdatum 09. April 2025 11:48:34
Geschäft Anzug 12 Eric Weber betreffend Schutz dem Basler Wald - das grüne Herz unseres Kantons

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	53	18	10	8	6	4	2	4	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	54	18	10	8	6	4	2	4	1	1	0
Nicht abgestimmt	32	11	1	1	5	5	4	1	3	0	1
Nicht anwesend	14	2	2	3	1	1	1	2	2	0	0
Stimmberechtigt	86	29	11	9	11	9	6	5	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
25.5108

Abstimmungsdatum 09. April 2025 11:54:32
Geschäft Anzug 13 Eric Weber betreffend Behörden sollen Nationalität von Tätern nennen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	68	28	10	0	9	8	6	3	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	69	28	10	0	9	8	6	3	4	1	0
Nicht abgestimmt	18	2	1	9	2	1	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	13	1	2	3	1	1	1	3	1	0	0
Stimmberechtigt	87	30	11	9	11	9	6	4	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
20.5028

Abstimmungsdatum 09. April 2025 16:11:07
Geschäft Anzug Balz Herter und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Kongressstadt Basel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	28	13	11	10	0	6	7	4	0	0
Nein	9	0	0	0	1	8	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	28	13	11	11	8	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	8	2	0	1	1	1	0	0	1	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
24.5411

Abstimmungsdatum 09. April 2025 16:25:29

Geschäft Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Reduktion von unnötigen Kurzstreckenflügen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ent
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	24	0	0	12	1	6	0	5	0	0
Nein	43	3	13	12	0	8	0	7	0	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	13	12	12	9	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
24.5537

Abstimmungsdatum 09. April 2025 16:40:10

Geschäft Budgetpostulat 2025 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	29	0	11	12	8	6	0	5	0	0
Nein	18	0	11	1	0	1	0	5	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	91	29	11	12	12	9	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
22.5262

Abstimmungsdatum 09. April 2025 16:49:04
Geschäft Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Psychiatrische Versorgung im Kinder- und Jugendalter, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	21	0	0	12	0	9	0	0	0	0	0
Nein	70	30	12	0	11	0	5	7	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	12	11	9	5	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	1	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 40**
24.5397

Abstimmungsdatum 09. April 2025 17:10:30
Geschäft Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-E-Zigaretten, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	30	11	12	4	9	6	7	0	0	0
Nein	13	0	0	0	8	0	0	0	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	11	12	12	9	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 40**
24.5397

Abstimmungsdatum 09. April 2025 17:11:09
Geschäft Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-E-Zigaretten, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	29	0	0	12	9	6	1	5	0	0
Nein	28	0	10	12	0	0	0	6	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	11	12	12	9	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 41**
24.5395

Abstimmungsdatum 09. April 2025 17:28:41

Geschäft Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Förderung von Psychotherapieplätzen durch die Subventionierung der Weiterbildung von psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	36	0	12	12	0	9	1	2	0	0	0
Nein	53	29	0	0	12	0	5	2	5	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	91	29	12	12	12	9	6	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	0	0	1	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 42**
24.5303

Abstimmungsdatum 09. April 2025 17:37:47

Geschäft Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	33	0	12	12	0	9	0	0	0	0	0
Nein	57	28	0	0	11	0	6	7	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	12	12	11	9	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	1	1	0	1	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	30	12	12	11	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
24.5396

Abstimmungsdatum 10. April 2025 09:31:16

Geschäft Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	21	0	0	5	4	2	6	0	4	0	0
Nein	70	30	13	7	7	7	0	6	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	93	30	13	12	11	9	6	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	0	0	1	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	94	30	13	12	11	9	6	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
24.5396

Abstimmungsdatum 10. April 2025 09:32:07

Geschäft Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Block Laetitia (SVP)	Nein
Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	30	13	8	8	7	0	7	0	0	0
Nein	15	0	0	4	0	1	6	0	4	0	0
Ent	6	0	0	0	4	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	30	13	12	12	9	6	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	12	9	6	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
24.5280

Abstimmungsdatum 10. April 2025 09:45:03

Geschäft Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	0	12	12	0	8	0	7	0	0	0
Nein	52	30	0	0	12	0	6	0	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	12	12	8	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	1	1	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	94	30	12	12	12	9	6	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
24.5280

Abstimmungsdatum 10. April 2025 09:46:05

Geschäft Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	30	0	0	12	3	6	0	4	0	0
Nein	36	0	12	12	0	5	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	12	12	8	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	1	1	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	94	30	12	12	12	9	6	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
23.5027

Abstimmungsdatum 10. April 2025 10:04:55

Geschäft Anzug Ivo Balmer und Konsorten betreffend mehr Transparenz auf dem Grundstücksmarkt, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	0	13	10	0	9	6	7	0	0	0
Nein	46	30	0	0	12	0	0	0	4	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	30	13	10	12	9	6	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	12	9	6	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
20.5451

Abstimmungsdatum 10. April 2025 10:10:04
Geschäft Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend politische Plakatierung durch die APG, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	72	26	13	1	11	9	5	7	0	0	0
Nein	15	1	0	10	0	0	0	0	4	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	89	27	13	11	12	9	5	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	12	9	6	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 51**
23.5234

Abstimmungsdatum 10. April 2025 10:15:02

Geschäft Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend attraktivere Innenstadt in den Sommermonaten durch Sonnensegel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	0	0	12	9	5	6	7	4	0	0
Nein	47	29	13	0	2	3	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	13	12	12	8	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	12	9	6	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 53**
24.5465

Abstimmungsdatum 10. April 2025 10:30:08

Geschäft Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	0	12	12	0	7	1	7	0	0	0
Nein	51	29	0	0	11	2	5	0	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	12	12	11	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	12	9	6	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 54**
24.5463

Abstimmungsdatum 10. April 2025 10:54:15

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	44	10	13	0	8	7	6	0	0	0	0
Nein	45	17	0	12	3	1	0	7	4	0	1
Ent	4	2	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	13	12	12	8	6	7	4	1	1
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	2	0	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	94	29	13	12	12	9	6	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
24.5540

Abstimmungsdatum 10. April 2025 11:04:48

Geschäft Budgetpostulat 2025 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	72	29	0	11	12	8	6	2	4	0	0
Nein	19	0	12	1	0	1	0	5	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	12	12	12	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	93	29	12	12	12	9	6	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 57**
24.5423

Abstimmungsdatum 10. April 2025 11:23:45

Geschäft Motion Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	19	0	0	11	0	4	0	4	0	0	0
Nein	68	26	11	1	12	5	6	3	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	26	11	12	12	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	6	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	93	29	12	12	12	9	6	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 57**
24.5423

Abstimmungsdatum 10. April 2025 11:24:24

Geschäft Motion Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	80	28	12	3	12	8	6	7	4	0	0
Nein	9	0	0	9	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	12	12	12	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	93	29	12	12	12	9	6	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 58**
24.5367

Abstimmungsdatum 10. April 2025 11:36:43

Geschäft Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend gezielte Unterstützungsmassnahmen für Junge Lehrpersonen während des Studiums, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	29	0	0	12	0	0	0	4	0	0
Nein	44	0	11	12	0	8	6	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	29	11	12	12	8	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	0	0	1	1	0	2	1	0
Stimmberechtigt	92	29	12	12	12	9	6	7	4	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 59**
24.5333

Abstimmungsdatum 10. April 2025 11:56:50

Geschäft Motion Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	30	10	3	11	9	6	6	4	0	0
Nein	13	0	2	9	1	0	0	1	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	12	12	12	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	0	0	1	1	0	2	1	0
Stimmberechtigt	93	30	12	12	12	9	6	7	4	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 59**
24.5333

Abstimmungsdatum 10. April 2025 11:57:32

Geschäft Motion Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	64	30	1	10	2	9	6	6	0	0	0
Nein	27	0	11	2	9	0	0	1	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	12	11	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	0	0	1	1	0	2	1	0
Stimmberechtigt	93	30	12	12	12	9	6	7	4	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 59**
24.5333

Abstimmungsdatum 10. April 2025 11:59:29

Geschäft Motion Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	25	3	1	12	1	5	2	4	0	0
Nein	30	2	7	11	0	5	0	5	0	0	0
Ent	7	2	2	0	0	2	1	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	12	12	12	8	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	2	1	0	0	2	1	0	2	1	0
Stimmberechtigt	91	29	12	12	12	8	6	7	4	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 60**
24.5398

Abstimmungsdatum 10. April 2025 15:15:57

Geschäft Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend Unterstützung der Schulen und der Lehrpersonen bei der Anwendung von KI-Systemen in der Bildung, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	27	0	12	11	9	5	6	3	0	0
Nein	12	1	11	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	28	11	12	11	9	5	6	3	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	11	2	1	0	1	1	2	1	3	0	0
Stimmberechtigt	89	29	12	12	11	9	5	6	3	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 63**
24.5065

Abstimmungsdatum 10. April 2025 15:28:14

Geschäft Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	0	12	11	1	9	6	6	0	0	0
Nein	39	26	0	1	9	0	0	0	3	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	86	26	12	12	11	9	6	6	3	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	9	2	1	0	1	1	1	1	2	0	0
Stimmberechtigt	91	29	12	12	11	9	6	6	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 65**
24.5539

Abstimmungsdatum 10. April 2025 15:37:41

Geschäft Budgetpostulat 2025 Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	28	0	0	11	2	6	0	4	0	0
Nein	36	0	12	12	0	7	0	5	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	28	12	12	11	9	6	5	4	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	9	2	1	0	1	1	1	1	2	0	0
Stimmberechtigt	91	29	12	12	11	9	6	6	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 66**
24.5350

Abstimmungsdatum 10. April 2025 15:58:17

Geschäft Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	28	0	12	10	9	0	6	0	0	0
Nein	22	0	11	0	1	0	6	0	4	0	0
Ent	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	89	28	12	12	11	9	6	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	2	1	0	1	1	1	1	2	0	0
Stimmberechtigt	91	29	12	12	11	9	6	6	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 67**
24.5297

Abstimmungsdatum 10. April 2025 16:16:55

Geschäft Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Einführung einer Schlichtung bei Gesuchen gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	29	0	0	11	1	6	5	4	0	0
Nein	29	0	9	12	0	7	0	1	0	0	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	29	11	12	11	8	6	6	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	10	2	1	0	1	2	1	1	2	0	0
Stimmberechtigt	90	29	12	12	11	8	6	6	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 71**
24.5464

Abstimmungsdatum 10. April 2025 16:49:02

Geschäft Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	69	28	10	11	0	8	6	6	0	0	0
Nein	15	0	0	0	11	0	0	0	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	28	10	11	11	8	6	6	4	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	14	3	2	1	1	2	1	1	2	1	0
Stimmberechtigt	86	28	11	11	11	8	6	6	4	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 71**
24.5464

Abstimmungsdatum 10. April 2025 16:49:49

Geschäft Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	28	1	0	11	6	6	0	4	0	0
Nein	27	0	9	10	0	2	0	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	83	28	10	10	11	8	6	6	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	14	3	2	1	1	2	1	1	2	1	0
Stimmberechtigt	86	28	11	11	11	8	6	6	4	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 72**
23.5013

Abstimmungsdatum 10. April 2025 17:00:41

Geschäft Anzug Melanie Eberhard und Konsorten betreffend kostenlose Betreibungs- und Verlustscheinregisterauszüge für Sozial- und Schuldenberatungsstellen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	34	0	10	11	0	7	0	6	0	0	0
Nein	49	28	0	0	11	0	6	0	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	83	28	10	11	11	7	6	6	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	14	3	2	1	1	2	1	1	2	1	0
Stimmberechtigt	86	28	11	11	11	8	6	6	4	0	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

Überweisung an Kommissionen

1.	Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR	RegioKo	PD	24.0496.02
2.	Kantonales Aktionsprogramm Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025 – 2028, Ratschlag des RR	GSK	GD	25.0227.01
3.	Pilotprojekt «Kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 - 2028», Ausgabenbericht des RR	GSK	GD	25.0226.01
4.	Ausgabenbewilligung für eine Finanzhilfe in Form eines Investitionsbeitrags zum Umbau und Sanierung unter Erhalt des historischen Charakters der Liegenschaft Gerbergasse 13, Freie Strasse 12 (ehemalige Hauptpost), Ausgabenbericht des RR	BRK	BVD	25.0183.01
5.	Ausgabenbewilligung für die Umgestaltung des Riehenrings von der Drahtzugstrasse bis zur Brombacherstrasse (Umgestaltung Riehenring) im Rahmen der Erhaltung	UVEK	BVD	25.0159.01
6.	Petition P497 "Vision Zero - für null Verkehrstote in Basel"	PetKo		25.5172.01
7.	Petition P498 "Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel"	PetKo		25.5173.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

8.	Massnahmenpaket gegen Littering und Bericht zur Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend neues Massnahmenpaket Sauberkeit für ein sauberes Basel - die Zweite, Bericht des RR		WSU	24.1602.01 21.5645.03
9.	Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Freilaufareale für Hunde, Schreiben des RR		GD	23.5091.02
10.	Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen Tempo 30 im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten sowie Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Sicherheit für die Kindergarten-Kinder, Verkehrssignalisation/-markierung auf öffentlichen Strassen im Umkreis von Kindergärten, Bericht des RR		BVD	17.5144.06 18.5351.06
11.	Motionen:			
	1. Sandra Bothe und Konsorten betreffend ein lernfreundliches Klima: Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung nachhaltig gewährleisten			25.5145.01
	2. Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage			25.5146.01
12.	Anzüge:			
	1. Joël Thüring und Konsorten betreffend Herzl-Gedenktafel beim Stadtcasino			25.5142.01
	2. Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einer zukunftsfähigen und nachhaltigen subjektbezogenen Finanzierung der Transportkosten in der Behindertenhilfe			25.5143.01
	3. Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Schaffung einer Task-Force zur Bekämpfung von Antisemitismus			25.5147.01
	4. Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Regelung der Bespielungspläne			25.5148.01

5.	Claudio Miozzari und Konsorten betreffend aktive Sammlungspflege der Museen		25.5149.01
6.	Sandra Bothe und Konsorten betreffend Sofortmassnahmen zum Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung		25.5150.01
7.	Eric Weber betreffend Mittelstand stärken, Wettbewerb fördern		25.5151.01
8.	Eric Weber betreffend Bürokratieabbau		25.5152.01

Kenntnisnahme

13.	Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend mehr Entsorgungsmöglichkeiten für ein sauberes Basel, Schreiben des RR	BVD	20.5271.04
14.	Anzug Claudia Baumgartner und Brigitte Kühne betreffend "Runder Tisch Stadtbienen", Schreiben des RR	BVD	23.5086.02
15.	Anzug Peter Bochsler und Konsorten betreffend Fernbuslinien in Basel, Schreiben des RR	BVD	14.5510.06
16.	Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Kunst im Öffentlichen Raum und Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend "Kunst am Bau"	PD	14.5447.05 15.5160.05
17.	Schriftliche Anfrage Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt, Schreiben des RR	PD	24.5519.02
18.	Schriftliche Anfrage Amina Trevisan betreffend Gymnasialreform, Schreiben des RR	ED	24.5548.02
19.	Schriftliche Anfrage Béla Bartha betreffend Vorverlegung der Eintrittsprüfung zur Zulassung von Sekundarschüler:innen aus dem E-Zug an die FMS, Schreiben des RR	ED	24.5549.02

Protokoll

der 13. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 14. Mai 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Raoul I. Furlano (LDP), Pascal Pfister (SP), Beda Baumgartner (SP), Georg Mattmüller (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 5
3. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1741) 5
4. Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR 7
5. Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR 9
6. Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am Aufbau einer MaaS (Mobility as a Service)-Plattform, Bericht der UVEK 14
6.1. Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend eine gemeinsame Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote, Bericht der UVEK 18
7. Investitionsbeitrag an die Projektierung der neuen Margarethenbrücke, Ratschlag des RR 18
8. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo 24

Beginn der 13. Sitzung

Mittwoch, 14. Mai 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[14.05.25 09:00:25]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Rücktritte Gerichtspräsidien

Liselotte Henz, Präsidentin des Appellationsgerichts, hat fristgerecht ihren Rücktritt per 28. Februar 2026 eingereicht.

Christian Hoenen, Präsident des Appellationsgerichts hat ebenso fristgerecht seinen Rücktritt per 31. Dezember 2026 eingereicht.

Wir danken Liselotte Henz und Christian Hoenen für ihre in diesem Amt geleisteten Dienste und wünschen ihnen alles Gute. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ansetzung der Ersatzwahl.

Neue Interpellationen

Es sind 16 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 46, 49, 50, 51, 52, 58, 60 und 61 werden mündlich beantwortet.

Eine freudige Nachricht

Unser Mitglied Nicola Goepfert ist Vater geworden. Am 13.4.25 ist sein Sohn Levi Dilan Saameli zur Welt gekommen. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich Nicola Goepfert ganz herzlich zu diesem freudigen Ereignis und wünsche seinem Sohn und den Eltern einen wundervollen Start.

[Applaus]

Definition Vertrauensperson

Das Ratsbüro hat auf den 1. Februar 2025 das Reglement zum Schutz der persönlichen Integrität der Grossratsmitglieder des Kantons Basel-Stadt in Kraft gesetzt. Nun wurde auch die entsprechende Vertrauensperson definiert.

Es ist Mediator und Anwalt Adrien Jaccottet. Sie können diesen bei Bedarf per E-mail kontaktieren. Die entsprechenden Kontaktinformationen sind auf Pixas hinterlegt.

Noch eine Mitteilung zu heute Nachmittag. Da der Check-in bereits früher beginnt, wie ich gehört habe, beenden wir die Sitzung um 16:30 Uhr. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

Antrag auf dringliche Traktandierung

Pascal Messerli beantragt Ihnen die dringliche Traktandierung einer Motion. Diese wurde Ihnen ausgeteilt. Falls Sie der dringlichen Traktandierung zustimmen, schlage ich vor, diese nach den Interpellationen zu behandeln. Möchte der Motionär begründen? Er möchte.

Pascal Messerli (SVP): Ich habe wirklich auch zur Kenntnis genommen, dass diese Motion breit abgestützt ist und dementsprechend nicht mehr sich die Frage stellt, ob sie überwiesen wird, sondern wann sie überwiesen wird. Dafür bedanke ich mich bei allen Fraktionen, welche sich für dieses Anliegen auch ausgesprochen haben. Jetzt stellt sich auch noch die Frage, ob hier Dringlichkeit vorliegt oder nicht, und was so etwas durchgesickert ist aus den einzelnen Fraktionen, dass die Dringlichkeit jetzt nicht mehr gegeben wäre, weil der FC Basel Meister geworden ist. Und dies muss ich an dieser Stelle aus meiner Sicht verneinen, weil das Kaskadenmodell hat ja verschiedene Stufen. Die Stufe 3 ist eine weitere Kurvensperre, die Stufe 4 ist ein Geisterspiel und die Stufe 5 wäre dann eine Forfait-Niederlage. Und die Forfait-Niederlage

und die Wettbewerbsfähigkeit, was selbstverständlich ein gutes Argument ist, um diese Motion zu unterstützen, dass diese nicht gegeben ist, diese ist jetzt vom Tisch, das stimmt, der FC Basel kann nicht mehr eingeholt werden, aber die anderen Stufen des Kaskadenmodells, insbesondere die Kollektivstrafen, sind immer noch auf dem Tisch und der FC Basel ist immer noch auf Bewährung für 5 Spiele. Dementsprechend ist diese Dringlichkeit jetzt immer noch gegeben.

Man hat auch, wenn man Medienberichten glauben möchte, entnommen, dass die KKJPD das Kaskadenmodell auch selbst hinterfragen möchte. Es gibt auch schon eine Motion in Bern, die überwiesen wurde, welche Sektorschliessungen gänzlich verbieten möchte und dementsprechend wäre es jetzt ein gutes Signal und eine gute Stossrichtung des Grossen Rates, wenn wir hier jetzt auch der Regierung aufzeigen würden, was jetzt das kantonale Parlament möchte, damit die Regierung oder die Vertretung unserer Regierung in der KKJPD das über die Saisonpause auch neu überdenken kann und dieses Kaskadenmodell entweder ganz abschafft oder neu erfindet oder wie auch immer, aber sicherlich dann auch merkt, dass diese Form hier keine Zukunft haben wird und deshalb ist diese kurzfristige Traktandierung für heute nach den dringlichen Interpellationen auch richtig und wichtig.

Lassen Sie mich vielleicht noch in einem kurzen Beispiel aufzeigen, weshalb heute diese dringliche Traktandierung durchaus Sinn macht. Ich hoffe es wirklich nicht, aber stellen Sie sich vor, es gibt jetzt nach dem Spiel in Bern nächsten Sonntag, YB-FCB, nochmals eine derartige Schlägerei, 20 gegen 20, vermummt, niemand weiss, wer es ist und dann greift das Kaskadenmodell, weil der FC Basel auf Bewährung ist, die Stufe 4, und dann dürfen 36’000 Zuschauer bei der Pokalübergabe nicht dabei sein. Selbstverständlich sind alle Motionäre gegen Gewalt, aber diese Kollektivstrafe um das 12-fache von 3’000 auf 36’000 rechtfertigt diese Massnahmen nie und nimmer und dementsprechend ist es wichtig, dass wir heute jetzt sagen, wir wollen das nicht und auch heute dieser Dringlichkeit zustimmen. Ich bedanke mich für die Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen hat sich gemeldet.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ohne jetzt meinem Vorredner bezüglich der inhaltlichen Ausführungen widersprechen zu wollen, einfach noch eine Ergänzung, unsere Fraktion lehnt die Dringlichkeit mehrheitlich ab. Nicht, weil jetzt irgendwer Meister wird oder nicht Meister wird, sondern einfach, weil es der Fraktion vor allem um staatspolitische Fragen geht und diese aus ihrer Sicht nicht so dringend sind, dass sie jetzt unbedingt geklärt werden müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat sich Lisa Mathys gemeldet.

Lisa Mathys (SP): Die SP stimmt der Dringlichkeit zu, dies insbesondere auch deshalb, weil es eben gerade darum geht, eine Grundsatzfrage zu klären und es sehr sinnvoll ist, wenn über die Sommerpause die Zeit genutzt werden kann, bevor die nächste Saison startet. Entsprechend ist es sicher richtig, dies jetzt zu diskutieren und zu klären. Ich mache mir jetzt persönlich auch weniger Sorgen um die Pokalübergabe, sondern mehr wirklich um die Frage der juristischen Grundlagen und auch den ganz grundsätzlichen Entscheid für oder gegen Kollektivstrafen und die Anwendung durch unsere Justizdirektorin. Deshalb stimmt die SP-Fraktion der Dringlichkeit zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Sprechenden zu diesem Traktandum. Wir kommen zur Abstimmung. Es braucht für diese Abstimmung ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 24 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006501, 14.05.25 09:09:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung der Motion Pascal Messerli und Konsorten nach den Interpellationen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Zweidrittelmehr wurde erreicht. Somit wird die Motion nach den Interpellationen traktandiert.

Wir kommen damit zur Tagesordnung. Eric Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist meine einzige Rede heute und ich möchte die Dringlichkeit betonen. Darum habe ich auch keine Interpellation abgegeben, das erste Mal seit 41 Jahren. Bitte hören Sie genau zu. Ich werde jetzt kurz begründen und dann meinen Antrag stellen. Sie alle sind durch die Medien falsch informiert. Sie erinnern sich, dass am 9. April am Nachmittag die Grossratstribüne nicht öffentlich zugänglich war.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, was haben Sie für einen konkreten Antrag?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe einen Antrag. Es ging damals um einen Amoklauf im Grossen Rat. Es gibt massive Drohungen wegen dem ESC. Ich komme zum Antrag. Sie können meine Sätze auch als persönliche Erklärung sehen. Basel steht im Mittelpunkt der Musikwelt, Täter und Attentäter googeln grosse Anlässe im Internet und schlagen dann zu, das ist bekannt. Unser Parlament ist nicht gesichert, aber der ESC und das wissen auch die Terroristen. Und genau heute ist der gefährlichste Tag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, was wollen Sie beantragen?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte beantragen, dass die heutige Grossratssitzung wegen unklarer Sicherheitslage sofort abgesagt wird und dass wir erst wieder am Mittwoch, 21. Mai, tagen. Ich werde jetzt nach Hause gehen, weil ich möchte mich hier nicht abschlachten lassen und keine Polizei ist da und das geht nicht. Das wollte ich sagen. Basel steht im Mittelpunkt und es ist die Wahrheit, was ich sage. Ich treffe Staatspräsidenten und Botschaften und ich spreche mit diesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber hat den Antrag gestellt, die Sitzung abzubrechen und für den heutigen Tag abzusagen und erst nächste Woche fortzufahren. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Sitzungsabbruch, NEIN heisst Sitzung weiterführen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006503, 14.05.25 09:12:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Sitzung weiter zu führen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten mit der Sitzung weiterfahren mit 88 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Der Grosse Rat beschliesst

die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[14.05.25 09:12:31]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vorgeschlagenen Zuweisungen der neuen Geschäfte gemäss Ratsbüro zu genehmigen

3. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1741)

[14.05.25 09:12:52]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch gutzuheissen.

Gemäss § 6 Abs. 2 des Begnadigungsgesetzes ist für die Begnadigung die Teilnahme von 60 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig sowie die Zustimmung einer Mehrheit des Rates, welche mindestens 40 Mitglieder umfasst.

Für die Kommission hat das Wort deren Präsidentin Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Der Gesuchsteller, 1993 in Basel geboren und schweizerischer Staatsbürger, wuchs mit zwei Brüdern bei seiner Mutter auf. Er absolvierte keine Berufsausbildung, war zeitweise teilzeitbeschäftigt und ist gemäss Verhandlungsprotokoll vom 20. Oktober 2023 arbeitslos und sozialhilfeabhängig. Angaben zu einem begonnenen Studium in Wirtschaftswissenschaften sind widersprüchlich. Nach dem Tatzeitraum 2016 bis 2019 wurde beim Gesuchsteller im Jahre 2020 eine Colitis Ulcerosa diagnostiziert. Im Juli 2023 zusätzlich eine primär sklerosierende Cholangitis. Laut ärztlichem Bericht vom 2. Dezember 2024 leidet er täglich unter schweren unkontrollierbaren Durchfällen mit Stuhlinkontinenz, teils blutig und schmerzhaft, begleitet von Muskelkrämpfen und Myalgien. Die Erkrankungen führen zu erheblichen körperlichen und psychischen Belastungen. Die Cholangitis erhöht zudem das Infektionsrisiko, insbesondere bei unzureichender Hygiene, weshalb eine sorgfältige und regelmässige Reinigung der Umgebung von zentraler Bedeutung ist.

Das relevante Strafurteil. Der Gesuchsteller wurde mit Urteil des Strafgerichts Basel-Stadt vom 20. Oktober 2023 wegen banden- und gewerbsmässiger Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz zu einer Freiheitsstrafe von 29 Monaten verurteilt, davon 23 bedingt bei einer Probezeit von fünf Jahren. Die Strafe wurde als Zusatzstrafe zum Urteil des Kantonsgerichts Basel-Landschaft vom 18. Oktober 2022 ausgesprochen. Zwischen Anfang 2016 und April 2019 war der Gesuchsteller im Raum Basel als Mitglied einer Drogenbande tätig. Er war für die Beschaffung und Verteilung von mindestens 35 kg THC-haltigem Marihuana verantwortlich, rekrutierte Kuriere und koordinierte Bestellungen. Der Gesuchsteller ist mehrfach vorbestraft, unter anderem wegen Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz, Drohung, Hinderung einer Amtshandlung, Angriff, Verstösse gegen das Waffengesetz sowie das Strassenverkehrsgesetz.

Nun zum Gegenstand der Begründung des Begnadigungsgesuches. Mit Schreiben vom 12. Februar 2025 ersucht der Gesuchsteller um vollständige Begnadigung des unbedingten Strafteils, also die sechs Monate. Er führt seine Verurteilung auf persönliche Fehlentscheidungen und ein negatives Umfeld zurück, zeigt aufrichtige Reue und verweist auf positive Lebensveränderungen. Seine Erkrankungen hätten ihn zu Einsicht und zu einem rechtskonformen Lebenswandel bewegt. Die Referenzperson, ein guter Freund, bestätigt seine Reue und charakterisiert ihn als empathisch und bodenständig. Der Gesuchsteller befindet sich derzeit bei seiner Familie im Ausland, wo er aufgrund seines Gesundheitszustands von seiner Mutter gepflegt wird.

Das Strafgericht hält die ursprüngliche Strafe von 29 Monaten, davon sechs Monate unbedingt, grundsätzlich für angemessen. Aufgrund des Gesundheitszustandes des Gesuchstellers prüft es jedoch alternative Vollzugsformen. Es beantragt primär die Abweisung des Gesuches, eventuell eine Reduktion auf 24 Monaten mit bedingtem Vollzug und eine Probezeit von fünf Jahren.

Nun zu den weiteren Abklärungen aus der Begnadigungskommission. Aus den Vollzugsakten ergibt sich unter anderem, dass der Gesuchsteller mit Gesuch vom 26. Januar 2024 bei der Vollzugsbehörde beantragte, der Vollzug sei aufgrund von Hafterstehungsunfähigkeit in Form der elektronischen Überwachung, Electronic Monitoring genannt, anzuordnen. Nach einem Gutachten des IRM, Institut für Rechtsmedizin, lehnte die Vollzugsbehörde dies ab und ordnete den Strafantritt per 30.

Juli 2024 im Spezialvollzug Gmünden an. Das Appellationsgericht bestätigte die Hafterstehungsfähigkeit unter ausreichender medizinischer Betreuung. Da der Gesuchsteller nicht auffindbar war, wurde die Platzreservation in der Spezialanstalt aufgehoben. Es wird vermutet oder es ist auch bestätigt, dass er sich bei Verwandten in Montenegro aufhält. Die Begnadigungskommission stellte fest, dass die ärztlichen Einschätzungen zum Gesundheitszustand teilweise voneinander abweichen, jedoch Einigkeit über die Diagnose besteht sowie darüber, dass Stress durch Freiheitsentzug zu einer vorübergehenden Verschlechterung der Colitis Ulcerosa mit vermehrten Stuhlentleerungen führen könnte.

Die Begnadigungswürdigkeit des Gesuchstellers. Für die Gewährung der Begnadigung ist die Begnadigungswürdigkeit entscheidend, die sich in der Regel aus einer positiven Zukunftsprognose ergibt. Diese wird anhand von Faktoren wie Charakter, Persönlichkeit, Vorleben, Tatumständen und Verhalten nach der Tat sowie Strafverfahren beurteilt. Positiv wirkt sich aus: Kooperation im Strafverfahren, Zustimmung zum vereinfachten Verfahren, erkennbare Reue und Einsicht, glaubhafte Darstellung, dass die nachträglich diagnostizierten Erkrankungen zu einem Umdenken geführt haben, Bemühungen um ein stabiles rechtskonformes Leben, Distanzierung von schädlichen Einflüssen. Negativ zu würdigen fällt ins Gewicht, dass Vorstrafen vorhanden sind und dass es keine einmaligen Entgleisungen sind, hohe Verschuldung, Entzug des Strafantritts, wenn auch teilweise durch Missverständnisse mit dem Anwalt erklärbar sind.

Die Kommission hat die Begnadigungswürdigkeit kontrovers diskutiert. Eine Minderheit kritisierte fehlende Belege für die vorgebrachten positiven Entwicklungen. Im Ergebnis hat die Bejahung der Begnadigungswürdigkeit mit einer knappen Mehrheit von 4 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung insbesondere deshalb überwogen, weil im Sinne einer allgemeinen Lebenserfahrung davon ausgegangen werden kann, dass schwere Erkrankungen den Blick auf das Leben verändern können und die geschilderten Bemühungen des Gesuchstellers in die richtige Richtung gehen.

Neben der Begnadigungswürdigkeit muss mindestens ein besonderer Begnadigungsgrund vorliegen. Dazu zählen unter anderem der Wegfall des Strafzwecks, kriminalpolitische Überlegungen oder tiefgreifende Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen. Im vorliegenden Fall erkennt die Begnadigungskommission eine Kombination, mehr aus solchen Gründen, nämlich auch Wegfall des Strafzwecks, kriminalpolitische Gründe, aufgrund der chronischen Erkrankung des Gesuchstellers und der damit verbundenen dauernden Betreuungsbedürftigkeit des Gesuchstellers durch seine Familienangehörigen ist fraglich, ob eine Haftstrafe überhaupt noch eine strafende oder resozialisierende Wirkung entfalten kann, veränderte persönliche Verhältnisse, die nach der Tat diagnostizierten Erkrankungen haben zu einer erkennbaren Veränderung in der Lebensführung und Einstellung des Gesuchstellers geführt. Er strebt ein stabiles rechtskonformes Leben in einem neuen sozialen Umfeld an.

Zusammengefasst ist die Begnadigungskommission der Meinung, dass eine Kombination der besonderen Begnadigungsgründe aufgrund der Gnade wegen Wegfalls des Strafzwecks, der Gnade aus Gründen der Kriminalpolitik und der Gnade aufgrund von Veränderung in den persönlichen Verhältnissen vorliegen. In Erwägungen sämtlicher vorgenannter Argumente beschliesst die Begnadigungskommission mit 8 zu 0 Stimmen die teilweise Begnadigung, indem sie den unbedingten Teil der Freiheitsstrafe in der Höhe von sechs Monaten in eine bedingte Freiheitsstrafe umwandelt, mit einer Probezeit von fünf Jahren. Der Gesuchsteller hat bei der Vollzugsbehörde bereits Anträge zu alternativen Vollzugsformen gestellt, welche abgelehnt worden sind. Die Begnadigungskommission berücksichtigt mit ihrem Entscheid die Subsidiarität des Begnadigungsinstituts.

Die Begnadigungskommission stimmt dem Begnadigungsgesuch mit 8 zu 0 Stimmen zu und beantragt dem Grossen Rat, gestützt auf ihre Ausführungen, den Gesuchsteller in dem Sinne zu begnadigen, als die Freiheitsstrafe von 29 Monaten, davon 23 Monate bedingt, auf eine Freiheitsstrafe von 24 Monaten mit bedingtem Vollzug zu reduzieren ist, bei einer Probezeit von fünf Jahren. Die Begnadigungskommission schliesst sich damit dem Eventualbegehren in der Stellungnahme des Strafgerichts Basel-Stadt an. Im Ergebnis wird damit die sechsmonatige unbedingten Freiheitsstrafe in eine bedingte Freiheitsstrafe umgewandelt. Sollte der Gesuchsteller während der vorgesehenen Probezeit ein Vergehen oder Verbrechen begehen, so fällt die Begnadigung dahin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Schlussabstimmung. Mindestens 60 Stimmende müssen hier sein, mindestens 40 Ja-Stimmen für eine Begnadigung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Begnadigungskommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 10 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006506, 14.05.25 09:24:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

der teilweisen Begnadigung zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich der Begnadigungskommission angehängt und der Begnadigung zugestimmt.

4. Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

[14.05.25 09:24:38, 24.1910.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Initiative für die Einreichung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel als teilweise rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen.

Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Sie entscheiden heute über die rechtliche Zulässigkeit dieser Volksinitiative und über das weitere Vorgehen. Zur rechtlichen Zulässigkeit. Die Initiative verlangt, dass der Kanton Basel-Stadt ein Gebäude oder respektive in diesem Fall ein Baurecht käuflich erwirbt. Dieses Baurecht ist heute im Besitz einer privatrechtlichen Gesellschaft, der MCH Group, wo der Kanton ja nur eine Minderheitsbeteiligung hat und entsprechend diese Gesellschaft autonom und selbstständig entscheidet, ob sie dieses Baurecht verkaufen will oder nicht. Aus diesem Grunde und weil dieses Baurecht bis 2051 gilt, im gegenseitigen Einvernehmen könnte man natürlich auch früher aufhören damit, aber bis 2051 hat die privatrechtliche Gesellschaft MCH Group dieses Baurecht und deshalb kann eine Volksinitiative hier das käufliche Erwerben nicht erfüllen. Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Regierungsrat, diesen Teil für ungültig zu erklären. Sie sehen das im Grossratsbeschluss. Der restliche Teil, auch weil es eine unformulierte Initiative ist, soll für gültig erklärt werden. Das zur rechtlichen Zulässigkeit.

Zur inhaltlichen Zulässigkeit. Auslöser, soweit ich weiss, dieser Volksinitiative war eine Kritik an der Hebelschanze, an diesem Bauprojekt für die Universitätsbibliothek. Wenn man das nicht will, da wird ja der Grosse Rat dann noch den Baukredit, also die Ausgabenbewilligungen fürs Bauen sprechen, und auch dieser unterliegt dann dem fakultativen Referendum, das heisst, diejenigen Kräfte und Interessen, die das nicht möchten, die werden die Möglichkeit haben, mit eigentlich dem logischen, sage ich mal, Volksmittel des fakultativen Referendums gegen diese allfällige Ausgabebewilligung des Grossen Rates eine Volksabstimmung auch zu erzwingen und dann kann das Volk über diese Frage abstimmen.

Ob man jetzt die Rundhofhalle 2 nutzen will für Sammlungen von öffentlichen Gütern und nicht mehr für Messen, das ist der andere Punkt. Das möchten wir auch vertieft abklären, aber vieles ist auch schon klar, vor allem bei der heutigen Nutzung. Die Messe, die MCH, die nutzt die Halle 2, wer das sehen möchte, dem empfehle ich jetzt über Auffahrt die Fantasy. Da kommen Zehntausende von Menschen für mehrere Tage nach Basel und die Fantasy funktioniert, sie ist auch jedes Jahr grösser und ist ein Erfolg der MCH und ist auch gut für unsere Hotellerie und uns als Messestandort. Und dann die Art Basel im Juni, die grösste Kunstmesse, die es gibt, die wichtig ist für unsere Stadt, und das wichtigste Gebäude für die Art Basel ist die Rundhofhalle 2. Von dem her, die heutige Nutzung, die ist wichtig für uns als Standort Basel. Die anderen Nutzungen, die vorgeschlagen werden in dieser Initiative, die werden wir vertiefter klären, wo es wirklich Sinn macht in diesem denkmalgeschützten Gebäude, ob das überhaupt machbar ist und möglich ist, hier ein Sammellager einzurichten. Nur so viel, für Staatsarchiv, da bauen wir zurzeit gerade viel Raum im St. Johann und wie gesagt, für die Universitätsbibliothek ist die Hebelschanze angedacht und dort ist dann ein eigener Entscheid möglich und wird folgen oder Sie haben die Entscheidungsmöglichkeit.

Von dem her möchten wir aber diese Nutzungsseite, auch im Vorschlag der Initiative, vertieft überprüfen und wir möchten Sie deshalb bitten, für die materielle inhaltliche Weitbearbeitung diese Volksinitiative dem Regierungsrat zu überweisen und wir

werden dann innerhalb dieser sechs Monaten Ihnen die Empfehlung vorlegen, wie auch inhaltlich mit der Initiative fortgefahren werden sollte. So viel vom Regierungsrat, also teilweise ungültig erklären, teilweise gültig erklären und Überweisung an den Regierungsrat für das weitere Vorgehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch.

Der Regierungsrat beantragt, den Satzteil in der Initiative «…käuflich erwirbt, …» zu streichen, da dies rechtlich unzulässig ist. Der Regierungsrat beantragt eine grammatikalische Berichtigung. «Die unterzeichnenden im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigten Personen verlangen, dass der Kanton Basel-Stadt, Ankeraktionär und wichtigster Geldgeber, im Rundhofgebäude (Halle 2) der MCH Group ein zentrales Sammlungszentrum mit Depots und Werkstätten für das Historische Museum, das Staatsarchiv und die Universitätsbibliothek einrichtet». Die Initiative soll mit dieser Formulierung als rechtlich zulässig erklärt werden.

Wir kommen zur Abstimmung über die rechtliche Zulässigkeit mit den beantragten Änderungen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006508, 14.05.25 09:30:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

Der Text der Initiative, der im Kantonsblatt vom 1. Juni 2024 veröffentlicht wurde, lautet wie folgt:

«Kantonale Volksinitiative ‹für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)»

Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

Die unterzeichnenden im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigten Personen verlangen, dass der Kanton Basel-Stadt, Ankeraktionär und wichtigster Geldgeber der MCH Group, von der MCH Group das nicht mehr benötigte Rundhofgebäude (Halle 2) käuflich erwirbt, um darin ein zentrales Sammlungszentrum mit Depots und Werkstätten für das Historische Museum, das Staatsarchiv und die Universitätsbibliothek einzurichten.

Kontaktadresse: Marcel Jegge, Riehenring 19, 4058 Basel»

In der mit 3’126 Unterschriften zustande gekommenen unformulierten kantonalen Volksinitiative «für die Errichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative» **wird der Satzteil «…käuflich erwirbt, …»**

als **rechtlich unzulässig gestrichen.**

Der übrige Teil der Volksinitiative wird wie folgt grammatikalisch berichtigt:

«Die unterzeichnenden im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigten Personen verlangen, dass der Kanton Basel-Stadt, Ankeraktionär und wichtigster Geldgeber der MCH Group, im Rund-hofgebäude (Halle 2) der MCH Group ein zentrales Sammlungszentrum mit Depots und Werkstätten für das Historische Museum, das Staatsarchiv und die Universitätsbibliothek einrichtet.» und für **rechtlich zulässig erklärt**.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt angerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme zugestimmt.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung innerhalb von 6 Monaten zu überweisen.

5. Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

[14.05.25 09:31:34, 25.0033.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Initiative als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen.

Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Hier vielleicht nochmal ganz kurz zur Initiative, die wünscht, dass die ehemalige Klybeckinsel, also der Perimeter, der heute gar keine eigentliche Insel mehr ist im Norden von Basel, dass diese als Insel wieder hergestellt wird und begrünt wird.

Ich kann es kurz machen. Die Prüfung durch den rechtlichen Dienst hat ergeben, dass die unformulierte Initiative als rechtlich zulässig anzusehen ist. Inhaltlich gestaltet sich die Ausgangslage aber als relativ komplex. Angefangen bei den Bodenverhältnissen. Ein Grossteil gehört der Einwohnergemeinde der Stadt Basel, die Flächen werden aber von den Schweizerischen Rheinhäfen genutzt. Ein Teil der Flächen gehört zudem der privaten Rhystadt AG, einer der Investorinnen der Arealentwicklung klybeckplus.

Es kommt hinzu, dass das Gebiet in diesem Perimeter auch in engem Zusammenhang mit verschiedenen Projekten steht, so unter anderem mit dem Gegenvorschlag zur Hafeninitiative, den Sie hier drin beschlossen haben, mit einem Nutzungsmix in diesem Perimeter und wo wir Vorschläge konkret präsentieren werden, wie wir da weiter vorgehen möchten. Es steht aber auch in engem Zusammenhang mit der Arealentwicklung klybeckplus und mit der Verlegung der Hafenbahn, die einfach wirklich eine grosse Chance auch für die Stadt ist. Last, but not least ist der Perimeter im Moment bereits Teil eines laufenden Beteiligungsverfahrens, nämlich des Stadtteilrichtplans Klybeck-Kleinhüningen, und die Bevölkerung hat über diesen Weg auch Gelegenheit, ihre Wünsche zu diesem Perimeter zu äussern und sich aktiv an den laufenden Planungen zu beteiligen. Weitere Zusammenhänge finden Sie im Schreiben der Regierung, insbesondere im Abschnitt 2.3, und in der Kurzstellungnahme im Abschnitt 5.

Ich glaube, man kann einfach nochmal festhalten, eine Annahme der Initiative hätte weitreichende Folgen für all diese Projekte im Perimeter. Aber nicht nur das, sie würde auch bedeuten, dass wir auf viel Wohnraum verzichten müssten, Wohnraum, den wir auch dringend benötigen hier in Basel. Sie würde hohe Kosten, die wir heute noch nicht beziffern können, mit sich bringen und sie stünde auch in teilweisem Widerspruch zur bisherigen Beschlussfassung des Grossen Rats zum Gegenvorschlag zur Hafeninitiative. All diese Auswirkungen gilt es nun wirklich sorgfältig abzuschätzen. Wir möchten Ihnen das darlegen, damit sich auch die Stimmbevölkerung, auch Sie ein Bild davon machen können, was das eben bedeutet.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, die Initiative für rechtlich zulässig zu erklären und ihm die Initiative zur Berichterstattung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die LDP ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich schliesse mich den einführenden Bemerkungen von Regierungsrätin Esther Keller an. Die rechtliche Zulässigkeit möchte die LDP-Fraktion hier nicht diskutieren, aber die Frage, ob man dieses Vorhaben direkt vors Volk schicken sollte oder nicht.

Wie ausgeführt, gibt es bereits diesen Gegenvorschlag zur Hafeninitiative, der sehr genau festlegt, was in diesem Perimeter umgesetzt werden soll. Das ist ein Kompromiss, der auch das Parlament mitgetragen hat. Das Ansinnen, die Klybeckinsel als Park auszugestalten und wieder in die Form einer Insel zu bringen, ist bekanntermassen sehr aufwendig, sehr kostenintensiv und steht quer zu den laufenden Planungen. Das grosse Problem und Risiko, das wir hier eingehen, wenn wir diese Initiative nun zunächst prüfen, mal durch die Regierung und dann vielleicht auch noch durch eine grossrätliche Kommission schicken, ist, dass wir extrem viel Zeit verlieren. Zeit, die wir nicht haben, weil die Planung bereits läuft.

Das schlimmste Szenario wäre, wenn eine Initiative dann quasi zur Abstimmung gebracht würde und nebendran schon ein Bebauungsplan ausgearbeitet wurde, der unter dieser Voraussetzung dann in der Schwebe steht. Ich glaube, die Argumente sind derart klar, auch für die Bevölkerung, dass es zumutbar ist, abzuwägen, ob sie diese Initiative unterstützen möchte oder nicht. Ich denke, wir können das Risiko eingehen, hier nicht einen ausführlichen Bericht der Regierung abzuwarten, weil auch viele Argumente bereits auf der Hand liegen oder in der öffentlichen Diskussion sicher durch die Medien auch publiziert werden können.

Darum bitte ich Sie, diese Initiative direkt vors Volk zu bringen und das Volk entscheiden zu lassen, damit wir keine Zeit verlieren, um unbedingt notwendigen Wohnraum und die Planung nicht aufzuhalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Bülent Pekerman das Wort.

Bülent Pekerman (GLP): Die grünliberale Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrates, die Klybeckinsel-Initiative zur Berichterstattung entgegenzunehmen. Im Gegensatz zu meinem Vorredner lehnen wir den Antrag, die Initiative direkt dem Volk vorzulegen, ab, denn aus unserer Sicht sind noch zu viele grundlegende Fragen offen, die zuerst vertieft geprüft werden müssen, und zwar sachlich, transparent und mit klaren Fakten.

Der Regierungsrat macht in seinem kurzen Bericht deutlich, Regierungsrätin Keller hat es auch erwähnt, dass die Umsetzung der Initiative erhebliche finanzielle Folgen hätte. Erwähnt werden die hohen Kosten für den Aushub des alten Rheinarms, die Beseitigung der industriellen Altlasten und allfällige Entschädigungen für materielle Enteignungen, insbesondere im Fall der Parzelle der Rhystadt AG. Diese Kosten können derzeit, das ist schon erwähnt worden, nicht beziffert werden. Auch städtebaulich wären die Auswirkungen einschneidend. Laut Bericht würde bei einer Realisierung der Initiative mehr als die Hälfte der Gesamtfläche am Klybeckquai verloren gehen. Fläche, die laut kantonalem Richtplan für dringend benötigten Wohn- und Arbeitsraum vorgesehen ist. Hier stellt sich die Frage, was bedeutet das für die Stadtentwicklung. Hinzu kommen laufende und bereits weit fortgeschrittene Planungen, etwa im Projekt klybeckplus oder bei der Verlegung der Hafenbahn. Ein Planungsstopp oder Neustart würde laut Bericht zu jahrelangen Verzögerungen führen. Auch dies muss transparent dargelegt werden und auch diesbezüglich wollen wir kein Risiko eingehen.

Diese Beispiele zeigen, es braucht einen vertieften Bericht, um die technischen, ökologischen, finanziellen und raumplanerischen Auswirkungen der Initiative vollumgänglich zu verstehen. Nur so können wir als Parlament und später die Stimmberechtigten einen verantwortungsvollen Entscheid fällen. Wir Grünliberalen wollen diese Debatte führen, aber auf der Basis fundierter Informationen. Deshalb bitten wir Sie, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen und die Initiative zur Berichterstattung innert 6 Monaten zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Die FDP ist sich in diesem Geschäft nicht ganz einig. Zumindest mehrheitlich einig sind wir uns aber beim Vorgehen, dass die Initiative an den Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen werden soll. Die Initiative betrifft den gleichen Perimeter, auf dem die FDP Kleinbasel durch den Vorstoss vom Mark Eichner 2022 einen grosszügigen grünen Park direkt am Rhein, von der Wiese bis zum Hafenkran forderte. Dieser Park soll nicht hinter den Häusern, wie es ursprünglich geplant war, sondern direkt am Rhein und eben in einer grosszügigen Fläche realisiert werden, damit die Menschen direkt am Rhein verweilen können. Ich persönlich könnte mir auch vorstellen, dass es auf dieser Klybeckinsel überhaupt keinen zusätzlichen Wohnbau gibt. Das ist aber meine persönliche Meinung, die deckt sich noch nicht mit der ganzen Partei.

Ich denke dann etwas Visionäres, was natürlich auch diese Initiative hat, darum habe ich Sympathien dafür. Ob es dazu am Schluss eine Insel braucht, das weiss ich nicht, darum wollen wir mal schauen, wie sich die Regierung dazu äussert, aber ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass ein grüner Park da sehr sinnvoll ist und nicht ein Park, ein bisschen Wohnen, ein bisschen was und alles, ein bisschen was, dann haben wir am Schluss gar nichts.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Die Initiative spricht aus unserer Sicht ein sehr wichtiges Bedürfnis an. In Basel generell, aber in Kleinbasel ganz besonders fehlt es an grosszügigen Parkanlagen und Grünflächen. Mit der zunehmenden Hektik im Alltag, der zunehmenden Hitze, wir kennen es alle im Sommer, brauchen wir Erholungsräume, brauchen wir Entspannungsräume, brauchen wir die Möglichkeit, uns in der Natur zu erholen und das möglichst nahe, nicht, dass wir zuerst irgendwohin fahren müssen.

Diese Initiative verspricht einen solchen Erholungsort, wo man sich treffen und sich begegnen kann. Eine naturnahe Klybeckinsel verspricht deshalb den dringend ersehnten Paradigmenwechsel, den wir uns von BastA wünschen. Freiwerdende Areale sollen nicht mehr zwingend möglichst dicht überbaut werden, sondern können auch als Grün- und Freiraum der ganzen Bevölkerung zugutekommen. Und wirklich auch als Ganzes, es gibt gute Pläne, wir sind da in der Bau- und Raumplanungskommission jeweils intensiv am Diskutieren, wie viel Fläche Grün verbleiben soll, wie viel bebaut werden soll, aber sich einfach mal zu überlegen, warum eigentlich nicht mal ein Park, sondern sogar die ganze Fläche. Hier ist interessant, Daniel Seiler und ich sind uns offenbar hier mal einig, also das muss, glaube ich, sehr mehrheitsfähig sein, diese Idee.

Die Idee ist sehr verführerisch, diese natürliche Insel, die hier wiederhergestellt werden soll, die konkrete Formulierung mit der Umsetzung als Insel und der Aufforstung ist aus unserer Sicht aber nicht wirklich gelungen. Die Situation seit der Aufschüttung des alten Rheinarms, also vor gut 100 Jahren, inzwischen noch etwas mehr als 100 Jahre, die Zeit vergeht schnell, hat sich grundsätzlich verändert. Damals war das Klybeck noch eine mehrheitlich als Weideland genutzte Landwirtschaftsfläche. Es gab ein paar Häuschen, aber nicht wirklich sehr viele. Das Fischerdorf Kleinhüningen existierte schon, aber noch ohne all die Silos aussenrum, also es war wirklich eine ganz andere Situation und vor allem auch für die Natur war die Situation ganz anders. Die biodiversitätsreichen Rheinuferbereiche wurden verbaut, sie wurden befestigt, ein Ersatz für die kiesigen Trockenstandorte hat sich dann auf den Bahnarealen entwickelt, die dann entstanden sind. Wir kennen die ganze Diskussion um das Hafenbecken 3, aber das gleiche trifft auch auf das Klybeckareal zu.

Würde man jetzt den Altrhein wieder ausbuddeln und den Rest der künstlich wieder hergestellten Klybeckinsel aufforsten, entstünde ein schöner Wald, den ich persönlich zwar toll fände, aber diese äusserst wertvollen Trockenstandorte würden verloren gehen und das wäre ein Verlust für die Biodiversität. Für die vielfältigen Pflanzenarten, die es dort gibt, für die Insekten, die dort sind, die sind sehr selten, teilweise sind es sogar mehr oder weniger einzigartigen Standorte, und auch für die Bevölkerung wäre eine Insel nicht wirklich von Vorteil, weil der Zugang zum Grünraum zwangsläufig stark eingeschränkt wäre. Heute kommt man auf zwei Bereichen, also ganz bei der Wiese und beim Hafenkran auf das Areal zu und wir wünschen uns schon lange, dass dieser Bereich wirklich ans Quartier angeschlossen würde. Und wenn man jetzt alles wieder wegbuddelt und dann vielleicht eine, zwei Brücken herstellt, dann ist dann wieder genau das, wo wir jetzt sind, also keine Verbesserung und gar nicht die dringend erwünschte Verbesserung.

Die Initiative verbindet aus unserer Sicht also äusserst Wünschenswertes, wie gesagt, ein Park und ein Ort für die ganze Bevölkerung, mit weniger Sinnvollem, den Graben des Kanals, wodurch Fläche und der Zugang zum Gebiet verloren ginge. Aufgrund dieser Vermischung von Sinnvollem und anderen sind wir von BastA klar für die Überweisung an die Regierung und die Ausarbeitung des Gegenvorschlags.

Nur noch zum ersten Sprecher, Michael Hug, wir haben die Zeit. Ich mag mich erinnern, ich war damals, 2012 war das, glaube ich, in der ersten Begleitgruppe zur Hafen- und Stadtentwicklung, als es über die Bebauung des Klybeckquais ging. Damals sprach man davon, dass man 2019 die ersten Bauten erstellen wird. Wir sind inzwischen sechs Jahre danach und es wird auch morgen nicht passieren. Aktuell geht es um den Stadtteilrichtplan, die Diskussion über den Bebauungsplan wird relativ lange gehen, das kann ich jetzt schon voraussehen, je nachdem, wie es herauskommt, gibt es noch ein Referendum, also in den nächsten Jahren wird da nicht gebaut. Also man hat gut Zeit, um da noch einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, über diesen abzustimmen und anzuschauen, wie es weiter geht.

Ich bitte Sie, die rechtliche Zulassung ist eh unbestritten, die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Salome Bessenich das Wort.

Salome Bessenich (SP): Auch die SP-Fraktion ist für die Überweisung an den Regierungsrat. Ich kann mich hier kurzhalten, es wurde schon vieles gesagt. Für uns ist ganz wichtig, dass hier eine sorgfältige Berichterstattung stattfinden kann, damit eben auch die Details beurteilt werden können. Für uns ist klar, dieses Areal ist kein unbeschriebenes Blatt. Es gibt nicht nur bereits die Planung, die vorangegangen ist, sondern es gibt auch bereits eine andere Initiative, die Hafeninitiative, für die wir

einen Gegenvorschlag ausgearbeitet haben, hinter dem wir nach wie vor stehen, bei dem ebenfalls grosszügiges Grün, 50 Prozent der Arealfläche soll Grün werden, dahinter stehen wir weiterhin.

Und zuletzt ist für uns auch wichtig, dass mit der Berichterstattung des Regierungsrats und der Beratung im Grossen Rat dann auch eine Empfehlung mit der Abstimmung ausgesprochen werden könnte, wie sich der Regierungsrat und die Mehrheit des Grossen Rates zu dieser Initiative positioniert. Das scheint uns hier doch auch wesentlich, weil eben schon so viel auf diesem Areal am Laufen ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP das Wort hat Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Auch ich kann mich kurzhalten. Wir denken ebenfalls, dass es die Berichterstattung und mehr Informationen noch braucht, denn es ist eine auf den ersten Blick sehr coole Idee. Man denkt, das ist sympathisch, Aufforstung, eine Insel, das klingt super und das hat man auch gemerkt, weil es auch in der Zeitung dann entsprechend auf Anklang gestossen ist und berichterstattet wurde. Und genau deshalb ist es auch wichtig, dass hier noch Informationen zusammengetragen werden und der Regierungsrat hier ordentlich berichterstattet, weil wir ja eben gehört haben, dass es doch einige Punkte gibt, die auch dagegensprechen und da muss man schon das nochmal vertieft und genauer anschauen. Wohnen, Arbeiten, Freiräume, die ganze Planung, das muss einfach zusammenspielen und gerade deshalb braucht es jetzt mehr Informationen, weshalb wir ebenfalls uns dafür aussprechen, dass die Initiative zur Berichterstattung überwiesen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Mitte-EVP das Wort hat Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Wir von der Fraktion Mitte-EVP, wir können uns jetzt bei diesem Fall durchaus vorstellen, dass wir mal diese Initiative direkt dem Volk zur Beurteilung und zur Abstimmung vorlegen, ohne dass wir hier einen Gegenvorschlag ausarbeiten, dass wir wieder verschiedene Sachen thematisieren. Die Forderung ist wie klar und manchmal kann man einfach die Forderung sehr demokratisch an der Urne, ohne unser Zutun, entscheiden und zutrauen, dass die Bevölkerung dann eine richtige Entscheidung trifft. Darum sind wir dafür, diese Initiative direkt dem Volk zu unterbreiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die lebhafte Debatte. Ich kann gut verstehen, dass es hier auch Stimmen gibt, die sagen, die Auswirkungen, die wären relativ klar, der Gegenstand ist klar, wir können darüber direkt befinden. Ich denke, dennoch darf man die Sache nicht unterschätzen. Wie wir gehört haben, das Anliegen grundsätzlich, mehr Natur, mehr Grünfläche, hat auch grosse Sympathien, gerade in diesem Gebiet, wo das umliegende Quartier doch sehr dicht ist. Also ich glaube da, die Sympathie darf man nicht unterschätzen und auf der anderen Seite sind eben diese ganz konkreten Auswirkungen, die ich Ihnen benannt habe, die wir aber noch nicht beispielsweise beziffern können oder noch nicht in der ganzen Auswirkung jetzt in dieser Schnelle abschätzen konnten.

Wenn der Regierungsrat nicht berichten kann, dann ist einfach das Problem, dass wir keine Abstimmungsempfehlung geben können und das, glaube ich, wäre wirklich eine Herausforderung dann in der Abstimmung und ich denke, hier lohnt es sich, Sorgfalt vor Tempo diese Auswirkungen anzuschauen. Es ist so, es sind ja auch unsere Planungen in diesem Perimeter. Glauben Sie mir, der Kanton hat grösstes Interesse daran, diese Berichterstattung so rasch, zwar sorgfältig, aber so rasch wie möglich zu machen, um sich eben auch ein Bild zu verschaffen, weil auch unsere Planungen da mit drinhängen und wir haben grösstes Interesse, dass es da in dieser Frage auch dann einen Entscheid gibt.

Vielleicht auch noch kurz, es bedeutet auch nicht, dass es unbedingt einen Gegenvorschlag geben muss. Wir möchten einfach die Einschätzungen geben können und es kann sein, dass wir dann sagen, wir verzichten auf einen Gegenvorschlag und Sie darum bitten, es auch zu tun, aber wie gesagt, hier den Weg der Berichterstattung zu überspringen und direkt an die Bevölkerung, das schätzen wir von Seiten Regierungsrat als kritisch ein.

Deshalb bitten wir Sie sehr, diese Initiative, wie gesagt, für zulässig zu erklären und sie dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die rechtliche Zulässigkeit.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006511, 14.05.25 09:53:32]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3'388 Unterschriften zustande gekommene unformulierte kantonale Volksinitiative «Für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Kly- beckinsel-Volksinitiative)» wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Initiative rechtlich zulässig erklärt.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Die Fraktionen LDP und Mitte-EVP beantragen, die Initiative gemäss § 18 Abs. 3 lit. a (IRG) sofort den Stimmberechtigten ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Berichterstattung an den Regierungsrat, NEIN heisst die Initiative direkt vors Volk ohne Gegenvorschlag und ohne Empfehlung.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 28 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006513, 14.05.25 09:54:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen.

6. Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am Aufbau einer MaaS (Mobility as a Service)-Plattform, Bericht der UVEK

[14.05.25 09:54:39, 23.1726.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt die Rückweisung an den Regierungsrat.

Die Präsidentin Raffaela Hanauer hat das Wort.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ursprünglich beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat eine finanzielle Beteiligung des Kantons in der Höhe von 5,1 Millionen Franken für den Aufbau und Betrieb einer gemeinsamen Mobility as a Service-Plattform mit den Städten Bern und Zürich. Der Betrag sollte aus dem Mobilitätsfonds finanziert werden. Konkret handelte es sich primär um die Entwicklung einer App. Dazu hat der Regierungsrat einen Koordinationsvertrag mit den beiden Partnerstädten und drei Transportunternehmungen beschlossen. Im Vertrag sind ebenfalls Bestrebungen enthalten, um neben der App auch ein gemeinsames Branding sowie Standards und Grundsätze für Mobilitätshubs zu erarbeiten.

Mobility as a Service ist ein Überbegriff für ein Nutzenden orientiertes Mobilitätsangebot, welches diverse umweltfreundliche Mobilitätsformen vereint. Bestandteil von MaaS ist unter anderem ein vereinfachtes Auswählen und Bezahlen von Mobilitätsangeboten durch eine gemeinsame Plattform und ein gemeinsames Bezahl- und Tarifsystem. Auch Angebote im öffentlichen Raum, in denen die verschiedenen Angebote der umweltfreundlichen Mobilitätsarten klar erkenntlich und erlebbar werden, gehört zu MaaS. So zum Beispiel Mobilitätshubs, Erkenntlichkeiten dieser Hubs sowie der Schnittstellen der verschiedenen Anbieter untereinander mittels einheitlicher Kommunikation. Auch die Integration von Tarifen, beispielsweise einem ÖV-Billett mit anschliessendem Sharing-Velo-Zugang, ist Teil von MaaS.

Dieses Geschäft wurde am 6. März im letzten Jahr der UVEK überwiesen. Die UVEK hat sich an drei Sitzungen mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Ein erstes Mal im Frühling letzten Jahres, danach erst wieder zu Beginn des laufenden Jahres. Da sich die Ausgangslage seit der Publikation des Ratschlags allerdings wesentlich verändert hat, beantragt die UVEK dem Grossen Rat, das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Nun kurz, wie es dazu kam: Kurz nach Beginn der Beratung wurde die UVEK von der zuständigen Regierungsrätin informiert, dass es möglich wäre, dass das Projekt abgebrochen werden muss. Kurz darauf war dies auch tatsächlich der Fall. Der Projektabbruch wurde mittels Medienmitteilung der drei Städte kommuniziert und Grund waren die erwartbaren Gesamtkosten, die plötzlich deutlich höher ausfallen würden als zuerst gedacht. Anstelle von rund 18 Millionen Franken musste man nun mit eher 30 Millionen Franken rechnen und dies hätte für Basel rund 3 Millionen Mehrausgaben bedeutet. Daraufhin hat die UVEK die Beratung des Geschäftes sistiert erstmal und während dieser Zeit hat das BVD die neue Ausgangslage analysiert und mögliche Szenarien für den weiteren Geschäftsverlauf und die ursprünglichen Anliegen des Regierungsrates ausgearbeitet.

Die UVEK hat das Geschäft dann Anfang dieses Jahres wieder aufgegriffen. Dabei wurde der UVEK erläutert, dass nun eher ein mehrschichtiges agiles Programm angedacht sei und dies bestünde aus physischen Elementen, wie diesen Mobilitätshubs entsprechend einheitlichen Signalisationen, es könnten auch Tarif-Bundles entwickelt werden und dazu auch Grundlagen geschaffen werden, die bestehenden Angebote im Kanton könnten multimodaler werden, Sharing könnte grenzüberschreitender werden und langfristige Kooperationen mit der nationalen Ebene und anderen Städten könnten weiterhin angestrebt werden. Trotz der Beendigung des Projekts einer gemeinsamen digitalen Plattform wird die Zusammenarbeit zwischen den Städten so auch fortgesetzt, zum Beispiel im Bereich der Ausschilderung von Mobilitätshubs.

Die Kommission hat daraufhin das weitere Vorgehen diskutiert und liess sich mögliche Szenarien aufzeigen. Die UVEK bedauert, dass keine gemeinsame digitale Plattform zustande kommt. Sie kann den Entscheid aufgrund der Erhöhung der ohnehin schon teuren Kosten jedoch nachvollziehen. Die UVEK spricht sich gleichzeitig dafür aus, dass alle Elemente von Mobility as a Service weiterverfolgt werden. Nach der nicht mehr weiter verfolgten eigenen App wünscht die Kommission sich, dass eine Integration in eine bestehende App, vor allem die der SBB angestrebt wird. Der UVEK ist vor allem wichtig, dass es sozusagen einen Schlüssel für die umweltfreundlichen Mobilitätsformen in Zukunft geben kann und sieht dabei in der SBB-App und vor allem dem Swisspass grosse Potenziale. Die UVEK hält den Swisspass für am geeignetsten für einen solchen MaaS-Passepartout.

Die UVEK hat bezüglich des weiteren Vorgehens mit 7 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung sich dazu entschieden, dem Grossen Rat, Ihnen heute zu beantragen, den Ratschlag an die Regierung zurückzuweisen. Den Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend einer gemeinsamen Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote beantragt die UVEK stehen zu lassen. Dabei soll dieses Anliegen weiterverfolgt werden. Die Rückweisung ist nicht als Signal zu verstehen, die Arbeiten einzustellen, im Gegenteil, die UVEK verweist auf den nun noch nicht erfüllten Anzug Fuhrer und auf weitere hängige Vorstösse, die ebenfalls Elemente von MaaS behandeln. Zudem verweist die UVEK

auf die im Umweltschutzgesetz verankerte Bevorzugung der umweltfreundlichen und flächeneffizienten Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten und auf die Klima- und Mobilitätsstrategie des Regierungsrates. An den bestehenden politischen Aufträgen ändert sich mit der Rückweisung dieses Ratschlags nichts. Mit der Rückweisung verbunden formuliert die UVEK einstimmig den Auftrag an die Regierung, am Ziel einer besseren Verknüpfung aller umweltfreundlichen Mobilitätsformen festzuhalten und alle Puzzleteile weiter zu verfolgen.

Ein kleiner Teil der Kommission hat sich dafür ausgesprochen, den Ratschlag in der Kommission zu behalten, anstatt ihn zurückzuweisen. Die Arbeiten des BVD sollten so in der Kommission in ihrer Konkretisierung begleitet werden und über den Kommissionsbericht sollte ein Umsetzungsvorschlag gemacht werden mittels einer angepassten Ausgabenbewilligung. Das wichtigste Argument für dieses Vorgehen waren zeitliche Aspekte. Eventuell hätten so einzelne Aspekte schneller umgesetzt werden können als mit der nun beantragten Rückweisung.

Die UVEK ist sich bewusst, dass aufgrund der Rückweisung etwas Zeit verloren gehen wird, denn für neue Massnahmen müssen wiederum Mittel beim Mobilitätsfonds beantragt werden, Ratschläge verfasst und politische Beschlüsse gefällt werden. Deshalb ist mit der Rückweisung auch der Wunsch verbunden, dass der Grosse Rat möglichst bald einen angepassten Vorschlag zur Umsetzung der fünf Puzzleteile diskutieren kann. Nicht ausgeschlossen ist für die UVEK auch, dass diese Teile nicht in einem gebündelten Geschäft, sondern auf mehrere Geschäfte verteilt werden. Physische und virtuelle Elemente sollten zwar zusammen gedacht werden, im Sinne einer Beschleunigung kann sich die UVEK jedoch auch vorstellen, dass der Regierungsrat im Rahmen seiner Finanzkompetenz allenfalls auch bereits Dinge umsetzt, bevor ein nächster umfassender Ratschlag vorliegt. Dazu bestehen ja die politischen Aufträge auch weiterhin.

Entsprechend beantragt die UVEK die Rückweisung des Ratschlags und den Anzug Fuhrer stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben es von der Kommissionspräsidentin gehört, die Ausgangslage hat sich seit dem Moment, indem wir das Geschäft überwiesen haben, ziemlich geändert. Die Ausschreibung ergab eben, dass eine solche App viel teurer geworden wäre und deshalb habe ich mich gemeinsam mit den Städten Bern und Zürich dazu entschieden, das Projekt, konkret die App, gar nicht erst zu starten. Wir haben das per Medienmitteilung vor rund einem Jahr öffentlich kommuniziert. Ich bin deshalb sehr dankbar, wenn Sie den Bericht zurück an den Regierungsrat überweisen, damit wir die Zielsetzung respektive die Elemente anpassen können. Die App wird es in dieser umfassenden Form nicht geben, aber dank des Projekts ist wirklich eine gute Zusammenarbeit zwischen den Städten zum Thema Mobility as a Service entstanden. Wir tauschen Erfahrungen aus und lernen voneinander und gewisse Projekte, wie einheitliche Sharing-Stationen, werden weiterverfolgt.

Diese Zusammenarbeit ist wirklich diesem Projekt zu verdanken und ist für uns wirklich ein grosser Gewinn. Diese Zusammenarbeit möchten wir deshalb fortführen und Ihnen Vorschläge machen, wie wir als Kanton auch ohne diese umfassende App-Entwicklung im Bereich Sharing vorwärtsmachen können. Denn nach wie vor ist das Teilen von Fahrzeugen für die Städte ein wichtiger Hebel, wie wir den Flächenbedarf des Verkehrs reduzieren können. Und die Förderung von Sharing ist auch ihrerseitiger Teil von mehreren Vorstössen, es ist gefordert und politisch breit unterstützt. Sie ist übrigens auch Teil der Mobilitätsstrategie des Kantons, also auch von der Regierung so verabschiedet. Der Auftrag, der bleibt also bestehen, wenn auch in anderer Form.

Ich möchte der UVEK wirklich danken für den konstruktiven Austausch, auch aufgrund dieser neuen Ausgangslage und die Hinweise zur weiteren Stossrichtung, die für uns sehr hilfreich sind. Das Zurückweisen gibt uns die Chance, Ihnen neue Vorschläge ohne App oder mit einer, ich sage mal, schmaleren Variante einer App zu unterbreiten und diese Chance werden wir sehr gerne nützen. In dem Sinne sind wir auch einverstanden damit, den Anzug Raphael Fuhrer stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Jean-Luc Perret für die SP.

Jean-Luc Perret (SP): Ich spreche im Namen der SP und wir unterstützen die Rückweisung dieses Ratschlags. Nicht, weil wir das Ziel grundsätzlich in Frage stellen, sondern weil der Weg dorthin neu gedacht werden muss. Der vorliegende Ratschlag basiert auf einem Projekt, das nicht mehr existiert. Die geplante gemeinsame App mit Zürich und Bern ist vom Tisch. Statt der ursprünglich kalkulierten 18 Millionen hätte die Umsetzung fast 30 Millionen Franken gekostet und wir haben uns schon etwas gewundert, wie gross die Diskrepanz zwischen der ersten Marktbefragung und den tatsächlichen Offerten ausgefallen ist. Aber ein Festhalten an diesem Ratschlag wäre eine Zweckentfremdung der ursprünglich beantragten Mittel. Die Kommissionsmehrheit hat deshalb folgerichtig entschieden, zurück auf Staat.

Die Idee von Mobility as a Service bleibt sinnvoll, aber sie muss auf einer aktuellen realistischen Grundlage weiterverfolgt und ziemlich sicher auch deutlich kleiner gedacht werden mit neuen Ratschlägen, die nicht mehr um eine App-Lösung herum gebaut sind und die sich andernorts als teuer und im Nutzen begrenzt erwiesen hat. Ich habe gerade vorletzte Woche in Berlin die verkümmerten und schlecht unterhaltenen Jelbi Mobilitätsstationen gesehen. Nur rund 7 Prozent nutzen dort die Jelbi-App, wenn ich richtig informiert bin, und trotzdem wird sie immer wieder als Vorbild genannt. Wenn ich aber mir selbst oder anderen Reisenden über die Schulter blicke und auf den Bildschirm, dann sehe ich dort viel häufiger Google Maps als die Jelbi-App und diese App findet ebenfalls schnelle Verbindungen und das erst noch kostenlos.

Und dann noch ein letzter Punkt, den wir im bisherigen Ratschlag etwas vermisst haben. Was wir uns von den künftigen Vorlagen ausdrücklich wünschen, das wäre eine klare Zielgruppenstrategie. Bisher blieb offen, wer genau angesprochen werden soll. Mal war von Gelegenheitsnutzenden die Rede, mal von Familien oder auch von Geschäftsreisenden. Aus unserer Sicht liegt der Zweck solcher MaaS-Angebote aber klar darin, mehr Menschen zu ermöglichen, auf ein eigenes Auto zu verzichten und dafür braucht es eine Strategie, die sich an den konkreten Bedürfnissen dieser Zielgruppen orientiert.

Ich bitte Sie deshalb, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen und den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP das Wort hat Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen sind überzeugt, dass die Klima- und die Mobilitätsstrategie des Regierungsrates die richtige ist. Es gilt, die umweltfreundliche Mobilität zu stärken und die Nutzung von geteilten Fahrzeugen zu erhöhen. Ausserdem ist im Umweltschutzgesetz die Bevorzugung der umweltfreundlichen und flächeneffizienten Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten klar verankert.

Nicht immer weiss man im Voraus, ob ein Projekt ein Erfolg oder ein Misserfolg wird. Hier haben nicht voraussehbare Faktoren dazu geführt, dass wir die Zurückweisung des Ratschlages an den Regierungsrat unterstützen und den Anzug von Raphael Fuhrer stehen lassen möchten. Wir freuen uns, wenn der Grosse Rat möglichst bald einen angepassten Vorschlag zur Umsetzung der fünf im Ratschlag erklärten Puzzleteile diskutieren kann. Es ist für uns in Ordnung, wenn diese Teile nicht in einem Geschäft gebündelt, sondern auf mehrere Geschäfte aufgeteilt werden. Denn wir sind der Ansicht, wie auch im Bericht vermerkt, physische und virtuelle Elemente müssen zwar zusammen gedacht werden, wir würden es jedoch begrüssen, wenn im Sinne einer Beschleunigung auch einzelne Elemente vom Regierungsrat im Rahmen seiner Finanzkompetenz allenfalls bereits umgesetzt werden könnten. Dies vielleicht schon bevor ein nächster umfassender Ratschlag vorliegt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Grünen hat das Wort Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Diese Idee einer schweizweiten Mobilitätsplattform, das war sicher im Grundsatz eine sehr gute Idee und wäre es eigentlich immer noch, aber es sieht so aus, als muss man die wirklich anpassen und sie muss auch neu gedacht werden und auf dieses Resultat kamen auch die Leute der UVEK.

Wollen wir die Klimaziele in gegebener Frist erreichen und für mehr Biodiversität in den Siedlungsräumen sorgen, so führt kein Weg an der Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt vorbei. Damit dies geschehen kann, benötigen wir aber zugegebenermassen attraktive Alternativen. Gut miteinander verbundene und umweltfreundliche alternative Verkehrsmittel können den Ausstieg aus dem motorisierten Individualverkehr sicher erleichtern und damit einen wichtigen Beitrag für eine lebensfreundliche Stadt Basel leisten. Auf dieser Basis hier geschieht auch der Gedanke einer MaaS und das ist für mich immer noch eigentlich der Grundsatz, vor dem man diese Arbeit machen muss.

Damit dann die Menschen dieses Angebot nutzen können, muss einfach eine Erreichbarkeit gewährleistet sein und dazu benötigt es die entsprechende Sichtbarkeit des Angebots, sowohl auf den Medienplattformen als auch in den Mobilitätshubs in den verschiedenen Quartieren. Der Anzug von Raphael Fuhrer fordert nicht in erster Linie eine allumfassende App, sondern vor allem eine Entwicklung einheitlicher Regeln und Standards, beispielsweise zu Preispolitik, Signalisation, Abdeckung und der jeweiligen Nutzungsweise von umweltfreundlichen Sharing-Angeboten. Eine eigene, isolierte Lösung soll so verhindert werden und die Nutzungsmöglichkeiten sollte eben nicht an den Stadtgrenzen enden, sondern es soll über die Stadtgrenzen hinaus gedacht werden und das wurde auch gemacht und so haben wir das auch sehr begrüsst, dass die Regierung auch die Zusammenarbeit mit anderen Städten vorwärtsgetrieben hat, und wir begrüssen es auch, dass sie diese Allianzen auch in Zukunft weiterführen wollen. Das ist sicher ein wichtiger Schritt, um auch dieser Mobilitätsplattform eine sinnvolle Erweiterung zu geben.

Zugegebenermassen ist dieses Projekt sehr komplex und das hat natürlich auch in der Finanzierung dann seinen Ausdruck gefunden. Dennoch sehen wir es als ein wichtiges Instrument an und waren schon bereit, wenn man schaut in der Vergangenheit, auch ganz anderen finanzielle Mittel für vielleicht Dinge auszugeben, die schlussendlich sogar vor dem Volk dann abgeschmettert wurden.

Von Seiten der Grünen besteht weiterhin daher der Wunsch, das Angebot multimodale Tarife, multimodale langfristige Kooperationen, Hubs multimodal und Brands multimodal weiter zu verfolgen. In diesem Bestreben wird offensichtlich, dass für eine digitale Umsetzung auf bestehenden Plattformen diese eigentlich dort aufgebaut werden müssen. Es ist auch klar, dass wir da schon eine sehr gute Plattform haben, wie die SBB-App oder auch, wie Jean-Luc Perret schon gesagt hat, Google Maps, wo man schon sehr gute Dienste bekommt. Also macht es da sicher Sinn, dass man auf diesen Diensten auch aufbaut und nicht jetzt etwas völlig Neues wieder erfindet.

Wir beantragen deshalb, dass man diesen Bericht der UVEK so akzeptiert und dass man den Rahmen, diesen Anzug in diesem Sinn auch stehen lässt und der Regierung den Antrag zurückweist. Wir sind der Meinung, dass das wirklich auch ein Prioritätsprojekt sein sollte und wir sind froh, wenn die Regierung das auch prioritär und schnell an die Hand nimmt und weiterverfolgt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): Die FDP unterstützt das Ziel einer vernetzten klimafreundlichen Mobilität ausdrücklich. Basel braucht gute Verkehrslösungen, effizient, umweltfreundlich und grenzüberschreitend, sogar eventuell interkantonal. Aber der Weg dorthin muss auch ökonomisch und ordnungspolitisch sinnvoll sein. Die nun abgebrochene Idee einer staatlich finanzierten MaaS-App zusammen mit Zürich und Bern war aus unserer Sicht von Anfang an fragwürdig. Einerseits, weil sie Millionen aus dem Mobilitätsfonds gebunden hätte, konkret 5,1 Millionen mit Tendenzrichtung 8 Millionen Franken, andererseits, weil sich der Staat dabei als Anbieter einer digitalen Mobilitätsplattform positionieren sollte.

Das ist aus liberaler Sicht ein klarer Fehltritt. Gerade in Basel, einem Kanton mit hoher Innovationskraft, einem starken privatwirtschaftlichen Verkehrssektor und einem komplexen trinationalen Umfeld wäre ein solches staatliches Engagement ein fatales Signal. Sie hätte private Anbieter verdrängt, digitale Innovation ausgebremst, langfristig neue Abhängigkeiten geschaffen. Statt Basel als Technologiestandort zu stärken, wären wir zum staatlich verwalteten App-Betreiber geworden. Wir dürfen den Staat nicht zur Konkurrenz der Privatwirtschaft machen, weder bei Apps noch bei Tarifplattformen. Unsere Aufgabe als Staat ist es, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Offene Schnittstellen, verlässliche Daten, Standards, faire Konditionen, aber nicht Millionen in ein App-Projekt zu investieren, das am Ende auch datenschutzrechtlich heikel ist. Bewegungsprofile von Bürgerinnen und Bürger gehören nicht in die Hoheit der Verwaltung.

Wir haben in Basel schon heute funktionierende Ansätze wie Uber App, FAIRTIQ oder wie mehrfach erwähnt Google. Hier könnten wir als Staat ansetzen mit klugen Partnerschaften statt eigener Infrastruktur und gerade im trinationalen Raum wäre es sinnvoller, bestehende Systeme zu öffnen und zu vernetzen, etwa für ein gemeinsames Check-in, Check-out Deutschland und Frankreich, statt isoliert neue Lösungen zu bauen.

Die Rücküberweisung des Ratschlags ist deshalb der einzig richtige Schritt. Wir brauchen keine App made in Basel-Stadt, wir brauchen Mobilität made for Basel-Stadt. Effizient, offen, digital, aber ohne staatliche Parallelwelt. Setzen wir auf Innovation statt Intervention, auf Partnerschaft anstatt Parallelstruktur.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Somit geht das Wort an die Präsidentin der UVEK Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Zuerst möchte ich mich noch im Namen der UVEK bei der zuständigen Regierungsrätin Esther Keller und der Verwaltung für den konstruktiven Austausch bedanken. Wir sind sehr froh, dass ein gemeinsamer Weg gefunden werden konnte. Dann wurde soeben erwähnt, dass die Mobilitätsangebote auch mit Partnern vor allem verfolgt werden sollten. Dies hat die UVEK wirklich intensiv diskutiert und ist, wie gesagt, zum Schluss gekommen, dass vor allem die SBB ein sehr wichtiger Partner wäre, wenn wir nicht eine eigene App machen, sondern uns eben auf Kooperationen berufen und auf bereits Bestehendes.

Dann wurde auch noch die Zielgruppenorientierung erwähnt in den vorherigen Voten. Aus Sicht der Gesamtkommission informiere ich Sie gerne, dass vor dem Projektabbruch die Frage nach der Zielgruppenstrategie in der UVEK mehrfach aufkam. Neben den Kosten und dem Nutzen hätte die UVEK demnach sich auch über die Zielgruppen eine Haltung wohl gebildet und Abklärungen getroffen. Wir haben natürlich aber diese Diskussion abgebrochen und nicht zu Ende geführt, als

wir von dem möglichen Projektabbruch erfahren haben und als das Projekt letztlich dann auch abgebrochen wurde. Es wäre jedoch aus Sicht der UVEK sicherlich sinnvoll, dass dieses Thema in der weiteren Bearbeitung auch adressiert wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht beschritten.

Die UVEK beantragt, den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an den Regierungsrat, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006515, 14.05.25 10:20:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

Rückweisung an den Regierungsrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Ratschlag dem Regierungsrat zurückgewiesen mit 93 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

6.1. Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend eine gemeinsame Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote, Bericht der UVEK

[14.05.25 10:20:27, 20.5060.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, den Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend einer gemeinsamen Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote stehen zu lassen.

Die UVEK verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug stehen zu lassen

7. Investitionsbeitrag an die Projektierung der neuen Margarethenbrücke, Ratschlag des RR

[14.05.25 10:20:48, 24.1753.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich berichte im Namen der UVEK mündlich zu diesem Geschäft. Der Ratschlag zur Projektierung der neuen Margarethenbrücke wurde der UVEK am 2. Februar dieses Jahres überwiesen. Die UVEK hat ihn behandelt an ihren Sitzungen vom 26. Februar, 19. März und 9. April. Unterstützt wurde sie von Mitarbeitenden des BVD und bedankt sich vorweg für kompetente Begleitung. Sie beantragt einstimmig, dem Beschlussantrag zuzustimmen.

Es geht dabei um eine finanzielle Beteiligung des Kantons von 8,9 Millionen Franken an der Projektierung der SBB der neuen Margarethenbrücke. Es werden noch keine Gelder für den Bau beantragt. Die Brücke steht im Eigentum der SBB und befindet sich auch auf deren Boden. Die Brücke ist über 120 Jahre alt und muss erneuert werden. Sie ist in einem schlechten Zustand und hat statische Defizite. Eine neue Brücke bringt viele Vorteile mit sich. Mit dem Neubau würden über den künftigen Perronzugang Margarethen hinweg die Perrons auch von der Margarethenbrücke aus erschlossen werden. Der Perronzugang selbst soll bereits 2035 fertiggestellt werden.

Die Margarethenbrücke und der Perronzugang Margarethen sollen aufeinander abgestimmt werden. Der Perronzugang ist alleiniges Projekt des Bundes und der SBB. Der Bund hat bisher für die Margarethenbrücke noch keine Gelder gesprochen, wohl aber für diesen Perronzugang. Daher sollen die beiden Bauwerke zwar zusammen gedacht, aber als unabhängig stehende Bauwerke realisiert werden. Die SBB kann durch einen Ersatz der Brücke zusammen mit dem Perronzugang Margrethen die Haltepunkte der Züge nach Westen verschieben. Auch die für den Kapazitätsausbau des Bahnhofs SBB notwendige Neuorganisation der südlichen Gleise wird erst durch den Brückenersatz möglich. Für den Kanton wiederum entsteht unter anderem die Chance, die Verkehrsführung auf der wichtigen Verbindungsbrücke zu verbessern. Auch die Möglichkeit, in den Brückenpfeilern Velostationen zu integrieren, ist eine Chance.

Das finale Projekt der letztendlichen Brücke ist noch nicht ausgearbeitet. Zurzeit läuft ein Wettbewerb für ein stimmiges Gesamtbauwerk des Perronzugangs kombiniert mit der Margarethenbrücke. Die Ergebnisse des Studienauftrags werden im ersten Semester dieses Jahres vorliegen. Als Eigentümerin der Brücke ist die SBB im Lead, der Ersatz der Brücke ist demnach ein SBB-Projekt. Das laufende Studienverfahren ist nicht Teil der beantragten Gelder. Die 8,9 Millionen Franken beschreiben die Beteiligung zu 50 Prozent des Kantons an den anschliessenden Projektierungsarbeiten für die Brücke. Diese Arbeiten starten direkt nach dem Studienauftrag in der zweiten Jahreshälfte 2025. Erst danach sollen dann auf Basis eines fertigen Vorprojektes die Realisierungsmittel mit einem zweiten Ratschlag beantragt werden.

Die UVEK hat zu diesem Geschäft mehrere Themen diskutiert. Aufgekommen ist in der Kommission die Frage, ob der Kanton die Brücke nicht in sein Eigentum übernehmen möchte. So wäre er in der Gestaltung der Brücke von der SBB unabhängig und der Unterhalt der Brücke wäre eventuell besser gewährleistet. Der UVEK wurde erläutert, dass es für den Kanton komplizierter wäre, den Unterhalt des Bauwerks und die Überprüfung der Sicherheit der Brücke als Bauwerk zu gewährleisten, wenn sie in seinem Eigentum wäre. Dies, weil die Überprüfung des Bauwerkes stark von den Gleisen zu erfolgen hat und der Kanton daher beim Unterhalt der Brücke sowie auch bei der Sicherstellung, dass diese immer gut unterhalten ist und den Inspektionen jeweils stark von der SBB abhängig wäre, beispielsweise wegen notwendigen Gleissperrungen. Dies kann durch die SBB daher deutlich einfacher gemacht werden. Zudem sei die SBB Eigentümerin von sehr zahlreichen Brückenbauten in der ganzen Schweiz und wisse grundsätzlich, wie diese zu unterhalten sind. Die Probleme bei der Margarethenbrücke, die auch besonders alt ist, eben schon über 120 Jahre, dürften eine Ausnahme gewesen sein und daher wurde dies vom Kanton nicht verfolgt.

Die UVEK hat sich auch Gedanken gemacht über den Zeitplan und die Möglichkeiten der Mitgestaltung des Kantons bei diesem SBB-Projekt. Unbestritten war in der Kommission, dass der Kanton sich an der Projektierung beteiligen soll, da die Margarethenbrücke für den Kanton als Verbindung zwischen dem Gundeli, Bruderholz und dem Kantonsgebiet vor den Gleisen äusserst wichtig ist. Da die SBB die weiteren Projektierungsarbeiten direkt in der zweiten Jahreshälfte starten wird, ist die UVEK der Ansicht, dass der Kanton Basel-Stadt möglichst rasch finanzielle Klarheit über seine Beteiligung schaffen sollte. Solange die Finanzierung nicht entschieden ist, kann der Kanton seine Anliegen zur Ausgestaltung der Brücke auch nicht adäquat bei der SBB einbringen. Hinzu kommt, dass durch rasche finanzielle Klarheit beim Projekt Margarethenbrücke dieses auch besser mit dem Projekt Perronzugang Margarethen koordiniert werden kann. Die Koordination dieser zwei Projekte ist auch im Sinne der UVEK. Aus diesen genannten Gründen hat sich die UVEK für eine effiziente und dennoch fundierte Beratung entschieden und kommt in den Grossen Rat mittels einem mündlichen Bericht, damit das zeitliche Beschlussfassen des Finanzbeitrags nicht diese Arbeiten und diese Synergien aufhält.

Zu Rückfragen hat in der UVEK der noch nicht final ausgehandelte Kostenteiler des Bauprojektes, aber auch der vorliegenden Projektierungskosten geführt. Im Ratschlag ist vorgesehen, die Projektierungskosten erst vorerst je hälftig zu teilen. Ein Ausgleich könnte erfolgen, sobald der Kostenteiler für den Bau bekannt ist. Die Modalitäten dieser Vereinbarung sind in einem Finanzierungsvertrag geregelt. Die UVEK liess sich erklären, weshalb noch kein finaler Kostenteiler zustande gekommen ist. Dies lässt sich gemäss den Abklärungen der UVEK auf zwei Aspekte hauptsächlich zurückführen. Einerseits das Bundesgesetz. Für Kreuzungen von Eisenbahnen und Strassen gilt das Eisenbahngesetz des Bundes. Die relevanten Artikel 25 bis 27 geben allerdings nur Grundsätze vor für Finanzierungsfragen. Die Auslegung dieser Artikel ist in jedem Einzelfall juristisch neu auszulegen. Es geht dabei um eine Auslegung der jeweiligen Vorteile von SBB und Bund sowie vom Kanton. Es gibt jedoch eine Vielzahl solcher Vorteile für beide Parteien und es ist sehr schwierig, diese Vorteile jeweils zu beziffern, dies mitunter auch, weil weder die SBB noch der Kanton einen 1:1 Ersatz der Brücke wünschen.

Zudem ist auch die Margarethenbrücke ein Spezialfall. Im Falle der Margarethenbrücke gibt es historisch keine Anhaltspunkte. Das heute angedachte Projekt ist das dritte existierende Projekt an diesem Ort. Zuerst gab es an dieser Stelle nur eine Strasse und die Brücke lässt sich mit der damaligen Strasse nicht vergleichen. Vor über 100 Jahren wurde dann infolge der Erstellung weiterer Gleisanlagen eine Brücke gebaut. Wie diese damals finanziert wurde, ist jedoch nicht bekannt. Es gibt auch keine vertragliche Regelung für einen Ersatz der Brücke, wie es das oftmals bei anderen Projekten mittels Objektvertrag gibt. Es gibt auch keine Gerichtsurteile, die diesem Fall direkt nahe kommen würden. Erklärt wurde der UVEK, dass der Kostenteiler von 50 zu 50 kein Präjudiz darstelle, sondern vielmehr sicherstellen soll, dass diese Diskussionen um den Kostenteiler, die auf einer sehr fachlich technischen Ebene geführt werden, nicht zu Verzögerungen in der Planung führen. Die UVEK hält diese Ausführungen als nachvollziehbar und ausreichend und ist mit dem Vorgehen deshalb einverstanden.

Die UVEK hat sich in ihrer Beratung auch mit der künftigen Verkehrsführung auf der Margarethenbrücke befasst. Sie erkennt einen starken Zusammenhang und auch eine Abhängigkeit mit dem ebenfalls der UVEK überwiesenen Ratschlag 2 zur Finanzierung der weiteren Arbeiten zum Bahnknoten und zum Herzstück. Die Brücke soll in ihrem Querschnitt erweitert werden. Die heutige Margarethenbrücke ist 16.5 Meter breit, in Zukunft soll sie maximal 27 Meter breit werden. Die Regierung zeigt im Ratschlag Margarethenbrücke drei mögliche Verkehrsführungsvarianten auf. Diese heissen MIV-voll, MIV-reduziert und MIV-frei. Sie spricht sich für das vorliegende Projekt der Margarethenbrücke bzw. für die weiteren Planungen für MIV-voll aus. Dies bedeutet, dass der MIV in beide Richtungen über die Brücke fahren könnte. Der Querschnitt der Brücke erlaubt jedoch jede der drei Varianten.

Im ebenfalls in der UVEK liegenden Ratschlag 2 zur weiteren Finanzierung der Planungsarbeiten zum Bahnknoten und zum Herzstück beantragt die Regierung, die Studie Stadtraum Bahnhof SBB zur Kenntnis zu nehmen. Im Bericht äussert sie zu dieser Studie den Wunsch, dass die UVEK mit der Stellungnahme zur Kenntnisnahme auch explizit eine Haltung zur Stossrichtung von dieser Studie entwickelt und diese explizit bestätigt oder falls sie die Stossrichtung nicht teilt, Änderungen aufführt. Besagte Studie schlägt vor, zwischen der Markthalle und dem Elsässertor, also gleich neben der Margarethenbrücke, einen neuen Bahnhofsplatz, den Markthallenplatz zu schaffen. Für die Umsetzung der in der Studie dargelegten Stossrichtung, welche im Ratschlag 2 behandelt wird, bräuchte es auf der Margarethenbrücke, über die wir jetzt gerade sprechen, den Einrichtungsverkehr für den MIV, was dem Szenario MIV-reduziert entspräche im vorliegenden Ratschlag.

Die UVEK hat sich zum Ziel gesetzt, die Beratung zur Frage dieser Verkehrsführung sowie zu einer Haltung zu den drei Szenarien MIV-voll, -reduziert oder -frei fundiert zu führen. Die Verkehrsführung auf der Margarethenbrücke will sie zudem nicht isoliert betrachten, sondern auch im Kontext der Weiterentwicklung des Stadtraums Bahnhof SBB und dem allfälligen künftigen Markthallenplatzes. Die UVEK hat sich dazu entschieden, daher erst im Bericht zum Ratschlag 2, Finanzierung der weiteren Arbeiten zum Bahnknoten und Herzstück, Stellung zum Verkehrsführungsszenario auf der Brücke zu nehmen. Dort will die Kommission eine fundierte Stellungnahme zur Kenntnisnahme der Studie Stadtraum Bahnhof SBB erarbeiten und dann ebenfalls zur Verkehrsführung auf der Margarethenbrücke. Ausschlaggebend für diesen Entscheid war, dass der vorgesehene Bau in seinem Querschnitt, wie bereits gesagt, sämtliche Verkehrsführungsvarianten ermöglichen wird. Zudem möchte die UVEK nicht, dass der Kanton Anschluss an das Projekt verliert und in Zusammenhang mit diesem Entscheid hat sich die UVEK von der Verkehrsplanungsabteilung auch versichern lassen, dass die finanzielle Beteiligung, die wir heute sprechen, an den Planungskosten der Margarethenbrücke noch kein Präjudiz für eine Verkehrsführung darstelle.

Nun noch zu den Brückenköpfen und den Velostationen. Die UVEK hat sich auch mit den Velostationen in den Brückenköpfen befasst. Im Umfeld des Bahnhofs fehlen in einem längeren Horizont 2050 bis zu 11’000 Veloabstellplätze bzw. 3’360 sind schon vorhanden, 11’000 beschreiben den eigentlich notwendigen Bedarf an Veloabstellplätze. Dies steht im Ratschlag der Regierung. Deshalb sollen in den beiden Brückenköpfen im Norden und Süden Velostationen integriert werden. Die Velostationen sind auch Teil des laufenden Studienauftrags Margarethenbrücke und Perronzugang. Die UVEK hat sich erkundigt über die angedachte Anzahl dieser Veloabstellplätze. Im südlichen Brückenkopf sind bisher mindestens 400 angedacht, im nördlichen mindestens 270. Die UVEK hat die Auskunft bekommen, dass es Möglichkeiten gäbe, diese Anzahl zu erhöhen. Die UVEK wünscht sich in Anbetracht der hohen und steigenden Nachfrage an Veloabstellplätze und auch in Anbetracht des doch bereits bezifferten sehr grossen Nachfragewertes eine maximale Ausschöpfung des Potenzials. Die UVEK spricht sich klar dafür aus, dass dazu verschiedene Lösungsoptionen geprüft werden sollen, auch solche, die mit höheren Ausgaben verbunden wären. Auch erkundigt hat sich die UVEK über die Zu- und Ausfahrten sowie Perronzugänge von den Velostationen, die angedacht sind. Genaue Details sind noch nicht bekannt, da der Studienauftrag zurzeit läuft und die Planungen ja auch erst weiter konkretisiert werden müssen. Die jetzt schon möglichen Erläuterungen und deren Stossrichtungen empfand die UVEK jedoch als befriedigend.

Auch diskutiert hat die UVEK die Gestaltung des Brückenkopfes im Süden. Die neue Margarethenbrücke wird am Südende höher sein als heute. Die im Brückenkopf liegende Velostation hat gemäss den Abklärungen der UVEK keine Auswirkung auf die Höhe der Brücke und ist auch nicht der Auslöser für die Erhöhung. Die Brücke muss für die Durchfahrt der Züge erhöht werden. Die UVEK hat Rückfragen zum Umgang mit dieser Erhöhung gestellt. Bei den Planungen sei man sich bewusst,

dass eine befriedigende Lösung für den Übergang von der Brücke in den Stadtraum gefunden werden muss. Doch da noch kein konkretes Projekt vorliegt, wurde dieser Punkt in der UVEK nach den Erläuterungen nicht weiterdiskutiert.

Gestützt auf diese Abklärungen und Stellungnahmen und den nun erteilten mündlichen Bericht hat die UVEK beschlossen, dem Beschlussantrag des Regierungsrates mit 12 zu 0 Stimmen zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die UVEK-Präsidentin hat es bereits sehr sorgfältig und auch ausführlich dargelegt. Ich bin der Kommission sehr dankbar, dass man hier den Weg gewählt hat einer mündlichen Berichterstattung und so etwas Zeit gewonnen hat, denn es ist wirklich ein wichtiges Geschäft und auch ein wichtiges Zeichen gegenüber dem Bund und den SBB. Denn die Planungen, die laufen schon an und wenn wir jetzt rechtzeitig auch unsere Ansprüche an dieses wichtige Bindeglied zwischen Gundeli und Innenstadt anmelden wollen, dann müssen wir jetzt den Fuss in die Türe halten und in den Planungsprozess mit den beiden Partnern einsteigen.

Wir haben es gehört, die Margarethenbrücke wird künftig auch deutlich mehr als nur eine Brücke sein. Sie wird zum Umsteigehub für den Bahnhof, also direkte Verbindung zwischen der Tramstation und den Gleisen. Aber auch heute wissen wir ja, dass die Brücke sich für Velos nicht besonders eignet, es ist eher unangenehm, hat keinen Velostreifen, auch da gibt es Verbesserungspotential, und eben auch bei den genannten Veloabstellplätzen, die wirklich einfach zu wenige sind in diesem Perimeter. All diese Chancen sollen genutzt werden. Auch richtig ist, es ist vorerst kein Entscheid, mit welcher Führung des MIV wir hier planen sollen. Dieser Entscheid fällt erst noch. Es geht jetzt wirklich einfach mal um das Geld, um in diese Planungen einzusteigen, wo wir uns alle Optionen diesbezüglich offenhalten.

Deshalb wären wir sehr dankbar und der Regierungsrat bittet Sie, die Gelder hier für diese Planungen zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Laudatio über die Margarethenbrücke, das haben wir gehört, und auch für die LDP ist es natürlich selbstverständlich, dass wir dem Investitionskredit zustimmen. Ich möchte aber heute schon deponieren, dass es zwingend ist, dass der MIV doppelspurig über die Margarethenbrücke geführt wird, wenn wir dann die Diskussion führen im zweiten Schritt, im Moment sind wir ja beim ersten Schritt, Gott sei Dank. Es ist zwingend für den Personenverkehr und aber auch den Wirtschaftsverkehr. Das sind wichtige Stadtteile, die hier miteinander verbunden werden müssen und es ist keine Option, dies nur einspurig zu machen. Einfach schon heute.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ich bin ja neu in der UVEK und habe gedacht, wir werden da nur über eine Brücke sprechen und musste aber sehr schnell feststellen, dass es sich da um eine eierlegende Wollmilchsau handelt, die wir da erwarten. Es sind sehr viele Ansprüche, die an diese Margarethenbrücke gestellt werden, und darunter sind natürlich auch solche, die wirklich wichtig sind und auch grosse Vorteile bringen dann für viele Menschen. Es ist klar, dass diese Brücke, so wie sie jetzt angedacht ist, dass der ÖV und die Trams wirklich eine Station auf dieser Margarethenbrücke haben sollen, dann den Zugang für die Leute auf die Gleise ermöglicht und dass gleichzeitig auch der Veloverkehr sicherer über diese Brücke über die Gleise geführt werden soll. Das sind sicher Vorteile für viele. Das unterstützen wir sicher auch weiterhin, das haben wir gehört von Frau Hanauer vorher, dass die Brückenköpfe dazu genutzt werden sollen, dass auch Velos dort unterkommen sollen und es soll auch die Zugänglichkeit dann zur Meret Oppenheim-Strasse, dass die gut ist, dass dort auch der Verkehr so gut wie möglich fliessen kann.

Es sieht auch so aus, dass während den ganzen Bauzeiten diese Brücke ständig auch weiter funktionstüchtig sein soll. Das ist also auch eine Herkulesaufgabe, die hier in diesem Bauprojekt drin ist, was dazu führt, dass auch die ganze Planung dieser Brücke, auch die Koordination mit der SBB zusammen, natürlich sehr sorgfältig gemacht werden muss. Was wir heute an Geldern sprechen, ist eigentlich genau, diese Koordination und diese Projektierung im Detail nachher vorlegen zu können, über die wir dann noch einmal im Rat und in der UVEK beraten können und dann eine Entscheidung bringen. Also hier ist noch nichts vorausgenommen. Es ist keine Entscheidung, die man nicht noch rückgängig machen könnte hier nachher, gerade was dann auch die Führung des motorisierten Individualverkehrs angeht. Es ist aber schon jetzt klar, dass es natürlich beim Bau dann dieser neuen Brücke sicher zu Einschränkungen kommen wird. Es wird Möglichkeiten geben für den

motorisierten Verkehr, über diese Brücke zu kommen, aber es wird sicher schon einmal ein Test sein, wie es dann vielleicht ist, wenn da nicht auf allen Seiten einfach der Zugang über zum Beispiel die Meret Oppenheim-Strasse möglich ist.

Wir stimmen auf jeden Fall diesem Antrag der Projektierungskosten zu und harren gespannt den Plänen, die da kommen, und wir sind auch sehr überzeugt, dass eine sehr kompetente Begleitung dieses Projekt aus dem Departement bis jetzt da war und auch in Zukunft sein wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Es war ein kleiner Schock, als wir vor zwei Jahren erfahren mussten, dass die Margarethenbrücke offensichtlich in einem so schlechten Zustand ist, dass sie per sofort gesperrt werden muss für die Trams, aber auch für Lastwagen, und seither sind teilweise diese Einschränkungen geblieben. Zum Glück konnte die Brücke notdürftig repariert werden, aber ich glaube, es war ein ganz klares Zeichen, dass wir hier vorwärtsmachen müssen, dass die SBB vorwärtsmachen muss zusammen mit dem Kanton, und deshalb sind wir sehr froh, dass nun dieser Ratschlag hier liegt und wir diesen Planungskredit sprechen können.

Wir haben kommissionsintern jetzt auch ein bisschen aufs Gaspedal gedrückt oder auf die Pedale gedrückt, je nachdem, wie man das sehen will, nicht wegen dem Zustand der Brücke, sondern weil es eben sinnvoll ist, diesen Ersatz der Brücke gemeinsam mit dem neuen Perronzugang zu planen. Und weil die SBB da bereits vorgelegt hat, ist es wichtig, dass wir jetzt diese Planungsmittel sprechen, dass diese Verträge noch dieses Jahr mit der SBB abgeschlossen werden können. Weil schlussendlich ist es dann ein Bauwerk, auch wenn es zwei Bauträger sind, die das entwickeln, es wird am Schluss ein Bauwerk sein, bestehend aus dem Ersatz der heutigen Margarethenbrücke und den neuen Perronzugängen.

Es wurde jetzt bereits über das Verkehrsregime gesprochen, ich möchte aber festhalten, dass wir das in der Kommission nicht abschliessend besprochen haben. Ich glaube, wir haben die Grundlagen noch nicht abschliessend, um jetzt sagen zu können, dass eine einspurige Führung nicht in Frage käme. Selbstverständlich kommt diese in Frage, wir müssten da noch weitere Fragen klären und dies prüfen. Wir werden dazu im Rahmen des Ratschlags Finanzierung zur Arbeit am Herzstück und zum Bahnknoten berichten und das in diesem Rahmen auch diskutieren können. Wir wollen jetzt deshalb heute uns nichts dazu äussern, wir haben noch gar nicht die Grundlagen dazu.

Es lohnt sich ein Blick auf den Querschnitt der Brücke, der ist auch dargestellt in den Plänen im Ratschlag des Regierungsrats. Die Zahlen sind eindrücklich, die neue Brücke, Raffaela Hanauer hat es gesagt, ist ca. 27 Meter breit. Hinzu kommt aber dieser Perronzugang und insgesamt sprechen wir von einem Querschnitt von über 43 Metern. Verglichen mit der heute 16 Meter breiten Margarethenbrücke ist das mehr als zweieinhalb Mal so viel Fläche. Wir schaffen also neuen Stadtraum, neuen öffentlichen Raum für alle Verkehrsträger, aber insbesondere auch für zu Fuss Gehende. Wenn wir an andere Brückenbauwerke denken, wie zum Beispiel die Dreirosenbrücke, die ja auch einen sehr grossen Querschnitt hat aufgrund der darunterliegenden Autobahn, dann wissen wir, wie wertvoll dieser öffentliche Raum ist, den wir da schaffen können, und verloren geht nämlich nichts, weil einfach ein bisschen mehr Gleisfläche überbaut wird.

Ein Knackpunkt stellt das Höhenprofil dar. Die neue Brücke wird rund zwei Meter höher liegen müssen als die heutige. Das ist sehr viel und das wird nicht einfach, diese Anschlüsse an die bestehende Siedlungsstruktur und die bestehenden Verkehrswege gut zu lösen. Da sind wir sehr gespannt auf die Lösungsansätze aus dem laufenden Studienauftragsverfahren. Da gilt es sicher insbesondere auf die Meret Oppenheim-Strasse zu achten. Dieser Anschluss muss wirklich gut gelöst werden, da können wir im Moment nicht mehr dazu sagen, aber ich denke, das sind die Planenden daran und wir hoffen, dass es da eine gute Lösung gibt.

Noch ein, zwei Worte zum Provisorium, das nötig ist. Es wird damit gerechnet, dass rund sieben Jahre diese provisorische Brücke befahren und begangen wird. Das ist eine lange Zeit und deshalb ist es auch wichtig, dass dieses Provisorium gut gelöst wird. Hier wird uns im Ratschlag eine Lösung in Aussicht gestellt, die mit zwei separaten Velospuren mit leicht reduzierten Normmassen von je 1.60 Meter auskommt, und wir möchten einfach hier mit Nachdruck sagen, dass es wichtig ist, dass diese Brücke auch sehr velofreundlich ausgestaltet wird. Die provisorische Brücke wird insbesondere auch für die Anbindung des Gundelis an die Innenstadt eine sehr hohe Bedeutung und grosse Wichtigkeit haben.

In diesem Sinne wünschen wir gutes Planen. Wir freuen uns auf die nächsten Schritte und die SP-Fraktion unterstützt die Zustimmung zu diesem Ratschlag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Wittlin, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Seiler. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Kollegin Hanauer und Kollege Bartha haben gelacht beim Wort Auto. Sie haben jetzt zumindest gesagt, Sie wollen in der UVEK über eine Spur nachdenken. Darf ich Sie fragen, ob die UVEK auch darüber nachdenkt, dass damit die Autos auch beide Spuren in beide Richtungen fahren können in Zukunft?

Stefan Wittlin (SP): Ja, es ist ganz einfach, schauen Sie in den Ratschlag. Es gibt drei Varianten, zwei MIV-Spuren, eine MIV-Spur oder gar keine. Wir werden das vertieft beraten und eine gute Lösung hier vorschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragenen. Regierungsrätin Keller verzichtet. Das Wort geht an Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich möchte gerne noch ein paar Ergänzungen zu den MIV-Szenarien anbringen. Wie ich bereits gesagt habe, schlägt der Regierungsrat MIV-voll als Grundlage für die Projektierung aktuell vor. Gleichzeitig bittet der Regierungsrat mit Kenntnisnahme der Studie Stadtraum Bahnhof SBB um Bestätigung des Szenarios MIV-reduziert. Das heisst, diese Debatte führen wir nicht hier. Die UVEK hat sich dazu entschieden, diese Debatte nicht entlang des Projektes Margarethenbrücke zu diskutieren, sondern entlang ihres Berichtes zur Stellungnahme über die beantragte Kenntnisnahme zur Studie Stadtraum Bahnhof SBB, weil die Regierung dort die UVEK auch direkt dazu gebeten hat, die Stossrichtung explizit zu bestätigen oder Änderungen vorzunehmen. Was die UVEK festgestellt hat, die UVEK sieht, dass auf der Margarethenbrücke alle Szenarien möglich sind. Die UVEK erkennt zahlreiche Abhängigkeiten zum neuen Markthallenplatz, der angedacht ist, und möchte diese miteinbeziehen. Die UVEK hat diese Debatte noch nicht geführt und wird sie im Rahmen des Ratschlags 2 führen.

Dann noch kurz ein paar Feststellungen zur Hilfsbrücke. Die Hilfsbrücke ist zurzeit einspurig angedacht. Die Hilfsbrücke ist äusserst wichtig, hat die UVEK festgestellt, und bei der Hilfsbrücke erkennt die UVEK ebenfalls eine Abhängigkeit zu einem ebenfalls in der UVEK liegenden Ratschlag, nämlich den zu den diversen Gleisquerungen, Über- und Unterführungen und Brücken, den Infrastrukturen Fuss- und Veloverkehr. Die UVEK hält sich vor, sich eventuell in ihrem Bericht zu diesem Ratschlag weiter noch zur Hilfsbrücke zu äussern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 19 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006518, 14.05.25 10:53:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zur Beteiligung an der Projektierung der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) für die neue Margarethenbrücke werden Ausgaben von Fr. 8’900'000 zu Lasten der Investitions-rechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig mit 94 Ja-Stimmen zugestimmt.

8. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

[14.05.25 10:53:41, 21.1247.07]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Regiokommission beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratende Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.

Das Wort geht an den Präsidenten der Regiokommission, Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die kantonale Volksinitiative «1 % gegen globale Armut» fordert die Ergänzung der Kantonsverfassung um den § 124a für die Beiträge für die internationale Entwicklungszusammenarbeit in der Höhe zwischen 0,3 und 1 Prozent der direkten kantonalen Steuererträge von natürlichen und juristischen Personen.

Zu dieser Initiative hat der Regierungsrat einen Gegenvorschlag vorgelegt. Die Regiokommission begrüsst das Ansinnen des Regierungsrats, mit dem Gegenvorschlag ein Gesetz für die internationale Zusammenarbeit zu schaffen. Sie vertritt aber hinsichtlich der Höhe des Betrags eine andere Position. Die Regiokommission hat im Rahmen ihrer Beratung sorgfältig den Gegenvorschlag des Regierungsrats überprüft und verschiedene Akteure der internationalen Zusammenarbeit konsultiert. Neben der obligaten Anhörung des Initiativkomitees und des zuständigen Präsidialdepartements begrüsste die Regiokommission eine Vertretung der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit des eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, tauschte sich mit der Stadt Zürich aus, welche ein Gesetz im Sinne der 1 %-Initiative bereits umgesetzt hat und konsultierte die Präsidentin der heutigen baselstädtischen Kommission für Entwicklungszusammenarbeit und eine Vertretung der im Kanton Basel-Stadt tätigen NGO.

Wie bereits erwähnt, begrüsst die Regiokommission, dass der Regierungsrat mit dem Gegenvorschlag die bisher eher fragmenthaft betriebene internationale Zusammenarbeit in einem Gesetz zusammenführt. Bisher umfasst die internationale Zusammenarbeit des Kantons vier Elemente. Einerseits bestanden jährlich Mittel in der Höhe von rund 2 Millionen Franken für Projekte der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, die durch die bereits erwähnte Kommission mittels eingereichte Projektanträge vergeben wurden. Weiter bestehen soziale Kooperationen mit den Städten Abidjan an der Elfenbeinküste, Sahab in Jordanien und weitere Projekte in Rumänien. Zudem werden Stipendien für Personen aus Entwicklungsländern vergeben und Beiträge an die Institutionen Swiss TPH sowie swisspeace.

Gesamthaft summieren sich die bisherigen kantonalen Aufwendungen auf rund 4,3 Millionen Franken. Der Regierungsrat sieht in seinem Gegenvorschlag vor, diese Ausgaben schrittweise bis 2028 auf 8 Millionen jährlich anzuheben. Gemäss Regierungsrat erreicht der Kanton Basel-Stadt damit einen Spitzenwert im Schweizer Vergleich von 43 Franken pro Einwohner und Einwohnerin und wird einzig durch den Kanton Genf mit seiner Vielzahl an internationalen Organisationen übertroffen. Wie einleitend erwähnt, begrüsst die Regiokommission das durch den Regierungsrat vorgelegte Gesetz weitgehend.

Bevor ich zu den zentralen Differenzen die Finanzierung betreffend komme, gehe ich auf einige inhaltliche Überlegungen der Regiokommission ein. Im Austausch mit der DEZA der Stadt Zürich und der Präsidentin der baselstädtischen Kommission für Entwicklungszusammenarbeit kristallisierte sich heraus, dass eine Professionalisierung der Arbeit der Kommission angezeigt ist. Einerseits wird sich das zu bewältigende Finanzvolumen für die Projekte erheblich erhöhen, sofern Sie dem nachfolgenden Antrag zustimmen. Andererseits bewegt sich die ehrenamtlich arbeitende Kommission bereits heute an ihrer Leistungsgrenze.

Der Regiokommission ist es ein zentrales Anliegen, dass die Kommission weiterhin mit kompetenten Fachpersonen besetzt wird, die Kriterien für deren Auswahl transparent sind und die Entschädigung sich im Rahmen der üblichen kantonalen Entschädigungen für solche Fachkommissionen bewegen. Dazu gehört auch, dass die Kommission durch eine kompetente Stelle innerhalb der Verwaltung fachlich und administrativ unterstützt wird. In Anbetracht der substanziellen Erhöhung der Finanzmittel für die internationale Zusammenarbeit hält es die Regiokommission für angezeigt, dass die Controllingprozesse

ausgebaut werden. In diesem, bei allen guten Absichten, den Risiken bezüglich Korruption und Misswirtschaft ausgesetzten Bereich muss es ein zentrales Anliegen sein, dass ein möglichst grosser Teil der Gelder bei den Endbegünstigten ankommt.

Unter diesem Eindruck hat sich die Regiokommission intensiv mit den Qualitätskriterien auseinandergesetzt. Es ist der Kommission ein Anliegen, dass lokale NGOs bei den Finanzierungsentscheiden zum Zug kommen, die Mittel möglichst effizient eingesetzt werden und bei den Endbegünstigten ankommen. Im Grundsatz herrschte zu diesen Fragen Einigkeit innerhalb der Kommission, wobei es unterschiedliche Ansichten darüber gab, auf welcher Stufe entsprechende Regelungen zu verankern sind. Die Entwicklungszusammenarbeit agiert oftmals in Ländern, die mit Korruption und ähnlichen Verfehlungen konfrontiert sind. Die Regiokommission hat daher mit 11 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen, den § 3 um Absatz 3 mit «der Regierungsrat kann externe Revisionen veranlassen» zu ergänzen. Die Regiokommission hält es für angezeigt, dass wenn ein Verdacht auf Verstösse gegen Arbeitsrecht und Umweltauflagen sowie der Verdacht auf Unregelmässigkeit bei den Finanzen besteht, eine externe Revision in Auftrag gegeben werden kann. Diese soll nicht nur bei der Mutterorganisation in der Schweiz durchgeführt werden, sondern auch die Organisationen vor Ort umfassen.

Die Regiokommission begrüsst, dass der Regierungsrat in § 3 die zentralen Qualitätskriterien zusammengefasst hat. Ihr ist es ein Anliegen, dass ein möglichst grosser Teil der eingesetzten Mittel ankommt. Entsprechend hält sie fest, dass der Richtwert von 15 Prozent als maximale Kosten für die Administration eingehalten wird. Eine Mehrheit der Kommission lehnt mit 11 zu 1 Stimmen den Antrag ab, den Prozentsatz auf Stufe Gesetz zu verankern. Diese Vorgabe wäre aus Sicht der Kommission zu starr.

Wie angekündigt folgt zum Schluss die alles entscheidende Frage zu den Finanzen. Bevor wir zur Höhe der Rahmenausgabenbewilligung gelangen, möchte ich Sie aber noch mit weniger zentralen Fragen behelligen. Die Regiokommission diskutierte die Periodizität des Beschlusses zur Finanzierung jährlich im Rahmen des Budgets durchzuführen. Einen entsprechenden Antrag lehnte die Kommission mit 7 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Damit unterstützt die Regiokommission den Vorschlag des Regierungsrates, periodisch über eine Rahmenausgabenbewilligung zu beschliessen, was im Grundsatz alle vier Jahre bedeutet.

Die Regiokommission einigte sich schliesslich darauf, abweichend vom Regierungsrat auf Stufe Gesetz einen Finanzierungsmechanismus zu verankern. So sollen in normalen Jahren 0,7 Prozent der kantonalen Steuereinnahmen für die internationale Zusammenarbeit zur Verfügung stehen. Die Regiokommission hält explizit fest, dass es sich dabei um eine Obergrenze handelt und der Regierungsrat in begründeten Fällen den Wert von 0,7 Prozent geringfügig unterschreiten kann. Den Bedenken, dass damit kantonale Ausgaben fix gebunden sind, trägt die Regiokommission dahingehend Rechnung, dass wir als Parlament hier den Betrag mit jeder Rahmenausgangbewilligung anpassen können. Zu präzisieren gilt es noch, dass die Regiokommission den Richtwert von 0,7 Prozent der kantonalen Steuereinnahmen als Gesamtausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit betrachtet. So werden die verwaltungsinternen, die Kosten für die Kommissionen und für die externen Revisionen dem Richtwert angerechnet. Nicht berücksichtigt sind in diesem Betrag die Soforthilfe und die Beiträge der Gemeinden und der ausgelagerten Betriebe.

Nicht zuletzt sieht die Kommission für finanziell schlechte Jahre eine Ausnahmeklausel vor. Liegt die Nettoschuldenquote nahe am zulässigen Wert oder weisen die letzten drei Rechnungsjahre summiert ein Defizit von 50 Millionen aus, so kann der Richtwert unterschritten werden. Im Sinne einer gewissen Planungssicherheit für die Akteure der internationalen Zusammenarbeit hat die Regiokommission für diesen Fall eine Untergrenze von 0,3 Prozent der kantonalen Steuererträge festgelegt.

Abschliessend möchte ich mich für die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, insbesondere dem Präsidialdepartement bedanken und zu erwähnen ist auch noch, dass das Initiativkomitee im Fall der Annahme des Berichts im ausgeführten Gegenvorschlag, wie er Ihnen heute vorliegt, angekündigt hat, die Initiative zurückzuziehen.

Gestützt auf ihre Ausführungen in Kapitel 5 des Berichts beantragt die Regiokommission dem Grossen Rat mit 9 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung die Annahme der beiden im Bericht formulierten Beschlussentwürfe.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächster Sprecher für den Regierungsrat ist Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die kantonale Volksinitiative «1 % gegen globale Armut» fordert, dass der Kanton Basel-Stadt jährlich Beiträge an die internationale Entwicklungszusammenarbeit zwischen 0,3 und 1 Prozent der kantonalen Steuererträge von natürlichen und juristischen Personen leistet. Im Fall einer schlechten Finanzlage könne gemäss der Initiative der jährliche Beitrag tiefer ausfallen.

Der Regierungsrat begrüsst einen Ausbau des bestehenden Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit und hat deshalb das Anliegen der Volksinitiative mit einem Gegenvorschlag aufgegriffen, dem Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung mit der Abkürzung GIZA. Der

Regierungsrat hat dem Grossen Rat bereits am 10. April 2024 dazu berichtet und eine Ausgabenbewilligung über 25 Millionen Franken für die Aufbauphase in den ersten vier Jahren ab Inkrafttreten dieses neuen Gesetzes beantragt.

Der Gegenvorschlag des Regierungsrats geht dabei von einem umfassenden Begriff der internationalen Zusammenarbeit aus, der nebst der Entwicklungszusammenarbeit auch die Bereiche der humanitären Hilfe, der Friedensförderung und der menschlichen Sicherheit einschliesst. Dies ermöglicht einen ganzheitlichen Ansatz zur Armutsbekämpfung und zur Stärkung der nachhaltigen Entwicklung und entspricht dem heutigen, dem modernen Verständnis der internationalen Zusammenarbeit auch des Bundes. Mit dem Gegenvorschlag des Regierungsrats würde der Kanton die jährlichen Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit von heute rund 4,4 Millionen Franken auf neu 8 Millionen Franken nahezu verdoppeln. Diese Erhöhung, diese substanzielle massive Erhöhung ist aus Sicht des Regierungsrats angemessen und leistbar, dies unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage des Kantons, der bisherigen Erfahrung in der kantonalen Entwicklungszusammenarbeit sowie auch angesichts der grundsätzlichen Zuständigkeit des Bundes für diesen Bereich. Zentral ist zudem, dass gemäss Gegenvorschlag des Regierungsrats der Grosse Rat nach jeder Förderperiode neu bestimmen kann, welche Mittel angemessen erscheinen. Hierzu braucht es klarerweise keine Vorgaben im Gesetz.

Die Regiokommission ist nach Überweisung des Grossen Rates auf den Ratschlag eingetreten, hat diesen eingehend beraten und übernimmt in ihrem Beschlussentwurf grundsätzlich den Gegenvorschlag des Regierungsrats. Die Regiokommission beantragt dem Grossen Rat heute aber Anpassungen, die aus Sicht des Regierungsrates klar zu weit gehen. Dies betrifft einerseits die gesetzliche Verankerung eines prozentualen Richtwerts für die Ausgaben sowie andererseits deren absolute Höhe. Der von der Regiokommission geforderte Richtwert von 0,7 Prozent der kantonalen Steuererträge ist aus Sicht des Regierungsrats im Hinblick auf die kantonale Finanzplanung nicht verantwortbar. Die gesetzliche Verankerung eines fixen prozentualen Richtwerts, also eine direkte Zweckbindung von Steuererträgen, widerspricht den finanzpolitischen Grundsätzen des Kantons, widerspricht auch den Empfehlungen der Kantonalen Konferenz der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Eine solche Zweckbindung würde den finanzpolitischen Spielraum des Regierungsrats und des Grossen Rates einschränken und die Steuerung des Finanzhaushalts erschweren.

Auch wenn die Regiokommission daran feststellt, dass der Grosse Rat für die Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit periodisch eine Rahmenausgabenbewilligung beschliessen soll, ist der Grosse Rat de facto an den Richtwert von 0,7 Prozent der kantonalen Steuererträge gebunden, gibt hier also seine Ausgabenkompetenz auf. Auch die vorgeschlagene Untergrenze von 0,3 Prozent im Falle eines defizitären Finanzhaushalts erachtet der Regierungsrat als problematisch. Die von der Regiokommission beantragten Beiträge an die internationale Zusammenarbeit wären ein Mehrfaches des heutigen Betrags. 0,7 Prozent der Steuererträge entsprechen heute rund 19,5 Millionen Franken pro Jahr.

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass die Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit aufgrund der Kürzungen der Mittel des Bundes und auch von internationalen Geldgebern vor grossen Herausforderungen steht. Dies hat er mit dem Gegenvorschlag und dem beantragten Ausbau des bestehenden Engagements des Kanton Basel-Stadt auch eindeutig anerkannt und gezeigt. Es gilt hier aber eines klarzustellen, der Kanton kann und soll nicht für den Bund einspringen. Der Kanton kann hier nicht eine Finanzierungslücke des Bundes schliessen und wir wollen das auch gar nicht. Die internationale Zusammenarbeit ist gemäss der Bundesverfassung eindeutig Sache des Bundes. Es kann nicht sein, dass gewisse Kantone und gewisse Gemeinden hier die Sparmassnahmen des Bundes ausgleichen müssen und damit den Bund in dieser Frage auch entlasten.

Der Kanton Basel-Stadt liegt gemäss den aktuellen Zahlen bereits heute mit 22 Franken pro Kopf und Jahr im interkantonalen Vergleich auf dem zweiten Platz, was die internationale Zusammenarbeit betriff. Die pro Kopf Ausgaben von Kanton und Gemeinden zusammen betragen in Zürich rund 9 Franken, weniger als die Hälfte, in der Waadt knapp 5 Franken, in Bern 3 Franken. Mit dem Gegenvorschlag des Regierungsrats würde dieser Betrag auf 43 Franken pro Person und Jahr erhöht, womit Basel alle Kantone weit hinter sich lässt, mehr als das Vierfache als Zürich, mehr als das 12-fache als Bern, wir würden alle Kantone weit hinter uns lassen, ausser Genf, die sind noch etwas höher, wobei dort beträchtliche Beiträge direkt an die dort ansässigen grossen internationalen Organisationen geleistet werden. Das sind grossmehrheitlich strukturelle Beiträge, nicht direkt zu vergleichen mit der Entwicklungszusammenarbeit. Und das, meine Damen und Herren, mit dem Gegenvorschlag des Regierungsrates, der, wie schon ausgeführt, nahezu eine Verdoppelung der Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit in Basel-Stadt ermöglichen würde. Der andere Gegenvorschlag der Regiokommission, der auf mehr als eine Vervierfachung hinausläuft, schiesst hier weit über das Ziel hinaus und, ich wiederhole das nochmals, ist finanzpolitisch nicht verantwortbar.

Der Regierungsrat legt Ihnen einen stimmigen, den finanzpolitischen Realitäten der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen angemessenen Gegenvorschlag vor, der Ihnen, der dem Grossen Rat auch in Zukunft die Hoheit über die kantonalen Ausgaben voll überlässt. Der Regierungsrat hält deshalb an seinem Gegenvorschlag fest und beantragt dem Grossen Rat entsprechend den Erlass des Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung gemäss dem Bericht und Ratschlag vom 10. April 2024.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Cramer, es gibt zwei Zwischenfragen. Werden diese entgegengenommen? Sie werden entgegengenommen. Erste Zwischenfrage ist von Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Herzlichen Dank für die Annahme der Zwischenfrage und ihre Ausführungen. Meine Frage wäre, in der Vernehmlassung haben alle Teilnehmenden sich geäussert, dass der Regierungsvorschlag viel zu wenig weit geht, was die finanzielle Ausstattung für die Entwicklungszusammenarbeit angeht. Warum hat der Regierungsrat trotzdem daran festgehalten, wenn doch alle Teilnehmenden dies wünschen und auch die Initiative das eigentlich auch fordert?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Aufgabe des Regierungsrates ist es, dem Grossen Rat finanzpolitisch angemessene Vorlagen zu unterbreiten, die auch der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen gerecht werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage ist von Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Herr Regierungspräsident, wir sind ja nicht nur ein Kanton, wir sind auch eine Stadt. Würde die Redlichkeit nicht gebieten, wenn man vergleicht, nicht nur Vergleiche auf Kantonsebene anzustellen, sondern auch die die städtischen Finanzierungen miteinzubeziehen?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Selbstverständlich und deshalb sind alle Zahlen, die ich Ihnen genannt habe bezüglich der anderen Kantone, namentlich Zürich, Bern und Waadt, sind Vergleiche auf Kantons- und kommunaler Ebene.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich spreche für die Fraktionen Mitte-EVP und GLP. Am 29. April titelte die Basler Zeitung «Schock in der Schweizer Entwicklungshilfe, 100 Millionen weg, 1000 Mitarbeitende entlassen». Gemäss einer ersten Bilanz von Schweizer NGOs nach den Kürzungen der Entwicklungsgelder der Schweiz, einiger anderer europäischer Länder und den USA schrumpfen die Budgets der Schweizer Hilfsorganisationen dieses Jahr um 100 Millionen Franken. Von den Kürzungen seien schätzungsweise 3,7 Millionen Menschen weltweit betroffen. Zudem würde es bei NGOs vor allem im Ausland voraussichtlich zu 1000 Entlassungen kommen. Vor diesem Hintergrund besprechen wir heute die 1 %-Initiative und den Gegenvorschlag.

Vor vier Jahren reichte das Initiativkomitee, in welchem ich Mitglied bin, die 1 %-Initiative ein. Diese fordert, dass der Kanton Basel-Stadt 0,3 bis 1 Prozent der Steuereinnahmen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit ausgibt. Aktuell wenden wir nur 0,08 Prozent dafür auf. Der Regierungsrat beantragte dreimal eine Fristverlängerung, bis er im April 2024 einen Gegenvorschlag präsentierte. Bisher wurden jährlich 4,365 Millionen Franken für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben. Neu sieht der Regierungsrat in seinem Gegenvorschlag 8 Millionen vor. Dies entspricht nicht einmal dem Minimalbetrag der Initiative. Diese forderte mindestens 0,3 Prozent der Steuereinnahmen, was beim Zeitpunkt der Einreichung der Initiative 8,5 Millionen Franken entsprachen. Es war eigentlich eine gute Sache, dass der Regierungsrat im Sommer 2023 eine Vernehmlassung zum provisorischen Gegenvorschlag durchführte. Allerdings ignorierte er sämtliche Vernehmlassungseingaben in der Ausarbeitung des definitiven Regierungsgegenvorschlags.

Wir danken der Regiokommission, die an ganzen zehn Sitzungen die Initiative beraten und in Diskussion mit dem Initiativkomitee schliesslich einen guten Gegenvorschlag ausgearbeitet hat. Dieser geht weiter als der Regierungsgegenvorschlag und kommt den Forderungen der 1 %-Initiative deutlich näher. Der Finanzierungsmechanismus basierend auf 0,7 Prozent der durchschnittlichen direkten Steuereinnahmen natürlicher und juristischer Personen der letzten vier Jahre hält den administrativen Aufwand gering und bedeutet Planungssicherheit für die gemeinnützigen Organisationen der internationalen Zusammenarbeit. Wir als Grosser Rat können also alle vier Jahre die Finanzierung mit einer Rahmenausgabenbewilligung genehmigen und allenfalls mit Änderungsanträgen Einfluss nehmen.

Die Regiokommission wählte bewusst die Formulierung «orientiert sich an 0,7 Prozent». Damit wurde festgehalten, dass der Regierungsrat grundsätzlich 0,7 Prozent der Steuererträge vorsehen soll, gleichzeitig aber in begründeten Fällen geringfügig von der Vorgabe abweichen kann. Wir fordern vom Regierungsrat, dass er sich bei der vierjährlichen Rahmenausgabenbewilligung grundsätzlich an diese 0,7 Prozent hält und nur in einer finanziell schwierigen Lage den Betrag senkt. Im vorliegenden Gegenvorschlag der Regiokommission ist aber auch eine Ausnahmeklausel drin. Sollte es dem

Kanton zukünftig finanziell schlechter gehen, kann die Rahmenausgabenbewilligung bis auf 0,3 Prozent der Steuereinnahmen gekürzt werden.

Der Regierungsgegenvorschlag will auch soziale Kooperationen, wie diejenigen mit Abidjan, Sahab und Rumänien teilweise die Beträge an Institutionen wie das Swiss TPH und swisspeace sowie Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz in das Budget für Entwicklungszusammenarbeit integrieren. Diese inhaltliche Ausweitung der Entwicklungszusammenarbeit macht Sinn. Hingegen hat die Regiokommission abweichend vom Regierungsgegenvorschlag die Soforthilfe, also Gelder für aussergewöhnliche humanitäre Notlagen im Ausland, aus den Gesamtausgaben für die internationale Zusammenarbeit rausgenommen. Diese sollen sinnvollerweise wie bisher entweder über den Swisslos-Fonds oder über das Kompetenzkonto des Regierungsrats abgewickelt werden, nötigenfalls auch mit einem Nachtragskredit. Denn würden die Mittel für die nicht vorhersehbaren und entsprechend auch nicht budgetierbaren Soforthilfen über die Rahmenausgabenbewilligung für die internationale Zusammenarbeit finanziert, würden weniger Mittel im betreffenden Jahr für Projekte und Programme zur Verfügung stehen und sich negativ auf die Planungssicherheit der Akteure der internationalen Zusammenarbeit auswirken.

Was gleich bleibt wie bisher, ist, dass eine Expertenkommission alle Gesuche um Förderbeiträge für Projekte und Programme prüft und genehmigt. Die bisher ehrenamtlich tätigen Kommissionsmitglieder werden neu mehr Arbeit haben und deshalb finanziell entschädigt werden. Weiterhin sollen lokale, also Schweizer NGOs, zum Zug kommen, die Mittel möglichst effizient eingesetzt werden und die Hilfe bei den Begünstigten ankommen.

Den Änderungsantrag der FDP lehnen wir ab. Dieses Thema wurde in der Regiokommission intensiv diskutiert und wir sind wie die Kommissionsmehrheit der Meinung, dass eine Untergrenze von 0,3 Prozent sinnvoll ist. Diese Untergrenze betrifft die Rahmenausgabenbewilligung und dieses Geld wird nur ausgegeben, wenn auch genügend Projekte und Programme vorliegen, die sich bewerben und die Qualitätskriterien erfüllen.

Wie Sie bereits informiert worden sind, wird das Initiativkomitee die Initiative zurückziehen, wenn der Kommissionsgegenvorschlag durch den Grossen Rat ohne Änderungen angenommen wird. Bei der Initiative selber sind wir offen. Ein Teil der Mitte-EVP wird ihr zustimmen, ein anderer Teil lehnt sie ab, weil wir nun einen guten Gegenvorschlag der Regiokommission haben.

Ich bitte Sie nun im Namen der Mitte-EVP und der GLP-Fraktion, den vorliegenden Gegenvorschlag der Regiokommission und die Rahmenausgabenbewilligung für internationale Zusammenarbeit 2026 bis 2029 zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion BastA hat Brigitta Gerber das Wort.

Brigitta Gerber (BastA): BastA unterstützt den Gegenvorschlag zur Initiative der Regiokommission und hält ihn wirklich auf weiten Strecken für sehr gelungen. Herr Hochuli hat das jetzt gerade profund und detailliert auseinandergenommen, ich verdanke das und werde mich da nicht wiederholen.

Ich möchte aber trotzdem nochmal darauf verweisen, dass die internationale Entwicklungszusammenarbeit wirklich weltweit in den letzten Monaten unter dem neurotischen Agieren dieses amerikanischen Präsidenten leidet. Das letzte Beispiel in diesem Bereich ist die USAID-Schliessung. Die Situation ist gerade auch durch diese Schliessung für die vulnerablen Menschen nochmals gravierend verschärft worden. Ich kann Ihnen ein direktes Beispiel geben dazu: Ich bin Präsidentin der Terre des Hommes Schweiz und hier haben wir beispielsweise über 20 Partnerorganisationen vor Ort, die unter dem Wegfall der USAID-Unterstützung sehr betroffen sind und wie das genau aussieht, ist zum Beispiel der Abbruch der HIV-Unterstützung von USAID, der jetzt nicht mehr geleistet werden kann. Der trifft natürlich gerade jene, die in den letzten Jahren gestützt werden konnten und einigermassen stabilisiert ihre Familien unterstützen konnten. Dies heisst natürlich jetzt oder bedeutet für die Situation der Kinder und Jugendlichen, dass die HIV infizierten Eltern nun besonders getroffen werden und dass sie in diesem Sinne wirklich den Boden unter den Füssen entzogen bekommen und die Eltern wahrscheinlich früher verlieren. Das ist so bei dieser Krankheit.

TDH und ihre Organisationen sind intensiv bemüht, alternative Stützen zu finden, auch andere natürlich. Die Schweiz-Unterstützung wurde im letzten Dezember, Sie haben es auch erwähnt, zudem ebenfalls gesenkt und zwingt die Hilfsorganisationen, im laufenden Jahr 10 Prozent der Kürzungen vorzunehmen in ihren Projekten, was auch nicht gerade einfach ist, das kennen Sie auch aus anderen Bereichen.

Wir, die BastA, sehen die 1 %-Initiative als einen wichtigen Schritt, Verantwortung in Krisenzeiten für die von Armut betroffenen und benachteiligten Menschen zu übernehmen. Denn weniger Mittel in der heutigen Zeit heisst auch, auf das Engagement gerade in den Bereichen Menschenrechte und Friedensförderungen in der heutigen Situation zu verzichten. Das sollte uns einiges wert sein, das möchte ich dazu wirklich nochmal in Richtung Regierung sagen. Eine entsprechende gesetzliche Grundlage würde zudem hier Planungssicherheit geben und wertvolle Zusammenarbeit unterstützen.

Deshalb werden wir für den Gegenbericht stimmen, aber auch die Initiative noch aufrechterhalten, vor allem weil dieser Vorstoss der FDP hier im Raum steht. Der FDP-Vorstoss ist unserer Ansicht nach abzulehnen, dieser würde nur den Rückzug der Initiative verhindern. Ich denke und wir denken, dass der Vorschlag der Regiokommission wirklich interessant ist. Sie haben sich viel Mühe gegeben und breit evaluiert und es sollte nicht verhindert werden, dass dieser jetzt in Umsetzung kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP das Wort hat Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Nicht alles, was wünschbar ist, ist leider machbar. Die LDP lehnt diese Initiative ab. Wir müssen da sorgfältig und pfleglich mit Steuergeldern umgehen. Diese Initiative würde die kantonale Entwicklungshilfe von heute immerhin schon 4,4 Millionen pro Jahr verachtfachen. Auch der Gegenvorschlag der Regiokommission, der 19,5 Millionen für Entwicklungshilfe anwenden will, geht uns viel zu weit. Es ist finanziell schlicht nicht verantwortbar, den heutigen Betrag gemäss Regiokommission zu vervierfachen. Kommt dazu, dass dieser Gegenvorschlag der Regiokommission noch weniger Spielraum zulässt als die Initiative.

Mit dem Gegenvorschlag des Regierungsrates werden künftig 8 Millionen für Entwicklungshilfe zur Verfügung stehen, was immer noch eine satte Verdoppelung des heutigen Betrages bedeutet. Das ist für uns vernünftig und massvoll und damit hat der Regierungsrat Augenmass bewiesen. Und als letztes kommt dazu, was schon der Regierungspräsident erwähnt hat, die Entwicklungshilfe ist eindeutig Sache des Bundes und nicht der Kantone. Es kann wirklich nicht sein, dass wir hier die Sparmassnahmen, so traurig das ist, des Bundes einfach ausgleichen.

Die LDP-Fraktion lehnt deshalb diese Initiative und den Gegenvorschlag der Regiokommission ab und unterstützt den massvollen Gegenvorschlag des Regierungsrates. Eventualiter unterstützen wir den Änderungsantrag der FDP.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Grüne/jgb ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Rund ein Jahr lang hat die Regiokommission dieses Geschäft zur internationalen Zusammenarbeit beraten und das an zehn Sitzungen. Ich gebe zu, aus meiner Sicht wäre eine raschere Behandlung auch wünschenswert gewesen, aber wenn ich das Schlussresultat anschaue, denke ich, hat es sich gelohnt, diese Arbeit zu leisten.

Die Regiokommission hat sich von Anfang an ein Ziel gesetzt, wir wollten Ihnen eine kompromissfähige Vorlage präsentieren, auch im Wissen, dass bei einer Annahme der Initiative noch viel Arbeit und Diskussion auf uns zugekommen wäre. Wir haben uns die Zeit jetzt genommen, wir haben viele Hearings gemacht, wir haben mit den Stakeholdern diskutiert, wir haben innerhalb der Kommission auch sehr oft diskutiert. Das ging hin und her, das kann ich Ihnen sagen. Ohne jetzt in die Details zu gehen, kann ich aber auch berichten, dass der Kompromiss zeitweise wirklich auf der Kippe stand. Wir mussten da mehrere Schlaufen fahren und uns wiederfinden in den Diskussionen und schlussendlich hat es doch geklappt und ich bin auch ein wenig stolz darauf, was wir hier geschafft haben. Wenn wir jetzt den «Chrüzlistich» anschauen, bin ich ein wenig überrascht ob dem Votum der LDP. Ich sehe da ein Plus beim Gegenvorschlag, aber sei es so, da scheint noch eine gewisse Dynamik in den letzten Tagen entstanden zu sein.

Nun noch jetzt zum Kompromiss selber. Wie es Kompromisse so an sich haben, ist man nie zu 100 Prozent einverstanden und man muss halt etwas drangeben. Trotzdem kann unsere Fraktion Grüne/jgb dem Gegenvorschlag der Kommission vorbehaltlos zustimmen. Denn die Kommission hat den Gegenvorschlag des Regierungsrats deutlich verbessert. Dieser schuf zwar eine wirklich gute gesetzliche Grundlage für die internationale Zusammenarbeit, die wir als Kommission auch quasi unisono so übernehmen. Es fehlt aber, das wurde jetzt schon mehrfach erwähnt, jeglicher Mechanismus zur Bestimmung der Höhe der Beiträge an die IZA und dies, und das wurde auch schon erwähnt, war eigentlich auch die Forderung von allen, die an der Vernehmlassung teilgenommen haben, dass die massiv erhöht werden gegenüber dem Vorschlag des Regierungsrates und da wurde einfach nicht darauf gehört, was wir sehr stossend finden.

Mit dem Gegenvorschlag wird nun 0,7 Prozent des Steueraufkommens des Kantons als Richtwert eigentlich eingeführt und wir stehen hinter dieser Zahl, denn damit wird der Initiative unserer Meinung nach wirklich Rechnung getragen, die einen Bereich von 0,3 bis 1 Prozent fordert. Diese Zahl stellt eine substanzielle Erhöhung der Gelder von jährlich rund 20 Millionen Franken in Aussicht, um Hilfe und Unterstützung vor Ort zu leisten, wo es nötig ist. Es wurde auch schon von anderen erwähnt, die nun hoffentlich beschlossenen Gelder, die sind auch dringend nötig und Basel-Stadt würde damit der Verantwortung als Kanton mit global operierenden Unternehmen auch besser Geltung geben. Es ist ein wichtiges Signal, dieser Gegenvorschlag, diese Erhöhung dieser Gelder. Sie haben es auch schon gehört, der Bund, der will die Gelder

streichen oder kürzen und die neue Regierung in den USA, Sie wissen es, es ist verheerend für die NGOs, das hat auch schon Brigitta Gerber sehr gut ausgeführt.

Ich möchte hier nochmals betonen, für unsere Fraktion Grüne/jgb sind die 0,7 ein Minimum, das ein wirklich vernetzter Wirtschafts- und Finanzstandort wie Basel-Stadt leisten sollte in die internationale Zusammenarbeit. Wir hätten uns zum Beispiel bei der kürzlichen Diskussion um die Verwendung der zusätzlichen OECD-Steuergelder auch vorstellen können, dass da noch ein zusätzlicher Fonds für die IZA geschaffen wird und diese Gelder dann zu verwenden. Dies ist ja leider nicht der Fall, das wissen wir alle, und wir werden es auch jetzt am Sonntag sehen, wie dann das Stimmvolk darüber entscheidet.

Das Prinzip, dass alle Aufwendungen der Verwaltung für die Organisation der IZA dann auch noch in das Budget reingenommen wird, das fanden wir jetzt nicht die glorreiche Idee. Wir können das aber im Sinne des Kompromisses mittragen. Ich will nur daran erinnern, kennen Sie sonst ein Beispiel bei den Staatsbeiträgen an Kulturunternehmen zum Beispiel, dass da die Verwaltungsaufwände damit reingerechnet werden? Es ist ein bisschen absurd, aber wie schon gesagt, im Sinne des Kompromisses tragen wir das natürlich mit. Und auch die Verwendung der Mittel, die sollen natürlich effizient verwendet werden und auch dort ankommen, wo sie ankommen sollten, das heisst, bei den Direktbetroffenen. Daher begrüssen wir auch die Formulierung des Regierungsrates in diesem Gesetz, das können wir nahtlos einfach auch so akzeptieren.

Das Misstrauen gegenüber der Lauterkeit der NGO, da haben wir teilweise auch ein bisschen gestaunt, aber ich will da nicht allzu fest die Diskussion der Kommission wiedergeben. Aber natürlich unterstützen wir auch im Sinne des Kommissionskompromisses, dass externe Revisionen möglich sein sollen auf Verdacht hin und stichprobenartig. Wir finden auch, dass der hier gewählte Mechanismus von der Kommission sinnvoll ist.

Der nächste Punkt wurde auch schon erwähnt, die Diskussion, wie gehen wir mit diesem Prozentsatz um, wenn es dem Kanton weniger gut gehen sollte als in der aktuellen Zeit. Wir können die Bedenken da sehr gut nachvollziehen, aber in unserem Sinne, IZA, das ist Investition und gerade in schlechten Zeiten sollte man die Investitionen nicht vergessen, weil Investitionen sind Dinge, die man tut, damit es einem nachher besser geht. Von dem her, 0,3 Prozent ist für uns das absolute Minimum, darum werden wir auch den Antrag der FDP-Fraktion ablehnen. Ich möchte auch daran erinnern, wenn die 0,3 weg sind, dann gefährden Sie unter anderem vielleicht auch Gelder, die an das Swiss TPH gehen. Swiss TPH ist eine lokale Organisation. Herr Cramer hat erwähnt, dass ein grosser Teil der Gelder des Kantons Genf an lokale Organisationen geht, das ist in Basel-Stadt nicht 100 Prozent anders. Also viele Gelder werden dann in lokal ansässige NGOs gehen, das sind auch Arbeitsplätze, die hier in der Region bleiben und sinnvoll sind.

Die Fraktion Grüne/jgb stimmt also dem Kompromiss der Regiokommission geschlossen zu. Wir beantragen auch, dass die Initiative, solange sie noch nicht faktisch zurückgezogen ist, wir gehen auch davon aus, sie wird zurückgezogen, es wurde auch schon versprochen, aber falls es doch noch zu einem Referendum kommen sollte, wollen wir trotzdem noch der Initiative die Stange halten. Wie schon erwähnt, werden wir den Änderungsantrag der FDP-Fraktion und natürlich auch den Änderungsantrag des Regierungsrates ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die FDP das Wort hat Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Gesetzesvorschlag des Regierungsrates gut und richtig wäre. Es zeichnet sich aber relativ rasch ab, dass dieser Vorschlag im Parlament keine Chance hat. Wir haben uns deshalb zähneknirschend darauf geeinigt, in der Kommissionsberatung aktiv mitzuwirken. Wir empfehlen Ihnen heute, die Initiative abzulehnen und dem Gesetzesvorschlag zuzustimmen, unter der Bedingung, dass unser Änderungsantrag angenommen wird. Wir diskutieren heute nicht darüber, ob die Entwicklungshilfe notwendig und richtig ist, sondern nur das wie und das wie viel. Was sind unserer Meinung nach die entscheidenden Punkte und Werte in diesem Gesetzesvorschlag?

1. Die Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit sollen von heute 4,4 Millionen auf 8 Millionen gemäss Regierungsrat, 19,5 Millionen gemäss Gesetzesvorschlag und 27,9 Millionen gemäss der Initiative gesteigert werden. Wir sind der Meinung, dass bereits eine Verdoppelung des aktuellen Betrages gemäss Antrag Regierungsrat eine beachtliche Steigerung ist. Die bereits gesprochenen wie allenfalls neuen Beiträge für die internationale Zusammenarbeit inklusive der Kosten der eigenen Verwaltung, der externen Revisionen, der KIZ sind integraler Bestandteil des gemäss des neuen Gesetzes festgelegten maximalen Finanzrahmens. Die verfügbaren Mittel sind nach oben und nach unten begrenzt. Wir von der Fraktion FDP wollen aber die Untergrenze ändern und streichen. Ich komme darauf zurück.

2. Mindestens 85 Prozent der gesprochenen Beträge müssen bei den Endbegünstigten ankommen. Auch dazu mehr später.

3. Um die Qualität und die Finanzflüsse überwachen zu können, muss es möglich sein, externe Revisionen anzuordnen.

4. Die Kommission für Internationale Zusammenarbeit hat keine Entscheidungsbefugnis, sondern kann nur Empfehlungen machen. Entschieden wird gemäss der kantonalen Kompetenzordnung. Die KIZ hat aber eine klare Aufsichtspflicht.

Lassen Sie mich auf einzelne Punkte im Detail eingehen. Zurück zu den Finanzen. Das vorgeschlagene Gesetz setzt einen klaren Finanzrahmen, der vorgibt, dass maximal 0,7 der durchschnittlichen direkten Steuererträge natürlicher und juristischer Personen der letzten vier Jahre budgetiert werden müssen. Darin enthalten sind alle bereits gesprochenen Beiträge für die internationale Zusammenarbeit, auch diejenige an das Tropeninstitut. Aus diesem Budget sind auch sämtliche Kosten des Kantons im Zusammenhang mit dieser Aufgabe zu finanzieren. Im Speziellen sind dies die Kosten für die eigene Verwaltung, wie etwa das eigene Personal, die Kosten für die KIZ und all diejenigen Beiträge für externe Revisionen. Es ist schade, dass die Kommission Beiträge der Gemeinden nicht auch als Bestandteil des Budgetrahmens aufnehmen wollte.

Sollte das Parlament aus eigener Initiative neue Projekte anstossen oder Bestehende ausweiten, dann fallen diese in den gesetzten maximalen Rahmen. Lassen Sie mich ein mögliches Beispiel machen. Sollte der Betrag für das Tropeninstitut von heute einer Million ausgeweitet werden, wird der maximal verfügbare Beitrag für die internationale Zusammenarbeit nicht ausgeweitet, sondern reduziert das verfügbare Budget für die IZA. Das Gesetz hält weiter fest, dass vom vorgegebenen Budgetrahmen abgewichen werden kann, falls der Kanton finanzielle Schwierigkeiten hat. Das Gesetz macht dies abhängig von der Nettoschuldenquote und allfälligen Defiziten.

Gemäss der Kommission sind die 0,7 Prozent Plafond eine Budgetierungspflicht, jedoch nicht eine Ausgabenpflicht. Das Geld wird nur dann ausgegeben, wenn die entsprechenden Projekte die Qualitätsanforderungen und auch die Finanzanforderungen erfüllen. Gleichzeitig wird aber eine Mindestausgabe im Gesetz festgehalten. Es fordert, dass mindestens 0,3 Prozent ausgegeben werden müssen. Diese Verpflichtung per Gesetz könnte dazu führen, dass Gelder an Projekte vergeben werden, welche die Qualitätsanforderung oder die 15 Prozent Admin-Kostengrenze nicht erfüllen. Wir möchten dieses Risiko nicht eingehen. Zudem wird die Kompetenz des Regierungsrates und des Grossen Rates massiv eingeschränkt.

Deshalb unser Änderungsantrag: Mindestens 85 Prozent der Mittel für die Endbegünstigten. Was heisst das? Leider wollte die Kommission nicht, dass die 85 Prozent im Gesetz festgehalten werden, hält aber, wie übrigens der Regierungsrat, fest, dass dies einzuhalten ist und nur in begründeten Ausnahmefällen davon abgewichen werden kann. Was aber heisst das konkret? In jedem Projektvertrag, der die Verwaltung mit einem Partner abschliesst, muss in Zukunft diese Regelung aufgenommen werden. Der Partner und alle seine Subkontrahenten zusammen dürfen nicht mehr als 15 Prozent für die Administration ausgeben. Das heisst, dass auch der Partner seinen Unterkontrahenten vertragliche Vorgaben zu den maximalen Admin-Kosten vorschreiben muss.

Organisationen für die internationale Zusammenarbeit sind genauso wie privatwirtschaftliche Tätigkeiten Problemen wie etwa der Korruption ausgesetzt. Hier unterscheiden sich NGOs und Konzerne nicht. Für die FDP-Fraktion ist es klar, dass für die NGOs die gleichen Massstäbe angesetzt werden müssen wie für Konzerne. Die Vorgaben der Konzernhaftung sollen auch für die NGOs gelten. Deshalb ist es zwingend, dass externe unabhängige Revisionen die Qualität prüfen und die Finanzflüsse über die ganze Lieferkette durchleuchten können. Dies selbstverständlich nur bei Verdachtsmomenten. Auslöser zu Revisionen, die der Regierungsrat in Auftrag geben wird, können die Verwaltung selbst, die Ombudsstelle, die KIZ oder eine Grossratskommission sein. Auch hier wird die Verwaltung verpflichtet, in ihren Verträgen mit den Partnerfirmen festzuhalten, dass externe Revisionen beim NGO und allen involvierten Subkontrahenten möglich sein müssen und diese nicht verweigert werden können.

Eine Schlussbemerkung. Sollte die Initiative nicht zurückgezogen werden und diese vom Volk angenommen werden, wird sich in diesem Gesetz nur eine einzige Zahl ändern. Der Maximalbetrag wird von 0,7 auf 1 Prozent geändert, alle anderen Paragraphen im Gesetz würden gleichbleiben. Zum Änderungsantrag melde ich mich später noch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Bolliger. Wird diese entgegengenommen? Sie wird entgegengenommen.

Oliver Bolliger (BastA): Vielen Dank für die Entgegennahme meiner Zwischenfrage. Was ich wirklich nicht ganz verstehe, wie begründen Sie mir Ihren Antrag, den Mindestbeitrag hier zu streichen bei der Entwicklungshilfe und im Gegensatz beim OECD-Standortpaket den da reinzulassen? Das sind doch ganz verschiedene Welten und Beträge.

Erich Bucher (FDP): Wenn ich richtig verstanden habe, stellen Sie in Frage, wieso die 0,3 Untergrenze gestrichen werden soll. Ist das richtig? Sorry, dann jetzt zur Antwort. Die Untergrenze ist eine Ausgabenverpflichtung gemäss Gesetz, die 0,7 sind nur eine Budgetierungsvorgabe. Das ist der wesentliche Unterschied.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Ich freue mich, dass wir heute über dieses Gesetz reden und ich namens der SP-Fraktion auch darlegen kann, warum wir uns für diesen Gegenvorschlag und auch für die Initiative aussprechen.

Mit diesem Gesetz, über das wir heute reden und auch über die Rahmenausgabenbewilligung, können wir als Kanton einen wichtigen Schritt machen in der internationalen Zusammenarbeit, in der Entwicklungszusammenarbeit und deshalb freue ich mich auch, dass wir nach dieser doch sehr langen und sehr intensiven Beratung in der Regiokommission heute hier an diesem Punkt sind. Wir haben, und das haben wir schon mehrmals gehört, in der Regiokommission sehr intensiv diskutiert. Es wurde bereits mehrfach ausgeführt, in welchen Teilaspekten wir auch als Kommissionsmitglieder nicht immer ganz einer Meinung waren. Ich freue mich aber, dass wir heute hier über einen Kompromiss reden können und deshalb werde ich nicht mehr auf alle diese einzelnen Details eingehen, weil der Kompromiss, das, was hier heute vorliegt, ist ein wichtiger Beitrag und über den möchte ich jetzt sprechen.

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe sind heute wichtiger denn je, aus sozialen, ökologischen und auch aus politischen Gründen. Weltweit leben hunderte Millionen Menschen in extremer Armut, oft ohne Zugang zu sauberem Wasser, Ernährung, Bildung, Gesundheitsversorgung oder zu sicheren Lebensbedingungen. Kriege und Krisen führen dazu, dass mehr Menschen bedroht sind und um ihr Überleben kämpfen müssen. Die aktuellen geopolitischen Spannungen und die Bilder, die uns zurzeit tagtäglich, insbesondere aus Gaza, erreichen, sind kaum aushaltbar. Globale Krisen wie Pandemien treffen den globalen Süden oft am härtesten, genauso wie auch die Auswirkungen des Klimawandels. Die Krisen nehmen also zu, werden stärker und treffen die ärmsten Regionen und Menschen, obwohl diese deutlich geringere Emissionen beispielsweise als die Schweiz verursachen.

Wir können als Basel nun einen wichtigen Beitrag leisten, um dieses Leid hoffentlich zumindest einen Teil zu lindern und wir sollten dies in einer Zeit tun, wo sich, und das haben wir auch schon gehört, Bund, Gemeinden, Städte aus der Verantwortung nehmen und wo USAID eingestellt wird und die internationale Solidarität dadurch schmerzhaft auf die Probe gestellt wird. Das Anliegen der Initiative ist deshalb zurzeit noch wichtiger als zur Sammelphase, weshalb ich mich an dieser Stelle auch nochmal ganz herzlich beim Initiativkomitee bedanken möchte. Und an dieser Stelle auch nochmal herzlichen Dank an die Regiokommissionskolleg*innen, mit denen wir in diesem letzten rund fast einem Jahr so intensiv nun an diesem Gegenvorschlag gearbeitet haben, der eine solide Grundlage für die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit des Kantons bildet.

Der Kompromiss vereint verschiedene positive Aspekte und auf einige dieser sehr positiven Aspekte möchte ich nun kurz eingehen. Zum einen, diesen Richtwert von 0,7 Prozent der kantonalen Steuereinnahmen natürlicher und juristischer Personen. Durch diesen fixen Richtwert wird Verbindlichkeit geschafft, es wird Planungssicherheit geschafft, zum einen für die Organisationen, die wissen, in welchem Rahmen sie diese Fördergelder auch beantragen können, und zum anderen aber auch für die ganze Organisation, die IZA-Kommission, die Verwaltung, etc. Die 0,7 Prozent orientieren sich zudem auch an internationalen Vorgaben oder Empfehlungen und wir haben es ebenfalls gehört, Kantone und Städte wie Genf oder Zürich setzen diese bereits um. Die Festlegung der Untergrenze von 0,3 Prozent für den Fall schwieriger finanzieller Lagen des Kantons sorgt ebenfalls für Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Die Ausnahmeklausel stellt zudem sicher, dass der finanziellen Lage im Kanton Rechnung getragen wird.

Wir sehen als SP also auch die Vorteile der aktuellen Regelung und werden folglich auch den Änderungsantrag der FDP ablehnen. Ein weiterer Vorteil ist, dass wir die Rahmenausgabenbewilligung stufenweise vorsehen im vorliegenden Ratschlag. Wir haben da eine stufenweise Erhöhung vorgesehen bis zum Jahr 2029, wo dann eigentlich der Zielwert erreicht wird. Dadurch können wir auch sicherstellen, dass sich der Prozess entwickeln kann, dass sich die Verwaltung, die Kommission, etc. darauf einstellen können und dieser Betrag kontinuierlich erhöht wird.

Gerade noch ein Wort zur IZA-Kommission. Wir haben diese auch angehört im Rahmen der Beratung des Geschäfts und da wurde deutlich, dass es auch wichtig ist, dass die IZA-Kommission mit entsprechenden Ressourcen und Unterstützung ausgestattet wird. Die IZA-Kommission, auf die wird mehr Arbeit zukommen, wenn wir dieses Gesetz dann heute verabschieden, und das ist einfach wichtig, dass dem auch Rechnung getragen wird.

Ebenfalls ein sehr wichtiger Punkt aus Perspektive der SP ist die Verankerung der humanitären Soforthilfe im Gesetz, aber eben nicht bei den Finanzbeiträgen. Das schafft Planungssicherheit bei den langfristigen Projekten, ermöglicht es aber durch flexible Gefässe, wie beispielsweise den Swisslos-Fonds oder Nachtragskredite, dass auch wichtige Soforthilfe in Zukunft geleistet werden kann.

Die von der Regiokommission erarbeitete Gesetzesvorlage sowie auch die Rahmenausgabenbewilligung bildet einen hart erarbeiteten Kompromiss, den wir als SP-Fraktion begrüssen und sehr gerne mittragen. Der ausgewogene, verantwortungsbewusste und zukunftsfähige Weg der internationalen Solidarität des Kantons Basel-Stadt wird mit diesem Gesetz gestärkt. Es verbindet klare Zielsetzungen mit operativer Flexibilität und gibt dem Kanton Basel-Stadt ein glaubwürdiges Instrument zur Bekämpfung von globaler Armut und zur Förderung nachhaltiger Entwicklung.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen namens der SP-Fraktion die Annahme der Initiative sowie auch des Gegenvorschlags der Regiokommission und die Ablehnung des Änderungsantrags. Beim Stichentscheid werden wir uns als SP-Fraktion für den Gegenvorschlag aussprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Ich spreche maximal fünf Minuten. Das kann man aber auch Regierungspräsident Cramer verdanken, weil er eigentlich alles schon gesagt hat, weshalb man sowohl die Initiative wie auch sämtliche Gegenvorschläge hier ablehnen sollte.

Die Entwicklungshilfe ist Aufgabe des Bundes. Wir geben als Kanton trotzdem noch viel mehr Gelder als alle anderen Kantone und wollen jetzt das auch noch deutlich nochmals erhöhen. Es kann auch nicht die Aufgabe eines Kantons sein, hier für den Bund einzuspringen und es kann erst recht nicht die Aufgabe des Kantons sein, für die Trump-Regierung in Amerika einzuspringen. Meine Damen und Herren, wir sind hier ein kantonales Parlament und die Steuergelder sind auch für die kantonale Wohnbevölkerung anzuwenden. Dementsprechend sind wir nicht der Meinung, dass es hier eine Initiative oder einen Gegenvorschlag benötigt. Wäre hier auch der Regierungsrat konsequent gewesen, hätte auch er auf einen Gegenvorschlag verzichtet. Insgesamt erachten wir aber die Lösung des Regierungsrates als weniger weitgehend und auch der Abänderungsantrag der FDP können wir in einer Eventualabstimmung unterstützen. Wir werden aber am Ende des Tages sowohl Initiative wie auch Gegenvorschlag ablehnen.

Wir haben das schon gesagt, der finanzpolitische Aspekt ist sicherlich auch ein Ding. Was wir aber auch immer wieder in der Vergangenheit kritisiert haben, ist auch diese Vermischung Entwicklungshilfe, soziale Städtepartnerschaft, Städtepartnerschaft, wo geben wir jetzt was, wie viel. Hier hätte man, wenn man schon einen derartigen Mehrbetrag hier auch sprechen möchte, sich überlegen sollen oder müssen, ob wir vielleicht nicht die eine oder andere Städtepartnerschaft als Kompensation dafür dann halt einfach auch streichen und irgendwo dann auch ein Limit gesetzt ist.

Zudem sind wir auch nicht der Meinung, dass wir hier fixe Beträge sowohl in die Verfassung oder in ein Gesetz schreiben sollen. Das finden wir problematisch. Wir sind der Meinung, wir können als Kanton etwas geben, das haben wir ja in den letzten Jahren auch immer wieder gemacht, aber lieber individuell konkret, wie jetzt einfach hier eine fixe Zahl in ein Gesetz oder in eine Verfassung zu schreiben und sich dann diese Beträge deutlich erhöhen.

Es wurde jetzt auch in dieser Debatte das Thema Gaza erwähnt und hier habe ich auch eine sehr skeptische Haltung. Ich meine, es kann doch gar nicht sein, dass wir kantonale Entwicklungshilfe leisten, welche dann unmittelbar in die Bunker der Hamas fliessen. Es wurde jetzt auch in diesem Gesetz erwähnt, dass es eine Qualitätskontrolle gibt, aber das hat man viel zu wenig begutachtet, das hat man viel zu wenig kritisch hinterfragt. Hier gibt es viel zu viel Entwicklungshilfe auf der ganzen Welt, welche in illegale korrupte Regimes fliessen und da machen wir als SVP, insbesondere auf der kantonalen politischen Ebene nicht mit, wo es ohnehin nicht unsere zentrale Aufgabe ist. Das ist die Aufgabe des Bundes, hier hat auch der Bund ihre Experten, welche hier ein gutes Qualitätsmanagement vollbringen können, aber wir als Kanton haben diese Aufgabe nicht.

Dementsprechend bleiben wir hier sehr kritisch und lehnen sowohl Initiative wie auch Gegenvorschlag ab. In der Eventualabstimmung stimmen wir der Version des Regierungsrates zu und unterstützen den FDP-Antrag. Die Zwischenfragen nehme ich auch noch an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die erste Zwischenfrage ist von Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Pascal Messerli, weil es jetzt schon mehrfach genannt wurde, ist Ihnen bewusst, dass Herr Trump nach Einreichung der Initiative gewählt worden ist und auch die Kürzung der DEZA-Gelder erst nach Einreichung der Initiative beschlossen worden ist?

Pascal Messerli (SVP): Ja, das ist mir bewusst, aber es wurde auch heute als Argument von anderen Fraktionssprechern verwendet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage ist von Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Pascal Messerli, die SVP-Leitung sagt sonst immer, man soll vor Ort helfen und jetzt sind Sie auf einmal gegen alles. Was ist jetzt die Lage? Möchten Sie helfen oder gar nicht?

Pascal Messerli (SVP): Wir sind nicht gegen gar nichts, aber die Entwicklungshilfe ist Aufgabe des Bundes und wir geben auch jetzt als Kanton nicht nichts, sondern wir geben etwas. Wir sind gegen diese Erhöhung, das ist ein grosser Unterschied.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Zuerst einmal möchte ich meinen ausdrücklichen Dank dem Kommissionspräsidenten, der Gesamtkommission und auch dem Kommissionssekretär zukommen lassen. Wir haben lange und intensiv gerungen. 9 von 13 Kommissionsmitglieder haben dem vorliegenden Beschluss zugestimmt, nur drei haben ihn abgelehnt und ich denke, wir sind auch bei den drei Ablehnenden durchaus auf einige Argumente eingegangen.

Wenn man sagt, dass dieser Gegenvorschlag gleich sei wie die Initiative, so stimmt dies nur bedingt, denn abgesehen davon, dass der Höchstbetrag gesenkt ist, hat dann sicher doch dazu durchgerungen, sehr viele Beträge, die im Zusammenhang mit der globalen Solidarität geleistet werden, solidarische Städtepartnerschaften und anders, in diesen Betrag zu inkludieren. Von dort her gab es da durchaus auch ein erhebliches Entgegenkommen seitens der Linken in der Kommission, das möchte ich auch betonen. Die Hauptbotschaft dieses Kommissionsbeschlusses ist klar, Basel steht zu seiner globalen und humanitären Verantwortung.

Was das Argument anbelangt, die Entwicklungszusammenarbeit sei Sache des Bundes, wenn man dieses Argument so apodiktisch vorträgt, dann muss man sich einfach bewusst sein, dass man mit diesem gleichen Argument auch fordern könnte, und das wäre die logische Forderung, sämtliche Beiträge der kantonalen Entwicklungszusammenarbeit per sofort abzuschaffen, da es ja Sache des Bundes ist. Das ist eine Frage, die durchaus unterschiedlich betrachtet werden kann. Es ist auch so, dass es verschiedene Kantone gibt oder Städte, die momentan über Erhöhungen nachdenken, im Falle Zürich, die es unter anderem bereits beschlossen haben.

Ich möchte auch an den Kontext erinnern dieser Abstimmung. Die Beträge, über die wir hier sprechen, sind doch verglichen unter anderem mit dem, was wir momentan beim Standortpaket diskutieren, relativ bescheiden. Sie haben eine gewisse Wichtigkeit, aber es ist klar, dass es in dieser Diskussion auch eine grundlegende Kritik gab oder gibt, dass wir unsere globalen humanitären Verantwortung vielleicht etwas zu wenig wahrnehmen. Ich denke, man kann mit einem gewissen Stolz sagen, das macht Basel auch, auch im Rahmen des Gegenvorschlags zum Standortpaket, aber es macht es eben auch durch ein klares Zeichen am heutigen Tag für die Erhöhung der bereitstehenden Mittel.

Dabei ist natürlich klar, dass das Minimum von 0,3, damit man zumindest in schlechten Zeiten diese Entwicklungszusammenarbeit auf Sparflamme weiterführen kann, eine wichtige Mindestgarantie darstellt in vielerlei Beziehung. Eine Mindestgarantie, die für die Initianten unerlässlich ist, die aber auch meiner Partei und ich sage auch mir persönlich definitiv sehr wichtig ist, dass man eine gewisse Bestandesgarantie hat für die Weiterführung der entsprechenden Arbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich unterbreche die Sitzung hier. Wir fahren um 14 Uhr fort mit der Behandlung dieses Geschäfts.

Schluss der 13. Sitzung

12:00 Uhr

Protokoll

der 14. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 14. Mai 2025, um 14:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Raoul I. Furlano (LDP), Pascal Pfister (SP), Raffaela Hanauer (GP), Georg Mattmüller (SP), Beda Baumgartner (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

8. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo 2
12. Neue Interpellationen 9
12.1. Interpellation Nr. 46 Anina Ineichen betreffend Regierungsratsbeschluss zum Einsatz von M365 für die ICT-Grundversorgung 9
12.2. Interpellation Nr. 47 Lukas Faesch betreffend Interpellation KI beendet das Ächzen über das Krächzen . 11
12.3. Interpellation Nr. 48 Michael Hug betreffend die Aufhebung von Parkplätzen an der St. Jakobs-Strasse zugunsten eines Velostreifens – Kommunikation, Nachtarbeiten und Auswirkungen auf das Quartier 11
12.4. Interpellation Nr. 49 Ismail Mahmoud betreffend warum wendet Basel-Stadt das Kaskadenmodell an, obwohl es dem erweiterten Konkordat nicht beigetreten ist? 12
12.5. Interpellation Nr. 50 Nicola Goepfert betreffend Finanzierung der Zusatzleistungen des Unispitals aufgrund von Grossereignissen 14
12.6. Interpellation Nr. 51 Daniel Seiler betreffend Halbwertszeit eines Kompromisses in der Wettsteinallee ... 15
12.7. Interpellation Nr. 52 Johannes Sieber betreffend die Nutzung der alten Hauptpost als «Haus des Parlaments» 17
12.8. Interpellation Nr. 53 Sasha Mazzotti betreffend der Begrünung Baselstrasse zwischen Tramstation Riehen Dorf und Fondation Beyeler 17
12.9. Interpellation Nr. 54 Alex Ebi betreffend Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung, Parkraumsituation im Hirzbrunnenquartier 17
12.10. Interpellation Nr. 55 Alex Dill betreffend Umbau und Erweiterung Fernheizkraftwerk Volta: sind die hohen Industriebauten und eine Brennstoffanlieferung per LKW quartierverträglich? 18
12.11. Interpellation Nr. 56 Raffaela Hanauer betreffend Umzug des Präsidialdepartements und allfälligen Chancen im Rathaus 18
12.12. Interpellation Nr. 57 Brigitta Gerber betreffend Ergebnisse der Vorstudie zum Bahnknoten Basel durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) und parl. Reaktionen – Fragen zum Herzstück 18
12.13. Interpellation Nr. 58 Tobias Christ betreffend Meinungsäusserungsfreiheit auch während des ESC 18
12.14. Interpellation Nr. 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache 19
12.15. Interpellation Nr. 60 Pascal Messerli betreffend Kunsteisbahn Margarethen 20
12.16. Interpellation Nr. 61 Johannes Barth betreffend Vorfall rund um die israelische Delegation an der Eröffnungszeremonie des ESC in Basel am 11. Mai 2025 21
40. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells 22

Beginn der 14. Sitzung

Mittwoch, 14. Mai 2025, 14:00 Uhr

8. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

[14.05.25 14:00:30, 21.1247.07]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur Nachmittagssitzung und habe eine kurze Mitteilung zu machen. Auf der Tribüne begrüsse ich Lernende der allgemeinen Gewerbeschule Basel mit Lehrperson Eva Huber. Es handelt sich um angehende Floristinnen und Laborantinnen. Schön, seid ihr hier auch das Gespräch vom vorhin hat mir sehr gefallen und toll, befasst ihr euch mit der Politik. Herzlich willkommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit Traktandum Nummer 8. Als erstes haben wir das Votum von Regierungspräsident Conradin Cramer. Die Redner:innenliste ist erschöpft.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich habe mit Aufmerksamkeit der Debatte gelauscht und ich möchte im Wissen darum, dass die meisten von Ihnen ja ihre Meinung möglicherweise schon gemacht haben, in freier Rede einfach noch drei Punkte etwas anders beleuchten, die in der einen oder anderen Form in der Debatte auch aufkamen.

Das eine ist die Frage der Rechtssicherheit für die Beiträge. Hier arbeiten wir im Kanton ja traditionell mit 4- Jahresperioden. Wir tun das bei den Staatsbeitragsempfängern, wir tun das in speziellen Themen auch sonst mit Rahmenkrediten, und damit schaffen wir eben genau Rechtssicherheit, ohne aber dass wir die politischen Rechte einschränken über Gebühr, die Finanzhoheit des Parlaments über Gebühr einschränken, sondern dass es eben die Möglichkeit gibt, nach vier Jahren auch Dinge wieder in Erwägung zu sehen, neu zu beleuchten, neu zu beschliessen. Das ist unser politisches System. Dabei haben wir gezeigt in den letzten Jahrzehnten, um nicht zu sagen Jahrhunderten, dass wir keine Hü-Hott-Politik machen, wie das jetzt jenseits des Ozeans passiert, sondern dass wir in unserem System, das ja keine Regierungswechsel kennt, Kontinuität wahren lassen und nicht von der einen Vierjahresperiode auf die anderen von 100 auf 0 oder umgekehrt gehen. Entsprechend glaube ich, ist es das einzig Sinnvolle, keine strikten Prozentzahlen abhängig von Steuereinnahmen in ein Gesetz zu schreiben. Und es war auch für mich fast ein bisschen paradox von einzelnen von Ihnen zu hören, der Regierungsrat hätte ihnen das vorschlagen sollen, weil doch in der Vernehmlassung viele Leute gefunden haben, dass das gut wäre. Möchten Sie wirklich, dass Ihnen der Regierungsrat eine Beschneidung Ihrer eigenen Kompetenzen vorschlägt? Ich möchte das nicht, ich würde das auch nicht wagen und ich kann Ihnen ankündigen, dass der Regierungsrat das auch in Zukunft nicht tun wird.

Ich finde es etwas irritierend, wie leichtfertig sie bereit sind zu sagen, da möchten wir nicht mehr darüber entscheiden, sondern wir möchten, dass eine fixe Prozentzahl im Gesetz ist. Sie senden damit ein Signal des Misstrauens aus, nicht gegenüber dem Regierungsrat, sondern gegenüber Ihrer Institution, dem Grossen Rat selbst und Ihren Nachfolgerinnen und Nachfolgern. Lassen wir doch das bewährte System, das wir in der Schweiz kennen, lassen wir den Parlamenten die Finanzhoheit. und zur Finanzhoheit gehört halt die Verantwortung, bei Rahmenkrediten alle vier Jahre neu verantwortungsvoll zu entscheiden, ohne eine gesetzliche Krücke, die einen da bindet. Das mehr jetzt aus parlamentarischer, staatspolitischer Sicht.

Zum zweigen Punkt: Ich habe gesagt, es sei finanzpolitisch nicht verantwortbar, diesen Gegenvorschlag der Regiokommission, geschweige denn die Initiative zu unterstützen. Das ist ja ein sehr abstrakter Ausdruck, finanzpolitisch nicht verantwortbar. Es ist übrigens nicht ein persönlicher von mir, sondern die Meinung des Regierungsrats, insbesondere natürlich auch unserer Finanzdirektorin, die ja bekanntlich der Sozialdemokratischen Partei angehört. Finanzpolitisch nicht verantwortbar bedeutet einfach, dass wenn Sie dieses Geld sprechen, es für andere Projekte nicht zur Verfügung stehen wird. Das wurde in der Debatte nirgends explizit so gesagt, es ist aber ein Gesetz der Logik, wenn Geld gebunden ist, dann steht es nicht zur Verfügung für anderes und es ist nicht so, und das zeigt ja auch unsere Finanzplanung, dass der Kuchen einfach unbeschränkt immer grösser wird, sondern wir müssen uns darauf einstellen, dass die Zeiten mit ständigem Wachstum sich auch einmal wieder wenden und wir uns mindestens auf Kontinuität der Staatsausgaben einstellen müssen, wenn nicht gar auch wieder einmal Massnahmen zu treffen sind, die vielleicht zu einem Rückgang bestimmter Ausgaben

führen. und dann werden wir vielleicht daran denken, dass man keine festen Prozentzahlen ins Gesetz schreiben sollte und das finanzpolitisch verantwortbar eben etwas bedeutet.

Jetzt kann man mir entgegnen, und das würde ich auch ganz respektieren, dass man das in Kauf nimmt und sagt, Entwicklungszusammenarbeit ist so wichtig, wir wollen da einfach deutlich mehr ausgeben, zum Beispiel eben viermal mehr pro Jahr, als wir jetzt tun, damit wir hier einen Fokus legen und wir sind uns bewusst, dass wir dann einen anderen Fokus vielleicht nicht so legen können, wie wir es sonst hätten machen können. Und hier kommt für mich die Frage der Bundeskompetenz ins Spiel. Ich bin nicht überzeugt, dass am Ende netto wirklich mehr Entwicklungshilfe aus der Schweiz heraus resultiert, wenn Sie heute diese Vervierfachung der Beiträge sprechen. Denn, meine Damen und Herren, der Bund ist ja auch nicht blöd, wenn er Statistiken präsentiert. Er macht es gleich wie ich. Ich habe Ihnen die Zahlen von Zürich und Bern und Genf genannt. Ich wurde gefragt, ob ich dann die Gemeinden mitgedacht habe. Ja, natürlich habe ich die mitgerechnet. Der Bund macht es im internationalen Verhältnis genau gleich und wenn es darum geht, was die Schweiz für Entwicklungszusammenarbeit ausgibt, dann nimmt er seine Bundesausgaben und er rechnet die Ausgaben der Kantone und der Gemeinden dazu. Was wir also tun hier, wir entlasten den Bund, wir entlasten die nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu einem Teil aus der Verantwortung, bei der DEZA weniger abzuschneiden. Sie können darauf verweisen, dass ja die Kantone, die aus Sicht der Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier sowieso die Reichen sind, da einspringen und im schlimmsten Fall gibt es sogar einen Backlash, dass man im Bund der Meinung ist, jetzt sollen doch die anderen Kantone auch mehr bezahlen und dass man dort, wo die Kompetenz eigentlich angesiedelt ist, beim Bund, eben noch stärkere Einschnitte macht.

Ich werde keine Beweise finden für diese Befürchtung. Aber wer weiss, wie unser politisches System funktioniert, wie die finanziellen Kuhhändel zwischen Kantonen und Bund funktionieren, der, glaube ich, kann diese Befürchtung nicht komplett von der Hand weisen. Und aus all diesen Gründen bitte ich Sie nochmals, dem Gegenvorschlag des Regierungsrats zu folgen, die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit im Kanton Basel-Stadt nahezu zu verdoppeln und damit ein starkes Signal zu setzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Fleur Weibel. Diese wird entgegengenommen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Es freut mich sehr, dass sie sich jetzt so dezidiert für die parlamentarische Mitsprache und Hoheit über finanzpolitische Entscheide ausgesprochen haben. Ich nehme an, in dem Sinne sind Sie auch nicht für das Standortförderungsgesetz, oder in welchem Verhältnis sehen Sie diese parlamentarische Hoheit über die Vergabe der Gelder?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ja, das Standortförderungsgesetz ist im Lichte der Finanzhoheit der Parlamente keine attraktive Sache, aber wir haben ja diese Steuerreform auch nicht gewollt und müssen adäquat als Schweiz und als Basel darauf reagieren, und das ist der Vorschlag, den Sie beschlossen haben. Sie haben die Kompetenzen des Regierungsrats da auch noch erhöht. Dieser Vorschlag ist eine angemessene Antwort auf die Herausforderungen durch diese OECD-Steuerreform.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächster hat der Präsident der Regiokommission Niggi Rechsteiner das Wort.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich möchte diese Debatte nicht unnötig verlängern. Aus Sicht der Kommission kann ich auch wenig dazu sagen. Vielen Dank für die engagierten Voten in der Debatte. Es soll natürlich mit dem Gegenvorschlag nicht ein Misstrauen ausgesendet werden, der Kompromiss, der jetzt zustandegekommen ist, ist aufgrund einer Auslegeordnung in einem sehr langen Prozess entstanden und so im Bericht festgehalten worden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Seite 17 des Berichts.

§ 3 Abs. 3: Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, Abs. 3 zu streichen. Der Änderungsantrag liegt Ihnen schriftlich vor. Wir öffnen hierzu die Debatte. Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet, Niggi Rechsteiner verzichtet ebenfalls. Dann schreiten wir bereits zur Abstimmung, da sich sonst auch niemand meldet.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 62 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006521, 14.05.25 14:11:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 62 gegen 30 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Wir führen die Detailberatung weiter.

§ 6 Abs.1: Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, im ersten Satz gemäss § 2 Abs. 1 und Abs. 2 zu ändern. Wir eröffnen dazu die Debatte. Auch hierzu möchte sich anscheinend niemand melden. Daher schreiten wir auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 62 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006523, 14.05.25 14:12:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 62 gegen 30 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Wir fahren weiter in der Detailberatung.

Abs. 2 bis 4: Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, Abs. 2 bis 4 zu streichen. Zudem beantragt die Fraktion FDP, Abs. 4 zu streichen. Wir öffnen hierzu die Debatte.

Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet, gemeldet hat sich Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Ich rede hier noch einmal, weil die Antwort auf die Zwischenfrage von Oliver Bolliger von mir vermutlich nicht genügend sauber dokumentiert und dargestellt wurde. Ich möchte deshalb noch kurz wiederholen. Die 0,7 Prozent, die wir jetzt im Gesetz vorschlagen, ist ein Planungsauftrag, ein Budgetierungsauftrag. Damit wird noch kein Geld ausgegeben. Geld wird erst dann ausgegeben, wenn Projekte vorliegen, die die Qualitätsanforderungen auf der einen Seite, und die 15 Prozent maximalen Admin-Kosten abdecken. Nur dann wird Geld ausgegeben.

Bei den 0,3 Prozent ist das genau umgekehrt. Die 0,3 Prozent Minimum sind eine absolute Ausgabepflicht. Das Geld muss ausgegeben werden. Es könnte unter Umständen sogar rechtlich eingeklagt werden. Und deshalb ist es für mich völlig klar, dass wir den Absatz 4 aus dem Gesetzesvorschlag streichen müssen und ich hoffe, dass ich jetzt endlich klar bin und empfehle Ihnen wirklich die Streichung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort für die Kommission hat Niggi Rechsteiner. Er verzichtet. Gemeldet hat sich Oliver Thommen als Einzelsprecher.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Zu einem Teil hat Erich Bucher natürlich recht, über das Verhältnis dieser zwei Sätze, aber wir beschliessen hier über eine Rahmenausgabenbewilligung, also das Geld wird nicht ausgegeben, sondern wir beschliessen über die Höhe einer Rahmenausgabenbewilligung, das ist kein Ausgabenbeschluss. Das ist etwas völlig anderes.

Am Schluss könnte es sein, dass sie die 10, 20 Millionen oder wie viel auch immer beschliessen und es wird gar kein Geld fliessen, weil niemand diese Rahmenausgabenbewilligung in Anspruch nimmt. Daher ist es eigentlich absurd, diese Diskussion zu führen. Ich finde es ehrlich gesagt auch ein bisschen irritierend, wie irreführend hier der Regierungsrat argumentiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Weiter hat sich Bruno Lötscher gemeldet.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Herr Erich Buch hat natürlich einen sehr interessanten Punkt aufgebracht und auch der Regierungspräsident hat einen interessanten Punkt aufgebracht mit der Frage, ob es sinnvoll ist, solche Zahlen festzulegen oder ob wir dadurch das Parlament entmächtigen.

Ich denke, die Kommission hat hier haushaltrechtlich hochinteressant legiferiert und macht eigentlich einen Vorschlag, den man aus haushaltrechtlicher Sicht gut finden kann und sollte. Einerseits hat man berücksichtigt, dass hier eine Initiative vorliegt. Diese Initiative hat einen klaren Prozentsatz vorgesehen, und die Kommission hat eine Formulierung gefunden, nicht nur mit dem 0,7, sondern mit ihrer Wortwahl gezeigt, dass hier ein Spielraum bestehen kann, der auch ausgenutzt werden könnte. Und es ist halt haushaltrechtlich immer so, dass Budgetbewilligungen noch keine Ausgaben darstellen. Der Regierungsrat ist verpflichtet, im Rahmen seiner Verwaltungstätigkeit Ausgaben nur zu tätigen, wenn entsprechende Projekte vorliegen, wenn Sparmassnahmen eingehalten worden sind, wenn etwas überhaupt auszugeben ist. Und in diesem Rahmen bleibt der Regierungsrat frei und soll er frei bleiben. Es ist aber gleichzeitig eine gewisse Sicherheit gegeben für die Initianten und Initiantinnen, dass der Rahmen grundsätzlich abgesteckt ist. Also der Vorschlag der Kommission ist hier finde ich sehr kreativ und kann auch aus haushaltrechtlicher Sicht unterstützt werden, auch wenn ich ein gewisses Verständnis für Erich Bucher habe mit den 0,3 Prozent. Ich denke aber auch dort ist das Geld noch nicht ausgegeben, wenn keine entsprechenden Projekte vorliegen, muss und kann es nicht ausgegeben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny hat sich auch noch gemeldet.

David Jenny (FDP): Das war jetzt eine sehr kreative Rechtfertigung einer offensichtlichen Schluderei der Kommission. In Absatz 1 wird von einer Rahmenausgabenbewilligung gesprochen, und das wird so nicht wiederholt in diesem Absatz 4, dort ist von Gesamtausgaben die Rede. Also wenn sauber gearbeitet worden wäre, denn hätte hier auch das Wort Rahmenusgabenbewilligung genannt werden müssen. Bei einem solchen Geschäft einfach zu sagen, das spielt ja überhaupt keine Rolle, finde ich schon einigermassen bedenklich, auch wenn natürlich all das durch das Gesamtwohl der ganzen Welt, die hier zu retten ist, gerechtfertigt ist.

Ich bitte Sie, das zu bedenken, ich bitte auch die Regiokommission, in Zukunft bei finanzpolitischen Angelegenheiten ihre Hausaufgaben besser zu machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Alle weiteren verzichten immer noch auf ein Schlussvotum. Damit kommen wir zu einer Eventualabstimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir müssen die Lage kurz prüfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erich Bucher möchte kurz Stellung nehmen.

Erich Bucher: Ich entschuldige mich für die Verwirrung, die entstanden ist. Die FDP folgt dem Regierungsrat. Der Regierungsrat will alle Absätze streichen. Somit ist unser Antrag sinnlos und ich ziehe ihn zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gut, dann fahren wir fort. Nächster Schritt wäre der Antrag Regierungsrat-gegen Antrag Regiokommission.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006525, 14.05.25 14:23:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie folgen auch hier der Kommission mit 64 gegen 31 Stimmen. Wir fahren fort mit der Detailberatung.

Die Kommission beantragt, der Initiative den Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.

Abstimmung

JA heisst ja zum Gegenvorschlag, NEIN ist ein Verzicht auf einen Gegenvorschlag

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 17 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006527, 14.05.25 14:25:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Gegenvorschlag

Im Sinne eines Gegenvorschlags zu der von 3'224 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichten, vom Grossen Rat in einer Sitzung vom 12. Januar 2022 an den Regierungsrat überwiesenen formulierten Volksinitiative «1 % gegen globale Armut» mit folgendem Wortlaut:

«Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt erhält folgenden neuen

§ 124a Mittelverwendung enthält: (neu) Beiträge für internationale Entwicklungszusammenarbeit

1 Der Kanton Basel-Stadt gewährt jährlich Beiträge für internationale Entwicklungszusammenarbeit. Der Umfang der Beiträge entspricht mindestens 0,3 und höchstens 1 Prozent der kantonalen Steuererträge von natürlichen und juristischen Personen.

2 Wenn der Kanton einen Bilanzfehlbetrag aufweist oder wenn die letzten drei Rechnungsjahre insgesamt mit einem Defizit von mehr als 50 Millionen Franken abgeschlossen haben, können die jährlichen Beiträge tiefer ausfallen.

3 Der Kanton strebt für das Verteilungsverfahren möglichst tiefe Kosten und, wo sinnvoll, eine Koordination mit dem Bund an. Die Vergabe erfolgt an evidenzbasierte Projekte und orientiert sich dazu an der aktuellen wissenschaftlichen Forschung über Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie an den Aspekten der Transparenz und der Ökologie/Nachhaltigkeit. Neben Projektbeiträgen im engen Sinn können auch Mittel für Wirkungsstudien zu diesen Projekten gesprochen werden.

4 Der Kanton berücksichtigt bei der Verteilung Nonprofit Organisationen mit Sitz in der Schweiz und schliesst keine Organisationen aufgrund der Höhe ihrer jährlichen Einnahmen/Ausgaben oder ihrer Existenzdauer aus.»

wird beschlossen:

1. Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA) gestützt auf auf §§ 11, 14 Abs. 1 lit. b und 15 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005

§ 1 Gegenstand und Zweck

1 Dieses Gesetz regelt die kantonale Förderung der internationalen Zusammenarbeit zum Zwecke der Armutsbekämpfung und der Stärkung der nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene.

§ 2 Fördersystem

1 Die Förderung der internationalen Zusammenarbeit erfolgt durch die Gewährung von Förderbeiträgen an Projekte und Programme, durch soziale Kooperationen und Engagements des Kantons mit ausgewählten Ländern, Regionen oder Städten sowie durch Stipendien für Nachwuchskräfte aus Entwicklungsländern.

2 Bei ausserordentlichen Notlagen kann Soforthilfe geleistet werden.

3 Förderbeiträge für Projekte und Programme im Sinne von Abs. 1 können juristische Personen beantragen, die insbesondere folgende Voraussetzungen erfüllen:

a) sie sind als nicht gewinnorientierte Organisation im Bereich der internationalen Zusammenarbeit im Sinne dieses Gesetzes tätig;

b) sie haben ihren Sitz in der Schweiz.

4 Es besteht kein Rechtsanspruch auf Leistungen gestützt auf dieses Gesetz.

5 Der Regierungsrat regelt Förderkriterien sowie die Einzelheiten des Verfahrens auf dem Verordnungswege.

§ 3 Qualitätskriterien

1 Die Programme und Projekte sowie die sozialen Kooperationen und Engagements gemäss § 2 Abs. 1 haben anerkannte Qualitätskriterien, die insbesondere eine Beurteilung der Wirkungsorientierung, des effizienten Mitteleinsatzes, der Nachhaltigkeit und der Transparenz zulassen, zu erfüllen.

2 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten der Nachweiserbringung der zu erfüllenden Qualitätskriterien auf dem Verordnungswege.

3 Der Regierungsrat kann externe Revisionen veranlassen.

§ 4 Zuständigkeit

1 Der Regierungsrat bestimmt das für die Umsetzung und Koordination der internationalen Zusammenarbeit zuständige Departement.

§ 5 Kommission für Internationale Zusammenarbeit

1 Der Regierungsrat wählt eine Kommission für Internationale Zusammenarbeit.

2 Die Kommission berät den Regierungsrat und das zuständige Departement im Rahmen der Förderung gemäss § 2 Abs. 1 und Abs. 2. Der Regierungsrat kann Ausnahmen des beratenden Beizugs der Kommission vorsehen.

3 Der Regierungsrat regelt das Wahlverfahren, die Zusammensetzung sowie die konkretisierten Aufgaben der Kommission auf dem Verordnungsweg.

§ 6 Finanzierung

1 Zur Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit gemäss § 2 Abs. 1 beschliesst der Grosse Rat periodisch eine Rahmenausgabenbewilligung. Der Regierungsrat berichtet dem Grossen Rat über die Verwendung der Rahmenausgabenbewilligung.

2 Die Gesamtausgaben des Kantons für die internationale Zusammenarbeit orientieren sich an 0.7 % der durchschnittlichen direkten Steuererträge natürlicher und juristischer Personen der letzten vier Jahre und dürfen diesen Betrag aber nicht überschreiten.

3 Der Prozentsatz von 0.7 % kann unterschritten werden, wenn:

a) die Nettoschuldenquote weniger als zwei Promillepunkte unter dem zulässigen Wert gemäss § 4 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz) vom 14. März 2012 liegt oder

b) in den letzten drei Rechnungsjahren summiert ein Defizit von über Fr. 50 Mio. resultierte.

4 Die Gesamtausgaben des Kantons für die internationale Zusammenarbeit dürfen in keinem Fall unter 0.3 % der durchschnittlichen direkten Steuererträge natürlicher und juristischer Personen der letzten vier Jahre fallen.

2. Grossratsbeschluss betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die internationale Zusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt für den Zeitraum von vier Jahren ab Inkrafttreten des Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA).

Zur Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit gemäss § 2 Abs. 1 und Abs. 2 des Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA) wird ab Inkrafttreten des Gesetzes (2026 bis 2029) eine Rahmenausgabenbewilligung von Fr. 47’779’500 (nicht indexiert) zulasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements, Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing, bewilligt.

II. Weitere Behandlung

Die Volksinitiative «1 % gegen globale Armut» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter Ziffer I. aufgeführten Gegenvorschlag (Gesetz und Grossratsbeschluss) zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative tritt die entsprechende Verfassungsänderung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft, sofern im Erlass selbst nicht etwas anderes bestimmt ist. Bei Annahme des Gegenvorschlages bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes

Wenn das Initiativbegehren zurückgezogen wird, ist der Gegenvorschlag nochmals zu publizieren. Es unterliegt dem fakultativen Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes

III. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Gegenvorschlag zugestimmt mit 76 gegen 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Wir fahren fort in der Detailberatung.

Die Kommission beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. Hier wird ein anderer Antrag gestellt. Tonja Zürcher hat sich gemeldet.

*Tonja Zürcher (BastA): W*ir beantragen Ja zur Initiative.

Balz Herter, Grossratspräsident: Toja Zürcher beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Abstimmungsempfehlung:

JA heisst Empfehlung auf Annahme, NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006529, 14.05.25 14:26:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Empfehlung auf Annahme

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Annahme der Initiative ausgesprochen. Wir werden nun eine Abstimmung über die Empfehlung der Stichfrage machen.

Abstimmung

Stichfrage:

JA heisst die Zustimmung zum Gegenvorschlag. NEIN heisst die Zustimmung dieser Initiative

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006531,]*

Der Grosse Rat beschliesst

in der Stichfrage Zustimmung zum Gegenvorschlag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 93 Stimmen gegen 2 Stimmen für den Gegenvorschlag entschieden.

12. Neue Interpellationen

[]

12.1. Interpellation Nr. 46 Anina Ineichen betreffend Regierungsratsbeschluss zum Einsatz von M365 für die ICT-Grundversorgung

[14.05.25 14:28:04, 25.5191.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichten. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat hat bereits mit der Beauftragung des Projekts Connect 365 festgelegt, dass bei der Einführung von M365 Services die Sicherheitsvorgaben des Kantons und die rechtlichen Rahmenbedingungen einzuhalten sind. Es wurden externe Expertisen in den Bereichen Recht, Technologie, Projektleitung und Schulung für Benutzende beigezogen. Diese begleiten die Verwaltung eng. Dazu gehört auch die Datenschutzbeauftragte, welche weiterhin im Prozess involviert ist.

Zu Frage 2: Klare Richtlinien, Schulungen für Nutzende und eine kontinuierliche Überwachung sollen die Einhaltung der Vorgaben sicherstellen.

Zu Frage 3: Die identifizierten Restrisiken sind mögliche negative Auswirkungen wegen unzureichenden Personalressourcen, mangelhafte Steuerungsstrukturen in der kantonalen IT oder fehlerhafte Nutzung. Mit der Nutzung von M365 wird die Abhängigkeit von Microsoft vergrössert, was einen Systemwechsel erschwert. Das Risiko, dass der US-Staat ausserhalb der bestehenden Rechtshilfeverfahren erfolgreich auf die in M365 gespeicherten Daten zugreift, wurde bewertet und als äusserst gering eingeschätzt. Diesen Restrisiken wird mit diversen technischen, organisatorischen und rechtlichen Massnahmen begegnet. Dabei gilt es festzuhalten, dass M365 Sicherheitsmechanismen anbietet, die in der bisherigen lokalen Umgebung nicht umsetzbar waren.

Zu Frage 4: Microsoft darf die Daten ausschliesslich zu den vom Kanton bestimmten Zwecken verarbeiten. Dies ist vertraglich gesichert. Die Verwaltung hat verschiedene Massnahmen zur Sicherstellung der Kontrolle über die Daten ergriffen. Dazu gehören diverse cloudspezifische Sicherheitsmechanismen. Mitarbeitende von Microsoft haben keinen unmittelbaren Zugriff auf Daten ohne explizite Genehmigung und bei einem Zugriff werden umfassende Audit-Protokolle erstellt.

Zu Frage 5: Die Daten werden mehrfach verschlüsselt und entsprechen modernsten Standards zum Schutz vor unbefugten Dritten. Die Verschlüsselung umfasst verschiedene Massnahmen, die sehr komplex und im Rahmen dieser Auskunftserteilung schwierig zu beantworten sind. Gerne wird das Finanzdepartement beziehungsweise ITBS interessierten Kommissionen des Grossen Rates die Technologie detaillierter vorstellen.

Zu Frage 6: Die Kantone und der Bund verfolgen verschiedene Ansätze. Basel-Stadt verfolgt wie andere Kantone einen realistischen Ansatz und möchte die Verantwortung für den Datenschutz nicht auf einzelne Mitarbeitende abwälzen. Eine vollständige Vermeidung der M365-Nutzung für Daten mit erhöhtem Schutzbedarf ist in der Praxis kaum durchsetzbar, insbesondere wenn man die tägliche Kommunikation per E-Mail berücksichtigt. Durch zentrale Steuerung und technische Schutzmassnahmen werden die Risiken minimiert.

Zu Frage 7: Beide Gewalten nutzen derzeit Teilservices des Modern Workplace. Es liegt in deren Zuständigkeit, ob sie den Aufbau und Betrieb eigener Dienstleistungen angehen wollen. Sie sind eingeladen, das Gesamtpaket des Arbeitsplatzangebots von IT BS zu nutzen. Mit den Gerichten wurden bereits Gespräche geführt. Die technologische Weiterentwicklung und die sich permanent verändernde Sicherheitslage verunmöglichen es dem Kanton, den heutigen Zustand einzufrieren.

Zu Frage 8: Mit dem Datenschutzbeauftragten wurde Anfang 2024 ein strukturierter Prozess vereinbart, bei dem die Grundlagendokumente schrittweise erarbeitet und zur Überprüfung an den Datenschutzbeauftragten weitergeleitet wurden. Der inzwischen pensionierte Datenschutzbeauftragte hat im Rahmen des Vorabkonsultationsverfahrens schriftlich Stellung genommen. Der Austausch wurde mit dessen Nachfolge weitergeführt, das heisst, auch sie hat schriftlich Stellung genommen.

Zu Frage 9: Die Stellungnahmen der kantonalen Datenschutzstelle haben für den Regierungsrat einen hohen Stellenwert. Alle Beiträge und Empfehlungen wurden sorgfältig geprüft.

Zu Frage 10: Neben einer breitangelegten Fachexpertise der Verwaltung hat das Projekt Connect 365 auf umfangreiches externes Fachwissen aufgebaut. Dazu zählt beispielsweise die auf Fragen im Zusammenhang mit M365 spezialisierte Kanzlei Vischer.

Zu Frage 11: Gemäss Organisationsgesetz hat der Regierungsrat für eine rechtmässige, leistungsfähige und rationelle Tätigkeit der öffentlichen Dienste zu sorgen und bestimmt in diesem Rahmen die zweckmässige Organisation. Dazu gehört auch der Einsatz von M365.

Zu Frage 12: Das Backup ist in den technischen Konzepten detailliert geplant und soll ausserhalb der Microsoft Cloud stattfinden. Dies sichert den Zugriff auf die in M365 gespeicherten Dokumente und E-Mails.

Zu Frage 13: Es besteht ein Grobkonzept für eine Exitstrategie. Deren Ziel ist es, die rudimentäre Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit zu garantieren, sollte dies notwendig werden.

Zu Frage 14: Der Regierungsrat hat seinen Entscheid in Kenntnis und unter Berücksichtigung der identifizierten Restrisiken getroffen. Derzeit gibt es keine valablen Alternativen, welche der kantonalen Verwaltung ein effizientes und modernes Arbeiten ermöglichen würden. Die Prüfung von Alternativen und Möglichkeiten, um mittel- und langfristig die Abhängigkeit von Microsoft zu reduzieren, wird weitergeführt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an die Interpellantin Anina Ineichen. Sie hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Gern nehme ich Stellung. Ich bin nicht zufrieden mit der Antwort. Ich habe den Eindruck, dass das Ausmass dieser Umstellung nicht anerkannt wird. Sie sagen, dass die rechtlichen Grundlagen eingehalten werden. Das mag sein. Ich beurteile die rechtlichen Grundlagen als ungenügend für die Auslagerung der Daten in diesem umfassenden Stil, wie die Auslagerung der Daten vorgesehen ist.

Wichtig ist mir, dass die Verantwortung des Datenschutzes nicht an die einzelnen Mitarbeiter ausgelagert wird und das passiert genau bei M365, weil die einzelnen Mitarbeiter entscheiden müssen, ob ich jetzt etwas vor mir habe, dass das Versenden eines E-Mails erlaubt. Wenn die E-Mail dann in einer amerikanischen Cloud ist, kann ich das Dokument abspeichern oder muss ich es in einem Server, der nicht in der Cloud ist, abspeichern. Diese Klassifizierung der Daten kann ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin nicht einfach ohne weiteres vornehmen. Es braucht gute Schulungen. Sie schreiben nun, dass sie Schulungen machen werden. Trotz allem ist es eine Verschiebung der Verantwortung zu den Mitarbeitern aus meiner Sicht. In der Medienmitteilung hat die Regierung gesagt, sie sei bereit, die Verantwortung für das Restrisiko zu übernehmen. Ich habe dann nachgefragt, was das genau bedeuten soll und ich bin zum Schluss gekommen, dass Sie mir diese Frage nicht beantwortet haben. Ich verstehe nicht genau, wie will die Regierung Verantwortung übernehmen, wenn beispielsweise unsere Steuerdaten oder unsere Sozialhilfedaten erst einmal raus sind, vielleicht nicht in der Öffentlichkeit, aber doch dort, wo sie nicht mehr geschützt sind. Diese Verantwortung zu übernehmen, was bedeutet das? Das kann man gar nicht meines Erachtens, die Verantwortung übernehmen. Und was nützt es, wenn die Daten erst einmal raus sind, wenn noch irgendjemand Verantwortung dafür übernimmt?

Dann habe ich mir auch den Abschnitt zu den Gerichten zu Gemüte geführt. Da mache ich mir wirklich Sorge. Ich interpretiere aus der Antwort, dass die Gerichte nicht ganz einverstanden sind mit dieser Auslagerung, aber wohl mitmachen, weil sie angehängt sind, auch wenn sie sich theoretisch selbst organisieren, lassen sie sich ja dort fremdorganisieren durch die Regierung. Auch dort frage ich mich, wenn die Gerichte Bedenken haben, wurde das genügend ernstgenommen? Gibt es nicht eine andere Lösung? Das Bundesgericht beispielsweise ist schon längst auf Opensource-Produkte umgestiegen und funktioniert meines Erachtens sehr gut. Die Entscheidungen sind auf jeden Fall immer noch vorhanden und kommen fleissig rein.

Was mir auch Sorge macht, ist eine fehlende Exitstrategie. Das ist anachronistisch. Ich sage das jetzt einmal in aller Deutlichkeit. Der Bund ist an einer Exitstrategie, viele andere europäische Länder sind ganz aktiv an einer Exitstrategie, und es braucht eine gute, ausführliche, detaillierte Exitstrategie. Ich freue mich sehr zu hören, dass die Prüfung von Alternativen nicht gänzlich fallengelassen wird. Ich hoffe, dass dieser Abschnitt sehr ernstgenommen wird. Wir müssen immer daran interessiert sein, von diesen US-Produkten unabhängig zu werden. Dies nicht nur aus Datenschutzsicht. Wir haben vorhin jetzt sehr lange über die finanzielle Verantwortung gesprochen und ich glaube auch hier haben wir einen finanziellen Aspekt, den wir viel zu selten angucken. Was kosten uns all diese Lizenzgebühren und könnten wir die nicht sinnbringender investieren in europäische oder Schweizer IT-Firmen? Das wäre es dann auch schon.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.2. Interpellation Nr. 47 Lukas Faesch betreffend Interpellation KI beendet das Ächzen über das Krächzen

[14.05.25 14:39:29]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

12.3. Interpellation Nr. 48 Michael Hug betreffend die Aufhebung von Parkplätzen an der St. Jakobs-Strasse zugunsten eines Velostreifens – Kommunikation, Nachtarbeiten und Auswirkungen auf das Quartier

[14.05.25 14:39:44]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird auch diese Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

12.4. Interpellation Nr. 49 Ismail Mahmoud betreffend warum wendet Basel-Stadt das Kaskadenmodell an, obwohl es dem erweiterten Konkordat nicht beigetreten ist?

[14.05.25 14:40:05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Ismail Mahmoud (SP): Nur ganz kurz vorab: Ich verstehe, dass es in meinem persönlichen Umfeld und auch in den Medien das Unverständnis gab, nur weil es der FCB sei, gebe es jetzt diesen Aufschrei, und nur weil es das Meisterrennen sei, müssen jetzt da genau hingeschaut werden. Mir ist ganz wichtig, vorab zu betonen, dass es mir grundsätzlich um die Rechtsstaatlichkeit geht. Es geht grundsätzlich um die Frage, ob das wirklich so in Ordnung ist. Kollektivstrafen als Sanktion zu verhängen und dies unter dem Deckmantel der Prävention, finde ich sehr fraglich. Deswegen ist diese Interpellation eingereicht worden und dies möchte ich einfach noch unterstreichen. Ich bin jetzt gespannt auf die Antworten von Regierungsrätin Stephanie Eymann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1: Veranstaltungen auf Privatareal mit hohem erwarteten Zuschaueraufkommen oder zu erwartenden erheblichen Sicherheitsproblemen, die nicht mit den normalen polizeilichen Mitteln bewältigt werden können, sind gemäss § 66 des kantonalen Polizeigesetzes bewilligungspflichtig. Fussballspiele des FC Basel sind deshalb bewilligungspflichtig und werden immer mit Auflagen erteilt.

Massnahmen als Auflagen stützen sich auf die Erfahrungen in der Vergangenheit und setzen dort an, wo die Probleme bestehen. Die Gewalt im Umfeld von Fussballspielen findet fast immer an Matchtagen statt und wird von Gruppen ausgeübt, die sich nach Vereinen organisieren. Nach dem Fussballspiel des FC Zürich gegen den FC Basel am 12. April 2025 erfolgte gegen 23:30 Uhr ein gewalttätiger, organisierter Angriff von eindeutig als FC Basel-Anhänger erkennbaren ungefähr 50 vermummten Männern auf etwa 25 offensichtlich überraschte FC Zürich-Anhänger vor dem Stadion Letzigrund. Ein Video zeigt, dass die Gewalttäter organisiert handelten und brutale Attacken gegen teilweise wehrlose am Boden liegende Opfer verübten. Gemäss den Feststellungen der Stadtpolizei Zürich begaben sich die Angreifer nach der Tat zum Bahnhof und bestiegen dann einen Extrazug nach Basel. Der gewalttätige Angriff in Zürich kann somit einer Gruppe von Anhängern des FC Basel zugeordnet werden. Deshalb setzt die getroffene Massnahme, zu der auch eine Bewährungsprobe von fünf Spielen gehört, dort an.

Zu Frage 2: Die vom Interpellanten angeführte Kommunikation ist nie so erfolgt, denn das Hooligan-Konkordat und das Kaskadenmodell stehen nicht in direktem Zusammenhang. Gestützt auf das Hooligan-Konkordat können schweizweit Rayonverbote und Meldeauflagen gegen Gewalttäterinnen und Gewalttäter verhängt werden. Bewilligungsauflagen von Fussballspielen können in Basel-Stadt hingegen unabhängig vom Hooligan-Konkordat gestützt auf das kantonale Polizeigesetz durch die Kantonspolizei als Bewilligungsbehörde erlassen werden. Die KKJPD beschliesst schliesslich weder Massnahmen gemäss Hooligan-Konkordat noch bewilligt sie Sportveranstaltungen. Sie besorgt lediglich die Geschäftsführung der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden.

Zu Frage 3: Im Bewilligungsprozess ist es der Bewilligungsbehörde nach Abwägung aller zu berücksichtigenden Faktoren möglich, ein Gesuch nur mit Auflagen zu bewilligen oder abzulehnen. Das Polizeigesetz ermöglicht also auch ohne Kaskadenmodell eine Bewilligung unter Auflagen. So wurde die Muttenzerkurve im April 2023 bereits einmal nach Gewalttaten gesperrt – also noch vor Beschluss des Kaskadenmodells. Die Vorteile des Kaskadenmodells sind die Transparenz des behördlichen Umgangs mit Gewalt im Umfeld von Fussballspielen, mit welcher eine Berechenbarkeit für die Vereine und die Liga einhergeht, sowie das Einverständnis unter den kantonalen Sicherheitsbehörden, wie nach Vorfällen vorgegangen werden soll. Das Kaskadenmodell definiert eine schweizweit einheitliche Richtlinie, an der sich die Bewilligungsbehörden orientieren können.

Zu Frage 4: Die Begründung stützt sich auf das Kaskadenmodell, an dem sich die Kantonspolizei als Bewilligungsbehörde orientiert. Wie in der Antwort auf die Frage 2 bereits erwähnt, stehen das Hooligan-Konkordat und das Kaskadenmodell nicht in direktem Zusammenhang.

Zu Fragen 5 und 6: Das Kaskadenmodell ist eine Übereinkunft zum Vorgehen bei Gewaltvorfällen und entfaltet keine Rechtswirkungen. Es wurde unter koordinativer Leitung der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) durch die Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden beschlossen. Die Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements und der Kommandant der Kantonspolizei Basel-Stadt vertreten den Kanton Basel-Stadt.

Zu Frage 7: Ja, es wurde ein Protokoll erstellt. Dieses kann aber nicht durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt veröffentlicht werden.

Zu Frage 8: Nein. Die Arbeitsgruppe erteilt keine Bewilligungen und verfügt keine Sanktionen, sondern ist das Gremium, in dem sich die Bewilligungsbehörden austauschen. Die Bewilligungen samt Auflagen werden von den zuständigen Bewilligungsbehörden erteilt, die sich auf ihre geltenden gesetzlichen Grundlagen stützen – im vorliegenden Fall also die Kantonspolizei Basel-Stadt und das Polizeigesetz.

Zu Frage 9: Es gibt keinen neuen Entscheid. Die Erarbeitung und Einführung des sogenannten Kaskadenmodells fällt auf kantonaler Ebene in die operative Zuständigkeit des Justiz- und Sicherheitsdepartements und wurde nicht durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, sondern unter koordinativer Leitung der KKJPD durch die Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden beschlossen. In dieser Arbeitsgruppe treffen sich die Bewilligungsbehörden, um unter anderem das Vorgehen gegen Gewalt im Umfeld von Fussballspielen abzusprechen. Weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden sind Vertreterinnen und Vertreter der KKJPD, der Schweizerischen Staatsanwaltschaftskonferenz sowie der SBB. Das Kaskadenmodell stützt sich – wie zuvor ausgeführt – nicht auf das erweiterte Konkordat.

Zu Frage 10: Nein.

Zu Frage 11: Nein.

Zu Frage 12: Der FC Basel hat via Communiqué angekündigt, die Massnahmen auf rechtlichem Weg anzufechten. Grundsätzlich begrüsst der Regierungsrat eine gerichtliche Überprüfung, weil damit ein Entscheid von unabhängiger Stelle vorliegt.

Zu Frage 13: Der FC Basel wurde am frühen Dienstagmorgen von der Arbeitsgruppe angehört und hat in dieser Sitzung erfahren, in welche Richtung die Diskussion geht. Am frühen Nachmittag desselben Tages hat der Präsident des FC Basel telefonisch Bescheid erhalten, dass seinem Antrag, den Balkon im Sektor D von einer Sperre auszunehmen, stattgegeben wird. Die öffentliche Kommunikation per Medienmitteilung erfolgte am Mittwochmorgen. Es ist allerdings korrekt, dass die Zustellung der Verfügung mit der Bewilligung der Kantonspolizei erst am Mittwochmittag erfolgte. Dies wurde intern nachbesprochen. In einem hoffentlich nicht mehr eintretenden nächsten Fall wird die Verfügung spätestens gleichzeitig versandt.

Zu Frage 14: Einzelpersonen können grundsätzlich bei direkter Betroffenheit in eigenen schutzwürdigen Interessen den Rechtsweg beschreiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Ismail Mahmoud (SP): Vielen Dank für die Beantwortung der Interpellation. Ich nehme es vorweg, ich bin nicht zufrieden mit der Antwort.

Grundsätzlich wird gesagt, diese Massnahme können verhängt werden mit dem Polizeigesetz § 66. Das sei alles möglich, mit diesem Wortlaut. Ich bin immer noch der Auffassung, dass Kollektivstrafen nicht anzuwenden sind, also grundsätzlich in unserem Rechtsstaat, aber auch nicht als präventive Massnahme und der § 66 zielt genau auf das ab. Sind Bedenken zu erwarten, ist ein Sicherheitsproblem zu erwarten, so können Auflagen erteilt werden, nicht eine Kollektivstrafe und eine Sperrung der ganzen Kurve.

Schliesslich ist auch hinsichtlich der Sperrung der ganzen Kurve immer noch fraglich, inwiefern der Zusammenhang wirklich hergestellt werden kann. Klar, es ist erkennbar auf diesem Video, das Regierungsrätin Stephanie Eymann erwähnt hat, dass es höchstwahrscheinlich Anhänger des FCB gewesen sind, aber die Sperrung der ganzen Muttenzerkurve – es sind ca. 3’000 Menschendie jeweils ein Jahresabonnement haben, davon betroffen – ist dennoch höchst fraglich.

Es wird gesagt, dass das Kaskadenmodell keine Rechtskraft entfalte im Kanton. Dennoch ist der FCB jetzt auf Bewährung, also es sind genau diese nächsten Schritte, bei denen der FCB aufpassen muss und wie es heute Morgen schon zu hören

war von Pascal Messerli, im schlimmsten Fall könnte das zu einem Geisterspiel führen am letzten Spieltag. Das ist Entfaltung des Kaskadenmodells, ich kann es nicht anders beschreiben.

Es ist schade, dass es damit abgetan wird, dass das Polizeigesetz das alles regelt. Es ist ganz klar gegen den Parlamentswillen, der dem Konkordat nicht beigetreten ist. Es ist eine Übersteuerung, und das finde ich sehr schade. Ich bin sehr froh, dass wir nachher über die Motion Messerli diskutieren können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.5. Interpellation Nr. 50 Nicola Goepfert betreffend Finanzierung der Zusatzleistungen des Unispitals aufgrund von Grossereignissen

[14.05.25 14:50:46]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten.

Zu Frage 1: Wie jedes Spital mit einem Leistungsauftrag des Kantons ist das Universitätsspital Basel zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung verpflichtet. Für alle Spitäler im Kanton besteht eine Aufnahmepflicht von Personen, die sich im Kanton aufhalten und eine medizinische Notfallbehandlung benötigen.

Im Hinblick auf die kommenden und laufenden Grossveranstaltungen, den Eurovision Song Contest und die UEFA Women's EURO 2025, wurden alle Spitäler im Kanton Basel-Stadt bereits im Sommer 2024 angeschrieben. Sie wurden somit frühzeitig informiert und sensibilisiert, um allfällige Vorbereitungen treffen zu können. Weiter wurden die akutsomatischen Spitäler, die gemäss ihrem Leistungsauftrag über eine Notfallstation verfügen oder eine Permanence für medizinische Notfälle betreiben, in die konkretere Planung der Grossanlässe einbezogen. Dazu gehören in Basel neben dem USB auch das Universitäts-Kinderspital beider Basel, das St. Claraspital, die Merian Iselin Klinik und das Bethesda Spital. Auch das Kantonsspital Baselland ist in die Sicherheitsorganisation mit der Bezeichnung «Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit» (kurz: BORS) für den ESC eingebunden.

Zu Frage 2: Weder das USB noch die weiteren Spitäler, welche die medizinische Versorgung während den kommenden Grossveranstaltungen sicherstellen, erhalten dafür zusätzliche finanzielle Mittel. Bei der seinerzeitigen Fussball-Europameisterschaft 2008 hat sich im Nachgang gezeigt, dass die dannzumal zusätzlich gewährten finanziellen Mittel letztendlich nicht benötigt wurden. Die höheren Ausgaben des USB damals für personelle und materielle Ressourcen wurden durch höhere Einnahmen bei höherem Patient:innenaufkommen ausgeglichen.

Auch im Rahmen der diesjährigen Grossveranstaltungen ist mit einer Zunahme der medizinischen Behandlungen zu rechnen. Die Spitäler können diese entsprechend in Rechnung stellen. Die Fallabwicklung ist bei europäischen Patientinnen und Patienten in der Regel unproblematisch. Gestützt auf die Erfahrungen aus dem ESC 2023 in Liverpool und dem ESC 2024 in Malmö ist mit einer Zunahme der medizinischen Behandlungen von 10–15% zu rechnen. Die Verteilung der Patientinnen und Patienten soll via Sanität entsprechend den Aufnahmekapazitäten und dem jeweiligen Behandlungsprofil in alle genannten Spitäler erfolgen.

Zu Frage 3: Bei einem regulären Verlauf der Grossanlässe können die höheren Kosten für zusätzliche Personal- und Materialressourcen grundsätzlich durch höhere Einnahmen bei medizinischen Behandlungen ausgeglichen werden. Die Vorhalteleistungen des USB für den Fall eines unerwünschten Ereignisses mit Massenanfall von Verletzten oder als Dekontaminationsspital des Kantons werden vom Kanton zudem standardmässig als sogenannte gemeinwirtschaftlichen Leistungen finanziert.

Zu Frage 4: Das USB ist über den Kantonalen Krisenstab und die Sicherheitsorganisation BORS sowohl für den ESC als auch für die UEFA Women's Euro 2025 gut eingebunden. So können Problemstellungen und Wünsche aus dem USB und anderen Spitälern frühzeitig berücksichtigt und zusammen mit allen wichtigen Partnern bearbeitet werden. Um ein Überlaufen der Notfallstationen zu verhindern, sollen medizinische Bagatellfälle bestmöglich abgefangen werden. So ist etwa vorgesehen, dass kleinere Gesundheitsprobleme oder Verletzungen dank Sanitätsposten vor Ort direkt behandelt werden.

Durch die aufgestockten Kapazitäten der Rettung sind zudem der Abtransport und die Verlegung von Patientinnen und Patienten gesichert. So können wieder Behandlungskapazitäten freigemacht werden. Schliesslich erhalten die Spitäler bei sogenannten ABC-Ereignissen, d.h. bei einer Freisetzung von gefährlichen Substanzen, auch zusätzliche Unterstützung vom Militär.

Zu Frage 5: Beim ESC arbeiten die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft in der Sicherheitsorganisation BORS direkt zusammen. So soll eine bestmögliche Verteilung von Patientinnen und Patienten auf alle in Frage kommenden Spitäler in der Region sichergestellt und einer Überlastung einzelner Spitäler vorgebeugt werden. Über den Koordinierten Sanitätsdienst des Bundes wurden auch die kantonalen KSD-Verantwortlichen informiert. Für den Fall, dass durch eine drohende Überlastung der Spitalkapazitäten in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft ausserkantonale Hospitalisationen notwendig würden, wurden die kantonalen KSD-Verantwortlichen um Kooperation gebeten. Sollte ein stationärer Aufenthalt ausserkantonaler Patientinnen und Patienten notwendig werden, wird ein möglichst direkter Transport in den Herkunftskanton angestrebt.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass auch die Gesundheitseinrichtungen der Nachbarländer informiert wurden. Besuchende aus Deutschland und Frankreich sollen möglichst direkt im Spital des Herkunftslandes behandelt werden. Dieses Vorgehen wird durch die Zusammenarbeit der Sanität Basel mit den jeweiligen deutschen und französischen Rettungsorganisationen unterstützt.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Nicola Goepfert (BastA): Vielen Dank für die Antwort, mit der ich leider trotzdem nicht zufrieden bin.

Hintergrund dieser Interpellation wäre, dass Personen, die selbst im Spital arbeiten, auf mich zugekommen sind, weil dort eine gewisse Unsicherheit in Bezug auf die genannten Grossanlässe besteht. Denn es ist nicht einfach nur eine Frage, ob die Leistungen abgerechnet werden können, sondern vor allem auch, wie das Personal eingeplant werden kann und wie das Personal für diesen Zusatzaufwand entlohnt wird. Denn es ist immer wieder das Gesundheitspersonal, das hinten anstehen muss und alles auffangen muss, was in dieser Gesellschaft läuft, sei es während der Coronakrise, wenn das Gesundheitspersonal das ganze Gesundheitssystem aufrechterhält, dafür aber keinen Bonus erhält.

Beim Standortfördergesetz können alle von finanziellen Leistungen für die Elternzeit profitieren oder die meisten, sehr viele, das Gesundheitspersonal jedoch nicht. Und jetzt auch bei den Grossanlässen wird die Rettung unterstützt, das ist auch richtig so, aber die Spitäler nicht. Und der Vergleich mit Krisen, mit ABC-Ereignissen, Massenanfall von Verletzten, hinkt, denn wie der Regierungsrat selbst sagt, ist es mit einem Anstieg von 10 bis 15 % zu rechnen. und das ist ein grosser Anstieg, der geplant werden muss, nicht nur bei der Rettung, sondern auch beim Personal.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat darum, in Zukunft auch bei Grossanlässen wieder die Spitäler finanziell zu unterstützen, speziell mit Perspektive auf das Personal, und falls dann diese Mittel doch nicht benötigt werden, ist das doch okay, aber es braucht eine gewisse Planungssicherheit und das Personal muss auch entsprechend entlohnt werden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.6. Interpellation Nr. 51 Daniel Seiler betreffend Halbwertszeit eines Kompromisses in der Wettsteinallee

[14.05.25 14:58:55]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Daniel Seiler (FDP): Vor 10 Jahren wurde in der Wettsteinallee angekündigt, dass man in einem Perimeter von 300 Metern 20 Parkplätze aufheben wollte. Es gab grossen Widerstand im Quartier, es gab Petitionen, man hat sich gewehrt im Quartier Die UVEK seinerzeit hat einen Kompromiss ausgearbeitet, zusammen mit der Verwaltung. Am Ende hiess es, wir bauen nur zehn Parkplätze ab und nicht 20.

Im UVEK-Bericht steht, dass man vielleicht später diese zehn Parkplätze abbauen und durch Bäume ersetzen könnte, falls dann irgendwann das Landhof-Parking gebaut würde. Sie wissen es, dass Landhof-Parking wurde nie gebaut, gleichzeitig wurden aber im weiteren Perimeter in der Wettsteinallee gerade im letzten Jahr weitere 32 Parkplätze abgebaut. Die Regierung argumentiert mit der Klimastrategie, sie sagt damit eigentlich, wir wollen Baum für den Parkplatz, das ist genau das, was mit der Volksinitiative Gute Luft abgelehnt wurde. Hier wird der Volkswille einfach ignoriert, jetzt kommt man zehn Jahre später und sagt, dieser Kompromiss sei nicht mehr gültig, wir pflanzen jetzt zehn Bäume und bauen zehn weitere Parkplätze ab. Ich bin gespannt auf die Antwort.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Ausgangslage verändert. Das Bewusstsein, dass wir den Stadtraum so gestalten müssen, dass er Schatten spendet, ist gestiegen. Das bedeutet begrünen und entsiegeln. Die «Motion betreffend ein gesundes Stadtklima», die der Grosse Rat 2024 überwiesen hat, also nach dem Entscheid zu den Stadtklimainitiativen, verlangt, dass wir den Baumbestand im Kanton bis ins Jahr 2037 um mindestens 2'000 Bäume erhöhen. Aufgrund dieser veränderten Ausgangslage hat der Kanton das ursprüngliche Projekt wieder an die Hand genommen.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass der Parkierdruck in diesem Quartier hoch ist. Deshalb hat er bereits entschieden, Quartierparkings stärker zu fördern. Abklärungen zur Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee laufen.

Zu Frage 3: Aufgrund des Fernwärmeausbaus lässt sich die Vernichtung von grauer Energie nicht immer verhindern. Umso mehr sollen die Bauarbeiten als Chance genutzt werden, um zeitgleich zu begrünen und zu entsiegeln. Teile der Wettsteinallee zählen zu den Fokusgebieten in der Stadt, die mit besonders hohen Temperaturen zu kämpfen haben und deshalb Handlungsbedarf haben.

Zu Frage 4: Wenn Parkplätze einzig aufgrund einer baulichen Massnahme wegfallen, erfolgt die Publikation nur im Rahmen des Bauvorhabens. Gegenstand eines allfälligen Einspracheverfahrens ist in einem solchen Fall nicht die Parkplatzaufhebung selbst, sondern die bauliche Massnahme. Eine zusätzliche Publikation erfolgt nur dann, wenn das Projekt weitere Verkehrsanordnungen enthält, wie beispielsweise die Einführung einer Einbahnstrasse. In diesem konkreten Fall wurde der Abbau der Parkplätze zusätzlich über eine Medienmitteilung kommuniziert.

Zu Frage 5: Ja, wenn ein Bauvorhaben sowohl bauliche Massnahmen als auch Verkehrsanordnungen mit sich bringt, erfolgt dessen Publikation stets am gleichen Tag. Diese Praxis wird seit Jahren so umgesetzt.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Seiler (FDP): Ich bin teilweise zufrieden, beziehungsweise ich habe ich da etwas gelernt. Ich werde mich mit den Juristen austauschen müssen bezüglich den Rekursmöglichkeiten.

Zu den Bäumen: Wenn wir diese 2000 Bäume dann in der Stadt pflanzen wollen, so wissen wir von der Velovorzugsroutediskussion, dass wir etwa 300 Kilometer Strassen haben. Wir können auch hier wieder einmal einen Dreisatz machen, wie wir diese 2000 Bäume verteilen können auf diese 300 Kilometer Strassen, wenn wir sie noch unbedingt in eine Strasse bauen wollen, wo wir vor zehn Jahren schon Bäume gepflanzt haben und wo es in Vorgärten auch Bäume gibt.

Aber damit lasse ich Sie jetzt in Ruhe. Und dann reden Sie von laufenden Abklärungen bezüglich dem Parking bei der Schwarzwaldallee. Das ist schön, dass diese Abklärung laufen und wenn Sie jetzt von der Wettsteinallee 20 in diesem Perimeter zu der Schwarzwaldallee laufen möchten, dann haben Sie etwa 15 Minuten. Ob das jetzt wirklich für ältere Personen oder für Familien eine zumutbare Distanz ist für ein Quartierparking, überlasse ich auch den Anwesenden zu beurteilen.

Ich bin teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.7. Interpellation Nr. 52 Johannes Sieber betreffend die Nutzung der alten Hauptpost als «Haus des Parlaments»

[14.05.25 15:04:59]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt.

Zu Frage 1: Geplant ist, dass in der ehemaligen Basler Hauptpost an der Rüdengasse 1 die fünf Fachabteilungen des Präsidialdepartements unter einem Dach vereint werden – also die Abteilungen Kultur, Aussenbeziehungen und Standortmarketing, Gleichstellung und Diversität, Kantons- und Stadtentwicklung sowie das Statistische Amt.

Zu Frage 2: Für die geplante Fremdmiete an der Rüdengasse 1 wird eine marktkonforme Miete bezahlt. Diese entspricht den üblichen Rahmenbedingungen für externe Anmietungen des Kantons. Über Details zu Geschäftsmietverträgen werden generell keine Auskünfte erteilt. Die Kosten für die Anmietung der frisch sanierten Flächen an der Rüdengasse 1 liegen in derselben Grössenordnung wie die heutigen gesamthaften Raumkosten für die Standorte Marktplatz 30a, Schneidergasse 7, Münzgasse 16 und Binningerstrasse 6. Durch den Zusammenzug der verschiedenen Dienststellen an einem Ort ist zudem von Synergieeffekten auszugehen.

Zu Frage 3: Der Regierungsrat hält die Unterbringung von Verwaltungseinheiten an repräsentativen Standorten wie dem Münsterplatz oder der alten Hauptpost dann für angemessen, wenn diese gut erreichbar, zentral gelegen und wirtschaftlich tragbar sind sowie Synergien mit anderen Verwaltungseinheiten ermöglichen. Der Mehrwert gegenüber anderen Standorten liegt in der Verbindung von Bürgernähe und betrieblicher Effizienz. Im konkreten Fall der alten Hauptpost lag zudem keine Konkurrenz zur privaten Nutzung vor. Derzeit übersteigt das Angebot leerer Büroflächen im Kanton Basel-Stadt die Nachfrage. Entscheidungen über Standortverschiebungen basieren stets auf einer Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäss § 8 Finanzhaushaltgesetz und liegen in der Zuständigkeit des Regierungsrats.

Zu Fragen 4 und 5: Der Grosse Rat bestimmt seine Sitzungsorte in eigener Kompetenz. Gemäss § 1 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates finden die Sitzungen des Grossen Rates im Rathaus oder bei Vorliegen besonderer Umstände an einem anderen Ort statt. Das Ratsbüro und die Kommissionen halten ihre Sitzungen im Rathaus oder an anderen von ihren Präsidien bestimmten geeigneten Sitzungsräumen ab. Die Frage eines «Haus des Parlaments» wurde bei der Evaluation der alten Hauptpost nicht geprüft.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat mitgeteilt, dass er mit der Antwort zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

12.8. Interpellation Nr. 53 Sasha Mazzotti betreffend der Begrünung Baselstrasse zwischen Tramstation Riehen Dorf und Fondation Beyeler

[14.05.25 15:07:59, 25.5221.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

12.9. Interpellation Nr. 54 Alex Ebi betreffend Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung, Parkraumsituation im Hirzbrunnenquartier

[14.05.25 15:08:17, 25.5222.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

12.10. Interpellation Nr. 55 Alex Dill betreffend Umbau und Erweiterung Fernheizkraftwerk Volta: sind die hohen Industriebauten und eine Brennstoffanlieferung per LKW quartierverträglich?

[14.05.25 15:08:33, 25.5224.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

12.11. Interpellation Nr. 56 Raffaela Hanauer betreffend Umzug des Präsidialdepartements und allfälligen Chancen im Rathaus

[14.05.25 15:08:53, 25.5225.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

12.12. Interpellation Nr. 57 Brigitta Gerber betreffend Ergebnisse der Vorstudie zum Bahnknoten Basel durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) und parl. Reaktionen – Fragen zum Herzstück

[14.05.25 15:09:09, 25.5227.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

12.13. Interpellation Nr. 58 Tobias Christ betreffend Meinungsäusserungsfreiheit auch während des ESC

[14.05.25 15:09:31, 25.5228.01]

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):*Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zählen zu den tragenden Pfeilern unserer Demokratie. Deshalb gelten während des ESC grundsätzlich die üblichen Regelungen für Kundgebungen. Gleichzeitig bringt ein Anlass dieser Grössenordnung besondere Herausforderungen mit sich, da zahlreiche Orte in der Innenstadt für Veranstaltungen genutzt werden. Dies muss die Kantonspolizei bei der Prüfung von Bewilligungsgesuchen und der notwendigen

Interessensabwägung berücksichtigen. Ist der öffentliche Raum bereits belegt, können aufgrund des zu erwartenden hohen Besucheraufkommens sowie der damit verbundenen erhöhten Sicherheitsanforderungen in der Regel keine parallelen Veranstaltungen und Kundgebungen bewilligt werden.

Im Fall der vorliegend thematisierten Kundgebung kam hinzu, dass die geplante Kundgebung angesichts der aufgeheizten internationalen Lage sowie bekannter Aufrufe zu Störungen mit einem erhöhten Risiko für Eskalationen verbunden war. Die Gesuchstellenden selbst beantragten umfangreichen Polizeischutz, da sie mit möglichen Angriffen aus Gruppen rechneten. Angesichts der ohnehin hohen Einsatzbelastung der Kantonspolizei und der mit dem Grossanlass generell verbundenen grossen Herausforderungen für die Sicherheit hätte ein solcher Schutz am gewünschten Ort und Zeitpunkt kurzfristig nicht gewährleistet werden können.

Zu Frage 2: Die Kantonspolizei nimmt generell keine inhaltliche Bewertung der Kundgebungsanliegen von Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller vor. Der Entscheid, ob eine Kundgebung bewilligt wird oder nicht, basiert stets auf einer sicherheitsbezogenen Lagebeurteilung im konkreten Einzelfall.

Zu Fragen 3 und 4: Die Kantonspolizei hat ihre Abwägung nicht auf eine pauschale Bewertung bestimmter Inhalte gestützt, sondern eine kontextbezogene Risikobeurteilung vorgenommen. Gerade im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt ist die emotionale Aufladung hoch, und auch friedlich gemeinte Kundgebungen können zu Eskalationen führen.

Zu Frage 5: Die Leitung der Kantonspolizei hat das Gespräch mit den Gesuchstellenden der nicht bewilligten Standkundgebung gesucht, um gemeinsam nach einer Lösung zu suchen. Nun kann eine Kundgebung auf dem Münsterplatz ermöglicht und bewilligt werden. Auch mit weiteren Gesuchstellenden ist die Kantonspolizei derzeit im Austausch, um in der stark beanspruchten ESC-Phase Raum und Zeitfenster für bewilligungsfähige Kundgebungen zu finden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Tobias Christ (GLP): Erst einmal vorweg: Uns Grünliberalen und mir ging es mit dieser Interpellation keineswegs darum, Misstrauen auszusprechen gegenüber der Regierung und der Polizei, im Gegenteil, wir haben volles Vertrauen und ich nutze auch gerne diese Gelegenheit, um an dieser Stelle der Regierung und den Sicherheitskräften zu danken für die grosse Arbeit, die sie im Moment leisten und so uns allen einen sicheren ESC bis jetzt ermöglicht haben und hoffentlich weiter ermöglichen werden.

Mit der Interpellation geht es mir darum, den Stimmen in der Bevölkerung gerecht zu werden. Es ist eine gewisse Unruhe aufgekommen wegen der Nichtbewilligung der ursprünglich geplanten Standaktion gegen Antisemitismus und dann zum Zusammenhang auch mit den Vorkommnissen am Sonntag hat das noch verstärkt Unruhe gebracht. Ich denke, die Regierung hat jetzt Gelegenheit gehabt, ein Stück weit diese Fragen auszuräumen und wieder für Ruhe zu sorgen. Ich hoffe es zumindest, insbesondere auch die Nachricht jetzt, dass eine Lösung gefunden worden ist an einem anderen Ort. Und es freut mich auch, dass sie bemüht ist, auch für andere berechtigte Anliegen und bewilligungsfähige Kundgebungen, wie es genannt worden ist, Lösungen zu finden.

Insofern kann ich gerne sagen, dass ich mit der Beantwortung zufrieden bin und ich wünsche uns allen weiterhin einen sicheren und friedlichen ESC.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.14. Interpellation Nr. 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache

[14.05.25 15:15:00, 25.5229.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

12.15. Interpellation Nr. 60 Pascal Messerli betreffend Kunsteisbahn Margarethen

[14.05.25 15:15:14, 25.5230.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Regierungsrat Atici: sehr geehrte Frau Statthalterin, sehr geehrter Herr Grossratspräsident, geschätzte Damen und Herren Grossrätinnen und Grossräte. Und wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Einleitende Bemerkung

Die Kunsteisbahn Margarethen muss dringend saniert werden. Die Betriebsbewilligung für die Anlage unterliegt der Störfallverordnung mit periodischen Kontrollen durch die Baselbieter Behörden. Zudem ist der Unterhalt der Anlage sehr teuer. Für den Regierungsrat hat eine Lösung für die Kunsteisbahn deshalb hohe Priorität.

Für die Sanierung der Kunsteisbahn ist es von zentraler Bedeutung, den Bedarf der Eissportvereine zu berücksichtigen. Aber auch die Bedürfnisse der Schulen und der Basler Bevölkerungen in Bezug auf Sport und Bewegung sollen einbezogen werden. Überdies ist es dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen, die Klimaziele des Kantons zu berücksichtigen.

Zu den einzelnen Fragen

1. Was ist seit dem Zwischenbericht vom 1. November 2023 (22.5065.03) in Sachen Gesamtsanierung Kunsteisbahn Margarethen von den involvierten Stellen unternommen worden?

Seit dem Zwischenbericht vom 1. November 2023 wurde:

- Erstens eine Vertiefungsstudie zur Sanierung der Kunsteisbahn gemacht. In dieser Studie sind Varianten für das Areal ausgearbeitet worden. Der Rückbau der Anlage wurde ebenfalls geprüft.

- Zweitens wurde eine Standortsuche und Machbarkeitsstudie für eine Eishalle durchgeführt.

Der Regierungsrat wird Ihnen diese Resultate bald in einem Zwischenbericht vorlegen.

2. Ist sich der Regierungsrat – trotz zahlreicher politischer Vorstösse in den letzten Jahren – bewusst, dass die Sanierung der Kunsteisbahn Margarethen absolut prioritär zu behandeln ist?

Der Regierungsrat räumt der Sanierung der Kunsteisbahn hohe Priorität ein. Er hat dazu einen adhoc Regierungsrat-Ausschuss gebildet und sich intensiv im Dreirollenmodell mit der Thematik auseinandergesetzt. Die Resultate und Empfehlungen des Regierungsrates für das weitere Vorgehen werden Sie in dem erwähnten Zwischenbericht finden.

3. Der ESC und die Frauen Fussball EM sind für Basel wichtige Events. Kann der Regierungsrat dennoch dem Eissport in der jetzigen Zeit die nötige Aufmerksamkeit zukommen lassen?

In Basel findet aktuell der Grossanlass ESC statt. Im Juli folgt mit der UEFA Women’s Euro der nächste grosse Anlass. Der Regierungsrat ist sehr erfreut über diese Grossanlässe. Die regulären Geschäfte laufen aber selbstverständlich mit unveränderter Priorität weiter.

4. Die Sanierung der Kunsteisbahn Margarethen wird rund 1 Jahr dauern. Das Erstellen einer Eissporthalle eher 5 Jahre. Ist sich der Regierungsrat dieser Zeitachsen bewusst und welche Ausweichmöglichkeiten sieht er in der Zwischenzeit vor?

Der Regierungsrat ist sich der Zeitachsen bewusst. Die zeitliche Abstimmung ist integraler Bestandteil der Projektplanung. Ziel ist es, den Eissport ohne Unterbruch sicherzustellen. Die detaillierte Planung wird im angekündigten Zwischenbericht dargelegt werden.

5. Der Parkplatz zwischen St. Jakobshalle und Parkhaus St. Jakob steht während rund 11 Monaten im Jahr leer. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, auf einem Teil dieses Areals eine Eishalle (oder sogar eine kombinierte Eis- und 50 M Schwimmhalle) zu erstellen?

Zurzeit laufen Standortsuchen für diverse Sportanlagen, zu denen sich der Regierungsrat aktuell nicht äussern kann. Der Standort St. Jakob-Parkplatz hat sich bisher nicht als geeignet erwiesen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann mich als teilweise zufrieden erklären. Warum ich geschwankt habe zwischen teilweise und ganz zufrieden liegt am Wort bald, weil wir wirklich darauf warten. Aber ich nehme hier auch zur Kenntnis, dass der Regierungsrat hier schon etwas gemacht hat seit dem letzten Zwischenbericht von 2023 und dass das Thema auch prioritär behandelt werden soll und behandelt wird.

Ich möchte hier einfach auch noch in Erinnerung rufen, dass ich ja auch schon mal ein Budgetpostulat eingereicht habe bezüglich längerer Hallenöffnungszeiten der St. Jakobhalle, weil einfach diese Eisflächen nötig sind. Der EHC Basel hat zunehmend sportlichen Erfolg. Wir haben erfolgreiche Eiskunstläuferinnnen oder zumindest eine aus der Region und dementsprechend denke ich, wird das sowohl im Spitzensport wie auch im Breitensport in den nächsten Jahren sehr nachgefragt sein und dementsprechend sollte man auch dieses Thema prioritär behandeln. Basel braucht mehr Eisflächen, auch selbstverständlich andere Sportflächen, und deshalb freue ich mich, dass der Regierungsrat dieses Thema prioritär behandelt.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.16. Interpellation Nr. 61 Johannes Barth betreffend Vorfall rund um die israelische Delegation an der Eröffnungszeremonie des ESC in Basel am 11. Mai 2025

[14.05.25 15:20:29, 25.5231.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Die Bekämpfung von Antisemitismus ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen. Umso mehr bedauert er es, dass es im Rahmen der Eröffnungsfeier des ESC über eine längere Distanz zu einer Begleitung der israelischen Delegation durch eine Protestgruppe kam. Er kann nachvollziehen, dass dieses Vorkommnis bei den Betroffenen wie auch den Zuschauenden Besorgnis und Irritation ausgelöst hat.

Die Reaktion der Polizeikräfte erfolgte nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass keine Gewaltanwendung vorlag, die ein sofortiges polizeiliches Einschreiten rechtlich gerechtfertigt hätte.

Zu Frage 2: Bei der fraglichen Aktion handelte es sich um eine nicht bewilligte Demonstration. Entsprechend konnten im Vorfeld keine Auflagen gemacht werden. Trotz mehrerer Versuche gingen die Organisatorinnen und Organisatoren der Kundgebungen nicht auf die Dialoganfragen der Polizei vor Ort ein. Für die Sicherheitsbehörden war es oberste Priorität, die Sicherheit der Teilnehmenden und Tausenden von Besuchenden zu gewährleisten und nur vereinzelt nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit einzuschreiten, um eine friedliche und geordnete Zeremonie zu ermöglichen.

Zu Frage 3: Die Polizeikräfte befanden sich in einer anspruchsvollen Lage. Einerseits übten die mitgehenden Personen unbestritten Druck auf die israelische Delegation aus. Andererseits hätte ein polizeiliches Einschreiten in der aufgeheizten Situation zu Gegenwehr, Solidarisierungseffekten oder gar einer Eskalation führen können. Dies mit der Folge, dass unerwünschte Begleiterscheinungen für die unzähligen Zuschauerinnen und Zuschauer der Parade nicht hätten ausgeschlossen werden können und der grundsätzlich friedliche Charakter der Veranstaltung überschattet worden wäre.

Die begleitende Polizeipräsenz ermöglichte es, die Situation eng zu überwachen und jederzeit rasch und gezielt einzugreifen. Entsprechend hat die Polizei aktiv eingegriffen, als sich Personen in den Weg des Umzugs stellten. Zudem konnte die Gruppierung durch die Präsenz der Polizeikräfte beim Messeplatz gestoppt werden, was eine ungestörte Durchführung der weiteren Veranstaltung ermöglichte.

Zu Frage 4: Der Vorfall wurde umgehend gemeinsam mit der Delegationsleitung und deren Sicherheitsteam aufgearbeitet. Dabei herrschte Einigkeit, dass zu keinem Zeitpunkt eine Gefährdung der Delegation bestand. Die Projektorganisation der Host City wie auch die Sicherheitsverantwortlichen standen während wie auch im Anschluss an die Parade in engem Kontakt mit den Delegationsverantwortlichen. Am Folgetag wurde die Delegation bei der Erstattung einer Anzeige unterstützt. Sie bedankte sich ausdrücklich bei Polizei und Projektleitung für die gute Zusammenarbeit.

Zu Frage 5: Ja, mehrere Personen wurden noch vor Ort einer Personenkontrolle unterzogen. Relevante Vorfälle werden an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet.

Zu Frage 6: Bei Grossveranstaltungen im öffentlichen Raum gilt es, sowohl die öffentliche Sicherheit als auch den Schutz der teilnehmenden Delegationen zu gewährleisten und gleichzeitig die persönlichen Freiheiten so wenig wie möglich einzuschränken. Im vorliegenden Fall war der Schutz sämtlicher Delegationsmitglieder zu jedem Zeitpunkt sichergestellt.

Die durch den Einsatz gewonnenen Erkenntnisse werden jedoch bei der Planung und Durchführung künftiger Grossanlässe miteinfliessen.

Zu Frage 7: Der Regierungsrat als auch die verantwortlichen Behörden haben sowohl im Vorfeld als auch beim Auftakt des ESC sämtliche Delegationen gleichbehandelt und gleichermassen für ihren Schutz gesorgt. Dabei wurde auch berücksichtigt, dass einzelne Delegationen – wie etwa die israelische – aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage besondere Schutzbedürfnisse haben. Dies mit dem Ziel, allen Delegationen unabhängig von ihrer Herkunft ein sicheres Umfeld und respektvolle Behandlung zu bieten.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Johannes Barth (FDP): Vielen Dank für die Antwort. Ich bin teilweise zufrieden mit der Antwort.

Ich stolpere jedoch immer wieder über die gleichen Themen, die natürlich immer bei jedem Polizeieinsatz genommen werden, wie die Grundsatz der Verhältnismässigkeit und der Berücksichtigung der Tatsache, dass keine Gewaltanwendung vorlag. Nun, wie weit geht das? Es ist auch von meiner Seite nicht Zweck und Idee, die Polizei zu kritisieren. Sie hat einen Superjob gemacht und das muss man sehen, wenn man durch die Stadt läuft, auch interkantonal, die Polizisten, die da sind, sind fantastisch und man fühlt sich sicher und es ist wirklich toll, wie es organisiert ist. Um dies geht es mir hierbei nicht.

Es geht hier um den Punkt, wo es aufhört und wo es anfängt. Weil nur bei Gewalt kann man dann plötzlich sagen, jetzt kann die Polizei einschreiten. Wie ist es möglich, dass dann eben der Zug begleitet wird durch die Demonstranten, die dann aufs Übelste auf die Künstlerinnen und Künstler losgehen, und es ist kein politischer Anlass, es ist ein Musikanlass und das macht die Sache so traurig und das war eigentlich der Grund, warum ich mit der Interpellation darauf hinweisen wollte, dass es bei einer unbewilligten Demonstration doch an der Sache ist, die Leute zu separieren und nicht einfach zuzulassen und zu warten, bis es zu Gewalt kommt.

Natürlich, dies ist sehr schwierig, das ist uns bewusst, aber bei so einem wichtigen Anlass wie dem ESC war es klar, vor allem wenn man die Bilder gesehen hat von Malmö letztes letztes Jahr, dass dies kommen wird. Mich erstaunt, dass dies nicht im Vorfeld besser oder aktiver angegangen wurde. Die Flyer waren da. Es war klar, dass die Demonstration stattfinden wird, und dass ich jetzt Bilder sehen muss von diesem wunderschönen Anlass und ich sehe in jedem zweiten Ecken eine Flagge, die nicht partizipiert am ESC, dann stört mich das. Ich finde es schade und das hätte man vielleicht besser lösen können.

Nun, es ist mir klar, dass man das jetzt angeht und ich finde es toll, vor allem den Satz, dass durch diesen Einsatz gewonnene Kenntnisse wieder in die Planung und Durchführung künftiger Grossanlässe miteinfliessen wird. Wir haben einen Grossanlass und wir haben jetzt, heute wie morgen, Israel, die singen werden und dann haben wir das Finale noch und ich hoffe, dass diese Lehren jetzt schon umgesetzt werden können, damit vielleicht ein besseres Bild kommen wird. Denn wir sind stolz auf den ESC, wir sind stolz auf den Anlass und ich hoffe, dass wir dies bestmöglich durchziehen können. Und nochmal grossen Dank an die Polizei, natürlich auch ans Departement, und danke für die Beantwortung der Interpellation.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

40. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells

[14.05.25 15:28:18, 25.5232.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. David Jenny hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

David Jenny (FDP): Wir haben ja vorher das Hohelied über die Verhältnismässigkeit gehört bei der Beantwortung der Interpellation. Ich glaube im Wesentlichen geht es schon darum, ob dieses Kaskadenmodell verhältnismässig ist oder nicht und vor allem auch in der Anwendung. Dieser Fall, der jetzt in Basel die Anwendung des Kaskadenmodells ausgelöst hat, zeigt schon gewisse Problematiken. Ich bin der erste, der diesen Vorfall in Zürich verurteilt, aber erstens war er in Zürich, zweitens abseits des eigentlichen Fussbalbetriebs, und hier eine irgendwie geartete Verantwortung rechtlicher Natur des Veranstalters der folgenden Fussballmatche in Basel zu konstruieren, ist meines Erachtens doch eher gewagt. Die Rechtsgrundlage ist eben dieser § 66 in unserem Polizeigesetz. Es braucht für Veranstaltungen über 20'000 Personen auf Privatgrund eine Bewilligung, unter 20'000, wenn gewisse Voraussetzungen da sind. Um diese Bewilligung muss der FCB regelmässig ersuchen. Es ist auch klar, dass gewisse Auflagen mit solchen Bewilligungen zu verbinden sind, aber ich glaube schlussendlich ist es wahrscheinlich eine Polizeibewilligung, man hat Anspruch darauf, dass bewilligt wird. Und aus Sicht der Polizei geht es ja immer um die Zukunft, ist eine Auflage geeignet, tauglich, damit diese Veranstaltung durchgeführt werden kann. Und eine Auflage, die mit dem Verhalten ausserhalb des Verantwortungsbereichs eines Fussballclubs begründet wird und diese Auflage dann wirklich dazu beitragen kann, die Sicherheit zu erhöhen und nicht eher kontraproduktiv ist, das ist eine legitime Frage. Daher zeigt sich, dass dieses Modell nicht ganz durchdacht ist.

Wenn es einen Vorfall gab im Stadion in der Verantwortung des FCB und man dann sagt, es bestehe eine Gefahr, dass sich das wiederholt und dass das eine taugliche, angemessene, milde möglich Massnahme sei, dann ist es so richtig. Aber ich bezweifle, ob es eine gesetzliche Grundlage gibt, um diesen Automatismus der sich steigernden Strafen in Gang zu setzen aufgrund dieses Vorfalls.

Und dann vielleicht noch einen Ausblick. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass diese Enteignung der Boni-Ansprüche von CS-Bankern keine rechtliche Grundlage hatte. Ich meine, hier wurden dann auch die Ansprüche einzelner Privatpersonen, aufgrund eines schon erworbenen Billetts das Stadium zu betreten, enteignet, und die meisten von denen waren ja wirklich nicht daran beteiligt. Ich weiss nicht, ob es da die Auflage ist, dass der FCB da entschädigen muss oder ob dann der Kanton da vollumfänglich entschädigen muss. Also wir sehen ein bisschen diese Absurdität. Ich will das Sicherheitsproblem nicht klein reden, aber dass die Übernahme dieses Kaskadenmodells, das irgendwo in einer Arbeitsgruppe ausgeheckt wurde, nicht der Weisheit letzter Schluss war, hat sich anhand dieses Vorfalls gezeigt und ich bitte daher, hier auch zu überweisen. Die Verbindlichkeit tritt erst bei der zweiten Überweisung ein, aber es ist ein Fingerzeig, dass das wirklich ein Schnellschuss war, diese Kaskade von Massnahmen hier loszutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich sehe es anders als David Jenny und ich sehe es leider auch anders als mein Parteipräsident Pascal Messerli. Ich bitte Sie, diese Motion nicht dem Regierungsrat zu überweisen. Ich bin schon ein bisschen erstaunt – und wenn ich die Rednerliste anschaue, habe ich das Gefühl, wird es nicht viele weitere Sprechende geben, die es wie ich sehen -, wie hier drinnen sogleich die rotblaue Brille angezogen wird, wenn es um den FC Basel geht.

Ich bin auch Fussballfan. Ich bin auch Sport interessiert, aber wir sprechen hier über etwas, was ja nicht aus dem Nichts entsteht. David Jenny, es ist ja auch nicht die Stufe 1 des Kaskadenmodells, welches an diesem Tag angewendet worden ist, sondern es ist die Stufe 3, weil es eine Vorgeschichte gibt. Und Sie blenden diese Vorgeschichte heute aus, Sie negieren in Ihren Voten wahrscheinlich auch, dass es natürlich eine verabredete Schlägerei im Kontext eines FC Basel-Spiels war. Diese Schlägerei kam nicht aus dem Nichts, und wenn Sie sich diese Videos einmal anschauen, dann habe ich grosse Zweifel, dass Sie die Tragweite dieses Verbrechens erkennen wollen oder erkennen möchten, und ich finde es schwierig, wenn wir einerseits gerade auch auf bürgerlicher Seite immer sagen, wir erwarten, dass beispielsweise auch bei gewalttätigen Auseinandersetzungen an Demonstrationen diese Demonstrationen unterbunden werden, wenn wir dann gleichzeitig, wenn es um den Fussball geht, eine andere Anwendungsform von Massnahmen einverlangen.

Das geht für mich nicht auf. Ich habe hier einen Widerspruch mit Pascal Messerli, das weiss er auch. Ich finde, wir müssen konsequent sein. Wenn wir sagen, wenn illegale Demonstrationen uns quasi im öffentlichen Raum tangieren, wenn sich Demonstranten wiederholt daneben benehmen, sind wir auch als bürgerliche Parteien immer die ersten, die sagen, dass es bei künftigen Demonstrationen zu Bewilligungsentzügen kommen muss oder die Polizei muss sehr rasch durchgreifen. Aber nur wenn es dann beim FC Basel so weit ist, dann müssen wir ein Auge zudrücken. Ich finde das nicht richtig.

Ich habe nie behauptet, dass das Kaskadenmodell die idealste Lösung ist, um das Problem in den Griff zu bekommen, aber Sie haben mir im Umkehrschluss auch noch nie belegen können, was es denn für andere Massnahmen geben könnte, um diese Situation in den Griff zu bekommen. Pascal Messerli fordert in seinem Vorstoss ja als weiteren Punkt, dass ein Konzept ausgearbeitet werden soll, wie vermehrt der Dialog mit dem Club und den Fans gesucht und unterstützt wird. Ich sehe nicht, wie dieser Dialog weitergehend noch geführt werden könnte, um solche Situationen zu verhindern. Es ist ja, wie gesagt, auch nicht zum ersten Mal so und es betrifft auch beileibe nicht nur den FC Basel, sondern es betrifft eben auch

andere Fussballvereine in diesem Land. Ich glaube wirklich, deshalb ist es falsch, wenn wir jetzt heute mit dieser Motion auch das Signal aussenden, so wie es auch im Motionstext gefordert wird, dass auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells per sofort zu verzichten sei und generell auf Kollektivstrafen wie die Sperrung einzelner Sektoren oder des ganzen Stadions zu verzichten ist.

Was wollen wir denn sonst machen, Pascal Messerli, wenn es zu solchen Situationen kommt, wie wir sie schon in der Vergangenheit des öfteren erlebt haben? Der Polizei kann doch nicht so stark ins Gesicht gelacht werden, wenn wir wieder solche Situationen haben und wir den Strafverfolgungsbehörden und Polizeibehörden nicht die Möglichkeit geben, eben auch in einer solchen Situation eine Massnahme auszusprechen.

Ich spüre hier eine gewisse Ratlosigkeit, auch vielleicht seitens der Motionäre, denn sie haben mit Ausnahme des Dialogs keine andere Lösung auf den Tisch gebracht. Ich finde die Lösung der Polizei, einmal durchzugreifen sinnvoller, und ich finde schon, dass auch die Fans in diesem Sektor eine gewisse Verantwortung haben und diese Verantwortung eben auch wahrnehmen müssen. Hier zählt für mich eine Kollektivverantwortung. Es ist auch so gewesen, dass nach dieser Ankündigung allenfalls, dass es zu einer Sperrung kommen könnte, ja ganz viele andere Tickets in anderen Sektoren verkauft worden sind. Also die Organisation innerhalb dieses Sektors, der gesperrt wurde, funktioniert so gut, und damit kann ich schon auch sagen, dass die Möglichkeit, dass dieser Sektor auch Einfluss hat darauf, was ausserhalb des Stadions passiert, durchaus gegeben ist. Und deshalb finde ich es richtig, den Behörden weiterhin die Möglichkeit zu geben, in Ausnahme- und Extremfällen zu reagieren. Wenn Sie heute diese Motion überweisen, stellen Sie letztlich einen Blankoscheck aus, dass dies inskünftig nicht mehr möglich sein kann, und das halte ich für ein fatales Signal, und ich bitte Sie deshalb, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden angenommen. Jo Vergeat stellt die erste Zwischenfrage.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Sie haben selbst gesagt, es war eine Schlägerei, die absehbar war. Man wusste davon. Wieso greift denn die Strafverfolgung von Gewalttaten nicht ausserhalb eines Stadions?

Joël Thüring (SVP): Wie die Polizei im Einzelfall reagiert, kann ich nicht beurteilen. Es ist einfach so, dass die Organisationen dieser Gewalttaten durchaus auch Einfluss darauf haben, was im Stadion passiert und deshalb ist es auch korrekt, dass man einmal einen Sektor sperrt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli stellt die nächste Zwischenfrage.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben gesagt, wir hätten nur, wenn es um den FCB geht, eine rotblaue Brille an. Können Sie mir denn drei andere Bereiche nennen, wo es ein derartig vergleichbares Kaskadenmodell gibt?

Joël Thüring (SVP): Also ich erlebe meine Partei, die zufälligerweise auch Ihre ist, schon so, dass wir der Ansicht sind, dass, wenn immer die Gleichen etwas anstellen, beim nächsten Mal diese auch nicht mehr zum Beispiel eine Demonstration durchführen dürfen. Ich bin da relativ stringent in meiner Argumentationskette.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Olio Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): In unserer Fraktion wurde dieses Thema wie auch hier im Grossen Rat heiss diskutiert. Eine Minderheit unserer Fraktion sieht es so, – ich erlaube mir, als Einzelsprecher doch für die Fraktion zu sprechen -, dass es eigentlich wenige Alternativen gibt. Es wurde schon ein bisschen gesagt, was wäre die Alternativen zu diesem Kaskadenmodell? Das ist aus deren Sicht nicht klar, sind es mehr Videoüberwachungen, mehr Polizei, was genau ist der Plan. Sie sieht es deshalb auch so, dass das Kaskadenmodell letztendlich ein kleineres Übel ist gegenüber zum Beispiel einer viel stärkeren Polizeipräsenz. Dann sieht es diese Minderheit auch so, dass auch in anderen Bereichen Kollektivstrafen, zum Beispiel auch bei Demonstration, immer wieder gefordert und gewünscht sind, und letztendlich handelt es sich bei diesen Vereinen, die das betrifft, auch um Clubs, die über millionenhohe Budgets verfügen und in dem Sinne auch in der Pflicht wären, hier mehr zu tun.

Ich gehe nicht an FCB-Spiele, das kann ich hier zugeben, es sei denn, sie spielen gegen den Club, den ich gut finde. Die Mehrheit unserer Fraktion sieht es ähnlich wie Vorredner David Jenny. Ich möchte einfach nochmal darauf hinweisen, dass wir staatspolitisch finden, dass das Parlament sich eigentlich zu diesen Massnahmen bereits einmal geäussert hat, und wenn man davon abweichen möchte, dann müsste es eigentlich auch wieder das Parlament sein, das diese Diskussion führt, bevor man etwas entscheidet auch auf Seiten der Regierung. Zweitens der Zweck der Strafe und das Ziel der Strafe ist uns einfach unklar. Wenn Sie diejenigen treffen wollen, die es treffen soll – ich nehme jetzt mal an, das sind die gewaltbereiten Fans -, dann muss man einfach realistisch sein, dass Kollektivmassnahmen diese Person gar nicht interessieren. Sie haben es schon gesagt, die gehen dann in einen anderen Sektor, die sind sowieso irgendwie bei anderen Auswärtsspielen. Das interessiert diese schlichtweg nicht, nicht nur in Basel, das ist ein weltweites Phänomen.

Ist es wirklich Aufgabe derjenigen, die nicht gewalttätig sind, die einfach ein Spiel schauen gehen, die Freude haben, die in der Kurve stehen und die positive Stimmung geniessen wollen, die positive Stimmung geniessen wollen, irgendwelche Leute, die vielleicht noch gewaltbereit sind, darauf hinweisen, was sie zu tun haben? Es ist auch nicht ihre Aufgabe an einer Mahnwache, irgendwelche Leute zurechtzuweisen.

Und schliesslich darf man die Verdrängungseffekte nicht vergessen. Es gibt gewisse Leute, die diese Gewalt suchen. Es sind meistens, wie auch in der Rednerliste, solche männlichen Geschlechts, das nehme ich auf meine Kappe. Und die gehen dann auch irgendwo anders hin, sei es an ein Spiel des EHC Basels, sei es in untere Ligen. Das kennen wir auch aus anderen Ländern. Diese Clubs können dann noch viel weniger machen gegen irgendwelche gewaltbereite Fans und bräuchten noch mehr Unterstützung.

Was die Lösung vielmehr sein müsste – und das sehe ich ein bisschen anders als gewisse Vorredner. Die Gewalt hat abgenommen, sie hat abgenommen, weil es mehr Fanarbeit gibt, ich sehe die Clubs auch in der Pflicht, hier mehr zu leisten, weil bei diesen Personen, die gewaltbereit, muss etwas passieren. Es gibt die Strafverfolgung bei den Straftaten und es muss eine starke Fanarbeit geben, um solches auch zu verhindern.

Eine Mehrheit der Fraktion bittet Sie deshalb, die Motion zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Angesichts Ihrer Ausführungen und des Problems, dass man den einzelnen nicht erkennen oder herausfiltern kann, stelle ich Ihnen jetzt konkret die Frage: Wären Sie denn für das personalisierte Ticket?

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ein personalisiertes Tickets gibt es ja schon an gewissen anderen Orten und ich denke, dort haben Sie dann wieder das Problem, dass es Verdrängungseffekte geben kann, dass die Leute dann anderswohin verschwinden. Deswegen wäre ich jetzt eher kritisch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Ich und meine Fraktion unterstützen die Überweisung der Motion an den Regierungsrat grossmehrheitlich. Deshalb steht bei uns in der Kreuztabelle auch ein offen. Wir alle in diesem Raum verurteilen Gewalt im Umfeld von Fussballspielen. Darüber sind wir uns zum Glück einig, und wir alle wissen, diese Gewalt geht von einer kleinen Minderheit aus. Genau deshalb ist es für mich und meine Partei zentral, dass wir in unserer Antwort auf Gewalt differenziert und rechtsstaatlich reagieren. Was wir mit dem so genannten Kaskadenmodell jedoch erleben, ist eine Pauschalbestrafung ganzer Fanblöcke, und das ohne Verfahren, ohne Verteidigung und ohne individuelle Schuldabklärung. Wer friedlich ein Ticket gekauft hat, wird ausgeschlossen, nur weil er oder sie im falschen Sektor steht. Das widerspricht dem liberalen Grundsatz der Eigenverantwortung, einem Grundpfeiler unseres Reststatus.

Wir haben es auch schon gehört zum einigen, die Gegner der Motion argumentieren unter anderem damit, dass ohne Druckmittel wie das Kaskadenmodell der Gewalt nicht wirksam begegnet werden kann, dass Eigenverantwortung im Umfeld von Fussballspielen nicht funktioniert oder dass die Allgemeinheit, Steuerzahler:innen, also wir alle, die Kosten für Sicherheitsmassnahmen trägt, wenn nicht rigoros eingegriffen wird.

Diese Bedenken nehmen wir ernst, doch sie rechtfertigen keine Kollektivstrafen. Denn Kollektivstrafen lösen keine Probleme, sondern schaffen neue Probleme. Sie bestrafen vor allem die Falschen, führen zu Frustration und Solidarisierung mit den Falschtätern und letztlich zu noch mehr Konflikten. Wenn ganze Kurven einfach dicht gemacht werden, dann verändert sich die Fankultur und mit ihr nimmt natürlich auch die Gewalt zu. Hinzu kommt, dass der Vorfall, der die Sanktion ausgelöst hat,

nicht in Basel stattfand, und auch nicht im Stadion, sondern draussen in Zürich. Trotzdem wurde ausgerechnet Basel bestraft. Das ist nicht verhältnismässig, sondern willkürlich in meinen Augen. Zudem ist es juristisch fragwürdig, denn die rechtliche Grundlage für dieses Vorgehen ist in Basel-Stadt schlicht nicht gegeben.

Wir haben uns im Jahr 2013 ganz bewusst gegen den Beitritt zum verschärften Hooligan-Konkordat entschieden und damit auf Dialog statt Repression gesetzt. Und ja, der Dialog funktioniert, wenn er konsequent geführt wird. Die Swiss Football League hat mit dem Konzept des Good Hosting und gezielten Einzelmassnahmen einen rechtsstaatlichen Weg eingeschlagen, der internationale Anerkennung findet. Studien der Uni Bern bestätigen die Wirksamkeit solcher Strategien. Natürlich reicht Prävention alleine nicht aus. Täter müssen konsequent verfolgt und bestraft werden, aber individuell, fair und transparent und eben nicht pauschal, ohne Unterscheidung und ohne Verfahren.

Die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates bemisst sich daran, wie wir mit Minderheiten umgehen, auch mit unbequemen. Wenn wir beginnen, das Recht pauschal als Druckmittel anzuwenden, dann verlieren wir etwas, das nur schwer wiederherzustellen ist, nämlich das Vertrauen. Wir unterstützen diese Motion, wie schon gesagt, grossmehrheitlich, weil sie nicht Gewalt verharmlost, das muss ich betonen, sondern Gerechtigkeit einfordert, weil sie den Rechtsstaat nicht aushöhlt, sondern schützt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Annina von Falkenstein. Sie wird entgegengenommen.

Annina von Falkenstein (LDP): Wenn ich so an die politische Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren denke, habe ich den Eindruck, dass die GLP die Eigenverantwortung relativ selektiv auslegt. Wie kommt es, dass Sie sie hier so stark betonen?

Bülent Pekerman (GLP): Wir machen Sachpolitik und dementsprechend kann es auch so herauskommen, wie heute.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Üblicherweise halte ich es so, dass ich nicht so viele persönliche Geschichten erzähle. Heute habe ich mich anders entschieden, weil ich einfach denke, dass es die Logik, der die ergriffene Massnahme folgt, noch einmal sehr schön vor Augen führt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war in Zürich an diesem Spiel, und es war ja dann so, dass sich einige Menschen prügelten ausserhalb des Stadions, nach dem Spiel. Diese Prügelei ist dumm, unnötig, in keiner Weise gutzuheissen, das steht so auch in der Motion. Die Fankurve im Stadion wird dafür in die Mitverantwortung genommen. Das sind irgendwie 3’000-3’500 Personen, unter anderem ich. Ich war vor Ort, mit einem Kind, das etwa so gross ist. Wir haben eine fröhliche Stimmung erlebt dort in dieser Fankurve. Wir haben ein 4:0 gefeiert, drei Mal gab es auch noch ein 5:0, das dann leider einfach nie zählte. Und nach dem Spiel fuhren wir im ersten Extrazug zurück nach Basel, in guter Laune und guter Stimmung, in friedlicher Umgebung. Die verhängte Sperrung des Teils der Muttenzerkurve meinte mich und dieses Kind mit in der Logik. Zur Sinnhaftigkeit oder eben nicht so grossen Sinnhaftigkeit dieser Rolle hat Oliver Thommen in seinem Votum schon einiges gesagt. Aber der Clou ist, ich war gar nicht betroffen, denn ich habe gar keine Jahreskarte. Hingegen kenne ich viele Jahreskartenbesitzer:innen, die das Spiel zu Hause am Fernsehen schauten und die dann in dieser Logik ja eigentlich nicht gemeint waren, aber betroffen waren von der Sperrung.

Langer Rede kurzer Sinn: Kollektivstrafen verfehlen wirklich die Wirkung, die sie eigentlich haben sollten. Kollektivstrafen sind keine geeignete Auflage für eine Bewilligung. Es scheint an der Zeit zu sein, dass wir als Parlament die politische Aussage wiederholen, die wir bereits getätigt haben mit dem Entscheid zum Hooligan-Konkordat, den wir nicht beitragen. Wir sollen hier die Aussage mit Nachdruck wiederholen, dass Basel-Stadt einen anderen Weg gehen will, einen Weg der Prävention und Deeskalation und nicht den Weg der Kollektivstrafen und der Willkür.

Noch dazu, auch das wurde bereits gesagt, müssen wir uns noch einmal in Erinnerung rufen, die Kollektivstrafe wurde gegen das eigene Stadion erhoben, passiert ist der Vorfall aber ausserhalb eines anderen Stadions. Wenn man sich das noch einmal vor Augen führt, zeigt das, wie solche Massnahmen wirklich nicht sinnhaft sind, und die SP-Fraktion stimmt deshalb der Motion zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Wir haben es jetzt schon mehrfach und ausführlich gehört, Kollektivstrafen treffen mehrheitlich bis ausschliesslich Unschuldige. Sie widersprechen damit dem Grundprinzip von Strafen in einem Rechtsstaat. Sie sind ungerecht, nicht gerade willkürlich, weil sie nach einer Regel laufen, aber trotzdem sehr unverhältnismässig. Sie bringen nicht nur nichts, sie schaden auch.

Hier möchte ich noch einen weiteren Punkt anbringen: Ungerechte Strafen und unverhältnismässige Strafen bringen auch eine Solidarisierung unter den Betroffenen und sie bringen sie gegen den eben als ungerecht empfundenen beziehungsweise real ungerechten Staatsapparat auf. Das Vertrauen wird geschädigt und wenn man möchte, dass es hier mit einer solchen Kollektivstrafe irgendeine Distanzierung oder ein Wehren gegen die Gewalttätigen gibt, dann erreicht man genau des Gegenteil damit.

Ich denke, wir sind uns grossmehrheitlich einig, Kollektivstrafen sind nicht sinnvoll, abgesehen davon, dass sie rechtsstaatlich nicht zulässig sind. Das gilt aber nicht nur beim FCB, sondern auch bei Demonstrationen, da gebe ich sogar Joël Thüring Recht, und auch im Asylbereich und in weiteren Bereichen, wo sie leider gang und gäbe. sind. Wir von BastA setzen uns generell gegen Kollektivstrafen und andere unverhältnismässige Repressionen ein. Wir sind hier nicht für eine Sonderbehandlung des FCB und ich würde mich sehr freuen, wenn das die anderen unterstützenden Personen in diesem Saal auch so sehen würden, hier die Konsequenz zeigen würden, nicht nach einer rotblauen Brille entscheiden würden, sondern nach einem Rechtsstaat und nach einem verhältnismässigen und fairen Staat. Wir unterstützen deshalb diese Motion, und entgegen der Kreuztabelle, wo offen steht, sind wir hier geschlossen für Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Eigentlich ist es ja bedenklich, aber mit Blick auf einzelne Wortmeldungen und auch einzelne Medienkommentare bedarf es offenbar einer Klarstellung darum, warum es in dieser Diskussion eigentlich nicht geht. Es geht nicht darum, ob man solche Gewaltakte gutheisst. Ich kenne niemanden, der solche Gewaltakte gutheisst. Natürlich waren die krass. Es geht auch nicht darum, ob man jetzt den Behörden glaubt, dass das so wie beschrieben stattgefunden hat. Ja, ich glaube den Behörden, dass das so wie beschrieben stattgefunden hat und es gab ja auch einzelne Videoaufnahmen, die publiziert wurden. Und es geht jetzt hier auch nicht um ein widersprüchliches Verhalten im Umgang mit Demonstrationen und den Umgang mit Fussballspielen, weil es gibt sehr wesentliche Unterschiede, auf die ich jetzt aus Zeitgründen nicht eingehen kann, aber das erkläre ich Ihnen, lieber Joël Thüring, auch gerne bilateral.

Worum es hier geht, ist, wie wir als Rechtsstaat mit solchen Gewaltvorfällen umgehen und umgehen müssen. Und es gibt einen Punkt, der hier immer zentral im Mittelpunkt steht und das ist die individuelle Verantwortung als elementarer Bestandteil, unabdingbarer Bestandteil eines Rechtsstaates. Und das ist die Antwort, wie man mit solchen Vorfällen umzugehen hat. Man hat individuell festzustellen, wer Verantwortung für einen Vorfall trägt und diese gemäss den gesetzlichen Bestimmungen zur Rechenschaft ziehen. Sonst sind es dann eben Kollektivstrafen, auch wenn ich weiss, dass sich einzelne gegen diesen Begriff, aber ja, es ist offensichtlich eine Kollektivstrafe. Auch wenn man den Vorfall krass findet, man kann sich nicht von dieser individuellen Verantwortung loslösen.

Das ist der Unterschied zwischen einem Rechtsstaat und einem Willkürstaat, und ich hoffe, dass das auch Joël Thüring ohne rotblaue Brille so sieht. Und das geht auch an alle diejenigen, die sagen, es gäbe ja keine bessere Lösung, wir müssten das jetzt machen, weil wir keine bessere Antwort darauf hätten. Doch, die individuelle Verantwortung ist die Antwort und es gibt ja auch genügend Beispiele, wo Hooligans strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden konnten in der Vergangenheit, ja, man hat nicht alle erwischt, das gilt für andere strafrechtliche Gebiete auch leider, aber wenn man identifizieren kann, dann kann man entsprechend zur Rechenschaft ziehen.

Und nun kann man noch lange behaupten, das sei keine Strafe sondern Prävention, so wie das die KKJBD in ihrem Kaskadenmodell beschreibt. Bei allem Respekt, aber diese Aussage ist definitiv völlig absurd, denn Prävention macht man, bevor etwas passiert, wenn man davon ausgeht, dass da jetzt etwas erwartet wird. Aber die Polizei vor Ort sah das offensichtlich nicht kommen, wie sollte dies dann der von dieser Strafe betroffene Gastverein sehen kommen. Diese Frage muss man sich schon stellen. Aber dieser Gastverein, der FC Basel, der ist es, der jetzt auf Bewährung ist. Das ist nochmals ein Begriff, der aus dem Strafrecht kommt.

Und genau aus diesem Grund ist auch der Party-Vergleich der Regierungsrätin etwas schief in der Landschaft. Kann man denn ernsthaft der Meinung sein, dass wenn ich nach Zürich als Gast an eine Party eingeladen werde, verantwortlich bin für das Verhalten der Gäste, wenn sie dann ohne mich nach Hause gehen? Das kann ja niemand ernsthaft finden, denn wenn das so wäre, dann könnte ich und Sie alle auch keine Einladung mehr annehmen, denn diese Verantwortung können wir alle selbstverständlich nicht tragen.

Dann wurde schon einiges gesagt zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit. Ja man kann sich auf das Polizeigesetz, § 66 abstützen. Aber das befreit die Verwaltung nicht davon, das befreit die Polizei nicht davon, dass diese Anordnungen verhältnismässig sein müssen. Und ein Teil der Verhältnismässigkeitsprüfung ist, ob denn diese Massnahme geeignet ist, hier etwas entgegenzusetzen. Und das ist hier sehr offensichtlich nicht der Fall. Man erreicht eher das Gegenteil, eine Verhärtung der Fronten, als dass man tatsächlich dazu beitragen kann, dass weniger passiert.

Man kann noch anmerken, der Regierungsrat des Kantons Luzern hat erst kürzlich so eine Volksinitiative festgehalten, dass es sie für teilweise ungültig erklärt, weil sie eben einen Automatismus vorsieht, so wie es auch das Kaskadenmodell entsprechend vorsieht.

Und schliesslich noch: Wer trägt jetzt eigentlich die Verantwortung für diesen Entscheid? Die Sicherheitsdirektorin hat bei den Interpellationen gesagt, das haben die Behörden hier in Basel so beschlossen, kommuniziert wurde es jedoch von der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden. Das ist für mich nicht ganz frei von Widerspruch. Wir als Parlament müssen unsere Verantwortung für den Rechtsstaat wahrnehmen. Das ist das meiner Sicht ein klares, ein grobes Foul gegen den Rechtsstaat, für das, es tut mir Leid, gibt es die rote Karte. Deshalb überweisen Sie bitte die Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Frage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Sie haben jetzt sich als Verfechter der individuellen Strafe und der individuellen Verantwortung geoutet. Auch an Sie die Frage: Sind Sie demnach für das personalisierte Ticket? Denn dieses würde ja diese individuelle Strafe ermöglichen.

Luca Urgese (FDP): Ich trage im öffentlichen Raum auch kein Namensschild um den Hals. Wenn ich etwas anstelle im öffentlichen Raum, dann muss mich die Polizei identifizieren, damit sie mich sanktionieren kann. Das ist völlig klar.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Die Frage polarisiert und ist hochinteressant, und ich muss sagen, ich möchte nicht in der Haut von Regierungsrätin Stephanie Eymann stecken, denn was man sagen muss, offenbar funktioniert das ja. Also die Androhung von solchen Sperren scheint ja zu funktionieren, also scheint das ja der richtige Weg zu sein, dass man da mal sagt, hier in diesem Stadion haben wir offenbar Strukturen, wodurch die Leute sich mehr oder weniger kennen. sehr gut organisiert sind und eigentlich weiss jeder in einem gewissen Sektor, wer da allenfalls möglicherweise sich nicht richtig verhält. Und wie packen wir die?

Wenn ich es das so gesehen habe, dann erinnert mich das an meine Schulzeit. In der Schule hat es das mal gegeben, mehr als einmal, dass irgendjemand einen Blödsinn gemacht hat und dann der Lehrer gesagt hat, so jetzt, so lange wir nicht herausfinden, wer das war, machen alle das oder jenes. Ich habe das sehr ungerecht empfunden. Und ich habe das wieder erlebt im Militär. Dort hat man auch solche Kollektivstrafen, ganze Gruppen oder ganze Züge hat man da in den Unterkünften kollektiv stehenlassen oder sonst irgendwie, bis man zum Resultat gekommen ist, das man gewünscht hat.

Mein Gerechtigkeitsgefühl hat sich da nie gestärkt, sondern ich habe immer den Eindruck gehabt, das geht doch nicht. Und ich muss sagen, das geht wirklich nicht., und es geht nicht in einem Rechtsstaat, wie wir einen haben. Wenn wir strafrechtliche Verantwortungen haben, dann können wir nicht sagen, wir nehmen jetzt alle mit in diese Verantwortung, egal, wer das ist oder was die gemacht haben.

Was ist das eigentlich? Man erwartet, dass die Leute aus der Muttenzer Kurve selber das Recht in die Hand nehmen. Schaut selber zum Rechten, schaut mal, dass das nicht mehr so ist. Also entweder sagen wir, ihr müsst denunzieren oder wir sagen, ihr habt die entsprechende Gewalt anzuwenden und nicht wir als Staat. Wir als Staat haben das Gewaltmonopol anzuwenden. Der Staat darf das nicht delegieren an die Kurve und sagen, so jetzt seid ihr zuständig, denn wir schaffen es nicht. Es ist die Aufgabe der Polizei, diese Täter, ausserhalb des Stadions auf jeden Fall, möglicherweise sogar innerhalb des Stadions, zu fassen, und nicht der Zuschauerinnen und Zuschauer in dieser Kurve. Das können wir nicht verlangen, das dürfen wir nicht verlangen. Da verlassen wir jeglichen rechtsstaatlichen Grundsatz, auch wenn ich Verständnis habe für dieses Bedürfnis, hier Ordnung zu schaffen, denn es ist nicht in Ordnung, was da geschieht, und die Leute sind verrückt und wütend, dass das geschieht. Aber wir können das Problem nicht so lösen.

Vielleicht können wir den Club etwas in Verantwortung nehmen. Ich habe mich sehr geärgert über Herrn Xaka, der auf dem Casino «runterproletet», dass die Zürcher unsere Feinde sind, die es zu schlagen gilt, nicht auf dem Feld, sondern draussen

offenbar auf der Strasse. Das ist grober Unsinn. Und da müssen die Vereine tatsächlich dafür sorgen, dass ihre Spielerinnen und Spieler, vor allem Spieler sind es natürlich, tatsächlich solchen Unsinn nicht erzählen dürfen und sich auch distanzieren von solchen Dingen. Hier hat der Verein eine Verantwortung.

Es ginge aber auch zu weit zu erwarten, dass der Verein dafür sorgen kann, dass ausserhalb des Stadions sich alle Leute richtig benehmen. Stellen Sie sich vor, zwei oder drei von unseren Kollegen in unruhigeren Zeiten würden sich draussen auf dem Marktplatz nach einer Debatte noch kurz den Kopf einschlagen. Das Resultat wäre, dass wir sagen, der nächste Grosse Rat wird gestrichen, gesperrt, Kollektivstrafe, weil da möglicherweise Delikte geschehen in diesem Kreis. Das kann nicht sein, das darf nicht sein.

Und auch das Beispiel mit der Demonstration stimmt nicht. Wer mitmacht an einer Demo, die nicht bewilligt ist, der stellt sich von Anfang an ausserhalb die Rechtsordnung, weil er eben sich nicht richtig verhält. Da ist die Polizeitätigkeit selbstverständlich in Ordnung, wenn man dann etwas unternimmt. Da haben wir die grundsätzlichen Voraussetzungen. Aber wer nichts, wirklich nichts getan hat ausser ein Spiel geschaut hat, den darf man nicht bestrafen und sagen, du darfst das nächste Mal nicht gehen, weil andere sich unrecht verhalten haben. Ich bitte Sie, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen.

Luca Urgese (FDP): Kollektivstrafen sind auch in der Armee rechtswidrig. Aber meine Frage ist eine andere. Sie haben behauptet, das Kaskadenmodell würde funktionieren. Nun. das Kaskadenmodell war bekannt und trotzdem kam es zu diesem Vorfall. Wie genau funktioniert das Kaskadenmodell?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Nur so weit, dass in der Zwischenzeit nichts wieder geschehen ist. Aber es funktioniert nicht wirklich. Ich habe das vielleicht nicht klar genug gesagt. Es ist jetzt nichts mehr geschehen, denn das hat einen Moment Angst gemacht, aber es funktioniert als solches nicht, weil auch die Verhältnismässigkeit im Kaskadenmodell selber nicht gegeben ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich bin grundsätzlich Ihrer Meinung, aber ich muss trotzdem etwas fragen. Wenn ich einen Musikclub führe und vor diesem Musikclub meine Gäste Krawall machen auf dem Nachhauseweg, dann schliesst die Behörde meinen Club. Wie ist das jetzt? Das ist ja auch eine Kollektivstrafe.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es kann sein, dass eine Betriebsbewilligung entzogen wird. Dass die Bewilligung nicht erteilt wird, ist im Einzelfall ja durchaus möglich. Das ist vorgesehen im Polizeigesetz § 66. Aber das heisst nicht, dass der einzelne dann nicht ans Spiel gehen darf, das an sich bewilligt ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Sie haben gesagt, Kollektivstrafen seien der falsche Weg. Vor zwei Jahren wurde ein Demonstrationszug am 1. Mai für alle angehalten von der Polizei. Waren Sie demnach dort auch der Meinung, dass das falsch war, weil dadurch ja alle kollektiv angehalten und damit betroffen sind?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich glaube nicht, dass das falsch war, weil vorne Vermummte gelaufen sind und die Polizei gesagt hat, wer sich hier trennen will, der soll beim Klosterberg heruntergehen und man hat nur die in eingekesselt, die nicht heruntergegangen sind. Das ist eben wirklich nicht dasselbe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wir debattieren schon länger, man sieht, es ist ein hoch emotionales Thema. Auch die LDP ist grundsätzlich gegen Kollektivstrafen. Das wird ja nun wirklich schon lange diskutiert. Wir fragen uns aber, wie bekommt man eine Verbesserung gewaltfreie Spiele hin? Sie sind nicht da, um den Frust loszulassen. Wir wünschen uns Sportveranstaltungen, die für alle zugänglich sind und auch ohne Angst besucht werden können. Daher sind wir für Nichtüberweisen der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Regierungsrätin Stephanie Eymann ist mir quasi ans Herz gewachsen. Sie hat den schwersten Job als Politikerin in unserem Kanton. Egal was sie macht, es ist keinem recht. Auch wenn ich gerne Regierungsrat geworden wäre, den Job als Polizeiminister hätte ich nicht angenommen. Es ist der undankbarste Job. Und das muss man einfach einmal berücksichtigen.

Ich bin später gekommen, weil ich mich ferngehalten habe und zwei Interviews gehalten habe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Reden Sie zum Thema Kaskadenmodell.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin erst jetzt zum Schluss der Debatte dazugestossen. Ich habe ein paar Redner gehört, aber am Anfang fehlen mir 80% des Stoffs. Aber ich beziehe mich jetzt auf die 20%, denen ich aufmerksam zugehört habe.

Meine Partei wird die Motion ablehnen. Ich werde auch Nein stimmen. Pascal Messerli, Sie schreiben wortwörtlich in Ihrer Motion, juristisch sei die Sache nicht haltbar. Dann muss ich Ihnen sagen, Sie sind ein Jurist und ich habe Hochachtung vor allen Juristen. Aber dann reichen Sie bitte eine Klage ein. Ich möchte Sie bitten, nicht in der Motion zu schreiben, es sei juristisch nicht haltbar. Wenn Sie eine Klage machen würden, dann hätten Sie meine Stimme. Wenn Sie jetzt sagen, Sie würden als Jurist klagen, dann erhalten Sie meine Stimme. Machen Sie bitte Nägel mit Köpfen.

Sie schreiben, das schade dem FCB wirtschaftlich. Der FCB macht Millionen von Gewinn und die haben viel Geld. Ich habe ja darum die Anfrage gemacht, ob der FCB überhaupt Steuern bezahlt. Ich möchte mal wissen, wie viel Steuern die zahlen.

Sehr witzig fand ich die Rede von Bruno Lötscher. Er hat gesagt, diese Kollektivstrafen würden nicht gehen. Aber ich komme noch einmal zurück zu Pascal Messerli. Selbst die Baz war überrascht, dass der das Thema bringt. Wenn ich den Artikel in der Zeitung richtig verstanden habe, wollten die Journalisten sagen, dass das eher ein linkes Thema sei und überhaupt nicht zur SVP passe. Und auch gerade an die Adresse meines Vorredners Joël Thüring: Ich habe es vielleicht falsch verstanden, aber Sie haben sich eingesetzt für die Demonstranten vom 1. Mai 2023. Ich habe es vielleicht falsch verstanden, aber da bin ich natürlich auch überrascht. Also entweder ist man als SVP geradlinig oder nicht, aber man kann sich dann nicht plötzlich einsetzen für die Leute, die eingekesselt worden sind. Die Leute sind zu Recht eingekesselt worden und darum ist Regierungsrätin Stephanie Eymann wiedergewählt worden.

Bruno Lötscher hat gesagt, wenn sich zwei Grossräte nicht verstehen und sich draussen auf dem Marktplatz die Köpfe einschlagen, werde die Grossratssitzung ja auch nicht abgesagt. Das ist ein interessantes Thema, darum nehme ich Bezug darauf. Zwei Grossräte schlagen sich vor dem Rathaus die Köpfe ein. Ich muss einfach sagen, das hat es ja alles schon gegeben, dass sich Grossräte gegenseitig so angehen und es gibt ein Gerichtsurteil dazu. Trotzdem findet der Grosse Rat statt. Aber das kann man natürlich nicht miteinander vermischen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Entschuldigen Sie, wenn ich diese lange Debatte noch verlängere. Aber wenn Joël Thüring Minus sagt und Pascal Messerli jetzt dann gleich Plus sagt, ist es vielleicht nicht unbedeutend, dass ich klare Verhältnisse schaffe dafür, was die SVP-Fraktion betrifft.

Die SVP-Fraktion steht grossmehrheitlich hinter unserem Parteipräsidenten und wird die Motion unterstützen. Natürlich ist das Aufrechterhalten öffentlicher Ordnung ein Primat unserer Politik, und natürlich ist die öffentliche Ordnung nicht aufrecht gehalten, wenn sich zwei Gruppen die Köpfe einschlagen. Aber ebenso wichtiges Prinzip in unserer Politik sind Dinge wie Fairness, wie Nachvollziehbarkeit staatlichen Handels, die Verhältnismässigkeit und vor allem auch das rechtsstaatliche Prinzip der Unschuldsvermutung. Und diese Argumente überwiegen für uns klar, weshalb wir die Motion unterstützen.

Zwei kleine Bemerkungen muss ich mir jetzt noch erlauben gegenüber dem geschätzten Ratskollegen Bruno Lötscher. Ich möchte Ihnen nicht zu nahe treten, aber wahrscheinlich haben Sie ein paar Jahre vor mir Militärdienst geleistet. Wenn Sie heute im Militär mit Kollektivstrafen etwas tun, damit wird nur einer bestraft, nämlich der, der die Kollektivstrafe verfügt. Und der zweite Punkt: Ich war auf dem Barfi, als Taulant Xhaka sich vergriff. Der Club hat seine Verantwortung wahrgenommen, er hat in aller Deutlichkeit reagiert. Mehr als das kann man nicht verlangen. Taulant Xhaka ist ein erwachsener Mann. Es ist nicht die Aufgabe des Klubs, ihn ins Kistchen zu stecken, aber es ist die Aufgabe des Klubs, sich von den Äusserungen zu distanzieren und disziplinarische Massnahmen zu vollziehen. Das haben sie getan.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist der Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich habe lange nicht gewusst, ob ich überhaupt etwas sagen soll. Wir haben auf der einen Seite Regierungsrätin Stephanie Eymann, die in dieser Thematik den schwierigsten Job hat von uns allen, sie kann es nur falsch machen, zu viel ist nicht recht, zu wenig ist nicht recht. Natürlich, solange nichts passiert und niemand zu Schaden kommt, hätte man gescheiter weniger gemacht und umgekehrt. Ich glaube, das ist allen hier drin klar und ich hoffe, das ist auch der Bevölkerung klar, dass man das einfach nie vergisst. Im Nachhinein schlau sein ist nicht allzu schwer.

Das zweite, was ich jetzt sehr oft gehört habe, ist, dass das rechtsstaatlich nicht korrekt sei. Das ist nicht mein Thema. Mir geht es vielmehr darum, dass ich da vorne stehe als ehemaliger Sportler in einer Mannschaftsballkampfsportart, wenn man das sagen kann. als Handballer. Da darf man einander auch ordentlich an den Ohren nehmen. Und früher ist dabei nicht allzu viel passiert, das ist jetzt auch ein bisschen anders geworden.

Die Zuschauer sind auch emotional, manchmal vielleicht auch aggressiv. Und wenn man im Berner Oberland ist mit der Kuhglocke, ist es auch recht zu und her gegangen, vor allen Dingen auch nach dem Match ist man dann fast nicht mehr zum Car gekommen. Das war auch ziemlich unangenehm, aber es hatte alles irgendwo eine Grenze. Und ich habe noch nie das Gefühl gehabt, dass in all diesen Sportarten, bei denen ich mir Spiele angesehen habe, irgend jemand wirklich hat Angst haben müssen, dass ihn irgendwelche Wahnsinnigen, die sich nicht mehr spüren, zufällig ein Leiden davongetragen hat. Und das ist mir das Allerwichtigste nebst all diesem juristischen Gerede, das wir da gehört haben, wovon sicher auch vieles stimmt.

Natürlich, ich bin auch gegen eine Kollektivstrafe. Wer ist denn das nicht. Wenn man mich anschaut, weiss man auch, dass ich nicht so ein konformer Typ bin und darum bin ich ganz bestimmt auch dagegen. Aber mir fehlt auch, dass man sich vielleicht auch mal klar von der Vereinsleitung her richtig distanziert. Es ist mir klar, Menschengruppen haben natürlich grossartige Choreografien, sie machen eine unglaubliche Stimmung im Stadion und wenn ein Fussballmatch ohne Stimmung stattfindet, ist er nicht die Hälfte, nicht ein Viertel, vielleicht nur ein Zehntel so lustig und interessant auch für alle anderen Zuschauerinnen und Zuschauer. Und selbstverständlich verstehe ich, dass eine gute Stimmung Einnahmen generiert. Man ist dabei, wir haben jetzt die tollen Fotos gesehen auf dem Barfüsserplatz, auch wenn nicht alle etwas Schlaues von sich gegeben haben. Aber es ist doch eine tolle Stimmung, und das wollen wir doch, wir wollen doch auch an einen Event gehen, wo eine tolle Stimmung ist. Aber wir wollen nicht an einen Event gehen, bei dem wir nicht mehr wissen, ob wir gesund nach Hause kommen, wenn ich mit einem Grosskindern an einen Fussballmatch gehe.

Und darum, ich kann nicht sagen, es sei schlau gewesen, die letzten 20, 30 Jahre einfach ein bisschen zu plaudern auf Augenhöhe mit diesen Fangruppierungen, da etwas abzumachen. Am Schluss ticken sie aus und am Schluss gibt es wieder Klopfereien und selbstverständlich sind es die wenigsten, die Lust haben auf Verklopfen, und die meisten haben Freude an der Party. Aber immer nur plaudern, und nochmals plaudern und nochmals plaudern und nochmals eine Chance geben – irgendwann müssen wir einmal einen Schritt weitergehen. Und das ist das Kaskadenmodell. Dass es jetzt das Schlauste ist auf dieser Welt, bezweifle ich auch stark. Aber trotzdem ist es wenigstens ein Schritt. Wir probieren mal etwas anderes. Und wenn wir das jetzt kategorisch verbieten wollen, und das dann letztendlich ein Präjudiz schafft für andere Sachen, dann habe ich echt kein Verständnis, dass man hier drin, weit weg von der Szene, auf den Knopf drückt und nachher sagt, in Zukunft geht das nicht mehr.

Eigentlich habe ich etwas aufgeschrieben, das ich habe vortragen wollen. Es ist mir nicht gelungen, ich habe es halt so erzählt. Aber ich hoffe, die Botschaft ist herübergekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Das ergänzt sich jetzt gerade gut, weil ich auf die Wut, die es glaube ich in der Bevölkerung auch gibt auf die Gewaltexzesse, noch kurz habe eingehen wollen. Denn ich glaube, die Wut muss man wahrnehmen, sie findet ausserhalb dieser Szene statt. Das ist eine Berechtigung. Ich finde aber auch, dass insbesondere wir hier drin auch eine

Verantwortung über die Berichterstattung über diese Gewalt haben. Ich bin mit Alex Ebi nicht einig, dass man nicht mit Kindern an ein Fussballspiel im Joggeli gehen kann. Es ist nicht wahnsinnig gefährlich. Es gab auch eine Abnehme, jetzt gibt es wieder einen Aufschwung. Ich glaube, wir haben aber ein Gesamtproblem, ein Gewaltproblem. Und das Gewaltproblem verurteilen wir hier alle, das ist ein Problem.

Ich sage es jetzt auch hier vorne in dieser Stärke, es ist ein Männerproblem. Es gibt eine wahnsinnig krasse Anhäufung von Testosteron in diesen Kurven, wo es sicher auch Frauen hat, aber wo sich eine Stimmung anbahnt. Wir wissen, dass es Hooligans gibt, das ist ihre Kultur, andere zu verprügeln, denen ist der Fussball sogar grundsätzlich fast ein bisschen egal. Es gibt Ultras, die haben in ihrer Kultur genau das, die Gewalt, welche die Emotionen mit sich bringen als Negatives.

Das ist ein Problem, das wir auf keinen Fall lösen mit dem Kaskadenmodell. Ich möchte einfach noch einmal schnell die Absurdität dieses Modells hinweisen. Wenn ich jetzt zum Beispiel Oliver Thommen und seinem Servette Club eins auswischen möchte, dann schnappe ich mir mit ein paar Freunden Servette-Leibchen, obwohl ich vielleicht nicht einmal Fussballfan bin, und gehe mit diesen Servette-Leibchen irgendwo in der Schweiz als vermeintlicher Servette-Fan in die Nähe eines Fussballmatches jemanden verprügeln. Und wenn es eine grössere Gruppe ist, dann kann das in dem Kaskadenmodell greifen. Und das ist für mich so eine Absurdität. Ich anerkenne, dass wir da müssen Schritte machen müssen. Wir haben nun wieder gehört, es sei ein Plaudern. Die Leute, die Fanarbeit leisten, sind in einem Verein hier in Basel, bezahlt zu einem Teil vom FCB, von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft zum anderen Teil. Das ist wirklich spannend für mich, die Leute arbeiten tagtäglich mit diesen Problematiken, und sie sagen alle, dass das Kaskadenmodell in dieser Form einfach zu einer weiteren Eskalation, zu weiterer Solidarisierung innerhalb, und greift aus meiner Sicht darum nicht. Und dabei geht es mir nicht um eine rosarote Brille, sondern es geht vielmehr um ein ganz grundsätzliches Problem. Auch das Rechtssystem ausserhalb des Stadions muss einfach greifen, und die Polizei dann dort auch die Strafverfolgung aufnehmen kann.

Felix Wehrli (SVP): Ich bin halt einer von denen, die das Kaskadenmodell unterstützen, weil ich weiss, wie viel Gewalt in diesen Köpfen ist.

Sie haben vorher gesagt, dass man ein Leibchen eines anderen Clubs anziehen könne und Krawall machen könne, wobei die anderen dann Schuld seien. Können Sie mir ein Beispiel nennen, wo das passiert ist? Ich kenne nämlich keines.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich muss keine Beispiele nennen. Wie beweist man jemandem, dass er Fan ist oder nicht?

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet hat sich Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Das war eine intensive Debatte. Viel Neues habe ich nicht gehört, ganz ehrlich. Ich freue mich, nachher mit Ihnen mit personalisierten Tickets an den ESC zu gehen. Da ist es nämlich plötzlich wieder in Ordnung. Aber das machen wir.

Ich möchte wenig Emotionen reinbringen. Ich verstehe gewisse Vorbehalte gegenüber dem Kaskadenmodell. Ich bin auch der Meinung, es ist ein Ansatz, es ist vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluss, aber ich denke, man muss mal damit anfangen zu anerkennen, dass wir ein Gewaltproblem haben in den Fan-Szenen. Und das ist nicht eine Erfindung von mir. Sie müssen mich nicht das Hauptfeindbild sehen, sondern wir haben das eigentlich im Konsens in der ganzen Schweiz als Thema anerkannt und auch beschlossen, dass wir diese Ausschreitungen nicht mehr tolerieren. Das ist jetzt ein Ansatz mit dieser Kaskade. Aber damit fängt es an.

Ich habe jetzt doch wahrgenommen, dass man sich ein bisschen lächerlich macht. Ja, die Polizei muss halt und sie macht ihren Job nicht. Die muss jetzt einfach einmal identifizieren, und wenn da mit FCB-Leibchen herumgegangen wird, sind es vielleicht sehr Servette-Fans etc. Es ist immer so ein bisschen ein Katz- und Mausspiel. Fakt ist, es läuft hoch organisiert. Man kennt sich in den Szenen. Man geht auch ziemlich oft hoch vermummt so zu solchen Taten. Ich habe wenig Verständnis, wenn man es so ins Lächerliche zieht im Sinne von «Ja, dann hat man sich ein bisschen auf den Kopf geschlagen, auch als Grossräte.» Wir reden von massiven Ausschreitungen. Wir haben zwei Mal diese Kurve gesperrt. Das erste Mal, das habe ich hier erwähnt in der Interpellationsbeantwortung. Da wurde jemand vom Security Personal lebensgefährlich verletzt. Da hat niemand aufgeschrieben von Ihnen, und die Kurve war zu. Und auch jetzt hatten wir nicht einfach nur eine Prügelei, ein paar Ohrfeigen oder irgendwie ein paar Tritte, sondern wir hatten Tritte gegen am Boden liegende Personen. Und was denken Sie? Ich bin Sicherheitsdirektorin. Ich bin doch auch verantwortlich zu schauen, dass wir Lösungen finden, damit sich alle an Fussballspielen, aber auch unabhängig davon sicher fühlen. Ich wende einen Gewaltbegriff an. Mir ist es egal, ob der rotblau daherkommt, ob es häusliche Gewalt ist, oder Demogewalt. Es ist einfach

toxisch, wenn man anfängt, bessere und weniger bessere Gewalt zu unterscheiden und das einer Färbung unterliegt, die in diesem Fall tatsächlich rotblau daherkommt. Damit habe ich Mühe.

Selbstverständlich höre ich das, ich sehe auch, dass ich auf verlorenem Posten kämpfe heute. Aber die Motion geht auch zu weit, wenn wir ehrlich sind. Pascal Messerli, Sie verlangen das sofortige Abschaffen des Kaskadenmodells, sofortiges Abschaffen von Sektorensperrungen. Es gibt durchaus noch andere Gründe, warum die Polizei je nachdem einen Sektor sperren müsste. Sie beschränken die Kompetenzen der Polizei hier über Gebühr. Das kann ich nicht tolerieren und werde ich auch so nicht tolerieren.

Und das ist das, was mich stört daran. Ich habe bis jetzt auch in dieser Debatte keine konkrete Lösung gehört. Ich höre Dialog, Dialog, Dialog. Das ist auch ein Kaskadenmodell. Pascal Messerli, wir haben Club-Allianzen, wir haben Dialog, das wollen sie auch canceln. Wenn Sie das überweisen, machen wir das auch nicht mehr, dann machen wir ein neues Konzept zum Dialog.

Aber ich erwarte schon auch mal konkrete Lösungsansätze und ein Anerkennen, dass es organisiert daherkommt. Wir reden nicht von einzelnen Tätern, sondern wir haben in jedem Club in der ganzen Schweiz eine Szene, die militant und zum Teil wirklich clanartig organisiert vorgehen. Und das ist doch die Frage: Wollen wir das akzeptieren, sagen, es ist ein liberaler Rechtsstaat, es braucht auch Leute, die ausscheren. Aber da muss ich mir dann in der Konsequenz überlegen, wie viel Polizei brauchen wir dann noch. Meine Polizistinnen und Polizisten wären noch so dankbar, wir hätten da mal kleinere Aufgeboten und könnten das einfach in Minne irgendwie vonstatten gehen lassen. Das können wir schon machen, aber dann ist der Konsens hier drin, dass wir kein Problem haben. Dann kann ich auch die Leute irgendwann abziehen.

Und ich denke, diesen Punkt müssen wir diskutieren. Anerkennen wir, dass wir ein Problem haben, dass die Lösungen nicht der Weisheit letzter Schluss sind – das würde ich sogar anerkennen. Aber irgendwo brauchen wir ein gemeinsames Vorgehen. Das wäre mehr als angebracht in diesem Thema, das doch auch viele in der Bevölkerung, die nicht so laut sind, beschäftigt und ängstigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben jetzt gesagt, Sie müssen für die Sicherheit im Stadion schauen, dass sich die Menschen sicher fühlen im Stadion. Wie erklären Sie sich dann, dass das Stadion am letzten Spieltag mit 36’000 Zuschauern ausverkauft ist und dass mehrere 100 Kinder sich an jedem Spiel um das Trikot von Xherdan Shaqiri streiten. Sind die alle völlig verunsichert?

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich habe die Frage nicht wirklich verstanden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich hätte mir jetzt wirklich auch einmal gewünscht von den Befürwortern des Kaskadenmodells zu hören, was denn der konkrete Erfolg dieses Kaskadenmodells ist. Es ist natürlich schon seit einem Jahr in Kraft und da frage ich mich schon, wurden denn mehr Chaoten strafrechtlich überführt als vorher? Oder erachten Sie die hängige Gästesektorensperre in Sion, die vielleicht ein Jahr nach dem Ereignis vollzogen wird, als das geniale Instrument für unmittelbare Gefahrenbereinigung? Oder finden Sie etwa die Kurvensperre am Ostermontag, bei dem ein durchschnittlicher Familienvater an Ostern kein Ticket mehr für seine Kinder kaufen durfte, währenddessen sich die Kurve organisiert hat, jetzt eine hervorragend gut gelöste Idee? Sie sagen immer, wir haben keine Lösung, aber Sie haben einfach Null Argumente für das völlig schief gelaufene Kaskadenmodell. Und wenn Massnahmen schwachsinnig sind, dann helfen sie auch nicht gegen Gewalt. Und wenn diese Massnahmen nicht gegen Gewalt helfen, dann sind die wirtschaftlichen Einbussen gegen den Club und die Eingriffe in die Wettbewerbsfähigkeit auch nicht vertretbar. Nein, das hat nichts mit der rotblauen Brille zu tun, sondern einfach nur mit der Realität. Ich habe heute kein einziges Argument für das Kaskadenmodell gehört und was es denn konkret bringen soll, wo sich irgendetwas in diesem Jahr verbessert hat. Null, nada. Das ist die Realität.

Ein derartiges Kaskadenmodell gibt es auch in anderen Bereichen nirgends, auch bei Demonstrationen nicht. Und was mich an diesem Kaskadenmodell am meisten stört, ist, dass friedlichen Fans und Clubs wie der FC Basel eine Mitschuld für Straftaten gibt. Das ist rechtlich überall anders völlig abwegig. Kein einziger Veranstalter einer Geburtstagsparty wird bestraft, wenn seine Gäste sich zwei Stunden nach einer Party irgendwo prügeln. Es wurde noch nie ein Teil der Herbstmesse geschlossen, wenn beim Boxkasten oder bei den Putschautos eine Schlägerei geschah. Es wurde noch nie ein Morgenstreich abgesagt, weil es am Morgenstreich eine Schlägerei gab. Weil diese Art von Kausalität völlig lächerlich und

unwürdig ist. Es gibt hier keine Haftung für Veranstalter und für andere Gäste, die überhaupt nichts an einer Schlägerei, mehrere Stunden nach einem Event, etwas dafür können.

Und wenn jetzt jemand sagt, was die Lösung ist, dass wer eine Straftat begeht, die Strafe, das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung auch gelten sollen. Wenn Schläger in Zürich festgenommen worden wären, hätte ich sicherlich keine Motion eingereicht. Es braucht aber keine Spezialregeln nur für Fussballfans. Erstens, es finden immer wieder öffentlich wirksame Strafverfahren im Zusammenhang mit Hooliganismus statt. Es ist nicht so, dass hier niemand auch nur ansatzweise verurteilt wird. Es gibt immer wieder derartige Gerichtsprozesse, zu Recht auch. Und zweitens erwarte ich halt einfach auch, dass man dies mit einer Statistik festlegt, wie hoch die Dunkelziffer ist. Es wird immer argumentiert, die Dunkelziffer bei Fussballspielen, bei Gewalt, sei so hoch. Dann belegen Sie mir das, dass das höher ist als in anderen Bereichen. Ist es höher als beim Menschenhandel, beim Drogenhandel, im Strassenverkehr, bei häuslicher Gewalt, bei Sexualdelikten? Wenn ja, dann belegen Sie das, bevor Sie wieder irgendwelche Massnahmen beschliessen. Fakt ist nämlich, die Statistiken sprechen von einem Rückgang der Fangewalt in den letzten Jahren, auch die Anzahl der Rayonverbote sind zurückgegangen und im 2024 hat die Staatsanwaltschaft kein einziges Strafverfahren im Rahmen von Fussballspielen geführt. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

Und wenn ich dann lese, Frau Regierungsrätin Eymann, wie Sie auf Prime News schreiben, es sei doch keine Kollektivstrafe, wenn Sie einmal nicht an einen Match gehen können. Ja, dann haben Sie aber die Bedeutung des FCB in dieser Region wirklich nicht verstanden, und ich sage in aller Form, ich möchte mir Fussballspiele nicht vom Staat verbieten lassen. Und da spreche ich es auch für ganz viele andere Menschen, welche mich an diesem Ostermontag angesprochen haben. Die KKJPD im Elfenbeinturm steht hier so deutlich im Abseits wie die Schalke-Spieler beim Champions League-Spiel gegen den FC Basel vor ein paar Jahren. Und heute haben wir als Parlament die Möglichkeit, diesen Fehlentscheid zu korrigieren und ich bedanke mich für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 22 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006551, 14.05.25 16:37:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 68 gegen 22 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Ich wünsche allen einen wunderbaren Abend und viel Vergnügen.

Schluss der 14. Sitzung

16:37 Uhr

Protokoll

der 15. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 21. Mai 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende: **Johannes Sieber (GLP),**	*Patrick Fischer (SVP), Gabriel Nigon (LDP), Beda Baumgartner (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

9. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025, Bericht der RegioKo 3
10. Petition P478 "Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd", Bericht der PetKo 5
11. Petition P484 "Stoppt den Parkplatzabbau ohne Alternativen!", Bericht der PetKo 6
13. Motion 1 Sandra Bothe und Konsorten betreffend ein lernfreundliches Klima: Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung nachhaltig gewährleisten 8
14. Motion 2 Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage 8
15. Anzug 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend Herzl-Gedenktafel beim Stadtcasino 12
16. Anzug 2 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einer zukunftsfähigen und nachhaltigen subjektbezogenen Finanzierung der Transportkosten in der Behindertenhilfe 19
17. Anzug 3 Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Schaffung einer Task-Force zur Bekämpfung von Antisemitismus 20
18. Anzug 4 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Regelung der Bespielungspläne 20
19. Anzug 5 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend aktive Sammlungspflege der Museen 21
20. Anzug 6 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Sofortmassnahmen zum Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung 23
21. Anzug 7 Eric Weber betreffend Mittelstand stärken, Wettbewerb fördern 23
22. Anzug 8 Eric Weber betreffend Bürokratieabbau 24
23. Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen Tempo 30 im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten, Bericht des RR 25
23.1. Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Sicherheit für die Kindergarten-Kinder, Verkehrssignalisation/-markierung auf öffentlichen Strassen im Umkreis von Kindergärten, Bericht des RR 27
24. Interpellation Nr. 38 Brigitta Gerber betreffend Umbau Austrasse: Fehlende Partizipation, Baubeginn während der Planauflage?, Schreiben des RR 28
25. Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV), Schreiben des RR 29
26. Interpellation Nr. 40 Sandra Bothe betreffend Konsequenzen der Einführung der Wahlmöglichkeit von Italienisch auf Sek II Stufe und Stellung des Frühfranzösisch im Basler Bildungssystem, Schreiben des RR 32
27. Interpellation Nr. 42 Michael Hug betreffend Zwischennutzung des Sommercasinos durch den Verein Chateau Solaire, Schreiben des RR 33
28. Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Bericht des RR 34

29. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel, Schreiben des RR..... 34

Beginn der 15. Sitzung

Mittwoch, 21. Mai 2025, 09:00 Uhr

9. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025, Bericht der RegioKo

[21.05.25 09:00:13, 23.5563.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Morgensitzung. Ich habe nur eine Mitteilung zu machen. Ich gratuliere meiner Banknachbarin zum erneuten Erreichen des Schweizermeistertitels im Fechten.

Wir kommen damit zur Traktandenliste. Traktandum 9 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Legislatur 2021 bis 2025. Bericht der Regiokommission. Diese beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an den Präsidenten Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es freut mich, Ihnen den Bericht der Regiokommission für die vergangene Legislatur 2021 bis 2025 vorzustellen. Dieser stützt sich auf den Bericht, der vom Grossen Rat in seiner Sitzung vom 17. Januar 2024 genehmigt wurde. Im Bericht werden die Aktivitäten der Kommission in den verschiedenen Handlungsfeldern wiedergegeben. Ein wesentlicher Teil der Arbeiten betrifft die Behandlung der ihr zugewiesenen Geschäfte, zusätzlich verfolgt die Kommission grenzüberschreitende Themen wie das Agglomerationsprogramm und die Beziehungen der Schweiz zur EU. Neben dem Austausch mit den involvierten Bardepartementen pflegt sie auch den Austausch mit in diesem Bereich tätigen Institutionen, insbesondere mit dem Verein Agglo Basel sowie dem Verein Regio Basiliensis und mit der interkantonalen Koordinationsstelle IKRP werden enge Kontakte gepflegt. Der Austausch und die Beziehungspflege mit Nachbarn, Kantonen und Gemeinden ist ebenso wichtig wie der Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie beispielsweise dem Verein Starke Region Basel. Bei Bedarf bringen die Kommissionsmitglieder Themen in die trinationalen Gremien, Oberrheinrat und Distriktsrat, ein.

Ich gebe Ihnen nun einen kurzen Überblick über die Tätigkeiten der Kommission in der letzten Legislatur. Näher auf die Inhalte werde ich bei denjenigen Geschäften eingehen, welche nicht bereits im letzten Bericht im Plenum vor rund einem Jahr präsentiert wurden.

In der vergangenen Periode wurden verschiedene Sachvorlagen behandelt. Neben den Geschäften der Entwicklungszusammenarbeit, über die wir am letzten Mittwoch beraten haben, hat die Kommission soziale Städtepartnerschaften und soziales Engagement im Ausland beraten, so auch ein Engagement in Rumänien in Verbindung mit der hiesigen Bettelproblematik.

Seit der letzten Berichterstattung befasste sich die Regiokommission mit folgenden Themen: Mit der Volksinitiative 1% gegen die globale Armut, mit der Entwicklung der Beziehung Schweiz-EU beschäftigt sich die Kommission konstant und nimmt den Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der europäischen Union im Dezember 2024 zur Paketlösung erfreut zur Kenntnis. Sie unterstützt den Regierungsrat in seinen Bestrebungen, im Rahmen der Gremienarbeit Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess in der Schweiz zu nehmen. Im Rahmen der bilateralen Treffen wurde mit dem Kanton Jura ein Folgetreffen abgehalten. Zentrales Thema war hierbei die Kooperationen zwischen dem Universitätsspital und dem Hôpital du Jura. Jährlich werden rund 2000 Patienten im USB behandelt und die Zusammenarbeit zwischen Ärzten USB und Spezialisten im jurassischen Kantonsspital laufen sehr gut. Ein weiteres Thema im Austausch mit dem Kanton war wie schon beim vorigen Treffen die Verkehrsverbindung zwischen Basel und Delémont.

Mit der direkten Nachbarschaft fanden auch Gespräche statt. So wurde mit der Saint-Louis Agglomeration vorwiegend über die Entwicklung des Wirtschaftsraums und der einhergehenden Wohnraumentwicklung gesprochen. Die Fahrenden waren selbstverständlich auch ein Thema, wie auch die Pendlerströmen. Verkehrsfragen wurden im November auch mit dem Gemeinderat Allschwil besprochen. Die Gespräche schlossen sich an frühere Austausche an.

Neben der künftigen S Bahnhaltestelle Morgartenring und dem Tram Letten stand die Erschliessung des Bachgraben-Areals im Fokus. Die Regiokommission regt daher an, dass alle politischen Kräfte partnerschaftlich zusammenarbeiten und die Erschliessung des Areals von regionaler nationaler Bedeutung voranzutreiben. Weitere Themen waren der Euro Airport. Seitens des Gemeinderats wird begrüsst, dass sich die Schweizer Vertretung im Verwaltungsrat des EuroAirports gemeinsam für den Lärmschutz in den sensiblen Nachtstunden einsetzt.

In der Zusammenarbeit in den trinationalen Gremien werden wichtige Informationen ausgetauscht. Aus aktuellem Anlass wurde seitens des Oberrheinrats und des Districtrates angeregt, dass der ESC, leider schon in dier Vergangenheit, auch als grenzüberschreitender Anlass lanciert wird und die Oberrheinregion als Tourismusdestination bestärkt werden kann. Das Schweizer Präsidialjahr im Oberrheinrat wurde durch den Kanton Aargau wahrgenommen und stand unter dem Motto Mehr Nachhaltigkeit im Dreiland und verfolgte das Ziel, die trinationalen Gremien in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besser abzustimmen.

Weitere Themen im Oberrheinrat und dessen Kommissionen waren der Gesundheitsraum Oberrhein und die Rettungsdienste, die Mehrsprachigkeit und die Beziehungen zu Europa. Im Districtsrat, dem politischen Beirat des trinationalen Eurodistricts Basel, war das Interregioprojekt Rheinland so wie auch die Sondermülldeponieren im Dreiland wichtige Themen. Darüber hinaus befasste man sich mit dem TB Begegnungsfonds und unterstützte das Anliegen zur Stärkung der Kommunikation zum Klassenbegegnungsfonds sowie die Möglichkeiten von Praktikas in Frankreich im Rahmen der trinationalen Studiengänge an der FHNW. Der Oberrheinrat und der Districtsrat geben mit ihren Jahresberichten die Rechenschaft über ihre Aktivitäten ab. Weitere Informationen stellen die beiden Gremien jeweils auf ihrer Homepage zur Verfügung.

Sie sehen aus den Ausführungen, dass sich die Regiokommission mit zahlreichen Themen beschafft und die Kommissionsmitglieder auf verschiedenen Ebenen engagiert mitarbeiten. Für weitere Details zu den verschiedenen Themen und den damit verbundenen Aktivitäten wird auf den Bericht verwiesen. Sie können unschwer feststellen, dass die Regiokommission mit zahlreichen Akteur:innen zusammenarbeit, denen ich an dieser Stelle herzlich danken möchte.

Die Kommission beantragt dem Grossen Rat einstimmig mit 9 zu 0 Stimmen, vom Bericht der Regiokommission über die Jahre 2021 bis 2025 Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Der Bericht der Regiokommission gibt einen ausgezeichneten Überblick über ihre Tätigkeit in der Legislatur 2021 bis 2025. Ich möchte dafür ausdrücklich danken und auch ein paar Themen aufgreifen.

Stellvertretend möchte ich mich auf das konzentrieren, was wahrscheinlich das wichtigste ist für die weiteren Jahre, nämlich die Beziehungen der Schweiz mit der europäischen Union. Und hier danke ich der Regelkommission ausdrücklich für die Unterstützung des Regierungsrats in der Europafrage. Die Regiokommission hat dem Regierungsrat den Rücken gestärkt und mit eigenen Initiativen den Diskurs in der Schweiz über die Beziehungen Schweiz EU mitzugestalten und dabei auch unsere Nachbarn einzubeziehen.

Für den Regierungsrat ist eine institutionelle Lösung der Zusammenarbeit Schweiz-EU für die Prosperität des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Basel unabdingbar. Deshalb hat der Regierungsrat den Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über die Paketlösung im Dezember 2024 mit Genugtuung zur Kenntnis genommen und er wird den damit initiierten innenpolitischen Prozess und den öffentlichen Diskurs mitprägen wollen mit einem positiven Narrativ.

Ein erstes Zeichen in diesem Sinne wäre sicher ein ja zur Initiative Zäme in Europa, die der Regierungsrat ja auch zur Annahme empfiehlt. Und darüber hinaus stimmen mich die Signale bezüglich der Forschungszusammenarbeit mit der EU und der Wiederaufnahme der Schweiz als voll assoziiertes Mitglied von Horizon Europe zuversichtlich, dass wir insgesamt auf einem guten, wenn auch weiterhin anspruchsvollen Weg sind.

Der Regierungsrat teilt auch die Einschätzung der Regiokommission zur Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Personenfreizügigkeit für den Kanton Basel-Stadt und unsere ganze Region. Sie bilden eine zentrale Grundlage für einen attraktiven Lebensraum und einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Zum einen respektieren wir die Schweiz mit der Personenfreizügigkeit eine der vier europäischen Grundfreiheiten und zum anderen ist die Personenfreizügigkeit gerade am Oberrhein für Basel-Stadt. für die Nordwestschweiz und auch für unsere Partner in Deutschland und Frankreich von zentraler Bedeutung. Wie die Regiokommission zu Recht betont, gehen hier wirtschaftliche Interessen mit unserer kulturellen Verbundenheit im Herzen Europas Hand in Hand. Und diese kulturelle Verbundenheit mit Europa konnten wir ja letzte Woche auch durchaus weithin sichtbar ausdrücken.

Die Präsidentschaft der Oberrheinkommission liegt dieses Jahr bei der Schweiz und damit bei mir als Leiter der Schweizer Delegation. Während meiner Präsidentschaft möchte ich die guten nachbarschaftlichen Beziehungen weiter vertiefen, die gemeinsam beschlossenen Klimaschutzmassnahmen vorantreiben und den Bildungs- und Forschungsstandort Oberrhein stärken. Darüber hinaus sollen Projekte in den Bereichen Verkehr und Raumplanung, Gesundheit und Katastrophenhilfe, Jugendsport und Kultur, die Lebensqualität und das Zusammengehörigkeitsgefühl weiter stärken. Da alle diese Themen und Projekte keine Selbstläufer sind, dankt der Regierungsrat dem Grossen Rat und besonders der Regiokommission für die Sensibilität, das Verständnis und die konstruktive Zusammenarbeit, die sie in Fragen der grenzüberschreitenden

Zusammenarbeit in den Berichtsjahren gezeigt hat und hoffentlich auch in der laufenden neuen Legislaturperiode weiterhin zeigen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keinen Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt. Ich komme damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 16 des Berichts.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006562, 21.05.25 09:12:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Bericht der Regiokommission zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025 wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 89 gegen eine Stimme.

10. Petition P478 "Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd", Bericht der PetKo

[21.05.25 09:12:14, 24.5325.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort für die Kommission hat Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich spreche heute im Namen der Petitionskommission zur Petition P478, die sich für einen sicheren Schulweg und einen direkten Spielplatzzugang im Quartier Lysbüchel Süd einsetzt. Bereits im September 2024 hatte die Kommission dem Grossen Rat beantragt, die Petition zur Stellungnahme an den Regierungsrat zu überweisen. Diesem Antrag wurde entsprochen und in der Folge hat der Regierungsrat die aufgeworfenen Fragen innerhalb der gesetzlichen Frist umfassend beantwortet. Die Kommission hat diese Stellungnahme an ihrer Sitzung vom 31. März 2025 diskutiert und ihren Bericht entsprechend ergänzt.

Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen der Kommission zunächst für die sehr differenzierte und ausführliche Beantwortung durch den Regierungsrat bedanken. Die Kommission anerkennt, dass auf verschiedene in der Petition angesprochene Punkte bereits reagiert worden ist, etwa durch infrastrukturelle Anpassungen, Verbesserungen in der Kommunikation oder durch gezielte Sofortmassnahmen nach dem tragischen Unfall an der Elsässerstrasse im Sommer 2024. Zentral im zweiten Teil der Behandlung war für uns die Frage, wie die Schulwegsicherheit zukünftig gewährleistet werden kann, nicht nur im bestehenden Kontext, sondern insbesondere auch im Hinblick auch die vielen anstehenden Bauphasen im Gebiet Volta Nord, aber auch allgemein in allen anderen sich stark entwickelnden Arealen dieser Stadt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Regierungsrat die Bedeutung dieses Themas betont und auch die Einführung von Tempo 30

auf der gesamten Elsässerstrasse als prioritär einstuft. Dass diese Umsetzung an formale Vorgaben gebunden ist, ist nachvollziehbar. Dennoch erwartet die Kommission eine möglichst zügige Umsetzung.

Positiv werten wir zudem, dass die Verwaltung die Abstimmung zwischen Fachstellen, Schulen und Bevölkerung institutionalisiert hat, etwa über die Begleitgruppe, Infoveranstaltungen oder durch das Online-Meldeformular. Die Kommission erachtet es aber als wichtig und möchte betonen, dass diese Rückmeldungen aus der Bevölkerung ernstgenommen und allfällige Massnahmen weiterhin transparent kommuniziert und geprüft werden. Am nächsten dran sind nämlich die Eltern der Kinder, die diese Schulwege zurücklegen und auf ihre Warnungen müssen wir eingehen.

In Bezug auf die temporären Einschränkungen beim Zugang zu Freiräumen nimmt die Kommission zur Kenntnis, dass Zwischennutzungen geprüft und teilweise bereits realisiert wurden. Auch wenn eine vollständige Öffnung des Pausenplatzes auf dem Schuldach aus baulichen und betrieblichen Gründen nicht möglich ist, ist es aus Sicht der Kommission zentral, dass für die Übergangszeit niederschwellige, sichere und Kind gerechte Alternativen im Quartier vorhanden sind und auch gefunden werden.

Zusammenfassend kommt die Kommission zum Schluss, dass die Petition durch die Antwort des Regierungsrats und durch die seither erfolgten Massnahmen inhaltlich aufgenommen wurde und deshalb beantragen wir dem Grossen Rat einstimmig, die Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

11. Petition P484 "Stoppt den Parkplatzabbau ohne Alternativen!", Bericht der PetKo

[21.05.25 09:15:58, 24.5437.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Stoppt den Parkplatzabbau ohne Alternativen» fordert eine Verbesserung der Autoparkiermöglichkeiten für Anwohnende, für den Detailhandel und das Gewerbe. Der Suchverkehr soll reduziert werden, indem zusätzliche oberirdische Parkplätze mindestens abends und nachts geschaffen und weitere Abbaumassnahmen gestoppt werden. Die Petentschaft appelliert an die kantonalen Behörden, keine weiteren Parkplätze im Kanton zu streichen, sofern keine Alternativen geschaffen werden.

Am 17. Februar hörte die Petitionskommission drei Vertreter der Petentschaft sowie den Leiter des Amts für Mobilität und den Abteilungsleiter Mobilitätsstrategie aus dem BVD an. Während des Hearings wurde einmal mehr offenbar, dass beim Thema Parkplätze unterschiedliche Welten aufeinander prallen. Zudem wurde klar, dass die Wahrnehmung der Parkplatzsituation in Basel sehr unterschiedlich ist. Die Vertreter der Petentschaft beklagten sich im Hearing, dass es im öffentlichen Raum immer weniger Autoparkplätze gebe und dass Anwohnende vor allem abends und in der Nacht grosse Schwierigkeiten hätten, einen Parkplatz zu finden. Sie beriefen sich auf eine Anfrage bei der Verkehrspolizei, die ihnen sagte, dass 5'000 Anwohnerparkkarten mehr verkauft worden seien als Parkplätze in der blauen Zone existieren. Der Kanton verkaufe demnach eine immer teurere Leistung, die er gar nicht erbringt.

Des weiteren verwies die Petentschaft auf einen UVEK-Beschluss, demgemäss 95% der Parkplätze, die oberirdisch abgebaut werden, unterirdisch zu kompensieren seien. Sie betonten, dass ihr Anliegen vor allem zugunsten von einkommensschwächeren Leuten sei, Familien, die sich kein GA leisten können, Menschen mit nicht ÖV kompatiblen Arbeitszeiten oder Arbeitsorten oder Menschen, die ihren Arbeitsalltag mit dem Auto bestreiten. Auch wenn sich in Basel keine politische Mehrheit für ihr Anliegen finden lasse, soll die Petition doch dafür sorgen, dass auch die Bedürfnisse der politischen Minderheit berücksichtigt werden.

Die beiden Vertreter aus dem Amt für Mobilität bestätigten, dass in Basel weniger Parkplätze zur Verfügung stehen. Grund dafür sei die Klimastrategie des Kantons. Damit verbunden sei eine stärkere Begrünung und die Entsiegelung des öffentlichen Raums. Zudem würden die Anforderungen an die Verkehrssicherheit stetig steigen und der Fuss- und Veloverkehr habe einen höheren Platzbedarf. Auch der Ausbau des Fernwärmenetzes soll gemäss dem Wunsch des

Grossen Rates dazu genutzt werden, um den umweltfreundlichen Verkehr zu fördern und Flächen zu begrünen und zu entsiegeln. In den letzten acht Jahren seien deshalb 6% der am Tag und 8% der in der Nacht im öffentlichen Raum angebotenen Parkplätze aufgehoben worden. Aktuell gebe es in Basel im öffentlichen Raum rund 25'000 Parkplätze auf einer Fläche von etwa 300'000 m. Gemäss den Vertretern des Amt für Mobilität nehme die Anzahl Parkplätze auf privatem Grund aufgrund neuer Überbauungen und Parkgaragen jedoch zu. Aktuell werden Parkplätze auf privatem Grund auf rund 80'000 geschätzt. Die Summe der privaten und öffentlich zugänglichen Parkplätze zusammen nehme also nicht ab, sondern zu.

Die Verlagerung der Parkierung vom öffentlichen auf private Parzellen werde vom Regierungsrat mit Massnahmen wie Mehrfachnutzungen von Parkplätzen und der Erstellung von Quartierparkings gefördert. Allerdings sei es nicht einfach, Eigentümerinnen und Eigentümer zu motivieren, ihre Einstellhallen für Dritte zugänglich zu machen. Mit der Erhöhung der Parkkartenpreise und mit der Differenzierung nach Fahrzeuglänge soll die Nachfrage reduziert und die von der Petition eigentlich geforderte Verbesserung der Parkiermöglichkeiten für Autos erreicht werden. Es gibt nämlich Autobesitzende, die ihren privaten Parkplatz anderweitig nutzen und ihr Fahrzeug mit Anwohnerparkkarte auf öffentlichem Grund abstellen. Zudem werden auch nur selten genutzte Fahrzeuge auf öffentlichem Grund parkiert. Untersuchungen zeigen, dass mehr als ein Drittel der in Basel auf öffentlichem Grund parkierten Autos innerhalb der jeweils letzten Woche nicht bewegt worden ist. Teurere Anwohnerparkkarten sollen einerseits dazu führen, dass mehr Leute ihr Auto auf privaten Parzellen abstellen und andererseits sollen sie besonders bei wenig Fahrenden den Anreiz erhöhen, ein Carsharing zu nutzen und auf ein eigenes Auto zu verzichten.

Beim von der Petentschaft erwähnten Beschluss der UVEK, demgemäss dem 95% der auf der Oberfläche aufgehobenen Parkplätze durch unterirdische ersetzt werden müssen, handelt es sich gemäss den Vertretern des BVD wohl um ein Missverständnis. Der Grosse Rat habe auf Antrag der UVEK beschlossen, dass Quartierparkings nur erstellt werden dürfen, wenn im Umfeld der Anlage bis zu einer Distanz von rund 500 Metern 95% der neu erstellten Parkplätze im öffentlichen Raum aufgehoben werden. Die Vertreter der Verwaltung verwehrten sich auch gegen die Behauptung der Petentschaft, der Regierungsrat kürze Leistungen. Zudem sei der Preis der Parkkarte gemessen am Wert der beanspruchten Fläche nach wie vor günstig. Die Aussage, dass es mehr Anwohnerparkkarten als verfügbare Parkplätze gibt, ist gemäss den Vertretern der Verwaltung unzutreffend. Seit der Preiserhöhung im 2019 sei die Zahl der permanent signalisierten Parkplätze in der blauen Zone in allen Quartieren höher als jene der verkauften Anwohnerparkkarten. Die Erhöhung der Preise im 2025 habe gemäss einem ersten Trend zu einem weiteren Rückgang der Anwohnerparkkarten um 9% gegenüber dem Vorjahr geführt.

Die von den Vertretern der Verwaltung präsentierten Statistiken wurden von den Vertretern der Petentschaft grundsätzlich angezweifelt. Die Petitionskommission war sich einig, dass angesichts der zahlreichen politischen Entscheide der letzten Jahre die Forderung nach Schaffung zusätzlicher oberirdischer Parkplätze und der Verzicht auf Streichung weiterer Parkplätze ohne gleichwertigen Ersatz unrealistisch und nicht zeitgemäss ist. Gleichzeitig kann die Petitionskommission den Unmut der Menschen nachvollziehen, die trotz Anwohnerparkkarte regelmässig keinen Parkplatz finden. Sie diskutierte deshalb verschiedene Lösungsansätze, wie zum Beispiel eine Sensibilisierung der Autofahrenden im Hinblick auf Parkieren mit möglichst geringem Abstand zu anderen Fahrzeugen oder eine Informationskampagne für Leute, die Autos nur selten nutzen, um ihnen aufzuzeigen, dass Carsharing für sie deutlich günstiger ist. Die Kommission glaubt jedoch nicht wirklich daran, dass sich damit der Parkierdruck im öffentlichen Raum wesentlich reduzieren lässt. Die Steuerung über die Preise der Parkkarten wird deutlich effektiver eingeschätzt, um das Ziel zu erreichen, dass im öffentlichen Raum ohne langes Suchen ein Parkplatz zu finden ist, und zwar ohne die Erhöhung der Anzahl Parkplätze.

Interessant fand die Kommission die Information über die zahlreichen kaum bewegten Autos. Sie diskutierte in der Folge auch über eine mögliche Beschränkung der Parkdauer mit Anwohnerparkkarte. Dies war jedoch nur ein weiterer Ansatz, der in der Kommission besprochen wurde. Grund für die Suche nach Lösungsansätzen war die Feststellung, dass ein Teil der Bevölkerung offenbar das Gefühl hat, man wolle sie mit der an sich politisch breit abgestützten Parkplatzpolitik schikanieren. Diesem Gefühl soll nach Meinung der Petitionskommission entgegengewirkt werden, sei es mit den diskutierten Massnahmen, sei es mit einer proaktiven Kommunikation von Seiten der Verwaltung.

Aus diesen Gründen beantragt die Petitionskommission einstimmig, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

13. Motion 1 Sandra Bothe und Konsorten betreffend ein lernfreundliches Klima: Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung nachhaltig gewährleisten

[21.05.25 09:25:48, 25.5145.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

14. Motion 2 Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage

[21.05.25 09:26:15, 25.5146.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt die Überweisung der Motion zur Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet Dreirosenanlage ab. Wie die Motionärinnen und Motionäre korrekt feststellen, wurden im Rahmen einer Testplanung verschiedene Optionen zur sozial und stadträumlichen Entwicklung des Gebietsdreirosenanlage im Zusammenhang mit dem Projekt Rheintunnel geprüft. Auch die Schaffung von Provisorien sowie neu öffentlich zugänglichen Flächen und Grünräumen wurde in Aussicht gestellt.

Die FDP-Fraktion anerkennt, dass im Quartier im Bereich Grün- und Freiflächen Verbesserungspotenzial besteht. Auch die Verglasung der Dreirosenbrücke zur Verbesserung des Schallschutzes rheinabwärts ist für die Fraktion richtig. Nach der Ablehnung des Rheintunnels jedoch sämtliche Forderungen aus den geprüften Optionen und Verbesserungsmassnahmen als Motion einzufordern geht aus unserer Sicht deutlich zu weit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Das Klybeck ist auf Platz 3, Matthäus auf Platz 6, nicht bei möglichst vielen Grünflächen, sondern bei möglichst wenig Grünflächen. Interessanterweise macht der Quartierradar in Basel-Stadt die Rangliste danach, wer am wenigsten Grünflächen hat. Also wir sind hier im Bereich der Quartiere, die sehr wenig Grünflächen haben, nur die beiden Altstadtkreise in Klein- und Grossbasel haben weniger Grünflächen als das Klybeck. Das muss man sich mal vorstellen. Das ist schon interessant, dass hier zusätzliche Grünflächen als zu viel des Guten erachtet werden. Interessant ist auch, dass diese beiden Quartiere Quartiere sind, wo die Wohnfläche pro Person sehr klein ist. Also es geht auch hier um Familien, um Kinder, um Jugendliche, die nicht gerade sehr viel Fläche im privaten Umfeld zur Verfügung haben, für die es sehr wichtig ist, den öffentlichen Raum nutzen zu können.

Die Forderungen, die Heidi-Mück jetzt aufstellt, sind alles andere als revolutionär. Die wichtigste davon ist die Grünfläche am Rheinufer, etwas, das ja auch schon von der FDP gefordert wurde, das wir eigentlich auch schon beschlossen haben. Der wichtigste Unterschied, dem diese Motion jetzt macht, ist der Zeitplan. Die Regierung hat gesagt, dass es ihr möglich ist, das umzusetzen vor dem Baubeginn Dreirosenmatte. Das wäre also noch vor etwa 2030. Das heisst, hier kann und muss vorwärts gemacht werden. Wir möchten uns hier nicht mehr auf die nächsten 10, 20, 30 Jahre vertrösten, wenn dann vielleicht irgendwann mal etwas Grosses geschieht,

Ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen, damit hier diese kleinen Verbesserungen für diese Quartiere, die es dringend nötig haben, umgesetzt werden können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Laetitia-Block.

Laetitia Block (SVP): Auch wir von der SVP unterstützen eigentlich die meisten dieser vorgeschlagenen Massnahmen in dieser Motion. Wir sprechen uns für mehr Grünraum aus in Kleinbasel, für gute Verkehrsverbindungen sprechen wir uns auch aus, auch dass die Freizeithalle erweitert wird, und für eine durchgehende Reinpromenade. Sie sehen, wir sind absolut für diese Massnahmen, auch mehr Duschen sind eine gute Sache. Das sind gute Massnahmen, die man unterstützen könnte.

Nur leider wurde hier auch eine Anti-Auto-Forderung eingebaut. Denn die Verglasung der Autobahn, für die wir uns durchaus aussprechen können, wurde verbunden mit der Reduktion des Tempos auf Tempo 60. Diese braucht es unseres Erachtens gar nicht. Wenn eine Verglasung kommt, haben wir die Lärmreduktion, senken wir schon die Emissionen, und die Wohnqualität für die Anwohnenden steigt hier insgesamt.

Die SVP-Fraktion ist deshalb zum Schluss gekommen, dass sie diese Motion nicht unterstützen kann. Vielleicht auch noch zum Thema E-Mobilität, wodurch der Lärm auch noch reduziert wird auf der Autobahn. Es ist schade, dass diese Forderung hier noch eingebaut wurde, denn ohne diese Forderung hätten wir als Fraktion diese Motion absolut unterstützen können. Aber wir können diese Motion mit einer ideologisch eingebauten Anti-Auto-Forderung nicht unterstützen und sind deshalb zum Schluss gekommen, dass wir diese Motion ablehnen bzw. Sie bitten, diese nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Vieles muss man nicht mehr sagen, Tonja Zürcher hat schon sehr gut darauf hingewiesen, wo die Problematik liegt bei diesen beiden Stadtteilen, beim mangelnden Freiraum, bei der mangelnden Grünflächen. Ich bin selber Bewohner dieses Gebiets und kann das nur bestätigen. Die Vorschläge kommen ja eigentlich schon von der Verwaltung, vom Regierungsrat, sie sind also umsetzbar und ich kann Ihnen versichern, damals, als es um die Abstimmung gegen den Autobahnausbau in der Schweiz ging, haben die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers gesagt, wieso kommt das erst jetzt? Das wären ja sinnvolle Verbesserungsmassnahmen, die dem Quartier schon jetzt zugutekommen könnten. Der Regierungsrat hat ja Vorschläge gemacht, die nicht aus den Wolken gegriffen sind, sondern das sind realistische Vorschläge, und daher kann ich jetzt hier nicht nachvollziehen, wieso es da Opposition dagegen gibt. Vielleicht findet man ein kleines Detail, das einem nicht passt, aber ich denke im Sinne des gesamten Quartiers sollten wir diese Motion wirklich mit grosser Überzeugung überweisen.

Einfach noch ein Wort zu diesen beiden Quartieren Klybeck und Matthäus. Da gibt es viele Probleme. Das wurde letztes Jahr sehr stark in den Medien hochgespült und ich denke, es wäre eine kleine Wertschätzung gegenüber den Bewohnenden in diesen beiden Stadtquartieren, dass man ihnen auch sagen kann, wir sind dafür und wir wollen dafür sorgen, dass das Leben in diesen beiden Quartieren sehr Lebenswert ist.

Also senden wir hier ein Signal an die Bevölkerung der beiden Quartiere Klybeck und Matthäus, indem wir ihre Wohnbedingungen verbessern wollen, und das nicht nur, wenn es darum geht, Stimmung zu machen für eine Abstimmungsvorlage, sondern auch danach, wenn das Projekt, wofür die meisten Quartierbewohnenden sind, nicht umgesetzt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Der Rheintunnel wurde abgelehnt. Wer hätte es gedacht, meine Damen und Herren, die Basler Regierung jedenfalls nicht. Es wurden viele Versprechen gemacht und der Bevölkerung wurde vieles mitgeteilt, was anders gemacht werden könnte, was man anbieten könnte.

Heute sprechen wir über ein Geschäft, das auf den ersten Blick wie eine Nachwehe zur Rheintunnel-Abstimmung werden mag. Tatsächlich aber geht es um weit mehr. Es geht um konkrete, längst überfällige Verbesserungen für ein dicht besiedeltes Start belastetes Stadtquartier rund um die Dreirosenanlage, aber auch allgemein im Kleinbasel. Es geht um ein Versprechen an die Bevölkerung und letztlich auch um unsere Glaubwürdigkeit als Politik.

Im Zuge des Rheintunnel-Projekts wurde vom Kanton eine Testplanung erarbeitet mit viel Expertise und unter Einbezug der Quartierbevölkerung. Diese Testplanung hat nicht nur gezeigt, wie die Belastungen während der Bauzeit abgefedert werden könnten, sondern auch, welches Potenzial dieses Gebiet hat, unabhängig vom Tunnel. Im Abstimmungskampf hat der Regierungsrat konkrete Verbesserungen in Aussicht gestellt, mehr Grünräume, bessere Fuss- und Veloverbindungen,

attraktive Aufenthaltsorte. All das waren nicht einfach blosse Wahlversprechen. Es waren zugesicherte Massnahmen, und genau diese will die Motion nun verbindlich aufgleisen.

Wir sprechen hier über keine revolutionären Ideen, sondern über pragmatische, realisierbare Projekte. Eine Ersatzgrünfläche am Rheinufer, wo durch die Einkürzung der Hafenbahn neuer Freiraum steht, eine sinnvolle Verbesserung des Schallschutzes auf der Dreirosenbrücke, auch rheinabwärts, wo die Belastung heute besonders hoch ist, eine neue, sichere Verbindung für den Fuss- und Veloverkehr beim Klybeckrhein, wichtig für Alltagsmobilität und Freizeit gleichermassen, die Erweiterung der Freizeithalle durch die Umsiedlung der Stadtreinigung, etwas, das direkt Kindern und Jugendlichen zugutekommt und schliesslich die Öffnung der Rheinpromenade bis zum Klybeckquai, ein langer Wunsch im Quartier und zusätzliche Infrastrukturen für die Rheinschwimmerinnen. Diese Vorschläge sind keine Luxuslösungen. Sie sind vernünftig, gut begründet und bringen eine hohe Wirkung bei relativ moderatem Mitteleinsatz. Es geht nicht um Symbolpolitik, sondern um konkrete Verbesserung der Lebensqualität in einem stark beanspruchten Teil unserer Stadt.

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, die Motion verlangt ja nicht, dass alles sofort umgesetzt wird. Sie verlangt aber ein klares Bekenntnis zur Umsetzung mit Tempo, mit Verbindlichkeit und mit dem nötigen politischen Willen. Basel hatte gezeigt beim ESC, wenn es will, dann kann es. Und genau mit diesem Tempo muss es dranbleiben, und auch dann, wenn es um Verbesserungen für das Stadtquartier geht. Das ist nicht viel verlangt, im Gegenteil, wir sind es den Menschen im Quartier schuldig, dass wir hier dranbleiben. Und deshalb verstehe ich ehrlich gesagt auch die Argumentation der SVP nicht, wenn man sagt, ja eigentlich sind wir positiv, wir wären dafür, es ist ja gut, aber bei Tempo 60 wird es dann schwierig. Dazu kann ich ja sagen, es ist eine Kann-Formulierung, die Regierung wird das prüfen und dementsprechend zu einem Entscheid kommen.

Aus unserer Sicht ist klar, die Stadtentwicklung darf nicht nur dort stattfinden, wo es Investoren getrieben möglich ist, sondern vor allem dort, wo die Bevölkerung auf öffentliches Engagement angewiesen ist. Das Gebiet um die Dreirosenanlage ist ein Paradenbeispiel dafür. Ich bitte Sie daher, unterstützen Sie diese Motion im Sinne einer fairen, nachhaltigen und sozial ausgewogenen Stadtentwicklung und vor allem aber auch im Sinne der politischen Verlässlichkeit gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohner in unserem Quartier. Ich denke, gerade das ist für die Regierung elementar, damit sie auch in Zukunft noch Glaubwürdigkeit hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ihr setzt euch sehr stark ein für die Menschen, die durch den Tunnel seinerzeit mit der Nordtangente schon sehr entlastet wurden. Wie setzt Ihr euch für die Menschen ein, die nach dem Nein weiterhin durch den Ausweichverkehr leiden werden, da wir keine Lösung durch den Tunnel haben.

Mahir Kabakci (SP): Ich spüre bei jeder Frage Ihr Herzblut für dieses Thema, aber da kann ich Ihnen sagen, die Bevölkerung hat entschieden, sie hat das Projekt abgelehnt. Und jetzt ist es im Auftrag der Regierung, eine Lösung zu finden, die für alle, welche in diesen Stadt leben, eine gute Lösung ist, für den Autoverkehr, aber auch für die Menschen, die in diesem Quartier leben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): In der Fraktion wurde diese Motion ausführlich diskutiert und es ist nicht ganz einfach, dagegen zu sein, denn es hat sehr viele Massnahmen, die dem Quartier zugutekommen und die wichtig sind, das anerkennen wir. Dennoch, und Sie sehen es in der Kreuztabelle, ist die LDP dagegen, zum einen – und das wurde vom Kollegen der SVP schon gesagt – wollen wir das Tempo hier nicht drosseln. Vorher hat Mahir Kabakci viel vom Tempo gesprochen. Wir wollen nicht ohne Not am Autobahnabschnitt auch noch die Geschwindigkeit senken, wenn man gleichzeitig, und das unterstützen wir sehr, diese Lärmschutzmassnahme macht, indem man die andere Seite einglast. Das war seinerzeit halt schon etwas falsch geplant, dass man das nicht gemacht hat, und die Lebensqualität ist entscheidend davon abhängig, dass der Lärm dort in Griff gebracht wird.

Viele Massnahmen sind grundsätzlich sehr positiv zu beurteilen, aber wir finden hierzu ist keine Motion notwendig. Es gibt sehr viele Planungen, die in diesem Perimeter laufen, und wir wollen diese jetzt mit der Motion nicht auch noch belasten, denn wir wollen, dass es nun rasch vorangeht, und die Verbesserungen sind mehrfach artikuliert worden, die sind bekannt. Ich glaube nicht, dass die Regierung diese Motion braucht, um solche Verbesserungen umzusetzen.

Auch unsere Partei hat sich immer wieder dafür stark eingesetzt, dass es eine Aufwertung in diesem Perimeter gibt. Wir haben auch Ideen eingebracht, wie die Begrünung der Dreirosenbrücke und sind auch sonst sehr offen für verbessernde Massnahmen. Wir haben anrt das Gefühl, dass die Motion hier auch die laufenden Planungen negativ beeinflussen kann und das wollen wir nicht unterstützen. Deshalb empfehlen wir und wünschen uns hier keine Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Mahir Kabakci. Sie wird entgegengenommen.

Mahir Kabakci (SP): Finden Sie diese Haltung nicht ein bisschen paradox, wenn Sie auf der einen Seite sagen, jetzt wo der Rheintunnel abgelehnt wurde gibt es keine Entlastung für die Bevölkerung, die in diesem Stadtteil lebt, aber auf der einen anderen Seite sagen Sie bei der Dreirosenanlage, Sie seien gegen die Reduktion auf Tempo 60, weil das den Verkehr stören würde. Denn dies würde auch eine direkte Entlastung bringen.

Michael Hug (LDP): Durch eine Reduktion des Tempos wird die Belastung einfach noch viel grösser für das Quartier mit dem Suchverkehr usw. Darum muss man da dagegen sein zugunsten einer Entlastung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Zum Schluss hat das Wort die Motionärin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Zuerst möchte ich mich bei den Gegnerinnen und Gegnern der Motion bedanken, weil sie anerkennen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Ich denke, das ist schon einmal eine Grundlage, auf der wir aufbauen können, auf der wir diskutieren können. Herzlichen Dank dafür.

Ich möchte gar nicht mehr viel zum Inhalt der Motion sagen. Es wurde wirklich viel schon gesagt, auch dafür herzlichen Dank. Mir war es eine moralische Frage, warum ich diese Motion eingereicht habe. Nämlich schon als bei den zahlreichen Veranstaltungen zum geplanten Rheintunnel die vielen schönen Möglichkeiten gezeigt wurden, wie die Dreirosenmatte und das Gebiet rundherum attraktiver gemacht werden können, fiel nicht nur mir auf, dass es für diese Massnahmen den Rheintunnel eigentlich gar nicht braucht. Die schönen Massnahmen waren die, die im Rahmen einer Testplanung erarbeitet wurden, und die waren ein Verkaufsargument, ganz klar, um der Quartierbevölkerung die zehnjährigen Baustelle auf einer ihrer sehr wenigen Grün- und Freifläche wenigstens ein bisschen schmackhafter zu machen.

Nun wurde der Rheintunnel abgelehnt und es stellt sich schon die Frage, was jetzt mit den vielen Ideen, die erarbeitet wurden, um die heutige Situation rund um die Dreirosenmatte zu verbessern, passieren soll. Da wird es für mich halt ein bisschen moralisch. Sollen die widerständigen Quartierbewohner:innen nun quasi bestraft werden, indem die Verbesserungsmassnahmen nicht oder viel später umgesetzt werden? Das fände ich ziemlich schlimm. Ich finde, es soll vorwärts gehen und deswegen habe ich auch eine Motion eingereicht.

Zudem wurde auch schon ziemlich viel Geld investiert, um diese Testplanungen zu machen. Solche Ideen und Planungen passieren ja nicht gratis. Es wäre ja schade, wenn wir das einfach versanden lassen würden. Und ehrlich gesagt, ich habe gestaunt und mich auch gefreut, dass der Regierungsrat bereit ist, diese Motion entgegenzunehmen. Aber ich mache mir auch keine Illusionen. So wie ich den Regierungsrat in letzter Zeit erlebt habe, wird bei einer Erstüberweisung der Motion ein Bericht kommen, der im besten Fall in schöner Argumentationslinie aufzeigt, dass diese Motion als Anzug weiterbehandelt werden soll. Und das ist wahrscheinlich die Realität, wir werden es sehen.

Ich wollte noch kurz etwas zur Temporeduktion sagen. Ich wusste, dass dieser Punkt in der Forderung ein Triggerpunkt ist, und deshalb habe ich die Formulierung wirklich sehr sorgfältig gewählt. Wenn Sie gelesen haben, was ich geschrieben habe, dann steht, dass die Temporeduktion geprüft werden soll. Die Motion könnte also auch umgesetzt werden, ohne das so zu verwirklichen. Und es war mir wirklich wichtig, dass ich das noch platzieren könnte.

Ich bitte Sie auf auf jeden Fall diese Motion wie vom Regierungsrat gewünscht ein erstes Mal zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006567, 21.05.25 09:47:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 63 gegen 30 Stimmen bei einer Enthaltung für eine Überweisung entschieden.

15. Anzug 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend Herzl-Gedenktafel beim Stadtcasino

[21.05.25 09:48:07, 25.5142.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte noch ganz kurz erklären, warum ich das bestreite. Es ist eigentlich eine traurige Sache. Meine Oma hat den Stammbau abändern müssen, weil ich einen Vorfahren hatte, der Von Israel hiess. Hätte sie den Stammbaum nicht abgeändert, würde es mich vielleicht gar nicht geben. Aber ich habe einen Vorfahren, der hiess 1870 Von Israel, und klarer kann es ja nicht sein. Aber der Stammbaum konnte von meiner Oma abgeändert werden, damit man nicht ins Konzentrationslager musste.

Joël Thüring, Sie schreiben in Ihrem Anzug, den ich bestreiten möchte, dass Theodor Herzl gesagt hat, in Basel habe er den Judenstaat gegründet. Vielleicht wissen Sie es nicht, München wollte den Kongress nicht. Basel war eine Ersatzlösung. Ich habe Angst vor so einer Tafel. Sie wird beschmiert werden. Ich möchte auch nicht, dass wir zu einem Museumsdorf werden. Heute gibt es zwar eine Einladung in die Synagoge, ich weiss nicht, ob das ein Zufall ist, bei der 35 Grossräte dabei sind. Ich gehe nicht, weil ich einfach Angst habe, weil die Synagoge schwer überwacht wird, und ich kann auch daran erinnern an November 2023, an die 15 Männer mit Maschinenpistolen vor dem Rathaus Basel wegen dem Gebet.

Es gibt ein neues jüdisches Museum. Dort gibt es Platz für die Gedenktafel. Und darum bestreite ich den Anzug. Ich darf auch sagen, dass ich halt für Palästina bin. Ich war in Basel und dann in Muttenz. Meine Gymnasiumszeit ist mir, als wäre es gestern gewesen. Ich bin jung geblieben. Und die Gymnasiumszeit hat mich geprägt mit meinen Geschichtslehrern und darum habe ich auch ein linkes Weltbild in mir, ich bin für den Arbeiter. Und das wollte ich noch sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das hat aber nichts mit der Gedenktafel zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin gegen die Gedenktafel. Und ich komme zum Schluss. Ich war fest angestellter Redaktor bei der Davoser Zeitung in Graubünden. Sie schreiben von jüdischen Touristen aus aller Welt. Sie können es googeln, es hat grosse Probleme gegeben in Davos mit den jüdischen Touristen. Ich bin gegen diesen Anzug, und ich kann das auch begründet, sachlich. Ich weiss, dass es in vielen Linken innerlich brennt, und ich möchte bitten, dass die Linken hier reden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA bestreitet die Überweisung dieses Anzugs und mir ist es wirklich wichtig, dass Sie sich dazu nochmals Gedanken machen. Ich versuche, Ihnen meine Gründe gegen die Beweise darzulegen und hoffe sehr, dass

Sie sich eben nochmals kurz überlegen, ob die jetzige Weltlage und der jetzige Zeitpunkt einen solchen politischen Vorstoss wirklich zulässt.

Der Anzug möchte am Stadtcasino eine Gedenktafel zu Theodor Herzl und seiner Ideologie zur Gründung des Judenstaats im Rahmen des ersten Zionistenkongresses von 1897 für Touristen anbringen lassen. Es geht hier also nicht darum, das Interesse und Bewusstsein der Bevölkerung um eine kritische historische Auseinandersetzung zur Person Herzls, zum Zionistenkongress, zum Antisemitismus und auch nicht zu den im Anschluss der israelischen Staatsgründung entstandenen dramatischen geopolitischen Folgen für die Bevölkerung im Nahen Osten zu wecken und im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Dies wäre ja durchaus sinnvoll. Nein, hier geht es um etwas anderes. Das Datum ist auch nicht zufällig, vor einer Woche wäre die Überweisung des Anzugs exakt am Datum der Staatsgründung Israels vom 14. Mai gewesen, die Ausrufung der Unabhängigkeit 1048 löste einen Krieg in der Region aus, welcher bis heute für alle Menschen, unabhängig ihres Glaubens und ihrer nationalen Zugehörigkeit, einen grossen Einschnitt hinterlassen hat und Generationen übergreifende Traumata entstehen liess. Einen Tag später fand übrigens der Gedenktag für für die Vertreibung von rund 700’000 Palästinenserinnen und Palästinenser statt. Es gibt den einen Tag nicht ohne den anderen.

Die geforderte Gedenktafel betrifft neben der Person Herzl auch seine nationalistische Ideologie eines eigenen jüdischen Staats im Nahen Osten. Dass vor rund 125 Jahren diese Idee aufkam, kann politisch durchaus eingeordnet werden, prägte doch der Nationalismus und der Imperialismus die Politik und das Leben der Menschen zu dieser Zeit, ein Nationalismus, der die Menschheit schliesslich in die beiden grauenhaften Weltkriege führte. Die jüdische Bevölkerung war durch den herrschenden Antisemitismus in Europa stark bedroht. Der zionistischen Idee eines eigenen Nationalstaats beispielsweise in Palästina folgte zu dieser Zeit aber trotzdem nur eine Minderheit der jüdischen Bevölkerung. Herzl jedoch legte den ideologischen Grundstein für den Zionismus und die jüdische Nationalbewegung, auf die sich nun die extreme rechtsnationale Regierung Israels beruft.

Ohne Kritik an der Person Herzl und seiner nationalistischen Ideologie wäre heute eine Gedenktafel undenkbar. Aber nicht nur historische Gründe sprechen dagegen, wer in der aktuellen humanitären Katastrophe in Gaza und in den palästinensischen Gebieten einen solchen Anzug der Regierung überweist – entschuldigen Sie, dass ich hier ein wenig deutlich werde – handelt verantwortungslos und unklug. Meine Damen und Herren, ich muss Sie eigentlich nicht darauf aufmerksam machen, dass die Regierung von Netanjahu seit Wochen keine Hilfsgüter, welche an Grenzen bereitstehen, passieren lässt, die palästinensische Bevölkerung aushungern lässt, überlebensnotwendige medizinische Hilfe blockiert und wieder Angriffe auf die Spitäler und Menschen in Gaza startet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Bolliger, das hat auch nichts mit der Gedenktafel zu tun.

Oliver Bolliger (BastA): Ich würde sehr wohl sagen, dass das mit der Gedenktafel zu tun hat, weil diese Idee ist grundsätzlich der falsche Ansatz, umso mehr ist es jetzt der falsche Zeitpunkt, eine solche Gedenktafel am Sommercasino anzubringen. Es ist in keiner Weise gerecht, dies ist aus meiner Sicht auch ein politisch motivierter Vorstoss, und diesen sollen wir nicht überweisen. Ich bitte Sie also, sich zu enthalten oder diesen Anzug abzulehnen.

Ich möchte für den Anzug Furlano noch etwas mitgeben, weil ich dazu nicht mehr sprechen werde und auch nicht bestreiten werde. Diesen Anzug braucht es aus unserer Sicht nicht, nicht weil kein Bedarf besteht, sondern weil die Regierung schon lange eine Taskforce hätte einrichten können. Die gesetzliche Grundlage besteht nämlich schon aufgrund des Anzugs von Pascal Messerli betreffend einen kantonalen Massnahmenplan Bekämpfung Antisemitismus. Und für die inhaltliche Taskforce wird zudem entscheidend sein, nach welcher Antisemitismus-Definition sie sich ausrichten wird und ich mache beliebt, dass sie die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus als Grundlage nehmen wird, damit wir hier einen Schritt weiterkommen.

Also ich bitte Sie nochmals, diesen Anzug zu einer Gedenktafel ohne historische Aufarbeitung dieses Konflikts nicht zu überweisen, einen solchen Vorstoss abzulehnen und politisch klug zu handeln. Und wenn Sie ihn nicht ablehnen können, dann enthalten Sie sich bitte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich möchte noch eine Vorbemerkung machen, ich bin etwas irritiert aufgrund des ersten Sprechers, dass an diesem Rednerpult solche antisemitischen Auslassungen möglich sind.

Nun zum Anzug: Ist es legitim, Zivilistinnen und Zivilisten aushungern zu lassen? Ist der Einsatz von Phosphor legitim? Ist das Verlegen von Minen legitim? Diese Fragen muss man sich immer wieder stellen. Legal ist es nicht, aber es ist klar, dass

gerade in der heutigen Zeit das Recht leider kaum mehr gilt. Es gilt Auge um Auge, Zahn um Zahn und es gilt nicht, dass, wer einen Menschen tötet, die ganze Menschheit tötet, weil er damit die Würde von uns allen tötet. Das gilt in vielen Kriegen. Es gilt in der Ukraine genauso wie in Palästina, genauso im Sudan. Aus historischen Gründen hat die Situation in Palästina natürlich für uns eine besondere Bedeutung. Aber haben wir hier als Mitglieder des Grossen Rates schon einmal mit einem Regierungsvertreter, einer Regierungsvertreterin der israelischen Regierung gesprochen, haben wir mit einem palästinensischen Bauern gesprochen, der jeden Tag um sein Überleben kämpfen muss? Haben wir mit einer israelischen Friedensaktivistin aus einem Kibbuz gesprochen, haben wir mit einem einfachen Unternehmer oder einer Lehrerin in Gaza gesprochen? Wahrscheinlich die meisten nicht.

Aber ich möchte das hier einfach in aller Deutlichkeit sagen, auch weil sie vom Vorredner so genannt wurde, das spielt für diesen Anzug keine Rolle. Es ist ein Anzug, bei dem es aus meiner Sicht um etwas völlig anderes geht. Es geht um die Figur Theodor Herzl, gestorben 1904. Und wie das mein Vorredner schon gesagt hat, der Zionismus ist und war damals eine Randerscheinung und anders als beim ESC, wo man sich so freut, dass er nach Basel kam, der Kongress kann hierhin, nicht weil Theodor Herzl Basel so toll fand. Er war aus Wien, er lebte in Paris, entschuldigen Sie, aber Basel stand nicht im Zentrum des Interesses, sondern es war einfach der Ort, an dem dieser Kongress durchgeführt werden konnte und wo die Geldgeber, die ihn unterstützten auch die Organisation stemmen konnten. In Wien oder in Paris zum Beispiel war es schlichtweg nicht möglich.

Der Zionismus war damals eine Randerscheinung, die Mehrheit der Jüdinnen und Juden fühlten sich als Schweizer, als Deutsche, als Franzosen, als Jemeniten und Marokkanerinnen und Amerikanerinnen. Es gab diesen Nationalismus noch nicht, es war eine Randerscheinung und eigentlich muss man sagen, es war Theodor Herzls Drama seines Lebens, dass nicht mehr Menschen an seine Idee glaubten, denn dann wären vielleicht mehr Menschen früher nach Israel gegangen oder damals gab es ja noch die Debatte um Uganda etc. So waren viele Menschen jüdischen Glaubens in Europa und fielen dann im Zweiten Weltkrieg dem Holocaust zum Opfer. Theodor Herzl muss deshalb auch aus seiner Zeit gelesen werden. Er muss gelesen werden als das, was er für Basel gebracht hat, warum er in Basel war und wofür er in Basel stand.

Ein Teil der Fraktion wird sich enthalten bei diesem Vorstoss, aus dem einfachen Grund, dass sie sich die Frage stellt, ob das Anbringen einer Plakette überhaupt ein Vorstoss ist. Die Frage danach, ob das jetzt der richtige Zeitpunkt ist, wurde schon angesprochen und die Frage vor allem, die im Zentrum steht, ob es eine Information oder eine Gedenktafel ist, stellen sich. Aus unserer Sicht müsste es vor allem eine Informationstafel sein, die natürlich jedem offensteht, zum Gedenken anzuregen, aber die Information bringt, im öffentlichen Raum ist. Und ich erlaube mir dann noch auf meinen Nachredner zu verweisen. Wir werden einen Vorstoss einreichen zur Erinnerungskultur im öffentlichen Raum, denn ich denke, hier gibt es wirklich noch Bedarf zur Optimierung. Die Mehrheit unserer Fraktion wird dem Vorstoss wahrscheinlich zustimmen, ein Teil wird sich enthalten.

Ich möchte noch ganz kurz etwas zum Vorstoss Furlano sagen, der später kommt. Wir finden, die Motionen Messerli und Weibel, die ja auch überwiesen worden sind, sollen bei der Bearbeitung dieses Vorstosses mitgedacht werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Eric Weber. Sie wird nicht angenommen. Damit hat Philip Karger das Wort.

Philip Karger (LDP): Eigentlich wollte Theodor Herzl den ersten Zionistenkongress in München abhalten, aber die dortigen Würdenträger und Rabbiner haben dies aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Dann wollte er nach Zürich. Das passte vor allem den Delegierten aus dem Zarenreich nicht. Sie befürchteten vom dort ansässigen russischen Geheimdienst belästigt zu werden.

Der Herzl Vertraute und spätere SP-Nationalrat David Farbstein schlug daraufhin Basel als Austragungsort vor. Die Basler Regierung, viele Persönlichkeiten, der damalige Rabbiner von Basel und somit auch die jüdische Gemeinden stammen in dem Kongress positiv gegenüber. Sie alle wollten den Kongress hier in unserer humanitären Stadt. Die gute Verkehrsanbindung, das Angebot an Kongressinfrastruktur waren mit ein Grund dafür, dass der erste und weitere zehn Kongresse bis und mit dem Jubiläumskongress 2022 in Basel stattfanden.

Nach der Gründung Israels war dieser Jubiläumskongress der einzige, der nicht in Jerusalem stattfand. Angesichts des weltweit erstarkten Antisemitismus hatte Herzl die Idee, einen Kongress abzuhalten, der zur Gründung eines jüdischen Staates führen sollte. Auslöser für die Zunahme antisemitischer Vorfälle war damals der Dreyfus Prozess in Frankreich. Heute ist es die Reaktion Israels auf die brutalen Terroranschläge der Hamas gegen israelischen Bürger, die nie wirklich verurteilt wurden. Stattdessen sehen wir uns auch in der Schweiz mit antiisraelischer und antisemitischer Propaganda in den sozialen Medien, Schmierereien, Demonstrationen, Mahnwachen und Störungen friedlicher Feste konfrontiert. Leider lassen sich beispielsweise Radio und Fernsehen davon beeinflussen. Sie berichten nicht mehr neutral. Und doch ist gerade jetzt in dieser schwierigen Zeit eine Gedenktafel für Theodor Herzl mit seiner Idee, einen Staat für Juden zu gründen wichtig, insbesondere wenn man mit der Anbringung einer solchen Tafel ein Zeichen für Frieden und Versöhnung setzt.

An der Universität Basel findet derzeit eine öffentliche Ringvorlesung mit Podiumsdiskussionen zum Israel-Palästinakonflikt statt, die als Friedensimpuls gesehen werden kann. Das ist ein gutes Beispiel, wie auch in Basel das gegenseitige Verständnis gefördert werden kann. Zusammen mit der Anbringung der Tafel wünsche ich mir, dass mehr solche Impulse, gerne auch aus der Politik, gesetzt werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, auch im Namen der LDP, diesen Anzug anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Der vorliegende Vorstoss hat bei unserer Fraktion einige Diskussionen ausgelöst. Dabei ging es um den Vorstoss selbst, aber auch um die Frage, wie Geschichte im öffentlichen Raum in Basel präsent ist und sichtbar gemacht werden sollte.

Der Anzugsteller hat nicht Unrecht, angesichts der historischen Bedeutung von Theodor Herzl und des zionistischen Kongress in Basel wäre es angebracht, im öffentlichen Raum darauf aufmerksam zu machen. Das sehen wir uns in der sozialdemokratischen Fraktion alle so. Der Sprechende stand selbst zuletzt vor einem Jahr mit Vertretern des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadrut vor dem Stadtcasino und hat sich die Frage gestellt, wieso nirgends ein Hinweis auf Herzl und den Zionistenkongress zu sehen ist. Zudem erlauben die heutigen technischen Möglichkeiten mit QR-Codes und anderem auch mit relativ diskreten Mitteln viele Informationen zugänglich zu machen, die gerade auch der Kontextualisierung dienen.

Andererseits gibt es in den Basler Geschichten viele andere geschichtlich sehr bedeutende Ereignisse und Persönlichkeiten, auf die ebenfalls in keiner Art und Weise im öffentlichen Raum hingewiesen wird, weder zum Amerbach-Kabinett und damit die erste öffentliche Kunstsammlung der Welt, weder zum Konzil zu Basel 1431 bis 1449 und die hier erfolgte Papstwahl, weder zum Buchdruck, den Humanismus und Erasmus von Rotterdam, weder zu Johann Rudolf Wettstein und die Unabhängigkeit der Schweiz vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, weder zum Basler Frieden vom 17. April 1795, weder zu den wichtigsten Innovationen der Industriegeschichte unseres Kantons, weder zum Friedenskongress im Basler Münzer 1912 noch zur Lage Basels im Zweiten Weltkrieg und die Flüchtlingspolitik gibt es nach meinem Wissen Informations- und Gedenktafeln. Daher erscheint es vielen von uns als sehr selektiv, nur zu Theodor Herzl und den Zionistenkongressen eine Informations- und Gedenktafeln anzubringen.

Dafür gibt es umgekehrt auch Gedenktafeln, bei denen man sich heute fragt, wieso die eigentlich hängen, ob sie wirklich auf Ereignisse verweisen, die historisch so bedeutsam sind. Es braucht aus unserer Sicht ein Gesamtkonzept zum Thema Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum. Neben qualifizierten Historikerinnen und Archäologen sollte ein Team, das ein solches Konzept erarbeitet, durchaus auch technisch versierte Fachleute zu Themen wie Medialisierung und Digitalisierung sowie pädagogische und touristische Wertsetzungen umfassen. Daher haben wir uns entschlossen, einen weiteren Vorstoss einzureichen, der genau das fordert. Die Einberufung einer solchen Expertengruppe mit einem klaren, zeitlich beschränkten Auftrag. Darüber habe ich mich auch mit meinem Historikerkollegen Oliver Thommen unterhalten und wir werden einen solchen Vorstoss, getragen von unseren beiden Fraktionen, gemeinsam einreichen.

Der Vorstoss von Joël Thüring hat aber auch aus anderen Gründen für Diskussionen bei uns gesorgt. Es stellt sich natürlich die Frage, ob es angesichts der anhaltenden Kriegsereignisse und Menschenrechtsverletzungen im Gazastreifen der richtige Zeitpunkt ist, um durch Beschlüsse demonstrativ die historische Verbundenheit unseres Stadtkantons mit der Entstehung des Staates Israels zu betonen. Die Meinung zum Vorstoss von Joël Thüring waren und sind zum jetzigen Teil Punkt daher nicht einheitlich. Viele von uns werden sich enthalten. Diese Enthaltung sollte aber nicht als ein Wegducken verstanden werden. Wir haben sowohl historisch als auch zu den aktuellen Geschehnissen im Nahen Osten eine klare Haltung. Selbstverständlich stehen wir zum Existenzrecht des Staates Israel in den Grenzen von 1967 und anerkennen das Recht Israels auf Selbstverteidigung. Selbstverständlich sind für uns Menschenrechte unteilbar, sie gelten auch für die palästinensische Bevölkerung. Ebenso hat diese ein Selbstbestimmungsrecht. Die furchtbaren Verbrechen der Hamas rechtfertigen nicht das Ausmass der Zerstörung und die Anzahl der Toten im Gazastreifen.

Theodor Herzl ist nicht für die Handlungen der Regierung Netanjahu verantwortlich und verdient auf jeden Fall eine Informations- und Gedenktafel. Wir plädieren dafür, mit dem zionistischen Erbe unserer Stadt so umzugehen, dass wird zu diesem stehen aber es auch als Auftrag verstehen, im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten den Dialog und diegegenseitige Verständigung zu fördern. Wir stehen jedem Versuch der politischen Instrumentalisierung im Nahostkonflikt und jedem Versuch der Instrumentalisierung des Nahostkonflikts zu innenpolitischen Zwecken sehr skeptisch gegenüber.

Tim Cuénod (SP): Im Sinne der besten humanitären Tradition unseres Landes sollte unser Basler und Schweizer Standpunkt auf der Seite der Verteidigung und Wahrung des Völkerrechts und der Menschenrechte liegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ich bin erstaunt, dass der Anzug bestritten wird und ich halte jetzt für die Mitte/EVP-Fraktion ein spontanes Votum. Wir unterstützen das Anliegen, eine Gedenk- oder Informationstafel zur Gründung des Judenstaates zu errichten. Wie das genau aussieht, ist offen. Es geht uns um eine historische Gedenk- oder Infotafel, unabhängig von der Politik der aktuellen Regierung in Israel.

Wenn ich künftig mit Freunden aus Israel durch Basel spaziere, freue ich mich über die neue Gedenk- oder Infotafel. Ich es schaue jetzt in die Zukunft. Ich denke etwa an die jüdische Gastfamilie, wo meine Frau und ich am 7. Oktober 2023 waren. Meine Freunde äussern sich kritisch zur aktuellen Regierung, aber unabhängig davon, Basel war bedeutungsvoll für die Gründung von Israel.

Die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, den Anzug zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte einordnen, was meine Vorredner gesagt haben. Ich möchte auch eine persönliche Erklärung abgeben. Endlich wird diskutiert. Oliver Bolliger hat sehr gut geredet zur Weltlage. Auch ich habe im Gymnasium gelernt in Basel. Es muss eine Zwei-Staaten-Lösung geben. Endlich gibt es eine Diskussion. Das freut mich.

Aber jetzt komme ich zu Oliver Thommen. Ich weiss nicht, Oliver Thommen hat mich angesprochen. Ich habe nur gesagt, was stimmt. Ich bin froh, dass ich lebe. Ich bin froh, dass ich hier bin und ich kann Ihnen den Stammbaum meiner deutschen Familie zeigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit dieser Tafel nichts zu tun. Das ist ein Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Es hat nichts mit Antisemitismus zu tun, den man mir scheinbar vorgeworfen hat, wenn ich sage, ich habe jüdischen Vorfahren und ich kann das beweisen. Ich möchte nur ein Beispiel bringen, dann bin ich fertig. Anne Frank hat sich versteckt im Haus und meine Grossmutter hat den Stammbaum gefälscht. Das ist die Wahrheit, ich kann Ihnen das zeigen.

Oliver Thommen, sagen Sie mir bitte konkret, was Sie mir vorwerfen, nennen Sie Ross und Reiter, aber kommen Sie nicht mit Vorwürfen, die nicht stimmen. Tim Cuéond hat gut gesprochen. Sie haben richtig erwähnt das Konzil von Basel, der Papst wurde in Basel gewählt. Aber Sie haben vergessen, dass der russische Zar vor 200 Jahren in Basel gelebt hat. Sein Schlafzimmer ist jetzt das Zimmer von Regierungsrat Kaspar Sutter. Tim Cuénod, ich danke Ihnen für Ihre schöne Rede. Sie haben richtig gesagt, wir brauchen ein Gesamtkonzept. Es braucht eine Expertengruppen, sehr gut, ich unterstütze den Anzug, den Sie erwähnt haben. Sie haben auch richtig den Gazastreifen erwähnt. Ich schaue jeden Tag die Schweizer Tagesschau um 19 Uhr 30, und dann sehe ich, was im Gazastreifen passiert, und ich kann einfach nicht mehr verstehen, wie die Menschen leiden. Tim Cuénod, Sie haben gesagt, man müsse sich enthalten, aber das birgt die grosse Gefahr, dass dieser Anzug durchkommt. Ich möchte bitten, wie Eric Weber Nein zu stimmen bei diesem Anzug. Wenn es jetzt zu viele Enthaltungen gibt, wird der Anzug angenommen. Und darüber werden Sie sich noch in zehn Jahren ärgern.

Ich möchte einfach sagen, bleiben Sie sachlich und hören Sie auf mit irgendwelchen Vorwürfen. Ich bin froh, dass ich im Gymnasium war, ich bin froh, dass ich dort über die Zwei-Staaten-Lösung gelernt habe.

Eric Weber (Fraktionslos): Und was ich in Basel in der Schule gelernt habe, darf ich da sagen, und wir haben ja nachher einen Anzug, der ja auch schon von den Vorrednern angesprochen worden ist. Auch dort gibt es spannende Sachen zu sagen. Es ist halt so, Europa wird muslimisch. Ich decke mich damit ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, es reicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt diesen Anzug. Ich spreche eigentlich nur, weil ich eigentlich eine Zwischenfrage an Tim Cuénod stellen wollte, aber die wäre wahrscheinlich zu lange ausgefallen, zumindest nach meinen Massstäben. Er hat ja hier ein Gesamtkonzept für das Anbringen aller möglichen Tafeln gefordert. Das ist meines Erachtens denkbar, aber es ist doch nur eine Schubladisierung oder Aufhängung dieses Anzuges.

Ich darf daran erinnern, wir haben immer wieder solche Einzelvorstösse behandelt. Wir haben eine Gedenktafel für die Opfer der Hexenverfolgung diskutiert, wahrscheinlich am historisch falschen Ort am Käppelijoch, es war ein Vorstoss von Brigitta Gerber. Ich glaube, dort hat man verschiedene Argumente gehabt, aber auch dort hätte man von einem Gesamtkonzept reden können.

Das Konzil im Haus zur Mücke ist glaube ich allgemein bekannt. Ich glaube, es steht auch etwas ganz Kleines dazu, will es aber nicht nachprüfen. Ich glaube, es mag Argumente gegen die Überweisung dieses Anzuges geben, aber das Argument Gesamtkonzept geht für mich nicht auf. Dann soll man doch ehrlich sagen, jetzt, zu diesem Zeitpunkt, wollen wir diesen Vorstoss nicht. Aber ich glaube, er ist wirklich sehr zurückhaltend und offen formuliert und macht auf die Historie aufmerksam. Und ich glaube, am genauen Text einer solchen Plakette wird noch gefeilt werden, das wird auch nicht von heute auf morgen kommen.Ich hoffe, dass, wenn die endgültige Redaktion dieser Plakette erfolgen wird, sich die Zeiten auch wieder etwas beruhigt haben im Konfliktgebiet. Das hoffen wir alle und in diesem Sinne bitte ich Sie um Überweisung dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat der Anzugsteller Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Diskussion, bei der es ja mehrheitlich gar nicht um die Gedenktafel ging, sondern mehr um einen aktuellen Konflikt und um die Historie dieses aktuellen Konflikts. Ich greife diesen Konflikt in meinem Vorstoss nicht auf und es geht auch nicht um diesen Konflikt. Man kann eine Gedenktafel zu einem historischen Ereignis auch nicht aus meiner Sicht mit einem aktuellen Konflikt verknüpfen. Das wäre gefährlich, denn dann müssten wir wahrscheinlich ganz viele Gedenktafeln, Erinnerungen überall auf der Welt abhängen, weil es immer wieder in einer aktuellen Situation zu einer Kontroverse kommen kann, die eine Gedenktafel oder eine Erinnerungsstätte vielleicht in einen anderen Kontext stellen würde.

Der Vorstoss verlangt konkret nur etwas. Er fordert, dass an die Gründung des Judenstaates im Stadtcasino, von Theodor Herzl erinnert und an dieses Ereignis gedacht wird. Und ich glaube, das ist eine relativ einfache Forderung. Ich schliesse mich da David Jenny an. Ich glaube nicht, dass es für diese Forderung nun, um sie vielleicht nicht heute überweisen zu müssen, eine Expertengruppe braucht, die sich lang und breit darüber Gedanken macht, wo man sonst noch überall in Basel eine Erinnerungskultur etablieren kann. Das soll man machen können. Ich verweigere mich dem nicht, aber das hat mit diesem konkreten Anliegen dieser Gedenkhafen sehr wenig zu tun. Es ist in der Vergangenheit tatsächlich so gewesen, Oliver Thommen, dass wir in diesem hohen Hause auch schon an anderer Stelle Gedenktafeln beschlossen haben. Ihre damalige Fraktionskollegin, Brigitta Gerber, hat ja auch mit ihrem Vorstoss auch die Gedenktafel beim Käppelijoch zur Hexenverfolgung lanciert. Wir haben diese in diesem Hause mehrfach besprochen. Wir haben auch hier unten im Rathaus eine Gedenktafel für die Verdingkinder errichtet. Auch das war möglich. Und ich stolpere jetzt schon ein wenig über diesen Widerstand, weshalb wir ausgerechnet eine Gedenktafel für Theodor Herzl beim Stadtcasino nicht haben möchten, eine historische Achterbahnfahrt machen und dann auch noch auf aktuelle Konflikte hinweisen. Ich finde das aus meiner Sicht für den Vorstoss und für die Idee eigentlich nicht sehr zielführend. Es ist einfach so, ob einem das gefällt oder nicht, dieses Ereignis ist für sehr viele Menschen ein bedeutendes Ereignis. Ich wurde angesprochen von Touristinnen und Touristen, die mir gesagt haben, ja, jetzt hattet ihr ja erst gerade kürzlich auch noch den Zionistenkongress. Es wurde erinnert an die Gründung des Judenstaates in Basel, und wenn wir aber auf diesem Platz, auf dem Barfüsserplatz stehen, der ja auch sonst vielleicht gestalterisch Potenzial hat für die Zukunft, dann liest man davon aber nichts. Und das finde ich meinen solchen historisch doch relevanten Weltereignis durchaus speziell, und darauf hinzuweisen und es vielleicht auch mit einer entsprechenden ergänzenden Information in einen Kontext zu stellen, das finde ich, sind wir doch auch unserer Stadt schuldig. Das sind wir auch den Touristinnen und Touristen schuldig, dass wir daran erinnern. Wir haben eine Erinnerungskultur, ja Tim Cuénod, die wandelt sich, die wandelt sich überall auf der Welt auch immer wieder. Wir sind hier in einem laufenden Prozess, ganz generell. Das ist auch gut so, das ist auch richtig so und ich glaube, für dieses spezifische Ereignis ist es sinnvoll und gerechtfertigt, dass wir dies nun an die Hand nehmen, dem Regierungsrat den Auftrag übermitteln. Wie David Jenny gesagt hat, wird das nicht gleich morgen schon geschehen. Ich würde mich freuen, wenn es nicht allzu lange geht. Der ESC hat ja nun gezeigt, wie schnell die Verwaltung sein kann, wenn es um etwas ganz Tolles geht. Ich wünsche mir diesen Speed auch bei anderen Dingen nun, und vielleicht lässt sich das hier doch auch sehr rasch umsetzen, so dass wir vielleicht schon beim 130 Jahre Jubiläum dann vielleicht schon so weit sind. Ich hoffe nicht, dass es das 150 Jahre Jubiläum dafür benötigt.

Ich bitte Sie aber nun, diesen Anzug an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Eric Weber, Brigitta Gerber und Tim Cuénod. Sie werden entgegengenommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Joël Thüring, Sie wissen, ich finde Sie sehr sympathisch. Sind Sie mir jetzt böse, dass ich für Palästina bin?

Joël Thüring (SVP): Die Annahme einer Zwischenfrage bedeutet nicht, dass ich sie beantworten muss. Sie können diese Antwort jetzt interpretieren, wie Sie möchten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Ich möchte eigentlich nur berichtigen, die Gedenktafel ist nicht nur auf Hexen ausgerichtet, sondern es steht klar und deutlich, heute ist dies ein Ort, der uns ermahnt, anderen Menschen ohne Vorurteile zu begegnen und sie nicht auszugrenzen. Haben Sie dies gewusst?

Joël Thüring (SVP): Ja, das habe ich gewusst. Ich habe vielleicht das Wort unter anderem Hexen vergessen zu erwähnen, aber es ist klar, was Sie mit Ihrem Vorstoss damals gemeint haben, ich war im Grossen Rat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Da Sie vorher die historische Bedeutung von Herzl betont und die Wichtigkeit des Gedenkens betont haben, möchte ich wissen, ob Sie mir sagen können, inwiefern die Dreyfusaffäre Herzl direkt bewegt hat, diesen Kongress zu organisieren?

Joël Thüring (SVP): Ich kann Ihnen sagen, dass wenn wir eine Gedenktafel beim Stadtcasino installieren, wir alle diese historischen Elemente berücksichtigen können. Und darum geht es mir. Es geht mir nicht um einzelne Ereignisse hier und heute.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sasha Mazzotti möchte auch noch eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Sasha Mazzotti (SP): Ideen, die man der Regierung mitgeben möchte, könnte man auch über eine schriftliche Anfrage einreichen. Warum haben Sie auf dieses Instrument verzichtet?

Joël Thüring (SVP): Weil ich schon mehr als nur eine Frage stellen möchte. Ich möchte konkret eine Herzl Gedenktafel und deshalb ist der Anzug aus meiner Sicht der richtige Weg, so wie es auch Ihre Fraktion immer wieder bei ganz vielen anderen Dingen auch tut.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen hiermit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung des Anzugs, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 10 Nein, 27 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006569, 21.05.25 10:27:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 55 Stimmen gegen 10 Stimmen bei 27 Enthaltungen.

16. Anzug 2 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einer zukunftsfähigen und nachhaltigen subjektbezogenen Finanzierung der Transportkosten in der Behindertenhilfe

[21.05.25 10:28:07, 25.5143.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Eric Weber möchte das bestreiten.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte bestreiten und kurz sagen, warum. Das Anliegen ist korrekt. Der Präsident hat es noch nicht gesagt, wenn wir jetzt so schnell weitermachen, gibt es keine Nachmittagssitzung. Aber ich möchte eine Nachmittagssitzung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das ist der zweite Ordnungsruf. Bitte strapazieren Sie meine Nerven nicht. Oliver Bolliger hat das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Ich danke allen Fraktionen, dass sie diesen Anzug unterstützt haben und der Regierung, dass sie ihn entgegennehmen will.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht überweisen

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006572, 21.05.25 10:29:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 84 Stimmen gegen eine Stimme.

17. Anzug 3 Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Schaffung einer Task-Force zur Bekämpfung von Antisemitismus

[21.05.25 10:29:57, 25.5147.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

18. Anzug 4 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Regelung der Bespielungspläne

[21.05.25 10:30:12, 25.5148.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Möchte die Regierung begründen? Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keler.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Bei der öffentlichen Nutzung ist eine Gleichbehandlung wichtig. Und wenn eine Nutzung dort nicht stattfinden kann wegen einer anderen öffentlichen Nutzung, dann ist die erste Nutzung eben nicht entschädigungsberechtigt. Gerade bei den Fähren steht das auch in der Konzession, dass sie das dulden müssen und dass dann eben keine Entschädigung möglich ist. Ich denke auch, dass dann die Gebühren auf die Events überwälzt würden, und auch das halte ich gerade aufgrund der angespannten finanziellen Situationen von vielen Sport- und anderen Events eher für schwierig.

Der Regierungsrat bittet Sie deshalb, den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jo Vergeat hat sich gemeldet.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Nur ganz kurz: Wir haben uns entschieden, trotz Bedenken den Anzug zu unterstützen, aber mit dem Wunsch, dass eine Lösung geprüft werden könnte, die das nicht auf die Veranstaltenden überwälzt. Deswegen tragen wir das mit in der Hoffnung, dass wir entsprechende Antworten bekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es haben sich keine Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Remo Gallacchi das Wort.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Vorab ein paar Informationen, ich bin Statthalter des Fähri-Vereins. Der Fähri-Verein ist nicht Besitzer der Fähren. Der Verein ist auch nicht zuständig für Betrieb und Unterhalt. Der Verein beschafft eigentlich nur Geld, das er der Fähri-Stiftung übergibt. Die Stiftung ist eigentlich Besitzer und zuständig für Betrieb und Unterhalt. Die Fähren gehören auch nicht dem Kanton. Sie werden auch nicht subventioniert. Also es ist quasi ein privatwirtschaftliches Unternehmen, obwohl man sich die Fähren aus dem Stadtbild nicht wegdenken könnte und sich nicht vorstellen könnte, dass diese jemals abgeschafft würden.

Bei den Fähren gibt es eine spezielle Situation. Regierungsrätin Esther Keller hat gesagt, dass wenn eine Nutzung eine andere Nutzung nicht möglich macht, dann ist das nicht entschädigungswürdig. Bei den Fähren ist das etwas Spezielles. Wenn Sie Baustellen haben, ist sowohl der Zugang zu privaten Häusern und zu den Geschäften immer möglich. Es gibt nach meiner Ansicht keine Nutzung, die eine andere quasi verhindert, wenn es um Gschäfte geht. Ich glaube nicht, dass der Barfüsserplatz irgendwie genutzt wird und dann heisst es, die Beizen dort müssten dichtmachen. Das kommt nicht vor. Es ist wirklich eine ganz spezielle Situation. Die Fähren bekommen quasi den Hinweis, dass der Rhein gesperrt wird und somit können sie ihr Geschäft nicht mehr ausführen. Es wird dann quasi ein Arbeits- respektive Geschäftsausübungsverbot ausgesprochen. Die Fähren haben nicht die Möglichkeit, diesen Einnahmenverlust zu kompensieren. Sie können die Kosten

nicht auf die Kunden abwälzen, weil die Fahrpreise gegeben sind. Andere Nutzer wie die Personenschifffahrtsgesellschaft können natürlich eine Gesamtrechnung machen über das ganze Jahr und die Preise auf die Kunden abwälzen. Bei der Personenschifffahrtsgesellschaft haben die Angestellten immer ihren Lohn, ob sie fahren oder nicht. Bei den Fähren ist es anders. Wenn sie nicht fahren, haben sie keine Einkünfte, die sie für ihren Lebensunterhalt brauchen.

Es ist eine spezielle Situation, ob man das dann quasi über Gebühren macht und die auf die Bewilligungsnehmer überwälzt, darüber kann man sich streiten. Es sind ja auch meistens Vereine, die gemeinnützig sind, ob man das dann denen aufbrummt, das sei einmal dahingestellt. Die andere Möglichkeit wäre, dass der Kanton als Verursacher, indem er sagt, dass das Geschäft nicht ausgeübt werden darf, diese Kosten übernimmt. Das passiert vielleicht vier bis fünf Mal pro Jahr, für einige Stunden. Dieser Betrag ist eigentlich nicht diskussionswürdig. Deshalb habe ich auch einen Anzug gemacht, damit der Regierungsrat zwei Jahre Zeit hat sich zu überlegen, welche Möglichkeiten es gibt, diese Fähren zu entschädigen. Hinsichtlich des Resultats bin ich offen. Deshalb bitte ich Sie, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung des Anzugs, NEIN heisst nicht überweisen

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 42 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006575, 21.05.25 10:37:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 49 gegen 42 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

19. Anzug 5 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend aktive Sammlungspflege der Museen

[21.05.25 10:37:22, 25.5149.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegennehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, diesen Vorstoss nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Das Anliegen von Claudio Miozzari halten wir grundsätzlich für sehr richtig. Wir gehen aber auch davon aus, dass eine aktive Sammlungspflege heute schon Teil der Aufgabe und der Arbeit eines Museums ist. Es gibt Sammlungskonzepte. Das wird ja auch im Vorstoss von Claudio Miozzari erwähnt. Wir gehen davon aus, dass diese in den Museen gelebt wird.

Wir könnten uns trotzdem damit einverstanden erklären, diesen Vorstoss an den Regierungsrat zu überweisen, haben aber einen ganz spezifischen Grund, weshalb wir das für den jetzigen Moment für nicht zielgerichtet erachten, weil die fünf staatlichen Museen momentan sehr stark ausgelastet sind mit der Provenienzforschung. Diese Aufgabe, das wissen die Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission, aber auch Sie im Grossen Rat, ist auch letztlich aufgrund von Forderungen des Parlamentes lanciert worden. Diese Provenienzforschung ist für die Museen eine grosse Arbeit, eine grosse Herausforderung und bindet auch entsprechend Mittel, nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch personelle Ressourcen, und diese nun noch zusätzlich mit Arbeiten oder Aufgaben zu «belasten» halten wir für den falschen Weg. Wir würden uns

wirklich sehr darüber freuen, wenn sich die Museen nun in dieser Phase auf diese Provenienzforschung konzentrieren könnten.

Wir haben gleichzeitig die Situation, dass die Museen ab 2026 in ein neues System des Globalbudgets überführt werden. Auch das wird die Museen in den ersten Jahren stark beschäftigen. Das wird sie belasten und den Museen nun weitere zusätzliche Aufgaben zu übertragen, halten wir jetzt einfach nicht für richtig. Deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Selbstverständlich teilen wir aber das Anliegen des Anzugstellenden, und wir erwarten, dass die Museen eine vernünftige, aktive Sammlungspflege leben und auch in diesem Kontext schauen, wie sie ihren Bestand allenfalls erweitern, verändern, verkleinern, was auch immer. Das ist uns ein wichtiges Anliegen, adressiert an die Regierung, an den Vorsteher des Präsidialdepartements. Darüber hinaus aber diesen Anzug jetzt zu überweisen, erachten wir für nicht zielführend, weil wie gesagt der Aufwand bei den Museen heute schon ausserordentlich hoch ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich glaube, Joël Thüring hat etwas nicht ganz an der Intention dieses Anzuges verstanden. Es geht nicht darum, die Museen zusätzlich zu belasten, sondern eher zu entlasten von gewissen Sammlungsstücken. Aufgrund der heutigen gesetzlichen Lage sind Sammlungen grundsätzlich unveräusserlich und die Ausnahmen sind ganz eng umschrieben. Hier sind ein paar Beispiele genannt, bei denen es sinnvoll sein könnte, dass man sich von Sammlungsstücken trennen kann. Das braucht unter Umständen eine Änderung vielleicht sogar des Gesetzes, aber sicher der Verordnung. Aber ich glaube, dann wird den Museen einiges leichter gemacht und in diesem Sinne sollte dieser Vorstoss überwiesen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit hat der Anzugsteller Claudio Miozzari das Wort.

Claudio Miozzari (SP): Die staatlichen Museen pflegen Sammlungsgegenstände in ihren Dateien und teilweise auch in ihren Archiven, die seit Jahrzehnten verschollen sind, die schlicht zerfallen sind, die in Kirchen oder offiziellen Gebäuden in anderen Kantonen verbaut sind und entsprechend da besser aufgehoben sind, ganz offensichtlich, oder die dutzendfach vorhanden sind. Das kostet viel Platz, generiert Aufwand, kostet Geld, das verpufft, ohne dem wirklichen Zweck der Sammlung zu entsprechen.

Professionell sammeln heisst auch, Sachen nicht zu sammeln und das heisst auch, Sammlungen ganz vorsichtig zu überprüfen. Und wir sind wirklich sehr vorsichtig im Kanton Basel-Stadt. Das Museumsgesetz setzt massiv hohe Hürden. Um einen Sammlungsgegenstand aus der Sammlung auszuscheiden, auch wenn es ihn nicht mehr gibt, braucht es einen Kommissionsbeschluss des Museums. Es braucht einen Beschluss des Rektorats der Universität und dann braucht es auch noch einen Regierungsratsbeschluss. Wir haben massiv hohe Hürdengesetz, was dazu führt, dass man diese Entsammlungen oder diese Streichungen aus den Datenbanken eher nicht wahrnimmt, weil es ein grosser administrativer Aufwand ist.

Entsprechend sinnvoll scheint mir, diese Aufgabe noch mit einem Programm zu verknüpfen, das hier gefordert wird, dass man das wirklich jetzt einmal durchspielt. Und ich erlaube mir auch zu sagen, dass das relativ gut zusammenpasst, auch mit der Provenienzforschung. Wenn man die Sammlung ansieht und über gewisse Sammlungsbestände auch Nachforschungen unternimmt, dann stösst man immer wieder auf Sachen, die gar nicht mehr da sind, und dann kann man die gleich ausscheiden. Wir haben auch für die Provenienzforschung massiv viel Geld gesprochen. Das Geld für die Provenienzforschung wäre da und es soll nicht zu Lasten der anderen Aufgaben gehen. Ws ist ein braver Vorstoss, ich bitte Sie, ihn zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung, Nein heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006577, 21.05.25 10:44:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 79 gegen 11 Stimmen.

20. Anzug 6 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Sofortmassnahmen zum Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung

[21.05.25 10:45:01, 25.5150.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

21. Anzug 7 Eric Weber betreffend Mittelstand stärken, Wettbewerb fördern

[21.05.25 10:45:22, 25.5151.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Eric Weber hat sich als Sprecher eingetragen.

Eric Weber (Fraktionslos): Der Anzug ist eigentlich sehr aktuell. Wir haben ja jetzt am Wochenende abgestimmt über die Standortförderung und das ist jetzt ein Zufall, dass der Anzug gerade jetzt kommt. Aber trotzdem, fast 40 Prozent haben Nein gesagt und auch ich habe Nein gesagt. Die SP war gespalten.

Ich finde die Drohung nicht nett von gewissen Firmen, dass sie wegziehen würden, wenn sie keine Unterstützung und kein Geld bekommen. Da muss ich sagen, wir weinen ihnen keine Tränen nach. Jetzt ist ja auch die Firma Straumann von Basel-Stadt nach Basel-Landschaft gezogen. Darum habe ich den Anzug gemacht, weil der Mittelstand eigentlich vernachlässigt wird.

Seien wir ehrlich, wer regiert uns? Ich sage, wir werden von der UBS, der Roche und von Novartis regiert. Und ich möchte das nicht. Ich werde irgendwie wie ein Linker, weil ich die grossen Firmen nicht akzeptiere und nicht toll finde, was die da in Basel mit uns machen. Darum habe ich den Anzug gemacht für den Mittelstand, für die kleinen Firmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 73 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006580, 21.05.25 10:48:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 73 gegen 2 Stimmen.

22. Anzug 8 Eric Weber betreffend Bürokratieabbau

[21.05.25 10:48:52, 25.5152.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das betrifft auch Sie. Wir haben hier viele Kleinunternehmer im Parlament. Es ist einfach für viele Leute zu kompliziert worden, mit den hohen Steuern und mit dem Papierkram, eine Firma zu gründen in Basel. Ich stelle fest, wir haben in Basel nur noch Global Players, auf Deutsch Firmen, die weltweit herkommen und uns hier irgendwie etwas aufsetzen, das wir nicht wollen. Und das muss zu denken geben.

Viele stecken den Kopf in den Sand wegen dieser Bürokratie. Ich weiss, ich habe auch jetzt mit dem Anzug keine Chance, weil ich von der falschen Partei bin. Aber ich würde mich trotzdem freuen, wenn vielleicht zwei Leute meinem Anzug eine Stimme geben, denn ich schreibe ja hier, die Basler Wirtschaft leidet unter einer-Rekord-Bürokratie. Viele Leute sagen mir, sie würden keine Firma mehr gründen, sie hätten nur Sorgen und Ärger mit den Angestellten, mit den Steuern. Und es ist halt ein Problem. Deswegen habe ich den Anzug eingereicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 69 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006582, 21.05.25 10:51:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 69 Stimmen ohne Gegenstimme.

23. Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen Tempo 30 im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten, Bericht des RR

[21.05.25 10:52:46, 17.5144.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat die Barbara Heer für die SP-Fraktion.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, diese zwei Motionen stehen zu lassen mit dem Auftrag an die Regierung, die bestehenden Motionsaufträge umzusetzen, dann auch zusammen mit der Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen, die wir ja im April der Regierung zum zweiten Mal als Motion überwiesen haben.

Im Rahmen der acht respektive sechs Jahren wurde eine Schwachstellenanalyse gemacht zur Schulwegsicherheit mit Einbezug von Eltern und Kindern wurde ein Umsetzungskonzept gemacht und dann auch in einem Gesamtpaket konkretisiert verschiedene Massnahmen umgesetzt, insbesondere jene, die als prioritär eingestuft worden sind.

Aus unserer Sicht sind die Grundaufträge der Motion aber bei weitem noch nicht umgesetzt. Es gibt immer noch sehr grossen Verbesserungsbedarf rund um Kindergärten und Schulwege. Insbesondere ist zum Beispiel bei Kindergärten überhaupt nicht erkennbar mit grosszügigen Markierungen, dass hier Kindergärten sind, und aus diesem Grund scheint es uns nicht angebracht, diese zwei Motionen abzuschreiben. Der politische Auftrag muss hier weiterhin mit Nachdruck bestehen bleiben. Aus unserer Sicht geht die Verbesserung der Schulwegsicherheit viel zu langsam vorwärts. Die Verwaltung ist aus unserer Sicht zudem auch ein stückweit im Blindflug. Die einzigen Statistiken, die wir haben, sind die Unfallstatistiken. Wie aber tatsächlich auch die subjektive Schulwegsicherheit aus Sicht der Eltern und der Kinder sich verbessert, wie die Massnahmen Auswirkungen auf die tatsächliche selbstständige Mobilität der Kinder in der Stadt hat, dazu haben wir keine Daten.

Die Motionsbeantwortung beruht auf einer Analyse von 2020/2021, es hat sich bereits wieder sehr viel verändert in der Stadt, auch Baustellen können eine Situation sehr schnell und sehr stark verschlechtern, wie zum Beispiel im Bereich der Bäumlihofstrasse auch über Jahre hinweg. Also Orte, die einmal mit mittlerer Priorität eingestuft worden sind, können innert kürzester Zeit eigentlich die Kriterien erfüllen, um mit höchster Priorität angegangen zu werden.

Wir bedanken uns und anerkennen auch, dass jetzt doch bei 70 Örtlichkeiten mit hoher Priorität vieles angegangen ist. Wir beobachten aber auch, dass es durchaus bei den Örtlichkeiten mit mittlerer Priorität 67 gibt, bei denen die Polizei zum Schluss gekommen ist, hier gebe es kein objektives Problem und wo keine Massnahmen getroffen worden sind. Und auch bei Örtlichkeiten mit tiefer Priorität ging man einfach generell davon aus, dass hier gar kein Gefährdungsrisiko bestehe, dabei können aber auch in einer verkehrsberuhigten Strasse und auch in einer schwach befahrenen Strasse zum Beispiel wegen Falschparkierung oder wegen Baustellen und so weiter hohe Risiken bestehen.

Uns fehlt auch ein stückweit Transparenz, welche diese Örtlichkeiten denn jetzt eigentlich sind. Es gibt weiterhin viel zu viele Orte in der Stadt, die von Eltern und Kindern als gefährlich betrachtet werden und dazu eben führen, dass die Mobilität der Kinder in der Stadt eingeschränkt ist. Dabei geht es viel auch um kostengünstige Massnahmen, die sind ja auch zum Teil bereits gemacht worden, könnten aber noch viel mehr gemacht werden, wie eben angepasste Markierungen im Bereich von Strassenverzweigungen, Fussgängerstreifen oder Trottoir zur Verbesserung der Anhaltesichtweiten. Deshalb nein können wir die Motion nicht abschreiben. Aus unserer Sicht bräuchte die Verwaltung dringend mehr Daten. Es braucht regelmässige Befragungen von Schülerinnen und Schülern, wie es Ihnen mit der Verkehrssicherheit geht und es braucht auch eine viel stärkere Einbeziehung von Kindern in die Verkehrsplanung, damit diese Interessen einfach schon viel früher berücksichtigt werden.

Dann noch eine grundlegende Bemerkung: Wenn wir es nicht schaffen, unsere Strassen zu einem sicheren Ort für Kinder zu machen, wie unsicher sind sie dann erst für Menschen mit einer Behinderung, zum Beispiel mit einer starken Sehbeeinträchtigung oder für ältere Menschen, deren Mobilität eingeschränkt ist. Wenn wir unsere Strassen also auf Schulwegsicherheit ausrichten, schaffen wir nicht nur mehr Lebensqualität für Kinder und Familien, sondern generell eine inklusive Stadt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA beantragt Ihnen, die beiden vorliegenden Motionen stehen zu lassen. Wie die Regierung schlussfolgert, sind die Massnahmen erst weitgehend entschärft und werden noch bis 2026 umgesetzt. Bis dahin wollen wir noch warten und das Geschäft nicht als erfüllt abschreiben, wie das im Text steht.

Die Motionen können mit derjenigen von Tonja Zürcher zusammengefasst werden, das scheint uns richtig. Inhaltlich scheint uns nebst den vielen Argumenten, den guten Argumenten von meiner Vorrednerin Barbara Heer, vor allem auch der Punkt der sich rasch verändernden Verkehrsführung wegen der äusserst regen Bautätigkeit des Kantons nicht genügend berücksichtigt. Ich erinnere an die Fachstudie des Kinderbüros, die genau aufzeigte, wie zum Beispiel Kinder nicht genügend über Umwege informiert werden, weil die Schilder einfach zu hoch angebracht sind. Dies ist weiterhin so. Ich beobachte das täglich und ich möchte, dass Sie auch das Argument, wie es in der regierungsrätlichen Antwort ausgeführt wird, mehr in Ihren Fokus nehmen. Wir plädieren deshalb für Stehenlassen und Vorwärtsmachen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich möchte jetzt für einmal eine Lanze Brechen für den Regierungsrat. Einmal mehr soll diese Motion stehengelassen werden. Natürlich, inhaltlich ist es überhaupt keine Frage, dass gerade im Umfeld von Schulen und Kindergärten der gesamte Verkehr besondere Vorsicht walten lassen muss. Ich bin fast täglich neben dem Isaak Iseli-Schulhaus und deshalb betone ich, dass der gesamte Verkehr Vorsicht walten lassen muss, nicht nur der verteufelte MIV. Wenn ich sehe, was da zum Teil auf dem Trottoir abgeht, das ist schon hanebüchen. Aber ich schweife ab.

Natürlich sind Kinder, Schüler und Kindergärtner besonders exponiert. Sie sind sich noch nicht ihres Handelns und dessen Konsequenzen bewusst. Nach der Schule ist Spielen angesagt, das ist richtig so und da kümmern sich diese Kinder weniger um den Verkehr. Es stellt sich aber mit der sechsten Debatte zu dieser Motion schon die Frage, wie sinnvoll es jetzt ist, sie noch einmal stehen zu lassen. Überlegen Sie mal, was heisst es denn, stehenlassen? Es bedeutet, dass der Regierungsrat eine Motion nicht nur in der Theorie oder nur in ein paar wenigen Teilen erfüllt hätte. Oder was ganz bedenklich wäre, dass der Regierungsrat mit der Arbeit an einer Motion überhaupt nicht angefangen hätte. Nur davon kann jetzt in diesem Fall überhaupt nicht die Rede sein. Der Regierungsrat hat, wie wir gehört haben, eine Schwachstellenanalyse gemacht, sage und schreibe 70 Örtlichkeiten als hoch prioritär eingestuft, und er legt eine beeindruckende Liste von Massnahmen vor, von welchen eine gute Anzahl per Ende 2024 umgesetzt worden sind, andere werden bis 2026 realisiert.

Der Regierungsrat beurteilt die Verkehrssicherheit im Umfeld von Schulen und Kindergärten heute als hoch. Er hat dokumentiert, dass er die Situation ernst nimmt, also von fehlendem Interesse des Regierungsrates kann hier nicht die Rede sein.

Die SVP ist mit dem Regierungsrat einig, dass die beiden Motionen Wanner und Moesch als erfüllt betrachtet werden können, und wir stellen im weiteren fest, dass bei Regierung und Verwaltung die nötige Sensibilisierung vorhanden ist, dass die verlangte Verkehrssicherheit in diesem Fall also gerade rund um Schulen und Kindergärten auch in Zukunft die nötige Aufmerksamkeit erhält.

Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie deshalb, die beiden Motionen abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie, die beiden Motionen stehen zu lassen. Die Anliegen sind nach wie vor berechtigt. Es wurde vieles erreicht. Es wurde auch bereits ausgeführt, aber es wurde auch vieles noch nicht erreicht. Und ich glaube mit dem Verweis auf weitere hängige Motionen zwei Motionen als erfüllt zu bezeichnen, das kann nicht sein, sondern die Motionen sind noch nicht erfüllt unseres Erachtens.

Es ist wichtig, dass wir die Schulwegsicherheit ernstnehmen. Wir haben einige Vorfälle gehabt. Tempo 30 kann die Sicherheit stärken. Wir müssen uns auch immer wieder bewusst werden, dass viele der Massnahmen, die uns jetzt vorgeführt wurden in der sehr ausführlichen Beantwortung der Motion auf Farbe beruhen. Farben sind eigentlich keine Verkehrsmassnahmen. Hier muss eine ernste Änderung des Paradigma kommen. Es braucht einen Paradigmenwechsel, dass wir schauen, für wen wir die Strassen bauen in unserer Stadt. Ich denke, die Kinder sollten einen grossen Teil der Beantwortung dieser Frage sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Daniel Hettich für die LDP.

Daniel Hettich (LDP): Ich mache es kurz. Die LDP unterstützt den Antrag der Regierung für Abschreiben der beiden Motionen. Sie hat aufgezeigt, dass sie das Thema ernstgenommen hat und an vielen Orten umgesetzt hat oder am Umsetzen ist. Bauen ist nicht immer so schnell gemacht, wie man sich wünscht, und die noch fehlenden Projekte sollen ja in den nächsten Jahren erledigt werden. Wir vertrauen darauf und unterstützen den Antrag. Danke, wenn Sie das auch machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen und somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Tatsächlich ist es so, wie wir von einigen der Sprechenden gehört haben. Der Antrag auf Abschreiben der Motion ist weder darauf begründet, dass wir das Thema nicht wichtig finden noch dass wir denken, das sei jetzt erledigt. Im Gegenteil, die Schulwegsicherheit ist eine laufende Aufgabe, der wir uns ständig annehmen. Es ist eine Aufgabe, die jetzt insbesondere gerade mit der regen Bautätigkeit in der Stadt hohe Priorität geniesst und es ist auch eine Aufgabe, zu der wir schon andere Motionen mittlerweile hängig haben.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, hier diese Motionen abzuschreiben. Sie sehen, wir haben dieses Thema wirklich sehr ernstgenommen. Wir haben diese Schwachstellenanalyse durchgeführt. Wir haben zahlreiche Massnahmen umgesetzt und Ihnen sehr konkret auch beschrieben, welche Massnahmen wann noch umgesetzt werden. Glauben Sie uns, wir bleiben an diesem Thema dran.

Die Bitte um Abschreiben machen wir deshalb, weil wir im Rahmen anderer Motionen diese Aufträge noch pendent haben und ich denke, deshalb kann man diese Motionen gut abschreiben.. Wir bleiben ohnehin an diesem Thema intensiv dran.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Motion Wanner.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Barbara Herr

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006585, 21.05.25 11:06:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 48 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung.

23.1. Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Sicherheit für die Kindergarten-Kinder, Verkehrssignalisation/-markierung auf öffentlichen Strassen im Umkreis von Kindergärten, Bericht des RR

[21.05.25 11:06:27, 18.5351.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst es erledigt Abschreibung gemäss Regierungsrat, NEIN heiss stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006587, 21.05.25 11:06:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich auch hier entschieden, die Motion stehen zu lassen mit 47 gegen 46 Stimmen bei einer Enthaltung.

24. Interpellation Nr. 38 Brigitta Gerber betreffend Umbau Austrasse: Fehlende Partizipation, Baubeginn während der Planauflage?, Schreiben des RR

[21.05.25 11:07:07, 25.5182.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellation wurde schriftlich zugestellt, die Interpellantin hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitta Gerber: Ich hatte die Regierung gebeten, mir zu sagen, warum sie den vom Gesetzgeber vorgesehenen Mitwirkungsprozess nicht beachte. Die Antwort ist wenig sinnvoll, weil ja wenig und praktisch kein Gestaltungs- respektive Handlungsspielraum bestehe.

Nun, falls Sie das gemacht hätten, dann hätte Ihnen sicher eine Anwohnende schon früh gezeigt, dass die der UVEK vorgelegte Planung mit falschen Bildern bestückt war. Nur der obere Teil Schützenmatte und Brausebad haben Vorgärten und deshalb mehr Platz zwischen den Häuserzeilen. Die Häuser davor sind direkt ans Trottoir gebaut. Auch hätten Sie eventuell frühzeitig mitbekommen, dass da Behindertenwohnheime, Kinderärzte und jugendpsychologische Institutionen an einem schattigen Trottoir liegen, das nun so zurückgebaut wird, dass ein Nebeneinandergehen zu zweit mitten in einem Quartier verhindert wird und so einfach noch gefährlicher ist als heute schon, mit einem Tram, das mit 45 km/h an Ihnen vorbeirauscht und eben im gleichen Abstand, nur mit weniger Trottoir. Auf der anderen Seite, stadtauswärts und auf der sonnigen Seite, ist das nicht so gefährlich, da steht das Tram mehrheitlich im Stau und bewegt sich im Schritttempo. Oder Sie hätten erfahren, dass aus der Burgunderstrasse heute regelmässig Autos ins Tram fahren, weil dieses so schnell und die Stelle so unübersichtlich ist, dass es nun eben noch knapper wird. Aber ja, bisher gab es ja nur Sachschaden.

Sie argumentieren, dass Sie ja nur Werkleitungen, Kanalisationsarbeiten etc. im Untergrund bearbeiten und daher auch keine der Einsprachefristen abwarten müssen. Nun ja, die 6er Linie wurde bereits abmontiert und wird neu gelegt. Kaphaltestellen werden an der Oberfläche gebaut ohne Ausweichmöglichkeiten für Velos. Ja, es ist hier eng, aber eben auch vorgesehen ohne Temporeduktion wie bei anderen Stellen in der Stadt, zum Beispiel an der Missionsstrasse, jetzt gerichtlich durchgesetzt.

Eine Temporeduktion, die notabene ebenso entsprechend Strassennetz-Hierarchie auf 30 km/h vorgesehen werde, da untergeordnete Strassennetze in erster Linie dazu dienen, Quartiere zu erschliessen und den Aufenthalt zu ermöglichen, daher an dieser Strasse nicht nur Tempo 30er-Zone errichtet, sondern sogar Begegnungszonen gebaut werden sollten. Und wir müssen gar nicht bis Ende 2025 und Ende der Baustelle warten. Wir können das jetzt angehen.

Überhaupt wird die Oberfläche wenig, aber eben sehr wohl einschneidend verändert. Auf der stadtauswärts gehenden Seite können neu Velo und Tram nebeneinander fahren, wahrscheinlich bis dann das Tram stehenbleibt und dann zum nächsten Auto, so weit wird es reichen. Man habe aber 40 cm zu wenig Raum für die gesetzliche Breite von 4 Meter 20, weil das im schmalen Strassenschnitt halt fehle, also kein Platz für einen gesetzlichen legitimierten Velostreifen bestünde. Ja warum

wohl? Weil vielleicht das Trottoir stadtauswärts eben auf der anderen Seite 70 cm verbreitert wird, damit Lastwagen nicht parkieren, aber umladen können? Vielleicht deshalb.

A propos Kreativität und Quartiersbefragung - auch der Velogegenverkehr, der ja heute bereits ausgiebig praktiziert wird, aber halt recht gefährlich ist. Es könnten ja auch Velo-Ampeln auf der Gleislinie angebracht werden, die die Vorfahrt des Trams gewährleisten, aber den Velos sind der Zeit dazwischen die Möglichkeit geben, gemütlich Richtung Stadt zu fahren ohne parkierte Autos wie in der Feierabendstrasse oder der Eeulerstrasse.

In der Strassennetz-Hierarchie steht auch noch, Strassen sind hier auf reduzierte Geschwindigkeit ausgelegt. Das heisst ja wohl auch, dass der Zugang 50 Meter davor die Auberg ab Richtung Elisabethen-Garage das Ziel auch beinhaltend ankündigen sollte.

Ich möchte nur noch etwas sagen zum Auberg. Das wollen Sie nicht nehmen, sei da zu hoher Restwert vorhanden. Okay, wir hätten es auch gerne gemacht mit ein paar Grünrabatten, die sind durchaus willkommen, nur eine Rabatte irgendwie zwischen Schützenmattstrasse und Austrasse würde das vielleicht etwas verbessern. Aber das können Sie natürlich nicht wissen, weil Sie ja einen Mitspracheprozess überflüssig finden, obwohl gesetzlich vorgesehen. So schreibt die Regierung dann auch, es gehe einfach nur darum, einen funktionstüchtigen Zustand herzustellen und gewissen gesetzlichen Erfordernissen Genüge zu tun. Ja, so habe ich das Projekt bisher leider auch verstanden. Weder Partizipation noch kantonale Strategien uznd Gesetze werden berücksichtigt, wie die Klimaschutzstrategie, die Strassennetz-Hierarchie und gerade neu nochmals vom Volk bestätigt die Priorisierung des Veloverkehrs.

Es ist wirklich enttäuschend. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden, sie ist wirklich äusserst ungenügend.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

25. Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV), Schreiben des RR

[21.05.25 11:13:08, 23.5539.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: In der dynamischen Arbeitswelt von heute kommt nicht nur der primären Berufswahl, sondern auch der fortlaufenden Laufbahnentscheidung ein hoher Stellenwert zu. Jugendliche und junge Erwachsene müssen zwingend mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden, damit sie im Laufe ihrer Karriere eigenverantwortliche und informierte Entscheidungen treffen können. Das kommt nicht nur ihrer individuellen Eingliederung in die Arbeitswelt, sondern letztlich auch der gesamten Wirtschaft zugute.

Wir zeigen in der Beantwortung des Anzugs detailliert auf, wie die Studienberatung an den Gymnasien in unserem Kanton organisiert ist. Das Konzept der Berufsstudien und Laufbahnwahl ist bereits seit längerem fest verankert und es kommt ihm eine wichtige Bedeutung zu. In der Beantwortung der weiteren Entwicklung der gymnasialen Maturität dient das basel-städtische Konzept mit seiner fortlaufenden Begleitung der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern über die vier gymnasialen Jahre anderen Kantonen als Vorbild. Die verschiedenen Stellen, allen voran die Studienberatung, die Schulen und die Berufsberatung arbeiten eng und intensiv zusammen, um umfassende Kenntnisse zur Berufs- und Bildungswelt zu vermitteln und an den entscheidenden Stellen individuelle Beratungen anzubieten. Dabei wird selbstredend auch die Wirtschaft einbezogen. Neben der Berufsmesse werden Berufsfelder zum Beispiel auch an Podiumsdiskussionen fassbar gemacht in der Form von Betriebseinblickenoder im Rahmen von Praktika.

Natürlich bleibt die weitere Entwicklung des Konzepts eine ständige Aufbau. Die Anpassung an neue Gegebenheiten der Arbeitswelt wird nie ganz abgeschlossen sein. Nichts desto trotz bin ich überzeugt, dass wir in Basel ein sehr gut funktionierendes anpassungs- und zukunftsfähiges Modell etabliert haben. Deswegen bitten wir Sie, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet sich hat sich Catherine Alioth als Fraktionssprecherin für die LDP.

Catherine Alioth (LDP): Ich danke dem Regierungsrat für den informativen und detaillierten Bericht. Das Ziel des Anzugs ist es, die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung verbindlicher zu gestalten und als integralen Bestandteil der gymnasialen Ausbildung zu etablieren. Deshalb sollte sich die Beratung über alle vier Jahre erstrecken, damit eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der möglichen Eignungen für Berufsfelder erfolgt.

Aus unserer Sicht fehlen ein paar Aspekte und ich möchte diese hier kurz erläutern. Mit den zwei Dienststellen im Erziehungsdepartement für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung und einer Studienberatung an der Universität gibt es im Kanton eine umfassende Angebotsstruktur. Das ist auf der Grafik auf Seite 4 des Berichts sehr gut dargestellt. Ich danke dafür.

Catherine Alioth (LDP): Aus der Grafik und der Antwort des Regierungsrates geht nicht eindeutig hervor, wie eine ganzheitliche Beratung sichergestellt wird. Auch sind die Angebote, die Alternativen zu Studium und Matura aufzeigen, bislang nur in Form einer Infothek vorhanden. Die Einbindung der Wirtschaft in die Beratung, wie in Frage 3 gefordert, erscheint ebenfalls noch ausbaufähig. Eine stärkere Zusammenarbeit mit Unternehmen könnte den Schülerinnen und Schülern helfen, besser zu verstehen, welche Qualifikationen und Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. Eine stärkere Präsenz der Wirtschaft in der Berufsorientierung kann auch dazu beitragen, weniger populäre, aber dringend benötigte Berufe attraktiver zu machen. Wenn Schülerinnen und Schüler sehen, welche Karrierechancen und Entwicklungsmöglichkeiten es gibt, sind sie eher bereit, sich für diese zu entscheiden.

Der verstärkte Einbezug der Wirtschaft ist nicht nur als Reaktion auf den Fachkräftemangel zu verstehen, sondern auch als proaktive Massnahme zur nachhaltigen Gestaltung der Arbeitswelt. Dieses Anliegen teilen auch die Handelskammer beider Basel, der Arbeitgeberverband Region Basel und der Gewerbeverband Basel-Stadt. Sie unterstützen den Anzug und wollen ihn stehenlassen, ebenso die SVP und die FDP.

Die bereits bestehenden Angebote zeigen, dass die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung dem Regierungsrat ein grosses Anliegen ist. Aus unserer Sicht könnten die Angebote wie gesagt noch besser aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt werden. Das würde ihre Wirksamkeit verbessern. Ziel muss es sein, die Studienwahl zu erleichtern und Studienabbrüche zu reduzieren. Daher ist es begrüssenswert und sinnvoll, dass das ED das Konzept der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung überarbeitet und neue Modelle zur Laufbahngestaltungskompetenzen über die verschiedenen Bildungsstufen und Laufbahnphasen integriert. Daher sollte der Grosse Rat über diese Weiterentwicklungen informiert werden. Ich bitte Sie deshalb, den Anzug zu unterstützen und stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Grossrätinnen und Grossräte bekommen ja immer wieder diese Stellungnahmen der Handelskammer und des Gewerbeverbandes zu unseren Geschäften, die wir hier behandeln. Ich nutze dies oft für meine Voten, um mich auf Gegenargumente vorzubereiten. In diesem Fall ist das aber nicht so. Gerade auch von Seiten der Politik wird ja oft moniert, wir hätten zu viele Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, es sei alles sehr akademisch hier, wo bleibt denn die Berufsbildung? Und die Berufsbildung ist ja nicht nur ein Thema auf der Sek 1-Stufe. Es gibt verschiedene Gründe, warum sich jemand nach der obligatorischen Schulzeit noch nicht für eine Lehre entscheidet und trotzdem ist der akademische Weg nicht der richtige. Ich gehe mit dem Gewerbeverband einig, dass das Konzept und die Massnahmen, auf die der Regierungsrat aufmerksam macht, die Ziele nicht unbedingt erreicht. Es braucht eine verbindliche Integration, auch auf der Sek 2-Stufe. Das Ziel sollte sein, die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung in den Gymnasien wirklich verbindlich und wirkungsvoll zu verankern. Wir müssen das Thema Fachkräftemangel auch von Seiten der Ausbildung, von der Berufsbildung, der Schule, von der Schullaufbahn aus sehen.

Und dafür braucht es eine Beratung, die alle Berufswege auch im Gymnasium für akademische wie nicht akademische berät. Der Gewerbeverband schreibt, dass sie klare kantonale Zuständigkeiten und eine systematische Qualitätssicherung wollen, einen konkreten Zeitplan und eine strategische Zielsetzung. Ich gehe da mit dem Gewerbeverband einig. Zurzeit ist es so, dass Angebote, die sich auf ein späteres Studium beziehen, da sind, aber die Alternativen zum Studium und der Matura nur in Form einer Infothek vorhanden sind. Ich weiss, da sind Pläne, aber ich spüre noch keine Verbindlichkeit.

Das Schöne an meinem Amt als Grossrätin ist, dass ich auch die Arbeit in der Kommission habe, und da erhalte ich vertiefte Einblicke in ein Thema und da ändert sich auch manchmal eine Meinung zu einem Thema oder in diesem Fall zu Playern. Ich glaube in diesem Fall, dass es die stärkere Präsenz der Wirtschaft in der Berufsorientierung braucht, um auch die weniger beliebten oder bekannten Berufe attraktiv zu machen. Da ich weiss, dass auch Vertreter der SVP mit mir in dieser

Kommission sitzen und das Thema Berufsbildung ja oft wichtig ist, bin ich etwas erstaunt, dass sie nicht für Stehenlassen sind, die Arbeitgeberverbände, Gewerbeverband und Handelskammer sind ja klar für Stehenlassen.

Ich bin bei unserem jetzigen Vorsteher des ED sehr zuversichtlich, da ihm die Berufsbildung ja wirklich ein grosses Anliegen ist und weiss auch, dass er einiges vorhat in diesem Bereich. Ich plädiere daher, den Anzug stehen zu lassen, um in zwei Jahren darüber informiert zu werden. Ich glaube, Catherine Alioth ist da mit demselben Argument gekommen.

Wie gesagt, die SP ist offen und ich hoffe, meine Fraktionskolleg:innen, die im Moment noch nicht im Raum sind, werden mir folgen. Wir sind übrigens für Stehenlassen, aber nicht offiziell.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Die Fraktion Mitte/EVP bittet Sie, dem Regierungsrat zu folgen und diesen Anzug abzuschreiben.

Ich denke, dass man bei dieser Frage eigentlich zwei Stränge mitverfolgen muss. Zum einen gibt es die Schülerinnen und Schüler, die nach Ende der Sekundarstufe 1 noch nicht recht wissen, was sie tun wollen und die dann vielleicht aus ihrer Not heraus ans Gymnasium gehen, und da aber oft auch sehr schnell merken, dass es eigentlich nicht unbedingt der richtige Platz ist. Für diese Schülerinnen und Schüler läuft sehr viel auch sehr direkt für die Berufsberatung und überhaupt nicht für die Studienberatung. Die jetzt zwei Mal genannte Infothek wirkt vielleicht noch wenig, aber da sind Standortgespräche und im Gespräch mit Eltern und Schülerinnen und Schülern, die zum Beispiel schon Mitte des ersten Schuljahres am Gymnasium sehr auf wackeligen Beinen stehen, wird darüber gesprochen, was Alternativen sind. Ich schicke zum Beispiel als Klassenlehrerin diese Eltern und Schüler direkt zur anwesenden Vertreterin des Berufsinformationszentrums, damit sie entweder vor Ort über alternative Möglichkeiten einer Berufslehre sprechen oder einen Termin vereinbaren, um das zu tun.

Das heisst für Schülerinnen und Schüler, die im Laufe ihrer Sek 1-Zeit noch nicht einen Weg in die Berufslehre gefunden haben, wird sehr aktiv auf verschiedene Art und Weise dafür gesorgt, dass sie an die notwendigen Informationen kommen, dass sie dann vielleicht auch Schnupperlehren machen, und das passiert dann auch, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Und dann gibt es die Schülerinnen und Schüler, die am Gymnasium sind und es auch beenden wollen und bei denen es mehr um die Orientierung danach geht. An unserer Schule beispielsweise wäre das in den Profilwochen. Da hat ein Schüler bei mir in einer Informatikfirma gearbeitet, um zu prüfen, ob er nur eine private Begeisterung für diesen Bereich hat oder ob das als Berufsfeld in Frage kommt. Ein anderer Schüler hat ein Praktikum im Biozentrum gemacht und ist zum Schluss gekommen, dass er ganz sicher nicht Biologie studieren möchte und dass der akademische Weg mit Forschung nicht so Seines ist.

Die Schülerinnen und Schüler haben also auch im Laufe der Gymnasialzeit die Möglichkeit, in direkten Kontakt von Berufsfeldern zu kommen und herauszufinden, ob sie ein bestimmtes Studium also ergreifen sollen oder nicht. Und das Ganze ist in Konzepten, einerseits in dem genannten Gesamtkonzept des Kantons schon vorgesehen, aber auch im schulspezifischen Konzept, niedergelegt, wie sie das in ihren verschiedenen Gefässen bewerkstelligen wollen, dass es eben zu solchen Orientierungsmöglichkeiten kommt.

Vor diesem Hintergrund scheint es mir nicht sinnvoll, den Anzug noch einmal stehen zu lassen, um noch etwas mehr Papier zu produzieren, sondern einfach die Schulen ihre Arbeit machen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: In unserer Antwort zeigen wir konkret, wie wir mit diesem Thema unterwegs sind, also mehr Wirtschaft in der Schule durch alle Stufen, mehr Berufsorientierung, mehr Bemühungen auf allen Stufen, von Primarschule bis Gymnasium. Wir nehmen das Thema sehr ernst und die Votant:innen, die dagegen gesprochen haben, die den Anzug unbedingt stehenlassen wollen haben genau Themen erwähnt oder Bereiche oder weitere Bestrebungen, mit denen wir sowieso sehr aktiv unterwegs sind. Daher plädiere ich nochmals dafür, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 72 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006590, 21.05.25 11:29:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 72 gegen 16 Stimmen bei einer Enthaltung.

26. Interpellation Nr. 40 Sandra Bothe betreffend Konsequenzen der Einführung der Wahlmöglichkeit von Italienisch auf Sek II Stufe und Stellung des Frühfranzösisch im Basler Bildungssystem, Schreiben des RR

[21.05.25 11:29:20, 25.5184.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt, die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sandra Bothe-Wenk: Die Antwort der Regierung liefert eine sachliche Darstellung der bundesrechtlichen Vorgaben zur gymnasialen Maturitätsform und verweist auf laufende Prozesse im Kanton, insbesondere auf die eingesetzte Arbeitsgruppe. Dennoch, meine Interpellation zielte auf eine bildungspolitische Einordnung, nicht nur auf Strukturfragen. Ich habe eine Einordnung durch den Regierungsrat erwartet und deshalb um eine schriftliche Antwort gebeten, um dafür genügend Zeit einzuräumen.

Seit zwei Jahren befasst sich die Regierung mit der Fremdsprachenstrategie. Eine Haltung auch in Bezug auf Selektion sollte darlegbar sein. Die gestellten Fragen sind zentral im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Bildungs- und Laufbahnwege im Kanton Basel-Stadt. Es geht doch darum, wie wir Bildungswege gestalten, wie wir Selektion begründen und wie wir mit knapper werdenden Personalressourcen in wichtigen Fächern wie Französisch umgehen. Ein Verweis auf eine Arbeitsgruppe reicht nicht aus. Damit wird die Chance verpasst, Orientierung zu geben in einem Thema, das Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrpersonen, Schulleitungen, Ausbildungsbetriebe und abnehmende Hochschulen gleichermassen betrifft. Ich kann es deshalb vorwegnehmen, ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Zu den Fragen im Detail, Frage 2: Die Aussage der Regierung ist zwar formal korrekt, verkennt aber die Tragweite. Mit der Wahlmöglichkeit verliert Französisch de facto den Status als obligatorisches Maturfach. Das ist sehr wohl relevant. Denn wenn das Fach, das auf tieferen Schulstufen stark gewichtet wird, auf der Sekundarstufe 2 künftig abwählbar werden kann, stellt sich unweigerlich die Frage nach der Verhältnismässigkeit und Stimmigkeit der Selektionskriterien in unserem Bildungssystem.

Hingegen sehe ich ein, dass meine Frage zum Personalbestand im Französischunterricht nicht präzise genug formuliert war. Insbesondere fehlt die Relation zur Gesamtzahl der Lehrpersonen pro Stufe, was eine genaue Einschätzung erschwert. Dennoch hätte man den Kern der Frage erkennen können. Aber auch ohne Vergleichszahlen wird deutlich, eine relevanter Teil des Französischunterrichts wird derzeit von Lehrpersonen ohne fachspezifisches Diplom oder mit noch laufender Ausbildung erteilt, und das in einem Fach, das schulisch stark gewichtet wird, das birgt ein Risiko für die Bildungsqualität und eine potenzielle Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern im Selektionsprozess.

Zur Frage 2 zu den geplanten Massnahmen: Die Frage zielt klar auf den Mangel an Französischlehrpersonen, nicht auf den Mangel allgemein. Das geht aus der Interpellation hervor. Es ist mir unverständlich, dass die Antwort diesen Unterschied ignoriert, keine konkreten Massnahmen zur Gewinnung von Fachpersonal im Fach Französisch nennt. Somit bleibt offen, wie die Regierung dem Problem konkret begegnen will und welche Rolle dabei die PH FHNW spielen könnte.

Was die Frage zur Sprachreihenfolge usw. betrifft, finde ich es nachvollziehbar, dass diese im Rahmen der anstehenden Gesamtüberprüfung der Bildungsstrategie Fremdsprachenerwerb behandelt werden. Entscheidend ist für mich, dass dann die Fragen aber auch konkret und vertieft aufgegriffen werden. Es ist jetzt der richtige Moment für eine ehrliche bildungspolitische Standortbestimmung. Die anhaltende Kritik am Frühfranzösisch, zuletzt formuliert durch Alain Pichard in der NZZ vom 13. Mai macht deutlich, dass weder der Zeitpunkt des Fremdspracheneinstiegs noch die Qualität des Unterrichts als gegeben vorausgesetzt werden dürfen. Eine wirksame Fremdsprachenstrategie entfaltet nur Wirkung, wenn sie als durchgängiges Konzept über alle Schulstufen hinweg gedacht wird, nicht als Abfolge isolierter Einzelentscheide. Dann greifen die Bildungsstufen nicht mehr stimmig ineinander. Deshalb soll die Fremdsprachenstrategie einheitlich über alle Schulstufen hinweg kohärent geplant werden. Ziel dieser Strategie muss die Studierfähigkeit und die Anschlussfähigkeit an Berufslehren in der ganzen Schweiz sein. Also beispielsweise das Erreichen des Sprachniveaus B2 in der zweiten Landessprache bei der Matura. Dieses Bewusstsein wünsche ich mir für die anstehende Beantwortung meines im Interesse einer klaren, zukunftsfähigen Fremdsprachenbildung und auch zur Stärkung der Grundlagefächer in Deutsch und Mathematik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27. Interpellation Nr. 42 Michael Hug betreffend Zwischennutzung des Sommercasinos durch den Verein Chateau Solaire, Schreiben des RR

[21.05.25 11:34:33, 25.5186.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Michael Hug: Zunächst möchte ich mich für die Beantwortung bedanken, möchte aber gleichzeitig ein paar Punkte aufbringen, die mir in der Beantwortung noch nicht schlüssig geworden sind.

Die Regierung spricht davon, dass viele potenzielle Interessenten bekannt gewesen wären, die eine Zwischennutzung des Sommercasinos in Betracht gezogen haben und drei hätten sich danach zurückgezogen und die jetzige Partnerin, der Verein Chateau solaire, wurde dann deshalb ausgewählt. Hier stellt sich die Frage, wie es dazu kam, dass man überhaupt in Kontakt getreten ist mit diesen vier Interessenten. Sind die einfach so direkt von sich aus auf Sie zugekommen oder gab es da eine Information? Es stellt sich mir die Frage darum, weil es vielleicht noch einige andere hätte geben können, die zu diesen Konditionen – das erläutere ich nachher – auch ein Interesse daran gehabt hätten, eine Zwischennutzung des Sommercasinos in Betracht zu ziehen.

Zwei wesentliche Punkte, die Gebrauchsleihe – das Haus wird also übergeben, ohne dass eine Miete bezahlt werden muss, aber der Verein muss den Unterhalt finanzieren –, das läuft beim FD. Gleichzeitig gab es ein Gesuch um Finanzhilfe beim ED. Das wurde auch in den Medien bekannt, dass über einen Betrag von 300’000 Franken und mehr diese Zwischennutzung mitfinanziert wird. So weit so gut. Was ich jedoch nicht sehen kann, ist ein Programm auf der Homepage, wo diese Leistungsziele, die ja offenbar vereinbart wurden, damit dieser Betrag gesprochen werden konnte, auch umgesetzt werden. Ich bin direkter Anwohner des Sommercasinos und sehe derzeit eigentlich gar keine Nutzung. Es wäre eine super Gelegenheit gewesen während des ESC oder bei der Frauen EM, hier auch für das Quartier etwas anzubieten. Da stelle ich mir wirklich die Frage, ob das Angebot noch besser wird. Ich habe gehört, dass auf dem Instagram-Profil des Sommercasinos immerhin aufgezeigt wurde, dass es ein Public Viewing gibt während der Frauen EM, aber sonst gibt es kein Angebot, das mir bekannt ist, und es wird auch schlecht vermarktet.

Da sehe ich schon ein krasses Missverhältnis zu diesem Betrag über 300’000 Franken, die ein Verein bekommt, der einfach zum Handkuss gekommen ist, diese Zwischennutzung zu übernehmen, Geld bekommt und danach kein wirkliches Programm hat. Es wird zwar in der Antwort ausgeführt, dass es eine Leistungszielüberprüfung gibt. Da bin ich gespannt, denn es steht nicht in der Antwort, inwiefern die Ziele überhaupt ausformuliert wird. Es steht nicht in der Beantwortung, welche Ziele dieser Verein erfüllen muss, was ich unbefriedigend finde.

Positiv erachte ich sicher, dass man auch in Aussicht stellt, dass einen ganzheitliche Evaluation erfolgt und dann verschiedene Nutzungen in Frage kämen. Meine grösste Sorge ist, dass aus der Zwischennutzung dann ein Dauerzustand wird und das Quartier und auch weitere Bevölkerungsteile der Stadt gar nicht profitieren können von der Situation Sommercasino. Ich bin auch nicht der Meinung, dass das unbedingt im Bereich der Jugendkultur weitergenutzt werden

muss, da gibt es sehr viele Angebote in der Stadt, aber es ist sicher ein Punkt, dies zu diskutieren mit der Quartiersbevölkerung und sonstigen Interessensgruppen.

Einen Punkt finde ich dennoch speziell, dass der vorige Verein auch hohe Ziele hatte, die er erfüllen musste, gleichzeitig auch Miete bezahlen musste. Es ist eine ungleiche Situation, die jetzigen Nutzenden haben eine Gebrauchsleihe und ein Angebot, das nicht wirklich erkennbar einen Vorteil für die Bevölkerung bringt. Die Situation vorher war insofern besser, dass auch noch Auflagen bestanden haben in Bezug auf eine Buvette uns sonstige öffentliche Anlässe.

Darum bin ich mit der Beantwortung nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

28. Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Bericht des RR

[21.05.25 11:39:48, 23.5542.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine anderen Wortmeldungen eingetragen. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

29. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel, Schreiben des RR

[21.05.25 11:40:16, 20.5432.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Harald Friedl hat sich als Fraktionssprecher eingetragen.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb ist enttäuscht von der Beantwortung des Regierungsrates und beantragt Ihnen deshalb, diesen Anzug von Thomas Grossenbacher stehen zu lassen.

Wir wissen es alle, Feuerwerke tragen erheblich zur Feinstaubbelastung bei und beeinträchtigen Wild- und Haustiere sowie Ruhe suchende Bewohnerinnen und Bewohner massiv. Angesichts der ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit wäre es nicht nur legitim, sondern auch geboten, hier klarere Massnahmen zu ergreifen. Dass dies möglich ist, zeigen andere Gemeinden. Davos wird immer wieder als Beispiel gebracht, es zeigt auch, dass es möglich ist und auch rechtlich zulässig ist, tiefergreifende Massnahmen zu verfügen.

In unseren Augen ist eben auch die Prüfung der Alternativen zu diesen Feuerwerken in der Antwort zu wenig genau gemacht worden und es wird sehr schnell abgetan mit Argumenten wie etwa, es sei in einer dicht besiedelten Umgebung nicht möglich, Drohnenshows oder Lasershows durchzuführen. Wir sind uns aber sicher, dass dies möglich ist und wir bitten daher den Regierungsrat darum, dies nochmals eingehender zu prüfen. Ich denke, die Beispiele nehmen europaweit oder weltweit laufend zu, und da kann man sich auch inspirieren lassen.

Dass die jetzige Regelung kein ausgewogener Kompromiss ist, wie das der Regierungsrat in seiner Beantwortung schreibt, davon kann ich aus eigener Erfahrung sehr gut berichten. Ich weiss nicht, ob der Regierungsrat wahrnimmt, was in wirklich dicht besiedelten Gegenden in dieser Stadt abläuft am 1. August oder am Tag davor. Bereits zwei, drei Tage zuvor werden zu jeder Tages- oder Nachtzeit Knallkörper abgelassen, es hallt in den Hinterhöfen, am Fest des 1. August selber ist eigentlich vor drei Uhr morgens nicht an Schlafen zu denken, wenn man an gewissen Orten wohnt, und es stinkt am Tag darauf dann in weiten Gegenden der Stadt.

Mir ist es selbst auch bewusst, dass sich nicht alle disziplinieren lassen, wenn wir jetzt für einen grösseren Zeitraum das Feuerungsverbot aussprechen. Es werden immer Leute sich über welche Kanäle auch immer mit solchen Knallkörpern versorgen können. Aber wir sind der Meinung, dass es hier eine klarere Kommunikation braucht und eben eine grössere Zeit, dass das eigentlich nicht im Sinne ist unseres Kantons oder der hier wohnenden Bevölkerung und der hier angesiedelten Tiere und Lebewesen. Es ist nämlich eine kleine Minderheit, die auf Kosten der grossen Mehrheit sich hier aufführt, wie wir es eigentlich nicht tolerieren wollen.

Aus all diesen Gründen bitten wir Sie, den Anzug noch mal stehen zu lassen, so dass der Regierungsrat und die Verwaltung nochmal die Möglichkeit haben, in sich zu gehen und tiefer greifende Massnahmen vorzuschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Mir wurde vor wenigen Sekunden unterstellt, dass ich zu einer kleinen Minderheit gehöre. Ja, ich stehe dazu, ich liebe Feuerwerk. Ich bin aber nicht sicher, ob ich tatsächlich in einer kleinen Minderheit bin. Die meisten von Ihnen haben letzte Woche auch, vom ESC-Fieber gepackt in der einen oder anderen Form in der Halle oder im Stadion oder sonstwo, mitgefeiert und einen tollen ESC-Anlass erlebt. Ja, der war voll von Feuerwerk. Man kann diskutieren, ob so viel Feuerwerk überhaupt nötig gewesen wäre, aber warum war er voller Feuerwerk? Weil es die Leute lieben, im Stadion vom Würfel aus, die Leute haben geklatscht, haben gejohlt, haben gefilmt, haben Fotos gemacht, 36’000. Jetzt kann man argumentieren 36’000 sind eine Minderheit der Einwohnerinnen und Einwohner von Basel, von mir aus, aber ich glaube auch nicht, dass jeder Feuerwerkfan dieser Stadt ins Stadion gekommen ist wegen dem Feuerwerk, sondern das war ein Bild der Gesellschaft, ein Querschnitt durch die Gesellschaft.

Was hat die Regierung entschieden? Die Regierung hat entschieden, dass man einen Kompromiss macht zwischen den verschiedenen Interessen, und zu diesen Interessen gehören selbstverständlich die Interessen der Haustiereigentümerinnen und -eigentümer, aber auch die Interessen derjenigen, die Feuerwehr lieben. Man hat entschieden, dass man an drei Tagen im Jahr Feuerwerk ablassen darf und an 362 Tagen im Jahr nicht. Wenn jetzt Harald Friedl argumentiert, dass sich die Leute nicht daran halten, muss man das Problem aber anderswo lösen, nicht durch ein generelles Verbot von Feuerwerken oder sonst welche Massnahmen, sondern mittels Durchsetzung bestehenden Rechts. Also hat diese Argumentation hier nichts verloren.

Kommen wir zum Thema zurück. Es geht hier um Alternativen zum Abbrennen von Feuerwerk. Laser wird genannt, Drohnen werden genannt, es gibt sicher noch andere Alternativen. Aus meiner Sicht wird sehr deutlich und auch für mich nachvollziehbar aufgezeigt von der Regierung, warum auch diese Alternativen nicht frei von Problemen sind. Ich weiss nicht, wie viele Drohnen Sie über dem Rhein starten lassen wollen und dann fliegen so und so viele ins Wasser und die Batterien verrotten hier im Wasser. Ist das so viel besser aus Umweltschutzsicht? Dann kommen die ganzen Sicherheitsfragen, wo man die überhaupt ablassen darf, über den Köpfen von Leuten ja sicher nicht, denn wenn eine abstürzt, wollen Sie die ja nicht auf dem Kopf haben. Also da gibt es jede Menge Argumente. Die Regierung zeigt das überzeugend.

Wenn man jetzt das hier stehen lässt, dann kann man damit zwei Absichten verfolgen. Entweder kann man sagen, die Regierung soll nochmals aufzeigen, weshalb diese Alternativen nicht gut sind. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, wie man da zu neuen Schlüssen kommt. Oder man kann indirekt und sozusagen subkutan fordern, dass einfach ein generelles Feuerwerkverbot kommt. Über ein solches haben wir in der letzten Legislatur abgestimmt und es wurde hier drin in aller Deutlichkeit abgelehnt. Also wenn Sie das wieder bringen wollen, das allgemeine Feuerwerkverbot, ja gut, dann bringen Sie halt wieder so eine Motion und dann wird es vielleicht wieder genau gleich deutlich abgelehnt. Aber wenn Sie mit diesem Anzug und dem Stehenlassen dieses Anzugs dieses Ziel verfolgen wollen, dann bin ich sicher, werden wir in zwei Jahren wieder hier stehen, wieder darüber diskutieren, es wird sich bis dann nichts geändert haben, ausser dass man einfach einen Anzug mehr auf der Tabelle der Verwaltung gelassen hat.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Anzug abzuschreiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Die Voten hier vorne, wenn wir so erzählen und unsere Voten halten, sind oft recht biografisch, und so erfahren wir doch einiges voneinander. Von mir erfahren Sie heute, dass ich das Platin Jubiläum der Quen im 2022 verfolgt habe, geschaut habe aus einem persönlichen Grund, aber ich bin ja sehr dankbar, da habe ich auch diese Wahnsinnslasershow gesehen. Das war 2022 und sehe auch, es gibt Alternativen zum Feuerwerk. An Lorenz Amiet: Es muss ja nicht unbedingt über dem Rhein stattfinden.

Die bestehende Regelung orientiert sich primär an der Bewahrung von Tradition, und anstatt aktiv einen Wandel zu Gunsten der öffentlichen Gesundheit, des Tierschutzes und der Umweltqualität voranzutreiben. Irgendwie ist die Dringlichkeit und das Potenzial für zukunftsweisende unverträgliche Lösungen untergegangen in der Antwort der Regierung. Der Bericht anerkennt zwar ja die negativen Auswirkungen von Feuerwerk auf Tier und Umwelt, aber warum ziehen Sie denn keine konsequenten Schlüsse? Wie Sie wissen, trägt Feuerwerk erheblich zur Feinstaubbelastung bei und es beeinträchtigt die Wildtiere und Haustiere massiv. Und wir stehen auch vor eine ökologischen Herausforderung.

Ich finde, dass die Alternativen zum Feuerwerk, zum Beispiel Laser, sehr schnell vom Regierungsrat einfach mal abgetan wurden, und es gibt in diesem Bereich einfach rasante technologische Entwicklungen. Ich habe jetzt von 2022 berichtet. Wir sind jetzt im 2025, who knows, wie es im 2026 aussieht, was es da alles gibt.

Drohnenshows – Lorenz Amiet hat auf die Problematik hingewiesen. Ja, aber auch da entwickelt sich einiges. Die sind international etabliert und können eben auch eine emissionsarme, sichere und eindrückliche Alternative anbieten. Dass Basel als dicht bebaute Stadt für solche Formate sich nicht eignet, ist in meinen Augen einfach eine unbelegte Behauptung. London ist sehr dicht besiedelt, da war einiges möglich. Ich frage mich einfach, wo ist denn der Innovationswille der Regierung? Tradition vor Innovation lese ich, wenn ich die Antwort lese.

Ich bitte Sie zusammen mit den Grünen und der SP, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet hat sich Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Wir beraten heute über einen Vorstoss, der angesichts der Herausforderungen unserer Zeit mehr als berechtigt ist und über eine Stellungnahme des Regierungsrates, die leider weder dem Anliegen noch dem Ernst der Lage gerecht wird. Dieser Anzug verlangt nichts Radikales, er verlangt etwas Selbstverständliches, dass wir unsere öffentlichen Veranstaltungen, insbesondere den Nationalfeiertag, so gestalten, dass sie nicht länger auf dem Rücken der Umwelt, der Tierwelt und von Menschen mit besonderen Empfindlichkeiten ausgetragen werden.

Und was antwortet der Regierungsrat darauf? Mit einer dreissigprozentigen Kürzung des Silvester-Feuerwerkes, wohlgemerkt nicht des 1. August-Feuerwerks, verbunden mit dem Hinweis, dass dies bereits zu einer Reduktion der Feinstaubbelastung führe. Diese Massnahme ist bestenfalls symbolisch. Noch gravierender ist das, was fehlt, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Alternativen. Der Regierungsrat ignoriert, dass andere Städte in der Schweiz wie international längst vorgemacht haben, wie man festliche Stimmung auch ohne Knall, Rauch und Gift erzeugen kann, mit Drohnenshows, Lichtinstallationen oder musikalischen Inszenierungen. Diese Ideen werden nicht einmal geprüft, keine Machbarkeitsstudie, kein Pilotprojekt, kein Dialog mit der Bevölkerung. Das ist keine zukunftsgerichtete Politik. Das ist Verwaltung im Energiesparmodus.

Es geht hier nicht um ein Verbot aus Prinzip, es geht um Verantwortung, um Lärmschutz, um Tierwohl, um Luftqualität und um ein sichtbares Zeichen des Wandels. Genau deshalb darf dieser Vorstoss nicht abgeschrieben werden. Er verlangt keine sofortige Abschaffung, sondern eine ernsthafte Prüfung, eine politische Weichenstellung für einen 1. August, der unsere Werte widerspiegelt: Rücksicht, Nachhaltigkeit, Innovation. Und wenn wir von Innovation sprechen – gerade letzte Woche hat der Eurovision Song Contest hier in Basel stattgefunden. Eine gigantische Show, die eindrücklich gezeigt hat, wie man mit Lasertechnik und Drohnen eine atemberaubende Inszenierung schaffen kann.

Ich fordere Sie deshalb auf, lassen Sie diesen Vorstoss nochmals stehen, geben wir der Diskussion Raum und zeigen wir der Bevölkerung, dass der ausgerufenen Klimanotstand nicht nur ein Schlagwort ist, sondern ein politischer Auftrag, den wir ernst nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet als Einzelsprecher hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Gestatten Sie mir ganz kurz zum 1. August zu reden. Der 1. August ist arbeitsfrei wegen meiner Partei, der nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat. Wir haben die Initiative gestartet mit diesen 100’000 Unterschriften und haben die Volksabstimmung gewonnen. Noch zwei Sätze: Wegen meiner Partei ist der 1. August arbeitsfrei.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das hat nichts mit Feuerwerken zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Danke für den Hinweis. Ich habe einfach sagen wollen, dass ich stolz bin, dass wir diesen Sieg errungen haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir haben es hier mit einem klassischen Zielkonflikt zu tun, die sich uns immer wieder stellen in den politischen Entscheidungen. Auf der einen Seite gibt es viele Menschen, die Freude haben am Feuerwerk, das mit Emotionen verknüpft ist, das zu ihrer Tradition gehört und zu ihrer Emotionsauslegung und auch bei Ihnen gibt es vermutlich Menschen, die gerne auch ein Feuerwerk sehen und erleben, auch mit dem Übrigen, mit dem Knallen und dem Lärm und was dazu gehört. Und auf der anderen Seite gibt es die Schutzgüter, gibt es den Tierschutz, gibt es den Lärmschutz, gibt es den Feinstaubschutz, den Klimaschutz, die im Widerspruch stehen zu Feuerwerken. Und in diesem Gemengenlage geht es darum, eine Lösung zu finden, die diese Ziele alle zu berücksichtigen versucht und nicht einfach das eine komplett verunmöglicht und das andere über alles andere stellt.

Und das ist auch der Grund, weshalb der Regierungsrat hier sich für dieses Vorgehen entschieden hat. Das Feuerwerk soll weiterhin möglich sein. Vielleicht noch aus dem Punkt des Klimaschutzes: Das wurde hier in der Diskussion zwar nicht erwähnt, aber die Hauptemission im Bereich CO_2 geht nicht von den Feuerwerkskörpern aus, sondern von dem ganzen Fest und Zusammenkommen der Menschen, die hier gemeinsam dieses Fest feiern. Dort ist der CO_2-Effekt viel grösser als bei beiden Feuerwerken. Und dieser Teil bleibt bestehen, wenn wir auf Alternativen umstellen, sofern diese gleich erfolgreich sind in Ansinnen von Menschen, die herkommen. Da geht es darum, dass wir weitergehen auf dem Weg, wie die Leute hierherkommen. Das ist dann der Hauptentscheidungsgrund, dass sie dann möglichst auf klimafreundliche Verkehrsträger setzen und nicht auf Fossil angetriebene.

Was hat der Regierungsrat gemacht? Er hat Ihnen vor zwei Jahren bereits berichtet und zwar zum Anzug Esther Keller und zum Anzug Thomas Grossenbacher zum ersten Mal, weshalb Alternativen, was auch gegen die Alternativen spricht. Wenn jetzt also hier vorgebracht wird, dass der Regierungsrat sich nicht dazu äussert: Doch, das hat er, bereits vor zwei Jahren können Sie die Argumente finden, denn auch Alternativen haben negative Auswirkungen. Lasershows sind jetzt aus Sicht der Lichtemissionen auch nicht das Optimale, weil es Vögel und Fledermäuse stört, also auch Alternativen haben ihre negativen Auswirkungen.

Der Regierungsrat hat aber die Zeit des privaten Feuerwerks deutlich verkürzt und hat dargelegt, wie das ist. Es ist noch erlaubt jeweils während sieben Stunden an drei Tagen im Jahr. Das sind dann 21 Stunden jeweils zwischen 18 Uhr und 1 Uhr morgens und das wird auch klar kommuniziert, das ist seit Anfang 2023 in Kraft und das wird auch in Kraft bleiben. Selbstverständlich wird der Regierungsrat auch schauen, ob diese Zeitfenster richtig sind oder ob die verändert werden sollen. Wir schauen auch, wie es eingehalten wird, aber diese Regelung hat zur Klarheit geführt, was nicht heisst, dass jeder Mann und jede Frau sich daran hält, aber zumindest ist es jetzt klar, wann Feuerwerk erlaubt ist und wann nicht und wann die Gesellschaft auch erwartet von allen, dass sie eben auf Feuerwerkabbrennen verzichten.

Diese Gründe, diese Zielkonflikte und die Gewichtung der einzelnen Punkte, der Versuch oder auch der Wunsch des Regierungsrates, diese beiden Ziele auch gemeinsam zu ermöglichen mit Abstrichen auf beiden Seiten führt dazu, dass Ihnen der Regierungsrat beantragt, diesen Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Harald Friedl und weiteren.

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 58 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006595, 21.05.25 11:59:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 58 gegen 34 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich entschieden, die heutige Nachmittagssitzung abzusagen. Die wenigen Geschäfte rechtfertigen einen Nachmittag nicht. Ich habe noch ein weiteres Thema: Wir haben für die Junisitzung nur sehr wenige Traktanden, unter anderem ein Sachgeschäft, die Tramnetzentwicklung sowie fünf Motionen und sieben Anzüge. Das ist auch etwas wenig für zwei Sitzungstage. Dafür haben wir schon Kenntnis darüber, dass an der Bündelitagssitzung neben den Berichten der Oberaufsichtskommissionen diverse Kommissionsberichte traktandiert werden sollen und wir laufen somit Gefahr, dass wir diese nicht mehr vor der Sommerpause abschliessen können. Entsprechend haben wir einen spezielleren Vorschlag. Am Freitag kommen die folgenden Geschäfte in den Versand: Bericht BRK betreffend Projektierung des neuen Hallenbades am Standort Messeareal, dann der Bericht BRK betreffend kantonale Volksinitiative Erhalt des Musicaltheaters und dann der Bericht des Ratsbüros zum Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung Fraktionen im Ratsbüro. Wir können diese nun dringlich traktandieren und so etwas vorarbeiten. Dafür würden wir diese bereits im Geschäftsverzeichnis und auch in der Kreuztabelle, welche am Freitag verschickt wird, aufführen. Sie müssten am 4. Juni aber nochmals darüber abstimmen mit einem Zweidrittelsmehr, ob wir diese dringliche Traktandierung machen wollen. Falls Sie diese Idee nicht gut finden, können Sie sich bei mir melden oder wir können darüber auch abstimmen, aber ich sehe keine grosse Gegenwehr. Dann werden wir das so entsprechend beantragen, dass wir darüber in der nächsten Sitzung zu Beginn abstimmen und diese Geschäfte dann beraten. Ich bedanke mich herzlich fürs Mitmachen und wünsche einen schönen restlichen Mai.

Schluss der 15. Sitzung

12:01 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 09:08:42
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	28	0	10	2	7	5	7	6	0	0
Nein	24	0	10	1	8	2	2	0	0	1	0
Ent	3	0	0	1	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	10	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	10	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 09:11:59
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	88	28	11	12	9	9	7	7	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	11	12	9	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	0	0	3	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	11	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5999

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 09:24:09
Geschäft Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1741)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	30	8	8	12	7	6	2	6	0	0
Nein	10	0	3	3	0	0	0	4	0	0	0
Ent	6	0	1	1	0	2	1	1	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	7	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.1910

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 09:30:37

Geschäft Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	30	11	11	11	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	11	11	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.0033

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 09:53:11

Geschäft Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	30	12	11	12	10	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	11	12	10	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.0033

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 09:54:12

Geschäft Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	30	0	7	11	2	6	3	6	0	0
Nein	28	0	12	4	0	8	0	4	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	12	11	11	10	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
23.1726

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 10:19:58

Geschäft Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am Aufbau einer MaaS (Mobility as a Service)-Plattform, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	30	12	11	12	10	7	6	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	95	30	12	11	12	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	11	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.1753

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 10:53:13
Geschäft Investitionsbeitrag an die Projektierung der neuen Margarethenbrücke, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	29	12	11	12	10	7	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	12	11	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
21.1247

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 14:11:15
Geschäft Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	30	0	10	12	0	1	0	7	0	0	0
Nein	62	29	1	0	12	7	7	0	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	11	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	11	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
21.1247

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 14:12:25
Geschäft Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	30	0	10	12	0	1	0	7	0	0	0
Nein	62	29	1	0	12	7	7	0	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	11	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	11	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
21.1247

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 14:23:26
Geschäft Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	31	0	11	12	0	1	0	7	0	0	0
Nein	64	29	1	0	12	9	7	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
21.1247

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 14:24:52
Geschäft Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	76	29	10	2	12	9	7	1	6	0	0
Nein	17	0	1	10	0	0	0	6	0	0	0
Ent	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
21.1247

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 14:26:29
Geschäft Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	29	0	0	12	4	0	0	6	0	0
Nein	43	0	12	12	0	5	7	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
21.1247

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 14:27:14
Geschäft Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	12	12	12	10	7	7	4	0	0
Nein	2	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 40**
25.5232

Abstimmungsdatum 14. Mai 2025 16:37:00

Geschäft Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	28	0	8	9	7	5	5	6	0	0
Nein	22	0	12	3	1	2	2	1	0	1	0
Ent	5	0	0	1	2	1	0	1	0	0	0
Abgestimmt	95	28	12	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.5563

Abstimmungsdatum 21. Mai 2025 09:11:40
Geschäft Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025, Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	26	11	11	12	10	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	11	11	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	28	11	11	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
25.5146

Abstimmungsdatum 21. Mai 2025 09:47:33

Geschäft Motion 2 Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	63	30	0	0	12	9	6	0	6	0	0
Nein	30	0	12	10	0	0	0	7	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	10	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
25.5142

Abstimmungsdatum 21. Mai 2025 10:27:29
Geschäft Anzug 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend Herzl-Gedenktafel beim Stadtcasino

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ent	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ent	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ent	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ent	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	5	12	11	8	7	5	7	0	0	0
Nein	10	3	0	0	1	0	0	0	5	1	0
Ent	27	22	0	0	3	0	1	0	1	0	0
Abgestimmt	92	30	12	11	12	7	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	3	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
25.5143

Abstimmungsdatum 21. Mai 2025 10:29:20

Geschäft Anzug 2 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einer zukunftsfähigen und nachhaltigen subjektbezogenen Finanzierung der Transportkosten in der Behindertenhilfe

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	84	26	12	11	9	9	5	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	26	12	11	9	9	5	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	11	4	0	0	3	1	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
25.5148

Abstimmungsdatum 21. Mai 2025 10:36:44
Geschäft Anzug 4 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Regelung der Bespielungspläne

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	0	11	11	12	10	4	1	0	0	0
Nein	42	30	0	0	0	0	1	5	5	1	0
Ent	2	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	93	30	12	11	12	10	5	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.5149

Abstimmungsdatum 21. Mai 2025 10:44:27
Geschäft Anzug 5 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend aktive Sammlungspflege der Museen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	29	12	1	10	8	6	7	6	0	0
Nein	11	0	0	10	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	12	11	10	8	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	0	2	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
25.5151

Abstimmungsdatum 21. Mai 2025 10:48:16
Geschäft Anzug 7 Eric Weber betreffend Mittelstand stärken, Wettbewerb fördern

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Nein	73	25	12	9	7	7	5	5	3	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	75	25	12	9	7	8	5	5	3	1	0
Nicht abgestimmt	19	3	0	2	5	2	1	2	3	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
25.5152

Abstimmungsdatum 21. Mai 2025 10:51:33
Geschäft Anzug 8 Eric Weber betreffend Bürokratieabbau

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	69	21	9	9	9	5	5	6	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	69	21	9	9	9	5	5	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	25	7	3	2	3	5	1	1	1	1	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
17.5144

Abstimmungsdatum 21. Mai 2025 11:05:50

Geschäft Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen Tempo 30 im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	0	11	11	0	10	6	7	0	0	0
Nein	48	30	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	30	11	11	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23.1**
18.5351

Abstimmungsdatum 21. Mai 2025 11:06:32

Geschäft Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Sicherheit für die Kindergarten-Kinder, Verkehrssignalisation/-markierung auf öffentlichen Strassen im Umkreis von Kindergärten, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	0	11	11	1	10	6	7	0	0	0
Nein	47	30	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	30	11	11	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
23.5539

Abstimmungsdatum 21. Mai 2025 11:28:45

Geschäft Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	16	2	0	2	0	6	0	0	6	0	0
Nein	72	28	11	9	11	1	6	5	0	1	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	30	11	11	12	7	6	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	0	1	0	0	3	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
20.5432

Abstimmungsdatum 21. Mai 2025 11:58:54

Geschäft Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	34	0	10	10	0	7	0	7	0	0	0
Nein	58	30	0	1	12	2	6	0	6	1	0
Ent	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	11	11	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am Aufbau einer MaaS (Mobility as a Service)-Plattform sowie Bericht zum Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend eine gemeinsame Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote, Bericht der UVEK	UVEK	BVD	23.1726.02
2.	Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)" – rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR		WSU	24.1910.01
3.	Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)", rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgenen, Bericht des RR		BVD	25.0033.01
4.	Petition P478 "Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd", Bericht der PetKo	PetKo		24.5325.03
5.	Petition P484 "Stoppt den Parkplatzabbau ohne Alternativen!", Bericht der PetKo	PetKo		24.5437.02
6.	Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025, Bericht der RegioKo	RegioKo		23.5563.02
7.	Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR		FD	24.5278.02
8.	Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel, Schreiben des RR		JSD	20.5432.03
9.	Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Bericht des RR		PD	23.5542.03
10.	Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR		WSU	24.5279.02
11.	Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Schaffung eines ambulanten gerontopsychiatrischen Dienstes für Basel-Stadt, Schreiben des RR		GD	20.5474.03
12.	Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV), Schreiben des RR		ED	23.5539.02
	Überweisung an Kommissionen			
13.	Ausgabenbewilligung Kindergarten Schönenbergstrasse 24, Erweiterung zu Doppelkindergarten, Ratschlag des RR	BRK	BVD	25.0315.01
14.	Petition P499 «Höhere Kinderabzüge – Jetzt!»	PetKo		25.5190.01
15.	Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt in der Legislatur 2021-2025 und Schwerpunkte 2025-2029, Bericht des RR	GSK	PD	25.0282.01
16.	Ausgabenbericht betreffend Beschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen für die Feuerwehr Basel-Stadt	JSSK	JSD	25.0488.01
17.	Bericht zum Fortgang der Koordinations-, Planungs- sowie Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in der Periode 2022 bis 2024	UVEK	WSU	25.0513.01
	An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung			
18.	Motionen:			

	1. Joël Thüring und Konsorten betreffend LED-Beleuchtung für Basler Sportplätze		25.5176.01
	2. Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte		25.5192.01
	3. Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung		25.5196.01
	4. Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen		25.5202.01
	5. Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung)		25.5199.02
19.	Anzüge:		
	1. Thomas Widmer-Huber und Daniel Hettich betreffend grössere Unabhängigkeit von Kanton und Gemeinden bei der Festlegung der Steuerbelastung ihrer Steuerpflictigen		25.5175.01
	2. Anina Ineichen und Konsorten betreffend logopädische Versorgung auf Sekundarstufe II		25.5194.01
	3. Pascal Pfister und Konsortenbetreffend eine Vereinfachung der Steuererklärungen		25.5195.01
	4. Michael Graber und Konsorten betreffend Kennzeichnung von Rollstuhlzugänglichkeit bei Trams		25.5197.01
	5. Claudio Miozzari und Konsorten betreffend «Wie geht’s den jungen Männern in Basel-Stadt?»		25.5198.01
	6. Claudio Miozzari und Konsorten betreffend bessere Lösungen für Teilzeitarbeitende in der PKBS		25.5201.01
	7. Oliver Thommen und Konsorten betreffend die langfristige Unterstützung der Ukraine		25.5203.01

Kenntnisnahme

20.	Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend mehr Entsorgungsmöglichkeiten für ein sauberes Basel (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	20.5271.04
21.	Anzug Claudia Baumgartner und Brigitte Kühne betreffend "Runder Tisch Stadtbienen" (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	23.5086.02
22.	Anzug Peter Bochsler und Konsorten betreffend Fernbuslinien in Basel (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	14.5510.06
23.	Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Kunst im Öffentlichen Raum und Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend "Kunst am Bau" (stehen lassen), Schreiben des RR	PD	14.5447.05 15.5160.05
24.	Schriftliche Anfrage Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt, Schreiben des RR	PD	24.5519.02
25.	Schriftliche Anfrage Amina Trevisan betreffend Gymnasialreform, Schreiben des RR	ED	24.5548.02
26.	Schriftliche Anfrage Béla Bartha betreffend Vorverlegung der Eintrittsprüfung zur Zulassung von Sekundarschüler:innen aus dem E-Zug an die FMS, Schreiben des RR	ED	24.5549.02
27.	Anzug Raffaela Hanauer und Jean-Luc Perret betreffend öffentliche Feuerstellen im Landschaftspark Wiese (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	21.5301.03
28.	Schriftliche Anfrage Mahir Kabakci betreffend Sicherheitsvorkehrungen während öffentlicher Bekanntgaben, Schreiben des RR	PD	24.5494.02
29.	Schriftliche Anfrage Sasha Mazzotti betreffend elektronische Lehrmittel in der nachobligatorischen Schulzeit, Schreiben des RR	ED	25.5011.02
30.	Schriftliche Anfrage Sasha Mazzotti betreffend Setzung der Stolpersteine, Schreiben des RR	BVD	25.5027.02

31.	Anzug Andrea Strahm und Konsorten betreffend mehr Sitzgelegenheiten an der Basler Riviera - Sanierung Rheinbord (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	23.5125.02
32.	Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend rauchfreie öffentliche Spielplätze (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	20.5015.04
33.	Eignerstrategie Basler Kantonalbank 2025-2029, Bericht des RR	FD	25.0372.01
34.	Schriftliche Anfrage Beat Braun betreffend Luminator zurück in die Schalterhalle Bahnhof SBB	PD	25.5020.02
35.	Schriftliche Anfrage Philip Karger betreffend ein nachhaltiger Weihnachtsmarkt mit lokalem Angebot auf dem Petersplatz, Schreiben des RR	PD	25.5037.02
36.	Anzug Beatrice Messerli und Konsorten betreffend «Aufhebung Velofahrverbot Rebgasse, vom Claraplatz/Greifengasse bis Schafgässlein» (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	16.5579.05
37.	Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend «Schaffung eines idyllischen Plätzchens im Kleinbasel» (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	17.5229.05
38.	Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend «öffentlicher Platz für die Jugend» (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	23.5126.02
39.	Schriftliche Anfrage Joël Thüring betreffend Zugänglichkeit zu staatlichen Unterstützungsgeldern und damit verbundene bürokratische Hürden, Schreiben des RR	WSU	25.5026.02
40.	Schriftliche Anfrage Beda Baumgartner betreffend Entwicklung der Berechnungsgrundlagen und Auswirkungen auf den Mindestlohn im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	WSU	25.5030.02
41.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1740)		

Protokoll

der 16. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 4. Juni 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Patrizia Bernasconi (BastA), Lea Wirz (Grüne), Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP), Beda Baumgartner (SP).

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte..... 3
3. Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination, Bericht der UVEK 4
3.1. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innerstadt – für alle (ohne Doppelhaltestellen und ohne Tram-/Velo-Konflikte – dank cleveren Verkehrsmassnahmen), Bericht der UVEK 20
4. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK..... 21
5. Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK 22

Beginn der 16. Sitzung

Mittwoch, 4. Juni 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[04.06.25 09:00:05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Halbrunder Geburtstag

Gestern hatte der ehemalige Grossratspräsident und unser geschätztes Mitglied David Jenny einen halbrunden Geburtstag. Aus diesem Grund spendiert er uns heute den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich David Jenny ganz herzlich zu seinem Geburtstag und bedanke mich für die grosszügige Spende.

Rücktritt

Tonja Zürcher hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 9. September 2025 den Rücktritt erklärt. Wir werden Tonja Zürich an ihrer letzten Sitzung bei uns am 26. Juni gebührend verabschieden.

Neue Interpellationen

Es sind 18 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellation Nummer 63, 65, 66, 68, 69, 70, 72, 73, 75 und 78 werden mündlich beantwortet.

Das wären meine Mitteilungen gewesen. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

Antrag auf dringliche Traktandierung

Ich beantrage Ihnen, die Traktanden 5, 6 und 7 als dringlich zu traktieren. Dies, um etwas vorzuarbeiten, damit wir an der Bündelitag-Sitzung nicht zu viele Traktanden haben. Ich schlage vor, dass wir über beide dringliche Traktandierungen gemeinsam abstimmen. Wir stimmen einzeln über die dringliche Traktandierung pro Traktandum ab. Gibt es dazu Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Wir kommen damit zur Abstimmung zu Traktandum 5.

2/3-Abstimmmung

JA heisst dringliche Traktandierung von Traktandum 5, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006651, 04.06.25 09:02:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung von Traktandum 5

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben der dringlichen Traktandierung zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Abstimmung zu Traktandum 6.

2/3-Abstimmmung

JA heisst dringliche Traktandierung von Traktandum 6, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006652, 04.06.25 09:03:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung von Traktandum 6

Balz Herter, Grossratspräsident: Auch diese Traktandierung wurde stattgegeben mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen damit zur Abstimmung zu Traktandum 7.

2/3-Abstimmmung

JA heisst dringliche Traktandierung vom Traktandum 7, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 22 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006653, 04.06.25 09:03:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung von Traktandum 7.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben der dringlichen Traktandierung zugestimmt mit 65 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Traktandenliste vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[04.06.25 09:04:17]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegenname der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Büro vorgeschlagenen Zuweisungen der neuen Geschäfte zu genehmigen.

3. Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination, Bericht der UVEK

[04.06.25 09:04:39, 24.1095.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK und die Regiokommission beantragen, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an die Präsidentin der UVEK, Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Die UVEK hat schon länger auf den nun hier traktandierten Bericht zur Tramnetzentwicklung gewartet. Im ÖV-Gesetz ist demnach auch festgeschrieben, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat alle zwei Jahre Bericht erstattet über den Stand der Umsetzung des Plans zum Tramstreckenausbaus. Der letzte Bericht stammt vom Januar 2019. Es sind unterdessen rund viereinhalb Jahre zwischen den beiden Berichten verstrichen. Die UVEK hat, bevor der heutige Bericht und Antrag des Regierungsrats vorlag, daher auch bereits mehrfach beim BVD nachgefragt, wo der Bericht bleibt, der eigentlich alle zwei Jahre vorgelegt werden muss. In der UVEK kam aufgrund des ausbleibenden Berichts vermehrt die Befürchtung auf, dass es mit der Tramnetzentwicklung nicht vorwärtsgeht und sich der wichtige Tramstreckenausbau verzögert.

Nachdem der Bericht und Antrag im Herbst letzten Jahres dann vorlag und der UVEK am 16. Oktober überwiesen wurde, hat sich die UVEK an sechs Sitzungen mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Die Beratung hat sie in der alten Zusammensetzung abgeschlossen, den Bericht in der neuen Zusammensetzung in zwei Lesungen verabschiedet. Eintreten war bei einzelnen Mitgliedern umstritten, was mit der Verzögerung der Berichterstattung zusammenhing. Die UVEK ist jedoch letztlich klar auf das Geschäft eingetreten.

Zu Beginn der Beratung ist die UVEK der in der Kommission verbreiteten Befürchtung nachgegangen, dass es mit dem Tramstreckenausbau nicht vorwärts gehe und deshalb der Bericht so lange ausblieb. Ihr wurde von der Verwaltung erläutert, dass die verzögerte Berichterstattung nicht ein Indiz dafür sei. Man habe intensiv gearbeitet, Verzögerungen beim Fortschritt der Projekte seien unter anderem begründet in notwendigen Optimierungen, beispielsweise zur Begrünung. Zudem hätten auch Abhängigkeiten wie beispielsweise jene zum Fernwärmeausbau zu Verzögerungen geführt. Weitere Gründe sind dem UVEK-Bericht zu entnehmen.

Die UVEK kann es nachvollziehen, wenn Projekte optimiert werden müssen und sich daher die Projekte leicht verzögern. Sie wünscht sich aber unabhängig des Projektstands eine zweijährige Berichterstattung, wie im Gesetz festgelegt. Die regelmässige Berichterstattung dient unter anderem der Überprüfung der politischen Prioritäten und Realitäten des politischen Willens. Die UVEK erwartet demnach auch, dass dem Grossen Rat künftig wieder alle zwei Jahre ein Bericht vorgelegt wird.

Nun zur inhaltlichen Beratung. Dass das ÖV-Angebot in der wachsenden Stadt und Agglomeration ausgebaut werden muss, ist in der UVEK unumstritten. Eine deutliche Mehrheit der Kommission hält das Tram dabei für äusserst wichtig und den notwendigen Ausbau als nicht beispielsweise mit dem Bus bewältigbar. Einzelne Mitglieder der UVEK sind gegenüber einem Ausbau des Tramstreckennetzes und gegenüber dem Verkehrsmittel Tram eher skeptisch.

Während die UVEK bei der letzten Beratung des Berichts im Jahr 2019 und der Beratung zum entsprechend mitgelieferten Plans künftige Linienführungen diskutierte, hat die Kommission sich dieses Mal auf die Strecken, also die konkret neuen Schienen konzentriert und nicht auf die Tramlinien, die auf diesen Schienen künftig fahren könnten. Das Angebot, das auf dem Schienennetz verkehrt, möchte die UVEK künftig entlang des ÖV-Programms diskutieren, das dem Grossen Rat alle vier Jahre zur Genehmigung vorgelegt wird. Dort genehmigt der Grosse Rat auch direkt das Linienangebot.

Insgesamt besteht der Tramstreckenplan, den wir hier heute genehmigen wollen, aus 14 Ausbauvorhaben. Die Kommission hat sich für ihre Abklärungen jedes der 14 Ausbauvorhaben einzeln angeschaut. Die Ausbauvorhaben sind jedoch schon länger bekannt. Sie waren auch schon im alten Plan damals von 2019 und vieles auch schon davor in der politischen Beratung. Sämtliche im Streckenplan aufgeführten Ausbauvorhaben fanden in der Kommission eine deutliche Mehrheit. Für die detaillierten Stellungnahmen und Ausführungen sowie Abklärungen der einzelnen 14 Projekte verweise ich auf den Bericht der UVEK sowie die Ausführungen und Faktenblätter im Ratschlag des Regierungsrats.

Die UVEK wollte sich für die inhaltliche Beratung einen Gesamtüberblick verschaffen über den Stand des Tramstreckenausbaus. Die einzelnen Ausbauprojekte durchlaufen diverse Planungsstadien und haben unterschiedliche Zieljahre. Die UVEK-Mitglieder konnten im Ratschlag des Regierungsrats diesen Gesamtüberblick nicht genügend erkennen und daher hat die UVEK die Erstellung einer Gesamtübersicht aller Projekte mit ihrem Projektstand in einem Zeitplan verlangt. Zudem wollte die UVEK genauer wissen, welche Fortschritte mit den zuletzt gesprochenen Geldern genau bei welchen Projekten erzielt wurden und welche nächsten Schritte nun mit den neu beantragten Geldern angedacht sind.

Ihre Abklärungen mündeten in die Abbildung 2 des Berichts. Diese Abbildung war für die UVEK sehr wichtig. Dieser konnte die UVEK und nun auch der Grosse Rat entnehmen, was mit den bisher gesprochenen Geldern gemacht wurde und was als nächstes ansteht auf eine überschaubare Weise. Der Gesamtüberblick in dieser Abbildung 2 half der Kommission sodann auch die Zusammensetzung der beantragten Gelder auch besser zu verstehen. Die beantragten Gelder von 3,4 Millionen Franken für die weitere Planung setzen sich zusammen aus Geldern für die Gesamtkoordination, der Kommunikation, einem Update der Zweckmässigkeitsprüfung sowie mehreren Vorstudien. Die in der Abbildung aufgezeigten Vorprojektplanungen sind hingegen nicht Bestandteil der 3,4 Millionen, sondern werden über die bestehende Rahmenausgabenbewilligung finanziert. Diese steht seit Ende 2012 in der Höhe von 350 Millionen bereit, aus ihr wurden bisher jedoch erst knapp 20 Millionen verwendet.

Der Abbildung ist auch zu entnehmen, dass am Tramnetz tatsächlich gearbeitet wurde und es bald vorangehen könnte mit dem Tramnetzausbau. Ersichtlich ist in der Abbildung nämlich, dass in der aktuellen Legislatur mindestens drei Tramausbauprojekte, Margarethenverbindung, Claragraben und Petersgraben, in die politische Beratung geschickt werden sollen, allenfalls auch Tram Klybeck und letztlich auch der Abschnitt Letten, je nach Zeitplan des Kantons Baselland.

Die UVEK hat sich Gedanken über diese Ausbauwelle gemacht. Sie empfiehlt hierzu, diese einzeln in den politischen Prozess zu schicken. Der UVEK ist es ein Anliegen, die unterschiedlichen Vor- und Nachteile der Einzelprojekte fundiert abwägen zu können. Die Projekte haben jeweils unterschiedliche Funktionen und Ziele, die es zu diskutieren gibt, und stehen in einem sehr unterschiedlichen und teils auch gar nicht mal so starken Zusammenhang zueinander. Die UVEK möchte mit dieser Empfehlung vorbeugen, dass ein künstlicher Konnex zwischen den Projekten entsteht. Die Kommission ist sich bewusst, dass diese Empfehlung auch zu Anpassungen im Zeitplan führen kann. Sie möchte dazu mit auf den Weg geben, dass trotz der Staffelung der Tramnetzausbauprojekte speditiv und zügig der Tramnetzausbau weiter vorangetrieben werden soll und wir nicht lange warten wollen.

Auch wenn der Fokus der UVEK-Beratung auf den Strecken und nicht der Linienführung lag, war sich die UVEK während ihrer Beratung der Wechselwirkung zwischen den vorhandenen Schienen und den darüber geführten Linien bewusst. Sie hat sich deshalb das schon lange als Zielbild geltende Tramnetz 2030 vorstellen lassen. Das Tramnetz 2030 würde die Innenstadt von mehreren Tramlinien entlasten. Die darin vorgesehene künftige Linienführung bedingt die Erstellung von vier zusätzlichen Infrastrukturelementen. Der Effekt des Tramnetzes 2030 wäre, dass die Innenstadt von mehreren Linien entlastet werden könnte. Die Debatte, welche Linie wodurch geführt wird, hat die UVEK im Rahmen dieses Geschäfts, wie gesagt, nicht geführt, sondern verweist auf die Beratungen zum ÖV-Programm alle vier Jahre.

Für die UVEK ist jedoch klar, dass die Innenstadt vom Tramverkehr entlastet werden muss und eine deutliche Mehrheit sieht dafür die im Tramnetz 2030 enthaltenen Infrastrukturelemente, Claragraben, Petersgraben und Margarethenverbindung, für richtig und wichtig für dieses Ziel. Zusätzlich wäre für eine grosse Mehrheit in der UVEK die Tramstrecke 30 insgesamt mit dem Abschnitt Grossbasel und Kleinbasel vermutlich der allergrösste Schritt zur Entlastung der Innenstadt. Mit dieser neuen Schienenverlegung auf der Verbindung, wo heute der bereits stark ausgelastete Bus Nummer 30 fährt, würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Die Innenstadt entlasten und gleichzeitig auch noch zusätzliche Stadtteile an das Tramnetz anschliessen, vor allem auch in einem Bereich, wo sich sehr viel heute gerade entwickelt als Uni- und Forschungsstandort, sowie zwei Bahnhöfe verbinden.

Dem Bericht sind noch weitere Abklärungen zu entnehmen, wie beispielsweise Abklärungen mit der BVB, das Zustandekommen eines Vorstosses einer Mehrheit der UVEK-Mitglieder für eine bereits frühere Prüfung von Entlastungsmassnahmen für die Innenstadt oder weitere Abklärungen zum Ziel der neuen generellen Zweckmässigkeitsprüfung. Für die Details dazu verweise ich auf den umfassenden Bericht der UVEK.

Gestützt auf unsere Abklärungen und Diskussionen beantrage ich Ihnen im Namen der UVEK mit 9 zu 3 Stimmen schliesslich die Zustimmung zum Grossratsbeschluss über die Genehmigung des aktualisierten Plans zum Tramstreckennetz sowie die Bewilligung von 3,4 Millionen Franken für die weitere Planung und Gesamtkoordination der Tramnetzentwicklung. Die UVEK beantragt zudem mit 9 zu 3 Stimmen, die in einen Anzug umgewandelte Motion Leuthardt abzuschreiben. Die Mehrheit kam zum Schluss, dass viele der gestellten Forderungen bereits umgesetzt sind oder sich in absehbarer Umsetzung befinden.

An dieser Stelle bedanke ich mich auch noch bei der Regiokommission für ihre zusätzlichen Abklärungen und den wertvollen Bericht sowie ihre Anträge, denen die UVEK nachgekommen ist. Zudem bedanke ich mich im Namen der UVEK bei der zuständigen Regierungsrätin sowie den Mitarbeitenden des BVD für die Begleitung in der Beratung und insbesondere für die

Erstellung der Abbildung 2 im Bericht, welche für die politische Beratung und Orientierung im Zeitplan und in dem Gesamtprojekt von 14 Ausbauprojekten sehr wertvoll ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes geht das Wort an den Präsidenten der Regiokommission, Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es freut mich, Ihnen heute über die Beratung der Regiokommission zum dritten Bericht der Tramnetzentwicklung zu berichten, mit einem besonderen Augenmerk selbstverständlich auf die grenzüberschreitenden Aspekte. Damit sind selbstverständlich sowohl Kantons- wie auch Landesgrenzen gemeint.

Mit der Überweisung des Geschäfts durch den Grossen Rat an die UVEK sowie der Einladung an die Regiokommission zur Mitberichterstattung nahm diese die Beratung des Geschäfts im Dezember 2024 auf. Im Rahmen der Beratung hat die Kommission eine Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements angehört und den Austausch mit den angrenzenden Gemeinden im Baselbiet sowie in Deutschland und Frankreich gepflegt. Zudem wurde eine schriftliche Stellungnahme des Vereins Agglo Basel zu den Agglomerationsprogrammen eingeholt.

Inhaltlich beschränkt sich die Kommission, wie erwähnt, bewusst auf die grenzüberschreitenden Linien, um Doppelspurigkeiten mit dem Hauptbericht der UVEK zu vermeiden. Lassen Sie mich dazu einige zentrale Punkte herausheben:

Die Margarethenverbindung ist ein Punkt. Eine deutliche Mehrheit der Kommission begrüsst die Margarethenverbindung. Sie verbessert nicht nur die Erschliessung der Agglomeration, sondern trägt auch zur Beschleunigung des Tramverkehrs in der Innenstadt und unserer Glaubwürdigkeit gegenüber dem Agglomerationsprogramm bei. Eine Minderheit verweist hingegen auf den Volksentscheid im Kanton Basel-Landschaft und lehnt das Projekt deshalb ab.

In Bezug auf den Abschnitt der Tramlinie 8, Allschwil-Letten, sehen sowohl die Gemeinde Allschwil als auch Basel grosses Potenzial. Das Verkehrsaufkommen in der Binningerstrasse liegt bei rund 1'000 Fahrzeugen pro Stunde. Angesichts der in Planung befindlichen acht Quartierprojekte mit Wohnraum, Gewerbe und Grünflächen ist der Tramausbau aus Sicht der Kommission sinnvoll und notwendig.

Die geplante Verlängerung der Tramlinie 8+ nach Weil am Rhein auf deutschem Boden bis zum Läublinpark wird von der Kommission unterstützt. Zugesagte Bundesmitfinanzierung im Rahmen des 4. Agglomerationsprogramms von 8,3 Millionen Franken bei Gesamtkosten von 20,7 Millionen Franken ist ein erfreuliches Signal. Jedoch sind Fragen zur Beschaffung eines zusätzlichen Fahrzeugs sowie zur langfristigen Finanzierung von Betrieb und Unterhalt, insbesondere der bestehenden Gleisanlage noch offen.

Das Tram Bachgraben. Hier konnte die Vorstudie abgeschlossen werden, was die Kommission sehr begrüsst. Besonders hervorzuheben ist, dass auf Allschwiler Seite bereits Land für die Wendeschlaufe erworben wurde und die nötigen technischen Vorinvestitionen geleistet sind.

Der Korridor Kleinhüningen-Bahnhof Saint-Louis via Huningue. Ein visionäres Projekt ist die geplante Tramverbindung über eine neue Rheinbrücke. Diese könnte Kleinhüningen über Huningue mit dem Bahnhof Saint-Louis verbinden. Auch wenn die konkrete Umsetzung noch in weiter Ferne liegt, laufen bereits juristische Abklärungen für einen künftigen Staatsvertrag. Der Bürgermeister von Huningue unterstützt dieses Vorhaben ausdrücklich.

Auswirkungen auf die Agglomerationsprogramme. Die neue Praxis des Bundes beim sogenannten Umsetzungsmalus wurde angepasst. Während bei frühen Programmgenerationen eine Nichtumsetzung zu einer Kürzung der Fördermittel führte, wird ab der 5. Generation darauf verzichtet. Trotzdem ist der Stand der Umsetzung ein zentrales Kriterium für die Bewertung künftiger Generationen. Das heisst für uns, bereits bewilligte Projekte müssen nun mit höchster Priorität realisiert werden, bevor neue eingereicht werden.

Auf Basis dieser Einschätzungen hat die Regiokommission am 24. Januar mit 9 zu 3 Stimmen bei keiner Enthaltung die Zustimmung zum im Bericht publizierten Beschlussentwurf empfohlen und den Bericht verabschiedet. Die grenzüberschreitende Entwicklung des Tramnetzes ist nicht nur eine infrastrukturelle, sondern auch ein politisches Gemeinschaftsprojekt. Es verlangt Koordination, Weitblick und Verlässlichkeit über Kantons- und Landesgrenzen hinweg. Die Regiokommission sieht sich hier als Brückenbauerin und wird die Umsetzung weiterhin konstruktiv begleiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, so viel lässt sich festhalten, dass Tram bewegt, und zwar nicht nur physisch, sondern eben auch emotional. Haben wir zu wenig oder haben wir zu viel Trämli in Basel? Ist Tram das Verkehrsmittel der

Zukunft oder wird es bald ganz andere Möglichkeiten geben, sich von A nach B zu bewegen? Ganz weit in die Zukunft blicken können wir nicht, aber so viel lässt sich heute festhalten, unsere Schieneninfrastruktur in Basel ist wirklich ein Asset, wie man in der Wirtschaft sagen würde, also ein Wert, den wir nicht verspielen sollten. Trämli können in sehr kurzer Zeit viele Leute transportieren. Denken Sie an all die Grossanlässe im Sommer, die nicht funktionieren würden ohne unseren ÖV und insbesondere die Trämli, oder an die Fasnacht. Diese Menschenmengen bewältigen Sie nicht mit Bussen, auch nicht mit Velos und noch weniger mit Autos. So viel Platz für Parkplätze haben wir im engen Stadtraum nicht. Nur zu Fuss unterwegs sein ist noch klima- und flächenschonender als das Tram und die S-Bahn. Deshalb, es mag sein, dass neue Technologien hinzukommen, die unsere Mobilität ergänzen, aber für den Transport von vielen Menschen im dichten städtischen Raum ist das Tram weiterhin ein sicherer Wert. Auch andere Städte setzen wieder vermehrt auf Schieneninfrastruktur, und zwar konkret auch Trams.

Angesichts dessen, dass der Rheintunnel abgelehnt wurde und sich beim Bahnausbau längere Zeithorizonte abzeichnen, ist es umso wichtiger, dass wir ins Tramnetz investieren, und zwar nicht ein blinder Ausbau, sondern das gezielte Schliessen von kleinen Lücken und so das Netz verbessern, die Wege verkürzen und den Innenstadtkorridor entlasten. Ich glaube, etwas, was sich viele hier drin und viele draussen auch wünschen und das ist beispielsweise mit der Margarethenverbindung der Fall. Dies ist auch wichtig angesichts der Wachstumsprognosen. Wir werden in den Dreissigerjahren einen starken Zuwachs an Wohnungen und an Arbeitsplätzen sehen, dies aufgrund der Arealentwicklungen, und das lässt sich mit dem heutigen Verkehrssystem nur bedingt bewältigen. Wir müssen jetzt wirklich in die Infrastruktur von morgen investieren, damit wir weiterhin Platz haben für Nutzungen wie die Boulevardgastronomie, wie Bäume, wie Fahrradwege. Und wenn wir den ÖV nicht gezielt ausbauen, riskieren wir die Zunahme des Autoverkehrs.

Parallel dazu heisst es, dran bleiben am S-Bahnausbau. Erlauben Sie mir noch diesen Gedanken, glauben Sie mir, in dieser Mission bin ich zurzeit fast wöchentlich in Bern und in nationalen Gremien unterwegs und der S-Bahnausbau und das Tramnetz sind natürlich aufeinander abgestimmt. Sie konkurrenzieren sich nicht. Die S-Bahn bringt grosse Pendlerströme in die Stadt und das Tram dient der Feinverteilung. Es braucht beides und bei beidem braucht es einen Ausbau. Ich freue mich deshalb, dass auch Vertretende der Wirtschaft sich für die Tramnetzentwicklung aussprechen. Aus Sicht des Regierungsrats ist die gezielte Weiterentwicklung des Tramnetzs auch ganz klar eine Investition in den Wirtschaftsstandort, Stichwort auch Erreichbarkeit und Attraktivität der Innenstadt. Es ist mir absolut klar, dass die konkreten Projekte noch viel zu diskutieren geben werden. Diese Diskussion wird mit dem Tramnetz-Bericht auch nicht vorweggenommen.

Ich danke ganz herzlich der UVEK, den Mitgliedern und der Präsidentin für die detaillierte und kritische Auseinandersetzung mit dem Tramnetz-Bericht und ich freue mich über die grossmehrheitliche Unterstützung der Kommission für den Bericht und die beantragten Mittel. Ich freue mich auch über die grosse mehrheitliche Unterstützung für die Margarethenverbindung und den Claragraben, die sich dort drin abzeichnen. Wir werden diese Projekte dem Parlament natürlich zum Entscheid vorlegen, die Margarethenverbindung noch dieses Jahr.

Dazu bitten wir Sie, die nötigen Mittel für die weitere Planung freizugeben und jetzt freue ich mich auf die voraussichtlich angeregte Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Für die BastA hat sich Brigitta Gerber gemeldet.

Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA freut sich, dass die Regierung uns ihren neuesten Stand über die Traumentwicklung vorlegt, wenn das auch offensichtlich etwas schwierig war, weil die Entwicklung jeweils einbezogen wurde und es jeweils vorwärtsgeht und dieses Papier sich dann sehr verzögert hat. Ich selbst war nur in den letzten beiden Sitzungen mit dabei, in den vergangenen sechs Sitzungen leider nicht und habe mich deshalb bezüglich Bericht und dessen Erarbeitung enthalten. Es ist uns wichtig, dass die Planung zügig in die Hand genommen wird, wenn wir uns auch bei gewissen Projekten durchaus eine Priorisierung wünschen und bei anderen weniger Bedarf sehen.

Wir lesen mit grossem Interesse, dass in der Vorstudie zum Tram 30, welche kurz vor Abschluss stehe, heute schon feststeht, dass die Befahrbarkeit des Heuwaage-Viadukts möglich ist. Dieses Tram scheint uns bezüglich Anbindung des Kinder-, des Frauenspitals, auch der Entlastung der Innenstadt und der Verbindung zum Badischen Bahnhof wirklich sinnig und sollte priorisiert werden. Das heisst, die Erweiterung des Tramnetzes in die Breite, nicht einfach noch mehr in diese Innenstadt reinbringen. Gerade hier, das Tram 30 scheint uns aus Kapazitätsargumenten gegenüber Bussen auch richtig und äusserst sinnvoll, dieses zu installieren. Die Kapazitäten, Regierungsrätin Esther Keller hat es gesagt, die Kapazitäten eines Trams sind wesentlich grösser und deshalb begrüssenswert. Für diesen äusserst sinnvollen Ausbau würden wir sogar noch 2 Millionen mehr auf das Projektfinanzierungs-Töpfli geben.

Ebenso begrüssen wir die Analyse und Fortschritte bei den Tramlinien Klybeck, Kleinhüningen, Bachgraben, Letten, Allschwil, Grenzacherstrasse zu Roche, dann die Margarethenverbindung, eine Verdichtung und Verbesserung der Anbindung der äusseren Quartiere. Eine weitere Verdichtung der Tramlinien in der Innenstadt sehen wir doch äusserst

skeptisch und kritisch, die zusätzlichen Verbindungen durch den Petersgraben und den Claragraben als eher sekundär. Wir würden zudem Hauptfahrradstrecken jahrelang mit Baustellen blockieren und danach durch die Schienen erschwert oder respektive gefährlicher gestalten. Wir sollten deshalb den Ausbau der Tram 30 vorantreiben, umsetzen und dann schauen, wie viele der Trams es noch durch die Innenstadt braucht, und das Vorantreiben entspricht ja auch dem Wunsch der Sachkommission, wir haben es gehört.

Die Fraktion BastA stimmt dem Bericht zu und hofft, dass es endlich vorwärtsgeht, wünscht aber eine klare Priorisierung von Tram 30 und der Aussenstrecken gegenüber einer weiteren Verdichtung des Tramnetzes in der Innenstadt. Betreffend Vorstoss Leuthardt plädieren wir für Stehenlassen, da leider die Anliegen noch nicht erfüllt sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP das Wort hat Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Wir stehen vor einer entscheidenden Weichenstellung für die Mobilität Basels, wobei ich, wie Sie sehen werden, gegen eine Weichenstellung im wörtlichen Sinn bin. Der vorliegende Bericht favorisiert den klassischen Ausbau des Tramstreckennetzes. Die LDP beantragt aber eine Rückweisung, um unsere Strategie grundlegend neu zu denken und an die aktuell stattfindenden technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen.

Es wird argumentiert, dass Trams flächeneffizienter und kapazitätsstärker seien als Busse. Doch moderne Mobilitätslösungen wie autonome Midibusse im Schwarmbetrieb, also kleinere selbstfahrende Busse, die sich je nach Bedarf zusammenschliessen oder aufteilen, oder Bus Rapid Transit-Systeme mit virtuellen Haltestellen, das sind Schnellbuslinien mit digital gesteuerten Haltepunkten statt fester Infrastruktur, bieten heute bereits vergleichbare Kapazitäten und das bei gleichzeitig höherer Flexibilität und geringeren Infrastrukturkosten. Diese Systeme benötigen keine Schienen, keine Oberleitungen und lassen sich dynamisch an die Nachfrage anpassen. Auch induktiv geladene E-Busse, die kabellos über im Boden verbaute Ladeeinheiten mit Strom versorgt werden, können im Minutentakt verkehren, ohne Strassenraum dauerhaft zu blockieren.

Das Ziel, den motorisierten Individualverkehr bis 2037 um ein Drittel zu reduzieren, lässt sich auch mit intelligenter Verkehrssteuerung, On-Demand-Mobilität, also Verkehrsmittel, die flexibel per App gerufen werden können, statt mit fixem Fahrplan zu fahren, und digitalen Mobilitätsplattformen erreichen. Städte wie Helsinki oder Hamburg zeigen, wie autonome Fahrzeuge, Mobility as a Service, ein Konzept, bei dem verschiedene Verkehrsmittel über eine einzige App gebucht und bezahlt werden können, und verkehrslenkende KI-Systeme den Umstieg vom Auto auf den EV fördern, ohne neue Schienen zu verlegen.

Die UVEK betont die Notwendigkeit neuer Tramstrecken zur Entlastung der Innenstadt. Doch auch hier bieten sich Alternativen. Autonome Fahrzeuge können in der Zukunft flexibel umgeleitet werden. Dynamische Routenführung ermöglicht eine bedarfsgerechte Verteilung des Verkehrs. Statt starre Infrastruktur brauchen wir adaptive Systeme, die auf Baustellen, Veranstaltungen, zum Beispiel Demonstrationen oder Störungen, hochflexibel reagieren können, ohne jahrelange Bauphasen.

Darüber hinaus möchte ich auf einen Aspekt eingehen, der in der Diskussion oft unterschätzt wird. Die infrastrukturelle Komplexität und Konfliktanfälligkeit klassischer Tram-Projekte im dichten urbanen Raum. Der Bericht der UVEK zeigt dies eindrücklich, etwa bei der Notwendigkeit, erschütterungssensitive Werkleitungen zu verlegen, Leitungstunnel zu bauen oder Projekte, wie das Tram Bachgraben vom Bau des Zubringers Bachgraben abhängig zu machen. In einer technologieoffenen, schienenlosen Mobilitätsstrategie entstehen viele dieser Konflikte gar nicht erst. Autonome E-Busse oder induktiv geladene Fahrzeuge benötigen keine tiefgreifenden Eingriffe in den Untergrund. Sie lassen sich auf bestehender Infrastruktur betreiben, was nicht nur Bauzeit und Kosten reduziert, sondern auch die Belastung für Anwohnerinnen und Anwohner minimiert. Statt jahrelanger Baustellen mit ungewissem Ausgang könnten wir auf modulare, skalierbare Systeme setzen, diese schrittweise einführen und bei Bedarf anpassen lassen, ohne dass dabei ganze Stadtteile aufgerissen werden müssen.

Die Erschliessung neuer Areale wie klybeckplus ist wichtig, doch statt auf Jahrzehnte festgelegte Trassen zu setzen, sollten wir modulare Mobilitätslösungen nutzen. Autonome Shuttles, Mikromobilität, Mobility Hubs, zentrale Knotenpunkte, an denen verschiedene Verkehrsmittel gebündelt werden, usw. Diese lassen sich frühzeitig und flexibel in Entwicklungsgebiete integrieren und bei Bedarf anpassen. So bleibt die Stadtentwicklung agil und innovationsfähig.

Der politische Beschluss von 2012 war ein Meilenstein für die damalige Zeit, die die KI-Revolution noch nicht vorhersehen konnte. Doch seither hat sich die Welt verändert, technologisch, ökologisch und gesellschaftlich. Es ist legitim und notwendig, getroffene Entscheidungen zu hinterfragen, wenn neue Erkenntnisse und Möglichkeiten vorliegen. Eine Rückweisung bedeutet nicht Stillstand, sondern die Chance auf einen zukunftsfähigen Neustart.

Auch grenzüberschreitende Mobilität lässt sich mit interoperablen E-Bussystemen, also elektrisch betriebenen Bussen, die nahtlos über Kantons- und Landesgrenzen hinweg eingesetzt werden können, digitalen Ticketlösungen und gemeinsamen

Mobilitätsplattformen realisieren. Die Integration mit Weil am Rhein oder Saint-Louis muss nicht zwangsläufig über Trams erfolgen, sondern kann durch flexible emissionsfreie Busverbindungen und digitale Vernetzung ebenso effizient und kostengünstiger erreicht werden.

Deshalb, Frau Keller, die Schienen sind kein Asset, sie sind eine Liability. Die Mobilität der Zukunft ist nicht schienengebunden, sondern vernetzt, flexibel und technologieoffen. Lassen Sie uns den Mut haben, nicht nur in Beton und Stahl zu denken, sondern in Systemen, Daten und Innovationen. Ich bitte Sie deshalb, den Bericht zurückzuweisen und den Weg frei zu machen für eine moderne, nachhaltige und zukunftsorientierte Mobilitätsstrategie für Basel.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Iselin, es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen. Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Adrian Iselin, in von Ihnen zitierten Hamburg wird die Schieneninfrastruktur massiv ausgebaut. Nennen Sie mir bitte ein einziges Beispiel für eine grosse Stadt mit einem leistungsfähigen ÖV ohne Schieneninfrastruktur.

Adrian Iselin (LDP): Ich habe mich für die Vorbereitung ein bisschen kundig gemacht und ein bisschen geschaut, welche Städte auf Schienen setzen und welche eben nicht auf Schienen setzen. Es gibt verschiedenste Beispiele, zum Beispiel Metz hat auch ein Tram mit Induktionsversorgung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Haben Sie das Gefühl, dass bei all dieser Tram-Romantik Ihr Votum irgendwie auf Gehör stossen würde hier drinnen?

Adrian Iselin (LDP): Das ist eine sehr gute Frage. Ich hoffe es schwer, aber ich bin nicht sicher.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Adrian Iselins Votum hat mich sehr gefreut. Ich bin froh, dass auch die LDP-Fraktion für Rückweisung ist, meine Fraktion beantragt Ihnen dies nämlich auch. Und zwar geht es uns ganz konkret um einige dieser Projekte, die wir in dieser Form hier ablehnen und es ist der richtige Zeitpunkt, deshalb auch das Geschäft jetzt an die Regierung zurückzuweisen.

Wir haben es gehört, in diesem Bericht der UVEK, aber auch schon im Bericht des Regierungsrates geht es um konkrete Tramnetzentwicklungen in den kommenden Jahren und heute geht es darum, hier diesen Tramprojekten ein Stoppschild zu zeigen. Das erste Stoppschild betrifft den Margarethenstich. Das, meine Damen und Herren, ist, man muss es nicht anders sagen, gegenüber dem Kanton Baselland fast schon eine Frechheit, was der Regierungsrat hier aus Basel-Stadt Ihnen heute beantragt. Die Stimmbevölkerung des Kantons Baselland, die ja, das ist wohl unbestritten, in erster Linie von dieser neuen Verbindung profitieren würde, hat dieses Projekt abgelehnt.

Aus Kostengründen wird einerseits argumentiert, es ging aber weit über die Frage der Kosten hinaus. Es wurde nämlich auch abgelehnt, und das ist eine Begründung, die auch heute aus meiner Sicht noch sehr korrekt ist, weil es auf dieser Achse von Binningen in die Stadt, wenn das Tram rechts diesen Stich hinauffahren muss, zu einer Stauung kommt. Der Automobilist, der Autoverkehr wird gestaut, weil es eine Hauptstrasse ist, um am Abend aufs Land zu fahren, und dieses Problem wird weiterhin nicht gelöst, wenn wir diesen Margarethenstich nun dort bauen. Das führt zu einer massiven Stauung des Verkehrs. Es führt dazu, dass diese Achse zusätzlich belastet wird, es führt aber auch dazu, dass die Umfahrung, nämlich dann über den Kronenplatz, ein weiterer Weg ist, um aufs Land, um nach Binningen zu kommen, ebenfalls abends noch stärker wie heute, Sie wissen das, die Verhältnisse dort mit Bus Nummer 34, aber auch dem Tram Nummer 2, das ja auch schon vom Bahnhof kommt, sind heute schon relativ schwierig. Auch dort staut es sich jeden Abend, auch dort haben beispielsweise die Sanitätsfahrzeuge heute schon grosse Mühe, bei Einsätzen noch durchzukommen. Dieses Problem wird mit der neuen Auflage des Margarethenstichs nicht gelöst.

Nun hat die Regierung Basel-Stadt natürlich gewusst, dass ein solcher Margarethenstich, wenn er über Baselland finanziert werden müsste, sicher nicht mehrheitsfähig ist und hat dann in einer ganz neuartigen Form der Berechnung festgestellt, dass

ja eigentlich Basel-Stadt dafür bezahlen muss. Nun wird uns das hier so vorgelegt, damit der Kanton Baselland, damit das dortige Parlament, die Stimmbevölkerung gar nichts mehr dazu zu sagen hat, sondern es lediglich noch in der Kompetenz des Baselbieter Regierungsrates liegen kann. Das ist aus meiner Sicht undemokratisch und das ist auch gegenüber dem Baselbieter Stimmvolk äusserst respektlos.

Das Tram Margarethenstich hat aber auch für Basel-Stadt gar keine Vorteile. Es ist eine Tramlinie für das Leimental, das wird beispielsweise auch in der Stellungnahme der Handelskammer sehr klar deutlich. Man muss sich schon die Frage stellen, was das Interesse eines baselstädtischen Steuerzahlers ist, wenn Personen, die nicht in Basel-Stadt ihre Steuern bezahlen, nun rascher in die Stadt kommen können.

Wenn man dann das Argument der Entlastung der Innenstadt anbringen will beim Margarethenstich, dann muss ich sagen, auch das stimmt nicht. Die Tramlinie Nummer 17, die erwähnt wird, fährt nur zu Stosszeiten. Sie entlastet, wenn sie nicht mehr über den Marktplatz fährt, die Innenstadt nicht sonderlich stark. Diese sogenannte grüne Wand bleibt auch ohne gelben 17er weiter bestehen. Was passiert aber, die Tramlinie Nummer 17, die dann über den Bahnhof fahren will, wäre eine weitere Tramverbindung über den Bahnhof. Der Bahnhof ist heute schon von allen Seiten stark belastet mit Tramverbindungen und das wird, wenn wir den 17er ebenfalls noch über diese Route fahren lassen, eben noch viel schlimmer. Auch dort warten Sie heute. Fahren Sie einmal mit dem 8er am Morgen auf den Bahnhof vom Neubadquartier oder auch von der anderen Seite, das wird zu einer Stauung führen und das wird dazu führen, dass die Menschen noch weniger rasch am SBB aufsteigen können.

Deshalb sind wir klar gegen diesen Margarethenstich und ich bitte Sie wirklich, den Volksentscheid aus Baselland heute zu respektieren und deshalb hier auch diese Rückweisung zu unterstützen.

Aber auch die Tramprojekte 30 und dann Bachgraben scheinen uns nicht sonderlich prioritär zu sein. Hier gibt es Möglichkeiten, das hat Adrian Iselin bereits ausgeführt, auch mit anderen Verkehrsideen diese Gebiete zu erschliessen. Das Tram ist kein Instrument der Zukunft. Wenn Sie etwas anderes behaupten, dann sind Sie aus meiner Sicht absolut realitätsfremd. Das Tram ist teuer, es ist unflexibel, wir verbauen Millionen, wenn nicht sogar hunderte von Millionen für die Schieneninfrastruktur. Wir müssen diese Schieneninfrastruktur ständig erneuern, Sie sehen das ja auf den grossen Achsen Steinenberg, Barfüsserplatz. Alle Jahre wieder gibt es dort Infrastrukturarbeiten, das führt zu Umleitungen, das führt aber auch für alle anderen Verkehrsteilnehmer, auch für Velofahrer zu massiven Verzögerungen. Das ist nicht mehr zukunftsgerichtet. Tramlinien sind keine zukunftsgerichtete Mobilitätsform.

Und dann zum Tram Petersgraben und Claragraben. Auch diese Verbindungen sind aus unserer Sicht absolut unnötig. Der Petersgraben mit einem Tram «aufzuwerten» ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Dort reicht die bisherige Anbindung mit dem Bus ausgezeichnet. Wenn Sie diesen Petersgraben umbauen zu einer Tramlinie, werden Sie dort behindertengerechte Tramhaltestellen bauen müssen. Wo wollen Sie diese Tramhaltestellen hinbauen, wenn Sie gleichzeitig dort eine Herbstmesse haben? Sie werden dieses Tram auch während der Herbstmesse mehrere Wochen nicht zu den Stosszeiten über den Petersgraben fahren lassen können. Der Claragraben, auch dort, wo ist das Bedürfnis für dieses Tram? Es gibt es schlicht und ergreifend nicht.

Und schauen Sie sich doch einmal diese Tramlinien an. Es ist eine Mär zu behaupten, dass das Tram flächeneffizient ist, Frau Regierungsrätin Keller. Das mag um 7:30 Uhr morgens und um 17:30 Uhr abends vielleicht für etwa 45 Minuten stimmen, aber die Wahrheit ist doch, dass die allermeisten Tramlinien in der Stadt zwischen 10 Uhr und 16 Uhr praktisch leer sind. Das ist weder flächeneffizient noch irgendwie kostengünstig, im Gegenteil. Die Lösung, um die Innenstadt zu entlasten, ist nicht der Ausbau des Tramnetzes, wie nun auch im Bericht der UVEK, aber auch schon von Frau Regierungsrätin Keller ausgeführt wurde. Die Lösung, um die Innenstadt zu entlasten, ist, dass weniger Trams durch die Innenstadt fahren. Das heisst, wir sollten zum System der Zubringer übergehen, nämlich dass Tramlinien vor der Innenstadt wenden und diejenigen, die durch die Innenstadt fahren, mit einer einzigen oder meinetwegen zwei Tramlinien durch die Innenstadt kommen.

Und Herr Cuénod, Städte wie Hamburg sind einfach nicht mit Basel vergleichbar, es ist in einem kleinen Kanton mit gerade einmal etwa 200’000 Einwohner mit einem Gebiet, das dann, wenn man das Baselland dazu rechnet, auch nicht wesentlich grösser wird, weil derjenige aus Läufelfingen wird das Tram trotzdem nicht benutzen. Es ist nicht so, dass man unbedingt von A nach B immer nur mit einem Tram gehen muss. Es ist zumutbar und es ist vermutlich für den Einzelnen sogar effizienter, wenn derjenigen, diejenigen umsteigt, um in der Innenstadt dann ein anderes Tram nehmen zu können. Das heutige System, wo wir Tramlinien haben, die, Sie sehen es ja, von Allschwil bis nach Riehen fahren müssen, von Tramlinien, die vom Neubad bis nach Deutschland fahren müssen, das ist doch nicht effizient. Auf diesen langen Routen kann etwas passieren, dieses Tram kann nicht ausweichen, ein Bus kann ausweichen.

Sie machen die Innenstadt nicht attraktiver, wenn Sie sagen, wir wollen, dass die Menschen ohne Umsteigen durch die Stadt fahren können. Der Einzelne wird schneller in die Innenstadt kommen können, der Einzelne wird schneller von A nach B kommen können, wenn er vielleicht einmal umsteigen muss und nicht alles mit der gleichen Tramnummer erledigen kann. Das ist auch ein Relikt eines Tram-Fetischismus, den ich nicht nachvollziehen kann, dass man von A nach B in einem Tram fahren muss. Das scheint mir ebenfalls, wie Herr Iselin bei anderen Punkten dieser Tramnetzentwicklung angesprochen hat, eine Idee der Vergangenheit und keine Idee der Zukunft zu sein.

Ich bitte Sie also im Namen meiner Fraktion, diese Ausgabenbewilligung heute an den Regierungsrat zurückzuweisen. Seien Sie sicher, sowohl beim Margarethenstich als auch beim Petersgraben- und dem Claragraben-Tram wird es zu Volksentscheiden kommen. Die Referenden zu diesen drei Projekten sind so gut wie sicher. Ich bin überzeugt, dass es Referenden geben wird, und ich bin überzeugt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung wie beim Erlenmatt-Tram nein sagen wird zu diesem Ausbau von Tramverbindungen, die teuer sind, die nicht nachhaltig sind und die den Tramverkehr oder den ÖV insgesamt nicht schneller machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Joël Thüring, danke für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben jetzt zehn Minuten geredet und gesagt, die Technologie Tram sei nicht mehr zeitgemäss, aber Sie haben nicht gesagt, was denn die Zukunft bringen soll. Sollen das Drohnen werden?

Joël Thüring (SVP): Was die Zukunft bringen wird, wissen wir ja zum Glück alle nicht, aber das Tram ist nicht die Zukunft und für das, was wir in diesem Kanton an ÖV benötigen, reichen aus meiner Sicht auch ganz triviale andere Verkehrsmittel, wie beispielsweise ein Bus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Ja, wir Grünliberalen stehen hinter diesem regierungsrätlichen Bericht. Wir möchten den aktualisierten Plan zum Tramstreckennetz genehmigen sowie für die weitere Planung und die so wichtige Gesamtkoordination der Tramnetzentwicklung Ausgaben in der Höhe von 3,4 Millionen Franken bewilligen. Für uns ist klar, dass aufgrund des erwarteten Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums und den erwarteten steigenden Mobilitätsbedürfnisse eine gezielte Tramentwicklung essentiell ist als Teil eines Gesamtverkehrssystems. Denn Trams können auf Strecken mit grosser Nachfrage in der Agglomeration und der Stadt als äusserst flächeneffizientes Verkehrsmittel rasch grosse Passagiermengen von A nach B befördern und sie erschliessen Entwicklungsareale besser. Und diese geplante Tramnetzentwicklung kann den Tramverkehr verflüssigen, die Innenstadt entlasten und insbesondere ein aus unserer Sicht sehr wichtiger Punkt, diese Tramnetzentwicklung erhöht die Netzflexibilität und die Netzresilienz. Das ist das, was wir brauchen, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Ihr die Trams nicht mögt.

Die Handelskammer beider Basel hat erkannt, wie wichtig die Trams für alle aufgezählten Punkte sind und hat in ihrem Factsheet zu diesem Geschäft dies sehr gut argumentiert. Ein Zitat aus diesem Factsheet zur Margarethenverbindung, das jedoch aus meiner Sicht für das ganze Tramnetz gilt: Der ÖV gewinnt an Attraktivität für Pendelnde mit entsprechender Entlastungswirkung für die Strasse. Meine Damen und Herren, die Ihr Euch immer gezielt für die Flüssigkeit des motorisierten Individualverkehrs stark machen, das ist doch genau das, was Sie möchten und eine attraktivere Innenstadt, das wollen wir doch alle, auch aus unserer Sicht als Grünliberale. Die attraktivere Innenstadt und die Resilienz im Falle von Demonstrationen oder sonstigen Ereignissen erreichen wir zum Beispiel mit dem Tram Petersgraben, Tram 30 und Tram Claragraben.

Wie die Präsidentin der UVEK ausgeführt hat, haben wir in der UVEK alle geplanten Tramverbindungen einzeln unter die Lupe genommen und ja, jede Tramverbindung wird als Ratschlag wieder den politischen Prozess durchlaufen. Bewilligen wir also diesen Kredit für die weitere Planung und insbesondere die so notwendige Gesamtkoordination unseres Tramstreckennetzes.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat das Wort Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ja, wir haben sehr lange auf diesen Bericht warten müssen und nun ist er da und wir sehen, es wurde geplant und geprüft, studiert, überarbeitet, nochmals geprüft und leider auch sehr vieles immer wieder verschoben. Und auch mit dem heutigen Beschluss nehmen wir im Wesentlichen zur Kenntnis, dass intensiv am Tramnetz 2030 gearbeitet wurde. Etwas Greifbares, auf das wir uns freuen, das wir unterstützen, über das wir streiten und das wir gegen Widerstände verteidigen könnten, liegt aber weiterhin nicht vor. Mit grossen Graubereichen lesen wir, das eine Projekt kommt vielleicht im Jahr X, das andere vielleicht im Jahr Y, vorausgesetzt eine neuerliche Überprüfung oder Einsprachen führen nicht zu weiteren Anpassungen der Zeitpläne.

Dieses vorsichtige Herantasten, das kann man gut finden oder eben nicht so. Persönlich und auch als Sprecher der SP-Fraktion würde ich mir ein beherzteres Vorgehen wünschen. Wir zweifeln dabei keinesfalls am Engagement von Regierungsrat oder Verwaltung. Die Widerstände kommen von anderswo, wie wir gerade vorher in den tramfeindlichen und utopischen Voten der LDP und der SVP gehört haben. Aber wer Menschen überzeugen will, der braucht konkrete Projekte und man braucht den Mut zur öffentlichen Debatte, zur Auseinandersetzung und auch zur Überzeugungsarbeit. Im stillen Kämmerlein kommt man irgendwann nicht mehr weiter. Im Gegenteil, die Glaubwürdigkeit leidet sogar, etwa dann, wenn man bei Tram Claragraben ein Projekt zuerst aus dem Aggloprogramm ab und danach wieder neu anmelden muss.

Deshalb, verstehen Sie bitte meine Worte als Ermutigung, lassen Sie die Projekte vom Stapel, unsere Unterstützung haben Sie für jeden Meter Schiene, der neu gebaut werden soll. Und selbst ein mögliches Scheitern, etwa an der Urne, kann ein Schritt nach vorne sein und den Weg für neue Ideen ebnen.

Ich möchte nun noch auf zwei Projekte etwas eingehen. Zum ersten auf die Margarethenverbindung. Da kann ich es kurz machen, wir werden ja dann noch genug Zeit haben, um darüber zu diskutieren, aber die SP erwartet, dass der Ratschlag noch in diesem Jahr vorgelegt wird. Wir konnten es auch in der Zeitung lesen, es verträgt keine weiteren Verzögerungen mehr. Dem können wir uns nur anschliessen. Und ebenfalls möchte ich etwas noch zum Tram Bachgraben sagen. Aus unserer Sicht muss dieses Projekt dringend vorangetrieben werden. Dafür sind wir auch bereit, Verkehrsbehinderungen in Kauf zu nehmen, im Gegensatz zu all jenen, die den ZUBA-Tunnel als zwingende Voraussetzung fordern. Die verpasste frühzeitige Erschliessung des Bachgrabenareals mit einer Tramlinie, das zeigt sich leider auch genau an solchen Forderungen, ist ein fast nicht mehr wieder gut zu machender Fehler, denn nun fahren die Leute mit dem Auto zur Arbeit und diese Autos verstopfen die Strassen. Es wird nun einen mehrfachen Effort brauchen, um inmitten dieses Verkehrs ein Tram zu realisieren und dann die Leute auch noch dazu bringen, dieses zu benutzen. Das soll ein wichtiges Learning für andere Entwicklungsareale sein, namentlich auch für das Klybeckareal.

Die SP stand und steht stets auf der Seite derjenigen, die vorwärtsmachen wollen. Wir sind überzeugt vom Tram als Rückgrat unseres städtischen Nahverkehrs und vom Tramnetz 2030. Wir müssen heute die Schienen bauen, damit wir morgen die Weichen für eine nachhaltige stadtverträgliche und leistungsfähige Mobilität stellen können. Beim Anzug Leuthardt sind wir für Abschreiben, obwohl, viele Vorschläge im Vorstoss sind nachvollziehbar und sinnvoll und die Unterzeichnenden aus allen Fraktionen gaben damit auch ein Bekenntnis zum Tram Petersgraben ab. Aber es macht schlicht keinen Sinn, wenn die UVEK nun weiterhin alle zwei Jahre darüber berichten müsste, bis das Tram Petersgraben gebaut ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Zwischenfragen werden angenommen. Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Wir sind mitten in einer KI-Revolution und das selbstfahrende Auto ist eine Realität. Glauben Sie wirklich, dass öffentliche Verkehrsmittel der Zukunft noch auf Schienen fahren werden?

Jean-Luc Perret (SP): Ja, das glaube ich. Nach meiner Einschätzung ist die KI-Revolution auch noch nicht so weit, dass die ganze Bevölkerung da einfach so problemlos mithalten kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Jean-Luc Perret, Sie haben gesagt, es braucht Mut und es braucht eine öffentliche Debatte. Meinen Sie dabei auch das «Buebetrickli» der Regierung, dass das Baselbiet nicht über das Margarethen-Tram abstimmen darf?

Jean-Luc Perret (SP): Zumindest wir werden die Debatte ja führen, das habe ich schon so gemeint.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Remo Gallacchi.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Ich kann mich kurz halten, weil eigentlich schon fast alles gesagt wurde. Ich möchte nur hier erwähnen, es geht hier ein bisschen schwarz-weiss, entweder für Tram oder gegen Tram. Das möchte ich eigentlich gar nicht dafür- oder dagegenhalten, sondern es geht jetzt darum, zu planen. Wer weiss, was in fünf, was in zehn Jahren ist. Ja, wir haben Trams und das wird auch in 20 Jahren und in 30 Jahren noch so sein und wenn die Regierung jetzt planen will,

dann soll sie planen. Jetzt schon über die einzelnen Projekte zu debattieren, abzulehnen, zu befürworten, halte ich für verfrüht. Ja, man kann über den Claragraben diskutieren, aber auf Grundlage eines Ratschlags, wo dann auch die Öffentlichkeit dazu Stellung nehmen kann.

Ich bin auch überzeugt, dass jeder Ratschlag, ob Bachgraben, Margarethenstich, Claragraben, Petersgraben, dass das eine Volksabstimmung geben wird und ob dann bei den jeweiligen Projekten so parteigetreu abgestimmt wird, mag ich bezweifeln. Es sind immer verschiedene Quartiere davon betroffen, die dann dafür oder dagegen sind. Lassen wir sie jetzt planen, wie gesagt, ob ein Projekt dann wirklich verwirklicht wird, wird hier nochmals diskutiert und kommt vors Volk.

Damit beende ich mein Votum. Die Mitte-EVP-Fraktion befürwortet jetzt diese Planung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Grüne/jgb hat das Wort Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Wir haben jetzt einiges gehört über Zukunftsbilder, die scheinbar ziemlich auseinanderklaffen mit denen, die wir hier in diesem Ratschlag haben. Lassen Sie mich Folgendes dazu sagen. Wir haben jetzt hier einen Vorschlag auf dem Tisch, in dem wirklich das Ziel da ist, dass wir jetzt bis 2030 wirklich vorwärtsmachen und nicht in weiteren Utopien jetzt das Ganze wieder ausbremsen. Wir haben also ein klares Zeitfenster, in dem wir unsere Struktur, die Tramlinienstruktur verbessern und den Fluss der Trams auch verbessern. Hier jetzt nun auf Zukunftstechnologien zu setzen, in einer Zeit, wo wir in Riehen immer noch verzweifelt mit unserem Handy nach einer guten Verbindung suchen, weil es keine anständigen Mobilantennen gibt, das mag für mich interessant sein, aber für den Menschen, der nachher mit dieser Technologie umgehen muss, scheint das mir doch noch in grosser Ferne zu sein. Was wir jetzt brauchen, ist einmal dieses Rückgrat, von dem auch Jean-Luc Perret gut gesprochen hat, in unserem Verkehr und dazu sind die Tramlinien sicher sehr valabel und gehören jetzt auch endlich einmal umgesetzt oder auch diese Struktur mal gefestigt.

Lassen Sie mich vielleicht noch einmal ganz kurz zusammenfassen, um was es eigentlich geht. Wir wollen ganz im Gegensatz zu dem, was Joël Thüring vorhin gesagt hat, mit dieser neuen Struktur auch gerade die Innenstadt entlasten. Wir wollen diese grüne Wand ja entfernen und wollen dafür einen besseren Anschluss auch von den Aussenquartieren an die Bahnhöfe und an die Innenstadt sorgen, ohne die Innenstadt zu überlasten. Und das soll nicht erst in ferner Zukunft sein, sondern ich hoffe sehr, dass in diesem Zeitaspekt von 2030 das wirklich auch zu schaffen ist. Natürlich wird es schwierig, wenn dann ein Referendum das andere jagt, aber das muss trotzdem noch das Ziel sein.

Das eine ist die Entlastung sicher der Innenstadt, das zweite ist sicher ein ganz wichtiger Punkt, das ist die Anbindung der Entwicklungsquartiere, der Entwicklungsareale an die Innenstadt und natürlich auch an unseren Bahnhof und da wissen wir alle, dass da in diesem Gebiet sehr vieles passieren wird, eben auch zur Entlastung des heutigen Bahnhofplatzes. Und hier kommen wir zu dem, was Brigitta Gerber auch gesagt hat zum Tram 30, das hier eine grosse Hilfe sein wird, wo wir dann über den Cityring auch diese Weiterführung der ganzen Personen in die Industrie, in ihre Arbeitsplätze dann bringen und das ist sicher auch etwas sehr Gewünschtes und etwas, das auch in Zukunft sicher einen Vorteil bringt.

Dann weiter. Natürlich haben wir diesen Margarethenstich. Der Margarethenstich, der ist ein Politikum. Da muss ich auch hierzu sagen, wir haben es hier mit einer Abstimmung von 2017 zu tun und seit 2017 haben wir neu eine Mobilitätsstrategie. Wir haben ein Stadtklimakonzept, wir haben eine Biodiversitätsstrategie, wir haben dazwischen noch die Pandemie gehabt. Ich glaube, heute stehen wir 2025 einfach an einem anderen Ort und ich bin nicht so sicher, dass die guten Leimentaler heute immer noch dagegen abstimmen würden. Also auch hier denke ich mir, weitermachen und jetzt hier den Weg freimachen für eine Umsetzung dieses Tramliniennetzes und nicht noch weiter abwarten. Das Volk wird dazu sicher nochmal befragt werden.

Also grundsätzlich findet die Grüne-Fraktion, dass wir diesen Ratschlag genehmigen sollen, damit es etwas vorwärtsgeht, wir klare Bilder von dieser Zukunft Tramliniennetz bekommen und für uns ist das auch ein wichtiger Schritt zu einer nachhaltigen städtischen Entwicklung und auch zur Umsetzung der Mobilitätsstrategie, die wir ja auch auf dem Tisch haben. Dafür die richtige Grundvoraussetzung zu schaffen, das ist eigentlich das Gebot der Stunde und deshalb sind wir sehr für das Akzeptieren dieses Ratschlags.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Bartha, es gibt zwei Zwischenfragen von Herrn Iselin und von Herrn Seiler. Sie werden entgegengenommen.

Adrian Iselin (LDP): Ist es wirklich gescheit, auf einer Grundlage weiter zu arbeiten, die vielleicht 1950 visionär gewesen ist, oder wäre es nicht Zeit für einen Paradigmenwechsel?

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ist es wirklich gescheit, sich auf ein Abenteuer einzulassen, wo wir nicht wissen, wo es uns hinführt, und uns in Abhängigkeiten eventuell zu begeben, von denen wir auch noch nicht wissen, wohin sie uns führen?

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Sie reden immer vom Cityring, die letzte Sammelstrasse für Autos in dieser Stadt und da wollen Sie jetzt Tramschienen drauf bauen. Wie stellen Sie sich die Verkehrssituation während dieser Baustellen für diese Tramschienen dann vor in dieser Stadt?

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ich glaube, die Autobahn wurde abgelehnt, weil man sich eben nicht vorstellen konnte, wie dann die Situation über der Erde während dem Bau aussehen würde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Von Herrn Bartha wechseln wir zu Herrn Barth für die FDP.

Johannes Barth (FDP): Die FDP-Fraktion begrüsst die Stossrichtung des dritten Berichts zur Tramnetzentwicklung grundsätzlich. Der Ausbau des Trams ist ein zentraler Bestandteil einer zukunftsgerichteten flächeneffizienten und klimaverträglichen Mobilität in unserer Stadt. Tramprojekte wie die Margarethenverbindung, der Claragraben oder das Tram Klybeck sind sinnvoll, realisierbar und leisten einen messbaren Beitrag zur Entlastung der Innenstadt und zur Erschliessung von wachsenden Quartieren. Wir unterstützen daher das Anliegen des Regierungsrates, den aktualisierten Ausbauplan zu genehmigen und die Mittel zur weiteren Planung freizugeben. Gleichzeitig erlauben wir uns jedoch einen liberalen kritischen Blick auf die Projektpriorisierung, das Kosten-Nutzenverhältnis und die zeitliche Staffelung.

Das Tram Petersgraben steht in Konkurrenz zu anderen Projekten und wird politisch sehr herausfordernd, wie wir schon mehrfach gehört haben. Der effektive Entlastungseffekt ist begrenzt, gerade im Vergleich zum Tram 30. Hier erwarten wir, dass der konkrete Realisierungsentscheid mit einem aktuellen Kosten-Nutzenabgleich unterlegt wird.

Beim Tram Bachgraben ist die vollständige Abhängigkeit zum ZUBA unbefriedigend. Es kann nicht sein, dass fehlende Strassenprojekte den ÖV-Ausbau blockieren. Wir fordern, dass hier rasch Alternativen geprüft werden, zumal das Arbeitsplatzwachstum im Bachgraben weitergeht und somit natürlich noch mehr Autos dort im Verkehr stehen werden.

Das Tram 30 Grossbasel hat Potenzial, aber der Planungshorizont ist unklar, die Kosten hoch. Hier braucht es einen realistischen Stufenplan und eine nüchterne Nutzenabschätzung. Auch, wie Kollege Seiler gesagt hat, sind die Auswirkungen zum MIV fraglich bzw. sehr bedenklich.

Auch das Tram Grenzacherstrasse, das Tram Dreispitz und weitere Visionen sind zum jetzigen Zeitpunkt eher Wunschkatalog als prioritäre Notwendigkeit. Wir erwarten, dass diese Projekte nur dann weiterverfolgt werden, wenn konkrete Entwicklungen, etwa bei der S-Bahn Solitude, scheitern oder sich neue Chancen ergeben.

Fazit: Wir befürworten die Fortführung der Tramnetzplanung, aber mit Augenmass, Priorisierung und kritischer Prüfung bei jedem einzelnen Umsetzungsschritt. Planungssicherheit ist wichtig, aber politischer Realismus ebenso. Nicht alles, was im Plan steht, muss zwingend gebaut werden, schon gar nicht zum selben Zeitpunkt. In diesem Sinne stimmen wir dem Bericht und der Planungspauschale zu, verbinden dies aber mit einer klaren Erwartung, das Aufwand und Wirkung in einem vertretbaren Verhältnis stehen und dass Basel die richtigen Projekte zur richtigen Zeit realisiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Die BVB ist für mich Pleiten, Pech und Pannen. Das ist das Markenzeichen der BVB. Journalist und Grossrat Eric Weber ordnet ein, hören Sie zu. Es stand in allen Medien, in allen Zeitungen, ständiger Personalwechsel bei der Spitze der BVB und hohe Abfindungen. Das geht nicht, wir zahlen das.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, diese Vergangenheit hat nichts mit der Tramnetzentwicklung des Regierungsrats zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber Sie wissen, was der BVB-Chef gemacht hat, es ist in allen Zeitungen gekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es hat trotzdem nichts mit der Tramnetzentwicklung zu tun. Erster Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zu meinen Vorrednern. Adrian Iselin, er hat sehr gut gesagt, wir sind für den Bus. Adrian Iselin hat eindringlich gewarnt vor Baustellen, auch ich warne vor Baustellen. Basel ist seit meiner Kindheit, seit 61 Jahren eine dauernde Baustelle. Gehen Sie mal nach Osteuropa, dort gibt es eine Baustelle einmal in 100 Jahren, aber nicht wie hier bei uns, jede Strasse jedes Jahr aufgerissen. Joël Thüring hat ganz klar gesagt, Stoppschild ans Tram. Joël Thüring, ich unterstütze Sie und danke Ihnen. Und ich möchte noch einmal die anderen Redner bitten, dass man auf die Vorredner eintritt und nicht nur eine Rede abliest.

Ich bin auch sehr stolz, dass ich mich nachher noch als Musterschüler der BVB erkläre. Joël Thüring, danke für das Stoppschild ans Tram. Das Thema bewegt, die Tribüne ist voll, die Pressebank ist voll, aber Joël Thüring hat gesagt, Stoppschild ans Tram und er hat auch das Wort Tram-Fetischismus gesagt. Ich bin auch gegen das Tram und ich möchte das noch begründen, warum ich gegen das Tram bin. Ich darf in meinem eigenen Interesse reden und ich muss sagen, ich bin gegen den Ausbau des Trams, vor allem in meinem Wahlkreis Kleinbasel. Beim Claragraben braucht es kein Tram. Und ich möchte Ihnen jetzt zum Schluss sagen, warum ich gegen das Tram bin. Ich bin für den Bus, aber nicht, was die Vorredner gesagt haben wegen den Baustellen, ich bin für den Bus, weil man im Bus einfach besser schwarzfahren kann. Ich bin seit 61 Jahren Schwarzfahrer.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es reicht.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich bin ehrlich, ich gehe ehrlich durch die Welt und im Bus kann man das überblicken. Wir reden am Problem vorbei. Es braucht keine neuen Tramlinien, es braucht mehr Service. Ein Vorredner hat richtig gesagt, von 10 Uhr morgens bis um 4 Uhr ist ein Tram leer. Frau Keller, ich möchte Sie bitten, dass auch einmal in der BVB zu besprechen. Das Tram ist morgens leer, ich sehe keine Leute im Tram, aber wenn ich abends am Bahnhof SBB bin, ist das Tram voll und ich habe keinen Sitzplatz. Wie oft habe ich keinen Sitzplatz im Tram oder Bus. Das geht nicht, mehr Verbindungen und darum sagen viele Leute, und das darf man sagen, zahlen Sie kein Billett. Das Tram Nummer 2 geht vom Eglisee über die Mustermesse zum Wettsteinplatz. Das ist gut so, es braucht keinen Bus. Das Tram Nummer 6 kommt von Riehen über die Muba zum Claraplatz. Gut so, das reicht alles, bitte keine neuen Baustellen. Daher beantrage ich als Grossrat Eric Weber Rückweisung und ich beantrage auch als Grossrat Nichteintreten.

Und zum Schluss muss ich noch sagen, ich wollte mich über das Thema informieren. Ich habe 40 Jahre die BVB-Zeitschrift bekommen und ich bin ein Musterschüler, ich bin ein Streber, aber ich kriege die BVB-Zeitschrift nicht mehr. Ich kann mich nicht mehr zum Thema BVB informieren, weil es heisst, die Zeitschrift gibt es nur noch online und wir dürfen wegen den Personalnachrichten die Zeitschrift nicht mehr zur Verfügung stellen. Weil ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, bin ich zur BVB gegangen und habe die Zeitschrift dort eingelesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Sind wir denn so ein Exot, wenn wir das Tramnetz ausbauen wollen? Mit Blick auf andere Städte, Bordeaux, Lyon, Freiburg im Breisgau, Oslo, Toronto oder Sydney, um nur ein paar Beispiele zu nennen, stelle ich fest, dass rund um den Globus viele Städte existieren, die in den letzten Jahren ihre Tramnetze massiv ausgebaut haben oder neue Tramnetze erstellt haben. Und das ist übrigens auch das Beispiel von Metz. Metz ist ein klassisches Beispiel, das in der Euphorie der autogerechten Stadt der 60er-Jahre sein Tramnetz abgeschafft hat und jetzt ein neues System eingeführt hat, bei dem aber natürlich, und das ist eben entscheidend, die Tram-Ersatzfahrzeuge, oder wie auch immer Sie das nennen wollen, nicht im Stau stecken bleiben, sondern ein Eigentrassee haben. Da sind wie in Basel in einer ganz anderen Situation und wer die Realität verändern will, muss die Realität erst einmal akzeptieren und das ist, dass wir ein ausgedehntes Tramnetz haben, dessen Weiterbetrieb aus vielen Gründen sehr sinnvoll ist.

Ich bin eher auf der anderen Seite als viele andere, mir geht es zu wenig schnell vorwärts. Die Abmeldung des Trams Claragraben beim Aggloprogramm war weder für die Glaubwürdigkeit von Basel förderlich, sondern, wie soll man sagen, die Umsetzung bleibt. Es gibt zwar diesen Malus nicht mehr im Aggloprogramm, aber der Stand der Umsetzung bleibt wichtig. Man kann Projekte natürlich abmelden, aber das ist für die Glaubwürdigkeit, wie gesagt, nicht förderlich. Überhaupt scheint

für einige Leute das Agglomerationsprogramm hier ein Fremdwort zu sein. Gut, man kann ja auch der Auffassung sein wie ein Landrat in Baselland, dass es keine Agglomeration Basel gibt, sondern quasi Baselland eine eigene Agglo sei, aber das ist ein anderes Thema.

Es gibt entscheidende Gründe, vor allem für den Margarethenstich und für den Claragraben und in geringem Masse den Petersgraben. Das ist die Tatsache, dass wir den öffentlichen Verkehr schneller machen. Die Hauptschwäche des Tramverkehrs in Basel ist, dass er zu wenig schnell ist und dafür braucht es Umgehungen, auch der Innenstadt. Es ist auch sinnvoll für die Netzstabilität, weil im Fall von Blockierungen der Innenstadt dadurch Trams andere Routen nutzen können. Es ist auch sinnvoll in Kombination mit dem Ausbau der S-Bahn. Und manche dieser Projekte, Margarethenstich ist ein Beispiel, ist das Projekt in der Region mit dem besten Kosten-Nutzenverhältnis, x-fach nachgewiesen und ich bin der Meinung, dass wir weniger mit Klischees und ideologischen Vorurteilen in der Verkehrspolitik hantieren sollten, sondern basierend auf Fakten und Empirie.

Und deswegen sind die Projekte Margarethenstich oder Claragraben alles andere als sekundär. Sie sind für die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Verkehrs in Basel entscheidend. Entscheidend ist übrigens das Argument der Flächeneffizienz nicht um Mitternacht, sondern in den Stosszeiten und deswegen, lieber Joël Thüring, ist es gerade da wichtig, flächeneffiziente Fahrzeuge zu haben.

Nun, jedes Verkehrsprojekt ist schwierig zu vermitteln. Das gilt für Strassenprojekte genauso wie für Tramprojekte. Wenn man den Menschen die Gesamtzusammenhänge näher bringt, kann es helfen. Generell möchte ich sagen, und unabhängig von ideologischen Vorteilen, wir müssen bei der Verkehrsinfrastrukturentwicklung in dieser Region vorwärtsmachen. Insofern bin ich auch sehr dankbar, auch über die differenzierte Stellungnahme der Handelskammer beispielsweise, und ich denke, es ist wichtig, dass wir gemeinsam reden und schauen, dass wir bei der Infrastruktur vorwärtsmachen, nicht nur beim Tram, aber eben auch beim Tram.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Cuénod, es liegt eine Zwischenfrage von David Jenny vor. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Ist der Begriff Agglomerationsprogramm nicht aus zwei Fremdwörtern zusammengesetzt?

Tim Cuénod (SP): Sicher, aber es ist doch ein Vorteil, dass unsere Sprache nicht nur aus urgermanischen Begriffen geprägt ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Eric Weber. Sie wird nicht entgegengenommen.

Eric Weber hat sich für ein zweites Votum gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Tim Cuénod, ich finde, wir sind ein Parlament, wir müssen auch auf die Redner eingehen, aber ich stelle wieder fest, ich bin der einzige Redner, der auf Ihre Rede eingeht und das möchte ich machen. Mein Lieblingspolitiker ist Joël Thüring, er nimmt meine Fragen an, schade, dass Sie meine Frage nicht angenommen haben, aber ich kann mich kurzfassen. Sie haben wortwörtlich gesagt, das Tramnetz soll ausgebaut werden und dann haben Sie irgendwelche Städte im Ausland genannt. Da sind wir uns einig. Aber Tim Cuénod, auch als Gymnasiallehrer haben Sie etwas vergessen. Diese Städte haben eine Weidefläche, diese Städte sind hunderte von Quadratkilometer gross und dort kann man ein Tramnetz in die Weidenfläche bauen. Die Städte, die Sie genannt haben, sind nicht so eng wie Basel und Basel ist eng. Darum haben wir auch den Wettkampf nach Zürich verloren, wir haben keinen Platz für Fernsehstationen, usw. Und ich kann Sie erinnern, unser Flughafen haben wir in Frankreich bauen müssen, weil Basel keinen Platz mehr hatte und das ist eben das Problem.

Wir können Basel nicht zu einer Tramstadt bauen und wir können Basel nicht ständig aufreissen. Ständig wird aufgerissen, überall im Kleinbasel und die Leute ärgert das und ich vertrete hier den Bürger, den Bünzlibürger, der sagt, ich leide unter dem Baulärm. Stellen Sie sich vor, wir machen im Claragraben eine Tramlinie, Sie haben den Claragraben genannt. Jahrelange Baustellen, nach fünf Jahren wird die Schiene, die Sie genannt haben, im Claragraben wieder ausgebessert, weil der Anwohner sagt, es ist zu laut. Ein Bus, ein Elektrobus ist leise. Ich fahre nur den 34er Elektrobus, kein Lärm, kein Tramquietschen. Ich lese Reportagen, die Journalisten schreiben über Basel, dann steht immer, das Tram quietscht.

Und Sie haben selber gesagt, das Tram ist zu wenig schnell. Es gibt Stationen, die ich laufe, weil wir einfach einen Stau haben. Marktplatz, Schifflände, da ist man schneller zu Fuss. Wir haben zu viele Trams. Das Tram kommt nicht zur

Schifflände rein, weil wir einen Rückstau haben beim Marktplatz. Ich bin schneller an der Schifflände zu Fuss und gehe dort in den 34er Bus.

Gut, ich fahre nicht Tram, aber meine Vorredner und auch Sie haben gesagt, im Claragraben braucht es kein Tram. Und Sie haben richtig gesagt, gemeinsam müssen wir das angehen, aber bitte, wenn Sie solche Städte bringen im Ausland, das sind Flächenstädte, grosse Städte, die haben tausend Mal mehr Platz wie Basel und dort kann man eine Tramlinie bauen, durch das Feld, durch den Wald, aber nicht in Basel. Die Leute möchten das nicht mehr und darum muss ich Ihrer Rede widersprechen. Die Mehrheit der Basler will nicht mehr Trams, wir wollen Bus. Und bitte, gehen Sie einmal in sich rein und überlegen Sie das, dass die Mehrheit kein Tram will.

Balz Herter, Grossratspräsident: Adrian Iselin hat sich für ein Einzelvotum gemeldet.

Adrian Iselin (LDP): Es sind sehr verschiedene Visionen da, wie die Zukunft vom öffentlichen Verkehr aussieht. Ich möchte ein Beispiel noch schnell ein bisschen vertieft angehen und das sind diese Midibusse im Schwarmbetrieb. Wenn man sich das vorstellt in zehn Jahren, das selbstfahrende Auto ist eine Realität, ich glaube, dass in spätestens zehn Jahren ein selbstfahrender Bus auch eine Realität ist.

Wenn ich jetzt eine App habe, wo ich sagen kann, ich will ins untere Kleinbasel und der Zweite, der am Barfi steht, der will vielleicht auf Riehen, dann kommen die im Schwarm, fahren dorthin, wo vorher das Tram gewesen ist, dann steigt man in den Wagen ein, den man gesagt hat, dann fahren sie von mir aus im Konvoi über die Wettsteinbrücke und dann schert der eine beim Wettsteinplatz Richtung das untere Kleinbasel aus und der andere geht Richtung Riehen weiter. Und dann haben Sie nicht die fixen Tramhaltestellen, sondern Sie haben eigentlich dort, wo es gerade am nächsten für Sie ist und vielleicht für Ihren Nachbarn und vielleicht für den, der in der Strasse nebenan wohnt, steigen Sie dann aus, das zeigt dann die App alles an, das Billett, usw. ist alles dort integriert. Das Ganze funktioniert so im Stil von Google Maps, ob es dann immer noch Google Maps ist, habe ich keine Ahnung, aber es ist eigentlich relativ klar, dass man den Verkehr umfahren kann. Wenn es einmal eine Demo gibt in der Stadt und man nach Hause will, dann fährt man einmal drumherum und ich glaube, das ist eine Realität, auf die wir zulaufen.

Ich weiss vom Beispiel von Flugzeugen, die selber schon sagen können, welche Teile in Mitleidenschaft gezogen sind aufgrund von Artificial Intelligence, das ist alles interconnected. Man weiss genau, wo das Ersatzteil liegt, dann fliegen Sie nicht den Flughafen A an, sondern Sie fliegen den Flughafen B an und haben gerade noch den Time-Slot gebucht, wo es dann repariert wird.

Das ist die Realität, die heute schon da ist. Das ist nicht etwas, das nur eine Vision ist und darum glaube ich, dass unsere Kinder die Schienen, die wir jetzt verlegen, wir reissen die ganzen Strassen auf, graue Energie, wird immer wieder geredet, bauen dort wieder Stahl hinein, für dass wir es dann in 20 Jahren oder in 30 Jahren wieder aufreissen, um es wieder herauszunehmen. Also da habe ich irgendwie einfach das Gefühl, dass wir da absolut null in der heutigen Zeit leben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Iselin, es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Sie wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Adrian Iselin, es gibt ja neue Messeformate, die sich grosser Beliebtheit erfreuen, wie die Fantasy. Brauchen wir eine solche auch im Verkehrsbereich, fehlt es uns hier an Fantasie?

Adrian Iselin (LDP): Nein, Tim Cuénod, gehen Sie vielleicht nur einmal auf San Francisco und schauen Sie die selbstfahrenden Fahrzeuge an und dann wissen Sie, von was ich rede.

Balz Herter, Grossratspräsident: Raoul Furlano hat auch eine Zwischenfrage, Herr Iselin. Nächste Zwischenfrage von Herrn Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Adrian Iselin, finden Sie auch, im Kanton Basel-Stadt, wo wir sonst wirklich in vielen Angelegenheiten sehr innovativ sind, dass wir in Verkehrsfragen am Ende des Schwänzchens sind, also nicht innovativ sind?

Adrian Iselin (LDP): Absolut, wir sind mit Visionen von 1950 unterwegs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es war, wie zu erwarten war, eine sehr lebhafte Debatte. Vielen herzlichen Dank. Ich möchte gerade nochmal auf die Frage eingehen bezüglich der neuen Technologien. Auch ich denke, dass Shared Mobility und autonome Fahrzeuge eine Zukunft haben, natürlich, aber, und das ist das grosse aber, das wichtige aber, nicht primär in grossen dichten Städten, denn wir haben nicht Platz für tausende autonome Fahrzeuge, die zum Teil schlecht ausgelastet sind. Sie sind kein Ersatz, diese Gefässe für eben die grossen Gefässe. Autonome Minibusse werden im Moment getestet und wo? In Zürich, in einem wenig dichtbesiedelten Gebiet, wo es eben sinnvoll ist, auch on demand die Leute abzuholen. Dort machen solche Gefässe Sinn, wo es wenige Passagiere gibt, aber nicht, wenn die Nachfrage hoch ist.

Dann, was ist der Vorteil von Bussen in Schwärmen. Ich sehe den Vorteil nicht, für mich klingt das äusserst chaotisch. Und wenn Sie sagen, die Schiene hat den Nachteil, dass wir diese sanieren müssen, wenn Sie natürlich viel häufiger auf der Strasse unterwegs sind, müssen Sie die Strasse genauso mehr sanieren. Also ich denke, die Schiene ist da wirklich etwas sehr widerstandsfähiges und deshalb auch etwas zukunftsfähiges, auch an dicht befahrenen Abschnitten. Gehen Sie morgens um 7 Uhr zum Bahnhof und schauen Sie, wie viele Leute mit den Trämli transportiert werden. Da brauchen Sie kein On-Demand-Angebot, da brauchen Sie keine autonomen Fahrzeuge, da brauchen Sie einfach grosse Gefässe, die schnell diese Leute wegbringen, von der S-Bahn rein in die Stadt.

Und ja, Herr Thüring, natürlich richten wir die Trams respektiv die Kapazitäten auf die Spitzenzeiten aus. Der Bund macht genau das gleiche. Die Autobahnabschnitte werden nicht geplant für Sonntag, 10 Uhr morgens, sondern für die Stosszeiten. Das ist auch immer das Argument der Wirtschaft, dass eben die Menschen rechtzeitig zu den Arbeitsplätzen kommen sollen. Deshalb ja, wir richten unsere Transportinfrastruktur auf die Stosszeiten aus, das ist so und es gibt auch Versuche, diese Stosszeiten noch zu glätten, aber das ist nicht ganz so einfach.

Dann nochmal zum Tramnetz 2030. Das ist ja nicht ein flächiger Ausbau, den wir hier vorhaben. Es ist wirklich das gezielte Schliessen von Lücken heute, damit wir eben schneller werden, damit wir flexibel werden. Und ja, Verkehrsplanungen müssen wir grenzüberschreitend angehen, deshalb auch die Zusammenarbeit mit der Baselbieter Regierung rund um die Margarethenverbindung, denn das ist ein wichtiger Schlüssel, um gerade im Leimental für viele Leute den Umstieg attraktiver zu machen vom heute Auto, das unter anderem das Gundeli belastet, viele Autos, Menschen, die Angehörige am Bahnhof abholen. Das ist wirklich eine starke Verkehrsbelastung für das Gundeli, die wir künftig besser lösen können mit dieser Margarethenverbindung.

Ich darf wirklich nochmal am Schluss sagen, wir haben eine Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Wir können heute nicht auf Technologien setzen, die sich noch in Testphasen befinden, von denen wir nicht wissen, ob und wann sie kommen. Wir müssen heute investieren. Wir wissen, wie lange diese Planungs- und Bauzeiten sind und wir werden, ich wiederhole es nochmal, in den 30er-Jahren einen starken Anstieg an Wohnungen und Arbeitsplätzen sehen und das können wir mit dem heutigen Verkehrssystem alleine nicht bewältigen. Ich hoffe, dass wir heute doch eine grosse Mehrheit hier drin davon überzeugen konnten, dass das Trämli eine gute Investition in die Zukunft ist, und ich würde mich wirklich freuen, wenn Sie hier den nötigen Rückenwind uns geben würden, damit wir in der Planung weitermachen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der Regiokommission verzichtet. Somit geht das Wort an Raffaela Hanauer für die UVEK.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Es liegen zwei Rückweisungsanträge vor, die jeweils unterschiedlich begründet wurden. Ich möchte hier darauf hinweisen, die Rückweisungsanträge wurden in der UVEK nicht gestellt. Der erste Rückweisungsantrag wurde gestellt im Hinblick auf neue Mobilitätsformen. Hier möchte ich gerne zuerst darauf eingehen.

Es wurde gesagt, dass wir gleichviel Kapazitäten hätten, wenn wir das mit Bussen oder anderen Angeboten machen würden. Die UVEK hat insbesondere das Thema zu den Bussen abgeklärt. Pro Tag werden heute in Basel 400’000 Passagiere transportiert. 70 Prozent davon werden heute mit dem Tram transportiert. Das bedeutet, es sind enorm viele Passagiere, die transportiert werden müssen und wollen und Busse haben nicht dieselbe Kapazität. Der Längste auf dem Markt verfügbare Bus ist 24 Meter lang. Unsere Trams sind 42 Meter lang, Sie können sich da die Kapazitätsvergleiche ausdenken.

Nun zu den Passagierzahlen, die Passagiere über On-Demand-Angebote zu transportieren. Auch wir haben bereits Erfahrungen gesammelt mit On-Demand-Angeboten, zum Beispiel mit Mobilisk, dem Angebot, welches im Nachtnetz testweise versucht wurde, dort nicht autonom, sondern mit einer Person, die tatsächlich hinter dem Steuer sitzt. Die Bilanz können Sie dem Ratschlag zum ÖV-Programm teilweise entnehmen, es gibt aber auch im Web Informationen zu diesem Angebot Mobilisk. Schlussendlich, wenn wir diese 400’000 Passagiere transportieren wollen mit einzelnen kleineren Ruf-

Bussen, dann wird das sehr teuer werden. Die BVB hat sodann auch das Nachtnetz ausgebaut auf den Tram- und Buslinien anstelle von einer flächendeckenden Fortführung von Mobilisk.

Nun zur Flexibilität bei Veranstaltungen in der Innenstadt, die vielleicht mit anderen Mobilitätslösungen besser gewährleistet werden könnte. Ja, die Flexibilität bei Veranstaltungen in der Innenstadt, die muss erhöht werden. Das sieht auch die UVEK-Mehrheit so und dazu sind eben Lückenschliessungen im Tramnetzausbauplan vorgesehen, die neue Umleitungen und neue Linienführungen möglich machen würden.

Nun zum zweiten Rückweisungsantrag, der begründet wurde vor allem mit der Ablehnung zur Margarethenverbindung. Die UVEK ist sich bewusst, dass insbesondere die Finanzierung dieses Projektes zu Diskussionen führen wird und hat dies auch in ihrem Bericht so vermerkt. Die UVEK möchte diese Debatte führen, wenn der Ratschlag dann da ist, was ja, wie Frau Keller bereits gesagt hat, bereits dieses Jahr der Fall sein wird. Auch der Petersgraben und der Claragraben werden bald kommen. Dies entnimmt man der Abbildung im Bericht. Die UVEK wünscht sich, die einzelnen Projekte fundiert zu debattieren. Der Abbildung 2 im Bericht, auf die ich jetzt schon mehrfach verwiesen habe, ist zu entnehmen, dass die Planungsarbeiten zu all diesen drei Tramausbauprojekten bereits so gut wie fertig geleistet sind. Dort entnehmen Sie auch, wie viele Studien bereits gemacht wurden. Dem möchte die UVEK gerecht werden, indem wir uns nun auch als einen nächsten Schritt die Ratschläge anschauen. Ich möchte nochmals betonen, alle Projekte finden eine deutliche Mehrheit.

Die Margarethenverbindung hat das höchste Verlagerungspotenzial für Pendelnde, die heute noch mit dem Auto unterwegs sind. Dass die zuständige Regierungsrätin Frau Esther Keller versprochen hat soeben in ihrem ersten Votum, die Margarethenverbindung noch dieses Jahr vorzulegen, nehme ich erfreut zur Kenntnis. Die UVEK hat separate, aber gleichzeitig auch zügige Beratungen der eigentlich fertigen Projekte in ihrem Bericht empfohlen und ich nehme ihm Namen der UVEK daher gerne entgegen, dass unsere Empfehlung bereits heute Früchte trägt.

Abschliessend möchte ich noch betonen, die Stimmung in der UVEK ist klar. Alle 14 Ausbauprojekte finden eine deutliche Mehrheit. Das bedeutet auch, es ist ein klares Bekenntnis für das Tram und für den Tramausbau. Der Wunsch nach Beschleunigung dieses Ausbaus ist auch in der UVEK weitverbreitet und die UVEK hat auch in ihrem Bericht darauf hingewiesen, dass 330 Millionen Franken bereits bereit liegen in einer Rahmenausgabenbewilligung für alle diese Projekte. Diese sind seit 2012 bereit, seit der Beratung zur Tram-Initiative, und warten seit 13 Jahren abgeholt zu werden.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der UVEK-Mehrheit, dem Beschlussantrag der UVEK zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir stimmen zuerst darüber ab.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer Nichteintreten will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006657, 04.06.25 10:37:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

Eintreten

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Rückweisung wurde beantragt durch Adrian Iselin und Joël Thüring. Sie beantragen Ihnen, diesen an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

24 Ja, 68 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006658, 04.06.25 10:38:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 68 Nein-Stimmen gegen 24 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 17 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Genehmigung Plan Tramstreckennetz

2. Bewilligung Ausgaben für die weitere Planung

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006660, 04.06.25 10:39:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Grosse Rat genehmigt den aktualisierten Plan zum Tramstreckennetz (siehe Anhang).

2. Der Grosse Rat bewilligt für die weitere Planung und Gesamtkoordination der Tramnetzentwicklung Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 3'400’000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Planungspauschale.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 69 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

3.1. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innerstadt – für alle (ohne Doppelhaltestellen und ohne Tram-/Velo-Konflikte – dank cleveren Verkehrsmassnahmen), Bericht der UVEK

[04.06.25 10:39:32, 18.5254.07]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, den Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innenstadt für alle als erledigt abzuschreiben.

Die Kommissionspräsidentin verzichtet auf ein Votum, es liegen keine Wortmeldungen vor.

Brigitta Gerber beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreibung gemäss Antrag UVEK, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006662, 04.06.25 10:40:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 87 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

4. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK

[04.06.25 10:40:39, 23.1670.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die WAK beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 8. März 2026 zu verlängern.

Das Wort hat der Kommissionsvizepräsident Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Die WAK hat in der letzten Legislatur nicht so viele Geschäfte behandeln müssen und ist auch ab und zu ausgefallen. Das ist jetzt nicht der Fall, sondern wir haben sehr viel zu tun. Das Standortpaket hat uns sehr beschäftigt, aber auch andere Geschäfte und darum sind wir hier einfach noch nicht so weit und bitten darum nochmals um eine Fristverlängerung, natürlich in Absprache mit dem Initiativkomitee oder mit der Einwilligung des Initiativkomitees.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 2 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006664, 04.06.25 10:42:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung über die kantonale Volksinitiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» wird bis zum 8. März 2026 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme und die Frist verlängert.

5. Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

[04.06.25 10:42:31, 23.1354.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die dringliche Behandlung heute Morgen beschlossen. Die BRK beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratene Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.

Ihnen wurde ein neuer Beschluss ausgeteilt, da in II. der Abschnitt für einen eventualen Rückzug der Initiative gefehlt hat.

Das Wort geht an den Präsidenten der BRK, Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Heute beschäftigen wir uns mit zwei eng miteinander verknüpften Fragen. Zum einen mit dem Projektierungskredit für ein neues 50-Meter-Hallenbad auf dem Areal des heutigen Musical Theaters, zum anderen mit der politischen Forderung nach dem Erhalt genau dieses Gebäudes als Musical und Kulturspielstätte. Beide Anliegen haben für sich genommen ein starkes öffentliches Interesse ausgelöst und stehen in einem Zielkonflikt, welcher die vorberatende Bau- und Raumplanungskommission zu lösen versuchte.

Die Regierung beantragt mit dem Ratschlag einen Kredit von insgesamt 7 Millionen Franken. Ziel ist die Projektierung eines Hallenbads mit einem 50-Meter-Becken. Der Standort, das Areal der einzigen Messehalle mit dem eingebauten Musical Theater, wurde im Rahmen einer Standortevaluation als geeignet bezeichnet. Das Grundstück gehört dem Kanton ist sofort verfügbar, zentral gelegen und gut erschlossen. Gleichzeitig liegt eine kantonale Volksinitiative mit dem Titel «Erhalt des Musical Theaters Basel» vor. Diese verlangt, dass das Gebäude weiterhin als Musical und Konzerthaus geschützt wird.

Die Bau- und Raumplanungskommission hat beide Geschäfte gemeinsam behandelt, weil sie aus planerischer und politischer Sicht untrennbar miteinander verbunden sind. Ich werde die beiden Geschäfte und die Berichte der BRK getrennt voneinander vorstellen, beginnend mit der Betrachtung zur Initiative zum Erhalt des Musical Theaters, welche zuerst traktandiert ist.

In einer frühen Phase der Beratung hat die Kommission eine Konsultativabstimmung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass eine Mehrheit dem vollständigen Abbruch des Gebäudes Musical Theaters kritisch gegenübersteht. In der Folge hat sich die Kommission vertieft mit dem Zustand der Bausubstanz auseinandergesetzt. Eine Besichtigung vor Ort hat ergeben, das Gebäude ist im baulich besseren Zustand, als es der Ratschlag vermuten lässt. Es handelt sich um eine sogenannte Haus-im-Haus-Konstruktion, eingebaut 1995 in die ehemalige Messehalle aus den 1950er-Jahren. Die Struktur ist klar, das Dachtragwerk stabil, grosse Teile der Haustechnik sind intakt oder mit vertretbarem Aufwand sanierbar. Der Erhalt der Fassade ist baulich gut möglich und das Dach könnte instandgesetzt oder erneuert werden. Auch externe Fachleute,

darunter ein Bauingenieur sowie Personen mit Erfahrung im Kulturbetrieb, haben diesen Eindruck bestätigt. Zudem ist das Gebäude im ISOS-Inventar, Inventar schützenswerter Ortsbilder der Schweiz mit dem Erhaltungsziel angeführt. Ein Punkt, der im Ratschlag eher beiläufig behandelt wurde. Dies spricht für eine gewisse architektonische und städteräumliche Bedeutung, die bei einem Totalumbau oder Abriss berücksichtigt werden muss.

Parallel zur baulichen Frage stellt sich für die Kommission die Frage der Nutzung, denn ein reiner Erhalt aus Prinzip des Gebäudes reicht nicht. Entscheidend ist, ob es ein tragfähiges Nutzungskonzept gibt, sowohl inhaltlich wie wirtschaftlich. Dazu hat die Kommission eine Subkommission eingesetzt, welche auch Gespräche mit potenziellen Betreibern und Veranstaltern führte. Das Ergebnis war differenziert. Ja, es gibt grundsätzlich Interesse an einem weitergeführten Musical-, Konzert- und Veranstaltungsort am Standort Basel. Der Kommission wurde mitgeteilt, dass wenn man das Gebäude abreisst, man in wenigen Jahren wieder ein Haus in dieser Grösse und Ausstattung bauen müsste, da es ein Bedürfnis ist, das wachse. Die Angehörten meinten aber auch, dass das Interesse nur bei realistischen betrieblichen und finanziellen Bedingungen bestehe. Zudem ziehen Musicals Menschen von weit über der Region an und sind insbesondere für eine Basler Bevölkerungsgruppe, welche aus dem angelsächsischen Kulturraum kommt, ein Bedürfnis.

Die Kommission hat früh entschieden, dass man keine starren Vorgaben machen möchte, die sich dann in der Praxis nicht umsetzen lassen. Der Staat soll die bauliche und konzeptionelle Entwicklung unterstützen, aber nicht selbst Betreiber werden. Das war ein breiter Konsens in der Kommission. Man möchte keine Kaserne 2.0, keine Situation, in der der Kanton einen Kulturbetrieb führen oder mit Subventionen dauerhaft stützen muss.

In einem ersten Entwurf wurde ein sehr umfassender Gegenvorschlag diskutiert. Dieser enthielt Vorschläge zur besseren Erschliessung des Hauses, ein öffentlich zugängliches Foyer mit Gastronomieangebote für das Quartier, kostengünstige Spieltage für lokale Vereine, Proberäume und Bildungsangebote. Ziel war es, das Haus stärker im Quartier zu verankern und das Potenzial der Liegenschaft besser zu nutzen. Denn heute ist das Gebäude, das wurde auch durch die Betreiber bestätigt, untergenutzt. Die Anzahl Spieltage ist tief, die Räumlichkeiten sind tagsüber oft leer, Synergien mit anderen Nutzungen bestehen kaum.

Im Verlauf der Beratungen wurde der Gegenvorschlag redimensioniert und auf das Wesentliche konzentriert. Zu viele Auflagen wurden als Risiko eingestuft, dass sich kein künftiger Nutzer finden lässt. Folglich schlägt die Kommission vor, dass die Regierung eine Ausschreibung für ein Musical- und Konzerthaus erarbeitet, die baulich auf dem bestehenden Gebäude aufbaut. Die Projektierung soll im Rahmen eines Baurechtsmodells erfolgen, der Kanton bleibt Eigentümer, überträgt aber die Entwicklung und den Betrieb einem Dritten. Dadurch soll die Immobilie im Finanzvermögen verbleiben, was die Verwaltung auch ausdrücklich wünschte und damit auch die rechtliche Zulässigkeit zusicherte. Gleichzeitig kann über vertragliche Vereinbarungen die Zweckbindung gesichert werden. Als Anschubfinanzierung soll ein zweckgebundener Investitionsbetrag für die Sanierung von 15 Millionen durch den Kanton erfolgen. Das schafft Planungssicherheit für den Kanton, für künftige Betreiber und für das Quartier. Dieses Vorgehen erlaubt es auch, mehrere Szenarien offen zu prüfen. Eine rein kulturelle Nutzung, eine Kombination mit Gastronomie, Zwischennutzung, Eventbetrieb oder modulare Raumkonzepte.

Inhaltlich stützt sich die Kommission auf mehrere zentrale Argumente. Erstens erfüllt das Musical Theater Basel einen klaren kulturellen Bedarf. Die Spielstätte mit ihrem professionellen Bühnenturm und dem grossen Zuschauerraum ist für Musicals, Tourneetheater, Konzerte und grössere Veranstaltungen hervorragend geeignet. In Basel gibt es keine vergleichbare Infrastruktur in dieser Grössenordnung. Das Musical Theater schliesst also eine Lücke zwischen dem Stadtcasino, dem Theater Basel und der St. Jakobshalle.

Zweitens wird die bauliche und wirtschaftliche Ausgangslage aus Sicht der Kommission im Ratschlag nicht vollständig oder verzerrt dargestellt. Der erwähnte Investitionsbedarf von 58 bis 90 Millionen Franken für eine Sanierung basiert auf modellhaften Durchschnittswerten pro Kubikmeter, wie sie bei der Sanierung des deutlich komplexeren und älteren Theater Basels angewandt wurden. Der tatsächliche Zustand des Gebäudes, wie er bei der Besichtigung durch die Kommission und nach Aussagen aus der Fachwelt ersichtlich wurde, ist deutlich besser. Die Aussenhülle, das Dachtragwerk und zentrale technische Anlagen sind in grossen Teilen intakt oder mit vertretbarem Aufwand instand zu setzen. Zudem handelt es sich um eine sogenannte Haus-im-Haus-Konstruktion, die grundsätzlich statisch und funktional gut getrennt ist.

Drittens zeigt sich, dass der Betrieb des Musical Theaters bislang wirtschaftlich tragbar war. Die Mietzinseinnahmen decken die Betriebs- und Energiekosten. Gemäss den Zahlen des Ratschlags waren auch Zinszahlungen und Rückstellungen für grössere Investitionen möglich gewesen im Umfang von bis zu 750’000 Franken jährlich. Es handelt sich somit nicht um einen klassischen Sanierungsfall, sondern um einen nutzbaren Kulturstandort mit Entwicklungspotenzial.

Viertens wird das bestehende Nutzungspotenzial heute bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Anzahl der Veranstaltungstage liegt deutlich unter dem möglichen Maximum. Weitere Nutzungen, etwa in Form von Gastronomie, kultureller Bildung oder Zwischennutzungen im Tagesbetrieb, wären ohne grundlegende bauliche Eingriffe denkbar. Das Musical Theater könnte sich so zu einem durchlässigen und vielseitigen Begegnungsort entwickeln, auch für das Quartier.

Fünftens ist auch der ökologische Aspekt zu berücksichtigen. Der vollständige Abriss des Gebäudes würde erhebliche Mengen an grauer Energie vernichten. Die Machbarkeitsstudie des Regierungsrats selbst zeigt auf, dass bei beiden Varianten, Einbau oder Neubau, rund 6'500 Tonnen CO_2 Äquivalente anfallen würden. Die ökologische Bilanz ist damit praktisch gleich, der Unterschied liegt allein in der Eingriffstiefe. Für die Kommissionsmehrheit überwiegen deshalb die Argumente zugunsten eines differenzierten Umgangs mit dem Bestand.

Die Kommission hat in der Schlussabstimmung mit 9 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung dem Gegenvorschlag zugestimmt. Die Minderheit spricht sich für das ursprüngliche Anliegen der Regierung aus, insbesondere mit Blick auf den grossen Bedarf an gedeckten Wasserflächen, den Druck aus der Bevölkerung und die gute Erreichbarkeit des Standorts. Diese Argumente sind legitim und wurden in der Kommission eingehend diskutiert. Die Mehrheit kommt jedoch zum Schluss, dass die Prioritätensetzung in dieser Form nicht zielführend ist, zumal es bei der Frage des Hallenbads nicht um das ob, sondern um das wo geht. Dieses Thema wird im nächsten Geschäft vertieft behandelt.

Ein letzter Punkt betrifft das Referendum. Die Mehrheit der Kommission hat sich nach einer längeren Debatte gegen ein obligatorisches Referendum ausgesprochen, und zwar mit 7 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Dies aus folgenden Punkten: Die Kommissionsarbeit war intensiv, sachlich und breit abgestützt. Das Vertrauen sollten wir uns als Parlament selbst zugestehen. Zweitens wollen wir nicht, dass Sport und Kultur gegeneinander ausgespielt werden. Drittens, die Situation braucht endlich Rechtssicherheit für Musical, Hallenbad und Bevölkerung. Ein fakultatives Referendum bleibt möglich. Es ist ein starkes, demokratisches Instrument, das jedem offensteht, der die Vorlage grundsätzlich bekämpfen möchte. Letztlich wollte die Kommission eine Eintragung in das Kulturfördergesetz mit dem Gegenvorschlag vermeiden, was mit einer Abstimmung wiederum zum Thema wird. Ausserdem wird es der Bevölkerung schwer zu vermitteln sein, wo der Unterschied zwischen dem Initiativtext und dem sehr nahe gelegenen Gegenvorschlag liege.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Sie im Namen der Kommission, dem Gegenvorschlag zuzustimmen und auf ein obligatorisches Referendum zu verzichten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Mathys. Sie wird entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Herr Hug, ich habe eine Zwischenfrage zu Ihrer Aussage. Sie haben ja darüber gesprochen, dass die Kommission die Interessen möglicher künftiger Baurechtsnehmer*innen abgeklärt habe. Wieso gibt es keine Aussage der Kommission zum ursprünglichen Wunsch des heutigen Betreibers, frühzeitig aus dem Vertrag entlassen zu werden?

Michael Hug (LDP): Diese Frage wurde nicht zentral diskutiert, aber unserem Vernehmen nach wurde die Aussage gemacht, dass der jetzige Betreiber auch gerne weiterhin in diesem Musical Theater Betreiber sein wolle.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Regierung ist überzeugt, dass die Konsequenzen, wenn Sie dem Gegenvorschlag der BRK folgen, folgende sein werden: Die Eröffnung eines Hallenbades von 50 Metern wird um mehrere Jahre verzögert und betreffend dem Musical-Gebäude wird es zwar eine dritte Chance erhalten, aber wir werden uns spätestens in zehn Jahren hier wieder treffen, wenn es nicht gut kommt, dann frühestens bereits nach erfolgloser Ausschreibung.

Ein anderer wichtiger Grundsatz ist, das Hallenbad verdrängt das Musical Theater nicht. Der Grund, warum wir diesen Vorschlag gemacht haben, lag nicht darin, dass wir gedacht haben, das ist der einzig mögliche Standort, sondern weil zwei Dinge zusammengekommen sind. Der Bedarf an gedeckten Wasserflächen, ich glaube, das ist unbestritten, und die fehlende Wirtschaftlichkeit des Musical-Betriebs. Sie werden heute entscheiden müssen, ob Sie nochmal einen Versuch starten möchten. Ich kann mich nur auf die Fachleute und die Vergangenheit verlassen und bei aller Erfahrung, die wir haben, ist der Betrieb, so wie er jetzt aufgestellt ist, nicht wirtschaftlich. Der Regierungsrat hat entschieden, dass er zurzeit keine gesetzliche Grundlage hat, um Steuergelder zu benutzen, um den Betrieb wirtschaftlich zu ermöglichen. Das ist eine Aufgabe, die Sie selbstverständlich geben können, aber die besteht im Moment nicht.

Die Einschätzungen über den Sanierungsbedarf gehen auseinander. Ich bin selbst nicht Fachperson, ich kann nicht durch das Gebäude gehen, das anschauen und dann einschätzen, das kann ich nicht. Wir haben Fachleute gefragt, wir haben selber Fachleute im Kanton und die haben einen erheblichen Sanierungsbedarf festgestellt. Ich bin aber überzeugt davon, dass jemand nicht vom Kanton es günstiger machen wird, weil er weniger machen muss. Das glaube ich schon, das sehen wir immer wieder. Wenn der Staat baut, dann ist es so, dann muss alles verheben, dann sind auch die Wünsche an uns immer speziell gross, weil alle das Gefühl haben, wir haben zu viel Geld. Aber das ist so, das glaube ich Ihnen schon, ich

glaube, ein Privater kann das etwas günstiger machen und die Kunden müssen das dann auch hinnehmen. Bei uns wäre das schwieriger. Wir glauben aber nicht, dass es mit diesen 15 Millionen Investitionsbedarf reichen wird, vielleicht für ein paar Jahre, aber wir sind einer anderen Überzeugung. Aber man kann das auch nochmal ausprobieren, wenn Sie das möchten, kann man selbstverständlich.

Wir haben also geprüft, was machen wir mit dem Gebäude. Für uns ist es schwierig, weil wir in vielen Punkten der Geheimhaltung unterstehen. Wir dürfen nicht über alles reden, das macht es immer sehr schwierig für uns. Wenn wir Verträge haben mit Privaten, die uns dann etwas anderes sagen oder im Vertrag etwas anderes steht, als sie nach aussen kommunizieren, das macht die Situation für uns nicht einfach. Zudem ist es schwierig, da das kommerzielle Betreiber sind. Wir haben keinen Einblick in ihre Geschäftsbücher. Das ist nicht wie bei einem Theater Basel, dort sehen wir alles, dort haben wir Einblick. Bei Privaten wissen wir das nicht und wenn wir es wüssten, weil sie vielleicht Corona-Härtefallgelder beantragt haben, dürfen wir es nicht sagen, sind dort also auch gebunden. Das macht es für uns schwierig. Daher besteht ja eine Möglichkeit, dass die Kommission recht hat und das absolut gut funktionierend wird, dass diese 15 Millionen ausreichen, das mag ja sein. Ich möchte Ihnen wirklich sagen, wir haben einen blinden Fleck, den konnten wir nicht ausmerzen, das können wir nicht ändern.

Wir hätten die Option gehabt, wir hätten die Halle selber betreiben können. Sanieren, selber betreiben. Das wollte der Regierungsrat auch nicht, wir haben schon die Joggelihalle. Wir sind der Überzeugung, dass die Auslastung der Halle im Kanton Basel-Stadt zu gering ist. Das ist unsere Rückmeldung, ausser das Theater Basel-Stadt, dort wird anscheinend die Bühne sehr häufig gebraucht, die ist ausgelastet. Bei den anderen ist das nicht so. Also wollen wir jetzt nochmal ein Betrieb selber führen, der müsste ja dann kostengünstig sein, das würde dann andere Betreiber konkurrenzieren, wie das Stadtcasino, das finden Sie vielleicht auch nicht so toll. Ja, das wäre eine Überlegung, das wollten wir nicht machen, fanden wir, ist jetzt auch nicht wieder die Aufgabe als Staat, eine weitere Halle selber zu betreiben.

Daher kam dann der Gedanke, es wäre ja eine Möglichkeit, etwas anderes zu machen an diesem Ort. Ich finde diese Backsteinmauern sehr imposant, ich bin dort 50 Meter weiter aufgewachsen. Ich finde das Gebäude von aussen sehr eindrücklich und mir gefällt es. Daher war die Idee zu prüfen, kann man etwas machen, dass man diese Wände stehen lassen kann. Das wäre bei einer Wohnnutzung wohl nicht möglich, ausser man ist gerne im Dunkeln. Das war dann auch noch ein Mitgrund zu prüfen, den Einbau zu machen. Wir gehen davon aus, es ist möglich, wir wollten einfach der Kommission beide Varianten geben.

All diese Überlegungen haben dann zusammengespielt und wir kamen am Schluss zum Fazit, dass das doch sinnvoll wäre. Und ich muss Ihnen schon sagen, wenn man dort aufgewachsen ist, das ist wirklich ein Ort oder eher ein Unort, der wird jetzt zwar langsam aufgewertet mit dem Erlenmatt, das merkt man, aber da gab es nichts. Es gab nichts für Kinder, es gab nichts für die Bevölkerung, Gastronomie, ja, ich höre, die Nutzung von Gastronomie, wie toll. Sie können mal schauen, wie viele Restaurants dauernd zu gehen in diesem Bereich, es ist nicht einfach. Sie haben sehr wenig Betrieb, Sie haben wenig Laufkundschaft, es ist auch im Bereich Messe wirklich sehr schwierig und wir dachten, ein Hallenbad würde das ändern. Weil beim Musical, das haben Sie auch gesagt, funktioniert das nicht, es hat nicht funktioniert. Wir glauben nicht daran, dass es bei der dritten Chance funktionieren wird, aber ich lasse mich eines Besseren belehren, ich werde auch nicht beleidigt sein. Wir werden uns wirklich auch Mühe geben, wenn Sie uns diesen Auftrag geben, werden wir das versuchen. Ich bin überzeugt, wir sitzen bald wieder hier. Gut, in zehn Jahren bin ich dann vielleicht nicht mehr Regierungsrätin, ich zahle Ihnen auch dann den Kaffee, wenn Sie recht gehabt haben. Ich glaube nicht, dass das funktioniert, aber wir lassen uns dann belehren.

Von daher, mir ist einfach wichtig zu sagen, das Hallenbad verdrängt das Musical nicht, sondern die fehlende Wirtschaftlichkeit. Das war unser Hauptpunkt, warum wir dort etwas ändern wollten, und wir wollten keine Subventionen geben. Die Kommission hat unseren Fokus aufgenommen und hat einen Gegenvorschlag vorgelegt. Also wir, die Regierung lehnt beides ab. Der Unterschied zur Initiative, ich verstehe aus der Kommission, dass sie die Abstimmung verhindern möchte. Der Regierungsrat hat nichts gegen eine Abstimmung, aber das muss das Parlament wissen, ob Sie das machen möchten oder nicht.

Der Unterschied im Gegenvorschlag ist, dass es nicht mehr im Kulturfördergesetz steht, das ist sicher ein richtiges Signal, und dass sie klärt, wie viel Steuergelder wir einsetzen werden. Ich bin nicht dafür, dass wir Steuergelder einsetzen. Als Finanzdirektorin bin ich da immer etwas vorsichtig, aber ich sehe den Vorteil, dass es begrenzt ist, dass es klar ist. Also wenn die Initiative zur Abstimmung kommt und gutgeheissen wird, müssen wir uns auch etwas überlegen und dann könnte die Diskussion wieder losgehen, wie viel bezahlt der Staat, kann ich mir vorstellen. Von dem her ist ein Vorteil des Gegenvorschlags, dass er das klar quantifiziert und sagt, 15 Millionen Steuergelder. Das mag für eine gewisse Zeit ausreichen, ist auch ein gewisser Vorteil.

Was ich widersprechen möchte bzw. muss, was nicht klar sein wird, auch nicht mit dem Gegenvorschlag, ob das Gebäude im Finanzvermögen verbleibt. Ob ein Gebäude im Finanzvermögen oder Verwaltungsvermögen ist, hängt an der Nutzung. So wie ich die Kommission verstehe und auch verstehen werde, möchte sie, dass die Nutzung selbsttragend ist und keine Staatsaufgabe wird, also auch nicht von uns betrieben wird. Dann würde sie wahrscheinlich im Finanzvermögen verbleiben.

Aber die Regierung ist natürlich frei, wie sie das Finanzvermögen gestaltet, daher kann auch das Parlament dies nicht festschreiben.

Aber unser Verständnis ist das gleiche, so wie ich die Kommission verstanden habe, ist das Verständnis das gleiche. Wir würden dann einen Betreiber suchen, also das ausschreiben, der das zu diesen Konditionen macht. Und selbstverständlich, wenn wir Steuergelder geben, müssten wir dann schauen, dass wir zwei, drei Kriterien aufstellen. Das ist so, ich glaube, das ist auch gewünscht von den Steuerpflichtigen. Es gibt solche Beispiele, das Volkshaus ist ein wenig so ein Beispiel, das haben wir auch angeführt in der Kommission und das wäre auch etwas, was wir noch als sinnvoll erachten, dass es in diese Richtung geht. Aber ja, vielleicht schreiben wir auch aus und es kommt niemand und dann sehen wir uns schon bald wieder.

Ich hoffe, meine Ausführungen haben auch gezeigt, dass wir nicht ganz gegen das sind, was die Kommission vorschlägt. Ich glaube, der Hauptpunkt ist, dass wir nicht überzeugt davon sind, dass es funktioniert aus unserer Erfahrung und Sie werden heute entscheiden, ob Sie eine dritte Chance geben wollen und zu welchen Bedingungen. Aber der Regierungsrat lehnt weiterhin Initiative und Gegenvorschlag ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Barth. Diese wird entgegengenommen.

Johannes Barth (FDP): Verehrte Regierungsrätin, ich habe eine Frage. Sie bringen immer die Wirtschaftlichkeit ins Spiel, was natürlich als FDP normal ist, aber wie wirtschaftlich ist denn ein Hallenbad? Ist denn die Betreibung eines Hallenbades total anders und ist kein Problem für die Regierung, aber die Betreibung eines Theaters, das Sie nicht machen möchten, das ist ja okay, ist ein Problem?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ein Hallenbad ist überhaupt nicht wirtschaftlich. Wir werden das finanzieren, das finanziert der Staat. Es ist teuer zu bauen, es ist teuer zu betreiben, es ist aber eine staatliche Aufgabe. Es gehört zu unseren Aufgaben, ist notwendig und sinnvoll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Mich interessiert auch die Wirtschaftlichkeit. Sie behaupten nach wie vor, der Betrieb sei nicht wirtschaftlich möglich, aber Sie haben ihn nie ausgeschrieben. Und ist es nicht so, dass dieser BRK-Gegenvorschlag jetzt die Möglichkeit gibt, genau das zu tun und herauszufinden, ob es möglich ist, und deswegen ist er jedoch sinnvoll?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Man hat bereits einmal 10 Millionen in das Gebäude gesteckt, man hat es über Jahre versucht. Aus unserer Sicht, aus der Vergangenheit heraus gehen wir davon aus, dass es nicht wirtschaftlich sein wird. Falls Sie das heute anders entscheiden, werden wir sehen, wie es in Zukunft ausschaut.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit gehen wir zu den Fraktionssprechenden über. Das erste Votum kommt von Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion wird heute die Initiative für den Erhalt des Musical Theaters unterstützen und den Gegenvorschlag ablehnen. Soll der Gegenvorschlag angenommen werden, werden wir den Antrag auf ein obligatorisches Referendum stellen. Zudem erlaube ich mir, direkt zu den Traktanden 5 und 6 zu sprechen, weil dies ja auch im engen Zusammenhang steht.

Die SVP-Fraktion hat bereits in der letzten Legislatur einen Grundsatzentscheid gefällt, dass wir für den Erhalt des Musical Theaters sind. Wir waren damals nicht einstimmig, wir sind es uns auch heute nicht, wir sind auch beim Gegenvorschlag nicht einstimmig. Der Anteil der Personen, welche sich aber gegen eine Schwimmhalle an diesem Standort ausspricht, der ist in den letzten Jahren gestiegen und dies hängt insbesondere damit zusammen, dass der Regierungsrat in den letzten Jahren wirklich nicht glaubhaft überzeugen konnte, dass der Standort für eine neue Schwimmhalle am Musical Theater der Beste und der Einzige ist. Im Gegenteil, es gebe sehr wohl andere Möglichkeiten, auch im Kleinbasel, wenn man jetzt den Standort St. Jakob-Park nicht will, dafür müsste man das Musical Theater nicht opfern.

Und hier muss man den Regierungsrat, nicht nur in der aktuellen Konstellation, sondern auch in früheren Konstellationen auch klar kritisieren. Meine Damen und Herren, seit über 20 Jahren, seit mehreren Jahrzehnten will doch die Bevölkerung ein Hallenbad und es kommt den ganzen Regierungen in unterschiedlichen Zusammensetzungen nichts Gescheiteres in den Sinn, als einen Standort zu wählen, der am stärksten auf Widerstand stösst. Selbst als in der letzten Legislatur ganz klar wurde, sowohl im Parlament als auch in der Bevölkerung, dass dieser Standort für ein Hallenbad alles andere als auf Gegenliebe stiess, beharrte der Regierungsrat auf diesen Standort, ohne einen Plan B zu suchen. Mit dieser Haltung hat der Regierungsrat zwei Dinge erreicht. Er hat die Rechtssicherheit beim Musical Theater verzögert und er hat die Planung einer Schwimmhalle verzögert. Meine Damen und Herren, das verdient nun wirklich die Note 1,0, komplett ungenügend.

Und Stichwort Unort, Frau Regierungsrätin Soland, da gebe ich Ihnen recht, die Regierung wäre herzlich eingeladen, das Thema Sicherheit in Kleinbasel schwerpunktartig aufzunehmen und in den Legislaturplan aufzunehmen, um dieses Thema auch mal wirklich anzugehen. Das hat aber nichts mit der Frage nach Hallenbad oder Musical Theater zu tun.

Deshalb beantragt die SVP-Fraktion, die Projektierung bei Traktandum 6 an den Regierungsrat zurückzuweisen. Und da muss man schon auch sagen mit dem Blick auf die Kreuztabelle, da hätte der Regierungsrat auch wirklich früher damit rechnen können.

Anders beurteilt die SVP-Fraktion die Zukunft des Musical Theaters. Wir sind hier sehr wohl der Auffassung, dass das Musical Theater eine Zukunft hat. Dass die Musicals in den letzten Jahren vielleicht weniger floriert haben, das mag sein, hängt aber auch damit zusammen mit der fehlenden Rechtssicherheit, aber sicherlich auch, dass in den Jahren 2020 bis 2022 die Covidpandemie auch dem Musical Theater einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. In Spitzenzeiten fanden im Musical Theater 150 Events jährlich statt und es ist auch in Zukunft möglich, dass man auf solche Zahlen kommen kann.

Dass Sanierungen notwendig sind, das bestreitet auch die SVP-Fraktion nicht. Es wäre aber auch schade, die gute Infrastruktur des Musical Theaters aufzugeben. Diese umfasst eine grosse Theaterbühne mit fixem Bühnenturm, mehreren Dutzend Bühnenzügen, eine geeignete Belichtungs- und Toninfrastruktur und bringt somit auch eine gute Akustik für 1’500 Personen. Die SVP-Fraktion ist hier auch überzeugt, dass eine gewisse Wertschöpfung für den Kanton geschaffen werden kann oder nach wie vor erhalten bleibt.

Nun stellt sich noch die Frage, ob Initiative oder Gegenvorschlag, was jetzt wirklich der Königsweg ist. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass wir hier die Initiative unterstützen sollten und das auch staatspolitisch der richtige Weg ist. Der Gegenvorschlag lehnen wir ab, aber wie gesagt, nicht einstimmig. Es wäre ja ohnehin so, dass der Regierungsrat dann bei einer Mehrheit in der Bevölkerung oder im Parlament, je nachdem, wie es heute auskommt, einen Ratschlag bringen muss, ob man jetzt dem Gegenvorschlag zustimmt oder der Initiative.

Und ob dann diese 15 Millionen reichen, das wissen wir nicht. Ich bin der Meinung, die BRK hat hier gut und sauber gearbeitet, aber auch die BRK als Milizkommission konnte hier nicht mehr als eine Pi-mal-Daumen-Rechnung machen. Es wäre hier wirklich auch die Aufgabe des Regierungsrates, hier dann einen neuen Ratschlag zu bringen und zu zeigen, in welche Richtung, dass es gehen könnte, und ich bin der Meinung, mit der Initiative hätte auch der Regierungsrat einen breiteren Handlungsspielraum.

Was man beim Gegenvorschlag schon auch etwas kritisieren muss und auch warnen muss, dass zu viele Begehrlichkeiten geweckt werden. Einerseits wollen wir eine kommerzielle Nutzung, wir wollen, dass es rentiert, dieses Musical Theater, andererseits wollen wir auch Raum lassen für nicht kommerzielle Nutzung. Diese Bedürfnisse stehen dann schon auch in einem gewissen Zielkonflikt und deshalb sind wir der Meinung, dass man hier die Initiative, das Original unterstützen soll. Mit dem Gegenvorschlag haben wir so eine Art Zwischending. Es ist nahe an der Initiative, aber doch nicht nahe zur Initiative. Der Kommissionssprecher hat vorhin gesagt, man könnte der Bevölkerung nicht eindeutig erklären, wo der Unterschied liegt. Ja, dann macht ja auch ein Gegenvorschlag nicht wirklich Sinn.

Zu guter Letzt noch zum obligatorischen Referendum. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Bevölkerung jetzt effektiv auch abstimmungsreif und abstimmungsbereit ist bei diesem Thema. Es ist ein zentrales Thema, welches über die letzten Jahre stark auch in der Bevölkerung diskutiert wurde und wir sind auch der Meinung, dass die Bevölkerung eine rationale Abwägung zwischen Kultur und Sport im Einzelfall machen kann. Und wenn man hier jetzt die Bevölkerung befragt, ist es sicherlich auch der richtige Weg. Es wird am Ende des Tages über Steuergelder hinauslaufen, ich denke, das ist unbestritten und dementsprechend ist es aber auch gut, wenn wir jetzt auch die Bevölkerung befragen, was die Menschen in Basel auch wirklich wollen. Deshalb stellen wir hier den Antrag auf das obligatorische Referendum, sofern der Gegenvorschlag sich gegenüber der Initiative heute durchsetzen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt den von der BRK erarbeiteten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» ausdrücklich. Dieser Vorschlag ist aus Sicht der FDP ein ausgewogener Kompromiss, der die Interessen von Kultur, Wirtschaft, Sport und Stadtentwicklung sinnvoll verbindet. Bereits vor drei Jahren hat die FDP eine Petition zum Erhalten des Musical Theaters lanciert. Über 1'000 Unterschriften kamen innert 80 Stunden zusammen, insgesamt über 1’500. Dieses beeindruckende Echo aus der Bevölkerung zeigt deutlich, das Musical Theater ist mehr als nur ein Veranstaltungsort, es ist identitätsstiftend für unsere Stadt. Das Theater ist funktionstüchtig, beliebt und vielseitig nutzbar, vom Musical bis zum Drummeli. Ein funktionierendes Theater durch ein neues Sportbad zu ersetzen, wäre ökologisch und ökonomisch unsinnig.

Der Gegenvorschlag vermeidet genau das. Statt eines etwas unglücklich formulierten Initiativtextes in Bezug auf das Kulturfördergesetz setzt der Gegenvorschlag klare Leitplanken. Sanierung durch den Kanton als Eigentümer, Übergabe im Baurecht an eine private Betreiberschaft und Nutzung als kultureller Veranstaltungsort ohne dauerhaft öffentliche Trägerschaft. Das ist liberal, wirtschaftlich tragfähig und entspricht dem Grundsatz, öffentliche Mittel mit Augenmass einzusetzen.

Die FDP lehnt den Antrag auf ein obligatorisches Referendum ab, weil der Gegenvorschlag bereits eine breit abgestützte, sachlich überzeugende Lösung darstellt. Ein obligatorisches Referendum ist unnötig, verursacht Verzögerungen, auch für die dringend notwendige Schwimmhalle, und schafft Rechtsunsicherheit. Entsprechend sagt die FDP-Fraktion Ja zum Gegenvorschlag und Nein zum unnötigen obligatorischen Referendum.

Wir bitten alle Fraktionen, diese pragmatische Lösung mitzutragen für eine starke Basler Kultur, für eine verantwortungsvolle Sport- und Stadtentwicklung und für eine Politik, die handelt statt verzögert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Wittlin. Diese wird entgegengenommen.

Stefan Wittlin (SP): Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben gesagt, der Gegenvorschlag sei ein Kompromiss. Ich glaube, das alleine kann man schon in Frage stellen, aber Sie haben vor allem gesagt, dieser Kompromiss sei auch im Interesse des Sports. Können Sie mir das Interesse des Sports an diesem Kompromiss erklären?

Silvia Schweizer (FDP): Indem die BRK im nächsten Geschäft, wir haben ja das zusammen behandelt, ganz klar sagt, es muss dringend eine Schwimmhalle gefunden werden und es gibt Standorte dafür, Alternativen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Frau Bessenich. Sie wird auch entgegengenommen.

Salome Bessenich (SP): Ja, wir haben das zusammen beraten. Ich glaube, ich habe auch schon vorher bei Pascal Messerli gehört, haben Sie gesagt, dass dann der Kanton mit den 15 Millionen das Musical Theater saniert? Weil ich habe es so verstanden, dass die 15 Millionen an den neuen Betreiber gehen sollen und dieser selber sanieren wird.

Silvia Schweizer (FDP): Ich habe das vielleicht so formuliert, aber es ist offen. Der neue Betreiber wird das sanieren, aber ich habe gesagt, der Kanton muss es als Eigentümer finanzieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Bülent Pekerman für die GLP.

Bülent Pekerman (GLP): Die Grünliberale Fraktion unterstützt den Gegenvorschlag der BRK zur Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» und lehnt den Antrag ab, diesem dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Wir beraten heute nicht nur über ein Gebäude, wir beraten über den Stellenwert der Kultur in unserer Stadt und über unsere Fähigkeit, nachhaltige und konsensfähige Lösungen zu finden, ohne Kultur gegen Sport auszuspielen.

Die BRK hat mit Sorgfalt und Augenmass gearbeitet. In insgesamt 17 Sitzungen hat sie das Geschäft intensiv beraten, begleitet von Anhörungen und einer Begehung des Musical Theaters. Das Resultat, ein Gegenvorschlag, der überzeugt. Nicht nur meine Fraktion, sondern auch die Initiantinnen und Initianten, die gerade oben auf der Tribüne sind und bereits signalisiert haben, die Initiative zurückziehen zu wollen, falls heute der Gegenvorschlag angenommen würde.

Das Musical Theater soll erhalten bleiben. Nicht als Denkmal vergangener Zeiten, sondern als zukunftsfähiges Kultur- und Begegnungshaus, getragen durch eine private Betreiberschaft im Baurecht und mit einem Investitionsbeitrag des Kantons in der Höhe von 15 Millionen Franken. Wir sind überzeugt davon, dass das Musical Theater erhalten bleiben soll, weil es in Qualität und Funktionalität einzigartig ist, nicht nur in Basel, sondern schweizweit. Es bietet, wie schon auch bereits erwähnt, 1'500 Plätze, eine moderne Bühneninfrastruktur, einen Orchestergraben, Proberäume und einen voll ausgestatteten Backstagebereich. Das sind ideale Voraussetzungen für Gastspiele, Musikproduktionen und vielfältige kulturelle Anlässe. Und das Haus hat Geschichte. Es ist vertraut, identitätsstiftend und seit Jahrzehnten ein Ort, an dem Menschen aus Basel, der Region und weit darüber hinaus Kultur erleben. Selbsttragend und ohne staatliche Subventionen.

Warum soll hier kein Hallenbad entstehen? Wir sind der Meinung, dass der Standort baulich, betrieblich und energetisch ungeeignet ist, weil er zu eng, zu kompliziert und zu wenig entwicklungsfähig ist. Ein Einbau oder Neubau auf dem Areal des Musical Theaters wäre komplex, teuer und langfristig unflexibel. Dabei stehen mit dem Erlenmattplatz, St. Jakob oder dem Klybeckareal gut erschlossene Alternativen zur Verfügung. Orte, an denen ein Hallenbad funktional, effizient und ohne den Verlust eines bestehenden Kulturbetriebs realisiert werden kann. Als Kleinbasler würde ich es ausdrücklich begrüssen, wenn ein neuer Standort für ein Hallenbad in Kleinbasel gefunden würde, dort, wo der Bedarf ebenfalls gross ist.

Kurz zur Frage des obligatorischen Referendums noch. Die BRK hat in 17 Sitzungen sorgfältige und ausgewogene Arbeit geleistet. Dieses politische Engagement verdient Vertrauen und keine automatische Weiterleitung an die Urne. Ja, das Volk soll das letzte Wort haben, aber nicht in einer Konstellation, in der unnötig Kultur gegen Sport ausgespielt wird. Genau das droht bei einer Abstimmung über den Gegenvorschlag. In diesem Zusammenhang ist es richtig, die Vorprojektierung zum Hallenbad an diesem Standort im nächsten Traktandum zurückzuweisen. Damit schaffen wir Klarheit und vermeiden eine künstliche Konfrontation, die eigentlich niemand will. Und schliesslich, das fakultative Referendum steht allen offen, das wurde auch schon bereits gesagt. Wer wirklich gegen den Vorschlag des Parlaments ist, kann diesen demokratischen Weg gehen. Das haben wir auch schon erlebt, wie zuletzt etwa beim Standortförderungsgesetz. Ein obligatorisches Referendum erachten wir hier weder als notwendig noch als zielführend.

Kurz, die Grünliberale Fraktion unterstützt den Antrag der BRK und lehnt den Antrag auf ein obligatorisches Referendum ab. Beim nächsten Traktandum, der Vorprojektführung des Hallenbades am Standort des MCB, werden wir die Rückweisung an den Regierungsrat unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Mitte-EVP kommt Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich spreche zu den Traktanden 5 und 6, weil diese unmittelbar zusammenhängen.

Der Regierungsrat plante im Jahr 2022, das Gebäude des Musical Theaters in ein Hallenbad umzubauen. Basel-Stadt will und braucht ein neues Hallenbad, das ist unbestritten. Dass das Hallenbad das Musical Theater verdrängen soll, dagegen regte sich Widerstand in der Bevölkerung. Aber auch in der Branche der Musical- und Konzert-Veranstaltenden stiess das Vorhaben auf Unverständnis. Deshalb reichten Johannes Sieber und ich mehrere Vorstösse ein und es wurde eine Petition und eine Volksinitiative für den Erhalt des Musical Theaters eingereicht.

Im Musical Theater finden übrigens nicht nur Musicals, sondern auch Konzerte, Tanzshows, Comedy und andere Veranstaltungen statt. Einige Jahre fand auch das Drummeli dort statt. Die technischen und akustischen Voraussetzungen des Musical Theaters sind einmalig und auch die Saalgrösse mit 1'557 Sitzplätzen ist optimal. Es verfügt über eine grosse Bühne mit eingebauter Technik und einem Bühnenturm mit Zügen für Bühnenbilder und Technik, wie sie Musicals und teilweise auch andere Shows benötigen.

Bereits in meiner Interpellation im Jahr 2022 stellte ich den Standort Musical Theater für ein neues Hallenbad in Frage. Der Regierungsrat gab in seiner Interpellationsantwort zu, dass für Musical- und Show-Produktionen, die eine aufwendige Bühnen- und Technikinfrastruktur benötigen, sich nur das Musical Theater eignet. In anderen Hallen muss der Bühnenraum inklusive der Bühnentechnik jeweils individuell und temporär ein- und ausgebaut werden. Ein riesiger Aufwand. Das würde die Zeit für den Auf- und Abbau verlängern und die Produktionen verteuern. Dies wiederum würde sich auf die Ticketpreise niederschlagen.

Mit dem Ende des Musical Theaters würde eine wichtige Spielstätte in Basel wegfallen und grosse Musical-Produktionen könnten künftig nicht mehr in Basel aufgeführt werden. Sprich, die Leute müssen für diese Aufführungen nach Zürich reisen und das wollen wir nicht. Gerade diese Punkte sprechen doch deutlich für den Erhalt des Musical Theaters. Würde das Musical Theater abgerissen, müsste wohl in zehn Jahren eine neue Halle dieser Grösse gebaut werden.

Wie die BRK vorschlägt, soll das Musical Theater stehen bleiben. Die Konditionen für den zukünftigen Betrieb des Musical Theaters sollen marktfähig sein und die Liegenschaft im Baurecht an den Betreiber übergehen. Ich bin überzeugt, dass ein zukünftiger Betreiber des Musical Theaters dieses selbsttragend betreiben kann, auch wenn dies anspruchsvoll scheint.

Die Regierung schrieb in ihrem Ratschlag, eine Teilsanierung würde 20 bis 33 Millionen Franken kosten, eine langfristige Sanierung zusätzlich 38 bis 57 Millionen Franken, total also 58 bis 90 Millionen. Gemäss dem aktuellen Betreiber und den Initianten ist eine umfassende Sanierung für 58 bis 90 Millionen Franken aber nicht notwendig. Auch in der Machbarkeitsstudie von Dietziker steht, die Liegenschaft weist weder strukturell noch baulich oder gar technisch substanziell relevante Mängel auf, die einen weiteren Betrieb eines Musical Theaters verhindern würde.

Zum Hallenbad. Die Forderung nach einem neuen Hallenbad mit einem 50-Meter-Becken besteht bereits seit den 1960er-Jahren. Basel hat angesichts seiner Grösse und Bevölkerungsdichte erwiesenermassen deutlich zu wenig gedeckte Wasserflächen. Insbesondere fehlt auch ein Schwimmbecken, welches für Wettkämpfe benutzt werden kann. Der Wunsch der Bevölkerung nach zusätzlichen Wasserflächen manifestierte sich auch in einer Volksinitiative und in mehreren politischen Vorstössen im Parlament. Das Bedürfnis der Bevölkerung und von Sportvereinen ist gross und politisch unbestritten. Gemäss dem Schwimmverein beider Basel braucht es aus Sicht des Leistungssports eine Schwimmhalle mit einem 50-Meter-Becken mit zehn Bahnen und ein 25 Meter Ein- und Ausschwimmbecken, um zu funktionieren.

Die Mitte-EVP-Fraktion ist der Meinung, dass es deshalb Sinn macht, den Ratschlag betreffend Projektierung des Hallenbads an den Regierungsrat zurückzuweisen. Dieser soll die von ihm schon gemachte Evaluation eines geeigneten Standorts für ein neues Hallenbad weiterführen. Wir sehen wie die BRK die von der Regierung vorevaluierten Standorte St. Jakob, Erlenmattplatz und Klybeck als gut geeignet. Falls das St. Jakob ausgewählt wird, soll es zwischen der St. Jakobshalle, der Eishalle und dem Departement für Sportbewegung und Gesundheit der Universität zu stehen kommen. Jedoch nicht auf dem auch evaluierten Parkplatz, denn dort müssten 71 Bäume gefällt und 300 Parkplätze abgebaut werden, was wir nicht gutheissen.

Und noch grösser gedacht, es könnten auch gut zwei Hallenbäder gebaut werden. Beispielsweise ein Hallenbad mit einem 50- und 25-Meter-Becken für den Schwimmleistungssport im St. Jakob und ein zweites Hallenbad mit 50- oder 25-Meter-Becken mit einem Sprungturm und mehreren Rutschbahnen im Klybeck. Das Klybeckareal wird ja bekanntlich in den nächsten Jahren teilweise neu überbaut. Dort ist es bestimmt möglich, eine Schwimmhalle zu bauen. Ja, am besten gleich zusammen mit einer neuen Kunsteisbahn, welche auch dringend benötigt wird. Durch den gemeinsamen Bau können Synergien genutzt werden. Die Abwärme der Eisherstellung der Kunsteisbahn könnte für die Beheizung der Schwimmhalle verwendet werden.

Auch die JSSK und BRK machten bereits 2022 in ihrer gemeinsamen Motion den Vorschlag einer Kombination von Schwimmhalle, Kunsteisbahn und allenfalls auch einer Publikumssporthalle. Ein Hallenbad im Klybeckareal oder auf dem Erlenmattplatz könnte zudem gut mit der Erstellung von Wohnungen verbunden werden. Also unten das Hallenbad und obendrauf könnte Wohnraum gebaut werden. Ergänzt soll das Hallenbad mit Mantelnutzungen, Werten wie Gastronomie, Fitnesscenter oder Kita. Solche Mehrnutzungen könnten nicht nur Synergien schaffen, sondern auch zur finanziellen Tragbarkeit beitragen.

Wie Sie aus den Medien bestimmt erfahren haben, wird das Komitee die Initiative für den Erhalt des Musical Theaters zurückziehen, wenn wir heute dem BRK-Bericht zum Musical Theater zustimmen. Wenn ein Änderungsantrag für das obligatorische Referendum gestellt wird, lehnen wir diesen ab. Dieser Antrag wurde bereits in der BRK gestellt und deutlich abgelehnt.

Eine Volksabstimmung hat keinen Mehrwert, im Gegenteil, sie würde den Bau eines Hallenbads noch weiter verzögern und zudem dem Kanton, dem Initiativkomitee, einem sich zu bildenden Unterstützungskomitee und einem allfälligen Gegenkomitee, also auch uns Parteien, unnötigerweise viel Geld kosten. Wenn die Bevölkerung das Musical Theater abreissen will, könnte es immer noch ein Referendum ergreifen, so wie es kürzlich beim Standortpaket oder beim ESC-Kredit passierte. In diesen zwei Fällen beschlossen wir als Parlament auch kein obligatorisches Referendum. Bei einer Volksabstimmung würde ausserdem unnötigerweise die Konfrontation zwischen Sport und Kultur angeheizt. Ein Konflikt, den sowohl die Schwimmerinnen und Schwimmer als auch die Kulturschaffenden immer vermeiden wollten. Bei der Abstimmung könnte nämlich in der Bevölkerung die irrige Meinung aufkommen, mit der Unterstützung des Musical Theaters den Bau einer Schwimmhalle zu verunmöglichen.

Ich bitte Sie nun im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, dem BRK-Bericht mit dem Gegenvorschlag zum Erhalt des Musical Theaters zuzustimmen, den Änderungsantrag für ein obligatorisches Referendum abzulehnen und den Ratschlag betreffend Projektierung des Hallenbads an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Diese wird entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Christoph Hochuli, Sie haben gesagt, mit einem obligatorischen Referendum würde der Bau des Hallenbads verzögert. Können Sie mir den Zeithorizont für die von Ihnen entworfenen Vorschlägen von zwei Schwimmhallen inklusive Kunsteisbahn noch erläutern? Wann würde denn das realisiert?

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Das wüsste ich auch gerne, weiss ich nicht, aber der Regierungsrat wird das sicher gut projektieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich spreche für beide Traktanden, 5 und 6 ebenfalls.

Seit ich zum ersten Mal von dieser Idee des Schwimmbads im Musical Theater gehört habe, ist ein Bild in meinem Kopf entstanden, das ich Ihnen als lockeren Einstieg nicht ganz vorenthalten möchte. Es handelt sich quasi um eine Atlantis, also eine versunkene Stadt der berühmten Musical-Produktionen. Man taucht in diesem Hallenbad dem grossen Elefanten von Lion King entgegen oder dreht sich um das Haus von Mamma Mia und nimmt dann diese Cats-Leiter nicht in den Himmel, sondern wieder aus dem Becken hinaus. Das klingt vielleicht mystisch und spannend, ist für mich aber trotzdem kein Szenario für das Musical Theater.

Die Beratung der Musical Theater-Initiative und der damit zusammenhängenden Projektierung des Schwimmbads am Standort MTB, ich finde, das merkt man jetzt, die würde sehr sorgfältig diskutiert, auseinandergenommen, das zeigt auch das Votum der Regierung. Da sind sehr viele Gedanken hineingeflossen und ich kann unterstreichen, dass ich es eine schwierige Entscheidung und eine schwierige Thematik finde, weil zwei Bedürfnisse, die ganz klar bestehen, hier in diesem Masse bedingt jetzt miteinander diskutiert werden mussten.

Um es direkt vorwegzunehmen, viele in unserer Fraktion fanden diese Idee eines Schwimmbads beim Erlenmatt direkt beim MTB auf den ersten Blick auch bestechend. Es ist ja klar, es fehlen Schwimmflächen und Sportflächen im Allgemeinen in unserem Kanton. Ich denke mir immer wieder, wir müssten vermutlich einen Roche-Turm bauen und alle unsere Sportprojekte in diesem Gebäude vollenden können, damit wir alle diese Wünsche und Bedürfnisse rechtzeitig und möglichst schnell und in der Form, wie sie gewünscht werden, überhaupt umsetzen können.

Wir müssen aber diese Problematik der fehlenden Schwimmflächen lösen. Aus unserer Sicht müssen in diesem Zusammenhang aber auch das 50-Meter-Becken für den Spitzensport und die dringend benötigte Fläche für den Breitensport nicht unbedingt aneinander gekoppelt sein. Ich verstehe, dass das versucht wird, dass das ideal wäre, es hat sich aber auch gezeigt durch die Anhörung der Schwimmvereine, das für ihr Anliegen, nämlich das 50-Meter-Sportbecken, der Standort Kleinbasel nicht ausschlaggebend ist, vielleicht gar nicht ideal. Ich finde einfach das grundsätzlich wichtig, weil ich eben auch zu Traktandum 6 schon spreche und zur weiteren Schwimmflächenplanung.

Die Regierung hat neben dem Musical Theater andere vielversprechende Standorte im Kleinbasel aufzeigen können und für mich, auch wenn das jetzt von Frau Soland nochmal sehr klar betont wurde mit den Zahlen, die wir erhalten haben und bei jetzigem Stand der Projektionen, zeigt sich für mich kein diametraler, abweichender zeitlicher Aspekt in der Inbetriebnahme eines Hallenbads. Vielleicht wäre das so gewesen, wenn wir judihui dieser Idee direkt zugestimmt hätten und schon lange an einem anderen Punkt wären, aber beim jetzigen Punkt sehe ich nicht, wie diese Zahlen klarmachen, dass jetzt diese Inbetriebnahme so viel schneller noch möglich ist im Vergleich zu den anderen Optionen.

Wir müssen der Bevölkerung, und ich glaube, das ist so, auch klarmachen, egal, ob wir jetzt hier heute diesen Gegenvorschlag annehmen oder nicht, wie die Bevölkerung abstimmt oder nicht, ob die Regierung einen anderen Standort findet, und das möchte ich deswegen heute auch sagen, dieses Hallenbad, obwohl das eine riesengrosse Nachfrage hat, die wir teilen, das wird trotzdem nicht so schnell realisiert werden. Ich möchte auch, dass wir hier einfach irgendwo bei der Realität bleiben. Jegliches dieser Projekte ist ein riesengrosses Projekt, das bedarf einer sehr grossen Projektierung, einer sehr komplexen Planung und das wird leider einfach noch eine Zeit dauern und wir setzen uns natürlich dafür ein, dass wir das möglichst schnell realisieren können.

Dazu kommt für uns als Fraktion Grüne/jgb auch noch der ökologische Aspekt. Gerne möchten wir noch anregen, das ist jetzt lustigerweise schon geschehen, dass man in der Planung der Schwimmflächenentwicklung in der Stadt trotzdem diese Idee der Eisfläche miteinbeziehen soll. Ich bin auch sicher, mit diesem einen Hallenbad, wenn sich die Stadt weiterentwickelt, werden wir wieder an einen Punkt kommen, wo es wieder mal ein Hallenbad und eine Fläche braucht, und diese Kombination mit Eisflächen, das zeigen viele Projekte, die es auch schon gibt, die sind sehr viel effizienter bei diesen zwei sehr energielastigen Nutzungen und wir möchten das im Rahmen dieser Schwimmflächendiskussion auch noch hier einbringen. Der Umbau oder dann eben auch gar Abriss und Neubau eines Musical Theaters für dieses Schwimmbad ist aus unserer Sicht, für die Fraktion nicht ökologisch tragbar. Das überzeugt uns nicht und auch damit kommen wir zum Schluss, dass wir den Vorprojektierungskredit des Schwimmbads zurückweisen werden.

Jetzt zu dem Kulturraum Musical Theater, das ja auch jetzt den ersten Teil der Besprechung des Traktandums betrifft. Wir haben diesen Kulturraum, das MTB, der auch mit einer Initiative, die wurde gesammelt, also es hat hier eine Bevölkerung,

die diesen Kulturraum schätzt und ich sagen kann, es ist ein Kulturraum von grossem Wert, ob man jetzt Musicals mag oder nicht, das möchte ich gerne mal kurz dahin stellen. Wer schon einmal im Musical Theater an einer Produktion beteiligt war, also auf der Bühne stand, hinter der Bühne etwas realisieren wollte oder auch, wer vielleicht nicht an einem Musical, sondern an einem anderen Konzert oder an einer Aufführung war, der kann nicht zurückweisen, dass die Akustik, der Bühnenturm und die Infrastruktur, die dieses Gebäude bieten, überzeugend sind und einen grossen Wert haben. Ja, sie sind in die Zeit gekommen und sie brauchen eine Sanierung und dennoch sind sie von extrem hohem Wert und es ist nicht einfach ein Kulturraum, den man 1:1 vergleichen kann mit anderen Kulturräumen, die wir in dieser Stadt schon haben.

Man kann sich also über den Wert von Musicals als Kulturform uneinig sein. Das kann ich absolut verstehen, aber wir sind uns hier drin ganz oft über den Wert von speziell spezifischen Nutzungen nicht einig. Nicht alle finden alle Nutzungen, die wir unterstützen, die wir zur Verfügung stellen, wo wir Räume zur Verfügung stellen, gleich attraktiv und ich glaube, da werden wir uns auch nicht einig. Was man aber sagen kann, ist, dass Musicals, aber auch Tanz- und Percussion-Shows, die auf solchen Bühnen stattfinden, beliebt sind. Wir anerkennen, dass diese Wirtschaftlichkeit nicht gegeben war, glauben aber auch, dass es kurzsichtig ist, das jetzt in dieser Zeit nur auf diesen einen Betreiber so zu ermöglichen und stehen daher dafür ein, dass man diese Chance nochmal nutzt, dass man diesen Punkt noch mal geht.

Ausserdem ist es eine zugängliche und mitreissende Form von Kultur und ich glaube, was da auch uns besonders sehr wichtig ist, ist, dass Kooperationen, wie solche mit der KulturLegi und andere, die wirklich eine Niederschwelligkeit ermöglichen, da auch noch wachsen müssen, dass das zugänglicher wird. Was für uns auch klar ist, ist, dass die Nutzung dieses Baus diverser und einladender werden muss, wenn ein Kulturraum an diesem Ort eine Chance haben soll. Für die Fraktion Grüne/jgb ist klar, dem Erlenmatt mangelt es an Treffpunkten, Freiräumen und Grünflächen, insbesondere wenn die nicht einem Konsumzwang unterliegen, vor allem auch Indoor, bedeckt.

Wenn wir als Parlament also, wie das jetzt mit dem «Chrüzlistich» so aussieht, unser Vertrauen in diesen Kulturraum geben, dann ist es für uns als Fraktion Grüne/jgb ganz wichtig, dass man wirklich mit diesem Signal, dass man auch diese 15 Millionen zahlt für eine Investition, dass das als Begegnungs- und Kulturraum für die Bevölkerung des Quartiers zugänglich sein muss. Es ist eine Mischnutzung jetzt vorgesehen in diesem Gegenvorschlag und wir sind der Überzeugung, dass das möglich ist, aber es ist eben auch eine Bedingung aus unserer Sicht, dass man dieses Haus, so wie es jetzt ist, öffnet und ich glaube, es bietet wirklich auch genug Platz für genug Kreativität, um da den zukünftigen Betreibern Kooperationen zum Beispiel ans Herz zu legen mit Institutionen im Quartier, dass diese Öffnung auch wirklich stattfinden kann.

Für mich ist es relevant, wir als Grüne/jgb werden die Initiative nicht zur Annahme empfehlen wegen dem Gegenvorschlag und vor allem dem Argument des Kulturgesetzes, also dass dieser Unterschied gemacht wird. Wir sehen den Investitionsbeitrag von 15 Millionen Franken als hoch an. Es gibt auch einige in unserer Fraktion, die das eher als zu hoch ansehen, glauben aber, es ist jetzt quasi in dieser Situation mit den Bedingungen und Wünschen, die damit verknüpft sind, ein tragbares Entgegenkommen.

Abschliessend möchte ich noch zum obligatorischen Referendum Stellung nehmen. Wir werden diesen Antrag ablehnen, obwohl wir gut verstehen können, woher diese Überlegungen kommen. Wir sind der Überzeugung, dass der Grosse Rat als demokratisch legitimiertes Gremium einen solchen Entscheid treffen kann, insbesondere wenn wir ihn, wie es aussieht, mit einem grossen Mehr treffen. Bei anderen Entscheiden, es wurde schon gesagt, hätten wir auch für ein obligatorisches Referendum sein können. Für mich ist es vor allem wichtig, weil ich glaube, ein fakultatives Referendum, dann bildet sich ein klarer Widerstand mit einer klaren Gruppe, die sich ganz klar für eine Idee zentriert und wir haben nicht im Nachhinein ein Schwammiges. Vielleicht ist es auch ganz klar, weil Salome Bessenich dann sagt, sie möchte das Schwimmbad, aber vielleicht auch nicht, und dann haben wir vielleicht eine unklare Situation. Ich glaube, unsere Grundlagen mit dem fakultativen Referendum genügen.

In diesem Sinne ist das unsere Haltung. Wir werden dem Gegenvorschlag zustimmen, die Initiative zur Ablehnung empfehlen, den Antrag zum obligatorischen Referendum ablehnen und hoffen, dass wenn es jetzt nicht so kommt, wie wir das denken, dass nicht das Phantom des Musical Theaters dann in diesem Hallenbad sein Unwesen treibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Wir haben schon einiges gehört über das Musical Theater. Auch meine Vorrednerin hat gelobt, wie schön diese Bühne, wie toll diese Akustik dort ist und ich will das auch gar nicht abstreiten. Das Musical Theater ist ein schönes Theater mit allem, was es braucht für grosse internationale kommerzielle Bühnenproduktionen, so weit sind wir einig. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit alleine ist das Geschäft nicht erledigt und wir kommen nach Analyse aller Fragen und Aspekte zu einem anderen Schluss als Sie. Im Fokus stehen für uns dabei drei Punkte. Die fehlende Wirtschaftlichkeit, die Wirkung auf den Event-Markt Basel und die Möglichkeiten, die sich sonst bieten.

Erstens zur Wirtschaftlichkeit. Sie alle sagen, der Bedarf, der sei da. Aber wenn wir uns die Zahlen der letzten Jahre anschauen, dann wird es deutlich, die Nachfrage nach dieser so einzigartigen Bühne, die fehlt. An durchschnittlich gerade mal 80 Abenden pro Jahr öffnen sich die Türen, 80 Abende von 365. Und spricht es nicht Bände, dass der jetzige Betreiber ohne weitere Vorbehalte bereit war, frühzeitig von seinem Vertrag zurückzutreten? Das Musical Theater war wohl schon vor 30 Jahren überdimensioniert. Das ursprüngliche Projekt mit Phantom of die Opera scheiterte nach nur zwei Jahren und die Nachfrage, die ist seither nicht deutlich genug gestiegen. Wir sind nun mal weder London noch Paris und Achtung Blasphemie, wir sind halt auch nicht Zürich.

Schon vor 30 Jahren steckten wir 10 Millionen Staatsgelder in das Musical Theater, jetzt sollen es weitere 15 Millionen sein. Und dass diese mittelfristig nicht ausreichen werden, das ist allen in der BRK bewusst. Die zukünftige Betreiberin wird selbst auch noch mal Geld hineinstecken müssen, wenn auch vielleicht nicht ganz so viel, wie die Regierung ausgerechnet hatte. Da sind wir uns einig. Die Antwort der BRK auf diese Frage, es müsse nur der Baurechtszins stimmen. Man will also indirekt einen privaten und kommerziell betriebenen Kulturbetrieb subventionieren und das, ohne dass ein Nutzungskonzept vorliegt. Wenn wir ehrlich wären, dann würden wir eine Debatte darüber führen, ob wir in Basel ein zweites Stadttheater bräuchten und dann würden wir nicht über einmalige Millioneninvestitionen reden, sondern über regelmässige Staatsbeiträge. Und ich prophezeie Ihnen, diese Diskussion, die wird auch kommen.

Zweitens, was bedeutet das für andere Kultur- und Event-Stätten im Raum Basel, dass wir hier nun 15 Millionen sprechen wollen, dass eben hier ein möglichst niedriger Baurechtszins als indirekte Subvention die Nutzung des Musical Theaters attraktiver machen soll. Der Markt für solche grossen Veranstaltungsorte scheint mit der St. Jakobshalle, mit der Eventhalle in der Messe, mit dem Congress Center und dem Stadtcasino gesetzt. Wir haben es schon gehört, alle grösseren Veranstaltungsorte mit Ausnahme des Theater Basel hätten noch freie Kapazitäten. Das Stadtcasino beispielsweise laut Aussage des Regierungsberichts für rund 70 zusätzliche Belegtage. Wir haben vorher gehört, 80 Abende im Musical Theater, 70 freie Tage dort, 50 freie woanders, usw.

Die Antwort der BRK darauf, man könne ja die Nutzungen öffnen, eine Kultur- und Begegnungsstätte aus dem Musical Theater machen. Aber die Nutzungen, die wurden längst geöffnet. Seit Jahren finden neben Musicals auch Konzerte, Comedy und Vorfasnacht statt. Das wäre also nichts Neues. Und haben wir nicht gerade im Kleinbasel auch schon genügend Kultur- und Begegnungsstätten? Was ist mit dem Volkshaus, der Kaserne, dem Union, dem Häbse-Theater, den Quartiertreffs, dem neuen Tanzhaus auf dem Toni-Areal, geschweige denn mit all den anderen Veranstaltungsorten und Theatern in anderen Quartieren. Und spätestens das ist doch der Moment, an dem man sich auch fragen muss, ob es nicht auch andere sinnvolle Nutzungen für diese Halle gäbe.

Damit sind wir beim dritten Punkt. Wir von der SP-Fraktion, wir würden diese wunderschöne Halle gerne umnutzen, wir würden sie gerne wiederbeleben, wir würden sie gerne für die breite Bevölkerung zugänglicher machen. Und ja, wir sehen weiterhin grosses Potenzial in der Idee eines Schwimmbads. Ich glaube wirklich, wir müssen uns hier in diesem Moment nochmal alle die Ausgangslage vor Augen führen. Wir hätten die Chance, mitten im Kleinbasel, in einem der dichtesten Quartiere der Schweiz den Platz für ein 50-Meter-Schwimmbecken in einer historischen Industriehalle zu haben. Wir könnten das realisieren, das wäre doch grossartig. Der Ort ist ideal gelegen an einer Hauptverkehrsachse an der Grenze zwischen den Quartieren Matthäus, Erlenmatt, Horburg und Rosental, bestens erreichbar mit dem ÖV, mit dem Velo, mit dem Auto, sogar Parkplätze hat es mehr als genug mit der Messe direkt nebenan.

Das Schwimmbad würde sowohl die Anforderungen an nationale Wettkämpfe erfüllen und wäre gleichzeitig ideal gelegen für den Breitensport. Ich finde es traurig, die Regierung zeigt sich visionär, erkennt hier die Chance in einer Umnutzung, ein Schwimmbad täglich geöffnet von morgens bis abends und wir wollen stattdessen eine abgeschottete und unzugängliche Blackbox erhalten, die nur an wenigen Abenden die Türe öffnet. Mit dem Gegenvorschlag sichern wir ein Gebäude, ohne die Nutzung zu klären und verhindern gleichzeitig ein Projekt, für das ein konkreter Bedarf, ein realistisches Szenario und ein politischer Wille vorhanden gewesen wäre.

Aus diesen Gründen beantragen wir, nicht nur die Initiative, sondern auch den Gegenvorschlag abzulehnen. Wir sind nicht überzeugt, aber wir sehen es auch pragmatisch. Wenn die Basler Bevölkerung das Musical Theater erhalten will, dann soll sie das auch kriegen. Darum beantragen wir, dass wir den Gegenvorschlag dem obligatorischen Referendum unterstellen und der Bevölkerung diesen Entscheid überlassen.

Sie haben es schon gehört, der Gegenvorschlag erfüllt die Forderung der Initiative vollumfänglich. Es regelt es nur in einem Beschluss statt im Gesetz. Die Initiative wird dann auch zurückgezogen werden, wodurch die Bevölkerung eben keine Gelegenheit haben wird, hier mitzubestimmen. Und ehrlicherweise haben wir teilweise sogar das Gefühl, dass genau das der Zweck des Gegenvorschlags ist, nämlich eine Volksabstimmung zu verhindern. Das ist für uns unbegreiflich und wenn die Meinungen in der Bevölkerung nur teilweise etwa so sind, wie die Meinungen hier drin, dann sollte diese Abstimmung auch wirklich ein Selbstläufer sein. Wir sind auch überzeugt, die Bevölkerung will sich äussern zu der Frage Schwimmhalle oder Musical Theater. Wir wünschen uns auch eine Volksabstimmung, weil ein Volksentscheid ein für alle Mal Klarheit bringen würde, denn es ist und bleibt ein Novum, dass hier eine private und kommerziell betriebene Kulturinstitution mittels Initiative

erhalten und subventioniert werden soll. Es würde uns auch Klarheit bringen dafür, wenn in einem Jahr oder fünf oder zehn Jahren weitere Investitionen nötig sind.

Wie gesagt, wir kommen nach Untersuchung aller Aspekte zum Schluss, dass weitere Investitionen hier nicht sinnvoll sind. Wir kommen zum Schluss, dass die Nachfrage schlicht zu gering ist, dass die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist und dass andere Event-Locations genügend freie Kapazitäten hätten. Wir kommen zum Schluss, dass wir in diesem Fall diese wunderschöne grosse Halle anders nutzen könnten, besser nutzen könnten, für die breite Bevölkerung öffnen und endlich ein Schwimmbad bauen könnten. Wir sehen darin eine grosse Chance, gerade auch für das umliegende Quartier. Wenn aber die Bevölkerung das anders sieht, dann ist das selbstverständlich total in Ordnung. Dann stecken wir 15 Millionen da rein und dann haben wir eben auch eine Haltung, wenn weitere Investitionen anfallen. Ich danke Ihnen darum, wenn Sie unseren Antrag auf das obligatorische Referendum unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Herrn Sieber und Herrn Amiet. Sie werden beide entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Ist es nicht so, dass der Kanton Basel-Stadt einen Betreibervertrag von der MCH Group übernommen hat und ihn deswegen nicht transparent machen kann und dass dieser Betreibervertrag Ihre Berechnungsgrundlage für die Nichtwirtschaftlichkeit ist und Ihre Regierungsrätin nie versucht hat, das Musical Theater auszuschreiben zu einem Betrag, der vielleicht eben wirtschaftlich wäre für den Kanton?

Salome Bessenich (SP): Für mich spielt gar nicht der Mietvertrag die zentrale Rolle, sondern die Anzahl Spielabende, die einfach seit über 15 Jahren am Zurückgehen ist und daraus schliesse ich, dass die Nachfrage nicht genügend hoch ist. Und die Wirtschaftlichkeit, da habe ich genauso wenig Einblick wie Sie in die Bücher des Betreibers.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Frau Bessenich, habe ich auf ihrem wunderschönen Bild richtig gezählt, dass da 12 mutmassliche Eintrittszahlen der Besucher drauf sind im Vergleich zu den über 1000, die ins Musical Theater gehen?

Salome Bessenich (SP): Das Bild ist nicht von mir, das Bild ist eine Visualisierung der Regierung und ich sage mal, das war ein sonniger Tag, an dem die Badi schon offen hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme. Wie erklären Sie sich, dass eine private Betriebsgesellschaft das Musical Theater über so lange Zeit betrieben hat, ohne dass es rentabel betrieben wurde, wie Sie behaupten?

Salome Bessenich (SP): Die Frage ist ja nicht, was die letzten Jahre war. Die Frage ist, ob wir jetzt bereit sind, weitere 15 Millionen da hineinzustecken und da ist es eben relevant, wie intensiv es genutzt wird und da habe ich eben ein Fragezeichen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Als ich zuerst davon gehört habe, dass es eine Schwimmhalle geben soll beim Musical Theater, da fand ich eigentlich, ja, warum nicht. Das Gebäude wird offenbar nicht mehr wirklich genutzt, hat die Regierung gesagt, das Musical Theater hat keine Zukunft und ein Hallenbad fürs Kleinbasel, das wäre doch wirklich etwas und das Bild, das Salome Bessenich gezeigt hat mit dem schönen Dach, warum nicht.

Nur ist die Ausgangslage leider eine andere. Das Musical Theater wird weiter genutzt, es ist sehr beliebt. Es gibt, und das finde ich das wichtige, eine Ausgangslage, eine bauliche Ausgangslage, die auch eine super Grundlage ist für die weitere intensivere Nutzung. Das haben ganz viele Vorsprechenden von mir ausgeführt, deshalb nur die Kurzfassung. Wir haben den Bühnenturm mit einer guten Ausgangslage, wir haben Lichttechnik, Toninstallationen, die man mehr oder weniger einfach so anstöpseln und starten kann. Das ist eine Ausgangslage, die die meisten anderen alternativen Orte nicht bieten, also beispielsweise die Eventhalle bei der Messe, usw., da können Sie das nicht machen. Das heisst, gerade für kleinere Produktionen, für kleinere Vereine, Organisationen, Anbietende aus der Stadt, die jetzt nicht so enorm viel Geld haben, um dann noch ganz viel Geld in die Technik zu stecken, ist eben das Musical Theater eine ausgezeichnete Ausgangslage. Es ist also sehr gut möglich, das mehr zu nutzen, intensiver zu nutzen und da kommt natürlich auch der Preis ins Spiel. Man müsste dann natürlich für diese nichtkommerziellen oder kleineren Anbietenden entsprechend mit dem Preis runterkommen. Diese Möglichkeit besteht, das im Baurechtsvertrag festzuschreiben, dass auch solche Nutzungen Platz haben müssen und das im Preis einberechnen.

Für alle jene, die jetzt Angst haben, dass es, wenn wir das hier nicht annehmen, Ewigkeiten geht, bis die Schwimmhalle kommt, ja, ein bisschen teile ich diese Sorgen. Ich teile aber die Hoffnung, dass es mit dieser Lösung jetzt schnell geht, nicht. Vielleicht ist das auch ein bisschen meine Erfahrung mit der BRK und der Diskussion, die wir da haben. Wir hatten zig Geschäfte, bei denen es hiess, wir müssen das jetzt ganz schnell durchbesprechen, nein, wir können da nicht mehr weiter in die Tiefe gehen, wir müssen das jetzt beschliessen, weil das jetzt gebaut werden muss. Das letzte in diesem Zusammenhang war das mit den Rostbalken bei der Post, das gerade jetzt abgerissen und neu gebaut wird. Seither ist nichts passiert. Wir kennen auch die Verzögerungen bei den Museen, usw. Diese haben alle ihre Gründe, aber dass es jetzt in einem Gebäude, in einem historischen Gebäude, das auch noch im Inventar der schützenswerten Ortsbilder drin ist, plötzlich so schnell gehen soll, da habe ich doch meine Zweifel.

Noch zum obligatorischen Referendum. Ich habe kein Problem mit dieser Abstimmung, wir können das gerne machen. Ich denke, es ist auch nicht wirklich ein kompliziertes Thema. Das können wir der Bevölkerung sehr gut erklären, warum es geht bzw. sie hat das schon längst begriffen. Die Initiative wurde eingereicht, aber ich verstehe echt nicht, warum man hier für einmalig 15 Millionen Franken ein obligatorisches Referendum machen will, aber für 500 Millionen Franken jedes Jahr, ohne Einsicht, ohne Möglichkeit, im Grossen Rat das zu wenden, da kam kein Antrag von der SP, das dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Deshalb, ich finde das schon ein bisschen ein Ungleichgewicht und wir lehnen das hier deshalb ab. Aber wenn das kommt oder das Referendum ergriffen wird, dann wird das gut. Das wird eine gute Abstimmung, eine gute Diskussion. Ich liege in der Zeit, ich sage meine zehn Sätze zur Schwimmhalle beim nächsten Geschäft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich unterbreche hier die Sitzung. Wir fahren um 15 Uhr weiter mit diesem Geschäft.

Schluss der 16. Sitzung

12:02 Uhr

Protokoll

der 17. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 4. Juni 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Daniel Gmür (SP), Jérôme Thiriet (Grüne), Tobias Christ (GLP), Patrizia Bernasconi (BastA), Hanna Bay (SP), Lea Wirz (Grüne), Niggi Daniel Rechsteiner (GLP), Beda Baumgartner (SP).

Verhandlungsgegenstände:

5. Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK 2
6. Projektierung des Neuen Hallenbades am Standort Messeareal, Parzelle 7/2416 (Musical Theater), Bericht der BRK 13
9.1. Interpellation Nr. 62 Johannes Sieber betreffend das Potenzial der St. Jakobshalle als Veranstaltungsort der Popkultur nutzen (Wertschöpfung Eurovision Song Contest) 17
9.2. Interpellation Nr. 63 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend die unhaltbare Situation auf der Buslinie 50 .. 17
9.3. Interpellation Nr. 64 Eric Weber betreffend was wusste die Polizei am Mittwoch, 9. April, 14.30 Uhr, wegen der Sicherheit der Grossrats-Sitzung? 18
9.4. Interpellation Nr. 65 Lisa Mathys betreffend Abfalltrennung bei öffentlichen Abfallbehältern beibehalten . 19
9.5. Interpellation Nr. 66 Oliver Bolliger betreffend einen Freipass der Basler Regierung für den Art Basel Ableger in Katar? 19
9.6. Interpellation Nr. 67 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Veloständer in der Streitgasse 21
9.7. Interpellation Nr. 68 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Wirksamkeit des Französischunterrichts und zur Zukunft des Frühfranzösischs in Basel-Stadt 21
9.8. Interpellation Nr. 69 Nicola Goepfert betreffend Falschinformationen im Online-Fragebogen zur Vorprüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen 23
9.9. Interpellation Nr. 70 Daniel Gmür betreffend Medienfreiheit beim Polizeikessel an der Feldbergstrasse in der Nacht vom 17.05.2025 – 18.05.2025 24
9.10. Interpellation Nr. 71 David Jenny betreffend aller guten Dinge sind drei oder wird nun die Gelegenheit ergriffen, den Erwerb der Eishalle St. Jakob-Arena im Lichte des Bundesgerichtsentscheides vom 10. Januar 2025 (1C_679/2023) zu beurteilen 26
9.11. Interpellation Nr. 72 Jo Vergeat betreffend Art Basel in Katar?! Wie ist das mit unseren Werten vereinbar? 27
9.12. Interpellation Nr. 73 Ivo Balmer betreffend Verkauf Peter Merian-Strasse 27 – Warum verkauft Immobilen Basel-Stadt (IBS) Boden?! 28
9.13. Interpellation Nr. 74 Béla Bartha betreffend PFAS im Trinkwasser rund um den EuroAirport 30
9.14. Interpellation Nr. 75 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend gefährdet das Entlastungspaket des Bundes die Trinationale Zusammenarbeit? Wie kann die Neue Regionalpolitik gesichert werden? 31
9.15. Interpellation Nr. 76 Joël Thüring betreffend Freizeitgartenkommission: Missachtet der Regierungsrat das Gesetz? 32
9.16. Interpellation Nr. 77 Luca Urgese betreffend Veloständer auf dem Marktplatz und Planung der bevorstehenden Bauarbeiten 32
9.17. Interpellation Nr. 78 Tonja Zürcher betreffend stundenlange Einkesselung in der Nacht des ESC-Finales 33
9.18. Interpellation Nr. 79 Sasha Mazzotti betreffend Chancengerechtigkeit für Schüler:innen mit besonderem Förderbedarf 35

Beginn der 17. Sitzung

Mittwoch, 4. Juni 2025, 15:00 Uhr

5. Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

[04.06.25 15:00:22, 23.1354.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir fahren weiter mit der Traktandenliste. Ich wurde vorhin gefragt, ob wir Traktandum 6 auch noch gleich machen können vor den Interpellationen. Ich würde das sehr begrüssen. Gibt es andere Meinungen im Saal? Ich sehe keine, also werden wir anschliessend mit Traktandum 6 weiterfahren.

Nächster Einzelsprecher auf der Liste ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte in meiner Rede, die ich genau vorbereitet habe, ein paar allgemeine Sachen sagen zum Musical Theater. Ich trete weniger auf die rechtlichen Konsequenzen ein, weil ich mich da nicht so genau auskenne. Ich bin froh, dass die Tribüne voll ist. Es ist selten, dass das Thema, das wir hier bereden, bewegt. Ich bin glücklich, wir haben eine lebende Demokratie. Wir haben Mitbestimmung in unserem Land, wir müssen den Mund öffnen.

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zum Thema Musical Theater. Eine Vorbemerkung, die wirklich elegant ist, die ich mir lange überlegt habe, seit drei Wochen, seit ich gewusst habe, dass wir heute das Thema haben. Es ist eigentlich an unsere Gäste auf der Tribüne gerichtet, aus meinem Wahlkreis Kleinbasel. Und zum Thema, das wir jetzt besprechen, muss man sagen, die Politik findet nicht im Labor statt, sondern in einer realen Welt, mit realen Menschen, Akteuren und Konflikten. Politik ist keine «Wünsch dir was», sondern agiert im engen Kontext mit rechtlichen und ökonomischen Begrenzungen. Darum freue ich mich, dass so viele Leute da sind.

Als ich gehört habe, das Musical Theater soll ein Schwimmbad werden, da habe ich gedacht, es ist ein 1. April-Scherz oder es ist ein Fasnachtssujet. Ich habe das wirklich gedacht und Sie wissen, ich bin nicht dumm. Ich kenne mich aus in Basel, ich rede jeden Tag mit den Behörden, ich hatte jetzt ein Mittagessen mit einem Chefbeamten des Kantons Basel, wo wir uns austauschen. Ich führe auch die informellen Gespräche mit Chefbeamten. Als ich gehört habe, das Musical soll weg, habe ich gedacht, das gibt es doch nicht. Nicht nur, weil das mein Wahlkreis Kleinbasel ist, sondern weil das nicht geht. Basel schimpft sich als Kulturstadt und dann soll Kultur verschwinden. 2030 oder 2031 wird Basel sogar Kulturhauptstadt Europas. Jetzt, 2025, ist Chemnitz Kulturhauptstadt Europas, die Stadt, wo meine Mutter herkommt, und Basel wird es auch bald. Herr Cramer wird sich freuen und darum müsste eigentlich die Regierung sagen, wir müssen das Musical erhalten.

Aber, jetzt kommt das aber, wäre Basel ein Austragungsort der Olympischen Spiele, dann würde ich die Schwimmhalle verstehen. Aber unsere Stadtverwaltung ist ja nicht in der Lage, die Olympischen Sommerspiele nach Basel zu holen. Das Höchste, was wir hatten, war die Fussballweltmeisterschaft 1954 und 2008 die Fussball EM. Über den ESC mag ich nicht sprechen, da ich als einziges Parlamentsmitglied kein Ticket bekommen habe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat nichts mit dem Thema zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin Grossrat von Basel und es geht nicht, mir als Grossrat und Steuerzahler zu sagen, die Tickets sind ausgegangen. Ich beantrage, weil das Thema zu kompliziert ist, auch für mich als Ein-Thema-Partei, Rückweisung und Nichteintreten. Das Musical Theater muss erhalten werden. Wir können es auch nicht zur Bausünde machen, zuerst vor 30 Jahren etwas bauen und jetzt wieder abreissen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, Eintreten ist obligatorisch, das können Sie nicht beantragen. An wen wünschen Sie die Rückweisung? An die Regierung oder an die Kommission? An die Regierung, das ist so notiert.

Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Einige Bemerkungen zur Frage des obligatorischen Referendums. Die Argumente, die ich da pro und kontra gehört habe, haben mich jetzt alle nicht wahnsinnig überzeugt. Ich glaube, dass wir vermeiden wollen, dass da Kultur und Sport aufeinander losgehen, das ist kein Argument, um ein Referendum auszuschliessen. Auch der zeitliche Aspekt ist kein Grund. Und andererseits, nur weil jetzt die SP es will, ist auch kein Grund, es dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Ich glaube, wir haben eine Praxis jetzt gehabt in dieser Zeit, in den letzten drei Legislaturen. Ich will jetzt nicht festnageln lassen, vielleicht gab es ein Beispiel für ein freiwilliges obligatorisches Referendum, aber ich erinnere mich, das ist vielleicht meinem hohen Alter geschuldet, nicht daran. Und ich glaube, das zeigt auch etwas, dass es die Praxis dieses Parlaments ist, dieses Instrument eigentlich nicht einzusetzen. Es wurde gesagt, wenn es vielleicht angebracht gewesen wäre aufgrund der wirklich hohen Bedeutung des Geschäftes, wäre vielleicht das Standortförderpaket angebrachter gewesen. Dieses Geschäft ist zwar emotional aufgeladen, aber es ist nicht ein weltbewegendes Geschäft, also sehe ich keinen Grund, von der Praxis abzuweichen.

Ich glaube, wir verfallen auch manchmal dem Mythos, wir seien eine direkte Demokratie. Das sind wir nicht. Man kann es halbdirekte nennen und ich glaube, für den schweizerischen Durchschnitt heben wir uns ab durch relativ starke repräsentative Elemente. Wir kennen eben ein fakultatives Gesetzesreferendum, kein obligatorisches, auch nicht eine Mischform wie in Basel-Landschaft, wo es von gewissen Quoren abhängt. Wir haben das Recht und die Verantwortung, gewisse Sachen zu entscheiden, und dann, ich glaube, das wurde richtig gesagt, besteht das fakultative Referendum, wenn es auch wirklich dann ergriffen wird, ist es dann viel eindeutiger, woher der Widerstand kommt, wo die entsprechenden Argumente sind, etc. Dann sehe ich also aus dieser Praxis und aus der Rolle des Parlamentes in unserem Kanton keinerlei Begründung, dieses Geschäft dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

Vielleicht noch eine ganz kleine andere formelle Bemerkung. Der Gegenvorschlag ist vielleicht finanzrechtlich ein gewisser Hochseilakt und Gratwanderung. Da bin ich froh, dass die Frau Finanzdirektorin bestätigt hat, dass sie dann auch den Gegenvorschlag wirklich umsetzen wird und dort nicht das Ganze nochmals überdenkt. In der Initiative wird ja ein konkreter allgemeiner Gesetzesparagraphen vorgeschlagen. Das hat man jetzt so vermieden, auf diese Schiene zu gehen, wahrscheinlich aus guten Gründen. Die Frau Finanzdirektorin hat gesagt, es sei doch ein bisschen offen, ob Finanz- oder Verwaltungsvermögen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ich glaube, es muss dann im Finanzvermögen bleiben, sonst könnte man unter Umständen in Frage stellen, ob man überhaupt eine Liegenschaft im Verwaltungsvermögen darauf Baurecht begründen kann oder nicht. Ich will das jetzt nicht im Detail vertiefen. Und einfach, dass das wirklich zu Protokoll genommen ist, die Frau Finanzdirektorin hat gesagt, sie setzt diesen Auftrag dann auch so um.

Dann wurde noch gesagt von Herrn Kollege Messerli, es komme dann nochmals einen Ratschlag betreffend den Betrag von 15 Millionen, irgendjemand hat 15 Milliarden genannt, ich meine, das ist nicht richtig, ich glaube, es kommt nicht nochmals ein Ratschlag. Das ist dann hier bewilligt, aber da kann vielleicht die Frau Finanzdirektorin auch noch Aufschluss geben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Es ist ein vermeintlich klares Verdikt, mit 11 zu 2 Stimmen beantragt die BRK die Annahme des Gegenvorschlags. Die Initiative, die findet in allen Parteien Unterstützung. Die Idee der Schwimmhalle am Standort Musical Theater findet aber ebenfalls viel Zuspruch, vor allem in der Bevölkerung. Nur haben diese Unterstützerinnen und Unterstützer kein Komitee, das jetzt schon laut und unbeirrt für ihre Anliegen weibelt. Und ich meine das durchaus auch anerkennend für das unglaublich aktive Initiativkomitee. Aber genau das ist eben der grosse Unterschied und das liegt an der speziellen Konstellation dieser beiden Geschäfte. Ich bin sicher, das Verhältnis 11 zu 2 bildet die öffentliche Meinung nicht angemessen ab. Ich glaube, das ist auch einer der Gründe, weshalb wir eben für das obligatorische Referendum sind, weshalb wir das beantragen und in diesem Sinne möchte ich auch sehr direkt auf diese Frage von David Jenny antworten.

Diese spezielle Konstellation mit der Initiative, die als Antwort auf diesen Ratschlag überhaupt eingeführt wurde, die ist so nicht ganz einfach vergleichbar mit anderen Geschäften. Es wäre hier wirklich angemessen, die Bevölkerung dazu zu befragen, genau gleich, wie wenn die Initiative direkt vor das Volk gekommen wäre. Der zweite Grund ist, dass eben die Anliegen der Initiative wirklich vollumfänglich umgesetzt werden. Es ist nicht ein Kompromiss, mit dem wir uns jetzt hier einverstanden erklären, sondern es ist und bleibt auch ein «Buebetrickli».

Nun, 6 der 8 Fraktionen folgen der BRK gemäss «Chrüzlistich» und stimmen dem Gegenvorschlag zu und wollen damit das Hallenbad an diesem Standort verhindern. Ich habe mir erlaubt, etwas in der Datenbank von smartvote zu stöbern. 15 von Ihnen, liebe Grossratskolleginnen und -kollegen, sind Mitglied einer dieser 6 Fraktionen, haben aber letzten Herbst in der smartvote-Umfrage zu den Grossratswahlen die Frage, ob sie den Bau eines Hallenbads am Standort des heutigen Musical Theaters befürworten, mit Ja oder mit eher Ja beantwortet. Es wäre natürlich erfreulich, wenn Sie sich an Ihr Wahlversprechen zurückerinnern und folglich den Gegenvorschlag ablehnen. Aber klar, die eigene Meinung kann sich ändern, das verstehe ich.

In diesem Fall möchte ich Ihnen einfach sehr ans Herz legen, zumindest den Antrag der Fraktionen SVP und SP auf ein obligatorisches Referendum zu unterstützen. Damit können Sie nicht nur Ihr Gewissen beruhigen, sondern wir alle können sicherstellen, dass sich auch die Stimmbevölkerung zu dieser wichtigen Frage eine eigene Meinung bilden kann, die hat sie wahrscheinlich schon, und diese aber auch äussern darf.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es hat zwei Zwischenfragen für Sie von Herrn Sieber und Herrn Thommen. Sie werden entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Sie tun so, als würde das obligatorische Referendum einen Entscheid, ob Theater oder Schwimmhalle, herbeiführen. Ist Ihnen bewusst, dass das mitnichten der Fall ist?

Stefan Wittlin (SP): Doch, natürlich ist das der Fall. Der Rückweisungsantrag zum Ratschlag der Schwimmhalle basiert ja vorwiegend auf der Erkenntnis, dass man das Musical Theater erhalten will. Das steht ja in einem direkten Zusammenhang.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Leider haben Sie die Frage von Frau Zürcher noch nicht beantwortet. Warum braucht es für 15 Millionen ein obligatorisches Referendum, aber nicht für 500 Millionen?

Stefan Wittlin (SP): Das ist nicht unser Grund. Es geht darum, dass es ein Thema ist, das die Bevölkerung bewegt, und dass ich in ganz vielen Gesprächen mit den Menschen aus diesem Kanton gehört habe, dass das Interesse an einer Schwimmhalle an diesem Standort gross ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Auch dieses Thema haben wir schon ewig lange. Es kommt und geht und kommt wieder und es wird vertröstet und wieder verschoben. Wir haben hier drin schon ein paar Mal darüber geredet, über andere Standorte der Schwimmhalle. Wir haben schon über Sporthallen geredet, die kommen sollten, schon im 2020 waren das Themen, die Schwimmhalle noch viel länger zurück. Und plötzlich für mich aus heiterem Himmel, nachdem man lange nichts gehört hat, kommt plötzlich jemand auf die Idee, da haben wir ein Musical, da könnten wir doch jetzt noch ein Schwimmbad hinein bauen. Wenn man das erzählt hat in den letzten paar Monaten, in den letzten paar Jahren, am Stammtisch, einer meiner Lieblingsorte, auf der Strasse, auch einer meiner Lieblingsorte, oder auch an den Familienfesten, dann haben die mich jeweils ausgelacht und gesagt, seid ihr in Basel eigentlich... Das hat mich schon dazu bewegt, auch ernsthaft einmal darüber nachzudenken, ist das wirklich wahr, dass da die Verwaltung den bestmöglichen Ort für eine Schwimmhalle eruiert hat im ganzen Kanton Basel-Stadt, und zu Basel-Stadt, ja, das glaube ich, will man immer ein bisschen sagen, das Joggeli gehört nicht dazu, ausser wenn der FCB spielt, dann, auch wenn es auf der anderen Strassenseite ist, ist plötzlich jeder wieder ein Basler. Selbstverständlich gehört das Joggeli-Areal zu unserer Stadt oder mindestens sozusagen wie.

Wenn wir die Schwimmhalle aus dem Musical herausbringen, dann bin ich überzeugt, dann finden wir plötzlich einen hervorragenden Standort für ein Wettkampfschwimmbecken im Joggeli unten, und ebenso bin ich überzeugt, dass wir ein wunderbares Freizeitbad finden an einem anderen Ort im Kleinbasel. Es liegt an uns hier drinnen, der Verwaltung auch mal zu sagen, nein, es geht nicht einfach wegen dem jetzt wieder 20 oder 30 Jahre, es geht auch schneller. Ich will nicht wieder das Beispiel bringen mit den Tramhäuschen und den beiden Roche-Türmen, die etwa gleich lange gehen zum Bauen, aber es muss doch deutlich schneller gehen als 20 Jahre, dass wir einen anderen Standort finden, um eine solche Schwimmhalle hinzubauen. Das kann ja gar nicht sein.

Im Kanton Bern, dann wechsele ich zum Musical, im Kanton Bern hat man das probiert, man hat dort tatsächlich ein Schwimmbad gemacht, das für alle Interessensgruppe funktionieren sollte, für die Bevölkerung, aber auch für die Spitzenschwimmer und -schwimmerinnen. Dann hatten alle eine grosse Freude und das hat auch tipptopp ausgesehen, bis dann am ersten Wochenende die Schwimmer einen Wettkampf stattfinden lassen wollten, woraufhin dann der Kanton gesagt hat, ja, nein, am Wochenende, da könnt ihr das natürlich nicht machen, dann ist natürlich die Bevölkerung dran, die wollen dort schwimmen. Und schon hatten wir natürlich den ersten Konflikt. Das kann nicht funktionieren. Ein Spitzenschwimmer,

der will nicht trainieren, wenn nebenan ein paar Kinder mit dem Ball planschen. Das kann doch nicht sein. Und nachher fragen wir uns, wieso wir keine Olympia-Schwimmer mehr aus unserem Kanton hinkriegen. Das glaube ich nie im Leben, für das habe ich selbst viel zu lange Sport gemacht. Also die Schwimmer, die brauchen eine richtige Halle, das gehört ins Joggeli, dort ist der Sport zu Hause, der Spitzensport, und das Freizeitbad, das kommt dann ins Kleinbasel, wunderbar.

Das Musical an sich, das steht dort, und ich bin ein wahnsinniger Musical-Fan und ich habe immer eines nicht verstanden, warum man da immer von diesen Kosten redet. Natürlich sind wir froh, wenn das Musical selbsttragend ist und die, die das befürworten, die sagen das auch schon seit 20 oder 30 Jahren, da würde kein Subventionsfranken hineinfliessen, aber diese Diskussion will ich eigentlich gar nicht führen, sondern selbstverständlich gibt es Sachen, die Geld kosten, wenn wir das wollen in unserem Kanton. Wir müssen sie nicht ganz finanzieren, aber ein bisschen unterstützen, dass ein privater Betreiber das auch wirklich selber zahlen kann.

Also das Musical stehen lassen, selbstverständlich, die Schwimmer ins Joggeli und als zweites ins Kleinbasel und dann sind wir alle zufrieden, dann sind wir alle glücklich. Ich habe geschlossen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben noch nicht ganz geschlossen, es hätte noch zwei Zwischenfragen, wenn Sie diese annehmen, von Lisa Mathys und Joël Thüring. Sie werden entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Alex Ebi, ich denke, Sie haben nicht ganz zugehört, was Tanja Soland gesagt hat. Es geht ja nicht darum, dass das der beste Standort ist, sondern dass es eine ideale Umnutzung eines heute unternutzten Gebäudes wäre. Wie erklären Sie dem ganzen Breitensport, Schwimmer*innen, nicht nur den Organisierten in Schwimmvereinen, nicht den Leistungssportler*innen, dass sie nochmal so lange warten müssen?

Alex Ebi (LDP): Das war natürlich nicht eine kurze Zwischenfrage und erklären kann ich sie jetzt auch nicht, dann wäre auch meine Antwort nicht kurz. Es muss einfach schneller gehen, ich habe das erwähnt, und da sind wir gefordert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Alex Ebi, Sie haben gesagt, es muss einfach schneller gehen. Sie sind ja ein grosser Freund der Sportflächen und dass diese realisiert werden, diese Leidenschaft teilen wir. Ich möchte Sie jetzt trotzdem fragen, wie können Sie denn garantieren, dass wenn wir dieses Projekt jetzt ablehnen, es für einen Alternativstandort schneller geht, und was macht Ihnen die Hoffnung, dass das tatsächlich dann auch so ist, wenn Sie doch sehen, wie lange es generell bei Bauprojekten im Kanton Basel-Stadt geht?

Alex Ebi (LDP): Auch nicht eine kurze Zwischenfrage und erst noch zwei, ja, was soll ich dazu sagen?

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wäre noch eine Zwischenfrage von Herrn Weber. Sie wird entgegengenommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Alex Ebi, danke für die Annahme der Frage. Ich habe zwei Zwischenfragen. Haben Sie den grossen Artikel zu Ihrer Rede heute im Parlament auf der Seite 19 der Basellandschaftlichen Zeitung gelesen? Und die letzte Frage ist, ich hoffe, Sie sind nicht genervt, dass ich immer als Nachbar bei Ihnen klingeln komme?

Alex Ebi (LDP): Ja, ich habe es gelesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse auf der Besuchertribüne eine Klasse des Gymnasiums Oberwil mit der Lehrperson Isa Pütz. Die Schülerinnen und Schüler haben sich vorhin schon mit Anouk Feurer ausgetauscht. Wir hoffen, ihr erhaltet heute einen lebendigen Einblick in das Basler Politikgeschehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Weil es so selten vorkommt, möchte ich noch einmal in das gleiche Horn wie David Jenny stossen. Die Voten der SP haben mich so sprachlos gemacht, dass ich mich gezwungen fühle, hier etwas zu sagen. Das Verständnis einer Partei mit 30 Prozent Wähleranteil, vielleicht sogar mehr, drei Regierungsratsmitglieder, das Verständnis einer so grossen Partei, dass ein Parlament, das ein Gegenvorschlag vorlegt, trotzdem ein obligatorisches Referendum machen muss, das finde ich doch sehr erstaunlich. Wenn man einen kleinen Exkurs in die Demokratiegeschichte machen möchte, das machen wir nicht, weil wir schon so spät dran sind, aber dann müssten wir ja jedes Mal wieder eine Landgemeinde einführen, damit man alle Bestimmungen allen vorlegen könnte, damit alle etwas machen können. Aber zum Glück hatten unsere Vorväter und auch Vormütter grandiose Ideen im 18. Jahrhundert, das ist nämlich die Repräsentation. Und hier allen vorzuwerfen, sie würden jetzt gegen ihre eigenen Wahlversprechen und so vorhalten, ist einfach billig, weil es gibt eine Kommission und eine Kommission hat dies beraten und aufgrund dieser Beratung kam ein Gegenvorschlag heraus. Sie können gegen diesen Gegenvorschlag sein, finde ich okay, Sie können das Referendum sammeln, okay, aber alles andere ist nur billiger Plebiszitarismus, wie Napoleon das gemacht hat. Es geht nur darum, quasi hier die eigene Agenda zu pushen. Das finde ich einfach nicht sehr staatstragend.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Thommen, bremsen Sie sich ein wenig. Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thüring.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Entschuldigung, Napoleon, der dritte.

Joël Thüring (SVP): Das war auch nicht meine Zwischenfrage. Meine Zwischenfrage war, Sie haben jetzt vorher mehrfach, auch schon bei Ihrer Zwischenfrage, auf das Standortpaket verwiesen. Haben Sie denn, als wir dieses Standortpaket hier drin behandelt haben, ein Antrag auf ein obligatorisches Referendum gestellt?

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Nein, weil das Referendum kann man auch sammeln, wenn es einem wichtig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Salome Bessenich hätte auch eine Zwischenfrage. Nehmen Sie diese an? Sie wird angenommen.

Salome Bessenich (SP): Ganz unabhängig von den Zwischentönen, finden Sie nicht, man könnte auch der Meinung sein, dass die Initiative selber eine Art vorgezogenes Referendum ist auf den Planungskredit, über den wir heute abstimmen, und dass darum schon nur eine Volksabstimmung angemessen wäre?

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Die Initiative ist eine Initiative.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Vielleicht versteht Herr Thommen meine Anliegen, weshalb ich als Vertreter einer Volkspartei selbstverständlich beim obligatorischen Referendum für eine Volksabstimmung bin. Wir haben ja auch keinen Sitz in der Regierung, aber das nebensächlich, es geht, denke ich, auch nicht um den finanzpolitischen Aspekt, wie es Frau Zürcher und auch Herr Thommen in der Zwischenfrage angesprochen haben. Wenn aber die BastA und die Grünen für ein obligatorisches Finanzreferendum sind ab einer Ausgabe ab 100 Millionen, dann würden sie bei der SVP wahrscheinlich auf offene Türen treten. Dementsprechend könnten wir das ja mal in einem Vorstoss prüfen, aber darum geht es jetzt nicht. Es geht nicht um den finanzpolitischen Aspekt, weshalb wir für das obligatorische Referendum sind, es geht einfach einzig und allein darum, dass wir eine Initiative hatten.

Eine Volksinitiative ist eigentlich auch der Grund dafür, weshalb es eine Volksabstimmung in einem zweiten Schritt dann benötigt oder gibt, und hier hat man in diesem Fall halt einfach einen Gegenvorschlag kreiert, der sehr ähnlich zur Initiative ist. Ich wiederhole noch einmal, der Kommissionssprecher hat heute Morgen gesagt, der Bevölkerung den Unterschied zwischen dem Gegenvorschlag und der Initiative zu erklären, wäre relativ schwierig. Dementsprechend macht es auch Sinn, wenn wir hier auch dieses obligatorische Referendum bejahen und hier auch die Bevölkerung dazu befragen. Ausserdem, es

ist effektiv auch ein Geschäft von hoher Tragweite. Die Bevölkerung hat das jetzt in den letzten Jahren auch breit diskutiert. Es gab ja, wie gesagt, auch diese Initiative und dementsprechend wäre es in diesem Fall durchaus auch berechtigt, auch mit dem Hintergrund, dass diese Volksinitiative eingereicht wurde.

Und dann einfach noch diese Argumentation, die jetzt heute Morgen auch genannt wurde, warum ein obligatorisches Referendum der schlechtere Weg sei. Es würde eine Verzögerung geben des Hallenbades. Also meine Damen und Herren, wo sollte jetzt dieses obligatorische Referendum ein Hallenbad verzögern? Das Hallenbad ist schon mehrere Jahrzehnte verzögert und wenn wir jetzt eine Volksabstimmung einleiten, dann werden wir im Herbst darüber abstimmen und haben dann Klarheit von der Bevölkerung. Also es gibt keine Verzögerung beim Hallenbad, dementsprechend, auch dieses Argument verstehe ich nicht.

Es macht hier wirklich Sinn, weil es eine Initiative ist, weil es ein Geschäft von grosser Tragweite ist, dass wir hier dieses Geschäft dem obligatorischen Referendum unterstellen und dementsprechend bitte ich Sie, hier auch unseren Anträgen zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lorenz Amiet als nächster Sprecher.

Lorenz Amiet (SVP): In aller Kürze nur zwei Gedanken, weil sie bis jetzt aus meiner Sicht noch zu kurz gekommen sind. Das erste, finanzpolitisch. Wenn Frau Regierungsrätin Soland in ihrem Eintrittsvotum Bedauern geäussert hat, dass sie nicht alles uns erzählen kann, was sie gerne erzählen würde, da habe ich durchaus Mitleid, aber auf der anderen Seite gibt es auch andere Dinge, welche die Regierung nicht muss, weil sie Regierung ist und wo es vielleicht besser wäre, wenn sie das auch mal lernen würde, zum Beispiel Design to Cost.

Ich finde das einen ganz spannenden Ansatz der BRK. Mit diesen 15 Millionen, die man vorgibt, verlangt man jetzt vielleicht zum ersten Mal, aber sicher zum ersten Mal seit langem, dass das Staatswesen zusammen mit einem Privaten, der das im Baurecht dann übernehmen soll, Design to Cost betreibt. In Privatwirtschaft ist das alltäglich, das ist nichts Neues. Der Staat, weil es keine Rolle spielt, wie viel man am Schluss ausgibt, weil man Nachtragskredite verlangen kann, der muss das in der Regel eben nicht.

Der zweite Punkt, der mir wichtig ist, und da spreche ich aus eigener Erfahrung, sehr schmerzhafter Erfahrung, ein bestehendes Gebäude auskernen, die Hülle sanieren und dann etwas komplett Neues in einer energetisch sanierten Hülle hineinzubauen, ist in aller Regel nicht günstiger, als etwas Neues zu bauen und in aller Regel geht das auch nicht schneller.

Bitte nehmen Sie das auch mit, wenn Sie nachher abstimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es hat sich Tim Cuénod gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Nun, manchmal kommt scharfe Polemik von unerwarteter Seite. Ich habe nichts gegen scharfe Polemik, auch die gehört zur politischen Auseinandersetzung dazu, aber wenn man Unterstellungen macht, dann sollten sie doch ein bisschen Hand und Fuss haben. Wenn ein halber Diktator oder Präsident erklärt, wir machen jetzt eine Volksabstimmung zu diesem und jenem Thema, dann ist das ein cäsaristisches Element. Das ist im Vergleich mit Napoleon dem dritten angebracht. Wenn ein Parlament mit 100 Mitgliedern hingegen entscheidet, wir sind der Meinung, dass das eine Frage ist, die die Bevölkerung grundlegend sehr beschäftigt und über die sie abstimmen möchte und man ihr die Möglichkeit geben sollte, auf jeden Fall zur Mitsprache, wenn ein Parlament in einer Mehrheit zu dieser Auffassung kommt, dann ist das nicht cäsaristische Machtpolitik, sondern Ausdruck einer demokratischen Überzeugung und das muss und kann ein Parlament in jedem Einzelfall entscheiden, ob es dies für sinnvoll erachtet oder nicht. Ich erachte es persönlich sinnvoller bei einer Abstimmung, die emotional stark bewegt, über ein Hallenbad oder ein Musical Theater, Leute mitbestimmen zu lassen als bei Themen, die die Leute insgesamt auch weitaus weniger beschäftigen und emotional mitnehmen.

Zu guter Letzt möchte ich auch sagen, dass wir entscheiden sollten, sicher müssen wir nah bei der Bevölkerung sein, ich bin mir nicht so sicher, Alex Ebi, wie die Stimmung in der Bevölkerung diesbezüglich wirklich ist. Ich habe auch viele Leute gehört, die mir gesagt haben, naja, sie waren in ihrem Leben vielleicht ein-, zweimal in diesem Musical Theater und nicht mehr, ein Schwimmbad fänden sie besser. Aber ich denke, wir sollten auch, so wichtig es ist, populär zu sein, schauen, was ist langfristig im öffentlichen Interesse und ich bin der festen Überzeugung, dass im Sinne der Gesundheitsprävention auch gerade ein Hallenbad dringend nötig ist und die Wahrscheinlichkeit, dass dieses dann auch nie gebaut wird oder in sehr weiter Zukunft, die ist einfach da. Das ist eine sehr lange Leidensgeschichte, ich rede hier als einer, der zwei- bis dreimal pro Woche im überfüllten Rialto schwimmt. Insofern ist das auch eine Frage sicher der Priorisierung.

Man kann zu unterschiedlichen Auffassungen kommen, aber ich hoffe, dass diejenigen, von denen ich fürchte, dass sie sich nun gleich durchsetzen werden, ernst nehmen, dafür zu sorgen, dass die Versorgung wirklich mit Schwimmbädern in Basel besser wird, mit Wasserflächen und dass die heute untragbare Situation recht bald gelöst wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme. Einen zweiten Versuch, nachdem ich bei Herrn Wittlin gescheitert bin. Ist es nicht so, dass wenn jetzt das obligatorische Referendum hier stattfinden soll, was Sie befürworten, bei einem Nein einfach dieser Grossratsbeschluss versenkt wird, aber noch kein Planungskredit für das Hallenbad gesprochen wird und auch kein Kredit für den Bau des Hallenbads? Gaukeln Sie nicht der Bevölkerung etwas vor?

Tim Cuénod (SP): Ich habe noch die Hoffnung, dass ein Parlament eine demokratische Volksabstimmung respektiert und wenn in der Bevölkerung eine Mehrheit gegen diesen Kredit stimmen sollte, dass die sich heute nun abzeichnete Mehrheit nicht allesamt blockiert, dass man eine andere Planung aufnimmt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich versuche nochmal eine finanzrechtliche Klärung des Gegenvorschlags, weil es mir wichtig erscheint, vor der Abstimmung zu wissen, was wir als Regierung darunter verstehen. Ich hatte bisher den Eindruck, es ist das gleiche wie die BRK, Herr Hug wird das nachher entweder dementieren oder bestätigen.

Der Gegenvorschlag kann aus unserer Sicht nicht festlegen, er legt auch nicht fest, ob es tatsächlich im Finanzvermögen oder Verwaltungsvermögen ist, weil es eine Schwierigkeit gibt, da ja das Finanzvermögen in exekutiver Kompetenz ist. Wenn wir aber den Gegenvorschlag so lesen, verstehen wir, dass es in einem Baurecht abgegeben werden sollte. Wir lassen jetzt mal offen, inwiefern das in den beiden Vermögen möglich ist. Wir gehen davon aus in der Regierung, dass wir das im Finanzvermögen machen möchten. Selbstverständlich, fänden wir auch sinnvoll, scheint auch der Wille der Kommission zu sein und nachher vielleicht auch des Grossen Rates, dass man das abgeben möchte an eine Betreiberschaft. Die Regierung wehrt sich nicht dagegen, wird sich daher auch nicht auf einem gerichtlichen Weg wehren.

Wie verstehen dann aber auch, dass es ein Investitionsbeitrag ist. Das steht im Gegenvorschlag, es steht nicht, dass wir zusammen mit den Betreibern die Sanierung machen. Ich verstehe klar, es ist ein Beitrag, also nicht Design to Cost, sondern wir geben, das wird auch in der Ausschreibung so sein, wir geben 15 Millionen an die Sanierung. Ob das reicht oder ob der Betreiber noch mehr braucht, ist ihm offen gestellt. Und das gibt keinen Ratschlag mehr, das kommt nicht mehr ins Parlament. Wir würden das aus heutiger Sicht als gebunden betrachten, kommt dann in der Regel zur Finanzkommission noch zur Kenntnis, könnte man noch diskutieren, neu aufrollen und nochmal anfangen. Aber vom Verständnis her, so habe ich den Gegenvorschlag verstanden, möchte man, dass das ähnlich wie beim Volkshaus, dass man das im Finanzvermögen behält. Das soll ja selbsttragend sein zu einem gewissen Punkt, einfach mit diesen 15 Millionen Beitrag. So ist das Verständnis der Regierung.

Wir haben das selbstverständlich besprochen, was ich ja sinnvoll finde, weil das muss man heute wissen und das heisst, klar, bei der Ausschreibung, da haben Sie auch recht, wird man sich noch überlegen, braucht es gewisse Bedingungen. Aber ob all die Bedingungen, die Sie sich jetzt wünschen, dass wir hineinnehmen können, bitte jeder Quartierverein soll zu ganz tiefen Kosten dort die Bühne mit 1000 Personen im Publikum nutzen dürfen, also ich habe Ihnen in der Kommission gesagt, wenn wir das machen müssen, finden wir niemanden. Wir können gewisse Bedingungen aufnehmen, Bedingungen, die realistisch sind. Aber es wird am Ende, das ist eine Riesenbühne, das sind 1000 Personen, das ist nicht eine für einen kleinen Quartierverein, eine kleine Schüleraufführung, das ist ein grosses Gebäude und das kostet auch, wenn Sie es öffnen, kostet es. Da kann man nicht einfach den Schlüssel abgeben und macht mal, so wie die Schulen, die Schulen kosten auch, wenn wir sie aufmachen, Turnhallen für Vereine kosten auch. Also von dem her wird es Bedingungen geben.

Ich habe verstanden von der Kommission, wir werden das aufnehmen, was alles im Bericht steht, versuchen es so umzusetzen, aber einfach, dass wir uns hier verstehen, weil auch jemand gesagt hat, es kommt ja dann ein Ratschlag und dann schauen wir das alles nochmal an, nein, wenn das keinen Zuschlag gibt, wenn wir niemanden finden, dann würde sich die Frage stellen, machen wir dem Parlament den Vorschlag, wir müssen das Gebäude umwidmen ins Verwaltungsvermögen, wir brauchen einen Staatsbeitrag, dann kommt es ins Parlament. Das wäre eine Möglichkeit. Wenn wir niemanden finden, wäre das eine Möglichkeit und dann würde es nochmal aufgerollt. Also das ist jetzt mein heutiges

Verständnis. Es ist so ruhig, ich bin gerade etwas irritiert, als Finanzdirektorin sich mit Musical, Kultur und Sport auseinanderzusetzen, ist ein neues Gebiet für mich.

Dann noch zum Hallenbad. Nein, es ist nicht der bestmöglichste Platz, es ist der schnellstmöglichste Ort, um ein Hallenbad zu verwirklichen. Natürlich hätte ich mir gewünscht, irgendwo, jetzt wollte ich grüne Wiese sagen, nein, natürlich keine grüne Wiese, irgendwo einen Betonplatz zu haben, ein heisser schrecklicher Betonplatz, den wir mit einem super Schwimmbad überbauen könnten. Natürlich wäre das der bestmöglichste Ort, selbstverständlich. Aber es wäre der schnellste. Es ist auch der schnellste, weil er im Eigentum des Kanton Basel-Stadt ist, das ist natürlich einfacher. Das war natürlich der Hauptgrund. Und da muss ich Ihnen sagen, einfach um ehrlich zu sein, nein, Herr Messerli hat mir eine 1,2 gegeben oder ein 1,5 wenigstens, null, noch schlimmer, okay. Nein, wir haben nicht die Hände in den Schoss gelegt. Selbstverständlich schaut man immer wieder Standorte an, überlegt sich, geht etwas Neues auf und wir sind auch der Überzeugung, dass ein Hallenbad nicht reichen wird. Die Bevölkerung wächst, selbstverständlich planen wir schon weiter und es wird sicher nachher auf unserem Land Klybeckquai, Westquai, wird das sicher möglich sein. Das scheint uns auch unproblematisch, das wird einfach noch einige Zeit dauern.

Und ich muss Ihnen sagen, ich habe eine lange Agenda. Ich habe Eishalle, nein, ich glaube, sogar mehrere, ich habe Publikumssporthalle, ich habe Sozialwohnungen, ich habe sowieso günstigen Wohnraum, ich habe Schulen, viele Schulen, ich habe eine ganz lange Agenda. Und ich muss Ihnen sagen, wir müssen Prioritäten setzen und Schulen werden wohl vor dem Hallenbad kommen. Und der Erlenmattplatz, es hat nicht Platz für ein 50-Meter-Becken mit einer Schule, das geht nicht. Und da gibt es Prioritätensetzung, muss man schauen, bei der Schule haben Sie ja auch viele Wünsche, was dann die Schule noch braucht, und die brauchen wir. Ich habe einfach keinen leeren Platz in diesem Kanton, das habe ich nicht.

Sie sagen St. Jakob. Ja, wir wollten etwas für den Kanton machen. Ich bin Finanzdirektorin im Kanton Basel-Stadt und auch wenn über 40 Prozent im Schwimmverein aus dem Baselbiet kommen, ich arbeite für die anderen 60 Prozent. Und die St. Jakobshalle ist nicht auf unserem Boden, ist für die Personen aus dem Baselbiet sehr gut erreichbar, für unsere weniger gut. Man kann das dort machen, es verdrängt auch Nutzung. Es gibt einen tollen Anlass, ich weiss nicht, ob Sie waren, ich durfte den mal eröffnen, er heisst jetzt nicht mehr CSI, mit dem Pferdesport, ein toller Anlass, wird wahrscheinlich nicht mehr möglich sein. Da werden wir hier auch wieder diskutieren, dann heisst es, Pferdesport, okay, spielt nicht so eine Rolle. Nein, das wird auch eine Diskussion geben. Ich habe heute schon gehört, der Parkplatz, uh, der darf nicht überbaut werden. Okay, Parkplatz geht nicht, geht es, dass der Pferdesport nicht mehr geht, gut, können wir diskutieren. Es gibt überall Verdrängung und es lässt sich nicht einfach aufeinander stocken alles mit dem Hochhaus, dem Roche-Hochhaus. Das hat auch andere Gründe, das ist nicht so einfach.

Klybeck haben Sie noch gesagt, soweit ich weiss, ist das nicht in unserem Eigentum. Die Eigentümer haben, glaube ich, sehr viel Geld bezahlt für dieses Land und die möchten wahrscheinlich auch einen guten Preis, werden wir dann schauen. Es ist einfach noch nicht frei, ist noch nicht zonenkonform, ist nicht in unserem Eigentum, dauert einfach auch noch. Das möchte ich Ihnen schon ehrlich sagen, wir gehen nicht und sagen, jetzt gibt es kein Hallenbad, wir sind jetzt beleidigt. Aber ich möchte auch ehrlich sein und sagen, es ist nicht so einfach und wir sind auch schon länger dabei, immer wieder zu schauen, wo gibt es einen Platz. Aber Sie sehen, wir haben schon bei den Schulen, wir haben wirklich grösste Probleme und das ist, glaube ich, Priorität eins, wir haben grosse Probleme, Platz für die Schüler zu finden, genug grosse Schulen mit all den Bedingungen, die dort gewünscht werden. Es ist nicht einfach. Wir werden nochmal schauen, wir werden Ihnen Vorschläge bringen, sicher, selbstverständlich.

Aber was mich jetzt wirklich noch ärgert, was ich schon noch sagen möchte, es ist vielleicht etwas gewagt, aber der Schwimmverein. Es tut mir einfach leid, aber wenn Sie dem Schwimmverein heute das Signal geben und sagen, ja, macht doch eine Schwimmhalle nur für die Schwimmvereine, ein 50-Meter-Becken nur für die Schwimmvereine, das ist einfach eine ganz neue Richtung. Das wäre von Ihnen ein neues Signal. Darf ich Sie erinnern an das Eglisee, Ballonhalle? Ah, hat man gedacht, da machen wir was für die Schwimmvereine. Es ging nicht lange, da kam der erste Vorstoss, ja nein, die Bevölkerung möchte da auch schwimmen, wir möchten auch, das geht doch nicht nur für die Schwimmvereine. Dann sagte die Bevölkerung, ja, aber das hat ja keine Garderoben, wo ziehen wir uns dann um? Ich glaube, es gibt jetzt Garderoben, weiss nicht, genau, musste man dann noch umbauen.

Sie möchten Mehrfachnutzung. Sie sagen, eine Turnhalle für die Schule, öffnet das auch für Vereine, Pausenhof für die Jugendlichen, öffnet doch Schwimmhallen auch für andere. Also, das müssen Sie sich entscheiden, wenn Sie wirklich wollen, dass wir nur für die Schwimmvereine, und die haben ihre Trainingszeiten und nach den Trainingszeiten, ja, da ist dann nicht mehr viel los. Alex Ebi hat gesagt, dass mit dem Wochenende, das Beispiel Bern. Ja gut, das haben wir auch auf dem Rhein, da haben wir auch das Problem, wenn die Ruderregatta den Rhein sperrt, weil sie ein Rennen haben, dann gibt es manchmal auch Ärger. Ja, da müssen wir daran vorbeikommen, aber ich glaube, wir können nicht ein 50-Meter-Becken hinstellen und sagen, das ist nur für die Schwimmvereine, Familien, Bevölkerung, tschüss. Also das wäre eine neue Motion, ein Auftrag für die Regierung, den müssten Sie mir am besten noch in den nächsten paar Wochen einreichen, dann planen wie das anders. Also die müssen aneinander vorbeikommen und es wird sicher auch ein drittes Hallenbad geplant, selbstverständlich, je mehr wir haben, je einfacher und besser kommen die aneinander vorbei. Ich glaube, das macht wirklich Sinn.

Jetzt habe ich mein Ärger abgelassen und einfach am Ende noch die Erklärung, ich fühle mich jeden Morgen, wenn ich aufstehe und auch wenn ich an die Regierungssitzung komme, immer noch als Sozialdemokratin in dieser Regierung, die ich sehr schätze, und daher gehen solche Voten, die, finde ich, leicht boshaft sind, am einten Ohr rein und am anderen raus. Ich fühle mich also wohl als Sozialdemokratin in der Regierung und stehe dazu, was ich für die gesamte Bevölkerung vertrete.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank und auch für die Ruhe im Saal. Faszinierend, was geht. Herr Schaller hat eine Zwischenfrage, Frau Soland, mögen Sie noch? Sie wird angenommen.

Beat K. Schaller (SVP): Frau Regierungsrätin, als eines der Argumente gegen den Standort Joggeli haben Sie gesagt, er befindet sich auf Landschäftler Boden, was ja richtig ist. Frage, ist die Tatsache, dass etwas auf Landschäftler Boden steht für Sie gerade ein Stopp-Signal, überhaupt mit den Landschäftlern in den Dialog zu treten?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir sind immer wieder im Dialog mit den Landschäftlern in Bezug auf verschiedene Themen, aber ich glaube, finanziell ist da nicht viel zu holen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Präsidenten der BRK, Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Besten Dank für die sehr ausführlichen Voten und die Diskussion, die noch weitere wichtige Punkte aufgebracht haben.

Jetzt zu Tanja Solands Votum, wie das Verständnis der BRK ist zu dem Gegenvorschlag. Unser Verständnis ist, wie aufgeführt, folgender, dass vor allem der Beschluss, der vorgelegt ist, der Gegenvorschlag, ein Grossratsbeschluss ist, der die Widmung des Finanzhaushaltsgesetzes der massgebenden Vermögensmasse nicht direkt vorgibt. Aber im Dialog mit der Verwaltung innerhalb der Beratungen wurde auch klar der Wunsch geäussert, dass sich das Gebäude im Finanzvermögen weiterhin befinden soll und dieser Wunsch soll eben auch umgesetzt werden durch die Massnahme, wie sie vor allem auch im zweiten Punkt aufgeführt wird, mit dem Investitionsbetrag. Ich habe das juristisch nochmal angeschaut und meines Erachtens ist es so, dass wenn das Parlament verbindlich festlegen will, dass das Gebäude als Musical- und Konzerthaus weitergeführt wird, müsste man im Rahmen der Projektierung bzw. Realisierung entweder quasi eine Umwandlung ins Finanzvermögen vornehmen oder eine Nutzung im Rahmen eines Baurechtsvertrags durch Dritte definieren, wobei das Gebäude im Finanzvermögen verbleibt, die Zweckbindung aber durch den Baurechtsvertrag gesichert wird. Und letzterer Punkt wird ja genau angestrebt mit unserer Lösung. Das heisst, ich glaube das Vorbild Volkshaus funktioniert hier, eine gute Analogie, wo das, glaube ich, sehr ähnlich geregelt ist.

Und klar wird es eine Diskussion geben, wenn sich niemand finden lässt, der dieses Musical Theater unter diesen Bedingungen, die ja jetzt sehr eingeschränkt sind im Beschluss, betreiben möchte. Aber dieses Risiko geht man auch bewusst ein, weil auch mehrere Betreibende, die wir angehört haben, und Expertinnen/Experten aus dem Business sozusagen gesagt haben, dass sie ein Interesse daran hätten. Und das ist ja auch ein Anliegen, weshalb die Initianten so aktiv sind in dieser Sache. Sie gehen ja auch davon aus, dass es ein Bedürfnis gibt. Wenn es gar keines mehr gibt, dann muss man wieder darüber diskutieren, wie mit dem Gebäude weiter zu verfahren ist.

Dann bin ich ebenfalls der Auffassung, dass es keinen weiteren Ratschlag gibt und der Beitrag, die 15 Millionen, ist als Anschubfinanzierung zu verstehen für den, der im Baurecht das Gebäude übernimmt und auch vorlegt, was er mit dem Gebäude vorhat, über die Ausschreibung, die ja zu machen ist.

Dann vielleicht noch zu einer Aussage, heisser Betonplatz. Derzeit gibt es wahrscheinlich auf dem Klybeckareal genügend heisse Betonplätze und auch beim St. Jakob auf dem Parkplatz sowie beim Erlenmattplatz gibt es Flächen, die sich eignen, aber Sie haben dann nachgängig auch noch darauf hingewiesen, wie Sie diese Standorte beurteilen.

Vielleicht noch generell zu den Voten, die ich jetzt gehört habe. Aus einer BRK-Sicht haben wir natürlich die Wirtschaftlichkeit sehr genau angeschaut. Wir sind ein Laiengremium, wir können auch nicht sagen, es ist genauso und so, wir kennen auch die Zahlen nicht dieser Unternehmungen, aber wir haben mit ihnen gesprochen. Und Fakt ist, dass das Musical- und Konzertbusiness an vielen Orten sehr gut funktioniert und sogar ausgebaut wird. Insbesondere in deutschen Städten ist das schon so, in Zürich wurde ebenfalls ein drittes Haus jetzt gebaut, welches diese Art von Dienstleistung oder von Events anbietet. Basel wäre halt jetzt hier etwas gegen den Trend, wenn man dieses Gebäude einfach quasi schliessen würde.

Dann wurde auch mehrfach gesagt, dass 10 Millionen Franken Steuergelder investiert wurde. Dies war im Jahr 1995, das ist doch schon einige Jahre her. Seither ist kein einziger Franken an direkten Subventionen in diesen Betrieb geflossen. Und

man muss schon auch sagen, diese Veranstaltungen bringen immer auch Wertschöpfung mit sich. Das wurde jetzt heute noch nicht gesagt, das ist auch nicht ein Punkt, den man immer wieder erwähnen muss, aber ich erinnere mich, dass die Messe Schweiz im letzten Jahr eine Studie publiziert hatte des BAK und gesagt hat, dass jeder Franken, der hier umgesetzt wird, mit dem Faktor über 4 wieder in die Region fliesst. Das muss jetzt nicht direkt für das Musical Theater stimmen und es ist natürlich auch eine Frage des Betrachters, vor allem, wer dieses Gutachten in Auftrag gegeben hat. Aber dennoch ist doch etwas wahr daran, dass über mehrere Jahrzehnte sicher auch eine grössere Wertschöpfung stattgefunden hat als diese 10 Millionen, die investiert worden waren. Und das ist vor allem auch schon so ausgewiesen worden, weil es früher noch eine Billettsteuer gab, die diesen Betrag wieder eingespielt hatte.

Das wäre es noch zu meinen Bemerkungen. Noch will ich aber auch sagen, dass ich gehört habe, der Baurechtzins soll ja einfach möglichst niedrig sein und das stimmt einfach nicht. Die BRK hat nicht gesagt, man soll das verschenken, es soll einfach fair sein. Und in der Umgebung gibt es ja auch die Messe und es gibt andere Flächen, wo man sich orientieren kann, und darum ist das Gesamtpaket, wie ein Baurechtzins quasi berechnet wird, abhängig von, was hat man bezahlt dafür, wie ist der Bodenwert, was sind Referenzgrössen, da kann man sich ja auch orientieren. Und das ist die Meinung der BRK und es geht nicht darum, einfach 0 Franken einzusetzen. Das wollte man eben gerade nicht.

Und noch etwas, das Stadtcasino eignet sich definitiv nicht für die Ausführung einer Musical-Darbietung. Darum kann man diese Häuser auch nicht vergleichen. Gerade das Musical Theater hat einen Bühnenturm und ist damit eines der wenigen Häuser im weitesten Perimeter, der diese Eigenschaft noch ausweist.

Darum bitte ich also, weiterhin dem Gegenvorschlag der BRK zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde durch Eric Weber beantragt. Er fordert, den Bericht an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006668, 04.06.25 15:57:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben einstimmig gegen eine Rückweisung entschieden mit 92 Nein-Stimmen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Gegenvorschlag, Text der Initiative

1. Nutzung Gebäude Musical Theater als Veranstaltungsort

2. Investitionsbetrag für die Sanierung

Die Kommission beantragt, der Initiative den Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Der Regierungsrat beantragt, der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf einen Gegenvorschlag

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 32 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006670, 04.06.25 15:58:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Gegenvorschlag

Im Sinne eines Gegenvorschlags zu der von 3'355 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichten, vom Grossen Rat der Sitzung vom 6. Dezember 2023 an den Regierungsrat überwiesenen Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» mit folgendem Wortlaut:

«*Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende formulierte Initiative ein:*

Das Kulturfördergesetz vom 21.10.2009 wird durch einen § 5a wie folgt ergänzt: § 5a Theater- und Konzerthaus

Der Kanton stellt das Gebäude an der Feldbergstrasse 151 als Theater- und Konzerthaus zur Verfügung.».

wird beschlossen:

Das Gebäude «Musical Theater» wird weiterhin als Veranstaltungsort sowie als Kultur- und Begegnungsstätte betrieben. Hierfür wird es im Baurecht an eine geeignete Betreiberschaft vergeben. Das partnerschaftliche Baurechtsvertragsmodell soll angewendet werden, welches der Nutzung als Kultur- und Begegnungsstätte Rechnung tragen wird. Für einen Investitionsbeitrag an die Sanierung des Gebäudes «Musical Theater» durch die neue Betreiberschaft werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 15’000‘000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich «Übrige» bewilligt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 59 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen für den Gegenvorschlag entschieden.

Wir fahren fort in der Detailberatung.

II. Weitere Behandlung

Die Kommission beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Tonja Zürcher stellt Gegenantrag.

Tonja Zürcher (BastA): Die zwei Minuten vor der Mittagspause waren dann doch etwas zu kurz und ich habe diesen Antrag vergessen.

Wir beantragen, die Initiative zur Annahme zu empfehlen und bei der Stichfrage aber beim Gegenvorschlag zu bleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tonja Zürcher beantragt die Annahme der Initiative und beim Stichentscheid den Gegenvorschlag zu präferieren.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Empfehlung auf Annahme der Initiative, NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung

Ergebnis der Abstimmung

20 Ja, 72 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006672, 04.06.25 16:00:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

II. Weitere Behandlung

Die Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter Ziffer I. aufgeführten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» zu verwerfen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative tritt die entsprechende Gesetzesänderung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft. Bei Annahme des Gegenvorschlags bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Verwerfung entschieden mit 72 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Wir fahren fort in der Detailberatung.

Die Fraktion SP beantragt, den Gegenvorschlag dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Das obligatorische Referendum käme zur Anwendung, falls die Initiative zurückgezogen wird.

Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst obligatorisches Referendum, NEIN heisst fakultatives Referendum

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 55 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006674, 04.06.25 16:01:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

fakultatives Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für das fakultative Referendum entschieden mit 55 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

III. Publikation

Damit ist der Grossratsbeschluss bereinigt und das Geschäft erledigt.

6. Projektierung des Neuen Hallenbades am Standort Messeareal, Parzelle 7/2416 (Musical Theater), Bericht der BRK

[04.06.25 16:01:28, 24.0157.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BRK beantragt die Rückweisung an den Regierungsrat. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest, 7 Millionen für die Projektierung zu bewilligen. Der Antrag wurde Ihnen verteilt.

Das Wort hat Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Unter dem Risiko, dass jetzt einige Ausführungen gemacht werden, die bereits abgehandelt wurden, verlese ich meinen Bericht zum BRK-Bericht zu diesem Projektierungskredit. Die Regierung beantragt dem Grossen Rat einen Projektierungskredit in der Höhe von 7 Millionen Franken, um die Planung eines neuen Hallenbades auf der Parzelle des heutigen Musical Theaters voranzutreiben. Ziel ist es, ein öffentlich zugängliches Hallenbad mit einem 50-Meter-Becken zu realisieren, dass den bereits seit längerem bekannten und politisch breit anerkannten Mangel an gedeckter Wasserfläche im Kanton Basel-Stadt lindern soll. Die Regierung verweist auf die besonders günstige Ausgangslage am Standort Musical Theater. Ich gehe darauf nicht mehr detailliert ein.

Die Bau- und Raumplanungskommission hat den Ratschlag intensiv beraten und parallel dazu auch die kantonale Volksinitiative zum Erhalt des Musical Theaters behandelt. Sie anerkennt einstimmig die Dringlichkeit, zusätzliche gedeckte Schwimmflächen zu schaffen. In der Kommission besteht breiter Konsens darüber, dass Basel-Stadt mindestens ein öffentlich zugängliches Hallenbad mit einem 50-Meter-Becken benötigt. Ebenso wird der Bedarf sowohl im Freizeit- und Breitensport als auch im Leistungs- und Vereinsport gesehen. Allerdings zeigt sich die Kommission gegenüber dem vorgeschlagenen Standort sowie gegenüber den präsentierten Projektvarianten kritisch.

Die Kommission hat zur Frage der baulichen Eignung und zur Funktionalität des geplanten Hallenbads verschiedene Aspekte vertieft analysiert. Die Varianten Einbau und Neubau unterscheiden sich in ihren bautechnischen Konzepten, weisen jedoch beide strukturelle und funktionale Einschränkungen auf. Beim Einbau bliebe ein Teil der bestehenden Bausubstanz erhalten, jedoch wären tiefgreifende Eingriffe ins Dachtragwerk notwendig. Die Raumhöhen gelten als knapp bemessen, was sowohl die Aufenthaltsqualität, also auch die technische Realisierbarkeit, insbesondere im Bereich des Sprungturms beeinträchtigen könnte. Die Variante Neubau erlaubt zwar höhere Flexibilität in der Umsetzung, wäre jedoch mit noch höheren Investitionen verbunden. Die Schätzungen bewegen sich zwischen 76 und 108 Millionen Franken. In beiden Varianten wird ausschliesslich ein Hallenbad vorgesehen. Mantelnutzungen wie etwa Gastronomie, Fitnessangebote, Gesundheitsdienstleistungen oder ergänzende Sportflächen sind nicht Bestandteil der Planung.

Die Kommission hält fest, dass ein reines Hallenbad unabhängig vom Standort nicht allen Ansprüchen gerecht werden kann. Für die Durchführung von Wettkämpfen wären beispielsweise grössere Zuschauerbereiche, eine Trennung von Trainings- und Wettkampfflächen sowie zusätzliche Infrastrukturen zumindest wünschenswert. Für den Breitensport und insbesondere das Schulschwimmen wären hingegen eine hohe Auslastung neben der guten Erreichbarkeit entscheidend. Die Kommission sieht die Gefahr, dass die verschiedenen Varianten keinem der beiden Nutzungsprofile Leistungssport oder Breitensport vollständig gerecht werden. Hinzu kommt, dass die Projektierung und Realisierung an diesem Ort mehrere Jahre beanspruchen würden. Die Verwaltung rechnet mit einem Zeithorizont von sieben bis acht Jahren.

Im Rahmen ihrer Betrachtungen hat sich die Kommission ausführlich mit möglichen Alternativstandorten auseinandergesetzt. Die Verwaltung hat im Vorfeld insgesamt 22 Standorte einer Grobanalyse unterzogen und davon zehn vertieft bewertet. Kriterien waren unter anderem die städtebauliche Einbettung, die verkehrstechnische Erschliessung, die Verfügbarkeit des Grundstücks sowie technische und rechtliche Risiken. Die Kommission hat sich insbesondere vier Standorte näher angestaut. St. Jakob, Erlenmatt, Klybeck und am Rande auch die Messehalle 3.

Der Standort St. Jakob bietet aus Sicht der Kommission besondere Vorteile. Bereits heute besteht dort eine 25-Meter-Halle, die demnächst saniert werden muss. Vertreter des Schwimmvereins beider Basel brachten in der Anhörung den Vorschlag ein, ein temporäres 50-Meter-Hallenbad zu realisieren, das den während der Sanierung wegfallenden Betrieb ersetzen und zugleich über mehrere Jahre hinweg einen grossen Teil des Bedarfs abdecken könnte. Die geschätzten Kosten für ein solches Provisorium bewegen sich auf wenige Millionen Franken, was im Verhältnis zum Nutzen als verhältnismässig beurteilt werden kann. Der Standort liegt verkehrstechnisch gut und würde sich in das bereits bestehende sportliche Umfeld einfügen. Die Kommission weist jedoch darauf hin, dass sich das Areal auf dem Boden des Kantons Basel-Landschaft befindet und zusätzliche Abstimmungen mit der Gemeinde Münchenstein sowie planungsrechtliche Schritte erforderlich wären.

Ein weiterer diskutierter Standort ist der Erlenmattplatz. Dieser ist derzeit mit temporären Wohnmodulen für Flüchtlinge belegt. Die Nutzung ist bis 2028 befristet, danach wäre das Areal grundsätzlich verfügbar. Die Kommission stellt fest, dass der Standort genügend Fläche bietet, um ein neues Hallenbad zu realisieren. Zudem würde durch einen Neubau keine bestehende dauerhafte Nutzung verdrängt. Es müsste allerdings auf das Potenzial von rund 150 Wohnungen verzichtet werden, was im Hinblick auf die Wohnbauentwicklung berücksichtigt werden muss, sowie, wir haben es soeben gehört, auf einen Schulstandort, der in Frage kommen würde.

Auch das Klybeck wurde eingehend geprüft. Hier bestehen Entwicklungsabsichten der Eigentümerschaft und gemäss Auskunft ist man offen, auf dem Areal ein Hallenbad zu prüfen, sofern der Standort Musical Theater nicht weiterverfolgt

würde. Die Kommission sieht im Klybeck Potenzial für eine längerfristige Entwicklung eines Schwimmzentrums. Die Lage in Kleinbasel, die Nähe zu Schulstandorten und die gute Erschliessung sprechen dafür. Die Kommission möchte jedoch bewusst keine direkte Vorgabe machen, wo ein Hallenbad realisiert werden muss, um der Regierung die nötige Flexibilität zu geben, die Standorte nochmals zu eruieren.

In der Schlussabstimmung hat sich eine klare Mehrheit der Kommission für eine Rückweisung des Ratschlags ausgesprochen. Von den 11 anwesenden Mitgliedern stimmten 8 für eine Rückweisung, 3 Mitglieder unterstützen den Projektierungskredit der Regierung.

Die Kommissionsminderheit sieht in der raschen Umsetzung des Musical Theaters zu einem Hallenbad eine realistische und pragmatische Lösung, um dem grossen Bedürfnis nach gedeckten Wasserflächen zu begegnen. Sie verweist auf die zentrale Lage, die gute ÖV-Erschliessung und den Umstand, dass das Grundstück im Besitz des Kantons ist. Auch aus städtebaulicher Perspektive könne durch eine Umnutzung der heute geschlossenen Halle ein attraktiver öffentlicher Ort mit Signalwirkung entstehen.

Abschliessend hält die Mehrheit der BRK fest, dass das Projekt der Regierung nicht durch eine klare strategische Zielsetzung getragen ist. Es fehlt eine kohärente Antwort auf die Frage, für welche Nutzergruppe das geplante Hallenbad in erster Linie gebaut wird und welchen Mehrwert es im Zusammenspiel mit bestehenden und künftigen Anlagen erbringen soll. Die Kommission erachtet es als zwingend notwendig, die wenigen verfügbaren Flächen im Kanton Basel-Stadt multifunktional zu nutzen.

Deshalb beantragt sie dem Grossen Rat, den Ratschlag zurückzuweisen und fordert die Regierung auf, die Planung eines oder sogar zweier 50-Meter-Hallen zügig weiter zu verfolgen mit einer offenen Standortprüfung, klarem betrieblichen Konzept und einem Einbezug möglicher Mehrfachnutzungen. Ziel muss es sein, eine Lösung zu entwickeln, die sowohl funktional als auch ökonomisch und städtebaulich überzeugt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hätte Regierungsrätin Tanja Soland. Sie redet am Schluss, damit geht das Wort an die Fraktionssprecherin der BastA, Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Ich habe nicht mehr sehr viel dazu zu sagen, aber meine paar Sätze möchte ich doch noch loswerden. Ich denke, jetzt nach der Diskussion, die wir vorher geführt haben, ist ziemlich klar, dass die Schwimmhalle nicht beim Musical Theater kommen wird. Es gibt aber durchaus Standorte, die geprüft werden können direkt nebenan, der Kommissionspräsident hat es angesprochen, den Erlenmattplatz oder auch die Messehalle 3 oder wir wissen nicht, welche Messehallen in Zukunft noch, es sieht ja nicht so aus, als würden diese noch so lange genutzt werden. Von dem her unterstützen wir von der BastA die Rückweisung dieses Projektierungskredits an die Regierung mit dem Auftrag, hier Alternativen zu suchen. Es ist klar, es gibt nicht die Alternative, die so offensichtlich ist, dass wir sie alle sofort im Kopf haben, die null Nachteile und null Vorteile und dann auch noch fast gratis ist. Das gibt es nicht, alle Alternativen haben ihre Vor- und Nachteile.

Wir sehen es deshalb durchaus als sinnvoll, auch zu überlegen, ob man den Breitensport und den Leistungssport trennen soll, aber nicht so, wie es Regierungsrätin Soland vorher interpretiert hat, dass man es dann in der einen Halle verbietet, dem Breitensport dort reinzukommen, aber dass der Fokus da auf dem Leistungssport ist, beispielsweise, wenn es beim Joggeli wäre, der ja dann nicht so optimal im Quartier eingegliedert wäre, dass man dort den Leistungssport hat und beispielsweise beim Erlenmattlatz den Breitensport als Fokus. Dann könnte man das auch gut beispielsweise mit einer Schule oder auch mit Wohnungen kombinieren an diesem Standort. Ich denke, hier gibt es viele Optionen, die man prüfen könnte. Wir wissen, wir werden nicht die optimale Lösung bekommen und wir werden sie auch nicht morgen haben, aber ich denke, das ist bei jeder Situation der Fall.

Was ich einfach noch ganz wichtig finde, ist, dass man vielleicht auch nochmals die Augen etwas weiter öffnet. Ich weiss, Dreispitz Nord ist eigentlich geplant, aber irgendwie ist der Ratschlag immer noch nicht da. Also vielleicht gibt es da doch auch noch Möglichkeiten und es gibt andere Entwicklungen, die man auch noch in den nächsten paar Monaten anschauen könnte, ob sich da etwas ergibt, und sonst sind immerhin die Standorte, die die BRK aufgezählt hat, doch einige, die man genauer anschauen können. Also wir sind zuversichtlich, dass eine überaus motivierte Regierung hier Alternativen finden wird und diese präsentieren kann.

Besten Dank für die Rückweisung des Geschäfts an die Regierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Auch ich kann mich kurz halten. Die Sache ist nun klar und ich werde nicht nochmal das Bild vom Schwimmbad zeigen. Die SP-Fraktion wird dennoch diesem Kredit jetzt zustimmen, auch wenn das natürlich keinen Sinn mehr macht.

Wichtig ist uns jetzt, dass der Auftrag an die Regierung mit der Rückweisung klar ist und dass wir jetzt auch alle über alle Parteien hinweg gemeinsam hier an einer Lösung arbeiten. Wir alle, glaube ich, haben Konsens, dass wir so schnell wie möglich Schwimmflächen wollen. Für die SP ist dabei ganz wichtig, ja, selbstverständlich, es soll die Anforderungen des Spitzensports erfüllen, aber auch den Bedürfnissen des Breitensports entgegenkommen. Für uns ist ein Standort in Kleinbasel prioritär, gegebenenfalls auch ein anderer zentraler Standort.

Und auch wir sind der Meinung, bitte stapeln Sie die Nutzungen. Sie haben vorher gesagt, was Sie alles für Antworten, was sie alles auf dem Tisch haben, aber für uns ist ganz klar, wir können nicht weiter isoliert denken und planen, beispielsweise am Erlenmattplatz. Es muss auch in Kombination mit Wohnen, mit Gewerbe oder eben auch mit neuen Schulhäusern gedacht werden. Wir freuen uns, wenn wir hier gemeinsam überparteilich dieses Anliegen vorwärtsbringen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tanja Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich meine, theoretisch besteht ja immer noch die Möglichkeit, dass es eine Abstimmung gibt. Aber von mir aus sehe ich auch nicht ein Problem, wenn Sie das heute trotzdem schon zurückweisen, wenn alles anders kommen würde, könnte man das immer noch nochmal bringen. Also das scheint mir jetzt auch nicht problematisch. Für uns ist es wahrscheinlich wichtiger, all die Wünsche, die Sie noch geäussert haben, und ich muss Ihnen einfach sagen, das ist nicht so einfach, also die Nutzungen stapeln, muss ich Ihnen sagen, wir haben Bauvorschriften, da sind gewisse von Ihnen, vor allem die BRK ist da besser als ich, da darf man nicht einfach höher oder noch breiter bauen, das hat einfach nicht Platz von der Fläche. Eine Schule muss einen Schulhof haben, der muss abgesperrt sein von der Öffentlichkeit, also je nach Schule, da gibt es alles Vorschriften und das sind auch Vorschriften, die auch von Ihnen kommen. Das ist nicht so einfach, das alles zu stapeln und zusammen zu machen. Und dann noch eine Mantelnutzung mit grosser Infrastruktur, das braucht enorm viel Platz. Daher ist es sehr anspruchsvoll.

Ich habe auch gehört, und das scheint mir das Wichtigste, es gibt keine Lösung, die allen gerecht wird. Man muss Abstriche machen, es ist anders nicht möglich. Und Sie wollen Eishalle, Publikumssporthalle, Sie wollen Hallenbäder, Sie wollen Schulen, also Sie müssen Abstriche machen und Sie müssen priorisieren. Und die Nutzergruppen, ich nehme immer noch mit, wir gehen von Mischnutzungen aus. Wir haben nicht den Luxus, dass wir uns das im Moment leisten können für einzelne Nutzergruppen alleine solche grossen Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Das können wir nicht, da sind wir im kleinen Kanton Basel-Stadt einfach nicht in der Lage dazu.

Daher werden wir neue Vorschläge präsentieren und wir werden vor allem priorisieren müssen. Was kommt wohin, zuerst, das werden wir machen müssen. In diesem Sinne gebe ich mich hier etwas geschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung wurde durch die BRK beantragt. Sie wollen den Ratschlag an den Regierungsrat zurückweisen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer dann Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006677, 04.06.25 16:18:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

Rückweisung an den Regierungsrat

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht an die Regierung zurückweisen mit 64 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

9.1. Interpellation Nr. 62 Johannes Sieber betreffend das Potenzial der St. Jakobshalle als Veranstaltungsort der Popkultur nutzen (Wertschöpfung Eurovision Song Contest)

[04.06.25 16:18:09, 25.5242.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Interpellationen. Ich übergebe an meine Statthalterin.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

9.2. Interpellation Nr. 63 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend die unhaltbare Situation auf der Buslinie 50

[04.06.25 16:18:35, 25.5259.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zum Leistungsauftrag. Der Leistungsauftrag hält fest, dass die Buslinie 50 gemäss Fahrplan verkehren soll. Dieser sieht unter der Woche 134 Hin- und Rückfahrten vor, an Samstagen und Sonn- und Feiertagen etwas über 100. Zudem ist darin festgehalten, dass die Linie mit Doppelgelenk- und Gelenkbussen zu betreiben ist.

Zur Frage bezüglich Verspätung. Laut BVB waren von Januar bis April des Jahres 2025 im Durchschnitt rund 70 Prozent aller Abfahrten auf der Linie 50 pünktlich. Die Ankunftsverspätungen an der Haltestelle EuroAirport Abflug betrug im Durchschnitt etwa 2,5 Minuten, die Abfahrtsverspätungen etwa 2,9 Minuten. 5 Prozent aller Ankünfte hatten eine Verspätung von mehr als 8,8 Minuten und 5 Prozent aller Abfahrten von mehr als 9,2 Minuten.

Zur Frage zur Entwicklung. Mit den neuen E-Doppelgelenkbussen wurde ab 2023 der übliche 7,5 Minutentakt eingeführt und die Expresslinie eingestellt. Die Transportkapazität wurde so erhöht. Die Pünktlichkeit lag 2022 bei 77 Prozent, 2024 bei 72 Prozent. Diese Abnahme hat aber nichts mit der Einstellung der Expresslinie zu tun, sondern mit Baustellen in der Burgfelder- und Missionsstrasse sowie an der Osttangente. Diese führen zu Ausweichverkehr, deshalb stehen die Busse vermehrt im Stau. Das wäre auch mit der ehemaligen Expresslinie der Fall gewesen.

Zur Frage bezüglich Haltestellensituation. Die Bushaltestellen am Bahnhof SBB sollen in den nächsten Jahren hindernisfrei umgebaut werden. Die Linie 30 und 50 erhalten dann wieder je eine eigene Haltekante. Damit werden sich die Passagierströme besser aufteilen. Als Witterungsschutz werden weiterhin die bestehenden Vordächer dienen.

Zur Frage bezüglich den Doppelgelenkbussen, die im Einsatz standen. Unter der Woche werden auf der Linie 50 in der Regel sieben Kurse mit E-Doppelgelenkbussen gefahren, am Wochenende sowie an Feiertagen sind es sechs Kurse. Diesel-Gelenkbusse werden eingesetzt, wenn nicht genügend elektrische Busse einsatzfähig sind. Von Januar bis Ende Mai waren 838 Kurse mit E-Doppelgelenkbussen und 200 Kurse mit Diesel-Gelenkbussen besetzt.

Zur Frage bezüglich potenziellem ÖV-Abbau. Es gibt keinen Angebotsabbau auf der Linie 50. Die Flughafenlinie ist eine Visitenkarte für Basel und hat hohe Priorität. Bei Bedarf reagiert die BVB kurzfristig mit Zusatzkursen. Die BVB steht auch in regelmässigem Austausch mit dem Flughafen und dem Amt für Mobilität, um bei Änderungen im Flugbetrieb reagieren zu können. Wie im ÖV-Programm 2026 bis 2028 dargelegt, gibt es ab nächsten Sommer an den Wochenenden Taktverdichtungen, um Spitzen im Flugbetrieb abzudecken.

Zur Frage bezüglich Bonus-Malus-System. Viele Gründe, die zu Unpünktlichkeit oder anderen Störungen im Busbetrieb führen, wie Staus auf der Strasse, sind nicht durch die BVB verschuldet. Ein Malus würde somit wohl kaum zu einer Besserung führen.

Zur Frage 8 bezüglich Verbesserungen jetzt in diesem Sommer. Grundsätzlich bestellt der Kanton das Angebot auf der Linie 50 mit E-Doppelgelenkbussen. Bei Ausfällen setzt die BVB, wie bereits erwähnt, Diesel-Gelenkbusse mit Gepäckablage ein. Die Umstellung auf E-Busse bis 2027 erfolgt in zwei Etappen. Ab 2027 werden es ausschliesslich Elektrobusse sein. Seit rund drei Wochen wird zudem ein Zusatzkurs eingesetzt, um die Situation zu verbessern. Dieser Zusatzkurs wird mit einem Dieselbus gefahren, weil die E-Busse bereits für den ordentlichen Jahresfahrplan eingeplant sind.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist nicht anwesend. Die Interpellation ist erledigt.

9.3. Interpellation Nr. 64 Eric Weber betreffend was wusste die Polizei am Mittwoch, 9. April, 14.30 Uhr, wegen der Sicherheit der Grossrats-Sitzung?

[04.06.25 16:23:31, 25.5260.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beatworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist eigentlich ein trauriges Thema, ein wichtiges Thema. Auf der Seite 34 sehen Sie meine Interpellation. Eigentlich müsste man sagen, mehr Respekt, weniger Hass und Hetze, Angriffe auf Amts- und Mandatsträger sind völlig inakzeptabel. Demokratie ist keine Veranstaltung eines kleinen Zirkels. Das war früher so, aber heute ist die Demokratie nicht mehr die Veranstaltung eines kleinen Zirkels, die Demokratie lebt vom Mitmachen. Sie ist darauf angewiesen, dass sich möglichst viele Frauen und Männer für politische Ämter interessieren, dass sie Verantwortung übernehmen wollen. Es ist deshalb völlig inakzeptabel, wenn Bürger, die hier im Kantonsrat von Basel den so wichtigen Dienst an der Demokratie ausüben, Angst haben müssen, weil sie beschimpft oder bedroht oder gar körperlich angegriffen werden. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass mehrere Kantonspolizeien der Schweiz den Täter verhaftet haben in Langenthal und der Täter hat gesagt, er möchte den Grossrat Eric Weber bei einem Amoklauf hier im Parlament erschiessen. Und das fasse ich alles zusammen in meiner Interpellation auf Seite 35. Ich möchte zitieren, was da in der Zeitung stand.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, Sie müssen uns keine Zeitungsberichte vorlesen.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber es geht um diese Tat. Die Tribüne war geschlossen am Nachmittag, obwohl der Täter am Morgen in Langenthal verhaftet wurde. Und das passt für einen normal denkender Mensch nicht. Warum wird die Tribüne geschlossen, wenn der Täter schon verhaftet wurde. Ich muss als Journalist ganz klar die fünf W beantworten, wer, wie, was, wo und warum. Es ist natürlich schade, wenn dann in den Zeitungen steht, der Angriff war gegen den Grossen Rat als Gesamtparlament, aber das war ja nicht der Fall. Die Basler Behörden haben bei der Festnahme mit der Kantonspolizei Bern und Solothurn zusammengearbeitet und es ist ja so, Sie wissen ja, wenn Sie Zeitung lesen, dass Amokdrohungen die Polizei und die Staatsanwaltschaft in der ganzen Schweiz zurzeit stark beschäftigen. In den vergangenen Monaten wurden mehrfach Gewalttaten an Schulen angedroht, auch im Raum Basel. Auch da kam es zu Verhaftungen in der Region Nordwestschweiz. Diese Täter vergessen ganz oft, dass sie sich bei TikTok angemeldet haben und wenn man dort angemeldet ist, kann man nicht alle Leute beschimpfen, weil man sich mit einer E-Mail-Adresse oder Telefonnummer angemeldet hat. Und dann kommt die Polizei natürlich ganz schnell auf die Spur, wer das geschrieben hat. Und ich möchte jetzt einfach von der Regierung wissen, warum die Polizei in Absprache mit dem Parlament sagt, die Parlamentstribüne muss geschlossen werden. Warum war die Tribüne am Nachmittag geschlossen und nicht morgens, weil morgens hätte man sie schliessen müssen.

9.4. Interpellation Nr. 65 Lisa Mathys betreffend Abfalltrennung bei öffentlichen Abfallbehältern beibehalten

[04.06.25 16:28:55, 25.5264.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten die Interpellation wie folgt:

Zur Frage 1. An der letztjährigen Herbstmesse hat die Stadtreinigung bereits PET-Sammelsäcke eingesetzt. Es konnten damit rund 3,5 Tonnen verwertbares PET gesammelt werden. Der Vergleich zwischen Herbstmesse und Eurovision Song Contest zeigt, am ESC hat die Stadtreinigung deutlich weniger Fremdstoffe in den PET- und Alusammelsäcken aufgefunden. In den rund 60 Abfallcontainern im Festperimeter wurden folgende Mengen gesammelt: 58 Tonnen Restabfall, 2 Tonnen verwertbares PET, 0,7 Tonnen verwertbares Alu. Rund 12 Prozent der separat gesammelten Wertstoffe waren stark verunreinigt, unter anderem durch Glasscherben, so dass ein Recycling nicht mehr möglich war. Die getrennte Sammlung von Wertstoffen ist mit einem erhöhten Aufwand verbunden. PET und Alusäcke werden separat mit Kleintransportern gesammelt und einem Recycling-Dienstleister übergeben. Folglich bedarf es mehr Personal, Lagerkapazitäten und Fahrzeuge. Dies ist heute deshalb nur bei Grossanlässen möglich.

Zu den Fragen 2 und 3. An der Frauenfussball-Europameisterschaft im Juli wird dasselbe Abfalltrennsystem erneut eingesetzt. Auch ein Einsatz an ausgewählten Hotspots während der Sommermonate des kommenden Jahres ist denkbar. Voraussetzung dafür ist, dass sich die bisherigen Erfahrungswerte weiter positiv entwickeln, insbesondere bezüglich Entsorgungsdisziplin der Nutzenden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Lisa Mathys (SP): Für die Beantwortung der Interpellation bedanke ich mich natürlich bei der Regierung und einen grossen Dank möchte ich an dieser Stelle auch an die Stadtreinigung richten, die sich für die Bereitstellung dieser Behälter entschieden hat, und ich denke, dass wir so jetzt wirklich wichtige Erfahrungen sammeln können. Die Zahlen, die Sie auf die Frage 1 gezeigt haben, Frau Keller, die sind ja doch erfreulich, ermutigend. 2,5 Tonnen PET und Alu, das wiederverwertet werden konnte allein am ESC, das ist doch immerhin etwas und das ist ganz sicher ein sinnvoller Beitrag.

Gerne gebe ich an dieser Stelle noch den Wunsch mit, Sie haben ja gesagt, dass es nur an Grossanlässen möglich sei, weil mehr Personal und mehr Lagerkapazitäten, etc. möglich sind und ich würde Ihnen gerne den Wunsch mitgeben, dass ich schon hoffe, dass man doch vielleicht die eine oder andere Lagerkapazität sonst irgendwie freimachen kann, weil wenn man nach der EM nun die Behälter einfach wieder abhängt, dann finde ich das schon etwas schade, gerade an stark frequentierten Orten wie zum Beispiel dem Rheinbord. Vielleicht haben Sie dies aber auch so gemeint. Es wäre doch wirklich gut, wenn sie dort über den Sommer verbleiben können, also über die ganze warme Saison, so dass man wirklich Erfahrungswerte sammeln kann, mit denen man etwas anfangen kann und eben nicht nur spezifische Grossanlasserfahrungen. Das würde mich sehr freuen.

In diesem Sinne zeige ich mich zufrieden mit der Antwort.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.5. Interpellation Nr. 66 Oliver Bolliger betreffend einen Freipass der Basler Regierung für den Art Basel Ableger in Katar?

[04.06.25 16:32:56, 25.5267.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit hat Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Wie bereits in der kürzlichen Antwort zur Interpellation 32 von Adrian Iselin zum Rücktritt des CEO der Messe dargelegt, hat die schon lange bestehende Beteiligung des Kantons an der MCH zum Ziel, den Messe- und Kongressstandort Basel zu fördern und zu stärken. Priorität hat für den Regierungsrat eine möglichst hohe Auslastung der hiesigen Halleninfrastruktur, um den mit der Durchführung von Messen und Kongressen verbundenen positiven Wertschöpfungsbeitrag für die lokale Wirtschaft zu gewährleisten. Die Art Basel als weltweit bedeutendste Kunstmesse nimmt dabei einen besonderen Stellenwert ein. Der Regierungsrat will sicherstellen, dass die Art Basel langfristig in Basel ausgetragen werden kann. Eine funktionierende Unternehmung MCH ist deswegen wichtig für den Messe- und Kongressstandort Basel.

Festzuhalten ist, dass die MCH eine börsenkotierte, privatrechtlich organisierte Aktiengesellschaft ist, die den Interessen aller Aktionärinnen und Aktionäre verpflichtet ist. Der Kanton Basel-Stadt ist mit einem Anteil von 37,5 Prozent als Minderheitsaktionär an der MCA beteiligt. Gemäss den Statuten der MCH hat der Kanton das Recht, zwei Delegierte in den heute sechsköpfigen Verwaltungsrat der MCH zu entsenden. Überdies kann der Regierungsrat die Position von Basel-Stadt in den Verwaltungsrat einbringen. Sonderrechte in Bezug auf Entscheidungen des Verwaltungsrats hat der Kanton nicht.

Zur Frage 1. Die Basler Regierung bekennt sich zu den Menschenrechten und zur Achtung grundlegender demokratischer Werte, auch im Kontext wirtschaftlicher Aktivitäten. Sie sieht Engagements in autoritären Staaten grundsätzlich kritisch, insbesondere dann, wenn es sich um ein öffentlich-rechtliches Unternehmen handeln würde. Tatsache ist aber, dass die MCH eine eigenständig geführte privatrechtliche Aktiengesellschaft mit internationaler Ausrichtung ist. Der Regierungsrat erwartet, dass bei internationalem Engagement der MCH höchste Standards in Bezug auf Menschenrechte, künstlerische Freiheit und Gleichbehandlung eingehalten werden.

Zur Frage 2. Wie eingangs festgestellt, ist der Grund für die Beteilung des Kantons an der MCH die Sicherstellung des Messe- und Kongressstandorts Basel und die daraus resultierende wirtschaftliche Unterstützung im Bereich Hotellerie, Gastronomie, handwerkliches Gewerbe, Einzelhandel oder Dienstleistungen. Ein wirtschaftlich stabiles Messeunternehmen ist zentral dafür. Der Regierungsrat ist sich dabei bewusst, dass seit der Veränderung des Aktionärskreises der MCH als Folge der im Jahr 2020 erforderlich gewordene Kapitalerhöhung der Einfluss des Kantons aufgrund seiner Minderheitsposition beschränkt ist und ein Spannungsfeld zwischen den internationalen Aktivitäten der MCH und ihrer lokalen Verankerung in Basel bestehen kann.

Zur Frage 3. Klare Erwartung des Regierungsrates an die MCH ist, dass sie bei all ihren Aktivitäten in Katar jederzeit die Menschenrechte einhält, inklusive die Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts oder sexueller Orientierung, die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern, der Kunst und Religionsfreiheit.

Zur Frage 4. Der Regierungsrat prüft, wie im Fall von anderen Beteiligungen, auch bei der MCH regelmässig, ob eine Beteiligung des Kantons an dem Unternehmen weiterhin Sinn macht oder nicht. Zurzeit liegt nach Einschätzung des Regierungsrates eine Beteiligung an der MCH im Interesse des Kantons. Da die Beteiligung an der MCH Group AG im Verwaltungsvermögen des Kantons gehalten wird, liegt die Kompetenz über einen allfälligen Verkauf der MCH beim Grossen Rat.

Zur Frage 5. Klare Erwartung des Regierungsrates ist, dass die MCH ihrer unternehmerischen Verantwortung als Schweizer und Basler Unternehmen gerecht wird und bei all ihren Aktivitäten in Katar und anderswo jederzeit die Menschenrechte einhält, inklusive die Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts oder sexueller Orientierung, die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern, der Kunst und Religionsfreiheit. Die MCH hat dabei versichert, dass die Art Basel Qatar nach den gleichen Grundsätzen in Bezug auf Menschenrechte, Integrität, Gleichbehandlung und Arbeitsstandards wie die Gruppengesellschaften in der Schweiz geführt wird. Zudem fordert die MCH von ihren direkten Partnern in Katar, dass sie sich entweder dem Code of Conduct der MCH verpflichten oder eigene gleichwertige Standards einhalten. Der Code of Conduct der MCH ist auf deren Website öffentlich zugänglich. Zudem hat die MCH bestätigt, dass sie die Art Basel Qatar auf Grundlage derselben kuratorischen Freiheit und Unabhängigkeit durchführen wird, wie bei allen anderen Kunstmessen der Art Basel. Das heisst, mit einer unabhängigen künstlerischen Leitung und einem unabhängigen und vielfältig zusammengesetzten Auswahlkomitee.

Zur Frage 6. Wie dargelegt, sind für den Regierungsrat die Sicherung und Stärkung des Messestandorts Basel die ausschlaggebenden Gründe für die Beteiligung des Kantons an der MCH. Als Miteigentümer und Baurechtsgeber für die Halleninfrastruktur kann der Kanton hier Einfluss nehmen. Neben der Hotellerie, der Gastronomie, der Kultur- und Unterhaltungsbranche sowie dem Detailhandel und Verkehr profitieren auch lokale Dienstleister wie Reinigungsfirmen, Sicherheitsdienste und Beratungsagenturen von den Veranstaltungen der MCH. Der Regierungsrat unterstützt kein autoritäres Regime.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Grundsätzlich stellt sich für mich schon die Frage, welche Grundwerte unser politisches Handeln beeinflussen bzw. beeinflussen sollen, dies natürlich im Parlament, auch in der Regierung. Einerseits bin ich aber auch froh vom Regierungsrat zu hören, dass diese Fragen sehr wohl bedacht worden sind, zumindest in der Beantwortung, dass da eine Sensibilität besteht. Denn eine Art Basel in Katar, in Doha stösst ja auch nicht nur jetzt bei der BastA irgendwie auf Unverständnis oder sauer auf, nein, es ist auch in der Presse ein wenig zerpflückt worden. Denn natürlich kann man dies so interpretieren, dass eine reine Follow-the-Money-Strategie aus verschiedenen Gründen problematisch sein kann oder problematisch ist und auch abzulehnen ist, besonders wenn man weiss, dass Menschenrechte in einem Staat nicht geachtet werden. Und dies wissen wir seit der letzten WM in Katar, dass das nicht so ist.

Die Antworten auf meine Fragen, die sind natürlich im Kontext der spezifischen Situation, dass der Kanton als Minderheitsaktionär sozusagen nur beschränkte Einflussnahme hat auf die MCH Group und dies aber, das habe ich so gehört, ich gehe mal davon aus, dort sicher thematisiert hat, das hoffe ich doch sehr und das glaube ich dem Regierungsrat auch, dass er das dort thematisiert hat, dass man da sehr skeptisch ist. Es besteht aber bei der Regierung ein Glaube, dass die Art Basel das in einem autoritären Regime selbstständig beeinflussen kann. Da muss ich sagen, da bezweifle ich die Fähigkeit einer MCH Group, in einem autoritären Regime wie in Katar diese wichtigen Punkte wirklich auch durchzusetzen. Das sehe ich dann definitiv anders als der Regierungsrat und bin da wirklich sehr skeptisch, dass die MCH Group da wirklich das richtige Spielfeld ausgesucht hat für eine Art Basel. Und das ist dann wieder ein anderer Punkt, aber das hat auch Kollege Thüring in einem Post, glaube ich, benannt, es könnte ja auch sein, dass die ganze Art Basel in Katar und überhaupt alle Art Basel, die weltweit stattfinden, auch die eigene Art Basel hier am Standort konkurrenzieren könnte, umso mehr, wenn es in einem autoritären Regime stattfindet, allenfalls auch Reputationsschäden geben könnte, je nachdem, wie das ausgestaltet ist.

Dort habe ich in der Beantwortung des Regierungsrats nichts gehört, dass das ein Problem sein könnte und deswegen bin ich mit der Beantwortung der Interpellation nicht zufrieden, auch wenn ich anerkenne, dass der Regierungsrat nur beschränkte Mittel hat, auf die MCH Group einzuwirken und da stellt sich vielleicht in Zukunft die Frage, ist das noch der richtige Ort.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.6. Interpellation Nr. 67 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Velosständer in der Streitgasse

[04.06.25 16:41:44, 25.5268.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin hat mitgeteilt, dass sie auf eine Begründung verzichtet.

9.7. Interpellation Nr. 68 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Wirksamkeit des Französischunterrichts und zur Zukunft des Frühfranzösischs in Basel-Stadt

[04.06.25 16:41:58, 25.5269.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Regierungsrat Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 3. Das Erziehungsdepartement Basel-Stadt führt derzeit in Zusammenarbeit mit den Kantonen Basel-Landschaft und Solothurn eine umfassende Überprüfung des Sprachkonzepts durch. Der Regierungsrat wird in seiner Antwort auf den Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend die Überarbeitung der Bildungsstrategie bei Fremdsprachen darüber berichten. Ziel ist es, eine differenzierte und wissenschaftlich erarbeitete Grundlage für die im Anschluss folgende fachliche und politische Diskussion über das Fremdsprachenkonzept vorzulegen. Eine vertiefte Analyse liegt voraussichtlich Anfang 2026 vor.

Zu den Fragen 4 und 5. Die Ergebnisse der ÜGK-Erhebung von 2023 sind erst seit dem 22. Mai 2025 einsehbar. Aufgrund vorangegangener Erhebungen dürften für Basel-Stadt Ergebnisse in dieser Grössenordnung erwartet werden. Wie in der Medienmitteilung des Erziehungsdepartements mitgeteilt, werden die Volksschulen die ÜGK-Ergebnisse vertieft analysieren. Ziel ist es, ein möglichst differenziertes Bild zu erhalten und darauf abgestimmte Massnahmen zu entwickeln. Die ÜGK-Ergebnisse werden auch in der Überprüfung des Sprachkonzepts miteinbezogen. Kurzfristige Massnahmen sind nicht zielführend und auch nicht geplant.

Zu den Fragen 6 und 7. Diese Fragen können erst nach der Überprüfung des Fremdsprachenkonzepts geklärt werden. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass auch die Rahmenbedingungen des HarmoS-Konkordats berücksichtigt werden müssen. Diese Vereinbarung beinhaltet die Eckwerte der nationalen Sprachenstrategie. Sie macht den Kantonen verbindliche Vorgaben zum Zeitpunkt der Einführung der ersten und zweiten Fremdsprache. Des Weiteren ist festgehalten, dass die Reihenfolge der unterrichteten Sprachen regional koordiniert wird.

Zur Frage 8. Die neuen Stundentafeln der Primar- und Sekundarschule traten in Basel-Stadt im Schuljahr 2015 und 2016 in Kraft. Dies geschah gleichzeitig mit der Einführung des Lehrplans 21 und abgestimmt auf die Umstellung der Schulstrukturen. Seither lernen die Schülerinnen und Schüler ab der 3. Primarklasse Französisch, in der 3. und 4. Primarklasse jeweils drei Lektionen sowie in der 5. und 6. Primarklasse zwei Lektionen. In der 5. Primarklasse beginnt der Englischunterricht mit zwei Wochenlektionen. In den drei Jahren der Sekundarschule werden die Schülerinnen und Schüler je drei Wochenlektionen in Französisch und Englisch unterrichtet. In den Jahren vor der Schulharmonisierung wurden nach der vierjährigen Primarschule ab dem 5. Schuljahr, das heisst, in der ersten Klasse der Orientierungsschule, vier Wochenlektionen Französisch unterrichtet. Der Englischunterricht begann im 7. Schuljahr in der dritten Klasse der Orientierungsschule mit drei Wochenlektionen. Die Schülerinnen und Schüler der Weiterbildungsschule WBS hatten im 8. und 9. Schuljahr im allgemeinen Zug drei Wochenlektionen Französischunterricht und keinen Englischunterricht. Im erweiterten Zug wurden vier Wochenlektionen Französisch und drei Wochenlektionen Englisch unterrichtet.

Zur Frage 9. Der Anteil Primarschülerinnen und -schüler mit Deutsch als Zweitsprache liegt bei 53,5 Prozent. Diese Schülerinnen und Schüler erhalten keine spezielle Unterstützung im Fremdsprachenunterricht. Der Unterricht wird auf den spezifischen Förderbedarf der einzelnen Schülerinnen und Schüler abgestimmt. Für Schülerinnen und Schüler, die ohne Deutschkenntnisse zuziehen und Lücken bei den Fremdsprachen haben, können individuelle Förderstunden bei den Stufenleitungen beantragt werden. In der Regel sind das zehn bis 20 Lektionen. Der ÜGK-Bericht legt nahe, dass Schülerinnen und Schüler mit einer anderen ersten Sprache als Deutsch mit dem Lernen einer weiteren Sprache nicht überfordert sind. Im Bericht steht zum Merkmal zu Hause gesprochene Sprache folgendes: Während es in der Schulsprache einen relevanten eigenständigen Zusammenhang zwischen der zu Hause gesprochenen Sprache und dem Erreichen der Grundkompetenzen gibt, ist dies in den Fremdsprachen nicht der Fall. Dort sind die Unterschiede vollständig oder zu einem grossen Teil auf Unterschiede in der sozialen Herkunft oder dem Migrationshintergrund zurückzuführen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Vielen Dank für die mündliche Beantwortung dieser Interpellation. Ich weiss das sehr zu schätzen, dass Sie die Interpellation mündlich beantwortet haben, zumal ja eine gewisse Aufregung entstanden ist in den letzten Tagen. Am 22. Mai ist dieser nationale Bericht ÜGK-Überprüfung der Erreichung der Grundkompetenzen veröffentlicht worden. Und ich muss Ihnen sagen, ich weiss ja, dass das Thema ein Langzeitthema ist und dass das Thema nicht schnell beantwortet werden kann mit der Frage, ist es sinnvoll gewesen oder ist es immer noch sinnvoll mit dem Frühfranzösisch und der Sprachkompetenz, wie sieht das aus. Aber mehr als die Hälfte der Schulabgängerinnen und -abgänger, mehr als die Hälfte verfehlen die Grundkompetenzen im Französisch und ich muss Ihnen sagen, irgendwann ist die Zeit für Analysen, Untersuchungen, Prüfungen auch abgelaufen. Irgendwann muss man den Mut haben, sich einzugestehen, dass etwas geändert werden muss, und ich bin überzeugt, dass hier in diesem Fall tatsächlich Änderungen nötig sind.

Ich oute mich als Freund und Liebhaber der französischen Sprache, ich finde, Französisch ist eine wunderbare Sprache und wir müssen Französisch pflegen, auch als Amtssprache in der Schweiz, eine Landessprache, die wir hier lernen müssen. Wir sind auch im grenznahen Gebiet, aber wir müssen sie so den Kindern vermitteln, den Schülerinnen und Schülern, dass sie am Schluss etwas davon haben und offenbar läuft einfach etwas falsch hier. Ich bin aber auch sehr dankbar, dass ich lese,

dass ja etwas gemacht werden soll. Ich bin sehr gespannt auf die Antwort zum Anzug Bothe, der vor zwei Jahren ja das Thema schon aufgegriffen hat und offenbar die Regierung das jetzt zum Anlass nimmt, tatsächlich das vertieft anzugehen. Aber man muss wohl schon aufpassen, 12 von 19 Kantonen, habe ich in der NZZ gelesen in den letzten Tagen, wollen jetzt weg vom Frühfranzösisch. Man darf das Kind einfach nicht mit dem Bade ausschütten, wenn wir nichts machen, befürchte ich, ist das Französisch als erste Fremdsprache in Gefahr. Für mich ist das immer noch die beste Lösung. Es gibt möglicherweise neue Erkenntnisse, aber Französisch müssen wir bewahren, aber vielleicht halt eben bewahren, indem wir den Mut haben, die Sache mit dem Frühfranzösisch zu hinterfragen zumindest.

Was mich schon aber etwas stutzig gemacht hat in der Antwort, die Regierung hat offenbar erwartet, dass die Resultate so sind. Sie haben gesagt, sie durften mit diesen Ergebnissen rechnen. Ich muss sagen, das ist schon sehr schön gesagt. Sie mussten mit diesen schrecklichen Ergebnissen rechnen, das wäre eigentlich der richtige Ausdruck gewesen. Und es wäre eigentlich jetzt tatsächlich rasch nötig, dass wir hier, obwohl es ein Langzeitthema ist, zu substanziellen Änderungen kommen. Keine Hektik, das ist richtig, in diesen Fragen, aber die Zeit zum Handeln scheint mir gekommen und ich bin sehr gespannt auf die Antwort zum Anzug Bothe.

In diesem Sinne, da es eine hängige Sache ist, bin ich zufrieden mit der Antwort.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.8. Interpellation Nr. 69 Nicola Goepfert betreffend Falschinformationen im Online-Fragebogen zur Vorprüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen

[04.06.25 16:51:48, 25.5270.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu den Fragen 1, 3, 5, 6 und 7. Der Regierungsrat hält einleitend fest, dass die Angaben im Online-Fragebogen rechtlich korrekt sind. Der Fragebogen ist darauf ausgerichtet, Interessierten die Möglichkeit zu geben, in einfacher und rascher Form zu prüfen, ob sie die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen. Bei der Erstellung des Online-Tests stand denn auch eine möglichst einfache Anwendung im Fokus, ohne gleichzeitig die Übersichtlichkeit durch die Angaben sämtlicher Sonderregelungen zu gefährden. Wo eine differenzierte Prüfung nötig ist, wird die interessierte Person auf die für sie relevanten Detailinformationen auf der Webseite weitergeleitet. Ebenso wird sie eingeladen, die Abteilung Einbürgerungen des Migrationsamtes zu kontaktieren. Der Regierungsrat sieht darin keine Diskriminierung. Er kann jedoch nachvollziehen, dass diese Darstellungsart je nach Blickwinkel als zu wenig ermutigend wahrgenommen werden kann. Das Migrationsamt wird deshalb prüfen, wie im Test zusätzliche Informationen aufgenommen werden können, ohne die angestrebte Einfachheit und Korrektheit zu gefährden.

Zur Frage 2. Aufenthalte mit N-, F- oder L-Bewilligung können gemäss Artikel 33 des Bundesgesetzes über die Einbürgerung nicht oder nur teilweise an die für die Einbürgerung erforderliche Aufenthaltsdauer angerechnet werden. Um zu verhindern, dass betroffene Personen allenfalls fälschlicherweise davon ausgehen, dass sie das Aufenthaltserfordernis erfüllen, werden sie zu den erforderlichen Informationen auf der Webseite weitergeleitet.

Zur Frage 4. Die Angaben stützen sich auf § 3 Abs. 2 des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes. Demnach kann ab dem vollendeten 12. Altersjahr ein selbstständiges Gesuch eingereicht werden. Bei jüngeren Bewerberinnen und Bewerbern fehlt in der Regel das nötige Verständnis für die Bedeutung des Bürgerrechts und die damit verbundenen Konsequenzen. Zudem ist ab dem Alter von 12 Jahren eine Prüfung der materiellen Voraussetzungen und Integrationskriterien in einer altersgerechten Form möglich.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Nicola Goepfert (BastA): Liebe Regierungsrätin Eymann, vielen Dank für diese Antwort. Die ist zwar relativ kurz, aber doch wird hier versprochen, dass es überprüft wird. Vielleicht zuerst grundsätzlich, ich finde es sehr begrüssenswert, dass es einfache Tools gibt, um zu überprüfen, ob eine Einbürgerung möglich ist. Ich finde es wichtig, dass der Staat die relevanten Informationen zur Verfügung stellt. In diesem Fragebogen ist es jedoch so, dass die Infos so kurzgehalten werden, dass dadurch ein falsches Bild und zum Teil auch nicht korrekte Informationen vermittelt werden. Das wirkt besonders für gewisse Personengruppen, sie sind in der Interpellation genannt, abschreckend. Wenn man dann auf diese weiteren Informationen klickt im Fragebogen, wie es in der Antwort auch steht, dann wird dort nicht konkret auf diese Frage eingegangen, sondern man kommt zu allgemeinen Informationen, bei denen die Fragen nicht vollständig oder nicht bei jeder Frage vollständig geklärt werden können.

Ich bin teilweise zufrieden, weil es noch abzuwarten bleibt, wie dieser Fragebogen angepasst wird, bin jedoch froh zu hören, dass er überprüft werden soll. Ich bitte darum, dass alle relevanten Fragen dort drin geklärt werden, damit keine Person mit einem falschen Bild oder mit der Annahme diesen Fragebogen verlässt, dass sie die Einbürgerungskriterien nicht erfüllt, obwohl sie sie erfüllen würde.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.9. Interpellation Nr. 70 Daniel Gmür betreffend Medienfreiheit beim Polizeikessel an der Feldbergstrasse in der Nacht vom 17.05.2025 – 18.05.2025

[04.06.25 16:56:25, 25.5271.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte.

Daniel Gmür (SP): Ich bin mir bewusst, dass ich heute keine Antwort bekomme zur Zulässigkeit oder zur Verhältnismässigkeit eines Polizeikessels. Wir wissen alle, dass hier Rechtsverfahren hängig sind und das gerne darauf verwiesen wird, dass während diesen hängigen Verfahren hier keine Auskünfte dazu kommen. Ich habe meine Fragen auch nicht auf die Polizeitaktik bezogen, ich habe meine Fragen auch nicht auf einzelne Polizeihandlungen im direkten Zusammenhang mit einem solchen Polizeikessel bezogen. Worum es mir in dieser Interpellation geht, ist darum, dass ein solcher Polizeikessel, sollte er denn zulässig sein, trotz dem Grundrecht sensibel umgesetzt werden muss. Die ca. 400 Personen, die dort eingekesselt wurden, die befanden sich in Polizeigewahrsam und das bringt über die allgemeine Grundrechtsgarantie besondere Pflichten mit sich für die Polizei. Das heisst einerseits, dass die Notbedürfnisse gewährleistet werden müssen von den Personen in Gewahrsam, und dass auch die Grundrechte von Personen in und um den Kessel gewahrt werden müssen. Das sind auch die Medienschaffenden, das sind Passant*innen, das sind auch sympathisierende von den Demonstrierenden, aber natürlich auch von den Personen, die sich in diesem Polizeigewahrsam befinden.

Ich erhoffe mir heute, dass die Regierung anerkennt, dass hier ein Manko besteht und Besserungen geplant sind. Einerseits musste die Notdurft in diesem Polizeikessel in der Öffentlichkeit ohne jegliche Hygienemittel verrichtet werden. Ich erinnere daran, dass da Personen bis zu sieben Stunden in Polizeigewahrsam waren auf einer öffentlichen Strasse. Ich habe nochmals nachgeschaut, am Nachmittag, wo die Personen in der Regel rausgegangen sind von zu Hause, die dann später eingekesselt wurden, war in Basel 21 Grad. Der Kessel ging bis um 4 Uhr morgens, in der Nacht kühlt es bis 5 Grad ab. Sie können sich vorstellen, wie die Personen gekleidet waren und wie sich diese 5 Grad anfühlen, wenn man nichts zu Essen bekommen hat und schon so lange unterwegs ist und einfach auf offener Strasse steht, oder denken Sie an die Müdigkeit, die um diese Zeit sitzt. Zur Dauer habe ich diverse Videos gesehen, wo man sieht, wie Personen sich aktiv an den Polizeikesselrand, also an die Polizist*innen wenden mit einem Ausweis in der Hand und laut sagen, ich stelle mich freiwillig zu einer Personenkontrolle, die Personenkontrolle dann aber trotzdem erst Stunden später stattgefunden hat.

Die Medien konnten wesentliche Teile dieses Kessels nicht selbst dokumentieren. Sie wurden unter Strafandrohung, zum Teil unter der Androhung, gleich wie die Demonstrierenden behandelt zu werden, aus Sichtweite des Kessels weggewiesen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass eine derart gut organisierte Behörde wie die Kantonspolizei das nicht besser bewerkstelligen kann und besser umsetzen kann. Ich erhoffe mir also zumindest zu hören, dass es interne Aus- und Weiterbildungen gibt, dass es interne Weisungen gibt, die hier ein besseres Verhalten bei einem solchen Polizeikessel fordern und deswegen habe ich diese Interpellation eingereicht.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Wort hat Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zur Frage 1. Gestützt auf § 42 des Polizeigesetzes kann die Kantonspolizei Personen vorübergehend von einem Ort wegweisen oder fernhalten. Dies unter anderem dann, wenn sie ernsthaft und unmittelbar gefährdet sind, Einsätze zur Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung behindern oder die Kantonspolizei an der Durchführung vollstreckbarer Anordnung hindern. Die vorübergehende Wegweisung von Medienschaffenden während des besagten Polizeieinsatzes hatte mehrere Gründe. Zum einen ging es darum, sie aus dem unmittelbaren Gefahrenbereich zu bringen, zum anderen sollte sichergestellt werden, dass der Einsatz der Polizeikräfte sowie der zeitweise anwesenden Rettungskräfte nicht behindert wird. Darüber hinaus galt es auch, den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Personen im Sperrperimeter zu wahren. Sobald es die Lage zuliess, wurde in der Nähe des polizeilichen Sperrperimeters eine gesicherte Medienstelle eingerichtet, um den Medienschaffenden besser ihre Arbeit zu ermöglichen.

Zu den Fragen 2, 3 und 4. Die Kantonspolizei verfügt über einen Mediensprecher respektive eine Mediensprecherin samt Stellvertretungen. Sie betreiben auch die Medienstelle der Kantonspolizei und leisten Pikettdienst. Sie sind jederzeit über die Einsatzzentrale erreichbar und bei vergleichbaren Einsätzen am Einsatzort ansprechbar.

Zur Frage 5. Die Mitarbeitenden der Kantonspolizei werden im Rahmen ihrer Aus- und Weiterbildung zu den Themen Bild- und Tonaufnahmen geschult. Dies beinhaltet einerseits das Anfertigen von Bild- und Tonaufnahmen durch sie selbst, aber auch den Umgang mit Situationen, in denen Dritte Aufnahmen von ihnen machen. Zusätzlich bestehen interne Dienstvorschriften zum Thema.

Zur Frage 6. Aufgrund des Amts- und Untersuchungsgeheimnisses können dazu derzeit keine Angaben gemacht werden. Bei Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten handelt es sich um ein Offizialdelikt.

Zur Frage 7. Bei Bedarf sowie bei den Personenkontrollstellen wurden Wasserflaschen an die Demonstrierenden abgegeben. Zudem wird in solchen Situationen jeweils im Einzelfall geprüft, ob und welche weiteren Massnahmen nötig sind.

Zur Frage 8. Oberstes Ziel der Polizei war es, die aufgeheizten und teilweise gewaltbereiten Demonstrierenden vom ESC-Fest-Perimeter fernzuhalten. Angesichts der wiederholten Missachtung der Anweisungen der Polizei sowie des Versuchs, mit Gewalt die Polizeisperren zu durchbrechen, war die Verhinderung des Weiterzugs die einzige Lösung. Es liegt im Interesse der Kantonspolizei, Personenkontrollen möglichst rasch und mit der geringsten Eingriffsintensität für die Betroffenen durchzuführen. Eine Personenkontrolle von so vielen Menschen muss entsprechend organisiert und deren Durchführung von Polizeikräften abgesichert werden. So mussten zunächst die zahlreichen Sympathisanten und Sympathisantinnen, die ausserhalb des polizeilichen Sperrperimeters störend auf die Einsatzkräfte eingewirkt haben, unter Kontrolle gebracht und zurückgewiesen werden. Die Kontrollen im Innern wurden durch eine spezialisierte Einheit der Kantonspolizei vorgenommen, die im Verlauf des Einsatzes personell verstärkt wurde, was den Ablauf weiter beschleunigte. Und schliesslich gilt es festzuhalten, dass die betroffenen Personen die Personenkontrollen und ihre Entlassung aus der polizeilichen Sperrzone durch ihre Mitwirkung wesentlich mitbeeinflussen konnten.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Gmür (SP): Zunächst besten Dank für die zumindest teilweise Beantwortung meiner Interpellation. Ich habe Ihnen vor ein paar Minuten vor der Antwort mitgeteilt, was meine Hoffnung hierzu war, und ich muss sagen, ich wurde zumindest teilweise hier enttäuscht. Wir hören hier, dass zum Persönlichkeitsschutz der Betroffenen Medienschaffenden weggewiesen wurden. Ich habe hier auch Berichte bekommen, dass diverse Personen in diesem Polizeikessel explizit die Polizei aufgefordert haben, die Medien da zu lassen, weil sie sich sicherer fühlen, wenn diese vor Ort bleiben. Ich habe keine Antwort darauf bekommen, mit welcher gesetzlichen Grundlage mit Taschenlampen in Linsen gezündet wird und ich habe keine Antwort darauf bekommen, wie man das in Zukunft besser machen möchte.

Und auch dieser andere Ort, der angesprochen wurde, wo später die Medienschaffenden zu dieser gesicherten Medienstelle hingebracht wurden, wurde mir auch berichtet, dass man auch von dort aus den Polizeikessel nicht direkt dokumentieren konnte. Es wird darüber gesprochen, dass die Medienstelle über die Einsatzzentrale erreichbar sei. Zumindest jetzt an diesem Einsatz war das nicht der Fall, also explizite Anfragen an Polizeibeamt*innen vor Ort wurden explizit negativ beantwortet, dass man sich jetzt telefonisch an gar niemanden wenden kann, man solle warten, bis die Person der Medienstelle sich wieder an den äusseren Kesselrand begibt, um allfällige Fragen zu beantworten.

Zu den Weisungen und Schulungsinhalten, ich habe nicht gefragt, ob es Weisungen und Schulungsinhalte gibt, ich habe gefragt, welche Weisungen und Schulungsinhalte es gibt und ich muss sagen, es löst in mir ein bisschen Bauchweh aus,

wenn ich höre, dass man mir nicht sagen will, welche Schulungsinhalte das sind. Ich habe immer noch die Hoffnung, dass es Fehltritte von einzelnen Polizeibeamt*innen sind, die sich gegen die internen Weisungen stellen, wenn sie mit Taschenlampen zünden und dass das intern aber ganz anders angewiesen wird. Wenn man mir aber nicht sagen will, welches diese Weisungen sind, löst das bei mir natürlich ein bisschen Unbehagen aus. Auch bei den Böllern, es wird jetzt gesagt, dass man das nicht äussern kann, gut, ja, eingeschränkte Auskunft wegen hängigen Verfahren kann ich mir gut vorstellen, aber ich gehe mal davon aus, dass wenn jemand aus dem Polizeikessel heraus Gewalt ausgeübt hat, hätte man das in der Medienmitteilung und heute ohne weitere Hemmungen beantwortet.

Bei der Notversorgung wird jetzt hier gesagt, dass bei den Personenkontrollstellen Wasser zur Verfügung stand. Wir erinnern uns, das war ein Kessel von sieben Stunden, das heisst, gewisse Personen haben dann nach sieben Stunden Wasser zur Verfügung gestellt bekommen. Die Frage nach der sonstigen Notversorgung, WC, Decken, Essen, usw. wurde nicht beantwortet. Ich erinnere nochmals daran, dass die Personen bei 21 Grad aus dem Haus gegangen sind und bis um 4 Uhr morgens bei 5 Grad auf der Strasse standen. Auch hier verstehe ich nicht ganz, wieso das nicht bewerkstelligt werden konnte und heute nicht beantwortet werden konnte, ob das in Zukunft besser gemacht wird.

Was ich aus der Antwort auf Frage 8 höre, ist, dass das oberste Ziel dieses Polizeikessels nicht die Personenkontrolle, sondern die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Personen war, indem man sie nicht zum Messeareal gehen lassen wollte. Ich denke, das ist insbesondere auf die anstehenden rechtlichen Verfahren interessant, dass hier das oberste Ziel die Bewegungseinschränkung war.

Was mich besonders überrascht, ist, dass hier gesagt wird, dass die Dauer des Kessels verkürzt hätte werden können mit der Mitwirkung der betroffenen Personen. Ich habe ja am Anfang darauf hingewiesen, auf diese Videos der Personen, die sich freiwillig zur Personenkontrolle zur Verfügung gestellt haben. Mir wurde berichtet, dass sämtliche Personen sich auf erstmalige Aufforderung direkt zu dieser Personenkontrolle zur Verfügung gestellt haben. Die Mitwirkung hätte ja bei erster Anordnung zur Personenkontrolle nicht besser bewerkstelligt werden können.

Fragen 1, 5, 6, 7 und 8 wurden teilweise gar nicht beantwortet. Ich bin vor diesem Hintergrund nicht zufrieden mit dieser Antwort und muss mir jetzt halt ein anderes Mittel überlegen, um die Medienfreiheit-Gewährleistung der Kantonspolizei prüfen zu können.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.10. Interpellation Nr. 71 David Jenny betreffend aller guten Dinge sind drei oder wird nun die Gelegenheit ergriffen, den Erwerb der Eishalle St. Jakob-Arena im Lichte des Bundesgerichtsentscheides vom 10. Januar 2025 (1C_679/2023) zu beurteilen

[04.06.25 17:08:43, 25.5272.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

David Jenny (FDP): Einige in diesem Saale werden diese Interpellation als leicht querulatorisch beurteilen. Zum Hintergrund. Das Bundesgericht hat am 10. Januar dieses Jahres entschieden, dass der Regierungsrat des Kantons Solothurn seine Kompetenzen bezüglich des Finanzvermögens überschritten habe, als reine Liegenschaft gekauft hat mit der Begründung, mit dem Erwerb dieser Liegenschaft verfügt der Kanton über die Möglichkeit, einerseits das Gerichtszentrum zu erweitern, andererseits strategische Büroraumreserven zu schaffen. Das Bundesgericht hat festgehalten, dass bei diesem Kauf eben nicht Marktüberlegungen im Vordergrund standen, sondern eben die öffentliche Aufgabe, die erfüllt werden sollte.

Ich habe dann interpelliert und die Interpellation wurde mündlich relativ lapidar beantwortet. Ich habe dann nachgedoppelt in einer schriftlichen Anfrage und dort lautete eine zentrale Frage wiederum, falls der Regierungsrat der Auffassung ist, die Rechtslage im Kanton Solothurn und im Kanton Basel-Stadt sei im Wesentlichen die gleiche, kann der Regierungsrat versichern, dass er in den letzten zehn Jahren keine Transaktion getätigt hat, die im Lichte des hier diskutierten Bundesgerichtsentscheides unzulässig gewesen wäre. Die Identität der Rechtslage wird bejaht vom Regierungsrat und dann sagt er, der Regierungsrat hatte nie die Absicht, im Finanzvermögen eine Liegenschaft zu erwerben, für welche bereits vor dem Kauf die Umwidmung feststand.

Wenn ich von 2025 zehn Jahre zurückgehe, ist das Jahr 2016 noch erfasst. Ich erinnere an die Übernahme der Eishalle St. Jakob-Arena, dort gibt es eine Medienmitteilung vom 22. Juli 2016. Dort heisst es, die Einwohnergemeinde der Stadt Basel kann die Eishalle per 1. Juli 2016 übernehmen und dann heisst es auch dort, der Regierungsrat wird dem Grossen Rat im zweiten Halbjahr 2016 die Umwidmung ins Verwaltungsvermögen beantragen. Wie man angesichts dieser Medienmitteilung behaupten kann, es habe nie eine solche Transaktion gegeben, erschliesst sich mir nicht.

Mit dieser Interpellation will ich dem Regierungsrat insbesondere die Gelegenheit geben, diese Antworten in der schriftlichen Anfrage zu berichtigen. Ich glaube, es zeigt sich auch hier, wie wir vorher bei der Musicalhalle gesehen haben, der Begriff Finanz-, Verwaltungsvermögen, obwohl es aus dem 19. Jahrhundert stammt, ist wichtig, es drängt Kompetenzen ab zwischen Regierung, Parlament und Volk. Wenn die Regierung der Meinung ist, zum Teil sei das jetzt quasi nicht mehr zeitgemäss, es brauche mehr Kompetenzen, um schnell zugreifen zu können auf den Liegenschaftsmarkt, dann soll sie bitte eine entsprechende Änderung des Finanzhaushaltgesetzes vorlegen.

Wir haben eben hier noch die besondere Schwierigkeit in Basel, sobald etwas auf Kantonsboden gekauft wird, ist es gefesselt durch die Beschränkungen, die wir haben bezüglich Finanzvermögen, das aus Liegenschaften besteht. Das kann man gut finden oder nicht, aber man hat das dann einfach, die St. Jakob Eishalle könnte man noch verkaufen, denn sie liegt nicht auf unserem Kantonsgebiet. Ich nehme nicht an, dass das vorgesehen ist, das ist für meine Frage auch nicht von Belang und ich hoffe jetzt wirklich im dritten Anlauf, eine substantielle Antwort zu erhalten.

9.11. Interpellation Nr. 72 Jo Vergeat betreffend Art Basel in Katar?! Wie ist das mit unseren Werten vereinbar?

[04.06.25 17:13:28, 25.5273.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Die schon lange bestehende Beteiligung des Kantons an der MCH hat zum Ziel, den Messe- und Kongressstandort Basel zu fördern und zu stärken. Priorität hat für den Regierungsrat eine möglichst hohe Auslastung der hiesigen Halleninfrastruktur, um den mit der Durchführung von Messen und Kongressen verbundenen positiven Wertschöpfungsbeitrag für die lokale Wirtschaft zu gewährleisten. Die Art Basel als weltweit bedeutendste Kunstmesse nimmt dabei einen besonderen Stellenwert ein. Der Regierungsrat will sicherstellen, dass die Art Basel langfristig in Basel ausgetragen werden kann. Eine funktionierende Unternehmung MCH ist deswegen wichtig für den Messe- und Kongressstandort Basel.

Festzuhalten ist, dass die MCH eine börsenkotierte, privatrechtlich organisierte Aktiengesellschaft ist, die den Interessen aller Aktionärinnen und Aktionären verpflichtet ist. Der Kanton Basel-Stadt ist mit einem Anteil von 37,5 Prozent als Minderheitsaktionär an der MCH beteiligt. Gemäss den Statuten der MCH hat der Kanton das Recht, zwei Delegierte in den heute sechsköpfigen Verwaltungsrat der MCH zu entsenden. Überdies kann der Regierungsrat die Position von Basel-Stadt in den Verwaltungsrat einbringen. Sonderrechte in Bezug auf Entscheidungen des Verwaltungsrates hat der Kanton nicht.

Zur Frage 1. Die Basler Regierung bekennt sich zu den Menschenrechten und zur Achtung grundlegender demokratischer Werte, auch im Kontext wirtschaftlicher Aktivitäten. Sie sieht Engagements in autoritären Staaten grundsätzlich kritisch, insbesondere dann, wenn es sich um ein öffentlich-rechtliches Unternehmen handeln würde. Tatsache ist aber, dass die MCH eine eigenständig geführte privatrechtliche Aktiengesellschaft mit internationaler Ausrichtung ist. Der Regierungsrat erwartet, dass bei internationalem Engagement der MCH höchste Standards in Bezug auf Menschenrechte, künstlerische Freiheit und Gleichbehandlung eingehalten werden.

Zur Frage 2. Da es sich nicht um einen Entscheid des Regierungsrates handelt, hat er auch keine Kriterien oder Bewertungsmassstäbe herangezogen. Im Übrigen verweisen wir auf die Antwort zu Frage 6.

Zur Frage 3. Die Kommunikation über den Entscheid obliegt dem Unternehmen MCH.

Zur Frage 4. Wie bereits erwähnt, ist der Kanton Basel-Stadt Minderheitsaktionär der MCH und verfügt im Verwaltungsrat lediglich über zwei von aktuell sechs Sitzen. Die Expansion der Art Basel nach Katar betrifft keine Scope 1-Emissionen, da allfällige Emissionen ausserhalb der Kantonsgrenzen verursacht werden und damit nicht im direkten Einflussbereich des Kantons liegen. Diese sind nicht Teil des kantonalen Netto-Null-Ziels. Der Regierungsrat erwartet, dass die MCH ihren Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele leistet. Die MCH hat sich als gewaltiges Unternehmen folgende Klimaziele

gesetzt: Netto-Null bis 2050, Reduzierung der Scope 1- und 2-Emissionen um 50 Prozent bis 2030, 20 Prozent Senkung der Scope 3-Emissionen bis 2030, erreichen von Near Zero Waste bei allen eigenen Veranstaltungen bis 2030, Umstellung auf Wiederverwendbarkeit und Erneuerbarkeit.

Zur Frage 5. Die MCH ergreift gemäss ihrer Strategie entsprechende Massnahmen, um ihre Klimaziele zu erreichen.

Zur Frage 6. Der Regierungsrat hat die klare Erwartung an die MCH, dass sie bei all ihren Aktivitäten in Katar jederzeit die Menschenrechte einhält, inklusive die Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts oder sexuellen Orientierung, die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern, der Kunst und Religionsfreiheit. Die MCH hat dabei versichert, dass die Art Basel Qatar nach den gleichen Grundsätzen in Bezug auf Menschenrechte, Integrität, Gleichbehandlung und Arbeitsstandards wie die Gruppengesellschaft in der Schweiz geführt wird. Zudem fordert die MCH von ihren direkten Partnern in Katar, dass sie sich entweder dem Code of Conduct der MCH verpflichten oder eigene gleichwertige Standards einhalten. Der Code of Conduct der MCH ist auf deren Website öffentlich zugänglich.

Zur Frage 7. Die MCH hat bestätigt, dass sie die Art Basel Qatar auf Grundlage denselben kuratorischen Freiheit und Unabhängigkeit durchführen wird, wie bei allen anderen Kunstmessen der Art Basel. Das heisst, mit einer unabhängigen künstlerischen Leitung und einem unabhängigen und vielfältig zusammengesetzten Auswahlkomitee.

Zu den Fragen 8, 9 und 10. Die Einhaltung des Code of Conduct der MCH, die Transparenz und Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit obliegen der MCH.

Zur Frage 11. Da es sich nicht um einen Entscheid des Regierungsrates handelt, wurde die Klimafachstelle nicht beigezogen. Ob die MCH eine klimaspezifische Beratung beigezogen hat, entzieht sich der Kenntnis des Regierungsrates.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Herr Regierungsrat Sutter, vielen Dank für die ausführlichen Antworten. Ich anerkenne natürlich, dass diese Fragen teilweise zu detailliert oder falsch adressiert wurden und die MCH Group diese beantworten müsste. Ich hoffe aber, die Regierung sieht sie auch als Anreiz darin, bei ihrem intensiven Austausch, den sie mit der MCH Group und im Rahmen mit der Art Basel auch mit den Verantwortlichen in diesem Bezug pflegen, diese kritischen Gedanken mitzunehmen ich.

Ich bin immer noch ein bisschen schockiert, ehrlich gesagt, von diesem Strategieentscheid. Ich kann mich leider nicht dazu durchringen, irgendeine Ebene zu finden, in der ich sagen kann, das ist ein Entscheid, der eine gute Idee ist. Für mich ist es wirklich nicht tragbar, obwohl ich ganz klar begreife und auch versuche, das immer wieder mit der MCH Group zu signalisieren, dass wir eine starke Messe brauchen, dass wir diese Art Basel brauchen. Wir reden hier drin so oft über die Marke Basel als Stadt und ich bin sicher, die FIFA hatte auch einen Code of Conduct. Die wollten auch, dass Menschenrechte eingehalten wurden damals für diese WM, die wollten auch, dass die Menschen nicht diskriminiert werden, dass niemand sterben muss für den Bau dieser Stadien. Somit ist mir bewusst, dass wir als Kanton nur ein Minderheitsaktionär sind und doch haben wir einen grossen Anteil an dieser Firma, müssen irgendwie versuchen, dort auch unsere Verantwortung auszuüben, wenn wir glaubhaft für all diese Werte einstehen hier in Basel, einen ESC veranstalten und uns das so sehr auf die Fahne schreiben und dann im gleichen Atemzug die Art Basel in Katar veranstalten.

Das kann ich nicht zusammenbringen und deswegen bedanke ich mich für die Antwort, aber ich kann mich nicht zufrieden geben.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.12. Interpellation Nr. 73 Ivo Balmer betreffend Verkauf Peter Merian-Strasse 27 – Warum verkauft Immobilen Basel-Stadt (IBS) Boden?!

[04.06.25 17:20:36, 25.5274.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Einleitende Bemerkung. Die Parzelle wurde 2014 aufgrund wegfallender Nutzung vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen umgewidmet. In der Folge wurde die Liegenschaft 2017 mit Land zum Verkauf angeboten. Der Verkaufsprozess wurde aufgrund diverser offener Fragen abgebrochen. Nachdem nun ein generelles Baubegehren Planungssicherheit geschaffen hat, wurde der Verkaufsprozess neu gestartet. Die Parzelle ist mit 615 m2 sehr klein und ihr Zuschnitt ungeeignet für eine grössere Wohnüberbauung.

Zu den einzelnen Fragen, Frage 1 und 2. Die im Jahr 2016 vom Stimmvolk angenommene neue Bodeninitiative definiert Rahmenbedingungen im Umgang mit öffentlichem Grundbesitz auf Kantonsgebiet. Im Rahmen eines Monitorings wird jeweils über den Zeitraum der letzten fünf Jahre eine Bilanz im Jahresbericht zum Finanzvermögen geführt. Der Kanton Basel-Stadt hat zwischen Anfang 2020 bis Ende 2024 in keinem Stadtgebiet mehr Land verkauft als zugekauft. Das Grundstück Peter Merian-Strasse 17 fällt in das Stadtgebiet Immobilien innerhalb übriger Bauzonen. Hier ist der Flächenbestand in den letzten fünf Jahren um 81’773 m2 gewachsen. Der Verkauf erfüllt somit die Veräusserungseinschränkungen gemäss Finanzhaushaltsgesetz.

Zur Frage 3 und 4. Die Parzelle eignet sich aufgrund des Zuschnitts und den zu erwartenden Entwicklungskosten nicht für günstigen Wohnraum. Der Kanton fokussiert bei der Realisierung des Wohnprogramms 1000+ auf grössere Wohnüberbauungen. Aktuell wurden 94 Wohnungen im Wohnprogramm 1000+ realisiert. Mit den Arealüberbauungen Volta Ost, Volta Nord und Walkeweg werden bis 2030 rund 550 weitere Wohnungen hinzukommen. Das Ziel von 1000 wird per 2035 angestrebt und ist gemäss heutiger Einschätzung erreichbar.

Zu den Fragen 5 bis 8. Auf der Parzelle lassen sich rund sieben bis neun Wohnungen erstellen und nicht 13, wie vom Interpellanten vorgebracht. Die Parzelle wurde im Jahr 2017 bereits einmal zum Verkauf ausgeschrieben. Aufgrund diverser offener Fragen wurde der Verkauf abgebrochen. Nachdem ein generelles Baubegehren Planungssicherheit geschaffen hat, wurde der Verkauf in diesem Jahr neu lanciert. Die Entwicklungskosten für eine verhältnismässig geringe Wohnungszahl werden als hoch eingeschätzt. Aufgrund der Zonenzuordnung ist ein qualifiziertes Varianzverfahren, sowie der Einbezug der Stadtbildkommission und der Denkmalpflege notwendig. Zudem muss das heutige Gebäude vorgängig zurückgebaut werden, was die Vorbereitungskosten weiter erhöht. Aufgrund dieser Umstände und der geringen Wohnungszahl wird das Objekt nicht als typische Genossenschaftsentwicklung eingeschätzt. Es ist auch nicht mit einer Baulücke oder einem Blockrand à la Lysbüchel Habitat vergleichbar. Dieselben Überlegungen treffen auch für die Stiftung Wohnraum Basel zu.

Zur Frage 9 und 10. Ja, die Regierung schätzt das Ziel von 25 Prozent günstigen Wohnraums bis 2050 als erreichbar ein. Preisgünstiger Wohnraum lässt sich nur bei grösseren Projekten kosteneffizient realisieren. Mit sieben bis neun Wohnungen ist das Projekt dafür zu klein. Die Auswirkungen auf die Bodenpreisentwicklung dürften sich aufgrund der Parzellengrösse als untergeordnet erweisen.

Zu den Fragen 11 bis 14. Es ist nicht korrekt, dass ausschliesslich der höchste Preis den Zuschlag erhält. Die Vergabekriterien sehen vor, dass die Beurteilung der Angebote ganzheitlich erfolgt. Damit ist sichergestellt, dass eine Nutzungsidee, welche das Quartier bereichert oder andere als sinnvoll erachtete Nutzungen aufweist, mit einem marktgerechten Angebot den Zuschlag erhalten kann. Die Genossenschaften können bei der Kaufpreisberechnung im Vergleich zu Privaten zudem von der auf 20 Prozent reduzierten Mehrwertabgabe profitieren.

Zur Frage 15. Die Objektstrategien der Liegenschaften im Finanzvermögen werden periodisch überprüft. Weitere Liegenschaftsverkäufe sind grundsätzlich möglich. Sie erfolgen im gesetzlichen Rahmen. Siehe auch Antwort zu Frage 1 und 2.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Ivo Balmer (SP): Vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin immer noch nicht überzeugt von diesem Verkauf der Peter Merian-Strasse. Ja, es wurde richtig ausgeführt, 2017 wurde aufgrund von offenen Fragen von einem Verkauf abgesehen, aber auch damals hatte die SP schon sehr kritisch über diesen Verkauf ohne Not an der Peter Merian-Strasse 27 in einer Medienmitteilung reagiert und auch nochmals eine Neuauflage quasi miterbracht. Um das Positive vorwegzunehmen, ich bin froh, dass wir bei den Wohnraumprogrammen 1000+ sowie dem 25 Prozent-Ziel laut Regierung auf Kurs sind. Das ist jetzt mal eine Aussage. Ich bin auch natürlich froh, dass quasi, da bin ich auch davon ausgegangen, einfach mal die Grundlage der Bodeninitiative eingehalten worden ist.

Wenn ich dann nochmals die Antworten lese, die ich jetzt auf diese Anfrage bekommen habe, bin ich schon ein bisschen erstaunt. Gerade wenn man die Antwort zu meinen Fragen 3 und 4 anschaut, weshalb IBS das nicht selber macht im

Programm 1000+. Am Schliengerweg 31 in Kleinbasel macht sie das auf einer kleineren Parzelle, da geht es nur um sechs Wohnungen. Also ich glaube, da bin ich ein bisschen enttäuscht ab dieser Antwort.

Dann auch mit der Frage 5 bis 8. Ich habe jetzt wirklich da auch die vollständigen Unterlagen angefordert und es ist richtig, ich habe mich in meiner Interpellation auf einen Zeitungsbericht von 2020 bezogen. Damals war von 13 Wohnungen die Rede, jetzt in den Ausschreibungsunterlagen spricht man von realisierbaren 695 m2 Hauptnutzfläche. Das entspricht exakt den Bausteingrössen von vier gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen auf Lysbüschel Süd und weitere vier von insgesamt 14 Parzellen liegen nur leicht darüber, also durchaus in diesem Segment.

Dann auch die Antworten zu den Fragen 9 bis 10. Ich habe das Gefühl, die Genossenschaften auf Lysbüchel tragen auch zum 25 Prozent-Ziel bei. Sie stellen preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung, auch der Kanton trägt zur Zielsetzung 1000+ plus 25 Prozent bis 2050 bei, mit der erwähnten kleinen Entwicklung am Schliengerweg. Und ich lade gerne den Regierungsrat oder auch die IBS auf den Lysbüchel Süd ein, um dann auch mal kosteneffiziente kleinere Projekte anzuschauen, um nicht hier immer nur sich hinter diesen Economies of Scales zu verstecken.

Mit den Antworten 11 bis 14 bin ich eigentlich sehr froh, dass jetzt zumindest mal eine qualitative Mitbeurteilung erfolgen soll. Im Dossier ist explizit von der Bevorzugung des Eigenbedarfs die Rede. Das freut mich da wäre dann auch die Steuerwohnsitzpflicht enthalten. Unter einer Konzeptvergabe stelle ich mir natürlich etwas ganz anderes vor. Da wäre nämlich der Verkaufspreis gesetzt und das geht auch aus dem Verkaufsdossier klar hervor, dass der Preis mitentscheidend ist und wie gesagt wurde, dann eine gesamtheitliche Beurteilung erfolgen sollte.

Und abschliessend bei der Antwort auf Frage 15, ich bin nach wie vor überzeugt und ich hoffe, dass sich der Regierungsrat hier nochmals überlegt, ob man das nicht im Baurecht abgibt, weil ich diesen Verkauf ohne Not weiterhin nicht verstehe.

Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation selbstredend nicht zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.13. Interpellation Nr. 74 Béla Bartha betreffend PFAS im Trinkwasser rund um den EuroAirport

[04.06.25 17:30:51, 25.5275.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): In der letzten Zeit wurden wir ja öfters von Medien aufgeschreckt, dass man diese PFAS an verschiedensten Orten findet, diese PFAS nennt man ja auch die Ewigkeitschemikalien, und so konnten wir hören, dass im Elsass das Trinkwasser stark PFAS-verunreinigt ist. Wir haben auch gehört, dass Fleisch von Bauernhöfen in St. Gallen stark PFAS-belastet war. Wir haben auch gehört, dass weiterhin im Löschschaum, den wir immer noch benutzen, auch immer noch PFAS vorhanden ist. Also das heisst, auch im Trinkwasser von Wyhlen zum Beispiel, auch dort konnte man PFAS-Verunreinigungen feststellen.

Das sollte eigentlich nicht nur mich aufschrecken, sondern es wäre eigentlich schön gewesen, wenn das die Behörden in gewisser Weise aufgeschreckt hätte. Aber wenn man jetzt schaut, was für Reaktionen von den Behörden kamen, so war zu lesen, dass man das erst nach anderthalb Jahren überhaupt, trotzdem es schon bekannt war, dass eben im Trinkwasser im Elsass diese Verunreinigungen da waren, dass man erst nach anderthalb Jahren reagiert hat und die Bevölkerung wirklich auch gewarnt hat. Beim Löschschaum wusste man auch, dass dieser Löschschaum nicht gut ist, und jetzt muss man feststellen, dass man erst auf Ende 2026 mit einem Verbot von PFAS im Löschschaum handeln wird und auch, dass der Bund jetzt als Reaktion auf diese PFAS-Verunreinigung das nicht etwa lösen will, sondern einfach die Grenzwerte erhöhen wird. Also wenn das die offiziellen und die behördlichen Reaktionen auf das PFAS-Problem sind, dann ist das schlicht einfach zu wenig.

Jetzt schauen wir natürlich nach Basel und dann denkt man, ja, vielleicht passiert hier etwas und auch hier muss man eher ein bisschen das Schlafen der Lämmer feststellen. Wir haben auch hier überhaupt keine Reaktion der Behörden und deshalb kam es zu der Idee, also schon fast sah ich mich gezwungen, eine Interpellation zu machen und zu schauen, wie wir eigentlich in Basel wirklich auf diese PFAS-Belastungen reagieren sollen. Es kann nicht sein, dass Basel-Stadt, die Behörden

einfach sagen, ja, wir beziehen das Wasser ja aus dem Rhein und da ist die Konzentration so klein, dass wir da keine Probleme haben. PFAS sind eben Ewigkeitschemikalien, sie reichern sich an und deshalb würde ich auch in Zukunft, auch bei der Beantwortung zur Interpellation sehr gerne wissen, wie man effektiv auf diese Gefahr reagieren möchte. Es ist auch so, dass wir ja im Verwaltungsrat des EuroAirports stehen, wo auch die Verursacher dieser Verunreinigung sind, und auch da wäre ich dann froh zu hören, wie wir uns auch als Stadt an der Bereinigung dieser Situation im Elsass beteiligen.

Also ich hoffe durch die Interpellation, dass wir konkretere Massnahmen auch sehen, dass wir da auch bei den Behörden eine gewisse Reaktion erspüren und erfüllen können und bin auch sehr gespannt, dass alles, dass ich hier als Befürchtungen sehe, dass das alles so nicht wahr ist. Und da erhoffe ich doch, eine positive Antwort von der Regierung zu erhalten.

9.14. Interpellation Nr. 75 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend gefährdet das Entlastungspaket des Bundes die Trinationale Zusammenarbeit? Wie kann die Neue Regionalpolitik gesichert werden?

[04.06.25 17:35:10, 25.5276.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Einleitend zunächst. Der Regierungsrat anerkennt die angespannte Finanzlage des Bundes. Gleichzeitig erachtet er eine Reihe der vorgeschlagenen Sparmassnahmen als nicht zielführend, da diese lediglich eine Verschiebung der Lasten hin zu den Kantonen darstellen und den Schweizer Forschungs- und Wirtschaftsstandort sowie den sozialen Zusammenhalt und den Föderalismus in der Schweiz gefährden. Eine dieser Massnahmen besteht darin, auf eine weitere Äufnung des Fonds für die neue Regionalpolitik zu verzichten, bis der aktuell vorhandene Überschuss abgebaut ist. Dies birgt die Gefahr, dass der Fonds auch anschliessend nicht mehr gespiesen würde, was nicht im Interesse des Kantons Basel-Stadt wäre.

Zu den einzelnen Fragen, zur Frage 1. Der Regierungsrat erachtet es grundsätzlich als vertretbar, einige Jahre auf Fondseinlagen zu verzichten. Dies darf allerdings nicht zeitlich unbefristet geschehen, da sonst im Verlauf der 2028 beginnenden nächsten Interreg-Programmperiode weniger Bundesmittel zur Verfügung stünden. Für die Finanzierung von Interreg-Projekten durch den Kanton Basel-Stadt hätte dies zwar a priori keine negativen Auswirkungen, da der Rahmenkredit für die neue Programmperiode weiterhin gleich hoch ausfallen könnte, sofern der Grosse Rat die vom Regierungsrat beantragten Mittel guthiesse. Aktuell beträgt dieser für sieben Jahre etwas mehr als 2 Millionen Franken und es besteht aus Sicht des Regierungsrats kein Grund, diese Summe künftig zu senken. Ohne Engagement des Bundes aber würden die Mittel aus der Schweiz für Interreg insgesamt reduziert. Interreg ist nicht nur ein regionalpolitisches Programm zur Umsetzung von Projekten in grenzüberschreitenden Regionen, sondern eben auch ein aussenpolitisches Instrument. Deshalb ist der Regierungsrat dezidiert der Meinung, dass sich der Bund weiterhin an Interreg beteiligen muss.

Zur Frage 2. Interreg ist ein unverzichtbares und wirkungsvolles Instrument zur Stärkung der Kohäsion von Grenzregionen und für die guten nachbarschaftlichen Beziehungen. Es fördert den Dialog und die Zusammenarbeit der Regionen in Europa und mindert Entwicklungsunterschiede. Das gilt auch für die Korporation am Oberrhein. Zudem wirkt Interreg als Hebel. Externe Wirkungsanalysen kamen zum Schluss, dass jeder Bundesfranken, der im Rahmen der neuen Regionalpolitik in Interreg-Vorhaben eingesetzt wird, das Dreifache an Investitionen im Zielgebiet auslöst. In einer Schweizer Studie zur neuen Regionalpolitik war es gar das Fünffache. Wenn dieser Impuls ausbliebe, hätte das also weitreichende Folgen. Dank der Bundesbeteiligung an Interreg kann der gemeinsame stark vernetzte deutsch, französisch, schweizerische Wirtschafts-, Wissenschafts- und Lebensraum substanziell weiterentwickelt und vertieft werden, was auch zum Wohl von Basel-Stadt ist.

Zur Frage 3. Entsprechende Prüfungen sind noch nicht erfolgt bzw. werden frühestens im kommenden Jahr in Angriff genommen. Dann beginnt der Regierungsrat mit der Vorbereitung des Ratschlags an den Grossen Rat für die kommende Interreg-Periode für die Jahre 2028 bis 2034. Im Jahr 2027 wird der Regierungssatz damit an den Grossen Rat gelangen. Eine Prüfung zuvor ergibt wenig Sinn, zumal zuerst die Beratungen und Entscheidungen auf Bundesebene abgewartet werden soll.

Zur Frage 4. Der Regierungsrat wird sich in den nächsten Monaten eng mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen abstimmen, um zu verhindern, dass die Einzahlungen in den NRP-Fonds dauerhaft gestoppt werden. Dabei wird es auch darum gehen, die Mitglieder des Bundesparlaments aus Basel-Stadt, den übrigen Nordwestschweizer Kantonen und nach

Möglichkeit darüber hinaus für dieses Anliegen zu sensibilisieren. Gemeinsam mit ihnen soll versucht werden, eine zeitlich unbegrenzte Aussetzung der NRP-Fonds-Äufnung zu verhindern. Neben einer Vielzahl von Schweizer Grenzkantonen haben sich übrigens auch einige Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wie die Regio Basiliensis oder der Begleitausschuss Interreg Oberrhein in der Vernehmlassung für eine Fortsetzung des Bundesengagements bei Interreg eingebracht.

Zu den Fragen 5 und 6. Ein dauerhafter Stopp der Einzahlungen hätte einen Reputationsschaden zur Folge. Dies sowohl in der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Deutschland und Frankreich als auch im Verhältnis zur Europäischen Union.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Vorausschicken möchte ich, dass ich mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden bin. Vielen Dank für die umfassende Antwort dieser Interpellation. Diese wurde mit dem Ziel eingereicht, auf die Situation im Kontext mit dem Entlastungspaket und seinen möglichen Auswirkungen hinzuweisen. Es ist essenziell, und das haben wir gehört, dass die Mittel für die neue Regionalpolitik und so auch für die Interreg-Programme nicht reduziert werden, da mit diesen Mitteln sehr viel erreicht werden kann. Für uns im Dreiland, aber auch beispielsweise für den Raum Alpenrhein, Bodensee, Hochrhein sind die Interreg-Programme und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Projekten ein wichtiger Faktor. Für uns insbesondere zur weiteren Entwicklung des Lebensraums und des Wirtschaftsstandort in der trinationalen Metropolregion Oberrhein natürlich auch.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.15. Interpellation Nr. 76 Joël Thüring betreffend Freizeitgartenkommission: Missachtet der Regierungsrat das Gesetz?

[04.06.25 17:41:25, 25.5277.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Joël Thüring (SVP): Ich bin ein Verfechter von mündlichen Beantwortungen von Interpellationen, aber ich mache Frau Regierungsrätin Keller keinen Vorwurf dafür. Die Fragestellung war aber relativ unkomplex, denn wir haben ein Gesetz über die Freizeitgärten. Dieses sieht vor, dass die Freizeitgartenkommission aus sieben Mitgliedern bestehen kann und nun wurden soeben diese staatlichen Kommissionen neu gewählt und dieser Missstand, dass in dieser Freizeitgartenkommission acht Mitglieder drinnen sind, wurde fortgesetzt. Man hätte vielleicht noch Verständnis dafür gehabt, wenn diese Mitglieder dieselben gewesen wären wie in der letzten Legislatur, dann hätte man vielleicht sagen können, ja, man möchte jemandem etwas nicht wegnehmen. Aber es sind dann auch noch neue Mitglieder in diese Kommission gewählt worden, weshalb es doch etwas schwierig für mich erscheint, dass man in einem Gesetz eine Bestimmung hat über die Anzahl der Mitglieder und dann der Regierungsrat offensichtlich dieses Gesetz oder diese Gesetzesbestimmung missachtet mit einer erneuten Wahl von mehr Mitgliedern, als es das Gesetz eigentlich vorsieht. Deshalb möchte ich vom Regierungsrat wissen, weshalb er diesen Missstand nicht korrigiert hat, den bereits vor zwei Jahren mein Partei- und Fraktionskollege Messerli aufgeworfen hat, und ob dies nur ein Einzelfall ist oder ob es auch noch andere Kommissionen gibt, die hier üppiger besetzt sind, als es das Gesetz eigentlich vorsieht. Ich freue mich auf die schriftliche Beantwortung meiner Interpellation.

9.16. Interpellation Nr. 77 Luca Urgese betreffend Veloständer auf dem Marktplatz und Planung der bevorstehenden Bauarbeiten

[04.06.25 17:43:22, 25.5278.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Luca Urgese (FDP): Die schriftliche Antwort werden wir voraussichtlich erst im September traktandiert haben und die Arbeiten sind dann wahrscheinlich auch schon ausgeführt. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, hier und heute meinen Unmut kundzutun.

Für jede Fassadenänderung, die Sie in diesem Kanton machen, haben Sie die Stadtbildkommission, die das genau anschaut und dann Ihnen sagt, was Sie dürfen und was Sie nicht dürfen. Wenn Sie Boulevardgastronomie betreiben, dann haben Sie Leitlinien für die Möblierung, es wird Ihnen davon abgeraten, mehrfarbige Sonnenschirme aufzustellen, etc. Es wurde über 20 Jahre lang am Gestaltungskonzept Innenstadt gearbeitet mit umfangreichen Mitwirkungsverfahren. Da wurden mehrere Runden gedreht, bis man sich darauf verständigt hat, wie unsere Innenstadt künftig aussehen soll, und für das Mobiliar im öffentlichen Raum haben Sie einen Normenkatalog von sage und schreibe 85 Seiten, der sagt, was jetzt da im öffentlichen Raum stehen darf und was nicht stehen darf.

Und trotz all dieser Regulierungen soll es jetzt also möglich sein, einen doppelstöckigen Velosständer auf dem Marktplatz zu platzieren, auf einem Baudenkmal von nationaler Bedeutung. Kann denn das die Möglichkeit sein? Ich kann mir das wirklich nicht vorstellen und hoffe, dass diese Information sich als falsch erweist und ich in der schriftlichen Beantwortung auch entsprechend korrigiert werde. Aber wenn das so sein sollte, muss ich wirklich sagen, das ist ein Schildbürgerstreich.

Und dann zum zweiten Teil der Interpellation, zu den Baustellen. Die Sanierung des Marktplatzes, ich glaube, da sehen wir jedes Mal, wenn wir hier auf den Platz hinausschreiten, die Sanierung ist überfällig. Aber zwei Baustellen innerhalb von wenigen Jahren, das sollte wirklich nicht sein. Wir haben gesehen, dass der Umbau der Haltestelle nun mehrfach verschoben wurde. Die letzte Kommunikation, die ich gefunden habe, die sprach vom Jahr 2024, wie Sie wissen, ist das jetzt seit ein paar Monaten Vergangenheit Und ich hoffe sehr, dass man das Positive aus dieser Verzögerung nehmen kann und die Umgestaltung der Haltestelle mit der Umgestaltung des Marktplatzes zusammenlegen kann, damit sowohl die Bevölkerung als auch das Gewerbe nur einmal von dieser Baustelle auf dem Marktplatz entsprechend belastet werden, dass wir also beiden das Leben ein bisschen leichter machen können.

9.17. Interpellation Nr. 78 Tonja Zürcher betreffend stundenlange Einkesselung in der Nacht des ESC-Finales

[04.06.25 17:45:56, 25.5279.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 6. Bei der betroffenen Demonstration handelte es sich um eine unbewilligte Kundgebung. Die Polizei verhinderte letztlich, dass rund 500 aufgeheizte Demonstrationsteilnehmende den ESC-Festperimeter auf dem Boulevard und der Messe Basel erreichten. Bereits auf dem Barfüsserplatz versuchte das Dialogteam der Kantonspolizei vergeblich, mit den 700 bis 800 Demonstrationswilligen ins Gespräch zu kommen. Ein Demonstrationszug durch die Innenstadt wurde untersagt. Diese sowie sämtliche späteren polizeilichen Anweisungen wurden von den Demonstrierenden missachtet. Dennoch liess die Kantonspolizei die Demonstrierenden im Sinne der Deeskalation über die Johanniterbrücke ins Kleinbasel ziehen. Erst als die Demonstrierenden mit Gewalt in der Feldbergstrasse eine Polizeikette zu durchbrechen versuchten, kamen Kollektivmittel zum Einsatz. Aufgrund des offensichtlichen Willens der zu diesem Zeitpunkt noch rund 500 aufgeheizten und teilweise gewaltbereiten Demonstrierenden, während des laufenden Finals in den ESC-Perimeter zu gelangen, der wiederholten Missachtung polizeilichen Anweisungen sowie der Begehung weiterer Delikte, darunter Tätlichkeiten gegenüber Polizistinnen und Polizisten, wurden letztlich rund 400 Personen kontrolliert.

Zur Frage 2. Es liegt im Interesse der Kantonspolizei, Personenkontrollen möglichst rasch und mit der geringsten Eingriffsintensität für die Betroffenen durchzuführen. Eine Personenkontrolle von so vielen Menschen muss entsprechend organisiert und deren Durchführung von Polizeikräften abgesichert werden. So mussten zunächst die zahlreichen Sympathisantinnen und Sympathisanten, die ausserhalb des polizeilichen Sperrperimeters störend auf die Einsatzkräfte eingewirkt haben, unter Kontrolle gebracht und zurückgewiesen werden. Die Kontrollen im Innern wurden durch eine

spezialisierte Einheit der Kantonspolizei vorgenommen, die im Verlauf des Einsatzes personell verstärkt wurde, was den Ablauf weiter beschleunigte. Und schliesslich gilt es festzuhalten, dass die betroffenen Personen die Personenkontrollen und ihre Entlassung aus der polizeilichen Sperrzone durch ihre Mitwirkung wesentlich mitbeeinflussen konnten.

Zur Frage 3. Bei Bedarf sowie bei den Personenkontrollstellen wurden Wasserflaschen an die Demonstrierenden abgegeben. Zudem wird in solchen Situationen jeweils im Einzelfall geprüft, ob und welche weiteren Massnahmen nötig sind.

Zur Frage 4. Die Kantonspolizei wandte sich mehrmals mit Lautsprecher an die Anwesenden im Sperrperimeter. Zuerst wurden Personen mit Kindern gebeten, aus dem Sperrperimeter zu kommen. In einem zweiten Schritt wurden Personen mit körperlichen Gebrechen und angeschlagene Personen gebeten, sich zwecks Zuführens zu den Personenkontrollen zu den Polizeiketten zu begeben. Danach folgte der Aufruf an alle weiteren, sich freiwillig den Personenkontrollen zu stellen. Zudem Bestand jederzeit die Möglichkeit, die Polizistinnen und Polizisten sowie auch die vor Ort anwesenden Mitglieder der Dialogteams direkt anzusprechen.

Zur Frage 5. Zur Gewährleistung von geordneten Personenkontrollen sowie der Gewährleistung der Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten wurden die Personen jeweils einzeln aus dem gesperrten Bereich zu den Personenkontrollen geführt. Dabei lag der Fokus der Begleitteams darauf, die Personen vorzuziehen, bei denen eine rasche Abarbeitung und Entlassung aus dem Sperrperimeter notwendig erschien. Wenige Personen verweigerten jegliche Kooperation und mussten durch die Einsatzkräfte zu den Kontrollstellen gebracht werden.

Zur Frage 7. Die verfügbaren Kräfte waren am ESC-Finaltag an mehreren Orten gleichzeitig stark gefordert. Neben der unbewilligten Demonstration, die einen grossen Personaleinsatz erforderte, war die Polizei im gesamten ESC-Perimeter im Einsatz und insbesondere rund um die Main Venue im Raum St. Jakob präsent, wo die Sicherheit von tausenden Besucherinnen und Besuchern gewährleistet werden musste. Zudem erfordern Personenkontrollen bei einer so grossen Anzahl von Personen eine geordnete und sichere Durchführung. Dank der laufenden personellen Verstärkung des Kontrollteams konnte der Ablauf beschleunigt werden.

Zur Frage 8. Wie gesagt verhinderte der Polizeieinsatz das Eindringen von rund 500 aufgeheizten und teilweise gewaltbereiten Demonstrierenden in den ESC-Festperimeter. Die Einrichtung des polizeilichen Sperrperimeters war dafür die einzige Lösung. Sämtliche vorgängige Kommunikationsversuche mit den unbewilligt Demonstrierenden blieben erfolglos. Die polizeilichen Anweisungen wurden konsequent ignoriert und missachtet. Die Personenkontrollen wurden gestützt auf § 34 des Polizeigesetzes durchgeführt und dienten der Gefahrenabwehr, der Durchsetzung der Rechtsordnung sowie der Sicherung von Beweismitteln.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Tonja Zürcher (BastA): Grundsätzlich muss ich sagen, dass sich die Beschreibung, die Sie hier jetzt äussern, ziemlich stark von dem unterscheidet, was Augenzeug*innen und Betroffene schildern. Was tatsächlich vor Ort passiert war, können wir aber nicht unabhängig beurteilt haben, weil, wie wir schon gehört haben heute, die Medien so weit fortgeschickt wurden, dass sie nicht darauf schauen konnten, also eine unabhängige Beurteilung der Situation, vielleicht eine Grundlage, worauf wir unsere Diskussion hier stützen könnten, diese fehlt leider.

Zur ersten Frage wegen den Alternativen. Ich muss zur Kenntnis nehmen, dass diese Frage nicht beantwortet wird. Ich weiss nicht, ob es daran liegt, dass man sie nicht beantworten will oder ob man sie nicht beantworten kann, weil keine Alternativen geprüft wurden, ich finde es jedoch schade, dass hier keine Transparenz darüber hergestellt wird, was für Möglichkeiten es gegeben hätte, beispielsweise den Demozug in eine andere Richtung zu leiten. Mir wurde zugetragen, ich weiss nicht, ob das stimmt, aber dass es zuerst geheissen habe, man solle zurück auf den Barfi, dass dann die Aussage kam, man wolle auf das Kasernenareal, beides sind auch Bereiche im ESC-Perimeter bzw. wo auch ESC-Veranstaltungen waren. Ich hätte hier etwas mehr Transparenz gut gefunden, dass wir nicht auf Hörensagen irgendetwas beurteilen müssen.

Interessant finde ich auch die neue Wortwahl aufgeheizt. Also wir kennen das ja schon mit dem teilweise gewaltbereit, wobei gewaltbereit ja nicht das gleiche ist wie gewalttätig. Und wie man den Personen ansehen will, ob sie gewaltbereit sind oder nicht, finde ich auch schon ziemlich schwierig, aber jetzt ist es das Wort aufgeheizt. Aufgeheizt soll also eine Grundlage sein, um zu wissen, ob und wie die Polizei eingreifen muss. Also nach einem Fussballspiel, das vielleicht etwas emotional war, kesselt man jetzt einfach mal alle Fans mal vorsorglich ein, weil sie aufgeheizt sind. Oder im Sommer, wenn es heiss ist, ich weiss nicht genau, was dieses Wort bedeuten soll und finde es ziemlich schwierig, dass es hier als Begründung aufgeführt wird.

Was wir auch schon gehört haben von meinem Kollegen Daniel Gmür, ja, Personen in Polizeigewahrsam haben Grundrechte und sie haben auch das Recht auf eine gewisse Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse, beispielsweise mit Wasser und

Nahrung. Wenn ich jetzt höre, dass Wasser zur Verfügung gestellt wurde, dann tönt das grundsätzlich gut. Die Personen vor Ort haben das offenbar nicht mitbekommen. Wie das genau passiert war, weiss ich nicht. Es nützt natürlich aber wenig, wenn das Wasser dann bei den Personenkontrollen zur Verfügung gestellt wird. Also das bringt schon auch etwas, das ist schon gut, dass es da dann gibt, aber wenn Sie zuerst sieben Stunden warten müssen, bis sie kontrolliert werden, bis Sie dann das Wasser bekommen, ist das halt leider auch nicht die Lösung. Zu den Decken haben Sie nichts gesagt. Die Temperatur war, wie bereits mein Kollege ausgeführt hat, sehr kalt in der Nacht.

Es wird auch nicht ausgeführt, warum man nicht versucht hat, irgendeine Lösung für die Toiletten-Situation zu finden. Ich weiss nicht, ob man den Demonstrierenden in Zukunft empfiehlt, ein Kompotoi mitzunehmen oder was hier die Lösung ist. Aber ich denke, wenn eine Kontrolle oder ein Kessel sieben Stunden dauert, dann ist das nicht das, was man irgendwie erwarten könnte. Also ich war auch schon in einem solchen Polizeikessel drin, normalerweise dauern die vielleicht zwei Stunden, vielleicht drei Stunden, auch das ist schon unangenehm und ich finde, teilweise auch nicht wirklich notwendig. Aber sieben Stunden ist schon nochmal eine ganz andere Situation und darauf müsste man sich vorbereiten.

Es fehlt noch immer eine Erklärung, warum es sieben Stunden dauerte. Alles, was hier gesagt wurde, kann das nicht erklären. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass sich die Personen freiwillig gemeldet haben. Also es war nicht notwendig, diese Personen rauszutragen oder rauszuziehen, sondern sie wären freiwillig gegangen. Man hätte sie einfach in Schlangen, wie man das an der Kasse macht, anstehen lassen können. Es wäre möglich gewesen und warum dafür eine spezielle Einheit notwendig war, verstehe ich auch nicht. Ich denke, Personenkontrollen gehören doch zur Grundausbildung eines Polizisten oder einer Polizistin.

Alles in allem bin ich, wie erwartet, nicht befriedigt und der Eindruck bleibt, dass man hier entweder ziemlich planlos vorgegangen ist oder, was ich nicht weniger schlimm fände, dass man durchaus die Absicht hatte, diese Demonstrant*innen hier stundenlang in der Kälte schmoren zu lassen und auch das wäre nicht besser. Danke trotzdem für die Ausführungen, es wird ein Thema sein, wo wir dranbleiben.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.18. Interpellation Nr. 79 Sasha Mazzotti betreffend Chancengerechtigkeit für Schüler:innen mit besonderem Förderbedarf

[04.06.25 17:56:16, 25.5280.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank für die Führung durch das Programm. Ich habe noch die Ehre, die letzten Worte an Sie zu richten. Ich bedanke mich für die aktive Teilnahme und freue mich auf nächste Woche, wo wir dann hoffentlich etwas speditiver durch die Traktandenliste kommen. Wir hinken extrem hinter der Zeitrechnung her, aber ich bin zuversichtlich, dass wir das schaffen. Ich wünsche allen einen wunderbaren Abend und eine gute Woche.

Schluss der 17. Sitzung

17:57 Uhr

Protokoll

der 18. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 11. Juni 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Patrick Fischer (SVP), Pascal Pfister (SP), Alexandra Dill (SP), Gabriel Nigon (LDP), Silvia Schweizer (FDP).

Verhandlungsgegenstände:

7. Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros 2
8. Petition P485 "Fernwärme auch für Grossbasel-West", Bericht der PetKo 13
10. Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend LED-Beleuchtung für Basler Sportplätze 14
11. Motion 2 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte 14
12. Motion 3 Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung 16
13. Motion 4 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen 18
14. Motion 5 Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung) 23
15. Anzug 1 Thomas Widmer-Huber und Daniel Hettich betreffend grössere Unabhängigkeit von Kanton und Gemeinden bei der Festlegung der Steuerbelastung ihrer Steuerpflichtigen 30
16. Anzug 2 Anina Ineichen und Konsorten betreffend logopädische Versorgung auf Sekundarstufe II 31
17. Anzug 3 Pascal Pfister und Konsorten betreffend eine Vereinfachung der Steuererklärungen 32
18. Anzug 4 Michael Graber und Konsorten betreffend Kennzeichnung von Rollstuhlzugänglichkeit bei Trams 32
19. Anzug 5 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend «Wie geht’s den jungen Männern in Basel-Stadt?» 32
20. Anzug 6 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend bessere Lösungen für Teilzeitarbeitende in der PKBS 32
21. Anzug 7 Oliver Thommen und Konsorten betreffend die langfristige Unterstützung der Ukraine 36
22. Interpellation Nr. 34 Eric Weber betreffend möglicher Terror-Anschlag in Basel während des Eurovision Song Contest, Schreiben des RR 36
23. Anzug Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend Behebung der Gefahrenstelle Gellert-Dreieck, Schreiben des RR 37
24. Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR 37

Beginn der 18. Sitzung

Mittwoch, 11. Juni 2025, 09:00 Uhr

7. Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

[11.06.25 09:00:26, 25.5017.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Parlamentarische Gruppe Tierschutz: Es gibt eine neue parlamentarische Gruppe Tierschutz. Verantwortlich hierfür sind die Claudia Baumgartner und die Christine Keller. Die Gruppe veranstaltet Anlässe zum Thema Tierschutz in der kantonalen Politik. Für Fragen und Informationen wenden Sie sich bitte an die beiden verantwortlichen Personen.

Abgabe persönlicher Vorstösse persönliche Vorstösse, die heute bis 12 Uhr 00 beim Ratssekretariat abgegeben werden, können noch im Geschäftsverzeichnisverzeichnis der Bündelitag-Sitzung abgedruckt werden. Bitte melden Sie den Vorstoss gleichzeitig noch dem Parlamentsdienst.

Besuch auf der Zuschauertribüne: Auf der Tribüne begrüsse ich eine 5. Klasse aus dem Peter-Schulhaus mit Lehrpersonen Frau Studer und Herrn Wagner. Die Schülerinnen und Schüler haben sich vorhin schon mit Laurin Hoppler ausgetauscht. Wir hoffen, ihr erhaltet heute einen lebendigen Einblick in die Basler Politik (*Applaus*).

Wir fahren mit der Traktandenliste fort, mit Traktandum 7, Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro. Bericht des Ratsbüros. Das Ratsbüro beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für das Ratsbüro das Wort hat Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Mit der neuen Legislatur waren wir im Parlament mehr Fraktionen als laut Geschäftsordnung Sitze im Ratsbüro vorhanden sind. Bei der Wahl der Mitglieder ins Ratsbüro am ersten Sessionstag bekamen der Kandidat der BastA wie auch derjenige der FDP 50 Stimmen. Per Los wurde dann entschieden, dass der noch zu besetzende Sitz an die FDP ging. Die Fraktionspräsidien hatten im Vorfeld den Anzug Tonja Zürcher betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro unterschrieben. Dieser wurde vom Grossen Rat am 19. März ans Ratsbüro überwiesen.

Als ich den Entwurf des Berichtes, der Ihnen vorliegt, las, musste ich etwas schmunzeln, für den Bericht wurde bei den verschiedenen Kantonsparlamenten nachgefragt. Typisch Schweiz, jeder Kanton macht es etwas anders. Bei manchen Ratsbüros kommen weitere Mitglieder des Parlaments wie Fraktionspräsidien, Kommissionspräsidien oder Stimmenzählende dazu. So kommen sie mancherorts auf 21 Mitglieder im Büro. Ihre Kompetenzen sind auch nicht überall gleich, und jedes Ratsbüro trifft sich unterschiedlich oft. Interessant, in den meisten Kantonen sind die Personen, die das Fraktionspräsidium innehaben, auch im Ratsbüro, auch wenn keine Option besteht, nachher das Parlament zu präsidieren.

Da wir diesen Anzug aber möglichst bald zur Umsetzung bringen möchten, haben wir im Ratsbüro beschlossen, fürs erste das bestehende Basler System zu behalten, das heisst je ein Mitglied pro Fraktion des Parlaments, die künftig auch das Grossratspräsidium übernehmen möchte. Ein Systemwechsel nach einem Modell, wie es in den meisten anderen Kantonen schon üblich ist, ist zwar längerfristig denkbar, müsste aber genauer geprüft werden, in die Vernehmlassung gehen und könnte bei einer Revision der Geschäftsordnung dann angepasst werden. Das System bleibt, die Anzahl der Mitglieder des Ratsbüros soll so angepasst werden, dass jede Fraktion vertreten ist.

Das Ratsbüro hat in der Beratung beschlossen, auf eine fixe Anzahl wie im Anzug angedacht zu verzichten und schlägt die vorliegende gesetzliche Umsetzung in § 17 der Geschäftsordnung vor.

Aufgrund unserer Erwägung beantragt das Ratsbüro einstimmig, diesen Beschluss zu genehmigen und den Anzug Zürcher abzuschreiben. Die Wahl eines weiteren Mitglieds ins Ratsbüro wird für die Septembersession vorbereitet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Für die BastA das Wort hat Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Ich muss nicht sehr viele Worte verlieren. Ich danke allen, die diesen Anzug unterstützt haben und auch dafür gesorgt haben und das jetzt unterstützen, dass wir hier schnell und pragmatisch das Ratsbüro anpassen können und bitte Sie, dem Antrag des Ratsbüros zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat das Wort Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion befürwortet die Anpassung der Geschäftsordnung, die vorsieht, dass das Ratsbüro aus einer gleich hohen Anzahl von Mitgliedern besteht wie es Fraktionen im Rat gibt. Diese Regelung ist aus unserer Sicht sinnvoll. Sie trägt zu ausgewogenen Vertretungen aller politischen Strömungen im Ratsbüro, das heisst in der Geschäftsleitung des Grossen Rats bei. Ein derartiges Gleichgewicht sorgt dafür, dass sämtliche Stimmungen und Meinungen in einem fairen Rahmen gehört und gewichtet werden können. Dies stärkt die demokratische Arbeitsweise des Rates. Wir bitten Sie deshalb, den Anzug zu überweisen.

Eine Bemerkung haben wir jedoch, die wir jetzt schon anbringen möchten. Wir stehen dem Vorschlag, dass im Rahmen der nächsten Revision der Geschäftsordnung die Mitgliedschaft im Ratsbüro nicht mehr an die Ausübung des Amtes des Grossratspräsidenten beziehungsweise -präsidentin gebunden sein soll, kritisch gegenüber. Diese Änderung könnte das bewährte System destabilisieren und die Effizienz im Ratsbüro verringern. Wir sind der Meinung, dass es nicht zielführend ist, wenn Fraktionspräsidien Einsitz nehmen und zusätzlich ein Präsidium gewählt werden soll, das aus einem Präsidenten und einer Präsidentin sowie zwei Vizepräsidenten beziehungsweise Preisvizepräsidentinnen besteht. Das derzeitige System hat sich als effektiv erwiesen. Es stellt sicher, dass die Mitglieder des Ratsbüros fortlaufend auf die Herausforderungen und Verantwortlichkeiten eines künftigen Präsidiums vorbereitet werden. Diese Vorbereitungen tragen zu einer reibungslosen Übergabe von Aufgaben und Funktionen bei. Zudem verhindert die Aufteilung der verschiedenen Ämter auf mehrere Personen eine Machtkonzentration und übermässige Amtsinhaberschaften. Unser Ziel muss es sein, den Verwaltungsaufwand zu minimieren und gleichzeitig die Effizienz der Abläufe zu gewährleisten.

Wir sind überzeugt, dass das bestehende System beste Voraussetzungen dafür bietet. Aus diesen Gründen plädieren wir jetzt schon dafür, dass das bewährte Modell beizubehalten ist und nicht leichtfertig in Frage gestellt wird.

Die LDP-Fraktion beantragt Ihnen, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP das Wort hat Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Die SVP-Fraktion hätte eigentlich grösste Lust, dieses Geschäft zurückzuweisen. Dies nicht etwa aus Groll über das, was alles in den letzten Monaten vonstatten gegangen ist, sondern vor allem aus zwei Gründen. Erster Grund, und da stosse ich ins genau gleiche Horn wie meine Vorsprecherin, mit allem, was im Abschnitt 2.3 steht, sind wir nicht einverstanden.

«If it ain't broke, don't fix it» – wenn etwas nicht kaputt ist, soll man es nicht reparieren. Das System, das wir heute haben mit dem Ratsbüro funktioniert, und die Fraktionspräsidien haben eine andere Aufgabe, eine andere Rolle und das funktioniert auch. Wir sehen überhaupt nicht ein, weshalb man das jetzt durcheinanderbringen und vermengen soll.

Zweiter Grund: Wenn Sie den Vorschlag aufmerksam lesen für § 17, dann hat man aus unserer Sicht hier nicht sehr vorsichtig legiferiert, denn theoretisch, nach neuem Gesetz, ist es möglich, dass das Ratsbüro ausschliesslich aus Mitgliedern der SP-Fraktion besteht, oder von mir aus das irgendeiner anderen Fraktion. Es steht nicht da, dass jede Fraktion Anspruch auf einen Sitz im Büro hat. Also sprich, man hat wahrscheinlich hier etwas zu sehr aufs Tempo gedrückt und etwas zu wenig geschaut, was man wirklich ins Gesetz schreibt. Ich habe sehr wohl den Worten von Sasha Mazzotti gelauscht, die gesagt hat, dass die Idee sei, dass jede Fraktion jemanden abstellen darf. Dass das die Absicht ist, das glauben wir, aber dann soll man das bitte schön auch ins Gesetz schreiben.

Wenn wir jetzt trotzdem nicht zurückweisen, dann machen wir dies aus zwei Gründen: Erstens, wir wollen uns nicht den Vorwurf aussetzen, dass wir hier einfach nur auf Zeit spielen und Verzögerungstaktik anwenden. Das wäre unanständig. Und zweitens grundsätzlich finden wir es richtig, dass die Fraktionen mit je einer Person im Ratsbüro vertreten sind, und wir finden es falsch, wenn per Losentscheid entschieden wird, wie das Ratsbüro zusammengesetzt wird.

Mit grossen Bedenken also und zähneknirschend bitten auch wir Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP das Wort hat Claudio Miozzari.

Claudio Miozzari (SP): Für uns ist es selbstverständlich, dass alle Fraktionen im Ratsbüro vertreten sein sollen. Deshalb stimmen wir dieser Gesetzesänderung sehr gerne zu.

Noch zu den Vorvoten: Lorenz Amiet, Sie widersprechen sich ein bisschen, denn Sie sagen, das bisherige System habe sich bewährt, und im bisherigen System ist es sehr wohl so, dass man alle Sitze mit SVP-Menschen besetzen kann. Das ist nicht ausgeschlossen. Es obliegt der Weisheit des Parlaments, nicht nur SP-Vertreterinnen und Vertreter zu wählen, sondern eben hier ein Gremium zu besetzen, das so gut arbeiten kann, weil es das Parlament vertritt.

Die Diskussion über die Anpassung des Systems, über die wir jetzt ja nicht entscheiden, ist für uns offen, wir haben sie in der Fraktion nicht geführt. Das ist jetzt nicht Thema. Sie müssen jetzt auch nicht zurückweisen, um das zu verhindern, das wäre Zukunftsmusik.

Wir stimmen über die Anpassung gemäss Vorschlag des Ratsbüros ab und wir danken dem Ratsbüro, dass es hier vorwärts gemacht hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich beantrage Rückweisung und Nichteintreten und ich werde das jetzt genau begründen.

Ich wurde hier vergessen, das finde ich nicht okay. Ich will auch ins Grossratsbüro, darum mein Änderungsantrag. Es ist unfair, dass Fraktionslose ohne Sitz in einer Kommission sind. Seit nunmehr 41 Jahren bin ich nicht mehr Mitglied in einer Kommission, weil ich damals aus der nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat nach nur zwei Monaten im Amt ausgetreten bin. Die Partei gab mir ein Redeverbot, das war mir zu viel. als gewählter Grossrat mit 20 Jahren.

Der Anzug ist von Tonja Zürcher. Ich habe nun in den Medien gelesen, das Tonja Zürcher überraschend zurückgetreten ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit dem Thema nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Gestatten Sie mir meine einzige Rede. Ich habe eine Frage. Will Tonja Zürcher, dass ich auch im Grossratsbüro vertreten bin und tritt nun aus Protest zurück?

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat nichts mit dem Thema zu tun. Das ist der zweite Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin sachlich als Grossrat und man hat politisch Erfolg, wenn man am Ball bleibt. Ich darf Sie erinnern, ich bin in meiner 5. Legislaturperiode und ich habe viel Freude und das Grossratsbüro ist die wichtigste Kommission, die wir haben. Das Büro des Grossen Rats besteht aus gleich vielen Mitgliedern wie es Parteien im Parlament gibt. Ich möchte anständig bleiben, aber es ist mein Recht, Herr Präsident, dass auch ich als Grossrat eine Partei vertrete. Ich bin Präsident auf Lebenszeit meiner Partei, auch wenn es eine Einmannpartei ist, eine Einthemapartei, und ich möchte nach 41 Jahren Einsitz nehmen in das Büro des Grossen Rats. Und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir das so machen, denn mein grösster Wunsch ist. ins Grossratsbüro zu kommen.

Was mir das Grossratsbüro bedeutet seit meiner Kindheit ist Folgendes. In der DDR habe ich jeden Tag gelesen vom Politbüro des Zentralkomitees der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Und als Kind wusste ich, das Büro ist etwas ganz Wichtiges.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, Sie schweifen etwas ab.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich will keinen Ordnungsruf mehr, ich bin gleich fertig. Aber ich möchte in das Büro des Grossen Rates. Deswegen habe ich diesen Antrag gestellt. Ich möchte jetzt keinen dritten Ordnungsruf. Darum werde ich meine Rede abkürzen und komme zum Schlusssatz. Ich möchte in das Büro des Grossen Rates, wenn das nicht klappt, möchte ich Alterspräsident des Parlaments werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich werde nicht Rückweisung beantragen, sondern eine zweite Lesung, und dies aus dem Grunde, weil ich diesen Vorschlag gelesen habe und ich meine, er enthält Unklarheiten.

Wir wählen das Ratsbüro in der ersten Sitzung einer Amtsperiode, das haben wir vor einigen Monaten gemacht, wir haben wir separat gewählt den Präsidenten, dann die Statthalterin und dann fünf Mitglieder. Bis jetzt hiess es, die abtretende Präsidentin oder der abtretende Präsident bleibt nach Ablauf des Amtsjahres Mitglied des Ratsbüros. Das heisst, im Falle, den wir jetzt haben, verbleibt Balz Herzer noch Ablauf des Präsidialjahrs Mitglied des Ratsbüros für diese Periode. Das Ratsbüro schlägt uns vor, diesen Satz zu streichen. Aber das heisst, Balz Herter wurde nicht als normales Mitglied des Ratsbüros gewählt, er wird vom Gesetzes wegen ausscheiden auf Ende Januar des nächsten Jahres. Dann haben wir bis dann wahrscheinlich nur noch sieben Mitglieder und die Fraktion Mitte/EVP ist nicht mehr vertreten. Also muss man eine Nachwahl machen. Ja wollen Sie das? Wollen Sie immer das Wissen eines früheren Präsidenten loshaben? Vielleicht wollen Sie das Besserwissen loshaben. Aber wenn Sie das bewusst wollen, dann sagen Sie das bitte als Ratsbüro und ich sehe keine andere Möglichkeit, diese Bestimmung auszulegen Sie wollen sagen, wir können nicht quasi erwirken, dass der letzte Präsident oder Präsidentin einer Amtsperiode, immer eine Sozialdemokratin oder ein Sozialdemokrat noch ungeschriebenen Regeln, wieder nominiert wird von seiner oder ihrer Partei in der nächsten Periode. Das ist richtig, aber dann hätte man gesagt während der laufenden Amtsperiode. Das hätte man relativ einfach retten können. Ich glaube, es braucht zwingend eine zweite Lesung, wenn Sie nicht Balz Herter aus dem Ratsbüro verbannen wollen auf den 31. Januar.

Sasha Mazzotti hat ausgeführt, dass es kein Systemwechsel sei. Es ist kein riesiger Systemwechsel, aber es ist ein Systemwechsel. Wir hatten in der Vergangenheit auch schon einmal acht Fraktionen. Da gab es ein ungeschriebenes Gesetz der Reihenfolge. Es wäre keine Tragik gewesen, wenn man sich unter den Fraktionen an diejenige Reihenfolge gehalten hätte, die nach Konvention gilt für die Besetzung des Präsidiums. Da hätte es mal eine Auszeit gegeben unter den kleinsten Fraktionen. Aber gut, ich kann diesem Wechsel zustimmen. Ob es dann sinnvoll ist, wenn sich irgendeine grössere Partei aufspalten würde, dass wir dann plötzlich neun oder zehn Mitglieder haben, bleibt dahingestellt. Es wurde gesagt, in anderen Kanton habe es bis zu 20 Mitgliedern. Die Systeme zu den Fraktionspräsidien wechseln relativ oft und ich glaube, in unserem Ratsbüro hat man eben auch noch Aufgaben im Zusammenhang mit den Kleeblattdiensten, eine gewisse Kontinuität und daher auch der Einsatz, dass der Altpräsident die Altpräsidentin nicht einfach rausgekickt wird ist durchaus auch in diesen Führungsaufgaben gut, auch wenn wir nicht ein Übergewicht des Parlamentsdienstes auf lange Sicht wollen, weil der Erfahrungsvorsprung sehr gross wird.

In diesem Sinne beantrage ich nicht Rückweisung, aber eine zweite Lesung, damit Sie diesen Fehler korrigieren können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich spreche als Einzelsprecher, darf aber auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion sagen, dass wir grundsätzlich diese Vorlage unterstützen.

Was David Jenny gesagt hat, ist meines Erachtens richtig und ich als Einzelsprecher unterstütze deshalb auch die zweite Lesung. Ich meine aber, wir müssten noch etwas anderes ändern. Lorenz Amiet hat den Finger auf die richtige Problematik gelegt. So wie wir es jetzt hier formuliert haben, ist es nicht gesagt, dass aus jeder Fraktion jemand dabei ist. Und wir hätten an sich ein Beispiel in unserer Gesetzgebung. Die Wahlvorbereitungskommission ist ja ähnlich zusammengesetzt, nämlich dass jede Fraktion mit einem Mitglied vertreten ist. Dort heisst es, dass diese aus gleich vielen Mitgliedern besteht wie es Fraktionen gibt, also identisch formuliert wie beim Ratsbüro, nur gibt es dort noch einen Zusatz: «… und der Grosse Rat wählt aus jeder Fraktion ein Mitglied in die Wahlvorbereitungskommission». Man müsste diesen selben Satz nehmen und dann sagen «… und der Grosse Rat wählt aus jeder Fraktion ein Mitglied in das Ratsbüro». Diesen Änderungsantrag stelle ich, so dass diese Unklarheit sicher weg ist, denn die Idee ist ja allen klar. Wir wollen, dass alle Fraktionen vertreten sind. Dass es hier vielleicht nicht ganz perfekt gelungen ist, das so zu formulieren hat, ist auch der Geschwindigkeit geschuldet, weil wir ja so rasch wie möglich der BastA-Fraktion die Möglichkeit geben wollen, dass sie auch im Büro ist.

Aber ich glaube, es macht Sinn, dass wir dies sorgfältig machen, so dass es dann auch Bestand hat. Ich stelle also diesen Änderungsantrag und unterstütze auch gleichzeitig den Antrag von David Jenny.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zum nächsten Einzelsprecher Remo Gallacchi.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Machen wir es doch nicht komplizierter, handhaben wir es so wie immer, einfach mit einem Fraktionsmitglied mehr, fertig. Der Wille des Parlaments wird ja nicht torpediert durch diese Neuformulierung. Und im übrigen haben wir jetzt vorher zwei Juristen gehört, jetzt hören Sie mal einen Nichtjuristen wie er das interpretiert.

Da steht: Das Ratsbüro wird in der ersten Sitzung einer Amtsperiode für deren Dauer gewählt. Es besteht aus gleich vielen Mitgliedern wie es Fraktionen gibt. Jetzt kann man spitzfindig sein. Der Wille des Parlaments ist, dass jede Fraktion vertreten ist. Und jetzt heisst es, die jeweilige Präsidentin oder der jeweilige Präsident sowie Statthalterin oder Statthalter sind zwingend Mitglieder des Ratsbüros. Also sie werden gleichzeitig, wenn sie in ihr Amt gewählt werden, als Mitglied des Ratsbüros gewählt. Damit scheiden sie nicht aus, wenn sie nicht mehr Präsident sind, sie sind als Mitglied gewählt worden, so steht es hier. Und wenn Sie dann halt beantragen, das Balz Herter nicht mehr im Ratsbüro ist, dann können wir hier darüber abstimmen. und wenn Sie damit immer noch nicht einverstanden sind, können Sie ja den Rechtsweg eingehen.

Machen wir es nicht komplizierter. Ich bin gegen eine zweite Lesung, gegen eine Rückweisung, gegen sonstige Anträge. Bestimmen wir jetzt einfach das, was das Ratsbüro vorgelegt hat und die handhaben wir es so wie immer.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Claudio Miozzari.

Claudio Miozzari (SP): Jetzt haben wir von den Einzelsprechern ganz neue Anträge erhalten, von denen wir vorher nichts gehört haben. Ich kann Ihnen dazu als Fraktionssprecher nichts sagen, weil wir das natürlich nicht haben besprechen können, aber also Einzusprechen habe ich sehr wohl eine Haltung dazu, die ich Ihnen mitgeben darf.

Zum Antrag von Bruno Lötscher: Das wäre eine Änderung. Man hat gesagt, man möchte das System beibehalten und da ist eben nicht festgeschrieben, dass es für jede Fraktion einen Sitz geben soll und dass der entsprechend besetzt werden muss. Es liegt, wie ich gesagt habe, in der Weisheit des Parlaments, das genau so zu tun, aber es ist bisher nicht festgeschrieben. Es muss auch zukünftig aus meiner Sicht nicht so festgeschrieben werden. Diesen Antrag würde ich persönlich ablehnen

Und zur zweiten Lesung: Ich bin nur Nebenfachjurist. Deshalb habe ich vielleicht weniger Probleme in gewissen Fällen. Ich glaube nicht, dass wir da ein operatives Problem haben und wenn es dann plötzlich die Unklarheit gäbe, ob wir jetzt Balz Herter im Februar nochmals wählen müssen ins Ratsbüro oder nicht, dann soll doch das Ratsbüro auf uns zukommen und dann werden wir das machen. Auf jeden Fall sehe ich persönlich die zweite Lesung nicht als notwendig an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Hier merkt man nun, wenn es eilt, dann passieren Dinge, die nicht passieren sollten. Man hat diesen Anzug erst vor wenigen Wochen überwiesen und das Ratsbüro hat in einem unglaublichen Speed nun etwas vorgelegt, was einfach so schludrig daherkommt. Es tut mir Leid, das so sagen zu müssen. Ich finde das wirklich qualitativ nicht gute Arbeit, und hier hätte ich mir schon gewünscht, dass sich das Ratsbüro vielleicht noch etwas mehr über die Formulierung Gedanken macht.

Denn das, was David Jenny gesagt hat, stimmt natürlich vollständig, Remo Gallacchi, und deshalb braucht es mindestens diese zweite Lesung. Ich wäre in der Zwischenzeit für Rückweisung, denn wenn Sie sich überlegen, was wir Anfang des Jahres getan haben, ist es nicht so, dass wir sieben Mitglieder des Ratsbüros gewählt haben, sondern wir haben zuerst Balz Herter als Präsidenten gewählt, dann haben wir, zumindest einige von Ihnen, einen Statthalter gewählt und erst dann haben wir die restlichen Mitglieder des Ratsbüros gewählt. Es ist also nicht so, dass Balz Herter automatisch zuerst Mitglied des Ratsbüros war, sondern er wurde mit seiner Wahl als Präsident quasi automatisch in dieses Ratsbüro gewählt. Also hier gibt es Unklarheiten und Fragen. Und wenn Sie jetzt, Claudio Miozzari, diese Formulierung, die Lorenz Amiet und Bruno Lötscher angesprochen haben, spielte im Grossen und Ganzen gar keine Rolle, muss ich Ihnen sagen, dass das ja die Ausgangslage des Anzugs von Tonja Zürcher war, sie wollte mit ihrem Anzug bewirken, dass ihre Fraktion im Ratsbüro Einsitz nimmt. Und es ist richtig, es war bisher nirgends festgeschrieben, dass diese Mitglieder aus verschiedenen Fraktionen kommen müssten. Aber wenn jetzt dieser Anzug von Tonja Zürcher explizit dieses Thema adressiert hat, dann scheint es mir doch richtig zu sein, dass das Ratsbüro auf diesen Anzug hin die Geschäftsordnung anpasst und nicht irgendwelche andere Dinge macht. Auch zu dieser Diskussion, ob die Fraktionspräsidien irgendwann im Ratsbüro Einsitz haben müssen, gibt es keinen Auftrag. Das Ratsbüro muss dazu sich gar nicht vernehmen lassen. Es gab keinen Auftrag dazu. Ich bin schon ein wenig erstaunt,

welche Eigendynamik nun dieser Bericht des Ratsbüros respektive dieser Anzug Zürcher auf Änderung der Geschäftsordnung ausgelöst hat.

Der Anzug von Tonja Zürcher war klar, sie wollte, dass jede Fraktion im Ratsbüro vertreten ist. Da kann man dafür oder dagegen sein, aber jetzt zu tun, als wäre noch etwas anderes damit verbunden gewesen, ist falsch und Claudio Miozzari, wenn Sie schon wollen, dass dies nun so auch tatsächlich Tatsache wird, dann finde ich, ist der Antrag von Bruno Lötscher eben genau das Richtige. Und das bekommen wir nur mit einer zweiten Lesung oder alternativ mit einer Rückweisung hin. Ich bitte Sie also hier, jetzt nicht einfach dieses Geschäft vom Tisch zu wischen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für ein zweites Votum ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich stelle jetzt auch einen Antrag, um vielleicht die zweite Lesung zu verhindern, nämlich in § 17 Abs. 2 neu wieder einen ersten Satz einzufügen: «Die abtretende Präsidentin oder der abtretende Präsident bleibt nach Ablauf des Amtsjahres Mitglied des Ratsbüros, es sei denn, das nächste Amtsjahr falle in die neue Amtsperiode.» Und ich glaube, damit könnte man sich in diesem Punkt die Rückweisung sparen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Jetzt wird es spannend. Jetzt wird endlich einmal diskutiert. Ich möchte einfach bitten, dass sich die Rednerliste noch mehr füllt, denn jetzt wird es spannend.

Ich möchte Bezug nehmen auf die Rede von Joël Thüring. Sie sind für Rückweisung. Ich möchte darum bitten, meinem Antrag bitte zuzustimmen. Ich habe Rückweisung und Nichteintreten beantragt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das haben wir registriert, Sie haben einen Antrag gestellt.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist mir sehr wichtig, dass das nicht vergessen wird, denn es sind sehr viele Anträge gestellt worden. Ich stelle fest, ich habe die ersten Anträge gestellt, darum werde ich wahrscheinlich auch bei der Abstimmung zuerst daran kommen. Ich weiss nicht, wie das Prozedere ist, aber es sind so viele Anträge gestellt worden, dass ich als Grossrat selbst nicht mehr verstehe.

Joël Thüring, Sie haben auch gesagt, dass es bei dieser Sache auch um Tonja Zürcher geht. Sie will für Ihre Partei Einsitz im Wahlbüro. Ich möchte auch Einsitz im Wahlbüro, darum habe ich diesen Antrag gestellt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das haben Sie schon einmal erzählt.

Eric Weber (Fraktionslos): Danke, aber es will nicht nur Tonja Zürcher Einsitz im Wahlbüro.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Man wird mir jetzt vorwerfen, dass ich mich in jeden juristischen Disput in diesem Parlament einbringen will, aber ich lese diesen neuen Paragraph 17 und verstehe nicht ganz, wo hier das Problem mit dem Ratspräsidium und dessen Mitgliedschaft im Ratsbüro sein soll. Nach dem alten System wählen wir eine Präsidentin oder einen Präsidenten, eine Statthalterin oder einen Statthalter sowie fünf weitere Mitglieder, und diese setzen sich dann zusammen zu einem neuen Ratsbüro. Nach dem neuen System wählen wir ein Ratsbüro und müssen aus diesem Kreis eine Person ins Präsidium wählen respektive wir wählen eine Person ins Präsidium, die automatisch Mitglied des Ratsbüros sein muss. Und wenn ich den Absatz 2 lese, dann sehe ich, dass eine Neuwahl des Ratsbüros anstehen muss, wenn eine Person ins Präsidium gewählt wird, die davor nicht schon Mitglied des Ratsbüros war. Es ist für mich ziemlich klar, dass daraus folgt, dass das Ratsbüro genau gleich zusammengesetzt bleibt respektive aus den gleichen Personen besteht, nur die Personen mit diesen zusätzlichen Ämtern, Präsidium und Statthalteramt, werden gewechselt. Daraus schliesst sich für mich ganz klar, dass die Person, die vorhin Präsidentin oder Präsident war, auch automatisch Mitglied des Ratsbüros bleiben wird. Deswegen

verstehe ich nicht ganz, wieso hier diese Aufregung entstanden ist über diese Frage, ob Balz Herter anschliessend noch Mitglied des Ratsbüros bleibt.

Nichtsdestotrotz, ich ganz persönlich sehe weder einen Mehrwert noch einen Schaden durch den Antrag von Bruno Lötscher, finde es aber eigentlich unnötig, weil das neue Gesetz das schon umsetzt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Sind Sie bei Ihrer Lektüre der Geschäftsordnung auf Paragraf 16 Absatz 1 gestossen?Gemäss dieser Bestimmung wählen wir zuerst bei der Neuwahl das Präsidium und dann die anderen Mitglieder des Ratsbüros. Es ist eine getrennte Wahl. Dann hätte man auch diese Bestimmung anpassen müssen.

Daniel Gmür (SP): Die Frage muss ich mit Ja beantworten, aber es war noch ein Statement drin, zu dem ich auch noch gerne Stellung nehme. Wir haben ein Ratsbüro von so vielen Personen gewählt, wie es Fraktionen gibt und nach Ihrer Leseart gäbe es später ein Ratsbüro mit einer Person weniger, was mit § 17 Abs. 1 nicht vereinbar wäre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine juristische Zwischenfrage von Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Wenn wir jetzt dieses Thema diskutieren, ob jede Fraktion ein Mitglied im Ratsbüro hat, und wir kämen auf die Idee, das nicht reinzuschreiben nach dieser dieser Debatte, weil offensichtlich der Rat eine Hintertür offenlassen will, dass eben doch nicht von jeder Fraktion jemand dabei sein soll, haben Sie dann nicht den Eindruck, dass das nach dieser Debatte erst recht klargestellt werden muss, wie die Wahlvorbereitungskommission zusammengesetzt ist?

Daniel Gmür (SP): Ja, nach dieser Debatte müssen wir einen Schluss ziehen und der Schluss ist ganz klar, dass wir zuhanden der Materialien als Rat entschieden haben, dass für jede Fraktion ein Mitglied dabei sein muss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Ich habe das jetzt nicht rückbesprochen mit unserer Fraktion, weil das hier ein bisschen chaotisch ist. Das verstehe ich auch nicht ganz. Klar, es ging im Büro schnell, das war aber auch so der Wunsch, und jetzt komme da plötzlich Änderungsanträge, die den Personen sehr wichtig erscheinen, obwohl man diesen Vorstoss gelesen hat und er genügend lange vorliegt. Das verstehe ich nicht ganz.

Unsere Meinungen gehen auch ein bisschen auseinander, aber man muss sich schon fast überlegen, ob man dieses Geschäfte jetzt nicht einfach zurückweist. Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber viele von uns verstehen es nicht mehr ganz und ich habe noch keinen einzigen Antrag schriftlich gesehen. Das liegt nicht daran, dass schlecht gearbeitet wird, aber dass es chaotisch geworden ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tonja Zürcher hat sich gemeldet.

Tonja Zürcher (BastA): Es gibt sehr vieles zu diskutieren, wie man das Ratsbüro in Zukunft gestalten würde. Ich denke, wenn wir noch drei Stunden weiterdiskutieren, fallen den einen oder anderen noch weitere Ideen ein, was man diskutieren könnte.

Ich bitte Sie, hier wirklich dem Ratsbüro einfach mal so zu folgen, wie es vorliegt. Es wird schon im Bericht angetönt, dass es weitere Themen gibt, die man diskutieren kann. Ich finde, die jetzt hier aufgeworfenen Anträge spreche durchaus Richtiges an und ich finde es auch richtig, wenn alle Fraktionen vertreten sind und dass das klar geregelt ist.

Aber nehmen wir das doch jetzt einfach mal so an. Hoffen wir darauf, dass der Grosse Rat auch in Zukunft vernünftig ist und alle Fraktionen vertreten hat und nicht plötzlich nur eine Partei wählen will und machen wir das jetzt einfach so. Nehmen wir also keine Änderungsanträge an, keine Rückweisung oder was sonst noch beantragt wurde und lassen wir dann das

Ratsbüro neu zusammensetzen. Und dann kann es sich Gedanken machen, wie die Geschäftsordnung in Zukunft aussehen soll und dann dürfen Sie dann später ohne mich wieder darüber diskutieren und entscheiden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lorenz Amiet hat sich für ein zweites Votum gemeldet.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn eine Kommission so gearbeitet hätte, dass nachher hier im Haus unzählige Änderungsanträge kommen, Unklarheiten herrschen und so weiter, dann wäre man wahrscheinlich etwas sauer auf diese Kommission und würde das Geschäft zurückweisen.

Hier kann man es zurückweisen, wie Laurin Hoppler vorher gesagt hat, aber man kann effizienter mit einer zweiten Lesung arbeiten. Der Senior Legal Partner des Hauses, ich meine damit David Jenny, hat mir versichert, dass das möglich wäre bereits in der Bündelitagssitzung, sprich ohne dass die BastA eine einzige Bürositzung verpassen würde. Wir verlieren nicht viel Zeit mit einer zweiten Lesung. Mit einer Rückweisung würden wir mit Sicherheit mehr Zeit verlieren. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion, ich habe das soeben abklären lassen, den Antrag auf eine zweite Lesung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Rednerinnen und Redner ist erschöpft, somit hat Sasha Mazzotti für das Ratsbüro das Wort.

Sasha Mazzotti (SP): Wenn man hier vorne sitzt, dann könnte man nervös werden, wenn Juristinnen und Juristen, in diesem Fall waren es vor allem Juristen, zu Wort kommen. Zudem kamen auch viele Alt-Grossratspräsidenten zu Wort. Es gibt da sehr unterschiedliche Haltungen. Wir haben das im Büro nicht abgesprochen, aber ich möchte zurückweisen, dass wir schludrig gearbeitet haben und nur in ein paar Wochen. Es waren drei Monate. Es wurde am 19. März überwiesen. Dagegen möchte ich mich einfach wehren.

Es gibt diese zwei Änderungsanträge. Ich finde es klar und das fanden wir ja auch im Büro, sonst hätten wir es anders gemacht. Es sind so viele Mitglieder wie Fraktionen. Mein Kollege Daniel Gmür hat es gesagt und zu diesem Schluss sind wir auch in unserer Diskussion im Büro gekommen. Die erfahrenen Büromitglieder sehen das ein bisschen anders. Ich weiss, da haben sich ein paar dazu geäussert.

Rechtlich zu den Änderungsanträgen kann ich nichts sagen, wir haben das nicht besprochen im Büro. Es wäre möglich gewesen, das viel früher einzureichen, damit das Büro letzten Montag wenigstens darüber hätte befinden können. Das als Tipp, bitte ein bisschen früher reagieren, dann brauchen wir nicht so viel Zeit in der Debatte und hätten gleich einsteigen können heute um 9 Uhr. Joël Thüring, Sie brauchen jetzt nicht die Augen zu rollen. Es ist nicht in Ordnung, Sie kritisieren die Arbeit des Büros. Sie sind jetzt nicht mehr im Büro und jetzt rollen Sie die Augen.

Sasha Mazzotti (SP): Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Wahrscheinlich wurde ich jetzt zu emotional.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli stellt eine Zwischenfrage.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben gesagt, die erfahrenen Büromitglieder sehen das etwas anderes. Sind oder waren David Jenny oder Joël Thüring keine erfahrenen Büromitglieder?

Sasha Mazzotti (SP): Danke, dass ich das noch einmal erklären kann. Mit «sehen das etwas anders» habe ich nicht erläutert, was sie alles anders sehen. David Jenny und Joël Thüring stehen auf der einen Seite, Remo Gallacchi und Claudio Miozzari auf der anderen Seite. Ich habe den Fehler gemacht, dass ich schnell sein wollte, aber danke, haben Sie mich gefragt, dann konnte ich das jetzt erläutern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zu den Abstimmungen. Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006722, 11.06.25 09:46:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 91 gegen eine Stimme.

Rückweisung an das Ratsbüro wurde beantragt. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an das Ratsbüro, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 85 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006724, 11.06.25 09:47:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben keine Rückweisung beschlossen mit 85 gegen 9 Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses.

§ 17 Abs. 1 geändert.

Hier liegt ein Änderungsantrag von Eric Weber vor. Er beantragt im zweiten Satz folgende Formulierung: Es besteht aus gleich vielen Mitgliedern, wie es Parteien gibt.

Wir kommen auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag Weber, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006726, 11.06.25 09:48:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 92 gegen eine Stimme.

Wir haben einen weiteren Änderungsantrag von Bruno Lötscher.

Er möchte die Ergänzung: «und der Grosse Rat wählt aus jeder Fraktion ein Mitglied in das Ratsbüro.»

Wir stimmen auch darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag Lötscher, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 41 Nein, 10 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006728, 11.06.25 09:48:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Änderungsantrag ausgesprochen mit 43 gegen 41 Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Abs. 2 geändert.

Hier liegt ein Änderungsantrag von David Jenny vor. Er beantragt folgende Änderung: «

David Jenny (FDP): Ich beantrage Ihnen etwas, wobei es teilweise wirklich nur um die Wiedereinfügung dessen geht, was das Ratsbüro gestrichen hat in Überschiessen der Erfüllung des Anzuges Zürcher. «Die abtretende Präsidentin oder der abtretenden Präsident bleibt nach Ablauf des Amtsjahres Mitglied des Ratsbüros» und jetzt kommt der Einschub, der das korrigieren will, was das Ratsbüro adressieren wollte, «es sei denn, das nächste Amtsjahr falle in die neue Amtsperiode». Und damit ist klargemacht, dass nicht eine automatisch Wiederwahl in der nächsten Amtsperiode erfolgt, aber dass die Präsidentin, der Präsident während einer laufenden Amtsperiode nicht ausscheidet. Und daher bitte ich Sie wirklich darum, diese Klarheit zu schaffen und diesen Antrag anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag von David Jenny, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 29 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006730, 11.06.25 09:50:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Änderungsantrag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Änderungsantrag zugestimmt mit 58 gegen 29 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Wir führen die Detailberatung weiter.

Abs. 3 aufgehoben.

II Änderungen anderer Erlasse

III Aufhebung andere Erlasse

IV Schlussabstimmungen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die zweite Lesung.

Abstimmung

JA heisst 2. Lesung, NEIN heisst keine 2. Lesung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 48 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006732, 11.06.25 09:51:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine 2. Lesung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben eine zweite Lesung abgelehnt mit 48 gegen 43 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Somit kommen wir zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006734, 11.06.25 09:52:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

§ 17 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)

1 Das Ratsbüro wird in der ersten Sitzung einer Amtsperiode für deren Dauer gewählt. Es besteht aus gleich vielen Mitgliedern wie es Fraktionen gibt und der Grosse Rat wählt aus jeder Fraktion ein Mitglied in das Ratsbüro. Die jeweilige Präsidentin oder der jeweilige Präsident sowie die Statthalterin oder der Statthalter sind zwingend Mitglieder des Ratsbüros.

2 Die abtretende Präsidentin oder der abtretende Präsident bleibt nach Ablauf des Amtsjahres Mitglied des Ratsbüros, es sei denn, das nächste Amtsjahr falle in die neue Amtsperiode. Wird im Verlauf der Amtsperiode ein Ratsmitglied für das Präsidium oder das Statthalteramt gewählt, das dem Ratsbüro nicht angehört, so müssen alle übrigen Mitglieder neu gewählt werden.

3 Aufgehoben.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem bereinigten Grossratsbeschluss zugestimmt mit 88 gegen eine Stimme bei 4 Enthaltungen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Tonja Zürcher und Konsorten abzuschreiben.

8. Petition P485 "Fernwärme auch für Grossbasel-West", Bericht der PetKo

[11.06.25 09:53:05, 24.5443.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten zu überweisen. Für die Kommission hat das Wort Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition Fernwärme auch für Grossbasel West fordert den Einzug der Fernwärme westliche Polestrasse, Spalenring, Steinenring bis an die Grenze zu Binningen und Allschwil, überall dort, wo bis jetzt Fernwärme nicht vorgesehen ist. Ausserdem fordert sie die Finanzierung des Anschlusses an die Fernwärme durch den Kanton.

Am 31. März 2025 hörte die Petitionskommission zwei Vertreter der Petentschaft sowie den Generalsekretär des WSU an. Die Vertreter der Petentschaft kritisierten, dass die Fernwärme zwar ausgebaut werde, jedoch einzelne Quartiere oder Teile davon aussen vorgelassen würden. Die beiden Vertreter monierten, dass die Wirtschaftlichkeit der Analyse der IWB intransparent sei, da offen bleibe, auf welcher Basis sie erstellt worden ist. Aus Sicht der Petentschaft sprechen viele Argumente, ökologische und ökonomische dafür, insbesondere auch Basel West zu erschliessen. Zudem sei die nicht flächendeckende Versorgung mit Fernwärme als Ungleichbehandlung einzustufen. Als weiteren Kritikpunkt erwähnten die Vertreter der Petentschaft die völlig ungenügende Kommunikation von Seiten der IWB. Den Hausbesitzern in den Quartieren sei zwar bekannt, dass das Gasnetz stillgelegt wird, nicht aber, dass es nicht überall durch das Fernwärmenetz ersetzt wird. Die IWB unterstütze die ausserhalb des Fernwärmegebiets wohnenden Menschen nicht, sondern verwiese auf Privatfirmen. Die betroffenen Hausbesitzer fühlten sich allein gelassen. Dabei sei für viele das Organisatorische bei der Erneuerung ihrer Wärmeversorgung die grösste Herausforderung.

Der Generalsekretär des WSU als Vertreter der Verwaltung verwies auf den Grossratsbeschluss vom Oktober 2021. Der zugrunde liegende Ratschlag enthielt das Ausbaukonzept, welches vorsieht, das Fernwärmenetz in erster Priorität zu verdichten und in zweiter Priorität zu erweitern. Es war von vornherein klar, dass der Ausbau des Fernwärmenetzes nicht über die Tarife finanzierbar ist. Aus unternehmerischer Sicht hätten die IWB den Ausbau in dieser Form also gar nicht vollzogen. Der Business Case gehe von einer Anschlussdichte von 90% aus, was sehr ambitioniert ist. Der Ausbau orientiere sich am Wärmebedarf und der Wärmedichte der einzelnen Quartiere, weshalb das Neubad und das Bruderholz mit seinen vielen Einfamilienhäusern nicht erschlossen werden. Dies war im Grossen Rat damals unbestritten. Die UVEK hatte darüber intensiv diskutiert und in ihrem Bericht Verständnis für diesen wirtschaftlich begründeten Entscheid signalisiert.

Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, deren Liegenschaften ausserhalb des Fernwärmegebiets liegen, seien finanziell nicht schlechtergestellt. Alle Hausbesitzer:innen müssen bis 2037 in eine andere Lösung als Öl- oder Gasheizung investieren. Ausserhalb des Fernwärmegebiets gibt es lediglich eine Variante weniger. Zudem will der Kanton eine möglichst hohe Anschlussquote an die Fernwärme erreichen und fördert deshalb seit Anfang 2025 Wärmepumpen und Holzpelletheizungen in Fernwärmegebieten nur noch halb so stark wie ausserhalb.

Die Petitionskommission hatte Verständnis für die wirtschaftlichen Überlegungen, die dazu geführt hatten, dass der Grosse Rat im 2021 keinen flächendeckenden Ausbau des Fernwärmenetz beschlossen hatte. Die Gebiete, die nicht angeschlossen werden, weisen eine geringe Anschlussdichte auf und das Kosten-Nutzen-Verhältnis wäre deshalb vergleichsweise schlecht. Dass sich in diesen Quartieren inzwischen wohl schon einige Hausbesitzer:innen für eine andere Wärmeversorgungslösung entschieden haben, wäre bei einem nachträglichen Entscheid, die Fernwärme auch dort zu installieren, die angestrebte Anschlussdichte von 90% Prozent völlig unrealistisch. Insgesamt würde ein weiterer Netzausbau in Gebieten mit unterdurchschnittlich vielen Anschlüssen die Rentabilität des gesamten Projekts massgeblich verschlechtern.

Angezweifelt wurde auch, ob die benötigte zusätzliche Menge an dekarbonisierter Wärme ohne weitere grössere Investitionen überhaupt produziert werden könnte. Die Petitionskommission stuft die Forderung der Petition nach einem weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes als nicht angebracht ein, dies, weil es sich bei der Fernwärme um keine günstige Form der Wärmeversorgung handelt und weil es valable Alternativen dazu gibt. Auch die von der Petentschaft monierte Ungleichbehandlung in finanzieller Sicht kann die Petitionskommission nicht nachvollziehen. Auch wer eine Liegenschaft im Fernwärmegebiet besitzt, erhält den Anschluss vom Kanton nicht geschenkt. Die Förderpolitik des Kantons beruft sich auf die Investitionsgleichstellung, und der Regierungsrat hat den Förderbeitrag für alternative Lösungen im Fernwärmegebiet Anfang 2025 sogar reduziert.

Bei der Information und Kommunikation stellt die Petitionskommission jedoch Verbesserungsbedarf fest. Es ist nach Meinung der Kommission sehr wichtig, dass die Hausbesitzer:innen, die ihre Wärmeversorgung umstellen müssen, vom Kanton umfassend unterstützt und informiert werden, denn viele von ihnen fühlen sich überfordert. Zwar bietet das AUE eine unabhängige und professionelle Beratung an, dies ist jedoch vielen Leuten nicht bekannt. Hier verortet die Petitionskommission klar eine Bringschuld des Kantons und bittet deshalb um die Beantwortung konkreter Fragen. Die Fragen sind im Bericht ersichtlich, die werde ich jetzt nicht noch vorlesen.

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat einstimmig, die Petition Fernwärme auch für Grossbasel West an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen.

10. Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend LED-Beleuchtung für Basler Sportplätze

[11.06.25 10:00:36, 25.5176.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überwiesen.

11. Motion 2 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte

[11.06.25 10:00:58, 25.5192.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich schätze Märkte sehr und die Vielseitigkeit ist oft bemerkenswert. Märkte sind aber primär dazu da, Frischwaren oder einen Warenverkauf anzubieten, jedoch keine Mahlzeiten. Dass Gastronomie auf Marktflächen angeboten wird, hat seinen Reiz, ist aber mit Auflagen verbunden. Diese werden durch die Bewilligungspflicht, die Brigitte Kühne nun ausschalten möchte, sichergestellt. Meiner Ansicht nach dürfen aber diese Auflagen nicht gelockert werden. Sie dienen nämlich unter anderem der Gewährleistung von Hygiene und der Lebensmittelsicherheit.

Es handelt sich hier nicht einfach um einen Kuchenverkauf einer Schulklasse. Wenn bei Quartiermärkten eine Regelmässigkeit besteht, muss ihre Gastronomie den gleichen Bewilligungsprozess durchlaufen wie die ordentlichen Gastronomiebetriebe, auch vor dem Hintergrund, dass sie nämlich durch ihre Regelmässigkeit eine Konkurrenz zu den Gastrobetrieben in der Nähe darstellen.

Es wäre ein höchst problematischer Widerspruch zu der sehr strengen Bewilligungspflicht, die für diese ordentlichen Gastrobetriebe gilt, zum Beispiel betreffend Ausstattung, Personal, Hygiene und Lebensmittelkontrollen. Diese Ungleichbehandlungen können wir so nicht rechtfertigen. Da reicht das Argument von Brigitte Kühne nicht, dass diese Märkte das Quartierleben bereichern und deshalb von der Gastgewerbebewilligungspflicht zu befreien sind. Von dieser Warte aus bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich melde mich zu Wort, weil auch mir Lebensmittelhygiene ein grosses Anliegen ist und weil mir dieses Anliegen besonders am Herzen liegt. Es ist mir wichtig, dass einerseits die berechtigten Interessen der Gastronomie gewahrt bleiben und eben auch die gesetzlichen Vorlagen, die gelten, eingehalten werden, und auch dass die Interessen der Gastronomen gewahrt bleiben und denn sie tragen auch wesentlich zum urbanen Leben und zur Attraktivität unserer Quartiere bei. So auch die allseits beliebten Quartiermärkte. Gleichzeitig braucht es aber klare Regeln auch für ehrenamtliches Engagement, die für alle gleichermassen gelten. Da gehe ich mit Jenny Schweizer einig.

Es darf nicht sein, dass durch neue Entwicklungen eventuell Grauzonen entstehen oder der Vollzug bestehender Vorschriften neue Initiativen behindern. Doch gerade weil sich unser Leben in den Quartieren entwickelt sollten wir offen bleiben für neue Formen des freiwilligen Engagements und der Begegnung im öffentlichen Raum. Die Belebung unserer Quartieren ist etwas Wunderbares. Solche Impulse dürfen nicht im Keim erstickt werden, sondern verdienen unsere Unterstützung, selbstverständlich in einem rechtlich geordneten Rahmen. In der Antwort auf die Interpellation von Brigitte Kühne weist der Regierungsrat ausdrücklich auf bestehende Vollzugsprobleme hin. Genau hier liegt ein möglicher Hebel, vielleicht brauchen neue Formen des Zusammenseins auch neue gesetzliche Grundlagen. Und da spreche ich nicht von einer Aufhebung des Gastgewerbegesetzes, sondern von von neuen Grundlagen, die das regeln.

Ob eine Motion dafür das richtige Instrument ist, mag man diskutieren. Wir könnten sie ablehnen im Namen des Formalismus oder wir nehmen sie ernst, überweisen sie, hören den Bericht des Regierungsrats und entscheiden danach, ob aus der Motion allenfalls ein Anzug wird. Diese Entscheidung liegt bei uns.

Ich vertrete einerseits die Interessen der Gastronomie, ja, aber ich bin auch überzeugt, dass wir ergebnisoffen nach gangbaren Lösungen suchen sollten. Lassen wir die Kreativität der zuständigen Stellen wirken, geben wir diesem Prozess eine Chance, auch wenn es mir persönlich nicht ganz leicht fällt, contre coeur.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Das Wort hat die Motionärin Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Waren Sie schon einmal an einem Frisch- und Feierabendmarkt hier in unserer Stadt? Es lohnt sich wirklich, vorbeizuschauen, zum Beispiel auf dem Rüttimeyer Platz gerade wieder letzten Freitagabend. Es ist diese besondere und wunderbare Mischung aus freiwilligem Engagement, Einkauf für das Wochenende, neue Gesichter aus dem Quartier kennenzulernen und den Moment gemeinsam statt einsam zu geniessen. Durch mein zugegebenermassen sehr profanes Engagement des Festbankgarnitureneinlagerns in unserem Keller bin ich seit dem Beginn vor zwei Jahren dabei, schleppe Tische und Bänke am ersten Freitag im Monat. Und ich kann Ihnen sagen, diese speziellen Märkte, die möglich gemacht wurden durch unsere Fachstelle Messen und Märkte bringen das Quartier zusammen, unkompliziert, scheinbar spontan. Es gibt unglaublich viele Eigeninitiativen aus der Bevölkerung und eben die Tatsache, dass diese Märkte von A bis Z vom freiwilligen Engagement leben.

Das Vollzugsproblem, von dem diese Motion handelt, hat sich ganz langsam angebahnt. Es ist unbeabsichtigt ein Graubereich entstanden. Ziel dieses Vorstosses ist, das Problem auf gesetzlicher Ebene abschliessend zu behandeln, ohne

dass das ehrenamtliche unglaubliche Engagement von Quartierbewohnerinnen und -bewohnern durch die Bürokratie und die bestehenden Gesetze erlischt. Es muss ein Weg gefunden werden, zwischen dem ohne Zweifel sehr wichtigen Gastgewerbegesetz und dem Engagement für das so wichtige lebendige Zusammenleben im Quartier, bei dem einmal im Monat Sitzgelegenheiten zum Verweilen einladen, eben auch ohne Konsumzwang.

Das Problem ist dringlich und besteht tatsächlich, wie der Regierungsrat auf meine schriftliche Anfrage selbst antwortet. Im Namen der vielen enthusiastischen Mitstreiter:innen und den so vielen glücklichen, ja wirklich glücklichen Menschen, die jeweils an den verschiedenen Frisch- und Feierabendmärkten einfach das Leben geniessen und uns Freiwilligen dies auch mitteilen, bitte ich den Regierungsrat, eine gute, gangbare Lösung für alle zu finden, zum Beispiel durch das Ergänzen des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz, im Speziellen für Märkte. Herzlichen Dank für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 23 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006739, 11.06.25 10:09:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 67 gegen 23 Stimmen bei einer Enthaltung.

12. Motion 3 Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung

[11.06.25 10:09:41, 25.5196.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Adrian Iselin hat das Wort als Einzelsprecher.

Adrian Iselin (LDP): Die Motion verlangt ein begrüntes Schattendach auf einem öffentlichen Platz in Basel. Obwohl der Regierungsrat die Idee grundsätzlich unterstützt, sieht er aktuell keinen geeigneten Standort.

Die Motion basiert auf einem Projekt aus Grenchen, das trotz ausgereifter Studie nicht umgesetzt wurde, unter anderem wegen rechtlicher, technischer und finanzieller Hürden. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf rund 1,5 Millionen Franken. Ich habe das bei der Firma Robe Systems nachgefragt. Die Begrünung würde zudem sechs bis acht Jahre dauern.

Die Motion zwingt zur Umsetzung ohne vorgängige Machbarkeits- oder Kostenanalyse. Die LDP setzt sich stark ein für mehr Grün und hätte eine vertiefte Prüfung im Rahmen eines Anzugs unterstütz, lehnt die Motion in der vorliegenden Form jedoch ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen. Es ist ja immer wieder erstaunlich, dass nur das Wort Grün dazu beiträgt, eine solche Motion quasi blind zu überweisen. Schaut man sich nämlich diese an und vor allem das Projekt eines Schattendaches, dann sollte man sich automatisch ernsthafte Fragen zur Sinnhaftigkeit eines solchen Bauwerks stellen. Das Schattendach, wie es sich Kollege Hochuli analog zum Projekt in Grenchen wünscht, ist nämlich ein monumentaler Bau. Es ist eine Stahlkonstruktion, die dort in Grenchen auf acht Fusspunkten steht und die Abspannseile sichern den Stahlbau. Als Rankstruktur für die Kletterpflanzen wird ein Stahlnetz über die Konstruktion gezogen und für die Bewässerung sind noch Leitungen darin eingebaut. Die Konstruktion ist etwa sieben Meter hoch und darf keinem Anlass und keinen Einsatzkräften im Wege stehen.

Und falls dann dafür ein geeigneter Platz – Christoph Hochuli zählt ja eine ganze Reihe davon auf – gefunden ist, gibt es circa sechs bis acht Jahre, bis die Pflanzen so weit gewachsen sind, dass ein Schattendach entstanden ist.

Dazu kommt, dass so ein Schattendach für die Anwohner:innen wahrlich kein schöner Anblick von oben darstellt. Diese monumentale Stahlkonstruktion sollte eigentlich alle mit ihrem grünen Herzen erschaudern lassen. Dazu kommt, dass so ein Bau garantiert sehr viel Geld kostet – leider haben wir ja kein Preisschild bekommen -, dass Regierungsrätin Esther Keller die ganze Stadt mit Kübeln und Sonnenschirmen wahrlich zustellen könnte.

Es ist mir ein Rätsel, weshalb der Regierungsrat sich diese Motion überhaupt überweisen lässt, vor allem nach seiner negativen Argumentation auf die schriftliche Anfrage von Christoph Hochuli in dieser Sache. Also bleiben wir wenigstens etwas vernünftig und wir überweisen diese Motion nicht dem Regierungsrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen und somit hat Christoph Hochuli als Motionär das Wort.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Besten Dank für die Debatte und allen Fraktionen, die sich für die Überweisung meiner Motion aussprechen, und Danke auch an den Regierungsrat, dass er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Ich reichte im Dezember 2024 eine schriftliche Anfrage zum Thema begrünte Schattendächer ein. weil die Regierungsantwort eher ablehnend war, reichte ich nun diese Motion ein, damit ein Schattendach mit Begrünung auf einem Teil eines Platzes in Basel installiert wird. Auf den Fotos des für die Stadt Grenchen projektierten Schattendachs sehen Sie wie ein solches aussehen könnte. Die Beschattung durch Pflanzen und deren Blätter bewirkt eine Kühlung des darunterliegenden Platzes. Zudem fördern die Pflanzen die Biodiversität. Die Begrünung ist Boden gebunden. Die Kletterpflanzen wachsen also die Stahlkonstruktion hoch und verteilen sich über die ganze Netzstruktur. Ich finde, es sieht sehr schön aus.

Wenn die Begrünung über die Stahlstruktur und auf dem Stahlnetz gewachsen ist, können wir die Wirkung beobachten. Wenn diese positiv ist, können allenfalls weitere grüne Schattendächer auf anderen Plätzen geplant werden. Bei dieser Motion geht es aber lediglich um ein begrüntes Schattendach auf einem Teil eines Platzes. In der Motion habe ich zahlreiche Vorschläge von möglichen Plätzen aufgelistet.

Für die Zugänglichkeit der Fassaden von angrenzenden Liegenschaften für Feuerwehr und Werkarbeiten muss ein genügender Abstand zwischen Schattendach und Liegenschaften eingehalten werden. Auch müssen allfällige Werkleitungen im Untergrund beachtet sowie die öffentlichen Nutzungen der Plätze für Veranstaltungen berücksichtigt werden. Die Finanzierung könnte gemäss Regierungsrat durch den Mehrwertabgabefonds erfolgen, welcher bekanntlich sehr gut gefüllt ist.

Ich bitte Sie, dieser Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Adrian Iselin. Sie wird angenommen.

Adrian Iselin (LDP): Ich habe ja mit dieser Firma Robe Systems einmal telefoniert und eines von den Problemen ist anscheinend, dass im Winter keine Blätter an diesen Ranken werden sein und folglich ist es eines der Themen, dass das vielleicht nicht so schön aussieht.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich denke, man kann auch eine Begrünung auswählen, die das ganze Jahr grüne Blätter hat. Es gibt ja diverse Pflanzen, wie Efeu, die ganzjährig grün sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 21 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006742, 11.06.25 10:17:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 67 gegen 21 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

13. Motion 4 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen

[11.06.25 10:17:14, 25.5202.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Die LDP lehnt diese Motion ab und dies aus verschiedenen Gründen. Einerseits werden verschiedene Themen vermischt. Es geht um den Gesamtarbeitsvertrag vor allem für die Assistenzärztinnen am Unispital, wo offenbar die gewünschte Forderung der Motionärin bereits so gelebt wird. Es ist einfach noch nicht im GAV festgehalten, aber die Problematik ist offenbar schon adressiert. Da haben wir den Eindruck, hätte auch eine schriftliche Anfrage oder vertiefte Abklärungen über andere parlamentarische Instrumente, die Klarheit gebracht und vielleicht so auch schon einmal in den Gang gebracht via Regierungsrat und die entsprechenden Institutionen. Und der andere Bereich ist, dass es hier um befristete Anstellungen geht beim Kanton, wo es einfach so ist, dass man weiss, dass sie befristet ist und es ja nicht so ist, dass wenn man schwanger wird und dann eben dieser Fall eintritt, man nichts bekommt. Man bekommt einfach weiterhin nach Ende 80 Prozent gemäss EOG wie das ganz vielen von uns, die in der Privatwirtschaft arbeiten, genau so geht. Und die 80 Prozent sind auch gedeckelt in der Privatwirtschaft. Dazu habe ich nichts gefunden im Gesetz rund um die Mutterschaftsbestimmungen vom Kanton Basel-Stadt. Da konnte mir jetzt unsere Regierungsrätin spontan auch nicht beantworten, wie das ist. Ich habe auch sehr spontan gefragt, also es ist kein Angriff. Es ist meine spontane Frage, was bedeuten würde, meinem Wissenstand nach, dass wenn jetzt zum Beispiel eine Regierungsrätin ein Kind bekommen würde, sie den vollen Lohn erhält. Klar, das ist nicht befristet oder befristet bis zu den nächsten Wahlen, aber es gilt nicht so.

Aber es ist nicht so, dass alle, die in Befristungen arbeiten, beim Kanton dann mit den 80 Prozent nach der Befristung einen Hungerlohn hätten. Oft ist auch ein zweiter Elternteil vorhanden, nicht immer, das ist mir bewusst, aber oft ist ein zweiter Elternteil da, und man kann sich durchaus auch vorbereiten, denn ein Kind kommt ja nicht von heute auf morgen auf die Welt.

Von dem her stossen wir uns ein bisschen daran, dass es jetzt den Anschein erweckt, dass die 80 Prozent einfach unglaublich wenig seien, weil 80 Prozent sind für sehr viele Personen, die nicht beim Kanton arbeiten oder nicht bei grossen Unternehmen arbeiten, wirklich die Realität und dieses EOG ist eine Schweizer Lösung, und die funktioniert, und das ist die Basis. Und sich jetzt hier daran zu orientieren, dass alle anderen Kantonsangestellten eben die 100 Prozent haben und vermutlich auch ohne Lohndeckel die 100 Prozent haben, verzerrt ein bischen die Realität und lässt den Eindruck erscheinen, dass für viele Personen die Lösung unzureichend ist. Dabei ist das die Lösung, die wir haben in der Schweiz. Und aus diesen Gründen hätten wir es bevorzugt, dass die zwei Themen, die Assistenzärztinnen und die restlichen

befristeten Anstellungen im Kanton separat angegangen würden und eben auch mit anderen parlamentarischen Instrumenten, die uns zur Verfügung stehen. Und aus diesem Grund bitten wir Sie, diese Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Ich kann meiner Vorrednerin Annina von Falkenstein absolut zustimmen. Auch die SVP-Fraktion lehnt diese Motion ab und bittet Sie, diese nicht zu überweisen.

Sie hat vieles schon gesagt. Der Mutterschaftsurlaub wurde auf nationaler Ebene 2005 eingeführt, auf nationaler Ebene und auch dort gehörte auch hin, jeder, der die Voraussetzungen des EOG, also der Erwerbsersatzordnung einhält also 9 Monate unmittelbar vor der Niederkunft gearbeitet hat, versichert war, mindestens 5 Monate gearbeitet hat, selbstständig erwerbstätig oder als Arbeitnehmerin, oder selbst beim Betrieb des Ehegarten mitgearbeitet hat, also wer diese Voraussetzungen erfüllt, ist nach EOG versichert und erhält diese genannten 80 Prozent. Es ist also nicht so, dass wir hier darüber sprechen, dass man nichts erhält, genau wie auch Annina von Falkenstein betont hat.

Hier sprechen wir also einmal mehr davon, dass Kantonsangestellte hier bessergestellt werden sollen. In der Privatwirtschaft in KMU, erhält man diese 80 Prozent gemäss EOG und das ist auch das Gängige. Natürlich, es gibt grössere Unternehmen, die vielleicht auch mal eine Lohnfortzahlung, also die 100 Prozent, leisten. Das wird aber meistens an die Betriebstreue gebunden, also beispielsweise wenn man fünf Dienstjahre hat, dann soll man für diese Loyalität, für diese Betriebstreue belohnt werden und erhält dann etwas mehr.

Also auch hier, wenn man schon diese Forderung stellt, dann vielleicht auch hier den Hintergrund hinterfragen, weshalb mehr als gesetzlich vorgeschrieben, weshalb soll man hier bessergestellt werden gegenüber anderen, gegenüber der Privatwirtschaft in KMU, denn es handelt sich hier um eine Zusatzleistung, einmal mehr, die Kantonsangestellte erhalten sollen.

Und einfach um das nochmals in der Gesamtschau anzuschauen: Die Angestellten des Kantons haben nicht schlechte Bedingungen. Abgesehen davon, dass es hier wieder eine Mehrleistung wäre, gibt es auch an anderen Orten für Kantonsangestellte einige Besserleistungen. Also sie profitieren von einem sicheren Arbeitsplatz, sie profitieren von einer Lohnprämie, sie profitieren von guten Pensionskassenleistungen, sie profitieren von Home Office Möglichkeiten und so weiter und so fort, ich könnte hier eine relativ lange Liste machen. Also hier muss man schon auch das Gesamte anschauen und schauen, ob man hier diese Kantonsangestellten einmal mehr wieder besser behandeln soll als Leute, die in den Privatwirtschaft angestellt sind, in kleinen KMU, die sich so etwas schlicht nicht leisten können.

Man muss auch schauen, es kann auch ganz interessante Fälle geben. Wenn man hier eine Verlängerung der Anstellung bekommen soll, je nachdem, wann das Kind geboren wird, wenn ich also ein Tag bevor meine mein befristetes Arbeitsverhältnis endet, mein Kind gebäre, dann bin ich bessergestellt und bekomme während 14 Wochen oder 98 Tagen 100 Prozent des Lohnes statt diese 80 Prozent. Wenn ich aber das Pech habe, dass es ein Tag danach ist, dann habe ich diese 80 Prozent EOG. Wenn ich jetzt einen Kaiserschnitt plane, plane ich diesen ganz bewusst einige Tage vorher, damit ich hier noch profitieren kann.

Es schafft also nicht mehr Gerechtigkeit, sondern es schafft neue Ungerechtigkeiten. Es ist hier nicht sinnvoll, so eine Regelung zu schaffen. Wir haben auf nationaler Ebene das Gesetz, es gibt diese 80 Prozent. Es gibt das EOG. Man ist hier also geschützt. Man hat Taggelder. Deshalb lehnt die SVP diesen Vorstoss ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Mahir Kabakci. Sie wird angenommen.

Mahir Kabakci (SP): Sie haben vorher oft von der Privatwirtschaft geredet. Ist Ihnen bekannt, wie viele Wochen Mutterschaftsurlaub man bei der Novartis hat?

Laetitia Block (SVP): Ja, es ist mir durchaus bekannt, dass grosse Unternehmen, insbesondere die Pharma, hier mehr bieten können. Deshalb habe ich auch betont, der Kanton sollte hier nicht neue Standards setzen, sondern sollte sich auch an den KMU messen und nicht an der Pharma.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Die Motion, die uns hier vorliegt, hat eine Situation im Fokus, von der Kantonsangestellte, aber insbesondere Assistenzärztinnen, die eben nicht beim Kanton angestellt sind, sondern in vielen Fällen bei einer öffentlich-rechtlichen Institutionen arbeiten, betroffen sind. Während ihrer mehrjährigen Aus- und Weiterbildung absolvieren Assistenzärzte und Assistenzärztinnen in der Regel mehrere befristete Anstellungen. Und diese Anstellungen fallen oft auch in eine Zeit, die mit der Familienplanung zusammenfällt. Kommt es nun in dieser Zeit zu einer Schwangerschaft, besteht das reale Risiko, dass der Arbeitsvertrag mitten in der Schwangerschaft oder während des Mutterschaftsurlaubs ausläuft. Die Folge, das haben wir auch schon hier ausführlich gehört, es gibt keinen Lohn mehr, es gibt lediglich diese 80 Prozent der EOG-Leistungen, wenn dann die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Es gibt keinen Anspruch auf Familienzulagen, und das in einer Phase, wo eine Stellensuche erschwert ist aufgrund der familiären Situation und auch in den ersten acht Wochen nach Niederkunft ein Arbeitsverbot gilt.

Ich bin dann auch etwas erstaunt über diese Aussagen, wie man wie gut man das planen kann. Wenn ich in meinem Umfeld umhöre, weiss ich das, dass das nicht immer so einfach planbar ist, wie das hier dargestellt wird. Aber es ist natürlich schön, wenn das so ist.

Diese Situation, die wir haben, ist nicht nur unsozial für diese Assistenzärztinnen, sondern auch berufspolitisch problematisch. Sie betrifft gerade jene, die sich in einem intensiv fordernden und gesellschaftlich zentralen Beruf engagieren. In Zürich wurde diese Lücke bereits geschlossen. Dort verlängern sich befristete Anstellungen von Assistenzärztinnen bei Schwangerschaften automatisch bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs.

Wenn wir im Kanton Basel-Stadt Fachkräfte im Gesundheitswesen halten und gleichstellungspolitisch glaubwürdig sein wollen, müssen wir diese Lücke schliessen. Es ist unsere Verantwortung, faire und auch planbare Arbeitsbedingungen für Assistenzärztinnen zu schaffen. Auch wenn dies, das wissen auch wir, in der Praxis offenbar mehrheitlich so gehandhabt wird, gibt es immer wieder Fälle, wo es eben nicht so gehandhabt wird und wo eine Anstellung während der Schwangerschaft oder während des Mutterschutzes beendet wird.

Daher fordern wir den Regierungsrat auf, dies verbindlich zu regeln und bei öffentlich-rechtlichen Spitälern auf eine entsprechende Anpassung der GAV hinzuwirken und auch bei weiteren öffentlich-rechtlichen Betrieben auf eine entsprechende Praxis und Regelung hinzuwirken. Daher bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Julia Baumgartner.

Julia Baumgartner (SP): Befristet angestellte Personen, häufig in Ausbildung oder im Gesundheitswesen, sind heute bei einer Schwangerschaft unzureichend abgesichert. Mit dieser Motion wollen wir eine Lücke schliessen, die Menschen in einer besonders sensiblen Lebensphase betrifft. Befristete Verträge enden aktuell oft mitten im Mutterschaftsurlaub, was für die Betroffenen finanzielle Unsicherheit und einen erhöhten Stress bedeutet. Das steht im Widerspruch zu unserem Anspruch als öffentliche Institutionen, soziale Verantwortung zu übernehmen und Gleichstellung zu fördern.

Es ist auch erwiesen, dass mehr ökonomische Sicherheit Gesundheitsrisiken mindert und weniger Stress auch zu besserer Gesundheit führt. Umso wichtiger ist es, dass wir schwangeren Personen im Kanton Basel-Stadt diese Sicherheit bieten.

Ich möchte an dieser Stelle noch kurz auf die Argumentation von Leetitia Block und ihrer Arbeitgeberin eingehen, dass die kantonale Verwaltung die Privatwirtschaft nicht konkurrieren solle und keine neuen Standards setzen solle. Doch eben genau darum geht es. Der öffentliche Sektor trägt eine wichtige Vorbildfunktion und wir wollen, dass der Kanton Basel-Stadt mit guten Arbeitsbedingungen vorangeht und ein klares Zeichen setzt. Gleichstellung muss unabhängig vom Vertragsstatus gelten.

Ich danke Ihnen herzlich für die Überweisung dieser wichtigen Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich kann mich recht kurz fassen. Die Motion trifft einen ganz interessanten Punkt, ein Thema, das tatsächlich offen ist und das man näher anschauen sollte. Es ist für alle, die die Situation kennen von Leuten in Ausbildung, von jungen Frauen in Ausbildung, von diesen Assistenzberufen, die es nicht nur bei den Ärzten gibt, es gibt auch andere Assistenzstellen, wo es genau gleich abläuft, dass man verschiedene Arbeitgeber hintereinander hat und dann hier eine Lücke allenfalls besteht, vor allem dann, wenn man schwanger wird. Dass man schwanger werden kann in dieser Lebensphase ist halt nun einmal der Natur geschuldet, und dass man da einfach wegschaut und denkt, das sei ein privates Problem, dünkt mich zu wenig gegriffen. Einerseits ist es von gesellschaftlichem Interesse, dass wir Elternschaft, Mutterschaft unterstützen, pflegen und fördern. Ich glaube nicht, dass wir da Gründe haben zu sagen, das sollen die alle

alleine machen, dann kann die Gesellschaft wegschauen. Es ist in diesen Berufsgruppen besonders wichtig, weil uns eben auch viele Ärztinnen abspringen in dieser Zeit, die dann eben den Anschluss verpassen gerade wegen der Schwangerschaft, und das sollte eigentlich Grund genug sein, um das mal anzuschauen.

Ich verstehe durchaus die Argumente von Laetitia Block oder auch von Annina von Falkenstein. Die kann man nicht einfach vom Tisch wischen, aber prüfenswert ist es aus Sicht auch von meiner Fraktion, und wir denken zumindest eine erste Prüfung sollten wir nicht verhindern, damit wir eine Auslegeordnung haben und dann schauen, was wir machen können. Wir sind also für Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Wir diskutieren immer wieder einmal über das Verhältnis zwischen den Arbeitsbedingungen des Staates und des Privatsektors. Sicher zu Recht darf man die Frage aufwerfen, gerade auch hinsichtlich des Fachkräftemangels, ob der Kanton insbesondere gegenüber den KMU einen zu starken Wettbewerbsvorteil hat, der allenfalls gar eine Marktverzerrung zur Folge hat. Wir werden uns sicher auch im Rahmen des vom Regierungsrat letzte Woche angekündigten umfassenden Lohnpakets mit dieser Frage auseinandersetzen.

Bei der vorliegenden Motion stellt sich meines Erachtens aber nicht die Frage der Konkurrenzierung zwischen staatlichen und privaten Arbeitsbedingungen, sondern es geht darum, auf welche Mitarbeitendenkategorien die zugegebenermassen grosszügigen kantonalen Arbeitsbedingungen, konkrete die Schwanger- und Mutterschaftsachutzbestimmungen angewandt werden sollen. Sollen Frauen in befristeten Anstellungsverhältnissen inskünftig davon profitieren? Ja, wir Grünliberalen sind hier klar der Ansicht Ja. Befristete Anstellungsverhältnisse werden üblicherweise abgeschlossen, weil sich die Befristung aus dem Zweck der entsprechenden Anstellung ergibt. Es ist im Interesse der einen oder anderen oder beider Parteien, dass die entsprechende Anstellung zeitlich limitiert ist, typischerweise etwa in der Projektarbeit, beim Einspringen für vorübergehend ausfallende Mitarbeitende oder zu Ausbildungszwecken. Aus gutem Grund sind sogenannte Kettenarbeitsverhältnisse, also das Hintereinanderreihen von befristeten Arbeitsverhältnissen einer angestellten Person innerhalb der gleichen Funktion insofern verpönt, als sie keinen sachlichen Grund aufweisen, sondern nur dazu dienen, dass der betreffenden angestellten Persons Arbeitsbedingungen vorenthalten werden, von welchen Mitarbeitende in unbefristeter Anstellung aufgrund ihrer längeren Betriebszugehörigkeit profitieren. Ergibt sich eine befristete Anstellung jedoch aus ihrem Zweck, ist sie selbstverständlich erlaubt. Gleichzeitig ergibt sich daraus jedoch auch, dass eine Betriebstreue nicht erreicht werden kann, und dies ist das Verschulden weder der einen noch der anderen Partei. Es ist deshalb nicht einzusehen, wieso befristet Angestellte nicht dieselben guten Arbeitsbedingungen erhalten sollen wie Mitarbeitende im unbefristeten Arbeitsverhältnis.

Die vorliegende Motion adressiert hinsichtlich Schwangerschafts- und Mutterschutz bei Kantonsangestellten genau diese Thematik der Diskriminierung von befristeten im Vergleich zu unbefristeten Arbeitsverhältnissen.

Noch etwas zur befürchteten zusätzlichen Konkurrenzierung privater Arbeitgeber:innen aufgrund der mit der Motion geforderten Anpassung bei staatlichem Schwanger- und Mutterschaftsschutz: Ist es inhaltlich bei unbefristeten Anstellungen selbstverständlich üblich, dass Stellensuchende sich ihren Arbeitgeber unter anderem aufgrund der offerierten Anstellungsbedingungen aussuchen und vorliegend aufgrund der überobligatorischen guten Schwanger- und Mutterschaftsbestimmungen den Kanton als Arbeitgeber deshalb favorisieren, kann ich mir dies beim Eingehen eines befristeten Arbeitsverhältnisses kaum vorstellen. Hier steht meines Erachtens der Zweck der Anstellung im Vordergrund und kaum die Absicht, innerhalb dieser befristeten Zeitdauer das Optimum an Anstellungsbedingungen herauszuholen.

Aber ja, die mit der Motion geforderte neue Regelung für Frauen mit befristeter Anstellung ist eine Leistung, die vom Arbeitgeber, primär dem Kanton, aber auch weiteren öffentlich-rechtlichen Betrieben zu finanzieren ist, wie es bei den entsprechenden Leistungen für Frauen in Festanstellung auch bereits der Fall ist. Wer deshalb die grosszügigen Schwanger- und Mutterschaftsleistungen des Kantons, mit welchen insbesondere KMU nicht konkurrieren können, kritisiert, dem empfehle ich, sich für die Familienzeitinitiative zu engagieren, welche auf Bundesebene unter anderem auch durch uns mitlanciert wurde. Die Initiative sieht eine Elternzeit von je 18 Wochen für Mütter und Väter vor, welche durch die EOG finanziert werden soll. Dadurch ergeben sich gleich lange Spiesse für alle Arbeitgeber in der Schweiz, eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Investition. Zudem lohnt sich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur persönlich, sondern auch volkswirtschaftlich. Dem Fachkräftemangel kann so besser begegnet werden. Es gibt Einsparung in der Gesundheitsversorgung und das Steuer- und Sozialversicherungssubstrat wird erhöht, so dass sich die sich aus der vorgesehenen Elternzeit ergebenden Mehrkosten mittelfristig mehr als egalisiert werden. Bis es soweit ist auf Bundesebene, sind wir Grünliberalen dafür, hier diese Motion auf kantonaler Ebene zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich habe mir erlaubt, die Forderung dieser Motion etwas genauer zu lesen und war dann auch ein bisschen erstaunt, dass zum Beispiel Bruno Lötscher das so unterschreiben kann. Es wird gefordert, innerhalb eines Jahres die oben beschriebene Anpassung des Mutterschaftsurlaubs bei befristetem Arbeitsverhältnis im Kanton Basel-Stadt. Das meint ja alle Arbeitsverhältnisse in unserem Kanton. Es müsste wahrscheinlich heissen – das kann vielleicht noch die Motionärin erklären – mit dem Kanton Basel.Stadt. Im dritten Lemma steht weiter, dass der Regierungsrat auch die weiteren öffentlich-rechtlichen Betrieben, was auch immer Betriebe sind, in Pflicht nehmen muss, zum Beispiel die öffentlich-rechtlich verfassten Kirchen, alle Gemeinden, Bürgergemeinden. Wenn eine Zunft mal zufälligerweise jemanden anstellt, müsste auch hier der Kanton darauf hinwirken. Ich glaube, es ist sehr überschiessend formuliert für eine Problematik, die eine sehr spezifische ist, hier adressiert für eine Berufsgruppe. Ich glaube, das hätte man vielleicht auch anders formulieren können, dann hätte man vielleicht auch breitere Zustimmung gefunden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich habe ganz intensiv zugehört, und es haben natürlich alle Recht mit all ihren Voten, auch wenn sie teilweise ein bisschen spitzfindig waren. Ich kann mich echt kurz fassen.. Es ist eine staatliche Geschichte, es ist die AHV, die das zahlt, es ist schweizweit gültig, und warum wir in Basel wieder zum x-ten Mal das Gefühl haben, etwas ganz Spezielles machen zu müssen und dann erst noch nur für einen Teil der Arbeitnehmenden, nämlich für das Staatspersonal, verstehe ich überhaupt nicht.

Damit ist mein Votum schon fertig. Ich bitte, die Motion nicht zu überweisen. Ich denke, die AHV Schweiz hat die nötigen Stellschrauben eingestellt und weiss, warum das nicht für alle gilt, dieses Mal für die befristeten Arbeitsverhältnisse.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Motionärin, Fleur Weibel hat das Wort.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich danke für die wirklich ausführliche und differenzierte Debatte. Ich glaube, sie zeigt, Mutterschaft ist etwas, das bewegt, es ist ein Thema von links bis rechts, und wir diskutieren immer wieder darüber. Und bei dieser Grossratsdebatte kann man einmal mehr feststellen, wie sich die Geister hier scheiden. Auf der einen Seite haben wir ein Verständnis von Mutterschaft, das planbar ist, Schwangerschaften, die dann eingegangen werden, wenn es gerade in den Karriereverlauf passt, bis hin zum Kaiserschnitt, der dann noch so geplant wird, dass er innerhalb der Befristung durchgeführt werden kann, damit das alles schön aufgeht und die Eigenverantwortung für Karriere und Mutterschaft voll und ganz aufgeht.

Auf der anderen Seite haben meine Vorrednerinnen von den Grünen, von der SP darauf hingewiesen, dass es sich hier um eine unzureichende Absicherung von Personen in befristeten Arbeitsverhältnissen handelt und das ist vielleicht ein wichtiger Punkt. Wir sprechen hier über eine ganz kleine Lücke. Im Kanton Zürich wurden diese Forderungen, um die es hier geht, umgesetzt. Der Kontext ist klar, die Umsetzungspraxis ist klar. Von daher können auch einzelne, sprachlich nicht ganz perfekte Formulierungen der Regierung so übergeben werden und sie werden trotzdem verstehen, was sie machen sollen.

Daher handelt es sich hier wirklich um eine kleine Lücke, wo die Absicherung nicht gut ist. Weiter finde ich schon wichtig, wie es Mahir Kabakci mit seiner Zwischenfrage angedeutet hat, an wem wir uns hier eigentlich orientieren. Im Prinzip müssten wir ja ganz andere Forderungen stellen daran, wie wir Mutterschaft organisieren wollen, wie wir Elternschaft absichern, wie wir sicherstellen wollen, dass wir Assistenzärztinnen haben, die die Assistenzzeit durchmachen und dann auch als Fachärztinnen tätig sind. Wir haben im Moment über 30 Prozent Assistenzärztinnen, die ihre Ausbildung nicht abschliessen wegen den schlechten Arbeitsbedingungen. Davon sind die befristeten Anstellungen nur ein kleiner Teil, und trotzdem ist das ein wichtiges Zeichen. Das Argument, dass es anderswo noch schlechter ist, greift nicht. Wir können es ja nicht im ganzen Kanton ändern, wir haben ja nur Zugriff auf die öffentlich-rechtlichen Bereiche. Und hier gibt es einen Quick Win, den wir holen können, der in der Stadt Zürich gemacht wurde. Ich weiss, es gibt auch bei gewissen Reflexe gegen Zürich, um das grundsätzlich schon abzulehnen. Aber hier ist es eine einfache Sache und es wurde von meinen Vorrednerinnen sehr ausführlich dargelegt, warum das so geprüft werden soll.

Und ich finde auch den Punkt von Bruno Lötscher wichtig. Die Mutterschaft ist eben kein privates Verantwortungsprinzip. Es ist auch in der Verantwortung von uns als Gesellschaft, möglichst gute Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, weil ansonsten ist es dann wieder die SVP, die sich wieder darüber aufregt, dass es in der Schweiz zu wenig Schwangerschaften gibt und die Geburtenrate so tief ist im internationalen Vergleich. Sie lachen, aber schauen Sie sich mal die Eltern- und Mutterschaftsregelungen in der Schweiz im internationalen Vergleich an. Haben Sie das Gefühl, das hat keinen Einfluss auf die Höhe der Geburtenrate? Da müssen Sie schon noch ein bisschen realistischer werden. Und hier geht es nun wirklich

darum, einen kleinen Beitrag zu leisten, eine kleine Lücke zu schliessen und genau deshalb bitte ich Sie, diese Motion im Sinne einer Erstüberweisung zu überweisen und ich danke meinen Vorredner:innen für die Unterstützung und für die interessant Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006745, 11.06.25 10:45:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 61 gegen 30 Stimmen bei einer Enthaltung.

14. Motion 5 Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung)

[11.06.25 10:45:34, 25.5199.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Die vorliegende Motion verlangt eine Transparenz der Saläre von Ärztinnen und Ärzten im Unispital Basel-Stadt. Der Lohn dieser Ärztinnen und Ärzte bewegt sich in vorgegebenen Lohnbändern, wie übrigens bei vielen anderen Berufen auch, das heisst die Transparenz ist bereits jetzt vorhanden. Die Lohnverhandlungen zwischen Spitälern und Chefärzt:innen beruhen auf individuellen Verträgen, die Leistung, Verantwortung und Marktwert widerspiegeln. Der Staat soll sich nicht in privatwirtschaftliche Vertragsverhältnisse einmischen, solange keine Anzeichen von Missbrauch oder Unverhältnismässigkeit bestehen.

Die Motion untergräbt das Prinzip der Vertragsfreiheit und greift unnötig in autonome unternehmerische Entscheidungen ein. Die Veröffentlichung von anonymisierten Lohnbandbreiten vermittelt der Öffentlichkeit keine realistische Einschätzung der komplexen Zusammensetzung von Löhnen. Dazu gehören der Grundlohn, Leistungsvergütungen, Forschungsanteile, Zusatzleistungen. Solche Darstellungen sind anfällig für Fehlinterpretationen und politischen Populismus.

Transparenz ohne Kontext führt zu Scheindebatten statt zu sachlicher Problemlösung. Ein gut funktionierender Wettbewerb zwischen den Spitälern, auch um Talente, ist das beste Korrektiv gegen exzessive Löhne, nicht staatliche Bürokratie. Eine weitere Studie dazu ist somit nicht nötig. Es ist auch ineffizient, Ressourcen in die Offenlegung anonymisierter Lohnbänder zu investieren, wenn daraus keine konkreten Massnahmen erfolgen. Das ist reine Symbolpolitik, viel Aufwand, viel Kosten, Null Ertrag. Die Motion trägt deshalb in keiner Weise zur Senkung der Gesundheitskosten bei.

Aus den genannten Gründen lehnt die Fraktion der LDP diese Motion ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Auch wir bestreiten diese Motion. Es ist doch so, als Prämienzahlerinnen und Prämienzahler wollen wir möglichst günstige Kosten im Gesundheitswesen, als Patientinnen und Patienten wollen wir die beste Qualität im Gesundheitswesen. Nun ist es leider eine Binsenwahrheit, dass in aller Regel die beste Qualität zum günstigsten Preis nicht erhältlich ist.

Oder können Sie sich vorstellen, dass Sie vielleicht schwer krank Ihrem Arzt in die Augen schauen und denken: Wissen Sie was, Sie verdienen eigentlich viel zu viel. Natürlich ist das nicht Ihr Gedanke, sondern ihr Gedanke ist, hoffentlich sind Sie der Beste in ihrem Fach oder die Beste in ihrem Fach und können mich heilen. Für all jene hier drinnen, die diese Erfahrung noch nie machen mussten, Sie können sich das auch im Joggeli vorstellen. Da wollen Sie auch die besten Fussballer haben im Wissen darum, dass die sehr gut bezahlt sind, in aller Regel wahrscheinlich besser als sämtliche Chefärztinnen und -ärzte in diesem Kanton.

In diesem Umfeld also bewegt sich diese Motion. Was will sie? Die Löhne senkt sie nicht. Das Thema Lohnbänder wurde von meiner Vorrednerin schon abgedeckt. Aber sie schürt Neid. Insbesondere mit dem letzten Satz, und auf diesen letzten Satz in der Forderung konzentriert sich auch unserer Kritik. Sie schafft ein Klima der Vorbehalte, der Distanz, gerade mit einer Personengruppe, wo das Vertrauen absolut entscheidend ist.

Und zu guter Letzt schafft sie einen Wettbewerbsnachteil für den Kanton Basel-Stadt. Wenn Ärztinnen und Ärzte wissen, das hier im Kanton Basel-Stadt Zahlen offengelegt werden müssen, die anderswo nicht offengelegt werden müssen, dann kann es durchaus sein, dass bei sonst gleichwertigen Arbeitsbedingungen sich dann halt eben ein sehr guter Chefarzt oder eine sehr gute Chefärztin für einen anderen Kanton entscheidet. Wollen wir das? Ich nicht, deshalb werde ich nicht überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA wird diese Motion dem Regierungsrat natürlich überweisen und es freut uns, dass der Regierungsrat diese entgegennehmen möchte. Es ist mir ein Rätsel, weshalb die bürgerlichen Parteien dagegen sind. Schon jetzt werden zum Beispiel in den Jahresrechnungen ja auch die Honorare der Verwaltungsräte und zumindest die Bruttolohnsumme der Spitalleitung dargestellt. Dass in Zukunft auch mehr Transparenz bei den Gehältern den Chef- und leitenden Ärzt:innen ausgewiesen werden soll, müsste aufgrund der finanziellen Relevanz eigentlich selbstverständlich sein. Und gerade meinem Vorredner muss ich dann schon entgegen: Natürlich muss der Staat beim Gesundheitswesen eine Aufsicht haben oder regulierend einwirken können. Was ist das für eine Vorstellung, dass der Markt das schon regelt? Das ist ein reiner-Glaube an etwas, das schon seit Jahren nicht besteht und nicht funktioniert. Und es ist auch nicht so, dass Vertrauen nur über den Lohn ausgewiesen werden kann. Hoffentlich hat mein Arzt einen genug hohen Lohn, damit er mich dann wirklich entsprechend gut behandelt – was ist das dann für eine Herangehensweise an diesen Beruf. Ich glaube, Raoul Furlano wäre da überhaupt nicht einverstanden mit dieser Logik, wenn er so ausgebildetworden ist.

Hier geht es überhaupt nicht um eine Lohnneid-Debatte, sondern um die Herstellung von mehr Transparenz im Gesundheitswesen, also genau dort, wo die Politik immer wieder die hohen Kosten beklagt. Zudem wird immer wieder, und dies auch zu Recht und teils quer zu den politischen Lagern, moniert, dass der Regierungsrat seine Eignerrolle gegenüber den öffentlich-rechtlichen Spitälern aktiver gestalten soll. Zudem erteilt der Regierungsrat ja auch die Aufnahme der Spitäler in die gemeinsame Spitalliste und so macht es natürlich Sinn, dass auch bei den privaten Spitälern eine Transparenz über die Chefgehälter hergestellt werden kann. Dass die Lohnpolitik der höchsten Gehälter eine Relevanz haben müsste, ob die Regierung ein Spital, eine Klinik auf eine gemeinsame Spitalliste nimmt, versteht sich ja eigentlich von selbst. Zukünftig müsste dies unter vielen anderen Gesichtspunkten auch ein weiteres Kriterium sein.

Was fehlt, ist die gesetzliche Grundlage, und da das ÖSpG ja sowieso revidiert werden muss, macht es einfach Sinn, diesen Teil mitzunehmen, um bei den grossen Gehältern mehr Transparenz zu schaffen. Eine solche Transparenz schützt auch vor falschen Vorwürfen und hat im besten Fall einen etwas bremsenden Effekt auf zukünftige Gehaltsforderungen. Also für die BastA ist klar, dass eine solche Regelung nicht nur im Kanton Bern Sinn macht, sondern auch bei uns. Deshalb wollen wir die Motion dem Regierungsrat überweisen, damit diese Chance nicht vertan wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sie haben die Verwaltungsräte der Spitäler erwähnt. Sitzen nicht primär linke Politiker in all diesen Verwaltungsräten?

Oliver Bolliger (BastA): Es ist eigentlich völlig unwesentlich, von welcher Partei sie sind. Sie sind im Verwaltungsrat und dass das Honorar transparent ist, finde ich super und richtig.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny hat auch eine Zwischenfrage. Sie wird ebenfalls entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Der Vergleich zur Transparenz bei der Privatwirtschaft – hat das nicht eher zu einer Steigerung der Entschädigungen von Mitgliedern von Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen geführt?

Oliver Bolliger (BastA): Das kann ich jetzt so nicht beurteilen, ob das zutrifft. Ich finde trotzdem die Transparenz richtig, selbst bei einer kleinen Stiftung wie bei unsere n muss man der Aufsichtsbehörde des Kantons den Lohn des Geschäftsleiters darstellen, selbst dort, bei einer gemeinnützigen Organisation.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Maria Ioana Schäfer.

Maria Ioana Schäfer (SP): Die SP-Fraktion unterstützt die vorliegenden Motion ohne Vorbehalt, weil Transparenz bei den Löhnen von Chefärzt:innen gleich doppelt wirkt. Sie stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Spitäler und sie schafft eine Grundlage, um das ungebremste Wachstum der Gesundheitskosten endlich anzugehen.

Lassen Sie mich zuerst klarstellen, was wir nicht tun. Wir stellen die eindrückliche Leistung dieser Fachpersonen keineswegs in Frage. Chefärzt:innen investieren Jahre in Ausbildung und Forschung und tragen Mitverantwortung für Patient:innenleben, für ganze Kliniken und für viele Mitarbeitende. Eine überdurchschnittliche Entlöhnung ist deshalb grundsätzlich gerechtfertigt. Wir wollen hier nicht den Wert dieser Arbeit in Franken und Rappen bemessen. Doch wir dürfen den Gesamtzusammenhang nicht ausblenden. Heute erreichen einzelne Kaderlöhne die Millionengrenze und in manchen Häusern machen sie bereits bis zu 20 Prozent des gesamten Spitalbudgets aus. Schweizweit reden wir von rund 4,3 Milliarden Franken, finanziert letzten Endes durch Prämienzahlende und Steuerzahlende. Genau diese Haushalte geraten immer stärker unter Druck. 2023 beliefen sich die Gesundheitsausgaben auf 94 Milliarden Franken, also 11,7 Prozent unserer BIP, und für 2025 erwarten wir erneut Prämienanstiege von durchschnittlich 6 Prozent.

Als Kanton haben wir die Pflicht, diesem Trend entgegenzuwirken. Transparenz ist dabei ein erprobtes Mittel. Der Kanton Bern veröffentlicht seit 2021 anonymisierte Durchschnittsbeiträge pro Lohnbandbreite, keine Namensnennung, kein Blick ins Geschäftsgeheimnis, aber klare Fakten. Diese Offenlegung ermöglicht überhaupt erst eine sachliche Diskussion über angemessene Vergütung. Genau das verlangt die Motion, einmal jährlich die anonymisierte Meldung der Chefärzt:innenlöhne und deren Publikation in anonymisierten Durchschnittsbeträgen. Wer öffentliche Leistungsaufträge erhält, darf eine solch minimale Offenlegung selbstverständlich in Kauf nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier die Chance, mit einem einfachen, verhältnismässigen Schritt gleich drei Ziele zu erreichen: Mehr Glaubwürdigkeit unserer Spitäler, eine faktenbasierte Lohnpolitik und eine Transparenz gegenüber unseren Prämien- und Steuerzahlenden. Ich bitte Sie deshalb, dieser Motion zuzustimmen und bedanke mich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Andrea Strahm. Sie wird entgegengenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Verstehe ich Sie richtig, dass Sie demgemäss mit dieser Motion eine Kürzung der Arztgehälter anstreben?

Maria Ioana Schäfer (SP): Selbstverständlich geht es hier allein um die Transparenz, auf welcher man dann faktenbasiert über Lohnpolitik sprechen kann. Hier geht es nicht um die Kürzung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich möchte an die Kritik von Lorenz Amiet anschliessen. Dieser Vorstoss hier es ist reine Empörungsbewirtschaftung und trägt nichts, nichts zur Problemlösung bei. Es ist auch ein typisches Muster, das wir immer

wieder sehen, man will die Symptome bekämpfen, nicht aber die Ursache. Das sehen wir auch bei diesem Vorschlag des Prämiendeckels von 10 Prozent. Das ist reine Symptombekämpfung, aber die Ursachen will man nicht angehen.

Was ist denn das eigentliche Problem? Das eigentliche Problem ist der Überkonsum im Gesundheitswesen. Es gibt keine Anreize oder praktisch keine Anreize, weniger Leistungen in Anspruch zu nehmen. Es gibt Experten, die sagen, etwa 30 Prozent der Gesundheitskosten sind «reine Verschwendung». Und das hat mit den Löhnen überhaupt nichts zu tun. Und dann noch vom Markt zu sprechen bei dem Gesundheitswesen, wird es gänzlich absurd. Es gibt keinen Markt, der stärker reguliert ist in unserem Land als das Gesundheitswesen. Das ist alles andere, was ein freier Markt.

Sie entscheidende Frage hier ist, ob die Motion irgendetwas zur Problemlösung beiträgt und die Antwort ist Nein, das tut sie nicht. Stärkt sie das Vertrauen in die Spitäler? Seien Sie doch ehrlich mit sich selber, gibt es irgendjemand, der in einem Spital ist und sagt, ja also bei dieser Höhe der Ärztelöhne, da habe ich schon ein bisschen Misstrauen gegenüber meinen Ärzten, weil sie so viel verdienen. Also bitte, das habe ich jetzt wirklich noch nie gehört.

Schauen wir uns zwei Indikatoren an, Maria Ioana Schäfer hat es bereits erwähnt und es steht auch in der Motion, der Kanton Bern kennt diese Regelung bereits seit dem 1. Januar 2022. Sind denn die Kosten im Kanton Bern seither gesunken? Nein, das sind sie nicht, sowohl im Jahr 2023 als auch im Jahr 2024 sind die Gesundheitskosten auch im Kanton Bern weiter angestiegen. Es ist kein Effekt dieser Regelung sichtbar.

Bringt denn diese Transparenz irgend etwas? Es gibt ja seit einigen Jahren den so genannten Kaderlohnreport des Bundes. Da können wir dann nachlesen, dass der Post CEO 1 Million verdient, der SBB-Chef 1 Million verdient, die SRG-Direktion etwas mehr als eine halbe Million Franken. Haben wir denn dort irgendeinen senkenden Effekt gesehen? Verdienen die jetzt weniger, weil es einmal im Jahr diesen Report gibt? Nein, diesen Effekt sieht man nicht. Also insofern, was soll denn das genau bringen ausser nette Schlagzeilen in der Zeitung?

Es wird nicht funktionieren, weil bei aller Transparenz man nicht darum herumkommt, marktrechte Löhne zu bezahlen und die Ärztinnen und Ärzte wissen durchaus, was sie Wert sind. Die FDP lehnt solche symbolischen Akte ohne Wirkung entschieden ab. An dieser Neiddebatte wollen wir uns definitiv nicht beteiligen und bitten Sie, das ebenfalls nichts zu tun und diese Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen. Oliver Bolliger hat das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Verstehe ich Sie jetzt richtig, dass Sie der Meinung sind, dass die staatlichen Regulierungen im Spitalwesen und im Gesundheitswesen überflüssig wären und Sie die eigentlich am liebsten abschaffen wollen?

Luca Urgese (FDP): Sie legen mir Worte in den Mund, die ich nicht gesagt habe. Was ich gesagt habe, ist, dass es kaum einen Markt gibt in diesem Land, der so stark reguliert ist wie das Gesundheitswesen und dass es deshalb absurd ist, von einem freien Markt zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Ich respektiere ihre Haltung, das ist absolut in Ordnung, aber ich finde es ein bisschen zynisch, wenn Sie von 30 Prozent der Bevölkerung reden, die unnütze Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. Das ist für mich einfach eine Respektlosigkeit gegenüber Menschen, die krank sind und deshalb Fachpersonen aufsuchen.

Luca Urgese (FDP): Da legen Sie mir auch Dinge in den Mund, die ich nicht gesagt habe. Was ich gesagt habe, ist, dass Experten öffentlich gesagt haben, dass 30 Prozent der Gesundheitskosten, der Gesundheitsausgaben, reine Verschwendung seien.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Chefärztinnen und zum Teil leitende Ärzte sind massgeblich verantwortlich für unterschiedlich grosse Abteilungen von 10 bis über 200 Personen. Sie organisieren die Abteilung, führen Mitarbeitende, haben die Verantwortung über Therapieentscheide, Interventionen und schwierige Diagnostik von Patient:innen, sind für das Budget verantwortlich für

die Abteilung, initiieren Forschung und sind oftmals auch noch für die Vermittlung der Lehre an Medizinischen Fakultäten verantwortlich. Im weiteren sind sie vor allem in Universitätsspitälern, aber auch in Privatspitälern oder Praxen für die Ausbildung von Assistenzärzt:innen zuständig. Sie haben keine Arbeitszeitbeschränkung und arbeiten sehr oft mehr als 50 oder 60 Stunden pro Woche, haben keine richtigen Ferien, da sie auch an Ferientagen E-Mails beantworten. Sie verhandeln individuelle Verträge, Stichwort Vertragsfreiheit. Sie sind hochqualifizierte Fachkräfte mit teils internationalen Karriereoptionen.

Es wird immer schwieriger, diese hochqualifizierten Fachkräfte zu finden. Schweizer und Schweizerinnen möchten diesen Job je länger je weniger ausführen, da unattraktiv, zu hohe Verantwortung, zu hohe Arbeitsbelastung. Oder möchten Sie es etwa?

Die Löhne am US B zum Beispiel sind gedeckelt. Insbesondere die Spitzensaläre von Chefärzt:innen sind auch meinen Informationen am USB geringer als zum Beispiel im USZ und/oder am Inselspital. Im internationalen Vergleich sind sie definitiv nicht extrem. Gerade für die universitären Spitäler ist es nicht einfach, denn in Privatpraxen und als Belegärzte kommt man als Arzt, Ärztin in der Schweiz auf oftmals höhere Löhne und hat angenehmere Arbeitsbedingungen. Interessanterweise müssten gerade diese Belegärzte und -ärztinnen mit dieser Motion ihre gesamten Einkünfte nicht offenlegen in Privatspitälern, da sie ja nur einen Teil ihres Einkommens von einem Listenspital erhalten. Wenn wir sehr gute Fachkräfte in den öffentlichen Spitälern halten wollen, dann brauchen wir unbedingt marktfähige Löhne für diese Berufsgruppe, die ein Spital führen respektive den Laden schmeissen.

Transparenz ist grundsätzlich etwas Positives. Die grünliberale Partei hat Transparenz im Parteiprogramm als einen ihrer zentralen politischen Werte verankert. Wir unterstützen aber auch Gleichbehandlung. Hier handelt es sich um eine äusserst selektive Transparenz, die keine Wirkung hat und keinen direkten Nutzen bringen wird. Transparenz für nur einen kleinen Teil einer Berufsgruppe im Spital zu fordern,– ja, am Unispital sind es 40 verschiedene Berufsgruppen -, hat etwas davon, gewisse Spitzenfachkräfte an den Pranger zu stellen. Innerhalb der Gesamtgesellschaft und in den Unternehmen wird damit ein generelles Misstrauen befeuert und eine Neiddebatte lanciert. Wenn, dann müsste man alle Löhne transparent machen. Diese anonymisierte Offenlegung wird die Kostenexplosion nicht eindämmen, wir haben es gehört. Seien wir ehrlich, sind die Prämien im Kanton Bern gesenkt worden aufgrund der anonymisierten Veröffentlichung der Löhne von Chefärztinnen und leitenden Ärzten? Nein, sind sie nicht, denn der Hebel im Gesundheitswesen liegt nicht bei den Spitälern direkt und nicht bei den Löhnen der Chefärztinnen und leitenden Ärzten. Die grössten Kostenblöcke sind Medikamente und medizinische Geräte, Krankenhausbetrieb, Infrastruktur, Pflege, Verwaltung, Administration, Bürokratie oder eben auch Langzeitpflege und Rehabilitation. Das Problem ist systemisch, statt invasive Eingriffe sollen konservative Therapien und Präventionen gefördert und besser vergütet werden.

Besten Dank für die Ablehnung dieser Motion. Vielleicht werden Sie an dieses Votum denken, wenn Sie, geschätzte Damen und Herren oder ein Familienmitglied von Ihnen die Hilfe und Expertise eines leitenden Arztes oder einer Chefärztin in Zukunft brauchen. Ein schlichter Dank ist auf alle Fälle sinnvoller als explizit diese Berufsgruppe, auch nicht anonymisiert, an den Pranger zu stellen. Ich auf alle Fälle verdanke mein Augenlicht einem leitenden Arzt, der sich mit einem überdurchschnittlich hohen Einsatz am Operationstisch in der Ausbildung und in der Forschung für seine Patient:innen einsetzt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Das möchte ich doch vorab klarstellen, es geht wirklich nicht um die Abwertung der Leistungen wie ich das in den letzten Voten so gehört habe. Es geht hier darum, Transparenz zu schaffen. Ich glaube nicht, dass wir in unserer Gesellschaft ausschliesslich Leistung mit Geld belohnen. Es ist sicher so, dass gewisse Berufe mehr verdienen, aber ist es das nur wegen der Leistung und nicht eher vielleicht wegen der Ausbildung, vielleicht einfach wegen der Gewohnheit? Wenn wir uns ausschliesslich auf Leistung konzentrieren würden, hätten gewisse Berufe, ich denke dabei zum Beispiel an Kitaleiterinnen oder Kitaleiter, deutlich höhere Löhne. Es ist nicht der Lohn, der ausschlaggebend ist, sonst es ist die Geschichte hinter einem Beruf, der den Lohn ausmacht.

Aber nun zurück zur Sache.Ich habe in meiner Recherche gesehen, dass ungefähr 4,3 Milliarden Franken an Chefarzt- und ärztinnenlöhne gehen. Das ist unglaublich viel Geld. Das ist bei einem durchschnittlichen Spital ein Fünftel des Budgets. Das ist Steuergeld und das ist auch unser Geld, das wir bezahlen mit den Prämien, und ich frage mich, ob wir hier nicht den Anspruch auf Transparenz haben. In unserer Kantonsrechnung wird alles und jeder Steuerfranken gerechtfertigt. Es ist üblich, also zumindest im Baselbiet kenne ich es bei der Pensionskasse, dass auch die Löhne der Geschäftsleitung anonymisiert öffentlich gemacht werden. Es besteht einfach ein gewisser Anspruch auf Transparenz, wenn man mit öffentlichen Geldern arbeitet, und das ist mit Spitälern, mit denen wir eine Leistungsvereinbarung haben, schlicht der Fall.

Ich glaube, daraus ergibt sich unser Anspruch auf Transparenz, ergibt sich der Anspruch zu wissen, was ungefähr bezahlt wird. Und es hat nichts mit den Leistungen zu tun. Es geht auch nicht darum, direkt die Prämien billiger zu bekommen. Ich denke auch, dass wir dort noch andere Hebel haben.

Es ist keine Unbekanntheit, dass diese Löhne transparent gemacht werden. Es wurde jetzt häufig der Kanton Bern genannt, das Kantonsspital Solothurn macht die Löhne auch transparent, hat dort aufgrund der Transparenz und der öffentlichen Reaktion auch das Lohnsystem überarbeitet. Sie haben nicht unbedingt die Löhne gekürzt, aber sie haben sie sicher fairer ausgestaltet danach.

dann möchte ich noch kurz zum Votum von Luca Urgese kommen. Es gibt schon einen Zusammenhang zwischen den Löhnen und dem Überkonsum, und das liegt, wenn ich es richtig verstanden habe, in dieser Vertragsfreiheit. Gewisse Ärzte bekommen für gewisse Behandlungen mehr Geld und das schafft ziemlich sicher einen Anreiz, vielleicht dann doch eher eine Operation zu machen statt eine konservativen Behandlungsmethode zu wählen.

Also, es gibt einen Zusammenhang, aber ob dieser Zusammenhang jetzt durch die Transparenz gelöst wird, mag ich zu bezweifeln. Ich denke, der wirkliche Hebel liegt in dieser Vertragsfreiheit. Wir müssen uns überlegen, ob Chefärzte pro Operation bezahlt werden sollen, ob es sinnvoll ist, dass sie auch noch als Privatärzte arbeiten können aus der Abteilung oder wie gehen wir damit um? Dort sind sicher die interessanteren Hebel. Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): .Jetzt haben Sie etwa 15 Mal Transparenz gesagt, obwohl doch diese spezifische Berufsgruppe eine ganz spezifische Transparenz ist und nicht eine allgemeine Transparenz. Wie erklären Sie die Auswahl dieser spezifischen Berufsgruppe?

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich glaube, Transparenz sollte sich eben nicht auf Berufsgruppen begrenzen und ich habe es erwähnt, dass es eigentlich langsam immer üblicher wird, dass Unternehmen, die staatliche Leistungen erhalten, transparent sein müssen. Ich habe jetzt die Baselbieter Pensionskasse genannt, weil ich es dort gerade weiss. Oliver Bolliger hat Stiftungsräte genannt.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny möchte ebenfalls eine Zwischenfrage stellen. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Ich bin auch Präsident einer PK, ich erhalte aber keine staatlichen Gelder. Habe ich mich getäuscht und sollte ich vom Staat Gelder beziehen?

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich habe von der Baselbieter Pensionskasse gesprochen, dort gibt es natürlich einen gewissen Haftungseinfluss und wir führen sogar Gespräche mit dem Kanton.Wenn es eine Anbindung gibt an staatliche Unternehmen, dann macht Transparenz Sinn.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat sich Regierungsrat Lukas Engelberger gemeldet.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte Ihnen danken für die intensive Debatte, die ja auch viele allgemeine Themen der Gesundheitspolitik berührt hat und nicht nur die Lohnpolitik im engeren Sinn. Das nehmen wir natürlich auch mit als Kontext für die weitere Bearbeitung des Geschäfts. Ich bin auch dankbar dafür, dass sämtliche Rednerinnen und Redner Respekt geäussert haben für die Leistung der leitenden und Chefärztinnen und -ärzte in den Spitälern, die in unserem Kanton tätig sind. Ich glaube, das ist richtig, das hier zu betonen, nicht, dass allenfalls in der Öffentlichkeit ein falscher Eindruck entsteht, was mit so einer Motion allenfalls beabsichtigt wäre. Seitens des Regierungsrats darf ich gerne auch diesen Respekt für die grosse Arbeit unserer Ärzteschaft und überhaupt der derjenigen, die berufstätig sind im Gesundheitswesen betonen.

Der Regierungsrat nimmt die Motion entgegen für eine erste Prüfung. Wir tun das ergebnisoffen und ich möchte dazu nur ein paar Hinweise machen, ohne da schon bestimmte Erwartungen wecken zu wollen. Ich glaube, dass das Transparenzthema

eines ist, das berührt. Das sind immer kontroverse Debatten, auch hier wieder, und das hat eine gewisse auch philosophische Dimension. Man sagt oft, Transparenz sei grundsätzlich wichtig im öffentlichen Dienst. Ich glaube, das ist so korrekt. Wir fühlen uns dem natürlich auch grundsätzlich verpflichtet und sind es im eigenen kantonalen Rahmen ja auch aufgrund von Verfassung und Gesetz.

Wie aber Transparenz im Markt wirkt, ist eine andere Frage. Man hat ja mit grossem Aufwand die börsenkotierten Unternehmungen zu starker Transparenz verpflichtet und was wir sehen ist, dass insbesondere bei den CEO diese Transparenz eher Lohn treibend wirkt. Ich wage diese These, es ist vielleicht ein bisschen mit Gegenwind dagegen zu rechnen, aber die Transparenz, so viel glaube ich dürfen wir schon sagen, bei den grossen börsenkotierten Unternehmen hat nicht zu einer Mässigung ihrer Lohnpolitik auf der Chefetage auf breiter Front geführt. Bei dieser Aussage fühle ich mich einigermassen sicher. Wir werden aber dann natürlich auch überlegen können und müssen, wie im Spitalkontext das hier in Basel-Stadt dann zu beurteilen wäre.

Wir werden natürlich darlegen, wie sich das rechtlich präsentiert. Das ist zum Teil gestreift worden, ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, ich glaube, es ist das ÖSpG, das Gesetz über die öffentlichen Spitäler genannt worden. Das wäre nicht der Ort einer gesetzlichen Regelung, denn wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann wollen Sie ja sämtliche Spitäler mit Leistungsauftrag verpflichten und nicht nur die Anstalten, die eben dem Kanton Basel-Stadt gehören, und somit wäre dann nicht das ÖSpG der geeignete Ort, sondern wir müssten eine andere gesetzliche Grundlage finden.

Was mich ein bisschen erstaunt hat – ich sage Ihnen das offen – ist, dass niemand in der Diskussion den Kontext unserer gemeinsamen Spitalplanung mit Basel-Landschaft angesprochen hat. Sie evozieren das bei anderer Gelegenheit immer genüsslich und meinen, was da alles noch zusätzlich drinläge. Hier haben Sie das nicht bedacht. Ich glaube, wir sind unserer Zusammenarbeit mit Basel-Landschaft schon auch schuldig, dass wir bezüglich Lohntransparenz uns überlegen, ob ein kantonales Vorgehen Sinn macht oder ob nicht ein bikantonales Vorgehen dann allenfalls angezeigter wäre. Ich lasse es aufgrund des Hinweis bezüglich Redezeit bei diesen Bemerkungen, aber noch einmal, wir führen diese Diskussion gerne und berichten Ihnen dazu, wenn Sie uns den Auftrag dazu erteilen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Motionärin Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich kann nicht sagen, dass ich überrascht bin über den Widerstand. Ich habe damit gerechnet, aber die Heftigkeit gewisser Voten – von Pranger ist da die Rede – überrascht mich doch etwas. Auch ich will noch einmal, wie das jetzt gerade Regierungsrat Lukas Engelberger gesagt hat nochmals betonen, dass wir nicht die Leistungen der Ärzte und Ärztinnen in irgendeiner Form bestreiten oder schmälern wollen, noch wollen wir ungebührliche Lohnbezüge unterstellen, noch wollen wir irgendjemandem etwas wegnehmen, es geht auch nicht um einen Eingriff in die Vertragsfreiheit. Diese ist nicht tangiert, wenn der Arbeitgeber Transparenzvorschriften hat.

Zu dem was Regierungsrat Lukas-Engelberger am Schluss gesagt hat wegen Basel-Landschaft, so haben wir das in der Motion ausgeführt. Tatsächlich wäre es wünschbar, wenn Basel-Landschaft dieselbe Regelung erlassen würde. Sollte dies aber nicht gelingen, dann ist es möglich vorzugehen wie im Beispiel Bern, das auch ausserkantonale Spitäler hat, in seinem Gesetz aber nur für die Vertragsspitäler legiferiert hat, die auf seinem Grund liegen. Was wir ja sicher nicht können, ist legiferieren über Spitäler Spitäler auf der gemeinsamen Spitalliste, die im Kanton Basel-Landschaft liegen. Aber selbstverständlich, und das ist auch der Wunsch der Motionärinnen und Motionäre, wäre es gut, wenn eine ähnliche Regelung dann auch in Basel-Landschaft erlassen werden könnte.

Dann verstehe ich nicht, warum eine Transparenz Misstrauen schaffen soll, Lorenz Amiet, ich würde sagen im Gegenteil. Ich glaube auch nicht, dass das individuelle Patientenverhältnis, Patientinnenverhältnis zum Arzt von dieser Transparenz abhängt. Ich werde meinem Arzt nicht mehr und nicht weniger vertrauen, wenn ich eine Ahnung habe, immer wohlgemerkt, es wird ja anonymisiert, ich werde auch weiterhin nicht wissen, was genau mein Arzt verdient. Aber das individuelle Arzt-Patienten, Ärztin-Patientinnenverhältnis wird nicht davon beeinflusst, wohl aber das Vertrauen in das Spital als Institution, auch das politische Vertrauen.

Ja, ich bin schon der Meinung, Transparenz ist ein Wert für sich. Wer einen fairen, seinen Leistungen angemessenen Lohn bezieht, der kann davon ja nur profitieren, gerade auch gegen allfällige Neider. Und genauso die Spitäler selbst, weil Transparenz doch per se auch hier vertrauensfördernd ist und auch eine sachliche Diskussion erleichtert, wenn man eben weiss, wovon man spricht und sieht, was was die Durchschnittszahlungen sind.

Es wurde verwiesen auf das Aktienrecht. Regierungsrat Lukas Engelberger hat jetzt die These in den Raum gestellt, das habe dort lohntreibend gewirkt. Davon ist mir nichts bekannt. Es ging ja darum, Auswüchse zu verhindern und ja, es ist sicher so, diese Motion ist kein Allerweltsheilmittel gegen die Steigerung der Gesundheitskosten. Es könnte aber ein Puzzlestein des Ganzen sein, um hier eine sagen wir präventive Wirkung auf Auswüchse zu haben.

Ein Spital ist keine gewinntreibende Aktiengesellschaft wie Banken etc., aber sie bewegen sich in einem regulierten Markt, wie gerne gesagt wird, und hier sind wie alle Stakeholder, die Patientinnen und die Patienten, die Prämienzahlenden, die Allgemeinheit, und daher scheint mir ein Anspruch auf Transparenz einfach nichts als recht und billig. Diese Transparenz bezieht sich auch im Aktienrecht nicht auf jeden Prokuristen, jede Prokuristin, sondern eben auf die höchsten bezahlten Löhne. Im Übrigen hätten wir nichts dagegen, wenn auch die anderen veröffentlicht würden. Ich glaube nicht, dass der Kanton Bern ein linker Neider-Kanton ist und bitte Sie, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen.

Beat K. Schaller (SVP): Nehmen wir an, die Zahlen liegen vor. Was werden sie konkret unternehmen aufgrund dieser Zahlen?

Christine Keller (SP): Sehe ich als Politikerin, dass eine Lohnbandbreite konkret deutlich über einer Million liegt, dann könnte es sein, dass das weitere Aktionen politischer Natur zur Folge hat.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Was sollen wir tun, wenn es uns gelingt, eine internationale Koryphäe auf einem medizinischen Fachgebiet nach Basel zu holen und diese Person möchte nicht, dass ihr Salär transparent ist?

Christine Keller (SP): Wenn diese Person überzeugt ist davon, dass sie gut ist und den Lohn erhält, den sie verdient, dann sehe ich nicht ein, warum sie das nicht wollen sollte. Wie gesagt, wir sind da nicht die einzigen, die das machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006747, 11.06.25 11:24:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 49 gegen 44 Stimmen.

15. Anzug 1 Thomas Widmer-Huber und Daniel Hettich betreffend grössere Unabhängigkeit von Kanton und Gemeinden bei der Festlegung der Steuerbelastung ihrer Steuerpflichtigen

[11.06.25 11:24:38, 25.5175.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Wir von der BastA möchten diesen Anzug nicht überweisen. Wir sind der Ansicht, dass Riehen genug Möglichkeiten hat, seine Finanzlage wieder in den Griff zu bekommen, ohne am Verhältnis zum Kanton zu schrauben.

Riehen ist ja bezüglich Gemeindesteuer voll autonom und hätte sein Defizit mit einer Erhöhung der Gemeindesteuern ausgleichen können. Oder Riehen hätte sein angehäuftes Vermögen stärker einsetzen können, denn ist eine sehr reiche Gemeinde. Und sogar bei den Gebühren sehen wir Möglichkeiten, die für uns prioritär zu ergreifen wären. Wenn wir zum Beispiel uns bewusst wären, dass die Einwohnerparkkarten in Riehen ganze 40 Franken für fünf Jahre gekostet, dann gäbe es hier nicht nur Spielraum, sondern zwingender Handlungsbedarf.

Dieser Anzug erweckt bei uns den Eindruck, dass Riehen einfach immer das Beste für sich herausholen möchte und das finden wir nicht richtig. Dass ein paar bürgerliche Grossräte und Grossrätinnen aus Riehen die Steuersenkung für Basel-Stadt nicht überwiesen haben, ist für uns keine ausreichende Begründung, um nun an den geltenden Regelungen der Besteuerung etwas zu ändern. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wie im Anzug kurz kurz dargelegt, führt die heutige Regelung dazu, dass die kommunalen Steuereinträge in den Landgemeinden stets in Abhängigkeit mit der Ausgestaltung des kantonalen Steuertarifs stehen. Die Diskussionen, das wurde vorher angeschnitten, hier im Rat haben gezeigt, dass es dazu Massnahmen und Änderungen braucht, um die jeweilige notwendige Autonomie in der Beeinflussung dieser jeweiligen Steuerbelastung in Zukunft zu gewähren. Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Anzugsteller ist abwesend. Deshalb kommen wir gleich zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 7 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006750, 11.06.25 11:27:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zur überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 72 gegen 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

16. Anzug 2 Anina Ineichen und Konsorten betreffend logopädische Versorgung auf Sekundarstufe II

[11.06.25 11:27:50, 25.5194.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zur überweisen.

17. Anzug 3 Pascal Pfister und Konsorten betreffend eine Vereinfachung der Steuererklärungen

[11.06.25 11:28:12, 25.5195.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zur überweisen.

18. Anzug 4 Michael Graber und Konsorten betreffend Kennzeichnung von Rollstuhlzugänglichkeit bei Trams

[11.06.25 11:28:33, 25.5197.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zur überweisen.

19. Anzug 5 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend «Wie geht’s den jungen Männern in Basel-Stadt?»

[11.06.25 11:28:57, 25.5198.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zur überweisen.

20. Anzug 6 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend bessere Lösungen für Teilzeitarbeitende in der PKBS

[11.06.25 11:29:21, 25.5201.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Ich stehe schon zum zweiten Mal heute Morgen hier vorne und wieder geht es um Privilegien für Kantonsangestellte. Ich habe den Vorstoss gelesen und war zuerst einmal erfreut, denn das ist ja eigentlich eine Sache, die wir alle gut finden. Es ist ein anerkanntes Problem, dass die Teilzeitangestellten schlechter versichert sind und schlechter für ihr Alter vorsorgen können und ihr Altersguthaben ansparen können. Jedoch ist es auch hier es wieder eine Sache, die wir ganzheitlich, national anschauen sollten. Es ist schon interessant, es ist genau das, was in der Reform im September in der BVG-Reform enthalten war. Und statt dass die Vertreter der SP hier jetzt einen Vorstoss auf kantonaler Ebene für Kantonsangestellte, wieder nur Kantonsangestellte, machen. Ja, ich weiss, es geht nur für diese und man kann es hier nur für lancieren und fordern. Aber statt dass man hier so einen Vorstoss einmal mehr lanciert, hätten die Vertreter der SP lieber diese BVG-Reform unterstützt, die genau diese Senkung des Koordinationsabzuges beziehungsweise der Eintrittsschwelle gefordert hätten. Und dann hätten wir dieses Problem hier nicht mehr und dann wäre es ganzheitlich gelöst und nicht nur wieder für die Kantonsangestellten. Es ist etwas, das wir ganzheitlich auf nationaler Ebene anschauen müssen, denn es ist ein Problem für alle und nicht nur für die Kantonsangestellten.

Das heisst grundsätzlich sind wir hier eigentlich erfreut, weil es ein Anliegen ist, das wir anerkennen. Es ist ein Problem, das wir hier lösen müssen. Wir müssen es aber auf nationaler Ebene lösen und wir müssen schauen, dass der Kanton hier nicht immer diese Standards setzt. Ja, ich widerspreche hier Julia Baumgartner, die mir beim vorherigen Traktandum gesagt hat, der Kanton müsse Standards setzen. Nein, das muss er nicht. Er muss schauen, dass er hier nicht den KMU der Privatwirtschaft davonrennt, indem er immer diese Standards setzt.

Ein Punkt bezieht sich auf die Behauptung, viele Pensionskassen hätten eine tiefere Eintrittsschwelle. Bei den über 1'000 Pensionskassen, die es in der Schweiz gibt, muss ich schon sagen, bei den Arbeitgebern ist es immer noch Standard, dass man sich an diese Eintrittsschwelle, die im Gesetz festgehalten ist, hält. Also hier müssen wir schon schauen, dass nicht wieder eine unterschiedliche Behandlung angestrebt wird. Streben wir diese Lösung gerne auch gemeinsam auf nationaler Ebene an. Sie haben Vertreter des Kantons im nationalen Parlament, dann lösen wir das auf dieser Ebene, dann gilt es auch für alle und dann ist es eine zufriedenstellende Lösung. Wir bitten Sie deshalb, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:*Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Haben Sie denn den Eindruck, dass die Fraktion ihrer Partei im Bundeshaus einer isolierten Senkung des Koordinationsabzuges tatsächlich zustimmen würde?

Laetitia Block (SVP): Da ich nicht in diesem Parlament sitze, kann ich nicht sagen, was die Fraktion sagen würde. Ich denke, es ist ein anerkanntes Problem, dass Teilzeitangestellte besser versichert werden müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Meine Vorsprecherin hat einiges schon ausgeführt, was diese BVG-Reform betrifft. Die Diskussion wird wahrscheinlich noch weitergehen. Ich möchte nur noch einen Aspekt hier erwähnen. Wir reden immer von diesem Fachkräftemangel hier in der Stadt, von der mangelnden Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber. Ich bin nicht ganz sicher, ob das wirklich ein Punkt ist. Wir sehen das auch, wenn wir ein bisschen auf die Arbeitslosenquote schauen in Basel-Stadt, diese liegt deutlich über 4 Prozent. Wir liegen mittlerweile auch einen Prozentpunkt über dem schweizerischen Durchschnitt. Also ich glaube, wir müssen eher bei unserer Standortattraktivität ansetzen und nicht dauernd versuchen, die Personalkosten bei der Verwaltung zu erhöhen und damit auch das Gewerbe zu konkurrenzieren. Viele kleinere Firmen, wo eben auch Teilzeitleute arbeiten, können sich das einfach nicht leisten, und dann sind wir am Ende eben wieder bei der Arbeitslosenquote, die sich nicht so gut entwickelt. Ich denke, wir müssen damit aufhören, dauernd unsere Personalkosten zu erhöhen und die Privatwirtschaft zu konkurrieren. Daher ist die FDP auch dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Die bestehende Eintrittsschwelle bedeutet, dass Person mit einem tieferen Einkommen, etwa durch Teilzeitarbeit und Kleinstpensen keinen Anspruch auf berufliche Vorsorge. Beide PKBS haben. Für viele und in der Realität meist immer noch weibliche Angestellten mit kleineren Pensen bleibt so ein grosser Teil der Erwerbsbiografie ohne berufliche

Vorsorge. Das bedeutet langfristig Altersarmut und finanzielle Abhängigkeit, insbesondere bei Personen, welche Care Arbeit leisten und deshalb nur reduziert arbeiten.

Wer bei mehreren Arbeitgeber:innen Teilzeit arbeitet, kann bei jeder Anstellung unter die Eintrittsschwelle fallen, selbst wenn das Gesamteinkommen hoch genug wäre. Für mehrfach Angestellte bedeutet das, dass eine unverhältnismässig geringe Vorsorgeleistung im Verhältnis zum Gesamteinkommen besteht, was eine strukturelle Benachteiligung mit sich bringt. Und da hat der Kanton Basel eben eine besondere Verantwortung als Arbeitgeber, insbesondere was Chancengleichheit, soziale Absicherung und faire Arbeitsbedingungen betrifft. Basel-Stadt kann mit einer solchen Reform seine Verantwortung wahrnehmen und positive Impulse setzen, auch für eine nationale Debatte, ähnlich wie es in anderen Fragen, zum Beispiel mit dem Gleichstellungsgesetz, das jetzt gleich in Kraft tritt oder mit einem Mindestlohn schon geschehen ist.

Und Nein, wir müssen dafür nicht auf eine nationale Reform warten. Diese braucht Zeit, ist politisch schwerfällig, wird wohl kaum unterstützt durch die SVP-Fraktion im nationalen Parlament und dieses Problem können wir hier lokal lösen. Wir können es angehen, um soziale Sicherheit zu schaffen, um Altersarmut zu bekämpfen. Wenn dann das Argument kommt, kleine Unternehmen könnten sich das nicht leisten, so kann ich entgegnen, wir von BastA sind bei einer Pensionskasse, die eine tiefere Eintrittsschwelle hat, um unsere Parteisekretärin zu versichern und ich denke, das ist durchaus möglich. Es ist bezahlbar. Es ist wichtig, dass gerade der Kanton hier einen Schritt vorwärtsgeht und diese Anpassung vornimmt. Wir hätten diesen Vorstoss auch als Motion begrüsst und unterstützt und unterstützen ihn selbstverständlich auch als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ist Ihnen bewusst, dass es die Linke war, die die BVG-Reform bekämpft hat, die genau diese Punkte für alle BVG-Versicherten vorgesehen hat?

Nicola Goepfert (BastA): Es ist doch sehr scheinheilig, jetzt damit zu kommen, wenn diese Anpassung unterstützt wird, dann soll sie jetzt unterstützt werden, und wenn nicht, dann seien Sie so ehrlich und sagen Sie, Sie wollten das nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Vielleicht eine Vorbemerkung: Falls es die Bürgerlichen vergessen haben, die BVG-Revision wurde nicht bachab geschickt wegen der Senkung des Koordinationsabzugs und der Eintrittsschwellen, sondern aufgrund der Tatsache, dass man mit dieser Revision, obwohl man mehr einbezahlt hätte, am Ende des Erwerbslebens weniger Rente erhalten hätte. Das vielleicht als kurze Erinnerung.

Das BVG ist eine Mindestlösung. Das ist ein absolutes Minimum und es steht allen Pensionskassen frei, darüber hinauszugehen. Ich vergleiche uns natürlich nicht mit den schlechtesten Pensionskassen, die es gibt in diesem Land, sondern schaue mir eine BVK an, die grösste Pensionskasse in unserem Land. Sie hat eine Eintrittsschwelle bei 15’000. Die PKBL, also die Pensionskasse des Kantons Basel-Landschaft, hat ebenfalls eine Regelung für Teilzahlmitarbeitende, der Bund hat sogar gar keine Eintrittsschwelle. Und dann gehen wir noch kurz in die Privatwirtschaft. Auch die Novartis hat eine Pensionskasse, die eine Eintrittsschwelle relativ zum Einkommen vorsieht. Noch ein anderes Beispiel, auch die Stiftung Abendroth sieht vor, dass es eine tiefere Eintrittsschwelle geben soll.

Ich glaube, hier geht es nicht mehr darum, dass der Kanton eine Vorbildsfunktion hat, sondern dass wir gleichziehen mit Pensionskassen, die uns ähnlich sind.

Hanna Bay (SP): Mit Blick auf den kommenden Frauenstreik: Schlechte PK-Lösungen führen zu Altersarmut und Altersarmut ist noch immer weiblich. Frauen haben ein doppelt so hohes Risiko, im Alter arm zu sein. Sie haben insgesamt einen Drittel weniger Renten, bei den Pensionskassen sind es rund 60 Prozent tiefere Renten. Das sind Tatsachen. Das sind Zahlen, die wir uns zu Gemüte führen müssen und bei denen wir uns fragen müssen, welche Verantwortung wir wahrnehmen. Gehen wir mit gutem Beispiel voraus, schliessen wir diese Vorsorgelücke und überweisen wir diesen Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprechen ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Es wurde ein Problem erkannt und ein Ansatz zur Lösung präsentiert. Wir haben einen Spielraum, der genutzt werden kann oder auch nicht. Aus Sicht eines sozialen Arbeitgebers müssen wir diesen Spielraum nutzen, wir müssen ihn auch nutzen, um ein attraktiver Arbeitgeber oder eine attraktive Arbeitgeberin zu sein. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Wir müssen nicht immer das Mindeste machen, sondern dürfen darüber hinausgehen, gerade als Kanton mit hohem EL-Anteil. Ich möchte doch daran erinnern, dass wenn wir bei den Teilzeitarbeitenden schlechte Bedingungen schaffen, wir das später wieder bezahlen über die EL.

Die Fraktion GRÜNE/jgb ist für Überweisen des Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich bin jetzt einfach ein wenig erstaunt. Der Hauptgrund, warum wir diesen Anzug entgegennehmen ist, dass Sie eine Regelung für sich gemacht haben mit einer tieferen Eintrittsschwelle für sich, für alle Grossräte hier. Und ich weiss nicht, wie ich das dem Kantonspersonal erkläre. Daher finde ich das jetzt absolut gerechtfertigt, zu überprüfen, wie das für das Personal ist.

Aber wenn Sie mir jetzt heute sagen, Sie seien aus einem bestimmten Grund privilegiert, dann ja gut, dann ist das so. Also wenn einen Grund gibt, warum das bei Ihnen so sein muss und beim anderen Personal nicht, dann sagen Sie mir das. Das können wir dann gerne diskutieren. Aber ich muss sagen, ich hatte schon Fragezeichen, als Sie das gemacht haben. Es liegt ja nicht an mir, an der Regierung hier zu kritisieren. Sie dürfen für sich Entschädigungen und PK-Regelungen treffen, die Sie möchten. Sie sind sogar zu einer anderen PK gegangen. Daher bin ich jetzt etwas erstaunt über diese Diskussion. Dies nur so als kleiner Hinweis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich habe auch schon eine ganz andere Meinung gehabt als Regierungsrätin Tanja Soland und ich habe daher ganz gespannt zugehört, und ich bin ich total ihrer Meinung. Ich habe genau das Gleiche sagen wollen. Es ist absolut richtig, wir haben hier drin geredet, wir haben das dort schon eigenartig gefunden. Für uns haben wir uns das Schnäppchen zugestehen wollen, aber für das Staatspersonal wollen wir das nicht. Das ist sehr komisch.

Es ist ein Anzug. Ich habe während 40 Jahren bei der Pensionskasse gearbeitet, und die Teilzeitarbeitenden sind tatsächlich immer zwischen Stühle und Bank gefallen. Das ist auch der Grund, warum heute viele junge Menschen, oft aus dem linken und grünen Lager, sagen, die armen Frauen hätten zu wenig Renten im Alter. Es ist nicht aus dem Grund, dass es für sie da irgendeine Strafe gäbe, sondern es liegt tatsächlich und fast einzig und allein an der Tatsache, dass die tiefen Löhne in der Pensionskasse keinen Platz gefunden haben. Und weil halt viele Frauen Teilzeit gearbeitet haben, haben sie tatsächlich weniger Rente. Und das ist sicher stossend.

In der Privatwirtschaft kann das jede Firma für sich selber entscheiden, zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und kann dort bessere Lösungen anbieten. Das kostet aber auch etwas. Jeder Mitarbeiter zahlt dann auch seinen Teil daran. Und beim Staat soll das nicht funktionieren können. Das wäre tatsächlich ungerecht. Und darum bitte ich Sie ausnahmsweise aus einem ganz anderen Lager, diesen Anzug von Claudio Miozzari anzunehmen und zu hören, was unsere Verwaltung dazu meint.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zum Anzugsteller Claudio Miozzari.

Claudio Miozzari (SP): Vielen Dank für die Debatte und auch für die Unterstützung von Alex Ebi, die mich natürlich sehr freut. Latizia Block, Sie haben zu Recht gesagt, dass die Eintrittsschwelle bei den meisten Pensionskassen auf dem gesetzlichem Niveau Standard ist. Was Sie aber nicht gesagt haben, ist, dass das Überobligatorium in unserer Altersvorsorge mittlerweile ebenso Standard ist. Also es wird Ihnen fast jede Pensionskasse anbieten, dass Sie diese Eintrittsschwelle auch tiefer wählen können. Wir haben mehrere Beispiele gehört. Wieso sind wir bei der BVK gelandet? Ja genau, weil sie eine tiefere Eintrittsschwelle anbietet und was die PKBS eben nicht macht, und weil die tiefere Eintrittsschwelle unserer Erwerbsrealität eben erst gerecht wird.

Hanna Bay hat weitere Beispiele genannt, die wiederhole ich jetzt nicht alle, aber ich möchte noch auf eines eingehen. Das ist die UWP Sammelstiftung, die der Gewerbeverband bei jeder KMU News bewirbt. Bietet also die vom Gewerbeverband propagierte Partnerin für unsere KMU Vorsorgepläne mit einer tieferen Eintrittsschwelle an? Natürlich, das kann eine sehr

sinnvolle Lösung sein, so die Auskunft, die ich da erhalten habe, dies übrigens ohne vorzugaukeln, dass ich mich um einen Anschluss meiner Firma bei der UWP interessieren würde.

Liebe Grossrätinnen und Grossräte, dieser Vorstoss bittet den Regierungsrat, im Rahmen der Massnahmen für die Steigerung der Arbeitgeberattraktivität zu prüfen, ob und wie die Geringverdienenden und Teilzeitarbeitenden und Personen in mehreren Arbeitsverhältnissen innerhalb der PKBS besser versichert werden können. Das ist eine sinnvolle und als Anzug bescheiden formulierte Idee, finde ich. Denken Sie daran, das hat Regierungsrat Tanja Soland gesagt, dass die Versicherung Ihres Grossratsverdienstes das beste Beispiel dafür ist, wie sinnvoll eine tiefere Eintrittsschwelle sein kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 30 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006756, 11.06.25 11:48:31]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 59 gegen 30 Stimmen.

21. Anzug 7 Oliver Thommen und Konsorten betreffend die langfristige Unterstützung der Ukraine

[11.06.25 11:48:45, 25.5203.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zur überweisen.

22. Interpellation Nr. 34 Eric Weber betreffend möglicher Terror-Anschlag in Basel während des Eurovision Song Contest, Schreiben des RR

[11.06.25 11:49:01, 25.5174.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat mir bereits erklärt, dass er mit der Antwort zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

23. Anzug Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend Behebung der Gefahrenstelle Gellert-Dreieck, Schreiben des RR

[11.06.25 11:49:27, 22.5465.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

24. Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR

[11.06.25 11:49:50, 24.5278.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Erster Fraktionssprecher ist Michael Hug für die LDP.

Michael Hug (LDP): Wir haben diesen Vorstoss an unserer Fraktionssitzung sehr ausführlich diskutiert und gerade mit Blick auf den Motionären Nicola Goepfert möchte ich kurz darlegen, weshalb wir zunächst eine Empfehlung auf Anzug in der Kreuztabelle hatten und jetzt für Abschreiben sind.

Grundsätzlich ist es so, dass gerade die LDP mit mehreren Vorstössen das Thema, dass die Polizeilöhne aber auch die Löhne für Staatsangestellte im Schichtbetrieb angehoben werden sollen, immer wieder vorbringt, mit zwei Vorstössen und auch mit vielen Interpellationen. Und es ist so, dass man aus dieser Überlegung aus auch das Ansinnen des Motionären Goepfert unterstützt hat und gesagt hat, es braucht vielleicht eine breitere Transparenz, was Löhne von Kantonsangestellten anbelangt. Das heisst, bei einer Erstüberweisung haben wir das Anliegen auch mitunterstützt aus diesem Grund.

Die Beantwortung der Regierung und die Einschätzung hat dann aber auch gezeigt, dass ein solcher Lohnvergleich extrem aufwändig ist und viel kostet. Und da bin ich selbst ein gebranntes Kind, weil ich warte immer noch auf einen öffentlichen Lohnvergleich der Polizistinnen und Polizisten im Vergleich mit den anderen Kantonen, die ja mehrfach gefordert wurde und bis jetzt immer noch nicht bekannt ist. Das könnte man immer noch fordern, wenn man dann auch den Nutzen davon sehen würde. Hier hat gerade in der Fraktion eine Diskussion darüber stattgefunden. Was ist das Ziel des Motionären und der Mitunterzeichnenden? Wenn es heisst, wir schauen, wie das Lohnniveau ist auch gegenüber der Privatwirtschaft, bietet das ja dann auch genau das Risiko aus einer liberalen Optik, dass dann einfach die Löhne noch angehoben werden sollen. Und da ist man nicht ganz einig und auch nicht einverstanden. Der Fokus bei unseren Forderungen lag immer darin, dass man vor allem die Angestellten bei den Rettungskräften, bei der Pflege und beim Schichtbetrieb anschauen soll und nicht generell alle Staatsangestellten noch besser stellen soll.

Dazwischen ist dann noch eine Ankündigung gekommen, dass man ja jetzt gewisse Vorstösse umsetzen möchte und generell das Lohnniveau bei den Kantonsangestellten anheben möchte. Das kommt ja sowieso in die Kommissionen und darum haben wir uns entschieden an dieser Stelle, diese Motion abzuschreiben. Aber man ist, wie ich es gesagt habe, auch für ein Gespräch und bietet die Hand für verbesserte Rahmenbedingungen und Arbeitsbedingungen für Staatsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Ich habe mich zuerst als Einzelsprecher gemeldet. Wir hätten die Diskussion abkürzen können, wenn ich mich richtig gemeldet hätte mit dem Fraktionsvotum, denn ich werde keinen anderen Antrag stellen als die Regierung.

Trotzdem möchte ich noch ein paar Worte dazu sagen. Den Bericht der Motion finde ich ehrlich gesagt etwas dürftig. Lohnanalysen seien gemäss Regierungsrat kein geeignetes Instrument, obwohl er gleich darauf sagt, dass er selbst

regelmässig Lohnanalysen durchführe und zumindest intern, da gehe ich mit Michael Hug einig, analysiert. Bei der Erstüberweisung fragte Regierungsrätin Tanja Soland dann, mit welchem Kanton überhaupt verglichen werden solle. Das scheint sie mit der Veröffentlichung des Lohnvergleichs von letzter Woche ja doch noch herausgefunden zu haben, am liebsten nämlich mit sämtlichen Kanton und anderen Städten unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten und dem generellen Lohnniveau.

In der Ankündigung von letzter Woche werden die Herausforderungen, welche ich bereits in meiner Motion formuliert habe, anerkannt: «Der Fachkräftemangel stellt den Kanton Basel-Stadt vor grosse Herausforderungen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch das Ausscheiden geburtenstarker Jahrgänge aus dem Arbeitsleben.»

Das Ergebnis heisst im Lohnvergleich aller Funktionen mit 25 Kantonen und 16 Städten ist, dass ein Handlungsbedarf bei den Einstiegslöhnen besteht. Diese sollen nun angepasst werden. Mit der Ankündigung erfüllt der Regierungsrat einen grossen Teil der Motionsforderung. Die Löhne wurden analysiert und Verbesserungen in die Wege geleitet. Vielen Dank dafür.

Was jedoch fehlt, ist ein Vergleich zwischen einzelnen Departementen. Bei diesem Punkt wird im Bericht etwas lapidar auf die einheitliche Lohntabelle verwiesen. Um gezielt aber nochmals auf diese Forderung einzugehen, werde ich einen neuen Vorstoss prüfen. Wie bereits angekündigt, werde ich für die vorliegende Motion keine weitere Behandlung fordern und akzeptiere den Antrag der Regierung, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich muss Ihnen wirklich sagen, die Situation ist, wie Nicola Goepfert es angetönt hat, wie sie ist. Wir wussten, dass wir an diesem Paket sind. Wir konnten das auch nicht in der Stellungnahme schreiben.Wir haben uns auf dieses Lohnmassnahmenpaket konzentriert. Ich glaube, die Diskussion kann wirklich in diesem Rahmen stattfinden. Daher bin ich erstaunt, dass Michael Hug sagt, er habe die Vergleiche nicht. Wir haben sie hoch geschaltet, zumindest die, die wir veröffentlichen dürfen.

Ja, die Antwort ist etwas dürftig. Sie haben gesagt, wir wissen jetzt, mit welchen Kantonen wir vergleichen. Aber wissen Sie, vergleiche ich mit Kantonen, vergleiche ich mit Privatwirtschaft, vergleiche ich unter dem Departementen? Das wird eigentlich gemacht und führt immer wieder zu Ärger, weil ich die Stelleneinreihung unterschreibe, die sehe ich alle, jeder will eine Lohnklasse mehr und dann heisst es, man müsse vergleichen, im BVD sei die Person auch noch in der Lohnklasse 15, aber nein, bei mir ist die Aufgabe viel wichtiger. Das ist immer eine riesige Diskussion. Es ist keine exakte Wissenschaft. Und man ist immer irgendwie unglücklich, weil man jemanden kennt, der weniger arbeitet oder tiefer eingereiht ist. Das ist so. Auch die Systempflege hat keine perfekte Gerechtigkeit hergestellt. Das werden wir wohl nie schaffen.

Aber ich glaube, es ist wirklich der Zeitpunkt, jetzt mit diesem Lohnmassnahmenpaket, welches Stephanie Eymann, Kaspar Sutter und ich vorgestellt haben, zu diskutieren, auch breit zu diskutieren. Wir haben Ihnen aufgezeigt, wo wir Handlungsbedarf sehen bei den Schichtarbeitenden und bei den Einstiegslöhnen. Die Einstiegslöhne sind überall bei unseren Mitarbeitenden sehr tief. Daher denke ich, bin ich auch froh, dass wir hier diese Motion auch nicht weiter überweisen müssen und diese Diskussion zuerst führen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde demnach kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die die Motion nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

Schluss der 18. Sitzung

11:59 Uhr

Protokoll

der 19. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 11. Juni 2025, um 15:30 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Patrick Fischer (SVP), Jérôme Thiriet (Grüne), Bruno Lötscher (die Mitte/EVP), Pascal Pfister (SP), Seyit Erdogan (SP), Lukas Faesch (LDP), Gabriel Nigon (LDP), Silvia Schweizer (FDP).

Verhandlungsgegenstände:

24. Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR 3
25. Interpellation Nr. 41 Gabriel Nigon betreffend Stand der Planungen für eine vom Grossen Rat verlangte Publikumssporthalle, Schreiben des RR 3
26.1. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend neues Massnahmenpaket Sauberkeit für ein sauberes Basel - die Zweite, Bericht des RR 3
27. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR 4
28. Interpellation Nr. 35 Michela Seggiani betreffend Förderung von Diversity-Zielen durch Anreize, Schreiben des RR 10
29. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Masterplan Elektromobilität, Schreiben des RR 10
30. Interpellation Nr. 47 Lukas Faesch betreffend Interpellation KI beendet das Ächzen über das Krächzen, Schreiben des RR 14
31. Interpellation Nr. 55 Alex Dill betreffend Umbau und Erweiterung Fernheizkraftwerk Volta: sind die hohen Industriebauten und eine Brennstoffanlieferung per LKW quartierverträglich, Schreiben des RR 15
32. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Freilaufareale für Hunde, Schreiben des RR 16
33. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Schaffung eines ambulanten gerontopsychiatrischen Dienstes für Basel-Stadt, Schreiben des RR 18
34. Interpellation Nr. 44 Oliver Bolliger betreffend Auslagerung der Margarethenklinik, Schreiben des RR 18
35. Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend Vereinfachte Erweiterung der Restaurations-Aussenflächen zur COVID-Prävention (Gastro-Parklets), Bericht des RR 18
36. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend Eifachs Uusestuehle für d'Baize und für uns alli, Bericht des RR 19
37. Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Begrünung der Innenstadt, Schreiben des RR 19
38. Interpellation Nr. 48 Michael Hug betreffend die Aufhebung von Parkplätzen an der St. Jakobs-Strasse zugunsten eines Velostreifens – Kommunikation, Nachtarbeiten und Auswirkungen auf das Quartier, Schreiben des RR 19
39. Interpellation Nr. 53 Sasha Mazzotti betreffend der Begrünung Baselstrasse zwischen Tramstation Riehen Dorf und Fondation Beyeler, Schreiben des RR 19
40. Interpellation Nr. 54 Alex Ebi betreffend Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung, Parkraumsituation im Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR 20
41. Interpellation Nr. 57 Brigitta Gerber betreffend Ergebnisse der Vorstudie zum Bahnknoten Basel durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) und parl. Reaktionen – Fragen zum Herzstück, Schreiben des RR 21

42. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg, Stellungnahme des RR 22
43. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Förderung der freiwilligen C02-Reduktion, Schreiben des RR 23
44. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa, Schreiben des RR 25
45. Interpellation Nr. 56 Raffaela Hanauer betreffend Umzug des Präsidialdepartements und allfälligen Chancen im Rathaus, Schreiben des RR 28
46. Interpellation Nr. 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache, Schreiben des RR 28

Beginn der 19. Sitzung

Mittwoch, 11. Juni 2025, 15:01 Uhr

24. Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR

[11.06.25 15:01:06, 24.5278.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Ich entschuldige mich für die Verzögerung, die Abstimmungsanlage beziehungsweise das Cotrolpanel hat gerade nicht funktioniert. Jetzt sollte es aber laufen.

25. Interpellation Nr. 41 Gabriel Nigon betreffend Stand der Planungen für eine vom Grossen Rat verlangte Publikumssporthalle, Schreiben des RR

[11.06.25 15:01:26, 25.5185.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellation wurde schriftlich beantwortet. Der Interpellant ist nicht anwesend. Die Interpellation ist somit erledigt.

26.1. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend neues Massnahmenpaket Sauberkeit für ein sauberes Basel - die Zweite, Bericht des RR

[11.06.25 15:01:54, 21.5645.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Bericht zum Massnahmenpaket zur Kenntnis zu nehmen und die Motion Joël Thüring und Konsorten als erfüllt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Sauberkeit in unserer Stadt ist ein wichtiges Thema, Littering hat negative Auswirkungen auf die Umwelt und es hat auch negative Auswirkungen auf die Kosten unserer Stadtreinigung. Es ist schlecht für das Image des Kantons und der Lebensqualität der Bevölkerung. Deshalb waren die Massnahmen und der Kampf gegen Littering immer auch schon das Ziel des Regierungsrates. Da wurde auch schon einiges getan in den letzten Jahren. Dies widerspiegelt sich auch in der Zufriedenheit der Bevölkerung im Bereich der Sauberkeit der Stadt. Die hat sich nämlich seit 2011 leicht verbessert. Heute ist ein grösserer Anteil sehr oder eher zufrieden mit der Sauberkeit in Basel-Stadt. Es sind dies fast 80 Prozent der Befragten.

Der Regierungsrat hat aber, wie er das immer tut und auch aufgrund der Motion Thüring, seine Strategie im Bereich des Litterings überarbeitet und aktualisiert. Sechs Handlungsfelder stehen im Fokus dieser Strategie. Es geht um die Vermeidung, die Entsorgung, die Sensibilisierung, die Repression, die Reinigung und die Organisation.Wir sprechen hier doch auch von Kosten, die es verursacht, nämlich von rund 9 Millionen Franken pro Jahr. Das sind die Kosten, um die Reinigung des Litterings zu vollziehen. Sie wissen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtreinigung leisten hier eine grosse Arbeit, auch sonntags, an den Wochenenden, um die negativen Auswirkungen des Litterings möglichst rasch zu beseitigen.

Wir möchten nicht hier investieren, denn da wird schon viel gemacht und da gibt es auch schon hohe Kosten mit diesen 9 Millionen Franken und die sollen sich gemäss Ziel des Regierungsrates im besten Fall senken, aber zumindest sich nicht

erhöhen. Deshalb sind hier und in dem Massnahmenpaket fokussierter auch auf die Bereiche Prävention und Repression. Präventionsangebote sollen gezielt eingesetzt werden, zum Beispiel Aschenbecher und Mistkübel dort ergänzen, wo sie auch wirklich gebraucht werden, denn das Programm der Abfallpädagog:innen möchten wir weiterführen und beibehalten und die bestehenden rechtlichen Vorgaben sollen konsequenter durchgesetzt werden, das heisst dort eingreifen, wo das Littering-Potenzial am grössten ist. Wir haben auch geschaut, wo es verwaltungsintern Verbesserungen in der Koordination gibt.

Im Bereich der Repression sollen zwei zusätzliche Vollzeitstellen im Bereich der Abfallkontrolle geschaffen werden. Diese sind im Amt für Umwelt und Energie angesiedelt und das gesamte Team der Abfallkontrolle soll in Zukunft auch das Fütterungsverbot bei den Tauben kontrollieren. Das ist eine Aufgabenerweiterung, was wir auch schon dargelegt haben in unserem Gegenvorschlag zur Stadttauben-Initiative.

Die Kosten finden Sie ausgeführt im Bericht, es sind 220’000 Franken pro Jahr. Das liegt in der Kompetenz des Regierungsrates. Das hat dieser beschlossen und deshalb müssen Sie heute diesen Bericht nur zur Kenntnis nehmen, weil wir kosteneffizient arbeiten und das innerhalb der Ausgabenkompetenz des Regierungsrates ermöglichen. Das ermöglicht neben dem Fütterungsverbot auch eine stärkere Präsenz auf der Strasse und ein direktes Ahnden von Littering. Die Polizei kann das auch, aber ja, die Polizei hat andere Sorgen im Hauptfokus und deshalb finden wir als Regierungsrat es richtig, dass hier die Kompetenzen der Apfelkontrolleurinnen und -kontrolleure erweitert werten. Und wir hoffen, dass dies auch durch die direkte individuelle Ansprache der Menschen die littern, einen Beitrag leistet, dass auch die soziale Kontrolle verstärkt wird und dass wir damit auch mehr Eigenverantwortung finden im Bereich der Stadtsauberkeit.

Der Regierungsrat möchte Sie bitten, diese neue Strategie, wie sie vorliegt, zur Kenntnis zu nehmen und die Motion entsprechend als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen und die Motion als erledigt abzuschreiben.

27. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[11.06.25 15:07:08, 24.5279.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Krankenkassenkosten sind eine grosse Herausforderung für alle Haushalte in unserem Kanton, insbesondere für Haushalte mit tiefen Einkommen. Wir haben auch in der Vergangenheit gesehen, dass es da zum Teil starke Anstiege gab, jährliche. In den letzten Jahren zwei Jahren konnten wir aber ein unterdurchschnittliches Wachstum im Kanton Basel-Stadt beobachten. Das ist erfreulich.

Hier ist sicher zu erwähnen die demografische Entwicklung. Diejenigen Kantone mit vielen Menschen in hohem Alter haben höhere Kosten, aber diese Differenz ist sich ja am Angleichen zwischen den Kantonen und das ist sicher ein wichtiger Grund, dass die Prämien weniger stark angestiegen sind. Andere Punkte sind das Angebot. Aber dazu möchte ich jetzt nicht näher eingehen, sondern wir sprechen heute über das Auffangen dieser Kosten, mit denen die Haushalte konfrontiert sind.

Der Kanton Basel-Stadt tut sehr viel in diesem Bereich. Er nimmt sehr viel Geld in die Hand für die Prämienverbilligungen. Für Menschen in der Sozialhilfe ist die Prämie bezahlt, bei der Ergänzungsleistung ist sie auch drin und bei den übrigen Haushalten kennen wir die individuellen Prämienverbilligungen, die wir auch jedes Jahr konsequent der Prämienteuerung anpassen. Also wenn die Prämien um 3 Prozent ansteigen, dann steigen auch die Beträge an, erhöhen wir die Beträge um 3 Prozent. Wir fangen also diese Steigerung auf.

Wenn man dann die Bruttokosten der gesamten Prämienverbilligung anschaut, also aus Ergänzungsleistung, Sozialhilfe und der reinen Prämienverbilligung, dann ist das doch seit ursprünglich 90 Millionen Franken im Jahre 2001 mittlerweile auf 220 Millionen Franken im 2024 angestiegen. Der Kanton Basel-Stadt nimmt also viel Geld in die Hand, um hier einen wichtigen sozialen Beitrag zu leisten.

Diese Verbilligung geschieht degressiv oder progressiv, je nachdem wie man schaut, aber der Grundsatz des Regierungsrates ist, dass Haushalte mit ganz tiefen Einkommen weniger als 10 Prozent zahlen müssen und dass es für Haushalte im Mittelstand höher ist. Aber der wichtigste Fokus liegt auf den Haushalten mit den tiefen Einkommen, weil dort ist es existenziell, dass der Kanton sich beteiligt an den Kosten.

Wir haben jetzt diese Motion Eberhard, die eine ziemlich komplette Umstellung des Prämiensystems fordert. Heute haben wir Klassen und in Zukunft soll ein Algorithmussystem mit diesen 10 Prozent fix, es darf auch weniger sein, das haben wir schon auch gelesen, aber im Grundsatz geht es zu einem linearen System. Die Kosten sind ganz unterschiedlich. Sie sehen die verschiedenen Varianten, je nach Ausgestaltung dieses Systems. Wenn wir es relativ restriktiv ausgestalten und keine Härtefalllösung machen, dann können wir sogar Geld sparen. Man müsste weniger Geld ausgeben für die Prämienverbilligung, und wenn wir die grosszügigste, die maximale Variante machen, dann reden wir von 170 Millionen Franken jedes Jahr an Mehrkosten zu diesen 220 bereits bestehenden. Also da lässt die Motion einen breiten Range der Ausgestaltung zu, aber das sind die Kosten.

Der Regierungsrat findet diese Kosten zu hoch. Das ist der eine Grund, weil es ja eine Härtefallregelung höchstwahrscheinlich braucht, weil ich davon ausgehe, dass auch die Motionärinnen und Motionäre nicht möchten, dass nach diesem Systemwechsel es Haushalte gibt, die weniger Prämienverbilligung bekommen. Das führt natürlich dazu, dass es Geld kostet. Der Regierungsrat lehnt auch die komplette Systemumstellung ab, weil heute ist die Prämienverbilligung mit ihren Einkommenskategorien auch Grundlage für ganz viele andere soziale Finanzierungssysteme, zum Beispiel die Tagesstrukturen in den Schulen, die universitäre Zahnklinik stellt darauf ab, die Tagesferien, all diese sozialen Finanzierungssystem werden mit diesem neuen System grundsätzlich auf den Kopf gestellt und müssten neu geregelt werden.

Und wie gesagt, wir möchten, dass der Prämienverbilligungsfranken möglichst bei den Haushalten mit tiefen Einkommen eingesetzt wird und nicht weit in den Mittelstand hoch geht. Denn der Mittelstand zahlt Steuern und würde durch die Prämienverbilligung wieder Geld zurückbekommen. Das wird dann sehr bald zu einem 1 zu 1-Transfer, der nicht viel Sinn macht.

Aus diesem Grunde schlägt Ihnen der Regierungsrat vor, die Motion als Anzug zu überweisen. Es gibt Punkte, die eine Prüfung nötig machen oder verdienen. Man kann zum Beispiel prüfen, ob es nicht zielgerichteter wäre, zusätzliche Einkommensklassen einzuführen. Wir haben mit der SV 17 bereits drei zusätzliche Einkommensklassen, also mehr vom Mittelstand, hineingenommen. Da kann man durchaus auch prüfen, ob weitere solche Einkommensklassen nötig sind, oder auch der Punkt der kalten Progression. Das ist heute im System noch nicht abgebildet. Wenn jemand rein aufgrund der Teuerung mehr verdient, kann es sein, dass er oder sie weniger Prämienverbilligung bekommt, obwohl sich real nicht viel ändert. Das ist der zweite Punkt, den wir, wenn Sie es als Anzug überweisen prüfen würden und Ihnen entsprechend berichten würden.

Also der Regierungsrat bittet Sie, die Motion Eberhard und Konsorten als Anzug zu überweisen.

Ismail Mahmoud (SP): Wir beantragen Ihnen die Weiterbehandlung als Motion und dies aus dem einfachen Grund, weil es eine relativ konkrete Forderung ist und in der Beantwortung uns eigentlich relativ wenig geboten wurde. Es wurde im letzten Satz gesagt, dass es denkbar wäre, einen Ausgleich bei der kalten Progression und zusätzliche Prämiengruppen zu schaffen. Wie viel und was genau ist nicht ganz klar. Und es wurde relativ ausführlich gesagt, warum diese 10 Prozent nicht gut wären.

Das Anliegen ist ganz konkret. Es geht also um diese 10 Prozent und es kommt ja nicht von ungefähr. Es gab ja eine Abstimmung, die national abgelehnt wurde, aber hier im Kanton, wo die Prämienbelastung so hoch ist, wurde sie angenommen. Es ist ja nicht so, als hätten wir diese 10 Prozent aus der Luft gegriffen.

Ich möchte schon noch an Regierungsrat Kaspar Sutter anschliessen. Wir haben ein gutes System. Wir haben wirklich ein gutes System. Wir haben ein schnelles System. Man muss nicht auf Steuerveranlagungen warten, es vergehen nicht mehrere Monate bis zur ersten Auszahlungen, man muss es nicht jedes Jahr neu beantragen. Das ist alles sehr, sehr positive wenn man vergleicht mit anderen Kantonen. Und natürlich bräuchte es eine Besitzstandesregelung. Es kann nicht sein, dass jemand, der jetzt von Prämienverbilligungen profitiert, danach weniger hätte. Aber auch im bestehenden Modell, in diesem Stufenmodell, wäre es möglich, die Beträge so anzupassen, so zu gestalten, dass diese 10 Prozent-Belastung für alle Haushalte gelten würde. Wir sehen das als möglich an. Und wir müssen doch endlich akzeptieren und realisieren, dass die Belastung einfach hoch ist in diesem Kanton. Mit dem müssen wir doch jetzt einfach arbeiten. Ich habe Ihnen zwei Beispiele mitgebracht, um das ein bisschen zu veranschaulichen.

Nehmen wir gern die höchste Gruppe, die Einkommensgruppe 22, gerade die letzte Gruppe, die noch Verbilligung erhält. Für einen Einpersonenhaushalt mit einem Monatslohn von etwa 4’100 Franken wird die Prämie um 17 Franken vergünstigt. Wenn wir die Durchschnittsprämie nehmen, dann sind das jetzt 674 Franken. Also noch einmal: 4’000 Franken ist der Lohn, 674 Franken beträgt die Durchschnittsprämie, diese wird um 17 Franken vergünstigt. Das bedeutet, dass diese Person, eine

junge erwachsene Person, die gerade die erste Anstellung hat, den ersten Lohn erhält, Freunde vom Studium her in Genf besuchen möchte, einfach eine Person im Leben, die bezahlt 16 Prozent Krankenkasse jeden Monat. Das ist einfach viel. Das ist wirklich viel Geld. Da muss man sich entscheiden, ob man jetzt irgendjemanden besuchen geht oder ob man die Krankenasse bezahlt.

Aber noch viel deutlicher wird es, wenn wir einen Vierpersonenhaushalt nehmen, zwei junge Erwachsene haben ein Haushaltseinkommen von 8'000 Franken pro Monat. Das klingt relativ gut. Vergünstigt wird 484 Franken, was bedeutet, dass die Belastung, die übrig bleibt, 23 Prozent sind. Einen Viertel muss diese Familie jeden Monat bezahlen. Das ist einfach viel Geld. Und ja diese Geschichte würde teuer werden. Das ist uns völlig bewusst. Aber die Krankenkassenprämien werden ja auch immer teurer. Es gibt einen Grund, warum das so ist. Und uns geht es einfach um die sozialen Teilhabe, um die Lebensqualität aller Menschen in diesem Kanton und um Gerechtigkeit.

Deswegen beantragen wir die Weiterbehandlung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich spreche auch für die Fraktion GRÜNE/jgb. Auch wir von BastA wollen diese Motion erneut als Motion dem Regierungsrat überweisen, denn wir sind davon überzeugt, dass nur mit einer Motion der Regierungsrat im Grundsatz mehr in Bewegung kommen wird und etwas Handfestes im Sinne der Motion entstehen kann. Ich gebe schliesse mich dem Votum meines Vorredners an, in Basel-Stadt wird sehr viel schon unternommen, um die Krankenkassenprämien zu vergünstigen, im Gegensatz vielleicht auch zu anderen Kantonen. Das ist so und es geht auch nicht so lange, das kann man sicher positiv erwähnen.

Nur bei einem Anzug ist die Gefahr gross, dass zu wenig Grundlegendes passiert. Und ist es nicht auch reine Symbolpolitik? Die Belastung der Krankenkassen ist für viele Menschen eine Realität. Zur Erinnerung, wie gesagt, die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt haben vor knapp einem Jahr die Prämienentlastungsinitiative wird etwas mehr als 54 Prozent angenommen. Der politische Wille, die Belastung bei den Krankenversicherungsprämien für die Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt zu senken, besteht also klar und deutlich. Und es ist klar, das wird was kosten.

Wir müssen Sie jetzt ein wenig zu nerven, trotzdem muss ich erwähnen, vielleicht auch nicht zum letzten Mal, dass, wenn wir in der Lage sind, ein Millionen hohes Standortförderpaket für die Konzerne zu schnüren, auch in der Lage sein sollten, die finanzielle Belastung durch die Krankenkassenprämien grundsätzlich anzugehen und zu senken. Die Prämienlasten und die selbst getragenen Gesundheitskosten sind für die Bevölkerung unseres Kantons, besonders auch für Familien mit mehreren Kindern sehr hoch und schon lange eigentlich nicht mehr verantwortbar. Viele wählen, und dies ist nicht nur freiwillig, eine hohe Franchise und verzichten auf notwendige Arztbesuche. Diese hohe Prämienbelastung betrifft also auch klar den Mittelstand.

In der Beantwortung des Vorstoss entsteht der Eindruck, dass der Regierungsrat nun ja mal so halb Lust hat, grundsätzlich an die Problematik der hohen Krankenkassenprämien heranzugehen. Mit dem Wunsch nach einem Anzug soll der Spielraum so gross wie möglich sein. Damit ist aber auch die Gefahr verbunden, dass sich nichts Wesentliches verändern wird und dies ist für uns aber eben der entscheidende Punkt. Gemäss der repräsentativen Umfrage der UBS Ende letztes Jahr sorgten sich 48 Prozent der befragten Personen in der Schweiz um den Gesundheitsbereich, insbesondere natürlich um die Krankenkassen und die Prämien. Dieser Bereich ist gegenüber dem Vorjahr nochmals um 8 Prozent gestiegen und liegt deutlich an der Spitze des schweizerischen Sorgenbarometers. Und auch im ersten Quartal dieses Jahr sind die Gesundheitskosten um knapp 5 Prozent gestiegen, was möglicherweise auf einen weiteren Prämienanstieg im folgenden Jahr schliessen lässt. Einfach weitermachen wie bisher ist nicht wirklich zielführend, nicht verantwortbar, geschweige für die Bevölkerung tragbar. In der Motionsbeantwortung steht, dass aufgrund der Tatsache, dass die Krankenkassenprämien über die Jahre stärker steigen als unsere Löhne, immer mehr Einkommensgruppen auf Prämienverbilligungen angewiesen sein werden und dies widerspreche dem gesetzlichen Auftrag, nur den Ärmsten die Krankenkassenprämien zu subventionieren. Aber meine Damen und Herren, das zeigt doch deutlich auf, wie absurd sich dieses Krankenkassensystem entwickelt hat und der beste Beweis dafür ist, dass es nur noch funktioniert, wenn die Prämien staatlich subventioniert werden. Ich frage mich, wie funktionsfähig eine solche Entwicklung noch ist, weil ich nicht davon ausgehe, dass wir ohne grundsätzliche Herangehensweise hier irgendwelche wirkungsvolle Hebel in die Hände kriegen.

Die Motion verlangt vom Regierungsrat Massnahmen zu ergreifen, um eine Deckelung der Prämienlast auf maximal 10 Prozent zu beschränken. Natürlich kann die Belastung auch unter 10 Prozent liegen. Es geht ja auch überhaupt nicht darum, linear auf 10 Prozent zu erhöhen und denjenigen Menschen, die über kaum Einkommen verfügen und an der Armutsgrenze leben, in Zukunft noch stärker zu belasten.

Die Antwort der Regierung auf jegliche Veränderungsbestrebungen im Sozialwesen scheint auch immer ein bisschen ähnlich und dieselbe. Das bisherige System sei super und gut austariert. Ja, es ist gut, bitte ja nicht daran rütteln. In der Praxis gibt

es aber durchaus Lücken und so gut aufeinander abgestimmt erlebe ich unser soziales System im Alltag nicht immer, was mitunter auch ein Grund ist für die Nichtinanspruchnahme dieser Leistungen.

Die Beantwortung hat aus Sicht der BastA definitiv noch zu wenig Fleisch am Knochen und deswegen müssen wir die Chance nutzen und die Motion verbindlich ein zweites Mal dem Regierungsrat überweisen. Nur so werden grundsätzlich Überlegungen und in Angriff genommen und kann die Prämienlast für viele Menschen mit der Zeit gesenkt werden. Besten Dank für die Überweisung als Motion.

Tobias Christ (GLP): Wir von der Fraktion GLP waren bei der ersten Überweisung uns da nicht ganz einig, aber ein grösserer Teil von uns, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, wollte sich gerne vom Regierungsrat berichten lassen zu der Situation der Prämienlast im Kanton, und in dem Sinne danken wir sehr für diesen Bericht und können direkt dem Antrag der Regierung gerne folgen, das als Anzug zu überweisen, so dass er genau in den beiden genannten Punkten schaut, welches der Handlungsbedarf ist und was man allenfalls am bestehenden System verbessern könnte, ohne gross ins System einzugreifen. Das heisst, dass die Problematik der kalten Progression anzuschauen wäre, was sehr in unserem Sinn ist, dass man da eine gute Lösung findet, oder auch vielleicht schauen, ob es zusätzliche Stufen braucht. Es darf auch ein bisschen mehr Geld kosten, aber sicher nicht dem Bereich, wie wenn man die grosszügigste Variante wählt mit zusätzlichen Kosten von 170 Millionen Franken. Das wäre ganz sicher nicht in unserem Sinne. Das heisst, wenn die Motion überwiesen würde, hoffe ich auch sehr, dass es dann nicht in diese Richtung geht.

Grundsätzlich noch zur Systematik. Das Anliegen, dass man sagt, dass insbesondere auch der Mittelstand zu stark durch die Prämien belastet ist, kann man nicht wegdiskutieren. Ich meine das das ist ein Problem und das sehen wir Grünliberalen natürlich auch. Überhaupt die Belastung des Mittelstands ist ein wichtiger Punkt für uns. Aber wir glauben nicht, dass hier der richtige Ort ist, um dieses Problem zu korrigieren. Es wäre ein bequemer Ort, man könnte quasi dieses System der Prämienvergünstigungen nutzen dafür, das verstehen wir schon, aber eigentlich wäre es aus unserer Sicht auch richtiger, dass man dann eher bei der Steuerbelastung ansetzen sollte, dass dies eigentlich vom System her besser passen würde.

Grundlegend stehen wir Grünliberalen auch auf nationaler Ebene hinter dem aktuellen Krankenkassensystem. Was die Motion fordert sind letztendlich einkommensabhängige Prämien, nur kann man das leider systembedingt nicht durchziehen bis zu den hohen Einkommen, weil das die nationale Gesetzgebung nicht hergibt. Wenn es jetzt darum ginge, das auf nationaler Ebene einzuführen, weiss ich nicht, was die GLP dazu sagen würde. Ich könnte mir vorstellen, dass sie mindestens zu Diskussionen bereit wäre. Ich persönlich mindestens fände das durchaus einen gangbaren Weg, obwohl das bis jetzt in der Vergangenheit nicht mehrheitsfähig war in der Schweiz. Aber wer weiss, was die Zukunft bringt.

In dem Sinne verstehen wir das Anliegen, wir glauben, es ist eine gute Idee, im Detail zu schauen, ohne das System zu ändern. Deshalb gerne als Anzug überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich habe aufmerksam zugehört, was Regierungsrat Kaspar Sutter gesagt hat und das hat mich gefreut. Er hat schon fast als Säckelmeister hier gesprochen. Ich glaube, er hat sich auch mit dem Finanzplan auseinandergesetzt, wie wir uns in Zukunft entwickeln, und sich da auch die Frage gestellt, ob wir bis zu zusätzlich 170 Millionen Franken wirklich leisten können. Er hat die Frage mit Nein beantwortet. Ich glaube, wir müssen Sie alle mit Nein beantworten.

Ich glaube, wir müssen schon aufpassen, was wir hier dauernd immer neues zusätzliches Geld ausgeben. In den letzten Monaten, glaube ich, haben wir 60 oder 70 Millionen Franken ausgegeben, die zusätzlich jedes Jahr dazukommen, und wir haben einen Finanzplan, der im 2028 mit 40 Millionen negativ dasteht. Also ich weiss schon nicht, wo das Geld dauernd herkommt. Und wenn ich das anschaue, wollen Sie einer vierköpfigen Familie mit einem Nettoeinkommen von 200’000 Franken noch eine Prämienverbilligung geben. Ich meine, die werden sich wahrscheinlich noch freuen, wenn sie das Geld bekommen, aber ich glaube, wir gehen schon in eine Richtung, bei der ich nicht weiss, ob das noch sozial oder gerecht ist. Und vor allem eben auch als Ökonomen müssen wir uns schon die Frage stellen, wie wir das finanzieren wollen.

Darum ist die FDP nicht für den Antrag, sondern für Abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Es wurden jetzt schon sehr viele wichtige Argumente genannt, in beide Richtungen, weshalb man das Anliegen unterstützen soll, weshalb man es vielleicht als Anzug überweisen soll oder vielleicht gar nicht überweisen soll. Die Fraktion der LDP ist es dafür, das bleiben zu lassen und die Vorlage nicht weiter zu überweisen.

Ein Grund ist sicherlich der, dass das System momentan sehr austariert funktioniert. Die Einkommenschwächsten werden substanziell unterstützt, bis zu 100 Prozent der Prämien können übernommen werden, in einem Fall, wo dies auch sinnvoll erscheint.

Die angestrebte Lösung mit den 10% führt zu einem anderen Effekt. Es wurde schon genannt, geht es so weiter und die Löhne steigen schwächer als die Prämien, führt das natürlich eben dazu, dass man am Ende einfach in eine komische Situation gerät, dass man dann quasi immer weiter diesen Mechanismus hier aushöhlt und ganz viele zusätzliche Personengruppen dann von diesen Prämienentlastungen profitieren. Das kostet sehr viel mehr, das haben wir gehört, und es ist auch so, viele Personen brauchen diese Unterstützungen dann gar nicht. Wie gesagt, der LDP ist es wichtig, die ganz schwächste Einkommensgruppe substanziell zu unterstützen.

Da muss man schon auch noch betonen, dass wir gerade eine Steuererleichterung hatten, die die Abzüge auch ausgedehnt hat, das heisst, es gibt schon eine Verbesserung der Situation. Hinzu kommt dann, dass die Beiträgeim Parlament auch erhöht wurden. Basel-Stadt, das steht auch im Bericht der Regierung, ist einer der wenigen Kantone, die auch automatisch die Prämiensteigerungen mitträgt und entsprechend die Beiträge auch erhöht, was sehr sinnvoll ist. Wir warnen einfach an dieser Stelle, dass man jetzt mit dieser 10%-Regelung starr einen Effekt hat, der komplett über das Ziel hinausschiesst.

Was ich auch spannend finde, ist die Kostensensibilität. Die Prämien steigen kontinuierlich, was die LDP auch stark beunruhigt. Es gibt Situationen, wo das Einkommen des Mittelstandes im Durchschnitt bis zu 17% belastet wird. Aber wenn man das nun mit dieser Forderung regeln will, sieht man gar nicht mehr, was alles durch den Staat finanziert wird. Wir sind jetzt schon in einem System nach der letzten Steuerreduktion, wo extrem viele Personen keine Steuern mehr zahlen. Dann können sie die Krankenkassenprämien abziehen, bekommen Unterstützung durch Subjekthilfe bei den Wohnungen, bei den Krankenkassen. Wir erhöhen und erhöhen, und irgendwann können wir es uns nicht mehr leisten. Fokussieren wir uns doch darauf, dass wir die unterstützen, die es wirklich am nötigsten haben. Darum sind wir für Nichtüberweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin habe ich Melanie-Eberhard auf der Liste.

Melanie Eberhard (SP): Herzlichen Dank für die verschiedenen Voten und die Auseinandersetzung mit diesem Thema. Ich glaube, das zeigt auch, dass es ein wichtiges Thema ist. Die Belastung für die Menschen durch die Krankenkassenprämien in diesem Kanton sind hoch. Sie sind nicht bei einzelnen durchschnittlichen Menschen bei 17 Prozent, wie gerade vorhin gehört, sondern im Durchschnitt der Bevölkerung bezahlt diese 17 Prozent ihres Einkommens für die Prämien. Das ist wirklich ein sehr hoher Anteil und wir haben auch bei den Beispielen gehört, dass das gerade für Personen im unteren und im mittleren Einkommen eine sehr hohe Belastung ist und das auf Kosten geht von anderen sehr wichtigen Ausgaben, die sie tätigen müssen.

Jetzt haben wir auch einige Male gehört, dass es ein austrainiert System sei, ein gutes System sei. Das möchte ich auch gar nicht negieren. Dass ein Prämienanstieg auch mit einem Anstieg der Prämienverbilligung einhergeht, ist ein sehr wichtiger Mechanismus, den wir hier in Basel-Stadt haben. Das finde ich durchaus auch. Was ich aber dazu trotzdem noch ins Feld führen möchte, ist, dass damals, als das System eingeführt wurde, vorgesehen war, dass Familien eben rund 8 Prozent ihres Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden sollen. Heute sind wir bei 17 Prozent im Kanton Basel-Stadt. Das ist ein riesiger Unterschied und das führt vielleicht auch dazu, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen, dass es eben nicht das gute System ist. In diesem Sinn hat mich auch das Votum von Tobias Christ gefreut, der doch zumindest Sympathien für Überlegungen hat, diese Kopfprämien irgendwie zu überdenken und abzuschaffen. Das ist aber hier bei uns im Kanton Basel-Stadt nicht so einfach möglich und deshalb setzen wir entsprechend bei der Prämienverbilligung an.

Denn die Prämienlast, und das haben wir auch gehört, ist bei uns im Kanton immer noch sehr, hoch. Es belastet die Menschen sehr stark. Wir haben bei der ersten Überweisung vor ein paar Monaten verschiedene Beispiele gehört. Ich möchte einfach noch einmal die Zahlen hier nennen. 125 Franken pro Monat im Durchschnitt höher als im schweizerischen Durchschnitt, das macht im Jahr 1'500 Franken. Das ist doch sehr viel Geld, und deshalb ist hier im Kanton natürlich auch diese Belastung besonders hoch und dieses Anliegen so wichtig. In unserem Kanton, in unserem aktuell sehr gut situierten Kanton, haben wir eben auch sehr viele Menschen, die aufgrund dieser hohen Prämienlast leiden, und deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir uns auch als Grosser Rat dazu äussern und konkret dafür sorgen, dass es da Verbesserungen gibt.

Im letzten Herbst haben wir dann eben diese Motion ein erstes Mal überwiesen mit der Idee, an dieser Situation etwas zu ändern, und auch der Regierungsrat und in den meisten Voten davor wurde auch ausgeführt, dass diese Belastung anerkannt wird. Jetzt ist es nur so, dass in dieser Beantwortung eben wenig Handfestes ist, wenig Kreatives. Das einzige, was angeführt wird effektiv ist, dass es denkbar wäre, beispielsweise einen Ausgleich der kalten Progression oder die

Einführung zusätzlicher Prämiengruppen anzudenken. «Denkbar» ist halt eben einfach nicht genug. Die Situation ist schlimm für viele Menschen und ein «Denkbar» reicht mir nicht, reicht unsere Fraktion nicht bei so einem wichtigen Thema. Wenn diese Motion jetzt ein zweites Mal als Anzug überwiesen werden sollte, dann fände ich es doch auch aufgrund der verschiedenen Voten, die wir vorhin gehört haben, sehr wichtig, dass aus diesem «Denkbar» etwas mehr wird, dass der Regierungsrat diese prekäre Situation anerkennt und etwas daran ändert. Sollte es für eine Motion reichen, dann würde ich mich sehr freuen. Ich danke für die Unterstützung und hoffe, dass wir so etwas tun können für die Menschen in unserem Kanton.

Lydia Isler-Christ (LDP): Wir reden von Prämienverbilligungen. Im Alltag erlebe ich immer wieder in der Apotheke, dass Personen mit Prämienverbilligungen sich dafür eine Zusatzversicherung kaufen. Was ist Ihre Haltung dazu?

Melanie Eberhard (SP): Ich kenne diese Fälle nicht. Ich kenne die Fälle, die die höchste Franchise wählen, damit sie nicht die hohen Krankenkassenprämien bezahlen müssen und dann auch auf den Arztbesuch verzichten. Das finde ich das grosse Problem, das wir hier im Kanton haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für diese Diskussion um dieses wichtige sozialpolitische Thema. Ich bin hier als Sozialdirektor, nicht als Säckelmeister, obwohl die Finanzen mir natürlich selbstverständlich auch wichtig sind, aber mir ist vor allem wichtig, dass das Geld, das wir ausgeben für das soziale Basel, möglichst zielgerichtet den Haushalten zugutekommt, die es wirklich brauchen, nämlich den tiefen Einkommen. Die Hauptkritik an diesem Vorstoss ist, dass es davon abweicht und mit dieser 10%-Regel Sozialpolitik bis in die Mittelschicht macht und nicht mehr zielgerichtet ist. Das ist eigentlich der Hauptgrund, weshalb der Regierungsrat diese Motion ablehnt.

Der Vergleich wurde gezogen mit der nationalen Abstimmung. Das ist aber nur ein Teil gleich, nämlich die 10%. Die Finanzierung ist natürlich komplett eine andere. Bei der Volksinitiative auf Bundesebene hätte der Bund zwei Drittel der Kosten bezahlt von unseren Kosten hier in Basel-Stadt, und das ist nicht der Fall bei dieser Motion. Da zahlen wir alless, sprich sie es drei Mal so teuer wie die Variante, über die die Basler Bevölkerung abgestimmt hat. Ich glaube, das ist schon doch ein sehr wesentlicher Unterschied, wenn man diese Abstimmung mit der Motion vergleicht, es ist eben nicht eine identische Vorlage, über die wir heute sprechen.

Oliver Bollinger, die Firmen finanzieren auch die Prämienverbilligungen, die wir heute auszahlen, mit ihren Gewinn- und Kapitalsteuern mit. Daher, glaube ich, ist auch das Standortpaket sehr wichtig, damit wir auch in Zukunft Prämienverbilligungen zahlen können in diesem Kanton.

Dann noch zu Ismail Mahmoud: Die Beispiele sind sehr spannend, aber sie arbeiten mit Durchschnittsprämien. Und ich hoffe doch gerade dieser junge Mann oder die junge Frau mit dem 4’100 Franken Einkommen eine andere Prämie wählt. Die Durchschnittsprämie kann man ja nicht wählen, und die günstigste Prämie liegt bei 265.20 Franken pro Monat. Man kann also auch alternative Versicherungsmodelle wählen. Das möchten wir auch ganz bewusst fördern mit zusätzlichen Prämienverbilligungen. Man kann auch eine günstigere Kasse nehmen als der Durchschnitt und man kann auch insbesondere als junge Person die Franchise anders wählen. Daher sind die wenigsten in diesem Bereich mit der Durchschnittsprämie konfrontiert, sondern mit ihrer individuellen Prämie.

Das System wird sich ja nie an den effektiv bezahlten Prämien ausrichten, sondern Durchschnittsprämien. Wir wollen ja die Anreizstruktur so behalten, dass die Menschen dann eben möglichst alternative Modelle wählen und die Prämie, die für sie stimmt. Das zur Umsetzung schon heute und da findet ja auch keine Veränderung statt durch die Motion, wie sie heute vorliegt.

Das sind nochmals die wichtigsten Punkte aus der Diskussion. Der Regierungsrat bittet Sie, uns diese Motion als Anzug überweisen, denn es gibt Punkte, die wir prüfen möchten, aber wir möchten nicht einen kompletten Systemwechsel mit diesen 10%.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ismail Mahmoud und weitere beantragen die Überweisung als Motion. Deshalb kommen wir zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006764, 11.06.25 15:41:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Daniel Seiler und Michael Hug beantragen Nichtüberweisung. Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006766, 11.06.25 15:42:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Motion entschieden mit 46 gegen 44 Stimmen.

28. Interpellation Nr. 35 Michela Seggiani betreffend Förderung von Diversity-Zielen durch Anreize, Schreiben des RR

[11.06.25 15:42:47, 25.5177.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat sich mit der Antwort als nicht zufrieden erklärt. Die Interpellation ist erledigt.

29. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Masterplan Elektromobilität, Schreiben des RR

[11.06.25 15:43:12, 16.5274.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiten. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Somit geht das Wort an den ersten Fraktionssprecher der SVP Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben. Die Elektromobilität ist ja scheinbar die Lösung für alle unsere Probleme oder so könnte man mindestens meinen. Nun, die Basler haben entschieden, dass wir bis 2037 CO_2 neutral werden sollen. Das gilt es zu respektieren und als Folgerung daraus hat der Regierungsrat das Gesamtkonzept Mobilität und Basel unterwegs klimafreundlich ans Ziel gestaltet, auch das natürlich demokratisch legitimiert. Trotzdem erlauben Sie mir hier ein paar kritische Gedanken zur Weltrettung Elektrifizierung der Mobilität anzustellen.

Leider ist es bei der Abstimmung den Vernunft geleiteten Kreisen nicht gelungen aufzuzeigen, dass die Welt nicht gerettet wird, wenn wir auf unseren 40 km2 den Fossil getriebenen Verkehr vollständig verbannen. Dass dies nicht gelungen ist, überrascht natürlich nicht, ist doch Vernunft sehr stark mit Denken verbunden und Denken ist viel anstrengender als auf Angstmacherei zu reagieren.

Natürlich, wer noch fossil unterwegs ist oder Fleisch isst oder fossil heizt oder überhaupt Fragen stellt zum menschengemachten Anteil des Klimawandels, der ist ein Klimafrevler, ergo gehören natürlich auch alle fossil betriebenen Autos abgeschafft. Und das ist ja der Inhalt dieses Anzuges, er verlangt einen «Komplettumstieg auf Elektrofahrzeuge».

Dass wir damit eine über 100 Jahre gereifte Technologie über Bord werfen, ist geschenkt, Hauptsache ist, dass wir alle oder doch die meisten von uns ein schön warmes Klimagefühl im Bauch haben. Es sind Vorstösse wie diese, welche den Klimakult fördern und rationale Gedanken in den Hintergrund rücken. Die unschönen Tatsachen der Klimapolitik und der Elektrifizierung in diesem Fall werden verdrängt. Dass die für die Produktion der neuen Energieformen benötigten Ressourcen unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen aus dem Boden gebuddelt werden, dass man dabei auch vor Kinderarbeit nicht zurückschreckt, das ist allgemein bekannt, dass wissen alle, aber viele drücken dieses Wissen in den Hintergrund, denn was nicht sein darf, das ist nicht. Lieber trennen wir uns von ausgereiften Technologien. Wohlgemerkt, diese Technologien sind bis aufs letzte ausgereift, von der Gewinnung der benötigten Stoffe und Materialien über die Transportwege und Möglichkeiten zu den Herstellern selbst, den Betrieb, den Unterhalt und schliesslich auch noch zur Entsorgung. Die Elektromobilität ist davon noch weit, aber sehr weit entfernt, und trotzdem will man mit Zwang die Einführung der Elektroantriebe übers Knie brechen.

Richtig angezeigt und auch rational begründbar wäre ein sanfter, aber gezielter Übergang von einer Technologie zur nächsten. Ausnutzen des Bestehenden und Aufbau des Neuen. Es ist ja nicht der Otto- oder der Dieselmotor, der schädlich ist, sondern der Treibstoff, und nicht umsonst wird sehr stark und gezielt an umweltfreundlichen Treibstoffen geforscht. Hier sind wir schon recht weit, gerade beim Dieselmotor. Wenn Sie saubere Luft atmen wollen, dann saugen Sie am Auspuff eines modernen Dieselmotors.

Schauen wir doch einmal, weil es ein CO_2- und Umwelt-Rucksack ein E-Auto mit sich bringt. Viele von Ihnen haben vermutlich schon die Forschungsuntersuchung des ADHC gelesen, der ganz klar sagt, ein E-Auto bringt einen Rucksack von CO_2- und Umweltbelastung mit sich, dass er 200’000 Kilometer fahren muss, bis er gleich ist wie ein Fossil betriebenes Auto. Das heisst, Sie wollen jetzt Autos einführen, die 200’000 Kilometer fahren müssen, damit Sie dann weniger schädlich sind als fossil betriebene Autos. Einerseits sagen Sie, weniger Verkehr, weniger Autos auf den Strassen, andererseits wollen Sie Autos einführen, die sehr viel mehr fahren müssen, nämlich 200’000 Kilometer, bis sie überhaupt das Ziel der Umwelt- und Klimafreundlichkeit erreichen. Das ist nicht mehr rational erklärbar.

Oder schauen wir doch einmal, wie es mit dem Feinstaub ist. Richtig, Sie beklagen den Feinstaub, den Gummiabrieb. Ich habe erfahren, Elektroautos haben einen bis zu zweifach höheren Reifenverbrauch, und das ist dann klar erklärbar. Diese Dinger haben einen saumässigen Anzug, das sind Elektromotoren, wenn Sie hier auf das Gas stehen, dann gehen diese Autos sehr viel schneller ab als fossile. Das ist klar, das sind auch nicht drehende rotierende Massen, die da bewegt werden müssen, und je schneller ein Auto beschleunigt, desto mehr werden die Reifen belastet, abgenutzt, ergo Feinstaub. Oder schauen Sie einmal Kupfer an als Beispiel der Materialien, die gebraucht werden für die Herstellung eines Elektroautos und für den Betrieb. Ein Elektroauto braucht 60 bis 80 Kilo Kupfer. Das sind vier bis fünf Mal mehr als ein fossiles Auto und man könnte ja meinen, Kupfer sei unbeschränkt verfügbar. Dem ist leider nicht so.

Aber wie gesagt, ich will ja Ihren Traum vom schönen E-Auto und dem Untergang des fossil betriebenen Autos nicht weiter stören. Ich wünsche Ihnen schöne Träume. Was den Anzug konkret anbelangt, da erklärt ja der Regierungsrat ausführlich, dass wir in Basel mit der E-Mobilität auf dem gewünschten Weg sind. Ersparen wir uns das Aufzählen der vielen Massnahmen. Es wird wohl niemand hier in diesem Raum bestreiten, dass der Regierungsrat das Anliegen ernst nimmt. Deshalb, namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben und ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb spricht sich für das nochmalige Stehenlassen des Anzuges aus. Im Moment sehen wir in der Klimastrategie betreffend Mobilitätsmassnahmen noch einige Punkte, die unterentwickelt sind, so zum Beispiel bei der Energieeffizienz. So wie das heute in dem Massnahmenplan steht, werden wir auch in Zukunft nicht von der SUV-Schwemme in der mittelalterlichen eng besiedelten Stadt verschont bleiben. Es sind dort auch nur wenige konkrete Massnahmen wirklich sichtbar und auch nachzulesen, wie zum Beispiel eben auch weiterhin das Platzangebot gerade für so grosse Autos zu reduzieren oder eben auch vielleicht durch Parkgebühren für so grosse riesige tonnenschwere Fahrzeuge etwas zu machen. Diese Drehschrauben, die man hätte, werden nicht genutzt. Gerade bei der Energieeffizienz könnten wir natürlich doppelt gewinnen, wenn wir nicht nur die Grösse der Autos sondern eben auch bei den kleinen Autos mehr Energieeffizienz haben. Da haben wir eine Win-Win-Win-Situation und darum hätten wir da gerne mehr gesehen.

Auch hinsichtlich des bidirektionalen Ladens kann ich nichts finden, die neuen Technologien werden nicht beschrieben und gerade da wäre das überlastete Netz zuerst der IWB zu entlasten. Dieser Entlastung könnte man mit einer Strategie der neuen Ladetechniken entgegenwirken.

Kritisch sehen wir auch die Schlupflöcher betreffend die Hybridfahrzeugen als Übergangstechnologie. Dies sehen wir als eine sehr kurze Übergangstechnologie und da sieht auch dieser Massnahmenplan im Moment keine klaren Zahlen vor für den Ausstieg. Solange wir da nicht klarere Zeichen gegenüber der Industrie setzen, werden wir immer wieder Reden wie von Beat K. Schaller hören müssen. Alternative Brennstoffe und Treibstoffe, die es sicher geben wird, sind unserer Meinung nach mit der notwendigen Energiedichte sicherer andere Transportutensilien wie Flugzeugei oder eben auch Lastwagen vielleicht zulässig aber für den motorisierten Individualverkehr machen die keinen Sinn. Dazu ist in diesem Massnahmenplan leider auch nichts zu lesen.

Auch die vorausschauende Strategie für ein autonomes Fahren – wir hatten die Debatte letzten Mittwoch geführt – in einem gescheiten Zusammenwirken von ÖV und autonomen Fahren wäre gerade in Randgebieten der Stadt zukunftsträchtig, doch auch dazu findet man nichts. Es braucht also so oder so weitere Überlegungen zur Elektromobilität, aber die sollten auf der Basis dieses Vorstosses geschehen und müssen zu einer Weiterentwicklung der Mobilitätsstrategie führen. Und allfällige Antworten der Regierung sollen dann neue Aspekte beinhalten und nicht einfach auf die Beantwortung dieses Vorstosses verweisen. Deshalb wünschen wir das Stehenlassen und Weiterentwickeln der E-Mobilitätsmassnahmen und eben auch das Stehenlassen dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Die erste Überweisung des Anzugs von David Wüest-Rudin ist nun bald zehn Jahre her. Der Anzug fordert vom Regierungsrat, dass er eine Gesamtstrategiebeziehungsweise einen Masterplan entwickelt und dann natürlich auch umsetzt. Wir Grünliberalen stehen nach wie vor mit grosser Überzeugung hinter diesem Ziel. Der Regierungsrat hat fast zehn Jahre und den verpflichtenden Anschub einer Volksabstimmung mit Ziel Netto Null 2037 gebraucht, um in der Klimaschutzstrategie und im Aktionsplan überhaupt die Zielsetzung und das Vorgehen für den Komplettumstieg auf Elektromobilität festzulegen. Das heisst, die Hälfte der verfügbaren Zeit bis zur Erfüllung des vom Volk und in der Klimaschutzstrategie gesetzten Ziels, dass bis 2037 97% der immatrikulierten Fahrzeuge emissionsfrei sind, ist verstrichen. Was wurde in der Hälfte der Zeit erreicht? Nicht mal 4%Prozent Fahrzeugbestand, und nicht mal ein Viertel der Neuzulassungen sind Elektrofahrzeuge. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, steht Basel vielleicht 2060 bei 100% Neuzulassungen und hat Basel in 40 Jahren vielleicht die halbe Fahrzeugflotte umgestellt, aber niemals bis 2037 die ganze Flotte. Das ist illusorisch.

Das Umsetzungs- und Umstiegstempo ist also viel zu langsam. Die bisherige Politik bezüglich Netto Null 2037 beim MIV ist völlig ungenügend. Um dies zu beschleunigen, sind aber auch die Zielsetzungen viel zu lasch und nicht auf den kompletten Umstieg fokussiert. Das wichtigste Element zum Umstieg auf Elektromobilität ist die Möglichkeit, beim Parken über Nacht und in unmittelbarer Nähe in zehn Minuten das Auto aufladen zu können. Niemand kauft sich ein Elektroauto, wenn er oder sie nicht sicher ist, dass es bedürfnisgerecht geladen werden kann. Wir haben über 60’000 Autos in dieser Stadt, im optimalen Fall sollte es also 60’000 Ladepunkte geben auf öffentlichem Grund und in Garagen, um über Nacht zu laden. Der Regierungsrat hat bisher ganze 110 errichtet. Sie sehen, die Relationen und die Herausforderung. Dazu kommen gerademal 430 potenzielle Ladepunkte, die also noch gar keine Ladestationen sind. Ja vielleicht braucht es keine 60’000 Ladepunkte, aber wie ist denn das Konzept, dass alle über Nacht oder sehr rasch in der Nähe der Parkierung laden können? Ich sage es Ihnen, es gibt keines.

Der Regierungsrat sagt in seinem Aktionsplan Klimaschutz, dass er allgemein die Ladeinfrastruktur Nachfrage gesteuert ausbauen will. Das ist erstens der falsche Ansatz. Die Nachfrage wird erst entstehen, wenn eine vertrauenswürdige und ausreichende Ladeinfrastruktur vorhanden ist. Eine fehlende Ladeinfrastruktur würgt die Nachfrage ab. Wenn der Regierungsrat erst ausbauen will, wenn die Nachfrage da ist, wird er ewig warten.

Zweitens fehlt das Konzept und die Ziele, bis wann wie viele und welche Ladestationen wo errichtet werden sollen. Der Regierungsrat spricht lediglich davon, Ladeinfrastruktur in Parkhäusern und Parkierungsanlagen zu fördern, also kein konkretes Ziel und für die blaue Zone begnügt er sich, so scheint es, mit 200 Ladestationen bei 60'000 Fahrzeugen. Er hat also keinen Plan, wie er eine Ladeinfrastruktur hinbekommen kann, welche bis 2037 den kompletten Umstieg auf Elektro erlaubt.

Und da werden auch Sensibilisierung und Kaufssubventionen für das Gewerbe nicht viel helfen und die Motorfahrzeugsteuer wird zu wenig starke Anreize setzen. Darum beantragen wir Grünliberalen Ihnen, den Anzug David Wüest-Rudin stehen zu lassen, um endlich einen griffigen Masterplan zum Umstieg auf die Elektromobilität vorzulegen. Wir werden mit flankierenden Vorstössen verstärkt darauf hinwirken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Wo genau steht in dieser Initiative von Netto Null 2030, dass Autos auf E-Antrieb umgewechselt werden sollen?

Brigitte Kühne (GLP): Das gebe ich gerne weiter an Sie alle hier im Saal.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank auch für diese Debatte, die doch sehr divers verlaufen ist. Ich versuche jetzt die Regierung da ein bisschen einzumitten.

Ich bin mit Beat K. Schaller einverstanden, dass es noch klimafreundlichere Methoden gibt, Mobilität zu generieren als mit E-Mobilität. Deshalb sieht auch unsere Mobilitätsstrategie des Kantons, und das ist die wichtige Strategie, so aus, dass wir den Verkehr gesamtheitlich anschauen wollen und nicht nur den elektrischen Teil. Es geht hier um die Art und Weise, wie wir Mobilität in Zukunft organisieren und ermöglichen für die Menschen. Und da steht an erster Stelle Mobilität vermeiden, dann das Verlagern. Ja, es gibt energieeffizientere Verkehrsmittel als ein Auto, um Mobilität zu generieren, und deshalb auch dieser klare Fokus auf den öffentlichen Verkehr, diesen zu fördern und den Umstieg zu ermöglichen, und auch der Fussgänger- und Fussgängerinnen- und Veloverkehr ist natürlich klimafreundlicher als die E-Mobilität. Und dann kommt an dritter Stelle das Verbessern, dort wo individuelle Mobilität notwendig ist, in Form eines Autos, das verbessert werden soll, CO_2 armer, und das ist die Elektromobilität verglichen mit den fossilen Verbrennungsmotoren. Und ich teile auch die Einschätzung, dass die Umstellung noch nicht genug weit fortgeschritten ist und wir bei den Neuzulassungen höher sein müssten, weil die Technologie ist da. Wir wissen, wie wir Autoverkehr von A nach B klimafreundlicher bewerktelligen als mit Verbrennungsmotoren. Also, das wichtige Konzept ist die Mobilitätsstrategie, die es gibt.

Die kann man selbstverständlich kritisieren, aber es gibt sie, sie ist vorhanden in relativ aktueller Form, man findet auch viele Mobilitätsziele im Klimaziel und den Klimamassnahme. Es ist seit diesem Anzug, der ja wirklich schon ein Weilchen da ist, sehr viel gegangen im Bereich des Verbesserns, beim Umstieg auf die E Mobilität. Und da arbeiten wir – und deshalb bin ich ein bisschen sehr erstaunt über das Votum der GLP – mit Anreizen und nicht mit Verboten. Und dazu braucht es die Individuen, die sich entscheiden für die Elektromobilität und wir können das unterstützen mit Anreizen. Und das ist der Hauptapproach beim letzten Punkt, beim Verbessern. Sehr vieles ist gegangen. Wir sind auf diese 200 Ladestationen, 100 sind realisiert. Das ist ein Auftrag des Grossen Rates. Da sind wir im Ziel. Da gehen wir auch in die Vorinvestitionen. Diese einzelnen Ladestationen sind nicht ausgelastet, wie sie ausgelastet sein sollten, zumindest noch nicht. Aber ja, das Bestehen der Ladeinfrastruktur ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, dass bei einer Neuanschaffung jemand sich für Elektromobilität entscheidet und nicht für einen Fossilverbrennungsmotor.

Wir haben hier ein umfassendes Förderprogramm für private Einstellhallen und öffentliche Einstellhallen verabschiedet, mit grossen Mehrheiten. Das ist der Weg, wie wir die Anreize setzen, auch mit einem klaren Datum 2030, die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer wissen, irgendwann brauchen sie diese Ladestation in ihrer Tiefgarage und bis 2030 kriegen sie dafür eine finanzielle Unterstützung ein, die nachher nicht mehr da ist. Sie haben dieses wichtige Instrument verabschiedet.

Der Kanton setzt bei seiner Fahrzeugsflotte konsequent auf Elektromobilität, Polizei, Feuerwehr, Kehrichtautos, gerade vorgestellt – also hier geht auch sehr viel, der Kanton setzt auf Elektromobilität, wenn er selber beschafft, den öffentlichen Verkehr stellen wir komplett um, die Busumstellung ist im Gange, bis dann auch alle Busse elektrisch fahren, die Tram tun

das schon seit Jahrzehnten. Es ist viel gegangen bei dieser E-Mobilität und deshalb kann man mit gutem Gewissen jetzt auch diesen Anzug abschreiben.

Es gibt noch eine oder zwei andere Handlungsebene. Das ist so. Das eine betrifft den Bund bei den Beschaffungen, weil auch viele Autos bei uns über die Strassen fahren, die nicht in Basel-Stadt von Baslerinnen und Basler gekauft werden. Wir haben bei der Motorfahrzeugesteuer einen Hebel. Da gibt es die Motion Fuhrer, die Sie bereits überwiesen haben, da sind wir dran, diese umzusetzen. Also auch dort, in diesem Bereich, gibt es einen Vorstoss. Wir brauchen diesen vorliegenden Vorstoss deshalb nicht mehr.

Und dann ja, Béla Bartha, alle zukünftigen Potenziale, die es noch irgendwo gibt im Verkehrs- und Mobilitätsbereich, jetzt anhand von diesem Anzug zu bearbeiten, würde ich Ihnen nicht empfehlen. Wir haben vielmehr die Mobilitätsstrategie. Wir haben unsere Förderprogramme, die stark mit Anreizen arbeiten. Wir finden, das ist der richtige Weg und es braucht den Bund und es braucht auch die Individuen, die bei ihrer Neubeschaffung dann auf die klimafreundlichere Variante setzen bei ihrer Mobilitätsform.

Sie sehen, es ist sehr viel gegangen in diesem Bereich. Es gibt weiteres zu tun, aber es ist heute ein guter Zeitpunkt, diesen Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 20 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006769, 11.06.25 16:07:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 72 gegen 20 Stimmen.

30. Interpellation Nr. 47 Lukas Faesch betreffend Interpellation KI beendet das Ächzen über das Krächzen, Schreiben des RR

[11.06.25 16:07:16]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Lukas Faesch (LDP): Schon wieder diese Krähen, aber wenn Sie jetzt gleich diese Fotos sehen, dann wissen Sie, warum ich das nochmal mache. Und natürlich werden Sie auch verstehen, dass ich nur teilweise zufrieden bin. Das war letzten Donnerstag 7 Uhr 30 am Spalentorweg. Da musste ein Mitarbeitender der Stadtreinigung diese Krähenüberreste, das heisst das, was die Krähen selber nicht konsumieren, zusammensammeln. Übrigens alles, was in dieser Kiste ist, sind die Abfälle, die von den Krähen aus den Bebbi-Säcken genommen werden und dann einfach herumgestreut werden. Das ist sehr unappetitlich. Ich zeige Ihnen noch ein weiteres Foto. Es ist ein Zufall, ich war mit dem Hund draussen und hab das gesehen. Schauen Sie es an. Da hat es von Windeln über andere unappetitliche Dinge alles, und das ist nur ein Abfallsack. Und so ist es im ganzen Spalenquartier.

Ich habe ja gefragt, ob man KI gestützt solche Vergrämungsmassnahmen einführen könnte. Die Regierung hat mir zurückgeschrieben, dass man das machen und prüfen könnte. Das reicht nicht. Es ist eine Zumutung für die Leute und auch für die Mitarbeitenden der Stadtreinigung. Wenn der Regierungsrat noch vor einer Viertelstunde von Littering gesprochen hatte, dann sage ich, das da ist Littering par excellence, nur einfach verursacht von Tieren. Aber das wird einfach akzeptiert.

Tatsächlich, es ist natürlich eine kommunale Geschichte. Es ist eben viel schicker und interessanter, über Entwicklungshilfe in Afrika zu sprechen hier drin als über Leute, die in diesen Quartieren wohnen. Es ist eine Zumutung für die Bevölkerung, es ist eine Zumutung für die Mitarbeitenden der Stadtreinigung. Und da hätte ich mir schon gewünscht, dass man nicht nur schreibt, man könnte das mal prüfen, sondern dass man mal einen Pilot macht.

Wer die Antwort gelesen hat, sieht, es ist mit ganz kleinen Kosten verbunden, es kostet etwa 5'000 Franken so eine KI-Maschine. Man sollte das einmal ausprobieren, irgendwo in der Stadt, wo es sinnvoll ist und dann schauen, ob das nicht eine die Möglichkeit wäre. Es gibt im Internet auf Webseiten sehr viele Hinweise, dass in Deutschland die Krähen so vergrämt werden und sie dann wegziehen, weil sie ihre Mitbewohner hören. Die stossen Angstschreie aus, und dann werden die Kommilitonen der Krähen vertrieben.

Also, es ist eine einfache Geschichte, die man machen könnte, aber ich weiss nicht, wieso man das einfach mal prüfen könnte. Also ich hätte erwartet, dass man mal einen Pilot macht und dann schaut. Ich hätte gerne gewusst, ob das funktioniert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

31. Interpellation Nr. 55 Alex Dill betreffend Umbau und Erweiterung Fernheizkraftwerk Volta: sind die hohen Industriebauten und eine Brennstoffanlieferung per LKW quartierverträglich, Schreiben des RR

[11.06.25 16:10:19, 25.5224.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Alexandra Dill (SP): Die Publikation des generellen Baubegehrens für den Umbau und die Erweiterung des fern Heizkraftwerks Volta hat doch einige Fragen aufgeworfen und ich bin froh, dass ich durch meine Interpellation einige davon klären konnte und die Antworten mich etwas hoffnungsvoller Stimmen.

Selbstverständlich stelle ich mich nicht gegen das Dekarbonisierungsvorhaben der IWB, die Umstellung des Fernheizkraftwerks Volta auf erneuerbar ist richtig. Das generelle Baubegehren sieht neben einem 50 Meter hohen Silo und einem 40 Meter hohen Druckspeicher auch den Bau eines LKW-Terminals vor. Es wird gemäss Auskunft des Regierungsrates mit neun Lieferungen pro Werktag in der Heizsaison gerechnet, sollten die Pellet mit LKW geliefert werden. Neun Lastwagen pro Tag, die durchs halbe Quartier fahren, denn zum Wenden müssen diese bis zum Lothringerplatz geführt werden.

Das Quartier wurde mit der Nordtangente vom Schwerverkehr entlastet und hat so langsam wieder zu atmen begonnen. Die Voltamatte und der Voltaplatz wurden frisch begrünt, das Quartier wird Richtung Volta Nord in den nächsten Jahren noch stark ausgebaut und soll insbesondere Familien anziehen. Die Achse, auf der die neuen LKWS pro Tag kursieren sollen, wird mannigfach von Verkehrsteilnehmenden allen Alters genutzt. Sie ist umgeben von Einrichtungen für Kinder. Der schreckliche Unfall, der sich vor einem Jahr mit einem Lastwagen auf dem Schulweg ereignete, steckt uns im Quartier noch massiv in den Knochen. Soviel ich weiss, werden die Pellet im Auhafen in Muttenz gelagert. Eine Anlieferung per Schiff läge somit auf der Hand. Auch heute wird meines Wissens der Brennstoff per Schiff geliefert.

Ich bin darum sehr dankbar, dass der Regierungsrat in seiner Antwort in Aussicht stellt, dass dies auch bei den Pellets eine Option ist, welche die IWB prüft. Ich schätze, dass dies auch die Ökobilanz des Projekts verbessert. Auch bin ich froh darüber, dass allfällige Optionen geprüft werden für den benachbarten Schulstandort, der Raumbedarf insbesondere für die Tagesstruktur hat und auch das Öllager eventuell umgenutzt werden kann für schulische Zwecke.

Ich anerkenne die Gründe, weshalb die IWB an dem Standort Volta festhalten möchte, ich fände es aber auch wichtig, dass die Quartieraspekte wie die Anlieferungssituation, die Schulwegsicherheit, so wie auch die Freigabe von Flächen für

Schulraum mitbedacht werden, damit sich das IWB-Areal eben auch gut ins Quartier von heute einfügt. Ausserdem ist es mir wichtig, dass die Quartierbevölkerung sich hier ähnlich einbringen kann wie benachbarte Firmen und ich bin froh, dass der Regierungsrat in seiner Antwort nun eine Infoveranstaltung für Anwohnende ankündigt. Allerdings, im Nachbarsgebäude, das gerade gebaut wird, sind noch keine Menschen eingezogen. Sie können sich auch gar noch nicht einbringen, die Veränderung für sie wird aber massiv.

Das St-Johanns-Quartier wird seit Jahrzehnten deindustrialisiert. Es ist mir wichtig, dass wir diese Tendenz nicht umdrehen mit diesem Projekt, und sicher hilft es für die Akzeptanz im Quartier, wenn die Anlagen architektonisch und städtebaulich ganz sorgfältig ins Gesamtbild passen und auch unterirdische Lageroptionen als Beispiel geprüft werden.

Ich bin sehr gespannt auf den weiteren Prozess und danke dem Regierungsrat für die informativen Antworten. Ich bin teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledig.

Patrizia Bernasconi (BastA): Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzuschreiben, bringt aber dabei keine neuen Lösungen. Die in der Antwort aufgeführten Massnahmen sind längst beschlossen und existieren bereits. Eine echte Auseinandersetzung mit den wachsenden Bedürfnissen der Hundehalterinnen und Hundehalter fehlt. Das Angebot an Freilaufzonen ist weiterhin begrenzt, oft überlastet und nicht ausreichend ausgestattet, etwa mit Trinkbrunnen oder Sitzgelegenheiten. Besonders nach der Einführung der Leinenpflicht in der Langen Erlen zeigt sich der dringende Bedarf an mehr Freilaufmöglichkeit.

Diese Zonen sind essentiell für den Tierschutz und eine artgerechte Haltung. Zudem sind sie wichtige Voraussetzungen für die obligatorischen Hundekurse, die der Kanton verlangt, um eine verantwortungsvolle Hundeerziehung sicherzustellen. Auch die Sozialisation von Welpen ist auf diese Zonen angewiesen.

Der Vorstoss von Christine Keller und Konsorten sollte daher nicht abgeschrieben werden. Der Regierungsrat muss die Anliegen ernstnehmen und konkrete neue Massnahmen zur Verbesserung prüfen und umsetzen. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug stehen zu lassen.

32. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Freilaufareale für Hunde, Schreiben des RR

[11.06.25 16:15:56, 23.5091.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb möchte diesen Anzug gerne abschreiben und zwar nicht, weil wir uns nicht auch mehr Freilaufareale für Hunde wünschen, sondern weil wir doch zum Schluss gekommen sind, dass die Forderungen des Anzugs eigentlich recht gut erfüllt wurden.

Es wurden ja Freilaufareale gefordert. Es wurden innert eigentlich recht respektabler Zeit auch Freilaufareale geschaffen und zwar nicht nur eines und nicht nur Pilote, sondern tatsächlich wirklich gleich mehrere in mehreren Stadtteilen. Es ist so und das sehen wir auch, dass nicht in allen Stadtteilen diese Freilaufareale bestehen und dass es auch immer noch weiteren Bedarf gibt. Auch diesen sehen wir, wir denken jedoch, es ist der pragmatischere Weg, dazu einen neuen Vorstoss zu schreiben und dort auch genauer zu beschreiben, in welchen Stadtteilen man sich weitere Freilaufareale wünscht. Die Beantwortung des Anzugs ist dafür eine sehr gute Grundlage bereits und wenn es weiteren Bedarf gibt für den Ausbau dieser Freilaufareale, was zum Beispiel Trinkbrunnen anbelangt oder Belag oder Spielmöglichkeiten etc., dass man das auch dort genauer schreibt, weil nur mit dem Stehenlassen eines Anzugs mit einer Forderung, die eigentlich bereits erfüllt wurde, denken wir nicht, dass das sehr viel bringen wird. Daher wird meine Fraktion abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Christine Keller.

Christine Keller (SP): Für einmal muss ich hier der grünen Vorsprecherin dezidiert widersprechen. Es ist nicht so, dass der Bedarf auch nur annähernd gedeckt ist. Es ist wahr, dass etwas gegangen ist. Das haben wir auch schon gewürdigt damals beim Budgetpostulat, aber es sind zwei kleine Flächen neu geschaffen worden seit Einreichung des Anzuges, das andere bestand schon vorher. Zwei kleine Flächen und namentlich in Grossbasel Ost, das wird auch zugegeben, existiert nichts und wie Patrizia Bernasconi sehr zutreffend gesagt hat, es ist nicht einmal im Ansatz zu erkennen, wie man hier das Problem lösen will.

Ich habe auch schon gehört, dass es Leute geben soll, die Hunde nicht mögen, auch wenn ich es nicht verstehe, und ich weiss auch, dass es Leute gibt, die finden, warum man denn Hunde in der Stadt halten soll. Aber hier darf ich auf die Ausführung der Regierung selbst verweisen, nicht nur in diesem Bericht, sondern auch schon in dem zur Einführung der Hundekurspflicht. Gemäss dem One Health Ansatz ist es wissenschaftlich erwiesen, dass besonders im fortschreitenden Alter Hunde einen positiven Effekt zum längeren Erhalt der körperlichen und mentalen Gesundheit der Hundehaltenden beisteuern und so zu einer monetären Entlastung des öffentlichen Gesundheitssystems beitragen können. Schätzungsweise können im Kanton allein durch die Hundehaltung ca. 1,9 Millionen Franken an den Gesundheitskosten eingespart werden.

Also, wir haben hier ein öffentliches Interesse, aber diese Hunde, die brauchen eben auch Raum, um frei zu laufen. Und kommen Sie mir nicht mit dem Land. Jetzt gerade ist dort überall, und das finde ich auch gut, Schonung wegen der Brutzeit. Diese Hunde dürfen nicht auf dem Land einfach frei herumrennen, wie es ihre Natur verlangt. Wissen Sie, was sie machen? Sie kommen in den Hundepark an der Merkuranlage, derzeit der einzige grössere. Da sehe ich reihenweise Leute mit ihren Hunden aus der Agglomeration.

Und in der Stadt sind ja auch gerade diese alten und einsamen Menschen vermehrt vertreten. Wir verabschieden hier Strategien gegen Einsamkeit. Ich habe schon mehrfach gesagt, eine der besten davon ist die Anschaffung eines Hundes, wenn auch sicher nicht für jeden geeignet. Im Schreiben des Regierungsrats, das ich schon zitiert habe zur Einführung der Kurspflicht schreibt er daher auch, bei der Verortung weiterer Freilaufareale sind Optimierungen anzustreben. So ist eine auf Stadtteile bezogene breitere Verteilung von eingesäumten Arealen in sämtlichen grösseren Quartieren der Stadt erstrebenswert. Das schreibt die Regierung selbst. Hierfür würden sich grundsätzlich grossflächige Parkanlagen in den Wohngebieten anbieten, so zum Beispiel im weitläufigen Margarethen- und Kannenfeldpark. In der Antwort auf meinen Anzug leider klingt es wieder sehr viel defensiver. Der Margarethenpark geht jetzt plötzlich nicht mehr, obwohl es einmal eine Petition gab und das schon vor Jahren versprochen wurde, und man begnügt sich mit der lapidaren Feststellung, aktuell seien noch keine weiteren Hundefreilaufzonen vorgesehen, insbesondere in Grossbasel Ost. Und ohne irgendeine konkrete, neue Ideen und ein neues Projekt bitte ich Sie wirklich, diesen Anzug nun stehenzulassen. Es ist nicht die Situation, in der man diesen Anzug abschreiben sollte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragenen. Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006774, 11.06.25 16:22:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden.

33. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Schaffung eines ambulanten gerontopsychiatrischen Dienstes für Basel-Stadt, Schreiben des RR

[11.06.25 16:23:11, 20.5474.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

34. Interpellation Nr. 44 Oliver Bolliger betreffend Auslagerung der Margarethenklinik, Schreiben des RR

[11.06.25 16:23:32, 25.5188.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Gleich vorweg, ich bin mit dem Inhalt der Beantwortung meiner Interpellation zur Auslagerung der Margarethenklinik nicht zufrieden. Ehrlicherweise habe ich zwar schon so eine Art von Beantwortung erwartet, aber ich bin dann von der Deutlichkeit der Antwort nun doch ein wenig überrascht. Wenn Sie wissen wollen, wie der Regierungsrat die Eignerstrategie mit den USB in den Spitälern interpretiert, dann gibt diese Antwort ein gutes Konzentrat und so deutlich und klar habe ich dies eigentlich noch nie wahrgenommen.

Aber ja, es erstaunt Sie nicht, dass ich mir eine andere Haltung vom Regierungsrat als Spitaleigner gegenüber dem Universitätsspital wünsche. Das ist wahrscheinlich dem Regierungsrat auch bekannt. Dass ein öffentlich-rechtliches Spital die Regierung nicht informieren muss, wenn es eine Abteilung oder eine Klinik auslagert, erstaunt doch sehr. Anscheinend müssen wir wirklich das ÖSpG - und jetzt hoffe ich, dass ich es jetzt wirklich getroffen haben – ein wenig anpassen. Ich wage mal zu behaupten, dass solche Auslagerungen im Besitz des USB nur bei den sehr profitablen Kliniken gemacht werden und dies hätte zumindest aus meiner Sicht doch den Regierungsrat eigentlich zu interessieren. Im Falle, dass die Margrethenklinik wieder zweifelhafte Werbestrategien in der Schönheitsmedizin lancieren würde, interessiert den Regierungsrat gemäss seiner Antwort nicht wirklich. Er hat nicht vor, zur Sinnhaftigkeit von medizinischen Behandlungen eine Stellung abzugeben.

So ist nun zu hoffen, dass eine ausgelagerte Margarethenklinik im Besitz des USB nicht auf die Idee kommt, ein Workingangebot zur Lippenunterstützung oder zur Straffung der Augenringe mittels Botoxspritzen zu beginnen. Finanziell lukrativ wäre das sicher, aber medizinisch einer Universitätsklinik nicht wirklich würdig.

Ich bin mit der Antwort, wie gesagt, nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

35. Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend Vereinfachte Erweiterung der Restaurations-Aussenflächen zur COVID-Prävention (Gastro-Parklets), Bericht des RR

[11.06.25 16:25:54, 21.5216.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

36. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend Eifachs Uusestuehle für d'Baize und für uns alli, Bericht des RR

[11.06.25 16:26:25, 21.5215.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

37. Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Begrünung der Innenstadt, Schreiben des RR

[11.06.25 16:26:49, 15.5017.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

38. Interpellation Nr. 48 Michael Hug betreffend die Aufhebung von Parkplätzen an der St. Jakobs-Strasse zugunsten eines Velostreifens – Kommunikation, Nachtarbeiten und Auswirkungen auf das Quartier, Schreiben des RR

[11.06.25 16:27:10]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

39. Interpellation Nr. 53 Sasha Mazzotti betreffend der Begrünung Baselstrasse zwischen Tramstation Riehen Dorf und Fondation Beyeler, Schreiben des RR

[11.06.25 16:31:13, 25.5221.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sasha Mazzotti (SP): Ich danke der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Es ist eine Riehener Interpellation. Interessant bei Interpellationen, die in mit Riehen zu tun haben, ist ja auch, dass oft die Riehener Exekutive mit im Rat sitzt.Die wissen ja auch, dass wir eine ähnlich lautende Interpellation im Einwohnerrat eingereicht haben.

Ich habe nach der Zusammenarbeit Kanton und Gemeinde gefragt. Die Regierung hat festgestellt, dass die Gemeinde Riehen in der interdisziplinären Arbeitsgruppe vertreten ist, die die Planung verantwortet. Das freut mich. Es bleibt aber noch unklar, wie stark die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde wirklich sind. Als Riehener Politikerin möchte ich eine stärkere Einbindung der Menschen in der Gemeinde anregen, insbesondere weil lokale Bedürfnisse wie Dorfkernbelebung, Aufenthaltsqualität oft besser lokal erkannt und vertreten werden. Dieser Vorschlag geht sowohl an den Kanton wie auch an die Gemeinderäte.

Die Regierung bestätigt, dass die Begrünung ein zentrales Anliegen der Planung sei, verweist auf das Stadtklimakonzept und das Ziel bis 2037, dass da mindestens 2'000 Bäume gepflanzt werden sollten. Das begrüsse ich natürlich, doch auf die spezifischen Begebenheiten entlang der Baslerstrasse geht die Antwort der Regierung nur sehr bedingt ein. Die pauschale Berufung auf das Stadtklimakonzept bleibt vage. Es fehlen klare Aussagen zu alternativen Begrünungsformen. Falls Baumpflanzungen nicht möglich sind, gibt es Alternativen, zum Beispiel Staudenbeete, Rankpflanzen, Fassadenbegrünung, schattenspendende Installationen. Die Ablehnung von Baumpflanzungen zwischen Baslerstrasse 57 und 67 wegen Werkleitung ist technisch nachvollziehbar, doch die Begründung verweist nur auf den Status Quo. Eine Verlegung sei nicht zu empfehlen, da sie zu aufwendig ist und mit Tram-Unterbrechungen verbunden wäre. Nachhaltige Stadtplanung darf aber nicht auf bestehende Werkleitungen beruhen und daran scheitern. Die langfristige ökologische und soziale Wirkung von Begrünung sollte überwiegen. Ein Verzicht auf Baumpflanzungen ohne ernsthafte Prüfung alternativer Techniken wie Wurzelleitkanäle, kleinere Baumarten mit flacher Wurzelstruktur, Baumtröge etc. ist aus Sicht einer Klima orientierten Politik zu kurz gegriffen.

Abschliessend möchte ich gerne etwas zum Zeitplan sagen. Die bauliche Umsetzung soll frühestens 2030 erfolgen. Das bedeutet keine Verbesserung im öffentlichen Raum für mindestens fünf Jahre, obwohl der Handlungsbedarf angesichts zunehmender Hitzetage jetzt schon besteht. Die Antwort des Regierungsrates ist in Teilen nachvollziehbar, bleibt aber insgesamt unambitioniert und wenig konkret. Die ökologische Aufwertung der Baslerstrasse könnte mit dem Umbau der Haltestelle ideal verknüpft werden, wird aber in der Planung offenbar als Nebenfrage behandelt. Ich bin also nur teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

40. Interpellation Nr. 54 Alex Ebi betreffend Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung, Parkraumsituation im Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR

[11.06.25 16:35:32, 25.5222.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Alex Ebi (LDP): Es geht ums Hirzbrunnenquartier, es geht um den Verkehr, es geht um die Bäume. Es geht um Parkplätze, aber es geht vor allen Dingen um die Verkehrssicherheit in diesem Quartier. Wir haben das Gymnasium Bäumlihof und ganz viele Primarschulen in der Nähe, wir haben Kindergärten in der Nähe und die kleinen Kinder müssen dort im Hirzbrunnenquartier von den kleinen Strässchen über die mittelgrossen Strassen und dann auch über die Bäumlihofstrasse, die natürlich eine sehr befahrene die Strasse ist, gehen. Es wird dort gebaut und in der Vergangenheit enorm. Zuerst hat man das Claraspital umgebaut, gefühlte 20 Jahre lang und jetzt reisst man die Strassen auf, damit man dort wieder Fernwärme platzieren kann. Ich weiss nicht, wie viele Male jetzt die Strassen schon aufgerissen worden sind. Man hat manchmal das Gefühl, man macht es fast extra hintereinander anstatt miteinander, damit es schnell über die Bühne ginge und die Strassen wieder frei wären. Nein, es wird die eine aufgerissen mit einer Einbahnstrasse, dann die zweite.

Die kleinen Kinder lernen mit dem Verkehr leben, das ist klar, wir haben das alle auch lernen müssen. Der Verkehr hat zugenommen und auch auf den Autobahnen hat den Verkehr zugenommen. Das heisst, viele Lastwagen fahren jetzt auch nach Deutschland über die Bäumlihofstrasse nach Basel, also über Riehen und dann Bäumlihofstrasse. Es ist wirklich ein ganz anspruchsvolles Quartier. Die Lange Erlen wird auch immer interessanter, das Eglisee natürlich auch,. und irgendwie haben wir im Quartier das Gefühl, dass das alles ein bisschen planlos ist. Das ist es wahrscheinlich nicht, aber wir werden nicht mitgenommen, wir werden nicht abgeholt. Es heisst immer, man könne sich natürlich melden, das ist auch richtig. Man erhält dort auch einen Moment, so dass man ein Anliegen erzählen kann, aber die Antworten sind alle immer ein bisschen dürftig. Es ist nicht ganz richtig und wenn man nicht die richtigen Fragen stellt, dann erhält man auch nicht die richtigen Antworten. Darum habe ich gedacht, so jetzt machen wir einmal eine Interpellation mit ganz präzisen Fragen und die präzisen Fragen hatten zur Folge, dass die Antworten weiterhin sehr schwammig sind oder sehr schwammig. Wer es gelesen hat sieht Antworten wie «Die Polizei setzt sich natürlich für die Verkehrssicherheit der Bevölkerung ein». Ja selbstverständlich setzt sich die Polizei für die Verkehrssicherheit der Bevölkerung, was denn sonst, das ist ja logisch. Oder es die Parkplatzsituation erwähnt, dass die Bevölkerung dort gar nicht mehr parkieren kann und dann heisst es so ein bisschen lapidar, bei Interessenkonflikten gewinne halt meistens Klima 37, also umgesetzt heisst dann das, egal welche Problematiken wir haben, Interessenskonflikte bedeutet, wir wollen das Klima retten. Und darum ist alles andere ein zweit-, dritt- oder viertrangig.

Das muss man immer zwischen den Pfeilen herauslesen. Ich habe mir so Mühe gegeben, die Fragen echt genau zu stellen, so genau wie man es kann, und ich hätte mir echt gewünscht, wenn da ein bisschen präzisere Antworten gekommen wären, ganz konkret auf die einzelnen Strassen hin, die ich benannt habe. Und das ist ganz selten passiert.

Ich finde es natürlich trotzdem toll, dass ich Antworten erhalten habe, auch wenn sie mich nicht überrascht haben, denn ich weiss jetzt nicht mehr wie vorher. Darum bin ich irgendwie zufrieden, dass überhaupt geantwortet wurde, aber mit dem Inhalt bin ich überhaupt nicht zufrieden. Darum sage ich teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

41. Interpellation Nr. 57 Brigitta Gerber betreffend Ergebnisse der Vorstudie zum Bahnknoten Basel durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) und parl. Reaktionen – Fragen zum Herzstück, Schreiben des RR

[11.06.25 16:40:26, 25.5227.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitta Gerber (BastA): Verunsichert durch die Medienberichte zu den Resultaten der Vorstudie zum Bahnknoten des Bundesamtes für Verkehr BAF hatte ich die Regierung gebeten, zu einem möglichen Plan B, einem alternativen Szenario, Stellung zu nehmen, dies, weil mir eine sinnvolle Projektierung und zeitnahe Umsetzung des regionalen S-Bahnverkehrs sowie des Güterverkehrs und der internationalen Anbindungen wirklich sehr wichtig ist und meiner Ansicht nach die gesetzten Ziele, Klimastrategie, angepasste Mobilität etc. in naher Zukunft erreicht werden wollen. Warten auf das Projektende bis ins Jahr 2080 verbunden mit massiven Kosten, 14 Milliarden Franken, das macht einen vor allem einmal sprachlos.

Die Zeitdimension 60 Jahre, quasi ein Menschenleben – im Bereich Verkehrsentwicklung haben wir das Auto als Massenphänomen kaum seit 70 Jahren und wer weiss, was in 60 Jahren da ist, was da rumfährt. Und dann dieser Kostenvoranschlag, der ist einfach exorbitant. Dass es sich um ein extrem anspruchsvolles und ambitioniertes Projekt handelt, mit vielen Partnern und multiplen Adressaten, das glaube ich Ihnen unbesehen. Meine Frage war deshalb, gibt es einen Plan B, vor allem hinsichtlich des Herzstückes, das mit seinen Tiefbau-Bahnhöfen und der damit verbundenen Unterquerungen des Rheins und zwei unterirdischen Haltestellen die Sache extrem verteuert. Also dazu die Frage: Gibt es einen Plan B? Man hat ja eigentlich immer einen Plan B oder einen Plan C.

Aus der Antwort der Regierung ist zu entnehmen, Nein. Und die Haltung der Regierung ist nach wie vor von äusserster Zuversicht geprägt. Man setzt auf Etappierung und Optimierung der Planung und mit anderen Worten, lasse sich nicht ins Boxhorn jagen. Ich frage mich, ist das wirklich die richtige Antwort oder Strategie auf den Befund des BAF? Ich würde gerne

die bisherige Untersuchungen, die früher zum Abshluss kamen, gerne einmal anschauen. Vor allem offensichtlich sind ihre Lösungen weder schneller noch günstiger noch gewinnbringender usw. Ich würde sie gerne mal sehen. Es gibt ja fast immer vielfältige Lösungen, deshalb kann ich mir das fast nicht vorstellen.

Auch mit dem Projekt Verkehr 45 respektive der Priorisierungsmethodik, man wolle bereit sein, falls unser Projekt dann immer noch so teuer ist, bereit sein, denn Achtung, die Konkurrenz schläft nicht, andere Kantone stehen bereit. Am Herzstück weiter festzuhalten wäre dann äusserst kontraproduktiv. Ist das nicht sowieso die Idee von vor 20 Jahre? Die Tiefbahnhöfe ermöglichen einen weiteren Ausbau, der Platz für viele Bedürfnisse schafft. Dieser Platz ist in Basel tatsächlich äusserst knapp und kostbar, aber braucht es diese Ausmasse auch, wenn das Herzstück nicht käme und hätten wir dann tatsächlich etwas verloren? Gäbe es mit dem Wegfall dieser teuren zwei Untergrundstationen nicht noch sinnigere Projekte, zum Beispiel das Tram- und Busnetz forcieren, von dem wir am letzten Mittwoch gesprochen haben?

Ich bin nicht zufrieden mit der Antwort, nicht, dass sich die Regierung nicht viel Mühe gegeben hätte, ihre Haltung zu begründen. Leider ist diese Haltung aber meiner Ansicht nach in keiner Weise überzeugend und auch nicht beruhigend. Keinen Plan B zu haben, ja, aus taktischen Gründen vielleicht, aber falls es so wäre und man alleine auf eventuell stufenweises Abspecken setzt, dann haben Sie hier etwas verpasst. Ich bin überzeugt, wir haben noch die Zeit, das Ganze zu vereinfachen und sollten uns diese Zeit für die Zukunft der Region auch nehmen. Und dabei scheint halt das Neuenken des Herzstückes schon sehr sinnig zu sein. Sicher, es braucht Mut, aber besser jetzt als später proaktiv.

Aber klar, wir können es uns auch von aussen sagen lassen, die Antworten der Vorstösse Herzog und Bezikofer kommen im Herbst, dann auch die ETH-Studien.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

42. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg, Stellungnahme des RR

[11.06.25 16:46:09, 24.5542.02]

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Gerne erläutere ich noch einmal kurz etwas zu der Motion und warum wir sie jetzt als Anzug überwiesen haben möchten.

Der Grund für die Motion war, dass immer mehr Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene zunehmend psychisch belastet sind. Die WHO geht davon aus, dass psychische Erkrankungen bald an der Spitze der gesundheitlichen Probleme der westlichen Gesellschaften stehen. Dabei ist die psychotherapeutische Versorgung schon heute überlastet und die Wartezeiten lang. Der Handlungsdruck ist also gross und deshalb fordert die Motion eine möglichst früh ansetzende Prävention von psychischen Erkrankungen. Dafür soll der Kanton die psychische Gesundheit zu einem Schwerpunkt der Präventionsarbeit an den Schulen erklären und ein obligatorisches Präventionsprogramm ab Kindergartenalter entwickeln und über alle Altersstufen hinweg durchführen.

Dabei ist ganz wesentlich zu verstehen: Psychische Gesundheit ebenso wie Gesundheit im Allgemeinen ist nirgends so günstig zu bekommen wie in der Prävention. Hier lässt sich mit vergleichsweise wenig Mitteln sehr viel erreichen. Ist die Erkrankung hingegen entstanden und fortgeschritten, wird es teuer und schwierig. Angesichts des grossen Handlungsdrucks in diesem Bereich freut es mich, dass der Regierungsrat die Förderung der psychischen Gesundheit ebenfalls als eminent wichtig erachtet und die Einschätzung teilt, dass eine nachhaltige Prävention optimalerweise im Kindergartenalter beginnen sollte. Gleichzeitig möchte der Regierungsrat die Motion aber als Anzug überwiesen haben, damit er die Forderung in einem grösseren Kontext, namentlich im Rahmen der aktuellen Überprüfung der Präventionsarbeit an den Schulen und zusammen mit den hängigen Forderungen nach Prävention vor sexualisierter und häuslicher Gewalt bearbeiten kann.

Ein ganzheitlicher Ansatz, wie ihn der Regierungsrat beschreibt, finde ich grundsätzlich gut und ich möchte ausdrücklich betonen, dass ich dabei darauf vertraue, dass Erziehungsdirektor Mustafa Atici die Forderungen der Motion auch dann konsequent verfolgen wird, wenn wir sie nun nur als Anzug überweisen, denn ich nehme den Regierungsrat beim Wort, wenn er schreibt, dass die Förderung der psychischen Gesundheit an den Schulen zwingend in den Fokus rücken muss. Ich verlasse mich darauf, dass der Regierungsrat diesen Worten entsprechende Taten folgen lässt.

Ich erwarte also, dass die Prävention von psychischen Erkrankungen zu einem Schwerpunkt der Gesundheitsförderung an den Schulen wird und dass obligatorische Programme hierzu umgesetzt werden. Denn Prävention darf nicht davon abhängig

gemacht werden, ob die einzelnen Player gerade Lust darauf haben oder nicht. Die Prävention muss flächendeckend und konsequent sein, denn das Thema ist zu wichtig, um es fakultativ und punktuell zu lassen.

Dabei bedeutet Stärkung der psychischen Gesundheit auch nicht einfach, dass der Unterricht und das Miteinander an den Schulen wertschätzend und achtsam gestaltet wird, wie das der Regierungsrat schreibt. Ich gehe davon aus, dass das bereits jetzt eine Selbstverständlichkeit ist, die an den Basler Schulen gelebt wird. Für die Prävention von psychischen Erkrankungen braucht es viel mehr. Es braucht gezielte und fachlich begleitete Massnahmen und ich erwarte vom Regierungsrat, dass er diese nun im Rahmen der Arbeitsgruppe, die sich mit der Förderung der psychischen Gesundheit befassen wird, prüft und einführt.

Und zum Schluss noch eine kritische Bemerkung bezüglich der Angebote der Schulsozialarbeit, auf die der Regierungsrat in seiner Stellungnahme lobend hinweist, weil diese in Bezug auf psychische Erkrankungen präventiv wirken würde. Auch ich bin überzeugt, dass der Schulsozialarbeit eine ganz wichtige Funktion zukommt und dass sie bis zu einem gewissen Grad die im Gesundheitsbereich fehlenden Angebote für psychisch belastete Kinder und Jugendliche auffangen kann. Gerade deshalb ist es für mich aber völlig unverständlich, wieso der Regierungsrat die seit Jahren personell angespannte Situation in der Schulsozialarbeit bislang ignoriert und keine Gelder für die fehlenden Stellen gesprochen hat. Hier erwarte ich, dass der Regierungsrat auf 2026 endlich die Personalressourcen der Schulsozialarbeit aufstockt, damit diese ihren wichtigen Auftrag erfüllen können.

Kurzum, ich traue Regierungsrat Mustafa Atici also zu, jetzt bei der Prävention in den Schulen vorwärts zu machen und dabei die psychische Gesundheit als zentrales Schwerpunktthema zu behandeln. Ich beantrage Ihnen im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion in einen Anzug umzuwandeln und diese dem Regierungsrat zu überweisen.

43. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Förderung der freiwilligen C02-Reduktion, Schreiben des RR

[11.06.25 16:51:39, 20.5351.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet in der ersten Runde. Das Wort hat Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Im Mai 2023 haben wir den Anzug Förderung der freiwilligen CO_2-Reduktion eingereicht. Dieser Anzug fordert eine umfassende Informationskampagne, um die Basler Bevölkerung zu motivieren, ihren CO_2-Ausstoss freiwillig zu reduzieren. Die Zeit des Lockdowns hat uns allen drastisch vor Augen geführt, wie schnell sich unser CO_2-Ausstoss reduzieren lässt. Dies zeigt uns auch, dass individuelle Verhaltensänderungen einen echten Unterschied machen können. Der Regierungsrat argumentiert, dass eine direkte Verknüpfung mit dem Lockdown riskant sei, da dies Klimapolitik als Einschränkung der Freiheit entscheiden lassen könnte.

Ich bin jedoch der Meinung, dass wir genau diese Erfahrung nützen sollten, nicht um Zwang auszuüben, sondern um aufzuzeigen, welches Potenzial in freiwilligen Anpassungen unseres Verhaltens steckt. Wir wollen keine Verbote, sondern Freiwilligkeit und Eigenverantwortung.

Die Bevölkerung ist sich der Klimapolitik bewusster geworden, auch dank der Jugendbewegungen und der Klimaaktivität. Diese Ausgangslage müssen wir nutzen, um den CO_2-Ausstoss lokal zu senken. Diese individualisierten Informationskampagne kann aufzeigen, welche konkreten Verhaltensänderungen welchen Nutzen für die Umwelt haben, in Form von Fallbeispielen, Tabellen und dergleichen. Es ist richtig, dass der Regierungsrat bereits Massnahmen im Bereich der Klimakommunikation umgesetzt und eine Strategie Klima Basel 2037 verabschiedet hat. Dennoch fehlt es weiterhin an detaillierten zielgruppenspezifischen Daten, die das CO_2-Reduktionspotenzial einzelner Bevölkerungsgruppen quantifiziert. Dies ist aber entscheidend für eine wirksame und effektive Kampagne.

Deshalb bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen. Wir müssen das geschärfte Bewusstsein der Bevölkerung nutzen, um aktiv und freiwillig das Klima zu schützen. Eine umfassende und Zielgruppen orientierte Informationskampagne, die positives Lernen aus dem Lockdown aufgreift, ist dafür unerlässlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Beat K. Schaller für die SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Ich stelle fest, die Vorfreude auf einen herrlichen Vorsommerabend steigt und steigt. Ich halte mich entsprechend kurz und bitte Sie namens der SVP den Anzug abzuschreiben. Gemäss Kreuztabelle habe bis auf die FDP und die SP alle Fraktionen ein Abschreiben eingetragen, inklusive Grüne und BastA. Ich finde das grossartig, meine lieben Damen und Herren der Grünen und BastA, herzlich willkommen im Club der Klardenker, wenigstens für einmal.

Wir von der SVP gehen mit dem Regierungsrat einig, dass eine Massnahme, welche sich auf eine erzwungene Verhaltensänderung bezieht, riskant ist. Das ist schön ausgedrückt. Viele der während der Pandemie massgeblichen Verhaltensänderungen erfolgten nicht durch eine freiwillige Entscheidung, sondern sie wurden behördlich von oben erzwungen. Hier mit dieser Einschätzung geht die SVP mit dem Regierungsrat einig und es ist ja gerade in unserem Kanton nicht überraschend, dass der Regierungsrat die Klimakommunikation fest in seinem Aktionsplan verankert hat. Er schreibt, entscheidend dabei sei die interdepartementale Zusammenarbeit. Für den Regierungsrat ist es also wichtig, dass die einzelnen Königreiche, sprich Departemente, miteinander reden und miteinander arbeiten. Ja, für einmal ist Grenzen abschaffen gut.

Was die geforderte Informationskampagne anbelangt, da weist der Regierungsrat nach, dass er weiss Gott nicht untätig war. Und er ist nicht untätig und bleibt es auch nicht. Klima auf der kantonalen Webseite, Plakatkampagne, Benutzung der sozialen Media-Kanäle, Veranstaltungen, Förderung von, so wie es ausschaut, zivilgesellschaftlichem Engagement, ja Herz, was begehrt du mehr? Er verspricht ja auch, auf den Herbst 2025 ein Konzept zur Klimakommunikation. Wir schauen dem mit Hochspannung entgegen. Und noch einmal, was den Anzug anbelangt, den können wir abschreiben. Der Regierungsrat hat geprüft, berichtet und umgesetzt. Ich bitte Sie, abzuschreiben und danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Melanie Eberhard für die SP.

Melanie Eberhard (SP): Was der Kanton schon tut, das haben wir gerade ausführlich gehört. Deshalb verzichte ich darauf, dass jetzt nochmal zu wiederholen. Ich habe mich auch sehr darüber gefreut, in der Beantwortung zu lesen, was der Kanton noch weiter plant in diesem Thema, denn Kommunikation fördert auch das Verständnis für diese Massnahmen und es führt vor allem auch zu einer Sensibilisierung, damit die Bevölkerung auch ihren aktiven Teil dazu beitragen kann. Und deshalb ist es wichtig und ich denke auch, dass es eine gute Möglichkeit ist, wenn der Regierungsrat die angedachten Vorhaben im Bereich Kommunikation dann effektiv umsetzt, und das kann ja dann, wie es auch in diesem Falle schon der Fall war, ein relativ kurzer Bericht sein, in dem dargelegt wird, wie Zielgruppen spezifisch dazu kommuniziert wird.

In diesem Sinne und auch deshalb beantragt Ihnen die SP Stehenlassen dieses Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher Oliver Thommen für die Fraktion GRÜNE/jgb..

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich getraue mich jetzt nicht, für die BastA zu sprechen, aber ich antizipiere jetzt einmal, dass sie ähnlich den Kollegen Schaller enttäuschen muss, dass das Abschneiden dieses Anzugs leider nicht in diese Richtung verläuft – Sie haben das Klardenken genannt. Der Grund, warum wir diesen Anzug abschreiben, ist vielmehr, dass einerseits die Forderung des Anzugs, zu prüfen, einerseits aus unserer Sicht genügend beantwortet wurde. Es gibt verschiedene Sensibilisierungskampagnen, es wird weitere Sensibilisierungskampagnen geben. Und das ist gut. Es gibt auch in der Privatwirtschaft sehr viele Sensibilisierungskampagnen. Sie können Ihren CO_2 Fussabdruck und alles Möglichke messen. Es gibt sehr viel dazu. Ich denke, wenn Sie, nachdem dieser Anzug abgeschrieben wurde, eine konkrete Idee haben, dann sind wir gerne bereit, gemeinsam eine Motion einzureichen, denn ich denke, dem Regierungsrat fehlt manchmal die genaue Anweisung, was er tun soll, und mit diesem Anzug wird das wahrscheinlich nicht passieren, sondern wir werden einfach in zwei Jahren wieder hören, was der Regierungsrat alles gemacht oder eben nicht gemacht hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Somit hat Regierungsrat Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wie verschiedene der Vorrednerinnen und Vorredner schon gesagt haben, erscheint dem Regierungsrat nicht sinnvoll,. die Erfahrungen aus der Pandemie und dem Klimaschutz kommunikationsweise so zu koppeln, dass man hier Vergleiche ziehen kann. Wir glauben, das würde eher demotivierend wirken und die Eigenverantwortung eher hemmen als fördern. Wie gesagt, in der Pandemie waren die Verhaltensänderungen weitestgehend verordnet und die Idee unserer Klimaschutzkampagnen ist eben zu motivieren, zu informieren, Orientierung zu bieten und eben nicht so zu gestalten, dass es dann zu Gegenreaktionen kommt, weil die Menschen das Gefühl haben, man will ihnen ihr Leben vorschreiben

Insofern glaube ich wirklich, dass diese Bezugnahme im Anzug nichts der zielführende Weg ist und andererseits auch haben wir ja wirklich ausdehnende Klimakommunikationsmassnahmen einerseits schon vorgenommen, andererseits weiter geplant. Das ist auch Teil des Klimaaktionsplans, Teil der Umsetzung der Klimaschutzstrategie, dass hier auch kommunikativ einiges geht.

Deshalb bitte ich Sie, auf diese Instrumente abzustellen, die uns ja auch verpflichten, selbstverständlich dem Grossen Rat jeweils Rechenschaft zu geben, den konkreten Anzug jetzt hier aber abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 38 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006786, 11.06.25 17:02:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuscheiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 48 gegen 38 Stimmen bei einer Enthaltung.

44. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa, Schreiben des RR

[11.06.25 17:03:01, 16.5216.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat wünscht das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Mit dem vorliegenden Anzug wurde der Regierungsrat gebeten, eine Städtepartnerschaft mit einer vom Flüchtlingsstrom stark betroffenen europäischen Staat zu prüfen, dies mit dem Ziel, im Rahmen einer solchen Partnerschaft dann konkrete Unterstützung zu leisten, etwa durch finanzielle Beiträge oder Infrastrukturhilfe. In seiner ersten Prüfung hat der Regierungsrat festgestellt, dass alleine schon aufgrund der Aufgabenteilung von Bund und Kantonen eine Städtepartnerschaft keine geeignete Massnahme zur Entschärfung der Flüchtlingskrise in Europa darstellt. Diese Feststellung hat weiterhin Gültigkeit. Das Asyl- und Flüchtlingswesen steht in der

Kompetenz des Bundes. Diese möchte auf europäischer Ebene ein koordiniertes und kohärentes Vorgehen und dem Regierungsrat ist es auch deshalb ein Anliegen, die klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen zu berücksichtigen.

Nun ist aber auch sehr viel gegangen, insbesondere auch seit Einreichen des Anzugs. Mit den sozialen Engagements in Abidjan und besonders in Shahab, einer Stadt im Erstfluchtland. Jordanien hat der Regierungsrat in der zweiten Beantwortung zentrale Anliegen des Anzugs aufgenommen. Der Kanton leistet einen sichtbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingung von Menschen in benachteiligten Regionen, im Falle von Shahab besonders auch spezifisch für geflüchtete Personen. Zudem wurde in akuten Krisen wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine oder im Nahostkonflikt nach dem Angriff der Hamas auf Israel substanzielle Hilfe geleistet, dies in Form von finanziellen Beiträgen an humanitäre Hilfsorganisationen sowie der mehrfachen Lieferung von Feuerwehr- und Sanitätsmaterial an verschiedene ukrainische Städte.

Mit dem vom Grossen Rat an der letzten Sitzung angenommenen Gegenvorschlag zur Initiative 1 Prozent gegen globale Armut und mit dem Gesetz über die internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung werden wir die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit im Kanton Basel-Stadt massiv erhöhen, mehr als Vervierfachen. Damit kann, unabhängig von einer längerfristig orientierten Städtepartnerschaft, weiterhin und noch stärker als bisher dort Unterstützung geleistet werden, wo der Bedarf gerade am grössten ist.

Das alles zeigt, der Kanton hat sagt Einreichen dieses Anzugs in den letzten Jahren sein Engagement zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene nochmals stark ausgebaut und nimmt seine Verantwortung in humanitären Krisen wahr. Eine Städtepartnerschaft ermöglicht politischen Zugang, sie ermöglicht den Aufbau längerfristiger Beziehungen und die Bündelung von Kräften und deshalb setzt der Regierungsrat solche Städtepartnerschaften auch ein als Instrument zur Erreichung von Standortzielen. Je nach Ziel und geografischer Ausrichtung kann eben eine solche Städtepartnerschaft sinnvoll sein oder aber ein anderes flexibleres Instrument kann wirkungsvoller sein. Es geht hier also ja nicht um die Partnerschaft an sich, sondern es geht immer darum, wie können wir übergeordnete Ziele am besten erreichen. Und auch in der weiterführenden Diskussion mit der Regiokommission hat sich gezeigt, dass eben die beiden Elemente Städtepartnerschaft einerseits und Unterstützung in der Flüchtlingskrise in Europa andererseits nicht sinnvoll zu kombinieren sind.

Neu sprechen wir deshalb von einem Beitrag zur europäischen Kohäsion. Die Zusammenarbeit mit und in Europa bleibt dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen, sei dies eben in Form von Partnerschaften oder in Form von anderen Modellen. Es besteht jedoch kein Zusammenhang zum Anliegen des ursprünglichen Anzugs mit einer Städtepartnerschaft, um einen Unterstützungsbeitrag zur Milderung der Flüchtlingskrise zu leisten.

Deshalb also zusammenfassend: Eine Städtepartnerschaft ist kein geeignetes Instrument zur Entschärfung der Flüchtlingskrise in Europa. Die inhaltlichen Anliegen des Anzugs wurden ernstgenommen und so weit als möglich bereits umgesetzt. Das globale Engagement des Kantons zugunsten der nachhaltigen Entwicklung wurde bereits verstärkt und wird künftig insbesondere nochmals massiv ausgebaut und eine allfällige Partnerschaft hat keinen inhaltlichen Bezug mehr zum ursprünglichen Anzug aus dem Jahr 2016.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, den Anzug heute abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die GRÜNEN/jgb ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Es ist das letzte Geschäft heute mit Abstimmung, darum werde ich es relativ kurz halten, auch weil der Regierungspräsident schon sehr ausführlich darüber berichtet hat, was der Kanton in den letzten Jahren, in den letzten neun Jahren seit der Einreichung dieses Anzugs geleistet hat. Der Regierungspräsident hat hingewiesen auf die Aktivitäten in Shahab in Jordanien, das wissen wir wirklich sehr zu würdigen. Insbesondere heissen wir das gut, dass in einer urbanen Region oder in einer urbanen Stadt im globalen Süden Know-How-Transfer stattfindet. Man hilft dort beim Aufbau oder bei der Instandhaltung der Infrastruktur, bei der Stadtbegrünung, Energie- und Wassereffizienz. Das sind sehr, sehr gute und sinnvolle Engagements, die wir wirklich sehr begrüssen und auch unterstützen. Auch die nun erhöhten Mittel in der internationalen Zusammenarbeit, Sie mögen sich erinnern, erst vor kurzem hier im Grossen Rat behandelt, sind für uns sehr erfreulich und geht wirklich in die richtige Richtung.

Trotzdem möchten wir als Fraktion GRÜNE/jgb an diesem Anzug von Thomas Grossenbacher festhalten, an diesem Anzug von Stadt zu Stadt. Denn wir sehen anders als der Regierungsrat hier die zentrale Forderung des Anzugs eben noch nicht umgesetzt. Obwohl der Grosse Rat den Anzug mehrfach überwiesen hat, gibt es immer noch keine die Städtepartnerschaft in Europa, was ja eigentlich genau dieser Anzug sehr klar in seiner Forderung stellt. Mit dem Stehenlassen wollen wir den Auftrag daher der Verwaltung nochmals mitgeben und diesen erneuern. Wir sind überzeugt, dass eine wie in diesem Anzug angeregte Städtepartnerschaft mit einer europäischen Stadt auf Augenhöhe eine hohe und sichtbare Signalwirkung zeigen kann. Mehr noch als eben die Zusammenarbeit mit Shahab, denn den meisten Personen hier im Kanton ist nicht bekannt, wo

Shahab überhaupt liegt, im besten Fall haben sie die Medienmitteilung mitbekommen, aber es ist noch nicht in diesem Sinne eine Stättezusammenarbeit oder -partnerschaft, wie wir sie dann eben doch auch wünschen würden und wie es auch Thomas Grossenbacher in diesem Anzug ausgeführt hat.

Trotz den bisherigen grossen Leistungen des Kantons im Bereich der internationalen Zusammenarbeit ist eben der Kern des Anzugs für uns noch nicht umgesetzt, weshalb wir wirklich nochmals daran festhalten wollen und Sie bitten, diesen Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA das Wort hat Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA beantragt auch, den Anzug von Thomas Grossenbacher erneut stehenzulassen und dies aus folgenden Gründen: Die aktuelle Weltlage muss uns grosse Sorgen machen, das ist Ihnen wahrscheinlich auch bekannt, die Fluchtbewegungen werden auch in den kommenden Jahren nicht abnehmen, sondern wegen Krieg, Vertreibung und auch den Auswirkungen der Klimaveränderungen weiter zunehmen. Städtepartnerschaften sind ein Ausdruck von internationaler Solidarität und haben vielleicht eher eine kleinräumliche Wirkung. Aber wenn ich mir vorstelle, es gäbe ein europäisches Netz von Städtepartnerschaften innerhalb von Europa, aber auch mit dem globalen Süden, dann könnte ich mir daraus schon etwas ein grösseres wirkungsvolles Netz vorstellen, das in Bezug auf die Solidarität und Unterstützung bei verschiedenen Schwierigkeiten doch eine Wirkung hat, auch wenn ich Regierungspräsident Conradin Cramer Recht gebe, dass die Gründe der Flucht deswegen nicht beiseite geschafft sind. Das Ansinnen aber des Anzugs von Thomas Grossenbacher ist im Jahr 2025 weiterhin legitim und ich finde es komisch, diesen jetzt abzuschreiben.

Wir erachten das Vorgehen des Regierungsrats in solchen Fragen einerseits einfach als zu zaghaft. Gerade Basel wäre als eine so reiche Stadt sollte ihre internationale Verantwortung viel stärker noch zum Ausdruck bringen. Anstatt besonders Städtepartnerschaften zum Zweck des Handels und der Forschung voranzutreiben, was ja nicht per se schlecht ist, ausser wenn die Tätigkeiten mit autoritären Regimes gemacht werden oder mit fragwürdigen Tätigkeiten wie gerade aktuell beispielsweise der MCH Group mitgetragen werden, dann stelle ich das schon ein bisschen in Frage. Es würde uns also gut anstehen, unsere Solidarität auszubauen und mit Städten im globalen Süden, die besonders von Fluchtbewegungen betroffen sind, aber auch in Europa weitere Städtepartnerschaften zu prüfen und auch einzugehen. Genau so eben wie die erwähnten Stadt Shahab bin Jordanien. Ich finde es wirklich sehr begrüssenswert, dass man dann beim Stehenlassen des Anzugs so auch darauf reagiert hat.

Wir sind der Meinung, da gibt es noch Luft nach oben, und wir wünschen uns, dass die Regierung uns bei der nächsten Beantwortung ein paar konkrete geprüfte Beispiele von Partnerschaften mit Basel-Stadt nochmals präsentieren könnte. Mir ist, wie gesagt, klar, dass die Gründe der Flucht und die damit verbundenen Tragödien nicht aus der Welt geschaffen sind, aber ein Beitrag zur Linderung und für die Solidarität wären Städtepartnerschaften sehr wohl.

Also lassen wir den Anzug nochmals stehen, damit in der nächsten Berichterstattung vom Regierungsrat konkrete Umsetzungen daraus resultieren können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet auf ein Votum. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006788, 11.06.25 17:14:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug Stehen zu lassen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 46 gegen 43 Stimmen bei einer Enthaltung.

45. Interpellation Nr. 56 Raffaela Hanauer betreffend Umzug des Präsidialdepartements und allfälligen Chancen im Rathaus, Schreiben des RR

[11.06.25 17:14:55, 25.5225.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich anerkenne die Bemühungen, die gemacht wurden, um diese Interpellation zu beantworten. Ich bin jedoch dennoch mit der Beantwortung einiger Fragen nicht zufrieden. Ich denke, die Beantwortung hat einige offene Fragen geklärt und darüber bin ich froh, beispielsweise welche Abteilungen umziehen und auch kamen neue Informationen über das Wildsche Haus hinzu, dass es dort allenfalls noch Potenzial gäbe. Ich ich habe jedoch den Eindruck, dass der Grund für die Interpellation missverstanden wurde. Ich habe in der Einleitung begründet, weshalb ich diese Fragen stelle, vor allem in Bezug auf die Nutzung von Sitzungsräumlichkeiten hier im Grossen Rat durch Fraktionen und Parteien. Nämlich ist es zurzeit so, dass wir in der Praxis als Fraktionen keine Sitzungsräume buchen können, auch nicht an Grossratstagen. Dies ist einschränkend für die parlamentarische Arbeit, auch Untergruppen aus dem Grossen Rat und Interessensgruppen, die sich bilden, können keine Sitzungsräume buchen. Und das macht natürlich die Praxis schwierig, wenn man zum Beispiel als Fraktion eine Stunde vor Beginn der Grossratssitzung noch Absprachen treffen möchte oder wenn eine der zahlreichen Untergruppen eine Stunde über Mittag ein Zimmer buchen möchte.

Wir als Fraktion haben schon diverse Sitzungen in den Räumlichkeiten hier abgehalten, jedoch immer mit der Ungewissheit, ob wir ein freies Sitzungszimmer finden. Ich denke, die Personen hier im Saal der Legislative kennen die Situation, dass wir es als eine grosse Verbesserung für unsere politische Arbeit, egal von welchen Fraktionen aus, empfinden würden, wenn wir das machen könnten. Die Beantwortung zeigt, dass im Kanton Basel-Landschaft diese Möglichkeiten bestehen. Die Fraktionen halten Sitzungen ab in den Räumlichkeiten des Kantons, und zwar die meisten Fraktionen bis auf eine, und es wäre doch wünschenswert, wenn dies hätte mitgedacht werden können.

Auch ansonsten finde ich es schade, dass nicht mitgedacht wurde, dass hier ein Bedarf besteht und nicht geprüft wurde, ob man diesem Bedarf gerecht werden kann. Nun liegt der Bedarf auf dem Tisch. Ich habe ihn benannt in der Interpellation und ich habe doch die Hoffnung, dass jetzt in der Zukunft diesem Bedürfnis besser gerecht werden kann und auch allenfalls dass dann in dem dem Wildschen Haus, das ja eben als Sitzungsort organisiert wird und angedacht ist, geprüft wird, ob auch wir Fraktionen oder Parteien dort Sitzungsräume buchen können, damit wir unsere parteiübergreifende, fraktionsübergreifende aber auch parteiinterne, fraktionsinterne parlamentarische Arbeit besser organisieren können.

Nichtsdestotrotz bedanke ich mich beim Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

Traktandum 46., Interpellation Nr 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache. Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

46. Interpellation Nr. 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache, Schreiben des RR

[11.06.25 17:19:24, 25.5229.01]

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Zu Beginn möchte ich meinen grossen Dank aussprechen gegenüber den Fachpersonen, welche bei den Abstimmungen im Mai zum ersten Mal die Abstimmungsunterlagen in leichte Sprache übersetzt haben. Diese Arbeit

ist enorm wichtig für die gesellschaftliche Inklusion in allen Bereichen, insbesondere in den politischen Alltag, dort, wo Entscheidungen gefällt werden.

Gerade eben durften wir uns freuen, dass der Nationalrat zugestimmt hat, dass auch Menschen mit einer geistigen Behinderung in Zukunft politische Mitspracherechte erhalten sollen. Damit würden schweizweit in Zukunft etwa 16’000 weitere Personen neu an Abstimmungen teilnehmen und für diese Personen ist eine Abstimmungsinformation in leichter Sprache zentral. Sind wir aber ehrlich mit uns, es kann wohl davon ausgegangen werden, dass nicht nur Personen, die auf leichte Sprache angewiesen sind, dieses Angebot nutzen. Zeitdruck, komplexe Vorlagen, eine andere Muttersprache, die Gründe sind vielfältig, warum man auf ein solches Angebot zurückgreift.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass diese Übersetzungen in leichte Sprache wasserdicht sind und keine Missverständnisse vorliegen. Leider mussten wir beim Referendum zum Standortpaket eine andere Erfahrung machen. Argumente wurden missverständlich formuliert, falsch interpretiert oder übersetzt und damit das Bild der Argumentation verzerrt. Ich möchte hier wirklich niemandem einen Vorwurf machen, politisch komplexe Sachverhalte zu vereinfachen, ohne dabei an Qualität einzubüssen, das ist eine enorm anspruchsvolle Aufgabe. Aber gerade deshalb ist es umso wichtiger, dass die Texte in leichter Sprache noch einmal kritisch geprüft werden können, insbesondere von denjenigen Personen, die ihre Argumente am besten kennen, zum Beispiel die Referendums- und Initiativkomitees. Und hier bin ich leider mit der Beantwortung dieser Interpellation nicht zufrieden. Ich hatte beim lesen das Gefühl, man will meine Frage nicht richtig verstehen. Ich fragte nicht danach, wie die sprachliche Übersetzungsarbeit läuft. Hier bin ich voll und ganz von der Qualität und Wichtigkeit der geleisteten Arbeit überzeugt. Ich fragte, inwiefern politischen Missverständnissen bei einer so starken Vereinfachung vorgebeugt werden können, und dazu habe ich leider nicht wirklich eine Antwort erhalten. Und wenn das einzige Argument der hohe Zeitdruck ist, dann bitte ich Sie, geben Sie den Initiativ- und Referendumskomitees mehr Zeit von der Einreichung der Initiative bis zum Urnengang. Gerade für zivilgesellschaftliche Komitees, die weder mit einem grossen Budget noch mit professionellen Kampagnenbüros noch mit starken Verbandspartnern operieren, sind Abstimmungskämpfe ein anspruchsvoller und nervenaufreibender Spagat zwischen Engagement, Familie und Lohnarbeit. Dabei sind es doch eigentlich genau diese basisdemokratischen Bürger:inneninitiativen, auf die wir in der Schweizer direkten Demokratie doch so stolz sind.

Die Abstimmungsunterlagen in leichter Sprache sind gekommen, um zu bleiben, und das ist gut so. Aber behalten wir einen hohen Anspruch und prüfen nicht nur sprachlich, sondern auch politisch. Das ist ja eigentlich der springende Punkt an der ganzen Sache.

Ich hoffe sehr, geschätzter Regierungspräsident Conradin Cramer, dass Sie nochmals nach Lösungen suchen, ob nicht doch die Initiativkomitees einen kritischen Blick darauf werfen können oder ob allenfalls politikwissenschaftliche Kompetenzen in der Prüfgruppe verankert werden könnten, um Fehler wie passiert beim Standortpaket in Zukunft zu verhindern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Schluss der 19. Sitzung

17:23 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 09:02:15
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	30	12	12	8	9	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	12	8	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	0	4	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	92	30	12	12	8	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 09:02:53
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	30	10	12	8	9	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	30	10	12	8	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	0	4	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	92	30	12	12	8	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 09:03:31
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	30	0	2	8	7	7	6	5	0	0
Nein	22	0	12	10	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	89	30	12	12	8	7	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	0	4	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	92	30	12	12	8	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.1095

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 10:37:33

Geschäft Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	30	13	12	11	9	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.1095

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 10:38:13

Geschäft Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	24	0	12	11	0	0	0	1	0	0	0
Nein	68	30	1	0	10	9	7	6	5	0	0
Ent	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	30	13	12	10	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.1095

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 10:39:04

Geschäft Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	69	30	1	0	11	9	7	6	5	0	0
Nein	25	0	12	11	0	0	0	1	0	1	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3.1**
18.5254

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 10:40:05

Geschäft Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innerstadt – für alle (ohne Doppelhaltestellen und ohne Tram-/Velo-Konflikte – dank cleveren Verkehrsmassnahmen), Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	28	13	12	11	9	7	7	0	0	0
Nein	5	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	13	12	11	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
23.1670

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 10:42:01

Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	27	12	11	10	8	6	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	27	12	11	10	8	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	8	3	1	1	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	2	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	10	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
23.1354

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 15:56:56
Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	92	29	13	12	11	8	7	7	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	11	8	7	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
23.1354

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 15:58:17
Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	3	13	6	11	8	7	7	4	0	0
Nein	32	26	0	6	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	93	30	13	12	11	8	7	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
23.1354

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 15:59:55
Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	20	0	0	10	0	0	0	6	4	0	0
Nein	72	28	13	2	11	9	7	1	1	0	0
Ent	3	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
23.1354

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 16:00:49
Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	37	26	0	9	1	0	0	0	1	0	0
Nein	55	3	13	2	10	9	7	7	4	0	0
Ent	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.0157

Abstimmungsdatum 04. Juni 2025 16:17:38

Geschäft Projektierung des Neuen Hallenbades am Standort Messeareal, Parzelle 7/2416 (Musical Theater), Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	64	3	13	11	10	9	7	6	5	0	0
Nein	27	26	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	29	13	12	10	9	7	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	2	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	10	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5017

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 09:46:00

Geschäft Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	29	12	9	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	12	9	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	1	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	12	11	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5017

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 09:46:44

Geschäft Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	9	0	3	5	0	0	0	0	0	1	0
Nein	85	30	8	6	12	10	7	6	6	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	11	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5017

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 09:47:40

Geschäft Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	92	30	11	11	11	10	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	11	11	11	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5017

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 09:48:27

Geschäft Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	0	12	11	0	9	6	5	0	0	0
Nein	41	26	0	0	8	1	0	0	6	0	0
Ent	10	4	0	0	4	0	1	1	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	11	12	10	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5017

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 09:50:38

Geschäft Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	6	12	11	7	9	7	5	1	0	0
Nein	29	20	0	0	4	0	0	0	5	0	0
Ent	6	4	0	0	1	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	93	30	12	11	12	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	11	12	9	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5017

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 09:51:32

Geschäft Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	0	12	11	6	8	1	5	0	0	0
Nein	48	30	0	0	4	1	6	1	6	0	0
Ent	3	0	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	30	12	11	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	11	12	9	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5017

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 09:52:15

Geschäft Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	30	11	9	10	9	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	4	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	11	11	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	11	12	9	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
25.5192

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 10:09:06

Geschäft Motion 2 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	67	29	0	0	11	9	6	6	6	0	0
Nein	23	0	12	11	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	29	12	11	11	9	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	11	12	9	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.5196

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 10:16:38
Geschäft Motion 3 Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	67	29	0	3	10	8	7	4	6	0	0
Nein	21	0	11	8	0	0	0	1	0	1	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	90	29	11	11	11	8	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	2	1	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	94	30	11	11	12	9	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
25.5202

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 10:44:57

Geschäft Motion 4 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	61	30	0	0	12	7	6	0	6	0	0
Nein	30	0	11	11	0	2	0	6	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	12	11	12	9	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	11	12	9	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
25.5199

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 11:24:03

Geschäft Motion 5 Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	30	0	0	12	1	0	0	6	0	0
Nein	44	0	12	11	0	8	7	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	12	11	12	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	1	1	0	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	94	30	12	11	12	9	7	6	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
25.5175

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 11:27:16

Geschäft Anzug 1 Thomas Widmer-Huber und Daniel Hettich betreffend grössere Unabhängigkeit von Kanton und Gemeinden bei der Festlegung der Steuerbelastung ihrer Steuerpflichtigen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	72	27	11	10	7	6	5	6	0	0	0
Nein	7	1	0	0	0	0	0	0	6	0	0
Ent	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	28	11	10	12	6	5	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	9	2	1	1	0	2	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	1	0	2	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	30	12	11	12	8	7	6	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
25.5201

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 11:48:09
Geschäft Anzug 6 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend bessere Lösungen für Teilzeitarbeitende in der PKBS

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	29	1	1	12	4	6	0	6	0	0
Nein	30	0	11	10	0	3	0	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	29	12	11	12	7	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	2	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	1	1	0	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	94	30	12	11	12	9	7	6	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
24.5279

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 15:41:28

Geschäft Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	0	12	11	0	9	7	6	0	0	0
Nein	46	29	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	12	11	11	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	1	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	29	12	11	11	9	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
24.5279

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 15:42:10

Geschäft Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	29	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Nein	44	0	12	10	0	9	7	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	12	10	11	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	1	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	29	12	11	11	9	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
16.5274

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 16:06:41
Geschäft Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Masterplan Elektromobilität, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	72	28	12	11	0	9	0	6	6	0	0
Nein	20	2	0	0	11	0	7	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	12	11	11	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	1	1	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	30	12	11	11	9	7	6	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
23.5091

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 16:22:36
Geschäft Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Freilaufareale für Hunde, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	5	9	8	9	9	3	5	0	0	0
Nein	42	25	3	2	1	0	4	1	6	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	10	11	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	1	1	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	30	12	11	11	9	7	6	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 43**
20.5351

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 17:02:27

Geschäft Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Förderung der freiwilligen C02-Reduktion, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	0	0	10	11	9	7	6	5	0	0
Nein	38	28	10	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	11	10	11	9	7	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	0	0	0	1	1	1
Nicht anwesend	8	1	2	2	1	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	30	11	10	11	9	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 44**
16.5216

Abstimmungsdatum 11. Juni 2025 17:14:19

Geschäft Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	0	11	9	0	9	7	6	0	1	0
Nein	46	29	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	30	11	9	11	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	2	2	1	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	30	11	10	11	9	7	6	6	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Petition P485 "Fernwärme auch für Grossbasel-West", Bericht der PetKo	PetKo		24.5443.02
2.	Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination und Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innerstadt - für alle (ohne Doppelhaltestellen und ohne Tram-/Velo-Konflikte - dank cleveren Verkehrsmassnahmen), Bericht der UVEK/RegioKo	UVEK / RegioKo	BVD	24.1095.02 18.5254.07
3.	Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" – Fristverlängerung, Bericht der WAK	WAK	FD	23.1670.04
4.	Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros *(Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss AB § 20 Abs. 2)*	Ratsbüro		25.5017.02
5.	Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK *(Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss AB § 20 Abs. 2)*	BRK	FD	23.1354.04
6.	Projektierung des Neuen Hallenbades am Standort Messeareal, Parzelle 7/2416 (Musical Theater), Bericht der BRK *(Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss AB § 20 Abs. 2)*	BRK	FD	24.0157.02
7.	Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend Vereinfachte Erweiterung der Restaurations-Aussenflächen zur COVID-Prävention (Gastro-Parklets), Bericht des RR		BVD	21.5216.03
8.	Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend «Eifachs Uusestuehle für d'Baize und für uns alli», Bericht des RR		BVD	21.5215.03
9.	Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Begrünung der Innenstadt, Schreiben des RR		BVD	15.5017.06
10.	Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Förderung der freiwilligen C02-Reduktion, Schreiben des RR		PD	20.5351.04
11.	Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa, Schreiben des RR		PD	16.5216.05
12.	Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Masterplan Elektromobilität, Schreiben des RR		WSU	16.5274.06
13.	Anzug Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend Behebung der Gefahrenstelle Gellert-Dreieck, Schreiben des RR		JSD	22.5465.03
14.	Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg, Stellungnahme des RR		ED	24.5542.02
	Überweisung an Kommissionen			
15.	Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2024, Bericht des RR	BKK	ED	25.0511.01
16.	Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht des RR	GSK	GD	25.0541.01
17.	Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt" und Ausgabenbericht für ein dreijähriges Pilotprojekt "Reaktivierung dreier Taubenschläge und Begleitmassnahmen in der Stadt Basel" als formulierter Gegenvorschlag sowie Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Einrichtung eines Stadttaubenkonzepts, Bericht des RR	UVEK	WSU	24.0556.02 25.0426.01 22.5040.03

18.	Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht des RR	IGPK UKBB	GD	25.0542.01
19.	Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht des RR	IGPK Rheinhäfen	WSU	25.0607.02

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

20.	Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend beschleunigte Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR		JSD	24.5522.02
21.	Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen - Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz, Stellungnahme des RR		ED	24.5543.02
22.	Motionen:			
	1. Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich			25.5235.01
	2. Remo Gallacchi und Konsorten betreffend automatische Beitragszahlung der Krankenkassenprämienverbilligungen			25.5236.01
	3. Eric Weber betreffend so wird Kommunalpolitik zum Spass für junge Menschen			25.5254.01
	4. Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer			25.5255.01
	5. Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen			25.5256.01
23.	Anzüge:			
	1. Oliver Bolliger und Konsorten betreffend humanitäre Nothilfe und längerfristige Aufbauhilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza			25.5234.01
	2. Eric Weber betreffend Verbesserung der Regierungsrats-Wahlen			25.5253.01
	3. Salome Bessenich und Konsorten betreffend offene Wettbewerbe und Nachwuchsförderung für die Architekturstadt Basel			25.5257.01

Kenntnisnahme

24.	IWB Industrielle Werke Basel: Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Schreiben des RR		WSU	25.0465.01
25.	Schriftliche Anfrage Brigitte Gysin betreffend Parkieren von Motorrädern auf Autoparkfeldern, Schreiben des RR		JSD	25.5015.02
26.	Anzug Edibe Gölgeli betreffend Doppelspurausbau der S6 in Riehen (stehen lassen), Schreiben des RR		BVD	21.5776.04
27.	Anzug Conradin Cramer und Daniel Goepfert betreffend Aufschlüsselung von Wahl- und Abstimmungsresultaten nach Quartieren; Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend Pilotprojekt "Smart Voting": Demokratie 2.0; Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend regelmässige Befragungen nach Wahlen und Abstimmungen (stehen lassen), Schreiben des RR		PD	14.5352.05 19.5441.04 21.5221.03
28.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie bezahlen die Aussteller der ART Basel und der Liste Basel die Steuern in Basel-Stadt?, Schreiben des RR		FD	25.5113.02
29.	Schriftliche Anfrage Claudio Miozzari betreffend Pausenplatz Primarschule Münsterplatz, Schreiben des RR		ED	25.5080.02
30.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend kein Platz mehr für Zirkus und Schiffe in Basel, Schreiben des RR		BVD	25.5111.02
31.	Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Tram-Doppelspurausbau beim Zolli (stehen lassen), Schreiben des RR		BVD	06.5162.09
32.	Petition P495 "Erreichen der Basler Klimaziele", Bericht der PetKo	PetKo		25.5096.02

33.	Mobilitätsfonds des Kantons Basel-Stadt, Jahresbericht 2024, Bericht des RR	BVD	25.0573.01
34.	Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend Parkieren auf Staatsarealen, Schreiben des RR	FD	25.5081.02

Protokoll

der 20. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 25. Juni 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Seyit Erdogan (SP), Fina Girard (Grüne), Niggi Rechsteiner (GLP), Beda Baumgartner (SP)*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 4
3. Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027 (Nachfolge für Katharina Zimmermann), Bericht der WVKo 4
4. Jahresrechnung 2024 und Rechnung 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und BKK 6

Beginn der 20. Sitzung

Mittwoch, 25. Juni 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[25.06.25 09:00:06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Rücktritt einer nebenamtlichen Richterin

Isabel Wachendorf Eichenberger hat den Rücktritt als nebenamtliche Richterin am Zivilgericht per Ende September 2025 erklärt. Die gesetzliche Frist von 6 Monaten gemäss § 64 GOG wurde nicht eingehalten. Der Grosse Rat hat die vorzeitige Beendigung des Amtes zu bewilligen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Rücktritt auf den gewünschten Termin zu bewilligen.

Ich danke der Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Kaffeespende

Eric Weber hatte gestern Geburtstag und spendiert aus diesem Grund heute den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich Eric Weber herzlich zum Geburtstag und bedanke mich für die grosszügige Geste.

Das waren meine Mitteilungen für heute Morgen. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

Antrag auf dringliche Traktandierung. Die GPK beantragt Ihnen, den Rechenschaftsbericht der GPK, Traktandum 4, als dringlich zu traktandieren.

Wir stimmen darüber ab. Es wird ein Zweidrittelmehr benötigt.

2/3-Abstimmmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006822, 25.06.25 09:02:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung von Traktandum 4.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die dringliche Traktandierung entschlossen mit 82 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und einer Enthaltung.

Antrag auf Terminierung. Raffaela Hanauer beantragt, Traktandum 7 zu terminieren. Sie möchten das Wort.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich stelle hier den Antrag auf Verschiebung des Traktandums 7 zur Dach- und Fassadenbegrünung des Globus-Gebäudes am Marktplatz auf Morgen, 15 Uhr am Nachmittag. Sofern es keine Nachmittagssitzung gibt, stelle ich den Antrag auf Terminierung als letztes Traktandum.

Wir haben den «Chrüzlistich» seit gestern gesehen. Er zeigt eine sehr grosse Diversität über alle politischen Lager hinweg. Es ist ein sehr komplexes Geschäft. Die UVEK hat den Hauptbericht, es gibt zwei Mitberichte der Kommissionen BRK und WAK. Es liegt ein Antrag von der WAK vor auf Rückweisung und die Kommissionspräsidien möchten sich gerne noch ein bisschen Zeit verschaffen, um sich besser absprechen zu können für eine möglichst konstruktive Debatte.

Es ist so, dass die Kommissionen der WAK und der UVEK heute über Mittag und morgen über Mittag noch tagen werden. Sollten wir ohnehin länger haben und eine Nachmittagssitzung stattfinden, wäre es für das Geschäft optimal für eine konstruktive Debatte, wenn es morgen am Nachmittag käme. Falls dem nicht der Fall ist, wären wir auch so flexibel, das dann als letztes Traktandum zu diskutieren. Ich stelle diesen Antrag in Absprache mit den beiden anderen Kommissionspräsidien der mitberichtenden Kommissionen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Präsidentin der WAK wünscht ebenfalls das Wort.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ja, tatsächlich, ich unterstütze dieses Vorgehen. Das gibt uns die Möglichkeit, in der WAK die nächsten Schritte in Ruhe noch einmal zu besprechen. Im Moment stehen wir vor einem eher chaotischen Stimmungsbild zu diesem Geschäft und ich glaube, es hilft der Sache auch für die zukünftige Regelung der Mehrwertabgabeeinsätze, wenn wir hier ein bisschen Zeitdruck rausnehmen und die Verschiebung auf morgen machen können. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Patrizia Bernasconi wünscht das Wort.

Patrizia Bernasconi (BastA): Ohne das mit meiner Fraktion besprochen zu haben, das ist meine eigene Meinung. Ich bin der Meinung, das sollen wir einfach so belassen. Das Geschäft ist nicht mehr das Geschäft der Kommissionen, das ist ein Geschäft des Grossen Rates und ich denke, das können wir gut, oder von den Fraktionen, das ist in der Fraktion besprochen worden, deshalb bin ich der Meinung, dass wir das einfach so belassen können, wie es jetzt ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Brigitte Kühne hat das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Auch wir Grünliberalen möchten Sie bitten, das Geschäft zu vertagen, damit wir das beste Vorgehen für die Stadtökologie, die Biodiversität sowie die Klimaadaption so wichtige Geschäft nochmals beraten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer hat sich nochmals gemeldet.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ganz kurz, damit verständlich ist, was überhaupt die möglichen Wege sind, weshalb man das nochmals in beiden Kommissionen anschauen möchte. Es steht die Frage im Raum, ob nicht vielleicht eine Rückweisung an die Kommission anstelle der Regierung der konstruktivere Weg wäre, weil die Kommissionspräsidien Kenntnis davon haben, dass mehrere Rückweisungsbegründungen im Raum stehen und es für die Regierung, die keinen Draht direkt in die Fraktionen hat, demnach sehr schwierig werden könnte, so eine mehrheitsfähige Vorlage überhaupt zu entwickeln. Daher würden wir das so auch beantragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Verschiebung (Terminierung), NEIN heisst keine Terminierung.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 18 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006826, 25.06.25 09:07:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

Terminierung von Traktandum 7 auf Donnerstag 26.6. 15:00Uhr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben das Geschäft terminiert mit 70 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Der Grosse Rat beschliesst

die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[25.06.25 09:07:58]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Ratsbüro vorgeschlagenen Zuweisungen der Geschäfte zu genehmigen.

3. Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027 (Nachfolge für Katharina Zimmermann), Bericht der WVKo

[25.06.25 09:08:22, 25.5012.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Urs Gloor als nebenamtlichen Richter für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen.

Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende und vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von 4 Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen.

Das Wort hat der Präsident der Wahlvorbereitungskommission, Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die Wahlvorbereitungskommission beantragt Ihnen die Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der Laufzeit, Amtsdauer 2022 bis 2027.

Diese Wahl ist notwendig geworden, da Frau Dr. iur. Katharina Zimmermann per 31. März 2025 von ihrem Amt zurückgetreten ist, um als Richterin am Appellationsgericht tätig zu werden. Nach Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen meldete die LDP Dr. iur. Urs Gloor. Weitere Vorschläge sind nicht eingegangen. Die

Wahlvorbereitungskommission hat die Wählbarkeitsvoraussetzung von Herrn Dr. iur. Urs Gloor geprüft und ein Gespräch mit ihm geführt.

Basierend auf dieser Prüfung beantragt die Wahlvorbereitungskommission dem Grossen Rat einstimmig, die Wahl von Dr. iur. Urs Gloor als Richter am Zivilgericht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit Zweidrittel der Stimmen offene Wahlen beschliessen.

Ich beantrage Ihnen hiermit offene Wahlen.

Wir kommen zur Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006830, 25.06.25 09:11:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für offene Wahlen entschieden mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen zur Wahl.

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Urs Gloor zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006832,]*

Der Grosse Rat wählt als nebenamtlichen Richter am Zivilgericht Basel-Stadt

für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027:

Dr. iur. **Urs Gloor** (geb. 1968, whft. in 4052 Basel).

Diese Wahl ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Urs Gloor mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme gewählt.

Ich gratuliere dem gewählten nebenamtlichen Richter herzlich und wünsche ihm viel Freude im neuen Amt.

4. Jahresrechnung 2024 und Rechnung 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und BKK

[25.06.25 09:12:40, 25.5263.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Zu diesem Geschäft begrüsse ich auf der Regierungsbank auch den Präsidenten des Gerichtsrates, Herrn Stephan Wullschleger.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen, die Rechnung 2024 zu genehmigen.

Ich gebe Ihnen den Ablauf der Beratung der Jahresrechnung bekannt. Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission und die Jahresrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission das Wort erhält. Danach spricht die Präsidentin der BKK, welche einen Mitbericht zu den kantonalen Museen verfasst hat. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine Mitberichte eingebracht.

Nach den Kommissionen sprechen die Finanzdirektorin, der Vorsitzende des Gerichtsrates, anschliessend die Fraktionen mit je zehn Minuten und dann die Einzelvotierenden mit je maximal fünf Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten hat der Vorsitzende des Gerichtsrates, danach die Finanzdirektorin sowie die Präsidentin der BKK und das ultimative Schlusswort hat wieder der Präsident der Finanzkommission. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 57 des Berichts der Finanzkommission und die Schlussabstimmung. Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass sie mit dem Vorgehen einverstanden sind.

Nun kommen wir zur Eintretensdebatte und ich übergebe dem Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Ich darf Ihnen auch in diesem Jahr namens der Finanzkommission über einen erfreulichen Rechnungsabschluss des Kantons und einen damit verbundenen Überschuss berichten. Gerne hierzu zunächst einige finanzielle Eckwerte:

Der Kanton schliesst das Jahr 2024 mit einem Überschuss von knapp 106 Millionen Franken ab. Budgetiert war inklusive vom Grossen Rat im Verlauf des Jahres beschlossener Nachtragskredite und Budgetpostulate in Höhe von insgesamt 15,2 Millionen Franken ein Überschuss von 67,3 Millionen Franken. Das sind also 39 Millionen Franken mehr als vorgesehen. Bei einem Gesamtvolumen von rund 4,8 Milliarden Franken liegt die Budgetabweichung bei nur 0,8 Prozent, ein bemerkenswert gutes Ergebnis. Dieses Resultat spricht für eine umsichtige Haushaltsführung und eine funktionierende Steuerung von Einnahmen und Ausgaben durch Regierung und Verwaltung. Die Finanzkommission würdigt dies ausdrücklich.

Auf der Einnahmenseite zeigt sich ein gemischtes Bild. Die kantonalen Steuereinnahmen fielen insgesamt um rund 50 Millionen Franken geringer aus als budgetiert, vor allem weil die Einkommenssteuern, 53 Millionen Franken unter Budget, die Erwartungen nicht ganz erfüllten. Auch die Erbschafts- und Grundstückgewinnsteuern blieben unter Budget. Erfreulicherweise konnten diese Mindereinnahmen durch einen unerwartet hohen Anteil an der direkten Bundessteuer kompensiert werden. Dieser fiel um 92 Millionen Franken höher aus als geplant. Diese Volatilität zeigt aber auch die strukturelle Unsicherheit solcher Einnahmen. Weniger erfreulich ist die Tatsache, dass es erneut keine SNB-Gewinnausschüttung gab, zum zweiten Mal in Folge. Für Basel-Stadt bedeutete das eine budgetäre Einbusse von 45 Millionen Franken.

Die Investitionen beliefen sich 2024 auf 379 Millionen Franken, einer im Vergleich zum Vorjahr leicht tieferer, aber immer noch sehr hoher Wert. Erfreulich ist vor allem, dass der Selbstfinanzierungsgrad bei 90 Prozent lag. Der Kanton konnte also fast sämtliche Investitionen aus eigenen Mitteln stämmen. Ein starkes Zeichen finanzieller Solidität. Zu den grössten Investitionsprojekten zählten etwa der Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs, die Erneuerung der Gleisinfrastruktur, die Erweiterung der Abwasserreinigung sowie das Darlehen an das Universitätsspital. Es handelt sich dabei um langfristige Investitionen in die Lebensqualität, die Gesundheit, die Umwelt und dem Bildungsstandort Basel.

Auf der Ausgabenseite lagen die Departemente rund 14 Millionen Franken unter Budget. Dies vor allem dank tieferer Ausgaben für Prämienverbilligungen und höhere Einnahmen bei der Mehrwertabgabe. Gleichzeitig gab es aber auch bewusste Mehrausgaben, beispielsweise durch die Umsetzung des Massnahmenpakets zur Stärkung der

familienergänzenden Kinderbetreuung. Erstmals ausgewirkt hat sich im Rechnungsjahr 2024 auch das Steuerpaket, welches im März 2023 von der baselstädtischen Stimmbevölkerung angenommen wurde und auf das Rechnungs- respektive Steuerjahr 2024 wirksam wurde. Dieses hat die Jahresrechnung um 112 Millionen Franken belastet.

Die Zahl der Vollzeitstellen ist weiter angestiegen von rund 8'864 im Jahr 2020 auf 9'455 im Berichtsjahr 2024. Diese Entwicklung widerspiegelt den wachsenden Aufgabenbestand, sei es im Bildungsbereich, in der Digitalisierung oder im Gesundheitswesen. Die Finanzkommission anerkennt, dass das Personalwachstum differenziert zu betrachten ist und je nach Bereich begründet ist.

Erfreulich ist, dass der Kanton seit 2021 über ein Nettovermögen verfügt. Aktuell beträgt es 414 Millionen Franken, auch wenn es im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig ist. Die tragende finanzpolitische Stärke des Kantons zeigt sich auch in der Bestätigung des Tripel «AAA» Ratings durch S&P Global, eine Bewertung, die Basel-Stadt in der Schweiz mit nur wenigen Kantonen teilt.

Die Finanzkommission hat sich in früheren Berichten zur Rechnung und zum Budget mit möglichen Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität befasst und den Regierungsrat darin bestärkt, in verschiedenen Bereichen aktiv zu werden. Die im Jahr 2023 beschlossene temporäre Arbeitsmarktzulage bei der Kantonspolizei unterstrich diesen Willen zusätzlich. Im Hearing mit dem Finanzdepartement respektive mit HR BS wurde der betont, dass beim Kanton ein allgemeiner Fach- und Personalmangel besteht. Über 50 Prozent der Mitarbeitenden sind über 45 Jahre alt. Die sogenannte Generation Z stellt nur rund 10 Prozent. Ich habe gestern Abend noch recherchiert, der Grosse Rat hat eine noch tiefere Generation Z-Quote als die kantonale Verwaltung, nämlich 8 Prozent. Bis 2034 wird sich die Zahl der Pensionierungen verdoppeln. Der Handlungsbedarf ist also entsprechend gross, insbesondere gerade im Hinblick auf jüngere Arbeitnehmende.

Deshalb wurde das Projekt «Arbeitgeberattraktivität steigern» lanciert, welches thematische Massnahmenpakete umfasst, die in einem partizipativen Prozess erarbeitet werden, sowie die Umsetzung kurzfristiger Verbesserungen, sogenannte «Quick Wins», wie zum Beispiel Umkleidezeit-Entschädigung, höhere Lehrlingslöhne oder der dreiwöchige Schwangerschaftsurlaub. Weitere Massnahmen wie das Jobticket befinden sich in Beratung respektive werden wohl heute oder morgen hier im Grossen Rat beschlossen respektive zumindest besprochen. Uns gegenüber wurde im Hearing mitgeteilt, dass zudem ein umfassendes Lohnmassnahmenpaket in Vorbereitung sei. Dieses Hearing fand im Frühjahr 2025 statt, als es noch nicht publik war, dieses liegt nun Ihnen in der Zwischenzeit vor.

Die Finanzkommission begrüsst, ungeachtet nun des Entscheides zum Lohnmassnahmenpaket, die laufenden Arbeiten zur Steigung der Arbeitgeberattraktivität, erwartet jedoch auch, dass bestehende Vorteile, etwa die Leistungen der staatlichen Pensionskasse für Arbeitnehmende, stärker im Rekrutierungsprozess kommuniziert und bereits gefällte politische Beschlüsse, wie die Lohnerhöhung bei der Kantonspolizei, unabhängig davon zeitnah umgesetzt werden. Angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle, da ist sich die Finanzkommission einig, sind diese Massnahmen dringend.

Ich komme nun zu einzelnen Bemerkungen zu den Departementen.

Zum Präsidialdepartement und zum Kunstmuseum:

Die Finanzkommission hat sich über die Situation beim Kunstmuseum Basel informieren lassen. Für das Jahr 2024, Sie wissen das, genehmigte der Grosse Rat einen Nachtragskredit in Höhe von 2,55 Millionen Franken, da die absehbare Budgetüberschreitung nicht durch Reserven gedeckt werden konnte. Dank einschneidender Massnahmen wurde der bewilligte Kredit nicht vollständig beansprucht. Im Hinblick auf weitere Spar- und Restrukturierungsmassnahmen ist zu bedenken, dass tiefgreifende Kürzungen im Museumsbetrieb auch kontraproduktive Folgen haben können. Einerseits besteht die Gefahr, dass zentrale Aufgaben nicht mehr in der erforderlichen Qualität erfüllt werden können, andererseits kann eine Reduktion des Programms auch zu einem Rückgang der Besucherzahlen sowie der Drittmitteleinnahmen führen. Die Finanzkommission begrüsst die bisher ergriffenen Anstrengungen und wird die finanzielle Entwicklung des Kunstmuseums auch im Austausch mit dem Präsidialdepartement weiterhin aufmerksam verfolgen.

Zum NMB und StABS:

Die Finanzkommission informierte sich auch über den Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs. 2024 gab es neue Herausforderungen, über welche auch schon hier berichtet wurde. Etwa zusätzliche Anforderungen für Arbeitsplätze, die Ertüchtigung des Widerlagergebäudes der Luzernerringbrücke, Bauverzögerungen bei der Dichtigkeit, Mehrkosten durch Teuerung sowie Schlechtleistung und Rückzug des Baumanagements. Nach Reorganisation des Planungteams laufen die Arbeiten geordnet, der Innenausbau schreitet voran. Die Gebäudeübergabe ist aber bedauerlicherweise erneut verzögert und nun für Februar 2027 erst geplant, was auch Einfluss auf die Eröffnung des Staatsarchivs und des NMB haben wird. Ein Antrag auf Erhöhung der Ausstattungskosten wird vermutlich oder allerdings nötig sein, da Teuerung und neue Anforderungen die Kalkulation übersteigen. Zudem wird eine Verlängerung der Projektkoordination um vier Jahre beantragt. Die Finanzkommission wird die Fortschritte weiter verfolgen und sich auch weiterhin mit den zuständigen Stellen aus dem Präsidial- und dem Bau- und Verkehrsdepartement darüber austauschen.

Zum Bau- und Verkehrsdepartement:

Wegen des ESC und der UEFA Women's EURO 2025 wurden Bauprojekte in Basel-Stadt verschoben oder unterbrochen. Die Finanzkommission prüfte Auswirkungen auf Kosten und Zeitpläne. So bleiben die Veranstaltungsorte baustellenfrei, einige Baustellen pausieren in diesem Jahr deshalb auch bis zu drei Monate. Laut Bau- und Verkehrsdepartement entstehen aber keine nennenswerten Mehrkosten, die, wenn sie entstehen würden, durch die Projektreserven gedeckt sind. Die Finanzkommission nimmt dies zur Kenntnis.

Diskutiert haben wir auch die Objektabrechnungen. Für die finanzielle Abwicklung von Bauvorhaben gelten gemäss BVD klare Vorgaben im Handbuch für Steuerung und Ausgaben, um Transparenz und korrekte Mittelverwendung sicherzustellen. Bei Ausgaben über 300'000 Franken ist von der Departementsvorsteherin des BVD eine Schlussabrechnung vorzulegen. Innerhalb eines Jahres nach Projektabschluss muss eine Objektabrechnung alle Kosten, Nachträge, Mängel, Schadensersatzforderungen und Dokumentationen enthalten. Die 2023 abgeschlossenen Projekte wurden 2024 abgerechnet und der Finanzkontrolle vorgelegt, die ausgewählte Objektabrechnungen prüfte. Sieben von 16 Abrechnungen sind verzögert, vier wegen Arbeitsauslastung, eine wegen offener Leistungen, zwei wegen Buchungen im 2023 und werden somit erst 2025 nachgereicht.

Der Mehrwertabgabefonds, ein Top, um es salopp zu formulieren, verfügt über 76,2 Millionen Franken, und die Finanzkommission wollte wissen, wie er sich künftig angesichts der bereits heute vorhandenen beträchtlichen Mittel weiterentwickelt. Laut Departementsvorsteherin BVD sei hierzu eine Prognose schwierig, da Gemeinnützigkeit und Planungen die Einnahmen beeinflussen. Zudem ist die Fondabgabe Verhandlungssache, wobei Bauherren selbstredend geringe Beiträge anstreben. 2024 überstiegen die Einnahmen, 26 Millionen Franken, die Ausgaben, diese waren bei 13,6 Millionen Franken. In den nächsten zehn bis 15 Jahren werden durch Transformationsareale weiterhin hohe Einnahmen erwartet, die den Fondsbestand erhöhen. Danach allerdings dürfte der Zufluss sinken, weshalb ein höherer Bestand nun nötig und richtig ist, um Projekte nachhaltig zu finanzieren, wenn die genannte Entwicklung der Transformationsareale abgeschlossen ist.

Zum Erziehungsdepartement:

Die Finanzkommission prüfte die steigenden Stellvertretungskosten für Unterrichtsausfälle und befragte die Volksschulleitung zu Gründen und Massnahmen. Seit 2018 stiegen die Kosten um 53 Prozent, obwohl der Lektionsanstieg nur 15 Prozent betrug. Dass steigende Schülerzahlen mehr Lehrpersonen und folglich mehr Ausfälle nach sich ziehen, erklärt somit nur einen kleinen Teil des Anstiegs. Eine detaillierte Analyse der weiteren Gründe sei aufgrund der sehr begrenzten Auswertungsmöglichkeiten des Erfassungssystems und des Datenschutzes nicht möglich, weswegen das ED lediglich Mutmassungen über weitere Faktoren anstellen kann. Das ED nennt dazu die Erhöhung des bezahlten Urlaubs bei Betreuungsengpässen, die Verdoppelung des Vaterschaftsurlaubs seit 2022 sowie der Abbau von angesammelten Lektionen und Ferienguthaben. Steigende Schülerzahlen erklären dies also nur teilweise und das ED führte dann gegenüber der Finanzkommission diesen erhöhten Urlaub- und Guthabenabbau an, doch gab selber zu, dass präzise Analysen wegen Datenschutz und begrenztem Erfassungssystem eben fehlen. Krankheitsausfälle, die seit 2022 fast verdoppelte Kosten verursachen, seien aber der Hauptgrund. Ob dies pandemiebedingt oder schulspezifisch ist, bleibt unklar.

Das ED plant deshalb nun eine Arbeitsgruppe zur verbesserten Erfassung und Analyse von Abwesenheiten. Die Finanzkommission begrüsst dies, kritisiert aber, warum dies erst jetzt geschieht, da der Anstieg ja schon 2022 klar war. Sie versteht nicht, weshalb die vorherige Departementsleitung diese Arbeitsgruppe nicht schon einsetzte, da ohne Ursachenanalyse keine Lösungen möglich sind. Entsprechend bemängelt die Finanzkommission, dass die höheren Kosten nicht früher budgetiert wurden, begrüsst aber Massnahmen für mehr Kostenwahrheit. Diese Kostenwahrheit wurde in Bezug auf das von Ihnen bereits genehmigte Budget 2025 auch vor einigen Wochen sichtbar. Der Regierungsrat genehmigte im Bereich Volksschulen eine Kreditüberschreitung in Höhe von 14,6 Millionen Franken und informierte darüber auch die Öffentlichkeit.

Illegitime Zahlung an den Gewerbeverband. Unter keinem guten Stern stand oder steht das Talentförderprogramm «Unternehmer Campus» des Gewerbeverbandes Basel-Stadt. Der Grosse Rat hatte nach längerer Diskussion in der vorberatenden Bildungs- und Kulturkommission erst im Januar 2025 eine Ausgabe von insgesamt 340'000 Franken, das sind 85'000 Franken pro Jahr, bewilligt. Schon damals monierte die BKK, dass beim Geschäft Berechnungsfehler bestanden und kürzte den Beitrag, da der Gewerbeverband Flächen, die nur teilweise vom Unternehmer Campus genutzt werden, dem Kanton vollständig in Rechnung stellte und das zuständige Erziehungsdepartement, aber auch das Finanzdepartement dies nicht merkte. Auf voreilige Rechnungsstellung des Gewerbeverbandes erfolgte jedoch bereits im Dezember 2024, also noch vor dem Beschluss des Grossen Rates, eine erste Zahlung des Erziehungsdepartementes in Höhe von 20'000 Franken an den Gewerbeverband. Am 28. Januar 2025 folgte dann nach dem Beschluss des Grossen Rates eine zweite Überweisung in Höhe von 85'000 Franken, was diesem Jahresbeitrag entspricht. Erst die Finanzkontrolle stellte fest, dass der Gewerbeverband also für das erste Projektjahr insgesamt 105'000 Franken erhalten habe, obwohl nur 85'000 Franken vorgesehen waren.

Das ED erklärte gegenüber der Finanzkommission, dass, als die zweite Rechnung beim ED einging, übersehen wurde, dass bereits 20’000 Franken in Rechnung gestellt und überwiesen waren und dies erst noch ohne bereits vorhandenen gültigen Grossratsbeschluss. Der zu viel überwiesene Betrag wurde danach umgehend zurückverlangt. Der Genehmigungsprozess für Rechnungen wurde nun so angepasst, dass die für die Leistungsvereinbarung verantwortliche Person im SAP-Workflow hinterlegt ist und zukünftig die Rechnungen nach Eingang genehmigen wird. Entsprechende Fehler können somit, so das ED, vermieden werden. Die Finanzkommission hält fest, dass die Erwartung besteht, dass solche Fälle nicht wieder vorkommen, sowohl in Bezug auf Auszahlungen vor Beschlussfassung des Grossen Rates und Zahlungen in dieser Form.

Zum Finanzdepartement und zur IT:

Die Finanzkommission liess sich über das Security Operations Center, das heisst SOC, der kantonalen Verwaltung informieren, dass sicherheitsrelevante Ereignisse in der IT-Infrastruktur überwacht, Bedrohungen frühzeitig erkennt und darauf reagiert. Das SOC mit drei Mitarbeitenden hat Cyberangriffe wie Phishing, Malware und unbefugte Zugriffe erfolgreich abwehren können. Langfristig sei eine Erweiterung geplant, um die Cyber-Resilienz zu stärken. Das SOC ist noch im Aufbau, umfasst daher noch nicht alle Departemente. Die Finanzkommission wird sich deshalb weiterhin auch mit dem FD über das SOC austauschen.

Ein weiteres Thema war die Einführung von Microsoft 365. Die Finanzkommission sieht darin eine strategische Investition mit Chancen und Risiken. Initialkosten für Implementierung, Schulungen und Infrastrukturanpassung sowie laufende Lizenzgebühren belasten den Haushalt, doch M365 ermöglicht effizientere Prozesse und niedrige Betriebskosten, die langfristig die Ausgaben überkompensieren könnten. Diverse Sicherheitsmassnahmen, wie die Zwei-Faktor-Authentifizierung, reduzieren Cyberrisiken. Die Risikominimierung trägt somit direkt zur finanziellen Stabilität bei.

Im Bereich Datenschutz äusserte die Datenschutzbeauftragte Bedenken hinsichtlich des möglichen Zugriffs durch US-Behörden und hinsichtlich des Verlusts der Datenhoheit. Um diese Risiken zu minimieren, werden besonders schützenswerte Daten primär in lokalen Fachanwendungen verarbeitet, Daten mit sehr hohem Schutzbedarf oder als geheim eingestufte Inhalte bleiben vollständig von der Cloud-Nutzung ausgeschlossen. Zudem gewährleisten technische Massnahmen die Kontrolle über die Datenhoheit. Gestützt wird die Entscheidung des Regierungsrates, auf M365 zu setzen, wobei auch bis dato niemand eine sinnvolle Alternative präsentieren konnte, auf zwei Gutachten. Eine Rechtsgrundlagenanalyse einer Kanzlei kam zum Schluss, dass keine neuen Gesetze erforderlich sind und die bestehenden Datenschutz- und Auftragsbearbeitungsregeln ausreichen. Ergänzend bewertete ein Memorandum einer US-Kanzlei die Wahrscheinlichkeit eines Zugriffs durch US-Behörden als äusserst gering, unter 5 Prozent, diese fundierten Einschätzungen stärken die Grundlage für die Entscheidung.

Die Mitglieder der Finanzkommission bewerten die Einführung von M365 unterschiedlich. Einig ist sich die Kommission aber darin, dass eine sorgfältige Überwachung der Kostenentwicklung sowie der Abhängigkeitsrisiken essentiell ist, um die finanzielle Tragbarkeit zu gewährleisten.

Zur Spitalplanung im GD:

Bezüglich der Investition in die Spitalneubauten K2 und K3 ist für das Berichtsjahr insbesondere auf die Überprüfung der Einhaltung der Tragbarkeitsgrenzen für die Neubauten K2 und K3 plus Fortschreibung Teuerung in der Höhe von 1,7 Milliarden Franken hinzuweisen. Dies machte offenbar eine Kostenoptimierung für den Neubau des K3 notwendig, die aktuell eine angepasste Planung unter Verzicht des geplanten Turmes des K3 zur Folge hat. Die Planungsanpassungen umfassen massgeblich neu geplante effizientere Leistungserbringungen sowie Prozessoptimierungen, Ambulantisierungen und Verdichtungen, womit auf rund 6’400 m2 Nutzfläche verzichtet werden kann.

Unbesehen eines gewissen Erstaunens, dass innerhalb relativ kurzer Zeit doch sehr massgebliche Anpassungen an der früheren Spitalplanung «Campus Gesundheit» gemacht werden konnten und offenbar auch mussten, begrüsst die Finanzkommission die überarbeitete und kostenoptimierte Planung des K3 durch das Unispital.

Zum JSD:

Konkret befragt haben wir das JSD zur Immobilienstrategie des Departements. Das JSD verfolgt keine departementsübergreifende Immobilienstrategie, da die Kernaufgaben der Dienststellen stark unterschiedlich sind. Stattdessen gibt es mehrere auf spezifische Bedürfnisse abgestimmte Teilstrategien, bisher gesteuert durch die Dienststelle «Services». Mit der Zusammenführung der Dienststelle «Services» und des Generalsekretariats wird die Steuerung der Immobilienstrategien gestärkt, was die Finanzkommission ausdrücklich begrüsst. So zeigte sich beispielsweise die Umsetzung der Zwei-Zentralen-Strategie, insbesondere beim Umbau und der Instandsetzung des Spiegelhofs, als grosse Herausforderung. Es kam bekanntlich zu baulichen Verzögerungen und Mehrkosten durch Projektänderungen. Diese sind auch auf eine mangelhafte Projektorganisation und Priorisierung der Bestellung zurückzuführen. Die Finanzkontrolle hält dies ausführlich und deutlich in ihrem Prüfbericht fest. Die Mehrkosten durch Bestellungsänderungen von Seiten der Nutzerin belaufen sich auf rund 3,5 Millionen Franken bzw. rund 40 Prozent der gesamten Projektänderungskosten. Hinzu kommt die Aufstockung und das «Open Space» Konzept, welches für sich betrachtet rund 5 Millionen Franken Mehrkosten verursachte und von der ursprünglich vorgesehenen Nutzung nicht wirklich erwünscht war. Diese Umstände zeigen, dass für die

Umsetzung der Immobilienstrategie eine hohe Priorität bei der Bestellung und eine entsprechend klare Steuerung, beispielsweise durch finanzielle Übersicht notwendig sind. Die Finanzkommission begrüsst deshalb die verstärkte Koordination durch die erwähnte Reorganisation, fragt jedoch, wie das Drei-Rollen-Modell optimiert werden kann, um Nutzungsbedürfnisse und Raumbedarf besser abzustimmen.

Die Finanzkommission monierte bei der Jahresrechnung 2023, dass der Personalaufwand im JSD trotz starkem Unterbestand bei der Kantonspolizei über dem Budget liegt und dass diese Praxis zu prüfen sei. Die Jahresrechnung 2024 zeigt nun einen Personalaufwand von 283,5 Millionen Franken. Damit liegt der Aufwand immer noch 1,7 Millionen Franken über dem Budget und gegenüber der Rechnung 2023 um 11,2 Millionen Franken höher. Gleichzeitig ist der Unterbestand bei der Dienststelle Kantonspolizei aber weiter um zehn auf 130 Stellen gewachsen. Das JSD begründet die höheren Personalkosten mit systembedingten Effekten wie der Teuerung von 1,5 Millionen Franken oder bewussten Personalentscheidungen. Die Finanzkommission ist nach wie vor der Meinung, dass diese Budgetpraxis zu prüfen ist. Auch erwartet die Finanzkommission eine Auswertung über die Wirkung der im Frühling 2023 gewährten Arbeitsmarktzulage.

Informationen wollte die Finanzkommission auch zu unmittelbaren finanziellen Auswirkungen des Berichts Schefer. Das JSD erklärte, da neben der Erstellung des Berichts auch Kosten für die externe Begleitung des Kulturwandels anfallen. Dazu zählen Personalmassnahmen wie Abgangsentschädigungen, interimistische Besetzungen und juristische Begleitung. Für diese wurden Rückstellungen von 1,9 Millionen Franken gebildet. Für die kommenden Jahre werden keine wesentlichen Mehrkosten durch den Bericht erwartet.

Die Finanzkommission erkundigte sich nach den Gründen für den Rückgang der Beiträge an die Polizeischule Hitzkirch um 400’000 Franken. Das JSD führte aus, dass die Leistungspauschale an die Polizeischule nach dem Tragfähigkeitsprinzip mit drei Faktoren berechnet wird. Das JSD erklärte, dass der Anstieg der Einwohnerzahl bei gleichzeitigem Rückgang der Teilnehmertage der Aspiranten und der Verringerung der Korpsgrösse zu einer leichten Reduktion der Ausbildungsbeiträge führte. Im Jahr 2024 standen bei der Kapo 51,2 Personen in Ausbildung. Das geplante Niveau von 62,7 konnte damit nicht erreicht werden. Das JSD führte aus, dass in die Rekrutierung investiert werde, sich diese aber schwierig gestalte. Dies sei schweizweit eine Herausforderung, von welcher viele Korps stehen. Die Finanzkommission begrüsst die Forcierung der Rekrutierungsbemühungen, liegt doch hier ein grosses Potential, den Personalbestand zukünftig zu erhöhen respektive, man muss es so sagen, den Unterbestand zu minimieren.

Nun gerne zum WSU:

Das Budget für die Prämienverbilligungen wurde 2024 um 11,2 Prozent, das sind 14,2 Millionen Franken, unterschritten. Die Finanzkommission liess sich hierzu die Gründe im Hearing erläutern. Der Rechtsanspruch auf PV, Prämienverbilligungsleistungen, gilt unabhängig zum Budget. Zur Unterschreitung führten mehrere Effekte, eine zu frühe Budgetierung überschätzte die Ausgaben 2023, die Zahl der Bezüger wurde überschätzt, genau wie das Sozialhilfewachstum in Riehen. Die Abgeltung uneinbringlicher Prämien fiel tiefer aus, jedoch nicht wegen nicht Inanspruchnahme. Weitere Faktoren waren die EL-Reform und eine höhere Bundesbeteiligung. Wegen gestiegener Einkommen sanken die Bezüge bei Personen mit tiefen Einkommen.

Die kalte Progression wirkt sich bei einkommensabhängigen Prämienverbilligungen negativ aus. Lohnerhöhungen durch Teuerungsausgleich führen nicht automatisch zu angepassten Beiträgen, wodurch Personen trotz real gleichbleibendem Einkommen den Anspruch verlieren. Eine Mehrheit der Finanzkommission regt daher einen Ausgleich der kalten Progression an.

Bei den Mietzinsbeiträgen führt der Anstieg der Einkommen zu einem Rückgang der Ansprüche. Der Anspruch richtet sich nach dem Einkommen, die Beitragshöhe nach der Miete. Die kalte Progression wirkt sich negativ aus, da die Einkommensgrenzen statistisch sind und die Teuerung nicht berücksichtigen. Steigende Einkommen führen somit zu tieferen Beiträgen. Auch hier regt eine Mehrheit der Finanzkommission an, die kalte Progression auszugleichen.

Zur Messe:

Der Aktienkurs der MCH Group sank 2024 erneut, was wieder zu einer Wertberichtigung der kantonalen Beteiligung um 2,3 Millionen Franken führte. Das WSU betonte gegenüber der Finanzkommission die Bedeutung einer gut funktionierende MCH Group für den Messe- und Kongressstandort Basel. Der Börsenkurs sei trotz geringem Handelsvolumen ein Indikator, aber nur begrenzt aussagekräftig, da rund 80 Prozent der Aktien von Ankeraktionären gehalten werden. 2024 erzielte die MCH erstmals seit 2016 einen leicht positiven Abschluss, allerdings nur dank eines Sondereffekts, konkret einer Gutschrift eines Versicherungsfalls, was die Euphorie nun doch etwas bremst. Die Rückkehr zur nachhaltigen Profitabilität muss also auch aus Sicht der Finanzkommission ein zentrales Ziel bleiben.

Last, but not least, noch zu den Gerichten:

Der Gerichtsrat bezeichnete in seinem Jahresbericht eine Integration der Gerichts-IT in die kantonale IT als problematisch, das ist ein Zitat, und will daher nicht am kantonalen IT-Programm «Pharos» teilnehmen, das eine umfassende Neuausrichtung der IT, insbesondere bei der Informationssicherheit vorsieht. Die Finanzkommission wollte daraufhin vom

Gerichtsrat erfahren, wie dieser Entscheid zustande kam und welche finanziellen Folgen er hat. IT BS forderte gemäss Gerichtsrat Anfang 2023 eine rasche Entscheidung der Gerichte für eine vollständige Integration, «all in», oder eine vollständige Eigenständigkeit, «all out», schloss aber den bisherigen Status quo aus. Eine von den Gerichten verlangte Kostenaufstellung konnte IT BS bis heute nicht liefern. Der Gerichtsrat kritisierte die mangelnde Flexibilität und Reaktionszeit von IT BS sowie deren tiefere Sicherheitsstandards. Die vollständige Integration hätte zudem die Einführung einer neuen Gerichtsfachsoftware gefährdet.

Im Juni 2024 informierte der Gerichtsrat den Regierungsrat entsprechend, dass er am Status quo festhalten wolle. Der Regierungsrat erklärte im April 2025, dass dieser Status nicht mehr möglich sei. Die Gerichte müssen daher den Weg «all out» gehen, um ihre Standards und Digitalisierungsprojekte zu sichern. Die erwarteten Kosten sind dabei bei 2 Millionen Franken einmalig, 1,1 Millionen Franken wiederkehrend jährlich und drei zusätzlichen Vollzeitstellen.

Die Finanzkommission bedauert, dass der Regierungsrat offenbar nicht in der Lage war, volle Kostentransparenz in Bezug auf die angebotenen Dienstleistungen den Gerichten zu gewährleisten. Diese Kostenaufstellung wäre hilfreich, um beurteilen zu können, welcher Schritt letztlich der sinnvollere ist. Eine Entkoppelung der Gerichte von IT BS hält die Finanzkommission nicht für sinnvoll, wenn dadurch Mehrkosten entstehen würden. Zu begrüssen ist aber, dass hierzu offenbar auch noch einmal Gespräche stattfinden sollen.

Die Finanzkontrolle hielt weiter in einem Bericht fest, dass ein Problem mit der fehlenden Erfassung bzw. Rückstellungen vor allem von Ferienguthaben bei Gerichtspräsidenten besteht. Die Finanzkommission empfahl, die Ferienguthaben ebenfalls in die Rückstellungsberechnung einzubeziehen. Die Finanzkommission wollte in der Folge vom Gerichtsrat wissen, wie er mit den entsprechenden Empfehlungen der Finanzkontrolle umgehen will. Am Hearing mit der Finanzkommission teilte der Gerichtsrat mit, dass die Handhabung an den verschiedenen Gerichten unterschiedlich sei. Sie können darüber in unserem Bericht ab Seite 53 lesen. Die gemachten Ausführungen der unterschiedlichen Handhabung zeigen, dass derzeit keine einheitliche Regelung existiert. Fraglich bleibt, ob Magistratspersonen, wie es Gerichtspräsidenten, im Übrigen auch Regierungsräte sind, überhaupt einen solchen Anspruch geltend machen können. Schliesslich haben sie keinen Arbeitsvertrag mit dem Kanton. Die Finanzkommission erwartet daher vom Gerichtsrat, dass er für die Präsidien aller Gerichte eine einheitliche Regelung beschliesst und die entsprechenden Bestimmungen intern angepasst werden.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, trotz der positiven Zahlen bleibt auch der finanzpolitische Ausblick anspruchsvoll. Sie lesen dazu in unserem Bericht etwas mehr. Die Sparmassnahmen des Bundes, die Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung, geopolitische Instabilität und wachsende Anforderungen an den Staatshaushalt werden uns künftig stärker fordern. Die Finanzkommission hält deshalb fest, wir brauchen auch künftig eine kluge, eine vorausschauende und eine ausgewogene Finanzpolitik, die auf nachhaltige Investitionen setzt, aber die Belastbarkeit der öffentlichen Finanzen nicht aus den Augen verliert. Wir müssen haushälterisch bleiben, ohne in einen Rückbau zentraler Leistungen zu verfallen.

Die Finanzkommission ist mit der Qualität der Rechnung 2024 zufrieden. Sie dankt der Regierung und der Verwaltung für die sorgfältige Arbeit und stellt in Übereinstimmung mit der Finanzkontrolle fest, dass keine wesentlichen Mängel zu verzeichnen sind. Ich danke auch der Finanzkommission für die Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten zur Erstellung dieses Berichts zur Rechnung 2024. Ich danke den Departementen und den Departementsvorstehern für den Austausch an den jeweiligen Departements-Hearings und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und empfehle Ihnen im Namen der Finanzkommission, sie hat das einstimmig beschlossen, die Genehmigung der Rechnung 2024.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat die Präsidentin der mitberichtenden BKK, Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Das Naturhistorische Museum schliesst mit einem leicht besseren Betriebsergebnis als budgetiert ab. Dies hauptsächlich, weil bewilligte Stellen aus der Betriebsanalyse erst im Laufe des Jahres besetzt und Projekte darum verzögert gestartet werden konnten. Dem Kunstmuseum sind im Berichtsjahr 2024 durch den bewilligten Nachtragskredit mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestanden als ursprünglich budgetiert. Der Präsident der Finanzkommission hat das bereits erwähnt, darum lese ich jetzt nicht mehr darüber weiter und wechsele gleich zum Antikenmuseum, zum Historischen Museum und zum Museum der Kulturen. Diese weisen leicht schlechtere Betriebsergebnisse als budgetiert aus. Die Gründe dafür, die sind unterschiedlich. Da der schriftliche Mitbericht der BKK auf diese Gründe eingeht, zähle ich sie an dieser Stelle nicht auf. Erfreulich ist, dass die Besucher*innenzahlen in allen Museen deutlich höher ausgefallen sind als budgetiert. Zum Teil haben sie sogar wieder Vor-Corona-Niveau erreicht. Auch die Anzahl der Schulklassen, die die Museen besucht haben, ist bedeutend höher als budgetiert. Auch das ist sehr erfreulich.

Ebenfalls in allen fünf Museen ist die Provenienzforschung ein grosses Thema. Alle Museen nutzen die zur Verfügung stehenden Ressourcen des Rahmenkredits sehr effizient und sind auch froh darüber. Allerdings formulieren auch alle Museumsleitungen, dass die Provenienzforschung weiterbetrieben werden muss und die Ressourcen dazu verlässlich zur Verfügung stehen sollten. Die aktuelle Rahmenausgabenbewilligung läuft 2026 aus und die Museumsleitungen wissen nicht, ob und wie viel finanzielle Mittel ihnen dann auch zur Verfügung stehen werden. Im Ratschlag für die

Rahmenausgabenbewilligung schreibt der Regierungsrat unter anderem, Zitat: Provenienzforschung ist Netzwerk-Forschung und kann in systematischer Hinsicht nur in längerfristiger kontinuierlicher Vernetzung von Wissen und internationalem Austausch erfolgreich sein. Zitat Ende. Das kann aber nur geschehen, wenn die Museen wissen, dass die finanziellen Ressourcen für die Provenienzforschung langfristig zur Verfügung stehen. Die BKK wünscht sich in diesem Zusammenhang Klarheit und Sicherheit für die Museen.

Ebenfalls beschäftigten sich alle fünf Museen mit den Themen Räumlichkeiten und Infrastruktur, sei das im Zusammenhang mit dem Neubau, einer Renovation oder einem Umbau. Da ist der Präsident der Finanzkommission auch darauf eingegangen. Diese Arbeiten, die benötigen gemäss Museumsleitungen viel Zeit und Energie. Zudem stehen alle fünf Museen vor der Umstellung auf die Vierjahres-Globalbudgets. Das Antikenmuseum, das Historische Museum und das Naturhistorische Museum, die starten damit im nächsten Jahr, das Kunstmuseum und das Museum der Kulturen im übernächsten Jahr. Die BKK wird sich dazu in der kommenden Budgetdebatte eingehender äussern.

Zum Schluss möchte ich mich herzlich bei den Museumsleitungen für die gute und unkomplizierte Zusammenarbeit mit den Subkommissionen der BKK bedanken.

Die BKK empfiehlt auch einstimmig, die Rechnungen der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2024 zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an die Finanzdirektorin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Präsident der Finanzkommission hat bereits die Kennzahlen der Jahresrechnung 2024 ausführlich dargestellt. Daher darf ich mich nun darauf konzentrieren, nur gewisse Punkte zu unterstreichen und nochmal hervorzuheben.

Wir haben einen Überschuss von 106 Millionen, das Budget sah einen Überschuss von 67 Millionen vor. Wie bereits erwähnt, ist die Differenz sehr gering, sie ist 0,8 Prozent, das heisst, wir sind sehr nahe am Budget. Das ist einerseits gut, die Finanzkommission hat das gelobt, andererseits zeigt es, dass wir den strukturellen Überschuss abgebaut haben. Das ist mir sehr wichtig, daher möchte ich das auch betonen, ich gehe davon aus, wir werden in Zukunft nicht mehr so hohe Überschüsse bei der Rechnung präsentieren können. Selbstverständlich bin ich froh, wenn wir das machen, wie immer, aber ich möchte Ihnen hier auch wirklich verdeutlichen, dass das jetzt nicht ein Zufall ist, sollten wir davon ausgehen, dass wir diesen strukturellen Überschuss, wie Sie es auch gewünscht haben, mit den Steuersenkungen abgebaut haben. Daher wird es in Zukunft sicher enger werden.

Warum kamen wir zu diesem Ergebnis, was waren die Hauptgründe. Da möchte ich vor allem noch die Steuereinnahmen nennen. Sie sehen, dass die Einkommenssteuer, minus 50 etwa Millionen steht in der Rechnung. Das heisst nicht, dass die Einkommensteuern tiefer waren, sondern sie waren tiefer zum Budget. Das bedeutet, wir haben vermutet, dass sie stärker ansteigen. Also sie sind nicht tiefer geworden, sondern sind langsamer angestiegen, lagen also unter unseren Erwartungen. Das ist jetzt nicht schlimm, aber es ist ein Zeichen, welches wir zukünftig beobachten müssen. Weil die Einkommensteuern sind im Gegensatz zur Gewinnsteuer nicht so volatil, sondern sind eigentlich eher träge, das heisst, sie steigen langsam an und wir haben in den letzten Jahren vermutet, dass das Wachstum stärker ist. Wir lagen da aber am Anfang auch richtig, das war vielleicht auch ein Grund für gewisse Überschüsse, dass man das früher etwas zurückhaltender budgetiert hat. Nun haben wir das angepasst und jetzt sehen wir, jetzt waren wir vielleicht etwas zu optimistisch.

Die anderen Steuern, die Handänderungssteuern, die Grundstückgewinnsteuern, die lassen sich viel schwieriger budgetieren, aber die Einkommensteuern sind für uns wichtig, weil sie eben so träge sind und sich eigentlich gut in die Zukunft planen lassen. Bei den Unternehmenssteuern ist das etwas schwieriger, aber dort sind wir soweit auch auf Kurs. Auch diese sind nicht gesunken, auch wenn man den Eindruck hat. Dort war einfach das Jahr 2023, da gab es Sonderfaktoren, also von dem her sind sie auch angestiegen.

Der Hauptgrund aber, warum wir jetzt doch viel besser abgeschlossen haben, sind die höheren Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und das ist für uns auch nicht planbar. Der Bund verbucht die Steuern, so wie sie auf sein Konto kommen. Das machen wir nicht, wir grenzen ab. Wir versuchen die Steuerjahre abzugrenzen und der Bund, wenn jemand 100 Millionen bezahlt, dann wird es verbucht, das heisst, das ist viel volatiler, das kann mal hochgehen und wieder runter. Daher ist das für uns jetzt kein Signal, wir müssten das höher budgetieren in Zukunft. Von dem her, wenn man da etwas noch abzieht, vielleicht hat da jemand frühzeitig die Bundessteuern bezahlt, würde ich sagen, haben wir fast das Budget getroffen. Wir sind also da sehr genau gewesen, das heisst aber auch, dass wir eine schwarz-rote Null haben, dass wir keinen strukturellen Überschuss mehr haben.

Die Investitionen sind trotzdem weiterhin hoch. Wir haben zwar immer noch einen hohen Selbstfinanzierungsgrad, aber der ist nicht über 100 Prozent, daher sinkt auch das Nettovermögen etwas und die Nettoschuldenquote steigt leicht an. Das ist alles nicht problematisch, aber Sie wissen ja, Finanzdirektoren und -direktorinnen, die rufen gerne frühzeitig dazu auf,

vorsichtig zu sein mit den Ausgaben, weil das Schiff, das grosse Schiff, das wir haben, lässt sich nicht so leicht bremsen. Ansonsten sind wir da wirklich gut unterwegs, ich möchte da gar nicht mehr auf die Details eingehen, die wurden wirklich schon ausgeführt.

Vielleicht noch etwas zur Unterstreichung, die erste Hochrechnung 2025 zeigt immer noch ein Defizit von 15 Millionen. Das haben wir vermutet wegen dem ESC, aber es zeigt uns auch dort, dass wir wirklich hier näher am Budget unterwegs sind. Also alles in allem trotzdem ein erfreuliches Ergebnis.

Was wir jetzt in Zukunft noch sehen werden, was auf uns zukommt, ist das Entlastungsprogramm des Bundes. Da wissen wir auch noch nicht genau, was wir aufnehmen in den Finanzplan, da gibt es viele Ungewissheiten. Das heisst ja nicht, dass wir einspringen müssen bei jedem Punkt, den der Bund dann nicht mehr ausgibt, aber wie Sie auch wissen, kommt diese Forderung und mit der müssen wir uns auseinandersetzen. Zudem haben wir massive Erhöhungen im nationalen Finanzausgleich. Dort werden auch Kosten auf uns zukommen, so dass die hohe Budget-Disziplin und die sorgfältige Ausgabenpolitik weiterhin sehr wichtig sind.

Auf die einzelnen Punkte der Finanzkommission gehe ich jetzt nicht ein, da haben auch die einzelnen Vorsteher und Vorsteherinnen noch die Möglichkeit, diese Diskussion zu führen. Ich muss aber jetzt wirklich vielleicht heute nochmal speziell sagen, dass ich sehr danken möchte für die Zusammenarbeit mit der Finanzkommission. Wir haben als Finanzdepartement immer wieder einen regen Austausch zu verschiedensten Themen und ich habe auch den Eindruck, wenn ich den Bericht lese, dass wir gehört werden und dass wir auf Dinge aufmerksam gemacht werden, die wir vielleicht selber auch nicht wissen, oder Punkte, mit denen wir uns dann kritisch auseinandersetzen können. Das schätze ich sehr, auch meine Mitarbeitenden in der Finanzverwaltung und auch meine Kollegen im Regierungsrat, dieser Austausch ist wichtig für den Finanzhaushalt des Kantons, dass er so konstruktiv sein kann und wir damit die Finanzen gemeinsam im Griff behalten können. Daher vielen Dank und ich bin jetzt gespannt auf Ihre Voten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor diese Voten kommen, hat noch der Präsident des Gerichtsrats das Wort.

Stephan Wullschleger: Ich kann mich kurzfassen. Zunächst möchte ich mich dem Dank anschliessen. Auch wir schätzen die Zusammenarbeit mit der Finanzkommission und deren sorgfältige Begleitung unserer Arbeit sehr.

Zur Integration der IT der Gerichte in die IT Basel-Stadt kann ich Ihnen mitteilen, dass hier Bewegung in die Sache gekommen ist. Wir sind sehr froh, wir haben uns gestern mit der regierungsrätlichen IT-Delegation getroffen und es ist für uns absehbar, dass hier Möglichkeiten einer doch nicht ganz Schwarz-weiss-Lösung möglich sind. Wir sehen dem sehr zuversichtlich entgegen.

Zur Frage der Ferienregelung, hier hat bereits der Bericht der Finanzkontrolle dem Gerichtsrat Anlass gegeben, hier eine Lösung, eine Regelung im Personalreglement vorzuschlagen. Dieser Entwurf ist nun bei den Gerichten in Vernehmlassung und Sie sehen, wir haben uns bereits vor Ihren entsprechenden Empfehlungen diesem Thema angenommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Der erste an der Reihe ist Nicola Goepfert für die BastA.

Nicola Goepfert (BastA): Die Jahresrechnung, wir haben es gehört, des Kantons 2024 schliesst mit einem Überschuss von 106 Millionen Franken ab, 39 Millionen mehr als budgetiert. Gerettet wird die Rechnung insbesondere durch die direkten Bundessteuern, die mit fast 92 Millionen Franken über Budget liegen. Sowohl die Regierung als auch die Finanzkommission sprechen von einer angespannten finanziellen Lage. Das überrascht nicht. Wir spüren die Auswirkungen des letzten Steuerpakets und stehen vor der Umsetzung des Standortfördergesetzes. Beides Vorlagen, die BastA bekämpft hat. Jedes Mal, wenn es einen Überschuss gibt, sehen wir das Gleiche, die Umverteilung nach oben. Sei es durch Senkung der Vermögenssteuern, durch die Entlastung von Topverdienenden oder durch die Vergoldung der Milliardengewinne von Grosskonzernen. Damit müssen wir endlich aufhören.

Beim Standortfördergesetz fordern wir nun, dass jetzt höchstens das gesetzliche Minimum von 100 Millionen Franken ausbezahlt wird. Denn wir stehen durchaus vor grossen Herausforderungen, diese sind sozialer und ökologischer Natur. Genau dort muss das Geld hin. Es braucht Investitionen in Infrastruktur, in soziale Gerechtigkeit, in den Klimaschutz. Einige Herausforderungen werden im Bericht genannt, auf ein paar davon werde ich noch eingehen.

Für BastA ist klar, wir werden auch künftig keine Hand bieten für weitere Steuersenkungen. Und um es deutlich zu sagen, die Jahresrechnung liefert keinerlei Legitimation, um Ausgaben im sozialen oder ökologischen Bereich in Frage zu stellen. Das

Nettovermögen des Kantons ist ja auch noch vorhanden und andernfalls freuen wir uns über Unterstützung bei der Erbschaftssteuerinitiative, für die wir derzeit gemeinsam mit der JUSO Unterschriften sammeln.

Zum Personal. Der Kanton steht vor grossen Problemen in Bezug auf den Arbeitskräftemangel, unter anderem auch, weil das Personal im Durchschnitt älter ist als die übrige Erwerbsbevölkerung. Deshalb begrüsst BastA grundsätzlich das angekündigte Lohnmassnahmenpaket für schnelle Schritte wie weitere Löhne für Lernende, die Entschädigung der Umkleidezeit. Am deutlichsten zeigt sich die Personalkrise bei der Polizei. Der Unterbestand ist um zehn weitere Stellen auf 130 angewachsen und das, obwohl die Löhne mit der Arbeitsmarktzulage bereits angepasst wurden. Wie bei allen Departementen zeigt sich bei der Kapo ganz speziell, dass es allein mit mehr Geld nicht gemacht ist. Nach dem Bericht Schefer wissen wir, dass dort die Probleme tiefer liegen. Es geht um strukturelle Defizite, um eine toxische Führungskultur, um Sexismus und Rassismus. Ein bisschen Stühle rücken reicht da nicht. Der Interimskommandant bleibt tiefgreifender Reform bis heute schuldig, welche die Kultur innerhalb der Kapo tiefgreifend verändern würden.

Die Gesundheit des Kantonspersonals ist in vielen Bereichen belastet, nicht nur bei der Polizei. In allen Departementen muss die Gesundheit am Arbeitsplatz ernsthaft verbessert werden. Heidi Mück wird in einem Einzelvotum darauf und insbesondere auf die Lage der Lehrpersonen eingehen.

Es ist aber nicht nur das Personal betroffen, die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen nehmen weiter zu. Die Mehrkosten bei befristeten Notsituationen betrugen 2,6 Millionen Franken. Ein deutliches Warnsignal. Die Schulsozialarbeit ist seit Jahren überlastet. Die Nachfrage nach der schulpsychologischen Betreuung ist konstant hoch, aber die Wartezeiten sind oft unzumutbar. Die Folge, Kinder in Krisen bleiben zu lange ohne Hilfe. Das können und dürfen wir nicht länger hinnehmen, die zur Verfügung gestellten Ressourcen müssen dringend überprüft werden.

Zur IT BS und den Gerichten. Zu unseren Bedenken in Bezug auf Microsoft und IT BS wird sich Tonja Zürcher im Votum zum GPK-Bericht detaillierter äussern.

Im Zusammenhang mit den Gerichten freut es mich jetzt zu hören, dass scheinbar eine Lösung in Aussicht ist und ich hoffe sehr, dass da eine Lösung gefunden wird, dass die Kommunikation wieder stattfinden kann. Was im Bericht steht, im Finanzbericht, ist ein schweres Versäumnis und so sollte es nicht laufen.

Bei den Gerichten selbst gibt es Handlungsbedarf in Bezug auf die Ferienregelung. Wir unterstützen die Forderung, dass für die Präsidien aller Gerichte eine einheitliche Regelung beschlossen und die entsprechenden Bestimmungen angepasst werden.

Zum JSD und der Kantonspolizei. Trotz weiterwachsendem Unterbestand steigen die Personalkosten. Das passt nicht zusammen. Die Finanzkommission hat die Budgetpraxis zu Recht erneut kritisiert. Diese muss nun endlich gründlich überprüft werden. Die Begründung vom JSD ist unzureichend. Zusätzlich verursachte der Kulturwandel nach dem Bericht Schefer fast 2 Millionen Franken an Rückstellung. Es wurde bereits genannt, für Personalmassnahmen wie Abgangsentschädigung, interimistische Besetzung und juristische Begleitung, ohne dass die, wie bereits auch schon erwähnt, dringende notwendige Reform für einen Kulturwandel sichtbar wäre.

Zum WSU. Die Ausgaben für Sozialhilfe, Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträge sind tiefer als budgetiert. Das sieht auf den ersten Blick vielleicht gut aus, ist aber in Wahrheit ein Problem. Denn es zeigt einerseits, dass viele Menschen, die eigentlich Anspruch hätten, vor allem bei der Sozialhilfe, ihre Rechte nicht wahrnehmen. Diese nicht Inanspruchnahme müssten wir ernst nehmen und gründlich untersuchen, denn Armut existiert auch in Basel. Wir müssen die soziale Sicherheit in Basel ausbauen und die Institutionen so gestalten, dass sie die betroffenen Menschen erreichen.

Andererseits ist besonders zentral für uns der fehlende Ausgleich der kalten Progression bei Prämienverbilligung und Mietzinsbeiträgen. Nominal steigende Löhne, real bleibt oft nichts übrig und diese Unterstützung, die fällt weg. Das ist sozialpolitisch schlicht nicht akzeptabel. Die Teuerung muss ausgeglichen werden, das ist eine dringende Erwartung von BastA, wir sind froh, ist das auch so im Bericht genannt, sowohl aus unserer Sicht bei der Prämienverbilligung als auch bei den Mietzinsbeiträgen.

Und zum Schluss erlaube ich mir noch eine kurze Bemerkung zum Geschäftsmodell Infrastruktur. Dort fordern wir einen Paradigmenwechsel. Zwar begrüssen wir den Grundsatz, dass Infrastruktur möglichst bis ans Ende der Lebensdauer genutzt wird. Wir kritisieren jedoch, dass bei der Bewertung von Bauprojekten der Restwert einer bestehenden Strasse oder Leitung oft höher gewertet wird als das öffentliche Interesse an langfristigen Entwicklungen zur Begrünung oder klimatauglicher Stadtentwicklung. Das ist aus unserer Sicht falsch.

BastA empfiehlt Eintreten, den Bericht zu den Rechnungen der fünf kantonalen Museen zur Kenntnis zu nehmen und die Rechnung zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Ein Überschuss von 106 Millionen Franken ist doch ein gutes Ergebnis, oder? Ohne die knapp 92 Millionen höheren Bundessteuern würde die Bilanz allerdings ganz anders aussehen. Wir können jedoch nicht davon ausgehend, dass künftige Rechnungen dank solcher Sondereffekte weiterhin positiv ausfallen werden. Auffallend ist das hohe Investitionsvolumen von 379 Millionen, dass aktuell vom Kanton noch selber finanziert werden kann. Mit den steigenden Zahlen der Beschäftigten beim Kanton und vielen anderen Ausgaben wird das in absehbarer Zeit aber nicht mehr möglich sein. Wir sollten daher bei jeder neuen Investition und bei zusätzlichen Anstellungen von Kantonsangestellten sehr gut überlegen, ob das nötig ist und welche Auswirkungen es auf die Kantonsrechnung hat. Die Zeit von «wir haben es ja, also geben wir es aus» ist vorbei. Ich möchte hier einige weniger Punkte aus dem Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2024 kritisch beleuchten.

Die Sozialhilfe wird immer teurer, obwohl immer weniger Menschen sie beziehen. Es fehlt an Flexibilität, an Realitätssinn und an Steuerung. Wir reden von Effizienz und Digitalisierung, handeln aber unkoordiniert. Das ist keine Politik mit Wirkung, das ist Verwaltung nach Bauchgefühl. Nur damit das klar ist, die Regierung geht das genauso an wie uns hier im Parlament.

Für die Bildung wurden 2,8 Prozent mehr ausgegeben als budgetiert. Bei dieser Budgetüberschreibung fallen insbesondere die sogenannten Stellvertretungskosten auf. Das ist bedenklich, weil diese Entwicklung bereits seit 2022 bekannt ist. Da eine richtige Strategie zur Erreichung einer höheren Lehrabschlussquote immer noch nicht sichtbar ist, verwundert es auch nicht, dass diese um 7 Prozent verfehlt wurde.

Ganz allgemein wächst das Bürokratiemonster in Basel-Stadt stetig. Inzwischen kommt auf 22 Basler*innen ein Verwaltungsangestellter. Das sind 4,5 Prozent der Bevölkerung. Trotz aller Einsparungsversprechen gehen die Zahlen der Kantonsangestellten nicht zurück. Dies geht zu Lasten der Steuerzahlenden und der KMU, denen diese Fachkräfte fehlen.

Bei der Polizei fehlen nach wie vor Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch wenn sich die Lage verbessert, müssen wir im Parlament Bedingungen schaffen, damit das Korps schnell seine volle Grösse erreicht.

In Basel wird gefühlt an jeder Ecke gebaut. Die Ausgaben für viele Projekte überschreiten das ursprüngliche Budget sehr oft bei weitem. Der Ausbau der Fernwärme schleppt sich nur langsam voran. Zwar ist man stolz auf die bereits gebauten Kilometer, doch die Baustellen bestehen ewig lange und eine Koordination ist nicht erkennbar. Der Museumsbau im St. Johann wird typisch baslerisch einiges teurer als geplant. Überall gibt es Budgetüberschreitungen und Verzögerungen.

Von der gross angekündigten Schwammstadt sehe ich genauso wenig wie von grünen Flächen. Ein paar Sonnenschirme und hier und da ein Bäumchen, das nie richtig Schatten spenden wird, reichen bei weitem nicht aus. Die Betonwüsten müssen aufgebrochen werden, hier lohnt sich jeder Mehraufwand, denn das ist richtig investiertes Geld.

Laut der Regierung ist die Digitalisierung auf einem guten Weg. Dies macht sich jedoch weder in finanziellen Einsparungen noch in einfacheren Anwendungen für die Bevölkerung bemerkbar. Einige wenige Anwendungen sind im Berichtsjahr online gegangen, doch der grosse Wurf fehlt. Die kantonalen Webseiten sind zwar vereinheitlicht, aber sie sind meiner Meinung nach komplizierter geworden und weisen kaum Funktionalitäten auf.

Das Informatikprojekt Pharos, das eine sehr hohe Komplexität aufweist, hat zum Ziel, Unzulänglichkeiten in der IT zu beheben. Das bedingt eine aktive Partizipation aller Involvierten. Es bedingt auch die Bereitschaft, Änderungen anzunehmen. Das heisst konkret, aktiv an neuen Strukturen und Lösungen mitzuarbeiten. Gelinde gesagt, wir verwalten den Fortschritt, anstatt ihn zu gestalten. Wir reden von Verantwortung, meiden aber verantwortungsvolles Handeln. Dabei vergessen wir, dass wir das Geld, das wir vom Volk und dem Gewerbe auf so viele Arten erhalten, achtsam und zum Wohle aller ausgeben müssen.

Im Namen der LDP möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission, der Finanzkontrolle, den Behörden, bei der Regierung und bei der Verwaltung für die Arbeit bedanken. Der Dank gilt aber vor allem den Steuerzahlenden.

Die Fraktion der LDP stimmt der Rechnung und dem Bericht der Finanzkommission zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Wir haben schon vieles gehört. Die Jahresrechnung 2024 präsentiert sich fast gleich wie die der vergangenen Jahre. Wir haben eine starke Zunahme beim Betriebsaufwand von 188 Millionen, 50 Millionen davon sind Personalkosten. Wir haben eine hohe Investitionstätigkeit, was ja grundsätzlich gut ist, und wir haben trotz dem Steuerpaket von 112 Millionen einen Überschuss von 100 Millionen. Was heisst das für die Zukunft, die Finanzdirektorin hat es schon angekündigt, müssen wir vorsichtiger werden, müssen wir aufpassen mit den Ausgaben. Wenn wir sehen, was wir in diesem ersten halben Jahr hier drinnen alles schon gesprochen haben, 20 Millionen mehr Entwicklungshilfe, Prämienverbilligung bis

in die 100 Millionen und jetzt steht dann noch die Lohnerhöhung an von 20 Millionen, dann sehen wir, dass es wahrscheinlich sehr schwierig ist, jetzt schon im FD diese Budgetplanung für 2026 in Angriff zu nehmen. Da werden die einen oder anderen jetzt schon schwitzen, wie bekommen wir diese zusätzlichen strukturellen Aufwände ins Budget rein. Vielleicht hat der eine oder andere auch das Wort Sparen effektiv schon in den Mund genommen.

Wir erinnern uns, Finanzplan 2028 sind alle Positionen auf negativ gestellt. Wir gehen von einem Gesamtergebnis von minus 36 Millionen aus. Wenn wir dieses 36 Millionen jetzt vergleichen, in was wir heute in diesem ersten halben Jahr 2025 schon an zusätzlichen Ausgaben, die jährlich anfallen, gesprochen haben. Der Selbstfinanzierungsgrad letztes Jahr noch bei 160 Prozent, jetzt noch bei 90 Prozent, gemäss Finanzplan dann bei 39 Prozent. Schulden. Wir gehen wieder Richtung eine Milliarde Nettoschulden, Bruttoschulden sind wir mittlerweile Schweizer Meister, pro Kopf, wenn wir das anschauen, mit 6 Milliarden. Wenn wir so weitermachen, dann werden wir irgendwann wirklich über das Sparen anfangen zu diskutieren müssen.

Es gibt ein Zitat, unbekannt: Das Schwierigste am Sparen ist anzufangen. Leider sehe ich wenig Wille dazu, auch wenn wir die Jahresrechnung anschauen. Zwei Beispiele, ich möchte nicht mehr auf die Details eingehen, aber wir haben zum Beispiel im JSD Personalaufwände, die über Budget liegen trotz Unterbestand von 130 Personen. Wir haben das schon moniert in der Finanzkommission, wir haben auch darüber gesprochen, was jetzt mit unserer Arbeitsmarktzulage passiert, ob das ausgewertet wurde. Im Hearing hiess es noch, es gibt keine Auswertung, zwei Wochen später gibt es ein neues Lohnpaket, wo diese Arbeitsmarktzulagen zum Teil verdoppelt werden, wenn man die pro Funktionen anschaut. Oder im ED, wir haben es schon gehört, mit diesen Stellvertreterkosten. Da werden Kosten seit Jahren überschritten, das Budget wird nicht angepasst, man macht einfach so weiter. Es scheint, der Wille, mit dem Geld ein bisschen sorgfältig umzugehen, ist nicht vorhanden.

Ich könnte noch viele Beispiele aufführen, möchte es aber nicht in die Länge ziehen. Eines ist aber sicher, umso länger wir warten mit dem Sparen, umso schwieriger wird es, damit anzufangen. Und da wir als FDP nicht spüren, dass ein Sparwille vorhanden ist, sind wir einfach dezidiert der Meinung, dass wir halt auf der Einnahmeseite ansetzen müssen und nochmals die Steuern reduzieren.

Die FDP ist grundsätzlich mit dem Jahresbericht einverstanden, stimmt diesem zu und dankt der Regierung und den Mitarbeitenden für die Zusammenarbeit und die Zeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Grüne/jgb hat das Wort Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Vorab möchte ich mich bei der Finanzdirektorin und den Mitarbeitenden des Kantons und der Finanzkontrolle für die gute und sorgsame Arbeit bedanken, welche sie im Rahmen der Jahresrechnung erbracht haben. Wir freuen uns über das gute Resultat von Basel-Stadt und das zu Recht. Das Geld ermöglicht uns vieles. Gleichzeitig zeigt sich unter anderem die Steuersenkung und auch die Sparmassnahmen des Bundes und wir wissen, dass wir heute und in der Zukunft vor Herausforderungen stehen.

Zum Beispiel spüren wir die Klimakrise, sehen die Fotos und Videos, zum Beispiel von Blatten, bis wir die Fotos selbst machen, weil die Klimakrise vor unserer Haustür passiert. Und deshalb brauchen wir eine sorgfältige und nachhaltige Finanzpolitik, denn die Klimakrise kostet Geld und darauf müssen wir gewappnet sein.

So sind wir direkt beim BVD, wo wir hoffen, dass die Gelder aus den Mehrwertabgabefonds für kleinere und private nachhaltige Projekte genutzt werden sollen. Wir sehen die spannende und wichtige Arbeit des Denkmalschutzes und wir wünschen uns, dass der Spagat zwischen Denkmalschutz und Hitzeschutz in der Stadt gemacht werden kann. Denn gewisse Umbauten müssen zu Gunsten dem Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner möglich gemacht werden. Die Bearbeitungsdauer des BGI sehen wir weiterhin kritisch.

Beim Präsidialdepartement beobachten wir die Verzögerung beim Bau des Naturhistorischen Museums und Staatsarchivs, aber hoffen, dass sich in diesem Fall das Drei-Rollen-Modell bewährt. Es ist zurzeit die grösste Investition des Kantons.

Beim Erziehungsdepartement zeigt die Rechnung deutlich, welche Probleme im Departement teilweise seit Jahren herrschen. Es gibt viele belastete Kinder und Jugendliche, es gibt zu wenig Schulraum, die Stellvertretungskosten sind hoch, die Budgets werden notorisch überschritten. Kinder und Jugendliche sind Seismographen der Gesellschaft und die Lehrperson spüren das aus erster Hand. Die Abschlussquote auf Sek 2-Niveau befindet sich weiterhin nur auf 85 Prozent statt dem selbst gesetzten Ziel von 95 Prozent. Kinder und jugendliche Schüler*innen und Lernende sind unsere Zukunft. Ich persönlich wünsche mir, dass wir uns dieser Verantwortung in allen unseren Entscheidungen hier bewusst sind, sei es im ED, sei es in allen anderen Departementen und vor allem bei allen Beschlüssen, die wir hier treffen.

Zurück zur Rechnung. Beim Finanzdepartement beschäftigt uns die Umstellung auf Microsoft 365 und wir wünschen uns die Veröffentlichung der zwei Gutachten, aufgrund derer die Regierung den Entscheid getroffen hat, Microsoft für den Kanton einzuführen.

Beim Gesundheitsdepartement fiel uns der höhere Anstieg bei den stationären Behandlungen im Vergleich zu den ambulanten auf. Wir fragen uns, ob vielleicht mehr in ambulante Behandlungsorte investiert werden könnte, sei es im psychischen wie auch körperlichen Bereich. In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal mehr auf die zwingend notwendige gemeinsame Spitalplanung von Basel-Stadt und Baselland insistieren. Wir brauchen eine finanzierbare Gesundheitsvorsorge, darum können wir im Bereich Infrastruktur nicht nur bis zur Kantonsgrenze denken.

Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement sind die Personal- und somit die Rekrutierungsprobleme immer noch vorhanden. Der Personalaufwand bei der Kantonspolizei wird ohne die unbesetzten Stellen budgetiert, weshalb das Budget überschritten wird. Intransparent scheint uns die Anstellungssituation des Polizeikommandanten, also ob er ad interim angestellt ist oder was der Status genau ist. Die Rückstände bei der Staatsanwaltschaft bestanden mit dem Jahresabschluss noch. Wir sind aber gespannt, wie sich die zusätzlich budgetierten Headcounts auswirken. Der Umbau des Spiegelhofs ist mit Verzögerung im Gange. Wir hoffen aber auch hier auf das Funktionieren des Drei-Rollen-Modells.

Beim Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt unterstützen wir die Empfehlung der Finanzkommission, die kalte Progression bei den Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträgen auszugleichen. Der Teil zur Basler Personenschifffahrtsgesellschaft hinterlässt leider einen traurigen Nachgeschmack.

Bei den Gerichten waren wir überrascht über die verschiedenen Handhabungen der Ferien. Wir schliessen uns deshalb der Empfehlung der Finanzkommission an, dass es eine einheitliche Regelung geben sollte, die bereits anscheinend im Gange sei. Darüber hinaus wünschen wir uns aber trotz Vertrauensarbeitszeiten, dass die genommenen Ferien dokumentiert werden, damit sie auch eingehalten werden. Egal ob Regierungsrät*innen, Gerichtspräsidien oder Arbeitnehmende, es gibt aus guten Gründen eine Mindestanzahl Ferienwochen pro Jahr und die müssen auf allen Ebenen bezogen werden können.

Zu Pharos und dem «all in» oder «all out» oder den heute gehörten Grautönen dazwischen unterstützen wir die Empfehlung der Finanzkommission und Geschäftsprüfungskommission. Die Gerichte sollen vom Regierungsrat in ihrer Entscheidung, wie sie mit der IT weitergehen, unterstützt werden. Es ist erfreulich, dass wir anscheinend schon eine Lösung irgendwo auf einem Tisch haben und die Details dazu würden uns dementsprechend interessieren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und vielen Dank an meine Kommissionskolleginnen und -kollegen für die gute Zusammenarbeit.

Die Fraktion Grüne/jgb bittet Sie deshalb, der Rechnung und dem Bericht der Finanzkommission zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP das Wort hat Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Die GLP schliesst sich gerne dem Präsidenten der Finanzkommission an bei der grundsätzlichen Würdigung der Jahresrechnung und generell des finanzpolitischen Haushaltens der Regierung. Wir sehen das auch so, die Regierung macht einen guten Job, das muss man hier nochmal ausdrücklich sagen, und das gilt nicht nur für die Regierung, auch für die Verwaltung bis hin und zum Dank an den Steuerzahlenden, den zuletzt jemand von meinen Vorrednern einfliessen lassen hat, was ich einen guten Punkt fand. Soweit zum Allgemeinen.

Weiter kann ich mich auch den Vorrednern anschliessen, was die düsteren Aussichten am finanzpolitischen Himmel betrifft, was eigentlich alle Vorredner, aber natürlich auch Regierungsrätin Tanja Soland so gesagt hat. Diese Einschätzung teilen wir von der GLP. Wir sehen grosse Herausforderungen auf uns zukommen in der Zukunft. Ich möchte insbesondere die Punkte unterstreichen, die teilweise schon genannt worden sind. Das sind die Herausforderungen im Bereich der Erziehung, da sehen wir, wie die Kosten steigen und wir sehen keinen einfachen Weg, wie wir das anders machen könnten. Also da wird es keine intelligente Lösung geben, denke ich mal, auch wenn wir das als GLP natürlich immer versuchen und auch unterstützen, sondern das wird Geld kosten.

Ein anderer Punkt, der noch weniger gemacht worden ist oder gar nicht, passt aber thematisch in den Bereich der psychischen Gesundheit, insbesondere bei Jugendlichen, aber auch jungen Erwachsenen und das wird sich über die Generationen weiterentwickeln. Das heisst, das Problem kommt dann auch irgendwann mal im Erwerbsalter an oder ist schon angekommen und zieht sich dann weiter und da sehen wir eine wirklich sehr grosse gesellschaftliche Herausforderung, die natürlich nicht Basel spezifisch betrifft, sondern die man weltweit beobachten kann. Und auch da gilt wieder, was ich vorhin schon gesagt habe, natürlich sind wir alle angehalten, hier intelligente gute Lösungen zu finden, die vielleicht auch nicht so viel Geld kosten, aber realistischerweise müssen wir sagen, sehr viel wird sehr viel Geld kosten. Und das ist ein Problem, dem müssen wir uns stellen, hier hat es keinen Sinn, den Kopf in den Sand zu stecken. So viel dazu.

Was machen wir also, jetzt wieder in der Finanzpolitik. Und da will ich gerne an meinen Vorredner von der FDP, Daniel Seiler, anschliessen, der gesagt hat, das Schwierigste am Sparen ist damit anzufangen. Deshalb sollte man gar nicht erst damit anfangen, man sollte permanent sparen. Das ist die Haltung der GLP. Das sollten wir und das heisst, immer kritisch regelmässig schauen, wo gibt es Effizienzgewinne, wo gehen die hin. Es liegt in der Natur der Sache, und das ist kein Vorwurf an irgendjemand, wenn ich verantwortlich bin für eine Dienststelle, wenn ich irgendwo eine finanzielle Verantwortung trage und es gibt gewisse Entlastungen auf der Ausgabenseite dank Effizienzgewinne, weil ich Sachen besser machen kann, besser organisiert habe, dann ist nicht mein erster Reflex, mein Budget zu reduzieren, zu meinem Chef zu gehen und zu sagen, ich brauche jetzt nächstes Jahr weniger Geld, weil wir da was Gutes gefunden haben, sondern unbewusst werde ich mir überlegen, was kann ich mit diesen Mitteln auch machen in meinem Aufgabenbereich, was auch wichtig wäre. Und weil ich meinen Aufgabenbereich kenne, finde ich immer Sachen, die wichtig sind, die gut sind. Also kein Vorwurf an irgendjemand, aber im Staat müssen wir uns diesem Mechanismus bewusst sein und uns dem stellen und das heisst ganz konkret, es muss ein gewisser gesunder finanzpolitischer Druck aufrechterhalten bleiben.

Dazu verweise ich jetzt insbesondere auf die Motion, die überwiesen worden ist, die aus unseren Reihen gekommen ist, dass man die Generelle Aufgabenüberprüfung mit einem Entlastungsziel konkret versehen soll, die ja, soviel ich weiss, auch schon in Umsetzung ist. Und davon versprechen wir uns etwas, wir werden das natürlich auch kritisch anschauen, was jetzt daraus wird. So viel dazu.

Weiter wurde zu Recht auch schon in der Vergangenheit immer wieder angemahnt, insbesondere von unserer Finanzdirektorin, es liegt natürlich sehr viel Verantwortung auch bei uns als Parlament. Sehr viele Ausgaben, die dazu kommen, sind dafür verantwortlich, dass die Ausgabenseite aus unserer Sicht GLP, wenn man das ganz generell anschaut, zu stark steigt. Und da sind wir in der Pflicht, und da wurde auch schon von Vorrednern jetzt gerade jüngeren Beispiele genannt, Prämienverbilligung wurde genannt als Beispiel, mit einer knappen Mehrheit wurde das überwiesen. Diesen Entscheid müssen wir natürlich als GLP respektieren, aber wir werden uns natürlich dafür einsetzen, dass hier die Umsetzung in einem gesunden Rahmen bleibt, denn da gibt es gewissen Spielraum. Ich habe das damals schon genannt, auch als wir den Vorstoss behandelt haben, dass man die kalte Progression, dass man einen guten Mechanismus findet. Absolut, soll man machen, dass man auch schaut, braucht es eine Entlastung ein bisschen weiter in den Mittelstand hinein, wie es die Motion ja im Kern fordert. Ja, ein Stückchen weit ja, aber wir uns natürlich dafür einsetzen, dass wir hier eher beim unteren dranbleiben, was die Motionsforderung zulässt.

Anderes Beispiel, auch eine Motion von Ivo Balmer zur aktiveren Bodenpolitik des Kantons, ein ganz wichtiger Punkt, der auch mal erstmalig jetzt überwiesen worden ist. Da sind wir als GLP sehr kritisch und schauen, wie es mit diesem Thema weitergeht. Nicht, weil wir generell finden, der Kanton darf nicht aktive Bodenpolitik betreiben, aber da haben wir ein grosses Fragezeichen, ob wir uns das finanzpolitisch leisten können, da mit der grossen Kelle anzurühren, und ob das wirklich sinnvoll ist. Das also aktuelle Beispiele.

Dann generell noch zum Thema Finanzpolitik, düstere Aussichten, wie geht es weiter. Wir sind grundsätzlich zufrieden mit der Ausrichtung, mit der aktuellen Finanzpolitik der Regierung, um das noch einmal zu sagen, aber gerade auch, wenn die Zeiten wieder turbulenter werden, wenn das eintrifft, was viele jetzt so ein bisschen prophezeit haben, ist es wichtig, dass wir als Parlament auch unsere Verantwortung da gut wahrnehmen können. Dazu braucht es auch langfristige Einflussnahmemöglichkeiten und da verweise ich auf eine andere Motion aus unseren Reihen, die auch überwiesen worden ist, zur langfristigen Finanz- und Ausgabenplanung. Da bin ich dann gespannt, was da kommt, da weiss ich nichts Aktuelles. Ich wünsche mir aber auch, dass wir da eine gute Lösung finden, nicht aus einem Misstrauen gegenüber der Regierung heraus, wie gesagt, haben wir hier gutes Vertrauen im Moment, aber im Hinblick auf düstere, schwierigere Zeiten, die auf uns zukommen könnten, brauchen wir hier gute Instrumente, die griffig sind, dass auch wir als Parlament unsere Verantwortung für eine nachhaltige Finanzpolitik wahrnehmen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Cuénod. Sie wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Herr Christ, Sie haben propagiert, der Kanton sollte permanent sparen. Können Sie mir irgendeinen Bereich nennen, in denen aus Ihrer Sicht der Kanton deutlich zu viel Geld ausgibt respektive wo sehen Sie Sparpotenzial?

Tobias Christ (GLP): Das ist fast schon eine klassische Zwischenfrage und ich kann auch wieder eine ähnliche Antwort geben, die ich schon mal gegeben habe. Eigentlich habe ich es im Votum schon gesagt, ich sehe diese Punkte nicht, aber ich weiss aus abstrakten Überlegungen heraus, dass es die im kleinen immer wieder gibt und deshalb müssen wir schauen, dass die auch gefunden werden und dass diese Mittel dann unter Umständen auch zurück in den allgemeinen Topf fliessen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP das Wort hat Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Wie jedes Jahr im Juni traktandiert und kommentiert das Parlament die Rechnung des vorherigen Jahres. Einige Stimmen sind positiv, andere sind negativ und dies, nachdem doch dann jedes Jahr im Dezember das Budget faktisch völlig unkritisch abgewunken wird. Das Budget ist eigentlich das wichtigste finanzpolitische Mittel des Parlaments und hier könnten wir Ansätze bringen, hier könnten wir auch konkret sagen, wo wir weniger Ausgaben möchten.

Es ist aber so, dass wir in diesem Parlament vier verschiedene Kategorien haben. Die erste Kategorie umfasst drei linke Fraktionen, welche das Geld mit beiden Händen aus dem Fenster werfen wollen. Die sind natürlich glücklich, wenn alles ständig wächst, wenn der Staat wächst, wenn wir Mehrausgaben haben. Das ist nicht meine Meinung, aber diese Haltung ist zumindest konsequent. Dann gibt es drei bürgerliche Fraktionen, welche sich jedes Jahr bei der Rechnung darüber beschweren, dass die Ausgaben zu hoch sind, aber weder in der Finanzkommission noch beim Budget auf die Idee kommen, irgendwo irgendwelche Kürzungsanträge zu stellen. Die dritte Kategorie ist dann die GLP-Fraktion, welche ebenfalls sich beschwert, dass die Ausgaben zu hoch sind, aber in diesem Parlament sämtlichen Mehrausgaben zustimmt. Ja, Herr Christ, Sie könnten auch mal anfangen zu sparen und aufhören, bei jeder Mehrausgabe Ja zu sagen, dann hätten wir schon einmal einen guten Schritt vorwärts getan. Da könnten Sie jetzt schon anfangen in diesem Monat oder auch in der Budgetdebatte, unsere Anträge zu unterstützen, denn die vierte Kategorie ist die SVP-Fraktion, welche sich auch darüber beschwert, dass wir zu viele Ausgaben haben, aber in der Budgetdebatte konsequent auch immer sagt, wo Sparpotenzial vorliegt und auch diese Anträge konsequent stellt.

Denn eines ist ja klar, bei Ausgaben von 4,8 Milliarden und einem Überschuss von 100 Millionen haben wir definitiv nicht zu wenig Einnahmen, wir haben zu viele Ausgaben. Der Staat wächst uferlos Jahr für Jahr. Das wird von der Regierung dann auch bestritten, dass dieses uferlose Wachstum ein uferloses Wachstum ist, und trotzdem haben wir dann beim Budget im nächsten Jahr immer wieder das gleiche. Und hier wäre es wirklich auch einmal an der Zeit beim Parlament, dass wir in der Finanzkommission, die Vertreterinnen und Vertreter, und bei der Budgetdebatte hier konsequent sagen, wo Potenzial vorhanden ist, dass man Mehrausgaben trotzen kann. Und hier geht es auch nicht um eine Abbaupolitik, es wäre ja schon einmal gut, wenn der Staat nicht ständig immer nur wachsen würde und wir vielleicht auch diese 5 Milliarden-Deckelung einmal erreichen würden, dass es nicht immer weiter in die Höhe geht.

Ich komme zu den einzelnen Punkten. Bei der Sicherheit ist es so, dass wir trotz hohen Ausgaben von 4,8 Milliarden nicht in der Lage sind, die zentralste Staatsaufgabe Sicherheit ordnungsgemäss und zufriedenstellend zu erfüllen. Wir sind seit Jahrzehnten der kriminellste Kanton, da haben Fussballspiele sehr wenig damit zu tun, und wir haben auch einen Unterbestand jetzt von 130. Meine Damen und Herren, das ist ein Zustand, der so nicht weiter fortgesetzt werden kann. Und hier wurden von der Regierung in den letzten Jahren und Jahrzehnten die völlig falschen Prioritäten gesetzt. Es ist nun wirklich an der Zeit, dass der Sicherheit höhere Priorität gegeben wird, dass das jetzt als zentralste Staatsaufgabe anerkannt wird. Sie haben in den letzten Jahren immer wieder von der Klimaloki gesprochen, die rollt und die funktioniert und wie es super ist, dann machen Sie doch jetzt auch endlich mal eine Sicherheitsloki, schreiben Sie das Thema Sicherheit in den Legislaturplan und nehmen Sie das als zentrale Staatsaufgabe endlich einmal wahr in der Regierung.

Auch bei der Arbeitgeberattraktivität kann es nicht sein, dass wir jetzt bei jeder Branche der attraktivsten Arbeitgeber auf dem Markt sind, währenddessen wir nicht mehr Personal finden bei den Blaulichtorganisationen. Hier sollte jetzt der Schwerpunkt als allererstes gesetzt werden, dass wir hier diesen Unterbestand so schnell wie möglich beenden können und dass wir wieder sagen können, es kommen Personen, es kommen Menschen, die gerne für die Basler Polizei, für die Kripo, für die Blaulichtorganisationen arbeiten möchten. Das muss die Priorität in den nächsten Jahren sein. Und das Lohnmassnahmenpaket ist okay, es geht in eine richtige Richtung, aber sicherheitspolitisch muss hier mehr kommen bezüglich Attraktivität für die Arbeitnehmenden. Denn es ist ja auch klar, dass ein Polizist in der kriminellsten Stadt in der Schweiz sicherlich mehr zu tun hat als ein Polizist in Stans oder in Sarnen. Hier müssen wir auch kantonsübergreifend wahrscheinlich halt die besseren Arbeitsbedingungen haben als andere Kantone, weil wir halt diesen Zustand haben von krimineller Stadt, vielen Events, vielen Demonstrationen und dementsprechend halt auch die Polizistinnen und Polizisten sehr überlastet sind.

Ich komme zur Digitalisierung. Auch hier hat die SVP-Fraktion nicht wirklich das Gefühl, dass eine übergreifende kantonale Strategie vorhanden ist. Es scheint mehr so, dass jedes Departement sein eigenes Süppchen kocht, überall selbstverständlich mit mehr Staatsstellen, dass es überall natürlich teurer wird im Namen der Digitalisierung und hier kann ich jetzt schon ankünden, dass die SVP bei der nächsten Budgetdebatte Anträge prüfen wird, dass hier dieses Stellenwachstum bei der Digitalisierung nicht uferlos in die Höhe schnellen wird.

Beim Neubau Naturhistorischen Museum und dem Staatsarchiv hat die SVP zur Kenntnis genommen, dass der Kanton mal einmal mehr ein Snickers genommen hat, wenn es mal wieder länger dauert. Es ist ja bereits bekannt und überall so, dass gefühlt jedes Neuprojekt in diesem Kanton länger dauert, dass es teurer wird und hier kann ich auch jetzt schon ankünden, dass die SVP hier sehr kritisch prüfen wird, ob wir hier irgendwelchen Mehrausgaben zustimmen werden. Wir hatten einen Volksentscheid, wo auch die Zahlen und die Kosten eigentlich klar verankert sind und wenn dann immer alles teurer wird und

sich in die Länge zögert, dann ist es dann halt am Ende des Tages auch nicht im Sinne eines Volksentscheides, wenn eigentlich dann die Massnahmen und die Dinge einfach auch anders geklärt waren, als es dann effektiv in der Realität war.

Ich möchte aber mit etwas Positivem schliessen. Die SVP-Fraktion nimmt positiv zur Kenntnis, dass in diesem Jahr viele Grossevents stattgefunden haben oder auch stattfinden werden. Hier kann man wirklich auch sagen, dass organisatorisch relativ viel Gutes auch abgelaufen ist, dass der Kanton insbesondere auch die Sicherheitslage im Griff hat. Auch wenn es am ESC zu einzelnen grässlichen antisemitischen Vorfällen gekommen ist, hat man es organisatorisch anhand der grossen Anzahl an Menschen dann doch relativ gut über die Bühne gebracht und wir hoffen selbstverständlich auch, dass man bei der EM etwas ähnliches berichten kann. Dementsprechend sind wir auch als SVP-Fraktion stolz darauf, dass wir eine gut funktionierende Event-Stadt sind. Dort sind die Ausgaben sicherlich auch vernünftig im Sinne dann auch der Gesamtwirtschaft zu erachten.

Die SVP-Fraktion bittet Sie ebenfalls, die Rechnung zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Christ möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Tobias Christ (GLP): Ich habe hier auch eine Zwischenfrage, die vielleicht klassisch werden kann. Können Sie mir sagen, bei diesen Budget-Kürzungsanträgen, die die SVP aus meiner Sicht verdankenswerterweise regelmässig macht, bei wie vielen Sie da schon die GLP vorgängig um Unterstützung angesucht haben?

Pascal Messerli (SVP): Ja, diese Kommunikation könnte man in den nächsten Jahren auch gerne verbessern. Es wäre aber auch wünschenswert, wenn vielleicht die GLP mal eigene Ideen bringt. Da verweise ich sehr gerne auch auf die Zwischenfrage von Herrn Cuénod.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Die Finanzsituation des Kantons ist weiterhin stabil und solide. Ein tolles Ergebnis, das nicht alle Kantone so vorweisen können. Die Budgetabweichung liegt unter einem Prozent. Wer sich schon mal mit einem komplexen Budgetierungsverfahren auseinandergesetzt hat, weiss, wie schwierig das ist und dass eine Budgetabweichung von unter einem Prozent ein wirklich sehr gutes Ergebnis ist. Auch im letzten Jahr wurden viele zum Teil auch hohe Investitionen getätigt. Das finden wir richtig. Eine Stadt, die attraktiv und im Schuss bleiben möchte, muss in die Infrastruktur und seine Bewohnenden investieren. Wir werden auf Sprechende bei den einzelnen Departementen verzichten, deshalb gehe ich nun im Fraktionsvotum kurz auf jedes Departement ein.

Im Präsidialdepartement hat im letzten Jahr vor allem das Kunstmuseum zu reden gegeben. Wir mussten einen Nachtragskredit sprechen und das neue Leitungsteam einschneidende Massnahmen beschliessen. Dank dieser wurde der bewilligte Kredit dann auch nicht vollständig beansprucht. Ich finde, das ist wichtig zu erwähnen, vor allem für die hier drinnen, die damals bei der Debatte zum Nachtragskredit über die Museumsleitung hergezogen sind und gesagt haben, ja, die können ja nicht rechnen. Offensichtlich können sie es doch. Wie die Finanzkommission finden auch wir von der SP, dass im Hinblick auf weitere Spar- und Restrukturierungsmassnahmen immer zu bedenken ist, dass tiefgreifende Kürzungen im Museumsbetrieb auch kontraproduktive Folgen haben können, weil einerseits die Gefahr besteht, dass zentrale Aufgaben nicht mehr in der erforderlichen Qualität erfüllt werden können, und andererseits eine Reduktion des Programmes auch zu einem Rückgang der Besucher*innenzahlen und der Drittmitteleinnahmen führen können. Für uns ist aber auch klar, dass sich das Finanzcontrolling verbessern muss und dass Massnahmen aus Betriebsanalysen umgesetzt werden müssen. So ein dickes Minus wie im letzten Jahr darf es nicht mehr geben.

Zu den Museen allgemein lässt sich sagen, dass die gestiegenen Besucher*innenzahlen sehr erfreulich sind. Es gibt wirklich viele tolle Angebote und es wird tolle Arbeit geleistet in den Basler Museen. Das Projekt Provenienzforschung läuft noch bis Ende 2026 und wir denken, es wäre gut, wenn bald Klarheit geschaffen wird, ob und in welcher Form diese Forschung weiterbetrieben werden kann, denn im Moment haben wir tolle und extrem gute Forscher*innen bei uns in den Museen und wenn wir sie zu lange im Unklaren lassen, ob sie ihre Forschung weiterbetreiben können, dann werden sie sich schon bald umsehen nach neuen Stellen an anderen Orten.

Das BVD muss im laufenden Jahr viel Flexibilität zeigen, denn mehrere Grossanlässe kommen diversen Bauprojekten in die Quere. Aus finanzpolitischer Sicht ist es erfreulich, dass das zu keinen Mehrkosten führen wird. Ebenfalls erfreulich finden wir, dass die erhöhte Nutzung der Velospot-Fahrräder in unserer Stadt Fahrt aufnimmt.

Im Erziehungsdepartement geben die extrem hohen Stellvertretungskosten zu reden und das nicht erst seit gestern. Das Problem ist mindestens seit 2018 bekannt. Das war vor sieben Jahren. Immerhin wurde jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt und wir hoffen wirklich, dass sich diese Arbeitsgruppe mit der Datenschutzbeauftragten austauscht, um zu klären, wie eine Befragung so ausgestaltet werden kann, dass der Datenschutz nicht verletzt wird, aber gleichzeitig erfragt werden kann, was die Gründe für die Ausfälle sind. Denn so, wie die Situation jetzt ist, ist es doch für niemanden tragbar. Denn die Lösung kann ja nicht sein, dass wir einfach mehr Geld ins Budget einstellen und dann sehen die Zahlen wieder gut aus, denn hinter den Zahlen, da stehen ja Menschen und die fallen aus, weil es ihnen nicht gut geht, weil sie nicht mehr in der Lage sind, ihrer Arbeit nachzugehen und diese Probleme müssen wir angehen. Ein erster Schritt ist getan mit den Massnahmen zur Weiterentwicklung der integrativen Schule, aber es gibt noch mehr Handlungsbedarf.

In mehreren Stellen im Bericht der Finanzkommission wird aufgezeigt, dass immer mehr Kinder und Jugendliche psychische Belastungen haben und es ihnen nicht gut geht und gleichzeitig ist bei der Schulsozialarbeit die personelle Situation seit Jahren angespannt und das, obwohl diesem Dienst eine so wichtige Rolle zukommt. Die SSA fängt bis zu einem gewissen Grad die im Gesundheitsbereich fehlenden Angebote für psychisch belastete Kinder und Jugendliche auf. Die GPK empfiehlt in ihrem Jahresbericht, den besprechen wir ja später noch, daher, die Stellen bei der SSA zu überprüfen und gegebenenfalls zu erhöhen, aufzustocken. Und ich kündige Ihnen es jetzt schon an, wenn das ED selbst nicht auf die Idee kommt, die Stellen bei der Schulsozialarbeit zu erhöhen, dann werde ich das im Rahmen der Budgetdebatte fordern.

Das Finanzdepartement musste in den letzten Wochen und Monaten viel Kritik sich anhören wegen dem Entscheid, Microsoft 365 für die kantonale Verwaltung einzuführen. Die Finanzkommission hat sich in ihrem Hearing zur Rechnung damit auseinandergesetzt und sich die Vor- und Nachteile und vor allem die Überlegungen, die dahintergestanden sind, die sich das Departement dazu gemacht hat, vorstellen lassen. Wir von der SP sind der Meinung, dass das ganze öffentliche Gemotze nicht zielbringend ist. Wenn man etwas ändern möchte, also zum Beispiel Alternativen prüfen, dann sollte man Vorschläge bringen. Die Motion von Salome Bessenich betreffend «Open-Source» wurde ja zum Beispiel bereits ein erstes Mal überwiesen und wir denken, das ist der Weg, den wir gehen sollten. Wenn man etwas anderes möchte, dann muss man Vorschläge bringen.

Beim Gesundheitsdepartement wurde die überarbeitete Spitalplanung für das Klinikum 2 und 3 mit Spannung erwartet. Wir waren dann doch auch etwas erstaunt, wie man doch in relativ kurzer Zeit massgebliche Anpassungen vornehmen kann und offenbar auch muss. Wir von der SP begrüssen auf jeden Fall die überarbeitete und kostenoptimierte Planung für das Unispital.

Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement fällt auf, dass relativ oft auf externe Dienstleistungen zurückgegriffen werden muss, weil Aufgaben nicht selbst erledigt werden können. Das finden wir nicht ganz optimal und hoffen, dass das in Zukunft anders werden kann. Die Personalsituation im JSD ist immer noch nicht ganz so entspannt, wie wir es alle gerne hätten. Mit der temporären Lohnerhöhung im letzten Jahr und dem nun vom FD ausgearbeiteten Lohnmassnahmenpaket ist viel von anderer Seite gekommen. Wir fragen uns, ob die Recruiting-Massnahmen, so wie sie heute gemacht werden, sinnvoll sind. Es gibt viele tolle Beispiele, den Auftritt an der Fantasy Basel fanden wir toll, da hat die Kantonspolizei einen megasympathischen Auftritt, aber ob zum Beispiel die Plakatkampagne in Vollmontur mit halbgaren Slogans, die 200’000 Franken gekostet hat, ob das die richtigen Leute anzieht, das stellen wir in Frage.

Beim WSU springt natürlich der Anstieg der Meldungen bei der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde ins Auge. Das ist nicht schön. Gleichzeitig muss man aber auch sagen, dass die Anzahl der Entscheide gegen den Willen der Eltern proportional gleichgeblieben ist. Das ist wichtig und gut. Der Anstieg der Meldungen bei der KESB deutet unserer Meinung nach auch auf eine Unterversorgung im psychosozialen Bereich hin und diese Angebote sind im GD verortet und wir denken, es wäre gut, wenn sich das GD diesem Thema vermehrt annehmen würde. Bei der Prämienverbilligung sehen wir es gleich wie die Mehrheit der Finanzkommission. Die kalte Progression sollte ausgeglichen werden. Wir fänden uns sinnvoll, wenn das Departement dieses Thema angeht.

Bei den Gerichten hat uns der Umgang mit den Ferienguthaben etwas erstaunt. Wenn die Finanzkontrolle etwas bemängelt, könnte man eigentlich erwarten, dass die bemängelte Sache geändert und die Empfehlung umgesetzt wird. Wir würden uns wünschen, dass in Zukunft etwas mehr Disziplin und Engagement gezeigt wird und die Empfehlung der Finanzkontrolle ernst genommen wird.

Die SP-Fraktion folgt dem Antrag der Finanzkommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Jenny. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Als absoluter IT-Laie interessiert mich die Antwort auf diese Frage. Was hat Open-Source-Einsatz mit der Cloud zu tun?

Jessica Brandenburger (SP): Sie dürfen sich dazu gerne die Motion von Salome Bessenich durchlesen und dann die Antwort der Regierung, sie ist noch nicht beantwortet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Die Jahresrechnung 2024 des Kantons Basel-Stadt schliesst mit einem Überschuss von 106 Millionen Franken und deutlich über Budget ab. Das ist auf den ersten Blick erfreulich, doch ein genauerer Blick auf die finanzielle Entwicklung zeigt eine Reihe von bedenklichen Tendenzen, die wir als Fraktion Mitte-EVP kritisch würdigen.

Erstens, wir haben einen Überschuss, aber strukturelle Risiken. Der Überschuss ist vor allem auf ausserordentliche Faktoren zurückzuführen. Es wurde schon darauf aufmerksam gemacht, der Anteil an der direkten Bundessteuer fiel um 92 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Das kompensiert zum Glück die erneut ausgefallene Gewinnausschüttung der Nationalbank. Die kantonalen Steuereinnahmen, insbesondere die Einkommenssteuern blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Unternehmenssteuern gingen gegenüber dem Vorjahr um 225 Millionen Franken zurück. Soweit dies auf den Wegzug etablierter Unternehmen aus dem wirtschaftlich zunehmend unwirtlichen Kanton zurückzuführen ist, ist der erwähnte Einnahmenrückgang als ungünstiges Signal zu werten und wird hoffentlich auch von der Regierung wahrgenommen. Insgesamt ist die strukturelle Entwicklung der Einnahmen schwächer, als es der Überschuss suggeriert. Die finanzielle Lage bleibt zwar solide, aber die Risiken nehmen zu, insbesondere mit Blick auf die kommenden Jahre, in denen Sparmassnahmen des Bundes, die OECD-Mindestbesteuerung, geopolitische Unsicherheiten die Einnahmeseite belasten werden.

Zweitens, wir haben ein ausuferndes Stellenwachstum und einen Personalausbau. Es ist immer wieder deutlich spürbar, dass dieser Kanton zu viel Geld hat und man kann das nur manchmal und immer wieder wiederholen. Daher sind wir der Auffassung, dass nicht primär die Einnahmen-, sondern die Ausgabenseite der besonderen Aufmerksamkeit bedarf. Wir müssen mit den Einnahmen, wie hoch sie auch anfallen, haushälterisch umgehen. Besonders kritisch sehen wir das ungebremste Wachstum des Staatsapparats. Seit 2020 ist die Zahl der Vollzeitstellen um fast 600 auf 9’455 gestiegen. Das sind über 6 Prozent allein im Berichtsjahr, um 163 Stellen im Erziehungsdepartement und 12 im Präsidialdepartement. Der Personalaufwand ist auf 1,5 Milliarden Franken angewachsen. Der Sach- und Betriebsaufwand liegt 5 Prozent über Budget. Der Kanton Basel-Stadt gehört bezüglich Staatsquote und öffentlichem Personalbestand nach wie vor schweizweit zur Spitze. Parlament und Regierung dieses Kantons arbeiten leider entschlossen daran, dass sich auch künftig daran nichts ändert.

Das Wachstum des Staatspersonals übersteigt das Wachstum der Bevölkerung des Kantons im Verhältnis noch immer bei weitem. Diese Entwicklung erachten wir als ungesund. Die Einführung einer Personalbremse beispielsweise mittels Bewilligung eines Stellenplafonds durch den Grossen Rat ist zu prüfen, denn das Wachstum ist nicht mehr mit einer blossen Erfüllung von Kernaufgaben zu rechtfertigen. Vielmehr werden immer neue Projekte und Programme aufgegleist von der Arbeitgeberattraktivität über Digitalisierungsinitiativen bis hin zu Subventionen für schwach genutzte Veloverleihsysteme und dergleichen. Die Verwaltung wird immer schwerfälliger, Kosten immer weniger steuerbar. Der sogenannte Fachkräftemangel im Kanton ist in diesem Sinne hausgemacht, indem dauernd neue Stellen geschaffen werden, die besetzt werden müssen und nicht selten aus der Privatwirtschaft rekrutiert werden.

Drittens, wir haben eine mangelnde finanzpolitische Disziplin. Wir stellen fest, dass gesunde finanz- und ordnungspolitische Prinzipien zunehmend in den Hintergrund geraten. Unter anderem dank der Betriebsamkeit dieses Parlaments nehmen die Staatsaufgaben und damit die Staatsausgaben und der Personalbedarf laufend zu. Es besteht zudem ein fast undurchschaubarer Dschungel an Subventionen und Staatsbeiträgen an unzählige, auch private Aufgabenträger. Die staatlichen Investitionen werden zwar als notwendig dargestellt, doch die Priorisierung bleibt intransparent und die Effizienz der Mittelverwendung ist nicht immer gewährleistet. Verzögerungen und Kostenüberschreitungen bei Grossprojekten sind, wie auch schon vorher genannt, eher die Regel, nicht die Ausnahme.

Viertens, wir haben fehlende Kostenwahrheit und -transparenz. Die explodierenden Stellvertretungskosten im Erziehungsdepartement, plus 53 Prozent seit 2018, werden erst jetzt systematisch analysiert. Die Budgetierung bei Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträgen hinkt der Realität hinterher. Die kalte Progression wird nicht ausgeglichen.

Fünftens, Investitionen und Verschuldung. Zwar konnte der Kanton seine Investitionen zu 90 Prozent selbst finanzieren, doch das Nettovermögen ist im Vorjahresvergleich um 38 Millionen Franken gesunken. Die Bruttoschulden liegen immer noch bei über 3,3 Milliarden Franken. Die Investitionsplanung ist angesichts der Vielzahl an Projekten und der knappen Ressourcen eine grosse Herausforderung, die mehr finanzpolitische Disziplin erfordern würde.

Was ist das Fazit und was sind die Forderungen. Als Fraktion Mitte-EVP nehmen wir den Jahresbericht des Regierungsrats und der Finanzkommission dankend zur Kenntnis und genehmigen die Jahresrechnung sowie die Rechnungen der fünf kantonalen Museen. Aber wir haben auch ein paar Forderungen.

Erstens, eine Eindämmung des Personalwachstums und eine kritische Überprüfung aller neuen Stellen. Wir werden die Frage eines Stellenplattfonds neu prüfen.

Zweitens eine regelmässige Überprüfung und gegebenenfalls Aufhebung alter Subventionen, die keine Rechtsgrundlage mehr haben oder deren Zweck aus anderen Gründen nicht mehr gegeben ist.

Drittens, eine regelmässige Überprüfung der Staatsaufgaben, die Aufhebung unnötiger Kommissionen, deren Aufgaben sich überholt haben, eine aktive Organisationsentwicklung unter Effizienz-Gesichtspunkten, wozu auch die Zusammenlegung von Ämtern und Fachstellen gehören darf, soweit Doppelspurigkeiten bestehen.

Viertens, mehr Transparenz und Kostenwahrheit bei allen staatlichen Aktivitäten.

Fünftens, eine Rückbesinnung auf bewährte Grundsätze für einen gesunden Staatshaushalt. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, seinen Haushalt im Gleichgewicht halten, unnötigen Ballast abwerfen, Privateigentum schützen und die Wirtschaft nicht durch überbordende Regulierungen belasten.

Der Überschuss von heute darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die finanzpolitischen Spielräume kleiner werden. Es braucht eine Kurskorrektur hin zu mehr Effizienz, Disziplin und Eigenverantwortung, damit Basel-Stadt auch in Zukunft wettbewerbsfähig und finanzierbar bleibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Daniel Albietz, Sie propagieren unter anderem einen Stellenplattfonds beim Kanton. Das haben viele Kantone und Gemeinden eingeführt, kennen Sie die Erfahrungswerte ein wenig, die mit diesem Instrument gemacht wurden?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Nein, aber ich weiss, dass auch diese Kantone nach wie vor mit der Tatsache leben, dass der Staat eher zunimmt als abnimmt. Wir müssen Lösungen finden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Zuerst danke ich einmal für Ihre Geduld, wenn Sie sich fragen, was will jetzt der da vorne noch gross reden, der hat ja eh keine Ahnung von Finanzen und unser Fraktionssprecher von der LDP hat ja schon alles gesagt und alle haben auch alles gesagt. Ich danke einmal aber auch allen, die in diesem Kanton für Prosperität sind, für Innovation sind, für das Arbeiten. Wir alle wollen eigentlich, dass es allen Menschen in diesem Kanton gut geht und was die Definition von gut geht ist, da gehen wir wahrscheinlich dann auch manchmal ziemlich weit auseinander.

Wer hätte das gedacht, dass mir die Politik so viel Freude macht und vor allem Politik zu machen, wenn die Kasse voll ist. Es erinnert mich ein wenig an Monopolyspiele, man zieht eine Karte, verlangt 200 Millionen vom Staat und der Kanton zahlt. Manchmal scheint es, als hätten wir uns daran gewöhnt, dass finanzielle Konsequenzen einfach ein Problem für das nächste Jahr sind oder noch besser, für die nächste Legislatur. Und solange das Wetter schön ist, wird fröhlich geplant, verteilt, subventioniert, gekauft, versprochen, also so quasi die Politik als Wunschkonzert, bezahlt mit Geld, das wir noch nicht einmal haben oder vielleicht gar nie reinkommt.

In den letzten Jahren hatten wir das Glück, wir hatten hohe Steuererträge, besonders aus der Pharmaindustrie, ich danke ihnen vielmals. Das hat uns beeindruckende Überschüsse beschert, aber statt die Phase zu nutzen, um nachhaltige Strukturen zu schaffen, Nachhaltigkeit zu machen oder Rücklagen zu bilden, haben wir angefangen, ich nenne sie einmal Daueraufträge in Milliardenhöhe zu verteilen. Prämiendeckel, Entwicklungshilfe, Bodenkäufe durch den Staat und die Idee dahinter scheint quasi zu sein, solange es nicht kracht, ist das doch kein Problem. Aber die Fakten reden eine andere Sprache. Für das laufende Jahr rechnet das Finanzdepartement mit einem Defizit von 15 Millionen Franken und das ist nur der Anfang. Der strukturelle Überschuss, unsere Finanzdirektorin hat das in ihrem Votum gesagt, ist weg. Die Prognosen zeigen in Richtung rote Zahlen und unterdessen erhöhen wir laufend den Fixkostenanteil im Budget mit Subventionen, Sozialausgaben, Bodenkäufe, ich habe es gesagt, und allerlei politische ideologische Experimente, nenne ich das. Es ist doch nicht die Aufgabe des Staates, jede Idee und alles, aber wirklich alles finanzieren zu wollen. Wo bleibt denn die Eigenverantwortung des Menschen? Private Innovationen, nicht staatlich subventioniert, das wäre doch auch mal etwas.

Und ich finde es paradox, gerade in den Jahren mit den besten Rechnungsabschlüssen hat das Parlament, also wir, ich inklusive, es wirklich nicht geschafft, finanzpolitische Vernunft zu zeigen. Im Gegenteil. Wer da bremst hier drin wird belächelt, wer spart ist asozial und wer den Sackrechner hervorholt, wird als Vorschriftsverhinderer abgestempelt. Wer mich da beeindruckt hat, und das sage ich sehr gern, ist immer wieder unsere Finanzdirektorin, Regierungsrätin Tanja Soland. Sie hat trotz ihrer Parteizugehörigkeit immer wieder und konsequent auf die Budgetdisziplin gepocht. Sie hat als eine von wenigen auf die langfristigen Risiken hingewiesen und ja, sie hatte häufig einen undankbaren Job, sie hat ihn immer noch natürlich, warnen, warnen, zurückweisen. Sie hat probiert, an die Vernunft und die Verhältnismässigkeit zu erinnern. Leider fast immer umsonst und musste mitanschauen, wie wir im Rat die Ausgaben wieder hochschrauben.

Wer die Finanzen kennt, weiss, es sind nicht die grossen Krisen, die uns primär gefährlich werden, es ist das schleichende Wegschauen. Wir Liberalen stehen für Eigenverantwortung und das gilt auch für den Staat. Es geht nicht darum, das Füllhorn zu verschliessen, es geht darum, mit klarem Kompass zu handeln, Prioritäten zu setzen, nein sagen zu können, auch für die nächsten Generationen. Wie sollen die mit einem Staat umgehen, der schon Daueraufträge in Milliardenhöhe hat. Da gibt es dann keinen Platz mehr, um innovativ zu sein, um genau das machen zu können, was wir heute machen. Und darum lassen Sie uns bitte gemeinsam zu einer Finanzpolitik zurückzukehren, die den Namen auch verdient. Nicht aus Prinzip, sondern aus Verantwortung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich freue mich, dass ich mich inmitten solcher Persönlichkeiten befinde. Gleichzeitig muss ich Ihnen aber auch sagen, dass ich das berühmteste Parlamentsmitglied bin, weil ich den Schnabel aufmache. Ich habe mich genau vorbereitet für diese Rede, habe mich eingelesen über mehrere Tage.

Ich warne vor Rechentricks und Verschiebebahnhöfen und ich habe eine Frage an Sie, Tanja Soland, und ich wäre auch dankbar, wenn Sie diese Frage nachher in Ihrer Rede beantworten könnten. Ich habe wortwörtlich gesagt, ich warne als Grossrat und Journalist, der das einordnet, vor Verschiebebahnhöfen und Rechentricks. Zum Beispiel muss verhindert werden, dass Zuschüsse an die Krankenkassen als Darlehen deklariert werden, um so die Schuldenbremse zu umgehen und noch mehr Schulden zu machen. Ich möchte die Finanzministerin bitten, ob das stimmt oder nicht, dass Zuschüsse an Krankenkassen als Darlehen deklariert werden in der Abrechnung, um die Basler Schuldenbremse zu umgehen und noch mehr Schulden zu machen.

Die Leute regen sich einfach auf. Wir haben so hohe Krankenkassenbeiträge, die Leute regen sich auf, dass zu viel Geld ausgegeben wird, und wenn ich die Basler Zeitung lese, die SP-Finanzdirektorin Tanja Soland rechnet allein schon für 2025 mit einem Verlust von 15 Millionen Franken in der Staatsrechnung. Als Grossrat besuche ich fast jeden Tag in Basel eine andere Institution. Und warum mache ich das, damit ich den Durchblick auch in Sachen Finanzen behalte. Ich habe jetzt einen Termin beim Chef Ombudsmann, dann habe ich anfangs Monat nochmal einen Termin bei der Chefin Datenschutz, ich habe einen Termin bei der Chefin Erbschaftsamt. So bekomme ich einfach vieles mit zum Thema Finanzen.

Weil ich viele Fragen habe, stelle ich Rückweisungsantrag und ich stelle auch Antrag auf Nichteintreten, weil zu wenig gespart wird. Als fraktionsloser Grossrat habe ich natürlich mehr Arbeit, aber ich mache es gerne. Als zukünftiger Alterspräsident des Grossen Rates Basel-Stadt muss ich mich um die Anliegen der Senioren kümmern und ich stelle einfach immer mehr und mehr fest, ohne Handy geht es nicht. Man muss für viele Sachen ein Handy haben und das finde ich nicht okay. Ich möchte es auf Papier. Ich mache jetzt nur ein Beispiel zum Thema Staatskanzlei. Vielleicht weiss unser Präsident Herr Cramer das nicht, aber zum Beispiel hat jetzt die Staatskanzlei, weil sie Geld spart, an die allgemeine Lesegesellschaft einen Brief geschrieben und dort steht, wir stellen den Grossratsversand auf Papier ein. Sie haben ein Abonnement, diese Dienstleistung entspricht insbesondere in Zeiten der Digitalisierung und des Klimawandels nicht mehr den Leitlinien der kantonalen Verwaltung. Und da wird einfach der Papierversand des Grossen Rates eingestellt, weil das die Staatskanzlei Basel sagt, Marco Greiner. An die alten Leute, die in der Lesegesellschaft sind, wird nicht gedacht.

Weltweit sind wir das Parlament mit den wenigsten Einnahmen mit einem Verhältnis 1:35 zur Regierung. Es gibt kein Parlament weltweit, das so ein grosses Gefälle hat. In Deutschland ist das Verhältnis Minister/Parlament 1:4, bei uns in Basel ist das Verhältnis der Einnahmen 1:35.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Rückweisung beantragt, Nichteintreten können Sie nicht, da Eintreten obligatorisch ist.

Wir kommen somit zurück auf die hintere Bank. Als erstes hat der Präsident des Gerichtsrats das Wort. Er verzichtet. Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Besten Dank für all Ihre Voten. Ich habe zuerst ein paar Punkte, die ich noch vielleicht richtigstellen möchte. Vielleicht waren es auch Missverständnisse, aber Daniel Seiler, die Bruttoschulden sind ca. 3,3 Milliarden, also nicht 6, auf Seite 34 und 35 im Buch schön dargestellt, und sie sind auch gesunken. Einfach, sie sind gesunken, nur zum Sagen. Und ja, pro Kopf sind wir schweizweit meistens etwas höher, aber ich muss sagen, wenn wir hier unsere Leistungen pro Kopf rechnen, dann gehen wir einfach fehl, das können wir nicht machen. Wir sind der Wirtschaftsmotor auch der Schweiz, wie auch Zürich oder Genf. Wir sind ein reicher Kanton, wir haben eine gute Wirtschaft, unsere Pharma ist stark, ist dafür da für die ganze Schweiz. Also wir können hier nicht einfach runterfahren und sagen, es gibt keine Infrastruktur mehr, keine Bildung, kein ÖV, weil pro Kopf geben wir sonst zu viel aus. Wir müssen das auch machen. Also pro Kopf-Berechnungen sind wirklich immer sehr schwierig, da wir ein Stadtkanton sind und da wir auch ein wirtschaftspolitisch sehr wichtiger Kanton sind. Das finde ich einfach schwierig, aber die Bruttoschulden sind 3,3 Milliarden, sind gesunken, soweit in Ordnung.

Dann Budgetprozess. Ich habe zweimal gehört, dass die Museen von nichts wissen. Sie wissen nicht, wie es weitergeht und wir sollen doch endlich etwas dazu sagen. Einfach, der Budgetprozess 2026 ist seit etwa 50, 60, 70 Jahren gleich innerhalb der Verwaltung und die Regierung wird irgendwann nach den Sommerferien das Budget beschliessen und im September werden wir es veröffentlichen. Ja, das ist immer so, die Stellen im Kanton, die erhalten gewisse Nachrichten etwas früher, aber alles wird erst nach den Sommerferien beschlossen. Die Regierung muss den Gesamtüberblick haben, damit sie das Budget beschliessen kann. Also das ist ein ganz normaler Prozess.

Dann möchte ich auch noch auf die Punkte, die Sie sehr kritisiert haben, kurz reagieren. Wenn Sie sagen, Herr Messerli, Sicherheit sei das einzige Kernanliegen im Kanton, erlaube ich mir, hier zu widersprechen. Ich glaube, wir haben noch andere Kernanliegen. Ich glaube, wenn wir nicht mehr in die Bildung und Gesundheit investieren würden, hätten Sie wahrscheinlich auch Schwierigkeiten. Und ich finde es immer schwierig, wenn Sie sagen, wir sind der kriminellste Kanton und nichts läuft gut, wir machen alles schlecht, es gebe überhaupt keine Sicherheit mehr. Also wenn Sie das so überzeichnen, ich finde, Sie reden auch die Institutionen schlecht. Selbstverständlich kann man kritisieren, aber ich behauptet jetzt hier, dass wir als Regierung versuchen, wirklich das Beste zu machen. Und es gibt nicht einfach keine Sicherheit und es gibt nicht einfach nichts, sondern die gibt es. Es gibt Schwierigkeiten, die werden angegangen, aber ich finde, es nützt nichts, wenn Sie im Parlament es einfach nur schlechtreden. Ich finde, das hilft auch den Personen nichts, das hilft auch der Polizei nicht, weil sie haben ihren Auftrag und den können sie im Moment auch ausüben und das machen sie trotz Unterbestand. Also finde ich manchmal, etwas mehr Wertschätzung.

Auch beim Bauen, und ich sage das gerade, weil ich Finanzdirektorin bin und weder bei der Sicherheit noch beim Bauen primär in der Verantwortung. Sagen Sie doch nicht immer, jedes Mal wird es teurer und länger, nein, das stimmt einfach nicht. Auch wenn Sie es nochmal und nochmal sagen, es ist nicht wahr, es wird selten teurer und länger. Ja, das ist so, vor allem bei den auffälligen Projekten, aber die meisten Bauprojekte werden vom BVD in Zeit abgehalten und halten auch den Budgetrahmen ein. Und das kann man ja auch mal sagen. Also daher, reden Sie doch nicht alles schlecht. Ich finde es gut, wenn Sie bei den einzelnen Projekten kritisieren, aber es ist nicht bei allem so. Gut, sorry.

Und dann, Herr Albietz hat auch gesagt, ja, wir werden beim Budget diese Diskussion weiterführen. Sie sagen auch wieder, wir sollen uns auf die Kernanliegen beschränken. Es tut mir leid, aber wenn wir uns als reicher Kanton im reichsten Land auf der Welt uns auf die Kernanliegen beschränken sollen, dann würde ich sagen, dann habe ich einfach Mühe. Also das weiss ich nicht, Kernanliegen da können Sie in ein armes Land gehen und schauen, was dann das heisst. Das will, glaube ich, niemand hier, das will auch die Bevölkerung nicht, Kernanliegen. Und Sie, damit meinen Sie die Genossenschaften, dass wir Grundstücke kaufen und abgeben für die Genossenschaften, wäre dann auch ein Kernanliegen.

Ja, ich bin jetzt vielleicht etwas überzeichnend, aber ich habe einige Voten von Ihnen gehört, wo ich merke, Kernanliegen heisst einfach das, was Sie jetzt persönlich das Wichtigste finden. Wir bewegen uns doch in einem reichen Kanton, wir haben genug Geld, das ist doch schön. Wir haben die Möglichkeit für unsere Bevölkerung, für das Umland, für die Schweiz sogar Entwicklungshilfe zu leisten für das Ausland. Wir haben Möglichkeiten, Chancen und die sollen wir doch auch wahrnehmen, auch wenn ich von düsteren Aussichten rede. Damit wollte ich nicht sagen, wir müssen jetzt gleich quasi uns mit wirklich armen Ländern wie Tansania vergleichen. Ich rede nur davon, wir müssen mehr priorisieren, wir in der Regierung, Sie im Grossen Rat. Wir müssen zusammen herausfinden, was ist wichtig und sorgfältig ausgeben. Aber wir können nicht anfangen, uns auf die Kernanliegen zu beschränken. Also das glaube ich, ist wirklich nicht möglich und wäre auch nicht sinnvoll und würde unsere Wirtschaft auch nicht schätzen, weil damit würde sie weggehen, weil die Kernanliegen, die können sie sich sonst wo holen. Sie wollen Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Sicherheit, sie wollen dieses angenehme schöne lebenswerte Basel haben und nicht ein Kernanliegenstaat. Okay, ich bin fertig, sorry. Sie haben mich verstanden und ich glaube, schliesslich verstehen wir uns da, sind wir auf einer ähnlichen Linie.

Dann noch ein Punkt, also auch mit der Transparenz, da glaube ich, haben wir eine sehr transparente Rechnung, auf jeden Fall ist auch die Finanzkontrolle und die Finanzkommission dieser Meinung. Dass wir hier irgendwelche Subventionen geben, die nicht geprüft sind, davon gehe ich nicht aus, sondern ich glaube, das haben wir nicht. Wir prüfen immer alles, bevor wir es ausgeben. Da war ich jetzt auch etwas erstaunt. Von dem her bin ich der Überzeugung, wir haben eine transparente Rechnung, die Frage stellt sich nur, wo wir die Prioritäten setzen.

Und der letzte Punkt, der war, glaube ich, von Anouk Feurer. Wenn Sie möchten, dass wir Regierungsräte unsere Ferien nehmen und wenn wir sie nicht nehmen, dass wir Rücklagen bilden, wir können das Thema gerne besprechen. Ich wurde tatsächlich von der Finanzkontrolle gefragt, warum wir keine Rücklagen bilden wegen unseren Ferien. Wir waren etwas erstaunt, weil der Regierungsrat zählt zu den Magistratspersonen, wir haben keinen Arbeitsvertrag. Das Personalrecht gilt zwar einigermassen analog, aber wir geben auch nicht unsere Zeiten ein. Wir haben eigentlich auch keine Vertrauensarbeitszeit, daher nehmen wir so gut es geht Ferien und stehen aber auch immer zur Verfügung, wenn es dann auch mal mitten in den Sommerferien ist oder wenn es sein muss. Daher bin ich hier etwas überrascht, aber wir werden das Thema sicher näher anschauen. Ich gehe jetzt nicht davon aus, dass wir einen Antrag stellen werden auf mehrere Millionen Rückstellung für unsere Überstunden und Ferien, aber wir werden es sicher mit der Finanzkommission diskutieren, damit nachher Klarheit herrscht.

Ansonsten danke ich Ihnen für die Diskussion. Sie sehen, ich nehme es immer noch etwas emotional und ich höre Ihnen auch zu, immerhin, das können Sie als positiv nehmen. Ich bin sehr interessiert an dem und bin gespannt schon jetzt aufs Budget. Vor allem wird das sicher sehr spannend, weil ich habe mir das aufgeschrieben, das behalte ich dann, die Haltung der GLP ist, permanent sparen. Ich werde Sie beim Budget und bei allen Erhöhungsforderungen der GLP daran erinnern. Vielen Dank Herr Christ.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen von Herrn Seiler, Herrn Thommen und Herrn Messerli. Sie werden entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich habe über den Finanzplan 2028 gesprochen und da die Frage, ist es nicht so, dass die Bruttoschulden gemäss Finanzplan 2028 gegen 6 Milliarden laufen?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, wir machen die Zukunftsaussichten immer etwas düster. Sorry, dann war es ein Missverständnis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Herrn Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ist Ihnen bewusst, dass Tansania eines der wirtschaftlich aufstrebendsten Länder in Afrika ist mit hohen Wachstumsraten seit den letzten zehn Jahren?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, aber ich glaube nicht, ich war auch schon in Tansania, dass sie so viele Ausgaben wie unser Staat dort auch tätigen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Herrn Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Frau Regierungsrätin, ganz abgesehen, dass Sie mir die Worte im Mund verdreht haben, können Sie mir drei andere Bereiche nennen im Kanton, wo der Unterbestand derart krass ist wie bei der Polizei?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das ist ja der Grund, warum wir dort versuchen, einen Schwerpunkt zu legen. Aber die Sicherheit ist gewährleistet und wir geben uns Mühe. Sie haben quasi auch gesagt, dass wir das nicht machen. Und ja, die Worte wollte ich nicht umdrehen, ich habe sie etwas überzeichnet, ich weiss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Präsidentin der BKK verzichtet auf ein Votum. Somit hat der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion, jetzt gerade auch noch am Schluss. Ich habe mir auch die eine oder andere Notiz gemacht. Im deutschen Bundestag wäre nach dem Votum von Herrn Christ im Protokoll des deutschen Bundestages dann vermerkt worden in Klammern [Heiterkeit], zumindest wurde das von verschiedener Seite so

aufgenommen, auch ich bin da gespannt, wie es weitergeht. Ich werde das selbstverständlich politisch nicht. Herr Seiler hat mit einem Zitat versucht, die Debatte politisch werden zu lassen, auch das mache ich nicht. Ich kann aber auch mit einem Zitat hier kommen von Theodor Heuss, der einmal gesagt hat, ein ausgeglichener Haushalt ist nicht Ausdruck von Reichtum, sondern von Verantwortung. Das ist relativ politisch neutral und ich glaube, das widerspiegelt auch die Ausgabenpolitik der von Ihnen von unterschiedlicher Seite sehr gelobten Finanzdirektorin.

Wenn wir, ich sage es noch einmal gerne, wenn wir sehen, von was für einer Budgetabweichung wir hier sprechen, dann müssen wir doch sagen, bei einer Budgetabweichung von 0,8 Prozent bei einem Gesamtvolumen von doch gut 4,8 Milliarden Franken dünkt mich dieses Resultat, wie wir es hier vorliegen haben, doch sehr bemerkenswert gut. Der Sprecher der BastA-Fraktion, Herr Goepfert, hat erwähnt, dass uns nur die «direkte Bundessteuer» gerettet hat. So ist es natürlich nicht, wir hätten auch ohne diese 92 Millionen Franken Mehreinnahmen durch die direkte Bundessteuer bei einem Überschuss von knapp 106 Millionen Franken immer noch einen Überschuss erwirtschaftet. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, und das führt vielleicht ein bisschen die Diskussion der vergangenen zwei Stunden zusammen, dass auch wir als Parlament im Nachgang zum beschlossenen Budget 2024 ja noch Nachtragskredite und auch Budgetpostulate beschlossen haben. Deshalb tragen wir, das wurde mehrfach erwähnt, auch als Parlament hier eine gewisse Verantwortung für die Ausgabenpolitik des Kantons, ohne diese zu werten.

Der vielfach erwähnte finanzpolitische Ausblick auf die kommenden Jahre wird sicher etwas sein, was auch die Finanzkommission im Auge behält. Wir haben auch mit Ihrem Entscheid und dem Entscheid der Stimmbevölkerung, was dieses Steuerpaket anbelangt, mit der Umsetzung dieser OECD-Mindeststeuerreform zumindest etwas erschaffen, was für die kommen ersten Jahre der Umsetzung die Budgetierung nicht einfacher machen wird. Aber wir sind überzeugt, dass die Regierung, die Verwaltung es auch weiterhin bestmöglichst so kalkulieren wird, aber es wird auch zukünftig immer wieder Unsicherheiten geben. Wir haben, so glaube ich, ist es auch schon beschlossen, die Finanzdirektorin wird mich sonst korrigieren, zumindest auch für das Jahr 2025 wieder eine Einnahme durch die Gewinnerträge der Schweizerischen Nationalbank. Also diese jetzt zweimal weggefallene Einnahme wird im Rechnungsjahr 2025 wieder «einschlagen». Vergessen Sie das nicht. Nichtsdestotrotz ist selbstverständlich, und ich glaube, das wurde jetzt auch von Frau Soland noch einmal unterstrichen, es ist weiterhin wichtig, dass wir klug, vorausschauend und ausgewogen haushalten. Wir haben aber, ich sage das noch einmal gerne, in der Finanzkommission nicht festgestellt, dass dies nicht der Fall schon heute ist und sind sehr zuversichtlich, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird.

Wo Sie als Parlament letztlich die Prioritäten setzen, das obliegt Ihnen, das entscheidet auch nicht die Finanzkommission. Wir diskutieren selbstverständlich die Ausgaben des Kantons. Wir stellen dann auch jeweils Dinge ja fest, wie wir es auch in diesem Bericht gemacht haben und selbstverständlich, Herr Messerli, schauen wir dann auch beim Budget als Finanzkommission kritisch darauf, was und wo Mehrausgaben gefordert sind und berichten Ihnen dann auch selbstverständlich dort gerne wieder darüber, wie es damit aussieht.

Ich danke Ihnen also noch einmal herzlich, dass sie unseren Bericht so wohlwollend aufnehmen. Die inhaltliche politische Debatte wird auch in den kommenden Jahren wahrscheinlich nicht kleiner werden. Das dürfen wir uns aber auch leisten als reicher Kanton und als reiches Land, dass wir trotz alledem solche Diskussionen führen und da kommen die unterschiedlichen Nuancen selbstverständlich der Prioritäten, Herr Furlano, auch dann in den Debatten und in den Entscheidungen zum Ausdruck. Ich glaube aber, dass dies einem Gemeinwesen auch guttut, wenn man das hier drinnen dann jeweils ausdiskutieren und ausweinen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde von Eric Weber beantragt. Er beantragt, diesen Bericht an die FKom zurückzuweisen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zurückweisen, NEIN heisst nicht zurückweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006835, 25.06.25 11:27:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 92 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Wir kommen damit zur

Detailberatung des Berichts der Finanzkommission.

Zuerst behandeln wir die allgemeinen Kapitel 1 bis 4 des Jahresberichts und des Berichts der Finanzkommission. Danach kommen wir zu den einzelnen Departementen.

Allgemeine Bemerkungen, Kapitel 1 bis 4 zum Bericht der Finanzkommission

Wünscht der Präsident der Finanzkommission das Wort? Er verzichtet. Frau Regierungsrätin verzichtet ebenfalls. Fraktionssprechende habe ich auch keine eingetragen.

Präsidialdepartement

Wünscht Herr Cramer das Wort? Er verzichtet. Der Präsident der FKom verzichtet ebenfalls. Ich habe auch hier keine Sprechenden eingetragen.

Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission

Die BKK hat einen Mitbericht zur Rechnung der fünf kantonalen Museen erstellt und empfiehlt die Rechnung zur Annahme.

Wünscht die Präsidentin das Wort? Sie verzichtet. Herr Cramer verzichtet ebenfalls. Ich habe auch keine Sprechenden eingetragen.

Bau- und Verkehrsdepartement

Frau Keller, wünschen Sie das Wort? Sie verzichtet. Der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Ich habe auch keine Sprechenden eingetragen.

Erziehungsdepartement

Herr Atici, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Herr Thüring verzichtet ebenfalls. Ich habe als erste Fraktionssprecherin für die Grünen/jgb Fleur Weibel eingetragen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich nutze die Gelegenheit, um einige Worte zum Erziehungsdepartement zu sagen und beziehe mich dabei nicht nur auf den Bericht der Finanzkommission, sondern gleich auch auf den Bericht der GPK, über den wir nachher sprechen werden. Die beiden Berichte identifizieren nämlich übereinstimmende Problemstellungen und formulieren ähnliche Handlungsempfehlungen an die Regierung. Ein Umstand, dem Beachtung geschenkt werden sollte, weswegen ich hier die zentralen Punkte nochmals kurz ausführen möchte.

Die Jahresrechnung 2024 zum Erziehungsdepartement weist, meine Fraktionskollegin Anouk Feurer hat es Eingangs schon angesprochen, auf verschiedene Herausforderungen hin. Im Fokus stehen sicher die hohen Stellvertretungskosten aufgrund der massiv gestiegenen Krankheitsausfälle von Lehrpersonen seit der Coronapandemie. Die GPK empfiehlt dem ED diesbezüglich, in den Gesundheitsschutz des Lehrpersonals zu investieren und die gesundheitlichen Risiken zu beachten, die aufgrund von Überlastung entstehen. In der Finanzkommission haben wir in diesem Zusammenhang mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass das ED erst jetzt eine Arbeitsgruppe einsetzen will, um die Ursachen für die hohen Krankheitsausfälle zu analysieren und Massnahmen zur Verbesserung der Situation zu formulieren. Dies, obwohl das Problem seit mehreren Jahren besteht. Es wurde vorher vielfach angesprochen. Auch wurde erst unter der neuen Departementsleitung eine transparentere Budgetierung der sehr viel höher ausfallenden Stellvertretungskosten vorgenommen. Warum die vorherige Departementsleitung nicht auf die hohen Ausfälle reagiert hat, bleibt unklar. Klar ist auf jeden Fall, dass das Erziehungsdepartement jetzt mit vielen offenen Fragen konfrontiert ist, die dringlich angegangen werden müssen.

Offen ist dabei nicht zuletzt auch die Frage, inwiefern die vielen krankheitsbedingten Ausfällen bei den Lehrpersonen zusammenhängen mit der Besorgnis erregend hohen psychischen und psychosozialen Belastung der Kinder und Jugendlichen, die ebenfalls sowohl von der GPK und der Finanzkommission festgestellt werden. Es ist anzunehmen, dass hier ein Zusammenhang besteht. Entsprechend dringlich ist es, ausreichend Ressourcen für die Schulsozialarbeit und den schulpsychologischen Dienst zur Verfügung zu stellen, wie das die GPK fordert, und insgesamt eine umfassende Strategie zu entwickeln, die zur Verbesserung der psychischen Gesundheit der jüngeren Generationen und deren Resilienz beiträgt. Auch dieser Forderung der GPK kann ich mich nur anschliessen, denn wie der Jahresbericht 2024 zeigt, führt die psychische Belastung der Kinder und Jugendlichen an verschiedenen Stellen zu teils grösseren Budgetüberschreitungen und zur

Nichterreichung von wichtigen Legislaturzielen der Regierung, wie insbesondere einer besseren Abschlussquote auf der Sekundarstufe 2.

Hier zeigt sich also grosser Handlungsbedarf und die Fraktion Grüne/jgb erwartet, dass im Budget 2026 ersichtlich wird, dass der Regierungsrat bereit ist, diese Problemstellungen im ED anzugehen. Dazu gehört, dass die Ressourcen der Schulsozialarbeit endlich erhöht werden, denn hier ist die personelle Situation seit Jahren angespannt, was wiederum zu Ausfällen führt aufgrund von Überlastung der Mitarbeitenden. Auch der schulpsychologische Dienst braucht ausreichend Mittel, damit es nicht zu wochen- und gar monatelangen Wartezeiten kommt und dass Wartezeiten auf einen Therapieplatz überbrückt werden können. Schliesslich gilt es, substanziell in den Gesundheitsschutz des Lehrpersonals und in die Prävention zum Schutz der psychischen Gesundheit der Kinder und Jugendlichen zu investieren. Vorstösse dazu liegen auf dem Tisch des Vorstehers des Erziehungsdepartements und der Bericht der GPK macht deutlich, dass es darüber hinaus in der Verantwortung der Gesamtregierung liegt, die psychische Gesundheit der kommenden Generationen zu schützen und in deren Resilienz zu investieren. Jetzt ist also rasches Handeln gefragt und wir werden uns das Budget in diesem Hinblick sehr genau anschauen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Mein Fraktionskollege Nicola Goepfert hat das schon angedroht, ich möchte ein paar Bemerkungen zu den hohen Stellvertretungskosten und den sprunghaft angestiegenen Krankheitsabwesenheiten bei den Lehrpersonen loswerden, die im Bericht der Finanzkommission erwähnt werden.

Das ED wird nun offenbar eine Arbeitsgruppe einsetzen, die nach den Ursachen für diese hohen Krankheitsausfälle forscht. Weiter heisst es im FKom-Bericht, dass das ED mögliche Massnahmen erwähnt, die sich primär auf den Abbau der Kosten richten, wie etwa eine teilweise Lockerung der Beschulungspflicht. Bezüglich Massnahmen, die die Gesundheit des Personals verbessern, wird vom ED auf die bereits existierenden Beratungs- und Freizeitangebote verwiesen. Die FKom stellt sich dann noch die Frage, warum die seit mehreren Jahren markant höheren Stellvertretungskosten nicht schon früher budgetiert wurden.

Ich frage mich da ganz anderes. Ich frage mich zum Beispiel, was die teilweise Lockerung der Beschulungspflicht genau heissen soll. Wenn das heisst, dass Klassen von erkrankten Lehrpersonen einfach von ihren Kolleginnen nebenan auch noch beschäftigt und gehütet werden, dann ist das ja nichts Neues. Das läuft ja schon ständig so und das ist für die betroffenen Lehrpersonen, das kann ich Ihnen sagen, überhaupt nicht lustig. Wenn aber eine teilweise Lockerung der Beschulungspflicht heisst, dass Schülerinnen und Schüler von erkrankten Lehrpersonen nach Hause geschickt werden sollen, dann hört der Spass definitiv auf. Unterricht ist Care-Arbeit und diese Arbeit, die muss geleistet werden, die darf nicht aufgeschoben oder aufgehoben werden. Es braucht adäquate Stellvertretungslösungen für erkrankte Lehrpersonen und keine heimlichen Unterrichtsabbaumassnahmen, um Stellvertretungskosten zu sparen.

Ich frage mich auch, warum das ED über die zunehmenden Krankheitsfälle bei Lehrpersonen gestaunt und gerätselt hat. Ich bin nun schon seit vielen Jahren in der Bildungspolitik unterwegs und ich war fast 20 Jahre lang als Gewerkschafterin im Bildungsbereich tätig und ich muss Ihnen sagen, mich erstaunt diese Zunahme nicht, im Gegenteil. Lassen Sie uns mal weit zurückblicken ins Jahr 2002. In einer Medienmitteilung informierte das Ressort Schulen damals über die Ergebnisse einer umfassenden wissenschaftlichen Studie, die im Herbst 2001 im Auftrag des ED durchgeführt wurde. 29 Prozent aller Lehrpersonen fühlten sich gemäss dieser Studie stark bis sehr stark belastet und wiesen Merkmale emotionaler Erschöpfung auf. Der Titel der Medienmitteilung, das ist noch lustig, die lautete übrigens «Lehrerinnen und Lehrer brauchen bessere Arbeitsbedingungen».

Laut der Studie sahen 85 Prozent der Lehrpersonen in einer zeitlichen Entlastung für Aufgaben, die ausserhalb des Unterrichts anfallen, starke bis sehr starke positive Auswirkungen auf ihre Befindlichkeit. Mehr finanzielle Mittel für die Schulen, eine Reduktion der Pflichtstundenzahl, klare Regelungen bezüglich Kerngeschäft und Zusatzaufgaben sowie ein Senken der Klassengrössen gehörten ebenfalls zu den dringlichen Anliegen der Lehrkräfte. Das ED versprach damals, dass die Untersuchungsergebnisse eine Grundlage für Verbesserungsmassnahmen bilden würden, und stellte für die Umsetzung von entsprechenden Massnahmen 15 Millionen Franken in Aussicht. Ich frage mich schon, wo diese 15 Millionen hingegangen sind. Ich weiss nämlich genau, wenn wir heute die Lehrpersonen nach ihrer Belastung, nach ihren Anliegen fragen, dann werden wir in etwa das Gleiche hören wie vor über 20 Jahren, einfach ergänzt mit den Herausforderungen der integrativen Schule und den Unterstützungsbedürfnissen der zunehmend belasteten Kinder und Jugendlichen.

Deshalb bin ich nicht erstaunt über die zunehmenden Krankheitsfälle, sondern sauer, dass es so weit gekommen ist. Ich will den aktuell Verantwortlichen im ED nicht die Schuld an dieser Misere geben, aber es braucht jetzt echt keine weitere Arbeitsgruppe mehr, die über die Ursachen für die Krankheitsausfälle forscht. Ich erwarte und ich appelliere auch an Sie, dass nun auf die Bedürfnisse der Lehrpersonen gehört wird und dass die Massnahmen ergriffen werden, die die Situation wirklich verbessern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich finde es schön, wenn es eine solche Diskussion gibt, die eigentlich gar nicht geplant war. Aber ich muss sagen als Grossrat, ich finde es schade, dass dann die Bürgerlichen oder die SVP nicht reden und dass nur Grüne und SP reden. Darum rede ich jetzt noch und ich habe mich auch vorbereitet, aber ich würde mir wünschen, es würden mehr spontan reden und nicht einfach alles absegnen.

Es geht um das Erziehungsdepartement. Meine Vorrednerin Heidi Mück hat selber gesagt, sie ist lange dabei, sie ist quasi ein Urgestein und kennt sich aus. Sie hat gesagt, die Studie von 2002 mit den Lehrpersonen, dass diese erschöpft sind, aber Frau Mück hat noch etwas vergessen. Es geht nicht nur um Lehrpersonen, das wissen Sie ganz genau, Heidi Mück, diese Lehrpersonen haben sehr viele Ferien, 12 Wochen Ferien pro Jahr. Ich kriege jeden Tag auf mein Handy, was aktuell ist von diesen Schülern, dass die Lehrlinge zu wenig Ferien haben im Gegensatz zu den gleichaltrigen Schülern.

Und es wird auch oft vergessen, wenn wir jetzt über das Erziehungsdepartement reden, Herr Atici, ich muss zu diesem Geschäft Erziehungsdepartement zu bedenken geben, was nützen Gleichstellungspläne, wenn 15-jährige Mädchen sich nicht mehr sicher zur Bushaltestelle trauen. Was nützen Sonntagsreden über Frauenrechte, wenn Schülerinnen lernen, dass man besser schweigt, wenn man nicht ausgeschlossen werden will. Es darf nicht sein, dass diejenigen die Missstände benennen, mehr zu befürchten haben als die, die sie verursachen. Darum muss ich sagen, wir werden hinsehen, wir werden handeln, denn die Sicherheit unserer Kinder steht über jeder Ideologie. Ich habe selber mehrere Töchter, von denen ich das auch mitbekomme.

Ich komme zum Schluss. Basel müsste eine boomende Volkswirtschaft sein, wenn man die Schlagkraft der ökonomischen Beratung zum Massstab nimmt. Aber es wimmelt nur so von Reden, Gremien und Instituten, die der Regierung wirtschaftspolitisch zur Seite stehen. Wer es sich schönreden will, sieht darin eine ökonomische Schwarmintelligenz, die Reformen anstösst und das Wachstum in Schwung bringt. In Wahrheit wächst aber vor allem der Dschungel der Institutionen und Stichwortgeber. Geht es nicht auch eine Nummer kleiner?

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich danke der Finanzkommission für ihre sorgfältige Prüfung, kritischen Fragen und konstruktive Empfehlungen. Sie helfen uns damit, die Transparenz und Wirksamkeit in der Bildungsverwaltung zu verstärken. Und Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, vor allem Ihre weitsichtigen und konstruktiven Voten zur ED-Rechnung finde ich sehr wichtig. Zwei Themen wurden öfter in den Fraktions- oder Einzelvoten im Zusammenhang mit der ED-Rechnung erwähnt. Die steigenden Stellvertretungskosten und die psychische und psychosoziale Gesundheitsprävention an den Schulen.

Zu den Stellvertretungskosten. Ich nehme diese Kostenentwicklung sehr ernst. Deshalb wurde eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich systematisch mit dem Thema auseinandersetzt. In den vergangenen Jahren war noch nicht deutlich, ob es sich bei den steigenden Kosten für Krankheitsausfälle um eine Nachwirkung der Covidpandemie handelt oder um einen langfristigen Trend ohne Aussicht, wieder auf das Kostenniveau der Vor-Pandemiezeit zu kommen. Nun gilt es rasch, aber auch sorgfältig zu prüfen, welche Handlungsspielräume es bei den teilweise nur schwer beeinflussbaren Stellvertretungskosten überhaupt gibt bzw. welche Massnahmen aus pädagogischer und schulorganisatorischer Sicht vertretbar sind. Ohne jetzt zu viel ins Detail zu gehen, wird diese Arbeitsgruppe sich mit den folgenden Fragen und Massnahmen auseinandersetzen: Datenbasis verbessern, bessere Kategorisierung der Kostengruppe, Qualität der Datenerfassung verbessern, regelmässige Fortschritte überprüfen und sicher gehört auch der gesundheitliche Zustand der Lehrerinnen und Lehrer dazu.

Kurz zu der psychischen Gesundheitsprävention an den Schulen. Auch für den Regierungsrat ist die psychische und psychosoziale Gesundheitsprävention an den Schulen wichtig und es freut mich, dass Sie das Thema in einen grossen Kontext stellen. Die Lehr- und Fachperson, die Mitarbeitenden des Schulpsychologischen Dienstes, der Sozialarbeit und der Krisenprävention fördern die psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler im Unterricht und im Schulalltag. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe befasste sich mit der Frage, wie die psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler noch besser gefördert werden kann. Die Arbeitsgruppe wird verschiedene Angebote und Vorgehensweisen zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen fundiert analysieren und Vorschläge bringen. Der Regierungsrat wird übrigens auch unter anderem im Rahmen der Beantwortung des Anzugs Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg dazu berichten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Präsident der Finanzkommission wünscht das Wort ebenfalls.

Joël Thüring (SVP): Diese Diskussion über diese Stellvertretungskosten, wir haben das ausgegeben in unserem Bericht und ich möchte nicht mehr allzu lange hier werden, aber ich möchte schon vielleicht auf diese Grafik auf Seite 34 hinweisen. Dort, wenn man die anschaut, die Abbildung des Anstiegs der Stellvertretungskosten, der Anstieg oder der Unterschied auch zwischen Ist und dem Budget, dann sieht man hier einfach schon sehr deutlich, dass wir in den letzten Jahren zwischen 7 und 9 Millionen Franken budgetiert haben, aber effektiv die Kosten dafür zwischen 9 und fast 15 Millionen Franken waren. Das zeigt, dass dort wirklich ein Problem besteht, deshalb sind wir sehr froh, hat der Regierungsrat dieses Problem nun erkannt und schafft diese Arbeitsgruppe. Allerdings haben wir als Finanzkommission schon den Eindruck gewonnen, dass man dieser Massnahme, mit der Arbeitsgruppe ist das Problem ja dann noch nicht behoben, dann hat man maximal einmal die Erkenntnis und die Frage, was wir dann mit dieser Erkenntnis machen, muss ja das Erziehungsdepartement sich danach auch stellen.

Wir haben als Finanzkommission schon ein bisschen konsterniert reagiert, dass das nicht zu einem früheren Zeitpunkt stattgefunden hat, denn wenn Sie diese Zahlen genau anschauen, dann nimmt spätestens im 2022, aber eigentlich schon vorher, dieser Unterschied zwischen dem Ist und dem Soll, also der Abweichung zwischen Budget und den effektiven Kosten massiv zu. Und hier würden wir uns schon auch wünschen, wenn auch innerhalb des Erziehungsdepartements, wir haben keinen Zweifel, dass dies nun der Fall ist, auch im Sinne eines Frühwarn-Systems dann auch rechtzeitiger darauf reagiert wird und darauf eingegangen wird. Das unterstreicht ein wenig das auch noch einmal, was Frau Weibel in diesem Zusammenhang auch erwähnt hat, und deckt sich mit dem, was wir im Bericht der Finanzkommission gesagt oder geschrieben haben. Deshalb finden wir, wenn Sie diese Grafik anschauen, auch im Departement, dann hätte man eigentlich schon viel früher reagieren müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit verlassen wir das Erziehungsdepartement und gehen ins Finanzdepartement über. Wünscht Frau Soland das Wort? Sie verzichtet. Die Finanzkommission verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen zum Gesundheitsdepartement. Wünscht der Departementsvorsteher das Wort? Er verzichtet. Die Finanzkommission verzichtet. Auch keine Sprechenden hier.

Justiz- und Sicherheitsdepartement. Frau Eymann verzichtet. Die Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Auch hier keine Wortmeldungen.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für die angeregte Debatte zur Jahresrechnung. Ich möchte gerne auf zwei Punkte eingehen, die in den einleitenden Voten der Fraktionssprechenden und der Einzelsprechenden Thema war.

Das erste ist die Entwicklung der Sozialhilfekosten, die seien steigend trotz fallenden Fallzahlen, dem ist nicht so. Ich habe jetzt die Zahlen nochmals rausgesucht seit 2019. Wir haben bei der allgemeinen Sozialhilfe im 2019 163 Millionen Franken Ausgaben, im 2023 150. Also da sehen wir doch eine Senkung von 12 Millionen Franken, dies trotz steigenden Kosten. Die Sozialhilfe wird konsequent an die Teuerung angepasst, wir haben auch die Mietzinsbeiträge erhöhen müssen, auch die Kosten für die Krankenkassenprämien, die sind gestiegen in dieser Zeit und trotzdem ist in absoluten Zahlen und dies trotz Teuerung ein Minus von 12 Millionen Franken. Ich habe bis 2023 verglichen, mit 2024 ist es ein bisschen schwieriger, weil wir dort ja die Steuerung umgestellt haben, es gibt dann neu einen Pauschalbereich und zwei Einzelposten, Migration und allgemeine Sozialhilfe.

Wenn man die Gesamtkosten der Sozialhilfe, und ich würde sagen, Sozialhilfe ist eine Kernaufgabe dieses Kantons, das war ja heute Morgen auch das Thema, die Sorge um Menschen, die nicht genügend haben, um ihre Existenz zu sichern, erachte ich als eine sehr wichtige Aufgabe unseres Staatswesens. Wir haben aber im Bereich der Migration eine andere Kostenentwicklung aufgrund der klar steigenden Fallzahlen. Wenn wir aber das Total anschauen der gesamten Sozialhilfe, dann hatten wir in den letzten fünf Jahren eine Steigerung von 180 Millionen auf 189, das ist eine Steigerung von 5,4 Prozent in fünf Jahren, das heisst etwa 1 Prozent. Das ist vielleicht etwa die Teuerung in dieser Zeit, also wir haben in diesem Bereich nicht den Kostentreiber unseres Staatswesens. Zum Glück, da ja eben, wie gesagt, die Fallzahlen der allgemeinen Sozialhilfe deutlich gesunken sind in den letzten Jahren, wir aber jetzt feststellen, dass wir die Talsohle erreicht haben und sie wieder leicht am Steigen sind.

Der zweite Punkt, das ist der Ausgleich der kalten Progression bei Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträgen. Ich möchte hier erinnern, dass in der letzten Grossratssitzung anfangs Juni wir die Diskussion hatten über die Motion Eberhard, über die Krankenkassenprämien. Der Vorschlag des Regierungsrates war eine Umwandlung in einen Anzug und damit das Prüfen, wie die kalte Progression ausgeglichen werden kann und ob drei zusätzliche Prämienklassen eingeführt werden sollen. Sie sind nicht dem Antrag des Regierungsrats gefolgt, sondern haben mehrheitlich entschieden, die Motion zu überweisen mit den Prämiendeckeln, mit diesen 10 Prozent, und deshalb wird diese Frage ja selbstverständlich bei 10 Prozent, da ist die kalte Progression ausgeglichen, im Rahmen dieser Arbeiten zu diesem Thema dann weiterverfolgt. So viel von Seiten des WSU zur allgemeinen Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Präsident der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Somit kommen wir zu den Gerichten. Der Präsident des Gerichtsrates verzichtet. Wünscht der Präsident der Finanzkommission das Wort? Er wünscht es.

Joël Thüring (SVP): Nur ganz kurz, weil ich es vorher in meinem Schlussvotum zur Eintrittsdebatte vergessen habe. Ich danke dem Präsidenten des Gerichtsrates bezüglich Information zur IT-Strategie «all in» «all out». Es ist sehr erfreulich, dass offenbar hier noch einmal ein Versuch gestartet wird, auch mit der Regierung in Kontakt zu treten, oder ich muss vielleicht auch der Regierungsrätin danken, dass sie noch einmal bereit ist, mit dem Gerichtsrat in Kontakt zu treten, dass hier noch ein Austausch stattfindet. Ich glaube, das ist sicher sehr sinnvoll. Und auch die Frage zu diesen Ferienguthaben, dass es da nun eine einheitliche Lösung geben soll respektive dass dies auch schon an die Hand genommen wird, das möchte ich ausdrücklich dem Gerichtsrat bereits heute verdanken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen.

Wir kommen damit zu Behörden und Parlament. Wünscht der Präsident der Finanzkommission das Wort? Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Wir kommen zum Regierungsrat. Wünscht Herr Cramer das Wort? Er verzichtet. Der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Es haben sich auch keine Sprechenden gemeldet. Damit ist die Detailberatung des Berichts der Finanzkommission abgeschlossen.

Wir kommen damit zum Grossratsbeschluss zur Jahresrechnung und zur Schlussabstimmung über die Jahresrechnung.

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Jahresrechnung 2024 des Kantons Basel-Stadt bestehend aus der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie der Bilanz per Ende des letzten Jahres zu genehmigen. Die Geldflussrechnung, der Eigenkapitalnachweis und der Anhang zur Jahresrechnung werden ebenfalls genehmigt.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006837, 25.06.25 11:55:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Jahresrechnung 2024 des Kantons Basel-Stadt wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung 2024

Betriebsergebnis Fr. -161’100’990

Finanzergebnis Fr. 267’294’291

Gesamtergebnis Fr. 106’193’301

Bilanz per 31. Dezember 2024

Finanzvermögen Fr. 8’050’540’607

Verwaltungsvermögen Fr. 6’461’699’259

Aktiven Fr. 14’512’239’865

Fremdkapital Fr. -7’636’695’948

Eigenkapital Fr. -6’875’543’918

Passiven Fr. -14’512’239’865

Investitionsrechnung 2024

Ausgaben Fr. -435’072’589

Einnahmen Fr. 56’181’838

Saldo Investitionsrechnung Fr. -378’890’750

Die Geldflussrechnung 2024, der Eigenkapitalnachweis per 31. Dezember 2024 und der Anhang zur Jahresrechnung 2024 (gemäss Kapitel 4.4 bis 4.6 des Jahresberichts 2024) werden genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben diesem Antrag zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Schluss der 20. Sitzung

11:55 Uhr

Protokoll

der 21. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 25. Juni 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Barbara Heer (SP), Leoni Bolz (SP), Seyit Erdogan (SP), Raffaela Hannauer (Grüne), Niggi Rechsteiner (GLP), Edibe Gölgeli (SP), Beda Baumgartner (SP), Olivier Battaglia (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

5. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrats 2
6. Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR 21
8. Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK 29

Beginn der 21. Sitzung

Mittwoch, 25. Juni 2025, 15:00 Uhr

5. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrats

[25.06.25 15:00:17, 25.5291.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Gäste auf der Tribüne, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und wir fahren in der Traktandenliste fort.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, die Jahresberichte des Regierungsrates, des Gerichtsrats und der Gerichte zu genehmigen. Ausserdem beantragt sie, ihre Empfehlungen und Erwartungen zu den vorliegenden Berichten im zustimmenden Sinne Kenntnis zu nehmen und ihren Bericht zu genehmigen. Die Sachkommissionen des Grossen Rates haben auf eine schriftliche Stellungnahme zum Jahresbericht verzichtet.

Ich gebe Ihnen bekannt, wie wir bei diesem Geschäft vorgehen. Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der GPK und den Jahresbericht, in welcher zunächst der Präsident der Geschäftsprüfungskommission das Wort erhält. Dann erhalten der Vorsitzende des Gerichtsrates und der Vertreter des Regierungsrates, also der Regierungsratspräsident das Wort, anschliessend die Fraktionen mit je zehn Minuten und die Einzelvotierenden mit je fünf Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten hat der Regierungspräsident, das zweite der Vorsitzende des Gerichtsrates und das ultimative Schlusswort wieder der Präsident der Geschäftsprüfungskommission. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 61 des Berichts der GPK und die Schlussabstimmung. Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, wie vom Präsidium vorgeschlagen vorzugehen.

Wir kommen nun zur allgemeinen Debatte. Das Wort hat der Präsident der Geschäftsprüfungskommission Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Bevor ich Ihnen unseren Rechenschaftsbericht und unseren Bericht zum diesjährigen Jahresbericht von Regierung und Verwaltung vorstelle und auf einige unserer 97 Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen eingehe, sind zwei einleitende Bemerkungen notwendig:

Erstens äussert sich die GPK nur zu Untersuchungen und Verfahren, die sie schon abgeschlossen hat. Zu noch laufenden Verfahren und Untersuchungen äussern wir uns als GPK grundsätzlich nicht. Und zweitens gibt es Themen, denen wir nachgegangen sind, um die Abläufe und Handlungen von Akteuren selber nachvollziehen zu können und transparent zu machen. Aber das sind Themen, bei denen wir ganz bewusst auf eine Wertung und Empfehlung oder gar Forderung verzichtet haben, weil unsere Aufgabe zwar eine politische ist, aber nicht in dem Sinne, dass wir als Kommission in politischen Auseinandersetzungen Stellung beziehen.

Die Geschäftsprüfungskommission wird in der Medienberichterstattung oft als einflussreich oder mächtig bezeichnet. Sie ist es nicht in dem Sinne, dass sie irgendetwas anordnen könnte. Aber was sie kann, ist, Verantwortlichen in Regierung, Verwaltung und Justiz Fragen zu stellen, Einsicht in bestimmte Dokumente zu verlangen und vieles öffentlich zu machen. Die GPK kann mit ihren Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen viel bewegen, das hat sich im letzten Jahr gezeigt. Beim Risikomanagement haben wir letztes Jahr gefordert, dass es nicht mehr zwei Risikoberichte von JSD und FD geben soll, sondern nur noch einen. Das ist unter anderem deswegen wichtig, weil die Massnahmen zur Eindämmung von Risiken kohärent sind und sich nicht gegenseitig in die Quere kommen sollen. Nun gibt es offenbar nur noch einen Risikobericht.

Wir haben gefordert, dass der Regierungsrat Rechenschaft über den Legislaturplan 2021 bis 2025 mit seinen Zielen und Massnahmen ablegen soll. Das hat der Regierungsrat im vorliegenden Bericht nach unserem Wissen zum ersten Mal auch so gemacht. Wir haben zudem seit längerem als GPK eine verstärkte Zentralisierung der IT und dadurch die Mindeststellung von Sicherheitsstandards in der ganzen öffentlichen Verwaltung gefordert. Verstärkt haben wir das eingefordert, nachdem die Daten von über 900 Schüler*innen und Lehrer im Darknet gelandet waren, dem sich der Kanton Basel-Stadt nicht hat erpressen lassen. Jetzt hat der Regierungsrat mit «Pharos» eine Zentralisierung aufgegleist und wir sind zum jetzigen

Zeitpunkt vorsichtig optimistisch, dass der Charakter dieser Zentralisierung auch im Sinn und Geist unsere Empfehlungen und Forderungen ausfallen wird. Natürlich freut uns, dass manche unserer Empfehlungen und Forderungen nicht ohne Wirkung bleiben und wir danken dem Regierungsrat für seine diesbezüglichen Handlung.

Aber auch in den genannten Bereichen besteht aus unserer Sicht noch viel Verbesserungspotenzial. Die Bilanzierung der Legislaturziele ist sehr begrüssenswert, aber sie ist ausbaufähig. Am besten wäre es aus unserer Sicht als GPK, wenn der Regierungsrat zukünftig nach Ende der Legislatur ein separates Geschäft mit seiner Legislaturbilanz einreichen könnte. Denn wir finden es enorm wichtig, dass der Regierungsrat den Legislaturplan nicht als Werbebroschüre versteht, sondern dass er darüber effektiv seine Ziele festschreibt und Rechenschaft ablegt und dass man über seine Bilanzierung einer Legislatur sich auch wirklich gemeinsam unterhalten kann.

Die Ziele und Massnahmen der Departemente sind aus unserer Sicht in vielen Bereichen zu unverbindlich und zu wenig messbar. Im Sinne eines verbesserten strategischen Managements, aber auch im Sinne der demokratischen Transparenz wünschen wir uns, dass der Gesamtregierungsrat und auch die einzelnen Departementsvorsteherinnen und Departementsvorsteher klare Ziele formulieren, deren Erfüllung und Nichterfüllung durch Indikatoren sich sinnvoll messen lassen. Optimalerweise machen Regierungsräte zu Beginn der Legislatur auch transparent, welche Ziele und Indikatoren ihnen besonders wichtig sind und wieso. Dann kann man auch, wenn so etwas geschehen ist, am Ende ja auch besser und auf einer sachlichen Grundlage über die Bilanz von Regierung und Verwaltung reden.

Wir haben im vorliegenden Bericht auch mindestens ein ganz konkretes Beispiel genannt, in dem wir mehr Transparenz in Bezug auf die Erreichung der deklarierten Ziele fordern. Im Hinblick auf den Zwischenbericht zum Ausbau der Fernwärme, der alle drei Jahre erfolgt, fordern wir detailliertere statistische Angaben in Bezug auf die Anschlussdichte, die geografische Verteilung und chronologische Verteilung und die Entwicklung der Anschlüsse.

Auch wenn die Zentralisierung der IT, wie gesagt, angegangen wird, heisst das noch lange nicht, dass der effektive Schutz persönlicher Daten hinreichend gewährleistet ist. Deswegen fordern wir erneut, dass der Aufgabenkatalog der Datenschutzbeauftragten um das Thema Datensicherheit erweitert und bei Bedarf der Personalbestand speziell für diese Aufgabe aufgestockt wird. Deswegen fordern wir eine einheitliche Lösung für die Verschlüsselung von E-Mails mit heiklen Inhalten, die Bereinigung des kantonalen Datenmarktes und die Aufwertung der Position des Informatiksicherheitsbeauftragten.

Was den Gang in die Cloud mit der Microsoft 365-Lösung anbelangt, so gibt es grundsätzlich einen gewissen Zielkonflikt zwischen Benutzerfreundlichkeit und Datensicherheit. Diese Abwägung wird von verschiedenen Gebietskörperschaften und Staaten anders getroffen. Der Basler Regierungsrat hat sich bekanntlich entgegen Bedenken der Datenschutzbeauftragten und für die nun vorliegende Lösung entschieden. Wir haben in Bezug auf die Implementierung dieser Cloud-Lösung einige sehr konkrete Empfehlungen und Forderungen formuliert. Insbesondere darf die Verantwortung für die Einhaltung des Datenschutzes nicht bei jeder einzelnen und jedem einzelnen Mitarbeiter liegen, es braucht Gesamtlösungen für den ganzen Kanton und es braucht auf jeden Fall eine hinreichende Implementierung einer Exit- und Backup-Strategie.

Auch was die Bautätigkeit des Kantons anbelangt, zumindest bei den grossen und komplexen Projekten, besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf oder grössere Herausforderungen. Im Rahmen des sogenannten Drei-Rollen-Modells besteht aus unserer Sicht eine Notwendigkeit zur Stärkung der Nutzerdepartemente. Auch haben unsere Untersuchungen, wie diejenige zum Neubau des Naturhistorischen Museums/Staatsarchiv klargemacht, dass es weiterhin erheblichen Verbesserungsbedarf bei der Planung und Kommunikation gegenüber dem Parlament gibt.

Neu für uns war der Aspekt, dass bei der Auftragsvergabe an Baufirmen Erfahrungswerte des Kantons mit Baufirmen und deren Referenzprojekte heute keine Rolle zu spielen scheinen und das, obwohl die Submissionsgesetzgebung dies zumindest bis zu einem gewissen Grad durchaus ermöglichen würde. Ich habe das auf heute hin noch einmal nachgeschaut. Konkret wird bei solchen Projekten im Hochbau heute bei der Submissionsvergabe in Basel das Preisschild, wie im Fall des NMB, zu 60 Prozent gewichtet. Die Gesetzgebung auf Bundesebene erlaubt eine Gewichtung von 50 Prozent. Es ist sogar eine Gewichtung von unter 50 Prozent zulässig, solange die Zuschlagskriterien transparent, nachvollziehbar und nicht diskriminierend sind. Was die Berücksichtigung von eigenen Erfahrungen und Referenzprojekten anbelangt, so berücksichtigt offenbar heute schon das Tiefbeamt bei solchen Projekten diese mit. Also es wäre möglich, Erfahrungsprojekte und Referenzprojekte stärker zu gewichten und stärker in Betracht zu ziehen und nicht nur das blosse Preisschild.

Unsere Forderung nach einer besseren statistischen Erfassung von Demonstrationen wurde entsprochen. Sie sehen, ich muss heute grosse Themensprünge machen, aber der GPK-Bericht hat auch wirklich eine grosse Bandbreite an Themen abgedeckt. Nun sind wir bei den Demonstrationen. Trotzdem, auch wenn es nun diese besseren statistischen Erfassungen gib, ist die Kommunikation zu dieser Thematik nach wie vor zu wenig differenziert und daher ungenügend. Es kann in der öffentlichen Wahrnehmung zu Missverständnissen führen, wenn jede Mahnwache mit fünf Personen genauso als Demonstration erfasst und gerechnet wird, wie ein Umzug mit mehreren tausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Aber es haben natürlich nicht alle unsere Empfehlungen und Forderungen eine Wirkung. So gibt es in unserem Bericht auch Evergreens oder auch Everblacks. Dazu gehören unsere Forderungen nach mehr Kundenorientierung beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat und die Einhaltung der gesetzlichen Bearbeitungsfristen oder unser frommer Wunsch, dass bei der Abteilung Gleichstellung und Diversität verhältnismässig mehr Männer arbeiten sollten.

Nicht alles aber wiederholt sich, so gibt es zum Beispiel auch offensichtliche Fehler und Fehlleistungen, bei denen wir als GPK hinschauen müssen und auch benennen müssen. Die fehlerhafte Berechnung von Marchzinsen durch die Steuerverwaltung und die nachträgliche Korrektur individuellen Steuerkonten ist eine solche Fehlleistung. Es geht nicht um riesige Summen, aber wenn bei der Steuerverwaltung ein Rechenfehler erkannt wird, dann sollte nicht ohne sofortige Information an die betroffenen Bürgerinnen und Bürger Korrekturen an deren Steuerkonto vorgenommen werden. Unsere Untersuchung in diesem Fall hat auch zutage gefördert, dass sich bei der Rechnungsstellung eine Überprüfung aufdrängt und auch bei der Software der Steuerverwaltung eine Anpassung an andere Kantone vonnöten ist.

Auch ein offensichtlicher Fehler ist der Staatskanzlei bei der Berechnung und Kommunikation der Wahlbeteiligung im Vorfeld der kantonalen Wahlen passiert. Ein offensichtlicher Fehler, der ja wahrscheinlich gerade bei den hier Anwesenden im Raum zu grossem Rätselraten geführt hat, wieso denn die Wahlbeteiligung so hoch sein soll und sie war ja dann schlussendlich nicht so hoch.

Im vergangenen Jahr hat sich auch abgezeichnet, dass einige Probleme sich verschärft haben und auch neue Herausforderungen auf den Kanton zugekommen sind. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Personalproblematik. Herausforderungen gibt es da nicht nur in Bereichen wie bei der Kantonspolizei, wo sie schon heute wegen Personalmangel offensichtlich sind. In vielen Bereichen wird es beim Kanton und ausgelagerten Firmen in den kommenden Jahren viele Pensionierungen geben, zum Beispiel bei den Basler Verkehrsbetrieben. Da ist es wichtig, dass diese Herausforderungen rechtzeitig angegangen werden.

In anderen Bereichen steigen die Belastungen oder die Resilienz sinkt. Ein Beispiel dafür sind die vielen und heute schon diskutierten vermehrten Ausfälle bei Lehrerinnen und Lehrer. Aus unserer Sicht drängen sich da verstärkte Bemühungen in Bezug auf den Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden auf. Der Kanton hat ja vor kurzem eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt, deren Ergebnisse liegen uns vor. Diese Befragung hat gewissen Handlungsbedarf verdeutlicht und sicher mit dazu beigetragen, dass der Regierungsrat die bekannten Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität ausgearbeitet hat. Diese Massnahmen zu kommentieren ist nicht unsere Aufgabe. Wichtig finden wir aber, dass von jetzt an in regelmässigem Abstand eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt wird, damit Veränderungen beobachtet und festgestellt werden können. Es ist daher gut, dass der Regierungsrat beabsichtigt, in regelmässigem Abstand, zum Beispiel alle drei Jahre, eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen.

Die Ausgaben in Zusammenhang mit psychischen Problemen von Kindern und Jugendlichen sind weiter gewachsen. Die Wartelisten für Therapieplätze sind lang und all das widerspiegelt auch eine gewisse Zuspitzung. Manche Massnahmen wurden ergriffen, aber wir zweifeln, dass dies schon genügt. Es braucht definitiv eine Intensivierung der Prävention, ganz besonders im Hinblick auf die Nutzung sozialer Medien. Zudem braucht es dringend zusätzliche Mittel für Schulsozialarbeiter und schulpsychologischen Dienst und systematischere Bemühungen zur Steigerung der Zahl an Therapieplätzen. Auch die Problematik der mangelnden Zahl an Gruppen- und Spezialräumen an vielen Schulen hat sich verstärkt, da die Schülerinnen- und Schülerzahlen stärker angestiegen sind als erwartet. Das Raumangebot entspricht an vielen Schulhäusern nicht den Bedürfnissen der integrativen Schule. Wir erwarten, dass bei Schulbauprojekten und Umbauten mehr Reserven eingeplant werden.

Beim Kunstmuseum wurde aufgrund finanzieller Herausforderungen und Budgetüberschreitungen ein Steuerungsausschuss eingesetzt, der die neue Direktorin unterstützen soll. Wir erwarten, dass der eingesetzte Steuerungsausschuss im vorgesehenen Zeitraum bis Ende 2026 die Reorganisation des Kunstmuseums steuert und der ordentliche Betrieb danach mit den regulären Personalressourcen sichergestellt wird.

Zu den neuen Herausführungen gehört in diesem Zusammenhang auch der Anstieg des Drogenkonsums im öffentlichen Raum. Vermehrter Kokain- und Opioidkonsum und die Pregabalin-Abhängigkeit vieler Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus sind dabei nur einige Stichworte. Zu einer gewissen Verlagerung des Drogenkonsums in den öffentlichen Raum trägt offenbar mit bei, dass es an Plätzen in betreuten Wohneinrichtungen mangelt, dies muss unbedingt angegangen werden.

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und insbesondere der Cyberkriminalität, der Geldwäscherei und des Menschenhandels, alle sie leiden unter dem Personalmangel bei der Kantonspolizei und unter den erheblichen Belastungen von Teilen der Staatsanwaltschaft. Denn die Strafverfolgung ist in diesen Feldern besonders aufwendig. Wir erwarten besonders bei der Cyberkriminalität mehr Zusammenarbeit mit anderen Kantonen. Bei der Staatsanwaltschaft drängt sich gerade in diesen Bereichen aus unserer Sicht eine weitere Aufstockung der Ressourcen auf. Wichtig ist uns dabei, dass bei der laufenden Reorganisation der Strafverfolgung auch die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft in ihren Kompetenzen und Ressourcen gestärkt wird.

Zu guter Letzt ist es mir wichtig, allen ausdrücklich zu danken, die zum Zustandekommen unseres diesjährigen Berichtes beigetragen haben. Regierung und Verwaltung danken wir für die meist sorgfältige Beantwortung unserer Fragen. Neben meinem Vizepräsidenten Erich Bucher und den elf anderen Kolleginnen und Kollegen in unserer Kommission möchte ich an dieser Stelle insbesondere den Kleeblattdiensten danken, mit denen wir viel zusammenarbeiten, also der Ombudsstelle, der Datenschutzbeauftragten, der Finanzkontrolle und natürlich auch dem Parlamentsdienst. Ganz besonders danken möchte ich unserer Kommissionssekretärin Kathrin Pavic für ihre in jeder Beziehung herausragende Arbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich möchte zunächst der Geschäftsprüfungskommission im Namen des Regierungsrats herzlich danken für ihren Bericht und für die grosse Arbeit, die die GPK auch im vergangenen Jahr geleistet hat. Die GPK bestätigt dem Regierungsrat, der Verwaltung und den Gerichtsbehörden, dass sie überwiegend eine gute Arbeit geleistet haben. Auch dafür möchte ich danken. Zum einen, weil uns unsere Oberaufsicht heute bestätigt, dass wir gut unterwegs sind und das will etwas heissen, denn wir alle wissen aus eigener Erfahrung, dass die GPK ihre Aufgabe sehr ernst nimmt. Zum anderen bedanke ich mich, weil uns die GPK auch dieses Jahr auf einiges hinweist, woran wir arbeiten und wo wir uns vielleicht auch verbessern können. Ich danke für die konstruktive Zusammenarbeit und möchte betonen, wir sind bereit, unsere Lehren zu ziehen aus Fehlern, die die GPK moniert. So geben sie uns auch dieses Jahr konkrete Anregungen. Auf zwei solche Punkte, die sie auch in ihrer Medienmitteilung prominent erwähnt haben, möchte ich kurz eingehen.

Zunächst zu unserem Legislaturbericht. Mit Blick auf den neuen Legislaturplan für die Jahre bis 2029 fordert die GPK eine Schärfung bei den Zielen und bei der Berichterstattung zu den Erfolgen und Misserfolgen. Der Präsident der GPK hat dies jetzt auch in seinem Votum nochmals betont. Konkret wünscht die GPK mehr Messbarkeit. Sie empfiehlt, dass wir die Legislaturziele durch die Auswahl geeigneter Indikatoren klar definieren. Erfolg und Misserfolg sollen damit messbar werden. Ebenso fordert die GPK, dass wir im Jahresbericht offenlegen, wenn sich Massnahmen verzögern.

Zur Messbarkeit folgendes: Dazu dienen aktuell die Schlüsselindikatoren, mit denen der Regierungsrat in seinem Jahresbericht über den aktuellen Entwicklungsstand in wichtigen Bereichen über die Legislatur hinaus informiert. Dabei handelt es sich um messbare Grössen mit Zielwerten, etwa die Nettoschuldenquote, den kantonalen Wettbewerbsindikator oder die Sozialhilfequote. Das Ampelsystem bei den Schlüsselindikatoren gibt Hinweise darauf, wo wir auf Kurs sind und wo wir im Hintertreffen sind bei der Umsetzung. Im roten Bereich, also eben nicht auf Kurs, sind wir aktuell bei der Emission von Treibhausgasen und bei der Sek 2-Quote, also beim Ziel, dass 95 Prozent der Jugendlichen bis zum 25. Altersjahr einen Abschluss auf Stufe Sek 2 haben. Wir setzen uns hier also heute bereits quantitativ messbare Ziele.

Bei vielen Legislaturplanmassnahmen ist es aber nicht ganz so einfach, Indikatoren festzulegen. Ein Beispiel aus dem aktuellen Legislaturplan, da ist eine der Massnahmen, die Attraktivität der Innenstadt zu stärken. Ich bin der Meinung, dass uns das ganz gut gelungen ist, denken Sie an die Neugestaltung der Freien Strasse oder an verschiedene Massnahmen aus dem Stadtbelebungsfonds. Hier aber quantitative Indikatoren festzulegen, würde schwierig. Mit der qualitativen Beurteilung zum Stand der Umsetzung erreichen wir häufig eine präzisere Einschätzung. Wir wollen aber seitens Regierungsrat die Frage der Messbarkeit einzelner Massnahmen, Ziele oder Schwerpunkte im kommenden Legislaturplan prüfen.

Mit der Sek 2-Quote, der schon erwähnten, befasst sich die GPK besonders ausführlich. Zu Recht stellt die GPK mit Besorgnis fest, dass die Erhöhung der Sek 2-Abschlüsse während der letzten vier Jahre nicht erreicht werden konnte. Ich kann Ihnen für meinen Regierungskollegen Mustafa Atici und aus meiner eigenen Erfahrung im Erziehungsdepartement versichern, dass wir mit Hochdruck an dieser Thematik arbeiten. Gerade weil uns die Sek 2-Quote vor grosse Herausforderungen stellt, haben wir dieses Thema frühzeitig zu einem der Schlüsselindikatoren in unserer Berichterstattung gemacht. Wir weisen Ihnen also transparent aus, wie der aktuelle Stand der Dinge ist. Wir müssen aber vor Erwartungen warnen, dass es hier schnell geht, denn gerade eben dieser Sek 2-Indikator ändert sich von Natur aus nur langsam. Der Indikator bildet den Schulabschluss von Menschen von 15 bis 25 Jahren ab, damit schlagen sich Änderungen frühestens nach zehn Jahren überhaupt erst in der Statistik nieder.

Der Regierungsrat wird sich gegenüber der GPK wie üblich im Herbst ausführlich zu allen Empfehlungen äussern. Ebenfalls wie gewohnt wird der Regierungsrat dann bis zum kommenden Frühjahr gegenüber der GPK eine erste Standortbestimmung machen und festhalten, wo wir bei der Umsetzung der Empfehlungen stehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Kritik, Ihre Anregungen, Ihr waches Auge auf die Tätigkeit von Regierungsrat und Verwaltung und eben nicht zuletzt auch dafür, dass Sie uns im Grossen und Ganzen doch auch eine ordentliche Arbeit bescheinigen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Wort hat nun der Gerichtsrat und deren Präsident Stephan Wullschleger. Er verzichtet. Dann haben wir die ersten Fraktionssprechenden, für die LDP ist es Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Vorweg, die LDP-Fraktion folgt allen Anträgen der GPK und wird den vorliegenden Jahresbericht vorbehaltlos genehmigen. Die GPK hat in 83 Sitzungen, 30 Hearings und unzähligen Nachfragen das Handeln im Berichtsjahr überprüft. Dazu kommt die überaus grosse zusätzliche Arbeit des Verfassens der einzelnen Teilberichte durch die zuständigen Kommissionsmitglieder. Es war wahrlich eine Mammutaufgabe, bei der Milizparlamentarier an ihre Grenzen stossen, zumal dieses Jahr, was man verbessern sollte, der Jahresbericht des Regierungsrates zwei Wochen später als erwartet bei uns einging.

Das Resultat ist quantitativ und qualitativ beeindruckend. Die LDP anerkennt diese Leistung ausdrücklich und verbindet dies mit dem herzlichen Dank an die GPK für ihre grosse und wertvolle Arbeit. Mein spezieller Dank gilt vor allem auch Frau Dr. Kathrin Pavic, unsere unermüdliche Kommissionssekretärin. Ohne ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihren riesigen Aufwand wäre das vorliegende Resultat nicht möglich gewesen.

Dieser fundierte und sorgfältige Jahresbericht der GPK ist für die LDP Spiegel, aber auch Richtschnur für die Beurteilung des staatlichen Handelns im Berichtsjahr. Die LDP steht hinter den Feststellungen, Empfehlungen und Erwartungen der GPK und erwartet auch, dass diese vom Kanton aufgenommen respektive umgesetzt werden. Ich gehe im Folgenden auf einige Punkte näher ein, welche der LDP besonders wichtig erscheinen:

Zuerst zur IT-Governance. Nachdem in den letzten Jahren die GPK regelmässig die IT-Mängel und Schwachstellen in der kantonalen Verwaltung moniert hat und auch die Finanzkontrolle Mängel festgestellt hat, ist es tatsächlich an der Zeit, klare departementsübergreifende Verantwortlichkeiten zu schaffen. Es braucht dringend eine klar definierte IT-Governance, ein gesamtkantonales IT-Portfolio und eine Zentralisierung der IT-Dienste, zumal der Regierungsrat in einem anderen Zusammenhang selber eingestanden hat, dass die heutigen aktuellen IT-Strukturen den Ansprüchen nicht vollständig gerecht werden.

Zumindest folgende IT-Themen müssen zentral gelöst werden: Die zentrale IT-Sicherheit, zentrale einheitliche Lösung zur Verschlüsselung heikler Mails, der Kanton muss die Selbstblockierung durch hunderte von dezentralen IT-Projekten überwinden, es braucht ein einheitliches Konzept für den Umgang mit der riesigen Datenmenge bzw. der Prüfung veralteter und unzulässiger Einträge und Autorisierungen. Es braucht eine zentrale Regelung von KI-Einsatz und zentrale Registrierungspflicht für die KI-Anwendung. Die LDP hofft und ist guten Mutes, dass mit dem Projekt «Pharos» endlich etwas in diese Richtung unternommen wird. Entscheidend dabei ist, dass der Informationsbeauftragte in Bezug auf Ressourcen, Weisungsbefugnis und Unabhängigkeit massiv mehr Kompetenzen erhält als bisher. Und in diesem Zusammenhang ist es auch von grosser Wichtigkeit, dass der Aufgabenkatalog der Datenschutzbeauftragten, so auch die Empfehlung der GPK, um das Thema Cybersicherheit erweitert wird.

Ich komme noch zur Cloud-Lösung von Microsoft. Wenn sich auch die LDP den Vorteilen dieser pragmatischen Cloud-Lösung nicht ganz verschliesst, ist doch das Vorgehen der Regierung in dieser wichtigen Thematik zu hinterfragen. So konnte die Regierung den von externen Experten prognostizierte minimale Kontrollverlust bei dieser Cloud-Lösung nie näher quantifizieren. Fakt ist, dass es einen solchen gibt. Das Papier, dass die Regierung ausarbeiten liess, ist ein internes Dokument, das nicht öffentlich einsehbar ist. In Zeitungsberichten wird darauf hingewiesen, dass die externe Partnerfirma einen Ersatzschlüssel für den Zugang zu den Daten der Basler Verwaltung habe und alle vertraglichen Abmachungen, die ein Datenabfluss durch ausländische Behörden ausschliessen sollen, wurden vor dem Amtsantritt von Trump gemacht. Dass die eindeutigen Warnrufe der Datenschutzbeauftragten ungehört verhalten, ist ein weiteres schwieriges Zeichen und dass Dänemark sich gemäss Zeitungsberichten noch in diesem Jahr komplett von Microsoft trennt aus Gründen der sogenannten digitalen Souveränität, sollte dem Basler Regierungsrat zu denken geben. Zumindest sollte sich der Regierungsrat klar und deutlich zum verbleibenden Restrisiko äussern und ein regelmässiges Risk-Assessment implementieren.

Dann noch ein paar Worte zum Drei-Rollen-Modell bei Bauvorhaben. Ein Kernpunkt bei der Eruierung von Problemen bei grossen Bauvorhaben des Kantons ist meist die mangelnde Einbindung des Bestellers. Mangelhafte Bestellungen führen zu teuren Nachbesserungen, da sie nicht in die ordentliche Planung einfliessen. Die Nutzerinteressen sind also von Anfang an korrekt zu erfassen und einzubringen im Planungsprozess. Bei der von der Regierung eingeleiteten Überprüfung des Drei-Rollen-Modells ist deshalb sicherzustellen, dass die Nutzer optimal eingebunden werden und das von Anfang an. Dazu gehört, dass der Nutzer bereits in der Jury zur Auswahl des Bauprojektes Einsitz nimmt und mitbestimmt, damit nicht schwergewichtige architektonische und städtebauliche Kriterien zu Lasten der Gebraucherfreundlichkeit zum Zuge kommen. Auch sollte der Nutzer zur Stärkung seiner Position eine Abmahnpflicht haben, wenn gegen seine Interessen gebaut werden soll.

Und noch ein weiterer Punkt über das IWB und die erneuerbare Energie. Interessant und richtig findet die LDP die Aussagen der IWB an einem Hearing, wonach der Photovoltaikausbau in den Sommermonaten zu einer Überproduktion führt, die weit über den Bedarf liegt, und die die Aufnahmekapazität des bestehenden Netzes überschreitet. Die IWB ist der Auffassung,

dass der Ausbau deshalb optimiert erfolgen soll, ohne dass auf jedem Dach eine Anlage gebaut werden müsse. Dazu kommt, dass mit dem Ausbau der PV-Anlagen sich die Netznutzungskosten auf wenige Kunden verteilen, was den Strom tendenziell verteuert. Ob das per Analogie auch für die Fernwärme gilt, das kann offenbleiben, aber beim weiteren Ausbau ist diesen Themen Beachtung zu schenken.

Nochmals mit bestem Dank an alle Beteiligten von Kanton und Verwaltung und der GPK für die wertvolle Arbeit wird die LDP allen Anträgen folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): In den letzten Jahren empfahl die GPK immer wieder, dass die beiden Risikoberichte des Regierungsrates zusammengelegt werden. Gemäss dem Regierungsrat hat heute das FD den Auftrag, den Risikobericht zuhanden der Regierung zu verfassen. Die GPK hat diesen Bericht und die Arbeiten zur Zusammenführung der Portfolios zur Kenntnis genommen. Das Risikomanagement ist eines der wichtigsten Führungsaufgaben überhaupt.

Dies führt mich zur leidigen Diskussion rund um die geplante Einführung der Microsoft-Cloud-Lösung. Wenn ich richtig orientiert bin, nicht die einzige Cloud-Lösung, die im Kanton zum Einsatz kommt. Die GPK hat zur Einführung der Cloud-Lösung einige Verbesserungsvorschläge gemacht. Sie hat aber nicht erklärt, dass die Software nicht eingeführt werden darf. Sie hat auch keinen Projektabbruch gefordert oder alternative Lösungen vorgeschlagen. Wieso ist dem so? Weil der Regierungsrat genau das gemacht hat, was man von Führungskräften erwarten muss. Der Regierungsrat hat die beiden Risiken von Cyberangriffen und den Datenzugriffen der USA gegenübergestellt und dann das kleinere der beiden Übel gewählt. Auf der einen Seite verbessert sich mit dem MS 365 der Schutz wie Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität, Nachvollziehbarkeit, Virenschutz, Hackerangriffe oder Datenlecks. Auf der anderen Seite ist die Frage eines möglichen Zugriffs der US-Administration auf die Microsoft-Daten, die in der Schweiz gespeichert sind. Der Regierungsrat ist so weit gegangen, dass er betreffend mögliche Zugriffe aus den USA externe Studien in Auftrag gegeben hat. Der Regierungsrat hat meiner Meinung nach seine Hausaufgaben gemacht und dann in seiner alleinigen Kompetenz entschieden. Der GPK gegenüber hat der Regierungsrat bestätigt, dass er das M 365-Risiko wie bereits das Cyber-Risiko ins Risk-Portfolio aufnehmen wird. Die GPK wird also in den nächsten Jahren immer wieder die Möglichkeit haben, die Risikobeurteilung des Regierungsrates zu überprüfen.

Wie Sie sehen, stehe ich hinter dem Entscheid des Regierungsrates und dies im Kontrast vieler hier Anwesenden und auch der Datenschutzbeauftragten. Ich finde es persönlich sehr seltsam, dass die Datenschutzbeauftragte direkt an die Presse gelangt ist. Ich hätte mindestens erwartet, dass sie, wie dies im § 50 des IDG vorgesehen ist, eine vorab eine der beiden Oberaufsichtskommissionen involviert und zusammen mit dieser eine vertiefte Analyse durchgeführt hätte. Sie hätte auch das Projekt mit einer Verfügung stoppen können, was nicht gemacht wurde. Somit haben eigentlich die Oberaufsichtskommissionen und die Datenschutzbeauftragte die Einführung genehmigt.

Im Kontrast zu diesem Sturm im Wasserglas ist es erstaunlich, dass sich der Grosse Rat und auch die Datenschutzbeauftragte nie zu den Hardware-Risiken aus China geäussert hat. Alle PCs, die Netzwerke, Mobil, WLAN-Komponenten des Kantons und vieles andere mehr stammen aus dort. Sind wir hier wirklich alle davon überzeugt, dass China keine Bausteine in diese trojanischen Pferde einbaut? Was der GPK zu diesem Thema übrig bleibt, sind vier Empfehlungen und keine einzige Forderung. Und es bereits hier jetzt gesagt zu haben, wir brauchen keine zusätzliche Lex Mikrosoft, wie wir auch keine Lex China brauchen. Es ist im IDG bereits alles abschliessend geregelt.

Wenden wir uns den anderen Themen zu, welche die GPK intensiv beschäftigt haben. Ich beginne mit der Steuerverwaltung. Sie erinnern sich, dass wir vor einem Jahr dazu berichtet haben, dass falsche Steuerverfügungen versandt wurden. Für Bund, Kantone und Gemeinden sind falsche Verfügungen das grösste Reputationsrisiko. Stimmen diese Verfügungen nicht, ist das Vertrauen in die Verwaltung weg. Deshalb hat die GPK vor einem Jahr beim Hearing den Regierungsrat explizit gefragt, ob neben den falschen Verfügungen andere Probleme bekannt sein, was damals verneint wurde. Die GPK wusste jedoch von Steuerpflichtigen bereits damals, dass es Probleme mit der Zinsberechnung gibt. Es wurden dabei Steuerpflichtigen Belastungszinsen berechnet, obwohl sie Guthaben beim Kanton hatten.

Da die GPK zu wenig Knowhow und auch keine Ressourcen hat, hat sie der Finanzkontrolle, die Revisionsstelle des Kantons, den Auftrag gegeben, die Problematik zu untersuchen und anschliessend zu berichten. Ich danke der Finanzkontrolle für die Überprüfung der Korrekturarbeiten des Steueramtes und die Bestätigung, dass nach etwa einem Jahr alle Korrekturen abgeschlossen waren. Ich hoffe, dass sich der Regierungsrat bei denjenigen bedankt hat, welche die Fehler gemeldet haben. Es ist als Aussenstehender peinlich, feststellen zu müssen, dass eine einfache Kontokorrentführung zu falschen Zinsen geführt hat, und es ist mir unerklärlich, wieso dass der Kanton für jeden Steuerpflichtigen pro Steuerjahr ein neues Konto eröffnet und es dadurch notwendig macht, dass laufend Umbuchungen von einem Konto auf das andere notwendig sind. Ich empfehle dem Regierungsrat, dies so rasch wie möglich zu ändern und nur noch ein Konto pro Steuerpflichtigen zu führen.

Noch ein paar Worte, die nicht direkt im Zusammenhang mit dem Jahresbericht stehen. Wir hören, dass es wieder sehr lange dauert, bis die Steuerveranlagungen an die Steuerpflichtigen versandt werden. Es wäre schön, wenn die zuständige Regierungsrätin hier noch ein kurzes Update geben könnte.

Zum Gesundheitsdepartement. Die GPK empfiehlt, den Dialog zur Spitalplanung mit Kanton Baselland und den anderen Kantonen der Nordwestschweiz zu stärken und die Zusammenarbeit schrittweise zu vertiefen. Auch hier aus aktuellem Anlass, im Moment sieht es nicht danach aus, dass dieser Dialog wirklich geführt wird. Zumindest Baselland scheint da in der Spitalplanung eine Absage an Basel erteilt zu haben. Es stellt sich die Frage, wie es so weit kommen konnte. Auch hier würden wir uns heute wünschen, eine kurze Wasserstandsmeldung zu erhalten.

Diejenigen unter Ihnen, die schon länger dabei sind, haben sicher gestaunt, dass ich nicht wie üblich mit der Qualität des Jahresberichtes begonnen habe. Meine Aussage war immer, dass der Bericht ein Marketinginstrument und kein Rechenschaftsbericht sei, da auch Probleme, Verzögerungen und Mehrkosten angesprochen werden. Zu meiner Überraschung muss ich feststellen, dass einige Departemente, leider nicht alle, dies zu Herzen genommen haben. Danke dafür.

Ein Wermutstropfen gibt es trotzdem. Die GPK musste feststellen, dass es offensichtlich eine maximale Beschränkung der Zeichen pro Departement gibt. Persönlich habe ich den Eindruck, dass es aber auch eine Mindestzahl an Zeichen gibt, musste ich doch feststellen, dass bei den Themen preisgünstiger Wohnbau, OECD-Steuern, Green Bonds vier bis fünf Mal der genau gleiche Text, exakt der gleiche Text mit Copy-Paste abgedruckt wurde. Ich denke, wir müssen hier nicht über Sinn und Zweck solcher Wiederholungen sinnieren. Sie sind einfach nur ärgerlich.

Ich komme zum Abschluss. Es ist die Aufgabe der GPK, den Finger auf die wunden Stellen zu zeigen, was einen negativen Eindruck hinterlassen kann. Wir dürfen als Fraktion aber feststellen, dass in der Verwaltung, den Gerichten und den Kleeblattorganisationen gute Arbeit geleistet wird. Wir bedanken uns bei Ihnen allen. Die FDP-Fraktion wird dem GPK-Bericht zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die Mitte-EVP ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Der diesjährige Jahresbericht der GPK entstand unter erheblichem Druck, damit Sie ihn noch vor der Sommerpause zusammen mit dem Jahresbericht der FKom zur Kenntnis nehmen können. Dies gelang und das ist nicht selbstverständlich. Vieles wurde schon gesagt von meinen Kollegen, von den einzelnen Themen möchte ich die folgenden drei herausgreifen.

Herr Faesch hat es schon gesagt, ein Evergreen für die GPK ist das Drei-Rollen-Modell. Dieses steht seit der PUK zum Biozentrum im Fokus, auch wieder bei der St. Jakobshalle und nun beim Naturhistorischen Museum. Dazu möchte ich Ihnen ein plastisches Beispiel nennen, es geht um das Staatsarchiv. Unsere Vorfahren haben das Staatsarchiv vorausschauend oben auf dem Münsterhügel und somit sicher vor Überschwemmungen verwahrt. Das Staatsarchiv ist bestückt mit wertvollen Papieren, wie wir ja wissen. Es kommt nun in ein Untergeschoss unterhalb des Grundwasserspiegels. Erste Zweifel der GPK anlässlich einer ersten Rohbaubegehung wurden bestätigt, das Wasser drückt durch. Inzwischen soll dies alles dicht sein, dennoch, man fragt sich, wie lange wohl und warum wurde hier nicht einfach mit gesundem Menschenverstand geplant und das Staatsarchiv an einen sicheren, trockenen Ort verbracht. Es sind auch hier die Nutzerinteressen, die hinten angestellt werden, wichtig sind architektonische, optische Überlegungen und das brüskiert die GPK. An erster Stelle, das hat auch schon Herr Faesch gesagt, muss der Nutzen eines Gebäudes stehen und nicht, ob es nun architektonisch wertvoll ist oder nicht.

Zweitens, in Bezug auf die St. Jakobshalle erwartet die GPK nun eine Aufarbeitung des ESC und eine neue Auslegeordnung, was denn nun noch für Investitionen notwendig sind und wann endlich mit der Abschlussrechnung gerechnet werden darf. Auch dort liegt noch vieles im Unklaren. Wenn nun die Deckenlastkapazität dank des ESC erhöht wurde und allenfalls befriedigend sein sollte, ist der GPK doch nicht klar, was nun für den Backstagebereich, die Reporter- und Speaker-Kabinen gilt, ob dort noch immer Steinzeitkonditionen herrschen oder ob auch dort Verbesserungen stattfanden. Auch ob nun Bratwürste und Pommes wie üblich im Gebäude zubereitet werden können oder ob man dies noch immer im Freien tun muss, was die GPK für unhaltbar hat.

Drittens, in Bezug auf den Einzug der Fernwärme stehen sich die Reaktionen aus der Bevölkerung, wie sie der GPK zugehen, und die Wahrnehmung der Verwaltung diametral entgegen. Dass nun im Sinne einer Lenkungsabgabe diejenigen Hauseigentümer, die in einem mit Fernwärme erschlossenen Gebiet wohnen, weniger Subventionen erhalten als diejenigen, die in einem Gebiet ohne Fernwärme wohnen, führt zu Empörung. Denn diejenigen, die früh umgestellt hatten, erhielten trotz Fernwärme in ihrer Strasse hohe Beiträge, die Langsameren haben nun das Nachsehen. Die Bevölkerung fühlt sich der Willkür ausgeliefert und dann nützt alles Kommunizieren nichts, notwendig wären klare sachliche Bedingungen und eine gleiche Ausgangslage für alle.

Ich habe hier nun noch ein paar Beispiele erwähnt. Meine GPK-Kollegen haben schon und werden noch weitere nennen und unser Bericht erhält viele Details. Lesen Sie ihn, er ist aufschlussreich.

Im Namen der Mitte-EVP-Fraktion danke ich Ihnen für die Genehmigung dieses Berichts.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Auch ich schliesse mich natürlich dem Dank an die kantonalen Mitarbeitenden an und auch an die Kolleg*innen der GPK, insbesondere auch der Sekretärin Kathrin Pavic, die wirklich einen ausserordentlichen Effort leisten musste in diesem Jahr.

Ich habe in meiner Zeit hier im Grossen Rat viele Debatten zu GPK-Berichten erlebt und ehrlich gesagt, waren nicht alle Sternstunden parlamentarischer Kultur. Häufig war es eher ein Kesseltreiben gegen Regierungsmitglieder als eine sachliche Debatte über einzelne Herausforderungen und die Probleme in unserem Staatswesen und in der Verwaltung. Das ist aktuell eher nicht mehr so und das ist gut so. Wir können heute auch einen Bericht diskutieren, der faktenbasiert und differenziert zu sein versucht. Der Bericht lädt dazu ein, über die genannten Herausforderungen zu debattieren und sachliche Lösungen zu finden. Ich bin gespannt auf die heutige restliche Debatte, bleibt es beim sachlichen Ton, wir werden es sehen. Aus unserer Sicht braucht es für eine wirksame Politik keine Schuldzuweisungen, sondern inhaltliche Lösungen. Auch wenn wir uns bei diesen oft nicht einer Meinung sind, können wir auch ohne politische Spiele darüber debattieren. Ich werde nun auf vier Punkte aus dem Bericht näher eingehen.

Der erste Punkt betrifft die tiefe Quote bei den Sek 2 -Abschlüssen. Die GPK hat das Thema vor allem im Zusammenhang mit der kritischen Betrachtung der Indikatoren für die Legislaturziele beleuchtet. In diesen hat sich der Regierungsrat eine Erhöhung dieser Quote zum Ziel gesetzt. Basel-Stadt, das wissen Sie, ist beim Anteil der 25-jährigen mit einem Sek 2-Abschluss weiterhin Schlusslicht unter den Kantonen. In den letzten vier Jahren ist dieser Anteil kaum gestiegen. Das ist ein klares Warnsignal. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob der gewählte Indikator überhaupt geeignet ist, um kurzfristige Fortschritte abzubilden, oder ob er politisches Lernen erschwert, weil die Reaktionszeit zu lang ist.

Die GPK kritisiert zu Recht den späten Projektstart der sogenannten Laufbahnoptimierung. Dass erst 2024 eine Gesamtstrategie erarbeitet wurde, obwohl das Problem seit Jahren bekannt ist, zeugt von mangelnder Prioritätensetzung. Besonders für Kinder und Jugendliche mit erschwerten Startbedingungen ist eine vorausschauende, koordinierte Bildungspolitik zentral, und zwar vom Kindergarten bis zur Berufslehre oder Matur. Hinzu kommt, und darauf möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken, die Schulen allein können das Problem nicht lösen. Es braucht ein vertieftes Verständnis für die sozialen Realitäten der betroffenen Jugendlichen. Familiäre Belastungen, Armutsrisiken, Migration oder mentale Gesundheit spielen eine entscheidende Rolle. Auch diese Themen müssen wir angehen, wenn wir die Abschlussquote erhöhen wollen.

Fazit: Der Zugang zu einem Sek 2-Abschluss ist ein Schlüssel zur sozialen Teilhabe. Wir sind überzeugt, dass das Thema beim neuen Departementsvorsteher die nötige Aufmerksamkeit erhalten wird und wir werden daran arbeiten, dass künftig auch ausserschulische Faktoren systematisch in der Analyse und Lösung einbezogen werden.

Zum zweiten Thema, den Zwischennutzungen. Zwischennutzungen bieten Raum für Innovation, Kultur und Beteiligung und Gemeinwohl orientierte Stadtentwicklung. Basel hat mit Projekten wie am Klybeckquai oder dem Freiwerk im ELYS gezeigt, wie wertvoll temporäre Nutzungen sein können, für die Bevölkerung wie auch für die Stadtentwicklung. Die GPK stellt fest in ihrem Bericht, dass heute vorausschauender geplant wird als früher. Erfolgreiche Zwischennutzungen werden teilweise in Folgeprojekte überführt. Aber es fehlt weiterhin ein strategischer Rahmen. Zwischennutzungen dürfen nicht von Zufall abhängen oder nur dort möglich sein, wo Eigentümer mitspielen. Das laufende Forschungsprojekt zur Wirkung von Zwischennutzungen, etwa im Bereich Sicherheit, ist ein wichtiger Schritt. Entscheidend ist aber, dass die Erkenntnisse nicht nur veröffentlicht, eine Forderung der GPK, sondern auch politisch umgesetzt werden. Zwischennutzungen brauchen rechtliche, planerische und finanzielle Absicherung, wenn sie dauerhaft wirken sollen.

Fazit: Zwischennutzungen sind ein Teil einer demokratischen Stadtentwicklung von unten. Sie stärken das Gemeinwesen, schaffen bezahlbaren Raum und machen Transformation für die Bevölkerung erlebbar. Wir fordern eine verbindliche Strategie im kantonalen Richtplan und ein transparentes Verfahren zur Auswahl von Trägerschaften.

Thema drei, der Umgang der Kantonspolizei mit Demonstrationen. Die Zahl an Kundgebungen in Basel zeigt eine lebendige Demokratie. Dass das JSD im letzten Berichtsjahr vermehrt auf Dialog, Deeskalation und moderne Kommunikationsstrategie setzt, ist ein Fortschritt. Auch die Haltung des neuen Polizeikommandanten, wonach Demonstrationen möglichst ohne Ordnungsdienst stattfinden sollen, verdient Anerkennung. Gleichzeitig deckt der Bericht aber auch Defizite auf. Bei Grosseinsätzen, besonders bei Polizeikesseln, Freiheitsentzügen im Rahmen von Personenkontrollen fehlen nach wie vor klare einsatzbezogene Richtlinien. Die Tatsache, dass keine verbindlichen Vorgaben zur Versorgung der betroffenen

Personen mit Wasser, Zugang zu Toiletten oder medizinische Hilfe gibt, ist aus menschenrechtlicher Perspektive unhaltbar, besonders wenn auch Kinder, Jugendliche oder Unbeteiligte betroffen sein können.

Problematisch ist, das hat auch der Präsident in seiner Rede erwähnt, auch die Darstellung der Demostatistik. Wenn Mahnwachen und Demonstrationen gleich gewichtet werden, entsteht ein verzerrtes Bild des tatsächlichen Einsatzaufwandes mit potenziell politischen Konsequenzen. Eine differenzierte, transparente Statistik ist notwendig, um Vertrauen zu stärken und die öffentliche Debatte faktenbasiert zu führen.

Fazit: Das Versammlungsrecht ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Wir begrüssen eine dialogorientierte Polizeistrategie und erwarten rechtsstaatliche Standards bei allen Einsätzen.

Zuletzt zum Kanton als Arbeitgeber. Die Mitarbeitendenbefragung zeigt ein differenziertes Bild, aber ein klares Muster. Viele Mitarbeitenden empfinden die Arbeitsbelastung als hoch, die Löhne als unattraktiv und die Rahmenbedingungen als verbesserungswürdig. Und das in einer Zeit, in der der Fachkräftemangel längst Realität ist. Wer soll den Kanton künftig noch am Laufen halten, wenn immer mehr qualifizierte Personen fehlen? Wenn offene Stellen nicht besetzt werden können, steigt der Druck auf die verbleibenden Teams, was wiederum zu weiteren Abgängen führen kann. So entsteht eine Abwärtsspirale, die schwer zu stoppen ist. Der Regierungsrat reagiert auf diese Situation mit dem Lohnmassnahmenpaket, das ist aus unserer Sicht richtig und angezeigt. Es braucht aber auch andere Verbesserungen, etwa moderne Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeitmodelle, betriebliche Gesundheitsförderung und eine Kultur der Wertschätzung. Die Verwaltung muss attraktiv sein, nicht nur für neue Mitarbeitende, sondern auch für jene, die bleiben wollen. Wer gute öffentliche Dienstleistungen will, muss für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Der Kanton soll Vorbild sein, nicht Nachzügler, und wichtig wäre uns auch, dass jedes Departement mit Abteilungen mit auffälligen Befragungsresultaten wirklich auch konkrete Verbesserungen in Angriff nimmt und transparent darüber berichtet.

Zum Schluss möchte ich im Namen der SP-Fraktion der GPK für ihren ausgewogenen faktenbasierten Bericht danken. Wir sehen in einigen Themenfeldern Handlungsbedarf, aber auch Fortschritte. Die Sozialdemokratische Fraktion setzt sich dafür ein, dass Basel-Stadt nicht nur effizient verwaltet, sondern sozialgerecht, transparent und demokratisch weiterentwickelt wird. Dafür braucht es klare politische Prioritäten, die Bereitschaft zur Veränderung und den Mut, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Genau das erwarten wir auch von der GPK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP das Wort hat Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Die Fraktion der Grünliberalen schliesst sich dem Dank an die Regierung, an die Verwaltung, die Kleeblattorganisationen und allen Involvierten an. Der Dank gilt auch der Geschäftsprüfungskommission, die ja bekanntlich die Aufgabe hat, staatliches Handeln hinsichtlich Angemessenheit, Berechenbarkeit, Effizienz, Kundenfreundlichkeit, Rechtmässigkeit und Transparenz zu prüfen und zu fördern. Wir sind überzeugt, dass die Arbeit der GPK für das Vertrauen der Öffentlichkeit in staatliche Institutionen wichtig ist. Weder ist dieses Vertrauen selbstverständlich, noch hat es eine Regierung vorbehaltlos verdient.

Das wache Auge der GPK und die Gewissheit, dass Konflikte, Vorwürfe und der eine oder andere Skandal in einer grossrätlichen Oberaufsicht und mit Hilfe von professionell aufgestellten Kleeblattorganisationen untersucht und falls nötig öffentlich kritisiert wird, schafft dieses Vertrauen. Die Gewissheit steigert aber auch seitens Regierung die Aufmerksamkeit dafür, stets so zu handeln, dass sie sich jederzeit erklären kann. In ihrem Jahresbericht etwas eigenwilliger, als wenn sie von der GPK dazu befragt wird. Einmal im Jahr, also heute, interessieren die konkreten Empfehlungen der GPK, die handfeste Kritik der Kommission an der regierungsrätlichen Arbeit. GPK-Präsident Tim Cuénod und andere sind auf die wichtigsten Punkte bereits eingegangen.

Die Grünliberalen begrüssen die Empfehlungen der GPK, wir unterstützen diese und sind überzeugt, dass sie seitens Regierung als hilfreiche Hinweise für die Verbesserung des kantonalen Handels aufgenommen und umgesetzt werden. Wichtig sind aber auch die Untersuchungen, in denen die Kommission feststellen konnte, dass die Regierung trotz anfänglicher Befürchtungen erwartungsgemäss gearbeitet hat. Dass die GPK vermehrt auch Untersuchungen mit positivem Ergebnis im Bericht publiziert, begrüssen wir. Und auch der Entscheid, wo eine Empfehlung vonnöten ist und wo nicht, wo sie Sinn macht und wo nicht, finden wir sehr sinnvoll. Hier wünschen wir uns etwas mehr Systematik seitens der GPK. So wäre es interessant zu erfahren, welche Empfehlungen aus vorgängigen Berichtsjahren zu gewünschten Optimierungen führten und welche nicht. Hier besteht seitens GPK noch etwas Luft nach oben.

Für die Grünliberale Fraktion ist die Transparenz des staatlichen Handels immer wieder ein Thema. Handelt der Kanton transparent und tut er es nachvollziehbar? Wir begrüssen darum, dass die GPK sich bei den unzähligen Themen auch die Frage der Transparenz immer wieder stellt und entsprechende Erwartungen formuliert. Auch die seitens GPK angeregten Instrumente zu diesem Zweck halten wir für eine wichtige Ergänzung im Jahresbericht der Regierung. Neben dem

Projektportfolio, das nun seit einigen Jahren fixer Bestandteil des Jahresberichtes der Regierung ist, erscheint uns auch die Bilanzierung des Legislaturplans ebenfalls ein aufschlussreiches Instrument.

Wir ermuntern die GPK dazu, weitere Optimierungen am Reporting der Regierung anzuregen. Wir denken, dass diese selbstkritische Form der Reflexion im Jahresbericht der Regierung wünschenswert ist und eben dieses Vertrauen schafft. Es geht auch darum aufzuzeichnen, welche Ziele noch nicht erreicht sind und wo sich Lösungen nicht ganz so einfach erweisen, wie das eine zunehmend polarisierende Politik zu oft behauptet. Wir wünschen uns eine Exekutive mit mehr Mut dazu zu stehen, wenn sie zur einen oder anderen Herausforderung noch keine Lösung auf den Tisch legen kann und dass sie dies im Jahresbericht festhält. Auch das schafft Vertrauen. Hier besteht seitens Regierung noch etwas Luft nach oben.

In diesem Sinne empfehlen die Grünliberalen, den Bericht der GPK zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA das Wort hat Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Die GPK stellt fest, dass der Regierungsrat davon ausgeht, dass die US-amerikanische Regierung innerhalb des eigenen Rechtsrahmens handle. Das ist aus meiner Sicht oder aus Sicht von BastA die brisanteste Aussage im GPK-Bericht. Es mag sein, dass diese Aussage vielleicht unter Biden noch einigermassen berechtigt war, inzwischen muss man sich aber schon ziemlich alle Augen und Ohren verschliessen, um immer noch daran zu glauben, dass die Trump-Administration den Rechtsstaat respektiert. Illegale Festnahmen, Ausschaffungen und Inhaftierungen im Terror-Gefängnis in El Salvador, Unterdrückung von Meinungsfreiheit, Einsatz des Militärs gegen die eigene Bevölkerung, Richter*innen werden zum Feind erklärt, wenn sie nicht so entscheiden, wie Trump es will, und sensible Daten von Millionen von Amerikaner*innen werden vom Finanzamt an Elon Musk weitergegeben, und so weiter und so fort. Wer jetzt noch daran glaubt, die US-Regierung handle innerhalb des Rechtsrahmens, ist nicht mehr naiv, sondern grobfahrlässig.

Wir von BastA erwarten deshalb, dass die Regierung die Verantwortung übernimmt, von der sie sonst so gerne spricht, und den Umstieg auf Microsoft 365-Cloud sofort stoppt bzw. rückgängig macht, sofern sie bereits erfolgt ist. Klar ist die Suche nach Alternativen mühsam, ich kenne das aus eigener Erfahrung, und Open-Source-Lösungen, wie es jetzt beispielsweise Dänemark mit Linux und LibreOffice angeht, sind aufwendiger einzuführen und auch nicht ganz so einfach, da die Administration aufrecht zu erhalten, und sie bieten auch nicht den Komfort und die Serviceleistungen, die Microsoft bietet, das ist klar. Aber bei der Kantonsverwaltung handelt es sich nicht nur um einen kleinen Verein oder einen Handwerksbetrieb, der mal pragmatisch den einfacheren Schritt machen kann, hier geht es um hochsensible Daten von uns Einwohner*innen. Da reicht es nicht festzuhalten, dass M365 nicht für die Daten mit sehr hohem Schutzbedarf genutzt werden darf. Im Alltag und im Stress können sehr schnell Fehler passieren, es können beispielsweise sensible Angaben in einer Mail weitergeschickt werden. Es ist Aufgabe der Regierung, für eine IT-Infrastruktur zu sorgen, die auch dann den Datenschutz sicherstellt, wenn Mitarbeitende Fehler machen und das ist bei Microsoft 365 nicht der Fall.

Und ja, die Sorge vor Hackerangriffen ist berechtigt und Microsoft bietet hier sicher einen guten Service und einen ziemlich guten, wenn auch nicht hundertprozentigen Schutz, aber es ist sicherlich nicht die einzige Möglichkeit, sich zu schützen. Unser Anspruch muss es sein, eine sichere IT zu haben, ohne unsere Daten potenziell an die Trump-Administration zu verkaufen. Noch besteht die Möglichkeit für einen Notstopp beim Umstieg in die Cloud. Liebe Regierung, ich frage Sie, was muss Trump noch alles tun, damit Sie die Bremse ziehen?

Der Datenschutz ist ein grosses und ein schwerwiegendes Problem, aber nicht das einzige. Ich werde noch ein paar weitere Punkte etwas ausführen und ganz vieles nicht sagen, das ebenfalls wichtig wäre.

Bei den BVB werden ein Drittel des Personals bis 2030 in die Pension gehen, also bis in fünf Jahren. Beim Erziehungsdepartement hat die Pensionierungswelle auch bereits begonnen und wird sich weiter verschärfen und generell steht die Verwaltung vor der Herausforderung, dass sehr viele erfahrene Mitarbeitende in den nächsten Jahren in die Pension gehen. Gleichzeitig hat die Mitarbeitendenbefragung gezeigt, das haben wir bereits gehört, dass die Arbeitsbelastung vielerorts zu hoch ist, die Arbeitsumgebung und die Gesundheitsförderung ungenügend. Hinzu kommen die Unzufriedenheit über Lohn und Lohnnebenleistungen. Wir von BastA sind froh, dass wenigstens die letzten Punkte nun angepasst werden. Damit sind die Probleme aber längst nicht vollständig gelöst und die Zeit drängt. Heidi Mück hat das heute Morgen am Beispiel der Lehrpersonen bereits deutlich aufgezeigt. Der Kanton muss als Arbeitgeberin attraktiver werden und dem Gesundheitsschutz hohe Priorität geben, um die anstehenden Pensionierungen zu ersetzen und die Mitarbeitenden dann auch zu halten.

Und noch hier ein paar Worte an meine bürgerlichen und rechten Kolleg*innen. Wenn Sie bei jeder Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Kantonspersonal davon reden, dass diese auf keinem Fall besser sein dürfen als in der Privatwirtschaft, dann blenden Sie nicht nur aus, dass gerade die von Ihnen hochgelobten innovativen Arbeitgeber*innen längst bessere Arbeitsbedingungen haben als der Kanton, und Sie riskieren, dass der Kanton in Zukunft schlicht nicht mehr genügend Mitarbeitende findet. Was das heisst, können wir heute schon spüren, wenn die Polizei beispielsweise bei

Ruhestörung nicht mehr kommt oder das Tram nicht mehr fährt, der Takt ausgedünnt wird. In Zukunft werden die Kinder dann vielleicht nicht mehr unterrichtet, die Baubewilligung kommt nicht nur zu spät, sondern gar nicht mehr, und im Spital können Sie Ihren Angehörigen gleich selber waschen oder das Essen mitbringen. All das kennen wir aus dem nahen und fernen Ausland bereits sehr gut. Ich hoffe wirklich, dass es hier in diesem reichen Kanton nicht so weit kommt.

Grosse Herausforderung sind auch der Schulraummangel, die Schulwegsicherheit und die Verbesserung beim Drei-Rollen-Modell. Hier erwarten wir von BastA, dass die Zusammenarbeit zwischen den Departementen weiter verbessert wird. Der Aufgabenberg ist gross und kann nur bewältigt werden, wenn alle an einem Strick ziehen. Und gerade beim Schulraummangel sehen wir jetzt schon, dass beispielsweise die Einführung von Förderklassen oder weitere Unterstützungsmassnahmen nicht wirklich umgesetzt werden können, wenn der Schulraum dafür fehlt, wenn die Gruppenräume dafür fehlen, usw.

Wir von BastA freuen uns darüber, dass mit der Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell endlich etwas unternommen wird, damit mehr junge Erwachsene einen Bildungsabschluss machen können. Es braucht jedoch mehr als eine bessere Kommunikation über die Vorteile der Lehre oder die Unterstützung von jungen Menschen auf ihrem Weg zum Abschluss. Wir von BastA erwarten, dass auch die Lehrbedingungen verbessert werden. Gemäss einer schweizweiten Umfrage der UNIA gab ein Drittel der Lernenden an, im Betrieb Rassismus, Mobbing oder sexuelle Belästigung erlebt zu haben, und mehr als die Hälfte der Lernenden gab an, mehr als neun Stunden pro Tag arbeiten zu müssen. Es gibt keinen Hinweis und uns konnte auch nichts darüber gesagt werden, dass es in Basel-Stadt weniger schlimm wäre. Wir müssen also davon ausgehen, dass die Durchschnittswerte aus der Schweiz ungefähr auch in diesem Kanton gelten. Das heisst, hier braucht es unbedingt eine bessere Aufsicht, eine bessere Lehraufsicht, damit die Lehrqualität verbessert werden kann und die jungen Menschen den Lehrabschluss auch machen können.

Und bleiben wir gerade bei den jungen Menschen. Zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und der Prävention in den Schulen, da können wir uns voll und ganz dem Votum von Fleur Weibel von heute Morgen anschliessen. Neben dem ED ist hier aber auch das Gesundheitsdepartement und das WSU gefordert und wir erwarten hier auch mehr Aktivität, es kann nicht alles den Schulen überlassen werden.

Zum JSD kann ich Ihnen einfach nur empfehlen, lesen Sie den Bericht der GPK und nehmen Sie ihn ernst. Das gilt grundsätzlich auch für alle anderen Teile des Berichts.

Ich möchte mich hiermit ganz herzlich bei meinen Kommissionskolleg*innen bedanken, insbesondere auch bei Kathrin Pavic, sie hat das wirklich alles sehr gut vorbereitet und eine Riesenarbeit für uns gemacht. Ich bedanke mich auch beim Regierungsrat und bei den Gerichten für die Berichterstattung und ich danke Ihnen allen für das Genehmigen des GPK-Berichts.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP das Wort hat Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Der Rechenschaftsbericht der GPK und ihr Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrates nimmt doch diverse Punkte auf, welche es verdienen, dass sie näher beleuchtet werden.

Als erstes Thema können wir das Neubauprojekt NMB/StABS aufführen. Es standen ja von allem Anfang an schon Befürchtungen im Raum, dass das Bauen unter dem Grundwasserspiegel an diesem Ort zu Schwierigkeiten führen könnte, und diese Befürchtungen haben sich leider bewahrheitet. Schon im letzten Quartal 2023 hatten nur vereinzelte vom Schimmel befallene Stellen nachgebessert werden müssen. Schon diese nur vereinzelten sind unserer Meinung nach zu viel. Es ist später im dritten Untergeschoss weiterer Schimmelbefall entdeckt worden, das Lied ging im 2024 munter weiter. Im Januar sind weitere feuchte Stellen entdeckt worden. Wie bereits auch erwähnt, die berühmte gelbe Wanne, welche ja zur Abdichtung dieser Baustelle hätte dienen sollen, war selbst undicht. Alles in allem, das sind Baumängel, welche in ihrem Umfang und Tragweite für die SVP doch sehr befremdlich sind.

Zudem im Laufe des Projektes wurde entdeckt, dass zusätzliche Arbeitsplätze nötig sind, um den gesetzlichen Auftrag zur Digitalisierung der 12 Millionen Sammelobjekte zu erfüllen. Diese zusätzliche Anforderung erforderte eine Umplanung, verzögert das Projekt um sechs Monate und erfordert natürlich auch mehr finanzielle Mittel. Dieser Punkt geht natürlich Hand in Hand mit der scheinbar erst nach Baubeginn entdeckten Tramnutzung über das Luzernerring-Viadukt, welche eine zusätzliche Ausgabenbewilligung des Grossen Rates über ca. 1,4 Millionen Franken nach sich zog.

Diese Projektschwachstellen empfinden wir von der SVP als irritierend und wir unterstützen die Erwartung der GPK, dass die Kostenentwicklung und Terminerfüllung laufend überprüft, Mehrkosten nach dem Verursacherprinzip überbunden und die zuständigen Kommissionen des Grossen Rates bei relevanten Projektabweichungen proaktiv informiert werden. Wohlgemerkt, das gilt nicht nur für gerade dieses Projekt, das gilt für sämtliche Projekte des Kantons.

Auch beim Submissionsverfahren sind noch Verbesserungen möglich. Der GPK wurde erklärt, dass bei den Verträgen alles rechts und ordnungsmässig abgelaufen sei. Aber bei den Submissionsvergaben habe es keine Rolle gespielt, ob der Kanton mit einer bewerbenden Firma bereits negative, ungünstige Erfahrung gemacht hat oder nicht. Der Preis des Angebotes wurde mit 60 Prozent gewichtet und es ist unserer Meinung nach eine Frage des gesunden Menschenverstandes, dass man ungünstige Erfahrungen, die man mit einem Bewerber in der Vergangenheit gemacht hat, auch wirklich in eine Bewertung einfliessen lässt. Wir unterstützen deshalb die entsprechende Empfehlung der GPK, dass bei zukünftigen Submissionen Erfahrungen und Referenzprojekte als Vergabekriterium höher gewichtet werden.

Das Drei-Rollen-Modell ist ein Thema respektive wir anerkennen, dass das BVD frühere Kritikpunkte der GPK betreffend mangelnde Kommunikation zwischen BVD und dem Nutzerdepartement aufgenommen und organisatorische Anpassungen vorgenommen hat. Nicht zufriedenstellend ist aber die mehrfach geäusserte Forderung der GPK, dass das Nutzerdepartement bereits in der Jury, welche dann das Projekt auch bewilligt, Einsitz haben kann. Wir haben den Eindruck bekommen, dass Jurys auch in Zukunft weiter architektonisch und städtebaulich ausgerichtet sein werden. Wir unterstützen die erneute Forderung, dass das Nutzerdepartement auch in der Jury eingebunden wird.

Ein praktisch alle Jahre wiederkehrendes leidiges Thema ist das Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Das war im 2024 nicht anders. Das BGI kann sein Selbstverständnis als Dienstleistungsbehörde nach Aussagen einer grossen Anzahl von Betroffenen noch viel akzentuierter wahrnehmen. Hier besteht noch ganz klar Luft nach oben. Wir anerkennen, dass Baubewilligungsverfahren in unserem Kanton komplex sind. Da sind zum Teil auch wir hier in diesem Saal daran schuldig mit immer mehr Forderungen, immer mehr komplexen Normen, etc., die zu erfüllen sind. Zum Teil sind bei solchen Verfahren zwei Dutzend und mehr Amtsstellen eingebunden. Es darf aber nicht sein, dass das Wissen, welche Amtsstellen hier angesprochen werden müssen, der Bauherr mitbringen soll. Dieses Wissen ist im BVD vorhanden und das BVD soll nach Meinung der GPK seine Koordinationsaufgabe im Sinne einer verbesserten, ich meine, einer deutlich stärkeren Verbesserung noch wahrnehmen. Auch ein Dauerbrenner natürlich die gesetzlichen vorgegebenen Bearbeitungsfristen respektiere deren beträchtliche Überschreitungen. Das BGI hat letztes Jahr schon und auch jetzt in diesem Jahr Schritte unternommen zu einer verstärkten Digitalisierung und wir hoffen sehr, dass das zu einer deutlichen Verkürzung der Bearbeitungsfristen führt. Die Bauherren in diesem Kanton haben jetzt wirklich genug gelitten.

Ich möchte die verbleibende Zeit noch nutzen, um auf die IT in unserem Kanton einzugehen. Einerseits ist es zu begrüssen, dass der Regierungsrat die organisatorischen Schwächen der IT BS jetzt endlich anerkannte und mit dem Projekt «Pharos» eine Verbesserung der Situation anstrebt. Ein anderes Thema, wir haben jetzt mehrfach gehört, ist dieser Gang in die Microsoft-Cloud. Das ist nicht technisch eine schwierige Sache, sondern die politischen Rahmenbedingungen, die da mitspielen. Diese Server stehen zwar auf Schweizer Gebiet, unterstehen aber der Hoheit der amerikanischen Firma Microsoft und Amerika kann natürlich Zugriff auf die Daten verlangen. Dieser Zugriff kann auch bedeuten, dass ein Datenabfluss stattfinden kann. Es ist ja nicht auszuschliessen, dass gerade bei unseren grossen international tätigen Firmen potenziell Daten dieser Firma auf US-Servern landen. Wenn wir sehen, wie der amerikanische Präsident sehr kreativ und sehr erratisch auch Handelsschwierigkeiten vom Zaun zetteln kann, können wir nicht ausschliessen, dass er auch einmal auf Ideen kommt, hier solche Daten auf Microsoft-Servern anzuzapfen, oder was eben auch geschehen kann, dass er verlangt, dass Services blockiert werden. Wir haben jetzt bereits gehört, vor nicht allzu langer Zeit wurden die E-Mail-Konten des Chefanklägers des internationalen Strafgerichtshof einfach mal gesperrt. Wir wissen, der Regierungsrat ist sich dieser Risiken bewusst, er hat von einer US-Firma eine Risikoanalyse machen lassen. Als ich das hörte, kam mir komischerweise der Gedanke vom Bock und dem Gärtner in den Sinn, eine US-Firma, welche eine US-Firma beurteilt. Wir erwarten ganz deutlich, dass der Regierungsrat sich klar äussert, wie er mit diesen Restrisiken umgeht.

Wir anerkennen trotz dieser Bemerkungen, dass im vergangenen Jahr sehr viel gute Arbeit geleistet worden ist, Arbeit, welche erfolgreich zu Ende geführt wurden, welche naturgemäss eher weniger bei der GPK aufschlagen, und wir danken dem Regierungsrat und der Verwaltung für diese Arbeit. Wir danken auch ganz speziell unserer Kommissionssekretärin, ohne deren kompetente Arbeit dieser Bericht nicht in der vorliegenden Form hätte erscheinen können, und bitten Sie, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen. Ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Schaller, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Danke, Beat Schaller, für die Annahme der Zwischenfrage. Ich wollte fragen, wenn sich die Nutzeranforderungen während eines Bauprojekts verändern, ist das ein Problem des Bauens oder des Nutzens und wie soll es gelöst werden?

Beat K. Schaller (SVP): Wenn diese Anforderungen vorher schon absehbar wären, dann ist es ganz klar eine Frage der Bauprojektierung, der Planung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Grüne/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Unsere Fraktion dankt dem Regierungsrat für den Jahresbericht und dankt der Verwaltung, den ausgelagerten Betrieben, den Kleeblattorganisationen und allen weiteren Involvierten für ihre Arbeit. Ich möchte auch meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Kommission danken für die gute Zusammenarbeit und auch dem Sekretariat, das wie immer einen sehr guten Job gemacht hat.

Ich möchte beginnen mit zwei Vorbemerkungen aufgrund der Debatte einerseits heute Morgen. Raoul Furlano ist zwar nicht da, aber er und einige andere haben hier zur grossen Selbstkasteiung angesetzt gegen den Grossen Rat, dass er die Ausgaben immer weiterwachsen lasse und sich endlich mal Disziplin verordnen soll. Das ist löblich, das ist gut, wenn man das macht, aber ich denke, als Kontrollorgan, und das Parlament ist ein Kontrollorgan, dürfen wir auch das vom Regierungsrat erwarten. Denn wir dürfen nicht vergessen, es gibt auch immer wieder sogenannte Kostenüberschreitungen und auch wenn es dann am Schluss einen angeblichen Mehrwert gibt, sind es immer noch Kostenüberschreitungen. Und in dem Sinn prospektiv auf die genannten Herausforderungen finanzieller Art hoffen wir auch, dass der Regierungsrat diesbezüglich das nötige Augenmass hat und Kostenüberschreitungen möglichst verhindert.

Dann möchte ich noch vorbemerken zu dem, was der Regierungspräsident und auch unser Kommissionspräsident gesagt hat bezüglich der Legislaturziele. Ich glaube, was man dort wirklich auch nochmal anschauen muss, ist, was passiert, wenn sich Legislaturziele widersprechen. Also wir haben ein Legislaturziel, dass das Klima betrifft, da geht es um die Senkung der Treibhausgasemissionen. Wir haben ein anderes Legislaturziel, wo es um die Förderung der Standortattraktivität geht. Beim einen lamentiert der Regierungsrat, dass die Senkung der Treibhausgasemissionen, wenig überraschend, eine grosse Herausforderung ist und vielleicht nicht so einfach zu erreichen ist. Beim anderen Legislaturziel freut er sich, dass der EuroAirport die Zahl der Flugdestinationen steigern konnte und leider noch nicht das Mass von 2019 erreicht hat. Also egal, wie man das jetzt bewertet, aber diese Ziele widersprechen sich ein bisschen. Mehr fliegen, auch wenn es Scope 3 vielleicht ist, sind einfach mehr Treibhausgasemissionen. Vielleicht muss man da auch noch anschauen, wie man das genaue Bewertungsraster dieser Legislaturziele anschaut.

Allgemein lässt sich sagen, wenn man gerade auch auf die letzten Monate zurückblickt, leben wir ein bisschen in einem Sommernachtstraum mit ESC, Art, EURO, alles schöne Feste. Der Regierungsrat kann repräsentieren, kann tanzen, kann restituieren, kann feiern. Wir können da mitmachen und ich glaube, das ist sehr schön, aber es gibt natürlich auch noch eine andere Seite dieses Sommernachtstraums und das sind die realen Welten, wo man immer wieder aufwacht und sieht, was eigentlich da ist. Und ich denke, die Geschäftsprüfungskommission ist der Ort, wo diese Kontrolle am meisten stattfindet und wo dieser Rechtfertigungsdruck manchmal hart, manchmal vielleicht mit mehr Augenmass auch stattfindet.

Wir haben ein wichtiges Thema, das alle Departemente betrifft. Wir haben es zum Teil in gewissen Departementen einzeln nochmals abgehandelt, aber ich denke, das ist wirklich eine grosse Herausforderung des Kantons, die in der Mitarbeitendenbefragung auch sichtbar wurde. Einerseits Zufriedenheit, die doch sehr ambivalent war in gewissen Teilen, vor allem wenn man auf die tieferen Ebenen geht. Dann ist es die Pensionierung, die stark zunehmen wird, wir haben das schon heute Morgen gehört, und dann, das war etwas das überraschendste für mich, auch die Fragen der Gesundheit. Ich denke, in einem ganzheitlichen Ansatz, gerade wenn der Regierungsrat an diesen ganzen Arbeitsmarktzulagen, der Arbeitgeberattraktivität arbeitet, sollte man das wirklich auch mitbedenken und wir hoffen da, dass er auch wirklich den Fokus legt, gerade wenn es um den Bereich Gesundheit geht.

Wenn ich jetzt die Debatte verfolge, eines der grossen Themen scheint diese Frage der IT zu sein. Lukas Faesch hat das, glaube ich, gesagt und wenn er es nicht war, war es jemand anderes, aber ich glaube, ich möchte das einfach nochmals unterstützen und unterstreichen, die Frage der Cybersecurity und dass die Cybersecurity wirklich auch gestärkt wird vom Kanton. Ich glaube, das ist ein wichtiges Anliegen der GPK und was man auch anschauen muss, das ist eine Geschichte, die wir schon seit Jahren verfolgen, ist eigentlich die Rolle der Datenschutzbeauftragten und wie diese Rolle auch gestärkt werden kann. Vielleicht braucht es auch keine Stärkung der Datenschutzbeauftragen, sondern es reicht eine wirklich starke Cybersecurity-Figur, das muss der Regierungsrat entscheiden.

Der zweite Punkt wurde auch angesprochen, das ist dieser Gang in die Cloud und ich denke, man muss, egal, wie man das dann politisch bewertet, wir sind eine Geschäftsprüfungskommission, wir müssen das aus einer Sicht anschauen, wie kontrollieren wir die Regierung, wie können wir, das Parlament, diese Kontrolle wahrnehmen. Die politische Debatte werden wir sicher führen. Ich möchte hier nur die drei Ebenen ansprechen, die uns wichtig erscheinen. Das eine ist die strategische Ebene und das ist der US-Zugriff auf unsere Daten. Wir haben dieses Gutachten gehört, ich hoffe, der Regierungsrat wird beide irgendwann veröffentlichen oder jemand beschafft sie sich, es gibt ja das Öffentlichkeitsgesetz, vielleicht hört das ja jemand von den Medien. Aber ich glaube, was bei diesen Gutachten, wir kennen nur das eine, was dort sicher fehlt, es konzentriert sich sehr auf den Cloud Act, aber diese Gemengelage, wir müssen jetzt noch drei Jahre diese Regierung irgendwie überstehen, aber was in dieser Gemengelage eigentlich noch wichtig ist, ist, dass auch anderseitig ein direkter

Zugriff auf die Daten besteht, nämlich über die Gesetze des Nachrichtendienstes. Und was in diesem Gutachten nämlich nicht vorkommt, ist die Frage, die darüber hinausgeht, weil wenn Sie via den Cloud Act oder den anderen Rechtsetzungen arbeiten, dann müssen Sie das vor Gericht anfechten. Der Staat könnte das machen, aber er muss es vor Gericht durchsetzen, bei allen geheimdienstlichen Aktivitäten muss er das nicht. Ich weiss nicht, wie es geregelt ist.

Der zweite Punkt sind Sanktionen, das wurde von Beat K. Schaller schon angesprochen. Da ist aus meiner Sicht nicht das Problem, ich glaube auch nicht, dass das passieren würde, dass man direkt irgendwie die Basler Regierung sanktionieren würde und dann würde man abstellen, sondern ich glaube, es ist wirklich dort, man muss sich das vorstellen, dass vielleicht im Dunstkreis der Schweiz oder von Basel, der Pharma, wir wissen, es kann ja alles Mögliche sein, eine Sanktionsmöglichkeit ausgesprochen wird und dann Microsoft, oder es könnte auch ein anderer Anbieter sein, aus sich heraus entscheidet, keine Dienstleistungen mehr anzubieten, weil sie Angst haben, dass sie sich strafbar machen gegenüber der amerikanischen Regierung und dort Entschädigungszahlungen, was auch immer, machen müssen. Das ist die eine Ebene.

Die zweite Ebene ist die technische Ebene. Da fehlt mir zurzeit noch ein bisschen die Grundlage. Also wir haben gesehen, Backup-Strategie, Exit-Strategie sind in Erarbeitung, ich hätte erwartet, dass die jetzt schon da sind, dass wir das schon sehen können, und vor allem auch, dass es einen Implementierungsplan gibt. Also mich würde interessieren, ich habe so ein bisschen gehört, dass jetzt im Herbst auch der Parlamentsdienst und weiss nicht, wer alles, hier umstellen muss, aber einen konkreten Plan haben wir dazu nicht gesehen. Gleiches gilt eigentlich für den Copilot, also das ist die KI von Microsoft. Wie diese implementiert wird und wie diese genutzt werden darf, ist mir nicht klar. Die letzte ist die staatsrechtliche Ebene. Hier frage ich mich, wie die Gewaltenteilung gewahrt werden soll und bei den Gerichten dann umgesetzt wird.

Vielleicht noch ein Lob an Tanja Soland. Ich glaube, sie hat eigentlich vieles richtig gemacht, weil in den letzten 20 Jahren hat man IT-mässig ein bisschen geschlafen. Man hat jetzt aber etwas gemacht. Leider hat man den Teufel mit Beelzebub ausgetrieben.

Noch ein letzter Punkt ich hoffe, das schaffe ich noch. Was uns auch beunruhigt, ist die Zusammenarbeit zwischen Baselland und Basel-Stadt. Ich denke, wenn man Räume kühlen könnte mit dem momentanen Klima zwischen den Regierungen, dann wäre es hier schön kalt. Das gilt für das Lufthygieneamt, das sich getrennt hat, das gilt für die Gesundheitsversorgung und wir erwarten wirklich, dass der Regierungsrat hier vorwärts macht.

Ich danke einfach noch den Gerichten, weil sie sich wirklich gut gehalten haben und unsere Empfehlungen umgesetzt haben, was man auch mal lobend erwähnen darf.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist meine letzte Rede vor der parlamentarischen Sommerpause.

Ich beantrage Rückweisung und Nichteintreten. Ich habe gestern Abend diesen Bericht gelesen, ich habe es leider vergessen, ich habe es erst gestern Abend gelesen und ich habe geglaubt, ich glaube meinen Augen nicht, was in diesem Bericht steht. Ich war eigentlich sehr traurig. In diesem Bericht, den wir jetzt diskutieren von der Geschäftsprüfungskommission, sind mehrere Seiten über den Grossrat Eric Weber. Ohne mich zu fragen, was ist der Grund. Auf Seite 13 und 14 komme ich vor. Ich kann mich kurzfassen, aber ich möchte den Grund wissen, warum ich auf zwei Seiten, auf der Seite 13 und 14 vorkomme. Warum bin ich in diesem Bericht? Warum ist es zu dieser Aktion gekommen?

Man hätte mich fragen können, aber darum sage ich das jetzt noch, es ist so, ein Freund von mir hat das Wahlcouvert weggeworfen und dann hat der Freund im Rathaus ein neues Couvert geholt und die Staatsschreiberin hat mich angezeigt. Darum war ich so überrascht wegen dieser Sache. Sie wissen ganz genau, dass Sie auch einmal das Handy irgendwo verlieren oder den Geldbeutel verlieren und es gibt halt Leute, obwohl sie wissen, dass sie mich wählen müssen, die das Couvert wegwerfen. Und dann habe ich die Anzeige bekommen. Und es ist nicht kriminell, wenn man mit einem Freund ins Wahlbüro geht. Das Wahlbüro hat dann gesagt, Herr Weber, Sie müssen draussen warten. Dann haben sie den Mann in die Zange genommen, der Mann war auch schon älter und dann kam die Anzeige von Frau Schüpbach. Darum gab es die Aktion von mir am 20. Oktober 2024.

Das wäre es gewesen. Ich wünsche allen Abgeordneten einen schönen Sommer. Ich komme nicht mit auf die Grossratsreise, wir sehen uns wieder am 10. September.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir sind mit den Sprechenden durch. Der Präsident des Gerichtsrates verzichtet. Damit hat Regierungsrat Cramer das Wort. Er verzichtet ebenfalls. Der Präsident der GPK wünscht das Wort.

Tim Cuénod (SP): Vielen Dank für die konstruktive Debatte an alle, die sich beteiligt haben. Sie alle, die unserer Kommission nicht angehören, haben aufgrund der unterschiedlichen Schwerpunkte der Voten sehen können, dass uns natürlich unterschiedliche Themen und Empfehlungen unterschiedlich wichtig sind. Und doch fällt auf, wir alle stehen zu diesen Empfehlungen, es ist eine gewisse Leidenschaft spürbar und es geht uns allen um die Sache, um konstruktive Kritik und die Verbesserung der Arbeit von Regierung und Verwaltung. Wir sind stets bemüht auszusprechen, was ist und nichts zu beschönigen und zu bemänteln, und wir sind im gleichen Masse bemüht, stets sachlich zu sein und jeden Eindruck zu vermeiden, ein untersuchtes Thema aus machtpolitischen Gründen zu instrumentalisieren. Natürlich ringen wir oft um unsere Prioritäten, um das richtige Vorgehen und um konkrete Formulierungen, aber vor allem sind wir ein wirklich gutes Team mit einer heute häufig schon genannten ausgezeichneten Kommissionssekretärin. Ausdrücklich danken möchte ich dabei auch dem einzigen Sprecher aus der Kommission, der heute uns in seinem Votum ein wenig kritisiert und auch einen konkreten Vorschlag eingebracht hat.

Ich möchte noch einige Anmerkungen machen zu dem, was Regierungspräsident Cramer gesagt hat. Wenn uns messbare Ziele und Indikatoren wichtig sind, dann liegt das nicht daran, dass wir alles quantitative Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wären, also Mathematikerinnen, Naturwissenschaftler, IT-Fachleute oder Ökonomen, und doch sind wir und ich insbesondere ein grosser Fan klarer Ziele, die auch messbar sind. Ich möchte das anhand der beiden Beispiele erläutern, auf die Herr Regierungspräsident Cramer vorhin eingegangen ist.

Es war gut, dass sich der Regierungsrat zu Beginn der abgelaufenen Legislatur das Ziel gestellt hat, dass mehr Jugendliche und junge Erwachsene einen Sek 2-Abschluss erzielen sollen, denn wir sind der Kanton, in dem am meisten Jugendliche und junge Erwachsene heute weder eine Lehre abschliessen noch eine Schule mit Maturität verlassen. Man hat dabei allerdings die Massnahmen erst offenbar 2023 ausgearbeitet und wichtig ist, dass der Indikator vielleicht nicht optimal gewählt war. Es ist zwar ein Bundesziel, dass man sagt, es sollten über 95 Prozent der 25-jährigen einen Sek 2-Abschluss erreichen, aber wie Herr Regierungspräsident Cramer richtig erwähnt hat, man kann Erfolge erst ungefähr nach zehn Jahren messen. Da wäre es vielleicht auch sinnvoll zu schauen, wie es aussieht bei den 20-jährigen, wie hoch ist die Zahl der 20-jährigen, die einen Sek 2-Abschluss erzielen und wie verändert sich diese Zahl. Das wäre sicher noch ein etwas sinnvollerer Indikator, weil sich Erfolge schnell messen liessen. Es ist natürlich etwas anders als das Bundesziel, aber so lassen sich Indikatoren, denke ich, auch verbessern.

Ich bin ausdrücklich der Meinung, dass vieles sich messen lässt, wenn man wirklich sinnvolle Indikatoren aussucht. Zum Beispiel auch die genannte Attraktivitätssteigerung der Innenstadt. Man könnte sich zum Beispiel das Ziel setzen, innerhalb eines Jahres sechs Strassenzüge mit 1,1 Kilometer Länge aufzuwerten oder man könnte sich zum Ziel setzen, dass die Abwärtstendenz bei der Zahl der Innenstadt-Besuchenden gestoppt wird und die Zahl der Besuchenden in der Innenstadt an einem Samstagnachmittag mindestens stabilisiert wird oder sagen wir, um 5 Prozent erhöht wird. Man könnte die Zahl der Veranstaltungen in der Innenstadt messen und vieles mehr. Also sogar bei einem solchen Ziel liesse sich schon in Prosa einiges machen, es liessen sich quantitative Ziele aufstellen und sie könnten auch durchaus sinnvoll sein. Wir finden es, wie gesagt, wichtig, dass man sich klare Ziele setzt und dass die auch möglichst messbar sind.

Wir haben mit ein bisschen Pathos auch einen hohen Anspruch formuliert, dass wir hin und wieder Licht ins Dunkle bringen müssen. Ganz so düster ist es nun in der Regierung und der Verwaltung nicht überall. Es ist nicht überall dunkel, aber es ist auch wichtig, dass wir einen wichtigen Beitrag leisten, um Transparenz herzustellen und mit der Formulierung ist auch vielleicht ein gewisser aufklärischer Anspruch verbunden. Regierung und Verwaltung sollen keine obskur charismatische Geheimwissenschaft sein. Entscheidend ist nicht, dass Regierungsmitglieder durch performative Leistungen glänzen, entscheidend ist, dass die kantonale Verwaltung im Interesse aller Baslerinnen und Basler gut funktioniert, Regierungsrat und Verwaltung sich sinnvolle Ziele setzen, diese im Augen behalten, für ihre Ziele auch Rechenschaft ablegen und dass man hier an dieser Stelle gut darüber diskutieren kann. Wir versuchen in diesem Sinne als Geschäftsprüfungskommission unseren Beitrag zu leisten.

Ich danke allen, die sich an der heutigen Debatte in irgendeiner Form beteiligt haben und insbesondere natürlich an der Arbeit der GPK im vergangenen Jahr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen.

Herr Weber hat Eintreten bestritten. Dies ist aber obligatorisch und kann nicht angefochten werden. Deshalb kommen wir zu seinem Rückweisungsantrag. Er beantragt, diesen an die GPK zurückzuweisen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Rückweisung an die GPK JA, nicht zurückweisen NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006841, 25.06.25 16:41:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 88 Nein-Stimmen gegen 2 Ja-Stimmen.

Detailberatung des GPK-Berichts und des Jahresberichts des Regierungsrates.

Wir kommen zum Präsidialdepartement. Herr Cramer, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit ist dieses Departement erledigt.

Wir kommen zum Bau- und Verkehrsdepartement. Frau Keller verzichtet. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Erziehungsdepartement. Ich habe auch hier keine Sprechenden eingetragen.

Finanzdepartement. Hier gibt es eine Wortmeldung von Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Vielen Dank, dass ich hier kurz sprechen darf. Mir wurde nachgeflüstert, es geht sicher um die Cloud, nicht ganz korrekt, es geht nicht um die Lagerung an der Cloud, sondern es geht um den Standort und den Zugriff auf die Cloud. Vielen Dank an die GPK, dass sie das Thema aufgenommen hat, es hat mich sehr gefreut, dass Sie diesem Thema die Gewichtigkeit geben, die es effektiv hat.

Es sind die Daten unserer aller und dieser Datenschutz hat auch enorm viel mit Vertrauen zu tun und Vertrauen, das stärkt man durch Transparenz. Wir müssen diese Transparenz schaffen. Ich habe mit Interesse vernommen, dem GPK-Bericht und auch dem Bericht der Finanzkommission, dass zwei Gutachten erstellt wurden. Einerseits eines zur Rechtsgrundlage. Ich vermerke hier ein Artikel im IDG mit einem Satz, in dem es um die Auslagerung geht, und ein zweites Gutachten, das haben wir ja schon gehört, von einer US-Kanzlei zum Cloud Act. Ich denke, wir müssen hier Transparenz schaffen und es wäre wirklich gut, wenn wir Zugang zu diesen Gutachten erhalten. Ich mache das nicht ganz ohne Eigennutz. Natürlich gerade im Hinblick auf meine Motion würde mich das Gutachten zur Rechtsgrundlage enorm interessieren, weil es nützlich sein könnte in der Argumentation, und ich bin auch sicher, dass die Regierung hier auf dieses Gutachten zurückgreifen wird.

Dann möchte ich einfach nochmal, weil es gerade heute in den Nachrichten war, ein bisschen um Nachsicht bitten und auch ein bisschen Verständnis schaffen, dass heute Microsoft so häufig in unseren Mündern war und auch viel dazu berichtet wurde. Verträge mit US-Firmen haben einen schweren Stand, zu Recht. Wir haben jetzt gehört, bei den Kampfjets, das seien Pauschalpreise, nun zeichnet sich ab, dass es doch vielleicht nicht Pauschalpreise sind und alles ein bisschen anders wird. Ich glaube, wir müssen einfach ganz vorsichtig sein. Wir haben hier eine sehr spezielle Weltlage, eine spezielle Situation und es ist gut, wenn man hier eine Extraportion Sicherheit, eine Extraportion Risikobewusstsein entwickelt. Wir müssen wirklich darauf achten, dass unsere Daten geschützt sind und es sind nicht nur die Cyberangriffe, das ist wie eine andere Schutzsache. Unser Datenschutz, das hat Tonja Zürcher sehr schön gesagt, unser Datenschutz beinhaltet halt nicht nur das, sondern es beinhaltet auch ein möglicher Zugriff durch andere Regierungen und beides müssen wir verhindern. Es ist natürlich toll, dass die Regierung grundsätzlich bereit ist, das Restrisiko zu übernehmen, aber das wird nicht ausreichen.

Dann nehme ich es vorweg, bei den Gerichten, es war sehr spannend zu hören, dass hier offenbar eine Lösung gefunden wird oder an der Lösung gearbeitet wird. Ich möchte hier einfach darauf hinweisen, falls eine Zürcher Lösung angedacht ist, Zürich hat eine Lösung gewählt mit einer Zürcher Cloud, in der Fachliteratur ist das hoch umstritten und ich hoffe sehr, dass wir in Basel einen besseren Finish machen als in Zürich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Vielleicht nur kurz, weil heute ja auch die Journalisten aufgefordert wurden, diese Gutachten doch bitte herauszuverlangen. Selbstverständlich kann das der Grosse Rat auch selbst, auch die Kommissionen. Wie Sie vielleicht dem Artikel von Patrick Rudin entnehmen konnten in der BZ, hat er Einsicht erhalten in dieses Gutachten

dieser amerikanischen Kanzlei. Die hat uns leider eine Klausel in den Vertrag genommen, dass es uns verboten ist, diese zu publizieren. Warum hat sie das gemacht, nicht wohl aus Gründen, weil sie nicht transparent sein möchten oder damit wir das nicht können, das sind wahrscheinlich finanzielle Hintergründe. Es wäre wahrscheinlich auch viel teurer geworden, haben sie uns gesagt, wenn wir das wollen, müssten wir das nochmal anschauen. Da sehen Sie, da waren wir nicht so gut im Verhandeln, kann man uns vorwerfen, sonst hätten wir das natürlich auch gemacht und dann hätte der Journalist die nicht bei uns anschauen müssen. Das ist die Problematik. Daher müssen die Journalisten, sie können es versuchen, aber das Problem ist, dass die auf diese Klausel bestanden haben. Wenn Sie da ein öffentliches Gutachten wollen, dann müssen wir das nochmal einholen bzw. dann wahrscheinlich auch schauen, wie dann die Kosten sind und wer das macht. Einfach damit Sie das schon wissen.

Das zweite ist, glaube ich, von, wenn mich nicht alles täuscht, der Kanzlei Vischer wahrscheinlich, da werde ich schauen. Ich nehme an, wenn eine Kommission das will, kann sie es sagen, ich muss nachschauen, was dort die Klauseln sind. Wir können es nicht immer selber bestimmen, die Gegenseite hat da manchmal auch ein gewisses finanzielles Interesse, muss ich Ihnen sagen, weil wenn Sie ein Gutachten machen und nachher profitieren alle Kantone, alle Verwaltungen davon, ist das vielleicht eine andere Voraussetzung, als wenn Sie es nur für eine Verwaltung machen. Aber selbstverständlich können Sie das über die Kommissionen heraus verlangen, da müssen Sie nicht über die Journalisten gehen. Wir schauen das nochmals nach, ob wir das können, aber beim einen muss ich Ihnen sagen, das kann ich nicht von mir aus veröffentlichen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der GPK verzichtet auf ein Votum.

Deshalb gehen wir zum Gesundheitsdepartement. Der Departementsvorsteher verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Sprechenden eingetragen und der Präsident der GPK verzichtet ebenfalls.

Somit kommen wir zum JSD. Frau Eymann verzichtet auf ein Votum. David Jenny hat sich als Sprecher gemeldet.

David Jenny (FDP): Der GPK-Präsident hat schön gesagt, die GPK beschönige nichts. Wenn ich jetzt mir die Seiten 63 bis 65 zu den Demonstrationen anschaue, dann glaube ich doch, dass ein bisschen beschönigt wird oder nach dem Motto, aus der Statistik, aus dem Sinn oder vielleicht ein bisschen netter gesagt, andere Statistik, anderer Sinn. Da wird suggeriert, ja gut, wenn man das ein bisschen anders darstellt in der Statistik, dann kommt dann das Publikum zum Schluss, das sei überhaupt nicht so beeinträchtigend mit diesen Demonstrationen. Herr Pfister hat gesagt, ja, je mehr Demos, desto lebendiger die Demokratie. Das ist seine Beurteilung, aus meiner Sicht gibt es Demonstrationen und Demonstrationen. Es gibt bewilligte Demonstrationen, die friedlich ablaufen, die sich an Routen halten, und es gibt auch gewisse andere Demonstrationen. Dann hat Herr Cuénod ja jetzt vorgeschlagen, als messbares Ziel mehr Innenstadtbesucher und ich hoffe, er hat nicht gedacht an mehr Demonstranten, sondern auch an Besucherinnen und Besucher, die auch unsere Geschäfte nutzen in der Innenstadt.

Und ich meine, Wirtschafts- und Eigentumsfreiheit sind auch Grundrechte, das wird auf der linken Seite meist so nicht gesehen. Und da hat es gewisse Vorschläge, pseudonyme Eingaben. Es wird gesagt, es ein Riesenhindernis, einen Ausweis hochzuladen. Ja gut, ich hätte auch Verständnis, wenn man auf einem Polizeiposten diesen vorlegen kann, aber was heisst Pseudonym, da wird irgendein Alias verwendet. Ja gut, wenn das nur ein Deckname ist und der richtige Name ist der Polizei immer noch bekannt, wer verantwortlich ist, oder soll man jetzt zukünftig einfach unter Che Guevara, Rosa Luxemburg, Karl Marx sich anmelden dürfen? Das ist ja wirklich eine Umgehung auch dieses Bewilligungsverfahrens und dieses Bewilligungsverfahren ist zulässig. Ich glaube, es wird dann gesagt, Förderung von Ansprechpersonen, also wenn das durch diese Pseudonymität sein soll, ist das eine ziemliche Pseudo-Massnahme, die wirklich einfach das Bewilligungserfordernis in das Leere laufen lässt. Und da bin ich schon ein bisschen erstaunt, dass da offensichtlich die gesamte GPK dem so zustimmt.

Und dann wird am Schluss gesagt, dass die Kommunikation zur Demostatistik noch differenzierter nach Grösse der Demonstration erfolgt, ja gut, das kann man, sowie Aussagen zu Aufwand und Einschränkungen in Kontext, ja, in welchen Kontext gesetzt werden? Ich meine, dann kommt es nur noch auf die Qualität der Medienmitteilung an und Sie glauben wirklich, dass die Personen, die zum Beispiel am Samstag in unserer Innenstadt sind, mit dem Tram fahren, dann kommen alle Durchsagen, welche Tramlinien jetzt nicht fahren können, dass die dann sagen, ja, ich lese die Medienmitteilung nachher und dann bin ich beruhigt, es war nicht so einschränkend. Das ist doch relativ naiv. Ich glaube, bei besseren Absprachen mit Ansprechpersonen, die man kennt, kann wahrscheinlich auch die BVB und die Polizei viel besser beurteilen, was wirklich im öffentlichen Verkehr einzuschränken ist. Also ich glaube, auf diesen Seiten hat die GPK kräftig beschönigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): David Jenny, vielen Dank für den Debattenbeitrag, den ich gerne aufnehme. Zuerst zum Thema der Anmeldung. Die GPK hat in diesen verschiedenen Hearings auch mit der Polizei diskutiert und hat dort auch eine gewisse Offenheit dafür gespürt, insbesondere beim neuen Kommandanten, dass man auch einen pragmatischen Weg gehen will, um Demonstrationen einigermassen im Rahmen abhalten zu können, und da gehört auch dazu, dass es einfache Bewilligungsmöglichkeiten gibt. Das ist vielleicht aus einer privilegierten Position nicht so nachzuvollziehen, aber da können sehr viele Nachteile daraus bestehen und es wäre sehr hilfreich, um hier konstruktiv mit den Leuten zu sprechen, hier Vertrauen aufzubauen zwischen der Polizei und Demonstrantinnen und Demonstranten. Da sind wir auch nicht blauäugig, natürlich ist das nicht mit allen Demonstrant*innen möglich, aber es geht darum, welche Kultur man hat und wie man das versucht zu lösen.

Zum Thema der Trams, die ja offenbar das grösste Problem sind an Demonstrationen, dort haben wir das auch diskutiert. Ich glaube, das ist wahrscheinlich im Bericht nicht aufgenommen worden, aber dort ist das Thema, dass wir auch anregen, dass die BVB hier auch nicht grossräumig absperrt, sondern dass man hier auch pragmatische Wege findet. Das geschieht ja zum Teil auch mit der Auswahl der Demorouten und unsere Erfahrung war oder unser Eindruck war, dass man immer gerade grossräumig abgesperrt hat und das ist natürlich nicht im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Dann zu der Demostatistik. Dort geht es darum, dass das JSD tatsächlich unsere Anregung aufgenommen hat und die Demostatistik angepasst hat. Es ist natürlich komplett ein Unterschied, ob es eine unbewilligte Demo ist oder ob es eine Mahnwache ist von irgendwie zehn Leuten, und in der bisherigen Kommunikation und auch Darstellung wurde das alles in den gleichen Topf geworfen. Und das ist dann die Frage, das zeigt sich ja auch, dass das dann politisch anders diskutiert wird, als wenn man das genau aufschlüsselt, und dann hat das JSD tatsächlich in der letzten Kommunikation hinten alles schön aufgeschlüsselt, sehr verdankenswerterweise, aber hat vorne in der Grafik diese Unterscheidungen dann doch nicht gemacht. Und das war das Problem und das haben wir diskutiert, weil es genau wichtig ist, über was diskutieren wir, diskutieren wir über eine unbewilligte Demo an jedem Tag oder sind es 20, wie es, glaube ich, das letzte Jahr waren, sind das unbewilligte Demos von 5'000 Leuten, die die ganze Stadt blockieren, oder sind es 20 Nasen, die irgendwo eine Standkundgebung durchführen. Genau darum, zur Versachlichung des Diskurses sind diese Anregungen gedacht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Noch eine kleine Ergänzung zu dem, was Pascal Pfister gesagt hat. Ich denke, die Frage bei den Demonstrationen, wie Sie sie aufgebracht haben, die ist berechtigt, ich sehe den Punkt. Ich glaube, für uns als Aufsicht, wir erhalten diese Statistik und wir müssen ja etwas aus dieser Statistik lesen können. Eine Statistik, die keinen Mehrwert hat, braucht es nicht, die müssen wir nicht veröffentlichen. Wenn wir jetzt die Demostatistik anschauen, dann sehen wir, 40 Tage für das Leben. Das ist so eine Mahnwache von Abtreibungsgegnerinnen und -gegnern, die 40-mal stattfand und die 40-mal in der Statistik auftaucht. Und da geht es nicht um die politische Bewertung, was hält man jetzt von Demos oder nicht, sondern es geht um die Frage, hat die Polizei, haben weitere Behörden dadurch einen Aufwand und wenn ja, welchen. Gerade im Hinblick auf die Frage der Lage der Polizei, wie viel Aufwand, wie viel Ressourcen muss die Polizei brauchen, um all diese Demonstrationen, Mahnwachen zu organisieren. Und ich glaube, das ist eine berechtigte Frage, dass man dem JSD sagt, es ist gut, Sie veröffentlichen das, aber wir müssen ja ein bisschen wissen, was heisst das dann für Sie, weil das hat ja dann wieder Rückwirkungen auf uns. Und ob das jetzt 100 oder 200 sind, spielt vielleicht nicht so eine Rolle, die Frage ist nicht so, welche Zahl haben wir, sondern was löst diese aus und ich denke, das ist entscheidend für uns.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Eymann verzichtet auf ein Votum. Tim Cuénod möchte nochmal etwas sagen.

Tim Cuénod (SP): Ich möchte nochmal erläutern, weswegen wir diese Empfehlung so formuliert haben in Bezug auf die Statistik. Wir sind sehr dankbar, dass man in der statistischen Erfassung Fortschritte gemacht hat und dass wir Einsicht hatten auch in die Liste der Demonstrationen, der Standkundgebungen und Mahnwachen.

Wenn der erste Satz einer Medienmitteilung ist, dass im Jahr 2024 im Kanton Basel-Stadt insgesamt 326 Demonstrationen, Standkundgebungen und Mahnwachen stattfanden, während es im Vorjahr 242 waren, dann erhält die Leserin oder der Leser den Eindruck, es gebe eine massive Zunahme an Demonstrationen, fast jeden Tag eine Demonstration in Basel. Und da, und da waren wir uns als GPK einig, braucht es eine etwas differenziertere Kommunikation, weil es macht einen Unterschied, ob drei Personen vor dem Universitätsspital gegen Schwangerschaftsabbrüche demonstrieren oder ob sieben, acht Leute eine Mahnwache für die Ukraine machen oder ob jetzt eben 5'000 Leute an einer Kundgebung teilnehmen. Und deswegen erwarten wir eine differenziertere Kommunikation, da sind wir uns alle einig.

Ich äussere mich nicht hier als GPK-Präsident zu den strittigen Themen, aber wir sind um Sachlichkeit bemüht und wir wollen nichts beschönigen und bemänteln. Wenn jemand von uns einfordert, wie sollen uns mit der Frage auseinandersetzen oder wir uns das selber zur Aufgabe machen, wie die Zahl der Störungen des öffentlichen Verkehrs in der Innenstadt reduziert werden könnte oder weswegen es so viel Störung gibt, dann würden wir uns dieser Frage selbstverständlich annehmen und dazu sind wir auch in der Lage. Aber ich wehre mich entschieden gegen den Vorwurf, wir würden hier in irgendeiner Beziehung irgendetwas beschönigen oder bemänteln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wird zur Staatsanwaltschaft. Frau Eymann verzichtet. Es gibt keine Wortmeldungen. Herr Cuénod verzichtet ebenfalls.

Somit kommen wir zum Gerichtsrat und die Gerichte. Der Präsident verzichtet, Herr Cuénod verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Sprechenden eingetragen.

Somit kommen wir zu den Bemerkungen zum Bericht der Ombudsstelle, Finanzkontrolle und der Datenschutzbeauftragten. Herr Cuénod verzichtet. Ich habe keine Sprechenden eingetragen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 77 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Genehmigung Jahresbericht des Regierungsrates

2. Genehmigungsbericht des Gerichtsrates und der Gerichte

3. Genehmigungsbericht der GPK

4. Kenntnisnahme der Feststellungen, Empfehlungen, Forderungen der GPK

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006843, 25.06.25 17:01:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht 2024 des Regierungsrats wird genehmigt.

2. Der Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte für das Jahr 2024 wird genehmigt.

3. Der Bericht der GPK für das Jahr 2024 wird genehmigt.

4. Die Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen im Bericht der GPK werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

6. Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR

[25.06.25 17:01:40, 24.0496.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Regiokommission beantragt, die Initiative ohne Gegenvorschlag der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Annahme vorzulegen.

Für die Kommission das Wort hat Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich bleibe hier sitzen, weil mein Präsident in der Regiokommission heute krankheitsbedingt abwesend ist, und als sein Vizepräsident springe ich ein und verlese nun seinen Bericht. Ich berichte Ihnen mündlich über die Behandlung und den Beschluss der Regiokommission zur kantonalen Volksinitiative für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa).

Im Namen der Regiokommission beantrage ich Ihnen im Einklang mit dem Regierungsrat, die Initiative «Zämme in Europa» der Gesamtheit der Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen. Der Grosse Rat hat mit Beschluss vom 18.09.2024 die Initiative der Regiokommission gemäss Artikel 18 Abs. 3 lit. b des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum zur Berichterstattung überwiesen. Der Regierungsrat legte Ihnen Ende Februar 2025 den Bericht vor und Sie haben diesen am 9. April der Regiokommission zur Berichterstattung überwiesen. Ein voraussichtlicher Abstimmungstermin für die Initiative ist voraussichtlich bereits der 28. September 2025.

Die Regiokommission hat an ihrer Sitzung vom 23. Mai sowohl das Präsidialdepartement als auch das Initiativkomitee angehört. Die Initiative fordert, dass die Kantonsverfassung um Artikel 2 Abs. 4 wie nachfolgend ergänzt wird: Der Kanton setzt sich für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern ein.

Die Initiative wurde ursprünglich vor dem Hintergrund des Abbruchs der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen 2021 zwischen der Schweiz und der EU eingereicht. Aufgrund des inzwischen vorliegenden Vertragspaketes zwischen der Schweiz und der EU wurde das nationale Pendant zur kantonalen Initiative zurückgezogen. Vor dem aktuellen geopolitischen Hintergrund ist für das Initiativkomitee eine verlässliche Partnerschaft mit guten und stabilen Verhältnissen wichtiger denn je. Mit der Initiative soll die Basler Regierung ein starkes Signal in die Schweiz aussenden, wie wichtig stabile und gute Beziehungen mit der Europäischen Union für die Region sind. Der Abstimmungstermin fällt Ende September mitten in das Vernehmlassungsverfahren zum Vertragspaket Schweiz/EU. Die Initianten erhoffen sich durchaus ein deutliches Zeichen aus der Region Basel für stabile und gute Beziehung.

Der Regierungsrat stellt sich weitgehend hinter die Argumentation der Initianten. Stabile und gute Beziehungen sind für die trinationale Region Basel besonders zentral. Der Regierungsrat begrüsst die Initiative und erhofft sich dabei, auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen zu können. Die Forderung auf Verfassungsebene entspreche bereits der heutigen Realität der Regierungstätigkeit. Mit der Initiative würde dem Regierungsrat zusätzlich der Rücken gestärkt, sich in der Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen für stabile und gute Beziehungen mit EU im Namen der Basler Bevölkerung einzusetzen.

Die Regiokommission hielt deutlich und einstimmig fest, dass gute und stabile Beziehungen zu unseren Nachbarn und der Europäischen Union im Interesse der hiesigen Bevölkerung und Wirtschaft sind. Uneinig war sich die Regiokommission, ob die Verankerung des Anliegens in der Verfassung der Sache dienlich ist. Einerseits besteht die Gefahr, dass die Initiative abgelehnt wird und andererseits könnten sich die Verhältnisse in der EU ändern. Würde die Initiative mit nur einer geringen Mehrheit angenommen oder gar abgelehnt, wäre das Signal an unserer Miteidgenossinnen und Miteidgenossen wenig erbaulich. In der Sache hätte man damit weniger gewonnen als verloren. Dass sich die Fäden in der EU dahingehend ändern und dass eine gute und stabile Zusammenarbeit nicht mehr dienlich wäre, dieses Risiko stuft die Regiokommission eher gering ein. So verfügt die EU über starke, wenn auch etwas schwerfällige Institutionen, die eine populistische, antidemokratische Wende verhindern können.

Die Regiokommission stellt zudem fest, dass ein gutes Verhältnis zu den unmittelbaren Nachbarn im Elsass und in Baden auch ohne die übergeordnete Ebene der europäischen Zusammenarbeit möglich wäre. Zusammen mit unseren Nachbarn im Oberrheinrat, im Distriktrat, im trinationalen Eurodistrikt und im direkten Austausch stellt die Regiokommission vielfach fest, das geregelte Verhältnis auf der übergeordneten Ebene für die Vertiefung der Beziehungen auf der alltäglichen Ebene nützlich, wenn nicht sogar zwingend sind. Denn die Erosion der Beziehungen zu den Nachbarn, wie wir sie seit dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen erlebt haben, ich denke da an Horizon und andere Elemente der Marktzugangsbeschränkung, führt zu einer schleichenden Erosion der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen über die Grenzen hinweg. Die ersten Anzeichen dieser Erosion konnten, wie schon erwähnt, bei Horizon und EPICUR bei der Universität oder dem Aussetzen der gegenseitigen Anerkennung von

Konformitätsbewertungen (Mutual Recognition Agreement, MRA) festgestellt werden. Der Prozess der Erosion erfolgt langsam und schleichend. Er beginnt auf der ersten benannten technischen Ebene, wird aber letztendlich auch mit dem Alltag unserer trinationalen Region manifestieren. Stellen Sie sich nur einmal vor, was ein Austritt aus dem Schengen-Abkommen für einen Badeausflug über die Grenze bedeuten würde. Beim Zoll Otterbach oder dem Rheinuferweg nach Huningue würde es sich um eine Schengen-Aussengrenze handeln.

Nachdem ich nun einige Risiken genannt habe, möchte ich auch auf die Chancen zu sprechen kommen. Die Universität, der Gesundheitsraum, die Wirtschaft, wir alle profitieren von der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn. In der Kooperation über die Grenzen hinweg, im funktionalen Raum um Basel herum bieten sich Chancen, die es in einer globalisierten Welt zu ergreifen gilt. Für diese Zusammenarbeit sind klare Spielregeln erforderlich, um die es massgeblich beim Vertragspaket mit der EU geht. Genannt seien hierzu erneut die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen (MRA), welche ganz konkret für die Entwicklung der hiesigen Branche von zentraler Bedeutung ist. Weiter geht es um die künftigen Herausforderungen wie ein Stromabkommen, die Lebensmittelsicherheit und die Gesundheit sowie die Mechanismen in der Zusammenarbeit.

Zur Personenfreizügigkeit möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass ein beachtlicher Teil unserer Erwerbstätigen aus Bürgerinnen und Bürgern der EU-Staaten besteht. Es ist im Interesse unser aller hier Lebenden, ein gutes Miteinander zu pflegen und den Alltag über die kaum noch sichtbaren Grenzen zu pflegen. Die Regiokommission möchte unterstützend darauf hinwirken, dass die übrige Schweiz die Realität der Grenzregion wahrnimmt und deshalb ein positives Bild in unser Land aussenden.

Wie ich Ihnen bereits erläutert habe, unterstützt die Regiokommission mit grosser Mehrheit das Anliegen guter und stabiler Beziehungen mit den Nachbarn und der europäischen Union. Sie spricht sich damit im Einklang mit den Initianten und Initiantinnen sowie dem Regierungsrat für die Initiative aus. Mit der Initiative wird an der heutigen Praxis weitgehend nichts geändert. Es geht hier um die Signalwirkung, dass in Basel-Stadt die Bevölkerung hinter den guten und stabilen Beziehungen mit der EU steht. Auch wenn unsere Region in Bundesbern, wie andere Grenzregionen auch, als etwas eigenartig in der Schweiz am Rande wahrgenommen wird, kann hiermit ein Zeichen in der innenpolitischen Debatte gesetzt werden. Nicht zu vergessen ist die Relevanz des Kantons in Bern. Erhält unser Regierungsrat einen klaren Volksauftrag, kann er sein Anliegen weiterhin mit Vehemenz in den Direktorenkonferenzen einbringen. Gelingt es uns, unter den Kantonen namhafte Verbündete zu finden, das ja übrigens auch geschehen ist, auch schon in den letzten Jahren, als es darum ging, dafür zu sorgen, dass es eben bald ein neues Vertragspaket wieder zwischen der Schweiz und der EU gibt, wenn das gelingt, kann den Stimmen aus den Grenzregionen mehr Gewicht verliehen werden.

Die Regiokommission empfiehlt Ihnen mit neun zu einer Stimme bei einer Enthaltung, die kantonale Volksinitiative «Zämme in Europa» den Stimmberechtigten mit Empfehlung auf Annahme vorzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Dem beherzten Votum des Sprechers der Regiokommission kann ich mich nur anschliessen und habe auch nicht viel zu ergänzen, da er alle Argumente, die für Annahme dieser programmatischen Initiative sprechen, aufgeführt hat. Ich möchte deshalb nochmals betonen, auch aus Sicht des Regierungsrats, dass gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und unseren Nachbarländern für den Kanton Basel-Stadt besonders elementar sind. Das ist allein schon geografisch so. Es ist zusätzlich jetzt auch nochmal geopolitisch wichtiger geworden in den letzten Jahren und Monaten. Sie kennen auch die ja immer wieder beeindruckenden Fakten und Zahlen. Wir teilen fast zwei Drittel unserer Kantonsgrenze mit den Nachbarländern Frankreich und Deutschland, damit mit der EU, und wir sind ja vor allem ein Exporteur in die EU. Rund 44 Milliarden führen wir aus an Exporten in die EU als Basel-Stadt und die Einfuhren betragen rund 30 Milliarden Franken. Auf schweizweiter Stufe ist dieses Verhältnis ein anderes, für uns ist also die EU auch als Wirtschafts- und Handelspartner nochmals bedeutsamer, als sie es ohnehin für die ganze Schweiz schon ist.

Auch klar ist, das wissen wir auch alle, wenn wir mit Exponentinnen und Exponenten unserer Wirtschaftsunternehmen reden, dass die bilateralen Verträge massgeblich zum Erfolg und zur Wettbewerbsfähigkeit unserer regionalen Wirtschaft beitragen. Sie sind auch entscheidend für unseren Bildungs-, für unseren Forschungs- und für unseren Innovationsstandort, auch da sind wir besonders exponiert, nochmals exponierter, als es die Schweiz ohnehin schon ist. Und natürlich auch entscheidend sind die Beziehungen, die Arten, wie die Grenzen eben offen oder weniger offen sind, für den Alltag in unserer trinationalen Region, für unsere sozialen Beziehungen, die wir über Landesgrenzen hinausführen.

Entsprechend ist es für den Regierungsrat auch eindeutig, dass er sich einsetzt für stabile und gute Beziehungen zur Europäischen Union. Er tut dies selbstverständlich jetzt schon. Es wäre aber natürlich schön und programmatisch klug, wenn dies auch in der Kantonsverfassung ausdrücklich als Auftrag verankert wäre. Das genau will diese Initiative. Sie würde in dem Sinne nicht die kantonale Politik ändern, sondern sie würde uns als politische Akteurinnen und Akteure darin stärken,

dass wir eben hinarbeiten auf diese guten und stabilen Beziehungen mit den Nachbarländern, mit der Europäischen Union. Somit würde die neue Verfassungsbestimmung, die Ergänzung der Verfassung das Basler Selbstverständnis spiegeln, so wie wir es heute verstehen, so wie wir es seit Jahren verstehen und auch in Zukunft verstehen wollen.

Und das alles führt den Regierungsrat dazu, Ihnen ausnahmsweise, kann man fast sagen, eine Volksinitiative hier zur Annahme zu empfehlen bzw. zu empfehlen, die Initiative der Stimmbevölkerung mit der Empfehlung auf Annahme vorzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Hier habe ich Pascal Messerli für die SVP eingetragen.

Pascal Messerli (SVP): In China ist ein Sack Reis umgefallen. Die Anzahl Reiskörner auf dem Boden zu evaluieren, dürfte wahrscheinlich noch wichtiger sein als der Inhalt dieser kantonalen EU-Gugus-Initiative. Eine Gugus-Initiative von der politischen Elite für die politische Elite, man möchte schliesslich weiterhin in Lörrach oder im Elsass Aperos veranstalten. Denn es sind insbesondere die aktuellen Nationalrätinnen und die Vertreter von Regierungsparteien, welche diese Initiative lanciert haben. Parteien also, welche in den letzten Jahrzehnten in sämtlichen wichtigen Gremien dieses Kantons eine Mehrheit hatten und haben, im Regierungsrat, in der Regiokommission, in anderen Sachkommissionen sowie im Grossen Rat. Wenn Sie also der Meinung wären, es benötigt in gewissen Bereichen mehr Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn Deutschland und Frankreich, dann hätten Sie längstens Wege gefunden und hier auch Verbesserungsvorschläge gebracht. In der Kantonsverfassung ist die länderübergreifende Zusammenarbeit klar geregelt. Unsere Kantonsverfassung von 2005 ist ja jetzt nicht so alt, es ist deshalb völlig absurd und unnötig, hier eine neue inhaltslose Verfassungsbestimmung zu verlangen, welche in der Praxis überhaupt nichts ändert. Und genau das will ja die Initiative.

Und anstatt hier die grosse theatralische EU-Phorie ausleben zu lassen, wäre hier vom Regierungsrat und auch von der Regiokommission auch einmal angebracht gewesen, konkrete Punkte aufzuzählen, was man denn inhaltlich kantonalpolitisch überhaupt mit dieser Initiative möchte. Das können Sie nicht, weil Sie hier einfach reine Symbolpolitik betreiben und mit dieser Symbolpolitik jetzt unbedingt eine Abstimmung provozieren wollen. Es ist insoweit inkonsequent, weil man ja gerade in anderen Bereichen für weniger Volksabstimmungen ist. Ich erinnere an die Diskussion zum obligatorischen Referendum beim Musical Theater. Dort haben Sie sich mehrheitlich gegen eine Volksabstimmung geäussert, weil zu viele Abstimmungen angeblich die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung mit sich bringen würde. Gleichzeitig wollen Sie hier aber der Bevölkerung eine völlig symbolische Abstimmung zumuten. Das ist doch wirklich absurd und lächerlich. Hier hätte der Regierungsrat problemlos auch die Initiative zur Ablehnung empfehlen können, wie das auch die Regierung im Kanton Baselland gemacht hat. Hier wäre überhaupt nichts anderes gewesen. Man hätte aber auch in einem Gegenvorschlag das doppelt noch in einem Gesetz verankern können, Ihre Nationalrätinnen hätten Ihnen das sicher verziehen.

Und wenn Sie schon, meine Damen und Herren, unbedingt eine europapolitische Volksabstimmung wollen, dann können Sie Ihren Nationalrätinnen, namentlich Frau Christ, Frau Arslan, Frau Wyss und Frau von Falkenstein ja gerne mit auf den Weg geben, dass man auf Bundesebene den EU-Unterwerfungsvertrag dem obligatorischen Referendum unterstellt. Das ist sicherlich sinnvoller, wie auf kantonaler Ebene einen solchen Gugus zu inszenieren. Aber vielleicht haben die Befürworter und das Initiativkomitee halt auch einen sehr guten Humor. Das mag sein, weil man ja ausgerechnet mit dem Instrument der kantonalen Volksinitiative die Nähe zu den Brüsseler EU-Zentralisten zementieren möchte. Ein überbürokratisches Konstrukt, welches die Souveränität unserer Nachbarländer und Nachbargemeinden massiv einschränkt, keinerlei Volksrechte kennt und es nicht einmal fähig gebracht haben in den letzten Jahren, eine saubere Gewaltenteilung zu garantieren. Auf diese Idee muss man effektiv zuerst einmal kommen. Hier kann man beim Initiativkomitee wirklich nur den Kopf schütteln.

Und zu guter Letzt, da die Mehrheit in diesem Rat ja offensichtlich diese Symbolpolitik unterstützt, mache ich gerne noch drei Vorschläge, welche Sie im Sommer vielleicht ebenfalls evaluieren können für eine Verfassungsänderung, eine Initiative für schönes Wetter, eine Initiative, damit genügend Wasser im Rhein hinabfliesst, und weil auch der Regierungsrat so stolz auf die Städtepartnerschaft mit Shanghai ist, eine Initiative, damit in China weniger Reissäcke umfallen. Mit diesen drei Vorschlägen haben Sie inhaltlich wahrscheinlich genau so viel erreicht wie mit dieser kantonalen EU-Gugus-Initiative.

Die SVP bittet Sie, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Messerli, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thommen. Sie wird entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich bin ein bisschen irritiert über Ihre Haltung gegenüber Volksinitiativen als Volkspartei, aber meine Frage ist, haben Sie nicht Angst, dass wenn mal die SVP zwei bis drei Regierungsräte in Basel-Stadt hat, dann diese nicht mehr für die europäische Zusammenarbeit sich einsetzen würden ohne einen Verfassungsauftrag?

Pascal Messerli (SVP): Erstens gibt es schon einen Verfassungsauftrag in § 2, nicht in § 3, wie es die Initiative will, und zweitens, nein, davor habe ich keine Angst, weil wir selbstverständlich für konstruktive Zusammenarbeit sind, aber nicht für solchen Gugus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Fraktionssprecherin für die SP ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Basel liegt im Herzen Europas und profitiert von guten und stabilen Beziehungen mit unseren Nachbarn aus der Europäischen Union, wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich. Der Wert dieser Beziehungen zeigt sich gerade in der heutigen Zeit, in welcher Kriege, gesellschaftliche Umbrüche und geopolitische Spannungen den Alltag von vielen Menschen prägen. In einer Welt, die immer komplexer und vernetzter wird, ist es wichtiger denn je, über die Bedeutung der Europäischen Union und unserer nachbarschaftlichen Beziehungen nachzudenken. Die Europäische Union ist viel mehr als ein wirtschaftliches Bündnis. Sie ist ein Projekt des Friedens, der Solidarität und der gemeinsamen Werte. Werte, die auch unser eigenes Gesellschaftsverständnis prägen. Zugleich bedeutet ein geeintes Europa Stabilität, Wohlstand und Sicherheit, auch für die Schweiz und den Kanton Basel-Stadt.

Aufgrund seiner Grenznähe hat unser Kanton schon seit langem eine besondere Beziehung zu seinen europäischen Nachbarregionen. Die Abschottungstendenzen des 20. Jahrhunderts widersprechen der gemeinsamen Kultur und Geschichte im Dreiland diametral und bleiben hoffentlich auch eine Randnotiz der Geschichte. So hatten die Landesgrenzen bis zum ersten Weltkrieg in der Region Basel kaum eine Bedeutung. Schon damals besass nur ein Drittel der baselstädtischen Wohnbevölkerung keine Schweizer Staatsbürgerschaft. Marktfrauen aus dem Elsass und aus dem Südbaden reisten ohne Kontrolle über die Landesgrenzen. Basler*innen und Riehener arbeiteten selbstverständlich im Wiesental, Unternehmen wie GABA oder Suchard produzierten ihre Waren in Saint Louis oder in Lörrach.

Ein besonderes Beispiel ist die erste Eisenbahnlinie auf Schweizer Boden. Auf die Frage danach, würden viele von Ihnen bestimmt sagen, es handelt sich um die Spanisch-Brötli-Bahn im Limmattal. Tatsächlich aber wurde hier im Grossen Rat vor 182 Jahren entschieden, die Bahngleise der Zugstrecke Strassburg-Burgfelden bis nach Basel zu verlängern. Ein Jahr später, am 15. Juni 1844, fuhr zum ersten Mal eine Eisenbahn auf Schweizer Boden. Damit hatten unsere Vorgängerinnen und Vorgänger den Mut zu einer internationalen Kooperation und einem Leuchtturmprojekt für die ganze Schweiz bewiesen. In diesem Sinne möchte ich Sie dazu aufrufen, diesen Mut ebenfalls aufzubringen und das Bekenntnis zum Dreiland und zu Europa in unserer Verfassung zu verankern.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Basel ist in diesen Wochen voller Festlichkeiten. Nach dem ESC und der Art Basel steht die Frauenfussball EM bevor. Für kurze Zeit steht Basel damit im Mittelpunkt des europäischen Kontinents. Nutzen wir diese schönen Momente zum Feiern, aber auch zum Reflektieren. Setzen wir uns alle mit der Bedeutung von Gemeinschaft, Frieden und Demokratie auseinander. Diese sind nicht einfach gegeben, sondern sie müssen tatsächlich im Grossen und im Kleinen gestärkt werden. Die Initiative «Zämme in Europa» bietet uns die Gelegenheit heute, ein klares politisches Signal für die Beziehungen zu unseren Nachbarländern und zur Europäischen Union zu setzen.

Meine Fraktion bittet Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrates und der Regiokommission zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Danke für die Annahme, Frau Esposito. Sie haben vom geeinten Europa gesprochen, ist dieses geeinte Europa für Sie beispielsweise auch das LGBTQ-feindliche Ungarn oder der doch sehr rechts aussenstehende neue Präsident Polens oder definieren Sie dann da auch noch unterschiedlich, was für Sie das geeinte oder das richtige Europa ist?

Zaira Esposito (SP): Es geht um eine gemeinsame Europapolitik, die gemeinsam von europäischen Ländern getroffen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Grüne/jgb spricht Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Angesichts der Fraktionsmeinungen, die ja sehr einhellig zustimmend sind für diese Initiative, ausser einer Fraktion, könnte man meinen, hier müssten wir nicht gross darüber debattieren, aber ich denke, das Geschäft ist so wichtig und essentiell, existenziell sogar für Basel-Stadt, dass ich jetzt hier auch noch ein paar Worte an Sie richte.

Der kurze und sehr gut ausgeführte Bericht des Regierungsrates, der gibt Ihnen eigentlich alle Argumente vor, warum wir hier, und das gilt vor allem auch für unsere Fraktion, warum wir hier Ja sagen zu dieser Initiative, diese unterstützen wollen und das dann auch zusammen mit der Stimmbevölkerung an der Urne durchbekommen wollen. Die Argumente sind genannt worden, da muss man nicht nochmals darauf eingehen, das hat ja auch der stellvertretende Kommissionspräsident und auch Regierungsrat Conradin Cramer ausgeführt.

Worum geht es denn da und da will ich jetzt einfach das Votum vom SVP-Vertreter aufnehmen. Es ist nicht jetzt eine Initiative, die von ein paar Köpfen einfach so aus dem Etablissement erfunden wurde, das haben über 3’000 Stimmberechtigte in Basel-Stadt mitunterschrieben. Also da geht es darum, dass die Stimmbevölkerung hier ein Zeichen gesetzt hat, indem sie eine Unterschrift dazu gegeben hat, dass man das abstimmen soll und dass das in die Verfassung reinkommen soll. Also ich bitte, das zu akzeptieren und ich denke, die Argumente wurden ja genannt, warum dass es auch Sinn macht, dass es in die Verfassung kommt. Der Regierungsrat, der nimmt eben die Aufgabe wahr, der sieht die Wichtigkeit der guten Zusammenarbeit mit umliegenden Ländern, mit der EU, und er macht das auch schon. Warum soll das da nicht auch verbrieft werden in der Verfassung. Wir wünschen uns wirklich auch, dass die Stimmbevölkerung zu dem Ja sagt und darum sehen wir das wirklich als grosse Chance, dies zur Abstimmung zu bringen. Wenn nicht Basel, wer sonst sollte das Signal aussenden, wie wichtig diese Beziehungen sind, nicht nur für Basel, schlussendlich dann auch für die ganze Schweiz.

In dem Sinne bitte ich Sie wirklich sehr, hier dann auch beim Abstimmungskampf, also alle, die da jetzt auch ein Plus im «Chrüzlistich» haben, sich dafür einzusetzen. Es ist wirklich eine sehr wichtige Abstimmung, nutzen wir diese und setzen wir hier ein klares Zeichen im Sinne und zum Wohle von Basel-Stadt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Gabriel Nigon für die LDP.

Gabriel Nigon (LDP): Auch die LDP folgt der Regiokommission und auch dem Votum von Regierungsrat Cramer. Es geht eben nicht nur um die Signalwirkung. Wenn wir hier von EU reden, meinen wir vor allem konkret unsere Nachbarländer, wir sind auf eine geregelte Zusammenarbeit angewiesen, die Fakten wurden aufgelistet. Und vor allem auch in Zeiten, wo der Bund eine eigene Agenda fährt in Bezug auf die Rahmenbedingungen, wir wissen nicht, woran wir sind, ist es wichtig, dass Basel auch als Wirtschaftsstandort sich für die EU klar positioniert. Das gibt auch Vertrauen und Planungssicherheit. Wir haben zwar viele trinationale Zusammenarbeitsverträge, aber die hängen so lose in der Landschaft herum. Und wenn wir jetzt in der Verfassung so einen Grundsatz verankern, gibt das uns wiederum die Legitimität, weiterhin gesetzgeberisch tätig zu werden und diese Beziehungen auszubauen.

Und dann noch zum Schluss, es gibt auch etwas Emotionales. Wir sind mit unseren Nachbarländern oder Regionen, das sind Geschwister von uns. Wir reden die gleiche Sprache in Freiburg, in Strassburg und in Basel, haben die gleichen Kathedralen, gleicher Baustil und wir müssen zusammenarbeiten, wir gehören zusammen und das bringt uns vorwärts. Und am Schluss noch etwas mit einem Augenzwinkern, das Ganze ist auf dem Weg zum Beitritt der EU zur Schweiz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie können noch eine Zwischenfrage entgegennehmen, wenn Sie möchten, von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Herr Nigon, Sie haben gesagt, es braucht klare Regeln. Können Sie mir erläutern, was denn auf kantonaler Ebene noch nicht geregelt ist und was mit dieser neuen Initiative jetzt geregelt werden soll?

Gabriel Nigon (LDP): Das kann ich nicht auswendig sagen. Jetzt muss ich überlegen, was ich sage, nein, das ist kein Anwaltsgeheimnis. Ich durfte damals den Kanton vertreten in den Verhandlungen mit Frankreich bei der Verlängerung der Tramlinie 3. Und dort fehlte es eben an den entsprechenden Regularien. Man musste alles neu erfinden und solche Sachen sollten eben behoben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny als Einzelsprecher.

David Jenny (FDP): Ich spreche ausdrücklich als Einzelsprecher. Ich sage schon jetzt, ich werde dann dieser Initiative zustimmen, aber ich habe doch ein bisschen ein Unbehagen über den normativen Gehalt dessen, was da vorgeschlagen ist und ich glaube, der normative Gehalt, der tendiert gegen null. Und alle die Ansinnen, die vorher Gabriel Nigon vorgebracht hat, die haben wir schon abgedeckt in der jetzigen Kantonsverfassung, und andererseits viele andere Anliegen, die bleiben dem Bund und seine rechte Aussenpolitik zu führen vorbehalten. Und diese Initiative oder auch die Debatte hier ist ein bisschen eine Pflicht, ein Bekenntnis abzulegen und ich lege gerne das Bekenntnis ab, dass ich für sehr gute Beziehungen bin. Ich glaube, wir sollten alles daransetzen, die bilateralen Drei durchzusetzen, aber eine solche Verfassungsabstimmung, die eigentlich nicht viel mehr ist als eine Meinungsbefragung, weil es eben keinerlei normative Wirkung hat, ob die wirklich etwas hilft, dieses Ziel zu erreichen in der ganzen Schweiz, das bezweifle ich schon.

Und es wird dann eben gewertet, wenn man sagt, die Basler Bevölkerung sind 100 Prozent, davon ist die SVP 13 Prozent, also müssen wir eine Zustimmung von 87 Prozent haben und es sind dann nur 60 Prozent, dann wird das als schallende Niederlage gewertet. Es ist zu spät und ich werde dann Ja stimmen, aber ich glaube, bei einer Totalrevision der Verfassung wäre das ein Präambel-Thema. Aber die Verfassung mit dem zu beladen, ob das wirklich sinnvoll ist? Ich bin auch gegen, was wir in der Verfassung haben, dass sich unsere Regierung mit Händen und allem möglichen einsetzen muss, dass man nur das Wort Atomkraft in den Mund nimmt, finde ich auch nicht sinnvoll, diese Begrenzungen von Politikmöglichkeiten, die schlussendlich wirklich nur so Bekenntnisablegungen sind. Mit all diesen Zweifeln werde ich dann trotzdem Ja stimmen, aber ich glaube, ein gewisses Unbehagen muss ich doch äussern, damit man nicht sagen kann, ich hätte völlig geschwiegen, falls Sie an meiner Meinung interessiert sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Als wir das in der Regiokommission besprochen haben, haben wir gedacht, ja, das ist eigentlich eine klare Sache. Wir sind in der Regiokommission, natürlich sind wir für die Regio, wer ist nicht für die Regio. Wir gehen, seit wir ich auf der Welt sind, auf Lörrach, wir gehen ins Elsass, wir laufen über die Grenze rüber, wie wenn das nach Allschwil oder Birsfelden wäre, und ich habe gedacht, das ist eigentlich eine ganz einfache Angelegenheit. Und was wir da jetzt aus dem machen, das verkompliziert das unglaublich aus meiner Sicht. Ich sehe dahinter ein Bekenntnis zu unserer Region, es ist für mich kein Bekenntnis in keiner Art und Weise zur EU. Ich will überhaupt nicht in die EU eintreten, ich wollte noch nie in die EU eintreten und werde das in Zukunft nie wollen, aber für die Regio, für uns, die Menschen, die alle hier zusammenleben, dass man da ein Zeichen setzt, und vielleicht hören die auch, was wir hier drin reden und dass wir sagen, ja, wir sind gerne in Lörrach, wir sind gerne im Elsass und wir gehören alle zusammen, da bin ich absolut dafür. Und falls ich hier etwas falsch verstanden habe, dann müsste man mir das nachher erklären, aber das ist für mich hier das Thema in dieser Thematik und ich hoffe, Sie sind auch dieser Meinung, dass wir die Region tatsächlich stärken sollen. Nicht die EU, aber die Region.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Ebi, es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Sie haben ja gesagt, es sei alles so einfach. Ich habe jetzt den Initiativtext gelesen und Sie haben gesagt, es geht Ihnen um die Nachbarländer, Sie haben Frankreich und Deutschland erwähnt. Nun steht aber in diesem Initiativtext explizit, für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern. Ist denn aus Ihrer Sicht diese textliche Formulierung so korrekt, wenn es Ihnen ja nur um die Nachbarländer geht?

Alex Ebi (LDP): Herr Thüring, da haben Sie total recht, die EU besteht aus den Nachbarländern, das ist korrekt, es ist eine Verdoppelung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Cramer hätte das Wort, er verzichtet. Herr Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Gestatten Sie mir doch ein paar Ausführungen. Ich sehe, wir sind schon mitten im Abstimmungskampf und deswegen gestatte ich mir nach Ihrem sehr polemischen und populistischen Votum, lieber Pascal Messerli, mich auch nicht zurückzuhalten und hier unseren Entscheid auch ein wenig lustvoll zu verteidigen.

Sie tun ja auch heute oft so, als ob Sie im Interesse des Volkes als einzige gegen abgehobene Eliten ankämpfen würden, usw. Sie beanspruchen häufig, die einzigen Vertreter des Volkes, usw., zu sein, Schweizer wählen SVP, usw. Nur das Volk

besteht nicht nur aus Ihren Wählerinnen und Wählern. Es gibt in Basel, und das ist nicht eine Elitenbewegung, eine Bewegung aus der Bevölkerung, der es wichtig ist, dass die Schweiz/EU-Beziehungen wichtig sind. Deswegen sind diese über 3'000 Unterschriften zustande gekommen und das ist auch keine Überraschung. Viele Menschen in Basel und der Region wollen Stabilität, Wohlstand, Demokratie und keine Abenteurer und keine Diktatoren und Despoten. Sie wollen auch nicht, dass die Trumps und Putins dieser Welt, die in manchen Parteien mehr Freunde haben als in anderen, noch weiter gestärkt werden. Und sie wollen nicht, um es ganz alltäglich zu machen anhand von einem aktuellen Beispiel, dass irgendwelche Berner Migrationsbürokraten zum Schaden unserer Wirtschaft die Grenzen schliessen, und auch einmal entscheiden können, dass zum Schaden unserer Wirtschaft Schiffe hier nicht mehr anlegen können. Sie wollen und sie wissen, dass es im Interesse von Basel ist und den Menschen hier, dass wir diese gute Beziehung haben und dass wir offene Grenzen haben.

Und dann polemisieren Sie gegen diese Initiative und sagen, sie sei unnötig. Stellen Sie sich einmal vor, diese Initiative wäre nicht eingereicht worden, dann wären Sie doch die allerersten, die in einem Abstimmungskampf lauthals kritisieren würden, wenn der Basler Regierungsrat in einem Abstimmungskampf aktiv würde. Und jetzt geht es darum, kriegt der Regierungsrat ein klares Mandat, sich diesbezüglich zu betätigen oder nicht. Ähnliche Bedeutung wie dieser Artikel, und das hat David Jenny richtig genannt, hat der Atomartikel in unserer Verfassung. Er ist ein Auftrag an unseren Regierungsrat, in einem bestimmten Sinne zu handeln und ich finde den vorliegenden Artikel weitaus weniger problematisch. Ich finde auch den anderen Artikel gut, aber ich finde es hier nicht problematisch, weil es hier vor allem darum geht, den Basler Regierungsrat zu beauftragen, ureigene Basler Interessen zu verteidigen. Und wenn Sie dann kommen mit Worten, die dem Vokabular der nationalen Parteizentrale entspringen, wie EU-Unterwerfungsvertrag, dann beachten Sie nicht, dass wie hier in Basel den Zugang zum europäischen Markt brauchen und wir brauchen die Forschungszusammenarbeit und diese stabilen Beziehungen.

Und da ist auch Ihr tiefes Problem in Basel und deswegen kommen Sie, obwohl Sie viele Exponenten haben, die ich auch respektiere und mit denen ich hier auch zusammenarbeite in Kommissionen und mit denen ich sonst nicht grundlegende Schwierigkeiten habe, aber Ihr grundsätzliches Problem ist, dass die EU-Politik Ihrer Partei auf nationaler Ebene und offensichtlich hier auch in Basel auch den wirtschaftlichen Interessen dieser Region diametral entgegengesetzt ist. Reden Sie doch mal nicht nur mit Vertretern der Uni, sondern reden Sie mal mit Vertretern der Roche und der Novartis. Ja, die brauchen den Zugang zu den europäischen Märkten, die brauchen auch diese stabile Beziehung und die wissen auch, dass die Trumps dieser Welt für sie, für Basel eine enorme Bedrohung ist.

Und um ihre polemischen Worte aufzugreifen, die europafeindliche Gugus-Politik Ihrer Partei ist eine Gefahr für unsere Region und es ist wichtig, dass der Regierungsrat einen klaren Auftrag erhält, hier für stabile Beziehungen mit der Europäischen Union sich einzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Zwischenfragen häufen sich. Joël Thüring möchte Ihnen eine stellen. Wird diese entgegengenommen?

Tim Cuénod (SP): Ich nehme alle Zwischenfragen an.

Joël Thüring (SVP): Herr Vizepräsident der Kommission, mal abgesehen davon, dass die Personenfreizügigkeit ja dazu führt, dass viele Unternehmen keine Arbeitskräfte aus Drittstaaten hier anstellen können, möchte ich jetzt auf Ihr Votum betreffend den sogenannten Berner Migrationsbürokraten zu sprechen kommen. Muss ich Sie deshalb so interpretieren, dass Sie dafür sind, dass geltendes Recht gebrochen wird und anschliessend daran die Frage, ist Ihnen bewusst, dass es hierbei gar nicht um EU-Bürger geht, sondern um Drittstaatenpersonen, die auf diesen Schiffen arbeiten und dieses Beispiel deshalb überhaupt nicht verfängt in Ihrer Argumentationskette?

Tim Cuénod (SP): Schauen Sie, die haben Visa in der EU und das hat Jahre lang funktioniert, ohne dass sich jemand beschwert hätte. Man hätte Übergangsfristen setzen können, man hätte auf Verhandlungslösungen eingehen können und nicht willkürliche Entscheidungen treffen können, die unserer Region massiv schaden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Herr Cuénod, danke, dass Sie die Zwischenfrage annehmen. Alles, was diese Initiative verlangt, steht bereits im § 3 der Kantonsverfassung. Frage, was ändert sich, wenn wir einen zusätzlichen Artikel in die Verfassung schreiben, der inhaltlich bereits vorhanden ist?

Tim Cuénod (SP): Der Regierungsrat kriegt einen noch klareren Auftrag, sich für gute und stabile Beziehungen mit der EU einzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Herrn Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Tim Cuénod, eine ganz kurze Frage. Wissen Sie, dass in der Schweizer Politik nur der Bund Aussenpolitik machen darf und nicht ein Kantonsparlament? Wissen Sie das?

Tim Cuénod (SP): Es gibt erstens eine kleine Basler Aussenpolitik, die gibt es schon lange, und zweitens gibt es ein offensichtliches Interesse in unserem Kanton, auf die nationale Politik hier einzuwirken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelbefrager ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Tim Cuénod, könnten Sie mir inhaltlich drei Punkte nennen, welche sich jetzt ändern, wenn wir dieser Gugus-Initiative zustimmen?

Tim Cuénod (SP): Einer genügt, es sind nicht drei. Wenn diese Initiative angenommen wird, erhält unser Regierungsrat diesen so wichtigen klaren Auftrag, sich für gute Beziehungen mit der EU einzusetzen. Man kann diesen zwar heute schon herleiten aus der Interessensvertretung unseres Kantons, aber das hier wäre noch einmal mehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zum Grossratsbeschluss (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Absatz 1 und 2, Text der Initiative

Absatz 3, Empfehlung auf Annahme der Initiative

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006845, 25.06.25 17:46:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3’216 Unterschriften eingereichte kantonale Volksinitiative «für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)» mit dem folgenden Wortlaut:

«§ 2 Abs. 4 Kantonsverfassung Basel-Stadt (neu)

Der Kanton setzt sich für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern ein.»

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Annahme zur Abstimmung vorzulegen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 79 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

8. Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

[25.06.25 17:47:00, 24.1748.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die WAK beantragt, die Beschlussvorlage abzulehnen. Der Regierungsrat beantragt, am Beschluss festzuhalten. Sie finden diesen im Bericht der WAK.

Für die Kommission hat das Wort deren Präsidentin, Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Der Regierungsrat hat 2023 das Projekt «Arbeitgeberattraktivität steigern» lanciert. Der Grosse Rat hat in diesem Zusammenhang einer Änderung des Lohngesetzes zugestimmt, wonach künftig Lohnnebenleistungen ausgerichtet werden können, wie sich das hier zur Debatte stehende Jobticket darstellt. Mit diesem soll ein vergünstigtes U-Abo sowie die vollständige Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung angeboten werden. Berechtigt wären alle Mitarbeitenden in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis oder die für mindestens sechs Monate angestellt werden vom Kanton. Dafür beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat ab 2025 jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von 1,38 Millionen Franken. Für weitere Details und die technische Umsetzung wird auf den Ratschlag verwiesen.

Die Kommission hat das Geschäft an drei Sitzungen behandelt und Zusatzinformationen beim Finanzdepartement eingeholt. Die Kommission ist einstimmig auf das Geschäft eingetreten. In der Kommission wurde die Frage gestellt, wie verbreitet das Jobticket in der Privatwirtschaft ist. Das Jobticket kann nur von Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitenden angeboten werden. Davon machen 73 Unternehmen Gebrauch, also nur etwa ein Drittel der berechtigten Firmen.

Ein Teil der Kommission ist aufgrund dieses Benchmarkings zur Ansicht gelangt, dass das Jobticket als Lohnnebenleistung nicht notwendig ist, um Fachkräfte zu gewinnen. Darüber hinaus wird von diesem Teil der Kommission kritisch bewertet, dass in der Privatwirtschaft die Lohnnebenleistungen, die sogenannten Fringe Benefits, immer als Teil des Lohnes insgesamt betrachtet werden, wohingegen beim Kanton aufgrund der gesetzlich definierten Löhne keine Verrechnung der Lohnnebenleistungen mit dem Grundlohn vorgenommen werden kann. Lohnnebenleistungen werden somit als reine Zusatzleistungen zu den sowieso schon attraktiven Anstellungsbedingungen, insbesondere betreffend Pensionskasse und Kündigungsschutz eingeführt. Zudem bestehen angesichts, dass bereits heute ein hoher Anteil an Kantonsangestellten zu Fuss oder mit dem Velo oder dem öffentlichen Verkehr zur Arbeit kommen, erhebliche Zweifel an einer zusätzlichen Lenkungswirkung zugunsten des öffentlichen Verkehrs, so dass es fast ausschliesslich mehr Mitnahmeeffekte geben dürfte, so die Meinung des einen Teils der Kommission.

Der andere Teil sieht in der Einführung des Jobtickets einen guten Hebel, um die Arbeitgeberattraktivität des Kantons zu steigern. Gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel sind Anstrengungen in diese Richtung zu begrüssen. Auch im Zusammenhang mit den hochgesteckten Klima- und Nachhaltigkeitszielen des Kantons wird das Jobticket als zum Arbeitgeber passende Lohnnebenleistung angesehen.

Die Kommission ist also zu keiner klaren Empfehlung an den Grossen Rat gekommen. Die WAK beantragt nämlich dem Grossen Rat mit Stichentscheid der Präsidentin, den Grossratsbeschluss gemäss Ratschlag der Regierung abzulehnen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und ich bin nun sehr gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Debatte wird dann morgen stattfinden, aber zuerst kommt noch Frau Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich glaube, das ist mein absoluter Lieblingsjob, neun Minuten vor sechs nach diesem langen heissen Tag Ihnen noch etwas auf den Weg zu geben. Das Jobticket, genau. Ich werde sicher am Schluss auch nochmal Ausführungen machen, weil ich ja befürchten muss, dass sonst in dieser heissen Nacht meine guten Argumente alle verschwunden sind. Daher hier vielleicht nur kurz, was ich Ihnen über die Nacht mitgeben möchte.

Wir gingen eigentlich davon aus, dass es klar ist, dass Sie ein Jobticket für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung möchten. Es wurde bei uns auch gefordert, dass wir endlich Möglichkeiten geben für Fringe Benefits, das war immer wieder ein Thema. Wir haben die rechtliche Grundlage geschaffen, Sie haben dem zugestimmt und ein Fringe Benefit, und das ist wirklich der unumstrittenste, ist dieses Jobticket. Daher war ich dann sehr überrascht, als ich von der WAK erfuhr, dass sie anderer Meinung sind. Das habe ich leider erst nachher erfahren, da ich ja nicht eingeladen war.

Das Jobticket, das bedeutet, Sie erhalten das U-Abo für einen vergünstigten Preis. Es ist also nicht ein Geschenk, von dem her Mitnahmeeffekt eher nicht. Anstatt 824 Franken bezahlen Sie 542. Es ist ein vergünstigtes U-Abo und für die Auszubildenden würde man es selbstverständlich gratis abgeben, das würde auch Sinn machen. Wir geben ja heute zum Teil schon das U-Abo ab, wenn jemand Fahrten im Auftrag des Kantons machen muss, weil wir nicht wollen, dass die Personen mit dem Auto gehen. Es geht hier einerseits um Arbeitgeberattraktivität steigern und um Erreichen der Klimaziele. Da werden wir immer wieder gefordert, mehr zu machen, heute vielleicht doch wieder nicht. Es ist ein Thema, weil wir das Mobilitätsmanagement anpassen wollen. Wenn wir die Möglichkeiten von Privatparkplätzen oder Parkplätzen für Mitarbeitende einschränken wollen, müssen wir auch etwas bieten. Daher bin ich sehr überrascht, dass das jetzt so kritisch aufgenommen wird. Sie haben gesagt, von diesen Firmen sind es noch nicht so viele, es waren 2009 sogar nur 48. Das Jobticket ist etwas, was in den letzten Jahren sehr kam, das ist etwas Attraktives und man hat das mehr gemacht.

Ich möchte Ihnen wirklich mitgeben über Nacht, der Kanton Baselland ist kein linker Kanton, wirklich nicht. Auch die Regierung hat keine linke Mehrheit, auch im Landrat nicht. Sogar der Kanton Baselland hat das wirklich, Nullkommanix kam die Forderung, eingeführt. Ich glaube, auch die Bürgergemeinden, Bürgerliches Waisenhaus, Bürgerspital Basel, meines Erachtens auch eher bürgerlich dominiert, da bin ich doch sehr überrascht, muss ich Ihnen mitgeben, warum Sie das Jobticket, man kann darüber diskutieren, welche Fringe Benefits es noch gibt und das muss man auch diskutieren, das haben Sie uns gesagt, als wir die gesetzliche Grundlage gemacht haben, aber das Jobticket ist jetzt irgendwie so klar, also das ist jetzt wirklich klar. Das ist so etwas einfaches, es hat wirklich auch noch den Vorteil, dass die Leute vermehrt mit dem ÖV kommen.

Daher hoffe ich sehr, dass Sie sich das nochmals gut überlegen. Weil wenn Sie dann auch mit der Konkurrenz kommen, also wir können das morgen noch diskutieren. Ich weiss nicht, wenn Sie den Arbeitgeber Basel-Stadt einfach schlecht machen wollen, dann sage ich Ihnen, das bringt der Privatwirtschaft nichts, gar nichts, denn heute wechseln die Mitarbeitenden von Betrieb zu Betrieb. Wir haben sehr viele Lehrlinge, da geben wir uns auch Mühe, das ist auch unser Job, und wir haben sehr viele Leute, die älter sind. Die werden dann häufig mal so abgestossen von der Privatwirtschaft, ab 55 ist man dann etwas zu teuer, dann kommen einige zu uns. Ich finde das sinnvoll. Ich finde es auch sinnvoll, dass die Menschen die Möglichkeit haben zu wechseln, und ich finde, wir sollten alle attraktiv sein und uns nicht irgendwie gegenseitig schlecht machen. Das nützt unserer Region also wirklich gar nichts. Und ein Jobticket gehört heute für einen grossen Betrieb einfach dazu, ist sinnvoll, ist für die Arbeitgeberattraktivität sinnvoll, für die Klimaziele, und ab und zu sollte man wirklich auch etwas einführen, was der Kanton Basel-Landschaft schon eingeführt hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe mir die Liste so notiert, wie sie hier ist, und werde die Sitzung jetzt abbrechen. Ich wünsche Ihnen allen einen wunderbaren Abend.

Schluss der 21. Sitzung

17:57 Uhr

Protokoll

der 22. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 26. Juni 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Hanna Bay (SP), Seyit Erdogan (SP), Beda Baumgartner (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

8. Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK 2
9. Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo 15
10. Petition P479 "Gestaltung und Aufwertung der Claramatte", Bericht der PetKo 17
11. Petition P487 "Für Begegnungszonen im Wettsteinquartier", Bericht der PetKo 17
12. Pilotprojekt «Kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 - 2028», Bericht der GSK 22
13. Kantonales Aktionsprogramm Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025 – 2028, Bericht der GSK 26
14. Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend beschleunigte Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR 27
15. Anzug Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Aussetzung von Rückführungen nach Kroatien, Schreiben des RR 28
16. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen – Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz, Stellungnahme des RR 33

Beginn der 22. Sitzung

Donnerstag, 26. Juni 2025, 09:00 Uhr

8. Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

[26.06.25 09:00:24, 24.1748.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Letzter Sitzungstag von Tonja Zürcher: Heute hat unser Mitglied Tonja Zürcher ihren letzten Sitzungstag bei uns im Grossen Rat. Sie ist seit dem 12. April 2016 Mitglied bei uns. Sie war Mitglied der Spezialkommission Klima sowie Mitglied und Präsidentin der Petitionskommission. Aktuell ist sie noch Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, der Bau- und Raumplanungskommission und der IGBK Uni. Wir verlieren mit Tonja Zürcher eine geschätzte und fundierte Politikerin. Im Namen des Grossen Rates und des Kantons Basel-Stadt bedanke ich mich ganz herzlich für die geleisteten Dienste und wünsche ihr für die Zukunft alles Gute. (*Applaus*)

Balz Herter, Grossratspräsident: Kaffeespende: Tonja Zürcher spendiert aus diesem Grund heute den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates bedanke ich mich. (*Applaus)*

Balz Herter, Grossratspräsident: Hinweis Jassturnier 2025: Mir wurde mitgeteilt, dass in diesem Jahr das Jassturnier am 12. November stattfinden wird. Entsprechend bitte ich Sie, diesen Termin vorzumerken. Bei Fragen zum Jassturnier können Sie sich gerne an Tim Cuénod oder Daniel Albietz wenden.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen zurück zur Traktandenliste. Wir sind bei Traktandum 8 stehengeblieben. Luca Urgese hat das Wort.

Luca Urgese (FDP): Unsere Finanzdirektorin hat ja gestern Abend sehr energisch für dieses Jobticket votiert und ich würde gerne ebenso energisch dagegenhalten, und zwar der Reihe nach, so wie sie gestern argumentiert hat.

Sie hat begonnen mit der Aussage, wir hätten hier drin ja erst kürzlich das Gesetz über die Lohnnebenleistungen geschaffen und dann sei es doch jetzt völlig unverständlich, dass man jetzt dieses Jobticket ablehnen. würde, dieses sei die logischen Folge. Ich war bei der Beratung dieses Gesetzes in der Kommission dabei. Man hat uns explizit gesagt, wenn wir diese gesetzliche Grundlage schaffen, sei das kein Vorentscheid über irgendwelche Lohnnebenleistungen, sondern wir hätten die Freiheit nachher darüber zu entscheiden, individuell, ob wir gewisse Dinge wollen oder nicht. Also man kann uns jetzt nicht vorhalten, wir hätten Ja zu diesem Gesetz gesagt und müssten jetzt ebenfalls Ja sagen.

Dann wurde gesagt, dies werde von den Mitarbeitenden gewünscht. Das kann ich sogar nachvollziehen. Aber es ist doch kein Wunschkonzert, sondern wir müssen als Arbeitgeber-Team schauen, was jetzt notwendig ist, damit wir die notwendigen Arbeitskräfte beim Kanton bekommen. Ich würde mir als Arbeitnehmer auch noch viele Dinge wünschen, aber am Schluss muss der Arbeitgeber entscheiden, ob das Sinn macht.

Weiter wurde argumentiert, dies sei notwendig für den Klimaschutz, denn dadurch hätte man einen Umsteigeeffekt, und damit wir etwas machen zur Erreichung von Netto Null. Nun, die Frage ist, wie viele der Kantonsangestellten heute denn mit dem Auto zur Arbeit gehen. Diese Zahl haben wir nicht, die wird offenbar nicht erhoben. Was man aber findet ist, dass von den Menschen, die in Basel wohnen und arbeiten, 9 Prozent mit dem Auto zur Arbeit gehen. Mir ist bewusst, es gibt Kantonsangestellte, die nicht in Basel wohnen. Vielleicht nehmen sie das Auto und gleichzeitig propagiert ja der Kanton sehr ausführlich, dass man ja nicht mit dem Auto unterwegs sein soll und man darf vielleicht erwarten, dass man als Kantonsangestellter hier auch mit gutem Beispiel vorangeht. Irgendwo landen wir dann plus/minus doch wieder bei diesen 9

Prozent. Und das ist jetzt die Frage: Wie gross wird dieser Umsteigeeffekt dann tatsächlich sein, wenn wir jetzt dieses Jobticket einführen, denn diese 9 Prozent werden ja einen Grund haben, wieso sie mit dem Auto kommen.

Und dann wurde die Frage gestellt, ob es denn einen Mitnahmeeffekt gebe. Ja selbstverständlich gibt es diesen Mitnahmeeffekt. Wenn alle Übrigen heute bereits mit dem öffentlichen Verkehr oder mit dem Velo unterwegs sind, was ist dann der Umsteigeeffekt? Keiner oder sehr gering? Alles andere ist dann Mitnahmeeffekt.

Und was mich wirklich ein bisschen ein bisschen nervt ist dieser Vergleich mit dem Kanton Basel-Landschaft. Ja, der bürgerliche Kanton Basel-Landschaft habe das auch eingeführt. Nun, man kann sich schon immer das herauspicken, das dann in die Geschichte reinpasst. Nur, es gibt andere Punkte, wo wir grosszügiger sind als der Kanton Basel-Landschaft, zum Beispiel beim automatischen Teuerungsausgleich. Wir machen das jedes Jahr automatisch, ohne politische Diskussion. Im Kanton Basel-Landschaft ist das nicht so. Da wird jedes Jahr eine Diskussion darüber geführt, ob und in welchem Umfang der Teuerungsausgleich gewährt werden soll. Man muss also schon eine Gesamtbetrachtung vornehmen, wenn man mit anderen Gemeinweisen argumentiert.

Und dann kam die Aussage, von den Arbeitnehmern würde das Jobticket heute erwartet. Das sei bei den Grossen quasi Standard, das würden alle so machen. Ja dann machen wir mal einen Vergleich mit der Privatwirtschaft. Wir haben rund 15’000 Unternehmen im Kanton Basel-Stadt. Das Jobticket darf nur von Unternehmen in Anspruch genommen werden, die mehr als 100 Mitarbeitende haben. Das sind dann schon nur mal etwa 200, die übrigbleiben von diesen 15’000. Das ist dann schon mal nicht mehr so viel, und von diesen rund 200 Unternehmen ist es ein Drittel, der effektiv das Jobticket in Anspruch nimmt, 74 an der Zahl. So hat man es uns in der Kommission entsprechend gesagt. Es ist also ein sehr kleiner Teil der Unternehmen. Schauen wir uns die Liste an, die Finanzdirektorin hat ja gestern auch ein paar Beispiele genannt: Basler Kantonalbank, Bürgerliches Waisenhaus, Bürgerspital, Universitäten, IWB, MCH, Schweizer Radio und Fernsehen, Swisslos, Universitäre Psychiatrische Kliniken, UKBB, also der Anteil der Unternehmen, die ganz oder teilweise im Eigentum des Kantons sind, ist relativ hoch. Und daraus dann die Aussage zu konstruieren, in der Privatwirtschaft sei das der State of the Art ist dann doch eine relativ steile Aussage.

Die Bilanz, die man dann ziehen muss, ist, dass das sicher etwas Sinnvolles und Nettes ist, aber am Schluss ist das Jobticket, wenn man vergleicht mit der Privatwirtschaft, ein Nice to Have. Und wie ich gesagt habe, ist es eben nicht gut, wenn man immer nur sich einzeln das rauspickt, was einem in das eigene Bild passt, sondern man sollte eine Gesamtbetrachtung vornehmen. Und das ist jetzt eine günstige Gelegenheit. Wir haben das Lohnpaket vom Regierungsrat auf den Tisch gelegt bekommen, das wir jetzt ebenfalls in der WAK diskutieren können. Eigentlich ist es jetzt die perfekte Gelegenheit, diese Gesamtbetrachtung vorzunehmen. Deshalb liegt der Antrag auf der Hand. Ich glaube, die GLP hat das angestossen. Wir können uns dem voll und ganz anschliessen, dieses Geschäft an die WAK zurückzuweisen, damit wir das eben im Rahmen dieses Lohnpakete zusammen anschauen können und sehen können, wie wir effektiv dastehen.

Denn beim Lohnpaket ist es dann dasselbe, um jetzt etwas vorzugreifen. Beim Lohnpaket hat man auch Lohnvergleiche gemacht, aber selbstverständlich nur Vergleiche zwischen Städten oder Kantonen, mit der Privatwirtschaft hat man nicht verglichen. Da haben wir dann auch noch einen gewissen Nachholbedarf.

Wir sind klar der Meinung, jetzt, so wie es hier auf dem Tisch liegt, können wir diesem Jobticket nicht zustimmen. Wir sind bereit, das im Kontext des Lohnpaketes nochmals anzuschauen und zu diskutieren und bitten Sie deshalb, dieses Geschäft an die WAK zurückzuweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen. Brigitte Gysin hat das Wort.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich werde mich als Direktbetroffene bei der Abstimmung enthalten, kann mich aber einer Zwischenfrage nicht enthalten. Die Kommission spricht sich einstimmig für die Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Einführung von Lohnnebenleistungen aus, auch wird das Jobticket als konkrete Massnahme begrüsst. Das ist aus dem Votum die Kommissionspräsidentin im Dezember zu entnehmen, dem die FDP zugestimmt hat. Wer ist für diese Rückweisung verantwortlich? Die Regierung, die eins zu eins umgesetzt hat, was sie angekündigt hat, oder sind es die Rückweisenden, die keine Hinweise gegeben haben?

Luca Urgese (FDP): Ich darf sagen, was ich gesagt habe, und ich habe immer klar zum Ausdruck gebracht, dass für mich damit noch kein Vorentscheid für das Jobticket gefällt wurde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Sie sagen, nur 9 Prozent seien mit dem Auto unterwegs. Dies bezieht sich auf Basel-Stadt. Haben Sie nicht auch das Gefühl, dass bei den Arbeitnehmenden aus Basel-Landschaft haben ein Potenzial für Umstieg vorhanden ist?

Luca Urgese (FDP): Ich habe ausdrücklich gesagt, dass diese 9 Prozent sich auf die beziehen, die in Basel wohnen und in Basel arbeiten. Ich habe dann gesagt, dass vermutlich der Anteil der Leute, die beim Staat arbeiten, kleiner sein wird als die 9 Prozent, Vorbildfunktion, dass die Baselbieter dann vielleicht ein bisschen mit dem Auto kommen und dass sich das dann ungefähr ausgleicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Patrizia Bernasconi für die BastA.

Patrizia Bernasconi (BastA): Der Arbeitsmarkt hat sich verändert. Gut ausgebildete Fachkräfte sind knapp. Der Wettbewerb um qualifiziertes Personal wird härter, und gerade im öffentlichen Dienst. Wenn wir im Kanton Basel-Stadt weiterhin genügend Menschen für unsere Schulen, unsere Spitäler, unsere Verwaltung oder unsere Polizei gewinnen wollen, dann müssen wir mehr bieten als gute Absichten. Wir brauchen attraktive Arbeitsbedingungen, dazu gehört auch ein Jobticket, ein vergünstigtes oder kostenloses ÖV-Abo für Mitarbeitende sowie Auszubildende des Kantons.

Das ist Jobticket ist kein Luxus. Es ist ein konkreter und unkomplizierter Anreiz. Es entlastet die Mitarbeiter finanziell und fördert den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr. Es ist also ein Instrument, das gleichzeitig den Arbeitsort attraktiver macht und zur Nachhaltigkeit beiträgt. Ein Teil der Kommission hat darauf hingewiesen, dass das Angebot aktuell nur Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden offensteht und dass dieser Antrag gegenüber der Privatwirtschaft ungerecht sei. Ich meine, genau deshalb sollte der Kanton als grosser Arbeitgeber vorangehen, anstatt sich selbst zu beschränken. Wenn die Bedingungen für private Betriebe ungenügend sind, sollten wir politisch an der Gestaltung des Tarifverbunds arbeiten, sie für alle zu verbessern, nicht uns selbst ausbremsen.

Ein weiteres Argument, dass Lohnnebenleistungen im öffentlichen Dienst nicht wie in der Privatwirtschaft mit dem Grundlohn verrechnet werden, ist richtig. Die Realität ist aber, dass wir im Kanton die Löhne nicht beliebig anpassen können. Deshalb brauchen wir andere Instrumente, um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Das Jobticket ist eines davon.

Und auch das Argument der Mitnahmeeffekte, dass ohnehin viele bereits den ÖV-Nutzen, greift zu kurz. Wer sich heute schon klimafreundlich verhält, soll nicht leer ausgehen. Solche Leistungen fördern nicht nur den Umstieg, sondern auch die Bindung an den Arbeitgeber. Und sie wirken sozial. Gerade bei tieferen Einkommen machen solche Entlastungen einen Unterschied.

Der Kanton soll in der Augen der bürgerlichen Kommissionsmehrheit nicht besser sein als die Privatwirtschaft. In unseren Augen aber darf er nichts schlechter sein, wenn er konkurrenzfähig und vor allem vorbildlich sein will. Das Jobticket ist kein Nice to Have, kein Geschenk. Es ist eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unseres Service public.

Ursprünglich wollten wir dem Antrag des Regierungsrates zustimmen, da es keinen anderen gab. Nun hat die GLP den Antrag auf Zurückweisung gestellt, was nun auch von der FDP unterstützt wird. Wir werden die Zurückweisung ablehnen aber dem Änderungsantrag zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ für die GLP.

Tobias Christ (GLP): Das Jobticket ist grundsätzlich eine gute Sache. Es ist verständlich, dass die Mitarbeitenden des Kantons gerne davon profitieren möchten. Oberflächlich betrachtet scheint dem auch nichts im Wege zu stehen. Viele kleine Unternehmen würden ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerne ein solches Ticket anbieten. Allerdings ist das grösseren Unternehmen mit mindestens 100 Angestellten vorbehalten. Insofern handelt es sich hier um ein Privileg, welches nicht allen offensteht.

Ich möchte Ihnen heute die Haltung der GLP-Fraktion zur Vorlage erläutern, welche einmal mehr etwas differenzierter ist als ein einfaches Ja oder Nein zum Jobticket, denn es geht hier um mehr als nur ein ÖV-Abo. Hier treffen zwei Prinzipien aufeinander, die wir sorgfältig abwägen müssen.

Auf der einen Seite steht das ökologische Interesse, den öffentlichen Verkehr in der Stadt zu stärken. Auf der anderen Seite steht der Grundsatz, dass der Kanton die Privatwirtschaft nicht konkurrenzieren soll. Rund 85 Prozent der Arbeitnehmenden in Basel-Stadt würden vom Jobticket nicht profitieren, und es fehlt bislang eine stichhaltige Argumentation, weshalb ein solches Ticket ausgerechnet die Attraktivität der kantonalen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber deutlich steigern sollte.

Ein Jobticket ist eine Lohnnebenleistung, aber keine Lohn relevante Komponente. Im Kanton wird nach Lohnklassen entlohnt. Ein Fringe Benefit wie das Jobticket kommt on Top. In der Privatwirtschaft oder bei Nonprofit-Organisationen hingegen werden solche Leistungen in der Regel als Bestandteil des Lohns ausgewiesen – ein klarer Systemunterschied. Ein Teil der Kommission hat dann auch in einem Benchmark festgestellt, dass das Jobticket zur Gewinnung von Fachkräften nicht zwingend notwendig ist.

Natürlich, die Befürworter der Vorlage heben die möglichen positiven Effekte in Bezug auf Klimaziele und nachhaltige Mobilität hervor, aber ist dieses Potenzial überhaupt vorhanden? Im Ausgabenbericht des Regierungsrats wird zwar eine Kostenschätzung genannt, diese scheint sich jedoch primär auf die heutige Zahl der U Abo-Nutzer:innen und Auszubildenden zu beziehen. Wo bleibt der erwartete Lenkungseffekt? Wenn tatsächlich neue ÖV-Nutzer:innen gewonnen werden sollen, müsste auch ein prognostizierter Zuwachs ausgewiesen sein. Oder glaubt man letztlich doch nicht an diesen Effekt? Fahrradfahrende werden kaum umsteigen und müssen das zur Erreichung der Klimaziele auch nicht und Autofahrende müssen erst überzeugt werden.

Daraus lässt sich schliessen: Die Vorlage dient wohl in erster Linie der Arbeitgeberattraktivität im Kontext des Projektes Arbeitgeberattraktivität steigern. Auffallend ist auch, dass kurz nach dem BAK-Bericht zum Jobtickets der Ratschlag zu den Lohnmassnahmen und der Ablösung der befristeten Arbeitsmarkt Zulage bei der Kantonspolizei erschienen ist. Für uns besteht zwischen diesen beiden Geschäften ein klarer kausaler Zusammenhang. Wäre es nicht besser, beide Massnahmen kohärent und im Gesamtzusammenhang zu beurteilen, anstatt isolierte Entscheide zu treffen?

Zusammenfassend stehen wir also vor folgender Entscheidung: Wollen wir jetzt isoliert eine Lohnnebenleistung gewähren, ohne uns über den ökologischen Nutzen im Klaren zu sein, und unter Inkaufnahme einer Ungleichbehandlung zwischen Kanton und der übrigen Wirtschaft? Die Argumente für die Einführung des Jobtickets, seien sie ökologischer oder Arbeitgeber politischer Natur erscheinen aus Sicht der GLP-Fraktion aktuell zu wenig fundiert. Wir Grünliberalen beantragen daher, wie schon angekündigt worden ist, quasi federführend die Rückweisung des Ratschlags an die WAK, weil wir einerseits überzeugt sind, dass das Jobticket nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit dem Ratschlag betreffend die Lohnmassnahmen im Rahmen des Projekts Arbeitgeberattraktivität steigern behandelt werden sollte. Das Jobticket soll als Teil eines Gesamtpakets beurteilt und nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Es macht einen Unterschied, ob Mitarbeitende künftig 300 bis 500 Franken mehr an Lohnnebenleistungen pro Jahr halten oder nicht. Das verdient eine ganzheitliche Betrachtung.

Andererseits fehlt dem Bericht der Regierung, wie schon gesagt, zur Klimaschutzmassnahme im Bereich Mobilität eine Analyse zum ökologischen Potenzial. Es besteht das Risiko, dass wir mit dieser Massnahme Mittel einsetzen, aber nur einen geringen Nutzen erzielen. Dann sollten wir das Geld dort einsetzen, wo es mehr Wirkung entfaltet.

Last but Not least: Der Regierungsrat kündigt zwar eine erste Auswertung nach zwei Jahren an, aber ohne klare Kriterien, ohne Verpflichtung zur Berichterstattung an den Grossen Rat und ohne parlamentarische Kontrolle. Eine solche interne Auswertung reicht nicht. Was fehlt, ist eine verbindliche Evaluationsklausel, die Wirkung, Kosten und Zielerreichung systematisch prüft und dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt wird. Wir erkennen das ökologische Potenzial des Job-Tickets durchaus und ja, als Grünliberale unterstützen wir grundsätzlich Massnahmen für nachhaltige Mobilität, aber wir wollen nicht reflexartig Ja sagen, nur weil es grün daherkommt und ebensowenig Nein, weil es zwar gut gemeint, aber ungenügend eingebettet ist. Wir wünschen uns in diesem Geschäft eine Lösung, die Klimaziele, Fairness gegenüber KMU und finanzielle Verantwortung zusammenbringt. Deshalb ist die Rückweisung aus unserer Sicht keine Blockade, sondern eine Einladung zur Klärung und falls sich das Jobticket im Zuge der Gesamtberatung durchsetzt, kann eine verbindliche Evolutionsklausel mit beantragt werden.

Sollte die Rückweisung keine Mehrheit finden, stellen wir in einem zweiten Schritt den Antrag auf eine Evaluation nach zwei Jahren mit Bericht an den Grossen Rat und Fokus auf Wirkung, Mitnahmeeffekte und Beitrag zur Mobilitätswende. Das ist der Antrag, der Ihnen auch schon vorliegt, den wir eventualiter stellen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Über Ihre Unterstützung zu einer differenzierten Behandlung dieser Vorlage würden wir uns sehr freuen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt ja eine Zwischenfrage von Regierungsrätin Tanja Soland. Sie wird entgegengenommen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich habe eine Verständnisfrage: Es gibt einen Kausalzusammenhang vom Jobticket mit dem Mobilitätsmanagement aus dem BVD. Warum fordern Sie denn keine Rückweisung an die Regierung, damit das BVD dies in seinem Mobilitätsmanagement-Geschäft aufnehmen kann?

Tobias Christ (GLP): Das wäre durchaus auch ein gangbarer Weg. Das haben wir auch kurz diskutiert. Wir haben uns aber entschieden, dass das der einfachere und schnellere Weg ist. Aber es steht Ihnen natürlich auch offen, Rückweisung an die Regierung zu beantragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Die LDP hat die Frage diskutiert, ob das Jobticket als Lohnnebenleistung notwendig ist, um Fachkräfte zu gewinnen. Wir sehen es gegenüber der Privatwirtschaft kritisch, weil dort die Lohnnebenleistungen wie schon erwähnt ein Teil des Lohnes sind, hingegen beim Kanton aufgrund der gesetzlich definierten Löhne keine Verrechnung mit dem Grundlohn vorgenommen werden kann. Wie im Bericht ausgeführt, werden ja die Lohnnebenleistungen somit als reine Zusatzleistung zu attraktiven Anstellungsbedingungen, insbesondere der Pensionskassen, Kündigungsschutz und so weiter, eingeführt.

Wir sehen es daher für den Kanton ist unbedingt notwendig, das Ticket anzubieten, um ein Wettbewerb fähiger Arbeitgeber zu sein. Die vielen kleinen KMU werden damit einmal mehr benachteiligen und verlieren eher Fachkräfte an den Staat. Die LDP ist für eine Rückweisung an die WAK und für eine Beratung zusammen mit den angekündigten Lohnerhöhungen, so dass dann ein Gesamtpaket geschnürt werden kann. Danke, wenn Sie dem zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Jérôme Thiriet für die GRÜNEN/jgb.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb ist ganz klar für das Jobticket. Wir haben jetzt schon viel gehört, aber wir haben vor allem auch gestern während der Oberaufsichtskommissionsberichte gehört, wie wichtig es ist, dass man zu unseren Kantonsangestellten Sorge trägt. Und jetzt kommen wir hier mit einer ersten Massnahme zur Arbeitgeberattraktivitätssteigerung im Grossen Rat, die aus meiner Sicht sehr ein Low Level-Ansatz ist und diskutieren schon sehr kontrovers, ob das überhaupt nötig ist. Das ist aus unserer Sicht sehr schwierig. Es ist ein kleiner Zusatz, den man da gibt, und aus unserer Sicht ist das natürlich auch absolut sinnvoll, was den ökologischen Ansatz betrifft. Dieser erste kleine Ansatz, die erste Massnahme, die Regierungsrätin Tanja Soland nun bringt, wird nun so sehr attackiert.

Das ist aus vielen Gründen problematisch. Aus unserer Sicht geht es auch um die Ökologie und Umweltschutz und da ist das Jobticket einfach eine geniale Massnahme, denn da können wir jetzt die Arbeitgeberattraktivität mit dem Umweltschutz so leicht verbinden und schnell umsetzen. Wir verstehen oder können nachvollziehen, dass man sagt, es komme ja schon ein grosser Teil der Mitarbeitenden mit dem ÖV, aber es sind eben nicht alle. Für uns ist es viel wichtiger, dass man die Mobilität mit dem ÖV stärkt, dass man das Verhalten fördert und dass man auch auf die, die noch nicht mit dem ÖV kommen – ich denke auch vor allem an diejenigen, die aus dem Baselbiet oder aus dem nahen Ausland kommen – hinwirkt, dass sie mit dem ÖV kommen.

Auch für unser Kernanliegen, die Ökologie, ist das ein absolut sinnvolles Rezept, ein absolut sinnvolles Instrument, das man einsetzen kann, um die Klimaziele und die Nachhaltigkeitsziele des Kantons zu erreichen. Es ist ja auch schon in der Mobilitätsstrategie verankert und insofern macht das noch mehr Sinn.

Der Änderungsantrag der GLP ist aus unserer Sicht nicht unbedingt notwendig, aber er ist okay. Man kann mit dieser Evaluation sicher nochmal legitimieren, dass es ein gutes Instrument ist und daher würden wir den Änderungsantrag unterstützen, die Rückweisung aber auf gar keinen Fall.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ein Auto hat etwa eine Vollkostenrechnung pro Jahr von 10’000 Franken. Sie sind ja Unternehmer. Meinen Sie, diese 500 Franken hätten wirklich einen Einfluss auf jemanden, der heute noch nicht den ÖV nutzt?

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Ja, vor allem wenn er keinen Parkplatz findet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Franz-Xaver Leonhardt für die Mitte/EVP.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Wir haben viele Argumente gehört dafür und dagegen. Wir in der Fraktion haben das besprochen und wir sind nicht grundsätzlich gegen ein Jobticket, aber wir finden diesen Vorschlag der GLP, zurückzuweisen an die WAK als noch einen besseren Vorschlag und wir unterstützen ihn. In diesem Sinne freuen wir uns, wenn dieses Geschäft zurück an die WAK und schnell eine bessere Ausgangslage erarbeitet wird, weil diese Vorlage hat gewisse Schwächen und Tücken und wir würden uns eine neue Vorlage wünschen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt ja eine Zwischenfrage von Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Können Sie mir sagen, was besser oder anders werden soll?

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Zum Beispiel könnte man das Jobticket an die Lohnstufe binden, so dass man es gezielt dort einsetzt, dieses Geld, wo es nötig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Melanie Eberhard für die SP.

Melanie Eberhard (SP): Das Jobticket ist ein von der Arbeitgeberin für die Mitarbeitenden finanziertes oder vergünstigtes Abo für den öffentlichen Verkehr. Für die Mitarbeitenden ist es aber auch ein Zeichen der Wertschätzung, ein Signal, dass ihre Arbeitgeberin in unserem Fall der Kanton Basel-Stadt sich für Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung einsetzt. Denn durch das Jobticket wird der Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr gefördert, Basel-Stadt als attraktive moderne Arbeitgeberin positioniert und ein konkreter Beitrag zu Klimaschutz, Verkehrsberuhigung und Lebensqualität bei uns im Kanton geleistet.

Mit dem vorliegenden Ratschlag geht es also nicht nur um jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von 1,38 Millionen Franken zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements und für die Ausrichtung des Jobticket als vergünstigtes U-Abo für die Mitarbeitenden sowie die Übernahme der Abonnementskosten von Auszubilden in der beruflichen Grundbildung, es geht um viel mehr. Aus Sicht der SP-Fraktion ist deshalb klar, dass wir diesen Ratschlag vorbehaltlos unterstützen und Ihnen geschätzte Kolleg:innen nahelegen, das auch zu tun.

Gerne erläutere ich nachfolgend kurz, was aus unserer Sicht die überzeugendsten Argumente für die Überweisung des Ratschlages sind. Erstens die Steigerung der Arbeitgebendenattraktivität: Der Kanton Basel-Stadt ist eine wichtige Arbeitgeber in unserem Kanton und die Arbeiten, welche die Mitarbeitenden erbringen, sind von riesiger Bedeutung für die Menschen, die hier leben und arbeiten. Denken Sie beispielsweise an die Bildung, die Sicherheit, unserer Pärke, öffentlichen Raum, die Gesundheit, die Verwaltung und das soziale System. All diese Arbeiten, die in diesen Bereichen erbracht werden, sind wichtig und wir wollen, dass sie erbracht werden von guten, motivierten M Mitarbeitenden. Dass der Kanton Mühe hat, aufgrund des Fachkräftemangels gutes Personal zu finden, haben wir gestern Morgen im Rahmen der Debatte rund um die Jahresrechnung von einigen von Ihnen gehört. Deshalb ist es auch so wichtig, dass der Kanton eine gute Arbeitgeberin ist und dazu können wir jetzt einen Beitrag leisten.

Nun wurde angemerkt, dass das Jobticket nur für grosse Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden genutzt werden kann und die kleinen KMU benachteiligt werden. Tatsächlich finde ich es sehr schade, dass KMU ihren Mitarbeitenden das Jobticket nicht anbieten können und ich sehe auch, dass die Kosten dafür von einem KMU erst einmal erwirtschaftet werden müssen. KMU haben gegenüber dem Staat jedoch eine Flexibilität, sich im Arbeitsmarkt anzupassen, von dem der Kanton nur träumen kann. Schliesslich reden wir jetzt gerade hier als Parlament ausgiebig über eine einfache Lohnnebenleistung. Bei den grossen Firmen wiederum wurde angemerkt, dass nur rund ein Drittel der Firmen, die könnten, das Jobticket auch tatsächlich nutzen. Grosse ansässige Firmen wie Roche und Novartis setzen ja tatsächlich nicht auf das klassische Jobticket, sondern auf ein wenig anders ausgestaltete Mobilitätsangebote, und dass viele dieser grossen Firmen noch mit ganz anderen Löhnen und Fringe Benefits um Mitarbeitende buhlen können, muss ich hier wohl nicht weiter ausführen.

Aus meiner Perspektive lohnt es sich denn auch, den Fokus eben auf andere Kantone und Gemeinden zu legen, da dabei die Vergleichbarkeit am höchsten ist, und da zeigt sich schon im nahen geografischen Umfeld, dass beispielsweise der Kanton Basel-Landschaft, das haben wir gehört, seinen Mitarbeitenden das Jobticket anbietet, aber dass auch sehr viele umliegende Gemeinden und Städte wie unter anderem Arlesheim oder Rheinfelden auf dieses Angebot setzen. Etwas weiter geschaut kennen auch Bern, Ostschweizer Kantone und viele weitere Gemeinden über unsere Region hinaus das Jobticket. Das Jobticket ist also eine bewährte und anerkannte Form, um die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeberin in Zeiten des Fachkräftemangels zu stärken.

Das zweite wichtige Argument für das Jobticket ist für uns das Zeichen der Wertschätzung für die Mitarbeitenden. Dass das Jobticket heute im Grossen Rat beraten wird, wissen viele Mitarbeitende und ich denke auch, dass einige sicherlich das Ergebnis der heutigen Debatte mitverfolgen werden. Für all diese Mitarbeitenden ist es auch ein Zeichen von unserer Seite, dass wir ihre Arbeit sehen und wertschätzen, dass wir ihnen dankbar sind für ihre Einsätze im Klassenzimmer, auf der Strasse und in der Verwaltung.

Drittens wird mit dem Jobticket der öffentliche Verkehr gefördert. Mit dem Jobticket kann der Umstieg vom Auto auf den ÖV gefördert werden. So eruierten die BVB 2020 Massnahmen zur Nachfragesteigerung im öffentlichen Verkehr und hielten dabei fest, dass die Kosten für den ÖV ein sehr wichtiger Grund sind, auf die Nutzung des ÖV zu verzichten. Im Bericht wird festgehalten, dass die Zunahme der ÖV-Preise in den letzten Jahren weit über der Entwicklung des Konsumentenpreisindex liegt, was dazu führt, dass gerade eben Einsteiger:innen aufgrund der steigenden Preise verlorengehen.

In Anbetracht dessen, dass eben über die Hälfte der Mitarbeitenden des Kantons aus den Nachbarkantonen sowie dem angrenzenden Dreiland täglich zur Arbeit kommen, zählt wohl auch das Argument, dass viele ja vielleicht jetzt das Velo nutzen würden und der Umwelt dafür gar nichts bringt, nicht wirklich. Denn viele der Pendelnden müssen einen längeren Arbeitsweg zurücklegen, wodurch mit dem Jobticket ein weiteres gutes Argument geschaffen wird, um eben auf den ÖV anstelle das Auto zu setzen.

Wir haben uns als Kanton zudem ein ambitioniertes Klimaziel gegeben, und da gehören Massnahmen zum Umstieg auf den ÖV einfach dazu. Sie sind wichtig, dass wir unsere Ziele erreichen und da sollte gerade der Kanton eine entsprechende Vorbildfunktion einnehmen und das Nutzen des ÖV attraktiver gestalten. Mit dem Jobticket können wir also einen Nutzen für die Umwelt leisten, indem wir den ÖV gerade auch für die vielen Pendelnden aus den umliegenden Gemeinden und dem nahen Ausland attraktiver gestalten.

Viertens steigern wir mit dem Jobticket auch die Lebensqualität für uns alle, denn wenn Pendler:innen vermehrt auf den ÖV setzen, würde dies die Stadt entlasten und zur Steigerung der Lebensqualität im Strassenraum für alle beitragen.

Neben der Vielzahl an Gründen, die für das Jobticken sprechen, möchte ich nun noch kurz auf den Rückweisungsantrag der GLP an die WAK zu sprechen kommen. Wir hätten in der WAK noch etwas ausführliche über diesen Ratschlag eventuell beraten können und auch noch Änderungen und Anträge vorschlagen können. Für uns als SP-Fraktion ist das Jobticket aber einfach eine klare Sache. Es ist ein bestehendes Angebot, das wir nicht beeinflussen können, da es im TNW-Verbund organisiert wird und es ist eine anerkannte Lohnnebenleistung, die von vielen Unternehmen und Gemeinden genutzt wird, um die Mitarbeitenden wertzuschätzen und den Umstieg vom MIV auf den ÖV zu begünstigen. Aus unserer Sicht liegen deshalb alle relevanten Eckwerte hier und heute auf dem Tisch, um eine Entscheidung treffen zu können, weshalb wir uns gegen eine Rückweisung aussprechen werden.

Den vorliegenden Ergänzungsantrag der GLP können wir schulterzuckend unterstützen, da wir von der Wirkung des Jobtickets sowohl in Bezug auf die Ökologie als auch als wertvolle Lohnnebenleistung überzeugt sind. Wenn es also diese Ergänzung braucht, damit die GLP sich auch für dieses wichtige Zeichen an die Mitarbeitenden und den Beitrag zum Klimaschutz ausspricht, dann unterstützen wir dies natürlich.

Namens der SP-Fraktion empfehle ich Ihnen eine Überweisung des Ratschlags und die Einführung des Jobtickets zur Steigerung der Arbeitgebendenattraktivität, als Zeichen der Wertschätzung für die Mitarbeitenden, zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und damit auch, um die Lebensqualität in der Stadt zu steigern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Catherine Alioth. Diese wird entgegengenommen.

Catherine Alioth (LDP): Wir haben gestern gehört, dass wir sorgfältig mit dem Haushaltsbudget unseres Kantons umgehen sollen, jetzt und in Zukunft. Wie hoch ist das Jobticket auf Ihrer Prioritätenliste?

Melanie Eberhard (SP): Aktuell ist das Jobticket gerade sehr weit oben auf meiner Prioritätenliste und die Ausgaben dafür, würde ich sagen, halten sich auch in Grenzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionsprecher ist Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn Sie vom Arbeitgeber etwas gratis bekommen oder vergünstigt bekommen, dann ist das eine geldwerte Leistung, dann ist das Vergütung, und über Vergütung sprechen wir hier und heute bei diesem Thema, nicht über Mobilitätsmassnahmen, nicht über Umweltschutzmassnahmen.

Geschätzte Frau Eberhard, selbstverständlich ist es immer ein Zeichen der Wertschätzung, wenn Sie die Vergütung erhöhen. Sie können sich nicht vorstellen, wie gerne ich als Arbeitgeber einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter eine Lohnerhöhung gebe oder auch einen Fringe Benefit gebe. Da fühlt die Mitarbeiterin, der Mitarbeiter, die Wertschätzung. ist dankbar und beide haben Freude. Das Problem ist nur, am Ende des Jahres muss bei mir die Rechnung aufgehen. Ich unterliege da einem ganz anderen Wettbewerb als der Kanton, und das ist der Grund, warum der Kanton nicht einfach völlig frei, genau wie es ihm passt, die Vergütung anpassen kann. Genau deshalb haben wir auch im Gesetz stehen, wie die Vergütung der Teuerung angepasst wird.

Der grosse Unterschied ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons im freien Jobmarkt sich bewegen können, aber als Arbeitgeberin der Kanton sich diesem Wettbewerb nicht stellen muss. Und deshalb funktioniert der Vergleich mit der Privatwirtschaft in Sachen Jobtickets nicht. Er funktioniert auch nicht beim Stichwort Fachkräftemangel. Wenn ich hier höre, der Kanton habe ein Fachkräfteproblem, das müssen wir lösen. Ich habe auch ein Fachkräfteproblem und die Wirtschaft generell hat ein Fachkräfteproblem. Ja wollen wir das vom Kanton jetzt zu Lasten der Privatwirtschaft lösen? Nein, das ist ein Thema, das wir gemeinsam lösen müssen. Wir dürfen hier nicht die staatlichen Arbeitgeber gegen die privatwirtschaftlichen Arbeitgeber ausspielen.

Mit Massnahmen, zugegebenermassen relativ kleinen Massnahmen wie dieses Jobticket, tun wir aber genau das. Relativ maliziös, also mit zumindest mal in unserem Unterton, hat unsere Finanzdirektorin gestern den Vergleich mit dem Kanton Basel-Landschaft gemacht. Luca Urgese hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass die Lösung, wie der Kanton Basel-Landschaft mit der Anpassung der Vergütung an die Teuerung umgeht, eine ganz andere ist. Wenn man eine solche in Basel-Stadt einführen will, bitte schön, dafür bin ich zu haben. Und dann kann man selbstverständlich das Jobticket als eine Anpassungsmassnahme der Vergütung übernehmen. Aber dann bitte auch mit jährlicher Anpassung der Teuerung, mit jährlichem Beschluss hier drin, ob man diese Anpassung machen will oder nicht. Genauso wie der Kanton Basel-Landschaft in den letzten 15 Jahren etliche Male keinen Teuerungsausgleich gewährt hat. Dann ist das System kohärent, aber wenn man es jetzt einfach zusätzlich macht, ist es das nicht.

Frau Bernasconi, Sie haben gesagt, dass wir hier im Kanton die Löhne nicht einfach beliebig anpassen können. Ich gebe Ihnen recht, dass der Prozess mühsamer ist als in der Privatwirtschaft, aber wir können sehr wohl, genau deshalb diskutieren wir in den kommenden Monaten über das Lohnpaket. Ja, es ist ein langsamer Prozess, aber wir können selbstverständlich als Kanton reagieren, wenn Massnahmen angezeigt sind, wenn wir sehen, dass bei bestimmten Gruppierungen Handlungsbedarf da ist, weil die Löhne zu tief sind. Und werden wir reagieren, und auch die SVP selbstverständlich wird hier mit reagieren.

Genau in diesem Zusammenhang macht auch der Antrag der GLP Sinn. Wenn wir das Thema Vergütung über das Jobticket zusammen mit dem Thema Vergütung über das Lohnpaket gemeinsam anschauen, dann können wir auch die Wirkung gemeinsam beurteilen. Es ist nicht so, dass hier alle Fakten auch auf dem Tisch sind zum Jobticket. Das ist hinsichtlich Mobilität vielleicht so, aber es ist definitiv nicht so hinsichtlich Vergütung, hinsichtlich Lohnleistungen, hinsichtlich Position des Kantons im Arbeitsmarkt.

Wir sind grundsätzlich immer zu haben für punktuelle Anpassungen bei der Vergütung, breitbandige Lösungen sind selten in der Privatwirtschaft und bei staatlichen Arbeitgebern eine gute Lösung. Genau aus diesen Gründen unterstützt die SVP zunächst den Rückweisungsantrag der GLP an die WAK, und wenn dieser nicht durchkommt, wird sie das Paket ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Als wir dieses Geschäft in der Fraktionssitzung besprochen haben, war uns der Rückweisungsantrag der GLP nicht bekannt. Ich oute mich, ich habe selber einen Rückweisungsantrag stellen wollen, weil ich mit dem Bericht der WAK zu diesem Geschäft nicht zufrieden bin. Ich bin tatsächlich der Ansicht, dass man über die Idee des Regierungsrates im Zusammenhang mit der Arbeitgeberattraktivität des Kantons durchaus diskutieren muss. Das hat die Finanzkommission in den letzten Jahren in ihren Berichten jeweils auch aufgebracht, und ich bin auch nicht der Meinung, dass wir in die Debatte gehen sollen mit der Frage, wie attraktiv ist der Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber und wie attraktiv sind allenfalls andere Arbeitgeber. Ich bin nicht der Meinung, da bin ich bei Regierungsrätin Tanja Soland, dass wir das zwingend vermischen müssen. Natürlich gibt es Argumente dafür, dass der Kanton Basel-Stadt heute schon ein attraktiver Arbeitgeber ist. Stichwort ist die doch sehr gute Pensionskassenlösung, die die Kantonsangestellten haben, aber nichtsdestotrotz denke ich nicht, dass wir nur mit dem Argument der Pensionskasse dann allenfalls auch andere Arbeitgeber übertrumpfen können, wenn es um die Entscheidung geht, zu welchem Arbeitgeber man wechselt.

Selbstverständlich ist es so, dass der Kanton als Arbeitgeber viele weitere Vorteile hat. Er ist im Vergleich zu einem KMU natürlich auch attraktiver, weil er weitere Möglichkeiten zur Weiterbildung einer Person bietet. Er hat wahrscheinlich auch eine stärkere Jobsicherheit, ein Angestellter, wenn er beim Kanton arbeitet, als wenn er es vielleicht bei einem KMU macht. Nur finde ich den Vergleich eines KMU mit dem Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber in diesem Zusammenhang nicht

zwingend sehr sinnvoll. Ich glaube, wir müssen uns hier als Kanton Basel-Stadt, das kann man gut oder schlecht finden, mit anderen, mit grossen Arbeitgebern in der Region vergleichen und wenn wir das machen, dann glaube ich schon, dass der Kanton Basel-Stadt durchaus einen gewissen Nachholbedarf hat.

Ob nun das Jobticket die beste Lösung dafür ist, das weiss ich nicht. Ich persönlich hatte, als der Ratschlag des Regierungsrates uns vorlag, dafür zumindest eine gewisse Sympathie. Der Berichte der WAG lässt mir persönlich wenig, daraus Schlüsse ziehen, was jetzt nun effektiv dagegen spricht. Auch heute oder gestern in den Voten der Fraktionssprechenden, die sich gegen das Jobticket ausgesprochen haben, kam jetzt nicht so wahnsinnig viel Neues substanziell heraus. Ich muss ehrlicherweise sagen, den Rückweisungsantrag der GLP, den ich ja jetzt auch heute unterstütze, finde ich allerdings etwas schwierig, wenn man ihn nicht mit einem konkreten Auftrag verbindet. Und das war vielleicht auch ein bisschen die Zwischenfrage von Regierungsrätin Tanja Soland an Herrn Christ. Wenn wir jetzt einfach an die WAK zurückweisen, was soll dann diese machen? Ja, wir können es im Zusammenhang mit diesem Lohnmassnahmenpaket besprechen, das jetzt auch vorliegt. Aber auch dann bleibt ja die Frage offen, was machen wir mit dem konkreten Vorschlag eines Jobtickets. Deshalb bin ich heute für eine Rückweisung. Ich wäre aber dafür, dass WAK, sofern es an sie zugewiesen wird, Gedanken macht, ob die WAK dieses Jobticket dann tatsächlich, wie es Franz Xaver Leonhardt in seiner Beantwortung der Zwischenfrage erwähnt hat, auch abgestuft herausgibt für die Mitarbeitenden, dass man sagt, es ist auf eine Lohnklasse zum Beispiel beschränkt.

Ich finde schon, in den unteren Lohnklassen macht es aus meiner Sicht Sinn, dass man allenfalls mit diesem Fringe Benefit tatsächlich auch einen Umsteigeeffekt erwirken kann. Ich finde, es macht auch Sinn, wenn man das Jobticket für die Auszubildenden im Kanton gewährleistet. Wo ich kritischer bin ist, wenn es um Personen geht, die beispielsweise in der Lohnklasse 19 stehen. Ich habe das hochgerechnet vorher. Wenn man in der höchsten Stufe ist, hat man ein Monatsbruttoeinkommen von ca. 14’000 Franken. Ich glaube, dann ist tatsächlich dieses Jobticket kein wirkliches Argument, um zum Kanton zu wechseln oder beim Kanton zu bleiben, aber bei unteren Lohnklassen, das sind dann Stadtreiniger, vielleicht Sekretärinnen, Sekretäre oder auch Mitarbeiter vielleicht der Stadtgärtnerei, die tatsächlich keinen hohen Lohn haben, könnte das tatsächlich einen gewissen Effekt haben. Deshalb wünsche ich mir, dass sich die WAK in diesem Geiste Gedanken macht. Bitte nehmen Sie das also quasi vielleicht auch als Diskussionsvorschlag an, wenn die Rückweisung an die WAK gelingen wird, was ich sehr begrüssen würde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Einige Bemerkungen aus zwei Perspektiven. Zuerst aus meiner beruflichen Rolle, anekdotisch. Ich glaube, wenn ich die Wanderungen von unserer Kanzlei vom Staat und weg vom Staat der letzten Jahre Revue passieren lasse, dann hat der Staat vielmehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von uns abgeworben als umgekehrt. Vor allem die Stellen an unseren Gerichten scheinen sehr attraktiv zu sein. Ich glaube nicht, dass es eine Lohnfrage ist, sondern da ist der Staat flexibler mit Teilzeit-Modellen etc. Also einfach sagen, der Staat sei nicht konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt, das ist eine sehr vereinfachende Aussage.

Und dann aus einer anderen Perspektive als Mitglied des Vorstands der gemeinnützigen Institutionen beider Basel. In diesen Sektoren ist meistens der Staat Marktleader. Und wenn der Kanton seine Anstellungsbedingungen verbessert, dann verschlechtert das einfach sehr stark die Arbeitsmarkttauglichkeit dieser wichtigen Institutionen. Und es wird immer davon geredet, wie vorbildlich der Staat sein soll als Arbeitgeber. Vielleicht ist es auch eine staatliche Aufgabe, für eine gerechte Verteilung des Fachkräftemangels zu sorgen. Ich glaube, diese einseitigen Eingriffe in den Arbeitsmarkt, ohne wirklich differenziert anzuschauen, wo es wirklich notwendig ist, ob nach Lohnklassen abgestuft oder eben nach einzelnen Bereichen, wo es klar feststellbar ist wie bei der Polizei, dass da Defizite bestehen, ist nicht sehr sinnvoll. Darum ist die Rückweisung an die WAK auch sinnvoll, wo wirklich die Gesamtsituation nochmals angeschaut werden kann unbd nicht einfach scheibchenweise vorgeht.

Es wurde gesagt, wir müssten Ja sagen, wenn wir vorbildlich sein sollen. Nein, ich glaube vorbildlich ist, das wirklich in einer Gesamtschau anzuschauen. Es wurde gesagt, wie flexibel die KMU sind. Die KMU müssen zuerst Geld erwirtschaften, der Kanton kann immer an den Kapitalmarkt gehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich gehe chronologisch vor. Gesetzliche Grundlage war kein Vorentscheid. Ja natürlich, Luca Urgese, da gibt es keinen kausalen Zusammenhang. Ich wollte nur sagen, dass das Jobticket eigentlich ein einfacher Fringe Benefit ist, der auch nicht so teuer ist, der sehr verbreitet ist. Darum, wenn man grundsätzlich keine

Lohnnebenleistungen will, dann hätte man auch die ganze Grundlage abschaffen können. Also ich habe von anderen Lohnnebenleistungen gehört, bei denen es mir schwer fällt, also zum Beispiel die Lunch Checks. Ich habe eben nur gehört, was das in etwa kostet, und das fand ich ziemlich teuer. Das Jobticket ist eine, von der wir dachten, sie sei unproblematisch. Dies wurde auch schon gefordert, hier auch schon thematisiert. Und das war übrigens der Grund, warum das Jobticket heute ohne das Mobilitätsmanagement kommt. Das ist der kausale Zusammenhang. Wenn Sie das wollen, dann kann man ihn in diesem Paket bringen, dann geht es länger. Wir dachten, das sei so klar, dass man das will. so dass wir das vorziehen können, wir haben gedacht, es sei eine gute Idee, hier schnell zu sein. Er gehört zum Mobilitätsmanagement des BVD. Die Frage, wie kommen unserer Mitarbeitenden zur Arbeit, die Zahlen zu erheben, dann auch zu evaluieren, was nützt es, darüber zu diskutieren, ob es eine Velo-Pauschale noch braucht, ob das Sinn macht, ob wir das machen sollen. Wie können wir die Mitarbeitenden mit Anreizen dazu bringen, mit Velo, ÖV oder zu Fuss zur Arbeit zu kommen? Die Verwaltung möchte ihr Netto Null Ziel erreichen und dabei ist der Verkehr ein wichtiges Thema.

Christoph Hochuli weiss das, er hat eine Interpellation oder schriftliche Anfrage gestellt mit den Fragen der Parkplätze und hat festgestellt, wir haben sehr viele Parkplätze für unsere Mitarbeitenden, und wenn wir dort beschränken wollen, dann finde ich es auch nur fair, Anreize zu setzen, mit anderen Fahrzeugen zu kommen. Wir haben keine aktuellen Zahlen, das stimmt, das müsste man erheben. Das ist auch der Plan.

Und wenn Sie jetzt sagen, vielleicht nur für die Schichtmitarbeitenden, dann bitte ich Sie wirklich, das nicht mit dem Lohnmassnahmenpaket zu verbinden und am Ende den Schichtmitarbeitenden das Jobticket zu geben. Ich kann Ihnen sagen, wie die Schichtmitarbeitenden kommen, sicher nicht mit dem ÖV, die kommen mit dem Auto natürlich. Dort ist ja das Thema, dass sie zu Zeiten an ihren Arbeitsplatz kommen, wo kein ÖV fährt. Also das wäre jetzt eine Schlechterstellung und ein Zeichen an die Polizei, das ich jetzt heute so nicht geben würde.

Es ist eine einfache Massnahme, sie ist pauschal, ja das stimmt. Sonst wird es halt ein Bürokratiemonster und das möchten wir auch nicht. Es ist ein wenig Giesskanne. Es ist pauschal, dafür ist es einfach handhabbar. Man kann es überprüfen, das hat auch Vorteile. Und wenn Sie wollen, dass man genau abwägt, b ei wem genau, dann sagen Sie doch einfach Nein. Es ist kein Gratisabo. Es sind 300 Franken Unterschied. Es ist der Jugendtarif.

Es ist eine kleine Wertschätzung, ein kleiner Anreiz. Dass wir dies besser monitoren, macht auch Sinn und das können wir auch machen. Das wäre eben auch der Gedanke des Mobilitätsmanagements. Das kommt nachher noch.

Dann der Punkt mit dem Lohn verrechnen. Wir haben das abgeklärt. Es ist kein Lohnbestandteil. Es wird auch keine AHV darauf bezahlt und das macht niemand so. Das haben wir bei der Ausgleichskasse abgeklärt. Das machen alle gleich. Es wird nirgends mit dem Lohn verrechnet. Wir machen es gleich wie alle anderen und es ist halt einfach dieses einfache Angebot, das wir nun auch mitnehmen wollten.

Dann das Argument, es sei nicht unbedingt notwendig. Ja natürlich ist nicht unbedingt notwendig, es ist es ist einfach eine Wertschätzung. Wenn wir auf dem Finanzhaushalt schauen wollen, wir können natürlich auch ohne Jobticket leben, natürlich da können wir ehrlich sein. Aber was mir etwas Sorgen macht, ist, dass Sie es nur mit dem Lohnmassnahmepaket verbinden wollen. Wir haben hier eine grosse Kiste und Sie wollen nun etwas ganz Kleines zusammen anschauen. Und ich hoffe einfach, dass Sie das Lohnmassnahmenpaket, das wirklich sehr wichtig ist, weil die Kapo wirklich bald einen Entscheid braucht, nicht erst in einem Jahr kommt. Es ist wirklich ein wichtiges Zeichen. Und wenn Sie nun mit dem Jobticket das noch ausweiten wollen, finde ich das sehr schwierig. Ich den Zusammenhang weniger kausal. Dann müssten wir alle möglichen Lohnnebenleistungen, die aus der Arbeitsgruppe kommen, zusammen anschauen und da müssten wir noch ein paar Jahre warten. Dann schicken Sie es halt bachab. Das ist einfacher. Das Jobticket ist so klein und spielt nicht so eine Rolle, für die Kapo ist das jetzt wirklich nicht der der wichtigste Anreiz. Und ich weiss nicht, wie Sie das verbinden wollen, denn dann müssten wir alle Lohnnebenleistungen auch noch anschauen, dort geht es ja vor allem um die Schichtzulagen, und das spielt für sie eine Rolle. Daher bin ich da nicht so glücklich, wenn Sie das verbinden. Dann verbinden Sie es mit dem Mobilitätsmanagement. Dort kommt es auch her, dort hat es eine Kausalität. Dort macht es wirklich auch Sinn.

Auch die Vorschläge, die ich höre, nach Lohnklassen unterscheiden, das ist immer sehr schwierig mit der Gleichbehandlung und die Frage, ob es dann nicht zu kompliziert wird, ob es sich dann noch lohnt, für dieses Jobticket eine wirklich differenzierte lange Vorlagen auszuarbeiten.

Und David Jenny, ja dass Ihre Mitarbeitenden an die Gerichte gehen, das kann ich verstehen, aber ich habe auch schon einmal versucht, jemanden abzuwerten und hatte keine Chance. Also unser Lohnangebot war jenseits, wir hatten also keine Chance, da. wäre ich auch mit dem Jobticket nicht weit gekommen. Aber das ist ja auch richtig und okay, da sind wir alle unterschiedlich. Wir bieten auch unterschiedliche Tätigkeiten an.

Man hat mich darauf hingewiesen, dass ich nichts darüber sagen darf, dass die Prozesse in der Verwaltung manchmal kompliziert sind. Ich solle das nicht erwähnen, dass das ein Nachteil wäre *(Heiterkeit im Saal)*. Bei uns geht alles problemlos, es wird auch nie etwas zurückgewiesen und der Grosse Rat ist immer mit uns einverstanden und glücklich. Genau, darum sage ich das nicht.

Sie haben mich gehört, ich würde mir wünschen, dass wir heute vielleicht einen Entscheid treffen. Und ich finde, es wäre ein Thema im Mobilitätsmanagement. Klar, wenn es in die WAK geht, könnten wir das immer noch diskutieren, das würde ich selbstverständlich tun, ich würde mich da nicht verbiegen, ich würde auch in der WAK vorschlagen, das damit zu verbinden. Das würde ich selbstverständlich machen. Ich bitte Sie trotzdem heute, dieser kleinen Wertschätzung, egal ob es sie jetzt in Basel-Landschaft gibt oder nicht, hier heute zuzustimmen. Und ja, ich beantworte die Zwischenfragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bestens, dann starten wir mit der Zwischenfrage von Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Gestern haben wir alle darüber gesprochen, dass wir sorgfältig umgehen sollen mit dem Geld. Darum wäre es wirklich schön, wenn wir jetzt hier zuerst die Wirkungsanalyse machen, oder nicht?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wenn Sie die Wirkungsanalyse wollen, dann müssten Sie einen Pilot fordern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Sie haben gesagt, die Schichtdienstleistenden können nicht mit dem ÖV zur Arbeit fahren. Können Sie mir sagen, welche Schichtdienstleistenden ausserhalb des ÖV-Betriebs anfangen oder aufhören zu arbeiten?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wenn Sie die schriftliche Anfrage von Herrn Hochuli anschauen, dann sehen Sie es. Wir haben auch Schichtdienstleistende bei der Polizei oder anderen Dienststellen, die zu anderen Zeiten zur Arbeit kommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage kommt von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich habe durchaus Mitleid mit Ihnen, dass es Ihnen nicht gelungen ist, David Jenny aus seiner Kanzlei abzuwerben (Heiterkeit im Saal), aber haben Sie auch auch Mitleid mit mir, dass es mir praktisch nie gelingt, Leute vom Kanton abzuwerben?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir können nachher gerne darüber diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Transfermarkt ist lanciert (*Gelächter im Saal)*. Die Präsidentin der WAK hat das Wort.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich wollte nur noch einen Punkt kurz als WAK-Präsidentin klarstellen. Indem wir die Grundlage geschaffen haben, dass solche Lohnnebenleistungen grundsätzlich möglich sein können in Zukunft, haben wir noch nicht gesagt, dass wir mit dem Jobticket einverstanden sind in der WAK. Das wurde uns zwar damals angekündigt, dass bereits eine solche erste Lohnnebenleistung in der Pipeline sei und dass wir darum vorwärtsmachen sollen, aber wir haben natürlich inhaltlich noch absolut keine Diskussion geführt und auch noch nicht ansatzweise Daumen hoch oder runter gemacht.

Wenn das anders rübergekommen ist, ist das sehr schade, aber ich denke, es muss möglich sein, eine volle Debatte darüber zu führen, auch wenn es bereits eine Ankündigung gab und die Grundlagen geschaffen wurden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung an die Kommission wurde von Luca Urgese und weiteren beantragt. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA. Wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006854, 26.06.25 10:02:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten nicht zurückweisen mit 47 gegen 46 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir fahren weiter mit der Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 4 des Berichts.

Titel und Ingress.

Erster Absatz. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion GLP vor. Sie beantragt einen neuen zweiten Absatz, der Antrag liegt Ihnen vor. Wir eröffnen dazu die Debatte. Tobias Christ hat das Wort.

Tobias Christ (GLP): Ich halte mich kurz, weil darüber schon genügend diskutiert wurde. Eine Begründung ist auch noch in der Tischvorlage abgedruckt. Der GLP geht es primär darum, dass man evaluiert nach zwei Jahren, was die Lenkungswirkung ist, weil für uns ist das wirklich das entscheidende Argument, um dem Jobticket zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat die Kommissionspräsidentin. Sie verzichtet. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet ebenfalls. Lorenz Amiet hat das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): In aller Kürze: Ich erinnere einfach daran, dass alle, die befangen sind, in diesem Thema nicht mitstimmen dürfen gemäss unserer Geschäftsordnung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Ich denke, in der zweiten Runde verzichten auch beide. Wir kommen daher zur nächsten Abstimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir machen einen Rückkommensantrag und stimmen darüber ab. Dafür wird ein Zweidrittelsmehr benötigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Rückkommensantrag bezieht sich auf die letzte Abstimmung. Wer die letzte Abstimmung wiederholen möchte, stimmt Ja, wer nicht zustimmen möchte, stimmt Nein. Es ist nicht die Abstimmung selbst, es geht nur darum, ob wir diese nochmals durchführen.

2/3-Abstimmmung

Rückkommensantrag (2/3 Mehr)

JA heisst Wiederholung der Abstimmung, NEIN heisst keine Wiederholung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006857, 26.06.25 10:10:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Wiederholung der Abstimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt keine Wiederholung. Kommen wir nochmals zurück zum Ergänzungsantrag der GLP. Sasha Mazzotti wünscht das Wort.

Sasha Mazzotti (SP): Ich hatte immer mehrere Jahre die GO in der Tasche, jetzt habe ich sie nicht dabei. Lorenz Amiet hat gesagt, es würde sehr viele Leute hier drin betreffen, wenn wir dem folgen würden. Es gibt aber keine unmittelbare Betroffenheit. Beim Teuerungsausgleich zum Beispiel dürfen wir hier drin auch darüber abstimmen. Also dürfen wir hier als Kantonsangestellte auch darüber abstimmen. Das kann ich mir nicht vorstellen, sonst wäre das nicht besonders demokratisch. Wir machen das für die Leute, die Bevölkerung und nicht für unsere eigene Tasche.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie verzichten in einer zweiten Runde. Somit kommen zur Abstimmung zum Änderungsantrag der GLP.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006859, 26.06.25 10:12:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben zugestimmt mit 92 Stimmen bei keiner Gegenstimme und 4 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikationsklausel.

Schlussabstimmung. Die WAK beantragt, den Beschluss abzulehnen.

Wenn Sie ja drücken, sagen Sie Nein zum Jobticket. Als Erklärung: Wer nicht zustimmt und das eigentlich annehmen möchte, stimmt Nein. E ist kompliziert, aber der Grossratsbeschluss sagt, dass Sie das ablehnen möchten. Daher ist es genau umgekehrt, als Sie sich das denken.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst keine Zustimmung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 47 Nein, 11 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006861, 26.06.25 10:14:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung zu wiederholen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich wiederhole die Abstimmung. Es gab hier Unstimmigkeiten. Es war anscheinend unklar formuliert. Wir machen es einfacher, Ja heisst Ja zum Jobticket, Nein heisst Nein. Ich starte die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst ja zum Jobticket, NEIN heisst kein Jobticket.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 37 Nein, 11 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006863, 26.06.25 10:16:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Finanzierung des Jobtickets für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie die Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung werden ab 2025 jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von Fr. 1'380'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements bewilligt.

2. Der Regierungsrat wird beauftragt, 2 Jahre nach Einführung des Jobtickets eine Evaluation vorzunehmen und dem Grossen Rat darüber Bericht zu erstatten. Die Evaluation soll insbesondere Aussagen enthalten zur tatsächlichen Inanspruchnahme, zur Lenkungswirkung im Bereich der nachhaltigen Mobilität sowie zu allfälligen Mitnahmeeffekten. Auf Basis dieser Evaluation ist zu entscheiden, ob das Jobticket dauerhaft weitergeführt wird – und ob eine regelmässige Überprüfung in mehrjährigen Abständen erforderlich ist.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Jobticket zugestimmt mit 48 gegen 37 Stimmen bei 11 Enthaltungen.

9. Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo

[26.06.25 10:16:27, 24.5025.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erlklären. Das Wort hat die Präsidentin der Petitionskommission Heidi-Mück.

Heidi Mück (BastA): Ich werde zur Petition nur kurz berichten, auch wenn die Petition sehr viele und auch sehr konkrete Forderungen enthält. Die Petitionskommission hat in ihrem Bericht vom Mai 2024 dem Regierungsrat ebenfalls ziemlich viele Fragen gestellt, und diese Fragen wurden im Juni 2024 nach engagierter Diskussion von einer klaren Mehrheit des Grossen Rates dem Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres überweisen. Der Regierungsrat hat nun die Fragen der Petitionskommission mit Schreiben vom 25. März 2025 ausführlich beantwortet. Dafür möchte ich mich nochmals im Namen der gesamten Kommission bedanken.

Anhand dieser Antworten hält die Petitionskommission fest, dass die Stossrichtungen, die der Regierungsrat im Bereich Mobilität und Grün verfolgt, den grundsätzlichen Forderungen der Petition entgegenkommen. Zudem nimmt sie zur Kenntnis, dass einige der in der Petition genannten Anliegen bereits aufgenommen worden sind.

Die Petitionskommission beantragt deshalb, diese Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Entgegen der Petko stellt die Fraktion GRÜNE/jgb den Antrag, diese Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Die Kommissionspräsidentin hat es gesagt, es ist ein relativ umfangreicher Fragenkatalog, den wir zur Stellungnahme überwiesen haben und für uns sind längst nicht alle Fragen geklärt. Klar einiges wird gemacht, einiges wird in Aussicht gestellt, vieles bleibt aber auch offen. Viele Fragen werden gar nicht richtig beantwortet. Es wird nicht darauf eingegangen, und angesichts der Klimakrise, die wir haben, natürlich auch jetzt im Juni, wo es draussen so heiss ist, ist es für uns absolut zwingend notwendig, dass wir mit Nachdruck darauf beharren, dass die Forderungen umgesetzt werden und bitten Sie darum, die Petition zur abschliessenden Behandlung dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Wir von der BastA schliessen uns entgegen der Kreuztabelle den Grünen an. Wir hatten hier ursprünglich Abschreiben eingetragen, weil uns jetzt nach ein bisschen Erfahrung mit Petitionen und Anzügen relativ klar ist, dass dieser umfangreiche Forderungskatalog nicht einfach umgesetzt wird, nur weil die Petition dem Regierungsrat überwiesen wird. Es ist aber klar, dass extrem viele Forderungen nicht umgesetzt sind. Ich denke beispielsweise an ein wunderschönen Parkplatz mit Aussicht bei der Dreirosenbrücke, wo man wirklich problemlos eine Begrünung machen könnte, wo es wahrscheinlich auch kein Problem mit Leitungen usw. gibt.

Wir werden wahrscheinlich mit Vorstössen nachhaken, damit etwas passiert, aber wir möchten diese Petition der Regierung überweisen, um die Verwaltung wirklich noch einmal anzustupfen und zu zeigen, es ist zwar gut, dass hier etwas gemacht wird, aber es gibt viel mehr Bedarf. Und gerade das St Johann als Beispiel eines Quartiers, das ein Hitzehotspot ist im Sommer aber das das Pech hat, dass die Fernwärme bereits ausgebaut ist, kann nicht wirklich sein, dass die Hitzeminderungsmassnahmen, die Begrünungsmassnahmen nur nach dem Prinzip, wir machen es da, wo sowieso gebaut wird, erfolgen und wenn dann die Hitzehotspots nichts angegangen werden.

Es gilt aber auch für andere Quartiere. Es braucht hier wirklich ein zügiges Vorwärtsgehen und wir erwarten, dass hier auch mehr umgesetzt wird, genauer angeschaut wird, welches sind die Möglichkeiten, die auch schon in den nächsten Jahren angepackt werden können. Bitte überweisen Sie diese Petition dem Regierungsrat als Zeichen und wir werden sicher nachstupfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat Heidi-Mück das Wort.

Heidi Mück (BastA): Sie sehen ja im Bericht, dass die Präsenz der Petitionskommission nicht atemberaubend war, als diese Petition behandelt wurde. Also es gab einen 5 zu 0 Entscheid bei 2 Enthaltungen in einer 13-er Kommission ist das ein bisschen schäbig, muss ich sagen. Ich als Präsidentin habe aber den Auftrag, diesen Bericht vorzustellen und ich werde mich deshalb auch enthalten bei dieser Frage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jérôme Thiriet beantragt, an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Petitionskommission, NEIN heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 17 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006866, 26.06.25 10:23:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Petition für erledigt erklärt mit 49 gegen 17 Stimmen bei einer Enthaltung.

10. Petition P479 "Gestaltung und Aufwertung der Claramatte", Bericht der PetKo

[26.06.25 10:23:23, 24.5326.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort hat Heidi-Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition wurde von Primarschülern lanciert. Ihr Anliegen ist die Verbesserung der Bedingungen für das Fussballspielen auf der Claramatte, am liebsten mit einem Kunstrasen anstatt dem aktuellen Belag mit Holzschnitzeln.

Die Stadtgärtnerei hat am damaligen Hearing eindrücklich aufgezeigt, dass ein Kunstrasen den alten Baumbestand auf der Claramatte massiv gefährden oder sogar zerstören würde und dass sie deshalb in einer Güterabwägung dem Erhalt des Baumbestandes dann Vorzug gibt.

Dies konnte die Petitionskommission nachvollziehen und bat deshalb den Regierungsrat, weitere Flächen in der Umgebung der Claramatte zu prüfen, die für das freie Fussballspiel geeignet sind. In seiner Antwort hat der Regierungsrat versichert, dass alternative Plätze wie zum Beispiel der Landhof, die Theodorsgrabenanlage, das Areal des Waisenhauses oder auch die Dachfläche des Clara-Parkings auf ihre Fussballtauglichkeit überprüft werden und dass die Kommunikation über mögliche Alternativplätze verbessert und kindgerechter gestaltet wird. Zudem informierte der Regierungsrat, dass die Verbesserung der Pflege des Fussballfeldes aus Holzschnitzeln und auch die Anpassung der bestehenden Goals schon aufgegleist sei.

Vor diesem Hintergrund beantragt die Petitionskommission, diese Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

11. Petition P487 "Für Begegnungszonen im Wettsteinquartier", Bericht der PetKo

[26.06.25 10:25:23, 24.5445.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort hat Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Der Grosse Rat hat die Petition an seiner Sitzung vom 16. Oktober 2024 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Die Petition hat folgenden Wortlaut: «Wir, die Unterzeichnenden, reichen hiermit eine Petition ein mit dem Antrag, die bestehenden und zukünftigen Begegnungszonen im Wettsteinquartier umfassend zu begrünen. Dazu sollen, wo immer möglich, Bäume gepflanzt werden und/oder andere Bepflanzungen zum Beispiel Kübeln, Kisten etc. realisiert werden. Die Hauseigentümer sollen motiviert und unterstützt werden, Fassadenbegrünungen zu realisieren und geeignete Flächen zu entsiegeln. Auch geeignete Allmendflächen im Strassenraum sollen entsiegelt werden und durch eine begrünte Begegnungszone wird nämlich die Hitze reduziert. Es werden Fassaden beschattet. Die Entsiegelung erlaubt die Versickerung des Wassers im Sinne der Schwammstadt. Es entsteht insgesamt ein gesünderes und angenehmeres Klima, das den Aufenthalt im Aussenbereich erleichtert und sowohl Lebensqualität wie auch Wohnqualität nehmen zu.» So weit der Wortlaut der Petition.

Am 28. April 2025 hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings eine Vertretung der Petentschaft sowie einen Vertreter der Abteilung Stadtraum von Städtebau und Architektur aus dem BVD an. Nachdem der Regierungsrat Anfang 2024 kommuniziert hatte, Superblocktests im St. Johann und im Matthäus, nicht aber im Wettsteinquartier durchzuführen, lancierte der Verein Wettstein 21 die Petition für begrünte Begegnungszonen, dies mit der Idee, die Einführung von Tempo 20 und die Begrünung zu kombinieren, da bei der Einrichtung von normalen Begegnungszonen die Begrünung nicht mitgedacht werde. Zusätzlich sollen die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer motiviert werden, die Fassaden ihrer Liegenschaft zu begrünen und eigene Flächen zu entziehen.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Petentschaft haben festgehalten, es sei ihnen bewusst, dass es für die Begrünung der Begegnungszonen finanzielle und personelle Ressourcen brauche. Eine umfassende Begrünung bedinge auch bauliche Veränderungen und deshalb sind im Petitionstext als Option auch Bepflanzung in Kübeln, Kisten und ähnlichem erwähnt. Dafür müssen keine Werkleitungen umgelegt und keine Randsteine verschoben werden. Das Wettsteinquartier verstehe sich als eine Art Laboratorium, grüne Begegnungszonen sollten wie die Superblocks in einem Quartier getestet werden. Keinesfalls sei es Absicht der Petentschaft, dass die geforderten Massnahmen zu einer Verschiebung von Ressourcen in der Verwaltung führen und damit zu Lasten anderer Quartiere gehe.

Während die Einrichtung von Begegnungszonen gemäss dem im Basel üblichen Standard eine eher einfache Sache ist, wäre die von der Petition geforderten Begrünung gemäss dem BVD deutlich komplexer, und um Restwertvernichtung zu vermeiden, werden Veränderungen im Strassenraum in Basel grundsätzlich nur im Rahmen von Sanierungen oder anderen Bauarbeiten vorgenommen. Die Verwaltung hat laut dem Vertreter des BVD weder den Auftrag noch die Ressourcen, um neue oder bestehende Begegnungszonen zu begrünen. Der Grosse Rat hat den Regierungsrat hingegen beauftragt, im Zuge des Ausbaus des Fernwärmenetzes Möglichkeiten zur Begrünung und Entsiegelungen wahrzunehmen. Dafür hat der Grosse Rat auch die benötigten Ressourcen bewilligt.

Die Petitionskommission stellt in ihrer Beratung fest, dass die Petition nicht das fordert, was ihr Titel suggeriert, nämlich die Einrichtung weiterer Begegnungszonen. Anträge dafür haben die Bewohner des Quartiers bereits eingereicht. Es ist also davon auszugehen, dass im Wettsteinquartier zu den bestehenden Begegnungszonen weitere hinzukommen und ich betone, die Kommission hat das ganz klar formuliert als Hauptanliegen der Petition ist die Begrünung der bestehenden und dennoch einzurichtenden Begegnungszonen.

Ein Teil der Petitionskommission empfand die Begrünung von Begegnungszonen in einem einzigen Quartier als ungerecht und es sollte deshalb am Grundsatz festgehalten werden, Massnahmen zur Begrünung und Entsiegelung jeweils dann zu ergreifen, wenn in einer Strasse sowieso gebaut wird. Dieses Vorgehen ist sowohl in Bezug auf den personellen, den finanziellen und auch den energetischen Ressourceneinsatz nachhaltig. Es spricht nichts dagegen, einzelne Begegnungszonen zu begrünen, wenn sowieso gebaut wird. Es wäre aber falsch, laut diesem Teil der Petko, von den für alle Strassen geltenden Grundsätzen bei den Begegnungszonen in einem einzigen Quartier abzuweichen.

Ein anderer Teil der Petitionskommission möchte das Engagement der Bewohner und des Wettsteinquartiers würdigen und die Petition an den Regierungsrat überweisen. Sie ist der Ansicht, dass neben den beiden Superblocktests im Matthäusquartier und im St. Johann auch ein Test mit begrünten Begegnungszonen durchgeführt werden könnte, und dieser müsste ja nicht zwingend auf das Wettsteinquartier beschränkt sein. Begrünte Begegnungszonen zu testen in einem Quartier wäre eine Chance laut diesem Teil der Petko. Die Ergebnisse kämen früher oder später auch anderen Quartieren zugute.

Fazit: Nach längerer Diskussion hat die Petko abgestimmt. Sie beantragt dem Grossen Rat mit 4 zu 4 Stimmen und auf Stichentscheid der Vizepräsidentin, die Petition für Begegnungszonen im Wettsteinquartier als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die GRÜNEN/jgb ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Die Stadt ächzt unter der Hitze. Wer frei hat aktuell und am Rhein sitzen kann, der kann das, da bin ich sicher, geniessen. Büros mit Klimaanlagen sind auch im Vorteil, alle anderen, darunter auch unsere Lehrpersonen und Schüler:innen beispielsweise, die schmelzen so dahin bei bis zu 30 Grad im Klassenzimmer. Hier drin ist es erstaunlich kühl aktuell, aber draussen ist es extrem warm und wenn man gestern hinausging, dann hat einen die Hitze fast erschlagen.

Ein Tag nach dem heissesten Tag der Woche aber beantragt eine knappe Mehrheit der Petitionskommission, die vorliegende Petition, welche Begrünung und somit Abkühlung möchte im Wettsteinquartier als erledigt zu erklären. Dabei wissen wir hier drin alle, dass keine Bemühungen zur Umgestaltung aktuell ausreichend ist, obwohl sie vorhanden sind. Es braucht mehr Massnahmen zu zur Bekämpfung der Hitze, sonst sind wir bald nicht mehr nur Kulturstadt sondern auch Hitzestadt. Positiv wäre daran vielleicht nur, dass die Art Basel dann doch nicht nach Qatar reisen müsste, weil wir bald einer Wüstenstadt gleichen.

Mag sein, dass ich etwas übertreibe, aber wer mich kennt, der weiss, ich bin wirklich kein Fan dieser Hitze. Die sorgen, welche die Petitionskommission dazu bewogen haben, die Petition als erledigt abzuschreiben, teilen wir nicht und beantragen, die Petition zur abschliessenden Behandlung an die Regierung zu überweisen. Wir anerkennen, dass das BVD engagiert gegen die Hitzeinseln vorgehen will, das auch schon teilweise tut und zudem viele Konzepte diesbezüglich entwickelt. Umso mehr lohnt es sich dann doch, einen Vorschlag aus der Bevölkerung erst recht zu überweisen, wenn es sowieso in diese Richtung geht, in die wir gehen wollen, um diese Konzepte konkret in Gebieten umzusetzen und um weitere Anregungen zu Umsetzmöglichkeiten zu geben und weitere Ideen zu testen. Schliesslich lernen wir nie aus und wir müssen, und das glaube ich wissen wir alle, unbedingt schneller werden mit dieser Umgestaltung unserer Stadt.

Am unverständlichsten ist für uns das Argument der Bevorzugung eines Quartiers. Das klingt für mich ein bisschen so, dass wir lieber überall langsam, nichts oder fast nichts oder das gleiche machen als dort, wo Vorschläge vorliegen, wirklich effektiv schneller etwas zu machen, insbesondere dann, wenn die Quartierbevölkerung sogar diesem in grossen Teilen positiv gegenübersteht. Ich wohne im Hitzeschmelzkern Innenstadt, und auch wenn ich von Herzen gerne weniger brutzelnden Asphalt, weniger versiegelte Flächen, mehr Bäume und mehr Begrünung hätte, würde ich es dem Wettstein von Herzen gönnen, wenn es schneller in diese Richtung geht als bei uns in der Innenstadt.

Diese Petition bietet viele kleine nicht bauintensive Handlungsmöglichkeiten und kann auch wie schon im Kommissionsvotum angetönt, als Pilot dienen, um schnelle Konzepte auf andere Quartiere anzuwenden, insbesondere wenn ein grösserer Teil der Bevölkerung motiviert und überzeugt ist. Der steigende Parkierdruck ist für uns auch kein Argument, hier diese Forderungen nicht an die Regierung zu überweisen, aber das wird Sie vermutlich auch nicht überraschen. Die Petition zielt nicht auf einen Abbau von Parkplätzen per se ab, sondern auf eine Verbesserung der Lebensqualität durch Begrünung.

In diesem Sinne stehen wir als Fraktion GRÜNE/jgb komplett hinter den Forderungen der Petent:innen und möchten diese Petition und ihre Wünsche mit Nachdruck an das BVD überweisen, damit das Ächzen in den kommenden Dekaden mindestens 3 Grad tiefer bleibt, denn wir wissen alle spätestens nach dieser Nacht, was es ausmacht, 3 Grad mehr Kühle zu haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Wir möchten Sie auch bitten, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Eine Ungleichbehandlung der Quartiere kann nun wirklich nicht ein Argument sein, um nichts zu tun. Ich möchte an den Prozess erinnern, wie wir normalerweise zu Begegnungszonen kommen. Da müssen Anwohnende zuerst einmal Unterschriften sammeln, dann müssen sie Warten ziemlich lange – in meinem Fall warten wir jetzt seit zweieinhalb Jahren –, dann gibt es eine Abstimmung und dann wird dann vielleicht irgend etwas gebaut. Das gibt eine ziemlich Ungleichheit zwischen den Quartieren. In Quartieren, wo es viele Menschen hat, die sich engagieren, die wissen, was ihre Rechte sind, die sich einbringen, gibt es sehr viele Begegnungszonen. In anderen, beispielsweise im Klybeck sind wir jetzt eben an der zweiten dran. Das heisst, es gibt wirklich eine sehr grosse Ungleichheit beim System der Einrichtung der Begegnungszone.

Das hat bis jetzt niemand von dieser Seite kritisiert, die jetzt diese Petition nicht überweisen wollte. Ich möchte das aber jetzt trotzdem kritisieren, weil es wäre sinnvoll, hier den Prozess zu ändern und wirklich über die ganze Stadt verteilt mit den Begegnungszonen vorwärts zu machen. Klammerbemerkung: Bei dieser Petition geht es ja jetzt nicht darum, neue Begegnungszonen einzurichten, sondern diejenigen, die sowieso eingerichtet werden oder schon wurden, zu begrünen. Und hier verstehe ich das Argument der Restwertvernichtung nun wirklich nicht. Mein Unverständnis wechselt langsam zu ziemlich grosser Wut, weil dieses Argument immer dann kommt, wenn es um Begrünung geht. Es geht nicht darum, wenn es zum Beispiel darum geht, ein bestehendes Haus abzureissen. Auch hier wird Restwert vernichtet, aber damit hat man offenbar kein Problem. Es geht auch nicht darum, wenn die Art ein Kunstwerk macht, wofür Teer auf den ganzen Messeplatz gespritzt wird und nachher wieder entsorgt wird. Es kommt auch dann nicht, wenn für ein Event eine Baustelle zugemacht wird oder weil für die verschiedenen Leitungen, die da verlegt werden müssen, immer mal wieder zwischendurch etwas Teer über eine Baustelle geschmiert wird und dann wieder weggerissen wird. Das nehmen wir alles hin und sagen, ja, es ist nicht gut, wir versuchen das zu reduzieren, aber irgendwie muss es halt doch sein. Aber bei einem Baum oder einer Rabatte geht es nicht. Und das ist hier besonders absurd, weil da ja nachher kein neuer Teer drauf kommt. Es wird also nichts vernichtet und ersetzt doch etwas Neues und stösst noch einmal graue Energie aus, sondern hier geht es wirklich nur um die Begrünung. Ich kann es verstehen, wenn unten grosse Leitungen sind, die verlegt werden müssen, aber wirklich nicht, wenn es nur darum geht, eine Baugrube zu machen.

Also ich bitte Sie, hier diese Petition auch dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Wir möchten vorwärtsmachen. Die Begrünung in den Quartieren soll höhere Priorität haben. Heute ist es nämlich bei den Begegnungszonen immer noch so, dass der Erhalt der Parkplätze das höchste Gut für die Planung ist. Also die Planenden werden sehr nervös, wenn sie einen Parkplatz oder vielleicht über zwei abbauen müssen, um eine Bewegungszone einzurichten. Ich glaube, das ist heutzutage nicht mehr die richtige Prioritätensetzung. Danke fürs Überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP das Wort hat Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen beantragen Ihnen, die Petition dem Regierungsrat zu überweisen. Er soll zu dieser Petition berichten. Schliesslich gibt es reichlich Überschneidungen zwischen der Petition und den Zielen des Regierungsrates im behördenverbindlichen Stadtklimakonzept sowie in der ebenso behördenverbindlichen Biodiversitätsstrategie. Ausserdem gibt es genügende dem Regierungsrat überwiesene Vorstösse, die die Anliegen der Petentschaft unterstützen, wie zum Beispiel der Anzug betreffend Anreizsysteme für Vertikalbegrünung, der immer noch in Bearbeitung ist bei der Regierung, oder die Motion Tobias Christ betreffend ein gesundes Stadtklima.

Somit ist für uns klar, dass die Petition dem Regierungsrat überwiesen werden soll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat das Wort Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Ich spreche nicht nur für die LDP, sondern auch für die SVP.

Die Verwaltung verfügt nicht über die personellen Ressourcen, um sämtliche Projekte gleichzeitig umzusetzen. Es wäre daher nicht fair, die Petition zu überweisen, wenn dadurch andere Projekte in anderen Quartieren aufgrund fehlender Kapazitäten nicht realisiert werden könnten. Im Rahmen der Fernwärmeplanung wird ohnehin geprüft, ob Begegnungszonen mit Begrünung möglich sind.

Hier noch einige wichtige Punkte: es ist eine klare Ansage. Parkplätze würden wegfallen. Das Gewerbe im Kleinbasel leidet bereits heute unter Parkplatzmangel, weitere Projekte, wie das Tram Claragraben, würden ebenfalls zum Abbau von Parkplätzen führen. Dann gibt es technische Einschränkungen. Aufgrund von unterirdischen Leitungen ist eine Bepflanzung mit Bäumen an vielen Stellen nicht möglich. Auch hat die Verwaltung betont, dass das Abwassergefälle eine Herausforderung darstellt. Das Wettsteinquartier ist bereits heute sehr grün. Das sieht man, wenn man auf dem Rocheturm steht. Wenn man runterschaut, sieht man, dass es wirklich eines der grüneren Quartiere ist. Und was auch wichtig ist, der Quartierverein Oberes Kleinbasel spricht sich gegen das Anliegen aus und es gibt zahlreiche Anwohnende, die sich vehement gegen das Vorhaben aussprechen.

Deshalb bitten wir Sie, analog dem Regierungsrat und der Petitionskommission, diese Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP das Wort hat Mahmoud Ismail.

Ismail Mahmoud (SP): Es wurde schon viel gesagt, ich halte mich ganz kurz und möchte nur noch etwas Grundsätzliches sagen.

Die Petition will mehr Begegnungssohn oder die Begegnungszonen, die es schon gibt, begrünen, Bäume pflanzen in Töpfe, Unterstützung bei der Begrünung von Fassaden. Das ist nicht viel und vor dem Hintergrund unserer Klimaziele und unserer Strategie macht das auch Sinn, diese Forderungen sind absolut kohärent und deswegen ist es nur fair, diese dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Das Engagement der Quartierbevölkerung muss gewürdigt werden. Deswegen biiten wir um Überweisung an den Regierungsrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Mein Vorsprecher von der LDP hat es auch schon gesagt, die Situation in diesem Quartier dies nicht so, wie das vielleicht jetzt hier kommuniziert wurde. Der Verein Wettstein 21 ist nicht der grösste Autofan. Der Verein organisiert sogenannten Quartierlabors mit dem Arbeitstitel «Das Quartier autofrei». Am Schluss entsteht eine Charta, wo 300 Leute nach Monaten dann unterschrieben haben, dass das Quartier autofrei werden soll.

Der neutrale Quartierverein hat Befragungen im Quartiere durchgeführt, ob eben das Quartier beschränkt werden soll auch Fussgänger, Velofahrer oder ÖV, 50 Prozent der Befragten haben gesagt Nein, 18 Prozent haben gesagt eher Nein. Also das Quartier ist sich da überhaupt nicht einig. Darum war es auch erfreulich, dass der Regierungsrat darauf verzichtet hat, das Quartier für die Superblocks in den Pilot zu integrieren.

Jetzt wird es mit anderen Mitteln versucht. Die erste Petition wurde dem Regierungsrat Beat Jans übergeben. Er hat diese abgelehnt. Die Regierung hat sie abgelehnt. Jetzt kommt eine zweite Petition und im Petitionstext steht schon drin, dass Begegnungszonen geschaffen werden sollen. Ich habe die Befragungen angeschaut zu diesen Begegnungszonen. Ich selber wurde selbstverständlich nicht befragt, aber ich habe die Informationen gesehen. Die Begegnungszonen sollen in Strassen geschaffen werden, wo es ein Altersheim gibt, wo es Parkplätze vor dem Altersheim gibt, wo man halt leider zufahren muss. Die Begegnungszonen sollen in Strassen entstehen, wo es Tiefgaragen in Häusern hat mit 40 Parkplätze. Ich weiss nicht, was erreicht werden soll mit diesem Vorgehen. Es wird immer unter falscher Flagge gesegelt bei dieser Vereinigung Wettstein 21. Ich bitte einfach die Regierung, bevor über neue Begegnungszone im Wettstein diskutiert wird, dass die Bevölkerung wirklich transparent noch einmal befragt wird, sonst wird der Widerstand sehr gross.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der Petitionskommission verzichtet auf ein Votum.

Wir stimmen zwei Mal ab, zuerst gibt es eine Eventualabstimmung und dann noch eine Abstimmung.

Jo Vergeat und weitere beantragen dem Regierungsrat, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Brigitte Kühne beantragt an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst der Regierungsrat zur Stellungnahme, NEIN heisst es zum Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung.

Ergebnis der Abstimmung

7 Ja, 80 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006869, 26.06.25 10:48:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überweisen mit 80 Stimmen gegen 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zur Abstimmung und stimmen darüber ab, ob die Petition als erledigt erklärt werden soll gemäss Antrag Petitionskommission oder an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen wird.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Petitionskommission, NEIN heisst denn an den Regierungsrat zur abschliessend Behandlung

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006871, 26.06.25 10:49:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich dafür entschieden, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen mit 49 Stimmen gegen 37 Stimmen bei einer Enthaltung.

12. Pilotprojekt «Kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 - 2028», Bericht der GSK

[26.06.25 10:49:36, 25.0226.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat der Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen namens der Gesundheits- und Sozialkommission zum vorliegenden Projekt Kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 bis 2028. Die Kommission hat den Ausgabenbericht für das Pilotprojekt an der Sitzung vom 20. März behandelt. An der Beratung teilgenommen haben der Vorsteher des Gesundheitsdepartements sowie der Kantonsarzt und der stellvertretende Leiter der Abteilung Prävention.

Zur Ausgangslage: Das vorliegende Pilotprojekt erfolgt im Rahmen der kantonalen Aktionsprogramme KAP, die zusammen mit der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz durchgeführt werden. Die GFCH, also die Gesundheitsförderung Schweiz, will nach Aufforderung durch die Kantone für die Jahre 2025 bis 2028 Erfahrungen sammeln als Grundlage zu einem Entscheid, die Zielgruppe der jungen Erwachsenen ab 2029 fest in die KAP zu integrieren. Die WHO geht davon aus, dass Einsamkeit dem Menschen physisch und psychisch Schaden und die Lebenserwartung verkürzen kann. In der Schweiz fühlt sich rund jede vierte Person zwischen 25 und 39 Jahren manchmal oder oft einsam. Das nun konkret vorliegende Pilotprojekt setzt sich zum Ziel, dass sich junge Erwachsene im Kanton Basel-Stadt weniger einsam fühlen und Sozialanschluss erhalten.

Die Massnahmen des Pilotprogramms, dessen Projektkosten für den Kanton mit 47’000 Franken pro Jahr budgetiert sind, verteilen sich auf die vier bekannten Ebenen Intervention, Policy-Vorgaben, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Im Zusammenspiel der verschiedenen Massnahmen soll ein Netzwerk gegen Einsamkeit erstellt werden, in welchem alle Anspruchsgruppen vertreten sind, das heisst bestehende Akteure von Projekten gegen Einsamkeit, Mittler, Vertreter der Zielgruppe, junge Erwachsene sowie kantonale Stellen. In Zusammenarbeit mit diesen Gruppen sollen Interventionsmöglichkeiten gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen, Weiterbildungsmöglichkeiten für Mittler zum Thema Risikofaktoren für Einsamkeit erkennen handeln, so wie eine Kampagne gegen Einsamkeit entwickelt werden. Zudem sollen Angebote für soziale Teilhabe auf einer Plattform beworben werden.

Die Gesamtkosten betragen jährlich 142’000 Franken, insgesamt 571’000 für die Laufzeit von 2025 bis 2028. Ich weise gerne auch daraufhin, dass die finanzielle Belastung des Kantons wesentlich geringer ist. Sie beläuft sich insgesamt auf 171’000 Franken beziehungsweise wie eben erwähnt jährlich auf knapp 43’000 Franken.

Zur Kommissionsberatung: Die Gesundheits- und Sozialkommission unterstützt die Vorlage und zeigt sich erfreut, dass das Pilotprojekt der Stadt Basel im Rahmen eines Wettbewerbs von Gesundheitsförderung Schweiz ausgewählt wurde. Das Projekt erscheint ihr wichtig, da es ein drängendes Problem betrifft. Die besonders vulnerable Gruppe der von Vereinsamung betroffenen jungen Erwachsenen muss gezielt erreicht werden. Den kantonalen Beitrag von 30 Prozent erachtet die GSK jedoch tendenziell eher als gering. Ein Anteil von 50 Prozent wäre durchaus angemessen gewesen. Dabei wird festgestellt, dass das Programm noch begrenzt ist und die Zielsetzung nicht vollständig ausgereift scheint. Der Pilot umfasst bislang nur eine konkrete Intervention. Weitere Massnahmen betreffen hauptsächlich Vernetzung und Informationsarbeit.

Diese Einschränkungen sind dem Charakter des Projektes geschuldet. Es handelt sich, wie erwähnt, um ein vierjähriges Pilot und Strategieprojekt, bei dem die Gesundheitsförderung Schweiz den Rahmen vorgibt, in welchem sich Basel-Stadt dabei vorderhand bewegen darf. Zwar könnte der Kanton mehr tun, doch das Projekt entspricht den Vorgaben der Ausschreibung und wurde entsprechend ausgewählt. Eine Erhöhung des kantonalen Beitrags wird derzeit nicht in Erwägung gezogen. Sollte sich das Projekt bewähren, bleibt ein Ausbau jedoch möglich.

In der aktuellen Phase sind intensive Informations- und Vernetzungsmassnahmen gerechtfertigt. Positiv hervorzuheben ist, dass die Projektleitung aktiv den Austausch mit Praxis und Forschung sucht, um das Vorhaben langfristig zu fundieren. Die Gruppe der Verein sagten jungen Erwachsenen muss gezielt angesprochen werden, auch wenn klar ist, dass nicht alle Subgruppen erreicht werden können. Die Auswahl des Fokus erfolgt in Zusammenarbeit mit Forschung und Praxis.

Die GSK weist auf eine Lücke zwischen dem Programm Catching Fire (bis 20 Jahre) und der neuen Zielgruppe ab 25 Jahre hin. Das Departement bestätigt, dass auch Personen zwischen 20 und 25 Jahren künftig einbezogen werden sollen. Einsamkeit wird als gesamtgesellschaftliches Thema verstanden, weshalb die strategische Führung bei der Kantons- und

Stadtentwicklung liegt. Diese koordiniert die beteiligten Stellen, etwa die Abteilung Prävention des GD, RAV, Sportamt und Sozialhilfe. Das Departement hat diese Aufgabenverteilung ausdrücklich begrüsst, da sie Klarheit schafft, Überschneidungen vermeidet und der Präventionsabteilung erlaubt, sich auf junge Erwachsene zu konzentrieren.

Die GSK hat die Rolle der oben erwähnten unbezahlten Mittler eingehend diskutiert. Diese sind ohne Frage wichtig, um den Kontakt zu Betroffenen herzustellen und ihnen die für ihr Problem zuständigen Stellen bekannt zu machen. Mittler sind nicht im therapeutischen Bereich tätige Person, sondern kommen mit den jungen Erwachsenen in ihrem sonstigen beruflichen Alltag, zum Beispiel in einer Apotheke, in Kontakt. Sie können Betroffene aktiv ansprechen, müssen aber dazu auch entsprechend geschult werden, beispielsweise mittel Sensibilisierungsausbildung.

Die GSK sieht hier ein Problem. Einerseits soll eine qualifizierte Aufgabe übernommen werden, die eine Weiterbildung verlangt, die dann andererseits aber in keiner Weise vergütet wird. Die Mittlerarbeit bedeutet jedoch sowohl Zeit als auch Aufwand. Die damit verbundenen finanziellen Auslagen am Arbeitsplatz fallen ins Gewicht. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass aufgrund solcher Hürden künftig unbezahlte Tätigkeiten abnehmen oder nicht mehr vermittelbar werden. Das Departement hat erklärt, dass es diese Bedenken der GSK in die weitere Projektentwicklung tragen wird.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Gesundheits- und Sozialkommission einstimmig die Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Es freut uns, dass neben der Fortsetzung des kantonalen Aktionsprogramms zur allgemeinen Gesundheitsförderung in Zukunft auch ein Pilotprojekt Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die kommenden vier Jahre lanciert wird. Die Problematik, dass viele Menschen von Einsamkeit betroffen sind, nimmt in den letzten Jahren stetig zu und betrifft zunehmend auch Menschen im jungen Erwachsenenalter. Die Gründe hierfür sind vielseitig, haben aber einen wesentlichen Einfluss auf die psychische Gesundheit der jungen Erwachsenen. Umso einsamer, desto belastender und umso belastender, desto einsamer und es kann also ein Teufelskreis entstehen, und wenn wir uns die Welt zu Gemüte führen, kann es ja eigentlich nicht wirklich erstaunen, dass junge Erwachsene sich unter Druck fühlen und Ängste vor der Zukunft entwickeln.

Es erstaunt auch nicht, dass die berufliche Integration von jungen Erwachsenen schwieriger wird und auch die Ansprüche auf IV-Leistungen ansteigen. Einsamkeit ist nicht rein auf der individuellen Ebene abzuhandeln, sondern ist eine soziale Problemstellung. Armut, Ein-Eltern-Familien, Migration, Suchterkrankung, alles sind Risikofaktoren, die zu Einsamkeit führen können. Besonders vulnerable Menschen, beispielsweise auch Menschen mit einer Behinderung, sind stark von Einsamkeit betroffen.

Wir wünschen uns zwar die soziale Teilhabe aller Menschen, dies wünschen wir uns aber in einer Gesellschaft, die darauf basiert, regelmässig Menschen wieder auszuschliessen. Gerade deshalb ist ein solches Pilotprojekt gegen Einsamkeit dringend angezeigt und müsste, das hat der Kommissionspräsident auch schon erwähnt, mit deutlich mehr Mitteln ausgestattet werden, mit insgesamt etwas mehr als einer halben Million Franken für die vier Jahre kann noch wenig Wirkung erzielt werden. Und der Betrag vom Kanton Basel-Stadt ist ja auch nochmals tiefer bei rund 170’000 Franken pro Jahr.

Auch die im Ratschlag festgelegten Massnahmen werden der Problematik noch nicht ganz gerecht. Aufgrund der Tatsache, dass es sich hier um ein vom Bund ausgewähltes Pilotprojekt handelt, akzeptieren wir die aktuelle Ausgestaltung. Es ist aber eigentlich jetzt schon klar, dass der Pilot in ein Regelprojekt überführt und dann dringend mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden muss. Mit dem Pilotprojekt ist es also nicht getan, es wird wichtig sein, dass sich die zuständigen kantonalen stellen in den kommenden vier Jahren dringend auch mit den privaten sozialen Einrichtungen zum Thema Einsamkeit im jungen Erwachsenenalter austauschen, weil dort die Hebelwirkung über die sozialen Einrichtungen deutlich höher sein wird als über die kantonalen Stellen.

Wir von BastA wünschen uns deshalb, dass die zuständigen Departemente im ED, GD und WSU in den kommenden Jahren bei der Aushandlung der diversen Finanzhilfen mit den Einrichtungen, die von Einsamkeit betroffenen jungen Erwachsenen arbeiten, diese Thematik schon mitdenkt, mitnimmt und entsprechende Massnahmen der sozialen Einrichtungen schon jetzt mit finanziellen Mitteln ausstattet, als abzuwarten, bis das Pilot fertig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Mit dem Vorschlag eines Pilotprojekts für ein Aktionsprogramm gegen die Einsamkeit bei jungen Erwachsenen gelang es der Regierung, von der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz aus fünf Projekten den Zuschlag

und damit eine massgebliche Unterstützung zu erhalten. Die Altersgruppe der jungen Erwachsenen fiel bislang durch die Maschen. Einsamkeit bei Kindern und Jungendlichen, insbesondere in der Pubertät, aber auch im Alter, wird untersucht und mit diversen Massnahmen angegangen. Die jungen Erwachsenen hingegen, die sich in der Regel weder in der Schule noch in einer Seniorenbetreuungssituation befinden, sind kaum fassbar. Dennoch besteht auch in dieser Altersgruppe Einsamkeit, jede vierte Person der Altersgruppe 25 bis 39 fühlt sich einsam, dies wohl insbesondere in der anonymen städtischen Umgebung.

Das Aktionsprogramm will hier ansetzen und sieht verschiedene Massnahmen vor, die Sie dem vorliegenden Bericht entnehmen können. Wichtig ist mir als bürgerlicher Politikerin insbesondere zu betonen, dass wir heute zwar über den gesamten Betrag von rund 570’000 Franken entscheiden müssen, weil dieses gesetzlich so vorgeschrieben ist. Regierungsrätin Tanja Soland wird jedoch lediglich 170’000 Franken in die Hand nehmen müssen, weil vom Gesamtbetrag von 570’000 Franken 400’000 aus Drittmitteln stammen.

De facto entscheiden wir heute also über diese 170’ooo Franken zu Lasten der kantonalen Staatskasse und nicht über 570’000 Franken, und dem bitte ich Sie im Namen der Mitte/EVP-Fraktion zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort nicht. Damit kommen wir zum nächsten Teil.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisungen nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 6 des Berichts.

Titel und Ingress, einziger Absatz.

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006873, 26.06.25 11:03:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Durchführung des Pilotprojekts «Kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025–2028» bewilligt der Grosse Rat Ausgaben von maximal Fr. 571'440 (Fr. 142'860 jährlich) für die Jahre 2025–2028.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Beschluss einstimmig zugestimmt mit 87 Stimmen.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen namens der Gesundheits- und Sozialkommission zum vorliegenden Ratschlag Kantonales Aktionsprogramm Ernährung, Bewegung und physische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025 bis 2028.

Zur Ausgangslage: Nicht übertragbare Krankheiten sind eine grosse gesundheitspolitische, wirtschaftliche und nicht zuletzt gesellschaftliche Herausforderung. Mit einem gesundheitsförderlichen Lebensstil und Prävention liessen sich rund die Hälfte der nicht übertragbaren Krankheiten verzögern oder gar vermeiden. Gemäss Artikel 19 und 20 des Bundesgesetzes über die

Krankenversicherung hat die Gesundheitsförderung Schweiz GFCH den gesetzlichen Auftrag, die Gesundheitsförderung und Prävention in der Schweiz zu stärken, weiterzuentwickeln, finanziell zu unterstützen und zu koordinieren.

Die Gesundheitsförderung Schweiz geht mit den Kantonen Verträge zur Zusammenarbeit ein, die daraus resultierenden kantonalen Aktionsprogramme, die sogenannten KAP zielen mit ihren Massnahmen auf die Teilbereiche physische Gesundheit, ausgewogene Ernährung und genügend Bewegung. Die GFCH und die Kantone finanzieren die Programme gemeinsam. Schon lange vor der Einführung der KAP fanden im Kanton Basel-Stadt Projekte in den erwähnten Themenbereichen statt. 2021 bis 2024 folgte das erste allgemeine KAP mit einer übergeordneten Strategie zu Zielgruppen, Themen und Massnahmen.

Das nun folgende kantonale Aktionsprogramm 2025 bis 2028 erfolgt in drei Themenbereichen und vier Massnahmenebenen. Es sind 56 Massnahmen bzw. Projekte geplant, 31 auf Ebene Intervention, sechs auf Ebene Policy, neun bei der Vernetzung und zehn auf Ebene Öffentlichkeitsarbeit. Der zur Durchführung notwendige Head-Count beträgt dreieinhalb Vollzeitstellen.

Die Gesamtkosten des KAP betragen jährlich 1,2 Millionen Franken oder Brutto 4,8 Millionen Franken für die gesamte Laufzeit 2025 bis 2028. Durch die Beteiligung des Bundes sind die effektiven Kosten für den Kanton jedoch geringer und belaufen sich netto über die gesamte Laufzeit auf rund 3,2 Millionen Franken.

Zur Kommissionsberatung: Die Kommission hat den Ratschlag an der Sitzung vom 20. März dieses Jahres behandelt. An der Beratung teilgenommen haben wiederum der Vorsteher des Gesundheitsdepartements sowie der Kantonsarzt und der stellvertretende Leiter der Abteilung Prävention. Grundsätzlich darf ich festhalten, dass die GSK die vorliegende Vorlage begrüsst, sowohl die Fortführung des kantonalen Aktionsprogramms als auch insbesondere dessen Weiterentwicklung durch neue Massnahmen. Diese neuen Massnahmen machen etwa 15 bis 20 Prozent des gesamten KAP aus. Die finanzielle Attraktivität präventiver Massnahmen wird besonders deutlich, wenn man die im Vergleich weit höheren Folgekosten von Erkrankungen betrachtet.

Die GSK erkennt, dass Prävention eine entscheidende Rolle spielt in der Vermeidung oder zumindest Minderung von Leid. Im Verhältnis zu den Aufwendungen für die Behandlung von Folgekrankheiten ist der finanzielle Einsatz im Bereich Prävention jedoch weiterhin sehr gering. Besonders in den Bereichen Bewegung und Ernährung liegt ein grosses Potenzial, da diese Themen weite Teile der Bevölkerung effektiv ansprechen können. Ein zentraler Aspekt der Weiterentwicklung des kantonalen Aktionsprogramms 2025 bis 2028 ist die verstärkte Fokussierung auf die Wirkungsmessung. Dies stellt eine Anforderung der Gesundheitsförderung Schweiz dar. Ergänzend zur bisherigen qualitativen Messung, bei der analysiert wurde, welche Zielgruppen durch welche Massnahmen erreicht werden konnten, sollen zukünftig auch Befragungen der Betroffenen zu den konkreten Auswirkungen der Projekte durchgeführt werden. Durch diese Ausweitung wird das Verhältnis von eingesetzten Mitteln zu den erzielten Ergebnissen besser vergleichbar. Alle Einzelprojekte werden evaluiert, wobei das Departement die Auswahl trifft und sich vorbehält, Projekte einzustellen, sollte deren Wirkung unbefriedigt sein. Die dadurch frei werden Mittel werden in anderen oder neue Projekte umgeleitet.

Die GSK hat zudem zu den Grundsätzen nachgefragt, wie eine gesunde und ausgewogene Ernährung vermittelt werden kann. Dieses Thema steht unter besonderer gesellschaftlicher Beobachtung und wird kontinuierlich hinterfragt. Laut dem Gesundheitsdepartement orientiert sich das KAP grundsätzlich an den Empfehlungen der Gesundheitsförderung Schweiz und der Stiftung Gesundheit und Ernährung Schweiz, beispielsweise an der Ernährungspyramide. Einheitliche Empfehlungen sind jedoch nicht möglich, da sich Ernährungsgewohnheiten je nach Zielgruppe unterscheiden. Die Hinweise für Kinder beispielsweise können nicht eins zu eins auf ältere Menschen übertragen werden. Zudem müssen die Empfehlungen sowie deren Vermittlung einfach und verständlich gestaltet sein, um gezielt bestimmte Gruppen, etwa Kinder mit dem Tellermodell, zu erreichen.

Abschliessend möchte ich auch im Namen der GSK nochmals daraufhin weisen, dass sich der vorliegende Ratschlag auf den Zeitraum 2025 bis 2028 bezieht. Das heisst, er wird nun erst im Jahr im Grossen Rat behandelt, in welchem er bereits zu laufen begonnen hat. Wir empfinden diese nach wie vor als störend, da eine solche Finanzierung üblicherweise bereits im Jahr vor der Beginn der Laufzeit im Parlament behandelt werden soll. Die GSK erwartet daher, dass dem künftig Rechnung getragen wird und die Ratschläge jeweils rechtzeitig dem Parlament vorgelegt werden.

Gestützt auf diese Ausführung beantragt ihn die Gesundheits- und Sozialkommission einstimmig die Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage.

13. Kantonales Aktionsprogramm Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025 – 2028, Bericht der GSK

[26.06.25 11:10:02, 25.0227.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Amina Trevisan für die SP.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion setzt sich dezidiert für gesundheitliche Chancengleichheit sowie für die Stärkung der psychischen und physischen Gesundheit der Basler Bevölkerung ein und unterstützt deshalb Präventionsprogramme und die Gesundheitsförderung in Basel in aller Deutlichkeit. Daher heissen wir die Ausgabe für die Fortführung des kantonalen Aktionsprogramms Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025 bis 2028 in der Höhe von insgesamt 4,208 Millionen Franken gut. Die SP-Fraktion würdigt, wertschätzt und anerkennt damit sowohl die grossen Bemühungen und die wertvolle Arbeit der Mitarbeitenden der Abteilung Prävention des Kantons Basel-Stadt für eine ausgewogene Ernährung, genügend Bewegung und psychische Gesundheit bei der Zielgruppe, die ich vorhin genannt habe, als auch die wichtige und sehr wertvolle Arbeit aller Non-Profit-Organisationen, die die zahlreichen Projekte zum Wohle der Gesellschaft umsetzen. An dieser Stelle ein expliziter Dank an alle Vereine, die Arbeiten übernehmen, die zum gesellschaftlichen Zusammenhalt wesentlich beitragen und für die Finanzierung ihrer Projekte immer wieder stark kämpfen und mit Ungewissheit umgehen müssen.

Gerne komme ich nun auf die Begründung für das Gutheissen der beantragten Gelder für die Durchführung des kantonalen Aktionsprogramms zu reden. Gesundheit ist weit mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Sie ist das Fundament für ein selbstbestimmtes Leben, soziale Teilhabe und wirtschaftliche Stabilität. Genau hier setzt das kantonale Aktionsprogramm für Ernährung,. Bewegung und psychische Gesundheit an. Die zahlreichen Projekte sind ein zentraler Pfeiler der Prävention und Gesundheitsförderung und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur öffentlichen Gesundheit.

Wichtig ist auch zu betonen, dass Gesundheit ein Grundrecht ist, doch in der Realität hängt die Chance auf ein gesundes Leben stark von sozialen, finanziellen und bildungsbezogenenfaktoren ab. Kantonale Aktionsprogramme setzen genau hier an. Sie sind ein entscheidendes Instrument, um systematische Benachteiligungen abzubauen und gesundheitliche Chancengleichheit zu erhöhen. Wir brauchen die im Ratschlag vorgestellten 56 Massnahmen beziehungsweise Projekte für eine gezielte, bedarfsgerechte Gesundheitsförderung auf regionaler Ebene. Kein Kanton ist wie der andere. Demografische Strukturen, Migrationsanteil oder sozioökonomische Unterschiede variieren stark. Kantonale Programme können spezifisch auf diese Unterschiede eingehen, und Massnahmen dort ansetzen, wo der Bedarf am grössten ist. Zudem fördern sie die Zusammenarbeit verschiedener Akteurinnen, Kanton, Schulen, Gesundheitsdienste und Non-Profit-Organisationen werden eingebunden. Diese Vernetzung stärkt die Wirkung der Massnahmen und sorgt für die nachhaltigen Strukturen in Prävention und Gesundheitsförderung. Wir begrüssen ausserdem sehr die Zusammenarbeit des Kantons mit der Gesundheitsförderung Schweiz.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das kantonale Aktionsprogramm für Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit eine lohnende Investition in die Zukunft ist. Es stärkt nicht nur die individuelle Gesundheit, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit, denn insgesamt sind kantonale Aktionsprogramme kein Nice to have, sondern ein zentrales Element für eine gerechtere Gesellschaft. Sie machen Gesundheit für alle erreichbar, unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und Einkommen. Deshalb verdienen sie breite politische Unterstützung und eine langfristige Verankerung in der Gesundheitsstrategie des Kantons.

Ich bitte Sie im Namen der SP, die beantragten Geld zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, der Kommissionsprecher verzichtet ebenfalls ein Votum.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisungen nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Seite 7 des Berichts.

Titel und Ingress.

Einziger Absatz-

Publikations und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006875, 26.06.25 11:15:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Durchführung des «Kantonalen Aktionsprogramms Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025–2028» bewilligt der Grosse Rat Ausgaben von maximal Fr. 4’208'000 (Fr. 1’052'000 jährlich) für die Jahre 2025–2028.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 88 Stimmen.

14. Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend beschleunigte Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[26.06.25 11:15:34, 24.5522.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht zu überweisen und ich möchte das kurz begründen.

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich die Digitalisierung amtlicher Dokumente, das ist wichtig und auch wichtig für die Dienstleistung. Aber bei diesem Themenbereich Führerschein sind die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene zu schaffen und die Kantone sind insofern nur für den Vollzug zuständig.

Die E-ID des Bundes ist im Moment ja nicht verfügbar, soll aber 2026 geschaffen werden und ich denke, dann, wenn diese Grundvoraussetzung geschaffen ist, macht es auch Sinn, dass wir uns dann mit dieser Digitalisierung auch beschäftigen. Das tun wir unabhängig von dieser Motion. Ich denke, es ist wichtig auch als Dienstleister, dass wir das von Amtes wegen prüfen. Aber im jetzigen Zeitpunkt wäre es einfach verfrüht.

Der elektronische Lernfahrausweis kann allerdings rascher eingeführt werden, weil er nur auf die Schweiz beschränkt ist, und wir planen da auch wirklich möglichst bald dieses Dienstleistungsangebot bei der MFK zu schaffen. Das ist der wesentliche Grund, warum wir sagen, wir möchten das nicht überwiesen haben, nicht weil wir das inhaltlich nicht teilen, sondern weil wir den Zeitpunkt nicht als ideal erachten, das jetzt praktisch verbindlich zu fordern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecher gemeldet hat sich Felix Wehrli für die SVP.

Felix Wehrli (SVP): Ich kann es eigentlich kurz machen, was ich aufgeführt habe, ht die Regierungsrätin bereits gesagt und die SVP-Fraktion unterstützt die Meinung des Regierungsrates, dass diese Motion abgeschrieben werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat das Wort Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Regierungsrätin Stephanie Eymann hat alles gesagt. Ich bin auch dieser Meinung und ich würde meine Motion in dem Fall zurückziehen. Aber ich möchte gerne dabei bleiben und sie nicht einfach abschreiben, sondern ich möchte weiterhin eben dabei bleiben und auch sehen, was passiert. Wenn wir sie jetzt einfach abschreiben, erhalten wir keine Informationen mehr über den Stand und das fände ich schade. Und darum möchte ich Sie bitten die Motion als Anzug weiterzubehandeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Dann stimmen wir darüber ab.

Ein Antrag auf eine Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Damit wird die Motion als Anzug weiterbehandelt. Der Antrag der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen deshalb darüber ab, ob das Geschäft als Anzug weiterbehandelt wird oder nicht überwiesen wird.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 53 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006877, 26.06.25 11:20:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, nicht zu überweisen mit 53 gegen 36 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

15. Anzug Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Aussetzung von Rückführungen nach Kroatien, Schreiben des RR

[26.06.25 11:20:24, 23.5212.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Stephanie Eymann wünscht das Wort..

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Auch hier möchte ich gern begründen, weshalb wir beantragen, den Anzug abzuschreiben. Das Dublin System basiert auf der Annahme, dass alle Vertragsstaaten ausreichenden Zugang zur Aufnahme und zum Asylverfahren bieten. Die Beurteilung, ob eine Wegweisung zumutbar ist, fällt in die Zuständigkeit des SEM, das Staatssekretariat für Migration. Die Kantone sind lediglich für den Vollzug zuständig. Sie können zwar innerhalb gewisser Grenzen den Zeitpunkt steuern, aber nicht über die Durchführung der Rückführung entscheiden.

Dem Regierungsrat sind Berichte über sogenannte Push-Backs und übermässige Polizeigewalt in Kroatien bekannt und er nimmt diese mit Sorge zur Kenntnis. Gleichzeitig sind Dublin Rückkehrende nicht in gleicher Weise betroffen wie Personen,

die erstmals versuchen, nach Kroatien einzureisen. Dublin Überstellungen erfolgen nach den geltenden Vorschriften mit vorheriger Ankündigung und unter Nennung allfälliger besonderer Bedürfnisse. In Kroatien erhalten die betroffenen Personen Zugang zu einem Asyl- und Wegweisungsverfahren sowie zu Unterbringung und medizinischer Versorgung. Diese Einschätzung hat das Bundesverwaltungsgericht im März 2023 bestätigt.

Der Regierungsrat sieht daher keinen Anlass, beim Bund auf die Ausübung des Selbsteintrittsrechts hinzuwirken. Über dessen Anwendung entscheidet das SEM im Einzelfall, gestützt auf den konkreten Sachverhalt. Auf Nachfrage gab das SEM an, ihm sei keine generelle Aussetzung zur Überstellung nach Kroatien durch andere Dublin-Staaten bekannt. Falls in einem Vertragsstaat systematische Mängel auftreten, die die Einhaltung der Asylstandards verhindern, würde das SEM die Überstellungen dorthin aussetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Nicola Goepfert für die BastA.

Nicola Goepfert (BastA): Ich beantrage, den Anzug stehen zu lassen und bin ehrlich gesagt ziemlich enttäuscht über die Antwort. Die Antwort der Regierung auf den Vorstoss ist sehr kurz ausgefallen, sie hat dafür sogar die Frist von den zwei Jahren überschritten.

Die Regierung folgt inhaltlich der Linie des SEM ohne eigenständige Prüfung der von uns explizit gestellten Forderungen. Wenig überraschend sieht das SEM keinen Grund für eine generelle Aussetzung der Rückführung nach Kroatien und auch die Antwort der Regierung blendet die Systematik der Missstände aus. Das ist stossend, weil der Anzug ja gerade fordert, dass der Kanton seinen eigenen Handlungsspielraum prüft, namentlich zum Schutz der betroffenen Personen. Die Regierung hat keine einzige Forderung aus dem Vorstoss ernsthaft geprüft. Ich beantrage, dass der Anzug stehengelassen wird, um das zu herhalten, was eigentlich selbstverständlich sein sollte. Dass der Regierungsrat die Punkte aus dem Anzug prüft und darüber berichtet, nicht mehr aber auch nicht weniger.

Ich habe mit Expert:innen der schweizerischen Flüchtlingshilfe und Amnesty international ausgetauscht. Sie haben mir geschildert, dass die Lage in Kroatien nach wie vor besorgniserregend ist. Das zeigt auch ein bisschen neuer aktueller Bericht der schweizerischen Flüchtlingshilfe deutlich auf. Push-Backs finden nach wie vor statt, die Missachtung rechtsstaatlicher Verfahren ist keine Ausnahme, sondern hat systemischen Charakter. Die medizinische Versorgung ist völlig ungenügend, insbesondere im psychiatrischen Bereich. Die SFA, die schweizerische Flüchtlingshilfe, spricht explizit davon, dass die psychiatrische Versorgung quasi inexistent ist. Menschen, die Gewalt durch kroatische Behörden erfahren haben, sollen nach ihrer Rückführung durch die Schweiz ausgerechnet bei diesen Behörden wieder Schutz beantragen. Das ist nicht nur nur unzumutbar, das ist es zynisch.

Sie können von mir aus vom Dublin System halten, was Sie wollen, aber wo systematischen Missstände dokumentiert sind, wo Gewalt bekannt ist, wo medizinische Versorgung fehlt, da darf der Kanton nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergehen.

Das Anliegen des Anzuges ist nicht eine rechtliche Grundsatzdiskussion, sondern die Prüfung, ob und wie der Kanton Basel-Stadt seinen Vollzugsspielraum nutzen kann, um konkret gefährdete Menschen besser zu schützen. Dieser Abklärung hat sich die Regierung mit ihrer Antwort bisher verwehrt. Was heisst das konkret? Das heisst, einen Vollzug nicht blind durchzuziehen. Es heisst, als Kanton genau hinzusehen, Risiken zu prüfen, wo nötig Dublin Rückführung temporär auszusetzen und gegenüber dem SEM zu intervenieren, wenn Einzelfälle oder systemische Missstände es erfordern. Denn die Dublin Verordnung enthält auch die Pflicht, die rechtliche und tatsächliche Situation der Mitgliedstaaten zu prüfen, in denen eine Person überstellt werden soll. Indem der Kanton für den Vollzug zuständig ist, trägt er dafür eine Mitverantwortung.

Und wenn die Regierung sagt, dass ihr gemäss dem keine generelle Aussetzung von Überstellung nach Kroatien durch andere Dublin Staaten bekannt sei, ja, wer soll das denn sein? Die rechtsextreme Regierung von Italien, der rechtskonservative Bundeskanzler von Deutschland, der in der Asylfrage mit der AfD paktiert? Bei den aktuellen Geschehnissen sind mit dieser Begründung die Menschenrechte Makulatur. Da hoffe ich doch sehr, dass die Regierung in Zukunft eine etwas differenziertere Haltung einnimmt.

Ich bitte Sie deshalb, den Anzug stehen zu lassen, nicht als Symbolhandlung, sondern als Ausdruck einer Haltung, dass wir die Menschenrechte auch im eigenen Zuständigkeitsbereich ernst nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel für die GRÜNEN/jgb.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb beantragt, den Anzug Nicola Goepfert und Konsorten stehen zu lassen. Ich gehe jetzt nicht nochmal auf die Details ein, Nicola Goepfert hat diese schon sehr gut ausgeführt. Ich möchte einfach noch einmal auf den Bericht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe hinweisen, den schon Nicola Goepfert erwähnt hat und der im Februar 2025 erschienen ist und den Einschätzungen des SEM widerspricht.

Der Bericht bestätigt viele der Problemfelder, die in dem Anzug angesprochen werden, insbesondere eben der mangelnde Zugang zur Gesundheitsversorgung, aber auch die Annahme des SEM, dass die völkerrechtlichen Verpflichtungen eingehalten werden in Kroatien wird in dem Bericht widerlegt. Deshalb erwarten wir von der Regierung, dass sie sich nicht nur zur Haltung des SEM äussert, sondern auch solche Berichte zur Kenntnis nimmt und sich dazu äussert und wir beantragen deshalb, den Anzug noch einmal stehen zu lassen, damit die Regierung vor dem Hintergrund dieses Berichtes und unter Berücksichtigung dieses Berichtes sich noch einmal zu den im Anzug aufgeworfenen Fragen äussert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Daniel Gmür für die SP.

Daniel Gmür (SP): Diese Session wurde ein bisschen dominiert durch die Jahresrechnung und den GPK-Bericht und ich kann mir ehrlich gesagt die Haltung einiger Fraktionen in diesem Rat nur durch einen Umstand erklären. Wegen dieser Dominanz dieser beiden grossen Geschäfte ist Ihnen dieses Geschäft ein bisschen zwischen Stuhl und Bank gefallen. Das sieht man auch an der Tatsache, dass sich die meisten Fraktionen, die für Abschreiben sind, nicht einmal die Mühe machen wollen, hier nach vorne zu kommen und zu erklären, wieso sie für ein Abschreiben sind. Ich erlaube mir deswegen, ein bisschen auszuführen, um was es hier geht, damit Sie sich die Meinung noch bilden können.

Wie Nicola Goepfert ausgeführt hat, wurden die Prüfungsaufträge aus diesem Anzug einfach schlichtweg nicht durchgeführt. Es ist bereits deshalb Aufgabe eines Parlaments, einen Anzug stehen zu lassen und ein bisschen seinen parlamentarischen Stolz walten zu lassen und zu sagen, wir haben einen Auftrag gegeben, wir wollen diesen auch erfüllt haben. Der Einfachheit halber, es wurde ja der gesamte Anzug nicht wirklich erfüllt, konzentriere ich mich auf den allerersten Anzugsauftrag und erkläre Ihnen, wie dieser überhaupt nicht erfüllt wurde.

Ich lese Ihnen wörtlich vor, dass dort der Regierungsrat beauftragt wird, zu prüfen und zu berichten, ob und wie er bei Dublin Rücküberführung die Zumutbarkeit der Rückführung nach Kroatien prüft. Also es geht darum, dass man einerseits allgemein – das kommt später noch – ,aber in diesem Fall im Einzelfall prüft, ob diese Rücküberstellung zumutbar ist. Zu dieser Frage äussert sich der Regierungsrat überhaupt nicht. Er verweist darauf, dass die kroatischen Behörden ja über die überstellende Person informiert werden. Hierzu verweist er auf die Haltung des Staatssekretariats für Migration und auf jene des Bundesverwaltungsgerichts. Ich empfehle Ihnen wirklich, dieses Urteil zu lesen, es wird nämlich sehr gerne in Übungen als Schulbuchbeispiel für einen moralistischen Fehlschluss genommen. Der Regierungsrat übernimmt aber natürlich gerne blind.

Der Regierungsrat und das Migrationsamt weigern sich, aktiv bei Überstellungen nach Kroatien. in dieser E-Mail, die sie ja sowieso machen müssen, um über die zu überstellende Person zu informieren, nachzufragen. Wir haben hier eine vulnerable Person, können Sie uns bitte bestätigen, was mit dieser Person geschieht? Können Sie uns bitte bestätigen, dass eine medizinische Fachperson diese Person abholt? Das Migrationsamt wehrt sich aktiv dagegen, diese E-Mail zu schreiben, das kann ich Ihnen aus der Praxis berichten, selbst wenn es im Einzelfall beantragt wird. Es würde dem Migrationsamt sogar offenstehen, die Rückkehrhilfe damit zu beauftragen, sie müssten es nicht einmal selbst machen, sie könnten in die E-Mail einfach die Rückkehrhilfe einkopieren und die würden sich darum kümmern. Auch das weigert sich das Migrationsamt aktiv zu machen.

Damit ich ein bisschen erklären kann, warum ich glaube, dass das Migrationsamt und der Regierungsrat das nicht machen wollen, müssen wir ein bisschen zur allgemeinen Situation in Kroatien ausholen. An der kroatischen Grenze – das ist unbestritten und das haben wir jetzt auch gehört – erfolgen völkerrechtswidrige und menschenunwürdige Push backs. Nein, es geht nicht um abgewiesene Asylsuchende. Es geht nicht darum, dass man das Asylgesuch abweist. Wir sprechen hier von scharfem Schiessen auf Personen an den Grenzen. Wir sprechen hier von Personen, die gefesselt in Flüsse geworfen werden. Und das nimmt der Regierungsrat zur Kenntnis. Das nimmt der Regierungsrat mit Sorge zur Kenntnis.

Sowohl der Regierungsrat als auch das Staatssekretariat für Migration und auch das Bundesverwaltungsgericht im zitierten Urteil anerkennen diesen illegalen Umgang und diesen menschenunwürdigen Umgang mit diesen Personen. Wieso nun aber der Regierungsrat davon ausgeht, dass dieses gleiche Kroatien mit den Personen, die von der Schweiz überstellt werden, plötzlich menschenwürdig umgeht und diese als Menschen ansieht, wird nicht begründet. Es wird angenommen, dass so mit diesen Personen umgegangen wird. Also man geht einfach davon aus, dass das dort, wo wir diese Berichte noch nicht ausführlich haben, nicht geschieht.

Wie wäre es nun aber möglich festzustellen, wie mit diesen Personen umgegangen wird? Ja zum Beispiel, indem wir nachfragen, was mit den Personen geschieht, die wir überstellen. Da müssten wir nur nachfragen und das ist das, was der Anzug verlangt. Und der Regierungsrat wehrt sich dagegen, das zu machen, weil das Migrationsamt und das SEM sich

dagegen wehren. Wir könnten ja vorgängig wie gesagt auch darum bitten, dass einfach diese Personen korrekt behandelt werden.

Nach all dem stelle ich mir die Frage, warum der Regierungsrat und das Migrationsamt diese Auskünfte nicht einholen wollen. Bestenfalls liegt der Regierungsrat ja richtig. Dann hat ja niemand etwas verloren. Machen wir doch einfach das. Unter aktivem Augenverschliessen können aber weder der Regierungsrat noch das Migrationsamt und hoffentlich geschätzte Kolleg:innen auch wir als Parlament nicht entscheiden, wenn wir diese Informationen nicht bekommen. Indem wir den Anzug stehenlassen, zwingen wir das Migrationsamt nicht, Überstellungen auszusetzen. Indem wir den Anzug stehenlassen, zwingen wir aber den Regierungsrat immerhin, die notwendigen Informationen einzuholen und uns diese zur Verfügung zu stellen, damit wir einen informierten Entscheid treffen können, was wir als Kanton machen wollen. Schreiben Sie heute ab, sagen Sie damit, es ist uns eigentlich egal, was Fakt ist. Schreiben Sie heute ab, sagen Sie damit, wir sind eigentlich froh darum, nicht zu wissen, was mit diesen Menschen geschieht. Schreiben Sie heute ab, sagen Sie, wir sind im Grundsatz auch einverstanden, wenn der Regierungsrat Aufträge nicht erfüllt, solange wir dann uninformiert möglichst mit verschlossenen Augen Entscheide treffen können. Und deswegen ist es auch egal, wenn er sich nicht darum schert, unsere Aufträge zu erfüllen. Ich lege Ihnen damit ein Stehenlassen nahe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Mein Vorredner hat vielleicht das Instrument des Anzuges noch nicht ganz verstanden. Sie haben damals in diesem Vorstoss den Regierungsrat aufgefordert zu prüfen und zu berichten. Es geht nicht darum, etwas zu erfüllen. Er muss nichts erfüllen. Er muss prüfen und berichten und das hat er in seiner Stellungnahme getan. Ich bin einverstanden mit Daniel Gmür, der gesagt hat, die Beantwortung sei etwas dünn ausgefallen. Dafür nehme ich den Regierungsrat aber in Schutz. Der Regierungsrat ist nicht zuständig für Rückführungen. Das ist eine Bundesangelegenheit. Sie haben das Staatssekretariat für Migration erwähnt. Sie misstrauen offenbar dem SEM. Gehen Sie doch mit ihrem Parteigenossen Beat Jans, er ist der verantwortliche Asylminister, einmal in media res, dann kann er Ihnen vielleicht erläutern, welche Aufgabe das SEM hat.

Dann werden hier von allen Vorrednern NGO's erwähnt, die angebliche Beobachtungen an der Grenze gemacht haben. Ob das stimmt oder nicht, können wir nicht nachweisen. Ich kann Ihnen auch nicht das Gegenteil belegen, aber die offiziellen Organisationen, die Institutionen, wie beispielsweise Frontex, sagen seit Einführung der Luftüberwachung an der bosnisch-kroatischen Grenze, sind solche illegalen Pushbacks, wie Sie sie erwähnt haben, nicht der Fall.

Es ist aber selbstverständlich so, dass die Aussengrenzen Europas stark unter Druck sind. Das liegt an der Migrationswelle an verschiedenen Orten. Sprechen Sie einmal mit Griechenland, sprechen Sie mit den Menschen auf den griechischen Inseln, dann werden Sie feststellen, dass auch dort der Migrationsdruck erheblich ist. Ich möchte nicht in eine Grundsatzdiskussion übergehen darüber, ob diese Asylanträge oder diese Versuche, auf EU-Gebiet oder nach Europa zu gelangen, richtig oder falsch sind. Ich kann nachvollziehen, dass ein Mensch, der aus schwierigen Verhältnissen kommt, vielleicht nach Europa übersiedeln möchte. Aber wir haben ein geltendes Asylsystem, und dieses sieht vor, dass nur Menschen Asylanträge stellen können, die auch tatsächlich einen Asylgrund haben. Und oftmals gibt es diese Asylgründe nicht. Die Schweiz ist kein Ersteinreisestaat, und entsprechend müssen wir uns auch an ein Abkommen, das wir ja angenommen haben, halten. Ich glaube Sie, Daniel Gmür, haben dieses vielleicht noch eher als ich angenommen, ich war damals nicht für Schengen-Dublin, aus vielleicht anderen Gründen wie Sie, aber ich war nicht für Schengen-Dublin. Dieses Übereinkommen sieht vor, dass diese entsprechenden Asylmigranten nach Kroatien zurückgeführt werden müssen, wenn sie von Kroation her gekommen sind, wenn sie von einem anderen Ersteinreisestaat gekommen sind, müssten sie dorthin zurückgeführt werden. Das ist geltendes Recht und hier sehe ich ehrlich gesagt auch gar nicht, wo der Spielraum des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt bestehen soll. Das ist nicht die Aufgabe des Kantons Basel-Stadt und Regierungsrätin Stephanie Eymann hat heute aber auch in dem Schreiben, das uns vorliegt, explizit noch einmal darauf hingewiesen, dass man selbstverständlich regelmässig auch mit dem Bundesrat dazu in Kontakt steht, ganz generell zur Umsetzung oder zum Vollzug des Dubliner Übereinkommens. Es wird aber auch erwähnt, Sie haben das jetzt zum Tisch gewischt, dass es ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes gibt in diesem Zusammenhang, welches ebenfalls sehr deutlich ist, und Sie haben auch nicht erwähnt, und das finde ich fast noch wichtiger, es gibt kein einziges Dublin Mitgliedsland, das Rückführung nach Kroatien ablehnt. Also, es ist gängige Praxis, dass Migrantinnen und Migranten nach Kroatien rückgeführt werden. und es gibt keinen Grund, weshalb nun ausgerechnet die Schweiz dies nicht mehr tun sollte, und erst recht keinen Grund, weshalb der Kanton Basel-Stadt dies als Regierungsrat beim Bund dann einverlangen soll.

Gerade die Grenzkantone, wie es Basel-Stadt einer ist, sind von der anhaltenden Migrationswelle stark betroffen. Wir sehen das auch in der Kriminalitätsstatistik. Das ist statistisch bewiesen, dass die Kriminalität in den Grenzkantonen, insbesondere in den Grenzkantonen, oftmals von illegalen Asylmigranten verübt wird und deshalb ist es wichtig, dass wir uns zumindest an das geltende Gesetz halten. Ich wäre für Verschärfungen in Bezug auf die Grenzkontrollen beispielsweise, ich wäre wahrscheinlich auch für ein anderes Asylsystem, eines, das Sie vielleicht ablehnen oder dann sogar unterstützen, weil es

dazu führen würde, dass gar nicht erst mehr so viele Menschen versuchen würden, zu uns in ein Dublin Land zu gelangen. Aber das ist eine andere Diskussion.

Wir haben hier eine geltende Gesetzgebung. Daran gilt es sich zu halten und daran muss sich auch der Regierungsrat halten. Und auch wenn wir diesen Anzug stehenlassen, muss der Regierungsrat weiter nur etwas tun, nämlich prüfen und berichten, und das hat er getan und ich sehe nicht, wo wir nun einen Mehrwert schaffen würden, wenn wir diesen Anzug noch einmal stehenlassen würden, weil – und das finde ich auch das Schwierig an diesem Anzug -, er hat eben auch noch einen weiteren Punkt. Sie haben jetzt immer nur von Kroatien gesprochen. Die damaligen Unterzeichnenden dieses Anzuges schreiben, der Regierungsrat solle ganz grundsätzlich die Zumutbarkeit bei Dublin Rückführungen prüfen. Das wäre eine komplette Abkehr des Asylsystems, welches ja heute nur sehr begrenzt funktioniert – Stichwort beispielsweise Italien, eine grosse Problematik, mit der sich auch der Bundesrat immer wieder konfrontiert sieht. Und das ist aus meiner Sicht etwas, was überhaupt nicht geht. Wir können nicht diese Dublin Rückführungen dort, wo es noch möglich ist, komplett aussetzen, weil dann ist unser Asylsystem,. dann sind unsere Gemeinden vollends überlastet. Dann werden wir weitere Asylunterkünfte auch in dieser Stadt errichten müssen und das will die Bevölkerung ganz bestimmt nicht. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug heute abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Daniel Gmür und Johannes Sieber. Sie werden entgegengenommen.

Daniel Gmür (SP): Ich musste mir die Frage aufschreiben, weil ich es absurd finde, dass man die stellen muss. Sie haben genau das richtig gesagt, Sie haben die Infos nicht, um diesen NGO's zu widersprechen. Jetzt muss das Migrationsamt ja eine E-Mail nach Kroation schreiben. Was spricht aus Sicht Ihrer Fraktion dagegen, dort um Zusicherungen zu bitten?

Joël Thüring (SVP): Ich habe die Infos nicht von den NGO's, ich habe aber die Information von Frontex, die sagt, dass es diese Pushbacks nicht gibt, und das wird belegt durch Luftüberwachung seit 2018 an der bosnisch-kroatischen Grenze. Das ist Fakt. Und Frontex ist eine Organisation, die ja nicht nur von uns finanziert wird, sondern auch von der EU, und Sie sind ja sonst bei der EU auch etwas weniger kritisch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Frage stellt Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ist Ihnen bewusst, dass Frontex diese Pushbacks macht? Das wäre eine Frage und die zweite wäre: Finden Sie nicht auch, dass der Kanton Basel-Stadt in allen seinen Handlungen – und das frage ich Sie als ehemaliger Vizepräsident der GPK – sicherstellen sollte, dass die Menschenrechte eingehalten werden?

Joël Thüring (SVP): Sie haben mir zwei Zwischenfragen gestellt. Zur ersten Zwischenfrage muss ich Ihnen sagen, das ist starker Tobak, was Sie hier Frontex unterstellen, das müssen Sie belegen. Ich möchte Sie bitten, diese Beweise hier nun vorzulegen, weil das ist starker Tobak. Sie unterstellen einer Organisation, dass Sie sich nicht an das Gesetz hält. Das finde ich schwierig.

Joël Thüring (SVP): Und zu Ihrer zweiten Frage: Das geht aus der Antwort des Regierungsrates hervor, dass er ja dort, wo es notwendig ist, selbstverständlich beim Bund interveniert, aber der Regierungsrat hat damit seine Kompetenzen ausgeschöpft und was im Anzug steht, damit auch erfüllt. Er hat geprüft und berichtet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Stephanie Eymann wünscht das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Nur noch kurz, ich möchte mich schon etwas verwehren dagegen, dass einfach den Migrationsbehörden, auch meinem Migrationsamt,. einfach grundsätzlich unterstellt wird, zu missachten, nicht sauber zu arbeiten, sich nicht mit den Fällen auseinanderzusetzen, einfach praktisch blinden Gehorsam zu üben. Das das geht mir schon etwas weit, ganz ehrlich, denn jeder Fall wird seriös geprüft.

Ich habe versucht, mit der Regierungsantwort auszuführen, wo die Zuständigkeiten enden in dieser Bundesgesetzgebung, in der Bundeszuständigkeit und wo der Vollzug anfängt, dass dieser Austausch mit dem SEM oder wo von Nöten auch mit dem Bundesrat stattfindet, gehört ganz normal zu unserem Daily Business und wird auch gepflegt und gelebt. Natürlich werden wir weiter den Austausch pflegen, aber mehr kann ich dazu nicht sagen, wenn die Zuständigkeiten so aufgegleist sind, wie sie es sind. Und wenn das Staatssekretariat für Migration zu dieser Einschätzung kommt, dann ist es nicht in der Kompetenz von Basel-Stadt, eine Praxisabkehr zu forcieren oder zu machen. Und ja, die Menschenrechte sind natürlich einzuhalten, und auch da verwehre ich mir, dass da unterschwellig behauptet wird, dass uns das egal sei. Das finde ich schon etwas ein starkes Stück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Gmür (SP): Ich stelle die gleiche Frage: Was spricht dagegen, diese Zusicherung einzuholen und vielleicht können Sie zu Handen von Joël Thüring die Frage beantworten, ob Sie glauben, dass Pushbacks stattfinden an der kroatischen Grenze oder nicht.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich habe auch ausgeführt, dass der Austausch stattfindet, ob jetzt das per E-Mail sein muss oder nicht, das ist irgendwie eine Forderung, die auch nur Symbolpolitik ist im Endeffekt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Nicola Göpfert

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 50 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006879, 26.06.25 11:45:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehengelassen mit 50 gegen 41 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

16. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen – Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz, Stellungnahme des RR

[26.06.25 11:45:25, 24.5543.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich unzulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Für das Erziehungsdepartement hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Im Februar haben Sie die Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend «Ein Herz für Kleinhüningen, Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasenersatz» an den Regierungsrat zur Stellungnahme

überwiesen. Die Motionäre fordern die Kapazität auf der Sportanlage Schorenmatte zu erhöhen, insbesondere im Winter. Dafür soll ein Naturrasenfeld durch ein Kunstrasenfeld ersetzt oder eine andere bauliche Massnahme ergriffen werden.

Die rechtliche Zulässigkeit der Motion wurde geprüft. Die Motion wird als rechtlich unzulässig beurteilt. Mit der verbindlichen Vorgabe von baulichen Massnahmen auf einer genau bestimmten Sportanlage wird dem Regierungsrat der Planungs- und Umsetzungsspielraum genommen. Mit den konkreten Vorgaben sind die Grenzen des zulässigen Wirkens überschritten und der verfassungsrechtliche Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats verletzt. Der Regierungsrat anerkennt und unterstützt jedoch das Anliegen der Motion und er wird den Ausbau von Kunstrasenfeldern vorantreiben.

Aus diesem Grund beantragt er Ihnen, die Motion als Anzug zu überweisen. Aktuell verfügen die Sportanlagen Bachgraben, Buschweilerhof, Pfaffenholz und Schützenmatte über je ein Kunstrasennormfeld und die Sportanlage Sankt Jakob über deren zwei. In diesem Jahr wird im Stadion Rankhof zusätzlich ein Naturrasenfeld durch ein Kunstrasenfeld ersetzt. Nach Abschluss dieses Projekts zählen sieben Kunstrasenfelder zur Sportinfrastruktur der Stadt Basel.

Der Bedarf nach mehr Kunstrasen ist erkannt. Die Motion Thüring und Konsorten greift ein Problem auf, das auch andere Vereine und Sportanlagen betrifft. Deshalb wird die Kapazität auf den Sportanlagen ausgebaut. Wie wird das gemacht? Im ersten Schritt werden organisatorische Massnahmen umgesetzt, um die Nutzung der bestehenden Felder zu optimieren. Die Sportvereine und der Fussballverband sind an diesem Prozess beteiligt. Zum Beispiel werden Meisterschaftsspiele vermehrt auf die Wochenenden gelegt und es werden Anpassungen bei der Belegungsplanung vorgenommen, um auch neuen Kinder- und Jugendteams Trainingszeiten zu ermöglichen. Diese Massnahmen werden schnell umgesetzt. Sie gelten ab dem Wintersemester 2025/26.

In einem zweiten Schritt soll der Anteil an Kunstrasenfeldern erhöht werden. Zu diesem Zweck ist ein Kunstrasenkonzept ausgearbeitet worden. Das Kunstrasenkonzept sieht vor, auf den Sportanlagen Bachgraben, Bäumlihof, Pfaffenholz, Rankhof, Schorenmatte, Schützenmatte und Sankt Jakob je ein neues Kunstrasenfeld anzulegen. Auf der Sportanlage Schorenmatte ist somit auch ein Kunstrasenfeld geplant. Kunstrasenfelder auf anderen Sportanlagen haben jedoch Vorrang, weil sie grösser und stärker belegt sind beziehungsweise von mehr Fussballspielerinnen und -spielern genutzt werden.

Der Regierungsrat möchte den Bau von Kunstrasenfeldern gesamtheitlich angeben. Das Erziehungsdepartement, das Bau- und Verkehrsdepartement und das Finanzdepartement werden in einer gemeinsamen Projektorganisation die Planung und Realisierung der Kunstrasen begleiten. Im Drei-Rollen-Modell wird bis im Frühjahr 2026 ein Ratschlag ausgearbeitet.

Auch die Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball fordert mehr Kunstrasenflächen. Der Regierungsrat möchte das Anliegen der Motion Thüring und Konsorten im Rahmen der Beantwortung der Motion Melanie Eberhard und Konsorten erarbeiten. Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat, die Motion Thüring als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecher gemeldet hat sich Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Die grünliberale Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrates, die Motion in einen Anzug umzuwandeln und diesen dem Regierungsrat zu überweisen. Aus unserer Sicht sprechen dafür folgende Überlegungen:

Erstens, die rechtliche Einschätzung des Regierungsrates ist eindeutig. Der Vorstoss überschreitet inhaltlich den Rahmen einer zulässigen Motion. Mit der beantragten Umwandlung in einen Anzug wird ein sachgerechtes Verfahren ermöglicht.

Zweitens, der Regierungsrat weist zu Recht daraufhin, dass es auf der Schorenmatte, insbesondere im Winterhalbjahr, zu Engpässen kommt. Diese Herausforderung stellt sich leider auch auf anderen Sportanlagen, weshalb hier insgesamt gut abgestimmte Lösungen benötigt werden.

Drittens, wir anerkennen die Bereitschaft des Sportamts, zusammen mit dem Fussballverband Lösungen zu entwickeln. Auch die bisherige Zusammenarbeit verdient an dieser Stelle ein Lob. Die Priorisierung im Rahmen der Sportanlagenplanung finden wir sinnvoll und nachvollziehbar. Die parallele Behandlung dieses Anzugs zusammen mit der Motion Eberhard und Konsorten begrüssen wir ausdrücklich, da dies zu einer koordinierten Entwicklung der Sportinfrastruktur beitragen wird.

In diesem Sinne werden wir Grünliberale der Umwandlung in einen Anzug zustimmen und diesen den Regierungsrat überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Vieles ist eigentlich schon gesagt worden. Ich will nur auf ein paar Punkte eingehen. Lorenz Amiet, Sie haben vorher ja ständig von der Befangenheit gesprochen. Joël Thüring ist Vizepräsident vom VFR Kleinhüningen und ist dort angestellt im Bereich Marketing und Kommunikation. Also wenn da unbedingt von der Befangenheit gesprochen wird, dann muss man zuerst auch mal ein bisschen in den eigenen Reihe schauen.

Das ist das eine. Das Anliegen der Motion finde ich berechtigt. Ich habe ja auch da relativ früh einen Vorstoss eingereicht, um auf gewisse Missstände bei dem Platz hinzuweisen. Und das mit dem Feld war damals auch schon bekannt. Aber eben, es hat seine Vorteile, dass man einGesamtkonzepte macht, dass man zuerst einmal schaut, welche Felder wir hier haben auf dem Kantonsareal und wo was optimiert werden muss.

Insofern, ich verstehe das Bedürfnis, ich sehe es ein, gerade dort, wo das Areal sehr stark belastet ist, weil auch unterschiedliche Vereine dort relativ grossen Zuwachs haben. Aber es ist trotzdem sinnvoll, im Gesamtkontext das anzuschauen und dementsprechend auch im Gesamtkontext über das ganze Kantonsgebiet Projekte zu entwickeln, die dann das ganze gezielt anschauen und eben auch Massnahmen treffen, die dann langfristig nutzvoll sind.

Insofern bitte ich Sie auch, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion in einen Anzug umzuwandeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Welchen monetären Ertrag hat Joël Thüring, wenn dieser Kunstrasen gebaut wird, im Vergleich zum Jobticket.

Mahir Kabakci (SP): Vorher hat Luca Urgese gesagt, man pickt sich immer das raus, was einem gefällt. Und bei Ihnen ist das auch so. Sie picken sich auch immer nur dieses heraus, was Sie als positiv betrachten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich möchte einfach sicher sein, dass ich das richtig verstanden habe: Sind Sie der Ansicht, dass, wer sich in einem Verein ehrenamtlich engagiert, sich hier drin enthalten sollte, wenn der entsprechende Verein von einem Beschluss profitieren kann?

Mahir Kabakci (SP): Nein, das habe ich nie gesagt, aber Sie sind ja immer die, die finden, alle müssten sich enthalten. Das ist ja Ihr Vorwurf gegen die Leute, die irgendwo engagiert sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich muss sagen, ich finde es grossartig, dass sich Parlamentarier ehrenamtlich engagieren in einem Sportverein, erst noch als Vizepräsident.

Die schnellen Umsetzungen dieser Anzüge haben die letzten Jahre, sobald die Verwaltung anfängt zu studieren und zu planen, selten gestimmt. Ich erinnere an den Rankhof, den Regierungsrat Mustafa Atici auch erwähnt hat. Dort ein Kunstrasenfeld zu schaffen war schon vor fünf Jahren eine Idee. Man hatte auch einen Platz, ganz hinten in der Ecke, am Rande des Areals. Ausserhalb der Out-Linie stand eine Birke. Man hat offensichtlich eine Analyse gemacht, was mit dieser Birke geschehen soll. Das war 2019. Vor etwa drei oder fünf Monaten hat das Sportamt mitgeteilt, sie hätten eine Lösung für diese Birke gefunden. Die Birke müsse stehenbleiben, aber sie würden ein Kunstrasenfeld im Fussballstadion Rankhof schaffen. Wenn das Grosskonzept für die Kunstrasenfelder wieder ein paar Jahre dauert und die Motion in einen Anzug umgewandelt wird, über den irgendwann wieder berichtet wird,

Und wenn ich jetzt hier höre, dass jetzt da ein Grosskonzept für die Kunstrasenfelder wieder ein paar Jahre gehen und das in einem Anzug umgewandelt wird, wo wieder irgendwo berichtet wird, bis dann irgendwann jemand sagt, so machen wir es, steht dann vielleicht wieder eine Birke im Weg. Dann sehe ich einfach keine Fortschritte, alles wiederholt. Der beste Trick ist, etwas als rechtlich unzulässig zu erklären. Wenn das Parlament den Finger auf etwas legt und drängt, vorwärts zu machen, dass nicht immer alles in die falsche Richtung geht, dann kommt die rechtliche Unzulässigkeit. Ja, man darf der Verwaltung nicht ins Daily Business reden. Das ist in etwa die Übersetzung dieser rechtlichen Unzulässigkeit. Das verstehe ich, natürlich

kann das Parlament nicht dauernd die tägliche Arbeit der Verwaltung torpedieren. Aber andererseits, was sollen wir sonst machen, um den Druck zu erhöhen, damit sich die Verwaltung etwas schneller bewegt?

Ich würde sagen, wir bleiben bei der Motion, wir erhöhen den Druck ein wenig, auch wenn es nichts bringt, einfach damit die Verwaltung und der Regierungsrat spüren, dass es uns wirklich ernst ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie beantragen die Weiterbearbeitung als Motion. Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Ist Ihre rechtliche Schlussfolgerung, dass eine Motion eine Axt ist?

Alex Ebi (LDP): Das würde jetzt viel zu weit führen, um dies insbesondere mit Ihnen zu diskutieren. Aber ich sehe keinen anderen Ausweg mehr, als etwas Lärm zu machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Zuerst an die Adresse von Mahir Kabakci, das hat mich jetzt wirklich sehr irritiert. Ich kann diese Interessenbindung offenlegen. Ich bin seit dieser Woche Vizepräsiden das VFR Kleinhüningen, aber es ist ein Ehrenamt und ich habe auch sonst keinerlei finanziellen Vorteile von diesem Ehrenamt. Im Übrigen bin ich bei der Frage, wer in den Ausstand treten muss sehr, sehr viel gelassener als Sie. Es gibt geltende Bundesgerichtsentscheide, die dazu klar sind. Ich habe in meiner Zeit in der BKK, als ich noch im Vorstand eines anderen Vereins war, mich bei gewissen Geschäften enthalten. Das muss aber jeder selber entscheiden.

Ich möchte vorab dem Regierungsrat danken. Er hat anerkannt, dass auf der Schorenmatte ein Kunstrasenfeld geschaffen werden soll. Das war ja bei der Erstbehandlung dieser Motion noch nicht der Fall. Der Regierungsrat wollte sie nicht entgegennehmen. Wir haben sie ihm dann einstimmig überwiesen. Insofern sind wir da schon einen guten Schritt weitergekommen. Ich finde das sehr positiv. Und ich verwehre mich auch gar nicht, dass diese Forderung verbunden wird mit der Umsetzung der Motion Eberhard. Auch damit bin ich völlig einverstanden.

Womit ich Mühe habe ist einerseits die Priorisierung. Ich glaube tatsächlich – und das sage ich nicht, weil ich jetzt im Vorstand bin, sondern ich sage das wirklich aus der Sicht aus aus dem Kleinbasel heraus von diesen jungen Menschen, die dort trainieren – wir haben im Kleinbasel im Verhältnis weniger Kunstrasenfelder. Und dieses Problem wird sich verschärfen, wenn wir bei dieser vom Regierungsrat nun vorgestellten Prioritätenliste bleiben. Wir verschärfen das Problem sogar künftig noch, weil wir ja möchten, dass mehr junge Menschen, auch junge Frauen, Fussball spielen. Dieses Problem wird noch verschärft, wenn wir ausgerechnet jetzt im Kleinbasel länger warten mit Sportanlagen für ein erstes Kunstrasenfeld und gleichzeitig aber auf anderen Sportanlagen bereits ein zweites Kunstrasenfeld schaffen. Es stimmt vielleicht, dass aufgrund der Mehrzahl an Vereinen, es tatsächlich wichtig ist, ein zweites Kunstrasenfeld zu schaffen. Aber wir haben gleichzeitig weiterhin das Problem, dass ganz viele junge Menschen weiterhin weitere Wege in Angriff nehmen müssen, um eben ein Fussballtraining zu absolvieren, weil ihre Sportanlage kein Kunstrasenfeld hat oder erst viel später ein Kunstrasenfeld hat. Und darum geht es mir.

Ich wünsche mir deshalb wie mein Vorredner Alex Ebi, dass diese Motion als Motion weiterbehandelt wird, damit der Regierungsrat die Priorisierung noch einmal überdenkt und vielleicht zum Schluss kommt, dass die Sportanlage Schorenmatte früher in den Genuss eines solchen Kunstrasenfeldes kommt. Das ist insbesondere bei der Schorenmatte relevant, weil, das wird im Bericht auch ausgeführt, wir dort die zusätzliche Problematik der Grundwasserschutzzone haben. Das heisst, die Planung eines Kunstrasenfeldes dort wird ohnehin etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen, weil noch zusätzliche Abklärungen benötigt werden. Wenn wir das als Motion weiterbehandeln, könnte der Regierungsrat zum Schluss kommen, dass man die Priorisierung umstellt und entsprechend auch diese Abklärungen etwas früher leisten könnte.

Dann noch zwei Worte noch, eines noch zur Umsetzung. Ich glaube es Regierungsrat Mustafa Atici, dass er wünscht, dass es möglichst rasch vorwärts geht. Nur ist er in dieser Frage eben nicht allein entscheidend, weil wir hier in diesem von Ihnen oft auch kritisierten Drei-Rollenmodell sind und Regierungsrat Mustafa Atici mit dem Erziehungsdepartement eben nur ein Teil dieser drei Rollen. Zwei weitere Teile sind das BVD und das FD. Und es ist komplex, im Kanton Basel-Stadt zu bauen. Wir sehen das, und auch bei diesen Kunstrasenfeldern laufen wir Gefahr, dass das vielleicht viele weitere Jahre dauern wird, wie es Alex Ebi eben auch befürchtet und deshalb glaube ich, wäre es richtig, dies als Motion weiterzubehandeln,

Und die Begründung der rechtlichen Zulässigkeit mag bis zu einem gewissen Grad sogar stimmen. Ich glaube, es ist hier vernachlässigbar, weil wir mit der Priorisierung noch einmal die Diskussion ermöglichen, dann nämlich, wenn dieser Projektierungskredit in den Grossen Rat kommen wird einerseits. Bei den Bau- und Gastgewerbeinspektoren können wir offenbar entscheiden, dass das Rayonsmodell oder das Gebietsmodell wieder eingeführt wird. Das ist also rechtlich zulässig. Wenn es darum geht, bei den Rasenfeldern zu priorisieren, ist es offenbar nicht möglich. Also auch hier scheint mir, dass Sie sich diese Entscheidungen auch immer gerade so herauspicken, wie Sie es für richtig halten. Deshalb bitte ich Sie wie damals bei der Frage der Gebietsverantwortlichenkeiten im Bau- und Gastgeberinspektorat auch hier über diesen Punkt hinwegzusehen und dieses Geschäft weiter als Motion zu behandeln, damit der Regierungsrat zumindest bei der Priorisierung sich noch einmal Gedanken machen kann, ob es tatsächlich sinnvoll ist, diese ungleiche Verteilung der Kunstrasenfelder so fortzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage. Sie wird nicht angenommen. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Alex Ebi und Joël Thüring beantragen Überweisung als Motion.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung aus Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 30 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006882, 26.06.25 12:05:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden mit 61 gegen 30 Stimmen. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Sie haben den Anzug dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

Schluss der 22. Sitzung

12:06 Uhr

Protokoll

der 23. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 26. Juni 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Julia Baumgartner (SP), Seyit Erdogan (SP), Beda Baumgartner (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

7. Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz, Basel; Antrag auf Beitragsfinanzierung zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, Bericht der UVEK 2
17. Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend proaktive Förderung der Nachholbildung, Schreiben des RR 18
18. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Deponien Maienbühl (CH) und Mönden (D), Schreiben des RR 20
19. Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend eine zukünftige Sicherung der Medikamentenversorgung in der Region, Schreiben des RR 22
20. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend «Suuberi Luft fürs Fälbi-Quartier JETZT!» (Endlich Lebensqualität und weniger belastender Durchgangsverkehr, dafür genug Platz für ÖV, Velo und Zulieferung), Schreiben des RR 25

Beginn der 23. Sitzung

Donnerstag, 26. Juni 2025, 15:00 Uhr

7. Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz, Basel; Antrag auf Beitragsfinanzierung zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, Bericht der UVEK

[26.06.25 15:00:30, 24.0933.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen noch eine Mitteilung zu machen im Auftrag von meiner Ratsbürokollegin Catherine Alioth. Wir möchten Sie auf die nächste Informations- und Netzwerktagung der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz, der IPKNWCH aufmerksam machen. Eine Vorankündigung haben Sie bereits erhalten. Das Thema der Tagung ist «Kreislaufwirtschaft. Wo steht die Schweiz heute, welche Potenziale bestehen?» Sie findet am 24. Oktober 2025 vormittags in Solothurn statt.

Dies zu meinen Mitteilungen. Gehen wir zurück zur Traktandenliste und gehen etwas zurück zu Traktandum 7. Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Bau- und Raumplanungskommission sowie die Wirtschafts- und Abgabekommission haben einen Mitbericht verfasst. Die WAK beantragt Rückweisung an den Regierungsrat. Wir starten mit der Kommission, das Wort hat die Präsidentin der UVEK Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Die UVEK hat Ihnen im Versand der Tagesordnung mit 10 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Dach- und Fassadenbegrünung des Globus-Gebäudes einen Beitrag von 2,9 Millionen Franken aus dem Mehrwertabgabefonds zu zahlen beantragt. An ihrer gestrigen Sitzung hat sie sich jedoch entschieden, auch einen neuen Antrag zu stellen. Sie beantragt Ihnen mit 11 zu einer Stimme, das Geschäft an die UVEK selbst zurückzuweisen und sie würde dazu ausdrücklich einen Mitbericht der WAK und eine nahe Zusammenarbeit mit ihr auf Augenhöhe begrüssen. Natürlich ist sie auch an einem Mitbericht der BRK interessiert, sofern die BRK das wünscht.

Um den Rückweisungsantrag zu begründen, werde ich zuerst auf die Kommissionsberatung zurückblicken, dann auf die aktuelle Debatte, auch in Anbetracht des Rückweisungsantrags der WAK an die Regierung, und dann am Ende auf das weitere Vorgehen, was nach einer eventuellen Rückweisung an die UVEK geschehen könnte.

Zuerst zum Rückblick: Das vorliegende Geschäft hat bereits bei der Veröffentlichung des Ratschlags des Regierungsrats für Aufmerksamkeit gesorgt. Auch das Interesse hier im Grossen Rat war gross. Es haben deshalb auch drei Kommissionen darüber beraten, eine Seltenheit bei uns. Die UVEK hat sich als hauptberichtende Kommission mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Sie hat mit den anderen beiden Kommissionen abgesprochen, wer für welche Thematik zuständig ist. Die UVEK hat sich einerseits auf die Frage konzentriert, ob das Projekt eine Auswirkung auf die Hitzeminderung und Biodiversitätsförderung habe. Sie hat sich andererseits auch angeschaut, ob die Wirkung der Begrünung und die Qualität evaluiert werden können. Die Wirkung der Begrünung kann evaluiert werden, wird auch dann gemacht. Auch angeschaut hat sich die UVEK, ob die Begrünung langfristig gesichert und deren Wirkung dann eben evaluiert wird.

Die langfristige Sicherung hat sich auch die BRK angeschaut. Die Auseinandersetzung mit dem Vertraglichen sowie das Thema der Mehrwertabgabe in der Schutzzone und dem Bau in der Kernzone hat nur die BRK fundierter angeschaut. Die UVEK stützt ihre Abklärungen auf ihren Mitbericht. Die WAK hat in der Thementeilung die Voraussetzungen von Empfängerinnen und Empfängern für Beiträge aus dem Mehrwertabgabefonds sowie die Bestimmung im Gesetz bezüglich der Förderzwecke aus dem Mehrwertabgabefonds diskutiert. Alle drei Kommissionen haben sich zudem mit dem Bewertungsmodell auseinandergesetzt, mit welchem in der Praxis die neuen Förderzwecke des Bau- und Planungsgesetzes angewendet werden.

Das Bewertungsmodell bestimmt darüber, wie hoch ein Beitrag aus dem Mehrwertabgabefonds ausfällt bei Anträgen von Privaten. Mit der Höhe des Beitrags an den Globus hat sich die UVEK auseinandergesetzt und den Beitrag reduziert. Auch die WAK hat die Beitragshöhe diskutiert. Zumal die UVEK in ihrer Rolle als hauptberichtende Kommission viel Zeit mit dem Bewertungsmodell verbracht hat, kam sie auch nicht darum herum, genau so wie die WAK die Anwendung der neuen Förderzwecke aus dem Bau- und Planungsgesetz anzuschauen. Sie hat Abklärungen dazu gemacht und schlussendlich dazu auch Haltung bezogen.

Alleine die Aufgabenteilung unter den drei Kommissionen zeigt schon, wie vielschichtig dieses Geschäft ist. Diese Vielschichtigkeit wirkt sich heute auch auf die Vielfältigkeit der Meinungen hier im Saal aus. Ein Grund für beides, für die Vielschichtigkeit der Thematik wie auch die Vielfältigkeit der Meinungen, sieht die UVEK auch an der Struktur des Geschäftes beziehungsweise dessen Historie. Eigentlich geht es bei diesem Geschäft demnach um zwei Hauptthemen in einem Geschäft mit einem Grossrats. Diese beiden Hauptthemen haben wiederum natürlich ihre unter Themen.

Erstens geht es einerseits um das konkrete Projekt der Begrünung des Globus-Gebäudes. Es ist eine beachtliche Begrünungsmassnahme auf hochwertigem Niveau mit zahlreichen Bepflanzungen, einer recht massiven Erdschicht auch und einer biodiversitätsfördernden Wirkung. Für die Förderung dieses Projekts hat der Regierungsrat 3,24 Millionen aus dem Mehrwertabgabefonds zu sprechen beantragt und die UVEK beantragt, diesen Betrag anzupassen auf 2,9. Da das Gesetz vorsieht, dass Entnahmen über eineinhalb Millionen durch den Grossen Rat bewilligt werden müssen, beraten wir hier darüber. Wir diskutieren hier also politisch, ob wir diese Entnahme für dieses ganz konkrete Projekt bewilligen wollen. Und wir diskutieren am konkreten Projekt auch, ob diese Begrünung einen Beitrag zur Hitzeminderung und Biodiversitätsförderung leistet. Zweiteres hat die UVEK abgeklärt. Die Hitzeminderung und die Biodiversitätsförderung sind erwiesen. Es gibt es wird eine Wirkung geben nach Ansicht der UVEK, gestützt auf ihre Abklärungen. Es wird auch einen Beitragsleisten zur Vermeidung von Hitzeinseleffekten.

Auch die langfristige Sicherung ist ein Thema beim konkreten Projekt. Ob denn diese Gelder, die wir ausgeben, tatsächlich auch langfristig gesichert sind in dieser Begrünung, wer das unterhält etc. – die UVEK kam zum Schluss nach dem Lesen des Mitberichts der BRK, dass diese Sicherung so gut wie möglich gewährleistet wurde und es gibt keine Mittel mehr, die man auch noch ergreifen würde, um das zusätzlich zu sichern.

Nun, das ist die erste Debatte sozusagen rund um das konkrete Projekt. Und dann gibt es eben heute auch noch eine zweite und um einiges grössere und komplexeren Ebene der Diskussion. Es geht dabei um den § 120 des Bau- und Planungsgesetzes. Dieser Paragraph ist seit 2020 in neuer Version in Kraft. In § 120 des Gesetzes haben wir hier im Saal vor fünf Jahren auf Antrag der WAK neue Förderzwecke für die Verwendung von Geldern aus dem Mehrwertabgabefonds hinzugefügt, nämlich neu neben der Förderung öffentlicher Grün- und neu seit 2020 eben auch Freiräumen zur Aufwertung des Wohnumfelds sowie der Schaffung und Aufwertung von naturnahen öffentlichen Erholungsräumen steht seither im Gesetz auch der Förderzweck der Biodiversitätsförderung und auch eingefügt wurde die Bestimmung, dass Klimaschutz und Klimaadaptionsmassnahmen zur Vermeidung und Minderung von Hitzeinseleffekten aus dem Mehrwertabgabefonds finanziert werden können. Zudem wurden damals auch weitere Absätze des Gesetzes verändert. In § 120 Abs. 3 des Bau- und Planungsgesetzes ist demnach neu auch festgehalten, dass die auf einem Areal abzuschöpfenden Abgaben, soweit möglich und sinnvoll unmittelbar zugunsten der Schaffung und Aufwertung von öffentlich zugänglichen Grün- und Freiräumen genau dieses Areals verwendet werden können, sofern die öffentliche Zugänglichkeit als Dienstbarkeit gesichert ist.

Das Projekt der Dach- und Fassadenbegrünung des Globus-Gebäudes ist seit dieser Revision das allererste Projekt, dessen Beitrag eineinhalb Millionen überschreitet und daher diskutieren wir hier entlang dieses konkreten Projektes auch über den fünf Jahre alten § 120. Und hier an dieser Stelle teilt sich die Debatte nochmals in zwei Bereiche auf. Wir lernen erstens anhand des Globus ein erstes Mal die bisherige Praxis kennen seitdem wir das Gesetz beschlossen haben und haben daher auch ein erstes Mal Gelegenheit, eine Stellung zu beziehen zu der bisherigen Praxis. Es stellt sich also die Frage, wurde das Gesetz bisher auch so angewendet, wie der Grosse Rat es angedacht hat, ist das Gesetz genug klar, funktioniert unsere Gesetzgebung, die wir entschieden haben und was hat man damals gewollt? Auch darüber werden wir nachher diskutieren. Gleichzeitig öffnet sich auch ein Fenster darüber zu beraten, wie sich der Grosse Rat eine künftige Praxis vorstellt, also wie der § 120 zum Mehrwertabgabefonds angewendet werden soll, falls man zum Fazit kommt, dass die bisherige Anwendung nicht im Sinne des Gesetzgebers war und demnach steht auch die Frage im Raum, ob der Grosse Rat heute noch im selben Sinn entscheiden würde oder ob sich die Lage und der politische Wille unterdessen auch geändert haben. Und auch ob das Gesetz genug klar ist für die Zukunft.

Als hauptberichtende Kommission hat die UVEK versucht, diese zahlreichen Themen zusammenzubringen. Die UVEK hat sich in ihrer Beratung demnach auch mit zusätzlichen Aspekten befasst, die Klärungsbedarf zeigten. So hat sie sich auch mit der aktuellen Praxis auseinandergesetzt und sich angeschaut, wie bisher sämtliche Anträge von Privaten gehandhabt wurden. Dazu gehören auch kleinere Projekte wie Fassadenbegrünungen an Wohnhäusern beispielsweise oder an sonstigen Wänden oder kleinere Baumpflanzungen. Es gehören aber auch Anträge dazu, die von privater Seite kommen und theoretisch eine Möglichkeit einer öffentlichen Zugänglichkeit vorweisen und Grün- und Freiräume betreffen.

Wir diskutieren anhand des Globus-Gebäudes und dessen Begrünung also auch, wie mit den unterschiedlichen Anträgen an den Mehrwertabgabefonds umgegangen werden soll. Es sind dies einerseits staatliche Projekte im öffentlichen Raum, wie beispielsweise der Saint Louis-Park, wo der Staat Gelder hat, dann private Projekte von Trägern, die auch direkt Mehrwertabgabe leisten, also gemäss § 120 des Bau- und Planungsgesetzes Abs. 3 darunter fallen und diese direkt dann wieder auf dem Areal verwenden wollen. Wir diskutieren auch über private Projekte, die keine Mehrwertabgabe leisten, aber einzelne oder alle Förderzwecke dennoch erfüllen, und wir diskutieren eben über diese Kleinprojekte wie einzelne Baumpflanzungen oder Fassadenbegrünungen von privaten Trägern, die ohnehin eigentlich nicht zugängliche Projekte sein können beziehungsweise zumindest nicht begehbar sind per se.

Die UVEK hat versucht, auch diese Projekte in die Beratung miteinzubeziehen. In der UVEK führten zahlreiche Themen zur Diskussion in dieser Beratung, beispielsweise die bisherige Praxis, die Funktionsweise der angewendeten Bewertungsmethodik für die privaten Projekte, die eben nicht Kleinprojekte sind, die Höhe der Beiträge, die Zielkonflikte zwischen den Förderzwecken, zum Beispiel die Biodiversität und die öffentliche Zugänglichkeit, die als Teilförderzweck auch im § 120 ist. Wir wissen alle, eine Biodiversitätsfördermassnahme hat mehr Wirkung, wenn sie nicht öffentlich zugänglich ist. Gleichzeitig wissen wir auch, dass wir Grünräume brauchen für die Bevölkerung, wir brauchen Erholungsräume, die auch öffentlich zugänglich sind. Und hier besteht ein gewisser Zielkonflikt. Und dann auch natürlich die Notwendigkeit von Begrünungsmassnahmen in einer immer heisser werdenden Stadt. Genau so komplex sind demnach auch die Debatten in der UVEK gewesen.

Die UVEK hat sich auch den Rechtsdienst angehört, der gemäss Auslegung nach Sinn und Zweck des Gesetzes eine Beitragsberechtigung für das Globus-Projekt sieht. Sie hat sich auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob der Antrag über das Projekt der Globus-Begrünung nicht gleich behandelt werden soll wie die bisherigen Anträgen oder ob man den Globus so anschauen soll, wie man heute über den § 120 werden würde.

Mit dem vorliegen Bericht der UVEK stellt sie einstimmig bei 3 Enthaltungen den Antrag auf Reduktion des Beitrages an den Globus auf 2,9 Millionen Franken und die UVEK hat damit mit diesem vorliegenden Antrag und Bericht versucht, diese sehr komplexe Debatte so aufzugleisen, dass ein möglichst pragmatischer Weg einerseits für das konkrete Projekt und andererseits aber auch für die künftige Anwendung des BPG gefunden werden kann. Sie kam in ihrem Bericht zum Schluss, dass nach Ansicht der UVEK eben diese Fassaden- und Dachbegrünung eine Wirkung hat, wie bereits erwähnt, und damit auch gewisse Förderzwecke aus dem Gesetz erfüllt, dass der Antrag der Regierung eine Ungleichbehandlung vorsah und entgegen aller anderen Anträge an den Mehrwertabgabefonds, die teils auch nicht öffentlich zugänglich waren, aufgrund des Verzichts der Anwendung einer Kriterienebene, der Globus einen höheren Beitrag erzielt. Die UVEK kam zum Schluss, dass sie das für falsch einstuft. Sie hat demnach vorgeschlagen, den Globus gleich zu behandeln und wie die bisherigen Anträge auch gemäss allen drei Kriterienebenen der geltenden Bewertungsmethode, die zurzeit angewendet ist, auch angeschaut werden soll. Das bedeutet auch, dass sie Haltung bezogen hat, dass eigentlich die öffentliche Zugänglichkeit kein Ausschlusskriterium ist und aber auch die fehlenden Biodiversitätsmassnahmen beispielsweise oder Hitzeminderungsmassnahmen kein Ausschlusskriterium sind, also keiner der Förderzwecke ein Ausschlusskriterium ist, jedoch alle in die Berechnung der Beitragshöhe miteinbezogen werden sollen. Das heisst, wer das Projekt nicht öffentlich zugänglich macht, soll einen weniger hohen Beitrag erzielen können als das mit einer öffentlichen Zugänglichkeit der Fall wäre, und dasselbe gilt für andere Förderzwecke. Sie hat im Sinne des Pragmatismus auch empfohlen, wirklich auch in der Zukunft alle drei Kriterienebenen dieser Bewertungsmethodik anzuwenden.

Wer noch weiter und tiefer zurückblicken möchte, kann gerne die Kommissionsberichte lesen, auch jenen der Regierung aus dem Jahr 2019, der WAK aus dem Jahr 2020 zur Revision dieser Mehrwertabgabe sowie die aktuellen Mitberichte und ebenfalls werden die beiden mitberichtenden Kommissionen ja selbst noch weitere Aspekte mündlich ausführen.

Nun zur aktuellen Debatte und Situation: Die UVEK hat festgestellt, dass der vorliegende Bericht der UVEK sich nicht als den pragmatischen Weg erweist und keine nachhaltige Wirkung erzielen wird, wie es sich die UVEK beim Abschluss ihrer Beratungen erhofft hat. Die UVEK hat auch festgestellt, dass in fast sämtlichen Fraktionen die Meinungen unterschiedlich sind und die Thematiken, die die Ratsmitglieder noch bewegen, von grosser Vielfalt sind. Würde der Antrag der UVEK, wie er heute vorliegt, überwiesen werden während dieser Entscheid gemäss Ansicht der UVEK sehr schwer auszulegen. Ist das nun ein Signal, dass alle die bisherigen Bewertungsmethodik unterstützen oder wird es nachher Vorstösse geben für eine Gesetzesänderung beziehungsweise eine weiterführende Klärung der Gesetzesartikel? Gäbe es vielleicht sogar ein Referendum gegen den Beschluss und wenn ja, wie, mit welchen Motivationen? Würde der Antrag abgelehnt werden, wäre aber auch dies ein Zeichen, das schwer zu deuten wäre. Ist es ein Zeichen gegen das konkrete Projekt, gegen die Trägerschaft, die dahinter steht, oder gegen die bisherige Praxis oder eine Aussage über eine noch zu definierende künftige Praxis oder kommen dann Vorstösse wiederum für eine Gesetzesänderung und Klärung?

Die WAK hat in ihrem Bericht den Antrag auf Rückweisung an die Regierung gestellt und wird diesen nachher auch sicher begründen, und dies war auch in der UVEK ein Thema, vor allem weil man sich überlegt hat, die Bewertungsmethodik anzupassen beziehungsweise anpassen zu lassen mittels einer Rückweisung und weil man fand, mit einer Rückweisung an die Regierung könne man einen klaren Auftrag geben darüber, wie das Gesetz denn anzuwenden sei und dass es vielleicht tatsächlich auch Anpassungen braucht.

Die UVEK hat jedoch davon abgesehen und hat eben versucht, diesen pragmatischen Weg einzuschlagen. Der Rückweisungsantrag an die Regierung kommt nun also von der WAK und nicht von der UVEK und für die Rückweisung an die Regierung steht ebenfalls eine grosse Vielfalt an Motivationen im Raum. Dies macht den Auftrag auch sehr unklar. Ist es eine Rückweisung wegen dem konkreten Projekt, wegen dem Stadtbild, weil man die Bewertungsmatrix nicht gut findet, weil man das Gesetz nicht richtig ausgelegt oder angewendet findet, weil die öffentliche Zugänglichkeit nicht gegeben ist, der Beitrag zu hoch ist, weil man eine generelle Überarbeitung der Gesetzesartikel will? Die UVEK sieht zurzeit demnach weder eine Rückweisung an die Regierung noch eine Annahme oder Ablehnung ihres eigenen Antrags als eine gute Lösung für den hohen Klärungsbedarf, den wir an diesem Geschäft identifizieren.

An ihrer gestrigen Sitzung hat die UVEK sodann eben mit 11 zu einer Stimme entschieden, hier den Antrag zu stellen, das Geschäft an die UVEK zurückzuweisen. Wir sehen an dieser Zurückweisung mit Mitbericht der WAK einige Vorteile. Die UVEK hat acht Sitzungen zum Geschäft gemacht. Viele weitere Sitzungen wurden in der WAK und der BAK auch abgehalten. Die Mitglieder der Kommissionen kennen die breite Thematik und haben sich nun seit Monaten mit dieser kompletten Vielschichtigkeit befasst und damit auch hantiert. Die Mitglieder der Kommissionen können auch in den Fraktionen spiegeln. Die weiteren Schritte gehen mit der Rückweisung an die UVEK auch deutlich schneller als mit einer Rückweisung an die Regierung. Zudem ist, wie es scheint, der Grosse Rat sich auch nicht wirklich einig, was er als Gesetzgeber 2020 wollte. Es gibt da unterschiedliche Auslegungen. Der Grosse Rat ist sich, zumindest zeigen das unsere Vorgespräche, nicht einig, was er denn eigentlich heute will im Jahre 2025 mit diesem Mehrwertabgabefonds und auch nicht, was er mit dem Antrag auf Begrünung des Globus-Gebäudes will.

Die UVEK kann sich vorstellen, gemeinsam mit der WAK und falls sie will auch mit der BRK diese drei Fragen, also was der Grosse Rat heute will, was man mit dem Projekt macht und was man damals wollte und wie die bisherige Praxis zu bewerten, sich noch einmal anzuschauen und auch natürlich, wenn notwendig, weitere Dinge zu prüfen und fundierter abzuklären, was im Bericht allenfalls noch nicht fundiert genug daherkommt.

Wie könnte es bei einer Rückweisung an die Kommissionen weitergehen? Das Ziel einer zweiten Beratung in der UVEK und WAK wäre natürlich im Sinne dessen, was die Kommissionen generell machen. Wir müssen logischerweise eine breit abgestützte Lösung zu finden versuchen, einerseits für den Globus, aber andererseits auch für den Gesetzesartikel. Die UVEK würde gerne nochmals einen Schritt zurück machen und eine gute Lösung erarbeiten, und die UVEK möchte dafür auch die Informationsflüsse zwischen der WAK und der UVEK verbessern und mit ihr nahe zusammenarbeiten. Gespräche mit den Präsidien der beiden mitberichtenden Kommissionen finden bereits statt. Als erstes müsste daher auch die UVEK eine geeignete Zusammenarbeitsform gemeinsam mit der WAK auf Augenhöhe suchen.

Danach logischerweise wären die Voten, die hier heute im Grossen Rat gestellt gehalten werden, die Grundlage für den Auftrag, den die Kommissionen erhalten würden mit der Rückweisung an die Kommissionen. Aber natürlich gehören auch die Rückmeldungen aus den Fraktionen dazu. Und dann müssen wir uns in den Kommissionen gemeinsam ein Vorgehen überlegen, um die Diskussion ein wenig zu entflechten und einen Schritt voranzukommen. Und hier möchte ich nicht sagen, was wir genau machen werden, weil logischerweise werden wir die Voten hier entgegennehmen, sofern es an die UVEK zurückgewiesen wird und eine Auslegeordnung machen und dann erst entscheiden, hoffentlich auch gemeinsam mit der WAK und falls sie will mit BRK, wie es weitergeht. Ich möchte hier aber kurz auflisten, welche Möglichkeiten wir als Kommission hätten.

Die Kommissionen können unterschiedliche Beschlüsse machen, sie können auch Beschlüsse hinzufügen, sie können unterschiedliche zeitliche Herangehensweisen in Betracht ziehen, sie können Motionen an die Regierung richten, sie können Anzügen an die Kommission oder Kommissionen richten, sie können auch Anzüge an die Regierung richten, sie haben ein Budget zur Verfügung, sie können Subkommissionen bilden, sie können in ihren Berichten Stellung nehmen. Wir hätten natürlich logischerweise sämtliche Möglichkeiten, die den Kommissionen zur Verfügung stehen.

Ich möchte hier definitiv nicht festlegen, welchen Weg wir gehen würden, denn der Weg muss gemeinsam im Falle einer Rückweisung mit der WAK und in Abwägung aller Vor- und Nachteile entschieden und definiert werden. Aber die UVEK denkt, dass es sehr viele Lösungswege gibt, die auf diesem Weg machbar wären.

Das Ziel jeder Grossratsberatung ist, einen Entscheid zu haben, einen Entscheid, der möglichst mit viel Einigkeit gefällt wird. Entsprechend hoffe ich im Namen der UVEK, dass wir auch heute in der doch wahrscheinlich längeren Beratung dieses Geschäfts versuchen, Einigkeit im Vorgehen zu finden und allenfalls auch gewisse Streitpunkte, Diskussionspunkte der sehr vielschichtigen Debatte klären zu können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächster hat der Präsident der BRK Michael Hug das Wort.

Michael Hug (LDP): Die Bau- und Raumplanungskommission hat sich im Rahmen ihrer Mitberatung auf drei Themenbereiche fokussiert, es wurde bereits erwähnt: Erstens auf die Frage des Mitteleinsatzes aus dem Mehrwertabgabefonds für ein nicht öffentlich zugängliches Projekt, zweitens auf die vertragliche Sicherstellung sowie den Unterhalt der begrünten Flächen und drittens auf die Frage der Mehrwertabgabe im Zusammenhang mit der Schutzzone und dem Rückkauf der Arkadenflächen.

Zur Einordnung: Die BRK teilt das Ziel der Vorlage ausdrücklich, nämlich einen Beitrag zur Begrünung, der Biodiversität und zur klimatischen Verbesserung im Stadtkern zu leisten. Die Kommission begrüsst den Mitteleinsatz zur Förderung von biodiversitätswirksamen Massnahmen grundsätzlich und anerkennt, dass solche Dach- und Fassadenbegrünungen ein wichtiges Puzzlestück zur Klimaanpassung im städtischen Raum darstellen können. Positiv vermerkt wurde insbesondere auch, dass das Projekt an einem prominenten Ort wie dem Marktplatz auch einen symbolischen Charakter entfalten kann.

Nun zur Verwendung: Gleichzeitig hat sich die Kommission eingehend mit der Frage beschäftigt, ob es zulässig und sachgerecht ist, dass solche Projekte trotz fehlendem öffentlichen Zugang mit Mitteln aus dem Mehrwertabgabefonds unterstützt werden. Die gesetzlichen Grundlagen legen nahe, dass Mittel insbesondere für öffentliche Grün- und Freiräume sowie für den Klimaschutz, die Biodiversität und die Hitzemündung eingesetzt werden sollen. Es herrscht Unklarheit darüber, ob diese Kriterien kumulativ zu erfüllen sind, sprich, ob auch ein öffentlicher Zugang zwingend erforderlich ist. Darum sind ja auch die unterschiedlichen Kommissionen in ihrer Auslegung anderer Meinung.

Die Verwaltung hat dargelegt, dass es bisher gängige Praxis war, auch nicht öffentlich zugängliche Projekte zu fördern, sofern ein Beitrag zu den genannten Zielsetzungen geleistet wird. Die BRK nahm dies zur Kenntnis, zeigte sich jedoch kritisch gegenüber der fehlenden Transparenz. Sie ist der Auffassung, dass der Grosse Rat analog zu Ausgaben ab 1,5 Millionen Franken regelmässig über sämtliche Projekte aus dem Mehrwertabgabefonds informiert werden sollte. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Mitteleinsatz nachvollziehbar, verhältnismässig und politisch legitimiert ist.

Ebenfalls kritisch betrachtet wurde der sehr hohe Förderanteil im konkreten Fall. Rund 99% der Projektkosten sollen durch den Kanton getragen werden ursprünglich, obwohl das Dach nicht öffentlich zugänglich ist. Die Mehrheit der BRK war der Auffassung, dass dieser Umstand zumindest einschränkend auf den Förderumfang wirken sollte.

Die zweite Frage betrifft die Sicherstellung der Leistungen und die vertragliche Ausgestaltung. Die BRK befasste sich ausführlich mit dem vorgesehenen Instrument der Dienstbarkeit. Dabei ging es unter anderem um die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass die begrünte Fläche langfristig unterhalten und nicht vernachlässigt wird, beispielsweise im Fall einer Insolvenz der Eigentümerschaft oder anderen Änderungen der Eigentümerverhältnisse.

Die Kommission liess sich von der Verwaltung einen Mustervertrag aushändigen. Dieser sieht ein 30-jähriges unentgeltliches Nutzungsrecht zugunsten des Kantons vor. Die Pflicht zur naturnahen Pflege, zu Wiederherstellungen im Sanierungsfall sowie die klare Zuweisung der Unterhaltskosten an die Eigentümerschaft sind darin festgehalten. Die BRK erachtet diesen Mustervertrag grundsätzlich als ausreichend und sachgerecht. Sie können diesen auch in einem Auszug in unserem Bericht nachsehen. Auch die Möglichkeit, bei Vertragsbruch rechtlich gegen die Eigentümerschaft vorzugehen, wurde als folgerichtig beurteilt, insbesondere angesichts des hohen finanziellen Engagements des Kantons.

Ein dritter Punkt betraf die Frage, ob das neue Bauprojekt des Globus nicht auch zu einer Mehrwertabgabe hätten führen müssen, zumal sich das Nutzungsmass auf den ersten Blick vergrössert zu haben scheint. Der Altbau verfügte über vier Untergeschosse und sieben Obergeschosse, während das neue Projekt nur zwei Untergeschosse, aber ebenfalls sieben Obergeschosse vorsieht, dafür mit einem grösseren Lichthof. Nach Angaben der Verwaltung wird die Bruttogeschossfläche trotz Umbau leicht reduziert. Der Altbau umfasste rund 13’572 m2 BGF, das neue Gebäude ohne die neu erworbenen Arkadenflächen 13’471 m2 BGF. Dies war eine Information, die wir erhielten nach mehrfachen Nachfragen.

Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass Untergeschosse bei der BGF-Berechnung nicht zählen und das neue Gebäude damit rein rechnerisch kleiner ist. Die Verwaltung wies darauf hin, dass es sich bei den Arkadenflächen um Allmend handelte, welche 2024 vom Kanton rückverkauft wurden. Historisch hatte dieses Kunststück ursprünglich dem Globus gehört und wurde erst 1930 durch die Arkaden überbaut. Der Rückverkauf erfolgte zu einem Quadratmeterpreis von rund 10’000 Franken, was nach Aussage der Verwaltung eine allfällige Mehrwertabgabe bereits einpreist. Ansonsten wäre der Preis tiefer angesetzt worden. Trotz mehrmaliger Nachfragen konnte keine abschliessende Klarheit über die exakte Flächenbilanz geschaffen werden. Die BRK akzeptiert nach intensiver Diskussion, dass im konkreten Fall keine Mehrwertabgabe geschuldet ist, erwartet aber, dass bei künftigen Fällen dieser Art von Anfang an eine klare, nachvollziehbare und transparente Kommunikation gegenüber dem Parlament erfolgt.

Die BRK verzichtet in Erwartung der Beratungsresultate der mitberichtenden WAK und der Haupt beratenden UVEK auf eine eigene Empfehlung zur Vorlage. Sie erwartet aber, dass die offenen Fragen insbesondere zur Förderpraxis bei nicht öffentlichen Flächen und zur Nachhaltigkeit der Unterhaltsverpflichtungen von der UVEK im weiteren Verlauf vertieft behandelt werden.

Ergänzend möchte ich darüber informieren, dass ich mich im Vorfeld der heutigen Beratung mit den Präsidien der WAK und der UVEK abgestimmt habe. Wir sind uns einig, dass im Falle einer Rückweisung beim Geschäft Globus-Begrünung ein möglichst koordiniertes Vorgehen der betroffenen Kommission angestrebt werden soll. Die UVEK hat dabei signalisiert, dass sie das Geschäft in einem solchen Fall an sich ziehen möchte, um eine zügige und vertiefte Behandlung sicherzustellen. Innerhalb der BRK und WAK, in welchen heute noch Sitzungen stattgefunden haben, gibt es keine ausgezählte Haltung zu Fragen, an wen zurückgewiesen werden soll.

Aus Sicht der BRK sieht man keinen Anlass für eine erneute Mitberichtserstattung. Die baurechtlichen und planerischen Fragestellungen wurden in unserer Kommission umfassend behandelt. Die offenen Fragen betreffen im Kern nicht die baulichen Aspekte, sondern vielmehr die Förderpraxis und die Auslegung gesetzlicher Grundlagen zur Verwendung des Mehrwertabgabefonds.

Ich möchte jedoch an dieser Stelle kurz mahnen, dass es nicht Aufgabe der Legislative ist, Gesetzesauslegungen im Einzelfall vorzunehmen, vielmehr sollte UVEK oder die Regierung, falls das Geschäft an sie zurückgewiesen wird, einen

raschen Entscheid für das konkrete Projekt treffen, das heisst dem Globus Rechtssicherheit geben und losgelöst davon eine politische Grundsatzdiskussion führen, etwa im Rahmen eines Vorstosses zur Klärung oder gegebenenfalls Anpassung der gesetzlichen Grundlagen. Dies kann dann über die zuständigen Kommissionen, namentlich WAK oder UVEK erfolgen.

Im übrigen folge ich auch den Ausführungen der Präsidentin der UVEK von Raffaela Hanauer zum weiteren Vorgehen. Die Kommission hat, wie gesagt, darüber keine Entscheidung getroffen, einzig, dass man auf einen Mitbericht verzichten möchte und einer Rückweisung gegenüber positiv eingestellt ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Andrea Knellwolf, Präsidentin der WAK.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich halte jetzt ein sehr kurzes Votum. Sie haben schon sehr viel gehört. Sie haben auch gehört, wie die drei Kommissionen sich zu Anfang und auch während des Prozesses immer wieder darüber abgestimmt haben, welche Kommission welche Aspekte vertieft prüft. Die WAK hat das Geschäft an fünf Sitzungen beraten und sich ausführlich über das Bewertungsmodell informieren lassen. Dabei hat sie sich auf die Frage konzentriert, ob im Antrag zur Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung dem Willen des Gesetzgebers, wie im Kommissionsbericht der WAK damals bei der Gesetzesänderung zum Ausdruck gebracht wurde, genügend Rechnung getragen wird.

Aus Sicht der Kommission fehlt bei der Fokussierung auf die zwei Bereiche Hitzeminderung und Biodiversität der Aspekt der öffentlichen Zugänglichkeit und des Nutzens für einen breiten öffentlichen Kreis. In der Kommission wurde die Frage diskutiert, ob die öffentliche Zugänglichkeit eine Voraussetzung sein müsste, um von Beiträgen aus dem Mehrwertabgabefonds profitieren zu können. Denn ursprünglich war die Idee hinter dem Mehrwertabgabefonds, dass im Gegenzug zu einer Verdichtung beispielsweise durch einen Bebauungsplan an irgendeinem Ort in der Stadt ein Ausgleich in Form von mehr Grünfläche für die Öffentlichkeit geschaffen werden soll. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Massnahmen, die aus dem Mehrwertabgabefonds finanziert werden, der Öffentlichkeit einen Nutzen bringen. Es ist nicht im Sinne der ursprünglichen Absicht, die Begrünung auf geschlossenen Firmenarealen oder privaten Hinterhöfen zu finanzieren. Diesem Grundgedanken wurde im Kommissionsbericht 2020 Rechnung getragen, indem in den Erläuterungen ausgeführt wurde, dass auch Klimaschutz und Klimaadaptionsmassnahmen einem breiteren öffentlichen Kreis zugute kommen müssen.

Die Kommission ist sich einig, dass sowohl die öffentliche Zugänglichkeit von aus dem Mehrwertabgabefonds unterstützten Grünflächen als auch der Nutzen der Klimaadaptionsmassnahmen für einen breiteren Kreis zentrale Bewertungskriterien darstellen müssen. Auch der von 99% auf 88% reduzierte Beitragssatz hier wird von der Kommission hinsichtlich des geringen öffentlichen Nutzens der vorgesehenen Dach- und Fassadenbegrünung als zu hoch eingeschätzt. Damit besteht in der Kommission ein Konsens darüber, dass der Antrag des Regierungsrats nicht akzeptabel ist. Für die Details zu den differenzierten Einschätzungen innerhalb der WAK verweise ich auf unseren Bericht.

Konsens in der Kommission ist eben jedenfalls auch, dass eine rein visuelle Zugänglichkeit einer Begrünung eine stärkere Reduktion der Beiträge zur Folge haben muss. Wie genau dies im Rahmen der vorher vorhandenen Bewertungsmatrix abgebildet werden kann, muss verwaltungsseitig geklärt werden. Daher empfiehlt die WAK der UVEK einstimmig, das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen. Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Bewertungsmatrix zu überprüfen und dem Grossen Rat einen revidierten Antrag vorzulegen. Sollte durch eine präzisere Formulierung von § 120 BPG mehr Klarheit geschaffen werden können, so ist dem Grossen Rat eine entsprechende Gesetzesänderung vorzulegen.

Soweit also der Antrag der WAK, den Sie schon kennen, also Rückweisung an die Regierung. Es gab seit gestern einige Diskussionen und wir hatten heute noch einmal eine Kommissionssitzung über Mittag, und dort hat sich ein etwas uneinheitlicheres Bild ergeben. Es gab eine nicht sehr deutliche Mehrheit, die sich dafür ausspricht, bei dem zu bleiben, was wir hier im Bericht schon festgehalten haben, nämlich dass wir eine Rückweisung an die Regierung möchten. Ein anderer Teil könnte sich vorstellen, an die UVEK mit Mitbericht an die WAK zurückzuweisen. Wir sind hier also nicht auf einer Schiene unterwegs in der WAK, weshalb wir uns entschieden haben, bei der ursprünglichen Antragslage zu bleiben und sind jetzt gespannt auf die Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Angesichts der neuen Ausgangslage darf auch ich es kurz machen, auch dank den ausführlichen und guten Voten der Kommissionspräsidien.

Kurzum, wir konnten den Antrag in der Regierung nicht mehr diskutieren, aber ich gehe sehr davon aus, dass sich da Unterstützung auch von meinen Kolleginnen und Kollegen habe, wenn ich sage, dass wir Ihnen dankbar sind, wenn Sie das Geschäft an die UVEK zurückweisen. Die Schwierigkeit ist tatsächlich die Unterschiedlichkeit der Gründe, weshalb ein Teil

von Ihnen gegenüber dem Projekt kritisch ist respektive diesem Geschäft gegenüber. Wir haben es gehört, das beginnt bei kritischen Stimmen zu diesem konkreten Projekt, geht über ganz unterschiedliche Meinungen, ob die öffentliche Zugänglichkeit einer Grünfläche ein Ausschlusskriterium ist für Förderbeiträge, also wenn man nicht öffentlich zugänglich ist, bis hin zur Bitte, einfach den Förderbeitrag etwas zu reduzieren. Und dann werden wir nachher in der Debatte wahrscheinlich noch weitere Elemente hören. Es macht wirklich Sinn, diese verschiedenen Beweggründe nochmals sorgfältig darzulegen und in der Kommission, respektive in den Kommissionen im Falle eines Mitberichts durch die WAK, eine gute und breit tragfähige Lösung zu finden.

Grundsätzlich darf ich sagen, dass wir eigentlich ganz froh sind um diesen konkreten Anwendungsfall, den wir hier vorliegen haben. Ich bin froh, weil wir anhand dieses Beispiels einige wichtige Grundsatzfragen klären können, die tatsächlich der Gesetzgebungsprozess vor einigen Jahren vielleicht etwas unklar gelassen hat, eben beispielsweise die Frage danach, ob die öffentliche Zugänglichkeit ein Ausschlusskriterium sein soll. Wir haben als Verwaltung das so ausgelegt, dass das nicht der Fall ist, also dass beispielsweise eine besonders biodiverse Fläche auch eben mal nicht zugänglich sein darf, weil das eben auch die Tierarten und Pflanzenarten dort schützt. Aber die Frage ist dann immer noch, wie hoch man diesen Faktor dann bei der finanziellen Frage gewichtet.

Jetzt bin ich sehr sehr gespannt auf die verschiedenen Voten und melde mich allenfalls später nochmals zu Wort, aber ich möchte mein Votum nicht beenden, bevor ich noch einmal ganz herzlich danke für die detaillierte Auseinandersetzung, auch in den Kommissionen mit diesem Geschäft, mit diesem komplexen Thema und auch für die Bereitschaft der Kommission, sich noch einmal mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden und Nicole Strahm-Lavanchy hat das Wort für die LDP.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Grünräume in urbanen Räumen sind wichtig, Fassaden- und Dachbegrünungen leisten zweifellos einen wertvollen Beitrag zum städtischen Mikroklima, zur Biodiversität und zur Lebensqualität. Ich stehe grundsätzlich hinter solchen Massnahmen, wenn sie sinnvoll, gerecht und im Rahmen klarer Kriterien subventioniert und realisiert werden.

Der vorliegende Antrag auf eine Beitragsfinanzierung für die Begrünung des Globus-Gebäudes am Marktplatz überzeugt mich aber weder inhaltlich noch noch formal. Erstens sind die Voraussetzungen für eine Finanzierung aus dem Mehrwertabgabefonds aus meiner Sicht nicht erfüllt. Die gesetzlichen Grundlagen verlangen explizit einen öffentlichen Mehrwert, doch beim vorliegenden Projekt handelt es sich um eine Begrünung, die weder begehbar noch allgemein zugänglich ist. Der Nutzen beschränkt sich weitestgehend auf das Gebäude selbst und auf wenig indirekt positive Effekte für die Umgebung. Das reicht meines Erachtens nicht, um eine solche Investition von fast drei Millionen Franken aus dem Mehrwertabgabefonds zu rechtfertigen, welcher eigentlich Gelder einsetzen sollte, die auf eine breitere öffentliche Wirkung hin ausgelegt sind und vor allem zugunsten der Bevölkerung.

Anders als bei einer öffentlichen Parkanlage bringt dieses Vorhaben hier aber keinen direkten nutzbaren Mehrwert für die Bevölkerung, und hier liegt genau ein für mich wichtiger, fast unberücksichtigt der Punkt in der Bewertung dieses Antrags: die öffentliche Zugänglichkeit. Die Beurteilung der Förderwürdigkeit durch die Stadtgärtnerei wirkt für mich sowieso teilweise ein bisschen willkürlich. Es ist kaum nachvollziehbar, wie eine umständliche Kriterienkombination und schwierig lesbare Punktetabelle eine derartige fast Vollfinanzierung zustande kommt. Dass ein kommerziell genutztes Gebäude mitten in der Innenstadt ohne öffentliche Zugänglichkeit eine so hohe Unterstützung erhalten soll, wirft Fragen auf, gerade im Hinblick auf andere vergleichbare Vorhaben, die abgelehnt wurden oder Jahre lang auf Wartelisten stehen. Am Ende steht die Frage, ob hier der gesetzlich definierte Förderzweck wirklich geprüft werden wollte oder ob dem Hauseigentümer durch die Hintertür eine sehr lukrative Subvention gewährt werden soll.

Desweiteren bleibt die langfristige finanzielle Verantwortung für Unterhalt, Pflege und Betrieb nicht wirklich sicher geklärt. Was geschieht bei einem allfälligen Eigentümerwechsel oder gar Konkurs? Wer garantiert den dauerhaften Betrieb, wer haftet, wenn die aufwändig installierte technische Infrastruktur ausfällt und die Bepflanzung eingeht? Die Stadtgärtnerei weist ausdrücklich daraufhin, dass Dachbegrünungen einen aufwändigen Unterhalt in Bewässerung und Pflege benötigen, sonst vertrocknen die der Sonne ausgesetzten Pflanzen sehr schnell. Das Projekt setzt denn auch ein komplexes, Regenwasser- und Bewässerungssystem voraus, mit Zisternen und automatischer Trinkwassernachspeisung für Trockenzeiten. Ein solches System ist teuer und wartungsintensiv. Wenn nach Ablauf von Garantiefristen niemand mehr Geld oder Personal in die Anlagenpflege stecken muss, wir sehen dann, was mit der Bepflanzung passiert, sie verkümmert, und es hilft niemandem, weder der Stadt, der Bevölkerung noch der Biodiversität. Eigentlich müsste der Antragsteller für ewig dafür aufkommen, in der Praxis kann aber dafür niemand garantieren. Der Kanton kann und darf diese Risiken nicht übernehmen, und es geht auch nicht über den Mehrwertabgabefonds. Dieser verbietet nämlich die Finanzierung von Unterhaltsarbeiten.

Und nun noch zur behaupteten Förderung der Biodiversität. Sie ist nicht wirklich abschliessend belegt. Zwar klingen Begriffe wie ökologische Aufwertung und grüne Oase sympathisch, doch im konkreten Fall bleiben die ökologischen Mehrwerte vage. Es kann nicht einfach behauptet werden, dass eine tatsächliche Erhöhung der Artenvielfalt auf einem begrenzten, schwer zugänglichen begrünten Dach in einem dicht bebauten städtischen Umfeld so mühelos und einfach funktionieren soll. Es gibt keine Daten oder Studien, die zeigen, wie viele Arten sich in so einer Situation dauerhaft ansiedelten oder ob die geplanten Stauden und Kletterpflanzen tatsächlich zum städtischen Biotopverbund beitragen. Gleiches gilt für die vermutete Hitzeminderung durch Verdunstung. Solche Effekte sind bekannt, aber doch eher lokal begrenzt.

Ich möchte betonen, dass unsere Ablehnung nicht aus einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber Begrünungsprojekten herrührt. Im Gegenteil, wir sind und bleiben überzeugt von urbanem Grün, vom klimaangepassten Bauen und von Massnahmen zur Förderung der Biodiversität. Doch gerade deshalb fordern wir, dass die Mittel aus dem Mehrwertabgabefonds mit grösster Sorgfalt und mit einem klaren Fokus auf gerechte Verteilung eingesetzt werden.

Dieses Projekt erfüllt die gewünschten Voraussetzung nicht. Es setzt sogar ein fragwürdiges Signal, nämlich dass Mittel auch an kommerzielle privatwirtschaftliche Einzelobjekte ohne klare öffentliche Wirkung fliessen können. Ich bitte Sie deshalb im Namen der LDB, dieses Geschäft an den Regierungsrat gemäss Antrag der WAK zurückzuweisen, aus Verantwortung gegenüber dem Mehrwertabgabefonds und vor allem im Sinne einer glaubwürdigen, gerechten und transparenten Grünpolitik

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Johannes Barth für die FDP.

Johannes Barth (FDP): Wir beraten heute über eine Ausgabebewilligung von 3,2 Millionen Franken aus dem Mehrwertabgabefonds für die Dach- und Fassadenbegrünung des Globus am Marktplatz. Die Fraktionen FDP, die Mitte/EVP und SVP anerkennen den klimapolitischen Anspruch dieser Vorlage. Projekte zur Hitzereduktion und Förderung der Biodiversität sind auch aus liberaler, aus unserer Sicht, sinnvoll, sofern sie verhältnismässig sind, nachvollziehbar bewertet werden und der Allgemeinheit dienen. Und genau in diesem Punkt sehen wir Klärungsbedarf.

Ziel des Mehrwertabgabefonds: Der Fonds wurde geschaffen, um planerisch bedingte Gewinne teilweise abzuschöpfen und über gezielte Investitionen einen Mehrwert für die Allgemeinheit zu schaffen. Seit der Revision 2020 sind die Förderzwecke erweitert. Das ist politisch breit abgestützt und grundsätzlich nachvollziehbar. Aber mit dieser Ausweitung darf nicht die Grundidee verbessert werden, öffentliche Mittel für öffentlichen Nutzen. Wenn wir heute beginnen, substanzielle Beträge in Projekte zu lenken, die für die Bevölkerung nicht zugänglich sind und deren Wirkung auf das Quartier kaum spürbar ist, dann brauchen wir einen vertieften politischen Diskurs über die Gewichtung der Kriterien.

Zum konkreten Projekt: Das Globus-Projekt zeigt viele gute Ansätze: Ambitionierte Begrünung, Biodiversität, ein langfristiges Pflegekonzept, aber die Flächen sind nicht öffentlich zugänglich. Die Wirkung auf das Stadtklima bleibt auf das Gebäude beschränkt. Eine Absenkung auf dem Marktplatz können Sie vergessen. Die Förderquote liegt trotzdem bei sehr hohen 88%. Das führt in der Bevölkerung und auch im Rat zu den berechtigten Fragen.

Unser Anliegen: Wir fordern keine Pauschalablehnung dieses oder ähnlicher Projekte. Auch private Begründungsmassnahmen können in Ergänzung zur öffentlichen einen Beitrag leisten, aber, und hier ist das aber, es braucht klare, nachvollziehbare und einheitliche Kriterien, ein transparentes Bewertungsmodell, das öffentliche Zugänglichkeit angemessen berücksichtigt und eine Diskussion darüber, wie wir den Fonds strategisch weiterentwickeln, ohne ihn in einen ungezielten Subventionstopf zu verwandeln.

Die Fraktionen FDP, Mitte/EVP und SVP sind offen für einen breit abgestützten Weg. Wir unterstützen die Forderung nach einer Überprüfung des Bewertungsmodells. Die Rückweisung an den Regierungsrat, wie sie die WAK vorgeschlagen hat, ist dafür ein konstruktiver Schritt, nicht eine Ablehnung der Begrünung an sich. Sie schafft Raum, um die Bewertungspraxis zu klären, gesetzliche Grundbereiche zu bereinigen, eine nachhaltige, gerechte Verteilung der Fondsmittel zu gewährleisten. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir bei solchen Projekten weder Fortschritt blockieren, noch das Vertrauen in eine faire und Ziel gerechte Vergabepraxis verlieren. Denn der klimapolitische Auftrag ist real, aber auch das Prinzip der Verhältnismässigkeit und Transparenz bleibt ein tragender Pfeiler unserer Demokratie.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA das Wort hat Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Das muss ich Ihnen nicht sagen, die Fraktion BastA steht seit vielen Jahren für eine klimafreundliche Stadt und für mehr städtische Biodiversität. Stadtbildbegrünung ist für uns eine Priorität. Die WAK, die UVEK und auch die BRK haben aber in ihren Beratungen gewichtige Kritikpunkte zu dieser Vorlage eingebracht. Diese müssen aus unserer Sicht ernstgenommen werden.

Erstens zur Wirkkung auf das Stadtklima: Ja, Dachbegrünungen leisten einen Beitrag zur Hitzeminderung, aber in diesem Fall nicht dort, wo sich Menschen tatsächlich aufhalten, nämlich auf dem Marktplatz selbst. Die geplante Begrünung bleibt auf den Dächern, wirkt isoliert – eine Wolke – und ist in ihrer kühlenden Funktion minimal spürbar im öffentlichen Raum.

Zweitens zur Biodiversität: Auch hier gilt, gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht. Eine begrünte Dachfläche im Innenstadtbereich mit eingeschränkter ökologischer Bodenvernetzung ist kein gleichwertiger Ersatz für öffentlich zugängliche, biodivers gestaltete Räume. Die hohe Punktbewertung des Projekts in dieser Kategorie erscheint uns daher nicht nachvollziehbar.

Drittens und ganz zentral zur Rechtssicherheit: Die WAK hat Zweifel geäussert, ob dieses Projekt mit dem Zweck des Mehrwertabgabefonds vereinbart ist. Der Mehrwertabgabefonds wurde geschaffen, um öffentliche Grün- und Freiräume zu fördern. Das vorliegende Projekt ist nicht öffentlich zugänglich. Das wirft nicht nur Fragen bezüglich der Bewertung, sondern auch grundsätzliche rechtliche Fragen auf, wie die WAK zu Recht festgehalten hat.

Auch die BRK hat deutlich gemacht, es ist unklar, ob und wie überhaupt eine Mehrwertabgabe berechnet und bezahlt wurde. Wie wollen wir aus dem Fonds Beiträge in Millionenhöhe sprechen, wenn der eigentliche Mechanismus, die Abgabe selbst, nicht nachvollziehbar erhoben wurde? Das ist nicht transparent und nicht verantwortungsvoll.

Viertens zum Antrag der UVEK: Trotz dieser Einschränkungen – minimale Wirkung auf das Stadtklima, eingeschränkte ökologische Vernetzung und keine öffentliche Zugänglichkeit – wurde nur eine Kürzung um rund 10% vorgenommen. Das ist unsere Meinung zu wenig. Unter den oben gebrachten Aspekte zu Biodiversität und Stadtklima und mangelnder Zugänglichkeit müsste eine realistische Bewertung deutlich tiefer ausfallen. Wir betrachten dieses Projekt als wichtigen Präzedenzfall. Aus diesem Grund müssen die Kriterien überprüft und das Bewertungsmodell grundsätzlich überarbeitet werden. Ausserdem muss die Frage der rechtlichen Tragfähigkeit und der Abgabe sorgfältig erklärt werden, denn hier bestehen berechtigte Zweifel.

Wir schulden es der Glaubwürdigkeit des Fonds und dem Vertrauen der Öffentlichkeit hier nochmals nachzuarbeiten. Daher erwarten wir ganz klar, dass diese Aspekte unbedingt geklärt werden, unabhängig davon, ob das Geschäft an die UVEK oder an den Regierungsrat rücküberwiesen wird. Und wenn sich eine Mehrheit des Parlaments für die UVEK entscheidet, ist es uns klar, dass sie mit der WAK eng zusammenarbeiten.

Wir von der BastA sind bezüglich der Überweisung an die UVEK oder an den Regierungsrat offen. Einerseits muss der Regierungsrat die Bewertungsmethode und die Kriterien sowie die jetzige Praxis für zukünftige Fälle überprüfen. So wie das jetzt passiert ist, geht gar nicht. Deshalb scheint es einem Teil meiner Fraktion sinnvoll, das Geschäft an den Regierungsrat rückzuweisen. Andererseits kann die UVEK die vorgebrachte Kritik aufnehmen und gemeinsam mit der WAK, die nota bene bisher für die Mehrwertabgabe zuständig war, einen neuen Bericht vorlegen. Dringend ist es nicht. Wenn Sie aus dem Fenster schauen, sehen Sie, wie weit die Dachbegrünung schon fortgeschritten ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat das Wort Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): In dieses Geschäft hat sich die UVEK wirklich ziemlich vertieft. Wir haben viel Arbeit in dieses Geschäft gebracht und wir haben sehr viele Aspekte, wie Raffaela Hanauer auch sehr schön aufgelistet hat, betrachtet und bewertet.

Ich gehe zurück auf das Gesetz, § 120 des Bau- und Planungsgesetzes, zu denZweckbestimmungen des Mehrwertabgabefonds. Wir haben vier verschiedene Zweckbestimmungen, und eigentlich wollte man mit den zwei neuen Zweckbestimmungen, nämlich die Klima-Adaptionsmassnahmen zur Minderung des Hitzeeffekts und der Förderung der Biodiversität wirklich auch einen Impuls in dieses Gesetz hineinzubringen, um eben auch einen grösseren Impact auf die gesamte Stadt zu haben, wenn es darum geht, die Biodiversität und Klimamassnahmen in die Flächen und auf unsere Gebäude und auch in unsere Gärten zu bringen.

Wenn man die Argumente der Gegenseite, also eher der kritischen Seite, hört, hat sich gezeigt, dass man diesen Impuls eigentlich eher in Frage stellt. Für uns als GRÜNE/jgb wäre dies ein sehr wichtiges Zeichen gewesen, um eben auch Projekte wirklich umzusetzen und auch anzuziehen.

Und jetzt sieht es so aus, dass der Wortlaut des Gesetzes so einschränkend ist, dass es effektiv viele Fragen aufwirft und vielleicht eher zu einer gewissen Blockade kommt. Und das ist sehr schade, und in dem Sinne finden wir auch sehr stark, dass, wenn man an dem weiterarbeiten könnte oder sollte, man wirklich Klarheit schafft im Sinne einer Förderung der weiteren Massnahmen. Und da ist es sehr wichtig und sehr zentral, dass diese Massnahmen eben nicht nur vom Kanton aus auf Flächen gebracht werden, sondern eben auch Private Zugang haben zu diesen Geldern und auch ermutigt werden, solche Projekte bei sich umzusetzen.

Es zeigt sich aber, dass beim Globus jetzt endlich einmal ein grosses Projekt in Angriff genommen wird, ein Best Practice Projekt, wo viel Input und sehr viel neues Wissen, viel Hintergrundwissen, technisches Wissen, auch biologisches Wissen eingeflossen ist und interessante Bepflanzungen gemacht werden. Auch interessante Strukturen werden geschaffen, wie eben auch die ganze Bepflanzung selbst, aber auch der Aufbau zum Beispiel der Erde, den man da gemacht hat .Man hat grössere Mengen dort hinaufgeschafft, man hat auch den Boden anders strukturiert, damit zum Beispiel, wenn es einmal regnet, das Wasser dort wie ein Schwamm länger liegenbleiben kann und dann nach und nach verdunstet und es so eben schon auch einen kühlen Effekt auf die nähere Umgebung hat. Zugegebenermassen wird man das auf dem Marktplatz nicht merken, aber in diesem Projekt geht es darum, dass man vorher eine Fläche gehabt hat, die wirklich ein Hitzezentrum war, und nachher ein Gebäude dasteht, das zu 100% eine Verbesserung darstellt, was eben auch die Klimaaspekte angeht. Wenn man eine Bewertung macht, schaut man immer auch, was war vorher, was ist heute und was wird man nachher haben. Und da hat man einfach eine Förderung sowohl im Klima als auch in der Biodiversität. Und auch hier kann man sagen, vielleicht ist es ein isolierter Biodiversitätstrittsstein, er kann sehr wohl helfen, er kann interessant sein. Auch hier haben Leute mitgearbeitet, die sehr wohl wissen, welche Pflanzen man dort anpflanzen kann, die einen Effekt haben und auch für das gesamte Gebiet auch interessant sind.

Was wir hier unterstützen wollen mit diesem Projekt und wo wir einen grossen Vorteil sehen auch in dieser Debatte, die wir hoffentlich auch in Zukunft führen werden, ist, dass wir endlich ein Beispiel haben, an dem sich auch andere grössere Projekte orientieren können. Und wenn man jetzt hier etwas stoppt und das als minderwertig betrachtet, dann gibt man leider ein Signal, das sehr wohl auch eine Blockade sein kann für allfällige andere grössere Institutionen, die sich in diesem Sinne einsetzen wollen. Und das wäre sehr schade und das möchten wir auch vermeiden.

Nicht destotrotz ist es klar und man kann es nicht wegdiskutieren, dass die öffentliche Zugänglichkeit hier wirklich schlecht gegeben ist. Man hätte da mehr haben können und man kann auch zum Beispiel diskutieren darüber, ob dieser hohe Betrag wirklich gerechtfertigt wäre. Das kann man, aber die Beurteilung war sehr transparent, wir haben gesehen, wie man das gemacht hat. Es ist ganz klar, dass auch dort Fachexperten dahinter waren. Wir sind zum Teil Fachexperten, zum Teil aber auch nicht. Wir müssenda vertrauen können, dass die Stadtgärtnerei sehr wohl Wissen hat und dass sie da auch zu guten Überlegungen kommt und auch die Best Practice dort umsetzt.

Nach meinen Kenntnissen wurde das sehr wohl getan. Wir haben vorher von der Bewässerung gehört, das ist gelöst, man hat einen 20’000-Liter-Kanister in dieses Gebäude hineingebracht, das ist wirklich ein grosser Einsatz auch von den Geldern her, von der Infrastruktur her, die man zusätzlich zu dieser Bepflanzung gemacht hat.

Daher ist das wirklich ein tolles Projekt und es wäre sehr schade, wenn wir dieses Projekt jetzt deswegen abschiessen, weil wir nicht die richtigen, praxistauglichen gesetzlichen Grundlagen haben. Die UVEK hat einen pragmatischen Weg gesucht, diese Praxistauglichkeit doch noch zu erlangen und eben auch wirklich die Tür zu öffnen für Private, seien das grosse Private, aber auch kleinere private Initianten von solchen Projekten. Es gilt, denen auch die Möglichkeit zu geben, von diesem Mehrwertabgabefonds zu profitieren. Deshalb denken wir, dass wir hier eine gute Voraussetzung geschaffen hätten. Aber es zeigt sich natürlich und das ist auch verständlich, dass es gewisse Friktionen gibt hinsichtlich der gesetzlichen Bestimmungen und deren Praxistauglichkeit in der Umsetzung. Wenn man das noch bringen will, dann kann ich das verstehen und wir können darüber sicher diskutieren. Aber es zeigt sich für die Fraktion GRÜNE/jgb, die auch in der WAK mehrheitlich für die Rückweisung des Geschäftes an die UVEK votiert hat, dass sich in der UVEK viel Engagement gezeigt hat, von allen Seiten, auch von denen, die jetzt eher kritisch sind, dass man hier eine gute Lösung findet. Darum wäre es wünschenswert, wenn Sie dieses Projekt wenn überhaupt, an die UVEK rückweisen würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitte Kühne für die GLP.

Brigitte Kühne (GLP): Eigentlich war die Freude bei mir persönlich ausserordentlich gross. Die Zweckbindung des Mehrwertabgabefonds bezog sich bei diesem Ratschlag zum ersten Mal ausschliesslich auf Biodiversität und Klimaadaptionsmassnahmen, oder? Das war zumindest meine Interpretation der Gesetzesrevision vom Mai 2020. Unterdessen wissen wir, dass diese Gesetzesrevision unterschiedlich interpretiert werden kann. Aber, meine Damen und Herren, wir haben eine Klima- und eine Biodiversitätskrise. Ich wiederhole mich immer wieder in meinen Voten. Darum sollte es doch möglich sein, ein Projekt, auch ein privates, maximal zu fördern, das eben manchmal nicht für die breite Öffentlichkeit zugänglich ist. Denn wir alle als Bevölkerung haben in diesem Fall der Dach- und Fassadenbegrünung des Globus einen klaren Nutzen: mehr Grün gleich Vermeidung und Minderung von Hitzeinseln sowie mehr Biodiversitätstrittsteine. Das ist gelebte Stadtökologie, ein vernetztes Ökosystem für Tiere und Pflanzen in der Stadt, egal wo, unten oder oben. Da bin ich anderer Meinung als Patrizia Bernasconi. Und ja, Nicole Strahm-Lavanchy, es gibt sehr viele Studien, die aufzeigen, was solche Dach- und Fassadenbegrünungen der Stadtökologie bringen können. Gerne kann ich Ihnen diese zusenden.

Dies ist gerade so wichtig wie der direkte Nutzen eines öffentlichen Freiraumes, wie zum Beispiel grüne Pärke oder Wohn-, Arbeits- oder Schulumfelder für uns Menschen, die Biodiversitätsförderung und die Hitzeminderung. Aber ich habe nun verstanden, der öffentliche Zugang soll in den Kriterienkatalog einfliessen. So wollen es alle hier drin. Was Sie hier drin ebenfalls wollen: Sie setzen sich alle, plus minus, aber eher plus, immer wieder vehement für Begrünung ein, fordern Schattendächer, Sonnensegel inklusive Begrünung und viel mehr Bäume. Here we go – ein Projekt nota bene eines Privaten, bei dem die Stadtklimaadaption so wie die Biodiversität von Anfang an mitgeplant wurde. Nur wenn dies so ist, von allen beteiligten Planern von Anfang an mitgeplant, können Neubauprojekte ökologisch wirklich überzeugend sein. Und das ist hier der Fall. Die mit der Planung beauftragten Landschaftsarchitekten sind erfahrene Fachleute, was Fassaden- und Dachbegrünung anbelangt. Ich würde es einmal behaupten, dies ist ein Leuchtturmprojekt, das wir da einfach so erhalten als Stadt.

Darum sprechen wir als GLP die 2,9 Millionen Franken aus dem prall gefüllten Mehrwertabgabefonds. Wir haben daher ein klares Plus in der Kreuztabelle, nichts mit Verwirrung. Ich muss Ihnen wirklich gestehen: Wir grünliberalen und ich, die diesen Ratschlag in sieben UVEK-Sitzungen mitberaten dürfte, verstehen nicht, warum gerade ein so ausserordentlich gutes Begrünungsprojekt, das Klimaadaption und Biodiversität fördert, nota bene mitten in unserer Stadt hervorragend geplant und realisiert von einem Privaten – und ich wiederhole mich. finanziert aus dem prall gefüllten Mehrwertabgabefonds, so viele diverse Ablehnungs- und Subventionsminderungsargumente erhält.

Zum Schluss: Gerade unter diesen Vorzeichen, die sich nun über die zwei Tage im Grossen Rat abgezeichnet haben, beantragen wir Grünliberalen, den Ratschlag an die UVEK zurückzuweisen, damit die involvierten Kommissionen eine Auslegeordnung der unterschiedlichen Argumente machen können, um schlussendlich eine gute Lösung für den Globus zu finden. Im weiteren – und das ist uns sehr wichtig – soll eine Klärung stattfinden, wie das Mehrwertabgabefondsgesetz präzisiert werden kann, damit zukünftig keine Unklarheiten mehr entstehen..

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys für die SP.

Lisa Mathys (SP): Sie haben eine sicher gesehen in der Kreuztabelle, wir hatten ebenfalls unterschiedliche Meinungen in der Fraktion. Nun ist es so, dass in einer Frage Einigkeit herrscht bei der SP-Delegation in den drei Kommissionen, die hier berichtet und mitberichtet haben. Die Rückweisung an die UVEK erachten wir angesichts der Konfusion als die beste Lösung und wir möchten diesen Antrag zur Annahme empfehlen. Selbstkritisch finde ich, dass wir auch von Seite UVEK sagen können und müssen, dass wir Unklarheiten zwar benannt und angegangen haben, aber dass wir sie nicht aus der Welt schaffen konnten und dass es wirklich eine nicht zufriedenstellende Situation ist. Ich denke, da hat auch mit hineingespielt, dass das Timing der Veröffentlichung der verschiedenen Berichte nicht ideal zueinander gepasst hat. Es hatte nicht in allen Kommissionen die gleiche zeitliche Priorität, was ja auch nachvollziehbar ist, aber ich denke, das hat nicht geholfen und das hat dazu geführt, dass nicht vorhergesehen werden konnte, dass es dann so eine Situation gibt, wie sie jetzt herrscht. Und deshalb plädieren wir beteiligten SP-Mitglieder in den drei Kommissionen für einen zweiten Versuch, weil wir den Auftrag an die Regierung, wenn wir denn an die Regierung zurückweisen würden, nicht für klar genug halten.

Ich möchte hier ganz kurz noch auf die beiden Meinungslager innerhalb der SP-Fraktion eingehen. Jene, die schon zu Beginn auch für eine Rückweisung votiert haben, die sehr kritisch gegenüber dem Antrag der UVEK waren, haben zum einen die Fragestellungen zur Gesetzeslage angesprochen – wir haben das jetzt auch schon mehrfach gehört. Auch bei uns gibt es offene Fragen zur Auslegung und zu Sinn und Zweck der Revision von 2020, die man wirklich noch einmal vertieft angehen soll und für die man sich noch mehr Zeit nehmen soll, als wir es sowieso schon getan haben. Dann besteht dort auch die klare Haltung, dass fast 90% der Projektkosten als Förderbeitrag deutlich zu hoch seien, wenn die öffentliche Zugänglichkeit nicht gegeben sei. Also es stand vor allem die Forderung im Raum, dass es wirklich eine massive Kürzung dieses Beitrags brauche, aber nicht eine vollständige Ablehnung.

Auf der Befürwortendenseite überwog das Argument, dass die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Dach- und Fassadenbegrünungen sehr gross ist und dass solche Projekte nicht immer nur vom Staat gemacht werden sollen und müssen. Man will mit Förderung mehr Projekte mit Kühlungseffekten realisierbar machen, insofern daraus durchaus eben ein Nutzen für die Allgemeinheit entsteht und der Unterhalt langfristig mit Verträgen gesichert wird und sichergestellt wird, dass das dann nicht zu Lasten des Staates geht.

Die Reduktion wegen fehlender öffentlicher Zugänglichkeit haben wir ebenfalls auch auf der befürwortenden Seite der SP-Fraktion wichtig gefunden. Wir fanden aber, dass die Details, um wie viel da reduziert werden soll, die Grenze zum Operativen überschreiten. Wir anerkennen aber, dass hier wirklich andere Meinungen da sind und dass man deshalb das wahrscheinlich noch einmal aufrollen sollte, zumal hier wirklich bis auf Brigitte Kühne alle der Meinung waren, dass wirklich alle drei Wirkungsfelder einbezogen werden sollen künftig in die Bewertung von Förderanträgen. Das hat ja die Verwaltung auch versprochen und zugesagt, das ist im UVEK-Bericht unmissselbstverständlich enthalten und entsprechend ist das sicher etwas, das relativ unbestritten ist hier drin.

In diesem Sinn kann ich nicht für die ganze Fraktion sprechen, aber für die drei SP-Delegationen in den beteiligten Kommissionen. Wir befürworten die Rückweisung an die UVEK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Einzelsprecher hat sich Luca Urgese gemeldet.

Luca Urgese (FDP): Die Präsidentin der WAK hat es gesagt, aber ich möchte es noch einmal unterstreichen: Was ist die Grundidee der Mehrwertabgabe? Es geht um Verdichtung und die Verdichtung über das hinaus, was der Zonenplan zulässt. Es soll nur möglich sein, wenn ein Ausgleich in Form von zusätzlichen Grünflächen erfüllt wird. Das ist die Grundidee den Mehrwertabgabe. Und deshalb war vor dieser letzten Revision die öffentliche Zugänglichkeit immer ein zwingendes Kriterium.

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Praxis der Verwaltung sich dann geändert hat nach dieser Revision, das sehe ich überaus kritisch. Das ist aber für die Debatte im Grossen Rat nicht massgebend. Wir haben jetzt den ersten Fall, wo wir entscheiden können, wie wir das anwenden. Und nun zeigt sich, das Gesetz ist offenbar unklar, sonst würden wir ja nicht so lange hier darüber diskutieren und da muss man halt in die Auslegung steigen und sich fragen, was der Gesetzgeber eigentlich wollte, als er diesen heutigen § 120 BPG formuliert hat.

Da möchte ich einfach appellieren, Gesetze kann man schon ein bisschen dehnen, aber man sollte sie nicht überdehnen, nur um das gewünschte Ergebnis zu erreichen oder weil man sagt, in diesem Topf sei so wahnsinnig viel Geld, das man jetzt irgendwie ausgeben müsse, darum gehe man weit über das hinaus, was der Gesetzgeber wollte. Sonst machen wir uns als Gesetzgeber keinen Gefallen, denn dann werden die Gesetze, die wir hier verabschieden, mehr oder weniger zu Leitlinien, die man dann je nach Stimmung interpretieren kann, wie man will.

Ich habe gehört, dass der Rechtsdienst sagt, das gehe schon. Ich masse mir da tatsächlich eine andere Interpretation dieses Paragraphen an und stütze mich dabei auf den Bericht der WAK aus dem Jahr 2020. Es geht eigentlich um diese vier Litera, a, b, c und d. Bei lit. a und lit.c ist die Öffentlichkeit ja explizit festgeschrieben, das ist mehr als klar. Dann haben wir lit. b mit den Klimaschutzmassnahmen. Da hat die WAK im Kommissionsbericht explizit geschrieben, dass das nicht nur wenigen einzelnen privaten Eigentümern zugutekommen solle, sondern einem breiten öffentlichen Kreis. Also auch hier ist die Öffentlichkeit klar gewollt. Und dann gibt es den Teil mit der Biodiversität. Wieso hat man das noch mit integriert? Auch das steht explizit im Bericht, weil man nicht nur Rasenflächen wollte, sondern man wollte hier sagen, wenn mehr gemacht werde als nur ein Rasen, werde das finanziell unterstützt. Aber das war keine Abkehr von der Öffentlichkeit. Und wie wichtig die öffentliche Zugänglichkeit ist, sieht man ja dann in Absatz 3. Wir haben bei dieser Revision im Jahr 2020 das geöffnet auch für Areale, haben dann aber gesagt, da brauche es zwingend eine Dienstbarkeit, die die öffentliche Zugänglichkeit sicherstellt. Und wenn man jetzt argumentiert, es sei wichtig, dass der Baum gepflanzt werden, dass die Biodiversität wichtig sei, selbst wenn das Areal nicht öffentlich zugänglich sei, weil es ja einen Gesamtnutzen hat, dann hätte es das in diesem Absatz 3 nicht gebraucht. Aber eben, der Gesetzgeber, der wollte das anders. Das zeigt diesen hohen Stellenwert.

Für mich ist die Konsequenz klar, das was hier praktiziert wird, entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers. Die öffentliche Zugänglichkeit ist zwingend. Und es bedeutet, dass, wenn man jetzt solche Projekte mitfinanzieren will, es eine Gesetzesänderung braucht. Ich nehme auch wahr, dass es wahrscheinlich der Mehrheit des Willens des Grossen Rates entspricht, dass man solche Projekte zumindest teilweise unterstützen können sollte. Aber da führt aus meiner Sicht kein Weg an einer Gesetzesänderung vorbei.

Und da sind wir auch an einem springenden Punkt. Wer soll sich denn jetzt mit dieser Gesetzesänderung befassen? Und da müssen wir einfach feststellen, das Gesetz, die Grundlage für die Mehrwertabgabe ist bis jetzt immer in der WAK behandelt worden. Also es wäre ein Novum, wenn wir jetzt sagen, die Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Mehrwertabgabe werde neu in der UVEK gemacht. Das wäre nicht gerade eine Entmachtung der WAK, da sie ja noch mitreden kann, aber es wäre eine Änderung der Zuständigkeit, von der ich nicht sicher sagen kann, dass sie effektiv gewollt ist.

Aus meiner Sicht macht deshalb eine Rückweisung an den Regierungsrat deutlich mehr Sinn, weil es sowieso der Regierungsrat ist, der die Gesetzesänderung ausarbeiten will. Wenn wir jetzt in die Kommissionen zurückgehen und sagen, in diese und in diese Richtung soll es gehen, werden wir dem Regierungsrat sagen, er solle doch bitte einen Vorschlag machen, wie das formuliert werden könne. Wenn man die Idee einer Kommissionsmotion hat und dem Regierungsrat den Auftrag gibt, dann müssen wir den Globus auf die Seite legen und warten, bis diese Gesetzesänderung auf dem Tisch ist. Die Reihenfolge ist wichtig.

Ja, es gibt eine Vielfalt von Gründen, wieso man zurückweisen kann, aber das gilt für die UVEK oder die WAK genau so. Auch wir haben wir eine Vielfalt an Meinungen und müssen dann in der Kommission irgendetwas daraus machen. Da sind wir also nicht besser gestellt als der Regierungsrat.

Ich schliesse mich also dem Antrag auf Rückweisung an den Regierungsrat an, oder dann eventualiter Rückweisung zur Federführung an die WAK und nicht an die UVEK. Ich bitte Sie, dem zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich war in keiner dieser drei Kommissionen, in denen etwa die Hälfte von Ihnen dabei war. Ich habe mich aber doch mit diesem Geschäft befasst. Ich habe eine schriftliche Anfrage gestellt, am Anfang mit der Überschrift «Schriftliche Anfrage betreffend nobody is perfect – aber sollte unser Kanton bei der Vertragsredaktion nicht durch gewisse Qualitätsanforderungen erfüllen?» Der Regierungsrat hat unüblicherweise den Entwurf dieses Vertrags mit der luxemburgischen Gesellschaft beigelegt, und dieser Vertrag war von so schlechter Qualität. Da wurde einfach die Stadtgärtnerei, die ja nicht die Aufgabe hat, juristisch gebildet zu sein, allein gelassen.

Wenn man zum Beispiel mit einer luxemburgischen Gesellschaft einen Vertrag abschliesst und nicht klar ist, was die charakteristische Leistung ist, nämlich wahrscheinlich diese Begrünung. Also kommt nach allgemeinen Regeln dan luxemburgisches Recht zur Anwendung? Das wurde nicht gesagt. Das wurde dann einfach weggewischt von der Regierung. Brigitte Kühne, dieses Geschäft hat einfach mit einer Schluderei angefangen. Und jetzt stehen wir hier und ich glaube, wir müssen an die Regierung zurückweisen.

Ich noch ein bisschen auf die Auslegung eingehen. Ja, der Wille des Gesetzgebers ist immer gut, aber ich glaube, der Beginn der Auslegung ist eben trotzdem der Wortlaut des Gesetzes. Da müssen wir beginnen und die subjektiv historische Auslegung hat ihre Pro und Contra, und ist es wirklich der Kommissionsbericht? Darüber kann man lange schreiben. In meiner Jugend habe ich ja auch darüber geschrieben.

Also wie haben mit den § 120. In Abs. 1 ist es relativ klar der definiert, was durch die Mehrwertabgabe abgegolten wird. Dann haben wir den Abs. 2, der sagt, dass die auf Grundstücken in der Stadt Basel anfallenden Abgaben in der Stadt Basel zu verwenden sind für – und da kommen a, b, c, d. So wie es aufgelistet ist nach allgemeiner Gesetzgebungstechnik kann man meines Erachtens nicht davon ausgehen, dass diese Voraussetzungen kumulativ vorliegen müssen. Lit. a heisst die Schaffung oder Aufwertung öffentlicher Grün- und Freiräume zur Aufwertung des Wohnumfelds. Da könnte man sich noch fragen, ob es am Marktplatz wirklich ein riesiges Wohnumfeld hat. Dann sind die Massnahmen zur Minderung und Vermeidung von Hitzeinseleffekten genannt, und dann naturnahe öffentliche Erholungsräume und die Förderung der Biodiversität. Wir haben also zwei öffentlich und zwei Mal nicht öffentlich, was vielleicht auch einen gewissen Sinn macht, denn wenn es um die Hitzeinseleffekte geht oder die Biodiversität, muss ich nicht unbedingt gerade dort stehen, um davon zu profitieren.

Und jetzt wurde von dieser Dienstbarkeit gesprochen. Die ist eben bei der allgemeinen Bestimmung Abs. 2 nicht erwähnt. Ich glaube, ursprünglich ging man davon aus, es gehe vor allem um Grundstücke, die Allmend und sowieso im Eigentum des Staates sind. Also wurde hier vergessen zu sagen, dass dann die Öffentlichkeit durch eine Dienstbarkeit gesichert wird. Denn Abs. 2 ist ja nur dann anwendbar, wenn die Abgaben vom vom Privaten direkt in diese Nutzung fliessen. Das ist beim Globus für gerade nicht der Fall, und wenn wir ausserhalb unserer Grenze sind, ist auch eine öffentliche Dienstbarkeit vorgesehen. Hier ist eine Regelungslücke vorhanden und ich glaube, das sollte der Regierungsrat noch einmal anschauen und dann wirklich ein sauberes Gesetz schaffen, eine saubere Ausgangslage, und dann kann er vielleicht wieder mit diesem Geschäft kommen. Aber das Geschäft war von Anfang an falsch eingefädelt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich möchte jetzt vor dem Sommer nicht wirklich auf eine allgemeine Politikverdrossenheit hinwirken, aber ich bin schon der Meinung, dass wir bei diesem Thema hier mit Dutzenden von Kanonen auf einen Babyspatz schiessen, der noch nicht einmal fliegen kann. Dass sich drei Kommissionen mit diesem Geschäft beschäftigen, für das wir eine Ausgabe von zwei Millionen sprechen, steht wirklich in keinem Verhältnis. Ich persönlich, das ist meine eigene Meinung, hätte dieses Geschäft durchgewinkt. Ich habe hier sehr wenig Empörung finden können, der Mehrwertabgabefonds existiert nun mal so, wie er ist. Das kann man gut finden oder nicht gut finden. Dementsprechend gibt es auch gewisse Beiträge, die ausbezahlt werden, und am Ende des Tages haben wir auch sehr viele Punkte sowohl hier im Grossen Rat wie auch in der Kommission diskutiert, die ganz klar auf der operativen Ebene anzusiedeln sind und nicht zwingend die Aufgabe des Parlamentes sind.

Dementsprechend finde ich jetzt diese ganze Diskussion bald über zwei Stunden beim Geschäft, das eigentlich aus meiner Sicht nicht wirklich im Verhältnis steht. Nun muss man aber zur Kenntnis nehmen, dass es offensichtlich drei Gruppen in diesem Parlament gibt. Die eine Gruppe befürwortet dieses Geschäft, was wahrscheinlich nicht die Mehrheit sein wird, eine

Gruppe ist ganz generell gegen diese Ausgabenbewilligung und dann gibt es noch eine Gruppe, welche die rechtliche Grundlage nicht sieht und die aus diesem Grund dieses Geschäft ablehnt. Deshalb muss man sich die Frage stellen, was wir jetzt wollen, wie wir am besten aus dieser Situation herauskommen.

Es gibt sicherlich die Möglichkeit, dass man das Ganze an die UVEK zurückweist. Meiner Meinung nach ändert sich dann aber nicht so viel. Es stimmt, dass eine Kommission eine gewisse Kompetenz hat und auch Gutachten einfordern kann. Aber ich denke, wenn die Sache so verstrickt ist, macht es wirklich mehr Sinn, wenn wir in das Ganze dem Regierungsrat zurückweisen und dem Regierungsrat die Anweisung geben, dass er hier eine klarere deutlichere rechtliche Grundlage bringt in einem Ratschlag, und dann kann man wahrscheinlich in einem zweiten Schritt diskutieren, ob wir diesem konkreten Projekt zustimmen. Wenn wir es wieder in die Kommission geben, dann kommt die Kommission wieder mit einem Vorschlag, diejenigen, welche finden, es gäbe keine rechtliche Grundlage dafür, werden auch in einem zweiten Schritt nicht zustimmen.

Dementsprechend macht es hier mehr Sinn, wenn wir das dem Regierungsrat zurückgeben, damit wir auch in Zukunft klare Regeln haben, denn jedes Mal über Fassadenbegrünung bei X-Geschäften zu diskutieren, das übersteigt dann auch unsere Kapazität, und dementsprechend wäre es wirklich wichtig, wenn wir das von Anfang an wieder zurückgeben und von Anfang an klare Grundsätze bringen, klare gesetzliche Regelungen bringen. Dann brauchen wir auch das nächste Mal weniger Zeit für ein konkretes Geschäft, als wir es in diesem Fall hier brauchten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Somit geht das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich habe die Diskussion sehr geschätzt und sie ist entlang von dem verlaufen, was ich auch erwartet habe. Ich glaube, wir haben ein gemeinsames Ziel, und das ist tatsächlich, dass wir bei künftigen vergleichbaren Fällen besser wissen, was Common sense hier drin ist. Die Diskussion hat auch gezeigt, dass das heute eben nicht so klar ist.

Es gibt diese vier Förderzwecke, zwei davon enthalten das Wort öffentlich und zwei nicht. Gerade bei der Biodiversität ist es einfach so, dass der Nutzen nicht unbedingt dann anfällt, wenn man im biodiversen Beet steht, sondern wenn die Biodiversität uns allen im Sinne eines Beitrags zu einer ausgeglichen Umwelt zugutekommt. Auch die Erreichbarkeit ist natürlich ein gutes Argument. Dachflächen sind nie wirklich vom Boden aus erreichbar und gerade Fluginsekten kümmert das nicht, die sind total zufrieden da oben. Es gibt also durchaus Projekte, bei denen die Biodiversität gut gemacht ist, die wirklich einen positiven Einfluss gerade bei Fluginsekten, die auch sehr gefährdet sind, ohne eben dass sie in diesem Sinne öffentlich zugänglich sind.

Noch einmal, das ist also der Grund, weshalb wir bisher dieses Gesetz so ausgelegt haben und ich vermeine jetzt doch auch anhand der Diskussion zu merken, dass grundsätzlich viele von Ihnen damit einverstanden sind, aber eben der Meinung sind, dass man dann den Beitrag etwas mehr reduzieren muss. Das werden wir uns gerne anschauen.

Bezüglich der Rückweisung, ob an die Regierung oder an die Kommission: Ich denke, die Debatte heute gibt schon etwas Aufschluss und wahrscheinlich nachher auch das Abstimmungsverhalten. Ich glaube, es gehen beide Wege. Wichtig wird sein, dass wir das konkrete Projekt von der Gesetzesgrundlage entkoppeln, so dass Sie einerseits eine Aussage zum Projekt machen können und andererseits, wie Sie als gesetzgebende Instanz sich vorstellen, dass wir das Gesetz auch anwenden. Natürlich kann man das den Gerichten überlassen, aber ich denke, Sie können uns auch wertvolle Hinweise geben, damit wir das künftig so machen können, weil ganz viele Projekte kommen nicht in den Grossen Rat. Das ist eine Vergabepraxis, die übrigens nicht intransparenz ist. Das ist ein Leitfaden, der von einem Fachunternehmen entwickelt wurde, den wir durchgängig anwenden und in den man auch Einblick erhalten kann. Aber eben, da braucht es wahrscheinlich Justierungen. Das nehme ich auch schon mit. Das haben wir auch schon in Aussicht gestellt, und wichtig scheint mir vorerst wirklich diese Entflechtung vom konkreten Projekt zu den grundsätzlichen Aussagen.

Vielen Dank für die lebhafte Debatte und ich bin gespannt auf die Voten der Kommissionspräsidien.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächste hat Andrea Knellwolf für die WAK das Wort.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich wollte eigentlich nur für die Rückweisungsunterstützungen danken. Wir sind gespannt, an wen die Rückweisungen dann am Schluss erfolgen. Ich finde es gut, dass es eine Rückweisung gibt. Das ist das, was die WAK gewollt hat und es wäre schön, wenn die Rückweisung an die Regierung erfolgen würde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Michael Hug hat das Wort für die BRK.

Michael Hug (LDP): Von meiner Seite möchte ich mich bedanken für die angeregte Diskussion. Die BRK hat selbst gesagt, dass sie keinen Mitbericht mehr machen möchte, hat aber zur Rückweisung keine Entscheidung getroffen, darum kann ich einfach keine Empfehlung vorgeben.

Ich denke, aus den Gesprächen kann ich noch mitteilen, dass es schon auch wichtig ist, was Departementsvorsteherin Esther Keller gesagt hat, dass man es auch im Hinterkopf halten soll, dass das Geschäft Globus und die ganze gesetzliche Grundlagenfrage in irgendeiner Form elegant auseinandergehalten werden könnte und für das erstere etwas zügig vorangeschritten werden kann. Das fände ich eigentlich elegant in dieser Sache.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort geht an Raffaela Hanauer von der UVEK.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Besten Dank für die lebhafte Debatte. Die Debatte war auch in etwa das, was wir in der UVEK auch gedacht haben, würde sie sein. Entsprechend bleiben wir natürlich auch beim Antrag, das Geschäft an die UVEK zurückzuweisen mit einer ausdrücklichen Bitte um Mitbericht der WAK.

Ich möchte ganz kurz auf einzelne Themen jeweils eingehen, nicht fundiert auf die einzelnen, aber es sind doch eine Menge Aussagen getroffen worden. Zuerst zum Projekte selbst, zur Sicherung der des Wertes, den wir sprechen. Dieser wurde in Frage gestellt. Ich möchte hier zusammenfassen, die UVEK hat sich das angeschaut. Die BRK hat sich das noch deutlich fundierter angeschaut und die UVEK kam zum Schluss, es geht nicht besser, als es gemacht wurde. Es gibt keine weiteren Mittel dazu und es wurde auch sehr gut gemacht, sogar im Falle eines Konkurses, wie man dem Mitbericht entnehmen kann. Falls ein Konkurs stattfindet und kein Unterhalt mehr geleistet wird, dann kann der Kanton den Unterhalt machen und diesen in Rechnung stellen. Also es ist hier wirklich auch auf vieles geachtet worden.

Dann zur Wirkung auf die Artenvielfalt: Es wurde der fehlende Bodenanschluss bemängelt. Hier möchte ich darauf hinweisen, dass Tiere fliegen können und auch Pflanzen sich über die Luft vermehren können und diese ein Grossteil auch an der Artenvielfalt ausmachen. Und uns wurde von den Fachleuten entsprechend auch erklärt, dass dieses grosse grüne Dach ein sehr wichtiger Trittsstein ist für Arten, seien es Pflanzen, die sich über die Luft fortpflanzen und die dort wirklich Fuss fassen können oder Tiere, die dort landen können und entsprechend auch wieder weiterfliegen können. Auch für die Vögel wäre das ein wunderbarer Ort. Das waren die Auskünfte

Dann zur Wirkung der Hitzeminderung, ob dieses Gebäude wirklich auch eine Wirkung hätte und entsprechend dem Förderzweck entspricht: Hier möchte ich ganz kurz ein Bild malen für Sie. Natürlich, wenn man einen Baum in einem Vorgarten pflanzt, dann hat der keine direkte Wirkung auf das Trottoir gegenüber. Ein Baum, eine Baumpflanzung kann jedoch beantragt werden und auch finanziert werden aus dem Mehrwertabgabefonds. Wenn jedoch in dieser Strasse alle im Vorgarten einen Baum pflanzen würden, dann hätten wir eine Allee, und diese Allee hätte eben eine Wirkung. Ähnlich ist es bei den Dachbegrünungen und Fassadenbegrünungen. Die UVEK liess sich wissenschaftliche Erkenntnisse vorstellen. Die Wirkung auf die Hitzeminderung wird ausgemacht über die Fülle der Bepflanzung und die entsprechend vorhandene Bodenschicht, die Verdunsten kann, also Blätter und Boden. Uns wurde die Auskunft erteilt, dass der Globus das Potenzial wirklich auch ausnützt und dass das Gebäude sich durch die Begrünungsmassnahmen deutlich weniger erhitzt und eine hohe Verdunstungsleistung hat. Ja, diese Leistung ist eventuell nicht auf dem Marktplatz spürbar, aber wenn mehr solche Projekte gemacht werden, wäre es spürbar.

Nun zur Höhe des Betrags: Auch dies wurde in der UVEK diskutiert. Die UVEK hat sich auch in ihrem Bericht erstaunt geäussert über die Höhe des Betrags und sie hat davon explizit abgesehen, in die Bewertungsmatrix einzugreifen, da das doch sehr operativ wäre. Wenn man eingreifen wollen würde, dann müsste man dies auf Gesetzesebene machen. Im Sinne des pragmatischen Weges, denn die UVEK eingeschlagen hat, wurde auch davon abgesehen. Aber natürlich, bei einer Rückweisung wären die kritischen Voten zur Höhe des Beitrags auch ein Teil der Ausgangslage.

Nun zum Willen des Gesetzgebers, der mehrfach erwähnt wurde: Es wurden die Thematiken öffentlicher Nutzen und der breite öffentliche Kreis erwähnt, der im WAK-Bericht genannt wurde und dem diese Gelder zugute kommen sollen. So wie ich die Debatte bis jetzt verstanden habe und auch so wie die UVEK den WAK-Bericht gelesen hat, ist dieser breite öffentliche Kreis und der öffentliche Nutzen über die öffentliche Zugänglichkeit gekoppelt im Verständnis der Mitglieder der damaligen WAK und auch im Verständnis des WAK-Berichts. Und genau da, denke ich, ist ein grosses Kernproblem vorhanden, denn in der UVEK wird dieser öffentliche Nutzen und der breite öffentliche Kreis deutlich anders diskutiert. Hier möchte ich im Namen der UVEK auch eine Selbstkritik üben. Wir hätten uns mehr Zeit nehmen sollen und bei der WAK auch nachfragen sollen, wie denn dieser öffentliche Nutzen genau gemeint war, denn was das auch heissen könnte, ist eine Biodiversitätsförderung. Artenvielfalt hat einen grossen öffentlichen Nutzen, es ist unsere Ernährungsgrundlage. Aber auch zahlreiche Dachbegrünungen haben eine Hitzeminderung als Effekt. Man kann nicht alle Dächer öffentlich zugänglich machen. Die Hitzeminderung hat einen öffentlichen Nutzen, wenn wir in einer kühleren Strasse unterwegs sind. Auch viele

Bäume in Privatgärten, die nicht öffentlich zugänglich sind, aber heute über den Mehrwertabgabefonds finanziert werden können, haben wie schon mit dem Bild auch veranschaulicht auch einen öffentlichen Nutzen.

Dann zum breiten öffentlichen Kreis: Auch hier ist bisher nicht klar, was man genau damit meinte. Wollte man damit mehr Akteure beitragsberechtigt machen oder wollte man mehr Flächen zugänglich machen oder kommen die Begrünungen, auch nicht öffentlich zugängliche Begrünungen in ihrer Summe auch einem breiten öffentlichen Kreis zugute, indem es nicht so heiss ist in der Stadt? Nun diese Debatte müssen wir führen und in der UVEK kamen wir zum Schluss, dass wir sie mit der WAK führen müssen und dass die Regierung sie nicht unter sich führen soll, sondern dass das wir machen sollten. Es braucht hier klärende Gespräche. Wir haben es in der ersten Beratung verpasst, diese klärenden Gespräche zu führen, denn das Ziel wäre ja eigentlich, dass wir hier auch Einigkeit haben, und das haben wir nicht.

Zu den Aussagen von David Jenny zur Rechtsauslegung: Diese decken sich mit der Auskunft des Rechtsdienstes, die die UVEK erhalten hat und sie decken sich auch mit der Haltung der UVEK so wie mit der bisherigen Anwendung des Gesetzes, so wie ich das verstehe. In den Details gäbe es sicherlich noch Stellschrauben.

Dann zum Absatz 3, der in der damaligen Debatte von der WAK hinzugefügt wurde: Auch hier hat die UVEK den Rechtsdienst befragt, wie der Absatz 3 auszulegen ist, und der Rechtsdienst gab uns die Auskunft, dass dieser Absatz 3 tatsächlich den Fall beschreibt, dass wenn jemand selbst Mehrwertabgaben leistet, dann auch ein Anrecht hat, diese Mehrwertabgaben unmittelbar auf dem Areal zu verwenden. Und das ist nicht eine Aussage darüber, dass andere beispielsweise andere Beiträge nicht verwenden dürfen, wenn sie nicht auch diese Dienstbarkeit machen, die dann im Absatz 3 geregelt ist. Das heisst, es ist keine Ausschlussbestimmung gemäss Rechtsdienst und das empfand die UVEK als nachvollziehbar.

Zum Zeitpunkt: Sollte man zuerst den Globus zurückstellen und den Willen des Gesetzgebers klären oder umgekehrt, zuerst den Globus schnell durchbringen und dann den Willen klären? Hier habe ich vernommen und nehme auch zur Kenntnis, dass es unterschiedliche Präferenzen gib. Falls das Geschäft zur UVEK kommen sollte, müsste man mit der WAK gemeinsam hier ein gutes Vorgehen, auch in der zeitlichen Abfolge, wählen.

Diese Debatte zeigt, dass Gespräche anstehen. Aus Sicht der UVEK ist die Situation sehr unbefriedigend. Die UVEK übt auch Selbstkritik und sieht noch sehr viel Potenzial, einiges zu klären, bräuchte dazu aber auch den Austausch mit der WAK und eine nahe Zusammenarbeit auf Augenhöhe, damit wir nicht bei einer zweiten Beratung des Geschäfts wieder dieselbe Ausgangslage haben, unterschiedliche Meinungen in den Fraktionen und in den Kommissionen. Ich denke, damit ist keinem gedient.

Ich bitte Sie daher, das Geschäft der UVEK zurückzuweisen, einen Mitbericht der WAK zu machen und falls wir dann doch nicht zurückweisen, bitte ich Sie, dem Antrag der UVEK zuzustimmen, weil das wenigstens ein erstes Mal eine Orientierung geben würde, wobei auch klar ist, dass bei einer Zustimmung zum Antrag oder einer Ablehnung die Debatte natürlich noch nicht zu Ende geführt wird. Ich bedanke mich sehr für die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten.

Sie bescheren mir einen interessanten Tag heute. Wir haben zwei Eventualabstimmungen: Die erste wird sein Rückweisung an die WAK (mit Mitbericht der UVEK) oder Rückweisung an die UVEK (mit Mitbericht der WAK). Die zweite Eventualabstimmung wird der Gewinner gegen die Regierung sein. Und dann gibt es noch eine weitere Abstimmung, nämlich Rückweisung an den Gewinner oder keine Rückweisung.

Das ist das Vorgehen und wir starten mit der ersten Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst es Zurückweisen an die WAK, NEIN heisst es Zurückweisen an die UVEK.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006885, 26.06.25 16:47:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter Zurückweisen an die UVEK

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die UVEK entschieden mit 48 gegen 45 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zur zweiten Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an die UVEK, NEIN heisst Rückweisung an den Regierungsrat.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006887, 26.06.25 16:48:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter Rückweisung an die UVEK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die UVEK entschieden mit 48 gegen 46 Stimmen bei einer Enthaltung.

Jetzt kommen wir zur letzten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an die UVEK, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006889, 26.06.25 16:48:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

Rückweisung an die UVEK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Rückweisung an die UVEK entschieden mit 88 gegen 5 Stimmen bei einer Enthaltung. Die UVEK wird den Bericht zusammen mit einem Mitbericht der WAK machen.

17. Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend proaktive Förderung der Nachholbildung, Schreiben des RR

[26.06.25 16:49:17, 23.5215.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Dder Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Mustafa Atici wünscht das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Sicherung von Fachkräften und die soziale Teilhabe aller Menschen ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft unseres Kantons. Wir können es uns als Kanton nicht leisten, Menschen nicht in den Arbeitsmarkt zu integrieren und entsprechend zu qualifizieren. Ein Berufsabschluss ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit und Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen. Der Regierungsrat ist sich dessen bewusst. So arbeitet das Erziehungsdepartement seit einigen Jahren intensiv an der Stärkung des sogenannten Berufsabschlusses für Erwachsene.

Dies zeigt sich eindrücklich in den Massnahmen und Strukturen, die wir heute bereits bieten und die wir stetig am verbessern sind. Wir verfügen über ein durchlässiges Berufsbildungssystem mit vier klaren Wegen zum Berufsabschluss für Erwachsene von der regulären Lehre bis zur Validierung der Berufsausbildung.

1. die Fachstelle Lehraufsicht und das Bildungsinformationszentrum bieten gezielte Informationen und Beratungen. Mit dem Eingangsportal und monatlichen Orientierungsveranstaltungen sorgen wie dafür, dass die Angebote sichtbar und zugänglich sind.

2. Der Kanton übernimmt sämtliche direkten Bildungskosten, Informations- und Beratungsangebote, Schulbesuch auch ausserkantonal, Anmeldegebühren, Qualifikationsverfahren und überbetriebliche Kurse werden finanziert.

3. Für Personen in belasteten Situationen gibt es das Programm Enter, das psychosoziale Unterstützung bietet. In Berufen mit genügend Teilnehmenden werden bereits heute separate Klassen für Erwachsene geführt, oft zu Randzeiten oder am Wochenende in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen.

4. Die Beratung und Begleitung werden stetig weiterentwickelt. Mit diesem Projekt BAE A Plus schaffen wir ab dem Frühherbst eine noch engere Unterstützung und Begleitung von der Vorbereitung über die Ausbildung bis zum Berufseiinstieg. Damit reagieren wir auf die Erkenntnis, dass nicht alle die gleichen Voraussetzungen mitbringen und gezielte Hilfe brauchen, um erfolgreich abzuschliessen.

Trotz all diesen Anstrengungen bleiben Herausforderungen. Die Zahl der Erwachsenen ohne Abschluss ist nicht zufriedenstellend und die indirekten Kosten, insbesondere Verdienstausfälle, stellen viele vor grosse Hürden. Entsprechend hat der Regierungsrat jüngst eine interdepartementale Strategiegruppe Arbeitsmarktfähigkeit mandatiert, die sich genau mit diesen Fragestellungen befasst. Wie Sie gehört haben, ist das ED also bereits sehr aktiv daran, die im Anzug angegriffenen Thematik zu bearbeiten. Aus diesen Gründen beantragen wir, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Franziska Roth hat sie als Sprecherin gemeldet.

Franziska Roth (SP): Die meisten Aussagen in der Anzugsbeantwortung freuen mich sehr. Ich habe es auch jetzt nochmals gehört, ich denke die Problematik ist erfasst und ich sehe neue Impulse in der gesamten Berufsbildung wie auch in der Nachholbildung. Vielen Dank dafür.

Einzig dass nicht in allen Berufsfeldern separate Klassen gebildet werden können, finde ich nicht so gut. Ich bin überzeugt, dass der Erfolg der Absolvierenden einer Nachholbildung bedeutend grösser wäre, wenn sie in separaten Klassen unter sich unterrichtet werden können. So könnte der Zeitpunkt des Unterrichts auch noch besser auf die Berufstätigkeit angepasst werden. Hier müsste der Kanton vielleicht doch etwas über die Grenzen der beiden Basel hinaus denken und noch mit anderen Kantonen zusammenarbeiten, auch wenn dann der Weg für die Kursabsolventinnen länger würde, wenn das Angebot stimmt, würden sie das sicher in Kauf nehmen, das würde sich lohnen.

Auch wenn ich erfreut bin über das, was jetzt alles geht in der Berufsbildung und in der Nachholbildung, beantrage ich Stehenlassen des Anzuges. Ich finde es wichtig, dass der Regierungsrat wenigstens einmal noch gesondert und ausführlich über die Resultate der Arbeitsgruppen, die jetzt eingesetzt worden sind, berichten kann. Er soll auch über getätigte Massnahmen berichten.

Ich bin davon überzeugt, dass durch die Stärkung der Nachholbildung, durch eine bessere Kommunikation und eine gezieltere Unterstützung der Absolvierenden dem Fachkräftemangel entgegengewirkt und vor allem KMU gestärkt werden können. Zudem, und das hat der Regierungsrat auch gesagt, ist eine gestärkte Nachholbildung auch aus sozialpolitischen Überlegungen wichtig, denn Menschen mit einem Berufsabschluss sind weniger armutsgefährdet. Ich möchte darum den Fokus auf die Nachholbildung hochhalten und ich bedanke mich für die Unterstützung meines Antrags auf Stehenlassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Franziska Roth

Ergebnis der Abstimmung

22 Ja, 70 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006892, 26.06.25 16:56:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 70 gegen 22 Stimmen bei einer Enthaltung.

18. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Deponien Maienbühl (CH) und Mönden (D), Schreiben des RR

[26.06.25 16:56:33, 20.5400.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Sasha Mazzotti hat sich gemeldet.

Sasha Mazzotti (SP): Sie kennen aus Ihren Fraktionen sicher diese Diskussion, dass es wenig bringt, einen Anzug stehen zu lassen, wenn die Regierung eh nicht weiter daran arbeiten wird. Umgekehrt empfindet die Regierung, dass sie alles erfüllt habe, was sie könne und möchte und finde das Stehenlassen für wenig Gewinn bringend. Ich votiere hier aber für Stehenlassen, denn es geht hier um etwas ganz Grundsätzliches, und zwar geht es darum, mit Umwelt und Gesundheitsrisiken transparent, verantwortungsvoll und vorausschauend umzugehen.

Die Altlastenverordnung des Bundes ist laut Artikel 9 Abs. 2 eindeutig. Wenn in einer Trinkwasserschutzzone Schadstoffe über der Bestimmungsgrenze festgestellt werden, besteht Sanierungsbedarf, unabhängig davon, ob eine Quelle heute genutzt wird oder nicht. Die Pharmawirkstoffe in der hinteren Auquelle sind nachweislich auf die Deponie Maienbühl zurückzuführen. Solange diese Schutzzone besteht, und sie besteht weiterhin, besteht natürlich auch diese Pflicht.

Die Regierung blendet das aus. Das ist nicht einfach eine politische Einschätzung. Das ist ein Vollzugsdefizit, eines, das in einer früheren Ära vielleicht geduldet wurde, aber heute in Zeiten von Klimakrise und wachsendem Bedarf nach Wasser nicht mehr akzeptabel ist. Wasser ist ein strategisches Gut, auch in Riehen. Ja, die hintere Auquelle ist derzeit nicht gefasst, aber das bedeutet nicht, dass sie wertlos ist, im Gegenteil, mit jedem trockenen Sommer, mit jeder vertrockneten Wiese wird klarer, wir müssen jede verfügbare Wasserressource schützen. Die Auquelle ist Teil des Riehener Brunnwassernetzes und damit Teil einer strategischen Notversorgung.

Die Regierung verweist in ihrer Begründung auf die kommunale Volksabstimmung vom März 2024 Jahre. Die Initiative wurde abgelehnt, aber die Abstimmung in Riehen hat nichts an der Verantwortung des Kantons geändert. Die Bevölkerung hat die Initiative abgelehnt, also sich gegen die konkrete Sanierungsvorlage ausgesprochen. Es war keine Abstimmung über die Aufhebung der Schutzzone und nicht eine Abstimmung gegen Transparenz, gegen Überwachung und sicher nicht gegen den Schutz unseres Trinkwassers. Die politische Verantwortung auf die Gemeinde Riehen abzuwälzen, greift hier vom Kanton zu kurz.

Und lassen Sie mich es sehr deutlich sagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Klybeckareal gesehen, wohin es führt, wenn wir als Kantonsumweltbelastungen Jahrzehntelang ignorieren. Auch dort hiess es über Jahre, keine unmittelbare Gesundheitsgefahr und heute? Wir sehen vor einem der grössten Sanierungsfälle der Schweiz mit massiven Kosten und einem Vertrauensproblem der Bevölkerung. Wollen wir diesen Fehler wiederholen oder wollen wir aus der Geschichte lernen?

Lassen Sie es mich noch einmal klarstellen: Der Anzug fordert keine Sofortmassnahme, keine Bagger werden aufgefahren. Der Anzug will, dass Verantwortung übernommen wird. Er verlangt klare Untersuchungen, transparente Überwachung und Gespräche mit deutschen Partnern, auch wenn Mönden auf deutschem Gebiet liegt, hat Basel-Stadt als Abstromgebiet ein legitimes Interesse, auf Untersuchungen zu drängen, zum Beispiel über bilaterale und Umweltkommissionen, und vor allem, dass wir unsere rechtlichen Pflichten nicht ignorieren. Die Regierung schreibt in ihrem Bericht, dass es keinen Handlungsbedarf gäbe. Ich sage Ihnen, der Handlungsbedarf, also das Agieren besteht jetzt, bevor wir auf Schäden für Menschen und Natur reagieren müssen.

Deshalb lassen wir doch diesen Anzug stehen, für das Trinkwasser, für eine vorausschauende Umweltpolitik, und das ist der Auftrag an die Regierung. Und lassen wir ihn stehen für das Vertrauen der Bevölkerung in unserer Verantwortung als Gesetzgeberin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Unsere Hoffnung, dass sich mit dem Stehenlassen dieses Anzugs alles ändert, ist nicht so sonderlich gross. Trotzdem möchten wir das auch beantragen.

Es geht hier nicht darum, das hat Sasha Mozzi bereits klargemacht, dass jetzt aufgrund dieses Anzugs irgend etwas Konkretes passiert, das haben wir uns vielleicht am Anfang noch erhofft, dass das jetzt nicht kommt, ist klar. Aber es geht darum, dass man hier weiter dran bleibt, dass auch wieder weiter darüber berichtet wird, wie sich die ganze Situation entwickelt und dass wir einfach, auch als Kanton, einen Blick darauf haben, wie es geht. Es ist nicht so, dass es einfach mal verscharrt ist und es gibt dann keine Probleme mehr. Das wissen wir längst. Es ist nicht nur die Verantwortung der Gemeinde, wir bedauern es sehr, dass die Initiative abgelehnt wurde. Das hätte wirklich eine Lösung gebracht. Aber ein politischer Entscheid kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier ein Problem besteht oder mindestens längerfristig ein Problem bestehen kann. Also wir bitten Sie, den Anzug stehen zu lassen, damit der Kanton weiter hinschauen kann.

Es ist das zweitletzte Traktandum heute, auch mein letztes Votum. Ich möchte mich bei Ihnen allen ganz herzlich für die Zusammenarbeit bedanken, für diese spannende und lehrreiche Zeit. Ich kann es noch nicht ganz fassen, was es heisst, nicht mehr hier zu sein, aber ich glaube, spätestens nach den Sommerferien werde ich wissen, wie das geht und Sie wissen es dann auch, wenn Sie mir nicht mehr zuhören müssen oder dürfen, je nach Perspektive. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Sommer und eine gute Zeit. (*Applaus*)

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Der Anuzug Grossenbacher verlangt Massnahmen zur Sanierung der Deponie Maienbühl und Mönden. Ich werde jetzt hier sachlich sprechen, nicht ideologisch, wie das zum Teil vorher gemacht wurde.

Die geforderte Sanierung wurde im Rahmen einer kommunalen Volksabstimmung in Riehen behandelt. Die entsprechende Volksinitiative wurde am 3. März 2024 mit gegen 60% Nein-Stimmen deutlich abgelehnt. Trotzdem hat der Gemeinderat eine nochmalige Untersuchung durch das AUE angeordnet, da die Initianten mehrfach behaupteten, dass sich Benzidin im Abwasser befinden würde. Das AUE hat die Messungen bei unterschiedlichen Witterungsbedingungen durchgeführt. Die Proben stammen aus dem Deponiekörper, dem Abstrom und hinter der Auquelle. In keinem Fall konnte durch das AUE Benzidin oder ein Abbauprodukt davon festgestellt werden. Trotzdem führt es weiterhin Kontrollen und Überwachungen der relevanten Schadstoffe durch. Im Zentrum der Untersuchung entstehen insbesondere PFAS sowie Benzidin, da diese Stoffe aufgrund ihrer Eigenschaften als besonders umwelt- und gesundheitsrelevant eingestuft werden. Die Messungen orientieren sich dabei immer an den geltenden Richt-, Prüf- und Grenzwerten. Die bisherigen Analyseergebnisse zeigen, dass die gemessenen Konzentrationen an den Standorten deutlich unterhalb dieser Werte liegen. In zahlreichen Fällen liegen die Resultate sogar unter der analytischen Nachweisgrenze, konnten also gar nicht festgestellt werden.

Angesichts der klaren Ablehnung der Volksinitiative durch die Stimmberechtigten, sowie der weiterhin gewährleisteten und bisher unauffälligen Überwachung besteht im Moment kein weiterer Handlungsbedarf. Die im Anzug formulierten Handlungsaufträge sind zudem alle erfüllt. Die Überwachung der Deponie wird weiterhin gemacht und sichergestellt. Für die Deponie Maienbühl hinsichtlich Option zur Sanierung detaillierte Untersuchungen durchgeführt werden, wurden durchgeführt. Die Grundwasserschutzzone in der Au aufrechterhalten, nein, da ist der Gemeinderat zuständig, die wurde nicht aufrechterhalten. Das dürfen wir gar nicht, da die hintere Auquelle nicht mehr genutzt wird. Die Aufhebung stellt aber keine Beeinträchtigung des Grundwasserschutzes für die übrigen Quellen in Riehen dar, da diese weiterhin regelmässig untersucht und die Qualität des Trinkwassers gewährleistet wird. Sollte sich wieder Erwarten in der Zukunft zeigen, dass die Grenzwerte überschritten werden und das Abwasser der hinteren Auquelle wider Erwarten in die Trinkwasserfassung gelangt, so werde ich der erste sein, welcher Massnahmen einverlangt. Ich bitte Sie nun aber wirklich, diesen Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: In Vertretung von Regierungsrat Kaspar Sutter ganz kurz ein paar Worte, weshalb wir sagen, dass man diesen Anzug abschreiben kann.

Es ist klar, die Ausgangslage hat sich im Vergleich zu vor zwei Jahren geändert, weil eben diese Abstimmung stattgefunden hat. Was aufrechterhalten bleibt, ist natürlich der Auftrag des AUE, den gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen, und das tut es auch. Ich finde es auch wichtig hier festzuhalten zum Thema Transparenz, dass werden regelmässig Analysen auch gemacht werden. Im Zeitraum der letzten 32 Jahre wurden 600 Proben an 28 verschiedenen Stellen genommen, analysiert und eben, wie Felix Wehrli gesagt hat, die gesetzlichen Vorgaben der Altlastenverordnung wurden immer eingehalten. Und all diese Messergebnisse seit 1993 sind im Open Data Portal einsehbar. Also Sie können das anschauen, Sie haben Transparenz über die Ergebnisse und Handlungsbedarf besteht eben gemäss Altlastenrecht erst dann, wenn in Zukunft Quellwasser zu Trinkwasserzwecken gefasst werden sollte. Aber eben, solche Pläne gibt es im Moment nicht.

Deshalb, aufgrund dieser Abstimmung und aufgrund dessen, dass eben die Transparenz schon heute gegeben ist und selbstverständlich das AUE die gesetzlichen Vorgaben dort einhält und diesen Ort weiter beobachtet, beantragt Ihnen der Regierungsrat, diesen Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Sascha Mazzotti.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 44 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006894, 26.06.25 17:08:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 47 gegen 44 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

19. Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend eine zukünftige Sicherung der Medikamentenversorgung in der Region, Schreiben des RR

[26.06.25 17:09:02, 23.5210.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort? Sie verzichtet. Somit hat Oliver Bolliger das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA beantragt Ihnen, diesen Anzug stehen zu lassen, um dem Regierungsrat nochmals die Chance zu geben, dem berechtigten Anliegen besser gerecht zu werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass dieser Anzug von allen Fraktionen unterzeichnet wurde und damals einzig mit Widerstand der FDP auch überwiesen worden ist. Die Grundlage dieses Vorstosses war der grosse Arzneimittelmangel anfangs des Jahres 2023. Sie erinnern sich vielleicht noch, in der Kindermedizin fehlte unter anderem das Schmerzmittel in der Form eines Sirups und in der Psychiatrie etliche Medikamente oder Dosierungsvarianten der medizinischen Grundversorgung. Die GSK hat sich damals an mehreren Sitzungen gemeinsam mit dem Regierungsrat über die Problematik auseinandergesetzt und mögliche Lösungen besprochen.

Die Anzugsbeantwortung des Regierungsrates anerkennt zwar die Problematik der Arzneimittelkrise, sieht aber Lösungen rein auf einer internationalen Ebene, falls es denn überhaupt Lösungen gäbe. Die Antworten zu den einzelnen Fragen des

Anzugs sind nun wirklich nicht umfassend und schon gar nicht kreativ. Es entsteht der Eindruck, dass der Regierungsrat sich dieser Problematik überhaupt nicht widmen möchte. Der Anzug war klar und hat eine politische Intention. Es war keine schriftliche Anfrage. Da darf einfach mehr erwartet werden. Alle möglichen skizzierten Massnahmen werden von der Regierung als nicht zielführend, nicht sinnvoll, zu teuer oder «müssten von jemand anders gemacht werden» eingeschätzt. Der Regierungsrat ist gemäss seiner Beantwortung also der Meinung, zur Sicherung der Arzneimittelgrundversorgung in unserer Stadt nichts beitragen zu können und dies an einem internationalen Pharmastandort, irgendwie wäre das dann ja schon ein wenig peinlich.

Der Regierungsrat sieht auch bei den Basler Apotheken oder beim eigenen pharmazeutischen Dienst keine Möglichkeiten. Da wünsche ich mir eine Situation wie im Kanton Zürich, wo die nun gerade leider verselbstständigten Kantonsapotheke in der Lage ist, notwendige Medikamente besonders für die Spitäler und Pflegeheime zu produzieren. Die Aussage, dass die Basler Apotheken nicht in der Lage seien, selber Medikamente herzustellen, finde ich dann schon etwas gewagt und wird den Apotheken, deren Fachwissen sicher nicht gerecht.

Der Regierungsrat hätte mit dem mit Anzugsbeantwortung aufzeigen können, wie und in welcher Form der pharmazeutische Dienst einen Beitrag leisten kann und in welchen Bereichen, mit welchen Massnahmen die Basler Apotheken eine Unterstützung für die Sicherstellung der Medikamentenversorgung ebenfalls leisten können. Ich bin überzeugt, dass dies möglich ist und es ist leider auch heute noch dringend notwendig. Ich habe kurz nachgeschaut, es fehlen auch heute noch etliche Medikamente und darunter auch ganz wichtige, wie zum Beispiel das Antidioretikum Aldactone, welches bei Nierenerkrankungen und Herzinsuffizienz eingesetzt werden, oder Standardmedikamente in der Notfallmedizin und Psychiatrie wie Dormicum, Morphin, Methylphenidat oder Pregabalin, das unter anderem auch bei Angststörungen bei jungen Erwachsenen vermehrt eingesetzt wird.

Auch die Antibiotika-Krise besteht weiterhin und es ist mir schleierhaft, wie der Regierungsrat darauf kommt, dass der Kanton Basel und seine globalen Pharmakonzerne bereits hervorragend positioniert sind. Ja aber positioniert zu was? Wenn dem so wäre, dann hätten wir sicher nicht diese weltweite Krise. Natürlich ist ein jährlicher Kongress zur Forschung nicht schlecht, begrüsse ich auch, aber die Konzerne haben sich von der Produktion zurückgezogen. Das letzte europäische Penicillinwerk der Sandoz muss von der österreichischen Regierung mit finanziellen Mitteln alimentiert werden, damit überhaupt noch produziert wird. Damit die internationale Antibiotika-Krise bewältigt werden kann, braucht es andere Lösungen als die bisherigen, hinter vorgehaltener Hand sagen das eigentlich alle Akteure.

Das sich der jetzige Regierungsarzt keine gemeinnützige Trägerschaft für eine Generikamedikamentenproduktion vorstellen kann, das kann ich mir ja noch denken, das ist für mich auch nicht entscheidend bei der Beantwortung dieses Anzugs. Aber der Kanton Basel-Stadt als Pharmastadt könnte für die Herstellung von notwendigen Medikamenten und für die Sicherstellung von Lieferketten durchaus ein Engagement an den Tag legen, um zumindest in Notlagen Lösungen im Verbund mit den involvierten Akteuren anzustossen.

Also lassen wir den Anzug nochmals stehen, damit der Regierungsrat bei der nächsten Beantwortung für die Sicherung der Medikamentenversorgung in der Region uns konkrete Massnahmen präsentieren kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Sie haben jetzt schon ganz viel gesagt, das ich jetzt gar nicht mehr wiederholen möchte. Für uns ist auch klar, gewisse Fragen, die gestellt werden müssen auf Bundesebene gelöst werden. Vom Punkt der gemeinnützigen Trägerschaft distanzieren wir uns als LDP, aber sonst hat es sehr wohl Fragen darunter, auf die wir uns auch kreativere Antworten wünschen würden. Ich gehe als Apothekerin speziell auf die Frage ein, die uns auch betrifft. Wir sind bekanntlich wichtig, wenn es um die Medikamentenversorgung geht. Wir können nicht alle Probleme lösen, aber es gibt einiges, das wir abfangen können. Die Aussage, dass wir die Fähigkeiten nicht haben sollen zur Herstellung hat mich ehrlicherweise schon ein bisschen frustriert, kann ich so einfach nicht stehenlassen, weil die Fähigkeiten, die lernen wir im Studium. Das ist Vorschrift und wir haben dort sehr viel und sehr intensiv zu diesem Thema Vorlesungen, praktische Übungen und so weiter. Und wir haben auch die Infrastruktur in der Apotheke, das ist nämlich Vorschrift in der Apothekenverordnung. Und es ist klar, heutzutage stellen nicht mehr alle Apotheken her, dessen bin ich mir bewusst, aber es gibt immer noch viele, die das tun. Es gibt auch Apotheken, die sich speziell auf den Sektor oder auf gewisse Sektoren von Herstellungen spezialisiert haben. Es sind uns Grenzen gesetzt, das ist auch klar. Aber auch ich persönlich stelle täglich Medikamente her. Darunter sind auch sehr viele, die nicht erhältlich sind. Also gerade ganz aktuell ist jetzt zum Beispiel ein Blutdruckmittel, das alt bewährt ist und das es jetzt einfach nicht gibt. Wir schauen, wo wir den Wirkstoff herkriegen und dann stellen wir die Kapseln her.

Und es gäbe durchaus auch Möglichkeiten, was die Herstellungen betrifft, wie man uns Apotheken unterstützen kann. Da würden wir uns mehr Fantasie wünschen. Das kann nur schon sein mit einfacheren Regulierungen.

Wo auch ein Handlungsbedarf ist, das ist auch ganz aktuell, ist bei den Betäubungsmitteln. Darunter gibt es diverse Schmerzmittel, da ist ganz aktuell auch das Morphin-Tröpfchen, das man so gut wie gar nicht mehr erhält. Sie haben Aldactone angesprochen, das ist ein anderes Mittel. Wenn es etwas nicht mehr gibt, schauen wir, ob wir es irgendwo aus dem EU-Raum importieren können. Das geht bei einem Betäubungsmittel nicht, da braucht man eine Grosshandelsbewilligung und das kann eine einzelne Apotheke schlicht nicht haben. Aber da könnte uns der Kanton unterstützen, denn die Spitalapotheke könnte das sehr wohl machen, die könnte eine Grosshandelsbewilligung beantragen, es in grösserem Mass einkaufen und es an die Apotheken weiterverkaufen. Also es gebe da wirklich kreativere Ideen. Und da könnte der Kanton durchaus gewisse Funktionen wahrnehmen.

Und wir von der Apothekerseite und vom Verband aus, wir würden auch sehr gerne der Regierung aufzeigen, was wir können, wo unsere Grenzen sind und wie wir auch eingebunden werden können bei Mangellagen. Wir wünschen uns kreativere Antworten und Ideen, und auch mal einen Blick über den Tellerrand. Darum sind wir auch für Stehenlassen dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionsprecherin ist Anina Ineichen für die GRÜNEN/jgb.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich möchte jetzt auch nicht noch unnötig verlängern. Meine Vorredner:innen haben schon sehr gut gesprochen und alle Probleme aufgezeigt. Ich verkürze das Ganze noch ein bisschen, indem ich auch für die SP sprechen darf.

Wir haben hier ein globales Problem. Ja, wir haben aber auch eine Tatsache, dass die globale Lösung oder auch nur eine Lösung auf europäischer Ebene im Moment nicht absehbar ist und es darum einfach lokal auch angegangen werden muss.

Inhaltlich wurde vieles erwähnt. Besonders hervorheben möchte ich noch einmal, dass Lösungsansätze aufgezeigt wurden, gerade mit der Herstellung, dass man vielleicht Subventionen sprechen kann. Es wurde dann immer davon gesprochen, dass Medikamente viel teurer werden. wenn ich daran denke, wie unterschiedlich die Preisniveaus sind im europäischen Raum, also im EU-Raum und in der Schweiz, dann ist vielleicht gar nicht das Medikamente danach teurer, sondern der Gewinn kleiner. Einfach das noch als Randbemerkung.

Vom Grundsatz her denke ich, dass wir hier in einer Situation sind, in der viele alte Wege nicht mehr gehen. Es ist an der Zeit, neue Ansätze auszuprobieren. Oliver Bolliger hat mit seinem Anzug einen neuen Weg aufgezeigt und wir möchten, dass das weiterhin geprüft wird und bitten Sie darum, diesen stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch in Vertretung von Regierungsrat Lukas Engelberger darf ich jetzt kurz sprechen. Ich mache es ganz kurz. Ich denke, was die Idee auch war der Regierung, ist hier aufzuzeigen, dass dieses Thema eben unglaublich komplex und unglaublich global ist. Wir können das hier alleine nicht lösen, gerade einige der Forderungen. Auch hervorheben wollten wir, dass hier in Basel-Stadt ja im Bereich der Resistenzen auch in zahlreichen öffentlichen und privaten Institutionen geforscht wird, mit grossen Unternehmen zusammen, und die wiederum sind in nationale und internationale Forschungsprojekte eingebunden. Wir als Kanton unterstützen diese ja, also bereits heute tragen wir etwas dazu bei, dass diese Situation sich verbessert. Hingegen auf globale Produktionsketten Einfluss zu nehmen und so weiter ist natürlich sehr schwierig von hier aus und als Regierung Basel-Stadt.

Ich höre aber, dass da noch Wünsche sind, gewisse Ansätze zu prüfen und gemäss Kreuztabelle wird es wahrscheinlich schwierig, Sie hier zum Abschreiben zu bewegen. Aber der Antrag des Regierungsrats lautet nichts desto trotz Abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreibung gemäss Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Oliver Bolliger

Ergebnis der Abstimmung

27 Ja, 66 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006896, 26.06.25 17:20:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 66 gegen 27 Stimmen bei einer Enthaltung.

20. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend «Suuberi Luft fürs Fälbi-Quartier JETZT!» (Endlich Lebensqualität und weniger belastender Durchgangsverkehr, dafür genug Platz für ÖV, Velo und Zulieferung), Schreiben des RR

[26.06.25 17:20:49, 21.5231.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort nicht. Patrizia Bernasconi hat als Fraktionssprecherin das Wort für die BastA.

rt5Patrizia Bernasconi (BastA): Wir dürfen den Anzug nicht einfach abschreibe, trotz der Einführung von Tempo 30. Zweifellos hat die Einführung von Tempo 30 im Quartier zu einer gewissen Verbesserung der Luftqualität beigetragen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch die Realität ist, diese Massnahme allein genügt nicht, um die Lebensqualität rund um die Feldbergstrasse nachhaltig zu verbessern. Die Luftqualität hat sich zwar leicht verbessert, könnte aber besser sein. Die Lärmbelastung durch den Durchgangsverkehr ist weiterhin spürbar und die Verkehrsbelastung verhindert, dass das Quartier wirklich lebenswert wird.

Der Anzug fordert zu Recht mehr, mehr Platz für den öffentlichen Verkehr, für Velos und für die Zulieferung, und vor allem eine deutliche Reduktion des belastenden Durchgangsverkehrs. Diese Forderungen sind heute so aktuell wie zu Beginn und dürfen nicht einfach mit dem Hinweis auf eine einzige Massnahme oder mit geplanten, aber noch nicht realisierten Projekten vom Tisch gewischt werden. Wir müssen dranbleiben und den Druck aufrechterhalten, damit die geplanten weiteren Schritte endlich umgesetzt werden. Nur so können wir die Lebensqualität rund um die Feldbergstrasse wirklich verbessern und eine nachhaltige Verkehrspolitik vorantreiben.

Deshalb lassen wir diesen Anzug stehen als Zeichen dafür, dass wir die Anliegen der Quartierbevölkerung ernstnehmen und weiterhin für saubere Luft und mehr Lebensqualität kämpfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys: Ich versuche, in zwei Sätzen unser Stehenlassen zu begründen. In der Beantwortung steht, mit Hinweis auf den Bericht von vor zwei Jahren, dass man Pinsel- und Farbemassnahmen machen will, und wenn man nach zwei Jahren keine Pinsel-und Farbmassnahmen gemacht hat, ist das nicht genügend und nicht erledigt, deshalb sind wir für Stehenassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beat K. Schaller für die SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Dieser Anzug wurde am 20. Mai 2021 an den Regierungsrat überwiesen, Zwischenbericht am 26. Mai 2023, Anzug stehengelassen, am 21. Mai 2025 der zweite Bericht des Regierungsrates, der Regierungsrat hat deutlich aufgezeigt, dass er beileibe nicht untätig war. Schauen wir die einzelnen Forderungen an. Forderung 1 und 2, bessere Luftqualität, weniger Lärm, eine Strategie und die Strategie angehen. Ja bitte, Stickstoffoxidgehalt der Luft an der Feldbergstrasse, die Normen, die Jahresgrenzwerte wurden überall eingehalten. Kommen wir zur Forderung 3, ÖV verbessern MIV vergellen - selbstverständlich, auch das wurde gemacht, und Velo natürlich, auch die Velo-Rowdy erhalten

mehr Platz, um sich auszutoben. Was den Durchgangsverkehr anbelangt – mit diesen Signalisationsänderungen auf dem Cityring erwartet der Regierungsrat, dass der Durchgangsverkehr zurückgehe.

Fazit: Forderung 1 und 2 erfüllt, Forderung 3 punkto ÖV/MIV und Velo erfüllt. Die Durchgangsverkehrsverminderung ist in Arbeit. Forderung 4 nach Doppelgelenk-Elektrobussen - die Linie 30 ist auf Elektrobusse umgestellt, also das Hauptziel der Lärmreduktion wurde erreicht und ob das jetzt Einzel- oder Doppelgelenkbusse sind, das ist sekundär.

Ich bitte Sie, zeigen Sie die Grösse, lassen Sie gut gut genug sein und schreiben Sie, so wie es der Regierungsrat beantragt, diesen Anzug ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher Béla Bartha für die GRÜNEN/jgb.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Der Luftreinhalteplan von 2024 zeigt, es hat sich etwas getan, ohne Zweifel. Betrachtet man den gesamten Stadtperimeter, so sind die Emissionen in erfreulichem Umfang zurückgegangen. Die umgesetzten Massnahmen greifen und die versprochenen Massnahmen, so lässt hoffen, werden noch weitere Verbesserungen schaffen. Sehr wichtig sind da natürlich die spezifischen Massnahmen im Zusammenhang mit der Erreichung von Netto Null und dem Stadtklimakonzept.

Aber eben, von Versprechungen können die 3’000 Menschen, die heute entlang der Feldbergstrasse wohnen, nicht leben und profitieren. Die Ergebnisse des Luftreinhalteplans zeigen, dass entlang der grossen Verkehrsadern – und dazugehört leider immer noch die Feldbergstrasse – es zu erhöhten Schadstoffbelastungen bei den Stickoxiden und bei den Feinstauben der Partikelgrösse 10 und 2,5 Mikrometer kommt. Lokal fällt da vor allem der Reifen- und Strassenabtrieb ins Gewicht, der natürlich dort, wo das Verkehrsaufkommen am höchsten ist, auch hoch ist. Leider wurde in der Stadt im letzten Jahr ein erhöhtes Verkehrsaufkommen von 4 Prozent gemessen und daher ist es kurzfristig noch kein Licht am Ende des Tunnel zu erkennen.

Das lässt sich auch durch den Saharastaub nicht wegdiskutieren, den die Regierung bei den Feinstauben immer wieder anbringt. Weiter müssen wir feststellen, dass bis dato die Luftschadstoffgrenzwerte der WHO, die weitere Reduktion vorsehen, noch nicht in diese Erhebung eingeflossen sind. Es kann damit gerechnet werden, dass diese bald auch von der Schweiz übernommen werden müssen, daher ist es noch unklar, wie dieser Bericht aussehen würde, wenn bereits mit diesen Werten gerechnet worden wäre.

Dennoch nehmen wir anerkennend zur Kenntnis, dass die mittel- und langfristigen Massnahmen wohl zu einer weiteren Reduktion führen werden. Was wir vermissen, sind kurzfristige, griffige Massnahmen, die dann greifen müssen, wenn es akut zu Überschreitungen beispielsweise aufgrund bestimmter Grosswetterlagen kommt. Den Verkehr situativ zu reduzieren, wäre sicher schnell und zielführend gewesen. Daher ist es natürlich eine Schande, dass der Bund es auf Anfrage des Kantons nicht für nötig erachtet, eine Verordnung zur Einrichtung von Umweltzonen zu entwickeln, was dazu geführt hat, dass der Kanton Basel-Stadt auf weitere Aktivitäten verzichtet hat.

Trotz allem klingt dies für die grüne Fraktion sehr mutlos und man möchte doch bitten, dass Basel-Stadt hier nochmals alles unternimmt, im Rahmen seiner Möglichkeiten auch kurzfristige Massnahmen zu ergreifen, die Überschreitungen der Grenzwerte auch kurzfristig und vor allem lokal zu verhindern. Da sehen wir noch saubere Luft nach oben und beantragen deshalb das Stehenlassen dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): Im Namen der FDP-Fraktion möchte ich zur vorgeschlagenen Abschreibung Stellung nehmen. Es ist ganz klar, die Lebensqualität in der Feldbergstrasse ist uns wichtig. Es ist richtig und notwendig, dass Lärm- und Schadstoffbelastungen gesenkt werden. Das Ziel dieses Anzugs ist grundsätzlich nachvollziehbar, aber, und das ist zentral, wir müssen uns als Parlament immer fragen, wird bereits gehandelt? Welche Ziele werden erfüllt und sind weitgehende Forderungen noch verhältnismässig? Der Regierungsrat hat in den letzten Monaten zahlreiche zielführende Massnahmen umgesetzt. Seit November 2023 fährt die Buslinie 30 elektrisch, leise und emissionsarm. Seit Januar 2024 gilt auf der Feldbergstrasse Tempo 30. Seither ist der motorisierte Verkehr bis um 8 Prozent zurückgegangen und entscheidend, die Stickstoffdioxidgrenzwerte werden inzwischen an allen Messstellen eingehalten. Die NO2 Belastung liegt im Werten zwischen 22 und 29 Mikrogramm pro m3 unter dem Grenzwert von 30.

Wir sehen also, die Kombination aus gezielten Massnahmen zeigt Wirkung, messbar, nachhaltig und erfolgreich. Trotz dieser Fortschritte fordert der Anzug nun eine massive Einschränkung des Individualverkehrs. Der Durchgangsverkehr soll faktisch eliminiert werden. Selbst Ziel- und Quellverkehr sowie der notwendige Zubringerdienst würden erschwert. Gewerbetreibende,

Handwerker, Anwohnerinnen und Anwohner werden unnötig eingeschränkt. Kolleginnen und Kollegen, Basel-Stadt ist nicht nur Wohnstadt, sondern auch Arbeitsstadt, Wirtschaftsstandort, Dienstleistungszentrum. Die Mobilität muss für alle Funktionieren, für ÖV, Velos, Fussgänger, aber auch für den motorisierten Individualverkehr, wo er nötig und berechtigt ist. Eine Verkehrspolitik, die nur auf Verdrängung und Verbote setzt, lehnt die FDP ab.

Es ist im Anzug immer wieder betont, der Kanton sei juristisch verpflichtet, noch weitergehende Massnahmen zu ergreifen. Das ist aus heutiger Sicht schlicht nicht mehr zutreffend. Die gesetzlichen Grenzwerte werden eingehalten, die gesetzlichen Vorgaben sind erfüllt. Wir erfüllen unsere umweltrechtlichen Pflichten vollumfänglich. Damit entfällt auch die rechtliche Grundlage für weitere tiefgreifende Eingriffe.

Und schlussendlich geht es auch um die Finanzierbarkeit solcher Massnahmen. Weitere Umbauten, Fahrverbote, grossräumige Sperrungen, Umbauarbeiten kosten viel Geld, Geld, das angesichts der bereits erzielten Zielerreichung nicht mehr gerechtfertigt ist.

Als liberale Fraktion stehen wir für Verhältnismässigkeit, wirtschaftlichen Mitteleinsatz und nachhaltige Verbesserungen mit Augenmass. Fazit: der Regierungsrat hat klug, schrittweise und wirksam gehandelt. Der gesetzliche Auftrag ist erfüllt. Der Anzug ist somit obsolet geworden. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb klar Abschreiben dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich denke, wir haben hier wirklich ein ganzes Bündel an Massnahmen ergreifen können, das auch wirksam ist. Tempo 30 konnten wir nach einigen Verzögerungen endlich umsetzen. Die Busse sind elektrifiziert, und die Luftschadstoffmessungen zeigen, dass das alles einen Effekt hatte. Was jetzt noch auf dem Programm steht, das haben wir transparent gemacht, sind die Velomassnahmen. Diese wiederum sind aber Bestandteil eines anderen Anzugs, des Anzugs Wegmanns zum Thema Cityring. Also ich denke, Sie können jetzt wirklich diesen Anzug abschreiben, weil diese Massnahmen ergriffen wurden und über die Velomassnahmen werden wir Sie gerne im Zusammenhang mit dem anderen Anzug informieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur letzten Abstimmung vor der Sommerpause.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Patrizia Bernasconi.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006898, 26.06.25 17:34:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bedanke mich herzlich für die Zusammenarbeit und Ihre Mithilfe und wünsche Ihnen allen eine wunderbare Sommerzeit. Geniessen Sie diese. Ich hoffe, sie wird auch etwas ruhiger für Sie. Eine gute Zeit und bis bald.

Schluss der 23. Sitzung

17:34 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 09:01:51
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	82	25	11	11	9	9	5	7	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	83	25	11	11	9	9	5	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	15	6	2	1	3	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	85	25	11	11	9	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 09:07:19
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	70	26	12	0	11	10	6	4	1	0	0
Nein	18	0	0	12	0	0	0	2	4	0	0
Ent	3	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0
Abgestimmt	91	27	12	12	11	10	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	3	1	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	12	12	11	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5012

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 09:11:02

Geschäft Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027 (Nachfolge für Katharina Zimmermann), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	26	12	12	10	9	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	12	12	10	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	1	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	12	12	11	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5012

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 09:11:50

Geschäft Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027 (Nachfolge für Katharina Zimmermann), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	28	12	12	10	10	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	12	12	10	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	1	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	12	12	11	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5263

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 11:27:19
Geschäft Jahresrechnung 2024 und Rechnung 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	92	28	13	12	11	9	6	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	12	11	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	1	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	11	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5263

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 11:55:16
Geschäft Jahresrechnung 2024 und Rechnung 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	13	12	11	9	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	12	11	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	1	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	11	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.5291

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 16:40:55

Geschäft Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrats

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	88	26	12	12	10	9	6	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	13	12	10	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	13	12	11	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.5291

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 17:01:12

Geschäft Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrats

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	13	12	12	10	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.0496

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 17:46:29

Geschäft Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	29	12	0	12	8	6	6	6	0	0
Nein	13	0	1	11	0	0	0	1	0	0	0
Ent	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	13	12	12	8	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1748

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:01:48

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	0	13	12	0	7	7	6	0	1	0
Nein	47	28	0	0	12	1	0	0	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1748

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:10:18

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	0	13	12	0	9	7	7	0	0	0
Nein	46	28	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	13	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1748

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:12:13

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	13	12	12	8	7	6	5	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	4	0	0	0	0	2	0	1	1	0	0
Abgestimmt	96	28	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1748

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:13:40

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	0	13	10	0	6	0	7	0	1	0
Nein	47	27	0	1	12	1	0	0	6	0	0
Ent	11	0	0	1	0	3	7	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1748

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:15:42

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	28	0	1	12	1	0	0	6	0	0
Nein	37	0	13	10	0	6	0	7	0	1	0
Ent	11	0	0	1	0	3	7	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.5025

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:22:48

Geschäft Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	69	27	12	11	0	7	5	7	0	0	0
Nein	17	0	0	0	12	0	0	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	87	27	12	11	12	7	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	8	1	1	0	0	2	2	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	13	11	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.5445

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:48:05
Geschäft Petition P487 "Für Begegnungszonen im Wettsteinquartier", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	7	0	0	0	3	0	4	0	0	0	0
Nein	80	28	13	11	9	5	1	7	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	13	11	12	5	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	0	0	3	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	12	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.5445

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:48:57
Geschäft Petition P487 "Für Begegnungszonen im Wettsteinquartier", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	1	13	11	0	5	0	7	0	0	0
Nein	49	26	0	0	12	0	5	0	6	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	13	11	12	5	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	7	0	0	0	0	3	2	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	12	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.0226

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 11:03:02

Geschäft Pilotprojekt «Kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 - 2028», Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	28	13	10	11	6	7	6	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	13	10	11	6	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	7	0	0	1	1	2	0	1	0	1	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	12	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
25.0227

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 11:14:58

Geschäft Kantonales Aktionsprogramm Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025 – 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	27	13	11	12	7	7	6	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	27	13	11	12	7	7	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	7	2	0	0	0	1	0	1	1	1	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	11	12	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
24.5522

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 11:19:49

Geschäft Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend beschleunigte Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	36	0	13	1	0	9	7	6	0	0	0
Nein	53	27	0	9	10	0	0	1	6	0	0
Ent	5	2	0	1	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	11	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	2	0	1	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	13	11	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
23.5212

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 11:44:46

Geschäft Anzug Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Aussetzung von Rückführungen nach Kroatien, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	0	11	12	0	7	3	7	0	1	0
Nein	50	29	0	0	12	1	2	0	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	11	12	12	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	12	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
24.5543

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 12:05:37

Geschäft Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen – Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	61	28	0	0	12	7	7	2	5	0	0
Nein	30	0	11	12	0	1	0	5	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	11	12	12	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	12	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.0933

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 16:46:58

Geschäft Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz, Basel; Antrag auf Beitragsfinanzierung zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	1	12	11	0	9	0	7	4	1	0
Nein	48	27	1	1	11	0	7	0	1	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	95	28	13	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	13	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.0933

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 16:47:42

Geschäft Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz, Basel; Antrag auf Beitragsfinanzierung zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	27	1	0	12	0	7	0	1	0	0
Nein	46	1	12	12	0	9	0	7	4	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	95	28	13	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	13	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.0933

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 16:48:30

Geschäft Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz, Basel; Antrag auf Beitragsfinanzierung zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	28	13	7	11	9	7	7	6	0	0
Nein	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	28	13	12	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	13	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
23.5215

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 16:55:58
Geschäft Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend proaktive Förderung der Nachholbildung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	22	0	11	0	0	0	0	5	6	0	0
Nein	70	28	2	12	12	7	7	2	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	13	12	12	7	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	13	12	12	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
20.5400

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 17:08:27

Geschäft Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Deponien Maienbühl (CH) und Mönden (D), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	13	12	0	8	7	7	0	0	0
Nein	44	27	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	27	13	12	12	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	13	12	12	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
23.5210

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 17:20:13

Geschäft Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend eine zukünftige Sicherung der Medikamentenversorgung in der Region, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	27	0	0	10	0	3	7	7	0	0	0
Nein	66	27	13	2	12	6	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	13	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	13	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
21.5231

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 17:33:52

Geschäft Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend «Suuberi Luft fürs Fälbi-Quartier JETZT!» (Endlich Lebensqualität und weniger belastender Durchgangsverkehr, dafür genug Platz für ÖV, Velo und Zulieferung), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	0	13	12	0	9	7	7	0	0	0
Nein	45	27	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	13	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	13	12	12	9	7	7	6	1	1

Protokoll

der 24. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 10. September 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Jessica Brandenburger (SP)*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 3
3. Wahl eines Mitglieds des Ratsbüros (Mitglied der Fraktion BastA) 4
4. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Tonja Zürcher, BastA) 4
5. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Tonja Zürcher, BastA) 6
6. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt (Nachfolge von Désirée Stramandino), Bericht der WVKo 6
7. Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Rheinhäfen 7
8. Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 4. Juni 2008 (Familienzulagengesetz; EG FamZG) betreffend Einführung voller Lastenausgleich und Höhe der Ansätze der Familienzulagen, Bericht der WAK 11
9. Kantonaler Mindestlohn; Berichterstattung 2023, Bericht des RR 13
10. Statistischer Wirtschaftsbericht der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura 2024, Bericht des RR 19
11. Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die Realisierung «Ersatzstandort Institut für Rechtsmedizin» für die Projektierung und Ausführung von Photovoltaik-Anlagen an der Socinstrasse 57a und 59 (Neubau für das Institut für Rechtsmedizin), Ausgabenbericht des RR 23
12. Ausgabenbewilligung Kindergarten Schönenbergstrasse 24, Erweiterung zu Doppelkindergarten, Ratschlag des RR 24
13. Finanzierung von Veloinfrastrukturen im Zusammenhang mit dem Bahnknoten Basel, Ratschlag des RR 27
13.1. Motion der Bau- und Raumplanungskommission betreffend Veloanbindung Gundeli, Ratschlag des RR 31
13.2. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Veloparking-Situation auf der Gundeli-Seite des Bahnhofs, Ratschlag des RR 31
14. ÖV-Programm 2026-2028 sowie Vernehmlassungsbericht ÖV-Programm, Bericht der UVEK 32
15. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2024, Bericht der IPK FHNW 34

Beginn der 24. Sitzung

Mittwoch, 10. September 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[10.09.25 09:00:06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nach der Sommerpause begrüsse ich Sie zurück hier im Rathaus und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat zu begrüssen und bitte die Angesprochene, sich kurz von ihrem Sitz zu erheben. Franziska Stier von der BastA tritt die Nachfolge der zurückgetretenen Tonja Zürcher an. Ich wünsche Franziska Stier für die verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse Sie hier herzlich willkommen.

Rücktritt

Dorrit Schleiminger Mettler hat ihren Rücktritt als Präsidentin am Strafgericht auf den 28. Februar 2026 erklärt. Sie wurde vom Regierungsrat in stiller Wahl als Präsidentin des Appellationsgerichts als gewählt erklärt. Ich danke der Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ansetzung einer Ersatzwahl.

Neue Interpellationen

Es sind 19 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellation 80, 82, 84 bis 90, 95, 97 und 98 werden mündlich beantwortet.

Stellvertretung in der Begnadigungskommission

Die Fraktion GRÜNE teilt mit, dass Fleur Weibel von Fina Girard von September bis Ende Dezember in der Begnadigungskommission vertreten wird.

Hinweis auf einen Anlass der Kulturgruppe

Heute Abend findet der Anlass der Kulturgruppe des Grossen Rates statt. Treffpunkt ist um 18.10 Uhr am Tinguely-Brunnen. Die Organisatorinnen und Organisatoren bitten um rechtzeitiges Erscheinen, damit die Stadtführung pünktlich um 18.15 Uhr beginnen kann. Es wird empfohlen, Taschen, Mappen und Rucksäcke hier im Rathaus in den Fächern einzuschliessen. Diese können nach der Führung um 19.45 Uhr dort wieder abgeholt werden. Das Rathaus ist bis 21.30 Uhr mit dem Badge zugänglich. Im Anschluss an die Stadtführung findet ein Apéro im Bistro des Antikenmuseums, St. Alban-Graben 5, statt. Das Co-Präsidium freut sich auf Ihre Teilnahme. Kurzentschlossene können sich noch bei Joël Thüring anmelden.

Urteil des Appellationsgerichts

Das Appellationsgericht hat mit dem Urteil vom 26. August 2025 die Gemeindeinitiative für eine vernünftige und verhältnismässige Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich des öffentlichen Verkehrs als rechtlich unzulässig erklärt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, eine Kopie des Urteils finden Sie auf dem Tisch des Hauses.

Das waren meine Mitteilungen, wir kommen somit zur

Tagesordnung

Eric Weber möchte zur Tagesordnung sprechen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute Nachricht, ich habe Sie alle zweieinhalb Monate vermisst und jetzt sehen wir uns wieder. Die schlechte Nachricht, ich habe meine Hausaufgaben als Grossrat nicht machen können und darum stelle ich diesen Antrag. Ich bekomme einen Tolggen im Hausaufgabenheft, ich arbeite mit Papier, den Papierversand vom Grossen Rat gibt es nicht mehr, es hat zu dieser Sache keine Benachrichtigung gegeben

und ich habe mich auf diese Session jetzt nicht vorbereiten können. Das geht nicht, ich bin am Sonntag aus den Sommerferien aus Bulgarien gekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, was ist Ihr Antrag?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich beantrage, die heutige Sitzung abzusagen. Ich habe die Dokumente nicht bekommen, ich habe auch keinen Brief bekommen, in dem es geheissen hat, sehr geehrter Herr Grossrat Weber.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank.

Eric Weber (Fraktionslos): Moment, ich bin noch nicht fertig mit der Beantragung. Ich habe keinen Brief bekommen vom Parlamentsdienst, in dem steht, leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass der Papierversand eingestellt wird, wir sind aber bemüht, eine Folgelösung für Sie zu finden. Ich habe als Grossrat keine Information bekommen, ich bin erschrocken, als ich jetzt aus Bulgarien zurückgekommen bin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab. Herr Weber hat den Antrag gestellt, dass die Sitzung abgesagt wird. Ein letzter Satz.

Eric Weber (Fraktionslos): Bitte, Herr Präsident, vergessen Sie nicht die alten Leute, die keinen Computer haben, und vergessen Sie nicht, ich werde Alterspräsident von diesem Parlament.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen über Herrn Webers Antrag ab.

Abstimmung

JA heisst Sitzung absagen, NEIN heisst nicht absagen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 94 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007030, 10.09.25 09:06:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Sitzung nicht abzusagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ergebnis scheint klar zu sein. Wir sagen die Sitzung nicht ab mit 94 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[10.09.25 09:06:40]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BRK beantragt einen Mitbericht zum Geschäft 250921 «Förderung des Ausbaus der Photovoltaik-Infrastruktur an Gebäuden im Kanton Basel-Stadt (die sogenannte Solaroffensive) und Teilrevision Bau- und Raumplanungsgesetz und Energiegesetz Basel-Stadt».

Gibt es hier einen Gegenantrag? Wenn das nicht der Fall ist, haben Sie dies stillschweigend so beschlossen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Büro vorgeschlagenen Zuweisungen der Geschäfte zu genehmigen.

3. Wahl eines Mitglieds des Ratsbüros (Mitglied der Fraktion BastA)

[10.09.25 09:07:24]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Fraktion BastA beantragt die Wahl von Oliver Bolliger als Mitglied des Ratsbüros.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt. Gemäss Geschäftsordnung § 17 sind nur Mitglieder der Fraktion BastA wählbar. Ich bitte Sie alle, Ihre offiziellen Sitzplätze einzunehmen. Als Wahlbüro für diese und die weiteren geheimen Wahlen der heutigen Sitzung schlage ich Ihnen vor:

Georg Mattmüller, SP, als Leiter des Wahlbüros

Brigitte Kühne, Sektor 1 und 5

Harald Friedl, Sektor 2

Michael Graber, Sektor 3

Annina von Falkenstein, Sektor 4

Sekretärin des Wahlbüros ist Sabine Canton.

Sie sind damit einverstanden. Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden nun am Sitzplatz ausgegeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel wieder einzusammeln und danach ausserhalb des Saals auszuzählen. Wir unterbrechen die Sitzung so lange.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt.

Total ausgeteilte Wahlzettel 97, total eingegangene Wahlzettel 97.

Ungültig 5, somit gültig 92.

Das absolute Mehr liegt bei 47 Stimmen.

Gewählt ist Oliver Bolliger mit 67 Stimmen.

Ich gratuliere Oliver Bolliger und heisse ihn herzlich willkommen bei uns im Ratsbüro.

Der Grosse Rat wählt

Oliver Bolliger, BastA, als Mitglied des Ratsbüros.

4. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Tonja Zürcher, BastA)

[10.09.25 09:25:04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 4 und 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die offene Wahl.

Abstimmung

JA heisst offene Wahlen bei Traktandum 4-5, NEIN heisst keine offenen Wahlen.

Ergebnis der Abstimmung

97 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007034, 10.09.25 09:26:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen bei Traktanden 4-5.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 97 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme für offene Wahlen ausgesprochen.

Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion BastA lauten. Für die Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission von der Fraktion BastA vorgeschlagen wurde Franziska Stier. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen.

Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Franziska Stier, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007039, 10.09.25 09:27:33]*

Der Grosse Rat wählt

Franziska Stier als Mitglied der GPK

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere Franziska Stier zur Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Sie ist mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung gewählt. Ich wünsche ihr viel Freude im neuen Amt.

5. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Tonja Zürcher, BastA)

[10.09.25 09:27:47]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der BRK von der Fraktion BastA vorgeschlagen wurde Brigitta Gerber. Auch hier sind nur Mitglieder der Fraktion BastA wählbar. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, wir schreiten damit auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Brigitta Gerber, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007041, 10.09.25 09:28:34]*

Der Grosse Rat wählt

Brigitta Gerber als Mitglied der BRK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere Brigitta Gerber zur Wahl als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission. Sie ist mit 96 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung gewählt. Ich wünsche ihr viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

6. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt (Nachfolge von Désirée Stramandino), Bericht der WVKo

[10.09.25 09:28:49, 25.5095.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Jürg Schütz als nebenamtlichen Richter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende und vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen sind gemäss § 76 Abs 2 der Geschäftsordnung keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen.

Das Wort hätte Olivier Battaglia als Präsident der Wahlvorbereitungskommission. Er verzichtet. Ich habe auch keine weiteren Voten eingetragen.

Eintreten ist obligatorisch. Gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Dritteln der Stimmen offene Wahlen beschliessen. Ich beantrage Ihnen hiermit offene Wahlen.

Abstimmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007043, 10.09.25 09:30:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme für offene Wahlen entschieden.

Wir kommen somit zum eigentlichen Wahlgeschäft.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Jürg Schütz, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007044, 10.09.25 09:31:17]*

Der Grosse Rat wählt als nebenamtlichen Richter am Strafgericht Basel-Stadt

für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027:

Dr. iur. **Jürg G. Schütz** (geb. 1973, whft. in 4051 Basel)

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere Jürg Schütz zur Wahl als nebenamtlichen Richter am Strafgericht. Er wurde mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme gewählt. Ich wünsche ihm viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

7. Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Rheinhäfen

[10.09.25 09:31:42, 25.0607.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die IGPK Rheinhäfen beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die IGPK hat das Wort Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Als Präsident der IGPK Rheinhäfen freue ich mich, Ihnen heute den Jahresbericht 2024 vorstellen zu dürfen. Dies ist nicht nur eine formelle Pflicht, sondern auch die Gelegenheit, die grosse Bedeutung der Rheinhäfen für unser Land und für unsere gesamte Region zu betonen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat am 7. Mai 2025 beschlossen, diesen Bericht, die Jahresrechnung und die Bilanz 2024 dem Parlament zur Kenntnis zu unterbreiten.

Die Kommission hat den vorliegenden Bericht und die Jahresrechnung in zwei Sitzungen behandelt und ich kann Ihnen mit Überzeugung mitteilen, die Schweizerischen Rheinhäfen haben ihre gesteckten Ziele im letzten Geschäftsjahr mit Bravour erreicht. Die Rheinhäfen sind weit mehr als nur ein Umschlagsplatz für Waren, sie sind das Tor der Schweiz zur Welt, unsere direkte Verbindung zu den grossen Seehäfen und damit ein unverzichtbarer Teil unserer nationalen Versorgungskette. Für unsere Region sind sie zudem ein entscheidender Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze sichert, die lokale Industrie stärkt und im Jahr 2024 haben die Rheinhäfen ihre zentrale Rolle einmal mehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Mit einem Schiffsumschlag von 5,39 Mio. Tonnen wurde die wichtige 5 Mio.-Tonnen-Marke klar überschritten. Dies ist eine beeindruckende Steigerung von 8,3% gegenüber dem Vorjahr und zeigt, dass die Rheinhäfen auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten zuverlässig funktionieren. Insbesondere der Umschlag von Mineralölprodukten trug massgeblich zu diesem starken Ergebnis bei, aber auch die Zuwachse bei Materialien wie Stein, Erde und Recyclingmaterialien belegten die breite wirtschaftliche Basis und die Vielseitigkeit der Häfen. Es ist besonders erfreulich, dass alle drei Hafenstandorte Birsfelden, Auhafen Muttenz und Kleinhüningen zu diesem positiven Ergebnis beitragen konnten. Betreffend der detaillierten Kennzahlen aus der Jahresrechnung verweise ich gerne auf den Bericht, statt diesen hier vorzulesen.

Der Jahresbericht zeigt, dass die Rheinhäfen einen soliden Betriebsertrag von über 24,7 Mio. Franken erwirtschaftet haben. Auch wenn der Betriebsaufwand im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen ist, liegt dieses Jahresergebnis mit 1,03 Mio. Franken weiterhin im positiven Bereich und dies unterstreicht die finanzielle Stabilität und die Fähigkeit der Rheinhäfen, aus eigener Kraft erfolgreich zu wirtschaften.

Der Erfolg der Rheinhäfen beruht auf einem ambitionierten Zielbild 2030+, das auf den folgenden strategischen Säulen fusst. Hafen 4.0, Digitalisierung und Realisierung, um Effizienz und die Vernetzung zu steigern. Energieträger der Zukunft anzusiedeln, womit man den Fokus auf die Entwicklung des H2-Hubs in der Schweiz gelegt hat. Kreislaufwirtschaft fördern, insbesondere durch die Nutzung umweltfreundlicher Transportwege wie Schiff und Bahn für den Baustoffkreislauf. Container und Massengutgeschäft ausbauen, um die Rolle als führende Logistikhub zu stärken. Wasserwege zu sichern für die Gewährleistung einer zuverlässigen und zukunftsgerichteten Infrastruktur. Fachkräfte auszubilden und Mitarbeitenden zu fördern, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Expertise im nautischen Bereich zu sichern.

Die Rheinhäfen verstehen, dass der wirtschaftliche Erfolg und die ökologische Verantwortung untrennbar miteinander verbunden sind. Das strategische Ziel Green Port ist daher ein zentrales Anliegen. Die Rheinhäfen haben sich verpflichtet, ihre CO_2-Emissionen bis 2030 vollständig zu reduzieren und haben dazu erstmals eine Treibhausgasbilanz erstellt. Ein konkretes Beispiel für das Engagement für das geplante Reservekraftwerk im Auhafen, dass die Zusammenarbeit mit der Axpo realisiert wird. Dieses Kraftwerk soll zwingend mit grünen Treibstoffen betrieben werden und damit als Katalysator für die Nutzung von sauberer Energie im gesamten Hafen dienen. Zudem suchen die Rheinhäfen aktiv den Dialog mit der Naturschutzorganisation. Die laufenden Verhandlungen zur Erweiterung des Hafenbeckens 3 sind ein Beispiel für den konstruktiven Ansatz, mit dem nach gemeinsamen Lösungen gesucht wird. Ein weiteres schönes Beispiel ist die freiwillige Anpassung bei dem Bau des Zauns in Birsfelden, bei dem darauf geachtet wurde, dass die Böschung mit ihrer seltenen Vegetation weiterhin zugänglich und gut gepflegt werden kann. Dies zeigt, dass pragmatische und naturfreundliche Lösungen möglich sind.

Zusätzlich zu diesen Erfolgen haben sich die Rheinhäfen im Jahr 2024 auf ein wichtiges Projekt konzentriert, um die Infrastruktur und Dienstleistungen zu modernisieren. Das in Partnerschaft mit dem Duisburger Hafen entwickelte Multi Port Community System für die Binnenschifffahrt, das RiverPorts Planning and Information System ist dabei ein Meilenstein. Es vereinfacht die Kommunikation zwischen der Schifffahrt und dem Hafen erheblich und trägt massgeblich zur Effizienz bei.

Ebenso wichtig ist, den mit dem Branchenverband AHOI CAPTAIN ins Leben gerufene Ausbildungsverbund für die nautischen Berufe weiter voranzubringen und die Next Generation für die Binnenschifffahrt und die Häfen zu begeistern. Das neue Schulungszentrum in Birsfelden, das mit einem modernen Schifffahrtsimulator ausgestattet ist, ist hier ein Element, um sicherzustellen, dass die Fachkräfte der Zukunft optimal ausgebildet werden.

Mit dem Projekt SRH 2.0 bereiten sich die Rheinhäfen strategisch auf die Zukunft vor. Mit der angestrebten Neuorganisation in den Bereichen Behörde, Dienstleistung, Infrastruktur und Arealmanagement wird die Basis gelegt, damit der Bund Verantwortung, auch finanziell, für die Infrastruktur der Häfen nach dem neuen Gütertransportgesetz übernehmen kann. Die geplante Leistungsvereinbarung des Bundes für die Infrastruktur wird die Rheinhäfen finanziell entlasten und eine langfristige Wettbewerbsfähigkeit sichern. Die Rheinhäfen sind überzeugt, dass sie mit den geplanten Anpassungen flexibler auf die sich wandelnden Anforderungen reagieren können und ihre zentrale Rolle in der Schweizer Logistiklandschaft weiter ausbauen werden.

Die Rheinhäfen sind gut aufgestellt, um ihre Herausforderungen für die Zukunft zu meistern. Ja, es gibt auch Risiken. Die angekündigte Kürzung im Angebot bei der SBB Cargo bereitet Sorgen und könnte zu substanziellen Verlusten bei der Hafenwirtschaft bei den ökologischen Verkehrsketten Schiffschiene führen. Auch die vielen Stornierungen von Fahrgastschiffen in Basel aufgrund der Herausforderung der Vergabe von Arbeitsbewilligungen von Kurmitgliedern aus Drittstaaten hat wirtschaftliche Spuren hinterlassen, notabene auch für den regionalen Tourismus.

Die Rheinhäfen, das WSU mit Regierungsrat Kaspar Sutter und unsere Kommission setzen sich jedoch dafür ein, hier eine rasche Lösung zu finden. Ich bin überzeugt, dass die Schweizer Rheinhäfen weiterhin ein entscheidender Motor für unsere Region sind und die gesamte Schweizer Wirtschaft. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und Ihre Aufmerksamkeit und im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen einstimmig, den Jahresbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Präsident der IGPK hat schon sehr gut dargelegt das Geschäftsjahr des Schweizerischen Rheinhafens, ich beschränke mich deshalb auf ein paar ausgewählte Punkte. Die Rheinhäfen sind wichtig, die sind wichtig für die Schweiz, um die Güter hierher zu bringen und auch wegzuführen, die Massengüter, insbesondere die Container und die beiden Kantone übernehmen diese Verantwortung. Sie machen das vereint und das ist gut so. Der Hafen wurde fusioniert und gemeinsam kann man diesen Hafen besser führen. Was sehr erfreulich ist, dass auch der Bund anerkannt hat, dass es sich hier um eine wichtige nationale Infrastruktur handelt und er in Zukunft auch seinen Beitrag leisten will zur Finanzierung und zum Erhalt dieser wichtigen Umschlagplattform. Das begrüssen wir sehr. Damit wir dazu fähig sind, das auch zu machen, sind die beiden Trägerkantone zurzeit dabei, Verhandlungen zum Staatsvertrag vorzubereiten, damit der Hafen so aufgestellt werden kann, damit diese Bundesbeteiligung an der Infrastruktur möglich ist. Dabei geht es auch um den Hafenperimeter, wie wir damit in der Zukunft umgehen. Diese Zusammenarbeit, die Vorbereitung, die laufen gut zwischen den beiden Kantonen, dann kommen die Verhandlungen und am Ende des Tages kommt der neue Staatsvertag selbstverständlich dann zu Ihnen und Sie können entscheiden, ob dieser Staatsvertrag gut ist. Aber die Arbeiten sind angelaufen.

Der zweite Punkt ist sicher die Ökologisierung der Schifffahrt und des Hafens. Der Hafen hat ambitionierte Ziele, auf dem Landbereich bis 2030 CO_2-neutral zu sein, hat auch hier eine Bilanzierung jetzt begonnen auf der Schiffseite. Da ist es anspruchsvoller, das 2037-Ziel zu erreichen, aber es ist wichtig, dass hier die Arbeiten laufen im Hinblick auf das Ziel 2037 auch auf der Schiffseite.

Ein Problem, das wir haben, Herr Battaglia hat es gesagt, das ist die SBB Cargo und ihre Kürzungen in ihrem Binnenbereich. Das ist nicht gut für die Zukunft des Modalsplits. Wenn wir wollen, dass die Güter vom Schiff nachher auf den Zug verladen werden und nicht auf den LKW, dann müssen diese Züge und diese Waren auch irgendwo dann in der Schweiz ankommen. Ein Ende reicht nicht am Hafen, es braucht ein zweites, wo die Güter dann abgeladen werden können. Deshalb ist es unverständlich, dass die SBB Cargo hier ihre Dienstleistungen und ihre Angebote kürzt, es schadet dem Modalsplit im Hafen und im Schweizer Güterverkehr.

Die Flusskabinenschifffahrt, ein Thema, das sehr virulent geworden ist vor der Sommerpause. Es gab keine Vollzugsänderung, aber es wurde kontrolliert und das hat dazu geführt, dass gewisse Anbieter in der Flussschifffahrt vermuten, dass sie und ihre Geschäftsmodelle nicht compliant sind im Bereich der Bewilligungen und dass deshalb ein Teil der Anbieter zurzeit nicht nach Basel fahren. Andere Anbieter, die steuern Basel weiterhin an, aber diese Situation zurzeit ist nicht befriedigend. Wir wollen, dass die Flussschifffahrt bis nach Basel kommt und hier anlegt und entsprechend sind wir zurzeit auch in intensiven Gesprächen mit dem Bund, der die Regeln setzt, der Kanton, der die Regeln vollzieht und Eigentümer der Rheinhäfen ist, und die Branche, um hier Lösungen zu finden, wie wir das wieder in Einklang bringen, dass die regulativen Bestimmungen und der Vollzug übereinstimmen mit den Geschäftsmodellen auf der anderen Seite, so dass es möglich ist, dass die Schiffe wieder nach Basel kommen und das compliant, das heisst, in Einhaltung der bestehenden Regelungen. Das ist das Ziel. Die Gespräche sind am Laufen und ich hoffe, dass hier Lösungen gefunden werden können, die dann sicherstellen, dass auch die anderen Schifffahrtsgesellschaften, die zum Teil jetzt in Huningue anlegen, dass die dann auch wieder zu uns nach Basel kommen.

So viel von meiner Seite. Ich möchte an dieser Stelle den Rheinhäfen danken, den Mitarbeiter*innen und auch dem Leitungsteam, sie leisten eine sehr wichtige Arbeit. Ich möchte mich auch bedanken beim Mitträgerkanton Baselland, dass diese gemeinsame Gesellschaft so gut und die Zusammenarbeit so gut funktioniert in diesem Bereich, und ich möchte mich bei der IGPK bedanken für ihr kritisches Nachfragen, ihr Überprüfen der Tätigkeit und ihren Bericht, den sie uns heute oder Ihnen vorgelegt haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Für die GLP hat sich gemeldet Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Im Namen der Fraktion GLP danke ich der Direktion, dem Verwaltungsrat und allen Mitarbeitenden der Schweizerischen Rheinhäfen für die engagierte Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr sowie für den ausführlichen Jahresbericht. Ich werde wahrscheinlich einige Daten wiederholen, die die zwei Vorredner schon gesagt haben, ich werde trotzdem so weiterfahren wie geplant.

Der Bericht zeigt eindrücklich die Leistungsfähigkeit und die strategische Bedeutung der Rheinhäfen für die Versorgungssicherheit und den Wirtschaftsstandort Schweiz. Mit einem Schiffsumschlag von 5,39 Mio. Tonnen wurde, wie gesagt, die 5-Millionen-Marke deutlich überschritten, was ein grosser Erfolg ist. Besonders die Mineralölprodukte, Steine, Erde sowie Recyclingmaterialien trugen zu diesem erfreulichen Ergebnis bei. Auch im Container-Bereich war trotz temporär eingeschränkter Terminalkapazitäten insgesamt eine Zunahme von 6% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Hier ist auch

sehr erfreulich, dass sich die Container-Umschläge auf die Bahn verdoppelten. Alle drei Hafenareale, Birsfelden, Muttenz und Kleinhüningen, konnten ihren Umschlag steigern.

Die Jahresrechnung präsentiert sich, wie gehört, solide mit einem Jahresergebnis von 7,2 Mio. Franken. Erfreulich sind auch die Fortschritte bei den verschiedenen Projekten. Das RheinPorts Information System als künftiger Kommunikationskanal, das neue Ausbildungszentrum in Birsfelden mit Schiffssimulator, die Verlegung der Hafenbahn in Kleinhüningen sowie die Planung der neuen Revierzentrale. Dies zeigt, wie enorm vielseitig das Unternehmen ist und wie vielschichtig die zu bearbeitenden Themen sind. Sehr beeindruckend. Grosses Gewicht legt die SRH auf Nachhaltigkeit. Mit dem Programm Green Port und der erstmals publizierten Treibhausgasbilanz wird das Ziel der vollständigen Reduktion der CO_2-Emissionen verfolgt.

Von grosser Bedeutung ist auch das neue Gütertransportgesetz des Bundes, das künftig auch die Förderung der Hafeninfrastruktur vorsieht. Dies wird die Trägerkantone entlasten und der Hafen national stärker vorankommen. Damit verbunden sind Anpassungen im Staatsvertrag und in der Organisation der SRH, um die Bundesmittel passgenau einzusetzen. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Projekt Hafenbecken 3, das nach wie vor blockiert ist. Hier braucht es baldige Entscheide, damit für die Zukunft zentrale Erweiterung realisiert werden kann, selbstverständlich unter Berücksichtigung ökologischer Anliegen.

Ein Problemfeld, das im Bericht klar benannt wird, betrifft die Kabinenschifffahrt. Neue und streng gehandhabte Visaregeln der Mitarbeitenden aus Drittstaaten haben zu kurzfristigen Stornierungen geführt und massiven wirtschaftlichen Schaden verursacht, nicht nur für die Schifffahrtsunternehmen, sondern auch für das nachgelagerte Tourismusgewerbe und die SRH selbst. Diese Situation ist unbefriedigend. Wir fordern deshalb die Regierung nachdrücklich auf, sich beim Bund für eine pragmatische und rasche Lösung einzusetzen, die den Bedürfnissen der Branche Rechnung trägt und den Standort nicht unnötig schwächt. Dies geschieht, wie wir gehört haben, bereits, wie Regierungsrat Kaspar Sutter ausführlich berichtet hat, wir begrüssen dies sehr.

Die Schweizerischen Rheinhäfen haben im Jahr 2024 bewiesen, dass sie wirtschaftlich erfolgreich, strategisch umsichtig und ökologisch verantwortungsvoll handeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Kenntnisnahme Jahresbericht und Jahresrechnung

2. Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007047, 10.09.25 09:51:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Bilanz 2024 der SRH werden zur Kenntnis genommen.

2. Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Partnerkanton.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

8. Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 4. Juni 2008 (Familienzulagengesetz; EG FamZG) betreffend Einführung voller Lastenausgleich und Höhe der Ansätze der Familienzulagen, Bericht der WAK

[10.09.25 09:51:43, 24.1746.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Mit dem Ratschlag beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen von Juni 2008. Aufgrund geänderter Bundesvorgaben muss in allen Kantonen der volle Lastenausgleich zwischen den Familienausgleichskassen umgesetzt werden. Bis anhin kennt der Kanton Basel-Stadt lediglich einen Teillastenausgleich. Die Umsetzung dieses vollen Lastenausgleichs muss bis zum 1. Januar 2028 vollzogen sein. Der Regierungsrat beantragt die Umsetzung per 1. Januar 2026, um möglichst rasch Rechtssicherheit zu schaffen. Die Umsetzung des Lastenausgleichs soll durch den Ausgleich des Risikosatzes erfolgen. Dies bedeutet, dass die Differenz zwischen den unterschiedlichen Beitragssätzen der einzelnen Familienkassen und dem im jeweiligen Kanton durchschnittlich erforderlichen Satz zur Finanzierung aller im Kanton ausgerichteten Familienzulagen ausgeglichen wird. Voraussichtlich werden dadurch 16,5 Mio. Franken von den Geberkassen in den Lastenausgleich fliessen und zu den Nehmerkassen umverteilt werden.

Darüber hinaus beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, die kantonalen Ansätze der Familienzulagen auf dem bisherigen Stand zu belassen, auch wenn der Bund aufgrund der Teuerung die Anhebung der schweizweit geltenden Mindestansätze um 7,1% beschlossen hat. Der Bund hat die Mindestansätze per 1. Januar 2025 entsprechend bereits angepasst. Der Grosse Rat hat mit Beschluss vom 19. September 2018 im Rahmen der Umsetzung der Steuervorlage 17 die Familienzulagen deutlich erhöht. Im Rahmen der damaligen Kommissionsberatung wurde über einen allfälligen automatischen Teuerungsausgleich diskutiert. Im Bundesgesetz ist eine Teuerungsanpassung vorgesehen, wenn die kumulierte Teuerung 5 Prozentpunkte erreicht. Im Rahmen der damaligen Kompromissfindung wurde kein Teuerungsautomatismus festgelegt, jedoch wurde im Gesetz die Pflicht definiert, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat einen Ratschlag über die Anpassung der Familienzulagen vorzulegen hat, wenn der Bund aufgrund seiner 5-Prozentpunkte-Regelung eine Erhöhung vornimmt.

Dieser Pflicht kommt der Regierungsrat mit vorliegendem Ratschlag nun nach. Der Regierungsrat beantragt, auf eine Erhöhung der Familienzulagen zu verzichten, um die finanzielle Belastung der Arbeitgebenden, insbesondere in Branchen mit guten Versicherungsrisiken, auf die Mehrkosten aufgrund des vollen Lastenausgleichs zu begrenzen. Für weitere Details verweise ich Sie auf den Ratschlag.

Die Kommission hat das Geschäft an drei Sitzungen behandelt und sich von Regierungsrat Kaspar Sutter sowie von Simone Leibundgut, Leiterin Stab, Amt für Sozialbeiträge, informieren lassen. An dieser Stelle herzlichen Dank für die guten Darlegungen zu diesem doch sehr technischen Geschäft.

Da die Umsetzung des vollen Lastenausgleichs vom Bund vorgegeben ist, beschloss die Kommission denn auch einstimmig, auf das Geschäft einzutreten. Nach eingehender Diskussion der Vor- und Nachteile des Teuerungsausgleichs und des Umsetzungszeitpunkts ist die Kommission zum Schluss gelangt, den Vorschlag gemäss Ratschlag vollumfänglich zu unterstützen. Weder soll die Umsetzung des vollen Risikoausgleichs bis zum 1. Januar 2028 hinausgezögert werden, noch soll der Teuerungsausgleich zu einer zusätzlichen Belastung der Prämien für die Arbeitgebenden führen. Die Kommission erachtet den Vorschlag des Regierungsrats als ausgewogen und empfiehlt dem Grossen Rat entsprechend einstimmig bei einer Enthaltung, dem Antrag gemäss Ratschlag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir legen Ihnen diese Gesetzesanpassung vor, es gibt zwei Gründe. Der erste ist, dass das nationale Parlament beschlossen hat, dass ein vollerer Risikoausgleich gelten soll. Heute ist es so mit dem Teilrisikoansatz, dass Branchen mit hohen Löhnen und mit wenig Kindern, also wo die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger Kinder haben, dass die tiefere Prämien anbieten können als Branchen, wo die Löhne tiefer sind und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Kinder haben. Das heisst, es ist nicht der Effizienz der Kassenführung geschuldet, sondern einfach der Risikosituation, der Population der Arbeitnehmer*innen, die man versichert bei sich.

Der Kanton Basel-Stadt hat einen ersten Schritt gemacht, das auszugleichen mit dem Teilrisikoausgleich, das war Teil der SV 17-Vorlage, Teil dieses Kompromisses damals, jetzt geht die Bundesbehörde weiter und wir müssen das übernehmen. Wir haben keine Wahl, ob wir das wollen inhaltlich oder nicht, wir haben nur noch die Wahl, zu welchem Zeitpunkt es umgesetzt wird. Inhaltlich ist es aber zu begrüssen, dass dieser Risikoausgleich in Zukunft spielt und dass dann der Wettbewerb wirklich auf der Kassenführung liegt und nicht auf dem Risikoportfolio, das man versichert.

Der zweite Punkt, wie gesagt, der Teuerungsausgleich, der Bund hat diesen vollzogen. Wir sind verpflichtet als Regierungsrat, bei einer Anpassung auf Bundesebene das Ihnen vorzulegen, damit Sie entscheiden können, ob der Kanton Basel-Stadt dem folgen soll oder nicht. Das haben wir hiermit gemacht und der Regierungsrat beantragt Ihnen und auch die WAK, dass man auf diesen Ausgleich verzichtet, wie Sie wissen, dass wir heute deutlich höhere Ansätze haben, als der Bund vorgibt und auch, dass wir diese mit der SV 17, die Kommissionspräsidentin hat es schon so formuliert, bereits deutlich erhöht haben.

Deshalb dieser Antrag und ich bin auch froh, dass die WAK zum gleichen Schluss kommt und diesen Teuerungsnachvollzug jetzt in Basel-Stadt nicht macht. Es verhindert auch, dass gewisse Arbeitgeber jetzt doppelt zusätzlich belastet werden, einerseits durch den Risikoausgleich, andererseits, wenn man eben diese Teuerungsanpassung machen würde. Und auch ohne diese Anpassung haben wir immer noch deutlich höhere Ansätze, als der Bund als Minimum vorgibt.

Einen Hinweis möchte ich noch machen, weil da ist eine Korrektur nötig, auch in unserem Bericht. Das eidgenössische Parlament hat im März 2024 den Volllastenausgleich beschlossen, alle sind davon ausgegangen, dass dieses am 1. Januar 2025 in Kraft tritt mit drei Jahren Übergangsfrist. Wir hatten ja dann den Bericht schon vor diesem Datum, also noch im 2024 Ihnen überwiesen und auch die WAK hat unter dieser Voraussetzung den Bericht so verabschiedet. Der Bund hat dann aber im Juli informiert, dass es einen neuen Start gibt, dass der ab 1. Januar 2026 ist, so rein theoretisch gäbe es noch ein Jahr länger zum Umsetzen. Einfach das noch der Vollständigkeit halber als Information. Der Bund hat die Inkraftsetzung um ein Jahr später angesetzt, als wir davon ausgegangen sind. Das ändert aber nichts daran, dass es kein Problem ist und auch die Branche ist nach meinem Wissen bereit, dass jetzt diese Umsetzung gemacht wird. Diese Kommunikation ist ja auch schon früher erfolgt und deshalb bin ich auch sehr froh, dass dieses Datum so fixiert wird.

Ich möchte der Kommission danken für ihre Arbeit und empfehle Ihnen, den Anträgen der Kommission und damit des Regierungsrates zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprecherinnen und Sprecher eingetragen, wir fahren deshalb fort. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

§ 27b Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 2bis (neu)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007049, 10.09.25 10:01:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz; EG FamZG) vom 4. Juni 2008 [1]) (Stand 1. Januar 2020) wird wie folgt geändert:

§ 27b Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 2bis (neu)

1 Die Familienausgleichskassen, die eine Mehrbelastung aus den Zulagenzahlungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder an Selbständigerwerbende aufweisen, erhalten einen jährlichen Ausgleichsbeitrag. Als Grundlage für die Berechnung dieses Beitrags dient der Lastenausgleichssatz.

1bis Zur Ermittlung des für das entsprechende Kalenderjahr massgebenden Lastenausgleichssatzes werden von allen Familienausgleichskassen einerseits die beitragspflichtige Einkommenssumme und andererseits das Total der gemäss gesetzlichem Umfang geleisteten Familienzulagen ermittelt.

2 Das Total der Familienzulagen im Verhältnis zur Einkommenssumme ergibt den in Prozenten ausgedrückten Lastenausgleichssatz. Der Risikosatz der einzelnen Kasse ergibt sich aufgrund der gleichen Berechnung auf Kassenebene.

2bis Die beitragspflichtige Einkommenssumme ist gleich der Lohnsumme der Arbeitnehmenden, inklusive derjenigen ohne beitragspflichtige Arbeitgebenden, und der beitragspflichtigen Summe der Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, beides berechnet gemäss AHV-Gesetzgebung.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

9. Kantonaler Mindestlohn; Berichterstattung 2023, Bericht des RR

[10.09.25 10:01:34, 24.1504.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission und der Regierungsrat beantragen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Für die Kommission hat das Wort Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Wahrscheinlich war ich noch in den Sommerferien, als ich das überlesen habe. Zum Glück gibt es schon ein paar Sprecherinnen und Sprecher, die sich besser vorbereitet haben als ich. Wir haben ja den Mindestlohn eingeführt, es ist die erste Berichterstattung, die ein positives Bild zeigt und mehr werde ich jetzt nicht sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Nach dieser ausführlichen Berichterstattung der Kommission übernehme ich gerne sonst auch einen Teil der Inhalte. Die Einführung des Mindestlohnes war ja politisch heiss umstritten. Wir haben darum gerungen und gekämpft und der Gegenvorschlag des Regierungsrats und der WAK hat sich in der Volksabstimmung durchgesetzt mit

diesem Mindestlohn von 21 Franken plus auch die Anpassung an den Mischindex, dass es auch Schritt hält mit der Lohnentwicklung und der Teuerung.

Trotz der heissen Abstimmung, die Einführung des Mindestlohns ist sehr gut vollzogen worden und angelaufen in unserem Kanton. Es gab wenige Diskussionsfelder, die gab es am Anfang bei der Einführung, insbesondere die Frage, was ist ein Praktikum und was nicht, auch das war eine grosse Frage, die geklärt werden musste. Auch die Ausnahmebestimmungen, die wir hatten für den sekundären Arbeitsmarkt, die ja explizit im Gesetz drin sind, auch das gab gewisse Fragen, aber in der Zwischenzeit läuft es sehr gut. Die allermeisten Arbeitgeber halten sich an diesen Mindestlohn, viele waren ja auch vorher schon drüber, über diesen Mindestlohn, in der heutigen Zeit, denke ich, ist es auch, wenn man als Unternehmer oder Unternehmerin unterwegs ist, sinnvoll, diese Löhne auch zu zahlen, weil man ja entsprechend auch das Personal finden will und entsprechend auch bezahlen sollte. Also die Einführung, die ging sehr gut vonstatten, aber wir überprüfen das, die Inspektorinnen und Inspektoren im AWA. Die Einführung war per 1. Juli 2022, man hatte dann ja noch ein halbes Jahr Zeit, um compliant zu werden und seit 2023 ist es Pflicht und seit dann gibt es diese Kontrollen und das ist der erste Bericht, der vorliegt, der in der Kommission lag.

Die Kontrolltätigkeit, die fokussiert sich jeweils auf bestimmte Branchen. Der Start waren drei Tieflohnbranchen, das war erstens in der Kosmetik- und Nageldesignstudios, in den Fitnesszentren und auch den Textilreinigungsunternehmen. Die ersten beiden Branchen sind auch Branchen der tripartiten Kommission des Bundes, die diese festgelegt hat. Kontrolliert wurden 215 Unternehmen, jeweils die Lohnunterlagen einzureichen, bei 119 Unternehmen fanden vertiefte Kontrollen mit Lohnprüfungen statt, bei 17 Unternehmen wurden Verstösse gegen das Mindestlohngesetz festgestellt, das ist eine Verfehlungsquote von rund 15%. Drei Unternehmen wurden darauf verwarnt, weil es um kleine Unterschreitungen handelte und 14 Unternehmen bzw. die verantwortlichen Personen wurden an die Staatsanwaltschaft überwiesen wegen 12 Mindestlohnunterschreitungen und zwei Auskunftsverweigerungen. So der Bericht dieses ersten Jahres des Mindestlohnes. Zwei Unternehmen wiesen hohe Lohnunterschreitungen auf, wir reden da von 29’400 Franken und von 11’000 Franken. Diese Lohnüberschreitung von über 40’000 Franken betraf sieben Arbeitnehmende, das war vor allem im Zusammenhang mit der Praktikadefinition.

Das ist der Bericht, den Sie auch nachlesen können. Wie gesagt, die Einführung verlief gut, die allermeisten Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen halten sich an diesen Mindestlohn. Wir führen selbstverständlich diese Kontrollen weiter, auch in anderen Branchen, auch auf Hinweise, so dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter dieses Gesetz fallen, auch zu ihrem Mindestlohn kommen, den sie für ihre Arbeit verdienen. Herzlichen Dank für die Kenntnisnahme und für die Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die SVP ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Besten Dank für diese Berichterstattung, jetzt wissen wir auch die Details über den Bericht, den Sie nun ausgeführt haben. Besten Dank dafür. Ich möchte dennoch diesen ersten Bericht dazu nutzen, auch hier in Erinnerung zu rufen, dass es auch negative Folgen dieses Mindestlohnes gab, dieser Einführung. So haben wir eine Studie der Wirtschaftsprofessorin Conny Wunsch, die hier schon mehrere Befragungen gemacht hat, die gezeigt hat, dass die Hauptmassnahmen der Arbeitgeber auch die Arbeitnehmer konkret betreffen. Hauptmassnahme Nummer 1, die genannt wurde, Automatisierung, also die Prozesse werden angeschaut, werden automatisiert, Arbeitnehmer werden hier durch Maschinen ersetzt, so wurde es zum Teil auch formuliert. Zweiter Punkt, der oft genannt wurde, mehr Entlassungen und zurückhaltendere Einstellungen. Auch das betrifft wieder die Arbeitnehmer, die Einsteigerjobs fallen weg oder es wird eben schwieriger, diesen Einstieg zu finden oder man verliert die Stelle direkt ganz. Und drittens, der dritte genannte Punkt, der oft gesagt wurde, Preise wurden erhöht. Das betrifft alle, es bringt mir nichts, wenn ich mehr einnehme, wenn ich nachher auch wieder mehr zahle für die ganzen Dinge, die verkauft werden. Also man sieht, die Kosten steigen, die Einsteigerjobs werden weniger, es wird schwieriger, den Berufseinstieg zu finden, wenn man vielleicht nicht super gut ausgebildet ist, aber auch im Studium wird es schwerer, eine Stelle zu finden. Also es gibt hier auch negative Folgen dieses Mindestlohnes und es trifft zumindest teilweise genau diejenigen, denen er helfen soll.

Das hat sich auch gezeigt am Anfang in der verschiedenen Berichterstattung. Es gab einen Fall, Sie haben ihn sicherlich alle gesehen, der in den Medien war, dass eine Taxizentrale alle Taxifahrer entlassen hat und ihnen geholfen hat, selbstständig zu werden. Diese haben jetzt weniger Sicherheit, die Sozialversicherungen, etc. um die müssen sie sich jetzt selber kümmern. Ebenfalls gab es ein sehr unerfreuliches Beispiel bei dem Behindertentransport IVB, die die Preise massiv erhöhen mussten und damit genau denjenigen, denen durch die Beteiligung in der Gesellschaft geholfen werden soll, hier durch teurere Preise das wiederum erschweren. Auch Selbständige, das ist mir immer wieder zu Ohren gekommen, wurden kontrolliert, Selbständige, die sich selber angestellt haben, und hier hat man wenig Gnade walten lassen. Also wenn ich in meinem eigenen Geschäft angestellt bin, muss ich auch den Mindestlohn einhalten, das war wohl nicht die Idee dieses Mindestlohnes. Und schliesslich die ganzen Praktikumsstellen, der Herr Regierungsrat hat es angesprochen, diese fallen

einfach weg, diese werden einfach nicht mehr angeboten und das ist, was mir sehr stark zu Ohren kommt und was mir doch auch Sorgen bereitet, weil es ist eine Möglichkeit, schon Berufserfahrungen zu sammeln, den Einstieg zu finden.

Zudem ist auch in der Statistik vieles dann auch nicht sichtbar. Die Stellen, die wegfallen, Studenten, die gehen sich nicht arbeitslos melden, die sind nicht in der Statistik. Grenzgänger, die werden nicht in der Schweizer Statistik erfasst werden, also auch hier muss man berücksichtigen, dass nicht alle Folgen direkt sichtbar sind, zumal die negativen Effekte dieses Mindestlohnes auch erst in den wirtschaftlich schwierigeren Zeiten sichtbar werden. Das werden wir vielleicht dann noch sehen, weil jetzt haben wir sehr gute Zeiten hinter uns. Man muss schon berücksichtigen bei dieser Mindestlohnthematik, wer Vollzeit arbeitet, ist nach Statistik kaum von Armut betroffen, es sind andere Gründe, die dazu führen. Und hier haben wir mit der Mindestlohnthematik etwas, wo eben genau dieser Einstieg in die Berufswelt, diese Arbeit, diese einfacheren Jobs, wo man später auch aufsteigen kann, verschwinden und das eben erschwert, dass man nachher diesen Einstieg hat und arbeiten kann und sich das Leben finanzieren kann. Das darf einfach nicht vergessen werden.

Ein kleiner Blick nach vorne, Sie haben es vielleicht gesehen in der Vorbereitung, der Bericht fürs 2024 ist auch schon da. Hier etwas Erfreuliches, man sieht, die Quote der Verstösse geht bereits runter von 15 auf 12,9, das obwohl doppelt so viele Kontrollen durchgeführt wurden. Also wir sehen hier auch, der Betrag auch dieser Verstösse ist von knapp 50’000 ist auf 20’000 runtergegangen, also man sieht viel mehr Kontrollen, die Verstösse in einem wesentlich kleineren Bereich, ich denke, das ist sehr erfreulich und das zeigt auch, Arbeitgeber möchten die Sache richtig machen, möchten sich an die Gesetze halten und die Fehler, die gefunden werden, die werden auch sehr schnell korrigiert, was sich auch darin zeigt, dass diese Fehlbeträge sehr schnell nachbezahlt wurden, beinahe vollständig. Ich denke, das ist auch sehr erfreulich und das kann man auch mal hervorheben, dass die Arbeitgeber hier sich auch Mühe geben. Und es ist ja auch nicht ganz einfach, jedes Jahr bisher wurde der Mindestlohn angepasst, das heisst, man muss hier auch stetig schauen, wenn man hier bei diesen tiefen Löhnen ist, dass man die ständig wieder anpassen muss, wir sind ja jetzt von 21 bereits schon wieder auf 22 Franken inzwischen. Es ist ja jedes Jahr eine Anpassung, die man als Unternehmer auch berücksichtigen muss und es ist ja nicht so, als würde ich mich als Unternehmer nur mit dem ständig befassen.

Wir werden den Bericht selbstverständlich zur Kenntnis nehmen, aber es war mir einfach wichtig, auch diese Punkte noch anzubringen, weil es tatsächlich auch negative Folgen gab und hier doch ein bisschen zu positiv dargestellt wurde, wie das aufgenommen wurde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Kabakci. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Mahir Kabakci (SP): Laetitia Block, Sie haben ja oft von den negativen Folgen geredet, deshalb möchte ich wissen, was ist aus Ihrer Sicht oder aus Sicht der SVP ein würdiger Stundenlohn?

Laetitia Block (SVP): Ein würdiger Stundenlohn ist dort, wo man auch tatsächlich die Jobs nachher schaffen und finanzieren kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion BastA hat Franziska Stier das Wort.

Franziska Stier (BastA): Der Mindestlohn ist kein Luxus. Er schützt Menschen vor Armut trotz Arbeit und er entlastet unsere Sozialwerke. Darum möchte ich zuerst Danke sagen an die Kontrolleurinnen und Kontrolleure, die diese wichtige Aufgabe ernsthaft angehen und ihr Engagement stärkt alle Arbeitnehmenden in unserem Kanton. Der Bericht trotz seiner Kürze zeigt deutlich, es besteht Handlungsbedarf. 2023, wir haben es gehört, haben 15% der kontrollierten Unternehmen die Mindestlohngrenze unterschritten oder die Auskunft verweigert. Löhne in Höhe von fast 50’000 Franken wurden schlichtweg unterschlagen. Das ist kein Kavaliersdelikt. Den Unternehmen muss klar sein, wer betrügt, zahlt drauf. Das Gesetz ist kein Goodwill, es ist eine sozialpolitische Massnahme, die uns allen dient.

Ich möchte aber auch einen Blick nach vorne werfen, Stichwort Plattformökonomie. Was in den Berichtsjahren nicht ins Gewicht fiel, sind die wachsenden Arbeitnehmendenzahlen in der Plattformökonomie und in digitaler Scheinselbstständigkeit. Hier entsteht, oder besser gesagt, hier existiert ein neues Prekariat, ohne Mindestlohn, ohne soziale Sicherheit und ohne soziale Verantwortung. Ob Kurierfahrer, Clickworker, Essenslieferantin, hier arbeiten Menschen oft ohne Mindestlohn, ohne Sozialversicherung und ohne Rechte. Auch wenn wir die Auswahl der Fokusbranchen nachvollziehbar und richtig finden, braucht es einen Fokus auf diesen Bereich. Das heisst, 200 Stellenprozente reichen bei weitem nicht aus, um den formulierten gesetzlichen Anspruch, ich zitiere dazu § 4 Abs. 1 zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen: der Regierungsrat

sorgt für die Einhaltung der Bestimmungen in diesem Gesetz und beauftragt ein Kontrollorgan, welchem er die Mittel für wirksame, flächendeckende Kontrollen zur Verfügung stellt, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Ich möchte auch auf die Ausnahmen vom Mindestlohn eingehen. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass die Ausnahmeregelungen in der bestehenden Form dem Ziel armutsfester Löhne verfehlen. Im März dieses Jahres veröffentlichte der VPOD, dass das millionenschwer subventionierte Theater, unser Theater, die Mindestlöhne bei den Billettkontrolleur*innen unterschreitet, weil diese weniger als 70 Stunden pro Jahr eingesetzt werden. Es geht hier immerhin um mehr als 100 Beschäftigte. Diese Regelung war ein Zugeständnis an kleine Unternehmen, wird aber im grossen Stil missbraucht. Es ist schlichtweg beschämend, dass gerade öffentliche Institutionen diese Schlupflöcher ausnutzen.

Der dritte Punkt, den ich aufgreifen möchte, ist die Höhe des Mindestlohns. Um die Debatte von eben wieder aufzugreifen, wie viel ist Ihnen die Arbeit einer OP-Putzfrau, die Ihren OP reinigt, wert. Das Jahreseinkommen bei einem 100%-Pensum mit dem aktuellen Mindestlohn beträgt gerade mal 48’000 Franken. Und jetzt bitte ich Sie alle, einen Moment zu überlegen, wie Ihr Leben aussehen würde, wenn Sie ein Einkommen von 48’000 Franken hätten. Wie würde Ihre Wohnung aussehen, welche Freizeitangebote würden Ihre Kinder nutzen, welche Sozialleistungen würden Sie ohne Scham beantragen, damit das Geld bis Monatsende reicht. Es geht mir hier nicht um Mitleid, es geht mir um den Realitätscheck. Viele Menschen in diesem Saal hätten ziemlich sicher Mühe, mit diesem Einkommen über die Runden zu kommen.

Wir hatten im Berichtsjahr 2023 eine Erhöhung von 45 Rappen, im letzten Jahr eine Erhöhung um 25 Rappen. Diese Anpassungen entsprechen im Tieflohnsegment nicht den realen Teuerungskosten. Die regressive Belastung der Teuerung muss bei der Anpassung des Mindestlohns berücksichtigt werden, damit der Mindestlohn seinen sozialpolitischen Zweck erfüllen kann. Der Mischindex verschleiert die Realität im Tieflohnbereich. Wer wenig verdient, spürt die steigenden Krankenkassenprämien, Lebensmittel und Mieten viel stärker als Elektroartikel und Fernreisen.

Unser Fazit zum Bericht lautet also, erstens, wir brauchen mehr Ressourcen in der Prävention und Kontrolle des Mindestlohns, nicht nur im Bereich der Gig Economy, auch im Bereich der Praktika. Zweitens, wir müssen die Plattformökonomie ganz besonders in den Blick nehmen, drittens, wir müssen Ausnahmen schliessen, die missbraucht werden können, und viertens, um dem Mindestlohngesetz als sozialpolitische Massnahme langfristig Rechnung zu tragen, braucht es einen anderen Mechanismus als den Mischindex, der die realen Teuerungskosten im Tieflohnsegment wirklich abbildet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen, werden diese entgegengenommen? Herr Weber, Ihre Zwischenfrage wird nicht entgegengenommen, setzen Sie sich wieder hin. Herr Weber, erster Ordnungsruf, setzen Sie sich hin. Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Sie haben gesagt, wir sollen uns vorstellen, wie sich jemand fühlt, der mit 48’000 Franken im Jahr lebt. Frage an Sie, wie fühlt sich jemand, der die Kündigung erhält, weil das Unternehmen nicht mehr allen Mitarbeitern den Lohn zahlen kann?

Franziska Stier (BastA): Wenn wir über die Höhe von Mindestlöhnen sprechen, dann müssen wir uns überlegen, was will unsere Gesellschaft und welchen Wert hat eine bestimmte Arbeit. Das ist für mich zentral.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beda Baumgartner für die SP.

Beda Baumgartner (SP): Der Mindestlohn ist eine Errungenschaft. Er ist eine Errungenschaft, wo wir in der Deutschschweiz der erste Kanton waren, der einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt hat. Er ist eine Errungenschaft, die wir pflegen, die wir kontrollieren, aber die wir gegebenenfalls auch anpassen und ergänzen müssen.

Lassen Sie mich zwei Dinge am Anfang sagen zu den angeblich verbesserten Zahlen, die Frau Block gesagt hat. Ja, in Prozent ist das so, in Absolutzahlen ist es nicht so. Es haben mehr Unternehmen dagegen verstossen und ich wäre als zweites sehr daran interessiert, wenn wir eine Diskussion anhand von Fakten machen würden. Und wenn wir von Fakten reden, dann hören Sie bitte auf, diese Umfrage, die Frau Wunsch gemacht hat, als Studie zu bezeichnen, erstens, das hat sie nämlich selber korrigieren müssen, und zwar ziemlich dezidiert, und zweitens, ich kenne diese Umfrage sehr gut, leider, weil ich mich ziemlich detailliert mit ihr auseinandersetzen musste, weil sie eben von den Wirtschaftsverbänden als Fakten präsentiert wurde. In dieser nicht repräsentativen, anonymen und freiwilligen Umfrage geht es bei den Auswirkungen um 23 betroffene Unternehmen im Kanton Basel-Stadt. Und anonym und freiwillig, damit Sie sich das mal kurz hier alle praktisch vorstellen können, machen Sie mal den Laptop auf in Theorie, wenn Sie jetzt den Link zur Umfrage hätten und noch einen

VPN auf Ihrem Laptop installiert hätten, dann könnten Sie diese Umfrage mehrfach ausfüllen. Das WWZ hat nicht gesagt, dass das nicht möglich ist, das WWZ hat mehrfach sagen müssen, dass es nicht repräsentativ sei, was Sie hier gemacht hätten, aber auf jeden Fall, ich zitiere, informativ. Da bin ich schon froh, dass der Kontrollbericht des Mindestlohns ein bisschen mehr an den Fakten orientiert ist als diese genannte Studie, und bitte hören Sie auf, es Studie zu nennen, dieses Produkt des WWZ.

Es ist übrigens auch keine Gnade, die es braucht, ob man einen Mindestlohn einhalten muss oder nicht, Frau Block. Es geht auch nicht darum, was einem zu Ohren gekommen ist, es geht darum, dass das Gesetz ist. Das wurde abgestimmt und das wird vollzogen und man muss sich daran halten. Um das geht es bei diesem Mindestlohngesetz, um das geht es bei der Kontrolltätigkeit. Es geht nicht darum, dass es zu viele Kontrollen gibt, es geht darum zu fragen, warum haben wir immer noch 13% der Unternehmen, die, nachdem so lange Fristen existiert haben, um den Mindestlohn einzuführen, immer noch nicht diesen sehr tiefen Mindestlohn zahlen können. Das ist die Frage, die sich die Arbeitgeberverbände stellen müssten und nicht die Frage, wie kann man die Kontrolltätigkeit runterfahren.

Warum wurde angepasst nach oben? Liebe Kolleginnen und Kollegen auf bürgerlicher Seite, die damals in der WAK waren, der AHV-Mischindex ist das kleine Zugeständnis, das wir bekommen haben für einen deutlich tieferen Gesamtgrundmindestlohn und es ist einfach faktisch die Anpassung an wie sich die Situation der Kaufkraft in der Schweiz entwickelt hat und es ist immer noch zu tief, es gibt immer noch nicht alles wieder. Das ist nicht eine willkürliche Feststellung des Regierungsrats oder von den linken Mehrheiten, das ist wie Fakt. Wir haben übrigens auch immer noch Unternehmen in diesem Kanton, eben im Bereich, wie Franziska Stier gesagt hat, der Plattformökonomie, die diesen Mindestlohn einfach nicht zahlen, obwohl sie bundesgerichtlich bestätigt in mehreren Kantonen Arbeitgebertätigkeit haben, wie zum Beispiel das Unternehmen Uber. Das sind die Dimensionen, wo wir die Kontrolle anpassen müssen und verschärfen müssen.

Zum Bericht des Regierungsrates würde ich mir in Zukunft wünschen, dass man bezüglich den Ausnahmen bei Arbeit auf Abruf, die mit den 70 Stunden im Gesetz vorgesehen sind, dass man das quantifizieren könnte. Ich fände es gut, wenn man hier genauer wüsste, von wie vielen Zahlen wir hier wirklich reden. Ich fände es auch gut, wenn der Regierungsrat für einen nächsten Bericht zum Mindestlohn sich auch überlegen würde, ob er sich eine wirkliche Studie oder eine wirkliche wissenschaftliche Begleitung in einer grösseren Dimension leisten könnte, weil ich finde es schon sehr schwierig. Und ich appelliere da schon nochmal an die bürgerliche Ratsseite und an die Seite der Arbeitgeberverbände, wenn Sie sich thematisch mit dem auseinandersetzen wollen, dann bitte ich Sie wirklich, legen Sie Ergebnisse vor, wo wir tatsächlich anhand der Fakten diskutieren können. Weil wir hatten eine mediale Diskussion, ich habe das in meiner Interpellation im Februar schon gesagt, die wissenschaftlichen Kriterien nicht genügt hat. Es ist kein Wunder, dass das Wirtschaftswissenschaftliche Zentrum dann so schnell sagen musste, es war nicht repräsentativ und es war halt freiwillig und man konnte das einfach als Umfrage ausfüllen. Und wir hatten eine Diskussion, die am Schluss dem sozialpolitischen Ziel des Mindestlohns massiv geschadet hat.

Ich bitte Sie natürlich im Namen der SP-Fraktion um Kenntnisnahme des Berichts und ich bin auch überzeugt, dass wir diesem Mindestlohn Sorge tragen müssen und ihn gegebenenfalls auch anpassen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich wollte nur kurz fragen, ob Sie dann dem WWZ komplett die wissenschaftliche Kompetenz absprechen, so wie Sie hier reden?

Beda Baumgartner (SP): Nein, mir würde nie einfallen, einem gesamten Institut die wissenschaftliche Kompetenz abzusprechen, aber in diesem Fall, finde ich, gibt es sehr viele sehr fragwürdige Punkte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat Anina Ineichen das Wort.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Jetzt gibt es gar nicht mehr so viel zu sagen, vielen Dank, Beda Baumgartner, für das sehr gute Votum, auch für die Bemerkungen zur Umfrage. Trotzdem möchte ich mir das Sprechen nicht ganz nehmen lassen.

Es gibt in Basel-Stadt ungefähr 15’000 Unternehmungen gemäss kantonaler Homepage, davon wurden 250 kontrolliert, 15% davon hatten kleinere oder auch grössere Verstösse gemeldet. Nun sind 250 sicher eine grosse Arbeit für das Team, welches diese Kontrollen durchführen muss, aber ich glaube, es wäre sinnvoll, wenn wir dort nochmal hingucken und das genauer anschauen, reichen die Ressourcen aus für die Kontrollen, müsste dort nicht eine seriösere Kontrolle vorgenommen

werden. Selbstverständlich gibt es das Kontrollsystem, man konzentriert sich ja auch auf einzelne Berufe, das wurde schön ausgeführt im Bericht, aber mir scheint das Verhältnis der Zahlen nicht ganz in einem guten Verhältnis.

Dann trotzdem auch noch schnell zu der Umfrage. Ich glaube, ein ganz wichtiger Satz, der in der Umfrage steht, ist, dass es eigentlich im Verhältnis zu anderen Kantonen, welche keinen Mindestlohn kennen, keine grossen Unterschiede gibt. Also dieselben Veränderungen, die die Umfrage aufführt, gibt es überall, das sind einfach die Entwicklungen, das Umfeld ist sehr schwierig und das ist sehr unabhängig vom Mindestlohn.

Und dann möchte ich auf einen sehr positiven Aspekt des Mindestlohnes hinweisen, gerade mit der neuen Kita-Gesetzgebung. Ich arbeite im Kanton Baselland und bei uns sind sehr viele Mitarbeiter*innen der Kitas nach Basel abgewandert, weil es hier einfach bessere Umstände gibt für diese Menschen. Ich glaube, das ist etwas Positives, weil so kommen die guten Arbeitskräfte zu uns in den Kanton und das ist doch das, was wir wollen.

Ich denke, der Kontrollbericht war sehr interessant und gut zu lesen, vielen Dank dafür. Auch von mir, finde ich, braucht es Anpassungen im Bereich der Kontrolle, wir müssen vielleicht auch noch einmal über die Definition der Ausnahmen diskutieren, hier scheint es trotz allem noch Unklarheiten zu geben, auch wenn diese offenbar dann im Einzelfall doch geklärt werden können, aber summa summarum empfiehlt meine Fraktion, also die Fraktion GRÜNE/jgb die Kenntnisnahme, wobei eine Nichtkenntnisnahme etwas schwierig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Tobias Christ das Wort.

Tobias Christ (GLP): Die Fraktion der Grünliberalen nimmt diesen Bericht zur Kenntnis und anerkennt, dass da die Regierung aus unserer Sicht ihrer Pflicht, den Mindestlohn zu kontrollieren, anständig nachgekommen ist und insofern nehmen wir das gerne zur Kenntnis. Inwiefern man aus diesem Bericht jetzt ableiten kann, dass dieses Instrument Mindestlohn seine sozialpolitischen Ziele erfüllt oder nicht erfüllt oder was jetzt hier Not tun würde, das sehen wir nicht, aber da die Debatte jetzt mal angefangen hat, wollen wir trotzdem hier auch nochmal Stellung nehmen als Grünliberale. Wir sehen das Instrument sehr kritisch. Auch wenn wir die sozialpolitischen Ziele, die sich dahinter verbergen, natürlich ein Stück weit teilen, sind wir sehr kritisch, ob der Mindestlohn das erfüllen kann und erfüllen wird, sowohl allgemein als auch hier in unserer speziellen Situation oder noch mehr in dieser speziellen Situation im Kanton Basel-Stadt.

Ein Aspekt, damit will ich jetzt nicht fordern, dass wir als Grünliberale finden, es sind weitere Untersuchungen, insbesondere von Seiten des Kantons nötig, das haben wir auch nicht abgesprochen, einfach noch ein Aspekt, den ich noch hier mitgeben will, ist, ich denke, ein grosses Problem ist, dass sich das ein Stück weit der Untersuchung auch entzieht. Es ist sehr schwierig, das gut zu untersuchen, weil ein Problem, das, glaube ich, nicht angesprochen worden ist, insbesondere von meiner Vorrednerin Laetitia Block, die sonst sehr viele Aspekte sehr gut erwähnt hat, ist, dass es tendenziell eine Verdrängung in den Schwarzmarkt gibt oder in die Schattenwirtschaft. Das heisst, es könnte sein und es ist plausibel, dass gewisse Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer in Zukunft komplett schwarz anstellen werden, und das macht es einfach viel schwieriger, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass wir das nicht wollen. Und das macht es einfach schwierig, das Ganze zu untersuchen, auch wenn man vielleicht sagen könnte, das klingt vielleicht ein bisschen zynisch, dass es erfreulich ist, dass die Jobs so nicht ganz verloren gehen, klar, aber wir sind uns einig, das wollen wir natürlich nicht. Das einfach noch als Gedanke.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Mitte-EVP hat Franz-Xaver Leonhardt das Wort.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Weil die Diskussion so angeregt ist, habe ich mir erlaubt, jetzt noch das Wort zu ergreifen, weil es gibt zwei, drei Sachen, die ich mir erlaube, auch als Unternehmer hier zu sagen. Die Forderung nach mehr Kontrollen beim ersten Einführen, ich finde, das ist übertrieben. Ich kann Ihnen sagen, ich als Unternehmer werde so viel kontrolliert, Mehrwertsteuerkontrolle, die Arbeitssicherheitskontrolle, die Arbeitszeitkontrolle. Also ich glaube, man darf den Arbeitgebenden Verantwortung auch geben und es gibt ganz viele, die sich hier wirklich gut an die Gesetze halten.

Der Mindestlohn, den wir eingeführt haben vor drei Jahren, ist ein guter Kompromiss. Ich erinnere nochmal, die Forderung von, glaube ich, 24 Franken war das, und dann hat Regierungsrat Brutschin in der WAK diese 21 Franken gefordert, die jetzt mit der Teuerung erhöht sind. Ich glaube, das ist ein guter Kompromiss. Es gibt einige Branchen, die auch kämpfen müssen, hier in Basel einen Mehrwert zu generieren, dass sie 21 Franken offiziell bezahlen können. Der Arbeitgeber bezahlt ja auch noch die AHV, die Pensionskasse, die zweite Säule dazu, also es wird für uns teurer.

Von dem her, wir nehmen den Bericht gut zur Kenntnis, es sind mit 15% einige, die sich nicht daran halten, aber ich glaube, für die erste Einführung ist das eine gute Quote. Ich bin überzeugt, bei der nächsten Berichterstattung wird diese Quote

reduziert. Wo ich auch froh bin in dieser Diskussion, dass nicht von der, Sie haben bürgerlichen Seite eben gesagt, jetzt sage ich von der linken Seite nicht noch die Forderung ist, dass die allgemein verbindlichen Arbeitsverträge, wie in unserer Branche mit dem L-GAV, dass der hier ausgenommen ist, weil ich finde, das wäre dann sehr kompliziert. Also ich bin sehr froh, dass wir diese Art in Basel jetzt eingeführt haben und freue mich auf die nächste Berichterstattung und danke für die erste Berichterstattung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir gehen in die zweite Runde, Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für diese angeregte Diskussion. Hier ist der Kontrollbericht, das heisst, wir haben den Auftrag, den kantonalen Mindestlohn zu kontrollieren. Das ist der Kontrollbericht 23, das ist schon ein Weilchen her, das war noch am Anfang, auch die Kontrollbehörde war noch im Aufbau, dennoch wurden die Kontrollen gut durchgeführt. Der Bericht fürs 2024, der liegt ja schon vor, den haben wir im August verabschiedet, den finden Sie bereits auf dem Netz, da gab es mehr Kontrollen bei anderen Branchen und die Verfehlungsquote ist leicht gesunken auf 13%. Das sind alles Entwicklungen, die gut sind. Der Regierungsrat ist zurzeit der Meinung, es braucht diese Kontrolle, die hat sich jetzt etabliert, aber wir planen zurzeit nicht, da Ressourcen auf- oder abzubauen, sondern wir finden die Ressourcierung zurzeit zielgerichtet, um sicherzustellen, dass Kontrollen stattfinden, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ihrem Recht kommen und ihren Mindestlohn von 22 Franken erhalten, so wie das die Bevölkerung gewollt hat.

Die Diskussion drehte sich ja hier jetzt nicht so stark um die Kontrollen, sondern stärker um die Auswirkungen des Mindestlohnes. Es gibt keine wissenschaftlichen Studien zu den Auswirkungen hier im Kanton Basel-Stadt. Meine Wahrnehmung ist oder auch die Rückmeldung, die ich bekomme, ich kriege eigentlich keine Rückmeldung von negativen Auswirkungen. Ich würde davon ausgehen, wenn es die im grossen Masse gäbe, dass die zu uns kommen würde als Amt und auch als Vorsteher des Wirtschaftsdepartements und daraus schliesse ich, dass die Einführung gut verlief, dass sie tragbar ist für die Wirtschaft und sie bringt ja auch den Leuten, die durch den Mindestlohn einen besseren Lohn erhalten, ganz konkret eine bessere Situation in ihrer Ressourcierung und entlastet uns auf der anderen Seite auch auf der Sozialtransferseite.

Eine Bemerkung noch zu den Ausnahmen. Der sekundäre Arbeitsmarkt und auch die IV-Beziehenden sind vom Mindestlohn ausgenommen, das haben Sie explizit so im Gesetz festgelegt. Es gab aber Unternehmen, die diese Ausnahme nicht gezogen haben und den Mindestlohn allen bezahlt haben, auch den Sekundären und IV-Beziehenden. Das ist begrüssenswert, ist aber nicht Folge des Gesetzes, sondern ein freier unternehmerischer Entscheid. Das ist so festzustellen, kann aber dann nicht dem kantonalen Mindestlohn zu Last gelegt werden, weil diese Ausnahme explizit in diesem Gesetz da ist. Sie kennen die Ausnahmen, Praktika sind auch ausgenommen, aber es muss eben ein Praktikum sein, der den Ausbildungszwecken dient und nicht einfach ein Titel ist, damit man eine Billiglohnanstellung vollziehen kann. Ich glaube, das ist Sinn und Zweck dieses Paragraphen und der ist auch richtig. Ja, wir wollen Praktika-Stellen haben in diesem Kanton, die aber dem Ausbildungszweck dienen und dann auch ein tieferes Entgelt enthalten dürfen, weil dann die Menschen, die das tun, dann auch Bildung bekommen und nicht nur Lohn. Dort ist es richtig, aber nicht als Titel, um einfach jemand unter dem Mindestlohn anzustellen. Das ist die Absicht des Gesetzes, das wird entsprechend auch so vollzogen von den Behörden.

Vielen Dank für die Diskussion und vielen Dank auch für die Kenntnisnahme.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der WAK verzichtet in einer zweiten Runde. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Sie haben den Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis genommen. Das Geschäft ist erledigt.

10. Statistischer Wirtschaftsbericht der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura 2024, Bericht des RR

[10.09.25 10:39:42, 24.0863.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die WAK und der Regierungsrat beantragen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Für die Kommission hat Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Wir haben in der Kommission diesen Bericht zur Kenntnis genommen. Es zeigt sich, dass die Wirtschaft in diesen Jahren sich sehr gut entwickelt, was wir natürlich mit Freude zur Kenntnis genommen haben. Dazu haben natürlich verschiedene Erfolgsfaktoren beigetragen. Basel-Stadt ist ein attraktiver Standort, der Wirtschaftsraum umfasst natürlich auch unsere Nachbarkantone, insbesondere Baselland und Jura, mit denen wir zusammen diesen Bericht machen.

Es ist klar, die Haupt- oder die Leitbranche in unserem Kanton, in unserer Region ist die Life Science und wir haben in der Vergangenheit viel unternommen, um dort auch attraktive Bedingungen zu schaffen. Selbstverständlich gehört da auch dazu, dass man attraktive Bedingungen für die internationalen Mitarbeitenden hat, weil wir wissen alle, dass das ein sehr internationalisierter Wirtschaftszweig ist, wo auch sehr viele Menschen von ausserhalb hier arbeiten und da geht manchmal vergessen, dass auch Massnahmen wie zum Beispiel ein gutes Kita-Angebot, usw. auch Erfolgsfaktoren für unsere Wirtschaft sind. Als zweites ist sicher zu nennen auch der Tourismus. Das fällt jetzt nicht ins Berichtsjahr, aber ich glaube, die Anstrengungen, die in diesem Bereich unternommen wurden, mit zwei Grossereignissen wurden die gekrönt und zeigen, dass wir hier in diesem Bereich unterwegs sind.

Aber es ist klar, der Bericht betrifft die Vergangenheit. Also wir stehen jetzt natürlich vor grossen Herausforderungen, ein schwieriges Umfeld, die internationale Lage hat sich verändert seither, umso wichtiger ist, erlauben Sie mir trotzdem als Kommissionssprecher hier den Hinweis, heute Morgen haben wir gerade von der HKBB auch ein Newsletter bekommen, das Verhältnis zur EU. Von daher ist dieser Bericht schön zur Kenntnis zu nehmen, aber die Herausforderungen sind da noch nicht abgebildet, wie sie sich uns heute stellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Dieser Bericht, Sie sehen es, ist ein gemeinsamer Bericht der Kantone Basel-Landschaft, Kanton Jura und Basel-Stadt, also die Kantone, die auch Basel Area gemeinsam tragen, auch die Standortpromotion gemeinsam vorführen, ich bin sehr froh, dass dies auch gemeinsam geschieht. Aus einer globalen Perspektive sind wir ein Wirtschaftsraum, der sich sehr stark auszeichnet durch unser Life Sciences-Cluster. Der Bericht beleuchtet tiefere Punkte und der Zeitpunkt, den er beleuchtet, ist vielleicht noch entscheidend. Die Regierungsräte der drei Kantone haben diesen Bericht ja verabschiedet im Juni 2024, das ist schon ein Weilchen her, und die Zahlen, auf die er sich stützt, sind die Zahlen 2022. Also Sie sehen, die wirtschaftliche Realität ist heute eine andere und wird morgen eine noch andere sein. Von dem her, Pascal Pfister hat es gesagt, ist es wirklich ein Rückblick auf die Situation oder ein Standbericht zumindest von 2022, der aber wichtige Indikation auch gibt.

Der Bericht beleuchtet diverse Bereiche, das BIP, die Unternehmensbewegung, der Arbeitsmarkt, die Bildung der Bevölkerung, der Aussenhandel und die zeigen, dass die Region eine sehr dynamische Region ist und der Bevölkerung ein hohes Wohlstandsniveau bietet. Was man auch sieht, ist, dass die Region sich gut und schnell erholt hat vom ökonomischen Schock der Covid-Krise. Ich glaube, das ist eine wichtige Kenntnis, das ist wirklich geglückt, dieses Covid-Tal rasch hinter uns zu lassen, auch im wirtschaftlichen Bereich. Die Branchen- und Firmenlandschaft der Region ist unterschiedlich und klar, der Wachstumstreiber ist der Life Sciences-Cluster, die Schlüsselbranche Pharma und auch noch die Versicherung, wo wir auch ein klares Wachstum feststellen in den letzten Jahren hier bei uns in Basel-Stadt. Die Beschäftigungsentwicklung ist unterdurchschnittlich verglichen mit anderen Regionen, also das führt natürlich am Ende des Tages zu einem höheren BIP pro Kopf, aber auf der Beschäftigungsseite, da ist sicher der Punkt, wo es gilt, ein Augenmerk darauf zu werfen.

Als stark vernetzter Wirtschaftsraum ist die Region auf gute internationale Beziehungen angewiesen. Die bilateralen Drei sind entscheidend, unser Wirtschaftsraum, auch wenn das die drei Schweizer Kantone sind, ist natürlich die Wirtschaftsregion trinational und umso wichtiger ist es, dass wir unsere Beziehungen regeln zu unseren Nachbarländern mit den bilateralen Drei.

Was der Bericht auch macht, ist, er legt auch die unbezahlte Care-Arbeit dar, die geleistet wird, die enorm wichtig ist für unsere Gesellschaft und die ja sonst in Betrachtungen, da dafür kein Lohn bezahlt wird, in diesen Betrachtungen fehlt. Wir alle wissen aber, dass unsere Gesellschaft ohne diese unbezahlte Care-Arbeit nicht funktionieren würde und deshalb ist auch diese Arbeit Teil unserer wirtschaftlichen Tätigkeit und entsprechend hat es in diesem Bericht auch eingefunden, so wie das der Anzug Amacher und Gölgeli gefordert hat. Was nicht drin ist, es ist keine Quantifizierung da. Da kein Lohn bezahlt wird, ist es auch schwierig festzulegen, was jetzt der Preis dieser Stunden ist. Das statistische Amt hat das mal experimentell gemacht und ist dabei auf den Daten 2020 auf einen Wert von 9,8 Mia. Franken gekommen. Also wir sprechen da wirklich von einem sehr hohen und wichtigen Beitrag, auch wenn man das monetarisiert.

Das ist der Bericht, den die drei Regierungen vorlegen und ich bedanke mich für die Kenntnisnahme.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Wir danken der Regierung oder den Regierungen für den aus unserer Sicht interessanten, konzisen Bericht. Wir halten es für einen zweckmässigen Snapshot über die wirtschaftliche Situation in unserer Region. Auf den ersten Blick sieht das ja alles auch wunderbar aus. Die Pharmabranche ist in den letzten neun Jahren bis 2022 um 200% gewachsen, wir wissen alle, dass das im Wesentlichen zwei Unternehmungen zu verdanken ist. Auch die Chemie, dank Corona, ist von 2020 bis 2022 um 100% gewachsen, das wiederum ist im Wesentlichen einem Unternehmen zu verdanken, einem Unternehmen, von dem man in letzter Zeit nicht nur immer positive Nachrichten bekommen hat. Der Rest der Wirtschaft in unserer Region, geschätzte Damen und Herren, dümpelt. Ohne zwei bis drei Unternehmen aus den Bereichen Pharma und Chemie ginge es dem Kanton Basel-Stadt ähnlich wie dem Kanton Basel-Landschaft. Basel-Landschaft hat ein unterdurchschnittliches Wachstum in der Schweiz und hat ein unterdurchschnittliches Pro-Kopf-BIP in der Schweiz. Wir würden in Basel ohne diese drei Firmen an einem ähnlichen Ort stehen.

Wenn Sie diese Grafiken und Zahlen anschauen, dann bitte ich Sie, die Bereiche staatliches Gesundheitswesen, Sozialwesen und vor allem die öffentliche Verwaltung herauszudenken. Wachstum in diesen Branchen ist kein Wirtschaftswachstum. Die Erkenntnis, dass Basel ein Klumpenrisiko hat, ist nicht neu. Das Klumpenrisiko hat sich in letzter Zeit schlicht und einfach erheblich verschärft, wie diese Zahlen deutlich zeigen. Ja, wir haben in den letzten Jahren von diesem Klumpenrisiko enorm profitiert. Dafür dürfen wir dankbar sein, wir haben die Chance auch genutzt, wir haben zu diesen Branchen, zur Branche Pharma insbesondere, auch Sorge getragen, dafür sei der Regierung auch gedankt.

Aber es wurde bereits angetönt, es muss nicht immer so weitergehen. Die Diskussion um Tariffs aus den Staaten, Medikamentenpreisdiskussionen, usw. zeigen deutlich, wie wenig es braucht, um das System unseres Kantons aus den Fugen zu bringen. Auch der Sprecher der Kommission hat es angedeutet. Ich habe mir erlaubt, mal kurz anzuschauen, welches die grössten Pharmafirmen der Welt im Jahr 1980 waren. Platz 1, die Firma Hoechst, gibt es heute nicht mehr, ist in Sanofi aufgegangen, gehört nicht mehr zu den Top 10 der Welt. Platz 2, Ciba Geigy, immerhin in der Form von Novartis noch bei uns. Platz 3, American Company, wurde fusioniert. Platz 4, American Home Products, gibt es nicht mehr und erst auf Platz 5 findet man eine Firma, die es heute in der gleichen Form noch gibt, nämlich die Hoffmann-La Roche.

Wo sich das Risiko für unseren Kanton heute schon zeigt, und auch das wurde bereits erwähnt, ist bei den Arbeitsplätzen. In diesen neun Jahren hat die Anzahl der Arbeitsplätze in unserem Kanton um 1% zugenommen. Die Hälfte davon wurde von Grenzgängerinnen und Grenzgängern absorbiert. Gleichzeitig ist die Bevölkerung um 4% gewachsen und die arbeitsfähige Bevölkerung und die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, das kann man dem Bericht entnehmen, um 2,7%. Wir tun also gut daran, jetzt zu diversifizieren, dort, wo wir das können, und die Voraussetzungen zu schaffen, dass auch andere Branchen, ich denke hier zum Beispiel an IT, ich denke an Dienstleistungsbereich, aber ich denke insbesondere beim Thema Arbeitsplätze auch ans Gewerbe, dass diese Bereiche in unserem Kanton wieder wachsen können.

Zuversichtlich stimmt mich diesbezüglich die Tatsache, dass im Legislaturplan vor ein paar Tagen angekündigt wurde, dass der Wirtschaftsstandort Basel-Stadt für die Regierung an Bedeutung ganz klar gewonnen hat. Das Erhalten unserer Standortqualität, das Fördern von Innovation, das Fördern der Wirtschaft ist für die Regierung gemäss diesem Plan höchste Priorität. Das muss es auch so sein, wenn wir das Risiko nicht haben wollen, dass man dann in zehn, 20 Jahren auch unsere grossen Konzerne, die für unseren Wohlstand im Kanton sorgen, unter der Liste findet der Firmen, die es so nicht mehr gibt oder die so zumindest nicht mehr in Basel-Stadt tätig sind.

In diesem Sinne nimmt die SVP mit warnender Stimme Kenntnis vom Bericht und hofft, dass diese Stimme auch gehört wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich vermisse mal wieder die Diskussion. Ich kann jetzt, wie ich heute Morgen mitgeteilt habe, nicht mehr so viel diskutieren hier vorne, weil ich keine Unterlagen mehr auf Papier habe, darum kann ich mich jetzt nur noch hier äussern, was die Leute hier vorne sagen und ich habe genau zugehört, was Lorenz Amiet erzählt hat und ich habe die Rede super toll gefunden. Ich denke an die lange parlamentarische Sommerpause und jeden Tag habe ich in den Zeitungen genau das gelesen, was Lorenz Amiet angesprochen hat. Lorenz Amiet hat das Hauptthema angesprochen, was Basel betrifft, dass unser System Basel aus den Fugen fallen kann. Er hat Novartis und Roche genannt und ich habe jeden Tag in dieser parlamentarischen Sommerpause von diesen Zöllen von Herrn Trump gelesen. Ich habe gelesen, wir sprechen zu Wirtschaft, Regierung und Zukunft, dass ganz viele Flugzeuge von unserem Flughafen Basel wegfliegen, noch ganz schnell vollgepackt mit Medikamenten, die dann ohne Zoll nach Amerika gehen. Also der Flughafen hatte Rekordzahlen wegen diesen Zöllen, damit man noch schnell Sachen nach Amerika bringt, die man nicht verzollen muss. Und ich sage jetzt auch zu meinem Vorredner Lorenz Amiet, ordnen wir einmal ein, wie es immer heisst in der Schweizer Tagesschau um halb acht Uhr, was passiert. Novartis und Roche werden nach meiner Meinung in 20 Jahren nicht mehr in Basel anwesend sein, weil sie sagen, wir müssen die Produktionen in Amerika machen. Meine Damen und Herren, lesen Sie die 20 Minuten von heute, dort steht, Novartis hat wieder eine Firma in den USA aufgekauft. Man muss die Wahrheit anschauen, die Firmen werden

uns in 20 Jahren zu einem Grossteil verlassen und ich sage Ihnen dann ehrlich, auch an Kaspar Sutter, Basel wird dann zu einem armen Haus. Das wollte ich einfach mal sagen und hier fehlt mir die Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Bericht schaut zurück und Sie schauen schon vorwärts, das ist selbstverständlich auch richtig und gut so. Vielleicht zur momentanen Lage auch noch. Ja, die beiden grossen Firmen sind Basler Firmen seit langem und sie sind wichtig für unseren Standort, sie sind die beiden starken Beine unseres Life Sciences-Standortes. Was aber auch zu beobachten ist, dass dieser Life Sciences-Standort in den letzten Jahren auch breiter geworden ist und das ist eine sehr positive Entwicklung und die möchten wir auch weiter unterstützen. Ich nenne Lonza, ich nenne Moderna, ich nenne Johnson & Johnson, ich nenne auch Boehringer Ingelheim, die jetzt hier sind, BeOne, die neuste grosse, schon sehr grosse Biotech-Firma, die ihren Hauptsitz nach Basel verlegt hat. Der Life Sciences-Cluster wird breiter und das ist gut so und wir werden das auch weiter unterstützen. Das Basler Standortpaket leistet hier einen wichtigen Beitrag, insbesondere auch was die Innovationskraft der Zukunft anbelangt, indem auch Startups da berücksichtigt werden und wir doch essenzielle Förderbeiträge sprechen für Firmen, die forschen und entwickeln, um diese Life Sciences-Branche und den Sektor breiter zu machen.

Wir haben aber auch andere Firmen, die darf man trotzdem auch nicht ganz vergessen. Ich weiss, neben den beiden Grossen geschieht das vielleicht allzu schnell, viele andere Städte von Grösse von 200’000 Einwohnenden wären froh, sie hätten auch nur einen so grossen Konzern, wir haben zwei, aber wir haben auch andere Firmen hier bei uns. Avolta, Coop, um zwei zu nennen, und auch die Versicherungsbranche, ich habe es im Eingang erwähnt, die hat sich gut entwickelt in den letzten Jahren, da haben wir jetzt die Fusion, wenn die dann bewilligt wird durch die Behörden, aber auch dort werden wir den zweitgrössten Versicherungsanbieter der Schweiz hier bei uns in Basel haben, auch nicht zu unterschätzen. Das ist ein sehr wichtiger Entscheid für unseren Standort, der nicht im Life Sciences-Bereich liegt, sondern im wichtigen Versicherungsbereich.

Die momentanen Diskussionen laufen auf weltpolitischer Lage. Wir haben es zu tun mit einer nicht vorhersehbaren, auch nicht sehr rationalen Politik von Seiten der USA. Ich glaube, in dieser Zeit ist es wichtig, auf unsere Stärken zu schauen und in einer unsicheren Welt gewinnen wir mit unserer Verlässlichkeit, mit unserer Rechtsstaatlichkeit, mit unserer Vorhersehbarkeit auch an der Politik, auch an Standortvorteilen, insbesondere für Tätigkeiten, die langfristig investieren, die angewiesen sind, dass ihre Patentrechte geschützt sind, dass ihre Forschende hierherkommen. Auch die offenen Arbeitsmärkte sind da ein sehr wichtiger Beitrag. Wir müssen diese stärken, beibehalten und noch weiter stärken, dann haben wir hier auch einen Vorteil.

Auf der Produktionsseite dieser Bewegung sehen wir schon seit Covid, dass Medikamente näher bei den Patientinnen und Patienten produziert werden. Da ist es wichtig, dass wir als Schweiz unseren Vorteil für den europäischen Markt wirklich wahren und weiterhin der grösste Produzent an Medikamenten pro Kopf sowieso für Europa sind und bleiben, weil Produktion und Forschung doch auch Verbindungen hat und es wichtig ist, wenn wir hier Forschung und Entwicklung haben und das auch in unserem Land noch produziert wird. Deshalb ist es gut, wenn die Schweiz auch weiterhin über Produktionsstätten verfügt.

Vieles ist im Wandel, schauen wir auf unsere stabile Politik, auf unsere Stärken, dass wir dort stark bleiben und auch diese Risikofähigkeit haben. Wir haben eine sehr gute Resilienz, das haben auch die letzten vier Jahre gezeigt, aber ja, die Standortvorteile sind nicht einfach so gegeben, die müssen wir jeden Tag neu erarbeiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Pascal Pfister für die WAK.

Pascal Pfister (SP): Vielen Dank für die Ausführungen. Als Kommissionssprecher werde ich mich nicht in die Debatte über mögliche Massnahmen in die Zukunft einmischen. Ich möchte einfach nochmal einen Punkt aus dem Bericht aufnehmen, wie gesagt, ist es ein Bericht, der über drei Kantone geht. Im Kanton Jura, dort haben wir vor allem auch die Uhrenindustrie und ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen Punkt richten, nämlich dass wir dort ein Beschäftigungswachstum haben, das notwendig gemacht hat, dass die Zahlen der Grenzgänger in dieser Berichtszeit sehr stark gestiegen sind. Ich möchte damit nochmal darauf hinweisen, wie wichtig auch freundschaftliche, gute Beziehungen zu unseren Nachbarländern sind, weil vielleicht der Bericht nicht alle unsere Nachbarn umfasst, aber unser Wirtschaftsstandort auch davon abhängt, wie unsere Nachbarn sich entwickeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Sie haben den Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis genommen, das Geschäft ist erledigt.

11. Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die Realisierung «Ersatzstandort Institut für Rechtsmedizin» für die Projektierung und Ausführung von Photovoltaik-Anlagen an der Socinstrasse 57a und 59 (Neubau für das Institut für Rechtsmedizin), Ausgabenbericht des RR

[10.09.25 11:00:41, 24.1761.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Auf der Tribüne begrüssen wir eine Gruppe von Gästen aus der Umgebung der Städte Mannheim und Heidelberg. Es handelt sich dabei um die sozialdemokratische Fraktion im Verband Metropolregion Rhein-Neckar. Sie sind hier in Basel auf einer mehrtägigen Bildungsreise zum Thema Regionalplan, Bundentwicklung sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Herzlich willkommen bei uns im Rathaus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Mit dem vorliegenden Ratschlag beantragt der Regierungsrat eine Erhöhung der Ausgabenbewilligung für den Ersatzneubau des Instituts für Rechtsmedizin an der Socinstrasse. Bereits 2022 hat der Grosse Rat einen Verpflichtungskredit von rund 43 Mio. Franken für das Projekt gesprochen. Nun soll dieser Kredit um 1,078 Mio. Franken auf neu 44’125’000 Franken erhöht werden. Der Zusatzkredit ist notwendig, damit nicht nur die ursprünglich geplante Photovoltaikanlage auf dem Gebäude Socinstrasse 55A, sondern auch die Dächer des Neubaus an der Socinstrasse 59 sowie des Bestandgebäudes an der Socinstrasse 57A mit Solarmodulen ausgerüstet werden können. Grundlage ist einerseits das kantonale Energiegesetz, andererseits die beschlossene Solarpflicht bei Neubauten bzw. auch die anstehende Pflicht bei Umbauten. Damit wird das gesamte Dachpotenzial genutzt und ein zusätzlicher Beitrag zur Erreichung der Klimaziele geleistet.

Die Bau- und Raumplanungskommission hatte das Hauptgeschäft zum Ersatzneubau des IRM bereits beraten. In der jetzigen Beratung stand deshalb ausschliesslich die Erweiterung der Photovoltaikanlage im Zentrum. Die Diskussion drehte sich vor allem um die im Ratschlag erwähnte Amortisationsdauer. Dort war von 35 bis 40 Jahren die Rede, eine Zahl, die auf den ersten Blick sehr hoch erschien. In der Kommission wurde nachgefragt, ob dies den Break-Even oder die volle Abschreibung meint und ob die Wartungskosten berücksichtigt seien. Die schriftlichen Antworten der Verwaltung stellten klar, im Ratschlag war ein Fehler enthalten, gemeint ist die vollständige Rückzahlung der Investition über die gesamte Lebensdauer hinweg.

Die Betriebskosten einschliesslich Wartung sind mit drei Rappen pro Kilowattstunde einberechnet. Die lange Amortisationsdauer hängt mit der Bauweise der Anlage zusammen, die zwar teurer, aber städtebaulich verträglicher ist. Bei Anwendung des Solarstromtarifs sinkt die Amortisationsdauer sogar auf rund 15 Jahre. In der Diskussion wurde betont, dass die Anlage zwar keinen eigentlichen Gewinn abwerfen wird, sie aber langfristig rentabel ist und anders als ein Dach ohne Solaranlage immerhin ihre Kosten wieder einspielt. Zudem erfüllt sie eine gesetzliche Pflicht. Einzelne Mitglieder stellten die Frage nach der effektiven Lebensdauer der Module, wie schon eben erwähnt.

Abschliessend beurteilte die Kommission das Projekt als ökologisch sinnvoll, wirtschaftlich vertretbar und gesetzlich geboten. Die Bau- und Raumplanungskommission ist daher einstimmig zum Schluss gekommen, dem Grossen Rat die Annahme des Ratschlags zu beantragen mit 11 Stimmen ohne Gegenstimme oder Enthaltung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland verzichtet. Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung (Seite 8 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007054, 10.09.25 11:06:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Projektierung und Ausführung von Photovoltaik-Anlagen an der Socinstrasse 57a und 59 (Neubau für das Institut für Rechtsmedizin, IRM) wird die Erhöhung der am 11. Mai 2022 für die Realisierung «Ersatzstandort Institut für Rechtsmedizin» bewilligten Ausgaben von Fr. 43‘047‘000 um Fr. 1'078’000 auf Fr. 44'125'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 4 «Hochbauten im Verwaltungsvermögen» bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 84 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

12. Ausgabenbewilligung Kindergarten Schönenbergstrasse 24, Erweiterung zu Doppelkindergarten, Ratschlag des RR

[10.09.25 11:06:17, 25.0315.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat der Präsident Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat beantragt mit diesem Ratschlag eine Ausgabenbewilligung von insgesamt 3,787 Mio. Franken für die Erweiterung des Kindergartens an der Schönenbergstrasse 24 zu einem Doppelkindergarten. Das bestehende Gebäude stammt aus dem Jahr 1970. Es ist baulich und betrieblich am Ende seines Lebenszyklus, entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen und ist seit Jahren überbelegt. Seit 2016 ist die Zahl der Kinder im Einzugsgebiet um rund 150% gestiegen. Temporär musste deshalb an der Schönenbergstrasse 16 ein Ersatzstandort angemietet werden, der aber nur eine Übergangslösung darstellt. Mit der Erweiterung entsteht ein eingeschossiger Pavillonbau, der in die denkmalgeschützte Siedlung Sesselacker eingebettet ist. Der Neubau bietet Platz für 48 Kinder und wird durch ein sogenanntes Vierjahreszeiten-Zimmer ergänzt, das als verbindendes und vielseitig nutzbares Element dient.

Besonders hervorzuheben ist die nachhaltige Bauweise. Die beiden Kindergärten werden in Massivholz aus Schweizer Produktion erstellt, ohne Leim, Nägel und zusätzliche Dämmung. Bestehende Bauteile wie Fundamente, Bodenplatten oder Betonelemente werden wiederverwendet. Wo Beton nötig ist, kommt Recyclingbeton zum Einsatz. Zudem wird ein seit Jahren eingelagertes Kunstwerk von Otto Abt in die Fassade integriert.

Die Kosten gliedern sich in rund 3 Mio. Franken für den Bau und eine halbe Million Franken für die Ausstattung sowie kleinere Beiträge für den Ersatzstandort, den Umzug und den Betrieb. Die Inbetriebnahme ist für Ende 2027 vorgesehen. Mit dem Projekt erfüllt der Kanton nicht nur den dringend notwendigen Raumbedarf, sondern setzt auch ein Zeichen für ökologisches Bauen mit Vorbildcharakter.

In der Kommission stellte das Bau- und Verkehrsdepartement das Projekt umfassend vor. Dabei wurde daran erinnert, dass sich bereits vor rund zwei Jahren mehrere Mitglieder der BRK im Rahmen eines Werkstattgesprächs vertieft über die Situation und die Planungen informieren liessen. Dass die Kommission frühzeitig eingebunden wurde, erwies sich im Rückblick als sehr sinnvoll, da die heutigen Entscheide auf einer breiten Basis abgestützt werden konnten.

Die Kommission beschäftigte sich auch mit der langen Vorgeschichte des Projekts. Schon 2017 wurde eine erste Machbarkeitsstudie durchgeführt. Ein erster Entwurf musste nach Intervention der Baumschutzkommission verworfen werden, da eine geschützte Linde nicht gefällt werden durfte. Erst die nun vorliegende Lösung, eingeschossig, effizient organisiert und unter Berücksichtigung von Denkmal- und Baumschutz, fand den nötigen Konsens.

In der Diskussion wurden insbesondere Fragen des Bedarfs und des Standorts, der Nachhaltigkeit der Bauweise, der Kostenentwicklung und der Prognosen für die Kinderzahlen thematisiert. Es wurde bestätigt, dass im Einzugsgebiet keine geeigneten Alternativen bestehen und der Standort ideal ist, weil die Kinder den Kindergarten selbständig erreichen können. Mehrere Mitglieder erhoben die Pionierrolle des Projekts hervor, insbesondere das Bauen mit Massivholz und die konsequente Wiederverwendung von Bauteilen. Bei den Kosten interessierte die Kommission, ob die ökologischen Bauweisen wesentlich teurer seien. Nach Angaben des Bau- und Verkehrsdepartements bewegen sich die Mehrkosten im Rahmen von etwa 10 bis 15%, gleichzeitig wird jedoch eine deutlich bessere CO_2-Bilanz erzielt. Auch die Entwicklung der Kinderzahlen auf dem Bruderholz war ein Thema. Laut statistischen Berechnungen sind die Plätze langfristig notwendig.

Insgesamt zeigte sich die Kommission überzeugt. Es handelt sich um ein gut durchdachtes und innovatives Projekt, das nach einer langen Planungsphase nun bereit ist für die Umsetzung. Mehrere Voten betonten, dass die Verwaltung sehr sorgfältig gearbeitet hat und kaum eine bessere Lösung möglich wäre.

Die Bau- und Raumplanungskommission hat den Ratschlag zur Ausgabenbewilligung über 3,787 Mio. Franken für die Erweiterung des Kindergartens Schönenbergstrasse 24 zu einem Doppelkindergarten einstimmig mit 10 Stimmen gutgeheissen und beantragt dem Grossen Rat, dies ebenfalls zu machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben es gelesen oder auch gehört, bei diesem Projekt gab es eine Art Zusatzschlaufe in der Planung aufgrund eines geschützten Baums, aufgrund einer Linde. Aus meiner Sicht war das rückblickend gesehen wirklich eine Chance. Man hat sich nochmals mit dem Bestand auseinandergesetzt und gute Lösungen gefunden. Es gibt jetzt wirklich helle freundliche Räume für die Kinder.

Das Gebäude an sich hat wirklich Pioniercharakter bezüglich Nachhaltigkeit. Einerseits das erwähnte Massivholz, mit dem man baut, aber auch die wiederverwendeten Bauteile bis hin zu einem Kunstwerk, das jetzt eben nicht irgendwo in einem Keller verschwindet, in einem Lager, sondern die Glasscheiben wieder eingesetzt werden. Und ich denke, dieses Ensemble, dieses Zusammenspiel dieser Materialien setzt auch architektonisch ein Zeichen. Übrigens merken wir auch immer wieder, dass solche Bauprojekte für andere Kantone interessant sind, gerade gestern war eine Genfer Delegation in Basel, die sich für die Schulbauten hier interessiert hat, unter anderem im Lysbüchel, das ja auch ein Pionierprojekt ist für nachhaltiges Bauen, also ich glaube, auch hier können wir Zeichen setzen über Basel hinaus und im Austausch mit anderen Kantonen auch lernen.

Ich freue mich, dass die Kommission diese Ansicht teilt und die Ausgabenbewilligung einstimmig zur Zustimmung empfiehlt und vielen Dank auch für die konstruktiven Gespräche in der Kommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecher für die Mitte-EVP hat sich Christoph Hochuli gemeldet.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Schüler- und Schülerinnenzahlen im Kindergarten Schönenbergstrasse 24 sind seit 2016 bis heute um ca. 150% angestiegen und deshalb ist der Kindergarten seit acht Jahren konstant überbelegt. Das bestehende Kindergartengebäude an der Schönenbergstrasse ist schon 55 Jahre alt und deshalb ist die Bausubstanz am Ende seines Lebenszyklus angelangt. Mit dem vorliegenden Ratschlag bewilligen wir einen Neubau des Kindergartens. Dieser Bau wird ein Doppelkindergarten sein, womit er den gestiegenen Kinderzahlen im Quartier gerecht wird.

Beim ersten Projekt hätte eine Linde gefällt werden müssen, wogegen sich die Baumschutzkommission erfolgreich gewehrt hatte. Das überarbeitete Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs hat uns als BRK und auch mich persönlich sehr überzeugt, in architektonischer und ökologischer Hinsicht. Auch die kantonale Denkmalpflege und die Stadtgärtnerei haben das überarbeitete Projekt gutgeheissen.

Als Baumaterial für Fassade, Fenster und Innenausbau wird hauptsächlich einheimisches klimafreundliches Holz verwendet. Es wurde auf die Integration des bestehenden Pavillons, eine klimafreundliche Materialisierung und eine maximale Selbstversorgung mit erneuerbarer Energie geachtet. Zudem kommen ReUse-Bauteile von Betonelementplatten, Aussenbelägen und Mobiliar des alten Kindergartens und auch Bauteile aus rückgebauter eingelagerter Glaskunst aus dem ehemaligen Frauenspital zum Einsatz. Diese Bauteile werden für einen weiteren Lebenszyklus im neuen Kindergarten

integriert und helfen somit, den CO_2-Fussabdruck des Gebäudes weiter zu senken. Wo zusätzlicher Beton notwendig ist, wird Recyclingbeton verwendet. Der Kindergarten ist auch im Betrieb CO_2-arm. Er wird als Wärmeenergiequelle die von der Baurechtsgeberin Christoph-Merian-Stiftung letztes Jahr neu erstellte Holzpelletheizung mit Solarthermie-Unterstützung nutzen. Zudem wird der neue Doppelkindergarten ebenerdig und barrierefrei gebaut.

Sie sehen, dieses Projekt ist in jeder Hinsicht vorbildlich. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, diesem Ratschlag und dem mündlichen Bericht der BRK zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin habe ich Andrea Strahm eingetragen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich werde natürlich diesem Ausgabenkredit zustimmen, ich finde ihn auch gut. Ich habe gelesen, dass das nachhaltig ist, dass es ökologisch ist, dass die Kunst berücksichtigt wird und auch architektonisch ist das ein guter Wurf. Was ich nicht gelesen und nicht gehört habe und vermisse, das ist die Frage, wie man kühlen wird im Sommer. Wir haben die Vorstösse von Sandra Bothe, wir haben einige Probleme diesen Sommer diskutiert, es ist zu heiss in den Schulen. Ich sehe nirgendwo Massnahmen. Das ED hat in der BaZ gesagt, es hätte nun ein Plakat aufgestellt mit Verhaltensmassnahmen, wie in den Schulen gekühlt werden kann. Kindergärten sind ja auch betroffen, also bitte in Zukunft diese Projekte immer auch auf die Kühlmöglichkeiten hin überprüfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Esther Keller möchte antworten.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielleicht kann ich ganz kurz auf diesen Aspekt eingehen. Generell ist die Holzbauweise nicht sehr temperaturausgleichend, also Holzbauten halten länger kühl als andere Gebäude, insofern ist es da schon mal über diese Bauweise sicher eine gute Voraussetzung. Am Thema Kühlung in den Schulen sind wir aber intensiv dran und der Ratschlag geht natürlich auch schon etwas länger zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Präsident der BRK verzichtet auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 17 des Ratschlags)

Titel und Ingress

1. Gesamtausgaben

- Baukosten

- Kosten Betriebseinrichtung

- Umnutzung, Miete Ersatzstandort

- Umzüge

- Instandhaltung des Doppelkindergartens

- Betriebskosten Doppelkindergarten

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007056, 10.09.25 11:18:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Projekt Erweiterung Kindergarten Schönenbergstrasse 24 zum Doppelkindergarten werden einmalige Ausgaben in der Höhe von Fr. 3'787’000 bewilligt. Diese Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

· Fr. 3'009’000 für den Erweiterungsbau durch ReUse zum Doppelkindergarten mit Umgestaltung der Umgebung, zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 4 «Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung»

· Fr. 489’000 für Betriebseinrichtungen und Ausstattung des Doppelkindergartens zu Lasten der Investitionsrechnung, «Investitionsbereich 6, Bildung»

· Fr. 189’000 für die Umnutzung und Miete des Ersatzstandorts Schönenbergstrasse 16, als einmalige Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements

· Fr. 10’000 für Umzüge als einmalige Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements

· Fr. 10’000 für die Instandhaltung des Doppelkindergartens als wiederkehrende Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements, Immobilien Basel-Stadt, Unterhaltspauschale Verwaltungsvermögen ab 2027

· Fr. 80’000 für den Betrieb des Doppelkindergartens als wiederkehrende Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements ab 2026

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

13. Finanzierung von Veloinfrastrukturen im Zusammenhang mit dem Bahnknoten Basel, Ratschlag des RR

[10.09.25 11:18:59, 24.1497.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich erstatte Ihnen hier den mündlichen Bericht der UVEK zu diesen Veloinfrastrukturen und Verkehrsmassnahmen. Konkret geht es um Massnahmen auf der Peter Merian-Brücke und Veloabstellanlagen im Süden des Bahnhofs. Der Regierungsrat beantragt 3,37 Mio. Franken für Massnahmen auf der Peter Merian-Brücke, 0,55 Mio. Franken für Veloabstellplätze mit einem Leitsystem und 0,56 Mio. Franken für die Erhaltung der Strasse als gebundene Ausgabe.

Die UVEK hat sich insgesamt an vier Sitzungen mit dem Geschäft auseinandergesetzt, am 26. Februar, 7. Mai, 13. August sowie am 20. August dieses Jahres. Eintreten war nicht bestritten, auch das Geschäft war grundsätzlich unumstritten und für den genauen Projektbeschrieb und Details verweise ich auch auf den Ratschlag der Regierung, der in der Traktandenliste verschickt wurde. Mündlich führe ich unsere Abklärungen, die darüber hinaus liefen, auch noch aus.

Die UVEK hat Folgendes abgeklärt: Zuerst zu den Velomassnahmen auf der Peter Merian-Brücke. Auslöser für diese ist die von der SBB in Angriff genommene Sanierung ihrer Brücke. Den Kommissionsmitgliedern war es ein Anliegen, dass, wenn wir mündlich berichten, ich auch die aktuellen Pläne kurz einblenden lasse. Diesen ist genauer zu entnehmen, was gemacht werden soll. Auf der Ostseite ist ein Veloweg vorgesehen, auf der Westseite der Brücke ein breiter Velostreifen auf der Strasse. Das Trottoir verläuft künftig auf der Westseite mit weiterhin drei Metern Breite. Die Anschlussbereiche bei der Veloquerung auf der Höhe der Postpassage erhalten bessere Sichtweiten und sind breiter. Abgeklärt hat die UVEK zu dieser Veloüberfahrt, ob diese nicht vortrittsberechtigt geführt werden könne. Dies ginge gemäss Auskunft jedoch nur mittels eines Pilots, müsste mit dem Bund abgesprochen werden und dazu gäbe es zudem auch weitere besser geeignete Orte, die weniger eng sind.

Die Kommission hat sich auch mit der Breite der Veloroute durch die Postpassage auseinandergesetzt. Man sieht das hier oben, dort, wo es in das Postgebäude unten reingeht, dort verläuft die Veloroute ja weiter. Die Kommission empfindet diese Veloroute dort durch die Postpassage und das Peter Merian-Gebäude ebenfalls auf der anderen Seite allgemein als zu schmal, vor allem aber in der Postpassage und sie wünscht sich besonders dort Verbesserungen. Es ist keine Verbreiterung des Velowegs in der Postpassage geplant, weil das Gebäude eigentlich bald abgerissen werden soll. Eine Verbreiterung des Velowegs ginge zudem zu Lasten des Fusswegs. Verbesserungen in Sache Breite können erst durch das Nauentor geschaffen werden und die UVEK hat die Auskunft erhalten, dass die Velomassnahmen, die jetzt hier beantragt werden mit den Geldern, mit dem zukünftigen Nauentor aufwärts kompatibel seien. Diskutiert hat die UVEK in der Postpassage aufgrund der dortigen Engstelle eine durchgezogene Mittellinie, um trotz den Platzverhältnissen mehr Sicherheit zu schaffen. Eine solche würde das Überholen von Velofahrenden erschweren, letztlich hat sie diese jedoch verworfen, da es sich zwar um eine schmale, aber dennoch gerade und übersichtliche Strecke handelt.

Hier befinden wir uns auf der Brücke. Auch die Breite der Brücke und nicht nur die Querung und die Velopassage im Postgebäude gab in der Kommission zu reden. Aufgrund eines an die Kommission gerichteten Schreibens der Planungsgruppe Gundeli hat sich die Kommission diese angehört. Die Planungsgruppe ist vor allem auf die Wichtigkeit der Peter Merian-Brücke für den Veloverkehr eingegangen. Hervorgehoben wurde das grosse Verbesserungspotenzial, welches erst mit dem Abriss des Postreitergebäudes und dem Neubau Nauentor angedacht und umsetzbar ist, da dann die Brücke erst verbreitert werden könne. Die SBB sahen leider keine Verbreiterung der Brücke vor im Zuge dieser Sanierung.

Auch hierzu hat die UVEK eine Haltung. Sie bedauert, dass die SBB nicht bereit war, die Brücke statt nur zu sanieren auch bereits schon zu verbreitern. Die UVEK sieht eine Verbreiterung als wünschenswert an. Wegen mangelnder Breite gibt es nun ein Trottoir weniger, weiterhin enge Kurvenradien für Velofahrende, die abbiegen bei der Passage, und mangelhafte Sicherheitsmassnahmen für links abbiegende Velofahrende in die Hochstrasse. Dass weiterführende Verbesserungen nur mit dem Nauentor dann letztlich gemacht und möglich werden, kann die UVEK nachvollziehen.

Gestützt auf diese Abklärungen beantragen wir Ihnen daher einstimmig, diese 3,37 Millionen sowie die gebundenen Ausgaben von 560’000 Franken zu sprechen. Zudem beantragen wir Ihnen auch einstimmig, die Motion der BRK abzuschreiben, da auch die UVEK zum Schluss kommt, dass die Möglichkeiten, so gut es ging, ausgeschöpft wurden.

Nun zu den Veloabstellanlagen Süd mit Leitsystem. Die geplanten Veloabstellanlagen sind, genau wie die Peter Merian-Brücke-Massnahmen, auch Massnahmen, die kurzfristig umgesetzt werden können. Durch den Ausbau des Gleisfelds ist die SBB dort ohnehin am Bauen, weshalb die Chance für mehr Veloabstellanlagen bestand, und dies führte nun zu diesem Ratschlag. Es geht hier um eine Mitfinanzierung von Veloabstellanlagen, die Baustelle der SBB ist bereits im Gang.

Die UVEK hat dazu folgende Abklärungen getroffen: Die UVEK hat sich die Pläne angeschaut, die hier eingeblendet sind, da im Ratschlag keine Pläne, sondern nur ein kurzer Beschrieb bestand. Auch hier wurde ich gebeten, diese einzublenden. Die Veloabstellanlagen liegen entlang der Strasse neben dem Gleisfeld, auf der zweiten Folie sieht man die Weiterführung dieser ab der grossen Passerelle bis zum IWB-Vorplatz. Abgeklärt hat die UVEK, ob diese Linie entlang der Meret Oppenheim-Strasse auch tatsächlich der richtige Ort ist, um ein Leitsystem für Veloabstellanlagen zu testen. Sie erhielt die Auskunft, dass aufgrund der sehr baldigen Umsetzung des Projekts, wie gesagt, es ist schon im Bau, auch rasch für weitere, sich noch in Planung befindende Velostationen Learnings von einem Leitsystem für Veloabstellplätze gewonnen werden können. Die UVEK erhielt zudem die Auskunft, dass diese hier eingeblendeten Veloabstellplätze doppelgeschossige Veloständer seien und sie sind grösstenteils gedeckt, wie auch dem Ratschlag zu entnehmen ist. Angehört hat sich die UVEK auch hier die Planungsgruppe Gundeli, welcher es ein Anliegen ist, die Anzahl der Veloabstellplätze zu erhöhen, auch über das bisher geplante hinaus. Zu Diskussionen in der UVEK geführt haben die Anzahl der Carplätze, die unverändert bleibt, sowie die weiterhin kleine Buswartehalle für die Fernbuspassagiere. Sie liess sich die Zahlen zu den Passagieren der Fernbusse zeigen. Zumal dies jedoch ein Projekt der SBB ist und hier mit dem Ratschlag nur eine Mitfinanzierung der Abstellanlagen sowie ein zusätzliches Leitsystem beantragt werden, hat sie das Thema nicht weiterverfolgt.

Gestützt auf diese Abklärungen beantragt die UVEK auch hier, der Ausgabe von 550’000 Franken für diese Veloabstellanlage mit Leitsystem zuzustimmen.

Zum Anzug Cuénod beantragt sie jedoch mit 8 zu 5 Stimmen entgegen dem Antrag der Regierung, den Anzug stehen zu lassen. Es sollen hier mit den vorliegenden Veloabstellplätzen nur 300 zusätzliche Veloabstellplätze geschaffen werden, der Anzug Cuénod forderte jedoch 1’000. Bereits in ihrem mündlichen Bericht zur Margarethenbrücke hat die UVEK ihrem Wunsch nach deutlich mehr Veloabstellplätzen rund um den Bahnhof Ausdruck verliehen. Mit dem beantragten Stehenlassen tut sie dies erneut. Der Bahnhof entwickelt sich an allen Ecken und Enden weiter, es sind auch noch zwei weitere Geschäfte rund um diese Weiterentwicklungen aktuell in der UVEK in Beratung. Sie sieht weiterhin Potenzial, noch mehr Abstellplätze auf der Gundeli-Seite und rund um die Meret Oppenheim-Strasse zu planen, wohlgemerkt entlang der Strasse, an beiden Strassenenden und vielleicht auch im Untergrund. Die Mehrheit sieht das Stehenlassen zudem auch im Kontext des Anzugs Beatrice Isler und Konsorten betreffend Veloabstellplätze rund um den Bahnhof SBB, zu welchem die nächste Beantwortung noch aussteht. Das Thema ist also noch nicht erledigt.

Abschliessend möchte ich mich bei den Mitarbeitenden des BVD sowie der zuständigen Regierungsrätin für ihre der Kommission gegebenen Auskünfte danken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Dieser Ratschlag ist Teil eines ganzen Pakets von Ratschlägen rund um den Bahnausbau in Basel. Hier geht es ganz konkret um eine Investition in die Veloinfrastrukturen rund um den Bahnhof. Ich denke, das ist auch ein ganz wichtiges Zeichen nach Bern, dass wir hier eben unsere Hausaufgaben machen, dass wir unseren Teil zum Bahnausbau, und natürlich ist die Erreichbarkeit ein Teil dieses Themas, dass wir unseren Teil beitragen und von Bern eben auch erwarten, dass es weiter vorangeht. Sei es mit der neuen Margarethenbrücke, die wirklich einen Quantensprung in der Verbindung zwischen dem Gundeli und der Innenstadt darstellt, aber auch natürlich mit dem Gesamtausbau des S-Bahn-Netzes in Basel.

Am Thema Veloabstellplätze auf beiden Seiten des Bahnhofs sind wir intensiv dran. Es ist uns klar, dass die 300 Plätze, die jetzt entstehen, ein erster Schritt sind, also zusätzliche Plätze, aber eben noch nicht genug. Sie wissen auch, dass als Teil der neuen Margarethenbrücke deutlich mehr Abstellplätze geplant sind in unterirdischen Parkings, das ist Teil des Wettbewerbsprogramms, und Sie werden über diese Investition dann auch befinden können.

Danken möchte ich vor allem für die speditive Behandlung in der Kommission, das war für uns sehr wichtig, um auch mit den Zeitplänen der SBB und des BAV mithalten zu können und mit diesen Massnahmen vorwärts machen zu können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zu den Fraktionssprechenden. Für die GRÜNE/jgb hat sich Béla Bartha gemeldet.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Wir haben jetzt hier einen Ratschlag vor uns, der wirklich der GRÜNEN Fraktion doch recht Freude macht. Man kann wirklich feststellen, dass so langsam da gewisse Lichter am Fahrradhimmel von Basel-Stadt aufgehen und sich etwas bewegt und man da wirklich auch vorwärts gemacht hat. Da muss man auch wirklich ein Kränzchen winden an die Regierung, dass da wirklich auch gute Vorschläge kommen. Mit diesem Ratschlag werden die Erwartungen der Vorstosse weitgehend erfüllt und rund um den Bahnhof eine verbesserte Situation für den Veloverkehr geschaffen. An vielen Standorten, sei es bei der neuen Zollibrücke, bei der Margarethenbrücke oder an der Peter Merian-Brücke, können wir also verbesserte Situationen für den Fahrradverkehr erwarten.

Natürlich gibt es auch einige Wermutstropfen. Wir haben das gehört jetzt gerade, dass die Peter Merian-Brücke natürlich noch lange nicht dort ist, wo sie sein könnte. Die Dimensionen dieser Brücke sind sehr knapp, aber das natürlich ist sehr weit auch der Zusammenarbeit mit der SBB geschuldet, die halt für sich eigentlich deklariert, wie diese Ausmasse einer solchen Brücke aussehen können. Wenn wir da Sonderwünsche aus Basel-Stadt haben, dann kann man natürlich damit rechnen, dass das auch gewisse Kostenfolgen haben wird für die Stadt. Deshalb ist man hier sicher bei einem Kompromiss, aber doch ist auch dieser Kompromiss für den Fahrradverkehr sicher ein grosser Schritt nach vorne. Man muss auch da sagen, dass das ja auch im Prinzip der ganzen Tendenz, wie der Veloverkehr auch in Basel-Stadt immer mehr zunimmt, auch wirklich eine ganz logische Folge ist, dass man hier auch für das Velo vorwärts macht in Basel-Stadt und auch die Kapazitäten erhöht.

Warum möchten wir den Ratschlag von Tim Cuénod stehen lassen. Das liegt daran, dass wir gerade bei den Veloabstellplätzen noch nicht dort sind, wo wir gerne wären. Es sind 1’000 weitere gefordert und wir können halt jetzt hier in diesen Planungen nur 300 wirklich sehen, auch wenn wir in Zukunft sicher bessere Situationen antreffen würden. Vor allem natürlich mit dem Neubau der Margarethenbrücke, da kann man wirklich hoffen, dass da an den Brückenköpfen etwas gemacht wird und weitere 1’000 Veloplätze geschaffen werden. Und das führt uns eben dann dazu, dass wir trotz diesen Ankündigungen, das sind eben nur Ankündigungen, halt gerne diesen Ratschlag stehen lassen würden. Ansonsten folgen wir zu 100% der Regierung und harren sehr gespannt der Dinge, die da am Verkehrshimmel und eben vor allem am Velo-Himmel kommen werden, und hoffen, dass es so weitergeht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP das Wort hat Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Ich spreche im Namen der BastA und der SP. Die Peter Merian-Brücke wird künftig ein erhöhtes Verkehrsaufkommen haben, umso wichtiger ist es, dass die Querung für die Velos sicher in beide Richtungen möglich ist.

Das Gundeli wünscht sich zudem schon seit langem eine bessere Anbindung an die Innenstadt. Die beiden nun geplanten Velostreifen bzw. Weg auf der Peter Merian-Brücke und die besseren Sichtverhältnisse bei der Querung bei der Postpassage begrüsst die SP und die BastA daher sehr. Damit ist gleichzeitig auch die Motion der BRK erfüllt. Wir bedauern hingegen, dass im Vorfeld mit der SBB nicht eine breitere Brücke verhandelt werden konnte, denn nun geht der zusätzliche Veloweg auf Kosten eines Gehwegs. Eine Erhöhung der Veloparkplätze im Gundeli um 300 Plätze inklusive Leitsystem erachten wir als längst überfällig und betonen, dass dies nicht ausreicht, um den Bedarf an Veloparkplätzen rund um den Bahnhof zu decken. Wie Regierungsrätin Esther Keller gesagt hat, ist dies ein erster Schritt, weitere sollen, müssen und werden hoffentlich auch folgen. Daher ist die SP und die BastA wie die UVEK für Stehenlassen des Anzugs von Tim Cuénod. Bei der Kreuztabelle ist da ein Fehler aufgetreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Ein weiterer Schritt in Richtung Verbesserung der Veloinfrastruktur rund um den Bahnhof Basel SBB. Ja, es sind zugegebenermassen verhältnismässig kleine Schritte, aber immerhin. Wir Grünliberalen begrüssen und bewilligen diese Ausgaben gerne zur Verbesserung der Velomassnahmen auf der Peter Merian-Brücke, wenn sie sowieso instandgesetzt werden muss, denn sie sind dringend nötig. Ebenfalls dringend, wir wissen es alle, sind die zusätzlichen 300 Veloabstellplätze. Wir bedauern, dass die Realisierung einer kompakten Veloparkierungsanlage auf der Südseite des Bahnhofs aufgrund der Erweiterung des Gleisfelds nicht möglich ist. Wir wissen nun jedoch, dass sehr viele Veloabstellplätze in den beiden Brückenköpfen der Margarethenbrücke gemäss dem soeben präsentierten Siegerprojekt dereinst entstehen werden. Die Motion der BRK als auch der Anzug Tim Cuénod und Konsorten können aus unserer Sicht abgeschrieben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat Pascal Messerli das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion, und ich darf auch für die LDP-Fraktion sprechen, unterstützt diesen Ratschlag. Wir möchten hier das Ganze nicht künstlich verlängern, einfach noch den Hinweis darauf machen, wir haben jetzt bei diesem Ratschlag und bei diesem Geschäft einen breiten Konsens von allen Fraktionen, was insbesondere daraus geschuldet ist, weil die bürgerlichen Fraktionen hier auch eingelenkt haben und hier auch sich dafür einsetzen, dass wir sinnvolle Massnahmen haben für die Verbesserung im Bereich des Veloverkehrs. Da sind wir offen, da bieten wir auch die Hand, wir möchten aber hier auch gleichzeitig sowohl die Verwaltung wie auch die Parlamentsmehrheit dazu ermutigen, dass man derartigen Pragmatismus auch an den Tag legt, wenn es um den motorisierten Autoverkehr geht, beispielsweise wenn es um Quartierparkings geht. Hier haben wir häufig Stillstand, hier haben wir häufig Widerstand dagegen und dementsprechend wäre es wichtig, dass wir auch in Zukunft Projekte wie solche lancieren können, wo die einzelnen Verkehrsträger nicht gegenseitig ausgespielt werden und ein Mehrwert für alle Beteiligten entsteht. Dementsprechend bieten wir hier auch bei diesem Ratschlag Hand. Wir sind der Meinung auch, dass die Motion der BRK als erledigt abgeschrieben werden kann und dass wir den Anzug von Tim Cuénod abschreiben können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Esther Keller verzichtet. Raffaela Hanauer verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Gesamtkosten für Finanzierung, Umsetzung Infrastrukturen.

1. Umsetzung Velomassnahmen

2. Umsetzung Veloabstellplätze

3. Erhaltung Strasse

Gebundene Ausgaben

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007058, 10.09.25 11:41:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Finanzierung der Umsetzung der mit den Bahninfrastrukturen Bahnknoten Basel zusammenhängenden kantonalen Infrastrukturen werden Gesamtausgaben in der Höhe von Fr. 4‘480‘000 bewilligt (Preisbasis Nordwestschweizerischer Baupreisindex Tiefbau vom 1. April 2024 = 125.2 / Basis Oktober 2010 = 100 Punkte). Diese teilen sich wie folgt auf:

1. Fr. 3‘370‘000 für die Umsetzung von Velomassnahmen auf der Peter Merian-Brücke inklusive nördlichen und südlichen Zufahrten zur Verbesserung der Querung des östlichen Gleisfeldes beim Bahnhof Basel SBB zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartementes, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“

2. Fr. 550‘000 für die Umsetzung von Veloabstellplätzen mit Leitsystem auf der Südseite des Bahnhofs Basel SBB zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartementes, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“

3. Fr. 560‘000 für die Erhaltung der Strasse gemäss dem heutigen Strassenstandard zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartementes, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“, Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Strassen (Tiefbauamt, gebunden).

Die gebundenen Ausgaben können auch dann realisiert werden, wenn der Grosse Rat oder die Stimmbevölkerung das Gesamtprojekt ablehnen würde.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen.

13.1. Motion der Bau- und Raumplanungskommission betreffend Veloanbindung Gundeli, Ratschlag des RR

[10.09.25 11:41:15, 21.5233.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion der BRK als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion als erledigt abzuschreiben.

13.2. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Veloparking-Situation auf der Gundeli-Seite des Bahnhofs, Ratschlag des RR

[10.09.25 11:41:30, 20.5338.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die UVEK beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Die Kommissionspräsidentin verzichtet, Esther Keller verzichtet ebenfalls. Tim Cuénod hat sich als Einzelsprecher gemeldet. Er hat das Wort.

Tim Cuénod (SP): Zuerst einmal möchte ich dem Regierungsrat danken für die Vorlage und der Grossratskommission, die heute zur Abstimmung kommt. Auch diesen Dank aussprechen zu können im Namen der Quartierbevölkerung des Gundeldinger-Quartiers, weil die Veloparkplatzsituation rund um den Bahnhof, gerade auch auf der Gundeldinger Seite, aber nicht nur, ist wirklich nicht tragbar und es ist wichtig, dass man da Schritte vorwärts macht. Mit dem heutigen Beschluss soll das ermöglicht werden, ich denke nur, dass es weitere Schritte bedarf.

Bekanntlich haben wir eine starke Zunahme des Veloverkehrs in der Stadt im letzten Jahr verzeichnen können, gerade auch im Zusammenhang mit der kombinierten Mobilität. Am Bahnhof bräuchte es manchmal auch etwas mehr Kontrolltätigkeit, wie lange stehen denn diese Velos schon hier, manchmal hat man doch etwas den Eindruck, es könnte eine Velofriedhofssituation geben, wenn ich das so sagen darf, aber es ist auch wichtig, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen.

Daher bedanke ich mich insbesondere bei der Kommission und doch einigen Fraktionen hier im Saal für die Bereitschaft, meinen Anzug hier aufrechtzuerhalten. Ich denke, man sollte diese Möglichkeit vertieft prüfen und dann schauen, wie sieht es mit den Kosten aus, lohnt es sich wirklich. Ich denke, die konkret formulierte Idee wäre äusserst attraktiv. Autofahrende haben heute, wenn sie das wollen, über ihren Parking einen Direktzugang mit dem Lift auf die Passerelle, es wäre schön, wenn dies auch für Velofahrer ermöglicht werden könnte und man soll das wirklich technisch vertieft prüfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Esther Keller verzichtet auch in der zweiten Runde, Raffaela Hanauer ebenfalls. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007062, 10.09.25 11:44:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden. Das Geschäft ist erledigt.

14. ÖV-Programm 2026-2028 sowie Vernehmlassungsbericht ÖV-Programm, Bericht der UVEK

[10.09.25 11:44:34, 24.0895.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Das ÖV-Programm wurde am 19. März der UVEK überwiesen und gleichzeitig wurde der Vernehmlassungsbericht zur Kenntnis vorgelegt. Der Regierungsrat unterbreitet dem Grossen Rat alle vier Jahre das ÖV-Programm zur Genehmigung. Dieses bildet die Grundlage für das ÖV-Globalbudget und die Leistungsvereinbarungen mit

den Transportunternehmen. Das aktuelle Programm umfasst drei Jahre statt wie üblich vier Jahre, damit wir uns an den Bundesrhythmus anpassen. Künftig werden es wieder vier Jahre sein.

Die UVEK hat dieses Geschäft an zwei Sitzungen beraten. Ein schriftlicher Bericht liegt bei diesem Geschäft vor, weshalb mein Votum deutlich kürzer ausfällt. Die UVEK beantragt dem Grossen Rat einstimmig, das ÖV-Programm zu genehmigen und den Vernehmlassungsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

In der Beratung hat die UVEK sich vor allem auf die Angebotsänderungen konzentriert. Zum Thema des Tramnetzes, von welchem letztlich jeweils die ÖV-Programme abhängig sind, verweist die Kommission auf den Kommissionsbericht zur Tramnetzentwicklung. Beim Thema des Budgets verweist die Kommission auch auf die Kommissionsstellungnahmen jeweils zum ÖV-Globalbudget. Vereinzelte Angebotsänderungen haben in der UVEK zu Rückfragen geführt, teilweise hat die UVEK auch eine Haltung eingenommen, Sie entnehmen dies alles dem schriftlichen Bericht. Auch hat sie der Verwaltung vereinzelt Anregungen zur weiteren Planung und Absprachen mit Baselland mit auf den Weg gegeben, so zum Beispiel in Bezug auf die Buslinie 61 und bessere Umsteigemöglichkeiten dort auf die Linie 8. Die UVEK hat sich auch mit den Verdichtungskosten und Angebotsreduktionen befasst und mit der Einstellung des On-Demand-Angebots MOBILISK. Fundiert diskutiert hat die UVEK auch die Angebotsausdünnung auf der Linie 32 nach Bettingen in den Abendstunden. Über diese war insbesondere der Gemeinderat Bettingen nicht erfreut. Die UVEK empfindet dies als ebenfalls unverhältnismässig und liess sich versichern, dass auf diese Angebotsausdünnung auch verzichtet werden wird. Für alle detaillierten Abklärungen und Ausführungen der UVEK verweise ich auf den schriftlichen Bericht.

Alles in allem und gestützt auf diese Abklärungen sprach in der UVEK nichts gegen die Genehmigung des ÖV-Programms und eine Kenntnisnahme des Vernehmlassungsberichts. Die UVEK beantragt daher einstimmig, das ÖV-Programm zu genehmigen und den Vernehmlassungsbericht zur Kenntnis zu nehmen. Ich bedanke mich im Namen der UVEK bei den zuständigen Mitarbeitenden des BVD sowie bei der Regierungsrätin für die kompetente Auskünfte in der Kommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich bin sehr dankbar um die Diskussion hier, also einerseits in der Kommission, aber auch die Inputs aus dem Parlament zusätzlich zur breiten Vernehmlassung, die stattgefunden hat. Das gibt uns immer ein Stimmungsbild auch aus den Quartieren, welche Linien als attraktiv empfunden werden, welche Linien möglicherweise noch zu verstärken sind oder anzupassen sind und das wiederum ist natürlich sehr wichtig, um den ÖV attraktiv zu gestalten und der wiederum ist ein wesentlicher Teil für die Erreichung unserer Klimaziele. Konkret bewilligt werden die Gelder dann erst mit dem Globalbudget ÖV, das heisst heute gibt es noch keine konkreten Beschlüsse über die Realisierung, aber es ist doch eine wichtige Stossrichtung. Vielen herzlichen Dank der Präsidentin und der Kommission für die detaillierte Auseinandersetzung und wir bitten Sie, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Jean-Luc Perret für die SP hat sich eingetragen.

Jean-Luc Perret (SP): Es geht zwar hier um ein nüchternes Planungsdokument, aber es hat trotzdem eine gewisse Bedeutung, wie wir den öffentlichen Verkehr in unserer Stadt und der Region in den nächsten Jahren entwickeln und deshalb möchte ich auch kurz noch auf drei zentrale Bausteine eingehen, die wir als SP besonders hervorheben möchten.

Das erste ist, wir freuen uns, dass der Ausbau der trinationalen S-Bahn ein zentraler Bestandteil des Programms ist. Gerade der 15-Minutentakt nach Liestal ist eine spürbare Verbesserung und jede Stärkung der S-Bahn bedeutet ja weniger Autopendler und weniger Stau und auch weniger Luftverschmutzung. An dieser Stelle möchte ich noch betonen, dass wir auch alle Bemühungen für einen 15-Minuten-Takt auf der S-Bahn-Linie ins Birstal unterstützen und die Regierung auffordern möchten, gemeinsam mit Baselland den Druck gegenüber der SBB da hochzuhalten.

Dann der zweite Punkt, wir warten fast schon sehnsüchtig auf die Margarethenverbindung und das Express-Tram 17, denn diese Verbindung wird hoffentlich die Strassen aus dem Leimental entlasten und Raum schaffen für die Umgestaltung der Heuwaage. Das ist leider während der Beratung passiert, dass die Margarethenverbindung ins nächste ÖV-Programm verschoben werden musste, und das fanden wir doch eher enttäuschend, weil wir hoffen, dass dieses Projekt nun wirklich bald kommt und dann auch realisiert wird.

Dann das letzte noch, unspektakulär, aber für viele Betroffene in den Quartieren entscheidend sind die vielen kleinen Verbesserungen im Busnetz. Einige Details dazu haben wir bereits in der Vernehmlassung eingebracht, zum Beispiel die

Schaffung einer Busspur im Lehenmattquartier, die Sicherstellung der Erschliessung der Schulhäuser im Gellert oder auch die Verlängerung der Buslinie 61 bis nach Allschwil an die Gartenstrasse.

Doch bei all diesen Fortschritten müssen wir auch ehrlich sein, die grossen Projekte verzögern sich immer wieder und Tramlinien, die wir dringend bräuchten, sind noch Jahre entfernt. Wichtige Bahnausbauten kommen später als geplant und im Alltag bleibt der Bus noch zu oft im Stau stecken. Darum meine Bitte, gehen wir mutig vorwärts, auch wenn gewisse Schritte vielleicht unpopulär sind, wenden wir die Projekte nicht zum 20-mal hin und her, sondern packen wir ihre Umsetzung an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in einer zweiten Runde, Raffaela Hanauer verzichtet ebenfalls. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 11 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Genehmigung ÖV-Programm

2. Kenntnisnahme Vernehmlassungsbericht

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007064, 10.09.25 11:52:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Das ÖV-Programm 2026–2028 wird als Planungsgrundlage für die Entwicklung des Angebots und der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Zeitraum 2026 bis 2028 genehmigt.

2. Der Vernehmlassungsbericht zum ÖV-Programm 2026–2028 wird zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 84 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

15. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2024, Bericht der IPK FHNW

[10.09.25 11:52:24, 25.0716.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die IPK FHNW beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Gemäss Staatsvertrag zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Solothurn und Basel-Stadt über die Fachhochschule Nordwestschweiz führen die Trägerkantone die FHNW mit einem Leistungsauftrag. Dieser wird von den Regierungen erteilt und von den Parlamenten genehmigt. Die FHNW erstattet den Vertragskantonen jährlich Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrages, die Verwendung der Finanzbeiträge und den Rechnungsabschluss. Die Berichterstattung zum Leistungsauftrag ist von den Parlamenten zu genehmigen.

Kommissionsberatung:

Die IPK FHNW hat den Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags für die Jahre 2021 bis 2024 an der Kommissionssitzung vom 16. Juni dieses Jahres beraten. Anwesende waren zudem die vier Mitglieder des Regierungsratsausschusses, die kantonalen Hochschulverantwortlichen der vier Kantone, der Präsident des Fachhochschulrates sowie die Direktion der FHNW.

Zur Detailberatung:

Bei einem Gesamtaufwand in der Höhe von 526,4 Mio. schliesst die FHNW per Ende Jahr mit einem Aufwandüberschuss von 11,5 Mio. ab. Der Verlust liegt leicht unter dem Budget. Das Eigenkapital reduzierte sich per Ende 2024 von 19,8 Mio. auf 8,2 Mio. Kumuliert reduzierte sich das Eigenkapital gegenüber der Leistungsauftragsperiode 2018 bis 2020 von 22,2 auf 8,2 Mio. um insgesamt aufgerundet 14 Mio. Die IPK FHNW reagierte besorgt auf diese Entwicklung und sieht im schmelzenden Eigenkapital ein grosses Risiko. Ein Teil der Kommission sieht die Lösung dieses Trends in einer strikteren Ausgabenkontrolle unter Rückbesinnung der FHNW auf ihren Kernauftrag. Weitere Kommissionsmitglieder weisen auf eine wichtige Neuerung in der aktuellen Leistungsperiode hin. In dieser beteiligen sich die Trägerkantone zu 50% am teuerungsbedingten Lohnaufwand, was entsprechend den für das Schrumpfen des Eigenkapitals hauptsächlichen Grund, die Teuerung zwischen 2020 und 2024, entschärfe.

Am 15. Oktober 2024 waren 13’984 Studierende an der FHNW in 34 Bachelor- und 23 Masterstudiengängen immatrikuliert. Im Vergleich zum Jahr 2020, dem letzten Jahr der Leistungsauftragsperiode, entspricht dies einem Anstieg von 6,3% nach Personen. Bei den Neueintritten konnte die positive Trendwende plus 4,3% gegenüber 2023 vom Vorjahr fortgesetzt werden. Auch insgesamt nahmen die Neueintritte in der abgelaufenen Leistungsauftragsperiode im Vergleich zur letzten Periode zu, 6,5% gegenüber 2020. Die FHNW führt diese positive Entwicklung auf die Aktualisierung ihres Portfolios sowie gezielte Marketing-Kampagnen zurück.

In den letztjährigen Berichterstattungen der IPK FHNW an die Parlamente der Trägerkantone wurde oft der Standort Brugg-Windisch als Sorgenkind genannt, der mit rückläufigen Studierendenzahlen zu kämpfen hat. Es freut die Kommission, dass sich der generelle Anstieg an Neueintritten besonders auch an diesem Standort manifestierte.

Bei der Ausbildung liegen die Durchschnittskosten mit 29’100 pro FTE 2% über den Vorgaben des Leistungsauftrages und 5,8% über dem Wert per Ende 2020. Gemäss FHNW sind teuerungsbedingte Lohnentwicklungen für das Nichterreichen der Zielvorgabe verantwortlich. Für die IPK FHNW ist diese Begründung für die formelle Nichterreichung des Ziels nachvollziehbar. Die IPK FHNW zeigt sich zufrieden mit der Entwicklung der Hochschule im Rahmen der Vorgaben des Leistungsauftrages.

Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes:

Gemäss § 16 Abs. 5 lit. b des Staatsvertrages obliegt die IPK FHNW die Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes. Die IPK FHNW hat den Geschäftsbericht mit 17 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

Antrag an die Parlamente der Trägerkantone:

Die IPK FHNW beantragt den Parlamenten einstimmig mit 16 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung, der Bericht der FHNW über die Erfüllung des Leistungsauftrages 2021 bis 2024 wird genehmigt. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass die Parlamente der Kantone Aargau, Baselland und Solothurn im gleichen Sinne entscheiden. Ich bitte Sie, diesem Antrag zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mustafa Atici nehme ich vor dem Mittag noch an die Reihe.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, ein Wort zur Fachhochschule Nordwestschweiz generell zu sagen. Mit der Berichterstattung zum Jahr 2024 ist auch ein Blick auf die gesamte vierjährige Leistungsauftragsperiode 2021 bis 2024 möglich. Es war eine herausfordernde Zeit für die FHNW. Die inzwischen fast schon wieder vergessene Pandemie machte eine fundamentale Umstellung des Unterrichts erforderlich. In der Folge bereiteten auch die Studierendenzahlen Sorge und im Anschluss wurde die allgemeine Teuerung zur finanziellen Belastung. Dass die FHNW unter diesen schwierigen Umständen die Vorgaben im vierfachen Leistungsauftrag, also in der Ausbildung, in der Forschung, in der Weiterbildung und bei den Dienstleistungen erfüllen konnte, ist beachtlich und verdient höchstes Lob. Die

angestossene Portfolioentwicklung im Studienangebot zeigt bereits Wirkung und zieht Studierende an, in der Forschung, in der Weiterbildung, und wurde in Kennzahlen sogar deutlich übertroffen. Auch die IPK zeigt sich grundsätzlich zufrieden mit der Entwicklung der FHNW. Das freut mich sehr.

Dass die IPK dabei nicht vergisst, kritisch auf die Entwicklung des Eigenkapitals hinzuweisen, ist sehr richtig. Die unerwartete Teuerungsentwicklung hat die Lohnkosten der FHNW belastet. In der Folge hat sie in drei von vier Jahren der Leistungsauftragsperiode Verluste schreiben müssen. Die Zahlen, die der Kommissionspräsident erwähnt hat, möchte ich nicht nochmals repetieren. In der neuen Leistungsauftragsperiode 2025 bis 2028 lassen wir die FHNW nicht mehr alleine mit dem Problem Teuerung. Mit dem neuen Leistungsauftrag werden 50% der Teuerung auf den Lohnkosten von den Trägerkantonen finanziert. Das entschärft die Belastung etwas. Dennoch bleiben die kommenden Jahre für die FHNW in finanzieller Hinsicht eine Herausforderung. Dass die Verantwortlichen der FHNW diese Herausforderung annehmen, verdient höchst Respekt.

Der Regierungsrat bittet Sie, die Jahresrechnung 2024 zur Kenntnis zu nehmen und die Berichterstattung zum Leistungsauftrag zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich breche die Sitzung hier ab, wir machen um 15 Uhr weiter mit diesem Geschäft, bevor wir uns in die Interpellation stürzen.

Schluss der 24. Sitzung

12:01 Uhr

Protokoll

der 25. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 10. September 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Leonie Bolz (SP), Jessica Brandenburger (SP), Georg Mattmüller (SP), Anouk Feurer (Grüne).*

Verhandlungsgegenstände:

15. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2024, Bericht der IPK FHNW 3
24.1. Interpellation Nr. 80 Jenny Schweizer betreffend Einbruchserie in Riehen 4
24.2. Interpellation Nr. 81 Eric Weber betreffend Basel als Kulturhauptstadt 2032 oder 2033 6
24.3. Interpellation Nr. 82 Julia Baumgartner betreffend Auftritt der Patrouille Suisse am Tattoo 2025 7
24.4. Interpellation Nr. 83 Stefan Wittlin betreffend Erhalt der historischen Gebäude auf dem Klybeck-Areal 8
24.5. Interpellation Nr. 84 Heidi Mück betreffend Verwendung von Tränengas und Pfefferspray durch die Basler Polizei 8
24.6. Interpellation Nr. 85 Edibe Gölgeli betreffend flexible und niederschwellige Kinderbetreuung im Kanton Basel-Stadt 9
24.7. Dringliche Interpellation Nr. 86 Gabriel Nigon betreffend Sistierung oder Aufhebung geforderter und geplanter Mehrausgaben im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und mögliche Rückgänge der Steuereinnahmen 11
24.8. Interpellation Nr. 87 Daniel Seiler betreffend Blitzer und Bodenmarkierung auf der A2 12
24.9. Interpellation Nr. 88 Beda Baumgartner betreffend Medikamentenpreise allein für den Profit oder mit Nutzen für die Allgemeinheit? 13
24.10. Interpellation Nr. 89 Beat K. Schaller betreffend Schliessung des Therapiebads der Universitären Altersmedizin Felix Platter 15
24.11. Interpellation Nr. 90 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Massnahmen gegen Velo- und E-Bike- Diebstähle 16
24.12. Interpellation Nr. 91 Thomas Widmer-Huber betreffend Menschenhandel auch ab 2026 als Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung in Basel-Stadt. 18
24.13. Interpellation Nr. 92 Lisa Mathys betreffend wieso führt eine emissionsintensive Töff-Parade mitten durch Wohnquartiere? 18
24.14. Interpellation Nr. 93 Barbara Heer betreffend Basler Antworten auf die globale Gesundheitsbedrohung durch den USAID-Rückzug 19
24.15. Interpellation Nr. 94 Raffaela Hanauer betreffend Superblock-Tests – Folgepublikation für permanente Überführung bei Testerfolg 19
24.16. Interpellation Nr. 95 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Zukunft und Chancen der Standortförderung Basel Area im Umfeld globaler Abschottung und im Vergleich zu anderen Schweizer Regionen 20
24.17. Interpellation Nr. 96 Joël Thüring betreffend Umsetzung des Verhüllungsverbots in Basel-Stadt 21
24.18. Interpellation Nr. 97 Luca Urgese betreffend verordnungswidriger Förderschwerpunkt Klimaschutz für den Swisslos-Fonds 21
24.19. Interpellation Nr. 98 Jean-Luc Perret betreffend neue Sterilisationsauflagen: Wundversorgung in der Hausarztpraxis nur noch mit Einwegmaterial? 23
16. Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2024, Bericht der BKK 25

17. Ausgabenbewilligung für eine jährliche «Sportmillion» für die Sportvereine des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2026 bis 2029, Ratschlag des RR 27
18. Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt betreffend Grundlagen für die elektronische Zustellung von Verfügungen und Rekursentscheiden sowie die elektronische Eingabe von Rekursbegründungen (elektronischer Rechtsverkehr), Bericht der JSSK 29
19. Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt in der Legislatur 2021–2025 und Schwerpunkte 2025–2029, Bericht der GSK 34

Beginn der 25. Sitzung

Mittwoch, 10. September 2025, 15:00 Uhr

15. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2024, Bericht der IPK FHNW

[10.09.25 15:00:12, 25.0716.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Ich habe keine Mitteilungen zu machen. Wir fahren fort mit der Bearbeitung des Traktandums 15 mit der FHNW. Da hat sich Jo Vergeat vor dem Mittag als Sprecherin eingetragen und sie hat das Wort.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich spreche auch für die SP. Ich möchte das nicht sehr lange ausführen, wir sind natürlich sehr erfreut über die Steigerung der Studierendenzahlen an der FHNW. Es zeigt, dass dieses Angebot der Fachhochschulen wichtig und zentral ist für die Ausbildung der Personen in unserer Region und darüber hinaus. Wir müssen diesen Studierenden eine bestmögliche Ausbildung ermöglichen und danken daher den Dozierenden und Mitarbeitenden der FHNW, die sich täglich genau dafür einsetzen.

Gerade an der FHNW bilden wir auch das wichtige Personal für unser Bildungssystem aus, das ein zentraler Pfeiler unseres Kantons ist und eines erfolgreichen Kantons, nämlich Lehrpersonen und Fachpersonen im Primarschul- und Sekundarschulbereich und weiter. Wir müssen die Rückmeldungen dieser Lehrpersonen auch in Zukunft sehr ernst nehmen und danken da auch der IPK natürlich dafür, dass sie da immer ein gutes Auge auch auf die PH werfen.

Und zum Schluss möchte ich noch ganz dezidiert ausführen, dass wir zum Teil der quasi Minderheit gehören, die überzeugt ist, dass Diversity und Nachhaltigkeit genau ein Teil des Erfolges einer modernen Fachhochschule, einer progressiven Fachhochschule sind und wir nicht der Meinung sind, dass man das wegsparen kann oder sollte, da es genau auch ein allumfassendes Thema ist. Sowie die Nachhaltigkeit sind auch die Vielfalt, die Diversity-Aspekte wichtig für die Studierenden. Die Nachhaltigkeit ist wichtig, um unsere Ziele, die wir uns gesetzt haben, zu erreichen und wir sollten da eher einen Weg suchen, das integrieren zu können in ein Budget, anstatt das jetzt da herauszunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die FHNW konnte gegenüber der letzten Leistungsperiode die Studienzahl um 6,3% erhöhen, was sehr erfreulich ist. Weniger erfreulich ist die Tatsache, dass das Eigenkapital drastisch sinkt. Ende 2020 war das Kapital noch 22,2 Mio., heute noch 8,3 Mio. Vor allem zeigt hier der Teuerungsausgleich seine Wirkung. Einige Mitglieder in der IPK FHNW können sich vorstellen, dass die Kantone 50% des Teuerungsausgleichs übernehmen, um so die FHNW zu entlasten. Wie dies dann mit den unterschiedlichen finanzstarken und -schwachen Kantonen ausgearbeitet werden soll, erschliesst sich uns nicht. Wir sehen hier eine Lösung darin, dass sich die FHNW wieder auf ihre Kernaufgaben konzentriert, sprich auf die Lehre und Forschung und auf gesellschaftspolitische Themen verzichtet, auch vor dem Hintergrund, dass die FHNW politisch neutral zu sein hat.

Wichtig erscheint uns auch, und da sprechen wir die Verwaltung an, dass sie rechtzeitig die nötigen Zahlen liefert, damit im Leistungsbericht auch die nötigen Zahlen vorhanden sind. Es kann nicht sein, dass ein Bericht herausgegeben wird und die Zahlen für die gesamte Leistungsperiode nicht vorgelegt wurden und daher keine abschliessenden Aussagen darüber gemacht werden können. Als Beispiel ist hier der Akquisitionserfolg zu nennen, hier wurden die Zahlen bis 2023 genannt, für das Jahr 2024 sind die Zahlen von den Kantonen nicht geliefert worden, was auch von der FHNW sehr bemängelt wurde.

Was den Standort Basel betrifft, so stellen wir erstaunt fest, dass weniger Neueintritte generiert werden. Als Begründung wird die strikte Zulassungsbeschränkung bei der ansässigen Kunsthochschule genannt, was für uns einen Widerspruch darstellt. Auch wenn die Zulassungsbeschränkungen hoch sind, sollten sie erreicht werden können, ansonsten sollen die Beschränkungen angepasst werden. Wir stellen nicht eine Schule zur Verfügung, die nicht besucht werden kann, weil sie zu hohe Anforderungen stellt. Beim Angebot Musik zum Beispiel nehmen wir viel mehr ausländische Studentinnen und

Studenten auf mit der Begründung, dass nur die Besten der Besten ausgebildet werden sollen. Somit fallen die eigenen Studierenden durch die Maschen der Zulassungsanforderungen.

Die PH ist medial immer wieder unter Beschuss, organisatorisch scheint es auch einige Herausforderungen zu geben. Viele Studierende geben bereits Unterricht von Anfang an. Durch den Lehrpersonenmangel gibt es für sie auch sehr attraktive Stellenangebote, die gerne angenommen werden. Dies soll hier nicht gewertet werden, aber die FHNW ist nicht eine Anstellungsbehörde. Es ist für die PH deshalb schwierig, allen Ansprüchen der Studierenden gerecht zu werden, da die Zeitmodelle Studienbeginn und Beginn der Schulen als Arbeitgeber asynchron sind. Die PH hat mit den Trägerkantonen eine Vereinbarung abgeschlossen, dass Studierende im ersten Jahr keine Anstellung erhalten sollen, aber auch dies wird nicht eingehalten.

Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, den Leistungsbericht zu genehmigen und bitte die Verantwortlichen, unsere Kritikpunkte einzubeziehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, Erich Bucher von der IPK ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses

Titel und Ingress

1. Genehmigung Bericht

2. Zustimmung Partnerkantone

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007067, 10.09.25 15:07:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht der FHNW über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2021–2024 wird genehmigt.

2. Der Beschluss unter Ziffer 1 steht unter dem Vorbehalt, dass die Parlamente der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn im gleichen Sinne entscheiden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

24.1. Interpellation Nr. 80 Jenny Schweizer betreffend Einbruchserie in Riehen

[10.09.25 15:07:12, 25.5304.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 4. Der Regierungsrat nimmt die Sorgen der Bevölkerung im Zusammenhang mit Einbrüchen sehr ernst. Einbrüche und ähnliche Delikte verunsichern die Betroffenen stark und schwächen das allgemeine Sicherheitsgefühl, besonders wenn in kurzer Zeit mehrere Taten in derselben Gegend begangen werden. Aus diesem Grund setzt sich der Regierungsrat weiterhin mit Nachdruck für die Bekämpfung der Einbruchsdiebstähle ein. Für den Zeitraum zwischen 1. März 2025 und Ende Juli 2025 wurden der Kantonspolizei Basel-Stadt rund 50 Einbruchsdiebstähle gemeldet. Mehr als die Hälfte davon ereigneten sich in Wohnungen, während Firmen, Geschäftslokale oder Gartenhäuser seltener betroffen waren. Hauptsächlich erfolgten die Einbrüche über Fenster und Balkone, vorwiegend nachts und an Wochenenden. Im Jahresvergleich liegt die Zahl der Einbrüche damit unter dem Durchschnitt und fällt auch im Vergleich mit anderen Stadtteilen nicht besonders auf. Da Strafanzeigen fortlaufend und teilweise zeitversetzt erfasst werden, sind Auswertungen unter dem Jahr aber schwierig. Einen verlässlichen Mehrjahresvergleich wird erst die einmal jährlich erhobene polizeiliche Kriminalstatistik erlauben.

Zu Frage 2. Da die Verfahren noch hängig sind, macht die Staatsanwaltschaft aus Gründen des Amts- und Untersuchungsgeheimnisses sowie zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen keine näheren Angaben.

Zu Frage 3. Auch in den umliegenden Gemeinden konnte soweit ersichtlich keine Häufung festgestellt werden. Für Einzelheiten wird an die Partnerbehörden im Kanton Basel-Landschaft und in Baden-Württemberg verwiesen.

Zu Frage 5. Die Kantonspolizei hat die Lage zeitnah beurteilt und entsprechende Massnahmen eingeleitet. Dazu gehören eine verstärkte sichtbare Polizeipräsenz sowie gezielte präventive Kontrolltätigkeiten. Trotz dieser Massnahmen lassen sich Einbrüche jedoch nie vollständig verhindern. Die Kantonspolizei beobachtet die Entwicklung weiterhin aufmerksam und passt ihre Einsatz- und Präventionsmassnahmen laufend an.

Zu den Fragen 6 und 7. Auch unter den aktuellen personellen Rahmenbedingungen ist die Kantonspolizei in der Lage, auf akute Lagen flexibel zu reagieren und die Präsenz bei Bedarf zu erhöhen. Der Einsatz privater Sicherheitsdienste wird nicht in Betracht gezogen.

Zu den Fragen 8 und 9. Mit den Polizeiposten Riehen und einer eigenen Patrouille, die unter der Koordination der Polizeiwache Clara ausschliesslich in Riehen und Bettingen unterwegs ist, wird eine konstante polizeiliche Präsenz gewährleistet. Die Leitung des Polizeipostens Riehen kann seit längerer Zeit eigenständig Fahrzeugpatrouillen planen und durchführen. Ergänzend sind täglich zwei Sicherheitsassistentinnen oder Assistenten zu Fuss oder mit dem Auto in Riehen und Bettingen im Einsatz. Diese Kombination aus Polizeipräsenz und Sicherheitsassistenz trägt dazu bei, das Vertrauen in die öffentliche Sicherheit zu stärken und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen.

Zu Frage 10. Zwischen Januar und Juli 2025 war der Polizeiposten Riehen lediglich an einem einzigen Tag geschlossen, konkret am Samstag, den 24. Mai 2025. Im Zusammenhang mit dem letzten Meisterschaftsspiel des FC Basel gegen den FC Luzern und der anschliessenden Meisterfeier musste der Personaleinsatz priorisiert werden.

Zu Frage 11. Nein, denn ein geöffneter Polizeiposten allein hat keinen nachweisbaren Einfluss auf die Deliktszahlen. Entscheidend für die Sicherheit sind vielmehr die sichtbare präventive Patrouillentätigkeit, die laufende Lagebeurteilung, die sofortige Entgegennahme der Notrufe sowie gezielte Disposition der Einsatzkräfte und schliesslich vor allem auch die Reaktionsfähigkeit unserer Polizistinnen und Polizisten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Interpellation. Diese zielt natürlich auf die Einbruchserien und die Diebstähle und die Gewaltdelikte in Riehen ab, die in der Vergangenheit wieder stark zugenommen haben. Sie sind so zahlreich, dass aus der Bevölkerung das Zeichen kommt, dass sie sich einfach grösstenteils nicht mehr sicher fühlt. Dass natürlich ein Polizeiposten, der nachts nicht besetzt ist, zu vermehrten Delikten führt, ist für mich logischer anscheinend als für die Regierung. Eine Polizeipräsenz mit einem bewachten Posten ist einfach abschreckender als ein unbeleuchteter Posten im Dornröschenschlaf. Schliesslich ist Riehen einwohnermässig so gross wie eine Stadt, Solothurn hat 4’000 weniger Einwohner und kommt sicher nicht auf die Idee, keinen Polizeiposten zu haben. Zudem hat Riehen vier offizielle Grenzübergänge und zehn inoffizielle. Auch dies kann in die Deliktsumme spielen.

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durch die Delikte ist also verständlicherweise angeschlagen. Umso mehr muss die Polizeipräsenz in Riehen trotzdem erhöht werden und die SVP fordert immer wieder einen besetzten Posten, das ganze

Jahr, 24 Stunden. Dass dies im Moment auch andere Parteien tun, ist natürlich wahltaktisch zu werten, da wir in Riehen im Oktober Neuwahlen haben. Aber ich freue mich jederzeit über die Unterstützung der anderen Parteien zu diesem Thema. Ich erwarte schon die nötigen Schritte und das Verständnis dafür, mit der Gemeinde zu prüfen, was unternommen werden kann, dass sich die Riehener Bevölkerung nicht nur sicher fühlt, sondern endlich auch wieder sicher ist. Und dies ist am besten meines Erachtens mit einem Posten, der auch nachts wieder besetzt ist. Aber ich erkläre mich mit der Beantwortung zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.2. Interpellation Nr. 81 Eric Weber betreffend Basel als Kulturhauptstadt 2032 oder 2033

[10.09.25 15:13:53, 25.5312.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Die Grossanlässe sind vorbei, ESC, Art, Frauenfussball EM und jetzt ist in Basel, wie man so schön sagt, tote Hose. Nichts geht mehr, alles ist vorbei, Basel steht vor dem Winterschlaf. Und so ist es, keiner nimmt mehr Notiz von Basel und das ist selbstverschuldet. Ich bekam kein Ticket beim ESC, also machte ich keine Werbung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das Thema haben wir jetzt abgehandelt.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber es geht weiter, Herr Präsident. Wir sind alles Grossräte und ich darf Sie daran erinnern, ich bin seit 42 Jahren Grossrat und ich habe immer Tickets erhalten, alle Grossräte, und wir können keine Werbung machen für die Stadt, wenn die Messe Schweiz auch vergessen hat, uns für die Art Basel, den Weltanlass, einzuladen. Das muss man hier sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit dem Inhalt Ihrer Interpellation rein gar nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber es ist einfach keine Werbung für Basel, wenn man diese Grossanlässe in Basel hat und man die Grossräte nicht einlädt. In meiner Interpellation möchte ich wissen, wie es jetzt in Basel weitergeht, was die Regierung konkret geplant hat. Ich muss festhalten, und das darf ich sagen, das Verhalten der Regierung ist höchst unprofessionell und ich stelle einmal mehr fest, dass die Regierung immer nur an sich denkt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, Ordnungsruf Nummer zwei, es reicht.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss aber sagen, wenn Sie ins Aufgabenheft eines Grossrats schauen, dann wissen Sie, unser Parlament ist hier, weil wir die Regierung kontrollieren müssen. Und das ist ganz wichtig, das ist unsere erste Aufgabe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, was hat das genau mit Ihrer Kulturhauptstadt zu tun?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte von der Regierung wissen, wie es weitergeht, dass Basel nicht in der Versenkung verschwindet. Und ich stelle einfach fest, wir hatten jetzt die parlamentarische Sommerpause, es tut sich nichts in Basel und darum frage ich jetzt, hat Basel wieder eine Bewerbung für die Kulturhauptstadt Europas gemacht? Chemnitz ist jetzt die Kulturhauptstadt Europas und Sie wissen ganz genau, dass das eine wichtige Sache ist. Ich soll ja nicht vorlesen, was in

meiner Interpellation steht, aber es steht auf Seite 44, wie viele Millionen Euro Chemnitz erhalten hat als Unterstützung, weil sie Kulturhauptstadt Europas ist.

Ich komme zum Schluss, da sind wir uns einig, ich möchte auch keinen Ordnungsruf mehr haben, dann geht das ins Geld und das ist dann schwierig, wenn das Geld fehlt. Mehrere Grossräte, und das bezieht sich jetzt auf meine Interpellation, ich möchte konkrete Antworten von der Regierung auf meine vier Fragen haben, mehrere Grossräte haben schon oft gesagt, dass sie nicht einverstanden sind mit den Antworten der Regierung, weil die Antworten nicht ausführlich sind. Ich bitte die Regierung, diese Fragen genau zu beantworten und nicht mit einem Satz abzuhandeln. Die Fragen werden einfach oft nicht beantwortet und das geht nicht. Ich danke Ihnen und bin gespannt, ob Basel doch auch einmal Kulturhauptstadt Europas wird.

24.3. Interpellation Nr. 82 Julia Baumgartner betreffend Auftritt der Patrouille Suisse am Tattoo 2025

[10.09.25 15:18:34, 25.5339.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich die Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2. Das eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport stützt sich auf Bundesrecht. Demgemäss ist der Bund, konkret das VBS, für die Patrouille Suisse in allen Belangen die Bewilligungsinstanz und nicht der Kanton. Das VBS hat dies im Vorfeld des diesjährigen Überflugs am Basel Tattoo nochmals bestätigt und sich dabei auf die Artikel 1 und 2 des Luftfahrtgesetzes bezogen.

Zu den Fragen 3, 4 und 5. 2023 lag laut VBS eine spezielle Situation vor. Damals habe die Luftwaffe selbst entschieden, mit dem Regierungsrat Kontakt aufzunehmen, um dessen Einwilligung zum Überflug beim Basel Tattoo einzuholen. Dies nachdem sich zwei Flugzeuge der Patrouille Suisse während eines Trainings über dem Zugersee touchiert haben. Der Regierungsrat war sich damals des Ausnahmecharakters dieses Vorgehens nicht bewusst.

Zu Frage 6. Der Regierungsrat hat im Jahr 2023 in Abwägung der Umstände seine Zustimmung zum Überflug am Basel Tattoo gegeben. Die Schweizer Armee ist im zivilen Umfeld traditionell sichtbar. Diese Sichtbarkeit pflegt die Armee auf verschiedene Arten, sie präsentiert dabei jeweils ihre Aufgaben, Leistungen und Mittel der Bevölkerung.

Zu den Fragen 7 und 9. Schon 2023 hat der Regierungsrat die Erwartung geäussert, dass der Veranstalter, also das Basel Tattoo, die Bevölkerung insbesondere über den zu erwartenden Lärm informiert. Dies ermöglicht es der Bevölkerung, den Überflug einzuordnen. Aufgrund der Informationen des Veranstalters haben verschiedene Medien bereits im Vorfeld über den Überflug berichtet.

Zu Frage 8. Beim Überflug werden zweifellos verhältnismässig viel fossiler Treibstoff verbraucht und CO_2-Emissionen verursacht. Aus Sicht des Tierschutzes ist ein kurzfristiger Überflug der Jets mit gedrosselter Geschwindigkeit und entsprechend tieferen Lärmpegeln für Tiere als unbedenklich einzustufen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Julia Baumgartner (SP): Besten Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Diese lässt aus meiner Sicht doch einige Fragen betreffend Prozessen und Verantwortlichkeiten offen und ich hätte mir grundsätzlich eine kritischere Haltung des Regierungsrats gewünscht. Gerade in einer Zeit, in der weltweit Konflikte, militärische Aufrüstung und Machtdemonstrationen zunehmen, ist eine solche Flugshow höchst fragwürdig. Vor allem in Basel, einer Stadt, die sich sonst so gerne weltoffen und friedensorientiert präsentiert, gerade zwei Monate vor dem Tattoo-Festival mit dem ESC hat man also ganz andere Slogans verbreitet.

Zur Beantwortung der Fragen 1 und 2, die Zustimmung durch den Kanton wäre gemäss Weisungen eigentlich erforderlich und wurde vor zwei Jahren auch eingeholt. Dort handelt es sich anscheinend um eine bisschen willkürliche Praxis auch von Seiten VBS. Ich möchte doch auch noch festhalten, dass die Kommunikation vom Regierungsrat aber auch ziemlich unklar

war, man hat zuerst kommuniziert, man sei um Zustimmung gefragt worden, nachher war das plötzlich nicht mehr der Fall. Dann haben Sie angesprochen, dass die Schweizer Armee in verschiedenen Formen oder auf verschiedene Arten sichtbar ist. Ich finde es doch eine merkwürdige Art, mit lauten Kampfjets sichtbar sein zu müssen, es gibt sicher auch andere klimaverträglichere Arten, um die Armee irgendwie zu präsentieren.

Dann noch zur Information der Anwohner*innen, ja, es ist sicher medial ein bisschen darüber berichtet worden und es haben viele Menschen mitbekommen, dass diese Show der Patrouille Suisse stattfindet, eine offizielle Info der Anwohner*innen durch den Veranstalter fehlte trotzdem. Da haben wir vielleicht mit unserer Kritik auch dazu beigetragen, dass die Menschen das überhaupt mitbekommen haben.

Alles in allem hoffe ich, dass sich diese Thematik von alleine löst, bin jedoch nur teilweise zufrieden mit den Antworten des Regierungsrats. Wie gesagt, eine klarere Haltung angesichts der globalen Lage wäre angebracht gewesen.

24.4. Interpellation Nr. 83 Stefan Wittlin betreffend Erhalt der historischen Gebäude auf dem Klybeck-Areal

[10.09.25 15:24:03, 25.5340.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

24.5. Interpellation Nr. 84 Heidi Mück betreffend Verwendung von Tränengas und Pfefferspray durch die Basler Polizei

[10.09.25 15:24:16, 25.5348.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1. Für die Kontrollen der Reizstoffwurfkörper ist die Abteilung Polizeitechnik der Kantonspolizei zuständig. Diese kontrolliert die Haltbarkeit im Rahmen festgelegter Prüfintervalle. Die letzte komplette Überprüfung fand im März 2025 statt. Zudem wird nach jedem Einsatz bei der Wiedereinlagerung eine Sichtprüfung durchgeführt, um mechanische Schäden zu erkennen.

Zu Frage 2. Pfeffersprays gehören zur persönlichen Ausrüstung der Polizistinnen und Polizisten. Da die Herstellergarantie für den Gasdruck der Sprays vor Ablauf des Haltbarkeitsdatums endet, werden die Sprühgeräte bereits vor diesem Datum von der Abteilung Polizeitechnik jeweils flächendeckend ersetzt. Die derzeit eingesetzten Geräte sind bis Ende 2026 haltbar. Die Prüfung auf mechanische Schäden erfolgt durch die Mitarbeitenden selbst.

Zu Frage 3. Polizeikräfte müssen ihre Einsatzmittel sicher und korrekt handhaben können. Da sich das Einsatzmaterial von Korps zu Korps unterscheiden kann, bringen die unterstützenden Korps in der Regel ihr eigenes Material mit.

Zu Frage 4. In den letzten vier Jahren hat die Kantonspolizei anlässlich von Ordnungsdiensteinsätzen insgesamt vier Handwurfkörper und zwei Wurfkörper mittels Werfersystem eingesetzt.

Zu Frage 5. Der Einsatz von Pfefferspray wird im Geschäftsjournal der Kantonspolizei dokumentiert. Eine gesonderte Statistik über diese Einsätze wird nicht geführt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Heidi Mück (BastA): Zuerst bedanke ich mich bei Regierungsrätin Stephanie Eymann für die Antwort, die sie trotz schwindender Stimme gegeben hat. Vielleicht kurz dazu, wie ich auf die Idee kam, diese Interpellation einzureichen. Zuerst las ich den gut recherchierten und sehr gut geschriebenen Artikel in der Republik über die abgelaufenen Tränengasvorräte der Berner Polizei. Uiuiui, das Haltbarkeitsdatum einer Tränengaspetarde, die er nach einer Demo in Bern gefunden und fotografiert hatte, war um 17 Jahre abgelaufen. Darauf habe ich den Journalisten mal kontaktiert und ihn gefragt, ob er zufälligerweise Informationen zu den Verhältnissen in anderen Kantonen hat, die hatte er nicht.

Deshalb schrieb ich eine erste Version der Interpellation. Einige Fragen wurden dann durch Aussagen eines Sprechers der Kantonspolizei Basel-Stadt im Regionaljournal beantwortet. So wurde ja explizit gesagt, dass in Basel-Stadt die Reizmittel nach jedem Einsatz kontrolliert würden, was an sich ja schon mal löblich ist. Andere Fragen blieben jedoch offen und diese habe ich gestellt. Eine wichtige Frage habe ich aber vergessen, nämlich eine allgemeine Frage zu den gesundheitlichen Risiken und den Folgeschäden, auch von Tränengas und Pfeffersprays, die nicht abgelaufen sind. Denn wir sind uns hier alle hoffentlich einig, dass bei jedem Mitteleinsatz der Polizei das Prinzip der Verhältnismässigkeit immer im Zentrum der Überlegungen stehen soll. Da wäre es schon wichtig zu wissen, was für Informationen bezüglich der gesundheitlichen Risiken von Reizmitteln vorliegen und wie der Regierungsrat diese Risiken in Bezug auf Verhältnismässigkeit einschätzt. Aber diese Frage habe ich nicht gestellt, selber schuld.

Konkret zu den einzelnen Antworten. Aufgefallen ist mir bei der Antwort, dass die ausserkantonalen Einsatzkräfte ihr eigenes Material mitbringen. Wer garantiert denn, dass dieses nicht abgelaufen ist? Hier wäre meiner Ansicht nach eine stärkere Kontrolle angebracht, insbesondere wenn wir daran denken, was in Bern los war. Und dann noch etwas zur fehlenden Statistik. Bei der Diskussion mit dem Journalisten der Republik fragte dieser mich, ob es in Basel oft Tränengaseinsätze gäbe. Ich antwortete, nach meinen Einschätzungen eher nicht so oft, die Basler Polizei würde eher Einkesseln, mit Gummischrot schiessen und Pfefferspray aus der Nähe einsetzen. Vielleicht tue ich der Polizei ja unrecht und das stimmt ja gar nicht, was ich hier sage, ich bin ja bei weitem nicht an jeder Demo dabei, aber es gibt offenbar keine gesonderte Statistik über Pfefferspray-Einsätze. Gerade deshalb wäre eine Statistik ja schon angebracht. Das würde vielleicht auch helfen, die Demo-Statistik, die ich ja sehr schwierig zu analysieren finde, da wurde uns gesagt, es finden über 300 Demos in einem Jahr statt und das finde ich wirklich sehr schwierig nachzuvollziehen, wenn wir eine Statistik zusätzlich hätten zu den Pfefferspray-Einsätzen, dann könnten wir das vielleicht besser einordnen.

Und zum Ende einfach nur, wir dürfen nicht vergessen, die Chemiewaffenkonvention von 1993, die fast alle Länder der Welt unterschrieben haben, verbietet den Einsatz von chemischen Waffen, und dazu zählt auch Tränengas. In Kriegen, im zivilen Leben, also bei Demonstrationen im Inland und deshalb im Einsatz gegen die eigene Bevölkerung, wird Tränengas jedoch angewendet. Das muss doch zu denken geben und rechtfertigt meiner Ansicht nach jeden Einsatz von Reizmitteln, auch wenn sie nicht abgelaufen sind, kritisch zu hinterfragen. Das möchte ich Ihnen einfach noch mitgeben.

Vor diesem Hintergrund erkläre ich mich von der Beantwortung teilweise befriedigt, teilweise, weil ich auch teilweise selbst schuld daran bin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.6. Interpellation Nr. 85 Edibe Gölgeli betreffend flexible und niederschwellige Kinderbetreuung im Kanton Basel-Stadt

[10.09.25 15:31:08, 25.5351.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zuerst ein paar einleitende Bemerkungen. Der Kanton Basel-Stadt investiert viel in eine gute und bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung. Er setzt dabei auf die regelmässige Betreuung in Kitas und Tagesfamilien gemäss Tagesbetreuungsgesetz. Diese Angebote unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördern die Kinder in ihrer Entwicklung.

Zu den einzelnen Fragen. Zu Frage 1. Es gibt mit Ausnahme des Basler Kindernäscht keine fixen Kinderbetreuungsplätze für flexiblen, kurzfristigen oder spontanen Betreuungsbedarf. Bei kurzfristigem oder notfallmässigem Betreuungsbedarf stehen

die älteren Angebote wie Nannys, Babysitterdienste oder der Hütedienst für kranke Kinder des Roten Kreuzes des Kantons Basel-Stadt zur Verfügung. Für kurzfristige Betreuungseinsätze ziehen Eltern in der Regel die Betreuung zu Hause vor, da für Kinder die Betreuung an unbekannten Orten mit nicht vertrauten Betreuungspersonen und Kindern eine Herausforderung darstellen kann. Teilweise buchen Eltern kurzfristig zusätzliche Betreuungszeiten in der Kita oder Tagesfamilie, in welcher das Kind bereits betreut wird.

Zu Frage 2. Ergänzende Betreuungsangebote wie Nannys, Babysitterdienste und der Hütedienst des Roten Kreuzes sind wichtig für Eltern, die keine Unterstützung durch Familie, Nachbarschaft oder den Freundeskreis organisieren können. Davon zu unterscheiden sind Angebote für Eltern mit unregelmässigen Arbeitszeiten oder Schichtarbeit. Für sie steht das Angebot der Tagesfamilien zur Verfügung. Tagesfamilien bieten bei Bedarf ein flexibles Angebot und betreuen Kinder auch frühmorgens, abends, über Nacht oder am Wochenende. Das Universitätsspital Basel führt für seine Mitarbeitende eine Kita mit speziell langen Öffnungszeiten und bietet eine flexible Kinderbetreuung zu Hause an.

Zu Frage 3. Das Basler Kindernäscht gibt es seit 2002 unter der Trägerschaft des gemeinnützigen Vereins IG Basler Kindernäscht. Sein Angebot umfasst die kurzfristige Betreuung von Kindern von 18 Monaten bis 12 Jahren ohne Voranmeldung und ohne feste zeitliche Verpflichtung. Im Jahr 2024 wurden 353 Kinder betreut und 6’723 Betreuungsstunden geleistet. Das Basler Kindernäscht wurde vom Kanton Basel-Stadt seit 2009 finanziell unterstützt, seit 2010 mit einem Staatsbeitrag von zuletzt 72’000 Franken pro Jahr. Dieser Betrag diente als Sockelbeitrag, weil das Basler Kindernäscht sein Angebot während der Öffnungszeiten an sechs Wochentagen bereithält, unabhängig von der Zahl betreuter Kinder. Die Unterstützung erfolgte vom WSU, weil das Basler Kindernäscht früher von Unternehmen mitfinanziert wurde. Ein Fokus des Angebots ist, Vätern und Müttern die Möglichkeit zu geben, kurzfristig Besorgungen und Termine wahrnehmen zu können, wie Einkäufe, Bewerbungsgespräche oder Arbeitssuche. Die Unterstützung in der bisherigen Form kann nicht weitergeführt werden, weil sich der Bezug zur Wirtschafts- und Standortpolitik im engeren Sinne nicht mehr begründen lässt.

Zu Frage 4. Artikel 4 Abs. 2 erlaubt Kanton und Gemeinden subsidiär einzelne Betreuungsleistungen bei Privaten in Auftrag zu geben oder einige Kindertagesstätten zu führen. Es geht dabei immer um bedarfsgerechte Betreuungsangebote gemäss Tagesbetreuungsgesetz, also um Kitas und Tagesfamilien, die gemäss der eidgenössischen Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern bewilligungspflichtig sind. Das Basler Kindernäscht erfüllt die Anforderungen an Kitas gemäss Tagesbetreuungsgesetz nicht.

Zu Frage 5. Der Regierungsrat möchte das Angebot nicht ausweiten auf Einrichtungen, die den geltenden Voraussetzungen des Tagesbetreuungsgesetzes nicht entsprechen. Kitas müssen hohe Anforderungen an die Qualität der Betreuung, das Personal sowie die Räumlichkeiten erfüllen. Ein wichtiges Qualitätsmerkmal der Kitas ist die regelmässige Betreuung von Kindern an mindestens zwei Tagen pro Woche. Die Kinder verbringen ganze oder halbe Tage in der Kita mit geregelten Bring- und Abholzeiten. Kinder, die neu eintreten, durchlaufen eine Eingewöhnungszeit in der Regel von mindestens zwei Wochen. Damit wird sichergestellt, dass die Kindergruppen stabil sind und dass ein ruhiger Tagesablauf möglich ist. Dies ist für alle betreuten Kinder wichtig, insbesondere für Säuglinge und jüngere Kinder, für Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf sowie für Kinder, die mit einem hohen Betreuungsumfang in der Kita betreut werden. Ein Angebot wie das Basler Kindernäscht erfüllt diese Anforderungen gemäss Tagesbetreuungsgesetz nicht.

Zu Frage 6. Wie erläutert stehen bei kurzfristigem oder notfallmässigem Betreuungsbedarf Nannys, Babysitterdienste oder der Hütedienst für kranke Kinder zur Verfügung, sofern kein familiäres Netzwerk vorhanden ist.

Zu Frage 7. Wie ausgeführt hatten in früheren Jahren einige Unternehmen mit Standorten in der Basler Innenstadt das Basler Kindernäscht finanziell unterstützt. Diese Engagements wurden nicht weitergeführt. Neue regelmässige Geldgeber konnten nicht akquiriert werden, auch nicht mit Unterstützung von Wirtschaftsverbänden. Ein niederschwelliges flexibles Betreuungsangebot war nie angedacht im Rahmen der Standortentwicklung für die Innenstadt.

Zu Frage 8. Gegen die weitere finanzielle Unterstützung des WSU spricht der fehlende Bezug zur Wirtschafts- und Standortpolitik im engeren Sinn. Das Angebot des Basler Kindernäscht kann, wie oben ausgeführt, auch nicht auf Grundlage des Tagesbetreuungsgesetzes bewilligt und finanziert werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Edibe Gölgeli (SP): Die Antworten des Regierungsrates zeigen auf, welche regulären Angebote Basel-Stadt kennt. Kitas, Tagesfamilien, Babysitterdienste, Nannys, etc. Aber genau das Kernanliegen bleibt unbeantwortet. Was tun wir für Eltern, die kurzfristig, flexibel und niederschwellig Betreuung brauchen, ohne familiäres Netzwerk, ohne lange Anmeldefristen. Das Kindernäscht war über 20 Jahre lang ein solches Angebot, bewährt, niederschwellig, vertrauenswürdig. Dass es nun ohne Ersatz gestrichen wird, ist ein Rückschritt für Basel-Stadt als familienfreundlicher Kanton, aber auch für Eltern, die in Schichtarbeit, in der Pflege, in der Gastronomie, in Kultur oder in der Reinigung tätig sind. Der Regierungsrat argumentiert

formaljuristisch, das Kindernäscht falle nicht unter das Tagesbetreuungsgesetz. Wenn das Gesetz keine Lösung zulässt, dann müssen wir allenfalls das Gesetz prüfen. Wir sollten das Anliegen und die Bedürfnisse der Familien nicht ignorieren und ernst nehmen.

Familienfreundlichkeit ist nicht nur Sozialpolitik, sie ist auch Standortpolitik. Eine Stadt, die flexible Arbeitsmodelle fordert, muss auch flexible Betreuungsmodelle bieten. Hier braucht es Innovation, Offenheit und den Willen, Lücken zu schliessen. Und ja, es geht um gerade mal knapp 80'000 Franken im Jahr. Im Vergleich zum Staatshaushalt ist das minimal, der Mehrwert hingegen ist gross. Sozialpolitisch, weil Familien entlastet werden, wirtschaftlich, weil Berufstätigkeit gerade in systemrelevanten Branchen erst möglich wird, und nicht zuletzt standortpolitisch, weil Basel-Stadt damit zeigt, dass Kinder und Familien hier willkommen sind. Die Dringlichkeit zeigt auch, da bin ich erstaunt, ich habe es auch heute festgestellt, weil ich schon längst keine Interpellation mehr geschrieben habe, noch nie habe ich auf dieses Thema so viele unmittelbare Reaktionen gekriegt von Eltern quer durch alle politischen Couleurs und sozialen Hintergründe. Die Betroffenheit ist unübersehbar, das heisst, das Bedürfnis ist gross.

Darum bleibe ich bei meinem Anliegen, Basel-Stadt, ja, wenn es darum geht, um die reguläre familienergänzende Kinderbetreuung, da haben wir vorwärts gemacht, das stimmt, aber wenn es genau um dieses Anliegen geht, wenn es nicht um das reguläre niederschwellige Angebot geht, sollten wir sicherstellen, dass es auch künftig einen Ort in unserem Kanton gibt, wo es niederschwellige flexible Betreuungsangebote gibt. Alles weitere wäre ein Rückfall ins letzte Jahrhundert. Daher bin ich mit der Antwort nicht befriedigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.7. Dringliche Interpellation Nr. 86 Gabriel Nigon betreffend Sistierung oder Aufhebung geforderter und geplanter Mehrausgaben im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und mögliche Rückgänge der Steuereinnahmen

[10.09.25 15:41:42, 25.5354.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Die aktuellen US-Zölle umfassen derzeit nur zu einem geringen Teil die Hauptexportgüter von Basel-Stadt. Dennoch kann je nach Branche, Produkt und Ausmass des US-Exportanteils der Geschäftsverlauf einzelner Unternehmen stark beeinträchtigt werden. Der Regierungsrat befindet sich mit den Unternehmen in einem regelmässigen Austausch. Offen bleiben zudem die Bedingungen für die Produkte der Life Sciences-Branche. Der Regierungsrat verfolgt mit Sorge, wie den Unternehmen und insbesondere der Life Sciences-Branche durch die Androhung von willkürlichen Zöllen unternehmerische Entscheide abgerungen werden sollen. Je nach Entwicklung der US-Aussenwirtschaftspolitik bestehen für die Region Basel mögliche Gefahren wie Produktionsverlagerungen in andere Gebiete, eine Abnahme der Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplatzverluste oder ein eingeschränktes Investitionsklima. Aufgrund dieser Unsicherheiten ist es momentan nicht möglich, die konkreten Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft oder die Steuereinnahmen abzuschätzen. Trotz der gegenwärtigen Turbulenzen im internationalen Handel und potenziellen Gefahren für die lokale Wirtschaft ist der Regierungsrat davon überzeugt, dass Basel als Wirtschaftsstandort gut positioniert ist. Innovative Unternehmen benötigen stabile Rahmenbedingungen, Rechtssicherheit, gut ausgebildete Arbeitskräfte, starke Forschungsinstitute und Wissenschaftsfreiheit. Basel-Stadt bietet diese Voraussetzungen.

Zu den Fragen 2 bis 5. Der Regierungsrat verfolgt eine nachhaltige, langfristig ausgerichtete Ausgabenpolitik, die sich nicht an der kurzfristigen konjunkturellen Lage orientiert. Für die Standortattraktivität der Schweiz und von Basel-Stadt sind stabile und gute Rahmenbedingungen zentral. In der jetzigen unsicheren Lage erachtet der Regierungsrat es als falsch, mit kurzfristigen Ausgabenkürzungen die momentan grosse Unsicherheit zusätzlich zu erhöhen. Vielmehr gilt es gerade jetzt, die nötige Planungssicherheit zu gewährleisten und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Generell werden Ausgaben sorgfältig geplant und auf das notwendige beschränkt. Die finanzielle Lage des Kantons ist grundsätzlich gut. Sollten sich im kantonalen Finanzhaushalt Verschlechterungen und Handlungsbedarf abzeichnen, wird der Regierungsrat die notwendigen Massnahmen aufgleisen und dem Grossen Rat vorlegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Gabriel Nigon (LDP): Entscheidend ist eigentlich der letzte Abschnitt der mündlichen Beantwortung, für die ich mich bedanke, und dort heisst es, die finanzielle Lage des Kantons ist grundsätzlich gut, sollten sich im kantonalen Finanzhaushalt Verschlechterungen und Handlungsbedarf abzeichnen, wird der Regierungsrat die notwendigen Massnahmen aufgleisen und dem Grossen Rat vorlegen. Dann stellt sich für mich die Frage, wie das zu interpretieren ist. Heisst es, we will come, we will cross the bridge when we come to it, also jetzt noch keine Panik, oder wird einfach dadurch das Kopfweh verschoben, das heisst, es werden die Augen verschlossen. Nach meinem Dafürhalten braucht es einen Mittelweg im Sinne von «gouverner c'est prévoir» und ich denke, schon heute könnte man unnötige Ausgaben versuchen zu lokalisieren und zumindest in Frage zu stellen, wie zum Beispiel die Subventionierung der Vier-Tage-Woche für Gewerbebetriebe. Fazit aus meiner Sicht so oder anders, ich vertraue dem Regierungsrat und bin in diesem Sinne zufrieden mit der Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.8. Interpellation Nr. 87 Daniel Seiler betreffend Blitzer und Bodenmarkierung auf der A2

[10.09.25 15:46:55, 25.5355.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1. Nein, Signalisationen wie Überkopfsignale gehen den allgemeinen Verkehrsregeln vor. Dieser Grundsatz kommt im Verkehr an vielen Stellen zur Anwendung und darf daher als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Ein vorzeitiger Spurabbau mittels Überkopfsignalen wird zum Beispiel auch im Bereich der Verzweigung Hagenau zeitweise angewandt. Die entsprechende Signalisation erfolgt in zwei Schritten. Zunächst signalisieren gelb blinkende Pfeile den Verkehrsteilnehmenden, die Einspurstrecke baldmöglichst zu verlassen, anschliessend verdeutlichen rote Kreuze, dass die Spur gesperrt ist.

Zu Frage 2. Die Kantonspolizei Basel-Stadt steht in regelmässigem Austausch mit dem Bundesamt für Strassen, dem ASTRA, das für die Nationalstrassen und somit die Markierung und Signalisation auf dem entsprechenden Strassenabschnitt zuständig ist. Da es im Bereich der Einspurstrecke von der Einfahrt Basel City auf die Autobahn A2 in Richtung Deutschland in der Vergangenheit wiederholt zu Auffahrunfällen kam, haben das ASTRA und die Kantonspolizei die Situation gemeinsam analysiert. Dabei wurden verschiedene Signalisationen getestet. Auf dieser Grundlage hat das ASTRA 2018 entschieden, die Einspurstrecke jeweils von Montag bis Samstag tagsüber mittels Überkopfsignalen zu verkürzen. Nachts und sonntags sind die Überkopfsignale deaktiviert. Die Zahl der Unfälle konnte so von jährlich durchschnittlich 19 auf 7 reduziert werden. Vor diesem Hintergrund sieht der Regierungsrat gegenwärtig keinen Anlass, beim Bund auf eine permanente Lösung zu bestehen. Die Kantonspolizei beobachtet das Unfallgeschehen im betroffenen Streckenabschnitt weiterhin.

Zu Frage 3. Die seit 2018 umgesetzte Verkürzung der Einspurstrecke hat sich in der Praxis bewährt. Die Anpassung wird auch von den Verkehrsteilnehmenden überwiegend gut angenommen und die Verkehrsunfälle konnten, wie dargelegt, signifikant reduziert werden. In den Zeiträumen 2020 bis 2022 und 2021 bis 2023 galt die Stelle nicht mehr als Unfallschwerpunkt. In diesem stark befahrenen Strassenabschnitt führen aber wenige zusätzliche Unfälle dazu, dass die Grenzwerte zur Einstufung als Unfallschwerpunkt wieder erreicht werden. Ein Teil der Unfälle ereignet sich, weil die Spuraufhebung nicht konsequent befolgt wird. Kontrollen an dieser Stelle dienen dazu, die Einhaltung der Verkehrsführung sicherzustellen und eine erneute Zunahme der Auffahrunfälle zu verhindern.

Zu Frage 4. Die Überkopfsignale sind sowohl für die Lenkenden auf der Einspurstrecke wie auch für die Lenkenden auf der Stammstrecke klar ersichtlich.

Zu Frage 5. Der Regierungsrat ist nicht für den Erlass von Verkehrsbussen zuständig, er sehe dazu aber auch keinen Anlass.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Seiler (FDP): Besten Dank für die Ausführungen. Ja, ich kann zum Teil zufrieden sein, aber ich habe jetzt nicht sehr viel Neues gelernt im Vergleich zu den Antworten, die mir vor sieben Jahren gegeben wurden zum gleichen Fall. Es geht um diese 0,5 Millionen Bussen für 2'100 Leute, die da vergeben wurden an der A2. Ich kann insofern nicht alles teilen, ich habe, glaube ich, noch selten so viele Rückmeldungen bekommen über diese verwirrende Signalisation. Viele Leute haben gesagt, es ist doch klar, andere haben gesagt, es ist gar nicht klar. Von dem her finde ich es schon ein bisschen erstaunlich, wenn man vor sieben Jahren gesagt hat, man würde eine provisorische Lösung in eine permanente überführen und jetzt sieben Jahre später sagt man, dass sich die provisorische Lösung bewährt hat, gleichzeitig sagt man aber auch, dass es zu Unfällen kommt, weil die Leute weiter nach vorne fahren und diese Einspur ignorieren. Daher wäre es doch das Sinnvollste, was man machen könnte, indem dass man permanente Bodenmarkierungen auch da anbringt, dann könnte man noch mehr Unfälle verhindern. Von dem her kann ich nicht ganz zufrieden sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.9. Interpellation Nr. 88 Beda Baumgartner betreffend Medikamentenpreise allein für den Profit oder mit Nutzen für die Allgemeinheit?

[10.09.25 15:51:52, 25.5361.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Die Preis- und Vergütungsentscheide für Medikamente liegen ausschliesslich in der Kompetenz des Bundes. Swissmedic prüft die Sicherheit, Wirksamkeit und Qualität eines Medikaments. Nach der Zulassung durch Swissmedic handelt das Bundesamt für Gesundheit mit den Herstellern den Preis aus und entscheidet über die Aufnahme in die Spezialitätenliste. Es ist Aufgabe des Bundes sicherzustellen, dass neue Medikamente der Schweizer Bevölkerung rasch zugutekommen. Mit dem Basler Standortpaket trägt der Kanton dazu bei, dass die Life Sciences-Industrie gute Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in Basel und damit auch in der Schweiz vorfindet. Damit entstehen Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze, Kooperationen mit Hochschulen und nicht zuletzt Steuereinnahmen, die für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben eingesetzt werden können. Damit leistet das Basler Standortpaket auch einen ganz konkreten Beitrag, dass neue Medikamente erforscht und entwickelt werden.

Zu Frage 2. Eine direkte Verknüpfung von Standortförderbeiträgen mit der Preisgestaltung von Medikamenten ist nicht möglich. Die Preise werden im Rahmen eines bundesrechtlich geregelten Verfahrens festgelegt, der Kanton Basel-Stadt verfügt über keine Zuständigkeit, um Preisvorgaben zu machen oder Einfluss auf Rückzugsentscheidungen von Medikamenten zu nehmen. Das Basler Standortpaket dient dazu, die Attraktivität des Wirtschafts- und Forschungsstandorts zu stärken, Förderbeiträge sind strukturpolitische Instrumente und nicht als Hebel für Medikamentenpreise konzipiert. Zudem erfolgt die Förderung durch das Standortpaket weder erfolgs-, gewinn- noch projektorientiert, sondern grundsätzlich anhand der Personalaufwendung in der Forschung und an den Abschreibungen von Produktionsanlagen.

Zu Frage 3. In den regelmässigen Dialogen mit den Basler Pharmaunternehmen stehen Standortfragen, Forschung, Ausbildung, Nachhaltigkeit, Innovation sowie die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen im Vordergrund. Der Regierungsrat hat keinerlei Kompetenzen in der Preisfestsetzung von Medikamenten.

Zu Frage 4. Die Festlegung von Medikamentenpreisen ist Teil eines komplexen nationalen Prozesses, in dem Forschungs- und Entwicklungskosten sowie die gesetzlichen Vorgaben eine zentrale Rolle spielen. Die Entwicklung neuer Medikamente ist mit hohen Kosten, erheblichen Risiken und langen Zulassungsverfahren verbunden. Damit ein Medikament von der Grundversicherung vergütet wird, prüft das Bundesamt für Gesundheit gemeinsam mit der eidgenössischen Arzneimittelkommission die Aufnahme in die Spezialitätenliste anhand der gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien; Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit. Bei der Preisfestlegung werden sowohl therapeutische Quervergleiche

als auch internationale Preisvergleiche berücksichtigt. Für innovative Wirkstoffe stehen zudem Instrumente wie Einzelfallvergütung, Indikationseinschränkungen oder vertrauliche Rabatte zur Verfügung. Die Preisbildung bewegt sich somit stets in einem Spannungsfeld zwischen den Kosten für die Krankenversicherung und der notwendigen Finanzierung und Anreizwirkung für Forschung und Entwicklung. Als wichtiger Life Sciences-Standort sollte der Bund auch die Auswirkungen auf den Forschungsstandort Schweiz entsprechend gewichten.

Zu Frage 5. Die Verhandlungen über Medikamentenpreise liegen ausschliesslich in der Kompetenz des Bundes und nicht in der Zuständigkeit des Kantons Basel-Stadt. Der Regierungsrat sieht seine Rolle darin, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Life Sciences-Industrie weiterhin einen substanziellen Beitrag zur regionalen und nationalen Wertschöpfung und zur Entwicklung neuer Medikamente leisten kann. Zudem ist für den Kanton aus Versorgungsperspektive wichtig, dass die ansässige Bevölkerung Zugang zu den modernsten und wirksamsten Medikamenten erhält. Dies setzt eine realistische und für die Beteiligten nachhaltige Preisgestaltung voraus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beda Baumgartner (SP): Lassen Sie mich vorwegnehmen, dass ich mit der Antwort nur teilweise zufrieden bin und auch noch ausführe, warum. Die grundsätzliche Diskussion oder die grundsätzliche Diskrepanz, die wir hier haben, ist, dass wir zum einen Rahmenbedingungen schaffen für die hier anwesende Life Sciences-Industrie, für die Pharmaindustrie und diese seit der Abstimmung über das Standortpaket und der Entscheidung dazu auch sehr konkret mit Steuergeldern unterstützen. Gleichzeitig haben wir die Realität, dass Medikamentenpreise eine grosse Auswirkung haben auf die Entwicklung der Krankenkassenprämien und auch ganz konkret auf die Frage, welche Patient*innen sich wie welche Behandlung leisten können. Das ist natürlich schon mal grundsätzlich in unserem Kanton ein Widerspruch. Aber ich muss schon auch sagen, dass mich die Antworten des Regierungsrates hier teilweise sehr enttäuschen, und ich möchte es Ihnen konkret an gewissen Sätzen in der Antwort des Regierungsrates darstellen.

Wenn der Regierungsrat sagt, was für ihn im regelmässigen Dialog mit den Basler Pharmafirmen im Vordergrund steht und bei einer Aufzählung von über sechs Begriffen kein einziges Mal die Preisgestaltung der Medikamente nennt, dann würde ich an den Regierungsrat appellieren, dass er in diesem Dialog mit den Pharmaunternehmen durchaus vielleicht auch die Preisgestaltung der Medikamente nennen könnte und nicht einfach nur die Frage des Standorts, der Forschung, der Ausbildung und der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Dass der Regierungsrat keinerlei Kompetenzen hat in der Preisfestsetzung von Medikamenten, das ist mir klar, aber das ist ja auch nicht die zentrale Frage, sondern die zentrale Frage ist, ob der Kanton Basel-Stadt Medikamentenforschung fördert, die dann nachher in hochpreisigen Medikamenten endet, die wiederum die Patientinnen und Patienten bezahlen. Und dann kommen wir in die Realität, dass eine Bundesbehörde mit dem BAG nachher einem Pharmakonzern sagt, nein, euer Preis für das Medikament ist schlichtweg zu hoch und gleichzeitig wurde die Entwicklung dieses Medikaments je nachdem mit Steuergeldern vom Kanton gefördert. Und warum es nicht möglich sein soll, das nachzuvollziehen und zu prüfen und gegebenenfalls einzuschränken, ist für mich nicht klar.

Auch der Satz, als wichtiger Life Sciences-Standort sollte der Bund auch die Auswirkungen auf den Forschungsstandort Schweiz entsprechend gewichten. Ja, okay, aber dann finde ich, muss man sich schon auch überlegen, ob die Gewichtung des Regierungsrates hier nicht ein bisschen sehr fest in die falsche Richtung geht. Man könnte durchaus auch gewichten, wie Medikamente zu welchem Preis der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Ich meine, um es jetzt mal konkret zu machen, wenn ich die Antwort richtig fertig denke, dann ist ja zum Beispiel im Konflikt um das eine Medikament von der Roche die Schlussfolgerung, dass der Bund die Auswirkungen auf den Forschungsstandort zu wenig gewichtet hat und halt einen zu tiefen Preis für dieses Medikament angesetzt hat. Und das finde ich dann in diesem Kontext schon ein bisschen problematisch, weil wir müssen uns einfach immer wieder vor Augen halten, erstens reden wir von enorm hohen Preisen für diese hoch entwickelten Medikamente und zweitens, und das ist ja auch die Realität dieser Industrie, reden wir von einer Industrie mit enorm hohen Gewinnmargen. Also die Konzerne sagen ja selber, sie haben den Anspruch, 40% Gewinnmarge zu machen, Sandoz wurde aus dem Grund verkauft, weil die Gewinnmarge von 40% gefährdet war. Es ist nicht naturgegeben, dass ein Pharmakonzern eine Gewinnmarge von 40% haben muss und noch weniger naturgegeben ist, dass wir dann das mit Steuergeldern entsprechend unterstützen müssen. Ich glaube, das tut uns allen in diesem Kanton trotzdem auch ein bisschen gut, wenn wir diese Realität in ein Verhältnis setzen.

Und zum Schluss noch ein Satz. Wenn wir schon darüber diskutieren, dass wir über das Standortpaket so konkret Gelder sprechen an hochprofitable Konzerne, dann finde ich, ist es schon das Minimum, dass wir auch darüber diskutieren, was wir dann in dem Kontext zurückbekommen. Und wenn die Konsequenz einfach heisst, wir müssten diese 40% Gewinnmarge entgegennehmen als Faktum und gleichzeitig 114’000 Franken als zu tiefen Preis für ein Krebsmedikament akzeptieren, dann haben wir ein gröberes Problem, denke ich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.10. Interpellation Nr. 89 Beat K. Schaller betreffend Schliessung des Therapiebads der Universitären Altersmedizin Felix Platter

[10.09.25 16:01:27, 25.5365.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort geht an Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen die Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten:

Zu Frage 1. Von der Schliessung betroffen sind derzeit rund 20 bis 25 ambulante Patientinnen und Patienten. Stationäre Patientinnen und Patienten sind aktuell nicht betroffen. Die Universitäre Altersmedizin Felix Platter verfügt über fünf verschiedene Nutzungsverträge mit unterschiedlichen externen Nutzern.

Zu Frage 2a. Die Betriebs- und Unterhaltskosten belaufen sich auf rund 177’000 Franken pro Jahr. Im ersten Jahr einer Schliessung ergibt sich eine Einsparung von etwa 150’000 Franken, ab dem zweiten dann der Betrag der vollen Betriebskosten.

Zu Frage 2b. Die Nutzung durch stationäre Patientinnen und Patienten ist aus mehreren Gründen gering. Der Schweregrad der Erkrankungen der Patientinnen und Patienten in der UAFP ist gestiegen, viele Betroffene sind bezüglich Mobilität zu stark eingeschränkt. Alternativen wie Virtual Reality- und Robotik-gestützte Therapien oder Geräte für Therapien mit reduziertem Körpergewicht sind wirksamer, flexibler und weniger personalintensiv. Zudem besteht gemäss den SW!SS REHA-Kriterien seit 2025 keine Pflicht mehr für ein Therapiebad.

Zu Frage 2c. Die UAFP hat vor etwa einem Jahr ihr ambulantes Therapiezentrum mit einem erweiterten Angebot einschliesslich der Wassertherapie offiziell eröffnet und kommuniziert, leider sind die Zuweisungen für die Wassertherapie im Gegensatz zu den anderen ambulanten Therapieangeboten nicht gestiegen, sondern haben abgenommen.

Zu Frage 3. Eine Analyse der vergleichbaren Therapiebäder im Kanton liegt uns nicht vor.

Zu Frage 4. Die Versorgungssicherheit bleibt gewährleistet, da moderne Alternativmethoden die gleichen Therapieziele erreichen, besser an die Patientengruppen angepasst sind und gleichzeitig weniger Ressourcen beanspruchen.

Zu Frage 5. Mit externen Partnern fanden erste Gespräche und eine Begehung statt. Aktuell werden die Betriebskosten detailliert erhoben und ein Nutzungskonzept ausgearbeitet.

Zu den Fragen 6 und 7. Die Miete bezieht sich auf eine Gesamtfläche von rund 270 m2. Die Mietkonditionen werden durch das Felix Platter Spital basierend auf objektiven Kriterien festgelegt. Das Mietobjekt befindet sich in einem im Jahr 2019 errichteten Neubau mit modernster hochinstallierter Infrastruktur für eine Spezialnutzung, die erhöhte Anforderungen an Ausstattung und Unterhalt mit sich bringt. Trotz dieser Gegebenheiten wurde ein deutlich vergünstigter Mietpreis angeboten, der weniger als die Hälfte einer marktüblichen Büromiete beträgt und damit als klarer Vorzugspreis zu verstehen ist.

Zu Frage 8. Die Schliessung wurde aus betriebswirtschaftlichen Gründen beschlossen, weil die Betriebskosten hoch und die Nutzung gering sind. Externe Partner meldeten sich erst nach der Ankündigung der Schliessung. Aktuell laufen Verhandlungen, die Stilllegung bleibt bis zum Vorliegen eines tragfähigen Konzepts bestehen.

Zu Frage 9. Um den Erhalt des Bades weiterhin sicherstellen zu können, bedürfte es der Zusicherung und Ausrichtung zusätzlicher finanzieller Mittel, um die Betriebskosten und den Unterhalt des Bades zusätzlich zur Miete bzw. zur Nutzungsgebühr über das Jahr 2025 hinaus decken zu können. Aus Sicht des Regierungsrats gehört die Aufrechterhaltung des Therapiebades jedoch nicht zu den Aufgaben des Kantons.

Zu Frage 10. Sollten die Verhandlungen scheitern, wird das Bad technisch stillgelegt, damit entfallen die jährlichen Kosten von rund 177’000 Franken. Über die weitere Nutzung von freiwerdenden Flächen wird zu gegebener Zeit dann zu entscheiden sein.

Zu Frage 11. Der Regierungsrat geht nicht von negativen Auswirkungen auf den Ruf oder die medizinische Versorgungsqualität am UAFP aus. Verglichen mit dem Angebot des Therapiebades profitieren die Patientinnen und Patienten heute von modernen und wirksameren Therapiealternativen.

Zu Frage 12. Im Rahmen der Spitalplanung prüft das Gesundheitsdepartement, ob die Leistungserbringer die Anforderungen für die entsprechenden Leistungsaufträge erfüllen. Wie bereits ausgeführt, kann die UAFP die Anforderungen im Rahmen der Spitalliste mit anderen Therapieformen als mit dem Therapiebad erfüllen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beat K. Schaller (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen und für die Fairness, dass er mir die Antworten vorher schon zugestellt hat. Ja, Wassertherapie ist für ältere mobilitätseingeschränkte Menschen von zentraler Bedeutung. Gelenkschonendes Training, Sturzprävention und vieles andere mehr leisten insgesamt einen wichtigen Beitrag zur Selbständigkeit und Lebensqualität. Dass ein einzigartiges therapeutisches Angebot, welches wohlgemerkt vor nicht allzu langer Zeit eröffnet worden ist, bereits wieder geschlossen werden soll, ist ein Widerspruch. Statt Schliessung muss der Erhalt im Vordergrund stehen, vor allem weil es ja nicht nur therapeutisch wertvoll ist, sondern auch als Quartiertreffpunkt gerade für ältere Personen dienen kann. Das UAFP hat ja auch ein Café gleich um die Ecke.

Ein Auftrag der Altersmedizin ist die Prävention, welche durch ein solches Bad ideal erfüllt wird. Dass die SW!SS REHA die Wassertherapie von ihrer Zertifizierungsliste gestrichen hat, ist unverständlich, zeigt aber deutlich, dass wir uns all wie mehr auf einem Weg befinden, in welchem nicht die Mediziner, sondern die Gesundheitsökonomen über unsere Gesundheitsversorgung bestimmen. Das ist für mich eine furchtbare Entwicklung. Es ist alles daran zu setzen, eine Lösung für den Erhalt des Bades zu finden. Es ist nicht eine Frage des Möglichen oder Unmöglichen, es ist eine Frage des Wollens und wir erwarten, dass der Regierungsrat hier ganz konkret will. Auch die Schwimmvereine und die Schwimmschulen sind eifrige Benutzer dieses Bades und es wäre bedenklich, wenn wir allen Schwimmfreunden, vor allem den Kindern, diese ganzjährige Möglichkeit Schwimmen lernen, Schwimmen üben, sich im Wasser bewegen wegnehmen würden.

Nun zu den einzelnen Antworten. Die Betriebskosten sind etwa 177’000 Franken, eine Stilllegung würde eine Einsparung von 150’000 Franken bringen und dann machen wir den Abschreiber, wir haben dieses leere Schwimmbad, dies vor dem Hintergrund, dass vor nur ganz kurzer Zeit der Steuerzahler bereits über 100 Mio. Franken ins UAFP gesteckt hat. Stellen wir uns vor, das Wasser ist nicht mehr im Schwimmbad, was haben wir dann, im wahrsten Sinn des Wortes, ein Loch im Boden, wenn nicht sogar ein Loch ohne Boden. Andere Therapieformen werden erwähnt, ja, welche, es ist gut möglich, ich kann das nicht beurteilen, modernere Therapieformen, aber ich kann mir nicht vorstellen, ich bestreite, dass auch die modernsten Therapieformen gerade einem älteren Menschen dieses Gefühl im Wasser, das Lebensgefühl, das Gefühl von Freiheit auch für kurze Zeit, Gefühl von Selbstständigkeit, von Selbstbestimmung, von Lebensqualität geben kann. Und ich garantiere Ihnen, ein 85-jähriger, über 100 Kilo schwerer Mann wird nicht auf das modernste Therapievelo sitzen, wenn er nicht in ein Wasserbad gehen könnte.

Wir nehmen die zaghaften Aussagen des Regierungsrats zu einer Zusammenarbeit mit externen Partnern zur Kenntnis, wir erwarten aber nicht einfach nur Gespräche, wir erwarten eine ganz klare Lösungsfindung zum Erhalt des Bades. Ich habe diese Interpellation nicht einfach aus Jux und Tollerei eingebracht, sie wurde an mich herangetragen aus der Mitte der Bevölkerung heraus. Leute sehr engagiert im Schwimmsport, in Schwimmschulen, Leute, welche sich Gedanken machen und Sorgen, gerade um die älteren Mitmenschen. Alles in allem, Fazit, ich kann mich mit den Antworten nicht zufrieden geben und ich behalte mir weitere politische Schritte vor.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt. Ich übergebe an meine Statthalterin.

24.11. Interpellation Nr. 90 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Massnahmen gegen Velo- und E-Bike- Diebstähle

[10.09.25 16:11:07, 25.5366.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 3. Die Staatsanwaltschaft verfügt über keine eigenen Auswertungen, die über die polizeiliche Kriminalstatistik hinausgehen. Letztere wird einmal jährlich vom Bundesamt für Statistik schweizweit erhoben und jeweils Ende März publiziert. Es lässt sich jedoch festhalten, dass im Kanton Basel-Stadt der weitaus überwiegende Teil der angezeigten Fahrzeugdiebstähle in den Kategorien Motorfahrräder mit Elektromotor sowie Fahrräder, zu denen auch die schwächeren E-Bikes ohne Kennzeichen gezählt werden, betrifft. Bei den sogenannten Motorfahrrädern mit Elektromotor ist die Zahl der Anzeigen von 115 im Jahr 2015 auf über 2'500 im Jahr 2024 gestiegen. Bei den Fahrrädern inklusive der schwachen E-Bikes bewegten sich die Zahlen bis 2022 stabil um 2'500. In den beiden letzten Jahren waren es hingegen über 3'000. Dieser Zuwachs dürfte einerseits damit zusammenhängen, dass die Zahl der E-Bikes im Verkehr stark gewachsen ist, andererseits hat der Kanton Basel-Stadt als urbanes Zentrum grosse Anziehungskraft für Freizeit und Ausgang und ist gleichzeitig ein Grenzkanton. So stellt die Staatsanwaltschaft gerade bei den E-Bike-Diebstählen fest, dass viele der bekannten Täterschaften aus dem grenznahen Frankreich stammen. Wie viele der gestohlenen Velos tatsächlich ins Ausland geschafft werden, lässt sich jedoch nicht beziffern.

Zu Frage 4. Die Kantonspolizei Basel-Stadt setzt auf eine Kombination aus Prävention, Kontrolle und Information. Im Rahmen regelmässiger Patrouillen werden parkierte Velos überprüft und mit dem Fahndungsregister abgeglichen. Bei Verdacht auf Diebstahl erfolgt eine Sicherstellung. Ergänzend dazu führt die Kantonspolizei jährlich eine Präventionskampagne durch, in der die Bevölkerung über wirkungsvolle Sicherungsmassnahmen informiert wird. Schwerpunkte der Kampagne bilden die adäquate Diebstahlsicherung, die Registrierung des Velos bei einem der diversen Anbieter, die Anzeigeerstattung sowie das Versichern der Velos gegen Diebstahl. Der Kanton Basel-Stadt bietet zudem eine gut ausgebaute Infrastruktur für das sichere Abstellen von Velos. Im gesamten Stadtgebiet stehen zahlreiche öffentliche Abstellflächen zur Verfügung, darunter auch grössere Anlagen für E-Bikes und Cargo-Bikes. An zentralen Orten wie dem Bahnhof SBB und dem Bahnhof St. Johann gibt es überdachte und videoüberwachte Velostationen.

Zu Frage 5. Aufgrund der besonderen Beanspruchung der Kantonspolizei durch die Grossanlässe ESC und Women's EURO 2025 sowie der knappen Personalressourcen konnten die binationalen Patrouillen bislang noch nicht umgesetzt werden. Die gemeinsame Patrouillentätigkeit ist jedoch weiterhin geplant und soll in absehbarer Zeit aufgenommen werden.

Zu Frage 6. Ein automatisierter Datenaustausch mit Deutschland und Frankreich besteht nicht. Dafür bestehen keine hinreichenden gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene. Selbstverständlich stehen die Strafverfolgungsbehörden aber in engem Austausch mit den Partnerbehörden im Dreiland. Der Informationsaustausch erfolgt über die bestehenden Gefässe der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere über das Centre de coopération policière et douanière sowie über die Verbindungsbeamten. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt und gewährleistet, dass relevante Informationen auch ohne einen automatisierten Datenaustausch übermittelt werden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich danke primär Stephanie Eymann für die mündliche Beantwortung dieser Interpellation und ich nehme voraus, dass ich mit der Beantwortung nicht zufriedengestellt worden bin. Es ist ein Massenphänomen, das uns hier beschäftigt und belästigt, allein im letzten Jahr sind 5'500 Fahrräder und E-Bikes in Basel gestohlen worden. Die Aufklärungsquote liegt bei 2%. So gut wie nichts wird wiedergefunden. Es ist ein Phänomen, das fast jeden von uns schon betroffen hat, ich würde davon ausgehen, dass jeder oder jede von uns sicher jemanden kennt, dem das schon passiert ist. Und warum nehmen wir das so gelassen hin? Wohl weil die Versicherungen das bis jetzt bezahlen. Aber letztlich bezahlen wir das ja auch wiederum mit erhöhten Prämien.

In Basel im Vergleich zu anderen Städten, nein, es ist nicht eine Stadt, Tessin, im Tessin werden 13-mal weniger Fahrräder gestohlen, in Genf sind es immerhin auch noch dreimal weniger als in Basel. Warum ist das so einfach hier in Basel und eine der einleuchtenden Antworten ist, es wurde auch angedeutet, dass grenznahe Frankreich, wo halt offensichtlich organisierte Banden vorhanden sind, die in diesem Ausmass ganz billig und offenbar relativ gefahr- und problemlos zu Diebesgut kommen. Der durchschnittliche Wert der gestohlenen Velos oder E-Bikes ist gemäss AXA-Versicherung 2'480 Franken, das sind in Basel also rund 12,5 Millionen, die so wegfliessen. Es ist mir ein konkreter Fall bekannt, wo mit einem Tracker klar war, wo das Velo steht. Niemand hat geholfen, der Tracker hat etwa drei Monate später noch angezeigt, dass das Velo nach Marseille verfrachtet wurde und dann nach Nordafrika, auch das hat man eigentlich alles weiterverfolgen können, niemand konnte helfen und das ist doch kein Zustand.

Und wir sagen Business as usual, ich zitiere aus der verdankenswerten Antwort: Der Informationsaustausch, und ich glaube, das wäre ein ganz zentrales Hilfsmittel, läuft bis jetzt über die bestehenden Gefässe, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Centre coopération policière und Verbindungsbeamte. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt und gewährleistet, dass relevante Informationen auch ohne automatisierten Tatenausgleich übermittelt werden. Stephanie Eymann, ich glaube nicht, dass sich das bewährt hat. Es genügt nicht in diesem Zusammenhang bei diesen Bagatelldelikten. Wenn wir ernsthaft etwas dagegen machen wollen, muss hier mehr geschehen. Ich denke, ein automatisierter Datenaustausch wäre eine Möglichkeit.

Was ich sehr positiv finde, ist, dass Sie binationale Patrouillen angekündigt haben, Anfang Juli. Ich habe das gelesen in den Ferien und habe gedacht, wow, das ist ein Schritt, aber jetzt höre ich heute, es ist noch nicht aufgegleist. Da müssen wir doch weitermachen, da müssen wir etwas tun und hier könnten wir etwas tun. Es braucht auch die Aufklärung der Bevölkerung, ob das reicht einmal im Jahr, ich weiss es nicht, aber ich weiss, dass hier das Eigentum der Bevölkerung nicht mehr geschützt ist und dass das die primäre Aufgabe der Polizei halt ist, auch wenn es die Mitwirkung des Einzelnen braucht. Aber wenn wir sagen, das habe sich so, wie wir es jetzt machen, bewährt, ich bin nicht der Überzeugung, dass sich das bewährt hat, gerade im Hinblick auf das Verhalten der französischen Behörden und ich wünschte mir hier noch mehr und ich denke, wir müssen hier auch noch mehr arbeiten.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.12. Interpellation Nr. 91 Thomas Widmer-Huber betreffend Menschenhandel auch ab 2026 als Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung in Basel-Stadt

[10.09.25 16:19:48, 25.5372.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Prostitution in der Schweiz ist leider vielerorts mit Menschenhandel verbunden. Einblick in diese kriminelle Szene gibt eine kürzliche Anklage der Staatsanwaltschaft Bern gegen drei Männer und zwei Frauen. Es handelt sich um eine Schweizerin, einen Schweizer, eine Deutsche und zwei Chinesen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen unter anderem Menschenhandel, Förderung der Prostitution sowie Förderung der rechtswidrigen Ein- und Ausreise vor. Die Ermittler stiessen dabei auf 146 Frauen, die meisten aus China, die während Jahren zur Prostitution gezwungen wurden. Wir müssen leider davon ausgehen, dass auch in Basel zahlreiche Frauen Opfer von Menschenhandel sind und faktisch zur Prostitution gezwungen werden. Die Bekämpfung des Menschenhandels ist bekanntlich sehr aufwendig, es ist sehr schwierig, die Frauen überhaupt zu Aussagen zu bewegen. Ein Hinderungsgrund ist, dass die Prostituierten häufig von gewalttätigen, lokalen Zuhälterinnen und Zuhältern engmaschig überwacht werden. Dazu kommt der Druck auf die Familien der Opfer im Heimatland. Eine Prostituierte überlegt es sich gut, ob sie bei der Polizei aussagen soll. Weil kriminalpolitische Ermittlungen aufwendig sind, braucht es über Jahre genügend Ressourcen, um Täter und Täterinnen vor Gericht zu bringen. Aus diesem Hintergrund erfolgt meine Anfrage, ob die Regierung auch für die kommenden Jahre plant, den Menschenhandel als einen der Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung zu definieren.

24.13. Interpellation Nr. 92 Lisa Mathys betreffend wieso führt eine emissionsintensive Töff-Parade mitten durch Wohnquartiere?

[10.09.25 16:21:59, 25.5373.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Lisa Mathys (SP): Gegen 1'000 oder gar 1'500 Töffs, die just for fun durch Basler Wohnquartiere fahren, das ist die alljährliche Biker-Parade im Rahmen der Biker Days, einem Festival, das die Gemeinde Münchenstein auf ihrem Grund und Boden bewilligt. Letztes Jahr dauerte der Spuk rund dreiviertel Stunden, dieses Jahr dank der einigermassen konsequent umgesetzten Beschränkung auf offiziell 800 Fahrzeuge rund 20 Minuten. Hat man das Pech, dass man entlang der bewilligten Route für diesen Korso wohnt, bedeutet das heulende Töff-Motoren im Leerlauf, an eine Unterhaltung in der Wohnung ist auch bei geschlossenen Fenstern nicht zu denken und ich zeige Ihnen hierzu gerne ein Bild, das mir von Anwohnenden übermittelt wurde. Man kann es sich auch ohne Tonaufnahme gleich besser vorstellen. Sie sehen da die Auspuffwolken hinter den Töffs, das ist eine Gruppe von Fahrern, die extra angehalten haben, um dann auszukuppeln und

möglichst geräuschvoll wieder in Fahrt zu kommen. Überlegen Sie sich gerne auch, ob Sie entspannt gewesen wären, wenn Ihre Kinder zu diesem Zeitpunkt dort beim Brunnen gebadet hätten. Abgase hängen in der Luft und ich sage Ihnen, die bleiben erstaunlich lange hängen, es gibt kein Durchkommen, wenn man von zu Hause weg müsste und auch nicht, wenn man nach Hause zurückkehren möchte.

Im Nachgang zur Durchführung in diesem Jahr am 9. August wurde ich mit so viel Entrüstung von Anwohner*innen und anderen Anwesenden konfrontiert wie noch nie. Was mögen die Gründe für diese grosse Entrüstung sein? Wer mehrmals beobachtet, dass ein Töfffahrer Gas gibt, wenn eine Passantin oder ein Passant versucht, bei einer Korso-Lücke die Quartierstrasse zu überqueren, der empfindet wahrscheinlich Angst und behält ein ungutes Gefühl einer Machtdemonstration zurück. Dass es während der ganzen Zeit nicht möglich war, sich mit anderen Betroffenen, die direkt neben einem stehen, zu unterhalten, weil viele Motoren im Leerlauf aufheulen, trägt wohl zusätzlich dazu bei, dass sich die Menschen sehr stark gestört oder beeinträchtigt fühlten. Am schönen Sommertag am Ende der Schulferien waren sehr viele Menschen draussen unterwegs, um im Rhein zu schwimmen, viele von ihnen waren demnach zu Fuss und im Badekleid unterwegs. Gerade Frauen fanden sich auch mit vulgärem Verhalten konfrontiert und das wird heute glücklicherweise auch als Einzelfall nicht mehr toleriert. Und last but not least, es leuchtet den Menschen halt nicht ein, wie eine solche Parade zu den Klima- und Umweltzielen des Kantons passen sollen.

Etwas enttäuscht nehme ich zur Kenntnis, dass die Regierung länger Zeit braucht, um sich zu überlegen, ob die Routenwahl einer lauten, emissionsintensiven Töff-Parade durch städtische Wohnquartiere, ja sogar durch Begegnungszonen jetzt wirklich der Weisheit letzter Schluss sei.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Frau Mathys, Ihre Zeit ist abgelaufen, ein letzter Satz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Da Sie nicht so registriert waren, läuft das eigentlich schon seit einem Moment. Es wurde kein Timer gestellt. Sprechen Sie noch fertig.

Lisa Mathys (SP): Ich bin entsprechend gespannt. Ich möchte an dieser Stelle noch unbedingt an jene Basler*innen erinnern, die vom Festival in Münchenstein gleich mehrere Tage lang tangiert sind. Sie konnten es in der Zeitung lesen, drei Tage lang habe ich den Eindruck, neben einer Rennpiste für Motorradfahrer zu wohnen, sagt ein Anwohner im Joggeli. Ich vermute etwas, dass hier auch der Kantönligeist-Schimmel wiehert und sich weder Münchenstein noch Basel-Stadt zuständig fühlt, deshalb würde ich die Regierung sehr einladen, in den Austausch zu gehen. Vielleicht hat ja Münchenstein eine Idee, wo die Parade durchführen könnte, vielleicht durch die Grün 80, wer weiss. Es ist rational auf alle Fälle nicht erklärbar, dass Wohnquartiere der richtige Ort dafür sind.

24.14. Interpellation Nr. 93 Barbara Heer betreffend Basler Antworten auf die globale Gesundheitsbedrohung durch den USAID-Rückzug

[10.09.25 16:27:00, 25.5374.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

24.15. Interpellation Nr. 94 Raffaela Hanauer betreffend Superblock-Tests – Folgepublikation für permanente Überführung bei Testerfolg

[10.09.25 16:27:17, 25.5375.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

24.16. Interpellation Nr. 95 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Zukunft und Chancen der Standortförderung Basel Area im Umfeld globaler Abschottung und im Vergleich zu anderen Schweizer Regionen

[10.09.25 16:27:34, 25.5376.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich beantworte im Namen des Regierungsrates die vorliegende Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Basel Area Business & Innovation hat einen umfassenderen Auftrag als die Greater Zurich Area und die Greater Geneva Bern area. Sie begleitet potenzielle Ansiedlungskandidaten nicht nur bis zur ersten Kontaktaufnahme und gibt sie dann an die Kantone weiter, sondern betreut Firmen bis zur erfolgreichen Ansiedlung. Dies geschieht trotz eines im Vergleich zu GZA und GGBa deutlich kleineren Budgets für die Standortvermarktung. Basel Area Business & Innovation hat in diesem Bereich rund die Hälfte des Budgets von den beiden anderen Ansiedlungsorganisationen. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist das Geschäftsmodell von Basel Area Business & Innovation, welches Standortpromotion eng mit Innovationsförderung verknüpft. Im Zentrum steht eine gezielte Ansprache und Beratung von Unternehmen in innovativen, wertschöpfungsstarken Branchen, insbesondere in den Life Sciences, Pharma, Biotech, Agroscience, MedTech. Die Verbindung von Innovationsförderung und Standortpromotion gilt heute als Vorzeigemodell, während klassische Ansätze, die einseitig auf steuerliche Anreize setzen, an Bedeutung verlieren.

Zu Frage 2. Derzeit sind die Life Sciences die wichtigste Branche für Ansiedlungen und Startups. Die Region Basel ist hier global wettbewerbsfähig und kann sich gegenüber Konkurrenzregionen sehr gut behaupten. Der Regierungsrat sieht auch in anderen Bereichen Chancen. Derzeit geht es hier vor allem darum, neue Standortvorteile aufzubauen. Dies tut der Kanton Basel-Stadt aktiv über seine Innovationsförderprogramme. Mittelfristig bestehen grosse Chancen in Technologien und Branchen, die von der Wettbewerbsfähigkeit der Leitbranche Life Sciences profitieren, zum Beispiel die Digitalisierung im Gesundheitswesen oder neuen Verfahren in der Biotechnologie. Hier setzen die Innovationsförderprogramme BaselLaunch und DayOne an, welche von Basel Area betrieben werden. Langfristig ist es dem Regierungsrat auch wichtig, in Schlüsseltechnologien aufzuholen, in denen andere Schweizer Regionen derzeit deutlich wettbewerbsfähiger sind. Ein Beispiel sind Informations- und Kommunikationstechnologien sowie neue Technologien im Bereich Nachhaltigkeit, welche zukünftig durch die Innovationsförderprogramme Baseltech respektive BaselCircular gestärkt werden sollen.

Zu Frage 3. Die trinationale Lage ist ein wichtiger Standortvorteil der Region. Sie bietet Zugang zu den Arbeitsmärkten der beiden Nachbarländer und ermöglicht Mitarbeitenden internationaler Unternehmen, ihren Wohnsitz in Südbaden oder im Elsass zu wählen. Die kulturelle Vielfalt der Region steigert zudem die Lebensqualität und wird von internationalen Firmen wie deren Mitarbeitenden geschätzt. Diese Stärken vermarktet Basel Area gezielt.

Zu Frage 4. Die Standortpromotion erfolgt für die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura gemeinsam und umfasst alle Flächen dieser drei Kantone. Die sich ansiedelnden Unternehmen verteilen sich auf viele dieser Standorte. Der Grossteil der von Basel Area bei der Ansiedlung unterstützten Firmen lässt sich jedoch im Kanton Basel-Stadt nieder.

Zu Frage 5. Basel-Stadt bezahlt derzeit einen Grundbetrag von 968’000 Franken, davon werden rund 530’000 Franken für die internationale Standortpromotion verwendet. Dazu kommen 240’000 Franken pro Jahr für das Programm BaselLaunch sowie 915’000 Franken für das Programm DayOne. Die gesamte Summe beträgt damit gut 2,1 Mio. Franken pro Jahr. Zudem ist der Kanton durch das Amt für Wirtschaft und Arbeit im Vorstand der Basel Area vertreten und verantwortet dort die Strategie der Organisation mit.

Zu Frage 6. Das zunehmend protektionistische Umfeld und die wachsende Rivalität zwischen China und den USA sorgen für erhebliche Unsicherheiten. Diese zeigen sich aktuell in einer spürbaren Zurückhaltung bei Investitionen in Europa und auch in der Schweiz. Bislang konnte sich die Region Basel dieser Entwicklung noch entziehen und hohe Ansiedlungszahlen vermelden. Für die nahe Zukunft gehen wir aber auch von einer stärkeren Zurückhaltung bei Ansiedlungsentscheiden aus. Zugleich führen diese Entwicklungen zu neuen Chancen. Innovative Unternehmen aus den USA leiden unter den Unsicherheiten in der Forschung und Gesundheitspolitik ihres Landes und prüfen deshalb neue oder zusätzliche Standorte, die verlässliche Rahmenbedingungen bieten. Die Schweiz als innovatives und stabiles Land hat hier grosse Chancen und während innovative chinesische Unternehmen in ihren ersten Internationalisierungsschritte bislang fast immer in die USA machten, rückt heute die Schweiz zunehmend als attraktiver Standort in den Fokus. Kurzfristig betrifft dies vor allem die Life

Sciences und angrenzende Branchen, mittelfristig können jedoch auch andere Bereiche wie die Informations- und Kommunikationstechnologie profitieren. Basel Area bearbeitet diese Opportunitäten bereits aktiv. Unterstützend wirkt das Basler Standortpaket, welches den Innovationsstandort stärkt.

Aus diesen Gründen erachten wir die Arbeit von Basel Area als wichtig und erfolgsversprechend. Der Grosse Rat hatte im Jahr 2023 auf Antrag des Regierungsrats beschlossen, die Mittel für die Standortpromotion, insbesondere für die Marktbearbeitung in den USA in den Jahren 2024 bis 2027 jährlich um 158’000 Franken zu erhöhen. Zudem sollte die seit 2016 aufgelaufene sowie die bis 2027 prognostizierte Inflation ausgeglichen werden. Da diese Aufstockung jedoch an einen gleichlautenden Beschluss des Kantons Basel-Landschaft geknüpft war, der dort nicht gefasst wurde, konnten diese zusätzlichen Mittel nicht an Basel Area ausbezahlt werden. Der Regierungsrat plant in der laufenden Beitragsperiode keine einseitige Aufstockung der Mittel zugunsten der Basel Area.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Besten Dank an Regierungsrat Kaspar Sutter für die Beantwortung der Fragen zu einem für unsere Region sehr wichtigen Thema. In der aktuellen fragilen geopolitischen Situation des zunehmenden Protektionismus und den Unsicherheiten bezüglich der Entwicklung von Erschwernissen für unsere ansässige Wirtschaft ist es wichtig, dass die Strukturen der Standortförderung eine gewisse Resilienz aufweisen. Wie ist die Positionierung Basels im nationalen und internationalen Vergleich einzustufen, das war die Frage. Die einzelnen Antworten zu den gestellten Fragen zeigen auf, wie der Stand der Dinge ist und welche Massnahmen der Kanton schon umsetzt oder auch noch vorsieht. Wie wir von Regierungsrat Kaspar Sutter gehört haben, ist einiges in Arbeit und auch in Planung. Die Antworten zu den einzelnen Fragen sind aus meiner Sicht plausibel, ich habe nichts anzufügen und bin mit der Beantwortung zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.17. Interpellation Nr. 96 Joël Thüring betreffend Umsetzung des Verhüllungsverbots in Basel-Stadt

[10.09.25 16:35:06, 25.5377.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

24.18. Interpellation Nr. 97 Luca Urgese betreffend verordnungswidriger Förderschwerpunkt Klimaschutz für den Swisslos-Fonds

[10.09.25 16:35:19, 25.5378.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zunächst allgemeine Bemerkungen. Der Regierungsrat hat am 1. Juli 2025 den neuen Swisslos-Fonds Förderschwerpunkt Klimaschutz und Biodiversität beschlossen. Gefördert werden mit diesem gemeinnützige, nicht kommerzielle Vorhaben, die den Klimaschutz, den Erhalt der Biodiversität oder den sorgfältigen Umgang mit Ressourcen im Alltag der Menschen stärken. Dabei sollen Dialog, Impulse und aktives Mitmachen im Mittelpunkt stehen. Der Swisslos-Fonds kennt verschiedene Fördergefässe. Dazu gehören Förderschwerpunkte wie der Förderschwerpunkt Klimaschutz und Biodiversität oder auch Schwerpunktprojekte. Förderschwerpunkte sind im Gegensatz zu sogenannten Schwerpunktprojekten keine konkreten

Einzelprojekte, sondern eine zweckgebundene und befristete Reservation von Mitteln und erleichterten Vorgaben, letzteres analog der Praxis bei den Schwerpunktprojekten. Die Förderschwerpunkte ermöglichen eine proaktive Ausschreibung zur Anregung entsprechender Projekte und eine engere Begleitung der Projekte durch kantonale Fachstellen, vorliegend der Fachstelle Klima.

Zu den konkreten Fragen, Frage 1. Der Regierungsrat hat eine Ausnahme von der Swisslos-Verordnung beschlossen, indem innerhalb des auf vier Jahre befristeten Förderschwerpunkts auch Tagungen, Kongresse, Konferenzen, Seminare, Workshops und ähnliche Anlässe gefördert werden können. Der Regierungsrat könnte die Verordnung über die Verwendung von Geldern aus dem Swisslos-Fonds zwar anpassen und dabei explizit Förderschwerpunkte vorsehen. Er gab einer transparent kommunizierten Aufhebung der Einschränkungen gemäss Artikel 4 Abs. 1 für den Förderschwerpunkt Klimaschutz und Biodiversität den Vorzug, weil dieser befristet ist. Die Öffnung für Tagungen, Workshops, Seminare, etc. empfiehlt sich, weil sich in der ausserschulischen Bildung Tagungen und Workshops für ein breites Publikum besonders bewährt haben. Weiterhin werden jedoch auch im Förderschwerpunkt Klimaschutz und Biodiversität Fachtagungen und kommerzielle Kongresse abgelehnt, wo diese nicht der gemeinnützigen Zielsetzung des Swisslos-Fonds entsprechen. Der Regierungsrat wird auch in Zukunft nur zurückhaltend Förderschwerpunkte beschliessen.

Zu Frage 2. Nein, der Regierungsrat sieht aus vorgenannten Gründen keine Notwendigkeit für eine Revision seines Beschlusses.

Zu Frage 3. Die Beschlüsse des Regierungsrates zu den Swisslos-Fonds-Vergaben werden vorgängig nicht in einem formellen Verfahren überprüft. Der Aspekt der Rechtskonformität der Beschlüsse hat im Regierungsrat jedoch einen hohen Stellenwert. Die kantonale Finanzkontrolle und die interkantonale Geldspielaufsicht überprüfen zudem regelmässig die kantonalen Vergaben.

Zu Frage 4. Es wird keine parallele Förderung vorgenommen. Bei BaselCircular handelt es sich um ein neues Innovationsförderprogramm für die Kreislaufwirtschaft und damit um die Förderung von gewinnorientierten Unternehmen. Hierzu hat der Regierungsrat am 19. März 2024 die Finanzierung durch Entnahme aus dem Standortförderungsfonds beschlossen. Der Swisslos-Fonds fördert hingegen ausschliesslich gemeinnützige, nicht gewinnorientierte Projekte. Bestehende Beispiele für solche nicht gewinnorientierten Projekte sind etwa das Leihlager oder die OFFCUT Materialmärkte, welche von gemeinnützigen Vereinen gegründet wurden, Emissionen vermeiden und deren Betrieb nach einer Anschubfinanzierung des Swisslos-Fonds für Anschaffungen über Mitgliederbeiträge bzw. Verkäufe finanziert werden müssen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Luca Urgese (FDP): Es ist nicht das erste Mal, dass der Regierungsrat wegen der Verwendung der Swisslos-Gelder in der Kritik steht. Ein kurzer Rückblick ohne Anspruch auf Vollständigkeit. 2014 beanstandete die interkantonale Lotterie- und Wettbewerbskommission Comlot die Basler Verordnung, weil neu auch gewinnbringende und kommerzielle Organisationen gefördert werden sollten. Auch das Bundesamt für Justiz schaltete sich ein. 2015 wurde eine Open-Air-Cinema-Academy finanziert, obwohl die Verordnung Beiträge für Ausbildungsprojekte ausdrücklich ausschliesst. 2022 folgte der nächste Fall, als die Serie «Die Beschatter» unterstützt wurde, obwohl Fernsehfilmproduktionen ausgeschlossen waren. Die Kritik ging damals so weit, dass ein Professor forderte, die Regierung zu entmachten und die Vergabe einer unabhängigen Stelle zu überlassen. Und jetzt stehen wir wieder hier und stellen fest, dass der Regierungsrat seine eigene Verordnung nicht einhält, ein weiteres Mal.

Es geht mir dabei nicht darum, ob man es gut findet, dass es jetzt neu einen Förderschwerpunkt für Klimaschutz, Biodiversität und Zirkularität gibt. Man mag es gut oder schlecht finden, dass es noch eine Kasse mehr geben soll, die auch noch dem Klimaschutz zudienen soll und dass damit künftig weniger Geld zur Verfügung stehen soll für soziale, kulturelle und sportliche Projekte. Das soll jeder für sich selber entscheiden. Das Thema ist ein anderes, nämlich, soll sich der Regierungsrat an die eigenen Gesetze und Verordnungen halten. Verordnungen notabene, die er selbst erlassen hat und die er selbst im gleichen Regierungsratsbeschluss hätte ändern können. Und da hoffe ich schon, dass wir hier drin alle dieser Meinung sind, dass wir den Rechtsstaat hochhalten müssen, heute mehr denn je, denn die schleichende Erosion beginnt im Kleinen.

Und deshalb habe ich kein Verständnis dafür, dass der Regierungsrat sich herausredet, es handle sich ja nicht um Schwerpunktprojekte, sondern um einen Förderschwerpunkt. Ich habe die Verordnung inzwischen mindestens dreimal gelesen und ich sehe keine rechtliche Grundlage für Förderschwerpunkte ausserhalb von Sozialem, Kulturellem oder Sport. Das sind die Leitplanken, die die Verordnung setzt und die durch diesen Beschluss nicht eingehalten werden. Wenn der Regierungsrat beliebig Ausnahmen von Verordnungen beschliessen kann, ja, dann brauchen wir keine Verordnung mehr, dann macht der Regierungsrat einfach das, was er will und was er gerade richtig findet. Und das ist leider der Eindruck, den man hier beim Swisslos-Fonds bekommen muss. Und wenn der Regierungsrat dann sagt, die Rechtskonformität der

Beschlüsse hat im Regierungsrat einen hohen Stellenwert, dann wirkt das vor diesem Hintergrund, es tut mir leid, das zu sagen, wie eine Phrase.

Es ist nicht das erste Mal, dass wichtige rechtliche Bestimmungen übersehen werden. Ich erinnere beispielhaft an die Volksinitiative Gratis ÖV für Kinder und Jugendliche, da hat der Regierungsrat in der Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit der Initiative schlicht übersehen, dass Gratis ÖV gegen Artikel 81a der Bundesverfassung verstösst, also gar nicht zulässig ist. Er hat den entsprechenden Artikel in seinem Bericht an den Grossen Rat nicht einmal erwähnt, die Kosten dieses Fehlers für den Kanton belaufen sich auf über 24 Mio. Franken. So viel kostet uns der Gegenvorschlag, den wir nicht beschlossen hätten, hätten wir um die Verfassungswidrigkeit gewusst. Nun ist klar, wir alle machen hin und wieder mal Fehler oder wir übersehen etwas. Wichtig wäre aber, aus Fehlern zu lernen und diese zu korrigieren. Dem Regierungsrat fehlt es aber nur schon an der Einsicht, einen Fehler gemacht zu haben und das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist auf das Schärfste zu kritisieren.

Bei einem Thema wie dem Swisslos-Fonds, wo in der Vergangenheit schon öfter Fehler passiert sind und wo es schon mehrmals öffentliche Kritik und gar Interventionen von Aufsichtsbehörden gab, erwarte ich besondere Sorgfalt. Ich habe die klare Erwartung an den Regierungsrat, dass er hier, gerade weil der Grosse Rat im Gegensatz zu anderen Fonds überhaupt nicht involviert ist, die Aufsichtsprozesse verbessert und sich an die Vorgaben von Gesetz und Verordnung hält. Sonst müssen wir uns überlegen, ob wir die Vergabe nicht lieber an eine unabhängige Stelle übergeben.

Ich danke dem Regierungsrat für die Antwort, aber ich bin klar nicht zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.19. Interpellation Nr. 98 Jean-Luc Perret betreffend neue Sterilisationsauflagen: Wundversorgung in der Hausarztpraxis nur noch mit Einwegmaterial?

[10.09.25 16:43:43, 25.5379.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 und 2. Als zuständige Behörde für die Überwachung von Heilmitteln in der Schweiz hat Swissmedic Vorgaben zu Aufbereitungsmassnahmen in der Schweizerischen Guten Praxis zur Aufbereitung von Medizinprodukten für Gesundheitseinrichtungen, die Medizinprodukte aufbereiten, festgehalten. Für den ambulanten Sektor wurde im Jahr 2010 von Swissmedic in Zusammenarbeit mit den Fachgesellschaften die sogenannte KIGAP herausgegeben, die in der Interpellation erwähnt ist. Diese bildet die Grundlage für Inspektionen in ambulanten Arzt- und Zahnarztpraxen. Die Leitlinie KIGAP stützt sich auf das Heilmittelgesetz sowie auf die Medizinprodukteverordnung. Gemäss Heilmittelgesetz müssen im Umgang mit Heilmitteln alle Massnahmen getroffen werden, die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderlich sind, um die Gesundheit von Mensch und Tier nicht zu gefährden. Die Medizinprodukteverordnung hält zudem fest, dass eine Fachperson bei der Wiederverwendung eines Produkts dieses vor jeder Anwendung auf Funktionsfähigkeit und die vorschriftsgemässe Aufbereitung prüfen muss. Des Weiteren müssen der Stand von Wissenschaft und Technik, die Anweisung des Herstellers sowie die Anforderungen an die Hygiene berücksichtigt werden. Gemäss Medizinprodukteverordnung sind die Kantone zuständig für die Überwachung der Instandhaltung sowie der Aufbereitung von Produkten bei der anwendenden Fachperson und in den Gesundheitseinrichtungen. Ausgenommen hiervon sind die Spitäler. Die Aufsicht über den Umgang mit Heilmitteln im Kanton Basel-Stadt liegt bei der Kantonsapothekerin und ihrem Team. Mithilfe eines öffentlich auf der Webseite der Medizinischen Dienste einsehbaren Inspektionsprotokolls wird die Einhaltung der aktuell geltenden Normen und Richtlinien überprüft.

Zu Frage 3. Die Gebühren für Inspektionen und Kontrollen sind in der Verordnung über die Gebühren im Gesundheitswesen festgelegt und richten sich nach dem zeitlichen Aufwand. Der Stundenansatz beträgt 200 Franken.

Zu Frage 4. Arztpraxen können sich jederzeit mit Fragen zur sachgerechten Umsetzung der massgeblichen Richtlinien an die Medizinischen Dienste wenden. Bei Bedarf erhalten sie auch Hinweise zu weiterführenden Informationen. Beispielsweise

steht allen eine Liste von Drittanbietern zur Verfügung, welche zertifiziert sind und professionell die Aufbereitung für andere durchführen können.

Zu Frage 5. Seitens Kanton Basel-Stadt ist unter anderem der Pharmazeutische Dienst des Gesundheitsdepartements an der Überarbeitung der KIGAP und deren Anpassung an die Verhältnisse in den ambulanten Praxen beteiligt. In den Aufbereitungsrichtlinien wird dabei ein risikobasierter Ansatz verwendet.

Zu Frage 6. Bei schwerwiegenden Hygienemängeln kann die Aufbereitung von Medizinprodukten mittels Verfügung untersagt werden. Je nach Schwere der festgestellten Beobachtungen gelten unterschiedliche Fristen. Kritische Punkte, die zu einer akuten Patientengefährdung führen könnten, müssen umgehend behoben werden. Bei anderen Punkten müssen die Praxen in der Regel innert Monatsfrist einen Massnahmenplan zum weiteren Vorgehen einreichen.

Zu Frage 7. Der Regierungsrat anerkennt ausdrücklich die Rolle der Hausarztpraxen in der medizinischen Grundversorgung und dazu gehören auch einfachere medizinische Eingriffe, welche zur Entlastung der Notfallstationen beitragen.

Zu Frage 8. Neben der sachgerechten Aufbereitung in den Praxen selber besteht die Möglichkeit der Aufbereitung durch befugte Drittanbieter. Die Aufbereitung der Medizinprodukte durch qualifizierte Dritte stellt eine bewährte und auch eine ökologische Alternative zum Einsatz von Einwegprodukten dar.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Jean-Luc Perret (SP): Vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Hausärztinnen und Hausärzte lösen mit 20% der Mittel 80% der Probleme. Das ist zwar stark vereinfacht, aber angesichts der steigenden Gesundheitskosten muss es uns ein wichtiges Anliegen sein, die Grundversorgung zu stärken. Die Realität sieht leider oft anders aus. Mehr Administration, strengere Bedingungen für dieses und jenes, kompliziertere und detailliertere Abrechnungen, Diskussionen mit Krankenkassen, all das kostet sehr viel Zeit, die eigentlich im direkten Patientenkontakt besser investiert wäre. Vor diesem Hintergrund möchte ich mit meiner Interpellation ein konkretes Beispiel dafür zeigen. Es geht um die Richtlinien, ob und wie Instrumente in der Praxis sterilisiert werden dürfen, also zum Beispiel Scheren, Pinzetten oder Klemmen, die für die schnelle Wundversorgung benutzt werden. Solche sterilen Instrumente werden üblicherweise gereinigt, in ein Desinfektionsbad gelegt und dann in einem Autoklav-Dampf sterilisiert. Gewisse Praxen machen das selbst, andere gaben ihre Instrumente ans Labor Rothen, das für mehrere Praxen zusammen kostenlos Instrumente aufbereitet hat. Die Sicherheit der Patientinnen steht dabei selbstverständlich ausser Frage. Im konkreten Fall würde das bedeuten, die Instrumente müssen einfach absolut sauber sein. Aber genau dies war ja auch bis heute schon gewährleistet. Die Praxen haben seit Jahren zuverlässig sterilisiert und es gab meines Wissens keine Häufung von Infektionen.

Trotzdem verlangen nun die neuen Vorgaben unter anderem separate Räume für Sterilisatoren und eine minutiöse Dokumentation jedes Instruments, wann und bei wem es eingesetzt und danach wieder aufbereitet wurde. Für Hausarztpraxen und kleinere Labore sind solche Vorgaben nicht praxisgerecht. Ich möchte auch nicht die Kantonsapothekerin für ihre gewissenhaft durchgeführten Kontrollen kritisieren, kritisieren möchte ich jedoch die buchstabengetreue Umsetzung der Bundesvorgaben. Es stimmt, man kann das Inspektionsprotokoll herunterladen und sich vorbereiten. Ich kenne dieses Dokument, es umfasst 22 Seiten und man kann sich vorstellen, dass es viel Zeit braucht, um das seriös durchzugehen und auch Zeit, um die Inspektion dann durchzuführen und das alles für 200 Franken pro Stunde, wir haben es gehört, die dann der geprüften Praxis verrechnet werden.

Die Richtlinien führen auch nicht nur in Basel, sondern in der ganzen Schweiz zu Aufregung. Ein pragmatischer Kanton Basel-Stadt könnte da sogar eine Vorbildrolle einnehmen. Meiner Meinung nach gäbe es durchaus gewisse Freiheiten, die Richtlinien so anzupassen, damit bewährte Strukturen soweit möglich bewahrt werden können. Diese Bereitschaft vermisse ich jedoch und ich habe sie aus der Antwort auch nicht herausgehört. Die Grundversorgung darf nicht durch zusätzliche Bürokratie geschwächt werden. An diesem Beispiel hätte der Kanton die Chance, die Hausarztmedizin auch in Zukunft praxisnah, verhältnismässig und ökologisch sinnvoll auszugestalten. Ich bin deshalb mit den Antworten nicht zufrieden und appelliere an den Regierungsrat, sich konsequent an die Seite der Hausärztinnen und Hausärzte zu stellen.

Und da ich nun noch etwas Zeit habe, erlaube ich mir noch einen Nachtrag, denn wenn das Sterilisieren tatsächlich zu aufwendig wird, dann bleibt am Ende tatsächlich wie im Titel der Interpellation nur der Wechsel auf Einweginstrumente. Ich wollte das Ihnen kurz zeigen, ich habe das mitgebracht aus dem Spital, da haben wir das schon länger. Wir packen also diese Schere aus, wir schneiden damit ein paar Fäden durch, zum Beispiel bei einem Fäden ziehen, und dann werfen wir sie weg. Also das ist eine einwandfreie Schere und die kommt auch nicht in den Müll, sondern die kommt in den kontaminierten medizinischen Sonderabfall. Und das geht jeden Tag so mit unzähligen Instrumenten. Die sind ökologisch gesehen eine Katastrophe, gerade weil sie so günstig sind. Wir machen uns auch abhängig von globalen Lieferketten, die stammen aus Indien oder Pakistan, man weiss nicht aus was für Metallgruben und man kann sich sehr gut vorstellen, dass ein Wechsel auf solche Instrumente in vielen Hausarztpraxen nicht erwünscht ist. Ironischerweise kann man diese Instrumente dann auch

den Patienten noch verrechnen, während die Mehrweginstrumente nicht abrechenbar sind. Das wollte ich einfach kurz zeigen der Vollständigkeit halber.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16. Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2024, Bericht der BKK

[10.09.25 16:52:38, 25.0511.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Nachdem die BKK mehrfach die Form und die Aussagen des Lehrstellenberichts kritisiert hat, ist der Lehrstellenbericht 2024 nun ganz anders aufgemacht erschienen. Die BKK zeigt sich erfreut, dass ihre Kritik aufgenommen und umgesetzt wurde. Die Berichterstattung ist nun sehr umfangreich und weist nebst vielen Details und Kennzahlen auch bereits getroffene und geplante Massnahmen aus. So ist der Bericht sehr informativ und zeigt Perspektiven auf, was aus Sicht der BKK wichtig ist.

Nach wie vor verfehlt der Kanton Basel-Stadt das bildungspolitische Ziel von Bund und Kantonen, dass 95% der jungen Erwachsenen im Alter von 25 Jahren einen Erstabschluss auf Sekundarstufe II erreichen. Der Kanton Basel-Stadt liegt bei 85,4%. Von den im Lehrstellenbericht 2024 beschriebenen Massnahmen erhofft sich die BKK Impulse für eine Verbesserung der Situation, insbesondere begrüsst die Kommission die neue Strategie «Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell», das Pilotprojekt «Vernetzung Schule-Wirtschaft», die geplante Zufriedenheitsanalyse der Lehrbetriebe des Kantons und das Konzept BAE+, welches Massnahmen und deren Wirkung zum Berufsabschluss für Erwachsene aufzeigt. Aber auch der Masterplan Berufsbildung, der zu Beginn der Sommerferien vom ED vorgestellt worden ist, ist zu begrüssen.

Die BKK hat den Eindruck gewonnen, dass das Thema Berufsbildung für Jugendliche und Erwachsene im ED einen gewichtigen Stellenwert erhalten hat und hofft, dass die nun geplanten Massnahmen eine Wirkung erzielen. Für die Kommission ist es allerdings auch klar, dass bis messbare Resultate vorhanden sein werden, es noch viel Geduld braucht. Sie erwartet aber, dass die Fortschritte und Ergebnisse der Bemühungen in der jährlichen Berichterstattung dokumentiert werden. Ich bedanke mich an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen im Erziehungsdepartement und für die Arbeit, die zugunsten der Berufsbildung in unserem Kanton geleistet wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich bedanke mich bei der Bildungs- und Kulturkommission für ihren Bericht zum Lehrstellenbericht für das Jahr 2024. Die Präsidentin hat erwähnt, die von der BKK eingebrachten Anregungen und Korrekturwünsche wurden im Lehrstellenbericht 2024 aufgenommen. Unterdessen präsentiert sich der Bericht in einem überarbeiteten, zeitgemässen Design, das die Lesefreundlichkeit stärkt und die inhaltliche Struktur klarer hervorhebt. Besonderes Augenmerk wurde einerseits auf die bereits umgesetzten und geplanten Massnahmen gelegt, andererseits auch auf die strategische Ausrichtung des Berichts Mittelschulen und Berufsbildung. Im Folgenden möchte ich Ihnen einige wesentliche Eckdaten zur aktuellen Lehrstellensituation und zur Situation beim Lehrabschluss für Erwachsene darlegen.

Weiterhin ist ein leichter Anstieg bei den Direktübertritten in eine Lehre zu verzeichnen. Gegenüber dem Jahr 2017 ist dies eine Zunahme um 8%, wobei der Anteil im Jahr 2024 insgesamt 24% beträgt. Wie auch im Vorjahr nutzte knapp ein Fünftel der Jugendlichen im Anschluss an die obligatorische Schulzeit ein kantonales Brückenangebot. Im Anschluss daran trat die Mehrheit von ihnen in eine Lehre ein. Der Gesamtbestand an Lehrverträgen sowie das Angebot an Lehrstellen im Kanton ist stabil. Mit der erstmaligen Durchführung der Woche der Berufsbildung im Jahr 2024 konnten Schülerinnen und Schüler aus der Primar- und der Sekundarschule, Lehrpersonen und Eltern an rund 20 Veranstaltungen Berufe gemeinsam erkunden und Schülerinnen und Schülern standen rund 2’000 Schnupper-Halbtage zur Verfügung. Die Anzahl Prüfungskandidatinnen und -kandidaten für den Berufsabschluss für Erwachsene bleibt in den vergangenen Jahren insgesamt stabil. Die Vereinbarkeit von Schule, Beruf und Familie ist für diese Personen die grösste Herausforderung. Um die Quote für den Berufsabschluss für

Erwachsene zu erhöhen, konzipiert das ED das Konzept BAE+, welches die Absolvierenden noch zielgerichteter in der Ausbildung unterstützt.

Das Erziehungsdepartement verfolgt das bildungspolitische Ziel, nämlich dass 95% aller Jugendlichen über einen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen, konsequent. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet der im Sommer veröffentlichten Masterplan Berufsbildung, welcher eine Reihe konkreter Massnahmen dazu beschreibt. Vertiefte Informationen dazu werden wir im Lehrstellenbericht 2025 ausweisen. Daher beantragt der Regierungsrat, den Lehrstellenbericht für das Jahr 2024 zur Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Ich kann es ganz kurz machen. Ich möchte den Bericht, der wirklich sehr informativ ist, loben. Wenn man ihn dann gefunden hat, ist er wirklich sehr informativ, das ist der einzige Wermutstropfen am Ganzen, aber ich möchte den Bericht wirklich loben. Und dann möchte ich mich im Namen der gesamten Fraktion bei Mustafa Atici bedanken, dass er im Bereich Berufsbildung endlich vorwärts macht. Nachdem dieser Bereich im ED so lange Zeit vernachlässigt wurde, ist das bitter nötig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Diesem Dank oder diesem Lob von Heidi Mück kann ich mich grundsätzlich anschliessen. Man sieht tatsächlich, dass mit Mustafa Atici jemand jetzt im Erziehungsdepartement zuständig ist, der tatsächlich etwas mehr Herzblut auch für die Berufsbildung hat. Das war, glaube ich, in den letzten 20 Jahren nicht immer so der Fall und das hat diesem Bereich ganz bestimmt gut getan. Man kann auch die Berichtsform loben, wobei mir ehrlicherweise die Berichtsform nicht sonderlich wichtig ist. Das, was im Bericht drinsteht, ist leider weiterhin nicht sonderlich gut, das muss man einfach trotz dem Lob zu Beginn auch festhalten.

Der Lehrstellenbericht 2024 zeigt einmal mehr ein Bild, das uns zu denken geben muss. Seit über 20 Jahren verfolgen Bund und Kantone nun bereits das gemeinsame Ziel, dass 95% der jungen Erwachsenen bis 25 Jahren einen Abschluss auf Sekundarstufe II erreichen. Der schweizerische Durchschnitt liegt immerhin bei gut 90% und Basel-Stadt bleibt deutlich mit nur 85,4% hinter dieser Quote, hinter diesen Erwartungen. Wir erkennen auch in den letzten Jahren hier keine grossartige Trendwende, die Zahlen bleiben, man muss es so deutlich sagen, in diesem Bereich weiterhin sehr miserabel.

Und das ist eben leider nicht nur eine statistische Zahl, es ist auch leider Ausdruck dafür, dass in unserem Kanton zu viele junge Menschen ohne ausreichende Ausbildung ins Erwerbsleben starten, mit allen bekannten Folgen, weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt, grössere Gefahr von Sozialhilfeabhängigkeit, fehlende Perspektiven. Das Grundproblem ist bekannt, in Basel-Stadt wählen überdurchschnittlich viele Jugendliche den Weg in eine allgemeinbildende Ausbildung, während die Berufslehre weiterhin nicht den Stellenwert in der Gesellschaft hat, den sie eigentlich haben sollte, und genau dieser Befund führt eben dazu, dass diese Abschlussquote bei uns so tief liegt. Das ist eine Erkenntnis daraus.

Die zweite liegt sicherlich an der Struktur unseres Kantons, hier haben wir auch aufgrund der Zuwanderung, auch aufgrund der Zuwanderung von teilweise sehr schlecht gebildeten Migrantinnen und Migranten das Problem, dass diese Eltern oftmals, weil sie aus fremden Kulturen kommen, mit unserer Sprache nicht vertraut sind, eben auch nicht die Möglichkeit haben, ihre Kinder auf unser Schulniveau heranzuführen. Und das wird etwas sein, was uns in den kommenden Jahren weiter stark beschäftigen wird und hier sehen wir noch nicht genau, welche weiteren Massnahmen dann tatsächlich auch dazu führen können, dass es sich verbessert. Auch wenn wir die Lehrvertragsauflösung uns anschauen, stellen wir fest, dass diese weiterhin bei etwa 10 bis 13% fahren, das erachten wir als immer noch sehr hohe Quote und auch hier sehen wir noch keine wirkliche Verbesserung.

Nun ist es, wie die Kommissionspräsidentin und auch der Bericht des Regierungsrates ja ausführt, so, dass der Kanton auf diese Misere mit vielen Projekten, Programmen und Pilotversuchen reagiert hat, diese wurden auch aufgezählt. Das klingt alles schön und gut, ich finde das auch wichtig, dass wir dort den Finger darauf halten und tatsächlich etwas unternehmen und auch etwas investieren, aber Hand aufs Herz, diese Papiere sind letztlich eben nur vor allem viel Papier und es wird Jahre dauern, bis wir sehen, ob diese Massnahmen dann auch tatsächlich Wirkung entfalten.

Deshalb sagen wir als SVP-Fraktion klar, wir brauchen weniger Konzepte, sondern mehr konkrete Resultate, wir brauchen mehr junge Leute in der Lehre statt in endlosen Zwischenlösungen, wir brauchen eine echte Stärkung des dualen Berufsbildungssystems und keine weitere Akademisierung. Wenn wir heute Morgen über den Bericht der Fachhochschule Nordwestschweiz gesprochen haben, dann ist das zwar einerseits toll, dass wir dieses duale Bildungssystem auch haben,

dass wir diese Weiterbildungsmöglichkeiten an einer Fachhochschule haben, aber auch das ist letztlich ein Teil der Akademisierung unserer Gesellschaft und vielleicht sollten wir auch einmal wieder den Mut haben zu sagen, dass es nicht für alles einen Bachelor oder einen Master benötigt, es gibt auch einfach Leute, die im praktischen Alltag, wenn sie beim Schreiner arbeiten, wenn sie beim Coiffeur arbeiten oder in einem Malerbetrieb arbeiten, es schaffen, ohne Titel gute Arbeit Tag für Tag zu leisten.

Wenn wir das wieder etwas mehr wertschätzen würden, dann bin ich überzeugt, wäre auch das Interesse an der Berufsbildung grösser, am Absolvieren einer Berufslehre, nicht nur bei den jungen Menschen, sondern auch bei denjenigen, die diese jungen Menschen beeinflussen. Das ist die Gesellschaft im Allgemeinen und Generellen und im ganz spezifischen auch natürlich das Elternhaus, das auch ein Interesse daran hat, dass ihr Sohn, ihre Tochter den gymnasialen Weg einschlägt. Und dort müssen wir es schaffen, dass wieder vermehrt auch diese Berufsbildung eben den Stellenwert hat, welche sie eigentlich in unserer Gesellschaft auch verdient hat. Und dass das gelingt, müssen wir auch weiter daran arbeiten, dass wir die Betriebe nicht vergessen. Diese Betriebe, auch die KMU-Betriebe sind essentiell, sie stellen gerade in Basel-Stadt auch den Löwenanteil der Lehrstellen zur Verfügung und statt sie mit zusätzlichen administrativen Hürden und Auflagen zu überlasten, müssen wir ihre Bereitschaft fördern und erleichtern, dass sie in ihren Betrieben eben auch Lehrstellen anbieten.

Deshalb bleibt unsere Hoffnung, dass mit dem Vorsteher Mustafa Atici sich die Situation in diesem Bereich in der Berufsbildung weiter verbessern wird, aber wir müssen trotzdem attestieren, die Ziele in Basel-Stadt sind weiterhin nicht erreicht, wir erreichen sie deutlich nicht und wir sehen auch keine grosse Umkehr, wenn es darum geht, eben auch diese Attraktivitätssteigerung bei der Berufsbildung herzustellen. Das finden wir schade, wir wünschen, dass das sich in den kommenden Jahren deutlich verbessert durch eine konsequentere Stärkung der Lehre, bessere Unterstützung der Lehrbetriebe und eine klare Priorisierung der Berufsbildung in diesen verschiedenen Bereichen, in denen das Erziehungsdepartement tätig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Catherine Alioth für die LDP.

Catherine Alioth (LDP): Der bildungspolitische Anspruch von Bund und Kantonen, wonach 95% der 25-jährigen Bevölkerung einen Erstabschluss auf Sekundarstufe II erreichen sollen, ist äusserst ehrgeizig und zugleich wegweisend. Für seine Erreichung ist eine klare, durchdachte Struktur sowie eine konsequente und nachhaltige Umsetzung auf allen Ebenen des Bildungssystems erforderlich. Es geht nicht nur um die reine Erfüllung einer statistischen Vorgabe, vielmehr geht es darum, jungen Menschen Zugang zu einer qualifizierten Ausbildung und damit zu besseren Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Die Berufsbildung ist auch ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons, damit sie den Fachkräftebedarf deckt und Innovationen fördert.

Mit 85,4%, wir haben es bereits gehört, liegt die aktuelle Quote im Kanton Basel-Stadt jedoch deutlich unter dem angestrebten Wert. Der Handlungsbedarf ist dringend. Die in den letzten Jahren eingeleiteten Massnahmen sind eine gute und wichtige Grundlage, deren Umsetzung auch positive Auswirkungen zeigt, es braucht aber noch weitere. Die Ausbildung von Fachkräften muss noch stärker in den Fokus des ED rücken und ihr die Bedeutung einräumen, die sie als elementare Säule unseres Bildungssystems verdient. Die im Lehrstellenbericht 2024 beschriebenen Massnahmen sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, dennoch erachtet die LDP diese Ansätze allein nicht als ausreichend, um spürbare und messbare Verbesserungen zu erzielen. Das ED muss daher noch entschlossener handeln, um die Berufsbildung zu stärken und positive Effekte für Lernende, Betriebe und die Gesellschaft insgesamt sichtbar zu machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, die Kommissionspräsidentin ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Sie haben den Bericht zur Kenntnis genommen.

17. Ausgabenbewilligung für eine jährliche «Sportmillion» für die Sportvereine des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2026 bis 2029, Ratschlag des RR

[10.09.25 17:08:46, 25.0676.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der JSSK bitte ich Sie, die Ausgabenbewilligung für eine jährliche Sportmillion für die Sportvereine des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2026 bis 2029 zu beschliessen und somit Ausgaben von 4 Millionen, wie der Titel schon sagt, Sportmillion, eine Million pro Jahr zur Förderung vom Vereinssport zu bewilligen. Die Einführung dieser jährlichen Sportmillion erfolgte 2022 auf Grundlage einer Motion von Thomas Gander und Konsorten. Sie wurde zunächst für 2022 bis 2025 bewilligt und wir beraten jetzt über den Antrag der Regierung, dies auf weitere vier Jahre zu bewilligen. Das Ziel ist die Förderung des Vereinssports mit dieser zusätzlichen Unterstützung.

Die Motion wollte ursprünglich den Vereinen einen Gebührenerlass für die Nutzung von Sportanlagen ermöglichen, das wurde dann in Absprache mit den Motionär*innen in das vorliegende Finanzsystem geändert. Die gesetzliche Grundlage dafür bildet das Sportgesetz. Es geht ja immer um mitgliedergebundenen Vereinssportbeiträge an Sportvereine, die ihren Sitz im Kanton Basel-Stadt haben. Die Vereine, die die Beiträge erhalten, müssen dabei dem Dachverband Sport Basel angehören und in ihrem Vereinszweck Sport auch genannt haben. Sie erhalten dann Beiträge pro Mitglied, dabei werden nur die Mitglieder einberechnet, die den Wohnsitz in Basel haben und aktiv sind. Die Beitragshöhe ergibt sich dann aus der Anzahl der in Basel-Stadt wohnhaften Aktivmitglieder. Die Beiträge berücksichtigen dann doch noch die unterschiedlich hohen Nutzungskosten von Sportanlagen.

Das Sportamt hat gegenüber der JSSK von sehr positiven Erfahrungen berichtet, hat aufgezeigt, dass eine stabile Auszahlung an ca. 240 bis 250 Vereine erfolgt ist, die im Totalen knapp 30’000 Mitglieder haben. Zu beobachten ist, dass der Beitrag pro aktives Mitglied in Basel-Stadt leicht gesunken ist, also von knapp 60 Franken auf etwas mehr als 54 Franken von 2022 bis 2024. Das liegt daran, dass die Zahl der Mitglieder steigt, was ja eigentlich sehr begrüssenswert ist, wir aber eben ein Kostendach von einer Million haben und somit der Pro-Kopf-Beitrag sinkt. Das könnte natürlich in Zukunft dann kompensiert werden durch einen politischen Entscheid, durch eine Erhöhung der Sportmillion. Die Datenerhebung zur Eruierung der Aktivmitglieder wird regelmässig gemacht, das Sportamt hat uns auch dargelegt, dass es da auch stichprobenartige Kontrollen gibt.

Die Sportmillion ist ein Element von mehreren in der Finanzierungslandschaft. Welche weiteren finanziellen Beiträge an den Sport geleistet werden, können dann auch dem Ratschlag entnommen werden. Da einfach noch zu erwähnen ist, dass ein wichtiger Teil natürlich auch die Finanzierung durch das Jugend- und Sportprogramm auf Bundesebene ist, auch da droht aktuell eine Kürzung der Subventionen, da auch da eigentlich die Anzahl Teilnehmenden bei aktuell noch gleichbleibenden Finanzrahmen zugenommen hat. Aber das ist eine Diskussion, die dann in der Budgetdebatte auf nationaler Ebene erfolgen muss.

Wir haben das Geschäft relativ kurz beraten, es war vollständig unbestritten. Wir haben interessiert zur Kenntnis genommen, dass die Erfahrungen des Sportamts damit sehr positiv sind, dass es sehr gut funktioniert, wenn auch die Gewinnung der Mitgliederdaten durchaus etwas langwierig ist. Wir haben eben sehr positiv zur Kenntnis genommen, dass es laut Verwaltung gut etabliert ist und auch auf grosse Unterstützung bei den Vereinen stösst. Nicht zuletzt wegen dieser möglichen Senkung der J+S-Beiträge auf Bundesebene und der Zunahme der Aktivmitglieder haben wir diskutiert, ist es einem Teil der JSSK sehr wichtig, die finanziellen Aspekte wirklich im Auge zu behalten. Ein Teil der Kommission brachte in der Beratung zum Ausdruck, eine Sportmillion sei eigentlich deutlich zu wenig, Anträge wurden dann aber nicht gestellt. Andere Stimmen in der Kommission wiesen dann darauf hin, dass wir doch regelmässig umfangreiche Investitionen in Sportanlagen im Kanton machen und es auch noch viele andere Vereine gibt, die zum gesellschaftlichen Leben beitragen und keine Unterstützung vom Kanton oder Bund erhalten. Diese Diskussion, denke ich, gilt es dann spätestens in vier Jahren bei einer erneuten Bewilligung ausführlich zu führen.

Die JSSK möchte jetzt an dieser Stelle einfach nochmals die besondere gesellschaftliche Bedeutung des Sports hervorheben. Sport und Sportvereine sind weit mehr als Orte der körperlichen Betätigung, sie sind Pfeiler unserer Gesellschaft, abgesehen von Gesundheitsförderung geht es ja auch um Jugendarbeit. Sie sind Orte der sozialen Integration und Teilhabe, wo nicht zuletzt junge Menschen verschiedenster Hintergründe zusammenkommen. Daher ist die Förderung des Sports, sei es des Breitensports wie auch des Profisports, eine wichtige politische Aufgabe, die wir auch mit diesem Geschäft wahrnehmen. An dieser Stelle möchte ich mich auch beim Erziehungsdepartement und dem Sportamt bedanken für die gute Zusammenarbeit in der Kommission und insbesondere möchte ich auch im Namen der Kommission den Dank aussprechen an die vielen ehrenamtlich Engagierten, die das aktive Sportleben in dieser Stadt erst möglich machen.

In dem Sinne empfehle ich Ihnen im Namen der Kommission, die JSSK hat das einstimmig so beschlossen, dem vorliegenden Beschlussentwurf doch bitte zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Mit dem Ratschlag beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, den Vereinssport in den Jahren 2026 und 2029 mit einer Million Franken pro Jahr zu fördern. Die Kommissionspräsidentin hat ausführlich über den Verteilschlüssel informiert, ich möchte nicht ins Detail gehen. Dem Regierungsrat ist es ein wichtiges Anliegen, die im Jahr 2022 eingeführte Sportmillion für die Basler Sportvereine weiterzuführen. Der Betrag an die Sportvereine berücksichtigt die unterschiedlichen hohen Nutzungskosten von Sportanlagen. Sportvereine mit Sitz im Kanton Basel-Stadt erhalten weiter nicht zweckgebundene Beiträge für den Breitensport, die mit den Mitteln des Swisslos-Sportfonds finanziert werden. Dazu gehören unter anderem die Vereins- und Verbandspauschale sowie der Kopfquotenbeitrag. Zudem erhalten die Sportvereine Bundesbeiträge aus dem nationalen Sportförderungsprogramm Jugend+Sport. Diese Bundesbeiträge sollen jedoch ab 2026 um 20% gekürzt werden. Das Parlament entscheidet in der Wintersession dieses Jahres über das Budget, wir verfolgen diese Entwicklung auf Bundesebene. Mit der Ausgabenbewilligung für eine jährliche Sportmillion für die Jahre 2026 und 2029 kann der Kanton Basel-Stadt dem Anliegen der Sport- und Bewegungsförderung in Vereinen nachkommen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprecherinnen und Sprecher eingetragen. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Es folgt die

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007090, 10.09.25 17:18:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für Beiträge zur Förderung des Vereinssports im Kanton Basel-Stadt werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 4'000'000 (Fr. 1'000'000 pro Jahr) für die Jahre 2026 bis 2029 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen gegen keine Gegenstimme.

18. Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt betreffend Grundlagen für die elektronische Zustellung von Verfügungen und Rekursentscheiden sowie die elektronische Eingabe von Rekursbegründungen (elektronischer Rechtsverkehr), Bericht der JSSK

[10.09.25 17:18:22, 24.0664.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die JSSK das Wort hat David Jenny.

David Jenny (FDP): Wir kommen nun zu einem etwas abstrakteren Geschäft als die Sportmillion. Wir beraten über eine Teilrevision eines fast 50-jährigen Gesetzes, das zu einer Zeit entworfen und verabschiedet wurde, als, ich wage dies zu behaupten, noch niemand vom elektronischen Geschäftsverkehr träumte oder albträumte. Dieses Gesetz, nämlich das Gesetz betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt, kurz Organisationsgesetz, noch kürzer OG, ist zurzeit auch Teil eines Totalrevisionsprojekts, nämlich eines neuen Gesetzes über die Verfassungs- und die Verwaltungsrechtspflege. In diesen altehrwürdigen Erlass sollen wir nun einige Bestimmungen einfügen, welche Schwierigkeiten dies mit sich bringt, darüber werde ich später berichten.

Zur Vorgehensweise der Kommission. Wir berieten dieses Geschäft an sechs Sitzungen. Ein Hearing wurde durchgeführt mit dem Präses der Advokatenkammer Basel. Er legte die Sicht der hiesigen Anwaltschaft dar. Begleitet wurden die Beratungen durch die Vorsteherin des JSD, der Co-Leiterin Zentraler Rechtsdienst und einer juristischen Mitarbeiterin.

Was bezweckt diese Vorlage. Gemäss dem Ratschlag ist die vorliegende Gesetzesänderung Teil der digitalen Transformation sowie der Digitalstrategie des Kantons und trägt dem gesteigerten Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger sowie der Behörden nach einer elektronischen Geschäftsabwicklung im Verwaltungs- und Verwaltungsjustizverfahren Rechnung. Zu ändern ist nur das Organisationsgesetz, für das verwaltungsgerichtliche Verfahren besteht eine gesetzliche Grundlage schon. Verwirklicht werden soll kein Obligatorium des elektronischen Geschäftsverkehrs, weder auf Seiten der Behörden noch auf Seite der professionellen Rechtsanwendenden, hauptsächlich der Advokatur. Geschaffen werden soll ein elektronischer Briefkasten. In der Schweiz wird, und ich drücke mich bewusst etwas despektierlich aus, seit vielen Jahren auf den Ebenen von Bund und Kantonen am elektronischen Geschäftsverkehr herumgebastelt. Wir hinken diesbezüglich deutlich hinter vergleichbaren Staaten, wie zum Beispiel Österreich, hinterher. Unser föderalistisches System birgt die Gefahr in sich, dass der elektronische Rechtsverkehr mit zahlreichen verschiedenen Systemen verwirklicht werden wird, was vor allem für die professionellen Rechtsanwender und Rechtsanwenderinnen mit Schwierigkeiten verbunden ist. Wie schon gesagt, mit dieser Vorlage wird kein Obligatorium geschaffen. Wir sollten aber keine Illusionen haben, ein Obligatorium wird auch in unserem Kanton früher oder später folgen. Dass für professionelle Rechtsanwender eine Verpflichtung geschaffen werden darf, den elektronischen Rechtsverkehr zu nutzen, hat kürzlich das Bundesgericht bezüglich des Zürcher Obligatoriums bejaht.

Das von der Verwaltung verfolgte Konzept, das altehrwürdige OG nur punktuell zu ändern, ist zwar verständlich, stiess in den Kommissionsberatungen aber doch auf einige Skepsis. Zu Diskussionen gab auch die Frage Anlass, was im formellen Gesetz und was vom Regierungsrat in der Verordnung zu regeln sei. Schlussendlich stand die Kommission vor der Wahl, auf das Geschäft nicht einzutreten, mit der Folge, dass das Thema elektronischer Rechtsverkehr umfassend in der bevorstehenden Totalrevision geregelt werden könnte oder müsste, oder auf Grundlage der Konzeption dieses Geschäftes durch die Verwaltung das Geschäft zu einem Abschluss zu bringen.

Die Kommission beschloss Eintreten auch darum, weil keine Pflicht zur Verwendung des elektronischen Rechtsverkehrs statuiert wird. Die Kommission schlägt Ihnen aber einige Anpassungen, meist präzisierender Natur an der Vorlage des Regierungsrates, vor. Ich will diese kurz erläutern.

In § 39 Abs. 2 wollen wir ausdrücklich festhalten, dass eine Verfügung nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis über einen qualifizierten elektronischen Zugang eröffnet werden kann. Dies wird in der Regel bedeuten, dass die Einwilligung schriftlich zu geben ist, eine lediglich konkludente Einwilligung wird nicht ausreichen.

In § 46 Abs. 4 wollte sich die Verwaltung darauf beschränken, dass nur die Einreichung der Rekursbegründung über einen qualifizierten elektronischen Zugang ausdrücklich geregelt wird. Die JSSK empfiehlt klarzustellen, dass unter den gleichen Voraussetzungen auch die Rekursanmeldung und weitere Eingaben im Verfahren eingereicht werden können. Diese Änderung hat zur Folge, dass auch in § 48 Abs. 5 eine Änderung vorzunehmen ist. Wenn nicht nur die Rekursbegründung elektronisch eingereicht werden kann, so muss auch die Nacheinreichung von allen Eingaben in Papierform möglich sein.

In § 49 Abs. 4 wollen wir klarstellen, dass die Eröffnung des Rekursentscheides oder von Zwischenverfügungen über einen qualifizierten elektronischen Zugang nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis der betroffenen Partei möglich ist. Die Änderung in § 46 Abs. 4 macht auch eine Änderung in § 49a Abs. 1 lit. d notwendig. Der Regierungsrat hat in der Verordnung die Anforderungen an die einzureichenden Rekurseingaben sowie an die Zustellungen von Verfügungen und Rekursentscheiden zu regeln.

Mit der Empfehlung, dieses Geschäft im geschilderten Sinne zu verabschieden, verbinden sich auch zwei Erwartungen an die Verwaltung. Einerseits soll eine solche technische Lösung ausgewählt werden, die einerseits gebraucherfreundlich und andererseits im Schweizer Rechtssystem schon mehrfach erfolgreich eingesetzt wurde und der hoffentlich auch die Zukunft gehört. Auf einen aufwendigen Basler Finish sei zu verzichten. Zweitens sollen baldmöglichst viele Verwaltungsstellen und Rekurskommissionen von den neugeschaffenen Möglichkeiten Gebrauch machen. Zuletzt möchte ich der Verwaltung

danken, dass sie zahlreiche Aufträge der Kommission zügig und kompetent erledigt hat und immer wieder neue Formulierungsvorschläge lieferte. Ich bin gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die gute Beratung in der JSSK und auch die Ausführungen des Vizepräsidenten, die juristisch absolut wertvoll sind und ich denke, das ist auch das, was die Debatte in den JSSK-Sitzungen dominiert hat. Wir haben vor allem auch Diskussionen unter Juristinnen und Juristen geführt. Wir waren uns inhaltlich, denke ich, nie uneins, es ging um Präzisierungen, wir haben es gehört, das OG ist ein sehr altes Gesetz, wir wollen eine neue Möglichkeit schaffen und die Begrifflichkeiten sind die, die da gewählt wurden und da gab es ab und an Präzisierungsbedarf, den die Verwaltung ja auch dann umgesetzt hat. Deshalb kann ich sagen, dass der Regierungsrat dem Antrag inklusive der Änderungsanträge der JSSK folgt und damit sicher einverstanden ist.

Wichtig ist mir auch noch einmal zu betonen, David Jenny hat es bereits gemacht, dass wir keine Verpflichtung schaffen. Wir schaffen eine Möglichkeit, den elektronischen Rechtsverkehr, sprich Verfügungen und Rekursverfahren digital zu führen, aber eben keine Pflicht. Und das, denke ich, ist ein wichtiger Unterschied, dass wir das auch jetzt mal rechtlich legitimieren wollen.

Warum haben wir nicht gewartet auf das VRG, das wir auch noch in Revision haben, wir merken da einfach, diese Revision ist derart umfassend, das hätte nochmals mehr Zeit gebraucht. Deshalb war es dem Regierungsrat wichtig, jetzt auch im Sinne der digitalen Transformation und gestützt auf Stimmen aus der Praxis diese Möglichkeit vorzuziehen, auch wenn sie natürlich nicht idealerweise in dieses alte Gesetz passt. Aber es gibt uns auch die Möglichkeit zu schauen, wie das genutzt wird, welche technologische Lösung wir finden werden. Und das ist auch der Grund, das ist mir noch wichtig zu sagen, weshalb wir die technische Lösung nicht ins Gesetz festgeschrieben haben. Weil ich stimme der JSSK natürlich zu, dass wir nur dann eine Chance und eine richtige Alternative schaffen, wenn das auch benutzerfreundlich ist und wenn das nicht eben der Basler Finish ist, da bin ich ganz einverstanden mit den Ausführungen meines Vorredners.

Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, dass wir die konkrete technische Umsetzung dann in die Verordnung reinnehmen und das Gesetz bewusst technologieneutral formuliert ist. Allerdings muss ich auch sagen, die technische Umsetzung wird schon noch umfangreich sein, wird noch einiges an Arbeit bedeuten, ist auch nicht nur in meinem Departement angesiedelt, aber ich denke, mit der Schaffung der gesetzlichen Grundlage haben wir jetzt auch den Startschuss, um die technologische Umsetzung voranzutreiben und das muss durch alle Departemente durchgehen, wir sind nicht das einzige Departement, das Verfahren führt und ich denke, das ist auch wichtig und die Verwaltung ist auch willens und parat, praktisch jetzt diese Umsetzungsarbeit zu machen.

Das ergänzend von meiner Seite, ich denke, wir sind inhaltlich einig und ich würde mich freuen, wenn Sie diese Möglichkeit des elektronischen Rechtsverkehrs heute gutheissen würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecherin für die BastA hat sich Franziska Stier gemeldet.

Franziska Stier (BastA): Zuerst auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön an die Kommission für die ausführliche Arbeit. Ich möchte aus der Fraktion von BastA drei Haltelinien skizzieren, die uns im Rahmen des Gesetzes wichtig sind. Das ist erstens, wie schon betont wurde, dass es kein Obligatorium gibt. Elektronischer Rechtsverkehr ist aus unserer Sicht sehr wünschenswert, im Idealfall ist diese Lösung so attraktiv, so sicher und so einfach, dass sie freiwillig genutzt wird. Aber ein Obligatorium lehnen wir ab, denn wir sind der Meinung, dass es ein Recht auf ein Offline-Leben gibt und das sollte auch unter Berücksichtigung der Kanzleien möglich sein. Zweitens, das ausdrückliche Einverständnis, wie es die Kommission diskutiert hat, ist aus unserer Sicht sehr zu begrüssen. Drittens, wir finden, dass es eine schweizweite Lösung braucht, die dezentral organisiert ist, das heisst, eine Lösung, die anschlussfähig ist, lokal organisiert, aber kompatibel auch mit anderen Kantonen. Einen Flickenteppich mit kantonalen Eigenlösungen halten wir für nicht tragbar.

Zusammengefasst, es braucht digitale Souveränität, die Behörden müssen, wie das auch vorgesehen ist, beide Wege akzeptieren, digital und analog, eingehend wie ausgehend. Eine Basler Insellösung ergibt aus unserer Sicht nur Sinn, wenn sie Schnittstellen zu einer nationalen Lösung bietet. Deshalb plädieren wir hier für eine Open Source-Lösung, die vorausschauend entwickelt wird, damit wir nicht in wenigen Jahren vor Kompatibilitätsproblemen stehen. Wir begrüssen in diesem Zusammenhang auch sehr, dass die technische Umsetzung nicht ins Gesetz geschrieben wurde, möchten aber von Beginn an diese kritischen Anmerkungen bringen, denn auch im Bericht sind verschiedene Lösungen, zumindest temporäre Lösungen vorgeschlagen, die wir für einen denkbar falschen Weg halten.

Vorgeschlagene Anbieter im Bericht sind beispielsweise IncaMail und PrivaSphere. Insbesondere bei IncaMail besteht eine grosse Verwechslungsgefahr in Bezug auf Phishing. IncaMail verwendet Grafiken, die blinken, eine teils unklare Absenderdarstellung und HTML-Elemente, die E-Mails leicht wie Phishing-E-Mails aussehen lassen. Seriöse Sicherheitsstandards empfehlen, HTML-Anhänge grundsätzlich nicht zu öffnen. Ich persönlich tue das nicht und liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, ich empfehle Ihnen, das auch nicht zu tun.

Zweitens, Transparenzprobleme. Im August 2023 änderte die Post ihre AGB in der E-Post-App in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Dritten, ganz konkret Google Cloud. Das wurde unklar kommuniziert, damit droht das Swiss Made Hosting, das Swiss Post Label, ausgehöhlt zu werden, weil Daten ausserhalb der Schweiz verarbeitet werden.

Drittens, beide Anbieter, IncaMail und PrivaSphere nutzen die Safe-Technologie. Dabei werden Nachrichten als verschlüsselte Anhänge verschickt, die aber auf den Servern der Anbieter entschlüsselt werden. Das bedeutet, die Anbieter können die Inhalte einsehen und verarbeiten. Das ist nicht das, was wir unter echter Ende-zu-Ende-Verschlüsselung verstehen. Darum betonen wir, Inhalte, die Bürgerinnen und Bürger mit einer Behörde klären, gehen sonst niemandem etwas an, deshalb braucht es zwingend Systeme, die echte Vertraulichkeit garantieren.

Ich komme zum Fazit: Mit Blick auf die Cybersicherheit des Kantons und die Legislaturziele der Regierung plädiere ich dringend dafür, dass wir eine gemeinsame, sichere, dezentrale und bürgerfreundliche technische Umsetzung im Verbund mit den anderen Kantonen anstreben. Im gleichen Sinn möchten wir der Regierung nahelegen, ein Austrittsszenario aus dem Office 365-Cloud-System zu prüfen. Es nutzt wenig, wenn wir den Rechtsverkehr absichern und unsere Daten dann aber weiterhin in einem semisicheren Cloud-System potenziell angreifbar bleiben. Die Schweiz braucht digitale Souveränität, Basel-Stadt auch. Wir stimmen dem Kommissionsantrag mit diesen kritischen Anmerkungen zu und werden die Umsetzung genau begleiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurzfassen, aber das sei gesagt an meine Vorrednerin Franziska Stier. Ich bin erschrocken, ich rede jetzt auf Sächsisch, als ich Ihren Eintrag gelesen habe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Einen Satz. Damit man verstehen kann, was sie gesagt hat, muss man wissen, dass sie Mitglied war.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, wollen Sie den dritten Ordnungsruf? Sie provozieren es. Dann halten Sie sich zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Eymann verzichtet auf ein Votum, Herr Jenny ebenfalls. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 17 des Berichts)

Titel und Ingress

§ 39 Abs. 2 (neu)

§ 46 Abs. 4 (neu), Abs. 5 (neu)

§ 49 Abs. 4 (neu)

Titel nach § 49 (neu)

§ 49a (neu), Abs. 1

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007092, 10.09.25 17:38:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt (Organisationsgesetz, OG) vom 22. April 1976 [1]) (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

§ 39 Abs. 2 (neu)

2 Eine Verfügung kann mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Empfängerin oder des Empfängers über einen qualifizierten elektronischen Zugang eröffnet werden. Die Verfügung muss der Behörde zuverlässig zugeordnet werden können.

§ 46 Abs. 4 (neu), Abs. 5 (neu)

4 Wenn eine Rekursinstanz über einen qualifizierten elektronischen Zugang verfügt, kann ihr die Rekursbegründung über diesen Zugang eingereicht werden. Die Rekursbegründung muss der Rekurrentin oder dem Rekurrenten zuverlässig zugeordnet werden können. Unter denselben Voraussetzungen können die Rekursanmeldung und weitere Eingaben im Verfahren eingereicht werden.

5 Die Rekursinstanz kann verlangen, dass die elektronisch eingereichten Rekurseingaben oder Teile davon in Papierform nachgereicht werden.

§ 49 Abs. 4 (neu)

4 Der Rekursentscheid kann mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Partei über einen qualifizierten elektronischen Zugang eröffnet werden. Der Rekursentscheid muss der Rekursinstanz zuverlässig zugeordnet werden können. Dieselben Voraussetzungen gelten für Zwischenverfügungen.

Titel nach § 49 (neu)

(4.)C.bis Ausführungsbestimmungen zum elektronischen Rechtsverkehr

§ 49a (neu)

1 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten des elektronischen Rechtsverkehrs nach § 39 Abs. 2, § 46 Abs. 4 und 5 und § 49 Abs. 4. Dazu gehören insbesondere:

a) die zu verwendenden qualifizierten elektronischen Zugänge;

b) die Modalitäten des Einverständnisses;

c) die Anforderungen an eine zuverlässige Zuordnung;

d) die Anforderungen an die einzureichenden Rekurseingaben sowie an die Zustellungen von Verfügungen und Rekursentscheiden;

e) die Fristwahrung.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

19. Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt in der Legislatur 2021–2025 und Schwerpunkte 2025–2029, Bericht der GSK

[10.09.25 17:39:05, 25.0282.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die GSK hat das Wort deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich namens der Gesundheits- und Sozialkommission zum Bericht des Regierungsrats zur Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt über die Legislatur 2021 bis 2025.

Mit dem Behindertenrechtegesetz von 2021 wurde festgelegt, dass der Regierungsrat einmal pro Legislatur Rechenschaft darüber ablegt, wie die Rechte von Menschen mit Behinderungen umgesetzt werden. Der vorliegende Bericht ist demnach der erste seiner Art. Er berücksichtigt nicht nur kantonale Schwerpunkte, sondern auch Forderungen des Basler Behindertenparlaments, das Manifest für eine inklusive Politik und Empfehlungen internationaler Gremien. Grundsätzlich versteht der Bericht Behinderungen nicht als fixe Eigenschaft, sondern als Zusammenspiel zwischen individuellen Beeinträchtigungen und Barrieren in der Umwelt. Teilhabe wird dann dort eingeschränkt, wo solche Barrieren bestehen. Ziel ist daher, Hindernisse zu beseitigen, um allen Menschen eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Eine zentrale Rolle spielt die Fachstelle Behindertenrechte im Präsidialdepartement, die seit 2021 tätig ist. Sie überwacht die Umsetzung des Gesetzes, berät Verwaltung und Institutionen, ist Anlaufstelle für Betroffene und fördert das Bewusstsein in der Gesellschaft und Wirtschaft. Ihre Bedeutung zeigt sich auch in den steigenden Anfragen. Von 30 im Jahr 2021 auf 60 im Jahr 2024. Die Themen reichen von der Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude oder Verkehr, Wohnen und Arbeit bis hin zu Gesundheitsversorgung.

Der Regierungsrat hat für die Legislaturperiode 2021 bis 2025 vier strategische Schwerpunkte gesetzt. Erstens barrierefreie Kommunikation, zweitens politische Partizipation, als drittes die Inklusion in der Arbeitswelt und viertens die Zugänglichkeit von öffentlichem Raum und Verkehr. In diesen Bereichen wurden verschiedene Projekte umgesetzt, etwa die Einführung von Wahlinformationen in leichter Sprache, barrierefreie Abstimmungsvideos oder die Wiederaufnahme eines E-Voting-Versuchsbetriebs für Menschen mit Behinderungen. In der kommenden Legislatur 2025 bis 2029 sollen diese Schwerpunkte fortgeführt und weiterentwickelt werden. Neu stärker in den Fokus rücken dabei das selbstbestimmte Wohnen, aber auch der Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt.

Zum Bericht der Kommission. Die Gesundheits- und Sozialkommission hat den Bericht des Regierungsrates anlässlich ihrer Sitzung vom 12. Juni 2025 beraten und möchte gerne und speziell darauf hinweisen, dass Basel-Stadt zu den ersten Kantonen gehört, welche ein eigenes Behindertenrechtsgesetz erarbeitet hat. Andere Kantone ziehen aber mittlerweile nach, was aus Sicht der GSK als erfreulich erachtet wird. Die GSK würdigt die Vorreiterrolle des Kantons Basel-Stadt beim Behindertenrechtegesetz, den breiten Leistungsumfang der Fachstelle Behindertenrechte und beurteilt deren Schwerpunkte als sinnvoll. Inzwischen ziehen andere Kantone nach, so dass Basel-Stadt verstärkt vom Erfahrungsaustausch profitiert, beispielsweise über die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Direktoren oder auch spezifische Netzwerke in Bern, Uster und Zürich.

Auf Verwaltungsebene besteht zudem eine interdepartementale Fachgruppe, in der auch die Gemeinden Riehen und Bettingen vertreten sind. Sie tagt dreimal jährlich, ist nicht hierarchisch aufgebaut und setzt sich aus Fachpersonen zusammen, die in ihren Departementen für Behindertenfragen zuständig sind. Ein Schwerpunkt liegt auf der Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderungen. Führungskräfte und Mitarbeitende nehmen an Weiterbildungen teil,

zudem werden Umfragen zur Inklusion und Diversität durchgeführt, um die Rekrutierungsprozesse zu optimieren. Jedes Departement benennt eine verantwortliche Person, gesammelte Informationen werden zentral ausgewertet und fliessen in künftige Massnahmen ein. Die Fachstelle informiert die GSK über unterschiedliche Formen von Behinderungen. Körperliche Einschränkungen machen Barrieren im Alltag besonders sichtbar, beispielsweise im Wohnraum, im Strassenraum oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Hinweise zu Hindernissen werden aufgenommen und an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Zielkonflikte, wie beispielsweise bei Bordsteinkanten, werden im Austausch mit Betroffenen gelöst. Auch Suchterkrankungen sowie unsichtbare physische Einschränkungen wie Autismus oder ADHS stellen Behinderungen dar. Diese Barrieren sind gesellschaftlich schwer zu erfassen und erfordern besondere Aufmerksamkeit.

Um die Kommunikation zu verbessern, wurde der Aktionsplan Barrierefreie Kommunikation ins Leben gerufen. Er soll sicherstellen, dass Information, Formulare und Verfügungen auch für Menschen mit kognitiven oder Sinneseinschränkungen verständlich sind. Die Schwerpunkte liegen auf den Themen politische Rechte, Sicherheit und Gesundheit. Eine gut funktionierende Gesundheitsversorgung bleibt dabei von zentraler Bedeutung. Auch die Situation von Angehörigen findet Beachtung. Die dauerhafte Betreuung, insbesondere von Kindern, ist mit einer hohen Belastung und finanziellen Risiken verbunden und hat insbesondere einen Genderaspekt, da sie grösstenteils durch die Mütter geschieht.

Der GSK ist aber auch aufgefallen, dass der Bericht eher auf die qualitative Analyse als quantitativ ausgerichtet ist. Dieser Umstand erklärt sich gemäss der Fachstelle dadurch, dass es vergleichsweise schwierig ist, klare, abgegrenzte Daten zu erhalten. Menschen können in unterschiedlicher Weise eingeschränkt sein und dies je nachdem gegenüber anderen gar nicht deutlich machen. Ebenso schränkt der Datenschutz die Erhebung von quantitativen Daten ein. Die Fachstelle konzentriert sich deshalb auf strukturelle Verbesserungen und arbeitet strategisch anstatt anwaltschaftlich im Einzelfall. Zwar ist die Zahl der Anfragen gestiegen, sie gehören jedoch nicht zum Kerngeschäft und werden an zuständige Stellen weitergeleitet.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Gesundheits- und Sozialkommission einstimmig die Kenntnisnahme des Berichts des Regierungsrates zur Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt über die Legislatur 2021 bis 2025.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Der Regierungsrat hat in der letzten Legislatur 2021 bis 2025 erstmals vier Schwerpunkte für die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen festgelegt. Nach dem kantonalen Behindertenrechtegesetz berichtet er periodisch über die Umsetzung der Schwerpunkte unter Einbezug aller Departemente und der heute nun vorliegende Bericht, das ist, wie der Präsident der GSK auch schon ausgeführt hatte, der erste dieser Art. Wir feiern also eine Premiere. Der Bericht zeigt auf, wo wir im Kanton bei der Verwirklichung der Behindertenrechte stehen, wo wir Fortschritte gemacht haben und auch natürlich wo noch einiges zu tun ist. Ziel des Kantons ist, dass Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt teilnehmen können und dass sie ein selbstbestimmtes Leben führen können. Das setzt voraus, dass eben Leistungen, die sich an die gesamte Bevölkerung richten, auch für die gesamte Bevölkerung, für alle zugänglich sind.

Die Schwerpunkte in der vergangenen Legislatur, der Präsident der GSK hat sie auch bereits genannt, die waren barrierefreie Kommunikation, politische Partizipation, Inklusion bei der Arbeit und die Nutzung des öffentlichen Raums für alle. Im Bericht berücksichtigt der Regierungsrat diese vier Bereiche. Er geht weiter ein auf die Empfehlung, die der UNO-Behindertenrechtsausschuss 2022 zuhanden der Schweiz formulierte und er nimmt Bezug auf die Resolution des Basler Behindertenparlaments, das Ende 2023 hier in diesem Saal stattgefunden hat. Wie der Bericht zeigt, haben wir in den letzten Jahren in einigen Bereichen die Verwirklichung der Behindertenrechte voranbringen können. Der Kanton stellt die notwendige Koordination in der Verwaltung dafür sicher. Als Beispiel möchte ich die barrierefreie Kommunikation herausgreifen. Die Zugänglichkeit von Informationen ist zentral für die gleichberechtigte Teilhabe und die Selbstbestimmung. Dieses Thema wurde in der letzten Legislatur gezielt vorangebracht, wir haben einen Aktionsplan erarbeitet, ein Impulsprogramm erarbeitet und bei der Planung, Steuerung und Umsetzung der Massnahmen haben wir Menschen mit Behinderungen einbezogen.

Die Gesundheits- und Sozialkommission hat den vorliegenden Bericht geprüft und auch im positiven Sinne gewürdigt. Diese Beurteilung ist einstimmig erfolgt und das freut mich und es freut all diejenigen, die in der Verwaltung an der Verbesserung der Rechte für Behinderte arbeiten sehr. Die GSK benennt in ihrem Bericht auch ausdrücklich die Vorreiterrolle, die Basel-Stadt mit dem Behindertengesetz einnimmt, sie anerkennt die gute nationale und interkantonale Vernetzung. Auf inhaltlicher Ebene benennt die GSK aber natürlich dennoch und zu Recht Herausforderungen. Dazu gehört beispielsweise die Unsichtbarkeit gewisser Barrieren, die sich baulich nicht einfach beheben lassen. Den Einschätzungen der GSK kann ich mich auch in diesen Punkten anschliessen, grundsätzlich bleiben die Herausforderungen im Bereich der Behindertenrechte vielseitig und dynamisch und umso wichtiger ist es dem Regierungsrat und mir persönlich, die Kräfte hier zu bündeln und zu

fokussieren. Die GSK unterstreicht dies auch und begrüsst in ihrem Bericht die strategische Schwerpunktsetzung des Regierungsrats.

Für die Legislatur 2025 bis 2029 hat der Regierungsrat wiederum vier Schwerpunkte festgelegt. Die barrierefreie Kommunikation wird in den nächsten Jahren weitergeführt und die Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen gezielt gestärkt. Uns allen ist bewusst, dass es noch viel zu tun gibt, um die tagtäglichen Barrieren für Menschen mit Behinderungen weiter abzubauen. Wir sind auf gutem Weg in Richtung Inklusion, aber den Weg gilt es weiterzugehen.

Ich schliesse mich dem Präsidenten der GSK an, danke für die wohlwollend kritische und am Ende einstimmig positive Aufnahme in der GSK und bitte Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Zuallererst möchte ich der Fachstelle Rechte von Menschen mit Behinderungen der Abteilung Gleichstellung und Diversität danken für ihren ersten Bericht, wir haben es schon gehört, und für ihre geleistete Arbeit in der vergangenen Legislatur. Die Schweiz hat vor elf Jahren die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und nun liegt also der erste Bericht vor über die Ziele, Tätigkeiten und Massnahmen des Kantons Basel-Stadt zur Verwirklichung dieser Ziele. In diesen elf Jahren sind wir zwar durchaus ein paar Schritte vorwärtsgekommen, jedoch wenn wir das Gesamtbild betrachten und auch nach der Lektüre des sehr interessanten und gut geschriebenen kantonalen Berichts, müssen wir festhalten, dass der Weg für eine inklusive Gesellschaft noch ein sehr langer ist.

Nun, das verwundert nicht wirklich, denn die herrschende kapitalistische Gesellschaft ist ja nicht gerade für gelungene Inklusion bekannt, sondern vor allem eher durch Ungleichheit und Spaltung in arm und reich. Dies führt natürlich zu wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Barrieren, die eine vollständige Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verhindern oder sehr schwer machen. Damit also Inklusion gelingt, braucht es grundlegende strukturelle Veränderungen. Die Fokussierung auf Profit und Produktivität sind, wie gesagt, hinderlich, stattdessen müssen wir uns vielmehr an der Würde und der Gleichwertigkeit aller Menschen orientieren.

Trotz dieser Tatsache gibt es aber durchaus positive Signale. Erste umfassende Aktionspläne bestehen zum Beispiel auch in Zürich und in Winterthur und in Basel besteht zumindest ein Aktionsplan zur Verwirklichung der barrierefreien Kommunikation sowie drei weitere wichtige strategische Zielsetzungen zur politischen Partizipation, Inklusion bei der Arbeit und Zugänglichkeit des öffentlichen Raums und Verkehrs. Besonders in den Bereichen selbstbestimmtes Wohnen, Bildung, soziale Teilhabe und Integration in die Arbeitswelt sind wir aber noch meilenweit entfernt von den gesteckten und auch gewünschten Zielen.

Für selbstbestimmtes Leben und Wohnen braucht es je nach Art der Behinderung entsprechenden Wohnraum, dies könnte beispielsweise eine behindertengerechte Wohnung sein oder aber auch ein niederschwelliges konsumakzeptierendes Wohnangebot, denn auch die Suchterkrankung ist eine Behinderung. Die sozialen Einrichtungen sind bestrebt, Zugang zum entsprechenden Wohnraum zu ermöglichen, stossen aber immer wieder an Grenzen. Deswegen wäre es durchaus begrüssenswert, wenn sich auch Immobilien Basel-Stadt diesbezüglich Zielsetzungen bei der Förderung des entsprechenden Wohnraums setzen würde. Die begleitende Wohnraumsuche, gerade für Personen mit Mehrfachbehinderungen, ist aktuell eine beinahe fast unmögliche Aufgabe. Es braucht also hier ein grösseres staatliches Engagement.

Ein weiteres Feld, welches wir ebenfalls viel stärker noch in den Fokus nehmen müssten und mit mehr finanziellen Mitteln ausstatten müssten, ist die Unterstützung der Angehörigen von Menschen mit einer Behinderung. Auch gerade bei psychischen Beeinträchtigungen stehen die Angehörigen, seien es Kinder, Partner*innen oder Eltern, besonders unter Druck und sind auf Beratung und Unterstützung angewiesen. Ebenso ist es eine Tatsache, dass die langjährige Betreuung von Kindern mit Behinderungen überwiegend von Müttern wahrgenommen wird und deswegen ihr Risiko von Altersarmut überproportional steigt.

Aus unserer Sicht gibt es bei der beruflichen Teilhabe, dem Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten in der Verwaltung, aber auch sowie neuen Ansätzen wie Einsatz von Peers bei Unterstützungsleistungen in der Verwaltung und in sozialen Organisationen noch sehr viel Luft nach oben, freuen uns aber trotzdem über den Weg, den wir schon bereits haben. Wie auch von Regierungsrat Conradin Cramer erwähnt worden, die Unsichtbarkeit von Barrieren sowie die Stigmatisierung von Menschen mit Behinderungen in vielen Lebensbereichen bestehen weiterhin und es ist an uns allen, gemeinsam mit den Betroffenen, diese zu identifizieren und dann zu beseitigen. Und genau deswegen braucht es eine starke Fachstelle Rechte für Menschen mit Behinderungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich habe nicht so wahnsinnig viel aufgeschrieben, nur eine Zahl, es geht ganz kurz. Sie wissen vielleicht auch, ich bin sehr naiv und da habe ich doch vor einigen Jahren mal einen Vorstoss eingereicht und wir alle zusammen haben ihn überwiesen und ein zweites Mal überwiesen und dann gehe ich manchmal davon aus, dass dann irgendwas passiert. Einer davon geht um diesen Brief, vielleicht kennen Sie ihn, Sie haben ihn schon mal erhalten, viermal im Jahr. Wir haben vor fast vier Jahren, am 19. Januar 2022, einen Vorstoss überwiesen, der möchte, dass alle Menschen die Stimmberechtigung erhalten. Das heisst ganz einfach, alle Menschen, die Schweizer Bürgerin und Schweizer Bürger sind, bekommen diesen Brief nach Hause. Was sie dann damit machen, das ist ihnen überlassen, die meisten machen nichts damit, vielleicht legen sie ihn ins Altpapier, die anderen, die mitbestimmen wollen, die machen das auf.

Im Moment sieht unsere Verfassung vor, dass Menschen, die vollständig verbeiständet sind, dies nicht dürfen. Sie mögen sagen, die meisten würden das auch nicht können, da haben Sie recht, aber wir wissen es nicht und es könnte eine Person geben, und wenn es nur eine ist, die abstimmen möchte, die wählen möchte, dann sollte sie das auch können dürfen. Das haben wir als Grosser Rat so dem Regierungsrat übergeben und ich bin etwas überrascht gewesen, als ich den Bericht der GSK gelesen habe, dass da kein Schwerpunkt vorgesehen ist in den nächsten vier Jahren, dass da gar nichts vorgesehen ist, weil man müsste ja, es ist eine Verfassungsänderung, eine Abstimmung machen. Deswegen wäre ich dankbar, wenn der Regierungsrat vielleicht noch etwas dazu sagen könnte, wann dann diese Vorlage kommt, ob das noch in der Frist ist, das wäre der 19. Januar 2026, oder ob wir da länger warten müssen.

Ansonsten danke ich der GSK und dem Regierungsrat für den sehr interessanten Bericht und die Bemühungen auch der Fachstelle, die hier wirklich auch einiges leisten, eingedenk der Verbesserungsvorschläge von Oliver Bolliger und wünsche Ihnen einen schönen Abend, wenn es dann so weit ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Conradin Cramer möchte erwidern.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielleicht ganz kurz zuhanden von Oliver Thommen, ohne jetzt das hier in den Akten zu haben. Die Frage der Ausweitung des Stimm- und Wahlrechts ist ja eine Frage einer Verfassungsänderung. Der Regierungsrat hat hier eine Kaskade mit Ihrem Einverständnis festgelegt, dass wir nämlich zuerst jetzt abgestimmt haben über die Ausweitung des Stimm- und Wahlrechts auf Menschen ohne Schweizer Pass und das nächste, was folgen wird, ist Stimm- und Wahlrechtsalter 16 und dann danach die Frage einer Ausdehnung des Stimm- und Wahlrechts auf verbeiständete Personen. Das ist notwendig, weil wir nicht den Verfassungsartikel gleichzeitig in mehreren Punkten ändern können wegen Einheit der Materie. Deshalb diese Kaskade, die tatsächlich dazu führt, dass das erst mit etwas zeitlicher Verzögerung dann behandelt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Präsident der GSK verzichtet. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007094, 10.09.25 17:59:32]*

Der Grosse Rat beschliesst

Der Grosse Rat nimmt den Bericht des Regierungsrats zur Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt in der Legislatur 2021–2025 zur Kenntnis.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 79 Ja-Stimmen.

Ich bedanke mich herzlich fürs Mitmachen und wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

Schluss der 25. Sitzung

17:59 Uhr

Protokoll

der 26. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 17. September 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Raoul I. Furlano (LDP), Fina Girard (Grüne/jgb).*

Verhandlungsgegenstände:

20. Petition P474 "Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen", Bericht der PetKo 2
21. Petition P486 "Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz (Innere Wettsteinallee)", Bericht der PetKo 3
22. Petition P488 "Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden", Bericht der PetKo 6
23. Petition P490 "Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag", Bericht der PetKo 13
25. Motion 1 Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich 16
26. Motion 2 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend automatische Beitragszahlung der Krankenkassenprämienverbilligungen 16
27. Motion 3 Eric Weber betreffend so wird Kommunalpolitik zum Spass für junge Menschen 21
28. Motion 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer 22
29. Motion 5 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen 29

Beginn der 26. Sitzung

Mittwoch, 17. September 2025, 09:00 Uhr

20. Petition P474 "Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen", Bericht der PetKo

[17.09.25 09:00:22, 23.5619.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Ergänzter Sitzungskalender: Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir den Sitzungskalender für die Jahre 2028/2029 und 2029/2030 erstellt haben. Zusätzlich gab es eine Änderung bei der Januarsitzung im Jahr 2028. Dort war ursprünglich die erste Sitzung auf den 5. Januar 2028 festgelegt. Also dieser Kalender hat bereits existiert. Da der Regierungsrat an diesem Tag komplett abwesend sein wird, da er eine gesamtschweizerische Konferenz hat, beginnen wir erst eine Woche später mit den Januarsitzungen. Die gesamte Liste finden Sie bereits online.

Kaffeespende: Jean-Luc Perret feiert heute seinen Geburtstag und spendet uns zu diesem freudigen Anlass heute Morgen den Kaffee. Herzlichen Dank und alles Gute. *(Applaus)*

Wir fahren fort mit der Traktandenliste. Traktandum 20, Petition 474 «Ein Haus für alle – Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen». Bericht der Petitionskommission. Diese beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Ein Haus für alle – Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen» wurde am Zukunftstag 2023 im Mädchenparlament ausgearbeitet. Um die Situation insbesondere von obdachlosen Menschen zu verbessern, wurde vom Grossen Rat konkret gefordert, Mittel für ein Begegnungszentrum und Wohnhaus bereitzustellen. Im Januar 2024 wurde die Petition an die Kommission überwiesen, die Vertreterinnen der Petentschaft wurden wie üblich zu einem Hearing eingeladen und konnten dort ihr Anliegen konkretisieren.

Im Haus für alle soll es eine Küche haben, in der sich Obdachlose eine Mahlzeit zubereiten können, das Essen soll aus einem öffentlich zugänglichen Foodsharing-Kühlschrank kommen und so weiter. Am Hearing nahm auch der Leiter der Sozialhilfe als Vertreter der Verwaltung teil und stellte sich auf den Standpunkt, dass der Grossteil der Forderungen der Petition bereits erfüllt sei. Auch der Schwarze Peter bestätigte in einer Stellungnahme die Informationen der Verwaltung und schätzte das Angebot an Schlafplätzen als ausreichend ein.

Die Petitionskommission stellte fest, dass der in der Petition geforderte Begegnungsort, also das Haus für alle, nicht existiert und dass es auch keine Analyse der Bedürfnisse von obdachlosen und armutsbetroffenen Menschen gibt. Sie anerkannte, dass Menschen ohne Wohnung sich tagsüber von einem Ort zum anderen bewegen müssen, oft mit ihren ganzen Habseligkeiten bei sich, was als entwürdigend und stressig empfunden wird. Auf der Basis der vorliegenden Informationen wurde das soziale Netz in Basel als gut ausgebaut bezeichnet, was aber nicht heisst, dass es keine Lücken aufweist. Sie beantragte deshalb, die Petition mit folgenden Fragen an den Regierungsrat zu überweisen. Ist der Regierungsrat bereit, für obdachlose Menschen ein Angebot unter einem Dach zu schaffen und eine dafür geeignete Liegenschaft zu suchen? Mit welchen anderen Ansätzen liesse sich die Hektik und der Stress der Betroffenen reduzieren? Warum gibt es keine vorübergehende fixe Bleibe für Obdachlose, die für ein paar Tage krank sind? Ist der Regierungsrat bereit, ein entsprechendes Angebot zu schaffen? Welche Lösungen zieht der Regierungsrat in Erwägung für nicht regularisierte Personen?

Mit diesen Fragen wurde die Petition dann im September 2024 an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres überwiesen, und der Regierungsrat hat im März 2025 seine Antworten an die PetKo verschickt. Darin verwies der Regierungsrat erneut auf die vielfältigen schon bestehenden Angebote für obdachlose Menschen und auf das Housing First Plus-Projekt, welches starten soll, sobald eine geeignete Liegenschaft gefunden wurde. Ausserdem wurde auf die Stellungnahme des Schwarzen Peters verwiesen, in der darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die Annahme, dass Obdachlose unter sich sein wollen, ein Fehlschluss sei.

Dies war ein eigentliches Killerargument für die Forderung nach einem Haus für alle. Auch bei der Forderung nach einem Krankenzimmer für Obdachlose wurde darauf hingewiesen, dass es in einem solchen Fall schon Angebote zur angemessenen Unterbringung gebe. Bei der Frage nach Unterstützungsmöglichkeiten für nicht regularisierte Personen verwies der Regierungsrat auf die Regelung gemäss Bund, dass Menschen ohne Wohnsitz in der Schweiz von Aufenthaltskantonen nur im Rahmen der Nothilfe unterstützt werden können, und auch in diesem Fall sah der Regierungsrat keinen weiteren Handlungsbedarf.

Vor diesem Hintergrund beantragt Ihnen die Petitionskommission, die Petition als erledigt zu erklären, sie appelliert jedoch an den Regierungsrat, die Entwicklungen eng zu beobachten und weiterhin dafür zu sorgen, dass ein vielseitiges Angebot für die verschiedenen Bedürfnisse von armutsbetroffenen und obdachlosen Menschen mit und ohne Regularisierung zur Verfügung steht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank, ich habe keine Sprechen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben die Petition stillschweigend als erledigt erklärt.

Heidi Mück (BastA): Die Petition für ein Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz fordert Massnahmen, um die Sicherheit der zahlreichen Velofahrenden in diesem Streckenabschnitt und zugleich die Wohnqualität an der Wettsteinallee zu verbessern. Konkret soll die Wettsteinallee vom motorisierten Durchgangsverkehr entlastet werden.

Diese Petition wurde der PetKo im Oktober 2024 überwiesen, das Hearing mit Vertretern der Petentschaft und der Verwaltung fand im Juni dieses Jahres statt. Das Hearing ist sehr konstruktiv verlaufen, deshalb kann ich mich auch relativ kurz halten. Der Vertreter des BVD zeigte sich offen und bereit, das Anliegen der Petition zu prüfen und wenn immer auch möglich umzusetzen. Die Petentschaft zeigte sich ihrseits auch offen für andere Lösungen als in der Petition vorgeschlagen.

Die Petitionskommission war erfreut über diesen doch recht harmonischen Austausch und war auch der Meinung, dass eine stärkere Entflechtung von Auto- und Veloverkehr zwischen Riehenring und Wettsteinplatz grundsätzlich wünschenswert ist. Die Lösung, dass die Innere Wettsteinallee primär für den Veloverkehr und die Achse Riehenstrasse-Hammerstrasse primär für den MIV zur Verfügung stehen soll, wurde als prüfenswert erachtet. Es braucht aber noch eine Auslegeordnung über die Vor- und Nachteile der auf dem Tisch liegenden Varianten.

Aus diesem Grund beantragt die Petitionskommission einstimmig, die vorliegende Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

21. Petition P486 "Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz (Innere Wettsteinallee)", Bericht der PetKo

[17.09.25 09:09:07, 24.5444.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe Daniel Seiler als Fraktionssprecher für die FDP auf der Liste.

Daniel Seiler (FDP): Letzte Woche haben wir hier im Saal über eine wissenschaftliche Studie von der WWZ gesprochen. Ihre Aussagekraft wurde in Frage gestellt. Heute sprechen wir über eine Petition von 100 Leuten. Diese 100 Unterschriften sind aufgrund der Wettstein 21-Organisation zustande gekommen. Wir haben vor den Sommerferien schon darüber gesprochen. Es sind keine wirklichen Autofreunde, im Gegenteil, das sind eigentlich diese Leute, die eigentlich die Autofahrer aus dem Quartier komplett verdrängen wollen. Ich fände es in Zukunft eigentlich noch gut, wenn man dann im Bericht der Petitionskommission entsprechend aufführt, wie viele Leute effektiv unterschrieben haben, damit man nachher eine gewisse Relevanz hat. Ich erinnere an die 7777 Unterschriften gegen Tempo 30, die dann in der Schublade verschwunden sind.

Jetzt noch zum Inhalt: Wenn man jetzt in der Wettsteinallee eine Einbahnstrasse macht, dann wird die Zufahrt zu den Wohnhäusern zusätzlich extrem erschwert. Und wenn das BVD dann noch kommt und sagt, man könnte diese Zufahrten über die Thunerstrasse und über die Rheinfelderstrasse, dann muss man sagen, dass das genau diese Strassen sind, die A wie die Thunerstrasse heute schon eine Begegnungszone ist und von der Rheinfelderstrasse wird eben genau durch diese Wettstein 21-Organisation gewünscht, dass da eine Begegnungszone gemacht wird. Also Sie wollen Zufahrtsstrassen für die Quartierbewohner in Einbahnstrassen machen, die schon Begegnungszonen sind oder Begegnungszonen werden. Daher kann die FDP nicht einverstanden sein. Wir sind dafür, dass diese Petition als erledigt abgeschrieben wird,

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Laetitia Block für die SVP.

Laetitia Block (SVP): Die SVP-Fraktion schliesst sich dem Votum von Daniel Seiler und der FDP absolut an. Es wäre eigentlich ganz einfach. Wir haben eine Strassennetz-Hierarchie, in der festgelegt ist, welche Strassen für den Verkehr gedacht sind und durch welche weniger Verkehr fliessen sollte, wo mehr das Quartier ist. Aber wenn man natürlich überall, wo es nur geht, den Verkehr künstlich staut, die Autos ausbremst, dann wird genau das passieren, dass man als Autofahrer alternative Routen sucht, wo man dann, obwohl man im Zickzack durch das Quartier fährt, noch schneller ist.

Die SVP-Fraktion befürwortet eine Entflechtung, das ist gut, das ist auch für die Sicherheit. Allerdings ist die Lösung viel einfacher. Lassen wir auf den Hauptverkehrsachsen diesen Verkehr wieder fliessen, der notwendige Verkehr, er wird nicht verschwinden, liebe Kolleginnen und Kollegen, das heisst, wir müssen schauen, dass auf diesen Strassen hier der Verkehr wieder fahren können, dann werden die Autofahrer auch nicht eine Ausweichroute suchen. Und es ist auch keine Lösung, hier gewisse Strassen mit Einbahnverkehr zu sperren, wie auch immer, weil er einfach woanders sein wird. Es gibt einfach eine Verlagerung, weil der Verkehr nicht verschwinden wird. Er sucht sich alternative Wege. Und deshalb sprechen wir uns hier ebenfalls dafür aus, dass die Petition für erledigt erklärt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: BFür die Fraktion GRÜNE/jgb hat Anina Ineichen das Wort.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Es hat mich sehr gefreut, dass der Kanton diese Petition mit so offenen Ohren aufgenommen hat. Ich denke, es gibt einen Unterschied zwischen Petitionen und Umfragen und Studien. Es gibt doch Standards für Studien, und wenn die nicht erfüllt werden, ist es eben eine Umfrage, wie das Beda Baumgartner schön erklärt hat letzte Woche. Hier haben wir eine Petition, die aber der erste Unterschrift eingereicht werden kann und begutachtet werden muss. Die Anzahl an Unterschriften kann selbstverständlich als Dringlichkeitsfrage berücksichtigt werden, aber grundsätzlich gilt eine Petition ab der ersten Unterschrift.

Nun zum Inhalt: Ich glaube, wichtig ist, dass es ein Bedürfnis ist. Es fahren dort viele Velofahrerinnen und Velofahrer durch, ich habe das auch schon häufig erlebt und wir müssen für alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen sichere Bedingungen herstellen. Mit den Forderungen aus der Petition wird dies meines Erachtens erreicht und es würde mich freuen, wenn die Regierung hier Vorschläge bringt, die dann für alle ein gangbarer Weg sind.

Laetitia Block, ja, der Verkehr wird nicht verschwinden, aber ich glaube, gewisse Verkehrsmittel werden verschwinden. Wir erleben bereits jetzt, wie sich doch einiges wandelt in der Stadt, immer weniger Personen besitzen tatsächlich ein Auto, immer mehr Personen steigen um auf das Fahrrad oder auf die ÖV-Nutzung, die ja auch wieder höher ist als auch schon. Wir müssen auf diese Veränderungen reagieren bei unseren Strassen, auch bei unserer Strassenhierarchie. Wir dürfen auch entscheiden, wie wir leben wollen in dieser Stadt, wie wir fahren wollen in dieser Stadt. Hier hat ein Teil der Anwohnenden oder der Einwohner einen Input gegeben, schauen wir uns den an, ich denke, er ist sehr gut.

Ein sehr wichtiges Anliegen ist mir noch als ProVelo-Präsidentin: Die Solitude ist ein sehr enger Platz. Ich bekomme immer unglaublich viele Nachrichten dort auch von Personen, die sehr unglücklich sind mit der Situation dort und ich bin überzeugt, je mehr wir die Situation verbessern im Quartier Wettstein, umso mehr gibt es eine Entlastung bei der Solitude. Und ich glaube, das ist ein Vorteil für uns alle. Darum denke ich, könnte das ein grosser Gewinn sein mit dieser Einbahnführung.

Wir bitten Sie, die Petition zu überweisen an den Regierungsrat und wir sind gespannt auf die Antworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Daniel Seiler und von Jenny Schweizer. Sie werden entgegengenommen. Daniel Seiler hat das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Bezüglich Solitude sind wir ja grundsätzlich gleicher Meinung, aber den Zusammenhang zwischen der Wettsteinallee und der Solitude verstehe ich nicht, den müssen Sie mir erklären.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Sehr gerne. Mir ist es ein Anliegen, dass wir die Velofahrerinnen und Velofahrer in der Tendenz wegbekommen von der Solitude, weil ich denke, es muss dort für die FussgängerInnen sein. Ein sicheres Quartier führt dazu, dass die Leute vielleicht den Umweg über das Quartier in Kauf nehmen, um nach Rhiehen oder sonst wohin zu kommen

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Wie sehen Sie die Problematik für die Blaulichtorganisationen, wenn Sie in der Wettsteinallee eine Einbahnstrasse machen?

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Das kann ich jetzt so nicht einschätzen, aber ich denke, wenn wir eine Verbesserung in der Verkehrsführung haben, ist das auch für die Blaulichtorganisationen kein Problem. Wenn sie blinken und schnell fahren, dann dürfen sie auch auf der Grenzacherstrasse zum Beispiel schnell fahren und es gibt Umwege.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Tim Cuénod für die SP.

Tim Cuénod (SP): Ich hatte das Glück, sechs Monate quasi im Gastspiel in der Petitionskommission sein zu können, und ich muss sagen, das war wirklich einer der interessanteren Fälle einer Petition, nur schon deswegen, weil sie etwas fordert, was eigentlich ziemlich naheliegend ist. Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn ich durch die Wettsteinallee fahre, was gelegentlich vorkommt, ist gerade zu Stosszeiten häufig eine durchaus aggressive Stimmung spürbar, und zwar nicht nur zwischen Velofahrern und Automobilisten, sondern zum Beispiel auch zwischen Automobilisten untereinander. Die Platzverhältnisse sind doch nicht wahnsinnig grosszügig und wenn sich Autos entgegenfahren und eines davon ist besonders breit, dann kann es schon sein, dass der eine oder die andere wild gestikuliert, sein Gegenüber solle jetzt gefälligst ein paar Meter zurückfahren und so weiter. Also es ist nicht wirklich eine gute Situation und es ist schon heute eine Achse, die für den Veloverkehr wichtig ist, die es in Zukunft noch mehr sein könnte. Und wenn wir es schaffen, durch eine Einbahnstrasse zu schauen, dass wirklich die Strassennetzhierarchie eben gestärkt wird dadurch, dass man sagt, Autos sollen vom Wettsteinplatz via Hammerstrasse, Riehenstrasse, Riehenring und vice versa möglichst fahren und nicht zwingend dort durch, dann wäre das, denke ich, ein grosser Fortschritt, und ich glaube, nicht nur würde die Veloachse attraktiver, man könnte auch einiges von der manchmal gehässigen Stimmung reduzieren, die an dieser Stelle besteht.

Insofern ist diese Petition relativ naheliegend. Von Begehrlichkeiten, was die kleinen genannten Strassen anbelangt, Thunerstrasse, Rheinfelderstrasse, habe ich jetzt noch nichts gehört. Ich denke aber, die Achse, die sich anbietet, um diesen Weg zu gehen, ist wie gesagt eine andere. In diesem Sinne denke ich, es ist im Interesse aller Verkehrsteilnehmenden, hier eine Änderung zu machen und bitte Sie namens der SP-Fraktion, der Überweisung dieser Petition zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Es handelt sich nicht um eine Begehrlichkeit, sondern es handelt sich um einen Lösungsansatz, den Verkehr durch eine Begegnungszone zu leiten. Ist das Ihrer Meinung nach die Lösung in diesem Quartier?

Tim Cuénod (SP): Nein, nicht unbedingt. Für die Erschliessung steht ja aber, wie schon erwähnt, eine andere Achse zur Verfügung, die dafür wesentlich günstiger wäre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen, somit hat die Kommissionssprecherin Heidi Mück das Wort.

Heidi Mück (BastA): Besten Dank für die spannende Diskussion, die mich ein wenig überrascht, weil das Hearing und die Diskussion innerhalb der Petitionskommission wirklich sehr harmonisch waren. Wir waren uns eigentlich alle einig, dass es da eine Entflechtung braucht. Nur einen Punkt möchte ich noch sagen. Es wurden die Unterschriftenzahlen erwähnt. Für die Petitionskommission gilt wirklich der Grundsatz, dass eine Petition ein demokratisches Recht ist. Wir haben Anliegen – und das sehen Sie auch heute, wir haben vier Petitionen – wir haben Anliegen aus dem Mädchenparlament, wir haben Anliegen von Schülerinnen und Schülern, wir hatten schon Kinderpetitionen, es gibt Petitionen auch von Parteien und so weiter, also ganz viele verschiedene Menschen mit verschiedenen Ressourcen. Wir behandeln eigentlich die Petitionen, die wir entgegennehmen, sofern sie nicht einen völlig abwegigen Inhalt haben, alle gleich, unabhängig von der Unterschriftenzahl.

Wir nehmen sie alle gleich ernst. Das ist mir einfach wichtig, das noch mitzuteilen. Ich beantrage noch einmal im Namen der einstimmigen Petitionskommission, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur ersten Abstimmung. Daniel Seiler und Laetitia Block beantragen, die Petition als erledigt zu erklären.

Abstimmung

JA heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung, NEIN heisst erledigt.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007133, 17.09.25 09:22:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich dafür entschieden, dass die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen wird mit 62 gegen 32 Stimmen bei einer Enthaltung.

22. Petition P488 "Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden", Bericht der PetKo

[17.09.25 09:23:06, 24.5450.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat die Präsidentin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Diese Petition «Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden» wurde von der Schüler:innenorganisation des Gymnasiums Bäumlihof lanciert. Sie wurde im November 2024 der PetKo überwiesen. Im Juni fand ein Hearing mit zwei Vertretern der Schüler:innenorganisation und einer Vertreterin des Elternrats der Primarschule Hirzbrunnen und einem Vertreter des BVD statt. Die beiden anwesenden Schüler haben leidenschaftlich, mit guten Argumenten und auch mit grossem rhetorischen Geschick ihr Anliegen vertreten, unterstützt durch die Elternvertreterin. Hier eine kleine Zusammenfassung der Ausführungen.

Der Schulcampus Bäumlihof an der Strasse Zu den drei Linden kann mit Recht als grösster Schulstandort von Basel bezeichnet werden. Insgesamt besuchen ca. 2'500 Schüler:innen vom Kindergarten bis zum Gymnasium eine der Schulen auf dem Campus. Zudem nutzen auch viele Vereine die Räumlichkeiten. Die Strasse Zu den drei Linden ist eine kleine, schmale Strasse, die aber zu Stosszeiten völlig überlaufen ist, insbesondere die zahlreichen Elterntaxis, die ihre Kinder im Halteverbot aussteigen lassen und dann wieder Richtung Allmendstrasse weiterfahren, verstopfen die Strasse. Einzelne Velofahrende weichen dann auf das Trottoir aus und es entsteht regelmässig ein Verkehrschaos. Diese Situation überfordert insbesondere jüngere Schüler:innen und ist auch gefährlich.

Um dies zu entschärfen, schlägt die Petentschaft vor, dass die Strasse Zu den drei Linden von der Bäumlihofstrasse bis zum Olsbergerweg zu einer Schulstrasse nach dem Rahmenkonzept des VCS umgewandelt werden soll. Dies würde keine baulichen Massnahmen erfordern und die Zufahrt zum Ausbildungszentrum des Zivilschutzes für Behindertentransporte und für den Güterumschlag sei weiterhin möglich. Auf Rückfrage bestätigten die Schüler, dass die Petition von allen Schulleitungen mitgetragen wird. Das Problem mit den Elterntaxis werde von den Schulleitungen und den Elternräten immer wieder thematisiert und die Eltern werden angesprochen und auf die Bedeutung des Schulwegs als Erlebnis für die Kinder hingewiesen, allerdings leider mit wenig Resonanz.

Der Vertreter des BVD bestätigte, dass das Koordinationsgremium Schulwegsicherheit, KOGESSI, sich schon mehrmals mit der Strasse Zu den drei Linden befasst habe. In den letzten zehn Jahren wurden fünf Unfälle registriert, zwei davon mit Personenschaden, die jedoch entweder in der Nacht oder tagsüber ohne Bezug zur Schule passiert sind. Damit von Verwaltungsseite ein Fahrverbot angeordnet wird, müssen drei Kriterien erfüllt sein: Notwendigkeit, Zweckmässigkeit und Verhältnismässigkeit. Basierend auf diesen drei Kriterien sei die KOGESSI zum Schluss gekommen, hier nichts zu unternehmen.

Anerkannt wurde vom Vertreter der Verwaltung schliesslich aber doch, dass es immer wieder Rückmeldungen aus der Bevölkerung und eben diese Petition gibt. Hier wurde eine Diskrepanz zwischen objektiver Sicherheit und subjektivem Sicherheitsempfinden festgestellt. Viele Schüler:innen und auch deren Eltern seien der Meinung, die Sicherheit auf diesem Strassenabschnitt sei nicht ausreichend. Aus diesem Grund erklärte sich der Vertreter des BVD trotz der Vorbehalte der KOGESSI bereit, die Situation noch einmal vertieft zu prüfen und nach einer möglichst befriedigenden Lösung zu suchen. Er verwies auch auf die im April überwiesene Motion von Tonja Zürcher betreffend «Schulwegsicherheit rasch und konkret umzusetzen». Die Überweisung dieser Motion bedeute einen Auftrag, die Schulwege innerhalb von vier Jahren sicherer zu machen, und dieser Auftrag werde von der Verwaltung ernst genommen. Eine Sperrung der Strasse sei jedoch nicht einfach durchsetzbar und das im Petitionstext erwähnte Konzept der Schulstrasse sei noch nirgends umgesetzt worden. Zudem seien Schulstrassen rechtlich nicht verankert.

Das Thema Schulwegsicherheit ist gemäss PetKo ein politisches Thema mit hoher Priorität. Diese Petition ist nicht die erste, die sich um dieses Thema dreht. Die Kommission stufte die von den Schülern geschilderte und von der Elternvertretung mit Fotos belegte Situation als untragbar ein. Sie sah sich aber ausserstande zu beurteilen, welche Massnahmen sich für die Erhöhung der Schulwegsicherheit beim Campus Bäumlihof eignen. Die Kommission unterstützt das Anliegen der Petition grundsätzlich und kann sich ein temporäres Fahrverbot in der Strasse Zu den drei Linden durchaus vorstellen. Sie beantragt dem Grossen Rat wiederum einstimmig, die Petition Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung im Rahmen der Bearbeitung der Motion betreffend «Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen» von Tonja Zürcher zu überweisen. Die Kommission bittet den Regierungsrat, eine Lösung zu suchen, die nicht erst in ein paar Jahren umsetzungsreif ist, sondern auch Sofortmassnahmen in Betracht ziehe, insbesondere die Aufhebung einiger Parkplätze im Eingangsbereich zum Kindergarten und Schulhaus Hirzbrunnen wird explizit als mögliche Sofortmassnahme genannt.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir in die Redner:innenliste steigen, möchte ich unseren Besuch begrüssen. Auf der Tribüne begrüsse ich eine Klasse von Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden des Campus für Gesundheit Münchenstein, Lernende von Basel-Landschaft wie auch von Basel-Stadt, die im Gesundheitsbereich ausgebildet werden. Die Klasse ist mit Lehrperson Katharina Wolf hier und ihre Leitfrage im Unterricht lautet «Leben wir in der besten Demokratie der Welt?» Schön, dass euch dieses Thema zu uns führt. Herzlich willkommen. (Applaus).

Nun kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Für die BastA hat das Wort Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Als Präsidentin der Schulkommission des Bäumlhofgymnasiums weiss ich, dass das Begehren dieser Petition intern schon seit mehreren Schülergenerationen auf dem Tisch liegt. Sie war schon auf der To-Do-Liste, bevor ich mein Amt übernommen habe. Der Wunsch des Schülerrates, endlich eine bessere Situation für alle drei Schulen sowie den Kindergarten erreichen zu können, war schon länger am Brodeln. Morgens gehen auf diesen paar 100 Metern, wir haben es gehört, mehrere Tausend Kinder und ja, der Strassenraum ist eng und die Bedürfnisse sind vielfältig. Die Petitionskommission zeigt diesen Aspekt sowie mögliche Lösungen sehr gut auf und fordert die Verwaltung auf, auch hier etwas zu tun.

Allerdings überzeugt mich die Haltung der Verwaltung im Bericht nicht, und zwar überhaupt nicht. Schulen können jedes Jahr ihre Appelle durchführen, mit immer neuen Schüler:innen kommen eben auch immer neue, nicht unbedingt einsichtige Elterngenerationen an die Schulen. Dies ist deshalb auch eine wirklich gröbere Sisyphusarbeit für die Schulen, die viel zu viel Zeit verbraucht. Ich bitte Sie deshalb wirklich, dieses Anliegen ernst zu nehmen und mit der Umsetzung eine klare technische Verbesserung wieder zurückzukommen, und zwar zeitgerecht. Schulstrassen sind okay, hier darf meiner Ansicht nach auch an einen Poller gedacht werden, dieser ist für die Sicherheit von 2000 Kindern und die Lehrkräfte sicherlich nicht verschwendet.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, die vorliegende Petition der Regierung zur Umsetzung, und zwar in zeitlich übersichtlichem Rahmen, zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: War das ein Antrag zur Stellungnahme oder zur abschliessenden Behandlung?

Brigitta Gerber (BastA): Zur abschliessenden Behandlung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank. Die nächste Fraktionssprecherin ist Silvia Schweizer für die FDP.

Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion teilt das Anliegen der Petition, die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen und das Problem der Elterntaxis zu entschärfen. Dennoch betrachten wir die Petition als erledigt, da die vorgeschlagene Umsetzung nicht praktikabel ist. Und glauben Sie mir, ich ging dort schon in die Primarschule und alle meine Kinder gingen auf diesen Campus.

Das Konzept der vorgeschlagenen Schulstrasse ist rechtlich nicht verankert. Die Signalisation und Durchsetzung eines Fahrverbots mit Ausnahmen wäre viel zu kompliziert und fehleranfällig. Eine Sperrung würde das Problem der Elterntaxis lediglich auf andere Strassen, namentlich auf die Bäumlihofstrasse verschieben und die Situation für Anwohner, Schüler und Verkehrsteilnehmer verschärfen. Dass sich gemäss Petitionskommission die breite Bäumlihofstrasse deutlich besser eigene zum Aussteigenlassen der Kinder als die schmale Strasse Zu den drei Linden kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bäumlihofstrasse zwischen Basel und Riehen beträgt in der Regel 50 Stundenkilometer. Da lässt man bestimmt keine Kinder ein- und aussteigen. Pollerabschrankungen und Ausnahmebewilligungen verursachen erheblichen organisatorischen und finanziellen Aufwand, ohne die Sicherheit nachhaltig zu verbessern.

Wir von der FDP befürworten gezielte Massnahmen wie Halteverbotszonen, die Aufhebung von Parkplätzen vor Schuleingängen und die verstärkte Sensibilisierung der Eltern durch die Schulleitungen. Diese sind einfacher, wirkungsvoller und auch schneller umzusetzen. Wir betrachten die Petition als erledigt und vertrauen darauf, dass der Regierungsrat realistische und nachhaltige Massnahmen zur Schulwegsicherheit im ganzen Kanton entwickelt, wie es auch die Motion Zürcher verlangt hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Auch die SVP beantragt Ihnen, diese Petition für erledigt zu erklären. Die Verkehrssicherheit, welche als wichtiges Argument hier aufgeführt wird, ist selbstverständlich auch uns ein Anliegen. Deshalb haben wir volles Verständnis, dass die Höchstgeschwindigkeit in dieser Strasse vor vielleicht 20 Jahren von 50 auf 30 heruntergeschraubt wurde und vor einigen Jahren weiter von 30 auf 20 heruntergeschraubt wurde, dass auch der Zweiwegverkehr zu einem Einbahnregime geändert wurde und somit jede Menge Massnahmen ergriffen wurden bereits, um die Verkehrssicherheit dieser Strasse zu erhöhen. Die Petentschaft fordert jedoch nicht, dass man mit Mofas, E-Bikes, E-Trotinetts und selbstverständlich mit Velos hier nicht mehr durchfahren darf. All diese Zweiradfahrzeuge dürfen auch im Gegenverkehr hier weiterhin durchfahren und Sie wissen alle, meine Damen und Herren, für diese Verkehrsteilnehmer ist die Höchstgeschwindigkeit 20 häufig eine Empfehlung, aber selten verbindlich. Das heisst, wenn wir von Verkehrssicherheit sprechen, dann müssen wir auch diese Verkehrsteilnehmer hier mit einbeziehen. In der Litanei von Ausnahmen, die von der Petition vorgeschlagen wird, wahrscheinlich im Wissen darum, wie schwierig es ist, dieses Anliegen umzusetzen, fällt zudem auch auf, dass man für die Lastwagen den Güterumschlag weiterhin zulassen will. Ja, logisch, die Mensa braucht weiterhin Nahrungsmittel und die müssen irgendwie dahingebracht werden. Ich betreibe selbst Lastwagen, ich kann Ihnen sagen, wenn Sie den Güterumschlag weiterhin zulassen, dann werden genau gleich viele Lastwagen weiterhin dahinfahren wie bisher, weil es käme keinem Lastwagenfahrenden in den Sinn, diese Strasse zu nutzen, wenn er nicht unbedingt dahin fahren muss, um etwas auszuliefern oder abzuholen. Das heisst also, auch bei den Lastwagen erreichen Sie hinsichtlich der Verkehrssicherheit mit dieser Petition rein gar nichts.

Deshalb mein Verdacht, es geht hier nicht um Verkehrssicherheit, sondern es geht ausschliesslich um das Thema Elterntaxis. Und ja, da habe ich sogar ein gewisses Verständnis dafür. Ich habe meine drei Kinder in meinem Leben nie in den Schulunterricht gebracht oder vom Schulunterricht abgeholt mit dem Auto, nie. Auch ich finde es falsch, wenn die Eltern das Gefühl haben, dass man damit den Kindern einen Gefallen tut. Es mag Situationen geben, ich denke an einen Beinbruch oder weiss ich was, wo das selbstverständlich nachvollziehbar ist, dass man jemanden abholen muss oder bringen muss, aber in der Regel sollte das nicht nötig sein.

Aber wenn wir jetzt das konsequent zu Ende denken, wollen wir dann wirklich jede Schulzufahrtsstrasse von jeder Seite in Zukunft mit einem Fahrverbot versehen? Weil dann sind wir konsequent. Dann dürfen wir aber nicht über eine Schule und

eine Strasse zu dieser Schule sprechen, sondern dann müssen wir das Thema grundsätzlicher angehen und dann, Sie sehen es, sind Verkehrsmassnahmen der falsche Weg und dann müssen wir das wirklich über die Schulung von Eltern und über Massnahmen gegenüber den Eltern, auch wenn das jedes Jahr neue Eltern sind, tun und nicht über Verkehrsleitmassnahmen.

Ich habe vorhin gesagt, ich habe meine Kinder nie zum Schulunterricht gebracht, trotzdem war ich auch Elterntaxifahrer und zwar genau zu dieser Schule und etliche Male. Meine Töchter haben Kunstturnen gemacht, die eine hat mit vier Jahren begonnen, die andere mit fünf Jahren. Der Kunstturnunterricht endet um 20 Uhr und ich glaube nicht, dass sie erwarten, dass 4- bis 5-jährige Mädchen um 20 Uhr im Winter bei Dunkelheit alleine mit dem ÖV nach Hause gehen. Vom Fahrrad wollen wir schon gar nicht sprechen. Da komme ich nicht darum herum, die abzuholen und ja, da habe ich dann auch das Auto eingesetzt. Und meine Töchter sind beileibe nicht die einzigen jungen Mädchen gewesen, die das gemacht haben und entsprechend war ich auch beileibe nicht der einzige Papa, der sie abgeholt hat. Das heisst in der Konsequenz, wenn diese Petition umgesetzt würde, dann könnte Kutu Basel den Kunstturnunterricht nicht mehr in diesem Campus durchführen. Da müssen wir einfach einen anderen Campus suchen für die. Es hat auch eine Schwimmhalle dort. Sie wissen, es gibt nicht wahnsinnig viele Schwimmhallen in Basel, also müssen Sie auch für Kleinkinderschwimmkurse eine andere Lösung suchen. Und irgendwann wird das Ganze einfach nicht mehr zu managen.

Entsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, dass wir diese Petition, die so nicht umsetzbar ist, für erledigt erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Jo Vergeat. Diese wird entgegengenommen.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Mich nimmt es Wunder, wie viele Schülerinnen und Schüler oder Kunstturnerinnen und Kunstturner oder Schwimmerinnen und Schwimmer um 20 Uhr abends gleichzeitig abgeholt werden müssen. In diesen Zeiten, die prekär sind bei der Schule, sind es extrem viele Kinder in einem Moment.

Lorenz Amiet (SVP): Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele das sind, aber ich kann Ihnen sagen, dass ich um 20 Uhr auch schon Probleme hatte, das Auto abzustellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Alex Ebi. Sie wird entgegengenommen.

Alex Ebi (LDP): Wäre es nicht möglich, die Zufahrtsberechtigung ab 17.30 Uhr abends wieder zu gestatten?

Lorenz Amiet (SVP): Dann möchten Sie also, dass ich die vier- bis fünf-jährigen Töchter zwar abholen, aber nie hinbringen darf?

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitte Gysin für die Mitte/EVP.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich bin hier Fraktionssprecherin, aber natürlich, das wissen Sie, auch direkt betroffen als Lehrperson am Gymnasium Bäumlihof. Man muss diese Situation ein bisschen erlebt haben. Wenn man es beschönigen will, kann man sagen, es ist ein Erlebnis morgens um 10 vor 8 Uhr auf dieser Strasse, vergleichbar mit einem Weltcupslalomrennen im Umfeld des Morgenstreichs. In dieser Art fühlt sich das an, wenn man mit dem Fahrrad zur Schule kommt. Es wuselt von unzähligen Kindern, von sehr Kleinen zu Fuss über auf dem Trottinett, zu Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Lehrpersonen, die dort unterwegs sind mit verschiedenen Verkehrsmitteln, vor allem Velo, zu Fuss und Trottinett. Und vielleicht, wenn man weiss, wie Primarschulkinder unterwegs sind, dann ist man auf dem rechten Trottoir, der beste Kollege läuft links und zack, geht man schnell rüber, als Velofahrer bremst man. Das ist schon ohne Autos, zugegebenermassen, ein Erlebnis.

Früher war das Erlebnis noch toller, als nämlich frisch auch das Gymnasium um 8 Uhr begonnen hat, ist wirklich immer pünktlich um Viertel vor acht noch die Müllabfuhr durch die Strasse gefahren. Das hat sich jetzt zum Glück geändert. Nun kommen in diesen Mix hinein noch diese Autos, die erstens auf der Strasse, wenn sie fahrend unterwegs sind, zusätzlich verstopfen, aber auch im Moment des Anhaltens die Übersichtlichkeit verschlechtern.

All dies muss man vor Augen haben. Es ist also darum weniger ein Erlebnis, auch wenn ich es jetzt so geschildert habe, sondern eine Herausforderung. Es ist eine Herausforderung, bis zur Schule zu kommen, ohne jemanden über den Haufen zu fahren und ohne Herzinfarkt, wenn man zehn Mal abrupt bremsen musste. Das ist der Hintergrund. Und schon seit einiger Zeit gab es immer wieder Bemühungen, erstens Sensibilisierung der Eltern. Dem stimme ich zu, leider nutzt es nicht. Die Schulleitungen versuchen wirklich sehr konsequent an Elternabenden, mit den Briefen an die Eltern von der Schulleitung her und so weiter zu sensibilisieren, dass es nicht gut und nicht sinnvoll ist, ein Elterntaxi zu betreiben. Und es scheint halt nicht bei allen anzukommen. Es ist auch so, dass auch andere Fragen, wie man es lösen konnte, bisher keine Konsequenz hat. Nun hat die Schülerorganisation des Gymnasiums Bäumlihof das an die Hand genommen und versucht, über eine Petition auf eine andere Weise eine Wirkung zu erzielen. Und mir scheint, jetzt wird der Schülerorganisation um die Ohren geschlagen, dass sie nicht einfach hingeschrieben haben, liebe Petitionskommission, lieber Grossrat, ändert doch etwas, dass es besser wird, sondern dass sie sehr differenzierte Abklärungen vorgenommen haben und einen recht differenzierten Vorschlag machen, der jetzt möglicherweise vielleicht nicht das Gelbe vom Ei ist, weil es noch andere Dinge zu bedenken gibt. Jetzt zu sagen, wir müssen das als erledigt abschreiben, weil diese Petenten eigentlich zu gut gearbeitet haben für Petenten – die haben eigentlich fast schon Verwaltungsarbeit verrichtet in ihren Abklärungen – deshalb die Petition als erledigt zu erklären, obwohl schon in der Diskussion in der Petitionskommission andere Zugänge und Möglichkeiten angesprochen wurden, scheint mir jetzt der falsche Weg. Statt zu sagen, also gut, da ist ein Problem, es wurde über Jahre versucht, das zu ändern, es ist nichts passiert, jetzt haben das sogar Schüler an die Hand genommen und sich hoch engagiert eingebracht. Jetzt muss das wirklich angegangen werden, nicht auf St. Nimmerleinstag hinausgeschoben werden. Jetzt sagen wir, die Regierung soll das bitte schön klären und eine Lösung präsentieren, die irgendwo diese Situation verbessert. Das scheint mir einfach angebracht, das jetzt nicht so abzuschmettern mit diesen vorgebrachten Argumenten.

Zur Frage der LKWs: Die LKWs kommen zum Glück nicht um 10 vor 8, weil auch die Mensa-Zulieferer erstens sowieso früher kommen müssen, weil die Mensa schon das Material braucht oder dann kommen sie tagsüber für den nächsten Tag. Das ist eigentlich nicht das Problem in dieser Zeit. Und ja, es geht auch um die Elterntaxis und diese Probleme, aber nicht ausschliesslich, wenn man eben dieses Erlebnis regelmässig hat, dann weiss man, dass es nicht nur darum geht, diesen Elterntaxis per se aus pädagogischen Gründen einen Riegel vorzuschieben, sondern weil es wirklich auf der Strasse unangenehm ist, unterwegs zu sein.

Dann ist es auch nicht so, dass jetzt für jede Schule an jedem Ort das sein muss, denn es steht ja im Text, es wurde auch gesagt vorhin von der Petitionskommissionspräsidentin, an dieser Strasse sind vier Schulen, das ist nicht eine Schule, vier Schulen, 2'500 Menschen, die da unterwegs sind. Das ist nicht wie jede Strasse, an der eine Schule ist, sondern es ist eine spezielle Situation.

Und das Problem mit dem Sport: Es steht im Text der Petitionskommission, man könnte auch eine Sperrung von 7 bis 17 Uhr machen. Das ist ja nicht in Stein gemeisselt. Vielleicht kommt man zum Schluss, dass 16.30 Uhr reicht, weil ja zum Beispiel die Primarschule doch um 16 Uhr Schulende hat und dann die Menge der Schülerinnen und Schüler, die gleichzeitig unterwegs sind, abnimmt. Und vor 16.30 Uhr sind noch keine ausserschulischen Belegungen in den Turnhallen. Und so nebenbei, man kann das Kind ja auch mit dem ÖV oder mit dem Velo mit Anhänger bringen.

Also, das sind ein paar Gründe, warum ich Sie doch sehr bitten möchte, jetzt nicht einfach hier das Kind mit dem Bad auszuschütten, sondern zu sagen, dass man dieses Problem angeht und darum der Regierung die Petition zur Weiterbehandlung überweist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Besten Dank für Ihre Idee, die Kinder mit dem Veloanhänger hinzubringen. Kennen Sie das Einzugsgebiet von Kutu Basel?

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich sage ja auch, dass man es natürlich nicht primär darüber lösen soll, dass bei der Abklärung geschaut wird, was ein sinnvoller Zeitrahmen ist, falls es ein temporäres Verbot sein soll, und dann ist es vielleicht eben ab 16.30 Uhr. Der andere Vorschlag ist nur, weil Sie Schwierigkeiten haben, einen Parkplatz zu finden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Jo Vergeat für die GRÜNEN/jgb..

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich weiss gar nicht, ob ich jetzt noch ein besseres Plädoyer hinbekomme, als das, das wir schon gehört haben, aber ich möchte einfach noch einmal kurz darauf hinweisen, dass wir keinen Gesetzesvorschlag diskutieren

und keine zwingende Motion, sondern eine Petition. Sie hat einen Vorschlag gemacht. Wir haben in der Petitionskommission extrem sachlich und ruhig darüber diskutiert, dass wir hier Lösungen finden müssen. Wir waren uns als Petitionskommission einig, dass diese Situation unhaltbar ist. Wir haben Bilder gesehen, wir haben Schilderungen gehört und was ich eigentlich das Eindrücklichste finde, ist, dass hier Leute erzählen von ihren Kindern – ich habe keine Kinder, ich ging auch nicht da zur Schule – und trotzdem ist das schon ein Thema seit über gefühlten 25 Jahren. Also das ist ein Riesenthema, diese Schule wurde grösser, wir haben die Zahl von 2'500 Schüler:innen gehört. Das fängt an bei ganz kleinen Kindergärtner:innen, denen wir wünschen, dass sie ihren Kindergartenweg alleine bewältigen können. Ja, diese Wege sind schwierig, sie sind auch schwierig für Primarschüler:innen in der Innenstadt, wir haben die Diskussionen ständig, aber die Bilder, die man da sieht und diese unterschiedlichen Niveaus von Schüler:innen, die da an diesen Ort gelangen müssen, sind wirklich ausserordentlich für mich.

Und was ich auch wirklich beeindruckend finde, ist, dass wir uns immer wünschen, dass Kinder und Jugendliche lernen, sich für ihre Mitmenschen einzusetzen, mitzudenken. Hier haben wir jetzt Gymnasiasten, die sich einsetzen für die Kleinsten, weil sie gerade selbst festgestellt haben, dass sie als Grosse schon fast Erwachsene auf dem Velo diese Situation meistern können, aber dass eben die Kleinen das nicht können. Ich weiss nicht, ob sie mal bei der Rittergasse waren, wenn die Schule losgeht. Sobald diese Kinder das Schulhaus sehen, schauen sie nicht mehr ganz so genau hin, wo die Strasse ist. Und da handelt es sich nur um eine Begegnungszone und das ist schon gefährlich.

Hier haben wir jetzt eine Seitenstrasse, die wirkt gar nicht so gefährlich wie eine Hauptstrasse, weil man hat nicht immer das Gefühl, da kommt etwas. Darum sind die Kinder sowieso wenig aufmerksam,. Man hat keine Fussgängerstreifen, das heisst, wir wissen gar nicht genau, was wir den Kindern erklären. «Schaut links und rechts, aber geht nicht zwischen den Autos, aber schaut hinter dem Auto langsam hervor.» Aber auf der anderen Seite wartet vielleicht das Gespänli und man ist ganz aufgeregt.

Also dass wir hier reagieren müssen und dass es jetzt den Grossen Rat braucht, damit da jetzt wirklich etwas geschehen kann, das können wir nicht leugnen, und Erledigen wäre ein falsches Zeichen, auch wenn ich nachvollziehen kann, dass es Massnahmen gibt, die sich vielleicht nicht eignen und dass wir über diese diskutieren. Aber das hier einfach als erledigt abzuschreiben, das finde ich fast ein bisschen feige, weil wir dann einfach sagen, also bitte schaut, wie das weiter vor sich hintrödelt, wir haben jetzt mehrere Versuche durch unterschiedlichste Gremien, aber wir als Grosser Rat nehmen das nicht ernst. Doch, wir nehmen das ernst, wir nehmen die Schulsicherheit ernst. Und da bin ich überzeugt, das macht auch die SVP und die FDP und darum ist Erledigen einfach das falsche Zeichen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet. Diese wird entgegengenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn wir die Schulsicherheit ernst nehmen wollen, sind Sie dann mit mir einig, dass wir eigentlich auch E-Velos, E-Trotinetts und Mofas und so weiter dort verbieten müssten?

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich bin vielleicht nicht per se für ein Verbot, aber wenn man diesen Weg sperrt, dann können wir diskutieren, was eine solche Sperrung bedeutet. Ich bin da tatsächlich nicht ganz abgeneigt, denn ich bin mit Ihnen einer Meinung, dass viele E-Fahrzeuge auf keine Temporeduzierung eingehen. Oder man überlegt sich, welche Tempo reduzierende Massnahmen es gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Ismail Mahmoud für die SP.

Ismail Mahmoud (SP): Ich habe eigentlich gar nicht mehr viel hinzuzufügen, es wurde schon so viel gesagt. Die Schulwegsicherheit ist enorm wichtig, sie geniesst auch zu Recht diese hohe Priorität, das zeigt ja auch die Überweisung der Motion Zürcher Schulwegsicherheit. Wir haben gehört, die Situation ist eigentlich untragbar, es ist unsicher, es ist ein riesiges Durcheinander, man kann es als Erlebnis, als grosse Herausforderung sehen, aber eigentlich geht das so auf keinen Fall.

Ich möchte eigentlich an dieser Stelle nur daran erinnern, was die Möglichkeiten der Petitionskommission grundsätzlich sind. Die Petitionskommission kann Petitionen zur Stellungnahme an den Regierungsrat überweisen. Das heisst, wir wollen noch mehr wissen, wir stellen Rückfragen, bekommen dann eine Stellungnahme und können dann wieder weiterschauen. Wir können sie erledigen, wenn das Anliegen komplett abwegig ist oder das Anliegen sich erübrigt hat im Hearing, dann kann man zu Recht sagen, erledigen, dann muss man die Verwaltung nicht weiter beschäftigen. Oder wir überweisen zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat. In diesem Fall, bei den Drei Linden, wo es deutlich ist, dass diese Situation enorm schwierig ist, wo sich alle einig sind, dass das eigentlich so nicht geht – die Verwaltung sieht das Problem,

die Petitionskommission hat das Problem gesehen – ist es nur folgerichtig und fair auch der Petentschaft gegenüber, dass man das dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überweist.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, die Petition zur abschliessenden Behandlung dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss mich als Grossrat jetzt doch auch noch einschalten zu dieser Diskussion. Ich bin der Grossrat, der am nächsten zu dieser Strasse wohnt, seit 62 Jahren. Ich kenne die Lage dort und ich weiss, wovon ich rede. Ich möchte auch jetzt einordnen, was meine Vorredner gesagt haben.

Brigitte Gysin hat richtig gesagt und das hat vorher keiner angesprochen, man müsste das Problem lösen über den Bus. Ich bin heute Morgen kaum in den Bus hineingekommen, weil er voll ist mit Schülern in beiden Richtungen. Man müsste mehr Busse einsetzen. Das ist wieder das Problem der BVB. Ich zahle das Billett oder auch nicht und ich komme nicht in den Bus oder muss stehen.

Silvia Schweizer hat gesagt, sie sei dort in der Primarschule gewesen. Ich kann mich nicht mehr an Sie erinnern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit der Verkehrssicherheit nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie hat gesagt, sie sei dort in der Primarschule gewesen und darum, Herr Präsident, darf ich auch mit Stolz sagen, dass ich auch dort in der Primarschule gewesen bin, 1970 bis 1974, und Silvia Schweizer 1969 bis 1973. Und es ist schön, wenn man dann seine Mitschüler von damals wieder sieht, auch wenn ich mich nicht mehr erinnern kann.

Ich komme aber jetzt zu meinen Argumenten. Denn vieles ist gesagt worden, aber die wichtigen Aspekte sind vergessen worden. Jo Vergeat hat richtig gesagt, sie sei dort nicht zur Schule gegangen, damit hat sie auch nicht die Erfahrungswerte wie wir. Viele reden hier, obwohl sie sich in diesem Quartier nicht auskennen und obwohl sie dort gar nicht wohnen und nicht täglich sehen, wie der Bus wegen dieser Schulen verstopft ist.

Nach mir kommt mein Nachbarn, Alex Ebi, ich freue mich schon auf seine pointierte Rede. Die Diskussionen, die wir hier führen, sind vollkommen unklar. Die Petition, die ich lesen wollte, aber von Heidi Mück nicht erhalten habe, müsste den Inhalt haben, dass man mehr Busse einsetzen müsste. Ich habe selbst viele Kinder, die auch in die Schule gegangen sind. Wir haben über die Elterntaxis gesprochen. Das Problem ist, dass das eigentlich so nicht in Ordnung ist und dass man das nicht machen sollte. Es gibt viele Städte, wo die Polizei, wenn die Schulen neu anfangen, den Eltern bei den Schulen sagen, mit den Elterntaxis aufzuhören, weil sie einfach die Strassen verstopfen. Und es werden Bussen verteilt, weil man dort, wo die Elterntaxis stehen, gar nicht halten darf. Die Polizei Basel müsste halt auch, wenn das neue Schuljahr anfängt, dort patrouillieren und Parkbussen verteilen. Sie werden sehen, wenn einer 100 Franken Strafe zahlen muss, dann kommen die nicht mehr so schnell mit dem Elterntaxis und bringen die Kinder zu Fuss in die Schule.

Noch einmal, als Anwohner bin ich gegen die Petition und ich muss sagen, das Hirzbrunnenquartier ist ein ruhiges Quartier, wo man keinen Verkehrsstau hat. und ich finde die Petition, die Sie Heidi Mück hier präsentieren, ist vollkommen an den Haaren herbeigezogen und ist einfach nicht nötig Ich bin wie die SVP und Lorenz Amiet gegen die Petition.

Lorenz Amiet hat auch richtig gesagt, man könnte das lösen mit dem Bus. Man hat das Ross falsch aufgezäunt mit dieser Petition, man hat den Bus vergessen, man hat die Polizei vergessen. Und zum Schluss muss ich noch sagen, dass ich der einzige Grossrat war, der an dem Infoanlass beim Bäumlihof war vor vier Jahren wegen des Asylheims, das man dann doch nicht gebaut hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich bin in diesem Quartier natürlich auch daheim, schon ganz viele Jahre. Ich bin dort in die Schule gegangen, meine Kinder sind dort in die Schule gegangen und haben auch etwa einen Kilometer zu Fuss gehen müssen. Es hat ganz grosse Ausnahmen gegeben, dass ich meine Kinder auch in die Schule fahren musste. Abends bin ich 20 Jahre lang dort ins Training gegangen, also auch diese Situation kenne ich, wenn es dunkel wird. Und als dann auch meine Kinder dort trainiert haben und abends um 8 Uhr im November bei Niesellregen nach Hause gehen mussten, war das ein bisschen unheimlich. Darum finde ich es super, dass die jungen Menschen, die dort in die Schule gehen, jetzt diese Petition

eingereicht haben, weil sie sich ernsthaft Gedanken machen. Und das machen wir uns alle schon seit Jahrzehnten, nur unternommen hat nie jemand etwas.

Jetzt wurde die Petition eingereicht, und wir sollten sie ganz bestimmt nicht als erledigt anschauen, sondern sicher auch der Regierung die Chance geben, ernsthaft darüber nachzudenken, denn das dort etwas geändert werden muss, ist klar. Ein Fahrverbot während 24 Stunden würde ich jetzt nicht gerade empfehlen würde, aber vielleicht eines morgens von 7 Uhr bis 9 Uhr, sodass die Elterntaxis nicht hineinfahren können, was schon sehr, sehr viel entflechten würde. Und ob man die Kinder dann am Mittag auch noch abholen muss, weiss ich also nicht.

Ja, die Autos sind grösser geworden, es fahren auch viel mehr Auto und die Kinder werden vermehrt in die Schule gebracht. Die Velos sausen herum, die Elektrotrottinetts ebenso, frisiert sind sie auch noch und das wird tatsächlich gemischt mit diesen kleinen Kindern, die dort in die Primarschule gehen. Das ist tatsächlich viel zu viel und wir müssen eine Entflechtung hinbekommen, davon bin ich ganz fest überzeugt.

Ich finde es super, dass sich die Jungen hier einmal den Stift vorgenommen haben und das Ganze in Bewegung gebracht haben. Dankeschön.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Das Wort geht an Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Vielen Dank für die emotionale und engagierte Diskussion. Nur ganz kurz: Ja, das Anliegen ist nicht so einfach umzusetzen, das haben wir als Petitionskommission erkannt und wir haben das auch zugegeben. Es sind jetzt in der Debatte schon wieder sehr viele Ideen präsentiert worden. Ich hoffe, die werden aufgenommen, wenn die Petition dann hoffentlich an den Regierungsrat überwiesen wird. Einfach noch eine kleine Information: Das neu gebildete Schülerparlament der Primarschule Hirzbrunnen hat als eines der ersten an dieser Strasse einen Fussgängerstreifen gefordert, weil auch sie als Primarschüler sich dazu äussern und sich für diese Situation einsetzen. Und ich möchte Sie wirklich bitten, diese Forderung der Schülerinnen und Schüler ernst zu nehmen und die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung. Silvia Schweizer und Lorenz Amiet beantragen, die Petition als erledigt zu erklären. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung, NEIN heisst erledigt erklären.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 22 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007135, 17.09.25 10:03:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überweisen mit 74 gegen 22 Stimmen bei einer Enthaltung. Das Geschäft ist erledigt.

23. Petition P490 "Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag", Bericht der PetKo

[17.09.25 10:03:42, 24.5490.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen. Das Wort für die Petitionskommission hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Es handelt sich um eine weitere Petition aus dem Mädchenparlament, diesmal heisst sie «Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag». Sie möchte konkret, dass Freizeitangebote und Hausaufgaben fest in den Schulalltag integriert werden, sowie eine gerechte Balance zwischen Lernen und Freizeit. Die Petition ist im November 2024 im Mädchenparlament entstanden, sie wurde im Dezember der PetKo überwiesen und das Hearing mit Vertreterinnen der Petentschaft und der damaligen Leiterin Primarstufe der Volksschule und der jetzigen Ko-Leiterin Volksschulen fand im Mai dieses Jahres statt.

Erst im Hearing wurde klar, dass die Forderungen der Petition primär die Sekundarschule betreffen. Die beiden Vertreterinnen äusserten den Wunsch, dass nach Schulschluss jeweils wirklich Feierabend sein und die verbleibende Zeit für Hobbys und andere Freizeitaktivitäten zur Verfügung stehen soll. Um dies zu ermöglichen, sollen die Hausaufgaben und Prüfungsvorbereitungen in den Schulalltag integriert und während der Präsenzzeit erledigt werden. Die in den staatlichen Sekundarschulen angebotene Hausaufgabenhilfe sei keine Lösung, da sich die Präsenzzeit an der Schule damit erhöhe.

Für die geforderte Integration von Freizeitaktivitäten in den Stundenplan sollen gemäss den beiden Vertreterinnen der Petentschaft zum Beispiel am Donnerstagnachmittag zwei Lektionen für jene reserviert werden, die ein Hobby haben. Wer kein Hobby habe, könne seine Hausaufgaben in der Schule erledigen. Auf Nachfrage der Kommission äusserten die beiden Schülerinnen, dass es ihnen bewusst sei, dass sich mit der Integration von Freizeitaktivitäten oder Erledigung von Hausaufgaben die Präsenzzeit an der Schule verlängern würde. Sie brachten die Idee auf, dass die Schule insgesamt länger offen stehen solle, zum Beispiel schon um 7 Uhr morgens statt um 8 Uhr. Sie wünschten sich, dass mehr in der Schule, weniger zu Hause gelernt werde, was auch die Balance zwischen Lernen und Freizeit verbessern würde.

Die Vertreterin des ED bezeichnete die Integration von Freizeitaktivitäten in den Stundenplan als zumindest ansatzweise vorhanden und verwies auf den freiwilligen Schulsport, Freifächer und Bildungslandschaften. Da die Schulen diesbezüglich eine gewisse Autonomie haben, riet sie den Schülerinnen, sich über das Schulparlament direkt in die jeweilige Schule einzubringen oder auf ihre Lehrpersonen zuzugehen. Auch die Volksschule befasste sich mit dem Thema der Balance zwischen Schule und Freizeitaktivitäten und hat dazu eine Vision erarbeitet, bei der es darum geht, die Schule in 365 Tagen zu denken. Die Schulinfrastrukturen könnten demgemäss länger als bisher und auch für ausserschulische Aktivitäten genutzt werden. Allenfalls liesse sich auch die Präsenzzeit in der Schule anders auf das Jahr verteilen. Sie versicherte, dass die Gedanken der Petentschaft zur zukünftigen Gestaltung des Schulalltags in die Umsetzung dieser Vision einfliessen würden.

Zu den Hausaufgaben meinte die Vertreterin des ED, dass es schon im Namen ersichtlich sei, dass es um Aufgaben geht, die zu Hause gemacht werden. Mit Hausaufgaben sei auch das Ziel verbunden, einmal etwas ohne Unterstützung zu tun. Hausaufgaben zu geben sei im Übrigen keine Pflicht, die Lehrpersonen dürfen, aber sie müssen keine Hausaufgaben geben. Die Leitung der Volksschulen nehme darauf keinen Einfluss, wie die einzelnen Schulen dies handhaben.

Die dritte Forderung ist nach der Meinung der Vertreterin des ED unbestritten. Schülerinnen sollen nicht nur lernen, sondern auch Freizeit haben. Rückmeldungen aus der Klasse seien wichtig, die Schülerinnen sollen und dürfen sich kritisch mit den Hausaufgaben auseinandersetzen.

Die Petitionskommission beurteilte die Forderungen der Petition unterschiedlich. Die Integration von Freizeitangeboten in den Schulalltag, indem zum Beispiel die Hobbys aller Schülerinnen einer Klasse in einem fixen Zeitfenster stattfinden sollen, wurde aus organisatorischen Gründen als schlicht unrealistisch beurteilt. Die Forderung nach einer gerechten Balance zwischen Lernen und Freizeit erschien der PetKo allzu vage. Gleichzeitig ist der Petitionskommission jedoch bewusst, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit psychischen Problemen tendenziell zunimmt. Dazu bittet die PetKo den Regierungsrat um eine fachliche Einschätzung der Situation: Wie geht der Regierungsrat damit um, dass viele Schüler:innen von Stress und zu hoher Belastung reden und der Meinung sind, dass die Balance zwischen Lernen und Freizeit nicht ausgewogen sei?

Zur Forderung, dass Hausaufgaben möglichst während der Schulzeit erledigt werden können, wurde festgestellt, dass an den Tagesstrukturen der Sekundarschulen die Hausaufgaben erledigt werden können und sogar eine Hausaufgabenbetreuung angeboten wird. Die Tagesstrukturen an den Sekundarschulen seien kostenlos und freiwillig. Dieses Angebot ist nach Meinung der PetKo ein wertvolles Angebot, da nicht alle Kinder und Jugendlichen zu Hause ideale Bedingungen zur Erledigung der Hausaufgaben haben. Die PetKo möchte gerne wissen, wie viele Schüler:innen in den Tagesstrukturen die Zeit zum Erledigen der Hausaufgaben nutzen und wie viele die Hausaufgabenbetreuung in Anspruch nehmen. Ebenso möchte die PetKo wissen, wie die Erledigung der Hausaufgaben an den Sekundarschulen mit Atelierunterricht funktioniert, ob das Angebot der Nachfrage entspricht und ob es ausgebaut werden kann. An den Primarschulen ist die Hausaufgabenbetreuung in die kostenpflichtigen Tagesstrukturen integriert. Die PetKo möchte deshalb

vom Regierungsrat wissen, ob an den Primarschulen auch für jene Kinder eine Hausaufgabenbetreuung angeboten werden sollte, die die kostenpflichtigen Tagesstrukturen nicht besuchen.

Mit all diesen Fragen beantragt die PetKo Ihnen, die Petition «Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag» an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin Jenny Schweizer für die SVP.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, die Petition als erledigt abzuschreiben. Obwohl aus der Kreuztabelle ersichtlich ist, dass Sie unserer Meinung nicht folgen werden, möchte ich doch unsere Standpunkte darlegen.

Ein Geschäft oder Vorstoss sind unter anderem abzuschreiben, wenn sie nicht erfüllt werden können und in diesem Fall ist es so, dass die Petition nicht erfüllt werden kann. Die Petentschaft wünscht, dass nach der Schule absoluter Feierabend herrscht. Dies wäre im Grunde genommen die Einführung einer Tagesschule, also kann dieser Punkt schon einmal nicht erfüllt werden. Da aber dann im nächsten Absatz auch die Präsenzzeit an den Schulen nicht erhöht werden soll, will die Petentschaft, dass die Freizeitaktivitäten in den Stundenplan integriert werden. Meine Damen und Herren, dass dieser Punkt ebenfalls nicht erfüllt werden kann, erscheint ja wohl logisch. Als Pro-Argument wird hier dann noch festgehalten, dass die Schule so einen höheren Einfluss auf die Freizeitgestaltung der Schülerinnen und Schüler habe. Bei solchen Aussagen habe ich schon meine Bedenken. Da aber die Schulfächer schliesslich auch noch einen Lehrplan 21 zu erfüllen haben und bei einer Integration der Hobbys in den Schulalltag die Schulstunden fehlen und der Schulalltag länger dauern würde, schlägt die Petenschaft vor, dass die Schule bereits um 7 Uhr offen steht, anscheinend um Hausaufgaben zu erledigen. Dies wiederum sollte eigentlich dem Gedanken der SP widersprechen, die ja durch einen Vorstoss von Franziska Roth und Alexandra Dill forderte, dass die Schule sogar später als 8 Uhr beginnen soll, weil die Jugendlichen länger schlafen müssen, da sie am Morgen um 8 Uhr nicht leistungsfähig sind. Somit nehmen wir an, dass sie auch für Hausaufgaben um 7 Uhr keine Energie und Motivation hätten.

Die Petitionskommission weiss ja selber, dass die Umsetzung der Petition nicht erfüllt werden kann und fordert dafür den Regierungsrat auf, auf eine ganz andere Problematik einzugehen, nämlich weshalb die Schülerinnen und Schüler sich überfordert fühlen und wie viele die Angebote zu Hausaufgabenhilfe, die jeder Standort an der Sek 1 anbietet, in Anspruch nehmen. Dies hat aber nichts mehr mit diesem Geschäft zu tun. Und als die Regierung mit dem Ratschlag 210064 den massiven Ausbau der Tagesstrukturräumlichkeiten auch in der Sek 1 dem Parlament vorlegte, konnte sie sehr wohl Zahlen dazu bereitstellen. Dort wurde vermerkt, dass sie viermal jährlich während einer ganzen Woche jedes Mal die Auslastungen messe.

Also eine schriftliche Anfrage, falls es Ihnen so wichtig erscheint, würde für Ihre Fragen demzufolge absolut reichen. Die Fragestellung der Kommission hat nichts mehr mit dem Wortlaut der Petition zu tun und kann deshalb abgeschrieben werden, weil sie nicht erfüllbar ist. Wir können nicht immer Vorstösse stehen lassen, nur weil sich daraus andere Fragen ergeben, aber vom eigentlichen Thema abweichen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprecherinnen und Sprecher eingetragen, somit geht das Wort an die Petitionskommission und Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Ich muss noch einmal darauf hinweisen, dass es eine Petition ist. Sie ist ein demokratisches Grundrecht. Diese Petition stammt aus dem Mädchenparlament. Wir haben auch in der Petitionskommission darüber gesprochen, dass sie vielleicht nicht super perfekt ausformuliert ist, dass nicht alle Forderungen wirklich umgesetzt werden können, aber wir haben einen Zusammenhang gesehen zwischen der Belastung und den zunehmenden psychischen Problemen von Jugendlichen und Kindern. Ess kann nicht bestritten werden, dass diese vorhanden sind und wir möchten in diesem Zusammenhang einfach noch vertiefte Abklärungen treffen. Ich bitte Sie deshalb, diese Petition an den Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jenny Schweizer beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst erledigt, NEIN heisst an den Regierungsrat zur Stellungnahme.

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 77 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007137, 17.09.25 10:16:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert einem Jahr zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind der Petitionskommission gefolgt und haben sich mit 77 gegen 15 Stimmen bei einer Enthaltung dafür entschieden, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Somit ist die Petitionen erledigt.

25. Motion 1 Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich

[17.09.25 10:16:30, 25.5235.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innerhalb von drei Monaten überwiesen.

26. Motion 2 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend automatische Beitragszahlung der Krankenkassenprämienverbilligungen

[17.09.25 10:17:04, 25.5236.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erste Sprecherin hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.

Melanie Nussbaumer (SP): Zuerst will ich ein paar wertschätzende Worte ausdrücken, und zwar finde ich es grundsätzlich toll, dass die Mitte-Fraktion sich mit diesem Thema auseinandersetzt. Es geht ja darum, dass wir in Basel-Stadt ein sozialstaatliches Problem haben. Wir wissen alle, der Nichtbezug von Prämienverbilligungen ist bei der letzten Studie bei 30% gelegen. Das ist natürlich wirklich ein sozialstaatliches Problem, das heisst, wir haben ein Vollzugsproblem. Es könnten ganz viele Menschen Prämienverbilligungen beziehen, die es leider nicht machen. Dafür gibt es verschiedene Gründe, dazu gab es auch schon Studien. Wir haben uns auch schon mehrmals mit diesem Thema auseinandergesetzt. Es gibt einen Vorstoss von Nicole Amacher, die noch mehr Studien gefordert, damit wir die Gründe besser verstehen, warum diese Leute diese Prämiemverbilligungen oder andere Sozialleistungen nicht beziehen.

Dann haben wir auch einen anderen Vorstoss überwiesen von Beda Baumgartner mit dem speziellen Titel «Ein Bus für Basel». Dabei geht es darum, dass das Amt für Sozialbeiträge, also die Verwaltung, mehr zu den Leuten gehen soll, dass man diese Sozialleistungen auch erklären muss, einfacher verständlich machen muss, sodass eben dieser Bezug erhöht

wird. Es ist ein wichtiges Thema und deshalb will ich mich auch bedanken, dass die Mitte-Fraktion sich diesem Thema angenommen hat. Anscheinend sind wir uns einig, dass wir hier ein Problem haben. Das ist schon einmal viel wert ist.

Diese Lösung, die die Mitte-Partei anstrebt, ist leider aber schlussendlich eine Verschlechterung und deshalb plädiert auch die SP-Fraktion dafür, dass wir diese Motion ablehnen. Gerne würde ich das kurz erläutern. Natürlich wäre es super, wenn man einfach automatisch die Prämienverbilligungg bekommt, wenn man dann berechtigt wäre, aber wenn man das an die Steuerdaten koppelt, dann kommt es zu einer massiven Verzögerung. Das heisst, man bekommt die Prämienverbilligung nicht in dem Moment, wo man sie wirklich braucht, und das ist ein grosses Problem.

Ich mache ein fiktives Beispiel. Nehmen wir eine vierköpfige Familie. Diese vierköpfige Familie hat nicht viel Einkommen, die Mutter ist vielleicht Alleinernährerin, sie arbeitet viel, sie haben als Familie keine Rücklagen. Und übrigens, das ist mir wichtig zu betonen, es gibt ganz viele Haushalte in Basel und in der Schweiz, die einfach keine Rücklagen haben oder sogar Schulden. Es gibt eine nationale Statistik, die gezeigt hat, dass jeder fünfte Haushalt in der Schweiz bei einer überraschenden Rechnung von 2'500 Franken diese nicht bezahlen könnte. Jeder fünfte Haushalt! Das ist eine grosse Anzahl Menschen, die nicht einfach Geld auf der Seite haben, um überraschende Rechnungen zu zahlen. Jetzt gehen wir zurück zum fiktiven Beispiel. Die Frau arbeitet, in ihrer Firma gibt es eine Restrukturierung, sie verliert ihren Job. Dafür haben wir zum Glück eine Versicherung, die Arbeitslosenversicherung, aber da verdient sie plötzlich 20% weniger. Wenn man jetzt keine Rücklagen hat und sowieso eher ein tiefes Einkommen hat, dann macht das natürlich etwas aus, denn sonst bleiben die Kosten ja gleich, die Mietkosten sind hoch etc.

Bisher brauchte diese Familie keine Prämienverbilligungen und jetzt neu, wegen diesem Jobverlust, wegen diesem Einkommensverlust, braucht sie plötzlich Prämienverbilligungen. Im jetzigen System kann sie in dem Moment, wo das passiert, einen Antrag stellen und ab dem nächsten Monat wird das wahrscheinlich bewilligt und sie bekommt für ihre Familie die Prämienverbilligung. Im geforderten System wäre es so, dass diese Situation jetzt eintritt und dann würde man dies das nächste Jahr in die Steuerrechnung eingeben. Bis die Steuervoranlagen kommt, wo das ersichtlich ist, würde es mindestens nochmals ein Jahr gehen, das heisst nach eineinhalb Jahren würde sie die Prämienverbilligung bekommen für den jetzigen Moment, in dem sie diese eigentlich bräuchte. Das ist absurd, das bringt den Menschen überhaupt nichts und deshalb müssen wir diese Motion ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich verstehe nicht, warum eine Automation den manuellen Antrag ausschliesst. Das könnte ja beides eingeführt werden.

Melanie Nussbaumer (SP): Das könnte man, aber dann würde es zwei Systeme geben, die sich wahrscheinlich oft überschneiden würden und was wahrscheinlich den administrativen Aufwand massiv erhöhen würde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich glaube, in der Grundhaltung sieht man den Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Sichtweise auf die Dinge und vielleicht der freisinnigen Sichtweise. Wir haben im Frühling die Ausweitung der Anspruchsgruppen für die Prämienverbilligung thematisiert. Wir hatten vorher etwa 200 Millionen, wir kommen mit dem neuen System vielleicht auf zusätzliche 150 bis 170 Millionen, je nachdem, wie das ausgelegt wird. Das ist sehr viel Geld und da muss man sich schon auch die Frage stellen, ob sich der Antragsteller nicht auch sehr bewusst sein muss, was für Geld er da bekommt, wo das Geld herkommt. Es geht uns nicht darum, zu sagen, dass wir das verweigern möchten, aber ich glaube, für eine Anspruchsnahme von diesen Leistungen sollte man wirklich auch darauf schauen, dass man bewusst mit dem umgeht und sich auch damit auseinandersetzt. Ein Automatismus macht eben genau das Gegenteil, das Kostenbewusstsein nimmt ab. Daher können wir uns dem nicht anschliessen und darum ist die FDP dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich bin sehr froh, dass Melanie Nussbauer sehr wohlwollende Worte für diesen Vorstoss gefunden hat, denn es ist ein Problem. Wir haben einen hohen Nichtbezug bei den Prämienverbilligungen und hierbei handelt es sich

auch um eine Leistung, die sich an eine breite Bevölkerungsgruppe richtet und die eigentlich grundsätzlich auch mit wenig Stigma behaftet ist, anders vielleicht als es bei der Sozialhilfe heute noch leider der Fall ist.

Von diesem Effizienzgedanken, der hier vorhin genannt wurde, möchte ich mich eigentlich abgrenzen. Aus unserer Sicht ist der Grundgedanke der Motion interessant, weil wir eben diese Personen erreichen möchten, die Anspruch auf eine Leistung haben und diese nicht beziehen. Wir haben vorher die Zahl von 30% Nichtbezugsquote gehört, ich habe 20% gefunden, vielleicht liegt es irgendwo dazwischen, oder ich habe nicht die aktuellsten Zahlen gefunden und die Situation hat sich verschlechtert, was ich natürlich sehr beunruhigend fände. Es ist so, dass etwa ein Fünftel der potenziell anspruchsberechtigten Personen diese Leistung, die Prämienverbilligung, nicht in Anspruch nimmt. Bei einer Untersuchung der Berner Fachhochschule wurden zudem auch noch die quellbesteuerten Personen untersucht. Die Analyse dort hat gezeigt, dass der Nichtbezug noch einmal höher liegt, wobei auch gesagt werden muss, dass die Unsicherheiten dieser Analysen noch einmal grösser sind, da die Vermögenssituationen dieser Personen nicht korrekt abgebildet werden können.

Ob der Weg zum Erreichen der nicht beziehenden Personen über die Steuerdaten der richtige Weg ist, um Sozialleistungen automatisch auszuzahlen, darüber mag man diskutieren. Und dass Steuerdaten eben nicht notwendigerweise die aktuelle Einkommenssituation abbilden, das ist aus meiner Sicht unbestritten, da kann ich auch gut meiner Vorrednerin folgen. Aus unserer Sicht dürfte natürlich eine Automatisierung der Auszahlung der Prämiumverbilligung nicht die Antragstellung komplett ersetzen. Ich kann es sehr gut nachvollziehen, dass es hier Befürchtungen gibt. Auch bezüglich der Rückforderungen von schon bereits bezahlter Prämienverbilligung für einen Haushalt mit knappem Einkommen ist dies ein Worst Case-Szenario, da oft, wie wir auch schon gehört haben, wenig finanzielle Reserven vorhanden sind, um eine solche Forderung tilgen zu können. Aber ich finde, es sollte uns doch darum gehen, wie wir diese Person erreichen und es gibt verschiedene Bemühungen und Bestrebungen, die hier drin auch angestossen wurden, aber wir erreichen diese Person immer noch nicht. Wir haben gewisse Daten vorliegen, die natürlich nicht tagesaktuell sind, aber sie bieten trotzdem eine Einschätzung. Es wird ja auch ein Schreiben versendet aufgrund der Steuerdaten, dass jemand potenziell berechtigt wäre. Wir haben hier einen Ansatz. Ob dieser alleine reicht, das würde ich einmal zur Diskussion stellen, aber ich finde, wir sollten uns dafür einsetzen, dass diese Personen, aus welchen Gründen sie auch immer diese Prämienverbilligung nicht in Anspruch nehmen – seien es sprachliche Hürden oder eine Überforderung mit Behördengängen –, dass wir diese dazu bringen, diese Leistung zu beziehen, die ihnen zusteht.

Es gibt bereits sechs Kantone, die eine automatische Auszahlung der Prämienverbilligung vornehmen. Im Rahmen einer Erstüberweisung wäre es für uns interessant gewesen, ob man dort Erfahrungswerte einholen hätte können, die uns für eine Weiterbehandlung dieser Motion oder dann vielleicht als Anzug oder für die Weiterbearbeitung der bereits überwiesenen Anzügen hilfreich gewesen wären.

Es gibt auch Umsetzungsvarianten, über die man nach denken könnte, bei denen bezüglich der Rückförderung diese beispielsweise in Tranchen überwiesen werden könnten, um dadurch auch die Gefahr einer Rückzahlung minimieren zu können.

Aus diesen Überlegungen hätten wir von der Fraktion GRÜNE/jgb gerne eine erste Stellungnahme der Regierung gehabt, um darüber zu entscheiden, ob es hier nicht doch Handlungsansätze gäbe, wie Haushalte, die sonst einen unverhältnismässig hohen Teil ihres Einkommens für Krankenkassenprämien aufwenden müssen, mit einer allfälligen Direktauszahlung oder weiteren Massnahmen besser erreicht und unterstützt werden können. Daher werden wir der Überweisung zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Redner auf meiner Liste ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das Anliegen des Vorstosses, die Nichtbezugsquote zu senken, die der Regierungsrat teilt, ist auch Teil des Legislaturplans des Regierungsrats für die kommende Legislatur. Die Nichtbezugsquote bei der Prämienverbilligung ist die tiefste von den unter uns untersuchten, sie liegt bei 19%, nicht bei 30%, wie vorher erwähnt wurde. Also ab 19% haben wir einen statistisch ausgewiesenen Nichtbezug. Wir werden diese Untersuchung auch in diesem Jahr aktualisieren, damit wir aktuelle Zahlen haben, wie sich der Nichtbezug entwickelt hat.

Personen mit potenziellen Ansprüchen auf Prämienverbilligung werden ja grundsätzlich vom ASB, also von der Verwaltung bereits einmal jährlich angeschrieben. Sie werden darauf hingewiesen, dass sie Anspruch haben könnten. Grundlagen sind die Steuerdaten, also da gibt es einen klaren Konnex zu den Daten, die wir haben und auf Grundlage dieser Daten werden diese potenziellen Bezüger:innen jedes Jahr angeschrieben. Diesen Prozess, der so gehandhabt wird, hat auch der Grosse Rat mit dem Anzug Christine Keller erweitert auf die Ergänzungsleistung, wo das bis anhin nicht gemacht wurde und auch der Nichtbezug höher ist als bei den Prämienverbilligungen.

Wie bereits gesagt, dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, den Nichtbezug weiter zu senken. Es wurde auch schon viel getan, sei es, dass die Information in mehreren Sprachen vorliegt, auch in verständlicher Art und Weise. Und was kommen

wird auch in den nächsten Jahren ist das Projekt E-Sozial, wir werden auch dieses ganze Antragsverfahren vollständig digitalisieren. Selbstverständlich bleibt auch die physische Antragsmöglichkeit danach bestehen. Aber auch hier investiert der Regierungsrat, dass diese Zugänglichkeit noch einfacher wird.

Wir dürfen als Kanton auch erwarten, dass die potenziell Berechtigten auch einen kleinen Beitrag leisten für diesen Bezug der Prämenverbilligung. Ich glaube, es ist doch schon auch noch ein Unterschied zum vollkommenen Automatismus, dass man eben auch diesen Antrag stellen soll, dass man diese Prämenverbilligung möchte. Ich denke, wir dürfen das als Kanton erwarten, und es gibt auch Menschen, die keine Prämenverbilligung wollen, und auch das ist ihr gutes Recht.

Hinzu kommen die Steuerdaten, sie haben Grenzen. Erstens, das haben wir schon mehrmals gehört, sie sind ein bis zwei Jahre verzögert, das heisst, sie reichen nicht aus. Zusätzlich berechnen wir im Sozialbereich bei der Prämienverbilligung die Wirtschaftssituation anders als im Steuerrecht. Und ich glaube, das ist auch entscheidend, denn diese Informationen brauchen wir auch bei einer Automatisierung, das heisst, der Bezüger müsste auch in dieser Variante einen Beitrag leisten. Die Prämienverbilligungen knüpfen an die wirtschaftliche Haushaltseinheit an und nicht an die zivilrechtliche. Die wirtschaftliche Haushaltseinheit ist entscheidend. Und das andere, wir rechnen auch ein Hypo-Einkommen hoch, auch das ist ein Konzept, das wir nicht aus der Steuererklärung oder den Steuerdaten ziehen können. Diese beiden Informationen sind bis heute ein wesentlicher Bestandteil zur Berechnung der Prämienverbilligungen, die einem Haushalt zustehen. Und entweder man verzichtet auf diese Informationen, oder es braucht, wenn man sie weiterhin haben will, Mitwirken der potenziell Beziehenden, damit wir zu diesen Informationen kommen können.

Der Timelag wurde schon einmal angesprochen, ich nehme ein erstes Beispiel. Eine Person beendet ihr Studium und beginnt eine gut bezahlte Stelle, würde aber bis zu zwei Jahren weiterhin Prämverbilligungen erhalten, weil nach wie vor die Steuerdaten zählen, die man hat, nämlich von der Zeit, als das Einkommen tief war als Studentin oder Student.

Das zweite Beispiel ist die umgekehrte Situation, jemand verliert seine Stelle oder wird ausgesteuert von der Arbeitslosenkasse, und mit alten Steuerdaten hätte diese Person keinen Anspruch, obwohl sie gerade in diesem Moment enorm wichtig wäre, damit die Person nicht in eine Verschuldungssituation gerät. Also ein Automatismus kann zu einer Überzahlung führen oder dazu, dass Menschen in Not keine Leistung erhalten.

Was wären die Folgen bei Überzahlung, wie soll der Kanton damit umgehen? Entweder er lässt es bleiben, das wäre finanzpolitisch ineffizient und teuer, oder er fordert es zurück, das wäre mit grossem administrativen Aufwand und auch sehr vielen Schwierigkeiten für die betroffene Person verbunden. Aufgrund dieser Situation ist der Regierungsrat der Meinung, dass das heutige System das zielgerichtete, das bessere System ist, das Verbesserungen braucht, zum Beispiel bei der Digitalisierung und bei der Niederschwelligkeit. An diesen Punkten arbeiten wir und aus diesem Grund bittet Sie der Regierungsrat, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Wir haben es jetzt von verschiedenen Vorrednern und auch vom Regierungsrat gehört, dass man mit dieser Motion nicht wirklich einen Mehrwert für die Betroffenen leisten würde. Zudem sind wir von der SVP-Fraktion der Meinung, dass eine gewisse Bringschuld, wenn man einen derartigen Anspruch hat, auch erwartet werden darf, dass man sich informiert, wo man welchen Anspruch hat.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt einbringen und ich weiss offen gesagt nicht einmal, ob ich den als SVP-Sprecher einbringen soll, aber ich bin ja Einzelsprecher und ich bringe es jetzt als Funktion der Strafverteidigung ein. Wenn eine Person mit Migrationshintergrund eine Steuererklärung ausfüllt und Eigentum im Ausland verschweigt, dann hat das für seinen Aufenthaltsstatus keinerlei Konsequenzen. Wenn er das aber macht, um Prämienverbilligungen zu beantragen, dann macht er einen Sozialhilfebetrug und das führt gemäss Katalog zur Ausschaffung. Warum erzähle ich Ihnen dieses Beispiel? Ich erzähle Ihnen dieses Beispiel, weil ich in diesem Bereich sehr bei den Worten von Daniel Seiler bin. Man sollte auch hier dieses Individuum walten lassen. Jeder soll sich bewusst sein, was er ausfüllt, zu welchem Grund er es ausfüllt und welche Leistungen er konkret beantragen möchte oder nicht möchte. Es gibt Personen, die es nicht möchten, vielleicht nicht unbedingt wegen dem strafrechtlichen Grund, sondern weil sie es überhaupt nicht wollen. Aber das Individuum sollte nach wie vor im Vordergrund stehen.

Mit diesem Automatismus würden wir das abschaffen und dementsprechend sind wir von der SVP-Fraktion der Meinung, dass das keinerlei Vorteile hat. Wir sind der Meinung, es braucht eine gewisse EigeniInitiative, es bringt keinen Vorteil für die Betroffenen und das Individuum sollte nach wie vor zählen, dass jedem bewusst ist, warum er diese Leistung beantragt. Und aus diesen Gründen kommen wir zum Entschluss, dass wir diese Motion nicht überweisen wollen und das beantrage ich auch im Namen der SVP-Fraktion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Wir haben es gehört, die Krankenkassenprämien sind in Basel-Stadt ganz besonders ein ernstes Problem, so ernst, dass es auch Familien mit mittleren Einkommen gibt, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Es handelt sich, auch das haben wir gehört, nicht nur um eine Randfrage für Akutarmutsbetroffene, sondern es ist ein breites Problem. Es ist aber auch ein Symptom eines grundsätzlichen Problems unseres profitgetriebenen Gesundheitssystems. Und unter diesem leiden nicht nur die Prämienzahlenden, Versicherte und Patient:innen, sondern eben auch Menschen, die mit Herzblut im Gesundheitssektor arbeiten.

Doch kommen wir zurück zur Motion. Als BASTA unterstützen wir grundsätzlich jeden Versuch, den Zugang zu Hilfsleistungen zu vereinfachen. Genau das ist der Sinn solcher staatlichen Sozialtransfers. Sie sollen die Menschen dort entlasten, wo es nötig ist. Leider blenden die Motionär:innen einen entscheidenden Punkt in ihrer Motion aus. Prämienverbilligungen sind kein Bonus, den man irgendwann nachträglich erhält, sie sind ein Sozialtransfer bei Menschen, die es brauchen, und zwar in dem Moment, wo die finanzielle Not akut ist, wenn das Einkommen nicht reicht, wenn Rechnungen nicht bezahlt werden können, wenn man eben nicht ein paar Tausend Franken aus einem früheren Job zurücklegen konnte. Ein Automatismus, diese Leistungen zu erhalten, kann sinnvoll sein, aber er muss greifen, wenn die Not beginnt und nicht erst ein Jahr später. Darum lehnen wir die Überweisung der Motion ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich lese seit vielen Jahren zu dem Thema, dass viele Menschen die Leistungen nicht beantragen, und es steht in der Zeitung, sie machen es aus Scham nicht. Also das können Sie in jeder Zeitung lesen in Basel, dass viele Leute solche Leistungen nicht beantragen, weil sie sich schämen. Sie kapseln sich ab oder was natürlich auch steht, es geht um zu kleine Geldbeträge. Und dann steht auch, der Aufwand sei zu gross. Wenn es nur um eine Hilfleistung von 100 Franken geht, dann überlegen sich viele, ob sie das überhaupt ausfüllen sollen, zum Amt für Sozialbeiträge gehen sollen. Viele sagen, der Aufwand sei zu gross für 100 Franken. Deshalb finde ich auch wie meine Vorredner, dass es die Motion nicht braucht.

Als ich den Text gelesen habe, dachte ich, oha, das kommt von den Grünen und von der SP, weil es ist ja ein soziales Thema und ich habe wirklich selten so gestaunt, als ich gelesen habe, dass der Text von Remo Gallacchi kommt, von einer bürgerlichen Partei.

Zum Schluss kann man sagen, der Kanton spart ja viel Geld, wenn Leute nicht automatisch hingewiesen werden. Wir sind auch nicht bei «Wünsch dir was». Und zum allerletzten Schluss zu meinem Vorredner Pascal Messerli: Das ist auch mein Thema, er hat es erwähnt, ein Haus im Ausland, Ausschaffung usw. Da ist es ganz wichtig, dass es keinen Automatismus gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Wir haben jetzt von mehreren vor allem Rednern gehört, dass es auch eine Art Holschuld gebe für diese Menschen und das hat mich etwas, ehrlich gesagt, schockiert. Wir können hier schon über fiktive Familien diskutieren, aber vielleicht einmal ein Beispiel von einer echten Familie. Natürlich kann man jeder Person sagen, sie habe eine Holschuld, aber es gibt auch noch andere Komponenten im Leben und es gibt dann durchaus noch so Sachen wie Scham zum Beispiel, Scham vor dem eigenen Leben, vor der eigenen Situation, die man vielleicht verbessern möchte. Und da hilft es nichts, wenn Sie diesen Leuten sagen, sie hätten Eigenverantwortung, sondern das sind dann vielleicht Menschen, die arbeiten jeden Tag und irgendwie kommen sie nicht zurecht, und dann schämen sie sich dafür. Und dann ist es doch absolut richtig, dass es irgendein System gibt, das es ihnen erleichtert, diese Hilfe zu beziehen. .Und vielleicht haben sie sogar noch Kinder, und diese Kinder leiden mit, die können nichts daran ändern, die können nicht zur Sozialhilfebehörde gehen und sagen, sie hätten gern, dass sie jeden Tag etwas Richtiges auf dem Tisch haben. Es nervt mich richtig, und wenn wir eine andere Lösung hier auf dem Tisch hätten, dann wäre das wunderbar, dann würde ich sagen, wir könnten diese Motion kübeln. Aber wir haben keine, und der Regierungsrat soll jetzt einmal berichten, wie man diesen Menschen konkret helfen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit ist die Liste der Redner:innen erschöpft und der Motionär hat das Wort.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Ich habe mir eine halbgrosse Rede vorbereitet, die ich jetzt auf die Seite schiebe und quasi auf Ihre Voten reagiere.

Ja, ein kompletter Systemwechsel wäre schlecht. Man hätte die Daten vom Vorjahr oder noch mehr, vielleicht hat sich dann die wirtschaftliche Situation geändert und die betroffene Person hätte dann eigentlich gar keinen Anspruch mehr. Das eine, es wurde schon gesagt, schliesst das andere nicht aus. Diejenigen, die einen Antrag stellen, sollen das weiterhin machen können und innerhalb von 2-3 Monaten dann ihr Geld bekommen. Zusätzlich soll die No-shots-quote vermindert werden, indem man eben anhand der Steuerdaten viel direkter auf die Leute zugeht und sagt, ja, Sie haben Anspruch, geben sie Ihre jetzige Möglichkeit oder Ihre jetzigen wirtschaftlichen Daten durch, verdienen Sie genug, dann haben Sie keinen Anspruch mehr, obwohl Sie das gehabt hätten. Weiter ist es so, dass ja nicht blind darauf losbezahlt wird. Es ist jetzt schon so, dass wenn sich wirtschaftlich vom Einkommen her etwas ändert, man das unverzüglich melden muss, und nicht irgendwie ein Jahr darauf die Meldung macht, ja, ich habe vor dreiviertel Jahren einen Job bekommen, ich habe jetzt keinen Anspruch mehr. Das ist jetzt schon explizit so vorgesehen oder vorgeschrieben.

Die Gründe für den Nichtbezug hat, sind vielfältig. Es wurde gesagt, man müsste das eigentlich ergründen. Das kann man machen, aber vom Staat herbraucht es jetzt Taten, indem man viel direkter auf diese Personen zugeht, nicht nur so ein Informationsschreiben hinlegt, das man vielleicht überliest, weil es beim Kleingedruckten ist. Anscheinend nutzt dieses Briefchen oder dieser Hinweis nicht.

Das, was Regierungsrat Kaspar Sutter angemahnt hat, dass man quasi ein Jahr lang die Prämien bekommt, obwohl man keinen Anspruch mehr hat, weil man dann bei der Veranlagung ein Jahr darauf merkt, dass er keinen Anspruch mehr hätte, wegen der Rückzahlung, das habe ich schon begründet, jegliche Einkommensänderung muss man sofort melden und Oliver Thommen hat es auch schön erwähnt, die Gründe sind vielfältig. Man kann sich nicht einfach zurücklegen als Staat und hoffen, dass möglichst wenig das in Anspruch nehmen, damit wir etwas Geld sparen.

Ich bitte Sie daher, zugunsten dieser finanziell und sozial schwachen Klientel, diese Motion zu überweisen, auch zur. Berichterstattung, wie die Handhabung in anderen Kantonen ist. Es ist ja noch nicht definitiv entschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

26 Ja, 67 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007141, 17.09.25 10:49:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, die Motion nicht zu überweisen mit 67 gegen 26 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

27. Motion 3 Eric Weber betreffend so wird Kommunalpolitik zum Spass für junge Menschen

[17.09.25 10:49:34, 25.5254.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Der Motionär hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Politik ist ein Thema, das viele Menschen abschreckt oder auch nervt. Ich höre oft, «was die da oben machen in Bern, geht völlig an mir vorbei» oder «darauf habe ich sowieso keinen Einfluss». Das höre ich ganz oft, nicht nur auf Social Media. Dabei ist Politik überall ein Thema, in der Schlange im Coop regt sich einer auf, oder die grosse Politik ist an allem Schuld oder beim Familienessen eskaliert das Gespräch. Im Büro wird betreten geschwiegen oder mit eingestimmt, wenn einer Stammtischparolen schwingt. Politik ist für viele etwas Negatives geworden oder Abstraktes, bei dem sie nicht mitreden können und wollen, aus Angst, etwas Falsches zu sagen oder anzuecken.

Viele Menschen schreiben mir und fragen, was man denn sonst noch tun kann, um sich zu engagieren. Und genau darum geht es in dieser Motion, um das Tun. Denn politisches Engagement, das wissen Sie, ist ein wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Es ist die Möglichkeit, die eigenen Interessen und Meinungen zu vertreten und darum habe ich die Motion gemacht. In Basel gibt es sicherlich viele Wege, sich politisch zu engagieren. Ich finde es einfach wichtig, dass alle mitmachen und alle sich engagieren, und die Vielfalt ist wichtig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 84 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007143, 17.09.25 10:52:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich dazu entschieden, die Motion nicht zu überweisen mit 84 gegen eine Stimme.

28. Motion 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer

[17.09.25 10:52:34, 25.5255.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Sprecherin gemeldet hat sich Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Wir folgen dem Antrag des Regierungsrates. Auf den ersten Blick mag die Halbierung der Handänderungssteuer in Basel-Stadt vernünftig erscheinen, vor allem, wenn man sich die gestiegenen Einnahmen der letzten Jahre anschaut. Aber wenn man genau hinschaut, merkt man schnell, diese Steuer ist weit mehr als einfach eine Einnahmequelle für den Kanton. Sie hat eine klare Funktion, sie sorgt dafür, dass Eigentümerwechsel nicht einfach so passieren, nicht zu schnell, nicht spekulativ. Gerade hier in Basel, wo der Wohnraum knapp und sehr begehrt ist, brauchen wir genau diese Stabilität auf dem Immobilienmarkt. Ein seitens HEV und SWIT genanntes Argument ist, dass es ja schon genug andere Abgaben gibt: Grundstückgewinnsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Notariats- und Grundbuchgebühren, also brauche es die Handänderungssteuer nicht mehr oder sie sei zumindest zu hoch.

Aber ehrlich gesagt, diese Argumentation überzeugt nicht. Die Handänderungssteuer erfüllt eine ganz eigene Rolle, und keine dieser anderen Abgaben kann das ersetzen. Die Grundstückgewinnsteuer wird nur fällig, wenn ein Gewinn entsteht. Erbschafts- und Schenkungssteuer betreffen Übertragungen ohne Verkauf, aber die Handänderungssteuer greift bei jedem Eigentumswechsel, unabhängig vom Gewinn, unabhängig von familiären Verhältnissen. Und ja, innerhalb der Familien gibt es heute schon Steuererleichterungen. Das zeigt, es geht uns nicht um die soziale Härte, sondern um Fairness und um eine wirksame Regulierung des Marktes.

Ein weiteres Argument der Motion ist, dass nach der Teuerungsbereinigung es nur noch rund 30 Mio. Franken Einnahmen seien, ungefähr auf dem Niveau von vor 10 Jahren. Aber auch hier, das greift zu kurz, denn die Handhänderungssteuer dient nicht nur dem Geld, sie dient vor allem der Steuerung des Immobilienmarktes. Und wenn wir über Teuerung sprechen, dann reicht es eben nicht, einfach die Konsumentenpreise zu betrachten. Die Baukosten, die Bodenpreise und die Nachfrageentwicklung haben sich ganz anders, viel stärker entwickelt als die allgemeine Inflation. Ein Vergleich mit der Teuerung allein ist deshalb wenig aussagekräftig.

Und dann, auch das hört man immer wieder, wird gesagt, andere Kantone hätten die Steuer schon halbiert oder ganz abgeschafft. Gerade vom Hauseigentümerverband und SWIT wird dieses Argument sehr aktiv beworben, nach dem Motto, wenn andere das machen, müssen wir das auch. Aber das ist kein überzeugendes Argument. Basel ist nicht Aargau und auch nicht Zug oder Thurgau. Die lokalen Gegebenheiten, die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt, die Situation bei der Bodenverfügbarkeit und -nachfrage, sind hier anders. Und genau deshalb brauchen wir hier eine andere Lösung.

Darum bitte ich Sie, lassen wir die Handänderungssteuer, wie sie ist, lassen wir uns nicht unter Druck setzen von Lobbyinteressen, die auf kurzfristige Vorteile aus sind. Diese Steuer hat eine wichtige Funktion für unsere Stadt, finanziell, sozial und städtebaulich. Ich danke Ihnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Wenn Sie Eigentümer einer Liegenschaft sind, dann dürfen Sie sich einer besonderen Behandlung erfreuen. Dann gehören Sie nämlich zur Gattung der Steuermilchkühe. Jedes Jahr dürfen Sie auf den Wert Ihrer Liegenschaft Vermögenssteuer bezahlen. Wenn Sie die Liegenschaft selbst bewohnen, wird Ihnen jedes Jahr auch noch ein fiktives Einkommen namens Eigenmietwert angerechnet. Wenn Sie dann beim Verkauf Ihrer Liegenschaft einen Mehrwert erzielen, weil der Wert Ihrer Liegenschaft in der Zwischenzeit gestiegen ist, fällt die Grundstückgewinnsteuer an. Und als wäre das nicht genug, müssen Sie auch noch die Handänderungssteuer bezahlen, hälftig aufgeteilt zwischen Käufer und Verkäufer.

Wohlverstanden, diese Steuer ist nicht dafür da, um irgendwelche Verwaltungskosten des Kantons abzudecken. Für diese bezahlen Sie bereits die Beurkundungsgebühren an den Notar und die Grundbuchgebühren für die Eintragung des neuen Eigentümernamens im Grundbuch. Nein, diese Handänderungssteuer wird einfach so erhoben, weil der Staat es kann. Der Staat hat mit dieser Steuer einen Weg gefunden, wie er zusätzlich zu den bereits genannten Steuern und Gebühren in die Tasche der Liegenschaftseigentümer greifen kann, ohne dafür einen Mehrwert zu leisten. Dafür gibt es ja noch eine andere Abgabe, die sogenannte Mehrwertabgabe.

Wenn wir also hier hören, dass der Zweck dieser Steuerung die Steuerung des Liegenschaftsmarktes sei, muss man sich die Frage stellen, was genau denn hier wie gesteuert werden soll. Soll es einfach nicht mehr zum Verkauf von Liegenschaften kommen oder will man es einfach verteuern? Sich dagegen zu wehren, ist offensichtlich schwierig. Ihre Liegenschaft mitzunehmen, wenn Ihnen die Belastung zu viel ist, ist bekanntlich eher anspruchsvoll. Gerade deshalb sind Liegenschaftseigentümer so beliebte Steuermilchkühe.

Ich bin dankbar, dass Kollege Bruno Lötscher sich die Mühe gemacht hat, die entsprechenden Zahlen herauszusuchen und aufzuzeigen, wie der Staat über die letzten Jahre hinweg massiv profitiert hat, ohne etwas dafür zu tun. Wobei man durchaus argumentieren könnte, dass er die steigenden Immobilienpreise durch seine Politik wesentlich mitverursacht hat. Diese Diskussion müssen wir uns wohl für ein anderes Mal aufsparen, aber finanziell belohnt werden sollte sie dafür eher nicht.

Letztlich ist die Handänderungssteuer auch eine unsoziale Steuer. Schon heute kämpfen junge Familien damit, sich kaum ein Eigenheim leisten zu können. Die Handänderungssteuer macht den Kauf eines solchen Eigenheims einfach nochmals teurer. Das schadet nicht denjenigen, die ohnehin genug Geld haben und sich auch diese 1,5% noch leisten können, sondern es schadet denjenigen, die nicht so viel Geld auf der Seite haben und für die der Traum vom Eigenheim mit dieser Steuer nochmals etwas weiter in die Ferne rückt. Eine moderate Senkung der Handänderungssteuer auf das Einnahmeniveau von vor 10 Jahren, wie es die Motion vorschlägt, ist für uns ein sinnvoller und guter Weg, mit dem wir uns dem Niveau der allermeisten anderen Kantone annähern. Es gibt keinen Grund, weshalb Basel-Stadt hier zu den Spitzenreitern gehören sollte. Deshalb stimmen wir dieser Motion zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich kann mich meinem Vorredner weitgehend anschliessen, deshalb kann ich es kurz machen. Wie Luca Urgese schon ausgeführt hat, ist es eine unsoziale Steuer. Der Grund, warum es diese Steuer gibt, ist ein pragmatischer. Der Staat holt sich das Geld dort, wo er es sich einfach holen kann. Und deshalb, ich sage das gar nicht wertend, ist es eine Steuer, die gibt es, die Frage ist, ob wir diese Steuer wollen. Ich würde sagen, die können wir gut abschaffen, denn sie entfaltet keinen Lenkungseffekt, den wir uns wünschen. Im Gegenteil, sie verteuert das Kaufen von Liegenschaften und das hat auch Luca Urgese schon ausgeführt, dies schmerzt insbesondere diejenigen, die sich ein Eigenheim kaufen wollen und für die das eher teuer ist. Und grundsätzlich hemmt das einfach den Markt.

Ich denke, dass es nicht sinnvoll ist, auch nicht ökologisch sinnvoll, den Markt zu hemmen beim Kaufen von Liegenschaften. Also wir sehen keinen guten Grund für diese Steuer. Das einzige, was man in dieser Motion kritisieren kann aus meiner Sicht, ist, dass man nicht gerade fordert, diese ganz abzuschaffen. Aber das können wir dann auch noch diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Es wurde schon einiges gesagt über diese Steuer. Fakt ist, ein Teil der Kantone erhebt überhaupt keine Steuer, und wir zählen zu den zwei teuersten Kantonen. Die Steigerung dieser Steuer über die Jahre ist dramatisch angesichts der Tatsache, dass überhaupt kein Mehrwert davon zu sehen ist, und der Vorschlag zur Halbierung der Handänderungssteuer stützt sich auf den Grundsatz der fiskalischen Fairness, der Steuerharmonisierung und der wirtschaftlichen Liberalisierung. Er zielt darauf ab, einen Einnahmenanstieg zu korrigieren, der ohne eine entsprechende Steigerung der staatlichen Leistungen stattfand, die Steuersätze des Kantons an die restliche Schweiz anzugleichen und einen dynamischen Immobilienmarkt zu fördern.

Es wurde vieles schon gesagt, wichtig scheint mir vor allem, dass wir hier ohne einen erkennbaren Mehrwert einen Steueranstieg hatten, den es so nicht braucht. Es wurde auch schon bereits erwähnt, theoretisch könnte man sich den vielen Kantonen anschliessen, die die Handänderungssteuer auf 0 abgeschrieben haben.

In diesem Sinne wird die LDP sich für die Halbierung der Handänderungssteuer aussprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Lassen Sie mich in ein paar Worten auf das Votum der BastA eintreten. Zunächst zur Selbstdeklaration: Ich unterliege keinen Lobbyinteressen und ich bin im Immobilienmarkt in keinster Art und Weise tätig. Patrizia Bernasconi hat gesagt, dass diese Steuer hilft, den Immobilienmarkt zu steuern. Das sehe ich komplett anders, denn dazu haben wir die Grundstückgewinnsteuer. Die Grundstückgewinnsteuer besteuert den Gewinn, den Sie machen, in Abhängigkeit davon, ob Sie etwas selbst nutzen, nicht selbst nutzen, in Abhängigkeit davon, ob Sie etwas über längere Zeit nutzen oder sofort wieder verkaufen. Damit bekämpfen Sie, um Ihr Schlagwort zu nutzen, die Spekulation. Mit der Handänderungssteuer machen Sie das gar nicht, Sie besteuern unabhängig von der Situation und nur, wenn Sie ein Eigenheim selbst nutzen, gibt es einen Rabatt, sonst ist es immer der gleiche Steuersatz, egal, wie lange sie etwas halten.

Diese Steuer hat den Charakter einer Gebühr. Aber es wurde mit Recht von Luca Urgese darauf hingewiesen, die Gebühren, welche die Kosten des Staatswesens decken, die im Zusammenhang mit so einer Transaktion stehen, werden separat verrechnet. Die sind schon abgegolten. Deshalb ist das eine Art Gebühr ohne Gegenleistung. Und ich bin bei Tobias Christ, eine solche Gebühr müsste man eigentlich komplett abschaffen.

Nun gut, man will jetzt nur einmal halbieren als wichtiger erster Schritt, dafür sind wir selbstverständlich zu haben, auch durchaus im Interesse übrigens der Mieterinnen und Mieter. Alle jene hier, die sich immer wieder für die Kostenmiete stark machen: Handänderungssteuern sind Kosten, das heisst, Handänderungssteuern treiben die Kosten und damit die Mieten nach oben. Also bitte beachten Sie auch das, wenn Sie diese Motion hier bekämpfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Sie wird entgegengenommen.

Ivo Balmer (SP): Haben Sie wirklich das Gefühl, dass die Verkaufspreise sinken, wenn wir die Handänderungssteuer abschaffen? Also so viel zur Preisbildung.

Lorenz Amiet (SVP): Die Preise werden weder sinken noch steigen, aber man schlägt nicht noch zusätzlich 3% drauf.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ein wenig möchte ich schon widersprechen, auch wirtschaftshistorisch. Die Gründe für die Einführung der Handänderungssteuer waren primär fiskalischer Natur, aber nicht nur. Sinn und Zweck der Handänderungssteuer war auch bei ihrer Einführung, das häufige Kaufen und Verkaufen etwas einzudämmen, also eine gewisse Transaktionsbremse, die Vermeidung von Überhitzung und kurzfristiger Spekulation. Ich denke, dass es im Gesamtkontext, wo wir uns wohnpolitisch hier bewegen, viele Anliegen auch von der bürgerlichen Seite gibt, die man gut verstehen kann, aber dieses historisch gewachsene Instrument zu schwächen und damit Spekulationen und kurzfristige Änderungen zu begünstigen, halte ich jetzt wirklich nicht für der Weisheit letzter Schluss.

Es spricht ja heute schon sehr vieles für Wohneigentum, nicht nur die Eigentümerprämie, sondern natürlich auch die Tatsache, die sich daraus ergibt, dass die Hypotekarzinsen in den letzten Jahren deutlich niedriger waren, sondern auch die stille Wertvermehrung im Laufe der Jahre. Wer vor drei Generationen Land erworben hat und jetzt sind es Enkel, die es wieder verkaufen, hat häufig eine Verachtzigfachung oder Verhundertfachung des Bodenpreises in dieser Zeit erlebt. Das wird teilweise natürlich abgeschöpft durch die Grundstückgewinnsteuer, aber eben nicht nur, die Handwendungssteuer spielt da nun auch eine gewisse Rolle. Aber wie gesagt, primär ist es ein kurzfristiges Instrument, das verhindert, dass der Wohnungsmarkt überhitzt.

Und wir wissen ja alle, wenn man sich die Statistiken anschaut, dass in den letzten Jahren immer mehr institutionelle Anleger auf dem Markt in Basel unterwegs sind, weniger kleine Eigentümer. Und um diese kleinen Eigentümer geht es uns als SP auch nicht. Diese Motion schert alles über einen Kamm. Wenn es darum geht, dass man sagt, wir würden die Handänderungssteuer für selbstgenutztes Wohneigentum senken, gerade auch wenn es längerfristig bewohnt würde, dann könnten wir uns das durchaus vorstellen und dafür sind wir auch offen für eine Diskussion. Aber mit dieser Motion, in dieser Pauschalität, wie sie nun vorliegt, öffnen wir nun wirklich die Büchse der Pandora und ich bitte Sie wirklich auch noch einmal auf die bürgerliche Seite innezuhalten. Wir wissen, dass hier die Mehrheiten in der Bevölkerung in solchen Fragen etwas anders sind als hier im Rat. Bitte bedenken Sie, ob das nun sinnvoll ist, ob Sie wirklich nicht nur den Wohnschutz wieder lockern wollen, was viele Leute verstehen, sondern hier noch diese Liberalisierung herbeiführen wollen. Ich denke, es spricht im vorliegenden Fall einiges dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von Luca Urgese, Lorenz Amiet und Oliver Battaglia. Sie werden entgegengenommen. Die erste Frage stellt Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): AnerkennenSie, dass die Grundstückgewinnsteuer genau dafür geschaffen wurde, kurzfristige Veräusserungen und Spekulationen unattraktiv zu machen, so dass es nach Ihrer Lesart damit zwei Steuern gibt, die genau denselben Zweck erfüllen sollen?

Tim Cuénod (SP): Ihre Mechanismen sind ein wenig andere. Die Grundstückgewinnsteuer ist wichtig, vor allem unter Long one. Die Handänderungssteuer in der Art und Weise, wie sie funktioniert, ist eben gerade, was kurzfristigen Kauf und Verkauf anbelangt, durchaus nicht ganz unwichtig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Frage wird von Lorenz Amiet gestellt.

Lorenz Amiet (SVP): Eine Frage an den Wirtschaftshistoriker: Gehen Sie mit mir einig, dass die Handänderungssteuer viele, viele Jahrzehnte vor der Grundstückgewinnsteuer eingeführt wurde und dass deshalb vielleicht ganz andere Gesichtspunkte galten damals?

Tim Cuénod (SP): Ich meine, ja, dem ist es so, ich habe es jetzt nicht überprüft. Und trotzdem waren es primär fiskalische Motive, das habe ich gesagt, als Abgeltung für den Aufwand, der dem Staat durch die Entstehung der Eigentümerwechsel usw. entstand. Aber auch schon damals hat eine gewisse Rolle gespielt, dass man kurzfristigen Verkauf und Kauf ein wenig eindämmen wollte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Sie haben in Ihrem Beispiel den Bodenpreis als wertsteigerndes Teil aufgenommen. Wir haben in Basel sehr wenig Platz, der noch verfügbar ist. Wenn man das auf Immobilien bezieht, wie ist dann das Verhältnis dort?

Tim Cuénod (SP): Ich bin nicht ganz sicher, ob ich die Frage richtig verstanden habe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Die Handänderungssteuer ist eine Rechtsverkehrssteuer, genauso wie die Stempelsteuer. Sie hat reinen fiskalischen Zweck entgegen dem, was vielleicht gewisse Nebenwirkungen sind, die aber nicht die Begründung waren. Wenn nun Tim Cuénod sagt, dass das eine Abgeltung der Kosten sei, die dem Staat entstehen mit dem Eigentumsübergang, muss man bedenken, dass wir durchaus Gebühren der Grundbuchämter haben, die das zu decken haben. Es gibt nichts darüber hinaus zu decken. Es gibt auch sonstige Rechtsverkehrssteuern, die Stempelsteuer etwa. Die knüpft auch an einen Eigentumsübergang an. Die staatliche Leistung dort ist null. Die Stempelsteuer hat man einmal erhöht oder nicht abgeschafft, mit dem hat man das ganze Fondsgeschäft nach Luxemburg vertrieben. Das ist genauso, wie wenn man ein Gebäude unter Denkmalschutz stellt, dann ist nicht der Hauptzweck die Vertreibung einer Gesellschaft, aber das kann trotzdem eintreten.

Also, lassen Sie die Kirche im Hause, das ist eine Rechtsverkehrssteuer. Und wenn es wirklich um die Spekulationsbekämpfung ginge, dann hätte ja die Haltedauer eine Auswirkung auf die Höhe dieser Steuer, das hat es aber nicht. Wir haben wirklich dafür die Grundstückgewinnsteuer, die ist wesentlich höher, wenn ich relativ bald wieder eine Transaktion machen. Als der Bund gedacht hat, man müsse Ende der 1980er-Jahre den überhitzten Grundstückmarkt bremsen, hat man extra Steuern eingeführt mit diesem Zweck als Lenkungssteuer. Die Folge war dann auch der Crash einiger Regionalbanken, ob das wirklich beabsichtigt war, ist eine andere Frage. Aber bitte, das ist eine Restverkehrssteuer, die ist relativ einfach zu erheben. Die profitiert davon wesentlich ohne Gegenleistung des Staates, dass die Grundstückpreise gestiegen sind. Die werden alles auch anders abgeschöpft. Es sind Kosten, und ich bitte, bei der Steuersystematik zu bleiben und nicht einfach Behauptungen in den Raum zu setzen, wie das hier von linker Seite geschehen ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, ich bin bei David Jenny, es ist eine Steuer, ja, es ist eine Steuer, sie ist nicht eingeführt worden, um zu lenken, das ist nicht ihr Zweck. Ja, der Staat zieht Steuern ein. Ja, wir erbringen nicht für alles eine direkte Leistung, es ist eine Steuer und keine Gebühr, vollkommen richtig, aber es geht nicht bei mir in den Tresor, sondern wir geben es aus für Leistungen in diesem Kanton. Wovon reden wir hier? Was möchte Bruno Lötscher von mir? Er möchte, dass wir diese 50 Millionen in etwa, die wir einnehmen jedes Jahr, halbieren. Er sagt, 25 Millionen reicht. Das kann man so sehen, dann diskutieren wir das beim Budget im Dezember. Wo verzichten wir auf 25 Millionen? Das ist die Diskussion auf den Punkt gebracht.

Womit ich einfach etwas Mühe habe, ist erstens, wenn Sie sagen, der böse Staat nimmt das Geld. Nein, wir machen etwas damit. Wenn Sie finden, wir brauchen weniger, dann ist das in Ordnung, das können wir diskutieren. Und dann die unsoziale Steuer. Da habe ich schon etwas Mühe. Gut, ich gebe zu, ich bin nur Mieterin, aber die Liegenschaftsbesitzenden sind nicht die Armen in unserem Kanton. Liegenschaften zu besitzen im Kanton Basel-Stadt ist ein Privileg. Es ist ein Privileg, es ist sehr teuer bei uns, das wissen wir alle, und es lohnt sich wirklich. Und wir haben eher das Problem, das stimmt, dass es schwierig ist, sich das zu leisten. Ich weiss nicht, ob ich mir es heute leisten könnte und ich verdiene über 300’000 Franken im Jahr, aber ich habe das Vermögen, um eine Eigentumswohnung zu kaufen, heute auch nicht. Ja, die Banken, das ist so und das ist kein Witz, sind skeptisch, ob sie mir das finanzieren würden. Es ist wirklich für Familien, da gebe ich Ihnen recht, schwierig.

Aber Sie werden das auch nicht mit der der Abschaffung der Handänderungssteuer verändern. Und wir haben ja bereits Vergünstigungen, etwa beim Erwerb einer Liegenschaft für eine Genossenschaft, selbst bewohnt, und befreit sind Erben, Nachkommen, Stiftungen und die öffentliche Hand. Das gibt es ja heute schon. Wenn Sie den sozialen Aspekt hineinbringen wollen, so gibt es den auch heute schon. Ich finde nicht, dass es eine unsoziale Steuer ist. Es ist eine Steuer, die der Staat einnimmt und mit dessen Geld er dann Leistungen erbringt.

Und auch das Argument Steuerharmonisierung bringt mich zum Stauen. Auf der einen Seite wollen die Bürgerlichen immer Steuerwettbewerbe in der Schweiz, aber bei diesen Themen wollen sie dann Harmonisierung. Ja, es ist in anderen Kantonen einfacher, Liegenschaften zu kaufen. Andere Kantone haben andere Situationen, daher ist es auch unterschiedlich.

Daher möchte der Regierungsrat es nicht entgegennehmen, weil wir im Moment nicht sehen, wo wir diese 25 Millionen einsparen sollen. Das ist der Hauptgrund. Wir können das selbstverständlich auch noch einmal diskutieren, wenn wir die Stellungnahme machen, um das etwas genauer aufzuzeigen, aber am Ende geht es genau darum: Wo sparen wir das Geld ein, auf welche Leistungen verzichten wir im Dezember oder im nächsten Jahr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Ich bin immerhin froh, dass ein paar der Befürworter:innen ehrlich sind und sagen, dass es ihnen um die Abschaffung dieser Steuer und nicht um die Halbierung geht. Luca Urgese, Sie haben Recht, Immobilieneigentümer:innen werden besteuert. Es ist immerhin auch die Idee, dass wir nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit besteuern, da ist es nicht besonders überraschend, dass die besser situierten Teile der Bevölkerung mehrfach besteuert werden für den gleichen Franken, das ist Ihnen ja auch bekannt oder das ist ja auch normal. Handänderung von Vermögen wird sehr oft besteuert, es wird anschliessend noch als Vermögen besteuert, es wird beim Kauf von Dingen nochmals über die Mehrwertsteuer besteuert. Das sind alles Mechanismen, die Ihnen bekannt sein dürften.

Lorenz Amiet, nein, es ist keine Gebühr, es ist eine Steuer, das bestreitet auch niemand. Deswegen ist auch nicht eine Gebühr abzuschaffen, für die keine Gegenleistung kommt, sondern es ist einfach eine Steuer, einfach Einnahmen, es sind fiskalische Gründe für den Staat. Ich finde diese Vermischung doch mindestens bewusst verwirrend gestaltet.

Nun haben Sie die Kostenmiete irgendwie gegen die Handänderungssteuer aufzuwiegen versucht. Da möchte ich einfach darauf hinweisen: Wenn Sie eine Liegenschaft in Kostenmiete abgeben wollen, wenn Sie die Liegenschaft selbst bewohnen wollen, was Sie auch noch als Argument aufgebracht haben, dann ist die Steuer heute schon halbiert. Das einzige, was wir machen, wenn wir die Handänderungssteuer pauschal halbieren, ist, dass wir den absoluten Betrag kleiner machen, in welchem die Selbstnutzung und die Kostenmieteabgabe der Liegenschaft bevorzugt wird gegenüber der reinen Spekulation oder einfach der reinen Renditeorientierung. Das heisst, wenn es eine Lenkungswirkung gibt, die Sie ja bestreiten, aber wenn es diese Lenkungswirkung gibt, dann verringern Sie diese damit.

Ganz einfach, wenn wir die Lenkungswirkung noch allgemeiner nehmen: Sinkt die Handänderungssteuer, erhöht sich einfach das verfügbare Kapital für den Kaufpreis. Das heisst, der Bodenpreis wird getrieben durch die Verringerung der Handänderungssteuer. Das ist eine rein intuitiv klare Angelegenheit.

Nun möchte ich abschliessend noch auf David Jenny reagieren. Sie sagen es richtig, lassen wir die Kirche im Dorf. Es ist nichts anderes als eine Steuersenkung, die wir hier diskutieren, für den wohlhabenden Teil der Bevölkerung. Das hat nichts mit Bankencrashes oder sonstigem zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tim Cuénod hat sich auch noch als Sprecher gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Ich gestatte mir zwei Bemerkungen. Verzeihung, wenn ich mich juristisch nicht 100-prozentig korrekt ausgedrückt habe. Mir ging es um die effektive Wirkung der Handänderungssteuer. Mir ging es darum zu sagen, dass die Existenz dieser Steuer heute eben kurzfristigen Kauf und Verkauf hemmt. Und dass wir, da Immobilieneigentum sehr attraktiv war in den letzten Jahren bis Jahrzehnten und es eine stille Wertvermehrung und anderes gab, eine Tendenz heute schon haben zu Mehrkäufen und -verkäufen, deswegen auch teilweise ein Anstieg bei den Einnahmen, und auch eben zur Verbreitung von institutionellen Anlegern.

Und was die Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit anbelangt, ist einfach auch zu sagen, es gibt Einkommen, die haben etwas zu tun mit erbrachter Leistung, mit Einkommen, aber gerade wenn wir davon ausgehen, dass Wohneigentum ein Privileg ist, nicht verachtenswert, in keiner Art und Weise, dann muss man doch sagen, dass die stille Wertvermehrung, die man im Laufe der Jahre realisiert, eine Art leistungsloses Einkommen ist. Man profitiert davon und hat das Glück, das dann später veräussern zu können. Dafür gibt es verschiedene Steuereinstrumente. Ich möchte jetzt nicht in

die Details der Systematik von Grundstückgewinnsteuer und Handänderungssteuer eingehen, aber ich würde ja nicht vermuten, dass Sie eine Senkung oder Abschaffung der Handänderungssteuer dadurch kompensieren wollen, dass Sie die Grundstückgewinnsteuer erhöhen möchten. Das ist wohl nicht Ihre Absicht. Sondern es geht Ihnen darum, diese Steuern insgesamt tief zu halten und sie möglichst abzuschaffen. Über das andere könnte man selbstverständlich auch diskutieren. Wie gesagt, bei der Handänderungssteuer, und das ist mir wirklich wichtig, wären wir bereit, genauer hinzuschauen bei selbstgenutztem Wohneigentum, ob man da nicht eine Absenkung realisieren könnte. Aber was uns stört an der Motion ist ihre Pauschalität.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zum Schlusswort des Motionären Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Was für eine spannende Debatte! Vielen Dank allen Vorrednerinnen und Vorrednern für alle die ausgetauschten Argumente. Ein bisschen bin ich erschlagen, wenn ich höre, was es hier offenbar zu debattieren gibt zu diesem Thema. Worum geht es denn wirklich? Es geht bei der Handänderungssteuer nicht mehr darum, irgendwelche Lenkungen vorzunehmen und schnelle Handänderungen zu besteuern, das hat längstens die Grundstückgewinnsteuer übernommen. Bei der ursprünglichen Einführung, da gebe ich Ihnen recht, war das der Grund, aber das ist vorbei, da wird in hohem Masse die Abschöpfung vorgenommen über die Grundstückgewinnsteuer und die Lenkung geschieht dort. Eine wirkliche Aufgabe hat diese Steuer nicht mehr.

Warum hat mich das gestört, warum habe ich das gebracht? Steuern sollen eigentlich vom Volk nur dann erhoben werden, wenn das Volk sie so beschlossen hat. Und ich sage Ihnen aus meiner Sicht, ich glaube nicht, dass das Volk diese Steuer so beschlossen hat. Natürlich haben wir einen Prozentsatz in dem Steuergesetz, aber hat irgendjemand vorhersehen können, wie sich die Preise hier entwickelt haben auf dem Immobilienmarkt? Und was hat das zur Folge, was hat das zur Konsequenz, dieser Steuer? Wenn Ihre Kinder ein Haus kaufen wollen heute, dann kostet das sicher 1,5 Mio. Franken. Daniel Gmür, ich gehe mit Ihnen einig, dass der Preis als Gesamtes angesehen wird, aber beim Kaufpreis kann man nicht von Anfang an das dazu rechnen. Aber was passiert, es kostet 45’000 mehr, wenn Sie die Handänderungssteuer noch dazu nehmen, 45’000 mehr in die Staatskasse. Jetzt sagt Regierungsrätin Tanja Soland, wo man das denn einsparen soll Ich frage umgekehrt. Soll der Staat wirklich Geld einnehmen, was das Volk so nie gedacht und beschlossen hat? War das die Idee, dass hier der Staat als Grossspekulant quasi Geld abschöpft von seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern? Das glaube ich nicht, das glaube ich wirklich nicht.

Es ist kein Zufall, dass in der Schweiz acht Kantone diese Steuer aufgehoben haben. Denn die Lenkung geschieht überall über die Grundstückgewinnsteuer. Sämtliche Aufgaben des Staates werden durch die Grundbuchämter abgegolten mit den Gebühren oder durch die Notariatsgebühren. Und der Gewinn wird abgeschöpft über die Grundstückgewinnsteuer. Acht weitere Kantone, die es nicht abgeschafft haben, verlangen 1% bis 1,5%. Und da, denke ich, müssten wir wieder hingehen, wenn wir nur schon zehn Jahre zurückschauen. Wir haben innerhalb von zehn Jahren die Einnahmen verdoppelt, ohne irgend ein Dazutun. Das finde ich nicht gerecht.

Es geht mir nicht um eine Steuersenkung, sondern um die Wiederherstellung der Steuergerechtigkeit, sonst hätte man tatsächlich einfach die Abschaffung beantragen können. Das wollte ich bewusst nicht, denn ich finde auch, wie gesagt wird, als Eigentümer einer Liegenschaft kann man Solidarität zeigen und auch einen Beitrag leisten. Aber nicht viel mehr, als angedacht war. Da ufert es eben aus, und hier hätte ich natürlich schon gedacht, dass auch die linke Ratsseite mitzieht, weil genau diese Überlegung eben im Vordergrund stand, dass es nicht darum geht, einfach abzuschaffen, sondern die Steuergerechtigkeit wiederherzustellen. Das ist das Bestreben dieser Motion, und ich freue mich, dass ein grosser Teil der Vorrednerinnen und Vorredner das so gesehen haben und ich bitte Sie um Unterstützung dieses Anliegens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Gmür (SP): Sie sprechen darüber, dass das zugrunde liegende Problem die gestiegenen Bodenpreise sind. Wären Sie bereit, mit mir eine Arbeitsgruppe gegen die weitere Explosion der Bodenpreise zu gründen, anstatt Steuergeschenke zu beschliessen?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich muss die Frage so beantworten: Es geht hier nicht um Steuergeschenke, sondern um die Wiederherstellung von Steuergerechtigkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben mir einen Stichentscheid beschert. Ich stimme für die Überweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

50 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007145, 17.09.25 11:29:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

29. Motion 5 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen

[17.09.25 11:29:53, 25.5256.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Harald Friedl hat das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Die Ankündigung des Regierungsrates in diesem April, die Informatik der Kantonsverwaltung vollständig auf Microsoft 365 umzustellen, hat einige Diskussionen hier im Rat, aber auch im Kanton ausgelöst. Ich selber arbeite auch in der Kantonsverwaltung, ich kann Ihnen sagen, dass es dort auch heiss diskutiert wird. Eigentlich, so sollte man meinen, geht es da nur darum, dass die IT, also die Infrastruktur der Kantonsangestellten, auf die aktuellste Software und die aktuellsten Anwendungen von Microsoft umgestellt werden, um einen Prozess, den wir alle schon mehrmals in unserem Leben oder in unserem Berufsalltag mitmachen mussten, manchmal mit mehr, manchmal mit weniger Begeisterung. In diesem Fall liegt die Sache aber in unseren Augen anders und es steckt doch einige Brisanz in diesem Entscheid drin.

Mit der Nutzung von Cloud-Technologien ist zwangsläufig auch eine Auslagerung von Informatik-Dienstleistungen verbunden. Die Speicherung der Daten erfolgt ausserhalb der kantonalen Rechenzentren und bringt neue Herausforderungen für die Informationssicherheit, den Datenschutz und die Archivierung mit sich. Damit werden sämtliche Daten des Kantons irgendwo in einem Rechenzentrum auf diesem Planeten gespeichert, und darüber, wo sie gespeichert werden, haben wir schlussendlich wenig bis keine Einflussmöglichkeiten. Damit wird aber auch eine Vulnerabilität geschaffen, dass der Zugriff auch für andere möglich wird. Anina Ineichen hat ja in den Erläuterungen zu dieser Motion schon viele Problematiken aufgezeigt, offene Fragen, die mit diesem Entscheid einhergehen, und diese möchten wir schlussendlich auch breit diskutieren, darum auch dieser Vorstoss, diese Motion.

Und seien wir uns im Klaren: Seit der zweiten Übernahme der Präsidentschaft in den USA durch Trump ist die Verlässlichkeit gegenüber amerikanischen Firmen und Unternehmen nicht mehr dieselbe. Auch die Datenschutzbeauftragte unseres Kantons sah sich gezwungen, öffentlich Stellung gegen diesen Entscheid zu nehmen, und wir sehen es da in diesem Fall wie sie, dieser Entscheid geht weit über die verwaltungssächlichen Kompetenzen hinaus, weil es eben um die Sicherheit und die Souveränität der kantonalen Daten, also um unsere Daten geht. Es braucht hier dringend eine breite und umfassende Diskussion auf kantonaler Ebene, und wie und ob wir diesen Prozess der Auslagerung der Daten überhaupt in eine Cloud wollen. Ich bin ehrlich gesagt auch ein wenig ratlos, wieso die Einwände der Datenschutzbeauftragten bisher so wenig berücksichtigt wurden. Die Frage ist, wer denn eigentlich schlussendlich die Verantwortung trägt, wenn die Daten abgesogen werden, wer die Verantwortung übernimmt, wenn die Steuerdaten irgendwo landen bei Organisationen, die damit machen

können, was sie wollen. Die Daten, die sind dann weg, die kommen nicht mehr zurück, die sind dann irgendwo im Darknet oder was weiss ich wo.

Wir sind uns selber auch bewusst, dass die Umstellung auf M365 nicht mehr so einfach gestoppt werden kann. Hierfür ist der Prozess leider schon viel zu weit fortgeschritten. Wir fordern aber mit dieser Motion zumindest die Schaffung einer strengeren Regelung, wie vertrauliche Daten bei der Auslagerung besser geschützt werden können, wer das kontrolliert und wie die verschiedenen Daten zu verschlüsseln sind, um gegen fremden Zugriff geschützt werden zu können.

Und das ist jetzt meine persönliche Meinung, in einem weiteren Schritt geht es dann auch darum, dass der Kanton Alternativen sucht, Alternativen zu Microsoft. Andere Körperschaften zeigen, dass das auch möglich ist, im In- und Ausland. Das wird ein grosser Aufwand sein und das wird vielleicht auch nicht jedes Mal erfolgreich geschehen, aber wenn wir diesen Schritt nicht machen, werden wir uns immer in der Abhängigkeit eines einzelnen Unternehmens befinden und sind schlussendlich auch erpressbar. Alternativen zu suchen, bietet uns eben auch die Möglichkeit, in eine bessere Verhandlungsposition zu kommen und auch die Wertschöpfung lokalen oder näheren Körperschaften zu überlassen, und aus diesem Grund bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Speicher ist Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Ich wiederhole zum grossen Teil das, was ich im Juni schon gesagt habe. Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass es keine zusätzlichen gesetzlichen Grundlagen für die Cloud-Lösung braucht. Der Umgang mit Daten des Kantons ist im IDG oder auch in anderen Gesetzen bereits umfassend geregelt. Die geplante Einführung der Microsoft Cloud-Lösung, nebenbei nicht die einzige Cloud-Lösung produziert und betrieben von ausländischen Unternehmen, sind beim Kanton im Einsatz. Die GPK hat in ihrem Jahresbericht zur Einführung der Cloud einige Verbesserungsvorschläge gemacht. Sie hat aber nicht erklärt, dass die Software nicht eingeführt werden darf. Sie hat auch keinen Projektabbruch gefordert. oder alternative Lösungen vorgeschlagen.

Der Regierungsrat hat die beiden Risiken von Cyberangriffen und Datenzugriffen der USA gegenübergestellt und dann das kleinere Übel gewählt. Auf der einen Seite verbessert sich mit Microsoft M365 aber auch SAP der Schutz wie Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität, Nachvollziehbarkeit, Viren, Hackerangriffe oder Daten-Lecks. Auf der anderen Seite ist die Frage eines möglichen Zugriffs der US- oder der EU-Administration auf die Daten, die in der Schweiz gespeichert sind. Der Regierungsrat ist so weit gegangen, dass er betreffend mögliche Zugriffe aus den USA eine externe Studie in Auftrag gegeben hat. Ob er dies auch für die EU gemacht hat, ist mir nicht bekannt. Der Regierungsrat hat meiner Meinung nach seine Hausaufgaben gemacht und dann in seiner alleinigen Kompetenz entschieden.

Im Kontrast zu diesem Sturm im Wasserglas ist es erstaunlich, dass sich der Grosse Rat und auch die Datenschutzbeauftragte nie zu den Hardware-Risiken aus China geäussert haben. Alle PCs, die Netzwerk-, Mobil- und WLAN-Komponenten des Kantons und vieles andere mehr stammen von dort. Sind wir wirklich davon überzeugt, dass China in diese Bausteine keine trojanischen Pferde eingebaut hat? Seit Neuestem verschenkt des grösste chinesische Versandhaus den Neukunden gratis ein Tablet. Es ist doch völlig klar, was die Absicht ist. Jeder Klick, jedes Interagieren auf diesem Tablet wird transparent nach China übermittelt, Schweizer oder EU-Datenschutz hin oder her. Ich hoffe doch, dass kein einziger Mitarbeiter der Verwaltung solche Tablets zum Lesen und Schreiben von E-Mails, für Videokonferenzen oder für das Homeoffice verwenden. Meine Damen und Herren, dies sind die wirklichen Fragen zum Schutz der Daten.

Sollte der Vorstoss überwiesen werden, prophezeie ich bereits jetzt, dass der Regierungsrat den Vorstoss als rechtlich nicht zulässig erklären wird. Hier greifen wir klar in die Kompetenz des Regierungsrates ein. Diese gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden, wo aber sind die Compliance, Überwachung und Kontrolle? Statt mit neuen Paragraphen in den Gesetzen sollten wir uns eher mit diesen Themen auseinandersetzen. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab, wie das auch der Regierungsrat tut.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Beat K Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ja, der Betrieb von IT-Lösungen und die Speicherung der Daten in der Cloud ist heute eigentlich Standard und sogenannte On-Premises-Lösungen, also Betreiben von Anwendungen und deren Speicherungen hier On-Site mit den vielen Arbeiten, die darum herum nötig sind, das wird eben nicht mehr so gemacht, sondern werden zum grossen Teil an spezialisierte Unternehmen ausgelagert. Und dabei bezieht sich diese Spezialisierung ja nicht nur auf die Anwendung selbst, sondern sehr oft nur auf das Betreiben, Aktualisieren, Sicherstellen der Daten, der Backups etc.

Und so wie wir wissen, geschieht das auch in unserem Kanton immer mehr. Wie schon erwähnt, das jüngste Beispiel ist das Outsourcing der Office- und Mail-Infrastruktur an die Firma Microsoft, wo eben nicht nur die Anwendungen, sondern auch die

Daten nicht mehr auf Servern im Kantonsgebiet, sondern irgendwo auf Servern von Microsoft gespeichert sind, und dass sich dabei gewisse rechtliche Fragen stellen, das liegt natürlich in der Natur der Sache.

Die Motion verlangt eigentlich etwas Einfaches, nämlich die rechtlichen Grundlagen für das Outsourcing von Anwendungen und deren Datenspeicherung sicherzustellen. Das Verlagern von IT-Dienstleistungen in die Cloud ist ein dynamischer Vorgang, weshalb sich diese Rahmenbedingungen auch ständig weiterentwickeln müssen. Ergo ist es sinnvoll, ein Rahmenwerk für die rechtlichen Aspekte zu schaffen, welches dieser Dynamik gerecht wird. Es besteht ohne Zweifel eine grosse Anzahl von Anwendungen in unserer Verwaltung. Ob diese Anwendungen und Daten on-premise gehalten sind, ob sie auf dem Weg in die Cloud sind, ob sie bereits in der Cloud sind, ja, das weiss im Detail nur die Verwaltung. Deshalb ist es an ihr respektive dem Regierungsrat, dafür zu sorgen, dass tatsächlich alle jetzigen oder zukünftigen Cloud-Anwendungen in ein geordnetes rechtliches Rahmenwerk eingepasst werden oder eingepasst sind. Und ob diese rechtlichen Grundlagen tatsächlich ausreichen, ob sie erweitert oder angepasst werden müssen, das kann nur der Regierungsrat beurteilen.

Die SVP erachtet es deshalb als sinnvoll, dass der Regierungsrat dieser Frage sich detailliert widmet, eine Auslegeordnung macht und dem Grossen Rat die nötigen gesetzlichen Grundlagen vorlegt. Zusätzlich zu den in der Motion erwähnten Punkten erachtet es die SVP als wichtig, dass der Regierungsrat nicht nur diese Grundlagen vorlegt, sondern auch aufzeigt, wie er sie in dieser sich sehr dynamisch entwickelnden Umgebung weiterentwickeln wird. Wie, was und in welchen zeitlichen Abständen wird er diese rechtlichen Grundlagen anpassen, auf Erweiterungen, Änderungen überprüfen und sie vorlegen? Darauf erwarten wir in der Motionsbeantwortung Antworten.

Der Regierungsrat schreibt ja in seinem Jahresbericht, unseres Erachtens relativ leichtfüssig, er habe die Übernahme der identifizierten Restrisiken einer Einführung der M365-Cloud-Lösung beschlossen. Diese Risiken sind nicht bloss technischer, sondern auch rechtlicher Art. Und wir erwarten, dass sich der Regierungsrat dieser Tatsache bewusst ist und sie entsprechend in die Antwort auf diese Motion einfliessen lassen wird.

Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie deshalb, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Ich kann meinem Vorredner von der SVP nur beipflichten, wie auch Harald Friedl, der schon zu Beginn die wichtigsten Argumente dargelegt hat. Ich möchte Sie auch im Namen der SP darum bitten, die vorliegende Motion an die Regierung zu überweisen, und zwar auch aus demokratiepolitischen Gründen.

Für uns ist klar, die im Frühling beschlossene Auslagerung von besonders schützenswerten Personendaten in die Cloud, stellt einen Grundsatzentscheid dar, der weitreichende Konsequenzen hat. Gleichzeitig geht es hier auch nicht nur um Microsoft 365. Das heutige IDG regelt die Auslagerung von Personendaten nicht ausdrücklich und macht auch keine Aussagen zum Umgang mit eben besonders schützenswerten Daten in der Cloud. Die Bearbeitung durch Dritte wird zwar unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt, aus unserer Sicht war aber in der Formulierung des § 7 nicht eine komplette Auslagerung in einer Cloud vorgesehen. Auch die Kritik seitens der Datenschutzbeauftragten, die im Übrigen auch schon ihr Vorgänger geäussert hatte, spricht aus unserer Sicht dafür, dass es dringend angezeigt ist, dass eben wir, also dass sich die Legislative auf Gesetzesebene dazu äussert, unter welchen Rahmenbedingungen eine solche Auslagerung erfolgen soll. Dabei ist für uns selbstverständlich unbestritten, dass eine zeitgemässe und einwandfrei funktionierende digitale Infrastruktur eine zentrale Voraussetzung für alle Staatsaufgaben ist. Das stellen wir hiermit nicht in Frage.

Zuletzt möchte ich noch darauf hinweisen, , dass eben diese viel zitierten Gutachten, welche die Sicherheit bzw. das Risiko dieser Auslagerung abwägen, aus einer Zeit vor Donald Trump stammen, und ich glaube wirklich, dass wir alle hier ganz unabhängig von unserer individuellen politischen Haltung uns einig sind, dass mit Trump unzählige Sicherheiten bereits gefallen sind und niemand weiss, wie sich seine Willkür in Zukunft auswirken wird. Der US-Cloud-Act erlaubt den Zugriff auf alle Daten, unabhängig davon, wo diese Server stehen, und ich persönlich würde nicht viel auf die Gewissheit wetten, dass so ein Zugriff unwahrscheinlich ist. Darum sind wir der Meinung, dass diese Abwägung und diese Debatte hier in den Grossen Rat gehört und im Rahmen der Kommissionsberatung vertieft werden sollte. Ich danke Ihnen deshalb, wenn Sie die Motion an die Regierung überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Cloud basierte Datensammlung bedeutet eben nicht Cloud gleich in den Wolken, sondern es bedeutet eben auch klar, dass diese Datensammlung nachher eine nationale Identität hat. Und damit sind wir, es wurde

vorher richtig gesagt von Salome Bessenich, sind wir eben in der heutigen Zeit angelangt und wissen, dass es sehr wichtig ist, dass man genau hinschaut, wem man sich da anvertraut.

Zudem wissen wir auch aus diesem Bereich, dass diese in der Schnelligkeit wirklich auch Reaktionen verlangt. Wir haben gesehen, dass in der EU, auch natürlich in der Schweiz viel zu lange gewartet wurde, um auch rechtlich den ganzen Themen nachzukommen. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass es vor allem wichtig ist, auch diese Motion auf ein Jahr zu terminieren.

Ich möchte Ihnen in diesem Sinne für die Basta beliebt machen, diese Motion an die Regierung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Meine Haltung und die meiner Fraktion kam am besten zum Ausdruck im Votum von Salome Bessenich. Wir sehen hier auch eher einen demokratiepolitischen Grund, warum wir diese Motion überweisen sollten. Offensichtlich gibt es hier Bedarf, und offensichtlich wird in Frage gestellt, ob die gesetzliche Grundlage aktuell zur Situation passt. Da lohnt es sich, mindestens diese Motion zu überweisen und das genau anzuschauen, um auch mehr Frieden herzustellen. Wir sind der Ansicht, insbesondere auch ich, dass praktisch gesehen sich nicht viel ändern wird. Ich bin auch der Ansicht, dass die Regierung und die Verwaltung hier durchaus einen guten Job gemacht haben, also die Überweisung der Motion ist überhaupt nicht eine Kritik an irgendjemanden, sondern wir sehen einfach Bedarf und glauben deshalb, dass es sinnvoll investierte Energie ist, dieses Thema genauer anzuschauen, für uns als Parlament. Vielen Dank.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die LDP hat hier ein Offen und das widerspiegelt auch die Komplexität dieses Themas. Auf der einen Seite reden wir von Cloud, wir reden über Hybridlösungen, wir reden von Lösungen, die im Kanton gehostet werden und betrieben werden. Ich höre immer wieder, Microsoft 365 sei des Teufels, da könne jeder auf die Daten zugreifen. Wir haben ein ganz individuelles System bei den Steuern namens Nest. Und dieses Nest, das ist nicht im Microsoft-Universum eingeschlossen, und genau analog haben wir auch sehr, sehr viele Systeme, die irgendwo anders betrieben werden, und die Komplexität, auf alles Zugriff zu bekommen, ist eigentlich eher ein unmögliches Unterfangen.

Daher die Frage: Wir haben verschiedene gesetzliche Grundlagen, aber wir haben auch effektiv die Umsetzung dieser gesetzlichen Grundlagen im Sinne eines Information Security Management Systems, wo man dann diese verschiedenen Systeme anschaut, die Risiken bewertet und entsprechend Massnahmen implementiert, sei es nun bei Office 365 mit einer geeigneten Chiffrierung der schützenswerten Daten, dass die nicht zugänglich sind. Ich denke einfach, dass man hier den Fachspezialisten, die dieses Thema Tag ein, Tag aus bewirtschaften, auch ein gewisses Vertrauen zuteilen muss und schauen muss, dass sie ihre Arbeit machen können. Das ist eigentlich schlussendlich die Auslegung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die Datenschützerin hat nicht explizit gesagt «Office 365 Nein», sondern sie hat in ihrem Bericht geschrieben, dass es mit entsprechenden Massnahmen, mit Kontrollen auch durchaus einführbar ist. Also es ist nicht ein Nein partout. In diesem Sinne wird die LDP entscheiden, wo sie in dieser Frage steht. Besten Dank.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Daten werden nicht alle irgendwo gespeichert, sie gehen nicht alle in die Cloud. Das ist anscheinend ein Missverständnis. Das ist definitiv nicht so. Olivier Battaglia hat es schon angetönt, gerade bei den Steuerdaten als Beispiel, die sind im Nest. Also da gibt es unzählig verschiedene Beispiele, wie man die lagert oder wo, welche Daten in die Cloud können, welche nicht. Das ist eigentlich ein Thema, das jetzt die Verwaltung anschaut. Das ist eine sehr exekutive Aufgabe. Ich meine, wenn Sie der Meinung sind, dass der Grossrat über alle einzelnen Daten entscheiden muss, dann gibt es also auch eine Gewaltenvermischung, und dann wird es wirklich schwierig. Sie können die Linien vorgeben und die haben wir, wir haben ein IDG, wir haben Verordnungen, das haben wir alles. Und genau dort steht selbstverständlich, dass wir den Schutz gewährleisten müssen, daher gehen auch nicht alle Daten in die Cloud. Aber das mit Ihnen zusammen hier über alle einzelnen Daten zu machen, das ist einfach unrealistisch.

Wir hören immer wieder die Rede vom demokratiepolitischen Defizit. Ich wurde übrigens auch gewählt, nicht nur Sie, auch die Regierung wurde gewählt. Der Unterschied ist in der Verantwortung. Wir können die schon abgeben, ich finde das einfach sehr billig. Wenn die Regierung sagen würde, entscheidet doch ihr, ob wir M365 einführen. Ich fände das wirklich

billig. Wer steht dann hin, wer von Ihnen? Nein, wir sind uns dessen bewusst, es wird meinen Kopf kosten, wenn es sehr schiefgeht, wenn es im ED schiefgeht, muss Mustafa Atici hinstehen, wenn es in einem anderen Departement schiefgeht, im WSU, muss Kaspar Sutter hinstehen. Ja, das ist so. Wir stehen dann klar in der Verantwortung, und ich habe das die letzten fünf, sechs Jahre auch ein paar Mal erlebt, meine Kollegen kennen das. Und dann wird es sehr heiss, dann kommt die GPK und sagt, was soll das, was habt ihr gemacht? Ah, Frau Soland hat Steuerdaten herausgegeben! Dann kommt Erich Bucher und sagt, so geht es nicht, was haben Sie da gemacht.

Wir können das doch nicht Ihnen übergeben. Sie könnten das gerne haben, aber ich fände es billig, und daher hat der Regierungsrat gesagt, nein, wir müssen das entscheiden, es gibt immer Restrisiken, das ist so. Und es ist auch jetzt nicht anders. Ich kann Ihnen sagen, die Situation aktuell, die ist viel schwieriger. Ich bin ja schon erstaunt, dass nie jemand nachgefragt hat, wo denn die Daten heute so sind. Ich muss Ihnen sagen, ich bin so froh, dass wir jetzt dahinter sind und das bereinigen, und auf einen guten Weg bringen.

Und es ist so, es wird immer eine Diskussion geben und selbstverständlich, die 100%ige Sicherheit gibt es nicht, denn sonst machen wir wieder Papier. Und den Mitarbeitenden im Kanton zu sagen,wir machen nur noch Papier, mit E-Mails ist es aus die Maus, und dann laufen wir wieder hin und her, das ist dann schon sehr schwierig, das ist eine Abwägung. Und eine Abwägung, die wir sehr gerne auch in der GPK oder in anderen Kommissionen besprechen.

Wir haben Gesetze, wir werden das selbstverständlich in der Stellungnahme beim Eintreten auch ausführen, aber wir können nicht mit Ihnen alle einzelne Daten besprechen, das wäre schwierig. Alternativen sind auch schwierig, das wissen wir in anderen Bereichen. Wir werden sicher schauen, ob es das mal gibt, aber es ist im Moment einfach sehr schwierig. Und in einem Jahr eine gesetzliche Grundlage bringen! Wenn Sie M365 verbieten wollen, dann machen Sie es. Die Datenschutzbeauftragte hat es nicht gemacht, sie hat nicht verfügt. Wenn Sie das wollen, dann reden Sie aber Klartext. Ansonsten wird es schwierig mit einer gesetzlichen Grundlage in einem Jahr, das kann ich Ihnen heute schon sagen. Ich nehme die Zwischenfragen an und ich hoffe, Sie sind nicht zu technisch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die erste Zwischenfrage stellt David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich stelle Ihnen nur die Frage, die Sie schon selbst gestellt haben. Wo sind die Daten heute?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: An unterschiedlichen Orten, und wir haben tatsächlich festgestellt, dass Corona zum Beispiel dazu geführt hat, dass wir Teams gemacht haben und Teams ist übrigens die Cloud, das heisst, wenn Sie dort etwas hochladen, dann ist es schon heute in der Cloud.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen hat das Wort.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie haben die Verantwortungsübernahme durch den Regierungsrat angesprochen und die desolate Situation der IT haben Sie auch angesprochen. Wie übernimmt der Regierungsrat die Verantwortung für die jetzige Situation?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Indem wir hinstehen und Lösungen suchen. Wir sind daran, einiges zu verbessern und ich finde, es geht vorwärts. Ich fand das auch nicht lustig, als ich das Amt übernommen habe, denn IT war das letzte Thema, dem ich mich annehmen wollte und ich habe die letzten fünf Jahre ehrlich gesagt sehr, sehr viel IT gemacht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Motionärin Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Versetzen wir uns doch kurz zurück in das Jahr 2012. Windows 8 wurde lanciert, Google Drive gab es endlich auch auf dem Handy, Snapchat haben vielleicht einige von Ihnen installiert und das DSG wurde von uns in Kraft gesetzt. Es gab sicher eine Vernehmlassung damals, vielleicht habe ich dort sogar mitgemacht, aber ich habe sicher nicht an die Situation gedacht, wie sie heute ist, als ich § 7 gelesen habe. Ich habe nicht an die KI gedacht, ich habe nicht an die Schnelligkeit der Datenverarbeitung, die heute möglich ist, gedacht und ich habe auch nicht an die Clouds in diesem Ausmass, wie wir sie heute nutzen, gedacht. Ich bezweifle, dass die Macherinnen und Macher des DSG an das gedacht haben, wie es heute ist.

Und das hat dazu geführt, dass wir heute im DSG genau einen Artikel haben, um all diesen neuen Herausforderungen in der digitalen Welt zu begegnen, einen Artikel, 80 Zeichen. Ich bezweifle, dass das ausreicht, um diesem Ausmass an Auslagerungen gerecht zu werden. Und es geht mir im Übrigen nicht darum, der Regierung reinzureden. Wir haben Gesetze und wir haben Verordnungen. Ich möchte hier lancieren, ein Gesetz zu machen, um die Grundzüge festzulegen, die Grundzüge dessen, wie wir wollen, dass unsere Daten und die Daten unserer Einwohnerinnen und Einwohner gelagert werden, wie sie bearbeitet werden und wo, wenn sie in der Cloud sind. Es geht um die Rahmenbedingungen, wie man so schön sagt, und das Einzelne darf sehr gerne die Regierung dann festlegen oder auch die Verwaltung, da stimme ich Ihnen zu, Tanja Soland, da fehlt uns die Expertise und es ist auch nicht unsere Aufgabe.

Wichtig ist auch, dass wir festlegen, wer die Verantwortung trägt. Ja, die Regierung, aber wenn es ein Gesetz ist, dann können auch wir mitentscheiden. Und ich glaube eben, es ist nicht ein reiner Organisationsentscheid, wie man Daten und wo in einer Cloud lagert, sondern es hat eine Tragweite, die auch die Grossrätinnen und Grossräte hier im Raum mittragen dürfen. Nehmen wir doch das als Grossrätinnen und Grossräte an die Hand, nehmen wir uns dieses Problems an, machen wir uns Gedanken darüber, wer die Verantwortung trägt und welche Verantwortung die einzelnen Mitarbeiter tragen müssen. Das sind schon Grundsätze, die wir uns hier überlegen sollten, davon bin ich überzeugt.

Dann möchte ich einfach noch einmal betonen, es geht heute wirklich nicht um die Frage, ob M365 eingeführt werden soll oder nicht. Es geht aber auch nicht, Frau Regierungsrätin Tanja Soland, um die Frage, ob E-Mail oder Brieftauben. Ich bin auch davon überzeugt, wir kommen nicht um Clouds herum. Das ist die neue Welt, wir müssen die nutzen, sie erleichtern unsere Arbeit ja auch ungemein, aber wir müssen uns überlegen, wie, wo, was, wer in den Grundzügen. Das ist unsere Aufgabe, das sehe ich ganz klar. Es würde Ihnen auch helfen, Frau Regierungsrätin Tanja Soland, in Zukunft nicht mehr so ausführlich erklären zu müssen, wer jetzt was, wo, wie entschieden hat, denn dann sind die die Grundzüge bekannt und wir haben sie selber gemacht.

Ich möchte trotzdem noch schnell auf die Alternativen zurückkommen. Das ist ein Thema, das ich sehr gerne habe, weil das Bundesgericht in Lausanne arbeitet mit Alternativen, und es arbeitet meines Erachtens gut. Ich mag die Entscheide meistens, nicht immer, aber es arbeitet gut. Sie haben keinen Fachkräftemangel, es gibt schon Alternativen, dessen müssen wir uns bewusst sein. Aber das müssen wir heute auch nicht entscheiden. Hier und heute entscheiden wir ausschliesslich darüber, ob wir die Datenauslagerung in diesem Ausmass wollen, wie es halt die heutige technologischen Welt angenommen hat, oder ob wir dort noch Rahmen setzen wollen, oder wollen wir das nicht, sondern überlassen wir das der Regierung. Und ich würde die Regierung gerne von diesem Restrisiko schützen. Vielen Dank, meine Fraktion ist für Überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 21 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007147, 17.09.25 10:02:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Überweisung entschieden mit 76 gegen 21 Stimmen.

Schluss der 26. Sitzung

12:02 Uhr

Protokoll

der 27. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 17. September 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Raoul I. Furlano (LDP), Tim Cuénod (SP), Daniel Gmür (SP), Jo Vergeat (Grüne/jgb), Brigitta Gerber (BastA!), Ivo Balmer (SP), Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)*

Verhandlungsgegenstände:

30. Motion 6 Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Ausweitung der Elternzeit für die bisher ausgeschlossenen Betriebe des Kantons Basel-Stadt 2
31. Motion 7 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt 7
32. Motion 8 Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Verkauf der Kantonsanteile an der MCH Group . 12
33. Motion 9 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Dolmetschende im Gesundheitswesen 19
34. Motion 10 Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Überarbeitung des Stipendiensystems und Vorschusszahlungen 24
35. Motion 11 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Erhöhung des Freibetrags für Stipendienbezügerinnen und -bezüger 25
36. Anzug 1 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend humanitäre Nothilfe und längerfristige Aufbauhilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza 25
37. Anzug 2 Eric Weber betreffend Verbesserung der Regierungsrats-Wahlen 34
38. Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend offene Wettbewerbe und Nachwuchsförderung für die Architekturstadt Basel 34

Beginn der 27. Sitzung

Mittwoch, 17. September 2025, 15:00 Uhr

30. Motion 6 Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Ausweitung der Elternzeit für die bisher ausgeschlossenen Betriebe des Kantons Basel-Stadt

[17.09.25 15:00:25, 25.5282.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Wir fahren fort mit Traktandum 30. Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Gemeldet hat sich Edibe Gölgeli als Einzelsprecherin.

Edibe Gölgeli (SP): Im OECD-Ranking gehört unser Land zu den Schlusslichtern, was die Elternzeit anbelangt. Umso wichtiger ist es, dass wir als fortschrittlicher Kanton mit eigenen Lösungen vorangehen und zeigen, dass moderne Familienpolitik und Vereinbarkeit möglich ist.

Wie Sie wissen, haben wir uns in Basel-Stadt und auch in diesem Hohen Hause schon einige Jahre sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Die Motion Gölgeli/Wyss forderte das EKFF-Modell mit 38 Wochen Elternzeit, und der Anzug Amacher führte im Standortpaket zu ersten Schritten mit einer Fondslösung. Aber genau diese Lösung gilt eben nicht für alle. Private Arbeitgeber:innen profitieren, staatsnahe Betriebe wie Spitäler, die Polizei oder die Verwaltung bleiben ausgeschlossen. Genau dort aber haben wir mit akutem Personalmangel zu kämpfen und genau dort wären attraktive Arbeitsbedingungen besonders wichtig, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten.

Diese Ungleichbehandlung führt zu Verschärfungen, die weder sozialpolitisch noch arbeitsmarktpolitisch sinnvoll sind. Für uns als SP ist es klar, Elternzeit ist mehr als ein arbeitsrechtliches Detail, sie ist eine Frage von sozialer Gerechtigkeit, Gleichstellung und Solidarität. Alle Eltern im Kanton sollen von erweiterten Möglichkeiten profitieren, unabhängig davon, wo sie angestellt sind.

Wenn der Fonds Gesellschaft und Umwelt dies nicht abdecken kann, dann muss die Finanzierung aus dem ordentlichen Budget folgen. Dies ist keine Ausgabe, die man kleinrechnen darf, sondern eine Investition in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, in die Entlastung von Eltern, in einen attraktiven Arbeitsmarkt für systemrelevante Berufe und letztlich auch in eine chancengerechte Gesellschaft. Basel-Stadt kann und soll hier vorangehen. Ich bitte Sie deshalb, dieser Motion zuzustimmen für Fairness zwischen den Arbeitnehmenden, für unsere Familien und für eine glaubwürdige, zukunftsfähige Vereinbarkeit und Familienpolitik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Die SVP-Fraktion möchte diese Motion, das kann ich direkt vorwegnehmen, nicht überweisen. Glücklicherweise sieht das ja auch die Regierung so. Wir möchten keinen weiteren Ausbau der Elternzeit, denn die Einführung, die wir hier hatten, war ein Teil eines Kompromisses, der getroffen wurde und in der Debatte wurde ja sogar der regierungsrätliche Vorschlag noch ausgeweitet und der Kreis der Berechtigten war Teil der Debatte.

Ich könnte eigentlich jetzt sofort mit meinem Votum aufhören und sagen, das ist es eigentlich, wir haben einen Kompromiss getroffen, und nur ganz kurze Zeit später soll dieser Kompromiss wieder über den Haufen geworfen werden. Der Vorstoss sollte nicht überwiesen werden und das sollte eigentlich allen hier drin klar sein, sonst haben ja Kompromisse nichts mehr wert.

Dennoch werde ich natürlich etwas mehr dazu sagen. Wir haben diese Elternzeit hier als Kompromiss eingeführt, es wird erwähnt, allerdings wird etwas vergessen. Ich möchte es noch einmal betonen, diese Elternzeit ist freiwillig, man kann sie freiwillig einführen, es ist also nicht so, als gäbe es jetzt fix eine obligatorische Elternzeit, auch wenn das im Vorstoss etwas so suggeriert wird. Sind wir also ehrlich, es geht hier einfach um einen weiteren Schritt in der Salamitaktik hin zu der

Einführung einer Elternzeit von 36 Wochen, 38 Wochen, je nachdem, welche Quelle man konsultiert. Und das ist einfach abzulehnen.

Ich habe aber auch sonst noch Vorbehalte gegenüber der Formulierung dieses Vorstosses, also es wird beispielsweise, und das zeigt ja schon die Haltung, von überobligatorischer Elternzeit gesprochen. Ich betone es noch einmal, wir haben kantonal über das Standortpaket eine freiwillige Möglichkeit durch einen Fonds, eine Unterstützung geschaffen, Elternzeit in einem Unternehmen einzuführen. Es gibt aber keine obligatorische Elternzeit, also müssen wir hier auch noch gar nicht über überobligatorische Elternzeit sprechen. Ich habe dann überlegt, woher das kommt. Kommt es daher, dass der Vaterschaftsurlaub nun Urlaub des anderen Elternteils heisst? Das ist vielleicht etwas verwirrend, aber es gibt dennoch immer noch den Mutterschaftsurlaub, es gibt den Vaterschaftsurlaub, und wir kantonal haben diese Möglichkeit der Elternzeit.

Ich finde auch die Formulierung etwas speziell, dass nicht alle Arbeitgeber, die nicht von dieser Elternzeit, wie sie im Standortpaket beschlossen worden ist, profitieren können. Das finde ich jetzt sehr weit formuliert, alle Arbeitgeber, je nachdem, wie man das interpretiert, da können sehr, sehr viele davon profitieren. Das finde ich, ist noch sehr offen, das kann man so stehen lassen. Aber auch die Forderung, dass es im Budget aufgenommen wird, dass dann über die öffentlich-rechtlichen Anstalten, die ihre eigenen Budgets haben, bestimmt werden soll, eher heikel. Und einfach auch, weil es immer wieder weggelassen wird: Es wird immer davon gesprochen, wie viel Elternzeit in anderen Ländern gegeben wird. Was immer weggelassen wird, ist, dass es hier unterschiedliche Entschädigungen gibt. Teilweise gibt es in Ländern Elternzeit, aber keine Entschädigung dafür. Und wir sprechen aber hier von Elternzeit gemäss EO, wie wir es gewähren, also 80% des versicherten Lohnes. Also hier sprechen wir von ganz anderen Dimensionen wie beispielsweise in den Ländern rundherum, die einfach Pauschalen gewähren. Das ist mir schon auch noch wichtig, dass man daran denkt, dass die Kosten bei uns bei einer solchen Einführung wesentlich höher sind. Ich bitte Sie, den Vorstoss abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Nicole Amacher. Sie wird entgegengenommen.

Nicole Amacher (SP): Ich weiss, Sie sind noch nicht so lange im Parlament, aber ist Ihnen bewusst, dass der Anzug Gölgeli/Wyss stehen gelassen wurde, ein Anzug, der weitere Massnahmen fordert für Elternzeit im Kanton Basel-Stadt?

Laetitia Block (SVP): Das ist mir durchaus bewusst, ich muss es dennoch nicht befürworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich darf auch für die LDP zu Ihnen sprechen. Die Motionärin steigt mit ziemlich starken Worten in diese Debatte ein. Sie sprechen von Ungerechtigkeit und von Ungleichbehandlung. Ich möchte dem entgegenhalten.Wir kennen die Privilegien. Hier eine Auswahl: Wir haben beim Kanton einen deutlich höheren Kündigungsschutz. Wir haben eine jährliche Lohnerhöhung in Form eines Stufenanstiegs. Wir haben einen jährlichen automatischen Teuerungsausgleich. Der Arbeitgeber zahlt zwei Drittel der Spar- und Risikobeiträge in der Pensionskasse. Es gibt Unterhaltszulagen für Familien. Es gibt einen vorgeburtlichen bezahlten Schwangerschaftsurlaub. Seit Neuestem gibt es auch das Jobticket, womit der Kanton zu einer Minderheit der Unternehmen im Kanton Basel-Stadt gehört. Und jetzt sollen auch noch drei Wochen zusätzliche Elternzeit dazu kommen, nicht freiwillig, wie bei den privaten Unternehmen, nicht als Option, sondern flächendeckend für die ganze Kantonsverwaltung und die öffentlich-rechtlichen Betriebe. Und das, bevor wir wissen, wie viele Unternehmen überhaupt die freiwillige Elternzeit, wie sie vom Basler Standortpaket unterstützt wird, in Anspruch nehmen können.

Wir können schon von Gleichbehandlung sprechen, dann schaffen wir das Personalgesetz ab und stellen die Staatsangestellten nach den Regeln des OR an. Dann haben wir Gleichbehandlung. Ich denke, wir sind uns einig, dass es in dieser Absolutheit nicht sinnvoll wäre. Es gibt begründete Unterschiede zwischen der Anstellung beim Staat und in der Privatwirtschaft, die auch Unterschiede bei den Anstellungsbedingungen rechtfertigen. Und wenn wir schon über Ungerechtigkeit sprechen, können wir auch darüber diskutieren, wie gerecht es ist, dass der Staat mit Steuergeldern private Unternehmen unter Druck setzt. Gerade weil die Anstellungsbedingungen der Staatsangestellten über Steuern finanziert werden, sollte sich der Staat zurückhalten und eine gewisse Demut an den Tag legen. Es ist einfach, sogenannter Vorreiter zu sein, wenn man das Geld hierfür nicht jeden Tag erarbeiten muss. Deshalb ist es völlig deplatziert, von einer Vorbildfunktion zu sprechen. Der Staat als Arbeitgeber sollte bei den Arbeitsbedingungen nicht Vorreiter sein, sondern Nachzügler, weil er diese Arbeitsbedingungen über die Gelder finanziert, die er den privaten Arbeitgebern weggenommen hat.

Die Motionärin argumentiert weiter mit dem akuten Personalmangel. Das hat vielleicht auch ein bisschen damit zu tun, dass der Kanton immer mehr Personal anstellen will. Würde der Staat nicht immer mehr wachsen und deshalb nicht immer mehr Stellen schaffen, würde sich der Personalmangel wohl auch entschärfen. Ich darf zudem daran erinnern, dass die WAK im Augenblick ein Lohnmassnahmenpaket berät, bei dem es gerade darum geht, dem Personalmangel mit einer Anpassung der Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken.

Was ich hier drin wahrnehme, ist eine unglaubliche Rosinenpickerei. Alles, was es irgendwo bei einem Arbeitgeber in der Privatwirtschaft zu Gunsten von Arbeitnehmern gibt, wird auch für das Staatspersonal gefordert. Alles andere wird hingegen tunlichst ignoriert und ausgeblendet. Nochmals, das hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun, das ist reine Klientelpolitik.

Schliesslich haben wir hart um einen Kompromiss zum Basler Standortpaket gerungen. Wir sind bei der Elternzeit teilweise entgegengekommen, Dass die Motionärinnen diesen Kompromiss, der in der Bevölkerung sehr grossen Rückhalt gefunden hat, schon nach wenigen Monaten nicht mehr akzeptieren, sondern über Bord werfen wollen, ist kein Zeichen guter Kompromisskultur. Deshalb lehnen wir, die FDP und die LDP, diese Motion entschieden ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Edibe Gölgeli. Sie wird entgegengenommen.

Edibe Gölgeli (SP): Ich bin jetzt doch etwas irritiert. Wir haben ja analog zum Standortpaket jetzt von freiwilliger Basis geschrieben in der Motion. Wie kommen Sie auf obligatorisch? Ich verstehe es nicht.

Luca Urgese (FDP): Sie können ja in der Kantonsverwaltung schwierig einzelnen Departements sagen, sie könnten freiwillig zusätzliche Elternzeit einführen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Die heutige Motion kommt uns doch sehr bekannt vor, denn inhaltlich entspricht sie nichts anderem als dem Antrag, den wir von der BastA bereits im Februar im Rahmen der Debatte um das Standortfördergesetz gestellt hatten. Damals fand unser Vorschlag leider keine Mehrheit und auch die SP hat unseren Antrag nicht geschlossen unterstützt. Umso erfreulicher ist es, dass die SP nun die BastA-Forderung aufgenommen hat und sich ebenfalls für die Ausweitung der Elternzeit stark macht.

Wir wollen nicht verhehlen, ja, es ist etwas irritierend, dass ein Anliegen, das wir schon damals eingebracht haben, von Teilen der SP zunächst abgelehnt wird, nun aber fast in identischer Form wieder kommt. Es ist bedauerlich, dass die SP, wenn es darauf ankommt, dann doch die Interessen von Grosskonzernen höher gewichtet als die Gleichstellung oder soziale Gerechtigkeit.

Gleichzeitig zeigt es aber auch, dass gute Argumente überzeugen, wenn auch manchmal erst mit etwas Verzögern. Entscheidend ist, heute haben wir die Chance, eine Ungleichbehandlung zu korrigieren. Dass eine Ausweitung der Elternzeit grundsätzlich wünschenswert ist, wissen wir bereits, sonst wäre sie ja nicht Teil des Standortfördergesetzes, welches schliesslich vor allem von bürgerlichen Parteien gestützt wurde. Die aktuelle Lösung diskriminiert viele Angestellte im Kanton, darunter das Pflegepersonal, Polizist:innen oder Angestellte bei den BVB, gerade auch in Bereichen, wo wir akuten Personalmangel beklagen. Der Arbeitgeberverband und auch meine Vorredner:innen argumentieren, man dürfe das Standortpaket nicht so schnell nach der Abstimmung wieder antasten. Ein Argument, das ich durchaus nachvollziehen kann, aber die aktuelle Situation führt zu einer offensichtlichen Ungleichbehandlung, die weder sachlich begründet noch gesellschaftlich vertretbar ist.

Natürlich kann man darüber streiten, ob die Finanzierung über den Fonds oder über das ordentliche Budget erfolgen soll. Wir hätten es begrüsst, wenn die Massnahmen für alle im Kanton über den gleichen Fonds finanziert würden. Aber das Kernanliegen bleibt. Alle Beschäftigten im Kanton sollen gleichberechtigt von einer ausgeweiteten Elternzeit profitieren können, unabhängig davon, ob sie bei der Roche, im Unispital oder der Stadtreinigung angestellt sind.

Wir von BastA bleiben also konsequent, wir haben diesen Antrag bereits im Februar gestellt und unterstützen ihn auch heute. Schön, dass wir nun gemeinsam mit der SP und hoffentlich auch mit einer Ratsmehrheit dafür sorgen können, dass alle Angestellten im Kanton gleichberechtigt von einer Elternzeit profitieren können. Wir von BastA stimmen dieser Motion zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir von der GLP sind hier offen, nicht so sehr, weil wir uns nicht einigen konnten, sondern weil wir oder zumindest ich nicht ganz verstehe, worum es jetzt hier genau gehen soll. Ich hoffe, Regierungsrätin Tanja Soland kann nachher zur Klärung beitragen.

Geht es, wie Luca Urgese sagt, darum, eine Elternzeit einzuführen für die Verwaltungsangestellten? Eher nicht, wie ich es verstanden habe, es steht auch nicht so in der Motion, sondern es geht eher um angebliche Betriebe, die man irgendwie bei der Lösung mit dem Standortpaket vergessen hat. Aber auch dort steht nach meinem Verständnis im Gesetz, dass es grundsätzlich um Betriebe, juristische Personen geht, die Steuern zahlen, was auch Sinn macht. Dann hat man extra eine Ausnahme gemacht bei dieser Elternzeitsache für solche, die auch steuerbefreit sind. Aus meinem Verständnis schliesst das zum Beispiel ein Unispital mit ein. Ein Unispital hat eine eigene Rechtspersönlichkeit, ist eine juristische Person, ist natürlich steuerbefreit. Aber klärt mich auf, worum es genau geht.

Wir von der GLP sind grundsätzlich für Elternzeit. Wir verweisen darauf, dass da im Moment auf nationaler Ebene sehr viel läuft, dass da auch für eine Initiative Unterschriften gesammelt werden. Aber deshalb sind wir hier nur halb begeistert, jetzt auf kantonaler Ebene noch etwas zu machen, aber wie gesagt, wir verstehen nicht genau, worum es hier eigentlich genau geht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt dieses Anliegen natürlich, wir unterstützen das auch mit grosser Überzeugung. Die Grüne Partei hat sich von jeher für die Ausweitung von Mutterschaftsurlaub und Elternzeit ausgesprochen und wir sehen das als wichtige gesellschaftspolitische Massnahme. Das haben wir schon auf nationaler und kantonaler Ebene gefordert und auch immer mit unterstützt, wenn die Forderung auch von anderen Seiten kam. In diesem Sinne werden wir natürlich diese Motion mit unterstützen.

Ich glaube, uns kann man auch keine Salamitaktik vorwerfen. Nicola Goepfert hat es auch schon gesagt, es gab bei der Diskussion um das Standortförderpaket den Antrag von BastA, den wir natürlich unterstützt haben. Da sind wir konsequent, wir unterstützen das Anliegen, egal wo und wann es vorgebracht wird. Sie haben es auch gesehen, in der Erklärung zur Motion, dass eben von Seiten der SP schon diverse Forderungen noch offen sind hier im Parlament, die stehen gelassen wurden, und gerade vor diesem Hintergrund kann ich es doch auch nicht verstehen, dass es damals im Februar keine Unterstützung von Seiten der ganzen SP kam.

Wir sehen auch, diese Trennung oder die unterschiedliche Behandlung dieser zwei Angestelltenkategorien, diejenigen, die bei privaten Unternehmen arbeiten, deren Arbeitgeber die Elternzeit beantragen können aus diesem Fonds und auf der anderen Seite die Angestellten der Verwaltung und der Staatsbetriebe – ich nenne jetzt USB und BVB als Staatsbetriebe, diese Trennung stört uns massiv und das ist auch ein weiteres Argument dafür, dass wir diese Motion unterstützen werden.

In diesem Sinne kann ich es kurz machen, wir stimmen Ja und wir bitten und hoffen, dass auch Sie dem zustimmen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Auf mir lastet ein hoher Druck. Ich soll nun erklären, was genau gemeint ist. Da bin ich, glaube ich, nicht ganz zuständig. Ich kann nur sagen, wie wir es in der Regierung verstanden haben. Tatsächlich ist es so, dass wir verstanden haben, dass wir das Gleiche machen sollen, wie wir es im Standortpaket anbieten, aber nicht, dass wir das über das Standortpaket machen, denn das wäre auch schwierig. Das heisst, dass es eine Elternzeit von drei Wochen gibt, und das heisst, dass es alle Arbeitgeber betrifft, die nicht in den Fonds greifen können. Und man hat die Verwaltung Basel-Stadt ausgenommen wie auch die staatsnahen Betriebe, weil wir dort einfach einen anderen Hebel haben, da wir diese ja auch finanziell mitunterstützen und da das Standortpaket vor allem für die Firmen und Unternehmen sein soll, die jetzt dann ab nächstem Jahr auch noch mehr Steuern bezahlen oder zum Teil schon vorher über die Ergänzungssteuer. Das würde bedeuten, wir haben die Liste noch nicht, wen das alles betreffen würde, sicher die Verwaltung, aber bei uns ist es natürlich schon so, dass wir 16 Wochen Mutterschaftsurlaub haben plus dreiwöchigen Schwangerschaftsurlaub vorher, und dann haben wir bereits heute vier Wochen Vaterschaftsurlaub. Wir gingen davon aus, dass gemeint ist, drei Wochen mehr als obligatorisch, das wäre dann jedes Mal eine Woche mehr.

Gut, darüber kann man sich dann bei der Stellungnahme, wenn Sie das überweisen möchte, streiten, weil es nicht ganz klar ist, da wir ja bereits heute andere Regelungen haben. Und da gehe ich einmal einig mit Luca Urgese. Ich finde, man sollte nicht von Ungleichbehandlung reden, denn wenn wir das machen, geht meine Argumentation, wenn ich das Jobticket

vertrete, völlig fehl. Wir haben eine unterschiedliche Behandlung, wir sind im öffentlichen Personalrecht. Das ist anders als das Privatrecht. Es gibt Unterschiede, die sind zum Teil auch gerechtfertigt. Das finde ich in Ordnung, sonst hätten wir kein Jobticket vorgeschlagen. Da gibt es Unterschiede, wir haben alle unterschiedliche Bedingungen, bei den Spitälern haben sie auch 16 Wochen Mutterschaftsurlaub bei vollem Lohn, das haben Sie heute bei den KMU auch nicht überall. Da gibt es Unterschiede, die gibt es einfach. Also daher Ungleichbehandlung finde ich ein schwieriges Argument, weil sonst wären wir wirklich bei der Frage vom OR. Das können wir nicht. Und der Regierungsrat hat jetzt ein Lohnmassnahmenpaket beschlossen, welches jetzt beim Grossen Rat liegt und für uns hat das jetzt Priorität. Das ist auch der Hauptgrund, warum wir nicht auf die Motion eintreten wollen. Dort schlagen wir eine bessere Entlöhnung vor, aus Gründen, die wir für sehr wichtig halten. Und ja, es hat jetzt bei uns nicht Priorität, dass wir jetzt die Elternzeit noch weiter ausweiten. Wir sind der Meinung, im Moment haben wir ein gutes Angebot und wir möchten zuerst, dass das Lohnmassnahmenpaket besprochen wird. Und eine gewisse Ungleichbehandlung ergibt sich auch aus dem unterschiedlichen Personalrecht.

Wir haben auch verstanden, dass wir das nachher finanzieren würden, also wir finanzieren nachher mit unseren Steuergeldern Elternzeit im Spital und wo auch immer. Das ist dann noch einmal anders, als es im Fonds ist. Im Fonds sollen jetzt die Steuern, die Mehrerträge, die im normalen Finanzhaushalt nicht benötigt werden, hineinfliessen. Hier wäre es dann anders, es wäre in unserem normalen Budget, es müsste im normalen Budget unterkommen und wir würden für andere Betriebe auch finanzieren. Also ganz vergleichen kann man das nicht. Wir machen, wenn Sie es überweisen, eine Stellungnahme, wie wir es verstehen, da kann man ja nachher noch einmal darüber streiten. Aber wir empfehlen Ihnen im Moment Nichteintreten und gerne eine Fokussierung auf das Lohnmassnahmenpaket.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Angeregt durch den nicht anwesenden Tobias Christ, der um gewisse Erläuterungen gebeten hat: Die Bestimmung Standortförderung verweist auf § 66 lit. f, da hat er richtig gesagt, da sind die juristischen Personen, die öffentliche oder gemeinnützige Zwecke erwähnt, damit sind aber offensichtlich nicht der Kanton gemeint, denn der Kanton ist in lit. b von § 66. Und dort heisst es (ich komme zu einem meiner Lieblingsthemen), der Kanton und seine Gemeinden sowie ihre Körperschaften und Anstalten. Und wenn es wirklich so umgesetzt würde, dann würde ich mich als Kirchenrat der evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt freuen, denn das ist auch eine öffentlich-rechtliche Körperschaft des Kantons, sie käme also auch in den Genuss dieser Staatsknete. Und wenn irgendeine Zunft einen Angestellten hat, dann ist es schlussendlich auch eine Körperschaft des öffentlichen Recht, er käme auch in den Genuss. Sie haben einfach den unbestimmten Begriff öffentlich-rechtliche Betriebe genannt. Dafür gibt es keine Definition, dann nehme ich an, Sie wollen wirklich alles, was öffentlich-rechtlich kräucht oder fleucht, auch finanzieren. Das wäre natürlich Gleichbehandlung. Aber ich glaube, man sieht, das ist wirklich ein Schnellschuss, wie es hier formuliert ist. Ich weiss nicht, ob das von der BastA abgeschrieben haben oder ob das Ihre eigene Kreation ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Motionärin hat das Wort.

Nicole Amacher (SP): Ich danke für die Diskussion bisher, ich versuche noch ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen mit meinem Votum.

Mit dem Standortförderungsgesetz steht es jetzt einem Teil der Unternehmen wie auch gemeinnützigen Organisationen offen, freiwillig drei Wochen mehr Elternzeit zu gewähren. Das ist ja einerseits ein kleiner und wichtiger Schritt zu einer besseren Vereinbarkeit, schafft aber aus unserer Sicht wirklich eine Ungleichheit, die wir nie gewollt haben. Mein Vorstoss, der eine freiwillige Elternzeit mit Fondsbeteiligung eben für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Kanton forderte, wurde ja im Zuge des Standortförderungsgesetzes abgeschrieben. Das wollten wir auch nicht. Aber dem voraus ging ja quasi die Initiative. Seit 2019 versucht die SP, damals mit der Initiative mit dem Anzug von Sarah Wyss und Edibe Gölgeli, eine Elternzeit im Kanton Basel-Stadt zu verwirklichen, eine wirkliche Elternzeit. In der gleichen Debatte zum Standortförderungsgesetz wurde dieser Anzug, der noch hängig ist, von Ihnen hier im Parlament stehen gelassen. Was sagt uns das? Die Mehrheit dieses Parlamentes will, dass in Bezug auf Elternzeit weitere Massnahmen verwirklicht werden im Kanton Basel-Stadt. Und ja, David Jenny, für alle Arbeitnehmer:innen, ob jetzt die angestellt sind bei der Kirche oder sonst wo auch immer, für alle Arbeitnehmer:innen. Und was wollen wir mit dieser Motion? Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass alle Arbeitgeber:innen und alle Arbeitnehmer:innen dieselben Möglichkeiten haben. Mit der Annahme dieser Motion bleibt es dann der Verwaltung offen, ob sie das verwirklichen will, bleibt es den Spitälern offen, ob sie das verwirklichen wollen oder auch der IWB oder der BVB oder was immer sie jetzt unter öffentlich rechtlichen Unternehmen subsumieren. Das ist das, was wir wollen, und ja, wenn es angenommen wird, dann müssen wir als Kanton dieses zusätzliche Geld bereitstellen.

Aber was heisst das? Nehmen wir das Beispiel der Verwaltung. Jetzt haben die Mütter schon 16 Wochen, das Obligatorium bezieht sich auf die 14 Wochen, die im Bundesgesetz sind, heisst, sie haben zwei Wochen mehr, es käme eine Woche zusätzlich dazu, also von den Kosten her ist es überschaubar.

Beim zweiten Elternteil, das nehmen wir jetzt an im Beispiel, es ist ein Vater, der hat ja schon vier Wochen, also mehr als die drei Wochen. Da wäre es kostenneutral bei der Verwaltung. Bei den öffentlich-rechtlichen, die vielleicht eine andere Regelung haben – die meisten haben diese Regelung auch – kämen dann vielleicht Mehrkosten dazu. Aber was wir wollen mit dieser Motion ist, diese Möglichkeit zu schaffen für alle Unternehmen in diesem Kanton und für alle Arbeitnehmer:innen und Arbeitnehmer. Und ich wünsche mir, dass wir an dem Anliegen der Elternzeit, das Sie damals mit dem Stehenlassenden der Motion Gölgeli/Wyss deponiert haben, arbeiten. Ich meine, wir sind dann immer noch sehr weit weg von diesen 38 Wochen, die wir ursprünglich gefordert haben. Ich wünsche, dass Sie dieses Anliegen ernst nehmen und einen weiteren kleinen Schritt ermöglichen in diese Richtung. Und ich glaube, die betroffenen Familien werden es Ihnen danken, falls es denn so wäre, und ich danke Ihnen auch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007150, 17.09.25 15:32:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 48 gegen 47 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

31. Motion 7 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt

[17.09.25 15:33:06, 25.5288.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Bestritten wird dies durch Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe diese Motion gelesen. Sie bezieht sich auf meine schriftliche Anfrage auf der Seite 55. Man könnte die Sache viel günstiger lösen und billiger und eleganter. In meiner schriftlichen Anfrage auf der Seite 55 schreibe ich, «sind Qualitätsberichten für Pflegeheimbewohner und deren Angehörige zugänglich und einsehbar?» Und dann frage ich auch…

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie müssen uns keine Vorstösse vorlesen.

Eric Weber (Fraktionslos): Was die Motion verlangt, schreibe ich in meiner schriftlichen Anfrage. Und ich bin natürlich gespannt, was die Regierung sagt, welche Qualitätskontrollen es gibt und wie die Pflegeheime kontrolliert werden. Ich möchte genau wissen, wie die Pflegeheime kontrolliert werden und wo man das einsehen kann.

Die Motion braucht es nicht, es ist nur eine unnötige, neue und teure Vollzeitstelle. Wenn die Motion durchkommt, haben wir einen Pflegebeauftragten im Kanton Basel-Stadt, der pro Jahr ungefähr 150'000 Franken verdient und das finde ich zu teuer. Man soll nicht so gross auftischen, es geht auch bescheidener. Ich frage mich immer, wer das zahlen soll. Seit 62 Jahren weiss ich, dass die Kantonsverwaltung aufgeblasen ist. Und wenn Sie das Ohr bei der Bevölkerung haben wie ich, dann wissen Sie, dass unsere Bevölkerung nicht eine aufgeblasene Verwaltung haben möchte. Und ich darf Sie noch einmal daran erinnern, wir sind hier, um die Regierung zu kontrollieren, wir sind hier, um diese Stelle zu schaffen oder nicht zu schaffen. Ich möchte diese Stelle nicht, denn das kostet zu viel Geld.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Die FDP bestreitet diese Motion und ist auch ein bisschen erstaunt, dass die Regierung diese annehmen will. Die Motionärinnen und Motionäre haben natürlich erkannt, es ist nur zulässig, wenn man sagt, dass das in einem Gesetz verankert werden soll, weil es sonst ein Eingriff wäre in die Organisationsautonomie der Regierung.

Sie berufen sich auf die WHO, das ist zulässig. Ich habe ganz kurz recherchiert, es gibt diesen Technical brief on strengthening the nursing and midwifery workforce und daneben den Government chief nursing and midwifery officer. Das Hebammentum ist hier weggefallen in dieser Motion. Aber ich will es nicht allzu ironisch sein und als Vizepräsident von Spitex Basel weiss ich, wie schwierig es ist, qualifizierte Personen mit Pflegeausbildung zu rekrutieren. Aber das ist auch ein Teil des Problems.

Was soll jetzt diese neue Funktion? Soll die dafür sorgen, dass der Kanton Basel-Stadt, möglichst der best platzierte ist für seine eigenen Spitäler, damit alle anderen, die genau das gleiche Personal suchen, dann zweite, dritte oder vierte machen? Dann heisst, diese Funktion soll die Interessen der Pflegeberufe auf politischer Ebene vertreten. Dafür haben wir Interessensorganisationen, das ist deren Aufgabe, von Gewerkschaften, Berufsverbänden etc. Der Staat hat die Aufgabe, generell zu sorgen, dass die Gesundheitsversorgung so sichergestellt ist, wie es Verfassung und Gesetz entspricht. Eine Chefgewerkschafterin in einer Chefbeamtenrolle zu etablieren, kommt mir ein bisschen schräg vor.

Und dann zu den Vorbildern: Es scheint so zu sein, dass die United Kingdom das geschaffen hat 1941. Dort hatten wir dann den National Health Service, ein ganz anderes Gesundheitssystem. Dort habe ich nur gesehen, dass die meisten Inhaberinnen, diese Personen nachher in den Ritterstand gehoben wurden. Das fehlt jetzt in dieser Motion noch, Aber es ist ein ganz anderes Gesundheitssystem, als wir bei uns haben und dann noch auf der Ebene eines Kantons, wo die meisten Bundesbefugnisse sind bezüglich Ausbildung. Dann haben wir die Universität.

David Jenny (FDP): Dort haben wir auch ein Institut (Pflegewissenschaften). Ferner haben eine starke Rolle des USB. Ist dieses Amt dann wirklich dem Regierungsrat unterstellt oder ist es irgendwie freischwebend? Ist es eine Art Kleeblattdienst? Da wird sehr viel gemacht. Ich glaube nicht, dass es praktisch etwas hilft, in einem System wie dem unsrigen arbeiten wir lieber an konkreten Vorschlägen, wie wir die Attraktivität des Pflegeberufes erhöhen können. Ich glaube nicht, dass ein grosser Beitrag geleistet wird. Dass es wirklich dann zum Vorteil aller Akteure in unserem Gesundheitsmarkt ist, dass bezweifle ich. Die Hauptaufgabe wird dann wahrscheinlich sein, dem Kanton Basel-Stadt und den direkt in seinem Eigentum stehenden Betrieben einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Das kann auch nicht unbedingt die Aufgabe sein.

In diesem Sinne bin ich ein bisschen erstaunt über einen Teil der Personen, die hier die Unterschrift geleistet haben.

Oliver Bolliger (BastA): Eigentlich dachte ich, ich kann mich kurz halten, aber jetzt muss ich doch ein bisschen länger sprechen aufgrund des Votums meines Vorredners. Wir von BastA unterstützen die Motion zur Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen im Kanton Basel-Stadt. Basel-Stadt kennt einen Kantonsarzt bzw. eine Kantonsärztin, eine Kantonsapothekerin bzw. einen Kantonsapotheker und aufgrund der zukünftigen Herausforderungen im Gesundheitswesen ist es aus unserer Sicht sinnvoll und zielführend, eine kantonale Pflegeverantwortliche, wie es schon die Kantone Luzern und Waadt bereits kennen, auch bei uns einzuführen. Ich bin nie auf die Idee gekommen, dass das eine Standesvertretung der Gewerkschaften wäre, die irgendwo beim Kanton angesiedelt wäre. Nein, es geht um eine fachliche Expertise der Pflege im Bereich der Gesundheitsversorgung. So habe ich das verstanden, und ich glaube, so ist es auch gemeint.

Um ein Beispiel zu machen: Ich kenne das Home Treatment der UPK sehr gut, mit sehr wenig Stellenprozenten aus meiner Sicht, viel zu wenig für das Ziel der Aufgabe, und vor allem ist es dort medizinisch geleitet, es gibt viele ärztliche

Stellenprozente, viel zu wenig Pflege, viel zu wenig Sozialarbeit für diese ambulante Aufgabe. Und da würde ich mir dann erhoffen, dass die kantonale Pflegeverantwortliche auf diesen Umstand hinweist und sagt, wenn wir das gut machen wollen, dann müssen wir da nicht nur Ärzte oder Ärztinnen haben, sondern auch Pflegende. So würde ich mir die Rollenaufgabe dieser kantonalen Pflegeverantwortlichen vorstellen.

Die Schweiz hat im November 2021 die Pfleginitiative mit aller Deutlichkeit angenommen und sich für eine starke Pflege ausgesprochen. Vor einem Jahr ungefähr haben wir hier das erste Umsetzungspaket zur Förderung der Ausbildung in den Pflegeberufen verabschiedet und so die finanzielle Grundlage für diese dringend notwendige Ausbildungsoffensive gelegt. Mit dem zweiten Paket sollen ja dann die Arbeitsbedingungen für die pflegenden Spitäler in den Pflegenheimen und im Allgemeinen endlich verbessert werden. All dies dient dem Ziel, den bereits jetzt bestehenden Fachkräftemangel in der Pflege zu bekämpfen und so die Zukunft des Gesundheitswesens nachhaltig sicherzustellen.

Also, eine tragfähige Gesundheitsversorgung braucht pflegerische Expertise, Pflegefachpersonen und auch Hebammen sind unabdingbar für eine qualitative gute Gesundheitsversorgung. Diese wird in den kommenden Jahren schon aufgrund der demographischen Entwicklung, aber auch wegen der Komplexität der medizinischen Behandlung und ebenso aufgrund der finanziellen Herausforderungen an Bedeutung zunehmen. Übrigens empfiehlt auch die Weltgesundheitsorganisation WHO, also die höchste Gesundheitsorganisation, die Schaffung von sogenannten Government Chief Nursing Officers und vor allem, diese Rolle für die Zukunft politisch zu etablieren.

Deshalb beantragen wir Ihnen auch, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Haben Kantonsarzt, -zahnärztin, -apothekerin die Aufgabe, ihren jeweiligen Berufsstand zu fördern und politisch zu vertreten?

Oliver Bolliger (BastA): Nein, ich habe gesagt, sie haben die Aufgabe, ihre medizinische, fachliche Sicht in die Verwaltung einzubringen. Das ist ihre Aufgabe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Wir wissen alle, dass unsere Gesellschaft beim Thema Pflege vor grossen Herausforderungen steht. Immer mehr Menschen sind auf gute Pflege angewiesen, gleichzeitig fehlen Fachkräfte und die Belastung des Personals nimmt zu. Diese Situation ist nicht das Ergebnis von Naturgesetzen, sondern von jahrelanger Politik, die vor allem Kostenbewirtschaftung gemacht hat statt auf den Menschen, der gepflegt werden muss, gesetzt hat. Es ist höchste Zeit, dass die Pflege als gleichwertige und eigenständige Profession ernst genommen wird, nicht nur im Alltag, in den Spitälern, in den Praxen, dort, wo die Pflege geleistet wird, sondern eben auch in der Politik, in der Verwaltung.

Pflegefachpersonen müssen dort mitreden können, wo über Ressourcen, über Vernetzung, über Ausbildung und die Zukunft auch im gesamten Gesundheitswesen entschieden wird. Dafür braucht es eine starke verbindliche Stimme, die mit einer solchen Stelle geschaffen werden kann.

In unseren Augen ist die Einsetzung einer kantonalen Pflegefachverantwortlichen ein Gewinn für alle. Die Pflegenden finden Gehör, die Patient:innen profitieren von einer besseren Qualität, von einer besseren Vernetzung, und wir alle können auf ein stabiles und solidarisches Gesundheitssystem zurückgreifen.

Mit der Stärkung der Pflege stärken wir auch das Fundament unserer öffentlichen Gesundheitsversorgung. Mit der Schaffung sowie der Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen Person kann eine wichtige Schnittstelle zwischen Gesundheitswesen und Politik geschaffen werden. Die Fraktion GRÜNE/jgb stimmt der Überweisung der Motion daher zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Es gibt wirklich nicht mehr viel in diesem Grossen Rat, das mich staunen lässt. Die vorliegende Motion ist eine der Ausnahmen. Ich staune immer wieder, mit wie viel kreativer Fantasie die linke Politik unseren Staat aufbauen und ausbauen will. Dass sie dabei natürlich wohlfeile Worte und Formulierungen findet, das ist klar. Man kann alles

schön schreiben und so darstellen, als würde das bearbeitete Thema ohne die verlangten Massnahmen nur schlecht oder gar nicht funktionieren.

Schauen wir uns doch die Motion einmal genauer an. Es fällt auf, dass sie von einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber den bisherigen Pflegeakteuren geprägt ist, nicht den tatsächlich praktisch den vielen wertvollen in der Pflege Beschäftigten, sondern gegenüber denjenigen, welche in der Politik und dem Ausbildungswesen der Pflege tätig sind oder sich sonst mit der Effizienz unseres Gesundheitswesens beschäftigen. Die Motion hinterlässt den Eindruck, als würde das Pflegewesen ohne Chief Nursing Officer nur ungenügend funktionieren und die Ausbildung und die Weiterentwicklung der Pflege seien gefährdet. Das ist nicht gerade ein Vertrauensbeweis gegenüber all denen, die in unserem Kanton mit dem Thema Pflege beschäftigt sind.

Laut Motion verlangt die WHO die Stärkung des Einflusses von Pflegefachpersonen in die Gesundheitspolitik, also nichts anderes als den Aufbau einer staatlich finanzierten Lobbygruppe. Es lebe das staatliche Lobbying. Dass es gerade die World Health Organisation, die WHO ist, welche diese Forderung stellt, überrascht nicht. Seit Corona geriert sich die WHO immer mehr als ein sich weiter ausbreitender globaler Gesundheitskrake, der immer mehr und stärker in die Gesundheitspolitik der einzelnen Länder hinein dirigieren will. Zu beurteilen, ob die Pflege in unserem Kanton so suboptimal aufgestellt ist, dass es eine hohe Staatsstelle braucht, dazu ist die WHO schlicht und einfach nicht qualifiziert. Es nimmt mich schon Wunder, wieso die Herrschaften dort meinen, sie müssen das tun.

Die Motion verlangt eine aus der praktisch pflegerischen Sicht unproduktive Stelle, welche im Wesentlichen Lobbyarbeit verrichten soll, und damit das nicht so auffällig ist, werden noch Koordinations- und Qualitätsverbesserungsaufgaben hinzugeschrieben, aber es bleibt trotzdem die Absicht, eine Staatsstelle zu schaffen, welche für den Staat bei der Politik Lobbying betreibt. Wenn wir schauen, aus welcher Ecke diese Motion kommt – «honni soit qui mal y pense».

Sie fordern hier eine Lösung und haben aber das Problem gar nicht benannt. Statt dass wir als Gesellschaft alles daran setzen, die Fragen der tatsächlich pflegerisch Tätigen anzugehen, soll koordiniert und lobbyiert werden. Das ist aus Sicht der SVP der falsche Weg, auch wenn er aus Sicht des Staatsausbaus für einige hier drin richtig erscheint, wir finden das falsch. Nur ein schlanker Staat ist ein gesunder Staat.

Deshalb, namens der Fraktion der SVP, bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Melanie Eberhard. Sie wird entgegengenommen.

Melanie Eberhard (SP): Was wäre für Sie der richtige Weg, um das eigentliche Problem zu beheben?

Beat K. Schaller (SVP): Mehr Pflegende.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte vielleicht ganz kurz noch Bezug nehmen auf die Aussagen von Ihnen, Beat K. Schaller, zur WHO. Die möchte ich jetzt doch als Gesundheitsdirektor so nicht stehen lassen. Die WHO ist nicht eine Krake und sie ist nicht eine anmassende Lobbyorganisation, sondern wir halten die WHO für eine sehr wertvolle internationale Organisation im Bereich des internationalen Gesundheitsschutzes, die eine enorm wichtige Aufgabe übernimmt und erfolgreich übernimmt. Wir haben das auch. in der Pandemie, die eben hinter uns liegt, eindrücklich gesehen.

David Jenny hat die Frage aufgeworfen, weshalb sich der Regierungsrat hier sozusagen diese Übergriffigkeit gefallen lässt. Ich kann das gerne begründen. Wir teilen die Einschätzung der Motionärinnen und Motionäre, dass der Pflegeberuf ein Kernelement des Gesundheitswesens ist und immer stärker auch sein wird und dass wir zur Sicherstellung unserer Versorgung die Pflege stärken müssen.

Darum geht es und wir sind da auf verschiedenen Pisten ja bereits unterwegs. Wie Sie wissen, haben wir auch grosse Anstrengungen bereits unternommen, um diesen neuen Pflegeartikel in unserer Bundesverfassung umzusetzen. Da sind wir in Arbeit und es gibt auch sonst zahlreiche Ansatzpunkte, wie wir bereits in der Stärkung und Entwicklung der Pflege engagiert sind. Oliver Bolliger hat in diesem Zusammenhang dieses Home Treatment negativ erwähnt, ich glaube zu Unrecht und ich darf Ihnen sagen, dass ein weiteres Projekt, das beim Felix-Platter-Spital läuft, das Advantage, pflegerisch geleitet ist. Also es gibt da nicht irgendeine Benachteiligung der Pflegefunktion in diesen Ansätzen zur Stärkung der integrierten Versorgung.

Wir sind also bereit, das entgegenzunehmen zu einer Resultat offenen Prüfung. Ich kann hier nicht zusagen, dass wir das dann einführen. Wir wollen prüfen und Ihnen berichten, ob die Pflege tatsächlich auf dem Weg, wie hier beschrieben,

gestärkt werden kann, ob wir das sinnvoll finden und ob wir finden, dass es auf dem Weg der Motion zu geschehen habe. Dazu haben wir ja, falls Sie uns überweisen, drei Monate Zeit, und da werden wir auch die kritischen Hinweise berücksichtigen und erörtern können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun kommen wir zur Motionärin Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Herzlichen Dank für die Diskussion und für die verschiedenen Voten. Ich habe mich eigentlich auch gefreut, dass mir kreative Fantasie zugesprochen wird. Ich fand die Motion jetzt nicht so fantasievoll, insbesondere auch in Anbetracht dessen, dass das etwas ist, was von der WHO gefordert ist, dass es kantonale Pflegeverantwortliche auch in anderen Kantonen gibt, es auch Kantone gibt, die sich aufgrund eben der Herausforderungen im Pflegesystem aktuell damit beschäftigen, namentlich im Kanton Wallis wurde die Stelle im Sommer ausgeschrieben. Es ist eine Entwicklung, es gibt sie alle noch nicht so lange, aber in den verschiedenen Kantonen, insgesamt sind es vier Kantone in der Schweiz, wurde festgestellt, dass es da effektiv ein Bedürfnis gibt und man entsprechend auch auf politischer bzw. auf Verwaltungsebene aktiv werden muss.

Was mich gefreut hat zu hören im Votum von Beat K. Schaller ist, dass er durchaus die Herausforderungen im Gesundheitssystem sieht, gerade in der Pflege. Ich möchte mich da auch Regierungsrat Lukas Engelberger anschliessen. Ich finde, es es gibt Bemühungen, es laufen Dinge, gerade was die Ausbildung angeht, es gibt Fortschritte und ich finde diese auch wichtig. Ich finde es auch gut, dass diese Entwicklung so passiert, aber es gibt eben je nachdem auch noch Stellschrauben, wo die Sicht der Pflege aktuell noch zu wenig gehört, gesehen wird. Und deshalb ist es angezeigt.

Und an dieser Stelle möchte ich auch noch einmal klar zum Ausdruck bringen, es geht da nicht um ein Misstrauen, im Gegenteil. Ich bin in der Bearbeitung oder im Erstellen dieser Motion mit verschiedenen Personen in der Ausbildung, in den Pflegeinstitutionen – und das auch nicht jetzt einfach nur beim USB und auch in vielen anderen Spitälern im Austausch gestanden – und alle haben mir zugesichert, dass sie das sehr begrüssen würden, wenn es eine entsprechende Stelle gebe. Es geht also nicht um Misstrauen, sondern es geht um eine Unterstützung, um eine Stärkung dieser Rolle.

Ich weiss nicht, ob Ihnen das bewusst ist, aber Pflegende machen mehr als die Hälfte des Gesundheitssystems aus, also sie sind ein sehr, sehr grosser Teil unserer Gesundheitsversorgung, und in Anbetracht dessen denke ich, ist es eben auch angebracht, wenn diese Stimme, wenn diese Rolle entsprechend auch in den Verwaltungen gehört wird.

Und das Wort Lobbying wurde ein paar Mal genannt. Auf der einen Seite hatte ich zuerst so eine Abwehrhaltung, es geht nämlich überhaupt nicht um gewerkschaftliche Anliegen primär, auf der anderen Seite geht es aber ein Stück weit um ein Lobbying. Es geht darum, dass diese Rolle, dass diese Herausforderung, dass diese Realität gehört wird in der Verwaltung, dass diese Stimme da Einfluss nehmen kann, wenn es um politische Prozesse geht, wenn es um strategische Entscheidungen geht. Es geht nicht darum, dass dann eine kantonale Pflegeverantwortliche zu uns kommt und uns erzählt, wie das läuft, sondern es geht darum, dass diese Stimme in den Prozessen gehört wird. In Anbetracht dessen denke ich, dass es sinnvoll ist, diese Motion ein erstes Mal überweisen, den Regierungsrat diese Auslegeordnung machen lassen, und ich gehe ganz fest davon aus, dass er dann auch zum Schluss kommen wird, dass diese Rolle durchaus sinnvoll ist, so wie das in vielen anderen Kantonen in den letzten Jahren geschehen ist und dass wir diese Stimme in Zukunft eben stärker in diesen Überlegungen haben, um diesen Herausforderungen, die ja allgemein bekannt sind und auch anerkannt sind, noch besser begegnen zu können. Also wir haben erste Schritte gemacht, aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Deshalb ist das ein kleiner Beitrag, um diese Stimme, um diese Stellung der Pflege zu stärken. Deshalb bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007153, 17.09.25 15:59:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 56 gegen 42 Stimmen bei einer Enthaltung.

32. Motion 8 Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Verkauf der Kantonsanteile an der MCH Group

[17.09.25 15:59:26, 25.5296.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Damit das klar ist, wir meinen es durchaus ernst mit dieser Motion und sind überzeugt, dass ein geordneter Ausstieg aus der MCH Group durchaus ein richtiger Weg ist. Aufgrund der Beantwortung der Regierung zu meiner Interpellation vom 4. Juni bezüglich des Engagements der MCH Group für eine Art Basel in Qatar haben wir von BastA eine Woche später nun die vorliegende Motion eingereicht. Unsere Motion ist also eine direkte Reaktion auf die aus unserer Sicht sehr unbefriedigenden Antworten der Regierung zur Idee, dass der Name Basel zukünftig mit einer Kunstmesse in Qatar in Verbindung stehen soll. Es wurde offensichtlich, dass dem Regierungsrat an der notwendigen Sensibilisierung hinsichtlich der Tragweite dieses Entscheides fehlt.

Uns hier ist allen bekannt, dass es um die Menschenrechte in Qatar nicht zum Besten steht. Das Familien- und Eherecht orientiert sich an der Scharia, Homosexualität ist verboten und Tausende von Arbeitsmigranten leben und arbeiten teils unter sklavenähnlichen Bedingungen. Natürlich ist es dem Regierungsrat und auch der MCH Group wichtig, dass bei einer Durchführung der Art Basel in Qatar die Menschenrechte eingehalten werden. Nur sind beide kaum in der Lage, dies garantieren zu können. Wir hätten klar erwartet, dass der Regierungsrat als Grossaktionär der MCH Group mit seinen 37,5% Anteilscheinen sich deutlich gegen diese aus unserer Sicht unglückliche Follow-the-Money-Expansionsstrategie ausgesprochen und positioniert hätte. Dies war nicht der Fall und deshalb stellt sich durchaus die politische Frage, ob wir in Zukunft nicht aus diesem Unternehmen aussteigen wollen. Schliesslich müssen wir uns fragen, welches kantonale Engagement bzw. Beteiligung wir politisch und moralisch verantworten können. Wollen wir wirklich mit der Art Basel eine Plattform für Ortwashing durch autoritäre Regimes bieten? Wir sind klar der Meinung, dass wir dies nicht wollen. Die MCH Group ist ein internationales börsenkotiertes Unternehmen und ihr Fokus hat sich schon seit Jahren von Basel wegverschoben. Gäbe es nicht die Art Basel, hätten wir hier eine ganz andere Diskussion. Der Regierungsrat ist nicht in der Lage oder hat vielleicht auch gar kein Interesse, mehr strategischen Einfluss auf die MCH Group zu nehmen. Ich kann dies nicht beurteilen, aber klar ist, dass es nicht sein kann, dass Kunstengagements in autoritären Regimes den wirtschaftlichen Erfolg der MCH Group absichern und wir sozusagen davon noch stärker abhängig werden.

Und ich möchte Sie kurz in den Sommer 2020 mitnehmen. Es war Corona und das Parlament tagte in der Messe. Der MCH Group ging es finanziell sehr schlecht und stand kurz vor dem Aus. Es war nicht die einzige Messe, der es schlecht ging, und es stellt sich damals wie heute die Frage, inwiefern und in welcher Form Messen noch zukunftsfähig sind. Am 3. Juni hat der Regierungsrat einen Ratschlag präsentiert, dieser wurde unter Geheimhaltung in der WAK besprochen, der Bericht der WAK wurde am 17. Juni veröffentlicht und schlussendlich am 24. oder 25. Juni, ich weiss es nicht mehr ganz genau, wurde im Parlament darüber abgestimmt. Also innerhalb von drei Wochen wurde dieses Geschäft durchgeschleust. Ich glaube, das ist sicher eines der schnellsten Geschäfte, die das Parlament kennt.

Es ging darum, dass der Kanton als Mehrheitsaktionär auf das Bezugsrecht neuer Anteilscheine verzichtet, damit ein neuer Grossaktionär in die Messe Basel einsteigt und so die Messe Basel rettet. Es gab schon damals kritische Stimmen. BastA, auch einzelne SVP-Personen haben sich damals enthalten, aber diese hatten keinen Platz und so verzichteten wir damals als Parlament auf dieses Bezugsrecht und haben jetzt diese Situation, wie wir sie jetzt haben.

Nun gerade werfen uns einzelne SP-Vertretende vor, mit unserer Motion die MCH Group zu privatisieren. Also das ist sehr skurril, als ob die Messe noch eine Genossenschaft wäre! Das war sie mal. Fünf Jahre später fordert also die SP, wir müssten nun halt einfach mehr Aktien haben, damit mehr Einfluss auf ein börsenkotiertes Unternehmen genommen werden kann. Dabei kam der damalige mit Höchstgeschwindigkeit vorangetriebene Verzicht des zuständigen SP-Regierungsrats, und wie gesagt, Kritik hatte damals keinen Platz. Zu meinen, dass alleine mit mehr Aktien die Regierung dann ganz andere

Entscheide fällen würde, zweifle ich dann doch sehr an, ich lasse mich aber auch vom Gegenteil überzeugen, wenn es denn so wäre. Es blendet die Realität von internationalen Unternehmen aber schon ein wenig aus, denn die MCH Group steht in ganz anderen Situationen im Weltmarkt mit ihrem Kunstmesse-Engagement und in Städten bis jetzt in Miami, Paris, Hongkong und neu in Qatar durchführt. Irgendwie hat sie Basel auch schon ein wenig den Rücken gekehrt. Besten Dank für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Sie wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Ein Verkauf sämtlicher Staatsanteile eines Unternehmens ist also nach Ihrer Logik keine Privatisierung?

Oliver Bolliger (BastA): Es ist ein börsenkotiertes Unternehmen und wir steigen dort aus, weil wir nicht mehr hinter diesem börsenkotierten Unternehmen stehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Dem Frust und der Enttäuschung der BastA können wir uns anschliessen. Wir reden hier darin so oft über Basel als unser Stolz. Wir sind stolz auf diesen Kanton, wir möchten Vorbild sein, wir möchten Vorreiter:innen sein. Wir alle arbeiten hier drin dafür, unser Basel, unseren Kanton zu optimieren, ihn noch lebenswerter zu machen, ihn noch besser zu präsentieren. Wir holen Grossevents hierher, die genau Offenheit versprechen und den Menschen zeigen sollen, dass sie hier positiv empfangen werden, dass wir ein Sommerfeeling versprühen, dass für alle Menschen Platz ist.

Wir verkaufen unsere Marke Basel immer wieder oder vergeben sie teuer und wir diskutieren Stunden darüber, ob wir den Namen Basel jetzt auf einem Tennisplatz stehen haben möchten oder ob wir vielleicht ein Kulturevent mit dem Namen Basel branden und das findet hier statt in unserer Stadt und wird damit ausgetragen. Wir haben eben jetzt diese Art Basel, die in Paris, in Miami und Hongkong den Namen Basel schon ganz klar versprüht, sich da inszeniert, und ich durfte in Paris auch schon erleben, dass da wirklich auch gute und tolle Arbeit gemacht wird, dass Basel präsent ist, zumindest in Paris ist es das, in einem guten Licht.

Und jetzt also eine Art Basel nach Qatar mitnehmen, den Namen Basel in einem Land, das Menschenrechte missachtet. Wir wissen alle um die Arbeitsrechtsverletzungen, wir haben es gehört, wir kennen auch die Todesfälle von der WM, aber um es auch noch einmal anders in Erinnerung zu rufen: Was heisst eigentlich Menschenrechtsverletzung? Homosexuelle Personen sind in Qatar nicht nur verboten, es gibt sogar immer noch die Möglichkeit, sie mit der Todesstrafe zu verurteilen, und da siedeln wir uns jetzt an. Und ich verstehe, der Kanton Basel-Stadt, ist ein Grossaktionär, aber hat nicht die Mehrheit dieser Aktien. Er ist aber auch ein Grossaktionär, der das Parlament hinter sich hat. Wir als Parlament haben uns zu dieser MCH Group bekannt, immerhin die Mehrheit, mit dieser Art Basel Marke mittendrin als grosser Pfeiler in dieser MCH Group, der für uns natürlich extrem wichtig ist für die Stadt, für die Wertschöpfung der Stadt.

Und ich sehe, welche Argumente zu diesem Verkaufsargument führen und doch sind wir als Fraktion GRÜNE/jgb nicht der Meinung, dass es richtig ist, weil wir wissen, dass diese MCH Group eben im Moment mit der Art Basel, die hier stattfindet, eine extrem grosse Bedeutung hat. Und trotzdem ist dieser Frust da, es ist auch eine Verwunderung da, dass die Regierung nicht klarer Stellung beziehen kann, dass wir das nicht wollen.

Ich kann für die Fraktion GRÜNE/jgb sprechen und sagen, wir wollen das nicht und wir müssen das klar formulieren. Am liebsten hätten wir das als Parlament gemacht, am liebsten hätten wir fast als Drohung, um das auszuformulieren, diese Motion unterstützt. Wir müssen mehr Gewicht haben und wir müssen uns überlegen, wie das geht und wenn wir das nicht erreichen können, wenn wir unsere Verantwortung als Kanton für die Werte, für die wir stehen, nicht erreichen können, dann können wir von mir aus auch darüber diskutieren, wie wir mit der MCH Group umgehen. In diesem Sinne werden wir die Motion nicht überweisen, aber wir möchten hier festhalten, wir wollen das nicht. Wir wollen nicht, dass der Name Basel in Qatar mit Menschenrechten verbunden wird oder an anderen Orten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Sie sehen es in der Kreuztabelle, die SVP hat hier ein Offen eingegeben und ich habe heute die ehrenhafte Aufgabe, das Offen der SVP zu erklären, mit ein paar Bemerkungen. Die eine Seite der SVP-Fraktion ist der

Meinung, dass ein Verkauf zum jetzigen Zeitpunkt wirtschaftlich der falsche Zeitpunkt ist, weil die Aktien relativ tief sind und man deshalb auch Verlust machen würde, wenn dann in Zukunft diese Aktien steigen würden. Das ist ein Grund, warum ein Teil der SVP-Fraktion diese Motion ablehnt.

Ein anderer Teil, die andere Hälfte der SVP-Fraktion, befürwortet diese Motion, auch schon aus den gleichen Gründen wie bei der Kapitalerhöhung, dass ein Teil der Fraktion halt einfach auch nicht der Meinung ist, dass es eine Staatsaufgabe ist, hier eine Messe zu betreiben oder zumindest Mitaktionär zu sein, und dass man auch jetzt in den letzten Jahren seit der Kapitalerhöhung nicht wirklich ein grosses Bekenntnis zum Standort Basel erkennen konnten und dementsprechend das jetzt auch ein guter Zeitpunkt ist, um die Motion von Patrizia Bernasconi zu unterstützen.

Grosse Einigkeit besteht aber schon auch darin, und das muss ich jetzt auch einmal ganz klar festhalten, dass es diese Doppelmoral der Regierung gibt und die geht mir wirklich langsam auf den Keks. Sie lassen keine Gelegenheit aus, um überall zu zeigen, wie weltoffen, wie tolerant, wie regenbogenaffin, wie toll wir sind, wie wir ein Gleichstellungsgesetz haben, sie lassen es auch als einzelne Regierungsratsmitglieder nicht aus, ständig irgendwelche Posts auf den sozialen Medien zu geben mit diesen Adjektiven und mit diesen Werten und gleichzeitig immer, wenn es realpolitisch ernst wird, schweigen Sie, sei es bei der Städtepartnerschaft mit Shanghai, sei es bei Hongkong, sei es bei Qatar. Bei totalitären Regimes, bei Mörderregimes, bei Diktaturen schweigen Sie. Sie können jetzt selbstverständlich auch Altbundesrat Ueli Mauer den Vorwurf machen, dass er sich als Privatperson mit diesen Menschen getroffen hat, aber Fakt ist auch, wir hier im Kanton Basel-Stadt sind realpolitisch dabei, Städtenpartnerschaften zu haben und dass wir derartige Expansionen auch politisch unterstützen, weil ja auch heute offenbar die Motion von Patrizia Bernasconi keine Mehrheit findet. Das ist höchst problematisch, das ist auch eine gewisse Doppelmoral, und wenn Sie diese Doppelmoralstandards nicht einhalten können, dann sollten Sie vielleicht in Zukunft, und da meine ich jetzt alle Regierungsmitglieder, das eine oder andere Posting weniger machen mit einem Regenbogen, weil sonst ist es einfach komplett unglaubwürdig, wenn Sie hier auf diese Art und Weise schweigen und kein klares Bekenntnis machen. Da bin ich sehr bei Jo Vergeat, ich war ihr auch dankbar für ihre Interpellation im Juni, das ist einfach aus unserer Sicht nicht wirklich tragbar und relativ unglaubwürdig.

Und aus diesem Grund, und das ist auch meine persönliche Meinung, wird ein Teil der SVP-Fraktion, diese Motion unterstützen. Wir sind im Übrigen der Meinung, dass hier die BastA zumindest konsequent ist. Sie hat eine Motion eingereicht. Es ist ein ultraliberales Anliegen, das unterstützt ein Teil der SVP-Fraktion selbstverständlich und dementsprechend kann man ihr aus meiner Sicht nur zu dieser Motion gratulieren, auch wenn sie es vielleicht nicht gerne hört, wenn dieses Lob von mir kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich würde diese Motion gerne aus drei Perspektiven beleuchten. Die erste ist die Beteiligung des Kantons. Die Beteiligung unseres Kantons an der MCH Group hat ja einen Grund, nämlich den Schutz des Messestandortes Basel. Unser Kanton kann aufgrund seiner Sperrminorität über wichtige Fragen der Gesellschaft mitentscheiden, obwohl er keine Mehrheit hat. Als wir über die Kapitalerhöhung diskutiert und entschieden haben, waren wir uns grossmehrheitlich einig, dass wir das so haben möchten zum Schutz des Messestandortes.

Das Zweite ist die Frage der Menschenrechte. Ich denke, es gibt niemanden hier drin, der sich zur Aussage versteigen würde, dass die Menschenrechtssituation in Qatar gut ist. Die meisten von uns haben die Berichterstattung im Kontext der Fussballweltmeisterschaft 2022 verfolgt und gesehen, welche unwürdigen Bedingungen dort teilweise herrschen bis heute. Nur, was ist die Konsequenz aus dieser Kenntnis? Ist es wirklich die richtige Schlussfolgerung, sich jeglicher Zusammenarbeit zu verweigern? Wird damit die Menschenrechtssituation wirklich verbessert? Von all jenen, die das hier drin vertreten, würde mich auch interessieren, wo soll da die Grenze gezogen werden? Wir haben weltweit und in Europa sehr unterschiedliche Niveaus von Menschenrechtsstandards. Kein Land ist perfekt. Selbst die Schweiz wurde vom EGMR schon gerügt, Menschenrechte verletzt zu haben. Ab wann sind also die Menschenrechtstandards hoch genug, um zusammenarbeiten zu dürfen? Wer entscheidet das? Auf welchen Grundlagen? Was ist mit der Art Basel in Hongkong? Was ist mit Ländern, in denen der Schutz der Menschenrechte infrage gestellt oder gar abgebaut wird? Müssen wir beispielsweise irgendwann auch unser Verhältnis zu den USA infrage stellen, Stichwort Art Basel Miami? Wie sah es aus, als wir den ESC hier bei uns in Basel begrüsst haben und Ländern wie Aserbaidschan oder Armenien eine Plattform geboten haben? Würde man die Denkweise, die sich in dieser Motion widerspiegelt, konsequent verfolgen, wäre das praktisch das Ende des Welthandels. Es gibt jedoch kaum etwas, das unter Ökonomen so unumstritten ist wie die Tatsache, dass der offene Welthandel nicht nur das Wirtschaftswachstum steigert, sondern vor allem den Lebensstandard erhöht. Und ein guter Lebensstandard und ein hoher Menschenrechtsstandard korrelieren ziemlich stark miteinander.

Das führt mich zu drittens, der Frage der Moral. Ich würde davor warnen, sich selbst moralisch zu fest über andere zu erheben. Das gilt natürlich insbesondere dann, wenn man für sich sagt, sozialistische Politik zu betreiben und am 1. Mai gerne Hammer Sichel mit sich trägt oder sich einen entsprechenden Sticker auf den Laptop klebt. Sozialismus, eine

Ideologie, die Menschenrechte mit Füssen tritt und bekanntlich weltweit zum Tod von Millionen von Menschen geführt hat und auch heute noch führt. Wenn wir also schon moralisch argumentieren wollen, müssen wir uns die folgende Frage stellen. Ist es nicht moralischer, in einem kleinen Bereich, auf den man Einfluss ausüben kann, dafür zu sorgen, dass die Menschenrechte geachtet werden? Ist es nicht besser, einen Verhaltenskodex festzulegen und zur Anwendung zu bringen, der das Leben von betroffenen Menschen wenigstens ein bisschen verbessert?

Sie sehen also, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht so einfach, wie manche gerne behaupten. Es ist richtig, wenn wir der MCH im Februar genau auf die Finger schauen, ob sie ihren Verhaltenskodex mit der nötigen Konsequenz zur Anwendung bringt. Doch wir sollten keine Schnellschüsse produzieren, die den Interessen unseres Kantons zuwiderlaufen. Und diese Motion ist ein solcher Schnellschuss. Deshalb bitten wir Sie, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Diese wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Sie haben sehr viele gute Fragen gestellt. Meine Frage ist, müssten wir nicht als Eigner von 37,9% auf diese Fragen eine Antwort haben?

Luca Urgese (FDP): Ich habe versucht, die Antwort in meinem Votum zu geben. Ich bin überzeugt davon, dass wir, wenn wir diese Zusammenarbeit pflegen und mit einem Verhaltenskodex darauf pochen, dass in diesem Bereich die Menschenrechte geachtet werden, einen kleinen Teil zur Verbesserung der Situation beitragen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Dass die Art Basel ab Februar 2026 einen Ableger in Qatar hat, hat ja zu Recht für Empörung gesorgt, weil der Standort aus mannigfachen Gründen mehr als fraglich ist. Wirtschaftlichkeit vor Menschlichkeit ist ein No Go. Die Planung dieses Art-Satelliten hat aber auch deutlich aufgezeigt, dass der Kanton zu wenig Einfluss auf die Geschäfte der MCH Group nehmen kann. Dies und die wohl eher düsteren Zukunftsvisionen für Basel als Messestandort machen klar, dass Handlungsbedarf angezeigt ist. Die MCH Group zu privatisieren, wie das erstaunlicherweise die BastA möchte, sehen wir nicht als eine gute Lösung an, im Gegenteil, vielmehr sollte der Kanton eben mehr Einfluss und mehr Rechte haben bei Entscheidungen, was die MCH und was die Art angeht.

Es war, heute wissen wir es, ein Fehler, die Messe teilweise wegzugeben, zu privatisieren. Die Finanzierung und teilweise sehr hohen Investitionen laufen jetzt zwar zu grossen Teilen immer noch über den Kanton, aber das Mitspracherecht ist anteilmässig anscheinend deutlich zu klein. Wir von der SP-Fraktion möchten deshalb keine Privatisierung erwirken, weil so die Wertschöpfung massiv gefährdet wäre und eine Mitsprache oder eben eine konstruktive Zusammenarbeit noch schwieriger werden würde, sondern wir möchten wieder mehr Kanton in der Messe. Und wir haben deshalb ja auch eine entsprechende Motion eingereicht, welche dann den Rückkauf der MCH Group und eine klare Strategie, um die kantonalen Interessen durchzusetzen, fordert. Das machen wir auch als ein klares Statement zur Art Basel und zur MCH Group. Vielen Dank, und ich nehme die Zwischenfragen an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dann kommt jetzt die erste Zwischenfrage von Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Dass der Kanton zu wenig Einfluss nehmen kann, oder dass er zu wenig Einfluss nimmt?

Michela Seggiani (SP): Dass er zu wenig Einfluss hat im Moment. Uns wurden Tatsachen vorgelegt, das müssen wir ändern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die zweite Zwischenfrage stellt Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Könnten Sie sich dann eine MCH Group, die dann vielleicht gar nicht mehr an der Börse ist, vorstellen und die sich dann vielleicht auch wieder umwandelt wieder in einen anderen wirtschaftlichen Rahmen? Wäre das etwas, das Sie bevorzugen könnten?

Michela Seggiani (SP): Ob an der Börse oder nicht, finde ich im Moment gar nicht so relevant, viel mehr interessiert mich die Frage des Mitspracherechts und dass moralische Punkte wieder viel mehr Gewicht haben. Da bin ich auch bei Ihnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber ist nächster Einzelsprecher.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist eine tolle, spannende Diskussion. Ich habe super Vorredner:innen gehört, und ich bin ihnen dankbar. Als Kleinbasler Grossrat habe ich eine Begabung, ich kann in die Zukunft schauen. In 20 Jahren wird diese Messe verkauft. Die Messehallen werden umfunktioniert in Wohnungen. Das Zeitalter der Messen ist vorbei. Früher hat man auf einer Messe eingekauft, heute kauft man im Internet ein oder lässt es durch die eignen Kinder bestellen. Aber keiner geht mehr an eine Masse und auch die Nachfolgermesse der weltberühmten Basler Frühlingsmesse Spring Basel, wurde ja auch schon wieder eingestellt.

Der erste Redner war sehr spannend, Oliver Bolliger hat von autoritären Regimes gesprochen. Er hat recht und er hat auch recht, als er gesagt hat, eigentlich sei es traurig, dass die Art Basel unserer Stadt schon vor vielen Jahren den Rücken gekehrt hat. Das stimmt. Und Art Basel ist ja jetzt in Paris und Sie wissen alle, das ist ja schon vor fünf Jahren diskutiert worden in den Zeitungen, wenn einer von den USA kommt, fliegt er natürlich nach Paris zur Art, weil er sagt, Paris ist ihm ein Begriff. Basel ist unsicher und dann fliegt er nach Paris zur Art, denn Basel ist nicht so gross. Und es ist ganz klar, dass jeder nach Paris geht und nicht nach Basel. Wäre ich in Amerika, würde ich auch nach Paris fliegen.

Jo Vergeat hat gesagt, in dem Land Qatar gäbe es die Todesstrafe für Gleichgeschlechtliche. Gut, das bin ich jetzt nicht, aber es ist wichtig, dass man festhält, eine Todesstrafe ist nicht schön. Und sehr spannend war die Rede von Pascal Messerli von der SVP. Da möchte ich jetzt noch etwas sagen zur Doppelmoral der Regierung. Er hat von der Doppelmoral der Regierung, gesprochen , auf der einen Seite die Regenbogenfahnen und auf der anderen Seite gleichzeitig das Schweigen angesichts von Mörderregimes und Diktaturen. Das sei unglaubwürdig. Weil ich jetzt ein bisschen älter bin, Pascal Messerli, kann ich sagen, Sie haben vollkommen recht, aber einen Punkt haben Sie vergessen und das wird uns Grossräten verschwiegen. Es sind halt schöne Reise, die man machen kann als Regierungsrat in diese Städte im Ausland. Die müssen nichts zahlen, und das ist halt der Grund, warum die Doppelmoral vorhanden ist nach meiner Meinung als Mensch, Journalist und Grossrat. Und Pascal Messerli, lesen Sie meine schriftlichen Anfragen, dort frage ich ja, wo die Regierung überall hinreist und warum und zu welchem Zweck. Also ich bin klar, bei Verstand und ich verfolge und sammle das alles genau.

Geld regiert die Welt, Pascal Messerli, das müssen Sie wissen. Und die Regierung reagiert dann halt so. Luca Urgese hat auch gut gesprochen, aber ich will jetzt noch nicht weiter aufhalten. Und an Michela Seggiani: Die Zeit der Messen ist vorbei wegen dem Internet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Die Grünliberalen sind froh um diese Motion, weil sie uns doch die Gelegenheit gibt, unseren Unmut auszudrücken und das wurde ja jetzt auch getan. Ich möchte mich da anschliessen und nicht ins Detail gehen, aber ich möchte trotzdem einen Punkt betonen, den Jo Vergeat und Pascal Messerli schon angesprochen haben. Die Nichtposition der Regierung in dieser Sache ist sehr störend. Wenn wir sagen, der Vorteil von solchen Partnerschaften sei, dass wir Einfluss nehmen können, wenn wir finden, Shanghai, das sei eine gute Sache, da können wir auch auf unsere Werte hinweisen etc. Wenn wir das so begründen aber dann im Ernstfall das nicht tun, dann bringt das nichts, dann fällt diese Argumentation einfach in sich zusammen. Und darauf müssen wir hinweisen. Es kratzt auch ein bisschen am Vertrauen, wenn das nicht stattfindet. Wenn die Regierung diese 37,x% nicht entsprechend vertritt, dann ist das wie so ein bisschen eine verpasste Chance. Das wollte ich hier noch anfügen. Die Motion sehen wir aber nicht als zielführend.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Wir haben jetzt sehr viel gehört über die Wichtigkeit der Messe, welche wirtschaftliche Auswirkung sie auf uns hat. Wir haben gehört, wie wir Einfluss nehmen müssen auf die Messe. Und das Stichwort «Sperrminorität» wurde auch schon ab und zu mal erwähnt. Aber was bedeutet Sperrminorität? Heisst das, dass wir jetzt im Prinzip im Daily Business überall reinreden müssen oder nicht? Wie ich das verstanden habe, stellt die Sperrminorität sicher, dass

unerwünschte Statutenänderungen nicht über die Bühne gehen. Die Verlegung des Geschäftssitzes ist ein Thema der Sperrminorität. Der Verkauf von wesentlichen Unternehmensteilen und Vermögenswerten ist ein Teil davon und die Auflösung des Unternehmens. Da steht nicht, dass der Kanton sehr proaktiv in der Geschäftsleitung Einfluss nehme.

Und deshalb stellt sich für mich die Frage, dass man zwar darauf hinweisen kann, dass man mit einer Geschichte nicht ganz einverstanden ist. Das kann ich durchaus verstehen. Das Problem ist einfach, dass diese Sperrminorität klare Spielregeln hat. Der Verkauf von solchen Anteilen ist aus wirtschaftlicher, strategischer und politischer Sicht falsch. Er würde unsere Wirtschaft auch schwächen, denn es gibt ja diese Tatsache, dass von jedem Franken, den wir in die Messe investieren, fünf Franken zurückkommen. Momentan sind wir wieder auf gutem Weg.

Auch das Argument, das ich vorher gehört habe, dass die Art Basel einen Verlust erleiden werde durch die Art Miami, durch Paris, scheint mir fraglich. Ich habe sehr viel Kontakt mit Galerien und Ausstellern und die sagen, sie schätzen diese Nähe in Basel, sie schätzen diesen Standort, denn sie würden nicht wegweichen. Die anderen Messen sind einfach ein Supplement on top.

Von der Sicht aus müssen wir uns überlegen, ob wir nicht besser Weitsicht und Mut zeigen und unsere Anteile behalten. Lassen Sie unsere Rolle als strategischer Partner weiter wahrnehmen und die MCH Group auf ihrem wieder erfolgreichen Weg begleiten. So sichern wir uns nicht nur Dividenden, sondern vor allem auch die Zukunft und die Strahlkraft unseres Kantons Basel-Stadt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir diskutieren heute über die Frage, ob der Kanton Minderheitsaktionär der MCH Group bleiben soll oder ob er seine Aktien verkaufen soll. Ich denke, es ist wichtig, uns vor Augen zu führen, weshalb wir beteiligt sind an dieser Gesellschaft. Ich möchte auch noch einmal auf die Geschichte, die Gesellschaftsform der Messe eingehen und beginne nun mit dem Grund. Wir sind beteiligt an der MCH, weil wir wollen, dass Kongresse und Messen in Basel stattfinden. Das ist ganz simpel der Grund, weshalb der Kanton hier investiert ist. Das machen viele Standorte auf ganz unterschiedliche Art und Weise, dass sie den Standort unterstützen, weil wir wissen, wenn hier ein Kongress stattfindet oder eine Messe, dann ist das im Interesse der MCH als Gruppe, aber es ist auch im Interesse all der anderen Dienstleisterinnen und Dienstleister, der Anbieter, der Hoteliers, der Gastronomie, der Transportunternehmen, des Detailhandels, dass diese Messen und Kongresse stattfinden hier. Wir sind seit Hunderten von Jahren eine Messestadt, wir sind eine Kongress- und Messestadt und wir möchten das bleiben. Und wenn Sie mit den Hoteliers reden oder mit den Restaurantbesitzern, dann teilen sie diese Meinung, und ich glaube, wenn diese Kongresse und Messen hier stattfinden, dann sind wir auch stolz und froh, dass sie hier sind, wenn die Leute aus aller Welt hierherkommen und sich hier begegnen.

Das ist der Grund, weshalb der Kanton investiert ist, deshalb ist die Art Basel hier, es ist eine tolle Messe, es ist die grösste Messe der Art Basel mit Abstand, dafür kämpfen wir auch, dass es so bleibt, sie bringt sehr viel Wertschöpfung und sehr wichtige Betriebstätigkeiten hierher. Wir haben die Kongresse, wir haben die Swiss-Bau, wir haben die Fantasy. Es gab den ESC, es gab jetzt am Wochenende den Young Stage, der in den Hallen stattfindet. Es geht um den Besitz der Hallen auch in der Hand der MCH. Da möchten wir beteiligt sein, und es kommen auch neue Formate wie die Healthtech, von der ich hoffe, dass sie ein wichtiges Format wird hier in Basel.

Zur Geschichte der Messe: Es war eine Genossenschaft, die hat man dann Anfang 2000 umgewandelt in eine Aktiengesellschaft, damit man es zur Messe Schweiz fusionieren konnte mit der Zürcher Gesellschaft, das ist geschehen. 2020 hat das Parlament entschieden, auf das Bezugsrecht zu verzichten bei der Kapitalerhöhung. Ohne Kapitalerhöhung wäre diese Firma Konkurs gegangen, die Kapitalerhöhung war notwendig. Der Kanton war nicht bereit, das alles selber zu finanzieren und hat man die Grundlage gesetzt, dass ein privater Investor einsteigen kann. Damit war auch klar, dass die Mitentscheidungskompetenzen der öffentlichen Hand sich reduzieren wird. Das ist so, wenn man nicht mehr die Mehrheit hat, dann hat man weniger zu sagen. Ich glaube, das war ein bewusster Entscheid. 2022 hat auch der Grosse Rat entschieden, dass man die Kapitalerhöhung mitmacht, aber dass der Kanton die Sperrminorität von 33% halten muss. Und dort sind wir nun, wir sind Minderheitsaktionär, wir haben die Sperrminorität, um unsere Rechte zu wahren, in dieser Form, die die Sperrminorität ausmacht und es ist klar definiert, was das heisst, das ist erkennbar für alle. Das heisst, dass 2 von 6 Verwaltungsrät:innen vom Kanton bestimmt werden und dort mitentscheiden, aber es sind 2 von 6. Aber diese 2 sind gesichert dank dieser Sperrminorität und den Statuten. Gesichert ist auch, dass hier in Basel Messen und Kongresse stattfinden müssen und gesichert ist auch, dass der Sitz der Firma hier in Basel ist.

Das ist der Grund. Man kann beklagen, dass man nicht mehr zu sagen hat, aber das war Teil des Entscheids des Parlaments von 2020 und deshalb sind wir jetzt in dieser Messe, die nach wie vor einen sehr wichtigen Beitrag an den Messe- und Kongressstandort Basel erbringt und das ist der Grund, weshalb wir da investiert sind.

Jetzt möchte die BastA eine Vollprivatisierung. Eine Verpflichtung zum Verkauf ist selten eine gute Idee, wenn man noch einen guten Ertrag möchte für diese Aktien. Das ist noch eine andere Sache neben den Gründen, dass wir die Sperrminorität nicht aufgeben wollen. Ich habe viel über die Art Basel in Qatar gehört. Die würde auch in Qatar stattfinden, wenn der Kanton seine Aktien verkauft. Weil das Messe- und Kongresswesen hier wichtig ist in Basel und weil wir diese Sperrminorität weiterhin halten möchten, bittet der Regierungsrat Sie, diese Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Wie gut auf einer Skala von 1 bis 10 findet denn nun der Regierungsrat den Ausbau der Art Basel nach Qatar und wie gut fände er einen Ausbau der Art Basel nach Moskau?

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Es gab schon diverse Interpellationen zu dieser Frage. Der Regierungsrat hat keinen Entscheid dazu gefällt, es ist eine Kompetenz der MCH, es liegt abschliessend in ihrer Kompetenz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat die Motionärin Patrizia Bernasconi das Wort.

Patrizia Bernasconi (BastA): Wir stehen heute nicht nur vor einer wirtschaftlichen Frage, sondern vor einer ethischen und politischen Weichenstellung. Es geht um die Frage, ob wir als Kanton weiterhin Miteigentümer eines Konzerns sein wollen, der sich zunehmend von unseren Grundwerten entfernt oder ob wir den Mut haben, einen geordneten, verantwortungsvollen Rückzug einzuleiten.

Die internationale Expansion der MCH Group nach Qatar ist keine neutrale Wachstumsstrategie, sie ist Teil einer bewussten Soft-Power-Politik eines autoritären Regimes. Kultur wird dort nicht als Ausdruck von Freiheit verstanden, sondern als Aushängeschild für einen Staat, der Meinungsfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und LGBTQIA+ Rechte systematisch unterdrückt. Wenn sich die MCH Group daran beteiligt, dann ist das nicht einfach unternehmerisch, sondern politisch und wir als Kanton sind durch unsere Beteiligung Teil davon. An dieser Tatsache ändert sich nichts, wenn wir einen Verhaltenskodex verlangen.

Diese Expansion der Messegeschäfte nach Katar steht am Schluss einer Reihe von fragwürdigen Kollaborationen. Auch in Hongkong agiert die MCH Group in einem repressiven Umfeld. Seit den sogenannten Sicherheitsgesetzen von 2020 wird dort künstlerische Freiheit massiv eingeschränkt. Kritische Künstler:innen werden verfolgt, Ausstellungen zensiert oder abgesagt. Die Art Basel Hongkong sagt, man halte sich an geltende Gesetzen, aber genau diese Gesetze sind das Problem. Und selbst in «demokratischen» Staaten ist die Lage nicht unbedenklich. Schauen wir nach Florida. Unter Gouverneur DeSantis wird dort gezielt gegen queere Menschen, gegen antirassistische Bildung, gegen künstlerische Freiheit und gegen den Klimaschutz vorgegangen. Es wird zensiert, verboten, verdrängt, in Schulen, in Museen, im öffentlichen Raum. Unter Donald Trump droht diese Entwicklung noch radikaler weiterzugehen, mit politischem Druck auf alteingesessene Kulturinstitutionen bis hin zur direkten Zensur von Ausstellungen, die nicht in sein ideologisches Weltbild passen.

Kunst wird so zum Spielball autoritärer Interesse und wir als öffentliche Hand sollen über eine Beteiligung an der MCH Group Standorte unterstützen, die genau diese Entwicklung mittragen. Das können wir nicht und das dürfen wir nicht. Der Regierungsrat argumentiert gerne, die internationale Expansion diene letztlich der Stärkung der Art Basel und damit dem Standort Basel. Aber das funktioniert nur, wenn wir tatsächlich mitbestimmen können. Der sogenannte Drittel garantiert eine Vetoposition bei Statutenänderungen, ja, doch bei zentralen strategischen Fragen wie der Expansion nach Qatar hatte der Kanton de facto keinen Einfluss.

Die diesjährige Art Basel hat gezeigt, dass auch in Basel selbst nicht alles glänzt. So haben grosse Galerien Werke in Millionenhöhe verkauft, kleine und mittlere Galerien, das Rückgrat dieser Messe, hatten mitunter Mühe, überhaupt Gewinne zu erzielen. Die Umsätze waren zwar gut, aber die Messekosten waren hoch. Während die MCH Group auf internationale Prestigeformate setzt, geraten gerade jenen Strukturen unter Druck, die Basel überhaupt erst zur Kunstmetropole gemacht haben.

Wir als Parlament, als Grosser Rat, haben in den letzten Jahren immer wieder Gelder gesprochen, um die Kapitalbasis der MCH Group zu stärken und unser Drittel zu garantieren, in der Hoffnung, dass damit der Standort Basel gesichert und ein gewisser Einfluss bewahrt werden kann. Damit haben wir aber keine wirksame Steuerung bei strategischen Entscheidungen und bei ethisch fragwürdigen Partnerschaften erhalten.

Was wir als Grosser Rat aber haben ist Verantwortung. Wenn wir nichts bewirken können, wenn wir nur erwarten können, dann müssen wir uns ehrlich fragen, wieso wir diese Aktien überhaupt noch halten. Deshalb bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen. Es geht um die Glaubwürdigkeit und für unsere Kunst, die nicht instrumentalisiert wird, es geht um demokratische Werte, um Menschenrechte, um Geschlechtergleichstellung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Sie wird nicht entgegengenommen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007156, 17.09.25 16:41:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Motion ist nicht überwiesen mit 90 gegen 9 Stimmen.

33. Motion 9 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Dolmetschende im Gesundheitswesen

[17.09.25 16:41:57, 25.5297.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wieder einmal haben wir eine linke Motion vor uns, die das Falsche am falschen Ort lösen will. Der Kanton soll die Kosten für interkulturelle Dolmetscher im Gesundheitswesen übernehmen, flächendeckend, im Spital, in Hausarztpraxen, in der Psychotherapie. Die SVP-Fraktion sagt hierzu ganz klar Nein.

Erstens ist es nicht die Aufgabe des Staates, für jede Verständigungshürde im Alltag die Kosten zu übernehmen. Wer hier lebt, von dem kann erwartet werden, dass er unsere Sprache lernt und sich auch ausreichend verständigen kann. Das gilt umso mehr im sensiblen Bereich der Gesundheit. Integration bedeutet, auch wenn es für viele Linke ein Fremdwort ist, Eigenverantwortung zu übernehmen und nicht etwa die dauerhafte Finanzierung eines Dolmetscherdienstes durch die Steuerzahler zu gewährleisten.

Zweitens, und da sind wir bei den Kosten, wissen wir alle, unser Gesundheitswesen steht finanziell massiv unter Druck. Die Spitäler schreiben rote Zahlen, die Krankenkastenprämien steigen, die kantonalen Gesundheitskosten explodieren seit Jahren, und jetzt sollen wir ein neues, dauerhaftes Kostenfeld eröffnen. Das ist völlig unverantwortlich. Man kann nicht gleichzeitig über steigende Kosten im Gesundheitswesen klagen und im gleichen Atemzug dann neue Ausgaben und auch Aufgaben fordern.

Drittens, die Gerechtigkeit. Wenn wir anfangen für Dolmetscherdienste im Gesundheitswesen zu zahlen, wo ziehen wir dann die Grenze? Gibt es dann auch bald Dolmetscher beim Steueramt, in der Schule oder auf der Poststelle? Jede dieser Situationen kann letztlich prekär sein. Das ist aber ein Fass ohne Boden und es belastet jene, die bereits heute ihre Krankenkassenprämien und Steuern bezahlen.

Und viertens gibt es bereits Lösungen. Spitäler und Arztpraxen haben die Möglichkeit, Dolmetscherdienste punktuell beizuziehen, sei es telefonisch, digital oder auch durch Angehörige. Die Motion tut so, als ob ohne staatliche Finanzierung gar nichts geht. Das stimmt schlicht nicht. Die Realität ist, es funktioniert schon heute, situativ, pragmatisch ohne kantonale Organisation und Subventionierung.

Fünftens, und das ist uns besonders wichtig, was ist das Signal, das wir senden, wenn wir diese Motion nun überweisen? Wir sagen damit, du musst die Sprache nicht lernen, der Staat regelt das im Zweifel schon für dich. Das ist das Gegenteil von Integration, denn Integration heisst, dass man sich Mühe gibt, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Wer hingegen alles durch Übersetzer erledigen lässt, bleibt in seiner Parallelwelt.

Diese Motion mag gut gemeint sein, aber sie ist aus unserer Sicht teuer, ungerecht und integrationsfeindlich. Die SVP bittet Sie deshalb, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Marina Ioana Schäfer.

Maria Ioana Schäfer (SP): Sprache ist im Gesundheitswesen kein Luxus, sondern eine Grundvoraussetzung. Wer nicht versteht, was die Ärztinnen und Ärzte erklären, kann weder informierte Entscheidungen treffen noch eine Therapie korrekt umsetzen, was sehr wichtig ist. Und doch sehen wir immer wieder, dass Patientinnen und Patienten ohne ausreichende Deutschkenntnisse, ohne professionelle Unterstützung dastehen. Dann wird improvisiert mit Angehörigen, oft sogar Kindern, die in eine Verantwortung gedrängt werden, die sie gar nicht tragen dürften. Oder mit Reinigungspersonal und medizinischem Fachpersonal, das dafür weder ausgebildet noch entschädigt wird. Das ist nicht seriös, nicht fair und es untergräbt die Aufklärungs- und Informationspflicht.

Wir wissen es längst: Professionelle Dolmetschende verbessern die Behandlung, verhindern Versorgungsfehler und verringern die Spitalaufenthalte und sparen am Ende enorme Kosten. Graubünden zeigt, dass es funktioniert, so wie auch beispielsweise das Kinderspital UKBB oder das Universitäre Spital Basel, mit einem ausgereiften System, das auch in Akutsituationen beispielsweise per Telefon zuverlässige Übersetzungen ermöglicht.

Gerade auch im ambulanten und psychotherapeutischen Bereich gibt es aber noch immer gefährliche Versorgungslücken, da es kein finanziertes System gibt. Zum Punkt der Eigenverantwortung, es tut mir leid, aber die Leute, die hierherkommen und nicht genügend Deutschkenntnisse haben, wissen sehr viel über Eigenverantwortung, die können meist mehr Sprachen als wir, und wer von Ihnen schon einmal eine Sprache gelernt hat, ich zum Beispiel in der Schule Französisch, weiss, wie lange das geht. Sollen also Menschen in dieser Zeitspanne, wo sie eine Sprache lernen, keine richtige medizinische Versorgung erhalten? Ich glaube nicht.

Aus der Pflegeausbildung und meiner Berufserfahrung weiss ich, wie problematisch das ist, das Gespräche mit Händen und Füssen, die ÜbersetzungsApp, die voller Fehler ist und zu amüsanten bis höchst gefährlichen Missverständnissen führt, das 8-jährige Kind, welches in vorauseilendem Gehorsam und mit einer erlernten Selbstverständlichkeit der Mutter erklärt, warum sie jetzt stationär aufgenommen werden wird. All das ist Alltag und all das ist unhaltbar, es kostet Zeit, schafft Unsicherheit und gefährdet letztlich die Gesundheit.

Darum braucht es jetzt eine gesicherte kantonale Finanzierung von interkulturellen Dolmetschenden im Spital, in der Hausarztpraxis, in der Psychotherapie. Denn Gesundheit darf keine Frage der Sprache sein. Ich bitte Sie somit, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich kann mich eigentlich meiner Vorrednerin voll und ganz anschliessen. Gesundheit ist ein Grundrecht, doch dieses kann nur wahrgenommen werden, wenn Menschen verstehen, was mit ihnen geschieht. Wer vielleicht schon einmal einen Unfall oder einen Krankheitsfall im Ausland hatte, wo die Sprache nicht verstanden wurde, respektive vielleicht kein Englisch oder Französisch gesprochen wurde, weiss, wie schwierig das sein kann. Ich hatte auch vor einigen Jahren so einen Moment und weiss, wie wertvoll es ist, wenn man versteht, was mit einem passiert und was die Behandlung erfordert.

Sprachliche Barrieren und Hürden führen nicht nur zu Ungerechtigkeiten, sondern eben auch zu falschen Behandlungen, zu höheren Kosten, weil es vielleicht auch länger dauert, bis man einen Behandlungserfolg erzielen kann, weil die Personen vielleicht nicht zu diesen Abklärungen auftauchen, und letztlich auch zu mehr Leiden. Gerade in einem Kanton wie Basel-Stadt, der einen grossen Bevölkerungsanteil an Personen hat, die nicht Deutsch als Muttersprache sprechen, ist es wichtig, dass Menschen mit Migrations- oder auch Fluchterfahrungen einen guten Zugang, einen sicheren Zugang zu medizinischer

Versorgung haben. Dolmetschende sind hier keine Nice-to-have-Dienstleistung, sondern ein zentrales Instrument, damit die Leistung dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Andere Kantone, das haben wir schon gehört, zeigen, dass es praktikable und funktionierende Modelle gibt und ich glaube, wir dürfen hier in Basel handeln und nachziehen.

Das Problem ist nämlich seit Jahren bekannt und es wurden noch keine entscheidenden konkreten Schritte eingeleitet. Es braucht konkrete Strukturen, auf die zurückgegriffen werden kann, pragmatisch, einfach und rasch und eine gesicherte Finanzierung, dass diese auch in Anspruch genommen werden kann. Wer will, dass das Gesundheitswesen für alle da ist, muss eigentlich diesem Schritt zustimmen. Diagnosen und Behandlungspläne sollen verstanden werden. Das ist nicht nur für die Gesundheit der Patient:innen wichtig, sondern auch für einen Ressourcen schonenden Einsatz von Pflegeleistungen zentral. Darum sagen wir von der Fraktion GRÜNE/jgb klar Ja zu der Überweisung dieser Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Vorab besten Dank Joël Thüring für das Intro. Er hat an sich sämtliche Argumente bereits vorweggenommen, die ich eigentlich auch noch auf der Liste hatte. Ich bzw. die Fraktion FDP ist ebenfalls gegen die Überweisung dieser Motion. Auf den ersten Blick tönt es ja schön und gut, wenn wir ein umfassendes Gesundheitssystem haben, das selbstverständlich allen zugänglich ist, allen Menschen, die hier in der Schweiz bzw. in Basel wohnen. Das ist es. Natürlich haben wir Menschen hier unter uns, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, das ist richtig. Ich bin aber auch der Meinung, dass wenn man das nicht ist, dass es in der Eigenverantwortung jedes Einzelnen ist, dafür zu sorgen, dass man sich diese Fähigkeiten aneignen kann oder wenn sie nicht vorhanden sind, jemanden sucht, der einem bei einem Arztgang oder im Spital behilflich ist.

Ich selber bin relativ oft, mindestens einmal pro Jahr, in Griechenland. Ich habe auch schon in Griechenland das Gesundheitssystem kennengelernt. Wenn Sie dort ins Spital gehen, dann können Sie froh sein, wenn Sie eine Gesundheitsversorgung erhalten, wenn ein Arzt sich um Sie kümmert. Sie können sehr froh sein, wenn Sie überhaupt ein Pflegepersonal haben, wenn Sie länger dort sind, da rede ich aus eigener Erfahrung. Und wenn Sie dann dort hinkommen und gesundheitliche Unterstützung wollen und dann als erstes nach einem Dolmetscher fragen, dann sind Sie relativ schnell wieder vor der Tür.

Ich möchte schliessen mit einer Frage an die Motionärin, in wie vielen Ländern sie denkt, dass man einen Dolmetscherdienst in medizinischen Bereichen bekommt, wenn ich jetzt im Ausland bin, egal wo, sei das in Amerika, sei das in Spanien, sei das in Italien, dass ich, wenn ich dort ins Spital muss, als erstes nach einem Dolmetscherdienst frage, der mir dann eine nette Übersetzung anbietet, weil ich zum Beispiel der italienischen Sprache nicht mächtig bin, bevor ich dann mein Leiden mitteilen kann.

Ich glaube, es ist letztendlich ein Luxusproblem und wir setzen damit die Erwartungen immer tiefer an die Bevölkerung bzw. an diejenige Bevölkerung, die der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Wenn wir hier jetzt einfach sagen, wir haben einen flächendeckenden Dolmetscherdienst, niemand muss sich mehr darum kümmern, ob er jetzt Deutsch spricht oder nicht und ich glaube, das ist ein ganz schlechtes Signal, das wir damit aussenden werden. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Amina Trevisan. Diese wird entgegengenommen.

Amina Trevisan (SP): Ist Ihnen bewusst, dass die wissenschaftliche Situation eigentlich ganz klar ist, dass die Forschung belegt, zusammen mit ganz vielen Studien, dass Dolmetschen im Gesundheitswesen hilfreich und wichtig ist?

Christian C. Moesch (FDP): Ich habe diesen Hinweis gesehen, ich habe ihn auch angeschaut, es ist absolut richtig, dass es hilfreich ist, aber das heisst nicht, dass wir als Kanton dafür sorgen müssen und das auch noch bezahlen, dass jede und jeder, der die medizinische Hilfe in Anspruch nimmt, quasi gratis einen Dolmetscherdienst bekommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Ich bin jetzt quasi Nummer 3, die auch die gleichen Sachen noch sagen kann, die Joël Thüring und Christian Mösch schon erzählt haben. Auch wir von der LDP sind der Meinung, dass die Motion nicht der richtige Weg ist. Es

gibt schon Angebote für Dolmetschen, es gibt aber eben auch diverse Angebote, um das Deutsch zu fördern, und das erscheint uns der richtige Weg, dass man nämlich Anreize schafft, um Deutsch zu lernen und sich in Deutsch unterhalten zu können und nicht die Parallelwege fördert, indem man flächendeckend Dolmetscher einsetzt.

Was für mich aber noch viel wichtiger ist bei dieser Motion, ist die Frage nach der praktischen Umsetzung, denn es wird explizit verlangt, dass bei jedem Hausarzt flächendeckend dieser Dolmetscherdienst eingesetzt werden soll. Ich kann mir nicht vorstellen, wie das funktionieren soll. Weil planerisch ist das kaum möglich, also zum Hausarzt kommt man häufig auch, ohne dass man es jetzt lange im Voraus weiss. Dann ist auch klar, dass wir auch von ganz vielen Sprachen reden. Und wenn wir von einem Dolmetscherdienst reden, dann muss man alle Sprachen gleich behandeln, das heisst, alle Sprachen müssen angeboten werden können. Wie das jeweils so spontan möglich sein soll, ist mir absolut nicht ersichtlich.

Ich stelle mir auch die Frage, wie es ist, wenn es dann plötzlich noch auf andere Gebiete ausgeweitet werden soll. Ich stelle mir jetzt rein im Gesundheitswesen die Frage, wie es dann mit weiteren Playern ist im Gesundheitswesen. Wir Apotheken gehören auch dazu, es ist eine Herausforderung, wir haben täglich, wir haben häufig mit fremdsprachigen Patientinnen und Patienten zu tun, das ist eine Herausforderung, aber es ist möglich, oder was eben auch schon genannt worden ist, es ist häufig so, dass sie mit Angehörigen kommen, die mithelfen können. Wenn dann die Begehrlichkeiten hier auch noch kommen, frage ich mich, wie das praktisch funktionieren soll, das ist mir wirklich nicht klar.

Und was auch schon angesprochen worden ist, ist das Preisschild. Der zeitliche Aufwand, der natürlich anfällt, der ja theoretisch auch bei einem Hausarzt noch irgendwann abgegolten werden müsste, der ist gar nicht dabei. Aber es hat natürlich auch sonst ein Preisschild, wenn man quasi rundum Pikettdienst haben muss für sämtliche Sprachen. Deshalb sind wir gegen die Überweisung dieser Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir Grünliberalen sind für eine Erstüberweisung mit Betonung auf Erstüberweisung. Wir anerkennen, dass es hier ein konkretes Problem gibt in der Praxis und hätten gerne eine Stellungnahme der Regierung dazu.

Noch ein paar weitere Gedanken von meiner Seite dazu: Ich sehe einerseits wirklich, dass wir im Bereich der Grundversicherung hier eine Lücke, haben, dass diese Leistungen ein wichtiger Bestandteil einer Behandlung sind. Es muss sichergestellt sein, dass eine Kommunikation möglich ist für einem Patienten, das ist entscheidend für die moderne Medizin. Da gibt es eine Lücke, die sehen wir jetzt eher auf der Ebene KVG, aber trotzdem ist es richtig, dass der Kanton hierzu einmal Stellung nimmt.

Und wenn man es auch noch ein bisschen weiter denkt oder auch noch ein bisschen auf einer anderen Ebene anschaut, so ist folgendes zu sagen: Wir leisten uns sehr viel im Gesundheitswesen, es wurde von einem Luxusproblem gesprochen, das sehe ich grundsätzlich auch so, aber wir bewegen uns halt einfach im Gesundheitswesen auf einem Niveau, da werden Therapien gemacht, werden Diagnosemassnahmen gemacht, die sehr, sehr teuer sind und dann ist es eigentlich eine Ressourcenverschwendung, wenn es am Schluss an der Kommunikation scheitert und die Ressourcen deshalb nicht richtig eingesetzt werden.

Daher bin ich durchaus bereit und finde ich es interessant, diesen Punkt mal genauer anzuschauen. Ob wir dann die Sache weiter unterstützen und einen flächendeckenden Dolmetscherdienst vom Kanton finanziert haben wollen, bezweifle ich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt keine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Zeigt die Unterstützung dieser Motion einmal mehr das konsequente Sparen à la GLP?

Tobias Christ (GLP): Ich denke, das müssen wir dann eher diskutieren, wenn die Stellungnahme der Regierung vorliegt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Mich erstaunt diese Debatte doch sehr. Ich gehe noch einmal kurz darauf ein, wie die Motion endet. Es ist eine lange Motion, da gebe ich Ihnen recht, aber der letzte Satz lautet: «Mit der vorliegenden Motion verlangen die Unterzeichnenden vom Regierungsrat, die Finanzierung von interkulturellen Dolmetschenden in Spitälern und im

ambulanten, hausärztlichen und psychotherapeutischen Bereich sicherzustellen.» Wie auch mein Vorredner gesagt hat, es gibt eine Lücke, die gibt es schon ewig, es ist so ein altes Thema, das hatten wir ja schon x-mal hier in diesem Parlament, es wurde sicher schon zwei Mal in der Migranten-Session benannt und als Vorstoss eingereicht. Und dass die Regierung diesen Vorstoss jetzt so entgegennehmen möchte, zeigt ja auch, dass sie erkannt hat, dass diese Lücke besteht und dass man auf irgendeine Art und Weise eine Lösung findet, um das kantonal besser zu machen, als es jetzt gemacht wird.

Denn diese Lücke besteht sehr wohl. Ich kann vielleicht auch noch einmal einen kurzen Ausflug machen. In meiner Zeit, als ich Geschäftsleiter war vom Ausländerdienst Basel-Landschaft, da hatten wir auch einen interkulturellen Dolmetscherdienst. Der war sehr stark beansprucht, das war gut, in den Schulen, bei den Sozialdiensten, das war alles kein Problem, es war normal. Man hat die Dolmetschenden hingeschickt und auch abgerechnet, weil es ja auch wichtig ist, dass die Menschen sich verstehen, und dass man Informationen so übermittelt, dass sie auch dort ankommen, und dass man nicht immer die Kinder mit einbezieht, ist ja wohl hoffentlich auch allen klar.

Was war aber in den Spitälen? Stationär ging es noch, ambulant hatten wir ein Problem. Da wurde auch viel weniger bestellt als zum Beispiel bei den Schulen oder bei den Sozialdiensten, weil die Finanzierung dort nicht geklärt ist und es ist halt bis jetzt nicht geklärt, wir haben oft auf Bundesbern gewartet, es zeigt sich einfach, es geht einfach zu lange. Wir können schon noch warten, bis Bundesbern vielleicht dann trotzdem mal das entweder über das KVG regelt oder auch gar nicht.

Ich glaube, jetzt müssen wir diese Motion überweisen, damit man noch einmal prüft, welche Mittel wir jetzt zur Verfügung stellen können, um das interkulturelle Dolmetschen vor allem im Gesundheitsbereich so zu etablieren und sicherzustellen, dass es auch genutzt wird, dort, wo es Sinn macht. Es wird nicht einfach flächendeckend überall bei jeder Hausarztpraxis, bei jeder Apotheke irgendwie jemand abgestellt, der auf Vorsorge dort wartet, bis jemand kommt. Darum geht es ja gar nicht. Diesen Dienst muss man bestellen, ihn muss man beantragen. Es ist klar, in einem Notfall ist es dann eine andere Situation, aber dort, wo man es planen kann, dort müsste es finanziert werden. Ich denke wirklich, es ist angezeigt, diese Motion nochmals zu überweisen, um einen Schritt weiterzukommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Rednerliste ist erschöpft, somit hat die Motionärin Amina Trevisan das Schlusswort.

Amina Trevisan (SP): Seit meiner Kindheit begleite ich meine Italienisch sprechende Mutter zu Hausärzten oder zum Hausarzt oder ins Spital, um zu dolmetschen. Die Herausforderung dabei war, dass ich als Kind meiner Mutter Diagnosen übersetzen musste, mit denen sich Kinder nicht befassen sollten. Die Frage, was man Kindern inhaltlich zumuten darf und vor allem was nicht, wurde bei mir nicht gestellt. Das Gute daran, ich habe mein Leben lang Feldforschung gemacht und dank meines Studiums wurde ich Expertin für Migration und Gesundheit.

Aber nicht nur Angehörige, sondern auch andere Personen, die nicht dafür ausgebildet sind, werden in der Not ad hoc als Dolmetschende eingesetzt. Gerade kürzlich bekam ich im Spital wieder einmal mit, wie das Reinigungspersonal zum Dolmetschen herbeigezogen wurde, und hier ging es um eine gravierende Krankheit. Das Risiko von Missverständen ist sehr hoch, da das Personal in der Regel keine Schulung in medizinischer Fach-Terminologie hat. Fachlich, rechtlich und ethisch ist der Einsatz von Laien problematisch.

Als mich der Verein Mitstimme im Jahr 2019 anfragte, ob ich die Arbeitsgruppe Migration und Gesundheit inhaltlich beraten und begleiten könne, um sie beim Erarbeiten eines Vorstosses für die Migrant:innensession zu unterstützen, sagte ich sofort zu. Als Sozialwissenschaftlerin, die im Themenbereich Migration und Gesundheit doktoriert und zudem mit ProSalute eine Non-Profit-Organisation gegründet hat, die sich für gesundheitliche Chancengleichheit und einen chancengerechten Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle einsetzt, riet ich sofort zum Thema Dolmetschende im Gesundheitswesen. Wir erarbeiteten einen Anzug, der bereits vor sechs Jahren dem Regierungsrat überwiesen wurde. Letztes Jahr begleitete ich nochmals zusammen mit Fleur Weibel die Arbeitsgruppe der Migrant:innen-Session. Ich schlug erneut vor, das Thema aufzunehmen, da bislang leider wenig passiert war.

Warum sind Dolmetschende im Gesundheitswesen so zentral? Wenn es um die Gesundheit geht, ist eine gute Verständigung von zentraler Bedeutung, das ist selbstverständlich. Vertrauliche und differenzierte Gespräche erleichtern den Zugang zur Ärzteschaft, Psychotherapeut:innen und Pflegefachpersonen und spielen beim Vorbeugen oder Kurieren von Krankheiten und Verletzungen eine wesentliche Rolle. Nicht alle Einwohner:innen unseres Kantons verfügen jedoch über die dazu nötigen Sprachkenntnisse oder können sie diese innert einer nützlichen Frist aneignen.

Für einen chancengerechten Zugang zu medizinischen Leistungen und die Gewährleistung der Aufklärungs- und Informationspflicht braucht es jedoch bei medizinischer Betreuung von Patient:innen mit wenig oder keinen Deutschkenntnissen interkulturell Dolmetschende, um eine Über-, Unter- und Fehlversorgung und vor allem – hier an die Bürgerlichen gerichtet - um unnötige Kosten zu verhindern. Im Kanton Basel-Stadt gibt es somit eine grosse Bevölkerungsgruppe, deren diskriminierungsfreier Zugang zum Gesundheitssystem in Folge Sprachbarrieren nicht in jedem

Fall garantiert werden kann. Damit werden die in der Verfassung verankerten Grundrechte der betroffenen Personen schwerwiegend verletzt.

Dolmetschende und familienunabhängiges Dolmetschen sind sowohl im ambulanten wie im stationären Bereich stark nachgefragt. Zahlreiche Studien, internationale und nationale, belegen seit Jahren die Bedeutung und den Mehrwert von Dolmetschenden im Gesundheitsbereich und insbesondere, ich wiederhole, Kosten werden gespart durch den Einsatz von Dolmetschenden. Durch den Einsatz von Dolmetschen kann das vom WHO und auch vom Bundesamt für Gesundheit angestrebte Ziel der Chancengleichheit im Gesundheitswesen besser erreicht werden. Wichtig ist, es braucht Dolmetschende nicht nur in Spitälern, sondern auch und insbesondere im ambulanten Bereich, in hausärztlichen und psychotherapeutischen Praxen.

Gesundheit ist ein Grundrecht. Dieses Recht darf nicht an Sprachgrenzen scheitern. Die Verantwortung liegt nun bei uns im Parlament. Wir müssen die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit alle Menschen unabhängig von der Sprache eine sichere und qualitativ hochwertige Versorgung erhalten. Sprachmittlung ist kein Luxus, sie ist eine Notwendigkeit, medizinisch, gesellschaftlich und volkswirtschaftlich. Wer hier spart, spart auf Kosten der Sicherheit, der Gesundheit und letztlich auch der Chancengleichheit. Vielen Dank für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sind Sie sich bewusst, dass es in sehr vielen Sprachen schweizweit nur einzelne Dolmetscher gibt und dieses Angebot somit gar nicht flächendeckend für alle angeboten werden kann?

Amina Trevisan (SP): Ich möchte der Regierung nicht vorgeben, wie sie auf der operativen Ebene arbeiten muss, aber es gibt tatsächlich sehr viele migrierte Menschen, die gerne Dolmetschen würden und diese Ausbildung auch schon genossen haben. Ich mache mir da keine Sorgen, dass wir genügend Dolmetschende haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberwerisen.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007158, 17.09.25 17:10:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 58 gegen 40 Stimmen.

34. Motion 10 Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Überarbeitung des Stipendiensystems und Vorschusszahlungen

[17.09.25 17:10:19, 25.5298.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überwiesen.

35. Motion 11 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Erhöhung des Freibetrags für Stipendienbezügerinnen und -bezüger

[17.09.25 17:10:42, 25.5299.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldung eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überwiesen.

36. Anzug 1 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend humanitäre Nothilfe und längerfristige Aufbauhilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza

[17.09.25 17:11:15, 25.5234.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): «Am Morgen des 7. Oktober drangen Terroristen in unser Haus in Be'eri ein. Ich sah, wie sie meine Frau Lian erschossen, meine beiden Töchter Neuja und Jael, 16 und 13 Jahre alt, hatten keine Chance. Sie wurden vor meinen Augen ermordet, meine Familie ausgelöscht in wenigen Minuten.» Das ist die Geschichte von Eli Jarabi aus dem Kibbutz Be'eri, der selbst überlebte, zusehen musste, wie seine Frau und seine beiden Töchter bestialisch ermordet wurden. Er selbst wurde als Geisel verschleppt und erst nach 491 Tagen kam er wieder frei.

Nun fordert heute, fast zwei Jahre nach dem Terroranschlag, Oliver Bolliger, Gelder und eine Partnerschaft für Gaza. Ja, die humanitäre Lage in Gaza ist schwierig, das bestreitet niemand, aber, und das ist entscheidend, dieser Anzug ist leider einseitig, politisch gefährlich und blendet die Realität aus. Die Realität ist, diesen Krieg hat nicht Israel begonnen, sondern die Hamas, ein Terrornetzwerk, das am 7. Oktober unschuldige Zivilisten abgeschlachtet, verschleppt und vergewaltigt hat, eine Organisation, die bis heute die eigene Bevölkerung als Schutzschild missbraucht, Waffen in Schulen und Spitälern versteckt und jede Aussicht auf Frieden torpediert.

Und jetzt sollen wir als Kanton Gelder sprechen, ohne überhaupt zu wissen, wohin diese fliessen? In Gaza gibt es keine funktionierenden staatlichen Strukturen, überall hat die Hamas das Sagen. Jeder Franken, der dorthin fliesst, stärkt indirekt somit auch den Terror. Wollen wir das verantworten? Besonders absurd wird es, wenn im Anzug Bolliger sogar eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Gaza gefordert wird. Warum haben Sie nach dem schrecklichen Angriff der Hamas aus Solidarität nicht auch eine Partnerschaft mit einer Stadt in Israel, beispielsweise mit Tel Aviv, Haifa oder Beersheva, gefordert? Das wäre naheliegender gewesen, immerhin ist Basel die Wiege des Zionismus, Herzl gründete hier den Judenstaat. Wer ernsthaft für Frieden und Demokratie einstehen will, sollte diesen Bezug stärken und nicht die Nähe zu einer Hamas-Hochburg suchen.

Doch genau hier zeigt sich die grassierende europäische, leider oft linke Doppelmoral. Schauen wir aktuell nach Gent. Dort hat das Flanders Festival das Konzert der Münchner Philharmoniker abgesagt, einzig und allein, weil der israelische Stardirigent Lahav Shani am Pult gestanden hätte, ein Künstler, der sich mehrfach für Frieden und Versöhnung ausgesprochen hat und trotzdem abgesagt, ausgeladen, ausgegrenzt wurde, weil er Jude ist. und nicht laut genug gegen seine eigene Regierung Stellung bezogen hat. Das ist, wie es der jüdische Pianist Igor Levit (er ist übrigens Mitglied der Grünen in Deutschland) im deutschen Fernsehen gesagt hat, nichts anderes als klassischer, ekelhafter Antisemitismus.

Und gegen derartige Ausgrenzungen, wie sie nun in Gent passiert sind, sollten wir uns zur Wehr setzen und deshalb auch keine Positionen einnehmen oder übernehmen, die ein israelfeindliches Narrativ fördern. Und das ist leider aus diesem Vorstoss zumindest teilweise herauszuhören. Eine Städtepartnerschaft, wie soll man sich diese vorstellen? Soll dann irgendwann Regierungspräsident Conradin Cramer mit diesem besagten Regenbogen-Pin in den Gaza-Streifen gehen und dort eine Städtepartnerschaft eingehen? Ich halte das für schwierig, gerade wenn man auch sieht, welche Geisteshaltung die Hamas im Gaza-Streifen als immer noch führende Organisation eben hat, wenn es um Gleichberechtigung und Gleichstellung geht.

Und dann auch noch kurz zu seiner weiteren Forderung im Anzug nach Aufnahme von Flüchtlingen. Auch das ist nicht unsere Aufgabe, meine Damen und Herren. Diese Verantwortung liegt in erster Linie bei den Nachbarstaaten, bei Ägypten zum Beispiel, aber selbst Ägypten will diese Flüchtlinge aus dem Gazastreifen nicht aufnehmen. Warum? Weil man genau weiss, dass es hier eben nicht nur um schutzbedürftige Zivilisten geht, sondern es teilweise auch Menschen hat, die von der Terrororganisation Hamas bewusst instrumentalisiert wurden und ein Sicherheitsrisiko für Ägypten darstellen würden.

Darum ist klar, dieser Anzug ist klar abzulehnen. Basel-Stadt hat andere Prioritäten und darf sich nicht zu einer einseitigen antisraelischen Politik hinreissen lassen. Mit der Überweisung dieses Anzuges, welche eine Städtepartnerschaft mit Gaza fordert, setzen wir ein komplett falsches Signal. Das ist aus meiner Sicht absolut unhaltbar, wenn wir heute in diese Region schauen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Beide werden entgegengenommen. Eric Weber stellt die erste Zwischenfrage.

Eric Weber (Fraktionslos): Habe ich das richtig verstanden, Sie sind für Israel und gegen die Palästinenser, und würden Sie Flüchtlinge bei sich aufnehmen?

Joël Thüring (SVP): Ich bin gegen die Terrororganisation Hamas und ich bin dagegen, dass wir in der jetzigen Situation einen solchen Anzug an den Regierungsrat überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat das Wort.

Johannes Sieber (GLP): Sie sagen, der Anzug sei einseitig. Wir haben doch damals auch eine Resolution überwiesen? Damit haben wir doch beide Seiten in Betracht gezogen?

Joël Thüring (SVP): Wir haben eine Resolution überwiesen, weil ein Staat angegriffen wurde und weil bei diesem Angriff viele Hunderte Zivilisten getötet und viele Zivilisten in den Gazastreifen verschleppt wurden. Diese Situation jetzt mit diesem Anzug zu vergleichen, halte ich für etwas weit hergeholt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat noch eine Zwischenfrage.

Johannes Sieber (GLP): Aber es werden jetzt doch auch viele Zivilisten getötet?

Joël Thüring (SVP): Dieses Töten hat unmittelbar ein Ende, wenn die Hamas sämtliche israelischen Geiseln freigibt und sich ergibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ja, es ist bedauerlich und wir haben leider viele Konflikte in dieser Welt, den Krieg in der Ukraine, den Krieg im Nahosten, Bürgerkriege in Äthiopien, Miramar, Sudan, auch in Syrien und weiteren mehr. Die Schweiz leistet entsprechend Hilfe direkt oder via internationale Hilfsorganisationen. Auch Basel-Stadt leistet weltweit Hilfe. Wir haben eben

im Mai die Gelder für die Entwicklungshilfe hier im Saale vervierfacht. Und wie der Motionär auch sagt, wurden schon Nothilfegelder gesprochen.

Es wird also schon einiges gemacht in diesem Bereich. Die FDP möchte eigentlich diesen Weg weitergehen und nicht mit einem Parlamentsentscheid quasi Position in einem Konflikt beziehen und ausgewählte Gruppierungen entsprechend unterstützen und eben vielleicht andere, vielleicht auch in anderen Regionen nicht. Da können wir nicht Hand bieten für dieses Anliegen. Ich bitte Sie, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Die Situation der Zivilbevölkerung im Gazastreifen ist zutiefst besorgniserregend. Internationale Organisationen, darunter die UNO, die WHO und Hilfswerke vor Ort, schlagen seit Monaten Alarm. Es fehlt an allem, was für das Überleben nötig ist. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und sauberem Wasser ist weitgehend zusammengebrochen. Besonders dramatisch ist die Lage für Kinder. Viele von ihnen sind akut unterernährt und ohne Zugang zu medizinischer Hilfe. Seit Juli, also seitdem der Anzug eingereicht wurde, hat sich die Notlage nochmals verschärft. Die israelische Armee hat eine breit angelegte Offensive in Gaza Stadt begonnen. Berichten zufolge wurden ganze Stadtviertel zerstört, grosse Teile der Stadt stehen unter militärischer Kontrolle. Für die Zivilbevölkerung gibt es kaum noch Rückzugsräume, geschweige denn sichere Zonen oder funktionierende Infrastruktur. Seit gestern hat sich die Situation für die Zivilbevölkerung nochmals zugespitzt.

Die Berichte, die uns erreichen, sind für uns alle schwer zu ertragen. Überfüllte Notunterkünfte, zerstörte Spitäler, mangelnde Hygiene und eine anhaltende Blockade, die dringend benötigte Hilfsgüter kaum durchlässt. Das sind keine abstrakten Zahlen, es geht um reale Menschen, viele von ihnen Kinder, die schlichtweg verhungern oder an behandelbaren Krankheiten sterben.

Natürlich kann unser Kanton Basel-Stadt diese Krise nicht lösen, aber das entbindet uns nicht von der Frage, was wir in unserem Rahmen tun können, als Teil eines Staates mit humanitärer Tradition und als Gesellschaft, der das Leben von Menschen nicht gleichgültig sein darf. Ich bitte Sie daher, die vorliegenden Anregungen in Form eines Anzugs zu unterstützen, nicht aus politischer Haltung, sondern aus einer grundsätzlichen Verantwortung heraus. Es geht hier nicht um Schuldzuweisungen, sondern um konkrete Hilfe für eine notleidende Bevölkerung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Julia Baumgartner.

Julia Baumgartner (SP): Seit Monaten erreichen uns praktisch täglich Nachrichten von getöteten Zivilpersonen, von schwer verletzten Menschen, zerstörten Spitälern, Wohnquartieren, Berichte vom erschwerten Zugang zu Hilfsgütern, von Menschen, die um ihr Leben ringen, von Familien, die nichts mehr zu essen haben, Kindern, die am Verhungern sind. Mit Selbstverteidigung hat dies längst nichts mehr zu tun. Es ist ein klarer Bruch des Völkerrechts, es ist ein humanitäres Versagen. Im gestern veröffentlichten Bericht hat auch die Untersuchungskommission des UNO-Menschenrechtsrats festgestellt, dass es sich um einen Völkermord handelt, und auch Omer Bartov, weltweit einer der führenden Holocaust-Forscher, gelangt zu dieser Einschätzung.

Diese Situation macht wütend über diesen menschenverachtenden Krieg und gleichzeitig macht sie auch ohnmächtig. Für uns von der SP-Fraktion ist klar, wir dürfen nicht wegschauen, wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen, Frauen, Männer, Kinder, ganze Familien leiden, verhungern, getötet werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass die internationale Gemeinschaft schweigt, während die humanitäre Katastrophe täglich schlimmer wird.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dieser Anzug ist ein wichtiges Zeichen, ein Zeichen, dass wir als Kanton Basel-Stadt Menschen in Not nicht alleine lassen, dass wir unserer humanitären Tradition nachkommen und bereit sind, finanzielle Leistungen zur unmittelbaren Unterstützung der Zivilbevölkerung in Gaza zu prüfen, für Nahrung, medizinische Versorgung und Schutz, und zum Wiederaufbau von Infrastruktur, sobald es die Situation zulässt. Wir zeigen damit, auch als Kanton können wir unseren Beitrag leisten, um Überleben zu sichern und Leid zu lindern. Besten Dank für die Überweisung dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Es wurden schon einige Gründe genannt, warum dieser Anzug nicht überwiesen werden sollte. Ich füge weitere drei Gründe hinzu, die gegen die Überweisung sprechen, zum Teil wurden sie auch schon genannt.

Erstens ist der Vorstoss kantonal auf der falschen Ebene angesiedelt. Aussenpolitik ist Bundesangelegenheit. Wenn dennoch solche Vorstösse eingereicht werden, dann geht es um Symbolpolitik und darum, die Empörung über diesen Konflikt in die letzten Ecken der Welt zu tragen. Ich würde mir für vergleichbare Kriegsschauplätze in dieser Welt manchmal eine ähnliche Dauerempörung wünschen. Daniel Seiler hat schon einige genannt, Bergkarabach, Darfur, Sudan und so weiter. Dort schweigen wir, wir könnten dauernd solche Anzüge einreichen und Partnerschaften mit Städten und Ländern beantragen, das führt zu nichts.

Zweiter Grund, es geht eigentlich darum, anti-israelische oder israelfeindliche Narrative zu transportieren. Sie haben das ganze Vokabular, das hier verwendet wird, in diesem Anzug wiedergegeben. Das Dumme ist nur, die Vorwürfe stimmen in dieser Absolutheit nicht. Sie stammen aus der Propagandaabteilung der Hamas und werden weltweit leider ungefiltert als angebliche Wahrheiten verbreitet. Die Situation ist viel differenzierter. Im Gegensatz zum Anzugsteller masse ich mir nicht an, die Situation vor Ort in dieser Klarheit zu kennen und zu benennen und würde auch nicht einfach das Narrativ einer Kriegspartei übernehmen. Erstaunt bin ich auch immer wieder über die Widersprüchlichkeit, welche zum Beispiel die BastA für ihre unterschiedlichen Anliegen zu ertragen bereit ist, etwa den Widerspruch zur vorherigen Vorlage, wenn die MCH-Anteile wegen des Engagements in Qatar verkauft werden sollen. Qatar wurde kritisiert, weil die Scharia dort die Hauptquelle der Gesetzgebung ist. Ich finde das auch nicht gut, nichts anderes aber als ein solches ist die Hamas in Gaza. Die Scharia gilt auch unter der Hamas und wenn ich jeweils den Slogan «Queers for Palestine» sehe, frage ich mich, wie lange genau die Überlebenszeit solcher Aktivist:innen in Gaza betragen würde. Die Hamas ist eine menschenverachtende Gruppierung, deren erklärtes Ziel die Vernichtung des Staates Israel ist. Seit Jahren nimmt die Hamas die Bevölkerung von Gaza in Geiselhaft und missbraucht sie als menschliche Schutzschilde. Der Kampf der israelischen Armee gilt dieser Gruppierung, welche mit dem Massaker vom 7. Oktober ihre hässlichste Fratze gezeigt hat. Dazu gehört auch die Geiselnahme unschuldiger israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Sehen Sie, Joël Thüring hat es bereits gesagt, es wäre ganz einfach, die Hamas müsste lediglich die Geiseln freigeben und sich entwaffnen lassen und der Krieg wäre zu Ende. Und darum, auch aus diesem Grund, keine Überweisung des Anzugs.

Der dritte Punkt ist, solche Anzüge fördern den grassierenden Antisemitismus. Judenhass und die Verfolgung von jüdischen Menschen sind weltweit wieder salonfähig geworden. Die Hetze und die gewaltsamen Übergriffe auf die jüdische Gemeinschaft nehmen weltweit zu. Das Schutzbedürfnis der israelitischen Gemeinde zum Beispiel auch in dieser Stadt ist diesem Parlament hinlänglich bekannt und es wird nicht besser. Natürlich kommt nun der übliche Einwand, dass man unterscheiden müsse zwischen der Regierung des Staates Israel und der weltweiten jüdischen Gemeinschaft, aber glauben Sie mir, viele Menschen sind zu einer solchen Differenzierung nicht in der Lage und das wird bewusst ausgenutzt, wenn solche Propaganda verbreitet wird. Darum tragen Vorstösse wie dieser zum sich verschlechternden Klima gegenüber unseren jüdischen Mitmenschen nicht unwesentlich bei.

Persönlich fände ich es begrüssenswert, wenn den Anzugstellenden auch diese Art von Klimawandel ernsthafte Sorgen bereiten würde. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, leider. Darum bitte ich Sie um Nichtüberweisung dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Johannes Sieber und Daniel Gmür. Sie werden entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Sie spielen die Symbolpolitik so ein bisschen herunter. Ist es denn nicht so, dass wir eine Resolution verabschiedet haben nach dem 7. Oktober, nach diesem tragischen Überfall auf Israel und damit auch Symbolpolitik betrieben haben, und ist es nicht auch richtig jetzt die Opfer auf der anderen Seite ins Rampenlicht zu stellen?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ich glaube, diese Frage wurde schon beantwortet. Der Angriff kam von der Hamas und ich bin gegen jegliche Art von Täter-Opfer-Umkehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Daniel Gmür hat das Wort.

Daniel Gmür (SP): Daniel Seiler und Joël Thüring, wünschen sich mehr für andere Regionen, wenn ich das richtig verstanden habe. Um ehrlich zu sein, da müssen Sie in den linken Fraktionen am wenigsten lange nach Verbündeten suchen. Verstehe ich das Argument richtig? Weil wir nicht überall gleichzeitig helfen wollen, helfen wir nirgends?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Nein, das wurde falsch verstanden. Sagen wollte ich, dass zwischen verschiedenen Konflikten eben differenziert wird und gewisse Konflikte kein Thema sind, obwohl sie genauso skandalös sind. Man sollte nicht hier überweisen, sondern entweder gar keine oder dann konsequent sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich habe kein Votum vorbereitet für diese Debatte, den ich wollte mir die Diskussion hier im Grossen Rat anschauen und darauf reagieren, je nachdem wie die Diskussion hier verläuft und ich kann Ihnen sagen, ich bin noch erschütterter als angesichts dessen, womit ich gerechnet habe.

Die Argumentation, die hier vorgebracht wird von den Kollegen Joël Thüring und Daniel Albiet finde ich wirklich schwierig und unerträglich. Ich kann Sie daran erinnern, dass wir alle Ihre Vorstösse im Zusammenhang mit dem Übergriff der Hamas auf Israel, der entsetzlich war, der schrecklich war, der in jeder Art und Weise zu verurteilen war, mitgetragen haben. Wir tragen alle Vorstösse mit, die sich der Bekämpfung von Antisemitismus hier in der Schweiz und in Europa widmen. Was Sie jetzt heute hier machen, was Sie in Ihren Voten gesagt haben, übersteigt meine Vorstellungskraft, ganz ehrlich. Und ich hätte nie gedacht, dass ich in diesem Parlament mal an diesen Punkt komme, dass Sie, Joël Thüring, sagen, die humanitäre Lage im Gazastreifen sei «schwierig». Schämen Sie sich! Schämen Sie sich! Schämen Sie sich!

Es geht hier in diesem Anzug darum, humanitäre Hilfe, Gelder für humanitäre Hilfe zu beantragen. Wir können über alle anderen Punkte in diesem Papier diskutieren, es geht darum, jetzt humanitäre Hilfe zu leisten. Heute berichtete die Zeitung vom Einmarsch der israelischen Truppen in den Gazastreifen nach einem halben Jahr, und ich kann Ihnen sagen, das hat mit Hamas-Propaganda gar nichts zu tun. Ich schaue mir diese Berichte der Hilfsorganisationen an, das sind Leute vor Ort, das sind Ärzt:innen und Schweizer Ärzt:innen, die dann wieder berichten, was im Gazastreifen läuft, und was Sie hier machen, ist diesem Parlament unwürdig.

Ich kann das so nicht stehen lassen und ich beantrage im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dass Sie gefälligst diesen Antrag jetzt auch überweisen, so wie wir alle anderen Anzüge in diesem Konflikt auch überwiesen haben und hören Sie auf, uns vorzuwerfen, dass wir hier die Partei ergreifen würden. Es ist unerträglich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Daniel Gmür ist nächster Sprecher.

Daniel Gmür (SP): Es wird ein bisschen unsortiert, weil ich ganz ehrlich sagen muss, dass ich in ähnlicher Weise nicht ganz verstehe, wie diese Voten hier überhaupt zustande kommen können. Der Vergleich zur MCH-Gruppe, also bitte, es geht bei der MCH-Gruppe nicht um humanitäre Nothilfe, es geht dort nicht auch nur im Ansatz um das, was dieser Anzug hier verlangt. Ich wiederhole, was ich davor schon verlangt habe: Möchten Sie in Qatar Nothilfe leisten, suchen Sie bei den Anzugsunterzeichneten am wenigsten lange nach Verbündeten. Machen Sie doch diese Vorstösse zu den anderen Konfliktregionen, geschätzte Ratskolleg:innen, die hier uns vorwerfen, dass wir uns nicht um alle Konfliktregionen kümmern. Auch hier, Sie suchen bei den Anzugsunterzeichneten am wenigsten lange nach Verbündeten. Bei den Rednern werden Sie sehr lange die Zähne ausbeissen, bis sie dort eine Unterstützung bekommen.

Entgegen Ihrer Fraktionen tragen wir mit allen Mitteln gegen Antisemitismus bei. Es geht, sehr geehrter Herr Kollege, nicht um die Hamas, es geht hier um die Zivilbevölkerung in Gaza, ein unbestritten, fast komplett zerstörter Landstreifen zum jetzigen Zeitpunkt. Es geht heute nicht um diese sehr schwer zu ertragenden Voten zur Schuldzuweisung, wer hat was zuerst gemacht, welches Datum in diesen mehreren Dekaden einer Auseinandersetzung war denn der ausschlaggebende Zeitpunkt dieses Konflikts. Darum geht es hier nicht. Es geht nicht darum, ob wir Geld und Unterstützung entweder an die israelische Regierung oder an die Hamas senden. Herr Kollege, Sie wissen genau, dass ich Sie anspreche. Es geht hier einzig und allein um die Unterstützung der Zivilbevölkerung. Und wenn es die Hamas nicht mehr gibt und wenn der Konflikt weg ist, ist es immer noch ein zerstörter Landstreifen, ist es immer noch ein Landstreifen, in dem die meisten Personen in desolaten Zuständen hungern, ihr Zuhause verloren haben, mehrfach vertrieben wurden von der einen Stadt in die nächste und so weiter.

Und es geht hier einzig und allein darum, zu prüfen, wie wir dort unterstützen können. Die Regierung kann sehr gerne ihre Inputs, dass sie sagt, ja vielleicht so, vielleicht so nicht. Aber es geht darum, zu prüfen, wie wir helfen können, und ich hoffe, hier drin möchte niemand infrage stellen, wie die Situation in Gaza im Moment ausschaut. Es geht einzig und allein darum, zu prüfen, wie wir der Zivilbevölkerung helfen können. Ich werde diese Aussage noch so oft machen, bis Sie aufhören, die Augen zu verdrehen. Es geht nur um die Zivilbevölkerung, und wenn es die Hamas nicht mehr gibt, gibt es die Zivilbevölkerung immer noch und der geht es immer noch schlecht und es ist immer noch zu prüfen, wie wir helfen können. Besten Dank für die Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich erlaube mir, ein paar Hinweise zu geben, und zwar Daniel Albietz und Joël Thüring. Ich glaube, es gibt ein paar Punkte, die vielleicht noch richtiggestellt werden sollten. Zuerst an die Adresse von Daniel Albietz. Sie haben gesagt, der Kanton habe keine Aufgabe in diesem Bereich. Vielleicht erinnern Sie sich, wir haben im Juni ein entsprechendes Gesetz geschaffen, der Kanton hatte schon vorher eine solche Aufgabe und der Kanton hat vor allem dann auch in der humanitären Hilfe – und ich denke, wenn der Kanton etwas machen würde, wäre es im Bereich der humanitären Hilfe –, hat der Kanton schon sehr lange Aufgaben, haben auch die Gemeinden Aufgabe, die Gemeinde Riehen, vielleicht kennen Sie diese, auch die betreibt in diesem Sinne Aussenpolitik. Vielleicht überdenken Sie das noch einmal.

Dann haben Sie den Punkt der Freilassung der Geiseln genannt. Ich denke, das hätte ich vielleicht sogar noch unterschrieben vor zwei oder drei Wochen, aber wir müssen heute konstatieren, dass die Verhandlungslösung, die eigentlich auf dem Tisch lag, zerstört wurde, weil in Qatar (da schliesst sich vielleicht jetzt wieder der Kreis) die genannten Personen, die das verhandeln hätten sollen, alle ausgeschaltet wurden. Das kann man okay finden, dass das passiert, weil es sich um Terroristen handelt, aber realpolitisch hat es dazu geführt, dass es keine Verhandlungslösung mehr gibt und dass diese 20 Geiseln, diese Personen, die noch leben, jetzt nicht freikommen.

Dann zu Joël Thüring: Sie haben ja schon das Beispiel genannt aus dieser Siedlung in der Nähe von Gaza. Und vielleicht nehme ich Sie mit, ich war auch mal in einer solchen Siedlung, wahrscheinlich wie Sie, als Sie mit diesen Familien gesprochen haben, und das war sehr eindrücklich, das war gerade oberhalb von Gaza und mit Blick auf diese Stadt und Sie sind dort dauernd ausgesetzt, den Raketenangriffen oder den potenziellen Raketenangriffen, sie müssen innert Sekunden irgendwohin fliehen. Und auch dort sind Menschen gestorben. Eine sehr bekannte Person, die wir dort kennenlernen durften, die sich sehr lange schon mit diesem Konflikt auseinandersetzt, auch sie wurde Opfer des Angriffs. Sie hat überlebt. Aber sie, und das ist doch der Punkt, sie wie ganz viele andere, die jemanden verloren haben aufgrund dieser schrecklichen Attacke, fordert schon lange eine sofortige diplomatische Lösung, dass nämlich die Geiseln freikommen. Das ist das Wichtigste.

Jetzt einfach noch zum Anzug. Dazu haben Sie auch ein paar Dinge gesagt. Also vielleicht zuerst einmal die Flüchtlinge. Es stimmt einfach nicht, und das kann man hier nicht so stehen lassen, dass Ägypten keine Flüchtlinge aufnehmen will, weil es irgendwie zu viele Terroristen dort hatte, sondern die ägyptische Regierung, das sagt sie schon sehr lange, will keine Flüchtlinge aufnehmen (und das können sie in allen Verlautbarungen der ägyptischen Regierung lesen, die ich nicht die demokratischste finde), denn sie will kein Präjudiz für die Vertreibung schaffen. Das ist der Grund und nicht irgendwelche Angst vor Terroristen. Das ist der Hauptgrund, warum auch andere Länder keine Flüchtlinge mehr aufnehmen wollen.

Dann haben Sie zwei Punkte angesprochen. Wohin diese Gelder fliessen? Jeder Franken fliesst in den Terrorismus, sagen Sie. Waren Sie schon einmal in Gaza, haben Sie schon einmal mit dem Roten Kreuz gesprochen oder mit irgendjemandem? Nein, also wenn Sie schon einmal dort waren, wenn Sie sich mit den Personen dort ausgetauscht haben, die das auf den Boden bringen, die machen das. Gaza, das ist nicht wie Afghanistan, das ist ein Gefängnis für diese Menschen. Die können dort nicht raus und nicht rein, sie sind völlig abhängig. Und dann sind sie noch in einem zweiten Gefängnis, nämlich im Gefängnis der Hamas. Und deswegen ist die humanitäre Hilfe so extrem wichtig, weil die Menschen davon abhängen, dass die Welt draussen ihnen hilft über die Runden zu kommen, weil sonst funktioniert das Ganze nicht. Und deshalb ist es auch so wichtig, dass eine Stadt wie Basel, es kann auch Riehen sein von mir aus, die humanitäre Hilfe dort unterstützt. Und glauben Sie mir, das Rote Kreuz weiss, wie die Compliance geht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Albietz. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Können Sie mir sagen, weshalb über die Freilassung von Geiseln überhaupt verhandelt werden muss und dafür Bedingungen gestellt werden dürfen?

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Weil das die traurige Realität ist, wenn man sich mit Terroristen auseinandersetzen muss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Auch mir ist es so gegangen wie einer Vorrednerin, ich habe eigentlich kein Votum vorbereitet. Ich bin sehr erstaunt über einen Punkt, und zwar, dass das Präsidium nicht unterbrochen hat bei der Aussage, dass man sich schämen müsse, die wohl vor allem an Joël Thüring und Daniel Albietz gerichtet war. Das war für mich ein klarer persönlicher Angriff. Ich habe ein gewisses Verständnis für Emotionen, es ist ein emotionales Thema, aber es gibt für mich auch Grenzen im Umgang mit anderen Ratskolleginnen und Ratskollegen. Das ist für mich mein Hauptpunkt. Ich wünsche mir, dass ein anderes Mal etwas gesagt wird vom Präsidium.

Vielleicht kurz noch zum Anzug. Ich kann das Anliegen nachvollziehen, aber auch für mich ist es eine Frage des Zeitpunktes. Solange nicht geklärt ist, wie es sich politisch weiterentwickelt im Gazastreifen, macht es für mich keinen Sinn, jetzt als Kanton humanitäre Hilfe zu leisten oder eine Städtepartnerschaft einzugehen.

So empfehle ich Ihnen, den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich möchte das Ganze jetzt doch noch etwas rational einordnen. Wir, die SVP-Fraktion, aber auch andere Fraktionen haben nach dem 7. Oktober, aber auch schon vorher, diverse Vorstösse eingereicht, weil der Hass auf den Strassen in Europa gegen Juden explodiert ist. Der grässliche Antisemitismus hat sich seit dem 7. Oktober in ganz Europa vermehrt, und deshalb habe ich auch eine Resolution eingereicht und deshalb sind auch verschiedene Vorstösse überwiesen worden von unterschiedlichen Fraktionen.

Wir, die SVP-Fraktion, haben auch eine Motion von Fleur Weibel bei der Zweitüberweisung als Anzug überwiesen, in der es darum ging, generell gegen Rassismus vorzugehen. Wir haben auch einen Vorstoss von Barbara Heer unterstützt, in dem es darum gegangen ist, dass wir den religiösen Frieden in unserem Kanton fordern. Diese Vorstösse sind direkt miteinander vergleichbar. Dieser Vorstoss, der hier vorliegt, ist nicht damit vergleichbar.

Oliver Thommen hat vorhin gesagt, dass wir im Frühjahr zur Entwicklungsinitiative einen Gegenvorschlag verabschiedet haben. Dort ging es darum, ob wir der Regierung Kompetenz zuweisen oder ob wir weitere Kompetenzen bei der Entwicklung haben. Wir haben das diskutiert, und wir sind zum Entschluss gekommen, dass die Regierung bei der Entwicklungshilfe, bei der humanitären Hilfe mehr Kompetenz haben soll. Deshalb hinkt auch hier dieser Vorstoss, wenn wir dann ein paar Monate später wieder sagen, wir als Grosser Rat wollen jetzt wieder sagen, welche Entwicklungshilfe wir wohin geben. Das ist auch der Punkt, den Daniel Albietz berechtigt angesprochen hat.

Und dann komme ich noch zum Inhalt dieser Motion. Sie drehen jetzt auf der linken Seite den Inhalt dieser Motion so, als ginge es nur um die humanitäre Hilfe. Lesen Sie noch einmal den ganzen Anzug. Sie fordern eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Gaza, und da frage ich mich schon, wie stellen Sie sich das denn vor? Sollen wir mit einer Stadt aktuell in Gaza eine Städtepartnerschaft eingehen, in der die Hamas nach wie vor regiert? Ich kann Ihnen sagen, wenn es eines Tages die Hamas nicht mehr geben sollte und wir Aufbauarbeit in Gaza leisten sollen, dann bin ich sogar dafür, dass der Regierungsrat im Rahmen seiner Kompetenz dies leistet. Ja, selbstverständlich auch im Sinne der Zivilbevölkerung, aber aktuell regiert dort die Hamas, eine Terrororganisation, mit der man keine Vereinbarung machen kann. Das ist die Realität und diese Realität verstecken sie hier. Weil sie es auch in diesem Anzug fordern und jetzt so tun, als ginge es nur um humanitäre Hilfe.

Humanitäre Hilfe kann man prüfen, der Regierungsrat hat die Kompetenz, aber mehr, eine Städtepartnerschaft, ist aktuell bei dieser Terrororganisation nicht möglich. Und deshalb sind wir gegen diesen Anzug und es hat nichts damit zu tun, dass wir irgendwelche Anzüge nicht unterstützt haben, ich habe es vorher erwähnt. Und das sollte man einfach auch noch erwähnen und das wollte ich hier einfach auch noch einbringen, damit diese Argumentation auch noch eingebracht wird. Und ja, ich nehme die Zwischenfrage an.

Johannes Sieber (GLP): Sie haben mal von Motion gesprochen, dann haben haben Sie doch noch gemerkt, dass es ein Anzug ist. Darauf wollte ich Sie aufmerksam machen. Wenn Sie dafür sind, dass man das irgendwann mal angehen könnte oder sollte, dann wäre doch ein Anzug genau das richtige Instrument, das anzuregen, dass wenn es denn mal möglich wäre, man das auch tun könnte. Dann sollten Sie das doch eigentlich unterstützen?

Pascal Messerli (SVP): Noch einmal: Der Regierungsrat hat die Kompetenz für humanitäre Hilfe, aber eine Städtepartnerschaft zum aktuellen Zeitpunkt ist nicht realistisch, solange die Hamas als Terrororganisation regiert, und das kam in dieser Diskussion massiv zu kurz.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Daniel Gmür stellt die nächste Zwischenfrage.

Daniel Gmür (SP): Ich danke Ihnen für den Versuch, die Diskussion ein bisschen zu versachlichen. Aufgrund unserer beruflichen Gemeinsamkeit kann ich Ihnen sagen, es lohnt sich manchmal, beim Wortlaut zu beginnen. Sie haben gesagt, es wird eine Städtepartnerschaft in Gaza gefordert. Ich lese Ihnen gerne vor, «ob eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Gaza oder in den palästinensischen Gebieten eingegangen werden kann». Es geht darum, das zu prüfen und wir alle hoffen, dass dieser Konflikt bald vorbei ist. Glauben Sie nicht, dass jetzt der Moment wäre, die Prüfung zu beginnen?

Pascal Messerli (SVP): Nein, ich bin nicht der Meinung, dass man aktuell Verbindungen mit der Hamas prüfen soll.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Daniel Gmür möchte noch eine Zwischenfrage stellen.

Daniel Gmür (SP): Was wäre, wenn eine Prüfung ergeben würde, dass es in den anderen palästinensischen Gebieten ohne Zusammenarbeit mit der Hamas möglich wäre?

Pascal Messerli (SVP): Es steht «mit einer Stadt in Gaza» und dort regiert die Hamas. Und jetzt nehme ich keine weiteren Zwischenfragen mehr an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dann hat jetzt Oliver Thommen das Wort.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich habe keine Zwischenfrage gestellt, ich möchte einfach darauf hinweisen, dass wir es hier mit einem Anzug zu tun haben, und wenn wir etwas nicht erwähnen in der Debatte, dann geben wir dem Regierungsrat ja mit, dass uns das nicht wichtig ist. Und Sie haben Recht, eine Städtepartnerschaft ist illusorisch in Gaza über Jahre hinaus, vielleicht sogar Jahrzehnte. Sie müssen sich vorstellen, 800’000 Tonnen Bauschutt, die schon nur irgendwie wegkommen müssen. Wie lange wird das gehen? Also das ist komplett illusorisch. Wenn Sie den Anzug richtig gelesen haben, steht auch noch «in den palästinensischen Gebieten», das würde quasi die Westbank und noch anderes einschliessen. Ich würde das nicht erwähnen, ich finde es nicht relevant zu prüfen, weil es nicht realistisch ist, das umzusetzen. Das ist aber nur ein Punkt. Es gibt viele sehr gute Punkte, die der Regierungsrat hier prüfen kann, was kann Basel-Stadt als Kanton hier machen. Ich denke, die humanitäre Hilfe ist das Einfachste, das Direkteste und vor allem das, das bei den Menschen, die jetzt leiden, einfach direkt ankommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Sie haben mich erwischt, meine dritte Zwischenfrage wäre keine Frage gewesen, ich wollte nochmals darauf hinweisen: Es steht im Wortlaut «andere palästinensische Gebiete», da gibt es keinen Interpretationsspielraum, ich verstehe nicht, was Sie meinen.

Es ist doch geradezu der Normalfall, dass humanitäre Nothilfe in einem Gebiet geleistet wird, wo mindestens teilweise totalitäre Regimes herrschen. Man kann doch nicht ein totalitäres Regime als Grund gegen humanitäre Nothilfe einbringen. Lassen Sie uns nicht die Personen im Stich lassen, die unter einem totalitären Regime leiden. Danke für die Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Warum steht dann im Anzug zuerst der Wortlaut «Stadt Gaza», wenn Sie das plötzlich absolut unrealistisch finden?

Daniel Gmür (SP): Ich finde es nicht unrealistisch, ich möchte es geprüft haben.

Y>aWBalz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zum Anzugsteller Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich bedanke mich für die Debatte, muss aber auch noch etwas loswerden. Ich verwehre mich gegen den Vorwurf von Joël Thüring und Daniel Albietz, die mir indirekt und offensichtlich irgendwie eine Sympathie zur Hamas und Antisemitismus unterstellen. Ich finde das eine absolute Frechheit und ich hätte mir hier auch gewünscht, dass etwas gesagt worden wäre, aber es ist ja nicht immer so einfach in einer solchen Debatte.

Es fehlen mir auch ein bisschen die Worte, dass dieser Anzug bekämpft wird. Ich kann Ihnen vielleicht noch einmal sagen, was wirklich der Grund war, dass ich diesen Anzug geschrieben habe: Weil ich das Leid der Menschen, die in einer Kriegssituation sind und da nicht mehr herauskommen, nicht mehr ertragen kann, dass man da nichts machen kann, diese Ohnmacht zu spüren und politisch einfach wegzuschweigen, das war der Grund für diesen Anzug. Es geht um die Zivilbevölkerung und um die Reduzierung des Leidens, indem Basel-Stadt vielleicht etwas machen kann, wenn es dann möglich wäre.

Eigentlich fehlen mir die Worte und jedes Wort ist aufgrund der aktuellen katastrophalen Situation sowieso zu wenig. Auch emotional bin ich nicht mehr in der Lage, dieses grosse Leid zu erfassen, es übersteigt meine Möglichkeiten und ich gehe davon aus, dass es anderen auch so geht, ich hoffe es eigentlich, dass es anderen auch so geht.

Seit der Einreichung des Vorstosses hat sich die Lage in Gaza und in der gesamten Region – das betrifft auch die Menschen, die in Israel leben, also einfach um es einmal zu sagen, die sind auch von diesem Konflikt betroffen – leider nochmals massiv verschlimmert. Wir kommen dies täglich in den Nachrichten mit. Vor ein paar Tagen hat die israelische Armee durch eine erneut breit angelegte Offensive auf die Gaza-Stadt die Situation noch einmal verschärft. Die menschliche Tragödie und das bestehende Leid für Tausende von Menschen wird sich noch weiter verschärfen. Wohin sollen denn die Menschen mit ihrem wenigen Hab und Gut denn eigentlich noch hin? Gaza ist, wie Oliver Thommen schon gesagt, vollständig zerstört, ein menschenwürdiges Leben ist dort nicht mehr möglich.

Vieles ist jetzt gerade auch politisch in Bewegung gekommen. Wie auch schon erwähnt, eine unabhängige Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats hat den Vorwurf des Völkermords in Gaza gegenüber der israelischen Regierung zumindest benannt. Die EU-Kommission hat heute die Aussetzung des Freihandelsabkommens wegen des Krieges in Gaza in Erwägung gezogen, und heute hat Papst Leo seine tiefe Nähe zum palästinensischen Volk in Gaza bekundet und an die uneingeschränkte Achtung des humanitären Völkerrechts appelliert. Ich bin überzeugt, dass der Krieg in Gaza und das Leid der Bevölkerung vielen Menschen hier in Basel und weltweit grosse Sorgen bereitet und besonders junge Menschen ohnmächtig zurücklässt. Das Vertrauen in die Politik und die Regierung sinken auch wegen der Untätigkeit und des stillen Hinnehmens dieser menschlichen Tragödie.

Dieser Anzug, das ist mir schon klar, wird den Krieg nicht beenden, aber irgendwann endet jeder Krieg. Und dann wünsche ich mir einen Basel, welches mit seinem Reichtum einen tragenden und grosszügigen Beitrag leistet, um die humanitäre Nothilfe über die UN-Organisationen, das Rote Kreuz, das Evangelische Hilfswerk zum Beispiel der HEKS, sicherzustellen und den Wiederaufbau in Gaza mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Und falls wir dann in Zukunft, ja, das ist vielleicht sehr weit weg, mit einer Städtepartnerschaft in Gaza oder in den Palästinensischen Gebieten unsere Verbundenheit zu den Menschen vor Ort und das Zusammenleben aller Menschen dieser Region, unabhängig ihrer Religion und ihrer Nationalität, zum Ausdruck bringen können, dann wäre das ein sehr grosses menschliches Wort und dem Humanismus unserer Stadt auch würdig. Und dass das geht, habe ich schon gesehen, auch in Köln gibt es diese Städtepartnerschaft schon lange, wieso sollte es also in Zukunft nicht auch in Basel möglich sein? Ich danke für die Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 34 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007162, 17.09.25 17:57:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 56 gegen 34 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

37. Anzug 2 Eric Weber betreffend Verbesserung der Regierungsrats-Wahlen

[17.09.25 17:57:24, 25.5253.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Der Anzugsteller hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe die Ehre des letzten Wortes, von Gaza nach Belarus, wir sind international. Der Anzug hat es in sich, denn ich habe vieles gelernt. Ich war am 26. Januar offizieller Vertreter der Schweiz, zusammen mit einem anderen SVP-Kantonsrat, bei der Präsidentschaftswahl in Belarus. Ich habe den Ausweis als Wahlbeobachter bekommen.

Was habe ich konkret gelernt? Bei den Wahlen kann man gegen alle Kandidaten wählen. Genau das möchte ich in der Schweiz auch einführen, denn dann sind diese Stimmen auch gültig. Sie dürfen den Medien nicht glauben. Ich bitte Sie, sich genau zu überlegen, wie Sie stimmen. Es geht nicht um Wahlfälschung, es geht um eine freie Wahl. In meinem Anzugstext steht das Grundanliegen: Wählen gegen alle. Und das möchte ich auch in Basel. Dann wären auch nicht mehr so viele Stimmen ungültig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 70 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007164, 17.09.25 18:00:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 70 gegen eine Stimme.

38. Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend offene Wettbewerbe und Nachwuchsförderung für die Architekturstadt Basel

[17.09.25 18:00:19, 25.5257.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Schluss der 27. Sitzung

18:01 Uhr

Protokoll

der 28. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 24. September 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Hanna Bay (SP), Leonie Bolz (SP), Stefan Wittlin (SP), Fina Girard (Grüne/jgb), Lea Wirz (Grüne/jgb), Brigitte Gysin (die Mitte/EVP), Jenny Schweizer (SVP), Franziska Roth (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

39. Anzug 4 Joël Thüring und Lukas Faesch betreffend Spalen-Post muss bleiben! 2
40. Anzug 5 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend mehr ESC-Groove in der Basler Verwaltung .. 4
41. Anzug 6 Stefan Suter und Konsorten betreffend Rekursfrist 5
42. Anzug 7 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Immersionsunterricht als Chance - Landessprachen F/I an Mittelschulen stärken 5
43. Anzug 8 Catherine Alioth und Konsorten betreffend Digitalisierung des Antrags auf Stipendien und Erhebung einer umfassenden Statistik 5
44. Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Zwischenbericht des RR 5
45. Anzug Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit, Schreiben des RR 6
46. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Bericht des RR 10
47. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus, Stellungnahme des RR 11
48. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Zwischenbericht des RR 19
49. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Zwischenbericht des RR 27
50. Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Zwischenbericht des RR 29
51. Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Honoraranpassungen für Gerichtsdolmetschern, Schreiben des RR 33
52. Motion der Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung, Zwischenbericht des RR 33
53. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Gestaltung von nachhaltig erfolgreichen Matching - Prozessen zwischen Jugendlichen und Lehrbetrieben in der Berufslehre, Stellungnahme des RR 35

Beginn der 28. Sitzung

Mittwoch, 24. September 2025, 09:00 Uhr

39. Anzug 4 Joël Thüring und Lukas Faesch betreffend Spalen-Post muss bleiben!

[24.09.25 09:00:31, 25.5283.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Morgensitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Wir haben von der Polizei die Information erhalten, dass heute gegen Abend eine unbewilligte Demonstration auf dem Marktplatz stattfinden wird. Aus diesem Grund haben wir entschieden, den Rathausinnenhof und die Zuschauendentribüne ab 15 Uhr geschlossen zu halten. Für die Nachmittagssitzung ist es nicht möglich, die Fahrräder unten im Hof zu parkieren. Heute Abend nach der Sitzung werden wir das Haus via Martinsgasse verlassen müssen. Dies aus dem Grund, dass wir verhindern wollen, was wir letztes Jahr im November hatten, als es zu unliebsamen Konfrontationen zwischen Demonstrierenden und Grossratsmitgliedern kam.

Dies waren meine Mitteilungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Mir ist absolut bewusst, dass die Schliessungen von Poststellen und Postfilialen eine durchaus emotionale Komponente haben. Ich erinnere mich noch lebhaft an die Behandlung der diversen Vorstösse hier in diesem Gremium, als es vor ein paar Jahren um die Schliessung notabene der Hauptpost hier gleich um die Ecke ging. Damals hatte man auch alles Schlimme und Wüste prophezeit, was passieren würde, wenn es notabene im zentralsten Zentrum von Basel keine Poststelle mehr gibt und deren Aufgabe von anderen Dienstleistern wahrgenommen werden müsse. Nun, die Hauptpost hat vor mittlerweile mehr als drei Jahren die Türen geschlossen, trotzdem, und ich gehe mal davon aus, Sie pflichten mir bei, ist das Leben in der Innenstadt nicht zum Erliegen gekommen und auch der Busverkehr hat wohl kaum darunter gelitten. Ich gehe davon aus, dass dies bei einer Schliessung der Spalen-Post kaum anders sein wird. Zudem wird, das hat die Post ja an sich auch bestätigt, an Alternativen zu der Postfiliale gearbeitet, sprich dass ein Partnerbetrieb deren Aufgabe übernehmen kann.

Dann noch zu einem wirtschaftlichen Aspekt. Ich gehe nicht davon aus, dass die Post eine Filiale aufzuheben gedenkt, wenn sowohl die Nachfrage wie auch die Wirtschaftlichkeit einigermassen gegeben ist. Das scheint jedoch bei der Spalen-Post offensichtlich nicht mehr der Fall zu sein. Und auch wenn die Post dem Service Public verpflichtet ist, so ist genauso ihre Pflicht, die Wirtschaftlichkeit zu überprüfen und bei Bedarf die entsprechenden Massnahmen zu treffen, wenn diese nicht mehr gegeben ist. Zudem ist es nicht Aufgabe, meiner Meinung nach, einer Poststelle, eine vertraute Anlaufstelle oder gar ein Treffpunkt für die Quartierbevölkerung zu sein, genauso wenig wie ein Generator von Fussverkehr für das lokale Gewerbe. Die Aufgabe der Poststelle Spalen wird hier, so meine ich, doch etwas gar nostalgisch verklärt.

Aus diesem Grund erscheint mir dieser Vorstoss wenig schlüssig, weshalb wir empfehlen, ihn nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Erst einmal herzliche Gratulation an die beiden Unterzeichnenden, Sie haben ein neues Thema entdeckt. Sie setzen sich für einen starken Service Public ein und begründen auch gleich selbst, welchen positiven Effekt ein starker Service Public auf das soziale Zusammenleben und die Wirtschaft hat. Das ist natürlich sehr erfreulich. Noch mehr würde es mich freuen, wenn Sie sich auch sonst für einen starken Service Public einsetzen, wenn es nicht um Ihre Post geht, sondern zum Beispiel um ein Gratis-U-Abo oder die Verbesserung der Arbeitsbedingungen beim Pflegepersonal. Wir von BastA unterstützen natürlich diesen Anzug und bedanken uns bei allen, die das auch machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Auch die SP-Fraktion unterstützt selbstverständlich diesen Anzug. Auch für uns ist die Erreichbarkeit der Postdienststellen ein integraler Teil des Service Public in diesem Bereich und gerade in Zeiten des Päckli-Booms ist es eben auch wichtig, dass es genügend Infrastruktur hat. Die Erfahrung zeigt auch, dass es sich lohnt, hier aktiv zu werden. Die SP hat gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen vor vielen Jahren eine Petition lanciert, als es um die Schliessung der Post beim Kannenfeldpark ging und diese Poststelle ist zumindest bis heute immer noch geöffnet. Einziger Wermutstropfen für uns ist, dass es nicht nur um die Spalen-Post geht, nicht nur um die Spalen-Filiale, sondern es geht um alle Standorte, auch Volta, Horburg und der badische Bahnhof, auch diese Poststellen sollen geschlossen werden, was wir ebenso problematisch finden. Wir überlegen darum, ob wir hier noch einen weiteren Vorstoss lancieren sollten, um das Problem auf übergeordneter Ebene zu thematisieren und wir hoffen, dass dann natürlich auch die Unterstützung so breit ist wie jetzt heute. Wir danken Ihnen, wenn Sie den Vorstoss überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Zuerst vielen Dank für die rote, allerdings stachelige Blume von Herrn Goepfert. Es ist zu früh am Morgen, da zu replizieren. Was sicher ist, die LDP organisiert das nicht zum ersten Mal, wir haben schon Petitionen eingereicht in Zusammenhang mit diesen Postschliessungen, da ist die LDP durchaus dran, ich als Quartierbewohner sowieso. Wie Sie wissen, ist die Spalenvorstadt sehr belebt und hat auch ein Fahrverbot, man kann dort nicht hinfahren. Es hat dort eine Apotheke, die Institution von Herrn Humbel, alle, die dort einmal gearbeitet haben, wissen, welcher Wert diese Papetrie hat für den Zusammenhalt dieses Quartiers. Da hat es Galerien, alle diese Geschäftstreibenden, die sind auf uns zugekommen und haben gesagt, so geht das nicht, wo sollen wir unsere Pakete, unsere Post abends hinbringen. Und die Antwort ist Ahornstrasse. Ja, tragen Sie mal 30 Päckchen an die Ahornstrasse, das ist nicht lustig für einen Kleingewerbetreibenden. Das ist so etwa die Ausgangslage, die wir dort angetroffen haben.

Und es ist auch so, wir wissen schon, dass man die Post nicht zwingen kann, aber man kann immerhin einen gewissen Druck aufrechterhalten. Ein sehr netter Herr ist auf mich zugekommen von der Postleitung und hat mir auch zugesichert, dass sie diese Dinge anschauen, dass speziell auch die Spalen-Post im Fokus ist, dass sie geschlossen werden kann, aber dass man natürlich die Probleme der Gewerbetreibenden dort auch erkennt. Und natürlich ist es ein Service Public, und zwar ein ganz bedeutender. Ich meine, wenn ein Quartier und das Spalenquartier, schauen Sie mal am Spalenberg, jedes Jahr werden die Geschäfte zweimal ausgewechselt, dort eine Boutique, die schliesst, da eine neue Boutique, dann kommt wieder ein Kleidergeschäft da und dann wieder ein Kerzengeschäft und die wechseln ständig. Warum wechseln die? Weil der Durchfluss, der Passantenstrom zu klein ist und wenn dann die Post auch noch schliesst, dann ist das noch kleiner, dann laufen nämlich alle direkt entweder zum Bahnhof oder fahren zur Ahornstrasse, woraus übrigens auch wieder mehr Strassenverkehr resultieren würde.

Also ich bitte Sie, auch im Namen von Joël Thüring, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring ist als Anzugsteller an der Reihe.

Joël Thüring (SVP): Leider ist Christian Moesch jetzt nicht im Saal. Ich persönlich finde es schwierig, bei einer Postfiliale von Wirtschaftlichkeit zu sprechen, genauso wenig, wie ich finde, dass es sinnvoll ist, dass wir in den Quartieren Polizeiposten abbauen. Das ist eine Kernaufgabe eines Staates und die Post ist meines Wissens immer noch ein Staatsbetrieb, das dafür Sorge trägt, dass die Dienstleistungen auch tatsächlich den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Und vielleicht müsste sich die Post überlegen, keine Waldstücke mehr in Thüringen zu kaufen, wenn es um die Wirtschaftlichkeit geht, weil das ist aus meiner Sicht keine Kernaufgabe der Post. Es ist auch keine Kernaufgabe der Post, wie sie es vor einigen Jahren getan hat, Schleckzeug auf der Postfiliale zu verkaufen, sondern die Kernaufgabe der Post ist die Postdienstleistung und das ist aus meiner Sicht etwas, was gewährleistet bleiben muss.

Herr Moesch hat die Situation in der Innenstadt angesprochen mit der Hauptpost. Diese Situation ist keinesfalls gut. Gehen Sie einmal, wenn Sie in der Innenstadt wohnen, es hat auch noch Menschen, die in der Innenstadt wohnen, aber auch Gewerbebetriebe, die klein sind, gehen Sie einmal in der Innenstadt auf eine Poststellensuche, also sie finden alles andere zehnmal schneller. Handygeschäfte, gut, Coiffeurläden suche ich jetzt weniger, aber Sie finden alles, aber Poststellen in der Innenstadt finden sie keine. Und diese Lösungen, mit diesen in anderen Dienstleistungsbetrieben eine Poststelle dann in

einer Lightversion unterzubringen, das ist aus meiner Sicht nur eine Scheinlösung. Das funktioniert auch in der Innenstadt mit dieser kleinen Post im Orell Füssli nun wirklich nur bedingt und beschränkt, also ich finde diese Argumentation etwas schwierig.

Und wie es mein Vorredner Lukas Faesch und auch schon andere angesprochen haben, ist das auch ein Bedürfnis der Quartierbevölkerung jeweils, dass es eine Poststelle gibt. Es ist so, dass es immer noch viele Menschen gibt, die auch Postdienstleistungen in Anspruch nehmen. Es mag sein, dass das im Einzelfall für die Post nicht wirtschaftlich ist, aber noch einmal, hier geht es um den Service Public-Auftrag, Nicola Goepfert, und hier sind wir sehr wohl bereit, dass die Post diese Service Public-Dienstleistung auch aufrechterhält. Immerhin ist das aus meiner Sicht auch hier schon an anderer Stelle von uns unterstützt worden, wir würden es sicherlich auch unterstützen, wenn Frau Bessenich mit den anderen Postfilialen, die sie genannt hat, kommt. Nun hat man, ich habe es vor, glaube ich, zwei oder drei Tagen gelesen, nun hat man ja für die Filialen Volta und Erlenmatt auch wieder so eine Lösung mit Coop gefunden. Ob das gut oder schlecht ist, muss man dann noch sehen, zumindest bei der Spalen-Post hat sich so eine Lösung noch nicht abgezeichnet und deshalb glauben wir, macht es Sinn, dass man hier auch im Interesse der Anwohnerschaft, das hat Lukas Faesch erwähnt, die sind auf uns zugekommen, Gewerbetreibende, die dort leben oder die dort einen Betrieb haben, dass man mit der Post hier noch einmal über die Bücher geht, dass eine so wichtige Post für das Quartier tatsächlich weiterhin bestehen bleibt.

Wir wünschen uns hier, dass der Regierungsrat einen Schritt auf die Post zugeht und das soll dieser Anzug ermöglichen. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Es wurde bestritten durch Christian Moesch.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007209, 24.09.25 09:13:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 77 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen.

40. Anzug 5 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend mehr ESC-Groove in der Basler Verwaltung

[24.09.25 09:13:10, 25.5284.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

41. Anzug 6 Stefan Suter und Konsorten betreffend Rekursfrist

[24.09.25 09:13:31, 25.5285.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

42. Anzug 7 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Immersionsunterricht als Chance - Landessprachen F/I an Mittelschulen stärken

[24.09.25 09:13:51, 25.5289.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

43. Anzug 8 Catherine Alioth und Konsorten betreffend Digitalisierung des Antrags auf Stipendien und Erhebung einer umfassenden Statistik

[24.09.25 09:14:17, 25.5295.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

44. Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 09:14:41, 23.5586.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Möchte der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Anina Ineichen hat sich als Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb gemeldet.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich denke, wir können das Traktandum einen Tag nach der Verkündung der Prämie nicht einfach so durchwinken. Es gab ja überall die Headline, es sei ein moderater Anstieg, aber wir müssen uns schon bewusst sein, dass in unserer Gesundheitsregion, ich zähle da beide Kantone und vielleicht noch ein bisschen mehr dazu, die Gesundheitskosten enorm hoch sind. Aus dieser Antwort auf diese Motion, ich habe meine Unterlagen nicht gefunden, es ging jetzt alles sehr schnell, auf die Antwort dieser Motion scheint mir extrem passiv, man schiebt alles auf das Baselbiet zu, kann man machen, aber ich denke, wir sollten hier zusammenarbeiten, weil diese hohen Gesundheitskosten haben wir nicht

nur, weil wir viele Ärztinnen und Ärzte haben, weil wir viele Spitäler haben, wir haben diese hohen Gesundheitskosten auch, und da bin ich davon überzeugt, weil wir unsere Synergien, die vorhanden sind, nicht nutzen aus Befindlichkeiten heraus.

Ich kann es nicht nachvollziehen, jeder Bericht, den ich lese, jeder Zeitungsartikel, den ich lese, lässt mich mit Schaudern zurück, weil wir einfach nicht zusammenarbeiten können. Wir sind Nachbarn, wir haben die exakt selben Probleme. Reissen wir uns zusammen, gehen wir aktiv auf unsere Nachbarn zu, geben wir alles, damit wir eine gemeinsame Gesundheitsregion haben, damit wir gemeinsam planen und damit wir so planen, dass wir das Optimum für unsere Einwohnerinnen und Einwohner erreichen. Planen wir es so, dass es kostengünstig ist, planen wir aber auch so, dass wir ein gutes Angebot haben und ich bin einfach überzeugt, das erreichen wir nur gemeinsam. Ich bin ein bisschen enttäuscht über diesen Bericht, ich hätte mehr Elan gewünscht. Und wenn das Baselbiet sich zurückzieht, dann gehen wir offensiver auf sie zu. Das haben wir nicht, sie haben nicht geantwortet. Bleiben wir dran, kämpfen wir für eine gemeinsame Region.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

45. Anzug Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit, Schreiben des RR

[24.09.25 09:17:15, 23.5506.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Somit kommen wir zum ersten Fraktionssprecher Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Hiermit beantrage ich Ihnen im Namen der BastA, diesen Anzug stehen zu lassen und dies aus politischen, aber auch aus fachlichen Gründen. Dabei ist es mir wichtig, auch festzuhalten, dass es gar nicht darum geht, dass ich die Arbeit des Gesundheitsdepartements und der Abteilung Sucht nicht schätze. Ich kenne die sehr gut und es wurde auch sehr viel in den letzten zwei Jahren unternommen, um die Situation anzugehen und besser in den Griff zu bekommen.

Nur aber die aktuelle Situation hinsichtlich der Verbreitung des Drogenkonsums, besonders was die Menge und die Verbreitung von aktuell Kokain, Crack und Freebase betrifft, das haben Sie sicher auch in der Presse wahrnehmen können, und das betrifft auch nicht nur Basel, sondern die gesamte Schweiz, ist sehr besorgniserregend. Die negativen Auswirkungen auf die konsumierenden Menschen, insbesondere von denen mit einer langjährigen chronischen Abhängigkeit, sind offensichtlich und erinnern an die Bilder Anfang der 90er-Jahre. Sei es der Verlust der Wohnsituation oder massive gesundheitliche Nebenwirkungen, die amtlichen Behörden, die sozialen Organisationen, auch die Polizei und die Psychiatrie sind viel stärker wieder miteinander in Verbindung und mit der Verelendung, die auch jetzt wirklich sichtbar ist, konfrontiert. Gerade gestern zum Beispiel beim Drogenstammtisch wurde das offensichtlich auch von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Matthäusquartiers dargelegt und es ist klar, es besteht hier Handlungsbedarf.

Dieser Anzug, den ich mit Melanie Nussbaumer vor zwei Jahren im Sommer 2023 geschrieben habe, da haben wir das ja gemacht, weil sich die Lage im öffentlichen Raum derart zuspitzte, besonders rund um die K+A und beim Matthäusplatz, dass die negativen Auswirkungen eben im öffentlichen Raum nicht mehr tragbar waren. Es ging also darum, die notwendigen repressiven Massnahmen mit schadensmindernden Massnahmen zu ergänzen, so wie dies in der Suchtarbeit seit Jahrzehnten Praxis ist. Das hat man damals gemacht beim Platzspitz und beim Letten und das hat man auch in den kommenden Jahren immer so miteinander verbunden. Und wer das nicht versteht, versteht nichts von Sicherheitspolitik. Es geht also um einen möglichen Ausbau und auch Abstimmung, es gibt nicht nur den Ausbau, sondern auch die Abstimmung von schadensmindernden Massnahmen auf die aktuelle Lage und auf den Bedarf, der dann entstehen kann.

Einiges wurde unterdessen umgesetzt, das sehen Sie im Ratschlag, wie beispielsweise den Ausbau an Inhalationsplätzen in den K+A, aber das lag auch wirklich auf der Hand, weil sich der Konsum veränderte auf Inhalation anstatt auf Spritzen. Andere Massnahmen wie beispielsweise längere Öffnungszeiten in der K+A oder die Erweiterung der Vorplatzsituation im Sinne einer Toleranzzone wurden nur teilweise umgesetzt. Also die K+A wurde ein bisschen verlängert, sie hat auch eine längere Öffnungszeit im Vergleich mit der Schweiz, aber die Vorplatzsituation ist, wie sie ist, halt bei schlechtem Wetter dann

weniger schwierig als im Sommer, aber dort besteht ein Handlungsbedarf. Und auch die kontrollierte Abgabe von Pregabalin war ja angemerkt und das wurde auch in der Antwort verworfen.

Ich kann die Zurückhaltung für Anpassungen in einem gewissen Mass auch verstehen, weil es nicht immer ganz klar ist, man macht das und dann passiert dann auch wirklich das Gewünschte, das kann man nicht immer genau wissen, aber ausserordentliche Situationen, die wir jetzt so leider wieder haben, macht es zwingend, dass wir angepasste oder auch neue Massnahmen ausprobieren, diese dann auswerten und das ist in der Beantwortung des Anzugs nicht erkennbar. Dies ist aber fachlich wirklich angezeigt.

Eine der wichtigsten und sicher auch nicht einfachsten Fragestellungen ist, ob die K+A auch für Personen, die zurzeit keinen Zugang haben, wie Menschen mit einem F-Ausweis, N- oder S-Ausweis oder mit Nothilfe oder auch mit Personen, die gar nicht in der Schweiz gemeldet sind, geöffnet werden könnte. Aktuell besteht kein Zugang und dies führt unter anderem, das ist nicht der einzige Grund, aber unter anderem zur jetzigen hohen Belastung im öffentlichen Raum. Die Situation rund um dem Matthäusplatz ist, wie gesagt, gleich wie vor zwei Jahren und auch in meiner beruflichen Praxis als Geschäftsleiter der Stiftung Wohnhilfe war ich diesen Sommer noch nie, also mehr als vor zwei Jahren, so belastet von den Auswirkungen und wir mussten diverse Sicherheitsmassnahmen umsetzen. Die Menschen, die bei uns zum Teil wohnen, sind wirklich stark betroffen und haben massiv gesundheitlich abgebaut. Die Erweiterung des Zugangs zu den K+A oder alternativ ein zusätzliches Angebot nebendran oder wie auch immer müssen wir weiterhin prüfen und vielleicht auch mal probeweise ausprobieren. Wir wissen, dass es zu Schwierigkeiten kommen kann und vielleicht auch nicht immer so, dass das alles in einem Raum passieren kann, ich glaube, da müssen wir wirklich pragmatisch sein, aber es kann nicht das Ziel sein, dass immer ein grösserer Teil ausserhalb der K+A konsumiert. Das kann nicht das Ziel sein.

Hier wünsche ich mir also mehr Pragmatismus, auch ein bisschen Mut, auch einmal etwas auszuprobieren, ohne genau zu wissen, wie es dann kommt, aber es ist ja gut begleitet, die Fachlichkeit haben wir im Kanton, solche Massnahmen auch wirklich gut zu begleiten. Was auch nicht die Absicht war, ist der Vorplatz in einen rechtsfreien Raum umzuwandeln, das war nicht die Idee, sondern es ging darum, vor allem in den Sommermonaten nach der K+A-Schliessung nochmals diesen Platz weiterhin minimalst zu betreuen, um eine Verlagerung zum Beispiel auf dem Matthäuskirchplatz oder auch woanders hin zu minimieren.

Abschliessend kann ich sagen, die Situation in Basel ist weiterhin unbefriedigend und entspricht nicht aus meiner Sicht den notwendigen Standards. Eine Opiatabgabe müsste auch dort möglich sein, das kann ich mir gar nicht vorstellen, wieso das so schwierig sein sollte, und auch die kontrollierte Abgabe von Pregabalin müsste aus meiner Sicht nochmals im Sinne der Schadensminderung geprüft werden, damit man dort noch mehr Erfahrung hat. Und da sich die aktuelle Drogensituation in Basel und in der Schweiz wirklich nicht gut präsentiert und weitere Probleme wie beispielsweise, und das ist jetzt noch ganz weit weg, aber es war gestern ein grosses Thema, die Fentanyl-Frage sich in der Zukunft eventuell stellen könnte, was ich natürlich nicht hoffe, ist es aus meiner Sicht nicht angezeigt, diesen Anzug nun abzuschreiben. Lassen wir ihn stehen, sodass die Regierung in zwei Jahren nochmals uns berichtet auf der politischen Ebene. Es ist eh klar, dass diese Fragen bearbeitet werden müssen, aber ich finde es auch gut, diesen Anzug jetzt stehen zu lassen, dass wir in zwei Jahren nochmal eine Antwort haben. Wir wissen nämlich nicht, was in zwei Jahren ist, wie sich das entwickelt, kann niemand von uns voraussagen, da ist es wichtig, dass wir in zwei Jahren nochmal einen Bericht erhalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Einzelsprecher habe ich Christoph Hochuli auf der Liste.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Der ausführliche Bericht des Regierungsrats über die zahlreichen Massnahmen für Menschen mit einer Suchterkrankung ist weitgehend zufriedenstellend. Besten Dank dafür an das GD. Ich beantrage aber trotzdem, den Anzug stehen zu lassen, damit die Massnahmen in der schadensmindernden Suchtarbeit weiter beobachtet, angepasst und nur ergänzend zum vorliegenden Bericht in zwei Jahren berichtet werden kann. Denn die Situation auf der Dreirosenanlage, dem Matthäuskirchplatz und dem Claraplatz sind leider nicht besser geworden. Die Polizei muss immer noch regelmässig wegen Problemen mit Drogen und alkoholsüchtigen Personen zu diesen Plätzen ausrücken und für Ruhe sorgen und/oder weitere Massnahmen treffen. Vielleicht könnte an diesen Örtlichkeiten die aufsuchende Sozialarbeit der Mittlerinnen und Mittler im öffentlichen Raum des Gesundheitsdepartements auf die Abend- respektive Nachtstunden ausgedehnt werden. Gemäss der Stellungnahme des Regierungsrats seien diese Einsätze aber oft schwierig. Deshalb sehe ich als andere Möglichkeit, dass der Rangerdienst, der durch die diakonische Stadtarbeit Elim auf der Dreirosenanlage durchgeführt wird, auch auf dem Matthäuskirchplatz eingesetzt werden könnte.

Noch etwas zu den Kontakt- und Anlaufstellen. Da finde ich die heutige Regelung richtig, dass im Ausland wohnhafte Personen keinen Zutritt haben, denn wenn diese zu den K+A zugelassen würden, hätte dies sicher eine Sogwirkung und dann würden wir die Suchtarbeit von Frankreich und Deutschland ausführen und finanzieren.

Ich bitte Sie, auch im Namen der EVP, diesen Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Roger Stalder für die SVP.

Roger Stalder (SVP): Die SVP bittet Sie, diesen Anzug abzuschreiben. Wir sind auch der Meinung, dass die Regierung, wie es gesagt wurde, einen sehr guten Bericht geschrieben hat und wir sehen nicht ein, was man noch machen will. Weil das Ziel ist eigentlich, dass man nicht einfach das so behaltet, dass die 1'000 Personen das jetzt einfach jahrelang so durchziehen können, für die macht man sehr viel, sondern das Ziel muss sein, dass man jeden Einzelnen von den Drogen wegbringt. Und das muss das Ziel sein und nicht ein Ausbau, schon gar nicht für die Illegalität, das ist ein anderes Problem, das anders gesetzlich gelöst werden muss und nicht noch denen die Wünsche erfüllen. Und deshalb bitten wir wirklich, den Anzug abzuschreiben, weil da genug gemacht wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Melanie Nussbaumer für die SP.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich halte mich kurz, weil Christoph Hochuli und Oliver Bolliger eigentlich schon sehr gut ausgeführt haben, wo es eben noch nicht reicht, warum wir wirklich trotzdem den Anzug nochmal stehen lassen müssen. Ich glaube, ich muss jetzt nicht nochmals alles wiederholen. Mir ist wichtig zu sagen, was wir sicher nicht wollen, ist, in der Drogenpolitik einen Schritt zurückzumachen, so wie Roger Stalder jetzt gerade dafür plädiert hat, sondern wir wollen wirklich in diesem Vier-Säulen-Modell natürlich weitergehen und das stärken und diese schadensmindernde Säule stärken.

Ich habe auch aus der Praxis gehört, dass die Situation nicht wirklich besser geworden ist in diesen zwei Jahren. In den Medien kommt das zwar nicht mehr so vor, deshalb vielleicht auch hier jetzt nicht so viele Voten von der Gegenseite, aber anscheinend hat sich die Situation nicht wirklich verbessert. Und das, obwohl wir ja gewisse Massnahmen, das GD, also die Abteilung Sucht gewisse Massnahmen eingeführt hat, aber anscheinend hat das noch nicht gereicht. Ich finde, hier ist es auch wichtig, wirklich auf andere Kantone, auf andere Städte zu schauen und ich kann mich noch erinnern, vor irgendwie vier Jahren schon gab es die erste Medienmitteilung oder die erste Medienberichterstattung, dass in Genf eben jetzt Crack angekommen ist und dass dort dieses eine Quartier überflutet wird mit Crack, usw. Also ich glaube, Genf zum Beispiel ist schon viel weiter bei dieser Problematik, ist auch vergleichbar mit Basel-Stadt, weil wir eben eine Grenzstadt sind sozusagen und ich glaube, dort könnte man noch einiges mehr davon lernen, wie Genf damit umgegangen ist. Zum Beispiel, dass sie auch eine Nacht-K+A kann da eingerichtet haben, anscheinend hat das auch die Situation beruhigt. In Basel-Stadt, jetzt haben wir lesen können in der Anzugsbeantwortung, ist das anscheinend noch nicht erwünscht oder scheint das nicht jetzt im Moment nötig zu sein, aber ich denke trotzdem, wenn das so weitergeht, diese Tendenz, dass das eine Möglichkeit wäre, die wir auch in Basel-Stadt früher oder später vielleicht einführen müssen.

In diesem Sinne, glaube ich, ist es wichtig, dass wir diesen Anzug stehen lassen, damit auch die Abteilung Sucht, das Gesundheitsdepartement die Möglichkeit hat, hier rasch zu reagieren, der politische Auftrag weiterhin im Hintergrund ist, dass man eben Sachen ausprobieren kann. Und vielleicht muss man es auch einfach mal ausprobieren und danach wieder verwerfen, wenn dann irgendein Angebot trotzdem nicht gebraucht wird, aber ich glaube, es ist wichtig, dass man das macht und möglichst rasch reagieren kann.

Ein Beispiel aus der Stadt Zürich, es wird auch erwähnt in der Anzugsbeantwortung, dort hat ja die Stadt selber von sich aus diesen Bus installiert, der zu den Leuten geht und kurz Schnellversorgung macht. In Basel-Stadt macht das jetzt im Moment der Schwarze Peter, ein privater Verein, der das irgendwie organisiert hat mit Fundraising-Mitteln, was super ist, was ich wirklich auch spannend finde, zu sehen, was das auch hilft und was das bringt, aber es ist schon ein bisschen typisch, dass in Basel-Stadt die Innovationen immer eher aus den privaten Vereinen herkommen und die Stadt eher zögerlich ist, vielleicht dann mal übernimmt und weiterhin unterstützt, aber trotzdem erwarte ich auch hier, gerade wenn die Situation so angespannt ist, wie sie anscheinend ist, dass man auch von Seiten der Stadt schneller mal irgendeine Massnahme, irgendeine Innovation umsetzt und ausprobiert und von mir aus dann auch wieder verwirft, aber es ist wichtig für die Menschen, für die Suchterkrankten und für die ganze Gesellschaft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Stalder. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Roger Stalder (SVP): Vielen Dank, das kann ich jetzt nicht so stehen lassen. Wenn ich gesagt habe, man muss anstreben, dass es weniger Drogensüchtige gibt, ist das dann ein Rückschritt?

Melanie Nussbaumer (SP): Nein, das ist eine der Vier-Säulen-Therapien und das ist ganz wichtig natürlich, das unterstützen wir auch, aber wir haben eben vier Säulen in der Drogenpolitik und eine davon ist die Schadensminderung und hier geht es darum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen, somit hat Lukas Engelberger als Regierungsrat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die Voten, die allesamt bestätigen, was bekannt und anerkannt ist. Wir haben wieder einen erhöhten Druck im öffentlichen Raum durch eine in Teilen offene Szene. Das ist so, das ist nicht nur bei uns so und das ist seit mehreren Jahren jetzt so und wir reagieren darauf. Ich glaube nicht, dass man insgesamt sagen kann, die Situation ist nicht besser, sondern schlechter geworden. Sie ist sehr wohl besser geworden im Dreirosen-Gebiet, ich glaube, das ist anzuerkennen. Sie präsentiert sich anders und ist nicht besser geworden, das gebe ich auch zu, rund um den Matthäuskirchplatz.

Wir haben selbstverständlich reagiert, insbesondere durch einen Ausbau der schadensmindernden Massnahmen. Nicht nur, wir haben auch im Bereich der Repression das Dispositiv verstärkt, aber im Bereich der schadensmindernden Massnahmen sind zusätzliche Schritte gemacht worden und wir haben Ihnen diese in der Anzugsbeantwortung dargelegt. Ich glaube, ich kann sagen, wir haben die konkret vorgeschlagenen Themen und die konkret formulierten Fragen beantwortet. Wir haben einen Teil der Anregungen bereits umgesetzt und einen anderen Teil der Anregungen setzen wir aus fachlichen Überlegungen nicht um.

Und selbstverständlich, unabhängig davon, ob der Anzug stehen gelassen oder abgeschrieben wird, wird uns das Thema sehr stark auch weiter beschäftigen und werden wir an diesem Thema sehr eng weiterarbeiten. Wenn Sie stehen lassen, dann berichten wir wieder darüber, wir können allerdings nur berichten zu den Fragen, die gestellt sind. Fentanyl beispielsweise kommt nicht vor in diesem Anzug, also man darf bitte nicht meinen, wir würden dann jetzt aufgrund dieser Vorlage Ihnen umfassend berichten müssen und können, das geschieht auch auf anderen Kanälen, wie Sie ja sicher wissen.

Was ich nicht korrekt finde, ist zu sagen, die Behörden seien reaktiv oder langsam oder nicht innovativ. Ich glaube, wenn Sie eine Umfrage machen würden bei Suchtfachleuten in der Schweiz, wäre Basel-Stadt nicht der reaktive und langsame und wenig innovative Kanton, sondern im Gegenteil, die kommen hierher und schauen sich Dinge an, die wir eben schon länger haben. Aber wir müssen auch an unserem Massnahmenmix weiterarbeiten, das ist so. Man kann das auch neu lancieren, wenn Sie konkrete Ideen haben.

Den Fragen im Anzug sind wir nachgegangen und deshalb sind wir der Auffassung, wir können ihn abschreiben. Das Thema wird selbstverständlich nicht abgeschrieben, das muss ich, glaube ich, nicht extra sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007222, 24.09.25 09:36:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 53 Nein-Stimmen gegen 35 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

46. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Bericht des RR

[24.09.25 09:36:19, 22.5302.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Wünscht Herr Cramer das Wort? Er wünscht es.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die vorliegende Motion aus dem Jahr 2022 möchte Vereinfachungen im Wohnschutzverfahren erreichen. Drei Anliegen stehen im Vordergrund, die Vereinfachung der Gesuchformulare, die Sicherheit darüber, dass die Wohnschutzkommission sich selbst organisiert und die Möglichkeit, Gesuche digital einzugeben. In den letzten drei Jahren hat sich vieles getan beim Wohnschutz, wir werden bei den nachfolgenden Motionen noch eingehender darüber zu sprechen kommen. Bezüglich der Gesuchformulare, das wurde vereinfacht, es wurde gekürzt, auch hat die Kommission sich selbst organisiert, sie trifft sich regelmässig und tritt auch nach aussen auf. Nachdem die Formulare gekürzt und vereinfacht wurden, können sie nun seit Ende Mai dieses Jahres auch per IncaMail elektronisch bei der Wohnschutzkommission eingegeben werden. Somit wurden alle drei Anliegen der Motion erfüllt. Die Formulare können heute digital ausgefüllt werden, sie können qualifiziert elektronisch signiert und via eine anerkannte Zustellplattform an die Wohnschutzbehörde übermittelt werden. Diese Eingabemöglichkeit ist vom Bund anerkannt, sie wird im Kanton auch von anderen Instanzen bereits genutzt.

Somit wurden alle Anliegen der Motion aufgenommen, alle Anliegen der Motion umgesetzt und es gibt aus Sicht des Regierungsrats keinen Grund, sie weiter stehen zu lassen, sondern sie ist nun als erfüllt abzuschreiben und das ist auch der Antrag des Regierungsrats.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erste Fraktionssprecherin hat sich Patrizia Bernasconi für die BastA gemeldet.

Patrizia Bernasconi (BastA): Dies ist ein klassisches Geschäft, bei dem der Regierungsrat offensichtlich keine grosse Lust hat, es seriös zu beantworten, obwohl es bereits mehrfach mit grosser Mehrheit überwiesen wurde. Was bisher geschah: Nachdem der Grosse Rat die Motion mit einer Frist von 6 Monaten überwiesen hatte, kam der Regierungsrat nach Ablauf dieser Frist mit einem Zwischenbericht. Mit diesem Zwischenbericht beantragte er eine Fristverlängerung um ganze vier Jahre. Das ist jedoch gemäss Geschäftsreglement nicht zulässig. Zulässig wären höchstens zwei Jahre, was der Regierungsrat schliesslich auch beantragte, und dennoch folgte eine grosse Mehrheit des Grossen Rates dem Antrag, die Motion bis zum 30. Juni umzusetzen. Was aber ist passiert? Nichts, zumindest nichts Substanzielles. Der vorliegende erneute unmotivierte Bericht zeigt klar, die Umsetzung ist weiterhin nicht erfolgt.

Erstens, das Präsidialdepartement definiert die Wohnschutzkommission je nach Opportunität entweder als unabhängige Kommission oder als Verwaltungseinheit, ganz wie es gerade passt. In diesem Bericht wird zunächst behauptet, die Kommission sei klar unabhängig. Im Rahmen der neuen Verordnung ist aber vorgesehen, dass die Wohnschutzkommission ihre Reglemente dem Regierungsrat zur Genehmigung vorlegen muss. Das bedeutet, die Kommission ist eben nicht unabhängig. Zweitens, die Formulare wurden zwar reduziert, aber sie könnten noch deutlich stärker vereinfacht werden. Drittens, die Digitalisierung des Verfahrens ist nach wie vor nicht abgeschlossen. Eine elektronische Einreichung ist immer noch keine Digitalisierung, es ist lediglich ein erster Schritt zur Digitalisierung. Und schliesslich wird einmal mehr bestritten, dass Motionen einen Einfluss auf die Verwaltungsorganisation haben dürfen. Diese Auffassung widerspricht klar der Funktion von Motionen als parlamentarisches Instrument.

Jetzt stellt sich zum wiederholten Mal die Frage, sollen wir die Motion nochmals stehen lassen? Unsere Antwort ist Ja, und zwar, weil immer noch zu wenig passiert ist. Die Fragen der Unabhängigkeit der Kommission oder die Fragen nach der Digitalisierung sind immer noch nicht erledigt, auch gerade im Hinblick auf die neue Verordnung. Deshalb möchten wir dem Regierungsrat nochmal die Chance geben, das zu korrigieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Pfister für die SP.

Pascal Pfister (SP): Inhaltlich kann ich mich eigentlich einigem anschliessen, was meine Vorrednerin gesagt hat, insbesondere was die Unabhängigkeit der Wohnschutzkommission angeht. Da sind wir uns eigentlich in der SP auch einig, dass hier grundsätzlich die Motion nicht im Sinne des Erfinders abschliessend erfüllt wurde. Allerdings tragen wir diese

Motion jetzt schon länger mit und wir haben ein bisschen den Glauben verloren, dass sie hier jetzt noch einen produktiven Einfluss hat und sind deshalb der Meinung, dass wir sie jetzt abschreiben können, genauso wie die zukünftigen Motionen, die wir später behandeln werden, wo ich dann noch genauer das begründen werde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich darf auch für die Fraktion der Liberaldemokraten sprechen. Wir beantragen Ihnen ebenfalls, dass diese Motion stehen gelassen bleibt. Die wesentlichen Argumente hat bereits meine Vorvorrednerin, Frau Bernasconi, ausgeführt. Wenn Sie den Ausführungen von Frau Bernasconi zugehört haben, dann hat sie das sehr richtig auf den Punkt gebracht, dass diverse Aspekte dieser Motion, wie wir sie vor längerer Zeit eingereicht haben, tatsächlich noch immer nicht erfüllt sind. Das hat auch Pascal Pfister noch einmal auch in seinem Votum bestätigt. Wir haben einen langen Prozess mit dieser Motion hinter uns und nun kann man natürlich wie Pascal Pfister und die SP-Fraktion zum Schluss kommen, dass man den Glauben verliert, dass sich daran etwas verbessert und deshalb die Motion abschreiben. Ich bin aber grundsätzlich ein sehr positiver Mensch und gehe davon aus, dass wenn der Grosse Rat diese Motion heute erneut stehen lässt, dass der Regierungsrat tatsächlich noch einmal über die Bücher geht und uns auch dann erneut berichtet, wie er nun diese Motion tatsächlich gedenkt umzusetzen.

Die Prozesse sind, da muss man dem Präsidialdepartement ein Kränzchen winden, sicher an gewisser Stelle besser geworden, aber tatsächlich, wenn Sie sich dieses Formular noch einmal genauer anschauen, ist das, was wir gefordert haben, mit einer deutlichen Verschlankung der Formulare noch immer nicht erreicht. Hier glauben wir, dass es möglich ist, dass dies noch eindeutig einfacher wird und auch auf diesem Wege noch kunden- und benutzerfreundlicher erstellt werden kann. Und auch die Frage der Digitalisierung ist aus unserer Sicht mit dieser Variante, die nun gewählt wurde oder wie sie nun implementiert wurde, noch nicht abschliessend erledigt und deshalb möchten wir den Regierungsrat auch ermuntern, sich in einer erneuten Stellungnahme zuhanden des Parlaments noch einmal äussern zu können und dieses Anliegen weiter ernst zu nehmen.

Wir bitten Sie deshalb, die Motion stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst erledigt, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 37 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007224, 24.09.25 09:45:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion wird als erledigt abgeschrieben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 48 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

47. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus, Stellungnahme des RR

[24.09.25 09:45:19, 25.5090.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die vorliegende Motion fordert die Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus. Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Kulturfördergesetz so zu ergänzen, dass erstens Massnahmen zur Förderung der Kulturberichterstattung und des Kulturjournalismus ermöglicht werden und dass zweitens dem Grossen Rat auf der Basis einer Ergänzung des Kulturfördergesetzes ein Förderinstrument plus die nötige finanzielle Alimentierung vorgeschlagen wird, das dann wiederum das Ziel der Steigerung der journalistischen Resonanz von Kultur unterstützt.

Nun, die Motion ist so rechtlich zulässig, es wird hier die Schaffung einer neuen Staatsaufgabe verlangt, das ist selbstverständlich auch möglich auf Gesetzesebene. Der Regierungsrat kann durchaus die Besorgnis, aus der heraus das Anliegen formuliert wurde, nachvollziehen. Er ist aber nach sorgfältiger Prüfung zur Einschätzung gelangt, dass eine solchartige kantonale Medienförderung, die explizit nur den Kulturjournalismus unterstützen soll, abzulehnen ist. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass der Kulturjournalismus relevant ist für einen kritischen gesellschaftlichen Diskurs über das Kulturangebot und auch der Rückgang dieser medialen Resonanz, insbesondere zum lokalen Kulturangebot in den letzten Jahren ist nicht bestritten. Die Kulturberichterstattung ist hier allerdings keine Ausnahme, sie unterliegt demselben Phänomen wie der Journalismus und die Medien und eben gerade die lokale Berichterstattung allgemein.

Da der Kulturjournalismus eben keine Ausnahme darstellt, lehnt der Regierungsrat ein Sonderzügli, ein Sonderweg für die Kultur ab. Eine Förderung ausschliesslich der Kulturberichterstattung via Kulturfördergesetz würde einerseits zu einer Marktverzerrung führen, es würde zudem die Unabhängigkeit der Medien gefährden, da gerade im Kulturbereich sehr viele staatlich subventionierte Kulturangebote bestehen. Dass die Medien ihre Unabhängigkeit gegenüber den Fachbehörden wahren, ist für die, die für die Umsetzung der kantonalen Kulturpolitik zuständig sind, in einem geförderten Journalismus-Umfeld sehr anspruchsvoll.

Der Regierungsrat könnte nun beantragen, die Motion abzuweisen mit diesen Argumenten, stattdessen beantragen wir Ihnen die Umwandlung in einen Anzug. Warum tun wir das? Der Regierungsrat ist klar der Überzeugung, wie geschildert, dass der Weg über die Kulturförderung grundsätzlich der falsche Weg ist, um eine kantonale Medienprüfförderung zu installieren. Der Regierungsrat hat allerdings vom Grossen Rat überwiesen und interessanterweise vom Motionär als Anzugsteller damals initiiert, bereits einen Anzug pendent, der eine kantonale Medienförderung integral zur Prüfung anregt. Diese Prüfung läuft und hier würden wir in diesem Rahmen eben gerne auch die jetzige Motion einbeziehen, sodass wir spezifisch auch die Anliegen für die Förderung des Kulturjournalismus integral mit einer kantonalen Medienförderung prüfen können.

Deshalb bitten wir Sie jetzt da nicht für eine spezifische Förderung, nämlich den Kulturjournalismus, auf ein Sonderzügli zu setzen, sondern lassen Sie uns die Frage kantonaler Medienförderung gesamthaft integral anschauen und zu diesem Zweck haben Sie ja auch bereits eben diesen Anzug überwiesen. Der Regierungsrat beantragt Ihnen also Umwandlung der Motion in einen Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die GLP ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Eigentlich dachte ich, die medienpolitische Debatte wäre bei der Erstüberweisung bereits geführt worden. Vielleicht muss ich dann in einem Einzelvotum nochmals nachlegen, aber ich werde jetzt darauf verzichten, denn die GLP unterstützt die Bemühungen für eine kantonale Medienförderung. Wir denken, dass die Weiterentwicklung der Medienförderung auf kantonaler Ebene, es ist ja nicht so, dass es diese auf nationaler Ebene nicht gäbe, es ist eine Weiterentwicklung auf kantonaler Ebene, dass die sorgfältig überlegt sein muss und deshalb ist dieser Auftrag, ein Fördermodell zu entwickeln, das wir dann anschliessend hier beraten und besprechen können, der richtige Weg.

Es ist richtig, wenn wir diese Motion deshalb als Motion überweisen. Wir sehen es als Fortschritt, dass der Regierungsrat immerhin das Anliegen als Anzug übernehmen möchte oder entgegennehmen möchte, um die Motion im stehenden Anzug zu bearbeiten. Wir möchten aber den Regierungsrat einladen, den stehenden Anzug zusammen mit der Motion zu bearbeiten. Denn was will die Motion? Sie will, wie gesagt, lediglich einen Vorschlag für ein Modell, wie diese Förderung gelingen kann. Sie führt noch keine Förderung ein, wir haben dann einen Vorschlag, den wir diskutieren können. Die Motion führt nicht zu einer Verstaatlichung der regionalen Medien und sie will auch keine exklusive Förderung des Kulturjournalismus. Selbstverständlich hat der Regierungsrat im Rahmen der Motion auch die Möglichkeit, die Förderung auf den gesamten Journalismus auszudehnen. Es ist ja nicht so, dass wenn wir die Velosituation am SBB verbessern wollen mit

einer Motion und der Regierungsrat möchte den Badischen Bahnhof auch berücksichtigen, dass er dann einen Anzug bräuchte, um das zu tun, selbstverständlich kann er das mit der Motion auch erledigen.

In diesem Sinne sind wir für die Zweitüberweisung der Motion, damit wir in zwei Jahren auch einen konkreten Vorschlag für ein Fördermodell auf dem Tisch haben. Wenn wir das jetzt als Anzug überweisen, dann müssen wir damit rechnen, dass im Rahmen dieses Anzugs ein kleines Projekt realisiert wird, kein Fördermodell in diesem Sinn ausgearbeitet wird, und das wäre eine verpasste Chance. In diesem Sinne danke für die Zweitüberweisung der Motion an alle, die das unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Kultur ist Basels unverwechselbares Markenzeichen. Museen, Theater, Galerien und Festivals leben von Leidenschaft, Vielfalt und Engagement. Der Kanton Basel-Stadt braucht sie für seine Identität, das ist so. Der Beweggrund der Motion ist nachvollziehbar, der Rückgang regionaler Kulturberichterstattung trifft Kulturfreundinnen und -freunde, aber auch Kulturinstitutionen. Doch kann der Staat solche Reaktionen vermeiden, indem er den Kulturjournalismus finanziell unterstützt? Da sind wir sehr kritisch. Denn erstens gefährden Fördermittel die Unabhängigkeit der Medien. Finanzielle Abhängigkeiten untergraben Pressefreiheit und kritische Distanz zu Kulturinstitutionen und Politik. Zweitens verändert sich die Medienwelt. Klassische Kulturkritik verliert Reichweite, während neue Formate an Bedeutung gewinnen. Vielfalt muss im freien Markt entstehen durch Stiftungen, private Projekte oder Mäzenatentum ohne staatliche Lenkung. Ein vielfältiges Medienangebot ist der Hebel für eine informierte Gesellschaft. Und drittens sind Steuergelder kein Spielgeld für Wunschprojekte. Subventionierte Journalistik öffnet die Tür für weitere Bereiche wie Sport-, Investigativ- und politische Berichterstattung, eine Tür, die ein liberaler Rechtsstaat geschlossen halten sollte.

Deshalb, wir sagen Ja zur Kultur, wir sagen Ja zur Meinungsfreiheit, wir sagen aber Nein zu staatlich finanzierter Berichterstattung, auch wenn sie kulturell motiviert ist. Die LDP-Fraktion bittet Sie deshalb, die Motion nicht zu überweisen, auch nicht als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ja, wir hören das sehr gerne, dass die Regierung bereit ist, diesen Anzug, den der Motionär ja vor längerer Zeit schon eingereicht hat, jetzt ernst zu nehmen und auch da wirklich vorwärts zu machen. Wir müssen aber feststellen, dass es in der Antwort auf die schriftliche Anfrage des Motionärs ganz anders getönt hat, und zwar in dem Sinne auch, dass die Regierung eigentlich den Steinplatz geliefert hat für jetzt diese Motion, indem sie in der Antwort sagt, dass sie sehr wohl die Berichterstattung fördern möchte, aber das leider nicht kann, weil eben diese rechtliche Basis dazu fehlt. Und nun aber haben wir eine Motion, die diese rechtliche Basis, nicht überraschend genau diese Grundlage, die die Regierung eben nicht erfüllt sieht, nun liefern möchte und wieder hören wir, ja, wir wollen diesen Weg nicht gehen und jetzt müssen wir sehen, dass wir jetzt das nicht mehr so ganz glauben können. Wir sehen jetzt, woran wir sind, nämlich dass einfach diese Unterstützung dieser Berichterstattung scheinbar einfach nicht gewollt ist. Man muss auch sehen, dass bei diesem Gesetzestext, den man da vorschlägt, auch Kann-Formulierungen drin sind, das heisst, die Regierung hat sehr wohl genügend Spielraum, auch einen Vorschlag in einer Verordnung dann zu machen, der auch die Breite festsetzen kann und daher sehen wir auch dort genug, also kein Korsett, das man jetzt der Regierung da anlegt.

Grundsätzlich ist es sicher richtig und nachvollziehbar, wenn der Kanton, nachdem er viel für die Förderung der Kultur tut, auch dafür sorgt, dass dieses Engagement in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Wir alle wissen, dass die Medienwelt in den vergangenen Jahrzehnten zu einer besorgniserregenden Konzentration und Monopolisierung gekommen ist, die auch viele andere Geschäftsbereiche der heutigen Wirtschaft ereilt. Nicht selten gelangen Medienhäuser selbst in den Besitz von Investoren, die ihre Erwerbungen als Sprachrohre ihrer ganz persönlichen Mitteilsamkeit und Weltanschauungen missbrauchen. Daher ist es aus heutiger Sicht legitim, wenn staatliche Förderungen hier für einen Ausgleich sorgen bzw. sich die Möglichkeit offenhalten, hier ausgleichend zu wirken. Und sollte einmal der Staat da zu offensiv und selbstherrlich vorgehen, was wir leider auch natürlich sehen, so haben wir hier in diesem Parlament ja auch die Möglichkeiten, darauf hinzuwirken und das auch an die Öffentlichkeit zu tragen und hier auch wieder für Korrektur zu sorgen. Ich erinnere da nur an die Brandrede von Luca Urgese letzten Mittwoch, wo ja genau Luca Urgese das gemacht hat.

Im Sinne der Haltung einer Meinungsvielfalt und dem nachvollziehbaren Wunsch der Öffentlichkeit, über die Resultate und Wirkungen ihrer eigenen Förderungen gut informiert zu werden, möchten wir Sie alle bitten, diese Motion stehen zu lassen und die Regierung zu bitten, die von ihr selbst postulierte Gesetzeslücke zu schliessen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Lisa Mathys für die SP.

Lisa Mathys (SP): Die SP-Fraktion will das Anliegen überweisen, jedoch sind wir offen in der Frage, ob dies als Motion oder als Anzug geschehen soll. Über weite Strecken sind wir uns in der Fraktion aber sehr einig, lassen Sie mich unsere Haltung also kurz ausführen.

Die SP-Fraktion findet es nach wie vor ein sehr dringendes Anliegen im Interesse der Öffentlichkeit, dass Qualitätsjournalismus gestützt werden muss und es zumindest teilweise eine staatliche Aufgabe ist, gerade jene journalistischen Leistungen sicherzustellen, die immer mehr wegbrechen. Es ist für die funktionierende Demokratie zentral, dass auch Inhalte, die Hintergründe einordnen und skandalfrei und kein Clickbait-Ding sind, dass auch diese Artikel weiterhin produziert und publiziert werden können und da bin ich eben anderer Meinung als Catherine Alioth, das regelt nicht der freie Markt. Zu dieser Sorte Journalismus gehört auch der Kulturjournalismus dazu und eben auch andere wichtige journalistische Inhalte wie zum Beispiel die lokale Politik oder regionale grenzüberschreitende Triregio-Fragestellungen.

Wir finden auch den Vorschlag im hier besprochenen Vorstoss, die Platzierung beispielsweise im Kulturfördergesetz nach wie vor eine valable Option. Weiterhin stehen wir aber auch entschlossen hinter der noch hängigen Forderung nach einer allgemeinen Medienförderung, sie wurde mehrfach angesprochen, und die beiden Forderungen sind zumindest bisher ja in unterschiedlichen Departementen angesiedelt. Nach den Ausführungen von Regierungspräsident Conradin Cramer bin ich etwas unsicher, ob durch die Umwandlung in einen Anzug diese Zuständigkeit dann auch von beiden Geschäften ins WSU wechseln würde, ob das überhaupt geht, keine Ahnung, das ist mir jetzt noch nicht ganz klar geworden.

So oder so, die Mitglieder der SP-Fraktion sind unterschiedlicher Meinung dazu, ob wir das grössere Ziel der allgemeinen Medienförderung sinnvollerweise mit einer Kulturjournalismus-Motion oder eben der Umwandlung in einen Anzug stützen. Man kann es so und so beurteilen. Was wir aber auf keinen Fall wollen, ist, dass der Eindruck entsteht, mit Erfüllung allein der Motion sei das ganze Thema erledigt. So ist unser unterschiedliches Stimmverhalten zu deuten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA das Wort hat Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Die Fraktion BastA möchte sich für die Beibehaltung als Motion stark machen und ich möchte hier unsere Beweggründe darlegen. Jede Gesellschaft muss vier zentrale Bereiche organisieren, damit sie funktioniert. Das ist zum einen die Produktion von Gütern, von Lebensmitteln, das ist zum Zweiten die Sorgearbeit, das ist zum Dritten die demokratische Teilhabe und zum Vierten Kultur. Kultur hält diese Bereiche oder die gesamte Gesellschaft zusammen. Sie ist also nicht einfach ein Nice-to-have, sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Vielfalt, kollektiver Identität und damit ein Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie. Umso wichtiger ist es, dass wir den Begriff Kultur auch nicht eng führen, sondern offen und inklusiv denken. Es reicht nicht, nur auf die Institution der sogenannten Hochkultur zu schauen, so wichtig diese auch sind. Wir müssen uns auch fragen, wie entsteht Kultur im Alltag, wer schafft sie, oft unter prekären Bedingungen, wer wird gehört, wer nicht.

Gerade in Basel existiert eine lebendige, vielfältige Kulturszene. Junge Menschen prägen neue Formen der Jugendkultur, freie Kulturschaffende arbeiten an der Grenze oder auch unter dem Existenzminimum, und migrantisch geprägte Kultur bringt musikalisch, gestalterisch und performativ neue Impulse und bleibt dabei allzu oft unsichtbar im öffentlichen Diskurs. Wenn wir Kulturpolitik ernst nehmen, müssen wir auch diese Stimmen und diese Ausdrucksformen sichtbar machen und fördern.

Vor diesem Hintergrund stellt sich nun die Frage, wie setzen wir diese Anliegen politisch um, mit einer Motion, mit einem Anzug. Gerade weil es um Sichtbarkeit, Teilhabe und die strukturelle Förderung, Sichtbarmachung und Vermittlung bislang unterrepräsentierter kultureller Ausdrucksformen gehen muss, halten wir die Motion für den richtigen Weg. Die Motion gibt der Regierung einen klaren Auftrag zur Umsetzung und damit auch der vielfältigen Basler Kulturlandschaft ein starkes politisches Signal. Ihr werdet gesehen, eure Arbeit ist wichtig, wir schaffen Strukturen, die euch tragen. Wenn wir wollen, dass sich kulturelle Vielfalt nicht nur in Museums-Hochglanzbroschüren, sondern in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen widerspiegelt, dann braucht es heute diese Verbindlichkeit in der Kulturvermittlung und im Kulturjournalismus. Wir sprechen uns daher für die Beibehaltung als Motion aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Die SVP lehnt jede Form von staatlicher Einmischung in die Medien und damit auch in die journalistische Arbeit ab und ist deshalb weder für eine Überweisung als Motion noch als Anzug. Finanzielle Abhängigkeit gehört hier genauso dazu wie inhaltliche Abhängigkeit. Ich bin sicher, fast jeder und jede in diesem Saal ist mit zweiter

Aussage mit Blick auf die USA in der aktuellen Zeit einig, wichtig ist aber, dass die beiden nicht unabhängig voneinander betrachtet werden dürfen. Die Gefahr der Verbindung von finanzieller Abhängigkeit und inhaltlicher Abhängigkeit ist zu gross, egal in welcher Form von Journalismus. Verklüngelung, kritische Distanz, die verloren geht, sind die Folge und das führt dazu, dass die Medien ihren Anspruch darauf, die vierte Gewalt im Staat zu sein, verlieren.

Béla Bartha hat die Angst geäussert, dass allenfalls private Investoren Medien inhaltlich beeinflussen könnten. Ich hätte dieses Argument noch einigermassen verstanden, wenn wir hier von Wirtschaftsjournalismusförderung sprechen würden oder von innenpolitischer Journalismusförderung. Wir sprechen von Kulturjournalismus. Ich bekomme, wie die meisten wahrscheinlich hier drinnen auch, regelmässig diese Zeitschrift aus Bern zugestellt, die sich ausschliesslich mit Kulturjournalismus beschäftigt. Diese Zeitschrift ist erklärtermassen, und das wird offen kommuniziert, links. Damit habe ich überhaupt kein Problem, denn diese Zeitschrift ist privat finanziert, aber es zeigt, dass man auch privat finanziert linken Medienjournalismus betreiben kann. Wahrscheinlich könnte man auch rechten Medienjournalismus betreiben, es gibt es wahrscheinlich einfach weniger.

Ja, traditioneller Journalismus ist rückläufig, das gehört auch zum Kulturjournalismus dazu, aber es sind in den letzten 20, 30 Jahren neue Medienformen entstanden, die das kompensieren. Medienformen, die den Austausch untereinander, die Meinungsbildung vereinfachen und das Gesamtvolumen an Auseinandersetzung mit kulturpolitischen Themen nicht schrumpfen liessen. Vor einigen Jahrzehnten waren auch die Dampfloks rückläufig und der Beruf des Heizers war auch gefährdet. Aber ich glaube, es käme niemandem hier drinnen in den Sinn zu sagen, schade haben wir die Dampfloks damals nicht subventioniert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Diese wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Sie bedienen jetzt hier wieder tapfer das Narrativ, das Nachdenken über Medienförderung würde die Gewaltentrennung aufheben. Ist Ihnen bekannt, dass es bereits eine Medienförderung gibt in der Schweiz?

Lorenz Amiet (SVP): Das heisst ja nicht unbedingt, dass ich diese gutheisse und im Übrigen, was noch interessant ist, auf der Grossratsreise haben sich auch Journalisten ganz klar von diesem Vorschlag hier distanziert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine zweite Zwischenfrage von Frau Mathys. Diese wird auch entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Besten Dank, Lorenz Amiet, für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben das Anliegen quasi mit dem Erhalt eines Berufsstandes verglichen. Es geht aber um den Erhalt der Inhalte. Bestreiten Sie den Wert für die Demokratie von journalistischer Berichterstattung?

Lorenz Amiet (SVP): Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich betreffend Inhalte darauf hingewiesen, dass sich diese Inhalte einfach in andere Medienformen verschoben haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich glaube, Wiederholungen sind unvermeidlich. Zuerst vorab, die FDP ist gegen eine Zweitüberweisung in welcher Form auch immer. Ich wurde ja von Frau Mathys bei der Erstüberweisung gerügt, wie despektierlich ich über verschiedene Formen des Journalismus gesprochen habe, aber ich bin in mich gegangen und ich bleibe bei meiner Meinung, das willkürliche Herausgreifen einer Form des Journalismus ist nicht rechtfertigbar. Und dann habe ich von Frau Stier gehört, wir müssen da kollektive Identität schaffen, ja, also da kommt mir schon das Grausen. Und auch Herr Sieber, der Vorschlag, Einordnung als staatliche Aufgabe und speziell in der Kultur, was ich jetzt alles gehört habe, und ich glaube, Sie verstehen die Unterscheidung, die für unsere Freiheit massgeblich ist, zwischen Staat und Gesellschaft nicht.

Ich glaube, die Medien, da bin ich mit Herrn Amiet nicht ganz so richtig, die Medien, die vierte Staatengewalt, das ist aber nicht wirklich staats- oder verwaltungsrechtlich. Das ist Teil der Gesellschaft und es gibt gewisse neutrale Unterstützungsformen, wie es früher für Printmedien gab durch die Verbilligung der Zustellung, wenn gewisse

Schwellenwerte erreicht sind. Hier beim Kulturjournalismus muss man ja daran denken, dass bei uns eben der Staat doch ein grosser indirekter Kulturproduzent und Förderer ist. Wie das dann wirklich geht, ohne in die Freiheit einzugreifen, wir haben jetzt gehört, Qualitätsjournalismus, das muss dann jemand beurteilen, was ist dann Qualitätsjournalismus und was ist weniger Qualitätsjournalismus. Es geht einfach nicht auf. Und gesamthaft, dass der Journalismus wieder mal in Basel-Stadt für die ganze Welt gerettet werden kann, auch dank gütiger Unterstützung der GLP, das ist wirklich typisches Hochstaplertum in Basel-Stadt und damit sollten wir aufhören.

In diesem Sinne bitte ich Sie, nicht zu überweisen und notfalls nur als Anzug zu überweisen. Dieser Anzug kann dann irgendwo deponiert werden in einer Schublade der Regierung, ich habe da nichts dagegen. Das fördert die Kultur mehr als diese Einordnung Sieberscher Art.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Herrn Sieber und Frau Mathys. Diese werden entgegengenommen. Herr Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Danke für das lustige Votum und meine Zwischenfrage, der Regierungsrat hat ja kürzlich die Handlungsprämissen für die neue Kulturstrategie vorgestellt und Sie jetzt als engagiertes Mitglied der BKK, da steht; Teilhabe an Kunst- und Kultur bildet Gemeinschaft, Förderung von öffentlichen Debatten und vielfältigen Perspektiven. Wäre da der Kulturjournalismus nicht ein wunderbares Instrument dafür? Und wenn Sie nicht beantworten können, vielleicht kann es Conradin Cramer tun.

David Jenny (FDP): Ich wollte nicht lustig sein, sondern todernst, Herr Sieber, und ich glaube, diese Teilhabe muss entstehen ohne solche Instrumente, wie Sie vorschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Mathys.

Lisa Mathys (SP): Besten Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben gesagt Qualitätsjournalismus. Wer soll das dann bitte beurteilen? Es gibt den Journalist*innenkodex und es gibt den Presserat. Denken Sie nicht auch, das wären taugliche Instrumente zum Feststellen von Qualitätsjournalismus?

David Jenny (FDP): Nein, das ist so wie im Grossen Rat, der Grossratspräsident oder die -präsidentin muss rügen, wenn gewisse Grenzen überschritten werden, er stellt aber auch nicht die Qualität der Voten oder der Zwischenfragen fest.

Balz Herter, Grossratspräsident: Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte eigentlich nicht reden, aber als einziger Journalist in diesem Parlament möchte ich doch einmal einordnen, was hier gesagt worden ist. Zu Ihrer Erinnerung, ich bin fest angestellter Journalist gewesen beim Oltner Tagblatt, bei der Davoser Zeitung in Graubünden, der Freien Presse Chemnitz, der Sächsischen Zeitung Dresden und bei der grössten Tageszeitung von Europa, bei Bild. Ich habe 15’000 Artikel geschrieben, 8’000 Fotos gemacht, ich habe alles gesammelt und kenne mich darum aus. Was hier diskutiert wird, muss ich einmal ohne Manuskript festhalten. Herr Sieber, ich muss einfach sagen, das ist eine Zwängerei, was hier gemacht wird. Es ist eine Rechthaberei und darum bin ich gegen alles und schliesse mich den Voten der SVP an.

Es muss einfach gesagt werden, zu diesem Thema sind ja auch viele Zeitungsartikel in Basel erschienen seit zwei Jahren, relativ grössere Artikel und da muss ich einfach feststellen, sie reden immer über den Kulturjournalismus, aber sie haben vergessen, eine Zeitung hat ja fünf Teile, Inland, Ausland, Feuilleton, wo sie wahrscheinlich Kultur meinen, lokaler Sport. Sie reden immer vom Kulturjournalismus, dann sagen Sie doch einmal genau, ist das das Feuilleton, wie es richtig heissen soll, schon einmal der Begriff ist falsch, Kulturjournalismus hat immer Feuilleton geheissen. Und Herr Sieber, dann müssen Sie sagen, dann müsste man auch die Lokaljournalisten finanzieren, die über Basel schreiben, man müsste Sportjournalisten finanzieren, die heute Abend zum FC Basel-Spiel nach Freiburg gehen und, und, und. Und das geht nicht. Herr Sieber, ich möchte Ihnen in Ihr Lehrbuch einfach schreiben, 20 Minuten stellt Ende Dezember ein. Warum stellt 20 Minuten ein? Weil sich das Geschäft nicht mehr trägt. Die Leute lesen heute keine Zeitungen mehr, die Basler Zeitung hat eine lachhafte Auflage von 15’000, die Basellandschaftliche Zeitung von 5’000 und die Leute sparen, die wollen das nicht. Die jungen Leute

lesen auf TikTok oder Instagram, die älteren Leute informieren sich in der Nachbarschaft, aber die Zeitungen sind quasi am Sterben. Und Sie wissen, die Zeitungen sind nicht mehr 100 Seiten dick wie früher, sondern nur noch 20.

Also ich bin gegen alles und ich finde einfach, man kann hier nicht den Journalismus staatlich finanzieren, dann haben Sie Verhältnisse wie in der DDR, wo man dann nur noch, das Wort darf man, glaube ich, sagen, das nennt sich Speichellecker. Es ist einfach so, wenn Sie einem Journalisten Geld geben, dann schreibt er so, wie Sie das wollen und dann haben Sie wieder Abhängigkeiten und das geht nicht. Journalismus muss Markt der freien Wirtschaft bleiben, der Stärkere setzt sich durch, der, der mehr Auflagen oder Klicks hat, wird gehört und der andere kann nicht staatlich subventioniert werden. Das geht nicht, darum bin ich einfach gegen alles und finde das eine Frechheit und eine Zwängerei, wenn man Geld abzweigen will für einen Journalismus, der einfach gestorben ist, den es nicht gibt. Und ich muss selbst feststellen, Journalismus wird einfach schlechter bezahlt, die Zeitungen haben kein Geld mehr. Das betrifft auch mich, ich bin auch ein Opfer davon geworden und es ist leider so.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Johannes Sieber gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Ich erlaube mir noch einmal kurz auf David Jenny einzugehen, denn in einem Punkt bin ich mit ihm sehr einig. Wenn wir nämlich jetzt aus dieser Motion einen Anzug machen, dann verschwindet er in irgendeiner Schublade. Und das ist ja auch genau der Grund dieser Motion. Es ist zugegebenermassen ein bisschen eine Zwängerei und auch ein bisschen eine Durchsetzungsmotion, denn das Ziel ist, dass wir ein Fördermodell erarbeiten, also dass der Regierungsrat sich überlegt, wie kann Medienförderung im Kanton funktionieren, genau so, dass all diese Bedenken, die hier heute geäussert wurden, eben nicht eintreffen. Das ist genau der Auftrag dieser Motion und wenn wir das nicht tun, dann wird das nicht stattfinden.

Und dann muss ich an die Adresse der SP, die zum Teil jetzt hier einen Anzug daraus machten will, einfach sagen, dass wenn Sie mir garantieren können, dass Ihr Regierungsrat Kaspar Sutter dann trotzdem mit einem Modell daherkommt, einem Fördermodell, das wir diskutieren können, dann wäre ich mit einem Anzug einverstanden. Aber da bin ich bei David Jenny, dass das eben nicht stattfinden wird. Dieser Anzug wird in der Schublade verschwinden, wir werden kein Fördermodell diskutieren und vielleicht umsetzen können und deswegen möchte ich nochmal appellieren, jetzt hier ein zweites Mal die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Sieber, es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Diese wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Herr Sieber, Sie haben gesagt, diese Motion sei eine Durchsetzungsmotion, auch bezüglich der konsequenten Sparpolitik der GLP?

Johannes Sieber (GLP): Herr Messerli, das haben Sie mich letztes Mal schon gefragt und das Ausarbeiten und das Nachdenken über ein Fördermodell kostet jetzt noch nicht wahnsinnig viel. Ob wir das dann einführen oder nicht, wie viel es kostet, wie viel wir bereit sind zu zahlen, das ist die zweite Frage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Redner*innen ist erschöpft, somit hat Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die verschiedenen Meinungen liegen klar auf dem Tisch. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass es nicht sinnvoll ist, eine auf Kulturjournalismus isoliert verstandene Medienförderung voranzutreiben mit einem isolierten Artikel im Kulturfördergesetz. Darüber haben wir diskutiert. Ich möchte noch kurz auf ein paar Technizitäten zu sprechen kommen.

Johannes Sieber hat in seinem zweiten Votum jetzt das Wort Durchsetzungsmotion gebraucht. Das ist es leider nicht, also in Ihrem Sinne leider, sondern was Sie gemacht haben, ist, Sie haben den Anzug, der überwiesen wurde und stehen gelassen wurde hier entgegen dem Antrag des Regierungsrats, Sie haben dort ein Element herausgepickt, nämlich die Kulturförderung und das in eine Motion gegossen. Und das steht jetzt zur Diskussion, das, was geschrieben steht in der Motion, und das ist eine isolierte Betrachtung des Kulturjournalismus. Das ist vielleicht technisch dann einfach nicht so klug als Durchsetzungsmotion. Es ist aber auch nie zu spät, eine Durchsetzungsmotion noch zusätzlich einzureichen, das müssen

Sie selbst wissen. Aber wenn Sie uns diesen Auftrag geben, dann ist der Auftrag klar, Kulturjournalismus und nicht gesamtheitliche Betrachtung, eben nicht, auch wenn Sie jetzt vorhin gesagt haben, der Regierungsrat ist ja immer frei und kann dann auch gesamtheitlich berichten. Nein, wir nehmen ernst, was Sie aufschreiben in den Motionen und man kann da nicht beliebig in der Debatte sagen, das ist eigentlich alles ganz anders gemeint und viel umfassender gedacht. Das ist nicht ganz redlich im Vorgehen.

Dann die Frage, was passiert denn jetzt, wenn Sie das als Anzug überweisen. Dann haben wir zwei Anzüge, die sich beide mit Medienförderung befassen, die beide initiiert worden sind vom gleichen Anzugsteller bzw. Motionär. Wir sind ja weder naiv noch irgendwie jenseits der politischen Realitäten im Regierungsrat, wir haben es ja versucht, den Anzug abzuschreiben. Sie haben gesagt Nein, Sie wollen das stehen lassen, mit anderen Worten, Sie wollen, dass der Regierungsrat etwas ausarbeitet zur Medienförderung und das werden wir dann natürlich tun.

Und jetzt noch zur technischen Frage von Lisa Mathys, welches Departement denn da am ehesten zuständig sein würde, wenn zwei Anzüge überwiesen sind. Ich weiss nicht so recht, was Ihre Befürchtung ist, haben Sie Angst, dass es dann wegkommt vom sozialdemokratisch geführten WSU zum liberaldemokratisch geführten Kulturdepartement oder wollen Sie das vielleicht sogar? Was ich Ihnen einfach da versichern kann, bei diesen umfassenden Fragen wie Medienförderung, das ist ja eine Frage, die wirklich auch an das Verhältnis von Privaten und Staat sehr direkt rührt, das haben wir in der Debatte gehört, arbeiten wir natürlich inter- und überdepartemental. Und klarerweise, wenn wir jetzt diesen Kulturförderungsanzug haben, wird die Abteilung Kultur nochmals stärker involviert sein in die Beantwortung der Anzüge, weil wir ja dann die Botschaft auch von Ihnen haben, dass eben im Bereich der Medienförderung, der Kulturförderung, Kulturjournalismusförderung besonderes Gewicht gegeben werden soll. Also es wäre ein Coworking der beiden Departemente mit den anderen sicher auch interessierten Departementen zusammen.

Das alles gesagt, bitte ich Sie, die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Diese wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme. Was ich jetzt nicht verstehe, wenn eine Motion die Velosituation am SBB verbessern möchte, Sie aber auch die Velosituation am Badischen Bahnhof verbessern möchten, warum dürfen Sie denn das nicht auch tun?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich glaube, die Frage der Installation einer neuen Staatsaufgabe Kulturförderung bzw. Medienförderung umfassend oder in einem Bereich ist einfach ein bisschen komplexer als die Methoden, wie man Velos besser fördert. Das ist schon, finde ich, ein qualitativer Unterschied.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als kleine Vorwarnung, es gibt zwei Abstimmungen, Sie sollten also im Saal bleiben. Johannes Sieber und Weitere beantragen die Überweisung als Motion. Wir kommen daher zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

45 Ja, 44 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007226, 24.09.25 10:23:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichentscheid des Präsidenten, Weiterbehandlung als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe einen Stichentscheid und entscheide mich für den Anzug.

Catherine Alioth beantragt die Nichtüberweisung. Wir kommen auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007228, 24.09.25 10:24:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden mit 55 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

48. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 10:24:44, 23.5576.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wir kommen nun zur Behandlung von drei Motionen, die Änderungen im Wohnschutzgesetz verlangen und seit Einreichung der Motionen, seit Überweisung, das ist ja noch nicht so lange her, es war im Juni letzten Jahres, ist einiges gegangen. Wir haben eine Auslegeordnung präsentieren können, die der Regierungsrat in Auftrag gegeben hat zu einer ersten Analyse der bestehenden Wohnschutzgesetzgebung und diese Auslegeordnung hat eine Abnahme der Sanierungstätigkeit im Kanton Basel-Stadt festgestellt. Sie hat festgestellt, dass einiges durchaus ja funktioniert im Wohnschutz, das intendierte nämlich der stärkere Schutz vor Leerkündigungen, dass aber doch massive Nebeneffekte zu befürchten sind oder zu sehen sind, eben namentlich ein doch dramatischer Rückgang der Sanierungstätigkeit. Das zeigen die Zahlen, das gibt ja auch den subjektiven Eindruck aus der Baubranche, aus dem Gewerbe, die Aussagen von Investorinnen und Investoren deuten darauf hin.

Das ist eine Situation, mit der niemand glücklich sein kann und auch niemand glücklich war und entsprechend haben sich Änderungen in der Wohnschutzlegiferierung aufgedrängt. Nun ist es aber so, dass eine Gesetzesänderung, Gesetzesänderungen in einem derart komplexen Feld Zeit in Anspruch nehmen, austariert sein müssen und das gilt vielleicht nochmals stärker, wenn ein Gesetz direkt in einer Volksabstimmung angenommen wurde. Da ist es nicht statthaft, dass man einfach auf die Schnelle gleich wieder Änderungen macht, ohne die wesentlichen Stakeholders da umfassend einzubeziehen. Entsprechend war es gar nicht möglich, in der von den Motionen gesetzten Fristen Änderungen am Wohnschutzgesetz herbeizubringen oder Ihnen zur Abstimmung vorzulegen.

Was wir im Regierungsrat aber stattdessen getan haben, ist eine doch umfassende Revision der Wohnschutzverordnung, also der Verordnung, die der Regierungsrat in Ausführung des Gesetzes erlassen hat. Wir haben bei einer Analyse gesehen, als ich neu die Verantwortung in diesem Dossier übernehmen durfte, dass in der Wohnschutzverordnung doch einiges in der Eile auch überlegiferiert wurde, teilweise sogar zusätzlich bürokratisiert wurde und dass entsprechend auch die Möglichkeit besteht, dass der Regierungsrat in eigener Kompetenz Erleichterungen treffen kann. Diese Erleichterungen haben wir präsentieren können vor der politischen Sommerpause im Juni dieses Jahres und die neue Verordnung wird am 1. November 2025 in Kraft treten.

Was bedeutet das nun. Ich habe mir diese Einleitung, sie gilt natürlich für alle diese Motionen, erlaubt, was bedeutet das nun konkret für die Motion von Michael Hug und Konsorten. Die vorliegende Motion verlangt doch tiefgreifende konzeptuelle Veränderungen im Wohnschutz. Sie fordert konkret insbesondere die vollständige Abschaffung des Meldeverfahrens gemäss § 8c des Wohnraumfördergesetzes. Instandstellungen von Wohnungen bei einem Mietwechsel sollen bewilligungsfrei möglich sein, sofern die Nettomiete nicht um mehr als 10% gegenüber der bisherigen Miete steigt. Bauliche Massnahmen bis 50'000 Franken pro Wohnung, die nicht zu einer Mietzinserhöhung von mehr als 15% führen, sollen in einer einfachen und zügigen Plausibilitätsprüfung behandelt werden. Im umfassenden Bewilligungsverfahren soll die Ermittlung des maximalen Mietzinsaufschlags grundlegend überarbeitet werden. Einfache Bewilligungsverfahren sollen ausschliesslich durch das Sekretariat und den Präsidenten der Wohnschutzkommission bearbeitet werden können.

Um eine vollständige Erfüllung dieser Motionsforderungen, die ja vom Grossen Rat überwiesen worden sind, zu gewährleisten, ist eine umfassende Revision des Wohnraumfördergesetzes notwendig. Und dann nach eben einer Gutheissung durch den Grossen Rat müsste möglicherweise auch da mit einer Volksabstimmung gerechnet werden. Der Regierungsrat hat angesichts dieser langen Zeitdauer, die eine vollständige Umsetzung wohl mit sich bringen würde, versucht im Rahmen der Wohnschutzverordnungsrevision Dinge, die unter dem Gesetz möglich sind, Anliegen der Motion, die unter dem Gesetz möglich sind, zu berücksichtigen und umzusetzen.

Was bedeutet das wiederum konkret, was wird also per 1. November im Bereich der Motion Michael Hug ändern. Erstens, der meldebefreite, einfache, ordentliche Unterhalt wird deutlich ausgeweitet. Beispielsweise muss neu der Einbau einer Geschirrwaschmaschine nicht mehr gemeldet werden, sofern er für bis zu maximal 5'000 Franken und natürlich ohne Mietzinsaufschlag erfolgt. Darüber hinaus werden jegliche Investitionen in PV-Anlagen vom Meldeverfahren befreit. Das Meldeverfahren ist dadurch wesentlich seltener anzuwenden, es wird zudem neu allein durch einen Vorsitz der WSK und die Schreiberinnen und Schreiber der WSK vollzogen. Also hier massive Erleichterungen im Meldeverfahren.

Zweitens, kleinere Sanierungen, besonders beim Mieterwechsel, für die ein Mietzinsaufschlag gefordert wird, werden neu standardmässig im Rahmen einer stark vereinfachten Plausibilitätsprüfung durch einen Vorsitz der WSK bewilligt. Die neue Plausibilitätsprüfung wird zu einer Beschleunigung des vereinfachten Bewilligungsverfahrens führen und gleichzeitig den administrativen Aufwand für die Gesuchstellenden und übrigens auch für die Wohnschutzkommission stark verringern.

Drittens, zudem haben wir in der Verordnungsrevision die Berechnung der maximalen Mietzinsaufschläge für das vereinfachte und das umfassende Bewilligungsverfahren ganz grundsätzlich überarbeitet. So können in der Vergangenheit erfolgte bauliche Massnahmen bei der Bestimmung des wertvermehrenden Anteils einzelfallgerechter berücksichtigt werden, so wie es eben die Motion fordert. Ebenfalls wird das bisherige Mietzinsniveau bei der Veränderung von Wohnungsgrössen, die im Zusammenhang beispielsweise mit einem Dachstockausbau entstehen, bei der Bewilligung von Mietzinsaufschlägen unkompliziert berücksichtigt.

Im Ergebnis bewirkt der Regierungsrat mit dieser Revision der Wohnraumschutzverordnung Anpassungen des Wohnschutzes, die doch umfassend dem Geist der Motion entsprechen und auch jetzt direkt per 1. November in Kraft treten werden. Ich bin überzeugt, dass wir damit doch wesentliche Anpassungen im Sinne der von Ihnen überwiesenen Motion in kurzer Zeit erreicht haben. Aber, und das ist auch nicht wegzudiskutieren, nicht alle Forderungen der Motion wurden vollumfänglich erfüllt, es bleiben konkrete Forderungen der Motion offen, und um die auch noch erfüllen zu können, brauchen wir, wie gesagt, eine Revision der Wohnschutzgesetzgebung. Dafür reicht die kurze Frist nicht aus, dafür brauchen wir nochmals zwei Jahre, denn das soll ein Gesetzgebungsänderungsverfahren sein, das eben nicht auf die Schnelle geschieht, sondern gestützt auf nochmals vertieftere Evaluationsergebnisse des Wohnschutzes, natürlich gestützt auf ein Vernehmlassungsverfahren und idealerweise, das ist jedenfalls die Wunschvorstellung, natürlich im möglichst breiten Kompromiss aller involvierten Partner.

Das möchten wir versuchen und darum bitten wir Sie um Verlängerung der Frist zur Beantwortung der Motion um zwei Jahre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Der Regierungsrat beantragt, die Frist zur Beantwortung der Motion Michael Hug und Konsorten um zwei Jahre zu verlängern. Die FDP-Fraktion meint dazu, diese Frist ist für uns nicht akzeptabel. Die Motion ist klar formuliert, praxisnah und umsetzbar. Abschaffung des Meldeverfahrens, vereinfachte Bewilligungsverfahren, klare Fristen und Zuständigkeiten. Die Teilrevision hat bereits einige Punkte umgesetzt, das respektieren und verdanken wir. Trotzdem kann die Teilrevision lediglich Private bei kleinen Sanierungen befriedigen. Umfassende Sanierungen, die die Auftragslage des Gewerbes nachhaltig verbessern würden, werden damit nicht gefördert.

Substantielle Anliegen der Motion bleiben aktuell ungelöst. Das Meldeverfahren bleibt bürokratisch, die Investitionssumme von 5'000 Franken pro Jahr, für welche gemäss angepasster Wohnraumschutzverordnung keine Meldung gemacht werden muss, ist viel zu tief angesetzt. Die Bewilligungspflicht bei Investitionen während Mieterwechsel, die über den ordentlichen

Unterhalt hinausgehen, bleibt bestehen, auch wenn die Miete nicht mehr als 10% erhöht wird. Die Mietzinserhöhungsbandbreiten wurden nicht angepasst, wie in der Motion gefordert. Energetische Sanierungen unterstehen nach wie vor einer Bewilligungspflicht und werden davon nicht befreit, wie dies in einer der folgenden Motionen als Anliegen formuliert wurde.

Der Regierungsrat verweist darauf, dass die Motionen mit anderen laufenden Motionen, etwa zu energetischen Sanierungen, Stockwerkeigentum oder Definition von Wohnungsnot, koordiniert werden müssen. Die FDP-Fraktion hält dem entgegen, die Motion Michael Hug kann sofort umgesetzt werden, parallel zu den anderen Bearbeitungen. Es besteht kein Grund, zwei Jahre einfach abzuwarten. Die Dringlichkeit der Motion ist klar. Wir haben einen Sanierungsstau, Wohnungen verfallen. Dringend notwendige Instandsetzungen verzögen sich weiter. Klimafreundliche Umbauten werden blockiert, Klimaziele geraten in Gefahr. Der Bauwirtschaft gehen Aufträge verloren, Unternehmungen weichen ins Umland aus, Arbeitsplätze und Wertschöpfung leiden erheblich.

Wenn man die zweijährige Fristverlängerung akzeptiert, bedeutet das konkret, zwei Jahre warten auf eine Antwort, danach braucht es mindestens ein bis zwei Jahre für die Umsetzung. Spürbare Verbesserungen würden also frühestens ab 2028 oder 2029 eintreten. Das ist angesichts der bestehenden Probleme viel zu spät. Darum, die Teilrevision hat gezeigt, die Umsetzung ist machbar, jede weitere Verzögerung verschärft den Sanierungsstau, blockiert Investitionen und schwächt unsere lokale Wirtschaft.

Darum beantragt die FDP-Fraktion einen Kompromiss. Die Fristverlängerung soll lediglich ein Jahr betragen. Dieser Antrag gilt auch für die Motionen: Traktandum 49. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, und Traktandum 50. Motion Niggi Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Im Namen der SP beantrage ich Ihnen die Abschreibung dieser und der folgenden zwei Motionen. Das Hochparterre ist eine Zeitschrift für Architektur und Planung. Im Juni dieses Jahres titelt diese Zeitschrift: Der Wohnschutz funktioniert. Wie kommt eine renommierte Fachzeitschrift zu diesem Schluss? Ganz einfach, eine Studie der ETH hat gezeigt, dass in Städten mit Wohnschutz die Verdrängung der bestehenden Wohnbevölkerung gestoppt wurde.

Ziel des Wohnschutzes ist es auch in Basel gewesen, die Verdrängung durch Massenkündigung und Verteuerung des Wohnraums zu stoppen. Und verdankenswerterweise hat das Statistische Amt im Auftrag des Regierungsrats ein Wohnraumschutz-Monitoring gemacht und verschiedene Zahlen dazu veröffentlicht, sodass wir heute über Fakten diskutieren können. Sie sehen, das Ziel ist erreicht, das ist die Anzahl der Leerkündigungen oder wie wir sagen Massenkündigungen, und die ist sehr stark zurückgegangen seit der Einführung des Wohnschutzes. Im Gegensatz zum Hochparterre sind wir Partei. Wir ergreifen Partei für Mieterinnen und Mieter und das ist auch bitter nötig. Ich bringe jetzt einen Ausdruck, den wir in der letzten Debatte, in der letzten Sitzung gehört haben: Die Mieterinnen und Mieter sind die Milchkühe der Nation.

Ich werde im Folgenden auf drei Punkte eingehen, auf das erste, an die Anpassung der Verordnung, was ist eigentlich passiert. Conradin Cramer hat hier schon einiges gesagt, das werde ich auch von unserer Seite einordnen. Dann, warum soll man die Motionen abschreiben und drittens werde ich schon jetzt kurz etwas zu den energetischen Sanierungen sagen.

Zur Verordnungsanpassung. Sie wissen, grundsätzlich gibt es drei Verfahren, es gibt ein vereinfachtes Verfahren und ein umfassendes Verfahren. Conradin Cramer hat es gesagt, das vereinfachte Verfahren wurde angepasst, sie können jetzt wieder mehr überwälzen, immer noch im Rahmen des Ranges, aber es ist monetär mehr und das wurde gemacht im Einverständnis mit dem Mieter*innenverband, der schon früh diese Vereinfachungen, diese Anregungen gemacht hat beim vereinfachten Verfahren. Wir haben sogar versucht, das mit dem Gewerbeverband aufzugleisen, damit man das noch schneller umsetzen hätte können, das ist sicher ein Beispiel dafür, dass man gemeinsam auch Dinge verändern kann.

Beim umfassenden Verfahren geht es darum, da werden wir dann bei der Motion Rechtsteiner sicher noch ausführlich darüber reden, wie energetische Sanierungen überwälzt werden können. Und dort sind wir von der SP, aber auch vom Mieter*innenverband viel skeptischer. Wir befürchten, dass dort die Verdrängung durch die Hintertür wieder eingeführt wird, das könnte sogar ein Scheunentor sein, sodass es wieder zu massiven Überwälzungen auf die Mieter und Mieterinnen kommt.

Dann haben wir noch eine dritte Ebene, den Abbruch. Das steht heute nicht zur Debatte, dort wurde bisher die Thematik mehr auf der juristischen Ebene geführt und dort haben wir sicher eine Diskussion vor uns, die zeigen wird, weil sich aktuell mehr und mehr die Einsicht durchsetzt, dass es aus Klimaschutzgründen nicht mehr zeitgemäss ist, Häuser abzureissen und

dass es hier verschiedene Alternativen gibt. Ein Beispiel ist zum Beispiel auch, dass die Aufstockungen seit Einführung des Wohnschutzes in Basel-Stadt zugenommen haben zur Schaffung von neuem Wohnheim.

Zweitens, wieso sollen Sie die Motionen abschreiben. Ganz grundsätzlich einmal, die Bevölkerung in Basel-Stadt will einen Wohnschutz. Sie hat das mehrfach zum Ausdruck gebracht bei Abstimmungen und sie will eben auch einen wirksamen Wohnschutz. Ich möchte jetzt da aber nicht zu lange auf demokratiepolitischen Überlegungen herumreiten, sondern ich möchte auch ein Argument für das Gewerbe bringen. Wenn Sie hier die nächste Folie anschauen, man kann es leider nicht so gut lesen, das ist aus einer Studie von Ernst & Young und die hat verglichen über die letzten, ich weiss jetzt nicht mehr genau, 15, 20 Jahre, wie viel wird renoviert, wie viel wird saniert in den grossen Städten. Und wenn Sie es genau anschauen, ich kann es Ihnen dann auch zur Verfügung stellen, dann sehen Sie, dass in Genf am meisten pro Wohnung investiert wird. Das heisst, das Gewerbe dort oder auch die Hausbesitzer haben sich mit dem neuen Gesetz arrangiert, sie haben Lösungen gefunden. Und wenn wir hier jetzt einfach wieder das Gesetz anpassen, dann wird das genau den Effekt haben, dass alle warten werden, dass sie doch wieder bessere Konditionen haben werden und diese Anpassung an die Realitäten, die vom Volk, von der Stimmbevölkerung gewünscht wurden, die wird weiter verzögert. Das ist schlecht für das Gewerbe.

Drittens zum Thema energetische Sanierung. Es ist klar, dass die Immo-Lobby, das kann man ja nachvollziehen, am liebsten keine Beschränkungen hätte. Das ist ja auch ihr Job, sie müssen so viel Rendite machen wie möglich, aber es gibt natürlich auch noch andere Interessen, nämlich die Interessen, die wir vertreten, der Mieterinnen und Mieter. Auch das Gewerbe möchte natürlich so viele Aufträge wie möglich, aber es gibt eben auch die Mieterinnen und Mieter und sie haben auch ein Recht, nicht das alles bezahlen zu müssen. Weil am Ende des Tages wollen sie einfach alle diese Kosten auf die Mieterinnen und Mieter überwälzen. Zudem gibt es hier einen eklatanten Widerspruch. Wir stimmen jetzt gerade über den Eigenwert ab, dort ist es so, dass die Organisationen, die sich einsetzen für energetische Sanierungen, dagegen sind, also man kann auch ein bisschen feststellen, dass zumindest bei einem Teil diese grünen Argumente eher vorgeschoben werden und deshalb ist es wichtig, dass wir dort sehr gut hinschauen.

Was ist denn die Realität heute? Das wäre das nächste Schaubild. Das sind die Förderbeiträge in Basel-Stadt. Es ist also so, dass weiterhin Förderbeiträge sogar noch wieder in einem zunehmenden Ausmass, 2023 ist man wieder auf dem Niveau von 2020, Förderbeiträge in diesem Bereich ausgeschöpft werden. Und das ist auch das Ziel, wir haben immer gesagt, Klimaschutz und Wohnschutz gehören zusammen. Das Ziel ist eben, dass man sanfte Sanierungen macht und wir sind der Überzeugung, dass es möglich ist, im Rahmen des bestehenden Gesetzes ökologische Sanierungen zu machen, deshalb braucht es keine Gesetzesanpassung.

Fazit: Erstens, der Wohnschutz funktioniert, so wie das von der Bevölkerung in mehreren Abstimmungen gewünscht wurde. Zweitens, einvernehmliche Lösungen auch mit den Mieter*innen und Mieterverband sind möglich im Rahmen des bestehenden Gesetzes. Drittens, mit der Brechstange vorzugehen, wie das der Fall wäre, wenn Sie jetzt an den Gesetzesänderungen festhalten, ist, dort wird garantiert die Bevölkerung das letzte Wort haben und die Stimmbevölkerung hat mehrfach klargemacht, dass sie nicht bereit ist, überrissene Renditen zu bezahlen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Auch ich werde gleich zu allen drei Motionen sprechen. Die SVP-Fraktion bittet Sie, dem Antrag der Regierung zu folgen und die Fristverlängerung um zwei Jahre zu genehmigen. Sowohl ich wie auch die SVP-Fraktion gehören eher mal zu den Personen in diesem Parlament, welche auch einmal den Regierungsrat kritisieren, auch wenn es darum geht, dass gewisse Dinge zu lange gehen. Hier bei diesen drei Motionen muss man den Regierungsrat, aber auch die Verwaltung loben, weil dann doch bei einem sehr komplexen Thema, welches wir schon seit vielen Jahren diskutieren, innerhalb eines Jahres immerhin dann diese Verordnung angepasst wurde und wir schon mal einen gewissen Zwischenschritt haben. Dementsprechend sind wir auch der Meinung, dass der Regierungsrat hier auf dem richtigen Weg ist.

Inhaltlich kann ich eigentlich alles teilen, was FDP-Fraktionssprecherin Silvia Schweizer gesagt hat, und so sympathisch mir auch das Anliegen ist mit der Einjahresfristverlängerung, so sehr fürchten wir von der SVP-Fraktion aber auch einen gewissen Schnellschuss. Wir wollen jetzt keinen Schnellschuss, dass der Regierungsrat jetzt irgendetwas durcharbeitet und wir dann keine praktikable Lösung haben und wir dann auch in der BRK wieder ewig lang diskutieren müssen oder wir auch hier im Parlament, wie wir das auch schon hatten, dann achtstündige Sitzungen haben mit 20 verschiedenen Abänderungsanträgen. Wir sind der Meinung, das Ganze soll jetzt sauber aufgegleist werden. Der Regierungsrat soll jetzt nochmals diese zwei Jahre Zeit bekommen, das sauber aufgleisen, das vielleicht dann auch in der BRK, wo dann diese Geschäfte oder diesen einen Ratschlag oder vielleicht sind es auch mehrere Ratschläge, auch diskutiert wird, und dann schaffen wir es vielleicht wie bei «Basel baut Zukunft» für einen Kompromiss, vielleicht weniger wie beim Roche-Areal, aber ich bin davon überzeugt, dass wir dann auch die Köpfe zusammenstecken können und dann das Ganze vielleicht auch im Parlament relativ schlank über die Bühne geht.

Deshalb sind wir auch der Meinung, sollten wir jetzt hier diese zwei Jahre noch einmal geben, damit wir das Ganze dann gut aufgleisen, dann ist es eben keine Brechstange, wie es Kollege Pfister gesagt hat, und dann könnten wir hier durchaus auch eine gute Lösung vorantreiben und auch diese Gesetzesänderung vorantreiben. Auch uns von der SVP-Fraktion ist es bewusst, dass wir einerseits zwar der Meinung sind, dass es Anpassungen braucht in diesem Gesetz, aber dass es auch mehrere Volksentscheide waren, die das Wohnraumgesetz nun einmal zu dem gemacht hat, wie es heute steht und wie es heute verankert ist. Dementsprechend muss das auch sauber aufgegleist werden und deshalb unterstützen wir den Antrag der Regierung, dass wir hier diese Fristverlängerung um zwei Jahre genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Warum hat die Mehrheit der Stimmbevölkerung in Basel mehrmals für den Wohnschutz gestimmt? Weil sie Verdrängung und Vertreibung durch Sanierungskündigungen oder überrissene Mietzinserhöhungen nach Investitionssanierungen stoppen wollte, weil sie diesem Treiben einen Riegel schieben wollte. Was auch geschehen ist, der Wohnschutz ist ein Erfolg. Menschen müssen nicht mehr ihre Wohnung verlassen, weil sie die Mietzinse nach Sanierungen nicht mehr bezahlen können, und Massenkündigungen gehören bei uns nun der Vergangenheit an, in scharfem Kontrast zu anderen Regionen, insbesondere Zürich oder auch Bern und Luzern. Aus Berichten aus anderen Städten zeigt sich immer deutlicher, mit dem Basler Wohnschutz leisten wir in der Deutschschweiz Pionierarbeit für faire und sichere Mietverhältnisse. Das hat Pascal Pfister vorher bereits ausgeführt.

Zu den Motionen. Es wurde immer, sowohl bei der ersten wie bei der zweiten Überweisung, beteuert, man anerkenne den Wohnschutz, aber er müsse praktikabel werden, damit sich die Investitionen wieder lohnen würden. Seit Anfang 2023 mit den massiv gestiegenen Bau-, Energie- und Finanzierungskosten erleben wir schweizweit, wie der Druck auf Regulierungen zunimmt. Immer lauter fordert die Branche Deregulierungen in der Bau- und Raumplanung, beim Lärmschutz, beim Denkmalschutz, bei Einsprachemöglichkeiten. Tatsächlich geht es aber stets um etwas ganz anderes, um Rendite auf Kosten von Lebensqualität, von Umweltschutz und von demokratischen Mitspracherechten. Dieses Paket von Motionen kann einzig unter diesem Aspekt verstanden werden. Der Wohnschutz soll so weit ausgehöhlt werden, dass deren Investitionen wieder maximale Renditen abwerfen. De facto will man die Abschaffung des Volkswillens und so muss auch die Motion von Michael Hug verstanden werden.

Der Regierungsrat hat nun die Verordnung angepasst, vieles von diesen Motionen wurde umgesetzt, vieles aus unserem Mietwohnschutz wurde aufgeweicht, zum Beispiel die Mietzinsen nach Sanierungen. Sie werden ansteigen können, weil die neue Art der Renditeberechnung den Investoren einen höheren Spielraum gewährt. Die Parität bei der Wohnschutzkommission wird durch die Neuverordnung geschwächt, das Meldeverfahren wird ebenfalls aufgeweicht. Mit diesen Änderungen werden, so befürchte ich, auch die Mietzinsen wieder stark ansteigen und den Investoren wird für Massenkündigungen wieder Tür und Tor geöffnet.

Wir von der BastA-Fraktion haben diese Motionen von Anfang an abgelehnt und wir lehnen sie heute alle ab. Deshalb bitte ich Sie, die Motion von Michael Hug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Die vom Regierungsrat vorgelegte Verordnung, die im November in Kraft treten wird, ist in grossen Teilen ein Gewinn für den Wohnschutz, für die Praktikabilität in den Prozessen und nicht zuletzt für das lokale Gewerbe. Die Bagatellgrenze ist ein wichtiger und richtiger Schritt, genauso wie die zahlreichen formellen Anpassungen der Prozesse, die Klarheit schaffen. Auch sind wir von der Fraktion GRÜNE/jgb froh darüber, werden beispielsweise neu PV-Anlagen explizit ausgenommen.

Der grosse Wurf ist die neue Verordnung aber in Bezug auf die ökologischen Sanierungen noch nicht. Das Ansetzen eines Einsparungsgrades von 15% als Richtgrösse dafür, ob das umfassende Bewilligungsverfahren greift, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Diese 15% sind aber aus grüner Perspektive noch zu tief angesetzt. Dieser energetische Mehrgewinn ist schlicht zu mager, um die entsprechenden Mietzinsüberwälzungen zu rechtfertigen, der Anreiz für ambitionierte ökologische Projekte zu gering. Das Bundesamt für Energie beziffert das Einsparpotenzial in Altbauten auf 40 bis 70% und bei Neubauten auf 70 bis 80%. Das Potenzial für mehr Klimaschutz im Gebäudesektor ist massiv. Dafür braucht es dringend eine Verdoppelung der Sanierungsquote auf 2, besser noch eine Steigerung auf 4 oder 5%. Zudem fehlen noch die Antworten darauf, wie wir energetische Sanierungen einfach ermöglichen, die sinnvollerweise mit einer gesamthaften Sanierung verknüpft werden, wenn zum Beispiel das Dach nicht nur gedämmt, sondern auch ausgebaut werden soll.

Vor dieser Ausgangslage stellt sich uns weiterhin die grosse Herausforderung, wie wir die ökologische Bauwende im Bestand schaffen. Die Sanierungsquote ist rückläufig. Auch wenn dieser Trend statistisch noch nicht belastbar ist, den wir vom Statistischen Amt nachgewiesen bekommen haben, das wird er wohl erst in drei bis vier Jahren sein, aber drei bis vier Jahre, das ist ein Drittel der Zeit bis 2037. Diese möchten wir nicht untätig verstreichen lassen. Dafür ist die Erfüllung unserer gemeinsamen Klimaziele zu wichtig.

Aus diesen Gründen sind wir überzeugt, da geht noch mehr und da muss noch mehr gehen. Sie haben es auf dem «Chrüzlistich» gesehen, aus diesem Grund wollten wir bei der Motion Rechsteiner ebenfalls eine Fristverlängerung beantragen. Aber die Debatte dreht sich weiterhin darum, wie die Umwälzung auf Mietende maximiert werden kann, wie das Rad zurückgedreht werden soll und das bleibt das Ziel der vorliegenden Motionen. Die Verordnung hat einen pragmatischen Weg gefunden, aber die Motionen in ihrer ursprünglichen Form hier weiter durchzudrücken, ist nicht der richtige Weg. Wir erinnern uns, der Wohnschutz ist genauso Auftrag der Bevölkerung, wie es auch das Netto-Null-Ziel bis 2037 ist. Wir haben eine Verantwortung, Lösungen zu finden und nicht nur Volksentscheide auszuhöhlen. Die Verordnung, da sind wir überzeugt, hat den Wohnschutz gestärkt, indem sie ehrlich und pragmatisch viele Systemfehler angegangen ist. Die Stossrichtung an den Regierungsrat für die weitere Ausarbeitung, die nun propagiert wird, können wir aber so nicht mittragen.

Deshalb beantragen wir von der Fraktion GRÜNE/jgb gemeinsam mit BastA und SP, die Motion Rechsteiner wie auch die anderen beiden als erledigt abzuschreiben. Nicht aber, um uns auszuruhen, denn der klimabedingte Umbau unserer Stadt steht weiter bevor. Es wird wohl eine knappe Abstimmung und sollte die Fristverlängerung gewährt werden, so erinnern wir den Regierungsrat gerne an den Auftrag der Bevölkerung, an das Ja für den Klimaschutz und an das Ja für den Wohnschutz. Wir hoffen, dass die kommenden zwei Jahre uns mehr Einblick über die Entwicklungen der Sanierungsrate geben und wir gemeinsam Lösungen entwickeln können, ohne dabei Abstriche auf Kosten der Mietbevölkerung in Kauf nehmen zu müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich spreche ebenfalls im Namen der LDP gleich für alle drei Motionen. Wir haben es einführend gehört von Regierungspräsidenten Conradin Cramer, ersten Erkenntnissen der regierungsrätlichen Auslegung zufolge reduzieren die neuen Bestimmungen Mietzinserhöhungen, was gewollt ist, was gut ist. Gleichzeitig zeigt sich eine Abnahme der Sanierungstätigkeit und es bietet sich ein Zielkonflikt zwischen Wohn-, Raumschutz und Klimaschutz. Die Meldepflicht durch die Teilrevision der Verordnung besteht weiterhin, allerdings mit Verbesserungen bzw. Lockerungen. Die von den Motionärinnen und Motionären eingebrachten Grundanliegen, nämlich die vollständige Abschaffung des Meldeverfahrens, die Beseitigung der Bewilligungspflicht für gewisse Aufwendungen, die eine Mietzinserhöhung rechtfertigen, bleiben bestehen. Die vollständige Umsetzung der Motionsforderungen sind also nicht erfüllt. Aber auch aufgrund der Diskussion in der Fraktion wollen wir zeigen, dass wir für das Gespräch bereit sind.

Die Verordnungsänderungen, die im November 2025 in Kraft treten sollen, sind ein Weg und ein Schritt in die richtige Richtung, aber sie sind halt noch nicht ganz zufriedenstellend. Es muss das Gesetz angefasst werden und dies aus verschiedenen Gründen. Es ist auch neben dem Materiellen, dem Inhaltlichen auch formell einfach nicht besonders elegant legiferiert. Da könnte man auch gerade eine Verbesserung bewirken. Materiell bietet sich hier die Chance, das Gesetz nun anzuschauen und einige Punkte gleichzeitig auch noch zu verbessern. Wir bieten also Hand für Gespräche mit allen Parteien und auch mit dem Mieter*innenverband, dass wir das anschauen. Vorhin hiess es auch, dass man in einen Vernehmlassungsprozess geht, dass man mit den Stakeholdern sprechen will, und hier wollen wir auch Hand bieten. Weil der Kerngehalt des Wohnschutzes, der ja legitimiert ist über die Bevölkerung und eine Volksabstimmung, den wollen wir nicht in Frage stellen, aber wir wollen die Fehlwirkungen reduzieren.

Es geht auch nicht darum, eine 1:1-Umsetzung dieser Motionen jetzt als einziges durchzuboxen, es soll auch kein Powerplay sein. Es gibt noch andere Vorstösse, die als Anzüge noch eine längere Frist haben, die ebenfalls noch hängig sind. Das führt dann dazu, dass man sowieso ein Gesamtpaket hat an Forderungen, die man in eine Gesetzesrevision einbringen kann. Zudem wurden ja auch oder zumindest eine Volksinitiative angekündigt, die man ebenfalls darin wiederfinden und aufnehmen könnte. Das heisst, wir sind bereit, einer zweijährigen Fristverlängerung zuzustimmen, um diese Zeit zu nutzen und zu schauen, wie die Wirkungen der Verordnungsänderungen wirken. Das ist uns ein wichtiges Anliegen.

Ich möchte noch auf ein paar Punkte eingehen, zum Beispiel, dass der Wohnschutz funktioniert, wie im Hochparterre ausgewiesen wurde. Ja, die Leerkündigungen sind stark zurückgegangen, das wurde ja auch gewollt und das ist ja auch ein guter Effekt, aber es gibt natürlich auch viele Fehlwirkungen, dass es eben zu weniger Sanierungen kommt. Wir haben immer wieder auch viele Signale vom Gewerbe, die keine Aufträge mehr haben, und auch die Investorinnen und Investoren, und das können auch ganz Kleine sein, die dann nicht mehr bereit sind, wirklich Sanierungen zu machen, und das wiederum kontragiert den Klimaschutz und die Massnahmen, die auch Kollegin Fina Girard vorhin angesprochen hat. Gerade gestern hat mir jemand erzählt, dass sie einfach eine Sanierung machen, die hübsch aussieht von aussen, aber den Dachstock, den dämmt man nicht mehr und dieses Problem ist einfach ein faktisches.

Alle, die hier sitzen, haben öffentliche Interessen, die sie einbringen wollen und sagen, wir brauchen Klimaschutz, wir brauchen Wohnschutz und ich glaube, wir haben auch einen Konsens, dass niemand gänzlich dieses nicht möchte, aber am Schluss, am Ende muss es ja einer umsetzen. Und einfach über Zwang gehen, das funktioniert dann nicht, weil dann macht man es einfach nicht. Und wir haben schon im Bauwesen eine Kaskade, die sehr aufwendig ist, das heisst, wenn ich jetzt ein Mehrfamilienhaus habe und dort eine Wohneinheit neu einrichten möchte im Dachgeschoss, dann ist das ja auch gewollt von den meisten hier, nur führt das dann dazu, dass man Brandschutz, Erdbebenertüchtigung, PV-Anlagen in Zukunft, dann Kanalisationsänderungen, etc. machen muss. Wer soll das bezahlen? Irgendwann kommt dann der Entscheid, dass man sagt, ich kann es mir nicht leisten, ich verkaufe die Liegenschaft oder ich mache einfach nichts. Und in Genf, auch wenn jetzt der Ernst & Young-Bericht hier zitiert wurde, führt das eben auch dazu, dass viele Wohnbauten gerade beim See einfachverglast sind, eine alte Feuerung haben und einfach extrem viel Pinselsanierung gemacht werden und dennoch steigen dort die Mieten, nämlich alle 13,7 Jahre, da gibt es einen Mieterwechsel und was passiert dann? Dann ist man ausserhalb einer Sanierung, man macht einfach die Mieten teurer und das ist halt auch ein faktisches Problem und nicht eines unserer Interessen.

Wir müssen hier eingreifen und versuchen, dieses Problem zu verbessern und genau dieser Art von Diskussion bieten wir Hand, gerade auch im Hinblick auf diese 15%, die neu in der Verordnung vorgesehen sind. Hier finden wir einfach, dass wenn jemand quasi diese energetischen Sanierungen schon gemacht hat, wie kann er dann die 15% in Zukunft überhaupt noch umsetzen? Das heisst, jemand, der vorbildlich gehandelt hat, wird dann wieder abgestraft und das ist halt immer das Problem, umso mehr man in einem Gesetz alles festlegen will, umso mehr Fehlwirkungen gibt es und wir haben jetzt genau die Chance, zusammenzusitzen in diesen zwei Jahren, diese Probleme zu adressieren, einen Kompromiss zu finden, das Problem zu verbessern und ich denke, wir sind fähig, hier eine gute Lösung zu finden.

Deshalb ist die LDP auch für die zwei Jahre und deshalb bieten wir auch Hand für Gespräche.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Ivo Balmer gemeldet.

Ivo Balmer (SP): Also ich möchte noch zum Abschluss von diesen diversen Voten einfach nochmals in Erinnerung rufen, in welchem zeitlichen Kanon wir heute wieder stehen. Also das Ganze war 2018, das ist vor sieben Jahren. Ich möchte nicht über die alten Geschichten allzu tief diskutieren oder die hier nochmals ausgraben, aber ich möchte sagen, das ist eine never ending story hier drin. Vor eineinhalb Jahren, das war dann nach diesem Gesetz, und da möchte ich nochmals darauf hinweisen, dieses Gesetz, das kam ja nicht zufällig aus der Zivilgesellschaft von einem Verband, der das mit heisser Nadel geschrieben hat. Ich meine, wir wissen alle hier drin, was ein Gesetzesprozess, wenn es die Verwaltung macht, an Kosten und Personalressourcen verursacht. Sie können schon immer auf diesem Gesetz herumhacken, aber es wurde klar angenommen, das ist die Basis.

Vor eineinhalb Jahren kamen dann diese Motionen, wo wir heute schon wieder darüber sprechen, das erste Mal auf das Tapet. Ja, es waren mal fünf, ein paar sind verloren gegangen, die kommen dann nochmal später. Aber seit diesen eineinhalb Jahren ist auch etwas passiert. Der Regierungsrat und die Verwaltung haben die Verordnung angepasst. Die haben die Verordnung stark angepasst, das sind substanzielle Veränderungen. Sie wurden heute von verschiedenen Seiten ausgeführt, nur nochmals kurz. Es gibt jetzt eine Bagatellgrenze, es gibt eine Berechnung im vereinfachten Verfahren, die erleichtert, und gerade im umfassenden Verfahren, das hat China sehr schön ausgeführt, da wissen wir nicht genau, was passiert, also die Eintrittshürde da ist super tief. Aber gut, das ist auf der Verordnungsebene. Ich möchte alle hier drin, die diese Motionen mitgetragen haben, erinnern, was sie bei der Zweitüberweisung gesagt haben. Sie haben hier vorne gesagt, das kann alles auch auf Verordnungsebene passieren. Das wurde hier vorgetragen, in einigen steht es drin.

Und jetzt macht der Regierungsrat einen guten Vorschlag und ich möchte vor allen Dingen betonen, dieses Monitoring, das ist wichtig. So begleiten wir stichhaltig einen wichtigen politischen Prozess, wo es um wichtige Anliegen unserer Bevölkerung geht, nämlich die soziale Sicherheit und, das ist auch ganz wichtig, wo es darum geht, die Klimafrage ernst zu nehmen, weil im Gebäudebestand, da haben wir alle noch viel Luft nach oben. Aber jetzt quasi, wir haben dieses Monitoring, wir haben das gesehen, ich leite daraus keine Kausalitäten ab. Ich meine, machen Sie das, ich lese die Texte der Verwaltung genau. Also hier Kausalität herzustellen, ist schon eine gewagte These.

Die Zinsen, ich erinnere daran, haben einen massiven Einfluss auf die Bautätigkeit, das sehen wir in Basel, aber das sehen wir überall. Die sind genau mit der Einführung des Wohnschutzes erstmals seit einer Dekade nach oben gegangen und jetzt sinken sie wieder. Und was jetzt die Möglichkeit wäre, ist wirklich diese Verordnung anzupassen, den Volkswillen wirklich ernst zu nehmen, ein sauberes Monitoring, das jetzt aufgesetzt ist, weiterzuziehen und dann mal wirklich zu schauen, wie das wirkt, dann sitzen wir alle hier drin nicht mehr im Trüben. Und das verunsichert mich wirklich stark, dass man jetzt nicht einfach sagt, okay, wir haben die Verordnung angepasst, wie das auch gefordert wurde, und jetzt evaluieren wir sauber. Und dann bin ich bei Ihnen, bei dir, Michael Hug, dann evaluieren wir nach zwei Jahren, aber nicht mit diesen konkreten

Vorschlägen. Und da schimmert das durch, Sie möchten den Wohnschutz schleifen. Und was ich möchte, was viele hier drin möchten und was vor allem die Bevölkerung will, das ist ein Wohnfrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Balmer, die Redezeit ist um.

Ivo Balmer (SP): Ja, ich nehme das letzte Wort noch so, versenken doch wir jetzt diese Motionen und ich bin gerne bereit, wenn die Bürgerlichen mitmachen, hier eine Evaluationsmotion zu starten. Soll jemand kommen, ich unterschreibe, in zwei Jahren schauen wir das sauber an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Ich erlaube mir trotzdem noch eine Replik auf Michael Hug, weil ich finde, es ist wichtig, dass wir über Fakten diskutieren und ich möchte zwei Sachen sagen. Sie haben Genf angesprochen. Ernst & Young hat gezeigt, dass die Summe, die investiert wird in Genf, höher ist in Sanierungen. Es gibt aber ein Problem, das stimmt, was die energetischen Geschichten angeht, ist Genf viel weniger weit, als wir es sind, weil wir haben ein Energiegesetz, das eben Vorschriften macht im Bereich der Heizungen und deshalb sind wir in diesem Bereich weit vorne. Dort ist Genf jetzt am Nachholen. Übrigens gab es eine Initiative vom Mieter*innenverband in Genf, die vom gesamten Genfer Parlament, das deutlich bürgerlich ist, angenommen wurde. Und der Umkehrschluss ist, wenn der Wohnschutz in Genf so schlecht wäre, dann hätte das bürgerliche Parlament diesen wahrscheinlich schon lange geschleift.

Und das zweite Thema ist, was auch immer wieder kommt, ist diese Geschichte, wir schützen mit dem Wohnschutz den Bestand, also die Leute, die hier wohnen. Sie haben den Mieterwechsel angesprochen. Dort haben wir ein Problem, das können wir mit dem Wohnschutz nicht lösen, das ist eine mietrechtliche Frage und dazu gibt es eine Initiative, die heisst Mietpreisinitiative, die ist vom nationalen Mieterverband. Dort geht es darum, das Gesetz, das wir heute eigentlich schon haben, weil die Mieten ja viel zu hoch sind, ich erinnere an die Milchkühe der Nation, dass wir dort eingreifen. Also wenn Sie dieses Problem lösen wollen, dann können Sie uns gerne mithelfen bei dieser Initiative.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für diese einlässliche Debatte. Ich freue mich über die Feststellung, dass mit der Verordnungsrevision einiges bewegt werden konnte, auch aus Ihrer Sicht. Ich glaube tatsächlich, es ist gelungen, hier doch recht schnell gewisse Vereinfachungen und Verbesserungen hinzubringen. Die Frage ist natürlich, wie viel braucht es zusätzlich im Rahmen einer Gesetzesrevision und da haben wir diese drei Motionen, die Sie überwiesen haben, wo wir uns jetzt fragen müssen, sollen wir die gemäss ihrem Wortlaut umsetzen. Wenn man jetzt davon ausgeht, man hat einen gewissen Prozentsatz mit der Verordnung schon umgesetzt, vielleicht bei der Motion Michael Hug sind das, ich weiss es nicht, 70, 80%, ist die Frage, sollen wir die verbleibenden 20, 30% auch noch so umsetzen. Das werden wir tun, wenn Sie die Motion überweisen, eben dann gerne mit einer Frist von zwei Jahren.

Wenn Sie die Motion jetzt nicht überweisen bzw. abschreiben, ist es nicht so, dass dann für alle Zeiten der Regierungsrat sich keine Gedanken mehr zum Wohnschutz machen wird, im Gegenteil, wir haben immer gesagt, wir möchten Evaluationen abwarten. Was wir bis jetzt haben tun können, war ja nur eine Auslegeordnung, weil einfach für eine seriöse Evaluation mehr Zeit ins Land gehen muss, ein Gesetz sich zuerst etablieren muss, eine Praxis sich zuerst etablieren muss. Also der Wohnschutz wird uns ohnehin weiter beschäftigen, ob jetzt diese Motionen so stehen bleiben, mit einer Frist von zwei Jahren verlängert werden oder ob sie abgeschrieben werden. Hier geht es jetzt aber einfach um die Frage der konkreten Forderungen der betreffenden Motionen und jetzt stimmen wir zuerst über die erste ab, die Motion Michael Hug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Balmer. Diese wird entgegengenommen.

Ivo Balmer (SP): Danke vielmals für die Annahme. Herr Regierungsrat, haben Sie nicht das Gefühl, dass wir die Möglichkeit der Evaluation massiv einschränken? Wenn wir jetzt gegen aussen zeigen, in zwei Jahren wird dieses Gesetz angepasst, also ich ziehe mir diesen Hut nicht an, dass wir dann eben wieder im Trüben fischen in zwei Jahren.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Sie müssen sich ja diesen Hut nicht anziehen, Sie stimmen ja dagegen. Die Frage ist, was die Mehrheit will. Es ist ja nicht so, dass das dann Gesetz wird, sondern das wäre dann halt einfach eine Vorlage, die wir hier einbringen müssen, wenn der Auftrag des Grossen Rates entsprechend lautet. Das schränkt uns aber nicht ein, jetzt im Sinne von Johannes Sieber, dann noch andere Elemente bereits zu berücksichtigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu zwei Abstimmungen. Zuerst eine Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung 2 Jahre, NEIN heisst Fristerstreckung 1 Jahr.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007231, 24.09.25 11:16:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

Fristerstreckung 2 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Antrag des Regierungsrats entschieden.

Jetzt kommen wir zur zweiten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung 2 Jahre, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007232, 24.09.25 11:16:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist um 2 Jahre zu erstrecken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Fristerstreckung entschieden mit 47 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

49. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 11:17:01, 23.5574.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er wünscht es.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich glaube, die einleitenden Bemerkungen haben wir bereits hören können, die erübrigen sich, ich konzentriere mich direkt auf die vorliegende Motion. Sie fordert, dass die Wohnschutzkommission neu als reine Fachinstanz ausgestaltet wird. Vorgesehen ist eine Zusammensetzung aus mindestens fünf Mitgliedern, die unter anderem die Bereiche Bauen und Stadtplanung, Architektur, Immobilienwirtschaft, Gesellschaft und Soziales abdecken. Zudem sollen die Mitglieder der WSK in keiner Beziehung zu einer mietenden oder vermietenden Organisation stehen und hierfür ist eine Teilrevision des Wohnraumfördergesetzes notwendig.

Durch das vorgesehene Verbot von Beziehungen von Mitgliedern der Wohnschutzkommission zu einer Mietenden- oder Vermietendenorganisation soll verhindert werden, dass Personen, die direkt oder indirekt an Einspruchs- oder Beschwerdeverfahren beteiligt sind, gleichzeitig Mitglieder der Wohnschutzkommission sein können. Die Verhinderung einer solchen Personalunion soll rechtsstaatliche Bedenken betreffend Interessenkonflikten ausräumen.

Der Regierungsrat hat dazu bereits in seinem Schreiben vom 17. April 2024 festgehalten, dass eine solchartige Personalunion bereits nach geltendem Recht unzulässig ist. Allein aus rechtsstaatlicher Sicht besteht somit aus Sicht des Regierungsrats keine Notwendigkeit, die rechtlichen Grundlagen anzupassen. Bereits heute dürfen übrigens die Vorsitzenden der Wohnschutzkommission gemäss Wohnraumfördergesetz weder Mietenden- noch Vermietendenorganisationen angehören.

Bei der Teilrevision der Wohnraumschutzverordnung wurden die Anliegen der Motion jedoch bereits wesentlich berücksichtigt. Durch die neuen Bestimmungen von § 14 Abs. 3 und 4 der Wohnraumschutzverordnung sind die unabhängigen Vorsitzenden und teilweise die unabhängigen Schreiberinnen und Schreiber der Wohnschutzkommission grundsätzlich ohne Einbezug der Vertretung der Mieter- und Vermieterschaften zuständig für das Meldeverfahren, das vereinfachte Bewilligungsverfahren, für Beschlüsse, besonders betreffend die Durchführung eines Augenscheins, die Teilnahme an solchen Augenscheinen, die Durchführung der Kontroll- und Mietzinskontrollverfahren und die Erstattung einer Anzeige bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde bei Verdacht auf Verstösse.

Diese Änderungen treten, wie gesagt, per 1. November 2025 in Kraft und der Regierungsrat ist der Meinung, dass er damit die Motionsforderungen in ganz wesentlichen Teilen umsetzt. Die vollständige Umsetzung der Motion, insbesondere für das umfassende Bewilligungsverfahren, ist eben weiterhin die WSK als paritätische, also paritätisch Vermietenden- / Mieterseite, Dreierkammer zuständig. Die vollständige Umsetzung erfordert dann weiterhin eine Revision des Wohnraumfördergesetzes und diese Arbeiten müssten dann natürlich mit den anderen hängigen Motionen, eine ist ja jetzt mindestens noch hängig, abgestimmt werden. Das heisst, wenn wir hier den Willen des Grossen Rates, den er ja mit Überweisung der Motion geäussert hat, umsetzen sollen, dann bräuchten wir auch hier nochmals mehr Zeit. Auch hier natürlich der Antrag dann zwei Jahre, dass wir das zusammennehmen können mit den anderen Motionen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Pascal Pfister für die SP.

Pascal Pfister (SP): Auch hier beantrage ich Ihnen, diesen Anzug abzuschreiben und ich mache mir die leise Hoffnung, dass vielleicht die Motionen unterschiedlich von Ihnen beurteilt werden, weil sie nicht alle den gleichen Inhalt haben. Hier geht es um die Wohnschutzkommission, die Zusammensetzung. Es ist eine klassische Tripartite-Kommission. Sozialpartner auf der einen Seite, also auf der einen Seite die Vermietenden, auf der anderen Seite die Mieter*innen und eine dritte Person, die vom Staat, also vom Kanton gestellt wird. Das ist ein bewährtes System. Es wurde im Mietrecht 1934 eingeführt in Basel. 1934, Sie können sehen, es geht hier um den sozialen Frieden. Es ist beim sozialen Frieden eben wichtig, dass die verschiedenen Interessen eingebunden werden und auch die Fachleute. Es ist nicht so, dass diese Menschen, die dort sind, nur Partei wären, sondern sie sind Fachleute, die von den verschiedenen Parteien gestellt werden und das gibt eine Akzeptanz der Entscheide. Wenn wir hier einfach eine Bürokratie haben, wo einfach Leute aufgrund eines fachlichen Kriteriums alleine gewählt werden, dann wird das eben der Sache nicht dienlich und insbesondere natürlich auch nicht dem sozialen Frieden. Und deshalb bitte ich Sie, sich das nochmal gut zu überlegen, ob Sie bei dieser Motion vielleicht nicht doch das Abschreiben unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Herr Pfister, geht es bei den klassischen tripartiten Kommissionen auch um Verbandsbeschwerden?

Pascal Pfister (SP): Nein, das geht es nicht, aber es gibt klare Trennungen, wer Einsitz hat in der Wohnschutzkommission. Das wurde ja vielfach diskutiert und auch so umgesetzt. Es ist nicht so, dass die Menschen, die Verbandsbeschwerde machen, Einsitz haben in der Wohnschutzkommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um 2 Jahre, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007234, 24.09.25 11:23:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Fristerstreckung entschieden mit 47 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

50. Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 11:24:02, 23.5573.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Damit kommen wir zur dritten Motion in diesem Kontext. Die vorliegende Motion fordert eine Revision der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen. Durch Anpassungen von Gesetz und Verordnung sollen energetische Verbesserungen einer Liegenschaft keiner Bewilligungs- oder Meldepflicht in Bezug auf die Erhöhung der Mietzinsen unterliegen. Diese Befreiung soll ausschliesslich für bauliche Massnahmen gelten, die unmittelbar mit der energetischen Verbesserung der betroffenen Liegenschaften zusammenhängen. Weitere Massnahmen sollen nicht betroffen sein, auch wenn sie in einem gemeinsamen Umbau- oder Sanierungsprojekt ergriffen werden.

Der Regierungsrat hat bereits in seinem Schreiben vom 17. April 2024 festgehalten, dass es kompliziert sein kann, eine klare Abgrenzung zwischen energetischen baulichen Massnahmen und anderen baulichen Massnahmen zu ziehen. Energetische Sanierungen erfolgen oft im Rahmen einer Gesamtsanierung. Wenn beispielsweise bei einem Dachstockausbau das Dach auch energetisch ertüchtigt wird, verschwimmen die Grenzen zwischen energetischen und nicht energetischen baulichen Massnahmen. Trotzdem muss jeweils die gesuchstellende Eigentümerschaft entscheiden, ob einzelne bauliche Massnahmen bewilligungspflichtig sind oder eben nicht. Auch bei der Aufteilung von Kosten der Projektplanung kann die Abgrenzung zu Schwierigkeiten führen.

Der Regierungsrat hat die schon mehrfach erwähnte Teilrevision der Wohnraumschutzverordnung beschlossen, die am 1. November in Kraft tritt, und bei dieser Teilrevision wurden auch die Anliegen dieser Motion so weit, wie das im Rahmen der

Verordnungsänderung möglich war, berücksichtigt. Die Bewilligungserteilung für klassische energetische Sanierungsmassnahmen wird durch die Teilrevision der Wohnraumschutzverordnung signifikant vereinfacht. So besteht neu die rechtliche Vermutung, dass energetische Sanierungsmassnahmen dem Wohnschutz entsprechen. Für energetische Sanierungsmassnahmen können also per 1. November 2025 mietrechtentsprechende Mietzinsaufschläge bewilligt werden. Mit der Revision konnte zudem klargestellt werden, dass anfallende Kosten im Zusammenhang mit der Installation und mit dem Erhalt von PV-Anlagen von den Melde- und Bewilligungspflichten des Wohnraumfördergesetzes vollumfänglich ausgenommen sind.

Darüber hinaus wird die gesetzlich vorgegebene Eintretensvoraussetzung einer bedeutenden Energieeinsparung für das umfassende Bewilligungsverfahren neu konkretisiert. Das umfassende Bewilligungsverfahren wird zukünftig grundsätzlich nur dann angewendet, wenn durch die zu bewilligenden baulichen Massnahmen insgesamt mindestens 15% Betriebsenergie eingespart werden. Der erforderliche Nachweis dafür wird standardisiert, um die Bewilligungserteilung absehbarer und das Bewilligungsverfahren effizienter zu gestalten. Eigentümerschaften gewinnen damit an Planungssicherheit, gleichzeitig wird bei umfassenden Gebäudeüberholungen in einem klar definierten Rahmen gefordert, dass energetische Sanierungsmassnahmen ergriffen werden.

Der Regierungsrat ist überzeugt, mit der Teilrevision der Wohnraumschutzverordnung die in der Motion angesprochenen Hemmnisse gegen energetische Sanierungen innert kurzer Frist wirksam abzubauen und damit einen wichtigen Beitrag auch für die Erreichbarkeit der in der Kantonsverfassung festgehaltenen Netto-Null-Ziele zu leisten. Trotzdem, auch hier ist die Motion nicht vollständig umgesetzt, weil energetische Sanierungsmassnahmen melde- bzw. auch bewilligungspflichtig bleiben. Wenn man dies ändern möchte, dann ist weiterhin eine Revision des Wohnraumfördergesetzes erforderlich.

Die vollständige Melde- und Bewilligungsbefreiung energetischer Sanierungsmassnahmen ist mit recht komplexen Vollzugs- und Rechtsfragen verbunden und auch diese Arbeiten müssten dann sorgfältig mit den weiteren hängigen Motionen im Bereich der Wohnschutzbestimmungen abgestimmt werden. Deshalb auch hier der Antrag, wenn Sie die Anliegen der Motion so zu 100% weiterverfolgen wollen, dann bräuchten wir eine Fristverlängerung um zwei Jahre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Ich möchte Ihnen gerne etwas zitieren: Energetische Sanierungen von Mehrfamilienhäusern bieten Dank Steuerabzügen, Subventionen und einhergehenden Mietzinserhöhungen in vielen Fällen attraktive Renditen. Bei Einsatz von Fremdkapital lässt sich durchaus eine Eigenkapitalrendite einer Sanierung im tiefen zweistelligen Bereich erzielen. Zitat Ende. Das stammt aus einem Bericht der UBS aus dem Jahr 2021 namens Nachhaltigkeit und Renditeliegenschaften optimieren beim Sanieren. Dabei geht es nicht konkret um Klimaschutzmassnahmen, sondern darum, die Rendite zu optimieren. Dieser Bericht ist gerade in Anbetracht der Diskussion um die Motion Rechsteiner von grundlegender Bedeutung, denn er zeigt auf, dass viele grün angemalte, zum Teil unnötige energetische Sanierungen in Zeiten von Wohnungsnot im urbanen Umfeld dazu missbraucht werden können, um die Mietzinsen zu erhöhen. Das bedeutet, wenn energetische und klimafreundliche Sanierungen aus dem Wohnschutz ausgenommen werden, so wie es die Motion verlangt, dann würden den Investoren hohe Renditeaussichten winken.

Ich möchte Sie jetzt nicht mit einer mietrechtlichen Lektion langweilen, daher ganz kurz die Frage, sind zweistellige Renditen nach Obligationenrecht überhaupt zulässig? Die Antwort ist Nein, sie sind missbräuchlich, aber wo kein Kläger, da kein Richter. Deshalb muss Ihnen klar werden, was das für Mieter*innen bedeuten würde, massive Mietzinserhöhungen und sogar wieder Massenkündigungen. Darum ist es wichtig, unabhängig davon, ob wir die neue Verordnung gut finden oder nicht, dass energetische und klimafreundliche Sanierungen innerhalb des Wohnschutzes bleiben und von der Wohnschutzkommission beurteilt werden können. Sie dürfen nicht als Vehikel für Renditeoptimierungen dienen, sondern müssen dem Klima- und dem Mietwohnschutz dienen. Die Investoren erzielen auch mit unserem bestehenden Wohnschutz ihre angemessene Rendite, aber sicher nicht im zweistelligen Bereich.

Deshalb wird meine Fraktion BastA diese Motion als erledigt abschreiben und das ist unser Antrag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Ich glaube, Patrizia Bernasconi hat sehr eindrücklich beschrieben, in welchem Kontext wir uns hier bewegen. Und ich finde, bei dieser Motion von Niggi Rechsteiner ist jetzt wirklich die Grundsatzfrage zu stellen, und das hat Conradin Cramer sehr schön eingeführt, ich bin nicht mehr sicher, er hat gesagt, diese Motion ist zu 90% erfüllt. Und ja, ich sage Ihnen, das, was jetzt in der Verordnung festgehalten ist, notabene mit dem alten Gesetz, das macht mir Bauchweh. Das macht der SP Bauchweh. Das wird auch Mieterinnen und Mieter dieser Stadt Kopfzerbrechen bereiten. Aber das wäre jetzt

genau der Punkt gewesen, wenn dieser Damm nicht gebrochen wäre, wo man durchaus hätte sagen können, gut, die Regierung und die Verwaltung haben entschieden, wir lassen diese Stadt mal zwei Jahre mit Rechtssicherheit und schauen, was passiert.

Genau diesen Punkt, wie die Regierung das versucht hat, in der Verordnung umzusetzen, den hätte ich persönlich und sicherlich auch andere hier drin kritisch begleitet. Ja, wir werden ihn auch zukünftig kritisch begleiten, weil ich glaube, hier wichtig, man kommt sehr schnell an diesen Punkt und das hat Conradin Cramer auch gesagt, wir haben die Verordnung hier entscheidend und signifikant geändert. Bei diesen sogenannten ökologischen Sanierungen operieren wir ganz schnell, nicht mehr nach der alten Systematik. Da sage ich persönlich leider, aber ich wäre bereit gewesen, das zu evaluieren. Und jetzt 90% erreicht, aber man macht einfach weiter. Man kriegt nicht genug, man bietet nicht die Hand, zu sagen, okay, reden wir. Es wird alles in die Zukunft verlagert. Pascal Messerli und Michael Hug, ja, natürlich wird sich die BRK dann über diesen Scherbenhaufen dann nochmals beugen, aber diese Motionen zielen, und das sieht man hier, auf das Gesetz. Und das ist das Problem.

Inhaltlich sind wir weit. Es ist ein Riesenzugeständnis. Es ist auch eine Riesenleistung, wie die Verwaltung Verordnungen konzipieren kann, wenn sie Gesetzestexte nimmt und die interpretiert. Und ich hoffe schon, und das wäre einfach mindestens ein Zeichen, jetzt geht es nur noch um Symbolik, dass man diese Motion wirklich fliegen lässt. 90% erfüllt, gut ist, und dass man die nicht in diesem Paket reinpackt. Und was heisst dann das? Ich habe gesagt, es waren mal fünf, drei sind jetzt da, zwei gingen verloren auf der Strecke. Ich meine, es kommt ja so oder so noch Zeugs. Gut, vielleicht inhaltlich hoffe ich dann, dass man dann auch nochmals überprüft, um was ging es bei den anderen zwei. Aber wenn man die jetzt heute nochmals überweist, ich weiss nicht, wie man die materiell wirklich noch mehr erfüllen kann.

Ich plädiere und appelliere wirklich an alle hier drin, lassen wir diese fallen. Und diese Eintrittsschwelle, das ist wirklich ein Geschenk. Und nicht ein Geschenk an die Mieter*innen, das ist ein Geschenk an die Menschen, die wieder nach dem alten, und ja, ich meine Patrizia Bernasconi hat es gesagt, aus welchen Motiven auch ökologisch saniert wird. Wir sind alle hier drin für ökologische Sanierungen, aber die SP-Fraktion steht für Klimagerechtigkeit und zur Klimagerechtigkeit gehört auch der soziale Wohnschutz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Niggi Rechsteiner für die GLP.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich beginne mein Votum oder ich stelle es unter den Grundsatz, dass energetische Sanierungen ja nicht per se ein Gewinn für den Vermieter, sondern ja auch für die Mieter sind und auch der Klimaschutz damit gewahrt wird. Ich danke dem Regierungsrat für die vorliegende Zwischenbilanz zu den Arbeiten im Zusammenhang mit der Forderung einer Gesetzesänderung des Wohnraumfördergesetzes in Bezug auf energetische Sanierungen. Es ist sehr positiv, dass eine umfassende Auslegeordnung zum Wohnraumschutz in Auftrag gegeben wurde und dass die daraus gewonnenen Erkenntnisse bereits zu Massnahmen auf Verordnungsstufe geführt haben. So konnte ein erster, wenn auch ein kleiner Schritt in die richtige Richtung getan werden. Die Revision soll verschiedene Vereinfachungen und etwas mehr Rechtssicherheit bringen. Besonders hervoreben möchte ich die Anpassungen im Bereich der energetischen Sanierungen, worum es jetzt hier geht.

Mit der Teilrevision der Wohnschutzverordnung erhält die Wohnschutzkommission neu die Möglichkeit, mietkonforme Mietzinsaufschläge für energetische Sanierungsmassnahmen zu bewilligen. Künftig kann auch das umfassende Bewilligungsverfahren angewendet werden, wenn die baulichen Massnahmen eine bedeutende Energieeinsparung von mindestens 15% generieren. Diese Standardisierung macht das Verfahren absehbarer und effizienter und gibt den Eigentümer*innen endlich etwas mehr Planungssicherheit. Trotzdem sei hier zu erwähnen, dass bei bereits optimierten Liegenschaften, also von den vorbildlichen Liegenschaftsbesitzer*innen, der Wert kaum erreicht werden kann. Weitere Anpassungen führen dazu, dass Mietzinsaufschläge für ökologische Sanierungen eher bewilligt werden als herkömmliche bauliche Massnahmen. Damit werden glücklicherweise zusätzliche Anreize für ökologisch sinnvolle Investitionen gesetzt. Auch die Entlastung durch den Wegfall der Melde- und Bewilligungspflicht für PV-Anlagen ist richtig und wichtig.

Doch damit sind die Probleme nicht gelöst, wir haben es schon in der vorherigen Debatte gehört. Die geltenden Wohnschutzbestimmungen bremsen Bauprojekte weiterhin aus, führen in weiten Teilen noch immer zu Rechtsunsicherheit und verursachen bei der Bau- und Immobilienwirtschaft wie auch bei zahlreichen Handwerksbetrieben Auftragsverschiebungen und Umsatzeinbussen. Für die Betriebe sind Planungssicherheit und klare Verfahren entscheidend, um Investitionen nicht weiter hinauszuschieben.

Wir stimmen diesem Aufschub von zwei Jahren etwas zähneknirschend zu, da wieder zwei Jahre vergehen. Entscheidend ist, dass die zusätzliche Zeit konsequent genutzt wird, um praxistaugliche, ausgewogene Lösungen vorzubereiten, die sowohl dem Anliegen des Wohnschutzes, und das will ich hier auch betonen, zugunsten der Mieter*innen, als auch den Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht werden. Die Probleme sind akut, sie verlangen rasches Handeln, nicht zusätzliche Verzögerungen. Die energetischen Sanierungen unterstehen weiterhin einer Bewilligungspflicht, obwohl die Motion explizit

deren Befreiung gefordert hat. Das Verfahren bleibt administrativ auch weiterhin aufwendig. Ich möchte daran erinnern, dass der Regierungsrat selbst den Rückstau bei Unterhalts- und Sanierungsarbeiten beklagt hat, auch bei ökologischen und energetischen Massnahmen. Mit einer zweijährigen Fristverlängerung sind noch keinerlei Impulse für das Gewerbe gesetzt.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, wir erwarten, dass die gewonnene Zeit nicht nur verwaltet, sondern aktiv genutzt wird, um raschgriffige Vorschläge zu unterbreiten. Anpassungen der Wohnschutzbestimmungen verhindern Umsatzeinbussen und sind ein wichtiger Hebel, um die Klimaziele zu erreichen.

Erlauben Sie mir auch noch eine Anmerkung auf die vorherige Debatte an die Adresse der sehr engagierten Wohnschutzvertreter*innen. Wenn wir sachlich bleiben, so hat die Motion das Ziel, Anreize zur Erreichung der Klimaziele zu schaffen. Es ist nicht ein Trick über die Hintertür für Gewinnmaximierer*innen. Mich stört, dass Sachfremde argumentieren, mit dem das Feindbild Vermieter zementiert wird. Das ist für mich überholt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet auf ein Votum, deshalb kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um 2 Jahre, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007236, 24.09.25 11:41:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Fristerstreckung entschieden mit 47 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen.

Es gibt einen Ordnungsantrag von Raoul Furlano, die Nachmittagssitzung abzusagen und die Geschäfte zu vertagen. Er darf begründen.

Raoul I. Furlano (LDP): Machen wir es ganz kurz, ich möchte es auch nicht lange begründen. Es geht einfach darum, dass wir gesehen haben, dass die nachmittags traktandierten Geschäfte relativ unbestritten sind und die Redezeit damit vielleicht auch überdenkt werden kann, dass wir uns da ein bisschen kürzer halten, wenn man daneben noch arbeitstätig ist. Danke fürs Abstimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber will einen Gegenantrag stellen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin für den Gegenantrag, dass wir eine Nachmittagssitzung haben, denn es ist spannend heute Nachmittag. Heute ist auch die Politik vor dem Rathaus und ich finde, man sollte die Geschäfte einmal alle bereinigen, damit wir ein frisches Hausaufgabenheft haben und im Oktober ohne all die Geschäfte starten können. Und an meinen Vorredner, ich weiss ja nicht, Sie haben schon geplant, der Tag ist frei, aber heute ist Grossrat bis um 5 Uhr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Absage der Sitzung, NEIN heisst Durchführen der Sitzung.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 48 Nein, 12 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007238, 24.09.25 11:43:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Sitzung am Nachmittag durchzuführen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Sitzung durchführen mit 48 Nein-Stimmen gegen 30 Ja-Stimmen bei 12 Enthaltungen.

51. Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Honoraranpassungen für Gerichtsdolmetschern, Schreiben des RR

[24.09.25 11:43:55, 23.5051.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

52. Motion der Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 11:44:23, 22.5392.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Wünscht Herr Atici das Wort? Er wünscht es.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Mit dieser Motion fordern die Bau- und Raumplanungskommission und die Bildungs- und Kulturkommission die Planung von genug Schulräumen für die Schülerinnen und Schüler in Basel. Ich kann Ihnen versichern, dass der Regierungsrat dieses Anliegen vollumfänglich unterstützt. Damit der Schulraumbedarf besser prognostiziert werden kann, wurde der Prozess mit dem Statistischen Amt und der Abteilung Städtebau verbessert. Wie im Schreiben dargelegt, werden bei der Schulraumplanung die Bedingungen der Motion schon heute weitestgehend berücksichtigt. Die Vorlage einer Investitionsplanung im Sinne der Motion würde daher wenig Neues zutage fördern. Die Beantwortung des Anzugs Erich Bucher und Konsorten betreffend neue Schulraumoffensive könnte zudem die Investitionsplanung stark verändern. Es ist wichtig, dass beide Geschäfte gleichzeitig beantwortet werden. Eine versetzte Bearbeitung würde überschneidende Prozesse ergeben zu sehr ähnlichen Themen. Aus Gründen der Effizienz und der Ressourcen macht die Gleichzeitigkeit also Sinn. Zudem kann so eine fundierte Aussage zur zukünftigen Planung gemacht werden und keine Schnellschüsse unter Zeitdruck.

Mit der Annahme des Ratschlags zur integrativen Schule wurde ein Prozess für eine umfassende Nutzungsplanung ausgelöst, der aktuell läuft. Auch darum ist es sinnvoll, beide Geschäfte gleichzeitig zu bearbeiten, weil es für die integrative Schule Anpassungen braucht, die bei einer kürzeren Bearbeitung nicht mitgenommen werden konnten. Zudem zeichnet sich ab, dass sich bei der Tagesstruktur jetzt schon ein höherer Bedarf ergibt als die 33%. Hinzu müssen Überlegungen für einen Ausbau des Angebots gemacht werden und der entsprechende Raumbedarf verifiziert werden. Für eine umfassende und

fundierte Beantwortung der beiden Geschäfte spielen sehr viele Komponenten mit. Es wäre nicht zielführend, zweigleisig zu fahren.

Der Regierungsrat beantragt daher, die Frist zur Erfüllung des Anliegens der Bau- und Raumplanungskommission und der Bildungs- und Kulturkommission um zwei Jahre zu erstrecken und gemeinsam mit dem Anzug Erich Bucher und Konsorten zu beantworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Catherine Alioth gemeldet.

Catherine Alioth (LDP): Der Regierungsrat beantragt, wir haben es gerade gehört, die Frist zur Erfüllung der Motion für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung, welche die Bau- und Raumplanungskommission und die Bildungs- und Kulturkommission gemeinsam eingereicht haben, um zwei Jahre zu verlängern. Er begründet dies damit, dass die Beantwortung der Motion gleichzeitig mit der Antwort zum pendenten Anzug von Erich Bucher und Konsorten zur neuen Schulraumoffensive erfolgen kann. Die BKK hat die Antwort des Regierungsrats eingehend diskutiert und hält sie für unbefriedigend und unverbindlich. Ja, es fehle der Wille, findet die BKK, konkrete Schritte einzuleiten und Veränderungen herbeizuführen. Dadurch wird die Weiterentwicklung der integrativen Schule unnötig aufgehalten.

Als Vizepräsidentin der BKK beantrage ich Ihnen daher, die Frist zur Erfüllung der Motion nur um ein Jahr zu verlängern. Gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 19. Dezember 2024 ist die Antwort des Regierungsrats auf den Anzug von Erich Bucher und Konsorten bis Ende 2026 zu erwarten. Damit erhält der Regierungsrat ein Jahr Zeit, um beide Geschäfte gemeinsam zu beantworten. Ich danke Ihnen für die Unterstützung bei diesem Antrag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Auch im Namen der SP-Fraktion sowie der GLP-Fraktion, für die ich hier auch reden darf, möchte ich Sie bitten, die vorliegende Motion ein weiteres Mal stehen zu lassen und ebenfalls dem Antrag der BKK, den wir soeben gehört haben, zuzustimmen, die Frist auf ein Jahr zu beschränken. Ich möchte hier aber auch noch ein paar inhaltliche Sachen zu der Antwort des Regierungsrates sagen.

Grundsätzlich begrüssen wir diese Antwort sehr und wir schätzen es zu lesen, dass unser Anliegen einer langfristigen und vorausschauenden Schulraumplanung ernst genommen wird. Die Schulraumplanung ist ja insbesondere im Hinblick auf Transformations- und Entwicklungsareale bislang gescheitert. Wir sagen Eltern, die auf der Erlenmatt wohnen, dass ihre Kinder keinen Platz im Erlenmattschulhaus haben. Das ist schlicht für niemanden nachvollziehbar, wie so etwas geschehen kann. Und glauben Sie mir, für diese Eltern ist es leider auch nur ein schwacher Trost, dass die Prognosemethodik inzwischen verbessert wurde, auch wenn ich das natürlich mit etwas Abstand durchaus differenzieren kann, dass es sich da um eine ältere Planung gehandelt hat.

Für uns sind jetzt zwei Dinge zentral. Erstens, dass sich diese Planungsfehler nicht wiederholen, und zweitens, dass überall dort, wo bereits Unterversorgung herrscht, das heisst also in allen Quartieren, so schnell wie möglich Entlastung geschaffen wird. Für den ersten Punkt ist diese Anpassung der statistischen Berechnungen zu den Schüler*innenprognosen eine zentrale Voraussetzung. Wir begrüssen diese Anpassung darum sehr. Es wäre wichtig, dass zu diesem Thema aber im Rahmen einer Berichterstattung auch aufgezeigt würde, wie dieses Modell weiter verfeinert wird und dass auch regelmässig reflektiert wird, wie sich die Prognosen der letzten Jahre dann eben bewahrheitet haben oder auch nicht.

Ich muss Ihnen auch ehrlich sagen, dass ich persönlich immer noch etwas skeptisch bin, ob nun tatsächlich grosszügig genug geplant wird. Denken wir etwa an die Debatte um das Schulhaus Walkeweg zurück, dort wurde nur auf Drängen der Bau- und Raumplanungskommission die Ausschreibung mit der Option auf Erweiterung um einen zusätzlichen Klassenzug gemacht. Das war also ein krasser Widerspruch zu diesem unverrückbaren Credo, es werde kein Schulraum auf Vorrat gebaut. Nun siehe da, wenige Jahre später, noch immer in der Planungsphase, ist diese Reserve bereits aufgebraucht, der zusätzliche Klassenzug wird realisiert, was eben heisst, dass diese Planungsreserve, die eigentlich für die nächste Generation gedacht war, dass diese jetzt schon aufgebraucht wird.

Ich möchte betonen, dass wir gerade bei Beispielen, die jetzt in Planung sind, also beim Walkeweg, nicht nur darauf hoffen, sondern wirklich erwarten, dass jedes einzelne Kind, das künftig auf dem Areal Walkeweg wohnt, dort auch einen Platz im Schulhaus finden wird. Es ist nämlich kein Problem, wenn es in diesem Schulhaus dann einen Gemeinschaftsraum zu viel hat, aber es wird schnell zu einem sehr grossen Problem, wenn es wieder zu wenige Klassenzimmer hat. Ich möchte hier auch noch einmal betonen, dass es nicht primär um ein Bauen um Vorrat geht, sondern es geht um ein Planen auf Vorrat. Wenn sich über fünf Jahre hinweg ein höherer Bedarf bestätigt, dann ist es doch ökonomischer Irrsinn, bei der Realisierung

eines neuen Baus keine Reserven einzuplanen. Wenn bauen, dann bitte genug, sonst drehen wir uns ewig weiter in diesem Kreisel.

Gut, kommen wir zum zweiten Punkt, nämlich eben dem aktuellen Handlungsbedarf, der ja eben nicht nur langfristig auf den Arealentwicklungen besteht. Es sind jetzt aktuell in zahlreichen Schulhäusern alle Gruppen- und Spezialräume in Klassenzimmer umgenutzt. Jetzt aktuell platzen die Tagesstrukturen aus den Nähten, jetzt aktuell kommen noch die neuen Vorgaben zur integrativen Schule dazu. Wir haben das eben schon gehört von dem Regierungsrat, das sind weitere Anforderungen, die an den bestehenden und an den geplanten Schulraum gestellt werden.

Wir begrüssen es darum auch, wenn diese beiden Vorstösse gemeinsam beantwortet werden, sind aber auch der Meinung, dass sowohl die Frist des Anzugs Erich Bucher in etwa einem Jahr eigentlich zu beantworten wäre wie auch die Frist unserer Motion, die eigentlich zwei Jahre verlangt hatte, dann aber quasi in einem Jahr innert vier Jahren beantwortet wäre. Wir denken auch, es ist dringend angezeigt, hier vorwärts zu machen, weil wir ja, wenn die Motion beantwortet wird, noch keine Umsetzung haben, sondern erst die Planung der Umsetzung. Das heisst, die Planung nicht weiter auf die lange Bank schieben, sondern jetzt vorwärts machen und überweisen mit einem Jahr Frist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ganz kurz, die Aussage, dass wir die Weiterführung der integrativen Schule unnötig verlängern, das akzeptieren wir nicht. Wir arbeiten sehr intensiv daran, dass wir diese Massnahmen zügig umsetzen. Wir wollen einfach für eine bessere Planung konkrete Zahlen zum Raumbedarf haben und dann so weiterfahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um 1 Jahr, NEIN heisst Fristerstreckung 2 Jahre.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 85 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007241, 24.09.25 11:55:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um 1 Jahr zu verlängern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich einstimmig für eine Fristerstreckung um ein Jahr entschieden.

53. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Gestaltung von nachhaltig erfolgreichen Matching - Prozessen zwischen Jugendlichen und Lehrbetrieben in der Berufslehre, Stellungnahme des RR

[24.09.25 11:55:58, 25.5087.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Schluss der 28. Sitzung

11:56 Uhr

Protokoll

der 29. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 24. September 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Lydia Isler-Christ (LDP), Patrizia Bernasconi (BastA!), Leonie Bolz (SP), Stefan Wittlin (SP), Laurin Hoppler (Grüne/jgb), Lea Wirz (Grüne/jgb), Brigitte Gysin (die Mitte/EVP), Jenny Schweizer (SVP).*

Verhandlungsgegenstände:

54. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball, Stellungnahme des RR 3
55. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend mehr Chancengerechtigkeit durch höhere Stipendien für Lernende und Studierende, Schreiben des RR 6
56. Interpellation Nr. 62 Johannes Sieber betreffend das Potenzial der St. Jakobshalle als Veranstaltungsort der Popkultur nutzen (Wertschöpfung Eurovision Song Contest), Schreiben des RR 6
57. Interpellation Nr. 79 Sasha Mazzotti betreffend Chancengerechtigkeit für Schüler:innen mit besonderem Förderbedarf, Schreiben des RR 7
58. Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen Autobahnzubringer Allschwil ZUBA, Zwischenbericht des RR 7
58.1. Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Zwischenbericht des RR 8
59. Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend grenzüberschreitende öV-Tarife, Zwischenbericht des RR ... 8
60. Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage, Stellungnahme des RR 8
61. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verbesserung der ÖV-Erschliessung des Bachgrabenareals, Schreiben des RR 11
62. Interpellation Nr. 67 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Veloständer in der Streitgasse, Schreiben des RR 12
63. Interpellation Nr. 76 Joël Thüring betreffend Freizeitgartenkommission: Missachtet der Regierungsrat das Gesetz, Schreiben des RR 12
64. Interpellation Nr. 77 Luca Urgese betreffend Veloständer auf dem Marktplatz und Planung der bevorstehenden Bauarbeiten, Schreiben des RR 13
65. Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht, Zwischenbericht des RR ... 14
66. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend kantonale Beiträge zur Sicherheit von Minderheiten, Schreiben des RR 14
67. Interpellation Nr. 64 Eric Weber betreffend was wusste die Polizei am Mittwoch, 9. April, 14.30 Uhr, wegen der Sicherheit der Grossrats-Sitzung, Schreiben des RR 16
68. Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend Open-Source für Basel-Stadt analog Art. 9 EMBAG, Stellungnahme des RR 17
69. Interpellation Nr. 71 David Jenny betreffend aller guten Dinge sind drei oder wird nun die Gelegenheit ergriffen, den Erwerb der Eishalle St. Jakob-Arena im Lichte des Bundesgerichtsentscheides vom 10. Januar 2025 (1C_679/2023) zu beurteilen, Schreiben des RR 18
70. Interpellation Nr. 74 Béla Bartha betreffend PFAS im Trinkwasser rund um den EuroAirport, Schreiben des RR 18

Beginn der 29. Sitzung

Mittwoch, 24. September 2025, 15:00 Uhr

54. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball, Stellungnahme des RR

[24.09.25 15:00:01, 25.5088.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Wir fahren fort mit Traktandum 54.

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene spielen mit Begeisterung Fussball. Das ist sehr erfreulich. Es ist dem Regierungsrat jedoch bewusst, dass die Rasenfelder stark ausgelastet sind. Wir benötigen Massnahmen zur intensiven Nutzung und zum Kapazitätsausbau der begrenzten Sportflächen. Was wurde bereits gemacht. Zusammen mit den Sportvereinen und dem Fussballverband Nordwestschweiz sind organisatorische Massnahmen erarbeitet worden. So werden zum Beispiel die Meisterschaftsspiele auf die Wochenenden gelegt oder Juniorinnen und Junioren trainieren auf einem Viertelfeld. Diese Massnahmen lassen sich schnell umsetzen. Sie gelten ab dem Wintersemester 2025/2026. Im Stadion der Sportanlage Rankhof wird aktuell ein Kunstrasenfeld gebaut, zudem wird im kommenden Winter auf dem Rankhof eine mobile Beleuchtungsanlage getestet.

Was ist in Planung. Im Zentrum steht der Bau von Kunstrasenfeldern. Der Regierungsrat will auf den Sportanlagen Bachgraben, Bäumlihof, Pfaffenholz, Rankhof, zusätzlich zum Feld im Stadion, Schorenmatte und Schützenmatte sowie St. Jakob je ein neues Kunstrasenfeld bauen. Das BVD, ED und FD arbeiten im Drei-Rollen-Modell eng zusammen. Bis im Frühling 2026 wird ein Ratschlag zur Projektierung der Kunstrasenfelder ausgearbeitet. Die Erweiterung der Verbesserung der Fussballinfrastruktur ist somit im Gang. Der Regierungsrat weiss, dass die Kapazität aufgebaut werden muss und treibt diesen Ausbau voran.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen deshalb, die Motion Eberhard als Anzug zu überweisen. Gerne berichten wir Ihnen in zwei Jahren über den Stand der Umsetzung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Ich möchte Ihnen für BastA beliebt machen, dass Sie die Motion von Melanie Eberhard als Motion stehen lassen. Inhaltlich sind wir hoffnungsvoll, dass die Anliegen, mehr Sportflächen für den Breitensport zu generieren, auch wirklich ernst gemeint sind. Hier haben wir eigentlich keine Zweifel. Die Petition zur Schützenmatte aber, die ebenfalls mehr Möglichkeiten, und zwar erfolgreich mehr Möglichkeiten für das wilde Spielen erlaubt, zeigt hier, dass der Kanton zwar willig ist, aber wie das Bild zeigt, es zwar toll ist, dass die versprochenen Goals aufgestellt wurden, aber wie Sie hier eben sehen, fast den ganzen Sommer leider nicht zu benutzen waren, weil der Rasen geschont werden musste. Und das sah mehrere Wochen lang so aus, also es ist wirklich schade.

Hier möchten wir deshalb erst sicher sein, dass die Motion wirklich sinnig erledigt wird, bevor wir sie als Anzug überweisen. Deshalb, bitte überweisen Sie weiterhin diese Motion als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SP ist Ismail Mahmoud.

Ismail Mahmoud (SP): Ich spreche auch für die Fraktion der GLP. Die SP-Fraktion beantragt Ihnen die Weiterbearbeitung als Motion und eigentlich kann ich mich relativ kurz halten, es gibt einen ganz einfachen Grund dafür. Wir haben es in der Stellungnahme gelesen und auch jetzt gerade von Regierungsrat Atici gehört, es wird schon sehr viel in diese Richtung unternommen. Die Forderung war, uns konkrete Schritte zu zeigen, wie man das machen könnte, und das hat der Regierungsrat getan. Die Nutzzeiten, also die Organisation der Nutzzeiten wird angegangen, die Kunstrasenfläche soll verdoppelt werden, man ist ja auch schon etwas am Tun, und diese mobile Beleuchtung. Das ist eigentlich alles das, was die Motionär*innen gefordert haben und deswegen finden wir es nur stimmig, wenn wir dies einfach umsetzen.

Wichtig ist noch, in der Motion steht drin, dass die Vereine eingebunden werden sollen. Das ist bisher auch geschehen, das soll auch weiterhin so bleiben. Gestern war ich noch auf der Webseite des Fussballverbands Nordwestschweiz und habe von Hand die baselstädtischen Vereine gezählt. Ich habe mich ab und zu verzählt, aber ich bin etwa auf 40 Vereine gekommen. 40 Vereine, die aktiv sind, die zum Teil Junior*innen-Abteilungen haben, mehrere aktive Teams, das sind viele Teams, es ist völlig klar, es werden noch mehr und mit diesen zusammen ist es wichtig zu kooperieren und dann kommt sicher etwas Gutes raus.

Ich finde es recht, also nein, es ist nicht lustig, ich finde es sehr gut, wie einig wir uns hier eigentlich sind, also die Stellungnahme ist sehr deckungsgleich mit der Motion und deswegen möchten wir einfach, dass das verpflichtend umgesetzt wird, was der Regierungsrat sowieso schon angestossen hat. Deswegen die Weiterbearbeitung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Es wurde jetzt bereits viel von meinen Vorrednern gesagt. Wir haben das Anliegen bereits mehrfach, das hat auch Regierungsrat Atici ausgeführt, hier in diesem hohen Hause besprochen. Ich glaube, es ist jetzt überall angekommen, auch im Erziehungsdepartement, dass der Ausbau der Sportflächen ein Anliegen ist, das breit abgestützt ist und das sich auch alle wünschen und dass hier dringender Handlungsbedarf vorhanden ist. Wir haben nun diese Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Eberhard. In dieser Stellungnahme geht der Regierungsrat darauf ein, Mustafa Atici hat es jetzt auch noch einmal in seinem Votum erwähnt, dass im Frühjahr 2026 ein Ratschlag zur Projektierung kommen wird. Mit dieser Aussage hat er meine Fraktion eigentlich überzeugt, dass man seinem Antrag auf Anzug folgen kann. Wir finden es grundsätzlich vom Anliegen her so, dass man sagen könnte, als Anzug weiterbehandeln kommt vielleicht auf dasselbe darauf an, wenn wir den Worten von Mustafa Atici Glauben schenken wollen. Ich habe keinen Zweifel für den Moment. Gleichzeitig kann man natürlich auch argumentieren, dass, wenn wir es als Motion überweisen, vielleicht der Druck ein wenig stärker aufrechterhalten bleibt. Ich kann persönlich mit beidem leben.

Die SVP-Fraktion unterstützt aktuell dennoch den Vorschlag des Regierungsrates, aber ich glaube, unabhängig davon, ob wir heute für Motion oder Anzug uns als Parlament aussprechen, wäre es schon unser Bestreben oder unser Anliegen, dass dieser Projektierungsratschlag etwas rascher vorliegt. Ich muss Ihnen ehrlich gestehen, ich verstehe nicht, weshalb das so lange dauern muss. Es ist keine Raketenwissenschaft, es geht darum, auf bestehenden Sportflächen ein bestehendes Rasenfeld zu Kunstrasenfeldern umzuwandeln. Das geht bei der einen oder anderen Anlage etwas schneller als vielleicht bei der anderen, einverstanden, aber dass die Projektierung nun möglichst rasch in das Parlament kommen kann, dass die Projektierung auch möglichst rasch durch das Parlament beschlossen werden kann, das scheint mir doch sehr wichtig zu sein. Weil ja nur mit der Projektierung allein ist es noch nicht getan, das löst ja danach erst das ganze Projekt letztlich aus und das Projekt, das kennen wir aus anderen Baugeschäften in diesem Parlament im Drei-Rollen-Modell, ist damit ja noch nicht beendet, dann beginnt eben erst die Feinarbeit.

Hier würden wir es uns schon wünschen, wenn vielleicht dieser Projektierungsratschlag, der in der Beantwortung der Motion Eberhardt auf Frühjahr oder Frühling 2026 angekündigt wurde, vielleicht eher im ersten Teil des Frühjahrs 2026 uns überwiesen werden könnte, also sprich vielleicht in den ersten zwei bis drei Monaten des Jahres, damit wir auch vor der Sommerpause vielleicht noch einen Entscheid des Parlamentes vorliegen haben. Und wenn das nämlich der Fall ist, dann bin ich der Meinung, das ist jetzt meine persönliche Ansicht, dass es keine Rolle spielt, ob wir diese Motion Eberhard als Motion oder als Anzug weiterbehandeln, weil, das hat auch mein Vorredner Ismail Mahmoud gesagt, der bisherige Austausch zwischen Departement oder Sportamt und den Vereinen funktioniert und ich nicht glaube, dass, wenn wir jetzt quasi den Vorstoss nur als Anzug überweisen, dass dann dieser Dialog zwischen Verwaltung und Vereinen abbrechen wird.

Deshalb glaube ich, das Anliegen ist klar formuliert, unser Wunsch ist, unabhängig ob Motion oder Anzug, dass es rasch vorwärtsgeht. Ich appelliere hier wirklich noch einmal an Regierungsrat Atici, machen Sie hier in Ihrem Departement zusammen mit dem BVD und dem FD rasch vorwärts, ich sage das auch als Direktbetroffener, der auch auf einem Kunstrasen auf der Schorenmatte wartet, damit wir wirklich möglichst rasch auf diesen verschiedenen Sportflächen die Möglichkeit haben, auch in den kalten Monaten trainieren und spielen zu können. Das fängt jetzt an, jetzt sehen Sie, die nächsten Tage können am Wochenende Spiele stattfinden. Es wird jetzt entscheidend sein, wie das Wetter in den nächsten zwei Tagen ist und das ist eben auch die Frage, die sich dann jeweils bei Spielansetzungen erst recht stellt, wenn man über

einen Rasen und nicht über ein Kunstrasenfeld verfügt. Das macht die ganze Koordination auch für das Sportamt letztlich schwieriger, weil in den Wintermonaten dann Vereine nicht auf ihren gewohnten Anlagen spielen können, sondern ausweichen müssen auf Kunstrasenflächen an anderen Stellen und dort wiederum die Belastung der Infrastruktur eben dann auch zunimmt und damit auch der Koordinationsaufwand für das Sportamt.

Deshalb, unabhängig ob Motion oder Anzug, bitte, Herr Atici, machen Sie, ich meine das positiv ausgedrückt, machen Sie vorwärts und bitte bringen Sie uns möglichst rasch diesen Projektierungsratschlag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): So viel Einigkeit war, glaube ich, selten und es wird trotzdem viel darüber gesprochen. Die Fraktion GRÜNE/jgb empfiehlt Ihnen sehr, hier für Motion zu stimmen. Ich war sehr erfreut, als ich den Bericht oder die Stellungnahme des Regierungsrats gelesen habe. Ich bin eigentlich mit allem einverstanden und habe es dann am Schluss eben nicht verstanden, warum er jetzt beantragt auf Anzug, weil er macht schon sehr viel oder eigentlich fast alles, was die Motion von Frau Eberhard verlangt, und von dem her kann man doch jetzt das überweisen als Motion zur abschliessenden Behandlung. Darum in aller Kürze, wir sind dafür, dass das als Motion gemacht wird, auch in der Hoffnung, dass es damit ein bisschen mehr Druck gibt. Es gab ja einige Vorstösse bereits und auch aus eigener Erfahrung kann ich sagen, da herrscht ein gewisser Notstand bei den Sportplätzen für Freizeitvereine, aber auch für offiziell eingetragene Vereine und da sollte man jetzt vorwärts machen und wir unterstützen da die Bestrebungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ja, es ist wieder ein Thema. Wir haben vor ein paar Monaten, vielleicht ist es jetzt sogar schon fast ein Jahr her, einmal geredet, als es um die Fussball-EM der Frauen gegangen ist, dass man hier etwas schafft, das nachhaltig wirken wird, dass wir viele junge Mädchen und natürlich dann auch anschliessend Frauen zum Fussball bringen und dass Sport toll ist, usw. Man hat dort schon einzelne Stimmen gehört, natürlich auch meine, die gesagt haben, das sei super, wenn das stattfindet, aber wo gehen wir denn mit all diesen Mädchen und mit diesen jungen Frauen hin, die Fussball spielen wollen, wir haben ja jetzt schon keinen Platz für die jungen Buben und die jungen Männer, wie soll das funktionieren? Ja, das spielt jetzt nicht so eine grosse Rolle, war dann die Antwort, jetzt freuen wir uns einmal auf die Fussball-EM, dann kommen die Mädchen und die Frauen von alleine und es ist super. Ja, das ist toll, aber wo gehen sie denn trainieren und in welche Vereine sollen sie denn gehen und wo denn? Ja, das ist jetzt nicht so wichtig, jetzt freuen wir uns einfach einmal auf die Frauen-EM.

Ich höre das wahnsinnig gerne von Herrn Atici, dass er hier eigentlich von selber jetzt schon kommt und sagt, ja, wir haben tatsächlich viel zu wenig Sportanlagen. Es geht ja nicht nur um die Fussballplätze, es geht ja auch um die anderen Sportarten, um die Hallen und um die Wasserflächen, was ich ja hier vorne auch schon ein paar Mal gesagt habe. Also ich freue mich wahnsinnig, wenn da etwas läuft. Wir werden immer wieder kommen und ich glaube, das ist tatsächlich sehr breit abgestützt und wenn die Verwaltung in erster Linie zusammen mit der Regierung hier auch vorwärts macht, so fest, wie wir das hier drinnen wollen und so fest, wie das auch die Bevölkerung will, die Sport treibt, mindestens die, dann kommt das gut. Vielleicht noch ein bisschen schneller dürfte es gehen, aber wir sind einmal sicher auf dem richtigen Weg und darum, bleiben wir bei dieser Motion, damit wir das nicht vergessen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wo wir tatsächlich einig sind, dass der Bedarf da ist und dass wir auch schnell vorwärts machen müssen. Aber was auch klar ist, einerseits von umwelttechnischen Abklärungen, je nach Rasenfeldern, bis jetzt bestehende Infrastruktur, dass man auch alles so übereinander abstimmt und plant und auch im Drei-Rollen-Modell ausführt, ist es auch sicher Ihnen klar, dass es etwas Zeit braucht. Ob Sie als Motion oder Anzug überweisen, wir müssen in diesem Bereich vorwärts machen und das möchte ich unbedingt sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

28 Ja, 60 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007246, 24.09.25 15:17:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 60 Nein-Stimmen gegen 28 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

55. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend mehr Chancengerechtigkeit durch höhere Stipendien für Lernende und Studierende, Schreiben des RR

[24.09.25 15:17:16, 23.5298.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

56. Interpellation Nr. 62 Johannes Sieber betreffend das Potenzial der St. Jakobshalle als Veranstaltungsort der Popkultur nutzen (Wertschöpfung Eurovision Song Contest), Schreiben des RR

[24.09.25 15:17:41, 25.5242.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Johannes Sieber (GLP): Ich bin mit der Antwort teilweise zufrieden. Es ging in der Interpellation darum, herauszufinden, ob der Regierungsrat den Schub vom ESC in der St. Jakobshalle nutzen möchte, um dort ein bisschen die Popkultur weiter hochleben zu lassen. Die Antwort war soweit in Ordnung, er hat zum Ausdruck gebracht, dass er das grundsätzlich befürwortet, und die letzte Frage war dann, ob dann tatsächlich mehr Popkonzerte in der St. Jakobshalle stattfinden werden, und dann war die Antwort, das ist die Erwartung des Regierungsrates. Da habe ich mich gefreut zuerst und dann habe ich aber gedacht, aber Erwartung, wartet er jetzt darauf, bis das geschieht oder ist er auch willig, etwas zu tun und ich denke, er sollte willig sein, etwas zu tun, weil nur warten wird nichts bringen. Deswegen bin ich teilweise zufrieden und ich hoffe, dass das aufgenommen wird und auch etwas geschieht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

57. Interpellation Nr. 79 Sasha Mazzotti betreffend Chancengerechtigkeit für Schüler:innen mit besonderem Förderbedarf, Schreiben des RR

[24.09.25 15:19:18, 25.5280.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sasha Mazzotti (SP): Im September 2024 haben wir hier im Grossen Rat dem Massnahmenpaket für die integrative Schule zugestimmt und damit wurden ja auch Ressourcen gesprochen. Das ED schreibt in der Antwort; zur Umsetzung des Massnahmenpakets hat die Volksschulleitung ein Rahmenkonzept erarbeitet, das den Schulen vorgibt, wie sie die Förderressourcen auch einsetzen dürfen. Ja, leider ist es nur das, es ist nur ein Rahmenkonzept, Vorgaben, wie die Ressourcen eingesetzt werden dürfen. Die Schulleitungen und Kolleg*innen sind dabei, an ihren Schulen Konzepte zu entwickeln nach Bedarf ihres Standortes. Da das ED nur ein Rahmenkonzept erarbeitet hat, ist der Aufwand für einzelne Standorte sehr hoch. In der Interpellation habe ich recht spezifisch nach Kennzahlen gefragt. Das Erziehungsdepartement gibt an, keine Zahlen zu haben, weder zu reduzierten Unterrichtspensen noch zum unfreiwilligen Homeschooling.

Seit Beginn 2025 ist das Massnahmenpaket zur Weiterentwicklung der integrativen Schule umgesetzt. Also wird es umgesetzt. Den Volksschulen stehen damit neue Fördermöglichkeiten zur Verfügung und Ziel ist es hier, die Chancengerechtigkeit weiter zu stärken und für alle Kinder adäquate Fördermöglichkeiten anzubieten. Weil ich von Fällen weiss, die unfreiwilliges Homeschooling machen müssen, respektive mussten, wurde ich etwas hellhörig, wie dies nun im gesamten Kanton so aussieht. Denn dieser Zustand ist unhaltbar. Was wird denn so gemacht im Kanton? Wie kann das ED hier eine Verbesserung erzielen, da ihnen ja die Chancengerechtigkeit auch ein Anliegen ist? Ich zitiere: Die zusätzlichen Ressourcen dienen damit dem Ziel des Regierungsrates, die Chancengerechtigkeit weiter zu erhöhen. Auf der Primarstufe und auf der Sek 1 wurde das sonderpädagogische Angebot ausgeweitet und differenziert.

Ich frage mich nur, wie, aufgrund welcher Indikatoren und welchen Kennzahlen. Ich bin ehrlich gesagt etwas sprachlos, dass das ED hier nicht über Zahlen verfügt. Warum sind die Schulleitungen bei einem solch wichtigen Thema nicht angehalten, dies zu melden? Wenn die Volksschulleitung nichts davon weiss, können sie ja auch nichts verbessern. Noch ist es zu früh, um die Wirkung des Massnahmenpakets zu beurteilen, sagen sie. Wenn man nicht systematisch die Problematik im Detail mit Kennzahlen und klaren Indikatoren angeht, wird die Wirkung zwar beurteilt werden können, aber nicht unbedingt im Sinne, warum wir eigentlich damals die Ressourcen gesprochen haben. Natürlich ist es plausibel, dass einzelne Fälle schulindividuell entschieden werden. Dennoch ist ein Hinweis auf eine geplante Datenerhebung, die nicht aufwendig sein muss, zu erwarten. Ich fordere die Volksschulleitung auf, diesbezüglich nicht im Blindflug unterwegs zu sein, sondern zu wissen, was an den Schulen im Kanton so läuft. Das ED hat keinen Überblick. Wie sollen da die richtigen und wichtigen Massnahmen ergriffen werden können? Zudem fehlt es an konkreten Beispielen, wie Chancengerechtigkeit in der Praxis eigentlich sichergestellt wird.

Die anderen Fragen wurden zum Teil vollständig beantwortet. Trotzdem bin ich, weil die erste Frage eigentlich die wichtigste war, von der Beantwortung nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

58. Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen Autobahnzubringer Allschwil ZUBA, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 15:23:27, 19.5447.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist für beide Motionen um zwei Jahre zu verlängern. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

58.1. Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 15:24:04, 19.5446.04]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

59. Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend grenzüberschreitende öV-Tarife, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 15:24:06, 16.5502.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt**.**

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

60. Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage, Stellungnahme des RR

[24.09.25 15:24:34, 25.5146.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Wünscht die Regierungsrätin das Wort? Sie wünscht es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte einfach kurz erklären, weshalb wir hier um die Überweisung der Motion als Anzug bitten. Es geht nämlich weniger darum, dass wir die inhaltlichen Anliegen der Motion nicht teilen. Sie können das dem Schreiben entnehmen, dass wir auf ganz verschiedenen Ebenen an praktisch allen Bestandteilen der Motion dran sind. Um ein paar Elemente zu nennen, es geht da einerseits um den Klybeckquai, aber auch um die Grünanlagen in diesem Perimeter, um die Verlagerung der Hafenbahn oder auch die Neuanordnung der Schiffsanlegeplätze.

Sie haben sicher auch im Rahmen der Beteiligungsveranstaltung rund um den Stadtteilrichtplan Klybeck-Kleinhünigen oder auch rund um die Mitwirkung zum Thema Arealentwicklung Klybeckquai-Westquai mitbekommen, dass wir eben intensiv mit den Partnern an diesen Themen dran sind. Fast bei allen Themen sind wir aber wirklich auch auf Partner angewiesen, sei es die SBB, seien es die Schweizerischen Rheinhäfen, seien es die Grundeigentümer wie beispielsweise beim Projekt klybeckplus. Deshalb ist die Motion rechtlich auch nicht zulässig. Wir können nicht in diese Rechte der Eigentümer und der Partner eingreifen, aber wir können Ihnen versichern, dass wir intensiv dran sind. Wir denken auch, dass der Anzug der richtige Weg ist, weil wir eben über diese ganzen Beteiligungen, die im Moment laufen, sicherstellen, dass die Bevölkerung

bei diesen Themen mitsprechen kann. Eine Motion lässt da zu wenig Spielraum und ich denke, es ist auch in Ihrem Sinne, dass die Bevölkerung bei diesen Dingen mitdiskutieren kann.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat um Überweisung als Anzug, damit wir Ihnen in diesem Rahmen regelmässig über den Fortschritt der Arbeiten berichten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich sehe, das Sitzungsende ist schon in greifbarer Nähe, ich verspreche Ihnen ein kurzes Votum und bitte Sie, diesen Vorstoss abzuschreiben, weder als Motion noch als Anzug zu überweisen. Ein Teil der Forderungen ist ja gar nicht im Kompetenzbereich des Regierungsrats, ein anderer Teil nicht in der Kompetenz des Grossen Rates. Ich spreche da die Verlegung der Stadtreinigung an, da würden wir in die operative Hoheit des Regierungsrats eingreifen. Die restlichen Forderungen sind Selbstverständlichkeiten, respektive, wie der Regierungsrat schreibt, zum Beispiel die Verlagerung der Hafenbahn, Schiffsrochade, die sind ja bereits aktiv im Tun. Das Einzige, was uns von der SVP wirklich erstaunt, ist, dass der Regierungsrat diesen Vorstoss nicht auch abschreiben will, sondern explizit vom Grossen Rat eine Gedankenstütze will in Form eines Anzugs, damit er das ja dann sicher auch macht. Ich will darüber nicht spekulieren, ich habe Ihnen ein kurzes Votum versprochen und ich möchte mir auch nicht einen Ordnungsruf einhandeln. Bitte schreiben Sie diesen Vorstoss ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Schon bei der Debatte um die Erstüberweisung habe ich gesagt, ich mache mir keine Illusionen und ich rechne damit, dass der Regierungsrat diese Motion dann als Anzug weiterbehandeln möchte. Meine Einschätzung war richtig, der Antrag des Regierungsrats lautet auf Überweisung als Anzug, soweit also alles in Ordnung. Aber ich habe bei der letzten Diskussion auch gesagt, dass es mir eigentlich um eine moralische Frage geht. Es geht nämlich darum, wie viele Versprechungen, die im Abstimmungskampf gemacht wurden, eigentlich gelten. Und da ist für mich eben nicht alles in Ordnung.

Was wurde uns nicht alles versprochen, wenn wir nur Ja sagen zum Rheintunnel. Ersatzgrünflächen am Rheinufer. Der Regierungsrat kann nicht dazu verpflichtet werden, denn es braucht dazu die Mitwirkung der betroffenen Privaten und Baurechtsnehmer. Verbesserung des Schallschutzes rheinabwärts der Dreirosenbrücke. Der Regierungsrat kann nicht dazu verpflichtet werden, denn dafür ist der Bund zuständig. Prüfung einer Temporeduktion. Der Regierungsrat kann dazu nicht verpflichtet werden, denn dafür ist der Bund zuständig. Verbindungen für Fussgänger*innen und Velofahrer*innen beim Klybeckrain. Der Regierungsrat kann nicht dazu verpflichtet werden, denn es braucht die Mitwirkung der privaten Grundeigentümer. Ich könnte Ihnen jetzt die ganze Liste vorlesen, ich habe sie vorbereitet, aber ich kürze es jetzt ab. Ich sage Ihnen einfach, diese Forderungen habe ich ja nicht selbst erfunden, ich habe sie mir nicht aus den Fingern gesogen. Sie standen alle im Synthesebericht, der vom Kanton im Auftrag des ASTRA erstellt wurde. All diese Massnahmen wurden der Quartierbevölkerung bei den Informationsveranstaltungen zum Rheintunnel in bunten, freundlichen Visualisierungen schmackhaft gemacht, so als wären sie schon fast real.

Wir haben dabei gemerkt, dass all diese Massnahmen auch ohne die Riesenbaustelle bei der Dreirosenmatte möglich sind und dass es den Rheintunnel dafür gar nicht braucht. Deshalb habe ich diese Motion eingereicht und jetzt stellt sich also heraus, dass es doch nicht so einfach ist mit der Umsetzung dieser Versprechungen. Und das hinterlässt ein ganz schlechtes Gefühl bei mir und bei vielen anderen Aktivist*innen von «Dreirosen bleibt», bei der interessierten Quartierbevölkerung und bei den Nutzer*innen der Dreirosenmatte. Wir stellen uns die Frage, waren diese Versprechungen denn rechtlich nicht zulässig? Wie ernst gemeint waren diese Versprechungen? Wie ernst werden die Bedürfnisse der Bewohner*innen rund um die Dreirosenmatte genommen?

Immerhin ist die Regierung ja bereit, die Anliegen als Anzug weiterzuverfolgen. Jetzt kommt der versöhnliche Abschluss. Ja klar, der Druck für die Massnahmen ist aufgrund des Neins zum Rheintunnel jetzt nicht mehr so gross, aber der Druck der Bevölkerung des Kleinbasels und insbesondere auch der Druck der Kinder und Jugendlichen im Umfeld der Dreirosenmatte, dieser Druck besteht weiterhin. Es gibt einfach zu wenige Grün- und Freiflächen, es braucht dringend mehr davon und es braucht eine Aufwertung dieses Gebietes. Bitte nehmen Sie das ernst und bitte treiben Sie die erwähnten Massnahmen ernsthaft voran.

Mit diesem Appell erklären wir uns bereit, die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Das Gebiet rund um die Dreirosenanlage ist ein zentraler Raum für die Quartierbevölkerung in unserer Stadt. Hier leben viele Familien, Kinder und Jugendliche. Gerade in einem dicht bebauten Gebiet mit wenig Frei- und Grünflächen ist es von besonderer Bedeutung, dass wir die Lebens- und Aufenthaltsqualität gezielt verbessern. Die Motion nimmt wichtige Anliegen auf, die bereits im Rahmen der Testplanung zum Rheintunnel entwickelt wurden. Ersatzflächen am Rhein, bessere Verbindungen für Fuss- und Veloverkehr, eine Aufwertung der Rheinpromenade, eine attraktivere Freinutzung, Lärmschutz auf der Dreirosenanlage. Diese Punkte sind nicht Luxus, sondern notwendig, damit die Quartiere nicht abgehängt werden, sondern vom städtebaulichen Wandel profitieren. Wir wissen, viele dieser Massnahmen sind komplex, weil sie mit den privaten Grundeigentümern, den Schweizer Rheinhäfen oder dem Bund abgestimmt werden müssen. Aber wo ein Wille, dort ein Weg.

Deshalb ist es wichtig, dass der Regierungsrat die Anliegen in die laufenden Planungsprozesse von klybeckplus, Klybeckquai-Westquai und dem Stadtteilrichtplan integriert. Nur so stellen wir sicher, dass die Verbesserungen realistisch umsetzbar sind, rechtlich standhalten und nachhaltig wirken. Gerade die Themen Schallschutz, Rheinzugang und Grünflächen sind dabei zentral. Ohne besseren Schutz vor Verkehrslärm wird es schwierig, die geplanten neuen Wohnquartiere überhaupt attraktiver zu machen. Ohne neue öffentliche Flächen verliert das Quartier weiter an Lebensqualität und ohne bessere Fuss- und Veloverbindungen bleibt die Zerschneidung durch Verkehrsinfrastruktur bestehen. Der Regierungsrat macht klar, die Anliegen werden aufgenommen, auch wenn sie rechtlich nicht im engen Sinn als Motion umsetzbar sind. Dass er bereit ist, sie als Anzug entgegenzunehmen, ist deshalb ein wichtiges Signal. So kann der Grosse Rat den eingeschlagenen Weg unterstützen und zugleich die regelmässige Berichterstattung sicherstellen.

Aus unserer Sicht ist entscheidend, dass die Quartierbevölkerung bei diesen Prozessen weiterhin mitreden kann und mitreden muss. Verbesserungen für die Dreirosenanlage und die angrenzenden Areale müssen so gestaltet werden, dass sie allen zugutekommen. Nicht nur den neuen Investorenprojekten, sondern vor allem auch den Menschen, die schon heute dort wohnen und auf attraktive, sichere und bezahlbare Freiräume angewiesen sind.

Darum unterstützen wir die Überweisung der Motion als Anzug. Damit geben wir dem Regierungsrat den politischen Rückhalt, die Verbesserungen konkret voranzutreiben, im Interesse des Quartiers, der Stadtentwicklung und der Bevölkerung. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen und die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Die FDP ist auch für die Überweisung als Anzug. Wir sind natürlich nicht mit allen Sachen einverstanden, die da drinstehen. Wir sind sehr zu haben für diesen Schallschutz, wir sind auch davon überzeugt, dass es den braucht auf der Brücke, die Temporeduktion wiederum braucht es nicht, dafür braucht es natürlich den Rheintunnel, aber das werden wir zu anderen Dingen noch darüber diskutieren. Und natürlich, Sie wissen es, haben wir auch Sympathien für den grosszügigen Park am Klybeck, der seinen Namen dann auch verdient, nicht so wie der, der jetzt präsentiert wurde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Anders als Heidi Mück hatte ich eher noch befürchtet, dass da eine ablehnende Haltung des Regierungsrats kommt und ich bin jetzt positiv überrascht, dass Sie da auf Anzug beantragen. Ich war ja auch mit dabei beim Widerstand gegen diesen Rheintunnel und da habe ich auch gedacht, jetzt kommen Sie dann mit diesen Versprechungen und es wurde ja da schon gesagt, es wird nicht einfach sein, das umzusetzen und von alleine kann das der Regierungsrat schon gar nicht machen. Von dem her nehme ich das zur Kenntnis, dass er jetzt sagt, die Motion ist hier das falsche Instrument, aber was er jetzt hier geschrieben hat in der Beantwortung oder in der ersten Stellungnahme, das hat mich jetzt gefreut. Ich glaube auch dem Regierungsrat, dass er da jetzt dranbleiben will und diese Verbesserungsmassnahmen für die Region rund um die Dreirosenmatte, dass er das angehen will. Ich finde es auch sehr wichtig für diese Region, ich bin da nicht allzu weg wohnig und ich kenne die Problematiken sehr gut und ich finde, dieses Quartier hat es verdient, dass da Aufwertungsmassnahmen erfolgen.

Von dem her beantragt auch unsere Fraktion hier, dieses Geschäft als Anzug weiterzubehandeln, dann kann und muss der Regierungsrat in zwei Jahren dazu Stellung nehmen und uns sagen, wo er weitergekommen ist und wo es vielleicht Stolpersteine gibt in den Verhandlungen oder in den Projekten mit all den Partnern, die da involviert sein werden. Aber auf jeden Fall möchte ich das nochmals betonen, wir finden es ganz toll, wenn da etwas vorwärtsgeht, so dass die Bevölkerung in diesem Stadtteil auch etwas davon hat dann schlussendlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die Voten. Ich möchte zuerst einmal festhalten, dass ich mich freue, dass wir Commonsense haben, dass wir eben viele dieser Projekte weiter vorantreiben möchten und dass wir das dem Quartier auch schuldig sind. Es ist tatsächlich ein Quartier, das heute über sehr wenig Grün- und Freiräume verfügt.

Dann zu Ihrer Frage, Heidi Mück, weshalb wir das quasi im Abstimmungskampf in Aussicht gestellt haben und jetzt eben darauf hinweisen, dass es verschiedene Partner gibt, die wir ins Boot holen müssen. Ich bin sicher, dass wir darauf im Abstimmungskampf hingewiesen haben, es ist aber natürlich eine komplett neue Ausgangslage mit dem Nein der Stimmbevölkerung zum Autobahnausbaupaket. Denn der Bund hätte ein wesentlicher Teil der Ersatzmassnahmen finanzieren müssen, sie hätten diese auch belegen müssen, dass diese funktionieren und dass diese realisiert werden können. Das heisst, wir hätten den Bund als ganz starken Partner in der Umsetzung gehabt. Und das eben nicht nur finanziell, aber Finanzen sind natürlich auch wesentlich bei vielen dieser Projekte, die nicht ganz günstig sind, aber eben auch, um beispielsweise bei anderen Bundesämtern Druck zu machen. Ich denke da beispielsweise ans BAV, das beteiligt ist bei der Verlegung der Hafenbahn, usw. Und da hätte uns natürlich die Unterstützung des ASTRA, sage ich mal, geholfen, vor allem zeitlich, weil es mit dem Projekt natürlich einen zeitlichen Druck gegeben hätte. Aber nichtsdestotrotz, wir möchten dranbleiben.

Und das vielleicht auch noch zum Votum von Herrn Schaller, wir brauchen weniger eine Gedankenstütze, wir sind da intensiv dran, der Punkt ist vielmehr, es ist halt wichtig, dass das Interesse des Parlaments an diesen Einzelprojekten dokumentiert ist, dass ich auch zu diesen Partnern gehen kann und sagen kann, schaut mal, sie wünschen das. Natürlich können Sie das nicht durchsetzen, weil eben es gelten Eigentumsrechte, usw., aber dass ich natürlich mit einer guten Verhandlungsposition auf diese Partner und Grundeigentümer zugehen kann und deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Vorstoss als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beat K. Schaller beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen darüber ab, ob das Geschäft als Anzug überwiesen wird oder nicht überwiesen wird.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 22 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007254, 24.09.25 15:41:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben das Geschäft als Anzug überwiesen mit 62 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen.

61. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verbesserung der ÖV-Erschliessung des Bachgrabenareals, Schreiben des RR

[24.09.25 15:41:23, 23.5232.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

62. Interpellation Nr. 67 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Velosständer in der Streitgasse, Schreiben des RR

[24.09.25 15:41:47, 25.5268.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ich kann es sehr kurz machen, ich bin mit der Beantwortung der IP nicht zufrieden. Ich hätte mir gewünscht, gerade bei einem Thema wie einer ausgewogenen Nutzung des öffentlichen Raums, ein bisschen eine substanziellere Auseinandersetzung. Das hätte ich erwartet. Ich bin eigentlich ein bisschen enttäuscht, ich habe eine offene, transparente und eine vollständige Beantwortung erwartet. Ich habe sehr schwache oder gar keine Antworten auf meine IP bekommen und das wäre einfach anständig und respektvoll denen gegenüber gewesen, die mit der Situation in der Streitgasse nicht ganz einverstanden sind und das mit anderen Augen sehen als das BVD. Klare Botschaften für die Nichtglücklichen hätte ich gebraucht, insbesondere für die sehbehinderten oder mobilitätseingeschränkten Personen. Die Beweggründe des BVD hätten mich schon noch Wunder genommen und ich habe einfach nichts bekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

63. Interpellation Nr. 76 Joël Thüring betreffend Freizeitgartenkommission: Missachtet der Regierungsrat das Gesetz, Schreiben des RR

[24.09.25 15:43:26, 25.5277.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Die Antwort auf meine Frage, missachtet der Regierungsrat das Gesetz, kann man relativ kurz und bündig hier angeben. Ja, er missachtet das Gesetz und ich bin schon ein wenig erstaunt, dass bei der Neubesetzung dieser Gremien, die vom Regierungsrat bestimmt werden, der Regierungsrat weiterhin das Gesetz missachtet und eine Freizeitgartenkommission bestimmt, die über mehr Mitglieder verfügt, wie das Gesetz vorsieht. Das wäre, wie wenn wir im Grossen Rat 101 Mitglieder hätten und dann bei der Neuwahl würden wir weiterhin 101 Mitglieder haben, obwohl 100 die Grenze ist, und das würden alle achselzuckend hinnehmen. Also so wird offenbar in der Verwaltung, im Regierungsrat werden Gesetze angewendet, aber wehe, sie parkieren einmal zwei Sekunden auf einem Streifen irgendwo, dann möchte ich dann sehen, ob nicht irgendein Beamter aus dem Baum springt und sie gleich büsst.

Also hier würde ich mir schon wünschen, dass der Regierungsrat, man kann es jetzt lustig finden und sagen, es ist keine Tragik, dass eine Person mehr in dieser Freizeitgartenkommission sitzt, aber ich finde es schon sehr bedenklich, wenn man einen Zustand so beibehält und dann noch argumentiert, dass das halt einfach jetzt so sei und man es erst bei einer erneuten Revision des Freizeitgartengesetzes anpassen würde respektive die Präsidentin der Kommission, die von Amtes wegen auch dabei sein sollte, Regierungsrätin Esther Keller, nicht immer da sein kann, wofür ich vollstes Verständnis habe. Aber trotzdem, so ist nun mal einfach die Gesetzesbestimmung und deshalb erscheint mir das schon etwas fragwürdig zu sein. Ich bin immerhin froh, dass der Kanton in seiner Antwort uns auch sagt, dass keine weitere Kommission überbesetzt

sei, aber dann wäre es aus meiner Sicht erst recht sinnvoll, wenn er das auch hier bei dieser Freizeitgartenkommission möglichst rasch korrigiert.

Und, und das ist das, was ich jetzt doch etwas noch fast schwieriger finde, eine Frage an den Regierungsrat war auch, ob Mitglieder abgelehnt wurden, die nominiert wurden. Der Zentralverband der Basler Familiengärtnervereine hat ja das Recht, dort drei Personen zu delegieren und der Regierungsrat gibt uns nun als Antwort, dass keine Wahlvorschläge abgelehnt wurden. Frau Regierungsrätin, ich möchte Sie bitten, schaffen Sie Ordnung bei der Stadtgärtnerei. Ich habe verbriefte Informationen schriftlich, dass der Leiter der Stadtgärtnerei Wahlvorschläge verhindert hat und dem Zentralverband der Familiengärtnervereine gesagt hat, dass diese Personen nicht wählbar seien. Das ist ein Skandal, es ist keine vielleicht riesige Geschichte, aber es ist ein Skandal, dass der Leiter der Stadtgärtnerei hier offenbar Einfluss darauf nimmt, welche Mitglieder für diese Kommission in Frage kommen oder nicht. Selbstverständlich soll dies bei den Mitgliedern so sein, die die Verwaltung schickt, aber bei denjenigen, wo der Zentralverband einen Anspruch darauf hat, die Mitglieder zu delegieren, finde ich das ein doch sehr fragwürdiges Vorgehen, dass man, nicht nur ein Mitglied, sondern zwei nominierte Vorschläge abgelehnt hat.

Ich bitte Sie wirklich, Frau Keller, gehen Sie dieser Sache noch einmal nach und schaffen Sie in der Stadtgärtnerei in diesem Bereich, wenn es um die Abteilung geht, die die Freizeitgärtenanlagen respektive das Zusammenspiel mit den Freizeitgärten koordiniert, Ordnung. Dort scheint vieles, sehr vieles im Argen zu liegen. Ich bin deshalb mit der Beantwortung meiner Interpellation nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

64. Interpellation Nr. 77 Luca Urgese betreffend Velosträder auf dem Marktplatz und Planung der bevorstehenden Bauarbeiten, Schreiben des RR

[24.09.25 15:47:40, 25.5278.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Luca Urgese (FDP): Zuerst besten Dank an die Regierungsrätin für die Beantwortung meiner Interpellation. Die wichtigste Erkenntnis ist, es ist erfreulich, dass es keinen doppelstöckigen Velosträder auf dem Marktplatz geben wird, das ist ja schon mal gut. Der Marktplatz, einer der wichtigsten und touristisch meistfrequentierten und potenziell auch schönsten Plätze unserer Stadt, ich denke, da sind wir uns einig, auch ein Baudenkmal von nationaler Bedeutung, und nachdem nun auch der Stadtmarkt erweitert wurde, kann man sicher sagen, auch das ist ein grosser Erfolg. Und deshalb muss man sich schon grundsätzlich die Frage stellen, ob es wirklich richtig ist, Velosträder auf einen solchen Platz hinzustellen, ob das wirklich der richtige Ort ist für Velosträder, im Bewusstsein, dass es ein grosses Bedürfnis ist, irgendwo sein Zweirad abstellen zu können, das ist mir klar, aber wir stellen auch nicht mitten auf dem Barfüsserplatz unsere Velos ab, sondern die sind auch peripher, also insofern finde ich das schwierig.

Und auch der Regierungsrat gesteht das ein, er schreibt selber, der Standort ist nicht ideal, mittelfristig soll darauf verzichtet werden und die Verwaltung sucht nach Alternativen. Nun, jetzt sind diese Velosträder ja nun schon ein Weilchen nicht mehr dort und da frage ich mich dann schon, das wäre doch jetzt der Zeitraum gewesen, wo man nach Alternativen suchen kann und suchen soll, weil eins ist ja klar, wenn man jetzt diese Veloparkplätze dort wieder montiert, ist es absehbar, dass wir ein ziemlich langes Provisorium dort haben werden, bis dann endlich irgendwo vielleicht ein anderer Platz gefunden werden kann.

Dann lesen wir weiter, dass zwei Umbauten geplant sind, der Umbau der Haltestelle im 2026 und dann der ganze Bereich Marktplatz-Schifflände ab frühestens 2023 und da muss man halt schon auch sagen, das ist überaus unbefriedigend, weil das bedeutet, für die nächsten ungefähr zehn Jahre bleibt unser Marktplatz ein Flickwerk mit einem schönen Kern, mit einem vor nicht allzu langer Zeit generalrevidierten Mosaik in der Mitte und darum herum ist dann halt der Asphalt gebastelt. Das kann man wirklich nicht anders sagen, das erinnert an die Freien Strasse vor der Sanierung, überall unterschiedliche Formen von Asphalt und da wird einfach immer wieder irgendwo herumgebastelt. Und ja, man kann jetzt sagen, das ist Wertvernichtung, aber andererseits, es findet ja eben ein ständiges Umgebauen statt. Eben erst wurde an verschiedenen Orten jetzt der Asphalt neu gelegt, da würde ich halt schon sagen, machen wir es doch lieber einmal richtig und schön und

lassen es dann so und das ist, glaube ich, die Abwägung, die man treffen muss gegenüber dann der Wertvernichtung, wie sie der Regierungsrat als Argument anführt.

Insofern nochmals danke für die Antwort, ich bin von der Antwort teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

65. Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 15:51:27, 20.5485.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis zum 12. Januar 2026 zu verlängern. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist bis zum 12. Januar 2026 zu verlängern.

66. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend kantonale Beiträge zur Sicherheit von Minderheiten, Schreiben des RR

[24.09.25 15:51:59, 23.5089.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann wünscht das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Wir beantragen, diesen Anzug als erledigt abzuschreiben. Wir sind der Meinung, das ist ein sehr wichtiges Anliegen, das im Anzug angeführt wurde, das wir hiermit auch mit der entsprechenden Verordnungsschaffung erfüllt haben. Es ist ja so, dass es unbestritten ist, dass es Minderheiten gibt, die in den letzten Jahren auch in Europa wiederholt zum Ziel von gewaltsamen Aktionen oder entsprechenden Planungen und Vorbereitungshandlungen geworden sind. Und das ist auch der Grund, weshalb der Bundesrat legiferiert hat. Er hat die Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen erlassen und er hat gestützt auf diese Verordnung die Möglichkeit, der Bundesrat, an Organisationen, die Massnahmen in der Schweiz durchführen, um bestimmte Minderheiten vor Angriffen zu schützen, Finanzhilfen auszurichten. Gleichzeitig teilte der Bund seine Erwartung mit, dass auch die Kantone inskünftig entsprechende finanzielle Unterstützungsleistungen erbringen sollen.

Der Regierungsrat teilt dieses Anliegen und hat auch entsprechend sich kundig gemacht, in welcher Form wir legiferieren. Wir haben uns für die Verordnung entschieden. Wir sind der deutlichen Ansicht, dass es wichtig ist, dass wir diese Grundlage haben, gerade auch im Nachgang an unser doch damals sehr pionierhaftes Schutzpaket für die jüdische Sicherheit, dass wir hier auch merken, es gibt weitere Schutzbedürftige, die wir auch finanziell unterstützen wollen können. Wir haben auch einen Rechtsvergleich gemacht und haben dabei gesehen, dass sowohl die Kantone Bern, Zürich, Aargau und Genf in relativ enger Anlehnung an die eidgenössische Verordnung bereits eigene Rechtsgrundlagen im kantonalen Recht geschaffen haben und sich auch komplementär praktisch zu den Sicherheitsbestrebungen des Bundes anlehnen. So ist auch der Beitragsempfängerkreis bei uns fast oder sogar gleich, also identisch.

Die neue vom Regierungsrat erlassene kantonale Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen ermöglicht nun auch bei uns die Gewährung von Finanzhilfen des Kantons zugunsten von Organisationen, um solche Massnahmen im Kanton auch durchzuführen. Während die Finanzhilfe des Bundes gemäss Artikel 7 VSMS, das ist diese Verordnung, höchstens 50% der anrechenbaren Kosten einer Massnahme

beträgt, kann der Kanton für dieselbe Massnahme komplementär zum Bund 60% des gesprochenen Bundesbeitrags entrichten und sich demnach mit bis zu 30% an den anrechenbaren Kosten einer Massnahme beteiligen. Damit soll auch sichergestellt werden, das ist eigentlich im System unserer Finanzhilfen so inhärent, dass es eine Eigenbeteiligung gibt von mindestens 20% der Gesuchstellenden.

Wir sind der Ansicht seitens des Regierungsrates, dass wir mit dem Erlass dieser Verordnung das Anliegen des Anzugs Barbara Heer und Konsorten nachgekommen sind und bitten Sie, diesen als erledigt abzuschreiben. Wir sehen aber auch aus der Kreuztabelle, dass ein Stehenlassen da ist und selbstverständlich bin ich interessiert zu wissen, was der Grund da ist und sicher denke ich auch, müssen wir noch jetzt überhaupt die Erfahrungswerte sammeln und selbstverständlich werden wir da auch wieder berichten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecherin für die SP hat Barbara Heer das Wort.

Barbara Heer (SP): Ich spreche hier im Namen der SP-Fraktion, der BastA, der Grünen und der GLP und stelle den Antrag, den Anzug nochmal stehen zu lassen und habe jetzt auch durch ein paar Gespräche erfahren, dass auch die anderen Fraktionen, die im »Chrüzlistich» noch eine andere Haltung hatten, jetzt mittlerweile meinen Antrag auf Stehenlassen unterstützen und somit der Grosse Rat da eine einheitliche Position hat.

Also vorneweg freue ich mich sehr, dass die Regierung diese Verordnung erlassen hat und das Anliegen des Anzugs somit grundsätzlich umgesetzt hat. Die Regierungsrätin hat es schon ausgeführt, es ist eine sehr wichtige Thematik und hängt jetzt auch eng mit dieser Bundeslegiferierung zusammen. Vielleicht als kleine Randbemerkung, in den anderen Kantonen war es dann jeweils die Regierung selber, die die Initiative ergriffen hat, hier hat es einen parlamentarischen Auftrag gebraucht. Ich denke, dem Grossen Rat sind diese Themen wichtig und es ist auch wichtig, dass die Regierung proaktiv mit diesen Themen umgeht.

Die Ausgangslage, es ist ja eigentlich bedauerlich, dass antisemitische und antimuslimische Vorfälle auch massiv zugenommen haben in den letzten Jahren. Das ist einer der wichtigen Hintergründe, wieso es eben Sicherheitsmassnahmen durch religiöse und kulturelle Organisationen braucht und die öffentliche Finanzierung dazu, um die Religionsfreiheit weiterhin zu gewährleisten. Also der Schweizerische Israelitische Gemeindebund sagte, dass wir deutlich mehr Fälle haben, also dreimal mehr Fälle im 2023 als im 2022, 2024 waren es dann schon viermal mehr antisemitische Vorfälle und auch bei dem antimuslimischen Rassismus haben wir massive Zunahmen. Das Beratungsnetz für Rassismusopfer hat 2024 auch einen sprunghaften Anstieg festgestellt. Das bildet den Hintergrund, warum da massive schlechte Sicherheitslagen und eine hohe Gefährdung dieser verschiedenen Einrichtungen da sind.

Jetzt aber kurz zur Detailbegründung, wieso wir das jetzt doch stehen lassen möchten. Der Kanton macht halt seinen Beitrag an die Sicherheitsmassnahmen direkt abhängig vom Bundesbeitrag. Das heisst konkret, wenn der Bund weniger bezahlt, dann bezahlt auch der Kanton automatisch weniger. Für die betroffenen Institutionen bedeutet das somit dann eine doppelte Kürzung, die in schlimmsten Fällen auch die Umsetzung einer Sicherheitsmassnahme gefährden kann. Also, um es kurz zu verdeutlichen, wenn der Bund genug Geld hat, bezahlt er 50% der anrechenbaren Kosten, der Kanton übernimmt 30% für eine Institution, dann sind es noch 20% Eigenleistung. Hat jetzt aber der Bund beschränkte Mittel, weil sehr viele Anträge da sind, was eben die Realität ist, dann bezahlt der Bund zum Beispiel nur noch 40% der anrechenbaren Kosten, der Kanton würde nur noch 24% übernehmen und die gefährdete Institution muss nachher zum Beispiel dann 36% der Kosten selber tragen. Und das führt dann einfach dazu mit diesem hohen Eigenanteil, dass die Massnahmen eigentlich nicht mehr finanzierbar sind.

Deshalb beantragen wir hier Stehenlassen, die Verordnung soll so präzisiert werden, dass der Kantonsbeitrag fix 30% der anrechenbaren Gesamtkosten ist, unabhängig davon, wie viel der Bund bezahlt. Das ist übrigens auch so, wenn man den Benchmark mit den anderen Kantonen anschaut, liegt Basel-Stadt mit 30% Beteiligung durchaus mitten im Benchmark, aber mit der Abhängigkeit jetzt vom Bundesbeitrag rutscht Basel-Stadt deutlich ans untere Ende des Benchmarks. Also Zürich zum Beispiel spricht bis zu 50% vom Bundesbeitrag, in Ausnahmefällen sogar 80%, aber abhängig vom Bundesbeitrag, aber deutlich höher. Genf übernimmt 30% der anrechenbaren Kosten, unabhängig vom Bundesbeitrag und das ist eigentlich das Modell, das wir hier möchten.

Dann noch kurz ein Punkt, eine Frage, zu der wir gerne auch berichtet haben möchten, ist die Frage nach den Ressourcen für präventive Bestrebungen, also zum Beispiel die Koordination des Runden Tisches der Religionen oder andere präventive Bestrebungen, um eben Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus langfristig zu bekämpfen, dass dazu auch berichtet wird. Und dann möchte ich einfach noch kurz zum Ausdruck bringen, den Unterzeichnenden war es auch wichtig, dass diese Finanzhilfen auch möglich sind bei Institutionen, die nicht Gebäude selber besitzen, sondern eingemietet sind in Mietobjekten. Das entnehmen wir der Anzugsbeantwortung, dass das so ist, in der Verordnung haben wir dazu jetzt nichts gefunden, muss vielleicht dort auch nicht erwähnt sein, aber ich wollte hier einfach das nochmal explizit erwähnen, dass das auch diese Organisationen betreffen soll.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen, mit dem Auftrag an die Regierung, diese Verordnung anzupassen, gerne auch in zwei Jahren zu berichten, wie das Ganze angelaufen ist und auch nochmal zu den Fragen sonst von präventiven Bestrebungen. Die Erstüberweisung von diesem Anzug haben alle Fraktionen damals vor zwei Jahren überwiesen und es wäre sehr schön oder es freut mich, wenn jetzt auch wiederum alle Fraktionen diesen Anzug nochmals stehen lassen, auch als starkes Zeichen vom Grossen Rat, dass wir hier nicht einfach den Schutz von Minderheiten proklamieren, sondern dann auch die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keinen weiteren Sprechenden mehr eingetragen, somit hat Stephanie Eymann das Schlusswort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank für die Erläuterung, die wir gerne so mitnehmen. Ich möchte nur in einem Punkt etwas, nicht widersprechen, aber vielleicht konkretisieren. Sie haben gesagt, wieso braucht es hier einen Anschub über einen Anzug für diesen Vorstoss. Dem war nicht ganz so. Ich denke, wir monitoren dieses Thema schon lange sehr eng, gerade im Nachgang oder im Zusammenhang mit der jüdischen Sicherheit, dass wir da auch gemerkt haben, dass es Organisationen gibt, die Bedürfnisse haben, wir aber doch nicht einen solchen Geldtopf zur Verfügung haben. Bei uns war mehr der Grund, weshalb wir etwas verzögert sind, respektive es jetzt so gelöst haben, weil wir uns gefragt haben, rein gesetzgebungstechnisch kann man gestützt auf eine Bundesratsverordnung im Kanton per Verordnung legiferieren. Und das ursprüngliche Ansinnen war, dass wir das in eine formell gesetzliche Grundlage giessen, ins Polizeigesetz, mit der entsprechenden Verzögerung, die wir jetzt haben im Polizeigesetz, und deshalb denke ich, die Idee ist älter und jetzt aber, denke ich, den pragmatischen Ansatz zu wählen und zu sagen, auch im Benchmark mit anderen Kantonen, die auch die Verordnungsschiene gewählt haben, ist das sicher korrekt. Aber der Gedanke war länger schon da, aber einfach so die Überlegung, wie macht man es dann richtig, gestützt auf diese Bundesgrundlage, das war der Grund und ich denke, im Inhalt sind wir aber doch ziemlich einig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 84 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007261, 24.09.25 16:04:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 84 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

67. Interpellation Nr. 64 Eric Weber betreffend was wusste die Polizei am Mittwoch, 9. April, 14.30 Uhr, wegen der Sicherheit der Grossrats-Sitzung, Schreiben des RR

[24.09.25 16:04:23, 25.5260.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Der Fall, um den es in dieser Interpellation ging, ist auch in allen Medien gekommen, aber mein Name ist dort bewusst weggelassen worden. Die Interpellation ist auch jetzt gerade aktuell, auch die Antwort, denn die Tribüne ist wieder gesperrt wie am 9. April. Das passt thematisch und darum ist auch meine Antwort jetzt richtig aktuell. Nur ganz kurz, ich kann mich kurzfassen, was ist passiert. Einer hat auf TikTok geschrieben, er mache einen Amoklauf hier im Parlament, gefolgt mit wüsten Beschimpfungen. Mehrere Kantonspolizeien der Schweiz haben den Täter verhaftet und der Täter ist zu zwei Jahren Gefängnis jetzt vor einer Woche verurteilt worden. Ich hatte natürlich als Grossrat Akteneinsicht und konnte sehen, dass der Täter schon mittags am 9. April verhaftet wurde, aber die Tribüne wurde am Nachmittag vom 9. April zugemacht, obwohl der Täter ja schon am Morgen auf 11 Uhr verhaftet wurde. Also als wir die Tribüne geschlossen hatten, war der Täter schon geschnappt.

Ich komme schon zum Schluss und möchte hier zitieren, was über Sie alle geschrieben worden ist und auch über mich. Die Äusserungen des Täters tätigte er gegenüber einem Parlamentarier, so schreibt die Staatsanwaltschaft Solothurn, von welchem bekannt ist, dass er in der Öffentlichkeit sowie insbesondere auch auf Social Media aktiv ist und dadurch eine grosse Reichweite hat. Zudem musste der Beschuldigte damit rechnen, dass Eric Weber als Empfänger der Nachricht andere Parlamentarier darüber in Kenntnis setzen wird. Entsprechend nahm der Beschuldigte zumindest billigend in Kauf, dass die Drohung weiterverbreitet wird und damit eine unbestimmte Vielzahl von Menschen, unter anderem Mitglieder des kantonalen Parlaments, in Angst und Schrecken versetzt wird, womit er zumindest eventuell vorsätzlich handelte.

Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden, denn der Täter wurde schon am Morgen verhaftet und nicht am Nachmittag, als die Tribüne geschlossen war.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

68. Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend Open-Source für Basel-Stadt analog Art. 9 EMBAG, Stellungnahme des RR

[24.09.25 16:07:52, 25.5091.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe Salome Bessenich als Rednerin eingetragen.

Salome Bessenich (SP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung und die wohlwollende Aufnahme des Anliegens. Es freut mich, dass die Regierung bereit ist, in Zukunft vermehrt auf Open Source zu setzen, gerade bei Eigenentwicklungen. Darum ist es für mich auch okay, das jetzt als Anzug zu überweisen. Ich denke, ein Beharren auf Motion, das wäre als Misstrauensvotum verstanden worden und das wäre hier fehl am Platz. Dennoch möchte ich an dieser Stelle kurz doch noch mitgeben, dass es vielleicht sinnvoll wäre, dieses Anliegen doch in einem Gesetz oder in einem verbindlichen Rahmen festzulegen. Ich möchte Sie bitten, das zu prüfen. Ich teile Ihre Ansicht, dass es keine gesetzliche Grundlage braucht, um Open Source entwickeln zu können, dennoch gab es bereits 2010 eine Strategie, die sagte, dass man auf Open Source setzen will und das wurde dann nicht so umgesetzt und ich denke, wenn es eben verbindlich festgelegt wäre, dann wäre es nicht eine Frage, ob jetzt die Personen, die gerade verantwortlich sind, das eine gute Idee finden oder nicht, sondern es wäre einfach festgelegt. In dem Sinne danke ich Ihnen, wenn Sie das noch mitnehmen, und freue mich auf die Umsetzung des Anliegens und danke für die Zweitüberweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

69. Interpellation Nr. 71 David Jenny betreffend aller guten Dinge sind drei oder wird nun die Gelegenheit ergriffen, den Erwerb der Eishalle St. Jakob-Arena im Lichte des Bundesgerichtsentscheides vom 10. Januar 2025 (1C_679/2023) zu beurteilen, Schreiben des RR

[24.09.25 16:09:57, 25.5272.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, aber er mit der Antwort zufrieden ist.

David Jenny (FDP): Ich habe lange mit mir gerungen, ich bin jetzt milde gestimmt und erkläre mich knapp teilweise zufrieden. Ich will das begründen. In Amerika kennt man den sogenannten Duck-Test auf Englisch, ich erlaube mir, das auf Englisch zu zitieren: If it looks like a duck, swims like a duck, and quacks like a duck, then it's probably a duck. Und wenn wir diesen Text anwenden auf den Erwerb der Eishalle St. Jakob-Arena im 2016, dort gab es eine Medienmitteilung, da wurde jubiliert, es wurde übernommen, der Betrieb ist damit auch für die kommenden Jahre gesichert, die Eisnutzung für baselstädtische Vereine wird günstiger. Die Eishalle ist von regionaler Bedeutung, blablabla. Dies ist bei der St. Jakob-Arena auch in Zukunft möglich. Und dann hat man gesagt, der Kauf erfolgt im Finanzvermögen, der Regierungsrat wird dem Grossen Rat im zweiten Halbjahr 2016 die Umwidmung ins Verwaltungsvermögen beantragen. Das war am 22. Juni, das zweite Halbjahr hat dann am 1. Juli begonnen. Da stellt sich ja die Frage, Finanzvermögen, ja, sieht das aus wie ein Erwerb im Finanzvermögen? Nein, quakt es wie das Finanzvermögen, also freut es sich über diese Investition? Nein, es war wirklich Verwaltungsvermögen, man wollte für die Staatsaufgabe Sportförderung diese Halle sichern. Für die Auskünfte angegeben wurde nicht das IBS, sondern Peter Howald, Leiter Sportamt, Erziehungsdepartements des Kantons Basel-Stadt. Jetzt hören wir, Immobilien Basel-Stadt hat das alles vorbereitet, hat dann, ich weiss nicht, ein Gutachten bei KPMG in Auftrag gegeben, und das alles, eigentlich wollte man nur wegen der Rendite kaufen.

Es steht kein Wort in der Medienmitteilung. Vielleicht hatten Sie damals den Falschen beauftragt, die Medienmitteilung zu formulieren, aber das war eine Ente, nicht nur eine Zeitungsente, das war eine Ente. Dort wollte die Regierung wirklich mit allen Kräften verschleiern, dass der einzige Zweck war, das ins Verwaltungsvermögen zu übernehmen. Und dann wurde gesagt, nach der damaligen Praxis war das zulässig. Das wurde von einem einfachen Grossrat schon damals bestritten. Und jetzt gibt es diesen neuen Soloturner Entscheid und dort hat das Bundesgericht auch gesagt, wenn die Soloturner Regierung quakt wie eine Ente, dann ist es eine Ente, ist das Verwaltungsvermögen. Und das geht einfach nicht so. Da wurde wirklich Recht gebrochen im 2016 und ich nehme an, es wurde mehrfach seitdem gebrochen und man kann nicht einfach sagen, man sei überrascht gewesen durch diesen Bundesgerichtsentscheid. Und wir haben ja in Basel-Stadt noch die Besonderheit, die Eisarena, die steht auf Baselbieter Boden, die hätte man problemlos wieder veräussern können, weil sie nicht von unseren tollen Bestimmungen über Grundeigentum in Basel-Stadt erfasst ist. Vielleicht hätte es dann ja wirklich einen Investor gegebenen, ich bezweifle es, aber alles, was wir hier im Kanton kaufen, ist eigentlich im Finanzvermögen gefangen und kann nachher nicht mehr veräussert werden wegen unseren tollen Bestimmungen und das gibt eine ganz andere Dimension. Aber ich weiss ja, wahrscheinlich sagt die Linke, Bodenkauf, das ist ein Zweck, der heiligt alle Mittel, aber ich bitte doch die Regierung, zukünftig auch geltendes Recht zu beachten in solchen Fragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

70. Interpellation Nr. 74 Béla Bartha betreffend PFAS im Trinkwasser rund um den EuroAirport, Schreiben des RR

[24.09.25 16:14:51, 25.5275.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ich danke zuerst einmal sehr der Regierung für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin teilweise befriedigt von den Antworten. Hätte ich nicht gehört in der Presse, also aus der Presse heraus, dass sehr wohl jetzt

die Stadt Basel sich doch bereit erklärt hat, auch den Mülhausen und den Elsässer Freunden unter die Arme zu greifen und zu helfen, wenn es wirklich um die Lösung ihrer Grundwasserprobleme geht, dann wäre ich hier sehr unzufrieden gewesen mit der Antwort. Auch konnte ich aus der Presse mittlerweile herausfinden, und das war nicht in der Antwort drin, dass sich der Flughafen auch an den Schadensbegrenzungen beteiligt hat in Mulhouse, also von dem her, diese beiden Dinge wurden doch angegangen und das ist wirklich ein grosser Schritt vorwärts.

Meine Frage war nachher, warum die Bevölkerung so spät überhaupt über diese PFAS-Anreicherung im Grundwasser informiert wurde und das so spät stattgefunden hat. Hier hat die Regierung keine Antwort mir gegeben, sie hat einfach wiederholt, dass man sehr wohl die Messungen hat, man wusste davon, man hat auch die Behörden informiert, aber wie es dann nachher weitergegangen ist, dann wirklich in die Bevölkerung, das entzieht sich also scheinbar der Kenntnis, also für mich ist das immer noch ein Unverständnis, warum die Leute da nicht früher informiert wurden. Klar ist, dass das natürlich auch nicht unbedingt in der Verantwortung gewesen ist von Basel-Stadt, von der Regierung, aber ein bisschen vielleicht gutes nachbarschaftliches Nachhelfen hätte vielleicht hier wirklich auch etwas genutzt.

Weiter ist in der Interpellationsantwort drin, dass man begrüsst, dass der Bundesrat nun endlich verbindliche Grenzwerte im Januar 2026 für PFAS einführen möchte. Ja, man kann so lange warten, bevor man etwas tut, es ist aber vielleicht besser, man tut sehr schnell etwas. Da konnte ich dann wieder feststellen, dass die Regierung auch etwas getan hat, nämlich es gibt flächendeckende Grundwassermessungen aus dem 2023 und 2024 und was die zu Tage führen, ist nicht wirklich beruhigend, sondern es geht hier zum Teil um Übertretungen von den PFAS-Konzentrationen im Grundwasser um das 10- bis fast 100-fache. Da ist sicher etwas zu tun, gerade im Matthäus-Quartier, also in solchen Wohnquartieren. Das ist doch besorgniserregend und das würde ich gerne beobachten oder dieses Thema weiterverfolgen und ich hoffe auch sehr, dass die Regierung dieses tut.

Also eigentlich kann man sagen aus den Antworten, diese waren so, dass man wirklich nur teilweise zufrieden sein kann, aber wenn man jetzt sieht, dass doch etwas gemacht wird um das ganze Thema PFAS, kann ich doch hoffen, dass dieses Thema wirklich an Interesse gewinnt, auch in der Regierung und hier aktiv wird. Danke noch einmal für die Beantwortung der Interpellation.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt und unsere Traktandenliste ebenfalls. Ich bedanke mich fürs Mitmachen und wünsche allen wunderbare Herbstferien.

Schluss der 29. Sitzung

16:18 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:06:00
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	94	29	12	12	11	10	7	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	12	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5369

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:25:43
Geschäft Wahl eines Mitglieds des Ratsbüros (Mitglied der Fraktion BastA)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	97	30	13	12	12	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5370

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:27:11
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Tonja Zürcher, BastA)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	30	11	12	12	8	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	94	30	11	12	12	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	2	0	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.5371

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:28:12
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Tonja Zürcher, BastA)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	96	30	13	12	12	10	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
25.5095

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:30:15

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt (Nachfolge von Désirée Stramandino), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	29	13	12	12	10	7	7	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	12	12	10	7	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	98	30	13	12	12	10	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
25.5095

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:30:55

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt (Nachfolge von Désirée Stramandino), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	13	12	12	9	7	7	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	12	9	7	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	98	30	13	12	12	10	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.0607

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:51:11

Geschäft Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Rheinhäfen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Ja
Stier Franziska (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	13	11	10	10	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	28	13	11	10	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	0	1	2	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1746

Abstimmungsdatum 10. September 2025 10:01:05

Geschäft Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 4. Juni 2008 (Familienzulagengesetz; EG FamZG) betreffend Einführung voller Lastenausgleich und Höhe der Ansätze der Familienzulagen, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	12	12	11	9	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	12	12	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	13	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.1761

Abstimmungsdatum 10. September 2025 11:05:49

Geschäft Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die Realisierung «Ersatzstandort Institut für Rechtsmedizin» für die Projektierung und Ausführung von Photovoltaik-Anlagen an der Socinstrasse 57a und 59 (Neubau für das Institut für Rechtsmedizin), Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	84	21	13	11	11	9	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	21	13	11	11	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	11	8	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	13	12	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.0315

Abstimmungsdatum 10. September 2025 11:18:31

Geschäft Ausgabenbewilligung Kindergarten Schönenbergstrasse 24, Erweiterung zu Doppelkindergarten, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	27	13	11	11	8	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	13	11	11	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	0	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.1497

Abstimmungsdatum 10. September 2025 11:40:49
Geschäft Finanzierung von Veloinfrastrukturen im Zusammenhang mit dem Bahnknoten Basel, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	27	11	11	11	8	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	27	11	11	11	8	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	9	3	2	0	0	1	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13.2**
20.5338

Abstimmungsdatum 10. September 2025 11:44:05

Geschäft Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Veloparking-Situation auf der Gundeli-Seite des Bahnhofs, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	0	10	10	0	7	7	7	0	0	0
Nein	48	28	2	0	11	1	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	12	10	11	8	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	1	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
24.0895

Abstimmungsdatum 10. September 2025 11:51:55
Geschäft ÖV-Programm 2026-2028 sowie Vernehmlassungsbericht ÖV-Programm, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	84	27	11	9	11	7	7	7	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	27	11	11	11	7	7	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	7	1	2	0	0	1	0	0	1	1	1
Nicht anwesend	7	3	0	1	1	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	28	13	11	11	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
25.0716

Abstimmungsdatum 10. September 2025 15:06:45

Geschäft Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2024, Bericht der IPK FHNW

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	26	12	12	11	6	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	26	12	12	11	6	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	0	0	3	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	7	4	1	0	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	12	12	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.0676

Abstimmungsdatum 10. September 2025 17:17:52

Geschäft Ausgabenbewilligung für eine jährliche «Sportmillion» für die Sportvereine des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2026 bis 2029, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	12	11	11	9	7	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	28	12	11	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	1	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	13	12	11	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
24.0664

Abstimmungsdatum 10. September 2025 17:38:36

Geschäft Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt betreffend Grundlagen für die elektronische Zustellung von Verfügungen und Rekursentscheiden sowie die elektronische Eingabe von Rekursbegründungen (elektronischer Rechtsverkehr), Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	12	12	10	10	7	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	12	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	13	12	11	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.0282

Abstimmungsdatum 10. September 2025 17:59:10

Geschäft Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt in der Legislatur 2021–2025 und Schwerpunkte 2025–2029, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	23	11	9	11	10	5	4	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	79	23	11	9	11	10	5	4	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	0	1	1	0	1	1
Nicht anwesend	16	7	2	3	1	0	1	2	0	0	0
Stimmberechtigt	84	24	11	9	11	10	6	5	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
24.5444

Abstimmungsdatum 17. September 2025 09:22:26

Geschäft Petition P486 "Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz (Innere Wettsteinallee)", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	30	3	0	11	6	6	0	6	0	0
Nein	32	0	8	12	0	4	1	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	30	11	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	31	13	12	11	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.5450

Abstimmungsdatum 17. September 2025 10:03:05
Geschäft Petition P488 "Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	31	9	0	12	9	7	0	6	0	0
Nein	22	0	3	10	0	1	0	7	0	1	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	12	11	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5490

Abstimmungsdatum 17. September 2025 10:15:46
Geschäft Petition P490 "Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	15	0	2	11	0	0	0	2	0	0	0
Nein	77	29	10	1	12	8	7	4	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	12	12	12	8	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	1	0	0	2	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
25.5236

Abstimmungsdatum 17. September 2025 10:48:59

Geschäft Motion 2 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend automatische Beitragszahlung der Krankenkassenprämienverbilligungen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	26	0	0	1	12	9	4	0	0	0	0
Nein	67	31	10	11	0	0	1	7	6	1	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	95	31	10	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	3	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
25.5254

Abstimmungsdatum 17. September 2025 10:51:56
Geschäft Motion 3 Eric Weber betreffend so wird Kommunalpolitik zum Spass für junge Menschen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	84	29	10	11	12	7	4	5	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	29	10	11	12	7	4	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	15	2	3	1	0	3	3	2	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
25.5255

Abstimmungsdatum 17. September 2025 11:29:10
Geschäft Motion 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	12	12	0	10	7	7	0	1	1
Nein	49	31	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	99	31	12	12	12	10	7	7	6	1	1
Nicht abgestimmt	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
25.5256

Abstimmungsdatum 17. September 2025 12:02:19

Geschäft Motion 5 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	76	31	0	11	12	9	7	0	6	0	0
Nein	21	0	13	1	0	0	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	98	31	13	12	12	9	7	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
25.5282

Abstimmungsdatum 17. September 2025 15:32:22

Geschäft Motion 6 Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Ausweitung der Elternzeit für die bisher ausgeschlossenen Betriebe des Kantons Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	30	0	0	12	0	1	0	5	0	0
Nein	47	0	13	12	0	10	4	7	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	97	30	13	12	12	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
25.5288

Abstimmungsdatum 17. September 2025 15:58:50

Geschäft Motion 7 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	31	0	0	12	7	0	0	6	0	0
Nein	42	0	13	12	0	2	7	7	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	99	31	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
25.5296

Abstimmungsdatum 17. September 2025 16:41:20
Geschäft Motion 8 Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Verkauf der Kantonsanteile an der MCH Group

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	9	0	0	3	0	0	0	0	6	0	0
Nein	90	31	13	9	12	10	7	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	99	31	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
25.5297

Abstimmungsdatum 17. September 2025 17:09:41
Geschäft Motion 9 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Dolmetschende im Gesundheitswesen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	30	0	0	12	3	7	0	6	0	0
Nein	40	0	13	12	0	7	0	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
25.5234

Abstimmungsdatum 17. September 2025 17:56:49

Geschäft Anzug 1 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend humanitäre Nothilfe und längerfristige Aufbauhilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	31	0	0	12	0	7	0	6	0	0
Nein	34	0	11	11	0	6	0	5	0	1	0
Ent	5	0	0	0	0	4	0	1	0	0	0
Abgestimmt	95	31	11	11	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	31	12	12	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 37**
25.5253

Abstimmungsdatum 17. September 2025 17:59:46
Geschäft Anzug 2 Eric Weber betreffend Verbesserung der Regierungsrats-Wahlen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	70	24	11	7	8	7	4	4	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	71	24	11	7	8	7	4	4	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	1	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	24	6	2	5	3	2	3	3	0	0	0
Stimmberechtigt	76	25	11	7	9	8	4	4	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
25.5283

Abstimmungsdatum 24. September 2025 09:12:41
Geschäft Anzug 4 Joël Thüring und Lukas Faesch betreffend Spalen-Post muss bleiben!

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Kein Abstimmrecht	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	77	26	13	11	10	3	7	0	6	1	0
Nein	12	0	0	0	0	5	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	13	11	10	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	92	27	13	11	10	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 45**
23.5506

Abstimmungsdatum 24. September 2025 09:35:48

Geschäft Anzug Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	35	0	13	10	0	5	0	7	0	0	0
Nein	53	27	0	0	9	4	7	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	89	27	13	10	9	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	92	27	13	11	10	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
22.5302

Abstimmungsdatum 24. September 2025 09:44:48
Geschäft Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Barth Johannes (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Block Laetitia (SVP)	Nein
Mück Heidi (BastA)	Nein
Stier Franziska (BastA)	Nein
Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	25	0	0	11	6	6	0	0	0	0
Nein	37	0	13	10	0	1	0	7	6	0	0
Ent	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	25	13	11	11	8	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
25.5090

Abstimmungsdatum 24. September 2025 10:23:23

Geschäft Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	6	12	11	0	7	0	7	0	1	1
Nein	44	21	0	0	11	1	5	0	6	0	0
Ent	4	0	1	0	0	1	2	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	13	11	11	9	7	7	6	1	1
Nicht abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	7	4	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
25.5090

Abstimmungsdatum 24. September 2025 10:24:13

Geschäft Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	27	1	0	11	3	7	0	6	0	0
Nein	36	0	12	11	0	5	0	7	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	13	11	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
23.5576

Abstimmungsdatum 24. September 2025 11:15:56

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	28	13	11	11	9	7	0	6	0	0
Nein	7	0	0	0	0	0	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	13	11	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
23.5576

Abstimmungsdatum 24. September 2025 11:16:33

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	13	11	0	9	7	7	0	0	0
Nein	45	28	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	13	11	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
23.5574

Abstimmungsdatum 24. September 2025 11:23:31

Geschäft Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	13	11	0	9	7	7	0	0	0
Nein	45	28	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	13	11	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
23.5573

Abstimmungsdatum 24. September 2025 11:41:19

Geschäft Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	13	11	0	8	7	7	0	1	0
Nein	45	28	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	13	11	11	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	1	1	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	28	13	11	11	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
23.5573

Abstimmungsdatum 24. September 2025 11:43:28

Geschäft Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	30	3	9	8	1	3	1	5	0	0	0
Nein	48	19	2	3	9	3	5	1	5	1	0
Ent	12	5	2	0	1	2	1	1	0	0	0
Abgestimmt	90	27	13	11	11	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	0	1	1	2	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	92	28	13	11	11	8	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 52**
22.5392

Abstimmungsdatum 24. September 2025 11:55:31

Geschäft Motion der Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	85	28	11	10	10	8	6	7	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	86	28	11	10	10	8	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	1	1	1	2	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	90	28	12	11	11	8	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 54**
25.5088

Abstimmungsdatum 24. September 2025 15:16:47

Geschäft Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	28	0	10	6	0	5	0	7	0	0	0
Nein	60	28	2	5	10	3	7	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	89	28	12	11	10	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	1	1	2	2	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	90	28	12	11	10	8	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 60**
25.5146

Abstimmungsdatum 24. September 2025 15:40:52

Geschäft Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	26	0	0	9	8	7	7	5	0	0
Nein	22	0	11	10	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	26	11	10	9	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	3	1	2	3	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	89	28	12	10	9	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 66**
23.5089

Abstimmungsdatum 24. September 2025 16:03:57

Geschäft Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend kantonale Beiträge zur Sicherheit von Minderheiten, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	84	26	12	10	9	9	7	7	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	26	12	10	9	9	7	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	11	3	1	2	3	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	89	28	12	10	9	9	7	7	5	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt in der Legislatur 2021-2025 und Schwerpunkte 2025-2029, Bericht der GSK	GSK	PD	25.0282.02
2.	Petition P474 "Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen", Bericht der PetKo	PetKo		23.5619.03
3.	Petition P490 "Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag", Bericht der PetKo	PetKo		24.5490.02
4.	Petition P486 «Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz (Innere Wettsteinallee)», Bericht der PetKo	PetKo		24.5444.02
5.	Petition P488 «Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden», Bericht der PetKo	PetKo		24.5450.02
6.	Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2024, Bericht der BKK	BKK	ED	25.0511.02
7.	Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 4. Juni 2008 (Familienzulagengesetz; EG FamZG) betreffend Einführung voller Lastenausgleich und Höhe der Ansätze der Familienzulagen, Bericht der WAK	WAK	WSU	24.1746.02
8.	Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 bis 2027 (Nachfolge von Désirée Stramandino), Bericht der WVKo	WVKo		25.5095.02
9.	Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt betreffend Grundlagen für die elektronische Zustellung von Verfügungen und Rekursentscheiden sowie die elektronische Eingabe von Rekursbegründungen (elektronischer Rechtsverkehr), Bericht der JSSK	JSSK	JSD	24.0664.02
10.	Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Rheinhäfen	IGPK Rheinhäfen	WSU	25.0607.02
11.	ÖV-Programm 2026-2028 sowie Vernehmlassungsbericht ÖV-Programm 2026-2028, Bericht der UVEK	UVEK	BVD	24.0895.03
12.	Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2024, Bericht der IPK FHNW	IPK FHNW	ED	25.0716.02
13.	Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend kantonale Beiträge zur Sicherheit von Minderheiten, Schreiben des RR		JSD	23.5089.02
14.	Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht, Zwischenbericht des RR		JSD	20.5485.03
15.	Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen Autobahnzubringer Allschwil ZUBA; Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Zwischenbericht des RR		BVD	19.5447.04 19.5446.04
16.	Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend grenzüberschreitende öV-Tarife, Zwischenbericht des RR		BVD	16.5502.04
17.	Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verbesserung der ÖV-Erschliessung des Bachgrabenareals, Schreiben des RR		BVD	23.5232.02
18.	Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage, Stellungnahme des RR		BVD	25.5146.02
19.	Motion der Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung, Zwischenbericht des RR		ED	22.5392.03

20.	Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Gestaltung von nachhaltig erfolgreichen Matching - Prozessen zwischen Jugendlichen und Lehrbetrieben in der Berufslehre, Stellungnahme des RR		ED	25.5087.02
21.	Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend mehr Chancengerechtigkeit durch höhere Stipendien für Lernende und Studierende, Schreiben des RR		ED	23.5298.02
22.	Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball, Stellungnahme des RR		ED	25.5088.02
23.	Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Bericht des RR		PD	22.5302.05
24.	Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus, Stellungnahme des RR		PD	25.5090.02
25.	Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Honoraranpassungen für Gerichtsdolmetschern, Schreiben des RR		PD	23.5051.02
26.	Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Zwischenbericht des RR		PD	23.5576.03
27.	Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Zwischenbericht des RR		PD	23.5574.03
28.	Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Zwischenbericht des RR		PD	23.5573.03
29.	Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Zwischenbericht des RR		GD	23.5586.03
30.	Anzug Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit, Schreiben des RR		GD	23.5506.02
31.	Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend Open-Source für Basel-Stadt analog Art. 9 EMBAG, Stellungnahme des RR		FD	25.5091.02

Überweisung an Kommissionen

32.	Realisierung eines Erdbebensimulators im neuen Naturhistorischen Museum Basel und Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend Erdbebenübungen Basel-Stadt, Ratschlag des RR	JSSK	JSD	25.0711.01 23.5233.02
33.	Finanzierung des E-Voting-Testbetriebs in den Jahren 2027-2036, Ratschlag des RR	JSSK	PD	25.0941.01
34.	Überführung des Projekts «Halt Gewalt: Umfassende Prävention von Häuslicher Gewalt» in die Regelstruktur sowie Finanzhilfe zur Umsetzung von «Halt Gewalt» für den Verein frau sucht gesundheit und für zehn Trägerschaften von Quartiertreffpunkten für die Jahre 2026-2027, Ausgabenbericht des RR	JSSK	JSD	25.0742.01
35.	Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)"	JSSK	JSD	24.1437.02
36.	Staatsbeitrag an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Ausgabenbericht des RR	GSK	WSU	25.0827.01
37.	Konzept zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt, Ausgabenbericht des RR	GSK	GD	25.0764.01
38.	Staatsbeitrag an die Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 – 2029, Ausgabenbericht des RR	GSK	GD	25.1218.01
39.	Weiterführung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2026 bis 2028, Ratschlag des RR	GSK	GD	25.1194.01

40.	Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2026-2029; Ratschlag des RR PARTNERSCHAFTLICHES GESCHÄFT	GSK	GD	25.1193.01
41.	Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026-2029, Ratschlag des RR	GSK	GD	25.1220.01
42.	Neues Werbe- und Wegführungskonzept im Umfeld der St. Jakobshalle, Ratschlag des RR	WAK	ED	25.0830.01
43.	Gaststaatpolitik des Bundes - Perspektiven für Basel; Teilrevision Standortförderungsgesetz sowie Rahmenausgabenbewilligung für die Jahre 2026 bis 2029, Ratschlag des RR	WAK	PD	24.1109.01
44.	Kantonaler Mindestlohn; Berichterstattung des Regierungsrates für 2024	WAK	WSU	25.1174.01
45.	Universität Basel: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2026-2029; Partnerschaftliches Geschäft und Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Bildungsoffensive für Informatikfachleute auf Hochschulebene mittels Schaffung einer Fakultät für Informatik an der Universität Basel und an der FHNW sowie Ermöglichung der IT-Ausbildung an der FHNW statt in Brugg auch in der Region Basel und Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel, Ratschlag des RR	BKK	ED	24.0195.01 23.5222.02 24.5212.02
46.	Musik-Akademie Basel (MAB): Anwendung der Kostenmiete auf die beim Kanton Basel-Stadt gemietete Infrastruktur, Ausgabenbericht des RR	BKK	ED	25.0920.01
47.	Ausgabenbewilligung für die Umsetzung von Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz mit dem Bund im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) zur Förderung der Biodiversität, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	25.0854.01
48.	Förderung des Ausbaus der Photovoltaik-Infrastruktur an Gebäuden im Kanton Basel-Stadt ("Solaroffensive") und Teilrevisionen Bau- und Planungsgesetz (BPG) und Energiegesetz Basel-Stadt (EnG) und Bericht zu fünf Motionen und zwei Anzügen, Ratschlag des RR	UVEK / Mitbericht BRK	WSU	25.0921.01 19.5034.04 21.5236.03 23.5512.03 23.5591.03 24.5184.03 21.5833.02 20.5472.04
49.	Ausgabenbewilligung zur Sanierung des Petersplatzes sowie Bericht zum Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Veloweg auf dem Petersplatz, Ausgabenbericht des RR	UVEK	BVD	25.0497.01 20.5289.04
50.	Universität Basel: Leistungsbericht 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht des RR	IGPK Universität	ED	25.0919.01
51.	Anpassung des Finanzhaushaltgesetzes und Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Ratschlag des RR	FKom	FD	25.1115.01 23.5657.03

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

52.	Änderung des Schulgesetzes vom 4. April 1929 betreffend das alters- und niveaudurchmischte Lernen und die Spitalschulung sowie Beitritt zur Interkantonalen Spitalschulvereinbarung (ISV), Bericht der BKK	BKK	ED	25.0082.02
53.	Anzug Nicole Kuster und Konsorten betreffend Aufwertung der Uferböschung des Grossbasler Rheinufers durch den Bau von Baumterrassen, Schreiben des RR		BVD	23.5414.02
54.	Motionen:			
	1. Leoni Bolz und Konsorten betreffend Entlastung der Polizei und Stärkung der Verkehrssicherheit durch konsequente Umsetzung von Verkehrskontrollen			25.5305.01
	2. Hanna Bay und Konsorten betreffend gerichtliche Überprüfung von freiheitsentziehenden Massnahmen nach Polizeigesetz			25.5315.01

	3.	Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend die Delegation impfbezogener Verrichtungen an Pharmaassistentinnen und -assistenten		25.5320.01
	4.	Oliver Thommen und Tim Cuénod betreffend ein Konzept für Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum		25.5321.01
	5.	Joël Thüring für den ungetrübten Badespass: Eintrittsbeschränkungen für die baselstädtischen Gartenbäder		25.5349.01
55.	Anzüge:			
	1.	Leoni Bolz und Konsorten betreffend weniger Verkehr in den Quartieren und eine erhöhte Verkehrssicherheit		25.5306.01
	2.	Jo Vergeat und Konsorten betreffend Ergänzung der Kunst im Rathaus um bedeutende Frauenfiguren des Kantons Basel-Stadt		25.5307.01
	3.	Zaira Esposito und Konsorten betreffend Deutschkurse für zugezogene Schweizerinnen und Schweizer aus anderen Sprachregionen		25.5308.01
	4.	Pascal Pfister und Konsorten betreffend Schnuppertage in kleinen Unternehmen		25.5314.01
	5.	Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Einführung des Sunflower-Lanyard-Systems im Kanton		25.5323.01
	6.	Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Einführung eines «TNW-Klassenpasses» für die Schulen in Basel-Stadt		25.5322.01
	7.	Eric Weber betreffend auf der Regierungsbank müssen immer mindestens zwei Regierungsräte anwesend sein		25.5324.01
	8.	Eric Weber betreffend Kommissions-Sitzungen sollen öffentlich sein		25.5325.01
	9.	Eric Weber betreffend jeder Grossrat darf an Kommissions-Sitzungen		25.5326.01
	10.	Eric Weber betreffend jeder Grossrat erhält wieder eine Urkunde		25.5327.01
	11.	Eric Weber betreffend Gäste auf der Parlaments-Tribüne müssen zwingend sitzen		25.5328.01
	12.	Eric Weber betreffend Markthalle in Basel		25.5345.01

Kenntnisnahme

56.	Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend Förderung von Shared-Mobility dank der Einrichtung zentraler Hubs (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	20.5231.03
57.	Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend die Überarbeitung der Bildungsstrategie beim Fremdsprachenerwerb an der Volksschule und Stärkung der Grundlagefächer (stehen lassen), Schreiben des RR	ED	23.5213.02
58.	Schriftliche Anfrage Michela Seggiani betreffend Sicherstellung der Berücksichtigung der regionalen LGBTIQ-Community bei der Umsetzung des Gleichstellungsgesetze, Schreiben des RR	PD	25.5153.02
59.	Schriftliche Anfrage Laurin Hoppler betreffend Altlasten und Transparenz im Klybeck-Areal, Schreiben des RR	WSU	25.5141.02
60.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend technische Probleme bei der Steuerverwaltung Basel, Schreiben des RR	FD	25.5163.02
61.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend warum kommt der Lohnausweis vom Kanton immer erst gegen Ende Februar, Schreiben des RR	FD	25.5162.02
62.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend vereinfachte Steuererklärung, Schreiben des RR	FD	25.5157.02
63.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend ein Tag pro Monat gratis Tram und Bus in der Stadt fahren, Schreiben des RR	BVD	25.5160.02

64.	Petition P496 "Verbindliche und zeitnahe Vermittlung durch die KESB Basel-Stadt bei hochstrittigen Trennungen - zum Schutz der betroffenen Kinder", Bericht der PetKo	PetKo		25.5097.02
65.	Schriftliche Anfrage Anina Ineichen betreffend neue Vorschriften zum vermeidbaren Lärm im Strassenverkehr, Schreiben des RR		JSD	25.5144.02
66.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz zur Krisenbewältigung, das Etablieren einer Resilienzkultur, Schreiben des RR		JSD	25.5154.02
67.	Schriftliche Anfrage Amina Trevisan betreffend Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe und im Asylbereich: Verbesserung der Gesundheitsversorgung, Schreiben des RR		WSU	25.5155.02
68.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend welche Botschafter hat die Basler Regierung 2024 empfangen, Schreiben des RR		PD	25.5156.02
69.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Gäste der Basler Regierung bei der Fasnacht 2025, Schreiben des RR		PD	25.5158.02
70.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend erhält die Quartierzeitschrift Quart Gelder vom Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR		PD	25.5159.02
71.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wann sind die Basler Grossrats-Wahlen im Oktober 2028, Schreiben des RR		PD	25.5161.02
72.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Zeitungs-Abo einsparen beim Kanton, Schreiben des RR		PD	25.5164.02
73.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Lohn an Regierungsräte und an alt Regierungsräte, Schreiben des RR		FD	25.5165.02
74.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend warum bekam das Basler Läggerli nichts vom Lotterie-Fonds, Schreiben des RR		JSD	25.5166.02
75.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Aufwand für die Anfragen der Parlamentarier an die Regierung, Schreiben des RR		PD	25.5167.02
76.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Freikarten für den Eurovision Song Contest für die Basler Regierung, Schreiben des RR		PD	25.5168.02
77.	Neuausrichtung gesamtkantonale IT (Information gemäss § 29 Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt (Organisationsgesetz, OG), Schreiben des RR		FD	22.0936.01
78.	Schriftliche Anfrage Daniel Albietz betreffend Vermögen und Schulden des Kantons, Schreiben des RR		FD	25.5179.02
79.	Schriftliche Anfrage Sandra Bothe betreffend Universitäts- und Wissenschaftsstandort Basel: Chancen und Verantwortung im Kontext der Entwicklungen in den USA, Schreiben des RR		ED	25.5181.02
80.	Gebäudeversicherung Basel-Stadt; Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2024, Schreiben des RR		FD	25.0896.01
81.	Basler Kantonalbank, Geschäftsbericht 2024, Schreiben des RR		FD	25.0883.01
82.	Schriftliche Anfrage Georg Mattmüller betreffend Ausbildungsoffensive Gesundheitsberufe, Schreiben des RR		GD	25.5193.02
83.	Schriftliche Anfrage Jo Vergeat betreffend Umsetzung und Berichterstattung «Trinkgeld-Initiative, Schreiben des RR		PD	25.5200.02
84.	Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Entlöhnung der Ärzt:innen an den Öffentlichen Spitälern des Kantons Basel-Stadt, Schreiben des RR		GD	25.5204.02
85.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend eine Studie zu ökonomischen, räumlichen und soziokulturellen Strukturen und Wirkungen des Nachtlebens in der Metropolregion Basel (Nachtökonomie), Schreiben des RR		PD	25.5207.02
86.	Schriftliche Anfrage Jenny Schweizer betreffend emissionsfreie Baustellen bis 2037, Schreiben des RR		BVD	25.5209.02
87.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Reportage über Mustafa Atici in der Zeitschrift Basel aktuell, Schreiben des RR		ED	25.5210.02

88.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie teuer kam der falsche Briefkopf der Staatskanzlei Basel, Schreiben des RR	PD	25.5211.02
89.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Saal-Miete durch die Staatskanzlei in der Mustermesse Basel, Schreiben des RR	PD	25.5212.02
90.	Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Versorgungslücken im Bereich Neurodivergenz, Schreiben des RR	GD	25.5217.02
91.	Schriftliche Anfrage Anouk Feurer betreffend Missstände in der Lehre, Schreiben des RR	ED	25.5218.02
92.	Schriftliche Anfrage Lisa Mathys zum finanziellen, partnerschaftlichen Miteinander von Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Schreiben des RR	FD	25.5237.02
93.	Schriftliche Anfrage Melanie Eberhard betreffend Diagnose- und Behandlungsfehler in Spitälern, Schreiben des RR	GD	25.5238.02
94.	Schriftliche Anfrage Salome Bessenich betreffend Aufschlüsselung des Energiemix' der Fernwärme der IWB nach Monaten, Schreiben des RR	WSU	25.5233.02
95.	Schriftliche Anfrage Annina von Falkenstein betreffend Kindergartenwegsicherheit an der Gempenstrasse, Schreiben des RR	ED	25.5099.02
96.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Wahlberechtigte mit Betreuung, Schreiben des RR	PD	25.5249.02
97.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend pflegebedürftige ukrainische Flüchtlinge in Basel, Schreiben des RR	PD	25.5248.02
98.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Belastung pflegender Angehöriger nimmt zu, Schreiben des RR	GD	25.5245.02
99.	Schriftliche Anfrage Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend «Begeisterung statt Verkleisterung»: Zunahme von verklebten und verschmierten Verkehrsschildern und anderen Infrastrukturobjekten, Schreiben des RR	BVD	25.5261.02
100.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend namhafte Expressezüge Europas und die wichtige Bedeutung von Basel, Schreiben des RR	BVD	25.5252.02
101.	Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend neue BVB-Trams für die Zukunft von Basel (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	21.5235.05
102.	Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Basel wächst grün (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	21.5018.04
103.	Schriftliche Anfrage Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Beflaggung der Mittleren Brücke und anderer öffentlicher Standorte für wissenschaftliche Events, Schreiben des RR	PD	25.5262.02
104.	Schriftliche Anfrage Oliver Thommen betreffend die Evaluation von Grossanlässen, Schreiben des RR	PD	25.5258.02
105.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Berücksichtigung neuer Honorarrichtlinien im Bereich Musik (SONART), Schreiben des RR	PD	25.5243.02
106.	Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Franziska Stier anstelle von Tonja Zürcher)	PD	25.5281.02
107.	Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton Basel-Stadt (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	21.5322.03
108.	Geschäftsbericht 2024 der Pensionskasse Basel-Stadt, Schreiben des RR	FD	25.1205.01
109.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie wird der Rhein sauber gehalten, Schreiben des RR	WSU	25.5331.02
110.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Einflussnahme bezüglich Menschenrechte bei Städtepartnerschaften und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Schreiben des RR	WSU	25.5266.02
111.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Geschenke zum Abschied bei Kantons-Angestellten, Schreiben des RR	FD	25.5244.02

112.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Altersdiskriminierung durch Vorgesetzte		FD	25.5246.02
113.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend offene Rechnungen des Kantons Basel-Stadt, Schreiben des RR		FD	25.5247.02
114.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Verwaltungsinterne Kontrollinstanzen, Schreiben des RR		FD	25.5250.02
115.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend darf der Kanton BS berufliche Mails der Mitarbeiter lesen, Schreiben des RR		FD	25.5251.02
116.	Schriftliche Anfrage Sandra Bothe betreffend digitale Lesemedien - Chance oder Risiko für die Lesekompetenz an Basler Schulen, Schreiben des RR		ED	25.5265.02
117.	Tätigkeitsbericht 2024 der Finanzkontrolle Basel-Stadt	FKom		25.5362.01
118.	Rücktritt von Dorrit Schleiminger Mettler als Strafgerichtspräsidentin per 28. Februar 2026 (an RR zur Ansetzung der Volkswahl)			25.5367.01

Protokoll

der 30. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 15. Oktober 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Julia Baumgartner (SP), Bruno Lötscher (die Mitte/EVP).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 2
3. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1744), Bericht der BegnKo 2
4. Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Tonja Zürcher, GPK) 4
5. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht - Nachfolge von Isabel Wachendorf Eichenberger, Bericht der WVKo 5
6. Ersatzwahl eines Präsidiums des Zivilgerichts für den Rest der Amtsdauer vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2027; Validierung (Nachfolge Elisabeth Braun), Schreiben des RR 6
7. «Areal F. Hoffmann-La Roche AG – Bebauungsplan Grenzacherstrasse (Südareal)»; Zonenänderung, Aufhebung eines Bebauungsplans, Festsetzung eines neuen Bebauungsplans, Linienänderung sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Grenzacherstrasse, bs.Solitude-Park und Solitude-Promenade (Roche Südareal), Bericht der BRK, Mitbericht der UVEK 7
8. Ausgabenbewilligung für eine Finanzhilfe in Form eines Investitionsbeitrags zum Umbau und Sanierung unter Erhalt des historischen Charakters der Liegenschaft Gerbergasse 13, Freie Strasse 12 (ehemalige Hauptpost), Ausgabenbericht des RR 31
9. Bewilligung der Staatsbeiträge 2026–2029 für den Verein Agglo Basel, Bericht der RegioKo 33

Beginn der 30. Sitzung

Mittwoch, 15. Oktober 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[15.10.25 09:00:08]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen.

Rücktritt Zivilgerichtspräsident: Andreas Schmidlin hat den Rücktritt als Präsident am Zivilgericht auf den 31. Dezember 2026 erklärt. Ich danke dem Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ansetzung einer Ersatzwahl.

Neue Interpellationen: Es sind 14 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen 99, 100, 102, 104, 106, 107, 108 und 112 werden mündlich beantwortet.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit schon zur Tagesordnung. Sie haben die Tagesordnung somit stillschweigend genehmigt. Geschäft 1 ist somit erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[15.10.25 09:01:38]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1744), Bericht der BegnKo

[15.10.25 09:01:53]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch teilweise gutzuheissen. Gemäss § 6 Abs. 2 des Begnadigungsgesetzes ist für die Begnadigung die Teilnahme von 60 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig sowie die Zustimmung einer Mehrheit des Rates, welche mindestens 40 Mitglieder umfasst. Für die Begnadigungskommission hat das Wort Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Der Gesuchsteller, geboren 1965, ist verheiratet, bezieht eine ganze IV-Rente sowie Ergänzungsleistungen und lebt mit seiner Frau in geordneten, aber bescheidenen finanziellen Verhältnissen. Aus einer früheren Beziehung stammt ein schwerbehindertes Kind, das in einem Heim lebt, aber auch regelmässig vom Gesuchsteller und seiner Frau betreut wird. Der Gesuchsteller ist gesundheitlich stark beeinträchtigt, er leidet unter einer Herzkrankheit, Diabetes Typ 2, Schlafapnoe, chronischen Schmerzen und psychiatrisch bedingten Belastungen. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage hat er in den letzten Jahren eine stabile Lebensführung erreicht. Er steht unter ärztlicher Aufsicht, nimmt seine Medikamente konsequent ein, meidet konflikthaltige Situationen und zeigt ein deutlich gefestigtes Sozialverhalten.

Die zu beurteilende Straftat stammt vom 21. Dezember 2021. Der Gesuchsteller sprühte in einem Restaurant einem Dritten Pfefferspray ins Gesicht und wurde dafür rechtskräftig wegen einfacher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen verurteilt. Da diese Strafe aus finanziellen Gründen nicht beglichen werden konnte, wurde sie in eine Ersatzfreiheitsstrafe von 150 Tagen umgewandelt.

Mit Eingabe vom 6. Juni 2025 ersucht der Gesuchsteller um vollständigen oder teilweisen Erlass der Strafe. Er beruft sich dabei auf eine gesundheitliche Situation, seine eingeschränkten finanziellen Mittel sowie auf eine nachhaltige Veränderung in seinem Verhalten und Lebensumfeld. Die Staatsanwaltschaft beantragte die Abweisung des Gesuchs etwa mit der Begründung, dass eine besondere soziale und finanzielle Härte keinen Grund für eine Begnadigung darstelle. Des Weiteren sei die geltend gemachte Reue nicht glaubhaft.

Die Begnadigungskommission hingegen kam nach umfassender Prüfung zu einer differenzierten Einschätzung. Sie stellte fest, dass der Gesuchsteller seit mehr als dreieinhalb Jahren – jetzt sind es bald schon vier Jahre -, abgesehen von einer geringfügigen Übertretung straffrei geblieben ist und belastbare soziale und familiäre Strukturen aufgebaut hat. Der Gesuchsteller weist Krankheitseinsicht auf und nimmt zur Vermeidung von Kontrollverlusten regelmässig Medikamente ein. Darüber hinaus hat er bewährte Strategien entwickelt, um Konfliktsituationen gezielt aus dem Weg zu gehen und kann bei Bedarf sofort auf seinen Psychiater und seine Beraterin zurückgreifen. Er weist stabile Familienverhältnisse auf und leistet im Rahmen von Freiwilligenarbeit einen Beitrag an die Gesellschaft. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass erhebliche Verfahrensverzögerungen vorlagen, die der Gesuchsteller nicht zu verantworten hatte.

Gestützt auf diese Feststellungen erkannte die Kommission mehrere besondere Begnadigungsgründe, nämlich Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen, erkennbar durch stabile Lebensführung und soziale Integration, Wegfall des Strafzwecks, da zwischen Tatbegehung und rechtskräftiger Verurteilung lange Zeit verstrichen ist und der Gesuchsteller die Verfahrensverzögerung durch die Staatsanwaltschaft nicht zu vertreten hat, kriminalpolitische Überlegungen, wonach sich der Gesuchsteller bereits erfolgreich resozialisiert hat und der Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe einen Gegeneffekt zu seinen positiven Entwicklungen auslösen würde.

Trotz verbleibender Zweifel hinsichtlich der Glaubhaftigkeit seiner Reue überwiegen nach Gesamtwürdigung die Argumente für eine teilweise Begnadigung. Die Kommissionsmehrheit mit 5 zu 4 Stimmen beantragt dem Grossen Rat, einer Begnadigung in eingeschränktem Umfang stattzugeben. Konkret soll die unbedingte Ersatzfreiheitsstrafe von 150 Tagen in eine bedingte Ersatzfreiheitsstrafe von gleicher Dauer umgewandelt werden, bei einer Probezeit von drei Jahren. Sollte der Gesuchsteller während dieser Zeit erneut ein Vergehen oder Verbrechen begehen, fällt die Begnadigung dahin.

Dieses Vorgehen trägt der doppelten Zielsetzung des Begnadigungsrechts Rechnung. Es hält an der Rechtskraft des Urteils fest, anerkennt aber gleichzeitig die fortgeschrittene Resozialisierung und damit die positive Legalprognose. Es geht nicht um Nachsicht, sondern darum, das gesetzlich vorgesehene Begnadigungsinstrument zu nutzen, wenn es wie hier angezeigt ist. Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe 320 Gerichtsprozesse begleitet als Reporter von 1990 bis 2012, selber bin ich an zehn Gerichtsverfahren gegen mich beteiligt gewesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat nichts mit dem vorliegenden Fall zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich weiss, wie man mit Kriminellen umgeht und ob die Gründe für Begnadigung plausibel sind oder nicht. Wir haben hier ein Begnadigungsgesuch vorliegen und ich möchte als Gerichtsreporter, als Mensch und als Grossrat das Begnadigungsgesuch einordnen.

Als ich mich eingelesen habe, dachte ich, ich lese nicht richtig. Der Mensch, der sich begnadigen lassen will, sagt wortwörtlich, wenn er nicht begnadigt werde, werde seine Frau ihn verlassen. Darum frage ich mich als Grossrat, ob die Frau jetzt da oben ist und sofort den Koffer packen und den Mann verlassen wird. Und das sind dann solche Sachen, die nicht schlüssig sind, die nicht plausibel sind, die kein Gerichtspräsident glaubt.

Es fehlen mir auch die fünf W, wer, was, wo, warum, weshalb. Ist der Mensch, den sich begnadigen lassen will, ein Schweizer? Oder nicht? Von wo kommt der Mensch? Es fehlt mir auch der Lebenslauf. Hat der Mensch schon einmal gearbeitet oder nicht? Das finde ich nicht in diesen zehn Seiten oder acht Seiten Begnadigungsgesuch. Ihr wollt jemanden begnadigen, und ich weiss nicht, ob er Schweizer oder Ausländer ist, ich kenne seinen Lebenslauf nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, Sie wiederholen sich.

Eric Weber (Fraktionslos): Jetzt kommen wir zu den Krankheiten. Da muss man als Gerichtsreporter sagen, es passt nicht. Wenn ich schwer krank bin, bleibe ich zu Hause und gehe nicht raus und werde kriminell. Der Gesuchsteller leidet an diversen Erkrankungen. Chronische Rückenschmerzen könne nicht bewiesen werden, D, ich weiss als Gerichtsreporter, das wird einfach gesagt, du kannst es nicht beweisen, Diabetes, Herzkrankheit, Adipositas Grad 2. Er ist ein IV-Rentner, er kriegt Ergänzungsleistungen. Die Vorstrafen sind gewaltig. Betäubungsmittel, das kann man nehmen, Drohung, Tätlichkeiten mehrfach, Vergehen gegen Waffengesetz, auch sexuelle Belästigung.

Und jetzt komme ich zum springenden Punkt. Die Entscheidung der Kommission war äusserst knapp für die Begnadigung, 5 zu 4, und ich möchte die vier bitten, die verloren haben bei der Abstimmung, vielleicht auch einmal mit mir zu stimmen. Und selbst die Staatsanwaltschaft sagt, was der Begnadigungsmensch sagt, stimme nicht. In Basel fällt keiner in ein Loch, er kriegt weiterhin sein Geld und er muss sich keine Sorgen machen wegen Geld. Es heisst dann noch, er sei Kassierer in einer Guggenmusig. Ich finde, da wird es wirklich abenteuerlich, und ich komme zum Schluss. Die vier Kommissionsmitglieder sollen doch überlegen, mit mir zu stimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Die Kommissionspräsidentin verzichtet auf ein zweites Votum, wir kommen somit zum Abstimmungsteil.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur Schlussabstimmung. Ich gebe nochmals das Quorum bekannt: Mindestens 60 Stimmende, es braucht eine Mehrheit um mindestens 40 Ja-Stimmende.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Begnadigungskommission und zur teilweisen Begnadigung, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Begnadigungskommission und der teilweisen Begnadigung

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007303, 15.10.25 09:14:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

eine teilweise Begnadigung

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Antrag der Begnadigungskommission ausgesprochen und die teilweise Begnadigung gesprochen. Das Geschäft ist erledigt.

4. Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Tonja Zürcher, GPK)

[15.10.25 09:14:34]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität, Nachfolge Tonja Zürcher. Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 4 und 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die offene Wahl.

Abstimmung

JA heisst offene Wahlen bei den Traktanden 4 und 5, NEIN heisst geheime Wahlen.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007305, 15.10.25 09:15:39]*

Der Grosse Rat beschliesst offene Wahlen bei Traktandum 4 und 5.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für offene Wahlen ausgesprochen.

Für die Wahl als Mitglied der IGPK Universität von der GPK vorgeschlagen wurde Franziska Stier. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Franziska Stier wählen will, stimmt JA, wer sie nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007307, 15.10.25 09:16:27]*

Der Grosse Rat wählt

Franziska Stier als Mitglied der IGPK Universität

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Franziska Stier mit 86 gegen eine Stimme bei einer Enthaltung in die IGPK Universität gewählt. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und Freude in ihrem Amt.

5. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht - Nachfolge von Isabel Wachendorf Eichenberger, Bericht der WVKo

[15.10.25 09:16:42, 25.5316.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Bericht und Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 bis 2027, Nachfolge von Isabelle Wachendorf Eichenberger.

Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, David Ballmer als nebenamtlichen Richter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende und vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt.

Wir kommen zum Kommissionssprecher und Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission, Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich möchte einfach hier ganz kurz darauf aufmerksam machen, dass ich seit meines Amtsantritts als Präsident der Wahlvorbereitungskommission das Glück hatte, immer ausgezeichnete Kandidaten und Kandidatinnen als Bewerber in Empfang nehmen zu können. Und auch jetzt in diesem Fall möchte ich sagen, dass der Kanton wirklich glücklich sein kann, dass wir so ausgezeichnete Juristen für diese Ämter zur Wahl haben. Und ich möchte einfach einen Appell an die Fraktion weitergeben: Bitte weiter so, wenn Ihr Wahlvorschläge habt, immer die besten bringen, das wäre wunderbar. Ich empfehle Ihnen, die Empfehlung der Wahlvorbereitungskommission anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur Wahl.

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von David Ballmer zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007309, 15.10.25 09:19:04]*

Der Grosse Rat wählt

anstelle der per 30. September 2025 zurückgetretenen Dr. iur. Isabel Wachendorf Eichenberger

David Ballmer, MLaw, Magister Juris (Oxford), Advokat (geb. 1994, whft. in 4054 Basel)

als nebenamtlichen Richter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Ballmer wurde mit 92 Stimmen gegen eine Stimme als Richter am Strafgericht gewählt. Ich wünsche ihm viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

6. Ersatzwahl eines Präsidiums des Zivilgerichts für den Rest der Amtsdauer vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2027; Validierung (Nachfolge Elisabeth Braun), Schreiben des RR

[15.10.25 09:19:18, 25.5025.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen, vom Ergebnis der in Form einer stillen Wahl durchgeführten Ersatzwahl eines Präsidiums des Zivilgerichts sowie des Appellationsgerichts Kenntnis zu nehmen und diese Wahl gemäss § 25 des Wahlgesetzes formell festzustellen. Demnach werden Dominik Schnieper, lic. iur. als Präsident des Zivilgerichts sowie Dorrit Schleiminger Mettler, Dr. iur als Präsidentin des Appellationsgerichts als gewählt erklärt.

Eintreten ist obligatorisch, wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer die Wahl validieren will, stimmt JA, Wer die Validierung ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007312, 15.10.25 09:20:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die im Kantonsblatt vom 16. August 2025 publizierten Neuwahlen (stille Wahlen) eines Präsidiums des Zivilgerichts (100%) und eines Präsidiums des Appellationsgerichts (100%) werden für gültig erklärt.

Demnach sind gewählt worden:

Als Präsident des Zivilgerichts (100%): Dominik Schnieper, lic. iur.

Als Präsidentin des Appellationsgerichts (100%) Dorrit Schleiminger Mettler, Dr. iur.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Wahl validiert mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

7. «Areal F. Hoffmann-La Roche AG – Bebauungsplan Grenzacherstrasse (Südareal)»; Zonenänderung, Aufhebung eines Bebauungsplans, Festsetzung eines neuen Bebauungsplans, Linienänderung sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Grenzacherstrasse, bs.Solitude-Park und Solitude-Promenade (Roche Südareal), Bericht der BRK, Mitbericht der UVEK

[15.10.25 09:20:58, 23.1509.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Kommissionsmehrheit beantragt, ihrer Beschlussvorlage zuzustimmen, die Kommissionsminderheit folgt dem Antrag des Regierungsrates gemäss ihrem Bericht sowie dem Ihnen verteilten Antrag des Regierungsrates.

Wir kommen zur Mehrheitssprecherin der BRK, Salome Bessenich hat das Wort.

Salome Bessenich (SP): Der Regierungsrat beantragt mit dem vorliegenden Geschäft des Bebauungsplans Roche Südareal die Zonenänderung, die Aufhebung des Bebauungsplans von 2010, die Festsetzung eines neuen Bebauungsplans, die Linienänderung sowie die Abweisung von Einsprachen im Bereich Grenzacherstrasse, Solitude-Park und Solitude-Promenade. Ich werde zu Beginn meines Votums die Beratung in der Bau- und Raumplanungskommission BRK als Gesamtkommission zusammenfassen, dann auf die Haltung und Abwägungen der BRK-Mehrheit eingehen und dort auch die umstrittenen Punkte vertiefen. In der anschliessenden Debatte zu den Änderungsanträgen der BRK-Minderheit werde ich mich kurz halten und nur noch auf die wichtigsten Punkte eingehen.

Die Hoffmann-La Roche AG ist seit rund 20 Jahren daran, ihr Firmenareal im Wettsteinquartier zu verdichten und zu erneuern. Die Grundlagen dafür wurden in mehreren Bebauungsplänen geschaffen, 2008 für die Wettsteinallee, 2010 für das Südareal (damals nur für die Erstellung von Bau 1), 2016 für das Nordareal und nun 2025 für das gesamte Südareal. Die städtebauliche Vision für das Südareal sieht zukünftig eine ganz andere Situation als heute vor. Fast alle Gebäude auf dem Areal werden zurückgebaut, um in einem ersten Schritt eine grosszügige Grünanlage mit einem Besucherzentrum zu schaffen. Zudem sollen für ein drittes Hochhaus Bau 3 mit einer Maximalhöhe von 221 Metern die Planungsgrundlagen geschaffen werden, wobei laut Roche für die Realisierung von Bau 3 aktuell keine Absicht besteht.

Die BRK hat das Geschäft an insgesamt elf Sitzungen beraten und führte in diesem Rahmen verschiedene Anhörungen durch. Seitens Verwaltung legten Städtebau und Architektur, Stadtgärtnerei sowie Denkmalpflege ihre Überlegungen dar. Zweimal wurde eine Delegation der Roche angehört, um ihren Standpunkt einzubringen. Die BRK wurde zudem durch die unterirdische Infrastruktur auf dem Südareal geführt und konnte Bau 52 kurz besichtigen. Als Einsprechende wurden der Heimatschutz sowie der Verein der Hauseigentümer und Anwohnenden des Wettsteinquartiers angehört und eine Delegation des Architekturbüros Herzog und De Meuron erläuterte die konkreten städtebaulichen Vorhaben im Detail. Die Kommissionsmehrheit lud zudem den Verfasser des denkmalpflegerischen Obergutachtens zu einer Anhörung ein, aber dazu später in den Erläuterungen zur Mehrheit.

Die Details der Anhörungen sind dem Bericht der BRK zu entnehmen, hier sollen nur die Argumente zu den wichtigsten und umstrittenen Punkten nochmal aufgegriffen werden. Die Vertreterinnen und Vertreter des BVD betonten, dass Roche ihr Südareal nochmal verdichten und das Stadtklima mit einem neu geschaffenen Park verbessern könne. Erfreulich sei auch, dass sich der Konzern mit diesem Vorhaben klar zum Standort Basel bekenne. Die aktuelle Bruttogeschossfläche von rund

170’000 m2 auf dem Südareal soll gleichbleiben, die über 80’000 Bruttogeschossflächen der zurückgebauten Gebäude sollen künftig in einem neuen Bau konzentriert werden, sofern Bau 3 realisiert wird. Die Vertretungen der Roche führten aus, dass zudem die Erneuerung der Infrastruktur im Untergrund eine Voraussetzung dafür sei, dass der Betrieb des gesamten Firmenareals möglichst bald CO_2-neutral erfolgen kann. Roche führte zudem aus, dass aufgrund dieser Anlagen das Südareal auch weiterhin der Störfallverordnung unterliege und aus diesem Grund der neue Park nicht öffentlich gemacht werden könne. Auf eine Finanzierung der neuen Grünanlage aus dem Mehrwertabgabefonds wolle sie aber verzichten. Was die Ausgestaltung der Solitude-Promenade anging, hat Roche zugesichert, dass sie für eine gute Lösung Hand bieten wolle.

Das Verfahren, welches in den vorliegenden Bebauungsplan mündete, sei sehr intensiv gewesen, insbesondere auch die vertieften bautechnischen und denkmalpflegerischen Abklärungen, das betonten sowohl Verwaltung wie auch Roche bei ihren Anhörungen. Die Denkmalpflege führte aus, dass zahlreiche Bauten auf dem Areal grundsätzlich schutzwürdig seien. Eine Sanierung würde aber grosse Eingriffe bedingen, eine Umnutzung sei je nach Gebäude schwer realisierbar. So stehen zum Beispiel die Forschungsgebäude entlang der Solitude-Promenade leer, seit Roche die neuen Forschungsgebäude auf dem Nordareal bezog. Diese alten Forschungsgebäude seien auf die Bedürfnisse der Wissenschaft der 1970er-Jahre ausgelegt gewesen, wofür Roche keinen Bedarf mehr habe. Für eine Umnutzung in Büros würden sie aber beispielsweise zu wenig Tageslicht aufweisen.

Die Qualität des Bürohochhauses Bau 52 sei hingegen eine ganz andere, wie die Denkmalpflege betonte. Es sei sehr bedauerlich, dass das Hochhaus abgerissen werden solle, da es grundsätzlich einen grossen Schutzwert aufweise. Grundsätzlich könne jedes Gebäude erhalten und ertüchtigt werden, letztendlich habe sich der Denkmalrat aber nach langem Prozess dazu entschieden, dem Regierungsrat zu beantragen, Bau 52 aus dem Inventar der schützenswerten Bauten zu entlassen und nicht unter Schutz zu stellen.

Die Diskussion innerhalb der BRK fokussierte sich schnell auf die nun angepassten Aspekte des Bebauungsplans, auf die Frage der öffentlichen Zugänglichkeit des neuen Parks, die Situation entlang der Solitude-Promenade sowie den Umgang mit dem Baubestand, spezifisch mit Bau 52. Zu diesen Punkten wurden verschiedene Optionen diskutiert und vertieft, auch Roche konnte mehrfach zu diesen Punkten Stellung nehmen.

Nach der letzten Anhörung der Roche zeigte sich, dass es hinsichtlich der Anliegen der BRK-Mehrheit zu keiner einvernehmlichen Lösung kommen wird. Die BRK-Mehrheit war nicht bereit, auf Änderungsanträge zu verzichten. Daraufhin entschloss sich die BRK-Minderheit, ihre Beratung separat weiterzuführen. Michael Hug wird im Anschluss für die BRK-Minderheit sprechen. Ich spreche ab hier jetzt für die Mehrheit der BRK und möchte einleitend nochmal unsere grundlegende Haltung und ein paar übergeordnete Gedanken ausführen.

Der BRK-Mehrheit wurde verschiedentlich unterstellt, sie sei bei diesem Bebauungsplan besonders kritisch oder wolle an der Roche ein Exempel statuieren. Das Gegenteil ist der Fall. Die Kommissionsmehrheit hat sich aufgrund der Wertschätzung gegenüber Roche und in Anerkennung ihres Stellenwerts für die Region intensiv darum bemüht, eine einvernehmliche Lösung zu finden, was leider nicht gelang. Daraufhin auf Änderungsanträge zu verzichten, wäre für die Mitglieder der BRK-Mehrheit nicht mit unserer Auffassung der Aufgabe als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung vereinbar gewesen. Wenn wir Korrekturbedarf sehen, dann ist es unsere Aufgabe, diesen auch zu konkretisieren. Die Festsetzung von Bebauungsplänen ist von Gesetzes wegen eine Aufgabe des Parlaments, dies aus einem einfachen Grund: Wir sollen sicherstellen, dass die öffentlichen Interessen angemessen berücksichtigt sind und wir sollen diese demokratisch aushandeln, so wie wir es jetzt gerade tun. Bebauungspläne erlauben es privaten Bauherrschaften, über das gesetzliche Nutzungsmass hinauszubauen, zum Beispiel das höchste Gebäude der Schweiz. Im Gegenzug dafür können öffentliche Interessen eingebracht werden. Es ist ein Geben und ein Nehmen, wie man so schön sagt, das ist der Kern der Sondernutzungsplanung, nicht mehr und nicht weniger sollte auch hier angewendet werden.

Der Massstab, den die BRK-Mehrheit an Bebauungspläne stellt, ist dabei immer wieder der gleiche, sei dies der Bebauungsplan einer SBB auf dem Wolf oder der Post beim Nauentor oder auch der Bebauungsplan der Lonza auf dem Lindenhof – gleich lange Spiesse für alle sozusagen. Als Anforderungen zu nennen sind etwa eine Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung, die Pflicht zur Durchführung eines Architekturwettbewerbs, ambitionierte Klimavorgaben, die über das gesetzlich Geforderte hinausgehen, die Schaffung öffentlicher Grünräume und die Wahrung gemeinnütziger Interessen, etwa ein Anteil in Kostenmiete, wenn es um Wohnraum geht. Oft ist auch in Bebauungsplänen festgehalten, welche Gebäude erhalten bleiben, so auch im Bebauungsplan Areal Wolf oder jüngst gerade beim Lonza-Areal, bei dem übrigens auch die neuen Grünflächen alle öffentlich zugänglich sind, oder eben auch beim Bebauungsplan Roche Südareal von 2010, in dem bisher der Erhalt von Bau 52 festgeschrieben war.

Nach diesem gleichen Massstab haben wir auch den vorliegenden Bebauungsplan beraten. Um der Roche entgegenzukommen, hat sich die BRK-Mehrheit entschieden, sich bei der Ausformulierung der Änderungen nur auf ein Minimum zu beschränken und nichts zu beantragen, was die Zukunft der Entwicklung des Südareals behindern würde. So forderten etwa die Anwohnenden in ihrer Anhörung wie auch in diversen Einsprachen, dass der Bebauungsplan abgelehnt oder aber Bau 3 aus dem Bebauungsplan gestrichen werden soll, denn laut Aussagen der Roche besteht ja aktuell weder ein Bedarf noch eine Realisierungsabsicht für Bau 3. Die BRK-Mehrheit ist zwar auch der Meinung, dass Bebauungspläne

eigentlich kein Instrument für die Planung auf Vorrat sein sollten, eine Ablehnung des Bebauungsplans oder eine Streichung von Bau 3 wäre aber tatsächlich ein verheerendes Zeichen für den Standort und für die Zukunftsperspektive der Roche in Basel gewesen. Wie schon eingangs gesagt, auch wir sagen geschlossen Ja zur Entwicklung des Südareals. Keine unserer Ergänzungen am Bebauungsplan beeinträchtigt die städtebaulichen Vorhaben der Roche oder die Realisierung ihrer Vision für das Südareal, auch nicht der Erhalt von Bau 52. Dort, wo Bau 52 heute steht, ist eine asphaltierte Vorfahrt geplant, was zweifelsfrei auch anders gelöst werden könnte. Dies bestätigte im Übrigen auch Pierre De Meuron im Rahmen der Anhörung in der BRK, auch wenn er sich in seiner Abwägung dann für den Abriss von Bau 52 aussprach.

Kommen wir zu den vier konkreten Ergänzungen, die die Kommissionsmehrheit beschlossen hat. Erste Ergänzung: Öffentliche Durchwegung des neuen Parks. Wie bereits erwähnt, wünschte sich die BRK-Mehrheit eigentlich einen öffentlichen neuen Park, so wie dies auch bei anderen Arealen mit Bebauungsplänen realisiert wird. Auch die UVEK bedauert in ihrem Mitbericht, dass der künftige Park in Rheinnähe nicht für die breite Bevölkerung nutzbar sein wird. Die BRK-Mehrheit hat sich dennoch dazu entschieden, auf die Anliegen der Roche einzugehen und stattdessen nur eine öffentliche Durchwegung einzubringen, dies auch aufgrund der Wärme- und Kälteanlagen, die im Untergrund geplant sind und auf die aufgrund der Steuerfallverordnung Rücksicht genommen werden muss. Die genaue Position und Ausgestaltung dieser Durchwegung sind frei der Roche überlassen.

Zweite Ergänzung: Die Situation entlang der Solitude-Promenade ist einer der zentralen Kritikpunkte aus dem Quartier und wird ebenfalls im Mitbericht der UVEK ausführlich behandelt. Hier braucht es zweifelsfrei so bald wie möglich konkrete Anpassungen. Die Vertreterinnen der Roche haben mehrfach zugesichert, für die Besserung der Situation entlang der Solitude-Promenade eine Lösung zu bieten. Der Kanton hat bereits ein Projekt in Planung. Angesichts des anhaltend hohen Nutzungsdrucks und der Dringlichkeit für eine befriedigende Lösung ergänzte die BRK-Mehrheit den Passus zur Promenade, um die Verbreiterung der Solitude-Promenade verbindlich im Bebauungsplan festzuhalten. Dies entspricht der gängigen Praxis bei der Festsetzung von Bebauungsplänen und es ist für uns nicht ersichtlich, wieso in diesem Fall darauf verzichtet werden sollte. Das öffentliche Interesse an einer Verbesserung der heutigen Situation ist gross und der Handlungsbedarf ist dringend.

Dritte Ergänzung, Vorgaben zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bei Neubauten. Die BRK-Mehrheit begrüsst die Bestrebungen der Roche, bis 2030 eine CO_2-neutrale Energieversorgung sowie bis 2045 Netto-Null-Emissionen in Scope 1, 2 und 3 zu erreichen. Die Erstellungsemissionen bei Neubauten nehmen dabei eine zunehmend zentrale Rolle ein, insbesondere beim Bau von Hochhäusern fallen im Verhältnis zur Energiebezugsfläche sehr hohe Treibhausgasemissionen an. Für die BRK-Mehrheit müssen die Themen Nachhaltigkeit und CO_2-Neutralität daher über Betriebsenergie und Betonrecycling hinausgehen und die Reduktion der direkten wie auch indirekten Treibhausgasemissionen in der Arealentwicklung entsprechend nachgewiesen werden. Die BRK-Mehrheit stützt sich dazu wiederum auf eine inhaltlich sehr offene Formulierung ab, wonach mit dem Baugesuch ein Nachweis vorzulegen ist, dass die Treibhausgasemissionen eben minimiert werden. Genau die gleiche Formulierung ist bereits in zahlreichen anderen Bebauungsplänen festgehalten, etwa auch beim Bebauungsplan des Areal Wolf oder beim Nauentor.

Vierte Ergänzung: Kommen wir zum umstrittenen Punkt. Die BRK-Mehrheit schlägt vor, Bau 52 ins kantonale Denkmalverzeichnis aufzunehmen und ihn in seiner äusseren Erscheinung zu erhalten. Auch in diesem Punkt entspricht die Haltung der BRK-Mehrheit einer Reduktion aufs Minimum. Es gab diverse Vorbehalte gegenüber dem fast flächendeckenden Abriss auf dem Südareal, gegenüber einem Bebauungsplan, der im Grunde ein Abrissplan ist. Auch die Forschungsgebäude entlang der Solitude, rund 80’000 m2 Geschossflächen, sind allesamt Gebäude, die im nationalen Denkmalregister ISOS mit dem höchsten Erhaltungsziel A erfasst sind. Deren Erhalt wäre aber ungleich schwieriger und noch wichtiger, ein Erhalt dieser Gebäude hätte die Umsetzung der Roche-Vision eines offenen und durchgrünten Areals verhindert. So hat sich die BRK-Mehrheit entschieden, sich einzig auf den unbestritten schützenswerten Bau 52 zu fokussieren und auch hier den Schutzumfang lediglich auf die äussere Erscheinung zu beschränken, so dass Roche im Innern frei nach ihren Ansprüchen und Anforderungen sanieren und umbauen kann.

Die Roche schrieb nicht erst mit Bau 1 und Bau 2 Schweizer Hochhausgeschichte, schon Bau 52 war zu seiner Bauzeit das höchste Hochhaus der Schweiz. Es ist zutiefst bedauernswert, dass Roche diesen Zeitzeugen ihrer eigenen Firmengeschichte auslöschen will, der so sinnbildlich den Sprung von den 1960-er Jahren zu heute vor Augen führt. Bau 52 ist ein wichtiger Zeuge seiner Zeit, wir haben es jetzt mehrfach gehört, der Bau gilt als erstes Gebäude der Schweiz mit einer Curtain-Wall-Fassade und als kleiner Bruder des UNO-Hauptgebäudes in New York. In diesem Punkt sind sich alle einig, die Schutzwürdigkeit von Bau 52 ist unbestritten.

Kommen wir also zur Schutzfähigkeit von Bau 52 und den viel genannten Gutachten. Es gibt drei Gutachten zu Bau 52, die alle drei der BRK vorliegen. Erstens ein bautechnisches Gutachten, das den Zustand und Sanierungsbedarf des Gebäudes zusammenfasst. Zweitens ein denkmalpflegerisches Gutachten, das zum Schluss kommt, Bau 52 sei integral schützenswert, also in vollem Umfang zu schützen, und drittens das sogenannte Obergutachten, das die Erkenntnisse der anderen Gutachten zusammenfasst und bewertet. Auf dieses Obergutachten will ich gerne genauer eingehen.

Das Obergutachten hält fest, Bau 52 ist in gutem Allgemeinzustand, es gibt statisch keine Bedenken und sowohl eine hundertprozentige Erdbebenertüchtigung nach SIA-Norm wie auch eine energetische Sanierung der Fassaden ist möglich, auch unter Beibehaltung einer schlanken und gebäudetypischen Konstruktionsweise. Weiter weist der Bericht darauf hin, dass die Flächenbilanz von Bau 52 besser sei als von der Roche behauptet und weiter, dass bei einer «angemessenen Berücksichtigung und Gewichtung aller relevanten Nachhaltigkeitsaspekte der Nachhaltigkeitsvergleich zugunsten des Erhalts des Gebäudes ausfallen würde». Das Gutachten hält ausserdem fest, dass auch aus ökonomischen Überlegungen der Erhalt einem Abbruch vorzuziehen sei. So wären die Investitionskosten pro Quadratmeter bei einer Sanierung bedeutend geringer als bei einem Neubau. Problematisch bewertet das Obergutachten jedoch die Eingriffstiefe in den Bestand, die sich aus der Schadstoffsanierung, der Anpassungen der Fluchtwege und aus den Höchstanforderungen an die Erdbebenertüchtigung ergeben, welche sich Roche selbst auferlegt hat. Einzig aufgrund dieser Eingriffstiefe und nicht etwa, weil das Gebäude nicht mehr nutzbar, nicht umbaubar oder weil es unverhältnismässig wäre, stellt das Obergutachten zum Schluss den Denkmalcharakter in Frage, verneint die Schutzfähigkeit aber nicht.

Diesen letzten Punkt kann ich nicht deutlich genug betonen, keines der Gutachten verneint die Schutzfähigkeit. Der Begriff der Schutzfähigkeit kommt in den meisten Gutachten überhaupt nicht vor, einzig das Obergutachten nimmt diesen Punkt überhaupt auf. Ich zitiere «5. Schutzfähigkeit. Aus denkmalpflegerischer und kulturhistorischer Sicht ist ein Erhalt von Bau 52 unstrittig wünschenswert. Auch aus Sicht des übergeordneten Nachhaltigkeitskonzeptes müsste ebenfalls einem Erhalt der Bestandsgebäude ein deutlicher Vorrang gegenüber einem Abbruch gegeben werden. Die umfangreichen technischen Dokumentationen und Untersuchungen zeigen, dass im Grundsatz die Schutzfähigkeit des Gebäude Bau 52 im Hinblick auf Einzelaspekte angenommen werden kann. Im Grundsatz ist eine Modernisierung und Umnutzung von Bau 52 somit technisch möglich und umsetzbar.»

Es ist also nicht einfach Schutzwürdigkeit ja, Schutzfähigkeit nein, also abreissen, sondern das Gutachten sagt, Schutzwürdigkeit ja, Schutzfähigkeit eigentlich auch ja, wenn nicht diese tiefen Eingriffe wären. Da aber die Tiefe dieser Eingriffe zu einem signifikanten Teil von der Roche selbst auferlegt sind, sollte dies unserer Ansicht nach nicht dazu führen, dass ein schutzwürdiges und eben grundsätzlich schutzfähiges Gebäude abgerissen werden darf. Denn wenn es jeder Eigentümerschaft frei steht, völlig frei von fachlichen Einordnungen zu entscheiden, welche Anforderungen sie an ein Denkmal stellen kann, dann wird der Denkmalschutz ausgehöhlt oder sogar gezielt ausgehebelt. Es bedeutet de facto, dass jede Eigentümerin, jeder Eigentümer selbst entscheiden kann, ob sein Gebäude schutzfähig ist oder nicht, ob es unter Schutz gestellt werden kann oder nicht, und das macht diesen Fall, ganz unabhängig von der schönen Curtain-Wall-Fassade von Bau 52, zu einem fatalen Präjudiz. Deswegen halten wir die Unterschutzstellung nicht nur für gerechtfertigt, sondern für notwendig.

Wie schon gesagt, beschränkt sich der Schutzumfang einzig auf die äussere Erscheinung von Bau 52, so dass Roche im Innern nach eigenem Standard die Erdbebenertüchtigung sowie Sanierung und Umbau umsetzen könnte. Ausdrücklich festgehalten ist zudem, dass Eingriffe in die äussere Erscheinung zur Sicherstellung von Fluchtwegen zulässig sind, und nicht zuletzt erhöhten wir mit unserer Anpassung auch die Gesamtbruttogeschossfläche auf dem Südareal, so dass der Erhalt von Bau 52 die Optionen für den Bau 3 nicht einschränkt.

Abschliessend lässt sich also nochmal festhalten: Der Erhalt von Bau 52 verhindert nichts von den Plänen der Roche auf dem Südareal, lediglich die geplante Autovorfahrt muss angepasst werden. Das halten wir für zumutbar. Unser Anliegen war und unser Anliegen bleibt es, Roche die weitere Entwicklung des Südareals gemäss ihrer eigenen Vision zu ermöglichen und gleichzeitig die öffentlichen Interessen sicherzustellen. Wir hoffen, Sie folgen uns auf diesem Weg, und ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich nun auf eine lebendige und gute Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen nun zum Sprecher Kommissionsminderheit Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich beziehe mich in meinem Votum auf den Bericht der Kommissionsminderheit und nehme zu Beginn zusammenfassend Stellung zu den einzelnen Änderungsanträgen der Mehrheit. Im Bedarfsfall werde ich zu spezifischen Punkten in der Detailberatung nochmals das Wort ergreifen.

Die Beratungen in der Bau- und Raumplanungskommission erfolgten engagiert und sachlich. Es erfolgten, wie bereits erwähnt, Anhörungen mit der Verwaltung der Stadtgärtnerei, der kantonalen Denkmalpflege, der F. Hoffmann-La Roche AG, dem Heimatschutz Sektion Basel und dem Verein Hauseigentümer und Anwohner Wettsteinquartier sowie mit Herzog & De Meuron Basel.

Nach mehreren Sitzungen wurden mit der Eigentümerin Roche Fragen geklärt und potenzielle Änderungsanträge gespiegelt. Der Bebauungsplan, wie ihn die Verwaltung und Regierung ausgearbeitet haben, entspricht einem gut austarierten Kompromiss, welcher etliche wichtige öffentliche Interessen wie die Schaffung eines grosszügigen Parks, die Erreichung der Netto-Null-Ziele auf dem Areal, aber auch die Absicht durch die Realisierung neuer Bauten weiter in den Forschungsstandort Basel zu investieren beinhaltet. Weitere Änderungen am Bebauungsplan zu Ungunsten der Eigentümerin konnten durch

Roche nicht eingegangen werden. Ein Kompromiss in der Kommission zu einzelnen Änderungswünschen konnte nicht gefunden werden. Letztlich bot Roche konkret an, die Solitude-Promenade auf Höhe des Südareals um bis zu drei Meter zu verbreitern und diese Fläche dauerhaft mit einer öffentlichen Dienstbarkeit zu belegen, was einen spürbaren Mehrwert für den Fuss- und Veloverkehr bedeutet, ein Vorhaben, welches Roche auch gerne ohne den Druck von sich aus angeboten hätte. Das nun erfolgte Angebot stand jedoch unter der Bedingung, dass keine weitergehenden rechtlich problematischen Auflagen in den Bebauungsplan aufgenommen werden. Genau hier verlief die Trennlinie zwischen Mehrheit und Minderheit. Der Mehrheit in der Kommission war dieses Angebot zu wenig, daraufhin wurde die Kommission in eine Mehr- und eine Minderheit aufgeteilt.

Folgende konkreten Änderungsanträge standen zur Debatte. Die Mehrheit fordert eine verbindliche öffentliche Durchwegung durch den neuen Park. Die Minderheit lehnt diesen Antrag ab. Ein solches Durchgangsrecht wäre ein erheblicher Eingriff ins Eigentum und ohne Zustimmung der Eigentümerin faktisch enteignungsgleich. Zudem unterliegt das Areal der Störfallverordnung. Eine dauerhaft öffentliche Durchwegung ist sicherheitstechnisch schlicht nicht vertretbar. Die Roche hat mehrfach bewiesen, dass sie sich freiwillig öffnet, wo es vertretbar ist, etwa mit dem Solitude-Park, der auf Roche-Grund liegt und seit Jahren öffentlich zugänglich und unterhalten ist. Die Minderheit vertraut auf diese bewährte Kooperation und setzt auf Dialog statt auf juristische Zwangsinstrumente.

Der zweite Antrag der Mehrheit betrifft die Unterschutzstellung des Bau 52. Die Minderheit lehnt diesen Antrag ab. Niemand bestreitet die baukulturelle Bedeutung dieses Gebäudes. Der Bau 52 ist ein typisches Zeugnis der Nachkriegsmoderne, entworfen vom renommierten Architekten Roland Rohn, und hat die Skyline Basels und der Schweiz über Jahrzehnte geprägt. Seine Schutzwürdigkeit ist daher unbestritten, seine Schutzfähigkeit jedoch ist nicht eindeutig. Die kantonale Denkmalpflege, der Denkmalrat, externe Fachgutachten und ein vom Bund akkreditierter Experte haben den Bau intensiv geprüft. Das Ergebnis: Die Betonstruktur weist gravierende Mängel im Erdbeben und Brandschutz auf. Die Geschossdecken sind Asbest belastet, die Fassade und Haustechnik vollständig sanierungsbedürftig. Für eine Instandsetzung nach heutigen Standards müsste man 80 bis 90% der Substanz rückbauen und ersetzen. Es handelt sich somit mehr um einen Ersatz statt Erhalt, ein Neubau unter altem Namen.

Das Bundesamt für Raumentwicklung ARE und das Bundesamt für Kultur BAK unterscheiden in ihren Richtlinien und Empfehlungen unter anderem in den Grundsätzen zur Denkmalpflege und Raumplanung zwischen zwei Ebenen. Für eine Unterschutzstellung ist grundsätzlich beides erforderlich, ein objektiv feststellbarer Wert, Schutzwürdigkeit, der hier gegeben ist, und eine praktisch technische Erhaltbarkeit, die Schutzfähigkeit. Wenn die bauliche Substanz nur noch mit massiven Eingriffen, Austausch oder Neubau ersetzt werden kann, liegt keine Schutzfähigkeit im eigentlichen Sinne mehr vor. Dies ist nach Ansicht der BRK-Minderheit beim Bau 52 genau der Punkt. Die Tragstruktur erfüllt aktuelle Sicherheitsnormen nicht, Asbest- und Schadstoffbelastung verhindern den Erhalt wesentlicher Bauteile und die Erdbebenertüchtigung für ein Hochhaus ist sehr eingreifend. Es müssten denn auch Fluchtwege äusserlich angebracht werden. Damit wäre der Bau kaum ein authentisches Denkmal mehr. Das ist denn auch nicht einfach eine Frage des Geldes und des Willens, wie dies immer wieder auch in der Diskussion eingebracht wurde.

Ein solcher Denkmalschutzentscheid durch das Parlament wäre daher juristisch anfechtbar und planerisch unhaltbar, weil die materielle gesetzliche Grundlage fehlt. Der wiederhergestellte Bau 52 würde nicht mehr denselben architektonischen Ausdruck haben können, nicht mehr so leicht und elegant, zudem ist die Weiternutzung auch energetisch nicht effizient. Hinzu kommt, der Kanton gewinnt im Rahmen dieser Planung neue Denkmäler. Die Roche hat zugesichert, mehrere weitere Gebäude, darunter Bau 21, 29 und 67, formell unter Schutz zu stellen. Diese Bauten sind in der Substanz intakt und für die Basler Industriearchitektur von hohem Wert. Zudem soll Bau 27 erhalten werden, ein architektonisch und historisch bedeutender Bau von Otto Rudolf Salvisberg, welcher aufgrund seines Grundrisses und da es kein Hochhaus ist, viel besser weitergenutzt werden kann.

Der dritte Antrag der Mehrheit betrifft die Dreirosenanlage beziehungsweise die Promenade. Die Kommissionsmehrheit stellte den Antrag, dass der Bebauungsplan ergänzt wird, um die normenkonforme Verbreiterung der Solitude-Promenade mit einem öffentlichen Wegrecht und einer entsprechenden Dienstbarkeit im Grundbuch abzusichern. Die Kommissionsminderheit würde es aus planerischen Überlegungen grundsätzlich begrüssen, dass die Umgestaltung der Solitude-Promenade ohne Ausgrabungen erstellt werden kann. Dazu bräuchte es für eine wesentliche Verbesserung bestenfalls einen zusätzlichen drei bis vier Meter breiten Streifen Land, der heute zum Roche-Areal gehört. Die Kommissionsminderheit ist jedoch dagegen, ein solches Anliegen über einen Zwang im Bebauungsplan festzulegen. Roche betonte in den Beratungen mehrfach, dass sie Hand bieten für eine Lösung, wenn der Planungsprozess seitens des Kantons weiter vorangeschritten ist. Dies wurde auch in einer mittlerweile publizierten Grundsatzvereinbarung manifestiert.

Der vierte Antrag betrifft die Aufnahme zusätzlicher energetischer Zielvorgaben im Bebauungsplan. Auch hier teilt die Minderheit das Anliegen, den Energieverbrauch zu senken und den CO_2-Ausstoss zu minimieren, sie lehnt aber die konkrete Formulierung ab. Roche hat bereits heute ehrgeizige Nachhaltigkeitsziele. Das gesamte Areal wird mit erneuerbarer Energie betrieben, es gibt eine hochmoderne Wärmerückgewinnung und die neuen Bauten werden nach Minergie-P-Standard geplant. Diese Standards gehen über die kantonalen Vorschriften hinaus. Die Aufnahme zusätzlicher unpräziser Energieziele auf Stufe Bebauungsplan wäre juristisch schwer nachvollziehbar. Sie könnten zu Interpretationsschwierigkeiten führen, etwa

darüber, ob ein künftiger Bau ein Ziel vollumfänglich erfüllt hat oder nicht. Damit drohen Rechtsunsicherheiten, ohne dass der ökologische Nutzen zunimmt. Nachhaltigkeit lässt sich besser durch technische Vorgaben in der Baubewilligung und durch Monitoring-Verpflichtungen umsetzen als durch politische Zieldeklaration auf Planebene.

Mehrere der vorgebrachten Anträge sind juristisch fragwürdig und teils nicht vollziehbar. Ein Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das nur funktioniert, wenn er auf Zustimmung der Eigentümerin basiert. Wird in ihn nachträglich etwas hineingeschrieben, was diese Zustimmung, und wenn keine gesetzliche Grundlage vorhanden ist, überschreitet, verliert er seine Gültigkeit oder müsste wohl zumindest nochmals aufgelegt werden. Bestimmte Forderungen wie die Durchwegung und der 3-Meter-Korridor auf dem Areal mittels erzwungener Dienstbarkeit kämen einer materiellen oder gar einer formellen Enteignung gleich. Dies könnte erhebliche Entschädigungsansprüche auslösen und somit finanziellen Folgen für den Kanton haben.

Als Kommission sollten wir keine Beschlüsse unterstützen, die juristisch wacklig sind und die öffentliche Hand unnötig exponieren. Es fehlt dazu die gesetzliche Grundlage, welche dem Parlament diese Kompetenzen verleiht. Dies ist jedoch erforderlich. So hat das Basler Appellationsgericht mit Entscheid vom 10. Januar 2020 festgelegt, dass angesichts der fehlenden gesetzlichen Grundlagen eine vom Parlament erlassene Bestimmung bezüglich Residenzpflicht bei der Überbauung Studio Basel in einem Bebauungsplan nicht gerechtfertigt und auch nicht zulässig ist. Man musste den Entscheid im Parlament wieder abändern.

Die von BRK-Mehrheitssprecherin Salome Bessenich ausgeführten Beispiele von Bebauungsplänen wie das Wolf-Areal, das Lindenhof-Areal, Lonza wurden anders als vorliegend einvernehmlich gestaltet. Dies ist eine andere Ausgangslage, soweit die BRK für eine solche Festsetzung keine gesetzliche Grundlage hat.

Der Bebauungsplan Ost ist ein Meilenstein für Basel. Er bringt einen neuen Park, eine bessere Uferverbindung, modernste Energieinfrastruktur und stärkt den Wirtschaftsstandort Basel. Letztlich führt das Vorhaben zu grossen Aufträgen für unser Gewerbe. Der Bebauungsplan, welcher über Jahre sorgfältig ausgearbeitet wurde, zeigt, dass wirtschaftliche Entwicklung und städtebauliche Qualität vereinbar sind. Die Roche hat sich in diesem Prozess als verlässliche Partnerin gezeigt, sie übernimmt Verantwortung für ihre Gebäude, für ihre Mitarbeitenden und für die Stadt.

Die Minderheit empfiehlt deshalb, den Ratschlag des Regierungsrats in unveränderter Form anzunehmen und sämtliche Änderungsanträge der Mehrheit abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die mitberichtende UVEK hat Raffaela Hanauer das Wort.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Der Bebauungsplan zum Roche Südareal wurde der UVEK zum Mitbericht überwiesen. Die UVEK hat vor allem Interesse gehabt an einem Mitbericht, weil die Projektierung der künftigen Solitude-Promenade bereits 2022 in der UVEK behandelt wurde. Die UVEK hat sich an drei Sitzungen in der ersten Jahreshälfte 2024 mit dem Bebauungsplan des Roche Südareals auseinandergesetzt, also in alter Zusammensetzung und auch noch in alter Zusammensetzung den Mitbericht an die BRK im August 2024, also vor über einem Jahr, verabschiedet. Sie stellt dem Grossen Rat direkt keine Anträge, beantragt jedoch der BRK einstimmig, dem Bebauungsplan ohne Änderungen zuzustimmen.

Die Änderungsanträge der BRK-Mehrheit sowie den BRK-Mehr- und Minderheitsbericht hat die UVEK an ihrer Sitzung vom 24. September diesen Jahres in neuer Zusammensetzung zur Kenntnis genommen. Die UVEK stuft den BRK-Mehr- und Minderheitsbericht als eine neue Ausgangslage ein. Die UVEK hat die konkreten Änderungsanträge am Bebauungsplan nicht diskutiert und auch deren Vor- und Nachteile nicht abgewogen, obschon auch der UVEK zum Beispiel eine Verbreiterung der Solitude-Promenade ein Anliegen ist und auch sie über eine Durchwegung diskutierte. Die BRK hat teils andere und mehr Informationen eingeholt als die UVEK, beispielsweise hat sich die UVEK nicht mit dem Bau 52 befasst. Die UVEK sah davon ab, sich nochmals als Kommission aufgrund des BRK-Mehr- und Minderheitsberichts eine Kommissionsmeinung erneut zu bilden. Ich werde hier daher lediglich auf die Abklärungen der UVEK aus dem Jahre 2024 eingehen.

Die UVEK hat sich mit der Verbreiterung der Solitude-Promenade durch die Nutzung von Gelände der Roche befasst. Während der UVEK-Beratung lief damals der Wettbewerb zur Umgestaltung der Solitude-Promenade noch, das Siegerprojekt Multitude war der UVEK damals noch nicht bekannt. Die UVEK hat bei der Roche Abklärungen getroffen und erfreut zur Kenntnis genommen, dass Bereitschaft vorhanden ist, die Solitude-Promenade zu verbreitern. Die UVEK hat auch festgestellt, dass erst mit dem vorliegenden Bebauungsplan wirklich eine Verbreiterung ins Auge gefasst werden kann in diese Richtung, da sich das Baufeld 2 verändert.

Die UVEK hat auch zur Kenntnis genommen, dass die Frage der Verbreiterung der Solitude-Promenade während der Durchführung des Projektwettbewerbs noch nicht abschliessend geklärt war und damit die Projektteams keine klare Ausgangslage hatten, dies, obwohl sowohl Kanton als auch Roche der UVEK gegenüber eine Verbreiterung als

wünschenswert einstuften. Die Frage der Verbreiterungen wird wieder in die UVEK getragen und politisch wieder konkreter, sobald der Regierungsrat Gelder für die Umgestaltung der Solitude beantragen wird. Die UVEK würde es explizit begrüssen, wenn in den Vorbereitungen der Umgestaltung gemeinsam mit der Roche, unabhängig des Ausgangs der heutigen Ratsdebatte, eine Lösung für die Verbreiterung zwischen dem Stachelrain und der Eisenbahnbrücke gefunden werden kann und eine solche auch bereits mit einer Ausgabenbewilligung direkt dem Grossen Rat vorgelegt wird.

Neben der Umgestaltung der Solitude-Promenade hat sich die UVEK auch mit dem im Bebauungsplan vorgesehenen Grünraum befasst. Die Schaffung von mehr Grün begrüsst die UVEK ausdrücklich. Die UVEK hätte eine tiefere Vegetationsschicht ebenfalls begrüsst. Erkundigt hat sich die UVEK auch, ob der Grünraum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden wird. Die Roche hat dies verneint. Nachdem die UVEK die Ausgangslage der Roche mit jener anderer Bebauungen von Privaten verglichen hat, zu denen die Öffentlichkeit teilweise oder ganz Zugang hat, namentlich Bâloise Park und Novartis Gelände, konnte die UVEK die Haltung der Roche letztlich nachvollziehen. Gemäss den Auskünften, die die UVEK erhielt, sprechen beim Südareal der Roche Sicherheitsgründe dagegen. Zudem habe die Bâloise der Zugänglichkeit zugestimmt, die Novartis habe die eigene Begehbarkeit des Geländes selbst initiiert, und die Roche hat schon mit dem Solitude-Park eine öffentlich zugängliche Grünanlage zur Verfügung gestellt.

Weiter hat sich die UVEK mit der verkehrlichen Erschliessung des Areals befasst, sie stuft das Mobilitätskonzept der Roche als sehr vorbildlich ein, Parkplatzbewirtschaftung und ein Anreizsystem haben dazu geführt, dass zwei Drittel der Mitarbeitenden mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit kommen. Die UVEK regt beim Kanton zur Unterstützung dieser Stossrichtung in ihrem Bericht Verbesserungen bei der Erschliessung mit dem Velo- und dem öffentlichen Verkehr an.

Erkundigt hat sich die UVEK auch zur Baustellenlogistik, um die Einschränkungen vor allem auf der Grenzacherstrasse im Falle einer Umsetzung des Bebauungsplans so gering wie möglich auszugestalten. Sie hat festgestellt, dass die Einschränkungen im Falle einer Verwirklichung des Baus 3 deutlich geringer sein werden als beim Bau 1 und 2 und im besten Fall auf Allmend gar nicht vorhanden sein könnten.

Auf Aspekte der Nachhaltigkeit, der CO_2-Neutralitätszielen, der Roche-Energieeffizienz und der Qualitätsüberprüfung der neu zu schaffenden Naturwerke sowie Biodiversitätsvernetzung geht der Mitbericht ebenfalls ein.

Gestützt auf diese Abklärung hat die UVEK damals der BRK einstimmig beantragt, dem Bebauungsplan ohne Änderungen zuzustimmen, die BRK hat nun Mehr- und Minderheitsanträge, ich bin demnach gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben schon einiges gehört, deshalb möchte ich mich jetzt in diesem Moment, bevor wir in die Detailberatung einsteigen, auf einen zentralen Punkt konzentrieren. Dem Regierungsrat ist es wichtig festzuhalten, dass Bebauungspläne ein wichtiges Instrument sind, um gemeinsam mit den Grundeigentümern die beste Lösung jeweils für das Areal zu finden. Bebauungspläne lassen einen Verhandlungsspielraum für den Kanton und auch für die Grundeigentümer, um massgeschneiderte Lösungen zu finden. Eine wichtige Grundannahme dabei ist, dass dies eben im Konsens geschieht, denn wenn Bebauungspläne einseitig durch den Kanton festgelegt werden, dann besteht das Risiko, dass am Ende gar nichts Neues entsteht.

Roche hat gemeinsam mit dem Regierungsrat und auch mit Ihnen, mit dem Parlament in den letzten rund 15 Jahren die Neuordnung des Firmenhauptsitzes an der Grenzacherstrasse vorangetrieben. Nach dem Bebauungsplan an der Wettsteinallee, dem ersten Bebauungsplan für das Südareal, dem Bebauungsplan für das Nordareal folgt nun der letzte Baustein, der zweite Bebauungsplan für das Südareal. Und mit diesem Bebauungsplan schliessen wir die planerische Neuausrichtung des Firmenhauptsitzes ab und wir legen damit die Basis, dass Roche 130 Jahre nach der Firmengründung weiter auf ihrem Stammareal mitten in der Stadt gedeihen und Wertschöpfung für die ganze Region generieren kann. In all diesen Planungen haben Roche und der Kanton für beide Seiten tragfähige und zukunftsgerichtete Lösungen erarbeitet, die wir danach in Bebauungsplänen gesichert haben. Und diese Arbeit hat zu einem grossen Investitionsvolumen und zu zahlreichen Arbeitsplätzen beigetragen.

Der letzte planerische Baustein liegt nun in zwei Versionen vor, die gemeinsam mit Roche entwickelte, aus unserer Sicht ausbalancierte und einvernehmliche Version des Regierungsrats, die von der Kommissionsminderheit mitgetragen wird, und die nun abgeänderte Version der Kommissionsmehrheit, die in das Eigentumsrecht der Firma eingreift, den Bebauungsplan aus Sicht der Regierung überlädt und damit Gefahr läuft, insgesamt zu scheitern.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass der Bebauungsplan, der erarbeitet wurde, bereits Kompromisse enthält, das ist Teil dieses gemeinsamen Prozesses, beispielsweise bezüglich der schützenswerten und schutzfähigen Gebäude oder die Diskussion rund um die Grösse der Überdeckung der Untergeschosse mit genügend Erdreich, damit grössere Bäume

gepflanzt werden können. So gab es viele kleinere und grössere Kompromisse und diesen erfolgreichen Weg möchten wir nicht ohne Not torpedieren.

Es ist sehr erfreulich, dass ein Unternehmen wie Roche ein starkes Commitment zu Basel gibt und hier investiert, gerade in diesen weltwirtschaftlich eher turbulenten Zeiten. Lassen Sie uns ein klares Zeichen setzen, dass dieses Commitment hoch willkommen ist, dass wir weiterhin diesen gemeinsamen und einvernehmlichen Weg gehen möchten, den wir vor langer Zeit eingeschlagen haben und dass es in Basel möglich ist, sich als Firma zu entwickeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zu den Fraktionssprechenden, Adrian Iselin hat für die LDP hat das Wort.

Adrian Iselin (LDP): Ich spreche heute für die LDP-Fraktion als klarer Befürworter des Bebauungsplans für das Roche Südreal. Diese Vorlage ist von strategischer Bedeutung für unseren Kanton, wirtschaftlich, unternehmerisch und ökologisch. Roche ist mit 9’500 Arbeitsplätzen in Basel und jährlichen Forschungsausgaben von rund 3,5 Mia. Franken einer der zentralen Pfeiler unseres Wirtschafts- und Innovationsstandorts. Der geplante Ausbau sichert Basel langfristig als globalen Life Science Hub und stärkt unsere Position im internationalen Standortwettbewerb. Seit 2009 hat Roche 4,6 Mia. Franken in die Standorte Basel und Kaiseraugst investiert, weitere 1,2 Mia. Franken sind aktuell geplant, ein klares Bekenntnis zum Standort und ein starkes Signal für die Zukunft unseres Kantons.

Der Rückbau veralteter Gebäude ist keine Willkür, sondern unternehmerische Notwendigkeit. Roche steht im globalen Wettbewerb um Forschungsexzellenz und muss seine Infrastruktur laufend an internationale Standards anpassen. Gerade Bau 52, ein Hochhaus von 1960, ist energetisch ineffizient und technisch überholt. Es verbraucht so viel Energie wie zwei Produktionsgebäude zusammen. Eine Sanierung wäre nicht nur wirtschaftlich unverhältnismässig, sondern auch kontraproduktiv für die CO_2-Ziele von Roche, die bis 2050 Netto-Null-Emissionen anstrebt. Der Ausbau bringt auch ökologische Verbesserungen. Durch Entsiegelung entstehen neue Grünräume, insbesondere entlang der Solitude-Promenade, die das Stadtklima verbessern und die Aufenthaltsqualität erhöhen. So entsteht ein modernes, offenes und grünes Campusumfeld, ein Gewinn für Roche, Quartier und Stadt.

Bau 52 besitzt zweifellos architekthurhistorische Bedeutung, es war das erste Schweizer Hochhaus mit einer Curtain-Wall-Fassade und gilt als Symbol der Nachkriegsmoderne. Doch die Fachgutachten sind eindeutig, eine Erhaltung wäre nur mit tiefgreifenden Eingriffen möglich und käme faktisch einem Neubau gleich. Der kantonale Denkmalrat hat daher entschieden, Bau 52 nicht unter Schutz zu stellen. Es gibt unterschiedliche Einschätzungen, aber am Ende überwiegen technische Machbarkeit, ökologische Vernunft und wirtschaftliche Realität.

Roche hat den Dialog mit der Nachbarschaft geführt, insbesondere zur Solitude-Promenade. Gemeinsam mit dem Regierungsrat wird derzeit an Lösungen gearbeitet, um Durchwegung und Zugänglichkeit zu verbessern. Eine Grundbuchdienstbarkeit, wie sie teils gefordert wurde, käme einer formellen Enteignung gleich. Freiwillige Vereinbarungen sind hier der pragmatische Weg im Interesse aller Beteiligten. Dass für Bau 3 derzeit kein konkretes Projekt besteht, ist kein Mangel, sondern Ausdruck strategischer Weitsicht. Der Bebauungsplan schafft Optionen, keine Verpflichtungen und damit die notwendige Flexibilität in einem dynamischen Innovationsumfeld.

Meine persönliche Überzeugung ist klar, ein Weltkonzern wie Roche, der hier Arbeitsplätze sichert, Steuern generiert und Basel international sichtbar macht, darf nicht durch ein überaltertes Hochhaus blockiert werden. Wir müssen Roche den planerischen und unternehmerischen Freiraum geben, den es braucht, um weiter in Basel zu investieren. Das schafft langfristigen Wert für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Ein Nein zu diesem Bebauungsplan wäre ein falsches Signal, an Roche, an die Life Sciences-Branche und an Investoren weltweit. Basel braucht Planungssicherheit, wirtschaftliche Stärke und unternehmerische Freiheit.

Darum bittet Sie die Fraktion LDP, dem Ratschlag des Regierungsrats und der Kommissionsminderheit zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Sie haben es schon gehört, wir als BRK haben diesen Ratschlag zum Bebauungsplan des Roche Südareals an elf Sitzungen beraten. Leider ist es uns nicht gelungen, innerhalb der Kommission einen Kompromiss zu finden. Ich und die Mitte/EVP-Fraktion sprechen uns für den Ratschlag und für den BRK-Minderheitsbericht aus. Ich möchte nun auf die strittigen Punkte eingehen.

Zum Abriss des Bau 52: Mir persönlich gefällt der Bau 52 gut und ich finde es eigentlich schade, dass er abgerissen werden soll. Ich habe es mir deshalb nicht leicht gemacht, den Ratschlag und die Gutachten studiert und alle Argumente gut

abgewogen. Die kantonale Denkmalpflege findet den Bau 52 zwar schutzwürdig, aber nicht schutzfähig. Die Denkmalpflege stellt den Bau 52 also nicht unter Denkmalschutz. Der Unterschied ist wichtig, schutzfähig ist ein Gebäude nur dann, wenn es mit verhältnismässigem Aufwand erhalten werden kann. Um das zu beurteilen werden der Aspekt des Gebäudezustandes. und die Möglichkeit der Erhaltung der Originalsubstanz unter den Bedingungen der heutigen baugesetzlichen Anforderungen und Normen untersucht. Die Gutachten und auch die Denkmalpflege kamen zum Schluss, dass der Bau 52 nicht schutzfähig ist, weil der Rückbau auf den Betonkern notwendig wäre und nur wenig von der originalen Substanz und Baukonstruktion übrig bliebe.

Ja, man müsste 80 bis 90% des Gebäudes neu bauen, wenn man es erhalten will. Die Fassade inklusive Wärmedämmung müsste aufwendig rekonstruiert, neue Brandschutztreppen gebaut sowie die Haustechnik, Lüftung, Heizung, sanitäre Anlagen und Elektroinstallation erneuert werden. Der Erdbebenschutz des Gebäudes müsste verbessert werden, denn die Sicherheit der Menschen im Gebäude haben oberste Priorität. Ohne diese 80 bis 90-prozentige Neuerstellung erzeugt der Bau 52 so viele Emissionen, dass die im Bau 52 enthaltene graue Energie in etwa zwei Jahren kompensiert wäre. Dies zeigt eindrücklich, dass der Bau 52, so wie er heute dasteht, nicht erhalten werden kann, sondern die Roche eine unverhältnismässig grosse und teure Sanierung durchführen müsste. Sonst könnte die Firma übrigens auch ihre fortschrittlichen Klimaziele nicht erreichen. Bei einer Renovation des Bau 52 könnte deshalb nicht von einem Erhalt, sondern nur noch von einem Ersatz gesprochen werden. Das Gebäude würde also nur eine Kopie des Originals sein, anders ausgedrückt, es entstünde ein Bauwerk des 21. Jahrhunderts, das keine Authentizität mehr besitzt und dies würde dem Sinn der Unterschutzstellung widerlaufen.

Ich fände es schwierig, wenn wir die Fachkompetenz der Denkmalpflege missachten und gegen ihre Beurteilung den Bau 52 unter Schutz stellen. Zudem wäre eine Unterschutzstellung des Baus 52 eine Verletzung der Eigentumsrechte von Roche. Aus diesen Gründen bin ich zum Schluss gekommen, dass wir die Roche nicht zwingen sollten, den Bau 52 stehen zu lassen. Ausserdem ist die Mitte EVP-Fraktion überzeugt, dass, wenn wir heute den Bau 52 unter Denkmalschutz stellen, später das Appellationsgericht unseren Beschluss ziemlich sicher aufheben müsste.

Wichtig zu erwähnen ist auch, es werden mit diesem Bebauungsplan zwar mehrere Gebäude abgerissen, aber es werden auch einige stehen gelassen und unter Denkmalschutz gestellt. Die drei Gebäude 21, 29, 67 wurden bereits vorgängig von Roche unter Schutz gestellt. Sie sehen die Gebäude auf dem Plan auf der Leinwand. Beim Bau 27 werden die Erweiterungen, also die An- und Abbauten, abgerissen. Der ursprüngliche Kern des Baus 27 wird jedoch mit grossem Aufwand in Richtung Grenzacherstrasse verschoben. So wird Platz frei für den grossen grünen Park und der geplante Bau 3 kommt nicht zu nahe an den Rhein zu stehen. Sie sehen also, die Roche bekennt sich klar zum Erhalt und zur Weiterführung bedeutender historischer Bausubstanz. Für die Realisierung von Bau 3 besteht aktuell für die Roche kein Bedarf, mit dem Bebauungsplan wird aber die Bruttogeschossfläche der abgerissenen Gebäude gesichert, damit die Roche später den Bau 3 bauen darf, falls sie das Gebäude benötigt.

Zur Durchwegung des Rocheareals: Eine öffentliche Fusswegverbindung wird in verschiedenen Bebauungsplänen thematisiert. Zur Sicherung wird jeweils ein öffentliches Wegrecht gefordert. Dies geschah jeweils im Einvernehmen mit den Eigentümern. Es gibt keine Präzedenzfälle, ob dies auch gegen deren Willen umsetzbar ist. Eine rechtliche Grundlage im Bau- und Planungsgesetz besteht aber nicht. Eine Dienstbarkeit ist ja bekanntlich ein Vertrag. und braucht das Einverständnis der Eigentümerschaft, sonst würde es eine materielle Enteignung darstellen und das wollen wir nicht. Ein öffentliches Interesse an einem Weg durch das Roche-Areal ist fraglich, gibt es doch unmittelbar östlich des Areals bereits einen öffentlichen Weg durch den Solitude-Park, welcher auf einer Baurechtszelle der Roche liegt und seit Jahren freiwillig öffentlich zugänglich gehalten wird, und auf der westlichen Seite ist der Stachelrain auch sehr nahe. Die Roche hat zudem glaubhaft dargelegt, dass eine vollständige Öffnung des Parks für die Bevölkerung aufgrund der unter dem Park geplanten zwei Wärme-Kältezentralen mit Ammoniaknutzung nicht möglich ist. Wegen den sensiblen unterirdischen Anlagen fällt das betroffene Gebiet denn auch unter die schweizerische Störfallverordnung.

Zur Solitude-Promenade: Die BRK-Mehrheit konnte in einer Kommissionssitzung ihren Änderungsantrag durchsetzen, dass der Bebauungsplan dahingehend ergänzt wird, dass für die Verbreiterung der Solitude-Promenade ohne Auskragungen notwendige Fläche mit einem öffentlichen Wegrecht versehen und durch eine entsprechende Dienstbarkeit im Grundbuch gesichert wird. Ich bin auch der Meinung, dass die Solitude-Promenade ohne Auskragungen erstellt werden soll und damit die Roche dem Kanton ein Wegrecht für die notwendige Fläche ihres Areals entlang der Solitude-Promenade gewähren soll. Die Mitte/EVP-Fraktion lehnt diesen Antrag jedoch ab, weil er gar nicht nötig ist, denn die Roche hat mehrmals ihre Bereitschaft erklärt, ein öffentliches Wegrecht zu gewähren.

Hier ist aber noch anzumerken, dass die Solitude-Promenade auf Höhe des Roche-Geländes aktuell eine Wegbreite von 3,20 bis 3,50 Meter hat, auf der Höhe des Solitude-Parks jedoch nur eine Breite von 2,40 Meter. Dort scheint es mir eine Wegverbreiterung wegen den geschützten Bäumen auf beiden Seiten des Weges unmöglich und dieses Nadelöhr wird wohl bleiben.

Noch zu den Energie und Bauvorschriften: Roche hat sich ambitionierte Klimaziele gesetzt. Bis 2030 sollen ihre betrieblichen Treibhausgasemissionen, Scope 1 und 2, auf Netto Null reduziert werden, bis 2050 strebt das Unternehmen sogar eine

vollständige Klimaneutralität inklusive der gesamten Wertschöpfungskette, also Scope 3 an. Ein zentraler Bestandteil dieser Strategie ist der konsequente Fokus auf nachhaltiges, energieeffizientes und ressourcenschonendes Bauen. So wurde beispielsweise der Bau 1 nach Energiestandard und der Bau 2 mit der Lead Gold-Zertifizierung gebaut. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir Roche keine zusätzlichen Energievorschriften für den Bau und den Unterhalt auferlegen müssen.

Die UVEK beantragt der BRK in ihrem Mitbericht mit 12 zu 0 Stimmen, dem vom Regierungsrat vorgelegten Beschlussentwurf ohne Änderungen zuzustimmen, das heisst in der UVEK gab es die Bedenken und Änderungsanträge, wie die der BRK-Mehrheit nicht.

Mein Fazit, die Änderungsanträge der BRK-Minderheit schaffen rechtliche Unsicherheiten, greifen die Eigentumsrechte an und gefährden die Planungsstabilität. Basel ist auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen und als Wirtschafts- und Forschungsstandort attraktiv zu bleiben. Die Annahme der Änderungsanträge würden ein negatives Signal senden, sowohl an Roche als bedeutenden Arbeitgeber und Steuerzahler als auch an andere Firmen und Investoren.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, für den Ratschlag der Regierung und den BRK-Minderheitsbericht zu stimmen und die Änderungsanträge der BRK-Mehrheit abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Silvia Schweizer für die FDP.

Silvia Schweizer (FDP): Heute sprechen wir über den Bebauungsplan Roche Südareal, aber eigentlich sprechen wir über etwas viel Grundsätzlicheres, nämlich über Vertrauen, Vertrauen in Eigentum, Vertrauen in Verantwortung und Vertrauen in unternehmerische Freiheit.

Erstens, das Areal gehört Roche. Eigentumsfreiheit ist kein leeres Wort, sondern ein Grundpfeiler unserer Wirtschaft. Ein Unternehmen darf, natürlich im Rahmen der Gesetze, über seine Anlagen und Bauten verfügen und es trägt auch die Verantwortung dafür. Roche nimmt diese Verantwortung seit 1896 wahr, mit Sorgfalt, Weitsicht und Erfolg. Unsere Aufgabe als Politik ist klar, wir müssen verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, klare, berechenbare und stabile Regeln, damit Unternehmen investieren, planen und wachsen können. Was wir nicht tun dürfen, ist, uns in unternehmerische Entscheidungen einzumischen, denn jedes Mal, wenn die Politik beginnt, einzelne Projekte zu dirigieren, untergräbt sie das Vertrauen in die Verlässlichkeit unseres Standorts. Ein Entscheid gegen den Ratschlag des Regierungsrats wäre deshalb ein gefährliches Signal, an Roche als wichtigen Arbeitgeber und Steuerzahler, aber auch an alle anderen, die bei uns investieren wollen. Wer in der Schweiz, in Basel investiert, muss sich auf Planungssicherheit verlassen können. Oder um es auf den Punkt zu bringen, Politik soll Leitplanken stellen, nicht den Weg blockieren. Wir setzen Leitplanken, aber wir steuern das Fahrzeug nicht selber.

Zweitens, die Entscheidung zum Abbruch von Bau 52 wurde nicht leichtfertig getroffen. Der vorliegende Bebauungsplan ist das Ergebnis einer langjährigen und sorgfältigen Planung unter Einbezug zahlreicher Expertinnen und Experten. Mehrere unabhängige Gutachten, ebenso wie die kantonale Denkmalpflege und der Denkmalrat, kommen übereinstimmend zum Schluss, Bau 52 besitzt zwar eine hohe baukulturelle Qualität, ist aber nicht schutzfähig. Das Gebäude ist technisch veraltet, energetisch ineffizient und funktional am Ende seines Lebenszyklus angekommen. Würden wir Bau 52 erhalten, könnten wir die heute gesetzten Klimaziele nicht erreichen. Ein ökologischer Rückbau und Neubau nach modernsten Standards ist nötig, um Energieverbrauch und Emissionen deutlich zu reduzieren. Wenn also alle involvierten Fachleute zum gleichen Ergebnis kommen, dann sollten wir als Politik zuhören und respektieren, was Fachkompetenz sagt. Fachwissen darf nicht politischer Stimmung geopfert werden.

Drittens, es geht um Arbeitsplätze und um die Zukunft unseres Standorts. Roche ist einer der grössten Arbeitgeber in Basel und Zehntausende Menschen hängen direkt oder indirekt davon ab. Blockieren übertriebene Auflagen die Weiterentwicklung des Werkareals, gefährden wir Investitionen und damit Jobs, Innovation und Wertschöpfung. Das würde Basel treffen und unsere Wirtschaft schwächen und uns alle.

Viertens, Roche zeigt, dass Fortschritt und Baukultur Hand in Hand gehen. Während Bau 52 zurückgebaut werden soll, sichert das Unternehmen den Erhalt und die Weiterentwicklung bedeutender Gebäude, unter anderem Bau 27. Das ist ein klares Bekenntnis zur Verantwortung für unsere Architektur. Auch die Solitude-Promenade soll gemeinsam mit dem Kanton modernisiert werden, breiter, zugänglicher, mit mehr Aufenthaltsqualität. So entsteht echter Mehrwert für die gesamte Bevölkerung, mehr Raum, mehr Stadt, mehr Lebensqualität für uns alle. Die Mehrheit der Kommission riskiert dieses Vorhaben mit ihren zusätzlichen Forderungen an Roche. Wir meinen, Baukultur ist wichtig, Stillstand ist es nicht. Bau 52 ist dokumentiert, sein historischer Wert bleibt erhalten. Zukunft bedeutet, Platz für Neues zu schaffen, wir können Geschichte bewahren, ohne sie einzumauern.

Noch ein Wort zu den beiden Petitionen für und gegen den Erhalt von Bau 52. Über den Umgang mit privatem Eigentum und industriellen Bauten – wir sprechen hier über ein Industriegebäude und kein öffentliches Denkmal wie ein Museum – sollen

jene entscheiden, die hier leben, arbeiten und Verantwortung tragen und mit den Folgen solcher Entscheidungen schlussendlich auch leben müssen. Mittlerweile gibt es ja ganz bemerkenswerte Ideen für Bau 52 von Seiten der Befürworter, darunter die, es nur in den Sommermonaten zu nutzen. Auf einem verdichteten Werkareal ein Sommer-Only-Konzept zu betreiben, was für ein Kuriosum! Das zeigt, es geht hier eben nicht nur um Architektur, sondern um eine langfristige Strategie auf einem verdichteten Werkareal, die Innovation, Effizienz und Umweltverträglichkeit verbindet. Entsprechend spricht sich die FDP klar gegen externe, mittlerweile internationale Einflussnahme aus und vertraut auf die lokale Planungshoheit und den bewährten Dialog zwischen Roche, Behörden und der lokalen Bevölkerung.

Mein Fazit: Der Mehrheitsbericht blickt zurück, greift Eigentumsrechte an, untergräbt unternehmerische Freiheit und gefährdet Arbeitsplätze, ein unnötiges Risiko in einer geopolitisch und wirtschaftlich angespannten Zeit. Der Minderheitsbericht hingegen schaut nach vorne, pragmatisch, fair und zukunftsorientiert. Er respektiert Eigentum, vertraut Fachleuten und schützt Arbeitsplätze und ermöglicht gleichzeitig den ökologischen Umbau, um die Klimaziele zu erreichen. Darum meine klare Bitte: Folgen Sie dem Minderheitsbericht für sichere Arbeitsplätze, für einen starken Wirtschaftsstandort und für ein Basel, das mutig nach vorne schaut.

Die FDP-Fraktion beantragt dem Grossen Rat, den Ratschlag des Regierungsrats in der vorliegenden Form zu unterstützen und die Änderungsanträge der Kommissionsmehrheit vollumfänglich abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Wittlin. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird nicht entgegengenommen.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Was für ein Einstieg in meine Zeit in der BRK. Ein Geschäft, so bedeutend und gross, dass es aus der alten Legislatur mit in die neue gezügelt wurde. Vorneweg, und das meine ich ernst, möchte ich mich dafür bedanken, dass wir als Kommission sehr lange und ernsthaft versucht haben, einen Konsens zu finden.

Der vorliegende Bebauungsplan zum Südareal der Roche ist für uns alle von grosser Bedeutung. Die Roche als wichtige Arbeitgeberin und geschätzte Steuerzahlerin im Kanton bekennt sich damit ein weiteres Mal zum Standort Basel, und das schätzen und anerkennen wir. Im Vorfeld konnte man lesen, dass es uns Linken nur darum ginge, gegen die Roche zu arbeiten und der grossen Pharmafirma zu zeigen, wo ihr Platz sei. Wer die Kommissionsdebatte aber miterlebt hat, weiss, dem ist nicht so. Nie stand es zur Debatte, den hypothetischen Turm 3 nicht zu genehmigen und die Entwicklung der Roche auf dem Südareal zu verhindern. Die vorliegenden Änderungsanträge der Mehrheit am Bebauungsplan, wie er aus der Regierung kam, verhindern aus unserer Sicht weder den Bau 3 noch den Umbau des Südareals. Während der Erhalt des Bau 52 verständlicherweise sehr unterschiedlich beurteilt wird, sind die anderen Forderungen eine logische Folge unserer Kantonsplanung.

Wir wissen alle, wie dringend unser Kanton mehr Grünflächen und besseren Zugang zu bestehenden Grünflächen und Nachholerholungsgebieten braucht. Der Antrag auf eine Durchwegung, sobald dies durch die wegfallende oder angepasste Störfallverordnung möglich wäre, soll genau das schaffen, einen vereinfachten Zugang für das Quartier rund um die Roche zum Rhein. Dass die Öffnung des Parks eben wegen dieser Störfallverordnung nicht realistisch ist, haben wir als Mehrheit anerkannt und uns auf die Durchwegung beschränkt.

Die Situation bei der Solitude bedarf so dringend einer Lösung, dass es aus unserer Sicht nur Sinn macht, dies hier zu klären und festzuhalten. Diese Lösung ermöglicht es uns, viele Ressourcen für die aufwendigen Auskragungen der Böschungen zu sparen und sie erspart uns auch weitere endlose Debatten über diesen Verkehrsabschnitt hier im Grossen Rat.

Und mit den Vorgaben zur Minimierung der Treibhausgasemissionen bei der Erstellung und Betrieb neuer Gebäude auf dem Südareal machen wir als Kommission der Roche eben dieselben Vorgaben wie anderen Bauherrschaften bei anderen Bebauungsplänen. Es sind Vorgaben, die kongruent sind mit unseren demokratisch legitimierten Bemühungen, die Klimaneutralität bis 2037 zu erreichen. Es freut mich, dass die FDP hier das Fachwissen auch als so zentral anerkennt, dann sollten wir ja mit der Umsetzung dieser Klimaneutralität bis 2037 keine Probleme mehr haben.

Dass die Unterschutzstellung und somit der Erhalt des Bau 52 sehr kontrovers diskutiert wurde, zeigt sich auch an unserer Fraktion. Hier handelt es sich um eine Güterabwägung, welche zu unterschiedlichen Beschlüssen führen kann. Ich persönlich finde es schon auch eindrücklich, dass eine Schutzwürdigkeit eigentlich immer auch eine Auszeichnung ist, die man sich so ganz stolz an sein Jaquett hängen könnte. Sie, liebe Roche, haben mit dem Bau 52 eigentlich einen Baucoups gelandet, einer von einigen, muss man sagen, und leider ist Ihr Interesse daran nicht so gross wie das von zahlreichen architekturbegeisterten Menschen. Für die Mehrheit der Fraktion GRÜNE/jgb überwiegt die Schutzwürdigkeit in diesem Fall den Wunsch nach einem Abriss. Dass der Erhalt nie vertieft geprüft wurde, macht es schwierig, wirkliche Zahlen beizuziehen und ein klares Urteil zu einer Schutzfähigkeit zu fällen.

Einige von unserer Fraktion aber anerkennen den Wunsch, den Bau 52, der mit dem Bau 1 schon vieles seines Charisma eingebüsst hat, abzureissen. Andere, unter anderem Fina und ich, wünschen sich mehr Innovation und Lösungsgeist, um so ein denkwürdiges Gebäude zu erhalten und in eine neue Nutzung überzuführen. Zudem müssen wir uns gut überlegen, wie wir mit schutzwürdigen Gebäuden aus den 50-er bis 70-er Jahre in Zukunft umgehen wollen. Die Frage von Asbest, Erdbebenertüchtigung und Heizformen wird sich immer wieder stellen. Die Vernichtung von Baudenkmälern, ob privat oder öffentlich, aus dieser Zeit mitsamt ihrer grauen Energie scheint uns nicht die gute Lösung zu sein.

Mit Blick darauf, dass die Unterschutzstellung von Bau 52 heute nicht gelingen wird, möchte ich mich nochmals stark machen für die anderen, sehr verhältnismässigen Anpassungen am Bebauungsplan. Sie ermöglichen der Roche eine Weiterentwicklung des Südareals mit Möglichkeiten zum Abriss, mit Erhalt von wichtigen Baudenkmälern und einer grossen Vernichtung von bestehender grauer Energie. Sie ermöglichen die Schaffung eines Parks für die Mitarbeitenden, einen hypothetischen Bau 3 und den restlichen Umbau des Südareals. Sie anerkennen aber auch die Bedürfnisse der Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt, eines Kantons, der stark von der Roche als wichtige Arbeitgeberin profitiert, aber eben auch einer Stadt mit einer sehr stark und seit Jahren von Bautätigkeit belasteten Quartierbevölkerung, einer Bevölkerung des Kantons, die sich mehr öffentlichen Raum wünscht und noch mehr Nachhaltigkeit im Bau. Mit den vorliegenden Anträgen tragen wir beiden Bedürfnissen Rechnung.

Wenn man den bürgerlichen Sprecherinnen und Sprechern so zuhört, dann hat man das Gefühl, es braucht gar keine parlamentarische Beratung von Bebauungsplänen mehr, das sehe ich ganz anders und deswegen möchte ich zum Schluss noch etwas loswerden, qeil mir während dieser Beratung immer wieder die Kritik an den schwerfälligen politischen Prozessen zugetragen wurde und wir haben es gehört, sie wurden auch in den Medien ausgeschlachtet. Ich wünsche mir, dass wir schätzen und anerkennen, dass wir in einem Land politisieren, welches seine Demokratie hochhält und pflegt. Es mag frustrieren, dass diese Politik zu langen Wegen und zu Umwegen führt. Unsere getrennten Gewalten führen dann eben zu mehreren Verhandlungen und das dauert seine Zeit. Und glauben Sie, das frustriert uns alle und auch mich sehr oft. Aber es darf nicht zur Drohgebärde werden. Wir alle hier drin wissen, wie sehr es sich lohnt, unsere Demokratie hochzuhalten, gerade in jetzigen Zeiten und gerade ihren unterschiedlichen Gewalten. Das einzige, was wir tun können, um schneller zu werden, ist, uns bei unserer eigenen Nase zu nehmen, mehr Dialog, früheres aufeinander Zugehen aller involvierten Parteien und besseres Antizipieren unserer gegenüber, sei es in der Politik, in der Wirtschaft oder in der Gesellschaft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir haben Besuch auf der Zuschauertribüne. Auf der Tribüne begrüsse ich eine Klasse des Zentrums für Brückenangebote des Schulhauses Clara mit Lehrperson Sabre Sancak. Schön seid ihr hier und interessiert euch für die Basler Politik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur nächsten Fraktionsprechenden Brigitta Gerber für die BastA.

Brigitta Gerber (BastA): Wir haben mit diesem Bebauungsplan ein grösseres Bauprojekt vorliegen, das zudem über die Jahre in verschiedenen Etappen im Parlament zur Diskussion kam und im Herzen der Stadt seinen Platz findet. Vieles wurde schon gesagt. Wir sehen aber durchaus die Argumentation der Petentschaft, von Architektinnen und Architekten, wie dies auch Salome Bessenich gut ausgeführt hat und für die Mehrheit gesprochen hat, bezüglich der Schutzwürdigkeit des Baus 52 und verstehen die Argumente der Eigentümerin Roche, ein Erhalt sei nicht ökologisch und verhältnismässig, nur bedingt. Dass der Bau 52 zugunsten einer neuen Garage vor Bau 1 abgerissen werden soll, finden wir störend. Es wird vorläufig kein Haus gebaut, das haben wir auch gehört, sondern eben eins auf Zusehen abgerissen.

Wir hätten uns für die Basler Bevölkerung und auch für die umliegenden Gemeinden in Riehen, Grenzach und die Nachbarschaft selbst sehr gewünscht, dass zumindest der Spazierweg am Rhein entlang dem Areal besser genutzt werden könnte, indem er verbreitert wird – dies ist wirklich ein wichtiger Aspekt, sonst funktioniert es da nicht -, und sich die Roche sowohl zu einer Verbreiterung dieser Passage hätte überzeugen lassen als auch einer Durchwegung des Areals zugestimmt hätte. Diese Gated-Community-Geschichten sind doch unserer Meinung nach passé.

Wir sehen auf der anderen Seite der Stadt, beim Konkurrenten, was eine Durchwegung eines solchen grossen Areals mitten im Zentrum einer dicht bewohnten, aber kleinräumigen Stadt bewirken kann. Es ist wie bei den Ökosystemen, es gilt Verinselungen von Tieren und Pflanzenwelten zu vermeiden, so eben auch bei Menschen. Durchlässigkeit täte auch dieser Ecke der Stadt sehr gut. Wir würden das sehr begrüssen.

In diesem Sinne, stimmen wir dem Mehrheitsbericht und den Änderungsanträgen zu und möchten Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, beliebt machen, dies ebenso zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP als Fraktionssprechenden eingetragen hat sich Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Ja, heute geht es um den neuen, den zukünftigen Bebauungsplan der Roche, eine Vorlage, die sorgfältig und lange in der BRK beraten und besprochen wurde. Ich glaube, die wichtigsten Punkte haben Sie einleitend von unserem Präsidenten Michael Hug oder auch der Mehrheitssprecherin Salome Bessenich erhalten.

Für mich ist es zu Beginn meines Votums ganz wichtig, etwas klarzustellen, und das geht in die Richtung, die auch schon Jo Vergeat erwähnt hat. Alle in der BRK, alle in der SP-Fraktion wissen um die Verdienste der Roche und schätzen ihren Beitrag für unseren Kanton, die Region, die Schweiz, ja sogar die Welt, sei es mit ihrer Forschung oder ihren Produkten. Somit leistet die Roche auch wichtige Beiträge in Medizin und Gesundheit, stützt die Wirtschaft, schafft Arbeitsplätze und engagiert sich darüber hinaus in anderen Bereichen von Gesellschaft und Kultur. Es geht hier bei dieser Debatte also nicht darum, diese Pläne der Roche in irgendeiner Weise zu verhindern, geschweige denn irgendwelche Investitionen zu blockieren.

Die Roche ist heimisch an ihrem Standort, an der Grenzacherstrasse, auf ihrem Firmenareal, das schon lange in verschiedenen Etappen laufend weiterentwickelt wurde. Und auch da braucht es immer wieder Anpassungen der planungsrechtlichen Grundlagen. Und genau heute diskutieren wir hier in diesem Parlament den jüngsten Schritt in dieser Entwicklung. Viel der alten Struktur entlang des Rheins ist oberirdisch aus der Nutzung gefallen und im Untergrund zeichnen sich wichtige Anpassungen an der Infrastruktur ab.

Der neue Bebauungsplan sieht einen grossflächigen Rückbau dieser Gebäude vor, auch sie sind Zeitzeuginnen der Basler Industriegeschichte, einen internen Park mit Besuchszentrum und gleichzeitig wird auch noch die planungsrechtliche Grundlage für das potenziell höchste Gebäude der Schweiz erstellt, der dritte grosse Rocheturm, Bau 3. Und dies, obwohl die Notwendigkeit zur Erstellung zurzeit von der Eigentümerin gar nicht angezeigt und weiterverfolgt wird. Das finden wir speziell und ich denke, vielleicht ist das sogar auch sehr einzigartig. Es braucht diesen neuen Bebauungsplan vor allem, da im jetzt gültigen Bebauungsplan festgehalten ist, dass es bei Änderungen im heutigen Baufeld 2 (das sind die Gebäude am Rhein) zwingend ein neues Planungsverfahren braucht und Bau 52, über den wir auch schon viel gesprochen haben, der ist explizit in dem bestehenden Bebauungsplan erhalten. Es geht also bei diesem Bebauungsplan auch darum, diesen Rückbau zu ermöglichen.

Und da kommt jetzt der erste Punkt. Während Klimakrise und Klimanotstand scheint dies an gewissen Stellen wie aus der Zeit gefallen. Selbst der Regierungsrat hält in seinem Legislaturplan das Prinzip «Erhalt vor Neubau als Ressourcenschonung» in Bau und Planung fest. Gerade deshalb ist es der SP ein wichtiges Anliegen, diesen Bebauungsplan nach gleichen Massstäben wie bei anderen zu beurteilen, auch weil es bei diesem Bebauungsplan nicht wie sonst üblich zu einer öffentlichen Mitwirkung und Architekturwettbewerben gekommen ist.

Die SP, und das möchte ich klar sagen, sagt aber auch Ja zu diesem Bebauungsplan. Die SP sagt Ja zum Bau 3, sie sagt Ja zu diesem neuen Park und dem Besuchszentrum und sie sagt Ja zu einem grossflächigen Rückbau. Aber sie möchte diese vier Ja mit kleineren Flankierungen ergänzen, so wie sie die BRK-Mehrheit vorschlägt. Über die Nachhaltigkeitsstandards der Arealentwicklungen haben wir schon viel gesprochen hier drin, auch hier geht es darum, dass wir diese im Bebauungsplan verankern. Die Verbreiterung der Solitude wurde jetzt auch schon mehrfach von verschiedenen Seiten erwähnt, das ist, eine seit Jahren hoch emotionale, aber auch problematische Verkehrssituation, die wir jetzt hier absichern könnten.

Und erlauben Sie mir, die öffentliche Durchwegung, das ist ein kleiner Streifen, hier wird kein neuer öffentlicher Park gefordert. Es geht hier stattdessen darum, unter den Bedingungen dieses Störfalls eine Durchwegung für die Bevölkerung von der Grenzacherstrasse an den Rhein sicherzustellen, so wie das in vielen Gesprächen oder auch Einsprachen aus der lokalen Bevölkerung erkenntlich ist.

Und dann geht es zu guter Letzt um die Unterschutzstellung, des Bau 52, der heute explizit im Bebauungsplan schon drin ist. Und hier erlauben Sie mir, diejenigen, die sagen, es gäbe keine rechtlichen Grundlagen für Bebauungspläne, also nach dem Bau- und Planungsgesetz können gemäss § 101 Abs. 2 beispielsweise Kulturdenkmäler so festgehalten und auch geschützt werden.

Bau 52 war das höchste Gebäude in der Schweiz, es ist ein Pionier seiner Art und ist heute eingebettet in andere Hochhäuser. Er verkörpert geradezu sinnbildlich die wirtschaftliche Entwicklung der Roche, aber auch unseres Kantons. Hier sprechen die Argumente des Denkmals. Der Bau 52 ist aber auch in gutem Allgemeinzustand und kann energetisch saniert, umgebaut und einer neuen Nutzung zugeführt werden. Es geht hier also auch um ein ökologisches Umdenken, das uns alle betrifft. Es ist das Klimaargument, für das bei einem Rückbau auf Vorrat Vorsicht geboten ist. Für den Erhalt geht es deshalb nicht nur um diese denkmalpflegerischen Elemente, sondern auch um ökologische Kriterien. Es geht also nicht, so wie das oft kolportiert wurde, um Nostalgie, sondern es geht auch um einen Wandel in der Bau- und Planungskultur unserer Stadt. Innovation ist Renovation und nicht nur der Abbruch.

Erlauben Sie mir zum Schluss auch nochmals die Bemerkung zu dem immer wieder wiederholten Argument, dass das nicht ginge und diese sogenannte Schutzfähigkeit. Ich glaube, und das gibt auch der Bericht der BRK von beiden Seiten her und auch die Gutachten, wenn an dieses Gebäude nicht Anforderungen gestellt würden, die weit über die gesetzlichen Normen

hinausgehen, dann würde sich diese Frage gar nicht in diesem Umfang stellen. Und da finde ich, bewegen wir uns ins offene Feld, weil das kann durchaus präjudiziellen Charakter haben. Das heisst, die Berechnungsgrundlagen, die dem Kulturwandel vom Erhalt und Umnutzung entgegenstehen, sind nicht etwa fachlichen Argumenten geschuldet, die bislang galten, sondern es sind verschärfte Anforderungen, die Eigentümer:innen einbringen, die sie selbst wählen und ihrem Gebäude auferlegen. Und da müssen wir aufpassen, dass man hier nicht dieses Spielfeld der reinen Ansprüche der Eigentümerin überlässt.

Aus diesen Überlegungen bittet Sie die SP-Fraktion, der Mehrheit der BRK zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, den Anträgen der Kommissionsminderheit bzw. der Regierung zu folgen. Nach dem Votum von Silvia Schweizer müsste ich eigentlich nichts mehr sagen, sie hat alles, was ich sagen wollte, relativ gut abgeholt und glaube auch mir und der SVP-Fraktion ziemlich aus dem Herzen gesprochen. Die SVP-Fraktion bekennt sich zum Pharmastandort Basel, sie erachtet die Roche als wichtigen und zuverlässigen Player für Arbeitsplätze, Wohlstand und Fortschritt und sieht deshalb auch keinen Anlass, am Bebauungsplan, wie ihn der Regierungsrat vorgelegt hat, etwas zu ändern.

Wir leben in einer Zeit, in denen Aspekte wie die Rechtssicherheit, die wirtschaftliche Entwicklung und der Erhalt des Wohlstands zunehmend in einem Risiko und somit auf der Kippe stehen. Wir wissen alle, dass mit dem aktuellen Zollhammer der USA eine grosse Verunsicherung in der Wirtschaft herrscht und natürlich kann man jetzt sagen und sich darüber aufregen, dass dieser globale Ist-Zustand schlimm ist und dass wir weiterhin in Angst leben können, aber ich denke, das Beste, was wir wirklich machen können aus Sicht der Schweiz, aus Sicht der Region Basel ist, sinnvolle Standortpolitik zu betreiben im Sinne unserer Arbeitsplätze und im Sinne des Wohlstandes. Ich persönlich vertrete nicht die Meinung, dass jedes Parlamentsmitglied, welches heute der Kommissionsmehrheit folgt, automatisch als wirtschaftsfeindlich gilt und jetzt nicht die Roche genügend anerkennt, aber diesen Vorwurf muss sich die BRK-Mehrheit machen, dass man bei der Abwägung im Sinne des attraktiven Wirtschaftsstandortes und im Sinne des zuverlässigen Partners Roche aus unserer Sicht die falsche Abwägung gemacht hat und zumindest leicht fahrlässig handelt.

Und wenn ich jetzt auf die Voten von Jo Vergeat und Ivo Balmer noch kurz eingehen darf: Ja, es gibt selbstverständlich die demokratiepolitischen Punkte, die man hat, einen Bebauungsplan abzuändern, das hat ja auch Regierungsrätin Esther Keller in ihrem Eintrittsvotum relativ gut geäussert. Aber wenn man viel zu stark in etwas eingreift, in die Privatautonomie, wenn man zu starke enteignungspolitische Massnahmen ergreift, dann muss man sich halt auch den Vorwurf gefallen lassen, dass man die Wirtschaft und die Roche als zuverlässigen Player hier etwas zu wenig würdigt.

Ich komme zum Bau 52: Aus Sicht der SVP ist klar, dass die Vorteile eines Abrisses überwiegen, wir sehen hier auch diese nostalgischen Argumente der Kommissionsmehrheit nicht wirklich und wir sind auch der Meinung, dass es keinen Sinn macht, aus ökologischer, wirtschaftlicher, aber auch sicherheitspolitischer Sicht diesen Bau zu erhalten. Wie wollen Sie denn in Zukunft die Standards für den Brandschutz sicherstellen? Das ist ja wirklich nur mit riesigem und unverhältnismässigem Aufwand möglich, und auch punkto Erdbebensicherheit, stellen Sie sich mal vor, Sie sind in einem solchen Hochhaus und wir haben ein Erdbeben. Das ist doch extrem schwierig und auch mit einem unverhältnismässigen Aufwand nur möglich, hier diese zu Recht hohen Standards bei Hochhäusern einzuhalten. Und was wollen Sie denn in Zukunft mit diesem Bau anstellen? Ich glaube wirklich nicht, dass die Roche und ihre Mitarbeiter jetzt extrem gierig darauf wären, dort in einem Büro zu arbeiten. Diese Büros sind wirklich nicht mehr zeitgemäss, sie sind für diese Nutzung auch nicht mehr brauchbar. Da muss man sich auch mal die Frage stellen, was will man denn mit diesem Bau 52 denn konkret erreichen

Und dann das Thema Durchwegung: Auch da versteht die SVP-Fraktion die Haltung der Kommissionsmehrheit nicht, aber auch generell haben wir hier Mühe, dass man überall den Anspruch geltend machen will, dass man überall immer durchspazieren muss. Man muss durch jedes Freizeitgartenareal durchmarschieren, man muss durch jedes Privatareal durchmarschieren. Ja, meine Damen und Herren, es gibt in der Gesellschaft wahrscheinlich einen gewissen Nutzungsdruck, aber ich persönlich wohne auch in der Breite, ich laufe auch viel via Schwarzwaldbrücke ins Kleinbasel und zurück, aber ich hatte jetzt noch nie das Bedürfnis, unbedingt jetzt dort beim Roche-Areal durchgehen zu müssen. Wenn Sie die Bevölkerung fragen, was ihre grössten Probleme sind, sagt Ihnen niemand, wir müssen unbedingt jetzt dort beim Roche-Areal durchspazieren. Und das hier einfach mit einem Zwang in einem Bebauungsplan zu verankern, das macht nun wirklich keinen Sinn. Wenn die Roche eines Tages zum Entschluss kommt, dass man hier auch öffnen kann, dann ist das selbstverständlich gut und schön, aber hier sollen zuerst die Sicherheitsanforderungen erfüllt sein, hier soll man erst auch der Roche einen gewissen Handlungsspielraum geben, um das zu erfüllen und dann vielleicht auch in einem zweiten Schritt auf freiwilliger Basis dann schauen, dass dann die Roche das öffnet. Da sind wir dann auch in einem relativ guten Austausch, wir stehen ja auch dazu, dass wir die Roche als zuverlässigen Player erachten.

Und das gleiche gilt auch beim Punkt der Solitude. Selbstverständlich wäre es wünschenswert, wenn wir hier Verbesserungen machen können, aber auch hier ist die SVP-Fraktion nicht der Meinung, dass man das via Zwang in einem

Bebauungsplan verankern sollte, sondern dass hier auch die Freiwilligkeit gegeben sein muss. Wir sind auch der Meinung, dass die Roche mit sich reden lassen wird und es in Zukunft durchaus auch Verbesserungsmöglichkeiten gäbe.

Zusammengefasst, die SVP-Fraktion bittet Sie, der Kommissionsminderheit zuzustimmen, die Anträge der Mehrheit abzulehnen und der Version zu folgen, die uns die Regierung vorgelegt hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Bülent Pekerman für die GLP.

Bülent Pekerman (GLP): Wir sprechen heute über ein Geschäft, das für Basel weit über das konkrete Bauprojekt hinaus von Bedeutung ist. Dass heute so viele Medienschaffende im Saal sind, zeigt, welche öffentliche Aufmerksamkeit dieses Thema geniesst. Es geht um das Roche Südareal und damit um die Frage, wie wir als Stadt mit grossen Entwicklungsarealen umgehen, wie wir ökologische Verantwortung mit wirtschaftlicher Stärke verbinden und wie wir Stadtentwicklung mit Augenmass gestalten.

Das Roche-Areal prägt über 100 Jahre unser Stadtbild und ist Teil unserer industriellen Identität. Mit dem neuen Bebauungsplan liegt nun eine Vorlage vor, die Klarheit schafft und eine Zukunftsperspektive aufzeigt. Sie soll den Übergang von einem industriellen Betriebsareal zu einem durchgrünten, nachhaltigen Unternehmenscampus ermöglichen. Es geht also nicht um Stillstand, sondern um eine kluge Weiterentwicklung mit Respekt vor Umwelt, Sicherheit und Standortinteressen. Die Grünliberalen unterstützen den Minderheitsbericht der Bau- und Raumplanungskommission und stellen sich somit hinter den Ratschlag des Regierungsrats. Wir tun dies, weil diese Vorlage für uns ein klares Bekenntnis zum Standort Basel ist und zu Roche als einem seiner wichtigsten Wirtschaftsmotoren.

In der heutigen Debatte dreht sich vieles um das Gebäude Bau 52. Ja, dieses Gebäude ist ein Zeitzeug der Nachkriegsmoderne und ja, auch ich finde es schön. Aber wir müssen ehrlich sein, allein die Schutzwürdigkeit macht ein Gebäude noch nicht schutzfähig. Die Gutachten sind eindeutig, Brandschutz, Erdbebensicherheit und Schadstoffbelastung würden eine Sanierung unverhältnismässig teuer und technisch heikel machen. Wenn der Eingriff so tiefgreifend ist, dass am Ende kaum Originalsubstanz übrig bleibt, dann reden wir faktisch über einen Neubau im alten Kleid. Das ist weder denkmalpflegerisch sinnvoll noch ökologisch vernünftig. Nachhaltigkeit bedeutet nicht, am Alten festzuhalten, sondern das Richtige für die Zukunft zu tun. Ressourcen müssen dort eingesetzt werden, wo sie Wirkung entfalten für Klima, Funktionalität und Zukunft. Ein Ersatzbau kann in diesem Fall die ökologischere und langfristig verantwortbarere Lösung sein. Darum befürworten wir den Rückbau von Bau 52, weil er den Weg für ein modernes, energieeffizientes und klimaschonendes Areal freimacht.

Ein weiteres Thema, das für Diskussion sorgt, ist die Durchwegung. Auf den ersten Blick klingt die Idee einer öffentlichen Wegverbindung über das Roche-Areal attraktiv: Mehr Offenheit, mehr Zugang, mehr Stadtleben. Doch die Realität ist komplizierter. Auf dem Areal befinden sich weiterhin störfallrelevante Anlagen. Eine öffentliche Wegführung mitten durchs Areal ist derzeit nicht möglich. Vielleicht ergeben sich in Zukunft andere Lösungen, mit denen eine solche Durchwegung realisiert werden kann, aber heute müssen wir anerkennen, zurzeit geht es nicht. Roche hat jedoch mehrfach ihre Bereitschaft erklärt, Hand zu bieten für eine Verbreiterung und qualitative Aufwertung der Solitude-Promenade. Das ist ein pragmatischer und realistischer Schritt, von dem die Bevölkerung tatsächlich profitieren kann. Überzeugende Pläne zur Umgestaltung der Promenade liegen bereits vor, und Roche war aktiv daran beteiligt. Diese Bereitschaft schafft die Voraussetzung, dass dieses Projekt bald umgesetzt werden kann, und das wäre eine deutliche Aufwertung des gesamten Umfelds.

Besonders überzeugt haben uns die ökologischen Aspekte des Vorhabens. Das neue Südareal wird deutlich grüner, Flächen werden entsiegelt, Dächer begrünt, Regenwasser wird gesammelt und Energie effizient erzeugt. Der neue Park schafft zudem einen Kaltluftkorridor, der das Mikroklima im dicht bebauten Kleinbasel verbessert. Das ist Klimaanpassung, wie es sein sollte, wissenschaftlich fundiert, lokal wirksam und wirtschaftlich tragbar. Mit dieser Planung wird nicht nur gebaut, sondern auch regeneriert. Ein Stück Stadt wird klimaresilienter. Das passt perfekt zu unserer GLP-Vision einer Stadt, die wirtschaftlich stark und ökologisch verantwortungsvoll ist.

Gleichzeitig stärkt der Bebauungsplan den Wirtschafts- und Forschungsstandort Basel. Roche investiert hier langfristig, schafft Arbeitsplätze, Innovation und Steuersubstrat. Planungssicherheit ist dafür entscheidend. Wer investiert, braucht klare Regeln. Der vorliegende Bebauungsplan bietet diese Verlässlichkeit und wahrt gleichzeitig den städtebaulichen Anspruch der Stadt. Auch die UVEK hat den Ratschlag nach sorgfältiger Prüfung mit breiter Zustimmung unterstützt. Sie kam zum Schluss, dass der Plan die Anforderungen an Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und Stadtklima bereits erfüllt und keine zusätzlichen Anträge notwendig sind, sonst wären sie ja gestellt.

Manche kritisieren, dass der Park nicht öffentlich zugänglich ist. Das stimmt, aber er erfüllt eine zentrale ökologische Funktion und verbessert das Stadtklima nachhaltig. Wer Stadtentwicklung ernsthaft nachhaltig denkt, muss auch solche Grünräume zulassen, die primär klimatische und ökologische Aufgaben erfüllen. Basel braucht neben öffentlichen Plätzen

auch grüne Lungen, Räume, die die Stadt atmen lassen. Und Basel steht im Spannungsfeld zwischen Wachstum, Verdichtung und Lebensqualität. Der Staat soll Rahmenbedingungen setzen und genau das gelingt hier.

Der Plan schafft Sicherheit für alle, für das Unternehmen, für die Verwaltung und für die Bevölkerung. Darum unterstützen wir den Minderheitsbericht der BRK und den Ratschlag des Regierungsrats. Er steht für Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit und Rechtsstaatlichkeit. Der Bebauungsplan ist kein Rückschritt, sondern ein Schritt nach vorne, hin zu einem grüneren, sichereren und zukunftsfähigen Basel. Liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen wir heute ein Zeichen für Vernunft statt Symbolpolitik, für Vertrauen statt Misstrauen und für eine Stadt, die mutig, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert handelt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Eric Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Diese Sache ist sehr spannend, auch wenn man die Zeitungen von heute liest. Wir haben sehr viele Medienvertreter hier, das Schweizer Fernsehen und die Basellandschaftliche Zeitung schreibt, dass heute quasi das am hitzigsten diskutierte Geschäft des Jahres auf der Traktandenliste ist und dass es eine ganz wichtige Sache ist, quasi die wichtigste Sache jetzt im Grossratsjahr. Ich finde das spannend und ich werde da auch eine Entscheidung geben und bin da ein Zünglein an der Waage. In der Basler Zeitung für heute kann man ja lesen zu dieser Diskussion, es komme also auf jede Stimme an. Ich bin selber hin- und hergerissen gewesen, was soll ich stimmen soll, denn eigentlich bin ich gegen grosse Konzerne und stimme eher links. Aber gleichzeitig weiss ich, dass wir das Armenhaus der Schweiz wären, wenn wir die Roche und die Novartis nicht hätten, und das wissen Sie auch, die Steuerzahler, die wir hier haben. Dann würde der Kanton sparen müssen und dann würden Sie für heute Morgen nicht 200 Franken Sitzungsgeld bekommen, sondern nur noch 50 Franken, weil der Kanton kein Geld hat.

Ich stimme mit der SVP, mit den Bürgerlichen, ich habe die wichtige Entscheidung getroffen, und das möchte ich begründen, weil ich bei anderen Abstimmungen von der SP reingelegt worden bin. Altregierungsrätin Eva Herzog, Finanzministerin, hat mir öfters gesagt, bitte stimme beim Budget mit uns, ich habe es gemacht, schreibe ich aber zehn Postkarten nach Bern, bekomme ich keine Antwort. Und darum sage ich, meine Damen und Herren, ich lasse mich nicht mehr als Stimmvieh missbrauchen. Ich wollte das nur als Beispiel bringen.

Keiner hat es gesagt, aber das Hochhaus der Roche, das abgerissen wird, ist weltberühmt, es ist der kleine Bruder des UNO-Hauptgebäudes in New York. Die UNO, die Weltregierung, ist nicht begeistert, dass der kleine Bruder abgebrochen wird, aber so ist es halt, ich weiss jetzt nicht, ob es der gleiche Architekt ist, aber das Gebäude in Basel sieht aus wie das UNO-Hauptgebäude in New York. Meine Damen und Herren von den Grünen und der SP, ich finde es einfach nicht schön, die Rechthaberei, die oft da mitspielt und darum habe ich das vorher gesagt vom Armenhaus. Wenn Sie nicht das machen, was die Roche will, meine Damen und Herren Grossräte von SP und Grünen, dann ziehen die Roche weg. Die Roche hat jetzt schon viel verlagert nach Amerika wegen der Zölle, die Roche hat mehrere Sonderflugzeuge von Basel gehabt nach Amerika, bevor der Zoll gekommen ist. Liebe SP und Grüne, merken Sie sich in Ihrem Stammbuch, wer bezahlt befiehlt, und das möchte ich Ihnen in Ihr Hausaufgabenheft schreiben. Und wenn die Roche dann weggezogen wäre, weil die Roche würde das machen, wenn Sie nicht machen, was die Roche will, dann kommen in die Türme Asylanten und das will ich nicht. Es gibt viele Hotels in ganz Westeuropa, ich zähle sie nicht auf, in denen jetzt Asylanten sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das gehört nicht zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zum Schluss, ich wähle mich der bürgerlichen SVP.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Remo Gallacchi.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Ich möchte noch ein Einzelvotum zu zwei Punkten halten, auch im Sinne unserer Fraktion Mitte/EVP. Ivo Balmer und auch andere haben betreffend Abriss von Bau 52 von Erhalt vor Neubau, Klimakrise, Klimanotstand, Klimavorgaben und Ökologie gesprochen, dass es besser Erhalten vor Neubau sei. Entschuldigung, es gibt keinen Neubau dort. Rein ökologisch macht es keinen Sinn, ein Gebäude zu 80 oder 90% abzureissen und mit einer fiktiven Hülle aufzubauen, das erstens CO_2-Treibhausemissionen produziert, den Erhalt und den Betrieb nachher ebenfalls Treibhausemissionen verursachen. Und man muss kein Experte sein, kein Gebäude produziert kein CO_2, also auf dieser Schiene können Sie gar nicht argumentieren.

Und dann, es ist ein scheinkulturelles Erbe, weil praktisch alles neu gebaut wird. Im süddeutschen Raum gibt es ein Gebiet, das hat Neubauten, die auf historisch alte Fassaden setzt. Mehrere Quartiere, man nennt es Europa-Park, wollen Sie den auch unter Schutz stellen, nur weil das so schön alt aussieht? Also ich möchte kein Europa-Park-Gebäude hier in Basel-Stadt.

Zum Durchgang: Zwischen der Peter Roth-Strasse und der Solitude sind es genau 300 Meter. Wieso brauchen Sie den Druchgäng, für wen, wo liegt das öffentliche Interesse innerhalb von diesen 300 Metern irgendwo einen kleinen Weg zum Rhein bauen zu lassen. Keiner, wahrscheinlich keiner vom oberen Kleinbasel geht durch die Flaniermeile Wettsteinallee bei der Roche. Daher braucht es diesen Weg nicht. Betreffend Enteignung wurde das oft genug gesagt. Also, ein unnötiger, nicht im öffentlichen Interesse überwiegender Durchgang ist abzulehnen, auch der Abriss des Bau 52 ist zu bevorzugen. Deshalb stimmen Sie bitte für die Kommissionsminderheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Nach diesen Voten und nachdem auch meine Fraktionskollegin Jo Vergeat die Fraktionshaltung dargelegt hat, möchte ich noch kurz auf die grüne Position zum Erhalt des Bau 52 eingehen. Mir ist klar, es lassen sich nicht alle gleich leidenschaftlich für Denkmalschutz begeistern und es geht auch nicht darum, ob man das Gebäude schön findet oder nicht. Es gibt auch Baudenkmäler, die nicht schön sind. Aber was wir sagen können, wenn wir in der Kommissionsmehrheit den Bau 52 erhalten möchten, dann wollen wir nicht das Areal einfrieren, so wie es ist. Beispielsweise die weisse Fabrik, die ist ebenfalls Teil des ISOS, also das grosse Gebäude an der Rheinfront, da sehen wir auch, dass der Gewinn für die Roche grösser ist, wenn dort ein Park steht, auch wenn dieses Gebäude ebenfalls höchster Schutzwürdigkeit entspricht.

Der Erhalt des Bau 52 ist vielmehr Ergebnis einer langjährigen Fachdebatte, die abgewogen hat zwischen architektonischer Bedeutung, dem Gewinn eines Parks und Platz für die Solitude und der Machbarkeit einer Transformation. Denn Stichwort Machbarkeit, der Begriff der Schutzfähigkeit ist nicht eindeutig definiert, er ist immer Produkt einer Güterabwägung. Es gibt also kein geeichtes Metermass, kein Ja, er ist schutzfähig, Nein, er ist nicht schutzfähig. Wir stehen hier vor der Ausgangslage, dass die Bauherrin den Zollstock selbst definiert hat und dabei ein Mass wählt, an dem wohl alle Baudenkmäler scheitern würden. Frei nach Morgenstern, «es kann nicht sein, was nicht sein darf».

Der Entscheid des Grossen Rates gegen den Erhalt des Bau 52 könnte so Denkmalschutz zu einer Interpretationssache machen und so lesen sich viele der Argumente, die den Erhalt des Bau 52 für unmöglich erklären. Asbest, fossile Heizsysteme oder das strenge Erdbebenmass, sie verzerren das Bild um die grosse Vielfalt an geglückten Umnutzungen und Transformationen im Bestand und wir wissen alle, wir werden unsere Heizsysteme entfossilisieren müssen, das steht ganz vielen Eigentümerinnen im Kanton bevor, und ich glaube, bei niemandem würden wir es durchgehen lassen, dass sie, weil sie ihre Öl- oder Gasheizung ersetzen müssen, lieber gerade das ganze Haus abreissen, weil das dann ökologisch sinnvoller sei.

Der BRK-Mehrheit wurde in der medialen Debatte wiederholt die Sachkundigkeit abgesprochen und das hat mich erstaunt bis erschüttert. Als Jüngste in diesem Gremium kann ich keinen Doktortitel in Architekturgeschichte vorweisen, aber das wäre auch ein überaus fragliches Verständnis einer repräsentativen Milizdemokratie. Ich habe aber zwei offene Ohren und ich kann Ihnen sagen, der Diskurs zum Erhalt des Bau 52 läuft seit über fünf Jahren, und vielleicht haben Sie die Petition gesehen, die innert wenigen Tagen über 1’000 Unterschriften aus Architektur und Stadtplanung versammeln konnte, darunter europaweit renommierte Praktiker wie der italienische Architekturhistoriker Vittorio Lampognani, die mehrfach preisgekrönten französischen Architekten Lacaton & Vassal sowie zahlreiche Professor:innen aus Basel, der Schweiz und ganz Europa. Solche Namen lassen sich nicht in einer Hauruckübung versammeln, sie sind das Resultat einer langjährigen Debatte, die immer wieder zum Schluss kommt: Ein Gebäude kann man schlecht rechnen, wenn man es abreissen will, während der innovative Städtebau von heute auf den Bestand setzt. Also nicht Abriss und Neubau und keine Tabula Rasa für den Masterplan. Ein wichtiger wachsender Teil der Branche setzt auf die Bestandsstadt und die BRK-Mehrheit schliesst sich dem an.

Und zusätzlich, die BRK-Mehrheit ermöglicht der Roche sogar zusätzliche Bruttogeschossflächen, wenn sie den Bau 52 erhält. Eine Entwicklungsbremse oder wie man uns auch vorgeworfen hat, das Torpedieren der Entwicklung sieht anders aus. Und ich möchte gerne in der Hoffnung (ich habe die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben), schliessen, wie auch Bülent Pekerman geschlossen hat: Entscheiden wir uns für den Bau 52 und für eine Stadt, die mutig, nachhaltig und verantwortungsvoll handelt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Einige Ratskolleg:innen vor mir haben sich schon dazu geäussert, dass es hier nicht darum geht, der Roche irgendwelche Arealentwicklungen zu verunmöglichen. Im Gegenteil, grossflächiger Rückbau bis hin zu Gebäudevisionen werden ja hier ermöglicht. Es geht lediglich um ein paar flankierende Anpassungen im öffentlichen Interesse.

Ich freue mich, dass ich ein bisschen über mein Passionsthema mit Ihnen sprechen darf, es geht um Verwaltungsrechtsprozesse zwischen kooperativer und hoheitlicher Gestaltung, damit befasse ich mich in meiner Freizeit noch gerne. Der Minderheitssprecher Michael Hug und Regierungsrätin Esther Keller haben das auch schon unter dem Titel Kompromisse ein bisschen abgehandelt. Die Idee eines Bebauungsplans oder genauer formuliert einem Sondernutzungsplan ist eben, dass man mehr machen kann, als das Gesetz eigentlich vorsieht, und im Gegenzug dazu wird man im Rahmen von Kompromissen irgendwelche öffentlichen Interessen einbringen können. Ganz am Schluss, nach diesem Kompromissprozess entscheidet aber der Grosse Rat hoheitlich. Das ist die Ausgestaltung zwischen kooperativer und hoheitlicher Gestaltung des Prozesses.

Ich habe nun verstanden, dass einige Redner:innen vor mir sich auf den Standpunkt stellen, dass der Grosse Rat gefälligst nicht reinreden soll, wenn die Roche und die Verwaltung zu einem Schluss gekommen sind, wie sie das machen können und wir uns nicht in den Ratschlag einmischen sollen. Wir sollen deswegen nicht einmal das reinschreiben, was wir praxisgemäss in alle anderen Bebauungspläne reinschreiben, siehe zum Beispiel Erstellung, Unterhalt und Betrieb des Gebäudes. Gut, soweit habe ich immerhin die Begründung verstanden, auch wenn gestützt auf das Bau- und Planungsgesetz mein Verständnis unserer Rolle als Grosser Rat eine andere ist.

Jetzt aber vorausgeschickt einfach mal zu einem beispielhaften Passus, den wir hier anpassen wollten: Es geht um die Solitude-Promenade, denn da bin ich wirklich abschliessend verwirrt. Die Äusserungen dazu haben mich jetzt derart verunsichert, dass ich nochmals kurz den Bericht lesen musste, aber ich habe gesehen, meine Erinnerung hat mich nicht getäuscht, im allgemeinen Teil, das heisst einstimmig durch alle Mitglieder der BRK, wurde festgestellt und auch nochmals wiederholt im Minderheitsbericht, dass die Roche ja Hand bieten wollte dazu, eine Verbreiterung anzubieten. Jetzt verstehe ich aber überhaupt nicht, warum die Mitglieder der Minderheit trotzdem zum Schluss kommen, dass sie das nicht in den Bebauungsplan reinschreiben wollen.

Nun, davon auszugehen, dass, wenn die Roche ein Angebot macht, man noch festlegen könnte, das nicht in den Bebauungsplan reinzuschreiben, und die Annahme, dass dadurch die Basler Standardattraktivität bachab gehen würde, entzieht sich komplett meinem Verständnis. Die Detailberatung wird sicher noch eine gewisse Zeit dauern, das sieht man schon nur, dass ich jetzt auch schon hier die Debatte verlängere und das ist Ihre Chance, geschätzte Ratskolleg:innen, schreiben Sie Ihren Mitgliedern der BRK aus Ihrer Fraktion, schreiben Sie diesen, gehen Sie auf sie zu, fragen Sie sie nochmals kurz, was macht es denn so unglaublich schlimm, etwas in einen Bebauungsplan zu schreiben, was die Bauherrschaft selbst angeboten hat. Das ist die Frage, die Sie da stellen müssen, wieso soll das das grosse Problem darstellen. Sind wir denn so schlechte Verhandlungspartner als Kanton Basel-Stadt, dass wir es nicht einmal schaffen, Angebote der Bauherrschaft im Sinne der Gesamtbevölkerung in einen Bebauungsplan zu schreiben? Können wir später der Bevölkerung, wenn die Situation bei der Solitude-Promenade noch weiterhin bis in alle Ewigkeiten schlecht sein soll, erklären, dass wir darauf verzichten wollten, Angebote der Roche in den Bebauungsplan aufzunehmen? Wenn Sie das erklären können, dann können Sie die Anträge ablehnen, sonst bitte ich Sie um Annahme des Mehrheitsberichts.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die engagierte Debatte. Ich denke, die Argumente liegen auf dem Tisch, ich möchte vor allem zwei Stichworte aufnehmen.

Jemand hat gesagt, es handle sich bei den Anpassungsvorschlägen der BRK-Mehrheit um kleinere Justierungen. Dem möchte ich wirklich widersprechen. Es handelt sich doch um Präzedenzfälle mit grosser Tragweite. Eine unilaterale Durchsetzung des Erhalts eines Gebäudes, für das ein Unternehmen keinen Verwendungszweck mehr sieht, das im Betrieb sogar den Netto-Null-Zielen des Unternehmens zuwiderläuft, ist kein kleiner Eingriff. Der Regierungsrat ist auch überzeugt, dass es keine rechtliche Grundlage für die Forderung nach einem öffentlichen Weg durch das Areal gibt. Das Areal ist Privateigentum und es gibt wenige Meter entfernt bereits Wege zum Rhein. Das öffentliche Interesse, das es dafür bräuchte, ist aus unserer Sicht deshalb nicht gegeben.

Was bedeutet also ein Durchsetzen der BRK-Mehrheit? Es gäbe ein längeres Gerichtsverfahren, in dem die Roche zu Recht wahrscheinlich gegen diese Enteignung kämpfen würde, und das wiederum ist definitiv kein Zeichen, das wir hier setzen möchten. Und nochmals zur Erinnerung, der Bebauungsplan ist schon das Resultat einer intensiven Verhandlung und es ist auch nicht so, Daniel Gmür, wie Sie es erwähnt haben, dass man daran nichts mehr ändern kann. Der Grosse Rat hat in

Vergangenheit schon mehrere Male Änderungen an den Bebauungsplänen vorgenommen, aber immer, und das ist wichtig, bis auf den Fall Residenzpflicht, der eben vor Gericht dann korrigiert wurde, immer im Einverständnis mit den jeweiligen Grundeigentüme:innen.

Das ist der springende Punkt und diesen einvernehmlichen Weg möchten wir weitergehen. Es geht um Rechtsstaatlichkeit, es geht um Planungssicherheit und das ist auch ein wichtiges Zeichen für künftige Investitionen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die UVEK das Wort hat Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Der UVEK-Bericht wurde zweifach ins Feld geführt als Begründung, um mit der Minderheit zu stimmen. Ich möchte hier kurz aus der heutigen Zusammensetzung der UVEK berichten, dass unterschiedliche Lesarten des über ein Jahr alten UVEK-Berichts vorliegen.

Ja, die UVEK beantragte die Zustimmung zum Bebauungsplan dazumal, gleichzeitig gehen zwei der vier Änderungsanträge der BRK-Mehrheit in dieselbe Stossrichtung wie die Haltungen, die die UVEK in ihrem Bericht einnahm. Also liegen zwei Lesarten vor. Die Variante 1 ist, man kann die Abklärungen und Haltungen der UVEK, die im Mitbericht abgebildet waren, als Begründung für die Anträge zur Durchwegung und zur Verbreiterung der Solitude-Promenade lesen, also als Rückenwind für die Mehrheit, die Variante 2 wäre, dass die UVEK eben keinen Antrag auf konkrete Änderungen stellte, kann als Begründung für die Minderheitsanträge gelesen werden.

Welche Debatten der UVEK-Bericht in der BRK auslöste oder wie er von der jeweiligen Mehr- und Minderheit in der BRK gelesen wurde, ist der UVEK nicht bekannt. In aktueller Zusammensetzung liegen in der UVEK beide Lesarten des UVEK-Berichts vor. Die UVEK-Mitglieder haben sich ihre Meinungen abschliessend in den Fraktionen gebildet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Kommissionsminderheit das Wort hat Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich möchte nochmals zu bedenken geben, dass die BRK und das Parlament in ihren Bebauungsplänen zwar weitgehende Festlegungen treffen können. Wer von einer Sondernutzung profitiert, sollte im Gegenzug auch eine gewisse Gegenleistung erbringen, deshalb heisst es auch Sondernutzungsplanung. In der Regel ist dies unproblematisch, da die Eigentümerschaft damit einverstanden ist, so auch in zahlreichen früheren Geschäften. § 101 des Bau- und Planungsgesetzes enthält jedoch einen Katalog dessen, was in einem Bebauungsplan festgelegt werden kann. Eine Durchwegung oder eine Abtretung über das Grundbuch ist darin nicht vorgesehen. Es fehlt somit an einer klaren gesetzlichen Grundlage, was das Vorgehen der Mehrheit sowohl fragwürdig als auch potenziell anfechtbar macht.

Zudem ist unklar, wie eine Durchwegung überhaupt realisiert werden könnte, wenn doch die Störfallverordnung dem entgegensteht. Sie müssen sich das mal bildlich vorstellen, dann müsste man einen Korridor schaffen mit Zäunen links und rechts, wo man durch dieses Grünareal durchlaufen könnte. Das ist wohl nicht im Interesse der Nutzenden und auch nicht besonders attraktiv. Vertrauen wir also vielmehr darauf, dass vielleicht irgendwann dieser Park dann gänzlich geöffnet werden kann, wenn es der Betrieb auch ermöglicht.

Ein weiter wesentlicher Punkt, gerade auch mit Blick auf die ökologische Argumentation betrifft den Umgang mit Bau 52. Der grösste Teil des Gebäudes, namentlich Fassade, Haustechnik und Innenausstattung, müsste ohnehin rückgebaut werden. Ein unverhältnismässig grosser Anteil müsste somit neu erstellt werden, was einen erheblichen Einsatz von Energie und Ressourcen erfordert, Aufwand, der bei einem vollständigen Neubau gar nicht erst anfiele. Hinzu kommt, dass auch der Energiebedarf für die künftige Nutzung eines solchen Ersatzbaus unverhältnismässig hoch wäre, während beim kompletten Rückbau ein moderner, energieeffizienter Neubau entstehen könnte, verursacht ein teilweiser Erhalt sowohl den Ressourcenverbrauch für den Umbau als auch den erhöhten Energiebedarf im Betrieb. Der sogenannte Erhalt belastet damit doppelt, durch den Energie- und Ressourcenaufwand für den Umbau und durch den ineffizienten Betrieb.

Zum Punkt von Daniel Gmür: Es ist nicht so, dass die Minderheit diese drei Meter nicht in das Grundbuch und in den Bebauungsplan einschreiben möchte ohne Not, vielmehr war die Grundhandlung, dass die Roche ja den Willen gezeigt hat, dies auch zu machen, wenn die Planung auf Seite des Kantons ausreichend und weit genug ist, was zu diesem Zeitpunkt nicht so war. Das heisst, die Minderheit hat klar mitgeteilt, dass sie grundsätzlich darauf vertraut, dass die Roche von sich aus eine solche Abtretung durchführen würde, wenn die Planungen von Seiten des Kantons so weit sind. Wir haben uns dazu bewegt, im Sinn eines Kompromisses dieses Angebot wahrzunehmen, wenn keine anderen Festlegungen im Bebauungsplan eingetragen werden. Und dies wollte ja die Mehrheit gerade nicht machen, deshalb ist man auch jetzt nicht bereit, dies zu machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BRK-Mehrheit hat Salome Bessenich das Wort.

Salome Bessenich (SP): Ich möchte auch nur ein paar wenige Punkte noch einmal aufgreifen. Vielleicht gleich zu Beginn das Thema der fehlenden gesetzlichen Grundlagen für die Änderungen. Das ist natürlich überhaupt nicht zu vergleichen mit einer Residenzpflicht, was hier auch als Vergleichsbeispiel herangebracht wurde. Das Bau- und Planungsgesetz hält eindeutig fest, dass alles, was Gegenstand von Zonenplänen und Linienplänen ist, Gegenstand eines Bebauungsplans sein darf, es hält auch explizit fest, dass der Erhalt von Kulturdenkmälern in Bebauungsplänen festgesetzt werden kann, wie auch das Denkmalschutzgesetz festhält, dass die Unterschutzstellung in einem Bebauungsplan erfolgen kann. Dennoch ist mir wichtig zu betonen, wir sind kein Gericht, überlassen wir also Urteile der anderen Staatsgewalt.

Wir haben mehrfach gehört in Bezug auf Bau 52, dass die Sanierung wirtschaftlich ungünstig sei und ökologisch unvernünftig. Das Obergutachten widerspricht dem eindeutig, ich habe es eingangs schon gesagt, das Obergutachten sagt explizit, dass unter Berücksichtigung und Gewichtung aller Nachhaltigkeitsaspekte der Nachhaltigkeitsvergleich zugunsten eines Erhalts ausfallen würde, und das Gutachten hält eben auch fest, dass die Investitionskosten pro Quadratmeter bei einer Sanierung bedeutend geringer wären als bei einem Neubau. Wir haben auch gehört, es gäbe gar keinen Neubau. Auch das stimmt nicht, es gibt einen Neubau, es gibt ein neues Besucherzentrum, das entspricht ungefähr so zwei Drittel der Fläche, die Bau 52 aufweist. Vielleicht wäre das ja eine mögliche Nutzung. Auf dieser Ebene wollen wir uns aber keinesfalls einmischen. Auch das neue Besucherzentrum ist weiterhin zulässig. Es gibt auch zahlreiche Beispiele überall, was man so mit Hochhäusern auch sonst noch machen kann.

Auch der Vergleich mit dem Europapark ist der falsche, der richtige Vergleich ist beispielsweise mit dem Lonza Hochhaus, Baujahr 1962. Es ist das Gebäude, das dann Bau 52 abgelöst hat als höchstes Hochhaus der Schweiz. Es war, glaube ich, etwa sechs Meter höher. Es war damals ein regelrechter Wettstreit in der Stadt, wer das neue, bessere, höhere Hochhaus machen kann. Ein anderer Vergleich ist das Ciba-Hochhaus, Baujahr 1966. Das war dann wiederum das höhere Hochhaus. Das Lonza-Haus ist bereits unter Schutz gestellt, das Ciba-Hochhaus K125 soll unter Schutz gestellt werden. Auch diese beiden Gebäude sind aufgrund ihrer Bauzeit natürlich mit Asbest belastet, müssen selbstverständlich energetisch saniert werden. Es streitet niemand ab, dass es bei Bau 52 Sanierungsbedarf gibt, das ist aber auch normal nach 65 Jahren.

Vielleicht noch ein anderer Vergleich, der Globus direkt nebenan. Es entspricht durchaus der Praxis auch in Basel, dass die äussere Erscheinung erhalten wird, aber im Inneren den Bedürfnissen der Eigentümerschaft entgegengekommen wird, dass es dort mehr Freiheit gibt, dass eben auch die Roche, wie wir nachvollziehen können, die Erdbebensicherheitsstandards nach ihren Massstäben realisieren könnte, dass eben die Einzelbüros zu Grossraumbüros umgebaut werden können, das erlaubt die Struktur, das ist übrigens auch auf acht Geschossen bereits umgesetzt, also da sind längst nicht mehr diese Einzelbüros drin, wie sie auch in den Medien zu sehen waren. Zum Bau 52: Ein Erhalt ist möglich, es ist ökologisch sinnvoll und die Gutachten belegen eben nicht nur die Schutzwürdigkeit, sondern im Grundsatz wäre auch die Schutzfähigkeit gegeben.

Noch ein paar Worte zur Durchwegung. Ja, es gibt diese Anlagen im Untergrund oder es wird diese geben, die die Störfallverordnung nach sich ziehen. Die verlangen einen Abstand von ungefähr 50 Metern rundherum. Naheliegen würde natürlich ein Weg beispielsweise bei dem neuen Besucherzentrum, das wäre ja ideal, wenn man auch zu dem Besucherzentrum hinkommen würde, und es ist mir doch noch wichtig zu betonen, dass das nicht einfach irgendeine Idee der Mehrheit war, sondern das ist ein ausgesprochener Wunsch aus dem Quartier, aus der Anwohnerschaft und das wurde auch in der Kommission so dargelegt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Remo Gallacchi. Sie wird entgegengenommen.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Können Sie dem zustimmen, dass Ihr Vergleich hinkt betreffend Erhalt der Fassade des Globus-Gebäudes mit dem Erhalt der Fassade des Bau 52, weil die Fassade des Bau 52 nicht erhalten wird, sondern neu auf alt gebaut wird?

Salome Bessenich (SP): Das ist selbstverständlich der Konstruktionsweise geschuldet. Also wenn man eine Backsteinmauer hat, dann kann man sie erhalten und wenn man nur eine Glasfassade hat, kann man sie nicht erhalten. Der Vergleich war, dass der Schutzumfang auf die äussere Erscheinung reduziert ist und im Hintergrund eben der Eigentümerin die Freiheit gegeben wird. Das war der Vergleich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir führen die Detailberatung anhand des Beschlussentwurfs der Mehrheit durch, Sie finden diesen ab Seite 21 des Berichts.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses

Titel und Ingress

I Zonenänderung

II Aufhebung des Bebauungsplans 193

III Festsetzung eines Bebauungsplans

1. Bebauungsplan 14’393

2. Vorschriften Bebauungsplan

2.1 allgemeine Bestimmungen lit. a bis d.

Lit. e: Die Kommissionsmehrheit beantragt lit. e gemäss ihrem Bericht, die Kommissionsminderheit und der Regierungsrat beantragen, diesen lit. e zu streichen.

Möchte Michael Hug das Wort? Er verzichtet, Regierungsrätin Esther Keller verzichtet, Salome Bessenich verzichtet ebenfalls. Wir haben keine Sprechenden eingetragen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zu lit e) gemäss Kommissionsmehrheit, NEIN heisst Ablehnung gemäss Kommissionsminderheit und Regierungsrat

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 50 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007316, 15.10.25 11:36:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

der Kommissionsminderheit/Regierungsrat zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 50 gegen 45 Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Variante der Minderheit entschieden.

lit. f: Die Kommissionsmehrheit beantragt einen zweiten Satz in lit. f. Die Kommissionsminderheit und der Regierungsrat beantragen, diesen zweiten Satz zu streichen. Wir öffnen auch hierzu die Debatte. Es gibt keine Wortmeldungen. Somit schreiten wir auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum zweiten Satz in lit. f) gemäss Kommissionsmehrheit, NEIN heisst Ablehnung gemäss Kommissionsminderheit / RR

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 50 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007318, 15.10.25 11:37:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

der Kommissionsminderheit/Regierungsrat zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 50 gegen 44 Stimmen bei 4 Enthaltungen für die Version der Kommissionsminderheit und der Regierung entschieden.

Wir führen die Detailberatung weiter. Die Kommissionsmehrheit beantragt, lit. g zu ergänzen gemäss ihrem Bericht, die Kommissionsminderheit und der Regierungsrat beantragen, diese Ergänzung zu streichen. Auch hier gibt es anscheinend keine Wortmeldung, wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Ergänzung in lit. g) gemäss Kommissionsmehrheit, NEIN heisst Ablehnung gemäss Kommissionsminderheit / RR

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 50 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007320, 15.10.25 11:38:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

der Kommissionsminderheit/Regierungsrat zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich auch hier für die Version der Kommissionsminderheit und des Regierungsrats entschieden mit 50 gegen 45 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter.

lit. h bis k

2.2 Baufeld A lit. a bis c

2.3 Baufeld B lit. a bis b

2.4 Bau 124

2.5 Baufeld C

2.6 Baufeld D.

2.7 Baufeld E: Die Kommissionsmehrheit beantragt Ziffer 2.7 gemäss ihrem Bericht, die Kommissionsminderheit und der Regierungsrat beantragen, diese neue Ziffer 2.7 zu streichen. Auch hier habe ich keine Sprechenden eingetragen, wir kommen auch hier direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur neuen Ziffer 2.7 gemäss Kommissionsmehrheit, NEIN heisst Ablehnung gemäss Kommissionsminderheit / RR

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 50 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007322, 15.10.25 11:40:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

der Kommissionsminderheit/Regierungsrat zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich auch hier für die Variante der Kommissionsminderheit und des Regierungsrats entschieden mit 50 gegen 42 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter.

2.8 Verhältnis zum Schutzvertrag

III Abweichung vom Bebauungsplan

IV Änderung von Baulinien

V Abweisung von Einsprachen

VI Publikation Rechtsmittelbelehrung

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 7 Nein, 23 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007324, 15.10.25 11:41:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Zonenänderung

Der Zonenänderungsplan Nr. 14’395 von Städtebau & Architektur vom 24.10.2022 wird genehmigt.

II. Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 193

Der Grossratsbeschluss betreffend Festsetzung eines Bebauungsplans Grenzacherstrasse (Südareal), Areal F. Hoffmann-La Roche, Basel vom 20. Oktober 2010 wird aufgehoben.

III. Festsetzung eines Bebauungsplans

1. Der Bebauungsplan Nr. 14‘393 von Städtebau & Architektur vom 24.10.2022 wird verbindlich erklärt.

2. Der Bebauungsplan beinhaltet folgende Vorschriften:

2.1 Allgemeine Bestimmungen

a) Die insgesamt zulässige Bruttogeschossfläche beträgt maximal 170’400 m2.

b) Zulässig sind Arbeitsnutzungen sowie die zum Betrieb notwendigen weiteren Nutzungen wie Büro, Labor, Gastronomie und Logistik.

c) Der Aussenraum zwischen den Baufeldern ist nach einem übergeordneten Konzept qualitativ hochwertig zu gestalten. Zulässig sind die zur Ausstattung von Grün- und Freiflächen üblichen Bauten und Anlagen sowie Erschliessungswege.

d) Mindestens 50 % der Freifläche ist unter Berücksichtigung ökologischer und stadtklimatischer Aspekte als qualitativ hochwertige Grünanlage zu gestalten. Grünflächen über Untergeschossen sind mit einer Vegetationsschicht von mindestens 1,5 m zu überdecken.

e) Die Gestaltung und Nutzung der Randzone gegen die Solitude-Promenade ist mit der Gestaltung der öffentlichen Grün- und Strassenräume abzustimmen.

f) Mittels eines Energiekonzepts ist aufzuzeigen, wie die Energieversorgung des Südareals CO2-Neutral erfolgt. Im Rahmen der Baubewilligungsverfahren ist das Konzept vorzulegen und die Umsetzung der darin definierten Massnahmen aufzuzeigen.

g) Mittels eines Mobilitätskonzepts ist die umweltfreundliche Verkehrsmittelnutzung zu bevorzugen. Es ist jeweils im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens über den Stand der Umsetzung zu berichten.

h) Von der gemäss Gesetzgebung und Norm vorgesehenen Aufteilung der Veloparkplätze in Kurz- und Langzeitparkplätze kann abgewichen werden. Es sind jedoch mindestens 5 % der zu erstellenden Veloabstellplätze als Kurzzeitparkplätze anzuordnen.

i) Die maximale Höhe darf in den Baufeldern A und B auch nicht durch technische und sicherheitsrelevante Anlagen überschritten werden. Die Baufeldgrenzen dürfen nicht durch vorragende Bauteile überschritten werden.

j) Als massgebendes Terrain gilt der Niveaupunkt 257,86 m ü. M.

2.2 Baufeld A

a) Im Baufeld A sind innerhalb der Mantellinien sowie innerhalb der definierten Lichteinfallswinkel maximal 77‘000 m2 oberirdische Bruttogeschossfläche zulässig. Die maximale Gebäudehöhe des Hochhauses ist ab Niveaupunkt 180 m. Bei der Ausführung des Hochhauses müssen in Bezug auf die Aussenwirkung in gestalterischer Hinsicht die im Ratschlag Nr. 10.1156.01 enthaltenen Projektstudien wegleitend berücksichtigt werden.

b) Entlang der Grenzacherstrasse ist das Erdgeschoss gemäss dem schraffierten Bereich mindestens 2 m von der Parzellengrenze zurückzuversetzen. Stützen sind zulässig.

c) Technische, witterungsgeschützte Aufbauten über dem obersten Vollgeschoss werden vollumfänglich an die zulässige oberirdische Bruttogeschossfläche angerechnet.

2.3 Baufeld B

a) Im Baufeld B ist innerhalb der Mantellinien sowie innerhalb der definierten Lichteinfallswinkel gestützt auf ein qualitätssicherndes Verfahren ein Gebäude mit einer Bruttogeschossfläche von 81‘000 m2 und einer Höhe von 221 m zulässig. Die Anzahl Vollgeschosse ist frei. Dachgeschosse sind keine zulässig.

b) In Baufeld B ist innerhalb des im Plan schraffiert dargestellten Bereichs eine Auskragung ab einer minimalen Höhe von 10 m zum Rhein hin zulässig.

2.4 Bau 124

Zwischen den Baufeldern ist eine Nutzung mit einer Grundfläche von insgesamt maximal 1‘500 m2 und einer BGF von insgesamt maximal 4‘000 m2 zulässig. Zulässig sind publikumsorientierte Nutzungen für Besuchende und Mitarbeitende sowie die zum Betrieb des Gebäudes notwendigen weiteren Nutzungen. Die Lage orientiert sich an der im Plan dargestellten Fläche. Die Nutzung muss sich sehr gut in den Aussenraum und insbesondere in die Grünanlage einordnen. Abweichungen von der zulässigen Höhe sind gestützt auf das Resultat eines qualitätssichernden Verfahrens zulässig.

2.5 Baufeld C

In Baufeld C darf der Kern von Bau 27 angeordnet werden. Es darf kein eigenständiger Neubau erstellt werden. Die zur Wiederherstellung von Bau 27 notwendigen baulichen Massnahmen sind zulässig.

2.6 Baufeld D

Die Zulässigkeit baulicher Massnahmen im Baufeld D richtet sich nach den Vorgaben, die sich aus der Unterschutzstellung gemäss Denkmalverzeichnis ergeben.

2.7 Verhältnis zum Schutzvertrag

Dieser Bebauungsplan ersetzt den Bebauungsplan Nr. 193 und tritt an seiner Stelle in Kraft. Sofern der Schutzvertrag vom 21. Juni 2022 auf den Bebauungsplan Nr. 193 verweist, gilt der vorliegende Bebauungsplan an seiner Stelle.

3. Das zuständige Departement kann Abweichungen vom Bebauungsplan zulassen, sofern dadurch die Gesamtkonzeption nicht beeinträchtigt wird.

IV. Änderung von Baulinien

Der Linienplan Nr. 14‘396 von Städtebau & Architektur vom 24.10.2022 wird genehmigt.

V. Abweisung von Einsprachen

Die im Ratschlag Nr. 23.1509.01 in Kapitel 8 aufgeführten Einsprachen werden abgewiesen, soweit darauf eingetreten werden kann.

VI. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann Rekurs beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Neue Einwände sind ausgeschlossen, wenn sie bereits im Einspracheverfahren hätten vorgebracht werden können.

Den Einsprecherinnen und Einsprechern ist dieser Beschluss zusammen mit dem zugrundeliegenden Ratschlag und dem dazu ergangenen Bericht der Bau- und Raumplanungskommission als Einspracheentscheid persönlich zuzustellen. Die Zustellung erfolgt nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist oder, im Falle eines Referendums, nach der Annahme dieses Beschlusses in der Volksabstimmung. Wird der Beschluss in der Volksabstimmung abgelehnt, so ist den Einsprecherinnen und Einsprechern eine persönliche Mitteilung zuzustellen, dass ihre Einsprache obsolet geworden ist.

Der Rekurs ist innerhalb von zehn Tagen nach der Zustellung dieses Beschlusses beim Verwaltungsgericht anzumelden. Innerhalb von 30 Tagen, vom gleichen Zeitpunkt angerechnet, ist die Rekursbegründung einzureichen, welche die Anträge der Rekurrentin oder des Rekurrenten und deren Begründung mit Angabe der Beweismittel zu enthalten hat.

Bei völliger oder teilweiser Abweisung des Rekurses können die amtlichen Kosten, bestehend aus einer Spruchgebühr sowie den Auslagen für Gutachten, Augenscheine, Beweiserhebung und andere besondere Vorkehren, der Rekurrentin oder dem Rekurrenten ganz oder teilweise auferlegt werden.

Hinweis:

Pläne und Berichte zu diesem Beschluss sind unter folgendem Link einsehbar: http://www.grosserrat.bs.ch/?gnr=23.1509

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Beschluss zugestimmt mit 68 Stimmen gegen 7 Stimmen bei 23 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

8. Ausgabenbewilligung für eine Finanzhilfe in Form eines Investitionsbeitrags zum Umbau und Sanierung unter Erhalt des historischen Charakters der Liegenschaft Gerbergasse 13, Freie Strasse 12 (ehemalige Hauptpost), Ausgabenbericht des RR

[15.10.25 11:41:15, 25.0183.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Michael Hug (LDP): Das Geschäft liegt in der Zuständigkeit des Grossen Rates, da die beantragte Finanzhilfe von 856’500 Franken den Kompetenzbereich der Kommission für Denkmalsubventionen übersteigt. Gemäss Artikel 15 der entsprechenden Richtlinien kann diese Beiträge bis maximal 300’000 Franken bewilligen.

Die BRK anerkennt die hohe denkmalpflegerische und städtebauliche Bedeutung dieses Objekts, – wir reden von der ehemaligen Hauptpost – von nationaler Bedeutung, das mit seiner neugotischen Sandsteinfassade und der grossen historischen Schalterhalle das Stadtbild prägt. Besonders begrüsst wird, dass durch das Projekt die historische Passage zwischen Gerbergasse und Freie Strasse wieder aktiviert und die Halle künftig öffentlich zugänglich gemacht wird. Damit wird nicht nur das architektonische Erbe bewahrt, sondern auch ein Mehrwert für den Stadtraum geschaffen.

Die Sanierung umfasst unter anderem die Restaurierung der Sandsteinfassaden, die Instandsetzung der Fenstergewände aus dem 16. Jahrhundert, den Wiederaufbau der historischen Hofarkaden sowie die Instandsetzung der Eichen- und Metallfenster. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf rund 42 Mio. Franken, wovon rund 10% subventionsberechtigt sind. Der Bund beteiligt sich mit einem Beitrag von rund 820’000 Franken, der in Ergänzung zum kantonalen Beitrag erfolgt und auch diesen als Grundvoraussetzung sieht.

Die BRK hat die beantragte Ausgabe einstimmig gutgeheissen. In der Beratung wurde jedoch festgehalten, dass künftig eine genauere Aufschlüsselung der kantonalen und nationalen Zuschüsse sowie eine transparentere Darstellung der Berechnungsgrundlagen wünschenswert sind, insbesondere wie sich die einzelnen Subventionsbeträge auf die Bauteile und Gewerke verteilen. Zudem erwartet die Kommission, dass die Bearbeitung solcher Geschäfte seitens des Kantons künftig speditiver erfolgt. Es folgen derzeit noch einige solche Geschäfte.

Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt dem Grossen Rat, die Ausgabe von 856’500 Franken zu bewilligen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Hauptpost ist ein wirklich wichtiges Gebäude im Herzen der Stadt, man könnte sagen sie sei identitätsstiftend auch für die Innenstadt, und der Regierungsrat freut sich, dass sie so sorgfältig saniert wird, zum Teil werden Dinge sogar rekonstruiert, das ist wirklich sehr aufwendig, was dort gemacht wird. Und sie wird eben weiterhin zumindest teilweise öffentlich sein.

Deshalb ist der Regierungsrat überzeugt, dass es hier gerechtfertigt und richtig ist, eine Finanzhilfe zu sprechen. Ich möchte der Kommission wirklich ganz herzlich danken für die speditive und konstruktive Beratung, die hier nötig war. Wir haben tatsächlich im Moment viele Grossprojekte, die diese Stelle, die sich mit diesen Gesuchen auseinandersetzt, ziemlich an den Anschlag bringt. Wir arbeiten dort so schnell wie möglich. Aber in diesem konkreten Fall, wo ja zumindest die Bauarbeiten an den anderen Teilen schon begonnen haben, war eine schnelle Beratung nötig und wir danken herzlich dafür. Wir wären Ihnen dankbar für die Zustimmung zu dieser Finanzhilfe.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Brigitta Gerber wünscht das Wort.

Brigitta Gerber (BastA): Die Antragstellerin AXA hat im Verlauf des Jahres 2023 mit den Bauarbeiten begonnen, ohne jedoch mit den denkmalbedingten Bauarbeiten zu starten. Bisher wurden offenbar nur strukturelle Arbeiten am Gebäude getätigt und der Grundausbau mehr oder weniger beendet. Alle weiteren Arbeiten, so auch der individuelle Ausbau von Mietflächen, werden sich noch mindestens bis Mitte 2026 hinziehen.

Mit den denkmalpflegerischen Arbeiten scheint aber im Frühsommer begonnen worden zu sein. Die Probleme beim Ablauf können wir mehr oder weniger nachvollziehen, zumal offensichtlich Verbesserungen angestrebt werden. Es wird davon gesprochen, dass die kantonale Denkmalpflege bemüht sei, ihre Prozesse in Zusammenarbeit mit dem Finanzdepartement zu überarbeiten und wenn möglich zu beschleunigen, um die Wartezeit für Antragstellende zu verkürzen.

Der Kanton formuliert im Antrag sein Interesse, dieses historische Gebäude an zentraler Lage zeitnah wieder für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das finden wir ebenfalls soweit erstrebenswert. Besonders begrüssen wir die erneute Öffnung zwischen der Gerbergasse und der Freien Strasse, die mit wiedergefundenen Bögen dekoriert werden kann. Das verbessert sicherlich die Enge der Gerbergasse.

Allein nicht ganz verstanden habe ich, und ich war erst in einer Sitzung der BRK, was mit den kleinen Durchgangsbögen an der Ecke der Gerbergasse/Falknerstrasse passiert, von wegen rekonstruiert werden. Wenn Sie das nämlich anschauen, dann ist in diesem Bereich dieser Durchgang geschlossen. Das wäre natürlich äusserst bedauernswert, die Einvernahme der Allmend an der Ecke, wo die Menschen oft zusammengedrängt stehen, zwischen Tram, Taxis und Velos versuchen, die Strasse zu überqueren. Das wäre gar nicht in unserem Sinne. Falls das also so geplant wäre, hoffen wir sehr, dass dies nicht umgesetzt wird. Aber ja, es ist wohl nur ein Missverständnis. Ich bin gespannt.

In diesem Sinne stimmt BastA dem vorliegenden Geschäft zu, ich würde aber noch gerne die Antwort von Regierungsrätin Esther Keller abwarten und wissen, ob diese Ecke wirklich nicht zugebaut wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Regierungsrätin Esther Keller wünscht noch das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich bin froh, wenn Sie mir Detailfragen vorab schicken, dann könnte ich das nämlich abklären. Ehrlich gesagt, da müsste ich jetzt wirklich im Baugesuch nachschauen, was dort bewilligt wurde. Ich kann das klären und Ihnen gerne noch zuschicken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Michael Hug verzichtet auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschluss auf Seite 7 des Ausgabenberichts.

Titel und Ingress

Einziger Absatz Publikationsklausel.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 2 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007326, 15.10.25 11:49:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zur Finanzierung einer Finanzhilfe in Form eines Investitionsbeitrags an den Umbau und die Sanierung der sich im Denkmalverzeichnis und in der Schutzzone befindlichen Liegenschaft Gerbergasse 13 / Freie Strasse 12 werden zulasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Übrige, Fr. 856'500 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 88 gegen 2 Stimmen bei 6 Enthaltungen.

9. Bewilligung der Staatsbeiträge 2026–2029 für den Verein Agglo Basel, Bericht der RegioKo

[15.10.25 11:50:13, 25.0717.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Regiokommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Der Bericht der Regiokommission des Grossen Rats behandelt die Bewilligung der Staatsbeiträge für den Verein Agglo Basel für die Jahre 2026 bis 2029. Der Regierungsrat beantragt, die Mitgliederbeiträge des Kantons Basel-Stadt in Höhe von insgesamt 3’872 Mio. Franken zu bewilligen. Die Beiträge bleiben im Bereich des Agglomerationsprogramms unverändert, während sie für den Aufgabenbereich der trinationalen S-Bahn Trireno steigen. Das Programm Agglomerationsverkehr des Bundes unterstützt die Entwicklung von Siedlung und Verkehr in Agglomerationen über kommunale, kantonale und nationale Grenzen hinweg. Alle vier Jahre können die Agglomerationen Programme einreichen, die über den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds des Bundes finanziert werden. Die Kantone tragen die Verantwortung für die Planung und Finanzierung des Regionalverkehrs. Zur Koordination des trinationalen S-Bahn-Angebots haben sich sechs regionale Bestellbehörden in der Organisation Trireno zusammengeschlossen, sie legen gemeinsam Angebotsziele und Konzepte fest und koordinieren die Angebotsbestellung.

Die Agglomeration Basel ist die einzige trinationale Grossagglomeration der Schweiz, wenn auch das nicht immer so spürbar ist, und ein bedeutender Wirtschaftsraum in Europa. Die Standortqualität hängt massgeblich von einer guten Erreichbarkeit ab. Dazu sind integrierte Massnahmen in Siedlung, Verkehr und Landschaft erforderlich. Das Agglomerationsprogramm dient als übergeordnetes Planungs- und Koordinationsinstrument, das sicherstellt, dass Verkehrsprojekte untereinander abgestimmt und auf die Siedlungsentwicklung ausgerichtet sind. Die S-Bahn bildet das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in der Agglomeration, geplant wird eine geordnete Entwicklung entlang der S-Bahn-Korridore, wobei ein leistungsfähiges, länderübergreifendes S-Bahn-System hohe Priorität hat, zumindest bei uns. Ausbau und Weiterentwicklung der S-Bahn sind zentrale Schlüsselmassnahmen für ein nachhaltiges und leistungsstarkes Verkehrssystem. Die Koordination von S-Bahn-Entwicklung und Agglomerationsprogramm erfolgt durch den Verein Agglo Basel.

Aktuell haben sich acht Gebietskörperschaften aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz zusammengeschlossen. Der Verein hat zwei Aufgabenbereiche, das Agglomerationsprogramm und die trinationale S-Bahn. Der Kanton Basel-Stadt beteiligt sich beim Agglomerationsprogramm mit 655’000 Franken pro Jahr, etwa 40% der Kosten, dies für Trägerschaft, Prozessführung, Vertretung gegenüber dem Bund, Finanzerschliessung etc. .-Der Beitrag von Basel-Stadt an den trinationalen S-Bahn-Bereich Trireno beläuft sich auf 313’000 Franken pro Jahr, das sind etwa 30% der Kosten, und betrifft

die Entwicklung und Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden Angebots, die Vertretung gegenüber den zuständigen Behörden und Eisenbahnunternehmen.

Die Beitragsperiode endet mit der Abgabe des Agglomerationsprogramms der 6. Generation 2029. Für das Agglomerationsprogramm bleibt der Finanzbedarf konstant, für Trireno steigen die Beiträge um 85% gegenüber der Vorperiode, da der Aufgabenbereich wachsenden Anforderungen gerecht werden muss. Trireno übernimmt zentrale Aufgaben bei Angebotsinfrastruktur und Tarifplanung, insbesondere für neue Projekte wie die Elsass-Schweizlinie und die Hochrheinbahn. Für weitere Details wird auf den Ratschlag des Regierungsrates und den Bericht der Regiokommission verwiesen.

Die koordinierte Zusammenarbeit der sechs Bestellbehörden stärkt die strategische Position gegenüber Bund und Bauunternehmen, die Trireno sichert die Umsetzung grenzüberschreitender Projekte. Der rechtliche Rahmen erfordert zusätzlichen Aufwand, um die Interessen der Besteller zu wahren und die Angebotsausbauten erfolgreich umzusetzen. Die Mitgliedschaft bei Agglo Basel bringt weit mehr als finanzielle Vorteile. Sie ermöglicht eine koordinierte Planung von Siedlung und Verkehr, verbessert die Erreichbarkeit des Kantons Basel-Stadt und der Region, unterstützt Klima- und Umweltziele, steigert die Lebensqualität und erhöht die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts. Gerade in der aktuellen Situation mit teils schockierenden Äusserungen im Zusammenhang mit dem Bahnausbau leistet der Verein Agglo Basel einen unverzichtbaren Beitrag in Bezug auf die Grundlagenarbeit, die Aufbereitung von Projekten und die Lobbyarbeit für die Nordwestschweiz in Bern.

Die Regiokommission anerkennt die Notwendigkeit der Beitragsanpassung, insbesondere für den Trireno-Bereich und empfiehlt die Bewilligung der beantragten Beiträge für die Periode 2026 bis 2029. Zusammenfassend zeigt der Bericht der Kommission, die Agglomeration Basel ist und bleibt ein zentraler Motor für die Schweiz und ein Nadelöhr im Güter- und Personenverkehr. Um die genügende Leistungsfähigkeit auch für die Zukunft zu sichern, braucht es eine starke Stimme aus der Nordwestschweiz, in Bern, aber auch in den anderen Regionen der Schweiz.

Ich danke allen Beteiligten, insbesondere den Vertretern der Agglo Basel und Trireno für die engagierte Arbeit und den Mitgliedern der Kommission für die Zusammenarbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Bei Agglo Basel handelt es sich um eine Organisation, die nicht ständig in der Öffentlichkeit steht, aber die wirklich extrem wertvolle Arbeit im Hintergrund leistet. Sie wird, wie wir soeben gehört haben, durch die Gebietskörperschaften getragen im Dreiland, in der grösseren Agglomeration hier, und sie stellt eben sicher, dass unsere Planungen einerseits raumplanerisch, aber vor allem Verkehrsplanung aufeinander abgestimmt sind, also Schiene. Strasse, aber auch Fuss-, Veloverkehr und, und, und. Und das ist natürlich wichtig, denn wenn wir Verkehrsplanung nur bis zur eigenen Kantonsgrenze machen, dann funktioniert das ganz sicher nicht.

Der Aufwand insgesamt für Agglo Basel hat in den vergangenen Jahren zugenommen, die Projekte haben zugenommen, es ist Zeit, diese Mittel insbesondere für Trireno moderat zu erhöhen, damit sie ihre wichtige Arbeit auch weiterführen können. Der Return on Investment, wenn man das so neudeutsch formulieren darf, ist sehr gross, denn wir haben in dieser Zeit über die vergangenen Jahre über 700 Millionen an Bundesmitteln über das Aggloprogramm akquirieren können. Also das lohnt sich auch, diese Arbeit dort zu investieren, dem Bund etwas zu präsentieren, das regional gut abgestützt ist, um so eben von diesen Beiträgen vom Bund zu profitieren. Ich möchte der Kommission und dem Präsidenten sehr herzlich danken für den Austausch und die Unterstützung für diese Ausgabenbewilligung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprecherinnen und Sprecher eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 9 des Berichts

Titel und Ingress

Ziffer 1 Bewilligung Gesamtausgaben

Ziffer 2 Vorbehalt Zustimmung aller Mitglieder des Vereins

Publikation und Referendumsklausel.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007328, 15.10.25 11:59:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Agglo Basel werden Ausgaben in der Höhe von maximal Fr. 3‘872‘000 für die Jahre 2026–2029, nicht indexiert bewilligt:

- Aufgabenbereich Agglomerationsprogramm: 655’000 Franken pro Jahr

- Aufgabenbereich S-Bahn: 313’000 Franken pro Jahr

2. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung aller Mitglieder des Vereins Agglo Basel zu ihren Beiträgen für die Jahre 2026–2029.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 94 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Schluss der 30. Sitzung

11:59 Uhr

Protokoll

der 31. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 15. Oktober 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Bruno Lötscher (die Mitte/EVP), Hanna Bay (SP), Lorenz Amiet (SVP), Sasha Mazzotti (SP), Franziska Roth (SP), Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP).*

Verhandlungsgegenstände:

17.1. Interpellation Nr. 99 Mahir Kabakci betreffend Interimskommandatur bei der Kantonspolizei Basel-Stadt und Einhaltung des Personalgesetzes 2
17.2. Interpellation Nr. 100 Joël Thüring betreffend Bauarbeiten Marktplatz 2026 – was wird für die Bevölkerung und das Gewerbe unternommen? 4
17.3. Interpellation Nr. 101 Eric Weber betreffend neue AKWs an der Grenze zu Basel - was sagt der Regierungsrat 6
17.4. Interpellation Nr. 102 Daniel Seiler betreffend versäumte Chance für ein Quartierparking im ehemaligen Gebäude des Amts für Umwelt und Energie 6
17.5. Interpellation Nr. 103 Claudio Miozzari betreffend Unterstützung für die Basler Afrika Bibliographien 7
17.6. Interpellation Nr. 104 Johannes Sieber betreffend die Sicherstellung der Betreuung der aufgenommenen Kinder und ihrer Begleitpersonen aus Gaza..... 8
17.7. Interpellation Nr. 105 Heidi Mück betreffend Chemiemüll beim Spielplatz Ackermätteli 9
17.8. Interpellation Nr. 106 Julia Baumgartner betreffend Gewaltmonitoring des Kantons Basel-Stadt..... 9
17.9. Interpellation Nr. 107 Franziska Stier betreffend ausländerrechtlicher Administrativhaft im Kanton Basel-Stadt..... 10
17.10. Interpellation Nr. 108 Alexandra Dill betreffend Sporthallenvergabe und -bewirtschaftung..... 12
17.11. Interpellation Nr. 109 Oliver Bolliger betreffend schadensmindernden Massnahmen rund um das kHaus 14
17.12. Interpellation Nr. 110 Brigitta Gerber betreffend Bern bricht Abfall-Farbsack-Pilotprojekt ab - was gedenkt Basel zu tun? 14
17.13. Interpellation Nr. 111 Nicola Goepfert betreffend undemokratisches Comeback des Autobahn-Rheintunnels..... 15
17.14. Interpellation Nr. 112 Hanna Bay betreffend Legislaturplan 2025-2029: Bleibt die Bekämpfung von häuslicher, sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt und die Stärkung der Prävention auf der Strecke?..... 15
10. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit 17

Beginn der 31. Sitzung

Mittwoch, 15. Oktober 2025, 15:00 Uhr

17.1. Interpellation Nr. 99 Mahir Kabakci betreffend Interimskommandatur bei der Kantonspolizei Basel-Stadt und Einhaltung des Personalgesetzes

[15.10.25 15:00:32, 25.5389.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Ich habe keine Mitteilungen zu machen. Wir starten mit den Interpellationen.

Interpellation Nummer 99. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zuerst einleitende Bemerkungen: Thomas Würgler hat das Kommando der Kantonspolizei Basel-Stadt zu einem Zeitpunkt übernommen, als mehrere Stellen in der Polizeileitung, darunter auch die des Kommandanten, unbesetzt waren. Der Regierungsrat erachtet es als sehr wertvoll, in dieser schwierigen Phase innert kürzester Zeit eine kompetente Person gewonnen zu haben. Der Kommandant hat gezeigt, dass er mit seiner breiten Erfahrung fähig ist, die Kantonspolizei in der Zeit der Transformation neu aufzustellen.

Zu Frage 1: Die Kantonspolizei und ihre Führung erfahren seit Publikation des Berichts Schefer sehr hohe Aufmerksamkeit. Seit der Publikation haben das Justiz- und Sicherheitsdepartement sowie die Kantonspolizei laufend über die Entwicklungsschritte der Organisation informiert, per Medienkonferenzen, mit Medienmitteilungen, mit zahlreichen Auskünften gegenüber dem Grossen Rat und seinen Kommissionen sowie gegenüber den Medien. Rechtssicherheit, Transparenz und Nachhaltigkeit werden im Alltag durch Führungsverantwortung gewährleistet. Deshalb legt der Kommandant grossen Wert auf die sorgfältige Besetzung der Führungsfunktionen und die volle Verantwortung der Polizeikader.

Zu Frage 2: Der Kommandant führt jede Woche die sogenannte Fragestunde durch, in der die Mitarbeitenden der Kantonspolizei ihre Fragen, Anregungen und Kritik einbringen können. Dieses Gefäss hat sich als wichtiges Stimmungsbarometer etabliert und ermöglicht es der Polizeileitung, aktuelle Entwicklungen in der Organisation wahrzunehmen und im kontinuierlichen Verbesserungsprozess allenfalls aufzugreifen. Ergänzend dazu ist im zweiten Halbjahr 2026, ein Jahr nach Abschluss des Reorganisationsprojekts Sipo+ eine systematische Mitarbeitendenbefragung geplant. Diese soll eine umfassende Einschätzung der organisationalen Stimmung der Führungs- und Kommunikationskultur sowie der wahrgenommenen Veränderungen im Zug der Reorganisation ermöglichen. Die Ergebnisse werden als Grundlage für gezielte Verbesserungsmassnahmen dienen und fliessen in die strategische Weiterentwicklung der Organisation ein.

Zu Frage 3: Der Kommandant hat bereits anlässlich seiner Vorstellung im Rahmen einer Medienkonferenz klargestellt, dass die Organisationskultur vor allem durch das Wahrnehmen der Vorbildfunktion als Vorgesetzte positiv beeinflusst werden kann. Organisatorisch muss sich die Kantonspolizei wieder stärker auf ihren Grundauftrag konzentrieren und weniger auf wohlklingende, aber nicht zwingend notwendige Projekte, die unnötig Ressourcen binden. Die Organisation und die wahrgenommenen Tätigkeiten werden auf Wirksamkeit hin überprüft. Diesem Grundsatz folgt die gesamte Reorganisation der Kantonspolizei. Im Rahmen der Reorganisation wird die Führungsstruktur überprüft und neu ausgerichtet. Dabei werden zahlreiche Führungsfunktionen gezielt neu besetzt. Im Fokus stehen nicht nur die organisatorische Effizienz, sondern auch die Eignung der Führungspersonen im Hinblick auf ihre Rolle als kulturprägende Persönlichkeiten. Zahlreiche Abteilungs- und Ressortleitungen wurden neu ausgeschrieben und nach systematischen Auswahlverfahren besetzt.

Zu Frage 4: Der Kommandant trifft nur strukturelle Entscheide, die auch für seine Nachfolge sinnvoll und anschlussfähig bleiben. Sobald die Strukturen etabliert und die neue Polizeileitung in ihrer Arbeit gefestigt ist, wird die Stelle ausgeschrieben. Angesichts der Notwendigkeit einer weitreichenden, tiefgehenden und langjährigen Transformation der Kantonspolizei wird auch der nächste Kommandant oder die nächste Kommandantin über einen grossen Handlungsspielraum verfügen.

Zu Frage 5: § 35 Abs. 1 des Personalgesetzes bestimmt, dass das Arbeitsverhältnis mit Vollendung des 65. Altersjahres endet, falls keine anderslautende Abmachung getroffen wurde. Daraus folgt einerseits, dass zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart werden kann, dass das Arbeitsverhältnis über das 65. Altersjahr hinaus dauern soll, andererseits können auch neue Mitarbeitende angestellt werden, welche älter als 65 sind. Eine Obergrenze sieht das Gesetz nicht vor. Nach Rechtsauffassung des Regierungsrates ist eine Weiterbeschäftigung über die Altersgrenze von 70 Jahren in begründeten Fällen zulässig. Demgegenüber ist in § 35 Abs. 2 des Personalgesetzes das Referenzalter für den Rentenanspruch geregelt. Dies schliesst eine Weiterbeschäftigung oder Neuanstellung nach Abs. 1 nicht aus.

Zu Frage 6: Der Beirat unterstützt die Vorsteherin des JSD und den Polizeikommandanten bei der strategischen Positionierung. Er ist, wie sein Name sagt, ein rein beratendes Gremium. Da er keine Beschlüsse fasst, werden die Sitzungen nicht formell protokolliert, konkrete Prüfaufträge werden jedoch mit schriftlicher Berichterstattung erledigt.

Zu Frage 7: Die Entschädigung der externen Mitglieder des Beirats basiert auf einem Stundenansatz, der sich am Honorar für Fachexperten orientiert. Diese Ansätze werden nicht öffentlich kommuniziert. Die Sitzungen des Beirats finden quartalsmässig statt.

Zu Frage 8: Die Mitglieder des Beirats verfügen über langjährige Führungserfahrung und damit über Expertise zu den genannten Themen.

Zu Frage 9: Die Kantonspolizei und das Justiz- und Sicherheitsdepartement nehmen ihre Fürsorgepflicht sehr ernst. Neben der Möglichkeit, sich an die Linienvorgesetzten oder die Ombudsstelle des Kantons zu wenden, können Mitarbeitende der Kantonspolizei seit dem 1. August 2024 mit Erlebnissen, Erfahrungen und Meldungen zu übergriffigem oder diskriminierendem Verhalten bei der Arbeit die unabhängige Fachstelle Mobbing und Belästigung in Anspruch nehmen. Wenn diese einen konkreten Fall meldet, löst dies ein internes Verfahren aus. Zudem konnte den Medien bereits entnommen werden, dass Diskriminierungsfälle seit der Einleitung des Kulturwandels konsequent geahndet werden.

Zu den Fragen 10, 11 und 12: Die Ausschreibung der Kommandantenstelle erfolgt, sobald die neue Führungsstruktur stabil arbeitet und die wichtigsten Transformationsziele erreicht sind. Zu den massgeblichen Indikatoren zählen insbesondere die nachhaltige Etablierung klarer Führungs- und Kommunikationsstrukturen auf Abteilungs- und Ressortleitungsebene, die Besetzung der zentralen Führungsfunktionen mit geeigneten evaluierten Personen, die Festigung des Kaders, insbesondere im Hinblick auf Stabilität, Rollenverständnis und Verantwortungsübernahme sowie die Verankerung operativer Abläufe, die eine verlässliche Umsetzung des polizeilichen Grundauftrags ermöglichen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Mahir Kabakci (SP): Fast ein Jahr ist vergangen, seit der Regierungsrat Thomas Würgler zum interimistischen Kommandanten der Kantonspolizei Basel-Stadt ernannt hat. Diese Ernennung erfolgte in einer ausserordentlichen Situation mit dem erklärten Ziel, Stabilität zu schaffen und die Berichte von Professor Markus Schefer aufgezeigten Missstände. Gemäss § 35 Abs. 2 des Personalgesetzes endet das Arbeitsverhältnis von Angehörigen des Staatspersonals mit dem Erreichen des 70. Altersjahres. Der Regierungsrat hat entschieden, diese Bestimmung in diesem Fall zu umgehen. Die Begründung dafür bleibt aber zumindest nach aussen vage. Wenn ein solch klar definierter Gesetzesartikel ausser Kraft gesetzt wird, braucht es eine saubere juristische Begründung und volle Transparenz gegenüber dem Parlament. Alles andere untergräbt die Rechtsstaatlichkeit, die gerade in einer Sicherheitsdirektion von zentraler Bedeutung ist, denn je nach Situation könnte anders entschieden werden.

Mitarbeitende berichten weiterhin von einer angespannten Stimmung, autoritären Führungsstrukturen und einer anhaltenden Angstkultur. Wenn also die gleichen Symptome fortbestehen, dann müssen wir uns fragen, ob die Therapie tatsächlich wirkt oder ob sie vielleicht sogar neue Spannungen erzeugt. Da muss man halt auch sagen, Fragestunden mit dem Kommandanten sind sicher sinnvoll und gut, aber da muss man auch offen und ehrlich sein, wenn man mit dem Kommandanten Probleme hat betreffend seines Führungsstils, dann geht man nicht direkt zu ihm, um seine Anliegen bei ihm zu platzieren. Deshalb ist es wichtig, dass diese Strukturen der Diskriminierung strukturell bekämpft werden und dementsprechend auch strukturelle Massnahmen ergriffen werden müssen.

Der Bericht Schefer hat klar gezeigt, dass bei der Kantonspolizei ein erheblicher Handlungsbedarf in den Bereichen Führung, Diskriminierung und Fürsorgepflicht besteht. Da reicht es nicht, gemäss der Antwort, Personen in Führungsgremien zu haben, die langjährige Führungserfahrungen haben. Da braucht es Fachwissen, da braucht es Expertinnen und Experten, die diese Gruppe leiten und führen und dementsprechend auch einen Mehrwert für die Kantonspolizei schaffen können.

Seither ist zwar viel über Strukturen gesprochen worden, aber wenig über Kultur. Eine nachhaltige Transformation braucht aber beides, Struktur und Haltung. Dazu gehört eine glaubwürdige Vision einer modernen, respektvollen und lernenden Polizeiorganisation. Die Vision ist bislang nicht erkennbar, leider auch nicht in der Antwort. Erschwerend kommt hinzu, dass

die Sitzungen des Beirats offenbar nicht protokolliert werden, obwohl er eine beratende Rolle im Transformationsprozess spielt. Und eigentlich kann es nicht sein, dass trotz einer parlamentarischen Anfrage weiterhin nicht offengelegt wird, was die Kosten sind für diesen Beirat. Ohne Protokoll gibt es keine Nachvollziehbarkeit und keine Rechenschaft. Dass zudem keine Fachperson für Führungskultur oder Antidiskriminierung im Beirat vertreten ist, lässt Zweifel aufkommen, ob die richtigen Stimmen überhaupt gehört werden.

Es darf nicht sein, dass eine Übergangsphase zur neuen Normalität wird. Die Übergangsphase ist ein Mittel, kein Zustand, und sie muss gerade bei einer staatlichen Sicherheitsinstitution klar definiert und zeitlich begrenzt sein. Vertrauen in staatliche Institutionen entsteht durch Transparenz, Rechtskonformität und Verantwortlichkeit, sowohl intern wie extern. Nur so kann die Kantonspolizei Basel-Stadt wieder auf einer rechtlichen, personellen und kulturellen Basis stehen.

Und wenn dann geantwortet wird zu den massgeblichen Indikatoren, zählen insbesondere die nachhaltige Etablierung klarer Führungs- und Kommunikationsstrukturen, der Ressortabteilungsebene, die Besetzung der zentralen Führungsfunktion mit geeigneten evaluierten Personen, die Festigung des Kaders, insbesondere im Hinblick auf Stabilität, Rollenverständnis und Verantwortungsübernahme sowie die Verankerung operativer Abläufe, die eine verlässliche Umsetzung des polizeilichen Grundauftrags ermöglichen, dann kann das zeitlich ja fast gar nicht in so kurzer Zeit erfolgen. Und das könnte ja heissen, dass der Kommandant Thomas Würgler für die nächsten fünf Jahre weiterhin im Amt bleiben würde.Und genau deshalb ist es wichtig, dass von Anfang an klar kommuniziert wird, dass auch innerhalb der Mitarbeitenden die Ausgangslage klar ist. Ich bin nur zum Teil mit der Antwort zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

17.2. Interpellation Nr. 100 Joël Thüring betreffend Bauarbeiten Marktplatz 2026 – was wird für die Bevölkerung und das Gewerbe unternommen?

[15.10.25 15:13:11, 25.5416.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Ja, das trifft zu.

Zu Frage 2: Bewilligungsbehörde in diesem Fall ist das Bundesamt für Verkehr. Das Vorhaben wird über ein vereinfachtes Plangenehmigungsverfahren bewilligt. Dieses Verfahren sieht keine Publikation vor, weshalb auch keine Einsprachen möglich sind.

Zu Frage 3: Aufgrund des Gleisbaus und der Arbeiten zur Verstärkung der Birsigüberdeckung werden rund um die Schulsommerferien, das heisst vom 29. Juni bis 6. September 2026 während rund zehn Wochen keine Trams zwischen Barfüsserplatz und Schifflände verkehren können. Die BVB wird die genauen Umleitungen zu einem späteren Zeitpunkt kommunizieren.

Zu Frage 4: Die BVB prüft ein Transportangebot für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste durch die Innenstadt.

Zu Frage 5: Die Bauarbeiten bedeuten Lärm, Staub und beschränkte Platzverhältnisse. Aussenbewirtschaftung auf Höhe der Haltestelle ist während den Bauarbeiten nicht möglich. Besonders während der zehnwöchigen Tramsperrung muss mit weniger Kundschaft in der Innenstadt gerechnet werden. Der Markt wird in dieser Zeit voraussichtlich reduziert stattfinden. Aufgrund der genannten Umstände wurde die Tramsperrung bewusst in die weniger publikumsintensive Zeit der Schulsommerferien gelegt. Auch ist sie auf die Art Basel sowie das eidgenössische Jodelfest abgestimmt.

Zu Frage 6: Ja, während der zehnwöchigen Tramsperrung sind Arbeitszeiten von jeweils Montag bis und mit Samstag von 7 bis 22 Uhr geplant, lediglich sonntags ruhen die Arbeiten, nachts erfolgen weniger lärmintensive Arbeiten an den Fahrleitungen.

Zu Frage 7: Bauarbeiten an einem stark frequentierten und vielfältig genutzten Innenstadtplatz sind naturgemäss anspruchsvoll und zwangsläufig mit Unannehmlichkeiten verbunden. Einer möglichst raschen Fertigstellung stehen die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden, der Anwohnenden sowie der Innenstadtbesuchenden gegenüber. Eine über die

genannte Massnahme hinausgehende Beschleunigung der Bauarbeiten wäre nur mit unzumutbaren Beeinträchtigungen vor Ort möglich. So müssten etwa Anlieferung und Zugänglichkeit zu den Geschäften und Liegenschaften eingeschränkt oder Durchfahrtssperrungen eingerichtet werden. Die Dauer der Arbeiten ergibt sich im Wesentlichen aus deren Umfang. So sind dem Gleisbau vorgezogene Leitungsarbeiten seitens IWB ebenso Teil des Projektes wie die Sicherung der unter den Tramschienen liegenden Überdeckung des Birsigs und der nachgelagerte Umbau von Haltestellen und Trottoirs.

Zu Frage 8: Die Tramgleise am Marktplatz haben das Ende ihrer Lebensdauer erreicht und müssen 2026 ersetzt werden, damit die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Trambetriebs gewährleistet bleiben. Die neuen Gleise werden im sogenannten Infundo-System verlegt, dadurch können die Gleise künftig ohne grössere Ausgrabungssarbeiten und damit rascher ausgewechselt werden.

Zu Frage 9: Anrainer von kantonalen Baustellen haben im Fall von übermässigen Immissionen Anspruch auf Entschädigung, sofern der Schaden eine bestimmte Schwelle überschreitet.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Regierungsrat Kaspar Sutter für die Beantwortung meiner Interpellation. Es war tatsächlich so, dass diverse Gewerbetreibende rund um den Marktplatz auf mich zugekommen sind. Sie waren fassungslos, als sie dieses Schreiben der Verwaltung in ihren Briefkästen hatten, dass nun bereits erneut auf dem Marktplatz eine derart massive Einschränkung im 2026 für sie folgen wird. Regierungsrat Kaspar Sutter hat es nun, und es stand ja auch schon in der Zeitung, bestätigt, dass also über den ganzen Sommer hindurch – und die Sommerferien enden ja nicht erst am 6. September, also zumindest meine nicht und die der Schülerinnen und Schüler auch nicht – die gesamte Innenstadt erneut lahmgelegt werden wird für die Personen, die mit dem ÖV, mit dem Tram in die Stadt kommen wollen. Zwischen Barfüsserplatz, Marktplatz und dann wohl auch Schifflände wird kein Tramverkehr möglich sein. und das ist für die vielen Gewerbebetriebe, nicht nur aus der Gastronomie, auch kleinere Läden, die teilweise dort auch noch privat geführt werden, ein grosses Problem, erst recht, weil hier seit Jahren eine Dauerbaustelle herrscht. Wir haben es jetzt fertiggebracht, dass in diesen Jahren der Baustellentätigkeiten, die ja dann auch noch x-fach verlängert wurden, weil man irgendwelche alten Dinge gefunden hat bei Ausgrabungen und die dann auch noch sehr viel Zeit in Anspruch nahmen, bis man sie bergen konnte. Wir kennen die langjährige Globus-Baustelle, zuvor die Baustelle des Märthofs, und nach all diesen Bauarbeiten waren eigentlich die Gewerbetreibenden nun in guter Hoffnung, dass nun zumindest für eine gewisse Zeit Ruhe einkehrt und nun kommt bereits, kaum geht der Globus auf, die nächste Grossbaustelle.

Ich muss wirklich sagen, ich bin erstaunt und erschüttert, wie schlecht im Bau- und Verkehrsdepartement geplant wird. Das hätte man garantiert aufeinander abstimmen können. Und wenn das Gegenteil behauptet wird, dann ist das einfach eine Ausrede. Es tut mir leid, Regierungsrat Kaspar Sutter ist nicht zuständig für dieses Departement, aber das kann nicht sein.

Es kann nicht sein, dass dieser Marktplatz derart oft von Baustellen belästigt wird und dass die Gewerbetreibenden dort so derart in ihrem Wirtschaften tangiert sind. Und dann kann man lange den Stadtmarkt neu promoten und verkaufen und sagen, man macht ihn neu, man stellt die Stände neu, wenn man dann gleichzeitig kurz darauf bereits durch Einschränkungen hören muss, dass der Markt in einer abgespeckten Form nur noch stattfinden kann. Diejenigen, die dann dort noch einen Stand haben werden oder haben können und diejenigen Betriebe, die das ganze Jahr dort sind, die auch das ganze Jahr Mietzins bezahlen müssen rund um den Marktplatz, werden mit viel weniger Kundschaft leben müssen. Ein Gewerbebetrieb an der Sattelgasse hat mir erzählt, alleine schon eine Demonstration an einem Samstag bringt ihnen einen hohen fünfstelligen Betrag an Umsatzeinbussen, und das kann der Mieter einer Liegenschaft nicht abwälzen jeweils und sagen, ich bezahle weniger Mietzins. Und wir wissen aus den Diskussionen zum Vorstoss Ebi, aber auch zu den neuen Vorstössen Ebi und Seggiani, er bekommt eben auch im Normalfall kein Geld vom Kanton für diese Belästigungen, für die er nichts kann.

Da bin ich schon der Meinung, da muss im BVD anders geplant werden. Auch stelle ich mir die Situation in diesem Hotel Märthof vor, es ist zwar schön, dass der Gast im Hotel Märthof am Sonntag länger ausschlafen kann, aber von Montag bis Samstag wird, und wir wissen, wie intensiv Bauarbeiten bei Tramschienen und bei Tramgleisen sind, das Übernachtungserlebnis in diesem tollen Hotel nun eher etwas dürftig sein. Und auch der Globus wird sich sicher freuen, wenn er vor dem Haus erneut eine solche Baustelle hat.

Ich bitte den Regierungsrat wirklich inständig, zusammen mit der BVB zu schauen, dass es eine Alternativlösung gibt, damit die Menschen, die in der Stadt einkaufen gehen wollen, möglicht ungehindert zum Barfüsserplatz und eben dann auch von dort zum Marktplatz gelangen können. Das muss mit einem Shuttle-Dienst aus meiner Sicht gewährleistet bleiben. Es gibt viele Menschen aus den Aussenquartieren, die sehr gerne in diese ganz spezifischen Innenstadtläden gehen, dort einkaufen gehen wollen. Und die sind nicht zehn Wochen in den Sommerferien und die sind auch nicht die ganze Zeit weg, die wollen dort einkaufen gehen und es müssen auch mobilitätseingeschränkte Personen diese Möglichkeit haben.

Ich bitte den Regierungsrat, hier rasch eine Lösung aufzuzeigen respektive mit der BVB aufzugleisen. Ich bin mit der Antwort zufrieden, mit der Baustelle und der Situation rund um den Marktplatz hingegen ganz und gar nicht.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

17.3. Interpellation Nr. 101 Eric Weber betreffend neue AKWs an der Grenze zu Basel - was sagt der Regierungsrat

[15.10.25 15:21:49, 25.5418.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Leider muss ich schon sagen, man wird nicht jünger. Die Älteren unter uns wissen noch, wie vor 50 Jahren politisiert worden sind. 50% der damaligen Grossräte sind vor 50 Jahren politisiert worden wegen Kaiseraugust. Ich war dort mit meinem Vater und meinem Bruder. Und bei diesen Demonstrationen war die ganze Bevölkerung, von Sozialdemokraten, nationaler Aktion bis zu allen Parteien, und die Partei POCH, eine gute und spannende Partei, hat sich damals neu gegründet.

Aber jetzt muss ich fragen, war das alles umsonst? Bestimmt gibt es auch noch ein paar andere von Ihnen, die damals in Kaiseraugst waren, meistens am Wochenende, Samstag und Sonntag und die Frage ist lebenswichtig. Ich danke auch diesen Grossräten von der SP, die zuhören, das finde ich sehr freundlich. Frankreich hat nicht den Sicherheitsstandard wie wir Schweizer. Sie wissen durch die Presse, dass es ständig in Frankreich seit 50 Jahren Abschaltungen gibt in den Atomkraftwerken und jetzt wollen die Franzosen zwei so ähnliche Atomkraftwerke bauen an der Grenze zu unserem schönen Basel. Ich muss wirklich eingestehen, das tut weh und darum habe ich die Interpellation gemacht, weil ich von der Regierung wissen möchte, welche Möglichkeiten sie hat.

Aber ich muss auch eingestehen, wir sind ein kleines Staubkörnchen für die Franzosen und ich schreibe ja in meiner Interpellation, dass Frankreich die ganzen Atomkraftwerke bewusst an der Grenze baut. Wenn Sie Tagesschau schauen oder ZDF, wissen Sie, dass in Deutschland viele Atomkraftwerke abgeschaltet werden, wegen den Grünen. Dann kommen die Leute und sagen, ja, aber was nützt es uns in Deutschland, wenn die AKW in Deutschland abgeschaltet werden und der Franzose im Elsass an der Grenze zu Deutschland baut oder die Tschechische Republik, die auch ganz viele Atomkraftwerke an der Grenze zu Bayern, Deutschland baut.

Obwohl es ein linkes Thema damals war, möchte ich von der Regierung wissen, was sie tut für unsere Bevölkerung, Schweizer und Ausländer, die hier wohnen, um Sicherheit zu bringen. Und darum möchte ich wissen, welche Informationen die Regierung hat zu den Plänen in Frankreich. Die Regierung weiss mehr als wir. Die Regierung ist noch mehr vernetzt als wir, wir sind nur da, um die Regierung zu kontrollieren, sind oftmals abgeschnitten von den Informationen und ich bin gespannt auf die Antworten der Regierung, denn für mich ist das eine grosse Gefahr. Ich bin jemand, der vor allem Angst hat, auch vor Atomkraftwerken, vor Flugzeugen, vor Hunden und so weiter. Und darum bin ich jetzt wirklich gespannt, was da passiert.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Besten Dank. Wir kommen zur nächsten Interpellation.

17.4. Interpellation Nr. 102 Daniel Seiler betreffend versäumte Chance für ein Quartierparking im ehemaligen Gebäude des Amts für Umwelt und Energie

[15.10.25 15:27:07, 25.5439.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Fragen 1 und 2: Im Wettbewerbsprogramm wurden beim Raumprogramm drei Mobility-Parkplätze, ein rollstuhlgerechter Parkplatz, Fahrradabstellplätze sowie ein Stromanschluss für E-Bikes gefordert. Ein öffentliches Quartierparking war zu keinem Zeitpunkt Bestandteil der Planung, da die verfügbare Fläche für diesen Zweck zu gering war. Mit dem Entscheid zur Umnutzung der Liegenschaft zu Wohnen entfiel zudem der grösste Teil der Parkplätze, da im Untergeschoss Nebenräume für Velos, Waschküche und weitere Nutzungen erforderlich wurden. Die Mobility-Stellplätze fielen später ebenfalls weg, da Mobility nach dem Wegzug des Amts für Umwelt und Energie kein Interesse mehr an dem Standort hatte. Der rollstuhlgerechte Stellplatz wurde im Aussenbereich realisiert.

Zu Frage 3: Dazu gibt es aktuell keine konkreten Pläne.

Zu Fragen 4 und 5: Wie in Punkt 1 ausgeführt, eignete sich die Liegenschaft an der Hochbergerstrasse 158 aufgrund der verfügbaren Flächen bzw. Anzahl Parkplätze nicht als Quartierparking. Zur grundsätzlichen Entwicklung von Quartierparkings hat der Regierungsrat gestern am 14. Oktober 2025 ein Konzept vorgelegt. Das Konzept zeigt, wo der Bedarf nach Quartierparkings besonders gross ist. Bei anstehenden Arealentwicklungen wird die Möglichkeit eines Quartierparkings jeweils sorgfältig geprüft und wo zweckmässig dann auch ein solches Parking realisiert. Bei Strassenumgestaltungen, die zu einer wesentlichen Reduktion von Strassenparkplätzen führen, soll der Kanton neu auch aktiver nach möglichen Ersatzparkplätzen auf Privatarealen suchen.

Daniel Seiler (FDP): Da hat es sehr interessante Aussagen in der Antwort, darum bin ich zum Teil zufrieden. Vielleicht ist es jetzt nicht unbedingt das grösstmögliche Parkhaus, das man hätte umgestalten können und ich habe gelernt, man wandelt nicht nur Parkplätze in Musikräume um, sondern es gibt noch ganz viele andere Möglichkeiten, die es gibt, solche Parkplätze umzunutzen.

Hier geht es aber um diese Quartierparkings und da ist die Regierung seit langem dran und erklärt uns immer wieder, wie man danach sucht. Jetzt wurden unsere Fragen beantwortet und ein Konzept vorgestellt mit gewissen Standorten. Unter anderem erfahren wir zuerst, dass der eine Standort nicht geeignet ist und nicht in Frage kommt, dafür ein anderer bei der Messe, Messehalle 3, wo heute noch Busse drinstehen bis mindestens 2027. Also es kann dann sein, dass wir Anfang 2030 da ein Quartierparking haben.

Wenn wir von der Messe sprechen: Ein paar Meter weiter vorne will man ja eigentlich den Neubau des Parkings der Messe bauen, da gibt es scheinbar keine Quartierparkings, weil man die zwar hätte machen können, aber aufgrund der Menge der bewilligten Zufahrten konnte man diese nicht machen, weil man sonst die Parkplätze nicht hätte nutzen können, wenn ich das richtig verstanden habe.

Also, es ist nicht ganz so einfach mit diesen Quartierparkings, wie wir wissen. Interessant ist auch, dass jetzt bei Strassenumgestaltungen Alternativen gesucht werden sollen, das ist sehr interessant. Ich nehme an, die Leute im Bachletten im Perimeter von der Marschalkenstrasse, die Einsprache erhoben haben gegen diesen massiven Parkplatzabbau, sind dann auch gespannt. Bisher hat man ihnen erklärt, sie könnten dann vielleicht in Zukunft im Parking vom Zolli im Erdbeergraben ihre Autos abstellen und 15 Minuten hin- und zurücklaufen. Ich weiss nicht, ob das wirklich die Idee des Konzepts ist. Also wir sind dann wirklich gespannt, wie das aussehen wird.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

17.5. Interpellation Nr. 103 Claudio Miozzari betreffend Unterstützung für die Basler Afrika Bibliographien

[15.10.25 15:32:38, 25.5442.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten, der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

17.6. Interpellation Nr. 104 Johannes Sieber betreffend die Sicherstellung der Betreuung der aufgenommenen Kinder und ihrer Begleitpersonen aus Gaza

[15.10.25 15:32:52, 25.5443.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen. Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Fragen 1 und 2: Vor der Einreise sind auf operativer Ebene das Staatsekretariat für Migration SEM, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz, die zuständigen Stellen des EDA und das Bundesamt für Gesundheit BAG beteiligt. Die Operation wird mit jenen europäischen Staaten koordiniert, die medizinische Evakuierungen bereits über den auf EU-Ebene bewährten Mechanismus bei Katastropheneinsätzen durchgeführt haben. Vor der Einreise in die Schweiz führen die Sicherheitsbehörden des Bundes individuelle Sicherheitskontrollen durch. Die verletzten Kinder und ihre Begleitpersonen werden mit einem humanitären Visum in die Schweiz einreisen und nach ihrer Ankunft ein ordentliches Asylverfahren durchlaufen. Das SEM wird voraussichtlich über die Asylgesuche im Rahmen des beschleunigten Verfahrens entscheiden, das heisst innerhalb von drei Monaten. Bis zum Entscheid wird ein N-Ausweis ausgestellt.

Die Kinder, die im UKBB behandelt werden und ihre Begleitpersonen werden dem Kanton Basel-Stadt zugewiesen. Der Regierungsrat geht davon aus, dass der Bund dem Kanton ab Einreise die gleichen Pauschalen ausrichtet, wie dies für andere Asylsuchende auch der Fall ist. Zuständig für die Unterbringung, Betreuung und Integration ist die Sozialhilfe.

Zu Frage 3: Für die medizinische Versorgung der verletzten Kinder ist das UKBB zuständig. Vorgesehen ist, dass bei jedem Kind eine Begleitperson im Spital bleiben kann. Die anderen Begleitpersonen werden in kantonalen Asylstrukturen untergebracht und betreut. Die Abklärung, ob posttraumatische Belastungsstörungen vorliegen, die allenfalls therapeutisch begleitet werden sollten, erfolgt nach der Einreise. Die Gesundheitsversorgung ist für die Kinder und ihre Begleitperson aus Gaza die gleiche wie für andere Geflüchtete. Der Regierungsrat geht aufgrund der vorliegenden Informationen davon aus, dass sie ebenfalls ab der Kantonszuweisung krankenversichert werden.

Zu Fragen 4 und 5: Auch hier gilt, die Kinder und ihre Begleitperson aus Gaza werden gleichbehandelt wie andere Geflüchtete. Sobald der Aufenthaltsstatus geklärt ist, stehen Ihnen die Integrationsangebote gemäss Integrationsagenda Schweiz offen. Nach der Einreise wird den erwachsenen Begleitpersonen zusätzlich zur Sozialberatung allgemeines Wissen zu Geschlechterrollen, Bildungssystem, Umgang mit Abfall oder ÖV vermittelt. Die Inhalte werden der Gruppe von Dolmetschenden näher gebracht. Zuständig für die berufliche Integration von Geflüchteten ist die Fachstelle Arbeitsintegration für Geflüchtete der Sozialhilfe. In einem ersten Schritt geht es jeweils um Spracherwerb, danach um individuell abgestimmte Massnahmen zur beruflichen Eingliederung.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Johannes Sieber (GLP): Die Nachricht, dass die Schweiz und im speziellen Basel Kinder und Begleitpersonen aus Gaza aufnehmen wird, hat zu Fragen geführt aus unterschiedlichen Gründen, vielleicht auch aus unterschiedlicher Motivation. Ich wollte mit dieser Interpellation versuchen, dem Regierungsrat die Chance zu geben, dass er vermittelt, was passiert. Ich denke, es gibt keine Fragen in Bezug auf das Kinderspital und die Leistungen, die dort vollbracht werden. In Bezug auf die restlichen Leistungen im Asylwesen gibt es immer wieder Diskussionen und Fragen. Ich glaube, es ist halt einfach wichtig, dass der Regierungsrat in diesem Zusammenhang offensiver kommuniziert, was passiert. Wenn er sich bereit erklärt, Leute aufzunehmen, dass er auch gleichzeitig vermittelt der Bevölkerung, was mit diesen Menschen passiert und das halte ich für sehr wichtig. In diesem Sinne bin ich mit der Antwort, die etwas knapp ausgefallen ist und allgemein gehalten ist, teilweise zufrieden oder vielleicht vorläufig ganz zufrieden und würde mich dann wieder melden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

17.7. Interpellation Nr. 105 Heidi Mück betreffend Chemiemüll beim Spielplatz Ackermätteli

[15.10.25 15:37:18, 25.5444.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin ist nicht anwesend. Entsprechend gehen wir zur Interpellation Nummer 106.

17.8. Interpellation Nr. 106 Julia Baumgartner betreffend Gewaltmonitoring des Kantons Basel-Stadt

[15.10.25 15:37:36, 25.5445.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich die Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt.

Einleitende Bemerkungen: Das Projekt Gewaltmonitoring startete im Jahr 2023 und konnte mit dem Dashboard nun ein erstes Resultat veröffentlichen. Das Dashboard ist aber nur ein Teil des Projekts. Zusätzlich sollen in Zukunft Analysen zu ausgewählten Fragestellungen publiziert werden. Ein wichtiger weiterer Teil des Projekts ist die Harmonisierung der Datenerhebung durch die verschiedenen Behörden und Organisationen.

Zu Frage 1: Der grosse Vorteil des Dashboards besteht darin, dass es die bereits verfügbaren Daten bündelt und einen umfassenderen Überblick über Zahlen zu häuslicher Gewalt erlaubt. Bisher waren die Daten auf verschiedenen Behörden und Plattformen verteilt. Der Regierungsrat erhofft sich vom Dashboard, dass es ein hilfreiches Instrument zur Information der Öffentlichkeit und zur weiteren Bekämpfung der häuslichen Gewalt ist. Das Projekt hat aber auch gezeigt, dass die vorhandenen Daten aktuell nur mit Vorbehalt verglichen werden können. Jede Datenquelle beleuchtet das Thema aus einem eigenen Blickwinkel und nach eigenen Kriterien. Hier sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf zur Harmonisierung der Datenlage, was im weiteren Projektverlauf angegangen wird.

Zu Frage 2: Wie auch das Projekt Gewaltmonitoring zeigt, ist der Kanton Basel-Stadt bei der Bekämpfung der häuslichen Gewalt sehr aktiv. Er ist gerade daran, das Pilotprojekt «Halt Gewalt» für die Sensibilisierung der Bevölkerung in die Regelstruktur zu überführen. Die Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe im Generalsekretariat des Justiz- und Sicherheitsdepartementes führt den Runden Tisch Häusliche Gewalt durch, an dem Fachpersonen diverser Behörden und Partnerorganisationen ihre Arbeit koordinieren. Das kantonale Polizeigesetz wurde schon vor Jahren revidiert, um bei häuslicher Gewalt Schutzmassnahmen wie die erweiterte Gefährder- oder Opferansprache treffen zu können. Sowohl die Kantonspolizei als auch die Staatsanwaltschaft wurden darin geschult, bei Meldungen von häuslicher Gewalt gegen den Täter vorzugehen, aber auch dem Opfer sensibel zu begegnen. Grundsätzlich geht der Regierungsrat davon aus, dass die Dunkelziffer bei häuslicher Gewalt nach wie vor hoch ist. Das ist mit ein Grund, weshalb das Projekt «Halt Gewalt» weitergeführt wird. Der Regierungsrat erhofft sich vom Projekt Gewaltmonitoring, dass es Hinweise dazu liefert, welche Massnahmen zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt als nächste getroffen werden können. Dazu ist jedoch eine laufende Verbesserung der Datenlage nötig im Sinne einer Ausweitung der Datenquellen sowie einer Harmonisierung und Verknüpfung der Daten. Das ist ein laufender und langfristiger Prozess, der im Rahmen des Projekts mit den relevanten Behörden und Organisationen vorangetrieben wird.

Zu Frage 3: Das Dashboard bündelt Zahlen und gibt dazu kurze Erklärungen. Wie alle Dashboards liefert es vornehmlich die Daten und überlässt die Interpretation den Besuchenden der Website. Ähnlich verhält es sich mit allen Datenportalen des Statistischen Amts, das für die technische Entwicklung des Dashboards verantwortlich ist. Zum Thema der Auslastung der Frauenhäuser verweist der Regierungsrat auf seine Beantwortung der schriftlichen Anfrage Hochuli vom 17. September 2025.

Zu Frage 4: Das Dashboard soll in Zukunft um weitere Datensätze erweitert werden, wenn diese für ein besseres Verständnis des Phänomens häusliche Gewalt sinnvoll sind. Allenfalls müssen sie auch verfügbar sein. So wird zum Beispiel das Einkommen in Fällen von häuslicher Gewalt aktuell von keiner Stelle oder Organisation erhoben. Im Rahmen des Projekts wird jedoch geprüft, ob mittels Datenverknüpfungen entsprechende Zusammenhänge ausgewiesen werden können.

Zu Frage 5: Das Projekt Gewaltmonitoring, von dem das Dashboard ein Teil ist, trägt zur Bekämpfung häuslicher Gewalt bei, indem es anhand von Daten das Verständnis des Phänomens verbessert. Die Bekämpfung von häuslicher Gewalt ist Teil des Auftrags mehrerer Behörden und Partnerorganisationen, die sich unter anderem am Runden Tisch Häusliche Gewalt treffen. Wie erfolgreich die Bekämpfung der häuslichen Gewalt ist, ist schwierig zu messen. Die steigenden Fallzahlen deuten darauf hin, dass die Sensibilisierungsmassnahmen erfolgreich sind und mehr Fälle zur Anzeige gebracht werden.

Zu Frage 6: Das Ziel ist, alle verfügbaren Datenquellen zu häuslicher Gewalt auf dem Dashboard oder in Analysen abzubilden und das Phänomen besser verständlich zu machen. Die Staatsanwaltschaft ist bereits einbezogen. Von ihr stammen die Daten für die polizeiliche Kriminalstatistik. Weitere Datenlieferungen der Staatsanwaltschaft sind in Abklärung. Im weiteren Projektverlauf werden auch die Gesundheitsdienste miteinbezogen.

Zu Frage 7: Geplant ist in Zukunft, das Dashboard schrittweise um Datensätze von weiteren Institutionen zu häuslicher Gewalt und auch um Themen wie sexualisierte Gewalt zu ergänzen. Zuerst sollen aber Erfahrungen mit dem Dashboard in der aktuellen Ausführung gesammelt werden.

Zu Frage 8: Derzeit ist das Projekt mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet.

Zu Frage 9: Das Projekt dient dazu, die verfügbaren Daten zu bündeln, um eine bessere Übersicht über häusliche Gewalt zu liefern. Daraus lassen sich auch mittel- und langfristige Entwicklungen besser ablesen. Diese werden in den Fachgremien unter anderem am Runden Tisch Häusliche Gewalt besprochen. Die Massnahmen leiten sich aus den Erkenntnissen der beteiligten Fachleute ab. Künftig sollen auch Analysen zu ausgewählten Fragestellungen dabei unterstützen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden sit.

Julia Baumgartner (SP): Ich danke der Regierungsrätin für ihre Antworten. Das Gewaltmonitoring ist zweifellos ein wichtiger Schritt. Nach ihren Antworten bleibt bei mir aber der Eindruck, dass wir noch ziemlich am Anfang stehen.

Zu Fragen 1 und 2: Ja, das Projekt «Halt Gewalt» ist wichtig und sinnvoll und wir begrüssen auch, dass es in die Regelstruktur überführt wird. Es reicht jedoch nicht. Für echte Prävention brauchen wir einen breiteren, umfassenderen Ansatz und sie muss früher beginnen, nämlich in der Schule, wo Kinder lernen, wie man respektvoll miteinander umgeht und wie Konflikte gewaltfrei gelöst werden können. Ebenso wichtig ist, wir müssen die Programme für Tatpersonen mit höherer Priorität behandeln.

Zur Einordnung der Zahlen, wie ich es in meiner Interpellation gewünscht habe: Gerade der Punkt zum Frauenhaus in meiner Frage 3 zeigt deutlich eine Auslastung von 93% bei einer Kapazitätsgrenze von 75% ist kein Detail, das ist ein Alarmzeichen und solche Zahlen gehören eingeordnet, es braucht eine Erklärung. Das Dashboard soll Klarheit zu Zahlen bieten und nicht verwirren.

Zu Fragen 7 und 8: Der Regierungsrat spricht davon, das Gewaltmonitoring künftig auf weitere Formen von Gewalt auszuweiten. Das begrüsse ich sehr, das wurde ja auch in der offiziellen Kommunikation im September so angekündigt. Doch jetzt in der Antwort heisst es auch, man wolle zuerst mal Erfahrungen mit der jetzigen Version sammeln und die vorhandenen Ressourcen seien ausreichend. Das lässt bei mir schon die Befürchtung erwecken, dass die angekündigte Ausweitung nicht mit der nötigen Priorität vorangetrieben wird.

Wenn wir das Monitoring ernst meinen, dann darf es nicht bei häuslicher Gewalt stehen bleiben. Gewalt hat viele Formen, sexualisierte, psychische, auch im digitalen Raum, und wenn wir wirklich verstehen wollen, wie Gewalt in unserer Gesellschaft funktioniert, dann gehören alle diese Formen in ein umfassendes Monitoring. Dafür braucht es aber natürlich auch die notwendigen Mittel und nicht nur gute Absichten. Das Gewaltmonitoring kann ein gutes Werkzeug werden, aber nur, wenn es verständlich ist, wenn die Daten von der Verwaltung wirklich genutzt werden für effektive Präventions- und Schutzmassnahmen und wenn wir auch bereit sind, daraus politische Konsequenzen zu ziehen und die nötigen Mittel zu sprechen. Ich bin teilweise zufrieden mit den Antworten.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

17.9. Interpellation Nr. 107 Franziska Stier betreffend ausländerrechtlicher Administrativhaft im Kanton Basel-Stadt

[15.10.25 15:46:43, 25.5448.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich auch diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Personen ohne Aufenthaltstitel haben andere Rechte als ausländische Personen mit Aufenthaltsberechtigung, und sie haben andere Rechte als Schweizer Staatsangehörige. Daher müssen Menschen ohne Aufenthaltstitel anders behandelt werden als Menschen mit gültigem Aufenthaltstitel. Die unterschiedliche Behandlung ist sachlich begründet. Die Administrativhaft dient der Sicherstellung des Wegweisungsvollzugs von Personen ohne Bleiberecht unter den gesetzlich definierten Voraussetzungen.

Zu den Fragen 2 und 3: Die Administrativhaft ist eine Zwangsmassnahme, die nur als letztes Mittel eingesetzt wird, um die Ausreise einer Person sicherzustellen. Es handelt sich dabei nicht um ein Strafverfahren, sondern um eine Massnahme zur Durchsetzung der Wegweisung. Eine individuelle Prüfung und Betreuung im Sinne eines Case Managements findet bereits heute statt. Das Migrationsamt Basel-Stadt prüft vor jeder Haftanordnung mildere Alternativen. Beispielsweise spricht das Migrationsamt eine Meldepflicht aus, die zur Folge hat, dass die betroffene Person regelmässig vorsprechen muss. Wenn gültige Reisedokumente vorliegen, erfolgt zusätzlich eine sogenannte Passabnahme, um die Ausreise sicherzustellen, ohne jemanden festnehmen zu müssen.

Zu den Fragen 4 und 5: Erklärt eine inhaftierte Person, dass sie sich im Hungerstreik befindet, greifen klare Abläufe, ärztliche Untersuchungen innert 48 Stunden, tägliche Kontrollen und umfassende Aufklärung über Risiken. Auch das Migrationsamt wird über die Hungerstreiks informiert und tritt mit dem Streikenden in Kontakt. Die aus diesen Abklärungen resultierenden Erkenntnisse werden im weiteren Verlauf des Ausreiseverfahrens berücksichtigt. Hungerstreiks sind meist Ausdruck von Frustration über die bevorstehende Wegweisung oder individuelle Anliegen und sie werden teilweise auch als Druckmittel eingesetzt. Ob die Hungerstreiks in der Administrativhaft, die in der Regel nur wenige Tage dauert, tatsächlich vollständig durchgeführt werden, lässt sich nur schwer überprüfen, da Inhaftierte auch ausserhalb der regulären Mahlzeiten Zugang zu Esswaren haben.

Im Verlauf der letzten Jahre stiegen die Anforderungen an die ausländerrechtliche Administrativhaft kontinuierlich. Im Gefängnis Bässlergut wurde die Platzzahl reduziert, die Infrastruktur modernisiert und das Betriebsregime schrittweise gelockert, etwa bei Zellenöffnungszeiten, Aussenkontakten oder der medizinischen Betreuung. Damit erfüllt das Gefängnis Bässlergut als eines der wenigen Gefängnisse in der Schweiz noch die gesetzlichen Vorgaben. Ausserdem prüft der Regierungsrat mittelfristig gemeinsam mit anderen Kantonen neue Lösungen für die Administrativhaft.

Zu Frage 5.1: Inhaftierte in der Administrativhaft können wöchentlich 200 Minuten kostenlos im Internet surfen und während der Zellenöffnungszeiten unbeschränkt Video telefonieren. Eine Ausweitung des Internetzugangs und Alternativen zur bestehenden Videotelefonie ist derzeit in Prüfung. Smartphones bleiben ausgeschlossen, da die Gefahr des Missbrauchs, etwa durch Bild- und Tonaufnahmen, zu hoch wäre.

Zu Frage 5.2: Die dargestellten Anforderungen sind bereits heute zentral im Beruf der Justizvollzugsangestellten. Diesem Anspruch wird in allen Phasen der Auswahl und Ausbildung Rechnung getragen, von der Rekrutierung über die Einarbeitung im Gefängnis bis zur berufsbegleitenden Ausbildung am Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug zum Erwerb des obligatorischen Fachausweises.

Zu Fragen 6 und 7: In den vergangenen fünf Jahren verzeichnete das Gefängnis Bässlergut insgesamt drei Minderjährige in Administrativhaft. Die betroffenen Personen wurden dem Gefängnis allesamt von ausserkantonalen Einweisern zugewiesen. Das Migrationsamt Basel-Stadt selbst verfügte in diesem Zeitraum keine Administrativhaft bei Minderjährigen, es verfügte lediglich kurzfristige Festhaltungen, um zum Beispiel eine Zuführung in den Ursprungskanton sicherzustellen.

Zu Frage 8: Arrest kann in Ausnahmefällen notwendig sein, um die Ordnung und Sicherheit innerhalb der Anstalt aufrechtzuerhalten. Es ist kein willkürliches Strafmittel, sondern eine klar geregelte, zeitlich begrenzte Disziplinarmassnahme, die zum Beispiel bei Gewalt gegenüber dem Personal oder Miteingewiesenen ausgesprochen wird. Ein vollständiger Verzicht würde die Durchsetzung von Regeln und die Sicherheit für Personal und Mitgefangene gefährden.

Zu Frage 9: Das Migrationsamt befragt betroffene Personen bei der Einvernahme konsequent, ob sie eine gerichtliche Überprüfung der Dublinhaft wünschen. Eine Begründung ist nicht erforderlich, der Antrag wird direkt weitergeleitet. Ebenso werden betroffene Personen auf die Möglichkeit zum Beizug eines Rechtsbeistandes hingewiesen. Während der Haft steht zusätzlich die niederschwellige Rechtsberatung für von Zwangsmassnahmen betroffene Personen des HEKS zur Verfügung. Damit ist der Rechtsschutz gewährleistet.

Zu Frage 10: Ob Administrativhaft angeordnet wird, entscheidet das Migrationsamt immer im Einzelfall, basierend auf Gesetz und Rechtsprechung. Jeder Fall wird individuell geprüft. Eine mögliche Untertauchgefahr ergibt sich aus verschiedenen Kriterien, zum Beispiel, wenn eine Person in der Vergangenheit bereits untergetaucht ist, sie ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommt, behördliche Anweisungen missachtet oder keine gültigen Ausweispapiere besitzt.

Zu Frage 11: Das Migrationsamt Basel-Stadt verfügt keine Administrativhaft, wenn ein möglicher Vollzug von Grund aus nicht vorhersehbar ist.

Zu Frage 12: Der Vorspracheort im Gefängnis Bässlergut wurde aus Sicherheitsgründen gewählt. Am Schalter im Spiegelhof kam es in der Vergangenheit wiederholt zu Vorfällen, die die Sicherheit der anderen Kundschaft im Spiegelhof gefährdeten. Im Vergleich dazu kam es bei den Vorsprachen im Gefängnis Bässlergut zu keinen sicherheitsrelevanten Problemen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Franziska Stier (BastA): Ich habe mir vor zwei Wochen selbst einen Überblick über die Situation im Bässlergut geschafft, gefolgt auch von einem Bericht der Beobachtungsstelle Asyl und Migration, die schweizweit massive Grundrechtsverletzungen feststellte und viele Fragen sind auch gestützt auf den Bericht der nationalen Kommission zur Verhütung von Folter. Insofern sind unglaublich viele Fragen zusammengekommen, die gar nicht alle in der Interpellation sind, vielmehr ist auch noch eine schriftliche Anfrage dazu hängig.

Die Antwort der Regierung auf meine Interpellation zeigt mir aber vor allem eines: Dass man sich an die Administrativhaft gewöhnt hat. Doch genau hier liegt das zentrale Problem. Wir sprechen hier nicht von einer Strafhaft, wie auch gesagt wurde. Es geht also nicht um Menschen, die ein schweres Delikt begangen haben, sondern um Freiheitsentzug aus administrativen Gründen. Es geht um Menschen, die eingesperrt werden, weil sie ein bestimmtes Stück Papier nicht besitzen. Wir sprechen über Menschen wie Mara, ein Fall aus einem anderen Kanton, die von ihrem Ex-Mann in Tunesien misshandelt und fast umgebracht worden wäre und aufgrund einer posttraumatischen Belastungsstörung und Suizidgedanken die Schweiz nicht zum Ablauf des Visums verlassen konnte aber schliesslich im Gefängnis landete, weil eine Behörde fand, dass sie untertauchen könne.

Die Schweizer Beobachtungsstelle für Asyl und Ausländerrecht hat in ihrem Bericht klar gezeigt, diese Haftform verletzt Grundrechte systematisch und sie widerspricht der Idee eines Rechtsstaats, der nicht nach Passfarbe unterscheiden darf, wenn es um die Freiheit eines Menschen geht. Im Bässlergut wird Administrativhaft in einer Umgebung vollzogen, die kaum vom Strafvollzug zu unterscheiden ist: Vergitterte Fenster, verschlossene Türen, kein Zugang zum Mobiltelefon. Menschen, die nichts verbrochen haben, werden behandelt wir Kriminelle. Und wenn sie protestieren mit Hungerstreiks, weil sie keine andere Stimme haben, dann spricht man von Befindlichkeiten.

Wenn der Staat die Freiheit entzieht, dann muss das eine absolute Ausnahme bleiben. Doch was wir hier sehen, ist mehr das Gegenteil, es ist eine Normalisierung. Die Regierung spricht mehr oder weniger von einem ordnungsgemässen Vollzug, aber das eigentliche Problem ist ein System, das Menschen kriminalisiert, weil sie migrieren. Ich erwarte, dass wir diese Praxis nicht nur verwalten, sondern kritisch hinterfragen, nicht nur für die Menschen im Bässlergut, die in Administrativhaft sitzen, sondern auch für uns selbst, für unsere Grundrechte, für unser Basel, das eben nicht in den Berichten der Antifolterkommission hervorstechen sollte. Basel darf kein Ort sein, an dem Menschen im administrativen Niemandsland verschwinden. Insofern bin ich mit der Antwort nicht zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

17.10. Interpellation Nr. 108 Alexandra Dill betreffend Sporthallenvergabe und -bewirtschaftung

[15.10.25 15:57:05, 25.5449.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zuerst ein paar einleitende Bemerkungen: Der Kanton Basel-Stadt vermietet seine Schulsporthallen ausserhalb der Schulzeiten an Vereine und weitere Organisationen. Verantwortlich für die Vermietung und Belegung ist das Sportamt. Das Sportamt stellt auch den Betrieb ausserhalb der Schulzeiten durch den sogenannten Vereinsdienst sicher. Die Mitarbeitenden des Vereinsdienstes sind für das Öffnen, das Schliessen und für die Grobreinigung der Hallen und Garderoben zuständig.

Zu Frage 1: Viele Vereine möchten Hallen mieten. Die Nachfrage nach Schulsporthallen übersteigt das Angebot. Vor allem während des Wintersemesters sind nicht genügend Hallen vorhanden. Zudem wird das Angebot kleiner, wenn Hallen saniert werden müssen, denn immer möglich werden sie in den Schulferien saniert.

Zu Frage 2: Wollen Vereine eine Halle mieten, wenden sie sich an die Fachstelle Vermietung im Sportamt. Diese bearbeitet die Anfragen und erstellt die Belegungspläne. Die Belegungspläne vom Wintersemester werden jeweils für das folgende Wintersemester übernommen, gleich geht man im Sommersemester vor. Damit wird sichergestellt, dass die Vereine an den gleichen Orten und zu den gleichen Zeiten trainieren können. Wenn Hallen frei werden, so werden sie an andere Vereine vermietet. Sie werden nach dem Eingangsdatum der Anfrage vergeben. Aktuell plant das Sportamt ein Projekt, das zum Ziel hat, mehr Belegungspotenzial zu schaffen und den Vergabeprozess zu optimieren. Zudem werden Kriterien für eine Priorisierung der Vergabe geprüft.

Zu Frage 3: Die Belegungspläne werden mit einer internen Belegungssoftware erstellt. Über diese Software können keine Online-Reservationen getätigt werden. Die Einführung einer solchen Funktion ist für die Zukunft vorgesehen.

Zu Fragen 4 und 5: Rund 70% der Hallen laufen im Zweischichtbetrieb. Es ist nicht möglich, die Hallen vor 18.15 Uhr zu nutzen. Sie sind dann von den Schulen belegt. Eine Umstellung auf einen Dreischichtbetrieb würde bedeuten, dass die Trainingseinheiten von aktuell einer Stunde von 45 Minuten gekürzt werden und die Trainings der letzten Einheit später enden müssen. Der Dreischichtbetrieb ist mit persönlichen Zusatzkosten für den Vereinsdienst verbunden. Die Gesamtkosten werden auf rund 100’000 Franken geschätzt. Ein Dreischichtbetrieb wäre frühestens auf das Wintersemester 2026 möglich. Aus sportwissenschaftlicher Sicht können die Zeitfenster für die Kinder gekürzt werden. Die Dauer der Trainingseinheiten ist so gewählt, dass sie für Kinder- und Erwachsenentrainings genutzt werden können. Dies ermöglicht eine Belegung der Zeitfenster für beide Zielgruppen.

Zu Frage 6: Die Hallen werden an den Wochenenden und während den Schulferien oft für Meisterschaftsspiele vermietet. Das Sportamt ist an den Wochenenden und während den Schulferien sowohl für die Vermietung als auch für den Betrieb durch den Vereinsdienst zuständig. In den Schulferien und an den Wochenenden ist es wichtig, dass der Einsatz des Vereindienstes effizient organisiert wird. Sollen die Hallen während den Wochenenden und den Schulferien uneingeschränkt genutzt werden, fallen höhere Personalkosten beim Vereinsdienst an. Diese sind abhängig vom Bedarf.

Zu Frage 7: Eine Belegung nach Sportarten ist momentan wegen den beschränkten Kapazitäten nicht möglich. Im Rahmen des erwähnten Projekts werden die Vor- und Nachteile einer Belegung nach Sportarten geprüft.

Zu Frage 8: In Industrie-, Produktions- oder Lagerhallen sind oft viele Stützpfeiler. Diese Flächen können deshalb meist nicht als reguläre Trainingsflächen genutzt werden. Der Regierungsrat prüft immer wieder Umnutzungsmöglichkeiten. Bis auf das Gondrandgebäude mit der Trendsporthalle waren bis jetzt die geprüften Hallen nicht geeignet.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Alexandra Dill (SP): Ich danke Regierungsrat Mustafa Atici für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich habe sie eingereicht, weil ich von einigen Vereinen weiss, die mit diesem Thema kämpfen und wir haben ja hier drinnen auch schon darüber debattiert, ist Basel eine Sportstadt oder nicht? Soll sie eine sein, eine werden, eine bleiben? Unbestritten ist zumindest, dass viele Aspekte des Sports für die Bevölkerung wichtig, gesundheitsfördernd und integrativ sind und dass in Basel sehr gerne Sport in Hallen getrieben wird und auch, dass der Kantonsboden knapp ist. Oft diskutieren wir auch unter anderem heute Morgen, wie wir die Kantonsfläche und unsere Gebäude optimal klimafreundlich und der grauen Energie bewusst nutzen. Und mit dem Herbstbeginn drängen nun auch die Aussensportarten in Innenräume, und im Bau 52 können wir sie nicht mehr unterbringen.

Ich höre aus der Beantwortung heraus, dass wir aus der bestehenden Infrastruktur noch mehr herausholen können, sie effizienter nutzen mit einem klaren Bewirtschaftungssystem und einem Vergabekonzept. Da gibt es tatsächlich reichlich Optimierungsmöglichkeiten mit den bestehenden Hallen. Zum Beispiel könnte man in vielen Hallen gut eine dritte Schicht einbauen, wenn 70% im Zweischichtbetrieb laufen, die Mittel dafür scheinen mir weitaus günstiger, als neue Hallen zu bauen und kürzere Trainingseinheiten dünken mich auch vertretbar, dafür braucht es einfach den Dialog mit den Nutzenden.

Eine freie Hallenfläche kann zurzeit nicht eingesehen werden, das muss über das Sportamt laufen, wo sich dann zwangsläufig dieser Flaschenhals ergibt. Ich denke, im digitalisierten Zeitalter müsste eine Hallenbuchung in einem Tool,

zumindest von der technischen Lösung her, ähnlich einfach sein, wie wenn ich ein Hotelzimmer buche, auch da sehe ich, ob und welche Kapazitäten es gibt. Und da denke ich stark auch an die Entlastung des Sportamtes. Ich bin sehr erfreut, dass Regierungsrat Mustafa Atici nun sagt, dass eine solche Funktion geplant ist.

Mich interessiert auch ein Konzept bei der Vergabe der Hallen. Wie wird entschieden, wer wann welche Halle bekommt? Hat eine lose Gruppe von ein paar Sportfreund:innen, die dann auch nur jede zweite Woche tatsächlich genügend Mitwohnende finden und dazwischen die Halle immer mal gar nicht nutzt, das gleiche Recht auf eine Halle wie ein Verein, der in der höchsten Liga spielt? Nicht, dass ich damit sagen will, dass Amateur-Innensport nicht gleich wichtig sein soll wie der professionelle, das läge mir fern, aber das, was gut wäre, wäre einfach ein Konzept, Regeln, Prioritäten, wer bekommt den Raum. Wenn er knapp ist, müssen wir ihn fair verteilen. Was sind Kriterien,Anciennität? Wenn Belegungspläne einfach kopiert werden, dann scheint es so. Oder einfach wer lauter schreit, wer besser verhandelt? Oder könnte man auch Kriterien beiziehen wie die Anzahl der Sportlerinnen und Sportler, Engagement, Standortattraktivität, Gesundheitsförderungsaspekte, Genderaspekte, dass es gleich verteilt ist, Förderungsaspekte, also wer Swisslos-Fonds, Sportfondsmittel erhält, erhält auch eine Halle? Das wäre dann zumindest sinnvoll für einen nachhaltigen Mitteleinsatz dieser Gelder. Und darum bin ich sehr froh, prüft das Sportamt nun Kriterien für eine solche Priorisierung.

Ich erfahre gerade am eigenen Leib, dass die Hallenzuteilung kurzfristig ändern kann, also zum Beispiel hat ein Verein eine Halle am Freitagabend, dann plötzlich wird sie saisonal an eine andere Sportart vergeben, die plötzlich drinnen sein muss und der Verein erhält eine andere Halle am anderen Ende der Stadt, neu am Montagabend. Dabei haben Vereine auch oft etwas Quartiergebundenes. Insbesondere im Bereich Kindersport zieht das dann noch einen zusätzlichen Rattenschwanz mit sich. Kinder können ja nicht einfach spontan in eine andere Halle, sie müssen den Weg erst lernen und die Wegzeiten sind anders oder die Betreuungszeiten für die Tagesstrukturen muss man umbuchen, da gibt es Kündigungsfristen. Das ist zwar im gleichen Departement, vielleicht gibt es dann an dieser Front die Lösung. Aber auch für die Trainerinnen geht das nicht und im semi-professionellen Bereich schon gar nicht mehr, dass man ständig den Ort wechseln muss oder den Tag.

Darum habe ich die Frage gestellt nach einem Clustering der Infrastruktur nach Sportarten. Ich bin sehr froh, wird das nun geprüft. Ich bin darum teilweise zufrieden und ich hoffe sehr, dass hier bald gute Lösungen für ein einsehbares System, eine Ausweitung auf drei Schichten und eine klare Vergabe nach Kriterien sichtbar wird.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

17.11. Interpellation Nr. 109 Oliver Bolliger betreffend schadensmindernden Massnahmen rund um das kHaus

[15.10.25 16:07:28, 25.5450.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

17.12. Interpellation Nr. 110 Brigitta Gerber betreffend Bern bricht Abfall-Farbsack-Pilotprojekt ab - was gedenkt Basel zu tun?

[15.10.25 16:07:42, 25.5451.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

17.13. Interpellation Nr. 111 Nicola Goepfert betreffend undemokratisches Comeback des Autobahn-Rheintunnels

[15.10.25 16:07:58, 25.5452.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant ist abwesend.

17.14. Interpellation Nr. 112 Hanna Bay betreffend Legislaturplan 2025-2029: Bleibt die Bekämpfung von häuslicher, sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt und die Stärkung der Prävention auf der Strecke?

[15.10.25 16:08:17, 25.5453.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Die Legislaturplanung setzt thematische Schwerpunkte und kann nicht alle laufenden oder geplanten Tätigkeiten der Verwaltung im Detail abbilden. Das Thema häusliche und sexualisierte Gewalt wird aber im Legislaturplan klar adressiert. So sieht der Legislaturplan im Massnahmenpaket «Gleichstellung und Chancengleichheit gewährleisten» die Umsetzung des Gleichstellungsplans 2024 bis 2027 vor. Der Regierungsrat hat im Gleichstellungsplan Gewalt und Sicherheit als eines der sechs Handlungsfelder definiert und in diesem Handlungsfeld elf Massnahmen festgelegt, um häusliche und sexualisierte Gewalt zu bekämpfen und gegen Belästigungen im öffentlichen Raum vorzugehen. Die Bekämpfung und Prävention dieser Gewaltformen bleibt für den Regierungsrat also ein zentrales Anliegen. Das zeigen die Massnahmen im Gleichstellungsplan. Zudem wird bereits seit 2022 sexualisierte Gewalt wie auch die häusliche Gewalt und die Gewalt im öffentlichen Raum innerhalb des Schwerpunkts Gewaltdelikte bei der regierungsrätlichen Schwerpunktsetzung in der Kriminalitätsbekämpfung einschliesslich Strafverfolgung vertieft bearbeitet.

Der hohe Stellenwert des Themas spiegelt sich auch in den zahlreichen weiteren bereits ergriffenen und geplanten Massnahmen sowie auch in der Zusammenarbeit mit dem Bund wider. So nahm der Kanton am ersten Treffen von Bund und Kantonen zur Stärkung der Gleichstellung im Mai teil und unterstützt die im November startende nationale Präventionskampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat verfolgt die Entwicklung aufmerksam. Wie erfolgreich die Bekämpfung der häuslichen und sexualisierten Gewalt ist, ist schwierig zu messen. Die steigenden Fallzahlen deuten darauf hin, dass die Sensibilisierungsmassnahmen erfolgreich sind und mehr Fälle zur Anzeige gebracht werden.

Zu Fragen 3 und 4: Der Kanton Basel-Stadt ist bei der Bekämpfung dieser Gewaltformen sehr aktiv. Das kantonale Polizeigesetz wurde schon vor Jahren revidiert, um bei häuslicher Gewalt Schutzmassnahmenwie die erweiterte Gefährder- und Opferansprache treffen zu können. Neben dem seit über 20 Jahren bestehenden Lernprogramm gegen häusliche Gewalt startet diesen Herbst auch ein Lernprogramm gegen sexualisierte Gewalt. Mit dem kantonalen Bedrohungsmanagement besteht seit 2023 zudem ein weiteres zentrales Instrument zur Entschärfung von Gefährdungssituationen.

Ein weiterer Kernbestandteil des Gewaltschutzsystems ist die institutionelle Zusammenarbeit. Diese erfolgt über die runden Tische «Häusliche Gewalt» und «Sexualisierte Gewalt», die Kommission Gewaltschutz, das Projekt Gewaltmonitoring sowie diverse Arbeitsgruppen. Wie diese Zusammenarbeit funktioniert, zeigte sich am Eurovision Song Contest 2025. Erstmals wurde ein schweizweites Pilotprojekt umgesetzt, bei dem Polizei, Fachstellen und freiwillige Teams gemeinsam Prävention sicherstellten und Unterstützung anboten.

Zur Weiterentwicklung des Gewaltschutzsystems hat der Regierungsrat im August 2025 den Ratschlag zur Überführung des Projekts «Halt Gewalt» in die Regelstruktur dem Grossen Rat überwiesen. Zudem ist ein Massnahmenpaket zum Thema sexualisierte Gewalt in Erarbeitung, das insbesondere den Ausbau des Fachwissens innerhalb der Kantonspolizei sowie die Entwicklung eines Sensibilisierungskonzepts für die Öffentlichkeit und Betroffene vorsieht.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Hanna Bay (SP): Ich habe zwar im Vorfeld nicht begründet, deswegen hier vielleicht kurz vorab, wieso ich diese Interpellation eingereicht habe. Die Zahlen sind erschreckend, im Jahr 2025 wurden schweizweit bereits 24 Frauen und Mädchen von Männern getötet, vielleicht sind es unterdessen sogar mehr, aber ich glaube, ich kann sagen, wir erleben eine Pandemie der Gewalt an Frauen oder weiblich gelesenen Menschen. Entsprechend haben viele staatliche Akteure die Bekämpfung von sexualisierter, häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt als Schwerpunktthema definiert, nicht aber der Regierungsrat in seinem Legislaturplan 2025 bis 2029. Dort wird unter dem Thema «Sicherheit und Sicherheitsempfinden stärken» ein Schwerpunkt auf den öffentlichen Raum, auf Cybercrime und die organisierte Kriminalität gesetzt. Das ist natürlich gut und das ist wichtig, doch damit wird verkannt, dass der private Raum, das Zuhause gerade für Frauen der grösste Gefahrenherd ist. Nirgendwo ist eine Frau so unsicher wie in den eigenen vier Ländern. Ich glaube, man kann das gar nicht oft genug sagen. Und da nützt auch die verstärkte Polizeipräsenz, welche im Legislaturplan gesondert und speziell erwähnt wird, leider nichts.

Diese Prioritätensetzung warf bei mir Fragen auf und ich bedanke mich an dieser Stelle herzlich für die Beantwortung eben dieser Fragen. Und so viel vorneweg, ich bin wirklich froh zu lesen und nun auch zu hören, dass der Regierungsrat das Thema nach wie vor als zentrales Anliegen sieht. Wir haben gehört, dass es indirekt mit dem Verweis auf den Gleichstellungsplan auch in den Legislaturplan Eingang gefunden hat. Aber hier vielleicht schon meine erste leise Kritik: Auch die anderen im Legislaturplan explizit genannten Schwerpunktthemen sind keine Neuigkeiten im eigentlichen Sinn, nichts, was man bis anhin nicht getan hätte, Cybercrimes, die Hotspots im öffentlichen Raum, alles bekannt, alles bereits bearbeitet, sind Schwerpunktthema und trotzdem werden sie explizit erwähnt.

Und wieso fällt hier nun die Bekämpfung der häuslichen sexualisierten Gewalt unter den Tisch respektive zwischen die Zeilen? Ich glaube, es ist eben gerade typisch, weil es ein weibliches Problem ist und ich glaube, es verkennt die Dramatik der Lage und führt zu einer gewissen Normalisierung. Wir sind ja dran, wir haben es schon erwähnt, es braucht nicht nochmals eine Erwähnung. Daher hätte ich mir gewünscht, dass dieses Thema es explizit in den Legislaturplan geschafft hätte, um eben dieser Wichtigkeit und der Dramatik Ausdruck zu verleihen.

Und dennoch ist es mir wichtig zu erwähnen, alles, was die Regierung und die Verwaltung und die Polizei in diesem Bereich tun, ist gut und wichtig: «Halt Gewalt», die runden Tische, das Lernprojekt, die Prävention am ESC, das war alles super. Aber machen wir diese Prävention analog ESC beispielsweise auch an unserer geliebten Fasnacht? Ich hoffe es.

Ich verweise hier vielleicht auch noch auf die Ausführungen von Julia Baumgartner zu ihrer Interpellation und spare euch die Wiederholungen, weil sie doch thematisch ähnlich sind. Aber ich möchte auch sagen, es genügt halt einfach nicht. Was nach wie vor fehlt, ist eine wirksame Täterprävention. Es genügt nicht, den Opfern zu sagen, was sie tun können, wenn sie von Gewalt betroffen sind, wohin sie fliehen können und hoffen können, dass es dann einen Platz für sie gibt. Nein, genauso wichtig ist, dass wir eine richtige Primärprävention anbieten und hier vorwärts machen. Wie können wir als Gesellschaft verhindern, dass Täterinnen und Täter bei uns heranwachsen? Buben müssen mindestens einmal in der Schullaufbahn hören, dass sie nicht schlagen müssen, um männlich zu sein, dass Gefühle zeigen keine Schwäche ist, sondern genauso männlich sein kann wie irgendwelche Muskeln oder sonst was. Es geht um Männerbilder und es geht um Frauenbilder und ich glaube, hier haben wir noch grosse Luft nach oben. Ich zähle auf die Regierung, dass wir dann auch hier gemeinsam vorwärtsmachen können.

Und schliesslich noch zu Frage 2: Das ist eine schöne Interpretation dieser Zahlen, auch ich wünsche mir, dass das so stimmt, ich bin mir aber hier nicht so sicher, ob diese steigenden Fallzahlen nur darauf zurückzuführen sind, dass wir mehr Anzeigen haben respektive dass mehr Fälle zur Anzeige gebracht werden. Ich glaube, wir müssen auch die Möglichkeit ins Auge fassen, dass wir uns gesamtgesellschaftlich in einem Backlash befinden und dass Gewalt gerade gegen Frauen wieder salonfähiger wird.

In diesem Sinne bin ich teilweise zufrieden und ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

10. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[15.10.25 16:17:41, 23.1670.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Bericht der WAK. Die Kommissionsminderheit und Kommissionsmehrheit legen eigene Beschlussanträge vor und beantragen, der Initiative ihren Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Die Kommissionsmehrheit beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen, die Kommissionsminderheit beantragt, sie den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen. Die Kommissionsmehrheit möchte keinen Direktabzug vom Lohn, die Kommissionsminderheit möchte den Direktabzug einführen. Der Regierungsrat folgt der Kommissionsmehrheit.

Die vorgelegten Gesetzesänderungen können einander so nicht gegenübergestellt werden. Wir werden daher eine Detailberatung über die Mehr- und Minderheitsvariante führen. Wenn diese bereinigt sind, entscheiden Sie, welchen Gegenvorschlag Sie vorziehen und in einer weiteren Abstimmung entscheiden Sie, ob Sie den Gegenvorschlag der Initiative gegenüberstellen wollen oder ob die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.

Ihrem Stillschweigen nach entnehme ich, dass Sie mit dem vorgeschlagenen Ablauf einverstanden sind. Das Wort geht an den Mehrheitssprecher Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Thomas Eugster ist 55 Jahre alt. Ein Jobverlust führte ihn in die Abwärtsspirale. Er verlor seine Stelle im Baugewerbe wegen einer Reorganisation und musste fast zwei Jahre mit nur 70% seines früheren Lohns auskommen. Rechnungen blieben unbezahlt, es kam zu Betreibungen. Die Schulden türmten sich auf 23’000 Franken, hauptsächlich bei Steueramt und Krankenkasse, heute lebt er von Sozialhilfe.

Nadine Frey ist 29 Jahre alt. Sie hatte seit der Kindheit psychische Probleme, eine Berufslehre musste sie abbrechen. Hilfsjobs, Arbeitslosigkeit und Klinikaufenthalte wechselten sich ab. Das Krankentaggeld war prekär, irgendwann konnte sie ihre Steuerrechnung nicht mehr stemmen, der Schuldenberg wuchs auf 35’000 Franken. Sie fand einen Job, heute werden monatlich 1’300 Franken ihres Lohns gepfändet.

Isabelle Baumann und ihr Mann Marco haben zwei kleine Kinder. Sie haben keine Steuerschulden, doch sie müssen jeden Franken umdrehen. Der Lohn von Marco als Schichtarbeiter stagniert seit Jahren bei 3’500 Franken. Isabelle arbeitet zu 20% als Hilfspflegerin. Sie müssen sich überlegen, ob sie Rechnungen oder Lebensmittel bezahlen sollen. Eine längst fällige Zahnbehandlung beispielsweise muss Isabelle laufend auf später verschieben.

Über solche und ähnliche Fälle sprechen wir heute. Diese Beispiele sind keine Erfindungen von mir, sie stammen alle drei aus der aktuellen Ausgabe von Caritas Regional zum Thema «Mit Schulden leben». Die Namen sind geändert, es handelt sich bei Thomas Eugster also nicht um den geschätzten Parteikollegen aus dem Landrat, einfach damit hier keine Missverständnisse entstehen. Sie alle haben neben der Tatsache, dass sie eine Schuldenberatung aufgesucht haben, die sie in ihrer schwierigen Situation unterstützt, eines gemeinsam: Das Lohnabzugsverfahren hätte ihnen nicht geholfen. Thomas Eugster hat seine Stelle verloren und hatte daher keinen Arbeitgeber, der ihm die Steuern vom Lohn hätte abziehen können. Nadine Frey unterliegt einer Lohnpfändung, diese ist bundesrechtlich im Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs geregelt, die Lohnpfändung geht deshalb dem Lohnabzug vor, diese wäre nicht durchsetzbar, wie der Regierungsrat ausdrücklich festgehalten hat. Der finanzielle Spielraum von Isabelle und Marco Baumann ist derart eng, dass sie dem Kauf von Lebensmitteln den Vorzug geben gegenüber der Zahlung ihrer Steuern. Deshalb würden sie sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit für ein Opting Out entscheiden. Das sind natürlich nur drei Beispiele, aber es ist wichtig, dass wir uns konkret vor Augen führen, über welche Konstellation wir sprechen, wenn wir heute über den Direktabzug der Steuern vom Lohn diskutieren.

Die WAK hat sich sehr intensiv mit dieser Volksinitiative auseinandergesetzt. Sie wurde an sieben Sitzungen gemeinsam behandelt, es wurden mehrere Hearings durchgeführt und die Verwaltung um verschiedenste Abklärungen gebeten. Wir danken dem Finanzdepartement, dass es der Kommission die erbetenen Zusatzinformationen zeitnah zur Verfügung gestellt hat und wir danken auch dem Initiativkomitee, dass es bereit war, zweimal einer Verlängerung der Behandlungsfrist durch den Grossen Rat zuzustimmen und so eine vertiefte Auseinandersetzung mit dieser Initiative ermöglicht hat.

Leider war es nicht möglich, sich in der Kommission auf einen Kompromissvorschlag zu einigen. An der Frage, ob die Arbeitgeber künftig für die Zahlung der Steuern ihrer Mitarbeitenden mitverantwortlich sein sollen oder nicht, schieden sich letztlich die Geister. Deshalb hat sich die Kommission in Mehr- und Minderheit aufgeteilt und das Geschäft separat an mehreren weiteren Sitzungen weiterberaten. Fast auf den Tag genau ein Jahr nach Überweisung des Geschäftes an die Kommission, sitzen wir nur zu zweit vor Ihnen, um diese unterschiedlichen Haltungen darzulegen.

Für die Kommissionsmehrheit, die ich heute vertrete, ist klar: Das Lohnabzugsverfahren ist ein Luftschloss. Es sieht aus der Ferne grossartig aus, viele können sich spontan auch vorstellen, es zu bewohnen, weil man sich darin mehr Platz verspricht als in der jetzigen Wohnung. Doch je näher man kommt, je genauer man es sich im Detail anschaut, desto stärker wird klar, dass es keine Substanz hat, sogar enger ist als die jetzige Wohnung und in sich zusammenfällt.

Halten wir zunächst einmal fest, dass die Initiative und damit das Lohnabzugsverfahren nur auf einen beschränkten Teil der Bevölkerung überhaupt Anwendung finden würde. In unserem Kanton leben derzeit etwas über 209’000 Menschen und davon sind rund 177’000 volljährig und damit steuerpflichtig. Voraussetzung für das Lohnabzugsverfahren ist aber zusätzlich, dass man im Kanton Basel-Stadt auch erwerbstätig ist, nicht der Quellensteuer unterliegt und in einem Unternehmen mit Sitz im Kanton Basel-Stadt mit mehr als zehn Mitarbeitenden arbeitet. Es verbleiben daher rund 40’000 Personen, die für das Lohnabzugsverfahren überhaupt in Frage kommen. Beim Gegenvorschlag der Minderheit, der die Grenze bei 50 Arbeitnehmenden ansetzen will, wären es nochmals deutlich weniger, etwa rund 30’000 Personen.

Nochmals in aller Klarheit, weil wir eine Diskussion darüber führen, wem die Initiative eigentlich helfen soll. Personen, die hier wohnen, aber nicht arbeiten, sind nicht erfasst, Sitz des Arbeitgebers muss in Basel-Stadt sein. Personen, die hier arbeiten, aber nicht wohnen, sind ebenfalls nicht erfasst, Wohnsitz der steuerpflichtigen Person muss Basel-Stadt sein. Personen ohne Arbeitsstelle sind nicht erfasst, sie haben keinen Arbeitgeber, der den Lohnabzug machen kann. Personen ohne steuerbares Einkommen bringt es auch nichts, da sie ja gar keine Einkommenssteuern bezahlen müssen, die man durch einen Lohnabzug einziehen könnte. Die verbleibende Gruppe von eben diesen rund 40’000 Personen oder rund 30’000 beim Gegenvorschlag der Minderheit können wir grob in drei Kategorien einteilen.

Die erste Gruppe, und das ist der klar grösste Teil, sind diejenigen Personen, die ihre Finanzen im Griff haben und deren Einkommen hoch genug ist. Diese legen das Geld für die Steuern auf die Seite, haben vielleicht einen Dauerauftrag eingerichtet oder nutzen den 13. Monatslohn, um ihre Steuern zu bezahlen. Auf jeden Fall brauchen sie das Lohnabzugsverfahren nicht. Die zweite Gruppe sind diejenigen Personen, die bereits Steuerschulden haben. Sie haben schon laufende Betreibungen oder gar Lohnpfändungen teilweise bewusst in Kauf genommen, für solche Personen nützt das Lohnabzugsverfahren auch nichts, teilweise weil das Geld aus den verschiedensten Gründen einfach nicht mehr gereicht hat, um alle Rechnungen zu bezahlen, sodass Betreibungen unausweichlich wurden. Das sind Fälle wie derjenige von Nadine Frey. Nun ist es so, dass bei Lohnpfändungen das Bundesrecht ohnehin vorgeht, das habe ich bereits ausgeführt, das Lohnabzugsverfahren greift ins Leere. In den anderen Fällen, bei denjenigen mit Betreibungen aber noch ohne Lohnpfändung, kommt das Lohnabzugsverfahren zu spät, weil die Steuerschulden sind schon da.

Hier setzt der Gegenvorschlag der Mehrheit an. Mit diesem Gegenvorschlag wollen wir denjenigen helfen, die unter Steuerschulden leiden. Die monatliche Rechnung hilft, die Steuerzahlung in besser verdaubare Beträge aufzuteilen und jeden Monat sichtbar zu machen. Und die Schuldenberatung soll helfen und kann individuell auf die konkrete Lebenssituation eingehen, sie soll helfen, die Finanzen besser in den Griff zu bekommen, um die Schuldenspirale zu durchbrechen. Das sind gezielte und wirksame Massnahmen, um den Betroffenen zu helfen.

Und dann gibt es noch die dritte Gruppe, das sind diejenigen dazwischen, das sind diejenigen, die Monat für Monat mit dem Geld jonglieren, gerade so einigermassen über die Runden kommen. Das sind die Baumanns in unserem Kanton. Um die geht es hier ja vor allem, wenn es, wie die Befürworter der Initiative das vertreten, beim Lohnabzugsverfahren vor allem um Schuldenprävention gehen soll. Und hier fällt das Luftschloss endgültig in sich zusammen. Das ganze Konzept des Lohnabzugsverfahrens beruht im Wesentlichen auf einer Studie, die von Plusminus in Auftrag gegeben wurde, wobei es sich dabei eigentlich mehr um ein politisches Positionspapier handelt. Ich zitiere die entscheidende Stelle aus diesem Dokument: «Insbesondere Menschen, die bereits verschuldet sind oder solche, die den kurzfristigen Konsum besonders hoch gewichten, werden sich vermehrt herausoptieren. Liquiditätsengpässe wirken als starker Anreiz. Die Steuerschulden dieser Personen können mit dem Direktabzugsverfahren nur geringfügig reduziert werden.»

Menschen, die bereits verschuldet sind, das ist die zweite Gruppe, also die Nadine Freys in unserem Kanton, solche, die den kurzfristigen Konsum besonders hoch gewichten, das ist die dritte Gruppe, also die Baumanns in unserem Kanton, die kurzfristig Geld ausgeben müssen, damit sie etwas zu Essen im Kühlschrank haben. Und das macht aus Optik der Betroffenen auch Sinn. Versetzen Sie sich in die Lage einer Person, die mit dem Geld gerade so knapp über die Runden kommt und Sie sehen sich vor die Wahl gestellt, entweder ich bezahle die Steuerrechnung oder ich bezahle meine Miete, entweder ich bezahle die Steuerrechnung oder ich bezahle meine Stromrechnung oder mein Handyabo oder den Wocheneinkauf. Wofür entscheiden Sie sich? Natürlich werden Sie sich immer gegen die Steuerrechnung entscheiden, weil die Auswirkungen auf Ihr Leben viel kleiner sind, wenn Sie eine Steuerbetreibung haben, als wenn Ihnen die Wohnung gekündigt wird oder das Handyabo oder wenn Sie einen leeren Vorratsschrank haben. Das Lohnabzugsverfahren sorgt ja nicht dafür, dass diese Menschen mehr Geld im Portemonnaie haben, es führt lediglich dazu, dass sich die Schulden verlagern, hin zu Schulden, die viel grössere Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen haben als Steuerschulden, hin zu Gläubigern, die vielleicht etwas weniger geduldig und rücksichtsvoll sind als der Staat.

Wir haben also keine Evidenz dafür, dass das Lohnabzugsverfahren das Schuldenrisiko der Betroffenen reduzieren wird. Wir haben im Gegenteil sogar einen sehr deutlichen Hinweis darauf, dass die Situation der Betroffenen problematischer werden kann. Deshalb sollte sich der Kanton Basel-Stadt auf dieses Experiment nicht einlassen.

Damit wir uns richtig verstehen, es geht überhaupt nicht darum, das Problem der Verschuldung kleinzureden. Schulden sind ein Problem mit potenziell erheblichen Auswirkungen auf das Leben von betroffenen Menschen und ihr Umfeld. Wenn aber genau diejenigen Personen, für die das ganze System des Lohnabzugsverfahrens eingerichtet werden soll, genau diejenigen sind, die sich aus sehr nachvollziehbaren Gründen grösstenteils herausoptieren werden, dann macht das ganze Lohnabzugsverfahren schlicht und einfach keinen Sinn.

Wie helfen wir nun dieser dritten Gruppe? Der Kommissionsmehrheit ist es durchaus ein Anliegen, die Situation der Steuerschulden zu verbessern. Deshalb haben wir einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der vorsieht, eine provisorische Steuerrechnung einzuführen. Heute ist das Problem, dass der Zeitpunkt, zu dem Sie ein Einkommen erzielen, und der Zeitpunkt, zu dem Sie dafür Steuern bezahlen müssen, bei uns in Basel-Stadt ziemlich weit auseinanderliegen, weiter als das in den allermeisten anderen Kantonen der Fall ist. Die provisorische Steuerrechnung verkürzt diesen Zeitraum, Sie kennen das heute bereits von der direkten Bundessteuer, für diese bekommen Sie bereits früh eine provisorische Steuerrechnung mit einem konkreten Betrag. Bei der kantonalen Einkommenssteuer müssen Sie selber rechnen und entsprechende Vorauszahlungen nach eigenem Ermessen tätigen. Zur Zahlung fällig sind die kantonalen Steuern jedoch erst einiges später. Das lädt bei knappen finanziellen Verhältnissen geradezu ein, sich erst später um die Steuern zu kümmern und zuerst die laufenden Rechnungen zu bezahlen Und das ist aus Sicht der Kommissionsmehrheit ein wesentlicher Teil des Problems. Dass eine solche provisorische Steuerrechnung wirksam sein kann, sieht man daran, dass für offene Steuerforderungen im Zusammenhang mit der direkten Bundessteuer weniger Betreibungen eingeleitet werden als im Zusammenhang mit der kantonalen Steuer. Aber es ist, so viel kann man auch sagen, nicht die Lösung aller Probleme. Es ist eine Hilfestellung an die Steuerpflichtigen, welche die persönliche Verantwortung für die Steuerzahlung respektiert und ohne bürokratische Belastung für die Arbeitgeber.

Die Kommissionsmehrheit ist überzeugt, dass solche provisorischen Rechnungen in Kombination mit einer Schuldenberatung für diejenigen, die bereits in eine Schuldensituation geraten sind und die der Inkassostelle des Kantons mit einem gewissen Nachdruck auffordern soll, einen Teil zur Lösung beitragen können. Wie eine Vergleichsstudie von Ecoplan aber auch aufgezeigt hat, die wirtschaftliche Situation, Armut und Arbeitslosenquote ist ein wesentlicher Erklärungsfaktor. Die wirtschaftliche Situation der Menschen verbessern Sie weder mit einem Lohnabzugsverfahren noch mit einer provisorischen Rechnung, sondern mit einer erfolgreichen Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und damit Menschen hilft, aus der Armut zu kommen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir auch die Perspektive der betroffenen Unternehmen betrachten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten Monaten und Wochen viel darüber gesprochen, welche Auswirkungen die globalen wirtschaftlichen Entwicklungen auf unseren Standort haben, inwieweit Unternehmen aus der Region von den Zöllen der USA negativ betroffen sind oder was die Diskussion über Medikamentenpreise bei uns bedeutet. Wir haben ein vitales Interesse daran, dass unser Wirtschaftsstandort auch in Zukunft attraktiv und wettbewerbsfähig bleibt und dass die Bürokratie nicht überbordet. Daran hängen Tausende von Arbeitsplätzen, daran hängen Tausende von Aufträgen für unsere KMU, daran hängen Steuereinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe. All das ist keine Selbstverständlichkeit, dafür müssen wir uns anstrengen. Gerade in dieser herausfordernden Zeit liegt es schlicht und einfach nicht drin, den Unternehmen mit Sitz im Kanton Basel-Stadt noch die Aufgabe aufzuerlegen, die Steuern für den Kanton einzutreiben. Eine weitere bürokratische Last, das ist schlicht und einfach nicht ihre Aufgabe. Der Kanton ist selbst für das Inkasso seiner Steuern verantwortlich.

Noch ein paar Worte zum Gegenvorschlag der Minderheit. Dass die Minderheit überhaupt einen eigenen Gegenvorschlag vorlegt, ist für die Mehrheit doch einigermassen bemerkenswert, immerhin sind drei Mitglieder des Initiativkomitees Teil der Kommissionsminderheit. Wir denken, man kann das als Eingeständnis sehen, dass die Initiative einfach nicht gut ist und zu viele Nachteile mit sich bringt, sonst bräuchte es ja keinen Gegenvorschlag der Minderheit. Doch dieser Gegenvorschlag krankt an denselben Grundproblemen wie die Initiative, er macht es teilweise sogar noch schlimmer. Ja, man kommt der Kritik ein bisschen entgegen, indem der Anwendungsbereich auf Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden beschränkt werden und statt dem komplizierten Quellensteuerverfahren Pauschalabzüge zur Anwendung kommen sollen. Es macht für die Unternehmen jedoch nur einen sehr kleinen Unterschied, ob das Lohnabzugsverfahren zwei Jahre früher oder später kommt. Es bleibt dabei, dass Arbeitgeber die Verantwortung für die Steuern ihrer Mitarbeitenden übernehmen sollen, was die Kommissionsmehrheit entschieden ablehnt.

Hinzu kommt, dass der Gegenvorschlag der Minderheit vorsieht, dass die Arbeitnehmenden die Höhe des Steuerabzugs frei bestimmen können. Die Minderheit macht die Vereinfachung, die sie mit den Pauschalabzügen erreichen will, damit also gleich wieder zunichte. Wenn jeder Arbeitnehmende selber bestimmen kann, wie hoch sein Steuerabzug sein soll, dann gibt es potenziell für jeden Mitarbeitenden einen anderen Abzug. Das ist ein bürokratischer Albtraum, der fast noch schlimmer ist als das Quellensteuerverfahren.

Es gibt noch weitere wichtige und grundsätzliche Gegenargumente, auf die ich hier mit Blick auf die Uhr nicht alle eingehen kann, Sie finden diese im Bericht der Kommissionsmehrheit ausführlich dargestellt, und ich gehe davon aus, dass meine Kommissionskolleginnen und -kollegen noch auf einige Punkte eingehen werden. Im Namen der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen, dem Antrag der Mehrheit zu folgen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und ihr den Gegenvorschlag der Mehrheit mit Empfehlung auf Annahme gegenüberzustellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor es zur Debatte kommt, gibt es noch zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Sie haben Beispielfälle aufgezählt am Anfang Ihres Votums, diese widersprechen sämtlichen Expert:innen der Schuldenprävention und -beratung. Irren sich diese Expert:innen, alle?

Luca Urgese (FDP): Mit Verlaub, aber diese Expert:innen in der Schuldenberatung haben dieses Heft geschrieben, aus dem ich genau und ganz konkret diese Fälle zitiert habe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beda Baumgartner stellt die nächste Zwischenfrage.

Beda Baumgartner (SP): Es ist wunderschön, dass wir auch hier wieder in der Standortdebatte sind. Ist Ihnen bewusst, dass Boston als direkter Konkurrenzstandort die Steuern für die Mitarbeitenden automatisch abzieht?

Luca Urgese (FDP): Wir müssen ja die Fehler anderer Standorte nicht imitieren, sondern wir können uns besser positionieren als andere Standorte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit hat der Minderheitensprecher Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Wir beraten hier eine Initiative, die, wie in Boston, eine Quellenbesteuerung einführen will. Man muss gar nicht so weit gehen. In Basel-Stadt wird ein Drittel der Arbeitnehmenden Quellen besteuert. Das heisst, die Unternehmen kennen das Verfahren schon, sie sind eingeübt, sie machen das täglich, und ich kann insbesondere die SVP nicht ganz verstehen, wieso die einheimischen und ansässigen Mitarbeitenden nicht auch in Genuss desselben Verfahrens kommen sollen und gleichgestellt werden sollen. Wir behandeln hier heute ein Anliegen, mit dem sich die Fachpersonen der Budget- und Schuldenberatung– und ich werde ein paar Dinge zum Thema Fachlichkeit und Expertise noch sagen –, seit vielen Jahren beschäftigen.

Aber zuerst noch einmal, was ist überhaupt das Problem. Überschuldung von Privatpersonen ist ein ernst zu nehmendes soziales Problem, für die betroffenen Menschen, aber auch für die Gesellschaft und das Gemeinwesen. Die Schuldenquote liegt in Basel-Stadt mit 7,6% über dem Schweizer Durchschnitt von 5,5%, das ist jede 12. Person. Während in der Schweiz in die Schuldenfalle gerät, kommt in sehr vielen, ich würde fast sagen, den meisten Fällen nicht mehr raus. Überschuldete Personen werden krank, sie fliegen aus dem Arbeitsmarkt und landen in der sozialen und beruflichen Desintegration. 60% der Menschen in der Sozialhilfe haben beispielsweise Schulden. So schadet Verschuldung nicht nur den Betroffenen, sie generiert auch Kosten für das Gemeinwesen. Wenn wir also mehr Menschen davor bewahren können, in die Schuldenfalle abzugleiten, dann profitieren alle davon.

Zweitens, wie können wir das schaffen? Lassen Sie mich dazu ein bisschen ausholen. Ab den 1980-er Jahren haben sich Kreditkarten und Konsumkredite ausgeweitet und damit einhergehend auch die Überschuldung von Privatpersonen. Damals hat die soziale Arbeit auch in der Schweiz begonnen, sich professionell mit dem Thema auseinanderzusetzen. Neben der Aufräumarbeit, der Schuldensanierung kümmerten sich diese Fachpersonen früh auch um die Prävention, bisher vor allem auf Verhaltensebene. Es wurde und wird viel versucht, das Verhalten der Risikogruppen zu beeinflussen, zum Beispiel mit Workshops für Finanzkompetenz bei Berufsschüler:innen. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen, das ist leider ein bisschen ein Fass ohne Boden. Es ist sehr aufwendig, schon nur einen kleinen Teil der Risikogruppe zu erreichen und es stehen dafür, wie oft in der Prävention, viel zu wenige Mittel zur Verfügung. Ich bringe hier den Spoiler, die wirksamste und effizienteste Massnahme im Bereich der strukturellen Prävention ist der Direktabzug der Steuern.

Ich wollte zuerst noch etwas anderes sagen, bevor ich das brachte, nämlich, ich habe Ihnen gesagt, dass es zu wenig Mittel gibt für die Verhaltensprävention. Doch auch wenn man dort mehr finanzielle Mittel hat, kommt man eben nicht darum, die Verhältnisse, die Strukturen zu ändern und diese Interventionen, das zeigen Erfahrungen in anderen Bereichen wie zum Beispiel in der Tabakprävention, sind am wirksamsten und am kostengünstigsten, und die strukturelle Massnahme, die am effizientesten ist im Bereich der Schulden, ist die Prävention von Steuerschulden. Fachleute aus der sozialen Arbeit und der Verhaltensökonomie haben sich in den letzten Jahren intensiv mit dem Direktabzug auseinandergesetzt. Es handelt sich dabei nicht um einen Schnellschuss, liebe Andrea Strahm, sondern um eine sehr gut durchdachte Massnahme. Als Beispiel dafür kann das Gutachten der Firma FairAdvice gelten, aus dem auch Luca Urgese schon. zitiert hat, allerdings sehr selektiv. Dort ist der Verwaltungspräsident der führende Verhaltensökonom der Schweiz, der auch eine sehr internationale Anerkennung geniesst und tatsächlich hat er sich konkret mit der Basler Situation beschäftigt und er hat geschrieben, beziehungsweise seine Leute haben geschrieben: Die Wirkung des Direktabzugsverfahrens ist positiv, Steuerschulden und die private Gesamtverschuldung können reduziert werden, in der mittleren Frist entstehen viele Verschuldungen gar nicht, das Direktabzugsverfahren entfaltet seine Wirkung. Und er sagt dann im nächsten Satz auch noch, es geht eben nicht um die Leute, die jetzt schon Schulden haben, sondern es geht um Prävention. Leute, die keine Schulden haben, das, was die Mehrheit vorschlägt, das machen wir heute alle schon, wir kümmern uns um die Menschen mit Schulden, ich kann Ihnen einfach sagen, es ist sehr schwierig, die Leute da wieder rauszubringen.

Drittens, warum setzen wir bei den Steuern an? Es lohnt sich, die Massnahme dort anzusetzen, wo sie den grössten Impact hat und das sind die Steuerschulden. Rund 80% der Personen, die bei der Schuldenberatungsstelle Hilfe suchen, haben Steuerschulden. Sie machen 30% der gesamten Schuldensumme dieser Personen aus. Die Mehrheit, wir haben das auch vorher wieder gehört, redet das Problem klein. Sie bezieht sich dabei auf die Anzahl der Betreibungen. Da kann ich Ihnen aber aus der Praxis sagen, das ist nur die Spitze des Eisbergs. Viele Menschen nehmen Kredite auf, um die Steuern zu bezahlen, sie verschulden sich bei Privaten oder überziehen ihre Kreditkarte. Wenn man bei den Steuern ansetzt, dann erreicht man die Risikogruppe am umfassendsten und am wirksamsten.

Viertens, worum geht es beim Direktabzug? Kürzlich hat ein Onlineportal einen Artikel veröffentlicht, den ich am Handy angeschaut habe, und da ist mein zehnjähriger Sohn zu mir gekommen und hat gefragt, was ich da lese und ich habe ihm das erklärt. Dann hat er mich gefragt, ob ich dafür sei, da habe ich gesagt, ja, da bin ich dafür und er hat dann gesagt, klar, wenn man die Steuern bereits bezahlt hat, dann hat man nur noch das Geld, das man wirklich ausgeben kann. Genau darum geht es. Es geht darum, dass die Menschen nur das Geld auf dem Konto haben, über das sie auch wirklich verfügen können. Das ist Schuldenprävention. Der Direktabzug ist eine präventive Massnahme und ich wiederhole es hier gerne, es geht hier nicht um die Menschen, die bereits verschuldet sind, es geht um die Menschen, die noch nicht verschuldet sind.

Fünftens, warum braucht es da fzwingend eine Opt-out-Lösung? Ein effektiver Ansatz in der Schuldenprävention muss dort ansetzen, wo das Einkommen entsteht, direkt an der Lohnquelle beim Arbeitgeber. Das Prinzip ist einfach, automatischer Direktabzug mit Opt-out-Möglichkeit, das heisst, wer nichts unternimmt, hat einen regelmässigen Steuerabzug vom Lohn. Wer das nicht will, kann sich selbstverständlich davon abmelden. Dieses Opt-out-Prinzip ist entscheidend, denn es erreicht genau jene Menschen, die in der Praxis ein erhöhtes Risiko tragen, Steuerschulden anzuhäufen, nämlich diejenigen, die sich nicht aktiv um ihre Steuerzahlungen kümmern, sei es aus Überforderung, Unkenntnis oder einfach, weil andere Rechnungen dringender erscheinen. Das Opt-out-Prinzip funktioniert. Wir kennen es aus der Organspende. Seit Jahren zeigt sich in Ländern, die bei der Organspende ein Opt-out-System eingeführt haben, dass sich die Spenderzahlen deutlich erhöhen, nicht weil die Menschen plötzlich anders entscheiden, sondern weil sie sich nicht aktiv für etwas entscheiden müssen. Darum haben wir diesen Systemwechsel auch in der Schweiz beschlossen. Dieses einfache Prinzip der Standardlösung wirkt auch beim Direktabzug. Auch wenn sich gewisse Menschen aus der Risikogruppe vielleicht herausoptieren, das kann sein, so bleiben doch die meisten drin. Das hat einen grossen Effekt, Sie werden mit keiner anderen Massnahme einen so grossen Effekt erreichen.

Sechstens, weshalb ist der Gegenvorschlag der Minderheit eine Nulllösung, die nur mehr Bürokratie und Kosten bringt? Der Ansatz der Mehrheit, die provisorische und monatliche Steuerrechnung mag gut gemeint sein, doch sie ist verhaltensökonomisch absolut wirkungslos, weil sie eben auf dem Opt-in-Mechanismus beruht, also der Voraussetzung, dass die Betroffenen selbst aktiv werden. Aber genau das wird nicht passieren, die Risikogruppe wird nicht erreicht, weil diese Menschen eben nicht von sich aus die Zahlung auslösen oder eine Vereinbarung treffen. Damit bleibt die Massnahme zahnlos, sie verursacht Aufwand, aber keinen Nutzen. Aus Sicht der Schuldenprävention sind solche Lösungen nicht zielführend, sondern ein bürokratischer Leerlauf. Man kann damit so tun, als ob man das Problem angehe, aber die Realität verändert sich nicht. Wenn wir ehrlich sind, dann wissen wir alle, worum es wirklich geht, es geht darum, den Direktabzug zu verhindern. In der Folge bleibt alles beim Alten, jedes Jahr geraten neue Menschen mit offenen Steuerrechnungen in die Schuldenfalle und das Gemeinwesen trägt am Ende die Folgekosten.

Die Kommissionsminderheit hat deshalb, siebtens, im Sinne eines Kompromissangebotes an das Plenum einen eigenen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser Gegenvorschlag trägt den Anliegen der Arbeitgeber und der Wirtschaft Rechnung. Es ist ein ehrliches Angebot, es ist nicht ein Eingeständnis, dass die Initiative schlecht wäre, die ist nämlich auch gut, aber wir bieten Ihnen hier einen Kompromiss an. Wir wissen, dass der Direktabzug administrativen Aufwand mit sich bringt,

insbesondere in der Anfangsphase. Darum hat die Kommissionsminderheit bewusst Elemente aufgenommen, die diesen Aufwand deutlich reduzieren und kleine Unternehmen entlasten.

A. Ein vordefinierter Abzug von 10%. Statt den Abzug analog zur Quellensteuer zu berechnen, das hat Luca Urgese auch schon ausgeführt, wird ein einheitlich vordefinierter Satz von 10% festgelegt, für Riehen und Bettingen 5%. Der Abzug orientiert sich an der durchschnittlichen Steuerbelastung der Risikogruppe. Er ist also sachgerecht. Diese Vereinfachung reduziert den Aufwand deutlich. Gemäss dem Finanzdepartement beträgt der administrative Aufwand für die Umsetzung des bestehenden Direktabzugs beim Kanton Basel-Stadt rund 0,1 Arbeitsstunden, also etwa sechs Minuten pro teilnehmende Person und pro Jahr. Dieser wäre in der Privatwirtschaft etwas höher, aber insgesamt überlasse ich Ihnen die Beurteilung, wie hoch dieser Aufwand ist. Hinzu kommt, der Aufwand wird kostendeckend entschädigt. Damit ist sichergestellt, dass die Arbeitgebenden für ihren Einsatz nicht auf Kosten sitzen bleiben.

B. Das wurde auch schon angesprochen, die Teilnahme ist erst Pflicht für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden, damit wird auch ein weiteres Anliegen aufgenommen, nämlich die Sorge vor hohen Einführungskosten. Kleinere Betriebe, die meist über kein eigenes HR- oder Lohnbüro verfügen, werden somit entlastet. Sie können sich aber freiwillig beteiligen und erhalten auch ebenfalls die Entschädigung. Das ist auch darauf zurückzuführen, das haben wir aufgenommen, weil das auch in diesem Gutachten dargestellt wurde, dass natürlich die Einführungskosten für kleine Unternehmen höher sind.

C. Dann haben wir eine Übergangsfrist mit schrittweiser Einführung. Der Direktabzug soll nicht abrupt, sondern gestaffelt eingeführt werden. In den ersten zwei Jahren wird der Direktabzug nur beim Kanton selbst und bei staatsnahen Betrieben umgesetzt. Was verstehen wir unter staatsnahen Betrieben? Dazu zählen gemäss konsolidierter Rechnung die BVB, die IWB, das Felix Platter-Spital, die UPK, das UZB sowie das USB. Diese Betriebe verfügen über professionelle HR-Strukturen und etablierte Lohnsysteme, sie eignen sich deshalb hervorragend für eine Pilotphase. Die zweijährige Übergangsfrist dient dazu, das Verfahren technisch zu stabilisieren, Prozesse zu optimieren und mögliche Probleme frühzeitig zu erkennen und zu beheben. Das Ausrollen einer etablierten Version nach dieser Pilotphase gewährleistet, dass die Einführung reibungslos verläuft und der Aufwand für die Wirtschaft planbar bleibt.

Achtens, ich komme zur Klärung diverser Punkte.

A. Zur Wahlmöglichkeit des Prozentsatzes beim Steuerabzug in § 200a ESTG. Der Grundsatz ist klar, der Standardabzug beträgt 10% des Bruttolohnes respektive 5% für Riehen und Bettingen. Sofern sich eine Person nicht herausoptiert, kann sie die Höhe ihres Abzugs innerhalb gewisser Grenzen frei bestimmen. Wir sehen vor, dass der Regierungsrat den Spielraum in der Steuerverordnung näher regelt, indem er Wahlmöglichkeiten und Mindestansätze definiert. Damit bleibt die Massnahme wirksam, aber flexibel. Die Wahl der Abzugshöhe soll ein Mal jährlich, bei einer Pensenänderung oder in Ausnahmefällen auf Antrag möglich sein. Damit bleibt das Verfahren administrativ schlank, ohne die individuelle Gestaltungsfreiheit einzuschränken.

B. Anrechnung des Abzugs an die vorangehende Steuerperiode. Die Minderheit schlägt wie die Initiative vor, dass der Direktabzug an die vorangehende Steuerperiode angerechnet wird. Das ist entscheidend, um die präventive Wirkung des Systems zu sichern. Wenn der Abzug erst auf die laufende Steuerperiode ginge, müsste sich die Hauptzielgruppe, Menschen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen, sofort herausoptieren, weil sie sonst die Steuern der vorangehenden Steuerperiode nicht begleichen könnten. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort zur Initiative angekündigt, die Direktabzahlungen von Juni bis Dezember an die laufende Steuerperiode anzurechnen, obwohl das in der Initiative anders steht. Das ist nicht zulässig und unterläuft die Wirksamkeit der Massnahme.

Neuntens, zuletzt möchte ich dem Regierungsrat noch etwas mitgeben. Der Regierungsrat hat im Umgang mit Steuerschulden eine grosse sozialpolitische Verantwortung. Schulden führen dazu, dass Menschen in einer Perspektivenlosigkeit gefangen bleiben. Sollte der Direktabzug nach der Abstimmung im März eingeführt werden, dann beziehen sie Fachleute in die Erarbeitung der Umsetzung ein. Es gibt ein grosses Know-how in der sozialen Arbeit und in der Verhaltensökonomie. Diese Aufforderung gilt auch für allfällig andere Massnahmen, welche helfen, die Steuerschulden einzudämmen.

Ich möchte mich am Schluss bei allen hier drin bedanken, die sich inhaltlich und sachlich auf das Anliegen der Initiative eingelassen haben und in ihren Fraktionen über das Thema diskutiert haben, aus einer sachlichen Perspektive, und unser Anliegen ernst genommen haben. Die Einführung des Direktabzuges würde den Unterschied machen. Wird auf dem Lohnkonto nur das ausbezahlt, über das man tatsächlich verfügen kann, dann steht man am Ende des Jahres nicht mit einer unüberwindbaren Rechnung da. Damit leisten wir einen innovativen und wirksamen Beitrag zur Schuldenprävention.

Im Namen der Kommissionsminderheit beantrage ich Ihnen, dem Minderheitsbericht zuzustimmen und die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen. Diese werden entgegengenommen. Andrea Strahm hat das Wort.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich habe lediglich eine Verständnisfrage. Ich habe nirgendwo die Definition von Risikogruppen gefunden, präventiv und pro futuro schauen.

Pascal Pfister (SP): Die Risikogruppe sind Leute, die ein sehr enges Budget haben. Man kann es auch benennen, es sind vielleicht Einkommen von 4’000 Franken.Man kann es auch zurückrechnen von den 10% bei der Steuerbelastung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Remo Gallacchi stellt die nächste Zwischenfrage.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Sie haben gesagt, der Steuerabzug wäre sinnvoll, weil man am Ende nur noch das zur Verfügung hat, das man ausgeben kann. Müssten Sie dann nicht automatisch für einen direkten Abzug zugunsten der Krankenkassen sein, weil das ist eine obligatorische Versicherung, oder verschiebt sich einfach die Schuld vom Kanton zu den Krankenkassen?

Pascal Pfister (SP): Die Schulden der Krankenkassen muss der Kanton übernehmen, daher bleibt es beim gleichen Gläubiger.

Balz Herter, Grossratspräsident: Laetitia Block hat das Wort.

Laetitia Block (SVP): Meine Frage geht in die gleiche Richtung, Sie haben gesagt, dass man dann wegen dem Abzug nur noch das Geld zur Verfügung hat, das man ausgeben kann. Was sagen Sie denn Ihrem Sohn, wenn Ende Jahr die Bundessteuern kommen oder die Gemeindesteuern oder eben die definitive Steuerrechnung mit einer Nachzahlung?

Pascal Pfister (SP): Ich habe es ja gesagt, es geht darum, den effektivsten Ansatz zu wählen. Es ist selbstverständlich so, dass wir nicht alle Probleme lösen können mit einer Massnahme, aber es ist die wirksamste Massnahme, die am meisten Leuten hilft, die am einfachsten umzusetzen ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat hat sich bisher immer gegen den Direktabzug der Steuern vom Lohn gestellt. Das hat er hier auch nicht anders gemacht. Wir haben auch keinen Gegenvorschlag gebracht, weil wir der Überzeugung waren, dass der Kern der Initiative dieser automatische Direktabzug ist. Wir unterstützen heute aber den Gegenvorschlag der Mehrheit, weil er einerseits ein Thema betrifft, welches wir ernst nehmen und dem wir uns gerne mehr annehmen würden, und andererseits, das ist vielleicht die Kritik, die jetzt bereits von der Minderheit kam, es ist natürlich kein Direktabzug der Steuern vom Lohn, es ist ein ganz anderes Mittel, es kommt von einer anderen Seite. Aber es wäre wohl seltsam, wenn wir uns dem Thema, das uns wichtig ist, nicht annehmen würden und es nicht unterstützen würden.

Warum sind wir dagegen? Ich glaube, ich muss jetzt auch nicht mehr alle Argumente aufführen und ich möchte hier auch festhalten, dass es vielleicht anders wäre, wenn wir das in der ganzen Schweiz einführen würden für alle. Dann würde es vielleicht anders ausschauen. Dann müssten wir aber wohl auch harmonisierte Steuern haben, weniger Abzüge, dann hätten wir vielleicht auch ein anderes System. Dann könnte ich mir auch vorstellen, dass der Aufwand und Nutzen in einem anderen Verhältnis stehen würden.

Ich glaube, der Hauptgrund, warum wir das bisher immer abgelehnt haben, ist, dass wir den Aufwand und den Nutzen als sehr ungleich erachten. Wie es bereits ausgeführt wurde, es betrifft nur einen Teil, der Teil wird immer wie kleiner, mit der Opt-out-Lösung wird er auch immer wie kleiner, der Aufwand ist aber vorhanden, der ist da bei der Steuerverwaltung, bei den Arbeitgebenden, und er ist bei uns dann so ausgestaltet, dass es je nachdem Nachzahlungen gibt. Gegenüber dem Bundesrecht haben wir auch nicht die Möglichkeiten, diesen zu vollziehen. Also wenn es dann um Lohnpfändungen geht und wahrscheinlich auch im SchKG gehe ich davon aus, dass wir da auch keine Vorrechte haben.

Daher ist das einfach etwas im Ungleichgewicht. Ich möchte jetzt hier nicht die Grundsatzdiskussion führen, ob es überhaupt einen Nutzen hat oder nicht. Dem möchte ich mich gar nicht entgegenstellen, ich könnte mir vorstellen, wenn es wirklich in der ganzen Schweiz eingeführt würde und mit einem anderen Steuersystem, das diese strukturelle Prävention, die da angeführt wird, tatsächlich auch einen Sinn machen würde. Aber da sind wir heute nicht, nd die Initiative hat auch noch ein kompliziertes Verfahren. Da hat jetzt die Minderheit sicher einen besseren Prozess vorgeschlagen in ihrem Gegenvorschlag, das ist sicher so, trotzdem ist die Regierung immer noch gegen diesen Direktabzug.

Die Diskussion, ob es sinnvoll ist oder wie schlimm es ist, dass es vor allem Steuerschulden sind, die die Menschen haben, die würde ich gerne mit Ihnen führen, vor allem wenn wir dann den Gegenvorschlag der Minderheit annehmen würden, aufgrund dessen wir alle vier Jahre berichten. Da könnten wir mit Ihnen diskutieren. Ich finde das eine spannende Diskussion. Wenn Sie mir sagen, Sie wollen keine Steuerschulden, aber andere Schulden sind in Ordnung, dann stellt sich hier schon eine Frage, hat man dann wirklich das Geld auf dem Konto zur freien Verfügung. Ich habe meinen Klienten das früher auch geraten, zuerst doch die Miete zu bezahlen, dann die IWB, dann die Krankenkasse. Das ist so. Die Konsequenzen bei den Steuern sind auch unangenehm, aber wir heben keine Leistungen auf. Ich finde das richtig, früher musste man noch ins Gefängnis, das gab es noch, das haben wir abgeschafft und ich finde das auch richtig so. Daher stelle ich mir vor, dass das auch ein Hauptgrund ist.

Nichtsdestotrotz würden wir uns gerne dem Thema mehr annehmen. Es ist natürlich sinnvoll, dass wir dort genauer hinschauen, ja, das versuchen wir auch, wir haben auch schon verschiedene Projekte gemacht, auch gemeinsam mit Plusminus zusammen. Ich finde jetzt den Gegenvorschlag der Minderheit nicht so schlecht, wie Pascal Pfister, der Minderheitssprecher, gesagt hat. Wir sollen dort niederschwellige Beratungsangebote vermitteln, wir sollen berichten, wir sollen mal die provisorische Rechnung einführen, das ist auch nur ein Teil, aber wir sollen uns dem Thema annehmen, dem Grossen Rat berichten und Massnahmen ergreifen. Ich finde das einen guten Weg und ich glaube schon, dass es dort noch Luft nach oben gibt und wenn hier vor allem auch der bürgerliche Teil in dem Parlament uns da auch unterstützen würde, wäre ich sehr dankbar. Ich glaube schon, dass wir dort noch mehr erreichen könnten.

Daher zum Schluss noch einmal das Fazit vom Anfang: Wir sind nach wie vor gegen die Initiative, auch gegen den Vorschlag der Minderheit, auch wenn er einen besseren Prozess vorschlägt, und wir würden den Gegenvorschlag der Mehrheit unterstützen, auch wenn er das Problem von einer ganz anderen Seite angeht. Dort wären noch viele Möglichkeiten offen, wie wir der Verschuldung unserer Bevölkerung besser entgegentreten können. Daher bin ich jetzt gespannt auf die Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zuerst noch eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Diese wird entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Sie haben gesagt, es wäre vielleicht eine andere Beurteilung, wenn es gesamtschweizerisch eingeführt wäre. Basel-Stadt geht öfter mal mit gutem Beispiel voran, mir kommt das Energiegesetz in den Sinn, das in der ganzen Schweiz nun überall nachgeahmt wird. Was spricht dagegen, auch hier mit gutem Beispiel voranzugehen?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Nein, ich finde das nicht sinnvoll, ich finde, man sollte das vom Bund her angehen. Da müsste man ja die ganzen Steuern harmonisieren, das ist halt eben schon ziemlich illusorisch in der Schweiz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Patrizia Bernasconi spricht für die BastA.

Patrizia Bernasconi (BastA): Die Fraktion BastA unterstützt den Minderheitseintrag und zum Vorwegnehmen, ich bin kein Mitglied des Initiativkomitees. Ich möchte auf einen anderen wichtigen Aspekt hinweisen als auf das Problem der Schulden, davon haben wir jetzt schon viel gehört. Dieser Aspekt ist meiner Meinung nach gänzlich vergessen worden. Die Initiant:innen haben ihn im WAK Hearing gut erklärt. Bereits in der Phase der Unterschriftensammlung zeigte sich ein grosses Bedürfnis nach einer solchen Unterstützung beim Bezahlen der Steuern, die Rückmeldungen waren sehr positiv. Auch viele Personen, die aus dem Ausland zurückgekehrt sind, haben die Dienstleistung des direkten Steuerabzugs vom Lohn vermisst. In vielen Ländern funktioniert der direkte Abzug der Steuern vom Lohn sehr gut. In Deutschland zum Beispiel wird die Steuer seit Jahrzehnten direkt vom Lohn abgezogen und das funktioniert ausgezeichnet. Die Menschen sind es gewohnt, dass ihr Netto-Lohn bereits alle Steuern enthält. Dieses System verhindert Schulden, ist administrativ einfach und schafft Vertrauen. Das Anliegen ist also bei der Bevölkerung sehr gut angekommen, nicht nur unter dem Aspekt der Vermeidung von Steuerschulden, sondern auch ganz grundsätzlich. Deshalb verlief die Unterschriftensammlung für die Initiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» recht mühelos und konnte in kürzester Zeit abgeschlossen werden.

Wir haben die Kritikpunkte gehört: Probleme für die Kleinbetriebe, die Frage, warum der Arbeitgeber für die Steuern der Angestellten verantwortlich sein soll, der zusätzliche Aufwand und die Verantwortung, die damit verbunden ist sowie die befürchteten hohen Kosten für kleine Betriebe und weiteres. Doch die meisten Einwände sind im Antrag der WAK-Minderheit berücksichtigt worden. Kleine Betriebe mit bis zu 50 Angestellten werden entlastet, ausser sie wünschen ausdrücklich, ein solches System einzuführen, Mitarbeitende haben eine Opt-out-Option, der Kanton kann Unterstützung anbieten und es gibt eine klare Pauschale.

Das vorgesehene System ist flexibel, es kommt Menschen entgegen, die mit Steuerschulden zu kämpfen haben, es kommt kleinen Betrieben entgegen und es entspricht dem Wunsch eines überraschend grossen Teils der Bevölkerung, auch unabhängig von bestehenden Steuerschulden. Deshalb verstehen wir nicht, warum die Kommissionsmehrheit auf einem System beharrt, das weder den Anliegen der Initiative noch denjenigen der Bürgerinnen, die sie unterschrieben haben, gerecht wird. Und das gleiche gilt auch für den Regierungsrat. Ich bin davon überzeugt, dass die Initiative, gerade weil sie in so kurzer Zeit mit unterschiedlicher Motivation zustande kam, in einer Volksabstimmung gegenüber dem Mehrheitsantrag obsiegen würde. Dann aber wäre das Entgegenkommen des Minderheits-Gegenvorschlags verloren. Stimmen Sie daher dem Antrag der WAK-Minderheit zu. Dieser verbindet soziale Verantwortung mit praktischer Umsetzbarkeit, reagiert auf ein reales Bedürfnis der Bevölkerung, nicht nur auf das Problem der Steuerschulden, sondern auf den Wunsch nach einem einfachen, verständlichen System.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP das Wort hat Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Vor fast acht Jahren, es war der Nikolaustag 2017, hat dieses Parlament den Direktabzug der Steuern vom Lohn bereits einmal diskutiert. Die Motion von Ruedi Rechsteiner für einen automatisierten freiwilligen Direktabzug der Steuern vom Lohn führte in der Kommissionsberatung schon damals zu Mehr- und Minderheitsberichten. Die Vorlage scheiterte dann denkbar knapp mit einer Stimme Unterschied. Nur weil diese Auseinandersetzung im Parlament negativ verlief, hiess es für die SP Basel-Stadt aber nicht, das Thema ad acta zu legen. Die öffentliche Ausmarchung der Initiativvorschläge gewann der Direktabzug klar. Die Unterschriftensammlung war in der Folge einfach, die Bürgerinnen und Bürger dieses Kantons verstehen und unterstützen das Anliegen mehrheitlich.

Die Forderung nach einem Direktabzug der Steuern vom Lohn ist weiss Gott keine Schweizer Erfindung und auch kein Basler Finish, wie von Seiten der Arbeitgebenden kolportiert, wenn schon, dann wäre es ein Basler Start, ein Impuls für die Schweiz, dieses Steuerverfahren umzusetzen. Halb Europa kennt dieses System, Deutschland, Österreich, Italien, Spanien, England, Irland, Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden setzten es vergleichbar mittels klassischem Quellensteuerverfahren um, unter anderem, weil dieses Verfahren effizienter ist als unser aktuelles Steuerverfahren und auch, weil es zu weniger Steuerausfällen führt. Der Lohnabzug respektive das Lohnabzugsverfahren ist also kein Luftschloss. Selbst Frankreich hat sich 2019 für dieses System entschieden, also sogar nach der Debatte, die wir 2017 in diesem Rat geführt haben.

Die nun angedachte Umsetzung des Direktabzuges der Steuer vom Lohn in Basel-Stadt beziehungsweise der vorliegende Gegenvorschlag der Kommissionsminderheit schlägt eine sehr moderate und pragmatische Umsetzung des Initiativanliegens vor. Der Sprecher der Kommissionsminderheit hat bereits detailliert zu den Inhalten ausgeführt. Einerseits ist der Direktabzug freiwillig. Alle können sich gegen einen Lohnabzug entscheiden. Im Gegensatz zu der von der Mehrheit vorgeschlagenen provisorischen monatlichen Steuerrechnung hat ein System nach dem Opt-out-Prinzip aber eine verhaltensökonomische Wirkung, dass das bereits zitierte Gutachten von FehrAdvice bestätigt. Andererseits beinhaltet der Vorschlag der Minderheit im Sinne eines Entgegenkommens an die KMU die Pflicht zur Umsetzung für Betriebe erst ab einer Anzahl von 50 Mitarbeitenden und soll einen vordefinierten Abzug von 10% haben, der relativ einfach umzusetzen ist. Zudem ist eine Bezugsprovision für die Arbeitgebenden und eine schrittmässige allmähliche Einführung des Verfahrens vorgesehen. Der Aufwand für Arbeitgebende hält sich nach einem einmaligen Einführungsaufwand in Grenzen und ist vergleichbar mit den bereits bestehenden Abzügen wie etwa jene der Sozialversicherungsbeiträge. Bei Lohnveränderungen haben Arbeitgeber übrigens einen zusätzlichen Aufwand, der im Gegensatz zum Direktabzug nicht abgegolten ist.

Mir ist nun aber wichtig, noch einmal auf den grundsätzlichen Aspekt der Vorlage einzugehen. Es geht um Schuldenprävention. Es geht eben darum, dass Menschen erst gar keine Schulden machen. Gerade junge Erwachsene etwa stolpern häufig unbedarft mit den ersten Erwerbseinskommen in Schulden. 80% von jenen, die Schulden haben, haben Steuerschulden. Wir vergessen schnell, dass viele Leute mit der persönlichen Administration nur schlecht wie recht klarkommen und viele Menschen, noch nicht einmal nur finanziell Schlechtgestellte, kämpfen im Alltag mit dem zur Verfügung stehenden Budget, damit die Steuerrechnung am Ende des Tages auch beglichen werden kann. Es geht also um Entlastung und nicht um Bevormundung. Es ist auch keine Bevorzugung des Staates vor anderen Gläubigern, da die Steuerforderung kein frei verfügbares Einkommen darstellt. Es ist eben eine Pflicht und kein Entscheid, Steuern zu zahlen. Es ist nicht eine Frage, ob ich die Steuerschuld zahle oder nicht zahle und in dem Sinne auch nicht in Verhältnis zu setzen mit anderen Konsumentscheiden.

Der Aspekt der Entlastung ist es, der das Anliegen bei einer Volksabstimmung mehrheitsfähig macht, weil er allen Steuerpflichtigen hilft, das persönliche Budget im Griff zu haben. Denken Sie daher daran, Sie haben heute die Möglichkeit, sich für ein Vorhaben zu entscheiden, das sich eine breite Bevölkerung wünscht, eine deutliche Chance also für eine Politik, die nicht am Willen und den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei politisiert. Ich bitte Sie daher im Namen der SP Basel-Stadt, der Kommissionsminderheit zu folgen und den Gegenvorschlag gutzuheissen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben jetzt viele Länder erwähnt, wo dieser automatische Steuerabzug funktioniert. Können Sie mir auch ein Land in Europa nennen, wo die Einkommenssteuern auf drei verschiedenen Ebenen, Bund, Kantone und Gemeinden, eingezogen werden?

Georg Mattmüller (SP): Das ist eine rhetorische Frage. Wir sind das einzige Land, das ein solches System kennt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist David Jenny für die FDP.

David Jenny (FDP): Die FDP kann selbstverständlich jedes Wort unterstreichen, mindestens doppelt, das der Sprecher der Mehrheit gesagt hat. Georg Mattmüller hat an den Nikolaustag 2017 erinnert. Dort hat der Sprecher der FDP unter anderem folgendes gesagt: Selbstverantwortung ist eine Grundsäule unseres Menschen-, Gesellschafts- und Staatsverständnisses. Ziel einer modernen Sozialpolitik sollte die Stärkung der Selbstverantwortung sein, nicht die Abgabe von Verantwortlichkeit an einen allmächtigen Staat. Ich zitiere: Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit, Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so grosser Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen hat, dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben, warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Dies hat Immanuel Kant 1799 geschrieben.

Seit dann haben wir diesen Gang aus der Unmündigkeit angetreten und die Mehrheit, heute die Minderheit der Kommission, bemüht sich das Schritt für Schritt rückgängig zu machen. Das ist mein erster Punkt, das Menschenbild.

Wieder einmal ein Basel Finish, vielmehr Start, wie schon gesagt wurde. Wir haben eben das System dieser Lohnsteuer nicht und da hat Regierungsrätin Tanja Soland, der ich mich heute auch vollständig anschliessen kann, das Richtige gesagt. Das müsste von oben kommen. Die Quellensteuer ist ein Durchbruch, die Quellensteuer jetzt zum Privileg zu glorifizieren, ist jetzt auch ein bisschen komisch. Der Sinn der Quellensteuer ist nicht, die Steuerschulden zu vermeiden, sondern sicherzustellen, dass der Staat die Steuern einkassieren kann, auch bei Personen, die nicht in unserem Staatsgebiet wohnen, wo es bekanntlicherweise dann nicht möglich ist, diese Steuern einzutreiben. Also dieser Vergleich hinkt.

Dann haben wir immer noch das Problem, dass Steuerforderungen Drittklassforderungen sind nach unserem SchKG, die sind gleichgestellt wie die Forderung des Vermieters, der IWB, die Krankenkasse ist privilegiert und ja, zur Mündigkeit, das hat die Frau Regierungsrätin gut ausgeführt, gehört auch dazu. selber zu entscheiden, welchen Gläubiger will ich zuerst bedienen, der Drittklassgläubiger und wer ist auf meiner Hierarchie ein bisschen unten dran, und es ist eben auch ein Recht, den eigenen Cash-Eingang zu verwalten. Pascal Pfister hat gesagt, man habe nur noch so viel Geld auf dem Konto, wie man auch verwenden kann. Das ist jetzt wirklich eine Fehlaussage. Wir haben ja zum Beispiel die privilegierten Gläubiger wie die Krankenkasse, da hat er es empfohlen, das zu Lasten des Kantons dann einzusparen, das finde ich jetzt auch ein bisschen eine komische Aussage.

Wenn, dann wird dann dieser freiwillige Abzug getätigt, aber schlussendlich ist es wahrscheinlich dann eben dann trotzdem wieder pfändbar beim Kanton, solange nicht die Steuer fällig ist. Also was hilft es? Dann muss man es trotzdem nochmals bezahlen. Da ist wirklich ja noch einiges offen. Und wenn ich dann in Riehen oder Bettingen wohne – Sie haben ja Gemeindeautonomie berücksichtigt -, dann muss ich mir also bewusst sein, diese Steuern schulde ich dann auch noch, da habe ich keinen Abzug gemacht. Also es sind wirklich Illusionen und es ist vielleicht manchmal einfacher, wenn man weiss, ich muss noch Steuern bezahlen, für den Bund gibt es ja diesen Abzug auch nicht. Eine Lohnsteuer ist ein komplett anderes System. Ich will es nicht von vornherein ausschliessen, aber das müsste wirklich nicht bottom-up, sondern top-down bei uns ankommen und ist wahrscheinlich in der heutigen Zeit sehr schwierig zu erwirken.

Dann habe ich mir noch die Mühe gemacht, einzelne Punkte des Gegenvorschlags der Minderheit zu studieren. Ich gebe Ihnen einige Anmerkungen. Die Gemeindeautonomie von Riehen und Bettingen führt wahrscheinlich zur Konfusion. Weiter ist die Bestimmung ab 50 Mitarbeitende natürlich besser als die Initiative, es handelt sich aber nicht um Vollzeitäquivalente,

daher fallen dann trotzdem einige Betriebe darunter, die eben trotzdem relativ klein sind. Weiter gibt es eben diese Wahlmöglichkeiten, etc. Das ist ja eigentlich toll im Sinne auch der Mündigkeit, macht es aber für die Arbeitgebenden dann doch relativ schwierig. Vor allem muss hier viel in der Verordnun geregelt werden. Wie oft kann man das ändern, kann man das jeden Monat ändern? Dazu gibt es keine Hinweise. Dann steht unter 207b Abs. 1 «unverzüglich an die Steuerverwaltung». Das ist ja gut, bei der Quellensteuer ist im Gesetz geregelt, dass die Frist 30 Tage ist, unverzüglich istwohl kaum 30 Tage, aber haben wir dann zwei verschiedene Fristen für diese Überweisungen? Dann generell, Opt-out muss ausdrücklich erklärt werden, da hat auch vor acht Jahren der Sprecher der FDP schon gesagt, dass sie ausdrücklich sagen. Ausdrücklich ist das Gegenstück zu konkludent und ausdrücklich kann auch mündlich sein. Somit wäre ein Arbeitgeber verpflichtet, dem zu folgen, wenn jemand mal ausdrücklich in lauter Stimme das mitgeteilt hat. Wo ist da die Rechtssicherheit? Sie haben es auch hier verpasst, eine klare Lösung zu machen. Wenn dann jemand freiwillig teilnimmt als Arbeitgeber, ist das ja gut und recht, aber ist dann automatisch auch das Opt-out-Verfahren anwendbar oder ist es dann ein Opt-in? Dann haben wir die staatsnahen Betriebe. Darüber habe ich auch nachgedacht. Ich habe keine Erläuterung im Bericht der Minderheit gefunden, sie wurden nachgeliefert jetzt in authentischer Interpretation von Pascal Pfister. Das ist eine mögliche Definition, aber dann hätte man von Anfang von voll konsolidierten Unternehmungen sprechen können. Einfach eine Bemerkung des Minderheitssprechers beantwortet diese Frage nicht abschliessend. Ich entnehme dem, dass zum Beispiel die BKB da nicht betroffen wäre, obwohl sie beherrscht wird vom Kanton. Sie sehen, es stellen sich auch hier viele Fragen.

Ich glaube, die von der Mehrheit vorgeschlagene Lösung bringt etwas, es ist ja einmal eine provisorische Rechnung und dann hat man einen Überblick wie bei der Bundessteuer und dann kann man sagen, ja, ich muss in diesem Jahr 5'000 Franken Einkommenssteuer zahlen und ja, ich mache das entsprechend respektive für diese Vorjahre. Es ist auch nirgends geregelt, wie dann verzinst wird. Wenn man es dann sagt, das ist wirklich für das laufende Jahr wahrscheinlich wie eine normale Vorauszahlung. Dieser Gegenvorschlag lässt auch ziemlich viele Fragen offen und sehr viel wird dem Verordnungsgeber überlassen. Ich bitte Sie wirklich, der einfachen Lösung der Mehrheit zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Sie wird entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Auch Sie haben zum wiederholten Mal beklagt, dass die Krankenkassenbeträge anders behandelt würden. Gehe ich richtig in der Annahme, dass die FDP der Initiative zugestimmt hätte, wenn wir gleichzeitig zum Direktabzug der Steuern auch jenen für die Krankenkassen eingefordert hätten? Denn dann gehe ich morgen auf die Strasse und sammle Ihnen auch diese Initiative.

David Jenny (FDP): Nein, ich habe Ihnen meine Grundhaltung geschildert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun kommen wir zu Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Wir diskutieren heute über die kantonale Volksinitiative über den Direktabzug. Wir haben schon viel gehört, ziemlich kontrovers, und es ist die Frage, ob wir dem Volk die Initiative mit einem Gegenvorschlag empfehlen wollen, oder zur Annahme oder zur Ablehnung. Die WAK hat dazu zwei Varianten vorgeschlagen.

Die Initiative verfolgt grundsätzlich ein wichtiges Ziel, Verschuldung zu vermeiden und die finanzielle Stabilität der Bevölkerung zu stärken. Steuereinnahmen bilden schliesslich die Grundlage für die vielfältigen Leistungen des Kantons. Den Initiant:innen scheint es in erster Priorität darum zu gehen, dass die Verschuldung grundsätzlich reduziert wird. Wir müssen gerade auch deshalb nüchtern prüfen, ob die vorgeschlagene Massnahme geeignet ist, dieses Ziel wirksam zu erreichen und ob sie auch verhältnismässig ist.

Die GLP-Fraktion anerkennt die gute Absicht hinter der Volksinitiative. Niemand von uns möchte, dass Menschen durch Schulden belastet werden. Die Initiative verlangt, dass Arbeitgeber bei ihren Mitarbeitenden einen Steuerabzug direkt vom Lohn vornehmen und an die Steuerverwaltung überweisen. Unterstützt wird die Initiative von Fachstellen wie den Schuldner:innenberatungen, die darauf hinweisen, dass rund 30% ihrer Klientinnen neben anderen Schulden, und das ist wichtig, auch Steuerschulden haben. Verschuldung kann das Zusammenleben belasten, in Einzelfällen die gesundheitliche Situation verschlechtern, Prävention ist deshalb wichtig und wir befürworten Massnahmen, die Betroffene gezielt unterstützen, Schulungen anbieten und Beratungen ermöglichen.

Allerdings gehen die Auffassungen darüber auseinander, wie gross die Wirkung der Massnahme der Initiative wäre. So haben heute nur gerade 1% der Steuerpflichtigen in Basel-Stadt Steuerschulden, also rund 1800 Personen. Da der

Direktabzug durch die Opting-out-Möglichkeit faktisch freiwillig ist, vermutet die Fraktion der GLP, dass gerade jene Menschen mit finanziellen Herausforderungen diese Opting-out-Möglichkeit nutzen würden. Aus fachlicher Hinsicht kann gesagt werden, dass insbesondere auch chronifizierte Schuldner:innen diese Möglichkeit nutzen werden.

Das Ziel, die Verschuldung wirksam zu reduzieren, wird durch diesen freiwilligen Steuerabzug unserer Einschätzung nach nicht erreicht. Ein Teil der Fraktion anerkennt die präventive Wirkung, die ebenfalls aus Fachkreisen eingebracht wird, also dass durch den Direktabzug viele Menschen gar nicht erst in die Schuldenfalle geraten würden. Doch auch zum Ausmass dieser Wirkung bestehen bei uns unterschiedliche Auffassungen. Dem unklaren Nutzen des Direktabzugs auf kantonaler Ebene steht der zusätzliche administrative Aufwand für Arbeitgeber:innen gegenüber. Wir finden, dass die Kosten hierfür einmalig wie wiederkehrend nicht im Verhältnis zum zweifelhaften Nutzen einer kantonalen Lösung stünden. Auch gesellschaftlich bringt die Initiative Nachteile. Steuerforderungen würden privilegiert, während andere Gläubiger benachteiligt würden.

Die Fraktion der GLP ist der Auffassung, dass die Kommissionsmehrheit einen sachgerechten Gegenvorschlag unterbreitet, die das Problem der Steuerschulden anerkennt und den Herausforderungen pragmatisch begegnet. Statt eines Direktabzugs sieht er die unaufgeforderte Zustellung provisorischer Steuerrechnungen mit Teilzahlungsaufforderungen vor. Begleitend werden niederschwellige Beratungsangebote für Personen mit Steuerschulden bereitgestellt. Diese Massnahme fördert die Eigenverantwortung und entlastet die Unternehmen von zusätzlicher Bürokratie. Unserer Auffassung nach wirken diese Massnahmen mit verhältnismässigem Aufwand. Gleichzeitig werden Betroffene unterstützt und präventive Massnahmen gestärkt, genau dort, wo sie sinnvoll sind.

Man könnte sagen, dass die Initiative mit Kanonen auf Spatzen schiesst. Es sind fast nur wenige betroffen. Chronische Schuldner:innen umgehen den Direktabzug über das Opting Out und der Aufwand für Unternehmen ist hoch. Die negativen Effekte überwiegen die wenigen unserer Auffassung nach positiven Effekten deutlich. Aus demselben Grund ist für uns der Gegenvorschlag der Minderheit nicht opportun. Mit der Initiative wie mit dem Minderheits-Gegenvorschlag wird ein Systemwechsel vorgenommen. Diesen Systemwechsel halten wir auf Bundesebene durchaus für diskutabel. Auch mit einer Bundeslösung hätten wir jedoch noch Fragen zum Nutzen, doch die Massnahme würde wenigstens auch Arbeitnehmer:innen umfassen, die in mehreren Jobs, in mehreren Kantonen arbeiten. Das ist bei dieser Initiative wie auch beim Gegenvorschlag der Minderheit nicht der Fall.

Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion die kantonale Volksinitiative ab, die Gegenvorschläge werden in der Fraktion unterschiedlich beurteilt. Einige haben Sympathien für den Gegenvorschlag der Minderheit, andere lehnen beide Gegenvorschläge ab, unser Konsens ist, dass der Gegenvorschlag der Mehrheit pragmatische Massnahmen anbietet, ohne dabei einen Systemwechsel zu erzwingen. Zudem sind wir der Ansicht, dass das Volk genau über diese Frage abstimmen kann, Systemwechsel oder eben nicht. Aus diesem Grund unterstützen wir den Gegenvorschlag der Mehrheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNEN/jgb ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Die Fraktion der Grünen Partei stellt sich ganz klar hinter den Gegenvorschlag der Minderheit. Im Zusammenhang mit diesem Geschäft bin ich jetzt im Vorgang auch ein paarmal darauf angesprochen worden, warum ich als Unternehmer für so einen Direktabzug sein kann. Darum rede ich sowohl für die Meinung der Grünen Fraktion, bringe aber auch noch ein bisschen eine Sicht aus dem Innenleben eines KMU ein, das seit vielen Jahren an über 100 Leute Löhne zahlen darf und das aber auch ganz direkt sieht, wie es Menschen, die nicht so viel Geld haben, geht, um den Alltag zu bewältigen. Das sind bei mir vor allem junge Menschen, die nicht so hohe Löhne haben und darum gut schauen müssen, wie sie durchkommen.

Ich sehe also gut, wie es manchmal Druck machen kann, wenn das Geld nicht ganz reicht, und wenn dann noch eine Steuerrechnung hineinflattert, die nicht ins Budget passt, wird es schnell eng. Das hat in allen Fällen nichts mit Faulheit oder falschen Prioritäten zu tun und schon gar nicht mit Unvernunft, sondern es hat effektiv mit dem System zu tun, das wir aktuell haben. Wer 13 Mal 4’000 Franken aufs Konto kriegt, der hat natürlich den Eindruck, dass das Geld jetzt da ist und dass man das brauchen kann zum Leben. In der Realität ist aber klar, etwa 5’500 Franken davon gehören nicht einem selbst, sondern die gehören dem Steueramt, die gehen zu Tanja.

Das sieht man aber nicht, wenn das Geld schon auf dem Konto liegt, man nimmt das Geld und gibt es aus für Miete, Versicherungen, für Familien, Freizeit und was halt sonst noch gerade an Konsumausgaben anfällt, und wenn die Steuerrechnung dann kommt, ist das Geld schon weg. Was dann passiert, ist klar, Tanja schickt eine Mahnung, irgendwann kommt die Betreibung und aus einem einfachen Engpass wird ein Problem, das das ganze eigene Leben und dann natürlich das des Umfelds massiv belasten kann. Ich habe das ein paar Mal miterlebt bei Mitarbeitenden, die massiv in Schwierigkeiten geraten sind, nicht, weil sie unvernünftig wären, sondern weil das aktuelle System, das wir haben, es den Leuten effektiv schwer macht, mit dem Geld richtig umzugehen. Ich kann es Ihnen sagen, wenn dann eine Lohnpfändung

kommt, ist das gar nicht lustig, weder für die betroffenen Personen noch für das Team und natürlich auch nicht für das Unternehmen, das dann den Lohn pfänden muss.

Der Direktabzug würde genau diese Problematik angehen. Er sorgt dafür, dass Geld, das gar nicht zur Verfügung steht, auch gar nicht erst auf das eigene Konto kommt, und was man nicht sieht, kann man bekanntlich auch nicht ausgeben. Das ist aus meiner Sicht keine Bevormundung, sondern das ist ein vernünftiges System und das ist Schuldenprävention, so wie sie funktioniert, einfach, effizient und direkt.

Dann zum Argument, dass es nur eine kleine Gruppe von Leuten betrifft, so wie es jetzt die Minderheitvorschlägt. Es stimmt halt auch nicht ganz, es sind immerhin noch etwa 30’000 Personen, wie es uns Luca Urgese vorgerechnet hat, die von diesem Direktabzug profitieren könnten. Wir haben aktuell in Basel-Stadt 1’840 Personen, die wegen Steuerschulden betrieben werden. Und wenn wir nur einen Teil dieser Betreibungsfälle verhindern könnten, hätte das eine riesige gesellschaftliche Wirkung hier in Basel.

Und da komme ich jetzt zur Verantwortung, die die Wirtschaft durchaus auch trägt für die Menschen, die für sie arbeiten. Denn Unternehmen sind ein Teil der Gesellschaft und tragen darum auch eine gewisse Mitverantwortung, nicht nur für die eigene Firma, sondern natürlich auch für die Leute, die für sie arbeiten. Und ich habe mit ein paar Mitarbeitenden von mir geredet, die die Quellenbesteuerung haben, über die wir jetzt ein paarmal geredet haben, und die sind alle froh, dass sie sich nicht mehr um das Budgetieren ihrer Steuern kümmern, sondern der Arbeitgeber resp. der Staat das macht. Insofern ist es jetzt auch ein bisschen eine Ungleichbehandlung gegenüber denen, die das nicht haben, denn gewisse haben die Probleme überhaupt nicht mehr und andere kommen nachher in die Problem. Und wenn wir jetzt mithelfen können, unsere Mitarbeitenden zu entlasten und präventiv dafür zu sorgen, dass sie eben nicht in die Schulden abrutschen, dann ist das genau das Wahrnehmen der gesellschaftlichen Pflicht, dann ist das quasi Wirtschaft in bester Gesellschaft.

Und der direkte Steuerabzug ist ja eigentlich auch nichts völlig Abstraktes. Es funktioniert wie der AHV, wie die IV, wie der ALV-Abzug oder eben die Quellensteuer, seit Jahrzehnten bewährt, unbürokratisch und auch fair. Und der Direktabzug ist ja immer noch freiwillig, aber er ist gesteuert, es ist ein Opt-out und nicht ein Opt-in. Also wer mitmacht, ist automatisch dabei, wer den Abzug nicht will, kann aussteigen, das haben wir jetzt schon ein paar Mal gehört, es ist relativ einfach. Aber das Entscheidende ist ja, die Verhaltensökonomie zeigt, dass bei einem Opt-out viel mehr Leute dabei bleiben und mitmachen, als dass bei einem Opt-in einwählen, und das sehen wir auch, dass der aktuell existierende Direktabzug beim Kanton nicht funktioniert, weil es eben ein Opt-in ist und kaum jemand mitmacht. Denn man müsste sich aktiv einwählen, das macht man dann eben nicht.

Dann habe ich noch kurz eine Sicht wegen der überbordenden Bürokratie. Für mein Geschäft kann ich das so nicht unterschreiben, der Aufwand wird minimal sein. Also mit dem Minderheitsvorschlag ist das ein pauschaler Prozentbetrag, also einfach eine weiterer Abzug, den man vom Lohn abzieht und dann, wenn es eine gescheite Schnittstelle zur Finanzverwaltung gibt, funktioniert das relativ einfach wie alle Abzüge, die wir jetzt schon machen. Ich sehe es jetzt nicht als ein Monster, das uns nachher noch wahnsinnig viel Zeit kostet. Ich sehe es eher als eine Entlastung, denn was wirklich ein Stress ist, ist, wenn die Lohnpfändungen kommen, wenn man jeden Monat einen anderen Betrag auf ein anderes Konto überweisen muss. Damit haben wir Mühe, das alles manuell zu erfassen und das wollen wir nicht mehr.

Der Gegenvorschlag der Minderheit kommt der Wirtschaft ja auch entgegen, es wird zuerst zwei Jahre lang getestet bei kantonalen oder kantonsnahen Betrieben, so dass die Unternehmen in der Privatwirtschaft dann ein eingespieltes System haben können, das schon zwei Jahre lang im Einsatz ist. Der pauschale Prozentsatz zum Abzug vereinfacht es natürlich auch und was besonders wichtig ist, ist die Bezugsprovision, die man auch hier bekommt, das heisst der Aufwand, den man hat mit diesen Abzügen, wird entschädigt.

Ich sehe, es ist natürlich mit einem grossen Aufwand verbunden, wenn man so eine Umstellung machen muss, aber es kostet nicht nur Aufwand, es bringt, wie ich es vorhin schon gesagt habe, für die Gesellschaft ein paar Vorteile, es gibt weniger Verschuldung, das führt zu weniger Stress bei den Mitarbeitenden, weniger Betreibungen, stabileren Privathaushalten und am Schluss ruhigere und zufriedenere Mitarbeiter. Also ich habe das Gefühl, es ist für alle ein Gewinn, für die Menschen, für die Unternehmen und am Schluss für die Gesellschaft.

David Jenny hat es gesagt, Basel wäre der erste Kanton, der das machen würde. Ich sehe es als einen mutiger Entscheid, wir könnten zeigen, dass wir da etwas machen können, was die Bevölkerung wirklich will und dass wir ein lösungsorientierter Kanton sind und kein problemorientierter Kanton und dass wir eben die Wirtschaft und die Gesellschaft zusammen denken.

Noch kurz zum Gegenvorschlag der Mehrheit: Den lehnen wir klar ab, weil er eben keine Lösung ist für die eingangs erwähnten Probleme. Es werden einfach noch mehr Rechnungen geschickt, die man nicht unbedingt zahlen muss, und dass solche Massnahmen die Schulden nicht verringern, das kennen wir schon aus anderen Kantonen, wo Erfahrungswerte vorliegen. Das hilft also überhaupt nichts. Und Schuldenberatung an schon verschuldete Personen ist natürlich auch nicht die Idee der Geschichte, sondern die Idee ist, dass sich die Menschen eben gar nicht erst verschulden, gar nicht in Schulden geraten. Darum ändert der Gegenvorschlag eigentlich gar nichts am bestehenden System und ist im Sinne der Schuldenprävention eigentlich absolut unbrauchbar.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Erich Bucher. Sie wird entgegengenommen.

Erich Bucher (FDP): Ich verstehe, dass Sie sagen, dass der Aufwand für Ihr Unternehmen sehr klein sei oder relativ einfach sei, aber Sie haben auch weniger als 50 FTE's, ist das richtig?

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Nein, das ist falsch, aber es geht auch nicht um FTE's im Gegenvorschlag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Anina von Falkenstein für die LDP.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir sind uns wohl alle in einem Punkt einig, und zwar, dass Schuldenprävention wichtig ist. Schuldenberge bedeuten über Jahre eine grosse Last und der Weg hinaus ist sehr oft sehr schwierig und steinig. Doch weder die Initiative noch der linke Minderheitsgegenvorschlag überzeugen, um das Problem nachhaltig anzugehen, im Gegenteil, der Minderheitsvorschlag birgt einiges an Kritikpotenzial. Wir bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen haben deswegen nicht aus Taktik, sondern aus Überzeugung einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, weil Steuerschulden eine gute, durchdachte Lösung verdienen. Diese bietet der Mehrheitsvorschlag. Folgende Aspekte sind hierzu zentral und ich möchte gerne näher darauf eingehen.

Die Opt-out-Option: Der Minderheitsvorschlag sieht einen pauschalen Abzug von 10% vor, der angepasst oder abgewählt werden kann. Gerade bei tiefen Einkommen ist das problematisch, denn jeder Franken zählt. Die sogenannte Opt-out-Option entkräftet den Vorschlag stark, da diese gerade bei Personen mit engen finanziellen Verhältnissen oft genutzt werden dürfte, wie auch eine Studie von Plusminus bestätigt. Und, eine Referenz zum Votum des Minderheitssprechers, der Vergleich mit der Organspende hinkt, denn wer dort kein Opt-out angegeben hat, wird nämlich auch nicht merken, dass ihm Organe entnommen werden, weil die Personen dann nämlich tot sind. Wer aber akut verfügbares Einkommen braucht, ist mitten im Leben und hat ein anderes aktives und dringendes Verhältnis, das die Opt-out-Option lösen kann.

Aus meiner Zeit als HR-Verantwortliche, auch ich gehe gerne auf den Beruf ein, in einer Tieflohnbranche, weiss ich, wer knapp bei Kasse ist, wird als allererstes das Opt-out wählen, bevor die Person einen Lohnvorschuss beantragt. Und ja, das gibt es, das kennen viele von Ihnen vielleicht nicht, es gibt sehr viele Personen, die einen Vorschuss beantragen müssen, um über die Runden zu kommen. Und es ist weniger schmerzhaft, das Opt-out zu wählen, bevor man etwas schambehaftet um einen Vorschuss bittet. Das Bewusstsein rund um die Opt-out-Möglichkeit wird sehr schnell bei sehr vielen Personen, die betroffen sind, vorhanden sein. Und wer den Abzug bequem findet, weil er denkt, das ist weniger Aufwand rund um die Steuererklärung und die Steuersache, der täuscht sich ja auch, denn die Steuererklärung, die bleibt bestehen. Wie viele Personen, die die Initiative unterschrieben haben, darauf hingewiesen wurden oder verstanden haben, das würde mich noch wundernehmen.

Fazit 1, die Opt-out-Option schwächt die Idee des direkten Lohnabzugs zur Umsetzung einer erfolgreichen Schuldenprävention massiv. Lösung: Mehr Sichtbarkeit der Steuerforderungen unterjährig statt einen Pauschalabzug, etwa durch die provisorische Rechnung mit aufgedrucktem Steuerbetrag und Information über Beratungsangebote. Genau das leistet der Mehrheitsvorschlag, denn wenn eine Forderung Sichtbarkeit bekommt, dann wird sie auch eher beglichen und genau da haben wir momentan einen riesigen Unterschied, genau auch wie mit Krankenkassenrechnungen.

Dann kommen wir zur Arbeitgeberverantwortung: Mit dem Minderheitsvorschlag müssen Arbeitgeber Lohnsysteme anpassen für höchstens 30'000 Betroffene. Wir gehen von einer kleineren Anzahl aus, da ja eben die Opt-out-Option besteht. Wer die Supportkosten von gängigen Lohnsystemanbietern kennt, weiss, das wird teuer. Wichtig ist uns, dass Arbeitgeber ihre Mitarbeitenden unterstützen, ihre Finanzen im Griff zu behalten, etwa durch den Hinweis auf Beratungsstellen. So wird die Eigenverantwortung gestärkt statt durch einen automatischen Abzug erstickt. Sonst müssen wir bald auch Krankenkassenprämien oder Mieten direkt abziehen, um Schulden zu verhindern. Momentan droht die Gefahr einer Verlagerung.

Fazit 2 ist also, dass Arbeitgeber sensibilisieren sollen und nicht als Inkassostelle agieren. Die entsprechende Lösung wäre, Prävention durch punktuellen Verweis an Beratungsstellen anzugehen und nicht durch Bevormundung.

Nun noch zur Rolle des Staats: Schon heute arbeitet die Steuerverwaltung lösungsorientiert mit Zahlungsaufschiebungen, Ratenvereinbarung oder in Härtefällen einem Steuererlass. Ein direkter Lohnabzug würde den Staat über andere Gläubiger stellen. Das verschiebt Schulden, statt sie effektiv zu verhindern. Andere Gläubiger können nicht einfach auf das Einkommen zugreifen und das schafft ein Ungleichgewicht, das wir Liberalen nicht unterstützen. Zudem ist das Verfahren teuer. Der Regierungsrat rechnet mit 3,5 Mio. Franken Kosten. Bei 30'000 Betroffenen sind das rund 118 Franken pro Person und Jahr,

bei einer Annahme von hohen Opt-out-Quoten in der Tendenz einiges mehr. In Anbetracht der einfachen Opt-out-Möglichkeit und der hohen Wahrscheinlichkeit, dass viele Schuldengefährdete diese auch nutzen werden, ist das ein hoher Preis.

Fazit 3, Aufwand und Ertrag des Lohnabzugs sind unverhältnismässig und eine Besserstellung des Kantons als Gläubiger ist nicht angebracht. Die Lösung: Provisorische Rechnungen für alle und gezielte Beratung für Gefährdete und Betroffene.

Wir haben zwei Wege zur Steuerschuldenprävention vor uns. Der eine ist einfach zu umgehen und bevormundend. Nach der Debatte hänge ich hier gerne nochmals ein. Gerade Junge, die oft besonders gefährdet sind, Steuerschulden zu verursachen, sollten doch eben informiert, begleitet und aufgeklärt werden. Wenn wir als Gesellschaft immer wie mehr zu Lösungen tendieren, die pauschal Symptome statt Probleme beheben, statt den Weg der Aufklärung zu gehen, ersticken wir irgendwann die Fähigkeit, eigenständig zu denken, zu handeln und zu leben. Der Mehrheitsvorschlag setzt auch deswegen auf Eigenverantwortung, Transparenz und gezielte Unterstützung. Er stärkt die Steuerdisziplin durch provisorische Rechnungen für alle Steuerpflichtigen, nutzt das Know-how der Beratungsstellen, die bereits jetzt eine sehr gute Arbeit leisten für von Schulden bedrohte Menschen und erhält das direkte Verhältnis zwischen Kanton und Steuerpflichtigen ohne weitere Bürokratieauflagen für unsere Wirtschaft. Wir wollen, dass Menschen Hilfe erhalten, wenn sie sie brauchen, individuell, lösungsorientiert und aufbauend auf deren Eigenverantwortung.

Darum bitte ich Sie, geben Sie dem sowohl sozialen wie auch liberalen Mehrheitsvorschlag Ihre Stimme. Sollte er den gewünschten Effekt nicht erreichen, können wir später immer noch weitergehende Massnahmen prüfen. Diese Option behalten wir uns so offen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächsten Fraktionssprecher habe ich Lorenz Amiet für die SVP eingetragen.

Lorenz Amiet (SVP): Um den Formalien zu genügen, die SVP lehnt die Initiative ab und unterstützt, wie Sie erwarten dürften, den Gegenvorschlag der Mehrheit, insbesondere auch bei der Stichfrage.

Schulden generell, Steuerschulden auch im Speziellen, sind nicht kleinzureden, das haben einige heute Abend schon so gesagt und das sehen wir selbstverständlich nicht anders. Dabei ist unerheblich, wie die Schulden zustande gekommen sind und von welcher Art sie sind und von welcher Grössenordnung sie sind. Umso erfreulicher ist es hingegen, dass die Anzahl Steuerbetreibungen im Zeitraum 2010 bis 2020 in unserem Kanton um einen Viertel zurückgegangen ist. Die Frage stellt sich somit, wie viel Aufwand ist gerechtfertigt und durch wen soll dieser Aufwand betrieben werden? Nicht nur die FDP, sondern auch die SVP ist der Auffassung, dass keine Massnahme Eigenverantwortung der oder des Einzelnen vollständig ersetzen kann.

So viel als Fraktionssprecher der SVP, und nun spreche ich als Unternehmer und als allfälliger designierter Steuervogt zu Ihnen. Die Initiative möchte für in Basel wohnhafte Steuerzahlerinnen und -zahler das Inkasso läuten wie mir überbürden, als ob ich nicht sonst schon genug zu tun hätte. Da nur Einwohnerinnen und Einwohner Basels betroffen sind, geht es nicht darum, dass das Verfahren ersetzt wird, es geht darum, dass ein zusätzliches Verfahren für uns KMU-Unternehmer eingeführt wird. Steuereintreiben ist Staatsaufgabe, sie soll nicht zur zusätzlichen Bürokratie für KMU werden. Und dabei bleibt es nicht einmal beim Zusatzaufwand des Steuereintreibens, sondern man überbürdet mir auch die Haftung und noch weit bedeutender, Steuerschulden werden gemäss Initiative gegenüber anderen Schulden, auch Zahlungsausständen mir gegenüber, privilegiert behandelt. Die KMU werden also durch diese Initiative gleich dreifach gepiesackt.

Das ist das Gegenteil von administrativer Entlastung, wie es unsere gewerbliche Wirtschaft in Basel-Stadt so dringend nötig hätte. Abwandernde KMU oder eingehende KMU sogar führen zu Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit, meine Damen und Herren, hilft mit Sicherheit nicht, Steuerschulden oder andere Schulden zu verhindern. Sie mögen mir jetzt vorwerfen, dass ich den Teufel an die Wand mahle. Gemäss Newsletter unseres Inkasso-Büros, den bekomme ich wöchentlich, wurden letzte Woche in Basel-Stadt und Basel-Landschaft 17 Konkurse über Firmen eröffnet, allesamt KMU. Das sind so viele wie schon sehr lange nicht mehr. Der Standort Basel-Stadt, die Nordwestschweiz generell, aber die KMU-Wirtschaft überhaupt und im Allgemeinen sind unter Druck.

Nun haben wir also zwei Gegenvorschläge auf dem Tisch zu dieser Initiative. Den einen, jenen der Minderheit, welcher sich an der Initiative orientiert – man kann von Garantiearbeiten an der Initiative sprechen, es wurde schon erwähnt, dass dieser weitgehend aus der Feder von Mitgliedern des Initiativkomitees geschrieben wurde, dabei aber den Konstruktionsfehler aufweist, dass der Arbeitnehmer den Abzug wählen können soll und damit der Aufwand für den Arbeitgeber gegenüber der Initiative vergrössert. Und den anderen, jenen der Mehrheit, der das Problem auch adressiert, dabei aber die Aufgabe des Steuereintreibens und die anderen genannten Nachteile beim Staat lässt und nicht der KMU-Wirtschaft überbürdet.

Ich spreche nun zum Abschluss noch all jenen ins Gewissen, welche ihr Abstimmungsverhalten noch nicht verbrieft haben. Wollen Sie den Steuerschuldnerinnen und Steuerschuldnern echt helfen? Dann lege ich Ihnen den Gegenvorschlag der Mehrheit ans Herz. Falls Ihnen dieser nicht weit genug geht, bedenken Sie, dass der Spatz in der Hand vielleicht besser ist

als die Elster auf dem Chrischona-Turm. Der Gegenvorschlag der Mehrheit, das wurde schon von anderen gesagt, wird nicht bekämpft werden, auch in einem Abstimmungskampf nicht, und damit dürfte der durchflutschen. Der Gegenvorschlag der Minderheit hingegen wird der Initiative gleichgestellt werden, weil nur Garantiearbeiten den Unterschied ausmachen und so wie wir heute gehört haben, von der Mitte bis rechts bekämpft werden. Und diese Aussage gilt auch im Falle eines Rückzuges der Initiative und einer folgenden Referendumsabstimmung. Es ist also mehr als nur möglich, dass, falls der Gegenvorschlag der Minderheit in der Eventualabstimmung obsiegt, am Ende gar nichts übrig bleibt, nicht einmal jene Massnahmen, welche der Regierungsrat und die Mehrheit der Kommission für angemessen und verhältnismässig halten. Bedenken Sie das also bitte, geschätzte Damen und Herren, wenn Sie am nächsten Mittwoch über die zwei Gegenvorschläge abstimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe Daniel Albietz für die Mitte-EVP notiert.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ich darf es vorwegnehmen, auch die Fraktion Mitte-EVP unterstützt den Vorschlag der WAK-Mehrheit, ist gegen die Initiative und im Gegenvorschlag für die Mehrheit der WAK. Ich war so verwirrt, weil wir eine Kommission haben, in der tatsächlich solche Mehrheiten möglich sind. Die Hauptkritik am Gegenvorschlag der Minderheit ist, dass der Arbeitgeber zum Inkassogehilfen des Kantons wird und damit in diesem Punkt de facto zu einem staatlichen Organ. Immerhin schlägt die Kommissionsminderheit dafür eine Entschädigung vor, aber selbst wenn daraus mehr Geld für den Staat resultieren sollte, stellt dies eine Erhöhung der Staatsquote dar. Da sind wir generell kritisch und daher auch gegen diesen Minderheitsvorschlag.

Ein weiteres Problem ist die Privilegierung von Forderungen der öffentlichen Hand. Technisch ist das, es wurde schon mehrfach gesagt, eine Gläubigerbevorzugung, die aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt ist, abgesehen von den Problemen und Gläubigerkonflikten, die sich bei Lohnpfändungen des Betreibungsamts wegen anderer Schulden ergeben. Muss der Kanton dann seinen Erlös aus dem Lohnabzug mit anderen Gläubigern teilen oder ist dann für die anderen Gläubiger eben nichts mehr vorhanden, falls der Abzug dann bis zum Existenzminimum geht? Der Vorschlag der WAK-Minderheit ist hier unklar und nicht zu Ende gedacht, es ist tatsächlich ein erhebliches Vollstreckungsproblem. Und ein weiteres No-Go, es wurde auch schon erwähnt, ist die Haftung des Arbeitgebers für diese Steuerschulden.

Die Schweiz sei eine Insel im Moment und Basel müsse mal wieder einen Trend setzen und mit gutem Beispiel vorangehen. Das sehen wir anders, es ist eben eine der Stärken der Schweiz, dass sie Privatautonomie und Eigenverantwortung hochhält und die Bevölkerung in der Regel nicht bevormundet. Insgesamt sind es vollstreckungsrechtliche, ordnungspolitische und prinzipielle Bedenken, die dazu führen, dass die Fraktion Mitte/EVP sich für den Vorschlag der WAK-Mehrheit und der Regierung ausspricht. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und stelle zugleich den Ordnungsantrag, dieses Geschäft heute zu Ende zu beraten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Daniel Albietz hat einen Ordnungsantrag gestellt. Wir stimmen darüber ab. Daniel Albietz beantragt, dieses Geschäft heute fertig zu beraten. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Sitzungsende, nachdem das Traktandum abgeschlossen ist, NEIN heisst sofortiges Sitzungsende.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 58 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007345, 15.10.25 17:58:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Sitzung zu beenden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Ordnungsantrag ist nicht durchgekommen, ich breche die Sitzung hier ab. Ich habe mir alle Rednerinnen und Redner eingetragen, die nächstes Mal reden möchten. Wir beraten dieses Geschäft am nächsten Mittwoch weiter.

Schluss der 31. Sitzung

17:58 Uhr

Protokoll

der 32. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 22. Oktober 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Claudio Miozzari (SP), Zaira Espoito (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

10. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit 2
15. Legislaturplan 2025 bis 2029, Bericht des RR 19
11. Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2024, Bericht des RR 29
12. Universität Basel: Leistungsbericht 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Universität 32

Beginn der 32. Sitzung

Mittwoch, 22. Oktober 2025, 09:00 Uhr

10. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[22.10.25 09:00:12, 23.1670.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Ich gratuliere unseren Mitgliedern Daniel Hettich, Silvia Schweizer und Stefan Suter zur Wahl in den Gemeinderat in Riehen. Ebenfalls gratuliere ich Jenny Schweizer zur Wahl in den Einwohnerrat. Herzliche Gratulation. [Applaus]

Rücktritt Alexandra Dill

Grossrätin Alex Dill hat auf den 17.12.2025 ihren Rücktritt aus dem Grossen Rat erklärt. Wir werden sie an ihrem letzten Sitzungstag vom 17. Dezember gebührend verabschieden.

Vertretung Lukas Faesch in der GPK

Lukas Faesch hat kommuniziert, dass er sich im November und Dezember durch Raoul Furlano in der GPK vertreten lässt.

Rechtsfall TC Old Boys

Das Appellationsgericht hat den Rekurs von Daniel Boerlin und weiteren Rekurrierenden gegen den Beschluss des Grossen Rates vom 11. Dezember 2024 betreffend Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse (Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West) abgewiesen. Mit anderen Worten hat das Appellationsgericht den Bebauungsplan als rechtlich zulässig erklärt und das Vorgehen von Städtebau & Architektur, Regierungsrat und des Grossen Rats in dieser Sache gutgeheissen. Nachdem die Urteilsbegründung vorliegt, könnte der Fall an das Bundesgericht weitergezogen werden.

Dies meine Information zum Start des Tages.

Wir fahren fort mit Traktandum 10. Dort sind wir bei den Einzelsprechenden angelangt und Eric Weber hat als Erster das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Als sogenannte Ein-Thema-Partei zum Thema Ausländer und Asyl fällt es mir natürlich schwer, zu anderen Themen zu sprechen. Daher bin ich den Kollegen Parlamentsmitgliedern immer dankbar, lieber Joël Thüring, wenn man mir sagt, was ich stimmen soll. Da ich mich nicht so genau auskenne, bitte ich um Hilfe und ich bin froh, dass man noch Enthaltung wählen kann, denn das ist genau für diese Damen und Herren Abgeordnete, die unschlüssig sind oder die sich wie ich hier nicht genau auskennen, um was es geht. Daher beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten. Es ist keine Schande, wenn man sagt, man kommt nicht mehr draus und daher sinkt ja die Wahlbeteiligung in der Schweiz seit 60 Jahren kontinuierlich und wird wohl sich bei rund 20% der Wähler einpendeln. Nur noch ein Bruchteil interessiert sich für das Thema. Die Menschen sagen mir im Wahlkreis Kleinbasel, was haben wir davon, was habe ich davon.

Ich komme jetzt zur Sache. Joël Thüring, der beste Grossrat in diesem Haus, hat mich auf diesen Fall aufmerksam gemacht in Social Media. Ich schaue die Rednerliste an, wir hätten letzte Woche das Geschäft beenden können, aber die Leute haben einfach Knöpfchen gedrückt, weil es Spass macht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat mit dem Thema nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber wo sind die Redner, die sich letzte Woche eingetragen haben, Julia Baumgartner, Lisa Mathys, Alexandra Dill ist hier, Oliver Bolliger, Nicole Amacher. Wir hätten das Geschäft letzte Woche zu Ende bringen

können. Ich muss Ihnen auch sagen, bei dieser Abstimmung, ich konnte mich dann doch ein bisschen damit beschäftigen, um was es geht, die Linken und Grünen haben einen Denkfehler in dieser Initiative. Früher war man eher arm, heute sind die Leute, auch die Linken, oft Teil des Establishments, aber es betrifft nur die mit wenig Geld und die Armen, die richtig arm sind, wollen Ihre Initiative gar nicht, weil sie ja dann noch weniger Geld haben. Sie sagen, die armen Leute sollen die Steuern direkt vom Lohn abgezogen bekommen, aber das wollen die Armen nicht.

Tanja Soland, Finanzministerin, hat ja gesagt, man muss nicht mehr ins Gefängnis, wenn man die Steuern nicht zahlt. Meine Anfrage an die Regierung als Grossrat hat ergeben, wir haben in Basel rund 20'000 Steuerschuldner und keiner muss ins Gefängnis, weil sich die Leute runterrechnen. Ihre Initiative geht an der Sache vorbei, muss ich sagen, an die Linken und an die Grünen. Und wenn ich dann heute lese auf einer Seite in Bajour, wo steht, wie aber müssen sich wohl die 6'000 Personen fühlen, die im Kanton Basel-Stadt jährlich betrieben werden, weil sie ihre Steuern nicht zahlen? Die Leute, die wollen die Initiative gar nicht, weil die ja dumm wären, wenn sie dann weniger Geld ausbezahlt bekommen. Und es ist so, das Geld wird ausgegeben für Alkohol, Rauchen, Frauen, usw. Ich habe mich dann mit einer SVP-Grossrätin unterhalten und die sagt, der Zweck wird mit dieser Initiative nicht erreicht. Mit dieser Initiative, sagte mir eine SVP-Juristin, wird der Zweck nicht erreicht, man muss trotzdem Steuern ausfüllen. Ist man in Ländern wie Abu Dhabi, muss man gar keine Steuern zahlen und das wollte ich einfach mal sagen, dass da gewisse Denkfehler sind, und darum finde ich das spannend und habe mich dann mit dieser Sache doch noch beschäftigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ein paar persönliche Gedanken. Nachdem ich in der letzten Woche die Gelegenheit hatte, ein Fraktionsvotum zu halten, möchte ich nun zur Debatte noch ein paar Worte sagen. Von den Befürworter*innen haben wir zahlreiche Voten gehört, die das Anliegen unterstreichen und eine andere Lösung erst gar nicht in Betracht ziehen. Es geht so weit, dass keinerlei Verständnis für andere Lösungen vorhanden scheint, man weiss nie. Dass ich, auch seit 35 Jahren im Sozialbereich tätig, nun ein schlechter Mensch bin, da ich diese Initiative ablehne, fällt mir schwer zu glauben. Wir hatten nun eine Woche Zeit, die verschiedenen Voten zu reflektieren und auch etwas zu verdauen, das bewegt mich in wenigen Sätzen, meine Ablehnung auch etwas zu begründen, sowohl aus gesellschaftlicher, sozialer als auch aus wirtschaftlicher Hinsicht.

Es hiess, die Fachwelt unterstütze die vorliegende Initiative. Das ist nur bedingt wahr. Ich habe mit mehreren Sozialarbeitenden gesprochen, welche in der Beratungsarbeit tätig sind und auch die Privatverschuldung reduzieren möchten, aber die Direktabzüge in dieser Form ablehnen, da sie unverhältnismässig seien, das Problem der Privatverschuldung nur marginal gelöst werde und zur Wirksamkeit noch andere Massnahmen ergriffen werden müssten. Es hiess, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung einen Direktabzug zugunsten der Steuern wünsche, dass befragte Kinder das praktisch fänden und junge Mitarbeitende einen Direktabzug begrüssen. Das ist schön. Das Versprechen, dass alle Steuerforderungen mit einem 10% Abzug abgegolten sind, ist nur die halbe Wahrheit. In praktisch jedem Fall müsste nach der Veranlagung noch nachgezahlt werden, da wir ja nicht lediglich 10% Steuern bezahlen.

Aus sozialarbeiterischem Fokus entspricht ein Direktabzug auch nicht dem Grundsatz, dass ein Klient selbstbestimmt und autonom sein Leben führen soll, sondern es impliziert, dass die Menschen in der Mehrheit nicht fähig sind, mit Geld umzugehen. Und das ist nicht wahr. Die meisten Personen, auch in Niedriglohnbranchen, organisieren sich mit ihren bescheidenen finanziellen Mitteln und planen ihre Ausgaben so, dass sie mit den Mitteln durchkommen. Dazu müssen sie flexibel sein und da wäre ein Abzug eine massive Störung im System, das nicht das Ziel sein kann.

Es hiess, dass die Unternehmen für den Aufwand analog der Quellensteuer entschädigt würden. Die Bezugsprovision von ca. 2% ist ein Tropfen auf den heissen Stein, Sie können sich das selbst ausrechnen, das wären zwei Franken pro 100 Franken Steuerforderung. Wenn ein Betrieb nun zahlreiche niederprozentige Mitarbeitende beschäftigt, was ja der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entgegenkommt, dann haben sie einen mehrfachen Aufwand mit Kleinstbeträgen, die womöglich nicht einmal das Verarbeiten der Steuerzahlung entschädigen. Das sind Kosten für die Beschaffung und Einrichtung von Lohnverarbeitungsprogrammen für kleine Betriebe, jetzt meine ich, nicht mit inbegriffen, also die Entschädigung deckt den Aufwand nicht.

Es hiess, dass die Direktabzüge ein taugliches präventives Mittel seien, um die Privatverschuldung zu reduzieren. In Tat und Wahrheit ist es ein kleiner Mosaikstein, der eine präventive Wirkung haben mag. Wenn wir aber griffige präventive Massnahmen ergreifen wollen, so braucht es eindeutig mehr. Das ist auch etwas unbequemer als die vorliegende Lösung der Initiative, die unverhältnismässig ist und deren Wirkung sich mit der Opt-out-Möglichkeit grösstenteils wieder aufhebt. Vielmehr müssen schon Kinder und Jugendliche geschult werden, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man verdient und nicht unendlich konsumieren kann. Der Zugang zu Teilzahlungsoptionen müsste erschwert werden, lange nicht alle Anbieter von Möbeln tragen im Zentralregister die Abzahlungsverträge ein, der Zugang zu Leasing-Verträgen für Fahrzeuge ist beispielsweise zu einfach, eine Einschränkung hätte womöglich auch eine ökologische Dimension.

Das sind nur wenige Beispiele, die zeigen, dass wir mit einer Annahme der Initiative keinen grossen Schritt machen, sondern eine zu wenig wirksame Lösung mit einem hohen Aufwand für Verwaltung und Unternehmen begünstigen. Es scheint eine Art Feigenblattlösung zu sein, man macht mal was, damit man etwas initiiert hat, ungeachtet der tatsächlichen Wirkung und des Aufwandes.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Nun, ich erlaube mir eine andere Sicht der sozialen Arbeit als mein Vorredner hier zu präsentieren. Ich habe extra nochmals nachgeschaut, im Oktober vor acht Jahren habe ich hier mein allererstes Votum gehalten, und zwar zur Erneuerung der Finanzhilfe für die Schuldenberatungsstelle plusminus. Das war damals bestritten. Und ich sagte es damals und ich sage es auch noch heute, Schulden zu haben macht krank und kostet die Allgemeinheit ein Vermögen. Seit 30 Jahren arbeite ich auch in der sozialen Arbeit und ich kann Ihnen sagen, egal in welchem Feld Sie in der sozialen Arbeit arbeiten, Schulden ist das Thema Nummer eins, vielleicht auch noch Wohnen, das die Menschen beschäftigt und wo man mit sozialarbeiterischen Massnahmen versucht, irgendeine Verbesserung der individuellen Situation wieder zu erreichen. Ich denke, es ist aber hier unbestritten, dass die Schuldenspirale grosses Leid verursachen kann und die soziale Teilhabe dadurch massiv gefährdet ist. Dabei geht es nicht nur um die fehlenden Finanzen, nämlich die mit der Dauer der Verschuldung entstandene Zerstörung des Selbstwerts und der damit verbundenen Scham und die soziale Isolation müssten uns viel mehr besorgen.

Aber seit Jahren bleibt es eigentlich bei reiner Kosmetik. Der politische Wille, dies wirklich mal grundsätzlich anzugehen, fehlt seit Jahrzehnten, würde ich sogar sagen. Der Grund liegt in der schweizerischen Überzeugung, dass Schulden haben zuallererst mal ein rein individuelles Problem ist. Steuererklärung nicht ausgefüllt, ja, selber schuld, hättest es ja machen können. Und wenn man dann wartet, halt mit dem 13. Monatslohn die Steuern zu zahlen, was ja einige machen, ist man dann halt vielleicht auch selber schuld, wenn dann eine andere Rechnung vielleicht da reinkommt, wie zum Beispiel eine Zahnarztrechnung, die man dann mit diesem Betrag bezahlen tut. Also Sie sehen, da ist sehr viel Individuelles. Es gibt diverse andere Lebensschicksale, die dazu führen, dass man dann in eine Verschuldung kommt. Wer das genauer wissen möchte, macht vielleicht mal einen Surprise-Stadtrundgang mit, dann haben Sie sicher irgendeine Erklärung diesbezüglich erhalten von einer Person, die davon betroffen ist.

Wenn wir also von Verantwortung sprechen, dann müssen wir auch die gesellschaftliche Verantwortung benennen. Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem beruht grundsätzlich mal auf der Tatsache, dass Schulden gemacht werden und der irre hippe Konsum von Gütern und Dienstleistungen täglich bitte aufs Neue angekurbelt werden muss, unabhängig, ob das unser Planet zerstört. Sie sehen, Schulden haben ist beileibe nicht nur eine individuelle Fragestellung, es ist sehr wohl auch eine politische.

Und nun was tun, natürlich können wir, wie der Gegenvorschlag der Mehrheit fordert, die Prävention stärken und eine provisorische Steuerrechnung versenden. Ganz wirkungslos ist das sicher nicht, aber es ist definitiv kein Gamechanger. Da verspreche ich mir tausendmal mehr von einem Gespräch von meiner Kollegin Frau Falkenstein mit einem Arbeitnehmer bei einer Gewährung eines Vorschusses. Da hat sie wahrscheinlich viel mehr Impact, um hier eine Wirkung zu erzeugen. Schuldenprävention wird bereits professionell und nun auch etwas mehr als früher gemacht, eine provisorische Rechnung erinnert vielleicht daran, dass die Steuererklärung ausgefüllt werden sollte und Ende Jahr irgendwann eine Rechnung folgt, vielleicht aber auch nicht.

Meine Damen und Herren, wo ist denn bitte das Werbeverbot von Kreditinstitutionen? Wo sind bitte die seriösen Abklärungen von Leasing-Angeboten und der Vergabe von Kreditkarten? Wie verhindern wir Leben auf Pump, wo ist das Verbot von Inkasso-Büros, die mit Verzinsung von Schulden ein unanständiges Geschäft machen? Weshalb werden In-App-Käufe überhaupt ermöglicht. Diese Aufzählung ist nicht abschliessend, Sie sehen, meine bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen, Sie kommen nicht um die gesellschaftliche Verantwortung herum.

Und es reicht auch nicht aus, wie die zuständige Regierungsrätin geraten hat, notfalls dann auf eine Bezahlung der Steuern zu verzichten, diese Rechnung geht nicht auf. Okay, das Gefängnis droht nicht mehr, aber jeder Versuch, aus der Schuldenspirale herauszukommen, ist bei Steuerschulden zum Scheitern verurteilt, weil Steuerschulden immer noch nicht in das betreibungsrechtliche Existenzminimum eingerechnet werden können. Und so dreht die Schuldenspirale von Jahr zu Jahr aufs Neue. Und es ist noch nicht lange her, da verweigerte Immobilien Basel-Stadt grundsätzlich einen Mietvertrag an eine Person mit Steuerschulden. Also so easy peasy zu entscheiden, die Steuern nicht zu bezahlen, entspricht nicht wirklich der Realität. Und ja, Steuerschulden machen übrigens genauso krank.

Der Vorschlag der Minderheit, einen direkten Steuerabzug mal ganz vorsichtig im Kanton Basel-Stadt zu etablieren, ist der erste kleine Schritt in die richtige Richtung. Es ist sicher nicht die Lösung für alle Probleme und ich hätte mir mehr Verpflichtendes gewünscht, aber zumindest bieten wir die Möglichkeit, potenzielle Steuerschulden zu verhindern oder zumindest zu reduzieren. Besten Dank für die Unterstützung der Minderheit und der Initiative.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Julia Baumgartner.

Julia Baumgartner (SP): Wir diskutieren heute darüber, wie wir verhindern können, dass Menschen in unserem Kanton wegen unbezahlter Steuern in die Schuldenfalle geraten, denn Fakt ist, jeder zehnte Schweizer Haushalt kann seine Steuerrechnung nicht begleichen. Unsere Lösung ist ganz einfach, Steuern zahlen, bevor sie zu Schulden werden. Deshalb haben wir vor zweieinhalb Jahren die Initiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» lanciert. Und nein, es geht dabei nicht darum, dass Arbeitgeber*innen die Verantwortung für das Steuereintreiben übernehmen sollen, es geht um einen einfachen Übermittlungsmechanismus. Arbeitgeber*innen ziehen schon heute AHV, ALV, Pensionskasse, Krankentaggeld und Quellensteuer ab. Der Direktabzug reiht sich also nahtlos in diese gelebte Alltagspraxis im Lohnwesen ein. Er ist nichts Revolutionäres, sondern konsequent und vernünftig. Mit dem Gegenvorschlag der Kommissionsminderheit bieten wir Hand für einen pragmatischen Kompromiss. Wir halten am Direktabzug fest, vereinfachen jedoch den Mechanismus. Mit dem Gegenvorschlag der Minderheit setzen wir auf einen einfachen pauschalen Abzug, 10%. 10%, das ist wirklich kein bürokratisches Monster, das kann man sogar im Kopf ausrechnen. Der Aufwand für die Arbeitgeber*innen hält sich also wirklich in Grenzen.

Zum sogenannten Gegenvorschlag der Kommissionsmehrheit, dieser Vorschlag ist wirklich ein Alibi-Vorschlag, denn er nimmt das zentrale Anliegen des Direktabzugs, welchen wir fordern mit unserer Initiative, gar nicht erst auf. Ich finde es schon bemerkenswert, wie sich letzte Woche und auch heute plötzlich alle hier im Saal in die Lage von Menschen mit knappem Budget versetzen konnten. Denn bei anderen Geschäften, dort, wo es um die Verbesserung der ökonomischen Situation der Menschen geht, um gerechtere Löhne, bezahlbare Mieten oder Unterstützung für Familien, hören wir von denselben Kreisen sonst nicht allzu viel Mitgefühl. Jetzt aber wird Mitgefühl bemüht, wobei es sich eher um ein Mitgefühl für Arbeitgeber*innen handelt, denen man ein paar administrative Handgriffe ersparen möchte. Wer wirklich verhindern will, dass Menschen in die Schuldenspirale geraten, muss an der Wurzel ansetzen, beim Zahlungsfluss, und das tun die Initiative und der Gegenvorschlag der Minderheit. Wir wollen eine konkrete Lösung, keine Alibiübung, eine Lösung, die den Menschen hilft, Schulden zu vermeiden und wir bieten einen Kompromiss, der sowohl die Arbeitgeber*innen als auch die Fachorganisationen mitnimmt.

Ich bitte Sie daher, die Initiative und den Gegenvorschlag der Minderheit zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Ich melde mich in dieser Debatte in einer Rolle, die mir einen Einblick ins Thema gewährt, als Co-Präsidentin der Familien-, Paar- und Erziehungsberatung, der fabe. Die fabe ist die kantonale Anlaufstelle für Schuldenberatung bei Familien, Paaren und Alleinerziehenden. Wenn jemand von Schulden betroffen ist, sind das immer auch Steuerschulden, entsprechend sind sie ein häufiges Thema in der Beratung. Familien und Alleinerziehende sind im Alltag generell sehr gefordert und wenn das Geld dann noch knapp ist, umso mehr. Weil Miete und Krankenkassenprämien stetig steigen und die Finanzierung von Kindern stark auf den Schultern der Eltern lastet, ist das Geld tatsächlich bei vielen Familien auch aus dem Mittelstand stets knapp. Konflikte in der Familie nehmen auf diesem Nährboden zu. Die Kinder haben weniger Zugang zu Hobbys und verlieren dadurch nicht nur Erfahrungsmöglichkeiten, sondern auch den sozialen Anschluss. Schulden wirken sich auch negativ auf die physische Gesundheit der Kinder aus. Menschen mit Schulden nehmen zum Beispiel weniger Arzttermine wahr, wohnen an lauteren Lagen oder essen ungesünder. Konflikte zwischen den Eltern lassen sich oft auf finanzielle Schwierigkeiten zurückführen und dann berät die fabe eben auch stark an dieser Front. Auch bei der Wohnungs- und Stellensuche sind Schulden wegen der geforderten Betreibungsregisterauszüge hinderlich, auch das ein Problem für die Kinder und Jugendlichen der Familie.

Gerade wenn sich Familiensituationen ändern, das erste Kind zur Welt kommt und Arbeitspensen zugunsten der Betreuung gesenkt werden oder es zu Trennung und Scheidung kommt, ändert sich die finanzielle Situation drastisch und der Vorjahreswert der Steuern stimmt massiv nicht mehr. Eine Schuldenfalle. Oder wenn Jugendliche ins Erwerbsleben eintreten, kann es sein, dass sie dann gar nichts auf der Seite haben, wenn plötzlich die erste Steuerrechnung reinflattert. Je nachdem, welches Wissen ihnen mitgegeben wurde, können sie kaum volljährig bereits verschuldet sein. Den Umgang mit Geld lernen Kinder hauptsächlich von ihren Eltern, damit werden ihnen im besten Fall Finanzkompetenzen weitergegeben, im schlechtesten Fall aber Schulden. Die Kinder haben sich ihre Eltern nicht ausgesucht, aber alle Kinder sollen das Recht haben, möglichst schuldenfrei und finanzstressunbelastet aufwachsen zu können.

Aus Sicht der Beratungspraxis ist zur Vermeidung familiärer Konflikte und zur Verbesserung der Lebensumstände der heranwachsenden Generation darum die Schuldenprävention eine ganz entscheidende Unterstützung und wir, hier und heute, jetzt, wir haben die Möglichkeit, diese Unterstützung an diese belastete Gruppe zu geben. Der Direktabzug ist dann

hilfreich, wenn kritische Lebenssituationen eintreffen. Ein Teil der Steuern ist dann nämlich bereits bezahlt. Die Motivation, aber auch die Wahrscheinlichkeit, seine Finanzen dann wieder auf die Reihe zu bekommen, ist erheblich höher. Beim Direktabzug geht es darum, dass eine gewisse Geldsumme schon bei der Steuerverwaltung ist und folglich die allfällige Nachzahlung nicht mehr so hoch, wie zum Beispiel bei den Nebenkosten, wobei auch Rückerstattungen möglich sind. Das ist nicht eine administrative Erleichterung für das Ausfüllen der Steuererklärung, sondern tatsächliche Schuldenprävention. Eine provisorische Steuerrechnung hat auch nicht die gleiche präventive Wirkung, sie ist in anderen Kantonen bereits seit Jahren Realität. Betreffend Reduktion der Steuerschulden hat sie jedoch keinen Einfluss, so die Erfahrung. Beim Direktabzug gibt es bereits positive Erfahrungen, sei es im Ausland oder in der Schweiz mit der Quellensteuer.

Wir haben heute die Möglichkeit, neue Wege zu beschreiten in unserem Kanton, um der Problematik zu begegnen, statt uns für alte Wege zu entscheiden, welche bekanntermassen nicht die gewünschte Wirkung zeigen. Da Menschen in stressigen Lebensumständen, und das ist man in der Regel als Familie, eher mit dem Strom schwimmen und sich nicht die Zeit nehmen, sich tiefer zu informieren, hat das eine Hebelwirkung, wenn der Standard Direktabzug ist. Wenn jemand das nicht möchte, muss sie oder er das aktiv vornehmen und so die Verantwortung noch klarer übernehmen und wenn sie keine Steuern zahlt, wählt sie einfach das Opt-out, so einfach.

Zum Schluss wechsle ich noch meinen Hut und spreche als Arbeitgeberin. Mein Personaladmin und Finanzchef ist sich sicher, das ist überhaupt keine Hexerei, sondern problemlos möglich. Lohnverpfändungen sind administrativ viel aufwendiger. Aus diesen Gründen bitte ich Sie um Zustimmung zur Initiative und zum Gegenvorschlag der Minderheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich wollte zu diesem Thema eigentlich nicht sprechen, weil meine Partei eine klare Meinung hat. Sie ist klar gegen die Initiative, sie ist klar gegen den Minderheitsvorschlag. Ich habe hier eine andere Meinung und ich muss diese hier einfach kundtun, weil ich letztes Mal abwesend gewesen bin und in diesem Saal gesagt worden ist unter anderem, dass die ganze Sache eher ein Luftschloss sei und dass Plusminus hier ein politisches Positionspapier vorgelegt habe und dass man deshalb eigentlich nicht ernsthaft damit umgehen könne oder müsse. Jetzt muss ich Ihnen sagen, es geht mir etwas wie meiner Vorrednerin, ich bin Präsident der Schuldenberatungsstelle plusminus. Ich bin das seit vielen Jahren und ich weiss, dass dort eine hochkompetente, sorgfältig, fachlich ausgezeichnete Arbeit geleistet wird. Und wenn hier in diesem Saal gesagt wird, das seien Luftschlösser und politische Positionspapiere, wenn ein Gutachten in Auftrag gegeben wird von einem renommierten Institut, Fehradvice, und das Gutachten dann eben zu diesem Schluss kommt, dann kann ich aus Gründen der fachlichen Kompetenz von Plusminus hier nicht einfach schweigen und nichts sagen. Und das zwingt mich jetzt dazu, auch einen Satz oder zwei mehr zu sagen.

Ich verstehe ja, dass man aus ordnungspolitischen Gründen dagegen sein kann, ich verstehe das sehr gut. Und ich finde die Initiative übrigens schlecht, aber der Gegenvorschlag der Minderheit würde in eine richtige Richtung gehen. Warum sind wir denn so dagegen ordnungspolitisch, liegen wir da wirklich richtig? Wenn ich richtig sehe, gibt es in Europa zwei Länder, die das nicht kennen, einen Steuerabzug vom Lohn, nämlich Mazedonien und Slowenien, alle anderen Länder kennen das. Selbst die USA, und das ist nun wirklich kein Land, in dem man staatshörig ist und linksorientiert ist, selbst die USA kennen das. Also weshalb wir das so bekämpfen, geht mir irgendwie nicht ganz in den Kopf. Und jetzt kommt noch meine weitere Geschichte dazu. Ich bin 20 Jahre Präsident am Zivilgericht gewesen. Ich habe hunderte, wirklich hunderte von solchen Fällen erlebt. Das sind menschliche Tragödien und wir könnten diese eigentlich vermeiden, wenn wir hier etwas besser vorarbeiten würden. Jetzt kommt der Gegenvorschlag der Mehrheit, das geht in die richtige Richtung, aber ich muss Ihnen sagen, das ist etwas, was eigentlich jede moderne Steuerverwaltung auch so machen müsste. Das ist jetzt nicht etwas, was man mit einem Gegenvorschlag machen müsste.

Die Initiative kann ich nicht unterstützen, ich würde, und das gebe ich jetzt hier einfach zu Protokoll, den Minderheitsvorschlag eigentlich gut finden, aber aus Respekt vor meiner Fraktion, die dezidiert dagegen ist, werde ich an der Abstimmung nicht teilnehmen. Aber ich musste das einfach loswerden, das ist kein Luftschloss und das ist kein politisches Positionspapier gewesen, sondern das war sorgfältige Grundlagenarbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Lötscher, es gibt diverse Zwischenfragen. Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Bruno Lötscher, Sie haben dieses Gutachten erwähnt. Was sagen Sie denn zur Stelle im Gutachten, die erwähnt, dass Personen mit Liquiditätsengpässen die Tendenz haben werden, dann sich herauszuoptieren aus dem Abzug?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das ist richtig, das finde ich an sich ein Problem, aber auch trotzdem der richtige Weg, weil die Selbstverantwortung der Menschen ja nicht untergraben werden soll. Wer das nicht will, soll es nicht machen müssen, das entspricht ebenfalls meinem Menschenbild.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Bruno Lötscher, Sie haben erwähnt, dass es in allen anderen Ländern ja auch möglich ist, aber müssten wir es dann, um es sauber aufzugleisen, nicht auf Bundesebene zuerst einführen, damit es auf allen drei Ebenen funktioniert, ohne einen Basler Sonderweg, der dann sehr viele andere Personen auch ausschliesst?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Da haben Sie 100% recht, es gibt aber in der Geschichte des Schweizer Föderalismus immer wieder Beispiele, die zeigen, dass man von den Kantonen her Neuerungen einführen muss, damit sie dann auch auf Bundesebene Platz greifen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny.

David Jenny (FDP): Herr Plusminus-Präsident, nach Ihrer Logik müsste die Schweiz etwa die dritthöchste Privatinsolvenzquote in Europa haben. Können dies seriöse Studien bestätigen?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich habe das nicht abgeklärt, es könnte aber schon sein, dass die Schweiz relativ hochverschuldet ist, aber wohl eher wegen den Immobilienhypotheken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Inzwischen habe ich doch auch ein paar Jahre auf dem Buckel, fast acht davon im Grossen Rat und noch einige mehr auch als Aktivistin, die auf der Strasse für Anliegen Unterschriften sammelt und ich kann Ihnen sagen, so einfach wie für diese Initiative habe ich noch nie gesammelt. Keine Steuerschulden dank Direktabzug war wirklich eine easy Sache. Der erbitterte krass orchestrierte Kampf aller Bürgerlichen dagegen erstaunt mich und befremdet mich auch etwas. Diesbezüglich hat mich auch das Votum von Bruno Lötscher nochmals sehr berührt. Und ich kann Ihnen sagen, nicht nur ich verstehe diesen Widerstand nicht.

Die SP hatte für ihre Initiative ein öffentliches Voting gemacht vor drei Jahren, wir haben fünf Themen vorgeschlagen und die Menschen gefragt, welches dieser fünf Themen wir als Initiative lancieren sollen, was finden sie wichtig. Der Themenstrauss war breit, es ging von Weiterbildungsbeiträgen bis Erbschaftssteuern und ich bin ganz ehrlich mit Ihnen, ich hatte die Direktabzugidee für zu wenig emotional gehalten und damit gerechnet, dass das niemand hinter dem Cheminée hervorlockt und ich hatte weit gefehlt. Der Direktabzug lieferte in unserem Voting einen Start-Ziel-Sieg ab, es gab keinen Zweifel, die Menschen wollen diese Initiative. Und auf der Strasse bestätigte sich, so unglaublich unbestritten war ein Anliegen der SP wohl noch selten. Ich erzähle Ihnen ganz ehrlich von meinen Erfahrungen auf der Strasse. An einem Quartierflohmi war ich in einem, sagen wir, nicht gerade linksversifften Quartier unterwegs. Ich sprach einen Mann mittleren Alters an und als der meinen SP-Kugelschreiber und das Logo auf dem Unterschriftenbogen sah, suchte er sogleich das Weite. Ich rief ihm dann beherzt hinterher, es geht aber um den Direktabzug der Steuern vom Lohn. Auf das kehrte er um, kam zu mir und sagte mir, dass das jetzt wirklich ein unbestrittenes Anliegen sei und dass er seine Partei, er ist in einer rechten Partei, nicht ganz recht aussen, nicht verstehen kann und dass er schon immer sagte, sie sollten das selber machen. Er unterschrieb dann und holte gleich noch drei Bekannte und Nachbarn hinzu mit der Bemerkung, hier sammle endlich mal jemand für etwas Sinnvolles Unterschriften.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist weder erfunden noch übertrieben, es ging mir dauernd so und ich habe viele Stunden auf der Strasse verbracht, um die Unterschriften für diese Initiative zu sammeln. So viel Zuspruch habe ich in all den Jahren politischer Arbeit noch nie erlebt. Weitere Zitate von der Strasse: Endlich macht das mal jemand, das wäre eine echte Erleichterung, warum gibt es das eigentlich nicht schon längst wie sonst auch überall. Viele wussten nämlich von Freund*innen oder von eigenen Auslandaufenthalten, dass es diesen in sehr vielen Ländern schon gibt. Wir haben es auch heute und letzte Woche schon mehrfach gehört, Deutschland, Österreich, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Schweden,

Finnland, Island, Grossbritannien, usw., das ist nur eine Auswahl, aber in Basel-Stadt ist es offenbar der Untergang der Unternehmen. Dabei handelt es sich wirklich um alles andere als eine unzumutbare Aufgabe, Unternehmen übernehmen heute schon Abzüge für AHV, IV, ALV, auch die Quellensteuer und sie werden dafür entschädigt, das ist ja explizit vorgesehen.

Wenn ich beim Unterschriften sammeln in längeren Gesprächen noch erwähnte, dass der Grosse Rat den Direktabzug eigentlich schon einmal beschlossen hatte, dann aber die tatsächliche Einführung von einem Zufallsmehr doch noch verworfen wurde, war das Kopfschütteln ungläubig. Diese Resonanz zeigte mir, wie sehr das Thema die Bevölkerung bewegt, eben auch entgegen meiner Einschätzung vor dem öffentlichen Voting, das die SP gemacht hat. Es geht hier für die Leute nicht um ein technisches Detail der Steuerverwaltung, es geht um Alltagsrealität, um ganz praktische Entlastung von einer grossen Sorge. Vor einer Volksabstimmung habe ich also überhaupt keine Angst nach diesen Erfahrungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Volksinitiative trifft einen Nerv. Wenn Sie schon die Fachleute nicht hören wollen und so machen; ähähäh, dann habe ich auf der Strasse erlebt, wie sehr die Menschen das begrüssen würden. Der Gegenvorschlag der Mehrheit ist keiner, besten Dank für die Zustimmung zum Gegenvorschlag der Minderheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bitte, solche Gesten zu lassen. Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich könnte jetzt noch eine andere machen, aber ich wollte einfach nur fragen, wenn das so wahnsinnig toll ist, das kann man heute machen mit einem Klick im Internet, E-Banking, ein Prozentsatz eingeben vom Einkommen, Punkt, es ist erledigt. Wenn es so wichtig und so sinnvoll und so toll ist, wieso macht man das nicht so einfach?

Lisa Mathys (SP): Es freut mich für Sie, dass Sie das machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Danke, Lisa Mathys, für die Annahme der Zwischenfrage. Wenn die Initiative bei der Sammlung so viel Anklang gefunden hat, warum haben Sie jetzt trotzdem einen Gegenvorschlag ausgearbeitet?

Lisa Mathys (SP): Ich war nicht in der Kommission, aber Pascal Pfister hatte das ausgeführt, es war ein Entgegenkommen auf die Anliegen der Unternehmen der Arbeitgebendenvertretung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Wir diskutieren hier ein grosses Problem, nämlich die Steuern. Ich bin den Initiantinnen und Initianten sehr dankbar, dass sie dieses Thema lanciert haben. Ich bin der WAK sehr dankbar, die in zehn Sitzungen dieses Thema besprochen hat, sie haben keine gemeinsame Lösung gefunden. Ich bin auch der Regierungsrätin dankbar, die die Meinung der Regierung vertritt und auch dankbar, dass sie hier den Gegenvorschlag der Mehrheit unterstützt, weil wir hier eine Lösung, eine Verbesserung haben.

Ich muss Ihnen sagen, ich als Arbeitgeber, ich habe jetzt diesen Hut an, weil ich als Einzelsprecher diesen Hut anhaben möchte. Ich habe auch immer wieder diese Problematik, dass Mitarbeitende, die bei uns im Büro sind, Steuerschulden haben. Ich bin aber mit dieser Initiative und mit dieser Frage in mein HR-Team gegangen und habe gefragt, wir haben hier einen Lösungsvorschlag, was hält ihr davon. Ich war erstaunt über die Antwort und die Antwort war, wir halten nicht viel davon. Und sie haben mir das erklärt und diese Argumente haben wir schon alle gehört, ich möchte die nicht wiederholen, aber meine HR-Abteilung hat klar gesagt, das ist für uns ein Mehraufwand und sie finden das keine gute Idee. Sie haben mir dann auch gesagt, was wir schon alles machen. Ich denke, als doch sehr sozialer Arbeitgeber, der nicht die Ohren verschliesst, möchten wir, und ich möchte das auch für mein Unternehmen, dass wir Vorreiterrolle in diesen Sachen haben, aber wir finden diese Lösung keine gute Lösung. Ich bin auch bereit, bessere Lösungen zu machen und Sie sehen, wir als Fraktion haben eine klare Meinung, aber wir als Fraktion lassen auch zu, dass mein geschätzter Kollege Bruno Lötscher eine andere Haltung gibt.

Und ich bin mega stolz, wir hatten schon letzte Woche eine hochkultivierte Diskussion über den Bebauungsplan von Roche und ich war wirklich stolz, dass wir in der Schweiz nämlich die Kultur von Auseinandersetzung haben für gute Lösungen. Und ich habe mir schon überlegt, was ich dann machen werde. Lisa Mathys hat gesagt, sie hat keine Angst vor der Initiative und ich werde auch in der Initiative meinen Hut anlassen und ich werde den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erklären, warum ich als Arbeitgeber gegen diese Lösung bin. Wenn wir jetzt den Gegenvorschlag der Minderheit unterstützen, dann haben wir eine Initiative, wir haben diesen Gegenvorschlag und wenn wir entgegen der Meinung von Lisa Mathys die Abstimmung gewinnen, nämlich dass wir das nicht einführen mit unseren Argumenten, dann haben wir gar nichts, dann haben wir nicht mal die Verbesserung, die die Regierung möchte. Und darum würde ich empfehlen, dass wir den Gegenvorschlag der Mehrheit weiterziehen und der Stimmbevölkerung zur Abstimmung geben, weil wir haben dann eine Zwischenlösung. Und wenn wir die Minderheit haben, dann haben wir fast die Initiative mit einer sehr ähnlichen Ausgangslage und dann werden wir als Arbeitgeber beides verhindern.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, hier jetzt die Mehrheit zu unterstützen. Ich bin froh, dass in diesem Thema dann die Stimmbevölkerung final entscheiden kann, und ich werde es dann auch umsetzen natürlich, weil das ist unser System, dass wir auch als Arbeitgeber den Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung machen. Die Welt geht nicht unter, aber ich bitte Sie im Namen als Arbeitgeber, diese Mehrheit zu unterstützen und die Initiative zu verwerfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Fleur Weibel. Diese wird entgegengenommen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben uns jetzt einen Einblick gegeben und haben gesagt, Sie kennen selber Mitarbeitende in Ihrem Unternehmen, die Steuerschulden hatten, und gleichzeitig auf der anderen Seite der Aufwand Ihres HR. In welchem Verhältnis würden Sie sagen, stehen die beiden Probleme zueinander?

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Die Probleme, die Mitarbeitenden mit den Schulden, die lösen wir mit ihnen im Unternehmen und darum ist die Sicht vom Arbeitgeber mir hier wichtiger.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Ja vieles, was für die Wirksamkeit des Direktabzugs spricht und warum der Vorschlag der WAK-Mehrheit das Ziel leider verfehlt, wurde schon von vielen und einigen Vorredner*innen heute, aber auch schon letzte Woche genannt und ich werde hier nicht mehr auf alle Details eingehen und sie wiederholen.

Als Co-Geschäftsleiterin vom Verein Surprise bin ich täglich in Kontakt mit Menschen, die ein Leben in Armut führen, hier in Basel, aber auch in der weiteren Deutschschweiz. Die Armutsbetroffenen und Armutsgefährdeten unter uns kämpfen täglich um ihre Existenz und mit sozialer Ausgrenzung, die meisten auch mit gesundheitlichen Problemen. Wir haben das vorhin auch schon schön ausgeführt bekommen von Oliver Bolliger und ich möchte da auch nicht weiter ausholen. Und einige von Ihnen hier drin haben sich bereits sicher auch schon mit dem Armutsthema befasst und wissen, viele Gründe können in die Armut führen.

Ja, und einer dieser Gründe, und ein sehr bedeutender, ist Schulden, konkret die Steuerschulden. Ist jemand erst in diese Spirale geraten, gibt es kaum ein Entrinnen, denn Schulden werden in der Regel nicht kleiner, sondern immer grösser, sie wachsen ständig an. So ist dann ein Leben in permanentem Stress und eben meist mit Krankheit die Folge. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es so wichtig, Menschen wirksam und präventiv in ihrer Budgetplanung zu unterstützen, damit sie gar nicht erst in diese Schuldenspirale aufgrund ausstehender Steuern geraten. Allein in Basel werden knapp 1’900 Personen wegen Steuerschulden betrieben. Damit dies in Zukunft weniger werden, können wir jetzt mit dem Direktabzug eine wirksame Massnahme unterstützen.

Nach der ersten Hälfte der Debatte, also letzte Woche, habe ich mich mit einem Basler Surprise-Verkäufer über den Direktabzug unterhalten. Er und ich reden regelmässig nach Grossratsdebatten, da er sehr am Geschehen im Grossen Rat interessiert ist. Und er meinte, er sei jetzt zwar Rentner und ihn betreffe das nicht mehr, aber er sei sehr dafür, denn dann wissen die Leute doch, was sie wirklich im Sack haben und ausgeben können und werden dann nicht von der Steuerrechnung so kalt erwischt, weil davon könne er ein Lied singen.

Mit dem Direktabzug können wir Menschen, die Eigenverantwortung bei der Budgetplanung übernehmen wollen, unterstützen. Sie entscheiden, ob und wie lange sie den Direktabzug nutzen. Es ist ein Angebot, ein Service, der ihnen dabei hilft, nicht in die Steuerschuldenfalle zu geraten. Mit dem WAK-Minderheitsvorschlag, also mit dem pragmatischen

prozentualen Pauschalabzug haben wir für KMUs, und auch Surprise gehört dazu, einen wirklich pragmatischen und lebbaren Umsetzungsvorschlag, aber gleichzeitig eine echt wirksame Schuldenpräventionsmassnahme. Deshalb bitte ich Sie alle, die noch unschlüssig sind hier, für den Minderheitsvorschlag zu stimmen, denn dieser ist wirksam für die Zielgruppe und uns als Gesellschaft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Der Lohnabzug bringt einen Systemwechsel hin vom Vertrauen in den Bürger, dass er seine Angelegenheiten im Griff hat, dass er seine Steuern bezahlt, seinen Pflichten nachkommt, hin zu einem Generalverdacht, dass er dies nicht hat. Der Bürger wird entmündigt. Papa Staat soll dafür sorgen, dass ich meinen Pflichten nachkomme, dass ich meine Steuern begleiche, ich muss mich darum dann nicht mehr kümmern. Die Initianten und die Minderheit der WAK trauen den Leuten das eigenverantwortliche Handeln nicht mehr zu. Diesen Leuten, denen wir wohlbemerkt viermal im Jahr zutrauen, wichtige Angelegenheiten über unser Land, über unseren Kanton und die Gemeinden zu bestimmen. Es wurde bereits gesagt, man kann mit ein paar wenigen Klicks einen Dauerauftrag einrichten, damit ist das gleiche Ziel erreicht.

Sie sagen, es geht um Schuldenprävention, nicht diejenigen, die schon Schulden haben, sondern es soll verhindert werden, dass Leute in die Schuldenspirale, Zitat Nicole Amacher, reinkommen sollen. Es wird aber den Leuten eine falsche Sicherheit suggeriert. Es gibt nicht weniger Aufwand für die Leute und auch die Gemeinde- und Bundessteuern müssen weiterbezahlt werden und auch die kantonalen Steuern. Es wird nicht ein exakt korrekter Abzug gemacht, also es werden weiterhin hier Steuern bezahlt werden müssen, man muss sich weiterhin um alles kümmern, es ist keine Entlastung für die Arbeitnehmer. Und wissen Sie, was auch eine gute Schuldenprävention ist? An alle Linken in diesem Saal, die jetzt diesem Minderheitsvorschlag zustimmen, tiefere Steuern. Ich freue mich dann darüber, wenn Sie der nächsten Senkung der Steuern dann zustimmen, um so Steuerschulden etwas zu verhindern.

Ja, wissen Sie, Sie sagen, es geht um Schuldenprävention, aber wir haben es auch schon gehört, diejenigen, die knapp bei Kasse sind, werden zum Opt-out greifen. Haben Sie sich überlegt, dass Sie mit dem Lohnabzug, wo es keine Ausnahmen gibt, auch denjenigen das Geld wegnehmen, die gar keine Steuern zahlen? Wir haben gegen die 30% im Kanton, die kein steuerbares Einkommen haben bzw. nicht Steuern bezahlen müssen. Diesen Leuten nehmen Sie mit dem Lohnabzug genauso das dringend benötigte Geld, das Sie jetzt hier wiederholt ausgeführt haben, weg. Sie können sich das dann zurückholen, aber in dem Moment, wo sie es gebrauchen, haben sie es dann nicht, weil es ihnen abgezogen wird. Sie sehen also, Sie bewirken das Gegenteil von dem, was Sie hier sagen, dass Sie es bewirken möchten.

Und noch eines zu diesen Leuten, die unsicher sind, welchem Gegenvorschlag, Mehrheit oder Minderheit, sie hier heute zustimmen sollen, geben Sie dem Volk eine Wahl, eine echte Wahl, eine Auswahl. Es wurde bereits gesagt, der Minderheitengegenvorschlag ist mit ein paar kosmetischen Anpassungen exakt das gleiche wie die Initiative, es soll ein Lohnabzug eingeführt werden. Der Gegenvorschlag der Mehrheit versucht eine andere Herangehensweise und hier geht es darum, dass wir dem Volk die Wahl geben zwischen Lohnabzug, Initiative oder dem Gegenvorschlag der Mehrheit. Lassen Sie die Demokratie spielen, lassen Sie hier das Volk entscheiden und ich werde mich dann selbstverständlich auch dem fügen, wenn das Volk dann zur Initiative Ja sagt. Aber geben Sie dem Volk die Wahl, eine echte Wahl hier auszuwählen, was sie hier wollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Laetitia Block, Sie sagen, dass tiefere Steuern helfen würden, Steuerschulden zu verhindern. Haben Sie den Eindruck, dass besonders viele derjenigen, die von Steuerschulden betroffen sind, von tieferen Steuern überhaupt oder in einem substanziellen Umfang profitieren würden?

Laetitia Block (SVP): Ja, selbstverständlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Laetitia Block, Sie haben ja gesagt, dass wir den Menschen Geld wegnehmen würden, das sie genau in diesem Moment brauchen würden. Ihnen ist aber schon bewusst, dass das Geld von Anfang an nicht ihnen gehört, weil sie mit dem die Rechnung begleichen müssen?

Laetitia Block (SVP): Da haben Sie einen Nebensatz verpasst, denjenigen das Geld wegnehmen, das sind die Leute, die kein steuerbares Einkommen haben, denen nimmt man das Geld weg und gibt es ihnen später wieder zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Das Thema bewegt mich auch schon seit 20, 30 Jahren, wenn ich immer wieder beobachte, wie vor allem junge Leute das Geld zum Fenster hinauswerfen, weil sie natürlich Freude haben. Das erste Mal verdienen sie Geld und haben dann gerade das Gefühl, das ist ein Videorekorder aus früherer Zeit und heute ist es halt einfach ein tolles Auto, das man leasen kann. Und irgendwann kommt halt die Rechnung, die Krankenkasse schiebt man nach hinten, die Steuern zahlen sie sowieso nicht und irgendwann bist du einmal ein, zwei Jahre hinten und wenn du dann irgendwie 25 bist, ist die ganze finanzielle Situation für das Lebens eigentlich schon kaputt.

Sie hören es schon an den Worten, es geht mir eigentlich mehr um die jüngeren Leute, die offensichtlich nicht mitbekommen, weder in der Schule noch Zuhause, oder oftmals nicht mitbekommen, dass eben das Geld, das kommt, nicht einfach zwingend zum Ausgeben da ist, sondern dass sie einen Teil davon wegnehmen und auf die Seite legen müssen und wenn die Steuerrechnung dann endlich einmal kommt, sie kommt ja jeweils ein bisschen später, dass dann dort noch Geld herum ist, um die Rechnung begleichen zu können. Aber dann ist es schon zu spät, dann sind schon zwei, drei Jahre aufgelaufen und das finde ich nicht schlau.

Darum bin ich ein absoluter Fan des Abziehens von Steuern und Krankenkassen direkt vom Lohn. Was ich aber nicht Fan bin, ist, das nur in Basel zu machen, wieder einen Basler Weg zu gehen, obwohl die Schweiz eigentlich gefunden hat, nein, das machen wir nicht. Ich stelle mir dann das so vor, der Arbeitgeber hat einen Angestellten bei sich, der wohnt jetzt in Kleinhüningen, dann kriegt er den Abzug und findet, jetzt gehe ich doch irgendwo anders hin, ziehe aus und gehe nach Birsfelden, worauf er drei Monate später eine Freundin hat im St. Johann, dann zügelt er wieder zu ihr zurück und irgendwie einen Monat später ist es doch nicht die Richtige, ich gehe doch nach Aesch und dann ist der Arbeitgeber total verloren. Und das scheint mir überhaupt keinen Plan zu sein. Wenn es um die ganze Schweiz geht, Krankenkassen abziehen, Steuern abziehen, aber obligatorisch für alle Menschen unter 30, da bin ich voll dafür und sonst hoffe ich, dass wir alle hier drinnen dagegen sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich war mir nicht bewusst von Anfang an, dass es so eine grosse Diskussion geben wird, weder in der Kommission noch nachher im Grossen Rat. Ich finde, man kann den Steuerabzug befürworten oder ablehnen. Ich gebe auch Bruno Lötscher recht, ich bin auch der Meinung, dass man wahrscheinlich, wenn wir das System ändern würden in der Schweiz und es einen Abzug gäbe für alle, dann würde dies sicher präventiv wirken. Davon bin ich auch überzeugt, ich glaube, das kann man so fast nicht entgegenreden, das würde dann aber nur für die Steuerschulden gelten. Und was halt die anderen Länder auch haben, die meisten Leute sind von der Steuererklärungspflicht befreit und das macht schon noch einen Unterschied, das würde auch bei uns dann zu Problemen führen. Ich weiss noch nicht, wie wir das dann lösen.

Der Vorschlag hier betrifft ja nur einen Teil, das finde ich, ist das Hauptargument gegen diese Initiative und für mich weniger die Frage, ob es präventiv wirkt oder nicht. Aber es sind etwa 40’000 Leute, das ist nur ein Teil, für den wir dann diesen Aufwand betreiben und ich glaube, es gäbe zielgerichtetere Massnahmen. Dass wir als Kanton vorangehen und nachher die Schweiz folgt, halte ich für die nächsten 20, 30, 40 Jahre, wann kommt die SP an die Macht im Bundesrat? Ich halte es eher für illusorisch. Und was ich schwierig finde, es ist einfach ein recht kleiner Teil, also wir müssen es ja monitoren, wir müssen es nachher ausweisen, ob das wirklich nützt. Das ist für mich der Hauptgrund gegen die Initiative. Die Steuerschulden und die Frage, dass wir das Thema angehen müssen oder dass der Abzug für alle helfen würde, das würde ich auch nicht in Frage stellen.

Womit ich etwas Mühe habe, ist, wenn Sie jetzt, um für ein Ja zu werben, alles andere ein wenig herabwürdigen, damit habe ich wirklich Mühe. Wenn Sie mir sagen, dass ich mich die letzten Jahre dafür eingesetzt habe, dass ich zum Beispiel Flyer von gewissen Organisationen beilege, dass wir schauen, wie wir die Gebühren anpassen können, was wir sonst alles noch

machen können, um die Steuerschulden tief zu halten, das sei alles eigentlich Unsinn gewesen, da habe ich Mühe. Also ich verstehe, dass Sie hier eine Prävention einführen wollen, das ist wirklich präventiv, das habe ich so verstanden, was sicher Sinn machen kann, aber dass Sie dann die anderen Massnahmen so wegwischen, das finde ich etwas schade. Weil wir haben uns eigentlich sehr Mühe gegeben und machen wir auch und möchten wir auch weiterhin, egal was abgestimmt wird. Ich finde, zielgerichtete Massnahmen sind immer noch wichtig, wir brauchen ja auch die Beratungsinstitutionen weiterhin. Und die provisorische Rechnung jetzt einfach so abzutun, ja der Unterschied ist, Sie haben einen Betrag darauf und danach entfällt natürlich der Belastungszins. Viele Menschen werden nur betrieben wegen dem Belastungszins. Das wäre also hier auch eine Möglichkeit, selbstverständlich nicht präventiv, aber immerhin wäre das auch eine Entlastung. Da habe ich einfach etwas Mühe, wenn Sie das jetzt so völlig abtun.

Und ich möchte das jetzt auch nicht so verstanden wissen, dass wir, falls der Abzug nicht durchkommt, alles andere auch bitte sein lassen sollen, sondern wir werden uns weiter bemühen, denn die Schuldenspirale wird auch nachher, auch wenn der Abzug durchkommt, spielen, auch bei Personen, die nicht betroffen sind. Ich glaube, dass man das eine machen kann, aber das andere nicht lassen muss. Und ich werde nachher das auch nochmal beschreiben, das ist auch der Grund, warum die Regierung den Vorschlag der Mehrheit sinnvoll findet. Inwiefern er jetzt ein Gegenvorschlag ist, das können Sie politisch beurteilen, aber die Massnahmen, die vorgeschlagen werden, die können sicher bei Personen, die bereits betroffen sind, nützen.

Daher bin ich jetzt gespannt und wir werden selbstverständlich, ich sehe es weniger dramatisch als gewisse Personen hier, mit beidem leben können. Ich hoffe auch, dass die Bevölkerung sich dazu äussern kann, ich hoffe einfach sehr, dass niemand danach den Eindruck hat, er müsse jetzt keine Steuererklärung mehr ausfüllen, weil davon kann ich Sie leider nicht befreien, so gerne ich das auch möchte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die WAK-Minderheit hat Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Ich wollte Ihnen eigentlich für die Debatte danken, die ich doch auch einigermassen sachlich, zumindest bis vor kurzem noch empfunden habe und eigentlich weiterhin so empfinde. Ich persönlich bin sehr involviert darin, aber ich sehe Ihnen das nach, wenn Sie eine andere Meinung haben, ich bin da persönlich nicht beleidigt. Sie haben jetzt sehr viele Argumente gehört und wenn man etwas nicht will, dann kann man einfach Zweifel säen, indem man einen Schwall von Gegenargumenten vorbringt. Das macht es für uns Befürworter schwierig, weil man bei diesen vielen Argumenten natürlich leicht darin jedes einzelne zu widerlegen versucht und dann ein bisschen den Fokus verliert. Ich werde aber dennoch drei Punkte aufnehmen und am Schluss nochmals ein Fazit erzielen.

Zuerst werde ich auf den Punkt eingehen, für wen der Direktabzug gedacht ist und wie er wirkt. Das ist eine Antwort auf eine Aussage des Mehrheitssprechers und auch auf eine Aussage von Regierungsrätin Tanja Soland, die in der BaZ prominent aufgenommen wurde. Ich zitiere die gleiche Passage aus dem Gutachten von Fehradvice wie Luca Urgese in seinem Eingangsvotum. Das Zitat geht so: «Insbesondere Menschen, die bereits verschuldet sind oder solche, die den kurzfristigen Konsum besonders hoch gewichten, werden sich vermehrt herausoptieren. Liquiditätsengpässe wirken als starker Anreiz, die Steuerschulden dieser Personen können mit dem Direktabzugsverfahren nur geringfügig reduziert werden.» Die Passage geht aber weiter, Luca Urgese hat den entscheidenden Teil weggelassen. Ich zitiere gerade nachfolgend an diesen Abschnitt: «Allerdings sind diese Personen bei weitem nicht die einzigen Menschen mit Steuerschulden. Berufseinsteiger und Menschen, die bis anhin keine Probleme mit den Steuern hatten, aber trotzdem nicht in jedem Fall gegen ein unerwartetes Lebensereignis gefeit sind, stellen weitere Risikogruppen dar. Bei ihnen wirkt die Opt-out-Lösung. Die Folge, das Direktabzugsverfahren entfacht seine Wirkung erst in der mittleren Frist. Bestehende Schulden können nur begrenzt reduziert werden, ein bedeutender Teil an der neuen Verschuldung kann allerdings vermieden werden.» Das Gutachten ist eben sehr differenziert und sehr sachlich. Der Direktabzug wirkt, und das kann man nicht oft genug wiederholen, bei Menschen, die noch keine Schulden haben. Es ist eine präventive Massnahme. Der Direktabzug ist nicht gedacht für bereits verschuldete Personen, von denen Tanja Soland aus ihrem Anwaltsalltag berichtet hat.

Zweitens, damit kommen wir zum Thema der Gläubigerbevorzugung. Es geht hier nicht um ein Pfändungsverfahren, bei der Pfändung sind Steuerschulden den Schulden von Privaten gleichgestellt. Bei einer Pfändung erhalten beide Gläubiger, Staat und Private, meistens aber nur einen Teil ihrer Forderung zurück in der Realität. Der Direktabzug wirkt eben so, dass es gar keine privaten Gläubiger gibt, weil die Schulden erst gar nicht entstehen. Es werden also deutlich weniger Private auf ihren Forderungen sitzen bleiben. Hier noch eine kleine Ergänzung als Antwort auf das Votum von Lorenz Amiet. Er hat gesagt, dass die Unternehmen die Haftung tragen müssen. Das ist korrekt, analog zur Mehrwertsteuer oder den Lohnabzügen bei den Sozialversicherungen. Das ändert aber nicht viel an der heutigen Realität. Wenn ein Unternehmen Konkurs geht, dann sind bereits heute die Lohnforderungen gemäss Artikel 219 SchKG privilegiert. Der Direktabzug ändert also de facto nichts bei der Haftung.

Drittens kommen wir zum letzten Thema, der Frage der Auswirkung für Personen, die keine Steuern zahlen, die Laetitia Block ja auch aufgeworfen hat. Bei der Initiative ist das aufgrund der Quellenbesteuerung ja überhaupt kein Thema. Die kurze Antwort bezüglich des Gegenvorschlags der Minderheit ist, das ist eine Frage der Umsetzung. Deshalb habe ich auch bereits im Eingangsvotum eingefordert, dass die Umsetzung von Fachpersonen begleitet wird. Wer keine Steuern zahlt, muss sich herausoptieren. Dies kann mit einer zielgerechten, sorgfältigen und einfach verständlichen Kommunikation erreicht werden. Deshalb haben wir im Gegenvorschlag der Minderheit a) den Einführungszeitpunkt der Regierung überlassen und eine zweijährige Pilotphase vorgesehen. Hinzu kommt b), dass mit der Heraufsetzung der Schwelle bei der Unternehmensgrösse ein grosser Teil der Tieflöhner und damit Nichtsteuerzahlenden aus der Pflicht ausgenommen wird.

Zum Schluss nochmals ein Werbespot für den Direktabzug. Der Direktabzug ist eine Win-win-win-Geschichte. Unternehmen profitieren, weil sie weniger Gläubigerverluste haben werden und weniger gratis Lohnpfändungen durchführen müssen. Der Staat profitiert, weil es weniger Steuerausfälle gibt und er weniger Folgekosten durch die überschuldeten Personen hat. Und Betroffene profitieren, weil sie vor dem Fall in die Schuldenfalle und die damit zusammenhängende Abwärtsspirale bewahrt werden. Ich bedaure sehr, dass eine pragmatische und lösungsorientierte Politik auf derart ideologischen Widerstand trifft und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die WAK-Mehrheit ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Auch ich bedanke mich für die sehr angeregte und gute Diskussion zu diesem Thema und auf einige Punkte aus der Debatte möchte ich nachfolgend gerne eingehen, weil es halt nun mal, lieber Pascal Pfister, viele Gegenargumente gibt, die man hier entsprechend anführen kann.

Angefangen bei den internationalen Vergleichsbeispielen, die von verschiedenen Kolleginnen und Kollegen genannt wurden, beispielsweise wie Deutschland oder Frankreich. Nun, schauen Sie mal über die Landesgrenzen, wie es dort um das Verhältnis zwischen Bürger und Staat steht. Unsere geschätzten Nachbarn pflegen beide ein doch eher obrigkeitliches Verständnis gegenüber ihren Rechtsunterworfenen. Sprechen Sie mit Menschen, die sich beruflich mit Steuersachen befassen, da ist also nichts mit Dialog auf Augenhöhe, wie das bei uns der Fall ist. Dazu gibt es diverse Befragungen, das Vertrauen in die staatlichen Institutionen kleiner als bei uns und da möchten wir eben nicht hin.

Boston, also mit der Situation in Mazedonien und Slowenien, da konnte ich jetzt so kurzfristig nichts in Erfahrung bringen, aber Boston, das letzte Woche genannt wurde, ist auch ein gutes Beispiel, aus zwei Gründen. Erstens haben die Menschen in den USA eine ziemlich hohe Privatverschuldung, vor allem mit Konsum- und Studienkrediten, und auch in Boston eine Armutsquote von über 17%. Bei uns ist es anders. Wir haben auch eine hohe Privatverschuldung, aber vor allem, das wurde bereits gesagt, wegen den Hypotheken, denen mit der Liegenschaft ein Vermögenswert, ein konkreter gegenübersteht. Klammert man deshalb die Immobilien aus, weil sich das ja quasi aufhebt, haben wir eine deutlich tiefere Privatverschuldung als beispielsweise die USA. Und wir warnen ja gerade davor, dass ein Steuerabzug vom Lohn zu einer höheren Privatverschuldung führt. Zweitens können wir auch einen Blick auf die Steuerbelastung werfen. Der Bundesstaat Massachusetts, in dem Boston liegt, hat eine Einkommenssteuer in der Höhe von 5%. Wir können ja mal darüber sprechen, ob das nicht eine sinnvolle Massnahme wäre, um die Steuerschulden zu reduzieren.

Dann war die Rede vom Lohnabzug als Service Public, ich glaube, Pascal Pfister war es, der diesen Begriff genannt hat, und da muss ich einfach sagen, da offenbaren Sie schon ein komisches Verständnis von Wirtschaft. Service Public sind öffentliche Dienstleistungen, also Dienste, die der Staat zugunsten der Allgemeinheit erbringen soll. Hier geht es aber um private Unternehmen, die verpflichtet werden sollen, eine Dienstleistung zu erbringen. Also entweder verwenden Sie den Begriff falsch, bewusst oder nicht, oder aus Ihrer Sicht gehört eigentlich sowieso die ganze Wirtschaft dem Staat und deshalb ist das dann alles Service Public.

Dann wurden weiter die Gemeinden angesprochen letzte Woche und die Differenzierung, die man da vorgenommen hat, 10% für Arbeitnehmende in Basel-Stadt, 5% für Arbeitnehmende in Riehen und Bettingen. Sie haben sich nicht verhört, die Minderheit hat das falsch geschrieben in ihrem Gesetzestext und eine Unterscheidung vorgenommen zwischen Basel-Stadt einerseits und Riehen und Bettingen andererseits. Das ist also handwerklich schon nicht richtig gemacht, dann ist es aber auch staatspolitisch mit Blick auf die Gemeindeautonomie falsch konstruiert. In der Stadt Basel gibt es keine kommunalen Steuern, nur die kantonale Einkommenssteuer. Da ist die kommunale Steuer für die Stadt quasi mit drin. Deshalb soll in der Stadt 10% abgezogen werden. In den Landgemeinden zahlt man die Hälfte der kantonalen Einkommenssteuer plus zusätzlich noch die kommunalen Einkommenssteuern.

Der Gegenvorschlag der Minderheit lässt unseren beiden Landgemeinden nun nicht die Wahl, ob sie das Lohnabzugsverfahren für ihre Einwohnerinnen und Einwohner auch einführen möchten oder nicht. Für die Stadt Basel wird das gemacht, für den ganzen Steuerbetrag, die Landgemeinden können das nicht, selbst wenn sie es wollten. Die Gemeinde Riehen kann einen Arbeitgeber in der Stadt Basel natürlich nicht verpflichten, die Riehener Gemeindesteuern für Mitarbeitende aus Riehen abzuziehen, wenn das im kantonalen Gesetz nicht vorgesehen ist. Umgekehrt müssten aber

Arbeitgebende mit Sitz in Riehen oder Bettingen den ganzen Steuerabzug vornehmen für die Mitarbeitenden, die in der Stadt Basel wohnen. Den Gemeinden bleibt es verwehrt, da für gleich lange Spiesse zu sorgen. Die Minderheit ist hier in ihrer Denkweise gegenüber den Landgemeinden mit demselben obrigkeitlichen Denken vorgegangen, wie sie das bei den Steuerpflichtigen mit dem Lohnabzug eben auch machen will.

Und da möchte ich schon festhalten, ich habe in keiner Art und Weise die professionelle Arbeit der Schuldenberatungsstellen in Frage gestellt, Bruno Lötscher. Das möchte ich ausdrücklich festhalten, das habe ich nicht getan und ich habe auch nicht gesagt, man müsse das Papier, das uns vorgelegt wurde, nicht ernst nehmen, ich habe ja sogar daraus zitiert. Man kann eine Diskussion darüber führen, wie fest dieses Papier wissenschaftlichen Grundsätzen genügt oder eben nicht, ohne dass das der Beratungsstelle die Professionalität absprechen würde.

Und dann hat mir Pascal Pfister vorgeworfen, ich hätte da nicht vollständig zitiert und hat dann da verdankenswerterweise noch die Folgesätze nachgeliefert, nur ändert dieser Zusatz die Kernaussage meines Zitats nicht. Was das Ganze sagt, ist im Prinzip, ja, die Menschen, die bereits verschuldet sind oder solche, die den kurzfristigen Konsum besonders hoch gewichten, werden sich vermehrt herausoptieren, ja, okay, aber es könnte bei den Berufseinsteigern und denen mit einem unerwarteten Lebensereignis, dort könnte es helfen. Ja, das stellt die Grundaussage, dass eben die, die verschuldet sind oder den kurzfristigen Konsum hoch gewichten, dass die das Opting-out wählen, das wird durch das nicht in Frage gestellt, insofern habe ich schon die Stelle zitiert, die entsprechend relevant ist.

Und zum Schluss, damit niemand später sagen kann, er oder sie hätte nicht gewusst, was das Lohnabzugsverfahren für Konsequenzen hat, und da möchte ich nochmal doppelt unterstreichen, was Kollegin Laetitia Block gesagt hat. Wir haben in unserem Kanton gegen 30% der Steuerpflichtigen, die kein steuerbares Einkommen haben. Ein steuerbares Einkommen von null. Sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag der Minderheit sehen vor, dass für alle im Kanton beschäftigten Arbeitnehmenden ein Steuerabzug vorzunehmen ist, sofern sie bei einem Arbeitgeber im Kanton Basel-Stadt tätig sind. Selbst wenn sie kein steuerbares Einkommen haben, wird ihnen die Steuer vom Lohn abgezogen. Es gibt für diese Personen keine Ausnahmebestimmung und sie können das auch nicht auf dem Verordnungsweg lösen. Man kann nicht via Verordnung das Gesetz übersteuern und das wäre auch praktisch gar nicht möglich, weil ihr Arbeitgeber nicht weiss, wie hoch ihr steuerbares Einkommen ist und die Steuerverwaltung darf das auch nicht kommunizieren.

Nun ist es ja ein zentrales Argument der Vertreter eines solchen Lohnabzugsverfahrens, dass die Menschen aus verhaltensökonomischen Gründen ungern vom Standort abweichen. Auf diesem Verhaltensgrundsatz beruht ja das ganze Opting-out-Konzept. Sie sagen, es wird funktionieren, weil die meisten den Standort wählen werden, nichts tun werden und sich entsprechend auch nicht herausoptieren werden. Gleichzeitig wollen Sie jetzt aber davon ausgehen, dass die ganzen knapp 30% sich für das Opting-out entscheiden werden. Das geht argumentativ einfach nicht auf oder Sie haben einfach vergessen, dass es diese Personen, die keine Einkommenssteuern zahlen, auch noch gibt. Dieser grobe Konstruktionsfehler sowohl der Initiative als auch des Gegenvorschlags der Minderheit wird erhebliche Auswirkungen haben, weil ein Teil dieser 30% in finanzielle Nöte kommen wird, wenn das Lohnabzugsverfahren in Kraft tritt.

Wir bleiben dabei, die Mehrheit lehnt den Steuerabzug vom Lohn entschieden ab. Erstens, die Menschen haben deswegen nicht mehr Geld zur Verfügung, es droht eine Verschiebung zur privaten Verschuldung. Zweitens, diejenigen, auf die man eigentlich abzielt, entscheiden sich für das Opting-out, es bleiben diejenigen im System drin, die es nicht nötig hätten. Und drittens, was bleibt, ist der bürokratische Albtraum für die Unternehmen. Wir bitten Sie deshalb nachdrücklich, den Gegenvorschlag der Mehrheit anzunehmen und den Gegenvorschlag der Minderheit abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch. Eric Weber hat die Rückweisung an die Kommission beantragt. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst zurückweisen, NEIN heisst nicht zurückweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 96 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007374, 22.10.25 10:14:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

Keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich dafür entschlossen, den Bericht nicht zurückzuweisen mit 96 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Wir kommen damit zur

Detailberatung anhand des Gegenvorschlages der Kommissionsmehrheit (Seite 21 des Berichts)

Änderung des Gesetzes über die direkten Steuern

Titel nach § 200 (neu) 7bis Vermeidung von Steuerschulden

§ 200a (neu) Abs. 1, Abs. 2 lit. a, lit. b, Abs. 3

Damit ist die Detailberatung der Mehrheitsvariante abgeschlossen. Wir führen die

Detailberatung über den Minderheitsantrag (Seite 27 des Berichts)

Änderung des Gesetzes über die direkten Steuern

15. Freiwilliger Abzug der Steuern vom Lohn

§ 207a Grundsätze, Abs. 1, 2, 3, 4

§ 207b Verfahren, Abs. 1, 2, 3, 4

§ 207c Haftung und Sanktionen, Abs. 1 bis 3

§ 207d Ausführungsbestimmungen, Abs. 1

Titel nach § 242b (neu)

§ 242c Abs. 1

Nachdem nun beide Gegenvorschläge beraten wurden, haben Sie zu entscheiden, welchen Gegenvorschlag Sie vorziehen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst ja zum Gegenvorschlag der Kommissionsmehrheit, NEIN heisst ja zum Gegenvorschlag der Kommissionsminderheit

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007376, 22.10.25 10:17:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

Ja zum Gegenvorschlag der Kommissionsminderheit

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Minderheit entschieden mit 49 Nein-Stimmen gegen 48 Ja-Stimmen.

Jetzt geht es darum zu entscheiden, ob der Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll. Es wurde kein Antrag gestellt, der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Wir kommen somit zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.

Abstimmung

JA heisst mit Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf ein Gegenvorschlag.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007378, 22.10.25 10:18:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Gegenvorschlag

Im Sinne eines Gegenvorschlages zu der von 3’184 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichten formulierten Volksinitiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» mit dem folgenden Wortlaut:

«Titel nach § 207. (neu): Freiwilliger Abzug der Steuern vom Lohn

§ 207a. Grundsätze (neu)

1 Arbeitgebende mit steuerrechtlichem Wohnsitz, Sitz oder Betriebsstätte im Kanton haben für die dort beschäftigten Arbeitnehmenden, welche ihren steuerrechtlichen Wohnsitz im Kanton haben, einen Steuerabzug bemessen nach § 92 vorzunehmen und die abgezogenen Beträge an die Steuerverwaltung zu überweisen.

2 Für Arbeitgebende, die weniger als 10 Arbeitnehmende beschäftigen, ist die Vornahme des freiwilligen Abzugs der Steuern vom Lohn fakultativ.

3 Auf Einkünfte von Arbeitnehmenden, die mit dem vereinfachten Abrechnungsverfahren gemäss § 38a abgerechnet werden, ist der freiwillige Abzug der Steuern vom Lohn nicht vorzunehmen.

4 Arbeitnehmende können durch ausdrückliche Mitteilung an die Arbeitgeberin oder den Arbeitgeber auf die Einrichtung eines Abzugs der Steuern vom Lohn verzichten.

§ 207b. Verfahren (neu)

1 Die Arbeitgebenden nehmen den Steuerabzug bei Zahlung des Lohns vor und überweisen den abgezogenen Betrag unverzüglich an die Steuerverwaltung.

2 Die Arbeitgebenden haben den Arbeitnehmenden den vorgenommenen Steuerabzug in geeigneter Weise anzuzeigen.

3 Die überwiesenen Steuerbeträge werden den Arbeitnehmenden als Akontozahlungen an die Einkommenssteuer der vorangehenden Steuerperiode angerechnet. Auf Antrag der steuerpflichtigen Person können die überwiesenen Steuerbeträge an die laufende Steuerperiode oder an Steuerschulden aus früheren Steuerperioden angerechnet werden.

4 Die Arbeitgebenden erhalten für ihre Mitwirkung eine Bezugsprovision, deren Ansatz der Regierungsrat festlegt.

§ 207c. Haftung und Sanktionen (neu)

1 Nach Vornahme des Steuerabzugs vom Lohn der Arbeitnehmenden haften ausschliesslich die Arbeitgebenden für die Überweisung des abgezogenen Steuerbetrags an die Steuerverwaltung. Die Arbeitnehmenden haften jedoch bei missbräuchlicher Benutzung des freiwilligen Abzugs der Steuern vom Lohn mit.

2 Die Steuerverwaltung kann bei Verdacht auf Missbrauch oder bei Zahlungsschwierigkeiten der Arbeitgebenden die Anwendung des freiwilligen Abzugs der Steuern vom Lohn untersagen.

3 Veruntreuung der abgezogenen Steuerbeträge ist nach § 224 strafbar.

§ 207d. Ausführungsbestimmungen (neu)

1 Der Regierungsrat erlässt die für die Anwendung des freiwilligen Abzugs der Steuern vom Lohn erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 234 (neuer Absatz 36)

Die §§ 207a. bis 207d. treten spätestens drei Jahre nach Annahme durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in Kraft.»

wird beschlossen:

Das Gesetz über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000 [1]) (Stand 1. Januar 2025) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 207 (neu)

15. Freiwilliger Abzug der Steuern vom Lohn

§ 207a (neu)

Grundsätze

1 Arbeitgebende mit steuerrechtlichem Wohnsitz, Sitz oder Betriebsstätte im Kanton haben für die dort beschäftigten Arbeitnehmenden, welche ihren steuerrechtlichen Wohnsitz im Kanton haben, einen Steuerabzug vorzunehmen und die abgezogenen Beträge an die Steuerverwaltung zu überweisen. Der Steuerabzug beträgt 10 Prozent des Bruttolohns für Arbeitnehmende mit Wohnsitz in Basel-Stadt und 5 Prozent für Arbeitnehmende mit Wohnsitz in Riehen und Bettingen.

2 Für Arbeitgebende, die weniger als 50 Arbeitnehmende beschäftigen, ist die Vornahme des freiwilligen Abzugs der Steuern vom Lohn fakultativ.

3 Auf Einkünfte von Arbeitnehmenden, die der Quellensteuer oder dem vereinfachten Abrechnungsverfahren gemäss § 38a unterliegen, ist der freiwillige Abzug der Steuern vom Lohn nicht vorzunehmen.

4 Arbeitnehmende können durch ausdrückliche Mitteilung an die Arbeitgeberin oder den Arbeitgeber auf die Einrichtung eines Abzugs der Steuern vom Lohn verzichten.

Sie können, unter Vorbehalt der vom Regierungsrat festgelegten Wahlmöglichkeiten und Mindestansätze, auch die Höhe des Steuerabzugs frei bestimmen.

§ 207b (neu)

Verfahren

1 Die Arbeitgebenden nehmen den Steuerabzug bei Zahlung des Lohns vor und überweisen den abgezogenen Betrag unverzüglich an die Steuerverwaltung.

2 Die Arbeitgebenden haben den Arbeitnehmenden den vorgenommenen Steuerabzug in geeigneter Weise anzuzeigen.

3 Die überwiesenen Steuerbeträge werden den Arbeitnehmenden als Akontozahlungen an die kantonale Einkommenssteuer der vorangehenden Steuerperiode angerechnet. Auf Antrag der steuerpflichtigen Person können die überwiesenen Steuerbeträge an die laufende Steuerperiode oder an Steuerschulden aus früheren Steuerperioden angerechnet werden

4 Die Arbeitgebenden erhalten für ihre Mitwirkung eine Bezugsprovision, deren Ansatz der Regierungsrat festlegt. Die Bezugsprovision wird auch an Arbeitgebende ausgerichtet, für die die Vornahme des freiwilligen Abzugs der Steuern vom Lohn fakultativ ist.

§ 207c (neu)

Haftung und Sanktionen

1 Nach Vornahme des Steuerabzugs vom Lohn der Arbeitnehmenden haften ausschliesslich die Arbeitgebenden für die Überweisung des abgezogenen Steuerbetrags an die Steuerverwaltung. Die Arbeitnehmenden haften jedoch bei missbräuchlicher Benutzung des freiwilligen Abzugs der Steuern vom Lohn mit.

2 Die Steuerverwaltung kann bei Verdacht auf Missbrauch oder bei Zahlungsschwierigkeiten der Arbeitgebenden die Anwendung des freiwilligen Abzugs der Steuern vom Lohn untersagen.

3 Veruntreuung der abgezogenen Steuerbeträge ist nach § 224 strafbar.

§ 207d (neu)

Ausführungsbestimmungen

1 Der Regierungsrat erlässt die für die Anwendung des freiwilligen Abzugs der Steuern vom Lohn erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Titel nach § 242b (neu)

5. Teil/III. 11. Übergangsbestimmungen zu den §§ 207a - 207d (neu)

§ 242c (neu)

1 Der Kanton als Arbeitgeber sowie die staatsnahen Betriebe des Kantons wenden den freiwilligen Abzug der Steuern vom Lohn gemäss §§ 207a – 207d ab Inkrafttreten dieser Bestimmungen an. Für die übrigen Arbeitgebenden gelten die Bestimmungen ab 1. Januar des dritten Jahres seit Inkrafttreten.

II. Weitere Behandlung

Die Volksinitiative "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter Ziffer I. aufgeführten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, sowohl die Volksinitiative als auch den Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Bei Annahme des Gegenvorschlags bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens der entsprechenden Gesetzesänderung per 1. Januar eines zu bestimmenden Jahres.

Wenn das Initiativbegehren zurückgezogen wird, ist die Änderung des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz) vom 12. April 2000 nochmals zu publizieren. Sie unterliegt dann dem fakultativen Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens per 1. Januar eines zu bestimmenden Jahres.

III. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

[1]) SG 640.100

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich dafür entschieden, mit einem Gegenvorschlag weiterzufahren.

Wir fahren fort in der

Detailberatung

II. Weitere Behandlung

Die Kommissionsmehrheit beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. Die Kommissionsminderheit beantragt, die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Das Wort hat der Antragsteller Luca Urgese. Er verzichtet, Pascal Pfister verzichtet, Tanja Soland verzichtet. Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Wir kommen auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Empfehlung auf Verwerfung, NEIN heisst Empfehlung zur Annahme

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007380, 22.10.25 10:19:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

Empfehlung zur Annahme

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich auf eine Empfehlung zur Annahme entschieden.

III. Publikation

Wir haben eine Eventualabstimmung über die Stichfrage. Die Stichfrage wäre Ja, Zustimmung zum Gegenvorschlag oder Nein, Zustimmung zur Initiative. Ich starte die Abstimmung.

Abstimmung

Stichfrage

JA heisst Zustimmung zum Gegenvorschlag, oder NEIN heisst Zustimmung zur Initiative

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007384, 22.10.25 10:21:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

bei der Stichfrage den Gegenvorschlag der Initiative vorzuziehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 58 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung für den Gegenvorschlag entschieden.

15. Legislaturplan 2025 bis 2029, Bericht des RR

[22.10.25 10:21:25, 24.0180.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Legislaturplan zur Kenntnis zu nehmen. Regierungspräsident Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wie immer im Grossen Rat verzichten wir auf eine kurze Pause, auch wenn einzelne von Ihnen jetzt die Gelegenheit wahrnehmen, wofür ich grosses Verständnis habe. Der Legislaturplan ist allerdings doch auch ein wichtiges Geschäft. Mit dem Legislaturplan legt Ihnen der Regierungsrat seine politischen Schwerpunkte für die kommenden vier Jahre dar. Und wenn man zurückblickt, was sich in den letzten vier Jahren getan hat, stellt man ja fest, dass die Welt sich doch grundlegend verändert hat. Den letzten Legislaturplan hat Ihnen der Regierungsrat im Herbst 2021 vorgelegt, damals standen wir noch vor dem zweiten Corona-Winter. Es war vor dem Krieg Russlands gegen die Ukraine, es war vor dem Angriff der Hamas auf Israel und es war nach einer damals doch noch recht endgültig erscheinenden Abwahl des amerikanischen Präsidenten Trump.

Ich erwähne das deshalb, um zum Ausdruck zu bringen, wie anders die Vorzeichen für den neuen Legislaturplan 25-29 waren. Entsprechend rücken andere Themen stärker in den Fokus, nämlich die Wirtschaft und die Sicherheit. Klar ist, dass der Lauf der Welt nicht Halt macht vor Basel und wir vor grossen Herausforderungen stehen, da ist es entscheidend, dass wir strategisch gut aufgestellt sind. Die tiefgreifenden Veränderungen in der Weltwirtschaft, der Klimawandel und seine spürbaren Folgen sowie eben die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts erfordern von uns vorausschauendes Handeln. Es gilt, die Lebensqualität von heute zu erhalten und für morgen zu sichern. Das alles war nie eine Selbstverständlichkeit, es ist uns vielleicht nochmal klarer geworden in den letzten vier Jahren, dass es keine Selbstverständlichkeit ist. Der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts, die nachhaltige Entwicklung sowie die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung stehen für den Regierungsrat deshalb im Zentrum seiner Schwerpunktsetzung.

Konkret haben wir uns für die Legislatur 2025 bis 2029 drei Schwerpunkte gesetzt. Diese drei Schwerpunkte wiederum bündeln acht Ziele, die wir mit insgesamt 28 Massnahmenpaketen angehen wollen. Und wie schon gesagt, rücken gegenüber dem letzten Legislaturplan die Wirtschaft und die Sicherheit stärker in den Fokus. Mit dem Schwerpunkt Innovation und Wettbewerbsfähigkeit wollen wir die Attraktivität unseres Kantons als Wirtschaftsstandort erhalten, im trinationalen Wirtschaftsraum partnerschaftlich zusammenarbeiten und wir wollen sicherstellen, dass die Verwaltung für die Zukunft eben auch digital gut aufgestellt ist. Es geht hier darum, Innovationen zu fördern, bedarfsgerechte Wirtschaftsflächen zu schaffen sowie eine gute Erreichbarkeit zu gewährleisten. Es geht auch darum, dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, die finanzielle Stabilität des Kantons zu sichern und die Exzellenz als Kulturstadt zu stärken.

Sicherheit und Zusammenhalt, der zweite Schwerpunkt, Sicherheit und Zusammenhalt hängen eng zusammen. Sicherheit ist die Grundlage und auch das Ergebnis von gesellschaftlichem Zusammenhalt, beide bedingen und verstärken sich gegenseitig. Wir wollen bei diesem Schwerpunkt die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden stärken, gerade im öffentlichen Raum, wir wollen die Handlungsfähigkeit des Kantons in Krisensituationen sicherstellen und auch die Strafverfolgung stärken. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt wollen wir fördern, indem wir uns für Teilhabe und Gleichstellung einsetzen und die Chancengerechtigkeit in der Bildung stärken. Eine hochwertige und finanziell tragbare

Gesundheitsversorgung soll auch sichergestellt werden, wobei wir den Zugang sichern müssen und den Kostenanstieg dämpfen wollen.

Mit dem dritten Schwerpunkt Klimaschutz und lebenswerter Stadtraum wollen wir den Klimaschutz, die Biodiversität und die Schonung natürlicher Ressourcen voranbringen und lebenswerte Quartiere weiter fördern. Es geht hier darum, die Aufenthaltsqualität in den Quartieren zu stärken und eine stadtgerechte Mobilität zu ermöglichen, es geht um die Ressourcenschonung in Planung und Bau und es geht auch um eine bedarfsgerechte Entwicklung des Wohnraums. Das Thema Wohnen bzw. auch das Thema Wohnschutz bleibt damit weiter hoch oben auf der Prioritätenliste. Neben dem Vorantreiben der Arealentwicklungen und der Überarbeitung der Wohnraumentwicklungsstrategie werden wir uns in den nächsten vier Jahren mit der Umsetzung der hängigen Motionen zum Wohnschutz befassen und nach der Abstimmung Ende September auch mit der Abschaffung des Eigenmietwerts. All diese Bestrebungen rund um die Stadtentwicklung und den Klimaschutz sollen mit dazu beitragen, dass Basel-Stadt einer der führenden Nachhaltigkeitsstandorte wird. Dass wir hier auf gutem Weg sind, zeigt sich auch aktuell, beim Global Destination Index ist Basel 2025 von Rang 43 auf Rang 22 geklettert und in diesem Sinn und in diesem Tempo möchten wir weiter vorangehen.

Ich möchte noch kurz etwas zur Struktur des neuen Legislaturplans sagen. Aus der Geschäftsprüfungskommission kamen Wünsche bezüglich der Klarheit und der Messbarkeit von Zielen und Massnahmen. Der Legislaturplan ist unsere politische Schwerpunktplanung. Die Ziele bewegen sich entsprechend auf einer höheren Flugebene, aber die drei Schwerpunkte sind klar gesetzt und sie bündeln die Ziele. Die Massnahmen zeigen dann konkret auf, wie wir die Ziele erreichen wollen und wo das möglich ist. Da sollen bei der Berichterstattung anhand geeigneter Kennzahlen und Indikatoren Aussagen über den Fortschritt oder die Verzögerung bei der Umsetzung der Massnahmen gemacht werden. Im Jahresbericht 2025 wird sich der Regierungsrat dann dazu auch konkret äussern.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Erster Sprecher für die Fraktion FDP ist Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Die FDP-Fraktion möchte den Legislaturplan an die Regierung zur Überarbeitung zurückgeben. Die vom Regierungsrat gewählten drei Schwerpunkte decken nur teilweise die aktuellen politischen Herausforderungen. Wir möchten dazu Änderungen vorschlagen. Die zweite Problematik, die wir sehen, ist die Tatsache, dass es sich hier nicht um einen Plan handelt. Es ist eine Absichtserklärung oder wie dies in Deutschland genannt wird, ein Koalitionsvertrag.

Lassen Sie mich zuerst die inhaltlichen Änderungswünsche präzisieren. Wir sind erstaunt, dass die zwei gemäss Umfragen in der Bevölkerung wichtigsten politischen Probleme nicht auch als Schwerpunkte formuliert wurden, sondern irgendwo versteckt im Dokument erscheinen. Es sind dies erstens der Wohnraum, also das Fördern und Sicherstellen von genügend Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten, und zweitens die Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Wir hätten erwartet, dass diese beiden Themen neben der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherheit auch für den Regierungsrat die wichtigsten Probleme sind, die gelöst werden müssen.

Beim Wohnraum stellen wir fest, dass keine Investoren gefunden werden, die diesen Wohnraum schaffen sollen. Gründe dafür sind aktuelle Gesetzgebung, Probleme bei Bewilligungsverfahren, die Verhinderung von Projekten durch Rekurse und vieles mehr. Im Gesundheitswesen genügt es nicht, dass der Kanton jedes Jahr die Prämien noch mehr verbilligt, sondern er muss seine Verantwortung auch auf der Angebotsseite wie etwa bei den Spitälern übernehmen. Wir fordern auch hier mehr Eigenverantwortung im Umgang mit der Gesundheit. Wir sind uns bewusst, dass die Aufnahme eines dieser Themen dazu geführt hätte, dass zum Beispiel das Thema Klimaschutz und lebenswerter Stadtraum abgewertet würde. Diese Themen lassen sich aber problemlos in den restlichen Themen unterbringen. Der Klimaschutz im Kapitel Sicherheit und Zusammenhalt und der lebenswerte Stadtraum im Kapitel Wohnraum.

Da offensichtlich der Grosse Rat mit dieser Absichtserklärung einverstanden ist und keine Lust hat, den Regierungsrat aufzufordern, das Dokument zu überarbeiten, möchten wir noch einige Gedanken und Bemerkungen zum Text machen. Erstens, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Wir gehen mit der Regierung einig, dass es zwingend notwendig ist, Innovation zu fördern und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, wobei die Wettbewerbsfähigkeit für die Wirtschaft wichtiger ist. Die Innovation fördert sich selber, sie braucht dazu nur gute Rahmenbedingungen vom Staat, keine Industriepolitik. Die Auswirkungen unseres politischen Handels im neuen geopolitischen Umfeld haben wir vor einer Woche beim Thema Roche-Bebauungsplan ausgiebig diskutiert. Im letzten Legislaturplan war die Digitalisierung eines der Hauptthemen und jetzt ist es nur noch als Unterziel formuliert, dabei sind die gesteckten Ziele in keiner Art und Weise erreicht worden. Gesprochen wird heute von der zukunftsfähigen Verwaltung. Die geplanten Projekte scheinen uns sinnvoll und richtig, aber leider lesen wir kein einziges Wort zur Effizienzsteigerung, die durch die Automatisierung erreicht werden soll. Und noch ein Detail, für den Leser ist es nicht nachvollziehbar, was die Strategie für internationale Zusammenarbeit, im Speziellen zur Armutsbekämpfung, mit Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu tun hat.

Zweitens, Sicherheit und Zusammenhalt. Dies macht aus unserer Sicht Sinn. Wir möchten dazu zwei Bemerkungen machen, die noch korrigiert werden sollten. Bei der Chancengleichheit in der Bildung fehlen uns die Überprüfung der integrativen

Schule und deren Zweckmässigkeit, aber auch die Kleinklassen, die aus unserer Sicht rasch möglichst flächendeckend eingeführt werden müssten. Sie schreiben, das System der Prämienverbilligungen wird weiterentwickelt, um die Prämienlast noch stärker zu reduzieren. Die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, insbesondere von Menschen mit Unterstützungsbedarf werden weiter gefördert. Wir meinen jedoch, dass Eigenverantwortung im Gesundheitswesen für alle im Fokus stehen muss, um etwa die Gesundheitskosten zu reduzieren und so auch die Notwendigkeit von Prämienverbilligungen reduziert, oder medizinisch gesprochen, Ursachen statt Symptomen bekämpfen.

Wie ich am Anfang meiner Rede festgestellt habe, ist das Dokument, das wir heute zur Kenntnis nehmen sollen, gar kein Plan, sondern ein Strategiepapier oder eine Absichtserklärung. Wieso ist dies kein Plan? In der Theorie werden zu Plänen verschiedene zwingende Kapitel empfohlen. Drei davon möchte ich hier aufführen:

Erstens, ein Plan braucht klare, messbare Ziele, sie sind die Grundlage jedes Planes. Wenn keine klaren messbaren Ziele vorhanden sind, kann das Parlament in etwa vier Jahren nicht wirklich beurteilen, ob der Regierungsrat die gesetzten Ziele erreicht hat oder eben nicht. Der Regierungsrat hat zwar angekündigt, er wird dies prüfen, geeignete Kennzahlen bzw. Indikatoren vorzulegen oder erstellen zu können. Dies hätte man jedoch bereits im Rahmen der Erweiterung des Legislaturplans machen müssen, weil man sich dann konkret hätte überlegen müssen, was erreicht werden soll.

Zweitens, jeder Plan braucht realistische Zeitpläne und legt im Voraus alle Deadlines und Meilensteine fest.

Drittens, mögliche Risiken und deren Bewertung müssen festgehalten werden. Als Beispiel für ein mögliches Risiko möchte ich das Hafenbecken 3 erwähnen. Gemäss dem Bahnkongress 2025 hat der Gütertransport mit der Bahn keine Zukunft, weder in Europa noch in der Schweiz. Wir könnten unter Umständen Infrastruktur bauen, die in Zukunft nicht benötigt wird. In einem Plan wäre man auf diese Problematik eingegangen und hätte einen Plan B angeführt.

Aus all diesen Gründen kann die FDP-Fraktion den Legislaturplan 2025 bis 2029 nicht zur Kenntnis nehmen und erhofft sich, dass der Regierungsrat dieses Dokument in unserem Sinne überarbeitet. Wir beantragen Rückweisung an den Regierungsrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Als ich am Sonntag am Swiss Indoors war und dort meinen Blick über den Basler Schriftzug schweifen liess und ihn freudig zur Kenntnis nahm, bekam ich Hunger und ass ein Hotdog. Keine Angst an die rechte Seite, es ist kein Hund drin, man darf das noch sagen. Es führte mich aber zum Sinnieren, denn diese Hotdogs, wie ich dann an diesem Stand sah, die kamen in einer Plastikverpackung in einer Kiste, sie wurden gekocht in der Plastikverpackung, wurden dann gebracht und in den Hotdog-Kübel reingeworfen, so dass sie dann dort wieder rausgenommen werden konnten, obwohl sie eigentlich nur Sekunden da drin waren, und in den Hotdog gemacht wurden. Der Hotdog war aber sehr gut, ich rede zum Thema keine Angst.

Dies hat mich auf jeden Fall auf die Idee gebracht oder besser gesagt, darauf hingewiesen, weil die Fraktion netterweise mich damit beauftragt hat, hier etwas zu sagen, dass man ja vielleicht auch auf den letzten Legislaturplan zurückschauen könnte. Nicht als Kritik, einfach als Anregung. Deswegen schauen wir mal rein, was da so drinsteht. Der Regierungspräsident hat es ja gesagt, es gab drei Schwerpunkte, es gab sechs Ziele und dazu x Massnahmen, es waren insgesamt 46. Als ich den durchgelesen habe, habe ich dann diese ein bisschen eingeteilt. Ich denke, man kann sagen, 12 von diesen 46 wurden umgesetzt oder erreicht. Bei der Hälfte, etwa 23, ich habe auch nicht eine Ahnung über alle Sachthemen, war es mir nicht klar, ob es umgesetzt war, es vielleicht auch noch offen ist, die Umsetzung, oder die Massnahme so beliebig war, dass es schwierig ist, ob jetzt das gemacht wurde oder nicht. Nicht umgesetzt wurde dann auch etwa ein Viertel, vielleicht etwa 11.

Dann habe ich durchgeblättert und bin auf die Schwerpunkte gegangen. Da habe ich da gelesen, die Pandemie eröffnet Chancen, lokale Strukturen und regionale Produkte werden wichtiger, städtische Freiräume, etc. Unter Digitalisierung steht zum Beispiel, wir müssen das Vertrauen in die Institutionen und Anwendungen schaffen, damit die Digitalisierung zum Mehrwert werden kann. Das hat mich etwas wortlos zurückgelassen. Dann können wir einfach als Beispiel nehmen, es gibt Ziele, wie zum Beispiel jetzt ein nicht erreichtes Ausbauen des Bahnknotens, da kann der Regierungsrat jetzt nicht direkt etwas dafür, dass das nicht erreicht wurde, andere vielleicht schon eher.

Was ich aber sagen will, ist eigentlich, es fehlt völlig im neuen Legislaturplan irgendein Hinweis auf den letzten Legislaturplan oder zumindest, dass es für uns als Grosser Rat, da es ja ein Planungsinstrument sein soll, nachvollziehbar wird, warum man jetzt vom Legislaturplan der letzten vier Jahre auf den neuen Legislaturplan kam. Als GRÜNE stelle ich natürlich fest, ich bin sehr froh, deswegen habe ich auch selber ein grünes Mäntelchen angelegt, dass das Klimathema und grüne Themen breit vertreten sind im neuen Plan. Wie das schon aber Erich Bucher gesagt hat, die gesetzten Ziele und die Massnahmen sind zum Teil sehr unklar definiert. Klar, es ist eine Flughöhe, aber manchmal wird nicht mal klar, was ist ein Ziel, was ist eine Massnahme.

Dann gibt es auch sehr diffuse Massnahmen, wo ich gar nicht weiss, was das bedeutet, und das müssten wir ja wissen, also Basel-Stadt stärkt seine Position als bedeutende Kulturstadt. Okay, ist das jetzt ein Ziel, ist das eine Massnahme, was hat das dann am Schluss mit dem Ziel, exzellente Kulturstadt sichern zu tun? Ich glaube, für viele wird das nicht wirklich klar, ich denke, da kann man wirklich nochmal darüber nachdenken, ob man das nicht wirklich genauer formulieren kann.

Was sehr klar formuliert ist als Massnahmen, die wir dann auch hoffen, dass sie kommen, sind die Strategien, die angekündigt sind. Insgesamt werden für die nächste Legislatur elf Strategien oder Masterpläne angekündigt. Da wir jetzt das hier nur zur Kenntnis nehmen können, wäre ich froh gewesen, wenn der Regierungsrat hier vielleicht auch noch irgendwo dargelegt hätte, ob diese Masterpläne und Strategien, ob diese wieder in den Grossen Rat kommen oder es eine öffentliche Vernehmlassung oder so etwas gibt oder ob wir jetzt mit dieser Kenntnisnahme dem zustimmen, dass der Regierungsrat das macht und dann diese Strategien vielleicht als internes Planungsinstrument braucht. Das wäre wichtig, dass das irgendwo steht.

Dann vielleicht noch ein, zwei inhaltliche Bemerkungen auf einen Punkt, ich nehme jetzt Esther Keller, weil die nicht da ist, im BVD. Es gibt einige Punkte, wo wir sehen, dass erneut Ziele gesetzt wurden, die eigentlich schon das letzte Mal gesetzt wurden und einfach nicht erreicht wurden. Zum Beispiel der Tramausbau, obwohl man das längst an die Hand hätte nehmen können in gewissen Punkten, ist dort überhaupt nichts passiert und es ist im Legislaturplan auch nicht erkennbar, was da gemacht wurde oder was man genau machen sollte, es ist einfach nochmal das genau Gleiche.

Zudem vermissen wir vor allem im Bereich Klima ein Schwerpunkt, die Mobilität. Aus unserer Sicht ist der grösste Hebel, der noch besteht beim Klima, das nicht durch den Staat reguliert wird, das Umsteigen auf umweltfreundlichen Verkehr, der macht rund einen Drittel aus. Hier haben wir kaum Massnahmen, kaum Umsetzungshorizonte und doch ist der Aufholbedarf hier wirklich am grössten und wir hätten erwartet, dass der Regierungsrat hier auch ankündigt, dass er dort genauso vorschreiten möchte wie bei anderen Themen und vielleicht auch mal irgendwann mit Massnahmen kommt. Dies hätte er auch bei der angekündigten Scope-3-Strategie machen können, wir verstehen nicht ganz, warum es hier eine weitere Strategie braucht. Eigentlich hat der Regierungsrat in diesem Bereich auf Ende 2024, vor einem Jahr also, längst Massnahmen angekündigt. Wir würden hier auch erwarten, dass hier endlich Massnahmen kommen.

Vielleicht kann also der Regierungsrat bei der nächsten Bearbeitung dann noch irgendwie etwas besser herausschälen, was er genau für Ziele, vielleicht auch messbare Ziele sich setzt und die dann auch etwas besser vorlegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Oliver Bolliger das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Zuallererst möchte ich mich im Namen der BastA für den vorliegenden Legislaturplan bedanken. Wir sind zwar bei Weitem nicht mit allem einverstanden, aber der Legislaturplan bietet ein gutes Schaufenster in die Haltung der Regierung und zudem wird deutlich, warum es uns als kleine sozialistische Partei in Basel weiterhin benötigt. Und im Gegensatz zu meinen Vorrednern ist es für mich aber schon logisch, dass der Legislaturplan keine Balance Scorecard sein kann und dass er eher auf der Breite ist, schliesslich ist die Regierung oder der Staat auch kein Unternehmen.

In der Einleitung des Legislaturplans stehen für den Regierungsrat nachhaltige Entwicklung und soziale Verantwortung im Zentrum. Dies begrüssen wir sehr und sind auch für uns sehr wichtige Anliegen. Die aktuelle Weltlage ist, auch wie schon erwähnt, krisengeplagt und von einer bedrohlichen Erstarkung autoritärer Regimes. Wenn wir in Richtung USA schauen, und das sollten wir tun, dann müsste uns dies hier alle drin sehr besorgen. Wir können quasi täglich über die News zuschauen, wie einer der mächtigsten Staaten der Welt sich autoritär transformiert. Wir können hier nicht einfach wegschauen, Basel muss als reiche Stadt mit einer grossen humanistischen Tradition über seine Grenzen hinaus Verantwortung und Haltung zeigen.

Kommen wir nun zu den einzelnen Schwerpunkten. Also es überrascht uns nicht wirklich, dass der Regierungsrat Innovation und Wettbewerbsfähigkeit als ersten Schwerpunkt definiert. Es gibt zwar keine Hierarchisierung im Legislaturplan, doch die Reihenfolge ist dann irgendwie doch offensichtlich und auch klar, Kritik am Standortwettbewerb ist bitte zu unterlassen. Unter nachhaltiger Entwicklung und Wirtschaft stellen wir uns als BastA aber durchaus ein anderes Wirtschaften vor. Ein Wirtschaften, das neben Innovation und Wissenschaft, die durchaus wichtig sind, immer auch die menschlichen Bedürfnisse hier und anderswo auf der Welt mitdenken. Wir sehen unsere Stadt als Stadt und nicht als reinen Wirtschaftsstandort, der dauernd mit anderen in Konkurrenz steht. Wir wollen kein Feld auf einem Monopoly-Brettspiel sein. Basel als attraktiver Wirtschafts- und Life-Sciences-Standort ist in der Lage, sich für die Zukunft diversifizierter und kooperativer aufzustellen und sich so auch für zukünftige systemimmanente Krisen besser und solidarischer aufzustellen. Deshalb unterstützen wir auch beispielsweise die Initiative «Pharma für Alle», weil die genau in diese Richtung geht. Wir wollen also nicht immer mehr von demselben, sondern neue Wege des Wirtschaftens mit weniger Gier und weniger Privatisierung des Profits. Ja, es ist so, wir stellen das herrschende Wirtschaftssystem grundsätzlich in Frage, das ist Ihnen wahrscheinlich bekannt, und sind überzeugt, dass stetiges Wachstum gar nicht nachhaltig sein kann und unsere Zukunft massiv bedroht.

Unter einer ausgewogenen Steuerpolitik verstehen wir mehr Umverteilung und Verminderung der Ungleichheit. Die Schere muss sich wieder schliessen, davon steht leider kein Wort im Legislaturplan. Wir begrüssen aber die weitere Stärkung des ÖV, dieser sollte günstiger, wenn nicht gar gratis werden. Immer mehr Städte in Europa setzen dies bereits um und ob die Terminalerweiterung des Flughafens wirklich unseren Klimazielen entspricht, bezweifeln wir stark. Wir begrüssen die Stärkung von Partnerschaften in der Region und sind gespannt auf die konkreten Massnahmen zur Armutsbekämpfung auf internationaler Ebene. Neben all dem digitalen Galoppieren ist es uns aber als BastA wichtig, dass Menschen nicht ausgeschlossen werden und ein Recht auf ein analoges Leben weiter garantiert werden kann in unserer Stadt.

Zum zweiten Schwerpunkt, Sicherheit und Zusammenhalt, geht es ja primär eigentlich um den Service Public und dieser muss in den kommenden vier Jahren deutlich wieder gestärkt werden. Sicherheit ist immer auch soziale Sicherheit und es kann nicht sein, dass die Polizei zum Beispiel aufgrund des seit Jahren bestehenden Personalmangels nicht mehr in der Lage ist, seine Sicherheitsaufgaben in der Breite zu erfüllen. Die soziale Sicherheit und die Armutsbekämpfung ist für BastA ein zentrales Anliegen, in den letzten Jahren mussten wir hier fast ausnahmslos jeweils gegen den Willen der Regierung und der bürgerlichen Parteien unsere Verbesserungen durchbringen, damit wir nicht auf halbem Wege stehenbleiben und neue zukunftsfähige Ansätze eingeleitet werden können. Hier irgendwie zu sparen, zahlt sich in keiner Weise aus, etwas mehr Weitsicht, Mut und Engagement auch im Legislaturplan hätte ich mir hier gewünscht.

Bei der Gesundheitsversorgung, da gebe ich Herrn Bucher recht, das ist eigentlich ein bisschen schmal gehalten in diesem Legislaturplan, stellen wir fest, dass es eher ambulant und stationär heissen müsste. Der Effekt von AVOS ist nicht wirklich erkennbar. Es braucht mehr Leitplanken, Regulierungen und Stärkung der gemeinsamen Gesundheitsregion durch die beiden Kantone und wir müssen auch anerkennen, dass Spitäler für die gesundheitliche Grundversorgung nicht günstiger zu haben sind. Die Krankenkassenprämien sind zu deckeln und von der Pro-Kopf-Prämie müssten wir ja schon längstens mal wegkommen. Eine kantonale öffentliche Krankenkasse mit anderen Prämissen müsste endlich zum politischen Thema werden, auch für die Regierung. Alles andere ist halt eher Pflästerlipolitik.

Abschliessend noch zum dritten Schwerpunkt, Klimaschutz und lebenswerter Stadtraum, wir begrüssen es, dass die Regierung sich als führender Nachhaltigkeitsstandort positionieren möchte. Das Erreichen von Netto-Null 2037 muss unser Anspruch sein und dies erreichen wir halt nur mit strukturellen Massnahmen, welche auch die soziale Frage mitdenkt. Für BastA ist aber auch klar, dass wir den Pfad des stetigen Wachstums verlassen müssen. Einfach zu hoffen, dass wir mit grünen technischen Innovationen dies dann schon irgendwie hinkriegen, lehnen wir ab. Biodiversität fördern, Grundwasser schützen und chemische Altlasten konsequent beheben, können keine Nebenschauplätze sein, sondern muss Verpflichtung sein.

Der bezahlbare Wohnraum ist auch nach sieben Jahren «Recht auf Wohnen» immer noch viel zu knapp. Auch hier steht für mich ein bisschen zu wenig im Legislaturplan, wie das irgendwie dann trotzdem verbessert werden kann, denn gerade Sozialhilfeempfänger*innen haben nur noch sehr eingeschränkte Chancen auf dem Wohnungsmarkt. Die bestehenden Sozialhilfegrenzwerte sind primär Hindernis als Lösung, auch hier wünschte ich mir irgendwie neue Ansätze, die das ein bisschen aufnehmen.

Und nun abschliessend, das Stadtklimakonzept ist eines mit angezogener Handbremse. Wo bleiben die Innovationen und die grossen Ideen? Es entsteht der Eindruck, dass alles so halbherzig umgesetzt wird, alles so, dass niemand eingeschränkt wird und dies ist halt kaum möglich. Wir brauchen im Sommer kühle Orte und im Winter Schutz vor Kälte, da gibt es noch einiges zu tun.

Besten Dank für die Kenntnisnahme und für eine progressive Umsetzung des Legislaturplans in den kommenden vier Jahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP das Wort hat Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Im Namen der SP bedanke ich mich für den vorliegenden Legislaturplan. Als ich ihn gelesen habe, war mein erster Gedanke, da hat sich die Regierung wirklich ganz schön was vorgenommen. Der Plan ist dicht und das Schöne ist, es ist wirklich für jeden, glaube ich, in diesem Saal was dabei. Von Standortförderung zu Kriminalitätshotspots, zu der Bekämpfung der Armut und Velovorzugsrouten, dieser Legislaturplan legt sozusagen die Arme um das ganze politische Spektrum hier. Durch diese Breite ist er aber auch herrlich unkonkret und wenig greifbar. Ich verweise hier auf meine drei, es waren nur Vorredner, auf meine Vorredner und erspare Ihnen nochmals das Sinnieren darüber, ob ein Legislaturplan konkreter sein kann, müsste, ob man jetzt da schon Indikatoren einbauen müsste, könnte, etc., sondern ich komme direkt zum Inhaltlichen.

Ich möchte die drei Schwerpunkte, die sich der Regierungsrat gesetzt hat, ein bisschen mit der sozialdemokratischen Brille anschauen und vielleicht auch kurz kommentieren. Wenig überraschend und fast schon mantramässig beginnt der Legislaturplan mit dem Schlagwort der Wettbewerbsfähigkeit und der Standortattraktivität. Wie der Legislaturplan aber auch

richtig festhält, wurde mit dem Standortpaket ein grosser Pflock in diesem Bereich eingeschlagen, auch die Steuern wurden unlängst gesenkt. Die Auswirkungen dieser Massnahmen müssen nun kritisch angeschaut und evaluiert werden. Einer weiteren Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit, wie dies auf Seite 5 in Aussicht gestellt wird, steht die SP jedenfalls sehr kritisch gegenüber. Wir benötigen die Gelder, um den Herausforderungen der Zukunft und der Erfüllung dieses Legislaturplans zu begegnen.

Und auch bei der Kultur fragen wir uns, ob wirklich Exzellenz die höchste Maxime sein muss oder ob wir uns vielleicht nicht vielmehr die Frage stellen müssen, wie wir die Kultur für alle niederschwellig zugänglich machen und auch wie die Alternativkultur gefördert werden kann. Aber eben, das Schöne ist, auch in diesem Abschnitt gibt es ganz, ganz viele gute Sachen. Wir haben das Ziel der Erhöhung der Abschlussquote, wir haben die Stärkung der Weiterbildungsmöglichkeiten, wir haben den Ausbau des ÖV und des Aktivverkehrs und wir haben auch die Stärkung der Armutsbekämpfung, sowohl auf kantonaler wie auch auf globaler Ebene.

Dann zum Schwerpunkt Sicherheit und Zusammenarbeit. Hier muss die SP feststellen, dass ein bisschen ein veraltetes Sicherheitsverständnis vielleicht durchdrückt. Der Regierungsrat wünscht hier, anders gesagt, eine Stärkung von Law and Order. Ich habe es schon letzte Woche kritisiert, die Bekämpfung der häuslichen Gewalt, die explizite Nennung, die fehlt hier, das ist sehr schade. Und auch möchte ich zu bedenken geben, dass die Hotspots, die es zweifellos gibt in unserer Stadt, eben nicht nur durch Polizeipräsenz entschärft werden können, es gilt auch, diesen Personen Perspektiven zu bieten. Zum Beispiel ein Zuhause für alle durch die überfällige Umsetzung von Housing First oder setzt sich der Kanton mal auf Bundesebene aktiv dafür ein, dass das unsägliche Arbeitsverbot für Asylsuchende aufgehoben wird. Das wäre meines Erachtens wünschenswert. Sicherheit schafft man nicht nur durch Repression, sondern durch soziale Gerechtigkeit. Aber auch im Punkt Sicherheit und Sicherheitsempfinden stärken finden wir positive Punkte. Wir haben die Weiterentwicklung des Justizvollzugs und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Positiv bewertet die SP zudem die Bereiche Zusammenhalt, Teilhabe, Chancengleichheit und auch den Abschnitt zur Gesundheitspolitik. Es werden Projekte sein wie die Umsetzung der Motion Eberhard betreffend der Prämienentlastung oder auch die Einführung von Familienergänzungsleistungen, die diesen Zielen zum Durchbruch verhelfen.

Und schliesslich noch zum Bereich Klimaschutz und lebenswerter Stadtraum. Auch hier hat sich der Regierungsrat grosse Ziele gesetzt, und das zu Recht. Die Priorisierung des Klimaschutzes ist das Gebot der Stunde. Der Legislaturplan führt den bereits eingeschlagenen Weg oder die eingeschlagenen Projekte rund um das Thema Netto-Null bis 2037 fort. Besonders interessant wird hier die neue Klimaschutzstrategie für die Scope-3-Emissionen sein, wo wir heute noch weit vom Ziel entfernt sind. Auch im Bereich Verkehr setzt der Plan auf flächeneffiziente geteilte und kollektive Verkehrslösungen, das ist wichtig und richtig, aber eben auch hier, es bleibt abstrakt. Eine klare Zielsetzung zur Verlagerung weg vom motorisierten Individualverkehr wäre auch hier wünschenswert gewesen. Sie ist Voraussetzung, damit die Klimaziele im Verkehrssektor überhaupt erreichbar bleiben.

Gerade auch im Bereich des Bauens und der Quartierentwicklung nimmt sich der Regierungsrat ebenfalls vieles vor und vieles ist zeitgemäss und angebracht, um der Klimakrise Herr und Herrin zu werden. Die Prämisse Umbau vor Abbruch ist wichtig, um die CO_2-Emissionen in diesem Bereich zu reduzieren. Die Schaffung von Grünflächen bei neuen Bebauungsplänen klingt vielversprechend. Schlussendlich wird hier aber der Tatbeweis auch noch erbracht werden müssen, da es im Einzelfall, und ich möchte hier jetzt keinen konkreten Bebauungsplan nennen, es doch immer wieder Interessensanregungen gibt, die so und anders aussehen können. Schliesslich möchte die SP noch explizit betonen, dass die Ausweitung des Modells «Mietvertrag Plus» auf den Bestand explizit begrüsst wird.

Ja, die Flughöhe des Legislaturplans ist hoch, entscheidend wird sein, wie dieser Hochglanzprospekt umgesetzt und mit Leben gefüllt wird. Die SP, sicher im Parlament und ich glaube auch in der Regierung, ist bereit, für einen sozialen, modernen und offenen Kanton in die Hosen zu steigen. Fangen wir an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ja, es geschehen noch Wunder oder anders gesagt, Wunder geschehen erst dann, wenn man am wenigsten damit rechnet. Der Regierungsrat hat sich endlich nach vielen Jahren dazu entschieden, das Thema Sicherheit in den Legislaturplan aufzunehmen und ist offenbar auch endlich zum Entschluss gekommen, dass man diese zentrale Staatsaufgabe prioritär behandeln sollte. Weitermachen wie bisher geht aber auch nicht, weil der Kanton Basel-Stadt in einer groben sicherheitspolitischen Krise mit zahlreichen Missständen lebt. Seit Jahren zeigt die Kriminalstatistik, dass wir eine hohe Kriminalitätsrate haben. Seit Jahrzehnten sind wir regelmässig die kriminellste Stadt, auch wenn Solothurn aktuell nun offenbar auch Probleme hat. Seit Jahrzehnten wird Kriminalität mit dem Kanton Basel-Stadt assoziiert. Seit Jahren sinkt das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen und seit Jahrzehnten sind wir auch bei den Gewaltdelikten immer im Städtevergleich relativ weit oben. Erlauben Sie mir die Klammerbemerkung, wir kommen ja später noch darauf, da sind Fussballfans wohl nicht das grösste Problem in diesem Kanton.

Ein jahrelanger Unterbestand von über 100 Polizisten und mehrere zehntausend pendente Fälle bei der Staatsanwaltschaft, 13'000 unbehandelte Strafanzeigen im Jahr 2022 untermauern diese groben Missstände mit konkreten Zahlen. Aus diesem Grund ist es für die SVP-Fraktion ein Rätsel, weshalb man bezüglich Mitarbeiterbedingungen, Lohnerhöhung bei den Polizisten und bei der Kripo so lange gewartet hat. Die SVP-Fraktion versteht auch nicht, weshalb es die Finanzkommission und der Grosse Rat war, welche bei den Staatsanwälten mehr Stellen sprechen wollten als die Regierung, weil hier offensichtlich diese Missstände da sind und der Regierungsrat hier offensichtlich viel zu spät gehandelt hat. Gute Arbeitsbedingungen, hohe Löhne und mehr Ressourcen bei der Staatsanwaltschaft sind gerade die mittel- und kurzfristigen Massnahmen, um diese Missstände auch zu beheben.

Und auch die SVP hat in Absprache mit unseren ausgewiesenen Sicherheitsexperten in unserer Fraktion Dutzende Vorstösse in den letzten vier Jahren eingereicht, leider wurde die Mehrheit von diesen Vorstössen auch im Parlament abgelehnt. Ich bin davon überzeugt, dass unsere inhaltlichen Lösungen hier auch sehr viel zur Verbesserung beigetragen hätten. Nun gilt es aber, in die Zukunft zu blicken und wir von der SVP-Fraktion nehmen die Regierung beim Wort. Selbstverständlich werden wir weiterhin dieses Thema inhaltlich behandeln. Die Menschen haben ein Recht auf Sicherheit, die Menschen haben ein Recht darauf, sich im öffentlichen Raum sicher zu fühlen.

Wenn man den Vergleich jetzt zum Klima nimmt, dort haben wir in der letzten Legislatur, in den letzten Jahren zahlreiche Massnahmen durchgebracht. Es gab eine Spezialkommission Klima, es gab 20 Vorstösse, die breite Mehrheit fanden, man hat ja den Leuten schon das Öl und das Gas verboten, bevor sie überhaupt eine Alternative haben. Dann wäre es aber auch gerechtfertigt, dass in diesem Bereich, im Sicherheitsbereich ähnliche Bemühungen angestellt werden. Der Regierungsrat hat jetzt hier die Aufgabe, in den nächsten vier Jahren Klimaloki zu werden, insbesondere auch, wenn es darum geht, gesellschaftliche Massnahmen zu ergreifen, um diese hohe Anzahl an Gewaltdelikten zu bekämpfen.

Aus diesem Grund sind wir aber auch der Meinung, dass wir jetzt der Regierung diese Chance geben müssen, dass sie hier diesen Legislaturplan auch umsetzen soll und deshalb lehnen wir auch den Rückweisungsantrag der FDP ab.

Inhaltlich möchte ich noch kurz auch auf das Votum von Frau Bay reagieren. Ich bin teilweise gleicher Meinung, dass man vielleicht auch die häusliche Gewalt hätte in den Legislaturplan reinschreiben können. Ja, ich denke, wir wissen das auch beruflich, dass das ein grosses sicherheitspolitisches Problem ist, man darf aber auch sagen, wir haben in der letzten Legislatur ein Bedrohungsmanagement eingeführt, das ist nicht nichts, aber wir haben dort zumindest mal etwas gemacht, aber der SVP-Fraktion fehlt der konkrete Wille bei der Regierung, aber auch in der Parlamentsmehrheit, wie wir im öffentlichen Raum die öffentliche Sicherheit der Menschen und das subjektive Sicherheitsgefühl wieder verbessern. Dort wurden auch zahlreiche Vorstösse der SVP abgelehnt, man kann selbstverständlich auch sämtliche Vorstösse von uns ablehnen und diese nicht gut finden, aber eigene Initiativen in diesem Bereich wurde dann sehr wenig unternommen und wir bieten sehr gerne auch allen anderen Fraktionen Hand dafür, wenn wir hier gemeinsame Lösungen finden, damit auch diese öffentliche Sicherheit in Zukunft, dass wir dort Verbesserungen vornehmen können.

Dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesen Legislaturplan zur Kenntnis zu nehmen und ich bitte auch hier den Regierungsrat, dass man hier auch dieses Sicherheitsproblem anerkennt, nicht nur einfach einen Plan rausbringt und dann in vier Jahren vielleicht nochmal das gleiche Thema, sondern dass wir wirklich auch das inhaltlich jetzt bekämpfen und kurzfristige, mittelfristige und langfristige Massnahmen einleiten, damit auch die Kriminalstatistik langfristig, die Unterbestände bei der Polizei und auch die offenen Verfahren bei der Staatsanwaltschaft, dass wir dort Verbesserungen vollziehen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen danken dem Regierungsrat vielmals für sein grosses Engagement und die Präsentation des Legislaturplans. Wir finden es sehr sinnvoll, dass der Regierungsrat im vergangenen Legislaturplan erstmals drei Schwerpunkte gesetzt hat und diese konsequent auch weiterführt. Vor vier Jahren bereits haben wir angemerkt, dass sich unser Kanton vermutlich mit gewissen Themen auch über die laufende Legislatur hinaus intensiv beschäftigen werden müsse und so ist aus unserer Sicht nur logisch und sehr erfreulich, dass der Schwerpunkt Klimaschutz folgerichtig erweitert um den lebenswerten Stadtraum auch in dieser Legislatur ein Kernthema sein wird.

Wenig erstaunlich und ebenso erfreulich, dass sich auch das Thema Digitalisierung im neuen Legislaturplan als Querschnittsthema in Massnahmenpaketen wiederfindet bzw. bei der Umsetzung von Massnahmen eine tragende Rolle spielt. Punkto Digitalisierung hat David Wüest-Rudin anlässlich der letzten Legislatur auf die damit verbundenen Chancen hingewiesen, ohne dabei die benötigte kritische Beobachtung von Risiken unerwähnt zu lassen. Diese Aussage trifft unseres Erachtens auch heute noch zu. Denken wir an die datenschützerischen Bedenken im Zusammenhang mit der kantonalen Einführung von Cloud-Lösungen, aber auch an die aufgrund von eben solchen Bedenken erst im zweiten Anlauf gepackte Chance einer nationalen E-ID-Lösung, welcher unser Kanton zum Glück kürzlich mit klarem Mehr zugestimmt hat.

Dass der Regierungsrat auf kantonaler Ebene die digitalen Dienstleistungen für Unternehmen und das Publikum weiter ausbauen möchte, ist deshalb begrüssenswert. Verbunden mit der Hoffnung, dass die angekündigte niederschwellige Umsetzung kein Versprechen bleibt, dem Datensicherheitsaspekt jederzeit die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird und auch denjenigen Personen, die sich nach wie vor bevorzugt analog bewegen, der Zugang zu diesen Dienstleistungen weiterhin in gleicher Qualität gewährt wird.

Dass die Digitalisierung Einzug in fast alle unsere Lebens- und somit auch Politikbereiche gefunden hat, ist eine Tatsache, die wir bedauern mögen oder auch nicht. Und so schätzen wir Grünliberalen sehr, dass der Regierungsrat diesem anspruchsvollen Thema auch im Rahmen der gerade für unseren Standort so wichtigen innovationstreibenden Wissensgesellschaft, der verantwortungsvollen Nutzung von Data Science und KI auch innerhalb der Verwaltung und der nicht an Bedeutung zu unterschätzenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, aber auch im Rahmen der Cyberkriminalität Rechnung trägt.

Apropos regionale Zusammenarbeit, auf dem Sorgenbarometer der schweizerischen Bevölkerung steht regelmässig ganz oben die Krankenkassenprämienlast. Dass der Regierungsrat als Symptombekämpfung das System der Prämienverbilligungen weiter ausbauen sowie ambulante Behandlungen und die Prävention weiter fördern will, kann selbstverständlich nicht beanstandet werden. Auch die angekündigte vermehrte Propagierung des elektronischen Patientendossiers vermag hoffentlich, den einen oder anderen Taxpunkt im Rahmen einer ärztlichen Behandlung inskünftig zu vermeiden. Dies alles ist absolut auch in unserem Sinne. Die Grünliberalen fordern jedoch auch auf nationaler Ebene seit Jahren die Aufteilung der medizinischen Versorgung auf einige wenige Gesundheitsregionen, so können in der kleinräumigen Schweiz Synergien geschaffen und Überkapazitäten abgebaut werden. Im vorliegenden Legislaturplan schliesst sich zu dieser auch bei uns angestrebten regionalen Versorgungsplanung noch wenig und wenn wir die bikantonalen Bemühungen der vergangenen Jahre in diesem Bericht betrachten, sind wir Grünliberalen vom politischen Willen noch nicht ganz überzeugt und legen dem Regierungsrat sehr ans Herz, das Thema konsequent weiter zu verfolgen.

Ebenso prominent auf dem Sorgenbarometer steht mittlerweile auch das Thema Sicherheit. Wir unterstützen, dass der Regierungsrat das angespannte Empfinden vieler Einwohnenden aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen, ökologischen und insbesondere der geopolitischen wie gesellschaftspolitischen Lage, die auch vor unseren Türen nicht Halt macht, ernst nimmt und ihm im entsprechenden Schwerpunkt unter anderem mit der Zusage einer erhöhten Polizeipräsenz sowie einer reorganisierten gestärkten Strafverfolgung begegnen will.

Als noch wichtiger erachten wir jedoch die weiteren aufgeführten Massnahmenpakete zu folgenden zusammengefassten Themen: Inklusion und Teilhabe für alle Einwohnenden in allen Bereichen. Gleichstellung und Chancengerechtigkeit und insbesondere auch Bildung, wozu wir selbstverständlich auch ein breites Kulturangebot zählen. Nur wer frühzeitig zu zentralen gesellschaftspolitischen Fragen geschult wird, lernt mit Ängsten umzugehen, sie einzuordnen und entsprechende Handlungsoptionen zu entwickeln. Im besten Fall resultiert daraus Zugewandtheit und Interesse für das andere und die Einsicht, dass wir alle auf diesem Planeten bezüglich unserer Grundbedürfnisse letztlich nicht so unähnlich sind und bei deren Umsetzung auch einen weiteren Schritt aufeinander zugehen können. Sicherheit entsteht nicht durch Ausgrenzung, sondern durch Verständnis für das Gegenüber.

Ein letzter Punkt, das Klima. Für uns Grünliberale natürlich eines der zentralsten Anliegen. Persönlich wage ich zu behaupten, wenn wir als lokale wie globale Gesellschaft diese mit verbundenen politischen Herausforderungen jetzt nicht sehr zügig in den Griff bekommen, können wir uns auch nicht mehr über alle anderen politischen Themenbereiche unterhalten, weil es uns in dieser gesellschaftlichen Form schlicht nicht mehr geben wird. In Sachen Klima schliesslich noch von der digitalen zur städtebaulichen Transformation. Wir finden es sehr begrüssenswert, dass der Regierungsrat den Klimaschutz weiterhin als Schwerpunkt bearbeitet und ihn neu mit der Vorgabe des lebenswerten Stadtraums verbindet. Klimaschutz ist längst nicht mehr das Spezialthema irgendwelcher vorauseilender Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Der Klimawandel mit seinen Auswirkungen ist in der alltäglichen Wahrnehmung der Bevölkerung angekommen und wird uns alle in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ganz konkret beeinflussen und uns in unserer politischen Arbeit beschäftigen.

Unsere Transformationsareale müssen bezüglich Raumplanung nebst den selbstverständlich berechtigten Bedürfnissen der Nutzenden immer auch die Aspekte Klimaschutz und Klimaadaptationsmassnahmen, Umweltschutz, Biodiversitätsförderung, Ressourcenschonung, Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft sowie auch die zukünftige Schwammstadt und die Stadt der kurzen Wege, Thema Superblock, mitdenken. Dort haben wir alle Hebel in der Hand und wir haben dafür ja auch schon einige Weichen hier drin gestellt. Aber nicht nur dort, wo wie auch wieder die letzten Abstimmungen, zum Beispiel bei der Globusbegrünung oder zur Roche, gezeigt haben, auf dem gesamten öffentlichen und privaten Kantonsareal lassen sich Massnahmen umsetzen, die dem wirklich ernst zu nehmenden Klimawandel etwas entgegenzusetzen haben und somit auch dem lebenswerten Stadt- und Gemeinderaum inskünftig weiterhin eine Existenz geben.

Diese integrative Haltung überzeugt und wir freuen uns, vom Regierungsrat im Rahmen des bereits üblichen Reportings zu den Massnahmen alsdann Konkretes zu erfahren. In diesem Sinne nimmt die GLP-Fraktion den vorliegenden Legislaturplan alles in allem sehr wohlwollend zur Kenntnis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es sind nur zwei Einzelsprecher, Tim Cuénod und ich. Also ich bin da wirklich enttäuscht, wir sprechen über die Regierung und wir haben zwei Einzelsprecher, also hole ich die Kohle wieder einmal aus dem Feuer heraus. Ich wünsche mir mehr Diskussion, aber ich sehe, es findet nur wenig freie Diskussion statt. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, verlieren die Parlamente an der Macht und sind nur noch an der Gängelschnur der Regierungen und das wollen wir nicht. Wir müssen auch nicht lieb Kind gegenüber der Regierung spielen. Seit 1968, damals auf der Tribüne, bin ich hier im Rathaus und ich sehe, wie viele Parlamentsmitglieder sich regelrecht unterwürfig der Regierung andienen. Das geht nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Wer das macht, hat das Wort Grossrat sein etwas falsch verstanden. Herr Präsident, es ist meine Meinung, wir sind Grossrat, damit wir die Regierung kontrollieren und, parlamentsmässig fein ausgedrückt, in die Mangel nehmen. Aber nicht, dass wir alles fast blind absegnen, was uns die Regierung hinlegt. Die Regierung sagt uns nämlich nicht, was sie für Vorteile hat. Das steht in diesem Legislaturplan nicht drin. Meine Damen und Herren Grossräte, es werden teure Mittagessen zu Tagungen im Wenkenhof geliefert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber trotzdem, ich bin mit vielen Sachen nicht einverstanden. Es ist daher vonnöten, mal allgemein über die Regierung etwas zu sagen. Nochmals, meine Damen und Herren, Ihre erste Kernaufgabe hier in diesem hohen Hause besteht leider nur darin, die Regierung zu kontrollieren. Und wenn Sie Fehler entdecken und aufdecken, wie Grossrat Eric Weber, ich nenne nur das abgesagte Bundesratsfest für Eva Herzog, wenn Sie solche Fehler entdecken und aufdecken, dann dürfen Sie sich King nennen.

Über die Finanzen des Kantons ist gesprochen worden, ich möchte da natürlich auch noch etwas sagen, was mich beschäftigt. Basel müsste eine boomende Volkswirtschaft sein, wenn man die Schlagkraft der ökonomischen Beratung zum Massstab nimmt. Es wimmelt nur so von Räten, Gremien und Instituten, die der Regierung wirtschaftspolitisch zur Seite stehen. Wer es sich schönreden will, sieht darin eine ökonomische Schwarmintelligenz, die Reformen anstösst und das Wachstum in Schwung bringt. In Wahrheit wächst aber vor allem der Dschungel der Behörden und Stichwortgeber. Darum sage ich, geht es auch eine Nummer kleiner.

Jedes Departement hat seinen Pressesprecher und jede Unterorganisation des Departements hat auch einen hauptamtlichen Pressesprecher. Viele Journalisten wurden somit versorgt, in Basel haben wir rund 65 diverse Pressesprecher. Und dann muss ich noch zum Schluss sagen, die Grünen haben auch über Grün geredet, ich komme jetzt zu meinem Kernthema noch als Ein-Thema-Partei, was nützen Gleichstellungspläne, wenn 15-jährige Mädchen sich nicht mehr sicher zur Bushaltestelle trauen. Was nützen Sonntagsreden, usw., aber ich höre jetzt auf.

Schade, dass die Regierung nicht gesamthaft vertreten ist. Frau Eymann ist gegangen, Frau Keller habe ich noch gar nicht gesehen. Wäre ich Regierungsrat, würde ich alle anderen Termine absagen und hier Rede und Antwort stehen, aber nicht der Sitzung fernbleiben, das ist eine Geringschätzung gegenüber unserem Parlament. Frau Keller ist nicht da, Frau Eymann ist nicht da, alle weg.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Nachdem sich die verschiedenen Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher geäussert haben, wenn Sie in der Diskussion gesagt haben, was Sie gut finden an diesem Legislaturplan, was Ihnen fehlt vielleicht, wo Ihnen etwas nicht passt, möchte ich doch noch einmal aus der Sicht des GPK-Präsidenten ein paar Dinge sagen. Mein Vizepräsident Erich Bucher und andere haben es bereits angetönt. Es gibt einen Kritikpunkt der GPK, den haben wir im Gespräch dem Regierungsrat eigentlich auch schon bekannt gegeben und darüber geredet, und zwar haben wir in der Vergangenheit und in der Bilanzierung der letzten Legislatur und des Legislaturplans kritisiert, dass die sogenannten Massnahmen im

Legislaturplan teilweise sehr unverbindliche Formulierungen umfassen, dass zum Teil die Indikatoren fehlen, dass man präziser sein könnte, dass man sich messbare Ziele setzt, so dass es auch möglich ist, über eine gewisse Bilanzierung zu sprechen.

Ich stelle fest, das wird mit dem diesjährigen Legislaturplan nicht einfacher. Wir hatten in der letzten Legislatur drei Schwerpunkte, also Schwerpunkte sind in diesem Sinne nichts Neues, sechs Legislaturziele und insgesamt 46 Massnahmen auf 24 nummerierten Seiten. Abgesehen davon, dass das Dokument erheblich geschrumpft ist von 24 auf 10 Seiten im neuen Plan, vielleicht liegt das an der Gestaltung, wobei ich denke, nicht nur, fällt vor allem auf, dass die Massnahmen als solche weggefallen sind. Also keine 46 Massnahmen, über die man sprechen kann, die den einzelnen Zielen untergeordnet sind, und in diesem Sinne geht der Legislaturplan, gegen den sich zu sträuben aus meiner Sicht nicht wahnsinnig sinnvoll ist, aber er geht in eine Richtung, die leider dem widerspricht, was wir als GPK uns gewünscht hätten. Wir hätten uns eher verbindlichere Ziele, verbindlichere Indikatoren gewünscht.

So viel dazu, einfach auch damit nicht nur die Oberaufsichtskommission, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, was genau konkret die Ziele sind eines Regierungsrates, was er dafür getan hat als Massnahmen, um das zu erreichen und wo er seine Ziele erreicht hat und wo er die Ziele leider nicht erreichen konnte, aus vielleicht guten Gründen. Aber wir wünschen uns dort mehr Rechenschaft und etwas weniger Werbedokument und diese Kritik, glaube ich, muss man beim aktuellen Legislaturplan machen. Wobei man fairerweise sagen muss, dass doch in manchen Kapiteln an einigen Stellen durchaus sehr konkrete Ziele feststehen, aber es fehlt ein wenig die Systematik. Insofern sträube ich mich nicht gegen die Überweisung des Legislaturplanes, aber es ist nicht ganz einfach, damit auch besonders zufrieden zu sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Namens des Regierungsrats danke ich Ihnen für die interessierte Aufnahme unseres Legislaturplans. Ich möchte die inhaltliche Diskussion jetzt hier nicht im Detail aufnehmen, sondern einfach festhalten, dass wenn man Schwerpunkte setzt, man eben Schwerpunkte setzt und entsprechend es nicht eine Liste aller Aufgaben ist, die dieser Kanton und der Regierungsrat und sein Parlament haben.

Wir haben jetzt zum zweiten Mal solche Schwerpunkte gesetzt, drei an der Zahl, davon einer ähnlich wie das letzte Mal und zwei neue. Das ist uns bewusst als Regierungsrat, dass wir damit einerseits Applaus ernten von Leuten und politisch Aktiven, die ihre besonderen eigenen politischen Schwerpunkte dort auch sehen, und Kritik ernten von dort, wo man dann die eigenen Schwerpunkte vielleicht nicht direkt in den Titeln der einzelnen Schwerpunkte findet. Ich glaube aber, namentlich zum Thema Wohnschutz, der hier in der Debatte auch aufgegriffen und auch im Vorfeld der Debatte aufgegriffen wurde, findet sich vieles im Legislaturplan und die politischen Aufträge dort sind ja auch klar.

Nun, das führt mich zur zweiten Feststellung. Der Legislaturplan bewegt sich natürlich nicht im luftleeren Raum, sondern er ist eingebettet in die Aufträge, die uns die Kantonsverfassung gibt. Ein sinnhaftes Beispiel hier ist das Netto-Null-Ziel, das so in der Verfassung verankert ist und entsprechend auch im Legislaturplan seinen prominenten Niederschlag findet, aber natürlich auch das, was in den Gesetzen und in den Vorstössen, die Sie überweisen, vorkommt, all das ist auch eingeflossen in die Schwerpunktsetzung des Regierungsrats. Wir befinden uns hier ja nicht alleine in einem Raumschiff und machen selbst etwas, sondern wir befinden uns in einem Kontext.

Und dieses eingebettet sein des Legislaturplans, das wirkt auch in die andere Richtung. Auch diese Frage wurde ja aufgeworfen, was bedeutet denn der Legislaturplan jetzt für andere Konzepte und Strategien des Regierungsrats. Selbstverständlich sollen auch die fachspezifischeren Strategien und Konzepte Bezug nehmen auf den Legislaturplan. Ein Beispiel dafür ist das neue Kulturkonzept, das ja derzeit in der öffentlichen Vernehmlassung ist, das knüpft direkt an den neuen Legislaturplan an. Wir halten also uns selbst als Regierungsrat und wir halten auch die Verwaltung dazu an, in vernetzten Kategorien zu denken, eben nicht im luftleeren Raum sich zu bewegen, sondern im Kontext sich zu bewegen, entsprechend ist auch immer die Anforderung, wenn etwas ausgedacht wird seitens Regierungsrat, seitens Verwaltung, wenn neue budgetäre Mittel diskutiert werden, dass diese dann eben auch eine Abstützung haben in den strategischen Schwerpunkten, wie sie im Legislaturplan zum Ausdruck kommen.

Ich danke Ihnen für die Diskussion und freue mich, dass wir auch in den nächsten vier Jahren alle diese Themen, die im Legislaturplan aufgegriffen sind, auch hier dann in konkreten Vorstössen, in konkreten Vorlagen diskutieren können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch. Die Fraktion FDP beantragt, das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

6 Ja, 87 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007386, 22.10.25 11:26:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich gegen eine Rückweisung entschieden mit 87 Nein-Stimmen gegen 6 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 3 des Schreibens)

Titel und Ingress

Publikationsklausel. Dieser Beschluss wird im Kantonsblatt publiziert.

Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007388, 22.10.25 11:26:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

Der Legislaturplan 2025–2029 wird zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung. Das Geschäft ist erledigt.

11. Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2024, Bericht des RR

[22.10.25 11:27:03, 25.5386.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt, die konsolidierte Rechnung 2024 zu genehmigen. Das Wort hat der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die konsolidierte Jahresrechnung erlaubt als Führungsinstrument einen gesamthaften Überblick über die finanzielle Situation des Kantons, der Stammhaus genannt wird, unter Einbezug der Tochtergesellschaften sowohl in der Erfolgsrechnung als auch in der Bilanz. Sie gewährt somit eine andere Sichtweise in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des kantonalen Finanzhaushaltes. Der vom Regierungsrat beschlossene Konsolidierungskreis umfasst neben

dem Stammhaus die vollkonsolidierten Einheiten BVB, die IWB, die Universitäre Altersmedizin Felix Platter, die UPK, das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin und das Unispital sowie die mittels anteiligen Eigenkapital konsolidierten Einheiten. Dazu gehören die BKB und wesentliche Minderheitsbeteiligungen, auf welche der Kanton einen massgeblichen Einfluss ausübt und die er gemeinschaftlich mit anderen Kantonen führt.

Im Jahr 2024 belief sich der Betriebsaufwand des Konzerns auf insgesamt 7.1 Mrd. Franken, davon entfielen 4.6 Mrd. Franken auf das Stammhaus und 2.5 Mrd. Franken auf die Tochtergesellschaften. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich damit eine Zunahme um 88 Mio. Franken. Hauptursachen sind der höhere Personalaufwand von 73 Mio. Franken sowie ein gestiegener Transferaufwand von rund 67 Mio. Franken. Demgegenüber sank der Sach- und Betriebsaufwand um 50 Mio. Franken. Die Zunahme beim Personalaufwand ist auf den Personalaufbau im Stammhaus und bei den IWB zurückzuführen, insbesondere in den Bereichen Wärmetransformation und Photovoltaik. Der hohe Transferaufwand betrifft hauptsächlich Mehrkosten im Stammhaus. Tiefer ausgefallene Elektrizitäts- und Gaspreise bei den IWB führten hingegen zu einem geringeren Sachaufwand.

Der Betriebsertrag des Konzerns lag ebenfalls bei 7.1 Mrd. Franken, 4.4 Mrd. Franken im Stammhaus und 2.7 Mrd. Franken bei den Tochtergesellschaften. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Abnahme um rund 221 Mio. Franken, die vor allem auf tiefere Fiskalerträge und damit auf geringere Steuereinnahmen zurückzuführen sind.

Das Gesamtergebnis des Konzerns weist einen Überschuss von 291.6 Mio. Franken aus, davon entfallen 69 Mio. auf das Stammhaus, 149 Mio. auf die vollkonsolidierten Einheiten und 74 Mio. auf die nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Gesamtergebnis um rund 291 Mio. Franken zurückgegangen, hauptsächlich infolge der deutlich tiefer ausgefallenen Steuereinnahmen beim Stammhaus.

Insgesamt zeigt sich ein solides, operativ stabiles, aber ertragsseitig rückläufiges Jahr. Der Konzern investiert weiter in Zukunftsbereiche, während sich die Einnahmenseite, insbesondere die Fiskalerträge unterdurchschnittlich entwickelt haben. Die Bilanzsumme des Konzerns beträgt 21.3 Mrd. Franken, davon stammen 14.6 Mrd. vom Stammhaus. Das konsolidierte Eigenkapital beläuft sich auf 12.6 Mrd., wovon 7 Mrd. auf das Stammhaus entfallen. Im Vorjahresvergleich konnte das Eigenkapital weiter gestärkt werden, die Zunahme um insgesamt 361.7 Mio. Franken setzt sich aus 105.3 Mio. Franken beim Stammhaus sowie aus Anstiegen bei der BKB und den IWB zusammen. Bei der Uni Basel war demgegenüber eine Abnahme von 10.8 Mio. Franken infolge des Jahresflusses zu verzeichnen. Weitere Details können Sie der konsolidierten Rechnung entnehmen, die Ihnen auch zugestellt wurde.

Die Finanzkommission konnte die konsolidierte Rechnung mit der Finanzkontrolle besprechen, welche diese Rechnung prüfte und keine Unstimmigkeiten fand. Die konsolidierte Rechnung wird seitens der Finanzkontrolle zur Annahme empfohlen und dieser Empfehlung schliesst sich die Finanzkommission ebenfalls einstimmig an und wir bitten Sie heute, der konsolidierten Rechnung ebenfalls zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Somit hat Olivier Battaglia als Fraktionssprecher für die LDP das Wort.

Olivier Battaglia (LDP): Wir beraten heute über die konsolidierte Rechnung 2024, ein Dokument, das für uns Liberale mehr ist als nur eine Ansammlung von Zahlen. Es ist der Gradmesser für unsere finanzielle Verantwortung und Effizienz. Zunächst das Positive, der Kanton schliesst das Konzernergebnis mit einem beachtlichen Überschuss von 291.6 Mio. Franken ab. Dieser Erfolg ist vor allem ein Beweis für die Stärke und Innovationskraft unserer Wirtschaft. Es sind Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und Steuern bezahlen, die dieses Polster erst ermöglichen. Als LDP danken wir unseren steuerzahlenden Unternehmen für diesen Beitrag. Das gesamte Ergebnis ist zum Teil auf die Steuersenkungen, die die Liberalen auch unterstützt haben, zurückzuführen, aber wir sehen auch mit Sorge die ungebremste Ausgabenflut hier in diesem Haus. Es ist zu hoffen, dass das tiefere Ergebnis zu einem Umdenken der Ausgabenpolitik führt. Auch Basel kann sich nicht einfach alles leisten.

Was uns ernsthaft beschäftigen muss, ist die Ausgabenseite. Der Betriebsaufwand ist um 88.1 Mio. Franken angestiegen. Ein Teil davon ist auf den Personalaufwand und den Transferaufwand zurückzuführen, wie Joël Thüring schon bereits angemerkt hat. Wir fragen, ist jeder dieser zusätzlichen Franken notwendig und effizient eingesetzt? Ein liberaler Staat muss sich stets fragen, wo er sich verschlanken und bürokratische Hürden abbauen kann. Ein stetiges Wachstum der Verwaltung ist kein Selbstzweck. Die Inflation und der höhere Personalbedarf in Bildung sind zwar Erklärung, sie dürfen aber nicht zur Ausrede für mangelnde Sparanstrengungen werden. Wir müssen eine konsequente Priorisierung der Kostenkontrolle einfordern, damit die Ausgaben nicht ausufern.

Erfreulich sind die zielgerichteten Investitionen in unsere Infrastruktur von 234 Mio. Franken. Wir begrüssen den Ausbau der Energieinfrastruktur durch die IWB, denn eine moderne, unabhängige Energieversorgung ist essentiell für einen starken Wirtschaftsstandort. Ebenso sind Investitionen in die Spitzenmedizin, Investitionen in künftige Wettbewerbsfähigkeit unseres

Kantons ebenfalls wichtig. Das ist genau der richtige Ansatz. Der Staat soll Freiräume schaffen und die Rahmenbedingungen setzen, nicht aber unnötige Ressourcen binden. Die Stärkung des konsolidierten Eigenkapitals auf 361.7 Mio. Franken ist dabei ein wichtiger Schritt zur finanziellen Unabhängigkeit und zur Vorsorge für kommende Herausforderungen.

Die konsolidierte Rechnung 2024 ist solide, aber sie ist auch ein Weckruf. Sie bestätigt, dass wir dank unserer Wirtschaftskraft finanziell handlungsfähig sind, aber sie mahnt uns, die Ausgabenbremse anzuziehen und die Effizienz zu steigern. Als liberale Fraktion werden wir die konsolidierte Rechnung genehmigen, weil sie die finanzielle Stabilität unseres Kantons untermauert. Gleichzeitig fordern wir den Regierungsrat und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf, im kommenden Jahr noch konsequenter auf Sparsamkeit und Bürokratieabbau und eine marktnahe Leistungserbringung zu achten. Das anstehende Budget 2026 bietet hierfür das geeignete Instrument.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Franziska Stier das Wort.

Franziska Stier (BastA): Die konsolidierte Jahresrechnung 2024 zeigt wieder ein starkes Resultat. Basel-Stadt steht solide da und genau deshalb ist jetzt auch der Moment, über politische Prioritäten zu sprechen, denn was wir gleichzeitig sehen, ist eine wachsende Diskrepanz. Auf der einen Seite Überschüsse und Rücklagen, auf der anderen Seite steigender Druck auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. In der Pflege, in der Bildung, in der Stadtreinigung, also in den systemrelevanten Bereichen, die unseren Kanton am Leben halten. Auch bei den Sozialtransfers, Sozialhilfe, Beihilfen, EL ist mehr möglich und das Kleinbasel braucht dringend mehr aufsuchende soziale Arbeit. Wir von BastA fragen uns, wem nützt ein Überschuss, wenn gleichzeitig an den öffentlichen Leistungen gespart wird. Wenn der Staat sich selbst wie ein Unternehmen führt, Angestellte oder Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, ein unliebsamer Kostenfaktor sind, läuft etwas grundsätzlich schief.

Öffentliche Finanzen sind kein Selbstzweck, sie sollen den gesellschaftlichen Fortschritt sichern, sozialgerecht, klimagerecht. Deshalb fordern wir auch für die Zukunft Investitionen in Menschen statt in Rückstellungen, stabile Finanzierung öffentlicher und sozialer Dienste und faire Löhne und Arbeitsbedingungen für jene, die diesen Kanton täglich tragen. Es ist wichtiger, stolz auf unsere sozialen Errungenschaften, unsere hervorragenden Arbeitsplatzbedingungen in den Krankenhäusern und unser hervorragendes Bildungssystem zu sein als auf unsere Bilanz. Wir haben die Mittel, wir brauchen den politischen Willen, sie gerecht einzusetzen. Wir müssen aber auch mit Blick nach vorne ganz grundsätzlich über die Einnahmeseite reden. Ja, unserem Kanton geht es zurzeit sehr gut. Wir blicken mit den Pharma-Multis auch auf solide Steuereinnahmen, aber wir stehen in einer sehr instabilen weltwirtschaftlichen Gesamtlage und ein blindes Vertrauen auf die Steuereinnahmen der Multis ist ein gigantisches Clusterrisiko für unseren Kanton, das uns abhängig macht. Und über jeder politischen Auseinandersetzung zu kantonaler Konzernpolitik und sogar zu Bebauungsplänen schwebt ein grosses Damoklesschwert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Danke für die Annahme, könnten Sie mir kurz ausführen, wo dann gespart wird in diesem Kanton?

Franziska Stier (BastA): Ich gebe Ihnen gerne ein Beispiel. Aktuell sind die Lohnmassnahmen am Uniklinikum bekannt geworden, gesamthaft wurden lediglich 0,4% gewährt. Es wäre aber durchaus mehr möglich gewesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Tobias Christ das Wort.

Tobias Christ (GLP): Ich hätte beinahe auf ein Votum verzichtet, aber ich will jetzt doch ein paar Sachen nicht ganz so stehen lassen. Wir von der GLP können uns eigentlich vollumfänglich dem Votum von Olivier Battaglia für die LDP anschliessen, wir haben das vorher nicht abgesprochen, und ich will einfach nochmal betonen, ich will aufgreifen, was meine Vorrednerin gesagt hat, ich stimme voll mit ihr überein, es schwebt ein Damoklesschwert über uns. Wir haben diverse grosse Risiken auf der Einnahmenseite, das wurde genannt, wir haben auch, das wurde nicht gesagt, auch sonst haben wir eine, sage ich mal, ziemlich schwere Bilanz. Das ist nicht schlecht, wir sind stolz darauf und wir von der GLP finden es auch gut, zum Beispiel, dass wir ein sehr grosses, gut funktionierendes Unispital hier im Kanton haben, aber das sind finanzielle Risiken, die wir mit uns tragen. Daher ziehe ich auch ganz einen anderen Schluss aus dem, was meine Vorrednerin gesagt hat, nämlich wir haben diese Risiken und daher sollten wir, wie es Olivier Battaglia gesagt hat, auf der Ausgabenseite genau hinschauen und

wir von der GLP machen jetzt quasi auch schon eine kleine Ankündigung, dass es durchaus auch bei der kommenden Budgetdebatte Diskussionen geben wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auch in einer zweiten Runde. Joël Thüring wünscht das Wort.

Joël Thüring (SVP): Zum ersten Mal wird zur konsolidierten Rechnung gesprochen, habe ich festgestellt, das ist sehr erfreulich, dass Sie auch dieses Geschäft sehr ernst nehmen. Die Debatte ist sehr interessant, aber ich denke, sie wird dann vor allem geführt werden müssen, das hat mein Vorredner Tobias Christ gerade gesagt, auch in der Finanzkommission geführt werden müssen, aber dann am Schluss des Tages hier in diesem hohen Hause zum Budget 2026. Dort wird es darum gehen zu entscheiden, wo Sie als Parlament Ihre Prioritäten bei den Mehrausgaben, Mindereinnahmen oder was auch immer setzen wollen. Ich bitte Sie also weiterhin, diesem Antrag der Finanzkommission zu folgen und der konsolidierten Rechnung zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung der Tischvorlage

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007390, 22.10.25 11:41:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die konsolidierte Rechnung 2024 des Kantons Basel-Stadt wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

12. Universität Basel: Leistungsbericht 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Universität

[22.10.25 11:42:03, 25.0919.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die IGPK Universität beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die IGPK hat Catherine Alioth das Wort.

Catherine Alioth (LDP): Ich darf Ihnen heute den Bericht der IGPK Universität zum Berichtsjahr der Universität 2024 präsentieren. In meinem Überblick habe ich sowohl allgemeine Aspekte als auch spezifische Themen herausgegriffen, die zum Verständnis beitragen.

Zuerst Organisatorisches. Im April 2025 ist das Präsidium der IGPK Universität turnusgemäss an den Kanton Basel-Landschaft übergegangen, während der Kanton Basel-Stadt das Vizepräsidium innehält. Präsidiert wird die IGPK Universität für die nächsten vier Jahre von Landrat Karl-Heinz Zeller, während ich persönlich zur Vizepräsidentin gewählt wurde. Die IGPK Universität setzt sich gemäss § 20 des Universitätsvertrags aus je sieben Parlamentsmitgliedern der Trägerkantone zusammen.

Die IGPK Universität überprüfte den Vollzug des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel, insbesondere die jährliche Berichterstattung des Universitätsrates. Am 27. Juni fand im Kollegienhaus das Hearing statt, an dem die Vertreter der Universität in Anwesenheit des Erziehungsdirektors des Kantons Basel-Stadt und der Bildungsdirektorin Kantons Basel-Landschaft umfassend informierten, einen Fragenkatalog ausführlich beantworteten und der Kommission für ergänzende Fragen zur Verfügung standen. Das Berichtsjahr 2024 ist das dritte Jahr der Leistungsperiode 2022 bis 2025. Die IGPK stellte keine grundlegenden Mängel im Bereich Compliance und Good Governance fest und dankt der Universität für die konstruktive Zusammenarbeit. Sie verweist auch auf den Bericht der Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers.

Das Geschäftsjahr 2024 schliesst mit einem Verlust von 33.2 Mio. Franken ab. Dies bei einem Betriebsaufwand von 806 Mio. Franken und einem Ertrag aus ordentlicher Geschäftstätigkeit von 773 Mio. Franken. Getrübt wird die Jahresrechnung durch einen erhöhten Personalaufwand, der durch den Teuerungsausgleich von 2% zustande kommt, und sinkende Beiträge der übrigen Kantone gemäss der interkantonalen Universitätsvereinbarung. Es kommt zu einer Auflösung des freien Eigenkapitals, dieses beträgt nun 65 Mio. Franken. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft finanzieren die Universität mit 340 Mio. Franken, das entspricht 44,3% des Ertrags der ordentlichen Geschäftstätigkeit. Der Bund steuert 98 Mio. Franken oder 12,8% bei. Weitere 9,3% stammen von den Kantonen, die Studentinnen und Studenten nach Basel entsenden. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Grundfinanzierung leicht gesunken, die Projektbeiträge leicht angestiegen.

Im Berichtsjahr ist es der Universität gelungen, die Gesamtsumme der eingeworbenen Drittmittel auf einen neuen Höchststand von 197.1 Mio. Franken zu steigern. Damit erreicht die Universität eine Drittmittelquote von über 25,5% und belegt damit die hohe Qualität der Forschungsarbeiten. Im nationalen Vergleich weist die Universität Basel die höchste Drittmittelquote pro Professur auf. Die Gelder, die die Universität aus Bundesgeldern, das sind der Nationalfonds, Innosuisse und andere Bundesprogramme eingeworben hat, macht insgesamt 128 Mio. Franken aus. Mit 65% der eingeworbenen Drittmittel stellen sie den grössten Anteil dar. Das heisst, die Universität ist stark von der Förderung durch den Bund abhängig. Ein möglicher Lichtblick ist die vorläufige Assoziierung seit dem 1. Januar 2025, durch die es möglich ist, Forschungsgelder aus Horizon Europe zu akquirieren und die Drittmitteleinwerbung stärker zu diversifizieren.

Das ist sehr erfreulich und zeigt, dass diese Erfolgsquote nur dank der langjährigen Strategie der Universität möglich ist. Talentierte und engagierte Forscherinnen und Forscher werden international angeworben, es werden gute Rahmenbedingungen für die Forschung geschaffen und der wissenschaftliche Nachwuchs wird gezielt gefördert. Die zahlreichen Auszeichnungen, die Forschende der Universität Basel für ihre wissenschaftlichen Arbeiten erhalten haben, spiegeln das herausragende Engagement der Institution für Wissenschaft und Gesellschaft wider. Die Universität spielt zudem eine zentrale Rolle für die Wirtschaft und den Wissensaustausch in der Region Basel.

Dennoch befindet sich die Universität in einer schwierigen finanziellen Lage. Der Bund hat ein Entlastungspaket geschnürt, das auch im Hochschulbereich Einschnitte vorsieht. Es ist mit Entlastungsmassnahmen zu rechnen und diese werden auch die Universität Basel treffen. Wegen Kürzungen steigt die finanzielle Belastung der Universität und letztlich der Trägerkantone, da sie den Fehlbetrag pro auswärtige Studentin und Student ausgleichen müssen. In der Fakultätsgruppe 3, das ist die Medizin ab dem dritten Studienjahr, verursacht eine Reduktion von 4’700 Franken pro Student Mehrkosten von jährlich 3 Mio. Franken. Universitäten können so keine zusätzlichen Studienplätze für dringend benötigte Ärztinnen und Ärzte anbieten, was den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen verschärft.

Die Zahl der Studentinnen und Studenten in der Schweiz wird voraussichtlich um 15% steigen. Die Universität und die Trägerkantone planen daher ein Wachstum innerhalb der bestehenden Kapazitäten der Fakultätsgruppen 1 und 2, um die Kosten für Studentinnen und Studenten zu senken. 2024 verzeichnete die Universität mit 13’325 immatrikulierten Studentinnen und Studenten einen neuen Höchststand, der auf das kontinuierliche Wachstum der letzten Jahre und einen Rekord bei den Eintritten auf Masterstufe zurückzuführen ist. Das sind 2,5% mehr als im Vorjahr. Der Kanton Basel-Landschaft stellt 21% der Immatrikulierten gefolgt von 16% aus dem Kanton Basel-Stadt, 36% stammen aus der übrigen Schweiz und beeindruckende 27% aus dem Ausland. Diese diversifizierte Zusammensetzung der Studierendenschaft ist zwar ein hervorragendes Zeichen für die internationale Anziehungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Universität, jedoch finanziell kommen die Trägerkantone für die auswärtigen Studenten und Studentinnen auf. Diese Diskrepanz muss mit dem Bund und den Kantonen dringend geklärt werden.

Im Rahmen des Hearings wurde die IGPK umfassend über Knowledge Security an der Universität Basel informiert. Zu diesem Zweck wurde das Research Compliance Office eingerichtet. Ziel ist es, Wissen nachhaltig zu sichern, die Einhaltung der Exportkontrolle zu gewährleisten sowie die wissenschaftlichen Werte, insbesondere die akademische Freiheit zu schützen. Darüber hinaus soll die internationale Zusammenarbeit ethisch verantwortungsvoll und sicher gestaltet werden, um nationale Interessen und Werte zu wahren.

Bezüglich des Baufortschritts des Departements Biomedizin wurde die IGPK im Rahmen der jährlichen Berichterstattung darüber informiert, dass die Termine und Kosten zum Zeitpunkt der Anhörung eingehalten wurden und sich der Einsatz eines Totalunternehmers bewährt hat. Der Bau ist bereits weit fortgeschritten und grössere Projektänderungen sind nicht geplant, sodass grundsätzlich nicht mit höheren Kosten zu rechnen ist.

Aufgrund seiner Assoziierung mit der Universität ist die IGPK im Rahmen ihrer Aufgaben auch für das Swiss TPH zuständig. Am jährlichen Hearing wurde die IGPK umfassend informiert. Das Geschäftsjahr des Swiss TPH schloss mit einem Verlust von 620’000 Franken ab, dies bei einem Betriebsaufwand von 105 und 508 Mio. Franken. Hauptgründe hierfür waren die hohen Betriebskosten des neuen Hauptsitzes Belo Horizonte in Allschwil und die gestiegenen Personalkosten um 2,4%. Durch Sparmassnahmen konnten deutliche Einsparungen erzielt werden. Das Eigenkapital reduzierte sich auf 7 Mio. Franken. Drittmittel blieben mit 81 Mio. Franken stabil, die Finanzierung erfolgte zu 78% über Drittmittel und zu 22% durch Kernfinanzierung.

Für das Jahr 2025 wird die Drittmittelakquise des Swiss TPH durch Kürzungen oder gar Wegfall von Mitteln der DEZA, USAID und des Schweizerischen Nationalfonds zunehmend erschwert. Diese potenziellen Einschnitte in der Forschungsfinanzierung könnten die Durchführung und Weiterentwicklung zahlreicher Projekte erschweren oder gar unmöglich machen. Trotz dieser angespannten Situation verfügt das Swiss TPH bisher über keinen alternativen Plan für den Fall, dass diese Drittmittel wegfallen. Es sind also neue Strategien zur Sicherung der Finanzierung nötig.

Die Universität steht wie im vorliegenden Bericht eindringlich dargelegt vor finanziellen Herausforderungen, die nicht ignoriert werden können. Die kommende Entwicklung der Institution ist gefährdet. Die Stärkung ihrer finanziellen Basis ist deshalb entscheidend, um ihren bedeutenden Einfluss auf Bildung und Gesellschaft langfristig zu gewährleisten. Investitionen in die Universität sind Investitionen in die ganze Region.

Damit beende ich meine Ausführungen zum Berichtsjahr der Universität 2024. An dieser Stelle möchte ich den Verantwortlichen der Universität und der Swiss TPH sowie den Verwaltungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft für ihren Einsatz und die geleistete wertvolle Arbeit danken. Die IGPK Universität hat den Bericht am 15. September einstimmig verabschiedet und beantragt Ihnen, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen. Der Landrat hat den Bericht letzte Woche zur Kenntnis genommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich danke der IGPK für die wohlwollende Prüfung der Jahresberichterstattung und für ihren fundierten Bericht. Wie die IGPK freut sich der Regierungsrat über die Erfolge der Universität, insbesondere in der Drittmitteleinwerbung. Wir teilen aber auch die Sorgen der IGPK um die finanzielle Zukunft. Um die konkrete finanzielle Zukunft wird es zwar erst im nächsten Traktandum gehen, wo der Grosse Rat die Trägerfinanzierung für die Jahre 2026 bis 2029 behandeln wird.

Lassen Sie mich besonders an dieser Stelle kurz ein paar grundsätzliche Bemerkungen zum System der interkantonalen Ausgleichszahlungen für Studierende machen. Die aktuelle politische Diskussion ist diesbezüglich von Missverständnissen geprägt. Das universitäre Hochschulwesen liegt in der Schweiz in geteilter Verantwortung von Bund und Kanton. Der Bund führt den ETH-Bereich, elf Kantone tragen zehn Universitäten. Die interkantonale Universitätsvereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten von universitären Hochschulen, kurz IUV, regelt den Leistungsausgleich zwischen denjenigen Kantonen, die eine Universität führen, und denjenigen, die ihrer Bevölkerung kein solches Angebot machen können. Die IUV hat zum Ziel, allen Studienwilligen den freien Zugang zur gesamten schweizerischen Universitätslandschaft zu garantieren. Sie legt die Beiträge fest, welche der entsendete Kanton dem Universitätskanton bezahlen muss, um einen Anteil der am Universitätsstandort entstandenen Kosten abzugelten. Massgeblich für die Zahlungspflicht ist der Ort, an dem eine Studentin oder ein Student den Zulassungsausweis zur Universität erworben hat. Also wenn jemand beispielsweise im Engadin die Matura gemacht hat und in Basel Medizin studiert, zahlt der Kanton Graubünden einen Anteil der Ausbildungskosten.

Wie werden die IUV-Beiträge berechnet. Die neue IUV, die 2022 in Kraft getreten ist, sieht die effektiven vom Bundesamt für Statistik ermittelten Kosten als Berechnungsgrundlage vor. Dass nicht mehr mit Pauschalbeiträgen gearbeitet wird, sondern auf die tatsächlichen Kosten der Universitäten abgestellt wird, ist der entscheidende Systemwechsel von der alten IUV aus dem Jahr 1997 zur neuen IUV von 2022. Der Kanton Basel-Stadt ist der neuen IUV beigetreten, weil wir diesen Schritt, auf die effektiven Kosten abzustellen, richtig finden. Die neue IUV hat nun aber seit ihrer schrittweisen Einführung bei der

Universität Basel für Ertragsausfälle gesorgt. Das haben wir nicht so erwartet, aber wir können den Effekt erklären. Ein erster Grund für die Austragsausfälle besteht darin, dass das Studierendenwachstum an der Universität Basel etwas kleiner ausgefallen ist als erwartet. Wenn weniger IUV-Studierende verbucht werden, als budgetiert waren, fehlt Geld. Ein zweiter Grund liegt in der Bemessung der IUV-Beiträge. Die Berechnung für die Jahre 2022 bis 2024 erfolgte auf Basis der Kosten von 2019 und 2020. Die Teuerung, die wir in den letzten Jahren gewärtigt haben, war in den IUV-Beiträgen also nicht abgebildet. Entsprechend tief fielen sie aus. Für das Studienjahr, das diesen September begonnen hat, und für das nächste Studienjahr wurden aber bereits neue IUV-Tarife beschlossen. Diese enthalten die Teuerungseffekte der letzten Jahre und fallen daher höher aus. Auf absehbare Zeit sollten sich die IUV-Erträge der Universität Basel also erholen, gerade auch, wenn die Studierendenzahlen an der Universität strategisch wachsen, da die Studentengänge unterschiedliche Kosten aufweisen.

Sie fragen sich vielleicht mit der IGPK grundsätzlich, warum die Nicht-Universitätskantone sich nicht stärker an den Ausbildungskosten ihrer Studierenden beteiligen. Eine politische Gelingensbedingung für den Systemwechsel von der alten zur neuen IUV war es, dass der Gesamtrahmen der Zahlungen nicht anstieg. Die IUV sieht deshalb eine Reihe von Abzügen von den Vollkosten vor, die man alle politisch diskutieren kann und muss. Ein gewisser Abzug ist aber schlüssig, denn die Nicht-Universitätskantone können in der politischen Steuerung der Universitäten nicht mitbestimmen. Sie profitieren nicht von den direkten volkswirtschaftlichen Effekten des Universitätsbetriebs und sie haben keine Garantie, dass die entsandten Studierenden jeweils in ihren Heimatkanton zurückkehren, dort einen einträglichen Beruf ausüben und Steuern zahlen werden.

Wir sind mit der IGPK einig, dass wir das System überprüfen müssen. Wir haben uns zusammen mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft dafür eingesetzt, dass die vorgesehene Evaluation der neuen IUV vorgezogen wird. Im Anschluss können dann die politischen Diskussionen um die Abzüge der Nicht-Universitätskantone von den Vollkosten auf sachlicher Grundlage stattfinden. Die Einführung der IUV war dafür ein Schritt in die richtige Richtung.

Nach diesen Ausführungen bitte ich Sie um Kenntnisnahme des Jahresberichts 2024 der Universität.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich unterbreche die Sitzung hier. Wir fahren um 15 Uhr fort und es gibt eine Nachtsitzung heute Abend.

Schluss der 32. Sitzung

12:01 Uhr

Protokoll

der 33. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 22. Oktober 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Bülent Pekerman (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

12. Universität Basel: Leistungsbericht 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Universität 2
13. Universität Basel: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2026–2029; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der BKK 4
13.1. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Bildungsoffensive für Informatikfachleute auf Hochschulebene mittels Schaffung einer Fakultät für Informatik an der Universität Basel und an der FHNW sowie Ermöglichung der IT-Ausbildung an der FHNW statt in Brugg auch in der Region Basel, Bericht der BKK 16
13.2. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel, Bericht der BKK 16
14. Änderung des Schulgesetzes vom 4. April 1929 betreffend das alters- und niveaudurchmischte Lernen und die Spitalschulung sowie Beitritt zur Interkantonalen Spitalschulvereinbarung (ISV), Bericht der BKK 18
16. Universitätsspital Basel (USB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht der GSK 24
16.1. Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht der BKK 28
16.2. Universitäre Altersmedizin Felix Platter (UAFP); Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht der BKK 29
16.3. Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK) - Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht der BKK 30
18. Motion 1 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Entlastung der Polizei und Stärkung der Verkehrssicherheit durch konsequente Umsetzung von Verkehrskontrollen 30

Beginn der 33. Sitzung

Mittwoch, 22. Oktober 2025, 15:00 Uhr

12. Universität Basel: Leistungsbericht 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Universität

[22.10.25 15:00:10, 25.0919.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilunge zu machen:

Nachtsitzung

Für alle, die es noch nicht mitgeschnitten haben im Vorfeld, heute Abend treffen wir uns um 20 Uhr für eine Nachtsitzung.

Besuch auf der Tribüne

Weiter trifft gerade Besuch bei uns auf der Zuschauendentribüne ein. Auf der Tribüne begrüssen wir die Berufsschule Basel. Sie sind angehende Fachleute Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen mit Lehrperson Laurent Roth und haben schon vorhin fleissig mit Jessica Brandenburger über die Basler Politik diskutiert. Herzlich willkommen bei uns.

Balz Herter, Grossratspräsident: Weiter wollte ich Ihnen noch mitteilen, dass Sie doch bitte die Beschriftungen an den Sitzungszimmern berücksichtigen sollten. Die Schulklasse hatte ein Raum gebucht, der dann aber besetzt war durch Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Wir fahren mit Traktandum 12 fort und haben als erste Fraktionssprecherin Franziska Stier für die BastA.

Franziska Stier (BastA): Zunächst möchte ich der Kommission für den aufschlussreichen Bericht, aber auch Mustafa Atici für seine Ausführungen danken. Der Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission zur Universität Basel liest sich, wenn man genau hinschaut, wie ein Symptom unserer Zeit. Öffentliche Bildung wird schrittweise privatisiert, ökonomisiert und unterfinanziert. Auch wenn die Prognosen zu den Beiträgen der interkantonalen Universitätsvereinbarung mit den Ausführungen von Regierungsrat Mustafa Atici etwas Besserung verspricht, stehen Bundeskürzungen an. Der Bericht zeigt klar, dass die Finanzierung der Universität in Schieflage geraten ist. Statt solidarischer nationaler Finanzierung erleben wir so den Rückzug des Bundes und ganz generell die Aushöhlung eines zentralen öffentlichen Guts. Bildung darf aber kein Standortprojekt sein, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Hinzu kommt, die Universität wird immer abhängiger von Drittmitteln. 25% des Budgets stammen inzwischen aus Wettbewerbs- und Projektgeldern, die höchste Quote der Schweiz. Das mag auf dem Papier gut aussehen, tatsächlich aber zwingt es die Wissenschaft zunehmend, sich nach Marktkriterien auszurichten. Geforscht wird dann nicht mehr, wo ein gesellschaftliches Bedürfnis besteht, sondern wo Bezahlung winkt. Was sich nicht rechnet, verschwindet und genau das trifft vermehrt die kritischen Gesellschafts- und Sozialwissenschaften, also jene Disziplin, die gesellschaftliche Pathologien überhaupt erst sichtbar machen. Soziale Ungleichheit, Geschlechterverhältnisse, autoritäre Tendenzen.

Besonders besorgniserregend ist aus unserer Sicht auch die Situation des Tropeninstituts. Die Drittmittel DEZA und USAID fallen teilweise bzw. ganz weg, Baselland zieht sich aus der paritätischen Finanzierung zurück, es werden Sparmassnahmen durchgesetzt, das Personal soll 3% einsparen und die medizinischen Dienstleistungen sollen Gewinne abwerfen. Am Ende heisst das Spardruck, Befristung und Angst vor Jobverlust. Für ein Institut, das global für öffentliche Gesundheit arbeitet, ist das ein Armutszeugnis. Wenn der Staat sich aus der Verantwortung zieht, wird Wissen zur Ware, und Beschäftigte, Forschende und Studierende, ja eigentlich die ganze Gesellschaft zahlen den Preis.

Abschliessend, die Universität und das Swiss TPH brauchen unsere Unterstützung, trotz und mit der Schieflage, anstatt Sparzwängen und Privatisierungstendenzen. Unsere Initiative «Pharma für alle» kann dabei helfen, aber es braucht auch eine Auseinandersetzung mit dem Bund und wir müssen klarstellen, dass uns Bildungsabbau und Forschungsabbau teurer

zu stehen kommen als ein ausfinanziertes Bildungssystem. Von der Kita bis an die Uni, ohne dabei all die anderen Verzweigungen unseres Bildungssystems zu vergessen.

Für BastA ist klar, es geht uns nicht nur um die Universität, aber eben auch. Wir von BastA setzen uns ein für eine vollständig öffentliche Finanzierung, die Abschaffung von Studiengebühren, Entfristung und mehr Mitsprache für Studierende und Beschäftigte. Nur so bleibt die Universität ein Ort, der gesellschaftliche Herausforderungen kritisch beleuchtet und Lösungen für die drängenden Fragen unserer Zeit schafft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss schon noch ein bisschen klarstellen, was meine Vorrednerin Frau Stier gesagt hat. Also das kann nicht so stehenbleiben, Frau Stier. Die Uni Basel hat viel Geld, aber die Universitäten im Osten Deutschlands haben viel, viel weniger Geld und das müssten Sie wissen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat nichts mit der Sache zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie hat gesagt, die Uni Basel habe zu wenig Geld, das muss ich bestreiten. Ich muss auch bestreiten, wenn Frau Stier sagt, da gibt es einen Jobverlust. Es gibt keine Kündigungen bei der Uni Basel und wenn einer den Job verlieren würde, gibt es eine Anschlusslösung. Das ist meine persönliche Meinung. Ich finde, es gibt ein ungeschriebenes Gesetz eines jeden Parlamentes und als Parlamentsneuling ziemt es sich nicht, so oft zu reden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 13 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Zustimmung zum Bericht

2. Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007393, 22.10.25 15:08:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht 2024 zum Leistungsauftrag der Universität Basel wird gemäss § 19 lit. b des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (Universitätsvertrag) vom 27. Juni 2006 zur Kenntnis genommen.

2. Ziffer 1 dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen.

13. Universität Basel: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2026–2029; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der BKK

[22.10.25 15:08:05, 24.0195.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Heute Morgen und jetzt noch abschliessend haben wir den Bericht der Leistungserbringung für das Jahr 2024 der Universität gehört. Wir haben vernommen, dass die Finanzierung der Uni stark unter Druck steht. Das kann auch aus dem Ratschlag des Regierungsrats für den Leistungsauftrag und den Globalbeitrag 2026 bis 2029 entnommen werden. Gründe für diese finanzielle Belastung sind die hohe Teuerung, steigende strukturelle Personalaufwände, stagnierende Bundesbeiträge und sinkende Mittel aus der interkantonalen Universitätsvereinbarung. Die entstandenen Defizite wurden durch Eigenkapital ausgeglichen, das haben wir auch heute Morgen schon gehört.

Die Mittel für die Universität steigen mit dem neuen Globalbeitrag um 10% im Bereich Lehre und Forschung bzw. 13,3% im Bereich Infrastruktur und auch die Teuerungskosten werden berücksichtigt. 14.9 Mio. Franken stehen der Universität für die strategische Weiterentwicklung zur Verfügung. Damit kann unter anderem ein neuer Bachelor in Nachhaltigkeit, der Ausbau von Zukunftstechnologien, die Stärkung der Medizin und Gesundheitsforschung sowie Reformen der Arbeitsbedingungen für Doktorierende und Postdoktorierende angegangen werden.

Dieses Ergebnis unterstützt die BKK ausdrücklich. Zwar hält die Kommission fest, dass vorliegender Leistungsauftrag und Globalbeitrag inhaltlich nicht geändert, sondern nur zurückgewiesen werden kann. Da die Kommission sich über die Wichtigkeit und den Wert der Universität für die Region sehr bewusst ist und eine Rückweisung der Vorlage absolut nie zur Diskussion stand, hat sich die BKK in ihrer Beratung hauptsächlich auf die Zukunft der Universität fokussiert. So erachtet die Kommission die übernächste Leistungsperiode ab 2030 als sehr herausfordernd für die Universität. Nebst dem, dass das Umfeld zunehmend schwieriger wird, ist auch die Drittmittelakquise kein Selbstläufer. Die Universität Basel weist bereits jetzt den höchsten Pro-Kopf-Vertrag an Drittmitteln aller Schweizer Universitäten auf und ist entsprechend sehr professionell und kompetitiv aufgestellt. Zudem spielt die gute Reputation der Uni bei der Gewinnung von Forschungsmitteln eine grosse Rolle. Allerdings benötigt das Einwerben all dieser Drittmittel ein grosser personeller Aufwand.

Ein weiteres Thema, womit sich die BKK auseinandergesetzt hat, ist die paritätische Finanzierung der Uni durch die beiden Trägerkantone. Beide Kantone tragen jeweils die Vollkosten ihrer Studierenden, zusätzlich übernehmen sie jenen einen Anteil des Restdefizits. So übernimmt der Kanton Basel-Stadt 10% des Defizits als Abgeltung des Standortvorteils. Das verbleibende Defizit wird gemäss der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgeteilt. Die BKK geht davon aus, dass aufgrund des Ausgabenwachstums der Universität und der finanziellen Lage des Kantons Basel-Landschaft diese paritätische Finanzierung, die schon seit Jahren nicht paritätisch ist, noch mehr in Schieflage geraten wird. Zwar budgetiert der Kanton Basel-Landschaft für die kommenden Jahre wieder schwarze Zahlen, trotzdem hat der Kanton gemäss Ratschlag ein weiteres Mal die Überprüfung der gemeinsamen Trägerschaft und die Anpassung der finanziellen Möglichkeiten initiiert. Ebenfalls gemäss Ratschlag sind die beiden Trägerkantone übereingekommen, dass in der kommenden Leistungsperiode der Finanzierungsschlüssel mit Fokus Standortvorteil zu Lasten des Kantons Basel-Stadt zu überprüfen sei. Da ist aus Sicht der BKK der Grundtenor gesetzt.

Eine weitere Unsicherheit, die aus dem Kanton Basel-Landschaft auf die Uni und den Kanton Basel-Stadt zukommt, sind politische Vorstösse. Die Gemeindeinitiative spricht zwar tatsächlich ein Thema an, das auch aus Sicht des Kantons Basel-Stadt besser gelöst werden müsste, dass nämlich die Universitätskantone einen Teil der Ausbildung aller ausserkantonalen Studierenden finanzieren müssen, weil die IUV-Beiträge bereits gering sind und jetzt noch sinken, das ist schwer nachzuvollziehen, und müsste tatsächlich aus Sicht der Universitätskantone gerechter geregelt werden. Dass die Gemeindeinitiative aber zuerst die Kündigung des Universitätsvertrags verlangt und dann in einem zweiten Schritt den Kanton Basel-Landschaft auffordert, alles Mögliche zu unternehmen, damit auf Bundesebene ein interkantonaler Universitätsvertrag abgeschlossen werden kann, ist für das erfolgreiche Weiterbestehen der Universität schädlich. Viel besser wäre es, die Universitätskantone würden sich gemeinsam überlegen, wie die Finanzierung der universitären Ausbildung, die gemäss eidgenössischer Maturitätsanerkennungsverordnung allen Menschen, die ein kantonales Maturitätszeugnis vorweisen können, in der ganzen Schweiz offensteht, wie das gerechter aufgeteilt werden könnte. Da

müsste auch der Bund Verantwortung übernehmen. Zwar haben wir von Regierungsrat Mustafa Atici heute Morgen Gründe für diese geringe IUV-Finanzierung gehört, trotzdem braucht es aus Sicht der BKK hier eine gerechtere Lösung.

Ebenfalls für grosse Unsicherheit sorgt eine zweite Initiative aus dem Baselbiet, die verlangt, dass sich Studiengänge der Universität an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren soll. Die BKK erachtet es als entscheidend, dass die Universität von beiden Trägerkantonen vollumfänglich unterstützt wird. Die Universität braucht finanzielle Sicherheit und die gemeinsame Trägerschaft, damit sie sich auf ihr Kerngeschäft fokussieren und sich erfolgreich weiterentwickeln kann.

Ich habe es bereits erwähnt, die BKK erachtet es als unbefriedigend, dass sie alle vier Jahre bei Vorlage des Leistungsauftrags und des Globalbeitrags jeweils vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Aus Sicht der BKK müssen die beiden vorberatenden Kommissionen, eben die BKK und die BKSK früher in die Beratung involviert werden. Dies gilt insbesondere, wenn künftig der Staatsvertrag im Zuge der Verhandlungen um den Standortvorteil diskutiert werden sollte. Die BKK wird entsprechend beim Ratsbüro die parlamentarische Begleitung bei der Vorbereitung des Staatsvertrags gemäss § 38 Abs. 1bis der Geschäftsordnung des Grossen Rats beantragen. Für die BKK wichtig ist auch, dass die Universität eine Strategie erarbeitet, wie mit den stetig steigenden Kosten im Immobilienbereich umgegangen werden soll und dass sie eine strategische Neuausrichtung in Bezug auf die Studiengebühren für ausserkantonale und ausländische Studierende initiiert.

Die BKK stimmt dem Abschreiben des Anzugs Bruno Lötscher mit 9 Stimmen und 2 Enthaltungen zu. Beim Anzug Amina Trevisan stimmt die BKK mit 6 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung gegen den Antrag auf Stehenlassen und einstimmig beantragt die BKK, den Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2026 bis 2029 für die Universität anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Regierung hat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich danke der Kommission für ihre sorgfältige und engagierte Arbeit. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei den Mitgliedern des Landrates des Kantons Baselland für die Unterstützung des Leistungsauftrags und Globalbeitrags für die Jahre 2026 bis 2029 bedanken. Das hat mich sehr gefreut. Diese Entscheidung ist für unsere Region und für die Universität sehr wichtig.

Meine Damen und Herren, so unverzichtbar die Universität für die Region Basel ist, so unverzichtbar ist die Finanzierung durch die beiden Träger für die Universität. Die Tatsache, dass die Universität und beide Träger in einem gegenseitigen, unauflösbaren Abhängigkeitsverhältnis stehen, kommt im Bericht der BKK gut zum Ausdruck. Darüber habe ich mich gefreut. Denn es war diese Tatsache, die uns in den Verhandlungen zum Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2026 bis 2029 massgeblich leitete. Das gemeinsame Verständnis über die Notwendigkeit einer stabilen und sicheren Finanzierung der Universität half uns, in den Verhandlungen zum Globalbeitrag schnell einig zu werden. Der Kanton Baselland ist über seinen Schatten gesprungen und auch die Universität beharrte nicht auf ihren Maximalforderungen. So lassen sich Wege finden, die insgesamt zielführend sind und eine klare Perspektive garantieren.

Dabei dürfen wir nicht unterschätzen, wie sehr es den Trägern in den Verhandlungen hilft, dass der Finanzierungsschlüssel bereits heute keinen streng paritätischen Aufteilungsmechanismus kennt. Schon bei der Etablierung der gemeinsamen Trägerschaft zielte man nicht auf eine zahlenmässig gleiche, sondern auf eine partnerschaftliche Finanzierung, die die unterschiedlichen kantonalen Ausgangslagen mitberücksichtigt. So war der Standortvorteil des Kantons Basel-Stadt von Beginn an ein Berechnungskriterium in der Aufteilung des Globalbeitrags. Dass seit 2022 auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der beiden Kantone berücksichtigt wird, scheint mir eine gute, weil partnerschaftliche Lösung zu sein. Eine streng ausgelegte Parität wäre mit Blick auf die grossen Dimensionen des Globalbeitrages finanzpolitisch nicht umsetzbar und politisch schwierig.

Dass der Standortvorteil nun erneut zur Diskussion stehen soll, mag ärgerlich sein, sollte uns aber nicht beunruhigen. Entweder schaffen wir es dieses Mal, den Vorteil auf eine transparente, berechtigte Basis zu stellen, oder wir suchen erneut nach einem politischen Kompromiss. Eine bikantonale Arbeitsgruppe hat soeben die Arbeit aufgenommen und ich bin angesichts der konstruktiven Zusammenarbeit mit unserem Partnerkanton zuversichtlich, dass wir ein gutes Ergebnis erlangen werden. Die Universität ist zu wichtig und zu bedeutsam, als dass wir uns dieser Diskussion nicht immer wieder von Neuem stellen müssen und von Neuem stellen wollen. Ich kann Ihnen versichern, dass das Wissen um die gegenseitige Anwesenheit aller drei Partner auch in diesen Verhandlungen massgebend sein wird. Dabei ist vollkommen klar, dass eine Lösung auch für unseren Kanton tragbar sein muss. Deshalb dürfen wir uns auch nicht allein auf den Aufteilungsmechanismus zwischen den beiden Trägerkantonen fixieren.

Zu Recht erweitert die BKK den Horizont und spricht in ihrem Bericht die Immobilienentwicklung an. Dort haben wir die strategische Mitverantwortung der Universität bereits eingefordert und stehen in einem guten Dialog. Überlegungen machen wir uns auch über eine Systematisierung von Kooperationen mit anderen Universitäten. Hier wollen wir sehr bald einen Schritt weiterkommen. Auch die Studiengebühren sind ein Thema, das wir mit der nötigen Offenheit angehen sollten. Allerdings darf man sich hier keinen Illusionen hingeben, so kann die Uni Studierende aus den Trägerkantonen und

ausserkantonale Studierende nicht ungleich behandeln. Und so sehr ich es wünsche und mich dafür einsetze, dass die ausserkantonalen Studierenden stärker als heute durch ihre Herkunftskantone mitfinanziert werden, einer Erhöhung stehen die Nicht-Unikantone naturgemäss und, wie bereits ausgeführt, aus nachvollziehbaren Gründen kritisch gegenüber. Bei den Studierenden aus der EU wiederum haben wir nach Annahme der Bilateralen III, die für die Zukunft des Forschungsstandorts Schweiz von allergrösster Bedeutung sind, keinen Spielraum für eine Ungleichbehandlung. Es bleiben also die Studierenden von ausserhalb der EU. Aber auch hier wäre es wohl keine gute Idee, wenn die Universität Basel einen ganz eigenen Weg ginge und den nationalen Kontext ausser Acht liesse.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wie die BKK beschäftigt auch mich die finanzielle Zukunft der Uni stärker als die Gegenwart. Vor lauter offenen Fragen und den neuen Herausforderungen dürfen wir aber nicht übersehen, dass wir ein gutes Verhandlungsergebnis vorlegen können. Es sichert die finanzielle Zukunft der Universität für die nächsten vier Jahre ab und legt zugleich das Fundament für die Jahre darüber hinaus. Der Globalbeitrag, den wir dem Parlament beantragen, beträgt 1’504.15 Mio. Franken.

Die Kommissionspräsidentin hat erwähnt, die Sparte Lehre und Forschung erhält 10%, die Sparte Immobilien 13,3% mehr Mittel. Was wird mit diesen zusätzlichen Mitteln ermöglicht? Einen grossen Beitrag, nämlich rund 60 Mio. Franken, bedarf es für den Ausgleich der Teuerung auf die Lohnkosten. Der Teuerung einerseits, die sich in der letzten Leistungsauftragsperiode kumuliert hat, der Teuerung andererseits, die voraussichtlich anfallen wird. Ebenso ins Gewicht fallen die Folgekosten der bereits bewilligten Neubauten. Hierfür wurde die Immobiliensparte mit zusätzlichen 40 Mio. Franken alimentiert. An die strategische Entwicklung der Universität tragen die Kantone knapp 15 Mio. Franken bei und es bedarf 10 Mio. Franken, um den Mehrwert des Biozentrums auszufinanzieren.

Apropos Biozentrum, ich bin sehr froh, dass wir mit dem vorliegenden Ratschlag dieses nicht ganz einfache Kapitel abschliessen können. Wie erwähnt, gelten wir mit 10 Mio. Franken die Abschreibungskosten aus, die der Universität durch die Wertsteigerung des Biozentrums entstehen. Und wir gleichen mit einem einmaligen Beitrag die nicht werthaltigen Mehrkosten aus, die durch Bauschäden und Planungsfehler entstanden sind und die von der Universität vorfinanziert wurden.

Zufrieden bin ich auch über die neuen Ziele im Leistungsauftrag. Ich hebe die zwei für mich bedeutsamsten hervor. Es ist wichtig, ich knüpfe an mein vorangehendes Votum an, dass sich die Uni Gedanken macht über ein gezieltes Studierendenwachstum. Wo macht ein Anstieg fachlich und finanziell Sinn, wo eher nicht. Es ist zweitens wichtig, dass die Universität eine Strategie zur nachhaltigen Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses vorlegt. Wie lassen sich Stellen von Doktorierenden und Postdoktorierenden so ausgestalten, dass sie als befristete Qualifikationsstellen nachhaltige Perspektiven sowohl ausserhalb wie auch innerhalb der Universität bieten.

Geschätzte Damen und Herren, ich danke Ihnen, wenn Sie den Leistungsauftrag und den Globalbeitrag im beantragten Umfang genehmigen und ich danke Ihnen, wenn Sie mit Blick auf die Entwicklungen an den hiesigen Hochschulen und unter Berücksichtigung der Ziele im Leistungsauftrag die zur Beratung anstehenden Anzüge als erledigt abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zu den Fraktionssprechenden. Hier hat sich David Jenny für die FDP eingetragen.

David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt natürlich den Anträgen zu. Ich glaube, es gibt nichts Alternativloses in diesem Leben, aber heute ist es so, auch bezüglich der beiden Abschreibungen. Ob wirklich die Universität hier gerecht entschädigt wird für das Biozentrum-Baudebakel, darüber könnte man philosophieren, vor allem ein geschätzter Fraktionskollege. Unser Hauptinteresse gilt der, ich spreche mal militärisch, der nächsten Geländekammer ab 2030, auf die bereiten wir uns ab heute vor, die Voten werden auch darauf fokussieren oder haben auch schon fokussiert. Ich glaube, die vielfältigen, man könnte Bedrohung sagen, Herausforderungen, etc., die die Uni zu bewältigen hat und die Trägerkantone, die sind klar, die muss ich jetzt nicht episch ausbreiten. Leider ist heute eine Bedrohung dazugekommen. Wenn eine Fraktion hier verzichtet, auf private Drittmittel zu verzichten, dann gefährdet sie wirklich die Existenz unserer Universität, das muss so deutlich gesagt werden.

Ich darf auch darauf hinweisen geschichtlich, die Universität Basel wurde nach der Kantonstrennung durch private, zivilgesellschaftlich aufgebrachte Mittel durch die Freiwillige Akademische Gesellschaft massgeblich mitgerettet und ich glaube, das ist eine Lektion der Geschichte, die wir durchaus würdigen können. Also wir sollten keine destruktiven Vorschläge machen, wir sollten auch nicht illusorische Hoffnungen haben. Leider können wir keine Verträge zulasten Dritter abschiessen, zulasten der anderen Kantone, das hat Regierungsrat Mustafa Atici jetzt zweifach ausgeführt. Wir haben im Bund auch beschränkten Einfluss, das hat leider das Herzstück wieder bewiesen, ich hoffe, wir machen es bezüglich Bildung besser, aber wir müssen mal realistisch davon ausgehen, beispielsweise die Chancen, wirklich wesentlich bessere Beteiligungen anderer Kantone zu erhalten, sind nicht wesentlich besser als unsere Chancen, die volle Standesstimme zu erreichen und man muss von realistischen Szenarien ausgehen.

Die Parlamente, das betrifft ja nicht nur unser Parlament und die Bildungs- und Kulturkommission, sind einzubeziehen, wenn es um eine Änderung des Staatsvertrages geht. Das scheint sich anzubahnen. Ich bin wirklich ein bisschen ernüchtert, das letzte Mal wurde uns gesagt mit dieser Änderung, dass die Finanzierung wirklich dynamisch ist, von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhängt, das sei jetzt die Idee, die uns daran hindert, diesen Vertrag ständig wieder anzutasten. Das wird jetzt schon wieder in Zweifel geführt, es sollen weitere Elemente eingeführt werden, ich hoffe wirklich, dass das leidige Thema der Immobilien dann endgültig geregelt werden kann.

Dann kommen wir zu diesem berühmten Standortvorteil oder Nachteil. Ich muss daran erinnern, Standortvorteile hat es sicherlich in Basel, Standortvorteile hat es aber auch in Baselland. Ich meine, dieser Ausbau und die blühenden Landschaften, die auch dann Private geleistet haben am neuen Standort des Tropeninstitutes und anderer Institute in Allschwil, das ist dann bei einer solchen Berechnung der Standortvorteile auch einzubeziehen. Dann ist auch ein bisschen widersprüchlich, wenn man sagt, so viel sind die Standortvorteile wert und dann verzichtet man selber. Auf den Umzug zweier kompletter Fakultäten nach Baselland zählen dann die Standortvorteile nicht mehr so viel. Und es gibt ja auch Standortnachteile, ich meine die Räume, die die Uni besetzt, vielleicht hätte es da Steuerzahler, die dann Steuern abliefern werden, etc. Bis jetzt war ja der Standortvorteil einfach eine politische Blackbox, wo die Regierungen dann, ich sage nicht nach Lust und Laune, aber im Hinterzimmer ausverhandelt, sagen, das ist jetzt der gute Betrag, den wir als Standortvorteil anerkennen. Jetzt gibt es Studien, das ist ja immer gut, das ist jetzt keine Hardcore-Wissenschaft, völlig unbestritten, was die Kriterien sind für die Bemessung der Standortvorteile, schlussendlich ist es auch ein Teil eines Deals, der hoffentlich zustande kommt.

Herr Atici hat gesagt, wir sind unauflösbar verbunden, rechtlich nicht ganz richtig, darauf zielt ja auch diese berühmte Gemeindeinitiative ab. Aber ich habe in diesem Hause auch schon darauf aufmerksam gemacht, also § 47 Abs. 3 des Universitätsvertrags, wer die Folgen einer Kündigung regelt, ist völlig unbrauchbar und wir müssen einfach hoffen, dass der nie zur Anwendung kommt. Der war von Anfang an verfehlt, wenn er einfach als Abschreckung gedacht war, ja nicht kündigen, dann hat er sein Ziel erreicht, wenn wir trotzdem zum Worst Case kommen, dann Gnade uns Gott.

Die Uni, das ist richtig, da sind wir einverstanden, ist deutlich mehr als Berufsausbildung und die Initiative der Wirtschaftskammer halte ich für verfehlt. Aber eine Uni ist auch nicht absolut abgehoben und völlig entfernt von allen gesellschaftlichen, und da gehören eben auch wirtschaftliche Realitäten dazu, eine Orientierung über Berufsbilder und Berufsaussichten mit einem gewissen Studium würde ja manchmal auch helfen. Ich will nicht so weit gehen wie die Amerikaner, die machen dann Umfragen und sagen, die Universitäten publizieren das, unsere Absolventen verdienen durchschnittlich fünf Jahre nach Graduation so und so viel, das ist nicht unser System, aber es braucht Realitätsbezug von allen Seiten. Ich bin für eine Volluniversität, es ist nicht das einzige Argument, dass Theologie abschaffen finanziell eigentlich nichts bringt, sondern das gehört selbstverständlich zum Kern der Identität unserer Universität. Das heisst aber nicht absoluter Bestandsschutz für jedes einzelne Institut oder Departement, es gibt auch viele Studiengänge, die man wirklich mit anderen Universitäten zusammen wahrscheinlich viel besser für die Studierenden anbieten könnte.

Nun, ich habe über andere Schnapsideen gesprochen, jetzt darf ich auch einige meiner Schnapsideen anbringen. Zuerst, wenn man wirklich gross denken würde, wie wäre es mit einer dritten Schweizer ETH, Standort Basel Life Sciences, wo wir dann partnerschaftlich einen Teil unserer Universität übertragen könnten und teilhaben könnten an der immerhin, glaube ich, zehnbesten Universität der Welt. Wäre das nicht mal etwas für den Standort beider Basel und etwas, das vielleicht, ja, statt Herzstück eine dritte ETH in Basel.

Dann gibt es ja die psychologische Ebene und Basel-Stadt und Baselland sind gleichberechtigte Träger unserer Universität. Diese gemeinsame Ownership ist aber irgendwo noch nicht ganz in beiden Volksseelen angekommen. Wenn es das Umtaufen in eine Universität beider Basel bedürfte, wäre ich damit sehr einverstanden und dann die Folgeidee, warum nicht den Dies academicus jedes zweite Jahr in Baselland abzuhalten, auch wenn ich mit dieser Idee aus der akademischen Zukunft ausgeschlossen würde.

Der Anzug Trevisan, ich habe es schon andererseits gesagt, beruht auf einem völlig verfehlten Bild der Universität Basel und der Funktion des Mittelbaus, er ist abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Wir haben es gehört, die Regierungen der beiden Trägerkantone erhöhen ihre Beiträge 2026 bis 2029 um 11% auf insgesamt 1.5 Mrd. Franken. Das ist insgesamt erfreulich, wir müssen uns aber klar sein, dies verbessert die finanzielle Situation der Universität kaum. Die Universität wird nicht in der Lage sein, langfristige Entscheidungen zu treffen oder gar verbindliche Weichenstellungen einzuschlagen. Die Universität wird gezwungen sein, auch in Zukunft ihr Eigenkapital anzuzapfen, wie sie es zum Ausgleich ihrer defizitären Budgets 2024 und 2025 tun musste, um einen Teil ihres Finanzbedarfs zu decken. Dabei handelt es sich um eine Reserve, die ursprünglich für spezifische Projekte gebildet wurde und als Risikoreserve dienen soll. Die geplante Zuführung von 40 Mio. Franken in den Bereich Immobilien wirkt sehr knapp

bemessen. Sie wird nicht ausreichen, die dringend benötigten Neubauten für das Departement Physik und die physikalische Chemie aus dem Baufeld 4 zu realisieren, ganz zu schweigen vom Unterhalt der stark veralteten Gebäude.

Die angekündigte Überprüfung der Finanzierung ab dem Jahr 2030 durch den Kanton Basel-Landschaft erzeugt Unsicherheit in der Planung. Dieser Zustand besteht seit 2015 und steht im Widerspruch zu der für die Qualität für Forschung und Lehre notwendigen Stabilität und Planungssicherheit. Je länger dieser Zustand andauert, desto mehr leidet das Ansehen der Universität und desto weniger attraktiv ist sie als Standort. Die bereits erfolgte Distanzierung des Kantons Basel-Landschaft, wir haben es vorher gehört, von der paritätischen Finanzierung des Swiss TPH für die Jahre 2025 bis 2028 zeigt die Dringlichkeit, die politische Rückendeckung für die Universität im Baselbiet sicherzustellen. Der Kanton Basel-Landschaft wird aufgefordert, zügig alternative und ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten zu evaluieren und abzuklären.

Bund und Kantone tragen gemeinsam die Verantwortung für eine ausreichende und verlässliche Finanzierung der Universitäten. Auch Nicht-Universitätskantone der auswärtigen Studentinnen und Studenten sind eingeschlossen. Angesichts seiner angespannten Finanzsituation beabsichtigt der Bund, die Beiträge an die Universitäten zu kürzen. Es ist davon auszugehen, dass diese Kürzungen umgesetzt werden, dies wird die Universität treffen. Wir sind uns einig, Wissen, Forschung und Innovation sind die wichtigsten Rohstoffe der Schweiz. Sie bilden die Basis für wirtschaftlichen Erfolg, sozialen Fortschritt und nachhaltige Entwicklung. Unsere Universitäten leisten einen entscheidenden Beitrag dazu. Diesem Umstand muss Sorge getragen werden. Aktuell tragen die Universitätskantone die Vollkosten für ihre Studentinnen und Studenten, während die übrigen Kantone nur einen Teil der Kosten übernehmen. Diese Form der Kostenverteilung belastet die Universitätskantone.

Es ist dringend notwendig, eine strategische Neuausrichtung für Studentinnen und Studenten aus Nicht-Universitätskantonen sowie für internationale Studentinnen und Studenten auszuarbeiten. Diese Idee ist nicht neu, wir haben es auch bereits heute schon mehrmals gehört, muss jetzt aber intensiv angegangen werden. Die Oberbaselbieter Gemeindeinitiative greift diesen Missstand auf und fordert eine solidarischere Kostenverteilung durch einen Vertrag mit allen Kantonen. Das Anliegen ist insgesamt verständlich, die Umsetzung jedoch aufgrund der komplexen Rahmenbedingungen und den unterschiedlichen Interessen und Möglichkeiten der Kantone mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Frühere Vorstösse auf Bundesebene, die in diese Richtung zielten, scheiterten bereits. Es liegt am Kanton Basel-Landschaft, hier rasch Klarheit zu schaffen.

Wie soll es weitergehen. Für die künftige Finanzierung ist eine sorgfältige Auslegeordnung notwendig, an der beide Regierungen sowie die zuständigen Kommissionen offen, kreativ, durchaus auch mit Out-of-the-box-Ideen mitarbeiten. Konstruktive Finanzierungsideen sollen erörtert und geprüft werden. Mögliche Ansatzpunkte sind beispielsweise die stärkere Einbindung der Universitätskantone, Studiengebühren für internationale Studentinnen und Studenten, die Verwendung des Bundesanteils an den Nationalbankgewinnen, Synergien mit Forschungseinrichtungen, öffentlich-private Finanzierungsmodelle und weitere Möglichkeiten.

Werfen wir einen Blick auf die Geschichte der Universität und insbesondere auf die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region. So muss immer wieder betont werden, seit ihrer Gründung im Jahr 1460 hat die Universität der Bevölkerung viele Vorteile gebracht. Die bikantonale Trägerschaft unserer Universität seit 2007 hat Vorbildcharakter. Sie ist eine grosse Errungenschaft, sie war damals ein grosser Wurf und ist es bis heute. Die Universität hat sich als akademisches Zentrum etabliert und ist einer der wichtigsten Motoren unseres regionalen Wohlstands. Wir haben Rahmenbedingungen, die nicht besser sein könnten. Ein BioValley-Ökosystem zusammen mit zwei weltweit führenden Pharmakonzernen ist hier in der Region verwurzelt. Das ermöglicht eine enge und produktive Zusammenarbeit. Die Universität selbst verfügt über erstklassige Infrastrukturen für Forschung und Innovation auf höchstem Niveau. National und international geniesst sie einen hervorragenden Ruf als Forschungseinrichtung mit Schwerpunkt Life Sciences ergänzt durch die Geisteswissenschaften. Das belegen die Spitzenplätze in den vier bekanntesten Hochschulrankings weltweit.

Ein weiteres Zeugnis für die Qualität und Wettbewerbsfähigkeit ist die Spitzenposition der Universität bei der Einwerbung von Drittmitteln. Schweizweit generiert sie pro Professur am meisten Drittmittel. Wir müssen hegen und pflegen, was wir haben. Es ist Aufgabe unserer Generation, Voraussetzungen für eine weiterhin gedeihliche Entwicklung zu schaffen. Dafür sind Weitblick und Engagement nötig. Unsere Region ist nur dann stark, wenn alle mitarbeiten. Eine stabile und verlässliche Partnerschaft auf Augenhöhe nützt nicht nur der Universität, sie kommt auch unseren gemeinsamen Einrichtungen, unserer Region und letztlich dem ganzen Land zugute. Es liegt an uns, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunft zu schaffen.

Die LDP-Fraktion stimmt dem Ratschlag des Regierungsrates zu für den Leistungsauftrag und den Globalbeitrag 2026 bis 2029 an die Universität sowie zu den zu beschliessenden Punkten, die auf Seite 7 des Berichts der BKK aufgeführt sind. Weiter beantragt die LDP-Fraktion, den Anzug Bruno Lötscher und Konsorten sowie den Anzug Amina Trevisan und Konsorten als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Die Universität Basel ist kein Prestigeprojekt, sondern ein Standortpfeiler für unsere ganze Region. Sie bildet Fachkräfte aus, zieht Talente an, schafft Innovation und Wertschöpfung und ist international bestens vernetzt. Der Leistungsbericht hat bereits deutlich gezeigt, wie wichtig die Uni Basel für unsere ganze Region ist. Damit dieser Erfolg aber weitergeht, setzen auch die Grünliberalen auf die gemeinsame Verantwortung der Trägerkantone Basel-Stadt und Baselland. Gerade jetzt, wo über Sparmassnahmen diskutiert wird, ist sie wichtiger denn je. Die Partnerschaft ist historisch gewachsen, hat sich bewährt und ist volkswirtschaftlich für beide Seiten sinnvoll. Aber diese Verantwortung wird anspruchsvoller. Steigende Infrastrukturkosten und ungenügend Abgeltung anderer Kantone erhöhen den Druck. Die finanzielle Basis wird schmaler, während der Leistungsauftrag breiter wird. Die Defizite wurden bisher durch den Abbau von Eigenkapital abgefedert, kurzfristig hilft das, schwächt aber die Tragfähigkeit der Uni langfristig.

Basel-Stadt ist bereit für ein starkes Bekenntnis betreffend die Finanzierung und mit über 770 Mio. Franken tragen wir den Hauptanteil am Globalbeitrag. Umso wichtiger ist es, dass wir wissen, wie sich Studierendenzahlen, steigende Kosten und sinkende Bundesbeiträge auf die langfristige Tragfähigkeit auswirken und wir müssen sicherstellen, dass die strategische Ausrichtung stimmt. Planungssicherheit braucht Transparenz. Risiken und Szenarien müssen frühzeitig offengelegt werden, denn auch die Drittmittel sind nicht einfach garantiert. Wenn nationale oder europäische Programme gekürzt werden, spürt das Basel direkt. Deshalb braucht es eine solide finanzielle Basis und eine vorausschauende Planung der Trägerkantone. Die kommende Eigentümerstrategie wird entscheiden. Sie soll die Stärken der Universität in den Life Sciences weiterentwickeln, aber auch andere Disziplinen stärken und eine Balance zwischen Wachstum und Qualität sichern.

Wenn viele Studierende aus anderen Kantonen und dem Ausland nach Basel kommen, ist das ein Zeichen für die Exzellenz unserer Uni. Diese Talente stärken die Innovationskraft unserer Region. Internationalität ist ein Standortvorteil. Gleichzeitig muss Wachstum fair finanziert werden. Gebühren sollen keine Barrieren schaffen, aber helfen, die finanzielle Verantwortung gerecht zu verteilen und die Universität langfristig zu sichern. Es braucht eine differenzierte, sozial abgefederte, faire Regelung für die Gebühren für Studierende aus dem In- und Ausland. Diese soll im Rahmen der Finanzplanung geprüft werden.

Essenziell bleibt aber eine verlässliche, gemeinsame Finanzierung der Trägerkantone. Für die GLP ist deshalb klar, die Zukunft entsteht im konstruktiven Zusammenspiel beider Kantone. Der vorliegende Leistungsauftrag ist eine Brücke bis 2030. Dann werden die Weichen neu gestellt, finanziell und strategisch. Wichtig ist deshalb, dass die Parlamente von Beginn an in die Beratungen einbezogen werden für eine breit abgestützte, gemeinsam getragene Strategie. In Zeiten steigender Kosten und wachsender internationaler Konkurrenz braucht die Universität Stabilität, Planungssicherheit und politische Rückendeckung. Forschung und Lehre dürfen kein Spielball politischer Debatten werden, sie sind unser Kapital und Motor für die Zukunft und Standortattraktivität dieser Region.

Die GLP stimmt dem Kompromissantrag der Regierung zu und empfiehlt die Vorstösse Lötscher und Trevisan zur Abschreibung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Michela Seggiani das Wort.

Michela Seggiani (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den Bericht der BKK wie auch den Ratschlag der Regierung. Dass die Finanzierung teurer ist als die Zeit von 2022 bis 2025 wird sowohl im Ratschlag wie auch im Bericht schlüssig erklärt. Die Erhöhung im Bereich der Lehre und Forschung um 10% und im Bereich Infrastruktur um 13,3% erachten wir als vertretbar, genauso wie die notwendige strategische Weiterentwicklung. Wir bedanken uns bei den Bildungsdirektor*innen von Basel-Stadt und Baselland und ihren involvierten Mitarbeitenden, der Rektorin der Universität und dem Präsidenten des Universitätsrats wie auch ihren Mitarbeitenden für ihre sorgfältige Arbeit zum Leistungsauftrag. Bildung, wir wissen es, ist unser höchstes Gut und die Qualität der Universität hochzuhalten, verstehe ich als unsere Pflicht.

Zur Entstehung der Vorlage für den Leistungsauftrag beurteilen wir es wie die BKK und bedauern, dass die Kommissionen nicht in die Beratung involviert sind. Es wird ein Vorteil sein, wenn die Kantonsparlamente nicht nur mit Bestimmung, sondern auch mit Sprache haben in Zukunft, also sich auch inhaltlich einbringen können in die Beratung, weil wir bei der Universitätsfinanzierung noch vor grossen Debatten stehen, die in naher Zukunft geführt werden müssen. Im Landrat wurde letzte Woche bereits intensiv darüber debattiert.

Ich sehe den bikantonalen Vertrag zur Uni auch als einen Vertrag mit den aktuell und in Zukunft studierenden Generationen an, durch den wir zu sorgen haben, dass Bildung und Forschung in einem reichen Land wie der Schweiz auch weiterhin möglich ist. Hier geht es nicht um Kantonsgrenzen, sondern weit darüber hinaus, um Sicherheiten und um die Gewährleistung von Wissen, Forschung und gesellschaftliche wie wirtschaftliche Stabilität. Wir müssen die Kritik zur Finanzierung der Universität aber ernst nehmen und es wird uns gelingen müssen, aufzuzeigen, warum es wichtig und notwendig ist, dass zum Beispiel auch Gemeinden im Baselland weiterhin einen Teil an die Uni bezahlen. Dazu werden wir oder andere aber zu einem späteren Zeitpunkt sprechen müssen, nicht heute.

Den Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel beantragen wir stehen zu lassen. Im Ratschlag wurde sehr sorgfältig darauf eingegangen. Es ist erfreulich, dass gemäss Ratschlag die Universität die Reform der Arbeits- und Anstellungsbedingungen von Doktorierenden und Postdocs in den Verhandlungen zu Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2026 bis 2029 als strategisch prioritäre Massnahme benannt und sie auch umsetzen will. Diese Massnahme hat ja auch eine starke Auswirkung auf die Frauenförderung. Solange die Umsetzung aber nicht klar sichtbar, sondern erst als Intention festgehalten ist, kann aus unserer Sicht der Anzug nicht als erledigt abgeschrieben werden. Das ist aber nicht als Misstrauensvotum zu sehen, sondern als Beharrlichkeit unsererseits zu verstehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Es wurde schon viel gesagt, ich könnte es jetzt sehr kurz machen und einfach mitteilen, dass die BastA dem Leistungsauftrag und dem Globalbeitrag 2026 bis 2029 der Uni Basel zustimmt, aber ich möchte ein wenig meinen Frust loswerden. In der BKK war klar, inhaltliche Änderungen sind nicht möglich, es geht lediglich um Zustimmung oder Rückweisung, das wurde schon erwähnt. Eine Rückweisung stand logischerweise nicht zur Diskussion, also wurde in der BKK auch nicht über den Inhalt der Vorlage diskutiert und genau das ist aus meiner Sicht das Problem und auch das frustrierende an dieser Sache. Wir können nur zur Kenntnis nehmen, was bezüglich Leistungsauftrag und Globalbeitrag beschlossen wurde, wir werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Gleichzeitig sehen wir im Kanton Basel-Landschaft ungute politische Entwicklungen. Die Gemeindeinitiative torpediert den Univertrag, hier geht es also ums Ganze, und eine andere Initiative fordert, dass die Studiengänge der Uni Basel sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren. Das wäre von uns gesehen eine einseitige inhaltliche Ausrichtung, die wir von BastA nicht akzeptieren können. Uns ist klar, dass Basel-Stadt nicht unendlich einspringen kann, wenn die übrigen Partner*innen sich aus der Verantwortung für die Uni schleichen. Doch wir wissen auch, dass allfällige Sparmassnahmen an der Uni auch negative Auswirkungen auf die Chancengleichheit, auf die Zugänglichkeit für alle sozialen Schichten und auf die Arbeitsbedingungen des Mittelbaus haben. Alles Dinge, die uns wichtig sind.

Vor diesem Hintergrund bleibt uns nicht anders übrig, als dem vorliegenden Ratschlag zähneknirschend zuzustimmen und das Zähneknirschen kommt davon, dass wir mit der Gesamtsituation unzufrieden sind. Selbstverständlich unterstützen wir die Forderung der BKK nach frühzeitigem Einbezug in allfällige Neuverhandlungen des Staatsvertrags. Was wir auch noch möchten, ist den Anzug von Amina Trevisan betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Uni Basel stehen lassen. In dieser, sagen wir mal, volatilen Situation ist es jetzt sicher nicht der Moment, diesen Anzug abzuschreiben. Wir möchten gerne abwarten, ob sich die Situation aufgrund der von der Uni angekündigten Massnahmen tatsächlich verbessert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Es wurde einmal, glaube ich, mindestens einmal heute erwähnt, wir sprechen heute hier über eine Summe, beide Kantone zusammen, von 1.5 Mrd. Franken. Wir geben 1.5 Mrd. Franken für die Universität aus. Wenn ich hier so in den Saal schaue, wenn es um Parkplätze gehen würde, wäre die Präsenz grösser bei 1.5 Mrd. Franken. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass wir eben, wie Frau Mück vorher gerade gesagt hat, nur zähneknirschend oder auch nicht zähneknirschend Ja oder Nein sagen können, ist aus meiner Sicht vielleicht auch die Tiefe der Diskussion durchaus sehr wünschenswert. Und diese Tiefe der Diskussion, wenn wir jetzt diese Voten schon gehört haben, die kann ich als Sprecher der SVP-Fraktion in weiten Teilen auch unterstützen. Es wurde viel über den Stellenwert der Universität Basel erwähnt, das kann man unterschreiben und dennoch, glaube ich, dürfen wir uns auch nicht kleiner machen, als wir sind, Frau Alioth. Wir geben 1.5 Mrd. Franken aus und wenn wir 1.5 Mrd. Franken ausgeben, dann ist es berechtigt und legitim, dass man auch von Zeit zu Zeit sich überlegt, ob das, was die Universität macht, noch zeitgemäss ist, ob das, was die Universität Basel macht, zielgerichtet ist. Und darüber zu diskutieren, ob alles, was die Universität macht, tatsächlich auch notwendig ist, ob wir jetzt das, Herr Jenny, Diskussion über den Stellenwert als Volluniversität nennen wollen oder ob wir es anders bezeichnen wollen, ich finde, dafür muss Platz sein und deshalb finde ich auch die Diskussion mit dem Kanton Basel-Landschaft in diesem Zusammenhang nicht falsch.

Ich fange vielleicht hinten an und erwähne die besagte Initiative der Wirtschaftskammer Baselland, die möchte, dass die Universität sich auf die wirtschaftlichen Interessen unserer Region etwas stärker fokussiert. Darüber nachzudenken, was für eine Universität wir wollen und ob die Universität, so wie sie heute dasteht, die Universität ist, die wir wollen, das finde ich richtig. Und vielleicht braucht es dazu so eine Initiative wie diejenige der Wirtschaftskammer Baselland, das weiss ich nicht. Ich sage nicht, dass das die vielleicht intelligenteste Idee ist, aber es ist eine Idee, auch wieder einmal darüber zu diskutieren, wie wollen wir diese Universität in die Zukunft bringen. Und da, glaube ich, gibt es unterschiedliche Meinungen,

auch in diesem hohen Haus. Ich finde ganz vieles, was diese Universität macht, sehr wertvoll, sehr wichtig, das bedeutet aber nicht, dass ich alles unterschreiben würde, was diese Universität macht und tut und ich glaube auch tatsächlich, dass ein Betrieb in dieser Grössenordnung, Frau Alioth, durchaus auch in der Lage sein muss, sich zu überlegen, wo man bei knapperen Finanzen Prioritäten setzen soll. Das ist kein Angriff auf die Universität, ich sage nicht, dass Catherine Alioth den Sprechern nun vorwirft, die da vielleicht etwas kritischer sind, aber es muss möglich sein und die Universität hat auch diesen Auftrag, das immer mal wieder zu tun.

Nun auch die Diskussion über das, wir können nur Ja oder Nein sagen, Frau Mück hat dies nun erwähnt, auch andere Sprecher haben das schon erwähnt, wer schon länger in diesem hohen Haus ist, und ich bin es, das ist eine alte Diskussion, die führen wir immer, nur ehrlicherweise müssen wir auch zugeben und sagen, also wenn jetzt 100 Grossrätinnen und Grossräte und 90 Landrätinnen und Landräte in diese Verhandlungsdiskussion eingebunden wären, ja dann gute Nacht. Da kommt dann am Schluss des Tages auch nichts Besseres raus. Wahrscheinlich ist es tatsächlich so, ich finde diesen Meccano auch unbefriedigend, verstehen Sie mich nicht falsch, aber wahrscheinlich ist es tatsächlich so, dass nur dieser Meccano, dass der Grosse Rat und der Landrat nur Ja oder Nein sagen kann, vermutlich derjenige ist, der am Schluss vom Tag das effizienteste und auch das bestmöglichste Resultat dann herausbringt.

Ehrlicherweise auch diese Diskussionen über die Beiträge anderer Kantone, ja, Frau Alioth, ich bin Ihrer Meinung, aber beerdigen Sie diese Forderung. Diese Kantone, wir haben keine Mehrheit, es erinnert mich ein bisschen an diese Herzstückdiskussion, wir können noch zehn Jahre, 20 Jahre über das Herzstück diskutieren, das Herzstück ist tot. Wir können dieses tote Pferd weiterreiten, in Bern wird uns niemand ernst nehmen. Und bei dieser Sache, um auf die Universität zurückzukommen, bei dieser Sache mit diesen Beiträgen der Studierenden wird es genau das Gleiche sein. Deshalb, wir müssen einen Schritt weitergehen, wir müssen uns überlegen, wie wir anders dieses Pferd aufsatteln, um hier eine Lösung zu finden. Die bestehenden Gefässe haben wir allesamt bereits genutzt. Herr Atici, Frau Gschwind, die Vorgänger von Frau Gschwind und Herrn Atici, die Nachfolger von Frau Gschwind und vielleicht auch von Herrn Atici werden da in Bern auf Granit beissen. Und das ist das, was ich finde, was schon auch sein muss und sein darf. Wir haben jetzt noch einmal eine Leistungsperiode Zeit, um uns darüber Gedanken zu machen, aber es wird ab 2030 mit Baselland schwieriger werden. Aber ich muss Ihnen sagen, der Finanzplan des Kantons Basel-Stadt, das sage ich als Präsident der Finanzkommission, also der sieht auch nicht rosig aus. Also die Frage nach finanziellen Möglichkeiten im Kanton Basel-Stadt ab 2030, die kann durchaus auch so geführt werden, dass wir sagen müssen, vielleicht können auch wir uns vieles ab 2030 gar nicht mehr leisten. Ich sage nicht, es ist so, es ist ein Finanzplan, aber es könnte sein und darauf vorbereitet zu sein, ist jetzt wichtig und darauf vorbereitet zu sein, dass vielleicht auch eine andere Fokussierung notwendig sein wird, ist aus meiner Sicht auch richtig.

Deshalb, ich würde bei aller Wertschätzung für die Universität, es ist keine Kritik an die Universität, dieses Votum, ich würde dennoch auch allen Akteuren empfehlen, sich eingehend darüber Gedanken zu machen, wie diese Universität ab 2030 finanziert sein soll, was diese Universität anbieten soll und wie letztlich auch über andere Wege Gelder eingeholt werden können. Bei den Drittmitteln ist die Universität ja vorbildlich unterwegs, aber einfach jetzt zu hoffen, dass dann vielleicht die anderen Kantone umfallen und wir so mehr Gelder bekommen oder der Bund vielleicht doch wieder einspringt, ich glaube, da machen wir es uns als Trägerkantone auch zu einfach.

Und dann zur Partnerschaft. Ich bin sehr kritisch über diesen Satz auch in der Medienmitteilung gestolpert, dass das Finanzierungsmodell der beiden Kantone ab 2030 angepasst werden soll oder neu diskutiert werden soll. Das heisst im Umkehrschluss nichts anderes, als dass Basel-Stadt allenfalls in den sauren Apfel beissen soll und für allfällige Ausfälle des Kantons Baselland einstehen muss. Ich kann Ihnen sagen, ich bin nicht bereit, für diese Ausfälle aus Baselland einzustehen. Die Parität ist für mich das oberste Gebot und wenn die Parität später anders ausschauen wird, dann ist das so. Ich bin nicht bereit, dass Basel-Stadt diese Beiträge aus Baselland auffängt, das kann nicht sein und mit dieser Verhandlungsposition müssen wir mit Baselland ins Gespräch gehen. Weil die Baselbieter, die wissen ganz genau, die hören Ihnen heute zu, die wissen ganz genau, was wir heute hier sagen und wenn wir bereits heute signalisieren, dass an dieser Summe nicht gerüttelt werden darf, dann haben die Baselbieter danach eine viel bessere Verhandlungsposition, weil auch in bilateralen Gesprächen uns immer wieder Vertreter aus Baselland sagen, am Schluss übernehmt ihr das ja schon. Und das ist keine Erfindung von mir, das haben wir schon erlebt. Erinnern Sie sich an das 80-Millionen-Paket, ich war damals schon im Grossen Rat, noch mit ihrem Vorvorgänger, Herr Atici, mit Herrn Regierungsrat Eymann. Wir sind damals in die Bresche gesprungen im Kultur- und im Bildungsbereich und das haben die Baselbieter nicht vergessen. Deshalb, unsere Verhandlungsposition scheint mir in Bezug auf Baselland nicht sonderlich stark zu sein, wenn wir beim ersten kleinen Gegenwind dann bereits wieder einknicken.

Und hier bitte ich wirklich den Regierungsrat auch, in diesen zukünftigen Verhandlungen hart zu bleiben, die Parität, das muss das Credo sein, das muss zwingend sein und ich bin gerne bereit, Herr Jenny, dann auch jeden zweiten Dies academicus auf der Hülftenschanz abzuhalten, wenn das dann der Kompromiss dazu ist, oder auch weiterzugehen und zu sagen, es gibt vielleicht tatsächlich einmal eine andere Bezeichnung Universität beider Basel oder auch allenfalls noch einmal einen neuen Anlauf, einen Campus im Baselbiet zu schaffen. Denn auch da müssen wir ein bisschen ehrlich sein, ich habe mich auch geärgert über diesen Entscheid von Baselland und Basel-Stadt, vor allem Baselland bezüglich dem Dreispitz. Aber nun zu verkaufen, dass das ein Standortbekenntnis zu Baselland ist, wenn man auf dem Dreispitz ein Uniteil

baut, nun ja, das ist vielleicht für einen Allschwiler Baselland, aber für viele andere im Kanton Baselland eben trotzdem nicht. Das ist nicht das Ultima Ratio-Bekenntnis zu Baselland, das einige Baselbieter eingefordert haben. Ich möchte damit nur sagen, Partnerschaft bedeutet aus meiner Sicht auch auf Anliegen der Gegenseite, in diesem Falle auf Baselland, wenn es um die Verhandlungen geht, einzugehen, auch zu akzeptieren, dass man unterschiedliche Sichtweisen hat, dass vielleicht für gewisse Oberbaselbieter Gemeinden Dinge, die an der Universität Basel gelehrt werden, vielleicht nicht ganz so prioritär sind. Partnerschaft bedeutet aber auch hart zu bleiben und auf diese Parität zu pochen, weil nur dann ist es eine echte Partnerschaft.

Und mit diesem Gedanken, glaube ich, können wir heute sehr gut zu diesem Leistungsauftrag und zu diesem Globalbeitrag Ja sagen. Wir möchten aber den Regierungsrat wirklich bitten, bei künftigen Verhandlungen für die Periode ab 2030 hier hart zu bleiben und unsere Position klar zu vertreten, Parität. Und die Universität bitte ich wirklich auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu schauen, wie man künftig noch stärker auch bei den Kosten schauen kann, wie man reduzieren kann. Das muss, Frau Alioth, ein Betrieb in dieser Grössenordnung schaffen, das muss jedes KMU schaffen, das kann und soll auch die Universität schaffen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Frau Alioth und Herrn Jenny. Diese werden entgegengenommen.

Catherine Alioth (LDP): Vielen Dank für die Annahme. Gehen Sie mit mir einig, dass wir jetzt mit dem neuen Biozentrum und mit dem Neubau für Biomedizin jetzt sehr stark in die Infrastruktur investiert haben und so in der Topliga spielen, also die Universität in der Topliga spielt. Jetzt gibt es noch weitere Neubauten, die notwendig sind, zum Beispiel die Physik, auch dort spielen wir in der Topliga mit, das kostet.

Joël Thüring (SVP): Ich bin mit Ihnen einig, Frau Alioth, dass wir sehr viel in Beton investiert haben, aber als die Trägerkantone gesagt haben, wir verzichten auf Münchenstein, auf diesen Campus-Neubau, und die Universität gesagt hat, wir bleiben am Bahnhof in gemieteten Räumlichkeiten mit tieferen wahrscheinlich Betriebskosten, war es Ihre Partei, die sehr laut dagegen geschrien hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny.

David Jenny (FDP): Hat die SVP nach der Schaffung der Kategorie des halben Bundesrates noch auch die Kategorie des halben Baselbieter Landes erschaffen und wenn ja, haben Sie den Gemeinderat Münchenstein über den Statuswechsel seines Gemeindegebietes orientiert?

Joël Thüring (SVP): Nein, aber wenn Sie mit Baselbieter reden, die etwas weiter weg wie Münchenstein wohnen, dann glaube ich, ist es schon so, dass man sagen kann, dass der Standort Münchenstein oder Dreispitz nun nicht im tiefsten Baselbiet liegt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GRÜNE/jgb ist Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Die Universität Basel ist eine der ältesten Universitäten in der Schweiz, die älteste der Schweiz sogar und somit ein Herzstück unserer Region und weit darüber hinaus. Sie schafft Arbeitsplätze und sie bildet vor allem auch die Fachpersonen aus, die wir morgen brauchen. Bildung ist kein Produkt, sie ist ein öffentliches Gut und Teil unserer demokratischen Infrastruktur. Wissen ist Macht und die öffentliche Bildung ist eine wichtige Stütze der Demokratie. In Zeiten von Fakenews, Kriegen und autoritären Tendenzen braucht es unabhängige Forschung und kritisches Denken mehr denn je. Eine starke Universität ist auch ein Schutz der Demokratie. Forschung hilft, Krisen zu verstehen und Lösungen und Antworten auf diese zu entwickeln. Unabhängigkeit gibt es dabei nur mit einer stabilen öffentlichen Finanzierung und klarer Planungssicherheit.

Ja, die Universität Basel ist stark bei Drittmitteln und das ist sehr erfreulich und ich hoffe, dass das auch weiterhin so bleibt, aber Drittmittel sind meistens zweckgebunden und vor allem auch volatil und alleine darauf kann man kein Fundament

bauen. Darum braucht die Uni ein Globalbudget und dieses liegt uns nun vor. Es setzt die Leitplanken für die Lehre und Forschung und Infrastruktur.

Aber ein Punkt, der in dieser Debatte auch schon erwähnt wurde, aber dennoch meiner Meinung nach etwas zu kurz kommt, gehört heute hier auch klar diskutiert. Mit dem Globalbeitrag finanzieren wir nicht nur die Lehre und die Forschung, sondern auch Folgenkosten bereits gebauter Immobilien. Beim Neubau des Biozentrums stehen neben den nicht-werthaltigen Mehrkosten von rund 10 Mio. Franken auch rund 86 Mio. Franken eines angeblichen Mehrwerts an. Durch diesen buchhalterischen Kunstgriff der Vorfinanzierung wird diese Last nun zum ersten Mal im Globalbeitrag sichtbar. Es werden zwei verschiedene Themen miteinander vermischt. Richtig wäre gewesen, alle Mehrkosten und nicht nur die angeblich werthaltigen in beiden Parlamenten separat in einem Ratschlag offen zu beraten und zu beschliessen. Das Biozentrum-Debakel ist Verantwortung beider Kantonsregierungen und gehört in einen sauberen Ratschlag.

Die Universität Basel braucht stabile Leitplanken, frei von buchhalterischer Kosmetik und politischer Taktik. Basel-Stadt und Baselland tragen die Universität gemeinsam. Unser Kanton leistet dabei 10% Standortvorteil beim Restdefizit. Dies ist eine bewusste Abgeltung, gleichzeitig rechnet Baselland 2025 mit einem Defizit, das diese Verhandlungen prägt. Beide Regierungen prüfen deshalb diesen Finanzierungsschlüssel mit dem Fokus auf den Standortvorteil, das ist auch schon okay so, aber klar ist auch, dass die Wissenschaft nicht zum Spielball kantonaler Finanzpolitik zwischen Baselland und Basel-Stadt sein darf.

Die Universität plant einen Bachelor in Nachhaltigkeit und den Ausbau auf Zukunftstechnologien wie maschinelles Lernen und Cybersecurity sowie die Stärkung der Medizin und der Gesundheitsforschung. Das ist wichtig und richtig. Die Universität passt sich damit den gesellschaftlichen Entwicklungen an und geht mit der Zeit. Wir wünschen uns dabei aber auch ein bisschen mehr interdisziplinäre und departementsübergreifende Zusammenarbeit, damit die Ressourcen effizient genutzt werden können und durch die Vernetzung des Wissens neue Perspektiven möglich werden. Gleichzeitig braucht es bessere Rahmenbedingungen für Doktorierende und Postdocs. Zudem sind Frauen weiterhin unterrepräsentiert. Chancengleichheit und faire Arbeitsbedingungen sollen ein fester Bestandteil sein und nicht ein Zusatz. Deshalb beantragen wir auch, den Anzug von Amina Trevisan stehen zu lassen, bis dieser ganz umgesetzt ist und Wirkung zeigt.

In Anbetracht dieser Punkte und im Bewusstsein, dass das Globalbudget zeigt, dass das Biozentrum-Departement noch lange nicht abgeschlossen ist, bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb um Zustimmung zum Globalbudget der Universität Basel.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Mitte-EVP Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Vor kurzem habe ich durch meine Nichten ein Quiz, ein Wissensspiel kennengelernt, Smart 10 hiess das, und da gibt es eine Spezialedition zur Schweiz und eine Frage oder Aufgabe war, zehn Schweizer Hochschulen und Universitäten der Reihe nach zu ordnen, wie gut sie international positioniert sind. Ich hatte mich natürlich sehr gefreut, dass die Universität, an der ich abgeschlossen habe, nämlich die Uni Basel, deutlich vor jener ist, an der meine Schwester abgeschlossen hat, die Uni Freiburg. Aber abgesehen von diesem persönlichen Triumpf über meine ältere Schwester, das tut als Jüngere ja immer gut, so ein Triumpf, wurde da vor allem auch nochmals deutlich, auch das Schlusslicht in diesem Spiel, die Uni Freiburg ist ja nicht so schlecht platziert international, sondern wir haben in der Schweiz die wunderbare Situation, wirklich sehr viele gute Ausbildungsstätten zu haben und dabei eben die Universität Basel intern dann auch noch sehr weit vorne.

Ja, die Bedeutung der Uni, ihre Platzierung, ihre Leistung und Anerkennung, die wurde ja schon von manchen hier ausgeführt und darauf möchte ich jetzt auch nicht näher eingehen, aber auch wir als Fraktion Mitte-EVP stimmen allen Anträgen, über die heute hier entschieden wird, zu und können die Erhöhungsanträge, sowohl wie sie im Ratschlag der Regierung wie auch im Bericht der BKK formuliert sind, nachvollziehen.

Wie bei den meisten meiner Vorrednerinnen und Vorrednern beschäftigt uns als Mitte-EVP auch eher schon der Blick weiter nach vorne und bereitet uns gewisse Sorgen. Wir teilen hier die Einschätzung von vielen, die jetzt schon geredet haben, dass eigentlich der wichtigste Ansatzpunkt natürlich die Lösung auf Ebene des Bundes wäre, nämlich die Frage, wie sich Kantone beteiligen, die selbst keine Universitäten haben. Aber wie auch schon leider heute häufig ausgeführt werden musste, sehen auch wir hier die Einflussmöglichkeiten als sehr beschränkt an. Mit anderen Worten, es ist halt tatsächlich zentral, wie die Partnerschaft zwischen unserem Kanton und dem Kanton Basel-Landschaft aussieht. Und die Gemeindeinitiative, die ja eben ein berechtigtes, ein tatsächlich vorhandenes Problem anspricht, verbindet das ja leider mit der Kündigung des Universitätsvertrages. Auch als Mitte-EVP denken wir, dass hier ein wichtiges Augenmerk darauf zu richten ist, wie kann mit unserem Nachbarkanton diese Beziehung, dieser Vertrag sinnvoll geregelt werden und auch die Gefahr abgewendet werden, dass er gekündigt wird.

Zum zweiten Angriff auf die Universität vonseiten der Initiative der Wirtschaftskammer, ja, es würde wohl tatsächlich zu weit führen im Rahmen unserer heutigen Debatte, den Bildungsbegriff zu diskutieren und zum Beispiel zu fragen, ob Bildung tatsächlich nur dann richtige Bildung ist, wenn sie 1:1 und auf den ersten Blick ersichtlich den Bedürfnissen der Wirtschaft dient. Ich stimme auch Joël Thüring zu, dass wahrscheinlich, auch wenn die Kommissionen früher einbezogen werden, diese Debatte nicht bis in alle Tiefe geführt werden kann und trotzdem unterstützen wir vonseiten Mitte-EVP auch das Anliegen der BKK, dass die beiden zuständigen Kommissionen früher in die Diskussionen und die Entscheidungen, wie es weitergehen soll in der Partnerschaft zur Universität, einbezogen werden.

Kurz, als Mitte-EVP unterstützen wir alle drei Anträge der BKK und sehen es als wesentlich an, dass die Kommissionen frühzeitig in die Weiterdiskussion dieser Partnerschaft einbezogen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher habe ich Raoul Furlano auf der Liste.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich will ja nicht Spielverderber sein der Universität, im Gegenteil, ich bin als Dozent dort auch dabei und habe einen gewissen Interessenskonflikt, aber ich habe auch Sorgen um unsere Universität, wie sie von Vorrednerinnen und Vorrednern eben auch schon verkündet wurden und habe einige Fragen, die ich jetzt als Einzelsprecher der LDP bringe. Es wurde uns nämlich zum Beispiel verkündet, dass es eine Erhöhung der Universitätsgelder um ganze 11% im Vergleich zu vor vier Jahren gibt, und das Rektorat sowie der Universitätsrat haben dieser Vereinbarung mit Freude zugestimmt. Was mich jedoch stört bzw. ich habe keine Erklärung, ist die Tatsache, dass diese Darstellung der finanziellen Lage der Universität, soweit ich das interpretieren kann, gar nicht der Realität gross entspricht, denn die Universität hat in den letzten vier Jahren genauso viel, wenn nicht sogar mehr aus eigenen Reserven aufwenden müssen, wie sie jetzt angeblich zusätzlich erhält. Was ist das? Es sind etwa 150 Mio. Franken, die der Universität durch den Ausgleich von Fehlbeträgen, Mehrkosten beim Biozentrum, die Nichtgewährung der Teuerungsausgleiche und Projekte wie den Neubau der Biomedizin entzogen wurden. Dies ist eine Tatsache, die bei dieser positiven Darstellung des aktuellen Verhandlungsergebnisses meines Erachtens einfach nicht so dargestellt wird oder ich habe es falsch verstanden, das kann auch sein, die Schuld immer bei sich zuerst suchen.

Aber ich habe viele offene Fragen, die mir Sorgen bereiten und die sind entstanden, weil ich mir überlegt habe, was kann man tun. Meine Frage 1 heisst, hat die Universität tatsächlich mehr Geld als vor vier Jahren, wenn man die Beträge hinzuzählt, die sie aus ihren eigenen Reserven und selbst für andere Ausgaben aufbringen musste? Könnte es sogar sein, dass unter dem Strich die Universität in den nächsten vier Jahren sogar mit weniger finanziellen Mitteln auskommen muss? Also diese Transparenz der gesamten Darstellung der Finanzsituation, ich verstehe sie nicht ganz. Und dann die Frage, weshalb hat das Rektorat das Verhandlungsergebnis so lobend hervorgehoben, obwohl eine realistische Betrachtung der Zahlen zeigt, dass diese Vereinbarung für die Uni insgesamt eher ungünstig ist? Ich halte es für entscheidend, dass wir als Parlament diese Diskrepanz auch hinterfragen, das darf man, denke ich, zum Nutzen und zum Wohl unserer Universität.

Und ist dem Erziehungsdepartement bewusst, dass nach wie vor eine enorme Planungssicherheit herrscht, also Planungssicherheit, die fehlt? Schliesslich wurde vonseiten des Regierungsrats immer wieder betont, dass vieles bis 2030 noch völlig unklar ist, Herr Atici hat das auch gesagt. Wie soll unter diesen Bedingungen eine verlässliche Planung möglich sein oder ist diese Frage völlig daneben? Geht die Universität aktiv auf forschende Unternehmen zu, die Anspruch auf Mittel aus dem Standortfonds haben, um mögliche Kooperationen zu prüfen, bei denen nicht alles aus dem Unibudget finanziert werden muss? Ein Musterbeispiel für mich ist, dass der wirkliche Leuchtturm, auch wenn dieser Ausdruck jetzt dann etwas übermässig strapaziert wird, zum Beispiel das IOB, dass als öffentlich private Partnerschaft zwischen Novartis, dem Kanton und der Uni sehr erfolgreich arbeitet. Warum wird dieses Potenzial nicht auch für andere Bereiche genutzt? Mir fehlt da etwas Innovation. Und wie sehen die Investitionspläne der Universität in Bezug auf zukünftige Neubauten aus, insbesondere im Hinblick auf das Baufeld 4? Welche konkreten Schritte sind hier geplant und wie werden diese finanziert?

Ja, meine Damen und Herren, diese Fragen sind meines Erachtens für mich zumindest nicht unwichtig für die Zukunft, eine prosperierende Zukunft unserer Universität und ihrer Forschungslandschaft und beide, alle diese Faktoren sind ein wichtiger Standortfaktor, damit Basel jetzt und auch in Zukunft international mithalten kann. Wir stimmen selbstverständlich zu, aber meine Fragen bleiben mir und ich träume schon davon.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Rednerinnen und Redner ist erschöpft. Somit hat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Vielen Dank für die wertvolle Diskussion. Ihre Sorgen verstehe ich sehr gut. Ich habe versucht, in meinem Votum das klar und realistisch auch zu erwähnen, wo wir stehen. Herr Kollege Furlano, es ist ein Kompromiss und für uns ist es sehr wichtig, dass diese partnerschaftliche Zusammenarbeit weitergeht, das hat in den letzten

20 Jahren unsere Universität einiges weitergebracht. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass wir heute zu Top 100 gehören und es sollte auch uns bewusst sein, 75% der Kosten gehen in Richtung Life Sciences. Das unterstützen wir, das finden wir auch wichtig für unsere Universität.

Ich habe in meinem Eingangsvotum erwähnt, es ist jetzt eine Arbeitsgruppe von den beiden Kantonen eingesetzt, es wird sicher auch die eine oder andere Idee, die heute hier erwähnt wurde, miteinbezogen. Ich bin gespannt, wie es weitergehen wird. Was ich konkret sagen kann, ich möchte Ihnen vorab versichern, dass wir für die nachhaltige Finanzierung unserer Universität weiterhin alle Möglichkeiten anschauen werden. Auch das Bundesgesetz zur Förderung von Hochschulen und Forschung gibt ja die Möglichkeit weiterer Zusammenarbeit mit den anderen Universitäten und wir werden auch diese Aspekte alle miteinbeziehen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Vielen Dank für die Debatte, die sich auch so in der BKK etwas abgezeichnet hat. Einfach zu Herrn Furlano, der Kanton finanziert die Uni, gibt der Uni mehr Geld, beide Kantone. Dass die Uni damit nicht mehr Geld zur Verfügung hat, glaube ich, liegt etwas auf dem Tisch, auch wenn der Kanton mehr zahlt. Ich glaube, die Uni muss ja auch Drittmittel einwerben, muss Kooperationen eingehen, weil Bildung so breit abgestützt werden muss, abgestützt werden soll, da muss, glaube ich, die Uni auch diese Arbeit leisten. Ich möchte einfach nochmals ganz klar sagen, für uns, für die Uni Basel ist es entscheidend, dass wir die Trägerschaft gemeinsam machen, dass Kanton Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemeinsam Trägerkantone bleiben und gemeinsam finanzieren. Ich bin auch davon überzeugt, auch wenn die Situation mit dem Bund schwierig ist, wenn wir einfach sagen, wir haben schon so häufig versucht, das gibt es nicht, das ist etwas fatalistisch, ich glaube, wir müssen dort weiterhin versuchen und wir müssen weiterhin eine Lösung mit dem Bund und mit den anderen Unikantonen finden. Ich danke nochmals für die Debatte und bin jetzt auf die Abstimmung gespannt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Leistungsauftrag

2. Trägerbeitrag

3. Kenntnisnahme Jahrestranchen

4. Kenntnisnahme bikantonale Eigentümerstrategie

5. Einmalige Ausgabe

6. Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007395, 22.10.25 16:26:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Leistungsauftrag der Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt an die Universität Basel für die Jahre 2026–2029 mit einem bikantonalen Globalbeitrag von Fr. 1‘504‘150‘000 wird genehmigt.

2. Für den Trägerbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die Universität Basel für die Leistungsauftragsperiode 2026–2029 wird eine Ausgabe von Fr. 770‘832‘994 bewilligt mit folgenden Jahrestranchen: 2026: Fr. 190‘401‘391, 2027: Fr. 190‘417‘661, 2028: Fr. 193‘671‘700, 2029: Fr. 196‘342‘242.

3. Der Grosse Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Jahrestranchen für die Jahre 2027–2029 aufgrund einer aktuellen Prognose der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der beiden Trägerkantone ermittelt worden sind und im Rahmen der Aufteilung des verbleibenden Restdefizits gemäss § 33 Abs. 3 des teilrevidierten Universitätsvertrags höher oder tiefer ausfallen können sowie dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt zusammen mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft gemäss § 21 des teilrevidierten Universitätsvertrags für den Beschluss über die Aufteilung des verbleibenden Restdefizits zuständig ist.

4. Der Grosse Rat nimmt die bikantonale Eigentümerstrategie 2026–2029 zur Kenntnis.

5. Für die nicht-werthaltigen Mehrkosten des Neubaus Biozentrum wird eine einmalige Ausgabe von Fr. 9‘350‘000 bewilligt.

6. Die Beschlüsse unter Ziff. 1, 2 und 5 stehen unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Landrats des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 96 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

13.1. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Bildungsoffensive für Informatikfachleute auf Hochschulebene mittels Schaffung einer Fakultät für Informatik an der Universität Basel und an der FHNW sowie Ermöglichung der IT-Ausbildung an der FHNW statt in Brugg auch in der Region Basel, Bericht der BKK

[22.10.25 16:26:07, 23.5222.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, den Anzug Bruno Lötscher und Konsorten abzuschreiben. Die BKK und der Regierungsrat verzichten auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

13.2. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel, Bericht der BKK

[22.10.25 16:26:32, 24.5212.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, den Anzug Amina Trevisan und Konsorten als erledigt abzuschreiben. Amina Trevisan hat sich als Rednerin gemeldet.

Amina Trevisan (SP): Die Bedeutung der Uni, wir haben sie jetzt ausführlich erörtert, und gerade weil sie so wichtig ist, bitte ich Sie, den vorliegenden Anzug stehen zu lassen, bis er umgesetzt ist und Wirkung gezeigt hat. Auch wenn wertschätzend festgehalten werden kann, dass der Regierungsrat die Bedeutung des akademischen Mittelbaus der Uni Basel anerkennt, so reichen die im Bericht vorgelegten Massnahmen für eine substanzielle Verbesserung der Arbeits- und Anstellungsbedingungen des Mittelbaus nicht aus. Für einen wissenschaftspolitischen Paradigmenwechsel im Interesse der

Mitarbeitenden der Universität Basel und der Qualität ihrer Arbeit, um in Forschung und Lehre weiterhin hervorragende Leistung zu erbringen, braucht es mehr. Um weiterhin für nationale und internationale Forschende attraktiv zu bleiben, ist eine Modernisierung der Anstellungsstrukturen an der Universität Basel notwendig.

Die von fast allen im Mittelbau, egal welcher Disziplin, geteilte Hauptforderung ist, dass es mehr attraktive, feste wissenschaftliche Stellen gibt und die bestehende Professur nicht faktisch die einzige permanente Position darstellt. Die meisten Professorinnen und Professoren sind eh schon überlastet mit der Überfülle an Arbeit, Verantwortung und Macht, die sich auf ihre Person konzentriert. Selbst wenn die Befristungsquote nicht über Nacht von 90% auf 9% ein nationaler Durchschnitt im generellen Arbeitsmarkt gesenkt werden kann, bleibt viel Spielraum, die extreme Pyramide der akademischen Personalstruktur endlich etwas abzuflachen.

Kürzlich startete die Zeitschrift Nature eine Podcast-Reihe mit dem Titel Mind matters: investigating academia's 'mental health crisis', übersetzt: Geistige Gesundheit ist wichtig, Untersuchung der psychischen Gesundheitskrise in der Wissenschaft. Darin geht es, ich zitiere: Um einige der systemischen Veränderungen, die notwendig sind, um den akademischen Arbeitsplatz zu einem glücklicheren und gesünderen Ort zu machen. Unsichere Jobaussichten und steile Hierarchien sind wahrscheinlich die wichtigsten Faktoren für die zitierte Krise der psychischen Gesundheit. Es überrascht deshalb nicht, dass der Mangel an Festanstellungen ein zentrales Thema der geforderten Entlastungsmassnahmen des Mittelbaus ist. Soziale Bildungsgerechtigkeit und wissenschaftliche Autonomie sind gewichtige Argumente dafür, ob es in der Wissenschaft wirklich klappt. Wer nicht aus «gutem Hause» kommt, hat noch mehr Mühe, versauert hochqualifiziert in der Prekarität.

Halten wir nochmals fest, ohne feste Stelle bleibt ein Mitglied des Mittelbaus in persönlichen Abhängigkeiten gefangen, die wissenschaftliche Innovation hemmen und Machtmissbrauch und sexualisierte Gewalt fördern. Ohne den akademischen Mittelbau würde es eine Universität gar nicht geben. Lasst uns deshalb den Mittelbau der Uni Basel ernst nehmen, lasst uns all den vielen leidenschaftlichen Forschenden und Hochschulpersonen zuhören, die seit vielen Jahren ihren Unmut kundtun und sehr deutliche Forderungen stellen. Rund 2’500 Doktorierende, 500 Postdocs und weitere Dozierende fordern, dass Anstellungen nach der Promotion grundsätzlich unbefristet oder zumindest mit einer klaren Aussicht auf Entfristung versehen sein sollen. Sie fordern, dass Dauerstellen für Daueraufgaben eingerichtet werden. Eine weitere Forderung ist, dass es aktive Unterstützung von echten Teilzeitmodellen und Berücksichtigung von Care-Arbeit braucht. Es braucht einen Abbau von Hierarchien und Ungleichheiten. Dazu gehören wirksame Massnahmen gegen Diskriminierung, Mobbing und Missbrauch. Zudem ist eine angemessene Grundfinanzierung der Universität nötig, statt ein Drittmittelprojektbetrieb oder gar Opfer von Sparprogrammen zu sein.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Eigentlich wollte ich mein Votum, das ich vorbereitet hatte, nicht halten, aber nach so viel Schwarzmalerei habe ich gedacht, doch, ich muss jetzt etwas sagen. Es ist absolut unbestritten, dass die Universität Basel und mit ihr alle Hochschulen der Schweiz über faire Arbeitsbedingungen und eine zeitgemässe Anstellungspolitik verfügen müssen. Diese Haltung teilen nicht nur die Trägerregierungen der Universität Basel, sondern ebenso der Hochschulrat der Schweizerischen Hochschulkonferenz. Aus diesem Grund wurde auf nationaler Ebene die Ausarbeitung eines umfassenden Aktionsplanes zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Auftrag gegeben. Auftragnehmer ist Swiss universities, der Dachverband der Schweizerischen Hochschulen.

Es ist wichtig, dass die Thematik im Verbund der Universitäten und auf nationaler Ebene angegangen wird. Das heisst aber natürlich nicht, dass nicht jede einzelne Universität selbst im Rahmen ihrer Autonomie Verantwortung für ihre Anstellungsbedingungen trägt. Aus diesem Grund enthält der Leistungsauftrag 2026 bis 2029 neu die Anforderungen, eine Strategie zur Entwicklung der Doktorierenden- und Postdoktorierendenstellen zu entwickeln. Der Leistungsauftrag nimmt damit eine von der Universität selbst gesetzte strategische Massnahme auf. Einen Teil der im Globalbeitrag 2026 bis2029 enthaltenen Mittel wird von der Universität für die Entwicklung und Umsetzung dieses Reformvorhabens eingesetzt.

Mit dem Auftrag und der Mittelzuteilung kommt der Regierungsrat zentralen Anzugsforderungen nach. Aus systematischen Gründen nicht erfüllt werden kann jedoch der in Anzug erhobene Anspruch auf unbefristete Anstellungsbedingungen. Doktorats- und Postdoc-Stellen sind akademische Qualifikationsstellen, die der Weiterqualifizierung für den späteren Karriereverlauf innerhalb und ausserhalb der Universität dienen. Das können wir nicht stoppen. Das wäre für einen Standort, der viel Forschung macht, unverständlich. Diese Stellen als dauerhafte Stellen einzurichten, würde konkret bedeuten, nachkommenden Nachwuchswissenschaftler*innen jede Chance auf eine universitäre Qualifizierung zu nehmen. Hinzu kommt, dass etwa zwei Drittel der Doktorierenden und Postdoktorierenden an der Universität Basel über drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte finanziert sind. Deren Laufzeit ist naturgemäss beschränkt, auch daran lässt sich nichts ändern.

Mit Blick auf diese Ausführungen bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben. Die Universität wird im Rahmen der jährlichen Leistungsberichterstattung über die Fortschritte bei der Strategieentwicklung und deren Umsetzung berichten. Dies scheint uns der einzige adäquate Ort zu sein, um mit der Universität über die Verbesserungen in der Nachwuchsförderung ins Gespräch zu kommen und die Zielerreichung zu überprüfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat und Kommission, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007398, 22.10.25 16:36:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 49 Ja-Stimmen gegen 48 Nein-Stimmen. Das Geschäft ist erledigt.

14. Änderung des Schulgesetzes vom 4. April 1929 betreffend das alters- und niveaudurchmischte Lernen und die Spitalschulung sowie Beitritt zur Interkantonalen Spitalschulvereinbarung (ISV), Bericht der BKK

[22.10.25 16:36:41, 25.0082.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Die Erprobung von neuen Schulmodellen ist gemäss Schulgesetz in sogenannten Erfahrungsschulen möglich. Eine Erfahrungsschule entsteht, wenn ein Schulstandort neue Konzepte erproben möchte, dies vom Kollegium und der Schulleitung getragen und vom Erziehungsdepartement und allenfalls vom Regierungsrat auf Stellungnahme des Erziehungsrates genehmigt wird. Erfahrungsschulen müssen das Erreichen der Bildungs- und Lernziele und den Übertritt an die Anschlussschulen gewährleisten und sie müssen evaluiert werden. Zudem sind Erfahrungsschulen befristet. Bewähren sich die erprobten Konzepte, sollen sie generell eingeführt werden. Das heisst, die gesetzliche Grundlage muss so angepasst werden, dass alle Schulstandorte die Möglichkeit haben, nach den erprobten Konzepten zu arbeiten. Bewähren sich die erprobten Konzepte nicht, sollen die Erfahrungsschulen rückgebaut werden.

Im Kanton Basel-Stadt werden Konzepte des alters- und niveaudurchmischten Lernens seit 2014 an drei Schulstandorten erprobt. Die drei Erfahrungsschulen sind jetzt noch bis Ende des Schuljahrs 2026/2027 bewilligt. Die Erfahrungen, die die drei Schulen mit dem alters- und niveaudurchmischten Lernen gemacht haben, sind durch die Pädagogische Hochschule der FHNW evaluiert worden. Im Ratschlag ist ein Zusammenzug der Ergebnisse dieser Evaluation zu lesen.

Die BKK konnte den gesamten Evaluationsbericht einsehen und hat sich davon überzeugen können, dass die erprobten Modelle kaum kritisiert und von allen Anspruchsgruppen positiv bewertet wurden. Zwar beschreiben die Lehrpersonen, dass bei allen Schulstandorten die Herausforderung bei der Implementierung der Modelle gross gewesen sei, sie trotz der Mehrarbeit aber nicht zum herkömmlichen Modell zurückgehen möchten.

Obwohl die BKK die Möglichkeit zur Erprobung neuer Konzepte und Schulmodelle grundsätzlich gutheisst, hat in der Kommission eine kritische Auseinandersetzung stattgefunden. So vermisst die BKK Aussagen dazu, wie der Prozess stattfindet, wenn ein Schulstandort ein neues Modell erproben möchte. Zudem möchte die Kommission, dass eine Form gefunden wird, die es ermöglicht, dass die BKK darüber informiert werden kann, ob sich ein neues Modell im Alltag bewährt.

Kontrovers hat die BKK darüber diskutiert, dass diese neuen Modelle im Gesetz manifestiert werden, ohne dass klar nachgewiesen ist, dass damit die Schülerinnen und Schüler auf die kommenden Herausforderungen gut vorbereitet sind. Ein Teil der Kommissionsmitglieder wollte entsprechend im Gesetz festgeschrieben haben, dass lediglich die drei genannten Schulstandorte mit den erprobten Modellen arbeiten dürften, es müsse verhindert werden, dass auch andere Schulstandorte alters- und niveaudurchmischtes Lernen einführen würden. Ein weiterer Teil der Kommissionsmitglieder war aber der Ansicht, dass die Form des Schulmodells nicht ausschliesslich massgebend für den Lernerfolg der Kinder ist. Dazu seien etliche andere Faktoren ausschlaggebend. Dass die erfolgreich erprobten Modelle im Gesetz festgeschrieben würden, hat ja gerade damit zu tun, dass andere Schulstandorte, wenn sie das möchten, diese Modelle auch einführen könnten. Weil das Einführen neuer Schulmodelle aber so aufwendig ist und weil ein Grossteil des Kollegiums sich für das neue System aussprechen müsste, ist gar nicht anzunehmen, dass nun ganz viele Schulstandorte zum alters- und niveaudurchmischten Lernen wechseln werden. Es geht mit dieser Gesetzesanpassung um ein Ermöglichen und nicht um eine Pflicht.

Mit diesem Ratschlag beantragt der Regierungsrat auch die Aufnahme einer Regelung betreffend die Spitalschulung im Schulgesetz sowie den Beitritt des Kantons zur interkantonalen Spitalschulvereinbarung. Dieser Beitritt wird zu einer besseren Leistungsabgeltung der Spitalschulen führen. Der Kanton Basel-Stadt hat deshalb ein grosses Interesse, der ISV beizutreten. Die nötige Anpassung im Schulgesetz und der Beitritt zur interkantonalen Spitalschulvereinbarung ist in der BKK unbestritten.

Gemäss Schlussbestimmung des Grossratsbeschlusses sollen die Gesetzesänderung im August 2025 in Kraft treten. Hätte also bereits geschehen müssen. Aufgrund des Umstandes, dass das Geschäft eben erst jetzt im Grossen Rat beraten wird, hat sich die Kommission dazu entschlossen, die Schlussbestimmungen wie folgt anzupassen. Wir schlagen folgende Änderung vor: «Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum. Der Regierungsrat entscheidet über das Datum des Inkrafttretens».

Die BKK beantragt entsprechend dem Grossen Rat mit 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen, den Änderungen des Schulgesetzes vom 4. April 1929 betreffend des alters- und niveaudurchmischten Lernens und die Spitalschulung zuzustimmen. Zudem unterstützt sie einstimmig den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: In Form von sogenannten Erfahrungsschulen erproben die Primarschulen Rittergasse und Schoren sowie die Sekundarschule Sandgruben schon seit etwa zehn Jahren Modelle des alters- und niveaudurchmischten Lernens. Bisher ist altersdurchmischtes Lernen nur im Rahmen einer Erfahrungsschule möglich. Unterrichtsmodelle des niveaudurchmischten Lernens, beispielsweise den Atelierunterricht, können Sekundarschulen schon jetzt etablieren, wenn noch mindestens 50% des Unterrichts in den jeweiligen Leistungszügen stattfindet. Wenn mehr als 50% leistungsdurchmischt unterrichtet wird, geht dies nur in Form einer Erfahrungsschule. Normalerweise werden neue Unterrichtsmodelle in Erfahrungsschulen maximal vier bis fünf Jahre erprobt. Unter anderem wegen Corona wurden die Bewilligungen der eben genannten drei Schulen verlängert. Nun muss entschieden werden, ob Unterrichtsmodelle des alters- und niveaudurchmischten Lernens für alle Volksschulen ermöglicht werden sollen.

Die PH FHNW hat im Jahr 2021 eine Evaluation der Erfahrungsschulen durchgeführt. Diese Evaluation war weitgehend positiv. Alle drei Erfahrungsschulen möchten diese Unterrichtsmodelle behalten und das Kollegium ist zum grössten Teil sehr zufrieden. Das zeigen auch wiederholte Nachfragen der Schulkommissionspräsidenten, wann diese Unterrichtsmodelle für alle Schulen ermöglicht werden. Vor diesem Hintergrund sollen nun alle Schulen die Möglichkeit erhalten, diese Unterrichtsmodelle einzuführen. Auch andere Kantone, wie beispielsweise der Kanton Schaffhausen oder der Kanton Thurgau, ermöglichen an ihren Schulen Konzepte des altersdurchmischten Lernens schon seit einigen Jahren. Die Erfahrungen mit diesen Unterrichtsmodellen sind mehrheitlich positiv und soweit wir wissen, hat bisher keine Schule in der Schweiz altersdurchmischte Unterrichtsmodelle wieder abgeschafft. Im Hinblick auf die Weiterentwicklung der integrativen Schule sind wir zudem auf das Ermöglichen altersdurchmischten Unterricht angewiesen. Förderklassen müssen aus organisatorischen und finanziellen Gründen altersdurchmisch unterrichtet werden. Die Organisation der Förderklassen in Jahrgangsklassen könnten wir nicht stemmen. Auch daher benötigen wir eine rechtliche Grundlage für altersdurchmischte Unterrichtsmodelle.

Ich möchte noch auf Folgendes speziell hinweisen: Wenn die Schulgesetzänderung abgelehnt wird, müssen die drei Erfahrungsschulen ihren Unterricht innerhalb der nächsten Schuljahre zu herkömmlichen Unterrichtsmodellen zurückbauen.

Das würde an den Erfahrungsschulen niemand verstehen. Ich bin überzeugt, dass wir den Volksschulen mit den Unterrichtsmodellen des alters- und niveaudurchmischten Lernens weitere sinnvolle Unterrichtskonzepte ermöglichen.

Neben der Aufnahme von alters- und niveaudurchmischten Unterrichtsmodellen soll auch die Spitalschulung im Schulgesetz geregelt werden und der Kanton soll der Interkantonalen Spitalschulvereinbarung beitreten. Die Interkantonale Spitalschulvereinbarung regelt die Finanzierung von Spitalschulungen, wenn ein Kind in einem anderen Kanton, als es wohnhaft ist, eine Spitalschule besucht. In diesen Fällen gibt es bisher keine einheitlichen Regelungen und die Finanzierung muss von Fall zu Fall geklärt werden. Basel-Landschaft tritt der Interkantonalen Spitalschulvereinbarung bei. Durch den Beitritt des Kantons zur Interkantonalen Spitalschulvereinbarung erhalten wir ein Regelwerk, durch welches die Finanzierung von Spitalschulungen über die Kantonsgrenzen hinweg geregelt wird.

Ich bitte Sie daher, der vorgeschlagenen Schulgesetzänderung und dem Beitritt des Kantons zur Interkantonalen Spitalschulvereinbarung zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Jenny Schweizer für die SVP.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem Ratschlag betreffend Änderung des Schulgesetzes bezüglich alters- und niveaudurchmischtes Lernen nicht zustimmen. Da wir die einzige Fraktion sind, möchte ich Ihnen dies kurz darlegen.

Im 2014 wurde in zwei Primarschulen und einer Sekundarschule dieses durchmischte Lernen, in der Primar auf Alters- und in der Sekundarstufe 1 auf Niveaustufe, zur Erprobung eingeführt. Nun viele Jahre später erhalten wir die Daten von der FHNW ausgewertet und präsentiert und ich kann Ihnen sagen, dieser Bericht schreibt wahrlich nicht von einem Erfolg. So wird einzeln von jedem Standort ausführlich berichtet, wie anspruchsvoll dieses Modell für die Lehrerschaft sei. Die Lehrer und Lehrerinnen müssen wirklich von diesem Unterrichtsmodell überzeugt sein und sich darauf einlassen, weil es viel mehr Kraft, Energie und Vorbereitungszeit brauche als das ursprüngliche Unterrichten, was, wie wir alle wissen, auch kein Spaziergang ist. In Zeiten des Lehrermangels und vor dem Hintergrund, dass auch die Lehrpersonen gerne den Standort einmal wechseln wollen, sehen wir nicht ein, weshalb ein System Aufnahme im Gesetz finden soll und somit offiziell an den Schulen eingeführt werden kann, das die Lehrpersonen eher abschreckt als anlockt.

Die Klassenbildung der Schülerinnen und Schülern in der Primarstufe sieht so aus, dass die erste und zweite, die dritte und vierte sowie die fünfte und sechste Klasse zusammengelegt werden. Was heisst dies nun für die Klassenbildung. Dies heisst nichts anderes, als dass jedes Jahr eine neue Zusammenstellung der Klassen den Schülerinnen und Schülern zugemutet wird. Der so hochgehaltene Klassenverbund, den wir stets betonen, wie wichtig er für die Schülerschaft ist, wird hier völlig ausgehebelt. Und ich kann Ihnen versichern, dass nach Rücksprache mit betroffenen Kindern und Eltern dies überhaupt nicht geschätzt wird und je nachdem vor den Sommerferien und vor Schulbeginn zu Dramen führt, weil die Kinder ihre Gspänli wieder verlieren oder verloren haben.

Was wir auch im Bericht der FHNW stark bemängeln, ist, dass keine Erhebung der Leistung aufgezeigt wird. Das ED argumentiert, dass sich alle an den Lehrplan 21 zu halten haben und die Ziele zu erreichen sind. Natürlich aber, wenn ein Schulsystem erprobt wird und dies über etliche Jahre, wäre es wahrlich interessant festzustellen, ob die Leistungen auch erbracht worden sind und auf welchem Niveau. Der Bericht lässt uns hier ratlos zurück. Weshalb wird ein Schulsystem erprobt, bevor es in das Gesetz aufgenommen wird. Es wird erprobt, weil es aus dem Raster fällt, es wird erprobt, weil man sich nicht sicher ist, ob es funktionieren kann, und es wird erprobt, um danach einen fundierten Bericht, der alle zu einer Entscheidung führen kann, vorzulegen. Ob es funktioniert, wissen wir mit diesem Bericht nicht. Wir in der BKK haben es als nicht gescheitert umschrieben, aber nicht als bewährt.

Aber das Prädikat nicht gescheitert reicht der SVP-Fraktion nicht, um Aufnahme im Schulgesetz zu finden. Die Prädikate erfolgreich, überzeugend, bedenkenlos, und zwar bei allen Beteiligten, das erwarten wir, um hier ein neues System im Gesetz aufzunehmen. Denn wenn es im Gesetz als Unterrichtsform einmal steht, dann kann es an anderen Standorten angewendet werden und dann nutzt es überhaupt nichts, wenn argumentiert wird, dass wahrscheinlich dieses System keine andere Schule einführen will, oder wie es im BKK-Bericht formuliert ist, die Aufnahme im Gesetz soll nicht als Aufforderung an andere Standorte verstanden werden. Aber wenn wir etwas im Gesetz aufnehmen, müssen wir dies mit Überzeugung tun, überzeugt sein, ein neues erfolgreiches zum Wohle der Bildung der Kinder unseres Kantons einzuführen und umzusetzen, egal an wie vielen Standorten.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn Ihnen ein nicht gescheitert reicht, nur weil sonst drei Schulstandorte wieder auf unsere anderen Systeme, die ja wahrlich auch nicht wenige sind, zurückfahren müssen, dann stimmen Sie diesem Ratschlag zu. Die SVP-Fraktion ist hier etwas anspruchsvoller, uns reicht ein nicht gescheitert keinesfalls und lehnt diesen Ratschlag deshalb ab. Beim Beitritt zur Interkantonalen Spitalschulvereinbarung stimmen wir zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Sasha Mazzotti das Wort.

Sasha Mazzotti (SP): Ich weiss nicht, wann Sie das letzte Mal in einem Klassenzimmer waren. Es hat sich dort einiges verändert und nicht nur zum Schlechteren. Auch der Beruf der Lehrperson hat sich über die Jahre verändert. Elternarbeit, Umgang mit grösserer Heterogenität und die Erkenntnis der Wissenschaft, dass das Entwicklungsalter der Kinder sehr unterschiedlich ist. Der Gleichtakt, mit dem man früher unterrichtet wurde, passt nicht und passte auch damals nicht. Welche Schulform die beste, die richtige ist, ist eine Frage, die wir Politikerinnen und Politiker hier drin immer wieder diskutieren. Auch Lehrpersonen diskutieren darüber. Schulentwicklung ist ein wichtiges Thema an den Schulen. Lehrpersonen bilden sich weiter, beschäftigen sich mit verschiedenen Schulformen, engagieren sich im Klassenzimmer für die Schülerinnen und Schüler und innerhalb des Kollegiums. Die Kritikpunkte an diesen Modellen hat die Präsidentin schon erwähnt, ich gehe nicht darauf ein.

In dieser Auseinandersetzung mit der Gesetzesänderung, über die wir heute abstimmen, sind zwei Dinge entscheidend. Als erstes das Ziel, was sollen diese jungen Menschen können, wenn sie die Volksschule verlassen und wie kommen wir eigentlich dahin. Mit Können meine ich nicht nur, sie sprechen Französisch, sie wissen, wie man eine Interpunktion einsetzt, sie können einen Dreisatz berechnen, sie können auswendig lernen, usw. Wenn die jungen Menschen die Schule verlassen, sollten sie Zusammenhänge verstehen. Die Neugierde, die sie im Kindergarten noch mitbringen, die sollten sie weiterhin haben. Freude am Lernen, Forschen und Ausprobieren. Sie sollen auch Fehler machen dürfen und daraus lernen können, kritisch hinterfragen, Fähigkeiten, die sie fürs Leben brauchen und dadurch auch für späteres Arbeitsleben. Natürlich sollten sie auch Fremdsprachen können, usw., aber zu Ihrer Beruhigung, das geht bei alters- und niveaudurchmischtem Lernen nicht verloren. Wir haben einen Lehrplan, wir haben Lehrmittel, die darauf aufbauen und die sind verbindlich für die Schulen in Basel-Stadt.

Der zweite Aspekt in dieser Diskussion ist das unterschiedliche Entwicklungsalter der Schülerinnen und Schüler. Vielleicht ist Ihnen der Kinderarzt Remo Largo ein Begriff. Er hat einige Ratgeber herausgegeben und so manche Eltern über die Jahre beruhigen können. Er sagt, dass sich Kinder unterschiedlich schnell entwickeln und dies ist auch nicht linear. Vielleicht kennen Sie ja den Begriff, dass jemand endlich den Knopf aufgemacht hat. Vielleicht waren Sie ja auch so ein Kind. Unser traditionelles und geläufiges Modell, mit dem über die Hälfte hier drin aufgewachsen sind, zielt darauf ab, dass die, die gut auswendig lernen können, die von zu Hause aus Wissen mitbringen und bei langweiligem Frontalunterricht durchbeissen können, die sind dann erfolgreich. Lernmotivation, Kreativität und Eigenverantwortung zu entwickeln und beizubehalten, das war früher halt nicht gefragt bei den traditionellen Modellen. Und die Schule reagiert. Übrigens, sie hat auch ohne altersdurchmischtes und niveaudurchmischtes Lernen reagiert, denn es gibt mehrere Möglichkeiten.

Und wir reden hier nicht von einem Systemwechsel, sondern von einer gesetzlichen Ergänzung, eine Möglichkeit, die noch lange nicht von allen Kollegien gewünscht ist und als gut befunden wird. Es gibt verschiedene Methoden und Modelle, die zugegebenermassen auch nicht für alle Schülerinnen und Schüler passend sind. Auch das traditionelle Modell, wie Sie es kennen, passt nicht für alle Schülerinnen und Schüler. Ein wichtiger Schlüssel für den Lernerfolg ist nicht das passende Modell übrigens, sondern ein vertrauensvolles Lehrpersonen-/Schüler*innen-Verhältnis. In der Politik sollen und können wir nicht urteilen, was die beste Schulform, Unterrichtsmethode ist, dafür fehlt uns das Wissen und die Erfahrung. Wir können hier aber gesetzliche Grundlagen schaffen, dass die Schule sich weiterentwickeln kann, dass neue Modelle implementiert werden können. Wie gesagt, können, sie müssen nicht, es ist kein Systemwechsel, kein Grund zur Panik.

Der Grossrat hat aber auch die Aufgabe zu hinterfragen und genau hinzuschauen, ob dies sorgfältig umgesetzt wird und nicht einfach nur ein Modetrend ist. Darum an die Leitung der Volksschule, fundierte und sorgfältige Evaluationen sind wichtig und der Austausch unter den Schulen sollte unbedingt gefördert werden. Persönlich möchte ich ergänzen, alters- und/oder niveaudurchmischte Schulform ist ein mögliches Modell, es ist nicht die Lösung. Entscheidend im Klassenzimmer und der Erfolg der Schülerinnen und Schüler ist am Ende des Tages mehr als irgendein perfektes Modell. Es ist die fähige Lehrperson oder Lernbegleiterin, Lernbegleiter, die eine Beziehung zu den Schülerinnen und Schülern aufbauen kann, sie motivieren, fördern und fordern kann.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Zustimmung zu dieser kleinen Gesetzesanpassung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Remo Gallacchi. Diese wird entgegengenommen.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben gesagt, dass das System nicht für jedes Kind geeignet ist, können dann die Kinder das System wählen und wenn nicht, können sie dann die Klassen tauschen und dann wieder die Gspänli verlieren, die sie hatten?

Sasha Mazzotti (SP): Einerseits ist es ja ein System einer Schule und was ich damit sagen wollte, ist, dass das andere System auch nicht passt. Es geht dann am Schluss darum, was die Lehrperson im Klassenzimmer macht, und darum sind die Modelle für mich zweitrangig. Ich möchte nur einfach unterstützen, dass das Gesetz angepasst wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA spricht Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Wir beraten hier zwei völlig unterschiedliche Vorlagen in einem Ratschlag. Wie erwähnt, war der Beitritt zur Interkantonalen Spitalschulvereinbarung völlig unbestritten und wurde in der BKK auch kaum diskutiert. Der andere Teil, der eine gesetzliche Grundlage für das alters- und niveaudurchmischte Lernen schaffen und damit die bisherigen drei Erfahrungsschulen aus ihrem Sonderstatus entlassen will, der wurde hingegen ausführlich diskutiert und zum Teil auch kontrovers. Auch ich hatte meine Zweifel und befürchtete, dass mit der Gesetzesänderung, grob gesagt, eine Art Blankoscheck für Schulen entstehen kann, alles Mögliche auszuprobieren, was dann dazu führt, dass die Schulen und ihre Angebote immer mehr auseinanderdriften.

Im Zuge der Diskussion in der BKK bin ich dann aber zum Schluss gekommen, dass es nun wirklich darum geht, das pädagogische Modell des alters- und niveaudurchmischten Lernens im Schulgesetz zu verankern, so dass die drei Schulen Sek Sandgruben, Primarschule Rittergasse und Primarschule Schoren von ihrem langjährigen Zustand des Sonderfalls auf gesetzlich geregelten Boden gestellt werden. Eine Ablehnung hätte, das wurde auch schon gesagt, zur Folge, dass alle drei Schulen ihren langjährigen Schulversuch abbrechen und zum normalen Unterricht zurückkehren müssten. Gemäss der Evaluation war der Schulversuch offenbar erfolgreich, das habe ich anders gelesen als Jenny Schweizer von der SVP, und die Lehrpersonen sind trotz einigem Mehraufwand dafür, dieses Modell weiterzuführen.

Aus diesen Gründen kann ich Ihnen die Zustimmung der Fraktion BastA zu diesem Ratschlag mitteilen. Wie es mit anderen Versuchen weitergeht, werden wir kritisch beobachten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mustafa Atici meldet sich für ein zweites Votum.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ganz kurz, die möglichen Herausforderungen, die mit diesem Modell erwähnt worden sind, kann ich zum Teil verstehen, dass es vielleicht zu Beginn anspruchsvoller sein könnte. Aber die Evaluation der PH FHNW ist tatsächlich weitestgehend positiv, nicht wie erwähnt negativ. Und es ist auch so, die Kommissionspräsidentin hat es erwähnt, es ermöglicht den Schulen, wenn sie wollen, mit diesem Modell weiterfahren zu können, es ist keine Pflicht. Unsere drei Schulen haben seit mehr als zehn Jahren dieses Modell und sind zufrieden und wollen es weiterführen. Auch die Erfahrungen aus den anderen Kantonen sind positiv. Daher bitte ich Sie, dieser Schulgesetzänderung zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Kommissionssprecherin verzichtet auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Änderung Schulgesetz (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Änderung Schulgesetz

§ 63a Abs. 4 (neu), Abs. 5 (neu)

§ 69 Abs. 4 (aufgehoben)

§ 140b (neu)

Spitalschulung

Abs. 1 bis 4

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007401, 22.10.25 17:04:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Schulgesetz vom 4. April 1929 [1]) (Stand 12. August 2024) wird wie folgt geändert:

§ 63a Abs. 4 (neu), Abs. 5 (neu)

4 Er findet in Jahrgangs- oder Mehrjahrgangsklassen statt.

5 Er kann in den Sekundarschulen in anderen, insbesondere auch in leistungszugübergreifenden Lerngruppen erteilt werden.

§ 69 Abs. 4 (aufgehoben)

4 Aufgehoben.

§ 140b (neu)

Spitalschulung

1 Der Kanton sorgt für ein bedarfsgerechtes Spitalschulangebot für längerfristig oder wiederholt hospitalisierte Schülerinnen und Schüler der Primarstufe sowie der Sekundarstufe I und II.

2 Das zuständige Departement schliesst zu diesem Zweck Leistungsvereinbarungen mit den öffentlichen Spitälern im Kanton ab.

3 Das Spitalschulangebot ist für im Kanton schulpflichtige Schülerinnen und Schüler sowie für Schülerinnen und Schüler der Schulen der Sekundarstufe II mit stipendienrechtlichem Wohnsitz im Kanton unentgeltlich.

4 Kanton oder Gemeinden können im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung oder in besonderen Fällen eine ausserkantonale Spitalschulung finanzieren.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum. Der Regierungsrat entscheidet über das Datum des Inkrafttretens.

[1]) SG 410.100

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 81 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses Beitritt ISV (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007403, 22.10.25 17:05:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

Dem Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur Interkantonalen Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (Interkantonale Spitalschulvereinbarung, ISV) vom 28. Oktober 2022

per Schuljahr 2024/25 wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 94 Ja-Stimmen. Das Geschäft ist erledigt.

16. Universitätsspital Basel (USB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht der GSK

[22.10.25 17:05:13, 25.0706.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Gesundheits- und Sozialkommission das Wort hat Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Wie üblich im Verlauf des Spätsommers oder mittlerweile schon des Herbstes berichten wir aus der GSK zu den Jahresrechnungen des Vorjahres der vier öffentlichen Basler Spitäler, die der Regierungsrat dem Grossen Rat zur Kenntnis bringen muss. Die Spitalrechnungen 2024 wurden im Verlauf des Frühjahrs veröffentlicht und wir konnten uns bis zu den Sommerferien mit den Institutionen treffen und uns direkt sowohl zu finanziellen wie auch zu den betrieblichen Berichterstattungen austauschen. Unseren Kommissionsbericht haben wir anlässlich der Sitzung vom 18. September verabschieden können.

Übergeordnet dürfen wir festhalten, und das freut mich natürlich, dass sich die finanzielle Situation der Spitäler des Kantons im Berichtsjahr und gegenüber dem 2023 positiv entwickelt hat. Das ist im aktuellen Umfeld und auch der Entwicklung im Gesundheitswesen nicht selbstverständlich. Insbesondere beim USB konnte nach dem sehr schlechten Jahresergebnis 2023 im Berichtsjahr eine signifikante Verbesserung erzielt werden. Auch wenn die finanzielle Situation der Spitäler immer ein wichtiges Thema, Dauerthema bleibt, so drehte sich im vergangenen Jahr beim Universitätsspital dennoch auch sehr viel, insbesondere um die betriebliche bzw. vor allem auch die bauliche Entwicklung in den kommenden Jahren. Sehr zu reden gab dabei vor allem das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit dem Klinikum 3. Die GSK hat sich hierzu sowohl mit dem GD wie auch dem Verwaltungsrat bzw. der Geschäftsführung eingehend ausgetauscht, insbesondere nach dem Entscheid, dass der geplante Turmbau gestrichen wurde. Aber auch dieser neue Plan eines reduzierten Klinikums 3, er kam nur kurze Zeit später, Sie haben es ja mitbekommen, mit der Ankündigung des Erwerbs des Claraspitals durch das USB eine erneute Wendung genommen. Sie sehen, die Themen um die öffentlichen Spitäler gehen uns nicht aus und ich denke, es bleibt auch weiterhin spannend.

Nun komme ich zu den einzelnen Rechnungen der Spitäler. Die spezifischen Details können Sie aus den Jahresrechnungen der einzelnen Einrichtungen entnehmen. Der Bericht der GSK beschränkt sich auf einige finanzielle Kennzahlen sowie einzelne spezifische Fragestellungen und Themen zu den einzelnen Spitälern im vergangenen Jahr.

Zum USB, Universitätsspital. Das USB konnte im Geschäftsjahr 2024 seine Ertragslage, ich habe es bereits erwähnt, deutlich verbessern. Nach einem hohen Verlust im Vorjahr resultierte nur noch ein geringes Minus, während der Umsatz weiter zunahm. Besonders erfreulich entwickelte sich die operative Marge, die sich markant erhöhte. Das Stammhaus, das den weitaus grössten Teil des Konzerns ausmacht, erzielt sogar ein leichtes positives Ergebnis. Sowohl im stationären als

auch im ambulanten Bereich stieg die Nachfrage. Auch der Anteil der zusatzversichernden Patientinnen und Patienten nahm leicht zu und das Spital bestätigt eine überregionale Bedeutung, da weiterhin mehr als die Hälfte der stationären Fälle aus den anderen Kantonen oder aus dem Ausland stammen. Die Zahl der Mitarbeitenden blieb insgesamt stabil mit einem leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Das Jahr 2024 gilt für das USB als Phase der Konsolidierung und Stabilisierung nach schwierigen Jahren mit finanziellen Belastungen durch Pandemie und Teuerung. Der positive Trend setzt sich fort, wenngleich der Wettbewerbsdruck und der hohe Investitionsbedarf das Spital weiterhin fordern wird.

Seitens der GSK ist festzuhalten, dass das USB in seinen Sanierungserfolgen zwar auf gutem Weg ist, jedoch künftig höhere Abschreibungen aus Neubauten zu erwarten sind. Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass der Fokus nicht nur bzw. zu stark auf die berühmte EBITDAR-Marge gelegt werden sollte. Sorge bereiten uns weiterhin ungedeckte Kosten im Forschungsbereich sowie Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Einführung neuer Tarifsysteme. Das Thema der neuen GWL wird dann aber noch separat und zu einem späteren Zeitpunkt thematisiert werden. Effizienzsteigerungen werden insbesondere beim medizinischen Sachaufwand und durch die fortschreitende Digitalisierung erwartet. Die Bettenauslastung gilt als gut und soll weiter optimiert werden, ohne die Betriebssicherheit zu gefährden. Im Personalbereich wird der Verzicht auf Temporäranstellungen als wichtiger Beitrag zu einem besseren Arbeitsklima gewertet. Erste Schritte zur Umsetzung der Pflegeinitiative wurden eingeleitet.

Der Konzernverlust geht im Wesentlichen auf das Bethesda-Spital zurück, das sich nach der Übernahme jedoch deutlich erholte. Rückgänge bei Patientenzahlen und Personalabgänge konnten weitgehend stabilisiert werden und die Integration in den Konzern schreitet voran. Die GSK wünscht sich indes künftig mehr Transparenz über die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften. Das USB verweist auf deren eigene Berichterstattung und auf gesetzliche Grenzen der Offenlegung. Zwischen Spitalleitung, Departement und Kommission bestehen hierzu weiterhin unterschiedliche Auffassungen.

Zum UZB. Das UZB erzielte 2024 ein stabiles und erfreuliches Ergebnis. Der Ertrag nahm weiter zu, während Personal- und Betriebsaufwand moderat gestiegen sind. Das betriebliche Ergebnis erreichte den Zielwert und die Eigenkapitalbasis konnte weiter gestärkt werden. Insgesamt zeigt sich das UZB finanziell solide und organisatorisch gefestigt. Die zahnärztlichen Leistungen nahmen dank besseren Auslastungen und effizienterem Terminmanagement deutlich zu. Der Personalbestand blieb stabil, die Integration der früheren Teilbetriebe hat sich bewährt und die Fluktuation liegt wieder im Normalbereich. Inhaltlich setzte das UZB Schwerpunkte in der Kinder- und Alterszahnmedizin sowie im geplanten Studiengang für Dentalhygiene. Aufgrund zunehmender Zahnprobleme bei Kindern wird die Präventionsarbeit intensiviert. In der Altersmedizin wurde die Kooperation mit Pflegeheimen ausgebaut und die Versorgung mobilitätseingeschränkter Personen verbessert.

Soziale Verantwortung bleibt zentral. Behandlungen armutsbetroffener Kinder werden durch Stiftungsgelder unterstützt, Einsätze erfolgen auch in Gefängnissen und in Kooperationen mit psychiatrischen Einrichtungen. Aufsuchende Angebote für besonders vulnerable Gruppen sind in Planung. Herausfordernd bleibt die Finanzierung der ungedeckten Leistungen in Forschung und Lehre, die bisher ohne Abgeltung erfolgen. Das UZB betont, dass die Kostendeckung nur dank marktwirtschaftlicher Tätigkeit möglich ist, während öffentliche Aufgaben wie Schul- und Sozialmedizin langfristig unterfinanziert bleiben. Trotz dieser Herausforderung pflegt das UZB einen guten Austausch mit der Schweizerischen Zahnärztlichen Gesellschaft und privaten Praxen. Gemeinsame Themen wie Notfalldienst und Ausbildung sichern die Qualität der zahnmedizinischen Versorgung in Basel.

Zum UAFP, Felix Platter-Spital. Das Geschäftsjahr 2024 verlief operativ deutlich besser als im Vorjahr. Der Gesamtertrag stieg weiter an, während sich das Betriebsergebnis stabilisierte und die Ertragsmarge spürbar verbesserte. Zwar wurde der Zielwert noch nicht erreicht, doch zeigen die Entwicklungen eine klare Erholung. Die Liquidität blieb jedoch jederzeit gesichert und das negative Eigenkapital aus den Vorjahren konnte leicht reduziert werden. Der Personal- und Sachaufwand nahm moderat zu, wobei durch gezielte Optimierungen und günstige Einkaufskonditionen Einsparungen erzielt wurden. Die Zahl der Mitarbeitenden wuchs geringfügig, was vor allem auf Lohnanpassungen zurückzuführen ist. Die Behandlungszahlen entwickeln sich insgesamt positiv. In der Akutsomatik und Rehabilitation nahm die Nachfrage zu, während die Alterspsychiatrie leicht rückläufig war. Besonders stark wuchs der ambulante Bereich mit einem deutlichen Plus an Betreuungstagen.

Insgesamt gelang es der UAFP, die operativen Ziele zu übertreffen und nach den finanziellen Herausforderungen der vergangenen Jahre wieder Stabilität zu erreichen. Die Eigenkapitalsituation bleibt jedoch angespannt und erfordert mittelfristig strukturelle Lösungen, etwa durch Refinanzierungen oder Kapitalerhöhungen. Der Kanton nimmt die Unterkapitalisierung derzeit in Kauf, betont aber die Notwendigkeit einer Neuverhandlung der Finanzierung, insbesondere beim Ablauf bestehender Darlehen. Wie andere Spitäler steht auch das UAFP im Spannungsfeld zwischen steigenden Löhnen zur Fachkräftesicherung und notwendigen Kostendisziplinen. Weitere Effizienzgewinne werden von Digitalisierung, Prozessoptimierung und verbessertem Kapazitätsmanagement erwartet. Auch das Gebäudemanagement trägt zur Entlastung bei. Nicht genutzte Flächen konnten erfolgreich vermietet werden, was zusätzliche Einnahmen generiert. Die Diskussion über die Dimensionierung des Gebäudes zeigte, dass die bauliche Grosszügigkeit teils berechtigt war, da der Bedarf an geriatrischer Leistung weiterhin wächst. Die Bettenkapazität bleibt für den Betrieb zentral, da der überwiegende

Teil der Erträge hier erwirtschaftet wird. Ziel ist eine flexible Steuerung der Belegung und eine engere Zusammenarbeit mit Privatspitälern, um Rückgänge bei zusatzversicherten Patientinnen und Patienten auszugleichen.

Mit dem Aufbau der Gerontopsychiatrie setzt die UAFP ein wichtiges Zeichen. Der Fokus liegt auf Delir- und Demenzpatientinnen und -patienten mit enger Kooperation zu Pflegeheimen. Ein Pilotprojekt für regelmässige Liaisondienste zeigt grossen Bedarf, ist jedoch finanziell kaum kostendeckend. Eine Ausweitung wird geprüft, möglicherweise mit Beiträgen der beteiligten Heime. Auch in der Palliativmedizin hat sich das UAFP stabilisiert und etabliert. Ein interdisziplinäres Care-Team begleitet Patientinnen und Patienten stationär, eine Ausweitung auf ambulante Angebote wird erwogen. Der fachliche Austausch mit anderen Spitälern bleibt eng, um die geriatrische und palliative Versorgung weiter zu verbessern.

Und zu guter Letzt komme ich noch zur UPK. Die Universitären Psychiatrischen Kliniken erzielten 2024 erneut ein sehr solides Ergebnis. Der Betriebsertrag nahm weiter zu und auch der Gewinn blieb auf dem erfreulichen Niveau der Vorjahre. Die operative Marge näherte sich dem Zielwert an und zeigt eine stabile Ertragslage. Während der Materialaufwand leicht gesenkt werden konnte, stiegen Personal- und Betriebskosten moderat an. Insgesamt blieb das wirtschaftliche Ergebnis nahezu unverändert positiv. Die Zahl der stationären Aufnahmen und Pflegetage hat leicht zugenommen, insbesondere in den Kliniken für Erwachsene, der Privatklinik und der Forensik. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie verkürzte sich die Aufenthaltsdauer etwas, wodurch die Zahl der Austritte sank. Der Personalbestand blieb konstant, die Vollzeitquote leicht erhöht.

Die UPK zeigen sich weiterhin finanziell stabil, sehen aber Risiken der zukünftigen Tarifentwicklung. Geringe Erträge können mittelfristig zu Einsparungen beim Personal führen. Ein ausgeprägter Fachkräftemangel besteht derzeit nicht, doch bereiten die Besetzung von Ausbildungsplätzen gewisse Schwierigkeiten. Temporäranstellungen werden nur ausnahmsweise vorgenommen, Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsplatzattraktivität sollen mit der Umsetzung der Pflegeinitiative gebündelt werden. Mit verschiedenen Projekten reagiert die UPK auf gesellschaftliche und therapeutische Herausforderungen. Dazu zählen aufsuchende Einsätze in sozialen Einrichtungen sowie das ELKI-Projekt, das Eltern mit psychischen Belastungen bei der Beziehungsgestaltung zu ihren Kindern unterstützt. Zudem wird ein Innovationsfonds aufgebaut, der neue Projekte unabhängig von der regulären Finanzierung ermöglicht. Unterschiedlich bewertet wird zwischen UPK und der kantonalen Kommission der Versorgungslage im Kinder- und Jugendbereich. Beide Seiten erkennen einen steigenden Bedarf, doch gehen die Einschätzungen zur Angebotsabdeckung auseinander. Während die UPK auf bestehende Gruppentherapieplätze verweist, fordert die Kommission eine aktivere Ausweitung des Angebots, um Versorgungslücken zu schliessen.

Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt Ihnen nun einstimmig, den vier Beschlussvorlagen betreffend Jahresrechnung 2024 der vorher erwähnten öffentlichen Spitälern zuzustimmen und diese zur Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Kommissionspräsident hat schon ziemlich ausführlich Ihnen unseren Bericht zusammengefasst oder unsere Berichte zu den verschiedenen Spitalrechnungen und ich möchte das nicht wiederholen, sondern nur kurz in eigenen Worten zusammenfassend Ihnen schildern und würdigen.

Ganz übergeordnet können wir, glaube ich, sagen, dass das Jahr 2024 nach den sehr schweren Jahren der Pandemie und dann den schweren Verlusten im 2023 eine gewisse Erholung zum Glück sich zeigte in den Spitalrechnungen und somit auch als ein Jahr der Konsolidierung betrachtet werden kann und das zeigt sich dann auch in den Rechnungen. Sie sehen dort eindrückliche Zahlen auch über die Leistungsvolumina, die erbracht werden konnten zugunsten unserer Bevölkerung und ich glaube, das ist das Wichtigste, unsere Spitäler können ihrem Versorgungsauftrag voll und ganz und in sehr hoher Qualität gerecht werden. Das möchte ich an dieser Stelle würdigen und ihnen, insbesondere auch sämtlichen Mitarbeitenden in den Spitälern dafür im Namen des Regierungsrats auch unseren Dank aussprechen.

Zu den einzelnen Häusern ganz kurz nur von meiner Seite. Das Universitätsspital Basel konnte den deutlichsten Schritt machen in seiner Rechnung. Im 2023 musste ein Verlust von 50 Millionen ausgewiesen werden und im 2024 war dann die Rechnung der Anstalt schon ausgeglichen und weist einen ganz kleinen Gewinn aus und der Konzernverlust, den es immer noch gibt, ist auf 2.6 Mio. Franken geschrumpft. Und das zeigt doch, dass das finanzielle Fundament des Universitätsspitals wieder solide ist. Natürlich bleibt das Umfeld anspruchsvoll, das gilt für sämtliche Spitäler, wir haben eine Fachkräfteknappheit und entsprechend auch einen hohen Lohndruck. Es gibt Teuerungen im Bereich der Materialien und auch die Tarifthematik ist andauernd anspruchsvoll.

Dennoch ist es dem Universitätsspital gelungen, eine solide Basis zu schaffen, auf der die notwendigen Investitionen, das sind auch Bauinvestitionen, aber nicht nur Bauinvestitionen, aus einer konsolidierten Ausgangslage nun planbar und tragbar weitergeführt werden können und aus dieser Stabilität heraus kann auch jetzt nun der vereinbarte Zusammenschluss mit dem St. Claraspital vorbereitet werden. Der kann noch nicht umgesetzt werden, da derzeit noch die Genehmigung der

Wettbewerbskommission dazu ausstehend ist. Sobald sie vorliegt, kann dann der Zusammenschluss effektiv vollzogen werden und mit Blick darauf sind derzeit die Vorbereitungsarbeiten im Gang.

Der Kommissionspräsident hat erwähnt, dass es verschiedene Änderungen gab im Bereich der Investitionsplanung, jetzt dann auch wieder gestützt auf diese Bekanntgabe des Zusammenschlusses und wie ich bereits, glaube ich, bei früherer Gelegenheit ankündigen konnte, werden wir Ihnen entsprechende Anträge dann, wie umzugehen ist mit diesen Vorlagen rund um das Klinikum 3, stellen, sobald das Verfahren vor der Wettbewerbskommission dann abgeschlossen sein wird.

Die Universitäre Altersmedizin Felix Platter konnte sich ebenfalls im vergangenen Jahr weiter stabilisieren, es gibt einen kleinen Verlust noch in der Rechnung von 780'000 Franken, aber das ist doch eine deutliche Verbesserung des Resultats im Vergleich zum Vorjahr. Und es ist eindrücklich, dass sowohl in der Akutsomatik als auch in der Rehabilitation mehr Patientinnen und Patienten behandelt wurden und auch die ambulanten Angebote und diejenigen in der Tagesklinik eine weiterhin zunehmende Beliebtheit erfahren, die sich in den Nachfragezahlen zeigen.

Die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel schliessen das Geschäftsjahr 2024 ähnlich wie die Vorjahre mit einem Gewinn von rund 5 Mio. Franken ab. Das sind gute Zahlen, wir dürfen uns hier sehr glücklich schätzen, auch im schweizweiten Vergleich ist es gerade für eine psychiatrische Klinik alles andere als eine Selbstverständlichkeit, in einem derart stabilen Umfeld nachhaltig arbeiten zu können. Wir sehen diesen positiven Trend schon lange in den verschiedenen Kennzahlen der UPK und haben hier tatsächlich allen Anlass, auch das zu würdigen, eine grosse Leistung schon in vielen Jahren, die in den UPK erbracht wird, auch in finanzieller Hinsicht.

Schliesslich noch zum Universitären Zentrum für Zahnmedizin ist ebenfalls ein zufriedener Rückblick möglich. Mit einem kleinen Gewinn von 590'000 Franken hat die UZB erneut ein solides Ergebnis erzielen können und UZB erreicht auch diese EBITDAR-Zielgrösse von 10% und das ist ebenfalls bemerkenswert. Beeindruckend insbesondere auch ist die kontinuierlich steigende Nachfrage nach den Leistungen des UZB, das zeugt auch von einem grossen Vertrauen in der Bevölkerung in diese Institution.

Ich würde es dabei bewenden lassen und bin Ihnen dankbar, wenn Sie unsere Berichterstattung zu den Rechnungen unserer Spitäler für das Jahr 2024 zur Kenntnis nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden und da hat sich Amina Trevisan für die SP gemeldet.

Amina Trevisan (SP): Im Namen der SP-Fraktion danken wir allen Mitarbeitenden in unseren Basler Spitälern. Ihr existenziell wichtiger Einsatz im Dienste der Bevölkerung im vergangenen Jahr war enorm. Sie halten das System am Laufen, oft unter schwierigen Bedingungen, mit viel Engagement und Herzblut. Dafür gebührt Ihnen unser grosser Dank.

Der vorliegende Bericht gibt nicht nur einen umfassenden Einblick in die medizinische Leistungserbringung, sondern macht auch deutlich, vor welchen strukturellen und finanziellen Herausforderungen unser Spitalwesen steht. Auch im vergangenen Jahr haben die Basler Spitäler unter schwierigen Bedingungen eine beeindruckende Arbeit geleistet, sowohl im klinischen Alltag als auch in der strategischen Weiterentwicklung. Die Qualität der medizinischen Versorgung bleibt auf einem hohen Niveau. Das zeigt sich etwa an den Behandlungszahlen, an positiven Rückmeldungen von Patient*innen sowie an den fortschrittlichen Projekten im Bereich Forschung. Dies verdient unsere Anerkennung. Auch scheint sich die Situation für Mitarbeitende nach schwierigen Jahren wieder besser entwickelt zu haben. Die SP-Fraktion begrüsst insbesondere den Stopp von Temporäranstellungen beim Pflegepersonal, was sich positiv auf das Arbeitsklima auszuwirken scheint. Die Frage der Zufriedenheit ihrer Mitarbeitenden hat die Gesundheitsinstitutionen in den Vorjahren sehr beschäftigt. Weitere Effizienzsteigerungen scheinen vor diesem Hintergrund im Personalbereich nur noch schwer möglich. Die Umsetzung der Pflegeinitiative ist deshalb nötig.

Gleichzeitig bleibt die finanzielle Lage angespannt. Wie bereits im Bericht dargelegt, sehen sich die Spitäler weiterhin mit steigenden Kosten, Fachkräftemangel und einem zunehmenden wirtschaftlichen Druck konfrontiert. Dies ist keine kurzfristige Schwäche, sondern Ausdruck eines systemischen Problems im Gesundheitswesen, nicht nur in Basel, sondern schweizweit. Es ist daher wichtig, dass wir den Dialog mit den Spitälern, aber auch mit dem Bund weiterführen, um tragfähige Lösungen zu entwickeln. Für die SP ist klar, Gesundheit ist keine Ware, kein Marktprodukt, Gesundheit ist ein Menschenrecht. Der Leistungsauftrag der Spitäler darf nicht der Logik von Wettbewerb und Profit unterworfen werden. Wir lehnen es ab, dass wirtschaftliche Logik über die Bedürfnisse von Patient*innen und Mitarbeitenden gestellt wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass ökonomische Zwänge zu Überlastung, Abwanderung oder Qualitätsverlust führen.

Besonders hervorheben möchten wir den Fokus auf nachhaltige Versorgungskonzepte, die Förderung der Ausbildung sowie die Stärke der interdisziplinären Zusammenarbeit. Diese Entwicklungen zeigen, die Spitäler Basel denken nicht nur in Jahresabschlüssen, sondern langfristig im Interesse der Bevölkerung. Wir begrüssen, dass die Spitäler im Bericht zudem

Fortschritte bei der Digitalisierung aufzeigen, gleichzeitig erwarten wir, dass diese Entwicklungen den Menschen dienen und nicht bloss dem Spardruck. Digitalisierung darf keine Rationalisierung zu Lasten des Personals bedeuten, sondern muss die Arbeit erleichtern und die Versorgung verbessern. Die SP-Fraktion fordert eine vorausschauende, koordinierte Spitalplanung für die gesamte Region Basel. Wir wollen eine starke öffentliche Gesundheitsversorgung, die solidarisch finanziert, sozial verantwortlich und demokratisch kontrolliert bleibt.

Die SP-Fraktion nimmt den Jahresbericht 2024 zur Kenntnis, danken den Verantwortlichen für die transparente Berichterstattung und verbinden dies mit einem klaren politischen Auftrag. Die Regierung muss alles daransetzen, die öffentlichen Spitäler zu stärken, das Personal zu entlasten und die Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Albietz. Das ist ein Fehler. Herr Weber, Sie haben bei Herrn Albietz gedrückt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, USB (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir starten die Abstimmung. Als Vorwarnung, es kommen vier Abstimmungen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007405, 22.10.25 17:33:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Jahresbericht 2024 des Universitätsspitals Basel (USB) wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

16.1. Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht der BKK

[22.10.25 17:33:03, 25.0541.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir fahren fort in der

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, UZB (Seite 13 des Berichts)

Titels und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007407, 22.10.25 17:33:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Jahresbericht 2024 des Universitären Zentrums für Zahnmedizin wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

16.2. Universitäre Altersmedizin Felix Platter (UAFP); Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht der BKK

[22.10.25 17:33:39, 25.0707.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 3, UAFP (Seite 14 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007410, 22.10.25 17:34:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Jahresbericht 2024 der Universitären Altersmedizin Felix Platter (UAFP), Felix Platter Spital wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

16.3. Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK) - Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht der BKK

[22.10.25 17:34:19, 25.0730.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 4, UPK (Seite 15 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007412, 22.10.25 17:34:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Jahresbericht 2024 der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

18. Motion 1 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Entlastung der Polizei und Stärkung der Verkehrssicherheit durch konsequente Umsetzung von Verkehrskontrollen

[22.10.25 17:35:01, 25.5305.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Es gibt keine Fraktionssprechenden bei diesem Geschäft, das ist eine Erstüberweisung. Das Wort geht an Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Der erste Teil dieser Motion klingt gut. Wer möchte nicht die Polizei entlasten und die Verkehrssicherheit stärken? Die Frage, die sich hier aber stellt, ist, ob dies durch konsequente Umsetzung von Verkehrskontrollen bewerkstelligen lässt. Ich frage mich auch, wie festgestellt werden konnte, dass die Regeln zunehmend missachtet werden. Im Motionstext wird suggeriert, dass der Rückgang der ausgestellten Ordnungsbussen ein deutliches Zeichen für unzureichende Kontrollen sein soll. Es könnte aber auch sein, dass sich die Bürger auch mehr an Gesetze halten und deshalb weniger Bussen ausgestellt werden. Ein Fussballspiel ist auch angenehmer anzuschauen, wenn der Schiedsrichter nicht dauernd von seiner Pfeife Gebrauch machen muss. Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten inklusive Bussgelder im ruhenden Verkehr soll eine hoheitliche Aufgabe sein und es soll nicht von privaten Unternehmen getätigt werden. Das Ausstellen einer Busse soll ein hoheitlicher Akt bleiben. Ich sehe das widerrechtliche Parkieren nicht als vordringliches Problem in Basel-Stadt. Die Polizei soll in erster Linie den Bewohnern von Basel-Stadt helfen und sie nicht bestrafen. Es kann doch nicht sein, dass Gewaltdelikte nicht verfolgt werden, Parksünder jedoch umgehend bestraft werden sollen. Im Übrigen finde ich es auch nicht fair. Zuerst werden überall Parkplätze abgebaut und dann sollen mehr Bussen ausgestellt werden. Für mich richtet sich diese Motion wieder einmal mehr gegen Autofahrer.

Und dann noch ein anderes Thema, Sensoren und bildliche Erfassung von Fahrzeugen. Was sonst gerade von linker Seite immer wieder kritisiert wird, soll nun hier völlig in Ordnung sein. Kameras auf der Dreirosenanlage und anderen Hotspots, auf denen Gewalt gegen Menschen verübt wird, auf keinen Fall. Was ist mit dem Datenschutz, was ist mit Big Brother? Kameras, welche bei Demonstrationen Aufnahmen erstellen, möchte man am liebsten auch nicht. Hier aber soll es plötzlich unbedenklich sein, hier soll der Überwachungsstaat legitim sein.

Ich selbst habe vor einiger Zeit einen Vorstoss eingereicht, der die Überprüfung von hoheitlichen Aufgaben zur Entlastung der Kantonspolizei fordert. Damit meine ich aber nicht, dass private Firmen exekutive Gewalt übernehmen sollen, vielmehr sollte die Polizei da entlastet werden, wo es keine ausgebildeten Polizisten benötigt, zum Beispiel im administrativen Bereich, im Hintergrund, aber nicht dort, wo der Staat sein Gewaltmonopol direkt beim Bürger ausübt. Hierfür benötigt es meiner Meinung nach vereidigte Polizisten und vereidigte Polizeiassistenten. Wir sollten uns hier wirklich fragen, ob wir uns zu einem Überwachungsstaat entwickeln wollen, welcher Parksünder konsequenter bestraft als Gewalttäter. Die Kantonspolizei ist dazu da, zu helfen und für Menschen da zu sein und nicht, um konsequent leichte Übertretungen zu verfolgen.

Aus diesen Gründen lehnt die SVP diese Motion ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wenn ich diese Motion so durchlese, wünscht sich die Motionärin, sie wäre am liebsten in China, einem Staat, der die totale Überwachung aufgebaut hat, und das mit allen Mitteln auch noch durchsetzen will, koste es, was es wolle. Wollen wir das? Die LDP will das auf jeden Fall nicht. Es wird hier ein Problem beschrieben, das wir so nicht wahrnehmen, darum ist die LDP für nicht überweisen. Danke, wenn Sie dem folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Wir von der BastA anerkennen die Problematik durchaus. Eine Stadt macht sich einfach auch unglaubhaft, wenn Übertretungen grossenteils nicht geahndet werden können, keine Bussen verteilt werden können, Autos stundenlang an verbotenen Orten stehen und sie damit oftmals die Übersicht gefährden der anderen Verkehrsteilnehmenden, Autos auch so parkieren, dass Trottoirabgänge für Behinderte, aber auch für Leute mit Kinderwagen oder anderem nicht mehr zu gebrauchen sind. Hier sollte tatsächlich dringlich eine Lösung gefunden werden. Wir sind aber der Meinung, dass die Polizei dies mit ihrem Personal leisten respektive erledigen muss und wollen diese Aufgaben nicht auslagern. Wir sehen aber auch, dass die Personalsituation im Moment nicht rosig ist. Vielleicht liessen sich hier die neuen Assistenzen, wir haben es gehört, vermehrt einsetzen. Das wäre uns lieber. Die angedachten technischen Möglichkeiten hingegen scheinen uns interessant. Man kann sich vorstellen, wie die Polizei parallel zu ihrem sonstigen Rumfahren gleich noch diese Aufgabe erledigt, Parksünder aufnimmt, das finden wir interessant. Wir würden gerne das haben, dass diese Möglichkeit abgeklärt wird.

Die Fraktion BastA unterstützt deshalb diesen Vorstoss mit diesen Einschränkungen, sicher einmal in der ersten Runde. Eine Beantwortung können wir uns durchaus auch mit variantenreichen Lösungen vorstellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): Die Motionärin macht auf ein reales Problem aufmerksam. Die Polizei hat Personalmangel, Verkehrsregeln werden missachtet, die Polizeikontrolldichte sei ungenügend, das sind alles Punkte, die wir ernst nehmen müssen. Trotzdem führt uns diese Motion auf den falschen Weg. Das Hauptproblem, die Auslagerung hoheitlicher Aufgaben. Wenn wir Ordnungsbussen verteilen, üben wir staatliche Gewalt aus. Das ist keine technische Dienstleistung wie Strassenreinigung oder Grünpflege, hier geht es um Sanktionen gegen Bürgerinnen und Bürger. Solche Aufgaben gehören in staatliche Hand.

Die Motion sagt, Bern habe gute Erfahrungen gemacht. Wir haben uns erkundigt, die Realität sieht anders aus. Es gibt regelmässige Beschwerden über aggressive Kontrollen, die Akzeptanz in der Bevölkerung ist tief und die Zusammenarbeit zwischen Polizei und privaten Firmen ist kompliziert. Das Problem sind falsche Anreize, denn stellen Sie sich vor, eine private Firma wird dafür bezahlt, Parkkontrollen durchzuführen, je mehr Bussen sie austeilt, desto mehr verdient sie. Das schafft den Anreiz, der mit objektiven Rechtdurchsetzung nichts mehr zu tun hat. Wir wollen jedoch nicht ein System, bei dem Private ein finanzielles Interesse daran haben, möglichst viele Bussen zu verteilen.

Und dann haben wir noch die vorgeschlagene Befristung von fünf Jahren. Nach fünf Jahren haben wir keine Polizisten mehr, die diese Arbeit machen können oder wollen. Das Knowhow ist weg, die Strukturen sind abgebaut, dann stehen wir vor der Wahl, entweder verlängern wir die Auslagerung oder wir müssen teuer wieder auffahren. Solche Befristungen tönen gut, funktionieren in der Praxis aber nicht.

Und was ist mit den Arbeitsbedingungen? Die Motion fordert, dass die Arbeitsbedingungen bei Privaten gleich sein sollen wie bei Kantonsangestellten. Das ist unrealistisch. Private Sicherheitsfirmen zahlen deutlich weniger, die Fluktuationsrate ist hoch, die Ausbildung ist kürzer. Wir können doch nicht ernsthaft glauben, dass private Firmen die gleichen Bedingungen bieten wie der Staat.

Ist der Rückzug der Bussen wirklich ein Alarmzeichen? Der Rückgang von 233’000 auf 184’000 Ordnungsbussen als Beweis für ungenügende Kontrollen, aber ist das wirklich so eindeutig? Vielleicht ist es auch nur der Erfolg unserer Verkehrspolitik, vielleicht haben sich die Mobilitätsmuster verändert, vielleicht gibt es schlicht weniger Verstösse. Bevor wir ein ganzes System umkrempeln und Aufgaben privatisieren, sollten wir genauer hinschauen, was diese Zahlen wirklich bedeuten.

Und Technologie ja, aber nicht als Grund für Privatisierung. Die Motion erwähnt das Recht, digitale Technologien, Sensoren, Scan-Fahrzeuge, digitale Erfassung, das sind sinnvolle Instrumente, aber warum sollte die Polizei diese nicht selbst einsetzen können? Moderne Technologie macht Privatisierung nicht notwendig, im Gegenteil, sie macht staatliche Kontrollen effizienter.

Wenn uns Verkehrssicherheit wichtig ist, das ist sie mir definitiv, dann müssen wir es anders ansetzen. Erstens, wir brauchen mehr Polizisten. Ja, das kostet, aber es ist der richtige Weg. Zweitens müssen wir die Attraktivität des Polizeiberufs erhöhen, damit wir überhaupt genügend Personal rekrutieren können. Drittens sollten wir in moderne Technologie investieren, aber für die Polizei selbst, nicht für Private. Viertens müssen wir bei Verkehrssicherheit auch baulich ansetzen, sichere Schulwege, klare Verkehrsführung, präventive Massnahmen. Diese Motion bietet eine Scheinlösung. Sie behebt das Personalproblem bei der Polizei nicht, sie schafft problematische Anreize, sie lagert hoheitliche Aufgaben aus, die in die staatliche Hand gehören, und sie senkt am Ende die Akzeptanz in der Bevölkerung, weil das Gefühl entsteht, hier gehe es mehr ums Geldverdienen als um Sicherheit.

Daher beantragen wir von der FDP, diese Motion abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Ja, Sie haben es festgestellt, auch wir, die SP-Fraktion, wir haben sehr kontrovers diskutiert zu dieser Motion, aber wir haben schlussendlich an einer pragmatischen Lösung festgehalten und auch diejenigen, die normalerweise mit uns mitstimmen im linken Lager, vielleicht überzeuge ich Sie noch jetzt mit meinem Votum, dass Sie auch geschlossen der Erstüberweisung für diese Motion zustimmen können, weil wir hier wirklich einen Lösungsansatz haben.

Und zwar, wie Sie wissen, wir haben ehrgeizige Ziele, wir haben Klimaziele, wir haben es in unserer Verfassung niedergeschrieben und wir möchten diese aktive Mobilität, also diesen Langsamverkehr sicherer machen, den öffentlichen Raum lebenswerter gestalten und unsere Klimaziele erreichen. Damit diese Ziele Realität werden, braucht es ganz klare Regeln im Strassenraum und es braucht, dass diese Regeln auch eingehalten werden. Doch genau hier liegt das Problem. Trotz klarer Verkehrsregeln werden Busspuren blockiert, Kreuzungen zugeparkt und Schul- und Kindergartenwege gefährlich gemacht. Besonders vor Schulen, in Begegnungszonen oder auf Velospuren entstehen täglich Situationen, die vermeidbar wären, wenn konsequent kontrolliert werden würde. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, im Jahr 2023 wurden rund 50’000 Bussen weniger ausgesprochen als im Vorjahr. Also eigentlich ein historisches Tief. Ich habe letztens auch dem Blick entnommen, dass wir bei den kantonalen Rankings noch ziemlich unten sind. Das liegt nicht daran, dass plötzlich alle korrekt in den vielen freien Parkplätzen in den Tiefgaragen parkieren, es liegt daran, dass die Kontrolldichte massiv abgenommen hat.

Wie auch mein Vorredner vorhin gesagt hat, die Polizei und auch ihre Sicherheitsassistenz leisten wertvolle Arbeit, aber sie sind am Limit. Sie müssen ihre Kräfte auf Kernaufgaben konzentrieren und das führt dazu, dass im Parkraum Kontrolle zunehmend vernachlässigt wird. Gemäss dem schweizerischen Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute wären für unsere rund 25’000 öffentlichen Parkplätze in Basel rund 100 Personen oder 100’000 Kontrollstunden pro Jahr nötig. Und noch einmal, es geht hier nicht einfach um Bussen oder Einnahmen, es geht um Sicherheit, um Klima und um Lebensqualität, es geht um sichere Schulwege für Kinder, um verlässliche Velorouten für Pendlerinnen und Pendler, um freie Busspuren für einen funktionierenden ÖV, es geht um grüne zugängliche Flächen statt zugeparkter Trottoirs. Wenn falsch parkierte Autos Begegnungszonen blockieren, verlieren wir öffentlichen Raum für alle und auch wenn der ÖV im Stau steckt, verliert die ökologische Mobilität an Attraktivität. Und auch wenn Velofahrer*innen ausweichen müssen, gefährden wir auch ihre Sicherheit.

Die vorliegende Motion schlägt keine Privatisierung von Polizeiaufgaben vor, sondern eine zeitlich befristete gezielte Entlastung. Das heisst, private Sicherheitsdienste sollen während maximal fünf Jahren dort unterstützen, wo die Polizei heute schlicht zu wenig Kapazitäten hat. Das Gewaltmonopol bleibt selbstverständlich beim Kanton, Sicherheitsdienste haben keine hoheitlichen Befugnisse, sie dürfen niemanden festnehmen, sie sind unbewaffnet und werden genauso überprüft wie Kantonsangestellte. Sie arbeiten mit den gleichen digitalen Systemen wie auch die Polizei, also sie haben es weniger mit dem Mensch als Interaktionen, sondern mit dem Blech zu tun. Diese Art der Zusammenarbeit ist in Basel übrigens nichts Neues, weil Sie sehen, auch hier im Rathaus bei der Zugangskontrolle arbeiten auch Menschen aus dem Sicherheitsdienst, sowohl auch mit dem Projekt RHYLAX am Rheinbord, unproblematisch läuft das.

Und nochmals, uns ist es wichtig, dass langfristig die Sicherheitsassistenz nach wie vor diese Aufgaben wieder selbst übernehmen kann, vielleicht sogar auch mit Personal, dass wir in diesem Zeitraum gewinnen können, aber hier und jetzt brauchen wir eine pragmatische Lösung und ich bitte Sie für eine Erstüberweisung dieser Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Die Zahlen zum Rückgang der ausgestellten Ordnungsbussen und die entsprechenden Einnahmen betreffend des ruhenden Verkehrs sprechen eine klare Sprache. Es gab einen markanten Rückgang, dieser Fakt lässt sich nicht schönreden. Und wenn dann noch die eigenen Beobachtungen sowohl im eigenen Wohnquartier als auch sonst in der Stadt mit dem übereinstimmen, dass die Parkraumkontrollen nicht zufriedenstellend durchgeführt werden können, dann ist es aus Sicht der Grünliberalen wichtig, diese Motion zu überweisen.

Vor ein paar Tagen erzählte mir ein Kollege aus meinem Wohnquartier, er hätte eine Parkbusse bekommen. Er war überrascht davon, schliesslich hatte er ja eine gültige Anwohnerparkkarte. Bei genauerer Betrachtung realisierte er, dass die Anwohnerparkkarte bereits acht Monate abgelaufen war. Er hatte im Dezember 2024 keinen Einzahlungsschein für die Parkkarte 2025 erhalten und dadurch nicht daran gedacht, die Anwohnerparkkarte zu erneuern. Fehler können passieren, vielleicht bei der Kantonspolizei oder auch bei meinem Kollegen, aber, meine Damen und Herren, kann es wirklich sein, dass es ganze acht Monate dauert, bis die abgelaufene Parkkarte durch die Kantonspolizei entdeckt und eine Busse ausgesprochen wird? Was nützen denn all unsere Bemühungen, explizit auch Ausserkantonale darauf hinzuweisen, unsere Parkhäuser zu benützen, wenn das Risiko klein ist und immer kleiner wird, eine Busse zu erhalten beim Parkieren auf Gewerbeparkplätzen, auf Behindertenparkplätze, den wenigen weissen Parkplätzen oder in der blauen Zone in den Quartieren.

Manchmal, ich gebe es zu, zum Beispiel, wenn ich mit dem Velo durch die Güterstrasse fahre oder auch rund um die Aeschenvorstadt, denke ich mir immer wieder, dass die Parksünder wie Mäuse auf den Tischen herumtanzen in Basel-Stadt, wenn die Katzen aus dem Haus sind respektive anderweitig beschäftigt und überlastet sind. Das kann es nun wirklich nicht sein. Besten Dank für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Sie wollen also private Tschugger. Man darf das, glaube ich, sagen, das Wort. Nachdem Sie uns seit Jahren erklären, dass Putzkräfte, IT-Fachleute, Gefängnisaufsicht, alle diese Leute wieder eingegliedert werden sollen in die Verwaltung, wollen Sie jetzt ausgerechnet bei der Polizei das Gegenteil machen und Teile davon privatisieren. Und Sie haben überhaupt keine Vorbehalte bezüglich der quasi Auslagerung des Gewaltmonopols, das wird einfach jetzt so weggewischt. Dann schreiben Sie von Missachtung von Einbahnstrassen und Sie meinen, glaube ich, wirklich die Autofahrer. Sie schreiben es zwar nicht, aber ich glaube, Sie meinen die Autofahrer. Oder meinen Sie nicht wirklich doch die Velofahrer, sind nicht eher die Velofahrer die Mäuse in dieser Stadt, die überall durchfahren, auf dem Trottoir und überall die Verkehrsregeln brechen? Ich glaube, wir wissen schon in dieser Stadt, dass die Velofahrer eher diese sind, die dauernd die Verkehrsregeln brechen. Wollen Sie dann diese privaten Tschugger auch für die Velofahrer einsetzen oder zielen Sie effektiv nur gegen die Autofahrer einmal mehr?

Und dann würde mich noch interessieren, wie Sie das erklären, dass weniger Kontrollen der Autofahrer die Wirkung von Begrünungsprojekten und Entsiegelung städtische Flächen verlieren. Beobachten Sie in Grünanlagen Autos, die da rumstehen? Ich verstehe nicht ganz, was Sie da wirklich alles so reingepackt haben und am Ende geht es doch einfach nur einmal mehr darum, die bösen Autofahrer madig zu machen. Und glauben Sie mir, Sie schaffen es nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Daniel Seiler, können Sie sich vorstellen, dass das Weltbild, wenn es um Verkehrsfragen geht, bei manchen Leuten vielleicht nicht ganz so schwarz-weiss ist, wenn es um Velofahrer und Autofahrer geht, und es vielleicht auch Leute vom linkeren Teil dieses Rates gibt, die es durchaus richtig finden könnten, in gewissen Situationen auch Velofahrer zu sein?

Daniel Seiler (FDP): Ich habe auf jeden Fall noch nie irgendjemanden hier drin gehört, der fordert, dass mehr Velokontrollen durchgeführt werden, auf jeden Fall sicher nicht von meiner Seite.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als letzte Sprecherin vor der Pause, Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb hat zu dieser Motion eine zweigeteilte Meinung. Ich werde in meinem Einzelvotum die Haltungen beider Lager begründen. Zuerst aber dazu, was in der GRÜNE-Fraktion klar unbestritten ist. Unbestritten ist, dass Autofahrende, die ihr Auto falsch abstellen, zu einer Gefahr für andere Verkehrsteilnehmende beitragen. Auch ist unbestritten, dass mehr Kontrollen zu weniger Falschparken und mehr Verkehrssicherheit führen. Auch einig ist sich die Fraktion, dass mehr Kontrollen durchgeführt werden sollen. Die springende Frage, wo sich die Haltungen teilen, ist, ob zum Erreichen dieser Ziele eine hoheitliche Aufgabe an eine private Firma übertragen werden soll. Dies wäre ein Novum im Kanton.

Ein Teil der Grünen wird dennoch der Motion zustimmen, und zwar aus vier Gründen: Erstens, es braucht schnell wirkende Massnahmen gegen falsch parkierende Autofahrende. Zweitens, die Massnahme ist nur temporär. Drittens, ein Teil der Grünen glaubt nicht mehr daran, dass das zuständige Departement in nützlicher Frist den Personalunterbestand, der eigentlich zum Problem geführt hat, in den Griff kriegen wird. Und ein vierter Grund ist, dass ein Teil der Fraktion zur Einschätzung kommt, dass das Ausstellen von Parkbussen temporär ausgelagert werden kann, zumal man im Verkehrsbereich auch beispielsweise die Verkehrslenkung an Kreuzungen an private Verkehrskadetten ausgelagert hat und dies hat auch direkt früher die Verkehrspolizei gemacht. Dieser Teil kam also zum Schluss, dass sie sicher einer Erstüberweisung zustimmen werden.

Ein anderer Teil kommt jedoch zu einem anderen Schluss aus folgenden Gründen: Das Ausstellen von Bussen ist eine hoheitliche Aufgabe, die der Staat ausüben sollte. Sie soll nicht privatisiert werden, dies wäre ein ungünstiges Präjudiz. Das Erstellen von Bussen unterscheidet sich auch von der Aufgabe von Verkehrskadetten beispielsweise oder sonstigen Bereichen, wo wir staatliche Aufgaben ausgelagert haben in massgebender Art und Weise. Während Kadetten für den klaren Ablauf an einer Kreuzung sorgen und somit anwenden, welche Vortrittsregeln eigentlich gelten, ist das Erstellen von Bussen ein Ersturteil darüber, was dem Gesetz entspricht und was nicht und dient dem Wiederherstellen von Recht und Ordnung im Verkehrsbereich. Für Recht und Ordnung zu sorgen und einzuschreiten, wo Unrecht geschieht, ist Aufgabe der Polizei, auch beim Verkehr. Sie hat dazu das staatliche Gewaltmonopol. Dieser Teil der Fraktion findet zudem, dass die Verantwortung für die Problematik des Personalunterbestandes beim JSD liegt und dieses auch dafür sorgen soll, dass der Personalunterbestand dort behoben wird. Hier braucht es klar weitere Massnahmen, diese Motion ist jedoch eher ein Vertagen des Problems auf morgen als ein wirkungsvolles Angehen des Problems. Die Polizei hätte nie in einen dermassen tiefen Personalunterbestand geraten dürfen, dass man überhaupt über Auslagerung von hoheitlichen Aufgaben spricht. Das Auslagern von hoheitlichen Staatsaufgaben darf nicht die einzige Lösung zur Behebung von Gefahrensituationen durch zunehmend falsch abgestellte Autos sein. Anstatt hoheitliche Aufgaben auszulagern, wäre es demnach besser, das Problem des Personalunterbestands direkt und zeitnah anzugehen. Dies, weshalb ein Teil dagegen stimmen wird.

Nun noch zu einem Aspekt, den ich im Votum von Edibe Gölgeli gehört habe. Der Teil der Grünen, der ablehnen wird, wurde direkt angesprochen. Im Votum war ein Appell zu hören, dass man doch für das Klima und für die Verkehrssicherheit stimmen soll. Die Kritik an diesem Vorstoss geht gegen Privatisierung hoheitlicher Staatsaufgaben, dies ein Uranliegen der SP, welches sie mit diesem Vorstoss bereit ist zu relativieren aufgrund des hohen Handlungsdrucks. Ein Teil der Grünen ist nicht bereit dazu und dies gilt es zu respektieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Jenny Schweizer. Diese wird entgegengenommen.

Jenny Schweizer (SVP): Was ist Ihrer Meinung nach wichtiger, dass die Polizei falsch parkierte Autos büsst oder dass sie eher darauf schaut, dass unbewilligte Demos nicht aus dem Ruder laufen?

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Die Aufgabe der Polizei ist, für Sicherheit zu sorgen in allen Bereichen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich unterbreche die Sitzung und wir sehen uns um 20 Uhr wieder.

Schluss der 33. Sitzung

18:02 Uhr

Protokoll

der 34. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 22. Oktober 2025, um 20:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Salome Bessenich (SP), Georg Mattmüller (SP), Bülent Pekerman (GLP), Zaira Esposito (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

18. Motion 1 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Entlastung der Polizei und Stärkung der Verkehrssicherheit durch konsequente Umsetzung von Verkehrskontrollen 3
19. Motion 2 Hanna Bay und Konsorten betreffend gerichtliche Überprüfung von freiheitsentziehenden Massnahmen nach Polizeigesetz 5
20. Motion 3 Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend die Delegation impfbezogener Verrichtungen an Pharmaassistentinnen und -assistenten 7
21. Motion 4 Oliver Thommen und Tim Cuénod betreffend ein Konzept für Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum 7
22. Motion 5 Joël Thüring für den ungetrübten Badespass: Eintrittsbeschränkungen für die baselstädtischen Gartenbäder 8
23. Anzug 1 Leoni Bolz und Konsorten betreffend weniger Verkehr in den Quartieren und eine erhöhte Verkehrssicherheit 11
24. Anzug 2 Jo Vergeat und Konsorten betreffend Ergänzung der Kunst im Rathaus um bedeutende Frauenfiguren des Kantons Basel-Stadt 14
25. Anzug 3 Zaira Esposito und Konsorten betreffend Deutschkurse für zugezogene Schweizerinnen und Schweizer aus anderen Sprachregionen 14
26. Anzug 4 Pascal Pfister und Konsorten betreffend Schnuppertage in kleinen Unternehmen 16
27. Anzug 5 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Einführung des Sunflower-Lanyard-Systems im Kanton 19
28. Anzug 6 Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Einführung eines «TNW-Klassenpasses» für die Schulen in Basel-Stadt 20
29. Anzug 7 Eric Weber betreffend auf der Regierungsbank müssen immer mindestens zwei Regierungsräte anwesend sein 20
30. Anzug 8 Eric Weber betreffend Kommissions-Sitzungen sollen öffentlich sein 21
31. Anzug 9 Eric Weber betreffend jeder Grossrat darf an Kommissions-Sitzungen 22
32. Anzug 10 Eric Weber betreffend jeder Grossrat erhält wieder eine Urkunde 22
33. Anzug 11 Eric Weber betreffend Gäste auf der Parlaments-Tribüne müssen zwingend sitzen 24
34. Anzug 12 Eric Weber betreffend Markthalle in Basel 25
35. Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung), Stellungnahme des RR 25
36. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTIQ-feindlichen Aggressionen, Schreiben des RR 30
37. Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Bewachung des Rathausinnenhofes, Schreiben des RR 30
38. Interpellation Nr. 81 Eric Weber betreffend Basel als Kulturhauptstadt 2032 oder 2033, Schreiben des RR 31
39. Interpellation Nr. 93 Barbara Heer betreffend Basler Antworten auf die globale Gesundheitsbedrohung durch den USAID-Rückzug, Schreiben des RR 31

40. Interpellation Nr. 94 Raffaela Hanauer betreffend Superblock-Tests – Folgepublikation für permanente Überführung bei Testerfolg, Schreiben des RR 32
41. Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend ein lernfreundliches Klima: Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung nachhaltig gewährleisten, Stellungnahme des RR 32
42. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend LED-Beleuchtung für Basler Sportplätze, Stellungnahme des RR 32

Beginn der 34. Sitzung

Mittwoch, 22. Oktober 2025, 20:00 Uhr

18. Motion 1 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Entlastung der Polizei und Stärkung der Verkehrssicherheit durch konsequente Umsetzung von Verkehrskontrollen

[22.10.25 20:00:04, 25.5305.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zurück zur Nachtsitzung und hoffe, Sie haben gut gespiesen. Wir fahren fort mit Traktandum 18. Ich habe als erstes Heidi Mück eingetragen.

Heidi Mück (BastA): Ich muss zuerst ein kleines Missverständnis aufklären und mich bei meiner Fraktionskollegin entschuldigen. Es ist nicht die gesamte BastA für eine Erstüberweisung dieser Motion. Es gibt mehrere Mitglieder, die die Motion ablehnen. Ich gehöre auch dazu und möchte das auch kurz begründen.

Das Problem ist ja durchaus anerkannt, das ist unbestritten. Parksünder sind nicht einfach ein Ärgernis, sondern je nachdem eine Bedrohung im Stadtverkehr. Und da muss etwas gehen, da braucht es mehr Kontrollen, mehr Bussen. Das wäre auch im Sinn der vielen anständingen Autofahrerinnen und Autofahrer. Denn diese ärgern sich, weil sie sich an die Regeln halten, und die anderen können einfach nicht gebüsst. Da muss etwas gehen.

Aber jetzt kommen wir zur vorgeschlagenen Lösung. Diese ist eine Privatiesierung von hoheitlichen Aufgaben, und das geht einigen von uns gegen den Strich. BastA kämpft seit immer für einen guten Service public, wir bekämpfen Auslagerungen, Privatisierungen, wir wollen sie sogar rückgängig machen. Und ich danke den Vorrednern der bürgerlichen Seite, dass sie mir Argumentationshilfe gegeben haben mit ihrer Kritik an der Privatisierung. Ich werde Sie dann wieder einmal daran erinnern, wenn wir einen entsprechenden Vorstoss von Ihrer Seite haben.

Nie im Leben Privatisierung! Ich möchte appellieren an meine Kolleginnen und Kollegen der linken Seite: Bitte öffnen Sie diese Büchse der Pandora nicht, auch wenn das Problem schwerwiegend und wirklich ärgerlich ist. Das darf nicht die Lösung sein. Das Argument mit der Befristung zieht überhaupt nicht. Glauben Sie wirklich, dass es nach fünf Jahren, wenn es dann mal gut gelaufen ist, wieder abgeschafft wird? Ich glaube das nicht.

Deshalb schliesse ich mich den bürgerlichen Kritikern und Ablehnenden dieser Motion an. Ich hoffe, Sie haben verstanden, dass es aus ganz anderen Gründen ist, aber ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Bruno Lötscher: Als Einzelsprecher aber auch im Namen der Fraktion darf ich Ihnen sagen, dass wir grösste Bedenken haben mit diesem Vorschlag. Das Klima kann offenbar für alles und jedes gut sein und herhalten, für jede Idee, wenn das Wort Klima dazu kommt, dann geht das durch. Aber können wir mit dem Klimaargument tatsächlich hoheitliche Aufgaben privatisieren? In diesem Parlament habe ich auch schon erlebt, dass einfachere Tätigkeiten. nicht hätten ausgelagert werden können oder sollen oder dürfen, und jetzt mit der Klimaargumentation geht das. Ich meine, das Klima könnte ich auch bringen, um zu sagen, es wäre wahrscheinlich gescheiter, man parkiert einmal ein paar Minuten falsch, als dass man 20 Minuten durch das Quartier fährt und einen Parkplatz vergebens sucht. Es ist auch das Klima, das dann besser dran ist.

Also bitte, nehmen wir nicht das Klima, sondern was wollen wir? Wir wollen offenbar eine öffentliche, hoheitliche Aufgabe auslagern. Wenn jetzt das von der anderen Ratsseite gekommen wäre, dann würde die linke Seite zu Recht Sturm laufen. Ich begreife ganz ehrlich nicht, wir begreifen nicht, weshalb das von der linken Seite unterstützt oder teilweise unterstützt wird. Wir können das nicht.

Wir können das in einzelnen Bereichen durchaus auch mal sinnvoll finden, aber fünf Jahre, das ist eine Ewigkeit. Und nach fünf Jahren wird das nicht mehr geändert Und wenn wir erstmal begonnen haben, echte hoheitliche Aufgaben auszulagern, und das Bussen verteilen, ist eine solche, wo ist dann das Ende?

Also ich bin dafür, dass wir vernünftige Sachen auch überlegen, dass nicht alles der Staat machen muss, aber hoheitliche Aufgaben, das ist Sache des Staates, Busse verteilen ist Sache des Staates, der Polizistinnen und Polizisten oder der Polizeiassistentinnen und Polizeiassistenten, nicht von Privaten. Ich bitte Sie also, diesen Vorstoss nicht zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin froh, dass ich heute ausnahmsweise auf der gleichen Seite stehe wie Bruno Lötscher. Ich bin natürlich noch mehr erfreut, dass ich das auch von Heidi Mück behaupten kann. Jede Partei kennt ihre Lieblingsdelinquenten und ihre Lieblingsprivatisierungen. Das ist legitim, aber ich glaube, man muss schon einen Schritt zurück tun. Hier wird wirklich selektive Strafverfolgung mittels Privatisierung und Überwachung gefordert im Namen des Klimas. Aber wenn ich daran denke, wenn ich vom Bruderholz mit meinem abgeriegelten E-Bike Richtung Stadt fahre, was nehme ich da wahr? Ich bemühe mich, 30 einzuhalten. Überholt werde ich von einem Fraktionskollegen von Bruno Lötscher mit etwa 50 (*Heiterkeit im Saal)*. Ja, wo ist da die Polizei? Nirgends. Wenn ich als Fussgänger von der Aeschenvorstadt hierherlaufe, wie viele Velofahrer:innen ignorieren, dass da eine Fussgängerzone ist? Und da schreien Sie also wirklich nicht nach Privatisierung und Überwachungskameras, und ich beginne jetzt nicht zu sprechen von Vermummten an Demonstrationen.

Also bitte vergessen Sie diesen Unsinn, Sie haben jetzt alle gut gespiesen und getrunken. Einmal überlegen und sagen, ja, das war wirklich eine Schnapsidee und ich hatte dank meines Parteipräsidenten einen guten Schnaps zum Nachtessen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft, die Motionärin Leonie Bolz hat das Wort.

Leoni Bolz (SP): Bald brauche ich den Schnaps, habe ich das Gefühl. Ich möchte hier ein Problem lösen, und zwar auf pragmatische Art und Weise. Wenn Busse nicht durchkommen, Velofahrende oder Passant:innen wegen mangelnder Übersicht gefährdet werden, dann besteht Handlungsbedarf. Dass in Basel weniger Bussen als in anderen Städten nötig sind, weil wir uns so vorbildlich verhalten, kann ich aus eigener Erfahrung und Berichten nicht bestätigen. Das wünsche ich mir zwar, aber da sage ich Patrick Fischer, du Dreamer, du.

Ich war selbst überrascht über die zahlreichen und vor allem positiven Rückmeldungen, die ich auf meine Motion aus ganz unterschiedlichen politischen Lagern aus der Bevölkerung erhalten habe. Wo ich eigentlich Kritik und den Vorwurf des einseitigen Vorgehens gegen Autofahrer:innen erwartet hätte, war ich erstaunt, wie viele Menschen reagiert haben mit «Ah ja, das ist gut, auch bei mir in der Strasse hat es mega viel falsch geparkte Autos». Und ja, Daniel Seiler, es gibt auch Velos, die nicht auf Veloabstellplätzen abgestellt werden, aber diese dürfen auf dem Trottoir abgestellt werden, solange es nicht ausdrücklich verboten ist und ausreichend Platz für Passant:innen vorhanden ist. Weiter sind Velos auch nicht gleich gross und nicht gleich sicherheitsgefährdend wie Autos. Und wir haben auch nicht das Ziel, ein Drittel weniger Veloverkehr zu erwirken im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr, wo wir dieses Ziel haben.

Weiter hat sich auch ein Herr per Mail bei mir gemeldet und sich bedankt, denn die Situation im Bachgraben sei sehr problematisch. Die Doppelgelenkbusse könnten zum Teil nicht um die Kurve fahren, weil Autos den Weg versperrten und die Polizei komme nicht, so dass die BVB selbst die Autos abschleppen lassen müsse. Die Polizei ist nicht da, um Autos abzuschleppen und sie ist nicht da, um mit Bussen dem Falschparken vorzubeugen. Doch wir kennen es alle, wenn ein Vergehen keine Konsequenzen hat, dann sind wir eher bereit, dieses Vergehen zu begehen, insbesondere wenn man glaubt, es passiere ja nichts oder es komme ja niemand zu Schaden, wenn ich da mein Auto parke, wo nichts steht.

Dem ist aber nicht so und deshalb braucht es eine höhere Kontrolldichte. Die Polizei kann dies nicht gewährleisten, sie ist momentan stark überlastet. Viele bereits gesprochene Stellen bleiben unbesetzt, eine Verbesserung ist nicht in Sicht. Die Motion löst dieses Problem, die Zusammenarbeit, nicht ein Ersatz, sondern nur die Zusammenarbeit mit Sicherheitsdiensten entlastet die Polizei und trägt gleichzeitig zur Verkehrssicherheit bei, dies sogar grösstenteils selbsttragend. Ich frage Sie, wann haben Sie zuletzt eine Motion überwiesen, die so wenig Kosten verursacht und trotzdem unkompliziert etwas bewirken kann? Ich frage mich, wieso sind die Bürgerlichen nicht bereit, die Polizei zu entlasten, was sie sonst häufig fordern? Wir haben gehört, es ist ein Anzug diesbezüglich hängig. Auch aus der LDP gab es eine Interpellation, in der sogar bei Lärmbelästigung ein Sicherheitsdienst hinzugezogen werden könnte, also es wurde angefragt, ob das möglich wäre. Anscheinend gilt dies aber bei Autos nicht.

Die SP sieht langfristiges Auslagern an Private sehr kritisch, insbesondere wenn das Gewaltmonopol gefährdet ist. Dies ist jedoch in dieser Motion beides nicht der Fall, Daniel Seiler. Die Sicherheitsdienste dürfen keine Gewalt ausüben, sind auch nicht bewaffnet. Zudem ist die Delegierung von Kantonsaufgaben an Private keine Seltenheit, auch wenn wir skeptisch diesbezüglich sind. Skeptisch wäre ich auch gewesen bei der Auslagerung der Verkehrslenkung. Hier kann eine unsachgemässe Ausführung tatsächlich gefährlich sein und Menschen gefährden. Ich sehe hingegen kein Problem, wenn wir bei Parkbussen befristet delegieren, wo nur ein Buszettel an die Windschutzscheibe geklemmt wird und sehr selten Kontakt mit Menschen stattfindet. Ich habe mir persönlich angeschaut, wie ein Sicherheitsdienst die Bussen ausstellt und ich kann

sagen, Willkür hat dort keinen Platz. Jedes Vergehen wird mit Fotos dokumentiert und es ist jederzeit nachvollziehbar, welche Person welche Busse ausgestellt hat. Die administrative Abwicklung kann weiterhin der Kanton übernehmen.

Ich weiss, dass einige hier im Saal es kritisch sehen, wenn hoheitliche Befugnisse delegiert werden. Ich bin generell auch dieser Meinung, aber man muss es im Einzelfall vielleicht differenziert anschauen. Langfristig ist die SP trotzdem dafür, dass der Kanton die Bussenausstellung wieder übernehmen soll. Im Moment ist der Kanton aber dazu anscheinend nicht in der Lage, es braucht eine Übergangslösung.

Ein weiteres genanntes Thema ist der Parkplatzmangel auf öffentlichem Grund. Hier ist es wichtig, dass wir die Quartierparkings vorantreiben, diesbezüglich kommt zeitnah ein Parking zum Beispiel beim Horburg-Parkhaus. Die Anzahl Parkplätze hat insgesamt in Basel zugenommen, wir müssen also Anreize schaffen, dass Einstellplätze und Parkings genutzt werden. Ich bitte Sie, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung. Die Motion wurde bestritten von Patrick Fischer und Daniel Hettich.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 50 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007415, 22.10.25 20:14:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Motion nicht überweisen mit 50 gegen 37 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

19. Motion 2 Hanna Bay und Konsorten betreffend gerichtliche Überprüfung von freiheitsentziehenden Massnahmen nach Polizeigesetz

[22.10.25 20:14:41, 25.5315.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Die LDP-Fraktion will, dass diese Motion nicht überwiesen wird. Es ist zwar richtig, dass das Bundesgericht in dieser Motion den erwähnten Entscheid den Polizeigewahrsam als Freiheitsentzug qualifiziert, dessen Rechtmässigkeit jede festgenommene Person innert kurzer Frist überprüfen lassen kann. Dies gilt aber nur, solange einer Person die Bewegungsfreiheit entzogen ist, solange sie also inhaftiert ist, weil sie eines besonderen Schutzes vor unrechtmässiger Freiheitsberaubung bedarf. Es ist damit also eine Dringlichkeit gegeben. Diese fällt nach der Entlassung aber dahin. Es steht der entlassenen Person selbstverständlich, und das ist wichtig in diesem Zusammenhang, der ordentliche Rechtsmittelweg zur Verfügung. Der gesamte Rechtsmittelweg ist also vorhanden, es gibt keine Lücke im Moment. Und dies ist auch richtig so, weil sich mit der Haftentlassung die Gefahrenlage völlig verändert und kein Bedarf mehr an einer sofortigen richterlichen Überprüfung mehr besteht.

Die Motion, die übrigens ihren tatsächlichen und rechtlichen Ursprung in den unrühmlichen 1. Mai-Demonstrationen 2023 in Basel hat, will nun aber unter anderem über diese bewährte Praxis hinaus eine direkte richterliche Überprüfung von

Polizeigewahrsam, auch wenn diese bereits aufgehoben ist und keinerlei Dringlichkeit mehr besteht, und dies bis zu einem Jahr nach Entlassung aus dem Polizeigewahrsam. Die LDP-Fraktion ist der festen Ansicht, und ich hoffe, einige Bürgerliche mögen sich das auch noch überlegen, dass solches unser an sich schon üppiges Rechtsmittelsystem unnötig weiter aufbläht und es keinerlei sachliche Gründe gibt, die dies rechtfertigen. Es ist zu betonen, dass bereits heute im heutigen System jeder festgenommenen Person und auch jeder entlassenen Person ein vollständig ausgebauter Rechtsmittelweg zur Verfügung steht, allerdings nicht der, den die Motion will.

Und dass darüber hinaus Mehrkosten entstehen, darüber steht natürlich in der Motion nichts, aber es ist so und es ist ein wichtiger Nebenpunkt und dies bei der Ausgabenflut, die Olivier Battaglia heute Morgen schon erwähnt hat. Wir müssen solche Ausgaben kontrollieren, und das ist eine unnötige neue Ausgabe. Wie gesagt, jeder, der festgenommen wird, hat einen Rechtsweg und was wir jetzt machen, ist einfach noch eine Aufblähung unseres Rechtssystems. Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Es gibt eine Zwischenfrage. Sie wird nicht angenommen. Nächste Sprecherin ist die Motionärin Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich entschuldige mich bereits jetzt, es wird nun etwas juristisch. Ich glaube, es ist trotzdem wichtig, auch wenn Lukas Faesch schon einen Kurzabriss gemacht hat, was die Rechtslage ist, möchte ich doch noch ein bisschen ausführen.

Aktuell ist es so, und das stimmt, dass jede Person, der nicht von einem Gericht die Freiheit entzogen wird, das Recht hat, ein Gericht anzurufen, damit dieses so rasch wie möglich über die Rechtmässigkeit dieses Freiheitsentzugs befindet. Dieser Grundsatz ist nicht etwas, was die SP erfunden hat, sondern das steht in der Bundesverfassung, das steht in der EMRK und das steht für die Juristen unter uns auch im UNO Pakt 2. Das ist auch eine Menschenrechtskonvention. Während diese gerichtliche Überprüfung, die völkerrechtlich garantiert ist, im Rahmen der Strafprozessordnung oder auch betreffend der freiheitsentziehenden Massnahmen gemäss AIG formell gesetzlich geregelt ist, fehlt eine derartige Bestimmung bei freiheitsentziehenden Massnahmen nach dem kantonalen Polizeigesetz.

Dieses Recht vor einer unmittelbaren Überprüfung eines polizeilich erfolgten Freiheitsentzugs besteht in unserem Kanton, allerdings nur im Rahmen des Hooligan-Konkordats, aber ich denke, das reicht nicht. Abgesehen davon, und da gebe ich Lukas Faesch recht, gilt das Recht, direkt an ein Gericht zu gelangen, aber nur wenn die Person sich noch im Freiheitsentzug befindet. Nach einer Entlassung ist es nur möglich via ein behördeninternes Verwaltungsverfahren zu gehen. Und das Bundesgericht sagt im besagten Entscheid, dass es die Aufgabe des Gesetzgebers wäre, weitergehende oder eben eine raschere Überprüfung zu schaffen.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen, der kantonale Gesetzgeber, das sind wir, und was die Motion fordert, ist nichts mehr und nichts weniger, als dass wir ein rascheres und einfacheres System schaffen, um diese Freiheitsentzüge auch im Nachhinein zu überprüfen. Denn ich glaube, wir müssen uns schon bewusst sein, es ist nicht irgendeine Massnahme. Der Entzug der Freiheit von einer Person ist immer ein schwerwiegender Grundrechtseingriff. Es ist das stärkste und repressivste Mittel, welches ein Rechtsstaat zur Verfügung hat gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. Daher müssen wir auch hier beim Rechtsschutz eine besondere Sorgfalt an den Tag legen und ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass es eben einfach zugänglich sein soll. Nur so kann garantiert werden, dass die Polizei zeitnah und transparent ihre Beweggründe für die freiheitsentziehende Massnahme darlegen muss, um so den staatlichen Grundrechtseingriff zu rechtfertigen, damit er nachvollziehbar wird.

Und das von Lukas Faesch angesprochene Verfahren gemäss § 38a OG, also dass man zuerst eine Verfügung verlangen muss, das ist in der Praxis schlicht nicht geeignet, es dauert zu lange. Von dem Tag, an dem jemand in Haft genommen wird bis zu dieser Feststellungsverfügung dauert es in der Praxis eineinhalb Jahre, bis ich mal ein Zettel in der Hand habe, wo die Behörde, die die Freiheit selbst entzogen hat, sagt, ob das jetzt rechtmässig war oder nicht. Und erst dann kann der verwaltungsinterne Prozess beginnen und erst etwa nach noch einmal eineinhalb Jahren gibt es dann vielleicht ein Urteil, welches unabhängig feststellt, ob dieser Freiheitsentzug rechtmässig war oder nicht.

Und das geht einfach nicht. Betroffene Personen haben ein schützenswertes Interesse daran, dass diese Rechtmässigkeit festgestellt wird, und das unabhängig davon, ob sie noch in Haft sind oder nicht. Und was diese Motion nun will, ist die Schaffung einer klaren rechtlichen Grundlage, damit diese Lücke geschlossen werden kann.

Und vielleicht noch eine Nachricht an die Zweifler:innen, es geht nicht darum, dass die Polizei jeden ihre Einsätze rechtfertigen muss, ihre Taktik offenlegen muss, sondern es geht schlicht und einfach darum, dass eine Person, der die Freiheit entzogen wird, rasch Klarheit erhält, ob das rechtmässig war oder nicht. Und es ist auch keine Hexerei und nichts Neues, viele Kantone haben das schon, die Gerichte werden nicht überschwemmt. Und schlussendlich fördert es eben sogar

Effizienz, weil sich weniger Instanzen damit befassen müssen. Ich würde sogar wagen zu sagen, es spart sogar Kosten, wenn nur eine oder zwei Instanzen sich damit auseinandersetzen müssen anstatt fünf.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die breite Unterstützung, auch der Regierung für die Bereitschaft, die Motion entgegenzunehmen und bitte Sie, die Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Wir kommen nun zur Abstimmung. Die Motion wird bestritten von Lukas Faesch.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007417, 22.10.25 20:23:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Sie haben die Motion überwiesen mit 73 Ja- und 19 Nein-Stimmen mit einer Enthaltung.

20. Motion 3 Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend die Delegation impfbezogener Verrichtungen an Pharmaassistentinnen und -assistenten

[22.10.25 20:23:48, 25.5320.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

21. Motion 4 Oliver Thommen und Tim Cuénod betreffend ein Konzept für Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum

[22.10.25 20:24:17, 25.5321.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

22. Motion 5 Joël Thüring für den ungetrübten Badespass: Eintrittsbeschränkungen für die baselstädtischen Gartenbäder

[22.10.25 20:24:43, 25.5349.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Regierungsrat Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Probleme in unseren Gartenbädern sind nicht neu, wir kennen sie und ja, was wir diesen Sommer erlebt haben, war unangenehm. Aber wir haben sofort reagiert, wir haben das Sicherheitspersonal verstärkt, Hausverbote ausgesprochen und den Austausch mit den Mitarbeitenden gesucht. Seither hat sich die Situation beruhigt.

Ich habe mich mit dem Badepersonal vor Ort getroffen. Die Mitarbeitenden standen an heissen Tagen, zum Beispiel mit über 6'000 Gästen im Gartenbad St. Jakob, unter grossem Druck. Viele haben sich nicht respektiert gefühlt, wenn sie Regeln durchsetzen wollten. Das nehmen wir ernst. Deshalb werden wir, wie angekündigt, die bestehenden Regeln und Massnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüfen und dabei auch die Erfahrungen anderer Bäder in der Schweiz und im Ausland einbeziehen.

Das Ziel ist klar, für die nächste Saison müssen unsere Regeln wirken, damit sich alle Gäste sicher und wohl fühlen. Der Motionstext schlägt vor, den Zugang zu den Gartenbädern auf Schweizerinnen und Schweizer, Personen mit Niederlassungs- und Arbeitsbewilligung und Touristen mit BaselCard zu beschränken. Diese Forderung ist weder praktikabel umsetzbar noch rechtlich haltbar. Das können wir nur schon aus Ressourcensicht nicht umsetzen. An einem heissen Wochenende haben wir in allen Gartenbädern über 15'000 Besucherinnen und Besucher, da ist es für uns schlicht nicht möglich, eine Ausweiskontrolle bei allen durchzuführen.

Meine Damen und Herren, wir schauen nicht, woher jemand kommt, entscheidend ist, wie sich jemand verhält. Die Regeln gelten für alle gleich, und wer sich nicht daran hält, trägt die Konsequenzen, unabhängig von Herkunft, Sprache oder Pass. Das ist unser Grundsatz und das ist auch das, was unsere Mitarbeitenden tagtäglich leben.

Die Hausverbote wurden zwar mehrheitlich an in Frankreich wohnhafte Personen verschickt, aber wir führen keine Statistik zur Herkunft unserer Badegäste und wir werden das auch künftig nicht tun. Es geht nicht um Herkunft, es geht um Verhalten. In unserer Gesetzgebung steht klar, wir diskriminieren niemanden, wir sanktionieren Fehlverhalten. Dass die Motion hier im Saal heute trotzdem eine Debatte auslösen könnte, zeigt, dass das Thema Emotionen trägt, weit über Basel hinaus. Aber es braucht keine Symbolpolitik, sondern konsequentes Handeln und klare Regeln, und diese Regeln gelten für alle. Darum bitte ich Sie, überweisen Sie die Motion nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe zu dieser Motion im August und September eine ganz lange Rede geschrieben, ich habe die Rede aber vor einer Woche zerrissen und weggeworfen. Das Thema war ja das Sommerthema in Basel in den Sommerferien, ich möchte nur den einen Artikel zeigen, in der Basler Zeitung vom 29. Juli, eine ganze Seite, und darin sagen die Bademeister, der Betrieb sei um Welten geordneter gewesen, «bevor wir mit Jugendlichen aus Frankreich mit maghrebinischen Wurzeln überflutet wurden». Absender ist die Belegschaft des Gartenbads St. Jakob.

Joël Thüring, ich habe eigentlich nur eine Frage an Sie. Sie setzen sich ein für Ihre Fussballer, meine Frage, wie könnte man die jungen Männer aus dem Maghreb besser integrieren?

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Ich habe lange überlegt, ob und wie ich mich oder wir uns zu diesem Vorstoss äussern sollen, denn eigentlich gilt in dieser Situation, was auch auf Social Media und ganz besonders auf X gilt: Don't feed the troll. Aber der Vorstoss betrifft mich und viele andere, er instrumentalisiert unser Schutzbedürfnis und unseren Körper für den Rassismus einer Partei. Beim Anzug betreffend Weiterbildung im Umgang mit LGBTIQ-Aggression stimmte die SVP geschlossen dagegen, bei der Abstimmung zum Gleichstellungsgesetz dasselbe. Nicht einmal bei der Motion von Beat Braun betreffend Prävention zu häuslicher Gewalt in der Schule konnte sich diese Fraktion zu einem mehrheitlichen Ja durchringen. Für mich

zeichnet das ein düsteres Bild. Und ich frage mich, agiert diese Partei in, ich sage es jetzt sehr deutsch, guter bayerischer Oktoberfestmanier im Sinne von, unsere Frauen belästigen wir selber?

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Stier, bitte mässigen Sie sich im Ton.

Franziska Stier (BastA): Interessieren sie sich nur dann für unsere Körper und unsere körperliche Integrität, unseren Schutz und unsere Sicherheit, wenn sie damit rassistische Ressentiments bedienen und die Gesellschaft spalten können? Aber französische und deutsche Frauen oder queere Menschen sind im öffentlichen Raum als auch im Schwimmbad nicht das Problem. Unser Problem sind Männer, genau genommen, Cis-Männer und ich weiss, ich weiss, not all men.

Franziska Stier (BastA): Nicht der Pass, sondern patriarchale Strukturen sind das Problem. Die logische Konsequenz wäre nicht eine Selektion nach der Farbe des Passes oder dem Grad der Aufenthaltsbewilligung, sondern eine Selektion des Geschlechts. Aber hier wird kein Männerverbot im Freibad gefordert. Wenn wir in Ruhe schwimmen oder Sonnenbaden wollen, dann braucht es, und ich denke, da sind sich alle Frauen in diesem Raum einig, eine Nulltoleranzpolitik zu sexueller Belästigung. Feministinnen kämpfen seit Hunderten Jahren gegen Sexismus im öffentlichen Raum, aber wenn Sexismus plötzlich nur dann Thema wird, wenn er mit ausländischen «Tätern» in Verbindung gebracht wird, dient er nicht dem Schutz von Frauen, sondern rechtspopulistischer Stimmungsmacher.

Es macht mich und viele andere wütend, die sich ernsthaft mit sexualisierter Gewalt auseinandersetzen, wenn unser Kampf für ein selbstbestimmtes Leben und für körperliche Integrität rassistisch und nationalistisch instrumentalisiert wird. Leider ist das, was wir hier sehen, kein Ausrutscher oder Einzelfall, es ist eine politische Strategie. Die autoritär-populistischen Parteien europaweit, ja international auffahren und die auch immer mehr im konservativ-bürgerlichen Parteienbereich Anklang findet, wie sich zuletzt in Deutschland beim deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz zeigte.

Solche Vorstösse zielen also auf eine Diskursverschiebung ab, sie verorten Sexismus und Gewalt bei den anderen und sie fordern Lösungen ausschliesslich für die anderen. Aber Sexismus und Gewalt entspringen der Mitte unserer Gesellschaft und ich bin daher sehr froh, dass wir einen sehr breiten demokratischen Konsens haben, diese Motion abzulehnen und ich möchte mich dafür natürlich bei den Linken, aber vor allem auch bei den bürgerlichen Parteien bedanken. Wir leben schliesslich in Zeiten, in denen das keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das war ein Ritt an der Grenze. Eric Weber will eine Zwischenfrage stellen, sie wird nicht entgegengenommen.

Julia Baumgartner (SP): Auch ich habe mir in den letzten Wochen viele Gedanken gemacht, ob und wie ich zu dieser unsäglichen Motion sprechen soll, denn dieser Vorstoss war eine klassische populistische Sommergeschichte von Joël Thüring. Und trotzdem oder gerade deswegen dürfen wir das nicht unwidersprochen lassen. Denn klar ist, wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht, wie es Bertolt Brecht sagte.

Ich möchte kurz auf die Art und Weise hinweisen, wie solche politischen Vorschläge sprachlich und strategisch eingebettet sind, denn das hilft uns, die Motion nicht nur inhaltlich, sondern auch im Diskurs zu verstehen. Im Vorstoss werden typische Elemente rechtspopulistischer Rhetorik verwendet, indem pauschal eine Gruppe von Menschen als Problemgruppe inszeniert wird, wird nicht primär ein konkretes Fehlverhalten individuell adressiert, sondern eine ganze Gruppe von Menschen unter Generalverdacht gestellt. Das zielt nicht auf Ursachenbekämpfung, sondern auf Symbolpolitik, auf Ausschluss statt auf Teilhabe und es ist höchst gewaltvoll.

Wer Gewalt verhindern will, muss verstehen, wie strukturelle Gewalt funktioniert. Strukturelle Gewalt beginnt dort, wo wir Menschen abwerten, wo wir Menschen ausschliessen. Ja, die Motion benennt ein Bedürfnis nach Sicherheit und dieses Bedürfnis ist legitim, aber diese Motion liefert keine Sicherheit, sie schafft nur Ausschluss und das ist diskriminierend, das ist rassistisch. Und gerade in einer Stadt wie Basel mit hoher Mobilität, vielen Grenzgänger:innen und einer internationalen Ausrichtung ist sie schlicht und einfach inakzeptabel.

Unsere Gartenbäder sind öffentliche Orte, sie sind Treffpunkte, Erholungsräume, Orte der Begegnung, der Offenheit und des Zusammenlebens und sie sollen allen Menschen offenstehen, unabhängig von Wohnort, Passfarbe und Aufenthaltsstatus. Darum sagen wir ganz klar, diese Motion gehört abgelehnt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich für ein zweites Votum gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte zu meinen zwei Vorrednerinnen Stellung nehmen. Franziska Stier möchte ich es auf sächsisch sagen als ehemaliger Abgeordneter.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, nein, benehmen Sie sich.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich sage zwei Sätze. Wir sind nicht im deutschen Bundestag, aber mit Ihrer Rede haben Sie die Maske fallen lassen. Der letzte Satz geht an Julia Baumgartner. Ein Blick in die Statistik würde Ihnen helfen. Sie haben gesagt, Joël Thüring würde da irgendwie Rassismus bringen, aber wenn Sie in die Statistik schauen, sehen Sie, wer die Täter sind. Und das mache ich jeden Tag und die Statistik sagt, woher die Gewalt kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Motionär Joël Thüring hat das Schlusswort.

Joël Thüring (SVP): Ich muss zuerst schon sagen, hier wurden heute von Frau Stier Grenzen überschritten und ich bedaure es sehr, dass der Grossratspräsident es nicht für nötig hält, einzuschreiten. Es ist absolut inakzeptabel, was Sie mir und meiner Fraktion vorher vorgeworfen haben. Sie haben uns als Rassisten bezeichnet und Sie haben damit gleichzeitig auch noch quasi unterstellt, dass wir uns dafür aussprechen, dass ausschliesslich ausländische Männer Frauen vergewaltigen würden mit ihrem sehr unsäglichen Vergleich vom Oktoberfest in Bayern. Ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen, Sie haben fünf Minuten über Diskriminierung gesprochen, die einzigen, die Sie hier in diesem hohen Hause diskriminiert haben, sind wir, die SVP. In Ihrer eigenen Welt scheint das vielleicht normal zu sein, ich toleriere das nicht, ich finde es beschämend, was Sie sich hier heute geleistet haben. Und ich finde es wirklich sehr bedauerlich, dass der Grossratspräsident hier nicht eingeschritten ist. Ich kann damit leben, dass Sie diesen Vorstoss nicht unterstützen, ich habe auch kein Problem damit, wenn Sie ihn scharf kritisieren, aber es gibt Grenzen und diese wurden überschritten.

Wenn wir diesen Sommer noch einmal Revue passieren lassen, muss man sich schon fragen, wie konnte es so weit kommen. Wir haben Polizeieinsätze, Hausverbote, es braucht Sicherheitsdienste, wir haben renitente Gäste, Belästigungen von jungen Frauen und gleichzeitig eine Regierung, die auch heute lieber wieder beschwichtigt, als das Problem beim Namen zu nennen. Wir reden in diesem Sommer von etwa zehn Polizeieinsätzen allein im Gartenbad St. Jakob, von Streit, Diebstählen, Belästigungen und einem bekannten Grosseinsatz der Polizei mit fünf Patrouillen, und das, obwohl die Bäder bereits heute eigenes Sicherheitspersonal beschäftigen, Herr Regierungsrat.

Und wie absurd das doch ist – wir brauchen heute muskelbepackte Sicherheitsmänner, um Ordnung in einem Gartenbad zu halten, einem Ort, an dem früher Familien, Kinder und Senioren friedlich nebeneinander die Sonne geniessen konnten. Das Sportamt sagt selbst, es seien oftmals aber nicht immer, französische Staatsbürger mit nordafrikanischem Hintergrund gewesen, die solche Einsätze ausgelöst haben. Doch anstatt das klar zu benennen, relativiert man, anstatt hinzuschauen, drückt man beide Augen zu.

Als die Basler Zeitung von einem Vorfall berichtete im Bachgraben Gartenbad, wo Französisch sprachige Teenager ungeniert den Getränkekühlschrank ausräumten, teilte die Medienstelle lediglich mit, dass es an sehr heissen Tagen mit vielen Besuchenden in allen Gartenbädern häufiger zu herausfordernden Situationen mit Gruppen von Jugendlichen komme. Hier wird ein Problem relativiert und was mich am meisten ärgert, Angestellte, die den Mut haben, offen über diese Zustände zu sprechen, werden zurückgepfiffen. Bademeister, die ehrlich sagen, dass sie sich im Stich gelassen fühlen, bekamen einen Maulkorb, wenn Sie sich daran erinnern mögen. Das nennt sich offenbar Kommunikationsstrategie.

Währenddessen verharmlost Regierungsrat Mustafa Atici die Situation. Er sagt in der BaZ in einem Interview, das sei halt eine gesellschaftliche Entwicklung, Jugendliche seien eben manchmal schwierig. Ja, Herr Regierungsrat, das mag stimmen, aber es ist Ihre Aufgabe, dass unsere Bäder sicher sind und nicht, gesellschaftliche Allgemeinerklärungen zu liefern. Denn die Realität ist, viele Baslerinnen und Basler meiden heute die Gartenbäder. Ich habe zahlreiche Zuschriften erhalten von Menschen, die sagen, danke, dass Sie das ansprechen, wir gehen nicht mehr ins Eglisee oder ins Bachgraben, wir fühlen uns dort nicht mehr wohl. Und hören Sie genau zu, Franziska Stier, es waren überdurchschnittlich viele Personen mit Migrationshintergrund, die in der Schweiz leben, die mir das berichtet haben. Das ist keine gefühlte Unsicherheit, das ist die gelebte Realität.

Natürlich, ich behaupte auch nicht, dass alle ausländischen Gäste das Problem seien, aber durch unsere Nähe zur Grenze sind die Basler Bäder nun einmal besonders attraktiv für Gäste beispielsweise aus dem Ausland. Und da verhält sich die Situation auch sehr ähnlich wie in Pruntrut. Und ja, es sind Gruppen junger Männer, die auffallen, die sich aggressiv verhalten, die Regeln missachten, das ist kein Geheimnis. Und schauen wir nach Pruntrut, dort hatte man den Mut zu

handeln. Nach wiederholten Zwischenfällen wurden klare Regeln eingeführt, es ist also auch rechtlich möglich, so etwas durchzusetzen. Das Resultat: Ruhe, Ordnung, doppelt so viele Saisonabos, mehr Besucher, keine Vorfälle mehr, oder wie der Gemeindepräsident von Pruntrut es sagte, die Einheimischen haben ihr Schwimmbad zurückerobert.

Das ist doch genau das, was wir wollen, ein friedliches Miteinander, kein Chaos. Meine Motion ist deshalb ein praktischer, erprobter Vorschlag für mehr Sicherheit und Ordnung. Und er funktioniert. Diese Lösung würde funktionieren, denn es ist klar, und da gebe ich Ihnen sogar Recht, es ist von allen schlechten Lösungen immer noch die allerbeste. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden nicht entgegengenommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 79 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007421, 22.10.25 20:45:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 79 gegen 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

23. Anzug 1 Leoni Bolz und Konsorten betreffend weniger Verkehr in den Quartieren und eine erhöhte Verkehrssicherheit

[22.10.25 20:45:18, 25.5306.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Beat K. Schaller bestreitet dies.

Beat K. Schaller (SVP): Ich hoffe, wir kommen wieder in etwas ruhigeres Fahrwasser, auch wenn dieser Vorstoss in die übliche Richtung geht, die wir ja in diesem Grossen Rat kennen. Einmal mehr wird eine Symptombekämpfung als Allerheilmittel für unsere Verkehrsprobleme dargestellt. Die üblichen Kreise wollen das natürliche und auch für unsere Zusammenleben notwendige Begehren nach Mobilität mit allen Mitteln auf ihre Schienenbahnen lenken. Wer sich nicht mit den genehmen Fahrzeugen bewegt, wird belästigt, wird kujoniert, bis er schliesslich einknickt. Halten wir fest, die hier verlangten flächendeckenden Verkehrsbehinderungsmassnahmen lösen unsere Verkehrsprobleme nicht, und die Strategie hinter diesem Vorstoss ist wie üblich nicht eine gesamtheitliche Lösung, sondern die Behinderung eines Teils unserer mobilen Bevölkerung.

Natürlich ist es das Auto respektive der Autofahrer, welcher als Prügelknabe hinstehen muss. Der Elefant im Raum wird wie immer ausgeblendet, nämlich dass wir immer mehr Menschen auf unserem begrenzten Raum sind. Es sollen immer mehr Menschen in unsere Region kommen, aber man verschliesst die Augen davor, dass mehr Menschen mehr Verkehr bedeuten, und Mobilität ist ein Grundbedürfnis von uns Menschen. Die mit diesem Vorstoss porträtierte Verkehrspolitik zeigt,

wie weit sich die MIV-Leugner von der Realität abgekoppelt haben. Denn sie sind vollkommen losgelöst von der Bevölkerungsentwicklung, was Sie hier mit diesem Vorstoss zeigen.

Die Mobilitätsstrategie des Kantons hält fest, die Verkehrspolitik schafft die Voraussetzung für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort, eine gute Erreichbarkeit wird für den Personen- und den Güterverkehr gewährleistet. Ich wiederhole, eine gute Erreichbarkeit wird gewährleistet. Ja, diese Vorgabe wird schon heute auch ohne diesen Anzug immer stärker in Frage gestellt, die verlangte gute Erreichbarkeit wird immer mehr behindert. Man erkundige sich nur einmal bei den Handwerkern, welche immer mehr Umwege fahren müssen, um zu ihren Kunden zu gelange. Und wenn sie nicht Umwege fahren müssen, dann stehen sie im Stau, und normalerweise beides zugleich.

Wenn der Berufsverkehr leidet, zahlen es am Schluss die Kunden, ich habe das selbst wieder erlebt. Es zahlen es die Kunden. Unsere KMU, darunter wie gesagt viele Handwerker, sind nun einmal darauf angewiesen, dass sie ihre Kundschaft direkt und zuverlässig, gut erreichen können. Alle Behinderungen schlagen schlussendlich auf das Portemonnaie der Kunden, welche für diese irre geleitete Verkehrspolitik sprichwörtlich zur Kasse gebeten werden.

Ich bitte Sie, bekennen wir uns doch einmal als Grosser Rat, versuchen Sie, über Ihren Schatten zu springen, bekennen wir uns als Grosser Rat zu einer ausgewogenen Verkehrspolitik, die alle Verkehrsmittel gleich behandelt und auf die Diskriminierung einzelner Verkehrsmittel verzichtet. Deshalb, namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen. Ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ich war jetzt gerade eine Woche in Heraklion und durfte mich durch den Verkehr durchschlagen. Ich bin da nicht über meinen eigenen Schatten gesprungen, sondern über die Autos, die irgendwo parkiert waren und dort wirklich absolut das Regime übernommen haben über die Bevölkerung. Ich finde in dem Sinne, dass der Anzug von Leoni Bolz das Verkehrsproblem in Basel-Stadt zielgenau adressiert.

Leider ist der Anteil des MIV auch im letzten Jahr leicht angestiegen, was im Umkehrschluss wohl heisst, dass das Auto gegenüber allen anderen Verkehrsmitteln noch sehr attraktiv sprich zu attraktiv ist. Vor allem in der Agglomeration hat der Fahrzeugbestand zugenommen, was schliesslich die Stadtbevölkerung, die weitaus weniger Auto fährt, ausbaden muss. Die Folgen sind höhere Belastungen durch Feinstaub, Lärm und zeitweise auch immer noch Stickoxidwerten an stark befahrenen Strassen, die da stark überschritten werden.

Birsfelden hat nun vorgemacht, was geschieht, wenn die Belastung für die ansässige Bevölkerung unerträglich wird, und hat zur drastischen Notwehr gegriffen. So weit sollte es in Basel-Stadt lieber nicht kommen. Daher macht es Sinn, die Attraktivität des ÖV, des Veloverkehrs und die Aufenthaltsqualität von Fussgänger:innen und Strassenzügen zu erhöhen, indem Massnahmen getroffen werden, die das Autofahren in der Stadt nicht verunmöglicht, aber Bedingungen schafft, die das Auto nicht mehr zur ersten Wahl unter den Fortbewegungsmitteln machen.

Besonders bestechend an der Idee ist auch, dass durch die Einführung vermehrter Einbahnen mehr Fläche frei wird, die zur Entsiegelung dienen könnte und damit neben der erhöhten Lebensqualität für die ansässige Bevölkerung auch zur Bekämpfung der Klimafolgenschäden dient. In der Vergangenheit hat es sich schon öfters gezeigt, dass es bei derartigen Anpassungsprojekten sinnvoll ist, wie von der Anzugstellerin gefordert, mit einem Pilot zu starten, damit sich alle Beteiligten und Betroffenen mit der neuen Situation vertraut machen und eingefahrene Gewohnheiten besser ablegen können. Auf der anderen Seite ist es nach einer Evaluation der gemachten Erfahrungen dann möglich, aufgrund besserer Datengrundlagen Anpassungen zu machen und wenn nötig zu neuen Lösungen zu gelangen, die allen Betroffenen dienen.

Wir bitten Sie, diesen Anzug zu überweisen, damit die Transition von einer autogeprägten Stadt hin zu einer modernen Stadt gelingt, die einerseits die Nutzung verschiedenster Fortbewegungsmittel ermöglicht, die die Stadt für ihre Bewohner:innen lebenswerter und das Stadtklima auch für die Zukunft ertragbar gestaltet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich darf im Namen der FDP und der LDP sprechen. Als wir über den Rheintunnel, auf den Sie ja Bezug nehmen in Ihrem Vorstoss, darüber gesprochen haben, haben Sie negiert, dass wir sehr viel Ausweichverkehr haben in den Quartieren und da wollten Sie den Rheintunnel nicht, weil der Ausweichverkehr da kein Problem war. Jetzt wollen Sie das wieder ganz anders machen.

Auf der anderen Seite beziehen Sie sich auf das Stimmvolk. Aber das Stimmvolk, da müssen Sie auch ehrlich sein, hat die Stadtklimainitiativen auch abgelehnt und diese haben genau das gefordert, was Sie jetzt exakt fordern. Sie fordern wieder Umwidmung von Strassenraum in Massnahmen für den Langsamverkehr und Begrünung, genau das, was das Stimmvolk abgelehnt hat.

Ich überlasse es Ihnen, wie Sie das werten wollen, aber vielleicht können Sie mir noch erklären, wie Sie das mit diesem Modalfilter meinen. Ist dieser Modalfilter jetzt ein Filter nur gegen die Autos, einmal mehr, oder würden Sie diesen Modalfilter auch im Sinne einsetzen, wie wir das früher wollten, nämlich um Entflechtung zu machen? Oder wollen Sie einfach da wieder Autofahren verbieten, einfach aus den Strassen weghaben? Das müssen Sie vielleicht noch erklären, dann wäre ich ein bisschen schlauer.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Der vorliegende Anzug greift ein zentrales Anliegen der Stadtentwicklung und Mobilitätsplanung auf und orientiert sich an bestehenden gesetzlichen Grundlagen und den Klimazielen des Kantons, die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs in den Wohnquartieren zugunsten einer höheren Lebensqualität, verbesserter Verkehrssicherheit und nachhaltiger Umweltziele.

Die vorgeschlagene Pilotierung in einem betroffenen Quartier ermöglicht es, die Wirksamkeit dieser modalfilternden Massnahmen zu evaluieren. Aus diesen Gründen empfehlen wir Grünliberalen, dem Anzug zuzustimmen und das Anliegen durch den Regierungsrat prüfen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Remo Gallacchi. Sie wird nicht entgegengenommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Anzugstellerin Leonie Bolz.

Leoni Bolz (SP): Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber immer, wenn ich in eine neue Stadt komme, halte ich mich gerne in den Fussgängerzonen auf, dort, wo es vielleicht einen Brunnen gibt, ein paar Bistros, die ihre Gäste draussen bewirten und wo man schön flanieren kann. Das ist Lebensqualität und sie sollte sich nicht nur auf die Innenstadt beschränken. Auch in den Wohnquartieren möchte man in Ruhe spazieren können, Kinder sollen in unmittelbarer Nähe des Hauses spielen dürfen und die Anwohnenden wollen, wenn sie mit dem Auto oder dem Velo unterwegs sind, ohne grosses Verkehrsaufkommen und vor allem sicher nach Hause kommen.

Zurzeit ist es so, dass nur wenige Menschen aus Basel mit dem Auto zur Arbeit fahren, hingegen stammt etwa 70% des Verkehrs nicht aus Basel, sondern kommt von auswärts. Dieser Verkehr hat in den Quartieren meist nicht das Ziel, sondern fährt durch die Quartiere hindurch. Der Kanton ist jedoch gesetzlich verpflichtet, den motorisierten Individualverkehr zu kanalisieren und strebt das Ziel von einem Drittel weniger Verkehr an.

Dazu können die von mir geforderten Modalfilter und Begegnungszonen auf einfache Weise ihren Beitrag leisten. Die Anwohnenden gelangen weiterhin mit dem Auto zu ihrem Haus, doch die Durchfahrt wird erschwert. Es gibt zwar Einbahnstrassen, aber es ist nicht ein Fahrverbot für Autos, Daniel Seiler. In meinen Sommerferien konnte ich mich an einigen Beispielen in Frankreich davon überzeugen, wie viel freie Fläche eine Einbahnstrasse schaffen kann, Platz für Begrünung, für Velostreifen, für Trottoirs. Mehr Entsiegelung müssen wir ohnehin mit der Motion Christ umsetzen. Mit Einbahnstrassen können wir diese auf eine nützliche Weise unterstützen.

Bei der Mobilitätsumfrage 2024 nannten die Befragten bei den Investitionsschwerpunkten am häufigsten Investitionen in mehr Grünflächen, den Ausbau der Veloinfrastruktur und die Schaffung lebenswerter Stadträume. Bald dahinter, auf dem 7. Platz, werden Massnahmen für weniger Verkehr in den Quartieren gefordert. Wir können also mehrere Bedürfnisse gleichzeitig erfüllen, wenn wir die Durchfahrt durch die Quartiere mit beispielsweise Einbahnstrassen, Diagonalsperren oder Begegnungszonen erschweren und so auch für mehr Begrünung sorgen. Dies ist nicht nur ein links-grünes Anliegen, sondern es ist ein Bedürfnis der Bevölkerung. Ich würde mich freuen, wenn Sie den Anzug überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dieser Anzug wird bestritten von Beat K. Schaller und weiteren. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007423, 22.10.25 20:58:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Überweisung entschieden mit 51 gegen 43 Stimmen.

24. Anzug 2 Jo Vergeat und Konsorten betreffend Ergänzung der Kunst im Rathaus um bedeutende Frauenfiguren des Kantons Basel-Stadt

[22.10.25 20:58:53, 25.5307.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

25. Anzug 3 Zaira Esposito und Konsorten betreffend Deutschkurse für zugezogene Schweizerinnen und Schweizer aus anderen Sprachregionen

[22.10.25 20:59:12, 25.5308.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die Liberaldemokratische Partei hat in der Debatte zur konsolidierten Rechnung konsequente Sparsamkeit und haushälterische Verantwortung gefordert heute Morgen. Es ist unsere aller Pflicht, bei den Staatsausgaben die Verhältnismässigkeit zu prüfen. Wir lehnen die Kostenfreiheit für Deutschkurse für alle Schweizer Bürger ab, nicht aus Prinzip gegen Bildung, sondern aus grundsätzlicher liberaler Überzeugung. Unsere Partei steht für einen starken und einen schlanken Staat, der die Freiheit des Einzelnen schützt und ihn zur Eigenverantwortung anhält. Die obligatorische Schule garantiert die Grundausbildung in der Landessprache und dies als selbstverständlich kostenlos. Weiterbildung, insbesondere wenn es um den beruflichen Aufstieg oder die Behebung persönlicher Defizite dient, ist ein privates Investment in die eigene Zukunft. Ein Staat, der jeden individuellen Weiterbildungswunsch finanziert, erzieht seine Bürger zur Anspruchshaltung und schwächt das Prinzip, dass Erfolg aus eigener Anstrengung entsteht.

Als LDP und als Parlament müssen wir Steuergelder priorisieren. Wir setzen uns für die hervorragende Bildung an unseren Schulen und Hochschulen ein. Das ist eine unserer Kernaufgaben, aber Subventionieren von individuellen Sprachkursen ist eine freiwillige Zusatzleistung. Wenn wir hier nicht sparen, finanzieren wir unnötige Leistung auf Kosten jener Bereiche, in denen der Staat wirklich in der Pflicht steht, bei der Sicherheit, bei der Infrastruktur oder bei den Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.

Nachdem wir über die Rechnung debattiert haben, müssen wir nun konsequent sein. Dieses Beispiel, die Kosten individueller Deutschkurse dient als Lackmustest für unsere Sparmentalität. Wer als Bürgerlicher heute noch für die Kostenfreiheit einer solchen nicht obligatorischen Leistung stimmt, hat die Notwendigkeit unserer Sparsamkeit nicht verstanden. Die LDP steht für gute Staatfinanzen, das heisst, wir setzen den Rotstift da an, wo wir nicht zwingend müssen. Daher lehnen wir die Forderung ab und fordern entsprechend Streichung dieses Sparpotenzials. Ich bitte alle, die jetzt quasi bei der Fraktion mit Whatsapp die Stimmen beeinflussen können: Es wäre schön, wenn Sie jetzt entsprechend umschwenken würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Müssten Sie oder Ihre Partei mit dieser Argumentation konsequenterweise nicht gerade für die Streichung der Subventionierung sämtlicher Deutschkurse sein?

Olivier Battaglia (LDP): Nein, es ist im Kontext zu verstehen. Ich bin als Auslandschweizer hierhergekommen, ich habe auch versucht, Deutsch zu lernen, ich hoffe, ich habe es auch erreicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Patrizia Bernasconi wird als Zweitunterzeichnerin sprechen.

Patrizia Bernasconi (BastA): Ich unterstütze diesen Anzug von Herzen und habe ihn als Zweite mit voller Überzeugung unterschrieben. Ich spreche aus eigener Erfahrung als Person, die innerhalb der Schweiz die Sprachregion gewechselt hat. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie unsicher und fremd alles am Anfang wirkte. Ich dachte eigentlich, dass der Anzug für sich spricht. Jetzt höre ich aber sagen, man müsse sparen, man sei selbst verantwortlich, eine andere Landessprache zu lernen, schliesslich habe man sie ja in der Schule gehabt. Ja, das ist richtig, ich habe sowohl Deutsch wie Französisch in der Schule gelernt. Ein Sprachabschluss allein bleibt jedoch Theorie. In der Praxis zeigt sich, Schulkenntnisse reichen im Alltag selten aus. Wer die Sprache über Jahre kaum bzw. nicht aktiv gebraucht hat, steht nach einem Umzug vor echten Verständigungsproblemen.

Und während ich einen Deutschabschluss auf Matureebene hatte, verfügen viele Neuzuzüger:innen aus anderen Sprachregionen lediglich über Deutschkenntnisse auf dem Niveau der obligatorischen Schule. Für sie ist der Alltag auf Deutsch nicht einfach. Hinzu kommt, dass in der Deutschschweiz nicht Hochdeutsch, sondern Schweizerdeutsch gesprochen wird. Für Zugezogene aus der Romandie und aus dem Tessin bedeutet das eine doppelte sprachliche Herausforderung: Hochdeutsch für den Schriftverkehr und Dialekt für das tägliche Leben. Man fühlt sich trotz theoretischer Sprachkenntnisse oft ausgeschlossen. Diese Sprachsituation führt dazu, dass es schwierig ist, Deutsch in der Praxis ohne Unterstützung zu üben.

Zum Schluss, wer aus einer anderen Sprachregion nach Basel zieht, muss sich ebenso sprachlich integrieren wie Auslandschweizerinnen und -schweizer, bekommt aber keinen Gutschein für Deutschkurse. Das hätten Sie, Olivier Battaglia, eigentlich kriegen sollen. Das ist schwer nachvollziehbar und widerspricht dem Prinzip der Gleichbehandlung. Wenn Basel seine Willkommenskultur ernst nimmt, dann muss sie für alle gelten, die hier ein neues Zuhause finden, unabhängig davon, aus welchem Land oder aus welcher Sprachregion sie stammen. Eigentlich geht es um einen einfachen freiwilligen Gutschein. In diesem speziellen Fall geht es aber auch um die gelebte Mehrsprachigkeit unseres Landes. Hier das Sparargument zu bringen, finde ich ehrlich gesagt nicht besonders ernst zu nehmen.

Vielen Dank für die wohlwollende Aufnahme dieses Anliegens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Olivier Battaglia. Diese wird entgegengenommen.

Olivier Battaglia (LDP): Wenn man jetzt das einführen würde mit dem Gutschein, wie wesentlich ist das, über welchen Betrag reden wir? Sind wir jetzt hier auf den kleinsten Nenner heruntergekommen oder nicht?

Patrizia Bernasconi (BastA): Ich kann es Ihnen nicht sagen, es ist freiwillig, deshalb nicht besonders bestimmbar. Aber ich habe nicht das Gefühl, dass Hunderttausende von Tessiner:innen und Welsche jetzt Basel überschwemmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 14 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007426, 22.10.25 21:07:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 77 gegen 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

26. Anzug 4 Pascal Pfister und Konsorten betreffend Schnuppertage in kleinen Unternehmen

[22.10.25 21:07:33, 25.5314.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Dieser Anzug gehört in die Kategorie «gut gemeint», ob er auch gut ist, ist eine andere Frage. Ich selbst beschäftige im Kanton Basel-Stadt fünf Lernende, nehme also für mich in Anspruch, dass ich zum Thema sprechen darf.

Sie können mir glauben, es gibt wenige Dinge, bei denen ich ein grösseres Interesse habe, als gute Lernende zu finden. Das ist schwierig. Es gibt deutlich mehr Lehrstellen als es gute qualifizierte junge Personen gibt, die diese Lehren auch in Angriff nehmen wollen. Sie wissen es, wir haben Fachkräftemangel, das gilt insbesondere in den handwerklichen Berufen, also umso mehr sind wir davon abhängig, dass der Nachwuchs sich für solche Jobs interessiert, und sind wir abhängig als Unternehmen, Nachwuchskräfte auch für unsere Jobs begeistern zu können.

Nun, wie findet man gute oder sogar sehr gute Kandidatinnen und Kandidaten für Jobs? Sie haben es erahnt, bei Schnuppertagen. Wir haben also das allergrösste Interesse als Unternehmen, Schnuppertage anzubieten, wir haben das allergrösste Interesse, dass man sich gegenseitig da kennenlernt. Ja, selbstverständlich, wir lernen da die zukünftigen Lernenden kennen, sehen, wer vielleicht geeignet ist für einen Job, wer zwei linke Hände hat und vielleicht etwas anderes machen sollte. Aber auch die Lernenden oder die zukünftigen Lernenden lernen uns kennen, ob wir ein Arbeitgeber sind, der für sie in Frage kommt, ob wir einen Job anbieten, der für sie in Frage kommt. Also diese Schnuppertage sind im dringenden beidseitigen Interesse und ich kann Ihnen sagen, die Motivation, solche Schnuppertage durchzuführen, ist so hoch, ich muss dafür nicht noch bezahlt werden.

Wenn nun vor allem kleinere Unternehmen, solche Schnuppertage dazu brauchen, um noch etwas Geld vom Staat zu bekommen, dann stellt sich für mich schon die Frage, was ist genau die Motivation, dann stellt sich für mich aber vor allem auch die Frage, was ist die Motivation, Lernende anstellen zu wollen. Sind das vor allem kaufmännische Motive? Will man eine billige Arbeitskraft? Und das, meine Damen und Herren, da sind wir uns wahrscheinlich alle hier drin einig, ist nicht die Idee einer Lehre. Oder will man wirklich zukünftige Fachkräfte finden, Leute finden, die im besten Fall nachher dem Unternehmen erhalten bleiben und das Investment, das eine Lehre immer ist, auch irgendwie dem Betrieb zurückzahlen.

An die Motionärin und die Motionäre gerichtet möchte ich noch sagen: Wenn Sie tatsächlich in Ihrem Bekanntenkreis junge Menschen kennen, die Schwierigkeiten hatten, eine Schnupperlehre zu finden, dann kennen Sie meine Kontaktinformationen. Ich bitte Sie also zusammen mit meiner Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Ich darf im Namen der LDP und der FDP reden und ich darf auch als selbst Betroffene reden, weil ich selber auch eine KMU habe. Ich kann eigentlich Lorenz Amiet nur bei allem beipflichten, er hat das meiste schon gesagt, was ich auch sagen wollte. Es ist gut gemeint, aber es löst das Problem nicht und es ist auch nicht die Lösung gegen den Fachkräftemangel, sondern wie auch schon gesagt worden ist, es kann den Missbrauch fördern, wenn man sich überlegt, wofür man Schnupperlernende anstellt. Es ist ein Aufwand im Betrieb, das ist richtig, aber man macht das gerne, weil es ist in meinem ureigenen Interesse, dass ich ja sowohl meinen Betrieb wie auch die ganze Branche möglichst positiv darstellen möchte, weil ich ja möchte, dass die Jungen sich für diesen Beruf begeistern und es für sie je nachdem in Frage kommt, das nachher zu machen. Und darum ist Geld nicht der richtige Weg, um da etwas zu verbessern.

Im Gegenteil, was ich wirklich noch anmerken möchte. Es ist jetzt so, dass während ein bis zwei Wochen im Jahr, das ist so Anfang Sommer, alle in einer bestimmten Schulstufe eine Schnupperlehre machen müssen, während ein bis zwei Wochen, alle in der gleichen Zeit. Das macht die ganze Sache noch schwieriger und da würde ich mir wünschen, dass man in der Schule wirklich dafür sensibilisiert, in einen Betrieb und einen Beruf zu gehen, an dem sie wenigstens ein Minimum an Interesse haben. Nicht dass es so herauskommt, wie ich immer wieder erlebe, dass dann jemand kommt, der sagt, ich mache die Schnupperlehre nur, weil ich muss, der Beruf interessiert mich überhaupt nicht, ich bin im Gymnasium und ich will so oder so keine Lehre machen. Dann reut mich die Zeit, aber da nützt mir auch kein Geld, weil Zeit und Aufwand habe ich sowieso. Da könnte man wirklich etwas gegen den Fachkräftemangel machen, in dem man in der Schule schon sensibilisiert, dass die Schüler:innen sich wirklich etwas suchen, das sie wirklich interessiert, und sonst sollen sie es lieber bleiben lassen.

Darum sagen wir, es ist ein gut gemeinter Anzug, aber es ist nicht der richtige Weg. Wir sind darum gegen den Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Wir reden hier über einen Vorstoss, der ein ganz simples, aber ein sehr wichtiges Anliegen hat, nämlich wie wir es ermöglichen können, dass mehr junge Leute möglichst früh einen realistischen Einblick in die Berufswelt erhalten und dass auch ganz kleine Unternehmen eine Chance haben, Schnuppertage anzubieten.

Wir sind uns ja alle einig, dass eine gute und funktionierende Berufsbildung ein Grundpfeiler unseres wertvollen Wirtschaftsstandorts ist, und um den Kids in den Schulzimmern möglichst früh eine Lehre schmackhaft zu machen, sind darum Schnuppertage im Betrieb zentral. Es hat jetzt geheissen, die KMU würde das sowieso machen, da braucht es keine Unterstützung. Lorenz Amiet hat gesagt, man biete das an, wenn man ein eigenes Interesse hat. Das ist in einem grösseren Unternehmen sicher der Fall, aber man muss auch ehrlich sein, die Realität sieht ein bisschen anders aus. Dieser Vorstoss ist ja nicht einfach so geschrieben und eingereicht worden, sondern kommt effektiv als Input von Firmen, die ein bisschen kleiner sind, gerne Schnuppertage anbieten würden, aber schlicht die Ressourcen dazu nicht haben.

Ich biete selber viele Schnuppertage an im KV-Bereich und ich weiss, welchen Aufwand es bedeutet, um ein gutes Programm zusammenzustellen und das zu organisieren, damit die Jugendlichen ein tolles Programm haben und einen guten Einblick in unsere Arbeit erhalten, und was es halt auch an Ressourcen im Personalbereich braucht, um das zu machen. Mit meiner Firma in der Grösse derjenigen von Lorenz Amiet kann ich das gut händeln, ich verstehe es aber, wenn ein Zwei- oder Dreipersonenunternehmen hier ins Rotieren kommen.

Das heisst, es fehlt ganz sicher nicht am Willen der KMU, wie das Lorenz Amiet auch schon gesagt hat, sondern es fehlt effektiv an den Ressourcen. Und dort möchte dieser Vorstoss ansetzen. Es geht also nicht darum, irgendjemandem noch Geld nachzuwerfen oder eine grosse Bürokratie aufzubauen, sondern es geht darum, dass wir kleine Unternehmen ganz pragmatisch unterstützen können dort, wo wir entlasten können, damit auch die Firmen, die nicht so breit aufgestellt sind, eine Möglichkeit haben, ihren Beitrag für die Berufsbildung einfach zu leisten.

Das ist in meinen Augen keine Subvention im klassischen Sinn, sondern eine gute Investition in die Nachwuchsförderung unserer Wirtschaft. Wir reden hier von Betrieben, die sehr viele Leistungen erbringen, die Lehrstellen schaffen und auch Verantwortung übernehmen, und wenn wir diese unterstützen können, dann stärkt das meiner Meinung nach nicht die Abhängigkeit von Subventionen, sondern im Gegenteil, es fördert die eigene Initiative, eben mehr solche Schnuppertage anzubieten.

Es ist ein Anzug, den der Regierungsrat prüfen und darüber berichten soll, wie die Idee am besten umgesetzt werden kann. Meiner Meinung nach sollte es keine grosse Formularschlacht werden, sondern einfach ein sehr einfacher Weg, über den solche Schnuppereinsätze entgolten werden können, vielleicht über einen Wirtschaftsband, wenn die Unternehmensgrösse

das erfordert, wenn man es nicht selber leisten kann. Es wäre ein gutes Signal für die Berufsbildung, wenn wir den Anzug jetzt überweisen würden, und darum bitte ich Sie, es den Mitgliedern der Fraktion GRÜNE/jgb nachzumachen und hier Ja zu stimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen von Lorenz Amiet, Lydia Isler-Christ und Daniel Seiler. Sie werden entgegengenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Wie soll ein Kleinunternehmen, das die Ressourcen nicht hat für ein paar Schnuppertage, die Ressourcen haben, um Lernende während etlicher Jahre korrekt zu betreuen?

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Weil es halt einfach neben der Lehrstelle noch zusätzlicher Aufwand ist und Sie wissen, wie schwierig es ist, dafür noch extra Personal abzustellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lydia Isler-Christ zieht ihre Frage zurück. Daniel Seiler hat das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Ich habe noch keinen Lehrbetrieb erlebt, der sich nicht Zeit nimmt, wenn er einen Lehrling ausbilden will. Das ist eine Anmerkung, ich weiss, es ist keine Frage. Aber die Frage ist: Was hat das jetzt mit eigenverantwortlichem Handeln zu tun, wie Sie vorher erklärt haben? Das habe ich überhaupt nicht verstanden.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Eine Schnupperlehre fördert das eigenverantwortliche Handeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dann hat der Anzugsteller Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Ich bin ja durchaus selbstkritisch und es tut mir leid, dass ich offenbar den Anzug etwas schlecht formuliert habe, so dass da meiner Meinung nach ein paar Missverständnisse entstanden sind. Ich würde Ihnen gerne meine Motivation darlegen. Ich wollte eigentlich auch nicht lange reden, weil ich dachte, es wäre eigentlich eine kleine Sache, aber wir machen jetzt hier eine richtige Debatte und da stehe ich natürlich auch meinen Mann für die Argumente.

Wir haben ein Problem, das Problem kennen wir alle, einerseits haben wir in Basel eine tiefe Abschlussquote und andererseits haben wir vor allem Handwerksberufe, die Mühe haben, Leute zu finden. Und das Problem ist, dass viele junge Menschen, die sich auf das Berufsleben vorbereiten, diese Berufe einfach gar nicht im Blick haben. Ich selber war ja mal Gewerkschaftssekretär, ich weiss, dass das sehr tolle Berufe sind, die handwerklichen Berufe, dass man dort sehr viele wertvolle Sachen lernt, die man brauchen kann. Aber auch wenn ich jetzt meinen Kindern das beibringen sollte, dann bin ich einfach der falsche Mann. Ich habe zwei linke Hände, ich verstecke mich auch ein bisschen dahinter, aber es ist auch so, dass wenn ich Ihnen das zeigen will, bin ich einfach der falsche. Jetzt war ich mal mit meinem Sohn unterwegs, der sich wirklich für viele verschiedene Sachen interessiert und wir haben einen Handwerker im Quartier getroffen und ich habe ihn gefragt, ob mein Sohn mal zu ihm zu einem Schnuppertag kommen könne. Er hat mir gesagt, ja, eigentlich sehr gerne, aber er habe so viele Anfragen, er habe ein Programm, das er mache und einer seiner Mitarbeiter ist da eigentlich dafür zuständig, aber er habe so viele Anfragen, das koste ihn jedes Mal 200 Franken. Es ist ein kleines Unternehmen, da macht das einen Unterschied. Und er hat mir gesagt, er fände es doch gut, wenn er eine Unterstützung bekommen würde. Da habe ich gedacht, okay, es ist vielleicht eine gute Idee, da mache ich gerne einen Vorstoss dazu.

Und es ist auch nicht als Konkurrenz gedacht. Es geht um die Zeit vorher, wo die jungen Kinder überhaupt einmal den Horizont über die verschiedenen Berufe erhalten. Es geht hier nicht um eine Konkurrenz für die Firmen, die Lehrstellen anbieten. Das wäre wirklich nicht die Absicht. Einfach ein Beispiel: Die Primarschule meiner Kinder hat einen Job-Bazar veranstaltet, an 29 Orte konnte man gehen. Von diesen 29 Orten waren sieben Detailhandel und Gastro. Drei waren im weitesten Sinn Handwerker, zwei waren Mechaniker und einer ein Maler. Eigentlich geht es mir darum, und ich würde mich freuen, wenn das ED das prüfen könnte und berichten könnte, ob das vielleicht doch nicht so eine schlechte Idee wäre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dieser Anzug wurde bestritten durch Lorenz Amiet. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 40 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007429, 22.10.25 21:22:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Überweisung ausgesprochen mit 51 gegen 40 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

27. Anzug 5 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Einführung des Sunflower-Lanyard-Systems im Kanton

[22.10.25 21:22:43, 25.5323.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich bin ehrlich gesagt immer noch ein bisschen verwirrt von der vorherigen Diskussion, aber ich versuche es jetzt kurz zu machen. Ehrlich gesagt, ich habe durchaus Sympathien für dieses grüne Bändeli mit den Sonnenblumen. Ich glaube, das ist eine sympathische Art und Weise, wie man das darstellen kann. Die FDP stellt sich sicher nicht gegen die Verbreitung. Die FDP ist aber auch davon überzeugt, dass das System sich durchsetzen wird, wenn die Betroffenen dieses Bändeli eben tragen und nutzen.

Personalverantwortliche oder Menschen, die im Kundenkontakt stehen in der Verwaltung, im öffentlichen Verkehr, in den Schulen oder in der Privatwirtschaft, brauchen keine staatliche Öffentlichkeits- und Aufklärungskampagne, sie setzen sich aufgrund ihres Berufes, aufgrund ihrer Funktion damit auseinander. Jetzt könnten wir noch einmal die Brücke kmachen, wieso jemand, der einen Lehrling sucht, nicht 300 Franken braucht, damit er einen Schnuppertag macht.

Wenn aber das wirklich so ein Problem ist, dann können doch das die Verbände lösen. Wieso muss jetzt wieder auch diese Arbeit an den Staat delegiert werden? Ich weiss, es geht um ein sehr kleines Projekt, es geht auch wahrscheinlich um relativ wenig Geld, aber trotzdem, es braucht wieder eine Öffentlichkeit und eine Aufklärungskampagne. Es ist wieder eine von diesen gefühlten 100 zusätzlichen Aufgaben, die wir hier im Saale pro Jahr an den Staat delegieren. Und glauben Sie mir eines, wir werden es merken, wenn wir dann in die Budgetdebatte gehen im Dezember, wir werden langsam anfangen müssen zwischen nice to have und must have zu unterscheiden. Ich rede hier nicht von sparen, ich rede darum, wie viele neue zusätzliche Aufgaben wir wirklich dem Staat oder eben der Verwaltung delegieren wollen, was viel Geld kostet. Daher kann die FDP leider, ich hoffe nicht ganz als einzige, diesen Anzug nicht unterstützen, obwohl es eine sympathische Geste ist, und ich finde es ein tolles Projekt, ich hoffe, es setzt sich durch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Anzugsteller ist abwesend, deshalb hat die Zweitunterzeichnende Jessica Brandenburger das Wort.

Jessica Brandenburger (SP): Ich bin nicht ganz sicher, ob Daniel Seiler verstanden hat, um was es bei diesem Bändel geht. es geht nicht darum, dass nur die Mitarbeitenden wissen, wie man mit einer Person mit einer versteckten Behinderung umgeht, das hoffe ich doch, dass sie das wissen, es geht auch darum, dass Mitreisende wissen, okay, diese Person hat eine

Behinderung, vielleicht braucht sie etwas länger Zeit, vielleicht kann ich ihr sogar helfen beim Ein- oder Aussteigen. Es geht darum, dass gesamtgesellschaftlich das sichtbar wird. Sie haben es gesagt, es kostet nicht viel, es ist nicht kompliziert, es gibt eigentlich keinen Grund, wieso man sich dagegen stellen muss. Wenn das jetzt die Budgetpunkte sind, wo Sie anfangen zu streichen, dann gute Nacht. Es ist wirklich keine grosse Sache und ich denke nicht, dass es eine Hexerei wird für die BVB, das zu testen, andere, zum Beispiel die SBB, tun es ja schon.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007431, 22.10.25 21:27:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug mit 81 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen überwiesen.

28. Anzug 6 Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Einführung eines «TNW-Klassenpasses» für die Schulen in Basel-Stadt

[22.10.25 21:27:56, 25.5322.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:*Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

29. Anzug 7 Eric Weber betreffend auf der Regierungsbank müssen immer mindestens zwei Regierungsräte anwesend sein

[22.10.25 21:28:23, 25.5324.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich gebe nicht mehr massenhaftAnzüge ab, das war das letzte Mal. Wir haben ja heute zum Regierungsprogramm geredet. Ich höre seit der Kindheit immer, die in Bern machen doch, was sie wollen. Und das ist schade. Wir sind in einem schönen Parlament und ich sage immer, der Grosse Rat dient für viele als Durchlauferhitzer für höhere Würden wie Nationalrat, Ständerat, Bundesrat oder Regierungsrat. Es geht um den Regierungsrat.

Kommen wir auf die Regierung zu sprechen, daher dieser spannende Anzug. Sie, liebe Grossräte, haben eine Chance 1 zu 10, dass Sie selber einmal Regierungsrat oder Nationalrat oder sonst ein Rat werden. Und darum, wenn man Regierungsrat

ist, hört man oft, die Regierung sei abgehoben. Das sagt das Volk und darum finde ich, sollten wir die Regierung im Parlament schärfer angehen. Das ist unsere Aufgabe. Was steht in unserem Hausaufgabenbuch? Wir als Parlament haben die Hauptaufgabe, die Regierung zu kontrollieren. Aber oft hört man, die Regierung missachte das Parlament. Ich weiss, es gibt viele Grossräte, die sagen, unsere Anfragen bei Interpellationen würden nicht mehr richtig beantwortet. Wir können sagen, dass die Regierung uns oft missachtet, wir sind aber die Macht, nicht die Regierung. Aber die Regierung hat halt das grosse Geld. Schauen Sie, der höchste Basler in unserem Kanton ist unser geschätzter und beliebter Parlamentspräsident Balz Herter. Daher dieser Anzug, die Regierung muss fleissiger sein, ich möchte, dass immer zwei Regierungsräte auf der Bank sitzen, das haben wir ja jetzt, aber oft sitzt gar keiner da.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

4 Ja, 67 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007434, 22.10.25 21:31:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich gegen Überweisen entschieden mit 67 gegen 4 Stimmen.

30. Anzug 8 Eric Weber betreffend Kommissions-Sitzungen sollen öffentlich sein

[22.10.25 21:32:01, 25.5325.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin wirklich das einzige Parlamentsmitglied der ganzen Schweiz, das seit 42 Jahren ohne Sitz in einer Kommission ist. Nun ja, ich muss damit leben, aber es fühlt sich an wie beinamputiert. Ich bin nur ein halber Grossrat. Wir sind alle nur ein halber Kanton, Basel ist kein Vollkanton, das wissen Sie, und ich bin kein voller Grossrat, darum fühle ich mich schlecht. Ich bin ausgeschlossen von der Arbeit des Parlaments, sicherlich ist das die Herzkammer des Parlaments, die Vollversammlung jetzt, aber die Arbeit des Parlaments wird in einer Kommission gemacht, und da fehlt mir das Wissen. Ich habe keinen Wissensstand zu den Kommissionen.

Darum meine Bitte, dass man Kommissionssitzungen öffentlich macht für alle, auch für den einfachen Bürger. Es gibt zum Beispiel viele Landkreise in Deutschland, wo man zu Sitzungen des Landkreises als Bürger hingehen kann. Sie alle wollen mehr Wahlbeteiligung, mehr Interesse vom Bürger. Hier haben Sie jetzt die einmalige Chance. Also ich möchte, dass die Kommissionssitzungen nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden, sie sollen öffentlich sein für den Bürger. Zum nächsten Anzug muss ich nicht reden, weil dort geht es um die Grossräte, dort ist die Begründung gleich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 77 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007436, 22.10.25 21:35:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 77 gegen eine Stimme gegen den Anzug ausgesprochen.

31. Anzug 9 Eric Weber betreffend jeder Grossrat darf an Kommissions-Sitzungen

[22.10.25 21:35:40, 25.5326.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber verzichtet auf ein Votum. Wir kommen gleich zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung , NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 75 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007439, 22.10.25 21:36:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 75 Stimmen gegen eine Stimme gegen den Anzug ausgesprochen.

32. Anzug 10 Eric Weber betreffend jeder Grossrat erhält wieder eine Urkunde

[22.10.25 21:36:19, 25.5327.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Die älteren Grossräte wissen das, wir haben immer eine Urkunde bekommen, wenn wir gewählt worden sind als Grossrat. Heute in drei Jahren ist Grossratswahl, am 22. Oktober 2028. Ich möchte, dass ich in drei Jahren auch wieder eine Urkunde bekomme, wie ich das bekommen habe 1984 und 1988. In meinem Zimmer hing stolz die

Urkunde von meinem Vater. Als erster Vertreter der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat wurde er 1968 in Grosser Rat gewählt worden.

Auch ich habe im 1984 und 1988 als je jüngst gewählter Schweizer Kantonsrat eine Urkunde bekommen, wie auch all die anderen Grossräte. Aber seit rund 20 Jahren gibt es das nicht mehr, das ist schade, denn das führt zu juristischen Problemen. Ich musste einmal vor einem Gericht beweisen, dass ich Grossrat bin. Ich konnte nichts vorlegen, keine Urkunde. Es ist wirklich so, der Anwalt hat gesagt, Herr Weber, Sie müssen beweisen, dass Sie Mitglied des Landtages sind. Da habe ich gesagt, ich habe keine Urkunde. Wie habe ich dann bewiesen, dass ich Grossrat war, resp. Alt-Grossrat damals? Ich musste das Kantonsblatt der Wahl vorlegen und der damalige Ratssekretär Dähler war so freundlich und hat aus dem Kantonsblatt herauskopiert, wo stand, dass Eric Weber gewählt wurde.

Um all diese merkwürdigen Umstände zu verbessern, bitte ich nochmals, dass jeder Grossrat eine Urkunde bekommt. Wir reden immer von Eleganz, aber wir selber beschneiden uns und da muss ich wirklich sagen, für mich ist das irgendwie, ich will jetzt nicht sagen schizophren, aber wir machen alles für alle, aber im eigenen Interesse wird nichts gemacht. Und ich stehe hier, weil ich für mich kämpfe und sage, ich bin Grossrat und ich möchte eine Urkunde, in der steht, Eric Weber gewählt 22. Oktober 2028. Denn damit können Sie die Urkunde in Ihrem Büro an die Wand hängen, oder in Ihrem Haus, und Sie können jedem stolz sagen, ich bin Grossrat. So eine Urkunde strahlt in Ihrer Umgebung, Sie haben dann mehr Freunde, die Menschen blicken auf Sie und sagen, Oh, Sie sind grossartig, Sie sind etwas ganz Wichtiges, Sie gehören zur Spitze der Gesellschaft. Sie sind ein besonderer Mensch und ein guter Mensch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Kommen Sie bitte zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich recherchiere immer, ich gehe jeden Tag zu einer anderen Behörde. Selbst beim Einwohnermeldeamt sind Sie auch ein besonderer Mensch, bei jedem von uns ist vermerkt, dass er Grossrat ist, mit einem Sternchen. Warum? Sollten Sie wegziehen nach Italien oder Frankreich oder in einen anderen Kanton, dann würde sofort Ihr Mandat als Grossrat erlöschen und aufhören.

Sie sind als Grossrat in der Beweispflicht, Sie müssen beweisen, dass Sie Grossrat sind. Wie können Sie das? Mit einer Urkunde, wie es früher der Fall war. Oder ich habe mir meinen Titel auf meinem ID-Kärtchen eintragen lassen, dort steht auf meinem Ausweis Grossrat Eric Weber. Schauen Sie, die Regierung nimmt sich Diplomatenpässe, damit es am Airport Basel schneller geht. Wir dürfen auch unser Recht durchsetzen und wir wollen unsere schönen Urkunden zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung , NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

6 Ja, 71 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007441, 22.10.25 21:41:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Anzug wurde nicht überwiesen mit 71 gegen 6 Stimmen.

33. Anzug 11 Eric Weber betreffend Gäste auf der Parlaments-Tribüne müssen zwingend sitzen

[22.10.25 21:41:56, 25.5328.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich habe einen Film gebracht zu diesem Thema. Eine Frau war im Februar März hier, eine halbe Stunde lang stand sie auf der Tribüne, hatte so eine grosse Tasche mit sich. Ich habe es auf TikTok gebracht, es gab eine halbe Million Zuschauer. Man weiss ja gar nicht, was in dieser Tasche ist. Ich bin sehr unzufrieden mit der Sicherheit hier im Parlament. Sie alle wissen, dass im Kantonsparlament Zug 15 Menschen erschossen worden sind, einfach alle tot. Ich war in Schock, denn es hätte auch bei uns passieren können, der Täter, er hat sich ungerecht behandelt gefühlt und feuerte dann einfach los.

Ich sehe seit vielen Jahren, dass das Sicherheitspersonal nur am Handy ist, am Handy werden private Sachen gemacht während der Arbeitszeit. Ich habe mich in all Ihrem Interesse und in all Ihrer Sicherheit schon öfters schriftlich beschwert bei der Firma Pantex. Diese Firma ist so frech und hat mir nie geantwortet, aber ich gebe nicht auf. Daher bin ich Grossrat seit 42 Jahren, denn was ich hier vorne erzähle, hat Hand und Fuss. Das ist alles ausgearbeitet, tischfertig, perfekt und es sitzt.

Ich beschwere mich, auf der Tribüne stand diesen Frühling eine Frau, eine halbe Stunde mit einer grossen Tasche, so gross wie ein Koffer. Ich brachte es auf TikTok, der Film hatte eine halbe Million Zuschauer.

Eric Weber (Fraktionslos): Ist in diesem Beutel eine Bombe, was ist, wenn die Frau den Beutel nach unten wirft in den Saal, dann würde es meine Freunde treffen, Alex Ebi, auch die nette Andrea Strahm würde es treffen, weil sie dort sitzen. Ich sitze dort hinten, mich trifft es nicht. Zum Glück sitze ich immer weit weg von der Tribüne, genau aus diesem Grund.

Was ist damals passiert im Frühling? Danke, Beat Flury, er ist auf Tribüne gerannt und hat sich die Frau näher unter Augenschein genommen. Wir wissen alle, dass es heute viele gesundheitliche Störungen gibt, viele Menschen sind einfach krank, wir wissen nicht, was diese Menschen machen. Darum der wichtige Anzug, es geht um Sie, ich möchte Ihnen helfen. Es darf nicht mehr passieren, was im Kantonsrat Zug passiert ist.

Die Sicherheitsleute müssen die Taschen von allen Besuchern auf der Tribüne kontrollieren und überprüfen. Und die Sicherheitsleute müssen auch dafür sorgen, dass die Besucher sitzen. Es ist eine Unordnung auf der Tribüne, das geht nicht. Ich danke darum vorher diesen Leuten, die mich gewählt haben.

Sie wissen alle ganz genau, und das betrifft nicht nur mich, das betrifft auch die Grünen, der Beruf des Politikers ist bei der Bevölkerung nicht beliebt. In der Rangliste der unbeliebtesten Berufe haben wir einen Spitzenwert unter den ersten fünf. Ich glaube, wir sind auf Platz 3 der unbeliebtesten Berufe. Weil es bei uns immer Skandale gibt und das will die Bevölkerung nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung , NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 76 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007443, 22.10.25 21:46:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich gegen Überweisung entschieden mit 76 Stimmen gegen eine Stimme.

34. Anzug 12 Eric Weber betreffend Markthalle in Basel

[22.10.25 21:47:05, 25.5345.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Wenn Sie die Zeitung gelesen haben in den letzten drei Tagen, haben Sie gemerkt, das grosse Thema ist das, was ich hier in diesem Anzug bringe, die Innenstadt ohne Tram. Ich habe zum Beispiel über die Basler Zeitung gestaunt, dass sie da zwei, drei Seiten geschrieben hat, jeden Tag, auch andere Medien. Wie schön Basel sein könnte vor unserem Parlament, mit Bäumen, mit Sitzecken, ohne Trams. Und das Thema ist massiv eingeschlagen.

Die grosse Diskussion überall in den Medien, Innenstadt ohne Tram, finde ich jetzt cool. Aber ich muss sagen und das darf ich sagen, ich bin der Zeit voraus, ich schreibe in diesem Anzug, man müsste natürlich dann eine Markthalle bauen. Vielleicht kennen es einige, es gibt eine schöne Markthalle in Stuttgart, in Frankfurt, aber in Basel eigentlich nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung , NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 72 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007445, 22.10.25 21:49:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überweisen mit 72 gegen eine Stimme.

35. Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung), Stellungnahme des RR

[22.10.25 21:49:25, 25.5199.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Das Wort geht an den Regierungsrat.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Motion greift ein legitimes Anliegen auf, selbstverständlich, die Idee einer Einkommenstransparenz bei Chef- und leitenden Ärztinnen und Ärzten ist nicht unplausibel. Wir sind indessen zum Schluss gekommen, dass Aufwand und Ertrag nicht in einem guten Verhältnis stehen würden, wenn Sie uns djetzt en Auftrag geben

würden, eins zu eins diese Motion eins zu eins auf dem Gesetzesweg umzusetzen, und deshalb haben wir Ihnen den Antrag unterbreitet, dass Sie uns den Auftrag in Form eines Anzugs weitergeben. Ich möchte das kurz begründen.

Sie verlangen eine jährliche Erhebung und Publikation. Das erscheint uns übermässig und unverhältnismässig aufwendig. Es ist auch nicht nötig in anderen Themen, etwa der Lohngleichheit sind Erhebungen alle vier Jahre auch akzeptiert und zu diesen Themen müsste das auch ausreichend sein.

Dann sind wir auch der Auffassung, dass nicht zwingend eine Regelung in einem formellen Gesetz notwendig ist, wir würden uns auch vorstellen können, dass wir das allenfalls zum Gegenstand von Leistungsvereinbarungen machen würden. Da wären zwar noch weitere Abklärungen anstehend, aber das wäre durchaus auch denkbar.

Und vor allem möchten wir Spielraum wahren, um das Thema der Lohntransparenz partnerschaftlich mit Basel-Landschaft angehen und regeln zu können. Wir planen gemeinsam, wir haben eine gemeinsame Versorgungsplanung, wir haben eine gemeinsame Ausschreibung dieser Leistungsaufträge, wir machen eine gemeinsame Spitalliste, die Spitallisten sind gleichlautend, wir nehmen die identischen Vertragsinhalte in die Leistungsvereinbarungen mit den Listenspitälern und das würde hier völlig aus der Reihe tanzen. Das möchten wir vermeiden und deshalb bitten wir Sie um einen gewissen Spielraum im weiteren Umgang mit diesem Thema.

Am Rande möchte ich auch anmerken, dass die Zweijahresfrist für eine Gesetzesrevision etwas unnötig Zeitdruck aufsetzt. Also ich bin Ihnen dankbar, wenn wir das Thema als Anzug weiter bearbeiten dürfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Für die SP hat sich Maria Ioana Schäfer gemeldet.

Maria Ioana Schäfer (SP): Die SP-Fraktion möchte dieses Geschäft weiter als Motion behandeln. Wir schätzen, dass die Regierung sich diesem Thema annehmen möchte, jedoch wollen wir mehr Verbindlichkeit. Transparenz bei den Löhnen der Chefärztinnen und Chefärzte wirkt doppelt. Sie stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Spitäler und schafft eine Grundlage, um allfälligen Exzessen vorzubeugen.

Ich möchte nochmals klarstellen, was nicht das Ziel dieser Motion ist. Wir stellen die herausragende Leistung dieser Fachpersonen in keiner Weise in Frage. Chefärztinnen und Chefärzte investieren viele Jahre in Ausbildung und Forschung, tragen Verantwortung für Patientinnen und Patienten, für ganze Kliniken und zahlreiche Mitarbeitende. Eine überdurchschnittliche Entlöhnung ist darum grundsätzlich gerechtfertigt. Es geht hier nicht darum, den Wert dieser Arbeit in Franken und Rappen zu bemessen.

Transparenz ist aber ein bewährtes Mittel. Der Kanton Bern zeigt seit 2021, wie es geht. Eine Veröffentlichung anonymisierter Durchschnittsbeiträge, keine Namensnennung, kein Einblick in die Geschäftsgeheimnisse, aber klare Fakten. Diese Offenlegung ermöglicht überhaupt erst eine sachliche Diskussion über angemessene Vergütung. Auch in anderen Bereichen ist Transparenz ein grundsätzliches Anliegen, wie beispielsweise bei den börsenkotierten Unternehmen, wo dies eine Selbstverständlichkeit ist.

Als Bevölkerung, welche die Löhne massgeblich mitfinanziert durch die Krankenkassenprämien oder Steuern, haben wir ein berechtigtes Interesse auf Transparenz der Kosten in der Gesundheitsversorgung, insbesondere bezüglich der grösseren Ausgaben. Genau das verlangt diese Motion, eine anonymisierte Aufstellung der Chefärztinnen- und Chefärztelöhne in Form von Durchschnittswerten, und dies einmal pro Jahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bitten Sie, diesen Vorstoss als Motion zu überweisen, wir wollen einen verbindlichen Auftrag zur Transparenzwahrung im Gesundheitswesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die GRÜNE/jgb ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich kann mich meiner Vorrednerin anschliessen. Es freut uns, dass der Regierungsrat das Anliegen der Motion als sinnvoll und auch nachvollziehbar einstuft. Es geht hier nämlich nicht nur um Zahlen, sondern auch um Vertrauen und Kostentransparenz im Gesundheitswesen. Dass es anspruchsvoll ist, letztere vollständig wiederzugeben, wird von uns auch nicht bestritten, aber als wichtig und richtig beurteilt. Auch mir ist es an dieser Stelle wichtig zu betonen, dass es sich hierbei keineswegs um eine Herabwürdigung oder Kritik an der Arbeit von Ärzt:innen handelt, sondern wir diese wertschätzen und würdigen.

Wir haben in der Debatte um die Erstüberweisung gehört, dass die Löhne dieser Ärzt:innengruppen rund 4,3 Mia. Franken jährlich ausmachen. Das sind nicht Peanuts. Die Löhne im Gesundheitswesen sind also ein Kostenfaktor. Mehr Offenheit

kann helfen, überhöhten Entlöhnungen und intransparenten Strukturen entgegenzuwirken. Es ist daher aus unserer Sicht ein legitimes Anliegen, bei diesen Löhnen, die schlussendlich Prämien- und Steuerzahlende bezahlen, Transparenz herzustellen.

Der Regierungsrat will den Vorstoss als Anzug behandeln und die Erhebung nur alle vier Jahre durchführen. Auch wenn es mir grundsätzlich sinnvoll erscheint, genauer zu prüfen, in welcher Form die Löhne öffentlich zugänglich gemacht werden können, greift dieses Vorgehen aus unserer Sicht zu kurz. Wir möchten einen gesicherten gesetzlichen Auftrag, der verbindlich eine Transparenz hinsichtlich der Löhne von Chefärzt:innen und leitenden Ärzt:innen einführt. Zudem kann ich mir vorstellen, dass ein System möglich ist, wo diese Löhne jedes Jahr in die Jahresrechnung mit einfliessen können, eine Erhebung alle vier Jahre scheint mir hingegen nicht weniger aufwendig.

Auch die Fraktion GRÜNE/jgb möchte den Vorstoss heute deshalb als Motion überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger für die Fraktion BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Ich kann es hier jetzt wirklich kurz machen, meine Vorrednerinnen haben eigentlich alles erwähnt. Die BastA möchte auch die Motion ein zweites Mal als Motion überweisen. Die Motion will ja auch eine Gesetzesänderung einleiten und deshalb ist es auch das richtige parlamentarische Mittel, und eine Verankerung im Gesetz ist halt einfach ein bisschen verpflichtender.

Das Anliegen ist seit langem bekannt und sehr berechtigt, was ja auch der Regierungsrat in seiner Antwort deutlich zum Ausdruck bringt. Für uns müsste das Anliegen auch aus Sicht des Eigner oder der regulierenden Behörde der gemeinsamen Gesundheitsregion eigentlich ein grosses Anliegen sein, wo er auch ein bisschen mehr Gewicht reinlegen könnte. Der Aufwand für diese Analyse scheint uns überschaubar, die Daten sind eh vorhanden, und in dieser Frage mehr Transparenz zu haben, ist nun wirklich auch in Anbetracht dessen, dass die Gesundheitskosten ja schon ein grosses Thema sind, wahrscheinlich auch für die Transparenz und auch für die Ärzteschaft selber ein wichtiger Punkt, um das auch ausführen zu können.

Deshalb sind wir für eine gesetzliche Grundlage, das wäre von Vorteil, und deshalb favorisieren wir die Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Christian C. Moesch für die FDP.

Christian C. Moesch (FDP): Die Fraktion FDP, und ich spreche auch für die Fraktion SVP, beantragt eine Nichtüberweisung dieser Motion. Vieles ist schon gesagt worden bei der Erstüberweisung, welches die Gründe sind, wieso die Offenlegung der Löhne der Arzte keinen Sinn macht. Unseres Erachtens, also vor allem meines Erachtens, ist es eine Befriedigung der Neugier vorab einmal, was jetzt die Leute dort oben effektiv verdienen. Ganz ehrlich, ich glaube nicht, dass das am Schluss einen Beitrag leistet zur Senkung der Kosten im Gesundheitswesen. Diese sind unbestrittenermassen sehr hoch, das ist ganz klar, das bestreiten wir auch nicht, aber nur das Wissen darum, was ein Chefarzt oder ein Assistenzarzt in einem Universitätsspital oder sonst in einem öffentlich-rechtlichen Spital des Kantons verdient, andert nichts an den Kosten des Gesundheitswesens.

Der Regierungsrat hat in der Beantwortung des Anzugs von Melanie Nussbauer anfangs Juli bereits Auskunft gegeben, wie das Lohnband ungefähr aussieht. Ich denke, damit hat man zumindest schon einmal einen Ansatz, man kann auch durchaus feststellen, dass die Löhne nicht extrem hoch sind, auch im schweizweiten Vergleich, wir sind da tendenziell im mittleren Bereich. Das sollte ja an und für sich schon einmal ein schöner Hinweis sein, dass der sogenannte Lohnexzess, den man vielleicht gegebenenfalls hier unterstellen würde, in Basel oder in den öffentlich-rechtlichen Spitälern des Kantons nicht vorherrschen würde.

Wie oft muss man wissen, wieviel Ärzte im Universitätsspital oder in den anderen Spitälern verdienen? Regierungsrat Lukas Engelberger hat es vorhin gesagt, der Aufwand, diese Erhebung jedes Jahr zu machen, ist offensichtlich relativ gross. Es würde Sinn machen, das alle vier Jahre zu machen. Wenn man das nun alle vier Jahre weiss, fragen wir uns, was das wieder in Bezug auf die Höhe der Gesundheitskosten bringt oder was man daraus herauslesen will. Unseres Erachtens bringt das überhaupt nichts, es wird keinen Einfluss haben auf die Entwicklung der Gesundheitskosten und deswegen sind wir der Meinung, dass man den Vorstoss in dieser Form nicht überweisen und abschreiben soll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Bolliger, diese wird entgegengenommen.

Oliver Bolliger (BastA): Sind Sie nicht aber der Meinung, dass der Regierungsrat als Eigner der Spitäler und der Gesundheitsregion auch als Auftraggeber wissen müsste, wie hoch diese Löhne sind?

Christian C. Moesch (FDP): Also ich gehe davon aus, dass der Regierungsrat weiss, wie hoch die Löhne sind.

Christian C. Moesch (FDP): Ob er sie veräussern muss, ist eine andere Frage. Ob er sie veräussern muss, ist eine andere Frage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat das Wort Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Der Bericht des Regierungsrates zeigt auf, dass die jährliche Erhebung und Verarbeitung solcher Daten mit erheblichem zusätzlichem administrativen Aufwand und entsprechenden Kosten sowohl für die Spitäler als auch für die kantonale Verwaltung verbunden sind, ohne dass ein gesicherter Mehrwert zu erwarten sei. Weiter, die Spitäler sind einem grossen Effizienzdruck ausgesetzt durch nicht kostendeckende Tarife, Teuerung und den zunehmenden Wettbewerb. Dies reduziert per se den Anreiz für übermässige Entlöhnungen.

Wir Grünliberalen wollen keinen unnötigen zusätzlichen administrativen Aufwand und entsprechende Kosten, die die Spitäler und die Verwaltung belasten, auch nicht alle vier Jahre anstatt jährlich, schon gar nicht für etwas, das aus unserer Sicht sowie auch aus Sicht des Regierungsrates nicht zur Dämpfung der Gesundheitskosten beiträgt. Letzteres ist notabene das Hauptargument der Motionärinnen. Im Gegenteil, gemäss Regierungsrat könnte die Lohntransparenz auch zu einer «Nivellierung nach oben führen». Ausserdem sind gemäss Regierungsrat die Löhne der Belegärzt:innen sowie die Löhne der leitenden Ärzte und Ärztinnen ausgenommen und würden nicht offengelegt werden, also nur noch die Löhne der Chefärzte und Chefärztinnen.

Die Motion bedeutet also lediglich einen Mehraufwand und bringt keinen erkennbaren Mehrwert. Und was ich bei der Erstüberweisung der Motion schon einmal erwähnte, gilt noch immer, ein schlichter Dank ist auf alle Fälle sinnvoller, als explizit die Berufsgruppe der Chefärztinnen und Chefärzte, auf deren Expertise auch Sie alle eines Tages angewiesen sein könnten, an den Pranger zu stellen. Wir bitten Sie, die Motion abzuschreiben, von einer Überweisung als Anzug ist abzusehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Was ist das für eine Motion! Da will eine Gruppe von Menschen in die Portemonnaie der einzelnen Mitarbeitenden im Spital schauen. Ich weiss einfach nicht, welchen Effekt das haben soll. Wir haben Leute, die arbeiten in der Baubranche, die arbeiten irgendwo in den Schulen, die arbeiten überall, wir haben ein paar Lohnklassen bei den Staatsangestellten, aber auch dort kann man es nicht ablesen. Mir scheint, da geht die Neugierde mit diesen Leuten durch. Es scheint einfach wahnsinnig spannend zu wissen, wieviel so ein Arzt verdient, da könnte man doch die Krankenkassenprämie etwas günstiger machen. Aber das ist Unsinn, das hat überhaupt nichts damit zu tun.

Also für mich ist ganz klar, das ist nicht unsere Aufgabe. Wenn die Verwaltung das überwachen und prüfen will, dann soll sie das machen, aber uns geht das nichts an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Christine Keller gemeldet.

Christine Keller (SP): Zunächst danke ich, dass zumindest vom Regierungsrat im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Mitte, diesem Anliegen doch etwas mehr Verständnis entgegengebracht wird als im letzten Votum des lieben Kollegen Alex Ebi, der dies als Neugierde empfindet, oder Brigitte Kühne, die gar davon spricht, dass man mit einer Transparenzforderung Menschen an den Pranger stellen wolle. Das erstaunt mich doch sehr. Es wurde bereits von unserer Fraktionssprecherin deutlich gemacht, dass es nicht darum geht, die Leistungen dieser Menschen in Frage zu stellen.

Die Regierung sagt, es sei nicht unplausibel, eine etwas sibyllinische Wortwahl von Regierungsrat Lukas Engelberger, aber immerhin, man hat Verständnis. Vier Jahre sind nicht zielführend überall, wo es um Lohntransparenz geht und eben nicht nur, Sie wissen, dass dieses Anliegen mir auch wichtig ist, um Lohngleichheit, geht es um einjährige Fristen und nicht

vierjährige Fristen, so zum Beispiel im Gesetz für börsenkotierte Unternehmungen oder in den heutigen Berichterstattungen über Verwaltungsräte der öffentlichen Spitäler. Der Aufwand lässt sich, wenn man ohnehin die Jahresrechnung erstellen muss, doch wohl in Grenzen halten. Es erstaunt mich etwa, dass man so einen Eingriff ohne Rechtsgrundlage im formellen Gesetz machen will. Das würde ich nicht gut finden.

Noch mehr erstaunt mich aber, dass dem Anliegen der Transparenz hier so wenig Verständnis entgegengebracht wird. Sie haben das vielleicht nicht mitbekommen, aber in der EU zum Beispiel ist Transparenz das Gebot der Stunde. Ab 2026 greifen allgemeine Regelungen, dass man in jedem Stelleninserat sogar den Lohn publizieren will. Jetzt kann ein Teil von Ihnen sagen, was schert uns die EU, ein Teil von Ihnen wird das sagen. Aber Sie müssen wissen, dass schweizerische Gesellschaften – Swiss Re hat das schon gemacht, Novartis und Roche – planen, diesen Transparenzstandard auch im Heimmarkt einzuführen. Und auf Roche, das habe ich letzte Woche gelernt, soll man doch hören.

Ein Personalexpertin der Firma UVA sagt zum Beispiel, dass Mitarbeitende Lohntransparenz erwarten. Die Frage sei nicht, ob es Lohntransparenz brauche, sondern wie man sie umsetze. Wir verlangen dies nun für den Gesundheitsmarkt, für die Spitäler in einem ganz kleinen Bereich, wir erwarten nicht, dass das ein Allerweltsheilmittel ist gegen die Kostendämmung, aber es kann, und das ist unbestritte präventiv gegen allfällige Auswüchse nach oben helfen. Und auch ich habe mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen, dass die Antwort auf die Anfrage von Melanie Nussbaumer ergeben hat, dass das in den Basler öffentlichen Spitälern im Moment nicht der Fall ist. Gut so, wir können das weiter sicherstellen und auch für die Privaten aus den Listenspitälern. Das ist eine gute Sache, das stärkt das Vertrauen in die Ärzteschaft, in die Spitäler und verhindert Auswüchse.

Und last but not least, es reduziert nachweislich auch den Gender Gap. In einem Interview mit dem Newsletter Medinsight hat eine Chefärztin, eine Neurologin, gesagt, etwas vom Allerwichtigsten für die in der Schweiz sehr unrühmlich schlechte Vertretung beim Anteil weiblicher Führungskräfte in den Spitälern, und Basel ist, glaube ich, noch das Schlusslicht, sei die Transparenz. Ich weiss nicht, wieso man sich mit Händen und Füssen gegen so eine im Ausland längst selbstverständliche und selbst in anderen Kantonen schon bewährte Forderung wehren muss und bitte Sie daher, diese Motion als Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Sie wollen eine Dämpfung der Gesundheitskosten erreichen. Mit den Transparenzregeln im Bereich der Börsenkotierten hatte man auch einmal die Illusion, man könne eine Dämpfung der Managerlöhne erreichen. Das Resultat war das Gegenteil. Jeder und jede orientiert sich nach oben und sagt, wenn der in Bern so viel verdient, dann will ich sicherlich nicht für weniger nach Basel kommen und vice versa. Das ist auch Verhaltensökonomie, die wir heute über Gutachten gehört haben.

Das andere Ziel, das Sie haben, den Gender Gap zu verhindern oder zu schliessen, das ist sehr legitim. Innerhalb eines Spitals ist das abzuklären, aber schlussendlich ist ja auch die Folge, dass die Kosten steigen, denn die Löhne werden sicherlich nicht für die eine Gruppe gesenkt. Und da bin ich ganz einverstanden mit Ihnen, wenn es das gibt, ist das auszugleichen, aber Kostendämmung, das geht also gegen jegliche Erfahrung und Vernunft, dass Sie das mit dem erreichen wollen. Bitte verzichten Sie auf dieses Argument, das ist nicht redlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft, Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen zu einer Eventualabstimmung. Maria Ioana Schäfer beantragt die Überweisung als Motion.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehanlfung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007447, 22.10.25 22:13:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden. Es wurde der Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. Wir stimmen auch darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007449, 22.10.25 22:14:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden. Das Geschäft ist erledigt.

36. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTIQ-feindlichen Aggressionen, Schreiben des RR

[22.10.25 22:14:56, 21.5476.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hätte Regierungsrat Conradin Cramer. Er verzichtet. Ich habe keinen anderen Antrag eingetragen.

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug abzuschreiben.

37. Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Bewachung des Rathausinnenhofes, Schreiben des RR

[22.10.25 22:15:24, 17.5357.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

38. Interpellation Nr. 81 Eric Weber betreffend Basel als Kulturhauptstadt 2032 oder 2033, Schreiben des RR

[22.10.25 22:15:40, 25.5312.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat die Beantwortung schriftlich erhalten, er ist nicht mehr anwesend, das Geschäft ist erledigt.

39. Interpellation Nr. 93 Barbara Heer betreffend Basler Antworten auf die globale Gesundheitsbedrohung durch den USAID-Rückzug, Schreiben des RR

[22.10.25 22:16:02, 25.5374.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt, die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Barbara Heer (SP): Ich bedanke mich beim zuständigen Regierungsrat und dem Departement für die Beantwortung meiner Interpellation. Wie Sie ja wissen, erlebt die Finanzierung der globalen Gesundheit weltweit aktuell eine Ruptur, die neue Haltung der Trump-Regierung gegenüber internationaler Zusammenarbeit, Bildung und Wissenschaft zerstört aktuell über Jahrzehnte aufgebaute und bewährte Strukturen. Auch bewährte Massnahmen, um Krankheiten zu verhindern und zu behandeln, erreichen aktuell Menschen in vielen Ländern nicht mehr.

Diese dramatischen Verschlechterungen haben nicht nur Konsequenzen für die Menschen im globalen Süden, sondern das kann auch resultieren in Verbreitung von Resistenzen und auch Krankheitsausbrüche, die auch die öffentliche Gesundheit hier in der Schweiz bedrohen. Was es jetzt braucht, ist eine rasche Adaption der globalen Finanzierungsstrukturen und der Zusammenarbeit verschiedenster Akteur:innen weltweit.

Ich begrüsse es, dass die Regierung auf das Anliegen von Basler Akteur:innen, in Basel eine internationale Konferenz zu initiieren zu diesen Themen, sehr positiv aufnimmt. Ich begrüsse auch, dass die Regierung die Entwicklungen im Bereich der globalen Gesundheit und die negativen Auswirkungen auf das Leben von Millionen von Menschen weltweit auch mit Besorgnis zur Kenntnis nimmt, und ich begrüsse auch, dass die Regierung es auch als ein wichtiges Merkmal von unserem Standort sieht, dass wir eben hier nicht nur ein Standort für pharmazeutische Innovation und biomedizinische Forschung sind, sondern eben auch für internationale Zusammenarbeit und dass wir uns als global vernetzter Wissensstandort positionieren sollen mit Verantwortung für die Entwicklungen im globalen Süden.

Somit bin ich mit der Beantwortung der Fragen 1 bis 4 der Interpellation zufrieden. Bei der Antwort auf die Frage 5 nach den weiteren Handlungsmöglichkeiten des Kantons bin ich teilweise zufrieden. Klar kann man sagen, die Schliessung von Finanzierungslücken in der globalen Gesundheit sind jetzt nicht primär Aufgabe des Kantons, dennoch haben wir eine Verantwortung, nicht zuletzt auch als Kanton, der vom Wohlstand, den die Pharmaunternehmen generieren, profitieren darf.

Die Auswirkungen des Rückzugs von USAID werden wir jetzt in den nächsten Jahren auch merken, viele NGOs im globalen Süden, mit denen die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit zusammenarbeitet, sind in finanzielle Notlagen gelangt, viele sind bereits verschwunden oder stehen kurz vor dem Zusammenbruch. Das kann auch die Nachhaltigkeit der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit gefährden. Es stellt sich deshalb die Frage, ob es eben nicht Förderbeiträge geben sollte, um geordnetes Phasing out oder Umstrukturierung von Programmen und Projekten zu ermöglichen, die eben wegen dem Wegfall von USAID-Finanzierungen gefährdet sind, oder ob es vielleicht Strukturbeiträge für Organisationen im globalen Süden, die kurz vor der Schliessung stehen und wenn die wegfallen, dann eben auch die Nachhaltigkeit von durch Basel mitfinanzierten Projekten gefährdet ist.

Es stellt sich hier die Frage, ob nicht der Kanton doch auch einen Beitrag leisten könnte, noch mehr um die Nachhaltigkeit auch und die Wirkung der Basler Entwicklungszusammenarbeit im Kontext dieser massiven Rupturen zu sichern. Also mein Wunsch ist, dass die Regierung diese Themen stark im Auge behält und dann bei den Finanzierungsinstrumenten auch eine gewisse Flexibilität zeigt, um diese massive Ruptur zu berücksichtigen.

In diesem Sinne erkläre ich mich als teilweise zufrieden und bedanke mich beim zuständigen Departement.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist teilweise zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

40. Interpellation Nr. 94 Raffaela Hanauer betreffend Superblock-Tests – Folgepublikation für permanente Überführung bei Testerfolg, Schreiben des RR

[22.10.25 22:20:25, 25.5375.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt, die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich erkläre mich mit der Antwort zufrieden. Meine Sorge war, dass die Gefahr besteht, dass es eine Lücke gibt zwischen dem Projektabschluss und einer Entscheidung, ob die Superblocks erfolgreich waren oder nicht. Dies hätte dazu geführt, dass man Superblocks aufbaut, dann wieder rückbaut und dann, falls man entscheidet, sie sind gut, wieder aufbaut. Das wäre nicht sehr sinnvoll gewesen. Die Beantwortung zeigt, dass die Tests so aufgegleist sind, dass dies verhindert werden kann, wenn man denn möchte, und zwar durch eine zeitnahe Folgepublikation und eine stete Evaluation des Tests im Verlauf.Erfreulich ist auch, dass Projektanpassungen anscheinend möglich sind, im Sinne eines Stadtlabors wird also auch dieser Test genutzt, um während dem Test auch davon zu lernen, was man im Test auch sieht. Auch das finde ich sehr sinnvoll. Aktuell zeigen Videos aus den Superblockgebieten auch, dass der Durchgangsverkehr nach wie vor stattfindet. Ich denke, gewisse Anpassungen sind demnach wahrscheinlich angebracht. Ich weiss nicht, wie es sich jetzt verhält, die Videos stammen aus den ersten Monaten nach der Einführung. Es kann gut sein, dass es jetzt schon besser ist. Ist es aber nicht besser, wäre es sinnvoll, bei den Eingängen in die Superblocks tatsächlich auch weitere Massnahmen zu treffen, die den Autofahrenden tatsächlich das Gefühl geben, dass sie dort nicht durchfahren dürfen.Entsprechend erkläre ich mich mit der Antwort zufrieden und bedanke mich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

41. Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend ein lernfreundliches Klima: Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung nachhaltig gewährleisten, Stellungnahme des RR

[22.10.25 22:22:51, 25.5145.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre,

42. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend LED-Beleuchtung für Basler Sportplätze, Stellungnahme des RR

[22.10.25 22:23:28, 25.5176.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrat Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Motionäre fordern, dass in den nächsten vier Jahren möglichst alle Fussballfelder in Basel mit LED-Beleuchtung ausgestattet werden. LED-Leuchten haben Vorteile gegenüber konventionellen Leuchten, sie sind nachhaltiger und verbrauchen weniger Strom, sie verursachen weniger Streulicht und reduzieren die Lichtverschmutzung. Sie können gedimmt werden und somit flexibel an den Nutzungszweck angepasst werden, sie haben eine längere Lebensdauer.

Trotz dieser Vorteile werden heute noch die meisten Flutlichtanlagen im Kanton Basel-Stadt mit konventionellen Leuchten betrieben, denn in der Praxis ist es kaum möglich und wenig sinnvoll, konventionelle Leuchten sofort durch LED zu ersetzen. Die Gründe sind, konventionelle Leuchten müssen nach 20 bis 25 Jahren ersetzt werden. Ein vorzeitiger Ersatz erhöht die graue Energie, was sich negativ auf die Energiebilanz auswirkt. Die LED-Technologie entwickelt sich laufend weiter. Eine schrittweise Umstellung berücksichtigt den aktuellen Stand der Technik. Bevor die Leuchten ausgewechselt werden, müssen die Statik, die Standorte und die Elektrozuleitungen der Beleuchtungsmasten überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Der Regierungsrat teilt die Ansicht der Motionäre, dass die Umrüstung auf LED-Technologie sinnvoll ist. Aufgrund der erwähnten Argumente hält er es jedoch für zweckmässig, auf LED-Leuchten umzustellen, wenn die konventionellen Leuchten ersetzt werden müssen, sei es, wenn die Lebensdauer einer Leuchte abgelaufen ist, bei baulichen Sanierungen, bei einem Kunstrasenprojekt oder bei veränderten Nutzungsanforderungen.

Bei der Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit hat sich ergeben, dass die Motion unzulässig ist. Sie beschränkt mit den sehr konkreten Vorgaben den Umsetzungsspielraum zu stark. Die Grenze des zulässigen Einwirkens wird damit überschritten und der verfassungsrechtliche Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats verletzt.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat, die Motion Thüring als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Alex Ebi hat das Wort.

Alex Ebi (LDP): Ich möchte das kurz machen. Das Thema kennen wir ja auch schon lange und immer wieder kommt das gleiche, sobald es um Sportplätze geht. Ich kann es nicht anders sagen, ich habe das Gefühl, es wird einfach immer wieder ein Weg gesucht und werden Begründungen vorgebracht, damit man nichts machen muss. Ich verstehe das nicht, auch aus der Sicht der Verwaltung und des Sportamts, dass man nicht jede Gelegenheit nutzt, um zu sagen, jawohl, das kriegen wir irgendwie hin, es ist jetzt zwar ein bisschen kompliziert, aber im Zweifelsfall für den Sport. Es kommt mir vor, es ist immer im Zweifelsfall für irgendjemand anderes, dem Sport nützt es halt nichts.

In der Antwort des Regierungsrats heisst es wieder, es sei eben schwierig, das Umrsüsten auf LED-Leuchten, es wird von grauer Energie und technologischen Risiken gesprochen. Die Statik der Masten ist auch wieder ein Problem, der Standort, die Elektrozuleitungen, Zusatzkosten, keine Kosteneinsparung für Sportvereine, also unzählige Themen, warum es jetzt eine schlechte Idee ist.

Die LED-Leuchten zu installieren bedeutet, dass nachher die Stromkosten gesenkt werden für die Sportvereine, und das ist ganz bestimmt im Interesse der Sportvereine, dass sie weniger zahlen müssen, und das zweite ist, es ist wiederum ein Zeichen auch für die Sportvereine, die ohnehin immer unter allem leiden müssen: Es ist wieder eine gute Idee und es passiert wieder gar nichts. Wir haben jetzt vier Jahre gewartet, damit es zum Schluss heisst, wir warten noch einmal vier Jahre.

Ich verstehe den Sinn nicht, ich weiss auch nicht, was der Zweck ist, ich weiss auch nicht, was der Vorteil ist für das Sportamt, dass man immer das Gefühl hat, es passiert nichts, aber es passiert einfach nichts und das bedaure ich ungemein.

Ich freue mich, wenn sich das ändert, aber vorläufig habe ich noch keine Änderung gesehen. Das ist schade.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring hat sich als Fraktionssprecher gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Um es vorwegzunehmen, die Schorenmatte hat bereits LED-Beleuchtung, es ist also kein Eigeinteresse dahinter. Ich bin ehrlich gesagt ein wenig irritiert, dass der Regierungsrat nicht bereit ist, das nun als Motion weiterlaufen zu lassen. Wir haben ihm gerade vor wenigen Wochen einen Vorstoss von Melanie Nussbaumer überwiesen, der in diesem

Bereich ja auch für zusätzliche Möglichkeiten sorgen möchte, damit die Sportanlagen in Basel-Stadt einerseits zahlreicher vorhanden sind und dann auch besser ausgerüstet sind. Dann haben wir dieses versprochene Kunstrasenkonzept, das ja sehr bald kommen soll, ich hoffe, es kommt auch tatsächlich sehr bald aus dem Sportamt respektive dem Erziehungsdepartement. Und nun will man diese Motion auf die lange Bank schieben, will zwei Jahre oder länger dafür Zeit verwenden. Das macht nicht sehr viel Sinn. Ich glaube, wir können das wirklich jetzt integrieren in diese bereits laufenden Diskussionen, wie es Alex Ebi auch gesagt hat, um etwas für den Sport zu tun.

Und hier verstehe ich es auch aus einem anderen Grund nicht, LED ist auch noch nicht nur günstiger für die Vereine, das entlastet die Vereine enorm, das kann ich Ihnen sagen. Ich habe so eine Stromrechnung gesehen eines Fussballvereins, für einen kleinen Verein sind die Energiekosten über die herkömmliche Beleuchtung sehr gewichtig, und wenn man mit LED-Beleuchtung das reduzieren kann, hat man wirklich diesen Vereinen massiv geholfen. Das ist das eine. Das andere ist auch, es ist erwiesen, dass diese LED-Beleuchtung langlebiger ist, es ist ein angenehmeres Licht, man kann das Licht auch der Situation entsprechend anpassen und es ist auch umweltfreundlicher.

Deshalb finde ich es auch ein bisschen erstaunlich, dass nun auch vielleicht eine Partei, die etwas grüner ist wie die meinige das nicht auch unterstützt, weil es ist für alle Beteiligten eigentlich ein Mehrwert, sowohl für die Verwaltung, sowohl für die Klimabilanz des Kantons und ganz bestimmt auch für die Fussballvereine. Und ich muss Ihnen ehrlicherweise auch sagen, ich finde jetzt im Vergleich zu einem Spiegelhof ist jetzt die Umrüstung auf LED-Beleuchtung wahrscheinlich keine Raketenwissenschaft und sollte auch in der Verwaltung pragmatisch und rasch möglich sein. Und deshalb bitte ich Sie, meinen Vorstoss weiterhin als Motion an den Regierungsrat zu überweisen, damit nun rasch gehandelt und umgerüstet werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft, Regierungsrat Mustafa Atici verzichtet auf ein Votum, wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Alex Ebi und Joël Thüring beantragen Ihnen die Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 29 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007458, 22.10.25 20:32:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Überweisung als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden mit 61 gegen 29 Stimmen. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt, Sie haben den Anzug dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

Ich bedanke mich fürs Mitmachen und wünsche Ihnen eine gute Nacht.

Schluss der 34. Sitzung

22:32 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5999

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 09:13:56
Geschäft Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1744), Bericht der BegnKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		
Urgese Luca (FDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	26	0	0	12	1	7	0	6	0	0
Nein	42	0	13	12	0	9	0	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	26	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5446

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 09:15:16
Geschäft Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Tonja Zürcher, GPK)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		
Urgese Luca (FDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	25	11	12	12	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	25	11	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	26	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5446

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 09:16:05
Geschäft Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Tonja Zürcher, GPK)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		
Urgese Luca (FDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	25	11	10	12	9	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	88	25	11	10	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	2	2	2	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.5316

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 09:18:41

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht - Nachfolge von Isabel Wachendorf Eichenberger, Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		
Urgese Luca (FDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	11	12	11	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	11	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	2	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
25.5025

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 09:20:19

Geschäft Ersatzwahl eines Präsidiums des Zivilgerichts für den Rest der Amtsdauer vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2027; Validierung (Nachfolge Elisabeth Braun), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		
Urgese Luca (FDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	12	11	11	10	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	12	11	11	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	1	1	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
23.1509

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 11:36:07

Geschäft «Areal F. Hoffmann-La Roche AG – Bebauungsplan Grenzacherstrasse (Südareal)»; Zonenänderung, Aufhebung eines Bebauungsplans, Festsetzung eines neuen Bebauungsplans, Linienänderung sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Grenzacherstrasse, bs.Solitude-Park und Solitude-Promenade (Roche Südareal). Bericht der BRK. Mitbericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	27	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Nein	50	0	13	12	0	10	7	7	0	1	0
Ent	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
23.1509

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 11:37:11

Geschäft «Areal F. Hoffmann-La Roche AG – Bebauungsplan Grenzacherstrasse (Südareal)»; Zonenänderung, Aufhebung eines Bebauungsplans, Festsetzung eines neuen Bebauungsplans, Linienänderung sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Grenzacherstrasse, bs.Solitude-Park und Solitude-Promenade (Roche Südareal). Bericht der BRK. Mitbericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	44	26	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Nein	50	0	13	12	0	10	7	7	0	1	0
Ent	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
23.1509

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 11:38:14

Geschäft «Areal F. Hoffmann-La Roche AG – Bebauungsplan Grenzacherstrasse (Südareal)»; Zonenänderung, Aufhebung eines Bebauungsplans, Festsetzung eines neuen Bebauungsplans, Linienänderung sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Grenzacherstrasse, bs.Solitude-Park und Solitude-Promenade (Roche Südareal). Bericht der BRK. Mitbericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	27	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Nein	50	0	13	12	0	10	7	7	0	1	0
Ent	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
23.1509

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 11:39:38

Geschäft «Areal F. Hoffmann-La Roche AG – Bebauungsplan Grenzacherstrasse (Südareal)»; Zonenänderung, Aufhebung eines Bebauungsplans, Festsetzung eines neuen Bebauungsplans, Linienänderung sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Grenzacherstrasse, bs.Solitude-Park und Solitude-Promenade (Roche Südareal). Bericht der BRK. Mitbericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ent	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	26	0	0	10	0	0	0	6	0	0
Nein	50	0	13	12	0	10	7	7	0	1	0
Ent	5	4	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	30	13	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
23.1509

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 11:40:40

Geschäft «Areal F. Hoffmann-La Roche AG – Bebauungsplan Grenzacherstrasse (Südareal)»; Zonenänderung, Aufhebung eines Bebauungsplans, Festsetzung eines neuen Bebauungsplans, Linienänderung sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Grenzacherstrasse, bs.Solitude-Park und Solitude-Promenade (Roche Südareal). Bericht der BRK. Mitbericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ent
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ent	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ent	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	9	13	12	9	10	7	7	0	1	0
Nein	7	6	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Ent	23	15	0	0	3	0	0	0	5	0	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
25.0183

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 11:49:36

Geschäft Ausgabenbewilligung für eine Finanzhilfe in Form eines Investitionsbeitrags zum Umbau und Sanierung unter Erhalt des historischen Charakters der Liegenschaft Gerbergasse 13, Freie Strasse 12 (ehemalige Hauptpost), Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ent	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	29	12	12	11	10	7	7	0	0	0
Nein	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
Ent	6	0	0	0	1	0	0	0	5	0	0
Abgestimmt	96	29	12	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
25.0717

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 11:58:39
Geschäft Bewilligung der Staatsbeiträge 2026–2029 für den Verein Agglo Basel, Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	30	11	12	12	9	7	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	11	12	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	2	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	13	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.1670

Abstimmungsdatum 15. Oktober 2025 17:58:06

Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	33	0	11	4	0	5	5	7	0	1	0
Nein	58	29	1	8	11	3	0	0	6	0	0
Ent	2	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	12	11	8	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	2	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	8	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.1670

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 10:14:29

Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	96	31	13	12	12	9	6	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	31	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.1670

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 10:16:47

Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	0	13	12	0	9	6	7	0	1	0
Nein	49	31	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	31	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.1670

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 10:18:00

Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	31	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Nein	48	0	13	12	0	9	6	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	31	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.1670

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 10:19:08

Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	0	13	12	0	9	6	7	0	1	0
Nein	49	31	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	31	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.1670

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 10:20:54

Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	0	12	12	12	8	6	7	0	1	0
Nein	37	31	0	0	0	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	31	12	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	31	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
24.0180

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 11:25:45
Geschäft Legislaturplan 2025 bis 2029, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	6	0	0	0	0	0	0	5	0	1	0
Nein	87	30	13	11	11	10	7	0	5	0	0
Ent	3	0	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	96	30	13	12	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
24.0180

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 11:26:36
Geschäft Legislaturplan 2025 bis 2029, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	30	13	12	11	9	7	4	5	0	0
Nein	3	0	0	0	0	0	0	2	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	1	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
25.5386

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 11:41:38
Geschäft Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2024, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	13	11	12	9	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	11	12	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	31	13	11	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.0919

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 15:07:40
Geschäft Universität Basel: Leistungsbericht 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Universität

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	29	12	12	10	9	5	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	12	12	10	9	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	0	1	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	1	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	11	10	5	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.0195

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 16:25:40

Geschäft Universität Basel: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2026–2029; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	96	31	13	12	11	10	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	98	31	13	12	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	31	13	12	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13.2**
24.5212

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 16:36:12

Geschäft Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	1	13	12	0	10	6	7	0	0	0
Nein	48	30	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	12	10	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	31	13	12	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
25.0082

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 17:04:03

Geschäft Änderung des Schulgesetzes vom 4. April 1929 betreffend das alters- und niveaudurchmischte Lernen und die Spitalschulung sowie Beitritt zur Interkantonalen Spitalschulvereinbarung (ISV), Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	81	29	12	0	12	9	6	7	6	0	0
Nein	12	0	0	12	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	12	12	12	9	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
25.0082

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 17:04:47

Geschäft Änderung des Schulgesetzes vom 4. April 1929 betreffend das alters- und niveaudurchmischte Lernen und die Spitalschulung sowie Beitritt zur Interkantonalen Spitalschulvereinbarung (ISV), Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	29	12	12	12	10	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	12	12	12	10	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
25.0706

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 17:32:40
Geschäft Universitätsspital Basel (USB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	30	12	12	12	9	5	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	12	12	9	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16.1**
25.0541

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 17:33:16
Geschäft Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	30	12	12	12	9	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16.2**
25.0707

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 17:33:57
Geschäft Universitäre Altersmedizin Felix Platter (UAFP); Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	30	12	12	12	9	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16.3**
25.0730

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 17:34:34
Geschäft Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK) - Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	30	12	12	12	8	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	12	12	8	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
25.5305

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 20:14:03

Geschäft Motion 1 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Entlastung der Polizei und Stärkung der Verkehrssicherheit durch konsequente Umsetzung von Verkehrskontrollen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	29	0	0	3	1	3	0	1	0	0
Nein	50	0	12	12	7	9	0	7	3	0	0
Ent	7	0	0	0	2	0	2	0	2	1	0
Abgestimmt	94	29	12	12	12	10	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	13	12	12	10	5	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.5315

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 20:23:13

Geschäft Motion 2 Hanna Bay und Konsorten betreffend gerichtliche Überprüfung von freiheitsentziehenden Massnahmen nach Polizeigesetz

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	27	1	10	12	5	6	6	6	0	0
Nein	19	0	12	2	0	4	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	13	12	12	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	13	12	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
25.5349

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 20:44:41

Geschäft Motion 5 Joël Thüring für den ungetrübten Badespass: Eintrittsbeschränkungen für die baselstädtischen Gartenbäder

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	11	0	1	9	0	0	0	0	0	1	0
Nein	79	28	12	0	12	8	6	7	6	0	0
Ent	3	0	0	2	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	11	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
25.5306

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 20:58:17

Geschäft Anzug 1 Leoni Bolz und Konsorten betreffend weniger Verkehr in den Quartieren und eine erhöhte Verkehrssicherheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	28	0	0	12	0	5	0	6	0	0
Nein	43	0	13	12	0	9	1	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	13	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
25.5308

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 21:06:57

Geschäft Anzug 3 Zaira Esposito und Konsorten betreffend Deutschkurse für zugezogene Schweizerinnen und Schweizer aus anderen Sprachregionen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	77	28	0	12	12	8	5	6	6	0	0
Nein	14	0	11	0	0	1	0	1	0	1	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	12	12	9	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
25.5314

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 21:22:07
Geschäft Anzug 4 Pascal Pfister und Konsorten betreffend Schnuppertage in kleinen Unternehmen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	27	0	0	12	1	5	0	6	0	0
Nein	40	0	13	12	0	7	0	7	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	13	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
25.5323

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 21:27:21
Geschäft Anzug 5 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Einführung des Sunflower-Lanyard-Systems im Kanton

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	81	27	11	10	12	8	6	1	6	0	0
Nein	12	0	2	2	0	1	0	6	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	13	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
25.5324

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 21:31:25

Geschäft Anzug 7 Eric Weber betreffend auf der Regierungsbank müssen immer mindestens zwei Regierungsräte anwesend sein

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	4	0	0	3	0	0	0	0	0	1	0
Nein	67	19	10	5	10	7	5	6	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	71	19	10	8	10	7	5	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	22	7	3	4	2	2	1	1	1	0	1
Nicht anwesend	7	5	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
25.5325

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 21:35:04
Geschäft Anzug 8 Eric Weber betreffend Kommissions-Sitzungen sollen öffentlich sein

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	77	23	11	10	9	8	6	6	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	78	23	11	10	9	8	6	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	16	4	2	2	3	1	0	1	2	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
25.5326

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 21:35:43
Geschäft Anzug 9 Eric Weber betreffend jeder Grossrat darf an Kommissions-Sitzungen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	75	22	11	10	9	8	5	6	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	76	22	11	10	9	8	5	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	18	5	2	2	3	1	1	1	2	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
25.5327

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 21:41:21
Geschäft Anzug 10 Eric Weber betreffend jeder Grossrat erhält wieder eine Urkunde

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	6	0	1	3	0	0	0	1	0	1	0
Nein	71	24	10	6	9	8	4	6	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	77	24	11	9	9	8	4	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	17	3	2	3	3	1	2	0	2	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
25.5328

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 21:46:20
Geschäft Anzug 11 Eric Weber betreffend Gäste auf der Parlaments-Tribüne müssen zwingend sitzen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	76	21	12	10	9	9	4	7	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	77	21	12	10	9	9	4	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	18	7	1	2	3	0	2	0	2	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
25.5345

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 21:48:50
Geschäft Anzug 12 Eric Weber betreffend Markthalle in Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	72	21	11	10	8	7	4	7	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	73	21	11	10	8	7	4	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	22	7	2	2	4	2	2	0	2	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
25.5199

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 22:13:35

Geschäft Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	13	12	0	9	6	7	0	0	0
Nein	45	27	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	13	12	12	9	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	1	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	28	13	12	12	9	6	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
25.5199

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 22:14:19

Geschäft Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	28	0	0	12	3	0	0	6	0	0
Nein	44	0	13	12	0	6	6	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	12	12	9	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	1	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	28	13	12	12	9	6	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 42**
25.5176

Abstimmungsdatum 22. Oktober 2025 22:32:01

Geschäft Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend LED-Beleuchtung für Basler Sportplätze, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	61	28	0	0	10	6	6	5	6	0	0
Nein	29	0	13	12	0	3	0	1	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	13	12	10	9	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	3	0	0	2	1	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	91	28	13	12	10	9	6	6	6	0	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

Tagesordnung		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Legislaturplan 2025 – 2029		PD	24.0180.01
2.	Bericht und Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 bis 2027 (Nachfolge Isabel Wachendorf Eichenberger)	WVKo		25.5316.02
3.	Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2024	FKom	FD	25.5386.01
4.	Bewilligung der Staatsbeiträge 2026-2029 für den Verein Agglo Basel, Bericht der RegioKo	RegioKo	BVD	25.0717.02
5.	«Areal F. Hoffmann-La Roche AG» - Bebauungsplan Grenzacherstrasse (Südareal)»; Zonenänderung, Aufhebung eines Bebauungsplans, Festsetzung eines neuen Bebauungsplans, Linienänderung sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Grenzacherstrasse, bs.Solitude-Park und Solitude-Promenade (Roche Südareal), Bericht der BRK sowie Bericht der Kommissionsminderheit und Mitbericht der UVEK	BRK/ UVEK	BVD	23.1509.02
6.	Ersatzwahlen eines Präsidiums des Zivilgerichts (100%) und eines Präsidiums des Appellationsgerichts (100%) für den Rest der Amtsperiode vom 1. Januar 2022 – 31. Dezember 2027; Validierung	Ratsbüro	PD	25.5025.02 25.5223.02
7.	Motion Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung, Stellungnahme des RR		BVD	25.5196.02
8.	Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend grossflächige Entsiegelung von Parkplätzen, Schreiben des RR		BVD	23.5425.02
9.	Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte, Stellungnahme des RR		BVD	25.5192.02
10.	Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität, Bericht des RR		BVD	19.5144.04
11.	Anzug Andrea Strahm und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Überwachung der Gebühren gemäss NörV, Schreiben des RR		BVD	21.5839.03
12.	Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof, Schreiben des RR		BVD	23.5329.02
13.	Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel		BVD	23.5422.02
14.	Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen - "Bunte Wiesen statt Rasen", Schreiben des RR		BVD	23.5492.02
15.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Bekämpfung des Fachkräftemangels - mehr Lernende im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik in der Verwaltung, Schreiben des RR		FD	22.5573.03
16.	Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit, Stellungnahme des RR		FD	25.5010.02
17.	Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR		FD	25.5089.02
18.	Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells, Stellungnahme des RR		JSD	25.5232.02
19.	Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend ein lernfreundliches Klima: Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung nachhaltig gewährleisten, Stellungnahme des RR		ED	25.5145.02
20.	Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend LED-Beleuchtung für Basler Sportplätze, Stellungnahme des RR		ED	25.5176.02

21.	Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung), Stellungnahme des RR		GD	25.5199.02
22.	Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTIQ-feindlichen Aggressionen, Schreiben des RR		PD	21.5476.03
23.	Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Bewachung des Rathausinnenhofes, Schreiben des RR		PD	17.5357.05
24.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige, Schreiben des RR		WSU	23.5342.02
25.	Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Voraussetzungen für den Bezug von kantonalen Beihilfen, Schreiben des RR		WSU	23.5243.02
26.	Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Quote für erneuerbare Energie im Erdgasnetz		WSU	18.5317.03
27.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1744)	BegnKo		

Überweisung an Kommissionen

28.	Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) für die Jahre 2026-2029, Ratschlag des RR	GSK	GD	25.1219.01
29.	Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026-2029, Ratschlag des RR	GSK	GD	25.1260.01
30.	Teilrevision des Gesetzes über die Behindertenhilfe, Ratschlag des RR	GSK	WSU	25.1234.01
31.	Staatsbeitrag an die "Aids-Hilfe beider Basel" (AHbB) für die Jahre 2026-2029; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR	GSK	GD	25.1328.01
32.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung zur Aufwertung Kronenplatz und Grünanlage Schulgasse	UVEK	BVD	25.1253.01
33.	Stadtklimakonzept: Ausgabenbewilligung für Anreizsysteme – Förderprogramm «Grünes Basel» (Handlungsfeld 9) sowie Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Anreizsystem für Vertikalbegrünung sowie Nistmöglichkeiten für Tiere am Gebäude sowie Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend die Förderung der Biodiversität im privaten städtischen Raum durch ein zeitgemässes Beratungs- und Förderangebot, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	25.0358.01 22.5419.02 23.5236.02
34.	Darlehensgewährung an die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) für die Beschaffung von 11 E-Gelenkbussen im Zuge von Angebotserweiterungen aus dem ÖV-Programm 2026-2028, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	25.1423.01
35.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029, Ratschlag des RR	BKK	PD	25.1325.01
36.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Ratschlag des RR	BKK	PD	25.1368.01
37.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Jazz-Live Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Ausgabenbericht des RR	BKK	PD	25.1387.01
38.	Bewilligung Staatsbeitrag zugunsten der Frauenberatungsstelle der familea für den Zeitraum 2026-2029, Ratschlag des RR	BKK	PD	25.1389.01
39.	Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Ratschlag des RR	BKK	PD	25.1408.01
40.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Madrigalisten für die Jahre 2026 bis 2029, Ausgabenbericht des RR	BKK	PD	25.1406.01

41.	Beschaffung von vier Rettungswagen für die Sanität Basel-Stadt (eRTW), Ratschlag des RR	JSSK	JSD	25.1333.01
42.	Teilrevision des Notariatsgesetzes (Nachvollzug der Aktienrechtsrevision: neue Formen der Beschlussfassung), Ratschlag des RR	JSSK	JSD	25.1376.01
43.	Petition P501 «Erhalt des Strassenraums an den Ecken Paradieshofstrasse – Göschenenstrasse»	PetKo		25.5390.01
44.	Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH): Bericht zur Leistungsperiode 2021- 2024; *Partnerschaftliches Geschäft*, Bericht des RR	IGPK Universität	ED	25.1395.01
45.	Basler Personenschifffahrt AG (BPG), Ratschlag des RR	WAK	WSU	25.0345.01
46.	Teilrevision des Personalgesetzes vom 17. November 1999 (SG 162.100) betreffend Kündigungsmodalitäten und Bericht zum Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Änderung der Kündigungsbestimmungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des oberen Kaders aller dem Personalgesetz unterstellten Bereiche, Ratschlag des RR	WAK	FD	25.1370.01 21.5766.04

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

47.	Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2026–2029; *Partnerschaftliches Geschäft*, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1193.02
48.	Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Ausbreitung der Tigermücke, Schreiben des RR		GD	23.5453.02
49.	Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Hebammengeleitete Geburtshilfe in den Spitälern, Schreiben des RR		GD	23.5373.02
50.	Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelten und biodiversitätsfördernden Kindergarten, Schul- und Universitätsarealen, Schreiben des RR		FD	23.5424.02
51.	Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Beitrag der Kulturbetriebe von Basel-Stadt zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens, Schreiben des RR		PD	23.5293.02
52.	Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR		FD	24.5536.02
53.	Motionen:			
	1. Michela Seggiani und Konsorten betreffend Aktienmehrheit und Strategie der MCH Group			25.5381.01
	2. Alex Ebi und Konsorten betreffend Schaffung eines Unterstützungsfonds für baustellenbetroffene Unternehmen in Basel-Stadt			25.5394.01
	3. Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt			25.5410.01
	4. Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mindestlohn für alle Lernende			25.5411.01
	5. Brigitta Gerber und Konsorten betreffend bundesgerichtskonforme, arbeitsrechtliche Einbettung des UberEats-Anbieters; Änderung der kantonalen Handhabung			25.5412.01
54.	Anzüge:			
	1. Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Förderung der zweiten Quantenrevolution			25.5380.01
	2. Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Einführung eines Gerichtsanzuges			25.5387.01
	3. Brigitte Gysin und Konsorten betreffend wirkungsvollen Jugendschutz: Massnahmen bei Verstoss gegen Tabak- und Alkoholverkaufsverbot an Jugendliche im gesetzlichen Schutzalter			25.5388.01

4.	Michela Seggiani und Konsorten betreffend Unterstützung und Informationstransfer bei Grossbaustellen	25.5395.01
5.	Michela Seggiani und Konsorten betreffend Ausbau der Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten	25.5408.01
6.	Béla Bartha und Konsorten betreffend Bewilligung von solargebundenen Klimaanlagen auf öffentlichen Gebäuden	25.5409.01
7.	Eric Weber betreffend wenn die Transparenz schwindet	25.5430.01
8.	Eric Weber betreffend sportliche Grossanlässe nach Basel holen	25.5431.01
9.	Eric Weber betreffend Basler Fahne muss im Basler Parlament stehen	25.5432.01
10.	Eric Weber betreffend Gratis-Telefon für Grossräte während Parlaments-Sitzungen	25.5433.01
11.	Eric Weber betreffend dass Bauen in Basel nicht mehr so lange dauert	25.5434.01
12.	Eric Weber betreffend Notfall-Broschüre nach schwedischem Vorbild ist überfällig	25.5435.01

Kenntnisnahme

55.	Schriftliche Anfrage Christine Keller betreffend hauswirtschaftliche Leistungen von Spitex-Diensten, Schreiben des RR	GD	25.5287.02
56.	Schriftliche Anfrage Christian C. Moesch betreffend Finanzierung des UKBB, Schreiben des RR	GD	25.5292.02
57.	Schriftliche Anfrage Michael Graber betreffend Umsteigen an der Haltestelle Breite für Rollstuhlfahrende, Schreiben des RR	BVD	25.5286.02
58.	Schriftliche Anfrage Amina Trevisan betreffend Arbeitsausbeutung wirksam bekämpfen - kantonale Lücken erkennen und schliessen, Schreiben des RR	JSD	25.5219.02
59.	Schriftliche Anfrage Zaira Esposito betreffend Situation Schul- und Berufsbildung Jenische, Sinti und Roma, Schreiben des RR	ED	25.5303.02
60.	Schriftliche Anfrage Jessica Brandenburger betreffend Mobbingpräventionsprojekt an Basler Schulen, Schreiben des RR	ED	25.5302.02
61.	Schriftliche Anfrage Tobias Christ betreffend immer mehr Basler Lehrpersonen melden sich krank und der Kanton weiss nicht warum, Schreiben des RR	ED	25.5300.02
62.	Schriftliche Anfrage Brigitta Gerber betreffend der Veloabstellflächen in der Freien Strasse, Schreiben des RR	BVD	25.5293.02
63.	Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Veloroute Aeschenplatz – Bruderholz (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	23.5328.02
64.	Schriftliche Anfrage Bülent Pekerman betreffend Wohnraum blockiert? Zur Wohnflächenverteilung zwischen Alt und Jung, Schreiben des RR	PD	25.5301.02
65.	Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein attraktives Zentrum für Gundeldingen, Schreiben des RR	BVD	21.5518.03
66.	Schriftliche Anfrage Zaira Esposito betreffend Partizipatives Budget als neues Format der Beteiligung, Schreiben des RR	PD	25.5309.02
67.	Schriftliche Anfrage Brigitte Gysin betreffend Velosträder auf entsiegelten Flächen, Schreiben des RR	BVD	25.5319.02
68.	Schriftliche Anfrage Harald Friedl betreffend Unterstützung von kulturellem Austausch im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit (IZA), Schreiben des RR	PD	25.5310.02
69.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wenn Väter keinen Unterhalt bezahlen, Schreiben des RR	WSU	25.5030.02
70.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend freundlichere Öffnungszeiten der Einwohnerdienste, Schreiben des RR	JSD	25.5330.02

71.	Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend starke Auslastung des Frauenhauses, Schreiben des RR		JSD	25.5317.02
72.	Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend Aufwand und Kosten der Individualbesteuerung, Schreiben des RR		FD	25.5311.02
73.	Schriftliche Anfrage Sasha Mazzotti betreffend Versorgungslücke bei Sprachentwicklungsstörung und Autismus-Spektrum-Störung, Schreiben des RR		ED	25.5313.02
74.	Schriftliche Anfrage Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Arbeitsbeschränkung und Studiengebühren für internationale Studierende, Schreiben des RR		ED	25.5318.02
75.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend unhaltbare Zustände beim Claraplatz, Schreiben des RR		JSD	25.5336.02
76.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Öffnung der Unterführung Grenzacherstrasse für Velos/E-Bikes/Motorfahrräder, Schreiben des RR (stehen lassen), Schreiben des RR		BVD	21.5710.03
77.	Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Raffaela Hanauer betreffend CO2-Abscheidung bei der Kehrichtverwertungsanlage der IWB in Basel (stehen lassen), Schreiben des RR		WSU	23.5299.02
78.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1745)	BegnKo		
79.	Stiftung für preisgünstigen Wohnraum; Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2024, Bericht des RR		PD	25.1377.01
80.	Anzug Beat K. Schaller und Konsorten betreffend der Kannenfeldpark soll wieder eine Erholungszone sein (stehen lassen), Schreiben des RR		BVD	23.5533.02
81.	Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend "Ferienstrassen" für Basel: Temporäre kinderfreundliche Umnutzung von Quartierstrassen während der Sommerferien (stehen lassen), Schreiben des RR		BVD	21.5512.03
82.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Basler Delegation in Lissabon, Schreiben des RR		ED	25.5329.02
83.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Hand-Tücher beim Kanton		PD	25.5337.02
84.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend welche Gäste werden zur Fasnacht 2026 eingeladen, Schreiben des RR		PD	25.5334.02
85.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie teuer kam die Klausur-Tagung der Regierung in 2024 und 2025, Schreiben des RR		PD	25.5333.02
86.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Kontrolle von Pflegeheimen, Schreiben des RR		GD	25.5332.02
87.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Homeoffice beim Kanton, Schreiben des RR		FD	25.5342.02
88.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie viele Sabbaticals gab es beim Kanton, Schreiben des RR		FD	25.5341.02
89.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie ist Basel gerüstet für Terror-Anschläge in Schulen, Schreiben des RR		ED	25.5343.02
90.	Schriftliche Anfrage Pascal Pfister betreffend Angebote der Jugendarbeit in den Quartieren, Schreiben des RR		ED	25.5346.02
91.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Basel als Aussen-Ort der Olympischen Spiele, Schreiben des RR		PD	25.5335.02
92.	Rücktritt von Andreas Schmidlin als Präsident des Zivilgerichts Basel-Stadt per 31. Dezember 2026 (an RR zur Ansetzung der Ersatzwahl)			25.5441.01

Protokoll

der 35. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 12. November 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Jérôme Thiriet (Grüne/jgb), Stefan Wittlin (SP), Ismail Mahmoud (SP), Fina Girard (SP), Lukas Faesch (LDP), Edibe Gölgeli (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

01. Mitteilungen 2
3. Wahl eines Mitglieds des Ratsbüros (Nachfolge Catherine Alioth, LDP) 3
4. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2026–2029; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der GSK 4
5. Fortgang der Koordinations-, Planungs- sowie Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in der Periode 2022 bis 2024, Bericht des RR 10
6. Beschaffung eines ABC-Lastkraftwagens für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK 13
7. Beschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK 18
9. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Aktienmehrheit und Strategie der MCH Group 19
10. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Schaffung eines Unterstützungsfonds für baustellenbetroffene Unternehmen in Basel-Stadt 26
11. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt 26

Beginn der 35. Sitzung

Mittwoch, 12. November 2025, 09:00 Uhr

01. Mitteilungen

[12.11.25 09:00:09]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Rücktritt aus dem Grossen Rat: Andrea Elisabeth Knellwolf hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 31. Januar 2026 ihren Rücktritt erklärt. Wir werden sie an ihrer letzten Sitzung im Januar gebührend verabschieden. Ich danke der Zurücktretenden für ihre dem Staat geleisteten Dienste.

Rauchverbot im Rathausinnenhof: Das Ratsbüro und der Nutzerausschuss des Rathauses haben entschieden, dass ab sofort das Rauchen im Rathausinnenhof beim Käffeli nicht mehr erlaubt ist. Der Grund ist, dass es zu unangenehmen Geruchsbelästigungen in den Büros des Grossratssaals und im Vorzimmer kommt, da die Belüftung des Grossratssaals, des Medienraums und der Büros den Rauch direkt ansaugen und so den Rauch in den Räumen verteilen. Das Rauchen ist weiterhin vor den Eingängen des Rathauses, auf der Treppe oder im vorderen Innenhof erlaubt.

Neue Interpellationen: Es sind zehn neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen 113, 114, 118, 119 und 121 werden mündlich beantwortet.

Jassturnier: Im Auftrag von Daniel Albietz möchte ich darauf hinweisen, dass heute Abend um 18.15 Uhr hier im Vorzimmer das bikantonale Parlamentarier:innenjassturnier stattfindet. Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich bitte bei Daniel Albietz. Ebenfalls möchte ich darauf hinweisen, dass das Vorzimmer um 18 Uhr verlassen werden muss, damit das Jassturnier vorbereitet werden kann.

Ein Hinweis bezüglich der Fishing-E-Mails, die herumgehen. Reagieren Sie nicht darauf, wenn Ihr Kommissionspräsident oder Ihre Kommissionspräsidentin Sie kontaktiert und Einkaufsgutscheine wünscht. Das ist Fake.

Das waren meine Mitteilungen, wir kommen damit zur Tagesordnung. Resolutionsentwurf: Die Fraktion SP beantragt die Traktandierung einer Resolution. Der Entwurf wurde Ihnen aufgelegt. Wir diskutieren jetzt nur, ob der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung zu setzen ist. Die Redezeit beträgt dabei fünf Minuten, am Schluss stimmen wir über die Traktandierung ab. Wird der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung gesetzt, kommt diese am nächsten Mittwoch, 19.11. um 9 Uhr zur Diskussion. Wir starten die Debatte. Tim Cuénod hat sich gemeldet.

Tim Cuénod, SP: Es gibt einen Grund für die Dringlichkeit dieser Resolution, und das ist, dass die eidgenössischen Räte im Dezember entscheiden werden, ob diese Nachtzugverbindung realisiert wird oder nicht. Die Finanzlage des Bundes hat sich verbessert. Dennoch wird es ein harter Kampf, weil gerade viele Vertreter finden, wir brauchen keine internationalen Bahn- und Nachtzugverbindungen. Wenn wir von Basel Einfluss nehmen wollen, dann jetzt, denn im Dezember ist es möglicherweise zu spät. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, dass diese Linien angegegriffen und bestritten werden, ist erst seit wenigen Tagen öffentlich. Deswegen haben wir bisher auch nicht früher eine Resolution einbringen können. Das passiert jetzt sehr kurzfristig. Es geht insgesamt um die Interessen von Basel und ich wäre sehr dankbar, wenn Sie der Traktandierung zustimmen könnten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab, ob die Resolution auf die Tagesordnung zu setzen ist. Dafür ist ein einfaches Mehr erforderlich. Falls Sie die Resolution auf die Tagesordnung setzen, werden wir sie am nächsten Mittwoch behandeln. Zur Verabschiedung dieser ist dann ein Zweidrittelsmehr nötig.

Wir kommen zur Abstimmung. JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung.

Sie haben der Traktandierung zugestimmt mit 62 Stimmen gegen 25 Stimmen bei einer Enthaltung. Sie haben die Tagesordnung somit genehmigt. Geschäft 1 ist erledigt.

3. Wahl eines Mitglieds des Ratsbüros (Nachfolge Catherine Alioth, LDP)

[12.11.25 09:07:05]

Abstimmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 43 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007557, 12.11.25 09:07:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl geheim durchzuführen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für geheime Wahlen entschieden. Ich bitte das Wahlbüro zusammenzutreten, damit die Zettel verteilt werden können. Ich bitte Sie alle, Ihre offiziellen Sitzplätze einzunehmen. Als Wahlbüro für diese und weitere geheimen Wahlen an der heutigen Sitzung schlage ich Ihnen vor Georg Mattmüller, SP, Leiter des Wahlbüros, Brigitte Kühne, GLP, Sektor 1 und 5, Harald Friedl, Sektor 2, Michael Graber, Sektor 3, Lorenz Amiet, Sektor 4. Wenn Sie alle an Ihren Plätzen sitzen, bitte ich das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wahlzettel können wieder eingesammelt werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt.

Total ausgeteilte Wahlzettel 90, total eingegangene Wahlzettel 90, ungültig 2, gültige Wahlzettel 88, absolutes Mehr 45. Gewählt ist mit 73 Stimmen Michael Hug. Ich gratuliere herzlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu Traktandum 4 Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten des Universitätskinderspitals beider Basel für die Jahre 2026 bis 2029. Partnerschaftliches Geschäft. Bericht der GSK. Diese beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen, Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen nachfolgend zum Ratschlag des Regierungsrates zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und den ungedeckten Kosten des Universitätskinderspitals beider Basel UKBB für die Jahre 2026 bis 2029.

Der Regierungsrat beantragt dafür eine Rahmenausgabenbewilligung von insgesamt rund 43 Millionen Franken. Dieser Betrag umfasst jährlich knapp 11 Millionen Franken, welche bisher jeweils hälftig und partnerschaftlich durch Basel-Stadt und Basel-Landschaft getragen werden soll. Die Vorlage ist notwendig, weil gemeinwirtschaftliche Leistungen gesetzlich nicht über die obligatorische Krankenversicherung finanziert werden dürfen und deshalb von den Kantonen getragen werden müssen.

Das UKBB erbringt seit vielen Jahren Leistungen, die für die Gesundheitsversorgung zentral sind, sich aber nicht kostendeckend abrechnen lassen. Dazu gehören nebst der Finanzierung der Unterdeckung im ambulanten Bereich unter anderem auch der Sozialdienst, die Spitalbeschulung, die Vorhalteleistungen im Perinatalzentrum sowie die ärztliche Weiterbildung. Die finanzielle Lage des UKBB hat sich in den vergangenen Jahren spürbar verschlechert. Während früher insbesondere der ambulante Bereich grosse Defizite verursachte, lag 2024 erstmals auch der stationäre Bereich unter der

Kostendeckung. Der ambulante Kostendeckungsgrad von rund 65% und die gleichzeitig steigenden Fallzahlen verschärfen die Situation zusätzlich. Das vergangene Jahr schloss das UKBB mit einem Verlust von fast 10 Millionen Franken, was bei den beiden Trägerkantonen zu Wertberichtigungen führte. Die Hauptgründe liegen in den seit vielen Jahren unzulänglichen Tarifen, im Fachkräftemangel, bei steigenden Personalkosten und in einer strukturellen Unterfinanzierung, die besonders Kinderspitäler betrifft. Das UKBB ist damit aber nicht alleine, diese Situation zeigt sich an allen Kinderspitälern in der gesamten Schweiz.

Eine externe Analyse zeigte auf, dass für das UKBB für eine stabile finanzielle Perspektive jährlich eine Ergebnisverbesserung von rund 6,7 Mio. Franken notwendig ist. Die beiden Trägerkantone haben deshalb beschlossen, den Transformationsprozess des UKBB mit einer Erhöhung der GWL-Beiträge zu unterstützen. Diese zusätzlichen Mittel sollen es dem Spital ermöglichen, verschiedene Optimierungen umzusetzen, etwa im Kapazitätsmanagement, bei der Automatisierung, in der Telemedizin oder im Bereich der Kooperation. Die Wirkung dieser Massnahmen wird allerdings erst mittelfristig erwartet, weshalb die Übergangsfinanzierung notwendig ist. Insbesondere über die Erhöhung der Ausgleichsleistungen an die finanzielle Unterdeckung im spitalambulanten Bereich von 5,67 Millionen auf 9,02 Millionen pro Kanton soll ein massgeblicher Beitrag zur geplanten Transformation geleistet werden.

Zur Kommissionsberatung: Die Kommission hat die Vorlage in zwei Sitzungen beraten in Anwesenheit des Departementsvorstehers, des Gesundheitsdepartements sowie der Leiterin der Gesundheitsversorgung. Die GSK unterstützt die im Ausgabenbewilligung klar, verbindet diese jedoch mit mehreren wichtigen Feststellungen. Im Mittelpunkt der Kommissionsberatung stand die Einschätzung, dass die finanzielle Unterdeckung schon seit vielen Jahren besteht und nun ein Ausmass erreicht hat, welches dringenden Handlungsbedarf auslöst. Die zusätzlichen 6,7 Millionen Franken sind zwar ein wesentlicher Schritt, decken aber nicht die gesamte Lücke. Rund ein Drittel des Defizits muss weiterhin durch interne Massnahmen des UKBB aufgefangen werden. Dies stellt für das Spital eine erhebliche Herausforderung dar, zumal viele Optimierungen in den letzten Jahren bereits umgesetzt worden sind und der Einfluss der Spitalleitung auf die Tarife begrenzt ist. Die Kommission betont, dass die künftige Finanzierung nach 2029 kaum wieder auf das heutige Niveau gesenkt werden könne, da die Unterfinanzierung strukturell bedingt ist und nicht allein durch Effizienzgewinne kompensiert werden kann. Die Tarife bilden leider nach wie vor nicht die Realität eines Kinderspitals ab und auch der anstehende Wechsel von Tarmed zu Tardoc wird dieses Grundproblem nicht beseitigen. Die GSK weist zudem darauf hin, dass das UKBB als eines der ersten Kinderspitäler den Tarifvertrag mit den Versichern gekündigt hat, weil die Tarife schlicht nicht kostendeckend waren. Sollte keine Einigung erzielt werden, drohen komplizierte Festsetzungsverfahren durch den Staat oder sogar ein Entscheid im Rechtsweg. Die Situation ist auch deshalb anspruchsvoll, weil die Tarifumstellung und die Vertragskündigung zeitlich zusammenfallen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beratung betrifft die übrigen Kantone der Nordwestschweiz. Die Zuweisung aus den Kantonen Aargau, Solothurn und Jura beanspruchen gemeinsam nicht weniger als 20% der stationären und 15% der ambulanten Leistungen des UKBB. Sie beteiligen sich aber nicht an den entstehenden Unterdeckungen. Allein 2024 entstand dadurch ein ungedeckter Aufwand von über 5 Millionen Franken, welche durch Basel-Stadt und Baselland zu tragen sind. Die Kommission hält fest, dass die Trägerkantone rechtlich keine differenzierten Tarife verlangen dürfen, dass sie aber aus diesem Grund und durch das vorher erwähnte Defizit politisch gegenüber den anderen Kantonen deutlicher auftreten sollten. Die bisherigen Gespräche mit Aargau, Solothurn und Jura beurteilt die GSK als zu zurückhaltend. Sie erwartet, dass die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Interesse einer Fairlastenverteilung künftige Verhandlungen offensiver führen. Es sollte im Eignerinteresse der beiden Trägerkantone sein, dass diese Kosten letztendlich nicht auch im indirekten Weg zu Lasten der Steuerzahler gehen.

Zusammenfassend kommt die GSK aber zum Schluss, dass die beantragte Rahmenausgabenbewilligung notwendig und sachlich begründet ist. Sie ermöglicht die Stabilisierung des UKBB und schafft die Voraussetzung, damit das Spital in den kommenden Jahren die geforderten strukturellen Massnahmen umsetzen kann. Die GSK empfiehlt dem Grossen Rat daher mit klar neun Stimmen bei einer Enthaltung die Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage. Ich erlaube mir an dieser Stelle auch noch eine ergänzende Information. Es handelt sich hier, wie gesagt, um ein partnerschaftliches Geschäft mit dem Kanton Basel-Landschaft. Der Landrat hat diesem Geschäft bereits Ende Oktober zugestimmt.

4. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2026–2029; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der GSK

[12.11.25 09:32:15, 25.1193.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir beantragen dem Grossen Rat für die Jahre 2026 bis und mit 2029 eine Rahmenausgabenbewilligung in der Höhe von insgesamt rund 43 Millionen Franken zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten des Universitätskinderspitals beider Basel. Die beantragte Bewilligung umfasst 10,905 Millionen Franken für das Jahr 2026 und dann je geringfügig mehr 10,925 Millionen Franken für die Jahre 2027 bis und mit 2029. Wir beantragen gemeinsam mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft eine paritätische Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und Sie haben vom Kommissionspräsidenten bereits gehört, dass der Landrat im Partnerkanton mit Beschluss vom 30. Oktober die Bewilligung für diese Ausgabenpositionen ebenfalls bereits erteilt hat.

Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen des UKBB umfassen unter anderem die ärztliche Weiterbildung der Assistenzärztinnen und Assistenzärzte zu einem eidgenössischen Facharzttitel, die Leistungen des sogenannten Perinatalzentrums zur Versorgung von Kindern kurz vor, während und nach der Geburt, den Spitalsozialdienst sowie die Spitalbeschulung. Diese Leistungen sind klarerweise im öffentlichen Interesse, sie werden aber nicht durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung oder durch andere tarifarische Systeme gedeckt. Ein Sonderfall, der auch besondere Aufmerksamkeit verdient, ist die finanzielle Unterdeckung der Leistungen des UKBB, die eigentlich tarifarisch abgegolten werden. Wir reden hier über die klinischen Leistungen, die Spitalbehandlungen. Hier liegen eben die Kostendeckungsgrade unter 100% auch im stationären Bereich, aber vor allem im spitalambulanten Bereich. Hier reden wir von einer Kostendeckung von lediglich noch 65%, im stationären waren es über viele Jahre gut 100%, jetzt sind es 92%. Aus diesen unterfinanzierten Leistungsblöcken resultierte im Jahr 2024 ein Defizit von insgesamt 9,8 Millionen Franken und das hat dann auch durchgeschlagen auf die Beteiligungswerte in unserer Rechnung, so dass je eine Wertberichtigung in den Kantonen von 1,5 Millionen Franken vorgenommen werden musste.

Das UKBB ist also nach vielen Jahren mit ausgeglichenen Rechnungen finanziell in eine Unterdeckung geraten und hier sind wir als Co-Finanzierer und auch Miteignerkanton natürlich herausgefordert, Hand zu bieten für Lösungen, damit dieses wichtige Spital wieder in die finanzielle Balance finden kann. Zur Stabilisierung der finanziellen Lage des UKBB sollen aus diesen Überlegungen die Beiträge der Trägerkantone deutlich erhöht werden, insbesondere die Beiträge für die spitalambulante Unterdeckung. Hierfür sind zusätzliche Gelder von 3,35 Millionen Franken pro Kanton und Jahr vorgesehen. Und wenn man das jetzt addiert zum bisherigen Betrag, den die Trägerkantone leisten, dann können wir die Unterdeckung im ambulanten Bereich. ausfinanzieren, soweit sie zurückgeht auf die Behandlung der Basler Patientinnen und Patienten. Es bleibt, wie der Kommissionspräsident richtig angesprochen hat, ein Problem, dass Patientinnen und Patienten aus den übrigen Kantonen, die ebenfalls die Leistungen des UKBB in Anspruch nehmen, diese durch den aktuellen Tarif nicht vollständig finanzieren.

Wir reden hier über eine Hilfsmassnahme, die selbstverständlich nicht der einzige Handlungspfad ist. Unsere GWL-Erhöhung ist eingebettet in ein extern begleitetes Strategie- und Massnahmepaket, in dessen Rahmen das UKBB verpflichtet ist, auch Massnahmen umzusetzen und zu monitorisieren. Es geht hier darum auch mit betrieblichen Massnahmen und einem Ausbau der Partnerschaften, die zum Teil sehr erfolgreich, sehr intensiv schon verlaufen, wieder in bessere finanzielle Verhältnisse zu finden. Die Tarifverhandlungen, die Umstellungen der Tarifsysteme, die ohnehin jetzt anstehen, werden ebenfalls eine Gelegenheit bieten für das Spital, sich finanziell wieder neu zu positionieren.

Wir nehmen die Situation als Eigner sehr ernst und ich kann Ihnen versichern, auch im Gespräch mit den Partnerinnen und Partnern in Baselland ist es sehr wohl angekommen, dass wir hier Handlungsbedarf haben. Sie haben vielleicht auch wahrgenommen, im Landrat ist sehr deutlich gemacht worden, dass diese Erhöhung einen einmaligen Charakter haben soll, sie ist als Transformationsbeitrag bezeichnet worden, um also für das Spital Zeit zu gewinnen, mit eigenen Massnahmen wieder das finanzielle Gleichgewicht finden zu können. Der Kommissionspräsident hat angedeutet, dass es nicht sicher ist, dass das funktioniert und man in vier Jahren wieder auf einen tieferen Abgeltungsbeitrag zurückwechseln kann. Ich würde Ihnen nahelegen, dem Spital jetzt Zeit zu geben, diese Schritte anzugehen, auch die Chancen zu nutzen, die sich im wandelnden Tarifumfeld bieten und dann eine Neubeurteilung vorzunehmen, wenn klarer wird, ob Fortschritte erzielt werden können oder nicht.

Es ist uns ein sehr wichtiges Anliegen, für die nächsten vier Jahre die elementaren Leistungen des Universitäts-Kinderspitals beider Basel zu sichern. Ich glaube, das muss ich Ihnen nicht erläutern, ich nehme an, das Spital ist ausreichend bekannt und auch geschätzt für seine Leistungen. Es soll aber doch wieder gesagt werden, das UKBB sichert die Gesundheitsversorgung unserer Kinder und Jugendlichen, es bringt damit eine Leistung von unschätzbarem Wert und von existenzieller Bedeutung für unsere Bevölkerung. Es hat auch eine enorme Ausstrahlungskraft, insbesondere im Bereich der hochspezialisierten Medizin und der medizinischen Lehre und Forschung. Diese Ausstrahlungskraft geht weit über unsere Region im engeren Sinn hinaus und macht diese Institution zu einer Perle im Life Science Cluster, in dem wir uns hier bewegen. Und eine Besonderheit, die wir auch würdigen sollten, ist die bikantonale Trägerschaft dieses Spitals, die wir heute auch wieder bestätigen können mit einem kräftigen Beschluss zugunsten der Finanzierung für die kommenden vier Jahre. Daher wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das bestätigen würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zu den Fraktionssprechenden. Hier hat sich Oliver Bolliger eingetragen.

Oliver Bolliger (BastA): Da es ein sehr wichtiges Geschäft ist, erlaube ich mir, einige bereits gesagt Punkte zu pointieren. Die BastA spricht sich natürlich auch für die Finanzierung der GWL des UKBB für die kommenden vier Jahre in der Höhe von etwas mehr als 43 Millionen Franken aus. Um eine Erhöhung der GWL von jährlich 3,35 Millionen Franken in den beiden Trägerkantonen kommen wir nicht herum. Eigentlich ist dieser Betrag zu tief, um das strukturelle Defizit zu beheben. Wir tun dies, um dem UKBB die dringend notwendigen finanziellen Mittel zu sprechen und die universitäre Kindermedizin zu sichern.

Wir wissen alle, dass wir in der Region Basel auf ein stabiles und gut funktionierendes Kinderspital angewiesen sind, sei es in der Grundversorgung oder in der spezialisierten Medizin. Wer diese medizinische Versorgung in Frage stellt, spielt mit dem Feuer und greift den Service Public an, aber das ist ja in diesem Fall nicht der Fall gemäss Kreuztabelle.

Das UKBB ist unabdingbar und es wird auch in Zukunft so sein, dass die beiden Basler Kantone, da sehe ich es vielleicht ein bisschen anders, hohe finanzielle Mittel zur Verfügung stellen müssen. Im Ratschlag der Regierung wird klar ersichtlich, dass das UKBB seit Jahren unterfinanziert ist und nur mit deutlich mehr staatlichen und finanziellen Mitteln zu betreiben ist. Selbstkritisch muss ich festhalten, dass wir in der Beratung vor vier Jahren bereits hätten handeln müssen. Wir haben damals die GWL-Finanzierung um im Rückblick gesehen lächerliche 412’000 Franken im Jahr erhöht. Eigentlich war schon damals klar, dass diese Erhöhung das strukturelle Defizit nicht angehend abfedern kann. Seit Jahren steigt der finanzielle Verlust des UKBB im spitalambulanten Bereich und dies, obwohl die erbrachten Leistungen zunehmen. Von einem Verlust von 16,6 Millionen Franken, also ohne GWL-Leistungen, im Jahr 2022, bis zu einem Verlust von knapp 21 Millionen Franken im letzten Jahr. Die Erhöhung der GWL auf neu knapp 11 Millionen Franken pro Jahr basiert grundlegend auf dem Transformationsbetrag für die finanzielle Unterdeckung im spitalambulanten Bereich. Es wurde also nichts Zusätzliches bestellt, nichts Zusätzliches ausgebaut, keine spezielle Innovation ermöglicht, nein, wir sichern nur die seit Jahrzehnten zu tiefen Tarife ab. Wir tun dies mittels GWL, weil dies die einfachste Möglichkeit ist, politisch notwendige Gelder zu sprechen und so unser Kinderspital vor einer weiteren Schieflage zu bewahren.

Diese Massnahme ist politisch richtig und trotzdem würde ich behaupten, dass wir die GWL inhaltlich schon ein wenig überstrapazieren. Seit Jahren wissen wir, dass die Tarife den Aufwand für das Betreiben einer qualifizierten Kindermedizin bei weitem nicht abdecken, egal was sie tun, es benötigt einfach mehr Zeit und Aufwand als in der Erwachsenenmedizin. Die Tarife bilden das nicht ab und es ist nicht das Problem des UKBB und noch viel weniger der Menschen, welche dort für unsere Gesundheit arbeiten, es ist ein rein strukturelles Finanzierungsproblem, welches von der Politik seit Jahren hinausgeschoben und somit auf dem Buckel der Kinderspitäler ausgetragen wird. Seit Jahren werden wir auf die Aussicht nach besseren ambulanten, aber auch stationären Tarifen vertröstet, damit dann die Kindermedizin besser ausfinanziert wäre. Die Frage stellt sich aber nun existenziell, inwiefern die Kinderspitäler in der Schweiz das Warten überhaupt noch überleben.

Und nun droht gar eine weitere Verschlechterung mit der Einführung von TarDoc-Tarif bzw. dem Druck von Seiten der Invaliden- und der Unfallversicherung, ihren ambulanten Tarif auf 92 Rappen zu senken. Dabei müsste dieser Tarif bei 147 Franken liegen. Da ein Viertel der Erhandlungen in den Kinderspitälern von der Invalidenversicherung finanziert werden, bringt diese Senkung die Kinderspitäler in zusätzliche existente Not, vielleicht kann man das ja noch abwenden.

Wir können also festhalten, auf nationaler Ebene muss von einem kompletten politischen Systemversagen gesprochen werden, dies auf Kosten der Allgemeinheit, der Kindermedizin, der Menschen, welche in den Kinderspitälern arbeiten, aber schlussendlich mit der Zeit auch auf Kosten der betroffenen Kinder und deren Angehörigen. Eine weitere Optimierung der Prozesse und das weitere, ich nenne das jetzt mal so, Ausdrücken der bereits ausgedrückten Zitrone werden dieser Problematik nicht gerecht. Solche Massnahmen stehen, wie erwähnt, zwar im Bericht und im Ratschlag, aber aus meiner Sicht sind dies keine nachhaltigen Lösungen, und dass ab 2026 mit dem neuen Tardoc-Tarif die Probleme in der Kindermedizin behoben werden können, dass das ausreichen wird, um Kinderspitäler ausreichend zu finanzieren, daran glaube ich nicht wirklich. Die GSK war in der Diskussion klar der Meinung, dass eine höhere staatliche Finanzierung des UKBB unausweichlich ist, ansonsten droht, wie schon erwähnt, ein massiver Leistungsabbau. Es wäre also völlig illusorisch zu meinen, wir kämen nach 2029 mit dem alten Betrag über die Runden.

Dann noch kurz zur Diskussion über eine stärkere Beteiligung der umliegenden Kantone. Diesen Punkt besprechen wir nun auch schon seit längerem, bereits vor vier Jahren stand dies im Bericht der GSK. Leider ist da nicht viel gelaufen, aber man muss auch sagen, in der bestehenden Finanzierungslogik wahrscheinlich auch kaum zielführend umzusetzen. Aber selbst wenn sich die umliegenden Kantone an den GWL-Kosten beteiligen würden, das grundlegende strukturelle Problem kann dadurch nicht gelöst werden. Es liegt nun am Regierungsrat, in den kommenden Jahren gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft, der Spitalleitung, der Sozialpartner die Finanzierung des UKBB auf sichere Füsse zu stellen und gemeinsam auch neue Finanzierungsmodelle für die Region zu entwickeln sowie das UKBB fokussiert auf den medizinischen und und gesellschaftlichen Bedarf auszurichten. Ohne das geht es nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Wir haben schon ganz viel gehört, was ich auch nicht alles wiederholen möchte. Es ist klar, das UKBB ist wichtig für unsere Stadt, sie leistet ganz eine tolle Arbeit für unsere jüngsten Mitbewohner. Das UKBB hat auch eine Zentrumsfunktion, das haben wir gehört, mit öffentlich-rechtlichem Auftrag und was auch wichtig ist, sie betreiben keine Misswirtschaft, sie arbeiten gut. Es ist strukturell bedingt, das haben wir gehört, wegen dem Tarifproblem, dass der Tarif für die Kindermedizin nicht richtig abgebildet ist, weil ein Kind einfach sehr viel mehr Zeit benötigt. Wir sind auch der Meinung, dass Tardoc nächstes Jahr das Problem schätzungsweise nicht lösen wird.

Natürlich ist es für uns ein Wunsch, dass man schaut, wo kann man optimieren, aber da macht das UKBB wirklich schon sehr viel. Was uns als LDP aber ein sehr grosses Anliegen ist, dass wenn es jetzt um neue Vertragsverhandlungen geht mit Krankenkassen, der Geschäftsleiter und der Verwaltungsrat hart, aber wirklich hart verhandeln mit diesen Krankenkassen. Weil es kann nicht sein, dass man nachher einen Tarif hat, bei man von Anfang an weiss, dass er schlicht ungenügend ist. Wir haben gehört, im ambulanten Bereich ist er im Moment 65%. Und in letzter Zeit sind die Taxpunkte auch noch gesunken. Das Ziel wäre, dass man wirklich so verhandeln kann, dass man einen Tarif hat, der schlussendlich auch funktioniert. Das ist der Wunsch der LDP und selbstverständlich unterstützen wir die Finanzierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Amina Trevisan für die SP.

Amina Trevisan (SP): Spätestens wenn unsere Kinder, Enkelkinder, Nichten und Neffen plötzlich schwer erkranken oder verunfallen, sind wir unendlich dankbar, dass wir uns auf das UKBB verlassen können und dass das ganze jeweilige Behandlungsteam diesen Kindern tagtäglich das Leben rettet. Ich werde mich jetzt auch kurz halten, weil wir schon vieles gehört haben. Im Namen der SP-Fraktion danken wir allen Mitarbeitenden des UKBB, ihr wichtiger Einsatz im Dienst der Kinder und Jugendlichen ist enorm, sie halten das System am Laufen, oft unter schwierigen Bedingungen und mit viel Engagement und Herzblut. Dafür gebührt ihnen unser grosser Dank.

Die SP-Fraktion, dies vorab, wird der Vorlage einstimmig zustimmen, weil die Beitragsgewährung für das UKBB essenziell ist, um nicht zu sagen existenziell. Die SP-Fraktion bittet Sie deshalb, die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten des Universitätskinderspitals beider Basel für das Jahr 2026 mit Ausgaben von rund 11 Millionen Franken und für die Jahre 2027 bis 2029 mit Ausgaben von jährlich ebenfalls fast rund 11 Millionen gutzuheissen.

Eigentlich sollten wir heute in erster Linie nur über strukturelle Probleme sprechen, weshalb es überhaupt zu dieser Unterfinanzierung kommt. Das haben wir getan. Der Bund ist mit seinen Tarifen ein Mitverursacher dieser Lage. Die Behandlung von Kindern und damit einhergehend auch die Begleitung der Eltern und Erziehungsberechtigten nimmt einfach mehr Zeit in Anspruch als bei Erwachsenen. Diese Tarife decken den Aufwand schlicht und ergreifend nicht. Das strukturelle Problem ist schon lange bekannt, das haben wir gehört, die vorgeschlagene Lösung ist immer die gleiche, dass mit den anderen Kantonen gesprochen wird und sie finanziell stärker einzubinden sind. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, runde Tische sind immer gut, aber wir dürfen uns nichts vormachen. Damit kommen wir nicht unbedingt sehr schnell auf einen grünen Zweig. Wir brauchen Lösungen auf Bundesebene. Wir haben es auch gehört, das Problem wird auch mit Tardoc nicht gelöst werden. Somit bleiben die Leistungen des Kinderspitals nach wie vor ungenügend gedeckt. Das Unternehmen damit in eine finanziell stabilere Zukunft zu führen, ist eine Herkulesaufgabe. Einfache Lösungen gibt es nicht.

Wir bitten Sie, die beantragten Gelder zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Mitte-EVP hat sich Andrea Strahm gemeldet.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Mit den GWL, wir haben es gehört, deckt der Kanton Auslagen der Spitäler, die diese aufbringen, diese von den Krankenkassen aber nicht vergütet erhalten. Der Kanton leistet einen Beitrag an diese Auslagen. Dass Tarifverhandlungen geführt werden müssen, die diese Auslagen besser decken, steht ausser Frage. Vorliegend geht es aber nicht um andere Auslagen, sondern um diese GWL. Dazu stellen die Spitäler Anträge, die von der Regierung geprüft und entweder gutgeheissen, gekürzt oder auch erweitert werden, dies insbesondere dann, wenn Spitäler gleichbehandelt werden sollen.

Der vorliegende Beschlussantrag befasst sich mit den GWL des UKBB, mithin eines bikantonalen Spitals. Die Beschlussfassung erfolgt also unter dem Vorbehalt, dass auch der Landrat zustimmt, und das hat er inzwischen getan. Der

Kommission lagen der Ratschlag der Regierung und die Anträge des UKBB vor. was ihr nicht vorlag, waren die einzelnen Posten der Anträge der Spitäler. Sie konnte also nicht im Detail überprüfen, was die Regierung denn nun im Detail gekürzt hatte. Das führte zu Diskussionen. Die Kommission hätte hier gerne mehr Transparenz und möchte wissen, was denn nun genau gekürzt wurde. Die Kommission weiss deshalb nicht präzise, ob nun konkret lediglich Nice to have-Posten gestrichen wurden oder ob es um wesentliche Ausgaben ging. Vollständige Transparenz könnte es nur geben, wenn die ganzen Anträge der Spitäler Posten für Posten. übergeben würden und das GD genau aufzeigen würde, was nun gestrichen oder hinzugefügt wurde. Das würde nicht nur diesen Ratschlag für das UKBB, sondern alle Spitäler betreffen, denn für alle liegen GWL-Anträge vor.

Der nächste Schritt wäre dann der, dass die Kommission die einzelnen Kürzungen und Ergänzungen qualifizieren würde, dazu müsste sie mit den einzelnen Spitälern Hearings machen und nachfragen, ob die Kürzungen im Ratschlag erträglich sind. Man kann sich unschwer vorstellen, welchen Rattenschwanz an Aufwand dieses Hin und Her verursachen würde, was auch der Kommission unverhältnismässig erschien, weshalb sie heute die Zustimmung zum Ratschlag empfiehlt.

Die Mitte-EVP-Fraktion schliesst sich dem an und möchte zusätzlich darauf hinweisen, dass die Regierung mit dem UKBB und den anderen Spitälern einen Dialog führt und nicht ex cathedra einfach Kürzungen der Anträge verfügt. Das UKBB kann der Regierung gegenüber begründen und mit ihr verhandeln. Anträge folgen zudem in aller Regel, ich will hier dem UKBB konkret nichts unterstellen, dem Prinzip «il faut demander un boeuf pour avoir un oeuf». Anträge werden also so gestellt, dass es auch Posten gibt, auf die man verzichten und über die man verhandeln kann. Würden erhebliche GWL-Ausgaben des UKBB nicht berücksichtigt, die von Relevanz wären, hätte das UKBB also Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen, dies nicht nur im Dialog, sondern auch politisch und über die Medien.

Nichtsdestotrotz ist die Finanzierung natürlich zu verbessern und dazu sind Verhandlungen mit den Sozialpartnern und den Krankenkassen unerlässlich. Die Mitte EVP-Fraktion bittet Sie deshalb, dem vorliegenden Ratschlag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Lea Wirz für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich musste mich jetzt nochmals kurz vergewissern, dass wir wirklich bei diesem Geschäft hier sind und nicht bei anderen GWL von anderen Spitälern. Aber ja, wir sind tatsächlich noch beim UKBB.

Auch die Fraktion GRÜNE/jgb stimmt diesem Geschäft zu, das UKBB, das haben wir bereits mehrfach gehört, spielt eine zentrale Rolle in der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in der ganzen Nordwestschweiz. Die beantragten Mittel sichern Leistungen, die für das Gemeinwohl unerlässlich sind, aber im bestehenden Tarifsystem nicht kostendeckend abgegolten werden. Die GWL, die Aufgaben also, die im öffentlichen Interesse wie Ausbildung, Forschung, Sozialdienst oder Spitalbeschulung stehen, sind ein wichtiger Grundpfeiler unseres Gesundheitswesens. Hier braucht es die öffentliche Hand, um diese Leistungen zu sichern, weil eben das System diese nicht korrekt abgelten kann.

Aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb ist klar, diese Rahmenausgabenbewilligung ist notwendig, um den Betrieb des UKBB sicherzustellen und zu gewährleisten. Gleichzeitig braucht es aber dringend strukturelle Reformen, damit Kinderspitäler nicht ständig unterfinanziert sind. Bund und Kantone müssen gemeinsam Lösungen finden, um die pädiatrische Versorgung dauerhaft zu sichern. Hier erwarten wir vom Regierungsrat, dass er sich als Standortkanton eines Kinderspitals mit all seinen Möglichkeiten für bessere Lösungen einsetzt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Amina Trevisan hat sehr schön gesagt, dass dort den Kindern das Leben gerettet wird. Ich wollte auch dem Kinderspital danken, denn dort hat man mir auch das Leben gerettet 1970, durch das Team von Nationalrat Dr. Hugo Wick, CVP, die Mitte. In meinem Buch Jüngster Abgeordneter Europas habe ich über die dramatischen Tage geschrieben. Ich hatte eine Hirnhautentzündung, und ich will einfach aufzeigen, wie wichtig die Gelder sind. Meine Eltern wollten nach Kamerun, alles war gebucht und eine Woche vor Abflug bin ich eingeliefert worden und in Kamerun wäre ich damals gestorben, weil es dort keine Rettung gibt. Ich wollte einfach sagen Danke und darum stimme ich diesen Geldern zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Rednerliste ist erschöpft, somit hat Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte mich bedanken für die grosse Unterstützung, die Sie geäussert haben für unseren Antrag, aber natürlich vor allem für das Spital, und ich schliesse mich sehr gerne der Wertschätzung an, die geäussert wurde für die Arbeit der Mitarbeitenden am UKBB.

Inhaltlich glaube ich, sind wir uns einig, es braucht diese Erhöhung jetzt, um die Leistungen des Spitals für die nächsten vier Jahre abzusichern, aber es braucht für die langfristige Konsolidierung der Spitalfinanzen dann mehr, dessen sind wir uns auch bewusst. Und das sind auch strukturelle Themen, die nur teilweise in unserer Hand liegen, das ist ebenso zutreffend. Die wichtige Veränderung wird jetzt auf Tarifebene auf das Jahr 2026 hin kommen, indem eben der neue TARDOC eingeführt wird. Ich glaube, man muss das als Chance sehen für die Kindermedizin, es ist normal, dass es eine gewisse Nervosität gibt vor einer so grossen Tarifsystemumstellung. Aber die ausdrückliche Zielsetzung von TARDOC ist es, die sprechende Medizin, die Grundversorgung und die Kindermedizin zu stärken und wir sollten dem einen gewissen Kredit geben. Zudem ist es so, dass Tarifverhandlungen auch laufen und auch diese verdienen eine faire Chance, so dass wir hier nicht jetzt zum vornherein schon sagen sollten, dass diese Tarifumstellung ohnehin nicht ein gewichtiger Teil der Lösung sein könnte. Ich würde das ausdrücklich nicht so sehen, sondern sagen, diese Tarifumstellung ist eine Chance und alle Beteiligten sind aufgerufen, sie zu nutzen.

Damit ist auch die Invalidenversicherung angesprochen. Es wäre nicht verständlich, wenn die Invalidenversicherung, die direkt Teil ist des Bundes, eine Bundesinstitution, nun die Tarifumstellung für eine Senkung ihres Taxpunktwerts zum Anlass nähme. Das fänden wir nicht korrekt und das werden wir auch den Bundesbehörden gegenüber entsprechend so vertreten.

Zum Abschluss möchte ich noch sagen, dass es möglicherweise ein kleines Missverständnis gab im Votum von Andrea Strahm. Sie hat ein bisschen weiter ausgegriffen, glaube ich, schon auf das zukünftige Geschäft der allgemeinen GWL, wo auch andere Spitäler zur Diskussion stehen. Hier am UKBB haben wir einen sehr partnerschaftlich erarbeiteten Vorschlag auf dem Tisch und da hat also nicht die Regierung gekürzt gegenüber den Anträgen des Spitals, sondern das ist sehr einvernehmlich erarbeitet worden und hier ziehen wir absolut am gleichen Strick und es ist nicht unsere Absicht, da irgendwelche Abstriche zu machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Kommissionspräsident verzichtet auf ein Votum, Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 7 des Berichts.

Titel und Ingress

1. Ausgaben

2. Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton

Publikations und Referendumsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007560, 12.11.25 10:04:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) werden für das Jahr 2026 Ausgaben von Fr. 10'905'000 und für die Jahre 2027–2029 Ausgaben von jährlich Fr. 10’925’000 (insgesamt Fr. 43’680'000 für die Jahre 2026–2029) bewilligt.

2. Die Rahmenausgabenbewilligung steht unter dem Vorbehalt einer analogen Beschlussfassung durch den Landrat des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 93 Stimmen bei einer Enthaltung.

5. Fortgang der Koordinations-, Planungs- sowie Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in der Periode 2022 bis 2024, Bericht des RR

[12.11.25 10:04:35, 25.0513.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Für die Kommission das Wort hat die Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Dieser Bericht wurde der UVEK im Mai dieses Jahres überwiesen. Die Kommission setzte sich an ihren Sitzungen vom 27. August und 22. Oktober mit dem Bericht auseinander. Sie beantragt Ihnen heute mit 11 zu 0 Stimmen Kenntnisnahme des Berichts.

Dieser Bericht ist der erste Zwischenbericht zum Fernwärmeausbau. Mit dem vor wenigen Jahren beschlossenen Fernwärmeausbau sollen 60 Kilometer Fernwärmeleitungen hinzugebaut werden, pro Jahr im Schnitt 4 Kilometer. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass bereits ein Sechstel, also 10,6 Kilometer, bis Ende 2024 erstellt wurden. Auch die Dekarbonisierung der Fernwärme wird im Bericht aufgezeigt. Bis Ende 2035, spätestens aber 2037 sollen die restlichen 20% der Wärmeversorgung dekarbonisiert werden, die noch verbleiben. Über die dazu notwendigen Investitionen werden wir hier auch noch beraten.

Die UVEK hat in ihren zwei Sitzungen einige Abklärungen zu diesem Bericht getroffen, zuerst zu den neuen Hausanschlussoptionen. Der UVEK wurden die im Bericht erwähnten neu geschaffenen Hausanschlussoptionen näher erläutert. Die Vertretung von WSU und IWB haben aufgezeigt, wie durch die neuen Hausanschlussoptionen auch Häuser mit beengten Platzverhältnissen im Keller dank Zusammenschlüssen mit Nachbar:innen angeschlossen werden können an das Fernwärmenetz. Über zusammengelegte Hausanschlüsse können auch Häuser ausserhalb des Fernwärmegebiets theoretisch angeschlossen werden, solange sie Nachbarinnen und Nachbarn haben, die am Netz sind und sich mit ihnen zusammenschliessen wollen und können. Auch können so Anschlusskosten gespart werden, wenn man sich zusammenschliesst. In den Abrechnungen an sich ändert sich für die Kund:innen nichts, jedes Haus bekommt trotzdem einen separaten Zähler. Die Kund:innen sparen so Anschlusskosten, die IWB gewinnt mehr Kund:innen.

Interessiert hat sich die UVEK auch für die Frage, wie mit der Konkurrenz zwischen Erdsonden und Wärmepumpen und einem Fernwärmeanschluss umgegangen wird. Der Regierungsrat hat die Förderbeiträge für Wärmepumpen innerhalb des Fernwärmegebiets anfangs 2025 bereits halbiert. Damit wurde diese Konkurrenz weitestgehend entschärft. In Erkundung gebracht hat die UVEK in diesem Zusammenhang jedoch auch, wie die Auswirkungen der Solaroffensive auf diese Konkurrenz sein könnten. Der geförderte Solarstrom könnte eine Wärmepumpe mit günstigem Strom versorgen und damit die Wärmepumpe wiederum attraktiver werden lassen als der Fernwärmeanschluss. Der UVEK wurde erläutert, dass diese Kombination vor allem in kleineren Liegenschaften mit einer Heizungsleistung von 10 Kilowatt, also in Einfamilienhäusern, tatsächlich attraktiv sei, da sich dort im Jahresschnitt die Hälfte des Strombedarfs einer Wärmepumpe aus der eigenen Stromproduktion decken lässt, dies wohlgemerkt ohne Batteriespeicher und im Jahresschnitt. Mitberücksichtigt werden muss, dass im Sommer mehr Strom produziert und im Winter jedoch mehr geheizt, also auch mehr Strom genutzt wird für die Wärmepumpen, was diesen Effekt logischerweise dann auch verkleinert.

Bei grösseren Liegenschaften dürfte Solarstrom in Bezug auf die Wahl der Heizungslösung nicht von zu grosser Relevanz sein, da das Verhältnis von Strombedarf einer Wärmepumpe und Stromeigenproduktion nicht gleich gut sei. Bemerkt werden müsse auch, dass bei den Einfamilienhäusern die Solardachpflicht meist nicht greifen würde, da sie sich auf 100 m2 bezieht, so zumindest möchte es der Vorschlag des Regierungsrates, es ist so angedacht. Das gute Verhältnis von Eigenstromproduktion und Konsumation macht es bei einem Einfamilienhaus jedoch tatsächlich wahrscheinlicher, auch auf eine Wärmepumpe zu setzen und könnte daher tatsächlich Einfluss auf die Anschlussquote der Fernwärme in beispielsweise Quartierstrassen voll mit Einfamilienhäusern haben.

Ein grosser Effekt auf die Wirtschaftlichkeit des Fernwärmenetzes, und das war es eigentlich, was in der UVEK von Interesse war, sei jedoch nicht erwartbar, da alle Häuser zusammengerechnet, die in diese Kategorie fallen, nur etwa 3% des Fernwärmeabsatzes ausmachen würden. Die UVEK hat sich demnach weiter erkundigt, wie es denn mit kleineren Quartierstrassen aussehe, in denen viele bereits eigene Lösungen haben, die sich aber dennoch im Erschliessungsgebiet befinden. Die UVEK liess sich versichern, dass das für den Fernwärmeausbau vom Regierungsrat definierte Gebiet nach wie

vor seine Geltung hat, unabhängig davon, wie viele potenzielle Kund:innen in einer solchen Strasse bestünden. Der UVEK wurde zudem erläutert, dass einerseits sich eine tiefe Anschlussquote auch über die Jahrzehnte hinweg gegen oben bewegen könne, je mehr Heizungen dort ersetzt werden müssen über die Zeit hinweg. Andererseits sei die Anschlussquote in den kleinen Quartierstrassen mit vielen Einfamilienhäusern auch sekundär, es habe sich gezeigt, dass nicht die Anschlussquote der wichtigste Indikator sei für die Wirtschaftlichkeit des Netzes, sondern der Wärmeabsatz.

Die UVEK hat sich auch mit dem Thema der Kundeninformation befasst. Im Bericht ist auch aufgezeigt, dass die IWB die Kommunikation rund um die Gasstilllegung und den Fernwärmeausbau erweitert hat, unter anderem auch mittels der öffentlichen, interaktiven Onlinekarte. Die IWB informiert die Hauseigentümer:innen unterschiedlich, je nach Gebiet und Betroffenheit von der Gasnetzstilllegung und dem Fernwärmeausbau. Aktuell geht die IWB drei Jahre, bevor die Fernwärme in einem Strassenzug ankommt, auf Hauseigentümer:innen zu und informiert sie über die Fernwärme sowie die nachfolgende Gasstilllegung. Sie geht drei bis vier Jahre vor Gasnetzstilllegung auf Hauseigentümer:innen zu, in jedem Fall, auch wenn es keine Fernwärme gibt. Auf der interaktiven Webseite werden verbindliche und unverbindlichere Angaben gemacht. Die Angaben bezüglich Erschliessungsjahr hat sich die UVEK erläutern lassen. Diese sind dann als verbindlich deklariert, wenn eine Baubewilligung vorliegt. Die IWB informiert zudem auch mittels Infoveranstaltungen im Quartier und Infodesks.

Die Kommission diskutierte darüber, ob diese Informationen und die zeitlichen Abläufe ausreichend seien, beispielsweise für Investitionsplanungen von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern. Sie stellte fest, dass es bisher von Seiten IWB an alle heutigen Kund:innen des Gasnetzes sowie heutigen und auch potenziellen Kund:innen des Fernwärmenetzes keine allgemeine Information über die Gasnetzstilllegung und den Fernwärmeausbau gegeben hat,und dass die potenziellen Kund:innen oder Kund:innen, die von der Stilllegung des Gasnetzes betroffen sind, auch nicht auf die interaktive Karte oder auf die Vorinformation von drei bis vier Jahren vor einem möglichen Fernwärmeanschluss hingewiesen wurden. Die UVEK würde eine solche einmalige allgemeine Information über die Stilllegung des Gasnetzes und den Ausbau der Fernwärme und auch eine Information über die Informationsmöglichkeiten der Hauseigentümer:innen sehr begrüssen.

Die UVEK hat auch zur Kenntnis genommen, dass die Koordination mit Begrünungs-, Entsiegelungs- und Umgestaltungsmassnahmen gut angelaufen ist und sich IWB und BVD untereinander abstimmen. Bereits ein Drittel der 10,6 bisher erstellten Kilometer wurden mit Umgestaltungen koordiniert, ein Zehntel mit Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen. Auch zur Umsetzung dieser Koordination ist der Regierungsrat alle drei Jahre zu einem Bericht verpflichtet, was dort jedoch das BVD betrifft und nicht das WSU. Die UVEK erhielt die Auskunft, dass nach dem ersten Zwischenbericht seitens BVD die beiden Berichte synchronisiert werden sollen und in drei Jahren die UVEK den ersten Gesamtbericht erwarten kann.

Wie gesagt, beantragen wir Ihnen die Kenntnisnahme. Im Namen der UVEK bedanke ich mich beim WSU und den IWB für diesen Bericht und die Begleitung der Kommissionsberatung. Zusätzlich möchte ich an dieser Stelle auch einen Dank an alle weiteren Involvierten aussprechen, sei es auf der Baustelle oder in einem Büro der IWB, des BVD oder des WSU. Es ist nicht selbstverständlich, dass wir mit Infrastrukturausbauten und Systemwechseln dermassen schnell, effizient und gemeinsam koordiniert vorankommen. Vielen Dank für Ihre Arbeit und Ihnen besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regiserungsrat Kaspar Sutter verzichtete in einer ersten Runde. Somit hat Nicole Strahm Lavanchy für die LDP das Wort.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Der nicht mehr ganz aktuelle Bericht der IWB zum Fernwärmeausbau zeigt deutlich, die IWB ist auf Kurs. Der Ausbau und die Umsetzung schreiten planmässig voran, dies und den sehr umfangreichen Bericht nehmen die Fraktionen der LDP und der SVP anerkennend zur Kenntnis und bedanken sich herzlich dafür.

Der Bericht ist über den Zeitraum 2022 bis 2024 gestaltet. Es ist seither viel passiert, aber eines ist geblieben und dies ist für mich nicht ganz überraschend, Raffaela Hanauer hat es kurz erwähnt, aber es ist nicht ganz so, das sind nämlich die Herausforderungen. Und die liegen heute nicht mehr in der Technik, sondern in der Koordination der verschiedensten Player in der ganzen Strassennetzumgestaltung. Für eine ökologische Stadtentwicklung hat das Parlament in den letzten Jahren zahlreiche zusätzliche Projekte im öffentlichen Raum beschlossen, wir haben alle darüber abgestimmt, Strassenrückbauten, Entsiegelungen, begrünte Umgestaltung, mehr Sicherheit für Velofahrende, usw. All diese Vorhaben müssen nun gleichzeitig mit dem Fernwärmeausbau umgesetzt werden und das führt leider immer noch zu massiven planerischen Engpässen.

Wir hoffen nun wirklich auf ein zügiges gemeinsames Vorgehen, es sind noch etliche Jahre bis 2037, die vor uns liegen. Für die Bevölkerung, das Gewerbe und die Anschlusswilligen bedeutet das nämlich zeitlich längere Baustellen, Staus, Umleitungen und Anschlüsse, die je nachdem deutlich länger auf sich warten lassen als erhofft. Wir danken den Planenden sehr, wenn die begleitenden Baustellenbelastungen in Zukunft minimiert werden können. Eine zügigere Vorgehensweise ist sicher auch ein gutes Mittel zur Vorbeugung von Installationen alternativer CO_2-neutraler Heiztechniken in privaten Gebäuden und sicher auch ein wirtschaftlicher Wunsch der IWB. Wir sagen weiterhin klar Ja zum Fernwärmenetzausbau, Ja

zur Energiewende, aber bitte mit realistischer Koordination und mit Rücksicht auf jene, die tagtäglich von den Begleitumständen negativ betroffen sind. Nur so schaffen wir Akzeptanz und nur so wird der Ausbau der Fernwärme am Ende auch wirklich ein Erfolg für alle.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wenn wir über Fernwärme sprechen, dann sprechen wir über die Umsetzung des Klimaschutzes im Kanton Basel-Stadt. Das Volk hat uns mit Netto 2037 ein klares und ambitioniertes Ziel vorgegeben, dass wir bis ins Jahre 2037 Netto Null erreichen sollen. Im Bereich der Wärme wissen wir ziemlich genau, wie dieser Weg aussieht. Wir wissen, wie man ein Haus heizen kann, ohne dass man dazu fossile Brennstoffe benötigt. Es geht also nur noch darum, diesen Weg zu gehen, konsequent zu gehen mit einer klaren Strategie. Das machen wir im Kanton Basel-Stadt mit dem Energiegesetz, die klare Vorgabe, dass der Ersatz einer fossilen Heizung erneuerbar sein muss und mit Ihrem Beschluss zum Fernwärmeausbau und der Freigabe der Investitionssummen das klare Ziel, dass wir unser Fernwärmenetz um 60 Kilometer erweitern wollen, so dass wir viele der Haushalte in unserer Stadt damit erreichen. Das soll in den Fernwärmegebieten den Nutzen der Fernwärme möglichst vielen Kundinnen und Kunden ermöglichen, diesen Übergang von fossilen Heizmitteln zu erneuerbaren Heizmitteln.

Das bedingt natürlich auch gleichzeitig, dass wir es schaffen in dieser gleichen Zeit, den fossilen Anteil der Fernwärme, der liegt noch etwa bei 20%, ein bisschen abhängig von der Kälte der Winter, auch diesen noch erneuerbar zu gestalten. Auch hier hat die IWB die klare Vorgabe, das bis 2035 umzusetzen, zurzeit gerade werden zwei Pellet-Heizkessel eingebaut beim Heizwerk am Bahnhof, die noch im Laufe dieses Winters in Betrieb gehen sollen, eben mit dem Ziel, dass die Produktion bis 2035 auch zu 100% CO_2-neutral ist.

Ich bin sehr froh, dass wir mit den IWB ein eigenes kantonseigenes Unternehmen haben mit den unternehmerischen Freiheiten und der Professionalität, diese Ziele, diese Klimaziele, die Sie hier gesetzt haben und die Bevölkerung uns gegeben hat, auch konsequent umzusetzen. Weil diese Wärmetransformation ist ein unglaublich grosses Projekt, das fordert die IWB als Umsetzer, das fordert uns auch als Stadt mit den Baustellen und der Transformation, das fordert auch die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer bei der Umstellung ihrer Heizungsquelle. Das ist uns sehr bewusst, aber die IWB trägt hier die Hauptverantwortung, in 15 Jahren eben diese 60 Kilometer zu bauen und die Hausanschlüsse zu realisieren mit den Hauseigentümerinnenn und Hauseigentümern.

Und da dies ein sehr grosses Projekt ist, haben Sie auch diesen Bericht bestellt und wir sind natürlich als Regierungsrat und als zuständiges Departement in regelmässigem Austausch mit der IWB, um zu sehen, dass dieses Projekt auch gemäss den Zielen voranschreitet. Und diesen Bericht hat Ihnen der Regierungsrat im April dieses Jahres vorgelegt, über diese ersten drei Jahre, auch sehr entscheidenden Jahre, in denen das Projekt auch aufgestellt werden musste, in denen sehr viele Leitungen schon gebaut wurden, aber vor allem auch Transportleitungen und weniger Erschliessungsleitungen, die dann im späteren Teil des Projektes folgen. Sie können also in diesem Bericht lesen, wie der Stand war Ende 2024 und wir sind ja jetzt schon wieder fast 11 Monate weiter und das Projekt wurde selbstverständlich weitergetrieben und wir werden Ihnen dann nach den ersten sechs Jahren wiederum einen Bericht vorlegen, und die Präsidentin der UVEK hat es bereits erwähnt, wir werden dann auch den Teil der Oberflächengestaltung, also der Begrünung und der Entsiegelung, die Sie ja im Januar diesen Jahres in Auftrag gegeben haben oder beschlossen haben, dort integrieren, damit Sie auch ein Gesamtbild haben, sowohl über den Fortschritt des Ausbaus wie auch über die Begleitmassnahmen im Bereich der Entsiegelung und der Begrünung.

Zuerst müssen die Transportleitungen gebaut werden, das bedeutet, dass die Kundinnen und Kunden auch ein bisschen später kommen, das führt dazu, dass der Cashflow zu Beginn des Projektes schlechter ist, als er dann am Ende des Projektes ist und das wiederum ist auch der Grund, dass am Anfang der Projektphase grössere Tranchen des Kantonsdarlehens an die IWB bezahlt werden, eben im Abbild dieser Cashflow-Lücke, die insbesondere am Anfang entsteht durch dieses ganze Projekt. Bei den Anschlüssen sehen Sie auch 1’050 neue Anschlüsse wurden bis Ende letzten Jahres bereits verkauft, und was wichtig ist, das ist die Absatzmenge, denn das ist entscheidender für die Wirtschaftlichkeit, weil man ja pro bezogene Kilowattstunde die Fernwärme bezahlt. Und dort sieht man, dass man bereits 25% des Zieles erreicht hat, also bei der Absatzmenge sieht man sogar, dass ein überproportionaler Abschluss bereits möglich war. Das ist sicher eine sehr erfreuliche Zahl in diesem Bericht.

Sie sehen auch die Kosten. Wie auch schon der Forecast, der jetzt von 500 Millionen ausgeht. Es ist klar, da schaut man 12 Jahre in die Zukunft, das ist weiterhin mit Unsicherheiten verbunden, aber es ist natürlich stark getrackt. Und dieses Risiko ist zum Teil teuerungsbedingt, zum Teil aufgrund anderer Faktoren, aber dieses Risiko, und das ist mir wichtig, liegt auch nicht beim Kanton, sondern bei der IWB und die IWB hat ein sehr grosses Interesse und sie macht das auch sehr gut, auch diese Kosten im Griff zu halten, um dieses grosse Generationenprojekt der Wärmetransformation unter den Boden zu bekommen,

so dass die Menschen in Zukunft weiterhin warme Häuser haben, diese aber nicht mehr mit fossilen Brennstoffen geheizt sind.

An diesem Punkt möchte ich danken allen Leuten, die intensiv an diesem Projekt arbeiten, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IWB, aber auch des BVD und in meinem Departement, die involviert sind und ich möchte auch den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Basel und des Kantons Basel danken und auch weiterhin um Verständnis bitten, dass in dieser Transformationsphase das auch zu sehen ist in Form von Baustellen, aber wir alle wissen, weshalb wir das tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Kommissionspräsidentin verzichtet auf ein Votum, Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Sie haben den Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis genommen, das Geschäft ist erledigt.

6. Beschaffung eines ABC-Lastkraftwagens für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK

[12.11.25 10:25:52, 24.1916.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich im Namen der JSSK zu diesem Geschäft. Die Kommission beantragt mit 7 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung die Annahme des vorliegenden Beschlussentwurfs. Konkret geht es um die Ausgabenbewilligung für insgesamt 1’310’000 Franken für die Beschaffung eines elektrobetriebenen ABC-Lastkraftwagens für die Feuerwehr. Es geht zulasten der Investitionsrechnung des JSD.

Im Gegensatz zum folgenden Traktandum 7 der heutigen Tagesordnung der Beschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen, welches vollständig unbestritten war in der Kommission, hat diese Beschaffung doch zur Diskussion in der Kommission geführt. Wir haben das Geschäft an zwei Sitzungen behandelt. Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken bei allen Beteiligten, den Mitgliedern der Kommission, der Verwaltung und auch der zuständigen Regierungsrätin für die immer gute Zusammenarbeit.

Interventionen bei ABC-Ereignissen gehören zu den Kernaufgaben der Feuerwehr. Als ABC-Ereignis wird die unerlaubte Freisetzung von gefährlichen atomaren, biologischen oder chemischen Substanzen bezeichnet, wie sie zum Beispiel im Rahmen eines Unfalls eines Fahrzeugs mit Gefahrengut passieren kann. Wir haben jetzt einen bestehenden Wechselladeabrollbehälter, der der Bekämpfung von solchen Ereignissen dient und der auch mit verschiedenen Materialien ausgerüstet ist, Schutzausrüstungen für die Rettung und für Schutz und Dekontamination von Einsatzkräften. Jetzt soll ein ABC-Lastkraftwagen beschaffen werden, da der bestehende Wechselladeabrollbehälter seit 1998 im Einsatz ist und seine Lebensdauer deutlich überschritten hat.

Dass diese Ersatzbeschaffung notwendig ist, war für die JSSK komplett unbestritten und auch, dass jetzt ein Wechsel vom Wechselladeabrollsystem zu einem ABC-Lastkraftwagen technisch angebracht ist hat der Kommission sehr eingeleuchtet. Wichtig zu wissen noch zur Ausgangslage ist, dass diese Beschaffung im Kontext der kantonalen Elektromobilitätsstrategie steht. Darin haben wir uns als Kanton verpflichtet, die eigene Fahrzeugflotte schrittweise auf elektrische Antriebe umzustellen, wo kein wesentlicher leistungsmässiger Nachteil besteht, nicht zuletzt, weil der Verwaltung auch eine wesentliche Vorbildfunktion bei der Umstellung von fossilen auf elektrisch angetriebene Fahrzeuge zukommt. Basel-Stadt nimmt hier seit Jahren eine Vorreiterrolle ein, so sind beispielsweise bereits Elektrokehrichtfahrzeuge in Gebrauch, die Teslas, für die die Basler Polizei schweizweit noch bekannter ist als für den Schefer-Bericht, oder auch die Kleinalarmfahrzeuge bei der Feuerwehr. Auch betreffend Sanität liegt ein solches Beschaffungsgeschäft auf der Pendenzenliste der JSSK.

Der Grosse Rat hat damals bei der Verabschiedung des Gesamtkonzeptes Elektromobilität entschieden, dass die Beschaffung von Elektrofahrzeugen, die in punkto Gesamtkosten des Betriebs mehr als 10% über den Gesamtkosten von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren liegen, immer dem Grossen Rat vorgelegt werden muss. Das ist bei diesem Geschäft jetzt so, der Anpassungspreis der elektrobetriebenen Variante ist um ein Drittel höher als jener des Dieselfahrzeugs, und auch die Gesamtkosten über die gesamte Nutzungsdauer von 15 Jahren liegen 28% über den Gesamtkosten für ein

vergleichbares Fahrzeug mit Verbrennungsmotor. Pro Betriebsjahr entspricht dies dann einem Mehraufwand von durchschnittlich 25’000 Franken. Wichtig zu wissen ist jetzt aber, dass die Ersatzbeschaffung grundsätzlich nicht eines Grossratsbeschlusses bedarf, sprich, wenn der Grosse Rat das jetzt ablehnen würde oder Sie Nein sagen, dann würde die Regierung die Beschaffung eines Dieselfahrzeugs vornehmen. Das heisst also, wenn Sie einen Dieselbetrieb möchten und nicht einen Elektroantrieb, dann können Sie Nein sagen. Damit sagen Sie nicht Nein zu der Beschaffung sondern Nein zum Elektroantrieb. Es bedarf somit auch keines Änderungsantrags bei der Ausgabenbewilligung.

Wie gesagt war die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung in der Kommission unbestritten, bestritten war aber durchaus die Wahl des Antriebs. Die Gegner:innen der elektrischen Variante stellten insbesondere die ökologische und wirtschaftliche Sinnhaftigkeit in Frage und betonen, dass bei einem Spezialfahrzeug mit einer Laufreichweite von nur 1’000 Kilometern pro Jahr die ökologische Bilanz zu schlecht sei und dass bei den Mehrkosten das Kosten-Nutzen-Verhältnis ungenügend sei und man mit den Mitteln anderswo mehr für den Klimaschutz erreichen könne. Dann kommt auch die Belastung durch die Batterieherstellung und Unsicherheiten bezüglich Rezyklierbarkeit hinzu. Wegen dieser doch umfangreichen Kritik haben wir die Verwaltung gebeten, nochmals die Vor- und Nachteile für uns aufzuschlüsseln und das finden Sie auch im Anhang unseres Berichts. Wichtig für uns war, von der Verwaltung nochmals deutlich zu hören, dass wir hier im Bereich der Spezialfahrzeuge und eben der Lastkraftwagen auch immer noch in einem Pionierbereich sind, wo auch wenig gesicherte Langzeiterfahrungen vorhanden sind. Die Verwaltung hat aufgezeigt, dass Studien heute zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen und die Elektromobilität noch nicht ganz abschliessend bei diesen Geräten bewertet werden kann.

Gerade aber, weil diese technische Entwicklung noch vorangetrieben werden muss, ist dann die JSSK zum Schluss gekommen, dass ein Entscheid für Diesel hier im deutlichen Widerspruch zu den langfristigen Klimazielen und dem Anspruch, Vorbildfunktion einzunehmen, stehen würde. Ein negativer Entscheid heute hätte durchaus Signalwirkung auch für andere Feuerwehren in der Schweiz oder auch für private Unternehmen, die sich für oder gegen Elektroantrieb bei Lastkraftwagen entscheiden müssen. Wenn Basel-Stadt hier vorangehen will, dann bedeutet das, dass sich auch zukünftige Entwicklungen in diesem Bereich beschleunigen. Die Verwaltung hat dann auf unsere Nachfrage hin wirklich nochmal erläutert, dass diese Basler Signalwirkung nicht einfach quasi schönes Gerede sei, sondern dass das, was die Feuerwehr Basel-Stadt respektive der Grosse Rat heute hier entscheidet, durchaus national und international beobachtet werde.

Besonders überzeugt hat uns bei der vertieften Auseinandersetzung mit der Materie die Tatsache, dass der Elektroantrieb auch ganz handfeste praktische Vorteile für die Bevölkerung hat. Er ermöglicht nämlich einen leiseren und auch einen emissionsfreieren Betrieb. Bei ABC-Einsätzen haben diese Geräte oft lange Standzeiten an einem Ort mit laufendem Motor, und da hat der Elektroantrieb deutliche Vorteile in Bezug auf CO_2-Ausstoss und Lärm. Zudem können unnötige Regenerationsfahrten vermieden werden, wie sie bei Dieselfahrzeugen nötig sind, um die Partikelfilter zu reduzieren. Das sind Fahrten, die keinen Einsatzzweck erfüllen, sondern lediglich Emissionen verursachen.

Aufgrund dieser Überlegungen hat sich dann die Haltung in der Kommission doch deutlich durchgesetzt, dass auch hier auf Elektromobilität zu setzen sei, eben mit 7 zu 4 Stimmen mit einer Enthaltung. In dem Sinne beantragen wir Ihnen jetzt die Beschaffung dieses ABC-Lastkraftwagens mit Elektrobetrieb.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank an die Kommissionspräsidentin für das umfassende Votum zur Berichterstattung der JSSK, vielen Dank auch von meiner Seite für die immer gute Zusammenarbeit und die konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema. Ich bin vor allem auch sehr dankbar, dass der Ersatz dieses Fahrzeuges nicht in Zweifel gestellt wird. Ich denke, wir sind uns wohl einig, dass es wichtig ist, dass wir intervenieren können bei diesen sogenannten ABC-Ereignissen und deshalb geht es hier tatsächlich nur um die Frage, welchen Antrieb dieses Fahrzeug haben soll. Bei dieser Ersatzbeschaffung wird diese 10%-Marge überschritten ist, das heisst, die Kosten sind um gut ein Drittel höher als bei einem Diesel betriebenen Fahrzeug, weshalb jetzt hier die Diskussion geführt werden muss.

Es ist schon so, dass wir gerade im Justiz- und Sicherheitsdepartement, gerade bei den Blaulichtorganisationen, es häufig mit Spezialfahrzeugen zu tun haben, die es eben nicht von der Stange zu kaufen gibt und insofern sich auch immer ein Teil der Innovation und der Entwicklung in solche Fahrzeuge natürlich auch auf den Preis niederschlägt. Wir schauen uns bei einer Ersatzbeschaffung immer natürlich das Gesamtkonzept der Elektromobilität an, daran halten wir uns und daran richten wir uns auch aus, aber für mich ist schon auch wichtig zu sagen, für eine Blaulichtorganisation ist das erste Kriterium die Einsatzbereitschaft. Meine Frage an die verschiedenen Bereiche, sei es die Rettung oder die Polizei, ist immer zuerst, ob wir die Sicherheit unserer Bevölkerung mit einem alternativen Antrieb genauso sicherstellen können wie mit einem konventionellen. Das muss mir als Vorsteherin auch zugestanden werden, dass das das Hauptkriterium sein muss. Wenn aber die Fachmeinung zum Schluss kommt, dass das möglich ist mit Elektroantrieb, auch bei solchen Spezialfahrzeugen, dann ist wie der Auftrag auch aus dem Gesamtkonzept klar, dass ich diesen auch politisch vertreten werde, diesen in die Regierung bringe und im Endeffekt auch dann im Grossen Rat beantragen werde, was hier ja auch so geschehen ist.

Ich verstehe, dass die Diskussion dieses Mal etwas intensiver war, weil die Kilometerleistung oder die Laufdauer dieses Fahrzeugs doch relativ gering sind im Unterschied zu unseren beispielsweise elektrisch betriebenen Hilfslöschfahrzeugen, die ja täglich höher und sichtbar sind, und hier reden wir von 1'000 Kilometern, das ist natürlich im Verhältnis nicht so extrem viel und deshalb war die Diskussion auch sehr konstruktiv über die Sinnhaftigkeit des ökologischen Mehrwerts versus der Wirtschaftlichkeit. Das zur Diskussion.

Ich denke, was die Kommissionspräsidentin auch schon gesagt hat, wir sind mit der Feuerwehr insbesondere, mit der Sanität kommen wir dann später noch, mit der Polizei ist es schon etwas länger her, fortschrittlich unterwegs. Es gibt schon auch viele Feuerwehren, nicht nur in der Schweiz, sondern auch aus dem Ausland, die schauen, was hier vor sich geht, weil man schauen möchte, welche Erfahrungen man macht, und ich denke, es gibt sicher noch diesen Aspekt des Vorbildcharakters unserer Einsatzorganisationen. Deshalb ist der Regierungsrat in der Gesamtsumme zum Ergebnis gekommen, trotz des höheren Preises die elektrisch betriebene Variante dem Grossen Rat zur Annahme zu empfehlen, analog zur Empfehlung der JSSK.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Erster Fraktionssprecher ist David Jenny für die FDP.

David Jenny (FDP): Wir beantragen Ihnen, den Ausgabenbericht abzulehnen. Es wurde schon gesagt, die Folge davon ist einfach, dass ein Diesel Fahrzeug angeschafft werden wird. Ein Änderungsantrag erübrigt sich daher auch. Beim nächsten Geschäft werden wir der Beschaffung der beantragten E-Fahrzeuge zustimmen.

Warum sagen wir hier Nein nach gründlicher Beratung in der Kommission? Mit den Kosten sind wir nicht bei 10% plus oder bei 5% plus, sondern bei einem Drittel plus an Kosten. Wir beschaffen hier fast ein sprichwörtliches Stehzeug, eben prognostiziert 1'000 Kilometer pro Jahr. Wir haben mal gerechnet, wir wissen nicht, was der Diesel-Verbrauch ist, wie billig da Zertifikate beschaffen werden könnten. Es gibt überdies keine schüsselfertige Lösung und ich glaube, die Beschaffung ist ein Risiko, ob wirklich das beschaffbar ist, in welcher Qualität und zu welchen Kosten, da konnte uns keine Zusicherung gemacht werden. Dann wird immer von der Vorbildfunktion gesprochen. Aber wir müssen nicht immer Vorbild und First Mover sein, wenn wirklich der Ertrag in allen Dimensionen so gering ist. Das können ja auch mal andere tun.

Es wird auch übersehen, wir reden über ein ABC-Fahrzeug, es gibt auch das ABC der Nachhaltigkeit, und da gehört auch der schonende Umgang mit unseren finanziellen Ressourcen dazu. Nur weil jemand Vorbild meint, heisst das nicht, dass wir das Geld aus dem Fenster werfen sollen. Deshalb empfehle ich Ihnen, heute Nein zu stimmen. Sie können das mit gutem Gewissen tun, unsere Sicherheit ist gewährleistet, es besteht keine Gefährdung des Klimas. Wir haben auch gesprochen über die grossen Batterien, die ganze Herstellung. Das ist auch nirgends einkalkuliert in diesen Abwägungen und daher bitte ich Sie, unserem Antrag zu folgen und Nein zu stimmen und eine rasche und gute Beschaffung dieses wichtigen Fahrzeuges zu ermöglichen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächster Fraktionssprecher ist Patrick Fischer für die SVP.

Patrick Fischer (SVP): Die Berufsfeuerwehr benötigt einen neuen ABC-Lastkraftwagen, das ist unbestritten. Die einzige Frage, die sich stellt, ist, ob wir uns für eine Elektro- oder eine Diesel-Variante entscheiden. Der Feuerwehr ist es grundsätzlich egal, aber möglicherweise interessiert es den Steuerzahler, dass die eine Variante 380'000 Franken mehr kostet. Das erwähnte Fahrzeug weist, wie wir schon gehört haben, eine jährliche Laufleistung von ca. 1'000 Kilometern auf und benötigt daher ca. 250 Liter Diesel im Jahr. Ein klein wenig kommt noch für regelmässige Regenerationsfahrten und allenfalls für Fallschulzwecke dazu.

Es ist vernünftig, dass der Kanton sich bei Neubeschaffungen von Fahrzeugen grundsätzlich Gedanken um die ökologische Gesamtbeurteilung macht. Wir alle dürfen uns aber hier nicht einfach blind von Ideologien leiten lassen. Bei einer Laufleistung von lediglich 1'000 Kilometern sehe ich den ökologischen Vorteil eines Elektrofahrzeuges im Vergleich zum Diesel nicht. Der CO_2-Ausstoss während des Betriebes fällt insgesamt minimal aus. Wir sprechen ja hier nicht von einem alten Dieselfahrzeug, sondern von einem hochmodernen, das erst noch zu beschaffen ist.

Die Produktion und spätere Entsorgung der Batterien wird einen erheblich grösseren ökologischen Fussabdruck verursachen. Das beginnt ja bereits beim Abbau – Lithium, Kobalt, Nickel, Graphit und Kupfer werden nicht nach europäischen Standards abgebaut, sondern nicht selten zu bedenklichen Bedingungen in Zweit- oder Drittweltländern. Wenn man umweltbewusster unterwegs sein möchte, könnte man auch E-Fuels in Betracht ziehen. Da gibt man zwar auch ein bisschen mehr Geld aus, aber aufgrund der geringen Laufleistung fällt das nicht derart ins Gewicht.

Ich möchte hier nochmal klar betonen, dass die SVP keineswegs sich der Elektromobilität verschliesst. Das wird sich auch beim nächsten Traktandum, wo es um Kleinfahrzeuge geht, zeigen. Hier herrscht Einigkeit, dass bei einem Fahrzeug, welches jeden Tag in unserer Stadt unterwegs ist, Elektromobilität sinnvoll ist. Ich sehe wirklich nicht ein, warum wir 380'000 Franken Steuergeld für etwas ausgeben möchten, das am Ende diesem Planeten mehr schadet, als es ihm nützt. Und deswegen, wir haben es gehört, viele Wege führen nach Rom, unser Änderungsantrag ist somit eigentlich mehr oder weniger überflüssig. Sie können dieses Geschäft auch einfach ablehnen und wir haben das gleiche Resultat, dass wir ein Dieselfahrzeug beschaffen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen hat eine Zwischenfrage. Sie wird entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Können Sie mir sagen, wie Öl, Gas und alle Materialien, die Sie zum Bau eines fossil betriebenen Motors brauchen, abgebaut werden und nach welchen Standards?

Patrick Fischer (SVP): Nein, das kann ich nicht, ich bin kein Ingenieur.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Sie haben Sorgen bezüglich der Batterien angetönt. Morgen und übermorgen ist eine grosse Konferenz in Bern, bei der es um die Resultate von sieben Forschungsinstituten und 24 Unternehmen im Bereich Batterierecycling geht. Darf ich Ihnen empfehlen, sich dort auf den neusten Stand zu bringen?

Patrick Fischer (SVP): Sehr gerne, jetzt, wo ich es weiss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich danke für die bereits intensiv geführte Debatte, die ganzen Details zum Beschluss, die heute vorliegen, wurden von der Kommissionspräsidentin und auch von der Regierungsrätin sehr im Detail ausgeführt und ich bin froh, dass durch die Zwischenfragen meiner Vorrednerinnen auch die Bedenken bezüglich der Batterien ein bisschen eingeordnet werden konnten. Ich spreche im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb und auch im Namen der BastA und der SP und gebe gerne nochmals unsere Empfehlung für die Beschaffung eines elektrobetriebenen ABC-Lastwagens vor.

Wir haben es gehört, bei den Kleinfahrzeugen war die Beschaffung von elektrobetriebenen Fahrzeugen unbestritten in der JSSK. Demgegenüber haben wir bei diesem ABC-Lastwagen, insbesondere aufgrund der begrenzten Laufzeit, eine Debatte geführt über die Vor- und Nachteile von Elektro versus Diesel und haben uns diese Frage auch nicht leicht gemacht. Es gab Abwägungen bezüglich der Ökobilanz, bezüglich des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, weil tatsächlich der Preis für die Beschaffung des elektrobetriebenen Lastwagens relativ hoch ist. Dazu ist aber auch natürlich zu sagen, dass die Investition in neuartige Technologien auch einen bestimmten Preis hat, der im Moment hoch ist, der aber auch kleiner wird, wenn diese Technologien zusätzlich gefördert werden. Da schon eine kleine Relativierung auch bezüglich der Höhe des Preises. Wenn man das dann auch noch herunterbricht auf die Einsatzdauer der 15 Jahre, dann ist das pro Jahr auch nicht mehr so viel, was der Kanton zusätzlich für diese innovative Technologie ausgibt.

Was ich wirklich vehement zurückweisen möchte, ist, dass wir hier blind einer Ideologie folgen würden. Das ist genau gerade nicht der Fall. Wir haben in der JSSK die Zweifel, die vorgebracht wurden, sehr ernst genommen, wir haben noch einmal die Regierung gebeten, uns eine Zusammenstellung der Vor- und Nachteile der beiden Varianten zu machen. Wir haben das im Detail nochmal diskutiert mit der Feuerwehr, die ganz klar gesagt haben, es kommt absolut beides in Frage und es ist eine Abschätzung von Vor- und Nachteilen und deshalb jetzt hier zu kommen und zu sagen, dass das eine blinde Ideologie ist, ist komplett an der Diskussion der Kommission vorbei. Es wurde vielmehr sehr sachlich diskutiert und abgewogen und über den Sommer noch einmal diese Einschätzung eingeholt.

Ich komme jetzt zu den Vorteilen, weswegen sich dann auch eine Mehrheit der Kommission für die Beschaffung eines elektrobetriebenen Lastwagens entschieden hat. Wir haben das bereits gehört, es ist zunächst die Vorreiterrolle. Da geht es nicht unbedingt darum, jetzt eine Vorreiterrolle einzunehmen, sondern der Punkt ist, dass die Feuerwehr Basel-Stadt bereits eine Vorreiterrolle hat, die beachtet wird, sowohl schweizweit wie auch international, und es geht jetzt darum, diese

Vorreiterrolle weiter auszuführen, weil wir diese Signalwirkung haben. Ein Nein jetzt zu dieser Beschaffung hätte im Gegenteil eine negative Signalwirkung, die unter Umständen auch nicht verstanden würde. Insbesondere nicht verstanden würde es auch deshalb, weil es in einem Widerspruch zur Klimastrategie 2037 steht. Dieser ABC-Lastwagen wird bis 2042 im Einsatz sein. Es ist einfach nicht wirklich zu rechtfertigen, wieso wir dann weiter mit einem Verbrennungsmotor über die Klimastrategie 2037 hinaus unterwegs sind. Und auch bis dahin wird sich die Technologie noch einmal enorm entwickelt haben und dann wäre es wie so ein aus der Zeit gefallenes Fahrzeug, das wir benutzen würden bei der Feuerwehr, die ja eigentlich für eine Vorreiterrolle steht. Das ist irgendwo nicht konsistent.

Dann ein wirklich ganz unsinniger Punkt, auf den ich schon noch einmal eingehen möchte, ist, dass gerade wegen der begrenzten Laufleistung ein Diesel betriebenes Fahrzeug immer wieder komplett zweck- und nutzlose Fahrten, sogenannte Regenerationsfahrten, machen muss, also es ist immer wieder unterwegs, ohne dass es eigentlich unterwegs sein müsste, damit dieser Diesel-Partikelfilter gereinigt wird. Das heisst, es müssen zusätzlich zu den Kilometern, die gemacht werden müssen, zusätzliche Kilometer geleistet werden, die einzig und alleine dem Verbrennungsmotor geschuldet sind. Und das ergibt keinen Sinn. Es widerspricht auch unserer Haltung, dass wir einen ressourcenschonenden Einsatz unserer Fahrzeuge möchten und es wäre eine unnötige Emissionsbelastung, die einfach dagegen spricht.

Und dann der letzte Punkt, den ich schon auch noch einmal sehr wichtig finde, das hat auch die Kommissionspräsidentin gesagt, ist dieser sehr praktische Vorteil. David Jenny hat das eigentlich auch richtig gesagt, das Ding, das steht vor allem, das fährt eigentlich gar nicht so viel, aber deshalb ist es eben auch zentral, in Betracht zu ziehen, was passiert, wenn dieser ABC-Lastwagen steht. Der ist ja dann nicht abgeschaltet, sondern der pumpt irgendwelche gefährlichen Substanzen. Und dafür ist er ständig in Betrieb, und deshalb spielt eben auch die Emission vor Ort eine zentrale Rolle. Und wenn wir diesen elektrobetriebenen Lastwagen nehmen, dann reduzieren wir vor Ort, wo dieser Lastwagen zum Teil Stunden, Tage steht, den Ausstoss von CO_2 und von Lärm. Das ist doch ein erheblicher Vorteil, der auch noch ganz praktisch für die Beschaffung dieses elektrobetriebenen Lastwagens steht.

Und wenn ich es richtig verstanden habe, hat die SVP, glaube ich, ihren Änderungsantrag zurückgezogen. Daher gehe ich jetzt einfach noch darauf ein, was die GRÜNEN/jgb, die BastA und die SP Ihnen empfehlen, nämlich die Annahme dieser Vorlage und damit die Beschaffung eines elektrobetriebenen Lastwagens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum, ebenso die Kommissionspräsidentin. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 8 des Berichts.

Titel und Ingress

Einziger Absatz.

Der Änderungsantrag der SVP wurde durch Patrick Fischer zurückgezogen. Wir kommen damit zum weiteren Teil der Detailberatung, zur Publikationsklausel und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007563, 12.11.25 10:54:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es werden Ausgaben über gesamthaft Fr. 1'310'000 für die Beschaffung eines elektrobetriebenen ABC-Lastkraftwagens der Feuerwehr Basel-Stadt zu Lasten der Investitionsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Dienststelle Rettung, genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 73 gegen 20 Stimmen bei einer Enthaltung.

7. Beschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK

[12.11.25 10:54:14, 25.0488.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich im Namen der JSSK auch zu diesem Geschäft. Wie bereits gesagt wurde, beantragen wir die Annahme der Beschlussvorlage, in diesem Fall ist das einstimmig der Fall. Wir möchten also, dass der Grosse Rat heute eine Ausgabenbewilligung bewilligt über gesamthaft 1’150’000 Franken für die Beschaffung von drei elektrobetriebenen Kleinalarmfahrzeugen für die Feuerwehr Basel-Stadt, auch das zulasten der Investitionsrechnung des JSD. Wir haben das Geschäft an einer Sitzung behandelt und waren uns rasch auch einig. Ich berichte Ihnen deshalb auch nur relativ kurz.

Diese Kleinalarmfahrzeuge sind aufgrund ihrer vielseitigen Einsatzmöglichkeiten die meistgenutzten Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr, sie haben ungefähr 600 bis 900 Einsätze pro Jahr. Da die bisherigen Kleinalarmfahrzeuge nach 12 Jahren ihre technische Lebensdauer erreicht haben, ist jetzt eine Ersatzbeschaffung notwendig. Und ebenfalls wie im vorhergehenden Geschäft, wenn Sie hier Nein sagen würden, würden Sie Nein sagen zu der Form des Antriebs, aber nicht zu der Ersatzbeschaffung, denn die Ersatzbeschaffung grundsätzlich ist in der Kompetenz der Regierung, diese würde dann halt auch mit einem Dieselantrieb stattfinden. Ich gehe jetzt aber nicht davon aus, dass das hier umstritten ist.

Die zur Beschaffung stehenden analog aufgebauten Kleinalarmfahrzeuge entsprechen fahrzeug-, arbeits- und sicherheitstechnisch dem neusten Stand und verfügen auch über eine austauschbare Wechselbeladung. Im Vergleich zu Dieselfahrzeugen weist die elektrobetriebene Variante einen um. 48% höheren Anschaffungspreis auf, währenddem aber die Betriebskosten tiefer ausfallen. Über die gesamte Nutzungsdauer von 12 Jahren liegen dann die Gesamtkosten der drei Fahrzeuge 31% über jenen von vergleichbaren Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor. Das entspricht pro Betriebsjahr und Fahrzeug einem Mehraufwand von durchschnittlich rund 9’000 Franken.

Die JSSK unterstützt, dass der Regierungsrat hier im Rahmen des Gesamtkonzepts Elektromobilität respektive der kantonalen Ausrichtung zur CO_2-Reduktion die bestehenden Kleinalarmfahrzeuge durch elektrisch betriebene Modelle ersetzen möchte. Wir begrüssen auch die Modernisierung der Fahrzeugflotte, damit die Feuerwehr den hohen Anforderungen an die anspruchsvolle Aufgabenerfüllung auf den neusten Stand der Technik bringen kann. Auch die schnellere Zugänglichkeit und einfachere Begehbarkeit der neuen Fahrzeuge, wie die Verwaltung sie uns erleutert hat, verbessert nicht nur die Arbeitssituation für die Rettungskräfte, sondern verbessert auch den Schutz der Bevölkerung.

Ein wichtiges Argument für die JSSK ist auch, dass der Fahrzeugtyp, der jetzt beschaffen werden soll, sich im Einsatz bereits bewährt hat. Die Feuerwehr verfügt seit 2024 über zwei derartige Fahrzeuge für die Wasserrettung und Höhenrettung bei der Berufsfeuerwehr sowie über sieben Mehrzweck- und Personentransporter bei der Milizfeuerwehr. Die Fahrzeuge verfügen über eine jährliche Laufleistung von 2’650 Kilometern, somit eine höhere Auslastung als der ABC-Lastwagen, den wir gerade vorhin bewilligt haben zu beschaffen mit Elektroantrieb.

Aufgrund von dieser Ausgangslage sind wir zum Schluss gekommen, dass der höhere Anschaffungspreis auch über die gesamte Nutzungsdauer hinweg die höheren Gesamtkosten von diesen neu zu beschaffenden elektrobetriebenen Kleinalarmfahrzeugen in Kauf zu nehmen ist und wir empfehlen Ihnen deshalb einstimmig, diese Ausgabenbewilligung anzunehmen. Ich bedanke mich auch hier wieder bei der zuständigen Regierungsrätin und Verwaltung und den Kommissionsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich gebe den Dank auch hier gerne zurück für die gute Diskussion auch in diesem Geschäft. Die Präsidentin der JSSK hat die wesentlichen Argumente für diese Ersatzbeschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen bereits umfassend geschildert, ich werde mich hier nicht wiederholen, sondern möchte einfach betonen, dass das das meistgebrauchte Fahrzeug der Feuerwehr ist, das jetzt auch nach zwölf Jahren ersetzt werden muss, was sehr gut möglich ist im E-Antrieb. Ich denke, hier spielt auch nicht das Argument der Kilometerleistung eine Rolle, wir haben uns auch hier als Regierungsrat am Ratschlag Gesamtkonzept Elektromobilität ausgerichtet und kommen zum Schluss, dass der Einsatzzweck respektive die Einsatzbereitschaft mit diesen Fahrzeugen vollumfänglich gewährleistet ist. Deshalb beantragen wir seitens Regierung, dem Bericht der JSSK zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen, Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007565, 12.11.25 11:00:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es werden Ausgaben über gesamthaft Fr. 1'150'000 für die Beschaffung von drei elektrobetriebenen Kleinalarmfahrzeugen der Feuerwehr Basel-Stadt zu Lasten der Investitionsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Dienststelle Rettung, genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 gegen eine Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

9. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Aktienmehrheit und Strategie der MCH Group

[12.11.25 11:00:51, 25.5381.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Ich spreche heute gegen die Motion Seggiani und Konsorten, weil sie aus meiner Sicht den falschen Ansatz wählt. Die Forderung, der Kanton Basel-Stadt solle eine Mehrheitsbeteiligung an der MCH Group erwerben, mag gut gemeint sein, sie ist aber weder realistisch noch sinnvoll. Ein solcher Schritt würde bedeuten, dass der Kanton Basel-Stadt zum Unternehmer eines internationalen Konzerns wird mit allen finanziellen und ordnungspolitischen Risiken, die das nach sich zieht. Die MCH Group ist ein börsenkotiertes, international tätiges Unternehmen. Wer hier eine Aktienmehrheit anstrebt, müsste wohl mit einem Aufwand im hohen dreistelligen Millionenbereich rechnen und aufgrund des Börsengesetzes ein öffentliches Kaufangebot für alle Aktien abgeben. Das wäre nicht nur teuer, sondern auch wirtschaftspolitisch verfehlt.

Dennoch, die LDP hätte einem solchen Vorhaben, wenn es als Anzug formuliert gewesen wäre, wahrscheinlich zugestimmt, um ein klares Zeichen insbesondere an den amerikanischen Investor zu senden, wie wichtig die MCH Group für Basel ist. Das hätte dem Regierungsrat in den laufenden Gesprächen eine stärkere Verhandlungsposition verschafft, ohne den Kanton in die Eigentümerrolle zu drängen. Wir erinnern uns, vor Kurzem wurde eine Motion behandelt, die genau das Gegenteil forderte, nämlich den Verkauf der MCH-Anteile. Jetzt wollen wir die Messe faktisch verstaatlichen.

Beides sind Extreme und keines davon stärkt den Standort Basel. Was wir brauchen, ist keine Eigentumspolitik, sondern eine Standortstrategie, insbesondere für die Art Basel. Genau das verfolgt mein Anzug zur Zukunft der Art Basel, den Sie sehr gerne bei mir noch unterschreiben dürfen. Ziel des Anzugs ist es, die strategische Bedeutung der Art Basel für unseren Standort langfristig zu sichern. Der Regierungsrat soll aktiv darauf hinwirken, dass Basel im globalen Markenverbund der Art Basel gestärkt bleibt, dass zentrale Aktivitäten hier verankert werden und dass die Messeinfrastruktur gezielt weiterentwickelt wird. So sichern wir die Zukunft der Art Basel, nicht durch staatliche Kontrolle, sondern durch kluge Standortpolitik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Wir vernehmen heute Morgen mit grosser Sorge ganz unterschiedliche Kreise zu dieser Messe, heute Morgen sind noch ganz interessante Informationen kursiert. Ja, wir alle trauern um die Basel World, wobei ich damals schon, als ich den Namen das erste Mal gehört habe, Fragezeichen hatte. Oder wir schauen neidisch auf die Olma und vermissen unsere MUBA. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir können den Uhrzeiger nicht zurückdrehen, wir können aber in den Geschichtsbüchern ein bisschen nachschauen. Ich habe das gemacht, im Jahr 2017, vor etwa ziemlich genau acht Jahren hat die FDP eine Medienmitteilung gemacht. Wir zeigten uns besorgt um die Entwicklung der MCH Group. Die Messe hatte gerade eine Akquise gemacht in den USA für eine 160 Millionen Umsatz Eventagentur. Die Ausstellerzahlen der Basel World hatten sich halbiert. Wir forderten die Professionalisierung im Verwaltungsrat, weil eben das Geschäft komplexer und internationaler geworden ist. Leider wollte man uns da nicht hören, auch früher schon nicht, als wir unsere Bedenken ausgesprochen hatten.

Damals bestand der Verwaltungsrat aus elf Personen, sechs davon von öffentlichen Körperschaften. Es liegt mir fern, den Personen im Verwaltungsrat von damals die alleinige Schuld oder die Schuld für die Probleme der Messe zu geben. Nur ist es wichtig, heute noch viel wichtiger wahrscheinlich, dass eben diese Organisation professionell aufgestellt ist. Wir können nicht hier fordern, dass die Art Basel erhalten bleibt, das funktioniert einfach nicht. Oder meint wirklich jemand hier im Saal, dass die Regierung oder die Verwaltung oder wir im Grossen Rat diese Art Basel besser und erfolgreicher führen können? Das bezweifle ich und finde ich fast schon ein bisschen naiv.

Aber was wir machen können, ist unsere Stadt weiterhin als Kulturstadt mit all den Museen zu präsentieren und eben den internationalen Kunstausstellern den roten Teppich auszurollen. Das ist das, was wir machen können, die Rahmenbedingungen gut behalten und noch verbessern, und dann sollte man vielleicht auch die Bauabsperrung vor dem Claraturm endlich entfernen. Diese steht jetzt schon bald ein Jahr da, auch während dem ESC. Auf die börsenrechtliche Thematik gehe ich nicht mehr ein, das hat der Kollege schon gemacht. Die FDP weist die Motion zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Es ist mir wichtig festzuhalten, dass wir uns in der Fraktion mit der vorliegenden Motion lange und intensiv auseinandergesetzt haben. Schlussendlich sind wir aber in aller Deutlichkeit zum Entschluss gekommen, dass wir diese Motion nicht unterstützen können, und dies aus einer klaren linken Positionierung. Auch wenn wir die Privatisierungsvorwürfe gegen die BastA von einzelnen SP-Vertretenden noch gut in den Ohren haben bei unserem Vorstoss, kann ich Sie beruhigen, es geht uns in keiner Weise um eine billige Retourkutsche. Nein, wir lehnen diese Motion ganz grundsätzlich ab, und dies aus mehreren Gründen, gerne lege ich Ihnen diese da.

Wir erachten die Rechtsform der Messe Basel beziehungsweise nun neu der MCH Group als ein börsenkotiertes Unternehmen als völlig die falsche Form und sehen dies eben auch als Hauptgrund für die bestehenden Probleme, die wir jetzt gerade haben. Die MCH Group als börsenkotiertes Unternehmen muss wachsen, wachsen und nochmals wachsen und richtet ihre Strategie auf die Märkte aus, wo finanziell noch was zu holen ist, damit die Profitrate für das Unternehmen sowie für die Aktionäre stimmen. Ich sehe das völlig unmoralisch, es ist einfach die Logik des Kapitals. Und liebe SP-Genoss:innen, entschuldigt den kleinen Seitenhieb, dies müsste auch aus sozialdemokratischer Sicht eigentlich klar und selbstverständlich sein. Es ist nicht gottgegeben, dass unsere Messe ein börsenkotiertes Unternehmen ist, nein, wir haben sie dazu gemacht und einzig und allein, und das wurde jetzt auch von den Vorrednern so bestätigt, um die heilige Kuh Art Basel zu erhalten und weiter in der Champions League des internationalen Kunsthandelns zu spielen. Es bleibt aber offen, ob es für Basel in

Zukunft eher nur noch für die Europa League oder gar die Conference League reichen wird, weil Paris, Miami, Hongkong, Doha und in Zukunft gleich noch andere Weltstädte die Art Basel austragen.

Die Motionärinnen schreiben, dass mit mehr Einfluss des Kantons in Form einer Aktienmehrheit andere Werte zum Zuge kämen und andere Entscheide gefällt werden könnten, ja vielleicht, aber nicht in der Rechtsform eines börsenkotierten Unternehmen. Wenn wir die Messe Basel, das ist jetzt vielleicht auch sehr antiquarisch, wieder in eine Genossenschaft oder von mir aus eine GmbH zurück transformieren, dann gebe ich Ihnen recht und wir als BastA würden einen solchen Vorstoss unterstützen. Es ist aber auch nicht einzig und allein der fehlende Handlungsspielraum der Regierung, dass nun die MCH Group nach Katar explodiert, denn in der Antwort der Regierung auf meine Interpellation kam in keiner Weise zum Ausdruck, dass dieser Entscheid im Regierungsrat irgendwie schwierig gewesen wäre. Die Motion fordert, dass der Regierungsrat die notwendigen Massnahmen ergreift, um die Aktionärsmehrheit zu erhalten. Dies geht aber nur, wenn wir mit Steuergeldern Aktien übernehmen, wobei festzuhalten ist, dass Lupa Systems ausdrücklich als Hauptaktionär ausgewiesen werden sein sollte, deshalb haben wir im Juni 2020 in der Messe auf das Ausüben der Bezugsrechte bei der Kapitalerhöhung verzichtet. Verkürzt heisst das, wir pumpen mehr Finanzen in die MCH Group, um vielleicht dann doch Entscheide zu treffen, die aufgrund der Logik eines börsenkotierten Unternehmens unausweichlich sind.

Zudem fordert die Motion, dass der Regierungsrat eine Strategie ausarbeitet, mit welcher die Interessen des Kantons innerhalb der MCH Group besser wahrgenommen und durchgesetzt werden sollen. Nun, wir von BastA hoffen doch schwer, dass die beiden Vertreter des Kantons Basel-Stadt im Verwaltungsrat der MCH Group vom Regierungsrat über ihre vorhandene Strategie beziehungsweise den mit dem Amt verbundenen Interessen für den Kanton informiert wurden und in einem Austausch stehen, alles andere wäre dann doch etwas schwierig. Falls dem nicht so wäre, und davon ist leider vielleicht ein wenig auszugehen, muss eine Strategie vom Regierungsrat erarbeitet werden, dafür braucht es aber keine Motion, dies müsste aus Sicht der BastA eine Selbstverständlichkeit sein.

Sie sehen, aus linker und kapitalismuskritischer Sicht können wir diese Motion nicht unterstützen und werden sie deshalb ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Wir als Fraktion haben nach der Bekanntgabe der Pläne der Art Basel in Katar klare Worte gegen diesen Entscheid gefunden. Dass unsere Brand Basel neu von einem Land ausstrahlen soll, welches Menschenrechte mit den Füssen tritt, finden wir falsch. Wir pflegen und erweitern hier in Basel-Stadt mit grosser Vor- und Weitsicht unsere Menschenrechte und engagieren uns dafür, Stellung zu beziehen, wenn sie irgendwo missachtet werden. das machen wir mal mehr oder mal weniger geschlossen. Wir haben aber auch klar gesagt, warum ein Verkauf der Aktien aus unseren Augen nicht zielführend ist. Dieser Entscheid und insbesondere die Antworten der Regierung dazu, das haben wir schon gehört, haben klar sichtbar gemacht, dass unser Einfluss unter den aktuellen Mehrheitsverhältnissen gering ist.

Das mit 37,5% der Anteile innerhalb der MCH Group ist also im Grundsatz auch nachvollziehbar. Wenn es aber um die öffentliche Haltung dazu geht, welche die Regierung nach einem solchen Entscheid vertritt, wird klar, ohne klares politisches Handeln unserer Seite werden solche Entscheide sogar grosszügig mitgetragen. Aus unserer Sicht ist das nicht richtig und die Regierung müsste zumindest kritisch auf solche Entscheide reagieren, wenn sie sie schon nicht verhindern kann. Die vorliegende Motion stellt also zwei Forderungen und der Ankauf einer Aktienmehrheit hat, obwohl wir in der Stossrichtung absolut der gleichen Meinung sind, zu sehr vielen Diskussionen innerhalb der Fraktion geführt. Es ist nämlich so nicht klar, ob es überhaupt möglich ist, eine Aktienmehrheit zu erlangen, was uns das kosten würde, ob danach andere Aktionäre abspringen oder noch mehr investiert werden muss, ob der Kanton mit dieser Verantwortung gut umgehen kann und ob und wie die richtigen Strategien für das Bestehen der für uns so wichtigen MCH Group getroffen werden – das haben wir auch schon gehört, können wir das überhaupt? – und schliesslich auch, ob wir uns überhaupt darauf einigen könnten, was eine solche gute Strategie wäre.

Sie merken also, wir haben uns auch sehr differenziert und inhaltlich nicht nur sicher mit dieser Thematik auseinandersetzt, aber wir sind zum Schluss gekommen, dass wir eigentlich umso stärker für eine Überweisung dieser Motion plädieren, um diese Thematik mit einer Grundlage zu versehen, die Entscheidungsmöglichkeiten erschliesst, vor allem insbesondere, weil wir bis jetzt eigentlich keine Einsichten haben in die Strategie der Regierung in diesen Belangen. Wir wissen alle hier drin um die Bedeutung und den Wert der Messe für Basel und wir wissen auch, dass die Entwicklungen in der Zukunft nicht rosiger werden. Wir haben es gehört, aus unserer Sicht reicht es nicht, wenn wir einfach unsere Rahmenbedingungen verändern, dann bleibt die Art Basel schon hier. Wir können zum Beispiel nicht mehr Luxushotels bauen in Basel, die ganz nahe erreichbar sind, also es gibt viele Rahmenbedingungen, die können wir gar nicht mehr unbedingt verschärfen in Basel-Stadt. Ich glaube, das muss uns auch bewusst sein.

Und es lohnt sich, dass der Grosse Rat als Vertretung der Bevölkerung auch die Strategie des Regierungsrats für diese Zeit kennt und sich überlegen kann, wie wir als Parlament und Kanton damit fortfahren, weil dieses Thema Messe, das begleitet

uns schon lange, es wird uns auch noch lange begleiten und da ist eine gute Diskussionsgrundlage vermutlich sogar besser, als einfach auf andere Arten versuchen, das weiterzumachen. Vielleicht wäre dafür auch ein Anzug der richtige Weg gewesen, das werden wohl vermutlich die bürgerlichen Kollegen hier sagen, aber wir anerkennen auch, dass das Thema eine hohe Dringlichkeit hat und wir somit einen klaren Auftrag fassen können.

Aus dieser Sicht sind wir überzeugt, dass eine Grundlage für uns wichtig ist im Schritt in dieser Diskussion, in der Entscheidungsfindung als Kantonsparlament und bitten Sie deshalb aus diesem Blickwinkel, die Motion ein erstes Mal zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Heute geht es um die Messe, es geht um die MCH Group, wir denken, es geht hier heute auch vor allem um ein Versagen dieses Konzerns bezogen auf unsere Wertvorstellungen. Und ja, heute geht es um den konstruktiven und zukunftsgerichteten politischen Umgang damit. Und, Oliver Bolliger, das habe ich gelernt von deinem Votum, es geht vielleicht auch um den Beginn dieser eigentumspolitischen Dimension. Also ich meine, wenn Sie das mit dieser Genossenschaft ansprichst, wir haben jetzt eine AG und deshalb geht es darum, hier die Aktienmehrheit zu erreichen. Die Eigentumspolitik ist auch bei Adrian Iselin gefallen. Das ist auch ein Teil von heute.

Aber alle hier drin wissen auch den Ursprung von dieser heutigen Debatte und ja, das war diese Expansion der Art Basel nach Katar, eine Standortwahl, die für uns und vermutlich für die meisten hier drin, vielleicht sogar für alle hier drin, völlig unverständlich ist. Weil Katar ist jetzt wirklich in Bezug auf das, was wir in unseren Kantonsverfassungen als Wertebasierung festschreiben, sicherlich nicht der Standort, wo wir uns als Basel mit dieser Messe präsentieren wollen. Es ist bedenklich, dass das nicht mehr Gewicht hat in diesem Verwaltungsrat bei diesen Standortentscheidungen.

Das, meine Damen und Herren, ist Systemversagen der Messe, gerade weil der Kanton zu einem substanziellen Teil jetzt schon an dieser Organisation beteiligt ist, gerade weil die in Basel stattfindenden Messen und Kongresse eine grosse Bedeutung für uns als Standort haben und auch der lokalen Wirtschaft dienen. Gerade weil die Messe auf ökonomisch gesunden Beinen stehen sollte, aber eben vor allem auch weil anscheinend wirtschaftlich begründete Entscheidungen nicht um jeden Preis erfolgen können, wenn Wertvorstellungen von uns als Kanton damit nicht erfüllt werden können. Dann haben wir ein grundlegendes Problem.

Wir als SP-Fraktion begreifen die Messe in den oben geschilderten Punkten durchaus auch als Teil einer, man könnte sagen, öffentlichen Infrastruktur, eben weil sie diese wirtschaftliche Bedeutung geniesst für das lokale Gewerbe. Es ist auch klar, dass es diesen börsenkotierte Konzern in dieser heutigen Form gar nicht gäbe, wenn wir nicht in der Vergangenheit mehrfach durch öffentliche finanzielle Unterstützungen hier eingegriffen hätten, sei dies mit Kapitalerhöhungen zu Krisenzeiten, sei es mit dem Bau dieser Hallen oder auch schon nur durch die Festlegung des Baurechtszinses. Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, da steuern wir viel zu diesem Unternehmen bei und das ist auch richtig so, aber genau deshalb ist es so wichtig, dass diese strategischen Standortentscheidungen eingehalten werden.

Und das hat eben nichts mit dem sogenannten Markt zu tun, sondern das sind alles öffentliche Beiträge, die wir alle gemeinsam dieser Messe als Dienstleistung zur Verfügung gestellt haben und auch zukünftig zur Verfügung stellen wollen. Deshalb gibt es diese zwei Forderungen der Motion, die jetzt ein erstes Mal überwiesen werden sollen: Es braucht dafür die Aktienmehrheit und es braucht dafür eine klare Strategie, die auch wirklich durchgesetzt wird, die im Interesse unseres Kantons steht.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion als Motion ein erstes Mal zu überweisen und bedanke mich herzlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Adrian Iselin und Daniel Seiler. Sie werden entgegengenommen.

Adrian Iselin (LDP): Mich würde etwas interessieren: Alle grossen Unternehmen teilen die Welt irgendwie auf, die USA wird jetzt von der Art via Miami gesteuert und den Middle East hat man auf Kata geschoben. Ich finde es auch absolut fraglich. Wäre es besser gewesen, wenn die MCH Group anstelle von Katar zum Beispiel Saudi-Arabien oder Dubai genommen hätte?

Ivo Balmer (SP): Nein. Die Frage ist, ob es die Art Basel als Etikette genau in diesen Ländern überhaupt braucht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Sie haben sehr viel von Versagen gesprochen. Ist es nicht auch so, dass ein bisschen von diesem Versagen eben in der Vergangenheit liegt, dass man eben fast gezwungen ist, solche Expansionen zu machen, wenn man die eigenen Messen strategisch nicht so weiterentwickelt hat, wie man hätte sollen?

Ivo Balmer (SP): Natürlich liegt Versagen immer in der Vergangenheit. Heute sprechen wir über die Zukunft, und deshalb brauchen wir die Aktienmehrheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Es ist ja eigentlich lustig, eine linke Partei möchte die MCH-Aktien verkaufen, die andere möchte aufstocken, und diese lustige Ausgangslage führt dann dazu, dass ich möglicherweise zum ersten Mal überhaupt in einem wirtschaftspolitischen Anliegen gleicher Meinung bin wie Oliver Bolliger, zugegebenermassen aus anderen Gründen.

Nun, staatlich verordnete Privatwirtschaft ist immer ein Murks, das hat nie funktioniert und wird wahrscheinlich auch nie funktionieren. Ohne Kapitalerhöhung zu dieser Aktienmehrheit zu kommen, ist finanziell, wirtschaftlich nicht machbar. Es wurde erklärt von Adrian Iselin, das Pflichtangebot an die Minderheitsaktionäre, das heisst, man muss Geld ohne Ende in die Hand nehmen, wenn man das erreichen will und bekommt den Gegenwert in keinem Fall. Der Kanton würde durch diese Massnahme zudem Messeveranstalter in Hongkong, in Paris, in Miami und so weiter. Man kann ja noch argumentieren, dass man dann als Kanton die Messen in Katar streichen könnte, aus ethischen Überlegungen und so weiter, es wurde gesagt. Aber was macht man dann mit der Gentech-Messe zum Beispiel in Miami, oder was macht man mit dem Nuklearforum in Hongkong? Nach Kantonsverfassung müssten wir dann das wahrscheinlich über unsere Aktienmehrheit auch verunmöglichen, auch verbieten. Also der Kanton wird dann zum Sittenwächter von Amerika bis Fernost. Das kann wirtschaftlich unmöglich funktionieren, das heisst, der Kanton wird dann einfach die Verluste tragen müssen, welche dieses Messekonglomerat so mit sich herumschleppen wird.

Kurz, man kann allenfalls ja noch dafür sein, dass der Kanton Messebetreiber auf dem Kantonsgebiet wird. Aber die Vorstellung, dass der Kanton weltweit in einem solchen Bereich – in einem Bereich, der übrigens auch nur weltweit funktioniert, Messen sind Veranstaltungen in aller Regel und Kongresse auch, wo man international Leute anziehen muss –, also dass der Kanton in einem solchen Metier dann global mitspielen soll, das ist zum Scheitern verurteilt. Oder wollen Sie als nächstes vorschlagen, dass die BVB Transport Miami oder Hongkong Public Transport kaufen soll? Auch das, das sehen Sie, kann ja nicht funktionieren. Deshalb bitte ich Sie sehr, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die GLP anerkennt die Anliegen der Motionärinnen. Es ist richtig, bei der Entwicklung der MCH genauer hinzuschauen, insbesondere im Hinblick auf gute Unternehmensführung, Transparenz und nachhaltiges Handeln, also Umwelt, Sozial- und Governance-Aspekte. Die MCH Group ist für den Standort Basel von grosser wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung. Wir haben uns als GLP in der Vergangenheit immer wieder mit der Messe beschäftigt, eigene Vorstösse eingebracht und die Bedeutung einer zukunftsfähigen Ausrichtung betont.

Gleichzeitig bleibt die MCH ein komplexes marktorientiertes Unternehmen. Eine kantonale Aktienmehrheit würde weder eine bessere Steuerung noch bessere Resultate garantieren, sondern vor allem das finanzielle Risiko des Kantons erhöhen. Entscheidend ist nicht die Zahl der Aktien, sondern eine klare Governance, transparente Entscheidungswege und ein verlässlicher strategischer Dialog zwischen dem Kanton und der Unternehmensleitung. In anderen Städten ist der Staat in der Regel Eigentümer der Infrastruktur, nicht aber Betreiber der Messen. Wäre dieser Weg prüfenswert?

Wir wollen eine Standortpolitik, die Rahmenbedingungen stärkt, die Werte und Nachhaltigkeit einfordert und nicht eine Betreiberpolitik, die den Kanton in operative Geschäftsrisiken hineinzieht. Die Anliegen der Motion sind also teilweise berechtigt, die Forderung aber nicht wirklich umsetzbar und das gewählte Instrument nicht das richtige. Eine sorgfältige Abklärung möglicher Szenarien und eine vertiefte Prüfung der Einflussmöglichkeiten wäre womöglich die bessere Option. Die GLP lehnt die Motion daher ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich finde es nicht so lustig, über was wir reden, denn für mich persönlich als Hotelier ist die Messe ein ganz wichtiger Teil unseres Geschäfts. Wir hatten die Herbstmesse, das ist die älteste Messe in der Schweiz, über ein halbes Jahrtausend alt. Wir haben eine lange Tradition, Gastgeber zu sein mit dem Konzil. Als Ergebnis vom Konzil von Basel bekamen wir dann die Universitätserlaubnis von dem gewählten Papst. Ich könnte hier noch lange erklären.

Die Motion, die wir hier diskutieren, hat zwei Forderungen, von der Regierung die Mehrheit und eine Strategie zu verlangen. Die Regierung möchte dieses Geschäft entgegennehmen. Wir von der Mitte/EVP-Fraktion sind gespannt auf die Antwort der Regierung und bitten Sie, diese zuzulassen, weil es eben ein wichtiges Geschäft ist. Wir können dann bei der Antwort, bei der Zweitbehandlung politisch entscheiden, wo wir hingehen möchten. Aber ich bitte Sie jetzt, diese Möglichkeit zu nutzen, dass die Regierung antwortet, weil es ist dringlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für diese intensive Diskussion. Basel ist ein Messe- und Kongressstandort und der Regierungsrat möchte, dass es auch in Zukunft so bleibt. Das ist auch der Grund, weshalb der Kanton an der MCH Group beteiligt ist, zwar als Minderheit, aber wir sind beteiligt. Der Kanton kann zwei Verwaltungsrät:innen delegieren, auch in den Statuten haben wir gewisse Rechte, dass auch hier der Hauptsitz dieser Gesellschaft ist. Aber ja, wir sind Minderheitsaktionärin und nicht Mehrheitsaktionärin an diesem Unternehmen.

Ich gehe nicht ganz so weit zurück in der Geschichte wie mein Vorredner, das ist sehr wichtig und zeigt die Verbundenheit unserer Stadt mit dem Messewesen. Ich gehe ein bisschen weniger weit zurück. Als die Messe Basel fusioniert hat mit der Messe Zürich, das war der Moment, wo entschieden wurde, auch hier, dass es eine Aktiengesellschaft werden sollte. Davor war die Messe Basel eine Genossenschaft. Da hat man aufgrund des Messe Schweiz-Gedankens, des Zusammengehens mit dem Messestandort Zürich entschieden, dass man die Aktiengesellschaft aus Zürich mit der Genossenschaft aus Basel zu einer Aktiengesellschaft fusioniert. Das ist die Grundlage der MCH. Dort wurde dieser Entscheid demokratisch gefällt, das so zu machen.

Der nächste Punkt, den ich herausnehmen möchte, ist der Entscheid des Grossen Rates, auf die Mehrheit zu verzichten auf Seiten der öffentlichen Hand. Den hat der Grosse Rat ganz bewusst gefällt im Jahr 2020. Wo stand das Unternehmen in dieser Zeit? Das war mitten in Covid, nach schon Jahren des Defizits, in einer Zeit, als schon klar war oder schon entschieden war, dass die Basel World nicht mehr stattfinden wird, die wichtigste Messe damals für die MCH, also dass ein sehr wichtiger Ertragsteil dieses Messegeschäftes wegfällt. In dieser Situation hat der Grosse Rat das entschieden im Wissen dieser Situation. Der Grosse Rat hätte auch damals viel Geld in die Hand nehmen können und damit auch sehr viel Risiko mit in die Hand nehmen können. Also es war eine sehr riskante Zeit damals und daher war man auch froh, dass es einen Investor gab, der bereit war, dieses Geld in die Hand zu nehmen und dieses Risiko mitzutragen.

Es ist natürlich jetzt einfacher, ein paar Jahre später anders darüber zu urteilen, weil die Messe ist an einem anderen Ort, als sie es war im 2020. Sie hat sich finanziell stabilisiert, sie war im letzten Jahr das erste Mal knapp positiv, aber wenn Sie jetzt die Halbjahreszahlen der MCH-Gruppe vom ersten Halbjahr anschauen, dann konnte sie das EBITDAR auf 18,9 Mio. Franken steigern, der Reingewinn auf 5,3 Mio. Franken. Heute sehen wir, diese MCH ist an einem anderen Ort. Es ist ein privat geführtes Unternehmen, das auch die Interessen aller Aktionäre berücksichtigen muss und nicht nur die von uns, von unserem Kanton. Mir ist es wichtig, das auch wirklich zu betonen und es gibt Entscheide, die gewisse Aktionarsanteile vielleicht nicht gefällt hätten oder nicht verstehen können, aber andere sehr wohl. Deshalb ist es dieses Unternehmen, das heute diesen Entscheid fällt, aber das an einem ganz anderen Ort ist als im 2020 als der Grosse Rat hat den Entscheid gefällt, dass die öffentliche Hand auf die Mehrheit und damit auch auf einen Teil der Bestimmungsmacht zu verzichten bereit ist.

Dieses Unternehmen ist ein internationales Unternehmen. Wir sind beteiligt für den lokalen Teil und auch da gab es positive Elemente, ich glaube, es ist wichtig, diese auch immer wieder zu sehen. Die Art Basel in Basel läuft gut, sie ist wichtig für unseren Standort. Die Helftec, eine tolle Konferenzmesse, kommt im nächsten Jahr, eine sehr tolle Akquise für unseren Standort. Ich hoffe, dass sie erfolgreich sein wird. Die Fantasy, wird jedes Jahr grösser und bringt viele Leute nach Basel. Und dann gibt es den internationalen Teil, der global unterwegs ist, ein globales internationales Unternehmen, das auch Teil ist dieses Unternehmens. Das ist die MCH, wie sie ist.

Der Regierungsrat ist bereit, diese Motion entgegenzunehmen und zu berichten, weil ich glaube, es ist wirklich wichtig, dass wir uns immer wieder auch diese Frage stellen, wieso wir beteiligt sind, was die richtige Form ist, was überhaupt die

Handlungsmöglichkeiten sind, die wir haben in dieser Situation – börsenkotiert, finanziell, unter Berücksichtigung der anderen Aktionäre, um da die richtigen Entscheide angesichts all dieser Rahmenbedingungen fällen zu können.

Deshalb bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates, uns diese Motion ein erstes Mal zur Prüfung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Motionärin Michela Seggiani hat das Wort.

Michela Seggiani (SP): Zuerst einmal vielen Dank für diese interessante Diskussion. Ich schätze es sehr, dass Sie sich offenbar auch in den Fraktionen viel Zeit genommen haben und das diskutiert haben, vielen Dank dafür. Spannend finde ich auch, dass wir hier definitiv keine Links-Rechts-Diskussion haben. Und es ist mir auch wichtig zu sagen: Diejenigen, die jetzt Angst haben vor Verstaatlichung oder Eigentumspolitik, denen kann ich sagen, darum geht es jetzt nicht in erster Linie. Wir haben es gehört, die Regierung möchte die Motion entgegennehmen. Das heisst, es ist ja noch nichts verloren, denn es ist eine Erstüberweisung. Allerdings wäre jetzt aber bereits etwas gewonnen, nämlich die Möglichkeit der Erarbeitung einer Strategie und vor allem einmal zu hören, wie die Regierung jetzt Stellung nehmen würde.

So haben wir das Thema weiterhin auf dem Tisch und können und müssen uns damit auseinandersetzen, denn eines scheint mir heute leider wirklich fast sicher: Wenn wir als Parlament und als Kanton – und offensichtlich sind ja zwei Vertreter im Verwaltungsrat zu wenig – wenn wir also nichts tun und einfach zuschauen, werden wir bald schon von der Art in Basel gleich sprechen wie von der Basel World, nämlich in der Vergangenheit. Und deshalb bitte ich Sie, diese Motion erstzuüberweisen.

Und noch kurz etwas zum Technischen: Natürlich war mir bewusst, wie der Vorgang ist technisch, als ich die Motion geschrieben habe. Ein Kauf der Aktien, eine Mehrheit der Aktien wäre theoretisch wirklich möglich, es müsste aber ein öffentliches Angebot gemacht werden. Sehr wahrscheinlich würde das dann, auch wenn nur temporär, den Wert der einzelnen Aktien massiv erhöhen, und ob das Angebot der Kanton dann noch leisten könnte oder sich selbst noch überbieten müsste oder könnte, das wäre, das ist mir auch bewusst, eine Riesensumme, die aufgeboten werden müsste. Aber es wäre zur Diskussion, und für mich ist es wichtig, dass diese Option, auch wenn es heute theoretisch ist, machbar wäre, weil das Geld, das der Kanton hat, gehört der Bevölkerung. Und deshalb finde ich diese Möglichkeit einer Aktienmehrheit sehr spannend und die Diskussion vehement wichtig. Vielen Dank und ich nehme die Zwischenfragen an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dann starten wir mit Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Was meint eigentlich die MCH Group zu dieser Motion?

Michela Seggiani (SP): Ich hatte bis jetzt leider nicht das Vergnügen, mit Herrn Murdoch zu sprechen, würde dies aber gerne.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny hat das Wort.

David Jenny (FDP): Aus Ihren Worten schiesse ich, dass der Kauf aus dem Verwaltungsvermögen erfolgen wird, das heisst, es braucht zuerst noch einen referendumspflichtigen Grossratsbeschluss. Sehen Sie das gleich wie ich?

Michela Seggiani (SP): Das werde ich Ihnen gerne nach der Stellungnahme der Regierung beantworten. Erstmal möchte ich schauen, was sie dazu sagt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 47 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007567, 12.11.25 11:38:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Nichtüberweisung entschieden mit 47 gegen 46 Stimmen.

10. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Schaffung eines Unterstützungsfonds für baustellenbetroffene Unternehmen in Basel-Stadt

[12.11.25 11:38:25, 25.5394.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Sprechenden eingetragen, wir kommen daher zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007569, 12.11.25 11:39:11]*

Der Grosse Rat beschliesst,

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 92 Stimmen gegen eine Stimme.

11. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt

[12.11.25 11:39:25, 25.5410.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Die LDP-Fraktion kam zum Schluss, dass sie diese Motion nicht überweisen möchte, und zwar aus verschiedenen Gründen. Vorweg ist uns ganz wichtig, auch wir sind absolut gegen Hass und Hetze und Diskriminierung der LGBTI-Community, jedoch sehen wir ein entsprechendes Label für den Arbeitgeber Kanton Basel-Stadt

als nicht zwingend zielführende Massnahme, dies zu verbessern. Denn es ist im Kanton Basel-Stadt schon sehr viel Know-how vorhanden und wir möchten keine Doppelspurigkeiten schaffen. Entsprechend möchten wir auch keine zusätzlichen Kosten, auch wenn diese relativ gering wären, weil es ja eine Non-Profit-Organisation ist, die dieses Label vermitteln möchte und dazu beitragen möchte, Missstände zu verbessern.

Dennoch haben wir im Kanton Basel-Stadt bereits durch das Gleichstellungsbüro, aber auch den neuen Fachbereich LGBTI grosses Know-how vorhanden. Es sind zudem 80 Massnahmen rund um die stärkere Inkludierung und die Reduktion von Diskriminierungspotenzial geplant, die zwischen 2024 und 2027 umgesetzt werden sollen. Uns ist es grundsätzlich ganz wichtig, dass wir beim Kanton stark unterscheiden, wo wir bereits Know-how vorhanden haben, wo wir auch Geld gesprochen haben, dieses zu stärken, weil es uns wichtig ist und wo wir dieses Know-how nicht haben und entsprechend extern einkaufen. Und in diesem Bereich kommen wir als LDP zum Schluss, dass ein solches Label eben doppelt gemoppelt wäre, weil schon sehr viel Know-how vorhanden ist und dieses in den letzten Jahren auch gezielt gestärkt wurde. Gerade auch mit den laufenden Arbeitgeberattraktivitätsmassnahmen ist ein gutes Arbeitsklima natürlich ganz wichtig und vielleicht kann eben auch dieser Bereich dort verstärkt mitgedacht werden und so direkt bei den Massnahmen, die überdepartemental laufen, gestärkt werden.

Durch die Ablehnung dieser Motion sagen wir nicht Nein zu diesem wichtigen Thema, sondern Nein zu einem Doppelgemoppel und einem eher für uns ein bisschen symbolischen Akt, den wir nicht als notwendig sehen, weil ganz viel anderes, was mutmasslich auch wirkungsvoller sein kann, durch die vorhandenen Ressourcen erreicht werden kann und wir dort zuerst ansetzen wollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Ich halte dieses Votum im Namen meiner Fraktion und auch der Fraktion GRÜNE/jgb. Jedes Mal, wenn wir hier drin einen Vorstoss verhandeln, der mehr Schutz oder eine bessere Sichtbarkeit von queeren Menschen fordert, sind es die gleichen Parteien, die dagegen sind. Ich hatte ein bisschen gehofft, dass sich wenigstens bei diesem Vorstoss, bei dem es lediglich um ein Label für Arbeitgebende geht, kein Widerstand regt, aber gut, jetzt stehen wir halt hier.

Laut einer repräsentativen Umfrage von GSF Zürich befürworten 83% der Bevölkerung in der Schweiz den rechtlichen Schutz und die Gleichstellung von queeren Personen. Das zeigt, die Gesellschaft ist weit offener und solidarischer, als manche politische Stimme es uns glauben machen will. Es ist nur eine kleine, laute Minderheit, die weiterhin versucht, gesellschaftlichen Fortschritt zu blockieren.

Bei diesem Label geht es darum, dass der Kanton eine klare Haltung einnehmen kann für Gleichstellung, gegen Diskriminierung und für eine offene, inklusive Gesellschaft. Denn queerfeindliche Diskriminierungen und Gewalt existieren weiterhin und das hat Folgen. Die Suizidraten bei queeren Jugendlichen ist viermal so hoch wie in der Vergleichsaltersgruppe. Es reicht nicht, sich mit schönen Worten zur Gleichstellung zu bekennen oder eine Fahne ans Rathaus zu hängen, wir müssen sie im Alltag leben und in den kantonalen Strukturen verankern. Mit der Revision des Gleichstellungsgesetzes hat Basel-Stadt ein starkes Zeichen gesetzt, jetzt gilt es konsequent weiterzugehen. Das LGBTQI-Label ist keine Symbolpolitik, es ist kein Projekt, das man einfach so schnell machen kann, es ist ein konkretes Instrument, um Strukturen zu schaffen, die Vielfalt fördern und Diskriminierung abbauen. Es verpflichtet den Arbeitgeber, hinzuschauen, zu handeln und ein sicheres Arbeitsumfeld für alle zu gewährleisten.

Ich kann nicht ganz verstehen, wie man sich dagegen stellen kann. Wenn wir als Kanton dieses Label tragen, übernehmen wir Verantwortung und wir werden zum Vorbild. Städte wie Bern, Kloten und Luzern haben es vorgemacht, Basel-Stadt soll sich hier einreihen, nicht als Nachzüglerin, sondern als führende, progressive Arbeitgeberin. Und wenn die Regierung argumentiert, dass die vorhandenen Ressourcen nicht ausreichen, dann frage ich mich schon, wie gut die departementsübergreifende Arbeit funktioniert. Annina von Falkenstein hat es gesagt, im PD gibt es eine Abteilung, in der Expertinnen für dieses Thema arbeiten, das FD muss den Regenbogen nicht neu erfinden. Also entweder nutzen Sie die Synergien oder Sie erkennen, dass es zu wenige Stellenprozente in diesem Bereich gibt und dann beantragen Sie diese im Budget. Ich gehe mit Regierungsrätin Tanja Soland einig, dass 0,5 Stellenprozent extrem wenig sind - Sie haben es noch nicht gesagt, aber ich kann es mir ausmalen, was Sie sagen. Aber Sie haben ja mit dem jährlichen Budget ein Instrument in der Hand. Es ist halt auch eine Frage der Priorisierung und wenn die Regierung findet, dass die Unterstützung von queeren Arbeitnehmenden keine Priorität hat, ist das auch ein Zeichen, aber keines, auf das ich jetzt besonders stolz wäre.

Darum bitte ich Sie, diesen Vorstoss zu unterstützen, nicht nur, weil 83% der Bevölkerung hinter der Gleichstellung stehen, sondern weil es unsere Aufgabe ist, für die Rechte aller Menschen einzustehen, unabhängig von Geschlecht, Identität oder sexueller Orientierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Bevor ich auf die Forderung der Motion eingehe, zuerst einmal zum Begriff LGBTI-Label. Der Begriff ist in der Motion selbst sehr unklar formuliert. Der Titel der Motion redet von LGBTI-Label, im Text stehen Ausdrücke wie LGBTIQ-Menschen, LGBTQ-Community, LGBTIQ-plus. Also ein Sammelsurium von Ausdrücken, was deutlich zeigt, dass die Motionäre selbst keine exakte Vorstellung haben von dem, was sie hier fordern. Entre Parenthese sei bemerkt, dass das geforderte Label nur den Begriff LGBTI enthält, das Q fehlt, also selbst die Promotoren des Labels schliessen die queeren Menschen aus, Menschen, welche von Ihnen ja immer wieder in den Vordergrund geschoben werden, bei diesem Label aber explizit ausgeschlossen sind. Absicht oder eine freudige Fehlleistung? Beides ist aufschlussreich.

Das LGBTI-Label wird von einem Verein vergeben, der aus den Schweizer Businessnetzwerken Webernet und Network hervorgegangen ist. Eine recht obskure Organisation masst sich an, Unternehmen, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen einer Gemeinschaft, wie im Fall von Basel-Stadt 200’000 Menschen, zu beurteilen und zu etikettieren. Grundlagen für die Erteilung des Labels sind interne Richtlinien, Führungskultur, HR und Rekrutierungsprozesse inklusive Kommunikation und Mitarbeiternetzwerke, auch hier ein Sammelsurium von Kriterien, welche sich beliebig interpretieren und erweitern lassen. Also wir kaufen hier die sprichwörtliche Katze im Sack.

Die Motion zitiert Pink Cross, welche selbst sagt, man höre genau, der Rückhalt in der Gesellschaft für Gleichstellung und den Schutz von LGBTQ-Menschen ist breit verankert und parteiübergreifend. In Wahrheit sei es eine kleine, laute Minderheit, die Hass und Hetze schüre und sich gegen den gesellschaftlichen Fortschritt stelle. Dieser Satz zeigt deutlich, welche Geisteshaltung hinter dieser Forderung steht, kritische Gedanken über den Themenkreis werden als Hass und Hetze dargestellt. Hier werden Emotionen politisiert und Politik emotionalisiert. Ja, meine Damen und Herren der LGBTQ-Bewegung, wer als politische Organisation auftritt, muss ertragen, dass ihm politischer Wind entgegenweht. Und wer dies nicht verträgt, der soll sich von der Politik fernhalten und sicher nicht Andersdenkende als Hass- und Hetzeredner verunglimpfen.

Und von welchem gesellschaftlichen Fortschritt reden Sie, wenn sogar die sogenannten intellektuellen Eliten nicht mehr sagen können, was ist Mann und Frau oder es gäbe keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern. Ja bitte, wenn das der Fortschritt ist, mir graut davor, was Sie Rückschritt nennen. Es gibt nämlich tatsächlich faktenbasierte Argumente gegen dieses Label. Es ist ein weiterer organisatorischer Aufwand für unsere Unternehmen, für die Verwaltungen und für die Schulen, ein weiterer Aufwand, der sie von ihrer Kernkompetenz abhält, eine Symbolpolitik, deren Wirksamkeit unbekannt ist und im schlimmsten Fall zu neuen Spannungen führen kann, nämlich die Fokussierung auf einzelne Gruppen, hier die LGBTIQ, können andere Kriterien wie Alter, Behinderung, soziale Herkunft in den Hintergrund drängen, und angesichts der Dynamik der interessierten Kreise können wir nicht ausschliessen, dass sich das Ganze dann auch auf KMU erstrecken wird.

Wenn Sie der LGBTIQ-Community etwas Gutes tun wollen, dann hängen Sie ihr nicht irgendein obskures Etikett an. Sorgen Sie dafür, dass die Gesetze durchgesetzt werden zum Schutz dieser Menschen und diese Gesetze haben wir bereits. Was wir hier sehen, ist unnötig, ist eine Symbolpolitik. Namens der SVP bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jessica Brandenburger hat eine Zwischenfrage. Sie wird entgegengenommen.

Jessica Brandenburger (SP): Sie haben sich in der ersten Hälfte Ihres Votums über die verschiedene Verwendung des Akronyms aufgeregt. Haben Sie gesehen, dass die Motion eine Fusszeile hat, wo erklärt wird, wann das Akronym wie erklärt wird? Sie hätten es einfach lesen müssen.

Beat K. Schaller (SVP): Ich habe ganz genau gesehen, dass Sie sich nicht einig sind, wovon Sie reden. Es gibt so viele verschiedene Abkürzungen. Wenn man etwas erwarten kann, wäre es doch wirklich, dass Sie sich einig sind, worüber Sie reden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Eric Weber. Sie wird nicht entgegengenommen Franziska Stier hat das Wort.

Franziska Stier (BastA): Wie schön wäre es, wir würden in einer Welt leben, in der Geschlecht, sexuelle Orientierung und Herkunft keinen Einfluss auf die Berufschancen hätten. Leider sind wir davon noch immer ziemlich weit weg. Und ja, mit Donald Trump und seinen Fantasien heteronormativer und zumeist männlicher Vormachtstellung wird es in der Welt nicht

einfacher. Und so setzt auch er Schweizer Unternehmen unter Druck, Diversitäts- und Gleichstellungsprogramme einzustellen.

Umso wichtiger ist es daher aus unserer Sicht, in solchen Zeiten als Kanton Farbe zu bekennen und das heisst, mehr zu tun, als ein- oder zweimal im Jahr die Regenbogenflagge zu hissen. Man muss gar kein grosser Fan von Labeling-Prozessen zur Selbstvermarktung sein, um dieser Motion zuzustimmen. Denn sie würde uns gut tun, auch ganz im Sinne der eigenen Compliance mit dem Gleichstellungsgesetz. Darum bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist eine spannende Debatte, ich muss mich einschalten, jetzt geht es richtig ab. Beat Schaller, schade, dass Sie meine Zwischenfrage nicht angenommen haben, ich wollte etwas sagen. Sie haben zu diesem Thema schon früher geredet, deswegen sind Sie nicht Präsident geworden. Ich wollte Sie fragen, ob Sie das überwunden haben.

Eines muss man Ihnen, meiner Vorrednerin lassen Franziska Stier, Sie bringen Farbe und Bewegung in dieses Ruhehauser. Seit Sie hier sind, ist wieder Stimmung in der Bude, daher sage ich Ihnen Danke. Liebe Frau Stier, ich liebe die offene...

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit dem Thema nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich liebe den Schlagabtausch im Parlament. Aber ich darf sagen, Herr Präsident, ich finde, Franziska Stier und ich sind ein politisches Traumpaar.

Balz Herter, Grossratspräsident: Reden Sie zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Jetzt haben Sie mich aus dem Konzept gebracht. Aber ich muss einfach trotzdem sagen, ich möchte so reden, wie mir der Schnabel gewachsen ist. Dann breche ich das hier ab und ich komme zum Schlusssatz. Gegen alle Regeln des Parlamentarismus, das erste halbe Jahr zu schweigen…

Balz Herter, Grossratspräsident: Es reicht, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Thomas Widmer-Huber hat das Wort.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Die Revision des kantonalen Gleichstellungsgesetzes wurde von LGBTIQ-Menschen unterstützt, die Annahme des angepassten Gesetzes hier im Grossen Rat wurde von vielen begrüsst. Der Kanton Basel-Stadt hat in den letzten Jahren zu diesem Thema viel gearbeitet, auch mit Leitlinien und Massnahmen, so wie wir schon gehört haben von Vorrednerinnen. Der Kanton Basel-Stadt hat in den letzten Jahren viel investiert, aber es geht um die Frage, ob diese Bestrebungen durch das LGBTI-Label noch ausgeweitet werden sollen.

Ja, einige Städte wie Bern haben dieses Label, aber andere Körperschaften haben sich dagegen entschieden, etwa die Stadt St.Gallen oder der Kanton Solothurn. Ich bin ebenfalls zurückhaltend, vor allem weil die Kriterien nicht öffentlich sind. Auf der Webseite des Labels habe ich zwar einen Schnelltest gefunden, zehn Fragen, die man mit Ja oder Nein beantworten kann, aber welche Kriterien sind schliesslich ausschlaggebend? Der Berner Stadtpräsident liess sich vor drei Jahren im Hauptstadtmagazin zitieren: Für die Zertifizierung muss ein grosser Kriterienkatalog erfüllt werden. Dazu wird die Zertifizierung alle drei Jahre neu geprüft und dabei ist laut von Graffenried eine ständige Verbesserung nötig, um das Label behalten zu können.

In der Medienmitteilung zum Label im August dieses Jahres wurde die inklusive Kommunikation erwähnt. Wie weit geht es? Natürlich unterstütze ich Formulierungen, welche auch LGBTIQ-Menschen einschliessen, zum Beispiel macht es Sinn, dass unsere kantonale Verwaltung statt von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Mitarbeitenden spricht. Aber geht es beim Label um die Einführung von Gendersprache? Der Basler Regierungsrat bezog sich in den letzten Jahren in zwei Interpellationen auf den Bundesleitfaden mit seinen geschlechtergerechten Formulierungen. Im Kanton Basel-Stadt gelte dieser Leitfaden, sagt der Regierungsrat, er sieht keine Sonderzeichen wie Doppelpunkt oder Stern vor. Dass sich unser Kanton in sprachlicher Hinsicht am Bund orientiert, begrüsse ich.

Ein heikler Punkt sind auch genderneutrale Toiletten. Auch da interessieren mich die Labelkriterien. Im Netz habe ich nichts gefunden. Wenn es in unserem Kanton mehr genderneutrale Toilettenanlagen geben soll, dann aber keinesfalls auf Kosten

von separaten Toiletten für Mädchen und Frauen. Ich habe zu diesem Thema von diversen Frauen Rückmeldungen erhalten. Es geht ihnen primär um den Vorraum vor Toilettenräumen. Viele Frauen wollen hier einen Schutzraum, zum Beispiel für den Lippenstift oder generell, um sich frisch zu machen. Dabei wollen sie aber nicht von Männern beobachtet oder begafft werden. Genderneutrale Toiletten dürfen keinesfalls auf Kosten von Mädchen und Frauen gehen.

Zu den Kriterien des Labels sind für mich, wie erwähnt, manche Fragen offen. Der Kanton Basel-Stadt hat in den letzten Jahren viel zum Thema Gleichstellung erarbeitet, aber eine Ausweitung durch ein Label ist meines Erachtens nicht nötig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat das Wort.

Johannes Sieber (GLP): Eigentlich fanden wir oder fand ich vor allem, dass eine Motion für ein Label vielleicht ein bisschen mit Kanonen auf Spatzen geschossen wäre und ein Anzug vielleicht das bessere Instrument wäre. Auch finde ich, dass wir mit der gesetzlichen Grundlage und der Abteilung Gleichstellung mit zusätzlicher Kapazität in diesem Bereich selber auf die Idee kommen könnten, ein solches Label zu erwerben und ich sehe auch, Bemühungen der Abteilung in diese Richtung sind vorhanden und die machen ihre Arbeit gut.

In diesem Sinne hatte ich ein bisschen Zweifel, ob wir das unterstützen sollen, ob es überhaupt nötig ist, aber wenn ich jetzt diese Voten hier im Grossen Rat höre, dann muss ich sagen, haben wir hier eine Gleichstellungsgesetzdebatte 2.0 wegen diesem Vorstoss und das kann ich ja dann auch nicht wirklich ernst nehmen. Ich weiss gar nicht, was ich sagen soll. Diese Debatte zeigt ja gerade, dass dieses Label nötig ist, dass wir diese Motion überweisen sollen, weil offensichtlich sind da irgendwelche Leute irgendwo hängen geblieben, ich weiss auch nicht wo.

Label her damit, überweisen wir diese Motion zum ersten Mal und hören vielleicht ausführlich die Begründungen, warum das Finanzdepartement die Gleichstellungsaufgabe, die ja neu eine Querschnittsfunktion sein soll, nicht erfüllen möchte. Das würde mich schon interessieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat die Motionärin Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Zuerst einmal vielen Dank, dass Sie sich jetzt auch mit diesem Thema sehr intensiv auseinandergesetzt haben. Ich kann Ihnen sagen, die Akronyme, also die Abkürzungen, die sind zum Teil, ja, da haben Sie recht, verwirrend. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns genauer damit auseinandersetzen und dass wir die Information dazu und die Sensibilisierung dazu vorantreiben, und zwar auf allen Ebenen.

Ich kann Ihnen auch garantieren, dass Sie hier nicht die Katze im Sack kaufen, sondern ein ganzes Paket voller LGBTIQ-Sensibilisierung, in einem vielleicht transparenten Paket. Für mich ist zentral hier, dass sich laut der Befragung, die bereits genannt wurde, 83% der Bevölkerung dafür ausspricht, dass queere Personen gleichgestellt sein sollen wie alle anderen Personen, und das kann nur geschehen, wenn die Information, was das eigentlich alles beinhaltet, als Basis gegeben ist. Ich finde, dem sollte ein fortschrittlicher Kanton wie Basel auch gerecht werden wollen. Immerhin haben wir erst vor kurzem das Gleichstellungsgesetz angepasst. Und ja, das wird administrativen und auch organisatorischen Aufwand geben, aber unter dem Strich, und davon bin ich überzeugt, wird es sich auf menschlicher, sozialer und tatsächlich auch auf monetärer Seite lohnen, denn Information und Prävention führen immer zu Sensibilisierung. Integration und Verständnis führen zu Toleranz und einem besseren Lebens- oder Arbeitsklima. Das wiederum motiviert, und motivierte Angestellte bringen bessere Leistung.

Sich als Kanton für das LGBTI-Label zu bewerben, glauben Sie mir, wird Basel gut anstehen, denn spätestens seit dem ESC diesen Sommer wissen wir, dass pro bunt nicht weh tut. Der Verein, der das LGBTI-Label vergibt, bietet ja auch Workshops und weitere Angebote an. Das ist ein weiterer Pluspunkt, sich zu bewerben, denn dann müssen die ganzen internen Schulungen nicht erst erfunden werden, sondern sie können direkt gebucht werden. Und deshalb ist es eben nicht wie befürchtet eine Verdoppelung, sondern eigentlich fast schon eine Effizienzsteigerung.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007571, 12.11.25 12:04:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 gegen 39 Stimmen bei einer Enthaltung.

Schluss der 35. Sitzung

12:04 Uhr

Protokoll

der 36. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 12. November 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Jérôme Thiriet (Grüne/jgb), Pascal Pfister (SP), Stefan Wittlin (SP), Raffaela Hannauer (Grüne/jgb), Lukas Faesch (LDP), Brigitta Gerber (BastA!), Edibe Gölgeli (SP), Anouk Feuer (Grüne/jgb), Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP).*

Verhandlungsgegenstände:

8. Neue Interpellationen ... 3
8.1. Interpellation Nr. 113 Johannes Sieber betreffend die Verzögerung bei der Ausschreibung des Musical Theaters Basel ... 3
8.2. Interpellation Nr. 114 Anina Ineichen betreffend Einsatz von Sicherheitsrobotern (RaaS) an der Herbstmesse ... 4
8.3. Interpellation Nr. 115 Eric Weber betreffend Angriffe auf das Gemeinwohl - Attacken auf Lokalpolitiker haben fatale Folgen für die Kommunen ... 5
8.5. Interpellation Nr. 117 Harald Friedl betreffend Magazin «klybeck plus», Oktober 2025 ... 7
8.6. Interpellation Nr. 118 Gabriel Nigon betreffend schädliche Sparmassnahmen bei der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz ... 7
8.7. Interpellation Nr. 119 Brigitte Kühne betreffend Adressierung von Fragebögen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt ... 8
8.8. Interpellation Nr. 120 Franziska Stier betreffend aktuelle Entwicklungen zu Microsoft 365 ... 9
8.9. Interpellation Nr. 121 Nicola Goepfert betreffend Praxis des Non Punishment Prinzips bei Opfern von Menschenhandel ... 9
8.10. Interpellation Nr. 122 Luca Urgese betreffend Dachterrasse auf der alten Hauptpost: eine verpasste Chance! ... 10
12. Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mindestlohn für alle Lernende ... 10
13. Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend bundesgerichtskonforme, arbeitsrechtliche Einbettung des UberEats-Anbieters; Änderung der kantonalen Handhabung ... 20
14. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Förderung der zweiten Quantenrevolution ... 23
15. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Einführung eines Gerichtsanzuges ... 24
16. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend wirkungsvollen Jugendschutz: Massnahmen bei Verstoss gegen Tabak- und Alkoholverkaufsverbot an Jugendliche im gesetzlichen Schutzalter ... 24
17. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Unterstützung und Informationstransfer bei Grossbaustellen ... 24
18. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Ausbau der Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten ... 25
19. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Bewilligung von solargebundenen Klimaanlagen auf öffentlichen Gebäuden ... 25
20. Anzug Eric Weber betreffend wenn die Transparenz schwindet ... 26
21. Anzug Eric Weber betreffend sportliche Grossanlässe nach Basel holen ... 27
22. Anzug Eric Weber betreffend Basler Fahne muss im Basler Parlament stehen ... 27
23. Anzug Eric Weber betreffend Gratis-Telefon für Grossräte während Parlaments-Sitzungen ... 28
24. Anzug Eric Weber betreffend dass Bauen in Basel nicht mehr so lange dauert ... 29

25. Anzug Eric Weber betreffend Notfall-Broschüre nach schwedischem Vorbild ist überfällig 30
26. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung, Schreiben des RR 30
27. Motion Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung, Stellungnahme des RR .. 32
28. Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte, Stellungnahme des RR 33
29. Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität, Bericht des RR 36
30. Anzug Nicole Kuster und Konsorten betreffend Aufwertung der Uferböschung des Grossbasler Rheinufers durch den Bau von Baumterrassen, Schreiben des RR 38
31. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend grossflächiger Entsiegelung von Parkplätzen, Schreiben des RR 39

Beginn der 36. Sitzung

Mittwoch, 12. November 2025, 15:00 Uhr

8. Neue Interpellationen

[12.11.25 15:00:10]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie herzlich zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen nur eine Mitteilung zu machen:

Besuch auf der Zuschauenden-Tribüne

Wir haben heute Besuch auf der Zuschauenden-Tribüne, dies von einer Klasse aus dem Wirtschaftsgymnasium. Sie sind im Rahmen des Pflichtwahlfachs Politische Bildung hier mit ihrer Lehrperson Herr Lopez. Wir freuen uns sehr, dass ihr hier seid, und wünschen einen spannenden Einblick in die Politik. Vorhin konnten wir noch gemeinsam reden, viel Spass.

8.1. Interpellation Nr. 113 Johannes Sieber betreffend die Verzögerung bei der Ausschreibung des Musical Theaters Basel

[12.11.25 15:00:59, 25.5480.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2. Das Geschäft wird prioritär behandelt. Die Ausschreibung wird schnellstmöglich und planmässig durchgeführt. Es braucht Zeit, damit die Ausschreibung korrekt und sauber vorbereitet werden kann. Zu berücksichtigen ist, dass das Musical Theater im Baurecht an eine Betreiberschaft abgegeben wird, die für diesen Zeitraum auch Eigentümer des Gebäudes ist. Die Ausschreibungsunterlagen müssen diesen neuen Verantwortlichkeiten Rechnung tragen. Die künftigen Baurechtsnehmer müssen wissen, worauf sie sich einlassen, wenn sie sich bewerben, denn sie erwerben Eigentum. Die baulichen Grundlagen mussten aufbereitet und im Detail dokumentiert werden. Beispielsweise ist das Musical Theater durch eine Passerelle mit der heutigen Messehalle 3 verbunden, welche im Zuge der Neubebauung der Messehalle 3 abgebrochen werden muss. Zudem sind einige Gebäudeinfrastrukturen mit der Messe verbunden, was im Zuge der anstehenden Sanierung ebenfalls gelöst werden muss.

Zu Frage 3. Die Vorbereitungsarbeiten für die Ausschreibung sind kurz vor Fertigstellung, die Publikation erfolgt noch dieses Jahr.

Zu Frage 4. Mit dem Zuschlag zum Baurecht wird die zukünftige Eigentümer- und Betreiberschaft den Betrieb gemäss ihren Bedürfnissen neu ausrichten wollen. Es geht bei der Abgabe im Baurecht entsprechend nicht einfach um eine Weiterführung des Status quo. Zu beachten ist, dass Teile des Musical Theaters in absehbarer Zeit saniert werden müssen. Wann und in welcher Form dies geschieht, liegt in der Verantwortung des zukünftigen Eigentümers. Der Grosse Rat hat dafür Ausgaben in Höhe von maximal 15 Mio. Franken bewilligt. Den eingeschränkten Planungsmöglichkeiten in der Startphase wird bei der Abgabe des Baurechts mit einer Staffelung des Baurechtszinses Rechnung getragen. Das bedeutet, dass der Baurechtszins am Anfang reduziert ist, was einer Anschubfinanzierung gleichkommt.

Zu Frage 5. Der Parlamentsentscheid wird immer so schnell wie möglich und mit der notwendigen Sorgfalt umgesetzt.

Zu Frage 6. Die offizielle Ausschreibung erfolgt, wie bereits in den Medien berichtet wurde, noch in diesem Jahr. Im Laufe des Jahres 2026 folgt der Vergabeentscheid. Die Baurechtsabgabe ist per Anfang des Jahres 2027 vorgesehen. Der Nutzungsvertrag mit der aktuellen Betreiberschaft läuft noch bis Ende 2026.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Johannes Sieber (GLP): Ich kann sagen, ich bin mit der Antwort zufrieden. Besonders freut mich, dass das Geschäft prioritär behandelt wird und auch, dass Kenntnis genommen wurde, dass es schwierig ist, einen Betrieb, der bereits jetzt nächstens in die Programmierung der Phase gehen sollte, in der dann der Baurechtsvertrag gültig wird, dass das zur Kenntnis genommen wurde und dass hier auch in Betracht gezogen wird, dass der Baurechtszins am Anfang etwas reduziert wird. Es war leider in der Geschichte dieser Auseinandersetzung mit dem Musical Theater nicht immer der Fall, dass man das Gefühl hatte, der Regierungsrat habe hier die richtigen Prioritäten gesetzt. Jetzt scheint das der Fall zu sein, in diesem Fall bin ich darum sehr zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

8.2. Interpellation Nr. 114 Anina Ineichen betreffend Einsatz von Sicherheitsrobotern (RaaS) an der Herbstmesse

[12.11.25 15:05:37, 25.5481.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrat Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich die Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Zunächst einleitend. Der Regierungsrat nimmt den Datenschutz ernst und hat den Einsatz der Roboter gestoppt, nachdem die Datenschutzbeauftragte des Kantons ihre Bedenken geäussert hatte. Der Regierungsrat steht im Austausch mit der Datenschutzbeauftragten. Es stellen sich hier zahlreiche und auch komplexe Fragen.

Zu den einzelnen Fragen der Interpellation, zu Frage 1. Die nächtliche Überwachung diente dem Objektschutz. Die Marktstände sollten dank der Überwachung zwischen 23 Uhr abends und 8 Uhr morgens vor Einbrüchen und Sachbeschädigungen geschützt werden.

Zu Frage 2. Ja, der Kanton Basel-Stadt hat gemäss dem Gesetz über die Basler Herbstmesse den Auftrag, die Herbstmesse jährlich durchzuführen. Dazu gehört auch die Gewährleistung der Sicherheit für die Marktstände, zumal es jedes Jahr an der Herbstmesse zu zahlreichen Einbrüchen bei Marktständen kommt. Um die Sicherheit für die Marktstände zu garantieren, arbeitet die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing im Präsidialdepartement in diesem Jahr mit der externen Bewachungsfirma Securitas zusammen, an die der Bewachungsauftrag erteilt wurde.

Zu Frage 3. Der Einsatz der Roboter wurde gestoppt, unmittelbar nachdem die Datenschutzbeauftragte ihre Bedenken geäussert hatte. Nach Abklärungen mit der Datenschutzbeauftragten wurde auf den Einsatz der Roboter an der Herbstmesse 2025 verzichtet, weitere Einsätze sind derzeit nicht geplant.

Zu Frage 4. Die erhobenen Daten wurden ausschliesslich in der Schweiz zwischengespeichert. Die Speicherung erfolgte in einem Rechenzentrum, das nach ISO 27001 zertifiziert ist. Sämtliche Videodaten wurden automatisch nach 24 Stunden gelöscht.

Zu Frage 5. Die Daten dienten ausschliesslich der Ereignisdetektion. Wird ein Ereignis erkannt, zum Beispiel eine Person in einem nicht zugelassenen Bereich, wird ein Rapport erstellt.

Zu Frage 6. Der Roboter machte durch blinkende Lichter und seine Bewegung auf sich aufmerksam. Zusätzlich befanden sich entsprechende Hinweisschilder an den Eingängen zum Messebereich. Für Umstehende war somit ersichtlich, dass sich ein Gerät mit Kamerafunktion im Einsatz befindet. Ob gerade eine Wärmebildaufnahme erfolgt, ist nicht direkt erkennbar.

Zu Frage 7. Auf den Bildaufnahmen waren keine Personen erkennbar, die Aufnahmen wurden jeweils nach 24 Stunden gelöscht.

Zu Frage 8. Der Einsatz ist mit Zustimmung des Kantons erfolgt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich muss die Antwort noch etwas setzen lassen, aber es stellen sich mir insbesondere zwei grosse Fragen. Das eine, der Datenschutz. Ernst nehmen ist auch aktiv sein und reagieren auf eine Datenschützerin, die aktiv wurde, nachdem eine Interpellation eingereicht wurde, ist nicht ernst nehmen, sondern ist Reaktion auf ein Ereignis. Das ist nicht so, wie man es sich wünscht. Wünschenswert wäre gewesen, vor dem Einsatz die Datenschützerin zu konsultieren. So ist es im Übrigen auch im Gesetz vorgesehen.

Aktiv werden ist für mich auch die Kommunikation und das ist dann das zweite grosse Fragezeichen. Sonst ist der Kanton nie verlegen. Bei innovativen Ideen sofort das gross zu verkünden, lächelnd das vorzustellen und vielleicht auch noch den Roboter zu streicheln. Hier passierte das alles nicht, obwohl es ein absolut innovatives Projekt gewesen wäre. Ich glaube, wir können uns der Moderne nicht verschliessen, wir müssen mit Überwachungsrobotern leben lernen. Hätten wir doch das genutzt und gesagt, wir sind innovativ, wir versuchen neue Sachen aus, wir probieren diese Roboter aus und machen das auch datenschutzsicher. Ich bin überzeugt, wenn wir diese innovative Idee ernsthaft angegangen wären, wenn wir kommuniziert hätten; irgendwann wäre ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin ausgefallen, irgendwie könnte der Datenschutz doch noch relevant werden bei diesem ganzen Projekt. Wenn es aber irgendwie durchgeht und niemand sich darum kümmert, dann ist das schade. Einerseits schade für den Datenschutz, anderseits schade auch, dass wir diese Innovation uns nicht einfach auf die Fahne geschrieben haben.

Nun habe ich auch noch Inhaltliches zu den Fragen. Sie haben gesagt, dass diese Ereignisse erkannt werden. Der Roboter erkennt diese Ereignisse durch KI. Dass gibt natürlich ein ganz besonderes Element von Profiling. Wann sagt der Roboter, das ist eine Anomalie, da stimmt etwas nicht, jetzt muss ich die Videokamera einschalten. Dieser Moment muss gut überwacht werden und im Zuge, falls es je wieder so weit kommt, dass er eingesetzt wird, wäre das sehr gut anzuschauen. Erkennt der Roboter Geschlechter auf der Wärmebildkamera, wird er dann aktiv, das sind Fragen, die beantwortet sein müssen, bevor es zum Einsatz kommt.

Dann haben Sie gesagt, die Kamerafunktion war angeschrieben. Ich glaube, ja, man kann davon ausgehen, dass so ein Roboter filmt. Jeder Tesla filmt uns die ganze Zeit, wir müssen, wie gesagt, damit leben lernen und wir müssen damit rechnen. Wenn der Roboter in Auftrag des Staates oder des Kantons unterwegs ist, ist mir doch sehr wichtig, dass nicht nur erkennbar ist, dass er eine Kamera hat, weil jedes Gerät hat eine Kamera, sondern es muss erkennbar sein, werde ich im Moment gefilmt.

Und dann komme ich schon zu meiner letzten Frage, da haben Sie gesagt, es seien keine Personen erkennbar gewesen. Dieser Roboter hat eine Wärmebildkamera, die Wärmebildkamera erkennt Anomalien, wenn eine Anomalie besteht laut KI, dann wird die Videokamera eingeschaltet. Ich kann mir nicht vorstellen, also ich habe ein Video bekommen von einem Freund, dann erst habe ich erfahren, dass es das gibt. Ich würde eine Wette eingehen, dass mein Freund erkennbar ist auf einem Video, das ist jetzt einfach schon gelöscht, weil es nicht länger als 24 Stunden her ist. Also ich hoffe, es ist gelöscht.

Sehr unbefriedigend und eine verpasste Chance, ich bin nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

8.3. Interpellation Nr. 115 Eric Weber betreffend Angriffe auf das Gemeinwohl - Attacken auf Lokalpolitiker haben fatale Folgen für die Kommunen

[12.11.25 15:12:37, 25.5482.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Das Thema dieser Interpellation betrifft Sie alle, leider muss man das so sagen. Die Toleranzschwelle vieler Menschen fällt, es wird nur noch die eigene Meinung akzeptiert, wer anders denkt, ist schon ein Feind. Ich stelle einfach fest als Grossrat seit 42 Jahren, dass die Rechthaberei von gewissen Politikern einfach immer mehr zunimmt und dann haben wir diese Probleme, wie ich es in der Interpellation beschreibe. Ich will hier nicht in eine ideologische Debatte ausufern, ich habe viele Bücher zum Thema gelesen, Fazit all dieser Bücher; die Rechthaberei einzelner Menschen ist nicht gut.

Im Frühling schrieb mir ein junger Mann, er komme in den Grossen Rat und mache einen Amoklauf. Der Täter wurde in Zusammenarbeit von mehreren Kantonspolizeien in der Berufsschule in Langenthal gefasst. Das ist nur ein Beispiel von vielen, mehr Details braucht es nicht, es steht in der Interpellation und ich bin gespannt, was die Regierung antwortet. Es ist eine Tatsache, immer mehr Grossräte sind mit den pampigen und oftmals ungenauen Antworten der Regierung unzufrieden, das wurde schon öfters hier vorne am Mikrofon gesagt. Ein Beispiel, obwohl ich schon drei Mal angefragt habe mit Interpellation und schriftlichen Anfragen, man sagt mir nicht als Grossrat, was die Saalmiete in der Mustermesse gekostet hat im zweiten Wahlgang Regierungsrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat mit dem Thema nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich warte auf die genauen Antworten der Regierung. Und eine letzte Anmerkung zu dieser Interpellation, dann nehme ich gerne wieder Platz, es ist sowas von unfair von der Regierung, seit über acht Jahren werden meine Interpellationen nur noch schriftlich beantwortet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Nein, aber ich möchte das sagen, ich begründe hier meine Interpellation und seit acht Jahren heisst es immer, meine Interpellation wird nur schriftlich beantwortet. Hat man denn Angst vor einer direkten Konfrontation mit mir? Ich möchte Sie aufmerksam machen, mein Lieblingsregierungsrat Baschi Dürr, der auch mit einem Foto auf meiner Homepage ist, hat alle meine Interpellationen mündlich beantwortet. Wie vermisse ich Regierungsrat Baschi Dürr. Ich bin auch nur ein kleines unbedeutendes Lichtlein, aber ich habe mich vorhin gefreut, als mich alle Schüler gekannt haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin noch nicht fertig mit der Begründung. Es geht um Hass gegen Politiker. Sie wissen, dass der Grosse Rat gesperrt worden ist wegen Amokdrohungen und meiner Demonstration und der Hass gegen Politiker muss aufhören. Sie finden sonst keine Leute mehr, die kandidieren. In Deutschland und in der Schweiz machen die meisten keine Politik mehr, weil sie sagen, wir wollen keinen Hass, auch die Grünen bekommen Hass. Bei Joël Thüring wird jedes Jahr das Schaufenster eingeworfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es reicht. Ordnungsruf zwei.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte in Ruhe sagen, die Leute gehen nicht mehr in die Politik, weil sie diesen Hass nicht wollen, der ausgeteilt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe noch Redezeit. Ich möchte Sie bitten, dass ich reden darf. Ich habe, und dann komme ich zum Schluss, eine Strafanzeige gestellt und ich möchte ja, dass wir Ruhe haben. Wenn man mir dann sagt, und ich habe eine Strafanzeige gestellt bei der Staatsanwaltschaft, wenn man dann sagt bei der Fasnacht, was ich für ein böser Mensch bin, das sagt man einfach nicht, das macht man nicht und darum verlieren Sie Wähler, Sie verlieren Leute, die kandidieren wollen. Es steht in meiner Interpellation, dass die Leute angegriffen werden, dass die Leute die Meinung nicht mehr sagen

dürfen, dass diesen Leuten das Wort unterbrochen wird und darum muss ich einfach ganz klar festhalten, ich bin gewählt und ich rede, solange das geht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Interpellation Nr. 116 Andrea Strahm betreffend Sozialhilfe für Personen aus Afrika und arabischen Ländern. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin ist nicht im Saal und kann daher nicht begründen.

8.5. Interpellation Nr. 117 Harald Friedl betreffend Magazin «klybeck plus», Oktober 2025

[12.11.25 15:18:08, 25.5485.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Ich weiss nicht, wer von Ihnen allen das im Briefkasten vorgefunden hat in der letzten Oktoberwoche. Bei mir kam es zu Hause an und ich habe mich dann gefragt, wer das alles bekommen hat und es war nicht klar aus der Publikation, wie auch vieles weitere dann für mich nicht klar war, als ich das angeschaut habe. Als Bewohner von unserem Kleinbasel und weil ich auch direkt auf verschiedenen Ebenen wirklich sehr involviert bin bei der Transformation dieses wichtigen Areals im Klybeck, habe ich das Heft natürlich mit sehr grossem Interesse gelesen. Ich darf wohl auch sagen, dass ich relativ gut informiert bin und darum wollte ich natürlich wissen, was die Investorinnen der Bevölkerung mit diesem Heft mitteilen wollen. Als ich dann das Heft durchgeblättert habe, ist mir aufgefallen, kein einziger Artikel war gezeichnet, also nirgends war klar, wer das geschrieben hat. Insbesondere habe ich auch das Heft angeschaut, weil es ja eine Forderung der Altlastenkonferenz Klybeck war, da habe ich mitgearbeitet, und das war eine konkrete Forderung, dass die Bevölkerung besser informiert wird über den Fortgang des grossen Projekts. Ich lese selber solche Publikationen immer sehr kritisch, weil es mich persönlich sehr stört, wenn zum Beispiel Publireportagen nicht klar als solche gekennzeichnet sind, und darum habe ich dann auch mal geschaut, wer ist denn da jetzt eigentlich im Impressum aufgeführt und da habe ich gesehen, der Kanton nebst den beiden Investorinnen im Klybeckareal.

Für mich war jetzt da die Frage, weil ich sonst nirgendwo eine Auskunfts- oder Ansprechperson gesehen habe und auch kein Logo des Kantons, welche Massstäbe der Kanton an die Transparenz bei seinen Publikationen setzt. Da kamen dann bei mir Fragen auf und ich kann auch sagen, diverse Personen, die auch sehr engagiert sind in diesem Thema im Quartier, sind dann auch an mich herangekommen und haben gefragt, wie ist das möglich und können Sie da bitte eine Interpellation dazu stellen. Ich möchte jetzt nicht die einzelnen Fragen dieser Interpellation hier wiedergeben, das wird ja dann hoffentlich beantwortet in den nächsten Wochen, aber ich möchte hier schon mal festhalten, dass ich es sehr problematisch finde, dass der Kanton in einem solch wichtigen und in meinen Augen auch sehr umstrittenen Projekt da eine Mitpublikation macht, die auf den ersten Blick überhaupt nicht klar ersichtlich ist.

Ich finde es auch schade, dass die Interpellation nicht heute schon mündlich beantwortet wird, vielleicht war es auch nicht möglich, es sind ja da wahrscheinlich mehrere Departemente mit involviert, aber um dann auch gewissen Spekulationen schon mal Vorschub zu leisten, wäre eine schnelle Antwort sicherlich sinnvoll. Ich bin sehr gespannt auf diese Antworten und freue mich jetzt schon auf eine ausführliche und transparente Antwort des Regierungsrats zu dieser Interpellation.

8.6. Interpellation Nr. 118 Gabriel Nigon betreffend schädliche Sparmassnahmen bei der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz

[12.11.25 15:21:36, 25.5486.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellation Nummer 118 von Gabriel Nigon wurde zurückgezogen.

8.7. Interpellation Nr. 119 Brigitte Kühne betreffend Adressierung von Fragebögen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt

[12.11.25 15:21:43, 25.5487.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie ist nicht anwesend. Regierungsrat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich namens des Regierungsrats die Interpellation wie folgt:

Zunächst einleitend. Ab dem Jahr 2026 wird im Bachlettenquartier ein Pilotversuch mit sogenannten Unterflurcontainern durchgeführt. Der Versuch soll unter anderem zeigen, ob sich diese Art der Abfallentsorgung bewährt und wie die Quartierbewohnerinnen und -bewohner dieses Angebot einschätzen. Dazu werden die Quartierbewohnerinnen und -bewohner mehrfach befragt. Im Oktober 2025 hat das Statistische Amt deshalb im Auftrag des Tiefbauamtes bei der Quartierbevölkerung des Bachlettenquartiers eine erste Befragung durchgeführt.

Zu den einzelnen Fragen, Fragen 1 und 2. Da das Thema die gesamte Quartierbevölkerung potenziell betrifft, wurde entschieden, eine Vollerhebung durchzuführen. Das heisst, dass innerhalb eines definierten Perimeters sämtliche Haushalte angeschrieben wurden, das sind für das Bachlettenquartier rund 2'000 Haushalte. Diese Haushalte sind sehr heterogen zusammengesetzt, so gibt es neben klassischen Familien- und Paarkonstellationen auch Wohngemeinschaften, Familien mit erwachsenen Kindern, die noch bei ihren Eltern leben, oder zum Beispiel Haushalte, in denen Haushalts- oder Pflegehilfen leben. Gezogen wurden die Adressen aus dem Einwohnerregister. Die Befragung zu den Unterflurcontainern war so konzipiert, dass alle Haushalte angeschrieben werden. Für die Adressierung wurde aus jedem Haushalt die jeweils älteste Person gewählt, so sollte verhindert werden, dass im Haushalt wohnende volljährige Kinder oder Pflegepersonen angeschrieben werden.

Zu Frage 3. Mit dem gewählten Vorgehen konnte die Befragung verhältnismässig, effizient und ressourcenschonend umgesetzt werden. Bei einer Einzeladressierung an alle Einwohnerinnen und Einwohner des Quartiers hätten rund 6’000 Fragebögen versendet werden müssen. Dies schien angesichts der Tatsache, dass nur eine Person den Fragebogen ausfüllen muss, nämlich diejenige, die hauptsächlich den Abfall herausbringt und sich um die Abfalltrennung kümmert, ein unnötiger Streuverlust. Mit dem gewählten Verfahren hat jeder Haushalt einen Fragebogen erhalten und konnte selbst definieren, wer sich am häufigsten um die Abfallentsorgung kümmert und entsprechend antwortberechtigt ist. Die so adressierten Personen sind zu 47% Frauen und zu 53% Männer, es wurden insgesamt also leicht mehr Männer angeschrieben.

Zu Frage 4. Im Sommer 2026 steht eine erneute Befragung zu den Unterflurcontainern an. Um die Ergebnisse vergleichen zu können, wird das Adressierungsvorgehen nicht geändert. Grundsätzlich werden Art und Methode der Adressierung und Stichprobenziehung je nach Befragung konzipiert und umgesetzt. Eine Festlegung ist angesichts der unterschiedlichen Befragungsthemen des Statistischen Amtes nicht sinnvoll. Der Regierungsrat prüft indes, ob bei künftigen Befragungen im Anschreiben erläutert werden kann, wie die Stichprobe generiert bzw. warum eine spezifische Person angeschrieben wurde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitte Kühne (GLP): Ich bin mit der Antwort teilweise zufrieden. Ich denke, es ist wichtig, dass zukünftig immer beide oder eben alle erwachsenen Teilnehmer angeschrieben werden, und dann kann man immer noch sagen, nur eine Person soll das ausfüllen oder irgendwie das so machen, dass der Link nur einmal aktiviert werden kann. Ich glaube, in der heutigen Zeit ist es wichtig, dass diese Art und Weise der Adressierung nicht mehr passiert. Dass es nur die älteste Person des Haushalts ist, finde ich etwas komisch, und Sie sehen an der Reaktion, die ich aus dem Quartier auch wirklich erhalten habe, dass dies ein falsches Signal senden kann. Ich möchte daher den Regierungsrat bitten, zukünftig alle Post von den verschiedenen Departementen an beide oder an alle erwachsenen Personen zu schicken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

8.8. Interpellation Nr. 120 Franziska Stier betreffend aktuelle Entwicklungen zu Microsoft 365

[12.11.25 15:27:05, 25.5488.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

8.9. Interpellation Nr. 121 Nicola Goepfert betreffend Praxis des Non Punishment Prinzips bei Opfern von Menschenhandel

[12.11.25 15:27:18, 25.5489.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 3. Das Non-Punishment-Prinzip kommt im Kanton Basel-Stadt bereits seit Jahren zur Anwendung. Dieses Prinzip besagt, dass Opfer von Menschenhandel für Straftaten, die sie im Zusammenhang mit ihrer Ausbeutung begehen, so weit möglich von einer Strafe befreit werden. Ziel ist es sicherzustellen, dass betroffene Personen nicht durch ungerechtfertigte Strafverfahren erneut Opfer werden. Bereits bei der Formulierung der Anzeigerapporte wird dem Non-Punishment-Prinzip Rechnung getragen. So gelangen Verdachtsfälle von Menschenhandel fast ausschliesslich über die kantonale Taskforce Menschenhandel an die Strafverfolgungsbehörden. In diesem Rahmen werden die Fälle mit allen involvierten Instanzen, namentlich der Kantonspolizei, dem Migrationsamt sowie der Staatsanwaltschaft, vorbesprochen, sodass dem Non-Punishment-Prinzip von Beginn an Rechnung getragen werden kann. In der Praxis bedeutet das, dass die Strafverfolgungsbehörden in jedem Einzelfall sorgfältig prüfen, ob ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der begangenen Tat und der Opferrolle besteht und wie schwer die betreffende Handlung wiegt. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen von potenziellen Opfern eine zentrale Bedeutung zu.

Zu Frage 4. Bis Ende 2023 wurde das Prinzip in Form einer Einstellungsverfügung gemäss Strafprozessordnung und unter Berücksichtigung der Europäischen Menschenrechtskonvention umgesetzt. Seither erfolgt die Strafbefreiung von Opfern gestützt auf die von der Schweizerischen Staatsanwaltschaftskonferenz vorgeschlagene Musterweisung, welche eine einheitliche Praxis in der ganzen Schweiz fördern soll. Die Identifikation von Betroffenen bleibt jedoch herausfordernd, da Opfer nicht immer unmittelbar als solche erkennbar sind oder ihre Situation aus Angst oder Abhängigkeit regelmässig nicht offenlegen können. Vor diesem Hintergrund wird viel in die Sensibilisierung der Behörden und die Zusammenarbeitsprozesse investiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Nicola Goepfert (BastA): Vielen Dank für die Antwort. Ich bin sehr froh, dass das Non-Punishment-Prinzip in Basel angewendet wird. Wie auch jüngste Medienberichte gezeigt haben, ist Menschenhandel auch in Basel-Stadt ein Problem und es ist sehr schwierig nachzuweisen und dem nachzugehen. Das wird auch bei der Antwort zur letzten Frage deutlich, wo geschrieben wird, dass die Identifikation von Betroffenen immer noch eine Herausforderung bleibt. Ich hätte mir aber gewünscht, dass genau aufgezeigt wird, wie in Basel trotzdem verhindert wird, dass es zu unrechtmässigen Strafen gegen Opfer von Menschenhandel kommt. Zudem habe ich trotz Frage 3 keine Auskunft erhalten, ob es konkrete Fälle in Basel gibt, in denen das Non-Punishment-Prinzip auch angewendet wird. Deshalb bin ich teilweise zufrieden mit der Antwort, nicht aus Widerspruch gegen die Antwort, sondern schlicht weil ich mir mehr Informationen gewünscht hätte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

8.10. Interpellation Nr. 122 Luca Urgese betreffend Dachterrasse auf der alten Hauptpost: eine verpasste Chance!

[12.11.25 15:31:02, 25.5490.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

12. Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mindestlohn für alle Lernende

[12.11.25 15:31:15, 25.5411.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Gemeldet hat sich Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wenn ich den Motionstext so durchlese, stelle ich fest, dass die Motionärin das System nicht ganz begriffen hat und mit der Motion mehr Schaden als Nutzen bewirkt. Das staatliche Eingreifen ist hier völlig am falschen Ort und braucht es sicher nicht. Die Berufsverbände haben das mit den vielen KMU-Betrieben gelöst, das System funktioniert und ist, wie sie selber feststellt, ein Erfolgsmodell. Wie der Name sagt, es ist eine Ausbildung und die Kosten dafür tragen die KMB-Betriebe. Die sind nicht zu unterschätzen, die Kosten. Die Betriebe machen es aus Eigeninteresse, um auch in Zukunft genügend Fachpersonen zu haben. Die Löhne sind in den Verbänden gelöst und pro Lehrjahr festgelegt. Es geht im Grundsatz nicht darum, vom Lehrlingslohn zu leben, es ist ein Ausbildungsverhältnis und nicht ein normales Arbeitsverhältnis. Eine Gesetzesänderung und das Schaffen eines Fonds führen zu einer unnötigen staatlichen Abhängigkeit und auch zu Ungleichheit unter den Betrieben. Auch ausserkantonal natürlich, wir sind ja hier in einer Region, wo auch von aussen die Betriebe ihre Arbeit in der Stadt suchen. Wer die Berufsbildung stärken will, muss den Betrieben die Ausbildung erleichtern und so nicht verteuern. Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher auf der Liste ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Dieser Vorstoss ist ein gutes Beispiel. Der Staat verursacht ein Problem und muss dieses Problem dann aufwendig verwalten, hier in diesem Fall mittels eines Fonds, statt dass die Politik einfach darauf verzichtet, das Problem überhaupt erst zu verursachen. Wir sehen auch nicht ein, weshalb es eine gute Sache sein soll, wenn Betriebe immer stärker von staatlicher Unterstützung abhängig sein sollen. Wir hatten das letzten Monat beim Vorstoss Pascal Pfister mit der finanziellen Unterstützung für Schnuppertagen und das hier ist jetzt der nächste Baustein. Aber zumindest kann man aus der Tatsache, dass jetzt bereits ein Fonds vorgeschlagen wird in diesem Vorstoss, daraus schliessen, dass die Motionärin selber verstanden hat, dass sie bei einem Teil der Betriebe mit diesem Mindestlohn, der hier gefordert wird, einige Probleme auslöst, die ohne solche Lösung dazu führen würden, dass es gewisse Lehrstellen einfach nicht mehr geben würde. Die Lehre, das wurde bereits gesagt, ist kein normales Arbeitsverhältnis, die Lehre ist ein Ausbildungsverhältnis. Sie ist mit grossem Aufwand für die Arbeitgebenden verbunden, vor allem natürlich am Anfang, was einen tieferen Lohn als den normalen Lohn rechtfertigt. Die Ausbildung ist sozusagen Teil des Lohns.

Und wenn die Motionärin behauptet, die Betriebe hätten durch den höheren Lohn grosse Vorteile, ist es einfach wieder ein Beispiel dafür, wie manche Grossräte meinen, sie wissen besser, wie Unternehmen zu führen seien als die Unternehmen selbst. Wenn es tatsächlich ein grosser Vorteil ist, zum Beispiel für die Gewinnung von Lernenden, dann können Betriebe ja das heute schon machen, ganz ohne, dass die Politik ihnen reinredet. Und das machen zahlreiche Betriebe auch, es gibt verschiedenste Betriebe, die Schwierigkeiten haben und hatten, Lernende zu finden und damit das eben besser wird, haben sie die Arbeitsbedingungen in den letzten Monaten und Jahren laufend verbessert. Das muss nicht zwingend nur die Anpassung des Lohnes sein, das sind längere Ferien, etc., also da gibt es verschiedenste Beispiele, wie das erfolgreich gemacht wird, da braucht es keinen staatlichen Eingriff.

Und dann wird ein Zusammenhang behauptet zwischen der Höhe des Lohnes und Lehrabbrüchen. Dafür gibt es soweit ersichtlich keine Evidenz, Löhne gehören nicht zu den häufigen Gründen für Lehrabbrüche. Dazu gehören eher ein Betriebsklima, das nicht gut ist, die falsche Berufswahl, die man erkennt, wenn man dann anfängt, in einem Betrieb zu

arbeiten, oder auch gesundheitliche Probleme, das sind Gründe für Lehrabbrüche, nicht die Löhne oder die Verschuldung, wie in diesem Vorstoss behauptet wird.

Wir sehen keine Notwendigkeit für einen Mindestlohn für Lernende, wir halten ihn sogar für schädlich, hier noch mehr als bei den anderen Mindestlöhnen, und deshalb bitten wir Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Sie alle kennen diesen Satz wahrscheinlich noch aus Ihrer Jugend, Lehrjahre sind keine Herrenjahre, und er hat schon damals genervt, weil er unweigerlich mit strikten Hierarchien, wenig Mitbestimmung und einer starren Vorstellung von Berufsbildung verbunden war. Zum Glück hat sich das in den letzten Jahrzehnten geändert. Wir als Gesellschaft achten viel stärker auf Didaktik, auf Begleitung von Lernenden, auf Mitwirkung und auch auf eine Lernumgebung, die nicht nur Durchhalten verlangt, sondern Entwicklung ermöglichen soll. Das heisst natürlich nicht, dass überall alles bestens ist. Nicht zuletzt ist diese Entwicklung auch zurückzuführen auf die Selbstorganisierung von Lernenden. Sie bringen ihre Forderungen auf den Tisch, sei es in der Frage der Ferien, in der Frage der psychischen und gesundheitlichen Belastung oder eben beim Lohn.

Mit Blick auf die vorliegende Motion, die übrigens kein neues Problem schafft, sondern ein reales Problem benennt und Lösungen vorschlägt, möchte ich versuchen, die Lebensrealität junger Menschen in den Blick zu nehmen. Wenn ein junger Mensch eine Ausbildung beginnt, dann fällt neben Schule und Berufsalltag einiges an Kosten an. Da ist zunächst der tägliche Weg zur Arbeit, je nach Wohn- und Arbeitsort ist das schon eine finanzielle Herausforderung. Gehen wir weiter, ein Döner oder eine schnelle Mahlzeit in der Mittagspause, im Idealfall zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, kostet schnell 15 Franken. Wenn man fünf Tage die Woche auswärts und mit den Kolleginnen isst, summieren sich die Kosten. Und wer schon kaum finanzielle Spielräume hat, spürt diese Ausgaben überproportional. Und dann sind da die notwendigen Lehrmittel und Schulbücher. Viele Berufsschulen verlangen Fachliteratur, Übungshefte, Prüfungsunterlagen und auch diese Kosten sind real und fallen zusätzlich an. Zudem, viele Lehrbetriebe verlangen natürlich Arbeitskleidung, Arbeitsmaterialien, sei es Schutzkleidung, Werkzeuge, Notebook oder andere spezifische Ausstattung, auch diese müssen oft zu Beginn der Lehre gekauft werden. Und wenn dann auch noch die Unterstützung zu Hause wegfällt, ich möchte sagen, das Hotel Mama eben auch nicht ewig gratis ist, dann kommt man schnell in eine prekäre Lage. Mietkosten, Haushaltskosten, Transportkosten, Freizeit oder halt auch die Beteiligung an den realen Kosten der eigenen Familie, wo man immer noch lebt.

Eine Ausbildung darf noch nicht zu finanziellen Überforderungen führen und genau hier setzt diese Motion an, indem sie einen Mindestlohn von 1’000 Franken pro Monat fordert. Das schafft bessere Chancengleichheit auch unter den Lernenden und stärkt die Berufslehre auch für Kleinstbetriebe. Schliesslich, das tut die Motion auch, sie unterstützt Kleinstbetriebe, die sich einen Ausbildungslohn von 1’000 Franken nicht leisten können. Liebe Grossrät*innen, mit dieser Motion sagen wir, eine Lehre ist mehr als nur Arbeiten und Lernen, sie bedeutet Verantwortung, Aufgaben, Pflichten und gleichzeitig Menschen die Chance auf Entwicklung und Teilhabe zu geben. Damit diese Chance für alle jungen Menschen gleichermassen nutzbar wird, unabhängig von der finanziellen Situation der Herkunftsfamilie, muss das Entgelt stimmen.

Wir von BastA unterstützen diese Motion im Wissen, dass unsere Lernenden es verdienen, mit Respekt, mit Begleitung und mit einer angemessenen Vergütung in die berufliche Zukunft zu starten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Strahm. Diese wird entgegengenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Vielen Dank für die Annahme. Sind Sie dann der Ansicht, dass auch Gymnasiasten und andere Besuchenden von weiterführenden Schulen einen Mindestlohn erhalten sollten? Denn sie haben ja die gleichen Auslagen.

Franziska Stier (BastA): Ich denke gerne darüber nach.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Frau Block. Diese wird auch entgegengenommen.

Laetitia Block (SVP): Frau Stier, Sie haben gesagt, Arbeitskleidung sind zusätzliche Kosten, die anfallen. Ist Ihnen bewusst, dass Material, das für die Arbeit benötigt wird, auch vom Arbeitgeber übernommen wird kostenmässig?

Franziska Stier (BastA): Ich wünschte, das wäre immer der Fall.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Unser duales Bildungssystem ist ein echtes Erfolgsmodell, auch weil viele Betriebe freiwillig mitmachen. Im Kanton Basel-Stadt sind über 90% unserer Firmen kleine und mittlere Betriebe, das heisst KMU. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und sorgen dafür, dass hunderte Jugendliche jedes Jahr eine Lehrstelle hier im Kanton finden. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein riesiger Einsatz aus Überzeugung. Was dabei oft vergessen wird, die Lehre ist eine Ausbildung, kein normaler Job. Das Bundesgesetz über die Berufsbildung wie auch das kantonale Recht definieren die Lehre klar als Ausbildungsweg. Das Ziel ist nicht allein die fachliche Tätigkeit, sondern die systematische Entwicklung beruflicher Kompetenzen unter Anleitung und Begleitung. Lehrbetriebe investieren dabei viel Zeit, Geduld und Herzblut, sie übernehmen eine elementare gesellschaftliche Aufgabe. Viele Jugendliche und ihre Eltern achten bei der Wahl einer Lehrstelle in erster Linie auf die Ausbildungsqualität und die Entwicklungsmöglichkeiten, nicht nur auf die Höhe der Entlöhnung.

Die Motion für einen gesetzlichen Mindestlohn für Lernende meint es gut, aber sie schiesst am Ziel vorbei. Was funktioniert? Zusammenarbeit und Augenmass. Die Branchenverbände publizieren bereits heute ihre Lohnempfehlungen. Die kantonale Verwaltung geht allenfalls mit Vorbildcharakter voran. Die Löhne für Lernende in der kantonalen Verwaltung wurden erhöht. Die Bedingungen für Lehrbetriebe und Lernende versuchen wir immer noch zu verbessern. Das machen wir aber gemeinsam mit der Wirtschaft, den Sozialpartnern und den Branchen, nicht im Alleingang und schon gar nicht von oben herab. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt Lehrbetriebe und Lernende bereits heute gezielt und pragmatisch. Lehrbetriebe erhalten finanzielle Entlastung, wenn ihre Lernenden für den Berufsschulbesuch in andere Kantone ausserhalb des Tarifverbundes müssen. Dies gilt auch für Übernachtungen mit Verpflegung, wie sie beispielsweise bei Pilotkursen üblich ist. Der Kanton leistet einen doppelt so hohen Beitrag an die überbetrieblichen Kurse wie viele andere Kantone, um die Ausbildungsqualität weiter zu sichern und die Betriebe zu entlasten. Die Kosten für die Lehrabschlussprüfungen werden vollständig vom Kanton übernommen, für Lernende und Lehrbetriebe entstehen keine zusätzlichen Ausgaben. Basel-Stadt übernimmt damit im schweizerischen Vergleich deutlich mehr Kosten für die Lehrbetriebe und deren Lernende als die meisten anderen Kantone.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vorhin hat auch Kollege Luca Urgese erwähnt, in der Oktobersitzung haben Sie mit dem Anzug Pascal Pfister betreffend Schnuppertage in kleinen Unternehmen, den Sie überwiesen haben, den Regierungsrat beauftragt, kleine Betriebe noch mehr finanziell zu unterstützen, um noch mehr Schnupperlehren ermöglichen zu können. Jetzt mit dieser vorliegenden Motion würden Sie genau das, was wir mit den kleinen Betrieben vorhaben, verunmöglichen. Wir können diesen Betrieben finanzielle Unterstützung anbieten, damit sie eine Lehrstelle ermöglichen, aber mit einem Mindestlohn in der Lehre würden wir sie zwingen, keine Lehrstellen anzubieten. Die vorliegende Motion schlägt vor, dass der Mindestlohn im Verlauf der Ausbildung ansteigt und das wird auch für uns als Kanton schwierig, weil wir den Betrieben nicht vorschreiben können, aus welchen Kantonen sie Lehrlinge anstellen. Zum Teil stellen sie auch Lehrlinge aus dem Ausland an. Es besteht die reale Gefahr, dass die Betriebe mit Lernenden von ausserhalb unseres Kantons, von Basel-Stadt, in unserem Kanton Lehrverträge abschliessen und dass wir diese Lehrverträge mit Steuergeldern finanzieren.

Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher auf meiner Liste ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Mir persönlich und unserer Fraktion ist die Berufslehre wirklich ein sehr wichtiges Anliegen. Wir sind überzeugt und sind uns auch einig in der Fraktion, dass die mehrschichtige Berufsausbildung in der Schweiz und insbesondere die Berufslehre eine grosse Errungenschaft des schweizerischen Bildungswesens ist. Und dieser duale Weg, der geniesst einen hohen Stellenwert und ist für uns auch ein Standortvorteil für die Schweizer Wirtschaft. Jährlich werden in der Schweiz tausende junge Leute sehr gut und praxisnah für einen künftigen Beruf ausgebildet. Dabei kann die Berufslehre der Beginn einer beruflichen Karriere bedeuten, aber er kann auch zu einem späteren Zeitpunkt das Sprungbrett für eine Neuausrichtung sein. Was will ich damit sagen? Die Berufskarrieren sind in der Schweiz entsprechend vielfältig und sehr individuell und das ist in unseren Augen auch genau die Stärke dieser Berufsausbildung. Ich kann das auch aus persönlicher Sicht sagen, ich habe eine Berufslehre mal abgeschlossen und konnte dann mit der weiterbildenden Schulung auch noch andere Bereiche kennenlernen.

Für uns ist zentral, dass die Berufslehren so ausgestaltet sind, dass sie attraktiv sind für die Bedürfnisse der Lernenden, aber auch für die ausbildenden Betriebe. Sie sollten eben so ausgestaltet sein, dass die Lernenden ohne Frust und mit Freude die Ausbildung bestreiten und motiviert an ihre Aufgaben herangehen, damit die Betriebe später dann gut ausgebildete

Personen auf dem Arbeitsmarkt vorfinden. Wenn man sich nun aber umhört, dann gibt es doch ein gewisses Unbehagen und es entsteht der Eindruck, dass es ein wenig harzt in der ganzen Berufsausbildung in der Schweiz. Firmen erklären uns und sagen, dass sie Schwierigkeiten haben, geeignete und motivierte Kandidat*innen zu finden, aber auch unter den Jugendlichen gibt es Stimmen, die sagen, wir werden nicht immer ganz ernst genommen oder wir fühlen uns ausgenutzt. Hier ist es für uns wichtig, dass da der Finger auch draufgelegt wird, und wir fragen uns, ist die Kontrolle über die Lehrbetriebe genügend oder reicht das, was wir heute als Kontrolle haben.

Die Entwicklung des Berufsbildungssystems ist eine laufende Aufgabe und sie muss umfassend betrachtet und diskutiert werden. Unsere Fraktion ist eben auch der Meinung, dass wir die Attraktivität der Berufslehren laufend überprüfen sollen und auch auf Änderungen reagieren sollten, um eben die Qualität insgesamt zu verbessern. Dabei sollte der Fokus aber immer darauf liegen, wie wir es schaffen können, dass die Bedingungen sich verbessern, so dass es halt eben die Jugendlichen auch begeistert, eine Berufslehre zu beginnen.

Die hier vorliegende Motion nimmt einen, und ich betone hier, einen Aspekt der Qualität oder des Ansehens der Berufslehre ins Blickfeld, die Entlöhnung. Das wird auch von vielen Jugendlichen, die in der Berufslehre sind, als Manko betrachtet, dass die Höhe der Entlöhnung nicht immer genügend ist. Wir sind auch der Meinung, dass die Entlöhnung substanziell und gut sein soll, schliesslich investiert man ja auch in die Arbeitsleistung und Sie wissen dasselbe wahrscheinlich auch, in gewissen Betrieben arbeiten die Lernenden mehr mit und haben da auch einen Anteil an der Wertschöpfung, in anderen Betrieben ist das wieder sehr anders.

Wir finden den Ansatz, nur bei den Ausbildungslöhnen anzusetzen, ein wenig zu eindimensional, aber wir sind bereit, diese Motion mitzutragen, weil es eben einen Aspekt beinhaltet, den wir als essenziell ansehen bei der Verbesserung der Situation. Weitere Punkte in dieser Motion stellen wir auch in Frage und die Begeisterung war da nicht allzu gross, zum Beispiel die Frage, warum sollen nur kleinere Betriebe von Fondsausgaben profitieren können, da gibt es andere Kriterien, die für uns wichtiger wären als die Grösse des Betriebs, oder warum sollen GAV-Betriebe ausgenommen sein von diesem Mindestlohn für Lernende.

Wie schon gesagt, werden wir trotzdem diese Motion ein erstes Mal überweisen und dann mal schauen, was der Regierungsrat uns zur Antwort gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Die Frage geht auch an die anderen Sprecher nachher. Haben Sie bei Ihrer Analyse von irgendeinem Unternehmen gehört, dass sie das Gefühl haben, dass wenn die Löhne erhöht würden, dass dann sie die besseren oder andere Kandidaten hätten, die eher geeignet sind für diese Lehre?

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): So direkt nicht, aber das ist ein möglicher Ansatz und das muss jetzt erst bewiesen werden, dass das halt nicht funktioniert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Daniel Seiler, danke vielmals für die Aufforderung, diese Zwischenfrage auch zu beantworten, das sage ich Ihnen sehr gerne, das können Sie nachfragen beim recht gross bekannten Unternehmen Bell, das den Mindestlohn für Lernende auf 1’000 Franken erhöht hat, weil es sagt, es braucht dringend mehr Attraktivität auch im Bereich des Lohnes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier bei diesem Thema zu einem Mindestlohn für Lernende sind wir wie immer in der Thematik Mindestlohn in einer sehr grundsätzlichen Diskussion. Wir sind in der grundsätzlichen Diskussion, was wir als Gesellschaft richtig finden, dass wir Leuten bezahlen, die arbeiten. Was es spezieller macht, ist, dass wir über eine bestimmte Berufsgruppe innerhalb der Arbeitnehmenden reden, die häufig, und das ist auch die Realität, von gewissen Regelungen zum Mindestlohn ausgenommen sind, die Lernenden. Wie es Harald Friedl gesagt hat, würde ich auf keinen Fall sagen, dass der Lohnaspekt bei der Frage der Lehrverhältnisse der alleinige Aspekt ist, der alles löst oder verändert, aber es ist ein Aspekt, der sehr zentral ist, bildungspolitisch und sozialpolitisch. Und wie wir alle wissen in diesem Saal, können wir einen Mindestlohn gesetzlich nur aus sozialpolitischen Gründen einführen. Es wurde auch das Ausland angesprochen und überhaupt die Bedürfnisse der Unternehmen. Machen Sie sich mal die Mühe und schauen Sie sich die Mindestvergütungsansätze in Deutschland für Lernende an und dann setzen Sie diese in ein Kaufkraftverhältnis und dann werden Sie sehen, dass sie sehr nahe an diesen 1’000 Franken sind, die diese Motion als Forderung vorsieht.

Luca Urgese hat gesagt, wir würden ein Problem verursachen und danach müssen wir das Problem wieder lösen. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Problem ist bereits da. Wir bezahlen Lernenden Stipendien, damit sie es schaffen mit dem Geld, das sie bekommen. Es ist eben nicht so, dass wir ein Problem neu kreieren, wir beantworten das Problem einfach anders, wir geben eine andere Antwort auf ein vorhandenes Problem. Es wird gesagt, die Betriebe könnten das ja bereits machen, ja, aber das ist eben das Grundsätzliche von der Diskussion eines Mindestlohnes, es ist mir schon klar, dass die bürgerliche Seite und die Arbeitgeberseite nicht will, dass es einen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Der Grund für die Diskussion um einen gesetzlichen Mindestlohn ist ja eben, dass man gesellschaftlich sagt, nein, bei gewissen Punkten warten wir nicht einfach darauf, dass die Unternehmen es von sich aus machen. Es machen es ja viele Unternehmen, es machen es ja zum Beispiel auch grössere Unternehmen, die ein Problem haben bei der Rekrutierung von Lernenden, aber die Idee eines Mindestlohnes ist eben, dass man politisch, gesellschaftlich sagt, nein, eine gewisse Untergrenze gibt es und nicht darauf wartet, dass die Unternehmen es vielleicht machen würden oder teilweise.

Und dann noch zum Fonds. Also ich finde es ja schon interessant, es war noch nicht so lange her, da habe ich mich in einer Kommission relativ intensiv mit einem Paket auseinandersetzen dürfen, wo wir Gelder 1:1 an Unternehmen geben für Personalkosten, die gleichzeitig Milliardengewinne machen. Niemand hat inhaltlich bestritten, dass wir das faktisch tun beim Standortpaket. Aber wenn wir jetzt in dem viel kleineren Bereich für die Unternehmen, die es sich nicht leisten können, den Mindestlohn von 1’000 Franken für Lernende zu bezahlen, wenn wir da einen Fonds machen würden und da Geld zur Verfügung stellen würden und da die Privatwirtschaft direkt mit diesen Mitteln ausstatten würden, dann ist es ein Problem. Also das müssen Sie mir dann noch genau erklären, warum es im einen Fall überhaupt kein Problem ist und im anderen Fall sehr wohl.

Es ist ein kleiner Schritt, dieser Mindestlohn für Lernende, aber es ist ein wichtiger Schritt, der die Berufslehre stärken würde, der vielen Lernenden in unserem Kanton helfen würde und der uns als Basel-Stadt als fortschrittlicher Kanton sehr gut anstehen würde. Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion für die Überweisung der Motion.

Daniel Seiler (FDP): Haben Sie jetzt ernsthaft Deutschland mit der Schweiz verglichen, was die Attraktivität von Ausbildung und Lehren betrifft und auch da die Lohnniveaus und die Arbeitsmarktsituation?

Beda Baumgartner (SP): Wenn das Ausland erwähnt wird, dann beantworte ich auch die Fragen mit Bezug zum Ausland.

Jenny Schweizer (SVP): Vielen Dank für die Annahme. Ich beziehe mich auch auf Deutschland, dort ist der Mindestlohn bei 680 Euro. Finden Sie das jetzt sehr nahe bei 1’000 Schweizer Franken, wenn Sie das umrechnen?

Beda Baumgartner (SP): Wenn wir konkret über Zahlen reden wollen, können wir das gerne, ich musste auf fünf Minuten beschränken. Danke für die Frage. Also die Mindestausbildungsvergütung fängt in Baden-Württemberg, glaube ich, bei 722 Euro an, da sind wir, wenn Sie noch die Kaufkraft bereinigen, nicht mehr so weit weg von den 1’000 Franken in Basel-Stadt.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Jetzt bin ich gerade dankbar, komme ich nach Ihnen mit meinem Referat, Beda Baumgartner, weil ich sehe das absolut gleich, es geht um sehr Grundsätzliches hier. Es ist noch nicht so lange her und wir haben genau vor dem, was wir hier heute haben, gewarnt. Genau davor. Wir haben einen Mindestlohn vor etwas mehr als drei Jahren eingeführt und es ist jetzt knapp drei Jahre her und schon sind wir hier und an diesem Gesetz soll rumgeschraubt werden. Es gab Ausnahmen, wer davon ausgenommen ist, und jetzt ist das eben genau nicht mehr okay. Das, was wir gesagt haben, wenn das Gesetz mal eingeführt ist, dann wird nachher an dem Geltungsbereich, an der Höhe, etc. herumgeschraubt und das sehen wir hier genau mit diesem Vorstoss. Wie vorhergesagt.

Ja, wir sind die SVP, wir, die Bürgerlichen sind gegen einen staatlichen Eingriff in die Lohngestaltung. Wir lehnen den Mindestlohn ab, folglich auch hier für die Lernenden. Es wurde schon x-fach gesagt, es ist hier nicht ein normales Arbeitsverhältnis Arbeit gegen Lohn, es ist ein Ausbildungsverhältnis. Unternehmen investieren in die Fachkräfte, in die Ausbildung von jungen Menschen, oder vielleicht auch nicht mehr so jungen Menschen, das ist ja eigentlich egal, eine Lehre kann man auch später machen, investieren hier in die Ausbildung, dass Leute diese Ausbildung haben und später wir die Fachkräfte, die wir benötigen, haben. Es ist also nicht so, dass die Lernenden hier viel zu wenig erhalten, sondern die Unternehmen investieren hier und was sie hier tun, wenn sie einfach Löhne festlegen auf politischer Ebene, kann man tun,

wird aber zur Folge haben, dass gewisse Ausbildungen in gewissen Branchen, die diese Produktivität nicht haben, die das nicht leisten können, schlicht keine Ausbildungsplätze mehr anbieten.

Ja, Sie benutzen hier, um das Problem, weil Sie schon selber gemerkt haben, dieses Problem gibt es, um das zu lösen, Ihr neu entdecktes Lieblingstool, ein Fonds. Ich bin noch nicht so lange im Grossen Rat, aber ich habe das Gefühl, bei jedem zweiten Geschäft hier geht es um die Neuschaffung von irgendeinem Fonds, damit wir Gelder verteilen können, scheint das das neue Lieblingstool zu sein. Lassen Sie doch diejenigen die Löhne machen, die auch wissen, was sie als Branche leisten können und scheren Sie nicht alle über den gleichen Kamm. Die Branchen sind unterschiedlich stark, wir haben von verschiedenen Branchen schon gehört, sie können unterschiedlich leisten und entsprechend werden die Löhne auch festgelegt. Und es ist ja auch so, die Produktivität, also das, was die Lernenden, die lernen etwas, die werden produktiver, brauchbarer und entsprechend steigen im Verlaufe der Ausbildung auch die Lehrlingslöhne, das ist ja alles berücksichtigt.

Man kann eigentlich nur sagen, Beda Baumgartner, es geht um sehr Grundsätzliches, es geht hier darum, dass man wieder am Mindestlohn herumschraubt, es geht darum, dass man hier wieder staatlich den Lohn bestimmt, ein staatlicher Eingriff, die Lohngestaltung nicht denjenigen überlässt, die es tatsächlich auch betrifft, die auch damit zu tun haben, und man soll es wieder mit staatlicher Abhängigkeit schaffen und wieder mit staatlichen Geldern lösen, da sind wir ganz klar dagegen. Deshalb, wir bitten Sie und die SVP, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Für uns Grünliberale ist klar, jeder Betrieb soll selbst entscheiden, wie hoch der Lehrlingslohn sein soll und ob der Lehrbetrieb sich an kantonale Empfehlungen sowie Empfehlungen der eigenen Branche halten möchte oder nicht. Klar ist für uns Grünliberale aber auch, wenn es konkrete Verbesserungen braucht für Lernende, wenn es Ungerechtigkeiten gibt, dann muss hingeschaut werden. Zu viele Arbeits- und Überstunden, Diskriminierung oder im Generellen Verstösse gegen das Arbeitsgesetz gehen gar nicht. Die Betriebe müssen den jungen motivierten Menschen Hand bieten und deren Einsatz, deren Leistungsbereitschaft auch honorieren und belohnen. Jeder, jede Lernende hat Anrecht auf Wertschätzung für das, was er oder sie leistet. Und wie so oft im Leben, es ist ein Geben und ein Nehmen oder wie es im OR steht, der Arbeitgeber verpflichtet sich durch den Lehrvertrag, die lernende Person für eine bestimmte Berufstätigkeit fachgemäss zu bilden und andererseits die lernende Person zu diesem Zweck Arbeit im Dienste des Arbeitgebers zu leisten.

Es ist aber auch ein Fakt, und es wurde ein paar Mal bereits gesagt, die Lehre ist eine Investition in die Zukunft. Betriebe investieren in Lernende, indem sie sie ausbilden und betreuen, was Zeit und Ressourcen kostet. Lernende verursachen zu Beginn oft mehr Aufwand als Nutzen, insbesondere im ersten Lehrjahr. Denn Lernende befinden sich in einer Ausbildungssituation, nicht in einem regulären Arbeitsverhältnis. Ein grosser Teil ihrer Zeit wird für das Erlernen von Fähigkeiten, Schulunterricht und überbetrieblichen Kursen aufgewendet. Sie tragen also nicht denselben wirtschaftlichen Wert bei wie ausgebildete Mitarbeitende.

Meine Damen und Herren, bei der Lehre geht es darum, ins Arbeitsleben zu starten und dann mit den angeeigneten Fähigkeiten und dem erlernten Wissen praxistauglich zu arbeiten. Höhere Kosten könnten insbesondere in Branchen mit bereits knappen Margen dazu führen, dass Betriebe weniger Lehrstellen schaffen oder stattdessen Praktika ohne Lehrvertrag anbieten. Langfristig könnte das die berufliche Ausbildung schwächen. Es ist ein Kernstück des Schweizer Bildungssystems, das wollen wir wohl alle nicht. Kommt hinzu, dass alle, die als erstes eine Lehre machen, also eine Erstausbildung, per Gesetz von den Eltern unterstützt werden müssen. Eltern sind bis zum Abschluss der ersten Ausbildung für den Unterhalt ihrer Kinder verantwortlich, auch über die Volljährigkeit hinaus. Und die Jugendlichen wohnen häufig noch zu Hause, ein Mindestlohn für Lernende ist daher nicht nötig.

Und zu guter Letzt noch etwas aus meiner eigenen Perspektive und als Einzelsprecherin. Persönlich finde ich die Tatsache interessant, dass viele Unterstützende dieser Motion selber keine Lehre absolviert haben und selten oder gar nie in einem KMU gearbeitet, geschweige denn eines geführt haben. Ich bin überzeugt, man sieht die Arbeitswelt mit anderen Augen, wenn man eine Lehre absolviert hat. Ich spreche da aus eigener Erfahrung, als Tochter in einem KMU-Lehrlingsbetrieb aufgewachsen, als ehemaliger Lehrling, als Mitarbeiterin eines Lehrlings und bald auch als Mutter eines Lehrlings. Ich kann Ihnen sagen, ich bin froh über diese Erfahrungen, eine Lehre ist etwas wirklich Gutes. Ermutigen wir unsere Kinder und Jugendlichen dazu, eine Lehre zu absolvieren. Einen Mindestlohn braucht es dazu nicht.

Wir Grünliberalen empfehlen Ihnen, diese Motion abzulehnen. Unser duales Bildungssystem soll flexibel und erfolgreich bleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Gerne ergänze ich noch kurz ein paar Punkte zum Votum meines Fraktionskollegen von vorher, denn dieses Thema beschäftigt mich sehr, und zwar aus verschiedenster Hinsicht. Einerseits möchte ich wirklich nochmal betonen, wir reden hier über das duale Bildungssystem. Die Lehre ist Teil des Bildungswegs und es ist nicht einfach ein drei- bis vierjähriger Arbeitseinsatz, wo auf die Personen zurückgegriffen wird und Dumpinglöhne bezahlt werden. Und dort, wo das die Situation ist, ja, dort müssen wir hinschauen und nicht einfach den Lohn erhöhen, sondern schauen, wo dieser Lehrerfahrung, dieser Lehrzeit nicht Rechnung getragen wird und wie diese Missstände behoben werden können. Und da kann ich aus eigener Erfahrung sagen, auch aus dem Branchenvergleich, wir bilden seit anderthalb Jahren Selbstlernende aus, da leistet das Berufsbildungsamt von Mustafa Atici schon jetzt sehr grosse Arbeit und das ist gar nicht immer so einfach, weil sie sind nicht jeden Tag im Betrieb. Sie sehen nicht, wo die Missstände passieren und es gibt auch oft Hemmschwellen, sich zu melden, wenn man als lernende Person bemerkt, dass etwas wo nicht so gut läuft, weil man ja doch auch in einem Abhängigkeitsverhältnis ist. Überall dort hilft ein Mindestlohn genau gar nichts.

Der zweite Punkt ist die Unterhaltspflicht, die meine Vorrednerin schon angetönt hat, da habe ich noch recherchiert, wie das denn aussieht, wenn Eltern nicht imstande sind, finanziell den Unterhalt für ihre Kinder, die sich im Lehrverhältnis befinden, zu bezahlen. Da gibt es verschiedene Richtlinien von der SKOS, wie unterstützt wird, dass zum Beispiel auch nach der Volljährigkeit einer lernenden Person verschiedene Budgets erstellt werden zwischen den Eltern und der Person, die sich in der Lehre befindet, wo je nachdem auch Stipendien angerechnet werden. Also auch dort gibt es Lösungen und es ist nicht so, dass die Person dann von diesen vielleicht 1’000 Franken abhängig ist und das ganze Leben so finanzieren muss. Das ist mir zu wenig thematisiert worden und finde ich ein sehr gewichtiges Argument.

Zudem, was mich auch beschäftigt, wenn wir das in Basel-Stadt einführen, wir wissen, wir haben nicht die schulisch stärksten Resultate im interkantonalen Vergleich, befürchte ich auch, dass wir ein attraktives Lehrverhältnis schaffen, das dann aber schlussendlich von Personen genutzt wird, die gar nicht in unserem Kanton wohnhaft sind und wir so einen Nachteil für unsere eigenen jungen Menschen schaffen. Das fände ich sehr problematisch, weil das würde schlussendlich zu einer höheren Jugendarbeitslosigkeit führen, was ja wohl nicht das Ziel sein kann.

Ein Mindestlohn würde auch diese bestrafen, die jetzt schon tolle Arbeitsverhältnisse für die Lehrzeit bieten, die jetzt schon über den Durchschnitt gehen der Branche und die sich überaus motiviert einsetzen, dass eben das duale Bildungssystem nicht an Attraktivität verliert, weil wir sehen ja, wir brauchen gute Fachkräfte. Ich fände es sehr schade, mit einem Mindestlohn wirklich dort zu bestrafen, wo es schon Vorreiter gibt, die es wirklich gut machen, und so dann eigentlich ein Terrain zu ebnen, das für viele Betriebe dann tatsächlich schwierig zu bestreiten wird. Schlussendlich ist es so, dass Konkurrenz gerade in diesem Bereich auch ein bisschen den Markt belebt. Ich denke, gerade die weitere Zeit und der Bedarf nach jungen motivierten Kräften wird auch Firmen, die jetzt wenig zahlen, etwas unter Druck setzen, in ihrem möglichen Rahmen allenfalls ein bisschen grosszügigere Konditionen anzubieten und ich glaube auch daran, dass das passieren wird. Ich fände es äusserst schade, wenn wir jetzt mit einem Mindestlohn einfach darüber rollen und das ganze Terrain planieren und schlussendlich keine wirklichen Unterschiede mehr haben. Dass da dann der Steuerzahler noch tüchtig zur Kasse gebeten wird, ist das Tüpfchen auf dem i.

Was ich mich auch gefragt habe, das kann uns vielleicht nachher die Motionärin noch beantworten, wie es denn wäre bei Firmen, die an verschiedenen Orten Lernende ausbilden. Haben dann nur die Lernenden in Basel-Stadt den Mindestlohn und die Lernenden in Zürich des gleichen Konzerns nicht? Wie würde das aussehen, stelle ich mir auch noch schwierig vor und könnte dann doch noch interessante Konsequenzen für gesamte Unternehmungen mit sich bringen.

Kurz zusammengefasst, das duale Bildungssystem ist wichtig, wir brauchen es und wir müssen es pflegen, wir müssen dort hinschauen, wo es Missstände gibt, aber eben nicht nur an einem Hebel arbeiten, sondern wirklich schauen, dass es attraktiv bleibt, im Kanton Basel-Stadt eine Lehrstelle anzunehmen und einen Beruf zu erlernen, auf den man dann auch stolz sein kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Regierungsrat Mustafa Atici hat gesagt, am Ziel vorbei und ich teile seine Meinung. Weil das, was wir jetzt hier diskutieren, Mindestlohn für Lehrlinge, das betrifft mich richtig selber als Unternehmer, dass man uns nicht zutraut, dass wir hier das gut machen, wie wir mit den Auszubildenden umgehen. Und warum müssen wir jetzt auch noch in diesem Bereich Vorschriften machen, das verstehe ich wirklich nicht und ich habe keine Argumente gehört, warum das so ist. Und ich sage Ihnen, es ist auch kontraproduktiv, weil wenn wir jetzt hier die Mindestlöhne fordern, dann sind Forderungen der Lernenden nicht mehr möglich.

Ich kann Ihnen ein kleines Beispiel sagen, ich habe diesen Frühling oder diesen Sommer mit einer Mutter gesprochen und die hat erzählt von ihrer Tochter, die nicht in die Lehre geht, sondern eine weiterführende Schule macht, warum, weil sie in

der Weiterführungsschule 13 Wochen Ferien hat und in der Ausbildung nur fünf Wochen Ferien. Das hat unser Verband zum Anlass genommen, darüber zu studieren, was wir da machen, weil da haben wir wirklich ein Problem, nämlich nicht unterhalb der Lernenden, sondern als Konkurrenz mit der weiterführenden Schule. Was haben wir gemacht, wir haben das in der letzten Vorstandssitzung der Hotellerie besprochen und wir haben eine Idee, wir möchten jetzt ganz freiwillig, das können wir als Unternehmen, der Vorstoss mit den Wirten, da sind wir noch im Gespräch, die Ferien von fünf auf sechs Wochen zu erhöhen. Es gibt ja eine nationale Petition für acht Wochen, das ist wieder, ja, aber wir machen ganz freiwillig, sagen ja, weil das ist ein Riesenproblem, weil das ist eine Konkurrenz und es ist nicht das Geld.

Und ich muss Ihnen einfach sagen, wir bilden 30 Lehrlinge aus in unserer Gruppe, alle hier in Basel-Stadt und nicht in Zürich, und wir haben deutlich mehr Bewerberinnen und Bewerber für unsere Stellen. Wir machen wirklich sehr viel, weil das unsere Verantwortung als Unternehmen ist, dass wir hier ausbilden. Und jetzt kommen Sie und fordern Mindestlöhne. Ich fühle mich richtig persönlich betroffen, dass man uns nicht zutraut, dass wir diesen Teil richtig machen. Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell mit der dualen Bildung und Deutschland, auch wenn sie vielleicht Löhne haben, die schauen sehr neidisch auf unser System. Und wir Unternehmer, wir sind dort, wo Innovation stattfindet und einen Mindestlohn zu fordern, ist jetzt wirklich nicht innovativ, sondern überlassen Sie das bitte doch uns Unternehmen, die Löhne zu machen.

Ich bin hier sehr betroffen, man merkte es vielleicht beim Votum, und meine Meinung teilt unsere ganze Fraktion und bittet Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurz fassen. Amina Trevisan, ich stimme für Ihre Motion, weil die Motion ist wirklich echt gut. Lernende haben zu wenig Geld, das stimmt, das ist Fakt. Ein Aspekt wurde aber vergessen nach meiner Meinung, aber das macht nichts, aber dieser Aspekt würde mit einer Verknüpfung noch mehr Erfolg bringen, eine Verknüpfung mit mehr Ferien für Lehrlinge. Das Thema Lehrlinge brennt. Ich selber war überrascht, das Thema Lehrlinge, 600’000 Zuschauer, mein Film zum Thema mehr Ferien für Lehrlinge. Frau Trevisan macht es jetzt gut, sie sagt mehr Lohn, aber das sind Themen, die brennen. Wenn die Motion noch das mit mehr Ferien für Lehrlinge hätte, Amina Trevisan, Sie wären die populärste Basler Politikerin, das ist wirklich wichtig mit den Lehrlingen. Den KV-Lohn hatte ich auch, ich habe auch eine Lehre abgeschlossen. Der KV-Lohn hat nicht gereicht, ich habe dann noch als Grossrat verdient, das war schon besser. Ich bekomme wirklich tagtäglich mit, dass sich viele Lehrlinge bei mir beklagen, sie haben zu wenig Geld. Ich sehe das, ich höre das, das schreibt man mir, ich kann dann nichts dazu sagen, weil ich das nicht ändern kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir behandeln hier heute einen Berufsbildungsvernichtungsvorstoss, man kann es nicht anders sagen. Frau Trevisan, das ist ein Sargnagel für die Berufsbildung, wenn Sie hier einen Mindestlohn für Lernende fordern. Und ich bin hier sehr bei Frau Kühne, die zu Beginn ihres Votums sich auch persönlich betroffen gezeigt hat, weil wahrscheinlich die allermeisten, die diesen Vorstoss unterschrieben haben, weder eine Lehrstelle je absolviert haben noch Lernende ausbilden. Sinn und Zweck einer Lehrstelle ist es, nicht reich zu werden. Sinn und Zweck einer Lehrstelle ist es auch nicht, damit sich den Lebensunterhalt vollständig finanzieren zu lassen. Sinn und Zweck einer Lehrstelle ist es, etwas zu lernen und später im Berufsleben, auf welchem Wege auch immer, etwas für die Gesellschaft zu tun und dann auch selber für sich und den Lebensunterhalt aufkommen zu können.

Ich selber habe eine Lehre gemacht im Jahre 2000. Ich habe sie damals begonnen, ich war 16 Jahre alt und mir ging es bei der Suche nach der Lehrstelle weder darum, wie viel ich in meiner Branche verdiene, ich habe eine Speditionslehre gemacht, das ist einer der schlecht bezahltesten Berufslehren im kaufmännischen Bereich, noch war es mir überhaupt wichtig, dass ich einen Lohn habe. Mir war es wichtig, dass ich eine Ausbildung habe, ein Diplom in der Tasche habe und danach in der Berufswelt existieren kann. Das ist der Sinn und Zweck einer Lehre.

Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich verstehe nicht, weshalb Sie nun hier die Thematik des Mindestlohnes bei «normal» Angestellten mit dieser Frage vermischen, das ist eine komplett andere Ausgangslage. Als Lernender ist es mir persönlich wichtig gewesen, dass ich diese Lehre absolviere. Dass ich dafür Ende des Monats einen tiefen Lohn bekomme, war mir völlig Wurst, ich musste damit auch nicht über die Runden kommen, dafür gab es und gibt es aus meiner Sicht auch heute in erster Linie vor allem noch ein Elternhaus oder, das wissen wir, andere entsprechende Möglichkeiten der sozialen Abfederung. Dafür ist dann der Kanton selbstverständlich da, aber der Kanton ist selbstverständlich nicht dafür da, und da bin ich auch bei meiner Parteikollegin Frau Block, dann über einen anderen Topf allenfalls noch sicherzustellen, dass Lehrbetriebe dann keine Lernenden mehr ausbilden und über diesen Topf dann trotzdem noch zu Geld kommen.

Ich finde das auch wirklich völlig unsinnig, dass wir nun darüber diskutieren, einen solchen Topf dafür noch zu schaffen, weil Sie damit, Amina Trevisan, bereits auch schon sagen, dass das eben für ganz viele Lehrbetriebe ein Problem werden würde, wenn man sie gesetzlich dazu verpflichten würde. Denn wenn man Ihren Vorstoss genau liest, fordern Sie ja einen Mindestlohn von 1’000 Franken im ersten Lehrjahr und Sie verlangen dann, dass dieser Mindestlohn im Verlauf der Lehre so ansteigen soll, damit zum Ende der Ausbildung der branchenübliche Lohn ausgezahlt wird. Also bei mir damals in der Spedition war der branchenübliche Einstiegslohn 4’000 Franken. Das heisst, der Speditionsbetrieb müsste im zweiten Lehrjahr wahrscheinlich etwa 2'000 Franken Lohn bezahlen und dann im dritten Jahr müsste er vielleicht so bei ca. 3’000 Franken, wenn nicht sogar mehr sein. Also Sie fordern eigentlich eine Verdreifachung quasi oder zumindest eine Verdoppelung dieser 1’000 Franken im Laufe der Lehrzeit. Das ist für einen Betrieb total unattraktiv, dann überhaupt noch einen Lernenden auszubilden.

Denn, und das ist auch bereits gesagt worden, ein Lehrbetrieb, ich glaube, Franz-Xaver Leonhardt wird das am besten bestätigen können, ein Lehrbetrieb hat noch viel mehr Kosten wie nur diesen Lehrlingslohn. Ein Lehrbetrieb investiert Zeit für diesen Lehrling, er investiert damit auch Geld, weil diese Menschen, die sich um die Lernenden kümmern im Betrieb, sind Angestellte, die auch Herr Leonhardt oder wer auch immer selbstverständlich weiter auch bezahlen muss. Also es ist nicht so, dass man sagen kann, ein Lehrbetrieb gibt quasi nur einen Lehrlingslohn und damit hat er eine «günstige» Arbeitskraft, sondern er investiert Zeit, Aufwand und Geld und macht damit etwas für unsere Gesellschaft, was wir unbedingt erhalten müssen.

Deshalb bin ich wirklich der Meinung, ist ein solcher Lehrlingsmindestlohn, auch wenn er vielleicht, Herr Weber, auf den ersten Blick sympathisch klingt, der völlig falsche Ansatz. Wenn Sie sich für die Berufsbildung stark machen wollen, dann müssen Sie gegen einen solchen Mindestlohn stimmen, weil Sie erreichen damit genau das Gegenteil, weniger Lehrbetriebe im Kanton Basel-Stadt und damit noch prekäre Situationen für ganz viele junge Menschen, die es eben nicht so einfach haben, ans Gymnasium zu kommen und für die die Lehre ein wesentlicher Bestandteil des Berufseinstiegs darstellt, um später auch aus prekären sozialen Verhältnissen herauszukommen.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Weber. Sie wird entgegengenommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Danke für die Annahme. Joël Thüring, Sie wissen, ich schätze Sie sehr. Sie haben gesagt, Sie haben zu wenig Lohn erhalten als Lehrling. Jetzt nicht falsch verstehen, aber war das dann, wir müssen das aufklären, der Grund für Ihren Griff damals in die Parteikasse?

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber.

Joël Thüring (SVP): Herr Weber, ich habe gesagt, ich habe eine Berufslehre gemacht, weil ich eine Ausbildung haben wollte. Mir ging es nie darum, in der Lehre Geld zu verdienen, das ist irrelevant in einer Lehre, etwa so irrelevant wie Ihre Zwischenfrage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mustafa Atici für ein zweites Votum.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Nochmals etwas wichtiger aus der heutigen Realität. Gerade kleinere Betriebe würden bei der Einführung eines Mindestlohns mangels finanzieller Spielräume ihre Lehrstellenangebote reduzieren. Weniger Lehrstellen bedeuten aber weniger Chancen auf den Berufseinstieg. Die jetzt vorliegende Motion würde genau dieses Ziel behindern. Viele Betriebe, die heute eine EBA-Lehre oder eine einfache KV- oder Handwerksausbildung anbieten, können das künftig schlicht nicht mehr. Wir können und wollen diese Betriebe gezielt unterstützen, aber wir dürfen sie nicht durch zusätzliche gesetzliche Auflagen davon abhalten, auszubilden.

Ich kenne viele Beispiele, wo eine Lehre, gerade auch eine niederschwellige Ausbildung, einen Wendepunkt im Leben junger Menschen bedeutete. Und ich kenne ebenso viele Fälle, in denen der fehlende Anschluss dramatische Folgen haben könnte für die Jugendlichen, für ihre Familien und letztlich auch für unsere Gesellschaft. Nochmals, unser Ziel ist ganz klar, gute Bedingungen für Lernende, ja, aber mit durchdachter Politik, nicht durch gut gemeinte, aber, vorhin wurde es richtig erwähnt, durch kontraproduktive Regelungen. Die Berufsbildung lebt von Freiwilligkeit, Engagement und Verantwortung und wir wollen, dass es auch so bleibt. Deswegen, bitte lehnen Sie diese Motion ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich habe Ihnen jetzt wirklich sehr gut zugehört. Ich spreche jetzt zu Ihnen aus einem anderen Blickpunkt. Ich habe als Allein-Sekretärin in einem Metallverarbeitungsbetrieb gearbeitet und mich dort um Lehrlinge, alles männliche Lehrlinge, damals gekümmert. Ich bin auch Mutter zweier Kinder, die mal in diesem Alter waren, wir reden von einer vulnerablen Altersspanne von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Wir haben hier Lehrpersonen, die diese Altersgruppe in der Schule betreuen, und die Lehrmeister oder die zuständigen Personen eines Betriebes, wie ich das war, haben genau die gleichen Probleme mit diesen jungen Leuten, diese Probleme hatten auch wir in diesem Alter. Den ersten Liebeskummer, Ärger mit den Eltern, man verschläft, man feiert, man ist an einem Match den Abend davor, kommt zu spät. Es braucht Zuwendung, es braucht Empathie, wir müssen mit diesen Jugendlichen, mit diesen jungen Erwachsenen reden, wir müssen mal nach draussen gehen und uns kümmern. Also es ist Erziehung auch, eine Lehre ist nicht einfach nur arbeiten, das geht gar nicht in dieser Altersgruppe. Ich habe einfach den Verdacht, hier drin besteht ein bisschen ein Generalverdacht gegenüber den Unternehmern, die diese armen Lehrlinge ausnützen. Das ist nicht richtig.

Wir haben auch die Gruppe der Schüler, die verdienen ja nichts und die Studierenden in diesem Alter, und die brauchen ebenso diese Betreuung. Die Lehrpersonen liefern diese Betreuung und in der Universität sind es die Assistenten und die Professoren. Also versuchen Sie hier nicht, einen Keil zwischen die verschiedenen Arten der Ausbildung im dualen Bildungssystem zu treiben, denn das machen Sie mit diesem Lohn. Diese Altersgruppe braucht Zuwendung und nicht unterschiedliche Bezahlungen. Es geht nicht an, dass Schüler dann sagen, ich muss schauen, wie ich jeden Rappen umkehre, ich muss abends noch auf der Post arbeiten, Studierende machen das sehr häufig, und Lehrlinge, die kriegen dann das Geld. Die Lehrlinge regen sich dafür dann über die mangelnden Ferien auf, wie es ja Franz-Xaver Leonhardt gesagt hat.

Deshalb, diese Motion taugt nicht, lehnen Sie sie ab. Wir müssen uns um diese Altersgruppe empathisch kümmern, wir müssen schauen, dass sie zu einer guten Ausbildung kommen und dann einmal ihren Lebensunterhalt verdienen können. Das ist wichtig, alles andere nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Motionärin hat das Schlusswort.

Amina Trevisan (SP): Heute richte ich meine Worte als Zeichen der Wertschätzung zuerst an alle Lernenden. Im Namen der SP-Fraktion danken wir allen Lernenden für ihre tagtägliche wichtige Arbeit, die zum wirtschaftlichen Erfolg der vielen Betriebe im Kanton beitragen. Ihr seid die Fachkräfte von morgen, auf die unsere Wirtschaft dringend angewiesen ist. Wir haben euch gehört, die Basler Lernendenbewegung Scorpio, parteipolitisch unabhängig, hat gerade erst im März dieses Jahres eine Demo organisiert. Erstmals seit 1968 seid ihr und eure Unterstützenden wieder auf die Strasse gegangen, um für einen Mindestlohn im Umfang von 1’000 Franken und für bessere Arbeitsbedingungen in der Lehre zu demonstrieren. Ihr habt keine Lobby, aber wir linke Parteien in Basel werden euch in euren Forderungen unterstützen.

Ein Mindestlohn für alle Lernenden ist kein Luxus, sondern eine Investition in die Zukunft der Berufsbildung. Er bedeutet Würde, Gerechtigkeit und Zukunftssicherheit und trägt zur langfristigen Attraktivität der dualen Berufsbildung bei. Wie viel ist uns die Arbeit der Lernenden wert? Wir sprechen hier von jungen Menschen, die sich für den Weg der Berufslehren entscheiden, die im Betrieb nicht nur schnell voll mitarbeiten müssen, sondern auch in die Schule gehen, lernen und Prüfungen machen, sich engagieren und Verantwortung übernehmen. Dennoch haben sie deutlich weniger Ferien als ihre Kolleg*innen im Gymnasium. Diese jungen Menschen verdienen Anerkennung und faire Arbeitsbedingungen. Ein Mindestlohn für Lernende ist ein Zeichen des Respekts und er ist ein Beitrag zur Chancengleichheit.

Gleichzeitig, ich spreche sehr schnell, weil ich viel zu sagen habe, möchten wir unseren Dank auch allen Betrieben zum Ausdruck bringen, die sich engagiert um den erfolgreichen Abschluss der Lehre aller Lernenden kümmern. Der duale Bildungsweg ist auch für uns sehr wichtig. Diese Motion darf deshalb nicht als Angriff auf Betriebe oder auf die bisherige sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit verstanden werden. Wir haben es gehört, für Kleinbetriebe gibt es deshalb einen Fonds, falls sie sich den Mindestlohn nicht leisten können und vom Mindestlohn für alle Mitarbeitenden sind explizit Betriebe mit einem Gesamtarbeitsvertrag ausgeschlossen. Das ist unser Kompromiss, um keine Betriebe vor den Kopf zu stossen.

Beim Argument, dass Lernende in der Ausbildung sind und sie deshalb keinen Mindestlohn fordern dürfen, verweise ich darauf, dass die Arbeitsbedingungen nicht einer Ausbildung entsprechen. Sie haben nur fünf Wochen Ferien, machen Überstunden, arbeiten teilweise bis zu 50 Stunden pro Woche und werden am Wochenende eingesetzt, dabei handelt es sich um 16-Jährige. Wohlgemerkt, während die EU die Obergrenze bei 40 Stunden pro Woche für Lernende festgelegt hat, befindet sich die Schweiz in gewissen Branchen ausserhalb des GAV bei 45 bis sogar 50 Stunden pro Woche. So viel zum Thema Ausbildung.

Und wenn wir von Ausbildung trotzdem weiterreden wollen, mache ich gerne darauf aufmerksam, dass die Schutzverhältnisse nicht dem Ausbildungsverhältnis entsprechen, sondern klar normalen Arbeitsbedingungen. Jährlich verunfallt jeder achte Lernende bzw. jede achte Lernende verunfallen doppelt so häufig wie die übrigen Arbeitnehmenden. Der Medianlohn der Lernenden liegt bei 750 Franken, die Hälfte der Betriebe zahlt schon 1’000 Franken, somit ist pro Lernenden mit rund 3’000 Franken pro Jahr mehr zu rechnen, sollten sie nicht bereits 1’000 Franken pro Monat zahlen. Das ist doch recht vertretbar. Und um auf die anfangs gestellte Frage nochmals zurückzukommen, nicht nur Bell und Coop, sondern auch Migros bezahlt 1’000 Franken pro Monat. Das Gewerbe hat es während den letzten 40 Jahren verpasst, die Löhne adäquat an die Lebenskosten anzupassen.

Für mich stellt sich auch noch die Frage, ist es in Ordnung, dass wir als Gesellschaft mit Steuergeldern Unternehmen finanziell via Stipendien subventionieren müssen, da die Löhne der Lernenden kaum noch für die Mittagsverpflegung ausreichen, besser gefragt, ist es liberal, wenn der Staat grosse und mittelgrosse Betriebe finanziell unterstützt und sie entlastet, aber diese Betriebe wollen die Löhne der Lernenden nicht anheben? Das Argument, dass keine Lehrstellen mehr angeboten werden, wenn ein Mindestlohn von 1’000 Franken eingeführt wird, ist vielmehr eine Drohung.

Und zum Schluss möchte ich nur noch eine Kritik sagen, die auch aus der Wissenschaft eingeht. Die Berufsbildungspolitik, so wird festgehalten, fungiert aktuell als Gewerbepolitik und nicht als Jugendpolitik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Trevisan, die Zeit ist abgelaufen.

Amina Trevisan (SP): Ich bleibe am Thema dran, ich werde mich auf kantonaler Ebene für mehr Ferien einsetzen. Danke für die Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007584, 12.11.25 16:35:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Nichtüberweisen entschieden mit 49 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen.

13. Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend bundesgerichtskonforme, arbeitsrechtliche Einbettung des UberEats-Anbieters; Änderung der kantonalen Handhabung

[12.11.25 16:35:23, 25.5412.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Luca Urgese hat sich gemeldet.

Luca Urgese (FDP): In einem Rechtsstaat wird unterschieden zwischen Rechtsetzung und Rechtsanwendung. Aufgabe des Gesetzgebers ist die Rechtsetzung, Aufgabe von Regierung und Verwaltung ist die Rechtsanwendung. Diese Motion will in die Rechtsanwendung eingreifen. Sie will, dass der Regierungsrat gegen ein konkret genanntes Unternehmen vorgeht. Sie kennen unsere Geschäftsordnung. Unzulässig ist eine Motion, die auf einen Einzelfallentscheid, auf einen gesetzlich geordneten Verfahren zu treffenden Entscheid oder einen Beschwerdeentscheid einwirken will. Das ist hier der Fall. Deshalb verwundert es, dass zwei Anwälte die Motion unterschrieben haben und dass der Regierungsrat die Motion entgegennehmen will.

Nun können Sie argumentieren, dass die Motion auch noch fordert, dass allfällig notwendige Gesetzesanpassungen vorgelegt werden sollen. Nur, der Kanton ist weder für Sozialversicherungsrecht noch für Arbeitsrecht noch für Personalverleih zuständig. Das sind Gesetzgebungsbereiche, die in der Bundeskompetenz liegen, es gibt Bundesgesetze hierzu und die Kantone sind ausschliesslich für den Vollzug verantwortlich. Die Motion behauptet, die Kantone Genf und Waadt würden im Gegensatz zu Basel-Stadt Vorgaben machen. Dem ist nicht so, sie setzen Bundesrecht um, was zu entsprechenden Gerichtsentscheiden geführt hat, die im Motionstext auch entsprechend genannt sind. Sie haben keine eigenen Vorgaben, sie setzen Bundesrecht um. Und selbstverständlich hat der Regierungsrat bzw. das Amt für Wirtschaft und Arbeit die Aufgabe, geltendes Recht um- und auch durchzusetzen. Es geht gar nicht darum, das in Frage zu stellen, das ist selbstverständlich auch meine Erwartung, dass der Regierungsrat und die Verwaltung das machen. Was aber gar nicht geht, ist, dass, wie es hier gefordert wird, der Regierungsrat beauftragt werden soll, gegen ein konkretes Unternehmen härter vorzugehen und das ist es letztlich, was diese Motion will.

Es ist voraussehbar, wenn wir in drei Monaten die Stellungnahme des Regierungsrates bekommen werden, wird darin stehen, diese Motion ist rechtlich unzulässig. Ersparen wir uns diesen Weg, achten wir die Gewaltenteilung, lehnen Sie diese Motion ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Zwischenfrage. Sie sollten sich registrieren normalerweise. Frau Gerber bitte.

Brigitta Gerber (BastA): Nur damit wir jetzt nicht immer wieder weiter darüber reden, Sie haben schon gelesen; «die bundesgerichtlichen Vorgaben im Kanton Basel-Stadt gegen UberEats und anderen Dienstleistenden durchzusetzen». Da verstehe ich jetzt Ihren Vorwurf nicht.

Luca Urgese (FDP): Das ändert ja nichts daran, dass in diesem Vorstoss explizit ein Unternehmen namentlich genannt wurde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Es ist zwölf Jahre her, dass Uber in den Markt in die Schweiz eingetreten ist. Es gibt seit dem Markteintritt von Uber sechs Bundesgerichtsurteile. Fünf davon sind gegen Uber ausgefallen, eines davon wurde aus formalen Gründen zugunsten von Uber ausgelegt. Wir haben die Situation, dass wir einen Konzern haben, der offensiv und öffentlich kommuniziert, dass er sich um gewisse gesetzliche Vorgaben foutiert. Das haben Uber-Leute ab Markteintritt gesagt. Wie machen sie das? Es ist eben gar nicht so ein riesig grosser intellektueller Silicon Valley-Trick, sondern sie sagen einfach, wir bieten eine gleiche Dienstleistung an, die es schon gibt, aber bei uns zählen die bestehenden Gesetze nicht, weil wir haben eine App und eine unglaublich innovative Technologie, das ist etwas Neues, darum können sie nicht auf uns angewandt werden. Okay, das ist die Ausgangslage. Wir haben eine Ausgangslage, in der ganz viele Behörden gesagt haben, wir müssen warten, bis die letzte Instanz entschieden hat. Auf verschiedenen Ebenen in Bezug auf Uber und auf UberEats hat die letzte Instanz entschieden.

Jetzt zu den Fragen, ob man UberEats in diesem Vorstoss namentlich erwähnen darf oder nicht. Ja, das Problem ist, Luca Urgese, erstens mal geht es auch um andere Dienstleistungen, aber momentan ist im Kanton Basel-Stadt in dieser Dimension mir keine andere Plattformdienstleistung bekannt. Wenn das aber so wäre, dann müsste man das natürlich gleichvollziehen. Und zu einem zweiten Punkt, ja, es geht genau um das, es geht um den Vollzug, der Vollzug wird Stand jetzt momentan nicht gemacht. Und wir haben die Haltung mehrfach gehört, dass es eine Klärung braucht. Und vielleicht noch konkret, ich finde es schon ein bisschen faszinierend, ein bisschen lustig, also im Kanton Genf ist die Situation so, die Firma, die den Personalverleih macht für UberEats, die müsste eine Bewilligung für Personalverleih beantragen und sie macht es einfach nicht. So verhält sich dieser Konzern. Und natürlich versuchen die Behörden das dann nachzuvollziehen,

aber die Realität ist einfach, der Konzern weigert sich selbst nach letztinstanzlichen Urteilen, sich an diese zu halten. Und alles, was man in Bezug auf die Behörden machen kann, um vorwärtszumachen beim Vollzug von geltenden Gesetzen, muss man machen. Weil ich finde es unglaublich, dass wir jetzt immer noch in einer Situation sind, 12 Jahre nach Markteintritt, nachdem wir diese Klärungen haben, wo das geltende Gesetz nicht angewandt wird.

Und dann vielleicht noch etwas, weil es ist ja jetzt sehr einfach grundsätzlich argumentiert worden, formal, dass weil UberEats mit einem einzelnen Unternehmen erwähnt wurde, darf man diesen Vorstoss so nicht unterstützen. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht eben schon noch ein bisschen um mehr. Es geht grundsätzlich darum, ob wir einfach mit der normativen Kraft jetzt faktisch irgendwann akzeptieren, dass sich diese Konzerne dann halt durchgesetzt haben, wir haben jetzt gerade einen Fall, wo ein grosser Teil der Essensverteilung in Basel nicht mehr von eigenen Kurieren angeboten wird, sondern an UberEats ausgelagert wird, und irgendwann, und das ist die Strategie des Konzerns und das ist auch nicht versteckt, das sagt der Konzern relativ offen, es geht um Marktmacht und solange man diese Marktmacht nicht versucht, gleichzeitig mit geltenden Gesetzen zu begegnen, solange wächst die Marktmacht natürlich und irgendwann haben Sie ein Problem. Es gibt Regionen auf dieser Welt, wo es nur noch die Uber-App gibt oder es vielleicht noch eine oder andere Plattform anbieten und die regulären Kurierinnen und Kurier einfach nicht mehr. Und dann können wir uns lange formal, politisch und juristisch darüber unterhalten, ob wir UberEats jetzt hier einzeln auch noch genannt haben im Titel und im Text, dann ist das einfach fait accompli und dann ist es gelaufen, um es mal deutschdeutlich zu sagen. Darum müssen wir spätestens jetzt unbedingt dafür sorgen, dass für diesen Konzern die Gesetze angewandt werden und der Vollzug auch für die Rechte der Angestellten in diesem Bereich endlich gemacht wird.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ja, ich habe diese Motion mitunterzeichnet und mitredigiert, ja, unsere Fraktion ist für die Überweisung dieser Motion. Wir sind in guter Gesellschaft mit zwei Branchenverbänden, die diese Überweisung ebenfalls befürworten, weil eben der Wettbewerbsnachteil, den lokale Unternehmen haben durch solches Gebaren, offensichtlich ist, und das ist nicht in Ordnung. Auch die Untätigkeit des Kantons ist nicht in Ordnung in dieser Sache und darum stellt sich dann immer die Frage, wie kann man den Kanton zum Handeln zwingen, zwingen ist ein starkes Wort, zum Handeln motivieren, wenn zu wenig getan wird. Denn Genf und Waadt zeigen, dass man diese Dinge in den Griff bekommen kann.

Hier zusammengefasst nochmals die Problematik. UberEats hat in Basel eine grosse Zahl an Fahrern und Auslieferern unter Vertrag. Interpelliert aus den Zahlen von Zürich dürften es in Basel derzeit rund 700 Personen sein. Das ist nicht ein paar Dutzend, sondern etwa 700, ca. 250 FTE, zu einem guten Teil aus dem Elsass und dem süddeutschen Raum. Nur UberEats kennt die genaue Zahl. Von den mutmasslich 700 sind ca. 80 Fahrer den Basler Behörden bekannt und bezahlen Sozialabgaben. Es gab nämlich diese Bundesgerichtsurteile, zwei Grundsatzurteile, in denen entschieden wurde, dass Uber-Kuriere als Angestellte und nicht als Selbständige zu qualifizieren sind und sie müssen sich über die Sozialversicherungsanstalt in Zürich versichern lassen. In einzelnen welschen Kantonen, ich habe es erwähnt, Genf und Waadt, haben die Behörden schon vor oder aufgrund des Bundesgerichtsurteils durchgegriffen und von UberEats die Anmeldung der Kuriere bei der SVA oder gleichwertige Massnahmen verlangt und durchgesetzt. Die Umsetzung wäre für Uber kein Problem, weil sie es schon in verschiedenen Ländern und auch in einzelnen Kantonen in der Schweiz machen müssen, aber solange man sie machen lässt, profitieren sie von diesem Wettbewerbsvorteil.

Basel-Stadt hat, wie gesagt, bisher keine ersichtlichen Massnahmen ergriffen, um die Anstellung der Uber-Fahrer und -Kuriere oder anderer Unternehmen systematisch durchzusetzen, was möglich wäre. Wir haben folgende Probleme. Wir haben, und das ist der Hauptgrund, warum ich unterschrieben habe, die Wettbewerbsverzerrung. Andere Marktteilnehmer, die ihre Fahrer korrekt anstellen und Sozialversicherungsbeiträge leisten, stehen im Nachteil gegenüber solchen Anbietern, die diese Verpflichtungen nicht erfüllen. Das ist ein Wettbewerbseingriff durch Untätigkeit. Dann haben wir das Problem der Schwarzarbeit. Schätzungen zufolge melden sich nur etwa 10% der Kuriere bei den Sozialversicherungen an, während die restlichen 90% schwarz arbeiten. Und dann haben wir damit auch die fehlende soziale Absicherung dieser Kuriere. Wir reden von sozialer Marktwirtschaft, dafür steht meine Partei, wir sind nicht für Planwirtschaft, wir sind für Marktwirtschaft, aber sie muss sozial sein. Viele dieser Kuriere haben keinerlei soziale Absicherung, was bei Krankheit oder Unfall zu erheblichen Problemen führt und sie sind auch AHV-mässig unter- oder nicht versichert. Wie gesagt, was macht der Anbieter, er wartet ab, was die Kantone tun, und wo sie aufgefordert werden, werden die Kuriere korrekt angestellt, aber solange der Kanton UberEats gewähren lässt, profitieren sie eben so lange wie möglich von diesen Vorteilen.

Und ich kann Ihnen einfach etwas sagen, wenn das Schule macht, dass man in Holland eine Betreibergesellschaft gründen kann und dann dort Leute als Scheinselbständige beschäftigen kann und das hat in der Schweiz keine Auswirkungen, dann wird das schwerwiegende Folgen für diese und weitere Branchen haben. Wegen der Wettbewerbsverzerrung könnten Kurierdienste oder zum Beispiel auch Reinigungsfirmen in Basel und anderswo auf die Idee kommen, eine

Betreibergesellschaft zu gründen im Ausland, was dem Vernehmen nach nicht so schwierig ist, und ihrem Personal dann mitteilen, dass alle neu selbstständig seien und über eine Firma in Holland abrechnen müssen, was aus unserer Sicht eine sehr ungünstige Entwicklung wäre.

Und darum sind wir für die Erstüberweisung und wollen vom Regierungsrat hören, wie er dieses Problem in den Griff bekommen will.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Motionärin Brigitta Gerber hat das Schlusswort.

Brigitta Gerber (BastA): Danke vielmals für die sehr profunden und engagierten Voten, die ich jetzt gerade zu dieser Motion hören durfte. Die letzten bundesrechtlichen Entscheide betreffend UberEats und eben auch anderen diesbezüglich, zeigen klar, dass hier rechtlicher Nachvollzug vonnöten ist. Entsprechend ist wohl und hoffentlich die Entgegennahme des Geschäftes durch die Regierung auch einzuordnen. Viele Argumente finden Sie in unserem Vorstoss, haben Sie jetzt gehört, wie neu auch eine Umfrage von watson vom 3. November zeigt für Zürich und hier für die Uber-Fahrer und die Bolt, ist die Situation für die Fahrenden eben wirklich prekär. Sie arbeiten viel zu viel, im Schnitt elf Stunden, sieben Tage die Woche, zu wenig Geld kommt rein, dass sie überhaupt damit über einen minimalsten Lohn rüberkommen, sie haben keine Sozialversicherungen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand und sogar ein Arbeitsrechtler, die SP Zürich, aber auch die SVP Zürich sprechen von unzumutbaren Zuständen und wollen sich dagegen engagieren.

Wie prekär die Situation ist, zeigt sich wohl auch an der Tatsache jetzt speziell in Basel, dass zwischenzeitlich ganz viele UberEats-Fahrer aus Frankreich kommen. Für sie scheint es einigermassen noch zu rentieren, wie sie dann den Erwerb bei den Steuern verrechnen, sei mal dahingestellt, wir wissen es nicht, es bleibt im Dunkeln. Aber Sozialversicherungen wie AHV und IV müssen auch bei einem solchen Businessmodell bezahlt werden. Hier geht es auch um gleich lange Spiesse, wir haben es gehört, und das ist wichtig, es ist essentiell.

Deshalb bitte, unterstützen Sie die Motion, die Daniel Albietz und ich hier vorliegen haben, die die Anpassung an die bundesrechtlichen Grundlagen fordert. Ich würde mich sehr darüber freuen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wurde bestritten durch Luca Urgese. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 16 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007587, 12.11.25 16:51:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 68 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

14. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Förderung der zweiten Quantenrevolution

[12.11.25 16:51:49, 25.5380.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

15. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Einführung eines Gerichtsanzuges

[12.11.25 16:52:13, 25.5387.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Ratsbüro zu überweisen

16. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend wirkungsvollen Jugendschutz: Massnahmen bei Verstoss gegen Tabak- und Alkoholverkaufsverbot an Jugendliche im gesetzlichen Schutzalter

[12.11.25 16:52:34, 25.5388.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

17. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Unterstützung und Informationstransfer bei Grossbaustellen

[12.11.25 16:53:09, 25.5395.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion anerkennt, dass Grossbaustellen für Anwohnende und Gewerbetreibende mit grossen Belastungen verbunden sind. Dass gebaut wird, ist aber Ausdruck einer lebendigen Stadt, die sich weiterentwickelt, modernisiert und in ihre Zukunft investiert. Der Anzug verlangt eine zusätzliche temporäre Koordinationsstelle vor Ort, um den Informationstransfer zwischen Verwaltung, Bauleitung und Betroffenen zu verbessern. Die Absicht ist verständlich, doch aus Sicht der FDP ist der Weg der falsche. Unser Fokus muss auf einer effizienten Baustellenabwicklung liegen, nicht auf dem Aufbau neuer Strukturen. Bereits heute bestehen zahlreiche Informations- und Koordinationskanäle. Das Tiefbauamt koordiniert sämtliche Bauvorhaben, auf der kantonalen Webseite finden sich aktuelle Informationen zu laufenden Projekten und das Datenportal bietet Transparenz über Zeitpläne und Verantwortlichkeiten.

Diese bestehenden Strukturen funktionieren, sie können bei Bedarf optimiert werden, aber sie müssen nicht durch neue Ebenen ergänzt werden. Eine zusätzliche Koordinationsstelle vor Ort würde vor allem Mehrkosten, administrativen Aufwand

und Doppelspurigkeiten schaffen, ohne die Bauabwicklung tatsächlich zu beschleunigen oder die Belastung substantiell zu verringern. Gerade in einem städtischen Umfeld wie Basel ist es entscheidend, dass Ressourcen in den effizienten Ablauf der Bauarbeiten selbst investiert werden, in gute Planung, klare Verantwortlichkeiten und in eine abgestimmte Terminführung. Entscheidend ist nicht mehr Verwaltung, sondern ein schlanker, gut geführter Prozess, der die Beeinträchtigungen für Anwohnende und Gewerbe so gering wie möglich hält.

Die FDP steht für schlanke zielorientierte Verwaltung. Wir wollen, dass Bauprojekte zügig, professionell und mit möglichst geringer Belastung umgesetzt werden. Dazu braucht es keine neuen Strukturen, sondern konsequente Projektführung, klare Kommunikation und Verantwortungsbewusstsein in den bestehenden Abläufen. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion die Überweisung des Anzugs ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Die Anzugstellerin verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007592, 12.11.25 16:57:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 79 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

18. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Ausbau der Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten

[12.11.25 16:57:08, 25.5408.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

19. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Bewilligung von solargebundenen Klimaanlagen auf öffentlichen Gebäuden

[12.11.25 16:57:33, 25.5409.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

20. Anzug Eric Weber betreffend wenn die Transparenz schwindet

[12.11.25 16:57:57, 25.5430.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat der Anzugsteller Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Keine Sorge, das ist das letzte Mal, dass ich so viel abgegeben habe, es kommen keine neuen Anzüge mehr von mir, das habe ich schriftlich abgegeben. Dieser Anzug ist einfach so, ich bin sehr traurig, dass es nichts mehr auf Papier gibt. Ich bin nicht der einzige Grossrat, der sich beschwert hat, dass es nichts mehr auf Papier gibt, und das finde ich schade, dass man die älteren Leute einfach abhängt, die kein Handy haben, keinen Drucker, usw. Wenn man es vergleicht mit anderen Parlamenten, haben viele Parlamente einfach alles auch noch auf Papier. Dieser Anzug befasst sich mit uns. Ich stelle einfach fest, dass sich die Arbeitsbedingungen von Jahr zu Jahr verschlechtern und ich bringe auch die Beispiele in diesem Anzug. Es steht alles drin, ich soll es ja nicht vorlesen, darum bin ich schon fertig. Früher durften wir auch kostenlose Briefe schreiben als Grossrat, Pauschalfrankatur wie die Nationalräte in Bern gibt es auch nicht mehr, also ich finde es schade, dass alles abgeschafft wird zu unserem Nachteil. Und ich muss einfach sagen, ich habe jeden Samstag das Grossratscouvert bekommen, seit 1968. Ich war es gewohnt, am Samstag das Grossratscouvert zu lesen. Aber ich muss im ehrlichen und freundlichen Wort sagen, ich finde es nicht fair, dass man hier einfach aus der Bahn geschossen wird, dass man keine Unterlagen mehr bekommt auf Papier und ich finde es schade, dass bei uns gespart wird. Weil ich aktiver Grossrat bin, habe ich mich mit Juristen zu diesem Thema unterhalten und die Juristen sagen mir, jetzt gibt es ja nichts mehr auf Papier, dann müsst ihr die Kapazitäten freigeben in der Staatskanzlei, die Leute müssen jetzt nichts mehr ausdrucken, einpacken und verschicken. Was wird denn jetzt mit diesen Kapazitäten, die frei sind, was wird da gemacht?

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

4 Ja, 70 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007596, 12.11.25 17:01:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 70 Nein-Stimmen gegen 4 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

21. Anzug Eric Weber betreffend sportliche Grossanlässe nach Basel holen

[12.11.25 17:02:00, 25.5431.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat der Anzugsteller Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Erstmal vielen Dank für die vier Stimmen, die ich bekommen habe, weil was ich hier vorne sage, ist wirklich fundiert. Weil ich von der falschen Partei bin, wird dieser Anzug natürlich abgelehnt, aber wenn Sie den Anzug lesen, hat er es in sich und ich sage ja in diesem Anzug, sind wir ehrlich, Olympische Spiele wird es nie in Basel geben, auch keine Fussballweltmeisterschaft, aber in der zweiten Liga hat Basel jetzt intakte Chancen. Und ich erkläre in diesem Anzug ja auch, wo man die Chancen hat. Mustafa Atici, Sie sind ja Minister für Sport und Erziehung und darum wäre es an Ihnen, wenn Sie den Anzug auch einmal unterstützen könnten, dass man solche Sportanlässe hierherholt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung , NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 63 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007599, 12.11.25 17:03:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 63 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

22. Anzug Eric Weber betreffend Basler Fahne muss im Basler Parlament stehen

[12.11.25 17:03:43, 25.5432.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat der Anzugsteller Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Viele Freunde und Wähler von mir sagen, Eric, ich schaue Bundestag live. Also da wird immer der Bundestag live übertragen wie unser Grossrat Livestream auch. Und ich muss wirklich sagen, wir verkaufen uns tiefer, was wir wert sind. An diesem Pult hier vorne müsste «Der Grosse Rat Basel-Stadt» stehen. Der Livestream, das ist verschenkt. Es müsste hier ein Schild sein, wo steht «Der Grosse Rat Kanton Basel-Stadt». Lesen Sie meinen Anzug, dort steht ja auch, man könnte hier eine schöne Fahne hinstellen mit dem Basler Stab, aber auch das fehlt. Ich stelle einfach fest, wir geben so viel Geld an so viele Vereine, Clubs, usw., aber selber verkaufen wir uns unter dem Wert und das finde ich schade. Und die Dienstleistungen werden abgebaut, ich habe jetzt vorher auch dem Ratsbüro mitteilt, wo sind die Bänke dort hinten am Fenster, plötzlich nach 50 Jahren sind die Sitzplätze am Fenster…

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit Fahnen nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Es geht einfach darum, wie unser Parlament sich präsentiert. Ich finde es auch schade, dass man da vorne nicht mehr sitzen darf wie früher, und dass da keine Fahne ist und wenn jetzt da eine schöne Fahne hängen würde, dann sieht es einfach schon besser aus. Beim Livestream können Sie überall lesen, Kantonsrat Bern, Nationalrat Bern, Deutscher Bundestag, Landtag Sachsen, aber bei uns steht nichts. Und dann muss man mir nicht sagen, ja, wir finden keine Wähler und wir finden keine Leute, wenn wir uns unter der Würde verkaufen. Und darum gehört hier ein Schild hin, damit jeder weiss, wer wir sind. Für das, nicht falsch verstehen, aber finde ich, es heisst immer hohes Haus, sind wir zu billig verkauft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 65 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007601, 12.11.25 17:06:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Nichtüberweisen entschieden mit 65 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

23. Anzug Eric Weber betreffend Gratis-Telefon für Grossräte während Parlaments-Sitzungen

[12.11.25 17:06:55, 25.5433.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ganz kurz, Sie sehen links und rechts die schwarzen Kästchen, wo ein V steht. Dort steht ein V und da ist der rote Punkt. Nur die Älteren wissen das, dort wurde ihre Nummer aufgerufen als Grossrat, wenn sie ein Telefon bekommen haben. Dann ist dort die Nummer gekommen und dort, die Maschine gibt es ja noch. Ich kann mich noch erinnern, dann ist dort meine Nummer gekommen, Grossrat Weber ans Telefon, und diese Geräte wurden abgeschafft, aber sie wurden ja nicht abgebaut. Ich stelle in diesem Anzug fest, ich möchte einfach, dass die Telefone wieder in Betrieb genommen werden, und ich darf das ganz klar sagen, ich bin einfach traurig, wenn ich zu den Schliessfächern dort hinten gehe und dann sehe ich, in diesen zwei Telefonkabinen ist einfach eine Rumpelkammer. Die Telefonkabinen sind zweckentfremdet, dort konnte man in Ruhe ein Telefongespräch machen und keiner hat das mitgehört. Wo ist jetzt die Diskretion? Und dann muss man nicht meinen, bei der Staatskanzlei, jeder hat ein Handy, man möchte ja vielleicht auch einmal ein Auslandsgespräch führen und die Auslandsgespräche hat man dort hinten in der Telefonzelle vermittelt bekommen. Da musste man irgendwie so eine zentrale Nummer wählen, Kanton Basel-Stadt, und dann hat man dort hinten telefonieren können weltweit, wenn man ein Anliegen hatte. Und ich finde es schade, dass man die Telefone nicht mehr hat, dann hat man die Telefonkabinen abgeschafft. Dann hatte man noch Telefone da vorne im Vorzimmer und die Telefone im Vorzimmer hat man auch abgeschafft. Und das finde ich einfach schade und darum habe ich den Anzug gemacht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007603, 12.11.25 17:10:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug nicht überweisen mit 68 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

24. Anzug Eric Weber betreffend dass Bauen in Basel nicht mehr so lange dauert

[12.11.25 17:10:12, 25.5434.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft, aber er steht immer mehr unter Druck. Im Wettbewerb von inländischen und ausländischen sowie von kleinen und grossen Bauunternehmen ziehen die ersteren oft den Kürzeren, also die kleinen Firmen gehen kaputt. Das wollte ich sagen, mehr auch nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007610, 12.11.25 17:12:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 57 Nein-Stimmen gegen 2 Ja-Stimmen.

25. Anzug Eric Weber betreffend Notfall-Broschüre nach schwedischem Vorbild ist überfällig

[12.11.25 17:12:19, 25.5435.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Der Anzugsteller verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 76 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007612, 12.11.25 17:13:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 76 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

26. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung, Schreiben des RR

[12.11.25 17:13:14, 23.5030.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Weiterbildung ist längst keine Freiwilligkeit mehr, sondern eine zentrale Voraussetzung, um den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel zu bewältigen. Digitalisierung, Automatisierung und strukturelle Veränderungen, all das verlangt von uns, dass wir uns regelmässig neue Fähigkeiten aneignen, um beschäftigt und gesellschaftlich aktiv zu bleiben. Dieser Grundgedanke ist unbestritten. Er wurde vom Bund mit dem Weiterbildungs- und Berufsbildungsgesetz verankert und auch unsere Kantonsverfassung sieht die Förderung von Aus- und Weiterbildung ausdrücklich vor. Der Staat übernimmt dabei bewusst eine subsidiäre Rolle. Er unterstützt dort, wo der Markt oder die individuellen Möglichkeiten an Grenzen stossen. In Basel-Stadt tun wir dies bereits mit gezielten Förderinstrumenten, etwa im Bereich der Grundkompetenzen oder im Integrationsgesetz, das Menschen mit Migrationshintergrund ein vorbildliches Sprachkursangebot ermöglicht, schweizweit einzigartig in dieser Form.

Trotz dieser starken Ausgangslage nimmt der Regierungsrat die aktuellen Herausforderungen sehr ernst. Deshalb haben wir im Frühjahr 2025 die interdepartementale Strategiegruppe Arbeitsmarktfähigkeit, kurz ISAF, eingesetzt. Diese Gruppe bündelt das Wissen und die Verantwortung vom Erziehungsdepartement, Wirtschafts- und Sozialdepartement sowie der IV-Stelle. Ihr Auftrag, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, wie wir die Arbeitsmarktfähigkeit und Weiterbildungsmöglichkeiten der Bevölkerung langfristig sichern.

Die ISAF konzentriert sich dabei auf fünf Handlungsfelder. Erstens, die Rollen aller Akteure im Bildungs- und Arbeitsmarktbereich zu klären und zu koordinieren. Zweitens, die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Weiterbildung zu verbessern. Drittens, die finanzielle Tragbarkeit für alle sicherzustellen, auch durch eine mögliche Erweiterung der Ausbildungsbeiträge für Erwachsene. Viertens, niederschwellige Beratungsangebote für die Laufbahngestaltung zu schaffen. Und fünftens, innovative Bildungsformate gezielt zu fördern.

Bis Ende 2026 wird die Strategiegruppe konkrete Massnahmen und Finanzierungsmodelle vorschlagen. Über die Ergebnisse wird dem Regierungsrat spätestens im Juni 2027 Bericht erstattet. Ebenfalls auch im Zusammenhang mit dem Anzug Mathys und Konsorten zu existenzsichernden Weiterbildungsbeiträgen wird hier im Grossen Rat berichtet. Meine Damen und Herren, Sie sehen, der Regierungsrat ist bereits mit voller Überzeugung an der Bearbeitung der Thematik. Daher beantragt der Regierungsrat, den Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin für die Fraktion GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Mustafa Atici, vielen Dank für das Entgegennehmen des Anliegens und das Bearbeiten. Ich habe auch verstanden, dass die rechtliche Grundlage besteht. Das ist eine sehr gute Ausgangslage, aber im Moment auf dem Papier, also ohne Konkretisierung und klare Vorgaben, wie nachfrageorientierte Weiterbildung für Menschen, die im Arbeitsleben stehen, gefördert werden soll, bleibt sie eigentlich noch wirkungslos. Ein Gesetz allein bildet niemanden weiter. Erst wenn klar ist, wie der Kanton die gesetzlichen Möglichkeiten nutzt, wer davon profitiert und wie sich das messen lässt, können wir sagen, das Anliegen ist tatsächlich erfüllt. Solange das nicht der Fall ist, ist eine Abschreibung zu früh. Die GLP empfiehlt denn auch, den Vorstoss stehen zu lassen, damit das Thema nicht in einer Strategiegruppe versandet.

Ausserdem kommt die Einsetzung der Arbeitsgruppe ISAF sehr spät, erst Mitte dieses Jahres, also rund zwei Jahre nach der Überweisung des Vorstosses, von konkreten Ergebnissen kann leider noch keine Rede sein. Wir müssen zuerst sehen, wie diese Gruppe die aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit lebenslangem Lernen und dem Wandel durch neue Technologien wirklich angeht. Es geht doch darum, die Arbeitsmarktfähigkeit der Menschen in Basel langfristig zu sichern mit Weiterbildungen, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen des Arbeitsmarkts und der Bevölkerung orientieren und die niederschwellig zugänglich sind. Das betrifft junge Berufseinsteigende, Menschen mit Familienverpflichtungen, Wiedereinsteigende und ältere Erwerbstätige. Auch berufliche Umorientierung soll durch Fortbildung einfach möglich sein.

Ausserdem habe ich den Eindruck, dass der Fokus der Regierung noch stark auf dem Erwerb von Grundkompetenzen und kurzfristigen Massnahmen für Menschen liegt, die gerade eine Stelle suchen. Weniger im Blick ist die vorausschauende Förderung von Weiterbildung und die kontinuierliche Entwicklung von Fähigkeiten während der Erwerbstätigkeit. Aber genau darum geht es in diesem Vorstoss, um eine ganzheitliche Sicht auf die Förderung der Weiterbildung und berufliche Zukunftsfähigkeit der Bevölkerung. Entscheidend ist, dass diese Haltung umgesetzt wird. Weiterbildung darf kein Privileg sein, sie ist Voraussetzung, um in einer sich wandelnden Arbeitswelt bestehen zu können. Darum braucht es im Gremium nicht nur Verwaltung, sondern auch Stimmen aus der Wirtschaft, den KMU und der Wissenschaft.

Die Arbeitswelt verändert sich rasant, wir müssen uns fragen, ist unsere Bevölkerung wirklich gerüstet für den Arbeitsmarkt der Zukunft und die technologischen Wellen, die wir in Gang setzen. Die Prognosen zeigen deutlich, die Anforderungen steigen, viele Berufe verändern sich, neue entstehen, wer heute keine Chance zur Weiterbildung hat, läuft Gefahr, morgen den Anschluss zu verlieren. So können Menschen den beruflichen Wandel nicht nur aushalten, sondern ihn aktiv mitgestalten. Das stärkt unsere Gesellschaft, sichert Fachkräfte und schafft Perspektiven.

Der Bericht zeigt, dass die Arbeiten der ISAF-Gruppe erst am Anfang stehen. Eine Abschreibung jetzt ist zu früh, weil noch nichts Konkretes vorliegt. Es sollte aber in unser allen Interesse sein, dass die Förderung der Weiterbildung durch gute Rahmenbedingungen im Kanton Basel-Stadt auch tatsächlich Wirkung zeigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sandra Bothe-Wenk beantragt Stehenlassen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 38 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007614, 12.11.25 17:21:32]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 46 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

27. Motion Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung, Stellungnahme des RR

[12.11.25 17:21:40, 25.5196.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Ich habe Pascal Messerli als ersten Fraktionssprecher eingetragen.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, dieses Geschäft als erledigt abzuschreiben. Zugegebenermassen, auch ich war anfänglich für dieses Anliegen, ich habe auch diese Motion mitunterzeichnet. Die SVP-Fraktion fand dann eine andere Meinung zu dem, schon bei der Erstüberweisung und jetzt muss man aber schon auch sagen, wenn man sich die Antwort der Regierung anschaut und durchliest, dann ist es nochmal zu einer grösseren Skepsis bei der SVP gekommen, gerade wenn man das Kosten-Nutzen-Verhältnis sieht. Wir sehen, dass ständig irgendwelche neue Schirme, Blumentöpfe gekauft werden, jetzt sollen auch noch zusätzliche Begrünungen stattfinden, wo wir einfach der Meinung sind, dass hier diese Frage von Nutzen, Ertrag und Aufwand in keinem Verhältnis steht. Diese Dächer müssen dann auch irgendwie gewartet werden, sie können auch schmutzig werden, wenn irgendwelche Vögel und Tauben hier reinfliegen, also entsprechend ist das, wenn wir diesen Aufwand mitberücksichtigen, den ein solches Dach mit sich bringt, dann auch nicht wirklich im Verhältnis.

Und wenn wir auf der letzten Seite der Beantwortung des Regierungsrats weiterblättern, dann schreibt der Regierungsrat, dass solche Schattendächer dann immer eine Möglichkeit sind, dort, wo keine Bäume gepflanzt werden können, und hier werden wir halt einfach auch das Gefühl nicht los, dass man dann in einer Abwägung vielleicht eher darauf verzichtet, einen Baum zu pflanzen, lieber noch den 60. Veloparkplatz dorthin baut oder wieder eine Velospur mehr installiert, wie dass man dann tatsächlich auch einen Baum dorthin pflanzt und dann sagt, ja, wir haben ja dann eine Alternative mit diesem Schattendach, und das ist für die SVP-Fraktion die falsche Planung. Hier sind wir schon auch der Meinung, sollte man prioritär auch Bäume pflanzen und nicht dann diese Schattendächer als Scheinlösung dann hinstellen oder auch diese Blumentöpfe oder diese überteuerten Schirme.

Da sind wir mit dieser Planung nicht zufrieden und dementsprechend sind wir auch der Meinung, dass wir hier auch diese Motion als erledigt abschreiben sollten, gar nicht unbedingt wegen dem Motionär, sondern eher, was wir in der Antwort des Regierungsrates gesehen haben, die auf grosse Skepsis innerhalb der SVP-Fraktion gestossen ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass er meine Motion für ein Schattendach heute als Anzug überwiesen haben möchte, um dann die Installation eines Schattendachs mit Begrünung im Rahmen von Umgestaltungsprojekten von Plätzen vertieft zu prüfen. Mit diesem Vorgehen bin ich einverstanden. Ich denke, ein begrüntes Schattendach wäre eine attraktive Möglichkeit für Plätze, wo Baumpflanzungen nicht möglich sind. Die Beschattung durch Pflanzen und deren Blätter bewirken eine Kühlung des darunter liegenden Platzes. Zudem fördern die Pflanzen die Biodiversität. In der Motion habe ich zahlreiche Plätze aufgelistet, bei dieser Motion geht es aber lediglich um den Bau von einem begrünten Schattendach auf einem Teil eines Platzes. Die Finanzierung ist gar kein Problem, sie könnte gemäss Regierungsrat durch den Mehrwertabgabefonds erfolgen, welcher bekanntlich sehr gut gefüllt ist.

Ich bitte Sie, meine Motion dem Regierungsrat als Anzug zu überweisen. So erhält er den verbindlichen Auftrag, bei allen Umgestaltungsprojekten von Plätzen die Realisierung eines begrünten Schattendachs zu prüfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Nur ganz kurz, ich glaube, es ist mir wirklich wichtig, hier nochmals festzuhalten, wann immer möglich ist natürlich bodengebundenes Grün, also sprich Bäume, Grosssträucher oder auch, ich sage mal, Fassadenkletterer vom Boden aus unsere Wunschvariante. Es ist häufig auch pflegeleichter und es spendet natürlich sehr viel mehr Kühle. Wir merken auch, dass diese Konstruktionen, ich erinnere da beispielsweise an den Vogesenplatz, das war, glaube ich, das Geschenk auch einer Stiftung, diese Pergola, die dort steht, die hatte ziemlich Mühe, um zu wachsen. Also es ist auch nicht ganz einfach, diese Pergolas gut zu gestalten, dass sie dann auch wirklich dicht und grün sind, das heisst, es sind eher die zweitbesten Lösungen aus unserer Sicht. Wann immer möglich möchten wir Bäume pflanzen. Wir möchten uns diesen Weg aber nicht verbauen künftig an Orten, wo es Sinn machen kann, wo vielleicht auch nicht viel Erde unter diesem Platz vorhanden ist und deshalb möchten wir diese Option offenlassen und bitten Sie, das als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007616, 12.11.25 17:28:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Motion in einen Anzug umzuwandeln und den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion als Anzug überwiesen mit 68 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

28. Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte, Stellungnahme des RR

[12.11.25 17:28:10, 25.5192.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Esther Keller verzichtet. Alex Ebi hat sich gemeldet.

Alex Ebi (LDP): Fast alles, was den Umgang der Bürger mit der Verwaltung vereinfacht, ist sehr begrüssenswert. Diese Motion zielt genau auf solch einen Punkt. Kleine Quartiermärkte, allenfalls erst kurzfristig unter den Nachbarn besprochen, ohne grossen Firlefanz und ohne Grund, einfach weil gerade schönes Wetter ist, sollen künftig ganz spontan und einfach möglich sein. Das ist gut so, aber ganz ohne Regeln und Einstufung der Märkte und Messen in Kategorien kann es meines Erachtens nicht gehen. Die Besucher erwarten einwandfreie Lebensmittel und Getränke. Es scheint wirklich nicht wünschenswert, wenn anschliessend beispielsweise das halbe Matthäusquartier Bauchweh oder Schlimmeres hat.

Damit ein Restaurant öffnen, den Boulevard benützen, Alkohol ausschenken und Essen verkaufen darf, setzt der Gesetzgeber unzählige Papiere wie Wirtepatent, Betriebsbewilligung, Betreibungsauskunft, Strafregister, Allmendbewilligung, etc. voraus. Kurzum, eine zuständige Person ist zwingend. Ein unkontrollierter Wildwuchs an Pseudomärkten und Ständen, erst noch ohne zuständige Person, täglich quer durch die ganze Stadt, womöglich noch begleitet von Kundgebungen und Demonstrationen aller Couleur, ist wohl auch nicht im Sinn der meisten Motionäre. Die bisherigen Preise für einzelne Märkte und Stände sind moderat. Ich kann aber verstehen, dass für die spontanen Strassen-, Feierabend-Usestuehlete, die kaum Umsatz, aber viel Wärme und gemütliche Nachbarschaft bringen, die Kosten trotzdem als hoch oder gar überflüssig empfunden werden. Ich gehe jedoch stark davon aus, dass auch den meisten Motionären klar ist, dass nicht auch beispielsweise die Standbetreiber am Weihnachtsmarkt oder der Herbstmesse und dergleichen von den Kosten befreit werden sollen.

Die Motion wird ja gemäss «Chrüzlistich» klar überwiesen, was auch gut ist. Ich freue mich jedoch, wenn die Verwaltung die von mir beschriebenen Punkte bei der Ausarbeitung der neuen Artikel und Paragrafen zumindest gedanklich miteinbezieht und eine schlaue Regelung präsentiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Jetzt bin ich von Alex Ebi ein bisschen enttäuscht, er ist sonst immer für den Liberalismus und für weniger Bürokratie und jetzt hat Brigitte Kühne, die sonst weniger für Liberalismus und weniger Bürokratie ist, einen guten Vorstoss eingereicht und jetzt sprechen Sie gegen Brigitte Kühne und gegen diese Motion. Ich bitte Sie sehr im Namen meiner Fraktion, diese Motion zu überweisen.

Es ist ein Missverständnis, das irgendwie da umhergeistert, dass jetzt irgendwie nachher ein Wildwuchs herrscht, den man nicht kontrollieren könnte. Es gibt in jedem Bereich, wenn Sie in der Gastronomie irgendwo etwas anbieten wollen, sei es auf einem Markt, etc., sämtliche geltenden Bestimmungen. Das Lebensmittelrecht gilt, die Hygieneverordnungen gelten und das wird auch kontrolliert. Nur wenn Sie keine bürokratische Hürde über eine Bewilligung beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat, das wir ja alle wissen, nicht immer die, sage ich jetzt mal, am besten organisierteste Behörde in diesem Kanton ist, nur wenn Sie diese Bewilligung nicht mehr bezahlen und beantragen müssen, sind Sie nicht davor befreit, sämtliche anderen gängigen Gesetzgebungen einzuhalten und Sie werden auch genauso kontrolliert. Der Lebensmittelinspektor kommt vorbei, wenn so ein Markt existiert und dort Waren angeboten werden. Er prüft, ob Sie die Hygienevorschriften einhalten. Natürlich brauchen Sie im Vergleich zu einem Restaurant dann nicht auch noch die Kücheneinrichtung, wie es sonst üblich ist, das ist ja eine andere Bewilligung, die dann auch vergeben wird, aber natürlich bestehen sämtliche Vorschriften genauso weiterhin und deshalb verstehe ich auch nicht so ganz, weshalb sich der Wirteverband hier so dagegen wehrt, nun eine sinnvolle Liberalisierung vorzunehmen. Ein Gastbetrieb verliert durch diese Lockerung der Vorschriften oder diese Ergänzung im Gastgewerbegesetz nichts, im Gegenteil, es wird etwas getan in den Quartieren, es wird etwas getan für das Quartierleben. Es ist so, dass solche Märkte zunehmend attraktiv sind, es diese auch an verschiedenen Stellen gibt und dort, glaube ich, ist es sinnvoll, wenn man wirklich möglichst unbürokratisch vorgehen kann.

Noch einmal, wenn es darum gehen würde, dass alles andere an Vorschriften nicht mehr eingehalten werden müsste, wäre ich genauso dagegen wie Alex Ebi und vielleicht andere, die heute nicht für diese Motion stimmen, aber der Regierungsrat hat in seiner Antwort auf diese Motion Kühne ja sehr deutlich auch ausgeführt, weshalb auch er das sinnvoll erachtet und ich sehe hier wirklich nicht, weshalb man nun dagegen sein soll, dass es in diesem Bereich eine bürokratische Lockerung gibt. Gerade diejenigen Kräfte in diesem hohen Hause, die sonst immer dafür sind, dass es weniger Bürokratie gibt, dass wir weniger Behördengänge haben müssen, dass es einfacher wird, sollten deshalb heute für diesen Vorstoss von Frau Kühne stimmen und ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, diese Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich darf Besuch auf der Zuschauenden-Tribüne begrüssen. Ich freue mich über sehr hohen Besuch aus unserem Nachbarkanton Basel-Landschaft. Unter der Leitung von Landratspräsident Reto Tschudin begrüsse ich die Delegation des Landrates, der Geschäftsleitung und der Staatskanzlei. Im Anschluss an unsere Sitzung hier drin haben wir auch eine Sitzung und werden danach noch ein kulturelles Programm absolvieren. Ich freue mich auf unseren Austausch und heisse Sie herzlich willkommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin auf der Liste ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Wir haben tatsächlich in der SP-Fraktion diese erneute Überweisung auch länger diskutiert, und zwar ging es uns vor allem darum, dieses freiwillige Engagement, das in den Quartieren in den letzten Jahren vermehrt entstanden ist, auch wirklich zu unterstützen und nicht bremsen zu wollen. Da hatten wir einen grossen Konsens, dass das eine wertvolle Arbeit ist, die zumeist ehrenamtlich geleistet wird und wo wir dafür sorgen wollen, dass da nicht aus irgendwelchen Gründen Barrieren bestehen bleiben, die eigentlich nicht nötig wären. Für uns ist es aber auch klar, dass wenn es eine Lockerung auch für alle Märkte, auch für kommerzielle Angebote irgendwie geben soll, dass dann auch gleich lange Spiesse geschaffen werden müssen für andere Gastroangebote und wir haben uns dafür entschieden, ein zweites Mal als Motion zu überweisen. Wir möchten einfach hier schon festhalten, dass wir dann gespannt sind auf die Umsetzung und das dann dort auch noch einmal eingehend diskutieren wollen, wo machen wir die Grenzen von diesen Lockerungen, beschränkt sich das alleine auf dieses ehrenamtliche Freiwillige, auf diese Gefässe oder soll das flächendeckend auf sehr viele Gastroangebote gelangen. Das ist die Frage, die wir uns dann genau ansehen bei der Umsetzung und ich bedanke mich in diesem Sinne für die Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Ganz kurz, wir Grünliberalen und alle Mitstreiter und Mitstreiterinnen, die mit mir zusammen diese für unsere Frisch- und Feierabendmärkte so wichtige Motion auf die Beine gestellt haben, freuen uns ausserordentlich über die so grosse Unterstützung der Parteien gemäss «Chrüzlistich». Und auch explizit über die Antwort des Regierungsrates, die klar aufzeigt, dass, Zitat: die kleinen Märkte sich wachsender Beliebtheit und Bedeutung in den Quartieren erfreuen. Dass sie einen Bedarf der Bevölkerung für informelle, lebendige Treffpunkte darstellen und dass sie mit ihrem abwechslungsreichen Angebot zu einem zeitgemässen urbanen Quartier- und Stadtleben beitragen. Im Weiteren hält der Regierungsrat fest, Zitat: Auch weil die Quartier- und Feierabendmärkte oft durch gemeinnützige Vereine und Privatpersonen veranstaltet werden, braucht es hier eine neue, auf die Entwicklung der Märkte angepasste Lösung.

Und noch etwas zu den kritischen Stimmen Auch wir möchten, dass die Lockerung für Quartiermärkte nicht missbraucht wird, daher ist die Motion ja auch so präzise formuliert, nämlich explizit für Frisch- und Feierabendmärkte, Quartiermärkte sowie Quartierflohmärkte. Ausserdem: Standbetreiber, Standbetreiberinnen, Quartiervereine und Organisationen, welche über eine Standbewilligung des Präsidialdepartementes verfügen.

Somit bedanke ich mich herzlich für die Zweitüberweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die Debatte, vielen Dank auch für die kritischen Voten oder die Gedanken, die Sie uns jetzt auch mitgeben, wenn es um die Umsetzung geht. Insgesamt scheint es dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen. Es ist tatsächlich so, dass mit diesen Märkten etwas entstanden ist, das viel zu nachbarschaftlichem Zusammenhalt, um sich zu begegnen in der Stadt beiträgt und wie so häufig gibt es manchmal neue Phänomene und Trends und Entwicklungen, die noch nicht ganz so in den Gesetzen abgebildet sind. Wir möchten das gerne tun, wir möchten da etwas mehr zulassen, hören aber auch die Bedenken, sage ich jetzt mal, wegen der potenziellen Konkurrenzierung auch von bestehenden Restaurants und Cafés, die natürlich dann hohe Hürden zu erfüllen haben für ihren Betrieb. Wir nehmen das mit und werden Ihnen gerne etwas Sorgfältiges präsentieren. Ich glaube, es geht ja auch um die Zuständigkeitsklärung, auch hier mit dem Präsidialdepartement, also ich glaube, wir können hier zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Das werden wir gerne tun und Ihnen einen Vorschlag bringen, wenn Sie die Motion ein zweites Mal überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Alex Ebi beantragt Nichtüberweisung der Motion. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 15 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007618, 12.11.25 17:41:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion dem Regierungsrat als Motion überwiesen mit 68 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

29. Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität, Bericht des RR

[12.11.25 17:41:30, 19.5144.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Frau Keller verzichtet auf ein Votum. Sasha Mazzotti hat sich gemeldet.

Sasha Mazzotti (SP): Wir sind doch tatsächlich mal im Zeitplan ein bisschen früher, geschätzter Herr Flury, ich bin ein bisschen überrascht, aber wunderbar, wir erledigen das heute. Auf dem «Chrüzlistich» lese ich Abschreiben oder Stehenlassen oder auch als erledigt einstufen die Motion Erhalt und Erhöhung der Biodiversität in Basel. Die Frage ist doch, tut die Regierung tatsächlich alles, was die Motion so fordert. Die Antwort ist; nicht vollständig. Der Regierungsrat zeigt, dass viele Massnahmen umgesetzt oder im Gange sind. Biologische Bewirtschaftung von Parkanlagen, Freizeitgärten und schrittweise auch von Sportrasenflächen, sie sind bis 2028 vollständig geplant, eine massive Reduktion des Herbizideinsatzes und Überwachung und Prävention gegen invasive Arten.

Auch gibt es seit 2023, die Motion ist von 2019, eine Biodiversitätsstrategie mit verbindlichen Grundlagen für künftige Massnahmen. Ich danke der Regierung dafür, aber hier geht es noch um mehr. Die Biodiversität, also die Vielfalt des Lebens auf unserem Planeten, nimmt weltweit rapide ab. Was das bedeutet, wenn Bestäuber wie Bienen verschwinden, leidet die Landwirtschaft, wenn Wälder abgeholzt werden, steigt das Risiko von Überschwemmungen, usw. Diese Entwicklungen betreffen auch Unternehmen, Banken, Versicherungen und Investoren. Was geht uns das in Basel an? Wenig, denken Sie, viel sage ich, auch wenn wir nur knappe 37 km2 gross sind.

Zurück zur Motion. Der Regierungsrat verweist mehrfach auf bundesrechtliche Grenzen, also Kantone dürfen keine eigenen Pestizidverbote erlassen. Das kann ich nachvollziehen und das habe ich damals bei der Zweitüberweisung explizit erwähnt, dass man seinen politischen Handlungsspielraum auf Bundesebene einfach ausüben soll. Ich verstehe, dass man nicht einfach Gesetze machen kann. Die Motion fordert, dass sich Basel überregional für ein Pestizidverbot einsetzt. Der Bericht erwähnt in keinster Weise irgendein Engagement in diese Richtung. Es gibt keine Hinweise auf Initiativen, Allianzen mit anderen Städten oder unserem Nachbarkanton oder Vorstösse auf Bundesebene. Bei der Neophytenbekämpfung werden weiterhin synthetische Mittel verwendet, es fehlen sogar Hinweise im Bericht auf Alternativen.

Ja, der Kanton macht Fortschritte, erfüllt aber nicht die Ambition der Motion, insbesondere nicht beim Ziel Verbot synthetischer Pestizide und proaktiver Ausbau aller geeigneter Lebensräume. Und mehrere Punkte bleiben offen. Ich habe es schon gesagt, bundesrechtliche Grenzen, das soll nicht heissen, dass man politisch untätig bleibt. Es geht darum, Verbindlichkeiten zu sichern. Solange wesentliche Teile der Umsetzung der Motion, also zum Beispiel vollständige biologische Bewirtschaftung, Biozertifizierung aller Pachtbetriebe, nur geplant und angestrebt sind, sollte die Motion stehen bleiben, um Verbindlichkeit und parlamentarische Kontrolle sicherzustellen. Die Strategie, habe ich erwähnt, gibt es erst seit 2023. Es braucht Zeit, um Wirksamkeit und Zielerreichung zu prüfen und diese weiterzuentwickeln. Die Motion kann also als ein politisches Mandat dienen, um deren Umsetzung konkret zu begleiten und gegebenenfalls eben auch nachzuschärfen. Zu guter Letzt, gings auch um wissenschaftliche Begleitung und Transparenz. Die Motion erfordert Evaluation und Anpassung der Methoden. Der Bericht erwähnt keine konkreten Forschungspartnerschaften oder öffentliche Resultate.

Sie sehen, die Motion ist mitnichten erledigt. All das spricht doch eigentlich ganz klar für Stehenlassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb möchte ich hier für das Stehenlassen der Motion von Sasha Mazzotti plädieren. Es geht uns dabei weniger darum, zu tadeln, dass die Forderungen der Motion nicht vollständig umgesetzt wurden, sondern wir möchten hier der Regierung auch ein Lob für die Anstrengungen aussprechen, die die Regierung zum Schutz der Biodiversität und zur Reduktion des Pestizideinsatzes in ihrem Handlungsspielraum bisher gemacht hat.

Ganz im Gegenteil, durch das Stehenlassen möchten wir die Regierung ermutigen, weitere Schritte in Richtung Reduktion des Pestizideinsatzes zu unternehmen. Denn leider müssen wir im aktuellsten Umweltbericht beider Basel von August 2024 lesen, dass auf dem Gebiet von Basel-Stadt in der Landwirtschaft, aber auch in privaten Gärten nach wie vor Pflanzenschutzmittel in einem Ausmass ausgebracht werden, dass es in kleineren Bächen immer wieder zu Überschreitungen kommt, die für Kleinlebewesen toxisch sind. Selbst im Grundwasser gibt es lokal Überschreitungen des Anforderungswertes von 0,1 Mikrogramm pro Liter. Auch wenn wir gewisse Zusammenhänge nachvollziehen können, dass ein totales Pestizidverbot nicht immer zielführend ist, so darf sich der Kanton dennoch nicht hinter bundesrechtlichen Vorgaben verschanzen und diese als Argument ins Feld führen, nicht das Möglichste für eine Eliminierung des Pestizideinsatzes zu tun, solange sich Pestizidrückstände immer noch im Grundwasser befinden und damit die Gefahr besteht, dass diese auch in unsere Nahrungskette gelangen.

Der Kanton kann weiterhin darauf hinwirken, dass die Pachtbetriebe, aber auch die Familiengärten, die sich auf Kantonsland befinden, vermehrt auf eine biologische Bewirtschaftung hinarbeiten und allfällige Vorgaben auch durchsetzen. Solange dies nur geplant und angestrebt ist, ist es noch zu früh, die Motion schon abzuschreiben. Die Motion fordert in Punkt 5 auch eine intensivere Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Biodiversitätsförderung durch Pestizidreduktion und Pestizidsubstitution durch ökologisch verträgliche Bekämpfungsmethoden. Auch hier fällt der Leistungsausweis der Regierung eher mager aus.

Wie schon erwähnt, die Bestrebungen stimmen hoffnungsvoll, aber die Wirkungen sind noch nicht klar zu sehen, betrachten wir den letzten Zustandsbericht. Sobald wir auch hier Klarheit haben, erst dann können die Forderungen der Motion als erfüllt betrachtet werden. Daher plädieren wir für Stehenlassen der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Mit der Motion wurde das Anliegen eingebracht, den Einsatz synthetischer Pestizide auf Kantonsgebiet zu verbieten und damit ein deutliches Zeichen für Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz zu setzen. Die Motion verfolgt das Ziel, Basel-Stadt als Vorbild für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt zu positionieren. Ja, der Regierungsrat hat das Anliegen mehrmals sorgfältig geprüft. Dabei wurde deutlich, dass ein kantonales Verbot synthetischer Pestizide aufgrund der geltenden Bundesgesetzgebung, wurde auch schon genannt, nicht möglich ist. Der Einsatz solcher Mittel ist auf Bundesebene umfassend geregelt und die Kantone verfügen hier über keinen eigenen Handelsspielraum für ein generelles Verbot.

Trotz dieser rechtlichen Grenzen teilt der Kanton Basel-Stadt, wie vom Regierungsrat aufgezeigt, die Zielrichtung der Motion ausdrücklich. Basel-Stadt setzt sich mit Nachdruck dafür ein, den Einsatz synthetischer Pflanzenschutzmittel auf das absolut notwendige zu reduzieren. Auf öffentlichen Flächen wird bereits weitgehend auf Pestizide verzichtet und auch in der Landwirtschaft und im Gartenbau werden naturnahe Bewirtschaftungsformen gefördert. Zudem unterstützt der Kanton Projekte, die biodiversitätsfördernde Methoden anwenden und auf ökologisch verträgliche Alternativen setzen. Damit verfolgt Basel-Stadt den gleichen Grundgedanken, den die Motion aufgenommen hat, nämlich den Schutz von Klima, Boden, Wasser und Biodiversität vor unnötiger Belastung durch synthetische Pestizide.

Da die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene ein kantonales Verbot ausschliessen, werden die Ziele der Motion aber auf anderem Weg aktiv verfolgt. Grundlage hierfür ist die behördenverbindliche Biodiversitätsstrategie des Kantons Basel-Stadt, die im Jahr 2023 vom Regierungsrat erlassen wurde. Die Biodiversität im Kanton Basel-Stadt wird weiterhin auf verschiedenen Ebenen ausgebaut und deren Entwicklung beobachtet, es wird also nicht nichts gemacht. Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Regierung zu folgen und die Motion als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte gleich am Schluss kurz anknüpfen. Es ist schon so, wir haben natürlich einen sehr bedingten Einfluss auf die Bundesgesetzgebung, die hier jetzt gerade im Fall von Pestiziden massgebend ist. Und da wir jetzt nicht gerade ein Landwirtschaftskanton sind, glaube ich, ist unser Einfluss dort in Bern natürlich auch begrenzt.

Wann immer möglich nehmen wir beispielsweise über Vernehmlassungen des Bundes Stellung, aber wie gesagt, unsere Einflussmöglichkeit ist dort natürlich eingeschränkt.

Wir tun aber ganz stark, was in unserer Macht steht, und da hat sich seit Einreichen der Motion 2019 doch einiges geändert. Die Biodiversitätsstrategie wurde jetzt schon mehrmals genannt, das war wirklich ein Meilenstein, einer der ersten Kantone auch, der so umfassend eine Biodiversitätsstrategie erarbeitet hat und das ist eben auch in einem Stadtkanton sehr wichtig. Das wird häufig unterschätzt, aber Biodiversität ist natürlich auch in einem Stadtkanton sehr präsent, denken Sie an die Uferböschungen, usw. Also da hat sich die Regierung den Auftrag gegeben mit konkreten Massnahmen und dann darf ich auch daran erinnern, dass wir letztes Jahr von Grünstadt Schweiz mit dem Gold-Label ausgezeichnet wurden als eine der ersten Städte. Das ist wirklich ein aufwendiger Zertifizierungsprozess, der überprüft, ob ganz konkrete Massnahmen auch zugunsten der Biodiversität getätigt wurden, beispielsweise gerade auch beim Sportamt, usw. Dort haben wir, wie gesagt, den Goldstandard erreicht, das gibt uns schon mal eine gewisse Auszeichnung, dass wir gut unterwegs sind, wir haben auch Hausaufgaben mitgenommen für die Rezertifizierung und auch da hat die Regierung bereits das Geld gesprochen, um da weiterzuarbeiten.

Sie sehen, wir sind intensiv an dem Thema dran und ich glaube, wenn eine Motion auch so etwas Spezifisches fordert wie hier, das eben nicht ganz im Kompetenzbereich der Regierung liegt, dann ist es vielleicht auch mal Zeit, eine Motion abzuschreiben. Sie können sicher sein, dass wir am Thema Biodiversität intensiv dran sind und auch dranbleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007620, 12.11.25 17:54:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 48 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

30. Anzug Nicole Kuster und Konsorten betreffend Aufwertung der Uferböschung des Grossbasler Rheinufers durch den Bau von Baumterrassen, Schreiben des RR

[12.11.25 17:54:50, 23.5414.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

31. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend grossflächiger Entsiegelung von Parkplätzen, Schreiben des RR

[12.11.25 17:55:17, 23.5425.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Schluss der 36. Sitzung

17:55 Uhr

Protokoll

der 37. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 19. November 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Nicole Amacher (SP), Ismail Mahmoud (SP), Fina Girard (Grüne/jgb), Lukas Faesch (LDP), Georg Mattmüller (SP), Anouk Feurer (Grüne/jgb).*

Verhandlungsgegenstände:

64. Resolution betreffend JA zur Realisierung des Nachtzuges Basel-Hamburg-Kopenhagen-Malmö! 3
32. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel, Schreiben des RR 8
33. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof, Schreiben des RR 10
34. Anzug Andrea Strahm und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Überwachung der Gebühren gemäss NörV, Schreiben des RR 12
35. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen", Schreiben des RR 12
36. Interpellation Nr. 83 Stefan Wittlin betreffend Erhalt der historischen Gebäude auf dem Klybeck-Areal, Schreiben des RR 15
37. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking, Schreiben des RR 16
38. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen, Schreiben des RR 17
39. 39. 24.5022 Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli, Schreiben des RR 17
40. Interpellation Nr. 111 Nicola Goepfert betreffend undemokratisches Comeback des Autobahn-Rheintunnels, Schreiben des RR 18
41. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells, Stellungnahme des RR 19
42. Interpellation Nr. 91 Thomas Widmer-Huber betreffend Menschenhandel auch ab 2026 als Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung in Basel-Stadt, Schreiben des RR 27
43. Interpellation Nr. 92 Lisa Mathys betreffend wieso führt eine emissionsintensive Töff-Parade mitten durch Wohnquartiere, Schreiben des RR 27
44. Interpellation Nr. 96 Joël Thüring betreffend Umsetzung des Verhüllungsverbots in Basel-Stadt, Schreiben des RR 28
45. Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit, Stellungnahme des RR 29
46. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Bekämpfung des Fachkräftemangels – mehr Lernende im Bereich der Informations-und Kommunikationstechnik in der Verwaltung, Schreiben des RR 31
47. Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR 31

Beginn der 37. Sitzung

Mittwoch, 19. November 2025, 09:00 Uhr

64. Resolution betreffend JA zur Realisierung des Nachtzuges Basel-Hamburg-Kopenhagen-Malmö!

[19.11.25 09:00:05, 25.5491.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Morgensitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Vertretung in Kommissionen

Die Fraktion SP hat mitgeteilt, dass ab sofort für sechs Monate Jessica Brandenburger Zaira Esposito in der BKK und Seyit Erdogan Zaira Esposito in der Regiokommission vertreten wird. Zusätzlich wird ab 1. Februar 2026 bis 30. Juni 2026 Melanie Eberhard in der GSK durch Seyit Erdogan und in der Regiokommission durch Lisa Mathys vertreten.

Urteilsbegründung TC Old Boys

Wie bereits kommuniziert hat das Appellationsgericht den Rekurs von Daniel Berlin und weiteren Rekurrierenden gegen den Beschluss des Grossen Rates vom 11. Dezember 2024 betreffend Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse (Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West) abgewiesen. Nun liegt auch die schriftliche Urteilsbegründung dafür vor. Bei Interesse kann man diese beim Parlamentsdienst einsehen.

Jass-Turnier

Ich kann Ihnen mitteilen, dass der Sieg am letztwöchigen Jass-Turnier in Basel-Stadt geblieben ist. Ich gratuliere Felix Wehrli herzlich zum Sieg. [Applaus]

Balz Herter, Grossratspräsident: Dies waren meine Mitteilungen.

Wir kommen zur Traktandenliste und starten dort mit der Resolution von Tim Cuénod betreffend JA zur Realisierung des Nachtzuges Basel-Hamburg-Kopenhagen-Malmö. Die Fraktion SP hat einen Entwurf für eine Resolution aufgelegt, der Resolutionstext liegt Ihnen vor. Sie haben die Behandlung der Resolution auf die Tagesordnung gesetzt. Gemäss § 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden.

Wir starten mit den Sprechenden. Als erstes hat sich Erich Bucher als Fraktionssprecher für die FDP gemeldet.

Erich Bucher (FDP): Die FDP-Fraktion wird Nein zu dieser Resolution sagen. Es geht uns nicht primär um die Zuglinien nach Malmö, denn das ist ein unternehmerischer Entscheid, den die SBB selber in einem liberalisierten Zugsmarkt trifft, und wenn wir die Verträge mit Europa, die Bilateralen III annehmen, werden die Subventionen dann sowieso hinfällig werden. Nein, uns geht es eigentlich um das Image, das wir als Basel in Bern haben und jetzt sogar noch verstärken wollen. Wer immer für den Ausbau des Bahnknotens hier in Basel ist, darf die Motion heute nicht unterstützen. Wir überladen das Fuder in Bern, wir fordern, wir fordern, wir fordern. Heute ist die Möglichkeit da, jetzt zurückhaltend zu werden und realistisch zu bleiben, sonst heisst es dann in Bern wirklich, die Basler wollen das Weggli, wollen die Butter auf dem Weggli und gleichzeitig sogar noch das Verkaufspersonal. Wenn Sie also das Herzstück unterstützen und sicherstellen wollen, dass das irgendwann einmal gebaut wird, dann halten Sie sich jetzt mit der Finanzierung hier zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Vorneweg haben wir ja dieses Jahr gelernt, wie wichtig es ist, dass man gute Verbindungen hat nach Malmö, man kriegt dann zum Beispiel so einen mega schönen Mantel, habe ich mir gedacht, aber Spass beiseite. Wir von den Grünen unterstützen natürlich die Resolution. Obwohl wir sehen, dass die Wirkung in Bern vielleicht nicht extrem gross sein wird, sind wir absolut der Überzeugung, dass man dieser Streichung des Nachtzugs, dieser schädlichen Streichung etwas entgegensetzen muss. Wir als Kanton, der sich hohe Klimaziele gesteckt hat, aber auch wir als Schweiz, die sich diese Klimaziele steckt, kann nicht einen solchen Kompromiss, wo man wirklich als Kompromiss noch die 10 Millionen hat, dann wie auch noch aus dem Päckchen rauswerfen. Ich glaube, es braucht hier auch eine klare Haltung dafür, dass es Kantone gibt, dass es auch Bevölkerungen gibt, die das Angebot möchten, dass man hier ein klares Zeichen dafür setzt. Unser Kanton ist ein solcher Kanton, unsere Bevölkerung nutzt die Nachtzüge, das kann ich bestätigen. Das heisst nämlich auch nicht, dass man nicht mehr weiterhin fliegen darf, sondern dass wir dem Zug auch den nötigen Schub geben. Das ist eine wunderbare Möglichkeit, wie wir hier als Kanton ein Zeichen setzen können in diese Richtung, dass man dem Zug den Schub gibt, dass man die Sachen attraktiver machen kann und ich habe auch nicht das Gefühl, dass das unserem Image schadet, und unsere Fraktion auch nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Brigitta Gerber für die BastA.

Brigitta Gerber (BastA): Wir von BastA unterstützen die vorliegende Resolution aus verschiedenen Gründen, die ich gleich aufzählen werde, vorab danke aber dem Hauptantragsteller für seine Aufmerksamkeit. Ich selbst bin ein grosser Fan von Nachtzügen, sie sind bequem und luxuriös. Allerdings wollte ich vor zwei Jahren mit meinem Sohn eine Reise nach Amsterdam machen und dieses Erlebnis auch ihm näherbringen und der Schlafwagen war tatsächlich noch aus den 70er-Jahren, wie die Klebebilder an den Wänden dokumentierten. Leider hat es auf der Toilette auch so gestunken, als wäre seither nicht viel putztechnisch oder renovierungstechnisch gemacht worden.

Investitionen, nicht nur in den Zug, sondern vor allem in den Nachtzug, sind dringlich. Eine Streichung unverständlich, wie ja auch die Beliebtheit der Routen Berlin-Wien zeigen. Vor allem für uns in Basel ist so ein Zugnetz wichtig. Internationale Verkehrsnetze sind für eine Grenzstadt fast ebenso wichtig wie die gute regionale Anbindung, die als Argument genannt wird, um den Nachtzug wegzunehmen. Bequem, ökologisch und momentan weniger den zunehmenden Drohnenbedrohungen zum Beispiel, kann man auch nennen, ausgesetzt, die vor allem Flugzeuge und Flughäfen bedrohen. Dass der Bund seine Ambitionen hier aufgeben will, ist uns wirklich nicht verständlich.

Zudem ist seit letzter Woche zu hören, dass eine solche Subvention aus dem gleichen Topf gesprochen wird wie die Triebmittelunterstützung für den Flugverkehr. Eine Streichung der Subvention für die Nachtzüge würde gleichzeitig bedeuten, dass die Flugwirtschaft zusätzlich subventioniert wird. Dass die ständerätliche Finanzkommission dann vor ein paar Tagen kommunizierte, dass sie die im CO_2-Gesetz vorgesehene Förderung von Nachtzuglinien stoppen und das Geld stattdessen den Fluggesellschaften schenken will, ist ebenfalls vollkommen unverständlich. Sie verhindert damit nicht nur den Nachtzug nach Kopenhagen und Malmö, sondern zerstört auch jede Planungssicherheit für die SBB und torpediert den Ausbau des internationalen Zugverkehrs grundsätzlich.

Mit der vorliegenden Resolution hoffen wir, dass die Mitglieder der Eidgenössischen Räte ein Einsehen haben und die Unterstützung für den Malmö-Nachtzug sprechen und das Netz wie geplant ausbauen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt die Resolution auch ab aus ähnlichen Gründen wie die FDP-Fraktion. Nur ein paar Zahlen. Der Zug soll etwa 16 Stunden unterwegs sein von Basel bis Malmö. Mit dem Flugzeug fliegen Sie nach Kopenhagen heute schon in einer Stunde 50 und danach fahren Sie mit dem Zug vom Flughafen Kopenhagen nach Malmö in 40 Minuten. Das heisst, es wird nur Reisende, die den Weg als Erlebnis anschauen, anziehen können. Und ja, das gibt es und auch ich habe das schon toll gefunden, einen Nachtzug zu nehmen, wenn ich in die Ferien reise, das mag gemütlich sein, das mag Spass machen. All jene, die unter Zeitdruck sind, alle Geschäftsleute zum Beispiel, oder all jene, die ein langes Wochenende machen wollen in Malmö, und Malmö gibt wahrscheinlich nicht genug her für eine Woche oder zwei Wochen Urlaub, all jene also werden weiterhin mit dem Flugzeug gehen.

Schlussendlich kann uns das hier aber vollständig egal sein, wer den Zug nehmen will und wer das Flugzeug nehmen will. Jeder soll das machen, was er will, wofür er sein Geld aufwenden will, das ist nicht unsere Aufgabe. Aber was unsere Aufgabe auch nicht ist, das ist den Bundesparlamentariern zu sagen, wo sie mit 100 bis 200 Franken pro Passagier ein Angebot, das nur für eine Nische gedacht ist, unterstützen sollen. Aus diesen Gründen werden wir die Resolution nicht unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die LDP unterstützt diese Resolution, und zwar aus folgenden Gründen. Mit der Resolution, die heute hier auf dem Tisch liegt, haben wir eine Situation geschaffen, die sehr heikel ist. Lehnt das Parlament diese Resolution ab, werden wir den Entscheid in Bundesbern eigentlich schon vorwegnehmen. Wieso sollte das eidgenössische Parlament gegen den Willen von Basel-Stadt sagen, nein, diesen Zug wollen wir trotzdem, wenn wir uns nicht mal einig sind, und das finde ich sehr bedenklich. Wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit, sonst ist die Diskussion sowieso schon vom Tisch.

Grundsätzlich kann man Einwände haben gegen Nachtzüge, man kann Einwände haben gegen die Finanzierung dieser Nachtzüge, ich meine, es ist tatsächlich so, dass der Zug in Basel beginnt und die längste Reisestrecke nicht in unserem Land verkehrt, und dennoch wird er subventioniert von der Schweiz, von der Eidgenossenschaft. Aber es ist auch eine Ausmehrung, dass genau dieses Projekt am Ende obsiegt hat gegen alle anderen Verbindungen, die ebenfalls zum Beispiel von Genf nach Lyon geplant gewesen waren oder von Zürich gegen Osten hin. Die einzige Verbindung, die jetzt noch vorgesehen ist, ist genau die von Basel nach Malmö, die übrigens nicht einfach Basel-Malmö ist. Da gibt es einige auch sehr spannende und wichtige Stationen dazwischen wie Kopenhagen, die sehr interessant sind, gerade über den Nachtzug, wo die Reisedauer nicht eine wesentliche Rolle spielt, zu erreichen sind. Und die Preise sind wegen der hohen Subvention sehr kompetitiv, das heisst, man kann auch davon ausgehen, dass dieses Angebot genutzt wird und durch das dieses bescheidene Verlagerungsziel oder diesen Effekt auch umgesetzt werden kann.

Zu den Punkten von Erich Bucher möchte ich nur sagen, wir wollen ja hier nicht die Butter auf dem Brot und noch die Kirche auf der Torte, sondern die Realität sieht ja anders aus. Wir fordern und fordern und fordern nicht einfach ohne Grund. Unsere Bahnausbauten sind seit Jahrzehnten, und das sagt auch Professor Weidmann in seinem Bericht, eher unterproportional ausgebaut worden. Und das muss man dann schon auch auseinandertrennen, der Ausbau Bahnknoten Basel hat mit dieser Verbindung jetzt relativ wenig zu tun. Diese könnte nämlich auch direkt nächstes Jahr beginnen mit dem Betrieb, was bei den anderen Bauprojekten ja überhaupt nicht wahrscheinlich ist. Und darum, nehmen wir doch diesen Brotkrümel, den wir hier haben können, doch auf. Es ist auch für den Standort Basel interessant, wenn auf der anderen Seite nämlich in Kopenhagen Basel SBB steht. Das ist nicht nur touristisch interessant, sondern es ist auch so, dass man durch das die Sichtbarkeit unserer Stadt erhöhen kann.

Nachtzüge haben dennoch gewisse Vorteile, der Strom in der Nacht ist günstiger, man kann die Trassen benutzen, die am Tag verstopft sind, und es ist auch ein Ziel, das wir haben über unsere Bundesverfassung, dass wir diese Klimaziele erreichen möchten und das ist vielleicht ein bescheidener Beitrag dazu, darum würde ich dringend empfehlen, dass wir diese Resolution hier heute unterstützen, um nicht einen fait accompli zu schaffen in Richtung Bundesbern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Es scheint mir wichtig, wenn es um die Vertretung unserer Interessen in Bern geht, dass wir zum einen natürlich regelmässig präsent sind. Ich bin der Meinung, wir sollten Interessen durchaus mit einem gewissen Selbstbewusstsein vertreten, und wenn man gleichzeitig einfach, man hat jetzt bei den Nachtzügen eine Miniversion momentan, es war ursprünglich ein viel grosszügigerer Ausbau vorgesehen, und wenn man jetzt diese Verbindung, die für uns wichtig ist, ich denke, für eine Stadt wie Basel sind internationale Verbindungen wirklich ein Faktor, dann sollten wir auch unsere Basler Interessen ein bisschen selbstbewusst vertreten und sagen, es geht doch nicht, dass man gerade bei den internationalen Verbindungen so spart. Übrigens ist auch die Notwendigkeit, hier zu sparen, gesunken, die Steuereinnahmen beim Bund sprudeln erfreulicherweise offenbar deutlich mehr als erwartet.

Es ist auch im Basler Interesse, Michael Hug hat es genannt, wegen der Ausstrahlung dieser internationalen Verbindung und durchaus auch wegen des Tourismus. Gerade in Skandinavien gibt es viele Menschen, die, sagen wir, der Kurzzeitfliegerei eher abgeneigt sind und wo Nachhaltigkeit ein Faktor ist und wo quasi die direkte Erreichbarkeit durchaus sich positiv auswirken kann mit dem Zug auf Übernachtungszahlen in Basel und darüber hinaus.

Ein Grund für diese Resolution ist auch, mit was für absurden Argumenten in Bern gegen diese Verbindung argumentiert wurde. Sie konnten vorher sehen, dieser Zug hält auch in Hamburg, an verschiedenen dänischen Destinationen, bei Kopenhagen und in Malmö schlussendlich. Philipp Matthias Bregy, der Parteipräsident der Mitte, ich hoffe, es sind nicht alle Parteikollegen von ihm gleicher Meinung, hat gesagt nach dieser Entscheidung des Ständerates, ja, es gäbe ja überhaupt keinen Flug von Basel oder von Zürich nach Malmö und da gäbe es überhaupt keine Bedürfnisse. Man muss sehen, Malmö hat selbst nur einen Miniflughafen im Osten von Malmö, da fliegen irgendwie sechs, sieben Flieger pro Tag, aber der eigentliche Flughafen von Malmö ist Kopenhagen und von Basel aus fliegt fast jeden Tag ein Flug nach Kopenhagen, von

Zürich aus sind es sieben Flüge pro Tag, die nach Kopenhagen fliegen, und Sie erreichen vom Flughafen, der ist dort, wo Kastrup steht, dieser Flughafen, da erreichen Sie Malmö im Zug in 24 bis 26 Minuten, die Stadt Kopenhagen selbst in 12 Minuten. Also ist das natürlich ein Angebot für den Flugersatz, nicht für Business-Reisende, die sehr im Stress sind, aber für viele andere und Malmö ist ja eben durchaus auch ein Tor für Skandinavien. Ich kenne durchaus Leute, die auf dieser Strecke häufiger unterwegs sind und da wäre das nun wirklich ein attraktives Angebot.

Das ist ein Zeitungsbeitrag. Sie sehen hier die CO_2-Emissionen pro Person und Strecke. Erstens, was fällt auf? Da geht es von Bern aus, die CO_2-Emissionen von Nachtzügen sind noch einmal geringer als am Tag. Man bremst weniger, man fährt weniger an, es gibt verschiedene andere Gründe. Man reist auch nicht zu Zeiten, wo der Stromverbrauch sowieso schon wahnsinnig hoch ist, man entlastet damit auch die Nutzung tagsüber. Ich sehe diese Verbindung als kleinen Schweizer Beitrag zum internationalen Klimaschutz. Die ÖBB, die österreichischen Bundesbahnen, haben zum Beispiel ein sehr viel grosszügigeres Nachtnetz und dass wir es jetzt mal mit dieser einen Verbindung versuchen würden, hätte, denke ich, durchaus einen positiven Einfluss und wäre ein Beitrag auf der Nord-Süd-Verbindung, dass man wirklich auf die Fliegerei verzichten kann, wenn man nicht besonders im Stress ist, in besonders starkem Ausmass.

Ich denke, aus all diesen Gründen wäre es sinnvoll, dass wir gegenüber den eidgenössischen Räten ein klares Signal geben und das klare Signal ist, dass für uns in Basel diese internationalen Verbindungen wichtig sind, und das zweite klare Signal ist, dass es nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz ist, wo man effektiv gewisse Fliegerei reduzieren könnte, und dieser im europäischen Rahmen eine Rolle spielt, sondern auch für Basel, für uns jetzt eine gewisse regionale Bedeutung hat. Andere stehen auch selbstbewusst ein für ihre Regionalzüge, die zum Teil hochdefizitär sind. Für uns in Basel sind neben dem Ausbau des Agglomerationsverkehrs und neben der Realisierung des Herzstücks nun einmal die internationalen Verbindungen besonders wichtig und da ist der Nachtzug ein Teil davon und ich denke, dafür sollten wir wirklich offen einstehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Frei nach dem Motto, traue keiner Grafik, die du nicht selbst gefälscht hast, ist hier beim Flugzeug der Privatjet genommen, weil ich habe es nachgeschaut, EasyJet fliegt mit weniger als einem Viertel CO_2-Ausstoss als gemäss Ihrer Grafik.

Tim Cuénod (SP): Ganz so genau habe ich nicht nachgeschaut, es würde mich aber überraschen, wenn der Flugverkehr auf dieser Strecke einen deutlich geringeren CO_2-Ausstoss mit sich bringt als der Autoverkehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Tim Cuénod, Sie setzen sich sehr stark für diesen Zug ein. Ich wollte Sie fragen, kennen Sie jemanden in Malmö oder warum sind Sie so für diese Strecke? Ich kann Ihre Resolution unterstützen, ich wollte nicht sprechen, aber als Zugfahrer möchte ich mich hier auch noch äussern. Basel hat eine grosse Tradition als Eisenbahnknotenpunkt in der Mitte von Europa. Herr Amiet, ich nehme die Bahn, die Grünen auch und ich bin für diese Resolution. Es ist schon so, die Eisenbahn ist teurer als das Flugzeug. Ich zahle aber gerne mehr, weil ich nicht gerne fliege. Persönlich, Tim Cuénod, wenn man ein bisschen zurückschaut, ich bin ein bisschen älter als Sie, vermisse ich, und dieser Wunsch ist leider nicht in Erfüllung gegangen, ich war damals zu klein, heute würde ich es machen, ich vermisse den direkten Kurswagen Basel-Moskau. Der wurde ja vor 15, 20 Jahren abgeschafft und ich vermisse den Kurswagen Basel-Moskau, weil ich jetzt ein Halbjahres-Visum für Russland habe und man wegen diesen Sanktionen da schlecht hinreisen kann.

Ich bin ja für die Resolution, aber wir müssen dann zu Ihren Statistiken schon noch die Wahrheit sagen und als Gymnasiallehrer werden Sie mir zustimmen, dass ich eine Ergänzung anbringen darf. Sicherlich haben Sie vom Aspekt der Umwelt alles richtig gebracht und ich glaube Ihrer Statistik. Jemand hat gesagt, glaube keiner gefälschten Statistik, ausser du hast sie selbst gefälscht, aber die Statistik ist gut. Aber Sie haben etwas vergessen und das möchte ich Ihnen präsentieren und ich möchte Sie bitten, mir dann beim Schlusswort eine Antwort darauf zu geben. Ihre Sache ist gut, finde ich okay, aber Tim Cuénod, bitte seien Sie mir nicht böse, die Nachtzüge sind aus vergangener Zeit. Das ist vorbei, früher ist man mit dem Schiff in die USA gereist, heute machen das alle mit dem Flugzeug und ich muss sagen, wenn wir jetzt das haben, Basel-Malmö oder Basel-Skandinavien, nach Statistik nehmen nur 0,1% den Nachtzug und 99,9% aller Passagiere fliegen. Das sind Tatsachen, 99,9% sind halt keine Grünen und die nehmen ein Flugzeug und ich bin bei diesen 0,1% und nehme den

Nachtzug. Ich war jetzt diesen Sommer in Bulgarien und bin drei Tage mit dem EuroRail-Ticket durch Osteuropa gereist bis ans Schwarze Meer und wieder drei Tage zurück.

Und dann noch eine letzte Ergänzung. Sie haben gesagt, Sie sind gegen die Kurzflüge, aber wenn Sie jetzt auf die Landkarte schauen, Skandinavien-Schweiz ist kein Kurzflug. Ein Kurzflug ist Paris, Hamburg-Basel, Berlin-Basel, München-Basel, das sind Kurzflüge. Aber Skandinavien-Schweiz würde ich jetzt nicht als Kurzflug bezeichnen. Sie müssten ehrlich sein, das ist ein Mittelstreckenflug, es ist kein Langflug wie Basel-New York, Istanbul, Moskau, aber Skandinavien-Schweiz ist keine Kurzstrecke, das ist ein Mittelstreckenflug und da bitte ich Sie auch um Ergänzung. Und ich möchte einfach die Frage von Ihnen beantwortet haben, ob das stimmt, dass nur 0,1% Basel-Malmö mit dem Zug machen und 99,9% mit dem Flugzeug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich hätte auch Grün drücken können, aber ich rede keine zehn Minuten, also bleibe ich beim Einzelvotum. Generell bin ich skeptisch gegenüber dieser Resolution. Ich denke, eine Resolution sollte beschränkt sein auf Eingaben mit wirklich persönlicher Betroffenheit unseres Rates. Aber abgesehen davon finde ich, die Reiserei ist generell zu billig. Ob jetzt Züge oder Flugzeuge, wir sollten Reisen eher limitieren, weil ob jetzt der nördliche Wendepunkt, ob die Everglades, ob Interlaken oder andere Touristenorte, sie leiden, sie sind überschwemmt, auch die Bergsteigerei, Nepal, usw.

Das ist das eine, das andere ist, wir sollten die Fliegerei verteuern aus genau diesem Grund und nicht die Zugfahrten verbilligen. Es ist nicht in Ordnung, dass nach wie vor keine Emissionsabgaben bezahlt werden müssen von den Flugzeugen. Wir haben die in allen anderen fossilen Verkehrsbetrieben, aber nicht in der Fliegerei und dort müssen die Anstrengungen ansetzen und nicht in einem Nachtzug nach Malmö. Das finde ich vollkommen den falschen Ansatz und deswegen haben wir auch entschieden, hier ein Nein einzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tim Cuénod hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Andrea Strahm, von Kostenwahrheit im öffentlichen Verkehr sind wir derart weit entfernt und derart viele Linien sind direkt oder indirekt subventioniert, wir reden schon gar nicht von der Externalisierung der Kosten, dass man manches nicht gegeneinander zwingend so aufrechnen sollte. Es geht hier um eine attraktive Alternative zum Flugverkehr. Die Kerosinsteuerfreiheit ist momentan in internationalen Verträgen abgesichert. Ein Fraktionskollege von Ihnen sprach sogar von völkerrechtlichen Verträgen. Die abzuändern wird von der Schweiz aus, die wir ja nicht Mitglied der Europäischen Union sind, ganz schwierig. Hingegen einen kleinen Beitrag zu leisten, dass es attraktive internationale Verbindungen gibt, und wir profitieren ja auch davon, wenn die Österreichischen Bahnen zum Beispiel Nachtzüge anbieten, das liegt in unserer Hand, das kann man machen mit Subventionen, die nun nicht exorbitant sind.

Zum grösseren Kontext beantworte ich auch gerne noch die andere Fragen, ist es so, dass wir ein gewisses vorsichtiges Revival haben der Nachtzugverbindungen in Europa, dass das durchaus mehr werden könnte, gerade auch wegen der Überlastung vieler Strecken tagsüber, gerade in sehr dicht besiedelten Gebieten, wo sich das durchaus lohnen könnte, und wir als Schweiz einen kleinen Beitrag leisten könnten. Wie gesagt, ich finde es gerechtfertigt, dass wir hier unsere Basler Interessen vertreten.

Und um vielleicht doch noch etwas zu sagen, mich stört, wenn hier manche in Bern, und ich habe den Parteipräsidenten der Mitte Bregy genannt, mit Argumenten nun wirklich hier ins Feld ziehen, das ausspielen gegen kleine Regionalverkehrslinien in der Schweiz, das finde ich hoch problematisch auch für den Zusammenhalt des Landes. Es wird einen zweiten Bregy geben im Nationalrat, das ist kein Zweifel, aber ich hoffe, es sind vielleicht nicht 101, ich hoffe, es ist nicht eine Mehrheit und ich denke, wir brauchen von Basel ein starkes Signal, dass wir hier für unsere Interessen eintreten, dass aber auch dieser ökologische Umbau sinnvoll ist und dass man diesen kleinen Schritt des Einstiegs in den Nachtzug mit dieser einen Verbindung wagen soll. Ich würde mich freuen, wenn hier trotz mancher Voten heute ein klares Votum erfolgt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft, wir kommen damit zur Abstimmung. Für die Verabschiedung der Resolution braucht es ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst Nichtverabschiedung .

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007651, 19.11.25 09:32:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution zu Verabschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Zweidrittelmehr wurde erreicht, die Resolution wird verabschiedet.

32. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel, Schreiben des RR

[19.11.25 09:32:39, 23.5422.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Gemeldet hat sich Raffaela Hanauer als Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Die Fraktion Grüne/jgb beantragt Ihnen, den Anzug stehen zu lassen. Für die Biodiversitätsförderung im städtischen Raum ist bekanntlich jede Fläche relevant. In der Beantwortung der Regierung sind demnach auch die 15 prioritären Vernetzungsachsen erwähnt, es ist das Biotopverbundkonzept erwähnt und auch die Biodiversitätsstrategie. Die Ziele sind also eigentlich klar. Auch für das Regenwassermanagement ist jede Entsiegelung von Relevanz und auch für Vorbeugungsmassnahmen zur Erhitzung der Stadt ist jede Entsiegelung und Begrünung relevant. Es wird von Seiten der Regierung das Stadtklimakonzept erwähnt, auch dort sind die Ziele also eigentlich klar, die wir verfolgen.

Dieser Anzug geht genau in diese Ziele hinein und möchte, dass diese Ziele auch bei den Verkehrsinseln erfolgt werden. Umso ernüchternder ist es für die Fraktion Grüne/jgb daher auch, dass die Antwort des Regierungsrats sich vor allem auf die Probleme bei der Umsetzung der Forderungen fokussiert und nicht auf das, was tatsächlich möglich wäre. Vieles scheint in der Beantwortung aufgrund der Normen nicht möglich, jedoch wenn man sich mal auf das Mögliche fokussiert, dann steht eigentlich sehr viel in dieser Beantwortung. Rasengittersteine beispielsweise können auf Ausnahmetransportrouten eingesetzt werden. Natürlich gibt es da gewisse Lärmaspekte zu beachten, aber die Routen heissen ja eben auch genau Ausnahmetransportrouten, das sind also seltene Fälle. Es wird der Kunstmuseumskreisel genannt, der nicht entsiegelt werden kann. Dieser Kreisel ist ein sehr spezieller Kreisel, es ist sehr eng dort, es ist auch sehr verständlich in meinen Augen, dass dieser aufgrund der Ausnahmetransportrouten und des hohen Nutzungsdrucks dort nicht so einfach entsiegelt werden kann. Rasengittersteine wären jedoch vielleicht auch dort möglich gewesen. Und wenn man sich auf das Mögliche fokussiert, dann verweise ich gerne auf den Bundesplatz, dort gibt es einen Kreisel, der deutlich viel Entsiegelungspotenzial hätte, ganz ohne, dass die Ausnahmetransporte und ihre Fahrkurven davon betroffen wären.

Ich bin daher stark der Meinung, da geht noch mehr, man sollte sich auf das Mögliche fokussieren, auf das Positive und diese Ziele aus Stadtklimakonzept, Biodiversitätsstrategie, Biotopverbundkonzept vollumfänglich auch bei den Verkehrsinseln verfolgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Christine Keller das Wort.

Christine Keller (SP): Ich darf mich nun weitgehend der Vorrednerin Frau Hanauer anschliessen, die schon sehr vieles auch unserer Überlegungen gesagt hat. Vorab vielleicht, das gilt dann auch für meinen Anzug, unseren Anzug, der später kommt, ein, zwei Traktanden später. Biodiversität ist kein Nice-to-have, wir stehen vor einem Massenaussterben verschiedener Arten, ich glaube, es ist das Siebte der planetaren Geschichte und es ist einfach wirklich nötig, dass wir überall nach dem Maximum, so wie es Brigitte Kühne in ihrem Anzug schreibt, Sicherstellung des Maximums an Möglichen, dass das

umgesetzt wird. Es reicht nicht, auf Konzepte zu verweisen, die gut sind, die da sind, ohne jetzt wirklich die griffigen Massnahmen zu machen. Frau Kühne hat nach Normen gefragt, die anzupassen sind. Offensichtlich ist nicht beabsichtigt, der Biodiversität mit entsprechenden Normen Gewicht zu verschaffen, gesetzliche Normen, nicht nur Konzepte und Richtlinien, und ebenfalls lesen wir nichts Entsprechendes in dieser Antwort.

Hinsichtlich dieser Rasengittersteine bei Verkehrsinseln wird ohne nähere Spezifizierung auf höheren Lärm verwiesen. Raffaela Hanauer hat schon eindrücklich gesagt, es geht ja, wie der Name sagt, um Ausnahmesituationen bei Ausnahmefällen, weshalb logischerweise auch nicht mit einem Dauerlärm gerechnet werden muss und man deshalb nicht sagen kann, deswegen können nun keine solche Verkehrsinseln ökologisch umgestaltet werden. Es ist auch so, dass Biodiversität und Lärmschutz mindestens gleichwertig zu betrachten sind, man kann nicht einfach sagen, immer hat das eine den Vorrang, man muss das im konkreten Fall anschauen. Wie gesagt, die Biodiversität erfordert dringend verbindliche Massnahmen und das Schöne bei diesen Verkehrsinseln, etc. ist ja, dass hier kein Nutzungsdruck vorliegt. Also niemand hat ja das Bedürfnis, dort zu picknicken oder Fussball zu spielen.

Also ich sehe wirklich, dass dieser Anzug unbedingt stehen lassen werden sollte, zumal offenbar auch eine interne Arbeitsgruppe ja an der Arbeit ist. Und wenn das erfüllt ist, dann diese Anliegen von Frau Kühne des Anzuges, dann können wir ihn abschreiben, aber im Moment ohne etwas Griffiges in der Hand, sicher nicht. Meine Fraktion bittet Sie daher, diesen Anzug von Frau Kühne stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Wir haben es jetzt wirklich durch mehrere Voten schon gehört, es gibt schon alles. Wir haben das Stadtklimakonzept, jede aufgerissene Strasse wird durch eine riesengrosse grüne Brille angeschaut, es gibt x Fachstellen in der Stadtgärtnerei, im Tiefbauamt, im Städtebau, also mehr als erfüllt gibt es nun einmal wirklich nicht. Darum bittet Sie die LDP-Fraktion, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Ich darf hier auch für die BastA reden. Warum soll dieser Vorstoss, der notabene stillschweigend überwiesen wurde und der nicht erfüllt ist, abgeschrieben werden? Ja, er wurde ein paar Wochen vor der Abstimmung zu den Stadtklima-Initiativen Ende November 2023 überwiesen. Warum wurde er von allen Parteien ohne Gegenstimme und auch sogar vom Gewerbeverband unterstützt? Ich sage es Ihnen, begrünte Kreisel und Verkehrsinseln nehmen niemandem Platz weg, sie haben keine zusätzlichen Nutzungen wie unsere Plätze und Strassen, die bezüglich den unterschiedlichen Nutzungen von allen Seiten umworben werden.

Ich verstehe es nicht, warum sperrt sich unsere Verwaltung und insbesondere das Tiefbauamt so fest dagegen, gegen diese einfach zu erstellende Biodiversität, für die Entsiegelung und für den Menschen so wichtige kleinen Grünflächen? Oder der mit Schotter und Folie abgedeckte Kreisel wie derjenige beim Zoo Bachletten oder beim Kreisel Luzernerring-Flughafenstrasse, warum sollen sie geändert werden? Wenn ein Lastwagen, ein Auto, ein Schwertransporter mal aus Versehen darüberfährt, macht doch nichts. Aber seien wir ehrlich, wie häufig haben Sie dies schon erlebt, wie häufig gab es in der Verwaltung schon Reklamationen betreffend Lärm von überfahrenen Verkehrsinseln und wie häufig Reklamationen wegen unordentlichen, nicht gepflegten Verkehrsrestflächen? Wie viele Unfälle gab es beim Pflegen der langen Verkehrsinsel bei der Haltestelle Universität oder bei denjenigen bei der Oberwilerstrasse/Benkenstrasse? Ich würde diese Fragen als rhetorisch bezeichnen. Einfach die Pflastersteine weglassen oder entfernen, Humus rein, Schotter rein, eine biodiversitätsfördernde regionale Wildblumensaatmischung und gut ist es. Es gibt übrigens tatsächlich auch Saatmischungen, die vom VSS gemäss Norm des Schweizerischen Verbands des Strassen- und Verkehrsfachleute abgesegnet sind.

Und bitte kommen Sie mir nicht mit dem Argument, das sei ein pflegerischer Mehraufwand. Ein extensiveres Pflegeregime der Baumrabatten zum Beispiel nur einmal pro Jahr reicht vollkommen. Somit bleibt mehr Zeit, um einmal im Jahr die Kreisel oder die Verkehrsinseln zu schneiden. Ansonsten könnte man ja auch Freiwillige die Verkehrsrestflächen pflegen lassen, ich wäre auf jeden Fall dabei. Vielleicht braucht es auch einfach ein Pilotprojekt, das fordert, dass Verkehrsrestflächen nicht gepflegt werden und dann die Bevölkerung mittels Fragebogen wählen kann, ob sie einen Unterschied gemerkt hat. Sie sehen, meine Damen und Herren, ich werde wieder ein wenig ironisch. Und wissen Sie was, gerade über der Kantonsgrenze in Allschwil und Binningen lassen sich teils schon jahrelang blühende Verkehrsinseln und auch ganz neu erstellte begrünte Mikroverkehrsinseln finden. Da scheint es ganz selbstverständlich zu sein, begrünte Verkehrsinseln.

Lassen wir den Anzug stehen und geben damit zum Ausdruck, dass die Verkehrsrestflächen, denen keinerlei andere Nutzung zugeschrieben sind, als den Verkehr in die richtigen Bahnen zu lenken, dass diese grün werden. Grünes Basel, Basel blüht auf, zusammen sind wir Grünstadt, gemeinsam aufbrechen, gemeinsam aufblühen, um nur ein paar Stichworte respektive Initiativen in Basel zu nennen. Und jetzt, ich muss sagen, wieder ein bisschen ironisch, oder braucht es etwa eine Motion für das Gesetz betreffend Verkehrsrestflächen, diese kantonal zu ändern? Zum Schluss, keine Insel zu klein, um eine ökologische Aufwertung zu sein. Besten Dank für das Stehenlassen des Anzuges.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann Ihnen einfach kurz versichern, das Abschreiben ist weniger inhaltlich gemeint, also nicht, dass wir das inhaltliche Anliegen nicht teilen würden. Ich glaube, wir haben auch in der Antwort beschrieben, was eben schon läuft. Neben dem, dass wir die Grundsatzpapiere bereits haben, haben wir auch eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eben jetzt konkrete Verkehrskreisel auch prüft. Generell ist die Sensibilität bei künftigen Planungen gestiegen, aber wir sind der Meinung, dass die Inhalte des Anzugs insofern erfüllt sind, als dass die Fragen beantwortet sind. Wir haben eben diese Arbeitsgruppe eingesetzt, wir prüfen Kreisel, insbesondere diese, die in Biotopverbundachsen liegen. Wir brauchen keine alternativen Finanzierungstöpfe dafür, wir können das aus den laufenden Finanzierungen, auch aus dem Mehrwertabgabefonds finanzieren und eben diese Aufwertung erfolgt laufend. Und deshalb möchten wir den Anzug abschreiben lassen, nicht um diese Arbeiten zu beenden, im Gegenteil, sondern um daran weiterzuarbeiten.

Ich glaube, ich habe das auch schon erwähnt und ich werde das wahrscheinlich auch wieder beim Anzug von Christine Keller tun, es gibt ja andere Mittel, über diese Wege wir Ihnen auch wieder berichten über diese Entwicklungen. Ich denke da an Grünstadt Schweiz, wo wir uns für die Rezertifizierung. angemeldet haben, aber auch sonstige Reports beispielsweise im Zuge des Fernwärmeausbaus. Also wir sind da dran, wir bleiben dran, aber wir sind der Meinung, dass die Antworten im Anzug beantwortet sind und Sie über andere Arten und Wege erfahren, wie viele Flächen entsiegelt wurden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung. Raffaela Hanauer, Christine Keller und Weitere beantragen, den Anzug stehen zu lassen.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 49 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007653, 19.11.25 09:47:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 49 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

33. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof, Schreiben des RR

[19.11.25 09:47:35, 23.5329.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Frau Keller verzichtet auf ein Votum. Somit hat Béla Bartha als Fraktionssprecher für die GRÜNEN/jgb das Wort.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Die Grünen und Junggrünen von Basel würden vorschlagen, diesen Anzug stehen zu lassen. Das Fazit in der Antwort der Regierung bringt es eigentlich auf den Punkt. Um darüberhinausgehende Verbesserungen aller S-Bahn-Verbindungen in beiden Richtungen von Deutschland und nach Deutschland zu erreichen, braucht es umfangreiche Infrastrukturanpassungen, wie zum Beispiel Tiefbahnhöfe, die aktuell auch in Planung sind. Der Regierungsrat setzt sich deshalb zusammen mit den in- und ausländischen Partnern mit grossem Engagement für einen schnellen und wirksamen Ausbau der Infrastrukturen im Bahnknoten Basel ein.

Wir alle wissen nun, dass Bern im Moment sehr darum bemüht ist, sämtliche Bestrebungen, die in eine solche Richtung weisen könnten, zu torpedieren. Statt klare Zeichen in Richtung Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene zu setzen, wird der Rheintunnel wieder aus der Mottenkiste gezaubert, die Subventionen für den Schienentransport derart gekürzt, dass sich die Lastwagen wieder von der Schiene auf die bereits verstopften Strassen ergiessen, die Nachtzüge abgeschafft und der Tiefbahnhof mit dem Herzstück, über das man durchaus noch diskutieren könnte, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Wie soll sich die Schweiz und vor allem auch unsere Regierung mit diesen Vorgaben aus dem Bundesamt von Herrn Rösti glaubhaft und im trinationalen Umfeld dafür einsetzen, dass man mit den Anschlüssen an den Alpentransit beispielsweise vorwärts machen soll? Wie soll man sich gegenüber Deutschland glaubhaft für einen CO_2-neutralen Transport einsetzen, wenn Bern mit der Brechstange versucht, die Elektromobilität abzuwürgen, indem man noch bevor ein erstes Elektromobil die Strasse berührt, gleich mit der Besteuerung derselben droht?

All das lässt uns in allfälligen Verhandlungen mit unseren europäischen Partnern, wenn es um die Erreichung allfälliger Klimaziele und CO_2-neutraler Verkehrspolitik geht, sehr schlecht aussehen und wird schliesslich nicht dazu führen, dass Daniel Hettich und auch ich aus Riehen in absehbarer Zeit mit der S-Bahn in einer vernünftigen Zeit vom Bahnhof Riehen an den Bahnhof SBB fahren können. Ein Glück, dass Basel-Stadt klare Klimaziele für 2037 gesetzt hat, an denen wir uns ausrichten können. Hier gilt es nun auch in Zukunft klare Kante zu zeigen gegenüber dem wankelmütigen Bundesbern, denn nichts ist für die Wirtschaft schädlicher, wenn die Spielregeln und die Rahmenbedingungen ständig nach Lust und Laune wieder geändert werden. Für uns ist das Anliegen dieses Anzuges symptomatischer Natur, es steht für eine Verkehrspolitik, die wir für die Zukunft benötigen und deren Durchsetzung wir unbedingt fördern und unterstützen wollen. Und deshalb sind wir für das Stehenlassen dieses Anzugs, der auch die Position von Basel und unserer Regierung gegenüber Bundesbern stärken soll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Es geht jetzt nicht um den Nachtzug nach Moskau, der ja leider abgeschafft worden ist, der auch über den Badischen Bahnhof gefahren ist. Ich bin auch für das Stehenlassen dieses Anzugs, weil man zum Beispiel mit dem Deutschlandticket gratis fahren kann in Basel. Also ich fahre mit dem Deutschlandticket Badischer Bahnhof-Lörrach, gehe dort einkaufen, komme wieder zurück und dann, obwohl ich nicht in Riehen wohne wie meine Vorredner oder ähnliche Leute, fahre ich gerne nach Riehen oder nach Lörrach und man kann etwa mit dieser S6 mit dem Deutschlandticket gratis fahren. Das muss man wissen und das ist billiger als das U-Abo. Wenn jetzt einer vom Grossen Rat pendelt, Basel-Riehen, nimmt er lieber das Deutschlandticket, dann kommt er billiger als mit dem U-Abo. Und darum bin ich auch für Stehenlassen dieses Anzugs. Man kann mit dem Deutschlandticket auch in Basel mit dem Bus 55 fahren oder mit dem Bus nach Grenzach-Wyhlen und es wäre schön, wenn man mit dem Deutschlandticket auch noch Tram fahren könnte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich lese, dass diejenigen, die jetzt auch für Stehenlassen plädieren, ich höre, dass das auch als Unterstützung gedacht ist für unseren Einsatz im Moment in Bern zugunsten des Bahnausbaus hier in Basel, ich danke sehr dafür, ich glaube, jetzt hier über diesen Anzug ein Zeichen zu setzen, wäre etwas indirekt, um es so zu formulieren. Ich denke, Sie können diesen Anzug hier mit gutem Gewissen abschreiben, weil wir da eben berichtet haben, wie wir die Aufenthaltszeit jetzt auch schon etwas reduzieren konnten und dranbleiben werden. Ich glaube, der Anzug ist insofern nicht so ein gutes Mittel, als dass es ja eben alle zwei Jahre prüfen und berichten. Ich denke aber, wir werden noch sehr froh sein um Unterstützung aus dem Parlament für den Bahnausbau hier in Basel und lassen Sie uns gerne über Optionen sprechen, wie wir das aufgleisen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Béla Bartha beantragt Stehenlassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 8 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007655, 19.11.25 09:54:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 83 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen.

34. Anzug Andrea Strahm und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Überwachung der Gebühren gemäss NörV, Schreiben des RR

[19.11.25 09:55:04, 21.5839.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

35. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen", Schreiben des RR

[19.11.25 09:55:28, 23.5492.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Brigitte Kühne von der GLP hat sich als Fraktionssprecherin gemeldet.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen möchten diesen Anzug stehen lassen. Wie in der Beantwortung des Vorstosses geschrieben, es ist korrekt, dass nicht nur Rasen umgewandelt in Blumenwiesen auf magerem Substrat die Artenvielfalt erhöht, ja, auch Staudenrabatten, Hecken und Gehölzgruppen fördern durch möglichst vielfältige Lebensräume die Biodiversität. Blumenwiesen tönen für so einen Vorstoss ganz schön, wirklich gemeint ist aber eben die so dringend notwendige ökologische Aufwertung von Grünflächen und Lebensraumtypen. Die Bemühungen der Stadtgärtnerei seit 2020 stellen wir Grünliberalen nicht in Abrede. Wir sind dankbar dafür, dass der Kanton die Biodiversität proaktiv fördert. Meine Damen und Herren, jeder Quadratmeter Grün zählt, quasi jede Blüte, jedes Habitat fördert die Biodiversität.

Das Stehenlassen dieses Anzuges soll ganz einfach ein klares Zeichen setzen, wir wollen mehr davon, wir brauchen mehr davon, denn wir haben eine Biodiversitätskrise und wir brauchen ganz klar mehr biodiverse Stadtökologie. Und wie bitte? Gemeinsam mit Immobilien Basel-Stadt wurde in einem Pilotprojekt Rasenfläche in Blumenrasen und Magerwiesen

umgewandelt. Da braucht es doch kein Pilotprojekt. Okay, ich rede jetzt vielleicht als Landschaftsarchitektin, aber wir brauchen keine Pilotprojekte, es ist alles da, alles seit Jahren erprobt und erforscht. Die Akzeptanz der Bevölkerung stellt sich ein, wenn kommuniziert wird. Kommt hinzu, neben der Erhöhung der Biodiversität ergibt sich erst noch ein viel kleinerer Pflegeaufwand. Diese eingesparten Stunden können für die mechanische Bekämpfung der Neophyten verwendet werden.

Aus Sicht der Grünliberalen können wir den Anzug abschreiben, wenn es ganz selbstverständlich ist, dass Projekte auf Grundstücken der städtischen Immobilien im Finanzvermögen biodivers umgesetzt werden. Wenn diese aktuell geplanten Massnahmen für eine Fläche von 20’000 m2, wie der Regierungsrat schreibt, erfüllt sind. Sowie, wenn auf das Grünstadtaudit 2027 hin der Zustand und die Fortschritte bezüglich Biodiversität auf Grünflächen im Verwaltungsvermögen mittels eines gesamtstädtischen Controlling-Systems erfasst und gesteuert wird. Noch etwas Persönliches, ich freue mich insbesondere auf die 2’000 m2 neue biodiverse Grünflächen im Bachletten-Quartier und bin gespannt, wie diese aussehen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GRÜNE/jgb hat Harald Friedl das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb will diesen Anzug stehen lassen. Lassen Sie mich kurz begründen, weshalb. In der Beantwortung des Regierungsrats werden sehr viele Massnahmen aufgeführt und diese nehmen wir wirklich wohlwollend zur Kenntnis. Ich bin sehr erfreut, dass hier einiges gegangen ist und ich bin auch der Meinung, dass das jetzt wirklich anerkannt wird, was der wertvolle Wert ist der Biodiversität. Die Grünen haben ja auch letztlich eine Initiative eingereicht, also Sie sehen, für uns ist es ein riesiges Thema. Von dem her sind wir sehr erfreut, dass es da in die richtige Richtung geht.

Trotzdem haben wir zwei Punkte in dieser Beantwortung, die uns dazu bewogen haben, trotzdem auf Stehenlassen zu votieren. Erstens wird erwähnt, dass der Pflegebedarf wegen der Bekämpfung der Neophyten zu Mehraufwand führt. Das denke ich auch, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, ich mache auch freiwillig Einsätze zur Bekämpfung der Neophyten, die sich da überall ausbreiten, und ich denke, es ist auch eine Chance dann für den Regierungsrat und die Verwaltung, hier bei der nächsten Beantwortung dieses Anzugs zu sagen, welche Strategien sie da anwenden, was hat Erfolg gehabt und wo könnten wir oder müssen wir noch weitere Massnahmen treffen. Das ist der eine Punkt, ich denke, das ist ein gutes und wichtiges Thema hier für den Kanton.

Das zweite ist, das hat jetzt Brigitte Kühne auch schon erwähnt, das sind die Pilotprojekte. Da haben sich mir auch die Nackenhaare ein bisschen gesträubt. Ich denke, das muss man nicht testen, das ist anerkannt, das machen schon andere schon seit längerer Zeit, da kann man sich das Know-how holen bei Landschaftsgärtnerinnen und Landschaftsgärtnern, die fortschrittliche Pflegemassnahmen umsetzen. Ich erwarte da eben auch, dass es dann zum Standard wird, da ist mir die Antwort wirklich zu vage. Da steht, ja, wir werden da weitere Pilotprojekte oder weitere Flächen ausprobieren. Ich erwarte da wirklich, dass der Regierungsrat und die Verwaltung sagen, nein, das ist jetzt Standard und wir werden das, was weiss ich was, in den nächsten fünf Jahren überall umsetzen, wo der Kanton Eigner ist, da haben wir ein grosses Potenzial im Finanzvermögen bei der IBS. Und das würde mich dann wirklich freuen, wenn in der nächsten Beantwortung in zwei Jahren, wenn es stehen gelassen wird, dann wirklich drinsteht, ja, wir haben da Richtlinien für alle vom Kanton bewirtschafteten Immobilien, das wird jetzt ab sofort so gemacht.

In unserem Sinne sollten wir wirklich dranbleiben bei diesem wichtigen Thema, die Biodiversität ist wirklich unter Druck, weltweit, aber auch hier im Kanton, und als Zeichen, dass der Kanton und die Verwaltung da dranbleiben, möchten wir wirklich diesen Anzug stehen lassen und wir bedanken uns für Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Christine Keller das Wort.

Christine Keller (SP): Ich beantrage Ihnen natürlich auch namens der SP das Stehenlassen dieses Anzuges. Auch hier wurde seitens meines Vorredners und meiner Vorrednerin schon vieles wichtiges gesagt, ich wiederhole mich auch selbst nochmals. Die Biodiversitätskrise ist wirklich ein Ernstfall, es geht nicht um Nice-to-have, wir müssen handeln, es handelt sich um eine Bedrohung wie die Klimakrise. Bei diesem Anzug geht es mir, Regierungsrätin Esther Keller hat ja schon angedeutet, dass sie das auch jetzt anschliessend bei meinem Anzug sagen wird, es geht nicht einfach um Berichterstattung, natürlich schätzen wir auch diese, aber es geht darum, dass wirklich verbindliche, messbare Ziele genannt werden mit einem Controlling, wie es Brigitte Kühne gesagt hat. Um das geht es. Und wie Harald Friedl gesagt hat, ist das Ganze trotz guten Absichten, die in keiner Art und Weise bestritten werden sollen, einfach noch zu vage und zu unverbindlich.

Wir müssen unterscheiden bei diesem Anzug, anders als bei dem von Brigitte Kühne vorher, dass es hier Nutzungskonflikte geben kann. Es gibt zum einen Teil die biodiverse Gestaltung der Grünflächen, die aufgrund ihrer Grösse, ein kleines Wieslein zum Beispiel beim Kreisel Wettsteinallee hinten, nicht für Sport oder sonstige Aktivitäten gedacht sind und solchen, die das sind, wo Menschen und Hunde spielen und wo Picknicks veranstaltet werden, wo Fussball gespielt wird. Bei denen, die für das nicht in Frage kommen, fallen mir einfach Unterschiede auf. Beispielsweise bei mir in der Wettsteinallee werden einige Grünflächen jetzt deutlich weniger als früher gemäht und eine vielfältige Bewachsung zugelassen. Man lässt auch Brennnesseln, Löwenzahn zu, bei den bunten Wiesen geht es nicht nur um schöne Blumen für das Auge, sondern Brennnesseln und Löwenzahn haben eine grosse Bedeutung für die Biodiversität. Also hier im Wettsteinquartier mit Ausnahmen ein guter Eindruck. Jeden Freitag fahre ich aber durch die Gellertstrasse, dort ist in der Mitte eine Grünanlage, aufgrund von ihrer Kleinheit in erster Linie für Hundeversäuberung verwendet, was ich so sehe, aber erstaunlicherweise deutlich vermeintlich gepflegter mit optisch schönem, aber eben biodiversitätsmässig äusserst nicht wertvollem Rasen. Der berühmte englische Rasen, vielleicht nicht gerade so, dass er im Gartenjournal abgebildet werden könnte. Im ganzen Kanton sind kaum anzutreffen die wirklichen bunten Wiesen mit Modellcharakter, wo man auch vielleicht mit den Kindern hingehen kann und das studieren kann, das gibt es noch nicht. In Riehen werden in einem Rahmen eines Projekts «Blumenwiesen für die Schweiz», da hat die Gemeinde im März 2023 angekündigt, dass sie gezielt öffentliche Rasenflächen in Blumenwiesen umwandeln will durch das schon mehrfach gesagte niederschwellig mögliche Aussäen von gebietsheimischen Wildblumenmischungen. Und das wäre ja auch in der Stadt Basel möglich, neben oder im Rahmen von Grünstadt Basel.

Wie gesagt, es werden gute Absichten geäussert, aber kein einziges konkretes Projekt. Es wird, Harald Friedl hat es schon gesagt, auf den erhöhten Aufwand bei der Pflege zufolge der manuellen Beseitigung von Neophyten verwiesen. Ja, das ist sicher Knochenarbeit, ich hatte auch einen Götterbaum im Nachbargarten, wir durften dessen unzählige Schösslinge auch immer rausreissen, hat aber von mir aus gesehen sehr wenig damit zu tun mit der biodiversen Umgestaltung. Diese Arbeit fällt an und ein allfälliger erhöhter Pflegeaufwand muss angesichts der Krise einfach in Kauf genommen werden, da kann man nicht sagen, ja, aber dann haben wir mehr zu tun. Aber in aller Regel dürfte es so sein, wie meine Vorredner*innen beide gesagt haben, dass ja Wiesen zufolge seltener Mahd und andere weniger pflegeintensiv sind als Rasen.

Dann haben wir im zweiten Punkt des Anzuges noch nach Massnahmen gefragt, nach der Prüfung und Verwendung von trittfesten und klimafreundlicheren Alternativen für jene Grünflächen, die durchaus als Sport- und Spielfläche gedacht sind und wo eine Wiese ausscheidet. Auch hier leider wenig konkrete Antworten. Zunächst wird dem Klee oder Mikroklee grundsätzlich die Eignung abgesprochen, später wird dann ausgeführt, dass aber für abgegrenzte Sportflächen durchaus als Alternative ein Kleegras-Rasen geeignet ist. In der Regel sind Sportplätze ja schon eher abgetrennt. Dennoch wird keine konkrete Zusicherung zur Förderung gemacht. Es wird nicht einmal eine Absicht geäussert in diesem Punkt.

Somit zusammenfassend, gute Absichten, keine messbaren verbindlichen Ziele. Wir wären bereit, das dann mit Freude abzuschreiben, wenn dies vorliegt, wenn Ziele formuliert und erreicht worden sind und ein Controlling vorliegt. Deshalb möchte ich Ihnen gerne im Einklang mit den Vorsprechenden beantragen, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat Felix Wehrli das Wort.

Felix Wehrli (SVP): Danke, Christine Keller, dass Sie Riehen erwähnen, wir machen das, das habe ich verfügt. Sie können in Riehen auch Neophyten eintauschen und bekommen einheimische Pflanzen gratis. Ich kann aber nicht verstehen, dass ein Anzug immer wieder stehen gelassen wird, wenn die Regierung klar aufzeigt, dass sie daran ist, diesen zu erfüllen und natürlich kann man das nicht von heute auf morgen, das sollte auch denen klar sein, die den Anzug stehen lassen wollen und die Verwaltung weiter beschäftigen mit etwas, was nicht notwendig ist.

Der Anzug «Bunte Wiesen statt Rasen», der sich für mehr Biodiversität auf öffentlichen Grünflächen einsetzt, ist auch mir und meiner Fraktion ein wichtiges und sympathisches Anliegen, denn wer freut sich nicht über blühende Wiesen, summende Insekten und mehr Vielfalt in unseren Siedlungen. Der Regierungsrat beantragt jedoch, den Anzug abzuschreiben und dieser Antrag ist gut begründet. Warum, weil das Anliegen bereits aufgenommen und nicht nur in Riehen, sondern auch in der Stadt umgesetzt wird. In den letzten Jahren hat sich auf diesem Gebiet viel getan. Nebst den öffentlichen Betrieben haben auch private Eigentümerinnen und Eigentümer erkannt, dass artenreiche Grünflächen ökologisch wertvoll und langfristig auch pflegeleichter sind. Der Kanton hat auch entsprechende Richtlinien und Empfehlungen ausgearbeitet, Schulungen werden angeboten und Pilotprojekte unterstützt. Diese Massnahmen zeigen bereits heute Wirkung. So finden wir vielerorts statt monotoner Rasenflächen wieder bunte, blühende Wiesen, die Lebensraum bieten für Bienen, Schmetterlinge und viele andere Arten.

Der Regierungsrat hat aus meiner Sicht überzeugend dargelegt, dass keine weiteren Schritte notwendig sein werden. Das Ziel mehr Biodiversität statt Grünflächen wird bereits umgesetzt, und zwar effizient, pragmatisch und mit breiter Unterstützung. Das Anliegen lebt weiter, nicht nur im Anzugstext, sondern in der täglichen Praxis von Basel, Riehen und auch Bettingen, den dortigen Fachstellen und engagierten Bürgerinnen und Bürger. Darum ist es richtig, den Anzug im Sinne

des Regierungsrates nun abzuschreiben. Wenn es Ihnen zu wenig schnell geht oder wenn Sie erkennen, dass vielleicht nichts mehr gemacht wird, das wird nicht der Fall sein, dann können Sie gerne wieder einen Anzug einreichen, die Verwaltung beschäftigen und den Regierungsrat auch. Haben Sie Vertrauen ein bisschen mehr in Verwaltung und Regierung, in die Exekutive, dann geht das auch alles viel besser.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch hier wieder vielen Dank, ich höre auch viel Unterstützung in den Voten jetzt zum Thema Biodiversität, dass man den eingeschlagenen Weg sieht und uns auch unterstützen möchte, diesen weiterzugehen. Vielleicht zum Controlling, die Rezertifizierung Grünstadt, das ist ein relativ umfassendes Controlling im eigentlichen Sinne, weil diese Auditoren sehr detailliert schauen, ob wir in verschiedenen Bereichen die Bedingungen erfüllen oder nicht und da haben wir ja den Goldstandard erreicht letztes Jahr und möchten den verteidigen und wir möchten auch besser werden. Also schon heute ist ein Controlling in dem Sinne in Kraft über diese Rezertifizierung.

Und noch ganz kurz zu den Pilotprojekten, die Sie aufgeschreckt haben, ich verstehe, dass Sie über diesen Begriff gestolpert sind. Ich denke, man muss ihn auch so lesen, dass wir hier natürlich jetzt nicht rein in der Stadtgärtnerei oder innerhalb des BVD unterwegs sind, sondern über verschiedene Departemente hinweg Lösungen suchen müssen, möchten, namentlich eben auch mit den Grünflächen im Finanzvermögen, und da sind, glaube ich, schon gemeinsame erste Projekte nötig, um zu zeigen, dass es eben auch im Unterhalt und auch in den Rückmeldungen der Menschen, die sie dann nutzen, diese Wiesen, dass das gut ausfällt. Also ich denke, Pilotprojekt nicht im Sinne davon, dass man beweisen muss, dass es funktioniert, sondern dass man das eben auch hier so macht, departementsübergreifend.

Die Regierung ist der Meinung, dass wir eben mit der Rezertifizierung von Grünstadt auch wieder dieses Controlling haben und in diese Richtung bereits arbeiten und bittet Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Brigitte Kühne und Weitere beantragen, den Anzug stehen zu lassen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007658, 19.11.25 10:14:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 53 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

36. Interpellation Nr. 83 Stefan Wittlin betreffend Erhalt der historischen Gebäude auf dem Klybeck-Areal, Schreiben des RR

[19.11.25 10:14:22, 25.5340.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Stefan Wittlin (SP): Ich möchte mich beim Regierungsrat und bei Ihnen, Esther Keller, bedanken für die Beantwortung dieser Interpellation. Ich habe diese Anfang Sommerferien eingereicht, nachdem der Regierungsrat mitgeteilt hatte, dass drei historische Gebäude auf dem Klybeckareal aus dem Inventar der schützenswerten Gebäude entlassen werden. Ich wurde da aufgeschreckt, weil diese historischen Gebäude ein zentraler Bestandteil auch der Überlegungen, wie sich dieses Gebiet in Zukunft entwickeln soll, sind und ich habe mich erkundigt, was denn die Umstände sind.

Ich möchte zwei Fragen und Antworten hier herausgreifen. Erstens, die Frage, welche konkreten Schadstoffe denn gefunden wurden bzw. welche Gebäudeschadstoffe es verunmöglichen, diese Gebäude trotz Sanierung weiter zu nutzen. Und da bin ich vorerst enttäuscht von der Antwort, weil die Antwort, die ist noch nicht da, die wurde in Aussicht gestellt. Der Regierungsrat schreibt, dass der Kanton beabsichtige, die in diesem Zusammenhang erstellten Bundesgutachten noch zugänglich zu machen. Das ist wichtig, dass das erfolgen wird, bis das erfolgt ist, können wir aber nichts dazu sagen. Ich kann mir schlicht nicht vorstellen, welche Schadstoffe das sind. Es ist offensichtlich etwas ganz anderes als das, was wir unter gängigen Gebäudeschadstoffen wie beispielsweise Asbest kennen, wo eine Sanierung nötig ist bzw. solange diese Stoffe gebunden sind, ist nicht mal eine Sanierung nötig, wenn es eine Veränderung gibt, dann ist diese Sanierung nötig und dann können aber die Gebäude in aller Regel weiter genutzt werden. Das scheint hier anders zu sein, ich bin sehr gespannt, um welche Schadstoffe es hier geht. Ich bin selber kein Experte, aber sobald diese Informationen vorhanden sind, werde ich das sicher genauer anschauen.

Dann die zweite Frage, die ich herausgreifen möchte, ist die Frage, mit welchen rechtlichen Mitteln ein Erhalt von Gebäuden überhaupt erzwungen werden kann, abgesehen von einer Unterschutzstellung. Da fiel die Antwort sehr kurz aus, aber grundsätzlich positiv, nämlich dass das möglich sei, sowohl in Bebauungsplänen wie auch in städtebaulichen Verträgen. Das hat mich sehr überrascht, weil wir gerade kürzlich in der Beratung des Bebauungsplans Roche Südareal uns sehr intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt haben, welche rechtlichen Mittel denn bestehen, um ein Gebäude zu zwingend zu erhalten, wenn eben kein Vertrag zustande kommt, und diese rechtlichen Grundlagen, die sind wahrscheinlich doch nicht so vorhanden. Ich habe mir erlaubt, im Nachgang an die Beantwortung der Interpellation mich per E-Mail auch noch bei Regierungsrätin Esther Keller zu erkundigen, wie das denn genau aussieht. Besten Dank auch für die Beantwortung dieser Frage. Nun, es ist nicht ganz einfach. Die Schlussfolgerung ist, dass ein Erhalt eines Gebäudes immer im Einvernehmen mit der Grundeigentümerschaft erfolgen sollte. Wenn dieses Verständnis und dieses Einverständnis bei der Grundeigentümerschaft da ist, dann ist es ja gut, aber wenn es mal nicht so ist, was sind denn die Mittel, die wir auch hoheitlich haben. Diese Frage bleibt ein Stück weit unbeantwortet. Wir werden sicher an diesem Thema dranbleiben. Ich denke, im Klybeckareal wird das ein entscheidendes Thema sein, wie diese restlichen historischen Gebäude geschützt werden können.

Nun, eines dieser drei jetzt entlassenen Gebäude, der Bau 90, da ist es nicht ausgeschlossen, dass er weiter genutzt werden kann. Vielleicht kennen Sie dieses Gebäude, das wurde eigentlich zur Ikone erst durch die Erdbebensanierung mit einem grossen Stahlfachwerk an der Fassade. Ich möchte den Regierungsrat bitten, sich hier intensiv dafür einzusetzen, dass dieses wichtige Gebäude, das direkt am neuen Klybeckplatz stehen wird, erhalten werden kann und ich bedanke mich für diese Arbeit. In diesem Sinne erkläre ich mich als teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

37. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking, Schreiben des RR

[19.11.25 10:19:46, 23.5114.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in einer ersten Runde, Luca Urgese hat für die FDP das Wort.

Luca Urgese (FDP): Ich möchte mit einem Dank beginnen, einem Dank an das BVD, das diesen Anzug sehr sorgfältig geprüft hat, das sieht man, wenn man die Antwort liest, und auch versucht hat, Out of the box zu denken, kann man so

sagen, versucht, da überlappende Bebauungspläne zu prüfen, ob es irgendwie so möglich ist, hier eine Lösung zu finden. Dass es nun offensichtlich nicht möglich ist, dieses Roche-Parking zu erhalten, obwohl eigentlich der politische Wille dazu mutmasslich durchaus vorhanden gewesen wäre, ist sehr bedauerlich, aber das muss man dann halt am Schluss akzeptieren, wenn es wirklich nicht anders geht.

Nun, das Parkplatzproblem bleibt natürlich ungelöst, der Mangel an Parkplätzen bleibt weiterhin bestehen, der Suchverkehr ist da mit allen negativen Auswirkungen auf die Nachbarschaft, auf die Umwelt, etc. Und das anerkennt ja auch der Regierungsrat, er hat uns ja einen Ratschlag vorgelegt betreffend Quartierparkings, wie er da vorgehen möchte. Hier kann man natürlich sagen, er macht das sehr langsam. Der Vorstoss, der diesen Ratschlag angestossen hat, der ist doch immerhin schon sechs Jahre alt und es hat sechs Jahre gedauert, bis dann der Regierungsrat zum Schluss gekommen ist, dass man einerseits ein Parkplatzkataster braucht, um überhaupt das vorantreiben zu können, und dass man vielleicht auch mit Arealbesitzenden sprechen sollte und mit ihnen das Gespräch suchen sollte, ob es möglich ist, auf diesen Arealen Quartierparkings zu schaffen. Ich weiss nicht, ob das wirklich sechs Jahre gebraucht hätte, aber immerhin ein kleiner Schritt vorwärts.

Was wir aber brauchen sind möglichst rasch konkrete Projekte, die vorangetrieben werden können und deshalb kann ich bereits jetzt ankündigen, dass ich mit einem neuen Vorstoss kommen werde. Dieser Anzug, der kann abgeschrieben werden, dagegen wehre ich mich nicht, aber ich werde mit einem neuen Vorstoss kommen mit konkreten Vorschlägen, wo man insbesondere zum Kleinbasel mögliche Quartierparkings platzieren könnte. Ich versuche da ebenfalls ein bisschen Out of the box zu denken, vielleicht wenn dann irgendwann die Haltestelle Solitude kommt, dass man da unterirdisch, wenn man sowieso schon gräbt, dass man noch etwas tiefer gräbt und da noch ein Quartierparking hin tut, oder vielleicht wenn man sowieso das Gebiet im Rankhof weiterentwickeln will, dass man dort etwas tun könnte, aber das werden Sie dann zu gegebener Zeit von mir lesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

38. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen, Schreiben des RR

[19.11.25 10:22:52, 23.5423.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

39. 39. 24.5022 Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli, Schreiben des RR

[19.11.25 10:23:12, 24.5022.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

40. Interpellation Nr. 111 Nicola Goepfert betreffend undemokratisches Comeback des Autobahn-Rheintunnels, Schreiben des RR

[19.11.25 10:23:40, 25.5452.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Nicola Goepfert (BastA): Wir kennen die Geschichte, es wurde jahrzehntelang geplant an verschiedenen Autobahnprojekten, auch am Rheintunnel. Es kam vor nicht einmal einem Jahr zur Abstimmung, das war ein grosser Erfolg, sowohl schweizweit wie auch in Basel. Die fossilen Projekte wurden abgelehnt und nicht mal ein Jahr darauf kommt der Rheintunnel und auch die anderen Projekte wieder aufs Parkett. Ich habe nachgefragt, wie der Regierungsrat zu diesem bedenklichen Vorgehen auch auf nationaler Ebene steht und die Antwort der Regierung ist äusserst bedenklich. Wenn das Herzstück, das Lieblingsprojekt der Regierung, runterfällt, dann finden Sie das nicht nachvollziehbar und Sie werden super aktiv. Wenn aber der Volkswille missachtet wird, dann sehen Sie kein Problem, wen interessiert schon, was die Bevölkerung will. Passend dazu war auch der gemeinsame Auftritt mit der Handelskammer. Schon spannend, dass Sie sich lieber mit den Verlierern der Abstimmung zusammentun und nicht mit uns und der Mehrheit der Basler Stimmbevölkerung. Es wirkt so, als wäre die Strategie insgeheim, das Herzstück zu bekommen, indem man den Rheintunnel schluckt.

Der Regierungsrat schreibt, dass mit Blick auf die Zielsetzung aus Sicht von ihm der Einbezug der Projekte aus dem abgelehnten Nationalstrassenpaket in die Gesamtstudie nachvollziehbar sei. Was findet der Regierungsrat genau nachvollziehbar? Dass man eine Studie gemacht hat oder das Resultat davon? Rösti hat Weidmann vorgegeben, dass 9 Milliarden in die Autobahn verlocht werden müssen, weil man nicht frei war, eine gute Gesamtlösung zu suchen, sondern innerhalb der Kategorie Autobahn priorisieren musste. Findet es der Regierungsrat nachvollziehbar, dass Projekte wieder aufgenommen werden, die von der Bevölkerung abgelehnt wurden? Ist das das Demokratieverständnis unserer Regierung? Der Regierungsrat würde bei einer allfälligen Positionierung sowohl die Ereignisse der Volksentscheidung vom letzten November und weiteres berücksichtigen. Ja, es ist Zeit, sich zu positionieren und wenn Sie das wirklich ernst meinen, ist die Positionierung auch klar, und zwar gegen den Autobahnausbau.

Kritisch ist auch, dass das Netto-Null-Ziel bei der Beurteilung der Positionierung nicht mal genannt wird. Die Mittel zur Finanzierung der Nationalstrassenprojekte und diejenigen für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs entstammen unterschiedlichen Finanzierungsquellen und können nicht für andere Zwecke als vorgesehen eingesetzt werden, schreibt der Regierungsrat. Erstens, er könnte sich ja für eine Gesetzesänderung auf nationaler Ebene aussprechen, das würde sowieso seinem Auftrag mit dem Netto-Null-Ziel bis 2037 entsprechen. Und zweitens wäre es tatsächlich schon heute möglich, Gelder von den Autobahnen zum Agglomerationsprogramm, sei es zum Beispiel zu Tramlinien, zu verschieben.

Der Regierungsrat würde sich auch in direkten Gesprächen über die zuständigen Gremien dafür aussprechen, dass für den Ausbau der Bahn mehr Mittel als vorgesehen gesprochen werden. Warum engagiert sich dann der Regierungsrat so stark bei dem Ausbau des Herzstückes, warum nicht gegen den Rheintunnel? Er scheint es ja zu können, sich für die Anliegen des Kantons einzusetzen. Im Gegensatz zum Autobahnausbau gab es beim Herzstück nie eine Abstimmung darüber, das Mandat bei den Autobahnen wäre also einiges grösser. Sowohl die Massnahmen zum Ausbau, ich zitiere nochmals aus der Antwort des Bahnknotens, als auch der Nationalstrassen handelt es sich um Projekte des Bundes. Der kantonale Verfassungsauftrag Netto-Null bis 2037 ist deshalb nicht in die Priorisierung der ETH eingeflossen. Ja, das stimmt, aber auch das Klimaziel des Bundes ist nicht eingeflossen und mindestens das müsste die Regierung scharf kritisieren, statt es einfach schulterzuckend zur Kenntnis zu nehmen.

Auf die Frage, ob der Regierungsrat eigene Analysen und Studien in Auftrag geben möchte, sagt er Nein, beim Rheintunnel handelt es sich um ein Projekt des Bundes. Und somit hat es nichts mit uns zu tun, der Mehrverkehr, die grossteilige Zerstörung der Dreirosenmatte, die riesige Baustelle oder die Klimakrise. Der Regierungsrat zeigt ja gerade beim Herzstück super auf, wie er sich für kantonale Anliegen einsetzen kann, das soll er jetzt endlich auch gegen Rheintunnel machen, wie es der Wille der Basler Bevölkerung ist. Das Nein zum Rheintunnel bleibt ein Nein zum Rheintunnel, Punkt.

Ich bin nicht zufrieden mit dieser Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

41. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells, Stellungnahme des RR

[19.11.25 10:29:15, 25.5232.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Lassen Sie mich mit den Gemeinsamkeiten beginnen. Wir alle wollen das Gleiche, Sicherheit im Stadion, Freude am Fussball, Emotionen, aber keine Gewalt. Wir wollen Spiele, die verbinden, nicht solche, die Angst machen. Dass Fussball auch anders geht, haben wir vor kurzem erlebt während der Frauen EM. Dieses Turnier war ein Höhepunkt für die Schweiz, für unsere Nationalmannschaft und für Basel als Host City. Es war ein Fest des Sports, friedlich, fröhlich und inspirierend. Es hat gezeigt, dass Leidenschaft und Respekt sich nicht ausschliessen und dass Fussball Grosses bewirken kann, wenn alle am gleichen Strang ziehen. Doch schon die ersten Wochen und Monate nach der Women's Euro haben wir leider gemerkt, dass diese Idealvorstellung im Männerfussball, dass wir von der noch weit entfernt sind. In Genf kam es bereits zum Saisonauftakt zu Schlägereien zwischen rivalisierenden Fangruppen. Beim Cupspiel zwischen YB und Aarau wurden Menschen durch Pyrotechnik verletzt und die Polizei musste eingreifen, um Schlimmeres zu verhindern. In Zürich müssen Journalistinnen und Journalisten anonym berichten, weil sie nach Artikeln über die sogenannte Fankultur bedroht wurden. Und hier in Basel hat die UEFA den FCB wegen Vorfällen im Joggeli sanktioniert, mit einer Busse und einer Sektorensperrung auf Bewährung nach dem Spiel gegen den VFB Stuttgart.

Meine Fragen an Sie, finden Sie all dies normal? Gehen Sie davon aus, dass Ihre Sicherheitsbehörden solche Zustände einfach hinnehmen? Haben Sie die besorgten und verängstigten Stimmen der Personen gehört, die im Familiensektor von gewaltsamen Aufeinandertreffen betroffen waren am Spiel gegen Stuttgart? Sie erwarten zu Recht, dass wir bei der Verkehrssicherheit, bei der häuslichen Gewalt oder bei Gewaltdelikten im öffentlichen Raum Massnahmen ergreifen, um die Sicherheit zu gewährleisten. Dort geben Sie sich auch nicht damit zufrieden, dass die Strafverfolgung nach Vorfällen einfach die Ermittlungen aufnimmt. Sie verlangen mehr. Das ist gut und korrekt so. Im Umfeld von Fussballspielen verlangen Sie aber per Motion, dass die Bewilligungsbehörden kategorisch auf Massnahmen wie Sektor- und Stadionsperren verzichten sollen, ohne Ausnahmen. Ist Ihnen bewusst, welches Signal Sie damit aussenden? Diese Ereignisse sind leider keine Einzelfälle, sie zeigen, dass Gewalt im Fussballumfeld leider noch immer Realität ist und genau in dieser Situation fordert die Motion Pascal Messerli, dass die Behörden auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells verzichten sollen, auf Sektorensperren, auf Bewilligungsauflagen, auf das, was Sicherheit gewährleisten kann. Mit anderen Worten, sie will den Handlungsspielraum der Polizei einschränken, pauschal, kategorisch und ohne Ausnahmen.

Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme vom 27. August bereits dargelegt, dass diese Forderung rechtlich unzulässig ist, da der Grosse Rat der Exekutive nicht verbieten kann, kantonales Recht anzuwenden oder im Einzelfall von ihrem Ermessensspielraum Gebrauch zu machen. Genau das würde diese Motion aber tun. Die Kantonspolizei handelt auf Grundlage des Polizeigesetzes. Sie ist verpflichtet, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen und sie darf Grossveranstaltungen nur bewilligen oder mit Auflagen bewilligen, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Und genau hier liegt der entscheidende Punkt, den der Regierungsrat in seiner Stellungnahme betont. Massnahmen wie Sektorensperrungen oder Bewilligungsauflagen stützen sich nicht auf das Kaskadenmodell, sondern ausschliesslich auf das Polizeigesetz. Das Kaskadenmodell ist kein Gesetz, keine Rechtsnorm, kein Instrument mit eigener Wirkung, es ist lediglich eine verwaltungsinterne Orientierungshilfe, ein Koordinationsinstrument zwischen allen kantonalen Bewilligungsbehörden, damit ähnliche Situationen schweizweit auch ähnlich behandelt werden. Selbst wenn das Kaskadenmodell morgen verschwände, bliebe die Rechtslage unverändert. Die Kantonspolizei könnte auch dann gestützt auf das Polizeigesetz Auflagen verfügen oder Sektorensperrungen anordnen, wenn dies zur Gewährleistung der Sicherheit notwendig und verhältnismässig ist. Das Kaskadenmodell schafft also keine neuen Kompetenzen, es ordnet und harmonisiert die bestehende Praxis.

Aber der wichtigste Punkt ist einer, der nicht allen klar zu sein scheint, die Bewilligungsbehörden haben sich zwar auf das Kaskadenmodell geeinigt, aber am Ende entscheidet immer noch jede Bewilligungsbehörde selbstständig. In Basel-Stadt ist das die Kantonspolizei Basel-Stadt, die auf Basis des geltenden Polizeigesetzes bestehende Bestimmungen bewilligt. Sie kann mit oder ohne Kaskadenmodell Auflagen erteilen, so will es das Gesetz. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Sektorensperre für das Spiel des FCB gegen YB im April 2023, nachdem es zu massiver Gewalt gegen Sicherheitskräfte im Stadion gekommen war. Nochmals, das war 2023, damals gab es noch kein Kaskadenmodell, Massnahmen sind also auch ohne dieses Modell möglich. Ja, das Kaskadenmodell ist nicht perfekt, das streitet die Regierung auch nicht ab, es braucht

Verbesserungen, es braucht Justierungen. Aber diese Selbstkritik meinen wir auch ernst, das ist der Grund, dass wir das Modell weiterentwickeln, aber es nicht jetzt einfach abschaffen.

Der Regierungsrat betont, dass der Dialog zwischen Behörden, Clubs und auch Fans bereits heute ein zentraler Bestandteil der Sicherheitsstrategie ist. Basel-Stadt pflegt diesen Dialog über die Fanarbeit, über die Cluballianz und die direkten Gespräche mit dem FC Basel. Das ist gelebte Zusammenarbeit. Aber, und auch das steht deutlich im Bericht, der Dialog kann staatliches Handeln nicht ersetzen, wenn konkrete Gefahr droht und Gewalt. Wer fordert, dass auf alle Massnahmen verzichtet wird, entzieht genau jenen Behörden die Instrumente, die sie brauchen, um im Notfall zu handeln. Das ist das Gegenteil von Verantwortung. Diese Motion ist daher zum Teil rechtlich unzulässig, inhaltlich falsch und sicherheitspolitisch gefährlich. Sie würde ein falsches Signal senden, nämlich dass der Staat im Stadionraum wegschaut, wo er handeln müsste und damit einen rechtsfreien Raum toleriert. Dazu kann ich als Sicherheitsdirektorin nicht meine Zustimmung erteilen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen des Regierungsrats, den Vorstoss nicht als Motion, sondern als Anzug zu überweisen. So können wir den Dialog stärken und gleichzeitig sicherstellen, dass unsere Behörden handlungsfähig bleiben. Denn klar ist, Sicherheit ist keine Einschränkung von Fankultur, sie ist die Voraussetzung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Vorstoss auch bei der Zweitüberweisung als Motion zu überweisen. Seitdem der Vorstoss im Mai dringlich traktandiert und deutlich überwiesen wurde, ist einige Zeit vergangen. Der Regierungsrat hätte genügend Zeit gehabt, hier einen Gang zurückzuschalten, damit in Zukunft keine friedlichen Fans mehr bestraft werden, wenn sie sich eben nicht strafbar gemacht haben. Anlass dafür gab es eigentlich genug. Diese Motion wurde eindeutig überwiesen, es gab einen Entscheid des Statthalters in Zürich, welcher Sektorensperren als unverhältnismässig erachtet, wenn keine unmittelbare Gefahrenlage besteht, in Basel und in anderen Städten sind mehrere Verfahren gegen Sektorensperren basierend auf diesem Kaskadenmodell hängig.

Inhaltlich hat sich unsere Argumentation nicht verändert, wir wollen keine Kollektivstrafen. Wenn jemand eine Straftat während einem Fussballspiel begeht, dann sollen die Strafverfolgungsbehörden wirken. Das funktioniert auch, es gibt zahlreiche Hooligan-Prozesse, die medienwirksam sind, aber es kann nicht sein, dass ganze Sektoren oder ganze Stadien regelmässig aufgrund Straftaten von wenigen gesperrt werden und man den friedlichen Fans das Fussballspiel verbietet. Hier wird auch immer suggeriert, dass alle Fussballfans eine gewisse Mitschuld an Gewalttaten haben. Dies möchte ich in aller Form auch als Fussballfan einmal zurückweisen. Das ist ein völlig falsches Narrativ, welches insbesondere auch die Mitglieder der KKJPD in ihrer Kommunikation schüren. Diese Auffassung ist, Entschuldigung gesagt, ein fertiger Blödsinn. Selbstverständlich distanziere auch ich mich von sämtlichen Gewalttaten, auch im Rahmen von Fussballspielen, aber es ist nicht die Schuld von unbeteiligten Fans, wenn Straftaten während einem Fussballspiel geschehen. Genauso wenig ist man schuldig, wenn man an einem Freitagabend in eine Beiz geht, dort etwas trinken geht und sich draussen mehrere Leute vor der Tür prügeln. Dort sagt ja auch keiner, jetzt soll man den Stammtisch nächste Woche schliessen. Und mit diesem Kaskadenmodell bestrafen Sie eben nicht diese Hooligans, Regierungsrätin Stephanie Eymann, wie Sie jetzt in ihrem Anfangsvotum erläutert haben bei diesen Fällen, sondern sie bestrafen eben alle Fans, wenn Sektoren und ganze Stadien gesperrt werden.

Nun möchte man diese Motion für rechtlich ungültig erklären, damit man an diesen Kollektivstrafen festhalten kann, und da kann ich Ihnen sagen, macht auch die SVP-Fraktion nicht mit. Dass wir mit unserer Motion in die polizeiliche Arbeit eingreifen und Ihnen die Möglichkeit nehmen, Auflagen zu erteilen, das wird bestritten. Selbstverständlich kann die Polizei das nach wie vor tun, sie konnte es vor der Einführung des Kaskadenmodells tun und wir fordern ja auch nicht die Abschaffung des Polizeigesetzes. Die Auflagen der Polizei zur unmittelbaren Gefahrenabwehr sollen aber nicht automatisch Massnahmen des Kaskadenmodells beinhalten, so wie es die KKJPD ja gerade vorschreibt. Sie, Regierungsrätin Stephanie Eymann, wollen einen Auflagenautomatismus. Man hat ein Ereignis A, einen Raufhandel, 10 gegen 10, irgendwo ausserhalb des Stadions zwei Stunden nach einem Spiel und die Folge dann ist automatisch Stufe 3 oder 4 des Kaskadenmodells, welches zur Sperrung von Sektoren oder ganzen Stadien führt und dies, obwohl es im Einzelfall häufig gar keine unmittelbare Gefahrenlage am nächsten Spiel gibt. Und genau deshalb wurde auch die Sektorensperre in Zürich beim Spiel FCZ-Lausanne, Entscheid vom Statthalter, als unverhältnismässig und nicht rechtens gewertet. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

Man spricht hier Kollektivstrafen aus, möchte es aber nicht Kollektivstrafen nennen. Man spricht von angeblicher Prävention und Gefahrenabwehr, betreibt aber Repression und dafür haben Sie in Basel nicht einmal eine genügend gesetzliche Grundlage, weil Basel-Stadt eben nicht dem verschärften Hooligan-Konkordat beigetreten ist. Man kann also davon ausgehen, dass auch die Sektorensperre FCB-Yverdon eines Tages von einem Gericht als unzulässig gewertet wird. Und wissen Sie, Regierungsrätin Stephanie Eymann, ich sage Ihnen gerne einmal eines, wenn Sie hier hinstehen würden und sagen würden, Sie sind für Kollektivstrafen, Sie sind für mehr Repression gegen alle Fussballfans und Sie wollen das sauber

in einem Gesetz regeln, dann wäre ich ebenfalls nicht mit Ihnen einverstanden, aber man könnte es im Rahmen der Demokratie diskutieren. Was ich nicht akzeptieren kann, was auch ein grosser Teil der SVP-Fraktion nicht akzeptieren kann, ist diese unzulässige Mogelpackung namens Kaskadenmodell, in welchem alle Fussballfans in einen Topf geworfen werden. Und natürlich ist es eine Kollektivstrafe, die Sperre gegen Yverdon am Ostermontag und die Einstellung des Ticketverkaufs war wohl kaum ein Ostergeschenk der KKJPD für Familien, welche an diesem Tag gerne das Stadion besucht hätten.

Und dann möchte ich noch den Punkt dieser AG Bewilligungsbehörde aufgreifen. Das ist ja nun wirklich völlig absurd und das kann man doch juristisch effektiv nicht mehr begründen und dahinterstehen. Es existiert eine AG Bewilligungsbehörde, es ist aber nirgends geregelt, was deren Aufgabe ist und wie diese personell zusammengesetzt ist. Nur dank der Interpellation von Ratskollege Beda Baumgartner wissen wir, dass unter anderem Vertreter der SBB und der Staatsanwaltschaft Einsitz in dieser AG-Bewilligungsbehörde haben. Diese Bewilligungsbehörde stellt dann angeblich Anträge an die Polizei im Sinne des Kaskadenmodells der KKJPD. Es ist aber nicht nur so, dass diese Sektorensperre FCB-Yverdon ohne genügend gesetzliche Grundlagen verfügt wurde und diese ziemlich sicher auch eines Tages in einem Gericht als unverhältnismässig gewertet wird, der Antrag dafür stellte auch noch eine AG Bewilligungsbehörde, deren Existenz nirgendwo in einem Gesetz geregelt ist. Bei allem nötigen Respekt, aber das ist nun wirklich ein juristisches Lehrbuchbeispiel für verwaltungsrechtliche Pfuscharbeit. Diese Motion ist nicht unzulässig. Unzulässig ist dieses intransparente und willkürliche Handeln der Behörden. Das wollen wir verhindern mit unserer Motion, wir wollen nicht die normale Polizeiarbeit verhindern, wie sie vorher auch jahrelang relativ gut funktioniert hat.

Und nun noch zum Dialog. Bei der Erstüberweisung haben Sie gesagt, Sie machen das dann auch gar nicht mehr, nun attestiere ich Ihnen zumindest, Regierungsrätin Stephanie Eymann, dass Sie den Dialog führen möchten. Das ist ja schön und gut, nur Fakt ist, die Liga hat sich von Ihnen distanziert, die Clubs distanzieren sich von Ihnen, die Fans distanzieren sich zunehmend von Ihnen, die KKJPD hat rechtlich und juristisch die ganze Sache eskalieren lassen, es sind mehrere Gerichtsentscheide noch hängig und hier kann man nicht von einem fairen Miteinander sprechen. Es ist gegenteilig der Fall. Wir haben aktuell eine Elfenbeinturmpolitik, wenn der FC Basel als Club aus den Medien von wirtschaftseinschneidenden Sektorensperren und Ticketverkaufsverboten erfahren muss.

Und jetzt können Sie mir sehr gerne die rotblaue Brille wieder aufsetzen. Ich nehme das in dieser Stadt gar nicht mal unbedingt als Beleidigung, sondern eher als Kompliment an. Aber ich muss Ihnen schon sagen, der FC Basel ist eine grosse Institution, Woche für Woche kommen über 20’000 oder sogar über 30’000 Menschen ins Stadion. Gäbe es diesen Club nicht, wäre hier niemand auf die Idee gekommen, in dieser Stadt ein Stadion zu bauen. Gäbe es dieses Stadion nicht, hätten wir die EM 2008 nicht gehabt, wir hätten die EM 2025 nicht gehabt, wir hätten ja wahrscheinlich nicht einmal den Eurovision Song Contest hier in dieser Stadt gehabt, zumindest nicht in dieser Zusammensetzung mit dieser Arena Plus. Und da erwarte ich einfach auch von den Behörden, dass man dieser Institution FC Basel auf Augenhöhe begegnet, dass wirtschaftseinschneidende Massnahmen nur dann verfügt werden, wenn es sicherheitspolitisch wirklich nicht anders geht, und dass man nicht alle Fans einfach verurteilt und in einen Topf wirft. Fussballfans sind nicht per se Verbrecher und der Clubfussball ist per se auch kein Verbrechen, dieses Narrativ muss endlich aufhören.

In diesem Sinn vertritt die SVP-Fraktion die Auffassung, dass man diese Motion weiterhin als Motion behandeln sollte und ich bedanke mich bei allen Fraktionen auch für die gute Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Lisa Mathys das Wort.

Lisa Mathys (SP): Die SP-Fraktion betont weiterhin, wir finden Kollektivstrafen falsch und bringen dies hiermit erneut zum Ausdruck. Wir wollen deshalb ebenfalls bei der Motion bleiben. Dies im Sinne, dass die rechtlich zulässigen Teile ernstgenommen werden sollen und insbesondere um mit Nachdruck an gültige Entscheide dieses Parlamentes zu erinnern. Der Grosse Rat von Basel-Stadt hat sich gegen das Hooligan-Konkordat entschieden und es ist aus unserer Sicht entsprechend stossend, wenn Regierungsrätin Stephanie Eymann dies ignoriert und auf ein Kaskadenmodell setzt, das rein formell möglicherweise nicht direkt mit dem Hooligan-Konkordat verknüpft ist, aber nicht ohne diesen Kontext verstanden und angewendet werden kann.

Gerne sage ich noch einmal ein paar Worte, um unsere Haltung zu Kollektivstrafen zu erläutern. Bei der ersten Überweisung hatte ich Ihnen von meinem Besuch des Auswärtsspiels in Zürich erzählt. Eine Schlägerei im Nachgang dieses Spiels führte ja bekanntlich zur Kollektivstrafe einer Teilsperrung der Muttenzerkurve in Basel. Mit diesem Vorfall führte es auch zur Motion an sich und in der Stellungnahme zur Motion von Kollege Messerli steht nun Folgendes: Die Massnahmen dienen dabei der Gefahrenabwehr, nicht der Sanktionierung im strafrechtlichen Sinn. Und dies zeigt uns eben, dass die Hauptbotschaft nicht verstanden wurde. Jetzt einfach noch einmal. Die Schlägerei, die dumme, unnötige, zu verurteilende Schlägerei nach dem Auswärtsspiel gegen den FCZ fand ausserhalb des Stadions in Zürich statt. Danach erfolgte eine Sektorsperrung im Stadion in Basel gegen einen zufälligen anderen Gegner. Wie genau soll man das als Gefahrenabwehr oder sinnvolle Prävention deuten? Das wäre von der Logik her zu vergleichen mit der Situation, dass man an einem Konzert in Basel ein

Lautsprecherverbot verhängt, weil es nach einem Konzert der gleichen Band im Wankdorf zu einer Ruhestörung in einem Quartier rund um das Wankdorf kam. Und dies ist dann Prävention.

Darum geht es, es geht nicht darum, die Gewalt gutzuheissen, wir sind einfach klipp und klar der Meinung, dass das Kaskadenmodell mit seinen Automatismen und die Kollektivstrafen keine wirksame Prävention sind, sondern eben Kollektivstrafen. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, bei der Motion zu bleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die FDP hat Luca Urgese das Wort.

Luca Urgese (FDP): Ich möchte diesmal etwas anders beginnen als bei der letzten Debatte, die ja durchaus von gewissen Emotionen geprägt war. Ich habe grossen Respekt vor der Arbeit unserer Sicherheitsdirektorin. Sie hat wohl einen der schwierigsten Jobs bei uns im Kanton und ist stets von allen Seiten unter enormem Druck. Auch wenn wir nicht immer mit allen Entscheiden einverstanden sind, verdient das unsere Anerkennung, das möchte ich vorausschicken.

Wenn wir nun heute wieder über dieses Kaskadenmodell diskutieren, dann steht vor allem eine Frage im Vordergrund. Ist das Kaskadenmodell Prävention oder Sanktion. Anhand der Antwort auf diese Frage lassen sich meines Erachtens alle vorliegenden Diskussionspunkte abarbeiten. Nun sind wir ja gewissermassen in einem Schwebezustand, solange die gerichtliche Prüfung der Kurvensperrung im Spiel gegen Yverdon Sport noch ausstehend ist. Ich denke, nicht nur der Regierungsrat, sondern auch der Grosse Rat begrüsst, wenn diese Frage durch unsere Gerichte geklärt wird.

Kommen wir nun also zu dieser Frage, Prävention oder Sanktion. Was bedeutet Prävention? Prävention ist das Vorbeugen oder Verhüten, man will also unerwünschte Ereignisse verhindern. Was bedeutet demgegenüber Sanktion? Eine Sanktion ist eine Reaktion auf ein bestimmtes Verhalten, um dieses Verhalten zu bestrafen. Der Regierungsrat bleibt in seiner Stellungnahme dabei, dass er die Kurvensperrung als Teil des Kaskadenmodells eine präventive Massnahme nennt. Das ist und bleibt aus unserer Sicht klar falsch. Eine Massnahme, die ergriffen wird, nachdem etwas passiert ist, als Reaktion darauf, was passiert ist, ist per Definition nicht präventiv. Es ist ein Vorgehen nach dem Muster wenn, dann. Schauen Sie sich das Kaskadenmodell an, es ist genau nach diesem Konzept aufgebaut. Wenn etwas passiert, dann ist Folgendes die Konsequenz. Das hat auch der Kantonsrat des Kantons Luzern erkannt und deshalb eine Volksinitiative teilweise für ungültig erklärt, die genau ein solches Konzept vorsah.

Präventiv vorzugehen würde bedeuten, dass man beim bevorstehenden Spiel aufgrund einer Lageanalyse zum Schluss kommt, dass im konkreten Spiel eine Gefahr droht und dass deshalb eine zusätzliche Auflage erforderlich ist, um diese Gefahr abzuwenden. Ginge es nun bei diesem Spiel gegen Yverdon, welches der Auslöser dieser Motion war, um Gefahrenabwehr? Drohte in diesem konkreten Spiel eine Gefahr? Warum besteht in Basel bei einem Spiel gegen Yverdon eine Gefahr, wenn es zuvor bei einem Spiel in Zürich gegen den FC Zürich nach dem Spiel ausserhalb des Stadions einen Angriff gab? Gab es irgendwelche Anhaltspunkte, dass es in diesem Spiel zu Racheaktionen aus Zürich kommt? Wenn ja, wären diese Anhaltspunkte ein gut gehütetes Geheimnis. Deshalb müssen wir davon ausgehen, und das entspricht ja auch der Kommunikation durch die Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden, dass es eine Reaktion auf die Ereignisse in Zürich war und damit eine Sanktion. Und weil man diese individuell nicht zuordnen konnte, eine Kollektivsanktion, eine Kollektivstrafe für die ganze Kurve.

Damit können wir nun zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit kommen. Der Regierungsrat argumentiert, die Legislative könne der Exekutive nicht verbieten, kantonales Recht anzuwenden. Das stimmt, nur, das ist nicht, was hier gefordert wird. Das Kaskadenmodell ist kein kantonales Recht. Das Kaskadenmodell, so schreibt es der Regierungsrat selbst und so hat es die Regierungsrätin vorhin wiederholt, ist eine gemeinsame Orientierungshilfe der kantonalen Bewilligungsbehörden. Es ist völlig unbestritten, dass der Regierungsrat bzw. die Kantonspolizei gemäss § 66 des Polizeigesetzes eine Bewilligung mit Auflagen versehen kann, nur müssen auch Auflagen rechtlichen Anforderungen genügen. Sie dient dazu, ein öffentliches Interesse durchzusetzen, in diesem konkreten Fall die Wahrung der öffentlichen Sicherheit. Nur, und da sind wir wieder beim entscheidenden Punkt, die Auflage der Kurvensperrung diente nicht dazu, die öffentliche Sicherheit beim betroffenen Fussballspiel zu wahren, sie war eine Reaktion auf ein bereits erfolgtes Ereignis und ging damit über das kantonale Recht hinaus. Es war also eine Sanktion verpackt in eine Auflage und Sanktionen brauchen eine gesetzliche Grundlage und für die gesetzliche Grundlage zuständig ist der Grosse Rat.

Was will nun diese Motion vom Regierungsrat? Auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells soll verzichtet werden, dass der Regierungsrat also Auflagen unterlässt, die faktisch Sanktionen sind, die keine entsprechende Rechtsgrundlage haben. Und was will diese Motion nicht? Dass der Regierungsrat auf Massnahmen, die aufgrund konkreter Anhaltspunkte im Einzelfall präventiv zu ergreifen sind, verzichten muss. Kann der Regierungsrat bzw. kann die Kantonspolizei auch nach Annahme dieser Motion Auflagen aussprechen? Ja natürlich, wenn es keine Sanktionen sind, sondern echte präventive Massnahmen. Weil etwas ist auch uns klar, es gibt ein Gewaltproblem. Ich habe in der Vorbereitung die Debatte im Mai nochmals nachgelesen. Niemand hat bestritten, dass es im Fussball oder präziser im Männerfussball ein Gewaltproblem gibt. Es gibt auch keinen Unterschied in der Wertung, ob Gewalt an einer Demonstration passiert oder häusliche Gewalt

ausgeübt wird oder Gewalt an einem Fussballspiel, in jedem Fall ist diese gleichermassen strafrechtlich zu verfolgen und nach individueller Verantwortung zu sanktionieren. Aber es gibt einen klaren Unterschied. Ob im Joggeli etwas passiert, wo der organisierende Verein die Kontrolle und die Verantwortung hat und anschliessend gibt es eine Kurvenschliessung, allenfalls auch auf Bewährung, oder ob etwas in einer anderen Stadt, nicht einmal im Stadion, sondern irgendwo ausserhalb passiert, wo der Verein weder die Kontrolle noch die Verantwortung hat. Genau darum geht es.

Und natürlich, diese Angriffe, wie sie am 12. April 2025 geschehen sind, sind weder zufällig noch spontan. Da ist dem Regierungsrat nicht zu widersprechen, aber das anzuerkennen bedeutet nicht automatisch, dass man mit allem einverstanden sein muss, was der Regierungsrat daraus schlussfolgert. Es fällt mir nicht schwer einzuräumen, dass es keine einfachen Lösungen gibt. Die Sicherheitsbehörden, insbesondere die Polizei, haben eine sehr schwierige Aufgabe. Das entbindet sie aber nicht davon, Straftäter auf individueller Ebene zu verfolgen und zu bestrafen.

Und ja, wir wollen auch hier mehr. Deshalb gibt es in dieser Motion ja auch einen zweiten Teil. Wir skizzieren also den Weg, den wir uns vorstellen. Es ist eine Kombination aus dem, was wir wollen und aus dem, was wir eben nicht wollen und das ist für uns der richtige Weg. Deshalb bitten wir Sie, diese Motion weiterhin als Motion zu behandeln und entsprechend zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Nicola Goepfert das Wort.

Nicola Goepfert (BastA): Ich werde in eine ähnliche Richtung gehen wie die bisherigen Sprecher*innen. Auch wir von BastA bleiben bei unserer Haltung, Kollektivstrafen sind kein geeignetes Mittel, um Gewalt zu bekämpfen, weder im Umfeld von Fussballspielen noch bei Demonstrationen oder anderswo. Sie treffen in erster Linie Unschuldige, sie sind unverhältnismässig und sie widersprechen dem Grundprinzip unseres Rechtsstaats, nämlich dass bestraft wird, wer auch tatsächlich etwas verbrochen hat.

Die Regierung argumentiert, die Polizei dürfe aufgrund von § 2 des Polizeigesetzes Massnahmen treffen, um Gefährdungen zu verhindern oder abzuwehren. Ja, das ist richtig, aber es setzt eben voraus, dass eine unmittelbare Gefährdung oder Störung vorliegt. Wenn aber nach einem Vorfall automatisch Massnahmen für ein späteres Spiel ergriffen werden, womöglich nicht einmal in derselben Stadt, im selben Stadion oder bei denselben Clubs, etwa Sektorsperrungen oder verschärfte Auflagen, dann handelt es sich dabei nicht um unmittelbare Gefahrenabwehr, sondern um eine pauschale Sanktion. Für die Gefahrenabwehr ist es dann zu spät, die Gewalt, so unnötig und blöd sie ist, ist bereits ausgeübt worden. Und wie Luca Urgese bereits sagte, das ist keine Prävention, sondern eine Sanktion, nicht gegen die Täter selbst, sondern gegen einen ganzen Sektor bzw. Club. Es ist eine Kollektivstrafe.

Fragwürdig ist zudem, dass der Regierungsrat das sogenannte Kaskadenmodell lediglich als verwaltungsinterne Koordinationspraxis bezeichnet. In der Realität dient es aber dazu, Automatismen zu schaffen, mit denen Bewilligungen oder Auflagen an Bedingungen geknüpft werden, die nichts mehr mit einer konkreten Gefahrenlage zu tun haben. Das ist rechtsstaatlich fragwürdig. Wenn die Regierung den Clubs mit dem Entzug von Bewilligungen droht, um sie zu bestimmten Massnahmen zu bewegen, dann ist das keine partnerschaftliche Zusammenarbeit, sondern Druckausübung ohne klare gesetzliche Grundlage. Wir als Parlament müssen dort eingreifen, wo der Regierungsrat seine Kompetenzen überschreitet oder sein Gewaltmonopol missbräuchlich anwendet. Genau gleich, wie wir eingreifen müssen, wenn gegen eine Demonstration unverhältnismässig gehandelt wird. Die Verhältnismässigkeit hat im Kaskadenmodell leider keinen Platz.

Wir anerkennen, dass Sicherheit an Grossanlässen wichtig ist und hierbei sollen die Kompetenzen der Regierung ja auch nicht grundsätzlich eingeschränkt werden, aber sie darf nicht auf Kosten von Rechtsstaat und Fairness gehen. Massnahmen dürfen nicht als Sanktion dienen, sondern müssen sich immer konkret auf den bevorstehenden Anlass beziehen. Wir von BastA fordern, dass staatliche Massnahmen immer verhältnismässig, rechtsstaatlich und individuell begründet sind, bei Fussballspielen, bei Demonstrationen, ja überall. Darum unterstützen wir von BastA die Motion auch bei der Zweitüberweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ja, was wünschen wir uns eigentlich, wir wünschen uns erfolgreiche spannende Spiele, die wir im Nachgang natürlich auch gerne feiern. Wir wollen mit interessanten Menschen mit gleichen Interessen unsere Freizeit friedlich verbringen. Was wir uns nicht wünschen und was man leider halt eben doch ab und zu sieht, sind Zuschauer, die, sagen wir mal, nicht wissen, wie man sich verhält.

Von der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden unter Koordination des KKJPD wurde als Möglichkeit dieses Kaskadenmodell entwickelt. Es handelt sich um eine gemeinsame Orientierungshilfe der kantonalen Bewilligungsbehörden ohne unmittelbare Rechtswirkung. Ziel ist ein schweizweit abgestimmtes nachvollziehbares Vorgehen bei gewalttätigen Vorkommnissen im Umfeld von Fussballspielen. Das Ziel des Kaskadenmodells ist es, risikobehaftete Spiele unter fairen und sicheren Bedingungen für möglichst viele Zuschauerinnen und Zuschauer unter zugänglichen Bedingungen durchführen zu können.

Ja, es ist leider eine Kollektivstrafe, was auch störend ist und sich nicht in allen Teilen bewährt hat, aber es ist doch eine der wenigen Möglichkeiten, etwas im Interesse von fairen Spielen zu tun. Wichtig dabei ist, dass ein Dialog zwischen Fans, Club und Sicherheitsbehörden stattfindet. Somit lässt sich in Zusammenarbeit zwischen dem FCB und den Sicherheitsbehörden in regelmässigen Gesprächen als Basis für die Situation etwas verbessern, wie auch in der Anwendung des Modells. Somit können sich alle einbringen und etwas für friedliche Spiele bewirken.

Richtig wäre jetzt, am Modell weiterzuarbeiten und es zu verbessern und nicht, wie es die Motion verlangt, einfach abzuwürgen und wieder bei null anzufangen. Darum ist die LDP gegen die Überweisung der Motion, könnte aber mit einem Anzug leben, damit der Regierungsrat weiter berichten und daran arbeiten kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Es hat sich nicht so viel getan, wenn man die Stellungnahme des Regierungsrates ansieht. Ich habe auch das Protokoll der letzten Sitzung nochmals angeschaut und zumindest inhaltlich bin ich jetzt nicht viel schlauer geworden. Sie haben gesehen, unsere Fraktion ist offen. Das hat sich auch nicht geändert, wir hatten schon damals eine Minderheit, die nicht überzeugt war, dass es eine bessere Alternative gibt als ein Kaskadenmodell, mit dem zwar niemand zufrieden ist, aber das wenigstens irgendetwas bietet und sicher besser ist als einen massenhaften Einsatz von Videoüberwachung, personalisierten Tickets oder ähnlichem, dass es somit das kleinere Übel ist. Die Mehrheit dagegen war ganz klar dafür, dass das, wie wir das bereits gehört haben, nicht korrekt ist, so wie das jetzt angewandt wird, nämlich staatspolitisch, das haben wir schon von Pascal Messerli gehört, dass es überhaupt keinen Zweck und Ziel in dieser Strafe gibt, die die individuell betroffenen Personen irgendwie nachvollziehen können, und dass auch die Verdrängungseffekte, die ein solches Modell hat, einfach auch nicht wirklich berücksichtigt sind.

Wenn wir uns jetzt nun die Beantwortung anschauen, dann sticht zunächst die erste Forderung heraus zum Verzicht von sämtlichen Massnahmen. Dort sind wir auch wirklich gespalten, weil man tatsächlich sagen muss, dass ein Verzicht auf sämtliche Massnahmen, wie sie im Kaskadenmodell stehen, natürlich nicht gewünscht sein kann. Also die Polizei, die Bewilligungsbehörden müssen Massnahmen ergreifen können und wenn das die Meinung war, dass auf sämtliche Massnahmen verzichtet werden soll, dann ist das nicht korrekt. Wenn es aber darum geht, auf diese Kaskade, auf dieses Modell der Abhängigkeiten, dieses möchte die Mehrheit unserer Fraktion nicht mehr, weil das ist, wie wir das bereits mehrfach gehört haben, einfach nicht korrekt. Einerseits gegenüber den Menschen, die hier präventiv bestraft werden, und andererseits auch gegenüber denen, die eigentlich sogar bestraft werden sollten. Auf der einen Seite haben wir die unbeteiligten Fans, die einfach ein Spiel sehen möchten, die bestraft werden, wir haben den Club, der ja auch kein Interesse an Gewalt hat, und dann haben wir diejenigen, die gewaltbereit sind, die Gewalt ausüben oder ausüben könnten und da muss ich Ihnen sagen, dort gibt es keinen Lerneffekt bei diesen Menschen, einfach null. Ich war jetzt schon in einigen Stadien und Spielen, auch mit Fans, die ich jetzt eher speziell finde und ich glaube nicht, dass diese Menschen in diesem Bereich lernfähig sein werden, wenn Sie irgendwo ein halbes Jahr später eine Fankurve sperren. Das passiert einfach nicht und für die Unbeteiligten ist es schlicht nicht nachvollziehbar, weil ja keine Gefahr für sie sichtbar ist, die abgewehrt werden muss. Die Fans, die gewaltbereit sind, die treffen sich ja, wie wir das bei verschiedenen Beispielen schon gehört haben, sei es in Genf oder in Zürich, treffen sich ja nicht mal vor dem Stadion, sondern irgendwo anders und die Hooligans, die sowieso nicht zum Spiel gehen, die treffen sich sowieso irgendwo anders.

Deswegen können wir nicht Motion oder Anzug vorschlagen. Ich denke, es wird wieder sein, dass eine Mehrheit eher für die Überweisung als Motion sein wird und eine Minderheit eher einen Anzug sieht. Und sollte es wieder erwarten ein Anzug sein und die Regierung tatsächlich auch eine Überprüfung des Kaskadenmodells anstrebt, die Regierungsrätin hat ja bereits die Euro 2025 genannt, an allen Spielen, an denen ich war, hatte ich denselben Eindruck und offensichtlich, wenn man eine Massnahme entwickeln müsste, dann müsste es eigentlich in die Stärkung des Geschlechtermixes gehen. Weil ich denke, das war wirklich der entscheidende Unterschied und wir müssen es leider als Männer beim Namen nennen, es ist eine männliche Gewalt in den Stadien, sie ist meistens sehr jung, nicht ganz immer, aber es ist eine männliche Gewalt und wenn man etwas tun möchte, muss man diesen Geschlechtermix verbessern, zumindest um die Stimmung und die Atmosphäre im Stadion, wenn sie gewaltbereit wäre, zu verbessern.

Kurzum, ein Teil wird aus staatspolitischen Überlegungen als Anzug überweisen, der Rest möchte, um den Druck auf die Regierungsrätin aufrechtzuerhalten, dass auch wirklich etwas passiert, eine Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurz fassen, kürzer als meine Vorredner. Zu diesem ganzen Thema lese ich auch jeden Tag sehr viel und als Fussballfan möchte ich einfach zwei Punkte sagen, die die Vorredner nicht gesagt haben. Ich will, dass der FC Basel sich an diesen Polizeikosten beteiligt. Das sage ich seit vielen Jahren als Grossrat in mehreren Vorstössen. Es ist einfach unfair, der FC Basel verdient Millionen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat mit dem Thema nichts zu tun. Hier geht es um das Kaskadenmodell.

Eric Weber (Fraktionslos): Das verstehe ich eben nicht genau. Ich möchte einfach sagen, ich habe zum Thema FC Basel, und ich glaube, wir reden ja zum FC Basel, schriftliche Anfragen gemacht, bezahlt der FCB überhaupt Steuern. Wir reden doch über die Sicherheit, ich glaube, das ist richtig. Warum sind bei jedem Fussballmatch des FC Basel 450’000 Franken, die unser Steuerzahler an Sicherheit zahlt? Eine wichtige Frage ist, vielleicht könnte man das ja ganz abkürzen, ich habe gelesen, der FC Basel bezahlt keine Stadionmiete.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, auch das hat nichts mit dem Kaskadenmodell zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe das falsch verstanden, ich entschuldige mich, aber ich will einfach sagen, es ist nicht okay, wenn man keine Miete zahlt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ein ausserordentliches, schwieriges Thema. Es wimmelt nur so von Partikularinteresslern, angereichert mit Emotionen, Endorphinen wie bei Verliebten, Unzufriedene, am und im Leben gescheiterte Existenzen, zigtausend FCB-Sympathisanten, die auch Wähler sind. Zudem ist der FCB Heimatstube, Wochen-Highlight, grosse Frustabbauplattform, auch für normale Bürger, heilige Kuh des Basels, aber eben auch rechtsfreie Zone und Ort der Chaotenschläger und Gewalttätigkeiten, die auf und rund um einen Spielplatz nichts, aber auch wirklich gar nichts zu suchen haben. Vom katastrophalen Vorbild für unsere Jugend ganz zu schweigen.

Selbstverständlich bin ich grundsätzlich gegen Kollektivstrafen, andererseits bin ich für gewalt- und aggressionsfreie Sportstätten und Anlässe. In den vergangenen Jahrzehnten hat jedoch der Kuschelkurs und Gespräche auf Augenhöhe mit den sogenannten Fans, die öffentlich gar eine lebensgrosse Präsident Burgerner-Puppe verbrennen, leider nicht gefruchtet. Nun fehlt mir der Glaube, dass diese Taktik weiterhin zu verfolgen, zum Ziel führen wird. Wir müssen die Vereinsführungen dazu bringen, sich öffentlich, glaubhaft, konsequent und laut gegen die gewaltbereiten Chaoten mit Worten und Taten zu stellen. Da reicht nicht wie ein Vorgänger des jetzigen Präsidenten mit halbherziger Stimme im Stadion medienwirksam zu sagen, wir wollen das nicht.

Weil ich mir keine Gedanken machen will, ob wir wieder gesund nach Hause kommen, wenn ich mit meinen Enkeln an einen Sportanlass gehe, bin ich letztlich schweren Herzens dafür, das Kaskadenmodell mal machen zu lassen, mit aller Konsequenz. Ich empfehle Ihnen, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist ein Ärgernis, was sich da abspielt und die Leute haben es in der Tat satt. Niemand versteht, warum man in oder ums Stadion machen kann, was man will, die Sau ablassen kann, wie man will, Verzeihung für dieses Wort, und nichts geschieht. Ich habe volles Verständnis dafür, wenn die Sicherheitsdirektorinnen und Sicherheitsdirektoren in der Schweiz Lösungen suchen. Es muss sich etwas ändern. Meine Fraktion sieht das auch so und möchte der Sicherheitsdirektorin deshalb die Hände nicht binden und plädiert für Anzug.

Aus juristischen Gründen bin ich selber aber dafür, dass die Motion bestehen bleibt. Es ist doch nicht so, dass jeder Fan, der in das Stadion geht, Mitschuld ist, wenn dort etwas passiert, und es kann doch nicht sein, dass wir erwarten, dass die Fans selber für Ruhe und Ordnung sorgen. Wo machen wir das sonst, dass wir denken, die Leute müssen selber dafür sorgen,

dass andere sich richtig verhalten? Wir stecken alle Fans in eine Kiste. Die Idee dahinter, dass quasi die Fans selber korrigieren müssen, die Fans selber die Täter rauspicken müssen und die Fans selber diese irgendwie beruhigen müssen, die gibt es sonst nirgendwo. Wo sagen wir sonst, die Leute sollen jemanden, der zu schnell fährt, aus dem Auto zehren und dem das Auto wegnehmen, um dem verbieten, etwas zu fahren? Das Beispiel mit dem Verkehr hat die Sicherheitsdirektorin selber gebracht. Weil ein paar Idioten zu schnell fahren in irgendeiner Quartierstrasse, sperren wir dann diese zwei Tage später auch nicht für eine Woche, nur damit man die Leute erzieht. Es ist doch nicht die Aufgabe von uns allen, dafür zu sorgen, dass sich der andere, der Nachbar, der Dritte richtig verhält.

Das ist die Aufgabe der Polizei und es ist eine reine Frage der richtigen und der konsequenten Polizeiarbeit, dass hier für Ordnung gesorgt wird und hier muss für Ordnung gesorgt werden. Die Polizeidirektorin hat gefragt, soll ich im Stadion wegschauen. Nein, Stephanie Eymann, das Gegenteil ist der Fall, man muss im Stadium noch viel genauer hinschauen, man muss die Täter bestrafen, Sanktionenrecht ist immer auf die Täter bezogen. Auch wenn wir noch so gerne hätten, dass dieses Kaskadenmodell hier etwas hilft, es ist rechtsstaatlich ausserordentlich bedenklich, dass wir quasi das Kollektiv mit in die Pflicht nehmen und nicht sagen, es ist Strafrecht oder Bestrafungen müssen täterbezogen sein.

Ich glaube, der Ansatz von Pascal Messerli und Luca Urgese, beide haben hervorragend gesprochen und eigentlich alles Juristische gesagt, ist richtig, wir müssen hier neu denken, wir müssen aber auch am Ball bleiben. Das Problem muss gelöst werden und die Sicherheitsdirektorin hat unsere Unterstützung nötig und verdient, weil sie eine hervorragende Arbeit macht, aber hier mit dem Kaskadenmodell sind wir nicht auf dem richtigen Weg.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Stephanie Eymann verzichtet. Pascal Messerli und Weitere beantragen die Überweisung als Motion. Es gibt deshalb eine Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

27 Ja, 60 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007665, 19.11.25 11:17:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Motion entschieden mit 60 Nein-Stimmen gegen 27 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Daniel Hettich beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 19 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007666, 19.11.25 11:18:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Motion entschieden mit 67 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

42. Interpellation Nr. 91 Thomas Widmer-Huber betreffend Menschenhandel auch ab 2026 als Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[19.11.25 11:18:38, 25.5372.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Menschenhandel ist leider ein aktuelles Thema, auch in Basel. Der Regierung danke ich für die Beantwortung meiner Fragen. Es ist erfreulich zum Beispiel zu lesen, dass in Verbindung mit der Taskforce Menschenhandel und der Fachgruppe der Polizei die Anzahl der Anzeigen erhöht werden konnte. Auch wenn es unterschiedliche Formen von Arbeitsausbeutung gibt, fokussiere ich mich heute auf die Zwangsprostitution.

Vor einem Monat titelte die Basler Zeitung: Baslerin beutete mindestens 90 chinesische Zwangsprostituierte aus. Die Frauen wurden unter anderem durch die Beschuldigte über chinesische Online-Chats angeworben und nach der Einreise hauptsächlich in den Kantonen Basel-Stadt und Bern einquartiert. Der Mechanismus ist bekannt, oftmals werden Frauen mit falschen Jobangeboten geködert, in Basel angekommen, werden ihnen die Pässe abgenommen und sie werden in die Prostitution gezwungen. Sie werden mit fiktiven Schulden wie Reisekosten, Kosten Logis unter Druck gesetzt. Auch männliche Sexarbeiter werden ausgebeutet. Die Kantonspolizei Bern nahm kürzlich einen Mann fest, der über Jahre Männer ausgebeutet haben soll. 40 Opfer wurden ermittelt, darunter befinden sich Männer aus Spanien, Brasilien, Kolumbien, Venezuela und Tschechien. Nach bisherigen Erkenntnissen handelt es sich dabei überwiegend um homosexuelle oder bisexuelle Männer, die ausschliesslich männliche Kunden bedienten.

Beim Menschenhandel und der Zwangsprostitution schreit das Unrecht zum Himmel. Ich habe deshalb etwas mitgebracht. Auch in Basel werden Menschen sexuell ausgebeutet. Dabei geht es häufig um ein klares Machtgefälle. Die Frauen, vorwiegend Migrantinnen, sind am kürzeren Hebel. Sie sind auf das Geld angewiesen und haben keine andere Wahl. Es geht oft um eine Form von Sklaverei. Viele Frauen halten die sexuelle Gewalt, die sie täglich erleben, nur mit Hilfe von Medikamenten, Alkohol und Drogen aus. Das Unrecht schreit zum Himmel. Auch bei meinen eingangs erwähnten Fällen wird deutlich, dass es bei den Ermittlungen einen langen Atem braucht, dass man über eine stetige Kontrolltätigkeit und interdisziplinäre Zusammenarbeit solche Systeme aufspüren und verfolgen kann. Von daher bedaure ich, dass die Regierung die Schwerpunktsetzung bei der Kriminalitätsbekämpfung nur um ein Jahr verlängert. Ich hatte mir vier weitere Jahre erhofft.

In der Antwort der Regierung wird der Runde Tisch Menschenhandel erwähnt. Dieser wurde vor 15 Jahren ins Leben gerufen und findet zweimal jährlich statt. Es geht um eine Plattform unter der Leitung des Justiz- und Sicherheitsdepartements für den fachlichen Austausch zwischen den verschiedenen zentralen Akteuren, die in diesem Bereich tätig sind. Dem Vernehmen nach wurde die Anzahl der Runden Tische reduziert. Warum? Aus Ressourcengründen? Braucht die Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe vielleicht eine personelle Aufstockung? Es bleibt wichtig, dass auch solche interdisziplinären Gefässe bestehen bleiben. Da es sich um ein Querschnittsthema handelt, sind Vernetzung, Koordination und eine gemeinsame Strategie der verschiedenen Akteure weiterhin wichtig. Von daher bedaure ich, dass die Regierung die Schwerpunktsetzung bei der Kriminalitätsbekämpfung nur um ein Jahr verlängert. Ich hatte mir mehr erhofft, ich bin nur teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

43. Interpellation Nr. 92 Lisa Mathys betreffend wieso führt eine emissionsintensive Töff-Parade mitten durch Wohnquartiere, Schreiben des RR

[19.11.25 11:23:32, 25.5373.02]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Lisa Mathys (SP): Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, im Nachhinein war ich froh, dass meine Fragen zu Sinn oder eben eher Unsinn der Töff-Parade schriftlich beantwortet wurden. Nachdem ich die Antworten gelesen hatte, musste ich eine Pause einlegen, inzwischen habe ich mich wieder gefasst und Sie ahnen es, ich bin sehr unzufrieden mit der Antwort. Meine Damen und Herren, im Ernst, der Regierungsrat von Basel-Stadt findet a), dass eine Töff-Parade eine integrative Wirkung hat, b), dass es einer Balance entspreche, Anwohnende im Joggeli drei Tage lang den aufheulenden Motoren auszusetzen, c), dass es Aufgabe von Basel sei, mithilfe eines Motorradkorsos mitten durch die Wohnquartiere den Teilnehmenden zu zeigen, wie schön Basel sei, und d), dass der Korso aufgrund seines gesellschaftlichen und touristischen Werts toll sei, obwohl er den Klimazielen und der Nachhaltigkeitsstrategie des Kantons widerspreche. Sie merken es auch, was soll man da noch halten von Legislaturzielen und Strategiepapieren der Regierung.

Noch kurz zu einzelnen Antworten. Bei Frage 2 wurde die Frage zur Einhaltung der Verkehrsregeln nicht beantwortet. Im Strassenverkehrsgesetz steht im Artikel 42 Abs. 1, der Fahrzeugführer hat jede vermeidbare Belästigung von Strassenbenützern und Anwohnern (sollte man auch mal gendern) namentlich durch Lärm, Staub, Rauch und Geruch zu unterlassen. Auskuppeln und den Motor aufheulen lassen, Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Gesetzesverstoss. Aus dem Kreis von Anwohner*innen habe ich unaufgefordert folgende Aufnahme zugeschickt erhalten, ich lasse Sie daran teilhaben, nur ganz kurz. So tönt diese Biker-Parade und wie gesagt, ich habe das nicht angefordert. Richtig schlimm ist ein solcher Pegel natürlich für die Anwohnenden im Joggeli, wie ich das schon erwähnt habe, wo dieser Spass dann drei ganze Tage lang praktiziert wird. Dies integrativ zu nennen, finde ich unpassend. Und auch zum Einhalten des Tempolimits ist zu sagen, es ist einfach nicht nur unlustig, sondern auch gefährlich, wenn diese schweren Maschinen zu schnell an Kindern, die im Brunnen baden, vorbeifahren und ebenso, wenn sie beschleunigen, wenn jemand versucht, eine Quartierstrasse zu überqueren. Kein Wort davon in der Beantwortung der Interpellation.

Aufgrund der Redezeitbeschränkung picke ich nur ein weiteres Beispiel heraus, in der Antwort zu Frage 5 steht, dass es sich nicht vermeiden lasse, dass der Korso durch Wohnquartiere fahre, insbesondere wenn alternative Zufahrtsstrassen aufgrund von Baustellen nicht befahrbar sind. Ich muss sagen, ich bin einfach nicht bereit, eine solche Aussage zu akzeptieren. Die Realität ist nämlich diese. Letztes Jahr, 2024, wurde die Baustelle in der St. Alban-Vorstadt und der ganze Bauplatz dazu am Mühlenberg belegt. Der war immer belegt und für Anwohnende nicht zugänglich. Das Ganze wurde aufgeräumt und wegeräumt, damit der Töff-Korso durchfahren konnte. Von wegen, leider sind alternative Routen wegen Baustellen nicht befahrbar. Das finde ich dann einfach eine schwierige Ausrede. Ich will dieses Festival nicht verbieten, ich will den Töff-Fahrer*innen ihr Hobby nicht verbieten, ich will einzig, dass dies an einem dafür geeigneten Ort stattfindet und dass die Regierung sich eingesteht, dass es rational wirklich nicht erklärbar ist, dass diese Routenwahl für 1’000 Töffs mitten durch Wohnquartiere unserer dichtbesiedelten Stadt irgendeinen Sinn machen soll.

Ich bitte die Regierung wirklich, hier noch einmal in sich zu gehen und wie schon bei der Begründung gefordert, mit der Gemeinde Münchenstein zusammen über die Bücher zu gehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

44. Interpellation Nr. 96 Joël Thüring betreffend Umsetzung des Verhüllungsverbots in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[19.11.25 11:28:08, 25.5377.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Es ist bekannt, das Bundesgesetz über das Verhüllungsverbot ist seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft. Es wurde vom Schweizer Volk angenommen, sehr deutlich, bewusst, mit einem klaren Signal, in der Schweiz zeigt man Gesicht, wer hier lebt, steht zu unserer offenen freien Gesellschaft und versteckt sich nicht hinter Tüchern, Masken oder Schals. Doch wenn man die Antwort des Regierungsrats liest, muss man sich ernsthaft fragen, gilt das Gesetz auch in Basel-

Stadt oder nur in den anderen Kantonen, denn offenbar schaut man hier lieber weg. Seit fast einem Jahr gilt es, aber in Basel-Stadt wurde nicht eine einzige Busse ausgesprochen, nichts, null. Gleichzeitig schreibt der Regierungsrat, dass bei sieben Demonstrationen Personen beobachtet wurden, die ihr Gesicht verhüllt haben, teilweise mit Masken, teilweise mit Schlauchschals, also klare Verstösse gegen das Gesetz. Und was passiert? Man, Zitat, beobachtet, man beurteilt lageabhängig, man verzichtet auf Individualkontrollen. Mit anderen Worten, die Polizei sieht und lässt es durchgehen.

Ich frage mich schon, wenn jemand am falschen Ort parkiert, dann ist die Polizei sofort da, zack, Busse unter dem Scheibenwischer, wenn jemand das Parkticket fünf Minuten überzieht, kommt die Sanktion auf den Franken genau. Wenn man aber gegen ein Bundesgesetz verstösst, das vom Volk beschlossen wurde, dann heisst es plötzlich Verhältnismässigkeit, Deeskalation, Beobachtung. Das ist aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, absurd. Hier wird mit zweierlei Mass gemessen und man muss sich fragen, ob dies politisch motiviert ist. Man verfolgt Falschparkierer, aber lässt Vermummte gewähren, man jagt Velofahrer ohne Licht, aber toleriert Maskierte an Demos. Das zeigt, wo der politische Wille fehlt, wird auch kein Recht durchgesetzt. Dabei war der Sinn des Verhüllungsverbots klar, es ging um Sicherheit, keine anonymen gewaltbereiten Chaoten mehr an Demonstrationen. Es ging um unsere Werte, um Offenheit, Gleichberechtigung, Respekt vor unserer Kultur und unserem Rechtsstaat. Das war die Botschaft des Volksentscheids.

Und nun erleben wir, dass ausgerechnet Basel-Stadt wieder einmal alles verwässert, alles in bürokratischen Floskeln erstickt. Anstatt konsequent zu handeln, versteckt sich der Regierungsrat hinter Schulungen. Man schult Polizisten in Verhältnismässigkeit und Deeskalation, aber offensichtlich nicht im Durchsetzen von Recht und Ordnung. Das Volk hat entschieden, der Regierungsrat soll nun deshalb umsetzen, er muss nicht interpretieren, er muss ja auch nicht relativieren und schon gar nicht ignorieren. Wenn Behördengesetze nur dann ernst genommen werden, wenn sie ideologisch passen, dann wurde die Aufgabe verfehlt und dann verliert der Staat seine Glaubwürdigkeit und der Bürger verliert das Vertrauen. Basel-Stadt muss endlich aufhören, Sonderwege zu beschreiten, wer das Gesicht verhüllt, begeht eine Ordnungswidrigkeit, Punkt, und das muss geahndet werden, so wie jeder andere Verstoss auch. Ich erwarte, dass der Regierungsrat und die Kantonspolizei das Verhüllungsverbot künftig konsequent anwenden, und zwar ohne politische Scheuklappen. Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

45. Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit, Stellungnahme des RR

[19.11.25 11:31:54, 25.5010.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren. Tanja Soland kommt später, deshalb hat Barbara Heer als Fraktionssprecherin der SP das Wort.

Barbara Heer (SP): Ich beantrage im Namen der SP-Fraktion, der GLP und den Grünen, diese Motion zum zweiten Mal als Motion zu überweisen und somit nicht dem Antrag der Regierung zu folgen und es in einen Anzug umzuwandeln. Bis 2024 war es noch normal, dass die Mitarbeitenden der Rettung und der Kantonspolizei sich in ihrer Freizeit umzogen. Wir haben dann hier drinnen anfangs von diesem Jahr die Gelder bewilligt, dass neu eine Geldpauschale von 80 Franken ausbezahlt werden kann für Mitarbeitende der Verwaltung, die auf Anordnung ihre Uniform erst am Arbeitsplatz anziehen können.

Die JSSK hat dem Grossen Rat vorgeschlagen und der Grosse Rat hat es so beschlossen, diese Gelder für drei Jahre zu befristen, weil wir grundsätzlich zum Schluss gekommen sind, dass nicht eine Geldpauschale der richtige Weg ist, sondern ein Wechsel auf Zeitgutschriften respektive ein Auftrag zur Integration in die regulären Einsatzpläne. Wir haben dann das an die Erwartung geknüpft, dass die Regierung jetzt diesen Wechsel prüft und dann umsetzt per 2028. Einen Teil der JSSK-Mitglieder, zwar nicht als Kommissionsmotion, aber viele Mitglieder und viele weitere haben dann diese Motion eingereicht, um damit wirklich einen verbindlichen Auftrag zur Umsetzung zu machen, also zu sagen, die Regierung soll nicht nur prüfen, sondern bis 2028 wirklich die organisatorischen und rechtlichen Bedingungen vorbereiten, damit dann ein Wechsel auf Zeitpauschale oder Integration in Arbeitszeit wirklich umgesetzt wird.

Ich entnehme der Antwort der Regierung zwei Gegenargumente. Das eine ist, dass doch wieder deutlich auch angedeutet wird, dass der Personalmangel ein sachlicher Grund sei, die Geldpauschale beizubehalten. Wegen dieser Skepsis der Regierung ist es ganz wichtig, dass wir dies weiterhin als Motion behandeln, um da auch wirklich verbindlich zu sagen, nein, wir möchten diesen Wechsel hier vollziehen, denn gerade auch ist es ja ein Instrument, um dem Personalmangel entgegenzuhalten. Die Belastung für die Einsatzkräfte auch mit den belastenden Wochenendeinsätzen ist sehr hoch und hier mit der Integration in Arbeitszeit oder Zeitpauschalen bewirken wir doch eine kleine, aber feine Reduktion der zeitlichen Belastung des Personals. Andere Spitäler, Polizeikorps und Feuerwehren haben das auch gemacht, Basel kann das in dem Fall auch machen.

Der zweite Punkt der Regierung ist ein zeitliches Argument. Sie argumentieren, dass es ein sehr dicht gedrängter Plan ist und man doch sehr sorgfältig an das Thema herangehen muss, weil man zum Teil Dienstpläne doch etwas umfangreicher umstellen muss. Ich habe jetzt nochmals kurz Rücksprache auch mit anderen hier genommen. Wir hätten jetzt zwar problemlos die Mehrheit, also problemlos, ich hoffe, wir hätten die Mehrheit, weiterhin auf diesen zwei Jahren Umsetzungsfrist zu beharren, möchten hier jetzt aber auch Hand reichen, damit die Regierung genügend Zeit hat, das mit der notwendigen Sorgfalt umzusetzen.

Das heisst, ich beantrage hier jetzt, dass die Umsetzungsfrist verlängert wird, also innerhalb von drei Jahren, also konkret wäre dann die Idee, dass die Regierung dann halt für das Jahr 2028 nochmals beim Grossen Rat die Geldpauschale bewilligt, aber per 2029 dann mit einem Ratschlag ans Parlament tritt, um dann eben diesen Wechsel hin zu Zeitpauschale oder Integration in Arbeitszeit dann per 2029 zuhanden des Parlamentes, dass wir das dann bewilligen können und es dann auch umgesetzt wird. So komme ich quasi dem Bedürfnis der Verwaltung, dies sorgfältig aufzugleisen, mit dieser Fristverlängerung entgegen.

In dem Sinne beantrage ich weiterhin Überweisung als Motion und Umsetzung innerhalb von drei Jahren, sodass das dann ab 2029 umgesetzt werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Tanja Soland hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie wollen zwei Dinge. Das eine ist, Sie wollen eine Verordnungsanpassung. Das heisst wir haben bisher in der Verordnung zur Umkleidezeit vorgesehen, dass es einen Grundsatz gibt, und der Grundsatz ist die Zeit, also Umkleiden in der Arbeitszeit. Das ist der Grundsatz, der wird auch so gehandhabt. Und dann haben wir eine Ausnahmebestimmung, dass falls das nicht möglich ist, dass es auch in Geld ausgeglichen werden kann. Das erscheint mir rein von der generellen Norm, die wir haben, wirklich sinnvoll. Das machen wir sehr häufig, wir haben einen Grundsatz und irgendwo eine Ausnahme, die es ermöglicht, je nachdem. Jetzt betrifft es die Kapo, das könnte aber auch mal einen kleinen Kreis betreffen, es gibt Gründe, warum das zum Teil schwierig ist. Also Sie wollen auch das ändern, Sie wollen, dass wir die Verordnung ändern und keine Ausnahme für niemanden mehr haben. Gut, das ist das eine.

Das andere, was noch viel schwieriger ist, Sie wollen, dass die Kantonspolizei dies in recht kurzer Zeit ändert. Die Diskussion hat stattgefunden in der Kommission und Sie haben ja auch gehört, dass man das Thema anschaut, aber wie Sie alle hier wissen, gibt es bei der Kantonspolizei im Moment sehr viele Projekte, es ist eine angespannte Personalsituation, die Organisation ist neu, usw. Das ist nicht Klick, sondern man muss die ganzen Arbeitszeitmodelle anpassen und ändern und das ist schwierig, wenn Sie zu wenig Personal haben. Sie müssen ja auch die Mitarbeitenden abholen, wir wollen ja nicht, dass die Unzufriedenheit wächst, wir müssen jetzt immer sehr vorsichtig vorgehen. Da muss man schauen, aha, ein neues Modell, brauchen wir mehr Personal, ja aber woher, wenn die Situation schon angespannt ist. Sie erhöhen hier also den Druck und wir aus der Regierung finden, unnötig. Sie haben ja bereits die finanziellen Mittel eingeschränkt. Sie haben gesagt, wir müssen sowieso wiederkommen, Sie geben nur Geld bis 2027. Das heisst, die Diskussion findet wieder statt. Und klar sind wir dankbar, wenn Sie jetzt um ein Jahr verlängern, aber Sie müssen sich bewusst sein, da muss man ein Jahr vorher bereit sein, wenn man das Modell ändern will, das heisst, das JSD muss jetzt mit Hochdruck arbeiten und sagen, so jetzt neues Projekt, das muss jetzt auch noch durch.

Ich verstehe Ihren Unwillen und ich verstehe, dass Sie sagen, man soll es über die Arbeitszeit machen, aber ich sehe das Problem nicht, warum Sie jetzt genau in diesem Bereich, wo ich sonst bei Ihnen sehr viel Verständnis spüre, nicht sagen, lassen wir ihnen diese Zeit, die Sie brauchen. Sie können jedes Mal beim Geld neu darüber diskutieren, warum lassen Sie ihnen nicht diese Zeit, das verstehe ich nicht. Daher haben wir gesagt, machen wir einen Anzug, es wird geprüft, es wird berichtet, spätestens wenn wir neues Geld brauchen, wird die Diskussion nochmal losgehen in der JSSK, kann man sich informieren, wo steht das Projekt, usw. Ich glaube, das ist der Hauptdiskussionspunkt.

Und Sie sehen ja, wie wichtig es mir ist, weil meine Kollegin sitzt da drüben, ich muss mich für zwei Departemente einsetzen, weil die Verordnung bei uns ist. Das wäre eine kleine Sache, es ist nur eine Anpassung, aber ich glaube, die grosse Sache ist, dieses Projekt jetzt zu stemmen. Lassen Sie ihnen doch die Zeit, die sie brauchen. Sie haben ihnen das Geld erhöht, die Pauschale ist höher, ich glaube, das ist recht fair, ich glaube, das ist so sinnvoll, dass man das so gemacht hat, aber jetzt

lassen Sie ihnen doch die Zeit und überweisen Sie den Vorstoss als Anzug. Sie haben vorhin schon an der Motion festgehalten, jetzt dürften Sie einmal für die Regierung… okay. Sie sehen, ich versuche es auf alle möglichen Arten. Aber wir haben Sie verstanden, wir haben Sie gehört, wir wären aber sehr dankbar für mehr Zeit, aber wir wären noch dankbarer, wenn Sie jetzt sich einen kleinen Ruck geben und für den Anzug stimmen würden, dass wir die Kapo jetzt nicht zusätzlich unter Druck setzen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Barbara Heer und Weitere beantragen die Überweisung als Motion. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 61 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007671, 19.11.25 11:43:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 3 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Motion weiterhin als Motion behandeln mit 61 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Das Geschäft ist erledigt.

46. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Bekämpfung des Fachkräftemangels – mehr Lernende im Bereich der Informations-und Kommunikationstechnik in der Verwaltung, Schreiben des RR

[19.11.25 11:43:28, 22.5573.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

47. Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR

[19.11.25 11:43:56, 25.5089.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Tanja Soland kommt später, dann hat Daniel Gmür als Sprecher der SP das Wort.

Daniel Gmür (SP): Der Handel mit endlichem Boden, ich möchte das Problem noch nicht einmal erst bei der Spekulation sehen, treibt den Bodenpreis in die Höhe. Soweit, nehme ich an, alle einverstanden. Was folgt nun daraus? Die Verschuldung der Eigenheimbewohner*innen steigt, die Mietzinse steigen, die Kaufkraft unserer Bevölkerung sinkt und immer weniger können sich ein Eigenheim leisten. Wir haben es in der Oktober-Session gehört, als es um die Hypotheken als Hauptschulden unserer Bevölkerung ging. Wir haben es auch gehört, als es um die Handänderungssteuerhalbierung ging. Wir werden es heute mehrfach hören und wir werden es in diesem Rat immer wieder hören, die Bodenpreise sind hoch und das belastet unsere Bevölkerung, egal in welcher Position sie zu diesem Boden stehen.

Die aktive Bodenpolitik, die haben wir bereits entschieden. Auch wenn das vielleicht gewisse nochmals über den Haufen schmeissen wollen, es geht heute nicht darum, heute geht es nur darum, wie und welche Mittel wir dafür explizit zur Verfügung stellen können. Ja, Sie können jetzt behaupten versuchen, dass diese Motion oder diese Rahmenausgabenbewilligung den Bodenpreis in die Höhe steigen lässt. Es ist aber so, dass der Kanton bereits auf dem Bodenmarkt auftritt und es ist so, dass es hier um eine Rahmenausgabenbewilligung handelt. Das heisst, der Regierungsrat kriegt Mittel zur Verfügung, mit denen er Boden kaufen kann. Die Betonung liegt auf kann. Kein einziges Grundstück muss der Regierungsrat kaufen, bei keinem einzigen Grundstück muss der Regierungsrat mitbieten und jetzt kommt das wichtigste, bei keinem einzigen Grundstück muss der Regierungsrat einen Dritten, eine Spekulantin oder ein Spekulant, überbieten, sie können auf dieses Grundstück bieten. Der Kanton tritt hier also nicht in der Rolle eines Preistreibers auf, das machen die renditeorientierten Immobilienhändler*innen selbst ganz vorbildlich.

Eine Lösung, die Eigenheime und Kostenmietvorhaben zum Beispiel tragbarer zu machen, sind Baurechte. Der Kanton als wichtige Baurechtsgeberin bietet hier die Chancen, dass Personen, die sich jetzt den Boden nicht leisten können, trotzdem ein Immobilienprojekt umsetzen können. Sie zahlen dann nur, für die, die nur zuhören und nicht zuschauen, das waren grosse Anführungszeichen, die Baurechtszinsen. Der Kanton verwaltet ja heute schon über 700 Baurechtsverträge mit privaten Eigentümerinnen und Eigentümern. Wenn wir schon beim Bodenpreis sind, dann ist doch genau jetzt der perfekte Zeitpunkt, dass der Kanton so aktiv wie möglich ist, jetzt, wo nach langer Zeit und mit Seltenheitswert die Bodenpreise doch mal stagnieren.

Was wir hier machen, ist nicht der Bau von Sozialwohnungen zulasten des Staatshaushaltes, was wir hier fordern, ist reines Impact Investing. Ich zeichne Ihnen mal kurz die Absurdität des heutigen Zusammenspiels dieses Bodenmarktes mit dem Staatshaushalt zusammen. Und auch hier nochmal, ich habe den Markt in Anführungs- und Schlusszeichen gesetzt, Sie können sich vorstellen, warum bei diesen Marktmechanismen. Heute kauft, wir gehen mal von einer klassischen renditeorientierten Immobilieninvestorin aus, ein Grundstück. Sie vermietet diesen Boden in Wohnungen zu möglichst hohen Preisen, wir gehen ja von einer renditeorientierten Investorin aus, und ihr ist es grundsätzlich egal, wenn der Bodenpreis steigt, im Gegenteil, das ist für sie sogar gut, je höher der Bodenpreis, desto kleiner der Verwaltungsaufwand für die Rendite pro investierten Schweizer Franken.

Jetzt kann sich eine Person diese Miete nicht leisten, dann kann sie zum Beispiel Mietzinsbeiträge vom Kanton erhalten. Vielleicht kann sie sich den Mietzins nur leisten, weil sie Prämienverbilligung hat oder weil sie eine andere staatliche Förderung bekommt. Der Staat also zahlt diese Rendite auf diesen Mieten, indem sie die Personen unterstützt, die diese Mieten zahlen können. Damit sich der Staat diese Unterstützung leisten kann, besteuert er einen Teil der Gewinne dieser renditeorientierten Investorin und bekommt dann von ihr ein bisschen Geld, vom Mieter ein bisschen Geld, der ja auch Steuern zahlt, vom Nachbar von diesem Mieter ein bisschen Geld und von allen anderen Personen in diesem Kanton auch noch ein bisschen Geld. Das sammelt er dann zusammen, durch notwendiges Versickern fällt da ein bisschen Geld weg und einen Teil davon gibt er dann indirekt dieser Renditeinvestorin wieder zurück. So funktioniert das heute, wenn wir das Zusammenspiel zwischen den Bodenpreisen und dem Staatshaushalt anschauen.

Nun, die viel bessere Version. Der Kanton kauft das Land, er gibt es an Projekte ab, in denen zum Beispiel die Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnungen auf diesem Boden sich selbst organisieren. Wir denken an Genossenschaften. Er gibt es vielleicht auch an eine Eigenheimbesitzerin ab, also eine Einzelperson, die ein Einfamilienhaus auf diesem Boden baut, usw. Nun, was passiert, der Kanton macht Gewinn mit diesem Boden, anstatt dass er zu Lasten der Staatskasse Teile der Miete zahlen muss. Die Personen, die drin wohnen, die zahlen weniger fürs Wohnen und haben mehr Geld übrig, sagen wir mal für zum Beispiel ein Gipfeli beim lokalen Bäcker oder für andere Ausgaben, die für unsere Wirtschaft doch bedeutend hilfreicher sind als für Bodenrenten von renditeorientierten Investoren. Der Kanton könnte sogar diese Wohnung selbst vermieten und hätte dann noch weniger Umwege und auch in diesem Fall könnte er den Mietzins um 10% sinken und immer noch Gewinn machen, anstatt dass er Ausgaben für Mietzinsbeiträge zahlt. Und im Endeffekt, wenn jetzt eine Person auf einer Baurechtsparzelle des Kantons ihr Haus verkaufen will, sinken die Transaktionskosten und die Probleme, die wir in den letzten paar Sessionen angesprochen haben, zum Beispiel bei der Handänderungssteuer, die würden sich ja auch in Luft auflösen, was auch noch dazu führen würde, dass der Bodenpreis nicht in die Höhe getrieben wird, weil er ja nie die Hand wechselt. Was ich in dieser Motion sehe, ist eine Win-Win-Win-Lösung auf liberalste Art durch Impact Investing.

Nun ein paar rechtliche Bemerkungen zu Finanz- und Verwaltungsvermögen. Ja, der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme ein bisschen recht, eine Rahmenausgabenbewilligung bildet einen zweckgebundenen Topf und ist daher

Verwaltungsvermögen. Wie der Regierungsrat aber unter Ziffer 4.1 ebenfalls korrekt festhält, kann aus Mitteln des Verwaltungsvermögens der Erwerb von Grundstücken im Finanzvermögen gefördert werden, um diese dann im Baurecht abzugeben. Und genau für das verlangt die Motion eine Rahmenausgabenbewilligung. Es wird Verwaltungsvermögen gebildet, aus dem Grundstücke im Finanzvermögen erworben werden, um diese im Baurecht abzugeben. Ich zitiere mehr oder weniger das WRFG, das der Regierungsrat ebenfalls zitiert hat. Ich habe also nicht verstanden, wieso hier irgendeine Verwirrung zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen entstanden ist. Ja, ich sehe, streng genommen ist es keine Ausgabe, das ist ja auch, was ich vorhin begründet habe, es ist eine Investition. Nun aber, da die Kompetenz von Entwicklung aus dem Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen gemäss § 51 des Finanzhaushaltsgesetzes den gleichen Kompetenzen folgt wie die Ausgaben, ist wohl trotzdem rechtlich gesehen die Rahmenausgabenbewilligung genau der Ort, wo der Grosse Rat dem Regierungsrat Mittel zur Verfügung stellen kann, um Grundstücke im Finanzvermögen zu erwerben. Von dem her würde ich meinen, ist diese Motion juristisch ziemlich gut gelöst und ich verstehe die Verwirrung überhaupt nicht.

Nun aber verlangt die Motion vom Regierungsrat eine Vorlage, welche diese 260 Mio. Franken ermöglichen. Es steht dem Regierungsrat respektive der Verwaltung, wenn das delegiert wird, frei, damit zu erwerben, was sie möchten. Wir lösen lediglich die Fesseln, die eine allfällige finanzielle Hürde beim Erwerb von Grundstücken darstellen kann, wenn dafür das Geld bereits im Finanzvermögen noch nicht vorhanden ist. Wir geben also die Lösung vor, wir stellen Mittel zur Verfügung und lassen dem Regierungsrat so viel Freiheit dafür wie möglich. Meiner Meinung nach ist das genau die Art Motion, die der Regierungsrat sich doch wünschen müsste. Nach dem Gesagten beantrage ich Ihnen die Zweitüberweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Adrian Iselin. Diese wird entgegengenommen.

Adrian Iselin (LDP): Vielen Dank, Daniel Gmür, für die Annahme meiner Frage. Sie haben gesagt, es wäre in Zukunft Win-Win-Win. Jetzt haben Sie von der Familie gesprochen, die das Einfamilienhaus im Baurecht auf dem Land des Kantons bauen würde. Das wäre aber für diese Familie nicht Win-Win-Win, weil diese dann einen Baurechtszins und eine Hypothek bezahlt. Ist das nicht etwas falsch?

Daniel Gmür (SP): Sie zahlt die Hypothek in diesem Umfang nicht, wo sie den Boden nicht miterwerben musste.

Balz Herter, Grossratspräsident: Letzter Sprecher vor dem Mittag ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Wir alle wissen, Boden ist im Kanton Basel-Stadt eine knappe Ressource. Entsprechend gross ist der politische Druck, diesen klug zu nutzen für Wohnraum, öffentliche Nutzungen und eine nachhaltige Stadtentwicklung. Die vorliegende Motion klingt auf den ersten Blick attraktiv. Mehr Mittel für Bodenpolitik, mehr Handlungsspielraum, mehr Einfluss des Kantons auf die langfristige Entwicklung. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass dieses Instrument aus liberaler, finanzpolitischer und auch wohnpolitischer Sicht problematisch ist.

Die GLP anerkennt das Ziel einer vorausschauenden Bodenpolitik ausdrücklich, lehnt diese Motion jedoch ab, da sie das falsche Werkzeug für ein eigentlich richtiges Anliegen ist. Die Motion verlangt, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Vorlage für eine Rahmenausgabenbewilligung im Umfang von mindestens 260 Mio. Franken zweckgebunden für den öffentlichen Landerwerb vorlegt. Damit würde der Grosse Rat einen sehr hohen Betrag, rund 5% eines Jahresbudgets, langfristig für einen einzigen Zweck blockieren. In seiner Stellungnahme zeigt der Regierungsrat auf, dass die rechtlichen Grundlagen für eine aktive Bodenpolitik längst bestehen. Es fehlen also weder Instrumente noch Kompetenz und der politische Wille ist meiner Meinung nach auch vorhanden. Was die Motion einführt, ist keine neue Fähigkeit des Kantons, sondern ein sehr starres Finanzkorsett.

Aus GLP-Sicht sind drei Punkte besonders heikel. Erstens, die finanzielle Dimension. Eine Rahmenausgabe von 260 Mio. Franken ist kein kleiner Baustein, sondern ein Brocken. Der Regierungsrat hält fest, dass eine solche Bewilligung unweigerlich zu zusätzlicher Verschuldung führen würde und somit den finanziellen Handlungsspielraum für andere Aufgaben einschränkt. Jeder Franken kann nur einmal ausgegeben werden, sei es für Schulen, Gesundheit, Klimaanpassung oder eben Bodenpolitik. Eine derart hohe zweckgebundene Summe engt die Prioritätensetzung hier unnötig ein.

Zweitens, die Marktwirkung. Die Motion wirkt wie ein öffentliches Preissignal. Der Kanton kündigt de facto an, mit 260 Mio. Franken als Käufer aufzutreten. Der Regierungsrat weist zu Recht darauf hin, dass eine so klar kommunizierte Kaufabsicht den Markt verzerren kann. Verkäufer*innen wissen dann, dass der Kanton mit grosser politischer beschlossener Kasse

unterwegs ist, und werden sich beim Preis entsprechend verhalten. Anstatt Boden günstiger und zielgerichtet zu erwerben, könnte der Kanton so selbst zum Preistreiber werden. Dies läuft dem Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, direkt zuwider.

Drittens, die Flexibilität der Bodenpolitik. Eine aktive Bodenpolitik muss Chancen nutzen und je nach Marktlage unterschiedliche Instrumente einsetzen können. Direkte Käufe, Baurechte, Kooperationen mit Genossenschaften, Darlehen und Bürgschaften. Der Regierungsrat argumentiert, dass die bestehenden Instrumente inklusive einer bereits beschlossenen Rahmenausgabenbewilligung für die Wohnraumförderung ausreichen und sich bewährt haben. Eine neue grosse Rahmenausgabe nur für Landerwerb würde Mittel binden, die dann bei konkreten Projekten fehlen könnten.

Darum bitten wir Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Motion nicht zu überweisen. Unterstützen wir stattdessen den Weg einer aktiven, aber flexiblen Bodenpolitik, die den Kanton handlungsfähig hält, den Markt nicht verzerrt und die Finanzen nicht stark belastet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Balmer.

Bülent Pekerman (GLP): Bilateral.

Balz Herter, Grossratspräsident: Diese wird nicht entgegengenommen. Hiermit schliesse ich die Vormittagssitzung.

Schluss der 37. Sitzung

11:59 Uhr

Protokoll

der 38. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 19. November 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Tobias Christ (GLP); Lukas Faesch (LDP), Brigitte Gysin (GLP), Beda Baumgartner (SP), Georg Mattmüller (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

47. Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR 2
48. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Stellungnahme des RR 9
49. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelten und biodiversitätsfördernden Kindergarten, Schul- und Universitätsarealen, Schreiben des RR 14
50. Interpellation Nr. 109 Oliver Bolliger betreffend schadensmindernden Massnahmen rund um das kHaus, Schreiben des RR 14
51. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Voraussetzungen für den Bezug von kantonale Beihilfen, Schreiben des RR 15
52. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige, Schreiben des RR 15
53. Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Quote für erneuerbare Energie im Erdgasnetz, Schreiben des RR 17
54. Interpellation Nr. 105 Heidi Mück betreffend Chemiemüll beim Spielplatz Ackermätteli, Schreiben des RR 18
55. Interpellation Nr. 110 Brigitta Gerber betreffend Bern bricht Abfall-Farbsack-Pilotprojekt ab - was gedenkt Basel zu tun, Schreiben des RR 18
56. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Ausbreitung der Tigermücke, Schreiben des RR 19
57. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Hebammengeleitete Geburtshilfe in den Spitälern, Schreiben des RR 19
58. Interpellation Nr. 101 Eric Weber betreffend neue AKWs an der Grenze zu Basel - was sagt der Regierungsrat, Schreiben des RR 20
59. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Beitrag der Kulturbetriebe von Basel-Stadt zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens, Schreiben des RR 20
60. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Problemlösungen für die Konflikte auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB, Schreiben des RR 20
61. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels, Schreiben des RR 20
62. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte, Schreiben des RR 23
63. Interpellation Nr. 103 Claudio Miozzari betreffend Unterstützung für die Basler Afrika Bibliographien, Schreiben des RR 23

Beginn der 38. Sitzung

Mittwoch, 19. November 2025, 15:01 Uhr

47. Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR

[19.11.25 15:01:20, 25.5089.02]

Johannes Barth (FDP): Die FDP lehnt die Motion Balmer klar ab, nicht weil wir gegen eine aktive Bodenpolitik sind, sondern weil diese Motion genau das Gegenteil bewirkt von dem, was sie vorgibt zu bewirken. Das Problem liegt auf der Hand. 260 Mio. Franken, das sind 5% des gesamten Kantonsbudgets – das ist keine Bodenpolitik mehr, das ist Planwirtschaft, und zwar eine besonders teure und ineffiziente. Der Regierungsrat führt klar aus, alle rechtlichen Grundlagen für eine aktive Bodenpolitik existieren bereits. § 50a des Finanzhaushaltgesetzes gibt dem Regierungsrat die Kompetenz für strategischen Landerwerb. Das Wohnraumförderungsgesetz schafft die Instrumente für Baurechtsabgaben. Eine Rahmenausgabenbewilligung von 20 Millionen steht bereits zur Verfügung. Der Kanton Basel-Stadt gehört mit rund 700 Baurechtsverträgen zu den grössten Baurechtsausgebern der Schweiz. Das System funktioniert, warum sollen wir es mit dieser Motion torpedieren?

Stellen Sie sich vor, der Kanton kommuniziert öffentlich, dass er 260 Mio. Franken für Landerwerb ausgeben will. Was passiert wohl? Jeder Verkäufer kennt die Kaufabsicht, die Verhandlungsposition des Kantons wird massiv geschwächt, die Preise werden künstlich nach oben getrieben. Dies nennt man Marktwirtschaft. Das ist das Gegenteil von dem, was Sie erreichen wollen. Sie wollen doch günstigen Wohnraum schaffen, nicht die Grundstückpreise in die Höhe treiben und damit Wohnraum noch teurer machen.

Nun komme ich zum Verlust der Handlungsflexibilität. Eine Rahmenausgabenbewilligung bedeutet, die Mittel sind zweckgebunden im Verwaltungsvermögen, das heisst, sie stehen für andere wichtige Arealentwicklungen nicht mehr zur Verfügung. Der Regierungsrat verliert genau die Flexibilität, die er für intelligentes Handeln am Markt braucht. Aktuell kann der Regierungsrat schnell und gezielt zugreifen, wenn sich eine Gelegenheit bietet. Mit dieser Motion wird er zum schwerfälligen Tanker, den jeder Verkäufer kommen sieht.

Diese Motion ist auch finanzpolitisch unverantwortlich. 260 Millionen, das ist keine Kleinigkeit. Es bedeutet zusätzliche Verschuldung in dieser Höhe, es bindet langfristig Mittel, die für andere Staatsaufgaben fehlen, es schränkt den finanziellen Handlungsspielraum massiv ein. Wir reden hier von Investitionen in eine endliche Ressource, Boden, das ist richtig, aber wir reden auch von Opportunitätskosten. Dieses Geld fehlt dann in der Bildung, Verkehr, Gesundheit und Sicherheit. Ist es verantwortlich? Nein. Die bisherige Praxis funktioniert hervorragend, schauen wir uns die Fakten an. Areal Westfeld, 525 neue Wohnungen im Baurecht, Walkeweg, 150 Genossenschaftswohnungen geplant, VoltaNord, 150 preisgünstige Wohnungen geplant. Das Ziel des Regierungsrats ist klar. Von 13,5% preisgünstigem und gemeinnützigem Wohnraum auf 17% bis 2035 und 25% bis 2050. Und es funktioniert, ohne diese Motion. Der Kanton erwirbt gezielt Liegenschaften, wo es Sinn macht, er gibt sie im Baurecht ab. Das ist aktive intelligente Bodenpolitik, nicht dieser 260 Millionen Giesskannenschuss.

Es gibt bessere Alternativen. Die Motion Albietz, die im März zur Erfüllung überwiesen wurde, zeigt den richtigen Weg, 40 Millionen statt 260, gezielt für Restfinanzierungsdarlehen an gemeinnützige Trägerschaften, nachrangige Darlehen, die keinen generellen Preisdruck erzeugen, systemkonform und zielgerecht. Das ist der Unterschied zwischen einer chirurgischen Intervention und einer Abrissbirne.

Sie zitieren in Ihrer Begründung Hans Bernoulli und seine pionierhaften Überlegungen, schön und gut, aber Hans Bernoulli hat nie gefordert, dass der Staat mit der Giesskanne Hunderte Millionen auf den Immobilienmarkt wirft und damit die Preise selbst nach oben treibt. Bodenpolitik braucht Fingerspitzengefühl, Timing und Marktkenntnisse, nicht Planwirtschaft und Symbolpolitik. Sie verweisen auf Singapur als Vorbild. Singapur ist ein autoritärer Stadtstaat mit komplett anderen Rahmenbedingungen. Dies als Argument für Basel zu nehmen, ist absurd. Was wir wirklich brauchen ist, mehr Bauzonen, nicht mehr Geld für bestehende Zonen, schnellere Baubewilligungsverfahren, nicht längere Wartezeiten, weniger Auflagen, nicht mehr Bürokratie, Arealentwicklungen vorantreiben wie Klybeck, Hafen, Bahnareale. Der Engpass ist nicht Geld, der Engpass sind die Flächen und die Geschwindigkeit.

Unser Fazit: Diese Motion ist unnötig, die Rechtsgrundlagen existieren. Sie ist kontraproduktiv – sie treibt Preise hoch statt runter, sie ist teuer – 5% des Kantonsbudgets als Verschuldung, sie ist unflexibel – sie bindet Mittel starr im Verwaltungsvermögen, sie ist ideologisch – Planwirtschaft statt intelligente Bodenpolitik. Der Regierungsrat macht bereits eine erfolgreiche aktive Bodenpolitik. Mit 700 Baurechtsverträgen gehört Basel zu den erfolgreichsten Kantonen der Schweiz in diesem Bereich. Lassen wir den Regierungsrat seine Arbeit machen, lehnen wir diese Motion ab, setzen wir auf die Motion Daniel Albietz als zielgerichtete, wirksame Alternative.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Gmür (SP): Ich bin ein bisschen verwirrt. Haben Sie die Motion Albietz nicht geschlossen abgelehnt?

Johannes Barth (FDP): Was demokratisch angenommen wurde, muss man entsprechend umsetzen und somit nehme ich diese als Gegenargument für diese Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jetzt darf Daniel Albietz sprechen.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Sie konnten schon der Kreuztabelle entnehmen, dass unsere Fraktion in der Frage gegenüber dieser Motion ambivalent ist, sie ist offen oder auch heterogen, das heisst, wir haben einzelne Mitglieder, die dezidiert jeden aktiven Part des Staates beim Landerwerb ablehnen, wir haben aber auch Mitglieder der Fraktion, die die Motion unterzeichnet haben, und wir haben eine intensive Diskussion geführt, wie wir mit der Zweitüberweisung umgehen. Und da muss ich sagen einerseits an die Adresse von der Regierungsrätin, dass wir anerkennen, dass tatsächlich schon ein Instrumentarium besteht, dass der Staat , hier der Kanton aktiv sein kann. Es ist ja nicht der Kanton, es ist die Einwohnergemeinde Basel, die jeweils Liegenschaften kauft bei uns und nicht der Kanton, aber hier kann der Kanton schon aktiv sein. Und da ist natürlich auch ein Teil der Kritik und deshalb wurde die Motion auch teilweise unterzeichnet, nämlich warum nimmt der Kanton diese Möglichkeit zu wenig wahr, zumindest nach der Auffassung der Befürworter.

Das Zweite, was wir anerkennen, wurde schon in der Erstüberweisung als Argument gegen die Motion angeführt, und ist, dass das Instrument, das hier vorgeschlagen wird, rein haushaltsrechtlich falsch ist. Es geht um eine Rahmenausgabenbewilligung und die ist tatsächlich dafür gedacht, dass Dinge im Aufwand entstehen, sprich erfolgswirksam und dass es nicht um Finanzvermögen geht. Uns stört die Verbindung, die jetzt vorgeschlagen wird mit dem Verwaltungsvermögen, wir wollen diese Sachen nicht über das Verwaltungsvermögen abgewickelt haben, sondern jeder Landkauf, den der Kanton tätigt ins Finanzvermögen, ist ein Aktivtausch, das ist schlicht weniger Geld auf dem Konto, dafür mehr Liegenschaften. Das heisst, es braucht dieses Instrument nicht, es ist auch falsch. Das ist aber auch wieder eine Kritik an der Regierung, warum schlägt sie dann für die Zweitüberweisung oder für die Frage der Zweitüberweisung in ihrem Bericht nicht ein Instrument vor, das eben geeignet wäre, zum Beispiel ein Fonds oder ein anderes Mittel, um Geld für spezifisch diesen Zweck vorzuschlagen?

Also wir erkennen, dass hier ein Fehler im System ist oder im Vorschlag, der nicht durch diese Zweitüberweisung geheilt werden kann. Und darum schlägt Ihnen heute unsere Fraktion vor, und ich beantrage das auch, dass diese Motion als Anzug überwiesen wird, damit die Regierung eine Motivation hat, sich aktiv um den Landerwerb zu kümmern.

Ich danke auch für die lobenden Worte zur Restfinanzierung, die ich heute gehört habe und auch die Bestätigung, dass der Strategie der Regierung, nämlich bis 2050 25% Wohnungsbau im gemeinnützigen Bereich zu ermöglichen, anerkannt oder zugestimmt wird. Das freut uns und ich danke, wenn Sie dem Antrag folgen, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Ist es eine neue Regierungsaufgabe, untaugliche Motionen zu verbessern, obwohl dies gesetzlich nicht möglich ist?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Nein, und genau darum schlagen wir vor, dass es nicht als Motion weitergeht, sondern als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Michael Hug spricht für die LDP.

Michael Hug (LDP): Wie bereits mehrfach ausgeführt, führt die Überweisung dieses Vorstosses dazu, dass tatsächlich 260 Mio. Franken. im ordentlichen Haushalt vorgesehen werden müssten, das bedeutet beispielsweise, dass rund 50 Millionen pro Jahr in den kommenden fünf Jahren mehr ausgegeben werden müssten. Dieses Geld fehlt dann an anderen Stellen und dies in einer Zeit, in der wir uns auf sinkende Überschüsse einstellen müssen. Wollen wir denn das wirklich? Es ist gefährlich, solche Summen ohne klare strategische Leitplanken festzulegen, und es ist überraschend, dass dies so breit unterstützt wird. Das Geld wird auch für soziale Aufgaben fehlen.

Aus liberalen Überlegungen muss man gegen diesen Vorstoss sein, wenn der Staat in diesem Ausmass zum aktiven Marktteilnehmer wird. Ein Kanton, der mit einem 260-Millionen-Kredit auf Einkaufstour geht, setzt starke Marktimpulse und verzerrt den Preismechanismus, das wurde auch schon mehrfach genannt bei den Käufen, beispielsweise des Claraareals und anderen Arealen. Sie wissen es noch, vielleicht auch beim Horburgpark. Diese Eingriffe treiben potenziell sogar die Bodenpreise weiter an. Gleichzeitig steigt das Risiko für die öffentliche Hand. Das Beispiel Clara-Areal zeigt es deutlich, wir wissen bis heute nicht genau, wie es um die Gebäudesubstanz steht. Die nötigen Sanierungen werden dereinst über Steuergelder bezahlt, Risiken, die vor dem Kauf nicht transparent sind. Solche Beispiele dürfen nicht Schule machen.

Der Regierungsrat führt zu Recht aus, dass die aktive Bodenpolitik heute bereits funktioniert. Die Instrumente stehen bereit und sie werden genutzt, Areale am Walkeweg, im Hafen, im Rosental und weitere Transformationsflächen sind in der Entwicklung. Parallel dazu werden weiter punktuell Liegenschaften erworben, beispielsweise an der Gartenstrasse. Dafür braucht es kein zusätzliches, starres Budget von 260 Mio. Franken. Es ist also, und das suggeriert dieser Vorstoss, keine Geldfrage, die über den Kaufentscheid bestimmt. Es geht darum, ob etwas sinnhaft ist zu erwerben oder nicht und wenn es das ist, ist es heute schon möglich, dieses zu erwerben.

Aus raumplanerischer Sicht hat Hans Bernoulli und seine Mitstreiter wie Ivo Balmer dennoch einen wichtigen Punkt. Wir erachten es durchaus als sinnvoll, wenn der Kanton strategische Flächen an guten, räumlich zusammenhängenden Lagen erwirbt und hält, damit wir künftig Schulen, Spitalerweiterungen, Forschungsbauten oder Schwimmhallen realisieren können. Aber genau deshalb braucht es eine klare Strategie dazu, bevor wir Hunderte Millionen bereitstellen. Wir müssen wissen, welche Flächen strategisch bedeutsam sind, zu welchen Preisen wir sie erwerben wollen und mit welcher Priorität wir vorgehen. Dazu gehört auch ein Grundsatz, den wir als LDP seit Jahren vertreten. Wenn der Kanton Boden kauft, dann soll die Bebauung möglichst über Baurecht erfolgen, nicht durch eigene Gebäudeübernahmen. Das steht auch in der Motion, aber nicht gänzlich absolut.

Aus diesem Grund kann sich ein Teil unserer Fraktion vorstellen, den Vorstoss als Anzug zu überweisen, aber nur, wenn dadurch genau diese strategische Grundlagenarbeit verbessert wird und wenn die Motion selbst abgelehnt wird. Der Anzug wäre ein Zeichen, dass wir eine klare Priorisierung und einen nachvollziehbaren Plan wünschen, nicht aber einen Freipass für 260 Mio. Franken ohne definierte Ziele. Das wurde heute Morgen schon ausgeführt von Ratskollege Daniel Gmür, der auch meinte, dass man irgendwelche Liegenschaften erwerben kann. Und das wollen wir gerade nicht. Es braucht eine klare Planung dahinter, und es braucht das Kriterium der zusammenhängenden Flächen, die erworben werden können.

Zum Schluss noch ein Punkt, der mir nach wie vor unklar bleibt. Wie verhält sich diese Rahmenausgabenbewilligung zu Käufen im Finanzvermögen? Kann die Regierung zusätzlich zu den 260 Mio. Franken weiterhin frei Käufe tätigen? Wenn Ja, denke ich, ist die Vorlage überflüssig. Der Kanton kauft ja bereits jetzt und macht von dieser Option auch Gebrauch. Wenn Nein, wäre dies in den Kreisen, die kritisch gegenüber solchen Vorgehen sind, immerhin ein Korrektiv. Ich denke, ein Kauf des Clara-Areal wäre nämlich nicht möglich gewesen, wenn das gesamte Volumen nur diese 260 Millionen wären. Im Finanzvermögen ist es nämlich viel besser möglich, grosse finanzielle Verpflichtungen einzugehen, weil man über das Gesamtportfolio rechnen kann, weil man sich finanzieren kann und gute Konditionen erzielt und die Gesamtperformance auch über das Portfolio anders gerechnet werden kann. Das wäre in diesem Fall, wenn man diese Rahmenausgabenbewilligung hat, die limitierend wirkt, nicht mehr möglich und ich frage mich, ob das hier Absicht war oder ob ich dazu vielleicht noch eine Antwort erhalten könnte. Ich denke aber nicht, dass es im Sinne der Motionäre wäre, wenn das so eine Limitierung ist.

Darum mein Fazit: Lehnen wir die Motion ab und wenn ein Signal gewünscht wird, dann über einen Anzug mit klarer strategischer Erwartung an die Regierung und ohne finanzpolitische Risiken, die wir heute nicht verantworten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Diese wird entgegengenommen.

Ivo Balmer (SP): Was ist mit der Zielgrösse 25% preisgünstiger Wohnraum bis 2050? Ist das eine Strategie oder nicht?

Michael Hug (LDP): Das ist eine Strategie, die sich ja über die Gebäude auch von Privaten umsetzen lässt. Aber meine Frage würde ich dennoch gerne beantwortet wissen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Patrizia Bernasconi hat das Wort für die BastA.

Patrizia Bernasconi (BastA): Die Argumente, die ich bis jetzt gehört habe, sind die gleichen Argumente, die der Regierungsrat vorbringt. Sie lauten zum Beispiel, eine Rahmenausgabenbewilligung schränke den Handlungsspielraum des Kantons ein oder der Kanton könnte die Bodenpreise nach oben treiben. Ich habe auch von Machtwirkung und Marktverzerrung gehört. Es wird Sie sicher nicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass ich das genau umgekehrt sehe. Eine solche Rahmenausgabe schafft Flexibilität, weil sie dem Kanton ermöglicht, schnell auf Chancen am Markt zu reagieren. Gerade in einem Markt, in dem Boden knapp ist, bedeutet Handlungsfähigkeit schnell entscheiden zu können, statt abwarten zu müssen. Und die Motion fordert nur die Mittel, nicht den Zwang. Man muss nicht einfach alles sofort kaufen. Somit werden die Preise nicht nach oben getrieben, es besteht also keine Gefahr einer Marktverzerrung, keine Planwirtschaft, das Geld wird nicht einfach so auf den Markt geworfen.

Die bestehenden Instrumente, Baurechtsmodelle, Förderprogramme bleiben unverändert wirksam, die Rahmenausgabe ergänzt sie nur und stärkt die aktive Bodenpolitik des Regierungsrates. Mit der Rahmenausgabe kann er opportunistisch und strategisch handeln und wir wissen, welches die Strategie ist: Das ist mehr bezahlbarer und mehr gemeinnütziger Wohnungsbau.

Kurz zusammengefasst: Die Rahmenausgabe ist kein Zwang, sondern ein Werkzeug, das den Handlungsspielraum erweitert, nicht einschränkt. Diesen Handlungsspielraum brauchen wir dringend, denn, wir haben es schon gehört, die Bodenpreise stagnieren, aber die Mietzinsen sind sehr hoch. Es ist also der richtige Zeitpunkt. Vielen Dank für die Überweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Daniel Gmür hat zu Beginn bereits die boden- und finanzpolitischen Mechanismen sehr anschaulich erklärt. Für die Fraktion GRÜNE/jgb möchte ich mich deshalb auf ein paar übergeordnete Punkte konzentrieren.

Die Sicherung von Boden ist eine Politik mit weitreichendem Zeithorizont. Dass sich der Kanton durch eine aktive Bodenpolitik möglichst grosse Handlungsspielräume in der Gestaltung der Stadt sichern kann, ist besonders in Zeiten grosser Umbrüche wichtig. Die klimatischen Entwicklungen und die damit einhergehenden Ressourcenverknappungen, steigenden Temperaturen und noch unvorhersehbare demografische Entwicklungen als Folge der Klimakrise werden uns vor städtebauliche Herausforderungen stellen. Fragen der inneren Verdichtung, der Stadtklimaanpassungen, der Verfügbarkeit und ökologischen Vertretbarkeit von Baumaterialien und der sozioökonomisch gerechten Verteilung von Wohnraum stellen sich bereits heute und werden in den kommenden Jahren massiv an Bedeutung gewinnen.

Für uns als Fraktion GRÜNE/jgb ist es daher zentral, dass wir die Beantwortung genau dieser Fragestellungen nicht dem Markt überlassen, sondern dass wir diese mit einer aktiven und vor allem weitsichtigen Bodenpolitik des Kantons in demokratischen Händen absichern. Wir haben zahlreiche gute Beispiele im Kanton, die zeigen, welches Potenzial hier liegt und weiter ausgeschöpft werden könnte. Mit dieser Motion können wir die aktive Bodenpolitik des Kantons über die gemeinsame Zielsetzung hinaus konkret vorantreiben, um einerseits Wohnraum der Spekulation zu entziehen und andererseits eine Stadtentwicklung im Sinne der ökologischen Ziele des Kantons zu ermöglichen. Diese Motion bietet, wie Patrizia Bernasconi schon gesagt hat, den finanziellen Handlungsspielraum, um dieses Ziel auch zu erreichen.

Dann möchte ich noch kurz auf den breit diskutierten Punkt der Preisverzerrung eingehen. Hier möchte ich daran erinnern, wir haben es in der Erstüberweisung schon davon gehabt, dass wir in keineswegs unbekannte Gewässer vorstossen. Aus der Stadt Zürich wissen wir, dass diese Befürchtung nicht eintrifft. Seien wir ehrlich, der heutige Markt ist längst verzerrt und überhitzt. Auch bei den investierenden Pensionskassen ist allseits bekannt, dass sie unter Investitionsdruck stehen und im Immobilienmarkt kann schon längst keine Rede von gleich langen Spiessen für alle Marktteilnehmenden sein. Der Bodenankauf durch den Kanton ist also der Schlüssel, nicht der Störfaktor für einen funktionierenden «Wohnungsmarkt».

Wir wissen es alle, unsere Stadt entwickelt sich auf begrenztem Raum, die Möglichkeiten, wo wir noch entwickeln können, werden weniger. Wiederholen wir nicht die Fehler der Vergangenheit und nutzen wir die Möglichkeit, die wir als finanzstarker Kanton haben, um die aktive Bodenpolitik voranzutreiben, damit wir unsere ökologischen Ziele mit vorbildlichen Projekten vorantreiben können, damit wir Flächen für zukünftige Schulen und Gesundheitseinrichtungen sichern können und im Baurecht Projekte von höchster Qualität für die Bewohnenden ermöglichen können.

Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie daher darum, die vorliegende Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen, die Kollegen Michael Hug, Johannes Barth und auch Daniel Albietz haben eigentlich schon relativ viel gesagt. Die SVP-Fraktion kann sich dem grundsätzlich anschliessen.

Für uns ist es eigentlich eine relativ simple Frage: Ist es eine Staatsaufgabe, hier noch einen aktiveren Landerwerb zu betreiben oder ist es keine Staatsaufgabe? Und für die SVP-Fraktion ist es klar, es ist in diesem Ausmass keine Staatsaufgabe, hier noch weiter aktiv zu sein. Die SVP hat schon damals die Bodeninitiative abgelehnt und diese Initiative würde ja noch viel weiter gehen als die bisherigen Mittel, die wir in diesem Bereich auch haben.

Was man den Motionären attestieren muss, um auch fair zu bleiben: Wenn man natürlich der Meinung ist, dass es eine Staatsaufgabe ist, hier mehr Landerwerb zu betreiben, dann macht diese Motion natürlich mehr Sinn, als wenn wir es im Einzelfall tun, wie es bei den Schorenhochhäusern oder wie es beim Horburg-Areal war. Denn dort würde dann der Preis viel mehr in die Höhe getrieben werden, wenn wir als Parlament die Regierung zwingen, etwas zu kaufen. Aber trotzdem, auch bei der Überweisung dieser Motion hätten wir diesen Effekt, wenn dann Verkäufer oder Eigentümer sehen, dass hier der Kanton viel aktiver werden muss, wie es bisher der Fall ist, und hier würde dann auch der Kanton einen Verlust machen.

Und ich denke auch, dieser Effekt wäre höher, wenn wir jetzt einfach ein Vorkaufsrecht beispielsweise verankern würden, denn dann hätte der Kanton natürlich das Recht, aber er müsste nicht kaufen. Dementsprechend sind wir der Meinung, dass wir diesen Effekt schon als gefährlich erachten und deshalb auch diese Motion ablehnen.

Und es gibt ja auch noch folgenden Punkt: Wenn wir jetzt eine Situation hätten im Kanton Basel-Stadt, wo wir keine Instrumente hätten für die Schaffung von günstigem Wohnraum, dann könnte man ja noch diskutieren auf diese Art und Weise, aber wir haben das Wohnraumfördergesetz, wir haben den Gegenvorschlag zur Initiative Basel baut Zukunft, dort haben wir jetzt mehrere Instrumente, mit denen in Zukunft auch günstiger Wohnraum entsteht oder zumindest auch geschützt wird. Diesen Punkt benötigt es aus unserer Sicht nicht zur Schaffung von günstigem Wohnraum.

Dementsprechend lehnen wir auch diese Motion ab. Wenn jetzt der Antrag gestellt wurde, dass die Motion in einen Anzug abgeschwächt wird, dann unterstützen wir selbstverständlich die Weiterbehandlung als Anzug, würden dann aber in einem zweiten Schritt die Überweisung ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny.

David Jenny (FDP): Habe ich mich verhört, oder haben Sie Sympathie für ein staatliches Vorkaufsrecht ausgesprochen, was einen sehr grossen Eingriff in die Privatautonomie darstellt?

Pascal Messerli (SVP): Nein, ich habe nicht von Sympathie gesprochen, ich habe gesagt, dass selbst ein Vorkaufsrecht weniger schlimm wäre aus bürgerlicher Sicht als diese Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Nur ganz kurz zwei Punkte zum Thema Boden im Kanton Basel-Stadt. Die Vorredner haben gesagt, der Boden ist knapp. Das stimmt. Darf ich bitten, die erste Folie einzublenden. Es ist kein Witz, was ich hier erzähle, aber ich bin sehr stolz, dass ich seit 62 Jahren im geografischen Mittelpunkt des Kantons Basel-Stadt bin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das hat nichts mit der Bodenpolitik zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber trotzdem, man muss sagen, Bodenpolitik, der Mittelpunkt vom Kanton Basel-Stadt ist dort, wo ich wohne. Ich bin der einzige Grossrat, der im Mittelpunkt lebt seit 62 Jahren. Das ist für mich wie eine göttliche Fügung. Ich bin auch der Mittelpunkt in diesem Parlament.

Ich möchte noch kurz zu meinem Vorredner kommen, Johannes Barth, einer meiner neuen Lieblings-Grossräte. Johannes Barth hat richtig gesagt und Hans Bernoulli zitiert. Und da darf ich sagen, ich wohne in einem Bernoulli-Haus und ich bin dankbar, dass Johannes Barth das zitiert hat. Fina Girard hat gesagt, wir haben zu wenig Platz, zu wenig Boden, und das wollte ich einfach sagen, und ich frage mich dann einfach als Grossrat, ist es ein Zufall oder ist es kein Zufall, dass ich genau im geografischen Mittelpunkt bin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Nur ein paar Worte zu den Folterinstrumenten des sozialistischen Bodenrechtes. Pascal Messerli hat gesagt, das Vorkaufsrecht sei weniger schlimm. Ich glaube, diese Abwägung ist wirklich relativ kompliziert, denn ich glaube, bei einem unlimitierten Vorkaufsrecht enteignen Sie den privaten Verkaufswilligen in dieser Hinsicht, dass er nicht mehr frei ist, wem er etwas verkaufen will, weil ja immer der Staat das letzte Wort hat. Und vielleicht ist das jemand, der lieber dem Teufel als dem Staat verkaiuft.

Und dann, die preistreiberische Wirkung ist ja noch sehr viel höher. Die Gefahr halb simulierter Transaktionen mit einem Gegenfantasiepreis ist ja wirklich da und ich glaube, es ist wirklich erstaunlich, dass hier ein Bürgerlicher dieses Vorkaufsrecht verharmlost. Ich meine, bei dieser Rahmenausgabenbewilligung hat immerhin der Private die Freiheit zu sagen, lieber Staat, auch wenn du mehr bietest als eine böse Renditeorganisationen wie eine Pensionskasse, ich verkaufe es dir trotzdem nicht. Diese Freiheit hat ein Privater noch, das hat er dann beim Vorkaufsrecht nicht. Also ich bitte Sie, ein bisschen vorher zu überlegen, bevor Sie solche Folterinstrumente loben. Das kann vielleicht dann der Sonderbund einführen, den die Herren Maurer und Brunner gründen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ivo Balmer ist nächster Einzelsprecher.

Ivo Balmer (SP): Heute geht es um den Landerwerb und nicht um das Vorkaufsrecht. Ich glaube, das ist wichtig hier anzufügen. Es geht um Grundsätzliches und ich glaube, das hat diese lebhafte Debatte auch gezeigt, und ich möchte wirklich nochmals erwähnen, Boden ist elementar und genau hier bahnen sich schon die ersten Missverständnisse an. Er ist eben nicht knapp, nein, er ist endlich und auf der Nachfrageseite, das ging heute sehr stark vergessen, herrscht Zwang. Das heisst, jede physische Aktivität braucht Boden, selbst wenn ich hier vor euch stehe an diesem Rednerpult. Und genau diese Ausgangslage ist entscheidend, dass Boden zum Investitionsobjekt Nummer 1 wird.

Und die Attraktivität, das ist klar, das variiert mit anderen Opportunitäten von anderen Anlageklassen, sei es Aktien oder sonstige Dinge. Aber in einem eng begrenzten Stadtkanton, wie wir das sind, bleibt und war Boden immer der eigentliche Favorit. Und genau das ist das Wissen der Kapital- und Immobiliengesellschaften und deshalb kaufen sie ja auch diesen Basler Boden. Weil alle etwas von diesem Boden haben möchten, steigen die Preise.

Und jetzt, was zeigt diese Debatte? Die hohen Ausgaben werden als Argument eingeführt. Da muss man schon nochmals wiederholen, was Daniel Gmür zu Beginn gesagt hat. Diese Rahmenausgabenbewilligung ist keine klassische Ausgabe oder eine Verschuldung, denn Landkauf ist immer ein Aktivtausch. Man gibt Geld aus, aber man erhält einen Gegenwert. Und es ist sogar noch besser, ich kann Sie da beruhigen, denn diese Vermögenswerte steigen ja über die Zeit, das zeigt die historische Bodenpreisentwicklung in unserem Kanton mehr als deutlich, und das führt dann dazu, dass diese Wertsteigerungen, wenn mehr öffentliches Bodeneigentum zugekauft wird, bei der Allgemeinheit verbleiben.

Wir wären ja eigentlich wirklich verrückt, wenn wir dieses Feld diesen anlagesuchenden Immobiliengesellschaften überlassen würden. Und genau hier geht es, und da komme ich so ein bisschen zur Frage, die mir Michael Hug gestellt hat, es geht hier um eine aktivere Bodenpolitik. Es ist richtig, das können wir alle nachlesen, die Grundsätze gibt es in unserem Finanzhaushaltsgesetz, sie gibt es für die Rahmenbewilligung, das hat Kollege Daniel Gmür auch zitiert, im Wohnraumförderungsgesetz. Es gibt die Möglichkeit, über solche Rahmenkredite gerade auch den Landerwerb für bestimmte Eigentümer:innenschaften zu tätigen.

Und das ist nicht strategisch unklar, sondern es geht um das preisgünstige Wohnen, es geht aber auch um das selbstgenutzte Wohnen, weil Menschen, die hier leben, sollen genau von diesen eigentlich stabilen Wohnkosten profitieren. Ich glaube, dort liegt diese Win-Win-Win-Situation. Wir investieren ja, wenn wir über Ausgaben sprechen, ganz viel in unsere Standortattraktivität, wie wir das meistens nennen. Wir investieren also Steuergelder, damit unser Kanton attraktiv ist und das ist auch gut so. Genau deshalb steigen ja die Bodenpreise und deshalb ist es mehr als richtig, hier aktiver mit einem zusätzlichen Instrument, um die Frage deutlich zu beantworten, weiter nach vorne zu bringen und dafür werden jetzt diese 260 Millionen eingestellt, damit man mehr machen kann.

Und dass jetzt hier die Mitte/EVP auf einen Anzug umschwenken will, verstehe ich nicht, weil ich glaube, der Regierungsrat, da teile ich die Meinung von Daniel Albietz, hat leider versäumt in der Beantwortung, konkret Modelle zu überprüfen, was man und wie man diese Rahmenausgabenbewilligung für ein nachhaltiges Instrument, beispielsweise einen Bodenfonds, gebrauchen könnte. Deshalb bitte ich Sie, bleiben wir bei dieser Motion, machen wir einen deutlichen Schritt vorwärts, damit Basel noch mehr Boden kauft und somit alle davon profitieren können. Ich danke für die zweite Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft Regierungsrätin Tanja Soland hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es ist eine Zweitüberweisung, das heisst, es ist eine Stellungnahme der Regierung in für uns relativ kurzer Zeit. Daher haben wir hier auch nicht andere Modelle geprüft und ausgebreitet, das als kleine Entschuldigung. Ich verstehe daher auch den Antrag von Daniel Albietz, der sagt, es sollte eigentlich ein Anzug sein, weil es sind viele Fragen noch offen. Sie haben ja gesehen, wir haben auch auf die Motion von Daniel Albietz verwiesen, an deren Umsetzung wir sind, und wir sind daran, genauer zu klären, was wir machen können.

Ich habe jetzt versucht, in Ihrer langen und breiten Diskussion zu verstehen, um was es geht. Ich möchte jetzt das mit dem Geld etwas ausblenden, weil ich glaube, dass wir da nicht weiter kommen. Ich habe ein Zitat heute aufgeschrieben, da wurde gesagt, die Regierung muss dann ja nicht kaufen, sie darf. Und man möchte uns von den Fesseln des Finanzvermögens erlösen. Das ist nicht nötig, ich habe im Finanzvermögen ziemlich weit nach oben die Möglichkeit, Geld auszugeben, muss ich Ihnen sagen. Daher glaube ich ja nicht, dass es ums Geld geht oder wie schnell wir Geld haben oder wie schnell wir kaufen können, denn das besteht heute, die Möglichkeit besteht und Michael Hug hat ja dann auch noch gesagt, wie furchtbar es mit diesem Clara-Areal war. Er war nicht begeistert. Aber ja, das war möglich, das ging schnell, es ging natürlich auch nur, weil die Verkäufer es uns verkaufen wollten.

Also gehe ich davon aus, es geht eher darum, wie wir die Bodenpolitik umsetzen. Es geht um die strategische Frage, wann wir kaufen, was wir kaufen und warum. Ich glaube, das scheint der Punkt zu sein. Da wird die Motion nichts lösen. Die Regierung hatte bisher den Eindruck, dass wir das sehr gut machen. Wir sind sorgfältig, das ist so, wenn der Preis total überrissen ist, dann kaufen wir nicht, da machen wir nicht mit, das stimmt, wir kaufen auch nicht Einfamilienhäuser, nein, die stossen wir ab, weil wenn der Staat verantwortlich ist für eine einzelne Familie und zu entscheiden hat, wer da hinein darf, das ist sehr schwierig.

Wir waren sehr sorgfältig, finde ich, und wir kaufen das, was wir konnten, was Sinn macht. Ich höre jetzt von einer, vielleicht ist es eine Mehrheit, ich weiss es nicht, die möchte, dass wir die Strategie ändern. Darüber kann man diskutieren. Man kann sich die Frage stellen, ob wir dort aktiver sein sollten, ob es geht, ist eine andere Frage. Ich meine damit nicht diesen kleinen Betrag, den wir überzahlen können. Wir haben ja bereits jetzt die Möglichkeit, etwas höher zu gehen. Aber es geht auch nicht immer, es gibt auch viele, die wollen uns nicht verkaufen, wir können auch nicht ein Wohnhaus kaufen und die Mieter hinauswerfen und eine Schule bauen. In gewissen Bereichen sind uns auch die Hände gebunden.

Ich habe es nur so aufgenommen heute, dass es vor allem darum geht, was wir kaufen und ob wir nicht mehr kaufen sollen, und wenn Sie das als Anzug überweisen möchten heute, nehme ich diese Fragen mit und werde auch versuchen, diese zu beantworten und mit Ihnen zu diskutieren. Denn das scheint das grösste Thema zu sein, weil Geld im Finanzvermögen ist vorhanden, das ist nicht die Schwierigkeit. Wenn Sie es umwandeln, muss ich es einstellen ins Budget, das ist für uns nicht wirklich ideal. Sie brauchen uns auch nicht von den Fesseln zu lösen, aber wenn Sie dort mehr wollen, dann müssen wir, glaube ich, über diese Strategien reden. Bei der Motion Albietz werden wir das auch machen. Braucht es noch mehr Land, insbesondere für die Genossenschaften? Denn dort zählt schon etwas anderes. Wenn wir ein normales Stück Land abgeben im Baurecht, dann kommt das eigentlich nicht günstiger. Bei den Genossenschaften haben wir einen Auftrag mit einem speziellen Baurechtsvertrag, aber sonst kommt es für die Person, die das Baurecht hat, eigentlich nicht günstiger.

Ich nehme mit, Sie wollen vor allem über das diskutieren. Ich bitte Sie, die Motion nicht als Motion zu überweisen, da wir hier nur finanziell den Rahmen enger machen. Daher bitte ich Sie, sie nicht als Motion zu überweisen, ich habe aber alle Ihre anderen Fragen und Anliegen gehört und ich glaube, darüber müssen wir sicher bald einmal diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu den Abstimmungen. Daniel Albietz beantragt eine Überweisung als Anzug, Daniel Gmür beantragt eine Überweisung als Motion. Wir machen daher eine Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Anzug, NEIN heisst Motion.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 47 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007677, 19.11.25 15:44:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für einen Anzug entschieden mit 50 gegen 47 Stimmen. Bülent Pekerman beantragt die Nichtüberweisung. Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007679, 19.11.25 15:44:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 56 gegen 41 Stimmen.

48. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Stellungnahme des RR

[19.11.25 15:45:05, 25.5202.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres. Das Wort hätte Regierungsrätin Tanja Soland, sie spricht der zweiten Runde. Hanna Bay spricht für die SP.

Hanna Bay (SP): Im Namen der SP bitte ich Sie, die vorliegende Motion ein zweites Mal als Motion und somit dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen. Ich mag mich daran erinnern, die Diskussion bei der Erstüberweisung war intensiv. Es ging um Mutterschaft als gesamtgesellschaftliche oder als private Angelegenheit, es ging um die vermeintliche Besserstellung des Kantonspersonals gegenüber der Privatwirtschaft und es ging um Kaiserschnitte, welche nicht nach medizinischer Indikation geplant werden, sondern nach der Frage, wann ein Arbeitsverhältnis ändert oder vielleicht kann man auch sagen, wann er gerade so gut in die Agenda passt.

Nun, ich glaube, es ist an dieser Stelle angezeigt, nochmals kurz in Erinnerung zu rufen, um was es bei dieser Motion wirklich geht. Es geht um die Frage, ob wir werdende Mütter besser gegen die finanziellen Risiken einer Mutterschaft absichern möchten oder ob wir das nicht möchten. Es geht um die Frage, ob wir mehr werdende Mütter in befristeten Arbeitsverhältnissen in diesem existenziellen und einschneidenden Lebensmoment jenen Müttern gleichstellen, welche in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehen, oder ob wir das nicht möchten. Und es geht, nun etwas juristischer

gesprochen, um die Frage, ob wir eine indirekte Geschlechterdiskriminierung beseitigen möchten oder ob wir das nicht möchten. Denn es geht eben nicht darum, die negativen Konsequenzen eines befristeten Arbeitsverhältnisses in globo auszubügeln, es geht nicht darum, die Arbeitsattraktivität beim Kanton als solche zu steigern. Denn diese negativen Konsequenzen bestehen in vielen Angelegenheiten, die bestehen bei Krankheit, die bestehen bei Unfall, etc. Aber sie betreffen dort alle Geschlechter und deswegen haben wir es dort nicht mit einer Diskriminierung zu tun.

Bei der Schwangerschaft sieht es aber eben anders aus, Schwangere finden meist keine nahtlose Weiterbeschäftigung. Wir haben sogar noch ein Arbeitsverbot in den ersten acht Wochen, oder aber dann haben wir ein frisch geschlüpftes Baby zu Hause. Es ist einerseits faktisch – finden Sie mal eine Kita, welche ein zwei Monate altes Baby aufnimmt –, und andererseits auch emotional schlicht nicht möglich, so schnell wieder arbeiten zu gehen. Mutterschaft ist eine Zäsur, nicht nur, aber auch im Erwerbsleben. Und es betrifft eben nur jenes Geschlecht, welches gebären kann. Und folglich haben wir hier schlicht und einfach eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes, wir haben eine Diskriminierung der Frauen.

Und deswegen geht es hier eben auch nicht um die Frage nach der Konkurrenz zwischen Privatwirtschaft und Staatspersonal, wie dies von den Bürgerlichen bei der Erstüberweisung in den Ring geworfen wurde, sondern es geht um die Frage, ob wir die kantonalen Anstellungsbedingungen, die meistens besser sind als die privaten, allen Müttern zugestehen möchten oder nicht. Und ich bin für ersteres. Beim Kantonspersonal lassen sich die konkreten Fälle wohl auch an einer Hand in einem Jahr abzählen, und dass es auch bei Assistenzärztinnen ohne weiteres umsetzbar ist, das zeigen einerseits die Spitäler in Zürich und andererseits auch das UKBB und das USB, welche das Problem anerkannt und die Praxis bereits angepasst haben.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht darum, das Rad neu zu erfinden, sondern um die Schliessung einer kleinen Lücke, welche einfach und rasch geschlossen werden kann und deren Schliessung für die betroffene Person aber dennoch eine enorme Erleichterung mit sich bringt. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass dies ein No-brainer ist, wir brauchen hier nicht eine vertiefte Prüfung im Rahmen einer Arbeitsgruppe, sondern wir können direkt und rasch umsetzen, und deswegen bitte ich Sie um die Zweitüberweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Franziska Stier das Wort.

Franziska Stier (BastA): Eltern zu werden, gehört zu den prägendsten Erlebnissen im Leben, das wissen viele von Ihnen besser als ich, und es hat einen hohen Preis, vor allem für Mütter. Sie tragen bis heute viele berufliche Nachteile, wie auch eine Umfrage der Gewerkschaft VPOD zeigt, und genau einen dieser Nachteile möchte die vorliegende Motion beheben. Die Schweiz steht im internationalen Vergleich schlecht da, was Mutterschaftsleistungen betrifft. Die gesetzlichen 14 Wochen sind schlicht zu wenig. Viele Mütter kompensieren dies mit Ferien, Überstunden und unbezahltem Urlaub, ein Zustand, der grundsätzlich weder fair noch nachhaltig ist. Die 16 Wochen des Kantons sind ein Fortschritt, aber sie gelten eben nicht für Mütter mit befristeten Arbeitsverträgen im Kanton. Genau in dieser Phase, in der sie besonderen Schutz brauchen, verlieren sie ihre Stelle und zusätzliche Leistungen.

Die Motion schlägt deshalb vor, das befristete Arbeitsverhältnis bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs zu verlängern. Warum ist das nötig? Erstens, weil eine reale Schutzlücke besteht. Heute endet der verbesserte kantonale Mutterschutz mit Ablauf der Befristung, auch wenn jemand im Kreissaal sitzt oder im Wochenbett liegt. Das ist unhaltbar. Zweitens, die kantonalen Mutterschutzleistungen dürfen nicht vom Goodwill der Arbeitgeber abhängen. Es braucht eine klare und verbindliche Regelung. Drittens, weil unser Kanton Vorbild sein will. Wir bezeichnen uns als fortschrittlichen, familienfreundlichen Kanton, dann müssen wir auch dort handeln, wo Fürsorge beim wirklich miserablen gesetzlichen Minimum bleibt. Zürich, das wurde bereits gesagt, ist hier schon weiter.

Der Regierungsrat formulierte einige Einwände gegen die Motion und ja, einerseits, viele Mitarbeitende sind tatsächlich mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zufrieden, aber eben nicht jener mit befristeten Arbeitsverträgen. Und dass gewisse Spitäler die Regelung bereits freiwillig anwenden, zeigt, es geht. Wieso kann das Unispital diese Regelung anwenden und die UPK, der es finanziell sogar deutlich besser geht, nicht? Es braucht darum nicht nur eine vertiefte Prüfung, sondern eine verbindliche Umsetzung.

Mit dieser Motion setzen wir ein Zeichen für Fairness, Gleichstellung und soziale Verantwortung. Wir sorgen dafür, dass Frauen sich auf den Kanton als Arbeitgeber verlassen können, gerade in einer der verletzlichsten Phasen ihres Lebens. Wir von BastA bitten Sie daher, überweisen Sie diese Motion, schicken Sie ein klares Signal, dass Basel-Stadt den Schutz und die Anerkennung aller werdenden Mütter ernst nimmt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich nehme an, die Zwischenfrage von Eric Weber nehmen Sie nicht entgegen. Nächste Sprecherin ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Die SVP beantragt die Nichtüberweisung dieser Motion. Die Antwort oder die Stellungnahme der Regierung hat für uns nichts verändert, inhaltlich sind wir hier immer noch exakt der gleichen Meinung, wie die Argumente bei der Erstüberweisung waren. Es ist eine Besserstellung der Kantonsangestellten gegenüber jenen der Privatwirtschaft, das hat Hanna Bay ja sogar zugegeben, dass hier 100% Leistung gegeben wird, dass wir schon einen Schwangerschaftsurlaub haben und so weiter und so fort, das haben wir alles bei der Erstüberweisung schon gehabt. Es ist einfach eine Besserstellung gegenüber denen, die in der Privatwirtschaft angestellt sind und 80% bekommen gemäss EOG. Und es ist eine Verlängerung, es ist ja nicht mal das Argument, dass man hier Arbeitnehmer an sich bindet oder besonders treue Mitarbeiter noch belohnt, sondern es ist ein befristeter Vertrag, der übrigens von diesen Arbeitnehmerinnen auch freiwillig eingegangen wird, Sie wissen auch, dass dieses Arbeitsverhältnis endet, und es ist nicht so, dass man dann im luftleeren Raum endet, sondern dann erhält man die Leistungen wie alle anderen auch gemäss EOG, also man bekommt nicht einfach nichts, sondern man bekommt die ganz normalen Leistungen, die Mutterschaftsentschädigung gemäss Erwerbsersatzordnung.

Und Hanna Bay, es ist eben keine Gleichstellung gegenüber den anderen, sondern es ist eben eine Besserstellung der Kantonsangestellten gegenüber den Privaten, die eben nur diese 80% über die EOG bekommen und bei denen das Arbeitsverhältnis, wenn es befristet ist, endet. Aber das ist ja für die EOG-Leistungen nicht so relevant.

Und auch an Franziska Stier gerichtet, es ist nicht so, dass wir schlecht dastehen im internationalen Vergleich, denn Sie dürfen nicht nur die Länge anschauen, wie lange man Urlaub erhält, Sie müssen auch die Leistungen anschauen, was, wieviel man erhält, und die Leistungen sind in anderen Ländern wesentlich tiefer, bei uns erhält man 80%, das ist sehr viel, entsprechend ist die Leistung vielleicht nicht ganz so lange.

Also Sie sehen, es geht hier also nicht um die grundsätzliche Thematik, was werdenden Müttern gegeben wird oder nicht gegeben wird, sondern es geht hier einzig und allein um die Thematik, ob wir Kantonsangestellte hier einmal mehr wieder besserstellen, ihnen wieder eine längere Leistung geben, wieder mehr Gelder ausgeben, ohne dass hier auch ein Mehrwert gegeben wäre, beispielsweise eben diese Belohnung langjähriger Mitarbeiter oder diese Mitarbeiterbindung, weil das Arbeitsverhältnis ja lediglich ein My verlängert wird, aber nachher dann dennoch endet.

Also ich bitte Sie wirklich, sehen Sie, was genau hier gemeint ist, nämlich nur die Besserstellung der Kantonsangestellten und überweisen Sie diese Motion nicht noch einmal.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Hanna Bay, sie wird entgegengenommen.

Hanna Bay (SP): Gehen Sie mit mir einig, dass wir es mit einer indirekten Diskriminierung zu tun haben, und wieso möchten Sie diese nicht beheben?

Laetitia Block (SVP): Nein, da gehe ich überhaupt nicht mit Ihnen einig. Wir haben hier keine indirekte Diskriminierung, wir sprechen hier von einer Besserstellung für die Kantonsangestellten gegenüber denen der Privatwirtschaft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Fleur Weibel hat das Wort für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Der Regierungsrat möchte, dass ihm die vorliegende Motion als Anzug überwiesen wird, damit er die Forderungen im Rahmen seines Projekts Arbeitgeberattraktivität steigern vertieft prüfen kann. Es ist von mir aus schön und gut, dass der Kanton Basel-Stadt seine Attraktivität als Arbeitgeber steigern möchte, die Forderungen der Motion haben damit aber gar nichts zu tun, denn es geht hier nicht um attraktivere Arbeitsbedingungen beim Kanton und es geht auch nicht um die Unterschiede zwischen kantonalen und privaten Arbeitsverhältnissen, und es wird auch nicht wahrer, dass es um diesen Unterschied geht, wenn Sie das, Laetitia Block, immer wieder wiederholen. Es geht nicht darum, jetzt Arbeitnehmende des Kantons besser zu stellen gegenüber Arbeitnehmenden in der Privatwirtschaft. Das ist ja bereits der Fall, diese 100% werden beim Kanton schon bezahlt, es geht nur darum, innerhalb des Kantons das auszugleichen, damit es für alle innerhalb des Kantons der Fall ist. Hier geht es also darum, dass Frauen, die in befristeten Stellen sind, die gleichen Leistungen im Falle einer Mutterschaft erhalten wie die Frauen in unbefristeten Anstellungen beim Kanton. Es ist eine interkantonale Auseinandersetzung.

Die Motion fordert also eben, wie gesagt, keine Arbeitgeberattraktivität, sondern, man kann es ganz einfach sagen, die Umsetzung des eidgenössischen Gleichstellungsgesetzes. Dieses verbietet nämlich nach Art. 3 Abs. 1 sowohl die direkte

wie auch die indirekte Benachteiligung, namentlich auch aufgrund einer Schwangerschaft. Meine Vorrednerin Hanna Bay hat diesen Sachverhalt vorhin bereits sehr schön ausgeführt.

Gerne erläutere ich jetzt nochmal die zentralen Forderungen der Motion im Detail, damit sie auch wirklich verstanden werden, und bitte die 61 Grossrätinnen und Grossräte, die die Motion das erste Mal überwiesen haben, dies jetzt auch noch ein zweites Mal zu tun. Denn ein Anzug ist hier nicht zielführend, es geht nicht darum, vertieft zu prüfen, sondern Gleichstellung zu verwirklichen.

Zur ersten Forderung: Diese betrifft die automatische Verlängerung von befristeten Arbeitsverhältnissen beim Arbeitgeber Basel-Stadt bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs. Frauen, die beim Kanton Basel-Stadt unbefristet angestellt sind (und das gilt jetzt schon), erhalten während des gesamten Mutterschaftsurlaubs 100% Lohnfortzahlung sowie grosszügige Unterhaltszulagen ab der Geburt ihres ersten Kindes. Anders ist dies bei Frauen, deren befristetes Arbeitsverhältnis im Mutterschaftsurlaub endet. Ihr Anspruch erlischt, sie erhalten nur noch die 80% Lohnfortzahlung nach EOG. und keine Unterhaltszulagen.

Diese ungleiche Behandlung von Frauen im Mutterschaftsurlaub aufgrund eines befristeten oder nicht befristeten Arbeitsvertrags beim Kanton Basel-Stadt gilt es durch die Anpassung der gesetzlichen Grundlage zu beheben. Als Beispiel dient die Stadt Zürich, wo befristete Arbeitsverhältnisse automatisch bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs verlängert werden, wenn der Arbeitsvertrag während des Mutterschaftsurlaubs endet. Eine solche gesetzliche Anpassung kann, wie von der Motion gefordert, einfach innerhalb eines Jahres vorgenommen werden.

Die zweite und vielleicht fast noch zentralere Forderung, weil sie sehr viel mehr Personen betrifft, betrifft die öffentlich-rechtlichen Spitäler. Diese Forderung will, dass verbindlich geregelt wird, dass sich befristete Arbeitsverhältnisse von schwangeren Assistenzärztinnen bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs verlängern. Beim Kanton Basel-Stadt stellen befristete Arbeitsverhältnisse eine Ausnahme dar, anders ist das in den Spitälern, wo befristete Verträge für Assistenzärztinnen und -ärzte die Norm sind. Sie gehören also ganz einfach zur beruflichen Laufbahn dazu und können nicht etwa freiwillig so gewählt werden, sondern sind strukturell so vorgegeben und dies in einer Lebensphase, in der sich auch Familienfragen stellen können. Entsprechend ist der Handlungsbedarf bei den öffentlich-rechtlichen Spitälern besonders gross.

Wie Bruno Lötscher im Rahmen der Erstüberweisung der Motion sehr schön sagte, es ist von gesellschaftlichem Interesse, dass wir Elternschaft, Mutterschaft unterstützen, pflegen und fördern. Ich bin ganz seiner Meinung und deshalb lautet die zweite Forderung der Motion, dass der Regierungsrat darauf hinwirken soll, dass in den öffentlich-rechtlichen Spitälern die befristeten Arbeitsverhältnisse von schwangeren Assistenzärztinnen bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs verlängert werden. Als Beispiel für eine gelungene Umsetzung einer solchen Bestimmung dient das Assistenzärztinnen- und ärztereglement der Stadt Zürich. Dabei ist wichtig zu sagen und auch sehr zu begrüssen, dass diese Handhabung in der Praxis von USB und UKBB bereits gelebt wird. Damit ist sie aber noch lange nicht verbindlich für alle öffentlich-rechtlichen Spitäler geregelt, im Gegenteil, wie aus der Stellungnahme des Regierungsrates hervorgeht, stehen die UPK und das Felix Platter dem Anliegen kritisch gegenüber. In anderen Worten sind sie also wohl kaum gewillt, diese Praxis umzusetzen. Es ist also keinesfalls so, wie die Regierung schreibt, dass das Anliegen der Motion in den öffentlich-rechtlichen Spitälern bereits mehrheitlich erfüllt sei. Vielmehr zeigt die Stellungnahme des Regierungsrates auf, dass es bei mindestens zwei Spitälern noch Überzeugungsarbeit braucht.

In diesem Zusammenhang verweise ich sehr gerne auf unser neues kantonales Gleichstellungsgesetz. Gemäss Artikel 3 allgemeiner Gleichstellungsauftrag sind nicht nur der Kanton und die Gemeinden, sondern auch die Trägerinnen und Träger von öffentlichen Aufgaben dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Menschen weder direkt noch indirekt diskriminiert werden. Daraus ergibt sich, dass der Regierungsrat darauf hinzuwirken hat, dass seine öffentlich-rechtlichen Spitäler als Trägerinnen von öffentlichen Aufgaben dafür sorgen, dass der allgemeine Gleichstellungsauftrag erfüllt wird und dass also schwangere Assistenzärztinnen nicht aufgrund eines befristeten Arbeitsverhältnisses, das bei ihnen der Regelfall darstellt, benachteiligt werden.

Ich beantrage deshalb im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb die Überweisung der Motion als Motion. Eine Überweisung als Anzug ist in diesem Fall nicht zielführend, weil es eben nicht um eine vertiefte Prüfung im Rahmen der Arbeitgeberattraktivität geht, sondern darum, eine bestehende indirekte Diskriminierung innerhalb des Kantons Basel-Stadt zu beheben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, wir können das umsetzen im Kanton, Sie haben einfach eine enge Frist gesetzt, das ist immer etwas schwierig. Auf den GAV können wir nicht wirklich einwirken, da besteht Verhandlungsfreiheit. Das einzige, was ich Ihnen noch sagen möchte, ist, dass man eine Motion machen kann, aber die Zahlen, die wir bekommen haben aus

den Spitälern, zeigen, dass wir ganz wenig Fälle gemeldet bekommen haben. Wenn Sie sagen, es sei üblich in den Spitälern. Wir haben ganz wenige Fälle überhaupt gemeldet bekommen, wo das vorliegt oder ein Problem ist, es sind wirklich ganz wenige Einzelfälle.

Aber gut, kann man machen, wir empfehlen Ihnen einen Anzug, damit wir das auch in Ruhe prüfen können zusammen mit den Spitälern, vielleicht auch prüfen können, wo die Schwierigkeiten liegen, warum einzelne Spitäler das anders sehen. Das kann man ja diskutieren. Das kann man ja anschauen. Daher empfehlen wir Ihnen trotzdem, einen Anzug zu machen, damit wir die Situation dieser Fälle klären können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Hanna Bay beantragt die Überweisung als Motion, wir kommen daher zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Anzug, NEIN heisst Motion.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007682, 19.11.25 16:06:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 54 gegen 43 Stimmen. Laetitia Block hat einen Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 34 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007687, 19.11.25 16:07:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Frist 4 Jahre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Überweisung als Motion entschieden mit 58 gegen 34 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

49. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelten und biodiversitätsfördernden Kindergarten, Schul- und Universitätsarealen, Schreiben des RR

[19.11.25 16:08:02, 23.5424.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben,

50. Interpellation Nr. 109 Oliver Bolliger betreffend schadensmindernden Massnahmen rund um das kHaus, Schreiben des RR

[19.11.25 16:08:26, 25.5450.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Zuallererst ist es mir wichtig festzuhalten, dass die Mitarbeitenden des kHaus mit dem kleinen finanziellen Spielraum, der ihnen zur Verfügung steht, vieles und Gutes unternommen haben, um die Situation in den Räumlichkeiten der Plaza zu verbessern und für alle Menschen, die sich dort aufhalten, mit Engagement und einer inklusiven Haltung nach guten Lösungen zu suchen. Im Text meiner Interpellation kam dies leider nicht zum Ausdruck und auch die Behauptung, dass das kHaus verwaist sei, muss ich revidieren. Bei mehreren Besuchen in den letzten Wochen konnte ich mich vom Gegenteil überzeugen. Ich habe mich wohl etwas zu stark vom negativen Narrativ beeinflussen lassen.

Mein Impuls für die Interpellation war aber sowieso nicht die Situation im kHaus, sondern die Tatsache, dass gegen obdachlose und suchterkrankte Menschen ein richterliches Verbot für den öffentlichen Raum um das kHaus ausgesprochen wurde, dies alleine zum Zweck, dass die Polizei verpflichtender handeln kann. Es ist bekannt, dass es diesen Sommer aus diversen Gründen zu mehr Belastung im öffentlichen Raum gekommen ist. Umso wichtiger ist es, repressive und schadensmindernde Strategien zusammenzudenken, auch dies sollte unterdessen bekannt sein.

Die Beantwortung der Regierung auf meine Interpellation ist aus meiner Sicht schon ein wenig dünn ausgefallen, diese hätte meines Erachtens in diesem Umfang locker letzten Monat mündlich beantwortet werden können. Die Antworten der Regierung auf meine Fragen sind aber zufriedenstellend, bis auf die Tatsache, dass ein richterliches Verbot ohne zeitliche Beschränkung für einen in der Wahrnehmung öffentlichen Raum ausgesprochen wurde. Bei jedem spezifischen Verbot, das ausgesprochen wird, muss auch dessen Aufhebung mitgedacht werden, zumindest eine Zeitangabe, wann dieses Verbot überprüft wird, müsste meines Erachtens bestehen. Leider steht davon nichts in der Beantwortung, zudem werden auch keine zusätzlichen schadensmindernden Interventionen geplant. Ob also die bestehenden Massnahmen dann ausreichen werden, wird der Winter zeigen.

Menschen von Plätzen wegzuweisen, ohne mit anschliessenden Massnahmen Verbesserungen ihrer Lebensrealität zu erreichen, ist halt überhaupt nicht nachhaltig, auch diesen Winter wird es wieder Menschen geben, die auf der Strasse leben und sich in öffentlichen Räumen aufwärmen und bei Regen unter einem Torbogen oder unter einer Brücke schlafen werden. Wir sollten mit Aufsuchen und niederschwelligen Angeboten versuchen, auch diese Menschen zu erreichen und ihnen Schutz vor Nässe und Kälte anbieten und so kleine Verbesserungen im Alltag erzielen. Wir können hier sicher noch mehr tun. Die Frage, ob wir uns das leisten können, stellt sich in Anbetracht des Reichtums dieser Stadt ja nun nicht wirklich.

Was mich aber freut, ist, dass der Platz vor dem Hauptbau – das stand aber nicht in der Beantwortung der Interpellation, sondern in der Zeitung – ab nächstem Jahr in Zukunft für das Skateboardfahren und den Rollsport aufgewertet wird. Das ist ja schon mal etwas. Und überhaupt muss der Platz vor der Kaserne, das kHaus mit der Plaza und der Fläche zum Rheinufer als Ganzes gedacht werden und die Verbindung übergreifend weiter gestärkt werden. Dies benötigt neben baulichen Massnahmen auch entsprechende personelle Ressourcen. Es wäre wünschenswert, hier nicht zu knausern, es müsste hier halt wahrscheinlich doch noch ein wenig investiert werden, um genau diese Effekte, die wir uns alle wünschen, zu

verstärken. Es würde sich lohnen. Eventuell wäre es ja dann auch gar nicht mehr notwendig, ein richterliches Verbot ohne Zeitangabe aufrechtzuerhalten.

Aufgrund meines Unverständnisses gegenüber einem allgemeinen und unbefristeten richterlichen Verbot durch den Kanton bin ich mit der Beantwortung der Interpellation teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

51. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Voraussetzungen für den Bezug von kantonale Beihilfen, Schreiben des RR

[19.11.25 16:12:42, 23.5243.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug abzuschreiben.

52. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige, Schreiben des RR

[19.11.25 16:13:05, 23.5342.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat teilt die Ansicht der Anzugstellenden, dass Menschen mit Behinderung ihre Rechte kennen und selbstbestimmt wahrnehmen können sollen. Eine gute Beratung und Unterstützung sind dafür zentral. Sie sind eine Voraussetzung für Teilhabe und Gleichstellung.

In Basel-Stadt besteht bereits heute ein breites und gut verankertes Netz an Angeboten. Verschiedene Institutionen wie die Stiftung Rheinleben, die Stiftung Mosaik, Arbeit und mehr, Planpunkt Inklusion oder das Behindertenforum beraten Menschen mit Behinderung zu Fragen des Alltags, der Arbeit, der Bildung, des Wohnens und der Sozialversicherungen. Ergänzend bieten Pro Infirmis und die Stiftung Rheinleben im Rahmen der Gesundheitsprävention Beratungsangebote an, die vom Kanton mitfinanziert werden. Darüber hinaus stellen Dachorganisationen wie Pro Cap, Pro Mente Sana oder Inklusion Handicap teilweise mit Unterstützung des Bundes juristische Beratung zur Verfügung. Und nicht zuletzt gibt es allgemeine kantonale Rechtsberatungsangebote, etwa jene des Sozialversicherungsgerichts, des Gewerkschaftsbundes, der Advokatenkammer oder der Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten, die allen Bevölkerungsgruppen offenstehen.

Aus Sicht des Regierungsrates ist gerade Ausdruck des Normalisierungsprinzips, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigten Zugang zu den bestehenden allgemeinen Strukturen haben und nicht in separaten Systemen beraten oder begleitet werden. Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit und ohne Behinderung die gleichen Wege zur Information, Beratung und Unterstützung nützen können. Die bestehenden Strukturen werden genutzt, laufend weiterentwickelt und qualitativ überprüft. Es bestehen keine Hinweise auf eine relevante Angebotslücke. In vielen Fällen kann zudem eine fachliche Sozial- oder Leistungsberatung bereits die nötige Orientierung bieten, bevor juristische Schritte überhaupt notwendig werden. Ob zusätzliche juristische Spezialangebote tatsächlich zu weniger Gerichtsverfahren führen würden, lässt sich überdies nicht nachweisen.

Der Regierungsrat anerkennt die Bedeutung von Beratung und Unterstützung ausdrücklich, er hält jedoch fest, dass in Basel-Stadt bereits ein sehr breites und vielfältiges Angebot besteht, sowohl durch zahlreiche spezialisierte Sozialinstitutionen als

auch durch allgemeine, allen Personen offen stehende Beratungs- und Unterstützungsangebote. Der Regierungsrat beantragt daher, den Anzug als erledigt, abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP das Wort hat Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Die Antwort des Regierungsrates zum vorliegenden Anzug enthält verschiedene Informationen zur Entwicklung der Invalidenversicherung, zur Kompetenzverteilung und auch zu den Angeboten, und die wurden ja auch gerade vorhin nochmal ausgeführt, vielen herzlichen Dank schon mal dafür. Gleichzeitig werden mit dem Bericht aber auch einige der zentralen Anliegen des Anzugs nur am Rande oder gar nicht vertieft behandelt. Konkrete Lösungsvorschläge für die geschilderten Herausforderungen fehlen zudem komplett. Aus diesem Grund beantrage ich, den Anzug stehen zu lassen mit dem Ziel, den Dialog weiterzuführen und die offenen Fragen vertieft zu klären.

Der Anzug fragt beispielsweise unter anderem danach, ob der Regierungsrat den bestehenden Nachfrageüberhang und die Finanzierungslücke bei unentgeltlicher und vorgerichtlicher Rechtsberatung für Menschen mit Behinderung anerkennt. Hier hätte ich mir eine etwas detailliertere Auseinandersetzung mit der Situation vor Ort gewünscht. Organisationen, die auch genannt wurden, wie das Behindertenforum, sind heute bereits sehr stark ausgelastet, sie beraten nicht nur eigene Klient:innen, sondern unterstützen auch andere Stellen, wie die ebenfalls genannten Pro Infirmis oder die Stiftung Rheinleben bei komplexen Fragestellungen. Trotzdem bleibt ein relevanter Teil des Bedarfs ungedeckt, der zu einem strukturellen Defizit der Organisation von jährlich 50 bis 75% führt.

Auch die Frage, ob durch qualifizierte vorgerichtliche Beratungen unnötige Gerichtsverfahren verhindert und so auch Kosten für den Kanton reduziert werden könnten, wird nicht beantwortet. So verweist die Antwort auf die unentgeltliche Rechtspflege, was formal natürlich korrekt ist, in der Praxis bedeutet das aber, dass erst bei einem Gerichtsverfahren eine kostenfreie Rechtsvertretung greift. Eine frühzeitige einvernehmliche Lösung durch spezialisierte Beratungen kann solche Verfahren jedoch häufig vermeiden und dadurch auch gerade eben Kosten sparen.

Schliesslich fragt der Anzug auch danach, ob der Regierungsrat den generellen Bedarf an unentgeltliche vorgerichtliche Rechtsberatung anerkennt und ob er bereit ist, entsprechende Angebote finanziell zu unterstützen. Die Antwort legt nahe, dass aus Sicht des Regierungsrats derzeit kein Handlungsbedarf besteht. Aus unserer Sicht wäre es jedoch wichtig, die bereits heute bestehenden Angebote nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie auch gezielt zu stärken, wo deren Finanzierung nachweislich nicht ausreicht um die hohe Nachfrage zu decken.

Schlussendlich möchte ich festhalten, dass der Zugang zum Recht ein zentrales Element des Sozialstaates ist, das nicht davon abhängen darf, ob sich die Menschen eine rechtliche Vertretung leisten können oder nicht. Menschen mit Behinderungen haben zwangsläufig und unfreiwillig juristischen Beratungs- und Unterstützungsbedarf, sei dies aufgrund eines möglichen sozialversicherungsrechtlichen Anspruchs oder aber aufgrund des Lebensbedarfs wie Bildung, Arbeit und Wohnen. Um diesen Beratungs- und Unterstützungsbedarf gewährleisten zu können, brauchen bestehende Angebote, die unterfinanziert sind, entsprechende Abgeltungen.

Mit dem vorliegenden Anzug möchten wir sicherstellen, dass diese Angebote auch dauerhaft tragfähig finanziert werden können, nicht um neue Strukturen zu schaffen, sondern um bestehende zu schützen und ihren wichtigen Beitrag zu erhalten. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen, damit die offenen Fragen in einem nächsten Schritt vertieft und faktenbasiert geklärt werden können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Franziska Stier das Wort.

Franziska Stier (BastA): Menschen mit Behinderung, insbesondere mit psychischen und kognitiven Beeinträchtigungen, stehen im Alltag oft nicht nur vor komplexen Krankheitsbildern, sondern ebenso vor komplexen juristischen Herausforderungen. Der Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen und Sozialleistungen ist nicht nur eine Frage der Lebensgestaltung, sondern oft auch eine Frage des Rechts. Ohne gezielte juristische Unterstützung bleiben viele Ansprüche unerkannt oder gehen sogar verloren.

Die Antwort des Regierungsrats anerkennt zwar den Bedarf, sieht aber keinen Handlungsbedarf. Das ist aus unserer Sicht widersprüchlich. Die Ausführungen, dass eine separate Rechtsberatung für Menschen mit Behinderung nicht zeitgemäss sei, ist mit Blick auf die UNO-Behindertenrechtskonvention grundsätzlich richtig, sofern die Beratungsangebote inklusiv sind, aber auch der ÖV sollte inklusiv sein, unsere Schulen sollten inklusiv sein, unsere ganze Gesellschaft sollte inklusiv sein, aber sie ist es nicht. Manche Barrieren sind sichtbar, andere nicht.

Die Berufung auf allgemeine Beratungsangebote greift hier also auf mehreren Ebenen zu kurz. Wer von struktureller Benachteiligung betroffen ist, braucht mehr als Standardberatung, er braucht spezifisches Wissen, Kontinuität und Zugang. Es braucht Erfahrung, Sensibilität im Umgang mit verschiedenen kognitiven, aber auch körperlichen Behinderungen, Zugänglichkeit und natürlich auch Wohnortnähe. Unentgeltliche, niederschwellige Rechtsberatung wirkt, das haben wir vorhin auch gehört, präventiv, deeskalierend und spart am Ende Kosten, auch für den Kanton. Der Bedarf, auch das haben wir gehört, ist ganz real und das spiegeln auch uns Betroffene wieder.

Die Fraktion BastA bittet Sie daher, diesen Anzug nicht als erledigt abzuschreiben, sondern ihn ernst zu nehmen im Sinne echter Inklusion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb spricht Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Als ich die Stellungnahme des Regierungsrats gelesen habe, habe ich so gedacht, six seven. Sie wissen jetzt nicht, was das heisst. Das habe ich auch gedacht, als ich diese Stellungnahme gelesen habe und im Sinne meiner beiden Vorrednerinnen bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Kaspar Sutter verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007692, 19.11.25 16:23:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden.

53. Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Quote für erneuerbare Energie im Erdgasnetz, Schreiben des RR

[19.11.25 16:23:38, 18.5317.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug abzuschreiben.

54. Interpellation Nr. 105 Heidi Mück betreffend Chemiemüll beim Spielplatz Ackermätteli, Schreiben des RR

[19.11.25 16:23:57, 25.5444.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Heidi Mück (BastA): Bevor ich anfange, möchte ich eine kleine Vorbemerkung machen. Im PDF-Dokument, wo die Antwort auf meine Interpellation ersichtlich ist, sehe ich in den Informationen namentlich, welcher Mitarbeiter diese so verfasst hat. Ich gehe nicht davon aus, dass das so beabsichtigt ist. Vielleicht sollten Sie das mal überprüfen.

Auf alle Fälle bedanke ich mich für die Arbeit, bei wem auch immer. Auf den ersten Blick klingt alles plausibel, auf den zweiten Blick und nach Rücksprache mit Altlastenexperten und mit dem Augenzeugen, den ich in der Interpellation zitiere, muss ich sagen, dass da einiges nicht stimmig ist. Ich fange mal an. Es wird zwar zugegeben, dass die Schilderung des ehemaligen Mitarbeiters, den ich in der Interpellation genannt und zitiert habe, dem AUE bekannt sind, es sei jedoch keine Dokumentation vorhanden, die die Verschmutzung des Aushubmaterials belegen oder näher umschreiben würde. Damit wird suggeriert, der Mitarbeiter habe sich im Nachhinein irgendetwas ausgedacht, was nicht belegt werden kann, weil er die Ablagerungen als nicht so gravierend beurteilt hat, um eine weitere Untersuchung der Umgebung zu empfehlen. Dabei wird völlig negiert, welche Rahmenbedingungen es 1980 gab, als Herr Schoch diese Beobachtungen machte.

Vor 45 Jahren gab es noch keine Altlastenverordnung, es gab kaum eine Abfallgesetzgebung, es gab auch keine Behörde, die sich mit Bodenverunreinigungen befasste, es gab kein Labor, das auf chemische Bodenverunreinigungen spezialisiert war und es gab auch keine gesetzliche Grundlage für weitere Abklärungen. Es fehlten damals also schlicht die Infrastruktur im Labor und die gesetzlichen Grundlagen, um weitergehende Massnahmen anzuordnen. Das war der Grund, dass nicht weiter untersucht und nicht dokumentiert wurde und nicht, weil die Verunreinigungen als harmlos beurteilt wurden.

Dann wird auch behauptet, dass der ehemalige Mitarbeiter des AUE in die Erstellung des Altlastenkatasters involviert war. Dies wird von ihm bestritten. Im Rahmen seiner Tätigkeit als Leiter des Ressorts Abwasser und Abfälle hat er sich damals lediglich mit der fachgerechten Entsorgung von verschmutztem Erdmaterial befasst und wurde nie zum Thema Altrheinweg kontaktiert. Auch wenn es lange her ist, finde ich es aus meiner Warte nicht fair, dass nun solche Informationen über den ehemaligen Mitarbeiter verbreitet werden und eigentlich erwarte ich eine Korrektur.

Ein weiteres Ärgernis ist der Versuch, mit dem Begriff Chemieschlamm Verwirrung zu stiften. Dabei geht es um drei Bereiche, die im Bericht der CSD als klebrige, schlammartige, schwarze Grundmasse mit Schlacke, Schlamm und Bauschutt durchsetzt beschrieben werden. In der Interpellationsantwort heisst es dazu, der Ausdruck Chemieschlamm ist hierbei von den Autoren gewählt worden und kann nicht als Indiz für eine Deponie gewertet werden. Nein, also wirklich, die CSD umschreibt den Chemieschlamm ziemlich unmissverständlich so, chemisch verschmutzte Auffüllungen oder Depots aller Art, zum Beispiel verschmutzte Schlacken, chemisch-metallische Abfälle, Filterrückstände von Farbstoffen und schwarze, schlammartige, mit Farbstoffen durchsetzte Auffüllungen. In einer anderen Passage des Berichts ist auch von Produktionsrückständen die Rede.

Da stellt sich mir schon die Frage, wie man den Ausdruck Chemieschlamm denn sonst noch interpretieren könnte. Ganz klar sind damit Rückstände aus der chemischen Industrie gemeint und ob es Depots, Auffüllungen oder Deponien sind, mir ist das ehrlich gesagt egal. Ich möchte einfach, dass meine Besorgnis in Bezug auf den Chemiemüll in meinem Quartier, insbesondere auf einem Spielplatz, ernst genommen wird, dass die notwendigen Untersuchungen durchgeführt werden und wenn nötig Sanierungsarbeiten in die Wege geleitet werden.

Im Weiteren verweise ich aus Zeitgründen auf die Medienmitteilung der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz und erkläre mich als nicht befriedigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

55. Interpellation Nr. 110 Brigitta Gerber betreffend Bern bricht Abfall-Farbsack-Pilotprojekt ab - was gedenkt Basel zu tun, Schreiben des RR

[19.11.25 16:29:24, 25.5451.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitta Gerber: Riehen, Bettingen und viele Städte haben bereits eine niederschwellige Abfuhr von Bioabfällen. Im Abfallbereich sind verschiedene Akteure am Rundtüfteln, Testen und Umsetzen. Bern hat nun bei seiner Farbsackabfuhr die Reissleine gezogen, aus diversen Gründen, die in der Interpellation dargelegt sind. Basel hat ein doch sehr ähnliches Projekt geplant, ist aber seit Langem in einer Erprobungsphase und hat noch keine Auswertung vorgenommen. Die Regierung schreibt, das Pilotprojekt dauert noch ein Jahr, dann muss ausgewertet werden, dann muss ein definitiver Beschluss über die Auswertung gefasst werden, dann der Bau von Unterflurcontainern in der ganzen Stadt organisiert werden. Da würde noch einige Zeit verstreichen, über die ganze Stadt geplant werden, derzeit laufen vertiefte Abklärungen zur Vergärung. Falls der Pilotversuch nicht erfolgreich ist, würden dann Alternativen geprüft, falls der Pilotversuch erfolgreich wäre, ist die Zwischenlösungen evaluiert, die bis zur flächendeckenden Umsetzung von Unterflurcontainern umgesetzt werden könnten.

Sonst halten wir die Berner für etwas langsam, aber die Antwort des Kantons lässt da also Schlimmeres befürchten. In Basel dauert dies alles ja noch viel, viel länger. Wir fragen uns natürlich schon, wer eine stadtweite Verwertungsmöglichkeit für Bioabfälle braucht, wenn man Leute hat, die das freiwillig und gratis machen. Es ist vielleicht der falsche Weg, nochmals 20 Jahre auf eine schlaue Bioabfuhr zu warten. Ein erster Vorstoss wurde ja bereits im Jahre 2006 lanciert, Christine Locher Hoch forderte damals einen Aktionsplan Biomasse. Dann war auch vor 13 Jahren Emmanuel Ullmann mit der Einführung einer Bioabfallabfuhr und Energiegewinnung durch Vergärung schon tätig. Es wäre wirklich an der Zeit, dass Basel innert nützlicher Frist eine Antwort hat und mit einer praktikablen Lösung kommt, um eine stadtweite Bioabfallsammlung einzuführen.

Die vorliegende Antwort ist daher für uns nicht überzeugend und wir sind nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. die Interpellation ist erledigt.

56. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Ausbreitung der Tigermücke, Schreiben des RR

[19.11.25 16:32:29, 23.5453.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben,

57. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Hebammengeleitete Geburtshilfe in den Spitälern, Schreiben des RR

[19.11.25 16:32:51, 23.5373.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

58. Interpellation Nr. 101 Eric Weber betreffend neue AKWs an der Grenze zu Basel - was sagt der Regierungsrat, Schreiben des RR

[19.11.25 16:33:19, 25.5418.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat mir schriftlich mitgeteilt, dass er mit der Antwort zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

59. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Beitrag der Kulturbetriebe von Basel-Stadt zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens, Schreiben des RR

[19.11.25 16:33:36, 23.5293.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

60. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Problemlösungen für die Konflikte auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB, Schreiben des RR

[19.11.25 16:34:01, 23.5381.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

61. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels, Schreiben des RR

[19.11.25 16:34:28, 23.5379.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Er verzichtet auf ein erstes Votum. Fina Girard hat das Wort für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Die Schweiz zieht sich gerne ein weisses Mäntelchen an. Das Bild der souveränen Alpennation fern von imperialistischen Gelüsten der grossen weiten Welt sitzt noch in viel zu vielen Köpfen. Die Schweizer Kolonialvergangenheit ist in der öffentlichen Wahrnehmung noch ein kaum beschriebenes Blatt. Es ist wichtig und richtig,

haben sich in den letzten Jahren immer mehr Stimmen lautstark Gehör verschafft, die eine fundierte Aufarbeitung der Rolle der Schweiz im Kolonialismus fordern. Der Anzug von Barbara Heer greift diese zentrale Forderung unserer Geschichtsbewältigung auf.

Dass die Regierung dieses wichtige Thema nun so zahnlos in das Handlungsfeld Erinnerungskulturen und gesellschaftlicher Zusammenhalt integrieren will, wird dem Umfang Schweizer Kolonialgeschichte nicht gerecht. Der Anzug fordert mehr als das. Er fordert in erster Linie die Lancierung eines eigenständigen Projekts zur historischen Aufarbeitung. Hier geht es nicht um einen Erinnerungswettbewerb, wie dies der Regierungsrat nennt, sondern darum, erst einmal wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu gewinnen. Zudem, eine ehrliche Auseinandersetzung mit Kolonialismus erfordert nicht nur eine Erinnerungskultur längst vergangener Zeiten, sondern eine aktive und kritische Auseinandersetzung vergangener und zeitgenössischer globaler Machtstrukturen.

Der Hinweis auf das Kulturleitbild ist eine überaus magere Beantwortung, die der Bedeutung dieses Anzugs nicht gerecht wird. Ein fundiertes Konzept der Erinnerungskultur ist indes Inhalt der Motion Thommen und Cuénod, ein Panaschieren von Erinnerung und Aufarbeitung ist also nicht notwendig und der parlamentarische Auftrag liegt für beide Anliegen vor. Die Fraktion GRÜNE/jgb beantragt deshalb, den Anzug Barbara Heer stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Franziska Stier für die BastA.

Franziska Stier (BastA): Wir von BastA werden den Anzug nicht abschreiben. Wir sehen das Bemühen in der Antwort des Regierungsrats, ein rundes Kulturleitbild zu schaffen, zahlreiche bestehende Projekte zu unterstützen und verschiedene Vorstösse zur Geschichtsaufarbeitung einzubeziehen. Doch die kolonialen Verstrickungen und Komplizenschaften aus Basel heraus sind mit Sicherheit eines der düstersten Kapitel, dem wir auch gebührend Aufmerksamkeit schenken sollten, denn unsere koloniale Erzählung wirkt bis heute fort. Zum Beispiel, wenn wir in der Stadt Basel über Geflüchtete sprechen, gibt es gern die Erzählung, dass es uns ja nur besser ginge, weil wir halt fleissig und innovativ seien. Das müssen andere dann halt einfach nur auch tun.

Aber ich will, dass wir in Basel unseren Schülerinnen und Schülern wirklich erzählen, woher auch unser Reichtum kommt und nicht nur die angenehme Hälfte der Geschichte vermitteln. Denn Fakt ist, Basel beziehungsweise Menschen in Basel haben aus Sklaverei und Kolonialhandel Millionen gemacht. Auch Fakt ist, wir wissen bis heute nicht, wo und wie viel von diesem Geld noch wirkt. Und drittens, wir kennen die Geschichte derer nicht, die ausgeraubt und versklavt wurden.

All das müsste Gegenstand eines umfassenden Forschungsprojekts sein. Es wäre darum nur anständig, wenn wir unseren Anteil an dieser Ausbeutung und an dieser Geschichtsschreibung sichtbar machen, alles andere wäre meiner Meinung nach peinlich. Der Regierungsrat verweist in seiner Stellungnahme auch darauf, dass er keinen Erinnerungswettbewerb starten möchte. Ich persönlich sehe die Gefahr eines Erinnerungswettbewerbs nicht, wenngleich ich doch etwas schmunzelnd erwidern möchte, dass Wettbewerb ja bekanntlich das Geschäft belebt.

Worum es unserer Fraktion aber geht, ist am Ende, dass wir eine gute Transfer- und Wissensvermittlung auch zum Kolonialismus haben. Da sind wir mit dem Regierungsrat einig und es ist nicht nur das einzige schwierige Kapitel der Vergangenheit. Aber bevor wir in die Wissensvermittlung starten, braucht es eben Aufarbeitung. Den Anzug abzuschreiben, bevor es diese Aufarbeitung und diese Forschung gibt, ist ein schlechtes Signal. Es zeigt, eure Geschichte ist uns nicht wichtig genug, um ein eigenes Projekt zu starten. Darum, lassen wir den Anzug stehen und schaffen wir den Rahmen für ein umfassendes Projekt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Barbara Heer hat das Wort für die SP.

Barbara Heer (SP): Auch im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, meinen Anzug stehen zu lassen. Um die Zukunft gestalten zu können, müssen wir zuerst unsere Vergangenheit aufarbeiten, besonders unsere koloniale Vergangenheit. Die Regierung möchte das Anliegen des Anzugs ins Handlungsfeld Erinnerungskultur des neuen Kulturleitbildes, das aktuell in Vernehmlassung ist, integrieren und dann eine breite Studie zur Erinnerungskultur in Auftrag geben. Dass es diese eher konzeptionell orientierte Studie geben soll, ist durchaus begrüssenswert, dass der Beirat entsprechend meinem Vorstoss aus wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Positionen bestehen soll ebenfalls. Aber es geht hier um etwas anderes. Der Fokus dieser Studie zur Erinnerungskultur ist so breit, es fehlt überhaupt ein thematischer Rahmen und deswegen fehlt zum Beispiel dann auch der Einbezug von Betroffenen. Wir dürfen nicht die notwendige Übersichtsstudie zur Basler Kolonialgeschichte, die dieser Anzug fordert, ersetzen durch diese andere Studie, sonst überspringen wir einen ganz zentralen Schritt. Wie schon gesagt wurde, es braucht nicht nur Erinnerung, es braucht zuerst mal Aufarbeitung. Vermittlung

ohne Aufarbeitung ist unvollständig, verzerrt oder kann auch problematisch werden. Wir müssen zuerst verstehen, bevor wir die Erinnerungskultur zelebrieren.

Die Regierung schreibt in ihrer Beantwortung des Anzugs, staatliche Institutionen hätten im kolonialen Zusammenhang Basels seine untergeordnete Rolle gespielt und vor allem Unternehmen und Missionare seien aktiv gewesen. Das ist eine sehr typische Darstellung für Schweizer Behörden, sie ist aber auch problematisch und relativierend. Erstens nämlich waren auch Basler Wissenschaftler und Sammler und weitere Persönlichkeiten in kolonialen Gebieten aktiv. Sie prägten die Entwicklung der Museen, der Wissenschaft und auch der ganzen Stadt. Zweitens, der Sklavenhandel und koloniale Gewalt war oft durch private Unternehmen betrieben, das ist kein schweizerisches Spezifikum, sondern typisch für die verschiedensten europäischen Länder. Und die Haltung, dass der Staat eben wenig damit zu tun hatte, das ist ein vertrautes Schweizer Entlastungsnarrativ. Es blendet aus, dass Staat und Gesellschaft enorm von kolonialen Profiten, kolonialen Waren und kolonialen Weltbildern geprägt wurde. Die Schweiz war ökonomisch, kulturell und philanthropisch am kolonialen Projekt beteiligt, das beeinflusste die Akademien, die Wissenschaft, die Religion, Kultur, Politik und eben auch die staatlichen Institutionen.

Bei der Aufarbeitung der Kolonialgeschichte geht es eben nicht einfach darum zu verstehen, welcher Anteil die Schweiz an Sklaverei, an Gewalt, an Ausbeutung hatte, sondern auch, wie diese Zeit, wie die Kolonialzeit uns, die Schweiz, Basel und unsere Institutionen geprägt hat. Ich möchte das kurz in einem Beispiel erläutern. Bis vor wenigen Jahren war es im Naturhistorischen Museum noch üblich, sogenannte Human Remains, also Schädel oder Skelette, als Objekte zu bezeichnen, als Dinge, nicht als Überreste von Menschen. Das Naturhistorische Museum besitzt über 1’500 solche menschliche Überreste aus kolonialen Kontexten. Viele wurden von Fritz und Paul Sarasin, den Gründern des Museums, gesammelt. In Sri Lanka zum Beispiel liessen sie Gräber ausheben unter dem Schutz der britischen Kolonialarmee. Zwangsarbeiter mussten im Auftrag der Sarasins die Gräber in der Mittagszeit ausheben, damit die Bevölkerung es eben nicht bemerkte. Die Sarasins wussten also sehr genau, dass sie gesellschaftliche Tabus verletzten, das zeigt die historische Forschung von Bernhard Schär auf. Zur gleichen Zeit wurde aber in der Schweiz die Totenruhe im Strafgesetzbuch verankert. Während also hier ethische Normen kodifiziert wurden, galten sie nicht für das Handeln von Basler:innen in den Kolonien, und genau das ist typisch für koloniale Hierarchien. Europäische Tote wurden würdevoll behandelt, nicht europäische Tote hingegen wurden vermessen, gesammelt und in den Museen aufgestellt.

Dass die Museen erst vor wenigen Jahren begannen, Human Remains als menschliche Überreste und eben nicht als Objekte zu behandeln, zeigt, wie lange und wie stark die kolonialen Logiken und die koloniale Unterteilung der Menschen immer noch wirkt. Gerade bei diesen schwierigen Themen gilt es, ohne kritische Auseinandersetzung erzählen wir schnell eurozentrische, verharmlosende und auch glorifizierende Version der Geschichte weiter. Wir müssen eben fragen, was denn die Kolonialgeschichte des Kantons, der Verwaltung, der Stadt ist. Basel macht sehr viel im Rahmen der Provenienzforschung. Das ist sehr wichtig, vorbildlich von unserem Kanton und nicht zuletzt dem heutigen Bundesrat Beat Jans zu verdanken. Es ist auch sehr begrüssenswert, dass die Regierung plant, die Rahmenausgabenbewilligung dann erneut bewilligen zu lassen, damit diese Forschung weitergehen kann. Was wir aber brauchen, ist diese Überblicksstudie, diese Analyse, damit auch diese verschiedensten einzelnen Forschungsergebnisse zu einzelnen Objekten dann auch zusammengezogen werden können, hin zu auf die Frage, was das für den Kanton bedeutet. Wie zum Beispiel haben diese kolonialen Diskussionen auch Basler Gesetzgebungsprozesse, die Diskussionen, die hier drinnen geführt worden sind, beeinflusst?

Es ist verlockend, diesen Schritt der Aufarbeitung auszulassen und gleich zu der Erinnerungskultur zu gehen. Es ist einfach, das zu tun, denn der Schritt hinzuschauen kann auch Schmerzhaftes hervorbringen. Es kann bedeuten, dass wir blinde Flecken hervorholen und es kann auch bedeuten, dass wir unsere Identität hinterfragen. Und deshalb genau braucht es eben diese Übersichtsstudie. Wir müssen aufarbeiten, benennen, was verdrängt wurde, auch Perspektiven hören, die bisher nicht gehört wurden, und wir müssen auch die Geschichten, die wir heute über uns selber erzählen, kritisch hinterfragen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich möchte zunächst der Anzugstellerin danken für ihr differenziertes Votum. Es zeigt, wie vertieft sie sich auch mit der Materie auseinandersetzt. Danke auch für die Blumen, die Sie dem Regierungsrat, meinem Amtsvorgänger und mir ausrichten für die Provenienzforschung. Die kann ich aber zurückgeben. Es ist dem Grossen Rat zu verdanken, dass dieser Kredit deutlich erhöht wurde, etwas, was jetzt den Museen ermöglicht, in den letzten drei Jahren wirklich noch einmal mit anderer Verve dieses wichtige Thema anzugehen.

Und das ist genau das, was geschieht in Basel, die Sensibilität bezüglich kolonialer Geschichte, kolonialer Verstrickungen ist gross. Sie selbst, Barbara Heer, haben das Beispiel des Museums der Kulturen genannt. Ich möchte das nochmals verstärken. Wir haben jetzt ja auch gerade die neuste Publikation vor aller Augen, die unter der Leitung der jetzt

abgetretenen Direktorin eindrücklich schildert, wie das Museum mit dieser Sammlungsgeschichte, mit den Provenienzen umgeht. Und so soll es auch weitergehen, wenn es nach meinem Willen geht, dann auch über den Vierjahreskredit, der ja Ende 2026 ausläuft. Darüber werden wir dann aber zu gegebener Zeit hier drinnen auch befinden können.

Nun ist es so, dass dem Regierungsrat mehrere Vorstösse vorliegen, die Anliegen zur Aufarbeitung, zur Vermittlung, zur Sichtbarmachung von spezifischen Aspekten der Basler Geschichte adressieren, und das ist der Grund, warum wir seitens Regierungsrats dies gerne bündeln möchten. Ich glaube im Gegensatz zur Sprecherin der BastA hier nicht ganz an den freien Markt der Ideen, wie ich mit einem gewissen Schmunzeln entgegne, sondern denke wirklich, wir sollten hier nicht in einen Themen- oder Erinnerungswettbewerb treten. Es sind verschiedene hoch wichtige Thematiken, die in diesen Vorstössen adressiert werden und ich glaube, der Regierungsrat tut gut daran, das in sinnvoller Weise versuchen zu bündeln, dies alles ja nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sondern jetzt namentlich mit dem Kulturleitbild, dass ja derzeit einer Vernehmlassung unterzogen wird.

Nun, vielleicht sind es auch unterschiedliche Auffassungen, wann der Zeitpunkt da ist, einen Anzug abzuschreiben. Ich bin wirklich überzeugt, dass der Umgang mit der Thematik in Basel sehr gut aufgegleist ist, sehr gut auch vorangetrieben wird, und deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat auch Abschreiben dieses Anzugs, die Wichtigkeit des Themas wird dadurch gewiss nicht tangiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007704, 19.11.25 16:50:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 54 gegen 33 Stimmen bei einer Enthaltung.

62. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte, Schreiben des RR

[19.11.25 16:50:24, 23.5012.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

63. Interpellation Nr. 103 Claudio Miozzari betreffend Unterstützung für die Basler Afrika Bibliographien, Schreiben des RR

[19.11.25 16:50:42, 25.5442.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Claudio Miozzari (SP): Ich danke Ihnen, lieber anwesender Regierungspräsident, für die Antworten auf meine Interpellation, ich danke auch den Mitarbeitenden in der Verwaltung, die diese Antworten aufbereitet haben, und ich entschuldige mich zugleich bei Ihnen, dass einzelne meiner Fragen doch eher zu komplex oder zu grundsätzlich waren, um sie im Rahmen der Frist für eine Interpellation umfassend zu beantworten. Das sehe ich ein und das ist mein Fehler. Ich habe entsprechend Verständnis dafür, dass aus den Antworten leider nicht deutlich wird, dass das Archiv der BAB eben auch ein Basler Archiv ist. Es umfasst nicht nur Dokumente aus dem südlichen Afrika, sondern auch sehr baslerisches Kulturgut wie beispielsweise die Unterlagen der hiesigen Solidaritätsbewegungen, die übrigens sehr interessant sind und die mir viel mehr über Basel erzählen als über das südliche Afrika.

Weiter möchte ich festhalten, dass koloniale und postkoloniale Themen – vorher haben wir ja auch gerade darüber diskutiert – weit über die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hinaus relevant sind. Auch hier kann man die Antworten des Regierungsrats anders lesen. Und ich möchte bemerken, dass die Antworten dem Engagement der BAB für die Bildung nur bedingt gerecht werden.

Das wichtigste Thema dieser Interpellation wird aber beantwortet, hier macht der Regierungsrat deutlich, dass ein Kantonsbeitrag, wenn denn einer gewährt werden soll, über die Universität in Frage käme, wenn ich das so verkürzt formulieren darf. Ich kann das nachvollziehen, ist doch die Bibliothek der BAB sozusagen auch die Bibliothek des Zentrums für Afrikastudien. Die Institutionen an der Uni und die BAB arbeiten eng zusammen und sie sind in der Verantwortung, hier eine Lösung zu finden, wenn denn eine gefunden werden kann.

Ich bitte den Regierungsrat, seinen Einfluss zugunsten einer solchen Lösung zu nutzen, denn bisher bezahlt die Uni für die Bibliothek des Zentrums für Afrika-Studien gar nichts, das ist vollständig privat finanziert. Diese private Trägerschaft ist in Frage gestellt und es wäre viel teurer, wenn man die ganz ersetzen müsste.

Die BAB, also die Basler Afrika Bibliografien, sind eine sehr wertvolle Institution mit langer Geschichte und grossem Wert. Umso betrüblicher ist es, dass sie vor existenziellen Fragen steht und dass ihr Engagement vom Staat bisher nur mit schönen Worten gewürdigt wird und dass ein Weg zu einer anderen Lösung weit und nur vielleicht zum Ziel führt. Wahrscheinlich sollten wir dann doch auch mal noch darüber nachdenken, wie wir wichtige private Archive und Sammlungen im Kanton angemessen unterstützen können. Darum geht es hier jetzt aber nur in einem Einzelfall in dieser Interpellation. Ich bin mit der Beantwortung meiner Fragen teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden, die Interpellation ist erledigt und somit auch die Traktandenliste.

Schluss der 38. Sitzung

16:54 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9055

Abstimmungsdatum 12. November 2025 09:05:17
Geschäft Entgegennahme der neuen Geschäfte

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	25	10	3	10	2	7	0	5	0	0
Nein	25	0	1	9	0	8	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	25	11	12	10	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	6	1	0	2	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5456

Abstimmungsdatum 12. November 2025 09:07:05
Geschäft Wahl eines Mitglieds des Ratsbüros (Nachfolge Catherine Alioth, LDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	1	12	11	0	9	5	3	0	0	0
Nein	43	23	0	1	8	0	2	3	5	1	0
Ent	3	1	0	0	1	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	87	25	12	12	9	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	6	1	0	2	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.1193

Abstimmungsdatum 12. November 2025 10:04:00

Geschäft Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2026–2029; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	27	12	12	11	10	7	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	13	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.1916

Abstimmungsdatum 12. November 2025 10:53:39
Geschäft Beschaffung eines ABC-Lastkraftwagens für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	27	13	0	11	7	7	2	6	0	0
Nein	20	0	0	12	0	3	0	5	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	13	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.0488

Abstimmungsdatum 12. November 2025 11:00:14
Geschäft Beschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	27	13	12	9	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	13	12	9	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
25.5381

Abstimmungsdatum 12. November 2025 11:37:47
Geschäft Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Aktienmehrheit und Strategie der MCH Group

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	27	0	0	10	9	0	0	0	0	0
Nein	47	0	13	12	0	1	7	7	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	13	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
25.5394

Abstimmungsdatum 12. November 2025 11:38:49

Geschäft Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Schaffung eines Unterstützungsfonds für baustellenbetroffene Unternehmen in Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	27	12	12	10	10	7	7	6	1	0
Nein	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	13	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
25.5410

Abstimmungsdatum 12. November 2025 12:03:51
Geschäft Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	27	0	0	10	1	7	0	6	0	0
Nein	39	0	13	11	0	8	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	13	11	10	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	0	1	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.5411

Abstimmungsdatum 12. November 2025 16:34:56
Geschäft Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mindestlohn für alle Lernende

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	25	1	0	10	0	0	0	5	0	0
Nein	49	0	12	12	0	10	7	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	13	12	10	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	5	0	0	2	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
25.5412

Abstimmungsdatum 12. November 2025 16:51:22

Geschäft Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend bundesgerichtskonforme, arbeitsrechtliche Einbettung des UberEats-Anbieters; Änderung der kantonalen Handhabung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	26	6	4	9	10	7	0	6	0	0
Nein	16	0	4	6	0	0	0	6	0	0	0
Ent	4	0	3	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	88	26	13	10	9	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	2	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	5	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.5395

Abstimmungsdatum 12. November 2025 16:56:42

Geschäft Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Unterstützung und Informationstransfer bei Grossbaustellen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	25	12	11	9	9	7	0	6	0	0
Nein	6	0	0	0	0	0	0	5	0	1	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	25	13	11	9	9	7	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	0	1	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	9	6	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
25.5430

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:01:34
Geschäft Anzug Eric Weber betreffend wenn die Transparenz schwindet

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	4	0	0	2	0	1	0	0	0	1	0
Nein	70	19	13	7	7	8	5	5	6	0	0
Ent	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	76	19	13	10	7	9	5	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	14	6	0	1	2	1	2	1	0	0	1
Nicht anwesend	10	6	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
25.5431

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:03:19
Geschäft Anzug Eric Weber betreffend sportliche Grossanlässe nach Basel holen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	63	15	11	11	5	8	5	6	2	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	64	15	11	11	5	8	5	6	2	1	0
Nicht abgestimmt	25	9	2	0	4	2	2	1	4	0	1
Nicht anwesend	11	7	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
25.5432

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:06:29
Geschäft Anzug Eric Weber betreffend Basler Fahne muss im Basler Parlament stehen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	65	14	12	11	7	8	3	6	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	66	14	12	11	7	8	3	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	23	10	1	0	2	2	4	1	2	0	1
Nicht anwesend	11	7	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
25.5433

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:09:47
Geschäft Anzug Eric Weber betreffend Gratis-Telefon für Grossräte während Parlaments-Sitzungen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	68	19	12	11	6	6	3	6	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	69	19	12	11	6	6	3	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	20	5	1	0	3	4	4	1	1	0	1
Nicht anwesend	11	7	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
25.5434

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:11:55
Geschäft Anzug Eric Weber betreffend dass Bauen in Basel nicht mehr so lange dauert

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Nein	57	17	10	7	6	4	4	6	3	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	59	17	10	8	6	4	4	6	3	1	0
Nicht abgestimmt	30	7	3	3	3	6	3	1	3	0	1
Nicht anwesend	11	7	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
25.5435

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:12:49
Geschäft Anzug Eric Weber betreffend Notfall-Broschüre nach schwedischem Vorbild ist überfällig

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	76	23	11	11	9	8	4	6	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	77	23	11	11	9	8	4	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	12	1	2	0	0	2	3	1	2	0	1
Nicht anwesend	11	7	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
23.5030

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:21:10

Geschäft Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	23	13	0	2	0	0	7	1	0	0
Nein	38	0	0	12	7	8	7	0	4	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	85	23	13	12	9	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	2	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	10	7	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
25.5196

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:27:41
Geschäft Motion Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	68	23	11	0	7	8	7	6	6	0	0
Nein	13	0	0	12	0	0	0	1	0	0	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	83	23	13	12	7	8	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	0	2	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	12	8	0	0	3	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
25.5192

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:41:00

Geschäft Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	23	0	10	9	7	6	7	6	0	0
Nein	15	0	13	2	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	85	23	13	12	9	8	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	12	8	0	0	3	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
19.5144

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:54:22

Geschäft Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	0	13	11	0	10	7	6	1	0	0
Nein	36	22	0	0	9	0	0	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	85	22	13	11	9	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	12	8	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 64**
25.5491

Abstimmungsdatum 19. November 2025 09:32:08
Geschäft Resolution betreffend JA zur Realisierung des Nachtzuges Basel-Hamburg-Kopenhagen-Malmö!

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	28	13	0	10	4	7	0	6	0	0
Nein	25	0	0	11	0	6	0	7	0	1	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	13	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
23.5422

Abstimmungsdatum 19. November 2025 09:47:06

Geschäft Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	0	11	12	0	8	0	7	1	0	0
Nein	49	26	0	0	10	1	7	0	5	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	90	26	11	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
23.5329

Abstimmungsdatum 19. November 2025 09:54:37

Geschäft Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	83	27	13	12	3	8	7	7	5	1	0
Nein	8	0	0	0	8	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	13	12	11	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	2	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
23.5492

Abstimmungsdatum 19. November 2025 10:13:54

Geschäft Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen", Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	0	13	11	0	10	0	7	0	0	0
Nein	53	28	0	1	11	0	7	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	28	13	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 41**
25.5232

Abstimmungsdatum 19. November 2025 11:17:27

Geschäft Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	27	0	13	3	2	7	2	0	0	0	0
Nein	60	25	0	8	8	2	5	6	6	0	0
Ent	4	0	0	1	2	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	25	13	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 41**
25.5232

Abstimmungsdatum 19. November 2025 11:18:07

Geschäft Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	67	25	0	8	11	6	5	6	6	0	0
Nein	19	0	13	1	0	2	2	0	0	1	0
Ent	4	0	0	3	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	13	12	12	8	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	0	0	2	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 45**
25.5010

Abstimmungsdatum 19. November 2025 11:42:51

Geschäft Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	31	0	12	5	0	7	1	6	0	0	0
Nein	61	28	0	7	12	2	6	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
25.5089

Abstimmungsdatum 19. November 2025 15:43:45

Geschäft Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	13	12	0	10	7	7	0	1	0
Nein	47	29	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
25.5089

Abstimmungsdatum 19. November 2025 15:44:27

Geschäft Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	29	3	0	12	6	0	0	6	0	0
Nein	41	0	10	12	0	4	7	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
25.5202

Abstimmungsdatum 19. November 2025 16:06:30

Geschäft Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	0	13	12	0	8	2	7	0	1	0
Nein	54	29	0	0	12	2	5	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
25.5202

Abstimmungsdatum 19. November 2025 16:07:11

Geschäft Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
25.5202

Abstimmungsdatum 19. November 2025 16:07:26

Geschäft Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	29	0	0	12	6	5	0	6	0	0
Nein	34	0	11	12	0	3	0	7	0	1	0
Ent	4	0	1	0	0	1	2	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	12	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 52**
23.5342

Abstimmungsdatum 19. November 2025 16:23:01

Geschäft Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	35	0	13	11	0	4	0	6	0	1	0
Nein	55	28	0	0	11	4	7	0	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	13	11	11	8	7	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	0	2	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	1	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 61**
23.5379

Abstimmungsdatum 19. November 2025 16:49:46

Geschäft Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	33	0	13	9	0	5	0	6	0	0	0
Nein	54	28	0	0	9	4	7	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	28	13	9	9	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	2	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	1	2	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Beschaffung eines ABC-Lastkraftwagens für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK	JSSK	JSD	24.1916.02
2.	Beschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK	JSSK	JSD	25.0488.02
3.	Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte, Schreiben des RR		PD	23.5012.03
4.	Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels, Schreiben des RR		PD	23.5379.02
5.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Problemlösungen für die Konflikte auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB, Schreiben des RR		PD	23.5381.02
6.	Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli, Schreiben des RR		BVD	24.5022.02
7.	Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen, Schreiben des RR		BVD	23.5423.02
8.	Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking		BVD	23.5114.03
9.	Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Stellungnahme des RR		FD	25.5202.02
10.	Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung, Schreiben des RR		ED	23.5030.03
	Überweisung an Kommissionen			
11.	Erneuerung des Staatsbeitrags an das Felix Platter-Spital für das Projekt "Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)" für die Jahre 2026 bis 2028, Ratschlag des RR	GSK	GD	25.1426.01
12.	Dreispitz Nord; Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung der Lärmempfindlichkeitsstufen, Änderung des Wohnanteils, Änderung von Bau- und Strassenlinien sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Münchensteinerstrasse, Dornacherstrasse und Reinacherstrasse (Areal Dreispitz Nord), Ratschlag des RR	BRK	BVD	25.1417.01
13.	Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes vom 11. Dezember 2013 (StBG) sowie Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Anpassung von § 12 des Staatsbeitragsgesetzes, Ratschlag des RR	FKom	FD	25.1222.01 22.5564.03
14.	Ausgabenbewilligung für die aktive Projektentwicklung Quartierparkings sowie Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend konkrete Planung von Quartierparkings, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	25.0393.01 19.5087.04
15.	Ausgabenbewilligung zur Zwischennutzung «Am Birsigbogen» 2026 bis 2030, Ausgabenbericht des RR	UVEK	PD	24.0971.01
16.	Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige und zu einer Änderung des Wahlgesetzes und des Schulgesetzes sowie Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige, Ratschlag des RR	JSSK	PD	25.1507.01 25.1508.01 19.5161.04

17.	Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels für Sexarbeitende (Ausstiegsprogramm) für die Jahre 2026-2030 und Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, Ausgabenbericht des RR	JSSK	JSD	25.1574.01 22.5514.02
18.	Petition P502 "Für unsere Kinder: Rauchfreie Haltestellen, Schulen und Spielplätze in Basel"	PetKo		25.5478.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

19.	Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)" – Fristverlängerung, Bericht der JSSK	JSSK		24.1437.03
20.	Petition P476 "Nein zum Rheintunnel", Bericht der PetKo	PetKo		24.5222.03
21.	Petition P491 "Für eine öffentliche Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck", Bericht der PetKo	PetKo		24.5491.02
22.	Petition P492 "Keine Gebührenwillkür in Basel! Nein zu überhöhten Parkkartenpreisen", Bericht der PetKo	PetKo		24.5493.02
23.	Petition P493 "Für eine smartphonefreie Schulkultur", Bericht der PetKo	PetKo		24.5546.02
24.	Musik-Akademie Basel (MAB): Anwendung der Kostenmiete auf die beim Kanton Basel-Stadt gemietete Infrastruktur, Bericht der BKK	BKK	ED	25.0920.02
25.	Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung, Schreiben des RR		FD	23.5515.02
26.	Anzug Johannes Sieber und Béla Bartha betreffend Stärkung der Rahmenbedingungen für die Film- und Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit «Lex Netflix», Schreiben des RR		WSU	23.5392.02
27.	Anzug Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB, Schreiben des RR		BVD	23.5388.02
28.	Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wasser fassen und lassen am Fernbusbahnhof der Kulturhauptstadt der Schweiz			25.5459.01
29.	Anzüge:			
	1. Eric Weber betreffend Kopien für Grossräte			25.5458.01
	2. Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Zugang zu Laptops für armutsbetroffene Jugendliche auf Sek II-Stufe und Hochschulen im Kanton Basel-Stadt			25.5460.01
	3. Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Sicherstellung des Service Public der Postfilialen in Basel-Stadt			25.5461.01
	4. Stefan Wittlin und Konsorten betreffend neue zweckdienliche Trinkbrunnen zum Auffüllen von Flaschen			25.5462.01
	5. Gesundheits- und Sozialkommission betreffend eine bessere Vernetzung der Gesundheitsakteure			25.5463.01
	6. Daniel Gmür und Konsorten betreffend Nachvollziehbarkeit gerichtlicher Entscheide durch öffentliche Urteilsberatung, Abstimmungsergebnisse oder Dissenting Opinions			25.5464.01
	7. Zaira Esposito und Claudia Baumgartner betreffend Wasserspiel auf dem Tellplatz – eine sprudelnde Piazza fürs Gundeli			25.5469.01
	8. Daniel Albietz betreffend Bereitstellung und Publikation mündlicher Interpellationsantworten			25.5470.01
	9. Daniel Albietz betreffend Präsenzfeststellung an Grossratssitzungen			25.5471.01
	10. Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Leerstand der Messe Basel und die Suche nach Zwischenlösungen für die prekäre Sporthallen-Situation im Kanton Basel			25.5472.01

11.	Amina Trevisan und Konsorten betreffend Basler Kampagne gegen den Schlaganfall		25.5473.01
12.	Joël Thüring und Konsorten betreffend faire Abstimmungsvideos des Kantons statt einseitiger Information		25.5474.01

Kenntnisnahme

30.	Rücktritt von Catherine Alioth als Mitglied des Ratsbüros per 11. November 2025		25.5456.01
31.	Rücktritt von Andrea Elisabeth Knellwolf als Mitglied des Grossen Rates per 31. Januar 2026		25.5476.01
32.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Sonderzahlung des Kantons an das St. Jakob Stadion, Schreiben des RR	ED	25.5338.02
33.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Erstellung eines Eruvs im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	PD	25.5347.02
34.	Schriftliche Anfrage Oliver Thommen betreffend Sonnencrème am und im Rhein, Schreiben des RR	WSU	25.5356.02
35.	Anzug David Jenny und Konsorten betreffend systematische Überprüfung der Vergütungen von Mitgliedern in Gremien des Kantons Basel-Stadt (stehen lassen), Schreiben des RR	FD	18.5225.05
36.	Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend behindertengerechte und kleinkinderfreundliche Gestaltung des Rheinuferwegs (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	21.5013.03
37.	Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus (stehen lassen), Schreiben des RR	PD	21.5495.03
38.	Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Einführung einer Gesamtstrategie in der Korruptionssensibilisierung und -bekämpfung und Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Regelungen für die Übernahme von Mandaten durch ehemalige Regierungsrät*innen und weitere Amtsträger*innen (stehen lassen), Schreiben des RR	FD	19.5131.04 22.5466.03

Protokoll

der 39. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 10. Dezember 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Oliver Thommen (Grüne/jgb), Fina Girard (Grüne/jgb), Lukas Faesch (LDP), Michela Seggiani (SP), Georg Mattmüller (SP), Anouk Feurer (Grüne/jgb).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 2
3. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP) 2
4. Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB), Bericht des Ratsbüros 3
5. Staatsbeitrag an die Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 - 2029, Bericht der GSK 11
6. Weiterführung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK 18
7. Konzept zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt, Bericht der GSK 20
8. Staatsbeitrag an die "Aids-Hilfe beider Basel" (AHbB) für die Jahre 2026 - 2029; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung, Bericht der GSK 24
9. Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026-2029, Bericht der GSK 26
10. Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", Bericht der JSSK 31
13. Beschaffung von vier Rettungswagen für die Sanität Basel-Stadt (eRTW), Ratschlag des RR 33

Beginn der 39. Sitzung

Mittwoch, 10. Dezember 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[10.12.25 09:00:04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Präsidiumsfeier im Januar 2026: Das Organisationskomitee der Präsidiumsfeier informiert, dass diese am 11. Februar 2026 in Riehen stattfinden wird. Es findet somit an diesem Abend keine Nachtsitzung statt. Die Präsidiumsfeier findet traditionellerweise am Abend des ersten Sitzungstages im Februar statt, dies wäre der 4. Februar. Das Organisationskomitee hat entschieden, davon abzuweichen, da an diesem Abend in Riehen bereits die konstituierende Sitzung des Einwohnerrates mit entsprechender Feier stattfindet.

Eine freudige Nachricht: Ich freue mich sehr, Ihnen mitteilen zu können, dass unser Mitglied Zaira Esposito Mutter geworden ist. Am 8. Dezember ist das Mädchen Nima auf die Welt gekommen, ihr und der Mutter geht es gut. Wir wünschen beiden einen wundervollen Start und alles Gute für die gemeinsame Zeit. (*Applaus)*

Rücktritt aus dem Grossen Rat: Franziska Roth hat auf den 31. Januar 2026 den Rücktritt aus dem Grossen Rat eingereicht. Wir werden sie an ihrem letzten Sitzungstag im Januar 2026 gebührend verabschieden.

Neue Interpellationen: Es sind 12 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nr. 124, 126, 127, 129, 131 und 133 werden mündlich beantwortet.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen somit zur Tagesordnung. Ich habe hier keine Wortmeldungen eingetragen. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt. Geschäft 1 ist erledigt.

Traktandum 2, Entgegennahme neuer Geschäfte: Die WAK beantragt, das Geschäft Mobilitätsmanagementkonzept für die Kantonsverwaltung Basel-Stadt, Bericht des Regierungsrates, Geschäft Nummer 30 der WAK zum Mitbericht zuzuweisen. Die Präsidentin der WAK wünscht das Wort.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[10.12.25 09:02:50]

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Der Ratschlag Mobilitätsmanagementkonzept für die Kantonsverwaltung enthält eine sogenannte Velo-Pauschale und das ist eine Lohnnebenleistung für die Kantonsangestellten und fällt somit in die Zuständigkeit der WAK. Nach Rücksprache mit der Präsidentin der UVEK als hauptberichtende Kommission würden wir Ihnen gerne beantragen, dass die WAK zu diesem einen Punkt einen kurzen Mitbericht verfassen darf.

3. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP)

[10.12.25 09:03:21]

Balz Herter, Grossratspräsident: Gibt es hier einen Gegenantrag? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit geht das Geschäft ebenfalls zur WAK, zur Mitprüfung. Sie haben so beschlossen.

Traktandum 3 Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission, Nachfolge von Alexandra Dill. Ich beantrage Ihnen, die Wahl offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Für offene Wahlen braucht es eine Zustimmung mit einem Zweidrittelmehr, also doppelt so viele Ja- wie Nein-Stimmen. Wir schreiten zur Abstimmung über die offenen Wahlen.

Ich starte die Abstimmung. Ja heisst offene Wahlen, nein heisst geheime Wahlen. Sie haben sich für offene Wahlen entschieden.

Gemäss Artikel 14 Absatz 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommission während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion SP lauten. Für die Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Amina Trevisan. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Ich gratuliere Amina Trevisan zur Wahl zum Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und wünsche ihr viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

Abstimmung

JA heisst offene Wahl , NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 9 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # , 10.12.25 09:06:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl

Abstimmung

JA heisst Wahl von Amina Trevisan, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 1 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # , 10.12.25 09:06:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

Amina Trevisan als Mitglied der GPK zu wählen.

4. Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB), Bericht des Ratsbüros

[10.12.25 09:06:11, 25.5498.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für das Ratsbüro hat Sasha Mazzotti das Wort.

Sasha Mazzotti (SP): Sie haben Glück, ich verzichte auf ein längeres Votum, da ich fast nicht mehr sprechen kann und davon ausgehe, dass Sie den Bericht alle gelesen haben und in Ihren Fraktionen auch diskutiert haben. Es geht um die Präsidialentschädigung von 12’000 auf 20’000 Franken. Wir haben darüber diskutiert. Es gibt eine Mehrheit und eine Minderheit, auch das werden Sie in Ihren Fraktionssitzungen besprochen haben. Wir haben natürlich verglichen mit anderen Kantonen und wir stehen da nicht so gut da. Also Zürich bezahlt bedeutend mehr.

Die Fraktionsentschädigungen waren 10’000 pro Fraktion, auch da haben wir verglichen mit anderen Kantonen, auch mit Basel-Landschaft, unserem Nachbarkanton, und sind nach einer Mehrheit und einer Minderheit, die sich unterschiedlich ausgesprochen haben, dafür, dass wir diese auf 15’000 erhöhen.

Wenn ich so sehe, wer reden will, weiss ich, dass meine Kolleginnen und Kollegen mit den unterschiedlichen Haltungen gleich mehr dazu sagen werden.

Catherine Alioth (LDP): Die Sprecherin des Ratsbüros hat richtig berichtet, wir haben gehört, dass die Beschlüsse im Ratsbüro zum vorliegenden Antrag nicht einstimmig waren, wie es am Schluss des Berichtes steht.

Die LDP-Fraktion ist der Ansicht, dass das Amt des Grossratspräsidiums grundsätzlich als Ehrenamt zu betrachten ist. Dieses ehrenamtliche Grundverständnis muss gewahrt und respektiert werden. Gleichzeitig anerkennen wir, dass die Anforderungen und die Aufgabendichte an dieses Amt in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Der Grossratspräsident, die Grossratspräsidentin nimmt als höchster Basler, als höchste Baslerin eine bedeutende Rolle ein und soll seinen oder ihren Aufgaben für unseren Kanton bestmöglich nachkommen können. Er oder sie muss das gut machen können, ohne allzu grosse berufliche Einbussen oder Einschränkungen hinnehmen zu müssen. Vor diesem Hintergrund sind wir bereit, eine Erhöhung der Entschädigung für das Amt des Grossratspräsidiums in Erwägung zu ziehen, auch wenn das nicht ganz mit unseren liberal-demokratischen Grundsätzen übereinstimmt. Es geht um eine angemessene Entschädigung, damit das Amt attraktiv bleibt und um die damit verbundenen Aufgaben bestmöglich erfüllen zu können.

Bei den Fraktionsentschädigungen hingegen sagen wir klar Nein zu jeder Form von Erhöhung. Politische Arbeit dient in erster Linie dem Gemeinwohl. Eine zusätzliche finanzielle Belastung des Kantons durch höhere Fraktionsentschädigungen halten wir nicht für gerechtfertigt und angemessen. Angesichts der Verantwortung, die wir gegenüber Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern haben, ist ein sorgsamer und verantwortungsbewusster Umgang mit öffentlichen Geldern Pflicht. So stärken wir das Vertrauen in die politische Arbeit.

Der neuen Formulierung von Abs. 5 in § 11 der Ausführungsbestimmungen stimmen wir zu. Da es sich bei diesem Antrag um ein Gesamtpaket handelt und wir einer Erhöhung der Fraktionsentschädigung insbesondere nicht zustimmen können, müssen wir das gesamte Paket ablehnen. Vor diesem Hintergrund lehnt die LDP-Fraktion den Antrag des Ratsbüros ab.

Bülent Pekerman (GLP): Immer wenn Parlamente über ihre eigenen Entschädigungen sprechen, steht reflexartig der Vorwurf der Selbstbedingung im Raum. Wer das behauptet und deswegen die Vorlage ablehnen möchte, verkennt jedoch den Kern dieser Vorlage des Ratsbüros. Es geht nicht um Privilegien oder Boni, sondern darum, ob sich Menschen mit ganz unterschiedlichen Einkommen politische Verantwortung überhaupt leisten können. Wenn Politik nur noch für finanziell Privilegierte möglich ist, haben wir ein demokratisches Problem.

Die Vorlage des Ratsbüros anerkennt diese Realität. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass der Aufwand in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Es gibt mehr Sitzungen, mehr Koordination, mehr Öffentlichkeitsarbeit, mehr digitale Anforderungen und einen deutlich höheren Erwartungsdruck aus Gesellschaft und Medien. Politik ist zeitintensiver geworden, und diese Zeit wird von gewählten Menschen investiert, meistens neben Beruf, Familie und Ehrenamt.

Besonders das Amt des Grossratspräsidiums wurde in der Vergangenheit finanziell klar unterbewertet. Wer dieses Amt ausübt, und ich spreche hier aus eigener Erfahrung, übernimmt ein faktisches Zusatzpensum: Repräsentation, Gesprächsführung, Sitzungsleitung, Präsenz bei zahllosen Anlässen, oft abends und am Wochenende, immer stellvertretend für unseren Kanton. Würden wir dieses Pensum extern einkaufen, würde niemand ernsthaft behaupten, es sei überbezahlt. Die Erhöhung der Repräsentationspauschale ist deshalb keine Luxusausgabe, sondern die schlichte Korrektur einer Schieflage, damit dieses Amt nicht nur für finanziell besonders gut abgesicherte Personen realistisch ist.

Mindestens genauso wichtig ist die Anpassung der Fraktionsentschädigungen. Seit 2007 wurde hier nichts mehr verändert. 16 Jahre Stillstand, während sich die Fraktionsarbeit stark professionalisiert hat. Heute findet Politik nicht nur in diesem Grossratssaal statt, sondern auch in den Kommissionen, in der Medienarbeit, im digitalen Raum sowie in der permanenten Koordination mit Fachstellen, Verbänden und der Zivilgesellschaft. Das alles braucht Vorbereitung, Dossierarbeit und strategische Abstimmungen in den Fraktionen.

Damit komme ich zu einem Punkt, der uns als GLP besonders wichtig ist, die Stärkung der politischen Vielfalt. Wir haben im Ratsbüro den Antrag gestellt, dass die Entschädigungen pro Fraktionsmitglied nach Fraktionsgrösse gestaffelt wird, sodass kleinere Fraktionen einen höheren Beitrag pro Mitglied erhalten als grössere Fraktionen. Die Idee dahinter ist simpel und gerecht. Kleine Fraktionen tragen dieselbe parlamentarische Verantwortung wie grosse, aber die gesamte Arbeit verteilt sich auf deutlich weniger Schultern. Mehr Dossiers, mehr Kommissionssitze, mehr Vorbereitung, mehr politische Kommunikation, bei kleineren Fraktionen steigt die individuelle Belastung unweigerlich. Eine positiv differenzierte Finanzierung hätte diese höhere Verantwortung gezielt und fair abgefedert. Unser Vorschlag wurde im Ratsbüro zwar ausführlich diskutiert, fand aber letztlich keine Mehrheit. Das respektieren wir. Wir halten jedoch fest, wer politische Vielfalt will, muss auch die strukturellen Möglichkeiten dafür schaffen. Die vorgeschlagene Erhöhung des Grundbetrags für die Fraktionen ist aus unserer Sicht moderat, sachlich begründet und stellt nach 16 Jahren eine notwendige Teuerungsanpassung dar.

Politik lebt vom Engagement unterschiedlicher Menschen, von jungen Eltern genauso wie von berufstätigen, Studierenden oder Selbständigen. Wenn wir wollen, dass dieses Parlament die gesellschaftliche Vielfalt abbildet, dann müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass sich dieses Engagement für alle realisieren lässt und nicht nur für diejenigen mit viel Zeit oder finanziellem Polster. Habt keine Angst, mit dieser Anpassung ist heute kein Schritt hin zu einem Berufsparlament getan. Im Gegenteil, wer ein Berufsparlament verhindern will, muss gerade dafür sorgen, dass auch Menschen mit normalem Einkommen, mit Teilzeitstellen, mit Familie und Care-Arbeit Politik machen können. Wenn die Entschädigungen real sinken, läuft es am Ende genau auf das Gegenteil hinaus. Politik wird zum gut abgesicherten Hobby für wenige statt zur Aufgabe vieler.

Wir schulden es unserer politischen Kultur, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es allen Mitgliedern dieses Rates ermöglichen, ihre Aufgaben mit voller Verantwortung und ohne existenzielle Belastung wahrzunehmen. Wir, die GLP-Fraktion, sagen aus voller Überzeugung Ja zu dieser Vorlage.

Oliver Bolliger (BastA): Ich kann mich kurz halten, weil Bülent Pekerman sehr ausführlich die Gründe für eine Erhöhung dargelegt hat. Auch die BastA-Fraktion befürwortet die durch das Ratsbüro beschlossene Anpassung des Grundbetrags pro Fraktion, eben die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für das Grossratspräsidium.

Eine Erhöhung der Fraktionsentschädigung von 10’000 auf neu 15’000 Franken erachten wir nach rund 20 Jahren als, wie schon erwähnt, moderat und angemessen. Neben der aufgelaufenen Teuerung sind auch die politischen Anforderungen sowie die finanzielle Belastung für die Fraktionen stark gestiegen. Gut funktionierende Fraktionsarbeit stärkt auch insgesamt die Demokratie und dies – ich denke, da sind wir uns einig – ist für die Zukunft wichtig. Mit dieser Erhöhung tragen wir auch diesem Ansinnen Rechnung. Zudem ist es ein Fakt, dass nicht alle Fraktionen über die gleichen Ausgangsbedingungen verfügen. Diese wird zwar mit einer Erhöhung der Fraktionsentschädigung nicht behoben, aber zumindest werden kleinere Fraktionen ohne finanzstarken Hintergrund ein wenig mitgestärkt.

Auch der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für das Grossratspräsidium um 8’000 Franken stimmen wir von BastA zu. Der Aufwand ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen und es kann nicht sein, dass nur vermögende Grossräte und Grossrätinnen sich ein Präsidiumsamt überlegen beziehungsweise leisten können. Die Aussage, dass das Grossratspräsidium grundsätzlich ehrenamtlich auszuführen sei, verkennt völlig die sozialen Unterschiede hier im Grossen Rat und in der Bevölkerung. Eine Erhöhung der Entschädigung ist somit wichtig, damit in Zukunft eine Entscheidung, ob ein solches Amt überhaupt ausgeübt werden kann, nicht aufgrund einer fehlenden finanziellen Absicherung nicht gefällt wird. Dies wäre demokratiepolitisch sehr heikel, denn nicht alle von uns können sich eine Reduktion des Arbeitspensums aus rein privatem Vermögen beziehungsweise Einnahmen finanzieren.

Somit besten Dank für die Zustimmung zum Bericht, zu den Änderungen der Ausführungsbestimmung.

Johannes Barth (FDP): Wir beraten heute eine Vorlage, die uns direkt betrifft, unsere eigenen Entschädigungen, die Entschädigungen des Präsidiums und jene der Fraktion. Genau deshalb muss für die FDP ein besonders strenger Massstab gelten, Zurückhaltung bei den Kosten und einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern.

Im Bericht zum Anzug Battaglia wurde festgehalten, dass die Vergütungen der Mitglieder des Grossen Rates im kantonalen Vergleich bereits eher hoch sind, höher als in angrenzenden Kantonen und vergleichbar mit grösseren Kantonen.

Gleichzeitig sind die Entschädigungen für das Ratspräsidium und für die Fraktionen tiefer. Darauf reagiert der vorliegende Vorschlag mit drei Anpassungen. Eine Erhöhung der Entschädigung für das Präsidium, eine Erhöhung der Fraktionsentschädigung und eine Präzisierung bei den Nettobeträgen. Aus Sicht der FDP ist dabei klar, wir stehen nur hinter dem Teil, der keine Mehrkosten verursacht und sogar verdeckte Mehrkosten verhindert. Die zwei kostensteigenden Elemente überzeugen uns nicht.

Zum Ratspräsidium: Wir anerkennen ausdrücklich, dass das Präsidium einen hohen zeitlichen und repräsentativen Aufwand trägt. Wir danken allen, die bereit sind, dieses Amt zu übernehmen. Gleichzeitig spricht der Bericht selber aus, dass eine Minderheit im Ratsbüro eine Erhöhung für nicht notwendig hält und das Amt weiterhin klar als Ehrenamt verstanden wissen will. Nun sollen die Repräsentations- und Aufwandsentschädigungen von heute 12’000 auf 20’000 erhöht werden, also um gut zwei Drittel. Vor dem Hintergrund, dass wir als Parlament an anderer Stelle Sparsamkeit einfordern, ist eine solche deutliche Erhöhung in eigener Sache aus liberaler Sicht schlicht schwer vermittelbar. Das Amt des Grossratspräsidiums ist und bleibt für uns in erster Linie Dienst am Gemeinwesen und darf nicht schrittweise einer regulären Erwerbstätigkeit angenähert werden. Wer ein solches Amt übernimmt, weiss, dass es mit zeitlichem Einsatz verbunden ist. Das gehört zur politischen Verantwortung. Wir sehen nicht, dass sich die Rahmenbedingungen derart verändert hätten, dass eine Erhöhung in dieser Grössenordnung zwingend wäre.

Zu den Fraktionsentschädigungen: Die Fraktionen erhalten heute einen Grundbetrag von 10’000 Franken sowie 500 Franken pro Mitglied. Diese Ansätze wurden 2007 auf das heutige Niveau gebracht und gelten seit 2009 unverändert. Der Bericht zeigt, dass andere Kantone hier deutlich höhere Beträge ausrichten. Gleichzeitig hält der Bericht aber auch fest, dass einzelne Fraktionen eine Erhöhung grundsätzlich ablehnen, weil politische Vertretung in der ersten Linie dem Dienst, dem Gemeinwohl dienen müsse und eine zusätzliche finanzielle Belastung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht gerechtfertigt sei. Genau diese Haltung teilt die FDP. Ja, die politische Arbeit ist dichter geworden. Aber bevor wir zusätzliche Mittel sprechen, erwarten wir, dass Abläufe optimiert werden, Synergien genutzt und Prioritäten. Eine Erhöhung des Grundbetrages um 50% von 10’000 auf 15’000 Franken pro Fraktion ist in Zeiten wachsender Staatsausgaben das falsche Signal, gerade wenn wir in allen Bereichen zu Zurückhaltung aufrufen. Wir wollen kein Parlament, das sich über stetig steigende Entschädigungen schleichend professionalisiert. Wir wollen ein Milizparlament, das nahe bei der Bevölkerung bleibt und mit den gleichen finanziellen Ressourcen und Realitäten konfrontiert ist wie die Menschen draussen.

Der dritte Punkt ist aus unserer Sicht anders gelagert. Hier sind wir klar einverstanden. Die Präzisierung der Formulierung zu den Nettobeträgen ist heute in den Ausführungsbestimmungen festgehalten, dass die Sitzungsgelder netto übernommen werden. Die bisherige Formulierung lässt jedoch den Schluss zu, dass künftig auch die Beiträge an die berufliche Vorsorge, die ab 1. Februar 2026 eingeführt wird, vom Kanton übernommen werden. Das wäre nie die Absicht gewesen und würde eine signifikante Erhöhung der Sitzungsgelder bedeuten, wie der Bericht ausdrücklich festhält. Die neue präzise Formulierung, wonach die Beiträge für die berufliche Vorsorge von den genannten Ansätzen abgezogen werden, nicht aber die Beiträge an die Ausgleichskasse, schafft Transparenz und verhindert eine ungewollte automatische Mehrbelastung des Staatshaushalts. Das ist im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, und diesen Punkt unterstützt die FDP ausdrücklich.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir entscheiden heute in eigener Sache. Das ist immer heikel. Gerade deshalb müssen wir uns selbst besonders streng messen. Aus unserer Sicht heisst das Ja zur Präzisierung bei den Nettobeträgen, weil sie Klarheit schafft und verdeckte Mehrkosten verhindert und Nein zu den zusätzlichen Ausgaben für das Präsidium und Fraktionen in dieser Form und in dieser Höhe. Wenn wir nach aussen glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir intern mit gutem Beispiel vorangehen. Wir können nicht vom Staat überall Effizienz und Sparsamkeit verlangen und uns selber gleichzeitig grosszügig höhere Entschädigungen zugestehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SP ist Claudio Miozzari.

Claudio Miozzari (SP): Die Fraktion der SP unterstützt die vorgeschlagenen Anpassungen. Beim Beitrag für die Fraktionen sind wir jene Fraktion, die pro Kopf sehr deutlich am wenigsten von den geplanten Anpassungen profitiert. Der Vorwurf, wir würden uns hier etwas Besonderes gönnen, kann also nicht erhoben werden. Wir gönnen vielmehr den anderen kleineren Fraktionen etwas professionellere oder bessere Bedingungen, wenn es um ihre Arbeit geht, und wir denken, das soll auch im Sinne einer effizienten und guten Arbeit hier im Parlament verwendet werden. An die Adresse von Bülent Pekerman und der GLP möchten wir entsprechend sagen, diese Pauschalentschädigung ist der Ort, wo wir den Kleinen mehr Unterstützung zukommen lassen und nicht die Entschädigung pro Kopf.

Beim Ratspräsidium schliesse ich mich den Vorrednerinnen an, die gesagt haben, dass es eben wichtig ist, dass sich alle so ein Amt leisten können und nicht nur solche, die schon eine lange Karriere oder eine potente Arbeitgeberin hinter sich wissen.

In diesem Sinne bitten wir Sie, die Beschlussvorlage anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring hat das Wort für die SVP.

Joël Thüring (SVP): Es wurde eigentlich schon sehr viel gesagt, wir können uns von der SVP-Fraktion den Vorrednern der LDP- und FDP-Fraktion anschliessen Ich glaube tatsächlich, dass diese Änderungen nicht notwendig sind und auch ein falsches Signal aussenden. Weder werden Sie mit einer Erhöhung der Pauschale an die Fraktionen um 5’000 Franken das von Ihnen eingebrachte Anliegen lösen können, noch werden Sie bei der Entscheidung, ob Sie sich für das Amt des Grossratspräsidenten oder der Grossratspräsidentin bewerben, eine andere Ausgangslage vorfinden, wenn Sie die Entschädigung um 8’000 Franken erhöhen.

Catherine Alioth hat es richtig gesagt: Ein Grossratspräsidium ist ein Ehrenamt, es kann letztlich jeder Amtsinhaber, jede Amtsinhaberin selber entscheiden, wie sie dieses Amt ausgestalten möchte. Man kann viele Anlässe besuchen, man kann wenig Anlässe besuchen, es ist letztlich die Eigenverantwortung eines Grossratspräsidenten, das so auch in seinen Alltag einbauen zu können, dass es funktioniert. Wir glauben nicht, dass eine Erhöhung von 8’000 Franken auf 20’000 Franken. Diese Entscheidung grossartig verändern wird, tatsächlich sendet es aber ein falsches Signal aus, wenn wir finanzpolitisch nun uns selber Beiträge entsprechend erhöhen. Deshalb ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass wir beim bestehenden System, wie wir es jetzt haben, bei den bestehenden Zahlen bleiben sollen, zumal wir gerade erst kürzlich – das werden wir mit diesem Einschub im dritten Antrag korrigieren – immerhin den Parlamentarierinnen und Parlamentariern mit dieser beruflichen Vorsorge doch etwas Zusätzliches gegönnt haben, was vorher noch nicht existiert hat. Auch das sind zusätzliche Mehrkosten, die entstehen und das alleine, denke ich, sollte für den Moment auch ausreichend sein.

Wir bitten Sie deshalb, diese Anträge des Ratsbüros, Erhöhung der Fraktionsentschädigung und Erhöhung der Pauschale für das Grossratspräsidium abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNEN/jgb ist Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Über die Entschädigung für uns als Parlamentarier:innen zu sprechen, ist immer ein wenig komisch und immer ein unangenehmes Geschäft. Aber deshalb ist es wichtig, dass wir das ehrlich, transparent und mit Augenmass machen. Aus meiner Sicht erfüllt der Bericht des Ratsbüros genau diese Punkte.

Das Amt des Grossratspräsidiums ist mit viel Aufwand verbunden. Wer dieses Amt übernimmt, hat zusätzlich mehr zu tun als der normale Ratsbetrieb, und auch je nachdem einen Ausfall der Erwerbstätigkeit. Wenn wir wollen, dass dieses Amt für alle offensteht, die sich die Einkommensausfälle vielleicht weniger leisten können, dann müssen wir diesen zeitlichen Aufwand dementsprechend auch abbilden. Die vorgeschlagene Erhöhung der Repräsentations- und Aufwandsentschädigung ist aus unserer Sicht eine faire und auch verhältnismässige Abgeltung. Wichtig ist auch die Form, eine pauschale Entschädigung beizubehalten und nicht irgendwie in ein «Strichlisystem» und in eine administrativ komplizierte Variante zu kommen, so dass das auch weiterhin nachvollziehbar und transparent bleibt für alle.

Mit Blick auf die anderen Kantone sind wir bei allen diesen Anpassungen immer noch in einem moderaten Rahmen und auch die Grundentschädigung, wie wir schon oft gehört haben, wurde eben seit 2007 nicht angepasst. Dass der Betrieb zugenommen hat, das habe selbst ich in den fünf Jahren, die ich dabei bin, gemerkt. Daher finde ich das durchaus gerechtfertigt.

Also summa summarum kann man sagen, dass dieser Bericht nicht irgendwie darum dreht, Privilegien für uns in der Politik zu schaffen, sondern viel eher geht es darum, dass die Funktionsfähigkeit unserer demokratischen Institutionen so aufrechterhalten werden kann und ein Präsidium auch halbwegs kompensiert werden kann und die Fraktion ihre Arbeit dementsprechend gut organisieren kann, und auch klare Regeln für die Entschädigung gehören zu so einem Milizsystem, wenn wir wollen, dass auch Menschen mit einem kleineren Einkommen Care-Arbeit oder Ausbildung und Teilzeitstellen Verantwortung übernehmen können.

Und deshalb bitte ich Sie auch im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, diesen Bericht des Ratsbüros und den dazugehörigen Grossratsbeschluss zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es gibt ein Sprichwort, das ganz gut zu dieser Diskussion passt: Wahltag ist Zahltag. Ihr nächster Zahltag ist der 22. Oktober 2028. Das ist auch mein Zahltag, das verbindet uns alle, die Grossratswahl. Aber jetzt kommt der Unterschied zwischen Ihnen und mir. Bei diesem neuen Gesetz, das wir hier beraten, werden 99 Grossräte bevorzugt und bekommen mehr Geld, viel mehr Geld. Aber einen Grossrat haben Sie vergessen, Eric Weber, Präsident der nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat, Präsident der Liste Ausländer Stopp. Fraktionslose haben Sie schlicht vergessen und darum muss ich sagen, das geht nicht, das geht auf keinen Fall. Ich habe alles gelesen und ich bekomme nicht mehr Geld. Darum beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten.

Politik wird gemacht für die Eigeninteressen eines jeden einzelnen Grossrates. Das sind Tatsachen. Es tut mir leid, ich habe es nur so kennengelernt und schätzen gelernt. Sie sind hier im Grossen Rat, weil Sie als Grossrat ganz leicht Regierungsrat, Bundesrat, Ständerat, Nationalrat werden können. Das sind Fakten und ich sage immer, der Grosse Rat ist ein Durchlauferhitzer für höhere Würde und noch mehr Geld. Ihre Chancen stehen gut.

Ich stelle fest, wir sind das Parlament weltweit mit dem grössten Gefälle zwischen dem Lohn von Abgeordneten zur Regierung. Der Regierungsrat hat rund 380’000 Franken im Jahr, ein Grossrat mit dem Sitzungsgeld rund 15’000 Franken. Es ist ein Verhältnis von 1 zu 30, wenn ich richtig gerechnet habe, ich habe es nur grob überschlagen. Ein Regierungsrat verdient 30-mal mehr als ein Grossrat und dieses krasse Verhältnis gibt es weltweit nur in Basel, in keinem anderen Parlament der Welt. Und das muss man auch einmal sagen und darum habe ich es jetzt gesagt.

Darum müsste ich eigentlich auch für eine Lohnerhöhung sein, aber da es mich ja nicht betrifft, sage ich Nein und nochmals Nein. Wir kommen sehr schlecht an bei der Bevölkerung. Morgen wird in allen Zeitungen stehen, der Grosse Rat erhöht sich selbst den Lohn. Und das will die Bevölkerung nicht. Aber das sind morgen die Schlagzeilen in der Basler Zeitung, in der BZ basel-landschaftliche Zeitung, Kein Mensch kann sich selber den Lohn erhöhen, sonst würde jeder Millionär sein. Aber das gibt in der Bevölkerung böse Worte und unser Beruf gehört zu den unbeliebtesten Berufen, genau aus diesem Grund. Der beliebteste Beruf hat Raoul Furlano, als Arzt und Kinderarzt ist er der beliebteste in unserem Parlament nach der Statistik. Darum muss ich den Schnabel aufmachen und vertrete Rückweisung, Nichteintreten und ich bitte, darüber abzustimmen, auch wenn ich keine Chance habe, weil ich fühle mich ungerecht behandelt. Man hätte auch an die Fraktionslosen denken können und sagen können, die bekommen auch jetzt vor Weihnachten noch ein Geschenk, damit sie schöne Festtage haben und einen guten Rutsch.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny ist der nächste Sprecher.

David Jenny (FDP): Ich stelle keinen Antrag auf rückwirkende Erhöhung der Bezüge für das Grossratspräsidium, aber vielleicht zwei Gedanken dazu. Wir erhalten alle 6’000 Franken Grundbetrag, der ist steuerfrei. Bis heute erhält die Präsidentin oder der Präsident 12’000 Franken, auch steuerfrei, das wurde mal abgeklärt. Jetzt erhöhen wir um 8’000 Franken, dann hat, wer das Präsidium innehat, gesamthaft 26’000 Franken steuerfrei. Ich weiss, wie sonst die Steuerverwaltung Spesenreglemente von Betrieben prüft und ich glaube, wenn Sie sagen, das ist eine Abgeltung für den Aufwand Repräsentation, die nach den allgemeinen Regeln steuerfrei ist, bin ich eigentlich erstaunt, dass das jetzt in dieser Höhe dann noch durchgehen sollte. Und wenn es durchginge, dann ist es schon ein Privileg und Sie haben ja die ganze Erhöhung betont mit dem Zeitaufwand und nicht mit den Auslagen. Und das Entgelt, für was man arbeitet, ist in der Regel steuerpflichtig. Also wenn man dann konsequent wäre, dann hätte man diese Erhöhung zum steuerpflichtigen Teil unserer Entschädigung qualifizieren müssen. Das leuchtet vielleicht auch einigen Juristen bei der Mitte ein, die sich für das eingesetzt haben.

Und das andere ist natürlich, insofern es bei einzelnen dann auch kontraproduktiv ist, dass wir dann Arbeitgeber aus der Pflicht nehmen, auch ihre Angestellten bei der Ausübung eines solchen Amtes zu unterstützen. Dann kann ja gesagt werden, ja, also wenn Sie gesamthaft 26’000 Franken steuerfrei haben, dann können Sie auch gerne Ihr Pensum reduzieren und wir müssen das nicht subventionieren.

Offensichtlich hat das Ratsbüro nichts geklärt, ob das noch akzeptiert wird als wirklich nicht Steuerbar, und ich glaube auch, wenn es noch akzeptiert würde, dann ritzt man also an der Gleichbehandlung, wenn man sich anschaut, wie sonst Spesenreglemente behandelt werden von der Steuerverwaltung. Das ist wirklich eine Ungleichbehandlung. Ich glaube, wenn

man mehr Arbeit entschädigen will, dann muss man es auch steuerpflichtig und sozial abgabepflichtig machen und nicht so in einem Schnellschuss, wie es das Ratsbüro vorgeschlagen hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Remo Gallacchi ist nächster Sprecher.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Es wurde jetzt immer wieder gesagt, dass das Grossratspräsidiumsamt ein Ehrenamt sei. Es gibt viele ehrenamtliche Arbeiten. Ehrenamtlich heisst, man wendet Zeit auf, die nicht entschädigt wird und nicht, man wendet Zeit auf und legt noch was drauf. Diese Repräsentationsentschädigung von 12’000 Franken wird am ersten Abend des neuen Grossratspräsidenten vollständig aufgebraucht, weil sie ans Grossratspräsidentenfest gehen. Und den Rest der 364 Tage im Jahr legt er drauf. Bitte unterstützen Sie den Vorschlag des Büros.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft.Sasha Mazzotti hat das Wort.

Sasha Mazzotti (SP): Ich dachte, ich müsste nicht mehr sprechen, aber ich habe doch noch zwei Dinge zu sagen und zwar zu David Jenny. Es ist ja die kantonale Praxis in der Schweiz, dass das eine repräsentative Pauschale ist. Und sie ist auch in anderen Kantonen nicht steuerpflichtig. Wir haben ja den Vergleich gemacht, andere Kantone anerkennen dieses Amt und sind bedeutend höher bei ihren Beträgen, die haben auch noch Vize I und Vize II, die sie entschädigen. Laurin Hoppler hat es gesagt, wir hätten sonst noch die Möglichkeit des «Strichlisystems» wie in Basel-Landschaft, doch wir haben bewusst darauf verzichtet.

David Jenny, Sie haben jetzt gesagt, man müsse die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Einige von uns hier sind freiberuflich, ihr eigener Arbeitgeber oder Arbeitgeberin, wir haben Studierende und wir haben Leute, die Arbeitgeber ausserhalb des Kantons haben, die haben, wie sie mir gesagt haben, schon Mühe, einen Kommissionssitzungstag freizukriegen beziehungsweise den Mittwoch. Ich glaube nicht, dass diese grosse Freude haben, hier mitzuarbeiten. Ich kann mir vorstellen, dass das Büro mit diesem Argument nicht so einverstanden ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zu den zahlreichen Abstimmungen. Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Eintreten NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007811, 10.12.25 09:42:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

Eintreten

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 93 gegen eine Stimme.

Eric Weber beantragt auch Rückweisung ans Ratsbüro. Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007812, 10.12.25 09:42:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 90 Stimmen gegen eine Stimme gegen Rückweisung ausgesprochen.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007814, 10.12.25 09:43:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB) vom 29. Juni 2006 [1]) (Stand 1. November 2025) wird wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 2 (geändert), Abs. 5 (geändert)

2 Die Mitglieder des Grossen Rates erhalten pro Amtsjahr einen Grundbetrag von CHF 6'000. Die Präsidentin oder der Präsident erhält zudem eine einmalige Repräsentations- und Aufwandentschädigung von CHF 20'000.

5 Auf die genannten Ansätze werden die Beiträge für die berufliche Vorsorge abgezogen, nicht aber die Beiträge an die Ausgleichskasse.

§ 14 Abs. 1

1 Den Fraktionen werden folgende Beiträge ausgerichtet:

a) (geändert) Grundbetrag für jede Fraktion pro Amtsjahr CHF 15'000;

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie tritt am fünften Tag nach der Publikation in Kraft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 61 gegen 33 Stimmen.

5. Staatsbeitrag an die Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 - 2029, Bericht der GSK

[10.12.25 09:43:48, 25.1218.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK-Mehrheit beantragt, ihrer Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Kommissionsminderheit folgt dem Antrag des Regierungsrates gemäss ihrem Bericht sowie dem Ihnen verteilten Antrag des Regierungsrates. Für die Mehrheit hat Anina Ineichen das Wort.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Der Regierungsrat beantragt mit dem vorliegenden Geschäft die Bewilligung eines Staatsbeitrags an die Stiftung Rheinleben. Vorgesehen ist eine Finanzhilfe für die Jahre 2026 bis 2029 von jährlich 210’000 Franken für die Weiterführung der Erhöhung der Unterstützung der Anlaufstelle für Angehörige von psychisch erkrankten Menschen. Zum Beginn meines Votums fasse ich die Beratung der Gesundheits- und Sozialkommission zusammen. Anschliessend gehe ich auf die Haltung und die Erwägung der Kommissionsmehrheit ein.

Psychisch Erkrankte gehören zu den häufigsten und am stärksten belastenden Krankheitsbildern in der Schweiz. Rund jede achte Person ist betroffen von schweren Symptomen. Behandlungen psychischer Erkrankungen haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Damit verbunden sind volle Infrastrukturen und entsprechend lange Wartezeiten für Therapieplätze. Betroffen ist dabei stets auch das soziale Umfeld der Erkrankten. Angehörige und Kinder übernehmen eine zentrale Rolle in der Betreuung, Begleitung und Stabilisierung. Dabei gelangen sie nicht selten selbst an die Grenzen ihrer Belastbarkeit und sind gefährdet, ihrerseits zu erkranken, wenn sie mit dieser Situation alleine gelassen werden.

Darum gibt es seit 2018 in Basel die Anlaufstelle für Angehörige und Kinder von psychisch erkrankten Menschen. Es ist die einzige Institution dieser Art im Kanton. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung, Aufklärung und Stabilisierung dieser Angehörigen. Ihr Angebot umfasst die Beratung von Angehörigen und Kindern, die Vernetzung und Beratung von Fachstellen, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Förderung und den Austausch zwischen den Angehörigen. Neben fachlichem Wissen vermittelt die Stelle vor allem auch emotionale Unterstützung und bietet einen geschützten Raum, in dem Sorgen und Überforderungen angesprochen werden können. Die Finanzierung der Anlaufstelle erfolgt nach einem Pilotbetrieb seit 2022 über einen Betriebsbeitrag des Kantons. Die Nachfrage ist deutlich gestiegen und die dafür vorgesehenen Personalstunden werden regelmässig übertroffen.

Die Stiftung Rheinleben beantragte daher eine Erhöhung des Staatsbeitrags auf 254’000 Franken, was einer Finanzierung von 2’000 Stunden entspricht. Der Regierungsrat anerkennt grundsätzlich einen höheren Bedarf, schlägt jedoch lediglich eine Erhöhung auf 210’000 Franken vor, sprich, es sollen schlussendlich 1’749 Stunden finanziert werden. Die Kommission hat das Geschäft in zwei Stunden beraten, am Ende teilte sie sich in eine Mehrheit und eine Minderheit auf. Ich komme nun zu den Erwägungen der Mehrheit.

Die Anlaufstelle hat sich im sozialen Netzwerk des Kantons fest etabliert und erbringt eine wichtige und anerkannte Leistung. Die Kommissionsmehrheit begrüsst daher grundsätzlich die Erhöhung des bisherigen Beitrags. Gleichzeitig ist es der Regierung im Bericht wie auch in der Beratung nicht gelungen, überzeugend darzulegen, weshalb dem Antrag der Stiftung nicht vollumfänglich gefolgt werden sollte. Es besteht weiterhin eine Diskrepanz zwischen den Aufgaben, die erfüllt werden sollen, und den dafür veranschlagten Mitteln. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit bleibt die Anlaufstelle auch mit dem vorgeschlagenen Betrag strukturell unterfinanziert. Die langen Wartezeiten belegen den grossen Bedarf. Zudem werden die Zielvorgaben bei den Wartezeiten von zwei Wochen regelmässig übertroffen. Eine Verkürzung dieser Wartezeiten ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern es ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Frühzeitige Beratungen wirken präventiv und können langfristige Kosten mildern.

Die Einschätzung der Stiftung, dass 2’000 Stunden notwendig und realistisch sind, ist vor diesem Hintergrund plausibel. Die Kommissionsmehrheit ist überzeugt, die Nachfrage wird weiter steigen und nur die tatsächlich finanzierten Stunden können geleistet werden. Es braucht ausreichend Ressourcen, um Beratungen zeitnah durchzuführen und die Wartezeiten zu verkürzen, und es wird der Stiftung Rheinleben grundsätzlich zugetraut, diese Ressourcen zeitnah aufzubauen. Die Zurückhaltung im Ratschlag ist deshalb schwer nachvollziehbar. Die Kommissionsmehrheit bemisst den Berechnungen der Stiftung Rheinleben hohe Verlässlichkeit bei. Dort, wo keine höhere Finanzierung notwendig ist, wie bei der Beratungsstelle für psychisch Erkrankte, das Traktandum 59, welches wir in dieser Session auch noch behandeln werden, wurde auch kein

Antrag gestellt. Die Erhöhung für die Anlaufstelle folgt klar aus den vorliegenden Zahlen und ist ein Bedarf, den die Stiftung erfüllen möchte und darum diesen Antrag gestellt hat.

Aus diesen Gründen beantragt die Kommissionsmehrheit eine Erhöhung des jährlichen Beitrags gegenüber dem Ratschlag um 44’000 Franken, von 210’000 Franken auf 254’000 Franken. Damit würde der ursprüngliche Antrag der Stiftung vollumfänglich abgedeckt und die Finanzierung von 2000 Stunden gewährleistet werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir zum Minderheitensprechenden kommen, möchte ich auf der Tribüne eine Klasse der FMS Basel mit Lehrerin Tanja Ruder begrüssen. Schön, seid ihr hier und begeistert euch für Basler Politik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit hat der Sprecher der Minderheit, Raoul Furlano das Wort.

Raoul I. Furlano (LDP): Die Minderheit besteht jetzt aus sechs Mitgliedern der GSK, sieben ist die Mehrheit. Auch wir würdigen wirklich ausdrücklich die absolut unverzichtbare Arbeit der Anlaufstelle für Angehörige und Kinder psychisch erkrankter Menschen, und gerade weil wir diese Arbeit hoch einschätzen, stellen wir uns hinter den Antrag des Regierungsrates und gegen die von der Mehrheit geforderten zusätzliche Erhöhung. Warum tun wir das?

Die nun vorliegende Lösung ist das Ergebnis einer sorgfältigen, fachlich fundierten Verständigung zwischen dem zuständigen Departement und der Stiftung Rheinleben. Diese Einigung verdient Respekt. Unseres Erachtens wäre es nicht sachgerecht, wenn das Parlament über diesen gemeinsam erarbeiteten, fachlich abgestützten Betrag hinweg eine höhere Summe festlegt. In jedem Verhandlungsprozess gilt, nicht jede Forderung kann vollständig umgesetzt werden, und auch die Stiftung Rheinleben konnte ihren Mehrbedarf nicht vollständig überzeugend darlegen.

Zudem blockiert die Vorlage den ursprünglichen Antrag der Stiftung keineswegs. Sie setzt vielmehr auf ein kontinuierliches, realistisch begründetes Wachstum der Beratungsstunden von heute 1’515 auf 1’749 Stunden in den kommenden vier Jahren. Diese Entwicklung bewegt sich bereits nahe bei den von der Stiftung veranschlagten Zielwerten. Die geplante Steigerung trägt dem wachsenden Bedarf Rechnung, nicht zuletzt, weil die Anlaufstelle ihre Öffentlichkeitsarbeit gezielt ausbauen wird. Und schon im ersten Jahr der neuen Beitragsperiode erfolgt ein Ausbau um rund 60%, also ein deutlicher Schritt nach vorne, der sowohl den Bedarf anerkennt als auch die finanzielle Tragfähigkeit wahrt.

Wir als Minderheit gehen einig, die beantragten zusätzlichen 44’000 Franken pro Jahr mögen isoliert betrachtet gering erscheinen, wie wir häufig hier über Tausende und Millionen Franken als gering bezeichnen. Doch im Kontext zahlreicher ähnlicher Mehrforderungen summieren sich solche Beiträge zu erheblichen Belastungen für unser aller Budget. Verantwortliche Finanzpolitik bedeutet, Mittel gezielt einzusetzen, mit Augenmass und mit Prioritätensetzung.

Aus all diesen Gründen beantragt die Kommissionsminderheit dem Grossen Rat, der vorliegenden Beschlussvorlage der Minderheit zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Sprecherin und der Sprecher der Kommission haben das Geschäft schon ausführlich präsentiert und es liegt dazu ja auch ein Ausgabenbericht des Regierungsrats schriftlich vor, so dann auch der Kommissionsbericht. Ich kann mich also kurz halten.

Das Wichtigste vorweg: Die Stiftung Rheinleben ist ein wichtiger Partner und sie deckt bedeutsame Bedürfnisse unserer Bevölkerung ab. Es ist bereits erwähnt worden, die psychischen Erkrankungen sind eine schwere Last für viele Menschen in unserem Kanton und sie betreffen insbesondere auch die Angehörigen. Und hier setzt das Angebot der Stiftung an und bietet aus Sicht des Regierungsrats eine unverzichtbare Unterstützung, weshalb wir Ihnen auch einen neuen Staatsbeitragsvertrag zur Genehmigung vorlegen, und zwar einen mit erhöhten Mitteln, das haben Sie gesehen. Wir möchten eine Erhöhung von 80’000 Franken pro Jahr vornehmen.

Das ist jetzt Gegenstand eines Änderungsantrags, wie erläutert. Ich kann Ihnen dazu ausführen, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Wir haben das auch schriftlich festgehalten. Unser Antrag entspricht ja demjenigen der Kommissionsminderheit, der Ihnen erörtert wurde. Und letztlich geht es ja um eine Prognose der Bedarfsentwicklung. Sie sehen dazu auf Seite 9 des Ratschlags in Tabelle 5 abgebildet, wie wir das erwarten und Sie sehen, dass eine sehr deutliche Erhöhung der Beratungsstunden vorgesehen ist. Diese Prognose ist unseres Erachtens nah an einer realistischen

Entwicklung und die ursprünglich seitens der Trägerschaft eingegebene Prognose mit entsprechend noch mehr Beratungsstunden scheint uns nicht ganz einem realistischen Bedarfsverlauf zu entsprechen. Deshalb haben wir Ihnen Vorschläge unterbreitet, so wie in unseren Anträgen. Wir meinen, das ist angemessen und richtig und stehen weiter zu diesen Prognosen und Finanzanträgen.

Falls Sie den zusätzlichen Erhöhungsanträgen der Kommissionsmehrheit folgen würden, muss ich Sie darauf hinweisen, dass das in unserem Budget, wie es auch bereits zur Genehmigung vorliegt, für das nächste Jahr nicht enthalten ist, dass wir dort dann also einen Bereinigungsbedarf haben und dass wir Stand heute auch nicht in der Lage wären, das zu kompensieren. Das bitte ich Sie mitzunehmen, schon mit Blick auf die Budgetdebatte der nächsten Woche.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Melanie Nussbaumer hat das Wort für die SP.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich habe das Glück, dass meine Eltern, meine Geschwister, mein Partner und meine Kinder psychisch gesund sind. Dieses Glück haben nicht alle. Aktuelle Zahlen zeigen, dass jede achte Person in der Schweiz psychisch erkrankt ist. Die Mehrheitssprecherin hat das schon gesagt. Ich habe das hochgerechnet auf die Bevölkerung von Basel-Stadt. Das wären knapp 26’000 Personen. An diesen 26’000 Personen in Basel-Stadt hängen wiederum ganze Familiensysteme, Partner:innen, Eltern, Kinder, Geschwister oder sonstige Angehörige, die mitleiden, oft über Jahre, Angehörige, die sich Sorgen machen, die Verantwortung tragen, die Druck und Unsicherheiten aushalten müssen. Viele Angehörige entwickeln zudem Schuldgefühle. Hätte ich es früher merken müssen? Mache ich genug? Bin ich schuld, wenn es schlechter wird? Oder sie erleben gar Ablehnung, Wut oder Rückzug der erkrankten Personen, alles typische Symptome vieler psychischer Erkrankungen. Viele Angehörige berichten, dass sie jahrelang in einer ständigen Alarmbereitschaft leben. Geht es ihm wirklich besser oder sagt er das nur? Muss ich heute wieder alles abfangen? Für Kinder ist die Situation oft noch schwieriger. Sie verstehen die Erkrankung nicht, übernehmen viel Verantwortung, fühlen sich schuldig oder entwickeln eigene Ängste.

Diese Belastung ist nicht nur emotional, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sie ist gesundheitlich höchst relevant. Angehörige haben ein substanziell erhöhtes Risiko, selbst psychisch zu erkranken, wenn sie keine Unterstützung bekommen. Und genau deshalb ist diese Anlaufstelle der Stiftung Rheinleben so wahnsinnig wichtig. Wir dürfen die Angehörigen nicht alleine lassen. Die Anlaufstelle gibt es seit 2018 und schliesst eine Lücke. Es gibt kein anderes Angebot, das Angehörige, insbesondere Kinder, kostenlos, vertraulich und niederschwellig berät. Die Fachstelle bietet emotionale Unterstützung, fachliche Orientierung, altersgerechte Wissensvermittlung und eine professionelle Triage, damit Betroffene und Angehörige nicht allein im System verloren gehen. Sie stabilisiert belastete Familien in einer schwierigen Phase.

Die Zahlen der letzten Jahre zeigen eindrücklich, wie notwendig dieses Angebot ist. Wir haben es schon gehört, die Beratungsstunden für Basel-Stadt sind gestiegen, die Fälle werden komplexer. Gleichzeitig mussten Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit zurückgefahren werden, nicht, weil sie unnötig wären, sondern weil die Kapazitäten wegen des steigenden Bedarfs in die direkte Beratung verschoben werden mussten. Die Wartezeiten liegen bei drei bis sechs Wochen, obwohl sie bei einem niederschwelligen Angebot maximal zwei Wochen betragen sollten. Wir haben also ein Angebot, das wächst, das gebraucht wird und das heute schon mehr leistet, als es finanziert ist.

Der Regierungsrat, wir haben es gehört, anerkennt diesen höheren Bedarf und schlägt eine Erhöhung auf 210’000 Franken pro Jahr vor. Das ist sehr sinnvoll und ich schätze das auch sehr. Aber es reicht eben nicht. Deshalb hat die Kommissionsmehrheit auch im Bericht aufgezeigt, dass die Finanzierung trotz dieser Erhöhung eine Unterdeckung verursacht und dass eben diese 1’654 veranschlagten Stunden, die der Regierungsrat vorsieht, nicht ausreichen, um dem Bedarf gerecht zu werden. Ja, es ist eine Frage der Prognose. Ich bin überzeugt, dass, wenn die Stiftung Rheinleben mit dieser Anlaufstelle noch bekannter wird, die Nachfrage noch grösser wird. Und hier muss ich noch einen Satz einbauen: Ich bin auch überzeugt, dass die Stiftungen Rheinleben...

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny, können Sie das Gespräch draussen fortsetzen?

Melanie Nussbaumer (SP): Und ich bin auch überzeugt, dass die Stiftung Rheinleben sehr wohl weiss, was der Bedarf ist und ich bin auch, ehrlich gesagt, ein bisschen überzeugt, dass sie es ein wenig besser wissen als die Verwaltung, die weit weg ist. Ich will nicht Verwaltungsbashing betreiben oder so, aber ich habe auch oft Kontakt mit diesen Personen, die für diese Leistungsvereinbarung zuständig sind, und die sind einfach eine Ebene weiter weg. Das ist kein Vorwurf, das ist ein

Fakt und deshalb bin ich aber überzeugt, dass die Anlaufstelle sehr wohl weiss, dass diese 2’000 Stunden, die sie als notwendig erachten, dem Bedarf besser entsprechen.

Und damit ich es nochmals erwähnt habe: Es handelt sich um eine Zielgruppe von Angehörigen von rund 26’000 erkrankten Personen in Basel-Stadt. Diese zusätzlichen 44’000 Franken, die wir beantragen, sind im Kontext unseres Kantonsbudgets ein kleiner Betrag für die Anlaufstelle jedoch zentral. Sie ermöglichen die Reduktion der Wartezeiten auf ein präventionswirksames Niveau und die Wiederaufnahme einer angemessenen Öffentlichkeitsarbeit, damit eben das Angebot nicht eine versteckte Ressource wird. Kurz, wir kaufen mit diesen 44’000 Franken mehr zusätzlich wirksame Prävention, das Verhindern von weiteren Erkrankungen, das Vermindern von Leiden, Familienentlastung und langfristig geringere Folgekosten. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Lydia Isler-Christ für die LDP.

Lydia Isler-Christ (LDP): Die Minderheit der Gesundheits- und Sozialkommission teilt vorbehaltlos die Einschätzung, dass die Anlaufstelle für Angehörige und Kinder psychisch erkrankter Menschen eine unverzichtbare Stütze unseres Gesundheitswesens ist. Doch gerade weil wir diese Arbeit ernst nehmen, können wir und auch die LDP dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit nicht folgen. Die Mehrheit ist der Meinung, es klaffe eine Lücke zwischen Auftrag und Finanzierung und schlägt vor, diese Lücke kurzerhand durch einen parlamentarischen Zuschlag zu schliessen. Doch genau hier setzt unsere Kritik an. Eine politisch verordnete Erhöhung über die gemeinsam ausgehandelten fachlich abgestützte Lösung hinweg macht, ist kein Zeichen von Handlungsfähigkeit, sondern von Missachtung eines sorgfältigen Verhandlungsprozesses. Der vom Regierungsrat beantragte Betrag ist das Ergebnis von intensiven und fundierten Abklärungen zwischen Departement und der Stiftung Rheinleben. Beide Seiten haben dabei realistische Einschätzungen eingebracht und beide Seiten haben auch Kompromisse gemacht. Es ist jetzt nicht Aufgabe des Parlaments, diese fachliche Einigung einfach zu übersteuern, nur weil man sich wünscht, die Anlaufstelle könne mehr leisten, als derzeit begründbar ist.

Die Mehrheit argumentiert mit langen Wartezeiten und wachsender Nachfrage. Das bestreitet niemand, doch die Vorlage sieht bereits jetzt einen deutlichen Ausbau vor. Im ersten Jahr ein Plus von 60% und dann, wir haben es gehört, ein kontinuierliches Wachstum auf insgesamt 1’749 Stunden innerhalb von vier Jahren. Und das ist nah an den Berechnungen der Stiftung selbst. Damit wird der Bedarf adressiert, aber verantwortungsvoll, schrittweise und finanzierbar.

Die Mehrheit blendet aus, dass die zusätzlichen 44’000 Franken nicht im luftleeren Raum stehen. Sie sind Teil einer Vielzahl von gleichartigen Mehrforderungen, die sich im Budget als erhebliche Belastung niederschlagen. Und seriöse Politik bedeutet, dass man die Summe aller Forderungen im Auge behaltet und nicht nur die Sympathie jetzt für eine einzelne Stelle, denn der Kanton kann nicht überall gleichzeitig ein bisschen mehr sprechen ohne Konsequenzen. Ebenso wird übersehen, dass die vereinbarte Strategie gezielt auf den erwähnten Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit setzt, also genau auf jenen Punkt, den die Mehrheit vermeintlich vermisst. Diese Massnahmen sind bereits im Paket enthalten, ohne dass das Budget unnötig aufgebläht wird.

Die Minderheit ist überzeugt, der Ratschlag des Regierungsrats ist fachlich abgestützt, finanziell verantwortbar und politisch tragfähig. Die Forderung der Mehrheit hingegen ignoriert dieses Gleichgewicht, ersetzt Evidenz durch Wunschdenken und riskiert eine weitere Ausweitung struktureller Ausgaben. Aus diesen Gründen beantragen wir Ihnen, dem ausgehandelten Vorschlag des Regierungsrates zuzustimmen und der Minderheit zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat das Wort Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Auch wir von der BastA befürworten den um jährlich 44’000 Franken erhöhten Staatsbeitrag für die Anlaufstelle für Angehörige und Kinder von psychisch erkrankten Menschen der Stiftung Rheinleben für die kommenden vier Jahre, so wie dies auch die Mehrheit der GSK beschlossen hat. Die Anlaufstelle für Angehörige gibt es, wie wir schon gehört haben, seit 2018 und ist für die Gesundheitsversorgung von Angehörigen von psychisch erkrankten Menschen von grosser und zentraler Bedeutung. Ja, sie ist einzigartig. Warum wir diese brauchen, hat meine Kollegin Melanie Nussbaumer Ihnen schon eindrücklich geschildert.

Wie so oft sind es die sozialen Organisationen dieser Stadt, die mit Innovation auf Lücken in der Versorgung reagieren. Ohne all dieses Engagement wäre unsere Stadt, ich muss es einmal so deutlich sagen, provinziell eher wie eine Kleinstadt im Mittelland. Alle diejenigen hier im Rat, die in unmittelbarer Nähe oder ferner Verwandtschaft oder Bekanntschaft Menschen

kennen mit einer psychischen Erkrankung, wissen sehr genau, wie das soziale Umfeld, also Eltern, Familie, Partner und Partnerinnen, Kinder sowie enge Freunde stark in Mitleidenschaft gezogen wird.

Schön, dass es diese Anlaufstelle nun gibt und ein grosses Dank an die Stiftung Rheinleben. Denn diese niederschwellige Anlaufstelle bietet Orientierung, Entlastung und informiert über sozialversicherungsrechtliche Ansprüche von den Betroffenen. Von Jahr zu Jahr steigen die geleisteten Beratungsstunden und dass die herausfordernden Fragestellungen nicht in einer Beratung erledigt werden können, versteht sich von selbst, umso mehr, als es sich nicht nur um Sachfragen geht, sondern auch um Fragen nach persönlicher individueller Hilfe und Aushalten von Abgrenzung.

Die Stiftung Rheinleben beantragte für die kommenden vier Jahre in weiser Voraussicht eine Erhöhung des Staatsbeitrags, damit in Zukunft mehr Personalstunden geleistet werden können. Dies würde die schon jetzt zunehmende Beanspruchung sowie auch die zukünftige antizipieren, kann man doch davon ausgehen, dass das in diese Richtung weitergehen wird. Es ist wünschenswert, dass die Anlaufstelle in Zukunft eine zentrale Funktion übernehmen wird. Es ist mir ein Rätsel, weshalb die Regierung hier so defensiv an die Finanzierung herangeht und nicht weiter als die vier Jahre denkt. Manchmal ist es wirklich auch in den Verhandlungsfragen auch eine Vertrauensfrage.

Wie so oft sind sinnvolle Angebote von sozialen Organisationen nicht ausfinanziert oder werden künstlich begrenzt. In der Beratung des Geschäfts hat sich aber in der Kommission klar gezeigt, dass der Bedarf deutlich höher liegt, als die jetzigen Ressourcen zulassen und auch höher liegt, als die jetzt nun mit der Erhöhung der Ressourcen zulassen werden. Dies zeigt sich eben besonders in den viel zu langen Wartezeiten.

Gerade niederschwellige Sozialorganisationen sind immer wieder damit konfrontiert, dass es sehr schnell zu Wartezeiten kommt, weil die Nachfrage steigt, und das ist absolut nicht zielführend. Niederschwellige Beratungsangebote erzielen nämlich Wirkung, wenn die Wartezeiten für ein Erstgespräch kurz gehalten werden können und bei höherem Bedarf an Beratung keine künstliche Beratungsbeschränkung eingeführt wird. Die Idee, dass die Anlaufstelle ihre Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit reduzieren soll, verkennt aber die Tatsache, dass es ja gerade darum geht, dass die betroffenen Angehörigen dieses Beratungsangebot in Anspruch nehmen sollen, um weiteres Elend zu vermeiden beziehungsweise ein wenig zu reduzieren. Dies ist eben auch aus finanzieller Sicht im allgemeinen gesehen dann die kostengünstigere Variante. Es geht also nicht darum, das Angebot unbekannt zu halten, das ist es natürlich nicht, sondern im Gegenteil, das Angebot zu stärken. Und wenn mehr Menschen das Angebot in Anspruch nehmen, ist das wünschenswert.

Wir können nämlich nicht einerseits die psychologischen und psychiatrischen Angebote der UPK und anderer Anbieter laufend stärken, was auch sinnvoll ist, und meinen, dass wir die Angebote von sozialen Organisationen rund um die psychische Gesundheit sozusagen günstig ins Haus bekommen. Das geht so auch gar nicht auf, besonders nicht, wenn wir auch ambulant vor stationär systemisch denken und dies auch stärken wollen. Und es ist ja auch das Ziel der Regierung, dass wir in diese Richtung gehen.

Also für uns ist es klar, der hier investierten Betrag für die Anlaufstelle für Angehörige, die mit Menschen mit einer psychischen Erkrankung leben, ist dringend zu erhöhen, das zahlt sich auch aus. Und ja, es ist eine politische Frage, wo wir das Geld priorisieren. Ist es die Volksgesundheit, die Gesundheit der Bevölkerung oder sind es andere Themen, die wir hier oft sehr stark mit grosser Kanne dann auch mitfinanzieren. Da ist eine politische Auseinandersetzung und darum sind wir von BastA klar der Meinung, dass wir dieses Angebot mit 44’000 Franken mehr ausstatten sollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GRÜNE/jgb hat Lea Wirz das Wort.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Wir haben jetzt bereits viel gehört und wir hören es immer wieder von Fachleuten, in den Medien, von Freundinnen und Freunden: Die Suche nach einem geeigneten Therapieplatz ist schwierig, die Wartefristen sind lang. Gemäss dem OBSAN-Bericht vom Jahr 2023 leidet jeder achte Mensch in der Schweiz an schweren psychischen Symptomen, die den Alltag einschränken oder sogar mit Suizidgedanken einhergehen. Gemäss dem OBSAN-Bericht suchten sich über ein Viertel der Personen mit psychischen Problemen keine Hilfe. Was wir also hier sehen, worüber wir hier auch diskutieren, ist, dass das Angebot an Therapie- und Beratungsstellen von Menschen, die psychische Probleme haben oder auf einen geeigneten Therapieplatz warten, nur die Spitze des Eisbergs ist. Dieser Eisberg wird noch grösser, wenn wir die Angehörigen der psychisch Erkrankten hinzunehmen. Diese übernehmen nämlich, wie wir auch schon gehört haben, in den meisten Fällen eine zentrale Rolle bei der Unterstützung, Begleitung und Stabilisierung der erkrankten Personen.

Eine psychische Erkrankung einer nahestehenden Person, etwa der Mutter oder des Vaters, kann die eigene Gesundheit bzw. der Kinder oder Partner:innen stark belasten, besonders wenn sie damit allein gelassen werden. Wer einmal erfahren musste, was es bedeutet, wenn ein nahestehender Mensch psychisch erkrankt, weiss, wie fordernd, überfordernd, kräftezehrend dies sein kann und wie rasch man an die eigene Belastungsgrenze stösst. Die Unterstützung von Angehörigen

und Kindern von psychisch erkrankten Menschen ist daher einerseits für die erkrankten Personen zentral, andererseits ist sie aber eben auch für die Angehörigen und die Kinder zentral, damit diese gesund bleiben und sich mit der Situation zurechtfinden können.

Die Stiftung Rheinleben bietet nun seit 2018 eine Anlaufstelle für Angehörige und Kinder von psychisch erkrankten Menschen. Dazu gehören insbesondere die Beratung von Angehörigen und Kindern mit Wissen über psychische Erkrankungen und deren Verlauf sowie Behandlungsmöglichkeiten und bieten eine wichtige emotionale Stütze in einem geschützten Rahmen, in welchem Sorge und Ängste geäussert werden können und professionell begleitet werden. Wir können hier heute im Grossen Rat die Mittel sprechen, um eben diese Anlaufstelle für die Jahre 2026 bis 2029 fortführen zu können. Wie wir bereits mehrfach gehört haben, hat die Stiftung eine Erhöhung des Staatsbeitrags auf 254’000 Franken pro Jahr beantragt. Der Regierungsrat anerkennt zwar den höheren Finanzierungsbedarf, spricht der Stiftung jedoch nur einen Beitrag von 2010 Franken pro Jahr aus.

Wir haben vorhin gehört, das es nich sein kann, dass wir Stiftungen oder Organisationen, die uns sympathisch sind, mehr Geld sprechen. Ich möchte hier betonen, dass mir die Stiftung tatsächlich sympathisch ist, dass aber vor allem die Dringlichkeit des Angebots hier wertgeschätzt werden soll und dies auch finanziert werden soll. Und das Budget haben wir noch nicht abschliessend beraten, da können wir vielleicht noch Korrekturen vornehmen und grosse Sorgen wegen den finanziellen Mehrkosten jetzt mit diesen 44’000 Franken pro Jahr mache ich mir nicht. Gerade gestern wurde bekanntgegeben, dass wir 2025 voraussichtlich mit einem Plus von 48 Mio. Franken abschliessen werden.

Wenn wir die Entwicklung der Beratungsstunden und der weiteren Arbeiten der Anlaufstelle der Stiftung Rheinleben anschauen, die auch die Vernetzung oder Öffentlichkeitsarbeit umfasst, dann sehen wir die Dringlichkeit an dem Angebot und eine hohe Nachfrage. Es macht daher für uns Sinn, der Stiftung Rheinleben den vollen angefragten Betrag zu sprechen. Die langen Wartelisten belegen den Bedarf und die hohe Nachfrage. Ich bezweifle keine Sekunde, dass die von der Stiftung Rheinleben prognostizierten 2000 Stunden, die vor allem in der Beratung anfallen werden und auch einen Ausbau der Leistung etwa für Kinder von 6 auf 12 Beratungsstunden ausschöpfen würden. Dies kann helfen, Folgekosten, aber auch Leid vorzubeugen.

Im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb bitte ich Sie deshalb, dem Antrag der Mehrheit der GSK zu folgen und der Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 bis 2029 den angefragten Staatsbeitrag von 254’000 Franken pro Jahr zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Tobias Christ das Wort.

Tobias Christ (GLP): Die Fraktion der GLP kann sich eigentlich allen unseren Vorrednern weitgehend anschliessen. Die linke Ratsseite hat die Wichtigkeit dieses Angebots betont, und dem schliessen wir uns voll und ganz an, und die gute Arbeit, die jetzt schon geleistet wird, auch dass hier ein Mehrbedarf besteht, den man ausbauen soll. Dem wollen wir überhaupt nicht widersprechen. Diejenigen Fraktionen, die sich hier der Minderheit angeschlossen haben und auch Regierungsrat Lukas Engelberger haben dargelegt, warum der Vorschlag der Regierung sinnvoll ist und richtig ist und fundiert ist, und auch dem können wir uns anschliessen.

Ich erlaube mir deshalb, nur noch einmal bei einem Punkt etwas weiter auszuholen, auf eine höhere Abstraktionsebene zu gehen, nämlich zur Frage, wann es angezeigt ist, dass wir zuerst als Kommission und dann als Parlament an einem derartigen Vorschlag der Regierung herumdoktern. Ich spreche jetzt wirklich von Staatsbeiträgen. Man könnte es auch ein bisschen allgemeiner denken, aber hier geht es um einen Staatsbeitrag. Der wichtigste Grund, warum man da was ändern sollte, wäre, wenn wir den Eindruck hätten, dass das, was die Regierung vorschlägt, dem Manifest und dem erklärten politischen Willen des Souveräns widerspricht. Davon kann hier wirklich keine Rede sein. Da gibt es auch noch den angenommenen Willen, das ist ein bisschen komplexer dann, aber auch hier sind wir uns alle einig, es braucht dieses Angebot, es braucht auch einen Ausbau. Auch hier handelt die Regierung sicher nach diesem Willen.

Jetzt gibt es nur noch den dritten Grund, dass wir den Eindruck haben, es geht wirklich um Details, die Regierung habe nicht sorgfältig gearbeitet mit diesem Vorschlag. Darüber lässt sich meinetwegen streiten, aber mit den uns vorliegenden Informationen sehen wir keinen Grund, warum wir hier der Regierung misstrauen sollten, und wir folgen deshalb dem Vorschlag der Regierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft, somit hat Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die sehr wohlwollende Beurteilung des Ratschlags, den wir Ihnen unterbreitet haben. Sie bringen damit Wertschätzung zum Ausdruck für die Arbeit der Stiftung Rheinleben, und das absolut zu Recht. Es ist schön zu sehen, dass wir uns hier einig sind.

Die Mehrheit möchte noch wohlwollender entscheiden, als wir Ihnen vorgeschlagen haben. Dieser Meinung kann man selbstverständlich sein. Wir blicken in die Zukunft und es geht darum, eine Bedarfsentwicklung abzuschätzen. Ich glaube, was wir Ihnen im Bericht vorgeschlagen haben, ist so seriös, wie wir es abschätzen können und deshalb stehen wir zu diesen Zahlen der Bedarfsentwicklung, die wir erwarten. Es ist eine Steigerung von 60% hinterlegt, das haben wir auch nicht alle Tage in vier Jahren. Und deshalb glauben wir, dass wir damit bedarfsgerecht Ihnen einen Vorschlag unterbreitet haben.

Es geht um die Entwicklung in den nächsten vier Jahren, Oliver Bolliger. Ja, es hilft immer, weiter in die Zukunft zu denken, aber beschliessen müssen wir hier die Beträge für die nächsten vier Jahre. Und wenn wir dann sehen, dass für die Jahre fünf bis, was weiss ich, unbestimmt die Mittel noch zunehmen sollten, dann können wir das in vier Jahren entsprechend so beschliessen. Aber jetzt geht es um die nächsten vier Jahre und die haben wir Ihnen dargelegt.

Ich glaube, es ist auch wichtig zu sehen, dass wir immer in einer Verhandlungssituation sind, und das gilt genauso mit einer Institution mit Antragsbeträgen von 210’000 Franken wie für andere grössere Geschäfte. Nächste Woche haben wir dann die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler zu behandeln, dort können Sie eine oder zwei Nullen anhängen. Aber es ändert nichts an der Tatsache, dass Sie Institutionen haben, die Anträge stellen für Leistungen, die wir wichtig finden, die wir bereit sind mitzufinanzieren, bei denen wir aber die Frage stellen müssen, wie viel Geld können, möchten, müssen wir sprechen, um sinnvoll den Bedarf zu decken. Und diese Aufgabe nehmen wir ernst. Deshalb bitte ich Sie dafür auch um einen gewissen Respekt. Es ist ein Aushandlungsprozess, auch wenn die Leistungen und die Stiftungen sympathisch sind und man gerne vielleicht ein bisschen mehr machen möchte, es ist ein Verhandlungsprozess, wir reden über öffentliches Geld und wir unterlegen eine sachlich begründete Bedarfsentwicklung, so wie wir sie nach bestem Wissen und Gewissen einschätzen.

Deshalb bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie dem Antrag des Regierungsrats folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Minderheit hat Raoul Furlano das Wort, er verzichtet. Die Sprecherin der Mehrheit verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir führen die Detailberatung anhand des Beschlussentwurfes der Mehrheit durch. Sie finden diesen auf Seite 7 des Berichts.

Die Kommissionsmehrheit beantragt einen Betrag von 1’016’000 Franken. Die Kommissionsminderheit und der Regierungsrat beantragen einen Betrag von 840’000 Franken. Wir könnten auch hier eine Debatte führen, aber wir verzichten darauf. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Kommissionsmehrheit , NEIN heisst Kommissionsminderheit.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007816, 10.12.25 10:24:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zur Version der Kommissionsminderheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Variante der Kommissionsminderheit und des Regierungsrates entschieden mit 49 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter, Publikationsklausel, und kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007818, 10.12.25 10:25:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Stiftung Rheinleben werden für den Betrieb der Anlaufstelle für Angehörige und Kinder psychisch erkrankter Menschen für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 840‘000 (jährlich Fr. 210‘000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 93 Stimmen gegen eine Stimme.

6. Weiterführung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK

[10.12.25 10:25:40, 25.1194.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Vorab vielleicht eine kurze Ausschweifung zur Kommissionsarbeit. Wie Sie gesehen haben in der Kreuztabelle, haben wir einige Geschäfte der GSK. Ein eher seltenes umstrittenes Geschäft hatten wir jetzt gerade gehabt mit einem Mehrheits- und einem Minderheitsbericht. Das gibt es bei uns eher selten. Wie Sie sehen werden, sind bis auf eines von nächster Woche sämtliche Geschäfte innerhalb der Kommission unumstritten.

Wie Sie auch gesehen haben, sind es insgesamt acht Geschäfte, wir haben in der Kommission relativ viel Arbeit geleistet. Da möchte ich auch kurz den Dank an meine geschätzten Kommissionsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, aussprechen. Wir haben insbesondere die zahlreichen Geschäfte, bei denen es um Staatsbeiträge für die kommenden Jahre geht, durchgeackert. Das war relativ viel Arbeit und es war eigentlich auch unser Ziel, dass wir das noch im laufenden Jahr verabschieden können im Grossen Rat.

Ich komme nun zum vorliegenden Geschäft. Ich berichte Ihnen gerne zum Ratschlag betreffend Weiterführung des Projekts SomPsyNet für die Jahre 2026 bis 2028. Der Regierungsrat beantragt, das seit 2019 bestehende Projekt SomPsyNet zur Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in somatischen Spitälern für die Jahre 2026 bis 2028 weiterzuführen. Die Gesamtkosten betragen 1,6 Mio. Franken, wovon 456’000 Franken zu Lasten des Kantons Basel-Stadt gehen. Die Gesundheitsförderung Schweiz beteiligt sich mit rund 1,2 Mio. Franken an der Finanzierung.

Psychische Belastungen und Störungen treten bei somatisch erkrankten Patientinnen und Patienten häufig auf, insbesondere in Akutspitälern. Eine Studie von 2018 zeigt, dass psychische Komorbiditäten im Vergleich zu rein körperlichen Erkrankungen zu längeren Aufenthalten, höheren Rehospitalisierungsraten und einem 28% höheren Ressourcenaufwand führen. Betroffene weisen zudem schlechtere Gesundheitsverläufe und geringere Lebensqualität auf. Studien belegen eine Unterversorgung in der Psychosomatik. Das seit 2019 bestehende Projekt SomPsyNet gilt als Good Practice-Beispiel.

Ziel ist ein Netzwerk, das somatisch Erkrankte frühzeitig auf psychosoziale Belastungen screent und interdisziplinär behandelt, auch über den Spitalaufenthalt hinaus. Dazu wurden ambulante Angebote auf einer Online-Plattform vernetzt.

Teilnehmende Spitäler sind unter anderem das Universitätsspital Basel, Bethesdaspital, die Universitäre Altersmedizin Felix Platter und Claraspital, insgesamt 20 Projektpartner. 2023 und 2024 wurden über 4'300 beziehungsweise 4'600 Patientinnen und Patienten aufgenommen. 36% zeigten relevante psychische Belastungen, rund die Hälfte erhielt Unterstützung. Evaluationsdaten zeigen nach sechs Monaten signifikante Verbesserungen bei Belasteten, die unterstützt wurden. Das Projekt wird weiter evaluiert, langfristig soll die Finanzierung ab 2029 über die obligatorische Krankenpflegeversicherung erfolgen, wofür wissenschaftliche Publikationen notwendig sind.

Von 2019 bis 2023 wurde SomPsyNet hauptsächlich durch die Gesundheitsförderung Schweiz mit 2,2 Mio. Franken finanziert. Spitäler und Gesundheitsdepartement trugen zusätzlich 1,8 Mio. Franken an Personalleistungen bei. Der Kanton steuerte 377'000 Franken aus Budgetmitteln bei. Obwohl ursprünglich ab 2024 ein Übergang in den Regelbetrieb geplant war, stellte die Gesundheitsförderung Schweiz bis 2028 nochmals knapp 1,5 Mio. Franken bereit, weshalb die Weiterführung als Projekt erfolgt. 2024 musste vom Kanton überbrückt werden. Für 2026 bis 2028 werden nun neue kantonale Mittel beantragt, die mindestens 25% der Projektkosten abdecken müssen. Ab 2029 ist ein Übergang, wie bereits erwähnt, in den Regelbetrieb über einen spezialisierten DRG-Tarif vorgesehen.

Zu den Erwägungen der Kommission. Die GSK unterstützt diese Vorlage. Es handelt sich um ein Angebot, mit welchem den grundsätzlichen Problem der Gesundheitsversorgung, dem Zusammenhang zwischen psychischen und somatischen Erkrankungen proaktiv begegnet wird. Es wird dabei wichtige Präventionsarbeit geleistet. Die Zahlen zu den Auswirkungen psychischer Zusatzerkrankungen gegen rein körperliche Erkrankungen sind eindrücklich. Die Umsetzung des Projektes in der dargestellten Versorgungslinie inklusive Behandlungsnetzwerken nach dem Spitalaufenthalt ist schlüssig.

Die GSK hat auf die Wichtigkeit hingewiesen, dass die Screenings, die auch auf Selbsteinschätzungen basieren, ebenfalls für Kinder und fremdsprachige Personen ausgearbeitet sind, um deren Bedürfnisse adäquat zu eruieren. Das GD hat erklärt, dass diese Thematik erkannt ist und angegangen wird. Es besteht eine gewisse Ungleichheit bei der Altersverteilung, wobei mehr ältere als jüngere in den Screenings erfasst sind. Dies ist allerdings im Wesentlichen auf die Beteiligung der universitären Altersmedizin Felix Platter zurückzuführen. Die Screenings sollen niederschwellig sein und Personen identifizieren, die einen therapeutischen Bedarf haben, aber noch nicht in einem entsprechenden Behandlungssetting sind. Sie führen zur Erhebung vielfältiger Daten, die über das rein Medizinische hinausgehen. Das Gesundheitsdepartement hat auf Nachfrage erklärt, dass diese Daten der Angebotssteuerung dienen. Die Erstabklärungen der Screenings sind Aufgabe des Pflegepersonals. Der Mehraufwand wird austariert und die positiven Effekte aus den frühen Identifizierungen psychischer Zusatzerkrankungen und Vermeidung von Folgeerkrankungen und Beschwerden. Das dadurch mögliche rasche Eingreifen entlastet das Pflegepersonal insgesamt.

Das Hauptanliegen der GSK ist die langfristige Finanzierung von SomPsyNet als Regelangebot. Die Anschlusslösung nach der jetzigen Projektförderung durch Gelder der Gesundheitsförderung Schweiz und durch Kantonsgelder muss möglichst bald angegangen werden. Es handelt sich um eine Leistung an den Patientinnen und Patienten, was für eine Finanzierung über die Krankenkassenprämien sprechen würde, sofern Mehrwert und Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden können. Die GSK hat den Wunsch, dass das GD in diesem, Zusammenhang mit Prio.Suisse, dem Verband der schweizerischen Krankenversicherer, Kontakt aufnimmt.

Die Frage, ob die Finanzierung als gemeinwirtschaftliche Leistung in Frage kommt, wurde ebenfalls aufgeworfen. Die GSK ist der Meinung, dass die Option zur Verstetigung von SomPsyNet und dessen Überführung in den Regelbetrieb analysiert werden müssen. Es darf keine Lücke wie im Jahr 2024 geben und auch keinen Projektabbruch nach 2028.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission dem Grossen Rat einstimmig Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke dem Kommissionspräsidenten für die ausführliche Darlegung unserer Anträge und ich möchte mich bei den Kommissionsmitgliedern ebenfalls bedanken für die gute Zusammenarbeit. Der Präsident hat des bereits gesagt, es ist wahr, es ist eine intensive Phase der Kommissionsarbeit, weil doch eine ganze Reihe von Staatsbeitragsverträgen auf den Jahreswechsel jetzt zur Erneuerung ansteht, so auch dieser hier. Ich möchte sehr herzlich danken für die intensive Arbeit an diesen wichtigen Geschäften, die nun auch vor dem Jahresende vorgelegt werden können.

Zu SomPsyNet und zu unserem Antrag. Der Präsident hat Sie bereits vollständig informiert. Ich möchte noch einmal unterstreichen, dass das Projekt SomPsyNet einen Schwerpunkt auch für die Gesundheitsförderung Schweiz darstellt, die sich sehr massgeblich an diesen Arbeiten beteiligt. Die Gesundheitsförderung Schweiz wird ja von den Kantonen und den

Versicherern und weiteren Akteuren im Gesundheitswesen getragen und ist zentral für die Aktivitäten der Gesundheitsförderung, wie der Name eben auch schon sagt, in der Schweiz und verfügt über eine hohe fachliche Autorität in diesen Themen. Wenn also Gesundheitsförderung Schweiz mehrheitlich die Kosten dieses Projekts trägt, dann kann man das als ein Gütesiegel bezeichnen, und ich möchte an dieser Stelle der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz auch im Namen des Kantons für diese wichtigen Beiträge danken.

Wir wissen, dass sie vorübergehend sein werden und dass es dann auch eine Anschlusslösung braucht für die Zeit nach dieser Periode, die nun zum Entscheid vorliegt. Wir sichern mit dem Geschäft hier die drei folgenden Jahre im Projektbetrieb SomPsyNet ab. Das wird erlauben, fundiert eine Analyse zu erstellen, ob die Ziele, die damit verbunden sind, die Erwartungen, die wir haben an SomPsyNet erfüllt werden können, und in Abhängigkeit davon müssen wir dann die Folgefinanzierung regeln. Ob uns das gelingt, wie uns das gelingt, ist aktuell noch offen, aber wir brauchen auf jeden Fall die Brücke, die jetzt gebaut werden soll mit der Finanzierungslösung für die Jahre 2026 bis 2028. Ich bin der Kommission dankbar, dass sie diese Anträge unterstützt und ich hoffe, Sie können das ebenfalls tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses auf Seite 7 des Berichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007820, 10.12.25 10:37:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Projekt SomPsyNet werden für die Jahre 2026 bis 2028 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'667’499 (Fr. 555’833 p.a.) bewilligt. Insgesamt Fr. 465'000 (Fr. 155'000 p.a.) gehen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Gesundheitsdepartements, Dienststelle Medizinische Dienste.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 gegen eine Stimme.

7. Konzept zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt, Bericht der GSK

[10.12.25 10:38:03, 25.0764.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich im Namen der GSK zum Ausgabenbericht und Konzept zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt. Der Regierungsrat

beantragt dem Grossen Rat, für den Ausbau der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt jährlich 950’000 Franken bereitzustellen. Diese Mittel sollen die Umsetzung eines Massnahmenpakets ermöglichen, das die Versorgung von psychisch belasteten Personen verbessert. Hintergrund ist die deutliche Zunahme psychischer Erkrankungen. 13,5% der Schweizer Bevölkerung leiden gemäss einer Studie von 2023 unter alltagsrelevanten psychischen Symptomen, und die Inanspruchnahme ambulanter Psychotherapie ist in den letzten Jahren stark gewachsen, besonders bei Kindern und Jugendlichen. Dies führt zu längeren Wartezeiten, einem erschwerten Zugang zu geeigneten Therapieangeboten und fehlender Übersicht über die kantonale Versorgung, da ein systematisches Monitoring bislang nicht vorhanden war.

Bereits ergriffene Massnahmen wie der Ausbau spitalambulanter Angebote, intermediäre Angebote wie Home Treatment sowie präventive Projekte reichen angesichts der aktuellen Belastungen nicht aus. Das neue Konzept sieht deshalb fünf Handlungsfelder vor. Den Aufbau eines Versorgungsmonitorings, die Sicherstellung der Therapie für stark belastete Klientinnen und Klienten, eine Verbesserung der Behandlung bei unterversorgten Krankheitsbildern, optimierte Übergänge zwischen stationären und ambulanten Angeboten sowie einen niederschwelligen Zugang zu Beratung und Therapie. Konkret soll die transkulturelle Ambulanz ausgebaut, Expertennetzwerke zwischen ambulanten und stationären Fachpersonen eingerichtet, psychiatrische Liaisondienste für besonders vulnerable Gruppen geschaffen und eine kantonale Koordination etabliert werden. Die insgesamt 950’000 Franken pro Jahr sollen diese Massnahmen finanzieren und dazu beitragen, vulnerable Personen schnell abzuklären und in passende Therapien zu vermitteln.

Zum Vorgehen und den Erwägungen der Kommission: Der Grosse Rat hat den Ratschlag der Gesundheits- und Sozialkommission zum Bericht überwiesen. Die Kommission hat die Vorlage an drei Sitzungen behandelt. An der Beratung teilgenommen haben der Vorsteher des Gesundheitsdepartements sowie der Kantonsarzt und die Leiterin Prävention. Die Kommission stellt nach der ersten Beratung fest, dass die vertiefende Auskunft zu mehreren Aspekten der Vorlage benötigte. In dieser sind bestimmte Inhalte noch nicht vollständig ausgeführt worden. So vermisste die GSK zum Beispiel die Abbildung der Kinder und Jugendlichen in den Massnahmen. Auch wurden Befürchtungen genannt, dass es zu Abgrenzungsproblemen mit den GWL der UPK kommen könnte. Trotz plausibler Aussagen wirkt die Quantifizierung des Aufwandes geschätzt. Es gibt logische Argumente für die genannten Bedürfnisse, aber es ist nicht klar ersichtlich, was alles genau damit gemacht wird. Die GSK gewann den Eindruck eines Rahmenbudgets für Stellenaufstockungen, innerhalb dessen erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden wird, welche Beträge konkret in die Therapie einfliessen sollen. Der GSK blieb auf Basis des Ausgabenberichts allein unklar, wie der Kanton und seine vulnerable Bevölkerungsanteile von den beantragten Mitteln profitieren können.

Die GSK stellt sich als Ergebnis ihrer Beratung aber nicht gegen die Vorlage. Trotz der Unvollständigkeit gelangte sie auch zum Schluss, dass das angestrebte Ziel wichtig ist und dass die Ergreifung von Massnahmen grundsätzlich zu begrüssen sind. Deshalb formulierte die GSK einen umfassenden Fragekatalog zu Handen des Gesundheitsdepartements, welcher im schriftlichen Bericht vollumfänglich wiedergegeben wurde. Die Gesundheits- und Sozialkommission sieht aufgrund der aufgeworfenen Fragen in der weiteren Entwicklung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung einen Diskussionsbedarf, insbesondere hinsichtlich der Art der Finanzierung. Viele der Massnahmen scheinen ihr dabei eher in den Bereich der GWL zu gehören. Mit den Antworten des Gesundheitsdepartements auf ihren Fragekatalog akzeptiert die GSK die Vorlage.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt deshalb die GSK dem Grossen Rat einstimmig Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke auch hier dem Präsidenten für die ausführliche Schilderung unserer Anträge und des Geschäftsgangs. Wir möchten mit diesem Bericht ansetzen bei diesem Thema der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung, das Gegenstand war von zahlreichen Vorstössen auch im Grossen Rat. Wir haben gehört auch in den Debatten hier im Haus, dass ein zusätzlicher Bedarf für psychotherapeutische Angebote gesehen wird. Das haben wir ernst genommen, wir haben es entgegengenommen, wir haben es aufgearbeitet, soweit wir das können, und Ihnen dargelegt, wie wir diesen Bedarf angehen wollen mit einem Paket von Ausbaumassnahmen, die im Ratschlag geschildert sind.

Vorgesehen ist erstens der Ausbau der transkulturellen Ambulanz der Universitären Psychiatrischen Kliniken für Menschen mit Fluchtgeschichte und für Gewaltbetroffene. Wir wissen, dass es hier teilweise erhebliche Wartezeiten gibt und mit einem Ausbau des Angebots um 60 Therapieplätze können diese Wartezeiten abgebaut werden.

Zweitens möchten wir Expertinnen und Experten besser vernetzen, wenn es um Behandlung von besonders komplexen Krankheitsbildern geht, etwa von Psychosen oder Abhängigkeitserkrankungen. Das sind aufwendige Behandlungen, auch für die Therapeutinnen und Therapeuten kann das belastend sein, und wir möchten die Zusammenarbeit zwischen diesen Fachpersonen stärken und das Netz zwischen ihnen enger knüpfen.

Als dritte Massnahme soll der Aufbau von psychiatrischen Liaisondiensten durch die UPK ermöglicht werden. Das sind Unterstützungsleistungen der Psychiatrie zugunsten von Institutionen im sozialen oder sozialmedizinischen Bereich. Zu denken ist etwa an Wohn- und Pflegeheime, an Sozialdienste, wenn es um die Betreuung eben schwer oder komplexer Fälle geht. Ein derartiger Liaisondienst kann helfen, insbesondere auch die Hospitalisationen zu vermeiden und die Behandlung eben in diesem ambulanten Setting, wo sich die Patienten bereits befinden, zu verbessern.

Viertens soll eine neu eingerichtete Koordinationsstelle im Gesundheitsdepartement die Steuerung und Vernetzung in diesem Bereich stärken. Es geht darum, allfällige Versorgungslücken noch besser systematisch zu erfassen und auch gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern die innovativen Ansätze gezielt zu fördern. Da ist etwa an digitale Navigationshilfen zu denken, wie komme ich zu einem Therapie- oder Beratungsplatz, oder es geht auch um Dolmetschlösungen, die in diesem Bereich von Bedeutung sind.

Wir verfolgen mit diesen Massnahmen das Ziel, den niederschwelligen Zugang zu Therapieplätzen für stark belastete Personen sicherzustellen, die Versorgung gezielt zu verbessern, insbesondere von Krankheitsbildern, bei denen es eine Vermutung der Unterversorgung aktuell gibt, und wir möchten die Therapieübergänge zwischen verschiedenen Behandlungsformen und Einrichtungen verbessern. Das sind Massnahmen, die nicht nur gesundheits- und sozialpolitisch angezeigt sind, sondern die auch ökonomisch sinnvoll sind. Verzögerte Behandlungen verursachen hohe Folgekosten für das Gesundheitssystem, für die Sozialversicherungen und letztlich für unsere Gesellschaft. Das begleitende Monitoring, welches in diesem Jahr startete, ermöglicht ausserdem eine kontinuierliche Bewertung der Wirksamkeit und eine bedarfsgerechte Steuerung der Massnahmen und der Versorgungsangebote, die wir auch bereits haben.

Es ist eine neue Ausgabenposition. Wir verstehen, dass es dazu Fragen gibt, inhaltlicher Art, methodischer Art, das nehmen wir entgegen. Die Beträge sind teilweise etwas geschätzt. Das ist so, weil wir neue Aktivitäten entfalten wollen. Aber wir sind der Überzeugung, dass wir einen echten Bedarf treffen mit unseren Anträgen und dass diese auch den Forderungen des Parlaments entsprechen, die Sie uns mit zahlreichen Vorstössen haben zukommen lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erste hat das Wort Amina Trevisan für die SP.

Amina Trevisan (SP): Endlich und herzlichen Dank! So beginne ich heute mein Votum. Es ist höchste Zeit. Die SP unterstützt den Ausbau der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung klar und überzeugt. Psychische Gesundheit ist heute, wir haben es längst gehört, eine der drängendsten gesundheitlichen und sozialen Herausforderungen. In Basel-Stadt warten viele Menschen viel zu lange auf eine Behandlung. Wer psychisch leidet, kann nicht warten. Ich habe nicht nur zur Depression im Kontext von Migration geforscht, sondern ich arbeite auch mit vulnerablen, psychisch erkrankten Menschen zusammen, die teilweise bis zu neun Monate Wartezeit auf einen Psychotherapieplatz in Kauf nehmen müssen. Für die Betroffenen bedeutet das nicht nur Wartezeit, sondern zusätzlichen Stress, eine Verschlechterung des Gesundheitszustands und oft auch soziale oder berufliche Probleme.

Besonders betroffen sind vulnerable Gruppen, Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung sowie Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen. Das darf nicht sein. Gesundheitliche Chancengleichheit geht auch anders. Psychische Erkrankungen entstehen nicht nur durch persönliche Schicksale, sondern auch durch soziale Bedingungen, Armut, prekäre Arbeit, finanzielle und aufenthaltsrechtliche Unsicherheit, unsichere Wohnsituationen, Einsamkeit, Rassismus und Diskriminierung. All das sind zentrale gesellschaftliche Belastungsfaktoren, die psychisch krank machen.

Psychische Gesundheit hängt deshalb eng mit sozialer Gerechtigkeit zusammen. Darum unterstützt die SP den Ausbau der ambulanten Versorgung deutlich. Wir befürworten die Erweiterung der transkulturellen Ambulanz der UPK zu einem Ambulatorium für Menschen mit Fluchtgeschichte und Überlebende von Gewalt. Wir setzen uns für Expertinnen- und Expertennetzwerke zwischen den UPK und niedergelassenen Fachpersonen ein, um mehr ambulante Therapieplätze für schwer belastete Menschen bereitzustellen oder sich auszutauschen. Auch der Ausbau psychiatrischer Liaisondienste in sozialen Institutionen und eine umfassende kantonale Koordination sind Entscheide.

Zugänglichkeit ist das A und O. Wer Hilfe sucht, muss schnell und unbürokratisch einen Termin erhalten, in Tagen, nicht in Monaten. Dieser Ausbau stärkt zudem den Grundsatz ambulant vor stationär. Eine gute ambulante Behandlung verhindert

Krisen, entlastet Spitäler und ist langfristig kostengünstiger, vor allem aber reduziert sie Leid und darum geht es. Die SP erkennt bei den vorgeschlagenen Massnahmen auch Diskussionsbedarf hinsichtlich der Finanzierung im Rahmen der gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, psychische Gesundheit ist Grundversorgung. Sie verdient denselben politischen Wille wie jede andere gesundheitliche Aufgabe. Mit diesem Massnahmenpaket machen wir einen wichtigen Schritt hin zu einer verlässlichen, zugänglichen und solidarischen Versorgung. Die SP stimmt diesem Geschäft überzeugt zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich werde mich kurz halten, ich darf zu diesem Geschäft auch für die BastA sprechen. Die Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA begrüssen den Ausbau der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung und wir haben zur Genüge gehört, welche Herausforderungen wir damit auch adressieren.

Die Massnahmen, die der Regierungsrat vorschlägt, sind aus Sicht unserer Fraktion sinnvoll. Sie adressieren genau jene Bereiche, in denen heute eben Versorgungslücken bestehen, sei es bei schwer belasteten Patientinnen und Patienten, bei komplexen Krankheitsbildern oder beim Zugang für besonders vulnerable Gruppen wie etwa Kinder, Geflüchtete, ältere Menschen oder Gewaltbetroffene.

Wie wir bereits gehört haben, hat es zusätzliche Ausführungen seitens des GD gebraucht im Rahmen der Kommissionsberatung, die auch im Bericht aufgenommen wurden. Es wurde deutlich, dass die Mittel insbesondere direkt den betroffenen Menschen zugutekommen und davon auch Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen vom Massnahmenpaket profitieren sollen. Die Frage, ob Teile dieser Finanzierung längerfristig in den Bereich der gemeinwirtschaftlichen Leistung gehören, wurde nicht ganz klärend abgeschlossen. Diese Diskussion ist weiterhin wichtig und muss fortgeführt werden. Sie darf jedoch nicht dazu führen, dass dringende Massnahmen verzögert werden. Die heute bestehenden Versorgungslücken haben reale Folgen für Betroffene, für Familien und letztlich auch für unsere Gesundheitsversorgung.

Daher bitte ich Sie auch im Namen der Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA, diesem Grossratsbeschluss zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft, Regierungsrat Lukas Engelberger und der Kommissionspräsident verzichten auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 10 des Berichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007822, 10.12.25 10:55:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung werden wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von Fr. 950'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Gesundheitsdepartements, Abteilung Medizinische Dienste, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 gegen eine Stimme.

Wir haben erneut Besuch auf der Tribüne. Dort begrüsse ich eine Klasse des Zentrums für Brückenangebote Clara mit Lehrer Hüseyin Ucmak. Wir freuen uns über Ihren Besuch und das Interesse an der Basler Politik.

8. Staatsbeitrag an die "Aids-Hilfe beider Basel" (AHbB) für die Jahre 2026 - 2029; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung, Bericht der GSK

[10.12.25 10:56:05, 25.1328.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, der Aids-Hilfe beider Basel für die Jahre 2026 bis 2029 jährlich 428’000 Franken, also total 1,7 Mio. Franken als Staatsbeitrag zu bewilligen. Das Gesundheitsdepartement unterhält seit 1988 ein Beitragsverhältnis mit der Aids-Hilfe beider Basel, die zentrale Leistungen in der Prävention, Beratung und Schulung und Testung sexuell übertragbarer Infektionen erbringt. Die epidemiologische Lage zeigt unterschiedliche Entwicklungen. HIV und virale Hepatiten gehen seit Jahren zurück, während Gonorrhoe und Chlamydienfälle steigen und Syphilis sich weitgehend stabilisiert hat. Besonders betroffen sind Bevölkerungsgruppen mit einem erhöhten Expositionsrisiko wie homosexuelle, bisexuelle und queere Männer sowie andere Männer, die Sex mit Männern haben sowie ebenso Sexarbeitende. Sie lassen sich häufiger testen, was die frühzeitige Diagnose bislang unerkannter Infektionen ermöglicht und damit wesentlich zur Unterbrechung von Übertragungsketten beiträgt.

Mit dem 2023 veröffentlichten nationalen Programm NAPS wurden bestehende Strategien weiterentwickelt. Ziel ist, Übertragungen von HIV sowie Hepatitis B und C bis 2030 vollständig zu verhindern und weitere Infektionen wie Syphilis, HPV, Mpox oder Gonorrhoe deutlich zu reduzieren. Die Aids-Hilfe beider Basel spielt im Kanton Basel-Stadt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung dieser Ziele. Sie verantwortet Sexualpädagogik in beiden Basel, führt aufsuchende Prävention in Gruppen mit hohen STI-Prävalenz durch und vermittelt interkulturelle Sexualaufklärung, etwa in Fremdsprachenklassen. Zudem bietet sie Beratung für Menschen mit HIV an und betreibt mit dem Checkpoint eine niederschwellige Test- und Beratungsstelle, die sowohl der Allgemeinbevölkerung als auch spezifischen Zielgruppen offensteht. Dort können sich auch Sexarbeitende flexibel ohne Termin testen lassen. Zusätzlich werden Hepatitis-Impfungen angeboten.

In der laufenden Leistungsperiode musste die AHbB aufgrund früher struktureller und finanzieller Probleme eine Reorganisation durchführen. Die Konzentration auf Kernaufgaben, interne Optimierungen und eine stabilisierte Finanzlage ermöglicht eine nachhaltige Entlastung. Die der GSK 2022 vorgelegten Finanzabschlüsse bestätigen diese positive Entwicklung, so dass keine zusätzlichen Massnahmen notwendig waren. Die Staatsbeiträge der Kantone bleiben unverändert und sichern den Leistungsauftrag bis 2029. Basel-Stadt leistet jährlich 428’000 Franken, Basel-Landschaft 194’000 Franken, insgesamt also 622’000 Franken pro Jahr. Damit kann die AHbB die Rolle in der STI-Prävention und -Versorgung im Kanton weiterhin zuverlässig weiterführen.

Zum Vorgehen und den Erwägungen der Kommission: Die Aids-Hilfe beider Basel hat einen Wandlungsprozess durchlaufen und sich unter Berücksichtigung ihrer Kerngrundsätze reorganisiert. Sie weist ein breit aufgestelltes Portfolio im Bereich Information, Beratung und Testung für das Gesamtspektrum der sexuell übertragbaren Infektionen auf. Der Traditionsnamen widerspiegelt zwar nicht mehr den Tätigkeitsbereich des Vereins in seiner Gänze, er hat aber immer noch einen sehr hohen Identifikationswert für viele Menschen, welche die AHbB gegründet haben, dieser ideell nahestehen oder die Organisation auch bis heute finanziell unterstützen. Die Reorganisation der AHbB hat zu einer Stellenreduktion vor allem bei temporär Mitarbeitenden und im O-Head geführt. Das operative Kernteam ist erhalten geblieben, die hohen Ausgaben für Raummiete bestehen derzeit noch wegen einer längeren Mietverpflichtung. Das Problem soll allerdings mit einer Untervermietung angegangen werden und das Ende der Verpflichtung ist absehbar.

Die Aids-Hilfe beider Basel kann eigene Projekte ausserhalb des mit den Trägerkantonen vertraglich vereinbarten Leistungsumfang durchführen. Bedingung dafür ist allerdings, dass diese Projekte hinreichend finanziert sind. Die Rekonzipierung der Tätigkeit ist erkennbar in einer verstärkten Informations- und Aufklärungsarbeit und einer Reduktion in der aufsuchenden Arbeit. Der LadyCheck und die Beratung von Transpersonen sind Teil der allgemeinen Beratung und

Finanzierung. Bisherige Leerzeiten sollen vermieden werden. Neben der telefonischen Erstberatung und Triage ist die Digitalisierung in Form von Onlinebuchungen für Beratungen ein sehr hilfreiches Instrument.

Dank medikamentöser Behandlungen ist die Angst vor HIV stark zurückgegangen. Dies hat sich auf das Risikoverhalten negativ ausgewirkt und dazu geführt, dass andere sexuell übertragbare Infektionen wieder stärker verbreitet sind, die unbehandelt ebenfalls zu schweren Krankheitsverläufen führen. Der Leistungsumfang und die Fokussierung der AHbB auf ihren Kernaufgaben entsprechen den aktuellen Anforderungen an Aufklärung, Beratung und Testung.

Die Aids-Hilfe beider Basel hat finanziell schwierige Jahre überstanden und kann mit soliden Finanzen in die nächste Leistungsperiode gehen. Gestützt auf diese Ausführung beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission dem Grossen Rat einstimmig, der nachfolgenden Beschlussvorlage zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir sind im Bereich der sexuellen Gesundheit angekommen nach den Ratschlägen rund um die psychische Gesundheit, und ich möchte in diesem Zusammenhang auch der Aids-Hilfe beider Basel im Namen des Regierungsrats unsere Wertschätzung aussprechen für ihre Leistungen, die sie in diesem wichtigen und sensiblen Bereich seit Jahren erbringt.

Begonnen hat die Aids-Hilfe beider Basel im Jahre 1985, das war die Zeit der grossen HIV-Epidemie, und die Aids-Hilfe beider Basel hat in dieser Zeit eine historische Leistung erbracht, indem sie sich eben um dieses Thema, um die betroffenen Personen, Patientinnen und Patienten, gekümmert hat und das verdient eine grosse Anerkennung.

Sie ist auch heute wichtig in anderen Bereichen als ausschliesslich Aids und HIV. Der Kommissionspräsident hat das bereits geschildert. Sie bleibt ein wichtiger Partner im Bereich der sexuellen. Gesundheit, den wir entsprechend auch weiterhin finanziell unterstützen wollen. Sie haben das in den Akten und der Präsident hat Ihnen das bereits ausgeführt. Wir bleiben bei den bisherigen Beträgen. Wir begleiten die Institution auch in einer Neugewichtung ihrer verschiedenen Tätigkeiten. Das epidemiologische Geschehen hat sich verändert in diesem Bereich, und das macht die Aids-Hilfe auch mit in ihren Angeboten. Wir begleiten sie dabei und können sie, wenn Sie einverstanden sind, auch in den nächsten vier Jahren im bisherigen Umfang finanziell unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Amina Trevisan hat sich für die SP eingetragen.

Amina Trevisan (SP): Am 1. Dezember findet jeweils der Welt-Aids-Tag statt. Er bekräftigt die Rechte von Menschen, die mit HIV leben und ruft zu einem Miteinander ohne Vorurteile und Diskriminierung auf. Gleichzeitig erinnert er an die Menschen, die an den Folgen von Aids verstorben sind. Der Welt-Aids-Tag ist ein Moment der Solidarität, der Aufklärung und ein Aufruf, gemeinsam gegen Unwissen und Ausgrenzung einzutreten. Wie passend zum Geschäft, das der Welt-Aids-Tag erst vor rund einer Woche stattfand.

Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag auf den Staatsbeitrag an die Aids-Hilfe beider Basel für die Jahre 2026 bis 2029. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag zur sexuellen Gesundheit, Prävention und sozialen Unterstützung von Menschen, die von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen betroffen sind. Die Aids-Hilfe beider Basel leistet seit Jahrzehnten, wir haben es gehört, unverzichtbare Arbeit – und an dieser Stelle auch von uns ein grosses Dankeschön –, sie fördert sexuelle Gesundheit durch Aufklärung, Prävention und Beratung, unterstützt Betroffene in schwierigen Lebenslagen und setzt sich für eine inklusive Gesellschaft ein, in der Stigmatisierung keinen Platz hat. Gerade in einer Zeit, in der Diskriminierung und Vorurteile gegen Menschen mit HIV oder anderen sexuell übertragbaren Infektionen leider immer noch bestehen, ist diese Arbeit von höchster Relevanz.

Ein verlässlicher Staatsbeitrag für die kommenden vier Jahre gewährleistet Planungssicherheit und ermöglicht der Aids-Hilfe beider Basel ihre Angebote kontinuierlich weiterzuentwickeln. Dazu gehören sowohl Aufklärung und Präventionskampagnen zur Förderung sexueller Gesundheit, psychosoziale Beratung, Peer-Support-Programme als auch Sensibilisierung der Öffentlichkeit und an Schulen. Die SP ist überzeugt, Investitionen in Prävention, sexuelle Gesundheit und Unterstützung von vulnerablen Gruppen zahlen sich für die Gesellschaft aus, gesundheitlich, sozial und ökonomisch. Ein gesundes, inklusives und solidarisches Basel ist im Interesse aller. Wir bitten Sie deshalb, dem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 6 des Berichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007825, 10.12.25 11:07:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zur Fortführung des Staatsbeitragsverhältnis mit der Aids-Hilfe beider Basel (AHbB) werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von Fr. 1’712’000 (jährlich Fr. 428’000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 gegen eine Stimme.

9. Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026-2029, Bericht der GSK

[10.12.25 11:08:01, 25.1220.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich namens der GSK zum Ratschlag Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026 bis 2029. Der Regierungsrat beantragt mit dem Ratschlag einen Staatsbeitrag von 20 Mio. Franken an das IOB für die kommenden vier Jahre. Der Beitrag stellt die dritte Finanzierungsperiode seit 2018 dar und gilt als neue Ausgabe gemäss Finanzhaushaltgesetz. Rechtsgrundlage ist der zu fassende Beschluss des Grossen Rates nach Artikel 24 Finanzhaushaltgesetz. Die Mittel sind im Budget 2026 sowie in der Finanzplanung 2027 bis 2029 eingeplant.

Augenerkrankungen zählen weltweit zu den schwerwiegendsten Erkrankungen und nehmen aufgrund der alternden Bevölkerung weiter zu. Der Verlust der Sehkraft beeinträchtigt die Lebensqualität stark, weshalb ein grosser Bedarf an Forschung und neuen Therapien besteht. Vor diesem Hintergrund wurde das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB)Ende 2017 als Public-Private Partnership zwischen dem Universitätsspital Basel, der Universität Basel und Novartis gegründet. Zusätzlich beteiligt sich der Kanton Basel-Stadt an der Finanzierung. Das Institut verfolgt das Ziel, Augenerkrankungen grundlegend zu erforschen, daraus neue Behandlungsmöglichkeiten bis hin zu klinischen Anwendungen zu entwickeln.

In den vergangenen Jahren hat das IOB bedeutende wissenschaftliche Fortschritte erzielt und sich national wie auch international einen führenden Ruf erarbeitet. Seine Tätigkeit steht im Einklang mit den strategischen Zielen des Kantons Basel-Stadt, der Universität und des Universitätsspitals, insbesondere hinsichtlich Innovationsförderung und Stärkung des Forschungsstandorts. Die Finanzierung des IOB erfolgt gemeinschaftlich durch Novartis, das Universitätsspital Basel, die Universität Basel und den Kanton Basel-Stadt, wie bereits ausgeführt. Novartis hat aber angekündigt, ihren Anteil nach

Ablauf der ersten zehn Betriebsjahre per Ende 2027 von jährlich 10 auf 5 Mio. Franken zu reduzieren. Für die Jahre 2026 und 2027 verbleibt die Gesamtfinanzierung bei 20 Mio. Franken jährlich, getragen wie gesagt von Novartis mit 10 Mio. Franken, dem Universitätsspital mit 3 Mio. Franken, von der Universität Basel mit 2 Mio. Franken und vom Kanton mit 5 Mio. Franken. Ab 2028 beläuft sich die Finanzierung durch die Reduktion von Novartis auf noch 15 Mio. Franken pro Jahr.

Damit werden der Kanton Basel-Stadt und Novartis finanziell gleich starke Träger des Instituts. Obwohl der Kanton einen wesentlichen Beitrag leistet, verzichtet er weiterhin auf einen eigenen Sitz im Stiftungsrat und lässt seine Interessen durch die Universität und das Universitätsspital vertreten. Angesichts der veränderten finanziellen Gewichte soll der Staatsvertrag erweitert werden, sodass die Trägerschaft im Gesundheitsdepartement künftig mindestens einmal jährlich persönlich über finanzielle Lage, Risiken und Entwicklungen des Instituts berichtet.

Zum Vorgehen und den Erwägungen der Kommission: Die Gesundheits- und Sozialkommission unterstützt die Vorlage, da das IOB wichtige und zukunftsweisende Forschung leistet. Sehbehinderungen betreffen eine wachsende Zahl älterer Menschen und auch im mittleren Alter treten Augenerkrankungen häufiger auf. Die Tätigkeit des IOB geht über die Augenheilkunde hinaus, etwa durch die Nutzung von Organoiden als Ersatz für Tierversuche, was auch andere medizinische Bereiche voranbringen kann. Die enge Zusammenarbeit mit dem Universitätsspital in der Überführung von Forschungsergebnissen und die klinische Anwendung wird als besonders vorteilhaft bewertet, während die Zusammenführung der räumlich getrennten Standorte weiterhin ungelöst ist.

Bereits vor vier Jahren thematisierte die GSK eine mögliche Vertretung des Kantons im Stiftungsrat angesichts der neuen Finanzierungsverhältnisse, bei denen der Kanton ab 2028 gleich viel beiträgt wie Novartis, begrüsst sie nun die geplante jährliche Berichterstattung der Trägerschaft an das Gesundheitsdepartement. Die Kommission hält zudem fest, dass mögliche Einnahmen aus Lizenzen oder Verkäufen von Schutzrechten wegen der langen Entwicklungszeiten noch nicht absehbar sind. Allfällige Erträge werden gemäss Stiftungsstruktur vollständig im IOB reinvestiert und nicht an den Staat ausgeschüttet.

Die GSK klärte zudem, ob die Beiträge des Universitätsspitals aus kantonalen GWL-Zahlungen stammen könnten. Ein direkter Geldfluss ist in den Rechnungen des USB nicht ausgewiesen. Eine strikte Trennung der Mittel lässt sich jedoch nicht in allen Fällen gewährleisten. Wichtig ist der Kommission, dass Reserven durch Drittmittel effiziente Ausgabenbewirtschaftung entstehen und nicht durch Staatsbeiträge aufgebaut werden.

Das Universitätsspital prüft zudem eine Reduktion seines Beitrages ab 2029 um bis zu 50%, abhängig von der Umsetzbarkeit der Forschung in die klinische Praxis. Novartis hat ihre Beitragshalbierung hingegen bereits definitiv beschlossen. Die GSK möchte sicherstellen, dass das IOB seine führende Rolle weiterhin wahrnehmen kann und sieht den Kanton in der Verantwortung, eine stabile Finanzierung sicherzustellen. Als allenfalls mögliche zukünftige Finanzierungsquelle sähe sie den Standortförderfonds aus der OECD-Mindestbesteuerung. Die derzeitige Verordnung erlaubt jedoch keine Beiträge an bereits staatlich unterstützte Forschungsinstitutionen. Die GSK würde es begrüssen, wenn die gesetzlichen Grundlagen dahingehend angepasst werden könnten, dass das IOB allenfalls ab 2028 über diesen Fonds die bisherigen Finanzierungshöhen erreichen kann.

Gestützt auf diesen Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission Ihnen einstimmig Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke dem Präsidenten für seine einleitenden Schilderungen und selbstverständlich sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie den Anträgen der Kommission, die auch die Anträge des Regierungsrats sind, Folge leisten können.

Das IOB hat eine eindrückliche Erfolgsgeschichte. Im Jahr 2017 haben wir zum ersten Mal unsere kantonalen Staatsbeiträge ausgerichtet. Ich glaube, es lohnt sich schon, sich das kurz in Erinnerung zu rufen – unsere Institutionen, Universität, Universitätsspital haben eine Partnerschaft abschliessen können mit einem führenden Industrieunternehmen, der Novartis, um gemeinsam die Forschungsaktivitäten im Bereich der Ophthalmologie gezielt zu entwickeln und auf eine neue Stufe zu heben. Das ist neuartig insbesondere deshalb, weil die Zusammenarbeit zwischen Klinik, Grundlagenforschung und eben marktorientierter Forschung hier besonders eng ist und das hat sich auch bewährt, wir haben dazu auch Berichte in Auftrag gegeben und erhalten, die uns bestätigt haben, dass das IOB in diesen wenigen Jahren seit seiner Gründung in der internationalen ophthalmologischen Forschung. bereits einen Spitzenplatz erobern konnte. Insofern dürfen wir wirklich von einer Erfolgsgeschichte reden.

Es gibt auch sehr konkrete Beweise dafür, etwa, dass es gelungen ist, einen Therapieansatz auszugründen in eine neue Firma, RhyGaze. Dafür konnten internationale Venture-Capital-Fonds gewonnen werden, was doch ein eindrücklicher Beleg ist dafür, dass auch der Markt an diese Forschungsarbeit glaubt. Und akademische Exzellenz ist gerade gestern bescheinigt worden, Sie haben das vielleicht gesehen, die Schweiz ist wieder dabei bei den ERC Grants, vier Basler Institutionen haben einen Grant bekommen, das ist gestern kommuniziert worden, unter anderem das IOB mit einem seiner Spitzenforscher. Ich glaube, das belegt doch eindrücklich die Leistungsfähigkeit dieses Instituts.

Diese Geschichte wollen wir erfolgreich in die Zukunft weiterschreiben und deshalb bei unserem Kantonsbeitrag in bisheriger Höhe bleiben. Es wird dann so sein, dass ein Drittel der finanziellen Mittel vom Stifter Novartis kommt, ein Drittel kombiniert von den Stifterinnen Universitätsspital und Universität. Und ein Drittel der Mittel kommt von uns, dem Kanton Basel-Stadt. Wir sind ja Miteigner der Universität bekanntlich und Eigner des Universitätsspitals, und die Governance stimmt auch weiterhin, weil im Stiftungsrat mit je einem Mitglied von Universität und Universitätsspital die kantonalen Institutionen zwei von drei Sitzen belegen. Der Vorsitz liegt bei der Novartis und somit, glaube ich, haben wir auch in dieser neuen Konfiguration ausgewogene Verhältnisse.

Wir haben den Wunsch natürlich auch verstanden, dass wir als Kanton bei diesem finanziellen Engagement, das wir eingehen, auch Nähe haben zu den Geschehnissen am IOB und wir werden deshalb inskünftig formalisiert einmal pro Jahr uns berichten lassen von den Verantwortlichen des Instituts so ähnlich, wie wir das vom Format her auch mit unseren Spitälern machen.

Sie haben sicher gesehen, dass wir im Legislaturplan weiterhin unser Ökosystem im Bereich der Life Science pflegen wollen. Das ist ein Erfolgsausweis für Basel. Das ist immer noch eine sehr grosse Chance für unsere zukünftige Entwicklung und das IOB bringt das im Bereich der Augenheilkunde exemplarisch auf den Punkt, wie wir die Nähe im Ökosystem. zwischen den verschiedenen Forschungsinstitutionen nutzen können, zum Nutzen von allen Beteiligten, und das ist hier vorbildlich der Fall. Deshalb sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie unseren Finanzierungsanträgen hier ebenfalls zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich halte eine kurze Lobeshymne, ich möchte eigentlich keine Nachtsitzung, vor allem wenn wir so viele Geschäfte, die unumstritten sind, in die Länge ziehen. Das IOB ist wirklich ein Leuchtturmprojekt. Gestern hat sich das auf höchstem europäischen Niveau gezeigt. Diese Grants sind höchst kompetitiv und werden dann vergeben, wenn man in einem Fachgebiet zur Spitze gehört. Und die Universität Basel hat vier davon bekommen, eines davon das IOB.

Dieses hat wirklich eine Riesenarbeit geleistet und hat eine zentrale Bedeutung für unseren Kanton, wissenschaftliche Exzellenz, konkreter Nutzen für uns alle. Das ist auch immer etwas, das man von der Forschung verlangt. Wenn man sich Lorbeeren abholt und physiologische Forschung betreibt, ist das gut, aber was wirklich bei uns ankommt ist, wenn man es im Alltag umsetzen kann und wir sehen, dass Blindheit nicht überall stattfinden muss. Diese Technologieentwicklungen zeigen, wir sind nicht nur Wirtschafts- und Kulturstandort, sondern auch ein Wissenschaftsstandort und ein Medizinplatz, der sich weltweit einen Namen gemacht hat. Wir können wirklich stolz sein.

Wir von der LDP bedanken uns bei der Novartis, die wirklich vorbildlich gewirkt hat über die letzten Jahre. Weil sie einen Strategiewechsel vorgenommen haben und nicht mehr in der ophtalmologischen Forschung tätig sein wollen, müssen wir eine Auge darauf werfen, damit das IOB deswegen keinen Schaden erleidet. Wir danken aber der Novartis ausdrücklich, dass sie Hand geboten hat für etwas ganz Neues.

Die LDP dankt, lobt und macht beliebt, dem zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Seit nun bald zehn Jahren besteht das IOB in Basel und es hat sich seitdem zu einer der weltweit wichtigsten Institute der Grundlagenforschung in der Augenheilkunde entwickelt. Mit der Forschungstätigkeit sollen die in der Weltbevölkerung zunehmenden Seherkrankungen besser verstanden und neue Behandlungsmethoden und Techniken entwickelt werden. Ja, das IOB ist wirklich eine Erfolgsstory, das kann man so sagen. Ich war ja auch von Anfang an bei dieser Beratung im Geschäft beteiligt. Vor allem finden wir gut, dass das IOB ist als Public-Private-Partnership zwischen Universität, Unispital, dem Kanton und eben der Novartis organisiert ist. Wir begrüssen diese Organisationsform sehr. Diese

ist ein sehr gutes und erfolgreiches Beispiel, die in Richtung einer gemeinnützigen und dem Gemeinwohl verpflichtenden Pharma eigentlich zeigt.

Die BastA-Fraktion stimmt der Fortsetzung des Staatsbeitrags für das IOB für die kommenden vier Jahre in der Höhe von insgesamt 20 Mio. Franken zu.

Das IOB beziehungsweise die Finanzierung des Instituts verfolge ich, wie schon gesagt, seit ich dem Grossrat angehöre und es war eines meiner ersten Geschäfte. Einzelne Punkte sahen wir damals und sehen wir auch heute noch kritisch und haben seit Beginn darauf aufmerksam gemacht. Die Unterstützungsperiode hätte ja nun eigentlich nach zehn Betriebsjahren im 2027 enden sollen und eigentlich hätten wir in der diesjährigen Kommissionsberatung über die zukünftige Finanzierung und Sicherstellung und allenfalls auch Transformation sprechen müssen. Dies präsentiert sich nun anders und die Auseinandersetzung darüber wird zeitlich verschoben. Aber wir werden sie halten müssen, um auch die Zukunft des IOB sicherzustellen.

Mit der Halbierung der finanziellen Beteiligung von Novartis ab dem Jahr 2028 auf fünf anstatt zehn Millionen, das auch angekündigt war, trägt die Novartis nur noch ein Drittel der Finanzierung, wir haben das gehört. Die fehlenden 5 Millionen wurden nicht durch eine andere Partnerschaft, das wäre ja möglich gewesen, oder durch Erhöhung des Kantonsbeitrags kompensiert und somit hat das von allen gelobte IOB nur noch 15 Millionen jährlich an Unterstützungsgeldern zur Verfügung. Bis anhin hat der Regierungsrat auf einen Einsitz im Stiftungsrat verzichtet mit der Begründung, der Kanton sei über das USB und die Universität genügend vertreten. Wir haben das von Anfang an kritisiert. Für die kommenden vier Jahresperiode wird der Kanton inklusive dem USB und der Uni nun aber zwei Drittel der Finanzierung des Instituts beitragen, aber weiterhin auf einen Einsitz verzichten. Immerhin gibt es jetzt einen jährlichen Bericht, das begrüssen wir sehr, das ist eigentlich aus meiner Sicht ein bisschen selbstverständlich, uns ist aber klar, dass ab der nächsten Unterstützungsperiode der Regierungsrat wirklich Einsitz in den Stiftungsrat nehmen sollte. Alles andere wäre nicht mehr nachvollziehbar, weil eben auch gerade die Finanzierung des IOB ein bisschen in Frage gestellt ist, und dann ist es also wichtig, dass der Kanton als massgeblicher Beteiligter vom IOB auch Einsitz in das strategische Gremium hat.

Uns ist es also wichtig, dass die Zukunft des IOB nicht von den zukünftigen Realitäten des privaten Partners in der Trägerschaft abhängig sein darf und auch nicht von Ausstiegsideen eines Universitätsspitals. Die Novartis hat die Finanzierung für das IOB bis 2032 zugesichert, das ist sehr wichtig, aber wir wissen auch, dass sie vor zwei Jahren ihr Portfolio der Augenheilkunde abgestossen hat, dass sie sich also aus diesem Markt zurückziehen. Das ist bekannt, auch der Regierung. Es ist also offensichtlich, dass ab 2029 die Finanzierung des IOB neu ausgehandelt werden muss und die Regierung mehr Einfluss auf die Trägerschaft nehmen sollte.

Weshalb nicht schon jetzt die fehlenden 5 Millionen Franken aus dem Innovationsfonds des Standortförderpakets genommen werden konnten, um diese so erfolgreiche Institut abzusichern, erschliesst sich meiner Meinung nach wirklich nicht. Jetzt haben wir dieses Standortförderpaket, Innovation soll gefördert werden im Pharmabereich, aber das kann dann nicht unterstützt werden? Da bin ich schon froh, wenn die kantonalen Gesetze oder Bestimmungen so angepasst werden, dass auch in Zukunft ein IOB ein Gesuch stellen kann.

Umso mehr zeigt dieses Beispiel, dass in Zukunft an unserem Pharmastandort Basel, der ein wichtiger ist, eine diversifizierte und gemeinnützig ausgerichtete Pharma als Ergänzung immer wichtiger und zentraler wird. Mit der Einreichung der kantonalen Initiative «Pharma für alle» kann zukünftig vielleicht ein wichtiger Grundstein dazu gelegt werden und wer weiss, vielleicht profitieren auch Institute wie das IOB von diesen Ansinnen und können so vor der reinen Profit- und Marktlogik ein wenig geschützt werden. Besten Dank für die Zustimmung zum Staatsbeitrag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat sich Lea Wirz gemeldet.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Wir haben es bereits mehrfach gehört, das IOB ist heute ein international renommiertes Institut, das in den wenigen Jahren seines Bestehens bereits beeindruckende Forschungsleistungen erbracht hat. Dass sich die Novartis aus Teilen der Forschung zurückziehen will und damit die Halbierung ihres Beitrags an das IOB ab dem Jahr 2028 vorsieht, ist ein Einschnitt mit Signalwirkung. Es zeigt uns, wie volatil private Forschungszusagen sein können, wenn ein globaler Konzern seine Prioritäten verschiebt und wir plötzlich als Kanton vor einer veränderten Ausgangslage stehen. Was einst als grosse Basler Zukunftsvision galt und auch weiterhin irgendwo gilt, aber in veränderter Form vielleicht, ist an Teilen der strategischen Neuausrichtungen der Novartis auch ein Stück weit zerbrochen oder es muss nun eine Neuausrichtung geschehen. So ist beispielsweise auch der gemeinsame Bau eines Spitals mit dem Augenspital zum jetzigen Zeitpunkt wohl vom Tisch.

Damit wird der Kanton ab 2028 de facto zum gleich grossen Finanzierer wie Novartis, doch im Gegensatz zum Konzern tragen wir als öffentliche Hand die Verantwortung für Kontinuität, für Transparenz und die Versorgung der Bevölkerung. Diese neue Rollenverteilung verlangt nach klarer politischer Steuerung, der neu vorgesehene jährliche Austausch mit der Trägerschaft ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir würden uns auch wünschen, dass sich der Kanton noch stärker einbringt und eine stärker steuernde Rolle einnimmt.

Für unsere Fraktion GRÜNE/jgb ist klar, dass das IOB ein Leuchtturmprojekt für die Region ist und für die Forschung und die Patientinnen und Patienten konkret einen Nutzen bringt. Gleichzeitig müssen wir aber eben auch über 2029 hinausdenken und wir erwarten vom Regierungsrat, dass alternative Finanzierungswege, wie bereits mein Vorredner Oliver Bolliger gesagt hat, etwa über den Innovationsfonds des Standortförderpakets, konsequent geprüft und notwendige gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Aus unserer Sicht darf der Kanton nicht dauerhaft in eine Rolle rutschen, in der er fehlende private Mittel automatisch kompensiert, ohne dass er zumindest ein strategisches Mitspracherecht hat.

Selbstverständlich stimmen wir aber dieser Vorlage jetzt zu und bitten Sie, dies ebenfalls zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat sich Christine Keller gemeldet.

Christine Keller (SP): Es wurde jetzt verschiedentlich gesagt, das IOB ist eine Erfolgsgeschichte, zum einen wissenschaftlich, aber auch eben, wie Oliver Bolliger es gesagt hat, auch Forschung im Sinne einer Zusammenarbeit mit gemeinnützigen und auch marktorientierten Interessen sein könnte. Raoul Furlano hat gesagt, dass auch wir, nicht «nur» Entwicklungsländer tatsächlich Probleme mit erblindenden Personen haben. Die feuchte Makuladegeneration ist eine grausame Krankheit älterer Menschen, dies habe ich in meinem Freundes- und Bekanntenkreis. Weil die Menschen heute älter werden, ist umso wichtiger eben auch Forschung in diesem Bereich zu machen, wofür eben das IOB Pionierarbeit leistet.

Weiter möchte ich natürlich als Freundin der Tiere hervorheben, dass das IOB auch Pionierarbeit leistet bei Alternativen für Tierversuche über diese Organoide. Hier hat es eine Bedeutung, die über die Augenheilkunde sogar hinausgeht und auch in anderen Bereichen betreibt es absolut interessante und wichtige Grundlagenforschung.

Der Rückzug der Novartis hat gezeigt, dass es tatsächlich wichtig sein kann, solche Forschung von der reinen Marktlogik zu befreien, weil eben sonst das passiert, dass ein Konzern seine strategische Ausrichtung ändert. Und die BZ titelt «Von den geplatzten Träumen der Basler Augenheilkunde». Meine Vorrednerin Lea Wirz, hat gesagt, es sei eigentlich einmal ganz viel angedacht gewesen, ein Neubau mit dem Augenspital und all dies scheint nun mindestens für den Moment geplatzt zu sein, weil die Marktlogik das jetzt für Novartis nicht mehr hergibt. Auch wir erwarten, dass der Kanton in die Bresche springt, diese Forschung muss weitergehen und es gibt politische Konzepte, die das auch ermöglichen können.

Selbstverständlich, wenn der Kanton sich stärker engagiert, muss er auch in diesem Stiftungsrat Einsitz nehmen, nicht nur über die von ihm beherrschten Organisationen, das wurde auch schon gesagt, dass diese Governance verändert werden muss. Letztlich sind natürlich auch wir der Meinung, dass der Standortförderungs hier greifen muss in irgendeiner Form. Die Verordnung, so wurde uns gesagt, bezüglich der Kooperationen sei in Erarbeitung. Es muss möglich sein, es wäre wirklich ein Witz, wenn diese Gelder nicht auch zugunsten des IOB fliessen könnten.

Die SP-Fraktion bittet Sie herzlich, mit den genannten Bemerkungen diesen Kredit selbstverständlich zu verlängern und bittet den Kanton respektive die Regierung dafür zu sorgen, dass die Erfolgsgeschichte weitergeschrieben werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Regierungsrat Lukas Engelberger wünscht das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Danke, dass Sie einstimmen in die Beurteilung, dass das IOB eine sehr erfolgreiche Geschichte hinter sich hat und auch über erfolgversprechende Perspektiven für die Zukunft verfügt. Ich nehme das sehr gerne so mit, auch in die Folgearbeiten, die natürlich jetzt bevorstehen.

Vielleicht zu den Hinweisen aus der Debatte noch ein paar wenige Kommentare: Ich möchte zunächst das Engagement der Novartis würdigen. Sie haben in sehr namhaftem Umfang hier Mittel gesprochen und diesem Institut einen erfolgreichen Start ermöglicht, den Start, den das Institut hat, und sie sind ja auch für die Zukunft bereit, weiterhin Beiträge zu leisten an das IOB. Man muss, glaube ich, mit einer gewissen Gelassenheit entgegennehmen, dass forschende Firmen ihre Schwerpunkte, ihre Portfolios gelegentlich verschieben. Für uns zählt, dass bis und mit 2032 die Novartis ein Commitment abgegeben hat für diese 5 Millionen pro Jahr. Das ist wichtig, das ist eine lange Zeit und das ist eine grosse Summe Geld, und darauf möchten wir aufbauen und dann selbstverständlich im Dialog mit Novartis auch die Zukunft andenken.

Diese weiterführenden Überlegungen sind in der Debatte natürlich zu Recht auch ein Thema schon gewesen und wir nehmen das mit, dass wir dann die Anschlusslösung, also die übernächste Finanzierungsperiode, auch rechtzeitig konzipieren müssen. Ansätze dafür sind in der Diskussion bereits erwähnt worden und ich kann Ihnen sagen, dass auch das Institut selber seine Finanzplanung kennt und mit potenziellen weiteren finanzierenden Institutionen jeweils auch das Gespräch sucht.

Bezüglich Governance bin ich entspannt. Wir haben mit den Vertreter:innen von Universität und Universitätsspital Vertreter:innen der öffentlichen Hand in diesem Stiftungsrat, und ich sehe jetzt keinen Grund zu glauben, wir selber als direkte Kantonsangestellte würden es dann besser wissen, was zu tun sei für das IOB. Aber ich nehme trotzdem mit, dass es diesen Wunsch gibt nach einer stärkeren Abbildung des Kantons in den Governance-Strukturen und ich kann Ihnen auch sagen, dass es dafür bei den Partnern eine Offenheit gibt, in diese Diskussion einzutreten. Für den Moment, mit dieser Drittelsfinanzierung, die ich Ihnen eingangs geschildert habe, und der aktuellen Dotation des Stiftungsrats, glaube ich, haben wir nicht einen unmittelbaren. Handlungsbedarf. Aber noch einmal, wir haben Sie gehört und werden uns erneut damit auseinandersetzen. Die Auseinandersetzung beginnt früher, aber sie muss zum Abschluss kommen und zum Entscheid führen in vier Jahren. Ich bin sehr optimistisch, dass wir auch dann und allenfalls noch mehr ein erfolgreiches IOB besprechen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Kommissionssprecher verzichtet auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses auf Seite 7 des Berichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007828, 10.12.25 11:40:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Institut of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) werden für die Jahre 2026–2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 20'000’000 (Fr. 5'000'000 jährlich) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme zugestimmt.

10. Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", Bericht der JSSK

[10.12.25 11:40:33, 24.1437.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, die Frist der Berichterstattung bis zum 25. Juni 2026 zu verlängern. Das Wort hat die Präsidentin der JSSK Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der JSSK beantrage ich Ihnen mit Einverständnis des Initiativkomitees eine Fristverlängerung zur Berichterstattung dieser Initiative, und zwar bis zum 25. Juni 2026. Konkret würde das heissen, dass die JSSK Ihnen den Bericht im Verlaufe des Mai vorlegen wird.

Der Grosse Rat hat ja den Bericht des Regierungsrates der JSSK am 10. September zur Vorberatung überwiesen. Im September waren wir bereits voll gebucht mit Geschäften und haben demzufolge am 15. Oktober begonnen und hätten dann, wenn wir die Frist des Geschäftes hätten einhalten wollen, direkt mündlich beschliessen müssen und Ihnen das Geschäft im November vorlegen müssen. Das haben wir dann als unseriös empfunden für die Vorberatung einer Initiative und haben im Hearing das Initiativkomitee um eine Fristverlängerung gebeten und das Initiativkomitee hat, wie gesagt, eingewilligt.

Somit beantragen wir diese Fristverlängerung mit dem Ziel, dass wir diese Initiative seriös beraten können und wir wären froh, wenn Sie diesem Antrag folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als ersten Fraktionssprecher habe ich Pascal Messerli für die SVP eingetragen.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion ist der JSSK dankbar, dass sie sich offensichtlich länger und intensiver mit dieser Initiative auseinandersetzen möchte. Der Regierungsrat beziehungsweise das JSD hat es ja nicht für nötig empfunden, das Initiativkomitee zu einem Hearing einzuladen, etwas, was eigentlich bei anderen Initiativen und in anderen Departementen üblich ist. Ich erinnere beispielsweise an die JUSO-Hafeninitiative, auch dort ist jetzt kein Gegenvorschlag von der Regierung zustande gekommen, trotzdem hat man das Initiativkomitee eingeladen. Die SVP-Fraktion nimmt diese Elfenbeinturmpolitik des JSD zur Kenntnis, unterstützt diese aber nicht. Wir sind der Meinung, dass Volksrechte wichtig sind und Volksrechte einen wichtigen Beitrag leisten zur Stabilität des Landes und deshalb sollten eigentlich auch sämtliche Initiativkomitees, unabhängig von der politischen Seite, von der Regierung auch angehört werden.

Ich halte hier noch einmal fest, dass unsere Initiative relativ moderat ist, sie geht viel weniger weit als die Initiative der jungen SVP Zürich und sie wäre auch moderater umsetzbar als der Gegenvorschlag, der in Zürich mehrheitsfähig war bei der Bevölkerung. Wir wollen dieses Problem konstruktiv angehen, während das JSD offensichtlich Woche für Woche bei unbewilligten Demos völlig überfordert ist. Es ist insbesondere auch diese Free Palestine-Bewegung. welcher der Behörde Woche für Woche auf der Nase herumtanzt, und da sind wir eigentlich der Meinung, benötigt es noch ein gewisses Instrument, damit wir hier auch diese Anzahl an unbewilligten Demonstrationen verhindern können.

Wir sind auch offen für einen Gegenvorschlag, haben aber selbstverständlich auch keine Angst vor einer Volksabstimmung. Die SVP-Fraktion kann dem eigentlich relativ gelassen entgegensehen und wir sind hier wirklich auch gespannt, was die JSSK dann am Ende des Tages in diesem Bericht liefert. Es ist selbstverständlich dann auch die Aufgabe der JSSK abzuwägen, ob hier ein Gegenvorschlag sinnvoll ist. Wie gesagt, wir stehen dem offen gegenüber, sind aber auch vorbereitet für den Abstimmungskampf und würden uns auch darauf freuen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zum Grossratsbeschluss, Seite 2 des Berichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007831, 10.12.25 11:45:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Berichterstattung zur Kantonalen Volksinitiative «JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)» wird bis zum 25. Juni 2026 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 88 Stimmen bei einer Gegenstimme.

13. Beschaffung von vier Rettungswagen für die Sanität Basel-Stadt (eRTW), Ratschlag des RR

[10.12.25 11:45:48, 25.1333.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Ich berichte Ihnen mündlich zu diesem Geschäft. Wir beantragen dem Grossen Rat einstimmig, dieser Ausgabenbewilligung zuzustimmen. Es geht um 1’910’000 Franken für die Beschaffung von vier elektrobetriebenen Rettungswagen für die Sanität. Wir haben das Geschäft an einer Sitzung beraten und waren uns dann schnell einig, dass wir das dem Grossen Rat zur Annahme empfehlen.

Wegen der hohen Einsatzfrequenz und der grossen jährlichen Laufleistung der Fahrzeuge und auch, weil die Verwaltung positive Erfahrungen anderer Sanitätsorganisationen abgewartet hat, hat dieser Ratschlag schnell alle Mitglieder der Kommission überzeugt. Kritische Voten oder ablehnende Haltungen, wie wir sie beim Wechsel auf E-Mobilität bei den E-ABC-Lastkraftwagen hatten in der Kommission aufgrund der tiefen Kilometerzahlen, gab es bei diesem Geschäft deswegen nicht.

Das Geschäft ist einzuordnen im Ratschlag Gesamtkonzept Elektromobilität. Die Verwaltung hat eine Vorbildfunktion bei der Umstellung von fossilen auf elektrisch betriebene Fahrzeuge und wo eben kein erheblicher leistungsmässiger Nachteil zu erwarten ist, sollen jetzt immer Fahrzeuge mit Elektroantrieb beschaffen werden. Wenn dann die Gesamtkosten mehr als 10% über denen eines Verbrenners liegen, wird das Geschäft dem Grossen Rat vorgelegt und wir müssen es beantragen. Wenn der Grosse Rat das ablehnen würde, dann würden diese Fahrzeuge im Rahmen der ordentlichen Beschaffung als Verbrenner ersetzt. Der Bestand an Elektrofahrzeugen hat in den letzten Jahren bei den Nutzfahrzeugen der öffentlichen Hand stetig zugenommen. Beim vorliegenden Geschäft geht es um eine Teilersatzbeschaffung der Rettungswagen, die eben enorm viel im Einsatz stehen, also das heisst, es kommen dann später noch weitere solche Ersatzbeschaffungen.

Um ihren Auftrag zu erfüllen, ist die Sanität auf zuverlässiges Einsatzmaterial angewiesen. Die Sanität hat heute 18 Rettungswagen, das sind die zentralen Fahrzeuge für die präklinische Versorgung und den Transport von Patientinnen und Patienten. 2024 rückten sie rund 23’500 Mal aus und legten durchschnittlich 18’000 Kilometer pro Fahrzeug zurück. Die technische Lebensdauer in Basel für so ein Einsatzfahrzeug beträgt zehn Jahre. Das ist eine aussergewöhnlich lange Einsatzdauer für diese Fahrzeuge, in anderen Kantonen sind sechs bis acht Jahre üblich. Das ist, weil der Kanton Basel-Stadt eine kleine Kantonsfläche hat und die Fahrzeuge so weniger Kilometer hinter sich legen.In Bälde werden dann auch noch weitere Fahrzeuge ersetzt.

Die Wagen müssen hohen Anforderungen an Nachhaltigkeit, Zuverlässigkeit und Praxistauglichkeit genügen und das ist heute möglich. Die Fahrzeuge müssen während acht Stunden ununterbrochen im Einsatz stehen, deswegen wurden Machbarkeit und Ladezyklen auch genau analysiert. Die neue Wache an der Hebelstrasse wird ab 2027 eine Ladeinfrastruktur für die gesamte Flotte behalten. In der Folge dann, wenn eben auch die anderen Fahrzeuge auch ersetzt werden, wird die Sanität auch davon abhängig sein, dass in den Spitälern Zwischeladungen möglich sind, also dass auch dort entsprechend die Infrastruktur ausgeweitet wird. Die aktuelle Reichweite ist bei 200 Kilometern, das reicht für 90% der Einsatztage, in den verbleibenden 10% reicht diese Reichweite noch nicht. Es ist aber anzunehmen, dass in den kommenden wenigen Jahren diese Reichweite dann schnell bei über 300 Kilometern sein wird.

Zu den Kosten: Im Vergleich zu der Dieselvariante ist die Anschaffung tatsächlich 47% teurer, die Betriebskosten fallen aber deutlich günstiger aus. Über die Nutzungsdauer von zehn Jahren liegen dann die Gesamtkosten dieser Beschaffung oder der vier Rettungswagen bei 13,6% über denen von einem Verbrenner.

Wie gesagt, da haben wir keine kontroversen Diskussionen dazu geführt, wir unterstützen diese Anschaffung klar und sehen sie auch als konsequenten Schritt im Rahmen der Elektromobilitätsstrategie des Kantons. Auch diese schrittweise Umstellung wird begrüsst, so dass auch immer gewährleistet wird, dass die Grundversorgung sichergestellt ist und sukzessive auch die Weiterentwicklung der Technologie abgewartet wird.

Wir würdigen auch, dass die Verwaltung auch die Einsatzfähigkeit bei besonderen Lagen wie zum Beispiel bei Eisregen geprüft hat. Die Verwaltung hat uns ausgeführt, dass bei so besonderen Lagen gar nicht unbedingt die Reichweite der Fahrzeuge limitierend Faktor ist, sondern vielmals die Anzahl verfügbarer Fahrzeuge und auch die Anzahl. des überhaupt zur Verfügung stehenden Personals.

Insgesamt sind wir überzeugt, dass die vorgesehene Lösung fachlich, finanziell und betrieblich sinnvoll ist und bitten Sie deshalb, dieser zuzustimmen und ich danke auch im Namen der Kommission der Verwaltung und der zuständigen Regierungsrätin für die gute Zusammenarbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank für die einstimmige Empfehlung, diese Ersatzbeschaffung vornehmen zu können für die Sanität im Sinne des Gesamtkonzepts der Elektromobilität. Eigentlich ist alles schon gesagt worden, vielleicht einfach noch einen Hinweis darauf, weshalb wir jetzt damit kommen. Wir sind ja in gewissen anderen Bereichen schon lange auf Elektromobilität umgestiegen, allen voran die Kantonspolizei. Da ging es um PWs. Jetzt aber mit der Feuerwehr, bei der wir auch einmalig und erstmalig eine ganze Flotte von EHLF erweitert haben, sind wir doch bei den ersten. Bei der Sanität ging es lange nicht, denn es ist schon eine andere Einsatzzeit, die die Sanität leisten muss, je nach Tag oder Jahreszeit sind die Ambulanzen nonstop unterwegs, vom Spital direkt wieder zum nächsten Einsatz und so weiter. Und da hat bis anhin die Reichweite dieser doch auch Spezialfahrzeuge einfach noch nicht gereicht.

Jetzt hat sich aber ergeben, dass diese Reichweite erweitert werden konnte und wir damit jetzt auch einen Anfang machen mit diesen vier Ambulanzfahrzeugen, die wir nun ersetzen wollen. Und selbstverständlich werden wir auch den Markt weiter beobachten. Aber es ist schon so, dass es das oberste Ziel sein muss, dass wir die Einsatzbereitschaft gewährleisten können in diesem wichtigen Bereich, wo es auf jede Minute ankommt. Das können wir heute gewährleisten und deshalb kommen wir heute auch mit diesem Antrag. Es soll, wie die Präsidentin auch gesagt hat, eine stufenweise Ablösung sein, indem eben die Erkenntnisse auch wieder einfliessen können. Die Kosten wurden angesprochen. In diesen Spezialfahrzeugbereichen sind die E-Mobilitätsvarianten einfach über 10% teurer, weshalb wir auch regelmässig hier im Grossen Rat die Mehrausgaben beantragen müssen. Aber ich denke, in diesem Fall würde sich das auf alle Fälle rechtfertigen und ich bitte Sie damit, diese Ausgabenbewilligung zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden mehr eingetragen. Daher entfällt auch die zweite Runde. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 7 des Ratschlags, und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007834, 10.12.25 11:55:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird eine Ausgabe über gesamthaft Fr. 1'912'000 für die Beschaffung von vier elektrobetriebenen Rettungswagen der Sanität Basel-Stadt zu Lasten der Investitionsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Dienststelle Rettung, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Das wäre das letzte Geschäft gewesen von heute Morgen. Ich darf Sie darüber informieren, dass ich trotz grosser Redefreudigkeit heute Morgen auf eine Nachtsitzung verzichten werde.

Schluss der 39. Sitzung

11:55 Uhr

Protokoll

der 40. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 10. Dezember 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Oliver Thommen (Grüne/jgb), Pascal Pfister (SP), Lukas Faesch (LDP), Michela Seggiani (SP), Georg Mattmüller (SP), Anouk Feurer (Grüne/jgb). Eric Weber (fraktionslos)*

Verhandlungsgegenstände:

23. Neue Interpellationen ... 2
23.1. Interpellation Nr. 123 Daniel Albietz betreffend St. Antonius und der Klimaschutz – Eiszeit bei der Denkmalpflege? ... 2
23.2. Interpellation Nr. 124 Jessica Brandenburger betreffend Schliessung der bestehenden Lücken im Schutzsystem für Frauen mit Behinderung ... 3
23.3. Interpellation Nr. 125 Eric Weber betreffend Begutachtung von «missliebigen» Bürgern durch den Staat ... 4
23.4. Interpellation Nr. 126 Lea Wirz betreffend mehr Schutzplätze für vulnerable Menschen im Kanton Basel-Stadt ... 5
23.5. Interpellation Nr. 127 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Richtlinien bei Alarmierung/Einsätzen der Sanitätsnotrufzentrale beider Basel 144 ... 7
23.6. Interpellation Nr. 128 Michael Hug betreffend Beschäftigungslage im Kanton Basel-Stadt ... 8
23.7. Interpellation Nr. 129 Heidi Mück betreffend Schulraum an der Viaduktstrasse 31-35 ... 8
23.8. Interpellation Nr. 130 Pascal Messerli betreffend gesperrter neuer Kunstrasen auf dem Rankhof: Verschärft sich die Sportplatzkrise? ... 9
23.9. Interpellation Nr. 131 Hanna Bay betreffend Umgang mit Verdachtsmomenten auf Amts- und Machtmissbrauch bei der Basler Polizei ... 10
23.10. Interpellation Nr. 132 Oliver Bolliger betreffend keinen Rückbau der Superblock-Tests bis zur definitiven Auswertung ... 12
23.11. Interpellation Nr. 133 Maria Ioana Schäfer gegen die Erhöhung der Studiengebühren - was plant Basel-Stadt? ... 13
23.12. Interpellation Nr. 134 Johannes Barth betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz im Bereich Palmenstrasse/Ahornstrasse ... 14
23.13. Interpellation Nr. 135 Ivo Balmer betreffend Verkauf von Bauland in Augst (BL) – Warum verkauft Immobilen Basel-Stadt (IBS) schon wieder Boden?! ... 14
11. Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG), Bericht der JSSK ... 14
11.1. Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren, Bericht der JSSK ... 30
12. Überführung des Projekts «Halt Gewalt: Umfassende Prävention von Häuslicher Gewalt» in die Regelstruktur, Ausgabenbericht des RR ... 31

Beginn der 40. Sitzung

Mittwoch, 10. Dezember 2025, 15:00 Uhr

23. Neue Interpellationen

[10.12.25 15:00:12]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe derzeit noch keine Mitteilung zu machen. Ich übergebe an die Frau Statthalterin.

Entschuldigung, ich habe noch etwas unterschlagen. Ich gratuliere Felix Wehrli natürlich noch zur Wahl in den Gemeinderat in Riehen. Das ist mir heute Morgen und auch jetzt wieder durch die Lappen. [Applaus]

23.1. Interpellation Nr. 123 Daniel Albietz betreffend St. Antonius und der Klimaschutz – Eiszeit bei der Denkmalpflege?

[10.12.25 15:00:54, 25.5526, T]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er möchte.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, noch einige Worte zu meiner Interpellation zu sagen, beschränke mich aber auf einige ergänzende und klärende Ausführungen. Kernpunkt der Interpellation ist, dass der Denkmalschutz eine leistungsfähige Solaranlage auf einem grossen Kirchendach verhindert. Natürlich, es geht beim Denkmalschutz wie auch in anderen Sachfragen um eine Güterabwägung. Im vorliegenden Fall wird der Erhalt von alten Dachziegeln, die nur beschränkt einsehbar sind, über das Interesse nachhaltiger Energieproduktion gestellt. Es handelt sich zudem nicht mal um eine Aufdachanlage, sondern um Solarziegel. Ich behaupte mal, ein Laie sieht den Unterschied nicht oder er empfindet ihn zumindest optisch und ästhetisch nicht als nachteilig oder minderwertig.

Ich habe Ihnen ein Beispiel aus dem Wallis mitgebracht. Es geht dort ebenfalls um ein Kirchendach. Es geht um die Pfarrkirche Saas-Fee, die ist denkmalgeschützt, dennoch wurde das vormalige undichte graue Kupferdach unlängst durch ein neues Solardach ersetzt, und zwar in Schieferoptik, das sich in die Umgebung mit den traditionellen grauen Schieferdächern optisch perfekt einfügt. So was ist technisch heute möglich. Dank grossen Fortschritten in Technik und Design lassen sich Solardächer kaum mehr von herkömmlichen Dächern unterscheiden. Im Ergebnis sieht dann das so aus, wie Sie sehen, ein wunderbares Baudenkmal, aber mit einem vernünftigen, zeitgemässen Dach. Darum will es mir nicht einleuchten, dass ähnliches in Basel nicht möglich respektive nicht erlaubt sein soll, erst noch auf einem Dach, das in der Öffentlichkeit deutlich weniger in Erscheinung tritt als das Dach der Kirche in Saas-Fee.

Nun kommt in Basel noch Folgendes hinzu. Dieses Parlament hat 2019 mittels einer Resolution den Klimanotstand erklärt und die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität, das war damals die Wortwahl, bezeichnet. Es brauche jetzt auf jeder Ebene griffige Massnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Zitat: Der Grosse Rat wird die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Geschäften berücksichtigen und wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen. Zwar ist das keine rechtliche Verpflichtung für andere Behörden und Gremien dieses Kantons, aber ich nehme an, das Parlament erwartet, dass sich auch Regierung und Verwaltung an diese Priorisierung halten.

Nun, die Wortwahl in der Resolution ist stark, fast brachial und ich hätte sie zurückhaltender gewählt oder der Resolution in dieser Fassung möglicherweise nicht zugestimmt, denn ich finde es generell nicht gut, mit Panik zu operieren. Dennoch finde auch ich, dass wir nicht auf Kosten kommender Generationen leben dürfen und befürworte die Dekarbonisierung und die Substitution fossiler durch klimafreundliche Energie ausdrücklich. Ich bin jedoch der Ansicht, dass die Herausforderungen

nicht mit Angstmache, sondern mit Besonnenheit, Innovation und Technologie gelöst werden sollen und dazu gehört nun mal die Photovoltaik.

Nun nochmals zum Notstand. Notstand bedeutet eine aussergewöhnliche Lage, in der wesentliche Rechtsgüter oder kollektive Interessen ernsthaft und unmittelbar gefährdet sind und deshalb ausserordentliche Massnahmen erforderlich erscheinen. Das heisst, bei einem Notstand werden alle anderen Interessen dem zu schützenden Rechtsgut untergeordnet, weil man sonst nicht von einem Notstand reden darf. Beim Klimanotstand müsste dies auch für den Denkmalschutz gelten. Vor dessen Hintergrund ist es unverständlich, dass ein Dach aus Solarziegeln von dieser Grösse und Wichtigkeit durch die Denkmalpflege abgelehnt wird. Es geht ja vorliegend nicht einmal um Solarenergie um jeden Preis, sondern es müssten einfach Lösungen mit Augenmass zugelassen werden. Sonst ist es ein falsches Signal auch an die Eigentümer anderer Dachflächen, die dann von vornherein keine Gesuche mehr stellen, um keinen Ärger mit der Denkmalpflege zu bekommen. Ich bin daher sehr gespannt auf die Antworten der Regierung und danke für die Aufmerksamkeit.

23.2. Interpellation Nr. 124 Jessica Brandenburger betreffend Schliessung der bestehenden Lücken im Schutzsystem für Frauen mit Behinderung

[10.12.25 15:05:40, 25.5527.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitend. Frauen mit Behinderungen sind gemäss eidgenössischem Büro für Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen deutlich stärker als die Durchschnittsbevölkerung von Gewalt betroffen und bedürfen eines erhöhten Schutzes. Aus diesem Grund haben die beiden Basel im Rahmen der diesjährigen Aktionstage «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» den Fokus auf das Thema geschlechtsspezifische Gewalt und Behinderungen gelegt. Ziel ist es, vermehrt auf die Thematik aufmerksam zu machen.

Zu den Fragen 1, 2 und 6. Gemäss kantonalem Behindertenrechtsgesetz sind der Kanton, die Gemeinden, die Träger öffentlicher Aufgaben sowie die Anbieter öffentlich zugänglicher Leistungen angehalten, ihre Leistungen für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen und damit Benachteiligungen zu verhindern. Dazu gehören bauliche Massnahmen, barrierefreie Kommunikation sowie betrieblich-organisatorische Anpassungen. Entsprechende Handlungsfelder, Ziele und Massnahmen finden sich auch im kantonalen Gleichstellungsplan. Ein zentraler Steuerungsmechanismus besteht in den jährlichen Controlling-Gesprächen der kantonalen Fachstellen Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit den Staatsbeitragspartnern. Dabei werden Fragen der Barrierefreiheit sowie der Umsetzung der Istanbul-Konvention und der Behindertenrechtskonvention gezielt thematisiert. Die Fachstellen stellen dadurch sicher, dass die Vorgaben des Kantons von den Leistungserbringern aufgegriffen werden. Diese Aspekte werden zudem auch bei der Erneuerung der jeweiligen Leistungsvereinbarungen mitberücksichtigt. Der Kanton arbeitet zudem eng mit dem Behindertenforum Regio Basel und der Opferhilfe beider Basel zusammen, um sein Wissen zu Gewalt an Menschen mit Behinderungen weiter zu vertiefen. Zur Verbesserung der Zugänglichkeit zu Opferhilfeangeboten hat der Kanton im Rahmen des Aktionsplans Barrierefreie Kommunikation die Informationen zum Thema Gewaltschutz auf den kantonalen Webseiten jüngst in Gebärdensprache aufbereitet.

Zu Frage 3. Am Runden Tisch Häusliche Gewalt im Oktober 2025 wurden Vertretende von Polizei, Spitälern, Schulen, Frauenhäusern, der Opferhilfe sowie weitere Schlüsselstellen für die besonderen Risiken und Barrieren sensibilisiert, denen Menschen mit Behinderungen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt begegnen. Das diesjährige Fokusthema Geschlechtsspezifische Gewalt und Behinderungen zielt ebenfalls darauf hin, neben der breiten Bevölkerung auch Fachstellen verstärkt auf diese Problematik aufmerksam zu machen.

Zu Frage 4. Die Opferhilfe beider Basel verfügt über ausgewiesene Kenntnisse in der Beratung für gewaltbetroffene Menschen mit Behinderung. Seit September 2024 ist auch eine spezialisierte Mitarbeiterin angestellt, welche die Beratenden der Opferhilfe schult, verschiedene Beratungsansätze vermittelt und den kontinuierlichen Wissensaufbau sicherstellt. Auch im Bereich der körperlichen Behinderung besteht innerhalb der Opferhilfe umfassendes Praxiswissen. Ausserdem bringt eine Beraterin, die auf einen Rollstuhl angewiesen ist, entsprechende Erfahrungen direkt ein. Auf nationaler Ebene ist die Opferhilfe beider Basel im Rahmen der Schweizerischen Opferhilfekonferenz in einer Arbeitsgruppe vertreten, die aktuell

gerade eine Tagung zum Thema Gewalt an Menschen mit Behinderungen vorbereitet. Über die Opferhilfekonferenz fliesst aktuelles Fachwissen aus dem nationalen Austausch laufend in die kantonale Praxis ein.

Zu Frage 5. Die Schutzinstitutionen setzen sich fundiert mit den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen auseinander. Sie bereiten Frauen mit Behinderungen, ebenso wie alle anderen von Gewalt Betroffenen, sorgfältig auf die Zeit nach dem Aufenthalt vor. Dazu gehört insbesondere die gezielte Vernetzung mit passenden Fachstellen und Hilfsangeboten. Handelt es sich um ein Opferhilfeverfahren ohne Schutzaufenthalt, beispielsweise bei einem Gewaltvorfall in einer Institution des Behindertenwesens, plant die Opferhilfe beider Basel gemeinsam mit dem Case Management oder weiteren Betreuungspersonen geeignete Massnahmen. Dadurch wird sichergestellt, dass die Betroffenen auch nach Abschluss des Verfahrens bedarfsgerecht begleitet werden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jessica Brandenburger (SP): Regierungsrätin Stephanie Eymann, vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen. Ich finde drei Dinge gut. Ich finde es gut, dass die Informationen zum Thema Gewaltschutz auf Gebärdensprache übersetzt worden sind. Ich glaube, das ist wichtig, dass unsere kantonalen Informationen für alle zugänglich sind. Dann finde ich es gut, dass die Sensibilisierung zu diesem Thema im Rahmen des Runden Tisches Häusliche Gewalt stattgefunden hat. Man kann von Runden Tischen halten, was man will, aber ich glaube, es ist wichtig, dass dort, wo diese Fachleute zusammenkommen, dass man dort diese Themen auch bespricht. Und dann finde ich es auch gut, dass eine spezialisierte Mitarbeiterin bei der Opferhilfe für dieses Thema angestellt wurde. Das ist gut.

Was ich nicht so gut finde, ist, dass die Frauenhäuser in Basel nicht barrierefrei sind. Das ist ein Riesenhindernis und hindert Leute vielleicht daran, die Hilfe zu bekommen, die sie eigentlich brauchen. In den Medien war zu lesen, dass in den kommenden Jahren zumindest bei einem Haus ein Umbau geplant wird und ich finde, dann müssen wir unbedingt so umbauen, dass es eben barrierefrei ist. Ich finde es gut, dass gerade beide zuständige Regierungsrätinnen, okay, sie ist nicht mehr hier, Frau Keller war hier und Frau Eymann bauen und JSD, dass beide hier sind, und ich fände es wirklich gut, wenn wir dann umbauen und dann barrierefrei unterwegs sind. Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Frau Brandenburger, sind Sie zufrieden mit der Antwort? Besten Dank, Frau Brandenburger ist mit der Antwort zufrieden.

23.3. Interpellation Nr. 125 Eric Weber betreffend Begutachtung von «missliebigen» Bürgern durch den Staat

[10.12.25 15:12:27, 25.5528.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe zu dieser Interpellation gegoogelt, wer ist der berühmteste Grossrat, dann hat es geheissen, Eric Weber.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat nichts mit dem Thema zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): In meiner Interpellation geht es darum, dass man unliebsame Personen begutachten lassen möchte. Den Text meiner Interpellation haben Sie. Darum sage ich, das einzige Verbrechen, das ich in meinem ganzen Leben gemacht habe, ist, dass ich Grossrat bin, weil ich den Mund aufmache. Aber es geht nicht, dass man dann versucht, unliebsame Menschen fertig zu machen. Jetzt komme ich zum Punkt meiner Interpellation. Es ist schon traurig, wenn man als Politiker mit einem Anwalt kämpfen muss, und ich bin glücklich und bedanke mich bei der Staatsanwaltschaft, weil sie es schon mehrfach abgelehnt hat, mich begutachten zu lassen. Ich bin völlig gesund und das seit bald 63 Jahre. Seit 42 Jahre

bin ich Grossrat, ich habe nie Medikamente genommen, nie Drogen und auch kein Alkohol. Jedes Land hat seine Oppositionellen und wenn es das nicht geben würde, dann wären wir in einer Diktatur. Das wäre sehr traurig. Dann wären viele von uns im Gefängnis und nicht nur ich. Daher dachte ich, mache ich einmal diese Interpellation zur Begutachtung. Denn nicht alle können sich so gut wehren wie ich als Grossrat und Journalist, als Parteipräsident mit Eleganz und weg sind die Vorwürfe einer Begutachtung. Ohne, dass man begutachtet wird, darf man auch sagen in unserer ältesten Demokratie der Welt, nur noch Island ist älter, ich darf auch sagen, ich möchte Präsident werden, die Kinder rufen mir jeden Tag zu, Eric Weber vor, Präsident.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat nichts mit dem Thema zu tun, erster Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich freue mich, wenn ich Regierungsrat werde, wenn ich meine Gegner mürbe gemacht habe, seit 42 Jahren arbeite ich daran. Ich komme zum Schluss, zu meiner Interpellation. Wenn uns an einer spürbaren Besserung liegt, müssen wir uns von allen ideologischen Richtungen distanzieren und selbstbewusst die Werte der Aufklärung vertreten, weg vom Kollektivismus hin zum Individualismus. Weg von einem übergriffigen, bevormundenden Staat hin zu Eigenverantwortung und Selbstbestimmung. Wir alle müssen mutiger werden und unsere Stimme erheben, wenn uns etwas nicht passt.

Und bitte keine Angst vor einer Begutachtung. Und damit meine ich wirklich alle. Dies fängt an beim Elternabend und endet im Grossen Rat bei Abstimmungen über die Zukunft unseres Landes. In jüngster Zeit hat diese verklemmte, übervorsichtige Stimmung eine Gegenreaktion ausgelöst. Wer sich heutzutage traut, auf der Bühne politisch unkorrekte Themen anzusprechen, dem fliegen die Herzen zu und der spielt oftmals vor vollen Häusern. Ich bin ein absolutes Erfolgsmodell. Wegen der Begutachtung habe ich diese Interpellation gemacht und ich bin gespannt, was hier für Antworten kommen.

Der Beruf des Politikers ist bei der Bevölkerung nicht beliebt, in der Rangliste der unbeliebtesten Berufe haben wir einen Spitzenwert unter den ersten fünf. Und weil es bei uns Skandale gibt, will die Bevölkerung das auf keinen Fall und ich will das auch nicht. Ich bin gespannt auf die Antwort der Regierung, wie viele Begutachtungsfälle es im Kanton gibt.

23.4. Interpellation Nr. 126 Lea Wirz betreffend mehr Schutzplätze für vulnerable Menschen im Kanton Basel-Stadt

[10.12.25 15:17:54, 25.5531.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitend. Schutzunterkünfte sind zentral, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen. Die Istanbul-Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten, genügend Schutzplätze für gewaltbetroffene Frauen zur Verfügung zu stellen. Mit der laufenden Teilrevision des eidgenössischen Opferhilfegesetzes sollen die Kantone zudem explizit verpflichtet werden, beim Unterkunftsangebot den besonderen Bedürfnissen verschiedener Opferkategorien wie jungen Frauen und Mädchen, Männern, Menschen mit Behinderungen oder LGBTIQ-Personen Rechnung zu tragen. Zur Sicherstellung von Schutzplätzen unterstützen die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft partnerschaftlich das Frauenhaus beider Basel und das Frauenhaus Wohnen für Frauen und Kinder. Derzeit stehen insgesamt 41 Plätze zur Verfügung, inklusive Übergangsangeboten.

Zu den einzelnen Fragen. Zu Frage 1. In Spitzenzeiten stossen die Frauenhäuser tatsächlich an ihre Kapazitätsgrenzen. In diesen Fällen sucht die Opferhilfe beider Basel nach einer geeigneten Übergangslösung. Sei es ein Ort in der Region oder ein Frauenhaus in einem anderen Kanton. Sobald eines der Basler Frauenhäuser wieder freie Kapazitäten hat, können die betroffenen Frauen und Kinder dorthin wechseln. Die zuständigen Fachstellen der beiden Kantone stehen in engem Austausch mit den Frauenhäusern und der Opferhilfe beider Basel und verfolgen die Trends sowie das Fallwachstum aufmerksam. Ausdrücklich zu betonen gilt es, dass in den vorgenannten 334 Abweisungen auch die vielen Fälle enthalten sind, in denen ein Platz im jeweils anderen Frauenhaus oder eine Übergangslösung organisiert werden konnte. Zudem erfolgen Abweisungen oft aus anderen Gründen als Platzmangel. So sind teilweise die Aufnahmevoraussetzungen nicht erfüllt, etwa weil der Tatort im Ausland lag oder die Person aus einem anderen Kanton stammt. Plätze für Frauen aus

anderen Kantonen sind kontingentiert, dennoch werden sie nach Möglichkeit aufgenommen, wenn dies aus Sicherheitsgründen nötig ist.

Zu Frage 2. Je nach Zusammensetzung der Schutzsuchenden und Auslastung der Frauenhäuser kann eine psychisch stark belastende Betroffene nicht aufgenommen werden. In solchen Fällen sind die Frauenhäuser und die Opferhilfe beider Basel bemüht, mit den Universitären Psychiatrischen Kliniken eine Lösung zu finden.

Zu Frage 3. Frauen mit einer akuten Suchtproblematik können derzeit nicht in den Frauenhäusern aufgenommen werden. Die Opferhilfe beider Basel sucht in diesen Fällen nach geeigneten Alternativen, wie zum Beispiel eine stationäre Suchtbehandlung.

Zu Frage 4. Die bestehenden Schutzunterkünfte sind nicht auf LGBTIQ-Personen ausgerichtet und es gibt aktuell keine spezialisierte Schutzunterkunft in Basel oder der Deutschschweiz. Als ersten Schritt erweitert die Opferhilfe beider Basel ihr Angebot für queere Gewaltbetroffene, um spezialisierte Unterstützung und einen besseren Zugang zu den Opferhilfeleistungen zu gewährleisten. Das Thema der barrierefreien Zugänglichkeit zu Schutzunterkünften wird im Rahmen der Controlling-Gespräche mit den Staatsbeitragspartnern regelmässig thematisiert und bei der Erneuerung der Leistungsvereinbarungen mitberücksichtigt. Das Wohnen für Frauen und Kinder verfügt über barrierefreie Zimmer und einen Lift, so dass Frauen mit Gehbehinderungen uneingeschränkt aufgenommen werden können. Einschränkungen, etwa bei den Badezimmern, werden mit der geplanten Sanierung in den kommenden vier Jahren behoben. Auch andere Einschränkungen, etwa bei gehörlosen Frauen, können in beiden Frauenhäusern berücksichtigt werden. Frauen mit kognitiven Einschränkungen erhalten im Bedarfsfall Notplätze in spezialisierten Behindertenwohnheimen.

Zu Frage 5. Junge Frauen, die Gewalt erfahren, brauchen nicht nur Schutz vor weiteren Übergriffen, sondern auch altersgerechte psychosoziale Betreuung und Unterstützung, die über das übliche Frauenhausangebot hinausgeht. Zudem stehen Frauenhäuser minderjährigen Frauen nicht offen, so dass für diese Gruppe besondere Lösungen erforderlich sind. In der Deutschschweiz gibt es derzeit nur eine Schutzunterkunft für junge Frauen, das Mädchenhaus Zürich, während Angebote für die Weiterbetreuung nach dem Aufenthalt weitgehend fehlen. Im Kanton Basel-Stadt wird deshalb bei Bedarf über die Opferhilfe beider Basel nach einer passenden Lösung für junge, schutzsuchende Frauen gesucht.

Zu Frage 6. Der Kanton Basel-Stadt hat eine interdepartementale Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Handlungsbedarf und die Massnahmen für die Umsetzung der Istanbul-Konvention konkretisiert.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Vor dem Hintergrund der nationalen Debatte diese Woche sind die kantonalen Bemühungen zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt besonders dringlich. Der Nationalrat hat eine Erhöhung der Mittel von 1 Mio. Franken an den Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt abgelehnt, gleichzeitig wurden aber in anderen Bereichen, etwa für den Wein, Mittel in zweistelliger Millionenhöhe beschlossen. Heute Morgen ist der Ständerat den Aufrufen aus der Bevölkerung gefolgt und hat den Mitteln zugestimmt. Wir werden sehen, was weiter geschieht.

Vor diesem Hintergrund ist es zwar gar nicht so unverständlich, dafür umso besorgniserregender, dass die Bilanz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention acht Jahre nach ihrer Ratifizierung ernüchternd ausfällt. Sowohl der Bundesbericht wie auch der Parallelbericht des Netzwerks Istanbul-Konvention zeigen deutlich, der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt ist in der Schweiz weiterhin unzureichend. Besonders betroffen sind vulnerable Gruppen, geflüchtete Menschen, Personen mit Behinderungen, queere Menschen sowie psychisch belastete Frauen und junge Frauen in Ausbildung.

Auch im Kanton Basel-Stadt ist die Situation ernüchternd. Alleine 2024 mussten 334 Frauen und Kinder vom Frauenhaus abgewiesen werden. Wir haben vorhin gehört, es hatte unterschiedliche Gründe, trotzdem ist diese Zahl nicht einfach vernachlässigbar. Hinzu kommen strukturelle Lücken. Frauen mit Suchtproblemen oder schweren psychischen Belastungen finden oft gar keinen Platz. Junge Frauen zwischen 17 und 25 Jahren fallen ebenfalls aus dieser Betreuung heraus. Ebenso fällt es weiterhin an spezifischen Angeboten für queere Personen und Menschen mit Behinderungen, wobei wir hier vorhin gehört haben, dass hier Verbesserungen in Aussicht stehen.

Bezüglich der Finanzierung der Schutzplätze wurde in der letzten Session die Motion Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser eingereicht. Da sind uns andere Kantone bereits voraus und ich hoffe, wir können uns verbessern.

Andere Kantone haben zudem inzwischen Aktionspläne zur Umsetzung der Istanbul-Konvention vorgelegt. Basel-Stadt hingegen verfügt über keinen solchen Plan, obwohl die Konvention uns zu präventiven, koordinierenden und unterstützenden Massnahmen verpflichtet. Angesichts des Anstiegs von geschlechtsbezogener Gewalt und Femiziden ist es dringend notwendig, hier Verantwortung zu übernehmen und strukturelle Lösungen vorzulegen. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat zwar auf die bestehende Kooperation, laufende Verbesserungen und auch geplante Massnahmen hingewiesen,

insbesondere im Hinblick auf die Barrierefreiheit, dennoch bleibt deutlich, dass derzeit weder genügend Schutzplätze noch spezialisierte Angebote insbesondere für queere Menschen und junge Frauen vorhanden sind, um den unterschiedlichen Bedarfen gerecht zu werden. Ich nehme zur Kenntnis, dass zahlreiche Betroffene, insbesondere Frauen mit psychischen Belastungen, Suchtproblemen oder eben auch junge Frauen nicht in die Frauenhäuser aufgenommen werden können und adäquate Alternativen fehlen oder erst im Aufbau sind. Besonders das Fehlen von zusätzlichen Anschlusslösungen für junge Frauen nehme ich sehr besorgt zur Kenntnis. Hier scheint mir eine grosse Lücke zu sein.

Ich begrüsse es, dass der Regierungsrat die Problemlage anerkennt und eine Arbeitsgruppe einsetzt, um den Umsetzungsbedarf der Istanbul-Konvention zu konkretisieren. Dennoch bleibt für mich zurzeit offen, in welchem Zeitrahmen konkrete Verbesserungen realisiert werden und die bestehenden Kapazitätsengpässe nachhaltig gelöst werden sollen. Insgesamt zeigen die Antworten, es gibt Bemühungen, aber die aktuellen Schutzangebote reichen nicht aus, um den Anforderungen der Istanbul-Konvention und den Bedürfnissen der vulnerablen Gruppen gerecht zu werden. Hier besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf. Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

23.5. Interpellation Nr. 127 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Richtlinien bei Alarmierung/Einsätzen der Sanitätsnotrufzentrale beider Basel 144

[10.12.25 15:28:12, 25.5532.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Allgemeine Bemerkungen. Meldungen, wonach in einer kalten Winternacht einem mutmasslich hilflosen Mann zunächst keine Ambulanz aufgeboten wurde, werfen verständlicherweise Fragen zur Einsatzpraxis des Notrufs 144 auf, die geklärt werden müssen. Die Sanitätsnotrufzentrale hat den betreffenden Einsatzablauf in der Zwischenzeit kritisch überprüft.

Zu den konkreten Fragen. Zu Frage 1. Im vorliegenden Fall hat ein Disponent der Sanitätsnotrufzentrale die Situation anhand der dafür vorgesehenen Abklärungsschritte analysiert. Dabei flossen zwei wesentliche Elemente in seine Evaluation ein. Erstens war rund eine Stunde vor dem besagten Telefonat die Rettungssanität vor Ort und nahm am selben Patienten eine medizinische Beurteilung vor. Die Mitarbeitenden der Rettungssanität kamen zum Schluss, dass weitere Massnahmen bzw. eine weitere medizinische Versorgung des alkoholisierten Patienten nicht angezeigt seien. Zweitens teilte der Patient im Gespräch mit, dass er keinen Einsatz der Rettungssanität wünsche. Die Disponentinnen und Disponenten der Einsatzzentrale sind geschult, den Willen der Patientinnen und Patienten, wenn immer möglich, zu respektieren. Vor diesem Hintergrund erschien der Sanitätsnotrufzentrale ein erneutes Aufgebot der Rettungssanität nicht angezeigt. Zur Frage, weshalb der Disponent der Anruferin ein für sie kostenpflichtiges Aufgebot der Ambulanz in Aussicht stellte, ist ausdrücklich festzuhalten, dass Sanitätseinsätze grundsätzlich kostenpflichtig sind, jedoch grundsätzlich der behandelnden Person gemäss den geltenden Tarifen in Rechnung gestellt werden. Eine Belastung der anrufenden Drittperson ist nicht vorgesehen und kommt einzig in klar definierten Missbrauchsfällen in Frage. Die im Gespräch gemachte Formulierung war missverständlich, entsprach nicht den Vorgaben und hätte so nicht gemacht werden dürfen.

Zu Frage 2. Die Disponentinnen und Disponenten des Notrufs 144 arbeiten nach strukturierten Abfrage- und Triage-Verfahren und sind angewiesen, bei Unsicherheiten einen Rettungswagen aufzubieten. Die Abfrage wird jeweils über das System NotrufNavigator N2.0 abgewickelt, um möglichst rasch die Lage richtig einzuschätzen, eine erste medizinische Beurteilung vorzunehmen und somit ohne Zeitverlust die nötigen Einsatzkräfte, Anzahl, Kompetenz und Ausrüstung aufzubieten. In lebensbedrohlichen Situationen müssen immer Rettungswagen aufgeboten werden, auch dann, wenn ein Aufgebot nicht dem Willen der Patientinnen oder Patienten entspricht.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Ich danke der Regierungsrätin für die Beantwortung meiner Interpellation. In einer kalten Winternacht wurde von der Sanität die Hilfe verwehrt oder nur erschwert angeboten, indem eine Passantin die Kosten für die Ambulanz für den Hilfebedürftigen hätte aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müssen. Die Medien haben vorab schon ausführlich darüber berichtet. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass so etwas nicht passieren darf. Auch in Situationen, wo ein alkoholisierter Patient die Hilfe verweigert, obwohl die Sanität bereits eine Stunde vorab vor Ort war, kann sich die Situation natürlich schnell wieder zu einer Notsituation verändern.

Ich möchte in dieser Sache jedoch nicht den Finger auf Fehler richten. Mir ist wichtig, dass die Helferinnen und Helfer vor solchen Situationen nicht zurückschrecken und sich trauen, die Polizei und die Sanität anzurufen. Die Berichterstattung in den Medien und die Kontaktaufnahme Betroffener hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass das Vertrauen in öffentliche Abläufe abgenommen hat und solche Situationen deshalb geprüft werden müssen. Wenn Menschen uns ansprechen, weil sie verunsichert sind oder nach Orientierung suchen, ist das ein Zeichen für das Bedürfnis nach Transparenz, Klarheit und Aufklärung.

Ich danke der Regierungsrätin für die Beantwortung meiner Interpellation und vor allem danke ich ihr für den letzten Satz. In lebensbedrohlichen Situationen müssen immer Rettungswagen aufgeboten werden, auch dann, wenn ein Aufgebot nicht dem Willen der Patientinnen und Patienten entspricht. Die Aufklärung der Bevölkerung und die Ermutigung, weiterhin Hilfe zu leisten, stehen bei dieser Interpellation im Vordergrund. Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

23.6. Interpellation Nr. 128 Michael Hug betreffend Beschäftigungslage im Kanton Basel-Stadt

[10.12.25 15:33:33, 25.5534.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

23.7. Interpellation Nr. 129 Heidi Mück betreffend Schulraum an der Viaduktstrasse 31-35

[10.12.25 15:33:47, 25.5535.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1 bis 4. Im Zuge der Schulstandortevaluation für die Sekundarschule wurde das Gebäude geprüft. Das Gebäude besitzt keinen genügend grossen Aussenraum, der einer Sekundar- oder Primarschule als Pausen- und Ankunftsfläche dienen könnte. Ebenso ist die Erstellung einer Turnhalle im Gebäude oder in unmittelbarer Nähe nicht realistisch. Für die Sekundarschule sind neue Standorte in Planung, welche über die notwendige Infrastruktur eines Schulstandortes verfügen werden. Dies waren die wesentlichen Gründe, warum der Standort nicht weiterverfolgt wurde. Der Regierungsrat beabsichtigt daher nicht, die Räumlichkeiten an der Viaduktstrasse 31 bis 35 für die Volksschule anzumieten.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Heidi Mück (BastA): Ich bedanke mich für die mündliche Beantwortung der Interpellation. Sehr kurz, also es ist schon an der Grenze zum Herunterputzen. Ja, ich habe die Interpellation eingereicht, weil ich von der FSS, von der Freiwilligen Schulsynode darum gebeten wurde. Das ist ja ihr gutes Recht, solche Anliegen zu deponieren und mein gutes Recht, solche Anliegen auch aufzunehmen. Aber ich habe das auch eingereicht, weil ich weiss, dass die Schulraumsituation nicht rosig ist.

Insbesondere für die Sekundarschulen kann sie als angespannt oder sogar als prekär bezeichnet werden. Die meisten Sekundarschulen sind überbelegt, es braucht also dringend mehr Schulraum.

Jetzt heisst es, die Räumlichkeiten seien nicht geeignet aus verschiedenen Gründen. Wir müssen einfach wissen, dass zwei der bestehenden Sekundarstandorte in Provisorien untergebracht sind. Sowohl der Standort Rosental als auch die Gartenstrasse sind ehemalige Bürogebäude, die mehr oder weniger geeignet umgebaut wurden. Auf der Webseite des Standorts Gartenstrasse heisst es wörtlich, die Schülerinnen und Schüler können den Standort Gartenstrasse voraussichtlich mehrere Jahre nutzen. Das Schulmodell wird der räumlichen Situation Rechnung tragen müssen. Lehrpersonen, die am Standort Rosental arbeiten, haben mir berichtet, dass die Räumlichkeiten bei weitem nicht den geltenden Standards entsprechen, aber alle sind flexibel und arbeiten mit den Räumlichkeiten, die sie bekommen. Die Räume an der Viaduktstrasse sind immerhin ein ehemaliges Ausbildungszentrum, also wohl nicht schlechter geeignet für eine Schule als ehemalige Büroräumlichkeiten.

Nun wurde aber offenbar aus verschiedenen Departementen verschieden kommuniziert. Aus ED-Kreisen gab es scheinbar Signale, dass eine gewisse Offenheit für diese Idee dieses Schulstandorts an der Viaduktstrasse bestehe und dass hier etwas geprüft werde, und dann erschienen die Schilder vor dem Haus, die die Vermietung von Büroräumlichkeiten anpriesen. Das ist schon verwirrend und es hat mich auch irritiert angesichts der prekären Schulraumsituation. Und ich muss sagen, ich wünsche mir wirklich, dass die IBS das Problem der Schulraumknappheit ernst nimmt, und dass in absehbarer Zeit Lösungen präsentiert werden und nicht erst in zehn Jahren. Das ist eine ganze Schulgeneration, die da wieder in Provisorien untergebracht ist. Vor diesem Hintergrund muss ich mich leider als nicht befriedigt erklären.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

23.8. Interpellation Nr. 130 Pascal Messerli betreffend gesperrter neuer Kunstrasen auf dem Rankhof: Verschärft sich die Sportplatzkrise?

[10.12.25 15:38:22, 25.5536.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

Pascal Messerli (SVP): Anfangs Oktober wurde der neue Kunstrasen im Stadion Rankhof eröffnet, ein Projekt, das die Regierung als ganzjährig nutzbar und markante Kapazitätserhöhung angepriesen hat. 2.29 Mio. Franken wurden dafür investiert. Die Botschaft war klar, endlich erhält der Norden der Stadt jene Trainingsinfrastruktur, die seit Jahren fehlt, ein weiteres wichtiges Mosaiksteinchen, um der Basler Sportplatzkrise Herr zu werden.

Doch nur wenige Wochen später passierte das, was eigentlich kaum jemand für möglich halten konnte und wieder einmal die Basler Bauunfähigkeit belegt, das Feld musste bereits gesperrt werden. Die Verantwortlichen aus dem BVD mussten den Vereinen mitteilen, dass der Belag nicht wasserdurchlässig sei, es bilden sich Pfützen, die eine erhebliche Unfallgefahr darstellen. Das bedeutet, dass Fussballvereine aus dem Rankhof auf Naturrasenfelder ausweichen müssen, die im Winter kaum belastbar sind respektive vom Sportamt gesperrt werden. Es bedeutet, dass Junioren-, Aktiv- und Seniormannschaften auf das Landhockeyfeld geschickt werden, ein Untergrund, der bei Regen und Kälte rutschig wird und zu schweren Verletzungen führen kann. Es bedeutet, dass im allerschlimmsten Fall Trainings gestrichen werden, Testspiele verlegt oder abgesagt werden müssen. Teams bangen derzeit um ihre Aussenvorbereitung, die im Januar beginnen muss, damit man gegenüber Teams aus anderen Gemeinwesen wettbewerbsfähig bleibt. Und es bedeutet auch, dass der geplante Rankhof-Cup 2026, ein Turnier, das für viele Teams ein sportlicher Höhepunkt wäre, derzeit akut gefährdet ist. Ein Turnier, das ab Ende Januar an drei Wochenenden eingeplant ist und als wichtige Vorbereitung für viele regionale Fussballvereine gilt.

Diese Situation ist nicht einfach Pech, sie ist hausgemacht, denn das Bau- und Verkehrsdepartement hat den Vereinen selbst bestätigt, dass das Problem in der Verfüllungsschicht liegt, also in der Materialwahl der obersten Kunstrasenschicht. Genau dort, wo man wissen müsste, was funktioniert und was eben nicht funktioniert. Und hier kommt die brisante Frage ins Spiel, warum passieren uns diese Fehler immer, denn es ist nicht der erste Kunstrasen-Fail aus diesem Departement, die Schützenmatte, dort gab es Probleme mit dem Wasserabfluss, beim Kunstrasen der Black Stars im Buschweilerhof, dort gab es ebenfalls Probleme mit der Verfüllung und jetzt das Thema Rankhof.

Drei Projekte, dreimal dieselben Lehren und trotzdem keine Verbesserung im Prozess, keine klare Qualitätskontrolle, keine sichtbare Weiterentwicklung in der Materialwahl, das ist nicht nur ärgerlich, es ist sportpolitisch verantwortungslos. Die Vereine dieses Kantons leisten Woche für Woche enorm viel ehrenamtliche Arbeit. Juniorentrainings, Aktivmannschaften, Senioren, all das funktioniert nur mit zuverlässiger Infrastruktur. Wenn wir aber Kunstrasen bauen, die nach wenigen Wochen gesperrt werden müssen, dann hat dieses Departement seine Pflicht nicht erfüllt. Es geht nicht darum, jemanden öffentlich blosszustellen, es geht darum, jetzt endlich aufzuräumen, endlich zu lernen und sicherzustellen, dass Kunstrasenfelder, die Millionen kosten, auch funktionieren, und zwar länger als ein paar Wochen.

Ich erwarte vom Regierungsrat deshalb klare Auskunft, was genau ist falsch gelaufen, warum wurden frühere Fehler nicht berücksichtigt, wer trägt die Verantwortung, wer die Kosten. Wie wird künftig sichergestellt, dass solche Projekte qualitativ überwacht werden, bevor man sie den Vereinen übergibt. Aber vor allem, wie wird sichergestellt, dass die Vereine spätestens Mitte Januar ihre Infrastruktur auf dem Rankhof erhalten und die Vereine, die auf dem dortigen Feld ihre Vorbereitung gebucht haben, dort auch tatsächlich trainieren können. Denn wenn nicht, dann muss jetzt für diese Vereine umgehend ein Plan B ausgearbeitet werden, dann müssen diese Vereine jetzt wissen, wo sie stattdessen unter gleichwertigen Bedingungen und kostenfrei ihre Trainings absolvieren können. Die Hütte brennt, das Stadion brennt, es ist jetzt wirklich Handlungsbedarf da und ich ersuche Sie, geschätzte Frau Regierungsrätin Esther Keller, hier auch aktiv zu werden.

23.9. Interpellation Nr. 131 Hanna Bay betreffend Umgang mit Verdachtsmomenten auf Amts- und Machtmissbrauch bei der Basler Polizei

[10.12.25 15:43:28, 25.5537.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitend. Der Regierungsrat, das Justiz- und Sicherheitsdepartement und die Leitung der Kantonspolizei verurteilen jegliche Art von Gewaltanwendung in Ausübung einer öffentlichen Aufgabe aufs Schärfste. Wie die Interpellantin selbst erwähnt, gilt die Unschuldsvermutung. Deshalb ist es elementar, dass alle Anschuldigungen genau geprüft werden, bevor Massnahmen getroffen werden.

Zu den einzelnen Fragen. Zu Frage 1. Die Vorwürfe wurden damals umgehend der Staatsanwaltschaft gemeldet und der Mitarbeitende wurde sofort aus den operativen Funktionen abgezogen. Zu diesem Zeitpunkt standen sehr unterschiedliche Wahrnehmungen und Aussagen im Raum und weitere Anschuldigungen kamen erst später dazu. Rückblickend musste festgestellt werden, dass die Freistellung in diesem Fall zu spät erfolgte. Der Mitarbeitende blieb trotz Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft im Innendienst eingesetzt, was nicht der heutigen Praxis unter dem neuen Kommandanten entspricht. Dieser hat die internen Abläufe und Entscheidungsprozesse inzwischen geschärft, damit Freistellungen in vergleichbaren Fällen zeitgerecht vorgenommen werden.

Zu Frage 2. Kommt es zu Anschuldigungen gegen Polizistinnen und Polizisten, wird jeder Fall individuell beurteilt. Dies erfolgt basierend auf einer objektiven Betrachtung der Sachlage. Entscheidend sind insbesondere die Schwere der Vorwürfe, die Angaben der beteiligten Personen und die Verhältnismässigkeit der in Betracht fallenden Massnahmen. In diese Betrachtung fliessen alle relevanten Schilderungen ein, die zur Klärung des Sachverhalts beitragen können. Dazu gehören die Aussagen der betroffenen Person, der beschuldigten Mitarbeitenden sowie von Auskunftspersonen, zum Beispiel zufällig anwesende Personen oder weitere beteiligte Mitarbeitende. Gestützt auf diese Gesamtsicht entscheidet der Kommandant über Versetzungen, Freistellungen oder andere personalrechtliche Massnahmen.

Zu Frage 3. Die beiden Fälle sind aufgrund ihrer völlig unterschiedlichen Ausgangslagen kaum vergleichbar. Im Fall von 2023 stand ein komplexer Sachverhalt mit sehr unterschiedlichen Aussagen im Vordergrund. Beim WEF-Fall lagen hingegen rasch klare interne Feststellungen vor. Die unterschiedlichen Entscheide ergeben sich somit wie zuvor ausgeführt aus der jeweiligen Faktenlage.

Zu Frage 4. Bei einem Verdacht auf Amtsmissbrauch oder unverhältnismässige Gewalt wird der Fall sofort der Staatsanwaltschaft gemeldet, welche die strafrechtliche Untersuchung führt. Parallel dazu erfolgt eine interne personalrechtliche Prüfung. Die Rechtsabteilung der Kantonspolizei beurteilt den Sachverhalt gemeinsam mit dem Personalrecht des Justiz- und Sicherheitsdepartements. Für diese interne Beurteilung gelten die gleichen Kriterien wie bei

Frage 2 erwähnt, die Schwere der Vorwürfe, die Angaben der beteiligten Personen sowie die Verhältnismässigkeit allfälliger Massnahmen. Gestützt auf diese rechtliche Einschätzung entscheidet der Kommandant über personalrechtliche oder organisatorische Schritte wie Versetzungen oder Freistellungen. Der Kommandant wird stets involviert, sobald ein entsprechender Verdacht vorliegt und die interne Bewertung erfolgt ist.

Zu Frage 5. Betroffene Personen werden auf ihre Rechte und Möglichkeiten hingewiesen und können bei Bedarf entsprechende Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen. Ansprechstellen sind zum Beispiel die Opferhilfe oder die Ombudsstelle. Wenn notwendig, werden weitere fachkundige Stellen beigezogen. Je nach Situation kann dies beispielsweise der Sozialdienst der Polizei, ein Notfallpsychiater oder bei akuter Gefährdung oder gesundheitlicher Beeinträchtigung eine Einweisung in ein Spital sein. In geeigneten Fällen können auch vertraute Bezugspersonen beigezogen werden. Welche Stellen einbezogen werden, richtet sich stets nach der individuellen Lage und dem konkreten Unterstützungsbedarf.

Zu Frage 6. Für die strafrechtliche Untersuchung ist die Staatsanwaltschaft zuständig. Sie ist in ihrer Rechtsanwendung unabhängig und unterliegt der richterlichen Kontrolle.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Hanna Bay (SP): Ich erlaube mir kurz, bevor ich auf die einzelnen Antworten des Regierungsrats eingehe, einige einleitende Bemerkungen. Die Vorwürfe, die gegen das Mitglied der Kantonspolizei erhoben wurden, wiegen schwer. Wir alle konnten die Tatschilderungen, welche zur Anklage gelangt sind, in den Zeitungen lesen, und sie stimmen mich nachdenklich. Aber es ging mir und es geht mir mit dieser vorliegenden Interpellation nicht darum, das einzelne Fehlverhalten von einem Polizisten an den Pranger zu stellen und zu skandalisieren. Und es geht mir auch nicht darum, dem ganzen Korps zu unterstellen, dass sie rassistisch oder sexistisch handeln würden. Aber ich glaube, die Polizei als Inhaberin und als Ausüberin der staatlichen Gewalt muss besonders sensibilisiert sein für solche Fälle. Sie muss anerkennen, dass das Risiko solcher Übergriffe grösser ist als bei anderen Verwaltungseinheiten und sie muss für dieses Risiko und für diese Eventualitäten Vorkehrungen treffen und klare Prozesse haben.

Vor diesem Hintergrund bedanke ich mich für die Antworten der Regierungsrätin und ich erlaube mir, kurz auf die einzelnen Antworten einzugehen. Zu Frage 1. Da freut es mich zu lesen, dass das lange Zuwarten im Fall aus dem Jahr 2023 im Nachhinein und rückblickend als falsch beurteilt worden ist, auch von der Regierung. Und es freut mich auch zu hören, dass die internen Abläufe und Entscheidungsprozesse offenbar in der Zwischenzeit geschärft werden. Aber ich möchte nochmals betonen, die Freistellung erfolgte nicht nach der Anklageerhebung, sondern gehandelt wurde nach der Medienberichterstattung und das geht nicht. Und ich frage mich hier auch, seit wann dann diese neue Praxis des neuen Kommandanten gilt. Mit Verlaub, Herr Würgler ist nun, ich glaube, etwa seit eineinhalb Jahren hier, der Fall ist aus dem Jahr 2023 und das wirft für mich schon die Frage auf, ob das schlicht einfach gar nicht bemerkt wurde, dass so ein gravierendes Verfahren läuft.

Und es erstaunt mich auch, wenn gesagt wird, dass lange nicht klar war, was vorgefallen wäre, dass es ein komplexer Sachverhalt war. Mit Verlaub, die Vorfälle sind aus dem Jahr 2023, zweieinhalb Jahre her, und da sind die ersten Abklärungen, die diesen Tatverdacht offensichtlich erhärtet haben, diese sind ja hoffentlich zeitnah erfolgt. Und es geht mir hier nicht um eine Verletzung der strafrechtlichen Unschuldsvermutung. Ich arbeite als Strafverteidigerin, das ist mein tägliches Brot. Aber es geht um eine personalrechtliche Vorsichtsmassnahme, um die Bevölkerung vor potenziell weiteren Übergriffen zu schützen. Und es war ja nicht einmal, es waren zwei Vorfälle.

Dann zur Antwort 2 und den internen Kriterien. Das ist eine etwas generische Antwort, die ich aber gerne lese, die gut klingt. Ich behalte mir vor, hier allenfalls nochmals ein bisschen nachzufragen mit einer schriftlichen Anfrage.

Dann zu Frage 3 und den verschiedenen Massstäben. Ich bestreite nicht, dass die Ausgangslage eine andere war, aber auch hier der Fall, der Anfangsverdacht ist nicht so komplex. Es wurde ein Mensch in Polizeigewahrsam genommen und er ist rausgekommen mit Hämatomen, mit Würgetrauma und einer wurde sogar bewusstlos. Und hier ist meines Erachtens auch ein bisschen ein Widerspruch zur Beantwortung von Frage 1. Dort wurde gesagt, dass die Freistellung zu spät erfolgte. Wenn lange nicht klar war, was geschehen ist, dann wäre es ja auch nicht zu spät gewesen und hier frage ich mich, was gilt.

Dann zur Frage 4, wonach sämtliche Verdachtsfälle sofort der Staatsanwaltschaft gemeldet werden. Ich hoffe, dass auch das eine neue Praxis der Polizei ist. Mir sind viele Fälle bekannt, die ein anderes Bild zeichnen, wo Anzeigen von aussen kommen mussten und wo nur mit Nachdruck oder man könnte sogar sagen, widerwillig gehandelt wurde.

Dann zu Frage 5 und den Unterstützungsmassnahmen. Die Unterstützungsmassnahmen, die genannt wurden, die sind wichtig und ich anerkenne die auch als elementar, aber es zeigt auch, dass die unabhängige Beschwerdestelle, welche wir bereits mit einem Anzug überwiesen haben, dass diese kommen muss. Und es geht auch darum, dass wir Massnahmen

oder dass die Polizei Massnahmen trifft gegen die sogenannte Cop Culture, gegen das sich gegenseitig schützen, denn ich glaube, hier braucht es wirklich einen Kulturwandel und hier braucht es Sensibilität.

Und das bringt mich auch zur letzten Antwort zu Frage 6. Auch hier fehlt eben die Sensibilität. Wir haben Kantonspolizist*innen, die vielleicht danach bei der Kripo arbeiten, die dann wieder gegen ehemalige Kolleginnen und Kollegen ermitteln müssen. Das geht einfach nicht, da beisst sich die, ist es die Katze, die sich in den Schwanz beisst? Ich finde das heikel und ich glaube, hier braucht es eine Sensibilisierung und hier braucht es weitergreifende Massnahmen. In diesem Sinn bin ich mit der Beantwortung meiner Interpellation knapp teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist knapp teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auf der Tribüne begrüsse ich erneut eine Schulklasse, diesmal aus dem Gymnasium Bäumlihof mit ihrer Lehrperson Livio Gloor. Ihr habt vorhin bereits fleissig mit Ismail Mahmoud über die Basler Politik diskutiert, schön, seid ihr bei uns zu Besuch.

23.10. Interpellation Nr. 132 Oliver Bolliger betreffend keinen Rückbau der Superblock-Tests bis zur definitiven Auswertung

[10.12.25 15:53:56, 25.5538.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Oliver Bolliger (BastA): Ich möchte kurz meine Interpellation begründen und es ist ein wenig schade, dass wir mit der schriftlichen Beantwortung der Interpellation nun erst im Januar Antworten auf die dringenden Fragen erhalten. Die vor zehn Tagen lancierte Petition für die Weiterführung statt Rückbau der beiden Superblocks haben in Rekordtempo bereits über 1’000 Personen unterzeichnet, besonders viele aus dem St. Johann- und dem Matthäusquartier. Dies ist ein sehr starkes Zeichen, welches der Regierungsrat ernst nehmen muss. Dies kann nicht ignoriert und mit formalen Argumenten dann weggewischt werden.

Ich habe die Interpellation eingereicht, nachdem mich viele Nachbarn im St. Johann, aber auch aus dem Matthäus-Superblock darauf angesprochen haben, ob dies wirklich so sein soll, dass anfangs August 2026 alle selbst hergestellten Bauten, Töpfe, Sitzgelegenheiten und die Begrünung der Strasse zurückgebaut werden muss. Ehrlicherweise konnte ich dies nicht wirklich glauben, weil der Superblock-Test ja noch läuft und sowieso laufend angepasst wird und die abschliessende Auswertung erst später auf dem Tisch liegen soll. Das wäre dann der logische Zeitpunkt für mögliche Anpassungen, einer Verstetigung oder allenfalls für einen Abbruch der Übung. Vorher macht dies aus ganz vielen Gründen keinen Sinn, erinnert eher ein wenig an einen nicht sehr gut geplanten Projektplan. Die Menschen in den Quartieren haben viel mit Engagement und Herzblut sich an der Durchführung der Superblock-Tests beteiligt, ein Rückbau vor der definitiven Auswertung würde dieses ehrenamtliche Engagement absolut nicht wertschätzen und ich kann Ihnen sagen, dass dies ein sehr schlechtes Signal ist gegenüber der gewünschten Beteiligung von Quartierbewohnenden für eine lebenswerte und belebte Stadt. So ersticken wir soziales Engagement im Keime.

Nun, ich kann dieses Vorgehen wirklich nicht verstehen. Ich habe in meiner Interpellation sehr klare und meines Erachtens auch einfache Fragen gestellt, eine mündliche Beantwortung wäre aus meiner Perspektive möglich gewesen. Ich hoffe auf ebenso klare und deutliche Antworten der Regierung und auf eine Erweiterung ihres regierungsrätlichen Handlungspielraums, denn ich fände es wirklich oberpeinlich, das muss ich jetzt sagen, für die städtische Politik, wenn ich das jährliche und doch auch bekannte Davidsbodenstrassenfest am 15. August 2026, Sie können es sich schon einschreiben, in einem rückgebauten kahlen Ex-Superblock eröffnen müsste. Besten Dank und ich bin gespannt auf die Antwort.

23.11. Interpellation Nr. 133 Maria Ioana Schäfer gegen die Erhöhung der Studiengebühren - was plant Basel-Stadt?

[10.12.25 15:56:55, 25.5539.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Der Regierungsrat vertritt unverändert die Haltung, dass eine Erhöhung der Studiengebühren keine sinnvolle Massnahme zur nachhaltigen Finanzierung des schweizerischen Hochschulwesens ist. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens hat der Regierungsrat zusammen mit 18 anderen Kantonen die Stärkung der Nutzerfinanzierung, wie der Bund die Sparmassnahmen nennt, klar abgelehnt. Dies mit der Begründung, dass sie die soziale Mobilität gefährde.

Zu Frage 2. Das Entlastungspaket 2027 befindet sich derzeit in parlamentarischer Beratung, nachdem der Bundesrat seine überarbeitete Botschaft am 19. September überwiesen hat. Vorgesehen ist, dass die Räte das Geschäft in der Wintersession 2025 und in der Frühlingssession 2026 beraten. Die Mehrheit der vorbereitenden Finanzkommission schlägt dem Ständerat vor, auf die Hälfte der geplanten Kürzungen bei den Grundbeiträgen an die kantonalen Hochschulen zu verzichten. Eine Minderheit beantragt dem Ständerat, auf die Sparmassnahme gänzlich zu verzichten.

Zu Frage 3. Die in Frage stehende Massnahme sieht eine Kürzung der Grundbeiträge des Bundes an die kantonalen Hochschulen um 120 Mio. Franken pro Jahr vor. Der Bundesrat hat keinerlei Kompetenz, die Studiengebühren der kantonal getragenen Hochschulen zu erhöhen. Diese Zuständigkeit fällt in die Kompetenz der Hochschulkantone oder, wie im Fall der Universität Basel oder der Fachhochschule Nordwestschweiz, in die Kompetenz der Hochschulen selbst. Sollte es zu einer Erhöhung der Studiengebühren kommen, wäre tatsächlich mit einer höheren Belastung der kantonalen Stipendienwesen zu rechnen. Das System der basel-städtischen Stipendienvergabe müsste hierfür nicht angepasst werden.

Zu Frage 4. Wird das Entlastungspaket, wie vom Bundesrat vorgesehen, umgesetzt, müsste die Universität Basel mit Ertragsausfällen im Umfang von rund 8 Mio. Franken pro Jahr rechnen.

Zu Frage 5. Der Kanton Basel-Stadt trägt die Universität Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz gemeinsam mit anderen Kantonen, indem er vierjährige Leistungsaufträge und Globalbeiträge spricht. Ein unterjähriges einseitiges Ausfinanzieren von Ertragsausfällen ist vor diesem Hintergrund kaum vorstellbar. Über den Umgang mit den Folgen von Einnahmeausfällen über die aktuellen Leistungsauftragsperioden hinaus müsste im Rahmen der jeweiligen Verhandlungen ein Einvernehmen gefunden werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Maria Ioana Schäfer (SP): Vielen Dank für die Beantwortung der Interpellation. Die vorliegende Interpellation vertrete ich heute auch als Mitglied der JUSO Basel-Stadt und im Namen der JUSO Basel-Stadt. Im Entlastungspaket 2027 sollen die Studiengebühren verdoppelt werden und für die ausländischen Studierenden gar vervierfacht werden. Und ich schätze es sehr, dass die Regierung das auch nicht als eine geeignete Massnahme empfindet und hoffe doch sehr, dass sich die Minderheit im Parlament noch durchsetzen kann. Es bleibt auch noch zu erwähnen, dass der Anteil der Studiengebühren an den strukturellen Erträgen der Hochschulen im niedrigen Prozentbereich ist. Für die Finanzierung der Universität und der Fachhochschule sind diese Einnahmen also faktisch vernachlässigbar, Spardruck hin oder her.

Was bedeutet die Erhöhung konkret? Wer bisher 850 Franken pro Semester bezahlt, soll zukünftig 1’700 Franken bezahlen. Für einige verändert das das gesamte Budget. Auch Stipendien können diese Mehrbelastung nicht gänzlich auffangen, denn der Zugang ist mühsam, unsicher und Stipendien decken manchmal lediglich ein Viertel der Studiengebühren. Dementsprechend bin ich sehr gespannt, wie die Regierung mit der Erhöhung umgehen wird und wie dies das Stipendienwesen beeinflussen wird. Ich schätze es aber sehr, dass dies als eine valide Option angesehen wird.

Ich möchte hier in diesem Zuge auch noch an den UNO-Pakt I erinnern, dem die Schweiz beigetreten ist. Er hält ausdrücklich fest, dass höhere Bildung allen gleichermassen zugänglich sein soll, insbesondere durch die schrittweise Einführung der unentgeltlichen Bildung. Die geplante Gebührenpolitik bedeutet also eine klare und bedenkliche Kehrtwende oder wie Tamara Funiciello es sagt, es handelt sich um einen klassistischen Angriff, der die Bildung von Portemonnaie abhängig macht.

Für viele bedeutet die Erhöhung, noch mehr neben dem Studium arbeiten zu müssen. Das verlängert die Studiendauer und hat auch wirtschaftliche Folgen. Auch für unseren Kanton, der auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen ist. Darum sehe ich die Regierung jetzt in der Verantwortung, weiter zu prüfen und zu kommunizieren, wie es möglich ist, eventuell auch ausserhalb des Stipendienwesens, die Studierenden bei dieser Studiengebührenerhöhung zu unterstützen. Denn Basel-Stadt muss sich klar für eine faire und soziale und zugängliche Hochschulbildung einsetzen. Deswegen bin ich mit der Antwort des Regierungsrats, um mich meiner Vorrednerin anzuschliessen, knapp teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

23.12. Interpellation Nr. 134 Johannes Barth betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz im Bereich Palmenstrasse/Ahornstrasse

[10.12.25 16:03:43, 25.5540.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

23.13. Interpellation Nr. 135 Ivo Balmer betreffend Verkauf von Bauland in Augst (BL) – Warum verkauft Immobilen Basel-Stadt (IBS) schon wieder Boden?!

[10.12.25 16:04:00, 25.5541.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

11. Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG), Bericht der JSSK

[10.12.25 16:04:17, 23.1497.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Ich freue mich, Ihnen den Bericht und Antrag der JSSK zum vorliegenden Geschäft, also zur Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes sowie zur Motion Mahir Kabakci vorzustellen. Diese Vorlage ist das Ergebnis von einem langen, sorgfältig verhandelten parlamentarischen Prozesses, der insgesamt elf Sitzungen umfasst hat, in denen wir Vertreterinnen und Vertreter aus der Regierung, Verwaltung, Bürgergemeinden und Fraktionen sogar eng einbezogen haben und der Antrag liegt Ihnen mit 11 zu einer Stimme zur Annahme vor.

Wir sind der Ansicht als JSSK, dass hohe Gebühren kein Grund sein dürfen, um Menschen von der Teilnahme an der Demokratie auszuschliessen. Mit der Streichung der kantonalen Gebühren beantragen wir somit eine deutliche Senkung der Gebühren für alle Menschen, die das Einbürgerungsverfahren im Kanton Basel-Stadt durchlaufen möchten. Unter 25-Jährige sowie Menschen mit tiefem Einkommen möchten wir zudem von den kommunalen Gebühren entlasten. Die Gemeinden werden dabei vom Kanton entschädigt. Wichtig zu betonen ist, wir sprechen hier in dieser Diskussion in der Debatte nur über die Senkung der finanziellen Hürden, die Einbürgerungsvoraussetzungen bleiben unverändert.

Ich möchte jetzt noch kurz zwei Vorbemerkungen machen im Votum. Erstens ist das das letzte grössere Geschäft, das ich hier im Grossen Rat als Präsidentin der Kommission vertreten darf. Ich werde das Amt per Ende Jahr oder anfangs Januar abgeben. Die SP-Fraktion wird dann zuhanden vom Grossen Rat für die 1. Januar-Sitzung eine neue Person vorschlagen.

Die zweite Vorbemerkung bezieht sich auf die Medienmitteilung sowie die Zusammenfassung des Kommissionsberichts auf Seite 4 des Berichts. Hier hat sich nämlich ein kleiner Fehler eingeschlichen, für den ich mich entschuldige. Die neuen Kosten für die Einbürgerungen in der Gemeinde Basel sind, sofern Sie der Beschlussvorlage zustimmen, neu 900 Franken und nicht, wie in der Zusammenfassung steht, 1'050 Franken. Die Zahlen im Bericht sind überall korrekt, es geht hier nur um den Lapsus in der Medienmitteilung, der eben auch in der Zusammenfassung zu finden ist. Der Kommissionsbericht wird dann nachher auch vom Parlamentsdienst in punkto dieser Zahl korrigiert.

Nun zur politischen Ausgangslage. Wir haben ja einen aussergewöhnlich hohen Anteil an Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Bürgerrecht. Rund 37% der Bevölkerung leben hier aufgrund dessen ohne politischen Einfluss. Heute erfüllen ungefähr 30'000 Personen zumindest die formellen Voraussetzungen für die Einbürgerungen, doch nur ungefähr 5% lassen sich davon jährlich einbürgern. Die Stimmbevölkerung hat im November 2024 mit der Ablehnung des kantonalen Ausländerstimmrechts deutlich gemacht, dass politische Mitsprache weiterhin die Einbürgerung voraussetzen soll. Die damalige Minderheit der JSSK hat in ihrem Bericht festgehalten, dass sie Vorschläge zur Erleichterung des Einbürgerungsverfahrens vorbehaltlos prüfen und auch gegebenenfalls unterstützen werde. Auch in der Grossratsdebatte und während des Abstimmungskampfes wurde wiederholt betont, dass der richtige Weg die Erleichterung der Einbürgerung sei, insbesondere auch mit Blick auf die finanziellen Hürden. Der nun vorliegende Kompromiss setzt genau diese Ankündigungen um.

Das schweizerische Einbürgerungsverfahren ist bekanntlich dreistufig und setzt auch die Einbürgerung in den drei Bürgergemeinden Basel, Riehen und Bettingen voraus sowie eben die Bundesbewilligung des Staatssekretariats für Migration. Neben der Wohnsitzfrist von zwei Jahren müssen Gesuchstellende auch ihre Integration nachweisen. Was das genau alles beinhaltet, können Sie dem Bericht entnehmen. Und zusätzlich müssen Gebühren bezahlt werden. Die Verwaltung hat im Auftrag der Kommission auch Recherchen gemacht, wie diese Gebühren schweizweit aussehen. Wir haben es als Flickenteppich wahrgenommen, der Benchmark zwischen den Kantonen ist nicht ganz einfach. In der Zwischenzeit wurde eine Gebührenübersicht vom Bundesrat publiziert in einem Bericht vom 5. November 2025 zur Einbürgerung der zweiten Ausländergeneration. Aus diesem umfassenden Bericht kann man ungefähr schliessen, dass der Kanton Basel-Stadt heute bei den kantonalen Gebühren ungefähr im Mittelfeld liegt, hinsichtlich der kommunalen Gebühren liegt die Bürgergemeinde Basel leicht über dem Schnitt, Riehen und Bettingen hingegen deutlich im oberen Bereich.

Der neue Bundesratsbericht zeigt auch ausführlich, dass in der Schweiz vor allem gut ausgebildete Ausländerinnen und Ausländer sich einbürgern lassen, auch viele Ehepaare mit Kindern und jüngeren Personen, und in der Umfrage sind gerade auch die Gebühren, über die wir heute diskutieren, der am häufigsten genannte Hinderungsgrund. Wir haben auch noch weitere Kosten angeschaut, die die Menschen deutlich im Portemonnaie spüren. Nebst den Gebühren fallen Kosten für Dokumente an, die je nach Herkunft, Anzahl, Wohnort oder persönlicher Situation oder Sprache, aus der sie übersetzt werden müssen, dann stark variieren können. Im Bericht sind hierzu auch Fallbeispiele zu finden, im Anhang ein Ehepaar, das Dokumente aus dem Ausland beschaffen muss, ist da schnell mal noch bei Kosten von rund 1'000 Franken. Das ist einfach auch wichtig im Hinterkopf zu haben, dass auch bei denen Gruppen, die dann von kommunalen und kantonalen Gebühren entlastet sind, doch immer auch noch solche Dokumentkosten anfallen.

Die Motion Mahir Kabakci hat eben das Ziel, Einbürgerungen für Menschen unter 25 Jahren attraktiver zu machen. Eingebettet aber geht es um dieses Ziel, sicherzustellen, dass nicht bald eine Minderheit über eine Mehrheit im Kanton entscheidet. Und eben, sie fordert den Erlass der kantonalen und kommunalen Gebühren für alle Gesuchstellenden unter 25 Jahren. Für die JSSK war sehr schnell klar, dass diese Forderung unbestritten ist.

In der Folge wurden dann aber zwei weitergehende Anträge eingereicht. Argumentiert wurde, dass die eidgenössische Migrationskommission zeigt, dass in Basel-Stadt über 60% der Einbürgerungen von Personen mit Hochschulabschluss stammen, während sie der Anteil in der Gesamtbevölkerung nur 30% ist. Wenn also Einbürgerungen der Königsweg ist, dann braucht es einen deutlichen Abbau der finanziellen Hürden. Ein Antrag forderte dann den vollständigen Verzicht auf sämtliche Gebühren. Der andere schlug die Ergänzung der Motion um eine sozialpolitisch motivierte Gebührenbefreiung vor, so wie wir sie heute auch beantragen.

Ein Teil der Kommission fand die radikale Nulllösung, also die vollständige Kostenbefreiung demokratiepolitisch als der richtige Weg, ein anderer Teil der Kommission hingegen wollte die Gebühren zwar senken, aber es war trotzdem wichtig für sie, dass das Verfahren weiterhin etwas kostet. Als sich dann herauskristallisierte, dass eigentlich fast die gesamte Kommission an einer deutlichen Gebührensenkung arbeiten möchte, haben wir natürlich auch selbstkritisch diskutiert, ob wir das im Rahmen der Umsetzung der Motion tun können. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir uns bei der Diskussion auf die Gebühren beschränken, also weiterhin eigentlich nur den Artikel 24 des Bürgerrechtsgesetzes anfassen und sind zum Schluss gekommen, dass dieser Weg viel effizienter ist und auch weniger Ressourcen der Verwaltung und des Parlaments bindet, als wenn wir jetzt eine Kommissionsmotion gemacht hätten, was dann wiederum lange Prozesse bedeutet hätte.

Wichtig war es uns, hier ein überzeugendes, breit getragenes Paket vorzulegen und das war dann auch der Grund, wieso wir auf die vollständige Gebührenstreichung verzichtet haben, das weiterzuverfolgen, obwohl das vielleicht sogar in der Kommission mehrheitsfähig gewesen wäre.

Uns war es wichtig, die Haltung der Bürgergemeinden und auch der Fraktionen einzubeziehen, haben ein Hearing mit den Bürgergemeinden gemacht zu der Idee einer massgeblichen Senkung und sie haben das sehr begrüsst unter der Annahme, dass der Kanton den kommunalen Aufwand entschädigt. Als wir uns dann auf Varianten für die Gebührenhöhe geeinigt hatten, haben wir die Fraktionen auch konsultiert und fast alle haben dann auch deutliche Unterstützung signalisiert. Zu erwähnen ist, dass der jetzt vorliegende Vorschlag eigentlich weniger weit geht als die Varianten, die wir den Fraktionen vorgelegt hatten. Das ist aufgrund der gewählten Umsetzungsvariante. Wir haben verschiedene technische Umsetzungsvarianten angeschaut, das finden Sie alles im Bericht. Die Fragen der Gebühren sind, da geht es nicht nur um Zahlen, sondern politisch-rechtliche Verhältnisse, die Frage der Gemeindeautonomie hat uns immer wieder beschäftigt.

Wir haben fünf Varianten im Detail geprüft von kantonal vorgegebenen Tarifmodellen bis zu Opt-in- und Opt-out-Modellen. Eine war auch so, dass nur noch der Kanton Gebühren erhoben hätte und die Gemeinden nicht mehr, sie wären einfach vom Kanton für ihren Verwaltungsaufwand entschädigt worden. Wir haben dann zu diesen Varianten nochmal die Bürgergemeinden konsultiert, weil wir sie auf den Prozess mitnehmen wollten für gewisse Varianten und die Bürgergemeinden haben dann sehr ablehnend reagiert. Obwohl auch all die Varianten rechtlich möglich gewesen wären und die Einbürgerungskompetenzen der Gemeinden nicht tangiert worden sind, war es uns als Kommission dann doch sehr wichtig, diese klare Ablehnung zu berücksichtigen und haben dann schlussendlich eine Variante gewählt, die von der technischen Umsetzung her eigentlich identisch ist mit den Mechanismen, die heute existieren.

Die Variante 5 hat uns die Verwaltung eigentlich als schlankste Umsetzungsform vorgeschlagen, nämlich, dass wir einfach auf die kantonalen Gebühren verzichten, die kommunalen aber bestehen lassen und auch weiterhin die Höhe von den Bürgergemeinden bestimmen lassen. Das ist eben keine Änderung vom Status quo und deshalb haben wir dann entschieden, die Bürgergemeinden nicht noch ein drittes Mal zu konsultieren, aber wir haben die Meinungen der Bürgergemeinden zweifach einbezogen und wirklich auch ihre kritische Position zu der Variantenwahl wirklich auch dann einbezogen in unseren Entscheid.

Nun noch zum sozialpolitischen Gebührenerlass. Auch wenn wir die kantonalen Gebühren streichen, kostet eine Einbürgerung für eine Einzelperson in Riehen weiterhin 1’800 Franken, in Bettingen 1’500 Franken, also die kommunalen Gebühren plus Bundesgebühren. Mit Menschen in prekären Verhältnissen bleibt das eine erhebliche Hürde, das haben wir immer wieder diskutiert in der Kommission. Deshalb haben wir entschieden, dass wir den Verzicht auf die kantonalen Gebühren um eine sozialpolitische Komponente ergänzen. Konkret sollen auch Personen, die Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen oder Prämienverbilligungen beziehen, von den kommunalen Gebühren befreit werden.

Dazu noch einige Präzisierungen. Sozialhilfebezug in den letzten drei Jahren vor der Einbürgerung ist in der Regel ein Ausschlusskriterium für die Einbürgerung, aber es ist es eben nur in der Regel. Also persönliche Verhältnisse wie Erwerbsarmut, also wenn man Working Poor ist oder wenn man Betreuungspflichten hat, können eben dennoch berücksichtigt werden. Deshalb haben wir die Sozialhilfe hier auch erwähnt. Und wichtig ist auch zu sagen, dass Gebührenerlass für Menschen mit Sozialhilfebezug auch nicht eigentlich dem Status quo entspricht. Auf kantonaler Ebene ist das auf Verordnungsebene geregelt, dass Personen, die Sozialhilfe beziehen und dann doch für die Einbürgerung die Bedingungen erfüllen, dass sie Gebührenerlass erhalten können auf Antrag und auch die Bürgergemeinde Basel hat einen solchen Mechanismus. Heute ist es so, dass der Erlass bei Sozialhilfe bei 100% ist, beim Bezug von Ergänzungsleistungen aber nur 50%. Das ändern wir, beim Bezug von Ergänzungsleistungen wird der Erlass auch 100% sein. Und was eben neu ist, ist, dass auch Personen, die Prämienverbilligungen erhalten, den Erlass haben. Konkret sind das Personen mit Einkommen unter rund 50’000 Franken bei einer Einzelperson bzw. knapp 100’000 Franken bei einem Vierpersonenhaushalt. Diese Personengruppen mussten bisher den vollen Betrag bezahlen.

Zu den einzelnen Bestimmungen gehe ich nicht im Detail ein, möchte aber an dieser Stelle ganz herzlich der Verwaltung danken für die Begleitung des Prozesses. Sie haben verschiedenste Zahlen für uns erarbeitet, aber eben auch die notwendigen Anpassungen am Bürgerrechtsgesetz. Diese wurden dann wie üblich von der JSSK akribisch geprüft, optimiert und dann letztlich einstimmig verabschiedet.

Erwähnen möchte ich noch, dass wir einen Grundsatz neu auf Gesetzesstufe festhalten, nämlich dass Kantone und Bürgergemeinden höchstens kostendeckende Gebühren erheben können. Das verdeutlicht das bereits geltende Kostendeckungsprinzip des Bundes. Also das ändert nichts am Status quo, aber es verdeutlicht ihn. Über dieses Prinzip haben wir in der Kommission wiederholt diskutiert. Überhöhte Gebühren dürfen also nicht politisches Steuerungsinstrument sein, Gebühren müssen sich immer an den tatsächlichen Kosten orientieren. Was aber legitim ist natürlich, ist, dass Gemeinden eben tiefere, nicht kostendeckende Gebühren festsetzen dürfen und genau das beantragen wir Ihnen ja auch. Wir haben als Kommission auch grosses Vertrauen darin, dass die Basler Bürgergemeinden auch ihre eigenen Gebühren, die ja eben nicht wir festlegen, sondern sie, dass sie die immer wieder überprüfen auf die Frage hin, ob sie tatsächlich so hoch sein müssen, um ihre Kosten zu decken. Und es wäre natürlich auch wünschenswert, wenn auch Bürgergemeinden in

Zukunft dem Kanton folgen und nicht kostendeckende Gebühren festlegen würden. Nur weil jetzt der Kanton Gebühren senkt oder wir das so hier beantragen, würde das nicht bedeuten, dass die Bürgergemeinden diesbezüglich nicht auch noch gefragt sind.

Nun zu den Prognosen zu den finanziellen Auswirkungen. Was die Kosten der Vorlagen sind, ist gar nicht so einfach zu beziffern, wir verlassen uns hier auf grobe Schätzungen der Verwaltung. Die Verwaltung rechnet bei konstanten Gesuchzahlen bei rund 1 Mio. Franken Mehraufwand pro Jahr. Wie stark sich hingegen die Gesuchzahlen dann infolge tieferer Gebühren erhöhen, das liegt faktisch im Bereich der Spekulation. Die Verwaltung hat für uns eine Berechnung angestellt. Also wenn man jetzt schätzen würde, dass vielleicht 10% dann statt 5% ein Gesuch stellen würde, also das wäre ein sehr starker Effekt dann, der die Gebührensenkung hätte, dann würde die Verwaltung von vorübergehend rund 2,5 Mio. Franken ausgehen. Ganz wichtig ist hier zu betonen, dass bei dieser Schätzung auch Mehraufwand für Personal dabei ist. Wichtig ist, dass bei einer Zunahme der Gesuche auch die Bearbeitungsdauer stabil gehalten wird. Die Langwierigkeit vom Prozess ist auch einer der Gründe, die abschreckend wirkt, das zeigt auch der Bericht vom Bund. Also einfach auch, um deutlich zu machen, es ist wichtig, dass diese Bearbeitungsdauern, die auch in den letzten Jahren optimiert worden sind, weiterhin so bleiben und sich nicht verschlechtern. Wir gehen dann davon aus, dass die Bürgergemeinden ihren allfälligen Mehraufwand durch ihre Gebühren und Ausgleichszahlungen vom Kanton, die dann eben bei den genannten Gruppen zu tragen kämen, dass das so gedeckt wäre.

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Einbürgerung ist und bleibt ein anspruchsvoller Prozess, die materiellen Anforderungen an Integration, Sprachkompetenz, wirtschaftliche Selbständigkeit bleiben unverändert hoch. Was wir Ihnen hier beantragen, ist eine Veränderung bei der finanziellen Zugänglichkeit. Wir möchten beantragen, dass wir eine Hürde, die nichts mit Integration zu tun hat, senken, sondern vor allem die mit dem Portemonnaie zu tun hat. Das Ziel der Vorlage ist, jungen Menschen, die hier zu Hause sind, zu ermöglichen, früher in dieses Land hineinzuwachsen mit Rechten und Pflichten und wir entlasten dabei Menschen, die wenig haben, aber doch sehr viel zu unserer Gesellschaft beitragen. Die Vorlage möchte also damit die Demokratie stärken. Wir tun dies mit Respekt vor der Gemeindeautonomie, mit einer Lösung, die die Kompetenzverteilung nicht antastet, auch wenn dies rechtlich eigentlich möglich gewesen wäre. Zu erwähnen ist auch noch, dass es auch eine Vereinfachung der Fragen für die Verwaltung bedeutet. Für die kantonale Verwaltung entfallen nachher Rechnungsstellungsprozesse für die kantonalen Gebühren.

Wir sind als JSSK überzeugt, dass wir hier eine gut austarierte und auch praktikable Vorlage erarbeitet haben, die dann für viele Menschen einen realen Unterschied machen wird. Den Änderungsantrag der Regierung, also die Regierung möchte ja bei ihrer bisherigen Variante bleiben und lediglich die Motion Mahir Kabakci umsetzen, diesen Änderungsantrag lehnt die JSSK in dem Sinne ab. Wir bedauern es, dass die Regierung sich hier gegen eine vom Portemonnaie zugängliche Einbürgerung stellt. Es ist eine fatale Chance, dass die Regierung hier nicht ihre ursprüngliche Haltung mit Blick auf die doch fundierte Kompromissarbeit der JSSK revidiert hat.

Dann noch als letztes, zu der Motion Mahir Kabakci wird es dann keine separate Abstimmung geben, sofern Sie auf die Vorlage eintreten, denn mit dem Eintreten gilt die Motion als erledigt. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ich bin gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Besten Dank auch an die JSSK für die intensive und ausführliche Vorberatung dieses Geschäftes, die wir in vielen Varianten auch geführt haben. Ich schätze es, dass die Verwaltung und auch ich als zuständige Regierungsrätin aktiv einbezogen wurden. Das gewährleistet auch, dass die Ausarbeitung der Varianten praxistauglich ausfällt, dass auch die Meinung der Umsetzbarkeit der Verwaltung einfliesst, das schätze ich sehr. Auch die Meinungen über die Gemeindeautonomie, diese ganze Abwägung, ich denke, das war wichtig im Prozess, und deshalb ist es mir jetzt wichtig, auch zu erläutern, warum die Regierung dennoch an ihrem ursprünglichen Ratschlag festhält und dem Vorschlag jetzt der JSSK ablehnend gegenübersteht.

Natürlich ist es der Regierung ebenfalls wichtig, dass wir Hürden jetzt auch hier in der finanziellen Ebene für die Einbürgerung senken, weil wir der Meinung sind, die Einbürgerung ist ein wichtiges Instrument, das gewählt werden kann und eben auch gewählt werden können muss. Wir sind aber dennoch auf dem Standpunkt, dass wir die Motion Kabakci und Konsorten mit unserem Ratschlag vollständig erfüllt haben und jetzt halt die Kommission doch deutlich darüber hinausgeht über auch den Motionstext. Und deshalb ein paar Argumente.

Der Regierungsrat erachtet es grundsätzlich schon als sachgerecht, dass Personen, die auch eine Leistung des Staates in Anspruch nehmen, angemessen auch finanziell sich daran beteiligen. Die Gebühren heute sind bereits moderat ausgestaltet und jetzt da, wo die Variante ansetzt, gibt es heute auch schon Möglichkeiten für den Gebührenerlass. Er ist nicht standardmässig, aber auf Ersuchen hin sind genau die Themen, die schon angesprochen wurden, sei das Erwerbsarmut, Betreuungsaufgaben, Ausbildungen, Behinderung, Krankheit oder eben auch die Ergänzungsleistungen sind Gründe für

einen Gebührenerlass respektive bei Ergänzungsleistungen um einen hälftigen Erlass und da kommen wir dann eben zum Grund, weshalb die Regierung auch findet, es ist doch in der Endausgestaltung dann zu teuer.

Wir haben es gehört, die JSSK-Präsidentin hat gesagt, es grenzt an Spekulation. Es ist schwierig abzuschätzen, welche Wirkungen diese Erweiterung hätte, aber wir haben die Modellrechnung gehört. Wenn wir davon ausgehen, die Gesuchzahlen bleiben gleich, sind wir bei einer Million Mehrkosten pro Jahr im Unterschied zu diesen 600'000, die die reine Erfüllung des Motionstextes bedingen würde. Und wenn wir von einem Anstieg auf 10% dann ausgehen, sind wir bereits bei 2 Millionen wiederkehrend. Und da eben noch diese 500'000 hochgerechnet, 2.5 Millionen insgesamt, wenn wir die Personalressourcen noch darauf nehmen. Ich denke auch, und das ist sicher deckungsgleich mit der Kommissionsmeinung, wir dürfen nicht durch die Ausgestaltung und Vereinfachung in finanzieller Hinsicht gefährden, dass die Verfahren länger dauern. Es ist enorm wichtig, dass die innert nützlicher Frist auch abgeschlossen werden können in diesem Bereich, wo wir es auch in der Hand haben. Wir wissen auch, der Bund hat hier auch noch eine Rolle, wir sind nicht ganz selbstständig im Verfahren, aber was unseren Teil angeht, denke ich, müssen wir uns bewusst sein, wenn dieser Anstieg dann kommen würde, dass das auch in den Personalressourcen eine deutliche Wirkung hätte.

Sie haben es gehört, die Gründe sind vor allem in den finanziellen Mehrausgaben zu finden, weshalb die Regierung der Meinung ist, der ursprüngliche Ratschlag sei anzunehmen und deshalb beantrage ich Ihnen das auch im Namen des Regierungsrates.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erstes hat sich Hanna Bay für die SP eingetragen.

Hanna Bay (SP): Es freut mich ausserordentlich, heute im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion zu der vorliegenden Revision des Bürgerrechtsgesetzes zu sprechen. Es freut mich, denn ich bin überzeugt, dass wir hier wirklich ein sauberes Stück parlamentarische Arbeit in trockene Tücher bringen können. Wer den Kommissionsbericht gelesen hat, kann sehen, dass es kein Powerplay war von der einen politischen Seite, es war keine Mehrheit und keine Minderheit, sondern es war ein ehrliches und aufrichtiges Ringen. Böse Zungen könnten auch sagen, es wäre teilweise etwas ein Mäandern zu einem überparteilichen Kompromiss, welcher in der Kommission schlussendlich mit 11 zu 1 Stimmen angenommen wurde. An dieser Stelle möchte ich auch meinen grossen Dank an Barbara Heer aussprechen, welche auch bei diesem Geschäft ihre Qualitäten als Kommissionspräsidentin unter Beweis gestellt hat, integrativ fokussiert und lösungsorientiert. Ich glaube, wir werden dieses Lotsen vermissen.

Ich habe es gesagt, es war ein Ringen und ein Suchen zu einer guten Lösung, wobei sich die Kommission von zwei Leitsätzen leiten liess. Erstens, das Einbürgerungsverfahren soll für alle günstiger werden und zweitens, die verbleibenden Gebühren dürfen kein Grund sein, damit sich Menschen hier nicht einbürgern lassen und sie vor der Partizipation in unsere Demokratie ausschliessen. Und ich möchte hier, und das tue ich wahrlich nicht oft, der FDP und der Mitte-EVP ein Kränzchen winden, denn ich muss sagen, Sie haben Wort gehalten. In der Debatte um das Einwohner*innen-Stimmrecht haben Sie mehrmals gesagt, dass die politische Teilhabe untrennbar mit dem Bürgerrecht verbunden sei. An dieser Stelle Agree to Disagree, aber was Sie weiter gesagt haben, ist, dass Sie Bemühungen, das Einbürgerungsverfahren zu erleichtern, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht, mittragen würden und mit der Unterstützung der vorliegenden Revision erbringen Sie den Tatbeweis.

Aber nun, genug von der Lobhudelei auf die parteiübergreifende Zusammenarbeit, kommen wir zur Sache. Die SP bittet Sie, dem Vorschlag der JSSK zu folgen, welcher erstens die Forderung der Motion Kabakci erfüllt, zweitens die Gebühren für alle Einbürgerungswilligen und -fähigen reduziert und drittens eine sozialpolitisch motivierte Gebührenbefreiung vorsieht. Ich möchte auf die drei Teilaspekte kurz eingehen:

Erstens, keine kommunalen und kantonalen Einbürgerungsgebühren für Jugendliche. Gerade für junge Erwachsene können Gebühren eine empfindliche Hürde darstellen, denn das verfügbare Budget ist beschränkt. Mit einem Gebührenerlass hier können wir ein klares Signal senden. Menschen, die die prägenden Kindheits- und Jugendjahre hier bei uns verbringen, gehören zu uns, sie sind Teil unserer Gesellschaft und sie sollen auch mitbestimmen dürfen. Wir möchten auch Verantwortung für sie übernehmen. Entsprechend soll das Einbürgerungsverfahren so günstig und niederschwellig wie möglich sein, der Gebührenerlass ist hier ein wichtiger Schritt.

Zweitens der Verzicht auf kantonale Gebühren. Hier senden wir ein klares politisches Signal, um dem Demokratiedefizit, welches wir haben, Einhalt zu gebieten. Einbürgerungen sollen für alle günstiger werden. Ich erinnere gerne nochmals daran, in Basel-Stadt dürfen heute rund 38% der hier lebenden Menschen über 18 Jahre nicht mitbestimmen, da sie nicht über den Schweizer Pass verfügen. Viele von ihnen erfüllen die Einbürgerungsvoraussetzungen, es ist schlicht eine finanzielle Hürde. Die bisherigen Gebühren von 1'750 bis 2'650 Franken, das ist ein Happen Geld und der Vorschlag, hier auf die kantonale Gebühr zu verzichten, wahrt auch die Gemeindeautonomie. Als kantonales Parlament können wir über die kantonalen Gebühren entscheiden und ich glaube, das ist ein wichtiger Hebel, welchen wir nutzen sollten.

Und kommen wir drittens schliesslich zu der sozialpolitischen Gebührenbefreiung für tiefe Einkommen. Mit dieser Gebührenbefreiung können wir dafür sorgen, dass der Leitsatz, dass die Gebühren kein Hinderungsgrund sein sollen, Realität wird. Die Hürde für Personen mit tiefen Einkommen soll eben nicht grösser sein als für gut Betuchte und Menschen mit einem dickeren Portemonnaie. Davon könnte man in Zukunft ab einem Nettoeinkommen von gut 4’000 Franken profitieren. Mit Verlaub, das ist nicht viel Geld und mit einem solchen Lohn sind die Gebühren schlicht nicht tragbar und das wollen wir ändern und ich glaube, das ist richtig. Und ich erlaube mir, hier kurz auf die Regierungsrätin einzugehen, die sagt, staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, das soll kosten. Gebührenerlasse haben wir überall, Gerichtsgebühren werden erlassen, wenn es sich Menschen nicht leisten können, und wieso wir hier bei der Demokratie einen Unterschied machen sollten, ist mir nicht ganz klar.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Einbürgerung bleibt trotzdem kein Spaziergang. Wir haben Formulare, wir haben Dokumente, wir haben Übersetzungen, wir haben Sprachtests, wir haben Allgemeinwissenstests, etc. Diese Anforderungen bleiben gleich hoch und all dies verlangt von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern bereits viel ab. Mit unserem Vorschlag würden wir es unseren Nachbarn, unseren Schulfreund*innen, unseren Vereinskollegen lediglich finanziell ein bisschen einfacher machen. Ich glaube, dass Basel und auch Riehen und Bettingen hierzu bereit sind und ich glaube, dass die Mehrkosten verkraftbar sind.

Und dann am Schluss noch ein letzter Punkt. Ich habe jetzt nun viel über Demokratie gesprochen, bei der Einbürgerung geht es aber nicht nur darum, wie viele von uns an den Abstimmungssonntagen zur Urne gehen. Es geht auch darum, für wen wir als Staat Verantwortung tragen, wen wir ohne Wenn und Aber als Teil von uns anerkennen und wen wir tragen, vielleicht, wenn es auch mal nicht so gut läuft.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, der Vorlage der JSSK zuzustimmen und den Änderungsantrag der Regierung abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Auch ich möchte beginnen mit einem kleinen Dankeschön an unsere Kommissionspräsidentin für ihre Arbeit. Sie hat uns in den vergangenen Jahren immer wieder sehr kompetent durch komplexe Vorlagen geführt und sinnbildlich steht dafür auch die Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes, über das wir jetzt sprechen, intensiv, konstruktiv und letztlich voraussichtlich auch erfolgreich. Denn diese Vorlage ist ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Demokratie in unserem Kanton.

Die Kommission hat einen breit abgestützten Kompromiss gefunden mit 11 zu 1 Stimme in der Schlussabstimmung. Entsprechend dürfte auch allen klar sein, wer wie in der Kommission abgestimmt haben könnte. Umso irritierender ist jetzt die Haltung der LDP, aber auch der Regierung. Die LDP-Fraktion würdigt die gründliche Arbeit innerhalb der Kommission damit leider nicht und ich habe vorhin gesehen, Raoul Furlano ist gerade hinausgelaufen, ich hoffe trotzdem, dass dort noch eine Begründung kommt der Fraktion. Vielleicht spricht ja sonst noch jemand der Fraktion.

Und dann erinnere ich gerne an das, was Regierungspräsident Conradin Cramer nach dem Nein zum Einwohner*innen-Stimmrecht vor einem Jahr sagte: Es sei sicher sinnvoll, darüber nachzudenken, wie dieser Weg, also die Einbürgerung, einfacher gestaltet werden kann. Denkbar sei etwa die Senkung von Gebühren. Heute setzen wir exakt das um, was der Regierungspräsident selbst vorgeschlagen hat. Ausgerechnet die Regierung wagt es nun aber nicht, diesen Schritt ganz zu gehen. Geht es tatsächlich um die Kosten? Basel-Stadt hat in diesem Jahr 246.5 Mio. Franken ausgegeben, um milliardenschwere Unternehmen zu unterstützen, Unternehmen, die hier in der Region gleichzeitig im grossen Stil Stellen abbauen. Und diese Regierung möchte uns nun erklären, dass wir uns diese Vorlage nicht leisten können? Diese Vorlage kostet uns weniger als 0,5% dieses Betrags, und im Gegensatz zu den Unternehmenssubventionen ist das hier eine echte Investition in unsere Demokratie.

Bereits heute dürfen in Basel-Stadt nur 51% der Bevölkerung abstimmen. Ein Demokratiedefizit, das sich ohne Korrektur weiter verschärft. Ein möglicher Weg, das Einwohner*innen-Stimmrecht, scheiterte leider vor einem Jahr an der Urne. Damals sagten die Gegner*innen, das Stimmrecht sei der falsche Weg, wenn, dann müsste man die Einbürgerung zugänglicher gestalten. Und genau dem kommen wir heute mit dieser Vorlage nach. In der JSSK haben wir eine ausgewogene Vorlage erarbeitet, in der der Kanton vollständig auf seine Gebühren verzichtet, die Gemeinden ihre Autonomie beibehalten und führend in den Verfahren bleiben und Menschen mit tiefem Einkommen gezielt entlastet werden, indem der Kanton für sie die kommunalen Gebühren übernimmt. Damit erhalten wir ein Instrument, das genau jene unterstützt, für die die Gebühren der ausschlaggebende Stolperstein auf dem Weg zur Einbürgerung sind. Dabei möchte ich festhalten, diese Vorlage erleichtert nicht die Einbürgerung als solche. Es ändert sich nichts an der Wohnsitzfrist, nichts an den Integrationsvoraussetzungen, nichts an den Sprachkenntnissen und nichts am Prüfungsverfahren. Es wird einzig die finanzielle Hürde gesenkt. Denn der Zugang zum Bürgerrecht darf keine Frage des Kontostands sein, es ist eine Frage der Demokratie.

Heute kostet eine Einbürgerung für eine Einzelperson über 25 Jahre in Basel rund 1’750 Franken. Mit der Vorlage sinken die Kosten auf 900 Franken. In Riehen wären sie dann 1’800 Franken, in Bettingen 1’500 Franken. Und für Menschen mit tiefen Einkommen werden die kommunalen Gebühren vom Kanton übernommen. Das ist keine Bagatelle, das ist der Unterschied zwischen unmöglich zu endlich machbar. Personen mit zum Beispiel einer Prämienverbilligung sind Menschen, die arbeiten, die hier leben, die Kinder grossziehen oder Angehörige betreuen, Menschen, die jeden Monat rechnen müssen, für die eine Zahnarztrechnung bedeuten kann, dass der Urlaub gestrichen wird. Wenn diese Menschen eine Einbürgerungsgebühr von 900 Franken oder mehr vor sich sehen, dann ist das nicht einfach ein Verwaltungsbetrag. Für viele ist das schlicht das Geld, das sie eben nicht haben. Für diese Menschen ist die Gebühr eine grosse Hürde und genau dort setzt die Vorlage an, sozialpolitisch zielgerichtet.

Wir von BastA beantragen deshalb Ja zur Vorlage der JSSK und Nein zum Änderungsantrag der Regierung. Diese Vorlage stärkt unsere Demokratie und sie tut es fair, wirksam und zielgerichtet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat Patrick Fischer das Wort.

Patrick Fischer (SVP): Wir stimmen heute über eine Vorlage ab, bei der es um nichts weniger geht als um die komplette Abschaffung der kantonalen und kommunalen Einbürgerungsgebühren für alle unter 25-Jährigen und das ohne jede Bedingung, ohne Geburt in der Schweiz, ohne Erstgesuch, schlicht für alle. Zudem geht es auch darum, über 25-Jährigen die kantonalen Gebühren komplett zu erlassen. Es geht also um deutlich mehr als um die erwähnte Motion Kabakci. Die SVP-Fraktion findet das falsch.

Erstens, wir schaffen Fehlanreize. Die Behörden warnen selbst, dass künftig mehrfach und leichtfertig Gesuche eingereicht werden könnten. Ohne Kosten, ohne Risiko, die Einbürgerung darf kein Gratisversuchslauf sein.

Zweitens, wir öffnen Tür für hohe Dauerbelastungen. Der Regierungsrat rechnet mit ca. einer Million Franken pro Jahr plus zusätzlichem Personal und das alles, obwohl es bereits heute grosszügige Gebührenbefreiung für wirklich Bedürftige gibt. Diese Pauschallösung entlastet zudem auch diejenigen, die auf keinerlei Unterstützung angewiesen sind.

Drittens, wir schwächen die Bedeutung des Bürgerrechts. Die Gebühren haben eine wichtige Funktion. Sie stellen sicher, dass ein Gesuch ernsthaft und gut vorbereitet ist. Wer Schweizer werden will, soll das bewusst tun und nicht als kostenlose Option, die der Staat finanziert. 1’900 bis 2’650 Franken, das ist die Spanne von Basel-Stadt bis Riehen. Das ist ein Betrag, welcher man aufbringen kann, wenn man es wirklich will. Man könnte zum Beispiel auf Ferien, ein neues Auto oder auf das neueste Mobiltelefon verzichten und dafür im Gegenzug ein ungleich wertvolleres Bürgerrecht erhalten.

Viertens, die drei Bürgergemeinden lehnen es ab, die Last zu tragen. Sie verlangen volle Kompensation durch den Kanton. Am Ende zahlt somit der Steuerzahler, unabhängig davon, ob Integration tatsächlich gelungen ist oder nicht. Die SVP teilt die Kritikpunkte der Gemeinden. Schliesslich sind es sie, welche dem Thema am nächsten stehen und tagtäglich damit konfrontiert werden. Wir stehen für eine klare Linie, Einbürgerung Ja, aber nur für Menschen, die integriert sind, Verantwortung übernehmen und nicht durch unnötige Gratisangebote angelockt werden müssen.

Der SVP geht dieser Vorschlag zu weit, deshalb lehnen wir diese Gesetzesänderung ab. Den Änderungsantrag der Regierung werden wir unterstützen. Und von mir die Blumen zum Schluss, ich möchte dennoch nicht unerwähnt lassen, dass die Arbeit in der Kommission sehr gut verlaufen ist. Von weitergehenden Vorstellungen wurde rasch Abstand genommen, es war eine sehr grosse Kompromissbereitschaft spürbar. Dafür möchte ich mich bei der Kommission bedanken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Es wurde ja allseitig gelobt, auch von Herrn Fischer, von Frau Bay. Es gibt ja manchmal das Sprichwort «Timeō Danaōs – wir können auch Linkeos und jetzt auch SVPos – et dōna ferentēs. Aber das Lob könnte ja sein, ja, ihr habt sehr hart gerungen um den Kompromiss, aber ich glaube, es war ein ehrliches Lob und darum nehme ich es auch an von allen Seiten und gebe es auch gerne zurück. Es war eine interessante Arbeit.

Die FDP wird mehrheitlich den Anträgen der JSSK folgen und ich bin auch ein bisschen erstaunt über die Regierung, die ja doch nach aussen enthusiastisch das Ausländerstimmrecht vertreten hat und jetzt diesen Schritt nicht gehen will. Das Ausländerstimmrecht wurde zu Recht immer noch deutlich abgewiesen in der letzten Abstimmung und dass der Weg zum Stimmrecht über die Einbürgerung führt, das ist kein Demokratiedefizit, diesem Narrativ ist wirklich zu widersprechen. Wir haben einen Weg zu den vollständigen politischen Rechten, da ist aber die Frage, ist dieser Weg manchmal etwas zu holprig, auch wenn es manchmal eher psychologische Schwellen sind als vielleicht, wenn man alles durchrechnet und sagt,

eben der Verzicht mal auf ein Mobiltelefon, etc., es sind Kosten, das soll nicht bestritten werden. Ich stelle aber keine Vergleiche mit irgendeinem Fonds an, das finde ich nicht richtig.

Ich glaube, man kann sich aber fragen, ist das eine normale staatliche Leistung wie zum Beispiel die Ausstellung eines Führerausweises, die Kosten für die Allmendbenutzung, nein, ich glaube, es ist schon etwas sui generis. Es geht um quasi die Aufnahme in den Kreis der, die vollberechtigt mitwirken können in unserem Staatswesen, und ich glaube, wir haben die Bedingungen dafür auf nationaler und kantonaler Ebene definiert. Diese Bedingungen sind einzuhalten, schlussendlich wird, weil es ein bisschen billiger ist, niemand aufgenommen, der eben nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht und daher, glaube ich, sind all diese Vergleiche mit, was sonst etwas kostet, nicht absolut zielbringend.

Wir haben aber auch gesagt, es soll etwas kosten, wir haben auch gesagt, wir wollen nicht in die Autonomie der Bürgergemeinden eingreifen. Ob jetzt die soziale Komponente ein bisschen zu stark oder ein bisschen zu wenig stark ist, da könnte man trefflich noch weitere elf Kommissionssitzungen darüber streiten. Wir haben jetzt pragmatisch einen Kompromiss gefunden und sind daher auch ein bisschen erstaunt, dass die pragmatische Vorzeigepartei da nicht auch mitmachen kann. Wir haben auch die Autonomie der Bürgergemeinden vollständig aufrechterhalten. Wir haben manchmal ein bisschen gestaunt, wie unterschiedlich jetzt die Kostenberechnungen sind, je nach geografischer Lage, aber wir respektieren die Autonomie. Wir wissen auch, dass unsere Bürgergemeinden einen sehr guten Job tun. Wir haben nicht diese Situation wie in anderen Kantonen, wo man manchmal wirklich staunt, warum jetzt ein Gesuch abgelehnt wurde. Das ist bei uns wirklich nicht bekannt.

Wir haben ja die Variante, zurück nur zur Motion Kabakci zu gehen, das erachten wir jetzt nicht als zielführend. Wir haben jetzt diese Thematik serviert bekommen und die JSSK hat probiert, nicht nur die Vorspeise da anzurichten, sondern auch noch den Hauptgang, damit wirklich ein Zugang da einfacher möglich ist während der ganzen Lebensdauer. Aber die Idee ist natürlich, dass sich möglichst viele möglichst jung einbürgern lassen. Ich denke da auch an den Wehrdienst. Es wurden jetzt auch keine Anträge gestellt, um da irgendwo noch etwas leicht zu schrauben, es geht jetzt wirklich entweder nur um die Motion Kabakci oder nichts oder JSSK und da ist für mich jetzt die Wahl relativ einfach.

Ich bitte Sie, den Anträgen der JSSK zu folgen und damit ein Zeichen zu setzen, dass die, die sich bei uns integriert haben, willkommen sind als Bürgerinnen und Bürger, die auch die vollen politischen Rechte ausüben können, damit wir nicht solche Übungen machen müssen, wie wir das letzte Mal mit dem Ausländerstimmrecht gemacht haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Schaller. Diese wird entgegengenommen.

Beat K. Schaller (SVP): Danke, dass Sie die Zwischenfrage annehmen. Es soll ja Sozialhilfebezug als Ausschlusskriterium gestrichen werden. Auf Ebene Bund wird eine Niederlassungsbewilligung nur erteilt unter anderem, wenn jemand nicht sozialhilfeabhängig ist. Frage an Sie als Vertreter einer Wirtschaftspartei, ist jemand, der sozialhilfeabhängig ist, wirtschaftlich integriert?

David Jenny (FDP): Auf der materiellen Seite gibt es ganz klare Regelungen und davon weichen wir keinen Jota ab. Wenn Sie einen Antrag zu den finanziellen Folgen in diesem Punkt stellen wollen, ist das Ihnen unbelassen, Sie tun es nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Unsere JSSK-Präsidentin sowie meine diversen Vorredner*innen haben dieses Geschäft ja bereits eingehend beleuchtet und ich möchte dies deshalb nicht wiederholen. Ich nehme es vorweg, im Namen der GLP-Fraktion bitte ich Sie um die Annahme des JSSK-Antrags und die Verwerfung des regierungsrätlichen Rückkommensantrags. Ich erläutere nur kurz die Argumente unserer Fraktion für die Unterstützung des JSSK-Antrags. welcher letztlich mit 11 zu 1 Stimmen zustande gekommen ist.

Die vollständige Umsetzung der Motion Mahir Kabakci, wir haben es gehört, war in der JSSK von Anfang an unbestritten. Ja, das Ausländer*innen-Stimmrecht, das kantonale, wurde letztes Jahr verworfen. Wir haben uns als Fraktion, als Partei sehr dafür eingesetzt und selbstverständlich dieses Nein respektiert. Es war aber dann auch klar in der JSSK von Anfang an unbestritten, dass das Zugeständnis nach dem Nein zu diesem Ausländer*innen-Stimmrecht vor einem Jahr, dass das Wahl- und Stimmrecht weiterhin ans Schweizer Bürgerrecht knüpft, dass die Einbürgerungen aber umso mehr grundsätzlich nicht durch finanzielle Hürden erschwert bzw. verunmöglicht werden sollen, dass für uns als Gesellschaft schlicht nicht wünschenswert ist, dass nunmehr über ein Drittel unserer Bevölkerung nicht stimmberechtigt ist und so kann es ja eigentlich auch nicht weitergehen.

Als Vertreterin der GLP-Fraktion habe ich in der JSSK zusätzlich diesen zugegebenermassen sehr liberalen Antrag gestellt, die Einbürgerungsverfahren im Kanton Basel-Stadt ganz grundsätzlich für alle Einbürgerungswilligen kostenlos auszugestalten. Es sollen unseres Erachtens im Sinne von mehr Chancengerechtigkeit ausschliesslich sachliche Argumente über eine erfolgreiche Einbürgerung entscheiden, nicht aber pekuniäre. Selbstverständlich habe ich zusammen mit meinen Kommissionsgspänli diesen durchaus auf Sympathie gestossenen Ansatz im Sinne einer kompromiss- und referendumsfähigen Lösung im Verlauf der Diskussionen nicht mehr weiterverfolgt.

Umso mehr unterstützt die GLP-Fraktion nun die austarierte Vorlage der JSSK, welche einerseits die Gemeindeautonomie bezüglich kommunaler Gebührenfestlegung respektiert und andererseits dem einvernehmlichen Grundsatz nachkommt, wonach Einbürgerungswillige nicht einzig vom Einbürgerungsverfahren abgehalten werden sollen, weil sie sich dieses nicht leisten können. Immerhin betragen die Gebühren für die Einbürgerung auf kommunaler Ebene für über 25-Jährige und für Personen mit normalem Einkommen mit der vorgelegten Lösung der JSSK immer noch 1’700 Franken in der Gemeinde Riehen, 1’400 in Bettingen, im Vergleich doch zu Basel mit 800 Franken. Der für den Kanton durch die Kosten der Gebührenübernahme bzw. Erlasse entstehende jährliche Mehraufwand wird, wir haben es gehört, von der Verwaltung auf 2.5 Mio. Franken in der Übergangsphase und auf anschliessend wiederkehrend 1 Mio. Franken geschätzt. Ich denke, das sollte uns mehr Teilhabe an der Demokratie auf jeden Fall wert sein.

Dass der Regierungsrat mit seinem Schreiben vom 25. November 2023 nun beantragt, sich wieder auf die blosse Umsetzung der Motion Mahir Kabakci und Konsorten zu beschränken, widerspricht unseres Erachtens klar der Absicht der ausbalancierten, übereinstimmenden Meinung der grossen Mehrheit der JSSK-Mitglieder. Ich bitte Sie deshalb im Namen der GLP-Fraktion, dem JSSK-Antrag zu folgen. Vielen Dank und vielen Dank allen auch für die tolle Debatte, insbesondere auch in unserer Kommission.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Zunächst möchte auch ich es nicht unterlassen, der JSSK-Präsidentin Barbara Heer für ihre wirklich enorm kompetente Arbeit in der Kommission in den letzten Jahren herzlich zu danken. Vom Gleichstellungsgesetz bis jetzt zur Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes hat die Kommission unter ihrer Leitung immer sehr konstruktive und wohlwollende Debatten geführt und das sehen wir auch heute wieder.

Damit zum heutigen Geschäft der JSSK. Wir haben jetzt schon sehr viel gehört und ich freue mich jetzt auch noch im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, unsere Gründe für die Annahme dieses Gesetzes mitzuteilen. Wir haben in der Stadt Basel seit Jahren ein grösseres Demokratiedefizit. Nur noch knapp 50% der Einwohner*innen unseres Kantons sind überhaupt stimmberechtigt und davon nimmt nur rund die Hälfte ihr politisches Recht zur Mitbestimmung überhaupt wahr. Eine derart tiefe Beteiligung an demokratischen Abstimmungen und damit an der politischen Gestaltung unseres Zusammenlebens erachten wir als problematisch. Die Fraktion GRÜNE/jgb begrüsst es deshalb sehr, dass die JSSK nur knapp ein Jahr nach der Ablehnung des Einwohner*innen-Stimmrechts nun diesen breit abgestützten Vorschlag präsentiert, damit die Finanzen keine zusätzliche Hürde mehr für die Einbürgerung darstellen. Das Einbürgerungsverfahren ist sowieso schon voraussetzungsreich und das bleibt es mit der Annahme des Vorschlags der JSSK auch. Weiterhin müssen alle bisher geltenden Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt werden. Wohnsitzdauer, Sprachkenntnisse, Arbeit haben oder Ausbildung machen, Straffreiheit, Kenntnis der Schweiz und der Region und der Lebensgewohnheiten und der politischen Institutionen, usw. Daran ändert sich nichts.

Was sich mit dem Entscheid des Grossen Rates heute ändert, ist, dass nicht auch noch hohe Gebühren eine zusätzliche Hürde für die Einbürgerung darstellen. Das ist alles. Hierfür schlägt die JSSK mit grosser Mehrheit vor, die kantonalen Gebühren von heute 850 Franken für alle Personen zu streichen. Zudem soll der Kanton die Gebühren der Gemeinden für unter 25-Jährige und für Menschen mit geringem Einkommen übernehmen. Damit erfüllt die JSSK einerseits die Motion Kabakci und erweitert die Forderung einer gänzlich gebührenbefreiten Einbürgerung auch für Menschen mit geringem Einkommen und Nicola Goepfert hat auch schon eindrücklich ausgeführt, warum das wichtig ist. Für alle Einzelpersonen über 25 Jahren bleiben die heute schon geltenden Gebühren auf Ebene der Gemeinden, die in Riehen und Bettingen höher sind als in Basel, und die 100 Franken Bundesgebühr. In der Gemeinde Basel sind die Einbürgerungen total 900 Franken, in Riehen sind sie 1’800 Franken und in Bettingen 1’500 Franken. Damit wahrt die JSSK die Gemeindeautonomie und das Recht der Gemeinden, eine Gebühr für die Einbürgerung festzusetzen, bleibt unangetastet. Auch führt die Streichung zusätzlicher kantonaler Gebühren zu einer administrativen Entlastung und Vereinfachung des Prozesses in der Verwaltung.

Die JSSK legt mit dieser neuen Gebührenregelung einen austarierten, sehr breit abgestützten Vorschlag vor und es ist wirklich sehr erfreulich, dass die bürgerlichen JSSK-Mitglieder, die sich vor einem Jahr gegen das Einwohner*innen-Stimmrecht ausgesprochen haben, weil sie die Einbürgerung als Voraussetzung für die politische Partizipation beibehalten wollten, jetzt Wort gehalten haben und die Senkung der Gebühren entsprechend unterstützen. Schade ist nur im Fall der

LDP, dass die bürgerlichen JSSK-Mitglieder dabei nicht von ihrer Fraktion unterstützt werden und dass jetzt auch ein bisschen ein dröhnendes Schweigen von Seiten der LDP vorherrscht. Aber gut, jeder Fraktion ihr eigenes Bier.

Die JSSK ist jedenfalls einstimmig der Meinung, dass hohe Kosten der Einbürgerung und damit der politischen Mitsprache nicht im Weg stehen dürfen, denn wie die JSSK-Präsidentin sagt, es geht hier nicht um die Integrationskriterien, sondern nur um das Portemonnaie. Umso unverständlicher ist angesichts dieser einhelligen Meinung und der wie immer sorgfältigen Beratung durch die JSSK nun der Änderungsantrag der Regierung. Dieser fordert das Parlament auf, am regierungsrätlichen Ratschlag festzuhalten, der eine Umsetzung der Motion Kabakci entspricht, aber keine weitere allgemeine Senkung der Einbürgerungsgebühr im Kanton vorsieht und wir haben es vorhin auch gehört, Regierungsratspräsident Conradin Cramer hat sich eigentlich vor einem Jahr dafür ausgesprochen. Da will die vorberatende Kommission des Parlaments also die Demokratie in Basel-Stadt stärken und die Regierung lehnt das ab. Da stellt sich mir schon ein bisschen die Frage, welche Prioritäten die aktuelle Regierung setzt und welche demokratiepolitischen Ziele sie vor allem verfolgt.

Es bleibt mir eigentlich nur noch darauf hinzuweisen, dass die Grünen aktuell nicht in der Regierung vertreten sind. Ich kann Ihnen versichern, dass eine grüne Vertretung in der Regierung sich vehement dafür eingesetzt hätte, dass die Regierung bei diesem wichtigen demokratiepolitischen Schritt mit dem Parlament mitzieht und diese nicht aufgrund von moderaten finanziellen Mehrausgaben abschmettert. Wir geben sehr viel dümmer Geld aus in diesem Kanton. Für die Grünen ist selbstverständlich, dass hohe Gebühren kein Grund sein dürfen, um Menschen von der Teilhabe an der Demokratie auszuschliessen und so beantrage ich im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dem Vorschlag der JSSK zu folgen und den mutlosen Änderungsantrag der Regierung abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich spreche nur noch zu diesem Geschäft und dann nicht mehr in diesem Jahr. Mahir Kabakci, wir haben vorhin ein Vorgespräch geführt zu diesem Zeitungsartikel zu dieser heutigen Rede, der Schweizermacher aus dem Kleinbasel, und ich habe ihn angesprochen auf diesen Satz; umso verletzender ist es für ihn, dass er noch immer hin und wieder anonyme Hassnachrichten erhält mit der Aufforderung, zurück in sein Land zu gehen. Ich habe Ihnen gesagt, Mahir Kabakci, ich kriege das Gleiche auch, bei mir heisst es auch, geh zurück ins Schwabenland. Das sind harmlose Sätze. Ich habe Ihnen gesagt, das ist harmlos, wenn Leute so etwas schreiben. Das darf man nicht für voll nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich nehme es nicht für voll, aber wie gesagt, die Diskussion in der Zeitung ist gross, dass es bei diesem Geschäft um sehr viel Hass geht. Mahir Kabakci, ich schätze Sie, Sie wissen das, über Sie steht seit vielen Jahren in der Zeitung, Sie sind der bestangezogene Politiker Basel und ich schaue in die Zukunft und in zehn Jahren sind Sie Regierungsrat als Nachfolger von Mustafa Atici. Aber trotz all diesen guten Punkten kann ich Ihre Sache nicht unterstützen. Ich habe viele Wähler, es sind Frauen aus Italien, heute alle über 70 Jahre alt und sie sagen mir, wie hart sie in der Schweiz als Ausländer behandelt wurden. Heute wählen Sie mich, da Sie sagen, Eric hat recht, es kommen zu viele Ausländer. Uns Ausländern wurde vor 60 oder 50 Jahren nichts geschenkt, wir haben uns alles hart erarbeitet und es kommen immer mehr Ausländer zu mir, die heute Schweizer sind wie ich, die sagen, es ist zu viel. Und genau diesen Punkt bitte ich Sie zu berücksichtigen. Uns wurde nichts geschenkt und wir wollen auch nicht, dass heute etwas verschenkt wird und dass das Schweizer Bürgerrecht nicht so schnell verschleudert wird. Es waren harte Zeiten, Sie können das nicht wissen, Sie sind zu jung, aber darum sage ich Ihnen das als alter Hase. Sie können jetzt nicht kommen und sagen, alles gratis. Ich wurde weltberühmt durch meinen Film «Die Asylantin».

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es reicht.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich stehe dazu als Papierschweizer, dass wir sagen, es sind zu viele da.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, Ordnungsruf zwei.

Eric Weber (Fraktionslos): Dann sage ich ganz ruhig, wir wollen nicht, dass das gratis gegeben wird, das darf ich sagen. Mahir Kabakci möchte, dass das gratis ist und ich stehe hier nach 42 Jahren im Grossen Rat und ich möchte Sie jetzt bitten, keinen Skandal zu provozieren vor Weihnachten. Ich möchte Sie bitten, ich habe einen zweiten Ordnungsruf bekommen, ich habe Ihnen gesagt als Grossrat, es ist das letzte Mal, dass ich in diesem Jahr spreche, ich spreche nachher nicht mehr. Ich würde mir aber noch vornehmen, dass ich zu meinen nächsten Rednern spreche, weil ich ja eine Ein-Thema-Partei bin, und als Ein-Thema-Partei habe ich das Thema Ausländer und darum beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: An wen wollen Sie zurückweisen?

Eric Weber (Fraktionslos): An die Kommission. Ich muss jetzt aufpassen wegen dem dritten Ordnungsruf und den möchte ich nicht, aber ich möchte einfach in aller Eleganz und Sachlichkeit sagen, dass es Befindlichkeiten gibt. Ich komme zum Schlusssatz, Herr Präsident, ob Sie es glauben oder nicht, ich habe in der türkischen Zeitung zu dieser Sache geschrieben; Hallo Schweiz, da war ich Mitarbeiter der türkischen Zeitung in Basel und habe zu diesem Problem 2012 geschrieben. Aber ich sage jetzt nichts mehr, aber ich wollte einmal sagen, wie sieht Basel in 2030 aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Von Seiten EVP her unterstützen wir den vorliegenden Kompromiss der JSSK. Ich halte mich kurz, da vieles schon gesagt worden ist. Der Kompromiss liegt auf der Linie unserer Parteigrundlagen. Da haben wir zum Beispiel festgehalten, die EVP ist gegen die Einführung eines Ausländerstimmrechts, sie setzt sich für andere Mitwirkungsformen ein (Migrationsrat, Mitwirkung bei Quartierentwicklungsprozessen und ähnlichem). Und dann folgt: Die Einbürgerung, soll jedoch entschieden vereinfacht und erleichtert werden. Mit dieser Vorlage haben wir die Erleichterung der Einbürgerung mit der Senkung der Gebühren. Wichtig ist uns zudem, dass die Autonomie der Bürgergemeinden gewahrt bleibt. Ebenso kann etwa die Bürgergemeinde Riehen weiterhin Gebühren erheben und diese dem Kanton verrechnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Wir hatten eine harte Diskussion über gefühlt ein Jahr permanent in dieser Kommission. Wir wurden toll geführt, das darf ich sagen, es war eine schöne Diskussion, es war eine lange Diskussion. Wir haben es heute schon gehört, es ist von null Franken bis auf, wir lassen alles so, wie es ist. Links und rechts, wie es halt für einen Kompromiss nötig ist, sind alle Argumente auf den Tisch gekommen. Natürlich ist das ein Thema, das im Anschluss an die Stimmsituation für die Ausländer gekommen ist und dort hat man gesagt, wir wollen etwas machen, dass die Hindernisse kleiner werden, dass die Leute sich einfacher einbürgern lassen können. Nachher kommen wir mit dem und sagen, jawohl, das ist gut, für die Jungen machen wir es gratis, für die Älteren deutlich günstiger und das ist ein wunderbarer Kompromiss, den wir in dieser Kommission auch gefunden haben.

Natürlich hat es nachher in den verschiedenen Parteien Diskussionen gegeben und auch in unserer Partei hat es Diskussionen gegeben und nicht alle waren dagegen und auch nicht alle dafür, aber auch dort ist halt ein Demokratieverständnis und wir als liberale Partei können natürlich auch hier sagen, da sind wir auch liberal und behalten das bei. Ich persönlich, ist klar, ich bin Mitglied dieser Kommission, von der JSSK, und bin natürlich total der Meinung, wir sollten das weiterhin so unterstützen und auch machen und auch ein paar Kollegen und Kolleginnen meiner Partei sind dieser Meinung und ein paar halt eher nicht, die gehen mit dem Regierungsrat, die haben das Gefühl, das sei genug.

Aber das finde ich auch schön an der LDP, damit ich das am Schluss auch noch sagen darf, damit die Kirche wieder ein bisschen im Dorf bleibt, nachdem wir jetzt so ein Bashing haben erleben dürfen hier drin. Jeder ist nach vorn und hat gesagt, was ist mit dieser LDP los? Nein, mit dieser LDP ist immer noch alles in Ordnung, es ist wunderbar, ein paar sind dafür und ein paar dagegen. Ich hoffe natürlich, dass es angenommen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mahir Kabakci hat das Wort.

Mahir Kabakci (SP): Wir beraten heute einen Vorstoss, der, obwohl es um Gebühren geht, in seinem Kern nichts weniger berührt als die Frage, wer in unserer Demokratie mitbestimmen darf und ob der Zugang dazu fair gestaltet ist. In den letzten

Jahren wurde viel und kontrovers über politische Teilhabe diskutiert. Mit der Abstimmung zum Ausländerstimmrecht hat die Stimmbevölkerung klar entschieden, dass politische Mitsprache an den Besitz des Schweizer Bürgerrechts geknüpft bleiben soll. Wenn das aber so ist, dann tragen wir als Parlament die Verantwortung dafür, dass der Weg zur Einbürgerung offen, fair und sozialverträglich gestaltet ist, dass politische Mitbestimmung kein Privileg sein darf, das am Portemonnaie scheitert. Denn die Realität ist, für viele Menschen, gerade für junge Erwachsene, Lernende, Studierende, Familien mit kleinem Budget, sind Einbürgerungsgebühren eine reale Hürde. Sie entscheiden nicht nur über einen Pass, sondern darüber, ob jemand wählen und abstimmen kann, ob jemand politisch mitgestalten darf. Die Hürde ist nicht formell, aber faktisch und genau hier setzt unser Vorschlag an. Mit der vollständigen Streichung der kantonalen Gebühren setzen wir ein wichtiges Signal. Die demokratische Teilhabe soll nicht an finanziellen Barrieren scheitern. Wir schaffen Klarheit, Einheitlichkeit und eine spürbare Entlastung für alle Gesuchstellenden. Und gleichzeitig entlasten wir die Verwaltung, indem wir einen administrativen Prozess vollständig streichen. Weniger Bürokratie, gleiche Qualität, mehr Fairness.

Besonders wichtig ist mir ein zweiter Punkt. Wir ermöglichen jungen Menschen unter 25 Jahren den fast vollständigen gebührenfreien Zugang zur Einbürgerung. Diese Generation ist unsere demokratische Zukunft. Viele von ihnen sind hier aufgewachsen, besuchen hier die Schule, machen hier ihre Ausbildung, leben hier ihren Alltag und trotzdem können sie häufig nicht mitbestimmen. Mit diesem Schritt holen wir sie ab. Wir fördern politische Verantwortung und verlangen gleichzeitig ein klares Bekenntnis zu unserem Rechtsstaat und unserer Gesellschaft. Fördern und fordern. Das ist ein Grundprinzip, das hier in vorbildlicher Weise umgesetzt wird. Ein weiterer sozialpolitischer Akzent betrifft Menschen mit tiefem Einkommen. Wer von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen oder Prämienverbilligung abhängig ist, wer am Existenzminimum lebt, soll nicht von der Demokratie ausgeschlossen werden, auch wenn es bei der Sozialhilfe weiterhin sehr strenge Voraussetzungen gibt. Es geht hier nicht um Privilegien, sondern um Gerechtigkeit und darum, Barrieren abzubauen, die mit der eigentlichen Einbürgerungsprüfung gar nichts zu tun haben.

In der Kommission haben wir intensiv darüber diskutiert, wie wir die Gemeindeautonomie respektieren, ohne das Ziel der finanziellen Entlastung zu verwässern. Der gefundene Kompromiss ist tragfähig. Der Kanton schafft seine Gebühren ab, die Gemeinden bleiben autonom und gleichzeitig stellen wir sicher, dass besonders betroffene Personengruppen auf kommunaler Ebene entlastet werden. An dieser Stelle auch ein grosses Dankeschön an dich, liebe Barbara Heer, für deine gute und stets qualitative Arbeit. Du wirst uns fehlen. Auch an dieser Stelle möchte ich mich bei allen bürgerlichen Parteien bedanken, die diesen Kompromiss mitgestaltet und bis heute auch mitgetragen haben. Bei der LDP, ja, lieber Alex Ebi, es enttäuscht mich, aber überrascht mich leider nicht, weil oft ist nur der Name liberal.

Die Kosten für diese Entlastung übernimmt der Kanton. Das ist sauber, fair und effizient. Umso unverständlicher erscheint mir daher der Antrag des Regierungsrats. Fast schon paradox, dass der Regierungsrat noch bis vor einem Jahr das Ausländerstimmrecht unterstützt hat und gleichzeitig die Kostensenkung ablehnt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, Demokratie funktioniert dann besonders gut, wenn möglichst viele Menschen die Möglichkeit haben, Verantwortung zu übernehmen. Wenn wir Menschen abholen, anstatt sie auszuschliessen, wenn wir uns nicht mit Symbolpolitik begnügen, sondern konkrete Hürden abbauen und genau das tun wir heute.

Ich bitte Sie aus Überzeugung, diesen Schritt mitzugehen für eine inklusivere Demokratie, für mehr Beteiligung, für eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mahir Kabakci, ich bitte Sie, solche Bemerkungen zukünftig zu unterlassen. Besten Dank. Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich nehme Bezug auf die Vorredner. Alex Ebi, ich habe da nicht alles verstanden, er hat etwas gesagt, harte Diskussion, sicherlich, das Thema bewegt. Dann hat er vom Kompromiss gesprochen, die hohe Kunst der Politik liegt im Kompromiss. Ich komme schon zum Schluss, zu Mahir Kabakci. Ich bin eine Ein-Thema-Partei.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das haben Sie jetzt schon mehrfach gesagt heute.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber Sie müssen auch verstehen, wenn man älter ist, wiederholt man sich vielleicht mal ein bisschen. Mahir Kabakci, Sie haben gesagt, Sie holen die Menschen ab mit Ihrem Vorschlag, aber auch wir Schweizer wollen die Menschen abholen und ich hole sie auch ab und darum habe ich beantragt, Rückweisung, Nichteintreten. Sie haben gesagt, Sie machen das aus Überzeugung, das glaube ich Ihnen, aber wir sagen, aus Überzeugung wollen wir das nicht. Gibt es Ihnen nicht etwas zu denken, dass die meisten Ausländer zu mir kommen und sagen, es ist zu viel?

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich muss kurz diese grosse Einbürgerungseuphorie stören, aber der Fakt ist halt schon, Sie erzählen von der Befürworterseite schon in einem Punkt nur die halbe Wahrheit und es ist das, was Beat Schaller in der Zwischenfrage an Kollege Jenny angedeutet hat. Sie wollen mit der neuen Revision dieses Bürgerrechtsgesetzes jetzt auch Personen von der Gebührenpflicht befreien, welche Sozialhilfe beziehen und da sagt aber das Bundesgesetz, die Bürgerrechtsverordnung etwas völlig anderes. Hier steht nämlich in Artikel 7 Abs. 3: Wer in den drei Jahren unmittelbar vor der Gesuchstellung oder während des Einbürgerungsverfahrens Sozialhilfe bezieht, erfüllt nicht das Erfordernis der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder des Erwerbs von Bildung, ausser die bezogene Sozialhilfe wird vollständig zurückerstattet.

Sie können schon eine grosse Euphorie hier starten, wie breit abgestützt dieser Kompromiss ist, aber Fakt ist, entweder schaffen Sie insbesondere mit dieser Bestimmung toter Buchstabe oder Sie wollen ganz bewusst Bundesrecht brechen und das kann ja nun wirklich nicht erfolgreich sein. Sie wollen Personen von den Gebühren ausschliessen, die gar nicht berechtigt in diesem Einbürgerungsverfahren sind. Das ist die Realität, wenn Sie dem hier heute zustimmen und deshalb müsste man zumindest dem Abänderungsantrag der Regierung zustimmen, welche das hier nochmals eingebracht hat. Deshalb ist auch dieser Abänderungsantrag der Regierung, ich habe sie heute schon genug kritisiert, alles andere als mutlos oder entgegen der Versprechung, die im Abstimmungskampf um das Ausländerstimmrecht gemacht wurde, sondern es ist nichts anderes als die Einhaltung von Bundesrecht und da frage ich mich schon, wie das hier in der JSSK übersehen werden konnte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli, es gibt eine Zwischenfrage von Luca Urgese. Nehmen Sie diese entgegen?

Luca Urgese (FDP): Pascal Messerli, wenn Sie auf die eidgenössische Bürgerrechtsverordnung referenzieren, haben Sie auch Artikel 9 gelesen, welcher eine Ausnahmebestimmung vorsieht, die 1:1 dem entspricht, was wir auch auf kantonaler Ebene haben und was mit dieser Vorlage nicht geändert wird?

Pascal Messerli (SVP): Ich denke, Artikel 8 Abs. 3 ist relativ klar formuliert und ich denke nicht, dass das funktioniert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Eigentlich wollten wir uns nicht mehr zum Thema äussern, weil wir davon ausgegangen sind, dass in der JSSK wirklich vertieft das angeschaut und geprüft worden ist, aber das Votum von Pascal Messerli hat mich jetzt doch noch aus dem Stuhl gejagt. Es geht ja gar nicht darum, die Voraussetzungen abzuändern. Das wurde zwar schon mehrfach gesagt, aber offenbar ist es nicht überall angekommen. Es geht nur darum, dass der Kanton ein Zeichen setzen will, indem er sagt, wir vom Kanton verzichten auf diese Gebühr. Wir finden es gut, wenn ihr euch wirklich diesem Einbürgerungsverfahren stellt und unterstellt. Die Bedingungen müsst ihr trotzdem erfüllen, aber wir als Kanton verzichten auf das Geld. Ob man Millionär ist oder Sozialhilfeempfänger, spielt gar keine Rolle. Es ist ein Zeichen des Kantons.

Der Kompromiss, der hier gefunden wurde, ist meines Erachtens wirklich wie das Ei des Kolumbus. In der Gemeinde wird die Gebühr selbstverständlich weiterhin erhoben und wer die Gemeinde kennt, der weiss auch, ich gehe jetzt nach Riehen, da bin ich etwas teurer, in der Stadt bin ich etwas billiger, da wird ja auch die Arbeit gemacht für dieses Einbürgerungsverfahren. Aber es geht nicht darum, dass man irgendwelches Bundesrecht hier verletzt, sondern nur, dass der Kanton Basel ein positives Zeichen setzt, und zwar, wie das mehrfach gesagt wurde, nach dieser Debatte zur Stimmrechtsfrage. Das Ausländerstimmrecht wurde meines Erachtens zu Recht verworfen und es geht auch nicht hier um ein Demokratiedefizit, sondern um den Grundsatz, dass wir bereit sind, Leute, die sich diesem Verfahren stellen, dass wir denen nicht zusätzlich Steine in den Weg legen. Der Kanton geht hier einen guten Weg und ich bitte Sie im Namen unserer Fraktion, diese Vorlage, so wie sie die Kommission vorgeschlagen hat, gut zu heissen.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny meldet sich für ein weiteres Votum.

David Jenny (FDP): Herr Messerli hat jetzt da ein bisschen tricky argumentiert. Er hat gesagt, der Regierungsrat wolle genau das korrigieren. Der Regierungsrat will einfach auf die reine Erfüllung der Motion von Kabakci zurückgehen, er hat sich nicht darüber ausgesprochen in dem Punkt der Sozialleistungen. Da könnten Sie, wenn Sie konstruktiv wären, den einfachen Antrag stellen, ich glaube, es sind zwei Worte zu streichen und dann bleiben nur die Ergänzungsleistungen und die Prämienverbilligungen übrig. Die beiden Vorredner oder die Zwischenfragesteller haben gesagt, wir ändern nichts an den materiellen Bedingungen. Also wenn Sie konstruktiv wären, hätten Sie den Antrag gestellt, dieses Wort zu streichen. Das haben Sie nicht und mit dem haben Sie gezeigt, dass es hier nicht um eine Verbesserung dieser Vorlage geht, sondern um Polemik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich wiederhole nicht alles, was wir jetzt gehört haben. Es ist ziemlich viel diskutiert in allen Facetten, was wir auch in der Kommission so schon diskutiert haben. Ich möchte nur vielleicht noch kurz das Regierungsbashing etwas einmitten. Ich habe jetzt x-mal in x Voten gehört, die Regierung hätte diesem Kompromiss nicht zugestimmt. Also vielleicht vom Wording her, wir reden hier nicht von einem Kompromiss, die Regierung hat nicht nur, Herr Jenny, die Motion Kabakci erfüllen wollen, sondern sie hat die Motion Kabakci erfüllt und alles, was danach kam, war Kommissionsarbeit, waren neue Vorschläge, darüber hinausgehende Vorschläge und dazu hat dann die Regierung gesagt, das war nicht der ursprüngliche Auftrag und das kommt uns jetzt zu spät und dann auch noch viel teurer. Also es ist nicht das Ablehnen eines Kompromisses, sondern es ist ein neuer Vorschlag, der hier gebracht worden ist. Man kann, wie gesagt, verschiedener Meinung sein, mir ist es einfach noch wichtig, ich habe es zwar im Eintretensvotum schon gesagt, dass die ausgearbeitete Variante sauber ausgearbeitet ist, dass sie auch umsetzbar ist, das ist schon auch noch wichtig, und deshalb nochmals den Dank auch an die Kommission und auch an die Kommissionspräsidentin, dass ich den auch noch geben darf für die gute strukturierte Führung auch der Sitzung und den Einbezug. Ich denke, das ist schon entscheidend, dass wir dann heute über etwas abstimmen, das umsetzbar ist. Es ist eine politische Frage, ob man das möchte oder nicht, die Regierung hat sich verlautbaren lassen, aber wie gesagt, unkompromissfähig sind wir nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Kommissionspräsidentin Barbara Heer hat das Wort.

Barbara Heer (SP): Ich bedanke mich für die angeregte und jetzt am Schluss durchaus auch etwas emotionale Debatte. Ich will noch kurz inhaltlich auf zwei Punkte reagieren. Einerseits scheint mir das tatsächlich ein Missverständnis bei der SVP-Fraktion zu sein, Sozialhilfebezug ist und bleibt ein Ausschlusskriterium, auch auf Bundesebene, daran ändert unsere Vorlage gar nichts. Was unsere Vorlage tut, ist aber das sogenannte Working Poor, also Menschen, die sogenannt unverschuldet, ist auch ein seltsames Wort, unverschuldet Sozialhilfe beziehen, die können sich nämlich dennoch qualifizieren für die Einbürgerung. Und Menschen, die Sozialhilfe beziehen, wissen ja auch nicht, ob sie als Working Poor anerkannt werden, also das heisst, sie müssen zuerst einen Antrag auch einreichen, um zu merken, ob sie diese Kriterien erfüllen. Auch sie haben das Recht, dass ihr Antrag geprüft wird. Also wenn Sie jetzt Sozialhilfe rausgestrichen hätten, dann hätten Sie faktisch rausgestrichen, dass Working Poor eben auch von dieser sozialpolitischen Vergünstigung profitieren und das wäre natürlich jetzt in der Logik der JSSK sicher nicht sinnvoll gewesen.

Dann etwas Kleines wollte ich noch hinzufügen. Die Thematik der Mehrfachgesuche hatten wir in der Kommission durchaus auch diskutiert. Die Verwaltung hat ausgeführt, dass das ein wirklich wahnsinnig kleiner Anteil an Menschen sind, vielleicht fünf pro Jahr, die Mehrfachgesuche einreichen. Wir haben dann auch diskutiert zu sagen, ob diese Vergünstigung nur beim ersten Versuch gilt und beim zweiten nicht mehr und haben dann aber gemerkt, dass das ja völlig irrsinnig wäre, weil wir dann Menschen, die zu Beginn die Kriterien noch nicht erfüllen und sich dann anstrengen, damit sie die Kriterien erfüllen, also aus der Sozialhilfe rauskommen oder andere Integrationskriterien jetzt plötzlich erfüllen und Teil sein wollen unserer Gesellschaft, dass wir die dann bestrafen würden, indem sie dann mehr Gebühren bezahlen. Deshalb haben wir davon abgesehen und es ist nicht zu erwarten, dass das zu vielen Mehrfachgesuchen führt, weil es ist jedes Mal ein Aufwand. Alle Anträge werden weiterhin etwas kosten, die Bundesgebühr bezahlen alle Personen weiterhin und es ist eben ein Aufwand, diese Dokumente zusammenzumachen und diesen Antrag dann zu stellen.

Ich bedanke mich auch für die lieben Worte zu meiner Zeit als Kommissionspräsidentin. In Zukunft werde ich dann bei den Justizthemen wieder vom anderen Redner*innenpult mit Ihnen diskutieren. Mir war es immer wichtig in der Sicherheitspolitik, in den Gleichstellungsthemen, die häufig sehr polarisiert diskutiert werden, echte politische Kompromissfindung und gemeinsame Stossrichtungen zu ermöglichen. Mir war es immer wichtig, dass alle sich gehört und ernst genommen fühlen und eine gute Beratungsatmosphäre möglich ist. Dass wir heute das weltweit progressivste Gleichstellungsgesetz haben, ist dieser Kommission zu verdanken. Beim Einwohner*innen-Stimmrecht haben wir uns zuerst in Mehrheit und Minderheit geteilt. Die Stimmbevölkerung ist der Minderheit gefolgt, umso schöner ist es jetzt auch für unsere Demokratie, dass wir uns

hier jetzt wieder zusammenraufen konnten, die damalige Mehrheit und Minderheit, und jetzt eben diese ausgewogene Vorlage vorlegen können. Diese Art von Arbeit war eben nur möglich aufgrund der guten Zusammenarbeit in der Kommission.

Ich möchte mich hier explizit bei allen Kommissionsmitgliedern und auch meinem Vizepräsidenten David Jenny ausdrücklich bedanken. Dann möchte ich mich aber auch bei der Verwaltung und der zuständigen Regierungsrätin bedanken für die gute Zusammenarbeit bei diesem Geschäft, aber auch bei allen anderen und dann möchte ich mich auch bei der Kommissionssekretärin Martha Poldes bedanken für ihre professionelle Begleitung dieses Geschäfts, aber auch aller anderen der JSSK. Dann möchte ich mich auch bedanken bei den Mitarbeitenden der Verwaltung und auch des Parlamentsdienstes für die immer gute Zusammenarbeit.

Ich möchte nochmals mit 11 zu 1 Stimmen Ihnen beantragen, der Beschlussvorlage so zuzustimmen, wie wir sie Ihnen beantragen. Wir möchten damit den Menschen in diesem Kanton sagen, wir möchten, dass ihr euch einbürgert, wir möchten, dass ihr euch hier an unserer Demokratie beteiligt. Wir sind auch bereit, dazu echte Schritte zu tun, wie den heute. Wir wollen nicht nur symbolisch die Hand ausstrecken, sondern wir wollen reale Hürden senken und das können wir heute tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Schaller. Diese wird nicht entgegengenommen.

Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007852, 10.12.25 17:30:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

Eintreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten auf das Geschäft eintreten mit 90 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen.

Rückweisung wurde ebenfalls durch Herrn Weber beantragt, dies an die Kommission. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 91 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007853, 10.12.25 17:30:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 91 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 18 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Bürgerrechtsgesetz

§ 24 Grundsatz (Überschrift geändert) Abs. 1 (geändert) Abs. 2

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er hält an seinem Antrag gemäss Ratschlag und dem Ihnen ausgeteilten Änderungsantrag fest. Wir würden hierzu die Debatte eröffnen, falls dies gewünscht ist. Das scheint nicht der Fall zu sein.

Daher kommen wir zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung der Variante gemäss JSSK und Absatz 2 streichen. NEIN heisst Zustimmung zum Antrag Regierungsrat

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 24 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007855, 10.12.25 17:32:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der JSSK zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Variante JSSK entschieden mit 67 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

§ 24a (neu)

Kantonale Einbürgerungsverfahren

Abs. 1

§ 24b (neu)

Kommunale Einbürgerungsverfahren

Abs. 1

Abs. 2 lit. a und b

Abs. 3

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 13 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007857, 10.12.25 17:32:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Bürgerrechtsgesetz (BüRG) vom 19. Oktober 2017 [1]) (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

§ 24 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben)

Grundsatz (Überschrift geändert)

1 Der Kanton und die Bürgergemeinden können für Verfahren nach diesem Gesetz höchstens kostendeckende Gebühren erheben.

2 Aufgehoben.

§ 24a (neu)

Kantonale Einbürgerungsverfahren

1 Kantonale Einbürgerungsverfahren sind gebührenfrei.

§ 24b (neu)

Kommunale Einbürgerungsverfahren

1 Für kommunale Einbürgerungsverfahren können Gebühren erhoben werden. Diese können im Voraus bezogen werden.

2 Von der Gebührenpflicht befreit sind Gesuchstellende, die zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung:

a) das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben;

b) Leistungen der Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen oder Prämienverbilligungen beziehen.

3 Die Kosten der Einbürgerungsverfahren gemäss Abs. 2 trägt der Kanton.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 78 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

11.1. Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren, Bericht der JSSK

[10.12.25 17:33:02, 22.5217.04]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

Mit Eintreten auf das Geschäft ist die Motion Mahir Kabakci als erledigt abgeschrieben.

12. Überführung des Projekts «Halt Gewalt: Umfassende Prävention von Häuslicher Gewalt» in die Regelstruktur, Ausgabenbericht des RR

[10.12.25 17:33:19, 25.0742.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich hierzu mündlich. Der Beschluss der Kommission war einstimmig, dass ich Ihnen die Annahme des Beschlussentwurfes beantrage. Heute ist der letzte Tag der 16 Tage-Kampagne gegen Gewalt an Frauen, insofern passt es sehr gut, dass wir heute diese Thematik behandeln und diese Gelder hoffentlich sprechen.

Wir haben das Geschäft an einer Sitzung beraten. Ich bedanke mich hier auch bei der Verwaltung und zuständige Regierungsrätin für die Beantwortung unserer diversen Fragen. Insbesondere möchte ich auch das Engagement der männlichen Kommissionsmitglieder anerkennen in der Kommissionsberatung, die sich sehr engagiert mit dem Thema auseinandergesetzt haben, was leider bei dieser Thematik nicht oder noch nicht selbstverständlich ist.

Das Projekt fokussiert auf das Thema häusliche Gewalt, darüber hinaus bildet auch die Bekämpfung von Gewaltdelikten im öffentlichen Bereich und sexualisierte Gewalt Schwerpunkt der Regierung. Zur sexualisierten Gewalt befindet sich ein Ratschlag in Vorbereitung, der uns dann noch vorliegen wird nächstes Jahr vermutlich.

Wir beantragen Ausgaben für die Jahre 2026 und 2027 von 805’752 Franken, um das Pilotprojekt «Halt Gewalt» in die Regelstruktur zu überführen und eine nahtlose Weiterführung nach Abschluss der Pilotphase zu ermöglichen. Die jährlichen Ausgaben setzen sich zusammen als gerundet 200’000 Franken für die operative Leitung durch den Verein frau sucht gesundheit, 100’000 Franken für die zehn Trägerschaften von Quartiertreffpunkten, die jeweils einen Beitrag von 10’000 Franken erhalten, sowie knapp 100’000 Franken für die Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe im JSD zur Erweiterung und Umsetzung eines Schulungskonzeptes im Bereich häusliche Gewalt. Diese Ausgaben sind auch bereits im Budget 2026 eingestellt, also die, die 2026 betreffen.

Dieses Pilotprojekt wird seit 2022 vom JSD gemeinsam mit dem Präsidialdepartement in Kleinbasel umgesetzt und es läuft bis Ende 2025. Da wird mir auch bewusst, dass auch das Präsidialdepartement bei der Beratung da war und ich mich natürlich auch bei ihnen bedanke für die Beantwortung unserer Fragen. In dieser bisher dreijährigen Umsetzungsphase sind neben der Kantonspolizei auch das Stadtteilsekretariat Kleinbasel und verschiedene Trägerschaften von Quartiertreffpunkten bereits beteiligt gewesen. Es geht darum, nicht die Betroffenen selbst anzusprechen oder nur indirekt, sondern vor allem das soziale Umfeld und mögliche Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt in der Nachbarschaft.

Die Bevölkerungsbefragung zu «Halt Gewalt» im Oktober 2022 sowie die aktivierende Befragung zu häuslicher Gewalt vom Juni 2024 hat gezeigt, dass das Pilotprojekt einem deutlichen Bedarf entspricht. Viele Menschen kennen die Anzeichen häuslicher Gewalt nicht ausreichend, sind unsicher, wie sie am besten eingreifen. Die Ziele des Projekts sind deshalb, Informationen zu Handlungsmöglichkeiten über verschiedene Kanäle zu vermitteln und ein engmaschiges Netzwerk zur Unterstützung von Betroffenen und dem Umfeld aufzubauen. Solche Community-Projekte helfen, Gewalt in Paarbeziehungen und anderen häuslichen Kontexten durch Sensibilisierung und gestärkte Nachbarschaftsnetzwerke zu bekämpfen.

Seit der Umsetzung von «Halt Gewalt» ist bei den Basler Frauenhäusern sowie der Opferhilfe beider Basel ein deutlicher Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Auffällig ist, dass diese Entwicklungen nicht mehr den üblichen saisonalen Schwankungen entsprechen, wie sie schweizweit zu beobachten sind. Ob jetzt da ein direkter Zusammenhang mit der Arbeit von «Halt Gewalt» da ist, lässt sich empirisch nicht belegen, aber die Leitungspersonen der betroffenen Institutionen gehen davon aus, dass der Anstieg zumindest teilweise auf die Sensibilisierungsarbeit dieses Pilotprojektes zurückzuführen ist. Es sei in der Region generell etwas in Bewegung gekommen, zumindest im Sinne, dass mehr Personen wagen, sich Hilfe zu holen und womöglich dadurch die grosse Dunkelziffer etwas kleiner wird. Angesichts dieser positiven Evaluation soll jetzt dieses Projekt in die Regelstruktur überführt werden und dann ab 2028 auch in allen Stadtteilen verankert werden.

Es geht immer um eine Umsetzung in zwei Schritten. In der jetzt zweijährigen Übergangsphase soll diese neue Struktur aufgebaut werden und das Angebot auf zehn Quartierpunkte ausserhalb von Kleinbasel ausgeweitet werden. Ausgehend von diesen Erfahrungen soll dann ab 2028 das nochmals ausgeweitet werden und vor allem sollen dann diese Aufgaben in die regulären Leistungsaufträge der Quartierpunkte aufgenommen werden, analog zu dem bereits bestehenden Schwerpunkt in der frühen Förderung, und es soll dann auf alle 16 Quartiertreffpunkte ausgeweitet werden. Die Quartiertreffpunkte spielen in dieser neuen Struktur eine sehr zentrale Rolle, weil sie eine sehr gute Zugänglichkeit zu der Bevölkerung haben, gleichzeitig sind aber diese Aufgaben ohne zusätzliche Ressourcen nicht stemmbar. Dann ist neu der Verein frau sucht gesundheit für die operative Leitung zuständig. Uns wurde sehr gut aufgezeigt, dass er eine sehr gute Wahl als Trägerin

dieses Projektes ist. Dann, wie gesagt, erhält die Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe eine 50-Prozentstelle für Qualitätssicherung, Monitoring, aber auch zielgruppenspezifische Weiterbildungen zum Phänomen häusliche Gewalt.

Häusliche Gewalt hat häufig hohe Folgekosten und je länger sie andauern, desto gravierender sind die Auswirkungen für die Betroffenen. Entsprechend steigen auch die Kosten für das Gemeinwesen. Die JSSK erachtet es deshalb als wichtig, dass das Projekt «Halt Gewalt» frühzeitig und niederschwellig ansetzt und somit zu einer Unterbrechung von Gewaltspiralen beiträgt. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die Organisationen die Voraussetzungen nach § 3 des Staatsbeitragsgesetzes für Finanzhilfen erfüllen.

Wir haben dann insbesondere die Thematik Männer und Gewalt vertieft diskutiert. Abgesehen von den Aktionen im Zusammenhang mit der 16 Tage-Kampagne gegen Gewalt an Frauen, wo Frauen auch tatsächlich im Fokus der Kampagne sind, tritt halt Gewalt in der Öffentlichkeitsarbeit konsequent geschlechtsneutral auf und betont damit explizit und implizit, dass häusliche Gewalt alle betreffen kann. Der JSSK ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass 70% der Betroffenen laut offizieller Statistik Frauen sind. Es ist zeitgleich eine ernstzunehmende Thematik, dass Männer sich bei vielen Kampagnen noch zu wenig angesprochen fühlen, seien es als potenzielle Betroffene oder als potenzielle Tatpersonen. Wir haben deshalb mit Interesse und auch Unterstützung zur Kenntnis genommen, dass in den Aktionswochen immer auch versucht wird, Männer als potenziell Helfende oder als Intervenienten spezifisch anzusprechen.

Auch die bestehende Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gewaltberatung und dem Männerbüro erachten wir als sehr wichtig. Für die JSSK ist es nicht nur wichtig zu betonen, dass auch Männer Betroffene von Gewalt sein können, sondern dass es auch äusserst wichtig ist, dass Männer klar Stellung zum Thema beziehen und den Umstand, dass Gewalt halt doch mehrheitlich von Männern ausgeht, nicht zu relativieren ist. Es ist wichtig, sich vor Augen zu führen, dass Männer auch aufgrund der bekannten Männerbilder häufig Mühe haben, zuzugeben, dass sie von häuslicher Gewalt betroffen sind, und genauso wichtig ist es, im gesellschaftlichen Bewusstsein zu haben, dass Frauen aus Scham, Schuldgefühlen und Angst, nachher noch mehr von Gewalt betroffen zu sein, ebenfalls nichts sagen und sich keine Hilfe holen.

Wir haben auch diskutiert, in welchen gesellschaftlichen Gruppen häusliche Gewalt vorkommt und haben zur Kenntnis genommen, dass Scham- und Schuldgefühle in allen Schichten eine Rolle spielen, auch bei Männern oder auch bei gut ausgebildeten Frauen. Die Kommission unterstützt deshalb ausdrücklich die Ausweitung von «Halt Gewalt» auf weitere Quartiere, nicht zuletzt, weil dies einer Stigmatisierung von Kleinbasel entgegenwirkt. Es ist uns wichtig zu betonen, dass häusliche Gewalt eben nicht einfach Personen mit Migrationshintergrund betrifft, wie manchmal der Eindruck entsteht, sondern auch in sogenannt besseren Quartieren vorkommt, wo häusliche Gewalt nicht in der Wohnung nebenan, sondern womöglich hinter hohen Mauern stattfindet und die Hör- und Sichtbarkeit nochmals deutlich geringer sein mag.

Basierend auf diesen doch ausführlichen Diskussionen und Überlegungen, die wir angestrebt haben, beantrage ich Ihnen im Namen der JSSK, der Bewilligung dieser Gelder zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Auch hier kann ich aufgrund des umfassenden Berichts der JSSK mein Votum etwas abkürzen. Ich möchte auch hier für die gute Beratung danken in der JSSK und betonen, wie wichtig es ist, dass wir uns geeint gegen die häusliche Gewalt einsetzen. Ich denke, das ist ein Thema, das leider sehr problematisch ist schweizweit. Wir hören es jetzt wieder, auch was im Bund mit der Kürzung, dem Entlastungspaket der Gelder geht, aber ich denke, wir haben auch viele Massnahmen, die wir im Kanton lancieren können. Und es gibt nicht die eine Massnahme, es sind viele Massnahmen, die ineinandergreifen müssen, die sich gestützt auf die verpflichtende Istanbul-Konvention dann zu einem Ganzen zusammenbringen lassen müssen. Ich denke, wir sind basel-stadtseitig weit, aber wir sind sicher noch nicht so gut, wie wir das sein sollten und deshalb ist jeder Schritt, den wir weitermachen, in jederlei Hinsicht, sei es im Opferschutz, wir haben heute in den Interpellationen etwas darüber geredet, was Opferschutzplätze angeht, was ein wirksamer Opferschutz und genügend Schutzplätze angeht, aber auch Täterarbeit, auch da auf der repressiven Schiene, es ist nicht alles nur Prävention, es muss auch eine wirksame Strafverfolgung geben.

Und jetzt komme ich auf unser Thema heute, die Sensibilisierung des Umfelds. Das darf nicht unterschätzt werden und ich habe wirklich mich sehr gefreut, dass das eine gute Kooperation war mit dem Präsidialdepartement damals, das eingestiegen ist und gesagt hat, Quartierarbeit ist eigentlich Präsidialdepartement und wir unterstützen euch, wenn wir das Umfeld von möglichen Tätern, aber auch möglichen Opfern sensibilisieren. Weil die Erfahrung ist schon, dass gerade Leute oder Personen, die mitbekommen im Umfeld, dass etwas nicht stimmt, im schlimmsten Fall mal irgendwo eine Verletzung sehen, aber auch eben vielleicht Geräusche, lautes Schreien aus einer Wohnung, aus der Nachbarschaftswohnung hören, nicht wissen, wie reagiere ich da. Es gibt eine grosse Hemmschwelle, direkt den Hörer zu nehmen und die Polizei anzurufen, weil, das haben wir aus der Umfrage rausgehört, doch eben dann gesagt wird, ja, ich bin ja nicht sicher, ist es ein Notfall und was passiert dann, wenn ich jetzt mich irre, was macht das mit der Beziehung zu meinen Nachbarn, was denkt die Polizei von mir, da sind sehr viele Unsicherheiten da. Was ebenfalls auch nicht empfehlenswert ist, ist irgendwo direkt intervenieren

zu wollen, man weiss wirklich nicht, was passiert. Und da die entsprechenden Schulungen und Sensibilisierungen zu geben, wo kann ich mich hinwenden, wie kann ich vielleicht jemanden auch ansprechen, wenn ich das Gefühl habe, es hat sich was verändert, ich denke, da hatten wir jetzt in diesen drei Jahren doch auch schon einen schönen Erfolg in der Bekanntheit, auch in der besseren Schärfung der Personen, die mitgemacht haben, die jetzt mehr wissen zum Thema und daran müssen wir weiterarbeiten.

Wir haben immer auch gesagt, das Kleinbasel ist das Pilotprojekt. Häusliche Gewalt macht keinen Halt vor gesellschaftlichen Schichten oder Herkunft, das gibt es durch alle Gesellschaftsschichten durch und deshalb ist jetzt auch die Zeit gekommen, aus den Erfahrungen zu profitieren und dieses Thema auch weiter in weitere Quartiertreffpunkte auszurollen und eben jetzt auch in die Regelstruktur zu überführen. Ich denke, es ist ein wichtiger weiterer Schritt, dieses Thema aus dem Tabu zu nehmen, was es immer noch ist, was wir einfach auch mitbekommen, wenn sich dann Frauen, aber es sind eben ja nicht nur Frauen, dann getrauen, auch sich zu melden, dass da häufig dieses Schamgefühl mitspielt. Und dagegen müssen wir ankämpfen, müssen wir gesellschaftlich auch dagegen ankämpfen. Und ja, wir haben es gehört von der JSSK-Präsidentin, es ist vielleicht eine Mutmassung im Moment, ich denke aber, dass das schon ein Effekt sein kann, dass ein bisschen paradoxerweise Fallzahlen eben auch steigen können, indem wir Personen auch motivieren, Anzeige zu erstatten, aber dazu ist es noch zu früh, irgendwelche Aussagen zu machen.

Heute geht es wirklich darum, hier diese Umfeldaktivierung zu sichern für die nächste Zeit und selbstverständlich werden wir auch weiterhin, und das ist auch die Stelle, die wir in der Qualitätssicherung haben, auch weiterhin schauen, was braucht jedes Quartier und wie kommen wir auch weiter in diesem Thema. Deshalb bitte ich im Namen des Regierungsrats, dem Bericht zuzustimmen und die Ausgabenbewilligung zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den Ausgabenbericht des Regierungsrats zur Überführung des Pilotprojekts «Halt Gewalt» in die Regelstruktur. Das Projekt adressiert die Prävention häuslicher Gewalt, indem es nicht nur Betroffene, sondern auch ihr soziales Umfeld und die Nachbarschaft einbezieht. «Halt Gewalt» hat in der Pilotphase auch insbesondere in Kleinbasel gezeigt, dass niederschwellige Sensibilisierung, die Zusammenarbeit mit Quartiertreffpunkten und gezielte Weiterbildungen Zivilcourage fördern und den Zugang zu Hilfsangeboten erleichtern. Die Evaluation bestätigt die wesentlichen Zielerreichungen, Enttabuisierung des Themas, Aufbau tragfähiger Unterstützungsnetzwerke und eine erhöhte Meldungsbereitschaft, die sich in steigenden Fallzahlen bei Frauenhäusern und Opferhilfe niederschlägt. Die geplante Ausweitung auf zehn weitere Quartiertreffpunkte ab 2026 und die stadtweite Verankerung ab 2028 gewährleisten eine flächendeckende Präsenz, getragen vom Verein frau sucht gesundheit und der Fachstelle Gewaltschutz.

Ich möchte besonders heute auch nochmals hervorheben, die Einbettung in die internationale Kampagne 16 Tage gegen Gewalt an Frauen, die jedes Jahr vom 25. November bis heute, also dem 10. Dezember stattfindet und in Basel, vielleicht haben Sie es auch gesehen, mit Standaktionen, Workshops, Netzwerktreffen und Sensibilisierungsveranstaltungen umgesetzt wird. In diesem Jahr stand oder steht geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen mit Behinderung im Fokus. Eine Gruppe, die häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt überproportional häufig erlebt, oft in Wohn- und Pflegesituationen, in denen Abhängigkeiten einen Ausstieg zusätzlich erschweren. Gleichzeitig, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiss nicht, haben Sie wahrscheinlich auch die Debatte gestern in Bundesbern verfolgt. Nicht nur dort, sondern auch in öffentlichen Debatten wird das Thema relativiert, Massnahmen werden in Frage gestellt und die Istanbul-Konvention wird politisch immer wieder angegriffen. Das aktuelle Beispiel, gestern hat der Nationalrat einen zusätzlichen Budgetantrag von einer Million zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zunächst abgelehnt. Erst nach Druckausübung, zum Teil gingen sehr viele Menschen auf die Strassen, wurde der Entscheid heute zum Glück vom Ständerat korrigiert und wir hoffen sehr, und ich habe vorhin eine SMS gesehen, dass mittlerweile über 300’000 Menschen einen Appell unterzeichnet haben, dass der Nationalrat am Montag dem auch Folge leistet.

Vor diesem Hintergrund setzen wir mit «Halt Gewalt» in Basel-Stadt auf konsequente Prävention vor Ort, in den Quartieren, bei den Menschen und insbesondere auch bei Frauen mit Behinderung. Die SP-Fraktion stimmt deshalb einstimmig der Bewilligung zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Im vorliegenden Geschäft geht es um die finanzielle Beteiligung des Kantons an der Weiterführung des Projekts «Halt Gewalt». Offenbar zeigt das Projekt Wirkung, auch wenn es nicht wirklich vollumfänglich nachweisbar ist. Die kontinuierliche Sensibilisierungsarbeit trägt dazu bei, dass häusliche Gewalt sichtbarer wird, auch für Betroffene, die bisher

keinen Zugang zum Hilfesystem fanden. Der Kanton kommt mit diesem Engagement seinem gesetzlichen Auftrag nach. Die Istanbul-Konvention ist für uns verbindlich und mit der Übertragung der operativen Leitung an den Verein FSG, frau sucht gesundheit, wird das Projekt in eine Struktur überführt, die über die nötige Erfahrung, welche Frauen als Opfer sehen, verfügt. Die beantragten Mittel sind daher einseitig, aber trotzdem sinnvoll investiert und ermöglichen eine nachhaltige Weiterführung eines Modells, das bereits heute wirkt. Die Fraktion der SVP stimmt somit den benötigten finanziellen Mitteln zu.

Doch erlauben Sie mir einen wichtigen Hinweis. Häusliche Gewalt betrifft nicht nur Frauen, auch Männer, Jungen, Knaben und nicht-binäre Personen sind Opfer, und zwar häufiger, als es in den öffentlichen Debatten sichtbar ist. Es gibt seit den 1980er-Jahren unzählige Untersuchungen, leider in der Schweiz keine einzige, die klar festhalten, dass es eine erhebliche Zahl von häuslicher Gewalt gibt, die auch von Frauen an Männern oder Kindern ausgeübt werden. Auch sie sind Opfer und dürfen nicht übersehen werden. Die Istanbul-Konvention richtet ihren Schutz zwar in erster Linie auf Frauen, schliesst aber ausdrücklich nicht aus, dass Staaten ihre Massnahmen auf alle Betroffenen ausweiten. Genau das sollte auch unser Anspruch sein. Wenn wir als Kanton glaubwürdig sein wollen, wenn wir Transparenz schaffen und Vertrauen in die Behörden stärken wollen, dann müssen wir deutlich machen, häusliche Gewalt wird als gesellschaftliches Problem verstanden und nicht als ein Problem einzelner Geschlechter.

Im Projekt «Halt Gewalt» wird dieser breite Blick bisher nur am Rand sichtbar. Opfer männlichen oder nicht-binären Geschlechts kommen im Konzept kaum oder gar nicht vor, ihre spezifischen Zugangswege, Hemmungen und Bedürfnisse werden nicht gleichermassen oder gar nicht aufgenommen. Dasselbe gilt leider auch für Kinder. Das ist nicht zeitgemäss und es schwächt die Glaubwürdigkeit der Präventionsarbeit. Darum ist unsere Zustimmung verbunden mit einer klaren Erwartung, die Erweiterung der Angebote der Kommunikation und der Sensibilisierung muss zukünftig auch Männer und männliche Jugendliche, nicht-binäre Personen und Kinder einschliessen, auch auf Plakaten, Flyern, usw. Nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung, denn jede Person, die Gewalt erlebt, hat Anspruch auf Schutz und Unterstützung.

Auf meine Nachfrage wurde mir gesagt, dass es in der Schweiz noch keine Studien zu Partnergewalt an Männern gibt. Das ist bedauerlich, gibt es diese Studie doch in vielen anderen Ländern seit Jahren. Was uns somit fehlt, sind verlässliche, umfassende Daten. Es gibt Hinweise von verschiedenen Stellen, es gibt punktuelle Erhebungen, aber es gibt keine systematische landesweite Forschung, die uns ein vollständiges Bild der Situation männlicher Betroffener in der Schweiz liefern würde. Diese Wissenslücke führt zu einem paradoxen Zustand. Wir wissen, dass es ein Problem gibt, aber wir wissen nicht genügend darüber, um es angemessen miteinzubeziehen.

Trotzdem unterstützen wir das vorliegende Projekt, weil es zumindest einseitig wirkt und weil es nötig ist. Gleichzeitig wollen wir, dass der Kanton Basel-Stadt ein Vorbild dafür wird, häusliche Gewalt ganzheitlich zu bekämpfen, für Frauen, Männer, Kinder und alle anderen Betroffenen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich versuche, möglichst in der Zeit zu sprechen. Im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, und ich spreche auch für die BastA, begrüssen wir sehr die Überführung des Projekts «Halt Gewalt» in die Regelstruktur. Sehr gerne bewilligen wir die Finanzhilfe zur Umsetzung von «Halt Gewalt» durch den Verein frau sucht gesundheit, der jetzt schon die wichtige Institution Frauenoase betreibt und nun in Zusammenarbeit mit zehn Quartiertreffpunkten das Projekt «Halt Gewalt» in der ganzen Stadt umsetzen wird.

Das Engagement gegen häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt ist enorm wichtig. Wir haben dieses Jahr eine erschütternde Zahl von schweizweit 28 Femiziden zu verzeichnen und das ist, wie wir alle wissen, nur die schreckliche Spitze des Eisbergs der häuslichen Gewalt. Entsprechend gross war dann auch der Aufschrei gestern, als bekannt wurde, dass der Nationalrat die zusätzlich beantragten Gelder für die Prävention von Gewalt an Frauen und die Umsetzung der Istanbul-Konvention abgelehnt hat. Was für ein Schlag in das Gesicht aller Frauen, von denen die allermeisten schon einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen waren. Wie Agota Lavoyer sagt, die Frage ist nicht, ob eine Frau Gewalt erfährt, sondern wann, wo und durch wen. Es ist eine sehr traurige Realität, die wir anerkennen müssen, aber selbstverständlich nicht, um dann untätig zu bleiben und Gelder nicht zu bewilligen, sondern um zu handeln. Insofern bin ich ausserordentlich froh, dass sich nicht nur die JSSK, sondern gemäss «Chrüzlistich» scheinbar auch der gesamte Grosse Rat für die Überführung des Projekts «Halt Gewalt» in die Regelstruktur aussprechen wird.

Ich möchte an dieser Stelle auch meinem Vorredner Felix Wehrli ausdrücklich für dieses Votum danken. Da spricht ein Vertreter der SVP sich für die Einhaltung der Istanbul-Konvention und die Umsetzung der Istanbul-Konvention aus und gerade vor dem Hintergrund dessen, was auf Bundesbernebene diskutiert wird, kann ich das wirklich nur mit grossem Dank entgegennehmen. Auch ich möchte erwähnen, dass wir in der JSSK darüber diskutiert haben, dass es nicht nur Frauen sind, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, sondern eben zum Beispiel auch Männer und dass es dieser Gruppe zum Teil noch schwerer fällt, über Gewalterfahrungen zu sprechen. Es gibt also noch viel zu tun.

Insbesondere auch wichtig ist der systematische Einbezug aller Quartiertreffpunkte, also der ganzen Stadt. Es ist kein Kleinbasel-Phänomen, auch das haben wir gehört. Durch eine niederschwellige Arbeit in den Quartieren sollen möglichst vielfältige Personengruppen erreicht werden. Dabei geht es auch darum, die häusliche Gewalt intersektional zu denken, also zusätzliche Faktoren, die die Vulnerabilität verstärken können, zu berücksichtigen, so wie das diesjährige Projekt den Fokus auf das Thema Behinderung und Gewaltbetroffenheit legt oder dass es eben auch darum geht, in den Quartieren Kontakte zu den Personen herzustellen, denen es beispielsweise aufgrund einer sehr starken Eingebundenheit bis Isolation in einem sozialfamiliären Umfeld und entsprechend fehlenden Kontakten nach aussen nicht einfach möglich ist, sich bei häuslicher Gewalt Hilfe zu holen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch nochmal an die ausserordentlich zugespitzte Prekarität von Sans-Papiers erinnern, für die der Weg zur Hilfe im Fall von häuslicher oder geschlechtsspezifischer Gewalt weitgehend versperrt ist, was sie enorm vulnerable macht. Ich habe im Frühjahr eine Interpellation dazu eingereicht. Hier erwarte ich von der zuständigen Regierungsrätin Stephanie Eymann, die sich sehr für die Prävention von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt stark macht, und auch ihr möchte ich an dieser Stelle explizit dafür danken, hier erwarte ich also auch von ihr und den zuständigen Behörden, dass sie diese spezifische, schutzlose Konstellation, in der sich Sans-Papiers-Personen befinden, angehen und Lösungen finden, damit auch sie Schutz erhalten, bevor wir einen zweiten Femizid an einer Sans-Papiers-Frau in der Region betrauern und bedauern müssen.

Ich danke den bisherigen Verantwortlichen des Projekts «Halt Gewalt» sowie dem Verein frau sucht gesundheit und den Quartiertreffpunkten für ihre wichtige Arbeit und beantrage Zustimmung zu der Finanzhilfe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Frau Eymann verzichtet, Frau Heer verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung (Seite 18 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

1. Gesamtausgaben

a) Ausgaben für Verein frau sucht gesundheit

b) Ausgaben an Trägerschaften von Quartiertreffpunkten

1. - 10.

c) Ausgaben für Personalkosten bei Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe

2. Teuerungsausgleich

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007860, 10.12.25 18:02:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Umsetzung von «Halt Gewalt» in den Jahren 2026 und 2027 werden Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 805'752 (Fr. 402'876 p.a.) bewilligt. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

a) Ausgaben von insgesamt Fr. 408'752 (Fr. 204'376 p.a.) in den Jahren 2026 bis 2027 für den Verein frau sucht gesundheit;

b) Ausgaben von insgesamt Fr. 200'000 (Fr. 100'000 p.a.) in den Jahren 2026 bis 2027 für die folgenden zehn Trägerschaften von Quartiertreffpunkten:

1. Verein Treffpunkt Breite Fr. 10'000

2. Verein Familienzentrum Gundeli Fr. 10'000

3. Verein Quartierzentrum Oekolampad Fr. 10'000

4. Verein Quartiertreffpunkt Wettstein Fr. 10'000

5. Verein Quartiertreffpunkt LoLa Fr. 10'000

6. Trägerverein Quartiertreffpunkt Kleinhüningen Fr. 10'000

7. Elternverein MaKly Fr. 10'000

8. Sozialverein St. Johannes für den Betrieb der Kontaktstelle Eltern und Kinder St. Johann Fr. 10'000

9. Verein Quartierzentrum Hirzbrunnen Fr. 10'000

10. Quartierverein Dynamo Iselin (Quartierzentrum Iselin) Fr. 10'000

c) Ausgaben von insgesamt Fr. 197'000 (Fr. 98'500 p.a.) in den Jahren 2026 bis 2027 zur Finanzierung der Personalkosten bei der Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe im Justiz- und Sicherheitsdepartement im Zusammenhang mit der Erweiterung und Umsetzung eines flächendeckenden, zielgruppengerechten Weiterbildungskonzepts im Bereich Häusliche Gewalt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig mit 82 Stimmen zugestimmt.

Wir fahren am nächsten Mittwoch fort mit der Budgetberatung und behandeln die anderen Traktanden im Anschluss.

Schluss der 40. Sitzung

18:02 Uhr

Protokoll

der 41. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 17. Dezember 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Daniel Gmür (SP), Pascal Pfister (SP), Fina Girard (Grüne/jgb), Lukas Faesch (LDP), Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP), Salome Besenich (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

56. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK sowie Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR 2

Beginn der 41. Sitzung

Mittwoch, 17. Dezember 2025, 09:00 Uhr

56. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK sowie Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR

[17.12.25 09:00:15]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Wechsel des Fraktionspräsidiums bei der SP

Die Fraktion SP hat mitgeteilt, dass ab 1. Januar 2026 Melanie Nussbaumer das Fraktionspräsidium übernehmen wird. Sie wird dabei von den beiden Vizefraktionspräsidenten Claudio Miozzari und Beda Baumgartner unterstützt.

Letzte Sitzung Alexandra Dill

Heute hat Alexandra Dill ihren letzten Sitzungstag bei uns. Sie war seit 1. Februar 2017 Mitglied des Grossen Rates und auch Mitglied der folgenden Kommissionen: Disziplinarkommission, Begnadigungskommission, Bau- und Raumplanungskommission, Spezialkommission Klimaschutz, PUK Biozentrum und der Geschäftsprüfungskommission. Ich möchte Alex Dill ganz herzlich für die dem Kanton geleisteten Dienste danken und wünsche für den weiteren Weg ausserhalb der Politik alles Gute. [Applaus]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, auf ihren Bericht einzutreten und das Budget 2026 des Kantons Basel-Stadt mit den Änderungen der Finanzkommission zu genehmigen. Die Bildungs- und Kulturkommission hat zuhanden der Finanzkommission einen Mitbericht zum Globalbudget der kantonalen Museen verfasst. Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission berichtet zum Globalbudget öffentlicher Verkehr mündlich.

Ich schlage Ihnen zur Beratung des Budgets 2026 folgenden Ablauf vor: Allgemeine Eintretensdebatte zum Bericht der Finanzkommission und zum Budget. Erste Referenten sind der Präsident der Finanzkommission, die Präsidien der BKK und der UVEK, die Vorsteherin des Finanzdepartementes und der Vorsitzende des Gerichtsrates. Anschliessend folgen die Fraktions- und Einzelsprechenden.

Eintreten auf das Budget ist obligatorisch. Detailberatung, jeweils Fraktions- und Einzelsprechende. Zuerst gesamtkantonale Feststellung, Kapitel 4 des Berichts der Finanzkommission, danach departementsweise Beratung.

Das Globalbudget der globalen Museen ist im Präsidialdepartement integriert, das Globalbudget öffentlichem Verkehr ist im Bau- und Verkehrsdepartement enthalten. Das vorgezogene Budgetpostulat zum Budget 2026 wird bei den entsprechenden Departementen beraten.

Kenntnisnahme der Investitionsübersichtsliste und am Schluss noch die Schlussabstimmung über das Budget 2026.

Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit dieser Abfolge einverstanden sind. Somit hat Joël Thüring als Präsident der Finanzkommission das Wort.

Joël Thüring (SVP): Der Regierungsrat hat uns ein Budget mit einem Überschuss von 3.5 Mio. Franken vorgelegt. Dieses Budget war Basis unserer Beratungen. Durch einen Nachtrag des Regierungsrats und ergänzende Anträge der Finanzkommission, zu welchen wir später noch kommen werden, reduziert sich der budgetierte Überschuss auf 2.6 Mio. Franken. Wobei hier neu berücksichtigt werden muss, dass für den Teuerungsausgleich ursprünglich 7 Mio. Franken eingestellt worden waren. Die Teuerungsschätzung ging bei der Berechnung des Budgets von einer Teuerung von 0,4% aus.

In der Zwischenzeit kennen wir die relevante massgebende Zahl. Die Jahresteuerung im Kanton beträgt 0,1%, womit sich eine Verminderung um 5.4 Mio. auf 1.8 Mio. Franken für diesen Teuerungsausgleich ergibt. Neu sieht der Regierungsrat, wenn man die noch zu erwähnenden Anträge der Finanzkommission auslässt, einen Überschuss von 8.05 Mio. Franken für das Budget 2026 vor.

Gerne zu Beginn einige allgemeine Bemerkungen zum Budget. Die Budgetierung für das Jahr 2026 erfolgt in einem Umfeld anhaltender Unsicherheiten. Geopolitische Spannungen, eine fragile Weltwirtschaft sowie regulatorische Eingriffe, namentlich die OECD-Mindestbesteuerung prägen die Rahmenbedingungen. Gleichzeitig wirken sich demografische Entwicklungen, der Fachkräftemangel sowie der hohe Investitionsbedarf in Infrastruktur und Digitalisierung auf die kantonalen Finanzen aus. Vor diesem Hintergrund legt der Regierungsrat dennoch ein formell ausgeglichenes Budget 2026 vor.

Bei einem Betriebsaufwand von rund 5.7 Mrd. Franken und einem Betriebsertrag von 5.4 Mrd. Franken resultiert zwar ein negatives Betriebsergebnis, dieses wird jedoch durch ein positives Finanzergebnis kompensiert. In der Erfolgsrechnung verbleibt also dieser besagte Überschuss von 8.05 Mio. Franken. Das Investitionsvolumen steigt auf 545.6 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 47,3%, womit die Investitionen knapp zur Hälfte aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Das seit 2021 bestehende Nettovermögen wird damit vollständig abgebaut und per Ende 2026 werden erstmals wieder Nettoschulden von rund 143 Mio. Franken ausgewiesen. Und auch künftig bleiben die Investitionstätigkeiten hoch, sie werden auf über 600 Mio. Franken ansteigen. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt im Finanzplan entsprechend weiter, wodurch die Nettoschulden bis 2029 auf rund 1.2 Mrd. Franken anwachsen. Die Nettoschuldenquote bleibt jedoch klar unter der Grenze der Schuldenbremse.

Auf der Ertragsseite rechnet der Regierungsrat mit steigenden Steuereinnahmen bei natürlichen Personen, sowohl bei den Einkommens- als auch bei den Vermögenssteuern sowie mit einem höheren Anteil an der direkten Bundessteuer. Bei den juristischen Personen werden die Erträge hingegen leicht tiefer budgetiert. Die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank bleibt volatil. Wie in den Vorjahren wird eine mittlere Ausschüttung von 45 Mio. Franken angenommen und entsprechend budgetiert, was sich aber vom Meccano her bewährt hat.

Die Einzahlungen in den nationalen Finanzausgleich belaufen sich auf 214 Mio. Franken, sinken also gegenüber dem Vorjahr um gut 10 Mio. Franken, werden aber gemäss Finanzplan bis ins Jahr 2029 weiter deutlich ansteigen.

Auf der Aufwandseite wird das Budget durch mehrere bereits beschlossene oder geplante strukturelle Mehrausgaben geprägt. Das Massnahmenpaket zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität mit einer Anpassung der Lohnkurve, Schichtzulagen und Elementen zur Ablösung der Arbeitsmarktzulage bei der Kantonspolizei, der neue Leistungsauftrag für die Uni Basel, höhere Ausgaben bei der Sozialhilfe, beim öffentlichen Verkehr, bei den Spitalbehandlungen sowie der jeweils zu gewährende Teuerungsausgleich auf Löhnen und Staatsbeiträgen haben hierauf einen Einfluss. Dämpfend wirken unter anderem höhere Erträge bei natürlichen Personen, eine höhere Ausschüttung der Basler Kantonalbank sowie der Wegfall grosser einmaliger Anlässe wie dem ESC oder der Frauen EM.

Ein zentrales Element bleibt die OECD-Mindestbesteuerung. Für 2026 werden Mehreinnahmen von 400 Mio. Franken erwartet. Entsprechend ist im Budget eine Äufnung der beiden Fonds des Basler Standortpakets in gleicher Höhe vorgesehen. Diese Mittel sind saldoneutral, erhöhen aber technisch den ausgewiesenen Betriebsaufwand. Ich komme darauf zurück.

Makroökonomisch wird für Basel-Stadt weiterhin ein solides Wachstum erwartet. Die Zinssituation hat sich entspannt, diese Rahmenbedingungen unterstützen die Finanzierung, sie entbinden jedoch nicht von Priorisierungen. Die Finanzkommission stellt deshalb fest, dass die Ausgaben weiterhin schneller wachsen und die finanzpolitische Planung entsprechend erhöhte Aufmerksamkeit erfordert.

Besonders hervorzuheben ist das Wachstum beim Personalbestand. Der Stellenplafond überschreitet 2026 erstmals die Marke von 10’000 Vollzeitstellen, was einer Zunahme von rund 2% entspricht. Der Stellenaufbau ist departementsübergreifend und sowohl durch wachsenden Leistungsbedarf, etwa im Bildungsbereich, als auch durch qualitative Veränderungen wie Digitalisierung und neue regulatorische Anforderungen begründet. Künftig wird es daher aus Sicht der Finanzkommission entscheidend sein, dass Projekte und Digitalisierungsvorhaben wenn möglich mit einer Effizienzsteigerung einhergehen, um die Ausgabenentwicklung zu stabilisieren.

Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat weiterhin ein ausgeglichenes Budget vorlegen und Ausgaben priorisieren und effizienter gestalten will. Auch der Regierungsrat hielt im Hearing mit der Finanzkommission fest, dass die Ausgaben über die Jahre stärker gestiegen sind und die Ertragslage sich weiterhin gut entwickelt. Entsprechend liegt auch aus Sicht des Regierungsrates das Problem eher bei ersteren, denn bei letzterem.

Einige generelle Feststellungen zum Budget. Im Mai 2025 wurde bekanntlich das Standortpaket angenommen. Es reagiert auf die OECD-Mindestbesteuerung und soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Basel stärken sowie gesellschaftliche und ökologische Ziele fördern. Grundlage bilden zwei Fonds, die aus den Mehreinnahmen der Ergänzungssteuer gespiesen werden. Für 2026 ist hierfür eine Äufnung von 400 Mio. Franken vorgesehen. Möglich wären

zwischen 150 und 500 Mio. Franken. Die Mittel werden auf Antrag der Unternehmen und nach Prüfung durch den Kanton vergeben und sollen sowohl Innovation und Forschung als auch Projekte mit sozialem und ökologischem Nutzen unterstützen. Die Finanzkommission begrüsst den zielgerichteten Einsatz der zusätzlichen Mittel aus der OECD-Mindestbesteuerung sowie den Ansatz mit den beiden Fonds, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftliche Verantwortung zu verbinden. Gleichzeitig hält sie fest. dass der Vollzug des Standortpakets erst anläuft und die konkreten Wirkungen noch nicht absehbar sind. Sie erwartet daher transparente und nachvollziehbare Kriterien für die Mittelvergabe. Die im Budget 2026 vorgesehene Äufnung erachtet die Kommission als angemessen und wird Umsetzung und Wirkung im Rahmen der kommenden Rechnungs- und Budgetberatungen weiterverfolgen.

Die Finanzkommission befasst sich seit mehreren Jahren mit der Arbeitgeberattraktivität des Kantons. Der Regierungsrat lancierte das Projekt Arbeitgeberattraktivität steigern, ergänzt durch gezielte Massnahmen wie höhere Lernendenlöhne, Entschädigung der Umkleidezeit, einen dreiwöchigen Schwangerschaftsurlaub sowie sogenannte «Quick Wins». Zur Abfederung des akuten Unterbestands bei der Kantonspolizei haben Sie hier im Grossen Rat auf Antrag des Regierungsrates respektive der Finanzkommission im 2023 zudem eine befristete Arbeitsmarktzulage beschlossen, die nun abgelöst werden soll.

Im Rahmen der Budgetberatung stellte der Regierungsrat der Finanzkommission dieses Lohnmassnahmenpaket vor, das sich derzeit in der Beratung bei der WAK befindet. Ziel ist insbesondere die Verbesserung der Einstiegslöhne, die gemäss Lohnvergleich in den unteren Erfahrungsstufen unter dem schweizweiten Durchschnitt liegen, während die höheren Erfahrungsstufen überdurchschnittlich entlöhnt sind. Das Paket umfasst Anpassungen der Lohnkurve bis Erfahrungsstufe 11, die Aufhebung der Teuerungsdegression, höhere Zulagen für Schichtarbeit sowie spezifische Massnahmen zur Ablösung der Arbeitsmarktzulage bei der Kantonspolizei. Insgesamt ergeben sich daraus jährliche Mehrkosten von rund 20.6 Mio. Franken.

Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass das Paket zentrale Schwachstellen adressiert und auf politische Vorstösse, frühere Empfehlungen der Finanzkommission. sowie Erkenntnisse aus der Mitarbeitendenbefragung 2024 reagiert. Die Massnahmen erscheinen grundsätzlich geeignet, die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber zu stärken. Die vertiefte Beratung liegt jedoch bei der WAK. Die Finanzkommission wird die Umsetzung und finanziellen Auswirkungen im Rahmen der kommenden Budget- und Rechnungsberatungen weiter verfolgen und möchte an dieser Stelle insbesondere darauf hinweisen, dass die Arbeitsmarktzulage der Kantonspolizei gemäss Beschluss Ende Februar 2026 ausläuft.

Nun zu einigen Feststellungen aus den Departementen. Zum Präsidialdepartement. Im Herbst 2026, Sie haben das mitbekommen, ziehen die Abteilungen des Präsidialdepartements in die ehemalige Hauptpost um. Der Umzug ist mit einmaligen Mehrkosten verbunden. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass die Abteilungen künftig an einem zentralen Standort zusammengeführt werden und erwartet, dass sich daraus betriebliche Vorteile ergeben. Gleichzeitig geht die Finanzkommission davon aus, dass die Umsetzung innerhalb des vorgesehenen finanziellen Rahmens erfolgt, insbesondere mit Blick auf die Mietkosten.

Im November 2024 hat der Regierungsrat dem Statistischen Amt die Federführung für das Thema KI übertragen. Seither wurden eine kantonale Richtlinie sowie eine KI-Governance erarbeitet, welche Zuständigkeiten und Kompetenzen, insbesondere in Abstimmung mit der IT BS regeln. Das Statistische Amt baut die fachliche KI-Kompetenz auf, berät die Dienststellen, entwickelt Anwendungen, prüft Einsatzmöglichkeiten und begleitet regulatorische Fragen. Die IT BS ist hingegen für Infrastruktur, Betrieb und die technische Unterstützung zuständig. Entsprechend beantragen das Statistische Amt Ressourcen für KI-Fachexpertise und die IT BS Stellen für die technische Umsetzung.

Ab dem Budget 2026 werden Mehrjahresglobalkredite für drei der fünf staatlichen Museen eingeführt. Damit erfolgt eine Umstellung auf eine mehrjährige Finanzsteuerung. Die Verantwortlichen richten sich nach dem Museumsgesetz, die Museumsdirektionen tragen die Verantwortung für finanzielle Führung und Controlling, während das Präsidialdepartement die Aufsicht wahrnimmt und die Einhaltung der Finanz- und Betriebsprozesse überprüft. Zu Beginn jeder Globalkreditperiode, also jetzt, erstellen die Museen einen mehrjährigen Finanz- und Investitionsplan. Abweichungen sind jeweils mit Blick auf die gesamte Kreditperiode zu begründen. Die Berichterstattung erfolgt dreimal jährlich im Rahmen von Tertialreportings an die Abteilung Kultur. Die Finanzkommission begrüsst diese Ausgestaltung, da sie Steuerung und Transparenz verbessert und wird die Umsetzung weiter begleiten.

Zum BVD. Ab diesem Winter übernimmt der Kanton erstmals den Winterdienst auf den Trottoirs. Der Grosse Rat hat die bisherige Räumpflicht der privaten Eigentümer, wir sprechen hier von 450 Kilometer Trottoirs, an den Kanton übertragen. Für Umsetzung, Personal und Material stehen rund 1.96 Mio. Franken bereit. Mangels eigener Kapazitäten wird die Stadtreinigung durch externe Kräfte und gemietete Fahrzeuge unterstützt. Das Projekt ist zunächst auf zwei Winter ausgelegt. Fixkosten fallen allerdings auch dann an, wenn, wie in Basel üblich, eher der Schirm als die Schneeschaufel im Einsatz steht, also rund 0.5 Mio. Franken pro Jahr für die Einsatzbereitschaft. Die Finanzkommission anerkennt den organisatorischen Aufwand und hält die Mittel für angemessen. Sie wird die Personal- und Gerätekosten sowie die technische Entwicklung beobachten und begrüsst, dass grössere Investitionen erst nach den ersten Erfahrungen ausgelöst werden.

Zum ED. Das vom Grossen Rat beschlossene Massnahmenpaket integrative Schule ist neben dem Masterplan Berufsbildung ein zentraler Schwerpunkt im Jahr 2026. Die Finanzkommission liess sich über den Umsetzungsstand dieses Massnahmenpakets informieren. Die integrative Schule wurde um vier neue Förderangebote sowie das neue Spezialangebot Plus ergänzt. Zusätzlich wurden die Ressourcen in Logopädie und Psychomotorik erhöht. Bei den neuen Förderangeboten wurden insbesondere mit der Einführung von Lerninseln begonnen auf der Primarstufe in 15 von 24 Schulen, auf der Sekundarstufe in 7 von 12 Schulen. Fördergruppen wurden bislang an 7 Standorten eingerichtet. Auf der Sekundarstufe wird vorerst auf weitere Massnahmen verzichtet, um Optimierungen der integrativen Schule zu prüfen. Aussagen zur Kostenentwicklung sind derzeit nur eingeschränkt möglich. Erwartet wird ein Anstieg proportional zum Schülerwachstum, gleichzeitig jedoch eine Reduktion von Notmassnahmen, Spezialangeboten und Einzelbeschulungen. Eine externe Evaluation ist für das Schuljahr 2028-2029 vorgesehen. Die Finanzkommission nimmt diese bisherigen Umsetzungsschritte zur Kenntnis und sieht erste positive Effekte und ist gespannt, wie sich dieses Förder- oder dieses Massnahmenpaket weiterentwickelt.

Der neue Leistungsauftrag der Universität Basel für die Jahre 2026 bis 2029 sieht eine jährliche Erhöhung des Globalbeitrags um 12.2 Mio. Franken vor. Mit Blick auf künftige Leistungsperioden prüft der Regierungsrat gemeinsam mit dem Partnerkanton Anpassungen an der Trägerfinanzierung, insbesondere im Hinblick auf den sogenannten Standortvorteil. Dieser wurde 2021 mit 10% in den Finanzierungsschlüssel aufgenommen und soll nun anhand verschiedener Parameter überprüft werden. Die Finanzkommission begrüsst dieses Ansinnen, da es aus ihrer Sicht wesentlich ist, die Trägerfinanzierung gerecht und nachhaltig auszugestalten, da die Universität für die gesamte Region von grossem Wert ist. Die Finanzkommission erwartet aber, dass die Finanzierung der Universität weiterhin paritätisch ausgestaltet wird.

Zum FD. Die Finanzkommission erkundigte sich, wie mit der Internalisierung von 16 Vollzeitstellen bei der IT BS Einsparungen konkret realisiert und ausgewiesen werden können. Das Departement führte aus, dass die Umstellung ab 2026 schrittweise erfolgt und die Einsparungen entsprechend der Rekrutierung im Budget direkt zugeordnet und laufend überprüft werden. Ziel ist eine vollständige Umsetzung in diesem Jahr, also im Jahr 2026.

Die Finanzkommission hat wiederholt den Bedarf an transparenteren, vergleichbaren und aussagekräftigen Kennzahlen im Budgetprozess thematisiert. Im Zentrum stand dabei die Frage, wie und an welchen Stellen konkrete Kennzahlen systematisch eingesetzt werden, um die Notwendigkeit, Angemessenheit und Effizienz nachvollziehbar zu begründen. Aus Sicht der Kommission sind einheitliche, konsistente Kennzahlen ein wichtiges Steuerungsinstrument für einen zielgerichteten Mitteleinsatz sowie auch für die politische Kontrolle. Das FD führte aus, dass insbesondere in gesellschaftlich relevanten Themen wie beispielsweise Bildung oder Gesundheit solche Kennzahlen bereits heute eine zentrale Rolle spielen. Schülerzahlen, Fallzahlen in der Sozialhilfe oder stationäre Behandlungsfälle im Gesundheitswesen werden systematisch ausgewiesen. Sie bilden eine wesentliche Grundlage für die Berechnung der Budgetposten. Auch in anderen Ausgabenbereichen werden, wo sinnvoll, Leistungszahlen herangezogen. Jede Budgeterhöhung unterliegt dabei einer Prüfung auf Notwendigkeit und Effizienz, wobei Kennzahlen zur Beurteilung der wirtschaftlichen Tragweite eingesetzt werden. Die Finanzkommission betont, dass die Qualität der Messungen ausschlaggebend ist. Sie fordert künftig fundierte, vergleichbare und kontinuierliche Kennzahlen, um eine verlässliche Historie zu schaffen. Nur so können negative Kostenentwicklungen frühzeitig erkannt und proaktive Steuerungsmassnahmen eingeleitet werden.

Zum Gesundheitsdepartement. Die Zunahme der Kosten für den Leistungsauftrag vom Jahr 2024 zum Budget 2025 bei der Spitex steht im Zusammenhang mit der Erhöhung der Tarife für Spitex Basel im Rahmen der Erneuerung des Leistungsvertrages für die Jahre 2025 bis 2028. Da die Beiträge von Krankenkassen und Patienten im KVG fixiert sind, schlagen Teuerung und Lohnentwicklungen über die kantonale Pflegerestfinanzierung überproportional zu Buche. Während die im Leistungsauftrag erbrachten Pflegestunden von Spitex Basel leicht zurückgehen, haben die Spitex-Anbieter ohne Leistungsauftrag ihren Marktanteil auf über 50% ausgebaut. Bei Spitex Basel zeigt sich zudem seit Jahren eine Verschiebung hin zu komplexeren Fällen und kürzeren Einsätzen, was insbesondere die Kosten für die Bedarfsabklärung erhöht. Bei privaten Spitex-Anbietern nahm das Leistungsvolumen vor allem in der Grundpflege deutlich zu. Dies ist unter anderem auf die Revision der Krankenpflegeleistungsverordnung zurückzuführen, welche die Abrechnung von Pflegeleistungen durch Angehörige über die obligatorische Krankenversicherung ermöglicht.

Zum JSD. Die Finanzkommission hat bereits im Budget 2025 auf die sehr hohe Zahl paralleler Projekte im JSD hingewiesen. Auch im diesjährigen Hearing blieb dies ein Schwerpunkt. Rund 50 Projekte, liess das JSD uns mitteilen, laufen derzeit gleichzeitig. Das JSD hat die Problematik der vielen gleichzeitig laufenden Projekte erkannt und seine Projektmanagementstrukturen entsprechend angepasst. So werden seit August die wichtigsten Vorhaben zentral im Generalsekretariat gesteuert und die Departementsleitung definiert sogenannte Schlüsselprojekte, die besonders eng geführt und priorisiert werden. Bei der Kantonspolizei wurden zudem Verzichtsplanungen für nicht betriebsrelevante Vorhaben erarbeitet.

Über alle Dienststellen hinweg sind rund elf Vollzeitstellen ausschliesslich für das Projektmanagement tätig. Bei komplexen oder fachlich spezialisierten Projekten werden zusätzlich externe Ressourcen beigezogen. Viele Projekte gehen auf politische Aufträge, gesetzliche Vorgaben oder technische Abhängigkeiten zurück. Die Finanzkommission anerkennt dies, stellt aber fest, dass ähnliche Rahmenbedingungen auch in anderen Departementen bestehen. Das JSD weist hier jedoch

eine besonders starke Häufung an Projekten auf, die zusätzlich zum anspruchsvollen Tagesgeschäft bewältigt werden müssen. Die Finanzkommission begrüsst daher die Einführung einer Kategorie Schlüsselprojekte, die mehr Übersicht und Fokus schaffen soll. Ob die neuen Strukturen ausreichen, um die Vielzahl der Vorhaben fristgerecht abzuarbeiten, bleibt abzuwarten. Weiterhin bestehen im JSD zahlreiche zeitkritische Informatikprojekte, fünf von zehn laufen bereits verzögert, eines musste abgebrochen werden.

Die Finanzkommission liess sich auch über den Stand der Rekrutierung bei der Kantonspolizei informieren. Das JSD berichtet von erfreulichen Fortschritten. Die Anzahl der Aspiranten liegt derzeit bei rund 25 pro Lehrgang. Bei zwei Polizeischulen pro Jahr könnte der bestehende Unterbestand sowie die anstehenden Pensionierungen ausgeglichen werden, dies allerdings innerhalb eines Jahrzehnts. Seit Beginn des Reorganisationsprozesses im Juli 2024 verzeichnete die Kantonspolizei 91 Neuanstellungen und 66 Abgänge, was ebenfalls zu einem Nettozuwachs von 25 Korpsangehörigen führte. Die Finanzkommission erkennt an, dass die bisher ergriffenen Massnahmen erkennbar Wirkung zeigen und konsequent weitergeführt werden müssen.

Die Finanzkommission befasst sich im JSD auch seit längerem oder seit langem mit dem Projekt UMIS Spiegelhof. Nach zusätzlichen Ausgaben von fast 30 Mio. Franken für Brandschutz, Dämmung und die temporäre Auslagerung des Kundenzentrums rechnet das JSD nun mit einem Abschluss der Sanierung im ersten Quartal 2028. Ein weiteres Jahr später als zuvor angekündigt. Die Finanzkommission bedauert diese Verzögerung und bekräftigt ihre Forderung nach einer besseren Planung und Koordination kantonaler Bauprojekte. Diese Erwartung ist nicht nur an das JSD adressiert.

Zum WSU. Die Finanzkommission wurde im Herbst 2025 über die Überarbeitung des Kaderreglements der IWB informiert. Diese sieht deutlich höhere variable Vergütungen vor, bis zu 70’000 Franken für Kaderangestellte, bisher 40’000 Franken, sowie zusätzlich bis zu 15% des Jahreslohns für CEO und Geschäftsleitung. Insgesamt dürfen jährlich maximal 4 Mio. Franken an variablen Löhnen ausbezahlt werden. Der Regierungsrat begründet die Anpassung mit der Wettbewerbsfähigkeit der IWB im Fachkräftemangel und der Transformation der Energiewirtschaft. Die Finanzkommission beurteilt diese Ausweitung kritisch. Als öffentlich-rechtliches Unternehmen muss die IWB besonderen Anforderungen an Transparenz, Masshaltung und Gemeinwohlorientierung genügen. Bei zugleich hohen Energiekosten bestehen Akzeptanz- und Fehlsteuerungsrisiken. Die Finanzkommission erwartet klare, überprüfbare Leistungsindikatoren, eine gute Begründung der variablen Komponenten. Sie wird die Umsetzung und Wirkung des neuen Reglements weiter beobachten.

Zu den Gerichten. Die Finanzkommission befasst sich seit der Rechnung 2024 mit der Frage, ob die IT der Gerichte in die IT BS integriert werden kann. Damals standen zwei Optionen im Raum, vollständige Integration («all in») oder vollständige Eigenständigkeit («all out»). Da der Regierungsrat einen Status quo ablehnte, mussten die Gerichte zunächst «all out» planen mit geschätzten Mehrkosten von rund 1.55 Mio. Franken pro Jahr. 2 Mio. Franken einmalig und drei zusätzlichen Stellen. Im Rahmen dieser Budgetberatung zeigte sich jedoch, dass sich die Ausgangslage geändert hat. Regierungsrat und IT BS signalisierten erstmals eine dritte Variante, eine hybride Lösung, welche die Anforderungen der Gerichte erfüllen könnte. Eine externe Studie, die beide Seiten gemeinsam in Auftrag gaben, beurteilt diese hybride Variante als klar bevorzugt. Die Gespräche zwischen Regierung und Gerichten laufen weiter, ein definitiver Entscheid liegt noch nicht vor. Der Regierungsrat empfiehlt aber, das Budget 2026, so wie es eingestellt wurde, nicht anzupassen, da die tatsächlichen Kosten erst nach Abschluss der Analyse und Einigung feststehen. Die Finanzkommission begrüsst es weiterhin, dass eine gemeinsame, tragfähige Lösung gesucht wird, die den besonderen Anforderungen der Justiz gerecht wird. Sie hält fest, dass so oder so die im Budget vorgesehenen Mittel erst dann ausgelöst werden dürfen, wenn ein verbindlicher Entscheid vorliegt.

Im Bericht zur Rechnung 2024 kritisierte die Finanzkommission das Fehlen einer einheitlichen Regelung zum Ferienguthaben der Gerichtspräsidien. Mit Beschluss vom August 2025 ergänzte der Gerichtsrat das Personalreglement entsprechend. Ferien sind selbstverantwortlich zu beziehen, grundsätzlich nicht übertragbar und nicht auszahlbar. Gemäss Gerichtsrat wird damit klargestellt, dass weder eine nachträgliche Kompensation noch eine Auszahlung nicht bezogener Ferien möglich ist. Die Finanzkommission nimmt diese Klärung zustimmend zur Kenntnis und begrüsst die nun vorliegende klare einheitliche Regelung.

Sie sehen es, der Finanzhaushalt 2026 bleibt also aus Sicht der Finanzkommission solide, verfügt jedoch über geringere finanzielle Spielräume. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat weiterhin ein ausgeglichenes Budget anstrebt und Ausgaben stärker priorisieren und effizienter gestalten will. Und Sie haben es auch gesehen, in der Kommission gab es zu dieser Situation eine entsprechende Diskussion. Eine Minderheit der Finanzkommission zeigt sich besorgt über das anhaltende Wachstum des Betriebsaufwands, die im Finanzplan ausgewiesenen negativen Ergebnisse, den sinkenden Selbstfinanzierungsgrad und den erwarteten Anstieg der Verschuldung. Aus Sicht dieser Minderheit sollte der Kanton angesichts seiner Finanzkraft auch 2027 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

Diese Minderheit beantragte daher, das Budget 2026 um 19 Mio. Franken entsprechend den im Finanzplan ausgewiesenen Defizit 2027 zu kürzen. Eine entsprechende Kürzung des Sach- und Betriebsaufwands sowie des Personalaufwands um diesen Betrag hätte aus Sicht der Minderheit ein wichtiges Signal gesetzt, das Ausgabenwachstum zu dämpfen und einen Beitrag dazu zu leisten, dass der Regierungsrat auch für das Jahr 2027 dann tatsächlich ein ausgeglichenes Budget vorlegen kann.

Die Kommissionsmehrheit sieht aufgrund des ausgeglichenen Budgets keinen Handlungsbedarf für Kürzungen. Nach den jüngst umgesetzten Steuersenkungen soll die weitere Entwicklung zunächst beobachtet werden. Zudem erachtet die Mehrheit eine unspezifische Kürzung als wenig zielführend. Ihre Umsetzung wäre im fortgeschrittenen Budgetprozess mit erheblichem Aufwand verbunden und technisch kaum realisierbar.

Der Antrag zur Kürzung des Betriebsaufwands um 19 Mio. Franken wurde mit 7 zu 5 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Zwei andere Anträge fanden jedoch eine Mehrheit in der Kommission. Einsamkeit ist ein zunehmendes gesellschaftliches und gesundheitliches Problem mit Auswirkungen auf die Gesundheit. Im Jahr 2024 wurden im Rahmen eines Pilotprojekts sieben freiwillige Quartierprojekte gegen Einsamkeit unterstützt. Die Kommissionsmehrheit erachtet diese lokal verankerten Projekte als wirksam und ressourceneffizient. Eine Minderheit hielt zusätzliche Mittel für nicht erforderlich, da bereits zahlreiche Organisationen in diesem Bereich tätig sind.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen mit 7 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Erhöhung des Sach- und Betriebsaufwands des Präsidialdepartements um 180’000 Franken zur Förderung von Projekten zur Einsamkeitsprävention und sozialen Teilhabe.

Ein zweiter Antrag betrifft die Schulsozialarbeit. Der Regierungsrat erhöht den Personalplafond der Schulsozialarbeit im Budget um 1.7 Vollzeitstellen, davon entfallen 1.2 Stellen auf den Bereich Gesundheit und Prävention sowie 0.5 Stellen auf die Schulsozialarbeit am neuen Standort der Sek Gartenstrasse. Trotz dieser Aufstockung bleibt die Personalsituation in der Schulsozialarbeit angespannt. Die bestehenden Ressourcen reichen angesichts des steigenden Bedarfs nicht aus. Auf Primarstufe liegt Basel-Stadt weiterhin deutlich unter den Empfehlungen des Vereins Kinderschutz Schweiz. Dieser empfiehlt eine Vollzeitstelle pro 600 Kinder. Die Finanzkommission hat bereits im Bericht zur Rechnung 2024 auf einen zusätzlichen Bedarf von mindestens 3.0 Vollzeitstellen hingewiesen.

Da diese im Budget 2026 erneut nicht berücksichtigt wurden, beantragt die Finanzkommission, diese 3.0 zusätzlichen Stellen ins Budget aufzunehmen, um die psychosoziale Unterstützung der Kinder zu stärken. Die Finanzkommission beschloss mit 7 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen, den Personalaufwand des Erziehungsdepartements um 512’000 Franken zu erhöhen. Wir werden darüber sicherlich dann auch noch in der Detailberatung diskutieren können.

Dies waren vorerst meine Ausführungen zum Budget 2026. Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig die Zustimmung zum Budget 2026.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei der Finanzkommission für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten bedanken. Der Prozess dieses Budgets mit der Berichterstattung ist immer sehr intensiv. Hier gilt mein besonderer Dank auch meiner Vizepräsidentin Michela Seggiani und selbstverständlich auch unserem Kommissionssekretären, der uns im Hintergrund sehr engagiert unterstützt. Mein Dank geht aber auch selbstverständlich an den Regierungsrat, an die Departementsvorsteherin des Finanzdepartements, an die sechs weiteren Departementsvorsteher, an den Präsidenten des Gerichtsrates und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die uns ebenfalls in diesem Prozess jeweils sehr unterstützend zur Seite gestanden sind und immer auch sehr konstruktiv unsere Fragen beantwortet und unsere Anliegen bearbeitet haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes hat Catherine Alioth für die BKK das Wort.

Catherine Alioth (LDP): Ich darf heute in Stellvertretung unserer Präsidentin Franziska Roth über das Museumsbudget 2026 berichten, dies aus Gründen von Arbeitsteilung.

Mit Inkrafttreten des teilrevidierten Museumsgesetzes per 1. Januar 2025 sollen den Museen erstmals Vierjahres-Globalkredite anstelle von bisher Einjahres-Globalkredite bewilligt werden. Wir haben das gehört. Ausnahmen werden aus betrieblichen Gründen vorerst für das Kunstmuseum Basel sowie für das Museum der Kulturen Basel gelten. Für die beiden Museen soll der Globalkredit jetzt nur für ein Jahr gesprochen werden und danach für drei Jahre, damit die Globalkredite für die kantonalen Museen ab 2030 grundsätzlich harmonisiert sein werden.

Auch in Zukunft wird die BKK die Leistungsziele und Globalkredite der Museen beraten. Die Praxis der jährlichen Anhörungen zum Budget und zur Rechnung jedes Museums durch die fünf von der BKK gebildeten Subkommissionen, deren Mitglieder auf Seite 3 des Berichts aufgelistet sind, wird sich womöglich ändern. In welcher Form der Austausch zwischen den Museen und der BKK künftig stattfinden wird, ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Berichts noch offen.

Wie jedes Jahr haben die BKK-Subkommissionen mit allen fünf staatlichen Museen Hearings zum Budget 2026 und folgenden durchgeführt. In den fünf Subkommissionen haben die Mitglieder der BKK im Oktober und November 2025 mit den Direktionen und Verwaltungsleitungen der kantonalen Museen die Budgets für die Jahre 2026 und folgende behandelt. Die

BKK dankt den Direktionen und Verwaltungsleitungen der fünf kantonalen Museen für die Beantwortung eines Fragerasters und die Bereitschaft, sich mit unseren Fragen in den Hearings auseinanderzusetzen.

Im Folgenden werde ich zunächst von den allgemeinen Feststellungen der BKK berichten und anschliessend zu den jeweiligen Museen einzelne Punkte nennen.

Zu den allgemeinen Feststellungen. Der Vierjahresplanungshorizont im Rahmen des Globalkredits bietet den Museen einige Vorteile. Die mehrjährige Finanzierungsgrundlage ermöglicht es dem jeweiligen Museum, seine Planungen langfristig auszurichten und Massnahmen gezielt über mehrere Jahre hinweg zu priorisieren. Dadurch sollen Ressourcen effizienter eingesetzt und strategische Projekte besser koordiniert werden können. Gleichzeitig erlaubt dieser Horizont eine gewisse Flexibilität bei der Anpassung an unvorhergesehene Entwicklungen. Allerdings bringt die Einbettung dieses Vierjahresmodells in das kantonale Jahresbudgetsystem auch Einschränkungen mit sich. Trotz der langfristigen Planungen sind weiterhin unterjährige Berichte, tertiale Hochrechnungen und Jahresabschlüsse erforderlich, was einen administrativen Aufwand verursacht.

Zudem steigen die Anforderungen an ein verlässliches Controlling deutlich an, um den komplexen Finanzierungs- und Betriebsprozessen gerecht zu werden. Derzeit fehlen geeignete Instrumente für eine wirksame Steuerung der Personalkosten, denn diese machen rund 70% des Aufwands von Museen aus. Ein professionelles Controlling, insbesondere für Personalkosten, ist daher dringend notwendig. Ein entsprechendes Tool ist beim Finanzdepartement noch hängig. Die BKK erwartet, dass dieser Auftrag so rasch wie möglich umgesetzt wird. Die Wirkungsziele der Museen werden anhand von Besucherzahlen und Medienpräsenz evaluiert und gemessen. Dabei bleibt offen, wie diese Indikatoren bewertet werden und welche Auswirkungen sie auf weitere Globalkreditperioden haben.

Zu den einzelnen Museen. Das Antikenmuseum Basel hat einen erfreulich hohen Eigenfinanzierungsgrad von 20 bis 25%, ist aber dennoch stark auf Drittmittel angewiesen, um Sonderausstellungen und Sonderprojekte zu finanzieren. Die Ablehnung einer Stelle in der Drittmittelbeschaffung erschwert die Akquise. Der anstehende Direktionswechsel 2027 stellt eine Herausforderung dar, da parallel wichtige Projekte wie die umfangreiche Provenienzforschung und Umsetzung des Records Management laufen. Diese parallelen Prozesse erfordern personelle Kontinuität und institutionelles Wissen, weshalb die Nachfolgeplanung und der Wissenstransfer von besonderer Bedeutung sind. Neu fällt eine interne Miete für die Skulpturenhalle an, welche vollumfänglich auf der Seite der kantonalen Finanzierungsbeiträge ausgeglichen wird. 2026 feiert das AMB sein 60-jähriges Bestehen. Über das ganze Jahr ist ein Jubiläumsprogramm geplant, jeden Monat werden spezielle Veranstaltungen und Aktionen für ein breites Publikum realisiert.

Zum Historischen Museum. Nach Abschluss der Generalinventur reduziert das Historische Museum ab 2026 den Betriebsaufwand. Es besteht jedoch seit Jahren eine Unterfinanzierung von jährlich 300’000 Franken, die nicht durch Effizienzsteigerung kompensiert werden kann. Bis 2029 droht ein Defizit von etwa 1.2 Mio. Franken für die Jahre 2026 bis 2029 wurden alle Anträge auf Vorgabenerhöhung leider abgelehnt. Aktuell wird geprüft, welche Leistungen reduziert oder gar eingestellt werden müssen. Zur Steuerung wird ein internes Reporting eingeführt und die Depotsituation optimiert, da mehrere Standorte veraltet und überlastet sind. Um die Sammlung nach internationalen Standards aufzubewahren, werden drei Sammlungsdepots in ein neues Sammlungsdepot verlagert. Die Planung und Projektierung eines Sammlungszentrums für die Aufbewahrung aller Objekte an einem Standort wird weiterverfolgt. Eine grössere Deakzession von fast 30’000 Franken an die Römerstadt Augusta Raurica wurde vom Regierungsrat genehmigt und weitere werden folgen. Das Museum arbeitet ebenfalls an einem Konzept zum Entsammeln.

Das Kunstmuseum Basel erlebte 2024 eine finanzielle Krise, die einen Nachtragskredit von 2.55 Mio. Franken zur Folge hatte, dies im Jahr des Direktionswechsels am KMB. Wie eingangs erwähnt, erhält das Kunstmuseum aufgrund seiner anspruchsvollen Ausgangslage ausnahmsweise einen einjährigen Globalkredit. Ab 2027 soll das Museum mit einem Dreijahres-Globalkredit in den Zyklus, wie die anderen kantonalen Museen, überführt werden. Der Globalkredit 2026 entspricht dem bereinigten Budget 2025, erhöht um den Transfer des Sonderausstellungskredits und den Teuerungsausgleich auf den Löhnen. Für 2026 ist trotz Mindereinnahmen bei Drittmitteln eine Stabilisierung mit erhöhtem Aufwand geplant. Neue Fundraising-Ansätze zeigen erste Erfolge, eine Professionalisierung wird jedoch als notwendig erachtet. Die Besetzung wichtiger Führungspositionen ist noch im Gange. Nach den im Jahr 2025 vorgenommenen Reduktionen im Ausstellungsangebot, die wie erwartet zu einem Rückgang der Besucherzahlen geführt haben, sind für 2026 wieder mehrere Sonder- und Wechselausstellungen vorgesehen. Erfreut nimmt die BKK zur Kenntnis, dass das Haus zur Gegenwart wieder bespielt werden kann. Die Sanierung des Hauptbaus erfordert grosse Aufmerksamkeit, dabei sind die Depotsituation und die Restaurierung bedeutender Werke wie Ferdinand Hodlers «Blick in die Unendlichkeit» zentrale Herausforderungen. Letztere soll öffentlich erfolgen und zusätzliche Kosten verursachen. Die Digitalisierung der Sammlung des Kupferstichkabinetts schreitet nur langsam voran und erfordert ein grösseres Projekt zur Beschleunigung.

Zum Museum der Kulturen. Aufgrund des Direktionswechsels per 1. November wurde das vierjährige Globalbudget des Museums der Kulturen in ein einjähriges umgewandelt. Ab 2027 soll das Museum mit einem Dreijahres-Globalkredit in den gleichen Zyklus wie die anderen Museen überführt werden. Das Budget für das Jahr 2026 bleibt stabil und weist keine substanziellen Änderungen zum Vorjahresbudget auf. Die wiederholte Ablehnung einer Personalaufstockung im Bereich

Bildung und Vermittlung wird kritisch beurteilt, da dieser Bereich stark ausgelastet ist. Die Provenienzforschung hat weiterhin erheblichen Einfluss auf das Budget, sowohl auf der Ertragsseite als auch auf der Aufwandseite. Das Museum der Kulturen verfolgt keine aktive Deakzessionierung und Restitutionen erfolgen auf offizielles Gesuch hin. Die Lagerungsbedingungen sind gut, allerdings muss jedoch die Lagerung der Fotobestände dringend verbessert werden. Die Digitalisierung schreitet voran. Seit Oktober 2025 sind die Sammlungen online zugänglich und künftig soll auch das Records Management erfolgen. Die Kooperationen mit der Universität Basel wurden intensiviert. Die Planung ist angesichts des Direktionswechsels anspruchsvoll. Die Umstellung auf das mehrjährige Globalbudget schätzt das Museum der Kulturen als aufwendig ein. Das Museum sieht seinen Handlungsspielraum eingeschränkt, wenn es innerhalb der Budgetperiode keinen grösseren finanziellen Spielraum gibt.

Das Historische Museum konzentriert sich in den kommenden vier Jahren auf den Umzug in den Neubau im St. Johann-Quartier, dessen Eröffnung für Mitte 2029 geplant ist. Die Budgetplanung berücksichtigt unregelmässige Ausgaben und Einnahmen, insbesondere aufgrund der temporären Schliessung ab Ende 2028. Für das Jahr 2026 steigen die Aufwendungen leicht infolge Bauentwicklung, der Eigenfinanzierungsgrad sinkt geringfügig aufgrund neuer Projektmittelregeln. Drittmittel werden weiterhin für Sonderausstellungen eingeworben, parallel dazu wird ein systematisches Fundraising aufgebaut. Das SwissCollNet-Digitalisierungsprojekt befindet sich in der Abschlussphase. Diese Digitalisierungsinitiative hat die Sammlung des Naturhistorischen Museums aufgewertet. Ein Folgeprojekt wird es leider nicht geben aufgrund der Sparmassnahmen des Bundes. Schwerpunkte der Ausstellungstätigkeit bis 2028 sind die Ausstellung «Wildlife Photographer» sowie die Verabschiedung vom Berri-Bau vor dem Neubaueröffnungsevent im 2029. Der Fokus der Provenienzforschung liegt bei den Human Ancestors, den menschlichen Vorfahren. Im Rahmen dieser Forschung werden die Provenienz und die Geschichte der Anthropologischen Sammlung erforscht. Das Naturhistorische Museum arbeitet aktuell an mehreren Restitutionen von Human Ancestors.

Die BKK empfiehlt Ihnen einstimmig, das Globalbudget 2026 für die fünf kantonalen Museen zusammen mit den Finanzen, den Wirkungszielen und den Leistungszielen zu verabschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die UVEK hat Raffaela Hanauer das Wort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie scheint nicht reden zu wollen, deshalb hat sie vielleicht in der zweiten Runde die Möglichkeit zu sprechen. Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Verdankenswerterweise hat der Präsident der Finanzkommission die Kennzahlen zum Budget so ausführlich geschildert, dass ich mich jetzt darauf beschränken kann, noch ein paar Schwerpunkte zu nennen.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat ein Budget mit einem Überschuss von 8.8 Millionen. Die Personen, die nun aufgepasst haben, merken, es ist eine kleine Differenz. Die Differenz kommt daher, da die Finanzkommission zwei Anträge stellt zur Budgetverschlechterung und der Regierungsrat hat entschieden, diese nicht mitzutragen und wird das dann in der Detailberatung begründen.

Es ist ein ausgeglichenes Budget, sozusagen eine schwarze Null. Die Finanzlage ist solid, von dem her sind wir zufrieden. Was aber auffällt, ist, das Investitionsvolumen beträgt 546 Millionen. Das ist noch höher als 2025. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt gerade mal noch 47%. Wir sind also dabei, das Investitionsvolumen weiterhin zu erhöhen und wir werden uns quasi am Kapitalmarkt finanzieren müssen, da wir diese nicht mehr selber tragen können. Der Regierungsrat ist sich dessen bewusst und möchte daher auch die Investitionen zukünftig vermehrt priorisieren.

Die Steuereinnahmen. Gegenüber letztjährigem Budget und gegenüber der Rechnung 2024 haben wir Veränderungen vorgenommen, aber man kann im Grossen und Ganzen sagen, dass die Ertragssituation bei den Steuern stabil ist. Es gibt leichte Veränderungen, bisher sind aber die Tendenzen so, dass es ein leichtes Wachstum gibt. Insbesondere auch der Anteil der direkten Bundessteuer haben wir nun höher budgetiert, wobei wir hier bemerken müssen, dass es schwierig ist, die Bundessteuern zu budgetieren. Bei den Unternehmenssteuern sind wir stabil. Bei den grossen Unternehmen bleibt immer eine gewisse Volatilität, die wir berücksichtigen müssen. Und auch die Einkommenssteuern und die Vermögenssteuern, die steigen leicht, aber sind grundsätzlich stabil.

Zur Ergänzungssteuer, die wir nun das zweite Mal budgetieren. Auch wenn wir hier die Einnahmen auf 400 Millionen geschätzt haben, muss ich Ihnen hiermit auch mündlich mitteilen, dass dies eine Schätzung ist. Die ersten Steuererklärungen, die werden im Juni 2026 eingereicht werden müssen, aber auch dann sind es erst die Steuererklärungen, die Veranlagungen erfolgen später. Wir hoffen natürlich, dass wir da nicht so gross daneben liegen, aber ich glaube, eine Sicherheit werden wir erst in ein paar Jahren haben.

Nun, was sind die grossen Posten? Der Präsident der Finanzkommission hat es genannt, einerseits das Lohnmassnahmenpaket mit 17 Millionen, andererseits der Leistungsauftrag der Universität Basel, der mit 12 Millionen höher ist, und bei der Sozialhilfe, auch bei der Tagesbetreuung haben wir auch Mehrausgaben. Die Grossprojekte, die anstehen nächstes Jahr, sind vor allem Beschaffung der Elektrobusse von fast 50 Millionen, Trambeschaffung von auch fast 50 Millionen und immer noch der Neubau Naturhistorisches Museum mit 37 Millionen. Trotzdem sind die Aussichten gut, die Finanzlage ist solid.

Die Unsicherheiten, die wir haben, ist einerseits das Entlastungspaket des Bundes. Wie Sie ja mitverfolgen können in den Zeitungen, läuft diese. Wir beobachten das auch und wir werden sicher nächstes Jahr die Auswirkungen teilweise zu spüren bekommen. Die US-Handelspolitik ist auch eine Unsicherheit, auf die wir uns aber deutlich schlechter einstellen können.

Der Regierungsrat möchte Defizite vermeiden und ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen. Das wird sicher in den nächsten Jahren eine grössere Herausforderung. Wir haben den strukturellen Überschuss abgebaut, wir werden die Ausgaben stärker priorisieren müssen, damit die Finanzlage des Kantons weiterhin so solide bleibt. Die Hochrechnung 2025 zeigt uns auch, dass wir weiterhin in einer soliden Finanzlage sind. Wir rechnen jetzt trotz allem, was ich bisher gesagt habe, mit einem Überschuss von 48 Mio. Franken.

Der Regierungsrat teilt auch die Meinung der Kommissionsmehrheit, dass im Budget 2025 keine weiteren Kürzungen vorgenommen werden sollen. Er wird dies jeweils bei den Departementen auch begründen und ich werde auch später auf den Antrag eingehen, welcher eine lineare Kürzung beantragt von 19 Mio. Franken. Der Regierungsrat lehnt diese Anträge ab, er lehnt aber auch die Anträge zur Budgetverschlechterung aus der Finanzkommission ab.

Ich möchte mich hier schon bedanken für die gute Arbeit in der Finanzkommission, auch für ihre eingehende Überprüfung des Budgets, ihren sorgfältigen Bericht und die immer sehr angenehme Zusammenarbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zum Präsidenten des Gerichtsrates Stephan Wullschleger.

Stephan Wullschleger: Ich möchte der Finanzkommission danken für die konstruktive und interessierte Begleitung unseres Projekts der Neuorganisation der IT der Gerichte. Wie der Präsident der Finanzkommission ausgeführt hat, sind wir hier auf gutem Weg. Wir sind im konstruktiven Dialog mit der Regierung und der IT BS und haben hier einen Weg gefunden, wie wir einerseits die Anforderungen der Gerichte an die Sicherheit unserer Daten und andererseits aber auch an einer reibungslosen Zusammenarbeit mit IT BS am besten durchführen können und haben hier eine Übereinkunft gefunden mit dem Regierungsrat, die es jetzt weiter zu konkretisieren gilt. In diesem Sinne danke ich der Finanzkommission für ihre Arbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit sind wir bei den Fraktionssprechenden. Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Ja, es ist wieder mal so weit, wir haben Budgetsitzung, das wichtigste finanzpolitische Geschäft des Jahres für ein Parlament, wo man eigentlich selbst die Weichen stellen kann für eine gesunde und für eine nachhaltige Finanzpolitik. Nachdem das Budget in den letzten Jahren völlig kritisch durchgewunken wurde und nur die SVP-Fraktion sich gegen Mehrausgaben gewehrt hat, freue ich mich heute besonders, dass wir das erste Mal seit vielen Jahren endlich mal wieder so etwas wie eine finanzpolitische Diskussion haben.

Die SVP hat selbstverständlich auch in diesem Jahr wieder Änderungsanträge eingereicht, weil wir das Wachstum beim Kanton nach wie vor sehr kritisch sehen. Die SVP-Fraktion vertritt nach wie vor die Auffassung, dass wir nicht zu wenig Einnahmen, sondern zu viele Ausgaben haben. Der Staat wächst seit Jahren uferlos. Hier möchte ich vorweg auch das Narrativ von der linken Seite etwas aus dem Spiel nehmen oder dem zumindest widersprechen, welche sowohl auf Bundesebene wie auch auf kantonaler Ebene immer mal wieder mit den Wörtern Spar- und Abbaupolitik kommen. Es ist das Gegenteil der Fall. Auf Bundesebene, aber auch auf kantonaler Ebene wurde in den letzten Jahrzehnten nirgends gespart und nirgends irgendetwas abgebaut, im Gegenteil, wir haben immer mehr Mehrausgaben, sowohl auf Bundesebene wie auch im Kanton. Wir sprechen in diesem Kanton jetzt von einem Betriebsaufwand von 5.7 Milliarden und werden wohl relativ bald auch 6 Milliarden erreichen. Wir haben das erste Mal über 10’000 Vollzeitstellen beim Kanton, nur alleine gegenüber dem Vorjahr ist das ein Anstieg von 2%. Da kann man doch wirklich nicht von Sparen oder von Abbau sprechen. Wir haben hier einfach viele Mehrausgaben und es ist keine Abbaupolitik, wenn man bei der einen oder anderen Mehrausgabe sagt, nein, dort wollen wir jetzt nicht mehr ausgeben.

Als ich in den letzten Jahren immer mal wieder kritisiert habe, dass der Kanton uferlos wächst, haben mir immer mal wieder die Finanzdirektorin, aber auch Mitglieder der Finanzkommission widersprochen. In diesem Jahr entnehme ich aus dem Bericht der Finanzkommission zumindest, dass auch auf der Seite der Regierung die Ausgabenseite nicht mehr ganz

unproblematisch angesehen wird. Das ist ja schon mal ein Anfang. Hier muss man aus Sicht der SVP-Fraktion aber dringend Lösungen finden, wie man hier dieses Wachstum auch einbremsen kann. Sehr gerne kann ich Ihnen auch mitteilen, dass die SVP-Fraktion auch in Zukunft sich für Steuersenkungen einsetzen wird. Es wurde ja auch eine entsprechend spannende Volksinitiative von der FDP als Partei eingereicht.

Leider hat auch die Finanzkommission in diesem Jahr keine mehrheitsfähigen Anträge durchgebracht, bei denen Mehrausgaben etwas eingebremst werden können. Im Gegenteil, man hat mal wieder Metzgermeister gespielt, das Budget lag auf der Waage und man ist zum Entschluss gekommen, ja, es darf noch ein bisschen mehr sein. Diese Auffassung teilt die SVP-Fraktion nicht, wir werden deshalb die Abänderungsanträge der Regierung in diesem Bereich unterstützen. Nicht, weil wir grundsätzlich gegen Schulpsychologie wären, gegen diese Schulsozialarbeit, das finden wir eigentlich eine gute Sache, wir sind aber der Meinung, dass es im Rahmen des Budgets, bei einem einzelnen Standort jetzt eine Erhöhung zu sprechen, der falsche Weg ist. Vielmehr müsste man dies dann im Detail anschauen und global anschauen, wo und welcher Bedarf dann an sämtlichen Schulstandorten besteht und wo eben nicht.

Die SVP-Fraktion wird auch den Antrag unterstützen, dass departementübergreifend 19 Millionen eingespart werden können. Ich kann Ihnen aber auch hier mitteilen, dass dieser Antrag bei uns nicht nur auf Nächstenliebe gestossen ist. Weil wir delegieren mit diesem Vorgehen unsere finanzpolitische Kompetenz an die Regierung und sagen, ja, spart ihr mal. Das kann auch zu einem Boomerang-Effekt kommen, wenn der Regierungsrat dann dort spart, wo es eben nicht so populär ist zu sparen oder wo es dann doch nicht so mehrheitsfähig wäre, beispielsweise bei der Sicherheit, beim Zolli oder beim Sport. Da es aber lediglich 19 Millionen sind, welche wir hier departementsübergreifend einsparen wollen, was 0,3% des Betriebsaufwandes sind und die Kritik der SVP-Fraktion zu diesem uferlosen Wachstum in den letzten Jahren bei der Regierung auch 0,0 Gehör fand, unterstützen wir heute diesen Antrag.

Wir bevorzugen jedoch auch in Zukunft, dass man wirklich auch hinsteht und sagt, wo man konkret weniger ausgeben möchte, wo man dieses Wachstum einbremsen möchte. Das ist eine konsequente Finanzpolitik, die auch die SVP-Fraktion seit Jahren lebt und da rufen wir auch die anderen Fraktionen dazu auf, dies zu machen. Ein sehr gutes Beispiel haben wir heute gesehen, finden wir bei der Mitte, der Abänderungsantrag von Kollege Gallacchi, der auch konkret sagt, wo man sparen möchte. Das ist eigentlich auch die Aufgabe des Parlaments und so soll das eigentlich auch sein in einer Budgetdebatte, wie das auch in anderen Kantonen gemacht wird. Trotzdem werden wir diesen Antrag selbstverständlich unterstützen.

Zu den einzelnen Anträgen der SVP-Fraktion werden wir uns separat äussern. Hier vielleicht noch formell eine Bemerkung, es hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen im Dokument, wo bei zwei Abänderungsanträgen das Budget 2024 draufsteht. Das kann ja auch mal passieren, gemeint ist selbstverständlich das Budget 2026. Wir bitten Sie insbesondere, sämtlichen Abänderungsanträgen zuzustimmen und werden uns nachher dann dazu äussern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die FDP hat Daniel Seiler das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Den einen oder anderen wird das ja bekannt vorkommen, wir haben das jetzt schon ein paarmal gesagt. Die FDP hat auch in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass wir Richtung negative Zahlen laufen. Wir haben auch immer mal gesagt, wir sollten doch den Franken auch einmal, zweimal umdrehen, bevor das Geld ausgegeben wird. Wir haben dazu aufgerufen, hier im Saale etwas zurückhaltender zu werden mit neuen Aufgaben, neuen Ideen, leider ohne Erfolg. Immer wieder kommen neue Ausgaben und Ideen dazu. Das zeigt sich auch im Budget 2026. 240 neue Stellen, ohne die Gerichte, sollen zusätzlich geschaffen werden. Die Kreativität scheint fast keine Grenzen zu haben. Sie haben schon einiges vom Präsidenten vernommen, wir werden über einiges heute auch noch debattieren.

Mit dem Budget 2026 sind wir eigentlich schon in den roten Zahlen. Der Selbstfinanzierungsgrad, Sie haben es gehört, fällt unter 50%. Wir läuten also oder haben es schon eingeläutet, das Zeitalter der Schuldenmacherei. Bei all diesen Einnahmen, die trotzdem immer wieder wachsen, schaffen wir es nicht mehr, das Geld aufzutreiben für diese Investitionen, die zugegebenermassen hoch sind. Aber der Selbstfinanzierungsgrad, der letztes Jahr noch bei 90% war, soll jetzt auf 50% reduziert werden. Die Nettoschulden steigen, die Bruttoschulden sind bei 4.5 Mrd. Da sind wir schon länger pro Kopf in der Champions League in der ganzen Schweiz, das wird immer wieder ein bisschen vergessen. Und dann, wenn wir auf den Finanzplan schauen für die nächsten drei Jahre, da stürzt der Selbstfinanzierungsgrad nochmal ab, ist noch bei einem Drittel vom letzten Jahr. Die Schulden nehmen stark zu, die Nettoschulden gehen auf 1.2 Mrd., die Bruttoschulden knacken fast schon die 6 Milliarden-Grenze, was deutlich mehr ist wie der gesamte Haushalt. Und wir werden es nächstes Jahr voraussichtlich auch nicht schaffen, einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren. Wir gehen von einem Minus von 19 Mio. aus, im 2028 sind es dann 64 Mio. und im 2029 83 Mio.

Leider müssen wir wirklich davon ausgehen, Sie haben es gehört von der Finanzdirektorin, dass wir jetzt langsam negative Zahlen haben werden im Budget. Darum hat eben auch die Minderheit der Finanzkommission gefordert, dass wir diese 19

Millionen, die wir nächstes Jahr erwarten, schon in diesem Budget reduzieren, damit wir nicht in das strukturelle Defizit reinkommen. Was wir nicht vergessen dürfen, nächstes Jahr diskutieren wir auch über dieses Prämienverbilligungspaket. Da redet man von Dutzenden, gar von 100 oder 150 Mio. zusätzliche jährliche Kosten. Wie wollen wir diese Kosten tragen? Ich mache mir wirklich Sorgen um den Haushalt, wenn wir so weitermachen, schaffen wir es nicht mehr, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, das wird nicht akzeptabel sein.

Darum haben wir unsere Forderungen formuliert, diesen Änderungsantrag und mit diesem Änderungsantrag haben wir klar darauf hingewiesen, da sind wir nicht ganz der gleichen Meinung wie der Kollege Messerli, dass wir punktuell hingehen müssen, sondern nein, wir sind eigentlich der Meinung, dass der Regierungsrat und die Verwaltung am besten wissen, wo diese Kosten eingespart werden, wo punktuell der Fokus gesetzt werden kann oder ob es halt dann linear gemacht werden muss. Daher bittet Sie die FDP, diesem Änderungsantrag zu folgen. Ich persönlich werde keinen Kürzungsantrag unterstützen, weil ich der Meinung bin, dass das in der Kompetenz der Regierung ist. Aber über weiteres werden wir nachher noch diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Tobias Christ das Wort.

Tobias Christ (GLP): Wir von der Fraktion der GLP können uns den Ausführungen des Präsidenten der Finanzkommission weitgehend anschliessen, was die allgemeine Würdigung des Budgets betrifft, insbesondere auch dem am Schluss ausgesprochenen Dank. Das Budget 2026 sieht einen kleinen Überschuss vor bei einem sehr hohen Investitionsvolumen und einem Selbstfinanzierungsgrad von gut 47%. Die Nettoschuldenquote bleibt deutlich unter der Grenze der Schuldenbremse. Der Finanzhaushalt präsentiert sich damit zwar solide, aber mit schmalem Puffer, da Ausgaben, Investitionen und Stellenbestand weiter stark wachsen und der Finanzplan ab 2027 wieder Defizite vorsieht.

Vor diesem Hintergrund unterstützt die GLP den grundsätzlichen finanzpolitischen Kurs, erwartet aber, dass die durchaus politisch gewollten Ausbauschritte, etwa beim Lohnpaket in Bildung, Gesundheit, Sozialem und mit dem Standortpaket, konsequent mit Priorisierung, Etappierung und Effizienzsteigerungen verknüpft werden. Entscheidend ist, dass Digitalisierung und Projektmanagement tatsächlich zur Dämpfung des Ausgabenwachstums beitragen und nicht umgekehrt neue Strukturen ohne erkennbaren Mehrwert schaffen. In diesem Sinne begrüssen wir die einstimmig von der Finanzkommission empfohlene Ergänzung der generellen Ausgabenüberprüfung mit einem konkreten Entlastungsziel, welche demnächst durch den Grossen Rat behandelt und dann hoffentlich mit grosser Mehrheit verabschiedet wird. Ebenfalls zielt meine schriftliche Anfrage betreffend Förderung der agilen Verwaltung durch den Einsatz von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz in genau diese Richtung.

Bemerkungen zu den Departementen. Beim BVD gehören steigende Beiträge für den ÖV, zusätzlicher Personalaufbau und hohe Investitionen in Stadtentwicklung, Unterhalt, Winterdienst und Veloinfrastruktur zu den wichtigsten Treibern des Kostenwachstums. Inhaltlich decken sich die Schwerpunkte ÖV-Ausbau und Elektrifizierung, Stadtklima, sichere Velorouten und Schulwegsicherheit weitgehend mit der GLP-Linie, weshalb diese Investitionen grundsätzlich mitgetragen werden, aber von einem strikten Kosten- und Projektcontrolling begleitet sein müssen.

Im Erziehungsdepartement steigt der Betriebsaufwand im Budget 2026 um gut 61 Mio. Franken, was sich nur teilweise mit wachsenden Schülerzahlen erklären lässt. Aus GLP-Sicht besteht hier das Risiko zunehmender struktureller Ineffizienzen, weshalb Transparenz über Wirkungen und Kosten der zahlreichen Massnahmen unerlässlich ist.

Bei der integrativen Schule hat das ED verschiedene Entlastungs- und Unterstützungsangebote eingeführt mit dem Ziel, Notmassnahmen, Spezialangebote und Einzelbeschulungen zu reduzieren. Evaluiert werden soll dies aber erst im Schuljahr 2028-2029. Gleichzeitig zeigt der Budgetbericht, dass der Bedarf an sonderschulischen Angeboten stark steigt, zusätzliche Klassen, etwa in der Waldschule Pfeffingen, nötig werden und die Zahl separativ Beschulter zunimmt, was die Frage aufwirft, ob wir mit der integrativen Schule, die wir als GLP bekanntlich grundsätzlich unterstützen, so auf dem richtigen Weg sind und ob nicht weitere Justierungen nötig sind.

Zur Schulsozialarbeit stellt die Finanzkommission klar fest, dass die personellen Ressourcen, insbesondere auf der Primarstufe unzureichend sind. Die GLP erachtet es als falsch, die von der Kommission beantragten zusätzlichen Stellen wieder zu streichen und empfiehlt, am Kommissionsantrag festzuhalten, um ein seit Jahren bekanntes strukturelles Defizit endlich anzugehen.

Im Justiz- und Sicherheitsdepartement ist die Aufstockung um sechs Stellen bei der Staatsanwaltschaft vor dem Hintergrund der revidierten Strafprozessordnung unbestritten. Kritischer beurteilt die GLP hingegen den Aufbau von elf zusätzlichen Stellen für Projektsteuerung und Management. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Projektstruktur beim zügigen Abbau der vielen Projekte hilft und eine Effizienzsteigerung erzielt werden kann.

Bei den Gerichten wird die Erhöhung um rund 11.4 Stellen, insbesondere im Zusammenhang mit der ZPO- und SchKG-Revision sowie der IT-Entflechtung vom Kanton als sachlich begründet und notwendig beurteilt. Wichtig ist, dass die mit der eigenen IT verbundenen Mehrkosten durch Effizienzgewinne, Stabilität und mehr Unabhängigkeit auch tatsächlich kompensiert werden.

Im Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ist festzuhalten, dass der Aufwand in der Sozialhilfe trotz sinkender Fallzahlen weiter steigt. Die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit in Basel und die aktuelle Tendenz zu mehr Neuanmeldungen im Bereich Arbeitslosigkeit sieht die GLP mit Besorgnis.

Nun noch zu den verschiedenen Anträgen, insbesondere zum Antrag um Verbesserung um 19 Millionen, von dem Daniel Seiler vorher auch schon gesprochen hat. Die Anträge, die jetzt noch von der SVP gekommen sind zu Budgetverbesserungen, konnten wir nicht mehr als Fraktion eingehend diskutieren, aber ich werde nachher vielleicht noch dazu sprechen, wenn wir dazu kommen.

Die GLP-Fraktion unterstützt den allgemeinen Verbesserungsantrag zur Reduktion des Verwaltungs- und Betriebsaufwands um 19 Mio. Franken, weil damit ein Signal für mehr Effizienz in der wachsenden Verwaltung gesetzt wird. Erwartet werden Prozessoptimierungen, ein konsequenter Einsatz von Digitalisierung und der Abbau von Doppelspurigkeiten, so dass alle geplanten Leistungen weiterhin erbracht werden können. Der Antrag überlässt dem Regierungsrat richtigerweise die konkrete Umsetzung, linear über alle Dienststellen oder gezielt differenziert. Hier will ich nochmal betonen, dass Transferaufwände explizit ausgenommen sein sollten. Das ist leider nicht explizit so formuliert im Antrag, aber ich denke, implizit ist es klar, dass es so gemeint sein muss, weil dort auch gar kein Spielraum besteht oder auch beispielsweise bei Abschreibungen. Also es zielt jetzt klar auf Personalaufwand und Sach- und Betriebsaufwand. Und das meinetwegen linear zu verteilen, das ist möglich technisch, sonst kann ich dann auch helfen, dazu braucht man keinen Doktor in Mathematik. Aus grünliberaler Sicht würden damit keine Leistungen abgebaut, sondern das Wachstum der kantonalen Bilanz gebremst und der finanzpolitische Handlungsspielraum für die kommenden Jahre gesichert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Patrizia Bernasconi das Wort.

Patrizia Bernasconi (BastA): Das Budget 2026 zeigt auf den ersten Blick ein angespanntes Bild. Der ursprünglich vom Regierungsrat ausgewiesene Überschuss von knapp über 3 Mio. Franken wirkt im Vergleich zu früheren Budgets bescheiden. Auch die prognostizierten roten Zahlen für 2027 und 2028 könnten den Eindruck erwecken, Basel-Stadt bewege sich finanziell an der Grenze des Machbaren. Doch dieser Eindruck täuscht. Zwar sind die kommenden Jahre von Unsicherheiten geprägt, steigende Beiträge an den nationalen Finanzausgleich, höhere Betriebskosten, geopolitische Spannungen sowie unsichere Gewinnausschüttungen der Nationalbank. Gleichzeitig verfügt der Kanton aber weiterhin über finanziellen Handlungsspielraum. Insbesondere die rund 400 Mio. Franken im Zusammenhang mit dem OECD-Fonds zeigen klar, es besteht Spielraum, diesen Herausforderungen aktiv zu begegnen.

Ich sage nichts Neues. Wir von der BastA haben das Basler Standortpaket kritisch bis ablehnend begleitet, aber auch wenn das Referendum zum Standortpaket nicht Obsicht hat, müssen wir und wollen wir diese Fonds weiterhin kritisch begleiten. Diese beiden neuen Fonds sollen jährlich zwischen 150 und 500 Mio. Franken erhalten, für 2026 sind 400 Mio. Franken geschätzt. Das ist eine gigantische Summe. Geld, das eigentlich der Allgemeinheit zugutekommen sollte, wird in weitergehenden intransparenten Fonds gebunden.

Die aktuelle Budgetlage bestätigt unsere kritische Haltung. Indem so viel Geld abgezweigt wird, auch wenn nur geschätzt, schränkt der Regierungsrat den Handlungsspielraum von dringend notwendigen Investitionen ein. Geld, das in Bildung, soziale Unterstützung, Klimaschutz oder bezahlbaren Wohnraum fliessen könnte, ist faktisch blockiert. Was uns aber am meisten stört, ist, dass der Regierungsrat für die kommenden Jahre ein Schreckensszenario zeichnet. Dieses Szenario ist nicht aufrichtig, denn gemäss Standortförderungsgesetz entscheidet der Regierungsrat zwar über die jährliche Zuweisung an die Fonds, muss aber dabei den Grundsatz des Haushaltsgleichgewichts berücksichtigen und das ist richtig so, damit die Finanzierung der Staatsaufgaben nicht gefährdet wird. Mit anderen Worten, die dramatisierte finanzielle Lage ist keine Naturgewalt, sondern das Resultat politischer Entscheide. Defizite sind also nicht unvermeidbar, der Regierungsrat hat es in der Hand. Eigentlich nach unserem Verständnis hätte er eine schwarze Null budgetieren müssen, auch die zukünftigen Budgets sollen ausgeglichen sein.

Gleichzeitig nehmen die Aufgaben zu. Um nur einige wenige Beispiele aus dem Bereich Erziehung und Sport zu nennen, es braucht mehr Schulräume, bestehende Schulhäuser müssen gegen Hitze geschützt werden, bezüglich Prävention ist der Lehrplan 21 noch immer nicht vollständig umgesetzt. Es fehlen Sportplätze, auch für Randsportarten. Das sind keine neuen Wünsche, das sind bekannte und dringende Aufgaben. Trotzdem befinden wir uns bereits in einer Sparlogik. Die vom Regierungsrat angemahnte Priorisierung wird sowohl im Budgetbericht als auch im Bericht der Finanzkommission mehrfach erwähnt. Ausgaben sollen effizienter gestaltet werden. Doch hier müssen wir sehr genau hinschauen. Priorisieren darf nicht bedeuten, dass notwendige öffentliche Leistungen gekürzt werden. Bildung, Gesundheit, soziale Unterstützung, öffentlicher

Verkehr und Klimaschutzmassnahmen dürfen nicht zu Sparobjekten werden. Priorisierung muss heissen, dass Mittel dort eingesetzt werden, wo sie für die Bevölkerung den grössten Nutzen bringen. Alles andere wäre eine Umverteilung zugunsten wirtschaftsfreundlicher oder wirtschaftsorientierter Projekte, die ohnehin schon über genügend Ressourcen verfügen.

Diese Sparlogik wird nun weitergeführt. Wir lehnen den Antrag der FDP klar ab, bereits 2026 vorsorglich 19 Mio. Franken einzusparen für ein erwartetes Defizit im Jahr 2027. Diese Logik führt in eine Sparspirale, heute 19 Mio., morgen 83 Mio., ohne konkrete Notwendigkeit, ohne klare Zielsetzung, aber mit spürbaren Konsequenzen für die Bevölkerung. Es handelt sich um symbolische Sparmassnahmen, die jedoch reale Auswirkungen auf öffentliche Leistungen haben. Wir teilen die Schwarzmalerei nicht. Den zwei Anträgen aus der Finanzkommission stimmen wir zu. Diese sind sinnvolle Aufgaben, die der Bevölkerung zugutekommen. Zudem werden wir von der BastA drei Budgetpostulate einreichen. Eines für eine neue Spielbaracke im Giesslipark eines für mehr naturpädagogische Arbeit und eines, das verlangt, dass der Regierungsrat anstelle des Bundes für die Finanzierung des internationalen Nachtzugs nach Malmö einspringt.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Bericht der Finanzkommission. Wir nehmen mit grosser Freude zur Kenntnis, dass die Kommission anerkennt, dass das Lohnmassnahmenpaket für die kantonalen Mitarbeitenden, insbesondere für junge Angestellte und für die Polizei, ein Schritt in die richtige Richtung ist. Das finden wir auch.

Abschliessend, das Budget 2026 zeigt, dass Basel-Stadt über Handlungsspielräume verfügt. Diese werden jedoch stark eingeschränkt, indem gigantische Summen ins Standortfonds gebunden werden. Wir fordern keine vorschnellen Kürzungen bei notwendigen Leistungen, sondern gezielte Investitionen in Bildung, soziale Sicherheit, Klimaschutz, bezahlbaren Wohnraum und dem öffentlichen Verkehr. Nur so bleibt Basel-Stadt ein lebenswerter, sozial gerechter und ökologisch verantwortlicher Kanton.

Wir stimmen den Anträgen der Finanzkommission zu und lehnen die weiteren Anträge zur sogenannten Verbesserung des Budgets ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat Olivier Battaglia das Wort.

Olivier Battaglia (LDP): Vor uns liegt ein Budget, das man unter dem Motto Schein und Sein stellen muss. Auf den ersten Blick präsentiert uns der Regierungsrat ein ausgeglichenes Budget, das nach allen Anpassungen der Finanzkommission mit einem minimalen Überschuss von 2.6 Mio. Franken abschliesst. Das Scheinbudget flüstert uns zu, alles in Ordnung. Doch wir als LDP lassen uns nicht von der Fassade blenden. Wir blicken auf das Sein, auf die Realität hinter den Zahlen und diese Realität zeichnet ein deutlich kritischeres Bild. Das trügerische Plus und die strukturelle Schieflage. Die Wahrheit ist, der budgetierte Miniüberschuss ist reine Kosmetik, wir verschleiern ein massives operatives Problem. Das eigentlich Betriebsergebnis des Kantons, also die Bilanz aus dem, was wir für unsere Kernaufgaben ausgeben und einnehmen, ist mit minus 277.6 Mio. Franken tiefrot. Das angebliche Plus kommt nur durch ein positives Finanzergebnis zustande, massgeblich durch eine höhere Gewinnausschüttung der BKB. Wir können doch unsere staatlichen Aufgaben nicht von der Performance der Finanzmärkte abhängig machen.

Noch alarmierender ist eine andere Kennzahl, die wahre finanzpolitische Fieberkurve unseres Kantons, der Selbstfinanzierungsgrad. Er stürzt auf magere 47,3% ab, das heisst, wir können nicht einmal die Hälfte unserer geplanten Investitionen von 546 Mio. aus eigener Kraft finanzieren. Wir leben über unsere Verhältnisse. Die logische Konsequenz nach Jahren eines soliden Nettovermögens machen wir einen historischen Schwenk und budgetieren neu eine Nettoschuld von 143.4 Mio. Franken.

Und der Blick in die Zukunft, in den Finanzplan bestätigt unsere Sorgen. Ab 2027 budgetiert der Regierungsrat strukturelle Defizite beginnend mit minus 19 Mio. Franken. Eine Minderheit der Finanzkommission, der auch die LDP angehört hat, hat genau das erkannt und eine Kürzung um eben diese 19 Mio. beantragt. Nicht als Sparübung, sondern als finanzpolitisches Signal, als Weckruf. Leider wurde dieser Antrag mit 7 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Ungebremstes Ausgabenwachstum und mangelnde Effizienz, woher kommt diese Schieflage? Die Ausgaben wachsen unkontrolliert, Personalbestände sollen um fast 248 Vollstellen anwachsen. Ja, wir anerkennen den Bedarf im Bildungsbereich und bei der Polizei, aber ein Wachstum in dieser Grössenordnung in fast allen Departementen ist ein Zeichen für einen ausufernden Staatsapparat, nicht für strategische Personalplanung. Gleichzeitig fehlt es an der nötigen Effizienz. Die Finanzkommission hat wiederholt systematische Schwächen im Projektmanagement des Kantons bemängelt. Dass IT-Projekte und Bauprojekte zu Verzögerungen kommen und zum Beispiel das Projekt Pharos bereits in der Anfangsstufe eine Verzögerung aufweist, dass im Prinzip mehrere Projekte parallel laufen, da hat die Finanzkommission äusserst grosse Sorgen, ob die Komplexität überhaupt noch zu bewältigen ist. Und bei den IWB, unserem eigenen Werk, werden die variablen Vergütungen für das Kader massiv ausgeweitet. Ein Vorgehen, das in der Finanzkommission für ein öffentlich-rechtliches Unternehmen zu Recht als kritisch beurteilt wurde.

Unsere konstruktive Haltung und klare Forderung, trotz dieser fundamentalen Kritikpunkte verschliessen wir uns nicht den Notwendigkeiten. Wir anerkennen, dass das Lohnmassnahmenpaket von über 17 Mio. Franken eine notwendige Investition ist, um im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte konkurrenzfähig zu bleiben. Und wir stehen uneingeschränkt hinter dem Basler Standortpaket. Es ist das zentrale Instrument zur Sicherung unserer Standortattraktivität. Wir begrüssen es ausdrücklich, dass die budgetierten 400 Mio. Franken aus den erwarteten Einnahmen der OECD-Mindeststeuer zielgerichtet in die Fonds für Innovation sowie Gesellschaft und Umfeld fliessen. Es ist klug, den rechtlich möglichen Rahmen hier nicht voll auszuschöpfen und die Wirkung erst zu beobachten.

Die LDP wird dem Budget 2026 zustimmen, aber wir verbinden diese Zustimmung mit einem unmissverständlichen Auftrag an die Regierung. Wir fordern eine konsequente Ausgabenbremse. Das ungebremste Wachstum, insbesondere beim Personal, muss gestoppt werden. Wir erwarten eine systematische Aufgaben- und Ausgabenprüfung in allen Departementen. Professionelles Management statt Aktivismus. Wir fordern eine Professionalisierung des Projektmanagements, um Kostenüberschreitungen und Verzögerungen wie bei vielen Projekten und Bauprojekten künftig zu verhindern. Ein glaubwürdiger Plan für nachhaltige Finanzen. Der Regierungsrat muss uns aufzeigen, wie der Selbstfinanzierungsgrad wieder auf ein gesundes Niveau zu bringen ist und die strukturellen Defizite ab 2027 verhindert werden können. Wir nehmen den Regierungsrat beim Wort, wenn er ankündigt, künftig wieder ausgeglichene Budgets vorlegen zu wollen. Wir werden ihn an diesem Versprechen messen. Es geht um nicht weniger als die finanzielle Handlungsfähigkeit und die Zukunft unseres Kantons.

Im Namen der LDP möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission, der Finanzkontrolle, der Behörden, beim Regierungsrat und bei der Verwaltung für die Arbeit bedanken. Der Dank gilt aber auch vor allem unseren Steuerzahlenden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GRÜNE/jgb hat Fleur Weibel das Wort.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Die Finanzdirektorin Tanja Soland präsentiert ein ausgeglichenes Budget fürs Jahr 2026 mit einem kleinen Überschuss von rund 8 Mio. Franken, dies nach den Anpassungen der Finanzkommission und der Anpassung der Teuerung. Das ist keine schwarze Null, sondern ein kleiner Überschuss von 8 Mio. Franken. Dazu muss gesagt werden, dass wir eigentlich ein Budget mit einem sehr viel grösseren Überschuss haben könnten. Basel-Stadt hat sich aber dazu entschieden, sämtliche Mehreinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer 1:1 in die Standortförderungsfonds fliessen zu lassen und nichts für das kantonale Haushaltsbudget einzusetzen. Insofern beschneiden wir uns hier freiwillig.

Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer ist denn auch die grosse Neuerung im Budget 2026. Die Regierung geht von Steuereinnahmen von 400 Mio. Franken aus und äufnet entsprechend die beiden Fonds im Umfang von insgesamt 400 Mio. Franken. Auch das ist eine Entscheidung, die man aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb anders hätte treffen können. Angesichts dessen, dass die Unternehmen offenbar noch nicht bereit sind, auch die Beiträge aus dem Fonds für Gesellschaft und Umwelt abzuholen, hätten wir uns hier eine zurückhaltendere Äufnung der Fonds gewünscht. So ist nämlich zu befürchten, dass die nicht abgeholten Gelder aus dem Fonds Gesellschaft und Umwelt nach ein paar Jahren ebenfalls in den grossen Innovationsfonds fliessen werden. Dies werden wir sehr kritisch begleiten.

Zu den Finanzprognosen von Tanja Soland ist mit Blick auf die letzten Budgetjahre zudem festzustellen, dass unsere Finanzvorsteherin sehr vorsichtig budgetiert. So rechnete sie im Budget 2025 ursprünglich mit einem Defizit, inzwischen ist gemäss der dritten Hochrechnung von einem Überschuss von 48 Mio. Franken auszugehen. Das prognostizierte Ergebnis hat sich also um 64 Millionen verbessert.

Angesichts dieser soliden Finanzlage, die trotz der zugegebenermassen schwierigen weltpolitischen Lage keinen Anlass für Sorgenfalten gibt, ist es sehr unverständlich, dass nun Teile der Bürgerlichen unter der Federführung von Daniel Seiler eine Sparübung mit der Brechstange durchbringen wollen. Mit einer linearen Kürzung über das gesamte Budget von 2026 hinweg soll schon jetzt auf ein Defizit von 19 Mio. Franken reagiert werden, das sich möglicherweise 2027 ergeben könnte. Dabei wurden die vorsichtigen Finanzprognosen der Regierung in den letzten Jahren immer massiv nach oben korrigiert und es besteht gerade nach der Hochrechnung zum Budget 2025 kein Anlass, weiterhin von einem Defizit im 2027 auszugehen.

Auch hat die Finanzkommission gerade erst den Bericht zur Umsetzung der Motion Christ veröffentlicht, die ein Entlastungsziel in der generellen Aufgabenprüfung forderte. Dabei war sich die Kommission einig, dass die Aufgaben gezielt auf Qualität, Effizienz und Wirksamkeit überprüft werden sollen und dass es nicht um einen Abbau von politisch gewollten Leistungen geht. Was Sie nun mit dieser völlig unspezifischen Budgetkürzung bezwecken wollen, ist alles andere als konstruktive Finanzpolitik und selbst Pascal Messerli hat darauf hingewiesen, gehen Sie doch zumindest zielgerichtet vor, anstatt einfach einmal quer über das ganze Budget zu kürzen. Es kommt mir wie eine überhastete, zuletzt auch rein symbolische Sparübung vor, einfach um des Sparens Willen. Wir möchten hier unsere bürgerlichen Ratskolleg*innen doch zu etwas mehr Gelassenheit und Umsicht aufrufen. Es gibt keinen Anlass zur Besorgung vor roten Zahlen. Selbst wenn das Budget von Basel-Stadt mal ein Defizit aufweisen sollte, zum Beispiel, weil der Kanton die massiven und ebenfalls unnötigen

Sparmassnahmen der bürgerlich dominierten Politik in Bundesbern auffangen und ausgleichen muss, dann gilt es doch immer noch zu bedenken, dass die Verschuldungsquote in Basel-Stadt weiterhin enorm tief ist. Mit 0,2 Promille liegt sie weit unter der Vorgabe der Schuldenbremse von 6,5 Promille.

Das heisst nicht, dass wir das Geld aus dem Fenster werfen wollen, auch den Grünen ist eine sorgfältige Finanzpolitik ein grosses Anliegen, gerade mit Blick auf die Zukunft. Ich zitiere Daniel Seiler und den etwas abgedroschenen Spruch; Spare in der Zeit, dann hast du in der Not, wir würden hier eher sagen; investiere in der Zeit, dann beugst du der Not vor. Denn wir sind davon überzeugt, dass jetzt Investitionen und zum Teil grössere Ausgaben notwendig sind, um in Zukunft noch höhere Kosten zu verhindern und da bitte ich Sie wirklich, sich das ganz aufmerksam anzuhören, was ich Ihnen jetzt sage. Wir investieren im Moment nämlich stark in die Transformation unserer Energieversorgung. Das kostet, aber diese Investitionen machen uns im Energiebereich unabhängiger von Krisen und Preisschwankungen. Mit der konsequenten Umsetzung der Netto-Null-Ziele reagieren wir heute auf die Klimakrise und können damit, so hoffen wir, verhindern, dass uns die verheerenden Kosten der Klimakrise einst um die Ohren fliegen werden, wie wir es uns im Moment noch nicht vorstellen können, wie teuer das wird, oder dann für unsere Kinder oder Grosskinder oder Urgrosskinder. Das gleiche gilt für die immer schlechtere psychische Gesundheit der Bevölkerung. Darauf müssen wir jetzt reagieren, indem wir jetzt in die Prävention investieren und die richtigen Prioritäten setzen, ansonsten werden wir auch hier massive Mehrkosten nicht nur im Gesundheitsbereich, sondern auch in der Wirtschaft haben.

Und genau deshalb unterstützt die Fraktion GRÜNE/jgb denn auch die zwei moderaten Budgetanpassungen der Finanzkommission, die das Budget 2026 insgesamt um knapp 700’000 Franken verschlechtern. Sowohl mit der Aufstockung der Personalressourcen in der Schulsozialarbeit wie auch mit zusätzlichen Mitteln für Projekte gegen Einsamkeit leisten wir einen wichtigen Beitrag für das Wohlergehen der Bevölkerung, zwei sinnvolle Investitionen, die bei einem budgetierten Überschuss von immer noch 8 Mio. Franken mehr als gerechtfertigt sind. Mehr dazu dann aber in der Detailberatung.

Zum Schluss noch ein paar Bemerkungen zu den Departementen, zu denen wir uns in der Detailberatung nicht separat äussern werden.

Zum BVD. Mit dem Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung zur Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung der Stadtraumumgestaltungspotenzials beim Fernwärmeausbau wurden zusätzliche Kreditstellen beim Generalsekretariat, bei der Stadtgärtnerei, beim Tiefbauamt sowie beim Amt für Mobilität bewilligt. Auch für die Verteilung der Gelder des Mehrwertabgabefonds wurden interne Kapazitäten aufgebaut, um Projekte besser zu bewerten und zu bearbeiten. Beide Massnahmen sind erfreulich.

Zum Gesundheitsdepartement. Was im Gesundheitsdepartement die Kosteneffizienz steigern würde, wäre eine konsequent umgesetzte gemeinsame Spitalplanung. Wir betonen das seit Jahren. Nun scheinen aber die Kantone Basel-Stadt und Baselland in eine gegenteilige Richtung gehen zu wollen, wie die aktuelle Medienmitteilung zu den neu nur noch koordinierten statt gleichlautenden Spitallisten vermuten lässt. Diese Kursänderung der beiden Basel hin zu noch weniger gemeinsamer Planung ist aus unserer Sicht angesichts der hohen Gesundheitskosten bedenklich und es ist auch bedenklich gegenüber dem Parlament, das sich mehrfach dafür ausgesprochen hat, dass die Zusammenarbeit intensiviert wird. Es sind auch Vorstösse hierzu noch hängig.

Zum JSD. Neben der enormen Zahl an Projekten, die aktuell im JSD mehr oder weniger erfolgreich umgesetzt werden können, möchten wir erwähnen, dass trotz der Stellenaufstockung bei der Stawa vor allem bei den Sexual- und Gewaltdelikten nach wie vor grosse Rückstände herrschen. Dies gilt es kritisch zu betrachten. Positiv ist hingegen, dass für die Polizeischule mehr Aspirant*innen gefunden werden konnten. Damit der Unterbestand bei der Polizei aber nachhaltig angegangen werden kann, muss nun rasch das Lohnmassnahmenpaket umgesetzt werden.

Dann noch zum WSU. Die Anpassung des Kaderreglements der IWB, die jährlich bis zu 4 Mio. Franken Mehrausgaben bedeuten könnte, sehen wir sehr kritisch. Es stellt sich die Frage, ob man die besten Leute tatsächlich nur durch hohe Vergütungen kriegt und welches Signal das an die Bevölkerung sendet, die gleichzeitig schon höhere Kosten zu tragen hat. Es mag sein, dass der Konkurrenzdruck in diesem Bereich besonders hoch ist, allerdings scheint es in anderen Betrieben des Kantons auch ohne solche Vergütungserhöhungen zu gehen. Wir erwarten hier von der Regierung ein gründliches Monitoring und eine Berichterstattung zu den effektiven Ausgabengestaltung des neuen Kaderreglements und den Bonuszahlungen.

Mit diesen Ausführungen bedanke ich mich und beantrage im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dem Budget mit den Anpassungen der Finanzkommission zuzustimmen und die Sparübung, die Teile der Bürgerlichen ohne Not und ohne klares Ziel vornehmen wollen, abzulehnen. Ebenso die Anträge der SVP.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Jessica Brandenburger das Wort.

Jessica Brandenburger (SP): Wir beraten heute ein Budget, das uns eines ganz deutlich zeigt, es gibt keinen einzigen finanzpolitischen Grund, jetzt abzubauen. Und genau das machen Sie, wenn Sie sagen, wir wollen 19 Millionen über alles sparen. Sie verhindern damit nicht den Ausbau von neuen Dingen, Sie bauen dort ab, bei den Dingen, die es schon gibt. Das Budget 2026 ist ausgeglichen. Wir haben ein Betriebsergebnis, das zwar negativ ist, aber das positive Finanzergebnis von 281 Millionen führt zu einem Überschuss in der Erfolgsrechnung, wir haben es gehört, von über 8 Millionen, auch weil die Teuerung so tief ist. Das ist mehr als solide und verantwortungsvoll.

Die Erträge entwickeln sich gut. Der Regierungsrat rechnet mit steigenden Steuereinnahmen. Auch die OECD-Ergänzungssteuer bringt im Budgetjahr 400 Mio. Mehreinnahmen und obwohl diese Mittel direkt wieder in diese Fonds fliessen, zeigt es eines, die Standortattraktivität und die Wirtschaftskraft in Basel bleiben hoch und das ist doch etwas, was Sie von der bürgerlichen Seite immer wieder als extrem wichtig betonen.

Die dritte Hochrechnung der Rechnung 2025 zeigt auch, wir schliessen dieses Jahr nicht wie geplant mit einem Minus von 16 Millionen ab, sondern voraussichtlich mit einem Plus von 48 Millionen. Die Lage ist solide. Die Verschuldung ist so tief wie kaum je zuvor und weit weg von jeder Gefahr. Unsere Nettoschuldenquote beträgt 0,2 Promille und liegt damit massiv unter der gesetzlichen Grenze der Schuldenbremse von 6,5 Promille. Selbst mit steigenden Investitionen wird diese Quote bis 2029 nur auf 1,3 Promille steigen, also weiterhin in einem extrem komfortablen Bereich.

Investitionen in die Zukunft sind notwendig und sinnvoll. Die Investitionen in diesem Budget umfassen dringend notwendige Vorhaben. Schulbauten, Klimainfrastruktur wie Fernwärme, Trambeschaffung, Digitalisierung, Spitalbauten und Stadtentwicklung. Diese Investitionen sind kein Luxus, sondern die Voraussetzung dafür, dass unsere Stadt auch zukünftig funktioniert, sozial, ökologisch und wirtschaftlich. Die angebliche Ausgabenexplosion existiert schlicht nicht. Die Herausforderungen auf der Aufwandseite sind strukturell, etwa steigende Schüler*innenzahlen, höhere Gesundheitskosten, Digitalisierung oder der Ausbau der Betreuung in den Tagesstrukturen. Das sind alles Bereiche, die wir hier drinnen immer wieder besprechen und in denen es demokratische Mehrheitsentscheide gibt. Das Lohnmassnahmenpaket mit rund 17 Mio. Franken im Budget ist eingestellt. Es ist eine Reaktion auf den Fachkräftemangel und notwendig, um uns zu einem attraktiven Arbeitgeber zu machen.

Wir brauchen das, weil wir wollen, dass dieser Kanton weiterhin funktioniert und dass er am Laufen bleibt. Das sieht auch die Finanzkommission so. Eine unspezifische Kürzung, wie sie eine Minderheit in der Finanzkommission beantragt hat und die auch heute wieder auf dem Tisch liegt, wäre weder wirksam noch realistisch. Es besteht kein Handlungsbedarf, da das Budget ausgeglichen ist. Eine pauschale Kürzung ist einfach Unsinn. Zudem wäre sie ein Eingriff mit der Giesskanne, also genau das, was Sie auf bürgerlicher Seite, wenn es um Ausgaben geht, immer bekämpfen, weil Sie sagen, dass es keinen Sinn macht. Also bei Kürzungen gehen wir jetzt mit der Giesskanne vor, aber bei Ausgaben nicht, da müssen Sie mir dann schon noch erklären, wo die Stringenz in diesem Vorgehen ist. Es ist nicht zielgerichtet, nicht wirkungsvoll und nicht verantwortbar. Sie wollen 19 Mio. kürzen, einzig weil der Finanzplan ab 2027 Defizite zeigt. Doch Finanzpläne sind keine Rechnungen, sie sind Trendprojektionen, sie sind politisch gestaltbar. Und die Einnahmen wachsen weiter, auch gemäss Finanzplan von 2.3 auf 3.7 Mrd. Franken bis 2029. Man kann den Finanzplan nicht einfach einseitig anschauen und diese Teile herauspicken, die einem gerade passen.

Und damit kommen wir zum Grundsätzlichen, zu den Abbaufantasien der Bürgerlichen. Diese schaffen Unsicherheiten auf Kosten der Bevölkerung. Es bedeutet konkret, weniger Mittel für die integrative Schule, weniger Pflegeplätze, weniger Unterstützung für Familien, weniger Klimaschutz, weniger Investitionen in die Infrastruktur, weniger Digitalisierung, weniger Sicherheit, weniger soziale Teilhabe. Und das ist weder notwendig noch verantwortungsvoll. Unser Kanton steht finanziell hervorragend da. Wir sind einer der stärksten Finanzplätze und auch einer der stabilsten des Landes. Wir können uns öffentliche Leistungen leisten und wir müssen sie uns leisten, wenn wir Lebensqualität, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Klimaschutz sichern wollen. Dieses Budget ist seriös, solide und zukunftsgerichtet.

Wir von der SP bitten Sie deshalb, das Budget 2026, so wie es die Finanzkommission vorgelegt hat, anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Remo Gallacchi für die Mitte-EVP.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Schauen Sie mal nicht nur die nächsten drei, vier Jahre an, schauen Sie mal die letzten 16 bis 20 Jahre an. Was war da? Ich weiss es gar nicht mehr, 16 oder 20 Jahre. Durchschnittlich jährlich dreistellige Millionenbeträge im Plus, nicht ein Jahr, was ein Minus ergeben hat. Und jetzt fangen teilweise Leute hier drin an zu hyperventilieren, weil im 2027 oder im 2026 ein Minus von 19 Millionen budgetiert wird. Also schauen Sie ein bisschen weiter und was geschehen ist. Wir hatten die Rechnung 2024 anfangs dieses Jahres, ein Plus von 106 Millionen. Wir haben eine Prognose für 2025, ein Plus von 50 Millionen, vielleicht wird es ja dann noch 60 Millionen. Also die 19 Millionen, die Sie einsparen möchten, da sind wir jetzt quasi mal nicht mit den Bürgerlichen einig, diese 19 Millionen, die haben Sie in den letzten zwei Jahren schon etwa fünfmal eingespart oder sechsmal eingespart. Also schauen Sie auch, was gewesen ist.

Was wurde dann mit diesen horrenden Einnahmen gemacht? Es wurden Schulden abgebaut, teilweise wieder erhöht, wie auch immer, aber grundsätzlich wurden die letzten 16 bis 20 Jahre Schulden abgebaut. In diesen 20 Jahren kamen immer wieder dieselben Argumente. Die Steuerreform 1 kam, da hiess es, in zwei Jahren gibt es ein rotes Budget. Dann kam die Steuerreform 2, in den nächsten Jahren kommt ein rotes Budget, dann kam die Steuerreform 3, da kommt wieder ein rotes Budget. Nichts ist eingetreten, aber gar nichts ist eingetreten. Die Nettoschuldenquote ist, wie schon erwähnt, weit unter 1%, im 2029 ist es 1,3%, also weit weg entfernt von 6,5%. Also ein bisschen mehr Gelassenheit könnte man hier an den Tag legen.

Dann kommt diese Unternehmenssteuer, diese zusätzliche OECD-Steuer. Da kann man dafür oder dagegen sein, die prognostizierten Mehreinnahmen hat man dann direkt in den Fonds getan, damit man vielleicht die normale Rechnung wie üblich machen kann mit, glaube ich, dieses Jahr 300 Millionen, nächstes Jahr 400 Millionen. Der Standortförderungsfonds muss mit 150 Mio. geäufnet werden und kann bis 500 Mio. geäufnet werden. Muss aber nicht. Das ist jetzt einmal ein Fonds, den ich nicht so schlecht finde, weil man da flexibel ist mit reinschmeissen oder nicht reinschmeissen. Jetzt wurde zweimal quasi das komplette Paket dort hineingetan, ohne zu wissen, ob die Wirtschaft überhaupt den ganzen Betrag wieder beantragt und ob alles wieder gesprochen wird. Frau Soland hätte auch sagen können, wir machen anstatt 400 Mio. nur 380 Mio. in den Fonds, dann wäre das minus 19 plötzlich plus eine Million.

Es ist ein Budget und diese 19 Mio. sind in einer Streuung drin, die mathematisch einfach verschwindet. Warten wir die nächsten drei Jahre ab, vielleicht ergibt sich dann wirklich, dass die Wirtschaft maximal immer nur 200 Mio. beantragt im Durchschnitt, dann macht es auch keinen Sinn, jedes Jahr 400 Mio. in den Fonds zu tun, dann könnte man 150 Mio. in die Rechnung tun, dann sieht das Leben schon wieder völlig anders aus.

Betreffend Sparen, da gehe ich quasi einig mit der SVP. Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, aus unserer Sicht Sparzwang zu machen. Das eine ist, Sie wählen konkrete Projekte aus, die Sie unterstützen oder nicht unterstützen, was die SVP seit den letzten Jahren immer wieder getan hat, mehr oder weniger mit Erfolg, aber doch konkret, wo man sparen will, so jetzt diesmal auch ein Antrag von uns, oder Sie entziehen der Regierung die Geldmittel. Nicht, indem Sie sagen, sie dürfen es nicht ausgeben, sondern sie bekommen weniger. Und weniger bekommen bedeutet, Steuersenkung. Damit können Sie quasi die Regierung zwingen, haushälterischer umzugehen.

Auch da wieder etwas nicht bürgerlich, die Bürgerlichen wollten am Anfang dieses Jahres eine Steuersenkung machen. Wir auch, gebe ich zu. Die Riehener Fraktion, welchen Couleurs auch immer, hat dies verhindert. Und jetzt ein Atemzug später, nachdem Sie eine Steuersenkung wollen, wollen Sie eine Sparrunde einläuten. Das ist jetzt etwas, das wirklich schräg in der Landschaft steht. Lassen Sie die Regierung sparen, indem Sie ihnen das Geld entziehen und Steuersenkungen machen.

Das soll jetzt aber nicht ein Freipass sein für die Linken und sagen, das Geld ist vorhanden, wir schmeissen alles raus, sondern es ist immer noch jedes Projekt anzuschauen, macht es Sinn, macht es nicht Sinn, können wir es uns leisten, können wir es uns nicht leisten, da sind wir dann unterschiedlicher Meinung und mehren das dann hier aus.

Noch ein erstes Schlusswort zu Frau Soland, im Juni verkündete sie für 2024 ein Überschuss von 106 Mio., hat dann eine Bemerkung gemacht, ich zitiere: Der strukturelle Überschuss ist abgebaut. Wir haben quasi eine schwarze Null. Mit 100 Mio. plus, naja, gut. Dann erwarte ich auch für die nächsten drei, vier, fünf Jahren, dass ein Minus von 50 bis 80 Mio. eine sehr hellrote Null ist, aber immer noch eine Null ist und nicht anfängt, auch wieder zu hyperventilieren und sagen, wir müssen sparen.

Nehmen wir die nächsten drei Jahre etwas gelassener, schauen wir, wie das Budget aussieht, schauen wir, wie die Rechnung aussieht, schauen wir, was mit dem Standortförderungspaket geht, da wissen wir nämlich noch alle nicht, wie das alles abläuft, schauen wir an, was im 2026, 2027 und 2028 passiert, und dann diskutieren wir wieder, wenn wir die Rechnungen haben, nicht das Budget, die Rechnungen, und hoffen, dass wir alle erfreut erstaunt sind, dass es dann schon wieder positiv ist. Nur damit das protokolliert wird.

Wir unterstützen das Budget der Finanzkommission und zu den einzelnen Anträgen werden wir uns dann spontan entscheiden müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Wenn wir also nächstes Jahr dann wieder hier sitzen, würde dann die Mitte ein negatives Budget unterstützen oder zurückweisen?

Remo Gallacchi: Das kommt auch von der Höhe darauf an, wenn Sie ein negatives Budget haben wie Zürich oder Waadt mit 300 und 400 Millionen, dann können wir darüber reden, dass wir es zurückweisen und sagen, so jetzt halbiert mal das

Budget. Aber wegen 20, 30, 40 Millionen die nächsten drei Jahre, wo so viele Unsicherheiten drin sind, nein, werden wir nicht zurückweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eine nächste Zwischenfrage von David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin ja nicht Mathematiker, aber etwa umgerechnet, 40 Millionen mal etwa fünf mit Bevölkerung sind 200 Millionen und Sie finden 14 Millionen bei uns wenig als vertretbares Defizit?

Remo Gallacchi: Es ist ein Budget und so wie die letzten 20 Jahre budgetiert worden ist, auch noch von Frau Herzog, es ist okay, wenn man vorsichtig budgetiert und dass es dann immer ein bisschen besser kommt. Bei 40 Millionen, ja, spielt keine Rolle, wir schauen dann, wie die Rechnung ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Jenny, darf ich Sie bitten, solche Gesten zu unterlassen? Danke. Herr Urgese.

Luca Urgese (FDP): Kollege Gallacchi macht einen Grundlagenfehler. Er blickt 16 und 20 Jahre zurück und hat das Gefühl, ja, das geht in Zukunft einfach immer so weiter, weil es in der Vergangenheit so war. Das wissen wir schlicht und einfach nicht. Aber wenn Sie ein bisschen die Augen aufmachen und in der Welt herumschauen, dann sehen Sie, wie sich das Klima, das wirtschaftliche Klima, das internationale Klima deutlich verschlechtert hat. Nehmen Sie das zur Kenntnis. Und was bedeutet das für uns? Es bedeutet, dass es auch bei uns potenziell schwieriger wird. Jetzt kann man schon sagen, ja, schauen wir mal, was kommt und dann reagieren wir vielleicht., aber es ist nicht intelligente Finanzpolitik. Intelligente Finanzpolitik bedeutet, vorauszuschauen, versuchen abzuschätzen, was auf uns zukommt und sich dann entsprechend aufzustellen.

Wir können schon sagen, ja, wir machen jetzt halt mal ein Defizit, ist ja nicht so schlimm. Aber ich sage Ihnen, ein Defizit zu verhindern von Anfang an, ist deutlich einfacher, als wenn die Defizite dann schon da sind und Sie dann mit den schmerzhaften Sparpaketen kommen müssen. Denn was wir hier tun wollen, ist ja nicht sparen, es ist das Ausgabenwachstum zu bremsen. Um das geht es hier. Und wir haben dieses Ausgabenwachstum und dieses Ausgabenwachstum, das ist massiv.

Und was bedeuten denn Defizite? Defizite führen zu Schulden, Defizite bedeuten Konsum zu Lasten künftiger Generationen, weil die künftigen Generationen sind diejenigen, die das wieder abbauen müssen. Und wir haben in den letzten Jahren viele Schulden abgebaut, das konnten wir dank der hohen Überschüsse machen. Ob das auch in Zukunft so sein wird, wissen wir nicht. Sehen wir uns die Finanzplanung an, die ja nicht einfach aus der Luft gegriffen ist, da werden ja gewisse Annahmen getroffen, dann sehen Sie, dass die Schulden wieder deutlich ansteigen werden, um eine Milliarde in den nächsten vier Jahren oder drei Jahren, wenn ich es richtig im Kopf habe. Also das, was wir in den letzten Jahren mühsamst abgebaut haben, bauen wir in relativ kurzer Zeit wieder auf. Und Basel-Stadt hat nach wie vor, auch wenn wir da vorwärts gemacht haben, im kantonalen Vergleich pro Kopf immer noch eine sehr hohe Bruttoverschuldung. Lassen Sie sich nicht täuschen von der Nettoschuldenquote, die Bruttoverschuldung pro Kopf ist immer noch hoch. Um das geht es.

Also man kann jetzt schon hier hinstehen und sagen, ja, bleiben wir mal die nächsten drei Jahre gelassen, schauen wir mal, aber dann kann ich Ihnen sagen, wenn es gut kommt, schön für uns alle, wenn es nicht gut kommt, dann haben wir hier drin also richtig hässliche Diskussionen, das kann ich Ihnen sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Weibel. Diese wird entgegengenommen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Herr Urgese, Sie räumen damit aber auch die Möglichkeit ein, dass es gut kommen kann in den nächsten drei Jahren und dass wir deshalb ein bisschen gelassen bleiben können.

Luca Urgese (FDP): Gute Finanzplanung ist eben nicht, einfach auf das Beste zu hoffen, sondern konservative Finanzpolitik macht Sinn.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit sind wir am Ende der Redner*innenliste. Herr Wullschleger hätte das Wort, er verzichtet. Frau Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich bin nicht der Ansicht, dass ich die Finanzlage dramatisiert habe in den nächsten Jahren. Die Finanzlage ist gut, sie ist sehr solide. Wir sind ein reicher Kanton, wir sind ein reiches Land. Verglichen mit anderen Ländern ist die Schweiz eines der reichsten Länder. Verglichen mit den anderen Kantonen in der Schweiz gehören wir zu den reichsten Kantonen. Also ich glaube, das ist eine Tatsache, da müssen wir uns einig sein, weil das sind Fakten. Und immer, wenn ich mit der Rating-Agentur meinen gewohnten Lunch habe mit den vielen Fragen, die Sie mir stellen, dann sagen sie mir auch immer, wir haben wirklich in der Schweiz eine sehr vorsichtige Finanzpolitik in unseren Körperschaften, wir sind sehr zurückhaltend, wir haben tiefe Schulden, wir haben alle tiefe Schulden. Von dem her ist die Ausgangslage für uns wirklich ausserordentlich toll.

Das ist ja auch schön, wir sind auf einem hohen Niveau, auch unsere Leistungen sind auf einem hohen Niveau. Es ist jetzt nicht so, dass auch der Regierungsrat in den letzten paar Jahren nicht vorwärts gemacht hat, auch Sie, wir haben auch unsere Leistungen verbessert. Ich glaube, es ist wichtig, dass man wirklich von diesem Punkt aus geht. Die Ausgangslage ist gut, ich habe nichts dramatisiert. Es schadet auch nicht, Schulden aufzunehmen. Das macht Sinn, vor allem mit unserem Investitionsniveau, weil Investitionen sind für die Zukunft. Wenn wir das nicht machen, das haben auch einige gesagt, dann wird man in 20, 30 Jahren den Preis dafür zahlen, und zwar unsere Nachkommen. Von dem her ist das auch sinnvoll.

Den einzigen Punkt, den wir etwas kritisch anschauen, ist das Aufwandwachstum. Es geht darum, sorgfältig zu schauen, welche neuen Aufgaben braucht es, wo wachsen wir, weil es viel schwieriger ist, wenn wir eine neue Leistung aufgeführt haben, die dann irgendwann wieder wegzunehmen. Daher sind wir dort vorsichtig. Also wenn Sie mir vorwerfen wollen, ich budgetiere vorsichtig, dann sage ich Ihnen, ja, beim Aufwandwachstum schaue ich sehr genau hin. Da sind wir auch im Kollegium gleicher Meinung, wir schauen alles genau an und versuchen, sehr vorsichtig zu wachsen und neue Aufgaben zurückhaltend zu übernehmen. Das scheint mir wichtig, dieser Unterschied, ich habe also, glaube ich, nichts dramatisiert.

Dann noch ein wichtiger Hinweis. Nein, die Ergänzungssteuer fliesst nicht 1:1 in den Fonds, Frau Weibel. Es tut mir leid, das ist eine Falschinformation. In den Fonds fliesst nichts automatisch. Den Fonds haben wir geschaffen, gerade weil es uns wichtig ist, dass unser Finanzhaushalt nicht aus dem Gleichgewicht kommt. Der Fonds wird jetzt budgetiert, aber erst nächstes Jahr wird entschieden, wie viel Geld genau in den Fonds fliesst. Damit haben wir mehr Sicherheit, dass eben nicht der Finanzhaushalt aus den Fugen gerät. Das heisst, auch wenn wir sagen, wir vermuten 400 Millionen, wenn wir dann sehen, das ist nicht der Fall, es sieht alles viel schlechter aus, kann man auch die Äufnung begrenzen. Das scheint mir einfach noch wichtig, das ist der Grund, warum wir das gemacht haben. Und es ist nicht so, dass alle Mehrausgaben in den Fonds fliessen. Wir haben gesagt, wenn der Finanzhaushalt es nicht verträgt, wird ein Teil von den Unternehmenssteuern, den Mehrerträgen auch in den Finanzhaushalt fliessen. Und wenn Sie das Budget genau angeschaut haben und wenn Sie das auch bei der Rechnung machen, sehen Sie, dass ein Grossteil unserer Erträge auch von den Unternehmen kommt. Das scheint mir einfach noch wichtig zu sagen.

Zudem möchte ich Sie auch jetzt schon darauf hinweisen, der Kürzungsantrag von 19 Millionen, da gebe ich Remo Gallacchi recht, das ist ein kleiner Teil. Ich gebe ihm auch recht, ob wir jetzt 20 Millionen plus oder minus haben bei unserem Finanzhaushalt von 5 bis 6 Milliarden ist das schon fast kosmetisch. Das ist etwas, was ich sogar manuell absichtlich machen könnte, was ich natürlich nicht mache. Aber wir müssen schon schauen, dass wir das ganze Bild sehen. Bei 5 bis 6 Milliarden ist so ein kleines Plus oder Minus, ja, das ist ausgeglichen, das ist einfach so im Ganzen. Ich glaube, Sie sind ja Mathematiker und besser als ich, aber ja, das verstehe ich auch so. Daher sind die 19 Millionen auf unseren ganzen Haushalt kein grosser Betrag.

Es ist realistisch, dass man das kürzen kann, aber was nicht geht, Sie können das nicht delegieren. Die Regierung hat nicht die Kompetenz, nachdem Sie das Budget beschlossen haben, zu entscheiden, wo wir was kürzen. Diese Kompetenz haben wir nicht, die haben Sie. Daher haben wir, ich sage Ihnen das, damit Sie das nachher in Ruhe anschauen können, eine Liste gemacht, wie eine lineare Kürzung aussehen würde, verteilt auf alle Departemente, auf alle Dienststellen. Der Regierungsrat hat sich informieren lassen und ist der Meinung, es ist unzulässig, diese Delegation, wir können die nicht wahrnehmen, wenn, dann müsste man eine lineare Kürzung machen, verteilt auf alle Departemente und auf alle Dienststellen. Anders ist das aus unserer Sicht nicht möglich. Ich sage Ihnen das deshalb, weil die Liste, die ist da hinten dran, wir haben gedacht, da können Sie es vielleicht nachher mal noch anschauen.

Ansonsten vielen Dank für die vielen Hinweise, vielen Dank für die Diskussion. Ich habe vor allem etwas herausgehört, was ich auch mitnehmen werde. Der Finanzplan wird bei uns nicht manuell gemacht, das heisst, wir haben unsere Parameter, die werden dann eingespielt und dann gibt es eigentlich sehr häufig ein kleines Defizit. Und nein, der Regierungsrat hat nicht vor, diese Defizite tatsächlich zu machen und daher ist der Finanzplan vielleicht etwas irreführend und ich werde das mitnehmen für nächstes Jahr, wenn wir diesen aktualisieren, dass wir dort das Thema vielleicht noch etwas näher anschauen. Weil diese 19 Millionen, die kommen ja daher und selbstverständlich haben wir das nicht vor, wir haben auch dieses Jahr irgendwann mal einen negativen Betrag gehabt im Finanzplan und wie Sie sehen, haben wir Ihnen jetzt das auch nicht so vorgelegt. Aber

ich sehe, dass das wahrscheinlich zum Teil dramatisierend wirkt oder man den Eindruck hat, wir planen hier mit Defiziten, was wir nicht wollen. Von dem her nehme ich das sicher mit, dass wir den nächsten Finanzplan vielleicht nochmal anschauen, ob wir da etwas anpassen müssen. Das scheint mir ein wichtiger Punkt.

In dem Fall besten Dank für die doch mehrheitlich gute Aufnahme, für die spannende Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hätte Frau Hanauer, sie ist nicht anwesend. Catherine Alioth verzichtet. Somit geht das Wort an Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion, auch für die verschiedenen Standpunkte. Das ist in etwa auch das, was selbstverständlich in der Finanzkommission von den Meinungen her Thema war. Vielleicht ganz grundsätzlich zu dem, was Frau Regierungsrätin Tanja Soland jetzt am Schluss gesagt hat, ich glaube, das kann man sicherlich auch mit einer weiteren Zahl noch bestätigen, dass wir ein sehr reicher Kanton sind. Das sehen Sie alleine daran, wie viel Geld wir in den nationalen Finanzausgleich bezahlen. Wären wir nämlich kein so reicher Kanton, würden diese entsprechenden Zahlungen in den NFA auch nicht so hoch sein und auch nicht in den kommenden Jahren weiterhin hoch sein respektive sogar noch weiter ansteigen. Nichtsdestotrotz ist es natürlich ein Anliegen der Finanzkommission, und das wird auch im Bericht ja sehr deutlich, Frau Regierungsrätin Tanja Soland hat es jetzt auch erwähnt, dass wir weiterhin mit ausgeglichenen Rechnungen daherkommen sollten, also sprich, dass wir schauen, dass wir bei den Ausgaben priorisieren.

Das hat der Regierungsrat in seiner Stellungnahme gegenüber der Finanzkommission bereits erläutert, Regierungsrätin Tanja Soland hat es jetzt noch einmal bekräftigt, dass wir tendenziell auf der Aufgabenseite schauen müssen, dass wir dort dieses Ausgabenwachstum im Lot halten können und dabei, und da müssen wir uns auch nicht selber in die Tasche lügen, spielen zwei wichtige Dinge eine Rolle. Ein Punkt hat Frau Brandenburger in ihrem Fraktionsvotum gesagt, ein Teil dieses Ausgabenwachstums ist begründet mit dem Wachstum der Bevölkerung, mit den steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen. Das hat selbstverständlich Einfluss auf die Ausgaben des Kantons. Und ein zweiter Teil, und da müssen wir uns selber hier drinnen auch anschauen, dafür sind wir verantwortlich und nicht Regierungsrätin Tanja Soland und auch nicht der Regierungsrat, es werden hier in diesem hohen Hause, ich würde behaupten, und ich sage das wertneutral, fast Monat für Monat zusätzliche Ausgaben beschlossen oder beantragt, die über das hinausgehen, was der Regierungsrat vorgesehen hat. Herr Seiler hat dies, ich glaube, es war Herr Seiler, in seinem Votum auch schon erwähnt als ein Beispiel, die Idee dieser Prämiendeckelung bei den Krankenkassen. Das wird etwas sein, was selbstverständlich, wenn es kommt, das kann man wertneutral festhalten, den Staatshaushalt zusätzlich belasten will und das war etwas, was der Regierungsrat hier in diesem Saal Ihnen beantragt hat, abzulehnen. Also auch das Parlament ist völlig unabhängig, ob Sie links, in der Mitte oder rechts stehen, teilweise dafür verantwortlich, dass dieser Finanzplan und das Ausgabenwachstum weiter ansteigt.

Der von jetzt vielen erwähnte Finanzplan der kommenden Jahre, das sehen Sie auch transparent im Budgetbericht auf Seite 12, sieht vor ein Minus von 19 Mio. im Jahr 2027, er sieht vor ein Minus von 64 Mio. im Jahr 2028 und er sieht vor ein Minus von 83 Mio. im Jahr 2029. Das ist der Finanzplan, aber Sie haben Frau Regierungsrätin Tanja Soland heute gehört, Sie haben es auch im Bericht der Finanzkommission gelesen, das Ziel bleibt selbstverständlich weiterhin, dass Ihnen ein ausgeglichenes Budget jeweils präsentiert und vorgelegt wird und das ist aber, und auch das hat Tanja Soland bereits erwähnt, sicherlich in den kommenden Jahren anspruchsvoller, weil wir diesen strukturellen Überschuss mit diversen Massnahmen abgebaut haben und deshalb sicherlich auch die Finanzlage heute nicht mehr vergleichbar ist mit von vor zehn Jahren, auch das gehört selbstverständlich zur gesamten Wahrheit dazu.

Ich bin deshalb gespannt auf dann die Detailberatung, wo wir dann vielleicht den einen oder anderen Antrag auch noch diskutieren werden und vielleicht auch namentlich diesen Antrag Seiler, den Sie hier vorliegen haben, den wir in der Finanzkommission behandelt haben und der Ihnen eine Mehrheit der Finanzkommission heute zur Ablehnung empfiehlt, wie auch der Regierungsrat das getan hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Eintretensdebatte ist damit abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Budgets 2026.

Erfolgsrechnung

Die Detailberatung des Budgets erfolgt nach Departementen gemäss dem Bericht der Finanzkommission und subsidiär gemäss dem Budgetbericht. Bei jedem Departement werden zuerst die eingegangenen Anträge bekanntgegeben, danach erhält das Wort der Referent der Finanzkommission und der Vertreter des Regierungsrates. Dann folgt die Beratung der Anträge und deren Bereinigung.

Das Vorgezogene Budgetpostulat wird beim Präsidialdepartement behandelt.

Am Schluss der Detailberatung steht die Investitionsübersichtsliste.

Der Antrag zum Teuerungsausgleich auf den Personalkosten sowie der Antrag auf Kürzung des Budgets um 19 Mio. Franken werden am Schluss beim Regierungsrat und Übriges behandelt.

Wir kommen damit zur

Detailberatung des Budgets 2026.

Allgemeine Themen (Kommissionsbericht, Seite 4 bis 14)

Joël Thüring verzichtet, Frau Soland hat den Saal gerade verlassen, sonst sehe ich auch keine Sprechenden. Somit gehen wir weiter.

Gesamtkantonale Feststellungen (Kommissionsbericht, Seite 15 bis 22)

Joël Thüring verzichtet. Ich habe auch sonst keine Sprechenden eingetragen.

Präsidialdepartement (Kommissionsbericht, Seite 23)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates sowie drei Änderungsanträge der Fraktion SVP vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Danach beraten wir das Vorgezogene Budgetpostulat. Das Wort zu diesem Departement hat Joël Thüring. Er verzichtet. Conradin Cramer verzichtet ebenfalls. Fleur Weibel hat sich gemeldet.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Bevor wir zu den Änderungsanträgen kommen, möchten wir noch ein paar allgemeine Bemerkungen zum Präsidialdepartement machen, auf die ich vorhin in der Eintretensdebatte verzichtet habe, weil wir jetzt hier nochmal sprechen und dann auch die Änderungsanträge des Regierungsrates und der SVP, die drei Änderungsanträge besprechen werden. Ich möchte, wie gesagt, zunächst ein paar allgemeine Bemerkungen machen, zunächst zur Trinkgeld-Initiative. Hier erwarten wir mit Spannung die Berichterstattung zu der ersten Vierjahresperiode, wie die Umsetzung gelaufen ist, und wir möchten vorausschicken, dass es uns wichtig ist, dass die 5% für die Jugend- und Alternativkultur korrekt berechnet und entsprechend ausgegeben werden. Bei der Gaststadt-Initiative möchten wir einfach darauf hinweisen, dass jetzt, wo Basel-Stadt vermehrt auch Austragungsort für Konferenzen sein soll, dass wir davon ausgehen, dass diese Initiative auch im Einklang mit den Klimazielen von Basel-Stadt stattfindet, Stichwort nachhaltiges Reisen, da vertrauen wir auf das Präsidialdepartement.

Und dann noch eine kritische Bemerkung zur Hauptpost, in die das Präsidialdepartement umziehen will. Hier fragen wir uns schon, warum der Kanton nicht mit einem guten Beispiel vorangeht und eine für alle statt nur für die Mitarbeitenden des PD zugängliche Dachterrasse schafft. Eine Vorbildfunktion sieht für uns anders aus und es ist aus unserer Sicht ganz klar eine verpasste Chance für einen für die Allgemeinheit zugänglichen Dachfreiraum in der Innenstadt.

Ich äussere mich jetzt auch noch zu der Anpassung der Finanzkommission, weil ich glaube, das macht jetzt dramaturgisch am meisten Sinn. Wie gesagt, zur Anpassung der Finanzkommission, und bitte entschuldigen Sie, es ist meine erste Budgetdebatte, zur Budgetanpassung der Finanzkommission, mit der der Sach- und Betriebsaufwand des Präsidialdepartements um 1800 Franken erhöht werden soll, damit Projekte im Bereich der Einsamkeitsprävention und der sozialen Teilhabe gefördert werden, hier möchten die Grünen/jgb ihre Zustimmung aussprechen. Ich habe das bereits in der Eintretensdebatte gesagt, dass wir diese Anpassung der Finanzkommission unterstützen und den Änderungsantrag der Regierung ablehnen werden. Einsamkeit stellt ein wachsendes gesellschaftliches und gesundheitliches Problem dar, das erhebliche Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die psychische wie physische Gesundheit der Betroffenen hat. Im Rahmen eines Pilotprojekts wurden sieben freiwillige Projekte gegen Einsamkeit mit Beiträgen unterstützt und wir erachten es als sehr sinnvoll, dass mit relativ geringem Ressourceneinsatz hier weiterhin in den Quartieren eine grosse Wirkung entfaltet werden kann und beantragen deshalb, der Kommissionsmehrheit zu folgen und der Budgetanpassung zuzustimmen.

Die drei Änderungsanträge der SVP, die uns seit gestern Nacht vorliegen, lehnen wir allesamt ab. Dies schon alleine aufgrund der Kurzfristigkeit, vor allem aber auch aus inhaltlichen Gründen. Insbesondere der jedes Jahr wiederkehrende und mehr oder weniger gleichlautende Kürzungsantrag bei der Abteilung für Gleichstellung und Diversität bleibt aus unserer Sicht inhaltsleere Symbolpolitik. Schliesslich beantragen wir auch, dem Vorgezogenen Budgetpostulat von Tonja Zürcher zuzustimmen. Vielleicht äussere ich mich nochmal nach den Änderungsanträgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Möchte Herr Cramer das Wort? Generelle Debatte zum Präsidialdepartement.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich hätte nicht gedacht, dass wir jetzt in der Budgetdebatte über die Hauptpost sprechen, aber wenn das aufgegriffen wurde, dann beschäftigt es offenbar sehr. Wir haben dazu ja auch die Motion von Luca Urgese beantwortet, das ist auch im Rahmen dieser Sitzung noch später traktandiert. Ich möchte aber jetzt im Rahmen der Budgetdebatte doch anmerken, dass wir keine Budgetmittel haben für die Anmietung von privaten Flächen, um diese dann für öffentliche Rooftop-Nutzungen der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Dafür haben wir keine Budgetmittel, die müssten Sie also einfordern, vielleicht mit einem Budgetpostulat. Ich bin auch der Meinung, wir hätten gar keine gesetzliche Grundlage für so etwas, also hier müsste man dann wahrscheinlich auch mit einer Motion vorgehen. Wenn Sie das wünschen, dass der Kanton mehr staatliche Rooftops betreibt, dann wäre das wohl der richtige Weg, das so einzubringen. Und sonst danke ich für die stillschweigende und entsprechend gute Aufnahme des Budgets.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Das Thema Hauptpost kommt natürlich nicht von ungefähr, Herr Regierungspräsident, wir haben uns dazu im Budgetbericht verlautbaren lassen. Die Finanzkommission beurteilt allerdings nicht, ob eine Terrasse öffentlich genutzt werden soll oder nicht. Was die Finanzkommission auch jetzt dann in Kenntnisnahme der Beantwortung der Interpellation Urgese, aber sicherlich, das haben wir auch angekündigt im Budgetbericht oder indirekt angekündigt mit unserem Budgetbericht, diskutieren und anschauen werden oder wollen, ist die Situation der Mietkosten. Da gibt es ja seitens des Regierungsrates gewisse Zusicherungen und die Finanzkommission wird darüber sicherlich noch in Austausch gelangen mit dem Präsidialdepartement.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Änderungsantrag des Regierungsrates.

Massnahmen zur Prävention von Einsamkeit (Budgetbericht FKom, Seite 24)

Erfolgsrechnung

Verbesserung um 180’000 Franken.

Herr Cramer verzichtet, Herr Thüring verzichtet, ich habe Julia Baumgartner eingetragen.

Julia Baumgartner (SP): Einsamkeit ist weit verbreitet in unserer Gesellschaft und das nicht erst seit Covid, obwohl die Pandemie die Tendenz sicherlich verstärkt hat. Sie ist über alle Generationen hinweg verbreitet und sie macht krank. Einsamkeit ist nicht laut, Einsamkeit ist leise und unscheinbar, denn Menschen, die von Einsamkeit betroffen sind, ziehen sich zurück. Umso wichtiger ist es, dass wir als Kanton hinschauen, dass wir Präventionsprojekte unterstützen in den Quartieren, nahe bei den Menschen. Im Rahmen eines Pilotprojekts wurden im Jahr 2024 sieben Freiwilligenprojekte gegen Einsamkeit mit Beiträgen unterstützt. Der Regierungsrat hat damals in seiner Antwort zur Motion von Pascal Pfister festgehalten, dass für Projekte ab 2026 entsprechende Mittel im Budget bereitzustellen sind. Die Finanzkommission hat für das Budget 2026 entsprechend einen Antrag zur Erhöhung des Sach- und Betriebsaufwands des Präsidialdepartements gestellt. Eine Erhöhung um 180’000 Franken, um bereits bestehende Projekte im Bereich der Einsamkeitsprävention und der sozialen Teilhabe zu fördern. Der Betrag ist eindeutig überschaubar, der Nutzen dafür hingegen sehr gross, denn Einsamkeitsprävention ist auch Gesundheitsprävention. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, der Finanzkommission zu folgen und den Änderungsantrag des Regierungsrats abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden mehr eingetragen. Herr Cramer wünscht das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für diesen Antrag. Der Regierungsrat bittet Sie, ihn abzulehnen. Einerseits einfach deshalb, weil wir Ihnen ein Budget vorlegen und dieses Budget als allumfassend genügend betrachten und im konkreten Fall jetzt hier, wenn es um diese zusätzlich 180’000 Franken für Projekte im Bereich der Einsamkeitsprävention geht, aus zwei besonderen Gründen. Der erste Grund ist, dass der Grosse Rat im Mai diesen Jahres Gelder für das gemeinsam mit der Gesundheitsförderung Schweiz finanzierte Pilotprojekt bewilligt hat. Das Pilotprojekt nennt sich kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 bis 2028. Im Rahmen dieses Pilotprojekts sollen Prävention und Intervention bei von Einsamkeitsgefühlen betroffenen jungen Erwachsenen gestärkt werden. Das Pilotprojekt ist eine gute Sache, aber es ist eben erst angelaufen und ein Pilotprojekt macht man ja deshalb, um

eben dann Erkenntnisse und Erfahrungen daraus zu gewinnen, die dann in die Konzeption neuer Projekte einfliessen können.

Und zweitens, das ist der zweite Grund für den Ablehnungsantrag des Regierungsrats, zweitens arbeiten wir seitens Regierungsrats, konkret bei mir im Präsidialdepartement, gemäss Ihrem Auftrag derzeit daran, eine kantonale Strategie zur Reduktion von Einsamkeit vorzulegen und diese Strategie wird im nächsten Jahr vorliegen. Im Anschluss an die Verabschiedung dieser Strategie ist dann vorgesehen, dass allenfalls bestehende Angebotslücken durch einen Aktionsplan geschlossen werden können und wenn dieser Aktionsplan vorliegt, dann werden wir auch abschätzen können, ob allenfalls finanzielle Mittel notwendig sind und wo finanzielle Mittel ihre grösstmögliche Wirkung entfalten können. Also wie gesagt, zuerst müssen Strategie und Aktionsplan erarbeitet werden, erst dann wissen wir, wo allenfalls finanzielle Mittel sinnvoll eingesetzt werden können und deshalb bitte ich Sie, diesen Budgeterhöhungsantrag für das Jahr 2026 abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Präsident der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum, weshalb wir nun direkt zur Abstimmung über diesen Antrag kommen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

20 Ja, 75 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007881, 17.12.25 11:24:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: 75 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen sind für die Ablehnung des Antrags.

Es liegen nun drei Anträge der Fraktion SVP vor.

Dienststelle Gleichstellung und Diversität (Budgetbericht, Kapitel 3.2.2, Seite 57)

Erfolgsrechnung

Verbesserung des Personalaufwandes um 458’365 Franken, Verbesserung Sach- und Betriebsaufwand um 185’693 Franken.

Das Wort hat die Antragstellerin Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Wir von der SVP beantragen eine Kürzung von 20% bei der Abteilung Gleichstellung und Diversität. Weshalb? Lassen wir die Fakten für sich sprechen. Ich stelle Ihnen die Abteilung Gleichstellung und Diversität bezüglich Personal einmal vor. Fachstelle Gleichstellung, sieben Frauen, eine non-binäre Person, kein Mann. Fachstelle Integration und Antirassismus, sechs Frauen, ein Mann. Fachstelle für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, zwei Frauen, kein Mann. Administration, zwei Frauen, kein Mann. Total also wegen einer Doppelbesetzung, 16 Frauen, ein Mann, eine non-binäre Person. Ich denke, das spricht schon für sich selbst. Insbesondere bezüglich der Fachstelle Gleichstellung ist das doch erschütternd. Eine Fachstelle, die sich für Gleichstellung einsetzt, ist nicht ausgeglichen und das seit Jahren. Die Abteilung setzt sich also für Gleichstellung ein und selbst sind sie nicht mal im Personal ausgeglichen. Und es ist nicht so, als wäre Ihnen das nicht bewusst, denn wir von der SVP weisen darauf auch immer mit unseren Kürzungsanträgen auf diesen Missstand seit Jahren hin. Passiert ist nichts.

Schaut man noch etwas weiter zurück, kann man feststellen, dass in den letzten Jahren in dieser Abteilung ein massiver Stellenausbau stattgefunden hat. So wurden im Jahr 2020 noch rund vier Vollzeitstellen ausgewiesen, im Jahr 2025 sind wir bei 12. Das ist eine Verdreifachung. Wo diese gerechtfertigt sein soll, aufgrund von neuen und mehr Aufgaben, aufgrund von notwendigen Aktivitäten, erschliesst sich mir nicht, eine Verdreifachung. Eine Erhöhung, ja, mag vielleicht sein, aber sicherlich nicht ein derartiger Stellenaufbau. Man kann also nicht behaupten, dass der Mehrwert sich verdreifacht hat, dass

die Notwendigkeit verdreifacht wurde in den letzten Jahren. Wir haben hier derart viel mehr Stellen und man muss sagen, eigentlich ist es das Gegenteil, die Aufgaben haben sich reduziert. Auch dank der linken Ratsseite, die Lohngleichheitsanalysen gewünscht hat, haben wir heute schwarz auf weiss den Beweis, dass es keine Lohnungleichheit gibt oder nur in einzelnen Fällen und schon gar keine Lohndiskriminierung. Die Aufgaben werden also weniger, nicht mehr.

Und dann hier noch ein kleiner Hinweis auf den Sachaufwand. Solche Pins beispielsweise werden verteilt mit dem Hinweis, man soll diese auch tragen oder in Mails auch entsprechende Hinweise machen, um damit seine Aufgeklärtheit zu zeigen. Auf solchen Sachaufwand können wir verzichten. Das ist nun wirklich nicht nötig. Das sind Ausgaben, die wir sparen können.

Meine Damen und Herren, wir sprechen hier über Steuergeld. Geld, das von den Leuten und den Unternehmen zuerst weggenommen werden muss, das zuerst erarbeitet werden muss, und dieser Stellenaufbau von vier auf zwölf FTEs, diese Kostensteigerung, die ist unverhältnismässig und die spricht von einem unverantwortlichen Umgang mit Steuergeldern. Also es ist Zeit, dass wir uns hier mässigen, dass wir sorgfältig umgehen mit den Steuergeldern, dass wir hier Zurückhaltung walten lassen. Und vielleicht noch dieser Hinweis, wir haben jetzt hier eine Kürzung von 20% gefordert, also wirklich nicht eine radikale Kürzung, das ist wirklich äusserst moderat, im Vergleich zu dieser Verdreifachung ist das wirklich fast nichts. Also ich bitte Sie deshalb, dieser 20%-Kürzung, diesem moderaten Antrag hier zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Frau Nussbaumer und Frau Weibel. Sie werden entgegengenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Mich würde wundernehmen zu Ihrem ersten Argument, inwiefern eine Reduktion um 20%, wie dies zu mehr männlichen Angestellten führen kann.

Laetitia Block (SVP): Ich möchte auf keinen Fall mehr Angestellte, sondern man muss schauen, dass man sich als Abteilung ausgeglichen ausgestaltet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Auch von mir eine Frage zu dem Thema, werden Sie auch einen Kürzungsantrag von 20% bei den Volksschulen machen, wo viel zu viele Primarlehrerinnen arbeiten und bei der Finanzkontrolle, wo es, glaube ich, praktisch nur Männer sind oder machen Sie das systematisch einfach nur bei der Abteilung für Gleichstellung?

Laetitia Block (SVP): Bei dieser Abteilung ist es natürlich besonders wichtig, weil ihre Arbeit Gleichstellung ist, aber grundsätzlich spreche ich mich immer dafür aus, dass überall ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis besteht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Fraktionssprecherin für die SP ist Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Wir waren wieder sowas von überrascht heute Morgen über diesen Kürzungsantrag, das hätten wir so überhaupt nicht erwartet. Nein, natürlich waren wir überhaupt nicht überrascht über den erneuten Angriff auf diese Arbeit. Und immer und immer wieder und alle Jahre wieder die gleichen Argumente. Gut, jetzt der Fokus auf diese Zusammensetzung, das war jetzt relativ neu in dieser Vehemenz, aber es sind schlussendlich die gleichen Argumente und die gleiche Leier. Und liebe SVP, dieser Antrag ist so was von Copy-Paste, dass Sie dieses Mal nicht mal das Jahr geändert haben im Antrag. Es steht immer noch 2024 drauf. Es ist nicht so sorgfältig, weil das Thema ist nämlich extrem wichtig.

In der SVP-Realität ist natürlich in Sachen Gleichstellung und Zusammenhalt hier in unserem Kanton und auch schweizweit längst alles erreicht. Wahrscheinlich ist für Ihr Verständnis eher zu viel gegangen in dieser Hinsicht. Deshalb reden Sie die Arbeit der Fachstelle erneut schlecht und lancieren auch dieses Jahr wieder einen Versuch, in diesem Bereich das Budget, ich würde sagen, massiv zu kürzen. 20%, das ist massive Kürzung. In der Realität, in der ich lebe, gibt es auch in unserem wunderbaren Kanton nach wie vor ein grosses Missverhältnis in der unbezahlten Betreuungsarbeit zu deutlichen Ungunsten der Frauen oder der betreuenden Person. Sie leisten nämlich, Frauen im spezifischen, immer noch 60% davon, was sich auch immer noch negativ auf ihre Karriere und ihre wirtschaftliche Situation bis auf über ein Drittel kürzere Renten im Rentenalter auswirkt. Und auch wenn das entgegen allen Fakten und jetzt ein bisschen abenteuerlich behauptet wurde, es gibt immer noch einen massiven und grossen Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern.

Was auch sehr besorgniserregend ist, jedes Jahr werden immer mehr Frauen, queere Personen und auch Männer Opfer von geschlechtsspezifischer, sexualisierter und häuslicher Gewalt. Zudem zeigt sich immer deutlicher, dass Männer, besonders auch junge Männer, offensichtlich mehr und mehr unter dem Druck der traditionellen Männlichkeitsforderungen unter Druck stehen und gleichzeitig wächst bei ihnen das Bewusstsein, welche problematischen Folgen diese Verhaltensweisen haben. Es ist fatal, sie in diesem Orientierungsvakuum nur sich selbst zu überlassen. Denn mangels Unterstützung und Alternativen suchen sie im Internet, wo sie aber sehr rasch auf sehr radikale, frauenhassende Protagonisten und Inhalte treffen.

2024 haben wir das erweiterte Gleichstellungsgesetz verabschiedet, worauf ich und ich weiss, auch viele hier drin sehr stolz sind. Wir von der SP wollen eine konsequente Umsetzung dieses Gesetzes in allen Bereichen. Im LGBTIQ-Bereich sind wir aktuell noch im Aufbau und in einer zweijährigen Projektphase. Dies ist sehr wichtig und wie Expert*innen berichten, ist die Nachfrage nach Unterstützung und Community-Building sehr gross. Diese Arbeit soll und muss weitergeführt werden.

Und zu den Themen der Diversität. Leider nehmen erwiesenermassen auch in unserem Kanton Fremdenfeindlichkeit, ja sogar Rassismus zu. Die Teilnahme am öffentlichen Leben und unserem Zusammenleben für Menschen mit Behinderung ist noch lange nicht barrierefrei, weder kommunikativ noch in der Fortbewegung in der Stadt noch in der Partizipation und Integration im Arbeitsleben. Für die Abteilung Gleichstellung und Diversität gibt es also in allen Bereichen sehr viel und wichtige Arbeit zu tun.

Zusammenfassend, wir brauchen dringend im Minimum die vollen budgetierten finanziellen Mittel für diese Bereiche und damit von uns, von der SP, ein ganz klares Nein an diesen erneuten unsäglichen Versuch, dieses Budget in diesem Bereich zu kürzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Messerli. Diese wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Frau Amacher, Sie haben jetzt tiefere Löhne und tiefere Renten angesprochen. Können Sie mir die Kausalität erklären zwischen Sach- und Betriebsaufwand in der Abteilung Gleichstellung und der Rentenhöhe der Frauen, inwiefern das miteinander zusammenhängen soll?

Nicole Amacher (SP): Ich habe das auch nicht in diesem Zusammenhang gesagt, ich habe Themen erwähnt, die wichtig sind, dass darin noch weitergearbeitet wird. Zum Beispiel wegen des Lohnunterschieds oder weil die Frauen meistens mehr Betreuungsarbeit leisten und sie weniger Erwerbslohn haben und damit auch die Renten kürzer sind. Ich hoffe, das begreifen Sie.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich spreche zu diesem Antrag und auch zu den folgenden Verbesserungsanträgen der SVP. Wir haben als Fraktion diese nicht detailliert besprochen, weil sie gewohnt sehr kurzfristig kommen. Das darf man natürlich auch gerne so machen, aber für uns als GLP ist es dann schwierig, hier einheitliche Zustimmung hinzubekommen für derartige Verbesserungsanträge. Auch wenn vielleicht einzelne Anträge von einzelnen von uns möglicherweise unterstützt werden, sind wir hier quasi formal offen. Ich gehe aber davon aus, dass die meisten keine Zustimmung finden werden. Ich appelliere hier einmal mehr an meine Kollegen der SVP, das habe ich in anderen Jahren auch schon gesagt, wir sind als GLP sehr bereit, auch punktuell, anders als jetzt beim Antrag von Daniel Seiler, den wir ja nochmal besprechen werden, hinzuschauen, bei einzelnen Dienststellen Aufwandkürzungen vorzunehmen. Wir sind auch der Meinung, dass es durchaus Potenzial gibt, aber das bedarf einer eingehenden Analyse. Deshalb, solche Diskussionen würde ich viel lieber in der Finanzkommission schon führen und dann wären wir anständig darauf vorbereitet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Wir haben es gehört, wie jedes Jahr beantragt die SVP eine Kürzung des Budgets für Gleichstellung und Diversität und wie jedes Jahr wird so getan, als handle es sich dabei um eine harmlose Sparmassnahme, obwohl es in Wahrheit eine politische Entscheidung gegen Prävention ist. Möglicherweise auch ein wenig ideologisch gefärbt und, wie wir im Votum gehört haben, auch geprägt von tiefer Unkenntnis über die Wirkungsweise von Diskriminierung.

Meine Vorrednerin, Nicole Amacher, hat ausgeführt, dass wir 2024 ein neues Gleichstellungsgesetz verabschiedet haben. Damit wurde der kantonale Auftrag zur Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit deutlich ausgeweitet. Dieser Entscheid war richtig. Er kann jedoch nur umgesetzt werden, wenn die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen. Symbolpolitik reicht hier nicht.

Im Grossen Rat herrschte letzte Woche Einigkeit darüber, dass geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt bekämpft werden müssen. Uneinigkeit, das zeigt sich heute, besteht offenbar bei den Ursachen dieser Gewalt. Eine repräsentative Umfrage aus dem Jahr 2023 unter jungen Männern in Deutschland zeigte Erschreckendes. 34% gaben an, gegenüber Frauen schon einmal handgreiflich geworden zu sein, um ihnen Respekt einzuflössen. 33% finden es akzeptabel, wenn ihnen bei einem Streit mit der Partnerin gelegentlich die Hand ausrutscht. 33%. 47% sind der Meinung, dass Frauen durch aufreizendes Verhalten selbst Verantwortung tragen, wenn Männer dies als Aufforderung verstehen. Fast die Hälfte. Diese Zahlen stammen nicht aus irgendwelchen Internetforen, sondern aus einer repräsentativen Befragung. Sie zeigen, Gewalt beginnt nicht mit dem Schlag, sondern mit Haltungen, die Gewalt legitimieren. Wir sprechen hier nicht von einem Randphänomen, sondern von einer tief verankerten gesellschaftlichen Problematik.

Femizide, 28 allein in diesem Jahr, sind nicht Tragödien aus dem Nichts, sie sind die Spitze einer geschlechtsspezifischen Gewaltpyramide. Ihr Fundament bilden misogyne, sexistische und queerfeindliche Haltungen, die sich im Alltag zeigen, in abwertenden Sprüchen am Stammtisch oder eben in der Chefetage, in der Normalisierung von Lohnungleichheit und in der Geringschätzung jener Arbeit, die für unsere Gesellschaft zentral ist. Darauf folgen verbale und nonverbale Grenzüberschreitungen, Catcalling, sexualisierte Kommentare, alltägliche Einschüchterungen. Viele Frauen in diesem Raum wissen genau, wovon ich spreche. An der Spitze dieser Pyramide stehen schliesslich körperliche Übergriffe bis hin zu Femiziden.

Wenn wir diese Gewalt wirklich wirksam bekämpfen wollen, müssen wir auf allen Ebenen ansetzen, präventiv und schützend. Genau hier leistet die Fachstelle Gleichstellung und Diversität ihre Arbeit. Ihre Tätigkeit ist für den Schutz unserer Leben genauso zentral wie jene der Kantonspolizei oder der Staatsanwaltschaft. Bei der Fachstelle zu kürzen heisst, weniger Prävention und weniger Prävention heisst, mehr Gewalt. Der Antrag der SVP ist deshalb kein Sparantrag, er will einen Angriff auf Prävention und Schutz und letztlich auf das Recht auf ein gewaltfreies Leben. Die Fraktion BastA bittet Sie darum, diesen Kürzungsantrag klar abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsratspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich glaube, es wurde alles gesagt. Es ist ja, wie auch mehrfach betont wurde, nicht ganz so neu, dieser Antrag in ähnlicher Form wurde ja in vergangenen Jahren von der gleichen Fraktion auch schon gestellt. Was vielleicht schon zu vermerken ist als neue Erkenntnis, wir haben erst in diesem Jahr ein neues kantonales Gleichstellungsgesetz in Kraft gesetzt und der Grosse Rat hat mit der Verabschiedung dieses Gesetzes selbst den bestehenden Handlungsbedarf im Bereich Gleichstellung ausdrücklich anerkannt. Er hat auch den kantonalen Gleichstellungsauftrag ausdrücklich als Querschnittsaufgabe über alle Departemente durch die ganze Kantonsverwaltung verankert und er hat den Auftrag auf LGBTIQ-Personen ausgeweitet. Für diese Auftragserweiterungen hat der Grosse Rat auch selbst zusätzliche Ressourcen bewilligt, insofern wäre es denkbar inkonsequent, jetzt diese Ressourcen wieder zu kürzen. Ich betone das aber nicht zu sehr, weil ich davon ausgehe, dass eine Mehrheit das auch so sieht.

Ich glaube, wichtig ist schon auch noch der Hinweis, den Frau Stier am Schluss gemacht hat, nämlich die direkte Linie von der Gleichstellung zur Verhinderung von Gewalt. Das ist ein Thema, wo wir im Kanton auch wieder über mehrere Departemente hinweg einen Akzent setzen zusammen mit dem Bund. Ich verweise da auf die aktuelle Bundeskampagne «Gleichstellung verhindert Gewalt». Und ich glaube, auch in diesem Zusammenhang wäre eine Kürzung des Budgets nicht angezeigt in den Bemühungen, die der Kanton hier zusammen mit dem Bund angeht, und ich bitte Sie daher namens des Regierungsrats, den Änderungsantrag nicht zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Im Namen der Finanzkommission beantrage ich Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Das Wesentliche dazu hat jetzt bereits Regierungspräsident Conradin Cramer auch ausgeführt. Es ist auch nicht Aufgabe der Finanzkommission zu prüfen, wo in welchem Departement oder in welcher Dienststelle das Geschlechterverhältnis wie ist. Das ist nicht das, was wir als Finanzkommission machen. Wir haben es auch von Regierungspräsident Conradin Cramer gehört, es gab in den vergangenen Jahren nicht nur eine Aufgabenausweitung, sondern es gab auch neue Funktionen, die innerhalb dieser Dienststelle Gleichstellung und Diversität dazugekommen sind, was sicherlich auch ein Teil der Begründung

für einen gesteigerten Personal- und Betriebs- respektive Sachaufwand war. Deshalb bittet Sie die Finanzkommission, diese Streichung nicht vorzunehmen und am Antrag der Finanzkommission beim Präsidialdepartement festzuhalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung über diesen Antrag der SVP.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SVP, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

22 Ja, 73 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007883, 17.12.25 11:47:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 73 Nein-Stimmen gegen 22 Ja-Stimmen.

Dienststelle Staatskanzlei (Budgetbericht, Kapitel 3.2.3, Seite 59)

Erfolgsrechnung

Sachaufwandverbesserung um 57’000 Franken.

Das Wort hat der Antragsteller Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Wir diskutieren sehr häufig über die Frage, wo ist jetzt eine Mehrausgabe gerechtfertigt oder wo spricht man dann von einer Abbaupolitik. Hier in diesem Bereich haben wir jetzt wirklich gar keine Abbaupolitik, das kann man jetzt wirklich nicht rechtfertigen. Und hier ersuche ich wirklich auch die bürgerlichen Fraktionen, welche jetzt insbesondere auch dafür sind, diese 19 Millionen einzusparen, dass wir hier zustimmen. Wenn wir nicht einmal die eigenen politischen Feierlichkeiten hinterfragen können, wie wollen Sie dann bitte glaubwürdig Mehrausgaben in anderen Bereichen bekämpfen und rechtfertigen, wenn wir das nicht einmal hier bei einer Feierlichkeit machen können. Wir hatten bereits im 2023 diese Feierlichkeiten rund um die Bundesratsfeier und um die Ständeratspräsidiumsfeier und jetzt haben wir Winter 2026 eine nächste Feier einer designierten Nationalratspräsidentin. Ich denke, hier ist es wirklich auch in einem verhältnismässigen Mass, wenn wir das kürzen. Andere Kantone zeigen, dass es auch mit weniger Aufwand geht. Es gibt sogar auch den Ständeratspräsidenten aus Graubünden, der ganz auf solche Feierlichkeiten verzichtet.

Und es wird immer wieder das Argument genommen, wir müssen uns doch in Bern als Kanton Basel und als Region repräsentieren und dürfen doch hier nicht sparen. Da möchte ich gerne noch eine Anekdote erzählen. Ich kann mich noch gut erinnern, als wir vor ein paar Jahren diese Diskussion hatten rund um die Bundesrats- und Ständeratspräsidiumsfeier von Herrn Jans und Frau Herzog. Dort gab es ein Telebasel-Talk, meine Grossratskollegin Frau Block war dort mit Altregierungsrat Hans-Peter Wessels und er hat dann gesagt, ja, wir konnten jetzt Herrn Bundesrat Rösti genau zeigen, wo der Rheintunnel aufhört und wo der Rheintunnel beginnt. Das Resultat später war dann, dass die ganzen Fraktionen, welche in Bundesbern einen Nationalrat stellen, bis auf eine Fraktion dann diesen Rheintunnel abgelehnt haben und der Rheintunnel dann auch bei der Bevölkerung keine Mehrheit gefunden hat. Und wenn das am Ende des Tages das Resultat sein soll, dass wir hohe Feste feiern, damit wir uns besser repräsentieren können in Bundesbern und dann die eigenen Projekte noch selbst versenken, dann ist wirklich dieser Output relativ gering.

Und wenn wir jetzt irgendwie noch argumentieren, wir haben noch das Herzstück und wir müssen uns doch jetzt bei dieser Nationalratspräsidiumsfeier für das Herzstück zusammenreissen und dort lobbyieren und dann die Antwort aus Bundesbern kommt, dass das Herzstück dann 2090 statt 2095 kommt, dann können wir doch auch hier ganz klar sagen, dass ein solches Fest in dieser Höhe nun wirklich keinen Mehrwert hat für die Bevölkerung, für den Kanton Basel und für die Region. Und entsprechend, wir sagen ja nicht, dass wir gar keine Feier wollen, wie das jetzt im Kanton Graubünden der Fall ist, wir möchten einfach moderat kürzen und wenn man hier nicht kürzen kann, dann frage ich mich dann schon auch, wenn man

dann diese 19 Millionen an den Regierungsrat delegieren möchte, wo möchte man dann bitte kürzen, wenn wir nicht einmal die eigenen Feierlichkeiten in Frage stellen und auch reflektieren können.

Entsprechend bitte ich Sie, dieser moderaten Kürzung um 75’000 Franken zuzustimmen, damit wir auch ein Signal geben. Wir leben in schwierigen Zeiten, die Bevölkerung hat es nicht einfach und entsprechend ist es auch nicht immer super, wenn wir dann hier als Kanton oder auch als Grossratsmitglieder oder als Nationalratsmitglieder Feste feiern, die dann in dieser Dimension sind. Hier sind vielleicht auch 125’000 aus unserer Sicht, aus Sicht der SVP genug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring verzichtet, Herr Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Seit 1848 stellte unser Kanton sieben Mal den Nationalratspräsidenten und der letzte Präsident, das war Alfred Schaller, das ist schon etwas her, 1967 war das, und 60 Jahre später wird aller Voraussicht nach Nationalrätin Katja Christ den Nationalrat präsidieren können. Das ist eine grosse Ehre für unseren Kanton und auch für ihre Wohngemeinde Riehen. Und es ist, glaube ich, unbestritten, dass wir dieses Präsidium dann am 2. Dezember 2026 angemessen feiern werden, zusammen mit der Bevölkerung, zusammen mit der kantonalen und kommunalen Politik sowie mit den Mitgliedern der eidgenössischen Räte. Der Regierungsrat beantragt Ihnen dafür, 200’000 Franken ins Budget einzustellen. Diese Zahl basiert auf unseren Erfahrungswerten. Das Fest für Ständeratspräsidentin Herzog im Dezember 2023 hat Basel-Stadt 240’000 Franken gekostet, das Bundesratsfest für Beat Jans, das war ebenfalls im Dezember 2023, hat 225’000 Franken gekostet.

Tatsächlich ist natürlich diese Häufung eidgenössischer Grossfeiern ungewöhnlich, aber, das darf man auch vermerken, sie ist positiv für unseren Kanton. Wir profitieren von den Eindrücken und den Beziehungen, die diese Präsidialjahre mit sich bringen und die eben auch an diesen Feiern vermittelt und gepflegt werden. Wir möchten seitens Regierungsrats die eidgenössische Tradition der Präsidiumsfeiern nicht in Frage stellen und möchten auch unserem Ruf gerecht werden, dass, wenn Basel einlädt, es dies in würdigem und grosszügigem Rahmen tut.

Entsprechend beantragen wir Ihnen, den Kürzungsantrag abzulehnen in der Meinung, dass die erste Nationalratspräsidentin unseres Kantons und das erste Präsidium nach 60 Jahren eben eine angemessene Feier verdient, genauso wie das die Ständeratspräsidentin und der Bundesrat vor zwei Jahren verdient haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Die Finanzkommission hält an ihrem Budget für das Präsidialdepartement anhaltend fest. Wir haben uns auch nicht intensiv mit der Frage beschäftigt, was jetzt angemessen erscheint oder nicht. Aus unserer Sicht ist dieser im Budget eingestellte Betrag entsprechend angemessen für diese Feierlichkeiten. Wir bitten Sie also, den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SVP, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

18 Ja, 71 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007885, 17.12.25 11:55:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 71 Nein-Stimmen gegen 18 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Dienststelle Statistisches Amt (Budgetbericht, Kapitel 3.2.6, Seite 68)

Erfolgsrechnung

Personalaufwand, Verbesserung um 179’000 Franken

Sach- und Betriebsaufwand, Verbesserung um 30’000 Franken

Das Wort hat der Antragsteller Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Der Regierungsrat beantragt, die Schaffung von insgesamt drei zusätzlichen Stellen im Statistischen Amt primär mit dem Ziel, interne KI-Beratungen für Dienststellen anzubieten, KI-gestützte Anwendungen zu entwickeln und ein kantonales KI-Register zu bewirtschaften. Die SVP-Fraktion anerkennt die Notwendigkeit, sich als Kanton mit den Möglichkeiten und Herausforderungen der künstlichen Intelligenz auseinanderzusetzen. Insbesondere verstehen wir, dass die Einführung und Führung eines neuen kantonalen KI-Registers einen gewissen administrativen Mehraufwand generiert, weshalb wir die dafür vorgesehene eine Stelle grundsätzlich mittragen. Hinsichtlich der beantragten zusätzlichen zwei Stellen für die Entwicklung KI-unterstützter Anwendungen und die Etablierung einer internen KI-Beratungsposition sind wir jedoch der Ansicht, dass dieser Ausbau zum jetzigen Zeitpunkt zu weit geht. Die Digitalisierung und die Nutzung neuer Technologien sind zentrale Aufgaben, die jedoch primär durch Effizienzsteigerungen innerhalb der bestehenden Strukturen aufgefangen werden müssen, anstatt reflexartig neue Planstellen zu schaffen.

Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass die Aufgaben im Bereich der KI-Beratung und der initialen Toolentwicklung vorerst durch folgende bestehende Ressourcen abgedeckt werden könnten. Erstens, die notwendige Expertise und die Beratungsfunktionen können in einer ersten Phase durch die bestehenden zentralisierten IT-Dienststellen des Kantons, IT Basel-Stadt, bereitgestellt werden. Eine Zersplitterung der IT-Kompetenzen durch den Aufbau paralleler spezialisierter Einheiten in einzelnen Ämtern erachten wir als nicht zweckmässig. Zweitens, für spezifische hochkomplexe Projekte oder initiale Machbarkeitsstudien kann bei Bedarf auf externe private Expertise zurückgegriffen werden. Dies ermöglicht einen flexiblen Zugang zu Spitzen-Knowhow ohne die Fixkosten dauerhaften Personalaufstockungen.

Es ist unser politisches Ziel, die Verwaltung schlank und effizient zu halten. Die beantragten zwei Stellen für die internen Anwendungsentwicklungen stellen eine unnötige Vorinvestition in interne Kapazitäten dar, deren Auslastung und Effizienzgewinn noch nicht hinreichend belegt sind. Daher beantragt die SVP-Fraktion die Streichung des beantragten Stellenzuwachses von zwei Stellen für die Entwicklung KI-unterstützten Anwendungen. und eine entsprechende Reduktion von Personal- und Sachaufwand im Budget des Statistischen Amtes.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Dieser Antrag macht für uns gar keinen Sinn. Sie wollen immer Effizienz, sie wollen innovativ sein und jetzt gibt es hier einen Antrag, um mit den modernen Technologien weiterzugehen, damit wir Leute haben, die sich damit auskennen, damit wir auch über die Sicherheitsrisiken, die diese Technologien vielleicht mitbringen können, damit wir das fundiert haben in diesem Kanton, und das wollen Sie jetzt streichen? Es ist eine Investition, das bedeutet, sobald diese Leute angefangen haben zu arbeiten, sobald man weiss, wie es funktioniert, dann kann Effizienz gewonnen werden. Und wenn Sie jetzt hier streichen, dann werden wir halt nicht effizienter. Darum lehnen wir diesen Antrag ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich bitte Sie auch, diesen Antrag abzulehnen. KI ist ein wichtiger Bereich und dort liegt, glaube ich, auch ein grosser Schlüssel für den Effizienzgewinn. KI muss aber auch richtig eingesetzt werden und ich freue mich sehr, dass der Kanton hier vorangehen will, dass er auch nicht zu lange warten will, sondern jetzt sogleich einsteigen will. Wir müssen diese Thematik angehen und ich bin auch überzeugt, dass die Angliederung ans Statistische Amt ein spannender Gedanke ist, weil KI natürlich mit IT zu tun hat, aber KI hat vor allem mit viel Daten zu tun und die liegen im Statistischen Amt und ich erwarte spannende Projekte und bitte Sie darum, den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich unterbreche die Sitzung hiermit.

Schluss der 41. Sitzung

12:00 Uhr

Protokoll

der 42. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 17. Dezember 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Lukas Faesch (LDP), Salome Bessenich (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

56. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK 2
56.1. Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton) 26
57. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) für die Jahre 2026–2029..... 26
58. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026–2029 32

Beginn der 42. Sitzung

Mittwoch, 17. Dezember 2025, 15:00 Uhr

56. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

[17.12.25 15:00:58, 25.5499.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Wir fahren fort mit dem Änderungsantrag. Regierungsrat Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Am Vormittag sah es noch so aus, als gäbe es noch einige Sprecher zu diesem Änderungsantrag. Das ist jetzt aber nicht mehr der Fall, das heisst, ich kann die Sache beschleunigen.

Nochmals vielleicht für uns alle zur Erinnerung, heute Vormittag hat die SVP den Antrag gestellt, den vom Regierungsrat beantragten Stellenzuwachs beim Statistischen Amt für KI-Fachexperten zu kürzen, dies mit dem Argument, dass der Ausbau zu weit gehe und insbesondere auf die Stellen für die KI-Beratung und die Tool-Entwicklung teilweise verzichtet werden soll. Diese Aufgabe solle von IT BS oder punktuell über externe Expertise abgedeckt werden können.

Dazu möchte ich schon gerne im Namen des Regierungsrats Stellung nehmen. Bereits jetzt ist eine Aufgabenteilung zwischen dem Statistischen Amt und der IT BS beim Thema KI vorgesehen. IT BS ist dank ihres Fachwissens bezüglich Infrastruktur zuständig für Aufbau, für Betrieb und für die Skalierung der sogenannten Daten- und KI-Plattform. Auf dieser technischen Basisinfrastruktur kann KI datensouverän und auch datenschutzkonform verwendet werden. Und deswegen hat der Regierungsrat auch bei der IT BS entsprechende Stellen beantragt. Demgegenüber verfügt das Statistische Amt über exzellente Kenntnisse in der Datenbewirtschaftung und der Datenanalyse. Und der Einsatz von KI ist ja letztlich nichts anderes als eine Art von Datenbearbeitung, eine fortgeschrittene Datenbearbeitung. Der Regierungsrat ist deswegen überzeugt, dass wir mit der vorgeschlagenen Aufgabenteilung das Potenzial von KI für die Verwaltung und damit natürlich auch für einen modernen Service Public bestmöglich realisieren können.

Wenn wir diese Stellen nun kürzen, dann können wir die Vorzüge der KI für die Verwaltungsarbeit nicht angemessen nützen. Wir arbeiten im Kanton unter anderem mit sehr heiklen Daten, denken Sie etwa an die Daten beim Amt für Sozialbeiträge oder bei der Steuerverwaltung. Die Verarbeitung dieser Daten kann mit KI-Hilfsmitteln deutlich beschleunigt werden, deutlich verbessert werden. Mit den beantragten Stellen beim Statistischen Amt können KI-Modelle und Anwendungen für diese speziell schutzbedürftigen Bedürfnisse der Verwaltung entwickelt und danach eben auch komplett datenschutzkonform eingesetzt werden. Und gleichzeitig können wir mit den beantragten Stellen sicherstellen, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung geschult sind und die Veränderungen, die KI für die Arbeitsabläufe zweifelsohne bringen wird, auch mittragen können.

Es ist ja auch so, dass die KI, wie wir sie heute besitzen, immer noch die schlechteste ist, die es jemals geben wird. Die Technologie und damit ihre Einsatzmöglichkeiten werden sich in den kommenden Jahren weiter rasant verändern und darum ist es erst recht von zentraler Bedeutung, dass wir in der Verwaltung internes Fachwissen aufbauen und unseren Mitarbeitenden zur Verfügung stellen. Und genau dafür sollen eben diese KI-Experten beim Statistischen Amt auch zuständig sein. Die Nachteile des Beizugs von externen Fachpersonen sind demgegenüber beachtlich. Wenn nämlich jedes Departement andere Firmen für eigene Projekte engagiert, dann sind nicht nur die Kosten für den Kanton hoch und wohl höher, es entstehen dann auch in jedem Departement oder sogar auf Ebene Dienststelle Abhängigkeiten, der Einsatz von KI würde Gefahr laufen, unkoordiniert zu verlaufen und genau das wollen wir eben vermeiden.

Und dazu kommt, und das ist vielleicht sogar formell fast das wichtigste Argument, dass all diese Gedanken und Vorschläge nun ja in einem Ratschlag gebündelt sind und dieser Ratschlag der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen wurde. Dort wird materiell über die Verwendung der Budgetmittel entschieden. Das heisst, der Grosse Rat wird nach einer einlässlichen Vorberatung durch die Finanzkommission Gelegenheit haben, über eben genau diese Stellen noch zu reden. Insofern wäre es jetzt, wo das Geschäft beim Grossen Rat liegt, etwas sonderbar, jetzt schon in der Budgetdebatte dem Grossen Rat selbst die Möglichkeit zu nehmen, dann fundiert über diesen Ratschlag beraten zu können. Auch aus diesem Grund bitte ich Sie namens des Regierungsrats, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Auch die Finanzkommission beantragt Ihnen wie der Regierungsrat, diesen Antrag nicht zu unterstützen. Wir haben uns in der Finanzkommission mit dem Thema KI auseinandergesetzt, auch mit dieser Schnittstelle zwischen statistischem Amt, im Präsidialdepartement angesiedelt, und dann den zusätzlichen Stellen, die es auch bei IT BS geben wird und wir sind nicht zum Entschluss gekommen, dass es hier eine Kürzung benötigt. Wir werden, das hat auch jetzt Regierungspräsident Conradin Cramer ausgeführt, zu dieser Thematik KI und dem entsprechenden Ratschlag, mit dem auch verbunden ein Nachtragskredit ist für das Budget 2026 uns noch einmal dann auch intensiver mit der gesamten Konstellation und Thematik KI befassen, die ja nicht morgen schon ablaufen wird, sondern diese Diskussion, das hat Regierungspräsident Conradin Cramer gesagt, hat ja letztlich auch beim Kanton erst begonnen. Ich bitte Sie also, diesem Antrag der Fraktion der SVP nicht stattzugeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung über diesen Antrag.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

13 Ja, 82 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007888, 17.12.25 15:07:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 82 gegen 13 Stimmen.

Wir kommen zum vorgezogenen Budgetpostulat Tonja Zürcher, Präsidialdepartement, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung Plankton. 65’000 Franken. Der Regierungsrat hat das vorgezogene Budgetpostulat erfüllt mit einer Budgeterhöhung von 65’000 Franken, Budgetbuch, Seite 323. Gibt es dazu Anträge?

Es gibt keinen Antrag. Damit hat Joël Thüring das Wort. Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet. Ich habe keinen Sprechenden eingetragen. Das vorgezogene Budgetpostulat ist erledigt.

Damit verlassen wir das Präsidialdepartement und gehen zum Bau- und Verkehrsdepartement über. Kommissionsbericht, Seite 27. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP sowie ein Änderungsantrag der Fraktion Mitte-EVP vor.

Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten anschliessend den Änderungsantrag. Das Wort zum Departement hat zuerst Joël Thüring. Er verzichtet. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenfalls. Raffaela Hanauer hat sich als Einzelsprecherin eingetragen.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Kommt das Globalbudget erst später?

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Globalbudget behandeln wir erst etwas später.

Somit haben wir keine Sprechenden eingetragen. Es liegt auch hier ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Dienststelle Stadtgärtnerei Budgetbericht Kapitel 3.3.3 Seite 116. Erfolgsrechnung, Personalaufwandverbesserung um 256’000 Franken. Das Wort hat der Antragsteller Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Im Rahmen des Stadtklimakonzepts will der Regierungsrat mit einem neuen Förderprogramm Kleinprojekte unterstützen und ein entsprechender Ratschlag wurde im Oktober 2025 an die UVEK überwiesen. Der Entscheid des Grossen Rates steht noch aus.

Diese Projekte sollen durch den Mehrwertabgabefonds finanziert werden und natürlich, wie es leider nicht anders zu erwarten war, sollen Personalressourcen von weiteren 1,6 Full-Time-Employees Equivalents eingerichtet werden. Im Ratschlag beantragt der Regierungsrat eine auf vier Jahre befristete Stelle für die Gesamtprojektleitung und eine gleich befristete Stelle für die Bauberatung. Wir sprechen also insgesamt nicht über eine Ausgabe für 160 Stellenprozente im 2026, sondern über vier Jahre gesehen über eine Ausgabe von 1,025 Mio. Franken, schön verdaulich verpackt in kleine Tranchen.

Wir sehen wieder einmal den bedauerlichen Reflex von Regierung und Verwaltung, bei einer neuen Aufgabe sofort nach neuen Stellen zu rufen und die SVP stellt sich dezidiert gegen diesen ungesunden Automatismus. Es zeigt sich an diesem Beispiel schön, wie Regierungsrat und Verwaltung gefangen sind in einer Gedankenwelt, welche offensichtlich andere Lösungen als neue Stellen nicht kennt. Richtig wäre aber, dass statt neue Stellen zu schaffen, prioritär bestehende Ressourcen durch Weiterbildung, Prozessoptimierung und ähnliches genutzt werden oder die Überlegung, kann eine Aufgabe durch Umschichtung von Ressourcen erledigt werden. Und diese Überlegungen vermissen wir ein ums andere Mal, wenn es um neue Aufgaben in der Verwaltung geht.

Und noch einmal, der Regierungsrat redet von 160 Stellenprozenten auf vier Jahre befristet. Wer es glaubt, wird selig. Für Staatsstellen gilt mit starker Tendenz die Gleichung, eingerichtet gleich permanent. Ja, geschätzte Damen und Herren, in diesem Grossen Rat reden wir ja so gerne über Anreize. Die SVP nimmt Sie beim Wort, bitte, geben wir dem Regierungsrat einen Anreiz, motivieren wir ihn dazu, aus diesem Gedankengefängnis auszubrechen, dass es immer neue Stellen braucht, statt dass er die Überlegung anstellt, wie er mit den bestehenden Arbeitskräften, Wissen und Erfahrung die neue Aufgabe erledigen kann.

Die SVP beantragt deshalb, auf diese 1,6 neu vorgesehenen Stellen zu verzichten und die weitere Umsetzung der Förderprogramme im Rahmen der bestehenden Ressourcen sicherzustellen. Entsprechend sind die Personal- und Sachaufwände zu kürzen.

Wir bitten Sie deshalb, diesen Änderungsantrag zu unterstützen und danken Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Sie können sich vorstellen, dass ich hier sofort auf die Bühne springen muss, wenn ich Beat K. Schaller zuhöre. Das ist wahrscheinlich der gleiche Reflex, den er hat, wenn es um Themen geht, die etwas mit Klima oder Biodiversität zu tun haben könnten. Wenn es jetzt einmal einen Grund hat, wirklich hier auch klar, auch nachvollziehbar zu sehen, dass es wirklich auch mehr Ressourcen braucht, dann ist es hier. Im Moment ist es so, dass die Stadtgärtnerei auch heute schon viele neue Aufgaben übernehmen muss im Zuge des Stadtklimakonzeptes natürlich. Und wir haben auch sehr schön vorher gehört, dass es bei diesen ganzen Massnahmen, die wir ergreifen, ja wirklich um eine Investition in die Zukunft unserer Stadt geht und dass wir hier auch Massnahmen umsetzen, die ganz und gar im Sinne der Stadtbevölkerung sein sollten, weil sie für das weitere Überleben in dieser Stadt sehr förderlich sind.

Wir haben heute eine Fläche, die die Stadtgärtnerei bearbeitet, von etwa über 360 Hektaren. In diesem neuen Auftrag, den wir der Stadtgärtnerei geben,geht es wirklich auch um die Erhöhung der Flächen, die die Stadtgärtnerei bearbeiten muss. Wir gehen davon aus, dass wir es mit einem erhöhten Flächenbedarf zu tun haben, wenn wir in Privatgärten gehen und dort auch Massnahmen ergreifen wollen, die für die Biodiversität und auch für das Klima positive Effekte erzeugen sollen. Deshalb ist es auch ganz klar sehr einfach nachvollziehbar, dass man mehr Arbeitskräfte braucht, wenn man grössere Flächen bearbeiten muss.

Es geht ja hier vor allem auch um die Qualitätsförderung der Beratung von Privatleuten, damit sie ihre Massnahmen auch zielgerecht machen können und auch wirklich im Sinne des Gesamtkonzeptes, das wir mit dem Stadtklimakonzept ja haben, dass sie die Qualität in ihren Gärten eben verbessern. Und da braucht es halt nun mal einfach Fachleute, die da hingehen und die Leute beraten und ihnen zeigen, welche Möglichkeiten bestehen. Wenn dann Ansprüche an die Stadtgärtnerei kommen, indem man Projekte eingibt, dann muss es jemanden auf der anderen Seite geben, der diese Projekte bewertet und beurteilt. Das bedeutet auch wieder mehr Arbeit und es ist ein grösserer Aufwand. Aber es ist nicht etwas, das wir einfach jetzt einmal machen und das nachher keine Wirkung hat, sondern wir, die ganze Bevölkerung in der Stadt, werden davon profitieren.

Es ist sehr erfreulich, dass man sieht, dass mehr Arbeit zu leisten ist und dass man das auch will und dass man auch bereit ist, die Qualität zu erhöhen. Es ist auch ganz klar, dass wir, wenn wir gewisse Massnahmen wie zum Beispiel bezüglich meiner Motion zum Abbau von Barrieren halt auch Massnahmen ergreifen müssen, um die Qualität dieser Korridore zu

erhöhen, und das können wir nicht auf diesen Flächen machen, die die Stadtgärtnerei öffentlich schon hat, sondern wir brauchen da wirklich die privaten Flächen. Dieses Zusammenspiel soll besser funktionieren und dafür braucht es Qualität und es braucht gute Leute, damit wir das umsetzen können.

Deshalb beantragen wir natürlich, diesen Antrag der SVP in Bausch und Bogen abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Leonie Bolz.

Leoni Bolz (SP): Der Kürzungsantrag der SVP wurde sehr kurzfristig eingereicht, noch dazu zu einem Geschäft, das in der UVEK noch nicht behandelt wurde. Abgesehen vom Vorgehen ist der Antrag aus Sicht der SP auch inhaltlich nicht sinnvoll. Eine Kürzung der 1,6 zusätzlich geforderten Stellen in der Stadtgärtnerei bezüglich dem Anreizsystem im Förderprogramm Grünes Basel ist nicht nachhaltig. Denn mit diesem Förderprogramm unterstützt der Kanton kleine Begrünungsmassnahmen von Privaten, die in ihrer Gesamtheit eine grosse Wirkung entfalten können. Hauseigentümer:innen werden dabei gezielt in ihren Begrünungsbestrebungen unterstützt.

Es erstaunt mich nicht besonders, dass die SVP gegen Begrünungsmassnahmen ist. Dass sie Investitionen von Hauseigentümer:innen, die sie sonst gerne fördert, nicht mit den nötigen personellen Ressourcen unterstützen will, erstaunt mich hingegen schon etwas. Denn ohne gute Beratung und ohne Prüfung der einzelnen Projekte und deren Koordination ist eine solche Förderung kaum zufriedenstellend umsetzbar. Würde die finanzielle Unterstützung beispielsweise erst zwei Jahre später gesprochen, wären vermutlich genau die Antragstellenden die ersten, die lautstark protestieren würden.

Darüber hinaus haben wir in der UVEK viele Geschäfte, Béla Bartha hat es ausgeführt, die bei der Stadtgärtnerei bereits einen höheren Aufwand erfordern. Die SP spricht sich für mehr Begrünung und die dazu notwendigen Ressourcen aus und lehnt diesen Antrag entsprechend ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die Debatte zu diesem Kürzungsantrag. Der Regierungsrat stellt fest, dass der entsprechende Ratschlag, der die Grundlage und natürlich auch wegweisend ist für die Frage, ob diese Stellen geschaffen werden sollen, sich aktuell in der Kommissionsberatung befindet. Ich möchte jetzt nicht nochmal inhaltlich argumentieren, da haben wir etwas dazu gehört, aber nochmals zum Formellen. Ich denke, dass es durchaus im Interesse des Parlaments ist, dass die Frage, ob diese Stellen und in welchem Umfang sie geschaffen werden, im Kontext des konkreten Ratschlags Grünes Basel diskutiert wird. Sie würden sonst ja einfach ohne Not Ihren eigenen Spielraum einschränken.

Und vielleicht noch diese Bemerkung: Es ist auch klar, dass wir diese Stellen erst dann ausschreiben und auch besetzen, wenn dieser Ratschlag entschieden ist. Das bedeutet, wenn das nicht nächstes Jahr erfolgt oder nicht frühzeitig, werden wir die Stellen im 2026 natürlich nicht besetzen, und dann werden wir das Geld dafür auch nicht ausgeben.

Und ich darf auch noch darauf hinweisen, dass wir nicht nur beim BVD, sondern beim gesamten Kanton viele neue Aufgaben mit bestehenden Ressourcen lösen. Das ist etwas, was Sie etwas weniger mitbekommen als Anträge auf neue Headcounts, weil wir natürlich keine Liste führen über all die Anträge, die es nicht bis zu Ihnen geschafft haben und von denen wir selber gesagt haben, dass wir das anders lösen können. Also dürfen Sie sicher sein, dass wir sehr viele Aufgaben über diesen Weg auch übernehmen.

Zurück zu diesem konkreten Kürzungsantrag: Der Regierungsrat bittet Sie, diesen abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Präsidenten der Finanzkommission, Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Änderungsantrag der SVP-Fraktion abzulehnen. Inhaltlich hat Regierungsrätin Esther Keller einige Dinge ausgeführt. Es ist selbstverständlich trotzdem so, dass die Finanzkommission, ich sage das wertneutral, über den Prozess des Budgets auch Stellen wieder streichen kann. Dafür führen wir auch eine Budgetdebatte. Ich möchte das jetzt einfach noch einmal erwähnt haben, ansonsten müssten wir diese Budgetdebatte nicht so ausführlich führen, wenn wir das nicht bei einzelnen Geschäften dann auch trotzdem hier bei der Budgetdebatte machen könnten.

Inhaltlich ist es so, wie es Regierungsrätin Esther Keller gesagt hat, wir haben uns über dieses Umsetzungskonzept im Rahmen des Hearings informieren lassen können. Es gab aus Sicht der Finanzkommission keinen Grund, auf diese dann vorgesehenen neuen 1,6 Vollzeitstellen zu verzichten. Deshalb beantragen wir Ihnen als Finanzkommission, diesen Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007890, 17.12.25 15:23:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen,.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 80 gegen 16 Stimmen.

Wir fahren fort. Es liegt ein Änderungsantrag der Mitte-EVP vor, Dienststelle Generalsekretariat, Budgetbericht 3.3.3, Seite 111, Erfolgsrechnung Sach- und Betriebsaufwand sowie Sachanlagen Investitionsplafond ÖV, Verbesserung um 295’000 Schweizer Franken. Das Wort hat der Antragsteller Remo Gallacchi.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Bitte jetzt nicht auch reflexartig alles ablehnen, was eine Kürzung beinhaltet. Bei dieser Kürzung geht es nicht darum, eine Stelle zu streichen. Es geht nicht darum, eine beantragte Stelle nicht zu bewilligen. Das heisst, es betrifft niemanden. Es hat niemand irgendeinen Nachteil in der Verwaltung. Es wird einfach kein Geld für ein Projekt gesprochen, das zum Scheitern verurteilt ist. Warum ist es zum Scheitern verurteilt? Weil seit 2021 wird getüftelt, getestet, geprüft, geprobt mit dem Ergebnis, dass seit fünf Jahren nichts funktioniert. Es gibt kein System, das funktioniert. Zürich hat es beerdigt, weil sie auf keinen grünen Zweig kommen. Bitte stimmen Sie diesem Antrag zu, nicht noch weiter ein Jahr 295’000 Franken in den Sand zu setzen. Sie haben heute spontan eine E-Mail von Pro Velo bekommen, dass es jetzt doch wieder ein neues, viel versprechendes neues Gummisystem gibt. Das bedeutet ein weiteres Jahr «pröbeln», und am Schluss funktioniert es nicht. Der Kanton soll nicht ein Versuchs- oder Testlabor sein, und die 395’000 Franken für zwei Mal sechs Meter Gummi in den Schienen bedeuten pro Meter 24’000 Franken. Das ist ein bisschen übertrieben.

Weiter könnte man jemanden anstellen, der 19 Stunden lang von 5 Uhr morgens bis 24 Uhr abends an der Haltestelle Bruderholzstrasse steht, und wenn ein Fahrradfahrer kommt, nimmt er ein Brett und setzt es aufs Gleis. Das kann er ein ganzes Jahr tun, dazu braucht es ungefähr 3,5 Vollzeitstellen. Wenn man 395’000 Franken durch 3,5 dividiert, ergibt das 84’000 Franken Lohn, um ein Brett hinzulegen und wieder wegzunehmen. Das ist ein überspitztes Beispiel Hier tun Sie niemandem weh, wenn Sie dieses Geld sparen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Es ist ja eine tolle Geschichte, aber ich frage mich jetzt, ist das Ihr Verständnis, wie wir in Zukunft eine Budgetdebatte führen sollen, dass jeder irgendeine lustige Geschichte herausnimmt und wir dann über diese diskutieren und am Schluss wird sie dann von der Mehrheit abgelehnt? Also das ist jetzt auch nicht ganz mein Verständnis vom Tag.

Remo Gallacchi: Ja, genau, das ist unsere Aufgabe, einzelne Projekte zu überprüfen, ob sie Sinn machen oder nicht. Und dann wird das in der Debatte ausgemehrt. Vermutlich wird es auch hier abgelehnt.

Balz Herter, Grossratspräsident: JoëlThüring verzichtet in einer ersten Runde, Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenfalls in einer ersten Runde. Raffaela Hanauer hat das Wort.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Wir alle kennen es, wenn wir durch eine Kaphaltestelle fahren, es ist unangenehm, sie sind auch gefährlich, diese nicht velofreundlichen Geleise, und ich denke, wir haben alle auch Einigkeit darin, dass wir grundsätzlich Besserungen möchten für diese gefährlichen Situationen. Wir haben schon mehrfach darüber debattiert, welche Möglichkeiten da eine Verbesserung bringen könnten. Wir haben uns hier im Saal auch schon für das velofreundliche Gleis ausgesprochen. Wir haben auch schon einen Vorstoss abgelehnt, der das beerdigen wollte.

Nun, das velofreundliche Gleis wäre eine Lösung, wenn es denn funktionieren würde. Wir von der Fraktion GRÜNE/jgb möchten das Projekt nicht einfach so kurzfristig beenden. Ja, es gab Startschwierigkeiten, das wissen wir alle, das Gleis musste im Winter wieder entfernt werden, weil es nicht wintertauglich war, der Gummi hält nicht lange genug. Es werden nun aber weitere Schritte gemacht. Wir sind schon viel weiter, die Wintertauglichkeit ist unterdessen gegeben und die kurzen Stücke bringen auch schon eine Verbesserung, diese 6 Meter-Gummi.

Man kann manchmal auch mit einem Projekt scheitern, da stimme ich sehr meinem Vorredner zu. Wir haben schon lange getüftelt und lange getestet und ja, ich denke auch, es ist die Aufgabe des Parlamentes, Dinge zu hinterfragen, wenn sie denn nicht funktionieren. Ich denke jedoch auch, es ist sehr wichtig, dass wir das sinnvoll machen, dass wir das mit Entscheidungsgrundlagen tun und nicht einfach ins Leere hinaus. Ich möchte gerne, dass wir den Bericht abwarten, dass wir die Auswertung abwarten, was die Wintertauglichkeit anbelangt, was die kurzen Stücke anbelangt, auch die Perspektive, ob die irgendwann dann doch länger über die ganze Haltestelle eingebaut werden können. Ich möchte die Kosten wissen, ich möchte den Nutzen wissen und ich möchte dann entscheiden.

In diesem Sinne ist es auch für meine Fraktion äusserst wichtig, dass wir hier nicht die Reissleine ziehen. Zusätzlich noch, wir sprechen nicht nur über zweimal 6 Meter Gummi, wir sprechen über eine Lösung, die schweizweit von Interesse ist, die international von Interesse ist, weil das Problem, das wir hier in Basel haben, das haben nicht nur wir. Deshalb bitte ich Sie, diesem Kürzungsantrag nicht zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich stosse ins selbe Horn wie Raffaela Hanauer. Auch wir haben den Versuch schon mehrfach und durchaus auch kritisch diskutiert, auch in der UVEK, und wir sind alle immer wieder zum selben Schluss gekommen, der Versuch soll weitergeführt und auch abgeschlossen werden. Es sind viele Leute am Arbeiten, und dann sollte man jetzt nicht einfach diesem Projekt den Stecker ziehen mit einem schnell allen verteilten Antrag.

Wir sehen auch den Versuch, nicht isoliert, sondern in einem grösseren Zusammenhang zahlreiche Haltestellen BehiG-konform umzubauen, und diese Umbauten wiederum haben Auswirkungen auf den Veloverkehr, und das velofreundliche Gleis könnte dabei ein möglicher Baustein sein, um diesem Zielkonflikt zu begegnen.

Ja, ich kann es gerne zugeben, auch wir haben Zweifel, ob dieser Versuch am Ende erfolgreich sein wird, aber gerade deshalb ist es wohl wichtig, ihn sauber zu Ende zu bringen, denn ohne abschliessendes Resultat und ohne fundierten Bericht sind wir nachher auch nicht schlauer als jetzt.

Die SP wird diesen Antrag also nicht unterstützen, nicht reflexartig, sondern aus Überzeugung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielleicht nochmal kurz ein Zwischenstand, wo wir stehen. Sie wissen, dass wir Ende letzten Jahres kommuniziert haben, dass die langen Stücke, womit wir die ganze Kap-Haltestelle absichern wollten, einfach zu aufwendig sind im Betrieb, zu teuer, um sie wieder auszuwechseln und so weiter. Deshalb haben wir den Versuch gestartet mit den kurzen Stücken, die eben dazu dienen, dass Sie an einer gewissen Stelle die Kap-Haltestelle sicher queren können, also über die Gleise und wieder zurück. Wir haben entschieden, das zu machen, wir haben es aber noch nicht umgesetzt. Im März diesen Jahres kam dann eine Motion, die den Stopp des Versuchs gefordert hat. Diese haben Sie mit 57 zu 36 Stimmen nicht überwiesen.

In den letzten Monaten ist diesbezüglich jetzt auf unserer Seite aufwandsmässig nicht viel gelaufen. Weshalb? Weil die Entwicklungskosten eben zu einem grossen Teil von den Entwicklern selbst getragen werden und wir haben eine grosse Bedingung gestellt und die lautet, dass diese kurzen Stücke wintertauglich sein müssen. Gerade erst letzte Woche ist der Nachweis eingetroffen, dass das so ist. Nun müssen wir beim Bundesamt für Verkehr die Bewilligung einholen, dass wir sie einbauen dürfen, und dann möchten wir ab Sommer 2026 das ein volles Jahr bei allen Witterungen testen. Danach haben wir die Ergebnisse zusammen und dann wird zuerst die Regierung entscheiden und dann Ihnen je nach Erfolg einen Ratschlag unterbreiten, in dem Sie sehen, was der Nutzen ist, welche Kosten wir im Unterhalt erwarten und wo solche velofreundlichen Gleisstücke wirklich sinnvoll wären.

Jetzt den Versuch abzubrechen, würde bedeuten, dass wir ohnehin Kosten hätten, wir müssten nämlich die Haltestelle Bruderholz zurückbauen, wir hätten aber nicht die abschliessenden Ergebnisse, und das fände ich jetzt ehrlich gesagt wirklich auch schade ums Geld, wenn wir jetzt in so einem späten Stadium, also vor dem letzten Jahr, in dem wir die letzten Stücke testen möchten, jetzt abbrechen würden. Deshalb die Bitte, diesen Budgetantrag nicht zu unterstützen und dann dies ein Jahr laufen zu lassen. Danach werden wir berichten, wie es steht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, der Finanzkommission zu folgen und den Antrag der Mitte abzulehnen. Die Finanzkommission kann hier auf Regierungsrätin Esther Keller verweisen, sie hat das jetzt gerade in ihrem Votum gesagt. Sie haben erst vor kurzem in diesem hohen Haus in Ihrer Weisheit entschieden, dass dieses Projekt weitergeführt werden soll, und zwar im März 2025 mit 57 zu 36 Stimmen. Deshalb würde es sich die Finanzkommission natürlich nicht erdreisten, jetzt hier eine andere Haltung zu haben. Wir haben auch in der Diskussion mit dem Departement nicht gefunden, dass wir zurzeit in diesem Bereich Mittel streichen oder kürzen sollen. Deshalb bitten wir Sie, dem Antrag der Finanzkommission respektive des Regierungsrates zu folgen und den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag der Mitte-EVP.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 62 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007892, 17.12.25 15:37:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 62 gegen 30 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Wir kommen damit zum Globalbudget öffentlicher Verkehr, mündlicher Mitbericht der UVEK. Als erstes hätte Joël Thüring das Wort. Er verzichtet. Das Wort geht an die Präsidentin der UVEK, Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Es ist das erste Mal, dass ich anlässlich der Budgetdebatte über das Globalbudget als UVEK-Präsidentin sprechen darf, deshalb wusste ich nicht, dass ich sowohl beim Eintreten wie auch bei der Schlussdebatte beim Eintreten ein Votum hätte. Aber ich weiss es nun und werde es mir für die nächsten Jahre merken.

Die UVEK hat das ÖV-Globalbudget an einer ihrer Sitzungen im Oktorber beraten. Sie hat dazu den Regierungsrat und auch die Zuständigen des BVD von Seiten Amt für Mobilität sowie vom Generalsekretariat angehört. Das ÖV-Globalbudget basiert auf dem ÖV-Programm, das die UVEK bereits diesen Frühling behandelt hat und auch der Grosse Rat. Wir haben uns deshalb nicht noch einmal mit den durch das Budget finanzierten Leistungen auseinandergesetzt. Wir haben uns jedoch die

vier Produktegruppen einzeln genauer angeschaut und dabei auch die Entwicklung des Budgets über die letzten Jahre seit Beginn der Pandemie betrachtet. Dies haben wir auch bereits beim ÖV-Programm oder auch beim Tramnetzbericht so in Aussicht gestellt, dass wir das anlässlich des ÖV-Globalbudgets tun werden. Wir verzichteten auf Anträge an die Finanzkommission sowie Anträge zum Globalbudget im Grossen Rat und ich darf mündlich zu unseren Abklärungen berichten.

Bei der Produktegruppe Tarife und Verbünde hat sich die UVEK über die Wirkung des 365 Franken U-Abos erkundigt. Die Erhöhung des Budgets um 2,3 Mio. ist nämlich auch stark auf dieses Angebot zurückzuführen. Damals hat man geschätzt, dass mit der Einführung dieses U-Abos Mehrkosten von 2,4 Mio. Franken entstehen, inzwischen liegen erste Auswertungen vor, der Mehrbedarf ist eine halbe Million höher als erwartet. Unterschätzt worden ist die Zahl der Neuabonnentinnen und -abonnenten, es werden nämlich drei Mal so viele Jahresabos verkauft wie vor der Einführung. Die Zahl der Monatsabos von Kindern und Jungendlichen hat sich dafür nur halbiert. Die UVEK hat sich auch erkundigt, ob das Abo oder andere Angebote wie das Jobticket zu mehr Passagierzahlen führte. Die Frage konnte jedoch nicht beantwortet werden, da sie auch abhängig von der nächsten Bevölkerungsbefragung ist.

Zur Produktegruppe Traminfrastruktur hat sich die UVEK angeschaut, wie es zu den seit Jahren ansteigenden Kosten in diesem Bereich kommt. Im Jahr 2026 soll sich das Budget um 0,3 Mio. Franken zwar reduzieren, in den letzten fünf Jahren ist das Budget aber um rund 10 Mio. Franken gestiegen auf heute rund 20 Mio. Franken. Die Abklärungen der UVEK haben Folgendes ergeben: Die Kostensteigerung entspricht nicht der Entwicklung der tatsächlich benötigten Mittel für die Traminfrastruktur, die Steigerung liegt daran, dass sich das Finanzierungsmodell zwischen dem Kanton und der BVB geändert hat. Seit einigen Jahren läuft die Finanzierung der Traminfrastruktur über Darlehen und nicht mehr über die Investitionsrechnung des Kantons. Die Darlehen werden bei dieser Produktegruppe über die Abschreibungsdauer abgegolten. Früher gab es diese Produktegruppe gar nicht erst und dies führt wiederum dazu, dass der Budgetposten so lange jährlich steigt, bis die ganze Infrastruktur einmal nach dem neuen System abgerechnet wurde.

Zu den Produktegruppen Tram und Bus sowie S-Bahn hat die UVEK keine spezifischen Themen diskutiert. Abklärungen hat die UVEK jedoch über die insgesamt seit 2020 angestiegene Budgetsumme des gesamten Globalbudgets auch getroffen. Auch diese Steigerungen betreffen die Produktegruppe Tram und Bus sowie S-Bahn.

Es gibt gemäss den Abklärungen der UVEK verschiedene Faktoren, die zu der doch recht steigenden Budgetsumme beim ÖV-Globalbudget führen. Rund 10 Mio. der Steigerungen seit 2020 sind auf die eben erläuterte Form der Finanzierungsmodelle der Traminfrastruktur zurückzuführen. Dann ist der Einnahmeeinbruch seit Corona ein immer noch wirkender Faktor, auch heute noch, in früheren Budgets noch stärker. Der grösste Faktor ist jedoch der Energiepreis, im 2023 machten dies 23 Mio. der Kostensteigerung aus, vor allem der Strompreis ist gestiegen. Dieselbusse fahren zwar immer noch auf dem Netz, aber dennoch ist der Strompreis der deutlich grössere Einflussfaktor. Dieser starke Sprung ist auch damit zu begründen, dass der Strompreisvertrag, den die BVB hatte und der eigentlich stabile Preise sicherte, genau dann ausgelaufen ist, als die Energiepreise massiv in die Höhe gestiegen sind. Ein zweistelliger Millionenbereich ist auch auf die Umstellung der E-Busse zurückzuführen. Diese haben höhere Betriebskosten und höhere Abschreibungen und weitere Faktoren sind die Teuerung und der Angebotsausbau.

Die UVEK kam nach diesen Auskünften wie bereits gesagt zum Schluss, dass sie keine Änderungsanträge stellt, dass diese Abklärungen reichen mit mündlichem Bericht. Entsprechend habe ich das nun Ihnen zur Kenntnis gebracht und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Ich nehme an, in einer zweiten Runde verzichten ebenfalls alle. Somit ist das BVD abgeschlossen.

Erziehungsdepartement, Kommissionsbericht, Seite 30. Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach den Änderungsantrag. Wünscht Joël Thüring das Wort? Er verzichtet. Regierungsrat Mustafa Atici wünscht das Wort ebenfalls nicht. Fleur Weibel hat sich gemeldet.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Auch zum Erziehungsdepartement zuerst ein paar allgemeine Bemerkungen, bevor ich mich zum Antrag respektive der Anpassung der Finanzkommission und dem Änderungsantrag der Regierung äussere.

Ein Wort zum Leistungsauftrag der Universität Basel, für welche für die Jahre 2026 bis 2029 eine Erhöhung des Globalbeitrags um 12,2 Mio. Franken pro Jahr vorgesehen ist. Was auf den ersten Blick vielleicht positiv aussieht, ist letztlich nicht übermässig viel Geld, insbesondere nicht vor dem Hintergrund der seitens Bund drohenden Sparmassnahmen ab 2025. Die aktuelle Sparpolitik des Bundes im Bereich Bildung und Forschung ist alarmierend, handelt es sich dabei doch um die mitunter kostbarsten Güter der Schweiz. In diesem Sinne bitten wir die Regierung, weiterhin viel Sorge zu unserer Universität zu tragen, und das tut die Regierung auch, darüber sind wir dankbar. Es ist mehr auch so ein Blick jetzt wirklich auf die Entlastungsmassnahmen, die seitens Bund geplant sind. Ich bin auch froh, dass wir uns hier im Grossen Rat alle

eigentlich einig sind, dass die Universität für die gesamte Region von sehr grossem Wert ist. In diesem Sinne auch noch mit Blick auf unseren Nachbarkanton möchten wir festhalten, dass wir uns eine langfristige, nachhaltige und gerechte, das heisst paritätische Trägerfinanzierung der Universität wünschen.

Dann mit Blick auf die Volksschulen nehmen wir erfreut zur Kenntnis, dass die Umsetzung des Massnahmenpakets zur integrativen Schule offenbar gut gestartet ist, und ebenfalls sehr erfreulich ist, dass das Erziehungsdepartement nun daran ist, die Präventionsangebote zu sexualisierter und häuslicher Gewalt sowie zur psychischen Gesundheit umzusetzen. Eine konkrete Umsetzung gibt es 2026 bereits im Bereich der sexualisierten Gewalt, wo neben dem bereits bestehenden Programm «Mein Körper gehört mir» nun zwei neue Pflichtprogramme auf Stufe Kindergarten und Sekundarstufe 1 eingeführt werden, was wir sehr begrüssen.

Während die Arbeit an den Präventionsprogrammen sehr erfreulich ist, sehen wir es zugleich kritisch, dass die Regierung darauf verzichtet hat, eine tatsächliche Erhöhung der Personalressourcen in der Schulsozialarbeit vorzunehmen. Zwar wurden im Budget 2026 1,7 Vollzeitstellen in der Schulsozialarbeit aufgestockt, allerdings entfallen davon 1,2 Stellen auf die Umsetzung der neuen Präventionsangebote, die ich soeben erwähnt habe. Und die weiteren 0,5% entfallen auf einen neuen Schulstandort. Kurzum, die 1,7 zusätzlichen Vollzeitstellen werden für neue Aufgaben gesprochen, was auch richtig ist, was gleichzeitig aber bedeutet, dass sich an der seit Jahren angespannten Personalsituation in der Schulsozialarbeit auch 2026 gar nichts ändert. Zumindest wenn es nach der Regierung geht, denn auch hier hat die Finanzkommission eine Budgetanpassung vorgenommen und reagiert damit darauf, dass die vorhandenen Ressourcen der Schulsozialarbeit nicht mehr ausreichen, um den seit Jahren steigenden Bedarf der Schülerinnen zu decken. Bereits im Bericht der Rechnung 2024 hat die Finanzkommission festgestellt, dass eine Stellenaufstockung um mindestens drei Vollzeitpensen angezeigt ist. Da die Regierung diesem Bedarf nun erneut nicht nachkommt, hat die Finanzkommission nun diese Stellenaufstockungen selbst vorgenommen, und ich bitte Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dieser Anpassung der Finanzkommission zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Mustafa Atici wünscht das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Mit ihrem Bericht zum Budget 2026 beantragt die Finanzkommission eine Erhöhung des Personalaufwands des Erziehungsdepartements für die Schulsozialarbeit um drei zusätzliche Vollzeitstellen. Die Kommission begründet diesen Antrag mit dem ausgewiesenen hohen Bedarf.

Inhaltlich ist festzuhalten, dass der Regierungsrat die Bedeutung und den hohen Stellenwert der Schulsozialarbeit ausdrücklich anerkennt. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher Herausforderungen ist der psychosoziale Unterstützungsbedarf bei Kindern und Jugendlichen spürbar gestiegen. Das Erziehungsdepartement hat diesem Umstand in der Vergangenheit Rechnung getragen und in diesem Bereich wiederholt gezielte Investitionen vorgenommen.

Der Grosse Rat hat dem Erziehungsdepartement im vergangenen Jahr bereits zusätzliche Ressourcen für ein Pilotprojekt an der Fachmaturitätsschule zugesprochen. Dieses Projekt ist erfolgreich gestartet. Wir sind derzeit daran, die Voraussetzungen für eine mögliche Verstetigung zu prüfen. Ziel ist es, das Projekt sorgfältig zu evaluieren und im Rahmen der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten weiterzuentwickeln.

Meine Damen und Herren, heute Morgen hat es Finanzdirektorin Tanja Soland ausführlich erwähnt: Für die kommenden Jahre rechnet der Regierungsrat mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis. Der Regierungsrat ist nicht zuletzt angesichts des starken Ausgabenwachstums gezwungen, Schwerpunkte und Prioritäten zu setzen. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, dass wir eine konsequente Budgetdisziplin wahren.

Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat den Antrag auf Erhöhung des Personalaufwands des Erziehungsdepartements ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Kommissionssprecher Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir sind bei der allgemeinen Debatte zum Departement und nicht beim Änderungsantrag. Deshalb werde ich die Erwägungen der Finanzkommission dann vorbringen, wenn wir beim Änderungsantrag sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegt also dieser Änderungsantrag des Regierungsrates vor, Dienststelle Schulsozialarbeit, Budgetbericht, Seite 33, Erfolgsrechnung, Personalaufwandverbesserung um 512’000 Franken.

Regierungsrat Mustafa Atici hat bereits ausgeführt, Joël Thüring kommt nachher noch dazu, Jessica Brandenburger hat sich als Fraktionssprecherin für die SP gemeldet.

Jessica Brandenburger (SP): Ja, wir sind für diesen Antrag, wir wollen, dass er im Budget bleibt. Denn er hat gute Gründe. Wir haben letztes Jahr schon gesehen, dass die Ressourcen bei der Schulsozialarbeit sehr knapp sind, wir haben es im Bericht zur Rechnung erwähnt. Und jetzt kam das Budget und diese Stellen waren nicht drin, und darum haben wir uns als Finanzkommission entschieden, diese Stellen zu integrieren. Es ist darum wichtig, weil die Schulsozialarbeit ein niederschwelliger Dienst ist, der ganz viele Dinge auffängt. Es geht dabei um die psychische Gesundheit, ein Thema, das wir hier drin schon lang und breit diskutiert haben und bei dem auch ein Konsens vorherrscht, dass es ein Problem ist. Die Schulsozialarbeiter sind genau da, wo auch die Kinder sind, in den Schulhäusern.

Der Kinderschutz Schweiz sagt, dass es für eine gute Arbeit auf 600 Kinder eine Schulsozialarbeiterin oder einen Schulsozialarbeiter braucht, und in Basel-Stadt sind wir da deutlich darunter. Wir sind da auch noch darunter, wenn wir diese drei Stellen sprechen. Es ist also nicht so, dass wir jetzt hier eine Luxussituation schaffen. Sowieso finde ich es übertrieben, von Luxus zu reden, wenn wir über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen reden. Ich glaube, es ist einfach das Minimum, dass wir schauen, dass alle Kinder zur Schule gehen können und dass sie betreut werden.

Was die Schulsozialarbeit übrigens auch macht, ist Lehrpersonen entlasten, und das ist ja etwas, was wir auch alle wollen, dass Lehrpersonen sich auf ihren Kernauftrag konzentrieren können. Wenn es jetzt aber ganz viele Kinder hat, und die hat es, die mit Problemen in die Schule kommen und gar nicht lernfähig sind, dann braucht es jemanden, der das auffängt. Und das ist eben diese Schulsozialarbeit.

Darum bitte ich Sie, dem Antrag des Regierungsrates nicht zu folgen und diese drei Stellen im Budget zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Regierungsrat Mustafa Atici verzichtet auf eine weiteres Votum. Joël Thüring hat das Wort.

Joël Thüring (SVP): Wir haben diesen Antrag in der Finanzkommission behandelt, er wurde ja letztlich auch von der Finanzkommission beschlossen und deshalb diskutieren wir auch heute darüber. Jessica Brandenburger hat nun bereits auch ausgeführt, was die Überlegungen für diesen Antrag waren. Es ist tatsächlich so, dass die Finanzkommission bereits in ihrem Bericht zur Rechnung 2024 auf diese angespannte Personalsituation in der Schulsozialarbeit aufmerksam gemacht hat, und mit dem jetzt vom Regierungsrat vorgelegten Budget 2026 wäre zwar dieser Personalplafond leicht erhöht worden, das hat auch bereits Fleur Weibel ausgeführt, aber aus Sicht der Finanzkommission nicht so ausreichend, wie wir es uns vorgestellt haben, wie es auch letztlich die Empfehlung von Kinderschutz Schweiz ist. Deshalb haben wir als Finanzkommission Ihnen hier einen anderslautenden Antrag gestellt und wir bitten Sie, diesem Antrag zu folgen und den Antrag des Regierungsrates abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 64 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007895, 17.12.25 15:55:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie folgen der Finanzkommission mit 64 gegen 33 Stimmen bei einer Enthaltung.

Finanzdepartement, Kommissionsbericht, Seite 34. Hier liegt ein Änderungsantrag der SVP vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach in einer zweiten Runde den Änderungsantrag. Das Wort zum Departement haben zuerst Joël Thüring, er verzichtet, Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Sprechenden eingetragen.

Somit kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion SVP. Dienststelle IT BS, Budgetbericht Kapitel 355, Seite 183 Erfolgsrechnung, Verbesserung um 360'000 Franken. Lorenz Amiet hat als Antragsteller das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): Unser Antrag, ich gebe es zu, ist eher symbolischen Charakters. 360'000 Franken im Verhältnis zum Gesamtbudget unseres Kantons, das geht im Rauschen unter. Selbst wenn Sie die Budgetposition anschauen, wir sprechen von einem Prozent, nicht von 20, 30 oder sonst irgendetwas, ist es ein kleiner Klacks. Es ist Symbolik, ich gebe das gerne zu, aber es ist wichtige Symbolik, weil es ist Symbolik wider das Ausgabenwachstum dort, wo es der Regierungsrat selbst in der Hand hat.

In der Debatte am Vormittag hat unsere Finanzministerin sich ein bisschen beklagt, dass das Parlament vieles beschliesst, was am Schluss Geld kostet. Das hier ist nicht auf unserem Mist gewachsen. Es geht hier um zwei zusätzliche Stellen für IT-Spezialisten, welche IT-Spezialisten in den Departementen beraten und begleiten sollen. Wir haben nicht wahnsinnig viele IT-Spezialisten in diesem Raum, aber wir haben viele Juristen und Sie kennen das alle, zwei Juristen, drei Meinungen. Das ist bei den IT-Leuten auch so, wenn die Spezialisten untereinander sind. Wenn man hier IT-Spezialisten anstellen würde, welche normale Verwaltungsangestellte beraten, könnte man das ja vielleicht noch nötig finden, aber IT-Spezialisten in IT BS, welche IT-Spezialisten für IT-Projekte in den Departementen begleiten und unterstützen, das ist Doppelmoppelei, und dafür möchten wir kein Geld ausgeben. Wir bitten Sie also, diesen Kürzungsantrag zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Mich würde es schon interessieren, wie Sie zu einer Zentralisierung der IT und einer Stärkung von IT BS stehen.

Lorenz Amiet (SVP): Ich kann Ihnen sagen, wie ich dazu stehe, wie die Fraktion dazu steht, weiss ich nicht, weil das dort nicht diskutiert wurde. Ich selbst wäre für einen kompletten Konzeptwechsel zu haben, aber das hier ist kein Konzeptwechsel.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring hätte das Wort, er verzichtet. Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich weiss, dass diese Stellen zu einem Teil der Verwaltung gehören, die nicht so attraktiv ist, weil man findet, wir wollen ja nur die tollen Digitalisierungsprojekte, aber die, die im Hintergrund arbeiten, die brauchen wir ja nicht. Und das ist eine Schwierigkeit, die wir haben, daher haben wir auch ein Projekt im Kanton, der Regierungsrat ist der Ansicht, wir müssen die Basisdienste zentralisieren, da sind wir auch dabei, weil das irgendwann auch effizienter und günstiger wird. Und ja, wenn ein Departement ein neues Digitalisierungsprojekt in Angriff genommen hat, hat man es wahrscheinlich manchmal verpasst, auch noch die notwendigen Stellen dazu zu fordern, die es im Hintergrund braucht. Das, was wir jetzt bei der KI vorbildlich machen, haben wir wahrscheinlich früher immer wieder verpasst.

Bei der KI machen wir das, das wird die Finanzkommission sehen, wir haben die Fachleute im Vordergrund, dann haben wir die IT-Mitarbeitenden, die es dann braucht, um die Software zu machen. Und hier ist das ähnlich. Wir haben viele Projekte. Das wird dann mal befristet gemacht, es kommt ein Projektleiter, das ist in einem Departement, aber irgendjemand muss auch im Hintergrund schauen, dass die Basis läuft, dass das funktioniert. Das ist nicht so attraktiv. Und ich kann Ihnen auch nicht genau sagen, was diese einzelnen Leute machen, aber wir brauchen sie, wir können und wollen auch nicht mehr alles extern einkaufen. Wir haben das Problem, dass wir bereits angefangen haben, uns zu stark auf externe Experten zu verlassen.

Wir brauchen einen Teil intern, und wir brauchen ihn in der IT für den Wunsch der zunehmenden Digitalisierung. Diesen Wunsch höre ich auch aus der Bevölkerung und aus dem Parlament. Und da braucht es halt auch diejenigen, die im Hintergrund arbeiten, sonst funktioniert das nicht. Wir können kein E-Portal aufrechterhalten, Online-Steuererklärung für alle schaffen, wenn wir nicht im Hintergrund auch Menschen haben, die quasi das technisch aufrechterhalten.

Das ist der Hintergrund auch für diese Stellen. Ich gebe Ihnen recht, Sie haben wahrscheinlich aus dem Bericht zitiert, ich muss das nachher noch nachlesen, das klingt vielleicht etwas seltsam, wenn es heisst, man würde andere beraten. Aber am Schluss geht es einfach darum: Die IT BS soll die Basisdienste und die Grundlage für unseren Kanton im Griff haben, die Dinge müssen einfach funktionieren und die interessanten Fachapplikationen sind ja meistens in den Departementen, die werden dort betreut. Wir haben beschlossen, dass wir das weiter so handhaben möchten. Daher bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Änderungsantrag abzulehnen. Regierungsrätin Tanja Soland hat es erwähnt, wir haben uns in der Finanzkommission nicht nur jetzt im Rahmen des Budgets 2026, sondern auch in der Vergangenheit sehr intensiv mit dem Projekt Pharos auseinandergesetzt. Das ist dieses Projekt der Zentralisierung der Basisdienste. Regierungsrätin Tanja Soland hat dieses Projekt erwähnt. Wir sind in diesem Projekt als Finanzkommission – das darf ich sagen, ohne das Kommissionsgeheimnis zu verletzen – kritisch. Wir haben deshalb auch regelmässige Hearings mit den verantwortlichen Projektleitern der IT BS, aber auch der externen Begleitung dieses Projektes und mit Regierungsrätin Tanja Soland durchgeführt.

Wir haben auch in unserem Bericht zu diesem Projekt Pharos entsprechend Stellung genommen. Wir monieren dort auch oder halten fest, dass die Akzeptanz in den Departementen, was auch diese Zentralisierung der Basisdienste anbelangt noch nicht überall so gegeben ist und wir müssen leider auch feststellen, dass das Programm Pharos, das ja erst in der Anfangsphase steht, bereits in einzelnen Teilbereichen Verzögerungen aufzeigt von bis zu sechs Monaten. Wir als Finanzkommission erachten diesen Umstand als besorgniserregend. Wir haben auch angeregt, dass es eine proaktive Kommunikation gegenüber den Mitarbeitenden gibt, die in den beteiligten Abteilungen dann ja allenfalls auch Widerstände signalisieren, um eben diese Widerstände, die menschlich sind, auch zu minimieren und auch dann einer erfolgreichen Kulturwandel zu implementieren. Deshalb werden wir dieses Projekt Pharos als Finanzkommission, diese Zentralisierung der Basisdienste weiterhin kritisch begleiten.

Wir bitten Sie, den Antrag nun aber auf diese Streichung dieser zwei vorgesehenen Vollzeitstellen für die fachliche Unterstützung der departementalen Digitalisierungsprojekte nicht zu unterstützen, also diesen Antrag nicht zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 77 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007897, 17.12.25 16:05:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 77 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir kommen somit zum Gesundheitsdepartement, Kommissionsbericht, Seite 37. Joël Thüring hätte das Wort, er verzichtet. Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Somit ist dieses Departement ebenfalls erledigt.

Justiz- und Sicherheitsdepartement, Kommissionsbericht, Seite 41. Hier liegt ebenfalls ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Joël

Thüring hätte das Wort, er verzichtet, Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet ebenfalls. Jessica Brandenburger hat sich als Fraktionssprecherin eingetragen.

Jessica Brandenburger (SP): Beim Budget des Justiz- und Sicherheitsdepartements möchte ich insbesondere auf die Situation der Staatsanwaltschaft eingehen. Sie haben es gesehen, bei der Stawa wird auch dieses Jahr wieder aufgestockt. Es sind sechs Vollzeitstellen mehr im Budget vorgesehen. Wir bekämpfen diese Aufstockung nicht, wir erwarten aber von der Staatsanwaltschaft, dass sie die immer noch ungeklärten organisatorischen Fragestellungen ernsthaft angeht, die von der Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft in ihrem Bericht von 2024 aufgezeigt wurden. Die Aufsichtskommission hält dort ausdrücklich fest, dass die Geschäftsleitung so ausgestaltet und gelebt werden muss, dass sie in optimaler, transparenter und am Gesamtinteresse der Staatsanwaltschaft orientierter Art und Weise zusammenwirkt. Wir erwarten, dass die Staatsanwaltschaft diese Empfehlungen aufnimmt und umsetzt. Das Parlament bewilligt Mittel in der Erwartung, dass die Organisationen funktionieren, Führungsstrukturen klar sind und Verantwortlichkeiten transparent wahrgenommen werden.

Ausserdem ist es aus finanzpolitischer Sicht zwingend notwendig, dass die Staatsanwaltschaft aussagekräftige und interkantonal vergleichbare Kennzahlen zur Verfügung stellt. Dazu gehören insbesondere Zahlen zur Fallbelastung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Ohne solche Vergleichsdaten ist es für uns als Parlament kaum möglich, fundierte Entscheide über Ressourcen, Stellenausbau oder Prioritätensetzungen zu treffen. Wer zusätzliche Mittel beantragt oder bestehende Mittel verteidigen will, muss auch bereit sein, die dafür notwendige Grundlage transparent offenzulegen und sich mit anderen Kantonen vergleichen zu lassen. Das empfiehlt auch die Aufsichtskommission in ihrem Bericht.

Ein weiterer Punkt betrifft die auf Seite 45 des Budgetberichts erwähnten Massnahmen gegen sexualisierte Gewalt. Vorgesehen sind die Erarbeitung eines Massnahmenpakets in den Bereichen Strafverfolgung, Unterstützung und Prävention sowie ein Lernprogramm für Täter:innen ab Herbst 2025. Diese inhaltliche Stossrichtung begrüssen wir und wird auch so von der Finanzkommission unterstützt. Kritisch beurteilen wir, dass diese zusätzlichen Aufgaben ohne zusätzliche Ressourcen umgesetzt werden sollen. Gerade im Bereich der sexualisierten Gewalt sind die Anforderungen an die Strafverfolgung hoch, sowohl fachlich als auch zeitlich. Wenn neue Programme und Massnahmen eingeführt werden, muss auch transparent dargelegt werden, wie diese realistisch bewältigt werden können und ob die bestehenden Ressourcen dafür tatsächlich ausreichen. Wir lehnen alle Kürzungsanträge im JSD ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Julia Baumgartner gemeldet.

Julia Baumgartner (SP): Es ist abgesprochen mit meiner Vorrednerin, ich erlaube mir an dieser Stelle noch kurz auf das Lohnmassnahmenpaket einzugehen, da mit diesen die Lohnsituation insbesondere auch bei den Blaulichtorganisationen konkret verbessert wird.

Im Namen der SP-Fraktion möchte ich ausdrücklich betonen, dass das vorliegende Lohnmassnahmenpaket finanziell nachhaltig und ausgewogen ist. Es ist der SP ein grosses Anliegen, dass die Arbeitgeberattraktivität des Kantons deutlich verbessert wird, und dafür braucht es aus unserer Sicht jetzt schnelle und konkrete Schritte. Es gibt in vielen Bereichen des Kantons einen dringenden Bedarf an Arbeits- und Fachkräften, von der Polizei über die IT bis hin zu den Tagesstrukturen. Wir brauchen gutes und motiviertes Personal, welches sich um unsere Kinder kümmert, sich um Betroffene von häuslicher Gewalt kümmert, die digitale Infrastruktur sichert und uns sicher von A nach B bringt.

Wir haben gesehen, dass der Kanton Basel-Stadt im Bereich der Einstiegslöhne auch im Vergleich mit der Privatwirtschaft Nachholbedarf hat. Sie alle konnten dies auch im Bericht der Finanzkommission lesen. Ausserdem begrüssen wir die Erhöhung der Schichtzulagen, welche genau auch denen Personen hilft, die ihr Leben mit einem Arbeitstag verknüpfen müssen, der alles andere als alltäglich ist. Wir hoffen darum, dass die zuständige Sachkommission bald und wirklich konkret liefert. Dieser Rat hat mehrere Vorstösse zur Lösung dieser Problematik überwiesen und die betroffenen Personen warten darauf, auf finanzieller Ebene, aber eben auch auf einer konkreteren symbolischen Ebene bezüglich der Wertschätzung. Und es ist übrigens auch kein *nice to have*, wir brauchen dieses Personal und wir brauchen es bald, nein, eigentlich bräuchten wir es sogar bereits jetzt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Nur kurz zu den beiden Voten. Jessica Brandenburger, Sie haben berechtigterweise darauf hingewiesen, dass dieser Ratschlag zur sexualisierten Gewalt ja noch kommt und ich möchte hier nur einordnen. Ich kann natürlich nicht per Budget jetzt Dinge beantragen, die noch gar nicht verarbeitet sind. Das wird jetzt

erstellt für das nächste Jahr. Breite und Tiefe der Massnahmen sind dann eher das Thema für die nächste Budgetrunde. Also das schliesse ich jetzt nicht aus, aber ich denke, es wäre jetzt nicht schon der Zeitpunkt gewesen.

Dann vielleicht noch ein Wort zum Lohnmassnahmenpaket, das zwar, soweit ich richtig verstanden habe, jetzt nicht an mich adressiert war und es auch nicht Gegenstand der Abstimmung ist. Aber wenn es jetzt schon angesprochen wurde, möchte ich diese Dringlichkeit betonen. Ich bin doch die Departementsvorsteherin mit den vielen Leuten, die darauf warten, die wir jetzt seit doch langer Zeit auch darauf hinweisen, dass etwas geht, dass endlich eine Lösung kommt, eine tragfähige, endgültige Lösung, die nicht eben durch eine Befristung praktisch doch unsicher ist. Ich denke schon, dass wir da hohen Handlungsbedarf haben. Wir machen unsere Hausaufgaben in allen anderen Bereichen, die auch ebenfalls adressiert sind, seit wir den Bericht Schefer kennen. Aber dieser Teil ist enorm wichtig und ich denke, für die Wertschätzung und das Vertrauen auch in die Politik ist es wirklich höchste Zeit, dass wir dieses Zeichen jetzt setzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir haben das Departement soweit durchberaten.

Jetzt kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion SVP, Dienststelle Kantonspolizei, Budgetbericht, Kapitel 3.7.3, Seite 225 bis 228, Erfolgsrechnung Personalaufwandverbesserung um 161’500 Franken. Das Wort hat der Antragsteller Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Der Regierungsrat beantragt eine zusätzliche Stelle in der Einsatzplanung der Kantonspolizei. Begründet wird dies mit der vom Regierungsrat beschlossenen Verkürzung der Eingabefrist für Demonstrationen von drei auf zwei Wochen, ausgelöst durch einen Vorstoss von Ratskollegin Heidi Mück, sowie durch einen generellen Anstieg von Demonstrationsgesuchen.

Die SVP-Fraktion hat diese Verkürzungsfrist grundsätzlich bereits abgelehnt, auch bei der Überweisung. Es ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, dass nun genau auf diese unnötige Änderung neue Personalkosten entstehen. Wenn Fristenverkürzungen beschlossen werden, dann kann dies nicht auf Kosten der Steuerzahler überwälzt werden. Und es wird uns ja immer etwas vorgeworfen, dass unsere Änderungsanträge, Stichwort Abteilung Gleichstellung, immer die gleichen sind Jahr für Jahr.

Es wurde uns auch in der Vergangenheit ja auch immer vorgeworfen, dass wir beim JSD nie sparen wollen. Es stimmt auch, dass wir bei der Sicherheit nicht sparen wollen, aber wir wollen halt dort eingreifen, wo wir der Meinung sind, dass es in die falsche Richtung geht und hier in diesem Bereich sind wir der Meinung, dass es in die falsche Richtung geht. Man möchte einerseits bei den Demonstrationen auflockern und andererseits werden völlig legitime Anforderungen und Forderungen der Anti-Chaoten-Initiative komplett ignoriert und aussen vor gelassen. Man hat auch den Bericht der Regierung zur Initiative gelesen, hier ist man in keiner Art und Weise gewillt, etwas umzusetzen oder einen Gegenvorschlag zu erarbeiten. Hier haben wir überhaupt kein positives Signal bekommen.

Und deshalb ist die SVP der Meinung, dass man hier halt einfach eine Schwerpunktsetzung machen muss. Wir sind nicht der Meinung, dass diese Schwerpunktsetzung jetzt darauf gelegt werden soll, dass man nicht mehr 21 Tage vor einer Demo diese Frist einreichen muss, sondern nur in 14 Tagen, das sehen wir gar nicht als grosses Problem. Das kann man auch in Zukunft problemlos in 21 Tagen einreichen, wie es beispielsweise auch die Anhänger der jüdischen Glaubensgemeinschaft in diesem Jahr schon häufig gemacht haben. Das Problem sind diese Demonstrationen, welche eben nicht bewilligt werden und die Personen, welche eben keine Bewilligung einholen. Die holen das auch nicht zwei Wochen vor der Demonstration ein. Es sind diese Personen, welche der Behörde Woche für Woche auf der Nase herumtanzen, welche andere Veranstaltungen stören und in keiner Art und Weise gewillt sind, hier mit den Behörden zu kooperieren. Darauf müsste man mal einen Schwerpunkt setzen und da würde die SVP-Fraktion dem JSD sogar zehn neue Stellen bewilligen, damit wir hier ein Konzept zur Bekämpfung von illegalen Demonstrationen machen können. Entsprechend bitte ich Sie, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Kommission hat Joël Thüring das Wort, er verzichtet. Regierungsrat Stephanie Eymann verzichtet im Moment auch. Das Wort hat Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Mitte-EVP-Fraktion lehnt den Änderungsantrag zum Budget bezüglich Einsatzplanung der Kantonspolizei entschieden ab. Ich votierte im Jahr 2022 im Grossen Rat gegen die Verkürzung der Antragsfrist für Kundgebungen und Demonstrationen, unter anderem, weil dies die Einsatzplanung der Kantonspolizei zusätzlich belasten würde. Die Verkürzung der Antragsfrist von drei auf zwei Wochen wurde durch den Grossen Rat aber trotzdem gutgeheissen und diese verkürzte Antragsfrist gilt seither.

Die Einsatzplanung ist aber auch sonst seit einigen Jahren überlastet. Ich denke, die Verkürzung der Antragsfrist für Demos ist nur ein kleiner Teil des Mehraufwands. Der grosse Mehraufwand bei der Einsatzplanung entsteht vor allem wegen den sehr vielen Aufgeboten anlässlich der zahlreichen Demonstrationen, Standkundgebungen, Fussballspielen, am WEF in Davos, der Fasnacht, der Herbstmesse, dem Weihnachtsmarkt, der Art Basel und diversen anderen Anlässen. Dieses Jahr kamen noch der ESC und die Frauenfussball-EM dazu. Die Planung dieser Einsätze ist sehr aufwendig und benötigt viel Zeit, insbesondere auch die Koordination mit anderen Behörden und Polizeikorps, der BVB und BLT, etc. Und es ist wichtig, dass diese Einsätze gut geplant werden. Dazu kommen die zahlreichen unbewilligten Demos, die auch geplant werden müssen, wenn man davon Kenntnis hat im Voraus.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, diesen Änderungsantrag nicht anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Ich habe jetzt die zweifelhafte Ehre, dass ich namentlich erwähnt werde in diesem Budgetkürzungsantrag und ich werde auch in eine etwas ungewohnte Rolle gedrängt, nämlich dass ich hier stehen muss und Ressourcen für die Polizei verteidigen muss. Aber ich mache das jetzt trotzdem.

Ich kann mich gut erinnern, die SVP hat es damals abgelehnt, die Frist für die Einreichung von Demonstrationen zu verkürzen, obwohl ein Vertreter der SVP die Motion sogar unterzeichnet hatte. Die Motion wurde dann in einen Anzug umgewandelt und überwiesen. Das Anliegen wurde zum Teil erfüllt und die Frist für die Anmeldung von Demonstrationen wurde wirklich moderat verkürzt.

Der vorliegende Kürzungsantrag ist nun aber aus meiner Sicht völlig widersinnig, denn das Ganze wird ja nicht rückgängig gemacht damit. Sie können die Erfüllung eines Auftrags, der durch den Grossen Rat erteilt wurde, damit nicht verhindern. Selbstverständlich dürfen Anträge, Aufträge aus dem Grossen Rat, und das betrifft auch überwiesene Vorstösse, Kosten nach sich ziehen und sie müssen nicht zwingend durch Umschichtungen geleistet werden. Das wäre ja auch ein wenig ein fragwürdiges Demokratieverständnis.

Sie wollen nicht an der Sicherheit sparen, haben Sie gesagt, Pascal Messerli, aber was machen Sie konkret mit diesem Kürzungsantrag? Sie wollen eine zusätzliche, offenbar benötigte Stelle verweigern und das bewirkt einzig und allein, dass die Polizei, die ja sowieso schon unter Personalmangel leidet, zusätzlich unter Druck kommt. Das kann ja wohl nicht im Sinn der SVP sein. Gerade eine funktionierende Einsatzplanung ist doch einer der wichtigen Faktoren, um Personalmangel zu managen, um damit umzugehen. Dieser Kürzungsantrag ist deshalb abzulehnen. Das ist völlig widersinnig.

Und dann noch eine weitere Widersinnigkeit, die mir einfach auffällt: Immer wenn wir über Demonstrationen reden, beklagt sich SVP lautstark über die unbewilligten Demonstrationen, gleichzeitig wehrt sie sich aber mit Händen und Füssen gegen jede kleinste, also es ist wirklich nur eine kleine Verbesserung, die die Hürden ein wenig niedriger setzen soll. Das geht für mich einfach nicht auf. Ich frage mich, Pascal Messerli, sollen wir in Zukunft einfach mehr Fanmärsche anstatt Demonstrationen organisieren, um die politischen Inhalte auf die Strasse zu bringen? Aber lassen wir das. Ich bitte Sie, diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli hat eine Zwischenfrage. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben jetzt mit der Belastung der Polizeikräfte argumentiert. Wird die Polizei nicht zunehmend belastet, weil es immer wieder illegale Demonstrationen gibt?

Heidi Mück (BastA): Es ist sicher eine zusätzliche Belastung, dass es mehr Demonstrationen gibt, aber die Anlässe, die Christoph Hochuli vorher erwähnt hat, für die können wir aber tatsächlich nichts. Also den ESC und die Euro und all diese Sachen haben nicht die Demonstrantinnen und Demonstranten zu verantworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich komme mir ein bisschen vor wie in der verkehrten Welt. Heidi Mück verteidigt die Polizei, Pascal Messerli möchte streichen. Aber vielleicht geht es Richtung Endjahresstimmung zu.

Vielleicht ein paar kurze Worte noch dazu. Wir haben diesen Vorstoss zur Erfüllung bekommen, wir haben diese zwei Wochen Antragsfrist jetzt. Und es ist auch seitens Regierung ein Entgegenkommen, weil ich denke, wir müssen hier ein gemeinsames Interesse haben, möglichst viele Demonstrationen, die geordnet und bewilligt und mit Ansprechpartnern, das ist ganz wichtig, über die Bühne gehen. Das ermöglicht der Polizei, besser zu planen, mit anderen Parallelveranstaltungen zu koordinieren. Ich denke, jede Demonstration, die wir durch diesen Schritt in dieses geordnete Setting bekommen, das lohnt sich per se schon. Aber dies, und das habe ich auch damals bereits im Namen des Regierungsrates gesagt, geht nicht einfach auch noch bei allem, was die Einsatzplanung bereits zu tun hat. Denn es muss immer noch sauber geprüft werden, die Leute in der Einsatzplanung, aber generell bei der Polizei sind belastet. Es ist, denke ich, jetzt nicht vermessen zu sagen, dass wir hier zusätzliche Ressourcen brauchen, und ich denke, der Antrag ist auch sehr moderat gestellt mit einem FTE in der ganzen Sache.

Und Pascal Messerli, ja, Sie kommen immer mit Ihrer Anti-Chaoten-Initiative, da habe ich Sie offenbar irgendwie sauer gemacht, das müssen wir vielleicht mal besprechen, unabhängig von diesem Rat. Aber wir kommen hier mit einem konkreten Vorschlag, wie wir geordneter aneinander vorbeikommen in verschiedenen Interessen in dieser Stadt. Das ist ein sehr konkreter Handlungsauftrag, den wir annehmen und das ist nicht recht. Sie wollen lieber, dass wir noch mehr Polizisten brauchen, wo wir dann jeden einzelnen noch einem Strafverfahren zuführen. Das besprechen wir dann, wenn es so weit ist, aber hier denke ich, mit diesem Streichungsantrag verhindern Sie einen Schritt in eine wichtige Richtung eines doch friedlicheren Miteinanders. Deshalb beantrage ich, diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring hat das Schlusswort.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Änderungsantrag der SVP abzulehnen. Aber ich muss jetzt trotzdem Christoph Hochuli ein wenig korrigieren. Der Regierungsrat begründet diese Stellenaufstockung ausschliesslich wegen der Verkürzung der Eingabefrist für Demonstrationen. Es gibt also keinen Zusammenhang mit allem anderen, was bei der Einsatzplanung allenfalls an zusätzlichem Mehraufwand entsteht, sei es durch Grossanlässe oder durch andere Dinge. Die Finanzkommission lehnt den Antrag ab, aber das muss man trotz alledem auseinanderhalten.

Und es wurde bereits erwähnt, auch von Heidi Mück selber als Verursacherin mit ihrem Vorstoss damals, es ist tatsächlich so, dass der Regierungsrat hier in diesem Bereich einen Auftrag des Parlamentes umgesetzt hat und der Ansicht ist, dass es für die Umsetzung dieses konkreten Vorstosses – den kann man gut oder schlecht finden, das muss die Finanzkommission nicht bewerten – eine entsprechende Stellenaufstockung beantragt hat, um diesem Anliegen gerecht zu werden respektive dieses Anliegen umzusetzen. Das hat der Regierungsrat nun gemacht und deshalb beantragen wir Ihnen, ganz konkret, weil es um die Umsetzung dieses Willens des Parlamentes geht, eine zusätzliche Vollzeitstelle zu schaffen. Die Finanzkommission bittet Sie deshalb, hier auch an ihrem Vorgehen festzuhalten und diesen Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 85 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007899, 17.12.25 16:27:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 85 gegen 10 Stimmen bei einer Enthaltung. Das Departement JSD ist durchberaten.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Kommissionsbericht, Seite 48. JoëlThüring hätte das Wort, er verzichtet. Regierungsrat Kaspar Sutter verzichtet ebenfalls. Auch sonst habe ich keine Sprechenden eingetragen. Wir haben dieses Departement ebenfalls durchberaten.

Gerichte, Kommissionsbericht, Seite 53. Das Wort zu den Gerichten hätte Joël Thüring, er verzichtet. Stephan Wullschleger verzichtet ebenfalls. Auch hier habe ich keine Sprechenden eingetragen. Die Gerichte sind erledigt.

Behörden und Parlament, Kommissionsbericht, Seite 57. Joël Thüring hätte das Wort, er verzichtet. Auch hier habe ich keine Sprechenden.

Somit kommen wir zum Regierungsrat. Kommissionsbericht, Seite 57. Hier liegen zwei Änderungsanträge vor, einer von der Finanzkommission und ein zweiter von Daniel Seiler. Wir kommen zur allgemeinen Debatte zu diesem Departement. Sobald diese abgeschlossen ist, erhalten die Antragsteller das Wort und wir führen eine Debatte zu den einzelnen Anträgen. Joël Thüring verzichtet, Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Sprecherinnen und Sprecher eingetragen.

Die Finanzkommission beantragt, den Personalaufwand um 5’451’641 Franken zu reduzieren, da die Teuerung nicht wie prognostiziert 0,4, sondern 0,1% beträgt. Joël Thüring hat das Wort.

Joël Thüring (SVP): Hier bitte ich Sie nun, dem Änderungsantrag zuzustimmen. Das ist der normale Mecano. Wenn wir das Budget beraten, ist diese definitive Teuerung, die relevant ist für das Budget 2026, noch nicht bekannt. Ich habe es erwähnt heute Vormittag. Der Regierungsrat ging damals, als er das Budget erstellt hat, von einer geschätzten Teuerung von 0,4% aus. Entsprechend sind auch diese Zahlen so ins Budget geflossen. Und nun hat sich die tatsächliche Teuerung per Ende November 2025 reduziert, respektive diese beträgt nur 0,1% und aus diesem Grund ergibt sich nun eine Budgetverbesserung von 5’451 Mio. Franken. Das ist der normale Vorgang, wenn es um die Teuerung geht und deshalb bitten wir Sie, diesen auf dem Tisch des Hauses vorliegenden Antrag der Finanzkommission in Übereinstimmung mit dem Antrag des Regierungsrates heute anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland hätte das Wort, sie verzichtet. Somit kommen wir auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007901, 17.12.25 16:30:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Änderungsantrag einstimmig mit 94 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Es liegt ein Änderungsantrag von Daniel Seiler vor. Er beantragt, im Budget 19 Mio. Franken zu sparen. Budgetbericht Kapitel 3.11.2, Seite 296 Erfolgsrechnung, Sach- und Betriebsaufwand, Verbesserung um 19 Mio. Schweizer Franken. Der Antragsteller Daniel Seiler hat das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Ja, das war doch eine ganz interessante Diskussion, die wir heute geführt haben. Die Regierung bezeichnet das Budget und die Finanzlage als solid. Man ist zufrieden, hat aber kein Geld mehr, um die Investitionen zu stemmen. Wahrscheinlich muss ich nochmal auf den Selbstfinanzierungsgrad eingehen. In drei bis vier Jahren sinkt der oder stürzt ab, je nach Definition, von 100% auf dann irgendwann noch einen Drittel. Die Schulden nehmen stark zu. Basel-Stadt läutet also offiziell ein neues Zeitalter der Schuldenmacherei ein. Das alles scheint hier, wenn ich die Voten von heute Morgen so mitnehme, eine Mehrheit am Rande zu interessieren und sie sehen darin vor allem kein Problem. Man zuckt etwas mit den Schultern. Damit sollten wir doch alle wissen, wie schwierig es ist, wenn einmal geäufnete Schulden wieder abgebaut werden müssen. Ich erinnere an die Diskussion zum direkten Steuerabzug wegen der Überschuldung.

Unser Kürzungsantrag, den die Regierung als Kosmetik bezeichnet, erfolgt also sicher nicht ohne Not. Viele von Ihnen hier im Saal sind tätig in einer Geschäftsleitung oder im Vorstand von einem Verein oder von einer Organisation und damit auch verantwortlich für ein Budget. Wenn Sie also in Ihrer Organisation merken, dass in Zukunft die Investitionen nicht mehr wie gewünscht finanziert werden können, was machen Sie dann? Die Aufgaben überprüfen oder einfach weitermachen wie in der Vergangenheit? Der Antrag erfolgt also nicht ohne Not. Er ist nicht einmal mehr ein weitsichtiger, von der Weitsicht haben wir von vergangenen Jahren gesprochen, sondern das Handeln ist wirklich dringend notwendig, denn der Trend ins Negative ist klar. Daher möchten wir heute schon dafür sorgen, dass wir eben für das Jahr 2027 dann nicht ein negatives Ergebnis haben. Und diese 19 Millionen, die jetzt im Finanzplan als negativ dastehen, wollen wir jetzt schon einsparen mit in dem Budget 2026.

Also keine Kosmetik, aber ein Signal an alle, jetzt mal einmal wirklich zu überlegen, ob wir all diese Investitionen wirklich tätigen müssen. Die FDP bittet nochmals um die entsprechende Unterstützung. Die FDP wird auf jeden Fall im kommenden Jahr kein negatives Budget akzeptieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hätte Joël Thüring das Wort, er verzichtet. Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Einfach kurz zwei Dinge zum Votum von Daniel Seiler. Die Investitionen haben Sie bereits beschlossen. Wir reden von einem Betrag nächstes Jahr von 546 Mio. Franken. Wenn Sie daran etwas ändern wollen, dann müssen Sie dann, wenn wir die Investitionen beschliessen, Nein sagen. Also mit diesen 19 Millionen, die dann einmalig über die Dienststellen verteilt werden, werden Sie dort nichts ausrichten. Und ja, der Selbstfinanzierungsgrad sinkt, aber Schulden macht hier Sinn, weil diese Investitionen ja nicht nur für das Budgetjahr 2026 gemacht werden, diese Investitionen werden für die nächsten 20, 30, 40 Jahre gemacht. Das ist sinnvoll, das ist auch für unsere Nachkommen.

Investitionen werden sehr häufig über Fremdkapital finanziert, das wissen vielleicht die Vereine weniger, die nehmen nicht Fremdkapital auf, ich finde das aber auch keinen guten Vergleich, aber wenn jemand ein Unternehmen hat, dann weiss er oder sie, dass das Sinn macht. Geld aufzunehmen, um Investitionen zu tätigen, das ist sinnvoll. Aber wenn wir es jetzt bräuchten, um unseren normalen Betriebsbeitrag zu finanzieren, dann wird es etwas schwieriger. Wir sind noch nicht in dieser Notsituation.

Und was mir auch wichtig ist, wenn Sie nachher diskutieren: Ich habe es Ihnen gesagt, ich möchte es aber nochmal in Erinnerung rufen. Wenn Sie heute zu dem Ja sagen, können Sie nicht delegieren. Der Regierungsrat hat keine Kompetenz, das Budget jetzt noch einmal zu verändern. Es wird linear gekürzt werden, zu allem anderen sehen wir uns rechtlich nicht in der Lage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden Pascal Messerli hat das Wort für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben nun sämtliche Änderungsanträge der SVP abgelehnt, was wir natürlich bedauern. Nun ist aber im Umkehrschluss die SVP-Fraktion selbstverständlich frei, der pauschalen Kürzung von 19 Millionen zuzustimmen. Ich habe es heute Morgen schon gesagt, grundsätzlich bevorzugt die SVP-Fraktion den Weg, situativ zu sagen, wo man kürzen möchte oder wo man nicht mehr Geld ausgeben möchte. Damit machen wir uns zwar, wie man es am heutigen Tag gesehen hat, nicht immer nur überall beliebt, aber es ist zumindest der ehrliche und der transparente und der kommunikativ transparente Weg. Wir werden jetzt einfach dem Regierungsrat sagen, streiche mal.

In der Debatte Gallacchi-Seiler sind wir in formeller Hinsicht eher auf der Seite von Remo Gallacchi, inhaltlich sind wir aber auf der Seite von Daniel Seiler, weil auch wir der Meinung sind, dass das Wachstum des Kantons, wie wir es in den letzten Jahren immer wieder kritisiert haben, problematisch ist. Wir sind der Meinung, dass der Staat uferlos wächst und wir sind auch der Meinung, dass man hier etwas tun muss, und sämtliche Bestrebungen in diesem Bereich finden auch bei uns selbstverständlich Unterstützung. Es sieht auch so aus, dass es ein gemeinsamer Nenner unter den Bürgerlichen sein kann, und da wollen wir uns nicht verschliessen. Und deshalb möchte ich hier schon noch einmal die Mitte-Fraktion fragen, wollen Sie diesen Antrag wirklich gemeinsam mit Rot-Grün abschiessen? Sie, deren Fraktionssprecher in den letzten Jahren immer mit nachhaltigen und mit soliden Finanzen argumentiert haben bei den Rechnungen, bei den Budgetdebatten? Das macht doch jetzt wirklich keinen Sinn.

Also ich bitte Sie wirklich, das hier noch einmal zu überlegen. Es geht lediglich um 19 Millionen, das ist ein Betrag von 0,3% im Verhältnis zum gesamten Betriebsaufwand, das ist wirklich nicht die Menge. Es ist auch kein radikaler Abbau, wie es von Rot-Grün teilweise propagiert wird. Es ist moderat und es ist zukunftsgerichtet, weil wir in Zukunft keine roten Zahlen haben

wollen. Entsprechend würde das wirklich aus bürgerlicher Sicht Sinn machen, diesem Antrag zuzustimmen, und aus diesem Grund wird auch die SVP-Fraktion dem so zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Tobias Christ das Wort.

Tobias Christ (GLP): Die Fraktion der GLP ist der Ansicht, dass es diesen Spielraum, diese Luft im Budget gibt, um bei den Ausgaben 19 Millionen einzusparen. Ich habe es gesagt, einsparen, wir haben immer noch kein Problem mit diesem Wort. Ich danke auch, dass noch konkretisiert worden ist von der Regierung und der Finanzverwaltung, wie das genau aussehen würde mit dieser linearen Verteilung, mit welcher wir ebenso kein Problem hätten. Wir finden, das ist für uns eine sinnvolle Auslegung des Antrags. Über den rechtlichen Spielraum der Regierung lasse ich mich nicht auf eine juristische Debatte ein, ich denke aber, was ich schon in der Eintretensdebatte gesagt habe, es wäre sachlich richtig gewesen, das nicht proportional über den ganzen Betriebsaufwand auf die Dienststellen zu verteilen, sondern den Transferauswand auszunehmen. Wenn man das jetzt im Detail anschaut, zum Beispiel bei der Gesundheitsvorsorge, da kommt ein sehr grosser Betrag. Das ist schon vorprogrammiert, dass das so nicht funktionieren würde. Bei diesem Betrag der Gesundheitsversorgung geht es vor allem um die Beiträge im stationären Bereich, das ist gesetzlich festgelegt, sogar auf Bundesebene. Natürlich würde das im Nachtragskredit resultieren, je nachdem, wie das Jahr läuft.

Es schwächt leider ein bisschen die Wirkung des Antrags, er ist so ein wenig abgeschwächt. Ich bin immer noch der Ansicht, dass die Regierung das auch noch anpassen könnte und den Transferaufwand ausnehmen könnte. Aber sogar in der vorliegenden Form, wie das jetzt auf dem Tisch ist, würde das die GLP unterstützen. Es hilft immer noch und ist ein wichtiges Zeichen, um auf das Aufgabenwachstum ein wenig einzuwirken. Und jetzt kommt der Unterschied zu meinen Vorrednern Daniel Seiler und Pascal Messerli. Wir haben hier einen etwas anderen Blick darauf. Einerseits haben wir nicht wirklich ein Problem grundsätzlich mit Staatsausgaben. Wenn die politisch gewollt sind und sinnvoll sind, darf der Staat schon viele Ausgaben machen. Wir sehen auch die Finanzlage des Kantons eher positiv und können uns eigentlich Finanzdirektorin Tanja Soland anschliessen. Natürlich sehen wir auch diese Verschlechterungen, die sich abzeichnen im Finanzplan, aber wir haben auch verstanden, dass es auch technische Gründe hat, weil da einfach fortgeschrieben wird. «ir hoffen natürlich auch sehr, dass es nicht so schlecht kommt.

Also das ist für uns nicht der Hauptgrund, sondern wir sind eher der Ansicht, «spare in der Zeit, dann hast du in der Not». Das ist unser Credo. Wir glauben, dass es in dieser Phase, in der sich Basel-Stadt glücklicherweise schon lange befindet und die Einnahmen sehr gut sprudeln, dazu führt, dass man beim Ausgeben des Geldes weniger genau hinschaut.

Und jetzt komme ich zum letzten Punkt in diesen Ausführungen: Wir sind auch der Ansicht, dass die Regierung grundsätzlich einen guten Job macht im Budgetprozess, und was ich so mitbekomme auch konkret in der Finanzkommission. Sie schauen sehr genau hin, wenn es irgendwo um zusätzliche Ausgaben geht. Es wird alles sehr sorgfältig gemacht und das finden wir auch gut und richtig so. Also unsere Kritik zielt nicht in diese Richtung. Es geht eher um die Bereiche, wo es einfach so ein bisschen weiterläuft, wo man gar keine Erhöhung beantragt im Budgetprozess, wo man auch das gleiche Geld bekommt wie letztes Jahr. Wir sind der Ansicht, da fallen Effizienzgewinne an und die werden realisiert und im Idealfall vielleicht für etwas anderes Gutes verwendet. Aber da haben wir das Gefühl, dass es Spielraum gibt.

Natürlich gibt es die GAP, darüber werden wir nächstes Jahr sprechen. Wir begrüssen sehr die vorgeschlagenen Änderungen, aber diese GAP wird das Problem nicht lösen, sondern wir müssen konstant hier einen gewissen Druck auf der Ausgabenseite aufrechterhalten. Und daher unterstützt die GLP diesen Antrag.

Dann noch etwas an die Adresse der Mitte. Die Ausführungen von Remo Gallacchi haben wir zur Kenntnis genommen, aber sie lassen wenigstens mich ein wenig ratlos zurück. Mit der Fraktion habe ich es noch nicht besprechen können. Mir ist nicht ganz klar, was jetzt hier die finanzpolitische Haltung ist. Mir ist nicht ganz klar, was das soll und wie wir mit der Mitte in Zukunft, um das ein bisschen ins Positive zu wenden, eine sinnvolle nachhaltige Finanzpolitik gestalten werden, wir von der GLP und andere bürgerliche Parteien. Aber wir werden natürlich daran arbeiten und das versuchen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Fleur Weibel. Diese wird entgegengenommen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Tobias Christ, Sie lassen mich jetzt tatsächlich auch etwas ratlos zurück. Stimmen Sie mir zu, dass Sie jetzt gerade gesagt haben, dass die Budgetkürzungen zum Teil verheerende Folgen zum Beispiel im Gesundheitsdepartement hätten, die dann mit Nachtragskredit noch einmal ausgebessert werden müssen, aber dass Sie trotzdem jetzt dieser Budgetkürzung zustimmen?

Tobias Christ (GLP): Danke für diese Frage, das kann ich gerne noch einmal ein bisschen weiter ausführen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Aber bitte kurz.

Tobias Christ (GLP): Nein, es hätte keine verheerenden Folgen, es hätte einfach schlicht und einfach keine Wirkung, weil es sofort einen Nachtragskredit nach sich ziehen würde. Es besteht kein Spielraum. Deshalb nein, es hätte keine verheerenden Auswirkungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jessica Brandenburger hat das Wort für die SP.

Jessica Brandenburger (SP): Wir haben es jetzt gehört, es wird linear gekürzt, also überall in den Schulen, im Gesundheitsbereich, auch bei der Polizei, einfach überall und das finde ich unverhältnismässig und auch unverantwortungsvoll. Das will ich auf keinen Fall unterstützen.

Wir finden auch, dass es nicht wirksam ist. Tobias Christ, Sie haben es gesagt, da muss man Nachtragskredite einfordern, weil es gewisse Bereiche gibt, wo wir einfach Geld ausgeben müssen. Das ist vorgegeben vom Bundesgesetz. Was ist das für eine Finanzpolitik, wenn wir heute sagen, jetzt kürzen wir, ja aber im Januar, da hauen wir wieder Geld drauf. Das macht absolut keinen Sinn. Es ist einfach planlos, es wird mit der Giesskanne gekürzt, das ist keine vertrauensvolle Finanzpolitik. Wieso tun Sie das?

Es wird auch kein neues Zeitalter eingeläutet, wie das Daniel Seiler gesagt hat. Welches Zeitalter soll das denn sein? Das, in dem die FDP merkt, dass man eine Budgetdebatte hat? Ich verstehe es wirklich nicht. Remo Gallacchi hat es heute Morgen schön aufgezeigt, wie sich die Finanzen entwickelt haben. Und ja, es muss nicht immer so bleiben, da gebe ich Luca Urgese recht, ich habe das gehört. Aber ein Finanzplan ist eine Trendprojektion und Trends können sich ändern, weil es eben viele Einflüsse gibt von aussen, die wir nicht alle kontrollieren können. Und darum, wir haben es heute schon oft gesagt, lehnen wir diesen 19-Millionen-Kürzungsantrag ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Remo Gallacchi hat das Wort für die Mitte-EVP.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Ich und die Mitte sind jetzt herausgefordert worden von der bürgerlichen Seite, zu der wir uns grundsätzlich auch zählen. Es macht so ein bisschen den Anschein, als wenn wir aus einem Pakt ausgestiegen wären. Das sind wir nicht. Wir sind informiert worden, dass dieser Antrag gestellt wurde, wir haben den nicht zusammen aufgestellt.

Dann muss ich noch Folgendes sagen. Es wird hier suggeriert, dass im 2026 ein Minus von 19 Millionen entsteht. Entschuldigung, das ist nicht mal ein Budget im 2027, das hier veröffentlicht wurde, sondern eine Finanzentwicklung. Am Budget kann noch hundertmal dran geschraubt werden. Regierungsrätin Tanja Soland hätte für dieses Budget locker 20 Millionen mehr Einnahmen schreiben können, auch das ist im Rauschen der Unsicherheit völlig untergegangen. Sie hätte das machen können, dann hätten wir eine Million plus, und so weiter und so fort.

Also von dem her verwahre ich mich quasi jetzt, dass wir einen Pakt mit Links geschlossen hätten. Wir sind bürgerlich, wir rutschen halt manchmal nur bis zur Mitte. Die Einnahmen sprudeln, und wenn Sie die Regierung zwingen wollen, nicht mehr auszugeben, dann machen Sie einen Vorstoss, dass Einnahmen wegfallen, indem Sie die Steuern senken. Jetzt haben wir wieder einen Graben zu links. Das unterstützen wir. Und was hier auch nicht vergessen werden darf: In der ersten Hälfte dieses Jahres, als es um die Steuersenkung ging, haben Teile der Fraktion SVP, LDP und FDP, und zwar die Teile, die von Riehen kommen, aus purem Gemeindeeigeninteresse das Paket abgesägt. Bitte wischen Sie zuerst vor der eigenen Tür, bevor Sie uns in eine Ecke stellen wollen.

Und was wollen wir? Sie wissen nicht, welche Finanzvisionen wir haben. Das Budget ist praktisch ausgeglichen, die 100 Millionen plus sind quasi eine schwarze Null. Also sind die prognostizierten 19 Millionen Verlust eine rote Null. Aber es ist immer noch eine Null. Die Nettoschuldenquote ist im 2029 1,3 Promille, meilenweit entfernt von den 6,5 Promille. Sie fangen wirklich an, zu hyperventilieren.

2018 wurde das Budget zurückgewiesen. Ich sass hier oben und hatte gehofft, keinen Stichentscheid machen zu müssen. Was ist passiert und was wird hier auch passieren? Die Regierung kürzt, und weh tut es den Indianern, es wird kein Häuptling irgend etwas spüren. Es wird den Sport betreffen, die Kultur, und zwar die, bei denen es die Linken stört und auch die, bei denen es die Bürgerlichen stört. Es wird im Sozialen gekürzt, was wieder die Linken stört, es wird bei der Sicherheit

gespart, was wieder die Bürgerlichen stört. Es werden Anträge gestellt, um das Budget wieder zu verschlechtern, und somit verpufft es. Sie können garantiert sein, dass es keine Häuptlingsstelle betreffen wird. 2018 wurde beispielsweise bei den Strassenwischern gespart, was dann wieder rückgängig gemacht wurde. Daher, die Hoheit des Budgets ist bei uns, und wir sagen, wo gespart wird. Und oftmals werden die Kürzungen nicht durchkommen. So ist die Situation.

Wir lassen uns nicht in irgendeine Ecke drängen, weder von links noch von rechts, wir sind in der Mitte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben jetzt die bürgerlichen Gemeinderäte aus Riehen angegriffen. Ist Ihnen aber bewusst, dass Steuersenkungen in Zukunft immer schwieriger werden, wenn wir immer mehr Ausgaben haben?

Remo Gallacchi: Wenn Sie die Steuersenkung machen, entziehen Sie der Regierung das Geld zu den Ausgeben. Dann macht die Regierung automatisch andere Budgets.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Fleur Weibel für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich möchte es kurz machen, weil ich habe mich heute Morgen schon ausführlich zu dem Sparvorschlag mit der Brechstange geäussert. Wir sehen dann auch in dieser Aufstellung, die die Regierung präsentiert hat, was wo gespart wurde und Tobias Christ hat es vorhin eigentlich auch nochmal aufgeführt, wie absurd es wäre jetzt hier bei einem gemachten Budget überall ein bisschen wegzukürzen, gerade eben zum Beispiel in der Kultur wären das grosse Beträge, die da wegfallen, und das wirkt sich dann ja überall irgendwo aus, ohne dass wir jetzt wissen, wie es sich auswirken würde. Es würde einfach irgendwie passieren.

Da würde mich jetzt schon auch noch interessieren, wie Sie sich den Personalaufwand vorstellen in der Verwaltung, wenn es jetzt darum geht, diese Budgetanpassungen zu machen? Das kostet ja dann auch wieder viele Stunden, die da investiert werden müssten, um irgendwie zu klären, wie man jetzt kurz vor Schluss, kurz vor Start 2026 diese lineare Kürzung durch das gesamte Budget umsetzen wollen würde. Bürgerliche Ratskolleg:innen haben heute Morgen davon gesprochen, dass das intelligente Finanzpolitik wäre, wenn man hier jetzt in vorauseilender Manier irgendwie potenzielle Defizite von 2027 ausgleichen würde. Ich würde sehr fest davon ausgehen, dass unsere Finanzvorsteherin bereits jetzt eine intelligente Finanzpolitik macht und dass es deshalb keine solchen Übungen braucht, sondern dass wir einfach ein bisschen Vertrauen darin haben können, dass die Finanzlage weiterhin in guter Hand ist bei uns im Kanton, wenn die Finanzvorsteherin uns das so sagt.

Wir haben dann im 2028 diese 64 Millionen potenzielles Defizit. Theoretisch könnte man auch kommen und sagen, wir streichen doch jetzt gleich mal 65 Millionen, dann sorgen wir für zwei Jahre vor anstatt nur für eines mit diesem kleinen Betrag von 19 Millionen. Ich bleibe dabei, das ist keine konstruktive Finanzpolitik, die Sie hier betreiben. Wir haben Hand geboten für das Entlastungsziel bei der generellen Aufgabenprüfung und wir sind auch interessiert, uns einzelne. Stellen und Aufgaben anzuschauen, ob die wirkungsvoll und effizient so ausgestaltet sind. Aber jetzt hier mit der Brechstange zu agieren, finden wir überhaupt nicht sinnvoll und deshalb bitten wir Sie, diesen Antrag von Daniel Seiler abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat Philip Karger das Wort.

Philip Karger (LDP): Es ist schon sehr viel gesagt worden, deshalb ganz kurz: Die LDP stimmt diesem Kürzungsantrag selbstverständlich zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny hat das Wort für die FDP.

David Jenny (FDP): Da stehe ich nun, ich armer Tor, bin so nicht klug, sondern verwirrt als wie zuvor, und die Verwirrung ist nicht nur wegen den mittigen Irrungen und Wirrungen in der Finanzpolitik. Die Finanzdirektorin hat vorher erklärt, dieser Antrag lasse sich nur mit einer linearen Kürzung durchsetzen. Und dann kann man natürlich zu Recht sagen, das ist jetzt die

Brechstange und was auch immer, das geht ja nicht, und dann hat Tobias Christ noch gesagt, es braucht vielleicht auch noch Nachtragskredite, er stimmt aber trotzdem zu.

Ich meine, da redet sich die Regierung in ihren Kompetenzen doch ziemlich klein. Was ist die Rechtskultur des Budgets? Ich wollte das genauer schauen in der letzten Auflage des Handbuchs zu unserem Staats- und Verwaltungsrecht. Zu diesem Punkt ist aber Herr Ullmann relativ schweigsam. Dann bin ich zurückgegangen auf 1984. Dort hat der damalige Departementssekretär – jetzt wäre es Generalsekretär – des Finanzdepartementes den Beitrag zum Finanzrecht geschrieben. Und er hat dort geschrieben über die Verbindlichkeit: Wohl muss das Budget für die Exekutive eine gewisse Verbindlichkeit aufweisen, dies kann jedoch nicht heissen, dass sie durch die Bewilligung zur Vornahme jeder Ausgabe verpflichtet ist. Die Verpflichtung beschränkt sich in der Regel darauf, dass die Exekutive ohne ausdrückliche Genehmigung des Parlamentes den Budgetbetrag nicht überschreiten darf. Und der Vollzug der Ausgaben steht im Ermessen der betrauten Behörde.

Wir haben natürlich sehr viele gebundene Ausgaben, da bin ich mit Ihnen einverstanden, aber ich meine, mit den 19 Millionen sind wir im homöopathischen Bereich und ich glaube, da wäre es nicht übertrieben zu sagen, dass die Kompetenz des Regierungsrates weiter wäre, als nur einfach zu sagen, das ist eine lineare Kürzung. Dank der Mitte wird das ja nicht überwiesen werden, Sie kommen darum herum, aber ich glaube, die Begründung ist jetzt finanzrechtlich nicht absolut stichhaltig.

Die Rückweisung haben wir ja auch diskutiert. Dann haben wir diesen Mini-Shutdown, der ist nicht ganz so dramatisch wie in den USA. Das hat man jetzt hier nicht gemacht und das letzte Mal hat die Regierung, nicht in der grössten Ausübung von Treu und Glauben, bewusst all das vorgeschlagen, wovon sie wusste, dass es scheitern wird. Und das ist die Problematik unserer finanzrechtlichen Instrumente und wie wir sie handhaben. Unsere Finanzkommission hat immer die Philosophie und Auffassung vertreten, sie habe eine sehr hohe Flughöhe, sie kommentiere, hat sich aber nicht als generelle Reparaturwerkstatt gegen zu hohe Ausgaben verstanden, im Gegenteil, sie hat immer einige ausgewählte Verschlechterungen des Budgets vorgeschlagen. Ich glaube, das ist in anderen Parlamenten ein anderes Verständnis, und weil unsere Finanzkommission sagt, dass das nicht ihre Aufgabe sei, bleiben am Schluss in Velogummiprobleme übrig, und über die können wir uns ereifern und schlussendlich ist es ein bisschen im Bereich des Lächerlichen, über welche Beträge wir dann streiten. Und dann sind gewisse Fehler dann in der Antragstellung, ob das richtige Jahr erwischt wird und ob man wirklich weiss, dass nachher ja endgültig beschlossen werden wird, wenn dann eine Vorlage ins Parlament kommt. Und mit dem haben wir eigentlich schlussendlich überhaupt keine sinnvollen Steuerungsmöglichkeiten mehr.

Und darum muss es auch manchmal erlaubt sein zu sagen, der Pfad, der jetzt beschritten wird von der Regierung mit dem Ausgabenwachstum von diesen 19 Millionen, sei falsch. Und man kann das kleinreden und von einer hellroten Null sprechen und sagen, der Finanzplan hat überhaupt keine Bedeutung, aber der Finanzplan ist immerhin das erste Planjahr, es ist die Grundlage für das nächste Budget. Es sollte erlaubt sein zu sagen, bitte bremst das Ausgabenwachstum ein bisschen.

Wir sind ja immer für Steuersenkungen, aber die Idee, dass das automatisch zu einer Ausgabenreduktion ist ja doch ein bisschen vermessen. Solange Spielraum ist, Schulden aufzunehmen, gehe ich davon aus, dass relativ viele dann einfach für Schulden plädieren, und das wollen wir ja auch nicht.

Stimmen Sie diesem Antrag zu und ich bitte die Regierung, doch noch einmal ein bisschen mehr Phantasie walten zu lassen, als einfach zu sagen, was ihr wollt, hat Konsequenzen, die ihr nicht wollt. Ich glaube, Sie haben ein bisschen mehr Spielraum, wenn Sie das wirklich nach Treu und Glauben behandeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Nachdem ich vorhin fantasielos war und Ihnen etwas ins Gewissen geredet habe, nun nochmals anders. Lineare Kürzungen sind an sich nicht ein völlig untauglicher Weg und der Betrag auch nicht. Wir haben es diskutiert und ja, ich gebe zu, ob es jetzt absolut stichhaltig ist, kann ich heute nicht sagen, wir hatten nicht so viel Zeit. Wir hatten immerhin Zeit, da sind wir auch dankbar, dass die Finanzkommission dies bereits transparent gemacht hat im Bericht. Der Antragsteller war auch so entgegengekommen, dass er uns vorinformiert hat. Da bin ich ja auch sehr dankbar, er hätte das ja heute Morgen um 9 Uhr wohl noch machen können.

Wir haben es angeschaut und unsere Meinung, die wir in dieser kurzen Zeit bilden konnten, war, dass wir nicht frei entscheiden können, ob wir dies nun nur bei einem Departement oder bei zwei so durchführen würden. Wir werden das sicher nochmal anschauen und irgendeinen Finanzrechtler finden, der vielleicht ein kleines Gutachten macht, denn ich glaube, dies kann ja in Zukunft wieder vorkommen.

Und wir haben es dann auch in der Regierung diskutiert. Die Situation ist auch nicht so einfach, also wie stellt man das vor, bis wann entscheiden wir und wie entscheiden wir. Wir haben dann nochmals eine Budgetdiskussion und ich kann Ihnen

sagen, das geht auch immer etwas länger. Wir haben verschiedene Sitzungen dazu, das ist auch sinnvoll. Vor unserer kurzfristigen rechtlichen Einschätzung erachteten wir es als sinnvoll, dass man es linear über alle verteilt. Der Betrag ist sofern realistisch.

Wir haben auch nach Zürich geschaut. Zürich macht es anders, in Zürich werden immer wieder solche Kürzungsanträge gestellt und dann wird es im Allgemeinen eingestellt und man schaut dann, dass die Departemente einfach ihr Budget nicht ausschöpfen. Wir fanden das jetzt den schwierigeren Weg oder weiter weg auch vom Antrag. Daher fanden wir, es ist auch fair, heute zu sagen, wie wir das umsetzen würden. Und das mit dem Transferaufwand steht einfach nicht im Antrag. Das hätte man natürlich machen können, dass man das ausnimmt, man hätte auch Dienststellen ausnehmen können. Das kann man machen. Der Betrag ist aber machbar.

In gewissen Bereichen wüsste ich jetzt nicht, bei der Gesundheit haben wir nicht nachgeschaut, wo wir schon Verträge haben, aber es ist eigentlich nicht unfair, wie wir es vorgeschlagen haben. Das war nicht die Idee, es sollte Transparenz aufzeigen. Und wenn Sie zum Beispiel so etwas in einem vorgezogenen Budgetpostulat machen, haben wir auch etwas mehr Zeit, uns damit auseinanderzusetzen. Diese Möglichkeit gibt es ja auch auf das Budget 2027. Wenn Sie finden, dort darf es nicht dieses Defizit geben, dann machen Sie ein vorgezogenes Budgetpostulat und wir werden uns ernsthaft damit auseinandersetzen.

Ich bitte Sie trotzdem, den Antrag abzulehnen und möchte Ihnen hiermit nur noch zusagen, dass wir das sicher rechtlich noch weiter abklären werden, dass auch wenn der Antrag abgelehnt wird, wir für zukünftige Fälle da etwas besser gerüstet sind. Und Sie haben gefragt, wer das ausgerechnet hat. Das war meine Finanzverwaltung. Aber ich habe den Bescheid bekommen, dass sie das richtig gemacht haben, weil sie gemäss Antrag unsere Steuerungsgrösse der ZBE ist. Hätte dem Antrag gestanden, ohne Transferertrag, hätte man das so ausgerechnet und dann wäre der Prozentsatz etwas höher. Der Finanzverwalter sitzt auf der Tribüne und schaut immer dafür, dass ich gleich korrigiert oder noch mit Finanzwissen etwas beholfen werde. Daher bitte ich Sie jetzt trotzdem, den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Joël Thüring für die Finanzkommission.

Joël Thüring (SVP): Diese Diskussion war sehr spannend, wir haben sie ähnlich auch in der Finanzkommission geführt. Regierungsrätin Tanja Soland ist fantasielos und ich bin Metzgermeister mit der Finanzkommission. Das nehme ich mit aus der heutigen Budgetdebatte.

Wir als Finanzkommission haben tatsächlich diese Flughöhe, die David Jenny jetzt angesprochen hat, in gewissen Bereichen verändert. Ich möchte aber auch sagen, die Finanzkommission hat in der Vergangenheit in der Budgetdebatte auch schon Sachen gestrichen, der Grosse Rat hat danach teilweise diesen Streichungen zugestimmt, teilweise diesen Streichungen nicht zugestimmt, teilweise hat sich der Regierungsrat hinter diese Streichungen gestellt, teilweise hat er diese Streichungen bestritten. Es ist schon so, dass die Finanzkommission nicht nur immer etwas hinzuschlägt, sondern tatsächlich von Fall zu Fall in eine andere Richtung tendiert.

Aber Sie haben diese Diskussion nun betreffend diesem allgemeinen 19-Millionen-Betrag gehört und wir haben diese Frage in der Kommission diskutiert. Ich möchte einfach als Finanzkommission jetzt trotzdem noch etwas zu diesem Finanzplan sagen, Remo Gallacchi. Natürlich gehen wir als Finanzkommission davon aus, dass dieser Finanzplan auf einer soliden Basis erstellt wird. Es sind also nicht einfach willkürlich eingesetzte Zahlen. Wir vertrauen Regierungsrätin Tanja Soland und dem Finanzdepartement, dass diese Zahlen selbstverständlich korrekt sind und sie nicht politisch geschoben werden, wie es dann der Finanzdirektorin oder dem Regierungsrat gerade passt. Wir können diese Finanzplanungszahlen natürlich für jede Argumentation verwenden. Sie können heute sagen – und das ist der Antrag letztlich von Daniel Seiler -, weil der Finanzplan in den nächsten Jahren ein Defizit vorsieht, müssen wir heute im Budget etwas streichen. Im umgekehrten Fall gibt es aber auch Menschen, Personen, die haben in der Vergangenheit aufgrund dieses Finanzplanes argumentiert, dass wir uns keine Steuersenkungen leisten können, weil der Finanzplan in Zukunft düsterer ausschaut.

Also Sie können sich natürlich diesen Finanzplan, das gehört zur Wahrheit dazu, egal auf welcher Seite Sie heute oder auch ganz generell bei der Frage des Budgets stehen immer gerade so auslegen, wie es für Sie passend ist. Aber wir als Finanzkommission haben schon die Erwartung – und wir haben auch keinen Zweifel, dass das so getan wird -, dass dieser Finanzplan auf den realen Gegebenheiten fusst und so erstellt wird, wie er zu diesem Zeitpunkt, wenn er eben erstellt oder angepasst wird, auch der Realität entspricht.

Dass ein Finanzplan und ein Kanton auch verschiedentlich neue Herausforderungen erhält und sich dadurch auch ein Budget wieder verändern kann, das liegt auf der Hand. Wir haben es in diesem Jahr gesehen, Regierungsrätin Tanja Soland hat es heute Morgen erwähnt, wir haben diese Unsicherheit beispielsweise auch bei dieser OECD-Mindestbesteuerung. Hier geht jetzt der Regierungsrat einmal von diesen 400 Millionen aus und hat diesen Topf entsprechend für 2026 vorgesehen mit einer Äufnung für 400 Millionen. Das ist eine gewisse Unsicherheit. Das hat uns auch die Finanzdirektorin in der

Finanzkommission im Hearing sehr ehrlich und sehr transparent auch dargelegt, wir wissen es einfach schlicht und ergreifend nicht genau und es ist auch schwierig, weil Firmenabschlüsse eben auch sehr verzögert daherkommen. Das heisst, es kann durchaus sein, dass wir auch erst in zwei Jahren konkret wissen, wie der Firmenabschluss einer Unternehmung 2026 gewesen ist.

Das ist ein relevanter Aspekt. Ein zweiter relevanter Aspekt ist die geopolitische Situation. Sie haben es mitbekommen, diese Frage der Zölle, die Frage der Zolltarife auf Pharmaprodukte, auch das hat selbstverständlich auf den Kanton einen gewissen Einfluss und das kann einen Finanzplan auch über den Haufen werfen.

Die Finanzkommission hat diesen Antrag Seiler besprochen. Sie lesen die Kritik der Finanzkommission zu diesem Antrag Seiler sehr deutlich. Sie widerspiegelt jetzt auch einzelne Voten, die wir hier gehört haben. Wir sind in der Mehrheit der Ansicht, dass es zurzeit keinen Handlungsbedarf gibt für Budgetkürzungen. Wir sind auch der Meinung, dass mit dem Finanzplan, so wie er heute dasteht, und auch gemäss den Aussagen des Regierungsrates auch künftig ein uns ausgeglichenes Budget vorliegt, sodass hier niemand hyperventilieren muss. Und wir sind auch in der Mehrheit der Ansicht, dass eine so unspezifische Kürzung, wie sie jetzt auch heute diskutiert wurde, eben wenig zielführend ist und, und natürlich zu diesem Zeitpunkt des Prozesses tatsächlich auch zu einem übermässig grossen Aufwand führen würde, wenn wir jetzt einfach das so machen würden, wie es der Antrag Seiler vorgesehen hat.

Der Regierungsrat hat es probiert. Ich sage das jetzt im Namen der Finanzkommission, die Finanzkommission kann mich danach rügen, wenn sie das möchte. Ich finde es sehr gut, dass die Finanzverwaltung, das Finanzdepartement uns heute quasi als Anhang zum Antrag Seiler aufgezeigt hat, was eine solche lineare Kürzung tatsächlich dann auch bedeuten würde. Das ist etwas, was in dieser kurzen Zeit auch tatsächlich etwas schwierig ist. Wir als Finanzkommission haben deshalb entschieden, dass wir diesen Antrag Seiler nicht unterstützen und wir bitten Sie, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen, auch dem Antrag des Regierungsrates und diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007903, 17.12.25 17:15:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 56 gegen 38 Stimmen.

Wir kommen nun zur Detailberatung der Investitionsrechnung Investitionen ab Seite 327 des Budgetberichts, unter Berücksichtigung der Änderungen im Anhang 2 des Berichts der Finanzkommission ab Seite 59. Gibt es hierzu Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit ist die Beratung des Budgets abgeschlossen.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 63 im Bericht der Finanzkommission und zur Schlussabstimmung über das Budget 2026.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007905, 17.12.25 17:19:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Das gesamtkantonale Budget 2026 wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung

Betriebsergebnis Fr. -273'038’592

Finanzergebnis Fr. 281'089’616

Gesamtergebnis Fr. 8’051’024

Investitionsrechnung

Ausgaben Fr. -579'662’232

Einnahmen Fr. 34'053’889

Saldo Investitionsrechnung Fr. -545'608’343

2. Der Globalkredit 2026 von 23’817’000 Franken und die Leistungsziele des Kunstmuseums werden genehmigt.

3. Der Globalkredit 2026 von 9’307’000 Franken und die Leistungsziele des Museums der Kulturen werden genehmigt.

4. Der Globalkredit 2026–2029 von 24’788’000 Franken und die Leistungsziele des Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig werden genehmigt.

5. Der Globalkredit 2026–2029 von 45’690’000 Franken und die Leistungsziele des Historischen Museums werden genehmigt.

6. Der Globalkredit 2026–2029 von 50’639’000 Franken und die Leistungsziele des Naturhistorischen Museums werden genehmigt.

7. Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr wird genehmigt.

8. Von den Änderungen der Investitionsübersichtsliste (IÜL) wird Kenntnis genommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Budget zugestimmt mit 91 gegen 3 Stimmen bei einer Enthaltung. Das Budget und das Geschäft sind erledigt.

56.1. Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)

[, 24.5536.02]

57. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) für die Jahre 2026–2029

[17.12.25 17:19:29, 25.1219.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen namens der GSK zum Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten GWL der basel-städtischen Spitäler für die Jahre 2026 bis 2029. Mit dem Ratschlag beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Rahmenausgabenbewilligung für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten der basel-städtischen Spitäler für die Periode 2026 bis 2029 in der Höhe von 255 Mio. Franken.

Der Kanton Basel-Stadt ist verpflichtet, eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung sicherzustellen und finanziert dazu auch gemeinwirtschaftliche Leistungen, sogenannte GWL, die im öffentlichen Interesse erbracht werden und nicht über die obligatorische Krankenpflegeversicherung abgegolten werden dürfen. Dazu zählen insbesondere die Sicherstellung von Spitalkapazitäten, universitäre Lehre und Forschung sowie die Abdeckung ungedeckter Kosten bei nicht kostendeckenden oder fehlenden Tarifen. Art, Umfang und Finanzierung dieser Leistungen variieren kantonal, da das öffentliche Interesse unterschiedlich definiert wird.

Die vorliegenden Rahmenausgabebewilligungen für die Jahre 2026 bis 2029 knüpfen an die bisherigen fünf Finanzierungsperioden seit 2012 an und setzen diese systematisch fort. Neu gegenüber früheren Perioden ist vor allem die stärkere Akzentuierung einzelner Schwerpunkte innerhalb der bestehenden GWL, während der grundsätzliche GWL-Begriff und der Kreis der berücksichtigten Institutionen weitgehend unverändert bleiben. Behandelt werden weiterhin sowohl die kantonalen öffentlichen Spitäler als auch ausgewählte private Spitäler und spitalähnliche Institutionen. Nicht Teil der Vorlage sind wie bisher das UKBB aufgrund der bikantonalen Trägerschaft sowie das UZB, das separat geregelt wird.

Finanziell für die Periode 2026 bis 2029 ist eine moderate, aber strukturell bedeutsame Erhöhung der GWL vorgesehen. Die jährlichen Beiträge steigen gegenüber 2025 um rund 3 Mio. Franken und liegen über die gesamte Laufzeit um knapp 12 Millionen höher als in der Leistungsperiode 2021 bis 2025.

Ich bin gerade darauf aufmerksam gemacht worden, dass wir beim UZB sind und noch nicht bei den Basel-städter Spitälern, wir sind aber bei den GWL. Die GWL betreffen auch das UZB. Wunderbar, dann wechseln wir jetzt zum Traktandum UZB, aber trotzdem zu den GWL. Gerne berichte ich Ihnen namens der GSK zum Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligungen zur Finanzierung der gemeinschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten des Universitären Zentrums für Zahnmedizin für die Jahre 2026 und 2029. Mit dem vorliegenden Ratschlag beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Rahmenausgabebewilligung für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten des Universitären Zentrums für Zahnmedizin für die Jahre 2026 bis 2029 von gesamthaft 13,6 Mio. Franken. Die Bewilligungskompetenz des Grossen Rates von insgesamt 29 Mio. Franken.

Zum Allgemeinen: Das UZB erfüllt von Gesetzes wegen mehrere Aufträge. Es dient der zahnmedizinischen Versorgung, erfüllt Aufgaben der sozialen Zahnpflege im Interesse der öffentlichen Gesundheit, gewährleistet die Behandlung wirtschaftlich schwächer gestellten Personen mit Wohnsitz im Kanton, erbringt bedarfsgerecht gemeinwirtschaftliche Leistungen und sorgt für Lehre, Forschung sowie Weiterbildung und Fortbildung im Bereich der Zahnmedizin. Die Finanzierungslücke entsteht in verschiedenen Bereichen wie unentgeltliche Leistungen der Schulzahnpflege, Sozialkosten aufgrund von Einkommens- und Vermögensverhältnissen, Vorhalteleistungen in der sozialen Zahnmedizin und Polyklinik, dem nicht kostendeckenden Sozialtarif sowie der Weiterbildung von Assistenzärzten. Hinzugekommen sind universitäre Lehre und Forschung, Special Needs Dentistry für Zielgruppen mit Beeinträchtigungen und Schulzahnpflege vor Ort. Entfallen sind die Anschubfinanzierung der Altersmedizin und Vorhalteleistungen für Absenzkosten.

Die Finanzierung der GWL und ungedeckten Kosten für 2026 bis 2029 teilt sich auf die Kompetenz des Regierungsrates mit 15,5 Mio. Franken für vier Jahre sowie die des Grossen Rates mit 13,6 Mio. Franken auf. Zur Kompetenz der Regierung gehören gemäss Finanzhaushaltsgesetz die unentgeltlichen Leistungen und Sozialkosten als wiederkehrend gebundene Ausgaben, während alle weiteren in die Kompetenz des Parlaments fallen. Der Totalbetrag beläuft sich, wie bereits erwähnt, auf 29 Mio. Franken.

Im Budget des Gesundheitsdepartementes für 2026 sind 7,1 Mio. Franken eingestellt, im Budget des Erziehungsdepartementes 0,125 Mio. Franken für Schulzahnpflege vor Ort. Die GWL für 2025 bis 2029 fallen um 1,1 Mio. Franken insgesamt höher aus als in der laufenden Leistungsperiode, wobei die Erhöhung in der Kompetenz des Grossen Rates 0,9 Mio. Franken beträgt.

Vorgehen der Kommission: Die Gesundheits- und Sozialkommission hat die Vorlage in insgesamt drei Sitzungen behandelt. An der Beratung teilgenommen haben der Vorsteher des Gesundheitsdepartements, der Leiter Abteilung Spitalversorgung und ein akademischer Mitarbeiter der Abteilung Spitalversorgung. Grundsätzlich unterstützt die GSK die Vorlage. Sie befasst sich aber vertieft mit den Kürzungen in der sozialen Zahnmedizin, insbesondere den Absenzkosten und der erschwerten

Kooperation. Zur besseren Beurteilung wurde das UZB eingeladen, die Kürzungen und deren Folgen aus seiner Sicht darzustellen und dem GD wurde die Gelegenheit gegeben, die schriftliche Auskunft des UZB mündlich zu kommentieren.

Die GSK bat das UZB um schriftliche Stellungnahme zur Finanzierung. Das UZB erklärte, dass bei ihm als rein ambulante Einrichtung die Absenzenproblematik stärker wirke als in Spitälern mit stationärem Anteil. 70% der unentschuldigten Absenzen entfallen auf Patienten der sozialen Zahnmedizin. Der Umsatzausfall 2024 betrug knapp eine Million Franken. Eine Weiterverrechnung sei nicht umsetzbar, das UZB warnte, die Kürzungen würden ein strukturelles Defizit verursachen und die Versorgung vulnerabler Bevölkerungsgruppen gefährden.

Das GD nahm zum Schreiben des UZB, das es zur Kenntnis erhalten hatte, mündlich Stellung. Es erklärte, dass die Zahlen des UZB-Schreibens nicht mit denen des Antrags des UZB bzw. des Ratschlags entsprächen. Das GD weist auch auf die höheren Beiträge an die universitäre Lehre und Forschung und auf die Vergütung der Weiterbildung von Assistenzärzten oder Oberärztinnen hin. Dieses Personal werde ebenfalls in der sozialen Zahnmedizin eingesetzt, was deren Finanzierung wiederum zugutekommt. Die völlige Streichung der Kompensation für die Absenzkosten erklärt sich laut GD mit der allgemeinen Gleichbehandlung der Spitäler. Die anderen Spitäler erhielten dafür ebenfalls keine GWL-Zahlungen. Aufgrund der Gleichbehandlung werde das UZB ab 2026 394’000 Franken jährlich für universitäre Lehre und Forschung erhalten, wo es bisher im Rahmen der GWL nicht berücksichtigt worden sei.

Zu den Erwägungen der Kommission: Ein Teil der Kommission zeigte sich mit den Kürzungen bei Absenzkosten und erschwerten Kooperationen unzufrieden. Die Mitglieder verwiesen auf den gesetzlichen Auftrag in der sozialen Zahnmedizin, die bereits erfolgte Optimierung und die Menge an Personen mit Einschränkungen, die nur vom UZB behandelt werden können. Die Kürzung der GWL für die soziale Zahnmedizin sei zu massiv und bei der erschwerten Kooperation fehle jegliche Begründung. Es wurde beantragt, den Betrag für erschwerte Kooperation um 20’000 Franken zu erhöhen.

Der andere Kommissionsteil unterstützte die Position des GD. Die Streichung bei den Absenzkosten sei folgerichtig, da alle Spitäler und Unternehmen mit diesem Problem umgehen müssten. Die geringe Kürzung bei den erschwerten Kooperationen sei organisatorisch verkraftbar. Die Kommission lehnte jedoch den Erhöhungsantrag mit Stichentscheid des Präsidenten bei fünf gegen fünf Stimmen ab, stimmte aber der Beschlussvorlage als Ganzes einstimmig zu. Wie Sie bereits gesehen haben, besteht ein entsprechender Antrag, um einen Teil der vorgenommenen Kürzungen wieder rückgängig zu machen beziehungsweise zu kompensieren. Wir werden wahrscheinlich nachher im Rahmen der Debatte darüber diskutieren.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission dem Grossen Rat Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben Ihnen mit diesem Ratschlag die Rahmenausgabenbewilligung für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen für das UZB für die nächsten vier Jahre vorgelegt. Ich finde es wichtig, vorweg zu sagen, dass das UZB eine sehr wichtige Institution ist im basel-städtischen Gesundheitswesen und darüber hinaus auch eine regionale oder schweizweite Bedeutung hat als ein Ort, wo Zahnmedizin auf allen Ebenen und Stufen angeboten wird, und wo auch Zahnärztinnen und Zahnärzte ausgebildet werden. Und es ist gesagt worden schon vom Sprecher der Kommission, dass natürlich insbesondere auch der Auftrag der sozialen Zahnmedizin am UZB einen hohen Stellenwert hat und auch weiterhin haben soll.

Wir haben Ihnen einen Betrag von insgesamt 29,76 Mio. Franken vorgelegt. Die bisherige Rahmenausgabenbewilligung sah einen jährlichen Finanzierungsbetrag von rund 7 Mio. Franken vor. Der soll sich nun in der neuen Finanzierungsperiode moderat auf jährlich zwischen 7,225 Mio. Franken und dann aufsteigen bis ins 2029 auf 7’347 Mio. Franken erhöhen. Ein Teil davon liegt in der Genehmigungskompetenz des Regierungsrats und wird deshalb im Ratschlag Ihnen nicht zum Beschluss vorgelegt, sondern nur dargestellt.

Wir reden also insgesamt über eine sehr moderate, aber doch über eine Erhöhung. Sie ergibt sich insbesondere durch die Aufnahme neuer Leistungen in den GWL-Katalog. Erstmals werden die ungedeckten Kosten der universitären Lehre und Forschung berücksichtigt, so wie bei den Spitälern auch. Dafür sind jährlich 394’000 Franken neu vorgesehen. Neu aufgenommen werden sollen zudem die Spezialsprechstunde für Kleinkinderkaries sowie die Schulzahnpflege und die Schuluntersuchungen vor Ort, die bisher auch schon gemacht wurden, aber nicht Teil waren des GWL-Pakets.

Ebenfalls neu ist diese Position Special Needs Dentistry, mit der ein neues und innovatives Angebot für Menschen mit besonderen zahnmedizinischen Bedürfnissen aufgebaut werden kann. Es sind dies beispielsweise Patientinnen und Patienten mit kognitiven oder körperlichen Beeinträchtigungen oder auch Menschen mit einem stark erhöhten Zeitbedürfnis für Tätigkeiten des täglichen Lebens, die eben schon besondere Behandlungskompetenzen auch in der Zahnmedizin erforderlich machen. Und für diese Leistungen schlagen wir Ihnen den neuen jährlichen Beitrag von 200’000 Franken vor.

Demgegenüber ist es so, dass wir im Bereich der Absenzkosten Ihnen eine Reduktion vorschlagen. Das fliesst in diese Position der Vorhalteleistungen. Praktisch gesprochen sprechen wir über die sogenannten No-Shows, Patientinnen und Patienten, die einen Termin haben, diesen aber nicht wahrnehmen. Das ist ein Phänomen in allen medizinischen und sozialmedizinischen Einrichtungen. Private Praxen können das teilweise in Rechnung stellen, das ist so. Ich glaube auch nicht, dass sie das flächendeckend tun und nicht immer, aber es gibt dort die Möglichkeit, und bei den Patientinnen und Patienten der sozialen Zahnmedizin gäbe es die auch, aber die Chance ist gering, dass die Rechnungen bezahlt würden. Und deshalb hat man hier mit Zahlungsausfällen realistischerweise zu kämpfen, das ist so. Wir erwarten hier aber einerseits auch eine gewisse Disziplin auf Seiten der Patientinnen und Patienten und ihres Umfelds, und wir erwarten von der Klinik, dass sie im Rahmen ihrer Vorhalteleistungen sich auch so organisieren kann, dass diese Termine, wenn sie ausfallen, dann eben kompensiert werden können durch andere Patientinnen und Patienten. Man muss halt ein bisschen parallel einschreiben. Das kann anspruchsvoll sein, aber wir sind nicht der Auffassung, dass wir das Nichterscheinen spezifisch beim UZB noch in diesem Umfang finanzieren sollten.

Selbstverständlich ist aber die soziale Zahnmedizin weiter ein Element der gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die wir abgelten. Das ist im Ratschlag auch dargelegt, einerseits mit diesen besonderen Tarifen oder den Sozialkosten oder dann eben den Vorhalteleistungen, die auch weiterhin abgegolten werden.

Daneben gibt es einen Rest von Leistungen, die unverändert weiter abgegolten werden sollen und das haben wir zu diesem Paket hier geschnürt, das insgesamt stark im Zeichen der Kontinuität steht dessen, was wir aktuell haben. Da ist in diesem Zusammenhang vielleicht auch wichtig wahrzunehmen, dass sich das UZB betrieblich gut entwickelt hat, dass es den Weg geschafft hat zu einer ausgeglichenen Rechnung, dass es also im Rahmen der finanziellen Konstellation, so wie sie heute besteht, auch ohne Fehlbetrag auskommen kann. Das ist eine grosse Leistung und bleibt es auch in Zukunft und wir möchten dazu auch beitragen mit diesem GWL-Ratschlag und sind dankbar, wenn Sie diesem Ihre Zustimmung erteilen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Für die SP spricht Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel erfüllt einen zentralen öffentlichen Auftrag. Es stellt die zahnmedizinische Versorgung sicher, übernimmt Lehre und Forschung und erbringt Leistungen, die weder kostendeckend noch marktgerecht organisiert werden können. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sind deshalb notwendig und richtig. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die GWL für das UZB grundsätzlich.

Gleichzeitig müssen wir klar festhalten, der Regierungsrat kürzt im Bereich der sozialen Zahnmedizin massiv. Gerade bei den Patientinnen und Patienten mit erschwerter Kooperation, häufig wohnungslose Menschen sowie stark psychisch und suchterkrankte Personen, werden die Vorhalteleistungen deutlich reduziert, obwohl der Regierungsrat im Ratschlag selbst anerkennt, dass diese Behandlungen einen erheblich höheren Zeitaufwand erfordern und nicht tarifgedeckt sind.

Die ungedeckten Kosten lagen in den letzten Jahren auch bei rund 1,1 Mio. Franken pro Jahr. Die zusätzliche Kürzung um 20’000 Franken pro Jahr bei der erschwerten Kooperation ist fachlich nicht begründet und setzt auch ein sehr kritisches Signal. Sie suggeriert, dass ausgerechnet bei den verletzlichsten Patient:innen gespart werden kann. Das ist aus sozialpolitischer Sicht nicht akzeptabel.

Mit unserem Erhöhungsantrag korrigieren wir diese Kürzung zwar nur ganz leicht und wir sind uns bewusst, dass der verbleibende Fehlbetrag für das UZB weiterhin erheblich ist. Aber es geht uns auch um die politische Aussage. Die soziale Zahnmedizin ist uns nicht egal. Wir erwarten und wollen, dass diese Patient:innen weiterhin gut, würdig und fachgerecht behandelt werden können. Deshalb beantragen wir, die Minderheit in der Kommission, die Vorhalteleistung für die erschwerte Kooperation um 20’000 Franken pro Jahr zu erhöhen. Dieser Antrag federt die Kürzung des Regierungsrats zumindest teilweise ab und setzt ein wichtiges Zeichen für eine solidarische Gesundheitsversorgung und verschlechtert das soeben verabschiedete Budget nur ganz minimal.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion und der Minderheit der Kommission, dem vorliegenden Erhöhungsantrag und den GWL grundsätzlich zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Tobias Christ für die GLP.

Tobias Christ (GLP): Ich zitiere mich sehr gerne selber, es sind ja auch nicht so viele da, da muss ich mir nicht so viel Mühe geben. In der letzten Sitzung dieser Session habe ich gefragt in die Runde, wann der Moment gekommen ist für eine Kommission und dann letztlich für das Parlament, bei einem Staatsbeitrag der Regierung herumzuflicken. Jetzt hier ist es formal kein Staatsbeitrag, aber eine ähnliche Situation, und meine Antwort damals war, dass da grundsätzlich einiges nicht

stimmen muss, dass das gegeben ist, dass man das machen soll, nämlich es müsste erkennbar sein, dass die Regierung grundsätzlich den politischen Willen verkennt oder die Gesetze falsch interpretiert. Ich führe das jetzt nicht nochmal aus.

Hier ist das, meine ich, nicht der Fall. Wir von der GLP finden das grundsätzlich in Ordnung, dass hier die Regierung einen Spielraum hat. Wir anerkennen, dass sie haushälterisch mit den Mitteln umgehen muss und das auch hier einmal mehr aus unserer Meinung ordentlich gemacht hat. Im Detail wollen wir uns ganz klar dagegen verwehren, dass das als Symbol verstanden wird, diese Kürzung jetzt spezifisch bei der sozialen Zahnmedizin, dass das weniger wichtig sein sollte, nur weil die Regierung hier einen Betrag ein bisschen kürzt. Das verstehen wir nicht so, es ist aus unserer Sicht ganz klar, dass hier sehr gute Arbeit gemacht wird, dass die wichtig ist, dass die politisch gewollt ist, und es ist angesichts des kleinen Betrags ist es absolut plausibel, dass das UZB diese Arbeit auch weiterhin ordentlich machen kann, würdig machen kann und sie gewährleisten wird. Ich sehe wirklich keinen Grund zur Annahme, dass sie das ändern würde in Zukunft.

Deshalb vertrauen wir hier der Regierung, bleiben bei diesem Vorschlag und nehmen ihn so an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die LDP stimmt dieser GWL für das UZB natürlich selbstverständlich zu. Wie es schon von meiner Kollegin von der SP gesagt worden ist, sind die GWL ganz wichtige Beiträge, die wir hier sprechen und alle, die im Medizinwesen tätig sind, wissen, dass es unerlässlich ist, dass man die spricht.

Den Änderungsantrag nehmen wir nicht an. Wir LDP-ler, die in der GSK waren, waren bei der Mehrheit mit dem Stichentscheid Präsident und darum lehnen wir den Änderungsantrag der SP ab und bitten Sie, dasselbe zu tun. Ich rede gerade noch für die nächsten zwei Traktanden. Unser Kommissionspräsident wird ja diesen Bericht wieder vorlesen und darum halte ich mich kurz. Den GWL der öffentlichen Spitäler stimmt die LDP auch ganz klar zu. Bitte sprechen Sie das auch. Alle, die dort tätig sind, sind auf die GWL angewiesen. Und schliesslich auch noch für die Stiftung Rheinleben. Diese Staatsbeiträge bitte ich auch zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lea Wirz spricht für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Die beantragte Rahmenausgabenbewilligung für das UZB ist hier drin ja zum Glück unbestritten und es zeigt sich auch, dass diese zwingend notwendig ist, um auch den gesetzlichen Auftrag der sozialen Zahnmedizin weiterhin erfüllen zu können. Die Diskussion um die Kürzungen bei den Vorhalteleistungen zeigt, wie dringend diese Gelder gebraucht werden.

Die nun vorgesehene Kürzung bei der erschwerten Kooperation betrifft die Behandlung von Personen, für die die soziale Zahnmedizin besonders wichtig ist. Wir haben es gehört, Behandlungen von Kindern, von Menschen mit Sprachbarrieren oder kognitiven Einschränkungen oder auch bei einer Substanzabhängigkeit dauern häufig bis zu doppelt so lange wie reguläre Eingriffe. Diese Realität lässt sich weder organisatorisch noch tariflich einfach kompensieren. Kürzungen in diesem Bereich gefährden unmittelbar die Versorgungsqualität jener Menschen, die ohnehin am stärksten auf öffentliche Angebote angewiesen sind. Das ist nicht im Sinne der Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA, für die ich hier auch sprechen darf.

Durch weitere Kürzungen besteht die Gefahr, dass das UZB sein Leistungsangebot in der sozialen Zahnmedizin einschränken muss in Zukunft. Das würde den Zugang zur zahnmedizinischen Versorgung für wirtschaftlich schwächer gestellte Personen verschlechtern und damit dem gesetzlichen und gesellschaftlichen Auftrag des Kantons widersprechen.Aus diesen Gründen unterstützen die Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA sowohl die Rahmenausgabenbewilligung sowie den vorliegenden Erhöhungsantrag von jährlich 20’000 Franken für die Jahre 2026 bis 2029 und bitten Sie, dies ebenfalls zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: In einer zweiten Runde möchte Regierungsrat Lukas Engelberger noch einmal das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die wohlwollende und wertschätzende Aufnahme dieses Ratschlags. Sie haben viel Unterstützung für das UZB und insbesondere für die soziale Zahnmedizin zum Ausdruck gebracht und diese liegt auch uns im Regierungsrat am Herzen. Ich kann Ihnen versichern, wir werden das Angebot der sozialen Zahnmedizin aufrechterhalten und weiterentwickeln und es ist nicht gefährdet durch unseren Ratschlag.

Ich kann Ihnen aber auch ganz ehrlich sagen, dass ich ein gewisses Verständnis habe für den Erhöhungsantrag. Man könnte, wenn wir schon bei der Ehrlichkeit sind, mit sehr guten Gründen auf all diesen Positionen höhere Anträge vertreten mit legitimen Argumenten, selbstverständlich, auch bei den Spitälern, über deren noch höhere Zahlen wir nachher noch sprechen, könnte man das. Aber wir haben einen Gesamtbudgetrahmen und wir haben eine Gesamtfinanzverantwortung für den Kanton. Wir müssen, wir wollen und wir können mit unseren finanziellen Mitteln verantwortungsvoll umgehen und müssen uns deshalb da auch für diese wichtigen Positionen einen gewissen Rahmen abstecken. Das haben wir versucht in unserem Ratschlag und sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns dabei folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Kommissionssprecher verzichtet auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 8 des Berichts. Titel und Ingress, einziger Absatz. Hier liegt ein Änderungsantrag von Melanie Nussbaumer vor. Sie beantragt eine Erhöhung von 20’000 Franken pro Jahr. Wir würden hierzu die Debatte eröffnen. Es scheint keinen Redebedarf zu geben, deshalb schreiten wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungstrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007908, 17.12.25 17:50:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Änderungsantrag zugestimmt mit 49 gegen 39 Stimmen.

Wir führen die Detailberatung weiter. Publikations- und Referendumsklausel, Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007910, 17.12.25 17:51:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel werden für das Jahr 2026 Ausgaben von Fr. 3'405'000 und für die Jahre 2027–2029 Ausgaben von Fr. 3'437'000 pro Jahr (insgesamt Fr. 13'716’000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen.

58. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026–2029

[17.12.25 17:51:14, 25.1260.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Ich habe vorher schon irrtümlicherweise bereits angefangen, zu diesem Geschäft zu sprechen, ich setze gerne da weiter, wo ich vorher aufgehört habe.

Wie gesagt, finanziell ist für die Periode 2026 bis 2029 eine moderate, aber strukturell bedeutsame Erhöhung der GWL für die basel-städtischen Spitäler vorgesehen. Die jährlichen Beiträge steigen gegenüber 2025 um rund 3 Mio. Franken und liegen über die gesamte Laufzeit um knapp 12 Millionen höher als in der Leistungsperiode 2021 bis 2025. Wenn die Gesamtsumme zunimmt, kommt es innerhalb der GWL zu markanten Verschiebungen gegenüber den frühen Perioden. Besonders signifikant ist die Umschichtung zwischen Forschung und universitärer Lehre einerseits und der ärztlichen Weiterbildung andererseits.

Die Beiträge für Lehre und Forschung werden deutlich reduziert, während die Weiterbildung zum eidgenössischen Facharzttitel substanziell aufgestockt wird. Diese Verschiebung erfolgt durch höhere jährliche Weiterbildungsbeiträge und führt dazu, dass der Ausfinanzierungsgrad der Deckungslücke in Lehre und Forschung von bisher 58% auf neu 37% sinkt, obwohl die Gesamtausgaben in diesem Bereich insgesamt stabil bleiben. Ebenfalls deutlich erhöht werden die Ambulantisierungsbeiträge. Insbesondere für Tageskliniken war es ein gesundheitspolitischer Schwerpunkt, auf die Verlagerung von stationär zu ambulanten Behandlungen, und gegenüber früheren Perioden eine klare finanzielle Priorisierung darstellt. Die Erhöhung der GWL resultiert primär aus bestehenden Leistungen. Neue und wegfallende GWL halten sich betragsmässig weitgehend Waage.

Neu aufgenommen werden unter anderem Leistungen im Bereich Home Treatment, spezialisierte Versorgung für seltene Krankheiten sowie die Gesundheitsversorgung von Patientinnen und Patienten mit Abhängigkeitserkrankungen, während bisherige GWL wie Spitalseelsorge oder Unterstützungsleistungen an Rettungsdienste aus dem GWL-Rahmen herausgelöst und künftig anderweitig finanziert werden. Insgesamt zeigt sich damit gegenüber früheren Perioden weniger eine Ausweitung des Leistungskatalogs als vielmehr eine gezielte finanzielle Neugewichtung innerhalb der GWL.

Der Grosse Rat hat den Ratschlag der Gesundheits- und Sozialkommission zur Berichterstattung überwiesen. Die Kommission hat die Vorlage an drei Sitzungen behandelt. An der Beratung teilgenommen haben der Vorsteher des GD, der Leiter Abteilung Spitalversorgung und eine akademische Mitarbeiterin der Spitalversorgung. Die GSK unterstützt grundsätzlich die Vorlage. An ihrer ersten Beratung mit dem Gesundheitsdepartement stellt sie jedoch erhöhten Informations- und Diskussionsbedarf bezüglich der von den Spitälern beantragten, nun aber nicht berücksichtigten GWL-Kosten fest. Wir haben darauf einen umfassenden Fragekatalog formuliert, den das Gesundheitsdepartement beantwortet hat. Die einzelnen Fragen und Antworten sind im Bericht der GSK ausführlich wiedergegeben worden. Allerdings vermisst die Gesundheits- und Sozialkommission bei verschiedenen Fragen noch etwas mehr Klarheit beziehungsweise waren gewisse Antworten für die Kommission nicht vorhanden oder für die Kommission nur teilweise befriedigend ausgefallen. Dies führte zu einem weiteren Treffen mit den Vertretern des GD, um die noch offenen Punkte in einem mündlichen Austausch zu erläutern. Die Kommission hat diese verschiedenen Fragen ebenfalls in den schriftlichen Kommissionsbericht aufgenommen. Ich verzichte daher an dieser Stelle auf diese einzugehen.

Die GSK unterstützt die Vorlage, sieht jedoch mit Blick auf die nächsten GWL-Vorlagen klaren Handlungsbedarf. Die Beratungen haben zahlreiche offene Fragen aufgezeigt und deutlich gemacht, dass im Bereich der GWL ein Mangel an Transparenz besteht. Wegen des hohen Zeitdrucks und des aufwendigen Beratungsverlaufs verzichtet die GSK jedoch auf eine Rückweisung, insbesondere auch um Verzögerungen bei den Auszahlungen an die begünstigten Organisationen zu vermeiden. Sie erwartet jedoch mit Nachdruck, dass die nächste Vorlage in Bezug auf Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Vergleichbarkeit der GWL sowie der damit verbundene Prozess substanziell verbessert wird.

Positiv würdigt die GSK das transparente Vorgehen bei der Finanzierung der Weiterbildung und unterstreicht die grosse Bedeutung der GWL für Ausbildung und Forschung und den Wissenschaftsstandort Basel. Kürzungen im Bereich Forschung erachtet sie aber nur dann als vertretbar, wenn eine anderweitige Finanzierung sichergestellt ist. Gleichzeitig stellt sie weiterhin erhebliche Unklarheiten fest, insbesondere bei Sicherheits-, Dolmetsch- und Sozialleistungen beziehungsweise

Sozialdienstleistungen. Namentlich fehlt nach wie vor eine klare Auskunft zum Eigenanteil der Spitäler an den Sozialdienstkosten. Auch bei den Ambulatisierungsbeiträgen kritisiert die GSK fehlende verordnungsrechtliche Grundlagen und eine ungenügende Bedarfsplanung, die den Spitälern mögliche Spielräume bei der Mengenausweitung lässt.

Insgesamt hält die GSK fest, dass mehr Transparenz sowohl bei der Beantragung als auch bei der Vergabe der GWL dringlich erfordert wird und erwartet verbindliche allgemeine gültige Kriterien, gegebenenfalls auf Verordnungsebene. Sie begrüsst die Ankündigung des Gesundheitsdepartements, entsprechende Arbeiten aufzunehmen und erwartet bis spätestens Mitte der Legislaturperiode eine klare Information über die vorgesehenen Massnahmen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission dem Grossen Rat Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Lukas Engelberger hat ein Votum angekündigt, das länger dauert als unsere Sitzungszeit. Ich habe mir die Reihenfolge notiert für morgen früh. Wir starten morgen um 9 Uhr mit Regierungsrat Lukas Engelberger und dann in der Reihenfolge, die mir gemeldet wurde.

Schluss der 42. Sitzung

17:57 Uhr

Protokoll

der 43. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 18. Dezember 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Claudio Miozzari (SP), Seyit Erdogan (SP), Roger Stalder (SVP), Lukas Faesch (LDP), Philip Karger (LDP), Johannes Barth (FDP), Brigitte Kühne (die Mitte/EVP), Brigitte Gysin (GLP), Adrian Iselin (LDP), Bülent Pekerman (GLP), Daniel Hettich (LDP), Nicole Strahm-Lavenchy (LDP), Olivier Battaglia (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

58. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026–2029 2
59. Staatsbeitrag an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2026 bis 2029 7
60. Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029 9
14. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK 18
15. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Madrigalisten für die Jahre 2026 bis 2029, Ausgabenbericht des RR 22
16. Musik-Akademie Basel (MAB): Anwendung der Kostenmiete auf die beim Kanton Basel-Stadt gemietete Infrastruktur, Bericht der BKK 23
17. Ausgabenbewilligung für die Umsetzung von Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz mit dem Bund im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) zur Förderung der Biodiversität, Ratschlag des RR 25
18. Darlehensgewährung an die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) für die Beschaffung von 11 E-Gelenkbussen im Zuge von Angebotserweiterungen aus dem ÖV-Programm 2026-2028, Ratschlag des RR 29
19. Petition P476 "Nein zum Rheintunnel", Bericht der PetKo 31
20. Petition P491 "Für eine öffentliche Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck", Bericht der PetKo 32
21. Petition P492 "Keine Gebührenwillkür in Basel! Nein zu überhöhten Parkkartenpreisen", Bericht der PetKo 33

Beginn der 43. Sitzung

Donnerstag, 18. Dezember 2025, 09:00 Uhr

58. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026–2029

[18.12.25 09:00:12, 25.1260.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen. Neues Mitglied im Grossen Rat: Ich freue mich, ein neues Mitglied begrüssen zu dürfen. Es ist Helena Meyer, welche die zurückgetretene Alexandra Dill ersetzt. Darf ich Helena Meyer bitten, sich kurz zu erheben. Liebe Helena, herzlich willkommen bei uns im Grossen Rat und viel Freude im Amt (*Applaus)*.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir gehen zurück zu Traktandum 58, Rahmenausgabenbewilligungen zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen für ungedeckte Kosten der basel-städtischen Spitäler für die Jahre 2026, 2029. Christian Moesch hat gestern bereits gesprochen, jetzt wäre Regierungsrat Lukas Engelberger an der Reihe und als nächstes habe ich eingetragen Amina Trevisan, Oliver Bolliger, Tobias Christ, Anina Ineichen und Oliver Thommen. Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Regierungsrat beantragt Ihnen mit dem vorliegenden Ratschlag die Erteilung einer Rahmenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten, kurz GWL, der basel-städtischen Spitäler für die Jahre 2026 bis 2029, dies im Gesamtbetrag von 256 Mio. Franken. Die Rahmenausgabenbewilligung sieht also pro Jahr Ausgaben von je rund 64 Mio. Franken vor und liegt damit mit knapp 3 Mio. Franken über dem bisherigen Finanzrahmen. Ich glaube, wir können sagen, die GWL entwickeln sich moderat und im Zeichen der Kontinuität.

Die eher geringfügige Zunahme der Summe ist schwergewichtig auf zwei Positionen zurückzuführen. Zum einen wird der Beitrag für die ärztliche Weiterbildung zum eidgenössischen Facharzttitel erhöht, insgesamt auf 20,7 Mio. Franken pro Jahr. Dies entspricht einem langjährigen Anliegen. Es ist bekannt, dass wir einen Ärztinnen- und Ärztemangel haben werden, wenn wir nicht vermehrt in die Aus- und Weiterbildung investieren, und dazu möchten wir hier einen Beitrag leisten. Zudem steigen die Beiträge zur Förderung ambulanter oder intermediärer Versorgungsformen, dies um knapp 3 Mio. Franken auf neu 6,8 Mio. Franken pro Jahr. Dazu gehört allerdings auch das früher separat finanzierte Home Treatment der universitären psychiatrischen Kliniken.

Der grösste Einzelausgabeposten bleibt wie in den Vorjahren die Finanzierung der ungedeckten Kosten der Forschung und universitären Lehre. Für die Jahre 2026 bis 2029 sind dafür jährlich knapp 24 Mio. Franken vorgesehen. Das funktioniert nach einer etwas komplizierten Formel, die wir Ihnen aber im Ratschlag, glaube ich, transparent dargelegt haben. Wir finanzieren einen Teil der Lücke, die verbleibt nach Abzug der Mittel, welche die Spitäler von der Universität bekommen von allfälligen dritten Geldgebern sowie unserer Weiterbildungsbeiträge, und was dann noch verbleibt, dieses Residualdefizit, tragen wir zu einem guten Drittel, jetzt noch etwas mehr. Wir leisten so weiterhin einen substanziellen Beitrag zur Sicherung der universitären Leistungsfähigkeit und der Forschungsaktivitäten unserer Spitäler, die auch im Kontext des Life Science-Ökosystems von grosser Bedeutung sind.

Es sind einzelne Leistungspositionen neu aufgenommen worden, ich habe das Home Treatment bereits erwähnt. Auch zu erwähnen sind die Beiträge für die praktische Hebammenausbildung, die damals über einen Budgetantrag hier ins Programm gelangt sind. Die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Abhängigkeitserkrankungen durch spezialisierte Koordination und Pflege ist neu, die Finanzierung der Weiterbildung von Assistenzpsychologinnen und -psychologen ist hinzugekommen sowie ebenfalls dann die Unterstützung des Zentrums für Rare Diseases am Universitätsspital Basel.

Und dann ist auch in methodischer Hinsicht noch zu sagen, dass einzelne Positionen, die bisher unter diesem Mantel auch finanziert wurden, neu separat abgegolten werden sollen, in separaten Geschäften auch dann Ihnen vorgelegt werden. Das betrifft die Spitalseelsorge oder die Unterstützung der Rettungsdienste.

Der Präsident der GSK hat Sie gestern über die Kommissionsdiskussion und Beratung des Geschäfts schon informiert. Ich bin der Kommission dankbar für die speditive Behandlung des Geschäfts, die uns ermöglicht, jetzt eben noch im alten Jahr die entsprechenden Finanzierungsbeschlüsse zu fassen, so dass es nicht zu Lücken kommt. Ich habe aber auch sehr deutlich die Kritik gehört, die geäussert wurde. Es werden mehr Details gewünscht. Es besteht ein zusätzlicher Informations- und Transparenzbedarf, das nehme ich so entgegen. Und es ist auch das Anliegen ausgesprochen worden, dass wir die Systematik und die Steuerung in diesen ganzen Themen besser aufstellen oder transparenter aufstellen, allenfalls in einer Verordnungsbestimmung, die wir auszuarbeiten hätten. Das nehme ich mit. Ich sehe auch, dass wir das etwas besser machen können und einen Schritt nach vorne tun können, insbesondere mit Blick auf Transparenz und auch auf Steuerbarkeit dieser Finanzierungspositionen. Wir reden über hohe Beiträge. Wir haben aktuell hier einen gewissen Spielraum, den wir auch nutzen aus versorgungspolitischen Überlegungen oder forschungspolitischen Überlegungen etwa, aber ich verstehe durchaus, dass man das in methodischer Hinsicht kritisch sehen kann und wir werden das auch intensiv thematisieren und Ihnen dann, wenn wir in diesen Arbeiten einen Schritt weiter sind, entsprechend dazu berichten.

Ich danke Ihnen für die Bereitschaft, das noch jetzt im laufenden Jahr anzugehen und bitte um Ihre Zustimmung zu unseren Anträgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir zu den Fraktionssprechenden kommen, möchte ich Besuch auf der Tribüne begrüssen. Dort sitzen Schülerinnen und Schüler des Wirtschaftsgymnasiums Basel mit ihrer Lehrperson Anna Umiker. Die Gruppe belegt den Pflichtwahlfachkurs Debattieren und hat vorher schon mit Beat K. Schaller und Daniel Gmür über das Thema Integration diskutiert. Schön, seid ihr hier.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erste Fraktionssprecherin habe ich Amina Trevisan für die SP eingetragen.

Amina Trevisan (SP): Beginnen möchte ich mein Votum mit drei Aussagen und dann gehe ich zu einem Dank über, und dann werde ich diese Stichworte auch ein bisschen mehr ausführen. Erstens, die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sind extrem wichtig. Zweitens, es braucht mehr Transparenz. Drittens, es braucht eine bessere Kommunikation zwischen Antragstellenden, also Spitäler, und dem Gesundheitsdepartement.

Und jetzt möchte ich zuerst mit einem Dank beginnen. Im Namen der SP-Fraktion danken wir allen Mitarbeitenden der Basler Spitäler. Ihr existenziell wichtiger Einsatz im Dienste der Bevölkerung ist enorm. Sie halten das System unter oft schwierigen Bedingungen am Laufen mit grossem Engagement und viel Herzblut. Dafür gebührt Ihnen unser ausdrücklicher Dank.

Die SP-Fraktion wird dieser Vorlage einstimmig zustimmen. Die Beitragsgewährung für die basel-städtischen Spitäler ist essenziell und existenziell, um eine qualitativ hochstehende und verlässliche Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Gleichzeitig ist es uns wichtig festzuhalten, der heutige Zustand dieser Vorlage ist nicht zufriedenstellend und die nächste Vorlage muss deutlich besser werden. Der Beratungsverlauf in der GSK war geprägt von hohem Termindruck und erheblichen Transparenzdefiziten. Die Kommission musste wiederholt nachfragen, dennoch blieben zentrale Fragen unbeantwortet. Ein Rückweisungsantrag wäre inhaltlich durchaus nachvollziehbar gewesen, hätte jedoch die rechtzeitige Auszahlung der GWL gefährdet. Das zeigt ein strukturelles Problem. Das Parlament darf nicht zwischen ungenügender Information und finanziellen Risiken für die Spitäler wählen müssen.

Besonders wichtig sind für die SP die Bereiche Lehre, Weiterbildung und Forschung. Sie sind für Basel von herausragender Bedeutung. Die GWL sichern die Qualität der Ausbildung und die wissenschaftliche Arbeit an unseren Spitälern. Kürzungen in diesem Bereich sind nur dann akzeptabel, wenn eine vollständige Finanzierung aus anderen Quellen sichergestellt ist. Alles andere schwächt langfristig den Gesundheits- und Forschungsstandort Basel.

Gleichzeitig zeigt sich klar, wo der Handlungsbedarf liegt, bei der Nachvollziehbarkeit und Vergleichbarkeit der GWL. Das betrifft insbesondere im Bereich Dolmetschdienste, Sozialdienste, Sicherheitsleistungen sowie die Tageskliniken und die Ambulantisierungsbeiträge. Besonders problematisch ist, dass selbst nach zweimaligem Nachfragen keine überzeugenden Antworten zur Finanzierung der Sozialdienste vorliegen, insbesondere zur Frage des Eigenanteils der Spitäler. Gerade bei Leistungen für besonders vulnerable Patientinnen und Patienten ist diese Unklarheit politisch nicht akzeptabel. Auch die Antworten zur Finanzierung der Dolmetschdienste sind unbefriedigend. Der Verweis auf meine Motion zu den Dolmetschkosten im Gesundheitswesen, die erst kürzlich im September 2025 überwiesen wurde, überzeugt nicht. Die grundlegende Entscheidung über eine Finanzierung oder Nichtfinanzierung der Dolmetschdienste wurde deutlich früher getroffen. Kritisch ist zudem, dass wir derzeit zur Kenntnis nehmen müssen, dass keine Dolmetschkosten im ambulanten Bereich ausgerichtet und keine Sicherheitskosten vergütet werden. Das steht im Widerspruch zu den politischen Zielen der Ambulantisierung und wirft Fragen der Gleichbehandlung auf.

Ebenso kritisch ist, dass zwar eine allgemeine Bestellung von Leistungen vorliegt, jedoch keine ausreichende Bedarfsplanung. Die SP fordert deshalb ausdrücklich mehr Transparenz bei der Beantragung, der Vergabe und der Steuerung der GWL. Es braucht strukturierte, allgemeingültige Kriterien sowie eine Regelung auf Verordnungsebene, damit Vergleichbarkeit und parlamentarische Kontrolle gewährleistet sind. Positiv nehmen wir zur Kenntnis, wir haben es gehört, dass das Gesundheitsdepartement signalisiert hat, diese Punkte anzugehen. Wir erwarten, bis Mitte der Legislaturperiode über konkrete Massnahmen informiert zu werden. An diesem Punkt werden wir genau hinschauen.

Zum Schluss, diese Vorlage ist richtig, aber es ist auch ein klarer Auftrag, ein Auftrag, das GWL-System transparenter, nachvollziehbarer und politisch sauber gesteuert auszugestalten. Die SP stimmt der Rahmenausgabenbewilligung zu, verbindet diese Zustimmung jedoch mit klaren Erwartungen an die nächste Vorlage, im Interesse der Gesundheitsversorgung und im Interesse der Patientinnen und Patienten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Auch die BastA-Fraktion spricht sich für die Ausgaben zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen, kurz GWL, für die Basler Spitäler in der Gesamthöhe von etwas mehr als 255 Mio. Franken für die kommenden vier Jahre aus. Seit die Spitäler im Jahr 2012 ausgelagert wurden, finanziert der Kanton die GWL und das ist für uns als BastA grundsätzlich kein Problem und wir haben dies bis anhin immer unterstützt, auch wenn wir damals die Auslagerung der Spitäler abgelehnt haben. Dass unsere Spitäler auf die Finanzierung von GWL-Leistungen angewiesen sind, ist offensichtlich und auch unbestritten. Kein Spital kann ohne GWL überleben, da bereits der alltägliche Spitalbetrieb schon so unterfinanziert ist und seit Jahren werden auch die angestrebten EBITDAR-Margen nicht erreicht und die Tarife bilden die Ausgaben einfach nicht ab.

All dies verwundert uns nicht wirklich, Spitäler und generell das Gesundheitswesen waren schon immer Service Public und sollten es auch bleiben. Die liberale Idee, dass Spitäler sich doch bitte selbst tragen und über Wasser halten sollen, glauben die Bürgerlichen eh auch selber nicht mehr. Für die Zukunft braucht es mehr politische Steuerung und gezielte finanzielle Unterstützung.

Wie schon gesagt, die BastA stört sich nicht an der Finanzierung der GWL, aber wir stören uns wirklich sehr an der grundsätzlichen Schieflage der Finanzierung von Spitälern und dass ganz allgemein im Gesundheitswesen an dieser Mangelfinanzierung seit Jahren nichts geändert wird. Das betrifft nicht nur den Kanton Basel-Stadt, das ist natürlich auch auf nationaler Ebene der Fall. Von Jahr zu Jahr flicken wir an gewissen Löchern und versuchen an Stellschrauben so zu drehen, dass entweder eingespart werden kann oder Leistungserbringungen eingeschränkt werden. Die Gesundheitskosten dominieren weiterhin das Sorgenprofil der Bevölkerung in der Schweiz, dies mit Abstand und dies seit Jahren.

Bei der Finanzierung der GWL stellt sich vermehrt die Frage, das haben wir auch jetzt schon gehört, was alles mittels GWL finanziert wird bzw. was eigentlich der Bedarf der Spitäler wäre bzw. was eigentlich alles bestellt wird. Auf Nachfrage der GSK wurde deutlich, dass 35% der Gesamtsumme aller beantragten Anträge es in den RAB dann geschafft haben. Nun stellt sich die Frage, wird zu viel verlangt oder müssten deutlich mehr GWL geleistet werden? All das ist offen.

Im Vergleich zu den vorherigen Leistungsperioden war die diesjährige Diskussion in der Kommission über die GWL intensiver und stand auch unter hohem Zeitdruck, das haben wir auch schon gehört. Es ist offensichtlich, für die kommende Leistungsperiode ab 2030 muss dieses Geschäft neu aufgegleist werden, die Kommission muss besser nachvollziehen können, was für einen Bedarf die Spitäler wirklich haben und für welche Leistungen GWL zukünftig überhaupt möglich sein sollte. Der Regierungsrat hat dies auch bestätigt, dass das auch aufgenommen wird, dafür bin ich ihm sehr dankbar.

Nun fokussiere ich mein Votum noch auf zwei explizite Punkte des Ratschlags, einerseits auf die Ambulantisierung und der andere Punkt sind die Sozialdienste, die mir auch am Herzen liegen. Es ist wichtig, dass die Ambulantisierung vorangetrieben und weiter ausgebaut wird, also just in einem Bereich, der tariflich bis anhin sehr unterfinanziert war. Vielleicht wird dies in Zukunft ein wenig besser sein, aber diese Ambulantisierung kostet Geld. Und es ist nachvollziehbar, dass wir auch in Zukunft mehr GWL leisten müssen. Auf der anderen Seite muss die Ambulantisierung klar vom Gesundheitsdepartement geregelt werden. Ohne klare Vorgaben vom Leistungsbesteller werden die Spitäler die Ambulantisierung unkoordiniert selbstständig aufbauen, ohne auf das Gesamtangebot Rücksicht zu nehmen. Es drohen gar unnötige und vielleicht sogar manchmal auch unproduktive Konkurrenzsituationen.

Auch die Finanzierung der klinischen sozialen Arbeit bleibt nach der Beratung in der Kommission unklar. Die Sozialdienste der Spitäler sind für die Behandlung und für die Nachsorge von grosser Bedeutung. Die Finanzierung ist jedoch unzureichend und nicht wirklich nachvollziehbar. Je nach Spital und Klinik sind diese unterschiedlich ausfinanziert. Da die Oberaufsicht des Spitalsozialdienstes bei der KESB, also beim WSU liegt, stellt sich auch die Frage, wer hier eigentlich was bestellt und wie finanziert. Die erhaltenen Antworten waren nicht wirklich zufriedenstellend und grundsätzlich sollte gesamthaft die Art und Weise der Finanzierung, auch der Organisation der klinischen Sozialarbeit im Kanton sowie die

Oberaufsicht der Spitalsozialdienste, überprüft und aus meiner Sicht für die Zukunft verbessert werden. Denn je grösser der Kostendruck auf den Spitalsozialdiensten besteht, desto grösser die Gefahr, dass die legitimen Finanzinteressen der Spitäler über dem Patientenwohl liegen bei der Nachsorge.

Kurz gesagt, für die Zukunft wünschen wir mehr Transparenz und klare Bestimmungen sowie Verordnungen vom Gesundheitsdepartement, was zukünftig unter Finanzierung von GWL verstanden werden soll, was damit alles finanziert werden kann und wie die Bestimmungen sind. Damit wird für die einzelnen Spitäler und alle Beteiligten klar, was als GWL bestellt werden kann und was nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir von der Fraktion GLP können uns weitgehend unseren Vorrednern anschliessen, was die Würdigung dieser gemeinwirtschaftlichen Leistungen betrifft, die Arbeit, die die Spitäler machen. Wir haben auch eine weitere Gemeinsamkeit, was den Wunsch nach mehr Transparenz betrifft in diesem Geschäft. Da können wir uns ebenso allen anschliessen und es wurde ja auch schon von der Regierung in Aussicht gestellt, dass man in die Richtung etwas machen will. Klar abgrenzen wollen wir uns von dem, was wir jetzt von meinen beiden Vorrednern von der Fraktion der SP und der BastA gehört haben. Wir halten es für illusorisch, dass man diese gemeinwirtschaftlichen Leistungen voll ausfinanzieren könnte. Dazu haben wir einfach die Mittel nicht.

Einmal mehr, ich wiederhole mich jetzt in dieser Session, die Mittel des Kantons sind begrenzt und wir anerkennen und wir begrüssen auch, dass hier die Regierung aus unserer Sicht ordentlich mit diesen Mitteln umgeht und entsprechend auch gewisse Entscheidungen treffen muss. Ebenso sehen wir es nicht unbedingt a priori als problematisch, dass hier die Regierung einen grossen Spielraum hat, aber wir sind bereit, wie gesagt, mehr Transparenz auf jeden Fall und auch da mehr Klarheit zu schaffen, vielleicht mit einer Verordnung oder wie auch immer, wie das geschieht. Aber das heisst für uns überhaupt nicht, dass der Ermessensspielraum der Regierung unbedingt eingeschränkt werden muss, aber wir sind offen für eine Debatte in diese Richtung.

Und noch eine Bemerkung zu Oliver Bolliger, zum Redner der BastA, der gesagt hat, nicht einmal mehr die Bürgerlichen glauben an dieses System der Spitäler, die sich frei auf dem Markt bewegen. Es ist immer die Frage, ob ich jetzt zu den Bürgerlichen gehöre oder nicht, aber ich will hier einfach klarstellen, ich bin der Ansicht, dass die Spitäler sich weitgehend recht gut eigentlich machen im aktuellen System. Ob das ein freier Markt ist, da habe ich meine Zweifel, sprechen wir einfach vom aktuellen System. Ich habe auch das Gefühl, sie machen das nicht schlechter, als sie es früher gemacht haben. Im Gegenteil, ich würde sogar sagen, ein bisschen besser. Mit all den Problemen, die wir auch jetzt haben. Wir haben klar eine andere Sicht, was das betrifft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Amina Trevisan. Diese wird entgegengenommen.

Amina Trevisan (SP): Mich würde interessieren, auf was Sie sich mit illusorisch beziehen? Ich habe ja nur gesagt, dass ich mehr Transparenz erwarte und nicht, dass alle GWL-Leistungen, wie von den Spitälern gewünscht, auch ausbezahlt werden müssen.

Tobias Christ (GLP): Ich meine gehört zu haben, dass Sie gesagt haben, die Aufwendungen, die Sie im Bereich der Forschung haben, sollen vollständig bezahlt werden. Da ist schon nicht klar, wie man diese Aufwendungen überhaupt messen soll im Moment.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb bittetSie, die Vorlage zu überweisen. GWL sind essenziell für die Spitäler und ich glaube, auch das kann man bereits als Hinweis nehmen, dass wir uns hier nicht in einem ganz freien Markt bewegen. Ohne diese GWL würde es die Spitäler wohl in dieser Form nicht geben.

Ich möchte die Begriffe Transparenz nicht überstrapazieren, aber ich bringe es trotzdem auch nochmal. Es ist absolut wichtig, dass wir in diesem Geschäft mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit erreichen. Die Spitäler brauchen diese, um planen zu können, auch langfristig. Wir sprechen hier von vier Jahresperioden bei Spitälern. Wenn sie einen Schwerpunkt

ändern oder einen Schwerpunkt setzen, brauchen sie sicher längere Planbarkeit. Aber auch wir in der Politik brauchen diese Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Wir müssen verstehen, wie diese Gelder gesprochen werden, damit wir sie steuern können. Und diesen Punkt haben wir im Moment aus meiner Sicht als Grossratsmitglieder nicht erreicht.

Grundsätzlich wären GWL wahrscheinlich national zu regeln wie die gesamte Spitalplanung und Versorgungsplanung, aber das steht noch in den Sternen, auch wenn dort einiges geschieht und wir dürfen nicht warten, bis wir hier handeln. Darum erwarte ich schon, dass wir in vier Jahren eine Grundlage haben, auf der wir dann die GWL sprechen werden.

Ich nehme zur Kenntnis, dass die speditive Bearbeitung des Geschäfts gelobt wird. Das war nicht ganz freiwillig aus meiner Sicht. Wir wurden wirklich unter Zeitdruck gestellt. Es war wichtig, dass wir dieses Geschäft noch dieses Jahr abschliessen. Wir sind nun in der letzten Sitzung des Jahres. Wir mussten speditiv sein und ich denke, es war nicht nur im Sinne des Geschäftes. Es wäre schön gewesen, hätten wir mehr Zeit gehabt, um uns bei diesem gewichtigen und doch auch recht finanzkräftigen Geschäft mit der Sache und der Materie auseinanderzusetzen.

Dann möchte ich noch auf eine Aussage von gestern zurückkommen. Es hat sich zwar auf das UZB bezogen, aber es wurde immer wieder von einem Kostenrahmen gesprochen, den wir einzuhalten haben und darum bei den GWL doch auch ein bisschen auf den Kostenrahmen achten müssen. Da habe ich mich doch dann gefragt, wer hat diesen Kostenrahmen gesetzt, die GSK? Das wäre mir nicht bewusst, wir als Grossräte? Ich glaube auch nicht. Und ist der Kostenrahmen essentiell oder ist es nicht eigentlich die Planung und die Festlegung von Schwerpunkten, die wir berücksichtigen müssen? Wir wollen eine gute, optimale Gesundheitsplanung und wenn ich optimal sage, dann muss sie optimal sein aus Patientensicht, aus Spitalsicht, aber auch aus Kostensicht, das ist selbstverständlich, aber sie muss optimal sein. Wir planen, wir legen Schwerpunkte fest und dann müssen wir diese ausfinanzieren mit GWL, weil es eben kein freier Markt ist. Ich denke, das wäre das wünschenswerte Vorgehen und nicht ein Kostenrahmen, den es einzuhalten gibt und dann Kürzungen vorzunehmen, auch wenn die Spitäler unterfinanziert sind in gewissen Bereichen. Es wurde bereits angesprochen, im ambulanten Bereich war das ja in den letzten Jahren der Fall.

Dann vielleicht nochmal ein Wort zur GLP. Ich glaube, es ist nicht so, dass wir die Mittel nicht haben, wir haben die Mittel, aber wir wollen sie vielleicht nicht haben. Wir sehen zum Beispiel den Kanton Zug, der bei der Spitalfinanzierung einen ganz anderen Weg gegangen ist als wir. Diese Sondersteuer, die OECD-Steuer, die neu hereinkommen, werden voraussichtlich nicht in einem Fonds versorgt, wie ich gestern gelernt habe, sondern sie werden in die Gesundheitsfinanzierung investiert. und das entlastet die Einwohner:innen enorm. Wir können aber uns auch an der Westschweiz orientieren. In der Westschweiz werden die Spitäler massiv mehr ausfinanziert mit GWL als in der Deutschschweiz. Auch dort scheinen die Mittel vorhanden zu sein. Im Kanton Waadt sind im Moment immer noch die Prioritäten einfach auf diese GWL gelegt und sie erhalten auch die entsprechenden Mittel. Ich denke, das sollte man sich zu Herzen nehmen. Es ist immer auch eine Frage des Willens, ob man es sich nehmen will oder nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft, das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die kritische, aber letztlich doch wohlwollende Aufnahme des Geschäfts und möchte ein paar Äusserungen noch kurz kommentieren. Sie haben unisono mehr Transparenz gewünscht, das können wir mitnehmen, das haben wir zugesagt und das nehme ich so entgegen. Aber ich nehme nicht entgegen, dass zentrale Fragen unbeantwortet geblieben seien. Das nehme ich nicht entgegen, das halte ich für nicht zutreffend. Die zentralen Aussagen haben wir gemacht, die wichtigsten Zahlen haben wir Ihnen genannt, die Kriterien sind auch dargelegt. Sie hätten es gerne genauer gehabt, aber die Aussage, zentrale Fragen seien unbeantwortet geblieben, die würde ich doch so nicht stehen lassen wollen. Aus Sicht des Regierungsrats trifft das nicht zu.

Dann ist einiges gesagt worden, das man unter der Rubrik Grundsatzkritik am System des Gesundheitswesens und seiner Finanzierung entgegennehmen kann oder auch sehr lange und einlässlich diskutieren könnte und wahrscheinlich müsste. Wir sind ein Kanton unter vielen und mit diesen Spitälern auch nur Teil des Gesundheitswesens hier bei uns. Die Verantwortung, die wir für diesen Systemteil haben tragen wir, und ich glaube, insgesamt werden wir ihr gerecht. Wenn wir den interkantonalen Vergleich bemühen, der auch erwähnt wurde, dann gehören wir zu den Kantonen, die proportional eher viel aufwenden für die GWL. Es gibt Kantone in der Romandie, die uns da deutlich übertreffen, das ist zutreffend, aber ansonsten sind wir bei denen, die eher ein bisschen mehr öffentliche Mittel in die Spitäler investieren, unter anderem eben auch auf dem Weg der Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

Ich bin dankbar für den Hinweis von Tobias Christ, dass die Spitäler sich gut entwickeln, alles in allem. Ich glaube auch, dass wir das so sagen können. Ich glaube, das Leistungsniveau ist sehr hoch, die medizinische Versorgung ist ausgezeichnet, das wird auch immer wieder bescheinigt. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang ausdrücklich auch dem Dank anschliessen, der geäussert wurde für die Arbeit der Mitarbeitenden in unseren Spitälern.

In diesem Sinn bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie den Anträgen jetzt zustimmen und wenn Sie uns weitere Hinweise geben, wie wir unsere Methodik verbessern können in diesem wichtigen Bereich. Das werden wir an die Hand nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der GSK verzichtet auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 16 des Berichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung… .

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007914, 18.12.25 09:31:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten der baselstädtischen Spitäler (ohne Universitäts-Kinderspital beider Basel und Universitäres Zentrum für Zahnmedizin Basel) werden für die Jahre 2026–2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 255’806’000 (2026: Fr. 63’816'000; 2027: Fr. 63’880'000; 2028: Fr. 64’055'000; 2029: Fr. 64’055’000) bewilligt.

Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen

a. Ausgaben von Fr. 177’696’000 für die Forschung und universitäre Lehre in den Jahren 2026–2029 (2026: Fr. 44’424'000; 2027: Fr. 44’424’000, 2028: Fr. 44’424'000; 2029: Fr. 44’424’000);

b. Ausgaben von Fr. 27’084’000 für Ambulantisierungsbeiträge in den Jahren 2026–2029 (2026: Fr. 6’771'000; 2027: Fr. 6’771'000; 2028: Fr. 6’771'000; 2029: Fr. 6’771’000);

c. Ausgaben von Fr. 11’636’000 für die Defizitdeckung von unterfinanzierten Versorgungsleistungen in den Jahren 2026–2029 (2026: Fr. 2’909'000; 2027: Fr. 2’909'000; 2028: Fr. 2’909'000; 2029: Fr. 2’909’000);

d. Ausgaben von Fr. 39’390’000 für weitere klassische gemeinwirtschaftliche Leistungen in den Jahren 2026–2029 (2026: Fr. 9’712'000; 2027: Fr. 9’776'000; 2028: Fr. 9’951'000; 2029: Fr. 9’951’000).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 92 gegen eine Stimme zugestimmt. Das Geschäft ist erledigt.

59. Staatsbeitrag an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2026 bis 2029

[18.12.25 09:32:08, 25.0827.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen namens der GSK zum Ausgabenbericht betreffend Staatsbeitrag an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2026 bis 2029, und zwar die Beratungsstelle für psychisch erkrankte Menschen. Mit dem Ausgabenbericht beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, die Weiterführung der Finanzhilfe über insgesamt 1’080’000 Franken beziehungsweise 270’000 Franken pro Jahr zu genehmigen.

Die Beratungsstellung der Stiftung Rheinleben ist seit Jahren etabliert und anerkannter Bestandteil der Behindertenhilfe im Kanton Basel-Stadt. Sie richtet sich an erwachsene Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und ergänzt bestehende Angebote durch eine niederschwellige Beratung, die Selbstbestimmung und soziale Teilhabe fördert und gleichzeitig präventiv wirkt. Durch die frühe Unterstützung können stationäre Aufenthalte oder Massnahmen im Erwachsenenschutz oft vermieden werden, was auch zu einer Entlastung des Systems führt. Angesichts der steigenden Zahl psychischer Erkrankungen besteht ein hohes öffentliches Interesse an diesem Angebot. Die Beratungsstelle übernimmt eine wichtige Triagefunktion, verhindert Doppelspurigkeiten und erleichtert den Übergang zwischen verschiedenen Unterstützungsleistungen.

Der Kanton beteiligt sich seit vielen Jahren an der Finanzierung, insbesondere auch für Leistungen, die nicht durch Bundesmittel gedeckt sind. Der bestehende Vertrag läuft 2025 aus und soll für die Jahre 2026 bis 2029 mit einem im Wesentlichen unveränderten Kantonsbeitrag erneuert werden. Die Finanzierung stützt sich auf das Behindertenhilfegesetz sowie auf das Gesundheitsgesetz. Beide Rechtsgrundlagen ermöglichen Beratungs- und Präventionsleistungen mit dem Ziel, die soziale Teilhabe zu stärken, Gesundheitsprobleme frühzeitig zu erkennen und Selbsthilfe zu fördern. Inhaltlich richtet sich das Angebot vor allem an Personen mit IV-Rente, in geringem Umfang auch an Menschen ohne IV-Anspruch. Die Beratung betreffen unter anderem Lebens- und Alltagsfragen, Finanzen, Wohnen, Arbeit, soziale Teilhabe sowie rechtliche Themen. Die Nachfrage ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Finanziert wird die Beratungsstelle überwiegend durch Bundesmittel, ergänzt durch den Kantonsbeitrag und kleinere Eigenleistungen. Die Stiftung Rheinleben ist gut vernetzt und klar von anderen Beratungsangeboten abgegrenzt, da sie sich spezifisch auf Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen konzentriert.

Zum Vorgehen der Kommission: Die Kommission hat die Vorlage an zwei Sitzungen behandelt, an der Beratung teilgenommen haben der Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt sowie der Leiter der Abteilung Behindertenhilfe des Amts für Sozialbeiträge. Die GSK unterstützt die Vorlage und begrüsst die Fortführung der Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben. Diese wird vor allem von Personen genutzt, die nach einer akuten psychischen Erkrankung aus stationärer Behandlung entlassen werden und auf lebens- und alltagspraktische Unterstützung angewiesen sind. Das Spektrum der Erkrankung ist breit. Eine niederschwellige ambulante Beratung ist insbesondere vor dem Hintergrund des Ausbaus ambulanter Angebote und der oft langen Wartezeiten bis zu einem IV-Entscheid von grosser Bedeutung, da die Betroffenen in der Überbrückungsphase stabilisiert werden.

Vergleichbare Beratungsangebote haben sich erst in den letzten Jahren entwickelt, weshalb dem Zusammenspiel der verschiedenen Angebote grosse Bedeutung zukommt. Der GSK ist dabei wichtig, dass Zuständigkeiten klar und die Zuweisungen korrekt erfolgen. Obwohl die gesetzliche Grundlage teilweise im Gesundheitsgesetz liegt, liegt die Zuständigkeit für die Beratungsstelle beim WSU, da der Schwerpunkt der Leistungen im Bereich der Behindertenhilfe liegt. Die Beratungsstelle wird auch von ausserkantonalen Personen genutzt, vor allem von Erwerbstätigen aus Baselland. Die dafür geltenden Tarife bewegen sich im Rahmen vergleichbarer Angebote. Die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen ist im Bereich der Behindertenhilfe gut abgestimmt und ermöglicht die gegenseitige Nutzung spezialisierter Angebote.

Finanziell besteht keine Abweichung zur laufenden Periode. Unsicherheiten ergeben sich jedoch auf Bundesebene hinsichtlich der künftigen Beteiligung des Bundes. Für den Fall eines Rückzugs wurde eine mögliche Überbrückung durch den Kanton in Aussicht gestellt. Die Beratungsstelle rechnet in den Jahren 2026 bis 2029 mit strukturellen Defiziten, die durch den Abbau von Rücklagen und zusätzlichen Spenden getragen werden müssen. Die GSK äussert die Sorge, dass die Rücklagen bei steigender Nachfrage rasch aufgebraucht sein können. Gleichzeitig werden die bestehenden Wartezeiten als zu lang beurteilt, was grundsätzlich auf einen zusätzlichen Personalbedarf hindeuten würde, der das Defizit jedoch weiter vergrössern könnte.

Eine Erhöhung der Kantonsbeiträge wurde von der Stiftung Rheinleben nicht beantragt. Das GD erachtet die Rücklagen im Verhältnis zum Umsatz und Kantonsbeitrag derzeit noch als ausreichend, hält jedoch eine erneute Prüfung gegen Ende der Finanzierungsperiode für notwendig. Der Abbau der Wartezeiten soll gemäss WSU primär durch organisatorische Anpassungen erfolgen. Die Kommission steht diesen Ansätzen kritisch gegenüber, da sie tendenziell zu einer steigenden Nachfrage und damit zu einem zusätzlichen Aufwand führen könnte. Das WSU steht hierzu weiter im Austausch mit der Stiftung Rheinleben.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission dem Grossen Rat einstimmig Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wünscht ein Regierungsmitglied das Wort? Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 7 und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007917, 18.12.25 09:39:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Stiftung Rheinleben werden betreffend Beratungsleistungen zugunsten von psychisch beeinträchtigten Personen für die Jahre 2026 bis 2029 Finanzhilfen von insgesamt Fr. 1'080'000 (Fr. 270'000 pro Jahr) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 gegen eine Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

60. Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029

[18.12.25 09:39:14, 25.1325.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Gare du Nord ist ein kuratierter Produktions- und Aufführungsort für zeitgenössische Musik im ehemaligen Erstklassbuffet des Badischen Bahnhofs. In dieser Art ist die Institution einmalig in der Schweiz. Gare du Nord ist per Leistungsvereinbarung dazu verpflichtet, dem baselstädtischen Kulturschaffen im Bereich der zeitgenössischen Musik eine öffentliche Plattform zu bieten. Er ist eine wichtige Spielstätte für aus dem Fachausschuss Musik unterstützte Musikschaffende. Etwa 85% der Projekte stammen von Künstlerinnen und Künstlern der Freien Szene. Der Schwerpunkt liegt auf der regionalen Publikumsgewinnung, während die Institution zugleich national und international als bedeutende Plattform für zeitgenössische Musik gilt.

Die Trägerschaft hat eine Erhöhung des Staatsbeitrags um 300’000 Franken pro Jahr beantragt. Damit sollen unter anderem eine Fokussierung und eine qualitative Steigerung im kuratierten Programm sowie bessere Konditionen für kleinere Ensembles und freischaffende Musikerinnen und Musiker ermöglicht werden. Zudem sollen den eingeladenen Musikschaffenden die Mietkosten erlassen werden, so dass diese nur noch einen geringeren Anteil der Mittel für die Auftritte selbst einwerben müssen. Dies ermöglicht insbesondere fairere Gagen. Und nicht zuletzt kann Gare du Nord eine wichtige Plattform für die Freie Szene bleiben.

Der Regierungsrat empfiehlt vollumfänglich, auf den Erhöhungsantrag einzutreten und legt im Leistungsauftrag klare Bedingungen fest, die sowohl im Ratschlag wie auch im schriftlichen Bericht der BKK aufgezählt sind. Zudem schlägt er vor, den Staatsbeitrag an Gare du Nord ab 2026 teilweise, also zu 33,3%, der Trinkgeldinitiative oder anders gesagt gemäss Artikel 11 Kulturfördergesetz zuzuordnen und ihn damit dem Bereich der Alternativkultur anzurechnen. Gare du Nord passt laut Regierungsrat in diesen Bereich, der wie die Kulturwerkstatt Kaserne und der Birdseye Jazz Club zur Sichtbarkeit und Anerkennung alternativer Kultur beiträgt.

Eine Kommissionsminderheit kritisiert das unausgewogene Verhältnis zwischen Staats- und Drittmitteln bei Gare du Nord. Die Erhöhung der Staatsbeiträge sende falsche Signale, da wegbrechende Mäzenatengelder nicht automatisch durch den Kanton ersetzt werden sollten. Gare du Nord hätte diese wegfallenden Mittel durch intensivere Drittmittelbeschaffungen kompensieren müssen, da bekannt war, dass diese Zuwendungen ab 2026 wegfallen werden. Zudem beabsichtige der Kanton gemäss dem neuen Kulturleitbild, das allerdings noch nicht in Kraft ist, stärker zu fokussieren. Das werde mit diesem Ratschlag nicht gemacht. Ein Antrag, den Staatsbeitrag lediglich um 100’000 Franken pro Jahr zu erhöhen, fand in der Kommission aber keine Mehrheit.

Die Mehrheit der BKK anerkennt den künstlerischen und kulturpolitischen Wert von Gare du Nord und unterstützt den Regierungsantrag grundsätzlich. Vor allem, dass für regionale Musikschaffende die bisherige Miete vollumfänglich erlassen und auf die Veranstaltungspauschale verzichtet wird, heisst die Mehrheit der BKK gut. Dies hilft den Musikschaffenden, faire Gagen und Löhne einzusetzen. Aus dem Kulturfördergesetz wie auch aus dem neuen Kulturleitbild geht deutlich hervor, dass der Kanton Basel-Stadt ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Kulturschaffen und Kulturangebot fördert und dass eine vielfältige Jugend- und Alternativkultur zur lebendigen Kulturstadt beiträgt. Darum ist die Kommissionsmehrheit klar der Meinung, dass Nischenstrukturen, wie sie Gare du Nord bietet, erhalten werden müssen, um die Vielfalt zu sichern.

Mit dieser beantragten Erhöhung ist es Gare du Nord weiterhin möglich, als kuratierter Veranstaltungsort zu wirken und nicht ein reiner Vermietungsbetrieb zu werden. Dennoch muss die Höhe des Staatsbeitrages in Relation zum Publikum gesetzt werden. In den letzten Jahren ist die Förderquote kontinuierlich gestiegen, die Zuschauerzahlen sind aber gesunken. Zum Thema Zuschauerzahlen halten die Betreiber von Gare du Nord fest, dass während und direkt nach Corona ein markanter Publikumseinbruch erfolgt ist, man aber trotz schwierigen Umständen, wie die Renovation des Badischen Bahnhofs und dem Konkurs des Gastropächters, kontinuierlich daran ist, das Publikum zurückzugewinnen. Im schweizweiten Vergleich stehe gar du Nord gut da.

Damit dieser Turnaround geschafft und die partielle Neuausrichtung etabliert werden können, müssen Gare du Nord die notwendigen Mittel dennoch bereitgestellt werden. Davon ist die BKK-Mehrheit überzeugt. Sollte das Konzept in vier Jahren aber nicht zum betrieblichen Durchbruch verholfen haben, darf auch die Streichung von Mitteln kein Tabu sein. Zwar anerkennt eine Kommissionsmehrheit die Zurechnung eines Teils des Staatsbeitrages ab 2026 zugunsten der Jugend- und Alternativkultur gemäss Artikel 11 Kulturfördergesetz. Gare du Nord sei ein Veranstaltungsort, welcher zu Teilen der alternativen Szene hinzugerechnet werden könne. Der Einsatz von 264’735 Franken pro Jahr aus dem TGI-Topf sei in dieser Grössenordnung dennoch fraglich.

Trotzdem stimmt die BKK dem Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029 mit 5 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gare du Nord ist der einzige kuratierte Aufführungsort und auch Produktionsort für die Schweizer und internationale Musikszene in der neuen Musik. Der Betrieb bietet eine Plattform für experimentelle Genres, und das ist ein Schwerpunkt, das ist vor allem auch eine explizite Stärke Basels seit der Tätigkeit von Paul Sacher. Gare du Nord wurde 2002 gegründet, hat den Sitz, wie Sie wissen, im Badischen Bahnhof im ehemaligen Bahnhofsbuffet. Als Plattform für die Freie Szene beträgt der Anteil freischaffender Musikerinnen und Musiker, welche dort Projekte realisieren, rund 85%. Im Gare du Nord wurden in den letzten Jahren bis zu 100 Veranstaltungen pro Saison realisiert. Das geht von zeitgenössischer Kammermusik zu elektronischer Musik, zu Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen und auch mindestens einer grösseren Musiktheaterproduktion pro Spielzeit. Gare du Nord ist ein wichtiger Ort für erste Auftritte des Nachwuchs aus unserer Musikakademie, aus unserer Hochschule für Musik. Der Ort ist national und international hervorragend vernetzt. Ich möchte diese kulturpolitische Bedeutung meinem Votum vorausschicken, weil natürlich ich auch zur Kenntnis genommen, dass in der BKK einzelne kritische Stimmen laut wurden bezüglich auch des nun beantragten vergrösserten Engagements des Kantons.

Zur finanziellen Situation ist Folgendes zu sagen: Sie ist historisch eine spezielle, denn Gare du Nord war bis 2021 vollumfänglich durch den Kanton Basel-Landschaft unterstützt und hatte mit BL auch eine Leistungsvereinbarung. Das war der alte Kulturvertrag, und mit dem neuen Kulturvertrag per 2022 kam Gare du Nord dann in die Verantwortung von Basel-Stadt. Der Verein Gare du Nord ist seit Jahren von einem strukturellen Defizit betroffen, das über Projektbeiträge, über Abbau von Eigenkapital durch Zuwendungen via den Förderverein Les Copains du Nord aufgefangen wurde, vor allem dann auch ab 2020 mit einem mäzenatischen Engagement von 250’000 Franken pro Jahr, das aber immer klar bis und mit 2025 befristet war.

Im Vorfeld der Übergabe von Basel-Landschaft an Basel-Stadt haben wir dann ab 2021 eine Betriebsanalyse durch eine externe Firma durchführen lassen mit dem Ziel, auch mögliche Lösungsansätze zu entwickeln für die Anpassung des Geschäftsmodells. Die Betriebsanalyse übrigens wurde aus Mitteln der Kulturvertragspauschale Basel-Landschaft finanziert.

Die Ergebnisse schildern wir im Ratschlag sehr ausführlich, deshalb möchte ich sie jetzt nicht nochmal aufführen. Das Fazit ist auch klar, die Betriebsanalyse sieht ausdrücklich keine sinnvollen Kosteneinsparungspotenziale im Betrieb. Sie empfiehlt, den Betriebsbeitrag durch den Kanton um mindestens 250’000 Franken zu erhöhen mit eben dem Ziel, das Leistungsspektrum beibehalten zu können, weiter profilieren zu können. Selbstverständlich sind in der Betriebsanalyse auch diverse Empfehlungen für betriebliche Optimierungen und die Steigerung der Einnahmen, welche die Institution auch umgesetzt hat.

Wir haben weitere Herausforderungen für den Standort, grosse Umbau- und Renovierungsarbeitungen durch die Vermieterin, das ist die Deutsche Bahn. Sie sind nun fast abgeschlossen, aber es waren, das darf man sagen, auch nach der Pandemie eben sehr anspruchsvolle Jahre. Nun ist klar, dass auch mit dem Erhöhungsantrag, den wir Ihnen vorlegen, weiterhin ein Eigenfinanzierungsanteil von rund einem Drittel über Privatvermietungen und Mietbeiträge von Festivals sowie über subventionierte Orchester erwirtschaftet werden soll. Auch vorgesehen ist eine Reduktion der Anzahl Konzerte auf 80 pro Spielzeit. Damit ermöglichen wir, dass die Musikschaffenden professionelle Bedingungen antreffen, das geht von Infrastruktur, Werbung und Betreuung zu angemessenen Konditionen. Also in diesem Fall ist etwas weniger eben mehr für die Qualität der dort auftretenden Musikschaffenden.

Der Regierungsrat sieht Gare du Nord klar als das Zentrum für zeitgenössische Musik in der Region mit einer internationalen Ausstrahlung. In Würdigung der positiven Entwicklungen mit einem erfolgreichen künstlerischen Leitungswechsel, mit dem Bestehen in herausfordernden Umständen und auch mit der Erkenntnis, dass die Institution die Erkenntnisse aus der Betriebsanalyse ernst genommen und wo immer möglich umgesetzt hat, in Würdigung all dieser Elemente ist der Regierungsrat zum Schluss gekommen, Ihnen diesen Erhöhungsantrag zu unterbreiten. Ein wichtiger Punkt dabei ist auch, dass damit nachweislich die Bedingungen für die eingeladenen Musikerinnen und Musiker verbessert werden und das wiederum ist in Einklang mit dem kulturpolitischen Ziel des Regierungsrats und meinem persönlichen Ziel, eine Verbesserung zu erreichen, eine faire Zahlung für professionelle Kulturschaffende. Das ist auch im Entwurf des künftigen Kulturleitbilds prominent so verankert.

Ein wichtiges Element der nun erhöhten Finanzierung soll auch sein, dass die Institution zu einem Drittel aus den Mitteln der sogenannten Trinkgeldinitiative gespiesen werden soll. Auch dazu berichten wir im Ratschlag ausführlich. Wir würden den Gare du Nord also ähnlich oder gleich behandeln wie die Kaserne, das ist im Einklang, da eben vor allem auch Musikerinnen und Musiker aus unseren Fördergefässen im Gare du Nord eine Auftrittsstätte haben. Insofern können wir hier das in Einklang setzen. Wie Sie auch im Ratschlag lesen können, sind ja auch die entsprechenden Mittel noch vorhanden zugunsten der Jugend- und Alternativkultur und es ist mir wichtig, dass wir da nicht zuwarten bis zum Bericht, der dann 2026 zu erwarten ist, sondern möglichst schnell schon im Jahr 2026, wie wir das auch angekündigt haben, diese Mittel auch nutzen für Jugend- und Alternativkultur, und da ist Gare du Nord jedenfalls ein sehr passender Ort.

Nun, die Präsidentin der BKK hat es auch schon angedeutet und ich möchte es vielleicht sogar nochmals deutlicher sagen, es geht nun mit diesem Erhöhungsantrag schon auch um einen Richtungsentscheid. Entweder wir stärken diese Institution in ihrem Profil als kuratiertes nationales Kompetenzzentrum für zeitgenössische Musik, oder, und das wäre mit gleichbleibenden Mitteln nach Wegfall des mäzenatischen Beitrags der Fall, sie wird eben ein reiner Vermietbetrieb, der dann kein künstlerisch eigenständiges Profil hat. Dann allerdings würde sich die Frage stellen, ob überhaupt die Staatsbeiträge im bisherigen Umfang gerechtfertigt wären. Es ist also tatsächlich ein Entweder-oder-Entscheid und wie die Präsidentin auch gesagt hat, ist der Regierungsrat und eben auch die Mehrheit der BKK zum Schluss gekommen, dass wir uns sozusagen für das Entweder entscheiden, der Institution diese vier Jahre geben, die Entwicklung natürlich dann anschauen und uns dann in vier Jahren auch überlegen können, ob das so weiter erfolgreich durchgeführt werden kann.

Der Antrag ist eine Erhöhung von 300’000 Franken per annum für die Jahre 2026 und 2029 mit eben neu diesem Drittel des gesamten Subventionsbetrags aus Mitteln der Trinkgeldinitiative. Ich danke der BKK, dass sie sich so intensiv und sorgfältig mit dem doch recht komplexen Geschäft und Ratschlag auseinandergesetzt hat und auch die Debatte geführt hat und dann ein klares Plädoyer für die kulturpolitische Bedeutung dieses kuratierten Veranstaltungsorts geäussert hat. Sie kommt damit zum gleichen Schluss wie der Regierungsrat, was mich sehr freut. Ich hoffe, dass auch hier im Plenum Sie zu diesem Schluss kommen und bitte Sie, dem Antrag der BKK zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden, Catherine Alioth hat für die LDP das Wort.

Catherine Alioth (LDP): Wir haben es gehört, Gare du Nord ist ein Ort, der ein breites Spektrum an Musikgenres sowie alternative Kulturformen fördert und für zahlreiche vom Fachausschuss Basel-Stadt und Basel-Lanschaft unterstützte Projekte eine zentrale Plattform darstellt. Die LDP-Fraktion anerkennt diese Bedeutung.

Umso kritischer beurteilen wir den vorliegenden Antrag des Regierungsrates. Beantragt wird eine jährliche Erhöhung des Staatsbeitrags um 300’000 Franken auf insgesamt 795’000 Franken, während gleichzeitig der Leistungsauftrag für die Jahre 2026 bis 2029 eine Reduktion der Veranstaltungen von bisher rund 100 auf etwa 80 pro Jahr vorsieht, begründet mit dem

Fokus auf Qualität und Profilschärfung. Man ist versucht, daraus zu schliessen, dass mit weniger Veranstaltungen auch weniger Aufwand verbunden ist. Das darf und kann selbstverständlich nicht die Logik sein. Qualitätssicherung und Profilbildung sind zentrale Aufgaben. Sie rechtfertigen jedoch nicht automatisch eine markante Erhöhung der öffentlichen Mittel bei gleichzeitig reduziertem Output.

Besonders schwer nachvollziehbar ist die Begründung, wonach wegfallende Mäzenatengelder durch höhere Staatsbeiträge kompensiert werden sollen. Diese Argumentation sendet problematische Signale. Mäzenatengelder sind für Kulturbetriebe überlebenswichtig, ihre Beschaffung ist aufwendig und der Wettbewerb um private Mittel hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft. Wenn der Kanton wegbrechende private Gelder systematisch auffängt, stellt sich die Frage nach der Gleichbehandlung. Wie wird mit anderen Kulturinstitutionen umgegangen, die mit vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert sind?

Die LDP-Fraktion erkennt die Bedeutung und das Potenzial von Gare du Nord für die kulturelle Vielfalt. Gleichwohl bleibt ein ungutes Gefühl hinsichtlich der Signalwirkung dieses Entscheids. Trotz Vorbehalten stimmt sie dem Antrag des Regierungsrates zu, lehnt den Kürzungsantrag der SVP ab und wünscht Gare du Nord viel Erfolg.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat Laurin Hoppler das Wort.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Das Gare du Nord ist für Basel ein spezieller Ort, ein Ort, wo Neues ausprobiert wird, wo Musik Platz hat, die man nicht überall hört und wo auch viele aus der Freien Szene auftreten können. Solche Orte braucht unsere Stadt. Darum unterstützen wir als Fraktion GRÜNE/jgb, dass das Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029 stabil gefördert wird. Es geht um einen hohen Beitrag und auch um eine deutliche Erhöhung des Staatsbeitrags. Gleichzeitig soll neu rund ein Drittel davon zu Lasten der Mittel der Trinkgeldinitiative angerechnet werden.

Und genau dort liegt mein Kritikpunkt. Die Grundlogik ist nachvollziehbar und ich bestreite auch nicht, dass an diesem Ort keine Alternativ- oder Jugendkultur stattfindet, aber das Verhältnis der angerechneten Gelder im Verhältnis zu anderen Orten finde ich nicht ganz richtig. Wenn hier so viel Geld investiert wird aus dem Trinkgeld-Initiativen-Topf, dann muss der Regierungsrat auch dafür sorgen, dass andere Orten, wo alternative und Jugendkultur stattfindet, die klarer so definiert werden kann, spürbar mehr auch abgesichert werden. Sonst entsteht der Eindruck, dass man hier einfach verteilt, statt die Alternativkultur wirklich breit zu fördern, so wie es das Ziel der Trinkgeldinitiative war.

Damit verbunden ist eben diese Frage der Verhältnismässigkeit. Der Betrag an das Gare du Nord ist sehr hoch und in den anderen Bereichen der freien Kultur ist das Potenzial noch da, um diese Beiträge deutlich höher zu gestalten, weil es dort an vielen Orten auch schwieriger ist, an andere Fördertöpfe zu kommen. Das ist eine kulturpolitische Situation, die wir nicht unkommentiert stehen lassen wollen.

Das Ausmass stimmt mich aber auch positiv, denn ich muss klar davon ausgehen, dass wir zukünftig mehr Fördermittel an anderen Orten, wo diese wirklich noch mehr begründet sind, einsetzen. Wichtig ist mir, dass man mich am Ende nicht falsch versteht, es ist keine Kritik am Gare du Nord, im Gegenteil, der Ort ist wichtig und soll weiterhin bestehen. Wir unterstützen den Ratschlag, so wie er von der BKK und dem Regierungsrat empfohlen wird, aber mit dieser klaren Erwartung an die Regierung, dass diese 33% kein Rechentrick sein dürfen, sondern ein Startpunkt für eine faire Förderung der Jugend- und Alternativkultur insgesamt. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dem Ratschlag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Sasha Mozzotti das Wort.

Sasha Mazzotti (SP): Mein Votum fängt an mit «Wussten Sie, dass das Gare du Nord nicht einfach ein weiterer Konzertsaal ist?» Seit Regierungspräsident Conradin Cramer das erwähnt hat, wissen Sie es also schon. Es ist nicht nur ein weiterer Konzertsaal in einem 120-jährigen alten Bahnhof, sondern schweizweit ein Kompetenzzentrum für zeitgenössische Musik mit einer internationalen Ausstrahlung, einem Renommee. Da taucht doch bei der einen oder anderen Person hier drin natürlich die Frage auf, zeitgenössische Musik, na und, das ist doch eine Nische? Im Gare du Nord geht es aber um mehr, um einiges mehr. Es geht um experimentelle Elektronik, oft mit Wurzeln in der Jazz-, Pop- oder Clubkultur. Es geht um Formate, die Performance, Kleinkunst und musikalische Ansätze verbinden. Das nennt man heutzutage inter- oder transdisziplinär. Der Regierungsrat hat auch da noch weiteres erzählt. Ich kürze etwas ab.

Das Interesse daran wird in diesem Rat sicherlich unterschiedlich sein, aber wir sprechen ja nicht einfach nur Gelder für Dinge, die uns persönlich gefallen oder die wir persönlich wichtig finden. In der Politik, da wägen wir ab, fragen nach, wollen beispielsweise wissen, wie sehr sich der Betrieb selber um Mittel kümmert und nicht einfach die hohle Hand hinhält, arbeitet der Betrieb effizient, bringen die bewilligten Staatsbeiträge tatsächlich einen kulturellen Mehrwert. 2021 gab es dafür eine

Betriebsanalyse. Ich finde, das ist ein sehr sinnvolles Werkzeug, um wegzukommen von Mutmassungen und subjektiven Gefühlen oder einfach nackten Zahlen. Ein Budget machen und einhalten sagt eben noch nichts aus über die Qualität, die Sinnhaftigkeit oder beispielsweise Innovation. Ob eine Vorstellung die Seele nährt, inspiriert und unterhält, gerade im Kulturellen, ist auch das ein wichtiger Punkt, den man nicht vernachlässigen darf.

Aufgrund der Betriebsanalyse wurden die Problemfelder des Gare du Nord erkannt und die Empfehlungen für eine Optimierung wurden und werden umgesetzt. Die Betriebsanalyse hat festgestellt, dass der Kulturbetrieb trotz der Optimierung unterfinanziert ist, und das ist ein strukturelles Thema. Da das mäzenatische Engagement wegfällt, fehlt nun ein substanzieller Teil, den der Kanton bereit ist zu leisten, wofür ich mich bedanke und ich sehr schätze, was der Kanton da ausgearbeitet hat. Übrigens, das Mäzenentum war einmalig und zweckgebunden und hat nichts mit der Qualität oder dem Leitungswechsel oder sonst etwas zu tun. Diese Gelder sind also nicht in dem Sinne weggebrochen, wie eine Minderheit im Bericht festgehalten hat. Sie waren zeitlich begrenzt. Ich sehe da im Gegensatz zu Catherine Alioth allerdings kein Problem, da das eine spezielle Ausgangslage war und ich auch nicht erwartet habe, dass dieses Mäzenentum weitergeführt wird.

Für die Erhöhung des Staatsbeitrags spricht einiges, drundsätzlich natürlich der Erhalt des Kompetenzzentrums für zeitgenössische Musik. Nun fragen sich natürlich einige hier drin – und daher kommt wahrscheinlich auch der nicht so sehr Erhöhungs- respektive Kürzungsantrag -, warum soll der Kanton etwas finanzieren, was eine Nische bedient und auch nicht kommerziell erfolgreich ist. Ja, kommerziell erfolgreich heisst auch, dass man auf Bewährtes setzt, sich an den Vorlieben des Publikums orientiert und dadurch, meine Damen und Herren, Innovation und Weiterentwicklung zu einem grossen Teil verhindert. Und das ist ein wichtiger Aspekt bei einem Kompetenzzentrum für zeitgenössische Musik: Innovation und Weiterentwicklung. Das Gare du Nord hat eine andere kulturelle Aufgabe als beispielsweise ein Musical-Theater und es ist sogar günstiger. Mit einem Pay-as-you-can-Bezahlsystem von den Preisen zwischen 15 bis 35 Franken haben sie ein zahlreicheres und jüngeres Publikum anziehen können.

Interessant ist ja, dass die Erhöhung des Staatsbeitrags auch die Bürokratie verschlankt. Wie das? Bis anhin mussten die Kulturschaffenden, die im Gare du Nord aufgetreten sind, auch für die Mietkosten aufkommen, sprich dies über Drittmittel organisieren, beispielsweise bei der Eingabe beim Fachausschuss. In Zukunft, dank der Erhöhung, fällt dieser Posten weg. Die Miete wird mit dem Staatsbeitrag ans Gare du Nord abgedeckt. Zum Argument, dass trotz der Erhöhung bei hauseigenen Produktionen keine fairen Löhne bezahlt werden, muss man sagen, dass auch für diese Produktionen natürlich Drittmittel akquiriert werden müssen. Das Gare du Nord funktioniert eben nicht wie ein Stadttheater, sondern ist ein kuratierter Aufführungsort.

Das Gare du Nord ist ja tatsächlich in einem wunderbaren Bahnhofsbau von 1913. Und ist, soweit ich das verstanden habe, fertig oder bald fertig renoviert. Das ist ein Glück, denn dieser Ort bietet weitere wichtige Einnahmequellen, die Vermietung der Räumlichkeiten, ein Café, eine Bar und ein Bahnhofskiosk. Das sind auch wichtige Standbeine.

Vielleicht habe ich es ein bisschen falsch verstanden in den vorhergehenden Diskussionen in der Kommission, aber ich möchte an die Ratsseite, die findet, es sei problematisch, dass ein Drittel aus dem Topf der Trinkgeldinitiative kommt, der sei doch für Alternativ- und Jugendkultur gedacht, da möchte ich stellvertretend etwas aus dem Programm, das ich rausgepickt habe, vorlesen. Plankton, ein lust- und humorvolles musiktheatrales Gedankenexperiment über digitales Leben, Liebe, soziale Systeme sowie unsere fragile Beziehung zu uns und die uns umgebende Natur. Sie sehen, ein grosser Teil der Künstler:innen kommt aus der Freien Szene und das zähle ich zur Alternativkultur. Alternativ ist nicht gleich jugendlich. Das Gare du Nord bietet für Musikerinnen und Musiker, Kulturschaffende einen passenden Auftrittsort und trägt damit auch wesentlich zur Vielfalt, Innovation und Durchlässigkeit der Kultur in Basel-Stadt bei. Die Projekte, Konzerte, die im Programm des Gare du Nord sind, passen eben nicht in die klassische Hochkultur, aber eben auch nicht in die Pop- und Club-Szene. Sie sind ein Teil einer grossen, sehr unterschiedlichen Alternativkulturszene und daher auch berechtigt, einen Teil aus dem Topf der Trinkgeldinitiative zu bekommen.

Daher bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, der Mehrheit der BKK zu folgen und der Erhöhung zuzustimmen und den Antrag der SVP, der vermutlich noch kommt, abzulehnen. Der Regierungsrat hat es auch wieder betont, wir wollen das Gare du Nord nicht zu einem reinen Mietbetrieb verkommen lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die FDP hat David Jenny das Wort.

David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion wird diesem Antrag so zustimmen, aber es bedarf doch noch einer Erläuterung. Ich kann in einigen Ausführungen Sasha Mazzotti folgen. Also für mich ist Gare du Nord klar der Alternativkultur zuzuordnen, wie auch der Regierungsrat im Ratschlag Ende 2023 dargelegt hat. Dort wird gesagt, unter Alternativkultur werden Kulturformen verstanden, welche alternativ, experimentell und innovativ sind (das ist teilweise, Sasha Mazzotti hat es bewiesen, der Fall) oder institutionell nicht oder zu wenig etabliert sind (da kann man sich vielleicht streiten), oder die bisher nicht oder zu wenig im Fokus der Förderung oder der Öffentlichkeit stehen. Ich glaube, das kann man auch mindestens teilweise bejahen. Ich könnte mir auch eine Zweidrittelzuordnung zum Topf der Trinkgeldinitiative vorstellen.

Und da sehen Sie, wir sind eigentlich schon wieder in der nächsten Geländekammer ab 2029 und die Verteilkämpfe beginnen schon jetzt. Auf der einen Seite die Grünen, Laurin Hoppler, die Trinkgeldinitiative, die den Fokus auf Jugend legen, und dann ein genereller Vorbehalt gegen Institutionen, die doch pro Billett eine sehr hohe Förderung geniessen und deren Erfolg nur der Erfolg von guten Besprechungen in relativ kleinen Fachorganen ist. Das ist dann vielleicht in ein paar Jahren auch nicht mehr die einzige Erfolgsgrösse. Und ich glaube, auch die neu entdeckte Defizitfreudigkeit der Mitte wird dann in ein paar Jahren auch nicht mehr ein Allheilmittel sein. Also insofern muss Gare du Nord jetzt diese Zeit nutzen. Ich habe auch gewisse Skepsis, ob dieses Gastrokonzept dann wirklich zu Einnahmen beitragen wird.

Ich glaube auch, wir müssen dem Mäzenatentum hier sehr dankbar sein, es ist wirklich eingesprungen und wir können jetzt nicht diese Vorwürfe machen. Aber gesamthaft gesehen, es gibt jetzt ein paar Jahre, in denen Gare du Nord vielleicht auch versuchen sollte, eben auch ein bisschen ein breiteres Publikum anzuziehen und wir müssen schauen, dass dieses Konzept jetzt wirklich fliegt. Ich glaube, das ist eine gewisse Vorwarnung, dass es dann schwieriger werden könnte in drei oder vier Jahren, dass das entsprechend auch aufgenommen wird. Aber ich meine, es ist ein Teil unserer Musikstadt. Es ist auch neu jetzt unter der Schirmherrschtaft unseres Kantons und nicht mehr des Kanton Basel-Landschaft. Ich glaube auch, dass dieser Unterstützungsverein Copains du Nord bis jetzt relativ zurückhaltend war. Da muss noch einiges getan werden. Wir von der FDP wünschen sehr viel Erfolg, dass diese Jahre jetzt wirklich genutzt werden. In diesem Sinne stimmen wir jetzt so zu, wie von der Regierung beantragt und lassen in diesen Punkten jetzt die SVP im Regen stehen, mindestens ich persönlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Vielleicht noch einmal zur Vergegenwärtigung. Diesem Ratschlag haben in der Bildungs- und Kulturkommission genau fünf Mitglieder zugestimmt. Fünf Mitglieder waren für diese Bewilligung von Staatsbeiträgen. Alle anderen Mitglieder haben nicht Ja gestimmt. Es ist also eine Minderheit eigentlich, die Ja gestimmt hat. Und nun habe ich die Voten von Catherine Alioth gehört, das Votum von David Jenny, und ich muss sagen, ich bin ein wenig ratlos. Catherine Alioth hat eigentlich nur in ihrem Votum uns Recht gegeben, um dann aber am Schluss trotzdem dieser massiven Erhöhung – wir sprechen hier von einer Erhöhung von 300’000 Franken – zuzustimmen. David Jenny hat es auch nicht viel besser gemacht. Vielleicht müsste er mit Daniel Seiler noch einmal ein bisschen über den gestrigen Tag sprechen. Jetzt habe ich gemeint, die FDP sei doch dafür, dass der Finanzplan, die finanzpolitische Aussicht des Kantons etwas stabiler wird und dann kann David Jenny offenbar einfach so kurz einmal einen Staatsbeitrag fast um die Hälfte erhöhen und die FDP macht da ebenfalls offenbar gemäss Kreuztabelle mit. Ich finde das schon sehr beachtlich. Ich möchte das vielleicht auch einmal hier wieder zu Protokoll geben, da lobe ich mir doch die linke Sprecherin, Sasha Mazzotti, die steht dazu, dass es nie genug sein kann und überall noch ein bisschen sehr viel mehr sein darf.

Selbstverständlich und das geht auch mit dieser doch sehr kritischen Stimme jetzt vielleicht ein bisschen deutlich noch hervor, selbstverständlich ist es natürlich so, dass dieses Gare du Nord in dieser Art und Weise diesen sehr viel höheren Staatsbeitrag nicht gerechtfertigt erhalten kann. Sie haben es gehört in den Ausführungen auch der Kommissionssprecherin, diese doch sehr grosszügige Unterstützung privater Dritter über viele Jahre hinweg hat dem Gare du Nord geholfen, aber es war klar, dass diese Drittmittel per 2025 wegfallen. Und was hat das Gare du Nord über Jahre gemacht, um diese Drittmittel quasi anderweitig zu generieren? Gar nichts. Es ist nichts passiert. Es ist nichts passiert und nun soll der Kanton Basel-Stadt, der Steuerzahler, die Steuerzahlerin, diesen Wegfall der Drittmittel kompensieren, 1 zu 1, und das Präsidialdepartement von Regierungspräsident Conradin Cramer gibt dann noch 50’000 Franken mehr dazu, 300’000 Franken mehr für einen Betrieb.

Ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen, die qualitative Ausrichtung dieser Institution, das ist mir als jemand, der hier in diesem hohen Hause nun diese Staatsbeiträge bezahlen muss, eigentlich nicht so wichtig. Ich gehe davon aus, dass diese Institutionen selbstverständlich qualitativ hochwertige Arbeit leisten oder produzieren, dass diese Veranstaltungen selbstverständlich qualitativ gut sind. Daran habe ich auch beim Gare du Nord keinen Zweifel. Aber wir entscheiden hier wie bei allen anderen Institutionen über den Staatsbeitrag und hier stellen wir fest, dass das Gare du Nord eine massive Erhöhung seines Staatsbeitrages in der neuen Leistungsperiode erhält und hier müssen wir feststellen, dass dieser Wegfall der Drittmittel über Jahre hinweg bekannt war und das Gare du Nord offensichtlich nicht in der Lage war, adäquat einen Ersatz zu finden.

Deshalb haben wir keinen Kürzungsantrag gestellt, sondern wir unterstützen das Gare du Nord selbstverständlich weiterhin. Wir erhöhen mit unserem Antrag den Staatsbeitrag dennoch um 100’000 Franken. Wir gehen also über 100’000 Franken höher als das, was das Gare du Nord bisher hatte. Aber wir sind der Meinung, es kann nicht sein, dass der Kanton einer Institution einen Staatsbeitrag quasi in dieser Höhe erhöht, in welcher eine Drittmittelakquise weggefallen ist. Das ist ein fatales Signal, auch an andere Institutionen in diesem Kanton, die es vielleicht sogar noch etwas schwerer haben, zu entsprechenden Drittmitteln zu gelangen, wenn wir hier einfach in dieser Art und Weise einen Staatsbeitrag erhöhen.

Und deshalb geht es mir hier, deshalb geht es der SVP-Fraktion gar nicht so sehr darum, ob das Gare du Nord nun als Institution qualitativ gut oder qualitativ schlecht gearbeitet hat. Es geht uns auch nicht darum, dass die Zuschauerzahlen nun wirklich nicht gerade berauschend sind, sondern es geht uns hier darum, etwas auszusenden, was fatal wäre, nämlich dass ein Staatsbeitrag einfach so erhöht wird, wie Drittmittel weggefallen sind, obschon die Institution das über Jahre hinweg gewusst hat, dass dies der Fall sein wird.

Ein privates Unternehmen, das in diese Situation kommt und weiss, in vier Jahren verliere ich einen Auftrag in dieser Grössenordnung, muss in diesen vier Jahren gewährleisten können, dass es diese Mittel anderweitig wieder generieren kann. Ansonsten geht diese private Unternehmung wahrscheinlich Konkurs. Das ist Marktwirtschaft. Wir verlangen diese Marktwirtschaft von dieser Kulturinstitution nicht, wir verlangen aber, dass eine Kulturinstitution in diesem Bereich, wenn sie dieses lange Vorwissen hat, selbstverständlich in der Lage ist, Drittmittel auf andere Art und Weise zu generieren. Schafft sie das nicht, dann muss sich auch eine Institution hinterfragen und dann vielleicht auch über die Sinnhaftigkeit und über die Gestaltung ihres Programms, über die Gestaltung ihrer Möglichkeiten, was die Auftritte anbelangt, was das Programm anbelangt, diskutieren. Aber es kann nicht sein, dass wir als Kanton dann derart in die Bresche springen, wie es nun das Präsidialdepartement gemacht hat und wie es nun offensichtlich auch eine Mehrheit dieses Hauses machen möchte.

Und das ist auch unser Antrag. Noch einmal, wir stellen keinen Kürzungsantrag. Auch mit unserem Antrag wird der Staatsbeitrag an das Gare du Nord substanziell erhöht. Wir sprechen hier von einer Erhöhung von 100’000 Franken pro Jahr, das ist für Institutionen im Kulturbereich eine substanzielle Erhöhung von 100’000 Franken, das gibt es nicht sehr häufig, auch nicht vom Präsidialdepartement für eine Einzelinstitution, und das ist unsere Grenze. Wir wollen nicht darüber hinausgehen und wir laden Sie alle ein, unserem Antrag hier heute Folge zu leisten, diesen Antrag zu unterstützen. Das Gare du Nord wird dadurch 100’000 Franken mehr erhalten und diese Institution muss dann in Gottesnamen das, was sie in den letzten vier Jahren nicht getan hat, nämlich diese nicht gewährten weiteren Mittel, sofern Sie uns heute hier folgen, auf anderem Wege generieren, so wie es ganz viele Institutionen in diesem Kanton machen müssen.

Stellen Sie sich einmal vor, was anderen Institutionen geschehen würde, wenn Sie eine derart grosse Summe an Drittmittel nicht mehr erhalten würden, wenn sie sich an den Kanton wenden würden, ich bin überzeugt, der Kanton wäre nicht so grosszügig und es gibt in unserem Kanton auch Kulturinstitutionen, die überhaupt keine Staatsbeiträge bekommen, die aber seit Jahren sehr erfolgreich sind. Denken Sie an ein Theater Fauteuil, denken Sie an das Häbse Theater, denken Sie an Institutionen in anderen Bereichen. Ich finde es auch diesen Institutionen gegenüber ein wenig unverschämt, wenn wir hier einfach in dieser Art und Weise Staatsbeiträge erhöhen im Wissen, dass diese Institution Jahre im Voraus wusste, dass dieser Beitrag wegfällt.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion zu unterstützen und die Staatsbeiträge für das Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029 entsprechend «nur» um jeweils 100’000 Franken zu erhöhen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen.

Sasha Mazzotti (SP): Sie sind ja auch Kulturpolitiker und sprechen ja auch für andere Sachen Gelder. Sie kennen das Prinzip. Sie haben jetzt etwa fünf Mal erwähnt, Drittelmittel müssten akquiriert werden. Das ist auch in diesem Bereich nicht einfach. Die Leute sitzen oben, könntet Sie Ihnen ein paar Tipps geben, wo sie suchen sollen?

Balz Herter, Grossratspräsident: Eine kurze Frage bitte.

Sasha Mazzotti (SP): Und das zweite ist der Zoo, der hat ja Gelder, der kann Drittmittel akquirieren. Warum sollte der damals so eine substanzielle Subvention erhalten?

Joël Thüring (SVP): Ich kann dem Gare du Nord gerne Tipps geben, aber das würde jetzt die Redezeit dieser Beantwortung meiner Frage überschreiten. Ich kann Ihnen nur so viel sagen, ich selber muss für meine Vereine auch Drittmittel generieren. Das ist anspruchsvoll, das ist tatsächlich harzig teilweise, aber das ist die Aufgabe einer Institution, eines Vereins, einer Vereinsführung, nicht der operativen Leitung, die muss das gewährleisten, kann sie das nicht, muss sie sich fragen, ob sie am richtigen Platz ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Habe ich das richtig verstanden? Die SVP ist tatsächlich bereit, 100’000 Franken mehr pro Jahr zu sprechen, obwohl sie offenbar weder eine Ahnung noch ein Interesse hat, dass damit Kultur in einem qualitativ hochstehenden Masse produziert wird?

Joël Thüring (SVP): Ich habe zur Qualität dieser Institution nichts gesagt, wir sind bereit, dieser Institution 100’000 Franken mehr zu geben. Wir sind aber nicht bereit, einer Institution den vollständig wegfallenden Beitrag von Dritten zu gewähren oder zu kompensieren. Das ist unsere oder meine Aussage gewesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Melanie Nussbaumer stellt die dritte Zwischenfrage.

Melanie Nussbaumer (SP): Da Sie die zweite Frage von Sasha Mazzotti nicht beantwortet haben, stelle ich sie nochmals. Dienten zur Begründung für die Erhöhung des Staatsbeitrags für den Zoo Basel nicht auch die fehlen Drittmittel und war die SVP nicht Feuer und Flamme für diese Erhöhung?

Joël Thüring (SVP): Es geht uns darum, wenn Sie meinem Votum zugehört haben, dass wir gesagt haben, wir sind nicht bereit, wegfallende Drittmittel komplett zu kompensieren. Wir erhöhen ja den Staatsbeitrag mit unserem Antrag dennoch um 100’000 Franken. Das ist doch der wesentliche Unterschied der Diskussion. Die hat mit dem Zolli relativ wenig zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Regierungspräsident Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für die intensive Debatte. Ich finde schon auch, dass man sich durchaus etwas schwer tun darf mit diesem Entscheid. Es ist nicht der einfachste Entscheid und das kam ja in einigen Positionsbezügen, die differenziert ausfielen, auch gut zum Ausdruck. Natürlich kann man auf den ersten Blick den Eindruck erhalten, dass man jetzt hier wegfallende Drittmittel kompensieren würde. Dazu ist aber nochmals zu betonen, dass die Mäzenin immer klar diese Mittel von insgesamt 1,5 Mio. Franken, also während fünf Jahren 300’000 Franken zugesichert hat. Und das war von Anfang an so klar und ich bin froh, auch von verschiedenen Votantinnen und Votanten gehört zu haben, dass man jetzt nicht einer grosszügigen Gabe an den Kanton Vorwürfe machen soll im Nachhinein, dass die jetzt nicht für immer und ewig so ist. Das war immer klar deklariert und insofern ist es eigentlich der Moment, einfach nochmal zu danken für dieses mäzenatische Engagement von 250’000 jährlich 2020 bis 2025, total 1,5 Millionen, jetzt habe ich es korrekt gesagt.

Nun ist die Frage, wie es weitergeht. Es ist, glaube ich, eindeutig, dass Drittmittelakquise in diesem Feld ausserordentlich anspruchsvoll ist. Wir reden hier von der freien Szene, wir reden von neuer Musik, die auf hohem qualitativen Niveau mit internationaler Ausstrahlung im Gare du Nord gespielt, performt, gegeben wird, aber das ist nach aller Erfahrung nicht diese Art von Kunst, die Drittmittel in hohem Umfang generieren kann, die eventuell gar Sponsoring in hohem Umfang generieren kann. Das sind Realitäten und ich glaube, die Realitäten sind anzuerkennen. Das entbindet uns aber natürlich nicht von der Frage, wie weit denn der Kanton diese Realitäten sozusagen ausgleichen soll.

Ich bin nun hier schon klar der Meinung mit dem Regierungsrat, dass wenn wir so einen Schwerpunkt haben im Kanton, wenn wir so etwas qualitativ Hochwertiges haben, das ja auch nicht einfach aus dem Nichts entstanden ist, sondern in einer langen, jahrzehntelangen Tradition des Umgangs mit neuer Musik in diesem Kanton gehört, wenn wir so etwas haben, dann sollen wir es hegen und pflegen und sicher nicht leichthin absterben lassen. Und dazu kommt, dass eben durch diese Möglichkeiten der Freien Szene wir hier auch einen Ort der Jugend- und der Alternativkultur haben. Und wir haben, meine Damen und Herren, qua Volksabstimmung bestimmt, 5% unseres ganzen Kulturbudgets eben genau für diese Art von Jugend- und Alternativkultur zu reservieren. Diese Beträge nutzen wir noch nicht vollständig aus. Wir würden sie jetzt ab 2026 stärker ausnutzen mit eben diesem Drittel – es geht ja nie um den ganzen Betrag –, den wir über den Anteil Jugend- und Alternativkultur laufen lassen können.

Das passt alles sehr gut zusammen. Das passt alles zur Exzellenzförderung, die wir wollen, das passt alles zur weiteren Stärkung unserer Stärken in diesem Kanton kulturpolitisch und es passt zum klaren Volksauftrag und Parlamentsauftrag, dass wir eben auch Jugend- und Alternativkultur stärken. Und ich finde, diese Kombination der Elemente gibt ein gut funktionierendes Ganzes und rechtfertigt es, dass wir diesen tatsächlich proportional und auch absolut sehr hohen Erhöhungsantrag heute sprechen können. Wir tun das nicht leichthin, wir tun das nach äusserst sorgfältiger Prüfung, nach intensiver Debatte auch in der BKK und wir tun es für eine Institution, die seit vielen Jahren beweist, was für eine Ausstrahlung sie regional, national, international hat, was für eine Möglichkeit sie bietet, jungen Musikerinnen und Musikern,

dass sie eben nicht nur in unserer Stadt lernen können, sondern dass sie auch Orte finden, wo ihre Musik Platz findet, wo sie kuratiert auftreten können, wo sie eine Öffentlichkeit finden. Das gehört dazu, wenn wir uns auch Musikstadt nennen wollen. Und deshalb, mit all diesen Argumenten, die ich jetzt versucht habe, nochmals zusammenzufassen, bitte ich Sie, dem Erhöhungsantrag des Regierungsrats und der BKK zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir hier weiterfahren, möchte ich erneut Besuch auf der Tribüne begrüssen. Wir haben die Absolventinnen und Absolventen der Link zum Beruf der allgemeinen Gewerbeschule mit ihrer Lehrperson Dominik Federer zu Gast. Schön seid ihr da und befasst euch mit Basler Politik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit wieder zurück zum Geschäft. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 7 des Berichts.

Titel und Ingress einziger Absatz. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Sie beantragt Kosten von 2’380’000 Franken statt 3’180’000 Franken. Wir würden hierzu die Debatte eröffnen. Das wurde eigentlich vorhin schon abgehandelt, deshalb kommen wir direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

25 Ja, 68 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007919, 18.12.25 10:31:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 68 gegen 25 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter, Publikations- und Referendumsklausel und kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung .

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 12 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007920, 18.12.25 10:31:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Gare du Nord werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 3'180'000 (Fr. 795’000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 76 gegen 12 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Dieses Geschäft ist erledigt. Somit gehen wir zurück zu Traktandum 14.

14. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

[18.12.25 10:31:53, 25.1368.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): In der laufenden Staatsbeitragsperiode hat die GGG Stadtbibliothek unter anderem mit dem Umbau und der Erweiterung der Bibliothek Bläsi begonnen. Der Grosse Rat hat dafür einen Investitionsbeitrag gesprochen. Das Vorhaben verfolgt zwei strategische Ziele, eine Stärkung des Bibliotheksangebots im Kleinbasel sowie eine Stärkung der Bibliothek als dritter Ort für die dichtbesiedelten Kleinbasler Quartiere. Die Erweiterung soll im Frühling 2026 abgeschlossen werden. Zudem wurden sechs Standorte zu Open Libraries ausgebaut. Damit stehen Personen ab 16 Jahren im Bibliotheksnetz über 400 Stunden an zusätzlichen Öffnungszeiten zur Verfügung. Das neue Angebot stösst beim Publikum auf grossen Anklang und generiert neben erhöhten Besucherzahlen auch mehr Ausleihen.

Für die neue Staatsbeitragsperiode hat die GGG Stadtbibliothek einen Erhöhungsantrag mit vier Anträgen gestellt. Für die höheren Betriebskosten aufgrund der Erweiterung der Bibliothek Bläsi beantragt die Institution 179’960 Franken pro Jahr. Seit 2025 fallen die Einsätze von Zivildienstleistenden weg, die wegen eines Bundesentscheids nicht mehr in öffentlichen Bibliotheken eingesetzt werden dürfen. Der Entscheid führt dazu, dass die Arbeit der Zivildienstleistenden durch mindestens drei Vollzeitstellen abgedeckt werden muss. Dies generiert Mehrkosten von 171’000 Franken pro Jahr. Im Jahr 2024 hat die GGG Basel der GGG Stadtbibliothek die Miete für die Nutzung des Schmiedenhofs erhöht. Diese Erhöhung beträgt 117’000 Franken pro Jahr und die Stadtbibliothek ersucht um Übernahme dieser Mieterhöhung. Und zuletzt beantragt die Stadtbibliothek die Erhöhung um 332’595 Franken pro Jahr für allgemeine Mehrkosten, Personal, Raum und IT.

Die BKK unterstützt grundsätzlich den Antrag des Regierungsrats, dem Erhöhungsantrag in Bezug auf die Erweiterung der Bibliothek Bläsi, den Wegfall der Zivildienstleistenden und einen Teil der Mehrkosten, welche den Teuerungsausgleich für das Personal betreffen, stattzugeben. Um die neuen Verantwortlichen der GGG Basel für die Stadtbibliothek und den neuen Direktor der Bibliotheken kennenzulernen und mit ihnen über den beantragten Staatsbeitrag auszutauschen, hat die BKK ein Hearing abgehalten.

Die Delegation der GGG Basel berichtet über eine gute und wertschätzende Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat und dem Präsidialdepartement. Zudem sieht sich die GGG durch die substanzielle Erhöhung, die der Regierungsrat nun dem Grossen Rat beantragt, in ihrer Arbeit bestätigt. Auch wenn nicht der gesamte Erhöhungsantrag, den die GGG Stadtbibliothek gestellt hat, gesprochen wird, gefährdet das die Institution nicht. Die Verantwortlichen der GGG haben geschaut, wo gewisse Einsparungen vorgenommen werden und was der Verein beitragen könne.

Da die Stadtbibliothek auch etwas höhere Einnahmen generiert, müssen nur kleinere Anpassungen am Budget vorgenommen werden. Eine der Anpassungen, die die GGG Stadtbibliothek vornehmen muss, wird von einem Teil der BKK eher kritisch beurteilt. Es geht um die Einsparung bei der Leseförderung. Da die Lesekompetenz der Basler Schülerinnen und Schüler seit Jahren abnimmt, wirft das die Frage auf, ob es richtig ist, an diesem Ort Einsparungen zu tätigen. Die Verantwortlichen der Bibliothek haben am Hearing aber dargelegt, dass die Leseförderanlässe vielfältig seien und es verschiedene Gefässe und Töpfe gäbe, über welche die Veranstaltungen stattfinden würden. Durch die geplanten Einsparungen seien hauptsächlich Filial-Leseförderungen betroffen, bei denen die Angebote lediglich redimensioniert würden. Zudem seien nicht allein die Quantität von Angeboten für den Erfolg von Leseförderungen entscheidend, sondern auch die richtige Adressierung des Angebots.

Die BKK heisst die Arbeit der GGG Stadtbibliothek ausdrücklich gut und würdigt zudem die verbesserte Kommunikation und Zusammenarbeit des PD mit der GGG Stadtbibliothek. Entsprechend stimmt die BKK dem Ratschlag, so wie ihn der Regierungsrat dem Grossen Rat vorlegt, einstimmig zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Es ist ein grosses Geschäft, über das wir jetzt beraten. Der Staatsbeitrag an die GGG Stadtbibliothek für die nächsten vier Jahre beträgt nahezu 30 Mio. Franken, eines der grössten Geschäfte auch aus der Abteilung Kultur und der Präsidialdepartement. Es ist grundsätzlich eine grosse Freude, dass wir das so beraten können. Sie wissen sicher, dass die Führung öffentlicher Bibliotheken eben vielerorts eine direkte staatliche Aufgabe ist, direkt von der öffentlichen Hand. betrieben wird, oft auf kommunaler, also auf städtischer Ebene. In Basel ist das anders, traditionell anders. Die GGG als privater Verein leistet die Bibliotheksarbeit, sie sichert als moderne öffentliche Bibliothek der Stadt Basel und der Region den freien Zugang der Bevölkerung zu Wissen und Information. Ich glaube, man darf das durchaus mit etwas Pathos auch ausdrücken – die GGG ist die Wissens- und Informationsvermittlerin, modern, öffentlich und eben auch weitgehend kostenlos oder zu sehr günstigen Konditionen.

Sie kennen das Netz der GGG mit der Hauptstelle im Schmiedenhof, den sieben Quartierfilialen, dazu die. Projekte wie die Leseförderung Kleinhüningen, die Leseanimation, die Bibliothekspädagogik für Kinder und Jugendliche, etc. Die GGG Stadtbibliothek ist damit nahe beim Publikum und sie macht ihre Angebote für viele zugänglich. Wichtig ist natürlich auch die Zusammenarbeit mit den Schulen. Das Führen auch von vier Sekundarschulbibliotheken ist allerdings nicht Gegenstand jetzt dieses Ratschlags. Und natürlich, es wurde auch erwähnt von der Präsidentin der BKK, das reiche Angebot an ausserschulischer Leseförderung, dazu kommen auch noch die laufende Anpassung der Dienstleistungen, ein Heimlieferdienst, den Bestseller-Service, die Rückgabekästen, die Online-Ausleihe, also die GGG Stadtbibliothek bewegt sich auch am Puls der Zeit.

Das sieht man auch darin, dass in den letzten Jahren schrittweise Open Libraries eingeführt wurden, das sind Bibliotheken mit Abokarte, die rund um die Uhr zugänglich sind in einem unbedienten Service. Das hat sich einiger Zweifel zum Trotz als grosser Erfolg erwiesen und hat dazu beigetragen, dass die Ausleihe- und Besuchszahlen nochmals markant gesteigert werden konnten.

Der Erfolg zeigt sich in den Zahlen. Im Jahr 2024 wurde ein neuer Ausleihrekord von über 2 Millionen Medien erreicht. Das ist ein Anstieg von fast 14% gegenüber dem Vorjahr. Manches Unternehmen würde von solchen Steigerungen träumen. Klar ist, dass ein Grossteil dieses Wachstums auf digitale Ausleihen entfällt, aber, und das ist auch bemerkenswert, auch die Nachfrage nach physischen Büchern, nach richtigen Büchern, die man in der Hand hält, ist nochmals gestiegen. Die Zahl der Bibliotheksbesucher und -besucherinnen ist auf über 860’000 gestiegen, auch das beeindruckende Zahlen, und der Vergleich sei erlaubt, die GGG zählt damit zu den meistbesuchten Institutionen in Basel, nach dem diesen Morgen auch schon vielfach erwähnten Zolli Basel.

Sie hören jetzt meine Ausführungen an und Sie haben also auch den Ausführungen der Präsidentin der BKK angehört, die Weiterführung dieses Staatsbeitrags im Rahmen der ordentlichen Verlängerung ist komplett unbestritten und ist eben ein freudiges Ereignis, dass wir diese Möglichkeit in Basel haben mit dieser hoch etablierten privaten Trägerschaft. Dazu dürfen wir auch feststellen, dass die finanzielle Situation der GGG Stadtbibliothek grundsätzlich stabil ist. Wir haben dieses Gesamtbudget von rund 11 Mio. Franken mit Erträgen von knapp zwei Dritteln, 65%, des Kantons, 17% von der GGG selbst und 12% aus den Aboerträgen. Dazu kommen noch Beiträge in kleinem Umfang von Gemeinden in der Region und wenig auch noch sonst von Privaten. Die Eigenwirtschaftlichkeit, wenn man die GGG-Beiträge dazuzählt, beträgt also ein gutes Drittel, rund 35%.

Wir haben den Staatsbeitrag, der pro Jahr bis jetzt rund 6,85 Millionen Franken beträgt, erhöht im Jahr 2022 um 370’000 Franken für die laufende Periode. Da ging es auch um die kostenneutrale Integration eines ehemals separaten Staatsbeitrags, die Zweigstelle St. Johann Jukibu war das, die Erhöhung war auch begründet damals mit Pro-Litteris-Gebühren und zusätzlichen Personalressourcen. Alle Ziele, die wir damals gesetzt haben, auch das ist zu erwähnen, wurden von der GGG Stadtbibliothek umgesetzt. Auch das war eine berechtigte Forderung des Grossen Rates, wir sind mittlerweile in einem ständigen Austausch mit der GGG Stadtbibliothek im Laufe der Staatsbeitragsperiode, damit wir eben zusätzlichen Bedarf, zusätzliche Ideen regelmässig abstimmen und gemeinsam prüfen können.

Und dazu gehört namentlich auch die Realisierung neuer Standorte. Hier ist es entscheidend, dass diese eben passen zu den Konzepten und Strategien der GGG, dass sie sorgfältig abgewogen sind und dass man sie auch mit Vorlauf mittel-langfristig planen kann. Hauruckübungen sind hier. Nicht sinnvoll. Eine solche langfristige und eben erfolgreiche Planung hatten wir mit der Erweiterung der Bibliothek Bläsi. Hier haben Sie separat im September 2024 im Grossen Rat einstimmig zugestimmt, dass wir zusätzlich einen Investitionsbetrag leisten können. Das Projekt ist nun in Arbeit, im Frühling 2026 soll es abgeschlossen sein.

Und wieso erwähne ich das mit den neuen Standorten so ausdrücklich? Es ist Ihnen und uns ja allen bekannt, dass wir verschiedene Vorstösse haben, die einen zusätzlichen Standort in Kleinhüningen-Klybeck fordern, einerseits einen Anzug und andererseits eine Petition. Wir sind uns sehr bewusst, dass in den Entwicklungen auf dem Areal Klybeck plus zusätzlich Wohnraum kommen wird, dass die Bevölkerungszahl und die Dichte im Kleinbasel wächst, und wir sind deshalb auch grundsätzlich sehr bereit im Dialog mit der GGG Stadtbibliothek und im Zusammenhang mit der Entwicklung des Klybecksquartiers den Bedarf für einen solchen zusätzlichen Standort zu prüfen. Dazu wird der Regierungsrat, wie

angekündigt, bis 2027 in Abstimmung mit der GGG Stellung nehmen. Hier jetzt im aktuellen Ratschlag, im aktuellen Bericht ist kein Antrag für die Eröffnung eines zusätzlichen Standorts enthalten. Die GGG hat ja auch keinen solchen Antrag gestellt.

Den Erhöhungsantrag hat die Präsidentin der BKK schon geschildert, Sie können ihn selbstverständlich auch nachlesen. Ich möchte deshalb hier nicht nochmals im Detail mündlich darauf eingehen, sofern nicht in der Debatte wir im Detail noch einzelne Punkte anschauen wollen. Ich darf festhalten, das haben Sie auch gesehen, dass der Regierungsrat nicht vollumfänglich alle Anträge der GGG übernommen hat, auch die BKK hat das nicht. Man darf aber auch feststellen, dass die Trägerschaft den Vorschlag des Regierungsrats, das sogenannte Verhandlungsergebnis, positiv zur Kenntnis genommen hat, da eben der Erhöhungsbetrag auch grundsätzlich anerkannt wurde und die nicht genehmigten Erhöhungswünsche tragbar sind für die Institution.

Ich freue mich besonders, dass die BKK nach kritischer Prüfung und Beurteilung des Antrags auch den Argumenten des Regierungsrats folgt, dass wir eine einstimmige Unterstützung haben. Ich bin zusammen mit dem Regierungsrat überzeugt, dass wir die produktive und sehr erfreuliche Entwicklung der GGG Stadtbibliothek mit diesem Vorschlag weiterhin angemessen fördern und bin Ihnen dankbar, wenn Sie dem Antrag der BKK Folge leisten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Heidi Mück hat das Wort für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Die Fraktion BastA stimmt dem vorliegenden Ratschlag selbstverständlich zu. Das Ganze scheint ja ziemlich unbestritten und könnte auch diskussionslos über die Bühne gehen. Aber angesichts der Bedeutung der GGG Stadtbibliothek und auch des Beitrags von fast 30 Mio. Franken für die nächsten vier Jahre sollten schon noch ein paar Worte der Würdigung verloren werden.

Mit ihrer Hauptstelle und den Quartierfilialen sowie dem Angebot der Online-Ausleihe und den zahlreichen Veranstaltungen, Lesungen und Leseförderungsangeboten leistet die GGG Stadtbibliothek nicht nur Wissens- und Informationsvermittlung, sie leistet einen nicht zu unterschätzenden Beitrag an die Lebensqualität für die Bevölkerung von Basel-Stadt. Kinder, Familien, Studierende, Erwachsene, Senior:innen, die Stadtbibliothek schafft es tatsächlich, die ganze Bevölkerung zu erreichen und abzuholen. Das sehen wir an den ständig steigenden Medienausleihen.

In der Kommission konnten wir zum Teil nachvollziehen, warum der Regierungsrat nicht auf sämtliche Wünsche der GGG Stadtbibliothek eingehen wollte. Insbesondere der Versuch, die höhere Miete, die die GGG für die Räumlichkeiten des Schmiedenhofs verlangt, aufzufangen, konnte auch die BKK nicht wirklich nachvollziehen. Ein Wermutstropfen ist jedoch, dass die GGG Stadtbibliothek Einsparungen im Bereich Leseförderung vornehmen möchte. Klar, es sind immer noch sehr viele Leseförderungsveranstaltungen, die in den kommenden Jahren stattfinden werden, und das erkennen wir auch grundsätzlich an. Aber da kommt meine Optik als Quartierbewohnerin von Kleinhüningen-Klybeck hinzu. Hier wurde vor 20 Jahren eine Bibliotheksfiliale geschlossen, aus Spargründen. Wir haben jetzt gehört, es gibt keine Hauruckübungen, wir können nicht übermorgen eine neue Filiale eröffnen, aber um den Verlust der Bibliothek aufzufangen, wurden ja diese Leseförderungsangebote wie zum Beispiel Bücherbande, Theater und Spaghetti, Gschichtezmorge und so weiter geschaffen und das ist ein tolles und wertvolles Angebot. Für mich ist die Leseförderung der GGG, insbesondere in Kleinhüningen, ein wenig eine heilige Kuh und es tut weh, wenn daran herumgesäbelt wird.

Aber nun ist mir auch klar, jetzt soll zuerst einmal die Finanzierung für die nächsten vier Jahre über die Bühne gehen. Ich kann einfach jetzt schon ankündigen, dass das Thema Leseförderung Kleinhüningen noch nicht abgeschlossen ist und ich mir dazu auch einen Vorstoss überlegt habe, insbesondere da die Löhne seit Beginn, also seit 20 Jahren hier nie angetastet wurden. Ich denke, da ist wirklich Handlungsbedarf. Aber jetzt lassen wir das mal und ich bitte Sie, dem zuzustimmen und wir sehen dann, was da noch kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Wer in Basel aufwächst, der soll auch mit einem Bibliotheksausweis in der Tasche gross werden, unabhängig davon, wie viel Geld die Eltern haben, welche Sprache zu Hause gesprochen wird oder in welchem Quartier die Person wohnt. Genau dafür steht die Stadtbibliothek GGG.

Die Zahlen zeigen klar, dieses Angebot wird nicht weniger gebraucht, sondern immer mehr. Die Medienausleihe hat in den letzten Jahren stetig zugenommen und neue Höchstwerte erreicht. Die GGG Stadtbibliothek hat den Sprung ins digitale Zeitalter auch eindeutig geschafft. Mit den Angeboten der Open Library und anderen digitalen Mitteln ist es klar, dass sie diesen Sprung geschafft haben, und das ist auch nicht selbstverständlich, andere Orte haben damit auch grössere Schwierigkeiten. Und das ist genau diese öffentliche Struktur, die wir als Stadt auch stärken und erhalten müssen.

Die Fraktion GRÜNE/jgb und auch die SP-Fraktion schaut die Einsparungen bei der Leseförderung, so wie es Heidi Mück auch erwähnt hat, ein bisschen mit Bauchweh an. Wenn wir wissen, dass die Lesekompetenzen bei Schülerinnen und Schülern in Basel-Stadt seit Jahren sinkt, ist jeder Franken in diese Förderung gut gemacht und goldrichtig investiert. Aber die GGG hat uns auch nachvollziehbar dargelegt, dass keine Angebote komplett gestrichen werden, sondern dass es dabei eher um eine Neudimensionierung gehe und dass auch andere, die Leseförderung anbieten, diese Teile mitstützen können. Wir sind der Meinung, dass es auch zur Autonomie der GGG Stadtbibliothek gehört, innerhalb des finanziellen Rahmens, den wir hier heute hoffentlich schaffen, ihre Angebote weiterzuentwickeln und Schwerpunkte zu setzen.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen. Der Wunsch nach einer Bibliothekszweigstelle in Kleinhüningen kommt aus der Bevölkerung. Die GGG wäre bereit, hier Partnerin zu sein, macht aber klar, dass sie das nicht alleine stemmen kann. Und das zeigt, dass dieses Thema erstens in den Quartieren gefragt ist und ein politischer Auftrag ist und dort sind wir ja, wie Regierungspräsident Conradin Cramer bereits erwähnt hat, mit politischen Prozessen am Laufen. Und für uns ist zentral, dass die GGG Stadtbibliothek ein wichtiger Ort ist, wo das Geld gut investiert ist, in Bildung, in den Quartieren und auch in den Zusammenhalt in unserer Stadt. Wir möchten solche Orte weiterhin stärken, denn das zahlt sich einfach auch später aus in der Schule, in der Sozialarbeit und in der Integration in unserer Stadt.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Fraktion Grüne/jgb und auch der SP-Fraktion, diesen Staatsbeitrag so zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächste Fraktionssprecherin für die LDP habe ich Catherine Alioth eingetragen

Catherine Alioth (LDP): Ich habe eigentlich gar nicht mehr so viel anzufügen. Ich schliesse mich dem Gesagten an. Ich möchte hier einfach noch ein paar allgemeine Punkte nennen.

Wie gesagt, die GGG Stadtbibliotheken leisten eine hervorragende Arbeit. Diese stösst in der Bevölkerung auf grosse Resonanz. Sie nutzen ihren Handelungsspielraum geschickt, etwa mit den innovativen Angeboten, die vorher genannt wurden, wie die Open Libraries, die unbedienten und rund um die Uhr geöffneten Bibliotheken, die erfreulich hohen Besucherzahlen sowie die kontinuierlich steigenden Abonnenten und Abonnentinnen wie auch die Höchstwerte bei den Medienausleihen. Aber ganz besonders würdigen wir, dass das Präsidialdepartement auf die Anregungen der BKK eingegangen ist und den Austausch über die Strategie und die Diskussionen zum Leistungsauftrag der GGG Stadtbibliothek intensiviert hat. Diese konstruktive Zusammenarbeit hat unter anderem zur Erweiterung der Zweigstelle Bläsi geführt, welche ein klares Bedürfnis im Quartier abdeckt und eine wertvolle Bereicherung darstellt. Zudem sind für das Jahr 2026 weitere Gespräche zur Weiterentwicklung des Zweigstellennetzes vorgesehen.

Wie auch schon gesagt wurde, befindet sich unser Kanton im Wandel, neue Quartiere entstehen, deren Bedürfnisse sorgfältig erhoben, abgewogen und im Interesse der Allgemeinheit berücksichtigt werden müssen. Die GGG Stadtbibliotheken sollen auch künftig offen für Innovationen bleiben und neue Technologien sinnvoll integrieren, um den Zugang zu Wissen noch niederschwelliger und inklusiver zu gestalten. Ebenso wichtig ist der kontinuierliche Dialog mit allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere mit Jugendlichen und älteren Menschen, um deren Anliegen gezielt aufnehmen zu können.

Wir sind sehr zuversichtlich, dass die GGG Stadtbibliotheken auch in der kommenden Leistungsauftragsperiode qualitativ hochwertige Arbeit leisten werden, selbst wenn einzelne Angebote redimensioniert werden müssen. Die LDP-Fraktion stimmt der vorgeschlagenen Erhöhung zu. Wir sehen das als eine sehr sinnvolle Investition in unsere Gesellschaft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsratspräsident verzichtet, Franziska Roth verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 7 des Berichts. und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007922, 18.12.25 10:56:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die GGG Stadtbibliothek Basel werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 29'468’140 (Fr. 7'367’035 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 92 gegen eine Stimme zugestimmt.

15. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Madrigalisten für die Jahre 2026 bis 2029, Ausgabenbericht des RR

[18.12.25 10:57:00, 25.1406.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die BKK hat Franziska Roth das Wort.

Franziska Roth (SP): Die Basler Madrigalisten sind ein professionelles Vokalensemble und widmen sich primär anspruchsvollen Repertoires der Renaissance bis zur zeitgenössischen Musik. Als Spezialisten in der Interpretation neuer Musik vergeben sie regelmässig Kompositionsaufträge, welche in Ur- und Erstaufführungen münden. In der Region sind die Basler Madrigalisten das einzige professionelle Vokalensemble in Grösse eines Kammerchors. Für das vielseitige Repertoire wurde das Ensemble unter anderem mit dem Förderpreis für Musik der Fördergemeinschaft der europäischen Wirtschaft und mehrmals mit dem Förderpreis der Ernst von Siemens Musikstiftung für die Interpretation zeitgenössischer Musik ausgezeichnet.

Die Basler Madrigalisten verfügen neben ihrer Auftrittstätigkeit über ein Musikarchiv, in dem sie ihre über die Jahrzehnte angeschafften Noten aufbewahren. Dieses Konvolut wurde in den letzten Jahren digital in einer Datenbank erfasst, um optimal genutzt und bei Bedarf auch anderen Akteuren zur Verfügung gestellt zu werden. Allerdings ist das Archiv nicht Teil des Leistungsauftrages.

Die finanzielle Situation der Institution ist stabil, auch dank der Erhöhung der Staatsbeiträge in der laufenden Periode, für welche für die Anpassung der Honorare nach Branchenrichtlinien verwendet werden konnten. In der Drittmittelakquise ist die Institution recht erfolgreich. Der ausgewiesene Personalaufwand liegt bei 78,8%. Entsprechend kann die Institution einen Teuerungsausgleich für die Dauer der Staatsbeitragsperiode beantragen.

Die Trägerschaft hat die Weiterführung der Staatsbeiträge auf bisheriger Höhe beantragt. Damit möchten die Basler Madrigalisten ihre erfolgreiche Arbeit weiterführen. So sollen nebst einer nachhaltigen Programmgestaltung die Vermittlung und die vielseitigen Kooperationen mit anderen Akteuren im Musikbereich in der Stadt Basel nicht zu kurz kommen. Die BKK unterstützt einstimmig den Antrag des Regierungsrats, die Staatsbeiträge für die Basler Madrigalisten auf bisheriger Höhe weiterzuführen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Sie hören, dieser Antrag auf Fortsetzung des Staatsbeitrags ist wohl unbestritten, war es auch in der BKK. Ich möchte dennoch die Gelegenheit nutzen, auch hier einmal in vier Jahren die unglaubliche Arbeit dieses Vokalensembles zu würdigen. Die Basler Madrigalisten sind auch wieder etwas Einzigartiges mit ihrem anspruchsvollen Repertoire, das von der Renaissance bis zur zeitgenössischen Musik geht. Sie haben auch eine grosse Tradition. Gegründet wurde das Ensemble 1978 an der Scola Cantorum.

Wie die Präsidentin der BKK erwähnt hat, haben die Madrigalisten nationale und internationale Ausstrahlungen mit Auftritten bei ganz renommierten Festivals, zum Beispiel dem Lucerne Festival, den Berliner Festspielen oder auch im Opernhaus Zürich. Sie tragen damit Basels Ruf als Kulturmusikstadt in die Welt hinaus.

Die Basler Madrigalisten haben keinen fixen Ort, an dem sie auftreten, sondern sie arbeiten in der Region mit verschiedenen Ensembles, mit verschiedenen Orchestern zusammen und sind institutionell regelmässig mit der Kulturkirche Paulus in Zusammenarbeit, aber auch mit dem Theater Basel, mit Gare du Nord oder dem Stadtcasino. Sie führen auch regelmässig Vermittlungsprojekte mit Jugendlichen und mit Laienchören aus der Region durch.

Wie die Präsidentin gesagt hat, ist die finanzielle Situation stabil, auch dank der Erhöhung des Staatsbeitrages vor vier Jahren. Der Staatsbeitrag, das ist sicher auch noch wichtig zu erwähnen, deckt rund 38% der Kosten, der Rest wird durch Konzerteinnahmen, Beiträge von Privaten und auch durch den Verkauf von Tonträgern eingebracht. Die Madrigalisten haben keinen Antrag um Erhöhung gestellt, sie profitieren vom Teuerungsausgleich gemäss Artikel 12 des Staatsbeitragsgesetzes.

Der Regierungsrat ist sich da einig und klar, dass die Basler Madrigalisten das einzige professionelle Vokalensemble in der Grösse eines Kammerchors in unserer Region sind. Ihre Qualität ist ganz exzellent, wird entsprechend auch national und international anerkannt. Das Ensemble plant auch für die kommende Staatsbeitragsperiode vielseitige Kooperationen mit Basler Akteuren der Musikstadt. Es setzt Impulse mit der Vergabe von Auftragskompositionen und positioniert sich so äusserst erfolgreich zwischen Tradition und Innovation. Und auch noch zu erwähnen ist, 2028 wird das Ensemble sein 50-jähriges Jubiläum feiern können.

Ich bitte Sie also, dem Antrag der BKK Folge zu leisten und danke Ihnen bestens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung, Seite 10 des Ausgabenberichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007925, 18.12.25 11:03:32]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Basler Madrigalisten werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'015’388 (Fr. 253’847 p. a.) (zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes) bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss den Bestimmungen in § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 88 gegen eine Stimme zugestimmt.

16. Musik-Akademie Basel (MAB): Anwendung der Kostenmiete auf die beim Kanton Basel-Stadt gemietete Infrastruktur, Bericht der BKK

[18.12.25 11:03:45, 25.0920.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BBK beantragt, der Schlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Der Vertrag zwischen der Musik-Akademie Basel und dem Erziehungsdepartement betreffend einer Finanzhilfe in Form eines Betriebsbeitrags für die Jahre 2025 bis 2028 wurde per 1. Januar 2025 erneuert. Im November 2024 hat der Grosse Rat den Staatsbeitrag genehmigt. Im Ratschlag dazu steht, dass der Regierungsrat das Erziehungsdepartement und das Finanzdepartement beauftragt hat, im Hinblick auf die neue Staatsbeitragsperiode 2025 bis 2028 das Mietmodell der vom Kanton an die MAB vermieteten Liegenschaften zu überprüfen und den Ergebnissen entsprechend anzupassen. Diese Prüfung hat nun zum Vorschlag der Änderung des angewendeten Mietmodells geführt.

In ihrem Bericht zum erwähnten Ratschlag hat sich die BKK bereits positiv zur Absicht geäussert, das Mietmodell zu überprüfen, welches für die von der IBS gemieteten Räumlichkeiten angewendet wird. Die Kommission erhofft sich dadurch eine finanzielle Entlastung der Musikakademie. Zudem unterstützt es die BKK, dass die frei werdenden Mittel den Infrastrukturrückstellungen zugeführt werden sollen.

In dem nun vorliegenden Ausgabenbericht wird ersichtlich, dass durch die Änderung des Mietmodells eine jährliche Mietzinsreduktion der MAB zu Lasten der IBS in Höhe von 246’000 Franken pro Jahr entsteht. Damit sichergestellt werden kann, dass die Mieteinsparung primär dem Unterhalt zugutekommt, bevor der Restbetrag in die Reserven fliesst, wird die MAB eine Infrastrukturplanung vornehmen müssen. Das ED muss nachvollziehen können, wohin die Mittel fliessen. Zudem wird neu ein Reporting ans ED institutionalisiert.

Die BKK hat sich in ihrer Beratung auch mit der Herleitung der Mietzinsreduktion beschäftigt. So stellte die Kommission Fragen zu Konditionen der Marktmiete, aber auch zur herangezogenen Basis für die Berechnung der Kostenmiete. Ebenfalls wollte die Kommission wissen, ob es vergleichbare Fälle gäbe und warum im Fall der Musik-Akademie die Voraussetzungen für die Anwendung der Kostenmiete gegeben waren. Gemäss Auskunft IBS gäbe es keine vergleichbaren Fälle und es gäbe auch keine anderen Institutionen, welche um eine Umstellung von Markt- auf Kostenmiete ersuchen könnten. Die Situation der Musik-Akademie sei sehr speziell. So sei ein grosser Teil der durch die MAB betriebenen Fläche an die Hochschule für Musik vermietet, die ja zu 24% durch den Kanton Basel-Stadt finanziert würde. Die restlichen Flächen würden durch die allgemeine Musikschule der Stadt Basel genutzt. Da die Gebäude in den letzten Jahren immer wieder an die spezifischen Bedürfnisse der MAB angepasst worden seien und diese auch langfristig von ihr genutzt werden, hätte die Bewirtschaftung operativ klar als verwaltungslastig angesehen werden können. Somit wäre die Voraussetzung da gewesen, die Räumlichkeiten vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen umzuwidmen und auf die Erzielung einer Rendite zu verzichten.

Auch wenn ein Teil der Antworten für die BKK nachvollziehbar waren, waren es andere Teile nicht, gerade was die Parameter bei der Vermietung von Räumen an Kultur- und Bildungseinrichtungen angeht oder welche Strategien den Berechnungen zugrunde liegen. Da hat die Kommission immer noch Fragen. Diese möchte die BKK aber gesondert mit der Verwaltung diskutieren können.

Entsprechend heisst die BKK demnach den Einnahmenverzicht von 984’000 Franken für die Jahre 2025 bis 2028 zulasten der IBS gut. Die Kommission erwartet aber klar, dass die Mietzinsreduktion der Infrastrukturrückstellung der MAB zugeführt wird und dass dies vom ED überprüft wird. Die BKK stimmt dem Ausgabenbericht einstimmig mit 13 Stimmen zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsart Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Kommissionspräsidentin hat das Geschäft sehr gut dargelegt. Ich möchte aus der Sicht des Regierungsrates noch einmal erwähnen, welches Gründe für diese Kostenmiete sind.

Der Regierungsrat hat bei den Verhandlungen zur aktuellen Staatsbeitrags- Periode 2025 bis 2028 einen Fokus auf die betriebsnotwendigen Aufwände der Musik-Akademie gelegt. Er musste feststellen, dass die MAB finanziell nicht in der Lage ist, ihre Infrastruktur im Eigenbesitz bedarfsgemäss zu unterhalten. Aus diesem Grund wurden im Staatsbeitrag neu die Betriebswirtschaftskosten eingerichtet. Zudem hat er im Ratschlag angekündigt, das Mietmodell zu überprüfen. Die MAB soll durch eine allfällige Mietzinsminderung befähigt werden, für den Erhalt ihrer Liegenschaften Rückstellungen anzulegen und dadurch risikofähiger zu werden. Mit den jährlichen Einsparungen von 246’000 Franken durch die Einführung einer Kostenmiete kann die MAB nun der Auflage in der Leistungsvereinbarung nachkommen, ihre Infrastruktur und nötige Pflege zukommen zu lassen.

Die BKK schliesst ihren Bericht gleichwohl mit offenen Fragen ab. Dies kann ich gut nachvollziehen. Man kann sich tatsächlich daran stören, dass die MAB bislang eine Marktmiete bezahlt hat, obwohl es für Musikräume keinen eigentlichen

Markt gibt. Genau dies will der Regierungsrat mit der Umstellung auf die Kostenmiete nun ändern. Auf der anderen Seite kann man sich daran stören, dass IBS mit der Umstellung auf die Kostenmiete keine Rendite mehr erzielt. Auch dies ist nachvollziehbar.

Unbestritten scheint mir jedoch zu sein, dass die MAB befähigt werden muss, ihre Bausubstanz nachhaltig zu bewirtschaften. Als nicht gewinnorientierte, hoch subventionierte Bildungsinstitution kann sie dies nur mit Hilfe des Kantons, entweder durch die Erhöhung des Staatsbeitrags oder durch Senkung des Mietzinses via Kostenmiete. Die Regierung hat sich für die Kostenmiete und damit für eine für beide Seiten verlässliche und transparente Lösung ausgesprochen. Ich danke der BKK, dass sie sich trotz offener Fragen einstimmig für das Begehren ausgesprochen hat und der vorgelegten Lösung Vertrauen schenkt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung, Seite 7 des Ausgabenberichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007927, 18.12.25 11:12:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

Dem Einnahmenverzicht in Folge der Anwendung der Kostenmiete bei der MAB in der Höhe von Fr. 984'000 für die Jahre 2025-2028 (Fr. 246'000 p.a.) wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 91 Stimmen zugestimmt.

17. Ausgabenbewilligung für die Umsetzung von Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz mit dem Bund im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) zur Förderung der Biodiversität, Ratschlag des RR

[18.12.25 11:12:13, 25.0854.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Das erwähnte Geschäft wurde der UVEK im Oktober zur Vorberatung überwiesen. Die UVEK hat den Ratschlag an einer Sitzung im November behandelt.

Der Regierungsrat beantragt rund 2,3 Mio. Franken für die Jahresperiode 2025 bis 2028 zur Umsetzung von zwei Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz und Landschaft. Zusätzlich bringt er gebundene jährlich wiederkehrende Ausgaben von 1’144 Mio. Franken zur Kenntnis. Der Bund beteiligt sich voraussichtlich mit 3,8 Mio. Franken und übernimmt damit also ca. 45% der Kosten. Für die Details verweise ich auf den Ratschlag sowie die zwei angehängten öffentlich-

rechtlichen Verträge zu den Programmvereinbarungen und die angehängte Liste der einzelnen Projekte und Massnahmen dieser Programmperiode.

Die UVEK beantragt Ihnen einstimmig, die 7’276 Mio. Franken zu genehmigen. Ich berichte Ihnen mündlich über unsere Beratung. Die UVEK hat eine Vertretung der Stadtgärtnerei eingeladen und angehört. Die Vertretung der Verwaltung hat der UVEK erläutert, wie die bisherigen Programmperioden grob aussahen und was in der nächsten etwa angedacht ist. Vor 2020 wurden die Umsetzung der Vereinbarungen über das Budget der Stadtgärtnerei finanziert. Damals war es noch recht wenig Geld, 2020 bis 2024 hat der Bund deutlich mehr Massnahmen verlangt und auch deutlich mehr Geld gesprochen. Auch damals wurden die Gelder von Seiten des Kantons aus dem Mehrwertabgabefonds finanziert. Die jetzige Periode ist nicht mehr so hoch wie damals, es fliessen deshalb auch rund 3 Millionen weniger Bundesbeiträge.

Der UVEK wurden einige Beispiele aus dem Programm aufgeführt. In der letzten Periode konnte zum Beispiel der Eisweiher und Entenweiher aufgewertet werden oder Einflugöffnungen bei Kirchendachstöcken für Fledermäuse gemacht werden. Die Programme beinhalten auch trinationale Projekte und auch im Bereich Wissen sind mit der nächsten Periode wiederum Massnahmen angedacht. Dabei handelt es sich um Merkblätter für Architekt:innen, Infotafeln beispielsweise in den Langen Erlen, vor allem aber auch um Erhebungen zu Arten wie beispielsweise durch das Projekt Flora beider Basel.

In Anbetracht des in die UVEK und WAK zurückgewiesenen Finanzantrags für die Globusdachbegrünung aus dem Mehrwertabgabefonds hat die Kommission sich kurz über den Zusammenhang ausgetauscht. Bereits in der letzten Programmperiode 2020 bis 2024 wurden die Gelder für die Programmvereinbarungen Naturschutz und Landschaft aus dem Fonds gesprochen. Gemäss Verwaltung sind die meisten Flächen zum Naturschutz und zur Biodiversitätsförderung, die in dieser Programmvereinbarung behandelt werden, öffentlich zugänglich, der Eisweiher hingegen ist geschützt, Dachstöcke in Kirchen, die man für Fledermäuse öffnet, sind nicht öffentlich zugänglich, auch Artenzählungen sind das per se nicht. Der Antrag käme zudem, anders als beim Globus, nicht von Privaten, sondern vom Kanton selbst.

Die Kommission sah nach diesem Austausch bei diesem Geschäft keinen Bedarf für eine andere Handhabung als bis anhin in der letzten Programmvereinbarung. Die UVEK hat festgestellt, dass das erste Jahr der Programmperiode, für die die Gelder beantragt sind, bereits zu Ende ist beziehungsweise in zwei Wochen zu Ende sein wird. Der UVEK wurde dazu erklärt, dass der Kanton beim Bund einen Antrag gestellt hat, die vorherige Vereinbarung bis 2024 um ein Jahr, also auch auf das Jahr 2025, zu verlängern. Zurzeit werden demnach noch Massnahmen aus der alten Vereinbarung umgesetzt. Nachgefragt hat die UVEK, ob die Gelder, die nun ins neue Jahr mitgenommen wurden, nochmals beantragt und daher doppelt enthalten seien. Dies ist nicht der Fall. Es handelt sich dabei um Massnahmen aus der letzten Periode, die noch nicht fertig sind, für die aber noch Geld bereitsteht.

Auch nachgefragt hat die UVEK, ob bereits Gelder ausgegeben wurden für das Jahr 2025 und vom Bund für das Jahr 2025 gezahlt wurden, also Gelder, die nun beantragt wurden. Gelder wurden ausgegeben, jedoch betrafen diese die Kosten, welche nicht hier beantragt werden, sondern den Grundauftrag zum Unterhalt beinhalten. Das sind Kosten, die über die Erfolgsrechnung finanziert sind.

Der UVEK wurde zu einem besseren Verständnis die Kostenaufteilung noch detaillierter erklärt. Insgesamt ist die Höhe der Vereinbarung brutto 8,43 Mio. Franken, darin sind auch Personalkosten beim Kanton enthalten. Darin auch enthalten sind die wiederkehrenden Kosten von diesen 1,144 Millionen. Insgesamt werden 3'800’000 Bundessubventionen in Abzug gebracht. Diese teilen sich auf auf die Gelder, die über die Erfolgsrechnung laufen und diejenigen, die als Ausgabe aus dem Mehrwertabgabefonds beantragt werden. Bei den Geldern, die über das Budget laufen und nicht hier beantragt sind, subventioniert der Bund mit 0,419 Mio. Franken. Die beantragten 7,276 Mio. Franken werden voraussichtlich mit 3,381 Mio. Franken Bundesbeitrag dann wiederum reduziert. Netto sind daher die beantragten Kosten für den Kanton 3,895 Mio. Franken, brutto aber 7,276 und die Bundessubventionen werden dann entsprechend von diesem Bruttoertrag, wenn sie dann fliessen, in Abzug gebracht.

Zu den 180 Stellenprozenten hat die UVEK abgeklärt, dass die Stellen bereits bestehen und weitergeführt werden sollen und dass die Stellen mit den Geldern hier nicht direkt beantragt werden. Die Stellen werden vollumfänglich vom Bund nach Aufwand subventioniert und sind im Betrag enthalten, der dem Grossen Rat lediglich zur Kenntnis aufgeführt wird.

Weiter zu den Finanzen hat sich die UVEK erkundigt, wie die Subventionen im Rahmen des Finanzausgleichs in einem schweizweiten Verhältnis stehen. Sie erhielt von Seiten Verwaltung die Einschätzung, dass der Kanton pro Fläche sehr viel Geld erhält im Vergleich zu anderen Kantonen, dies, weil es keine doppelte Förderung geben darf und viele ländliche Kantone bereits viel Landwirtschaftssubventionen erhalten. Man merke zudem über die Jahre hinweg, dass der Bund die Biodiversitätsförderung im Siedlungsgebiet höher gewichtet als noch in der Periode bis 2019. Die Bundesbeiträge gehen jedoch in der aktuellen Periode wieder zurück, und ob bei diesem Thema der Kanton Basel-Stadt, der sonst eher als Geberkanton bekannt ist, übermässig profitiert im Vergleich zu anderen Kantonen, konnte die UVEK nicht abschliessend klären.

Die UVEK hat sich nebst den Finanzthemen auch erkundigt, ob genügend in Vernetzungsplanungen investiert werde. Allein für die Planung der Vernetzung fliessen 240’000 Franken. Für konkrete Massnahmen an Biodiversitätsbarrieren oder für

bessere Vernetzung der Arten sind 360’000 Franken vorgesehen. Aber auch beispielsweise im Rahmen des Biotopverbundskonzepts werden im Rahmen von Baugesuchen Dinge gemacht, auch in Strassenprojekten. Diese Massnahmen sind jedoch ausserhalb der Programmvereinbarung.

Gestützt auf diese Abklärungen beantragt die UVEK einstimmig ohne Enthaltungen, den Ausgaben zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die Ausführungen der Kommissionspräsidentin. Ich denke, ich darf auch mit Blick auf die doch relativ lange Traktandenliste hier auf inhaltliche Ausführungen verzichten und vor allem einfach der Kommission danken für die rasche Beratung und der Kommissionspräsidentin hier für den mündlichen Bericht, der sehr umfassend und gut ist.

Ich glaube, es macht auch Sinn, diesen Ausgabenbericht hier zu unterstützen, da Sie auch in verschiedenen Vorstössen immer wieder konkrete Massnahmen zugunsten der Biodiversität fordern. Hier können wir wirklich nochmals viele solche Massnahmen ergreifen und dies unter Beteiligung des Bundes. Deshalb vielen Dank, wenn Sie diesem Ausgabenbericht zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Luca Urgese hat für die FDP das Wort.

Luca Urgese (FDP): Die FDP unterstützt die Programmvereinbarung Biodiversität. Was uns aber stört, ist die Finanzierung, die grösstenteils über den Mehrwertabgabefonds erfolgen soll. Ja, das hätte man bereits das letzte Mal kritisieren können, anmerken können, aber nun nach der Diskussion, die entstanden ist um die ganze Finanzierung der Dachbegrünung des Globus ist nun mal die Sensibilität bei diesem Thema eine andere.

Was ist die Rechtsgrundlage? Die Rechtsgrundlage ist § 120 des Bau- und Planungsgesetzes. In Abs. 2 lit. d steht tatsächlich drin, dass die Förderung der Biodiversität möglich ist, gemeint ist im öffentlich zugänglichen Raum. Ich komme gleich darauf zurück. Nun, was soll jetzt mit diesen Programmvereinbarungen alles finanziert werden? Auf der einen Seite ein kantonales Gesamtkonzept, die Kartierung von Geotopen, Aktionspläne für verschiedene Tiere, Beratung bei Bauprojekten, unter anderem für die Gemeinden, diverse Monitorings, Broschüren und Marketing, Ausbildung, Weiterbildungen und Exkursionen, also Tätigkeiten des Kantons, das hat mit öffentlicher Zugänglichkeit nichts zu tun. Auf der anderen Seite Biodiversität bei SBB-Böschungen, Ergänzungen von Naturschutzzonen, beispielsweise Böschung Milchsuppe oder Unterschutzstellungen, auch das nicht öffentlich zugängliche Gebiete. All das hat also mit der konkreten Förderung von Biodiversität im öffentlich zugänglichen Raum nichts zu tun.

Als die Wirtschafts- und Abgabekommission im Jahr 2020 dieses Gesetz geschrieben hat, dachte sie daran, und so kann man das im Kommissionsbericht nachlesen, dass bei Neu- und Ersatzpflanzungen im öffentlichen Raum auch der Biodiversität Rechnung getragen werden soll. Es steht explizit drin, dass es verhindert werden sollte, dass nur Rasenflächen entstehen. Darum geht es. Die aktuelle Praxis des Bau- und Verkehrsdepartementes hat sich davon sehr weit entfernt, wir finden zu weit.

Nun ist uns klar, dass das jetzt das falsche Geschäft ist, um diese Auseinandersetzung und auch. Die Klärung herbeizuführen, dafür diskutieren wir schon ziemlich lange in der von WA und UVEK geimeinsamen Subkommission Globus, das ist der Ort, wo wir das dann klären können. Wir meinen aber, und das möchte ich einfach hier protokollarisch festgehalten haben, dass das nicht im Einklang mit dem Gesetz ist und die FDP-Fraktion wird sich bei diesem Geschäft deshalb enthalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Béla Bartha spricht für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ja, Luca Urgese, das ist wirklich das falsche Geschäft, um dieses Fass aufzumachen. Ich habe sehr wohl Notiz davon genommen, dass es von bürgerlicher Seite Gegenwind gibt, dass der Mehrwertabgabefonds sehr stark auch unsere Umweltarbeiten finanzieren soll. Das finde ich sehr schade, denn diese Gelder können absolut im öffentlichen Interesse auch eingesetzt werden, weil die Biodiversität zu erhalten und auch Klimamassnahmen zu ergreifen über eine bessere und qualitative Erhöhung der Biodiversität in unserem Siedlungsraum ist allemal im Interesse der Öffentlichkeit. Ich weiss, dass Sie das sehr eng mit der Zugänglichkeit zusammenhängen sehen wollen, das ist wirklich auch die Grundlage der zukünftigen Diskussionen. Aber hier hat Raffaela Hanauer ganz klar gesagt, dass es sich hier bis auf ein

einziges Biotop um öffentlich zugängliche Biotope und Flächen handelt. Also daher sehe ich das hier jetzt als absolut falschen Ansatz.

Aber nun zu diesem Ratschlag. Man könnte sagen, wir dürfen uns über den Spatz in der Hand freuen. Das BAFU hat jedoch, wie unter Bundesrat Rösti nicht anders zu erwarten, seinen Beitrag zuerst einmal von 6,7 auf 3,8 Millionen in der Programmvereinbarung für Landschaft und Naturschutz deutlich gekürzt und gleich weitere Kürzungen in der Zukunft angedroht. Wollen wir aber das Glas halbvoll sehen, dann können wir den Vergleich mit den Geldern, die noch vor der Periode 2020 bis 2024 geflossen sind, anstellen und erst dann können wir uns in Basel-Stadt immer noch über einen namhaften Betrag aus dem BAFU für die Biodiversität freuen.

Weiterhin liegen die Prioritäten des Massnahmenpakets stark auf den klassischen Arten- und Biotopschutz. Die Förderung der Biodiversität in einem umfassenderen Sinne ist in dieser Zusammenarbeit mit dem BAFU noch nicht zu erkennen, und so muss ich auch annehmen, dass dies nicht oder noch nicht das Ziel dieser Vereinbarung ist. So bleiben die Massnahmen alle sehr flächen- und sektorengebunden, Massnahmen, die das Thema Biodiversitätsförderung zu einem bereichsübergreifenden Thema machen, wie Energiegewinnung und Biodiversität, Bodenschutz und Biodiversität sowie Ernährung und Biodiversität etc. sind hier nicht zu finden.

Undeutlich wird das Massnahmenkatalog dann auch, wenn es um die Vernetzung ökologisch wertvoller Flächen geht. Der hierfür eingesetzte Betrag, wir haben es gehört, von etwa 100’000 Franken pro Jahr, ist recht bescheiden, wenn wir bedenken, dass es sich hierbei häufig um bauliche Massnahmen handelt, die viel grössere Summen erfordern. Daher ist es für diesen und alle weiteren Bereiche, die auf die Biodiversität in der Stadt einwirken oder von ihr betroffen sind und im BVD oder anderen Departementen behandelt werden, sehr zu hoffen, dass es noch andere Quellen gibt, die für die wichtige Aufgabe der Biodiversitätsförderung zur Verfügung stehen, eben zum Beispiel der Mehrwertabgabefonds.

Glücklicherweise tut sich mit der kantonalen Biodiversitätsinitiative, die die GRÜNEN/jgb diesen Herbst eingereicht haben, nun ein Licht am Horizont auf. In ihr sollen Massnahmen gefördert werden, die einem umfassenderen, moderneren Verständnis von Biodiversitätsschutz über die Bereichsgrenzen hinaus gerecht werden und sie sollten dabei helfen, auch die hier vorgestellten Biodiversitätsmassnahmen langfristig zu finanzieren und abzusichern. Damit kann sich Basel-Stadt der Biodiversitätsförderung weiter vom stetig abnehmenden Engagement des Bundes unabhängig machen und den Qualitätsansprüchen trotzdem gerecht werden.

Aber eben, seien wir jetzt einmal dankbar, denn es geht hier ja nur um den Spatz in der Hand, und den nehmen wir sehr gerne und deshalb möchten wir diesen Ratschlag der Regierung gerne unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet, Raffaela Hanauer verzichtet ebenfalls.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 16 des Ratschlages und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007929, 18.12.25 11:29:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Umsetzung von Programmzielen im Bereich Naturschutz mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs für die Programmperiode 2025–2028 werden die einmaligen Ausgaben von insgesamt Fr. 7'276’000 (brutto) bewilligt. Ein allfälliger Beitrag des Bundes von schätzungsweise Fr. 3'381’000 wird vom Gesamtbetrag in Abzug gebracht. Die Ausgaben (brutto) teilen sich wie folgt auf:

Fr. 7'276’000 neue Ausgaben für die Umsetzung von Programmzielen im Bereich Naturschutz mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs für die Programmperiode 2025–2028 zu Lasten des Mehrwertabgabefonds

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 85 Stimmen gegen eine Stimme mit 7 Enthaltung.

18. Darlehensgewährung an die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) für die Beschaffung von 11 E-Gelenkbussen im Zuge von Angebotserweiterungen aus dem ÖV-Programm 2026-2028, Ratschlag des RR

[18.12.25 11:30:02, 25.1423.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Der Ratschlag betreffend Darlehensgewährung für die BVB zur Beschaffung von elf E-Gelenkbussen wurde der UVEK im Oktober zur Vorberatung überwiesen. Die UVEK hat sich an einer Sitzung im Oktober mit dem Geschäft befasst. Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig, den Ausgaben zuzustimmen.

Die Regierung beantragt der BVB für die Beschaffung von diesen Bussen des Typs eCitaro G die Gewährung eines rückzahlbaren und verzinslichen Darlehens in Höhe von 13’960’000 Franken zu bewilligen. Die BVB hat aktuell um diese Vorfinanzierung ersucht und der Kanton bittet daher nun um dieses Darlehen. Der UVEK wurde von Seiten Verwaltung und BVB Folgendes erläutert, für mehr Infos verweise ich auf den Ratschlag.

Die Leistungserweiterungen, die bereits mit dem ÖV-Programm beschlossen wurden, benötigen elf zusätzliche Elektrobusse. Bei den Angebotserweiterungen im ÖV-Programm, auf denen die elf Busse eingesetzt werden sollen, handelt es sich unter anderem um die Ausweitung des Busangebots Bachgraben, den Anschluss von Otterbach Grenze und Dreiländereck auf der Linie 46, Taktverdichtungen auf der Linie 42 oder Zusatzkurse auf den Linien 33 und 34. Bereits im Jahr 2020 haben wir im Grossen Rat über das Bussystem 2027 beraten. Daraufhin hat die BVB schon 2023 38 E-Busse beschafft. Es besteht von damals noch ein Optionslos, welches nun auch für die zusätzlichen elf Busse gezogen werden kann. Die Fahrzeuge sollen im Herbst 2027 eintreffen und auf Fahrplanwechsel 2027-2028 eingesetzt werden. Sie sollen in der Garage Rank abgestellt und geladen werden. Diese hat genügend Kapazitäten und braucht dazu keine zusätzlichen Investitionen.

Für diese Beschaffung hat der Kanton im Agglomerationsprogramm der 5. Generation Gelder beantragt. Dass wir diese bekommen, ist relativ wahrscheinlich. Ferner ist auch möglich, dass der Kanton Fördergelder im Rahmen der aus dem CO_2-Gesetz resultierten Förderprogramme erhält. Diese hängen jedoch auch von den Beschlüssen in Bern zum Entlastungspaket 2027 ab. Bundesgelder werden dem Darlehen, wie schon beim letzten Geschäft, in Abzug gebracht, sofern sie denn fliessen. Dies sind bis zu 1,92 Mio. Franken Agglomerationsbeitrag und 0,88 Mio. Franken Fördergelder.

In der UVEK wurde nachgefragt, wie stabil die im Ratschlag gemachten Preisangaben pro Bus seien. Sie erhielt die Auskunft, dass die Teuerung von Seiten BVB zur Sicherheit relativ hoch angesetzt wurde. Ist die Teuerung tiefer, wäre auch das Darlehen tiefer. Die UVEK liess sich dabei versichern, dass auch wenn die Kosten sinken, mit dem gesprochenen Geld nicht mehr Busse beschafft werden würden, als wir heute im Grossen Rat beschliessen, zumal im Grossratsbeschluss auch von elf Bussen gesprochen wird.

Auch interessiert hat sich die UVEK dafür, wie mit der Unsicherheit hinsichtlich der Bundesbeiträge umgegangen wird und wann Klarheit darüber herrscht, insbesondere über jene aus dem Agglomerationsprogramm. Klarheit für die Beiträge des Agglomerationsprogramms sollte spätestens im ersten Quartal nächsten Jahres vom Bund geschaffen sein. Die UVEK hat sich auch darüber ausgetauscht, ob nach ihrer Sicht der hier vorliegende Mehrbedarf im Ratschlag zum ÖV-Programm, anhand dessen man über die entsprechenden Leistungen schon beschlossen hat, genügend ausgewiesen wurde. Die UVEK hat festgestellt, dass im ÖV-Programm bei den Angebotserweiterungen und Optimierungen der zusätzliche Finanzbedarf ausgewiesen wurde, was jedoch nicht gemacht wurde, ist die Anzahl Busse zu benennen. Die Finanzausgaben beinhalteten im ÖV-Programm die jährlichen Folgekosten sowie auch die Kosten des zusätzlichen Busbedarfs, jedoch in Jahresangaben und unter Berücksichtigung der Abschreibungen und Folgekosten etc., nicht die Anzahl Busse. Sie sind dennoch korrekt.

Rückgefragt wurde in der UVEK, ob der Ersatz der für die Linie 30 vorgesehenen Gelenkbusse mit Doppelgelenkbussen mit diesem Ratschlag einen Zusammenhang habe. Der UVEK wurde erläutert, dass diese Änderung der Bestellung im Rahmen

des Finanzbeschlusses zum Bussystem 2027 abgewickelt wurde und die Änderung der Bestellung im Rahmen des Grossratsbeschlusses von damals in der Finanzkommission thematisiert wurde, womit sich auch die Rückfrage in der UVEK begründen und erklären lässt.

In Bezug auf den Tramnetzausbau hat sich die UVEK über die Nachhaltigkeit der Beschaffung erkundigt. Die Vertretungen von BVB und Verwaltung erwarten nicht, dass man plötzlich zu viele Busse hat, wenn die in der Tramnetzentwicklung vorgesehenen Ausbauten von Tramlinien dort, wo heute Buslinien sind, realisiert werden, dies auch aufgrund der Abschreibungsdauer der Busse von ca. 14 Jahren. Die ersten Busse seien schon vor ein paar Jahren beschafft worden und sind bereits in rund zehn Jahren abgeschrieben.

Die UVEK hat sich auch erklären lassen, wie genau das Optionslos ausgestaltet sei und welches nun genau gezogen wird. Es wurde erläutert, dass man im Jahr 2021 65 Fahrzeuge im Optionslos ausgehandelt habe, weil man noch nicht exakt wusste, wie viele man braucht. Die Bedingung zum Ziehen des Optionsloses ist jedoch, dass die Fahrzeuge bis Mitte 2026 bestellt werden. Es müssen selbstverständlich nicht alle Fahrzeuge aus dem Los gezogen werden.

Der UVEK wurde zudem auf Rückfrage erläutert, dass die zusätzlichen Gelenkbusse nicht neue Infrastrukturmassnahmen im Haltebereich auslösen. Nachgefragt hat die UVEK auch, wie genau die Batterien abgeschrieben werden. Konkret geht es darum, dass Batterien schneller abgeschrieben werden als Fahrzeuge und dann die Batterien frühzeitig ersetzt werden müssen. Aktuell werden Batterien auf sieben Jahre abgeschrieben, Fahrzeuge aber auf 14 Jahre. Aufgrund der Brandschutzmassnahmen werden die Batterien jedoch sehr genau geprüft und daher weiss man jetzt schon, dass allenfalls die Batterien länger leben. Es stellen sich dann daher auch Fragen, wie man mit den Batteriewechseln, die auch wieder kosten, wenige Jahre vor fertiger Abschreibung des Fahrzeugs umgehen soll und dazu machen sich gerade die Hersteller, aber auch die BVB Überlegungen.

Zu den Schnellladestationen hat die UVEK abgeklärt, dass es keine neuen braucht aufgrund der zusätzlichen Busse.

Gestützt auf diese Abklärungen beantragt die UVEK einstimmig, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch hier vielen Dank für die sehr zügige und auch positive Behandlung der Ausgabenbewilligung und den mündlichen Bericht.

Der Regierungsrat hält fest, dass die Weiterentwicklung des Busnetzes wirklich ein grosses Anliegen ist. Bus und Tram und auch die S-Bahn ergänzen sich optimal, und dieses Busangebot muss natürlich immer wieder weiterentwickelt werden im Sinne von Lückenschlüssen, im Sinne von Taktverdichtungen, so eben beispielsweise auf der Linie 30. Die Elektrobusse sind wirklich sehr beliebt. Ich bin nach wie vor sehr froh, dass die Umstellung so reibungslos geklappt hat. Es war doch eine grosse Umstellung auch bei der BVB. Die Busse sind beliebt wegen des Fahrkomforts im Innern, aber auch natürlich für die Anwohnenden, weil es doch einiges weniger an Lärm und auch an Feinstaubbelastung bedeutet, wenn diese unterwegs sind. Und dann natürlich haben sie einen grossen Einfluss auch auf die Reduktion des CO_2-Verbrauchs beim Verkehr.

Insgesamt also eine sehr erfreuliche und sinnvolle Sache. Der Regierungsrat bittet Sie deshalb, diesen zusätzlichen elf elektrischen Bussen zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden getragen, Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses auf Seite 7 des Ratschlags und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007931, 18.12.25 11:39:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Beschaffung von elf E-Gelenkbussen des Typs eCitaro G werden Ausgaben in Höhe von Fr. 13'960'000 (inkl. VStK) zu Lasten des Investitionsbereichs «Darlehen und Beteiligungen» bewilligt.

2. Von den erwarteten Bundessubventionen in Höhe von Fr. 1,44 Mio. bis Fr. 1,92 Mio. wird Kenntnis genommen. Diese werden den bewilligten Ausgaben in Abzug gebracht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 87 gegen eine Stimme zugestimmt.

19. Petition P476 "Nein zum Rheintunnel", Bericht der PetKo

[18.12.25 11:39:50, 24.5222.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die vorliegende Petition verlangt, dass die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt sich gegen den Rheintunnel einsetzen. Sie wurde schon Anfang Juni 2024 der Petitionskommission überwiesen und das Hearing mit der Petentschaft und Vertretungen der Verwaltungen und des ASTRA fand kurz danach statt. Im Oktober 2024 wurde die Petition dann dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres überwiesen.

Im November 2024 wurde der Rheintunnel in einer nationalen Volksabstimmung abgelehnt. Auch die Bevölkerung von Basel-Stadt sagte klar Nein zum Autobahnausbau und damit zum Rheintunnel. Darauf beruft sich der Regierungsrat in seinem Bericht an die PetKo vom 13. August 2025. Die Fragen der PetKo wurden nicht beantwortet, dafür stellte der Regierungsrat fest, dass das UVEK den Abbruch des Plangenehmigungsverfahrens verfügt habe und dass das Projekt archiviert wird. Vor diesem Hintergrund hat die Petition nach Meinung des Regierungsrats ihren Gegenstand verloren und das Ziel, nämlich die Verhinderung des Rheintunnels, wurde auf anderem Weg erreicht.

Die Petitionskommission schliesst sich diesen Ausführungen an. Die inzwischen bekannt gewordenen Bestrebungen des Bundesrats, den Rheintunnel trotz erst kürzlich erfolgtem Volksnein wieder aus der Schublade zu holen, wurden von der Petitionskommission nicht berücksichtigt. Vor wenigen Wochen wurde dazu eine weitere Petition eingereicht mit der Forderung, den Volkswillen zu respektieren und sich gegen den Rheintunnel einzusetzen. Diese Petition wurde dem Regierungsrat übergeben und ist nicht an den Grossen Rat gerichtet.

Die Petitionskommission beantragt, die hier vorliegende Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jérôme Thiriet hat sich als Sprecher eingetragen.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Ich bin noch gebeten worden, auch aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb noch einmal deutlich zu machen, dass wir die Erledigung dieser Petition beantragen nicht, weil wir das Anliegen dieser Petition nicht unterstützen würden, sondern weil das Projekt effektiv gestorben ist. Es wird keinen Rheintunnel geben und unser Appell geht auch noch einmal heraus an den Bundesrat, dass man nicht auf dumme Ideen kommen und das Projekt noch einmal ausgraben sollte. Und dem Regierungsrat möchten wir ganz klar sagen, dass der Bahn- und ÖV-Ausbau beschleunigt werden sollte, weil das Projekt jetzt gestorben ist, und da ist ja heute auch erfreulicherweise ein Schritt weiter gemacht worden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe umsonst geklingelt. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst stillschweigend,

die Petition als erledigt abzuschreiben.

20. Petition P491 "Für eine öffentliche Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck", Bericht der PetKo

[18.12.25 11:43:32, 24.5491.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat wiederum Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Wir haben heute Morgen schon ein bisschen darüber gesprochen. Diese Petition fordert die Schaffung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck und wurde vom Dorfverein Kleinhüningen eingereicht. Sie wurde im Dezember 2024 der Petitionskommission überwiesen. Am 25. August dieses Jahres wurden zwei Vertreter:innen der Petentschaft und zwei Vertreterinnen der Abteilung Kultur des Präsidialdepartements von der PetKo zu dieser Sache angehört.

Die Vertreterinnen des Dorfvereins zeigten auf, dass das Bedürfnis nach einer Bibliothek bei der Bevölkerung im Klybeck und in Kleinhüningen gross ist. Seit der Schliessung der Zweigstelle Kleinhüningen aus Spargründen im Jahr 2005 gibt es zwar Angebote der Leseförderung für Kinder und Jugendliche, doch reichen diese bei weitem nicht aus. Auch die Schulen und Kitas sowie der Quartiertreffpunkt Klick unterstützen deshalb diese Petition. Gemäss den Aussagen der Petentschaft wäre eine öffentliche Bibliothek im Klybeck-Kleinhüningen nicht nur für Kinder und Jugendliche ein wertvolles Angebot, sondern für die gesamte Bevölkerung dieser stark belasteten Quartiere.

Während des Hearings wurde klar, dass die Aktivitäten der Petentschaft weit über das Lancieren und Einreichen der Petition hinausgingen. So wurden in enger Zusammenarbeit mit dem damaligen Leiter der GGG Stadtbibliothek bereits konkrete Ideen entwickelt und ein möglicher Standort für die Bibliothek gefunden. Die Petentschaft führte aus, dass im Stücki-Center geeignete Räumlichkeiten zeitnah zur Verfügung stünden und dass für die Erstinvestitionen ein Finanzierungsbeitrag der CMS in Aussicht gestellt wurde.

Die Vertreterinnen der Verwaltungen stellten klar, dass es Sache der GGG Stadtbibliothek sei, eine Strategie für das Bibliotheksnetz zu verfolgen und nach geeigneten Standorten zu suchen. Der Fokus der aktuell vorgelegten Strategie sei klar auf dem Ausbau der Zweigstelle Bläsi gelegen. Ein zusätzlicher Standort in Kleinhüningen sei weder Bestandteil des aktuellen Antrags auf Staatsbeiträge noch Gegenstand der Strategie gewesen. Ohne entsprechenden Antrag könne die Verwaltung nichts unternehmen und die GGG Stadtbibliothek könne auch nicht verpflichtet werden, einen zusätzlichen Standort zu eröffnen. Zudem verwiesen die Vertreterinnen des Präsidialdepartements auf die Motion Alioth, die die gleiche Forderung stellt wie die Petition. Die Umwandlung in einen Anzug bei der Überweisung erlaube eine sorgfältige Prüfung des Anliegens. Die Abteilung Kultur habe mit der GGG Stadtbibliothek vereinbart, dass das gesamte Standortnetz unter die Lupe genommen wird mit der Option einer Bibliothek in Kleinhüningen. Der Zeithorizont sei jedoch sicher nicht Anfang 2026, wie es die Petentschaft wünscht.

In der PetKo war das Anliegen einer Bibliothek für Klybeck-Kleinhüningen unbestritten. Das enthusiastische Vorgehen der Petentschaft wurde durchaus anerkannt und es wurde bedauert, dass es offenbar zu Missverständnissen in der Kommunikation zwischen Dorfverein Kleinhüningen und der GGG Stadtbibliothek gekommen war. Die Kommission bezog sich in ihren weiteren Überlegungen auf den Petitionstext, der die Forderung nach einer eigenen Bibliothek ohne konkreten Termin formulierte. Wie gesagt, wurde diese Forderung angesichts der Entwicklungen in den Quartieren Kleinhüningen und Klybeck als legitim beurteilt. Die in einen Anzug umgewandelte Motion Alioth betreffend Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck wird als Auftrag an den Regierungsrat angesehen, eine Erweiterung des Standortnetzes insbesondere im Raum Kleinhüningen und Klybeck konkret anzugehen.

In diesem Sinne beantragt die PetKo, auch die vorliegende Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

21. Petition P492 "Keine Gebührenwillkür in Basel! Nein zu überhöhten Parkkartenpreisen", Bericht der PetKo

[18.12.25 11:48:33, 24.5493.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen. Das Wort geht wiederum an Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Hier werden wir wohl doch noch ein wenig diskutieren. Die Petition «Keine Gebührenwillkür in Basel-Stadt, Nein zu überhöhten Parkkartengebühren» des TCS wurde im Dezember 2024 der Petitionskommission überwiesen.

Das Hearing mit zwei Vertreter:innen des TCS und einem Projektleiter aus der Abteilung Mobilitätsstrategie des BVD fand Anfang September dieses Jahres statt. Die Petentschaft teilte mit, dass der TCS für die Mobilitätsanliegen aller Verkehrsteilnehmer einstehe und sich auch als Konsumentenschutzorganisation verstehe. Sie bezeichnete die Erhöhung der Parkkartenpreise als asozial, da vor allem Familien mit grösserem Auto und Menschen mit tiefem Einkommen, die auf ein Auto angewiesen sind, davon betroffen seien. Sie kritisierten, dass es in mehreren Quartieren mehr Parkkarten als Parkplätze gebe und dass der Parkierdruck in denjenigen Quartieren am höchsten sei, in denen viele Leute mit tiefem Einkommen wohnen. Zudem würden laufend Parkplätze im öffentlichen Raum abgebaut und mehr Parkplätze für andere Fahrzeuge wie zum Beispiel Cargovelos geschaffen. Die Differenzierung der Parkkartenpreise nach der Länge der Fahrzeuge wurde als willkürlich bezeichnet, da die meisten Parkplätze normiert seien und es keine XXL-Parkplätze für lange Autos gäbe. Zudem sei die Empfehlung des Preisüberwachers übergangen worden, der für die Anwohnerparkkarte einen Höchstpreis von 322 Franken ermittelt habe, unabhängig von der Länge eines Fahrzeugs. Die Petentschaft gab der Hoffnung Ausdruck, dass die schon erfolgte Erhöhung der Parkkartenpreise rückgängig gemacht wird und die auf Anfang 2027 angekündigte nächste Erhöhung nicht umgesetzt wird. Eine Verteuerung der ohnehin zu knappen Parkplätze betreffe primär jene Menschen, die keine eigene Garage haben und sich keinen privaten Abstellplatz leisten können und sei deshalb asozial.

Der Vertreter der Verwaltung erläuterte, dass gemäss § 16 des kantonalen Umweltschutzgesetzes die Parkplätze auf öffentlichem Grund zeitlich und monetär zu bewirtschaften seien. Die Gebühren orientieren sich an der Kostenwahrheit und am Verursacherprinzip. Bei der Parkierungspolitik orientiert sich der Regierungsrat an seiner Mobilitäts- und Klimaschutzstrategie. Um das Verkehrssystem umwelt- und klimafreundlicher zu machen, werden Massnahmen ergriffen, die zur Verlagerung vom MIV auf den ÖV, den Fuss- und Veloverkehr führen. Diese Strategie soll auch zu einer Reduktion der Nachfrage nach Parkplätzen im öffentlichen Raum führen. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Parkraumbewirtschaftung hat der Regierungsrat den Preis der Anwohner- und der Pendlerparkkarte Anfang 2025 erhöht und neu von der Fahrplatzlänge abhängig gemacht. Die Grenze zwischen den einzelnen Fahrzeugkategorien sei so definiert, dass ca. 80% aller Fahrzeuge in die mittlere Kategorie und je 10% in die beiden anderen Kategorien fallen. Um den beiden gesetzlich verankerten Prinzipien, des verursachenden Prinzips und der Kostenwahrheit, gerecht zu werden, reichte die angekündigte moderate Erhöhung der Preise nicht aus und es brauche auch die für das Jahr 2027 bereits angekündigte weitere Erhöhung. Weder der aktuelle Preis noch der auf 2027 angekündigte Preis sei kostendeckend. Da ein Strassenparkplatz gemäss einer Berechnung aus dem Jahr 2017 zwischen 1’040 und 1’845 Franken pro Jahr koste.

Die PetKo stellte einmal mehr fest, dass die Parkierungspolitik hoch emotional und umstritten ist. Auch innerhalb der Kommission sind die Meinungen dazu nicht einheitlich. Auch wenn nicht alle Kommissionsmitglieder damit glücklich sind, ist doch allen klar, dass die aktuelle Parkierungspolitik den vom Grossen Rat und der Stimmbevölkerung gesetzten Leitlinien entspricht. Dennoch wird die Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung mit der Parkierungspolitik durchaus ernst genommen, auch wenn sich ein anderer Teil der Bevölkerung gerade das Gegenteil wünscht, nämlich mehr Grün- und Freiflächen und weniger Parkplätze.

Die Argumentation der Petentschaft, dass die Preiserhöhung für die Parkkarten asozial sei, ist für einen Teil der Kommission nicht nachvollziehbar, da von den Haushalten mit kleinen Einkommen wohl viele gar kein Auto besitzen. Um diese Thematik besser abschätzen zu können, stellte die PetKo dem Regierungsrat sechs Fragen dazu. Sie finden diese Fragen im Bericht. Ausserdem stellte die PetKo noch drei vertiefende Fragen zur Medienmitteilung des BVD vom 2. Juli mit dem Titel «In Basel stehen insgesamt mehr Parkplätze zur Verfügung».

Die Petitionskommission bittet um Beantwortung dieser Fragen und beantragt Ihnen, die vorliegende Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert einem Jahr zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Da mir angekündigt wurde, dass es etwas länger dauern würde, machen wir am Nachmittag mit dieser Petition weiter. Ich notiere mir die Liste und wünsche einen guten Appetit.

Schluss der 43. Sitzung

11:54 Uhr

Protokoll

der 44. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 18. Dezember 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Erich Bucher (FDP), Helena Meyer (SP), Lukas Faesch (LDP), Johannes Barth (FDP).*

Verhandlungsgegenstände:

21. Petition P492 "Keine Gebührenwillkür in Basel! Nein zu überhöhten Parkkartenpreisen", Bericht der PetKo 3
22. Petition P493 "Für eine smartphonefreie Schulkultur", Bericht der PetKo 6
24. Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wasser fassen und lassen am Fernbusbahnhof der Kulturhauptstadt der Schweiz 7
25. Anzug 1 Eric Weber betreffend Kopien für Grossräte 7
26. Anzug 2 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Zugang zu Laptops für armutsbetroffene Jugendliche auf Sek II-Stufe und Hochschulen im Kanton Basel-Stadt 7
27. Anzug 3 Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Sicherstellung des Service Public der Postfilialen in Basel-Stadt 8
28. Anzug 4 Stefan Wittlin und Konsorten betreffend neue zweckdienliche Trinkbrunnen zum Auffüllen von Flaschen 8
29. Anzug 5 der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend eine bessere Vernetzung der Gesundheitsakteure 8
30. Anzug 6 Daniel Gmür und Konsorten betreffend Nachvollziehbarkeit gerichtlicher Entscheide durch öffentliche Urteilsberatung, Abstimmungsergebnisse oder Dissenting Opinions 8
31. Anzug 7 Zaira Esposito und Claudia Baumgartner betreffend Wasserspiel auf dem Tellplatz – eine sprudelnde Piazza fürs Gundeli 14
32. Anzug 8 Daniel Albietz betreffend Bereitstellung und Publikation mündlicher Interpellationsantworten 17
33. Anzug 9 Daniel Albietz betreffend Präsenzfeststellung an Grossratssitzungen 17
34. Anzug 10 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Leerstand der Messe Basel und die Suche nach Zwischenlösungen für die prekäre Sporthallen-Situation im Kanton Basel 17
35. Anzug 11 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Basler Kampagne gegen den Schlaganfall 19
36. Anzug 12 Joël Thüring und Konsorten betreffend faire Abstimmungsvideos des Kantons statt einseitiger Information 22
37. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikumssporthalle, Zwischenbericht des RR 23
37.1. Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend 50-Meter-Schwimmbecken in der Region Basel, Schreiben des RR 24
38. Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend defizitären Versorgungsgrad des Kantons mit Hausärztinnen und Hausärzten, Schreiben des RR 25
39. Motion David Jenny und Konsorten betreffend Frühlingsputz in der Systematischen Gesetzessammlung: Aufhebung oder Totalrevision des Gesetzes betreffend den Austritt in Behörden, die Beschränkung der Stimmgebung bei Wahlen und die Ausschliessung der Wählbarkeit von Verwandten zu Mitgliedern von Behörden (SG 138.100), Zwischenbericht des RR 27
40. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung, Schreiben des RR 28

41. Interpellation Nr. 120 Franziska Stier betreffend aktuelle Entwicklungen zu Microsoft 365, Schreiben des RR 28
42. Anzug Johannes Sieber und Béla Bartha betreffend Stärkung der Rahmenbedingungen für die Film- und Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit «Lex Netflix», Schreiben des RR 29
43. Interpellation Nr. 116 Andrea Strahm betreffend Sozialhilfe für Personen aus Afrika und arabischen Ländern, Schreiben des RR 29
44. Anzug Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB, Schreiben des RR 30
45. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Kapazitätsausbau bei der Buslinie 36 und möglicher Schaffung einer Schnellbus-Ringlinie, Schreiben des RR 32
46. Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten, Schreiben des RR 32
47. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend Förderung von einheimischem Holz als ökologischer und klimaneutraler Baustoff, Schreiben des RR 35
47.1. Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend der Reduktion von klimaschädlichem Zement und Beton im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR 38
47.2. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Vorbildfunktion für nachhaltiges Bauen, Schreiben des RR 39
47.3. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klimaziele bei Arealentwicklungen, Schreiben des RR 39
47.4. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klausel für Pilotprojekte, Schreiben des RR 39
47.5. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Experimentierzone und Experimentierstatus für klimafreundliches Bauen, Schreiben des RR 39
47.6. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten zur Sicherstellung einer Kompetenz- und Beratungsstelle für klimafreundliches Bauen, Schreiben des RR 40
47.7. Anzug Lea Wirz und Konsorten zur Sicherstellung der Möglichkeit zur Weiterverwendung bestehender Bau- Substanz während allen Planungsphasen, Schreiben des RR 40
47.8. Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend Strategie Netto-Null in der Basler Bauwirtschaft, Schreiben des RR 40
47.9. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend graue Energie bei Baugesuchen berücksichtigen, Schreiben des RR 40
47.10. Anzug Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen, Schreiben des RR 41

Beginn der 44. Sitzung

Donnerstag, 18. Dezember 2025, 15:02 Uhr

21. Petition P492 "Keine Gebührenwillkür in Basel! Nein zu überhöhten Parkkartenpreisen", Bericht der PetKo

[18.12.25 15:02:51, 24.5493.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir fangen mit der Traktandenliste an. Darf ich Nicole Strahm-Lavanchy nach vorne bitten?

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): In unserer Stadt oder zumindest in diversen Quartieren wird ein öffentlicher Parkplatz zum Luxusgut, wie Gold und Edelsteine, knapp und teuer. Und jetzt obendrauf noch eine Erhöhung der Parkplatzgebühren. Je nach Grösse eines Autos zahlt man nun neu bis fast 100% mehr im Jahr an Gebühren als noch bis anhin. Wäre dieser Aufschlag beim U-Abo, gäbe es einen kollektiven Massenaufschrei. Und was bei dieser neuen Gebührenlogik ganz absurd ist, bei einer Wechselnummer gilt für die Gebühr das grössere Auto, auch wenn dieses nie auf der Allmend parkiert wird, Thema Wohnmobil zum Beispiel. Die neuen Parkplatzgebühren mögen offiziell mit Umwelt- und Verkehrszielen begründet sein, sie sind aber ebenso eine ungerechte Mehrbelastung für viele Haushalte und fördern noch mehr eine soziale Schieflage.

In Basel haben rund 41% aller in Basel eingelösten Autos eine Parkkarte. Dies ist deutlich über vergleichbaren Städten wie Bern und Zürich. Das zeigt, wie stark man in unseren dicht bebauten Quartieren auf solche Parkplätze angewiesen ist. Quartierparkings gibt es ja leider nicht. Es gibt nämlich auch in unserer Stadt, und das sind nicht nur Berufstätige, welche dringend auf ein Auto angewiesen sind, sie alle werden bestraft, weil eine 15-Minuten-Stadt, ja, wir sind noch Lichtjahre davon entfernt. Und was ist mit den motorisierten Zweirädern, Töffs, Roller, Cargovelos? Sie alle bleiben weiterhin gratis. Der Kanton schafft ihnen sogar neue eigene Parkfelder. Mich erstaunt jedoch, von wegen Platzbedarf, warum dürfen grosse motorisierte Zweirad- und Dreirad-Cargobikes ihr Privileg behalten und für ihre privaten Platzansprüche nichts bezahlen sollen, während mein kleiner Smart zur Kasse gebeten wird. Und wie sieht es eigentlich mit den Parkierenden aus, welche zwei Parkplätze belegen, nur weil sie keinen Parkassistenten haben?

Wir von der LDP sind jedenfalls sehr gespannt auf die weiteren Entwicklungen des Parkregimes in Basel. Vielleicht werden wir ja eines Tages erhört und es gibt in Zukunft genug Parkplätze zu einem vernünftigen Preis. Deshalb unterstützen wir die Überweisung an den Regierungsrat zur weiteren Stellungnahme.

Balz Herter, Grossratspräsident: Darf ich alle bitten, kurz in den Saal zu kommen?

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bald hat André Salvisberg nach mehr als 30-jähriger Tätigkeit beim Kanton seinen letzten Arbeitstag. Er hat nach seinem Geschichtsstudium am 1. Juni 1995 eine Stelle im Staatsarchiv übernommen, bevor er in die Grossratskanzlei gewechselt hat. Dort hat er die Mitglieder des Grossen Rates bereits betreut und unterstützt, bevor es überhaupt einen Parlamentsdienst gab. In den letzten Jahren war er Sekretär der Kommission BKK und der GSK. André Salvisberg hat sich entschieden, seine Stelle im 25-Prozent-Pensum als Sekretär der GSK auf Ende Jahr zu künden und sich auf weitere Tätigkeiten zu fokussieren. Ich bedanke mich ganz herzlich für deine langjährigen Dienste für unseren Kanton. Alles Gute. [Applaus]

Balz Herter, Grossratspräsident: Beat K. Schaller als Fraktionssprecher für die SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Auf dem «Chrüzlistich» sehen Sie, dass die SVP Überweisen an den Regierungsrat hat. Das ist ein redaktioneller Fehler, es muss heissen, dem Regierungsrat zur Stellungnahme überweisen, denn die Petition nimmt ein Anliegen auf, welches unserer Bevölkerung unter den Nägeln brennt. Die offizielle Politik hat sich ja die Jagd auf den bösen

Autofahrer auf die Fahnen geschrieben und sie lässt ja nichts unversucht, die Autofahrer aus unserem Kanton zu vergellen und wem das Wort vergellen nicht so geläufig ist, es bedeutet verleiden, vermiesen, ungeniessbar machen, etc. Nicht nur die Fortbewegung mit dem Auto wird systematisch behindert, sondern auch das Abstellen, wenn das Fahrzeug nicht benutzt wird. Es ist der ewige Kampf der Autophoben gegen die Autorealisten.

Und gerade die Kreise, welche bei jeder Gelegenheit nach Fairness rufen, treten diese Fairness beim Auto mit Füssen. Dass Familien, welche wegen ihrer Kinderzahl auf ein grösseres Auto angewiesen sind, egal. Dass sie bestraft werden mit höheren Parkpreisen, egal. Dass andere Verkehrsteilnehmer weder für den aktiven noch für den passiven Gebrauch des Strassenraums bezahlen müssen, egal. Dass der Kanton mehr Parkkarten verkauft, als er überhaupt Parkplätze anbietet, egal. Dass der Parkdruck am höchsten ist in den Quartieren, in welche Familien mit eher tiefem Einkommen wohnen, das ist egal. Dass der Preisüberwacher einen Maximalbetrag von 322 Franken pro Jahr für richtig hält, völlig egal. Hauptsache, die bösen Autofahrer werden aus dem Kanton vertrieben.

Es ist ganz offensichtlich, die aktuellen Gebühren belasten Haushalte mit geringem Einkommen überproportional. Aber Mobilität darf kein Luxus sein und trotzdem, es werden Gebühren erhoben, welche besonders jene, die ohnehin schon mit steigenden Kosten kämpfen, belasten. Familien, ältere Menschen, Erwerbstätige mit geringem Einkommen. Mobilität ist Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wer sie verteuert, erschwert oder sogar verhindert, betreibt Ausgrenzung und der Regierungsrat muss sicherstellen, dass Gebühren nicht als versteckte Steuerinstrumente missbraucht werden. Eine faire Parkpolitik ist Teil einer nachhaltigen Stadtentwicklung für alle.

In diesem Saal hören wir ja immer wieder das Wort Gerechtigkeit, vor allem im Zusammenhang mit Klima, Klimagerechtigkeit. Ja bitte, reden wir doch auch einmal um Verkehr, Mobilität über Gerechtigkeit, führen wir eine Debatte über Mobilitätsgerechtigkeit. Ist es gerecht, dass die einen für die Infrastruktur bezahlen und beim geringsten Vergehen gnadenlos gebüsst werden, während die anderen nichts bezahlen, keine Sanktionen befürchten müssen, sich aufführen können, wie sie wollen, und diese Narrenfreiheit auch weidlich ausnützen. Führen wir eine Mobilitätsgerechtigkeitsdebatte, es nimmt mich wunder, ob Sie dazu willens und fähig sind. Das Thema ist zu wichtig, als dass wir es einfach so ad acta legen können.

Die Petitionskommission hat diverse Fragen formuliert, welche der Regierungsrat beantworten möge. Wir, die SVP, hoffen auf ergebnisoffene Antworten ohne ideologische Schlagseite. Es ist am Regierungsrat zu zeigen, dass er dazu willens und fähig ist. Aus diesem Grund beantrage ich namens der Fraktion der SVP, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die FDP kommt Daniel Seiler ans Pult.

Daniel Seiler (FDP): Vorab, ich habe mich vor ein paar Wochen bezüglich der PetKo und der Wettsteinallee beklagt hier im Saal. Ich glaube, ich darf heute die PetKo loben, sie hat sich wirklich mit dieser Petition auseinandergesetzt. Das finde ich erfreulich, aber das hat Heidi Mück vorher auch schon gesagt. Ich habe mich hier drin auch schon zum Thema Parkgebührenerhöhung geäussert und dass das sehr wohl natürlich auch Familien betreffen kann. Wir haben das Beispiel vom Volkswagen Passat schon mal genommen. Dieser Volkswagen Passat, für die, die sich eben nicht so mit den Autos auskennen, ist, wie der Name sagt, auch heute noch ein Volkswagen, gehört aber eben in diese Kategorie der grössten und längsten Fahrzeuge, also das kostet dann den Familienvater ab 2027 740 Franken. Das war im 2018 noch 140 Franken. Wenn wir diese 740 Franken in die Diskussion von letzter Woche nehmen, als es um die Einbürgerungsgebühren gegangen ist, diese 740 Franken, die werden jährlich bezahlt und nicht nur einmalig. Also wenn wir schon von Gerechtigkeit sprechen, Kollege Schaller hat das vorhin auch erwähnt, dürfen wir durchaus diese Gerechtigkeitsfragen auch bei diesem Thema einmal annehmen. Und wie wir ja auch wissen, soll der Volkswagen Passat ja zusätzlich auch noch bei der Motorfahrzeugsteuer gleich bestraft werden, wie wir jetzt darüber diskutieren.

Also das Thema hat sehr wohl sozialpolitische Komponente und ich bin da auch der Meinung des Kollegen Schaller, dass wir die wirklich diskutieren sollen. Ich vertraue da auf die Regierung. Es werden belastbare Zahlen gefordert, das wird manchmal nicht so einfach sein. Ich kann Ihnen sagen, dass man wirklich wahrscheinlich schon davon ausgehen kann, dass eher ein Auto in einer Tiefgarage steht, da vielleicht jemand ein bisschen mehr verdient, weil da kostet es halt doch nochmal deutlich mehr und von dem her bin ich aber auch gespannt, wie die Antworten von der Regierung ausschauen. Ich schliesse mich dem Vorvotum an, der Regierungsrat soll diese Fragen beantworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Im «Chrüzlistich» können Sie sehen, dass die Fraktion GRÜNE/jgb die Petition erledigen will. Das ist auch einigermassen schlüssig, weil die Parkkartengebührenverordnung, die Anpassung, die geht effektiv auf den

Vorstoss von Raphael Fuhrer zurück. Das war, glaube ich, 2018, da haben das auch Vertreter der FDP und LDP und Mitte und überall unterstützt. Ich glaube, es sind nur noch Raoul Furlano und Lisa Mathys da heute, die dort unterzeichnet haben. Und der Vorstoss hat eigentlich genau das gefordert, was jetzt umgesetzt worden ist, nämlich dass der Parkraum anständig bepreist wird und so auch eine gewisse Lenkungsfunktion hat, weg vom Auto zum Langsamverkehr, und der Platz in der Stadt gerecht verteilt wird. Und dieser Meinung sind wir eigentlich immer noch, dass die Parkkartengebührenerhöhung genau den Zweck erfüllt. Die Gelder gehen in einen Mobilitätsfonds, der genau wieder auch den Menschen im Kanton zugutekommt, die eher einen Langsamverkehr, eine umweltfreundliche Verkehrsmobilität bevorzugen. Und darum sind wir auch ganz klar der Meinung, dass die Petition nicht dem Regierungsrat überwiesen werden muss, dass man die als erledigt abschreiben kann.

Wir verstehen auch nicht ganz, was man mit dieser Petition erreichen will. Wenn man wirklich der Überzeugung ist, das ist eine Mehrheit der Bevölkerung, es besitzen ja übrigens nur etwa 49% der Haushalte wirklich ein Auto, aber wenn man das wirklich will, dann könnte man ja eine Volksinitiative machen. Aber ich weiss, glaube ich auch, warum man das nicht macht, weil vor drei Jahren genau das gleiche Thema schon vor dem Volk gewesen ist und es dort abgeschmettert worden ist. Die Bevölkerung wollte keine Reduktion der Parkkartenpreise und so ist auch die Petition eigentlich schon für mich beantwortet und wir würden Ihnen darum gerne ans Herz legen, die als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Die SP steht auch hinter dem Parkraumkonzept des Kantons, weil wir ja eben denken, auf unserem sehr begrenzten Stadtgebiet ist halt Frei- und Grünraum sehr rar und wir wollen sehr sorgsam mit jedem Fleckchen umgehen. Und wir haben, wie Sie gesagt haben, diesen Vorstoss unterstützt, wir unterstützen das Konzept, was eben auch die Preispolitik der Parkplätze beinhaltet. Wir nehmen aber die Einwände der Petentschaft zur Kenntnis und für uns ist es auch wichtig, jetzt die von der Kommission gestellten Fragen beantwortet zu bekommen und deshalb überweisen wir die Petition gerne der Regierung zur Stellungnahme.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Ich habe Sie heute Morgen vorgewarnt, die Parkierungspolitik ist ein emotionales Thema. Sie haben es gehört, der Frust bei einem Teil der Bevölkerung ist gross. Die Petition ist ja nicht das stärkste Mittel in der Demokratie, das wir haben, aber was wir tun können, ist, die Petentschaft ernst zu nehmen und das versuchen wir auch immer in der Petitionskommission. Wir haben verschiedene Fragen formuliert, die wir gerne vom Regierungsrat beantwortet haben möchten und deshalb bitte ich Sie im Namen der Mehrheit der Petitionskommission, diese Petition an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jérôme Thiriet beantragt, die Petition als erledigt abzuschreiben. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Berichterstattung an den Regierungsrat, NEIN heisst erledigt erklären.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007937, 18.12.25 15:21:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Petition dem Regierungsrat zur Berichterstattung überweisen. Das Geschäft ist erledigt.

22. Petition P493 "Für eine smartphonefreie Schulkultur", Bericht der PetKo

[18.12.25 15:21:42, 24.5546.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat die Präsidentin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die letzte Petition für heute verlangt, dass unter Einbezug der Schulstandorte an der Volksschule eine kantonale Richtlinie entwickelt wird, die eine smartphonefreie Schulkultur während der obligatorischen Präsenzzeit der Schüler*innen fördert und an allen Standorten flexibel umsetzbar macht. Die Petition wurde der PetKo im Januar 2025 überwiesen und das Hearing mit der Petentschaft fand im August statt. Am Hearing nahm auch der Co-Leiter Volksschulen als Vertreter des Erziehungsdepartements teil.

Die drei Vertreter*innen der Petentschaft informierten, dass die Petition von Lehrpersonen aller Schulstufen, einem Schulleiter, Mitglieder von Eltern- und Schulräten, Sozialarbeitenden, Sozialpädagog*innen sowie weiteren bildungsinteressierten Personen lanciert worden sei. Sie erläuterten, dass es ihnen mit der Petition nicht um ein generelles Verbot von Smartphones gehe, sondern darum, smartphonefreie Zonen und Zeiten zu definieren. Es brauche eine schulübergreifende gemeinsame Kultur und Haltung zum Umgang mit Smartphones. Sie kritisierten, dass die Haltung des Kantons dazu nirgends festgehalten sei und dass einzelne Schulen ihre Regeln zum Umgang mit Smartphones prominent auf ihren Webseiten kommunizieren und diese Regeln bei anderen Schulen nur schwer herauszufinden seien. Sie äusserten den Wunsch nach einer Regelung, die für alle Schulen gelte und zeigten sich überzeugt. dass sich die Konzentration und die Lernleistung der Schüler*innen mit einer smartphonefreien Schulkultur verbessern liesse. Zudem verwies die Petentschaft auf eine kürzlich durchgeführte Umfrage der Freiwilligen Schulsynode, gemäss der 51% der Lehrpersonen ein generelles Verbot von Smartphones an den Schulen befürworten. Ausserdem beriefen sie sich auf den weltweiten Trend, Smartphones an den Schulen zu verbieten.

Der Vertreter des ED hielt fest, dass er mit vielen Feststellungen der Petentschaft einig sei. Der Umgang mit Smartphones sei jedoch ein gesellschaftliches Problem und nicht nur für die Schulen relevant. Die Schulen könnten gesellschaftliche Probleme nicht allein lösen, aber sie würden mit der Förderung der Medienkompetenz im Fach Medien und Informatik ihren Beitrag leisten. Der Vertreter des ED bestritt, dass an den Schulen Basel in Bezug auf die Nutzung von Smartphones Wildwuchs herrsche und informierte, dass an keiner Schule ein Smartphoneverbot bestehe, dass es aber an jeder Schule klare Regeln im Umgang damit gebe, die oft zusammen mit den Lehrpersonen und teilweise auch mit den Schüler*innen definiert worden seien. Die Forderung der Petition sei also weitestgehend erfüllt. Die an den Schulen geltenden Regelungen reichten aus, um die Eigenverantwortung zu fördern und die Schüler*innen keinen unnötigen Gefahren auszusetzen. Ein totales Smartphoneverbot sei nicht zielführend, da es unter anderem zu einer Überkompensation in der Zeit nach der Schule führen könne. Es herrschen gemäss ED-Vertreter also durchaus Regeln an den Schulen, die auch durchgesetzt werden, jedoch müssten die Schüler*innen auch auf den Umgang mit Smartphones an den weiterführenden Schulen oder im Berufsleben vorbereitet werden. Zudem hätten viele Schüler*innen das U-Abo auf dem Smartphone und nutzen Zahlungs-Apps für die Mensa. Der Vertreter des ED räumte jedoch ein, dass die klare Haltung des ED noch besser kommuniziert werden könnte.

Die Petitionskommission tat sich etwas schwer mit den konkreten Forderungen der Petition. Die Aussagen der Petentschaft, dass es ihr nicht darum gehe, Smartphones völlig aus den Schulen zu verbannen und gleichzeitig der Verweis auf Verbote in anderen Ländern oder Kantonen wurde als widersprüchlich wahrgenommen. Die Petition fordert einerseits eine flexibel umsetzbare, smartphonefreie Schulkultur und andererseits gingen die Aussagen der Petentschaft am Hearing zum Teil sehr vehement in Richtung Smartphoneverbot. Ob ein generelles Smartphoneverbot sinnvoll ist, wurde in der Kommission sehr unterschiedlich beurteilt. Einig war sich die PetKo jedoch darin, dass die Schule nicht alle mit Social-Media-Apps verbundenen Probleme lösen kann. Es war völlig unbestritten, dass die Schulen Regeln für den Umgang mit Smartphones brauchen, gemäss Aussagen des ED-Vertreters gibt es diese Regeln jedoch schon. Ob eine Vereinheitlichung tatsächlich den gewünschten Mehrwert bringt, scheint der PetKo zweifelhaft. Die PetKo sieht Verbesserungsbedarf bei der Kommunikation der smartphonefreien Schulkultur und wünscht sich eine Auflistung der an jeder Schule geltenden Regelungen. Eine solche Übersicht könnte auch den einzelnen Schulen helfen, zu einem einheitlicheren Umgang mit Smartphones zu kommen.

In diesem Sinn beantragt die PetKo, die Petition für eine smartphonefreie Schulkultur dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition stillschweigend an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

24. Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wasser fassen und lassen am Fernbusbahnhof der Kulturhauptstadt der Schweiz

[18.12.25 15:27:43, 25.5459.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

25. Anzug 1 Eric Weber betreffend Kopien für Grossräte

[18.12.25 15:28:11, 25.5458.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hätte Herr Weber. Somit kommen wir gleich zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

4 Ja, 81 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007941, 18.12.25 15:29:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Anzug wurde nicht überwiesen mit 81 Nein-Stimmen gegen 4 Ja-Stimmen.

26. Anzug 2 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Zugang zu Laptops für armutsbetroffene Jugendliche auf Sek II-Stufe und Hochschulen im Kanton Basel-Stadt

[18.12.25 15:29:18, 25.5460.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

27. Anzug 3 Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Sicherstellung des Service Public der Postfilialen in Basel-Stadt

[18.12.25 15:29:44, 25.5461.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Anzug 4 Stefan Wittlin und Konsorten betreffend neue zweckdienliche Trinkbrunnen zum Auffüllen von Flaschen

[18.12.25 15:30:07, 25.5462.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

29. Anzug 5 der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend eine bessere Vernetzung der Gesundheitsakteure

[18.12.25 15:30:30, 25.5463.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

30. Anzug 6 Daniel Gmür und Konsorten betreffend Nachvollziehbarkeit gerichtlicher Entscheide durch öffentliche Urteilsberatung, Abstimmungsergebnisse oder Dissenting Opinions

[18.12.25 15:30:54, 25.5464.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Bruno Lötscher hat sich als erster Einzelsprecher gemeldet.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Wenn Sie sehen, wer alles diesen Anzug mal unterschrieben hat, dann erstaunt es, glaube ich, also vor allem, wenn man weiss, was das dann allenfalls für Folgen haben wird, wenn wir tatsächlich in diese Richtung intensiv weitergehen. Jetzt ist das ja nur ein Anzug, den kann man ja mal überweisen und die Regierung oder die Gerichte sollen da mal was schreiben, man kann das so überlegen. Aber ein bisschen würde ich mich auch schämen, dass wir das so machen. Weil die Fragen derart offensichtlich zu beantworten sind und eigentlich jedem, der sich ein bisschen intensiver damit befasst hat und das studiert hat, relativ schnell klar wird, was die Fragestellungen sind und wo die Probleme liegen, hätte ich wirklich ein schlechtes Gewissen, das der Regierung oder den Gerichten zu überweisen.

Was ist denn wirklich gewollt? An der ersten Instanz eine öffentliche Beratung, das ist etwas, was Sie nicht erwarten können, nicht erwarten sollten und auch nie festlegen sollten in einem Gesetz, weil dort geht es ganz häufig um Sachverhaltsthemen, wo man stundenlang je nachdem mal einen Fall auseinander beineln muss. Das ist nicht einfach Beratung im hohen Niveau, wie das am Bundesgericht ist, dort ist das sicher richtig, dass man dort eine öffentliche Beratung vorsieht, weil dort geht es um Präjudizien, dort geht es um feine dogmatische Abstimmungen, aber in der ersten Instanz sind Sie sehr häufig mit Sachverhaltsthemen befasst. Sie haben zudem, zweitens, relativ oft Laienrichterinnen und Laienrichter, die würden sich nicht mehr getrauen, etwas zu sagen, wenn sie nicht die entsprechende Fachkompetenz locker vortragen können, nicht so geübt sind, sondern sie werden dem Vorredner, der Vorrednerin einfach folgen. Das sieht man dort, wo manchmal in der zweiten Instanz das vorgesehen ist. An der zweiten Instanz könnte man sich das allenfalls denken, dort wo es um verfassungsrechtliche Fragen geht, weil dort sind möglicherweise solche Themen auch nicht vom Sachverhalt überlagert. Aber wenn Sie wollen, dass zum Beispiel am Strafgericht öffentlich beurteilt wird, wie man jetzt zum Urteil kommt, wenn Sie in erstinstanzlichen Entscheiden das wollen, dann haben Sie eine massive Schwächung der Justiz, Sie werden die Rechtsprechung nicht stärken, sondern schwächen und Sie haben klarerweise Verlängerung der Verfahren, auch weil offenbar ja die Zirkularentscheide da mit verwoben werden in diese Diskussionsfrage. Wenn die nicht mehr gemacht werden können, werden wir vor allem an der zweiten Instanz ewige Verfahrensdauern haben.

Ich habe gesehen, dass in fast allen Fraktionen, auch in meiner, Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sind, aber ich bitte Sie nochmals zu überlegen, wollen wir wirklich diese Übung machen, dann können wir es vielleicht in der zweiten Auflage dann konkreter noch anschauen. Ich würde Ihnen raten, gar nicht zu überweisen und stelle diesen Antrag.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Aktuell entstehen Urteile in unserem Kanton oft unter Bedingungen, die für Aussenstehende nur schwer nachvollziehbar sind. Die Entscheidfindung findet im stillen Kämmerlein statt, Beratungen sind nicht öffentlich, abweichende Meinungen werden nicht sichtbar und teils findet gar keine mündliche Beratung statt. Für die Betroffenen, und aus dieser Perspektive spreche ich, ich spreche nicht als Anwältin oder als Rechtswissenschaftlerin und auch nicht als ehemalige Richterin, heisst das, sie erhalten das Ergebnis, aber nicht den Weg dorthin. Es bleibt unklar, welche Argumente innerhalb des Gerichts eine Rolle spielen, ob es kritische Stimmen gab oder wie breit ein Entscheid abgestützt war, überhaupt, wie es innerhalb der Kammer zu einem Urteil kam. Das erschwert es, Entscheidungen zu verstehen und reduziert ihre Nachvollziehbarkeit. Mehr Transparenz, etwa durch öffentliche Beratung, die Offenlegung von Abstimmungsresultaten und die Möglichkeit von Dissenting Opinions, würde diese Blackbox ein Stück weit öffnen. Die Entscheidungsprozesse würden verständlicher, ohne dass die Unabhängigkeit der Gerichte eingeschränkt wird.

Es geht hier nicht um Spektakel, sondern um Nachvollziehbarkeit und Qualität. Eine Justiz, deren Arbeitsweise klar sichtbar ist, schafft Orientierung und stärkt das Vertrauen in ihre Entscheidungen. Ganz einfach, weil man sehen kann, wie sie zustande kommen. Die Glaubwürdigkeit der Rechtsprechung würde gestärkt und ich bin überzeugt, dass der Rechtsprechung das Ganze gut tun würde. Deshalb unterstützen wir diesen Anzug und bitten um Prüfung von Möglichkeiten, die Urteilsberatung transparent zu machen und überhaupt, in welchen Gerichten das passieren soll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Im Wesentlichen folge ich Herrn ehemaliger Richter Lötscher und ich sage das Gleiche jetzt aber mit anderen Worten, wir haben uns ja nicht abgesprochen. Ziel der Urteilsberatung ist, herauszufinden, ob man eine Klage ganz oder teilweise abweist oder sie gutheissen tut. Die Methode der Urteilsfindung ist sehr schwierig. Das ist keine exakte Wissenschaft, es ist nicht eine mechanistische Methode. Man muss zuerst den Lebensvorgang versuchen zu begreifen und zu erfassen, danach muss man ihn rechtlich qualifizieren. Und das ist ein Herantasten, dann hat man wieder eine Idee, nimmt sie zurück, wird überzeugt von einer anderen Richterkollegin oder -kollegen und das Ganze sollte eigentlich diskret ablaufen im Kämmerli, wie wir in Basel sagen. Wäre das öffentlich, dann würde sich jeder in seine Komfortzone

zurückziehen, um sich keine Blösse zu geben, es gäbe keine Interaktionen, keine Diskussion, die Qualität der Urteile wäre geringer und ich denke, das wäre sogar eine Rechtsverweigerung für die Rechtssuchenden.

Dann kommt noch hinzu, die Anzahl und Qualifikationen der Richterinnen und Richter. Zum Beispiel ein Einzelrichter, erste Instanz, von ihm kann man nicht verlangen, dass er laut denkt. Und wenn wir beim Gremium sind, dann gibt es eben die Berufsrichter und die Laienrichter und die Laienrichter werden sich keine Blösse geben, sie werden an der Urteilsfindung nicht teilhaben und das führt im Endergebnis auch zu einer Rechtsverweigerung. Dann haben wir noch die Spezialgerichte, Arbeitsgerichte, Mietgerichte und die sind paritätisch zusammengesetzt. Je nachdem wird dann ein Arbeitgeberrichter nicht versuchen, sich in die Haut zu versetzen eines Arbeitnehmers, weil das alles so publik ist und dann hat er Angst um den politischen Rückhalt. Das sind alles Punkte, die gegen diese gut gemeinte Transparenz sprechen. Beim Bundesgericht ist es anders, wie Sie gesagt haben, dort hat man schon Urteile der Vorinstanzen, die Karten liegen auf dem Tisch, es geht dort nur noch um Feinheiten und die können nicht weitergezogen werden, die Urteile des Bundesgerichts.

Dann wegen der Dissenting Opinion, das ist eine Art Minderheitsbericht. Das ist klar mit grösserem Aufwand verbunden, das ist ein kleineres Problem, aber es ist eine Hilfestellung an die unterlegene Partei. Man hilft ihr, ein Rechtsmittel zu ergreifen und das Urteil anzufechten. Das ist nicht die Aufgabe des Gerichts und es dient nicht dem Rechtsfrieden. Das gleiche gilt auch in Bezug auf die Offenlegung der Abstimmungsergebnisse. Das sind auch so Hinweise auf die Chancen und Risiken einer Anfechtung. Auch das ist wiederum nicht die Aufgabe des Gerichts und es dient nicht dem Rechtsfrieden.

Lange Rede, kurzer Sinn, gut gemeint, aber kontraproduktiv und eventuell rechtlich sehr fragwürdig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Claudia Baumgartner. Diese wird entgegengenommen.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich verstehe nicht, wieso haben Sie den Anzug dann unterzeichnet?

Gabriel Nigon (LDP): Ich habe mich einlullen lassen und ich finde ihn sehr sympathisch, der junge Kollege, und als ich mir es nachher überlegt habe, habe ich gedacht, was habe ich gemacht, deshalb stehe ich hier.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die Akzeptanz der Gerichtsurteile ist meines Erachtens wesentlich davon abhängig, dass die Parteien am Gericht verstehen können, wie geurteilt wurde. Das ist die Nachvollziehbarkeit und die Transparenz ist darum extrem wichtig für die Personen, die vor Gericht stehen, aber es ist auch eine Demokratiekontrolle für alle anderen. Wenn wir sehen, dass unsere Gerichte funktionieren, dann können wir auf unsere Gesellschaft vertrauen, das ist ein wichtiges Element. Nun ist es ja nicht eine exotische Forderung, sondern es ist eine Forderung, die gibt es bereits in anderen Kantonen. Wenn ich es recht im Kopf habe, in Baselland sind gewisse Urteilsberatungen öffentlich, es scheint zu funktionieren und das Bundesgericht hat es, soweit ich verstanden habe, explizit offengelassen, dass man es auch öffentlich machen kann, und dann wird es ja wohl doch auch gute Gründe für die öffentliche Urteilsberatung geben. Nun hat Kollege Lötscher gesagt, ja, die kennt man. Ich muss sagen, ich habe jetzt in der Vorbereitung ein paar sehr spannende Artikel gelesen, insbesondere ein Interview von zwei Rechtsanwälten im Plädoyer, die Argumente dafür und dawider hatten. Es war sehr spannend zu lesen und ich wäre interessiert an einer vertieften Abklärung, weil mir sind die nicht alle ganz schlüssig so auf den ersten Blick. Ich denke, mit diesem Anzug haben wir die Chance, das vertieft abklären zu lassen und danach zu schauen, wie wir weiter vorgehen wollen. Ich bitte Sie darum im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Es stellt sich die Frage, dient es dem Ansehen der Justiz, wenn so getan wird, als würden Richtergremien einstimmig entscheiden. Ist das wichtig für das Ansehen oder wäre es vielleicht nicht noch wichtiger zu zeigen, dass es unterschiedliche Meinungen gab, unterschiedliche juristische Argumentationen, unterschiedliche Anträge. Das war in Basel früher, soweit ich mich erinnere, beim Appellationsgericht regelmässig der Fall, auch bei Zivilurteilen und es ist in Baselland überhaupt immer der Fall, Strafrecht ist ausgenommen. Also wenn ich jetzt heute vom geschätzten Kollegen Nigon höre, die Qualität würde leiden, also das Verwaltungsgericht Basel-Landschaft verhandelt immer öffentlich, Sie wollen nicht im Ernst sagen, dass die Qualität schlecht sei. Es ist eine sehr gute Qualität, es ist sehr interessant, wenn man die

verschiedenen Voten hört. Kürzlich Steuergericht Baselland war ich, habe ich das auch mitbekommen. Ich glaube, das sollte man schon prüfen, ob das nicht wieder sinnvoll wäre, und deswegen beantragen wir Ihnen, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Im Gegensatz zu Herrn Nigon liess ich mich nicht einlullen von Herrn Gmür. Ich habe seinen Vorstoss gelesen und gesagt, ja, das ist vertretbar und angebracht, dass ich hier unterschreibe. Und dies hat mich provoziert, hier zu sprechen, lieber Bruno Lötscher, ich schäme mich auch nicht dafür und ich glaube, ich muss mich auch nicht schämen. Es ist ein Anzug, das entschuldigt nicht alles, aber er sagt, wir bitten zu prüfen und zu berichten, wie und bei welchen Gerichten, Verfahren im Kanton Basel-Stadt, etc. Also es ist nicht ein Rundumschlag, wie gestern einige gesagt haben, bei der Budgetkürzung, sondern es gibt Raum für sehr differenzierte Antworten durch unsere Regierung und die werden ja sicherlich entsprechend mitinstruiert werden durch unsere Gerichte. Ich habe im Übrigen noch nie vor einer Sitzung so viel Tadel empfangen dafür, dass ich einen Vorstoss unterschrieben habe.

Bei der Revision der Gerichtsorganisation haben wir die öffentlichen Urteilsberatungen beim Appellationsgericht abgeschafft, das ist jetzt auch schon wieder zehn Jahre her, und ich glaube, das darf man nochmals anschauen. Ich bin auch der Auffassung, bei der ersten Instanz ist wenig Raum dazu. Im Verwaltungsgericht ist das an erster Instanz, aber ich sage mal, auf Höhe des Appellationsgerichtes, vielleicht auch mal des Sozialversicherungsgerichtes, wäre es durchaus angebracht, wieder, ich meine, das Bundesgericht muss es ja auch nicht immer machen, Urteilsberatung öffentlich einzuführen. Ich glaube, es öffnet ein bisschen diese Blackbox. Es hat immer Vorteile von Blackbox, aber es hat auch Nachteile und ich glaube, hie und da das zu öffnen, schadet nicht und die Angst, dass das dann quasi den einzelnen Mitgliedern des Gerichtes dann zur Verfolgung führt, etc., halte ich doch für in den Fällen, die sich dann eignen für die öffentliche Urteilsberatung, nicht für allzu berechtigt. Aber ich bin dann wirklich gespannt darauf zu hören, ich glaube nicht, dass in einer Scheidungsverhandlung, etc. dann die öffentliche Urteilsberatung erfolgen wird. Ich glaube auch, es ist auch immer sehr lehrreich dann mal für die Universität, Studierende, dass die mal Einblick haben. Wir hatten ja das zum Beispiel gemeinsam, Bruno Lötscher, beim Bundesgericht, es ist mir immer noch in Erinnerung geblieben, warum soll das nicht mal auch der Fall sein beim kantonalen Gericht, wir sind ja stolz auf die Qualität unserer Richterinnen und Richter. Der Kanton Basel-Landschaft hat das bis jetzt auch ohne grössere Stürme überlebt und andere Kantone auch.

Dissenting Opinions, ja, das kommt natürlich aus dem Common Law, wo sowieso jeder Richter dann seine Opinion schreiben darf, ob es die Majority Opinion ist, eine Concurring Opinion, eine Dissenting Opinion, das ist mir immer ein bisschen kulturfremd. Ich nehme an, das wird auch gesagt, so nicht, aber prinzipiell ist es nicht ein Instrument und die Dissenting Opinion von heute kann die Majority Opinion von morgen sein. Es gibt eine gewisse Entwicklung, es ist sicherlich auch hier vielleicht erst für die zweite Instanz, aber das ist alles offen hier, ich meine, ich habe keine Illusionen, wie es dann beantwortet wird. Ich stelle auch ein bisschen fest, dass unsere Justiz, was ja oft sehr gut ist, sehr konservativ ist. Zum Beispiel, ich habe eine per schriftliche Anfrage, es gibt die Möglichkeit, jetzt nach der neuen Zivilprozessordnung auch Prozesse auf Englisch durchzuführen, das hätte wirklich unserem Justizstandort geholfen, das wurde einfach abgeschmettert. Von Zeit zu Zeit einen Anstoss an unsere Justiz auch ein bisschen über den Tellerrand zu denken, institutionell, finde ich nicht verfehlt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat und die Gerichte sprechen sich übereinstimmend gegen die Überweisung aus. Einerseits bestimmt das Gerichtsorganisationsgesetz, dass Urteilsberatungen in den kantonalen Gerichtsverfahren geheim sind, dort, wo die Urteilsberatung nicht bundesrechtlich geregelt ist. Andererseits sind die Gerichte der Auffassung, dass die Qualität des Diskurses und des Austausches unterschiedlicher Meinungen im heutigen System der geheimen Urteilsfindung entscheidend höher ist als bei dem vorgeschlagenen Systemwechsel und lehnen den Anzug auch deshalb ab. Zudem muss berücksichtigt werden, dass in der Beratung des Gerichts jeweils nicht bloss über den Urteilspruch, das sogenannte Dispositiv, sondern vielmehr auch über die Begründung beraten und diskutiert wird. Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der Voten aller Gerichtsmitglieder werde dann die schriftliche Urteilsbegründung ausgefertigt. In einer nicht öffentlichen Beratung könne insbesondere auch von den nebenamtlichen Richterinnen und Richtern und ganz besonders von Laien sehr viel offener Zweifel und Unsicherheiten geäussert und ein offenes Gespräch geführt werden, in dessen Verlauf einzelne Gerichtsmitglieder ihren Standpunkt aufgrund der geführten Diskussion auch revidieren können.

Der Regierungsrat schliesst sich den Überlegungen der Gerichte vollumfänglich an. Hervorheben möchte ich bzw. die Vorsteherin des JSD auch noch, dass wir im Rahmen der letzten Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes die Durchführung von Urteilsberatungen diskutiert haben, wobei die Sprechende da ja wohl auch dabei war. Der Grosse Rat hatte sich sodann mit grossem Mehr für die geheime Urteilsberatung an allen Gerichten ausgesprochen. Dies gewährleistet

genau dieses System, die freie Urteilsfindung eines Gerichts, und zwar insbesondere in dem bewährten System des Laienrichtertums. Aus diesen Gründen beantragt Ihnen der Regierungsrat, den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bruno Lötscher hat sich für ein zweites Votum gemeldet.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Selbstverständlich muss sich niemand für einen Anzug schämen, den er unterschrieben hat. Ich habe gesagt, ich würde mich schämen, wenn ich ihn unterschrieben hätte, und bin deshalb froh, dass ich ihn nicht unterschrieben habe. Aber nach der Debatte gestern, wo doch relativ locker auch mit Vorwürfen umgegangen worden ist, darf ich das, glaube ich, schon auch an die Seite der FDP sagen, dass ich das da jetzt ausnahmsweise doch nicht erwartet hätte, dass hier unterschrieben wird von meinem lieben Kollegen, den ich sehr hoch schätze.

Es ist keine Blackbox. Ich muss Ihnen einfach sagen, ein Urteil ist keine Blackbox, Sie kriegen eine schriftliche Begründung. Zum Teil ist das Problem, dass diese Begründungen heute sogar viel zu lang sind, Sie kriegen unterdessen vom Appellationsgericht Begründungen von 140 Seiten. Das können Sie nicht mehr sinnvollerweise verarbeiten, aber Sie kriegen eine Begründung, weshalb was entschieden worden ist. Und es ist auch eine Lebenserfahrung, dass die Akzeptanz bei den Parteien in der Regel wesentlich höher ist, wenn das Gericht einen überzeugenden Urteilsspruch spricht, als wenn es einen zögerlichen, unsicheren Urteilsspruch macht. Weil es ist oftmals viel gescheiter, man kommt zu einem Ende, als man macht drei Instanzen, bis man sicher ist, dass es jetzt dann vielleicht doch jemand richtig weiss.

Also es ist keine Blackbox, es wird sorgfältig abgewogen und es ist vielleicht ein bisschen vergleichbar mit unseren Kommissionen. Wir sind als Grosser Rat in der Regel in der Lage, in Kommissionen ganz gute Lösungen zu erarbeiten. Das ist viel schwieriger hier im Grossen Haus vor dem Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Die Urteilsberatung braucht Stille, Ruhe, Überzeugungskraft, Argumente, die Möglichkeit, etwas zu setzen, auf die eigene Meinung zurückzukommen. Das können Sie schlecht, wenn Sie hier in der Öffentlichkeit debattieren. Es ist wirklich für mich sehr vergleichbar mit den Kommissionen und diese Kommissionen mit dem Kommissionsgeheimnis, das ist etwas sehr Wertvolles und so ist es auch mit der Urteilsberatung in der ersten Instanz vor allem. In der zweiten Instanz kann man reden, vor allem über die verwaltungsrechtlichen Fragen, weil das immer wieder auch politische Themen sind, aber dort hat der Grosse Rat vor zehn Jahren fast einstimmig anders entschieden. Klar, man sieht es auch im Anzug, die Hinweise gehen ja ans Bundesverwaltungsgericht, ans Bundesgericht, dort soll es öffentlich sein, dort muss es öffentlich sein, dort geht es um die Rechtsfortentwicklung, dort geht es um dogmatische Fragen, dort geht es viel weniger um sachverhaltliche Fragen.

Ich bitte Sie deshalb, auch wenn es wohl chancenlos ist, trotzdem, beüben Sie den Regierungsrat oder die Gerichte nicht mit diesem Anzug, die Antwort liegt eigentlich auf der Hand.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor von Herrn Suter und Herrn Messerli. Diese werden entgegengenommen.

Stefan Suter (SVP): Bruno Lötscher, können Sie mir erklären, warum die Öffentlichkeit beim Verwaltungsgericht Basel-Landschaft so gut funktioniert, und in Basel-Stadt möchten Sie sie nicht zulassen?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das war nicht ich, sondern das war der Grosse Rat, der das so entschieden hat vor zehn Jahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Bruno Lötscher, Sie haben jetzt den Vergleich gemacht zu den Kommissionen, aber sind Sie sich bewusst, dass wenn es einen Mehrheits- oder Minderheitsbericht gibt, dass dann auch die Namen veröffentlicht werden, wer bei welcher Mehr- oder Minderheit war?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ja, das finde ich dort auch angemessen und ich finde es auch angemessen bei der bundesgerichtlichen Debatte, wo das wirklich darauf ankommt, aber bei Sachverhaltsfragen ist es ein anderes Thema.

Balz Herter, Grossratspräsident: Andrea Strahm hat sich noch gemeldet.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Sie sehen, es ist ein Streit zwischen Advokaten und Richter. Natürlich wollen die Advokaten wissen, wer nun wie berät. Das muss man einfach klar sehen. Es ist viel angenehmer, man weiss, welcher Richter jetzt was gesagt hat, aber darum kann es nicht gehen. Wir müssen die Richter schützen. Wir haben das jetzt auch wieder mitgekriegt mit einem Kollegen hier aus dem Rat, wie das läuft, wie die Leute angegangen werden, auch in den sozialen Medien angegriffen werden. Wir müssen die Richter schützen, so dass eine Meinung nach draussen geht. Es kann nicht sein, dass eine Urteilsberatung öffentlich ist, vor allem wenn Laienrichter involviert sind, die auch vielleicht einmal eine dumme Aussage machen oder eine ungeschickte Aussage und die dann von den anderen Richtern korrigiert werden und sagen, komm, du musst das so und so anschauen. Das kann man nicht öffentlich austragen. Deshalb bitte ich Sie, hier gegen diese öffentliche Urteilsberatung zu sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Daniel Gmür mit dem Schlusswort.

Daniel Gmür (SP): Als ich den Anzug geschrieben habe und mein gesamtes juristisches Umfeld mir gesagt hat, endlich bringt das mal wieder jemand auf den Tisch, habe ich, um ehrlich zu sein, nicht damit gerechnet, dass ich heute überhaupt ein Votum halten muss. Der Anzug, den ich hier formuliert habe, und es ist ein Anzug, also es gibt weder diese Zweitüberweisung noch haben wir hier irgendwelche Definitivitäten beschlossen heute, ist darüber hinaus nicht nur ein Anzug, es ist ein unglaublich offen formulierter Anzug. Was wir von der Regierung wollen, ist, dass sie uns zeigt, was ist denn möglich, könnten wir das, könnten wir das, was wäre besser, was wäre schlechter, wo ist es zulässig, wo ist es nicht zulässig, wo hat es welche Vor- und Nachteile. Und dann muss ich ehrlich sagen, bin ich also aus Gewaltteilungsfragen auch ein bisschen überrascht, dass die Regierung überhaupt auf die Idee kommt, dass sie das nicht entgegennehmen will. Ich gehe schwer davon aus, dass da irgendwelche Einflüsse von aussen stattgefunden haben. Kein Vorwurf, eher, dass man sie da genauso eingelullt hat, wie ich es halb erfolgreich geschafft habe bei einem Ratskollegen.

In meiner Rolle als praktizierender Anwalt erfüllt es mich natürlich mit Ehrfurcht, wenn ich gegen einen ehemaligen Gerichtspräsidenten hier darüber argumentieren muss, nicht nur gegen irgendeinen ehemaligen Gerichtspräsidenten, sondern auch gegen den Experten an meiner mündlichen Anwaltsprüfung, aber ich versuche es jetzt trotzdem mal hier mit sachlichen Argumenten und nicht mit Einlullen, wie ich das ja offensichtlich nicht nachhaltig erfolgreich hinbekomme. Kollege Bruno Lötscher, natürlich ist es die Idee, dass man dann aus diesen Optionen, die uns aufgezeigt werden, schaut, welche davon könnte man umsetzen. Ich will hier nicht lügen, sonst wäre ich jetzt einfach recherchieren gegangen, sondern ich möchte mal die Vor- und Nachteile aufgezeigt bekommen, wie sie im Kanton Basel-Stadt möglich wären und ja, das kann ich Ihnen jetzt schon sagen, ich werde, wenn irgendeine davon positiv wirkt, einen Vorstoss machen, wo man schaut, wie man das umsetzen kann. Überrascht bin ich natürlich ein bisschen mit diesem Schämen-Argument. Das wurde ja noch verbunden damit, dass jeder, der das studiert hätte, das selber herausfinden kann. Ich finde es halt ganz ehrlich einfacher, wenn es die Regierung macht, als wenn ich ein Papier dazu schreiben muss, was ja möglich ist. Es tut mir leid, wenn ich diese Möglichkeit nutze, wenn mir diese als gewählter Grossrat schon offensteht.

Dann wurde, ich würde mal sagen, ein bisschen etwas an Nebelpetarden gezündet. Ja, bei der ersten Instanz ist das ein bisschen schwierig, bei der zweiten Instanz will man es irgendwie trotzdem nicht. Dann gibt es Gerichtsverfahren wie beim Familiengericht, wo das sowieso nicht sinnvoll ist. Ich komme nochmal darauf zurück, es ist ein unglaublich offen formulierter Anzug. Also genau das möchte ich ja wissen, wo ist es möglich, wo ist es gut, wo ist es schlecht. Das Appellationsgericht, weil wir haben gehört, beim Bundesgericht ist es von Vorteil, weil das Bundesgericht ja Präjudizien schafft, im Verwaltungsrecht würde ich meinen, schafft das Appellationsgericht deutlich wichtigere und mehr Präjudizien als es das Bundesgericht macht. Es ist ja theoretisch gesehen eigentlich auch die dritte Instanz, zu diesem Instanzenzug können wir gerne an einem anderen Tag sprechen, aber es ist sicher der Ort, wo wir wissen wollen, mit welchen Mehrheitsverhältnissen und genau mit welcher Diskussionsgrundlage hat denn das Appellationsgericht diesen Entscheid getroffen.

Und auch Zirkularentscheide können mit diesem Anzug oder mit den Möglichkeiten, die hier aufgezeigt werden, ohne wesentliche Verfahrensverlängerungen erledigt werden, wenn wir daran denken, dass auch die Dissenting Opinions da drinstehen. Da kann eine Gerichtsperson das fertig geschriebene Urteil zugeschickt bekommen und einfach am Schluss einen Absatz hinzufügen und sagen, Erwägung 4.3 sehe ich aus diesen und diesen Gründen anders. Ich sehe überhaupt nicht, was hier der Nachteil sein soll. Es wurde schon angesprochen, Baselland hat es, das Bundesgericht hat es und der Kanton Basel-Stadt hatte es früher auch und zu diesem Zusammenhang, es ist nicht so, dass man hier lange diskutiert hat und zum Schluss gekommen ist, es ist besser, wenn wir es abschaffen. Es wurde in einem Nebensatz gesagt, ja, wir vereinheitlichen und dann wurde das genauso geheim, wie die Urteilsberatungen sind, abgeschafft.

Zum Argument, dass Rechtsmittel begünstigt werden aus der Beratungspraxis, kann ich Ihnen sagen, die Leute ergreifen eher aussichtslose Rechtsmittel, wenn sie sie nicht gehört fühlen, also wenn sie ihre Argumente bringen und dann kommt ein

apodiktisches Urteil zurück, das heisst genau das Gegenteil davon, dass man mit überzeugten Urteilen weniger Rechtsmittel sieht. Und zu den nebenamtlichen Richterinnen und Richtern, die SP-Fraktion ist davon überzeugt, dass wir genug kompetente Leute nominieren. Wenn Sie daran zweifeln, sollten Sie vielleicht dort daran schrauben und nicht einfach die nebenamtlichen Gerichtspersonen hinter geheimen Urteilsberatungen verstecken. Daher können wir ohne Hemmungen die Überweisung empfehlen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat hat sich mit den Gerichten selbstverständlich abgesprochen, ich habe vorher auch in einem Satz am Anfang gesagt, dass der Regierungsrat und die Gerichte sich gegen die Überweisung aussprechen. Daher bitte ich Sie zu präzisieren, welche Beeinflussung Sie uns vorwerfen.

Daniel Gmür (SP): Wie gesagt, ich gehe davon aus, dass man Sie von den Gerichten her überzeugt hat. Ich weiss nicht, wieso die Regierung hier eine Meinung haben könnte dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 22 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007947, 18.12.25 16:04:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 66 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

31. Anzug 7 Zaira Esposito und Claudia Baumgartner betreffend Wasserspiel auf dem Tellplatz – eine sprudelnde Piazza fürs Gundeli

[18.12.25 16:04:31, 25.5469.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Und nun zu etwas völlig anderem. Nach diesem Ausflug in die Jurisprudenz sind wir jetzt beim Tellplatz, namentlich beim Wasserspiel auf dem Tellplatz. Der Tellplatz ist zweifellos das Herz des Gundeldinger Quartiers. Seine Entwicklung zur belebten Plaza ist ein Erfolg, den wir alle schätzen. Der vorliegende Anzug, der die Integration eines Wasserspiels ähnlich dem auf dem Bundesplatz in Bern vorschlägt, entspringt zweifellos guten Absichten. Man will die Aufenthaltsqualität steigern und gleichzeitig das Verkehrsproblem lösen. Doch bei genauerer Betrachtung ist dieser Vorschlag weder effizient noch pragmatisch. Das Kernproblem, das der Anzug korrekt beschreibt, ist die Missachtung der

bestehenden Fahrverbote. Verkehrsschilder reichen offensichtlich nicht aus. Die Anzugsteller suchen nun eine kreative Lösung, doch die einfachste, schnellste und kostengünstigste Lösung liegt bereits auf dem Tisch, die Installierung eines Pollers.

Ein Wasserspiel im Strassenbelag ist eine massive Tiefbauinvestition. Es ist technisch komplex, wartungsintensiv und benötigt eine aufwendige Infrastruktur. Physische versenkbare Poller sind eine bewährte Methode, um die Zufahrten zuverlässig zu steuern. Wir sollten das Problem der Verkehrssicherheit prioritär und effizient angehen, nicht mit einem prestigeträchtigen und überdimensionierten Bauprojekt verkomplizieren. Die Vision einer sprudelnden Plaza klingt interessant, aber wer bezahlt die Rechnung? Nicht nur die Installation, sondern auch für den Betrieb und die Instandhaltung. Wasserspiele benötigen regelmässige Wartung, Reinigung, Wasseraufbereitung und sind anfällig für technische Störungen. Der im Anzug erwähnte Brunnen auf dem Vogesenplatz ist ein fixes kleines Element, der Bundesplatz-Brunnen hingegen eine aufwendige technische Anlage im nationalen Kontext. Der Tellplatz braucht keine nationale Prachtmeile, er braucht eine funktionierende, sichere Quartierlösung.

Der Anzug spricht von einem Mehrwert für die Aufenthaltsqualität und das Mikroklima. Das mag stimmen, aber ist ein Wasserspiel die vordringlichste Investition, die sich das Gundeli wünscht? Wir sollten die verfügbaren Mittel dort einsetzen, wo sie den grössten Nutzen für die breiteste Bevölkerungsgruppe stiften und nicht in ein einzelnes teures Prestigeobjekt auf einem bereits belebten Platz. Ich teile das Ziel der Anzugsteller, Sicherheit und Lebensqualität am Tellplatz sind zentral, aber der vorgeschlagene Weg über ein kostspieliges, technisch aufwendiges Wasserspiel, ist der falsche. Setzen wir auf Pragmatismus, die bestehenden Pläne des Regierungsrats für einfache bauliche Massnahmen, sprich Poller, bieten die effektivste und wirtschaftlichste Lösung für das Verkehrsproblem. Man sollte sich auch Gedanken machen, ob die Verkehrsführung auch wirklich sinnvoll ist. Eine Strasse ist eine Strasse und ein Spielplatz ein Spielplatz. Die Vermischung von beidem finde ich problematisch.

Ich bitte Sie daher, dem Regierungsrat zu vertrauen und die Superblock-Erkenntnisse abzuwarten. und den vorliegenden Anzug in Form eines Wasserspiels abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Patrick Fischer, ich habe als Freund des Tellplatzes Ihren Ausführungen aufmerksam gelauscht. Habe ich Sie richtig verstanden, würden Sie also einen Vorstoss für versenkbare Poller am Tellplatz, die würden Sie unterschreiben und unterstützen?

Patrick Fischer (SVP): Eher als ein Wasserspiel, ja.

Balz Herter, Grossratspräsident: Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Die Poller, die finde ich auch eigentlich sehr toll. Sie reden davon, dass die so günstig seien. Wissen Sie, wie teuer die Poller sind?

Patrick Fischer (SVP): Nein, ich weiss nicht, wie teuer ein Poller ist, aber ich kann mir vorstellen, dass ein Wasserspiel aufwendiger ist. Ich habe keinen Poller zu Hause, aber ich habe ein Whirlpool zu Hause.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich weiss jetzt gar nicht, wo hier an der Decke ich das Kreuz machen soll. Jetzt verfolge ich irgendwie über 13 Jahre diesen Grossen Rat und da kommt tatsächlich jemand von der SVP und singt das hohe Lied auf Poller. Der Tag kann eigentlich nicht besser werden. Hätten wir das nur bei der Diskussion über die Innenstadt damals gehabt. Aber auf jeden Fall, der Vorsprecher hat einige Punkte angesprochen. Ich bezweifle, ob das jetzt wirklich wahnsinnig viel günstiger ist, wenn Sie hier einen Poller installieren und ob es wirklich zweckmässig ist. Das Problem ist ja gerade, dass es ein Platz ist, wo sich die Leute aufhalten. Es ist keine Strasse, es ist eine Spielstrasse und ein Wasserspiel wäre vielleicht eine Möglichkeit.

Der Regierungsrat soll prüfen, ob das wirklich dann auch eine durchführbare Möglichkeit ist, wie die Leute sehen, dass es eine Begegnungszone ist, weil das ist das wesentliche Problem. Eine Begegnungszone müsste irgendwie einen Torcharakter haben und das ist einfach nicht erkennbar für die Autofahrerinnen und Autofahrer. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf, wenn Sie von der Güterstrasse rechts abbiegen, da hat es schon Schilder, aber wie wollen Sie das sehen? Und wenn Sie ein markantes, optisch sichtbares Element hätten, das das verdeutlicht und dass auch, wenn die Strasse frei ist, den Weg freimacht, damit sie mit dem Auto drüberfahren können, dann wäre das absolut sinnvoll und deswegen denke ich, ist es auch sachgerecht, dass der Regierungsrat hier prüfen kann, ob so ein Wasserspiel, das Sie ja nur zu gewissen Zeiten anstellen können, eine Möglichkeit wäre, das zu machen. Sie haben auch noch den Vorteil, wenn Daniel Seiler mit dem Auto drüberfährt, auch wenn es zu ist, dann ist gerade unten das Auto geputzt. Ich kann mein Fahrrad putzen, wenn ich trotzdem drüberfahren will. Es gibt eigentlich hier nur Gewinner. Bitte überweisen Sie.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ja, Sie haben mich geweckt vorher schon. Ich bin weder ein Freund des Wasserspiels noch ein Freund der Poller, was Sie vielleicht nachvollziehen können, aber ich teile die Meinung, dass ein Verkehrsschild, wenn man einfach unten drunter irgendetwas schreibt wie von Januar bis Februar oder von Ding bis Ding, dass das halt effektiv auf einer Strasse und es ist und bleibt da eine Strasse, wir können diese Strasse auch umwidmen und anders bezeichnen, es ist in erster Linie in Gottes Namen, das sollte ich eigentlich nicht sagen, es ist eine Strasse und Strassen sind dazu da, um darüber zu fahren. Es fahren Velos darüber, es fahren Autos darüber, es fahren Taxis darüber, vielfach fahren auch noch öffentliche Verkehrsmittel darüber. Und wenn Sie jetzt wirklich anfangen wollen, Strassen mit Wasserspielen zu bespielen, dann muss ich langsam schon anfangen, dann sind wir wieder in der Diskussion, die wir gestern geführt haben über lustige Geschichten. Also bitte lassen Sie Strassen Strassen sein und Parks Parks und gehen in den Park spielen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Daniel Seiler, können Sie sich vorstellen, dass wenn an einem laueren Sommerabend drei-, vierhundert Leute am Tellplatz sitzen und dann ein Auto vorbeikommt, vielleicht sogar noch mit wunderbarer Begleitmusik oder aufgemotztem Motor und wunderbaren Beschallung, dass das nicht nur beliebt ist und dass darum dieses Bedürfnis aus dem Quartier stark vorhanden ist nach Beschränkung?

Daniel Seiler (FDP): Ich gehe manchmal auch nach draussen und es ist ja durchaus auch möglich, dass man mal zwei, wie heissen diese Verkehrsdinger, hinstellt und wenn man ein Fest hat, werden auch nicht 100 Leute durchfahren, aber es gibt auch nicht jeden Abend da ein Fest, da müssen wir auch die Kirche im Dorf lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Claudia Baumgartner als Zweitunterzeichnende.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich habe mich jetzt wirklich auch nicht vorbereitet, ich habe nicht gedacht, dass das hier noch eine Debatte geben wird. Auch ich denke hier, der Anzug ist extrem offen formuliert. Es geht um ein Prüfen und Berichten von etwas, von dem wir eben genau nicht Bescheid wissen, wie teuer es ist. Wir wissen grundsätzlich, Klimaadaptionsmassnahmen, Aufenthaltsqualität in den Städten, sind wir alle am Prüfen, werden alle kosten. Wir haben auch geschrieben im Anzug, dass wir das gerne behandelt haben möchten mit dem Anzug von Oliver Thommen, wo es um das attraktive Zentrum im Gundeli geht. Dieser Anzug wurde ein weiteres Mal jetzt stehen gelassen. Wir haben gehört, dass die Regierung nach Abschluss der Superblock-Pilots prüfen möchte, wie sie das umsetzen kann, auch im Gundeli. Ich wohne selber im Gundeli und ich weiss von der Bevölkerung, wie sehr wir da eigentlich froh wären, wenn wir wirklich in diesem Zentrum dort eine Entlastung hätten. Und vielleicht noch an die Adresse von Patrick Fischer, es war nämlich auch nicht unsere eigene Idee, es war die Idee eines Polizisten, der damit auf uns zugekommen ist. Von daher hoffe ich, dass Sie trotzdem uns unterstützen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 20 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007950, 18.12.25 16:15:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 72 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen.

32. Anzug 8 Daniel Albietz betreffend Bereitstellung und Publikation mündlicher Interpellationsantworten

[18.12.25 16:15:58, 25.5470.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Ratsbüro zu überweisen.

33. Anzug 9 Daniel Albietz betreffend Präsenzfeststellung an Grossratssitzungen

[18.12.25 16:16:19, 25.5471.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Ratsbüro zu überweisen.

34. Anzug 10 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Leerstand der Messe Basel und die Suche nach Zwischenlösungen für die prekäre Sporthallen-Situation im Kanton Basel

[18.12.25 16:16:43, 25.5472.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Es ist so, es gibt in unserem Kanton einen grossen Bedarf an zusätzlicher Sportinfrastruktur und wenn wir uns nun dennoch kritisch zu diesem Anzug äussern, dann hat das zwei Gründe. Erstens, wir stören uns ganz grundsätzlich daran, wie unsere Messe permanent schlecht geredet wird. Natürlich müssen wir kritische Begleiter sein und sollen auch Einzelentscheide, zum Beispiel Katar, kontrovers diskutieren. Aber ein Unternehmen, zu dessen grössten Aktionären wir gehören, ist schon auf ein grundsätzliches Wohlwollen seiner Miteigentümer angewiesen, sonst kann auch die beste Unternehmensführung nichts ausrichten.

Ja, die Basel World, die gibt es nicht mehr wegen groben Fehlern im Management. Das ist jetzt sechs Jahre her und die Verantwortlichen sind alle nicht mehr da. Aber wir definieren die Messe irgendwie immer noch darüber, wie sich an diesem Vorstoss zeigt. Es ist Zeit, sich damit abzufinden, sie kehrt nicht mehr zurück. Wir sollten den Fokus auf eine positive Entwicklung in der Zukunft richten. Und deshalb ist der erste Absatz dieses Anzuges so ärgerlich. Nein, die Hallen stehen nicht einen grossen Teil des Jahres leer. Im zweiten Halbjahr waren die Hallen vollständig zu 100% ausgelastet. Die Auslastung steigt seit 2023 an. Das ist in unserem Interesse, denn volle Hallen bedeuten eine erfolgreiche MCH Group und das sollten wir uns alle wünschen. Und nein, die MCH Group hat nicht alle grossen Messen ausser der Art Basel verloren. Die Fantasy Basel ist ein grosser Erfolg mit fast 100’000 Besuchern, die Tendenz wachsend. Und auch die Swissbau kann man, glaube ich, durchaus als grosse Messe bezeichnen.

Und zweitens fragen wir uns schon, wie man sich das jetzt hier konkret vorstellt. Ein Schwimmbad, ein provisorisches in einer Messehalle. Ernsthaft, wie stellen Sie sich das vor, ein Pool, der dann ständig rein und wieder rausgenommen wird, weil die Halle, die wird ja doch dann immer wieder auch benötigt? Ich dachte, das Musical Theater sei eine absurde Idee, aber das lässt sich offensichtlich noch toppen. Es gibt heute bereits ein Sportangebot in der Rundhofhalle, ich weiss nicht, ob Sie die schon mal genutzt haben. Das ist für Sport in kleinen Gruppen, beispielsweise Paddeltennis, Badminton, Beachvolley, wenn Sie da mal waren, dann wissen Sie, dass es da zwei Duschen pro Geschlecht gibt. Aber wenn ich jetzt sehe, was da gewünscht wird, wie stellen Sie sich das denn bei Mannschaftssportarten vor? Das sind dann ganz andere Anforderungen an sanitäre Anlagen, das sieht dann doch nochmals ganz anders aus. Und auch hier, das wäre ja dann nicht eine dauerhafte Lösung, sondern muss ständig auf- und wieder ausgebaut werden mit Hallen, die natürlich für den Messebetrieb immer wieder benötigt werden.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können das schon prüfen, aber wir als FDP-Fraktion würden uns da schon ein bisschen Realitätssinn wünschen und deshalb lehnen wir diesen Anzug ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Brigitta Gerber hat das Schlusswort.

Brigitta Gerber (BastA): Ich dachte schon, mein Mitunterzeichner würde sich auch noch melden, aber er hat es, glaube ich, nicht geschafft. Was Luca Urgese jetzt gesagt hat, finde ich sehr absurd. Also der Start, den er vor allem gebracht hat, ich würde mich da lamentieren über die Messe, ich habe ja gar nichts geschrieben zur Messe und ihrem finanziellen Status, ich habe auch nichts zu Katar geschrieben. Ich wollte vor allem wissen, ob sich die Regierung doch mal überlegen könnte, wie man, wir sind immerhin mitbeteiligt bei diesem Unternehmen, wie man die Zeit, die eine Messe nicht bespielt wird, leer steht, nutzen kann, vor allem wenn man gleichzeitig massive Kapazitätsprobleme hat im Bereich Sport.

Ganz viele Vereine, ich weiss nicht, ob sie vereinsnah sind, haben ein massives Problem im Moment, weil es zu wenig Hallen gibt und weil sie es nicht nutzen können und das ist auch gerade, wenn man zum Beispiel, ich weiss es vom Handball sehr genau, wenn man am Aufbauen ist von starken Teams, dann kann man nicht jedes zweite Mal das Training einfach ausfallen lassen, weil man keinen Platz hat. Schauen Sie sich an, wie viele Hallen im Moment entweder umgebaut werden müssen, zu sind für den Vereinssport, usw. und man kann natürlich selbstverständlich gewisse Sportarten, auch Mannschaftssportarten, in einer grossen Halle platzieren. Das gibt es noch und noch, das gibt es zum Beispiel für Strandvolleyball, Beachvolleyball noch und noch, also das ist kein Problem.

Das mit dem Schwimmbad, ja, das habe ich ein bisschen als Joke, um Sie daran zu erinnern, wo wir das auch schon mal wollten, hingeschrieben. Aber ich denke, es ist wichtig, dass wir einfach nochmals von der Regierung wissen, ob das nicht eine Option wäre. Ich denke, es ist ein Anzug und wir können das gut, also ausser Ihnen haben wir eigentlich das auch alle als sinnvoll empfunden, dass man einfach da nochmal einen Blick hinwerft und vielleicht gibt es wirklich Möglichkeiten für einzelne Sportarten, das zu verbessern. Jetzt sehe ich da David Jenny. Ich wollte deshalb sagen, bitte unterstützen Sie den Vorstoss, aber jetzt kommt David Jenny noch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage entgegen?

David Jenny (FDP): War der Kanton Basel im Titel auch ein Joke?

Brigitta Gerber (BastA): Nein, ich kann jetzt natürlich nichts sagen, aber ich danke David Jenny, dass Sie das zu Protokoll gegeben haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 5 Nein, 10 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007954, 18.12.25 16:24:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 71 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen für die Überweisung entschieden.

35. Anzug 11 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Basler Kampagne gegen den Schlaganfall

[18.12.25 16:24:09, 25.5473.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Diese wird bestritten durch Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): In drei Monaten kommt der Anzug betreffend Basler Kampagne gegen den Herzinfarkt, drei, vier Monate später kommt der Anzug betreffend Basler Kampagne gegen das Melanom, drei, vier Monate später der Anzug betreffend Basler Kampagne gegen den Darmkrebs. Der Aortariss würde sich vielleicht noch anbieten, usw., Raoul Furlano kennt da noch viel mehr Ideen, als sie mir in den Sinn kämen.

Spass beiseite, Sie spüren, worauf ich hinaus will, lassen wir doch die Aufgaben des BAG beim BAG. Ich glaube, dieser Anzug hätte den Titel verdient, ein BAG light für den Kanton Basel-Stadt. Ja, man beginnt mal mit dem Schlaganfall. Es wird gefordert auf allen Kanälen, in vielen Sprachen, selbstverständlich beginnend bei der Prävention, also wird man uns dann erzählen müssen, dass wir mit dem Rauchen aufhören sollen, am besten nicht mehr saufen, rotes Fleisch hilft vielleicht auch nicht, usw. Ja, wenn das das BAG sagt, dann kann ich damit leben, das ist eben ihre Aufgabe, aber ist es wirklich die Aufgabe des Kantons, jetzt das auch noch zu duplizieren? Alles, was wir hiermit machen, meine Damen und Herren, ist Regierungsrätin Tanja Soland Argumente zu liefern, warum der Grosse Rat schuld ist, wenn die Ausgaben Jahr für Jahr steigern.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Dieses Votum hat mich jetzt schon ein bisschen erstaunt. Ich sage vielleicht ein paar Fakten, aber Herr Furlano weiss das bestens. In der Schweiz ereignen sich zwischen 40 bis 50 Schlaganfälle pro Tag, also es ist jetzt nicht irgendwie was so, das ist der häufigste neurologische Notfall und wir wissen alle, bei einem Schlaganfall zählt jede Minute. Das Risiko, einen Schlaganfall zu erleiden, steigt auch mit zunehmendem Alter. Es ist daher angezeigt, einerseits die Behandlungsmodalitäten und die Rehabilitation zu stärken, das haben wir in unserem Kanton, ich denke, das besteht, ich spreche übrigens, das habe ich noch vergessen, auch für die Fraktion BastA und GRÜNE/jgb, aber es ist daher auch schon angezeigt, dass neben diesen Behandlungen von Schlaganfällen auch die Prävention gestellt wird. Ich weiss nicht, wie man da ein Problem haben könnte und zu meinen, das muss nur vom BAG kommen. Und dann habe ich noch nachgeschaut, wann war die letzte Kampagne. Wenn ich jetzt mich nicht geirrt habe in meiner Internet-Recherche, dann war das im Jahr 2020, und dann bin ich noch auf den Link, da kam die Errormeldung. Also einfach nur so zum sagen, was jetzt gerade wirklich fast schon Kampagnen am Laufen sind. Ich denke schon, dass man als Kanton die Prävention auch in ihrem Bericht immer wieder erwähnt, dass das ein Ziel ist, dass man da auch als Kanton tätig sein kann.

Dann haben Sie vielleicht gestern in der BAZ gelesen, es ist nicht 1:1 zum Übernehmen, aber trotzdem, da steht; Schweiz Schlusslicht in der Gesundheitsprävention. Es ist klar, dass die Ländervergleiche nicht immer alle Parameter mit aufnehmen, aber trotzdem, die Schweiz ist hier am Schlusslicht. Also ich denke dann schon, ist es ein bisschen zu einfach und salopp daher gesagt, man kann bei jeder nächsten Krankheit die nächste Kampagne machen, wenn wir wissen, dass ein Schlaganfall eine hohe Mortalität hat. Wenn uns das egal ist, dann kann man sagen, solche Sensibilisierungskampagnen lassen wir am besten ganz sein, das braucht auch nicht das BAG. Aber ich denke schon, dass wir hier diesen Anzug überweisen sollten, um auch, weil ich selber gar nicht unbedingt so wusste, was denn eigentlich die Symptome sind, und ich glaube auch nicht, dass hier alle im Saal das sofort wissen könnten, welche fünf oder vier Symptome man benennen müsste, um das dann genau zu sagen, das könnte ein Schlaganfall sein.

Deswegen, meine Damen und Herren, überweisen Sie bitte diesen Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich bin jetzt hier angesprochen worden und deshalb fühle ich mich verpflichtet, hier zu reden. Auch um zu sagen, warum ich das nicht eine wahnsinnig gute Idee finde, so einen Anzug kantonal zu überweisen, wenn das das BAG macht. Ich gebe Oliver Bolliger recht, präventiv sind wir schlecht, da stehen wir, zumindest, was so geschrieben wird, da stehen wir schlecht da. Weiterbildung: Schlaganfälle, verwaschene Sprache, Wesensveränderung, plötzlich einschiessendes Kopfweh, komisches Laufen, Schwindel, all das sind Symptome übrigens, die wir ja hier recht gut schon ziemlich kennen.

Nochmal, ohne ein Besserwisser sein zu wollen, ja, es gibt tatsächlich viel mehr andere Krankheiten und da gebe ich meinem Kollegen recht, der gesagt hat, Melanom ist häufiger als ein Schlaganfall, Diabetes ist häufiger als Schlaganfall. Es gibt noch x Erkrankungen, mindestens 7, 8, 9 Erkrankungen, die viel, viel häufiger sind als Schlaganfälle. Und wenn wir jetzt anfangen, für jedes und alle staatliche Gelder einzusetzen für eine Präventionskampagne auf kantonaler Ebene, muss ich sagen, das ist nicht weit gegriffen und finden wir von der LDP nicht sehr schlau.

Darum bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen. Und wenn er überwiesen wird, ist es auch kein Drama, aber ich hoffe dann, dass der Regierungsrat vernünftig auch darauf antworten wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich war schon etwas erstaunt über das Votum, insbesondere von Herrn Amiet, der jetzt, fand ich jetzt wirklich etwas salopp, da über verschiedene alles ernste Krankheiten hinwegging und man könne ja nicht alles machen. Also wir sind als Kanton doch auch für Gesundheitsförderung zuständig. Wir haben schon Kampagnen gesehen, die sich einsetzen oder das Programm Gsünder Basel. Es ist doch klar, dass wir hier die Leute viel direkter ansprechen können, zum Beispiel mit einem Tramaushang und solchen Sachen, als das von Bern auskommt. Ich kann sicher nicht so gut wie mein Vorredner sagen, was jetzt wie häufig ist, aber was ich weiss, ist, dass beim Schlaganfall jede Sekunde zählt, und zwar, ob die Person überlebt oder ob sie gar nicht überlebt oder ob sie Folgen davon trägt. Ein lieber Freund, er war auch einmal Grossrat hier, hatte vor einigen Jahren einen Schlaganfall und dank dem Umstand, dass seine Frau Krankenschwester war und er selbst auch die Frühsymptome erkannte, er fand plötzlich die Worte nicht mehr, konnte er rechtzeitig in das Schlagzentrum eingeliefert werden und hat sich vollständig wieder erholt von diesem Schlaganfall, ist dann leider später doch an einer völlig anderen Krankheit verstorben. Es hatte aber nichts mit dem Schlaganfall zu tun.

Es ist wirklich etwas, wo man nicht genug sagen kann, diese und diese und diese Symptome. Frau Trevisan, die Anzugstellerin, wird sicher noch kompetenter als ich, sie hat ja auch eigene Erfahrungen im Umfeld, darüber berichten, aber

es ist wirklich so, dass man nicht oft genug sagen kann, Achtung, Sie retten Leben, Ihr eigenes oder das eines guten Freundes, einer guten Freundin, wenn Sie hier immer wieder sagen, aufpassen, das deutet auf einen Schlaganfall hin. Selten ist doch Geld so gut eingesetzt, wie wenn es um die Rettung von Menschenleben oder um die Vorbeugung von wirklich traurigen Folgeerscheinungen geht und deshalb bitte ich Sie doch wirklich, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat die Anzugstellerin Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Ich bin empört, aber eigentlich bin ich sehr betroffen. Herr Amiet, Ihre Aussagen machen mich wirklich traurig. Über eine solche Erkrankung, einer Krankheit wie Hirnschlag Witze zu machen oder Spässle zu machen oder einfach in diese Ironie da hineingehen, ist total unangebracht. Meine Mutter hat genau vor sieben Monaten einen Hirnschlag gehabt, es war die schlimmste Erfahrung meines Lebens und ich kämpfe jetzt gerade mit den Tränen, wenn ich jetzt hier mit Ihnen reden muss. Das Ausmass dieser Erkrankung fehlt Ihnen, was es bedeutet für Menschen, die einen Hirnschlag hatten, die plötzlich mit einer Lähmung zu kämpfen haben, die nicht mehr schlucken können, nicht mehr trinken, nicht mehr essen können, nicht mehr sprechen können, nicht mehr gehen können und die Angehörigen hilflos zuschauen müssen und hoffen, dass diese Person nicht stirbt. Es ist wirklich eine schlimme Erkrankung. Man darf nicht alle Erkrankungen gleichsetzen. Selbstverständlich braucht es nicht eine Kampagne für alle Krankheiten, aber für ganz Schwerwiegende, die Folgen haben, nicht nur für die Betroffenen und Angehörigen, sondern auch für die Gesellschaft, weil es mit hohen Kosten verbunden ist, ist eine Kampagne im Hinblick auch auf Prävention angebracht.

Der Schlaganfall ist eines der grössten Gesundheitsprobleme der Schweiz. Bis zu 20’000 Menschen jährlich, alle 30 Minuten ein neuer Fall. Er ist die dritthäufigste Todesursache und die häufigste Ursache für bleibende Beeinträchtigungen im Erwachsenenalter. Hinter jeder Zahl stehen Menschen, die plötzlich nicht mehr sprechen können, nicht mehr gehen, nicht mehr schlucken oder greifen können, ich habe es schon erwähnt. Und Angehörige, die von einem Tag auf den anderen Pflegeverantwortung übernehmen. Dabei funktioniert unser medizinisches System hervorragend, wenn die Betroffenen rechtzeitig im Spital ankommen. Und genau hier liegt das Problem. Ein Drittel der Bevölkerung kennt kein einziges Symptom, ein Drittel kennt die Notrufnummer 144 nicht und ein Drittel kommt zu spät für eine wirksame Behandlung. Diese Zahlen sind alarmierend. Sie zeigen, Wissen entscheidet über den Verlauf eines Schlaganfalls und dieses Wissen fehlt. Besonders betroffen sind Menschen, die sprachlich, sozial und gesundheitlich ohnehin benachteiligt sind. Wer von Chancengleichheit im Gesundheitswesen spricht, muss bei der Information beginnen. Darum braucht es eine starke, breite, mehrsprachige Basler Kampagne. Eine Kampagne, die Symptome verständlich erklärt, die Dringlichkeit vermittelt und deutlich macht, sofort handeln, 144 anrufen, die präventives Wissen ebenso vermittelt wie Akutwissen und die Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen erreicht. Eine solche Kampagne ist nicht nur wichtig, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Jeder früh erkannte Schlaganfall spart enorme Kosten für Rehabilitation, Pflege und Langzeitbetreuung und schützt Lebensqualität, Autonomie und Familien.

Natürlich können wir nicht für jede Krankheit eine Kampagne machen, aber wir müssen dort ansetzen, wo der Nutzen besonders gross ist und kaum irgendwo ist der Effekt so unmittelbar wie beim Schlaganfall. Die Informationslücke ist gross, die Folgen sind dramatisch, die Botschaft ist einfach, die Wirkung einer Kampagne ist nachweislich hoch. Genau deshalb ist dieser Vorstoss notwendig. Ich bedaure nun, wenn ich auf die Kreuztabelle schaue und auch Voten jetzt gehört habe, Mitglieder der SVP haben diesen Anzug unterschrieben, Herr Furlano hat auch diesen Anzug unterschrieben und jetzt enthalten Sie so und sind dagegen. Solche Wendungen erschweren die politische Zusammenarbeit. Umso mehr hoffe ich jetzt auf eine klare Haltung hier im Rat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 27 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007956, 18.12.25 16:37:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 62 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

36. Anzug 12 Joël Thüring und Konsorten betreffend faire Abstimmungsvideos des Kantons statt einseitiger Information

[18.12.25 16:37:54, 25.5474.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Ja, wir bestreiten diesen Anzug, weil wir ihn für unnötig halten. Jeder Social-Media-Kanal, wenn er denn professionell geführt wird, hat eine Strategie. Ich habe mir den Account angeschaut, den Sie so kritisieren. Dieser Account ist ein Sprachrohr des Kantons und des Regierungsrates und darum macht es auch total Sinn, dass die Meinung des Regierungsrates, nicht einzelner Regierungsräte oder Regierungsrätinnen, sondern des Gremiums dort wiedergegeben wird. Und es ist auch so gekennzeichnet, niemand sagt, das ist eine neutrale Information. Nein, es wird gesagt, das ist die Haltung des Regierungsrates. Und ich glaube, das muss man unterscheiden. Sie haben einfach nicht verstanden, was die Strategie ist.

Gestern wollten Sie hier kürzen, Sie haben gesagt, man muss die Aufgaben überprüfen, man kann nicht immer ausbauen und jetzt stehen Sie hier und dann wollen Sie eine neue Aufgabe hinzufügen oder die Aufgabe erschweren. Da müssen Sie sich nicht wundern, wenn allein im PD im Stab vier Menschen für Kommunikation zuständig sind, wenn Sie immer wieder neue Aufgaben erfinden.

Ich finde auch, dieser Vorstoss steht exemplarisch für die Empörungsbewirtschaftung der SVP. Ein Journalist ruft Sie an und sagt, hast du das gesehen, dieses Video, voll einseitig. Sie können sich auf dieser Plattform darüber auslassen und sagen, ja, der Kanton macht alles falsch, die Verwaltung so blöd, und da machen Sie einen Vorstoss, aber Sie machen nicht mal eine schriftliche Anfrage, nein, Sie machen einen Anzug. Dabei sind Sie jetzt wirklich nicht erst seit gestern in diesem Parlament, Sie wissen doch, welches Instrument für welches Anliegen das richtige ist. Und jetzt müssen wir hier abstimmen. Es wird überwiesen, alles gut, in zwei Monaten kommt die Antwort, das, was ich Ihnen jetzt gerade gesagt habe. Vielen Dank für die Beschäftigung der Verwaltung. Peinlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Messerli. Diese wird nicht entgegengenommen. Herr Thüring hat das Schlusswort.

Joël Thüring (SVP): Ich frage mich manchmal, mit welcher Emotion Sie sich über Vorstösse echauffieren können, die völlig harmlos sind. Da wundere ich mich manchmal, mit was für Sorgen Sie so durch den Tag schreiten müssen. Offengestanden habe ich jetzt von Ihren auch eher sehr dürftigen Argumenten, die ja auch gar keine Argumente waren, nichts Neues gehört, was mich davon abbringt, festzuhalten, dass dieser Anzug selbstverständlich sehr richtig ist und es hat auch nichts damit zu tun, dass irgendjemand zusätzlich beim Kanton neu angestellt werden soll, sondern dass die Videos, die ja ohnehin erstellt werden bei gewissen Abstimmungsvorlagen künftig beide Positionen berücksichtigen. In welcher Form dies geschieht, darf der Regierungsrat in seinem Social-Media-Konzept, sofern es denn dieses überhaupt gibt, selber festlegen. Aber es ist aus meiner Sicht selbstverständlich, dass in einem solchen Prozess mit Abstimmungsvideos die Meinungen der Gegenseite genauso zu Wort kommen wie beispielsweise auch im Abstimmungsbüchlein, welches ja auch vom Regierungsrat respektive von der Verwaltung verschickt wird.

Und wenn man nun, was ich ja begrüsse, auch auf die neuen Medien setzt, auf die sozialen Medien setzt mit Videos, damit vielleicht auch neue Menschen davon überzeugt, abstimmen oder wählen zu gehen, dann gehört es für mich zur Selbstverständlichkeit, dass genau gleich wie das Abstimmungsbüchlein auch dort beide Positionen entsprechend auch zu Wort kommen. Und ich würde sogar behaupten, dieser Vorstoss ist im Interesse aller, denn jeder hier in diesem hohen Hause ist einmal für ein Geschäft des Regierungsrates und jeder ist einmal gegen ein Geschäft des Regierungsrates. Deshalb hat ja auch Ihre noch Fraktionspräsidentin Frau Seggiani im gleichen Medium, das Sie nun soeben kritisiert haben,

eigentlich relativ dasselbe gesagt, wie ich nun mit meinem Vorstoss und deshalb freue ich mich, wenn Sie alle oder auch nicht alle diesen Anzug an den Regierungsrat überweisen. Und ich würde für die Zukunft mir doch wünschen, wenn weniger Emotionen hier dabei wären, wenn es um relativ simple Vorstösse geht, die auch nun wirklich keine Hidden Agenda haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 25 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007958, 18.12.25 16:43:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 62 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

37. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikumssporthalle, Zwischenbericht des RR

[18.12.25 16:43:32, 20.5443.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist zur Erfüllung der Motion Ebi um zwei Jahre zu verlängern. Möchte der Regierungsrat das Wort? Herr Atici redet in einer zweiten Runde. Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ja, es geht wieder um die Sporthalle und um das Schwimmbad. Ich habe mich da auch extrem vorbereitet. Angefangen hat das im 2020. Am 19. November 2020 habe ich eine Motion eingereicht, die von allen netterweise unterschrieben wurde. Wir haben das einstimmig überwiesen. Die Antwort kam dann vom Regierungsrat, wir wollen es nicht recht, aber doch, es wurde dann das zweite Mal überwiesen am 30. 3. 2021. Am 9. Juni hat dann wieder der Grossrat beschlossen, ja, wir wollen es irgendwie schon, wir müssen ja jetzt, aber wir wollen es irgendwie doch nicht recht und dann ist das so weitergegangen. Dann wollte man es dann irgendwann einmal verschieben um zwei Jahre, weil ja doch dann das Musical auch noch ein Thema wurde mit dem Schwimmbad, man könnte ja ein Schwimmbad ins Musical machen. Woraufhin aber dann die Künstler und die Kunstszene gekommen ist und gesagt hat, ja nein, das wollen wir dann doch nicht, dann hat das wieder blockiert. Dann ist der Regierungsrat wieder gekommen und hat gesagt, ja, wir müssen das jetzt trennen, wir müssen die Publikumssporthalle trennen von diesem 50-Meter-Wettkampfbecken. Dann hat das wieder Zeit gebraucht, dann hatten die Schwimmer auch noch das Gefühl, sie müssen eine Initiative einreichen, wo es dann vielleicht eine Abstimmung darüber gibt.

Im 2023 hat man es dann nochmals zwei Jahre verschoben, man hat es verschoben bis ins 2025 und jetzt sind wir im 2025 und wir verschieben es, Überraschung, Überraschung, wieder um zwei Jahre. Und so geht das die längste Zeit und man hat mir einmal gesagt, als ich frisch angefangen habe hier in diesem Parlament, in der Politik haben wir die alten Eingesessenen, die jetzt nicht mehr dabei sind, darum darf ich die Namen auch nicht sagen, die haben gesagt, weisst du, wenn du hier reinkommst ins Parlament, das ist grossartig, aber eigentlich geht es hier drinnen nicht darum, dass man etwas umsetzen kann, sondern man kann es einfach brillant verhindern. Ob die recht hatten oder nicht, das weiss ich nicht, jetzt, nachdem ich das aufgezählt habe, ich neige ein bisschen dazu, diesen zu glauben.

Es ist wirklich wahnsinnig schade. Wir wissen alle, das Sportamt, die Regierung, da bin ich sicher, die Bürgerinnen und Bürger, alle, die Sport treiben, wir haben eine EURO gemacht, ich habe es auch schon mal erzählt, mit Nachhaltigkeit für die jungen Fussballerinnen vor allen Dingen, aber auch für die jungen Fussballer. Wir hatten vor einem Jahr auch noch eine Handball-Europameisterschaft in Basel, Basel Tourismus freut sich wahnsinnig über die gestiegenen Hotelübernachtungen, die gebucht werden, also alles ist ganz toll, alles ist super, aber wir hier in Basel wollen «à tout prix» nicht vorwärts machen, wenn es um den Sport geht. Und es ist mir absolut nicht erklärlich, warum nicht.

Der Platz ist logisch, das ist das Joggeli, es gibt keinen anderen Platz. Wir können im Klybeck im 2070 dann vielleicht einmal auch noch eine Schwimmhalle bauen, aber dann sind die meisten von uns nicht mehr hier. Also müssen wir irgendwo im Joggeli etwas machen, auf dem Unort mit diesen Bäumen, wo wir nie parkieren können. Sie wissen, welchen Platz ich meine, dort stehen immer irgendwelche Lastwagen, wenn ein Event in der grossen Halle ist, aber sonst ist der Platz leer. Und wehe, Sie stellen es trotzdem mal hin, ich meine das Auto, dann kommt blitzartig einer, der Ihnen eine Busse gibt. Dort eine richtige Halle hinzubauen und die ganze Sache entspannt sich total, auch für den Breitensport dann in den Quartieren. Es liegt so auf der Hand und jede Sportlerin und Sportler, die / der ehrenamtlich mit dem Sport seit Jahrzehnten zu tun hat, die / der so viel Gutes macht auch für die ganze Gesellschaft, den Jungen Sozialkompetenz lernt, Respekt voreinander – ich habe fast noch nie ein Glöckchen gekriegt. Dieses Thema ist mir echt wichtig und ich finde es wahnsinnig schade, wenn das wieder zwei Jahre länger geht. Ich freue mich total auf die Informationen von Regierungsrat Atici, der sagt….

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Vielleicht zuerst etwas Allgemeines. Sowohl die Motion Ebi als auch Anzug Schmid fordern ein neues Hallenbad mit einem 50-Meter-Becken und die Motion Ebi verlangt zudem eine neue Publikumssporthalle. Ja, ich muss zugeben, das ist nicht etwas Neues in unserem Kanton und vielleicht sind Sie jetzt auch mit meiner Rede nicht ganz zufrieden, ich kann es gut verstehen. Dass der Bedarf in unserem Kanton an Sporthallen immer wächst, das ist auch eine Realität. Mit den Einwohnerinnen- und Einwohnerzahlen, mit den Schülerinnen- und Schülerzahlen und auch Mitglieder bei den Sportvereinen, die zum Teil je nach Verein über 50% aus den Nachbarkantonen oder -Regionen zu uns kommen, für alle tatsächlich auf diesem engen Raum eine Lösung zu finden, ist nicht so einfach.

Wir arbeiten jetzt an einer Lösung, die nicht eine Sportart gegen die andere ausspielen will. Wie auch Kollege Ebi vorhin erwähnt hat, der Regierungsrat wollte am Standort des Musical Theaters unbedingt ein Hallenbad, das ist ja gescheitert und seitdem schauen wir potenziellen Möglichkeiten an und Immobilien Basel-Stadt ist ganz aktiv dahinter. Diese Suche ist für ein Hallenbad, eine Publikumssporthalle und eine Eishalle. Und Sie können sich auch gut vorstellen, dass es nicht so einfach ist, für alle diese drei grossen Projekte innerhalb einer kurzen Zeit etwas zusammenzustellen, denn nach dieser Ablehnung Musical Theater sollten wir nochmals die bestehenden Varianten gut evaluieren.

Ich kann Ihnen sagen, dass alle involvierten Stellen mit Hochdruck an einem Vorschlag für einen neuen Standort arbeiten, wenn es geht, für alle diese Sportarten und deswegen beantragt der Regierungsrat, diese Motion und den Anzug weiterhin stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Frist entsprechend dem Antrag des Regierungsrates verlängert.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist um zwei Jahre zu verlängern.

37.1. Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend 50-Meter-Schwimmbecken in der Region Basel, Schreiben des RR

[18.12.25 16:52:00, 17.5132.05]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

38. Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend defizitären Versorgungsgrad des Kantons mit Hausärztinnen und Hausärzten, Schreiben des RR

[18.12.25 16:52:06, 23.5454.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Herr Seiler hat sich gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich glaube, die Kreuztabelle sagt ja eigentlich, dass wir das doch nochmal anschauen wollen. Ich würde das gerne kurz ausführen und möchte mich zuerst bedanken beim Regierungsrat auch für die Beantwortung des Anzugs. Die Antworten, da ich selber kein Gesundheitsexperte im weitesten Sinne bin, habe ich mich natürlich mit entsprechenden Leuten abgesprochen und mich auch ein bisschen informieren lassen, wie die aktuelle Situation ausschaut.

Im Anzug geht man ja eigentlich nicht so ganz auf die Kernfrage ein, haben wir denn eine Unterversorgung mit Hausärzten oder haben wir diese nicht. Man erwähnt den Nebensatz, dass die Versorgung gewährleistet sei, geht aber da nicht sehr stark darauf ein. Wenn ich mir die Rückfragen von Expert*innen aus diesem Feld anhöre, dann ist es halt schon so, dass im täglichen Leben die Menschen scheinbar wirklich Probleme haben, einen Hausarzt oder eine Hausärztin zu finden. Und falls sie dann einen finden, dass es in einer Zeit stattfindet, wo sie halt zuerst doch ins Spital gehen in den Notfall und dann genau diese Situation entsteht, die wir ja alle nicht wollen, dass die Leute in den Notfall gehen für kleinere Sachen, die sie vielleicht beim Hausarzt erledigen könnten. Das ist sicher ein Problem.

Und ein grosses Problem, höre ich auch, ist die Pensionierung, dass ein Arzt pensioniert wird und die Leute, die Personen, die dann übernehmen, vielfach in Teilzeit arbeiten, das heisst, die präsentierten Zahlen auch nicht unbedingt den Ausschluss darüber geben, haben wir jetzt da effektiv eine Unterversorgung. Deshalb würde ich eigentlich vorschlagen, dass wir uns mit dem Thema noch ein bisschen weiter auseinandersetzen und daher wäre ich froh, wenn wir diesen Anzug stehen lassen könnten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächster Sprecher kommt Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Vielleicht noch ergänzend zu Herrn Seiler, in der Antwort des Regierungsrats zum Anzug wird aufgezeigt, dass die Versorgungslage bei der ärztlichen Grundversorgung in den letzten fünf Jahren sich verbessert hat. Das wird ja aufgezeigt mit den Zahlen. Darüber sind wir sicher froh, denn die Hausarztmedizin ist die Grundlage für die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung. Diese ist also sehr wichtig. Es wurden ja auch Massnahmen getroffen, um diese Grundversorgung zu fördern, insbesondere das Förderprogramm für Praxisassistenzstellen in Hausarztpraxen. Diese Massnahme begrüssen wir sehr und ist auch von Bedeutung, damit der medizinische Nachwuchs sich vermehrt auch eine zukünftige Tätigkeit in einer Hausarztpraxis vorstellen kann und dies dann auch so weiterverfolgen.

Gemäss der Antwort der Regierung wäre dies ausreichend und es bräuchte zurzeit also keine weiteren Massnahmen. Aber irgendwie passen diese Antworten, also ich glaube Ihnen natürlich schon, dass da etwas gemacht worden ist und dass sich auch etwas verbessert hat, aber nicht zu meinem Alltagserleben und auch nicht, was ich so in meinem beruflichen Kontext mitbekomme. Wenn wir für bestimmte Personengruppen irgendwie Hausärzte oder Hausärztinnen finden müssen, dann haben wir irgendwie das Problem, dass es gar nicht geht. Also da frage ich mich schon, hat es wirklich genug Hausärztinnen und Hausärzte, hat es wirklich genug Kinderärztinnen und Kinderärzte. Wer bis jetzt keinen Hausarzt oder Hausärztin hat, findet nicht ohne weiteres eine Praxis. Oft bestehen Aufnahmestopps oder es wird dann auf die medizinischen Grosspraxen, die wir ja kennen, verwiesen. Für einzelne Personen, in der Tendenz vielleicht gesunde Menschen, kann dies ein sinnvolles Angebot sein, aber bei weitem nicht bei allen Personen, vor allem bei Personen, die vielleicht chronische Krankheiten haben und auch ein Vis-à-vis brauchen, um die Krankheiten vielleicht gut zu managen. Da ist die Beziehung dann schon auch wichtig und da denke ich, ist es schwierig. Und wir haben es schon gehört, falls eine Hausärztin oder ein Hausarzt in Pension geht, ist die Nachfolge nicht immer garantiert.

Auch bei den Kinderärzten ist der Druck ebenfalls sehr hoch, was Sie auch, jetzt bringe ich schon wieder einen Artikel, die Basler Zeitung scheint das irgendwie zu antizipieren, nachlesen können, dass es in der Schweiz ein Problem gibt mit den Kinderärztinnen und Kinderärzten, dass es definitiv zu wenig hat. Und dass es dann hier in Basel ganz anders sein sollte als im Rest der Schweiz, ja, das bezweifle ich ein wenig. Also nicht ohne Grund arbeiten Hausärztinnen und Hausärzten sowie Kinderärzt*innen oft über das Pensionsalter hinaus, vielleicht auch, weil die Nachfolge nicht gegeben ist und allgemein die Ärzt*innendichte in der Grundversorgung nicht rosig aussieht.

Daher bezweifeln wir, ob wir wirklich nur mit der einen Massnahme dem bestehenden oder drohenden Mangel in der zukünftigen Versorgung der Hausarztmedizin entgegentreten sollen oder ob es da nicht auch noch zusätzliche Massnahmen

benötigt, weil wir wissen, es stehen viele Pensionierungen bevor in der Grundversorgung und das wird sicher nicht einfacher werden nur mit dieser einen Massnahme. Und ja, ich könnte auch vielleicht mal eine Idee zum Abklären geben, keine Ahnung, ob das eine gute Idee ist, aber auch der Aufbau von hausärztlichen Gemeinschaftspraxen, grosse Flächen, wo vielleicht auch antizipiert wird, dass nicht alle Hausärztinnen und Hausärzte in Zukunft 130% arbeiten müssen und wollen und können, dass man da vielleicht auch neue Modelle ausprobiert und dass man das vielleicht auch staatlich ein bisschen vorantreibt. Das wäre doch zumindest prüfenswert und deswegen beantragen wir Ihnen, diesen Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich darf es nun sehr kurz machen, denn Oliver Bolliger hat wirklich sehr gut gesprochen und natürlich auch David Seiler und die Argumente, die ich mir auch überlegt habe, bereits vorgebracht. Also auch wir unterstützen sehr das Stehenlassen. Das Thema ist wirklich wichtig genug, um alles zu unternehmen, was in unserer Macht steht. Auch ich erlebe gerade bei älteren Menschen, deren Hausärztin oder Hausarzt in den Ruhestand geht, wie schwierig es ist, einen neuen Hausarzt, eine neue Hausärztin zu finden. Dann habe ich denselben Artikel auch gelesen wegen den Kinderärztinnen und -ärzten. Ich habe gedacht, ja, auch hier, also die Spezialisten, auch dort kann man unter Umständen lange Wartelisten haben, aber bei dieser Grundversorgung herrscht wirklich ein Mangel. Etwa unter Umständen auch eine besondere Situation ist dann noch, wenn Menschen im Pflegeheim sind. Da gibt es Versuche jetzt, dass eine Hausarztpraxis, da eben dort nicht alle unbedingt einen Hausarzt, eine Hausärztin haben, dass man da auch zusammenarbeitet mit einem Pflegeheim. Das ist unbedingt auch anzusehen.

Und dann, ja, diese Gruppenpraxen, also ich selbst besuche eine Gruppenpraxis, das ist auch die Lösung für Menschen, die neben dem Arzt sein, Ärztin sein zum Beispiel auch Kinder betreuen wollen und eben nicht wie die altgedienten Hausärztinnen und Hausärzte 24 Stunden am Tag «nur» für ihre Patientinnen und Patienten da sein wollen. In meiner Praxis werden jetzt wirklich schrittweise bei den Routinefällen die Jungen herangeführt an die älteren Patientinnen und Patienten wie ich, die deren Hausarzt sich nun langsam stufenweise zurückzieht. Und das sind tatsächlich Modelle, wo ich auch denke wie Oliver Bolliger, dass man da auch etwas tun kann, um diese Infrastruktur, diese Modelle noch zusätzlich zu stärken, weil wahrscheinlich eine Versorgung sonst nicht auf die Dauer sichergestellt wird. Und denken wir zuletzt auch an die Hausarztmodelle, die wir ja auch immer unterstützt haben, HMO, die ja eben nur funktionieren, wenn auch genügend Hausärztinnen und Hausärzte da sind.

Jetzt habe ich doch etwas länger gesprochen, als ich wollte, aber bitte stimmen Sie nichtdestotrotz dem Stehenlassen dieses Anzuges von Herrn Seiler zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich werde es wirklich kurz machen. Entgegen dem «Chrüzlistich» werden wir hier auch für Stehenlassen stimmen. Damit ist eigentlich auch schon alles gesagt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Raoul Furlano hat sich noch gemeldet.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich mache es vielleicht noch kürzer und sage einfach, warum die LDP auch für Stehenlassen ist, weil es einfach ein wichtiges Thema ist. Und wenn man ein Anzug, so wie ich es verstehe, stehen lässt, dann ist es wie so auf Eis gelegt und man kann es wieder aufnehmen, damit das Thema relevant bleibt. Und darum ist die LDP auch für Stehenlassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich habe mehrfach gehört, man wolle sich mit dem Thema weiter auseinandersetzen und dessen kann ich Ihnen versichern, selbstverständlich werden wir uns mit dem Thema der Grundversorgung und der hausärztlichen Versorgung im Besonderen weiterhin aktiv auseinandersetzen. Das steht ausser Frage. Das würde auch ausser Frage stehen, wenn Sie diesen spezifischen Anzug abschreiben. Die Fragen, die aufgeworfen wurden im Anzug, die haben wir beantwortet und ich muss Ihnen in Erinnerung rufen, Sie haben ausschliesslich zur Hausarztabdeckung gefragt und Sie haben nicht nach Kinderärztinnen und Kinderärzten gefragt oder nach den Versorgungsmodellen in den

Pflegeheimen. Insofern kann ich das jetzt antizipieren und werde mitnehmen, dass Sie dazu noch einmal einen Bericht haben möchten und wir werden selbstverständlich auch unsere Politik in diesem Bereich weiterführen.

Es ist allerdings nicht so, dass jetzt diese Entwicklungen spezifisch von einem staatlichen Eingreifen abhängig sind. Namentlich die Gruppenpraxen, die erwähnt worden sind, haben wir in recht grosser Zahl in Basel-Stadt und die formieren sich ohne kantonale Eingriffe oder Unterstützungen oder Zusatzfinanzierungen oder Steuerungen. Es mag sein, dass das nicht auf unbestimmte Zeit so bleiben wird, aber für den Moment finde ich es schon auch wichtig festzuhalten, dass wir eine funktionierende hausärztliche Versorgung haben. Ich möchte deshalb Ihnen unseren Antrag beliebt machen, diesen Anzug hier abzuschreiben. Am Thema werden wir unabhängig vom Ausgang dieser Abstimmung selbstverständlich dranbleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

8 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007964, 18.12.25 17:05:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 78 Nein-Stimmen gegen 8 Ja-Stimmen.

39. Motion David Jenny und Konsorten betreffend Frühlingsputz in der Systematischen Gesetzessammlung: Aufhebung oder Totalrevision des Gesetzes betreffend den Austritt in Behörden, die Beschränkung der Stimmgebung bei Wahlen und die Ausschliessung der Wählbarkeit von Verwandten zu Mitgliedern von Behörden (SG 138.100), Zwischenbericht des RR

[18.12.25 17:05:24, 23.5216.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist zur Erfüllung der Motion um zwei Jahre zu verlängern. Das Wort hätte der Regierungsrat. Er verzichtet. David Jenny hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

David Jenny (FDP): Ich bin ja geschmeichelt, dass der Regierungsrat aus diesem Vorstoss ein Grossprojekt macht. Man hätte es sich vielleicht auch ein bisschen einfacher machen können. Ich will mich jetzt nicht dagegen sperren gegen diese Fristverlängerung. Ich hoffe, aber ich glaube, ich hoffe zu Unrecht, dass diese nicht ganz ausgenutzt wird. Ich will nicht sagen, mit dem steht ja fast sicher fest, dass ich mich dann nicht damit beschäftigen kann mit diesem Projekt, das da dann umgesetzt werden soll, mit grosser Kelle angerührt, aber ja, das ist kein Argument und von daher, gewähren Sie die Fristerstreckung, vielleicht geht es manchmal auch ein bisschen einfacher.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist um zwei Jahre zu verlängern.

40. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung, Schreiben des RR

[18.12.25 17:07:09, 23.5515.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Lisa Mathys hat sich als Fraktionssprecherin gemeldet.

Lisa Mathys (SP): Ich will es auch nicht unnötig lange machen, ich finde einfach, wir wehren uns nicht gegen das Abschreiben, aber wir finden jetzt schon nicht, dass diese Antwort vor Ambitionen strotzt, als Kanton und als Besitzerin von 2'000 Liegenschaften im Finanzvermögen als gutes Beispiel voranzugehen in Sachen Solarstromproduktion. Es gibt diesen einen Satz in der Beantwortung, wo steht, ich zitiere: Im Finanzvermögen sind aktuell 38 Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 2'560 Kilowatt Peak in Betrieb. Und ja, meine Damen und Herren, 38 Anlagen ist jetzt nicht so wahnsinnig viel, wir würden uns mehr wünschen. Wir anerkennen, dass die Rahmenausgabenbewilligung nicht gewünscht ist und die Betriebsgesellschaft nicht. Wir hoffen sehr, dass bei der Solaroffensive, so wie es hier auch in der Beantwortung suggeriert wird, auch für Immobilien Basel-Stadt mehr Tempo reinkommen wird. Sollte dieser Beschluss noch irgendwie so gestaltet werden, dass man daran zweifeln muss, werden wir natürlich einen weiteren Vorstoss machen, der wirklich auch auf die Vorbildrolle des Kantons abzielt, aber aktuell wehren wir uns jetzt nicht gegen abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

41. Interpellation Nr. 120 Franziska Stier betreffend aktuelle Entwicklungen zu Microsoft 365, Schreiben des RR

[18.12.25 17:09:04, 25.5488.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Franziska Stier (BastA): Zunächst möchte ich mich eigentlich bei der Regierung für die ausführliche und schriftliche Beantwortung meiner Interpellation bedanken. Sie zeigt, dass der Regierungsrat zumindest partiell mit ähnlichen Fragen beschäftigt ist und sie macht natürlich auch das Spannungsfeld deutlich, in dem sich die Verwaltung bewegt. Auch anerkenne ich noch in Erinnerung an eine September-Sitzung Regierungsrätin Tanja Solands Votum mit dem Vermerk, dass sich bis vor kurzem fast niemand Gedanken um den Datenschutz gemacht habe und mit Blick auf die Corona-Pandemie nahezu alle von uns in Zoom oder Teams wechselten, um funktionsfähige Lösungen zu haben, bei denen der Datenschutz hinter die meisten Open-Source-Lösungen zurückfiel. Der Fokus lag damals darauf, dass es irgendwie auf allen Geräten funktionieren muss, dass es irgendwie intuitiv ist, um möglichst viele Leute an diesen digitalen Prozessen teilhaben zu lassen. Insofern ist mir auch bewusst, dass ein Wechsel auf andere Systeme als die Bestehenden bei den Verwaltungsmitarbeitenden für grosse Herausforderungen sorgt. Kurz, ich anerkenne im Gesamten, dass die Herausforderung der Digitalisierung gross ist. Ich denke aber auch, dass sich ein wesentlicher Punkt geändert hat. Wir haben jetzt Ressourcen und Zeit, Lösungen zu erarbeiten, die beides gewähren, intuitive Bedienung und echten Datenschutz.

Ich bin schliesslich mit der Beantwortung meiner Interpellation zu Microsoft 365 nur teilweise zufrieden. Nicht weil der Regierungsrat keine Argumente für M365 vorbringt, sondern weil er an den zentralen politischen Fragen vorbeiredet. Der Regierungsrat anerkennt zwar, dass bei Microsoft 365 ein Zugriff nach US-Recht grundsätzlich möglich ist, er stuft dieses

Risiko aber als gering oder selten ein und erklärt das Risiko damit implizit für hinnehmbar. Und genau hier liegt ein Problem. Denn es geht nicht um Wahrscheinlichkeiten, sondern um Grundsätze, um digitale Souveränität, um Grundrechte und um die Verantwortung des Staates gegenüber sensiblen Daten von Einwohner*innen, aber auch von Mitarbeitenden, Schulen, Sozialdiensten oder eben politischen Prozessen. Der Verweis darauf, dass andere Risiken wie etwa Cyberkriminalität grösser seien, ist kein tragfähiges Argument. Sicherheit ist kein Nullsummenspiel. Dass ein Risiko existiert, rechtfertigt nicht, ein anderes bewusst in Kauf zu nehmen, insbesondere dann nicht, wenn es um staatliche Datenhoheit geht.

Zweitens bleibt die Antwort des Regierungsrats in einem entscheidenden Punkt vage. Es konnte zum aktuellen Zeitpunkt nicht transparent dargelegt werden, welche Datenkategorien konkret in der Cloud verarbeitet werden und wo die Grenze verläuft. Der Hinweis, dass hochklassifizierte Daten nicht in der Cloud bearbeitet würden, genügt nicht. Der Schutz der Grundrechte beginnt deutlich unterhalb der Schwelle geheim.

Drittens vermisse ich eine überzeugende Vorsorgelogik. Die sogenannte Exit-Strategie bleibt ein Grobkonzept. Wer sich in eine starke Abhängigkeit von US-Technologiekonzernen begibt, muss darlegen, wie er diese Abhängigkeit im Ernstfall wieder auflösen kann, technisch, rechtlich und organisatorisch. Ich denke auch, mit Blick auf die kritischen Stellungnahmen der Datenschutzbeauftragten geht es um mehr als eine normale Güterabwägung. Meine Kritik lautet deshalb nicht, Digitalisierung sei falsch, meine Kritik lautet, diese Digitalisierung ist politisch unzureichend abgesichert. Der Staat darf sich nicht wie ein privates Unternehmen verhalten, das Effizienzgewinne über alles stellt. Er hat eine besondere Sorgfaltspflicht, gerade dort, wo technische Bequemlichkeit mit Abhängigkeit erkauft wird.

Ich erhoffe mir vom Regierungsrat eine fortlaufende, vertiefende, transparente Risiko- und Alternativenanalyse inklusive europäischer oder souveräner Lösungen und eine klare politische Begründung, warum ein solches Abhängigkeitsverhältnis verantwortbar sein soll. Solange diese Fragen offen bleiben, halte ich dieses Vorgehen mindestens für sorgfaltsdefizitär und politisch für nicht ausreichend legitimiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

42. Anzug Johannes Sieber und Béla Bartha betreffend Stärkung der Rahmenbedingungen für die Film- und Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit «Lex Netflix», Schreiben des RR

[18.12.25 17:14:41, 23.5392.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

43. Interpellation Nr. 116 Andrea Strahm betreffend Sozialhilfe für Personen aus Afrika und arabischen Ländern, Schreiben des RR

[18.12.25 17:15:03, 25.5483.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): In unserer Interpellation wollten wir näheres dazu wissen, weshalb eine Personengruppe, nämlich diejenige der Zugewanderten aus den arabischen und afrikanischen Ländern, derart viel häufiger Sozialhilfe beziehen muss als die Zugewanderten aus anderen Ländern und wie die Regierung dieser Tatsache begegnet. Von den Zugewanderten aus den arabischen Ländern beziehen 30,9% Sozialhilfe, von denen aus den afrikanischen Ländern sind es 32,4%. Jeder und jede Dritte der Zugewanderten aus diesen Ländern erhält also in Basel Sozialhilfe. Zum Vergleich, die

nächstgrössere Bezugsgruppe folgt mit grossem Abstand und stammt aus der Türkei mit 12,1%, danach kommen Zugewanderte aus Mittel- und Südamerika mit 10,9%.

In einem Bericht von Prime News vom 16. September wurde auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Das WSU bestätigte gegenüber diesem Medium den Sachverhalt und erläuterte auf eine weitere Nachfrage hin, dass diese Zuwandernden häufig als Flüchtlinge in die Schweiz kämen und dass es sich dabei mehrheitlich um junge Maghrebiner handle. Dabei ist zu beachten, dass diese Gruppe nach Auskunft des WSU dann, wenn sie Sozialhilfe bezieht, bereits fünf Jahre in Basel ist, denn die ersten fünf Jahre kommt die Flüchtlingshilfe für sie auf. Erst nach fünf Jahren also kommt die Sozialhilfe des Kantons zum Tragen, jedenfalls soweit ich das verstanden habe. Des Weiteren wurde ausgeführt, dass Integrationsvereinbarungen mangels Durchsetzbarkeit nicht mehr geschlossen würden. Wir reden hier also nicht von Familiennachzug oder alleinerziehenden Müttern. Es versteht sich von selbst, dass derartigen schutzbedürftigen Personen die Hilfe zukommen muss, die sie benötigen. Bei jungen Männern hingegen sehen wir zumindest diesen Aspekt der Hilflosigkeit nicht. So viel zum Hintergrund unserer Interpellation.

Wir hatten verschiedene Fragen gestellt, wollten wissen, wie der Kanton auf diese Anhäufung reagiert, wie er diese Gruppe gezielt angeht, weshalb Integrationsvereinbarungen nicht durchsetzbar sind. Sie können dies im Detail nachlesen. Man kann die Antworten ganz einfach zusammenfassen, die Regierung interessiert das nicht, sie tut nichts. In der Antwort wird auf die vielen Ländern und Sprachen Afrikas hingewiesen, auf alleinerziehende Mütter und Familiennachzug, aber darum geht es nicht. Das WSU gibt ja selber an, dass es sich bei der betroffenen Gruppe mehrheitlich um junge, männliche Maghrebiner handelt und nicht um alleinerziehende Mütter aus Kapstadt. Wieso kommt denn das WSU also nicht selber zum Schluss, dass hier Handlungsbedarf besteht, dass genauer untersucht werden muss, weshalb diese Gruppe der Zugewanderten derart dominiert, wie mit ihr umgegangen werden kann, weshalb sie nach fünf Jahren hier die Sprache noch immer nicht spricht beispielsweise? Es ist gerade für diese Gruppe der zugewanderten, junge, hoffnungsfrohe, unternehmungslustige Männer schädlich, wenn sie ohne Beschäftigung einfach mit Sozialhilfe versehen wird, abgespiesen wird und mangels Durchsetzbarkeit nicht mit einer Integrationsvereinbarung, falls das überhaupt mit Menschen im Flüchtlingsstatus machbar ist, zu einer tätigen oder weiteren Integration verpflichtet wird.

In diesem Zusammenhang ist das Beschäftigungsverbot für diese Gruppe besonders problematisch. Kommt dann nach langen Jahren ein negativer Asylentscheid und die Betroffenen müssen in Ausschaffungshaft, wir hören es ja eben im Zusammenhang mit anderen Vorstössen, kommt es zu Verzweiflungstaten, zu Suiziden. Es ist ein Skandal, dass die Verfahren so lange dauern, denn gerade in jungen Jahren sind fünf Jahre ewig. Perspektiven fehlen aber gänzlich, wenn man in einer Warteschleife mit Sozialhilfe herumhängt und auf dumme Gedanken auch kommt, nicht wahr? Die Asylverfahren sind nicht Sache des Kantons, wenn es aber um Sozialhilfe geht, dann ist der Kanton zuständig und der Kanton hat dafür zu sorgen, dass Betroffene möglichst rasch aus dieser hinaus und auf eigene Beine kommen. Wie dies mit dem Beschäftigungsverbot in Einklang zu bringen ist, muss der Kanton prüfen, er muss sich kümmern. Auch unter dem Aspekt der Gleichbehandlung mit der einheimischen Bevölkerung finde ich es unfair, dass hier nicht hingeschaut wird. Also ich hoffe, da geht noch etwas. Danke fürs Zuhören.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sind Sie mit der Antwort zufrieden? Nein, Sie sind nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

44. Anzug Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB, Schreiben des RR

[18.12.25 17:20:38, 23.5388.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Adrian Iselin hat sich gemeldet.

Adrian Iselin (LDP): Die LDP bittet Sie, den Anzug nicht abzuschreiben. Der Bericht zeigt klar, dass die Probleme auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB weiterhin bestehen. Konkrete bauliche Verbesserungen werden auf die Zeit nach 2028 verschoben, Übergangslösungen fehlen. Gerade bei einem der wichtigsten Stadteingänge Basels halte ich es für falsch, den parlamentarischen Auftrag abzuschreiben, solange sich die Situation für Pendlerinnen, Pendler und Busreisende faktisch nicht verbessert hat. Aufenthaltsqualität ist Standortpolitik. Der Bahnhofsvorplatz ist kein Sozialprojekt allein, sondern ein zentraler öffentlicher Raum für Mobilität, Wirtschaft und Tourismus. Wer Qualität will, braucht Lösungen, nicht nur

Prozessbeschreibungen. Ich bitte Sie deshalb, den Anzug stehen zu lassen und den Regierungsrat zu beauftragen, konkrete kurzfristige Massnahmen zu prüfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank an Adrian Iselin für sein Votum. Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen ebenfalls, dass dieser Anzug stehen gelassen bleibt. Der Regierungsrat hat diverse Massnahmen am Bahnhof SBB ergriffen, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern, auch für Busreisende, also für diejenigen, die dort auf einen Bus wollen. Die Lösung, dass diese Busse alle auf der Seite des Bahnhofausgangs halten und nicht mehr beispielsweise bei der Konfiserie Bachmann, halte ich für sinnvoll, aber die Situation, wenn Sie einmal dort stehen, und ich weiss nicht, ob das Frau Regierungsrätin Esther Keller manchmal macht, aber wenn Sie dort auf den 30er-Bus wollen, auf den 50er-Bus oder auf den 48er-Bus, ist es einfach wirklich absolut unhaltbar. Sie haben bei Regenwetter keine Möglichkeit, wirklich unterzustehen, weil Sie, wenn Sie unterstehen wollen, ja quasi dort stehen, wo die Leute beim Ein- und Ausgang rein oder raus wollen. Das ist einfach wirklich eine absolut ungünstige Situation.

Sie ist für mich fast noch ungünstiger wie die Situation auf der anderen Seite des Bahnhofs, dort haben wir ja heute mit dem Vorstoss von Herrn Thommen versucht, eine Verbesserung jetzt zu «erzwingen» für diese Fernbusse, aber für den «Alltagsbus» auf der anderen Seite ist die Lösung wirklich auch inakzeptabel. Dort stehen sich die Menschen wirklich gegenseitig auf den Füssen. Sie haben auch bei schönem Wetter nicht wirklich viele Möglichkeiten zu stehen und aber ganz bestimmt, wenn die Rush Hour ist am Morgen und am Abend, herrscht dort ein riesiges Chaos und der erste Eindruck für auch Besucher dieser Stadt, die ja auch aus dem Bahnhof kommen, das hat Herr Iselin auch erwähnt, ist für mich wirklich schlecht.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Beantwortung auf meinen Anzug, dass mittel- und langfristig ja Lösungen vorgesehen sind, das mag so sein, ich hoffe, dass diese Lösungen eher nicht langfristig, sondern eher mittelfristig dann gefunden werden können, aber trotzdem ist es auch kurzfristig so, dass man hier etwas machen muss und hier hätte ich mir schon auch erwünscht, dass der Regierungsrat rascher etwas vorsieht für diese Menschen dort. Ich weiss nicht, ob Sie selber manchmal diesen Bus benutzen oder dort diese Haltestelle, das ist für mich eine wirklich absolut unhaltbare Situation, da muss eine schnelle, wenn auch nur für den Moment provisorische Lösung hin, damit sich dort die Situation verbessert.

Deshalb bitte ich Sie auch im Namen meiner Fraktion, der SVP, dass dieser Vorstoss stehen gelassen bleibt, auch wirklich mit der Idee und dem Wunsch zuhanden von Regierungsrätin Esther Keller, dass man hier allenfalls auch eine temporäre Lösung findet, um dort den Menschen, die diese Busse benutzen, etwas mehr Qualität in dem Wartebereich zu ermöglichen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zuerst zur einfachsten Frage, ja, ich kenne die Situation sehr gut, tatsächlich wohne ich an der 50er-Linie und nehme diesen Bus ab und zu. Die Situation hat sich wirklich jetzt schon verbessert mit der neuen Fläche, wo der 30er haltet. Ich glaube, man muss schon sehen, die Veränderungen, die wir jetzt auch 2028 nehmen, das ist wirklich sehr bald, wir sind jetzt mit einem Fuss schon im Jahr 2026. Bauliche Massnahmen, auch temporäre, brauchen immer eine Genehmigung, eine enge Abstimmung auch mit den SBB, also da jetzt noch schnell, schnell eine Lösung zu zimmern, ist schwierig. Wir befinden uns auch vor einem wichtigen bauhistorischen Denkmal mit dem Bahnhof SBB, also auch da können wir nicht schnell, schnell eine Lösung hinkleistern. Ich bin überzeugt, dass jetzt auch mit dieser Verschiebung Richtung Westflügel dann auch Abhilfe gebracht wird. Geben Sie uns noch diese Zeit, wie gesagt, schnell, schnell, ein Provisorium wäre schwierig und die Wartehalle kann ja heute schon als Aufenthaltsfläche dienen.

Aber ich bin mit Ihnen, die heutige Situation ist nicht ausreichend, das habe ich auch schon mehrere Male erlebt. Ich denke einfach, dass eine kurzfristige temporäre Lösung jetzt tatsächlich sehr schwierig umzusetzen ist. Die Perspektiven für die mittelfristige haben wir Ihnen hier gegeben. Der Regierungsrat bittet Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 24 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007971, 18.12.25 17:27:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 65 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen.

45. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Kapazitätsausbau bei der Buslinie 36 und möglicher Schaffung einer Schnellbus-Ringlinie, Schreiben des RR

[18.12.25 17:27:21, 23.5491.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

46. Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten, Schreiben des RR

[18.12.25 17:27:44, 23.5211.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Esther Keller verzichtet. Daniel Seiler hat sich als erstes gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Mein Dank vorab geht natürlich an die Verwaltung, vor allem an das Tiefbauamt. Ich wurde eingeladen und wurde informiert über eine umfassende Analyse, die gemacht wurde. Mir wurden die Optimierungspotenziale aufgezeigt, welche vor allem im Bereich der verbesserten Kommunikation liegen, bei der Befähigung und im Projektmanagement. Man geht auch in der Zukunft von möglichen Beschleunigungen von 10 bis 20% aus, unsere Forderung war ja eigentlich 30%. Auch im Bereich des Hochbaus wurde im Bericht ausgeführt, was man alles gelernt habe aus den vergangenen Projekten. Es wurde ein Cockpit erwähnt, welches wir unter anderem in der Finanzkommission auch schon kennen. Im Biomedizinischen Zentrum bekommen wir einen halbjährlichen Cockpit, wo uns präsentiert wird, wo diese Projekte stehen. Ich glaube, das ist etwas sehr Gutes.

Es wurde also einiges schon gemacht, aber viele dieser Massnahmen, die aufgeführt sind, beziehen sich auf die Ideen für die Beschleunigung, wie man das in Zukunft machen kann. Und wenn wir halt aktuell die Baustellen anschauen, vor allem auch die Baustellen im Fernwärmeausbau, dann zumindest als Laie muss man da schon auch sagen, vielfach geht doch die eine oder andere Woche vorbei, bis etwas weitergebaut wird. Und wenn wir auch die Technologien anschauen, wie diese Fernwärmeleitungen verlegt werden, dann sind das Technologien aus dem letzten Jahrhundert und wir müssen uns hier wirklich bewusst sein, wir werden sicher noch 15 Jahre mit diesen Fernwärmebaustellen uns beschäftigen und sich auch hier drin beschäftigen, darum ist das wirklich ein Thema, das auch in Zukunft wichtig bleibt, dass man da vielleicht auch neue Ideen entwickelt und das schneller vorantreibt.

Im Hochbau muss ich sagen, wenn ich an den Spiegelhof denke, wir haben erst im Oktober nochmal 30 Millionen bzw. die Regierung hat 30 Millionen gesprochen, weil man eben auch wieder etwas entdeckt hat. Also da bin ich mir wirklich schon nicht so sicher im Spiegelhof, ob dann die Learnings daraus gezogen werden, wenn wir uns vorstellen, im 2016 wurde dieser Ratschlag verabschiedet, seinerzeit mit 50 Millionen. Es sollte im 2020 fertig sein, mittlerweile wissen wir, dass gewisse Teile erst im 2027 angefangen werden zu sanieren. Es braucht also am Schluss mindestens 12 Jahre, die dreifache Summe von ursprünglich, was man kommuniziert hat. Ich weiss, es sind auch Bereiche jetzt dazugekommen, die man ursprünglich nicht sanieren wollte, aber wir müssen uns schon bewusst sein, 12 Jahre, wie sich die Zeit doch verändert hat in 12 Jahren und wie sich die Zeit in Zukunft noch mehr beschleunigen wird. Die Bedürfnisse in der Verwaltung werden sich auch stark ändern und von dem her müssen wir doch in solchen Projekten einfach viel schneller werden.

Oder ich mache nochmal kurz den Bogen ins Kleinbasel, in die Rosentalanlage. Da ist der Ratschlag für die Umgestaltung der Rosentalanlage, jetzt dann vor 25 Jahren wurde der seinerzeit verabschiedet, 25 Jahre. Man wollte neue Plätze finden für diese Zirkusanlage. Mittlerweile wissen wir, dass es keine neuen Plätze gibt. Man hat wieder eine Vorstudie gemacht, man hat untersucht, was man alles machen kann, und will jetzt nochmal 800’000 Franken investieren, um nochmal zu schauen für zwei Jahre, was man mit dem Areal machen kann. Ich bin selber kein Befürworter von diesen mobilen Geräten, aber jetzt muss ich sagen, es ist vielleicht doch gut, dass jetzt diese mobilen Geräte kommen, weil wir da nochmal Jahre warten müssen für diese Umgestaltung. Was wirklich da umgestaltet werden soll, es ist ein Kiesplatz, es hat Bäume um diesen Platz herum, ich weiss wirklich nicht, was da auch noch umgestaltet werden soll.

Ich bin einfach der Meinung, dass diese Projekte viel schneller in Zukunft gehen können und daher würde ich beantragen, dass wir diesen Anzug auch stehen lassen, damit wir auch die Regierung in die Verantwortung nehmen können, dass eben die Baustellen schneller gehen in Zukunft. Und ich rede nicht nur von Baustellen auf der Strasse, ich rede auch von diesen ganzen Bauprojekten wie der Barfüsserplatz, der 12 Jahre nach der Idee, wie wir das umgestalten wollen, erst umgesetzt werden sollte. Die Welt sieht in 12 Jahren komplett anders aus. Darum würde ich Sie wirklich bitten, diesen Anzug auch stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Im «Chrüzlistich» ist die Fraktion GRÜNE/jgb offen. Ich erkläre schnell, wie es zu diesem offen gekommen ist. Wir waren in der Fraktion nicht ganz einig, ob Bauprojekte nur gut und sauber gemacht werden müssen oder ob sie auch noch schneller gemacht werden sollten. Im ersten Punkt sind wir uns eigentlich einig, dass auch in der Beantwortung dieser Motion respektive des Anzugs seitens der Verwaltung gute Arbeit geleistet worden ist. Dort sind substanzielle Learnings und Verbesserungen erkennbar. Da haben wir also das Vertrauen, dass das Projektmanagement künftig funktionieren wird. Wo wir aber schon auch noch Potenzial sehen, ist das, was Daniel Seiler jetzt kurz angeschnitten hat, dass es vielleicht auch eine Beschleunigung vertragen könnte. Wir sind uns ja bewusst, dass eine grosse Transformation stattfindet in der Stadt, um die Stadt ökologischer, umweltfreundlicher zu machen. Wir denken an die ganze Fernwärme, wir denken an die ganzen Umgestaltungen, wo auch Klimaanpassungen vorgenommen werden sollten, und da ist es uns wichtig, dass diese Sachen auch mit einem gewissen Tempo angegangen werden. Darum will dieser Teil der Fraktion den Anzug nochmal stehen lassen, um unseren Willen noch einmal kundzutun, dass wir doch auch daran interessiert sind, dass die Bauprojekte schneller abgeschlossen werden, vorwärts gehen. Darum sind wir offen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Der Anzug oder die von Daniel Seiler und Konsorten angesprochenen Verzögerungen bei diesen kantonalen Bauprojekten, ja, die sind real. Ich glaube, das ist klar anzuerkennen. Ebenso wichtig, und ich glaube, das ist jetzt mit dem Vorliegen des regierungsrätlichen Berichtes auch klar, dass sich das Departement und der Gesamtregierungsrat dieser Sachlage ernsthaft annimmt. Der Bericht zeigt aus Sicht der SP-Fraktion auch klar, dass diese Probleme erkannt sind und dass der Regierungsrat, so nehmen wir das wahr, auch nicht bei einer reinen Symptombekämpfung stehen bleiben möchte. Herr Seiler hat auch schon angesprochen, wie sich das verhält bei gewissen Hochbauprojekten, die durchaus dann auch in einem Reporting bei gewissen Aufsichtskommissionen von diesem Rat vorbeikommen.

Das heisst, man möchte jetzt strukturell agieren und dafür wurden in diesem Bericht unserer Ansicht nach auch die entsprechenden Projektorganisationen angesprochen und klar aufgezeigt. Das heisst, für uns ist dieser Anzug klar abzuschreiben, weil ich glaube, was dieser Anzug nicht kann, er wirft Tiefbauprojekte zusammen mit Hochbauprojekten, wenn man jetzt einen Schritt weitergeht, auch aus einer parlamentarischen Sicht, dann muss das ganz klar differenziert werden. Ich glaube, Jérôme Thiriet hat hier gezeigt, um was es geht. Es sind unterschiedliche Fragenstellungen, die sich für den Tiefbau oder für den Hochbau zeigen. Da müssen wir als Parlamentarier*innen dann eher noch klarer sein, was wir jetzt wollen von der Verwaltung, von unseren Regierungsrät*innen. Mit diesem Anzug kann man das sicherlich nicht irgendwie

noch gewinnbringend weitertreiben in unserer Sicht. Das ist, denke ich, deutlich. Auch bleibt dieser Anzug, das war ja schon von Anfang an sehr mechanisch, hier wird mit irgendwelchen Vergleichszahlen operiert, die in der Perspektive von uns Sozialdemokrat*innen für öffentliche Bauprojekte nur bedingt überhaupt zulässig sind, die unterscheiden sich teilweise wirklich zu fest.

Das heisst aber nicht, dass wir dem Kanton und die entsprechenden Verantwortlichen irgendwie nicht mehr für diese Hauptstossrichtung, nämlich dass man diese Bauprojekte nach den ursprünglichen Planungen auch durchzieht in den entsprechenden Zeitfenstern, dass man hier die Verwaltung einfach entlastet. Ich glaube, wir sind klar bereit, hier auch vor allem, und dann sprechen wir aber konkret über die Besteller*innen-Kompetenzen im 3-Rollen-Modell, und dann müssen wir hier konkret nach vorne gehen. Dieser Anzug hat das bewirkt, was er konnte, ich glaube, das Bewusstsein ist in der Verwaltung angekommen, es werden strukturelle Anpassungen gemacht und wir werden das selbstverständlich auch kritisch weiterverfolgen. Ich möchte deshalb beliebt machen, dass wir jetzt diesen Anzug von Kollege Seiler abschreiben und gegebenenfalls mit einem neuen Vorstoss da auch wirklich konkret nachsteuern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Habe ich das richtig verstanden, tief im Herzen würden Sie ihn doch gerne stehen lassen?

Ivo Balmer (SP): Ich mag Sie sehr, Daniel Seiler, deshalb habe ich ein Herz für Sie, aber für diesen Anzug habe ich wirklich kein Herz, weil der wirklich zu pauschal ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Der Anzug von Daniel Seiler und Konsorten spricht ein zentrales Standortproblem an. Die Dauer kantonaler Bauprojekte ist in vielen Fällen deutlich zu lang. Bauzeiten von mehreren Jahren sind keine Ausnahme mehr. Die Erneuerung der Bäumleingasse startete anfangs September 2025 und dauert rund zwei Jahre. Das ist ein Ärgernis gerade für das Gewerbe, die Medien berichteten. Ebenfalls bindet es Ressourcen, verursacht Zusatzkosten und verzögert dringend benötigte Infrastruktur, Verkehrs- und Energieprojekte. Der Regierungsrat zeigt in seiner Stellungnahme auf, dass verschiedene Massnahmen zu Beschleunigungen eingeleitet wurden. Diese Schritte sind richtig und werden von der LDP begrüsst. Gleichzeitig macht die Stellungnahme aber auch deutlich, dass die angestrebte Verkürzung der Projektlaufzeiten bislang nicht erreicht wurde und strukturelle Verbesserungen noch im Gange sind. Aus liberaldemokratischer Sicht ist dabei nicht nur die Planung entscheidend, sondern auch die Umsetzung auf der Baustelle. Es gibt Berichte über Baustellen, die über längere Zeit kaum vorankommen, während gleichzeitig zahlreiche Sicherheits- oder Begleitpersonen vor Ort eingesetzt werden. Solche Situationen sind weder effizient noch vermittelbar und tragen direkt zur unnötigen Verlängerung der Bauzeit bei.

Gerade deshalb erachtet es die LDP als wichtig, den Anzug stehen zu lassen. Anders als Ivo Balmer dies äussert, ist er nicht klar abzuschreiben. Es ist klar, was der Anzug möchte, hauptsächlich die Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten. Der Anzug setzt den notwendigen politischen Fokus auf verbindliche Zeitpläne, klare Verantwortlichkeiten und eine konsequente Steuerung der Bauprozesse von der Planung bis zur Ausführung. Ziel ist nicht zusätzliche Regulierung, sondern schlanke pragmatische Abläufe, die Kosten senken und Projekte schneller realisieren. Das Stehenlassen des Anzugs ist somit ein sachliches und vor allem ein politisches Signal. Die bisher eingeleiteten Massnahmen sind ein Anfang, reichen uns aber noch nicht aus. Wir bitten Sie deshalb, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zuerst einmal vielen Dank. Ich meine, aus allen Voten gehört zu haben, dass man die Ernsthaftigkeit, mit dem wir diesen Anzug, der ja ursprünglich eine Motion war, behandelt haben, dass das gesehen wurde, das freut mich auch und glauben Sie mir, das ist so. Es ist für unsere Mitarbeitenden und auch für die beauftragten Firmen beispielsweise draussen auf der Baustelle sehr unangenehm, wenn Rückmeldungen kommen, wenn sie angesprochen werden, wenn die Leute sich ärgern. Es ist für die Mitarbeitenden im Hochbau extrem unangenehm, wenn aus verschiedenen Gründen irgendwie ein Zeitplan nicht funktioniert oder man mit einem Nachtragskredit kommen muss für ein Gebäude. Ich glaube, das darf man nicht unterschätzen, wie gross die Betroffenheit, ich erinnere mich ans Projekt NBZ, wie gross die Betroffenheit wirklich auch intern ist.

Im Hochbau haben wir unsere Hausaufgaben sehr sorgfältig gemacht. Sie kennen die Learnings, die die Regierung gezogen hat. Es geht da um die Qualität auch bei der Bestellung, früher eine Bestellung fixieren, nicht zu viele Änderungen zulassen, aber auch schlicht genügend Ressourcen auf unserer Seite, um wirklich alles auch kontrollieren zu können, überwachen zu können, also wir haben da dazugelernt. Beim Tiefbau haben wir uns auch auf einen grösseren Prozess jetzt aufgrund dieser Motion eingelassen. Sie haben es gesehen, wir haben das wirklich sorgfältig untersucht, auch hier nicht im stillen Kämmerlein, sondern gemeinsam mit den IWB und den BVB, die ja immer mit im Boot sind, wenn es um Bauten geht. Wir haben Potenziale identifiziert, wo wir drangehen möchten, Sie lesen das in unserer Auslegeordnung.

Ich glaube einfach, die Bäumleingasse ist auch ein gutes Beispiel für einen gewissen Zielkonflikt, den wir eben auch haben. Bei der Bäumleingasse haben wir bei den Gewerbetreibenden auch gefragt, was ihre Wünsche sind und der Wunsch war eben nach einer möglichst kurzen Bauzeit und damit einer intensiven Bauzeit. Und das führt dann dazu, dass wir eben sehr flächenintensiv bauen, es wird lauter, es wird unangenehmer und das ist je nachdem für das Gewerbe eben auch nicht angenehm. Oder stellen Sie sich vor, wenn wir x Baustellen mit Nachtarbeit machen würden, ich glaube, auch das möchten Sie wahrscheinlich nicht.

Also wir werden weiterhin dranbleiben, wir tauschen uns auch mit anderen Städten aus. Ich glaube, das, was hier gefordert wurde wörtlich in der Motion respektive im Anzug, war ein Massnahmekatalog, den haben wir geliefert. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug abzuschreiben, wohlwissend, dass wir dranbleiben müssen, dranbleiben werden und diese Massnahmen jetzt natürlich auch umsetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007974, 18.12.25 17:45:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 43 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen.

47. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend Förderung von einheimischem Holz als ökologischer und klimaneutraler Baustoff, Schreiben des RR

[18.12.25 17:45:41, 20.5186.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Sammelbericht zu den Anzügen Oliver Thommen und Konsorten betreffend Förderung von einheimischem Holz aus ökologischem und klimaneutralem Baustoff; Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend der Reduktion von klimaschädlichem Zement und Beton im Kanton Basel-Stadt; Spezialkommission Klima betreffend Vorbildfunktion für nachhaltiges Bauen; Spezialkommission Klima betreffend Klimaziele bei Arealentwicklungen; Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klausel für Pilotprojekte; Spezialkommission Klimaschutz betreffend Experimentierzone und Experimentierstatus für klimafreundliches Bauen; David Wüest-Rudin und Konsorten zur Sicherstellung einer Kompetenz und Beratungsstelle für klimafreundliches Bauen; Lea Wirz und Konsorten zur Sicherstellung der Möglichkeit zur Weiterverwendung von bestehendem Bausubstanz während aller Planungsphasen; Salome Bessenich und Konsorten betreffend Strategie Netto-Null in der Basler Bauwirtschaft; Tonja Zürcher und Konsorten betreffend graue Energie bei

Baugesuchen berücksichtigen; Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit im Bebauungsplan. Schreiben des Regierungsrates.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug Patrizia Bernasconi als erledigt abzuschreiben. Bei allen anderen Anzügen beantragt der Regierungsrat Stehenlassen. Esther Keller verzichtet in einer ersten Runde, Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Herzlichen Dank für diese interessante Vorlesung, die quasi ein Querschnitt durch alle oder durch viele der Themen im nachhaltigen Bauen waren. Die Vielzahl der hängigen Vorstösse zeigt es ja gleich auch und betont die Dringlichkeit und auch den Rückhalt des Auftrages, klimafreundlicher zu bauen bei uns im Kanton. Dieser Rückhalt ist ja wirklich eigentlich bis auf die SVP vielleicht unbestritten. Die Überweisungen dieser Vorstösse sind dennoch teilweise über fünf Jahre her und ich finde es trotzdem richtig, darauf hinzuweisen, die Spezialkommission, von der viele der Vorstösse sind, die hier stehen gelassen werden, hat vor vier Jahren ihre Arbeit abgeschlossen und wir sind trotzdem am Punkt, wo alle diese Anliegen immer noch stehen gelassen werden müssen.

Ich picke einfach zwei der Vorstösse der Spezialkommission Klimaschutz heraus, die auch zusammen beantwortet wurden hier. Es geht dort um die Pilotprojekte und die Experimentierzonen, die gefordert werden für den Kanton. Man verweist auf Ziel und Massnahme B6 in Klimaschutzstrategie und Klimaschutzaktionsplan des Kantons. Es ist natürlich schon gut, dass das dort drin ist, aber es ist eben schon schade, wenn es noch auf Papier ist. Es wird dort auch die rechtliche Komplexität angeführt. Dafür habe ich Verständnis und es ist sicher kompliziert, auch gerade mit Haftungsfragen, etc., das sauber zu klären. Ich verstehe, dass es Zeit braucht, dennoch finde ich es wichtig zu sagen, dass halt schon der Wunsch da wäre, man könnte gewisse Sachen priorisieren und schneller vorantreiben. Es wird auch ein Ressourcenproblem angesprochen. Es ist ja sicher so, viele Anzüge gleichzeitig machen die Arbeit in der Umsetzung auch nicht weniger komplex, auch das anerkenne ich. Dennoch zeigt eben diese Vielzahl auch, wie schnell und wie dringend man vorwärtsgehen sollte.

Mein Appell an uns als Kanton ist, dass wir vor lauter Förderung bei den Unternehmen, die es dringend braucht, damit wir unsere Netto-Null-Ziele erreichen, ich will die überhaupt nicht bestreiten, aber dass wir vor lauter diesen Anstrengungen die eigenen Aufgaben nicht liegen lassen, weil der Kanton hat eine wichtige Funktion auf diesem Weg. Wir müssen vorangehen, wir müssen zeigen, dass es funktioniert, wie es funktioniert und die Pilotprojekte liefern, von denen alle lernen können. Entsprechend hoffe ich, dass wir weiter ambitioniert daran bleiben, diese ganze Liste von Vorstössen tatsächlich noch umzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): So kurz vor der Ziellinie doch noch etwas schwierigere Kost. Wie Sie sehen, beantragt die SVP, alle Anzüge abzuschreiben. Es wird dem Weltklima nicht schlechter gehen, wenn wir die Verwaltung nicht mit noch mehr Berichten zum Klima belasten. Eins ist sicher, wenn unser Regierungsrat und unsere Verwaltung auf ein Thema sensibilisiert sind, dann ist es das Klima, und hier zu unterstellen, ohne Stehenlassen der Anzüge würde das Klimathema in unserem Kanton in Vergessenheit geraten, das wäre doch sehr weltfremd. Ausgerechnet in Basel-Stadt, der Klimalocki der Welt, also lassen Sie gut genug sein.

Ich werde hier gar nicht auf die einzelnen Anzüge eingehen, aber es ist eine gute Gelegenheit, wieder einmal ein paar allgemeine Betrachtungen über die Klimapolitik lokal und global anzustellen. Unbestritten ist es, ich wiederhole, unbestritten ist es, dass es in den letzten 170 Jahren wärmer geworden ist. Das ist so, wenn eine kleine Eiszeit zu Ende geht. Unbestritten ist, dass der CO_2-Level in der Atmosphäre gestiegen ist und dass wir Menschen zumindest teilweise diesen Anstieg zu verantworten haben. Alles weitere ist Politik und Ideologie. Wir als Weltgemeinschaft haben mit der Erwärmung unseres Planeten ein Problem, dem wir uns stellen müssen. Die Frage ist nicht ob, die Frage ist wie und da scheiden sich die Geister. Da möchte ich drei Punkte aufführen, eine Mischung zwischen der Politik der SVP und meiner ganz persönlichen Ansicht. Drei Punkte, die ich für enorm wichtig finde.

Erstens, wir müssen die Klimawissenschaft entpolitisieren. Gerade beim Klimathema brauchen wir dringend ein Wissenschaftsverständnis, welches den Widerspruch nicht unterdrückt, sondern ausdrücklich willkommen heisst. Gerade die Naturwissenschaften leben vom Widerspruch. Jede Aussage muss der Falsifizierbarkeit offenstehen und leider hat die Politik in den letzten Jahrzehnten einen dermassen grossen Einfluss auf die Klimawissenschaftsdisziplinen erreicht, dass heute fast nur noch die ideologische Ausrichtung und nicht mehr die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zählen. Die COP-Anlässe wie kürzlich da dieser Clown-Anlass COP30 in Belém oder die IPCC-Berichte sind beste Zeugen.

Punkt 2, wir müssen weg von der Angstmacherei hin zu einer ideologiefreien, technologieoffenen Politik, denn die Klimapolitik ist seit spätestens Al Gore eine Politik der Angst. Vom Ausdruck Erderwärmung über Klimawandel, Klimakrise, heute Klimakatastrophe, Angst ist ein Topos, welches sich über all diese Jahre erhalten hat. Es ist ein Glanzstück der PR-

Industrie, dass sie das Lebenselixier CO_2 als tödliches Gift verkauft hat. Leider hat sie das fertiggebracht. CO_2 ist nicht ein Gift, die Welt wird grüner dank CO_2. Das können Sie nachvollziehen und, wenn Sie es wollen, auch falsifizieren.

Drittens, Bezug zu diesen Anzügen. Wir müssen weg von einer lokalen Symbolpolitik. Staatliche Massnahmen müssen sich an ihrer Wirkung messen lassen und die Wirkung unserer lokalen Politik auf das Weltklima ist unmessbar klein. Wir haben ja den Klimanotstand ausgerufen. Wir sollen gemäss unseren Fähigkeiten zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels beitragen. Fun Fact. Die Zieltemperatur ist gar nicht vorgegeben, es sind einfach 1,5 Grad wärmer als irgendeine nicht spezifizierte vorindustrielle Temperatur. Ein weiterer Grund für den Klimanotstand war, Basel könne eine Vorbildfunktion haben. Ja bitte, man nenne mir eine Stadt, welche Basel als Vorbild genommen hat. Wir sind leider tatsächlich ein Vorbild, aber ein negatives Vorbild. Wir klimaregulieren auf Teufel komm raus, wir schreiben den Leuten vor, wie sie leben sollen, wie sie noch essen sollen, wie sie wohnen sollen, wie sie heizen sollen und wir setzen dafür Geld ein ohne Ende.

Global ist die Klimapolitik, das Klima, eine unglaubliche Geldmaschinerie. Die ursprünglich gute Idee mit den Klimazertifikaten, die jetzt an der Börse gehandelt werden, da haben sich ein paar Leute unglaublich gesund gestossen. Oder nehmen Sie die Organisation hinter Greta Thunberg, diese Firma namens «We don't have time», die sind ja börsenkotiert, die sind reich geworden, es ist unvorstellbar. Al Gore sagt man nach, er sei der erste Klimamilliardär. Leider ist die Klimapolitik auf eine völlig falsche Schiene geraten. Sie lässt sich zusammenfassen, die heutige Klimapolitik ist regulieren, kujonieren, abkassieren. Richtig wäre, dass wir die Stärken unseres Kantons ausnützen, nämlich Forschung, Entwicklung, Innovation. Es ist ja auf der Tagesordnung auch ein weiterer Anzug zur Stärkung des Forschungsstandorts Basel. Das ist die richtige Denkweise. Ich werde mich dann noch kurz äussern dazu. Also so viel als allgemeine Bemerkungen zur Klimapolitik, zurück zum vorliegenden Geschäft.

Wir haben ja der Regierung in den letzten Jahren den Auftrag zur Klimapolitik erteilt. Es soll bitte niemand sagen, dass der Regierungsrat diesem Auftrag nicht nachkommt. Der Auftrag ist erteilt und wir können sicher sein, dass das Thema gerade in unserem Kanton nicht einschläft. Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit Klimaauftrag, dann lassen Sie die Verwaltung arbeiten und belasten Sie sie nicht noch mit weiteren Berichten. Zu diesem Thema Berichte, von denen wir ja alle wissen, wie sie herauskommen werden, nämlich Basel ist gut unterwegs, aber wir brauchen mehr Zeit, wir brauchen mehr Geld und im Übrigen haben wir sowieso zu wenig Stellen. Ergo, es ist unnötig, wenn nicht kontraproduktiv, diese Anzüge stehen zu lassen. Noch einmal, ich bitte Sie, alle abzuschreiben und Herr Präsident, wir müssen nicht über jeden Einzelnen gehen, sondern in globo abstimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thommen. Diese wird nicht entgegengenommen. Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Was sagt man nur nach so einer Kakophonie von Verschwörungstheorien und Klimaleugnerei. Ich bin ehrlich gesagt etwas sprachlos und ich bin gleichzeitig auch sehr froh, haben wir hier im Rat doch einen relativ breiten Konsens darüber, dass wir das Klimaziel bis 2037 erreichen möchten und dass wir dafür auch klimapolitische Massnahmen im Bauen brauchen und dass wir uns dieser Rede nicht anschliessen werden. Ich möchte hier auch nochmal betonen, es geht nicht um die Produktion von Berichten, sondern es geht darum, konkrete Rahmenbedingungen zu schaffen, dass wir eine klimagerechte Transformation unseres Bauwesens schaffen, die notabene 40% der Emissionen in der Schweiz verantwortet. Ich wollte eigentlich etwas anderes erzählen.

Ich möchte aber zu Beginn ganz herzlich danken im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb den involvierten Fachstellen sowie der Fachstelle Klima für ihr grosses Engagement. Ich weiss, dass die Transformation hinsichtlich des Netto-Null-Ziels bis 2037 eine sehr anspruchsvolle Aufgabe ist, dass der Zeitdruck hoch ist und ich finde, dass viele der angedachten Massnahmen, die wir im Klimaaktionsplan gesehen haben, in die genau richtige Richtung gehen. Wir erkennen auch, dass die Anpassung unserer baulichen Rahmenbedingungen komplex ist und Priorisierung erfordert und daher finden wir es auch sinnvoll, werden die eingereichten Vorstösse gemeinsam behandelt, und plädieren dafür, sie stehen zu lassen.

Ich möchte aber trotzdem auch noch eine kritische Massnahme bemerken, auch wenn sie in eine ganz andere Richtung geht als die des Vorredners. Die vorgeschlagene Priorisierung der Massnahmen lässt uns doch etwas ratlos zurück. Wir können nicht verstehen, warum gerade entscheidende Massnahmen, wie zum Beispiel die Massnahme b-3, die das Weiterbauen im Bestand betrifft, zurückgestellt werden. Im Klimaaktionsplan selbst steht nämlich auch, dass Weiterbauen im Bestand der wichtigste Hebel zur Reduktion der Scope 3-Treibhausgasemissionen ist. Der Grundsatz von Umbau vor Neubau ist richtig und sie ist vor allem matchentscheidend für eine gelungene Transformation unserer Stadt.

Wir möchten deshalb auch kritisch darauf hinweisen, dass bei Anzug Lea Wirz und Konsorten die Weiterverwendung von Bausubstanz in erster Linie als die Umnutzung und Weiternutzung von Bestandsgebäuden verstanden werden soll. Der Rückbau und die Wiederverwendung von Bausubstanz soll erst Anwendung finden, wenn alle anderen Optionen ausgeschöpft sind. Ich denke da an Beispiele wie dem Rückbau des Lysbüchel-Parkhauses, bei dem Variantenstudien das Potenzial einer Weiternutzung aufgezeigt hatten und bei dem sich der Kanton als Bauherr trotzdem für den Rückbau

entschieden hat und unter dem Vorwand der Förderung der Kreislaufwirtschaft. Solche Beispiele dürfen nicht Schule machen, es kann nicht sein, dass wir funktions- und transformationsfähige Gebäude rückbauen, um dann einzelne Stahlbetonelemente auszubauen, zu transportieren und in einen quasi Neubau wieder einbauen und diese Übung dann als Nachhaltigkeitsmassnahme verkaufen. Eine Fallstudie der Stadt Baden von INTEB und der ETH hat vor kurzem gezeigt, dass das CO_2-Einsparpotenzial von der Wiederverwendung von Bauteilen sich lediglich auf 3,2% beläuft. Wir sagen, Wiederverwendung von Bauteilen, ja, unbedingt, aber als Massnahme zur Vermeidung von Abfall, nicht als Klimaschutzmassnahme.

Im Hinblick auf die vertiefte Auseinandersetzung der Scope 3-Emissionen und der Emissionen aus der Bauwirtschaft möchten wir als GRÜNE/jgb daher anregen, einen mutigen und klaren Schwerpunkt auf die Transformation und auf das Weiterbauen im Bestand und den Grundsatz Umbau vor Neubau zu legen. Wir sind gespannt auf den Umsetzungsbericht im neuen Jahr und appellieren wie auch Lisa Mathys an eine rasche, eine ambitionierte und eine zielführende Umsetzung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Girard, ich bitte auch Sie um angepasste Wortwahl. Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich mache es angesichts der Zeit ganz kurz. Einfach so viel, wir nehmen das Ziel, wir haben einen Netto-Null-Auftrag in der Verfassung, ein klarer Volkswille, wir nehmen das wirklich sehr ernst. Bei der Prognose, wie schnell wir mit der Bearbeitung gewisser Themenbereiche seien, da waren wir wahrscheinlich etwas optimistisch, wie immer liegt dann die Schwierigkeit im Detail bei der Ausarbeitung, und Sie sehen eben im Bericht, in welchen Bereichen wir weitergekommen sind und wo wir stehen. Gerade die Arbeiten an den Grenzwerten und bei der Lenkungsabgabe für hohen CO_2-Verbrauch sind wir doch schon relativ weit. Und dann, Frau Girard, Sie haben absolut recht, Umbau ist ein sehr wichtiges Thema. Wir sind deswegen im Moment auch im Dialog mit der BRK und parallel dazu läuft sehr vieles in der Realisierung. Wir haben doch einige Pilotprojekte, die über die Region, über die Schweiz hinaus sogar ausstrahlen. Sehen Sie den Bericht als eine Art Zwischenbericht, ich verspreche Ihnen, wir sind und wir bleiben dran.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Anzug Patrizia Bernasconi gab es keinen anderen Antrag. Dieser wird als erledigt abgeschrieben. Bei allen anderen verhält es sich anscheinend so, dass nur die SVP für eine Abschreibung ist. Ich würde Ihnen beliebt machen, dass wir hier nicht zehnmal abstimmen müssen, dass wir diese Geschäfte zusammenfassen und einmal darüber abstimmen. Gibt es Gegenwehr? Das scheint nicht der Fall zu sein. Deshalb schreiten wir jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Stehenlassen, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007976, 18.12.25 18:04:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Anzüge stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen der zehn Anzüge entschieden mit 66 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen.

47.1. Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend der Reduktion von klimaschädlichem Zement und Beton im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:19, 21.5102.04]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.2. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Vorbildfunktion für nachhaltiges Bauen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:21, 21.5742.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.3. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klimaziele bei Arealentwicklungen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:26, 21.5748.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.4. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klausel für Pilotprojekte, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:30, 21.5752.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

47.5. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Experimentierzone und Experimentierstatus für klimafreundliches Bauen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:31, 21.5745.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.6. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten zur Sicherstellung einer Kompetenz- und Beratungsstelle für klimafreundliches Bauen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:33, 22.5168.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.7. Anzug Lea Wirz und Konsorten zur Sicherstellung der Möglichkeit zur Weiterverwendung bestehender Bau- Substanz während allen Planungsphasen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:35, 22.5169.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.8. Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend Strategie Netto-Null in der Basler Bauwirtschaft, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:35, 22.5170.02]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.9. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend graue Energie bei Baugesuchen berücksichtigen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:37, 22.5173.04]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.10. Anzug Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:40, 22.5174.04]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Schluss der 44. Sitzung

18:05 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5496

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 09:04:21
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	77	27	11	12	9	1	5	6	6	0	0
Nein	9	0	1	0	0	7	0	0	0	1	0
Ent	3	0	0	0	0	1	2	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	12	12	9	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5496

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 09:05:19
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ent	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	76	24	10	12	9	2	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	7	2	0	0	0	5	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	26	10	12	9	7	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	9	2	2	0	0	3	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	1	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5498

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 09:41:39

Geschäft Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB), Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	13	12	9	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	9	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5498

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 09:42:16

Geschäft Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB), Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	90	27	13	12	9	9	7	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	13	12	9	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5498

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 09:43:13

Geschäft Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB), Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	61	29	0	0	9	10	7	0	6	0	0
Nein	33	0	13	12	0	0	0	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	9	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.1218

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 10:24:14
Geschäft Staatsbeitrag an die Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 - 2029, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	29	0	0	10	0	0	0	6	0	0
Nein	49	0	13	12	0	10	7	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	13	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.1218

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 10:25:04
Geschäft Staatsbeitrag an die Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 - 2029, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	28	13	12	10	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	13	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
25.1194

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 10:37:29

Geschäft Weiterführung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Ja
Stier Franziska (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	12	11	10	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	12	11	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.0764

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 10:55:11

Geschäft Konzept zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	11	11	10	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	11	11	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
25.1328

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 11:07:25

Geschäft Staatsbeitrag an die "Aids-Hilfe beider Basel" (AHbB) für die Jahre 2026 - 2029; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	11	11	10	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	11	11	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
25.1220

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 11:39:57

Geschäft Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026-2029, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	28	12	10	10	8	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	12	10	10	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	1	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
24.1437

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 11:45:04

Geschäft Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	27	12	11	10	8	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	12	11	10	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
25.1333

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 11:54:50
Geschäft Beschaffung von vier Rettungswagen für die Sanität Basel-Stadt (eRTW), Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	26	13	10	9	9	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	13	10	9	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	4	0	2	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.1497

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 17:29:51
Geschäft Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG), Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	27	12	11	10	10	7	7	6	0	0
Nein	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	12	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.1497

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 17:30:30
Geschäft Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG), Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	91	27	12	12	10	10	7	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	12	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.1497

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 17:31:39
Geschäft Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG), Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	67	27	2	0	10	10	7	5	6	0	0
Nein	24	0	10	12	0	0	0	1	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	92	27	12	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.1497

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 17:32:37
Geschäft Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG), Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	78	27	12	0	10	10	7	6	6	0	0
Nein	13	0	0	12	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	92	27	12	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.0742

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 18:02:16

Geschäft Überführung des Projekts «Halt Gewalt: Umfassende Prävention von Häuslicher Gewalt» in die Regelstruktur, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	82	25	12	9	10	8	7	6	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	82	25	12	9	10	8	7	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	15	6	0	3	2	2	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
24.5012

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 11:24:20

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK sowie Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	20	0	0	10	0	3	0	7	0	0	0
Nein	75	29	13	1	12	7	7	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	11	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
24.5012

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 11:46:50

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK sowie Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	22	0	9	11	0	1	0	1	0	0	0
Nein	73	30	3	0	12	9	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	11	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
24.5012

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 11:55:01

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK sowie Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	18	0	4	11	0	0	1	2	0	0	0
Nein	71	30	6	0	12	9	6	4	4	0	0
Ent	4	0	3	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	12	10	7	6	4	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	0	0	0	1	2	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 15:07:37

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	13	0	0	12	0	0	0	0	0	1	0
Nein	82	30	12	0	12	9	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 15:23:10

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	16	0	0	12	0	1	0	2	0	1	0
Nein	80	29	12	0	12	9	7	5	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	12	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 15:36:42

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	30	0	9	12	0	5	0	4	0	0	0
Nein	62	28	2	0	12	4	7	3	6	0	0
Ent	4	0	2	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	28	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 15:55:02

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	33	0	13	12	0	1	0	7	0	0	0
Nein	64	30	0	0	12	9	7	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 16:04:45

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	15	0	2	12	0	1	0	0	0	0	0
Nein	77	30	10	0	11	9	7	5	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	30	12	12	11	10	7	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	0	1	0	1	0	0	2	1	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 16:26:38

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	10	0	0	9	0	0	0	0	0	1	0
Nein	85	30	12	1	12	10	7	7	6	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	11	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 16:30:01

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	29	11	12	12	10	7	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	11	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 17:15:17

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	38	0	12	12	0	1	7	6	0	0	0
Nein	56	30	0	0	12	8	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	12	12	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 17:18:52

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	29	13	10	12	10	7	4	6	0	0
Nein	3	0	0	2	0	0	0	1	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 57**
25.1219

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 17:49:58

Geschäft Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) für die Jahre 2026–2029

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	29	0	0	12	2	0	0	6	0	0
Nein	39	0	13	9	0	7	5	5	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	29	13	9	12	9	5	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	1	0	3	0	0	2	2	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 57**
25.1219

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 17:50:40

Geschäft Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) für die Jahre 2026–2029

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	29	12	7	12	10	5	5	6	0	0
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	29	13	9	12	10	5	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	1	0	3	0	0	2	2	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 58**
25.1260

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 09:31:31

Geschäft Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026–2029

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	12	12	12	9	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 59**
25.0827

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 09:38:47
Geschäft Staatsbeitrag an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2026 bis 2029

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	12	12	12	9	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 60**
25.1325

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 10:30:41
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	25	0	5	12	0	3	1	4	0	0	0
Nein	68	29	7	0	12	7	6	1	6	0	0
Ent	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	13	12	12	10	7	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 60**
25.1325

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 10:31:17
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	76	29	8	0	12	9	7	5	6	0	0
Nein	12	0	0	12	0	0	0	0	0	0	0
Ent	7	0	5	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	13	12	12	10	7	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
25.1368

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 10:56:24

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	13	10	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	10	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
25.1406

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 11:03:09

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Madrigalisten für die Jahre 2026 bis 2029, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	26	13	9	11	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	13	9	11	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	2	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
25.0920

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 11:11:38

Geschäft Musik-Akademie Basel (MAB): Anwendung der Kostenmiete auf die beim Kanton Basel-Stadt gemietete Infrastruktur, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	13	11	10	10	7	6	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	13	11	10	10	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	2	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.0854

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 11:29:25

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Umsetzung von Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz mit dem Bund im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) zur Förderung der Biodiversität, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	28	13	10	11	10	7	0	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	7	0	0	1	0	0	0	6	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	11	11	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
25.1423

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 11:39:24

Geschäft Darlehensgewährung an die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) für die Beschaffung von 11 E-Gelenkbussen im Zuge von Angebotserweiterungen aus dem ÖV-Programm 2026-2028, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	24	13	11	11	10	7	5	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	24	13	11	11	10	7	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	4	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
24.5493

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 15:21:15
Geschäft Petition P492 "Keine Gebührenwillkür in Basel! Nein zu überhöhten Parkkartenpreisen", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	27	13	12	1	10	7	5	4	0	0
Nein	13	0	0	0	11	0	0	0	2	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	27	13	12	12	10	7	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
25.5458

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 15:28:53
Geschäft Anzug 1 Eric Weber betreffend Kopien für Grossräte

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	4	0	0	1	0	2	0	0	0	1	0
Nein	81	25	11	11	11	7	5	5	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	25	11	12	11	9	5	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	11	4	2	0	1	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
25.5464

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 16:04:06

Geschäft Anzug 6 Daniel Gmür und Konsorten betreffend Nachvollziehbarkeit gerichtlicher Entscheide durch öffentliche Urteilsberatung, Abstimmungsergebnisse oder Dissenting Opinions

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	66	27	0	10	11	1	7	4	6	0	0
Nein	22	0	12	1	0	9	0	0	0	0	0
Ent	3	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	91	27	12	11	12	10	7	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
25.5469

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 16:15:35

Geschäft Anzug 7 Zaira Esposito und Claudia Baumgartner betreffend Wasserspiel auf dem Tellplatz – eine sprudelnde Piazza fürs Gundeli

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	72	27	6	1	12	10	7	3	6	0	0
Nein	20	0	7	11	0	0	0	2	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	13	12	12	10	7	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
25.5472

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 16:23:42

Geschäft Anzug 10 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Leerstand der Messe Basel und die Suche nach Zwischenlösungen für die prekäre Sporthallen-Situation im Kanton Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	24	5	11	12	6	7	0	6	0	0
Nein	5	0	2	0	0	0	0	3	0	0	0
Ent	10	0	6	1	0	3	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	24	13	12	12	9	7	3	6	0	0
Nicht abgestimmt	8	3	0	0	0	1	0	2	0	1	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
25.5473

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 16:37:28
Geschäft Anzug 11 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Basler Kampagne gegen den Schlaganfall

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	27	0	2	12	8	7	0	6	0	0
Nein	27	0	13	9	0	2	0	3	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	91	27	13	11	12	10	7	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
25.5474

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 16:43:06

Geschäft Anzug 12 Joël Thüring und Konsorten betreffend faire Abstimmungsvideos des Kantons statt einseitiger Information

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	1	13	12	10	10	6	5	5	0	0
Nein	25	25	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	13	12	12	10	6	5	5	0	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	0	0	0	1	0	1	1	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 38**
23.5454

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 17:04:59

Geschäft Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend defizitären Versorgungsgrad des Kantons mit Hausärztinnen und Hausärzten, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	8	0	0	0	0	8	0	0	0	0	0
Nein	78	27	12	9	12	0	7	5	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	27	12	9	12	8	7	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	1	0	2	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	3	1	2	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 44**
23.5388

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 17:26:55

Geschäft Anzug Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	27	0	0	12	9	6	5	6	0	0
Nein	24	0	13	10	0	1	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	13	10	12	10	6	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	3	0	2	0	0	1	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
23.5211

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 17:45:13

Geschäft Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	27	0	0	5	3	1	0	6	0	0
Nein	43	0	13	9	6	7	3	5	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	27	13	9	11	10	4	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	3	0	3	0	0	2	2	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
20.5186

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 18:04:37

Geschäft Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend Förderung von einheimischem Holz als ökologischer und klimaneutraler Baustoff, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	66	25	7	0	12	9	3	4	6	0	0
Nein	13	0	6	7	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	79	25	13	7	12	9	3	4	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	17	5	0	5	0	0	3	3	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

Tagesordnung		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG) und Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren, Bericht der JSSK	JSSK	JSD	23.1497.02 22.5217.04
2.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK	BKK	PD	25.1325.02
3.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK	BKK	PD	25.1368.02
4.	Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB), Bericht des Ratsbüros	Ratsbüro		25.5498.01
5.	Staatsbeitrag an die Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 – 2029 (Anlaufstelle für Angehörige und Kinder von psychisch erkrankten Menschen) sowie Bericht der Kommissionsminderheit, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1218.02
6.	Weiterführung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1194.02
7.	Konzept zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt, Bericht der GSK	GSK	GD	25.0764.02
8.	Staatsbeitrag an die "Aids-Hilfe beider Basel" (AHbB) für die Jahre 2026 - 2029; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1328.02
9.	Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026-2029, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1220.02
10.	Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) für die Jahre 2026-2029, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1219.02
11.	Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026-2029, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1260.02
12.	Staatsbeitrag an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der GSK	GSK	WSU	25.0827.02
13.	Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK	FKom BKK	FD	25.5499.01
14.	Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend defizitären Versorgungsgrad des Kantons mit Hausärztinnen und Hausärzten, Schreiben des RR		GD	23.5454.02
15.	Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikumssporthalle und Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend 50-Meter-Schwimmbecken in der Region Basel, Schreiben des RR		ED	20.5443.04 17.5132.05
16.	Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten, Schreiben des RR		BVD	23.5211.03
17.	Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Kapazitätsausbau bei der Buslinie 36 und möglicher Schaffung einer Schnellbus-Ringlinie, Schreiben des RR		BVD	23.5491.02

18.	Klimafreundliches Bauen; Sammelbericht zu den Anzügen Oliver Thommen und Konsorten betreffend Förderung von einheimischem Holz als ökologischer und klimaneutraler Baustoff; Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend der Reduktion von klimaschädlichem Zement und Beton im Kanton Basel-Stadt; Spezialkommission Klimaschutz betreffend Vorbildfunktion für nachhaltiges Bauen; Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klimaziele bei Arealentwicklungen; Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klausel für Pilotprojekte; Spezialkommission Klimaschutz betreffend Experimentierzone und Experimentierstatus für klimafreundliches Bauen; David Wüest-Rudin und Konsorten zur Sicherstellung einer Kompetenz- und Beratungsstelle für klimafreundliches Bauen; Lea Wirz und Konsorten zur Sicherstellung der Möglichkeit zur Weiterverwendung bestehender Bau- Substanz während allen Planungsphasen; Salome Bessenich und Konsorten betreffend Strategie Netto-Null in der Basler Bauwirtschaft; Tonja Zürcher und Konsorten betreffend graue Energie bei Baugesuchen berücksichtigen; Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen, Schreiben des RR		BVD	20.5186.04 21.5102.04 21.5742.03 21.5748.03 21.5752.03 21.5745.03 22.5168.03 22.5169.03 22.5170.02 22.5173.04 22.5174.03
19.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik, Schreiben des RR		PD	21.5754.03
20.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Stärkung des Forschungsstandorts im Bereich Klima, Schreiben des RR		PD	21.5753.03
21.	Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einsetzung einer regierungsrätlichen Klimakommission in Basel-Stadt, Schreiben des RR		PD	21.5488.03
22.	Anzug der Bildungs- und Kulturkommission betreffend Abgeltung an die Museen für Schulklassenbesuche, Schreiben des RR		PD	20.5252.04
23.	Anzug Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum, Schreiben des RR		PD	23.5473.02
24.	Motion David Jenny und Konsorten betreffend Frühlingsputz in der Systematischen Gesetzessammlung: Aufhebung oder Totalrevision des Gesetzes betreffend den Austritt in Behörden, die Beschränkung der Stimmgebung bei Wahlen und die Ausschliessung der Wählbarkeit von Verwandten zu Mitgliedern von Behörden (SG 138.100), Zwischenbericht des RR		JSD	23.5216.03

<u>Überweisung an Kommissionen</u>

25.	Ausrichtung einer Finanzhilfe für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt in den Jahren 2026 und 2027, Ausgabenbericht des RR	BKK	ED	25.1569.01
26.	Nachtragskredit 2026 für die Umsetzung KI in der kantonalen Verwaltung, Ratschlag des RR	FKom	PD	25.0884.01
27.	Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Fahrzeuge der Stadtgärtnerei zur Erreichung des Netto Null Ziels 2030, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	25.1393.01
28.	Eignerstrategie für die Basler Verkehrs-Betriebe 2026-2029, Bericht des RR	UVEK	BVD	25.1630.01
29.	Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahr 2024; Partnerschaftliches Geschäft	UVEK	WSU	25.1690.01
30.	Mobilitätsmanagementkonzept für die Kantonsverwaltung Basel-Stadt, Bericht des RR	UVEK / Mitbericht WAK	BVD	25.0427.01
31.	«Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR	JSSK / FKom	JSD	25.1463.01
32.	Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)", Bericht des RR	WAK	WSU	24.1910.02

33.	Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)", Bericht des RR	BRK	BVD	25.0033.02
34.	«Areal Aeschenplatz 6»; Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung des Wohnanteils sowie Abweisung einer Einsprache im Bereich Aeschenplatz, St. Alban-Anlage, Engelgasse und Gartenstrasse, Ratschlag des RR	BRK	BVD	25.1707.01
35.	Petition P503 «Für gute Arbeitsbedingungen im Heim!»	PetKo		25.5505.01
36.	Petition P504 «Umbau des Isaak-Iselin Schulhaus»	PetKo		25.5523.01
37.	Petition P505 «Internationaler Busbahnhof: Visitenkarte für Basel»	PetKo		25.5524.01
38.	Elfter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 Gesundheitsgesetz, Bericht des RR	GSK	GD	25.1751.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

39.	Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend "Mobile Polizeiposten in den Quartieren", Schreiben des RR		JSD	23.5461.02
40.	Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte, Schreiben des RR		BVD	24.5270.02
41.	Motionen:			
	1. Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser			25.5492.01
	2. Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Pilotenausbildung muss am EAP weiterhin möglich sein!			25.5493.01
	3. Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung			25.5508.01
	4. Anina Ineichen und Konsorten betreffend Gewaltschutz an Grossveranstaltungen			25.5509.01
	5. Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers			25.5519.01
42.	Anzüge:			
	1. Adrian Iselin und Konsorten betreffend die Zukunft der Art Basel am Standort Basel			25.5494.01
	2. Béla Bartha und Konsorten betreffend Methoden zur Förderung von bidirektionalen DC-Ladestationen			25.5497.01
	3. Beat K. Schaller und Konsorten betreffend sicher in Tram und Bus. Nicht nur während der Fahrt, sondern auch beim Ein- und Aussteigen			25.5510.01
	4. Harald Friedl und Konsorten betreffend Schaffung von mehr sicheren Veloabstellplätzen			25.5511.01
	5. Johannes Barth und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufswelten in der Primarschule entdecken			25.5495.01
	6. Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufsberatung im Gymnasium. Monitoring und bessere Unterstützung bei Abbrüchen			25.5512.01
	7. Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung - MINT-Förderung für alle, ab der ersten Stunde			25.5513.01
	8. Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen			25.5515.01
	9. Catherine Alioth und Konsorten betreffend Sicherstellung der gleichwertigen Darstellung der Bildungswege in kantonalen Dokumenten			25.5516.01

Kenntnisnahme

43.	Rücktritt von Barbara Heer als Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission per 6. Januar 2026		25.5518.01
44.	Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend Chemie-Altlasten unter dem Ackermätteli und mangelnde Ressourcen für deren Überprüfung, Schreiben des RR	WSU	25.5438.02
45.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Tram-Schienen Reparaturen in den nächsten 10 Jahren, Schreiben des RR	BVD	25.5420.02
46.	Schriftliche Anfrage Jenny Schweizer betreffend wie weiter mit dem Roten Farbstreifen auf der Wettsteinbrücke nach dem Feministischen Streik Basel, Schreiben des RR	BVD	25.5359.02
47.	Schriftliche Anfrage Brigitta Gerber betreffend Busstation Flixbus, Blabla Car und ähnliche private Fernverkehrsanbieter, Schreiben des RR	BVD	25.5357.02
48.	Schriftliche Anfrage Bülent Pekerman betreffend Ungleichbehandlung von Bauherrschaften bei Abbruch von Gebäuden, Schreiben des RR	PD	25.5353.02
49.	Schriftliche Anfrage Brigitta Gerber betreffend Birsig-Bogen Zwischennutzung, Umbau und Vorgehen, Schreiben des RR	PD	25.5352.02
50.	Anzug der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission betreffend Transparenz über den Einsatz von algorithmischen Systemen in der Verwaltung, Schreiben des RR (stehen lassen)	PD	23.5474.02
51.	Schriftliche Anfrage Philip Karger betreffend Kommunikation des Kantons, Schreiben des RR	PD	25.5350.02
52.	Schriftliche Anfrage Tobias Christ betreffend Durchfahrtskontrolle zur Entlastung der Breite und des Kleinbasels, Schreiben des RR	BVD	25.5363.02
53.	Schriftliche Anfrage Brigitta Gerber betreffend Auto-/Tramunfällen an der Ecke Burgunder-/ Austrasse, Schreiben des RR	JSD	25.5364.02
54.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Personal-Mangel bei der Basler Polizei, Schreiben des RR	JSD	25.5426.02
55.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Staatenlose beim Airport Basel, Schreiben des RR	JSD	25.5428.02
56.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Zusammenarbeit der Regierung mit dem Heimatschutz, Schreiben des RR	BVD	25.5424.02
57.	Schriftliche Anfrage Béla Bartha betreffend Güterverkehr quer durch Basel und korrelierende Emissionen, Schreiben des RR	BVD	25.5385.02
58.	Anzug Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Velogegenverkehr im Claragraben zwischen Riehenstrasse und Claraplatz, Schreiben des RR (stehen lassen)	BVD	15.5416.06
59.	Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Helena Meyer anstelle von Alexandra Dill), Schreiben des RR	PD	25.5468.02
60.	Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Marina Schai anstelle von Andrea Elisabeth Knellwolf), Schreiben des RR	PD	25.5476.02
61.	Rücktritt von Franziska Roth als Mitglied des Grossen Rates per 31. Januar 2026		25.5542.01

Protokoll

der 45. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 7. Januar 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Zaira Esposito (SP); Melanie Eberhard (SP), Barbara Heer (SP), Olivier Battaglia (LDP).

Verhandlungsgegenstände:

2. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
1. Entgegennahme der neuen Geschäfte 3
3. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2026/2027 3
4. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates für das Amtsjahr 2026/2027 5
5. Wahl eines Mitglieds der Begnadigungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP) 5
6. Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Alexandra Dill, GPK) 6
7. Wahl eines Präsidenten / einer Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission 7
8. Basler Personenschifffahrt AG (BPG), Bericht der WAK 7

Beginn der 45. Sitzung

Mittwoch, 7. Januar 2026, 09:00 Uhr

2. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[07.01.26 09:00:14]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie hier zur ersten Sitzung im neuen Jahr und wünsche Ihnen für das Jahr 2026 von allem nur das Beste. Ich bitte Sie alle, Ihre Plätze sofort einzunehmen, denn wie es Tradition ist, dürfen wir am ersten Sitzungstag im neuen Jahr jeweils Musikerinnen und Musiker für ein Konzert begrüssen. Ich freue mich sehr, heute ein Trio des Jazz-Campus begrüssen zu dürfen. Es sind die Sängerin Patricija Škof, Gitarristin Emma Stahl und Kontrabassist Leon Frei. Sie werden uns drei Stücke spielen. Money Matters, wie passend für dieses Haus, von Ben Zahler, Ballade von Mani Matter und Hemmige von Mani Matter. Herzlich willkommen und danke. [Applaus]

Balz Herter, Grossratspräsident: Vielen herzlichen Dank den Musikerinnen und Musikern des Jazz-Campus.

Die Ereignisse in der Silvesternacht in Crans-Montana sind schrecklich und machen tief betroffen. So viele junge Verstorbene, so viele junge verletzte Menschen. Unsere Gedanken sind bei ihnen und bei ihren Angehörigen. Unser Dank gilt den Menschen, die bei der Bewältigung der Ereignisse helfen und geholfen haben und so einen unermüdlichen Einsatz für die Verletzten leisten. Zum Gedenken an die Verstorbenen und aus Verbundenheit mit den Verletzten möchte ich Sie bitten, sich zu einer Schweigeminute zu erheben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu Traktandum 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung. Es sind 12 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nr. 136, 137, 140, 142, 143, 144 und 146 werden mündlich beantwortet. Weitere Mitteilungen / Beschlüsse gibt es keine. Herr Weber hat sich zur Tagesordnung gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe einen Antrag zur Tagesordnung. Ich habe die letzten zwei Grossratstage nicht gesprochen, aber jetzt muss ich. Ich rede nur noch zu wichtigen Sachen und im Januar rede ich nur jetzt und zu meiner Interpellation. Wir stehen heute vor einem sehr wichtigen…

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie können nur einen Antrag stellen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte den Antrag begründen. Wir stehen heute vor einem sehr wichtigen Staatsakt. Wir Grossräte haben die grosse Ehre, wir dürfen unseren Präsidenten noch selbst wählen. Ich komme jetzt zum Antrag. Wir müssen die Wahl des Grossratspräsidenten auf den 21. Januar verschieben, das beantrage ich jetzt. Ich begründe. Wie sagt man in Bern im Nationalrat vor der Bundesratswahl, die Nacht der langen Messer.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank, Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte noch zwei Sätze sagen. Jetzt haben wir diese Nacht auf heute in Basel. Viele Krisensitzungen unter den Parteien. Ich begründe das noch kurz. Wir machten uns vor einem Jahr lächerlich, fünf Wahlgänge, alle Medien sagten, wir sind ein Kindergarten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, Sie haben Ihren Antrag gestellt.

Eric Weber (Fraktionslos): Ein Satz noch zum Schluss. Wenn Sie jetzt nicht aufhören, die Karriere anderer Menschen zu verhindern, wird sich das Blatt ändern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen. Herr Weber beantragt, Traktandum 3 auf den 21. Januar zu verschieben. Wir stimmen über den Antrag ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 91 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008004, 07.01.26 09:22:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 91 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme. Traktandum 1 ist somit erledigt.

1. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[07.01.26 09:22:11]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an die Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Büro vorgeschlagenen Zuweisungen zu genehmigen.

3. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2026/2027

[07.01.26 09:22:35]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Fraktion SVP beantragt die Wahl von Gianna Hablützel-Bürki als Grossratspräsidentin. Herr Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Die hohe Kunst in der Politik liegt im Kompromiss. Ich möchte meine Kandidatur zurückziehen, aber ich möchte es begründen. Ich wäre gerne Präsident von Ihnen allen. Seit Kindheit habe ich diesen grossen Wunsch, aber es dürfen jetzt keine Stimmen verschenkt werden. Ich hoffe, ich werde für meine Stimme fürstlich entlohnt, denn oftmals ist meine Stimme das wichtige Zünglein an der Waage. 50% Linke, 50% Bürgerliche, dazwischen Eric Weber. Sie sehen, es wird spannend, es finden hier schon Gespräche statt. Ich bitte auch Herrn Präsident Balz Herter, dass alle einzelnen Stimmen nach der Wahl verkündet werden mit Namen und nicht nur, dass es heisst, weitere Kandidaten haben fünf Stimmen gemacht. Bitte die vollen Namen nennen, denn das ist wichtig für das Protokoll. Ich danke Ihnen sehr. So hoffe ich, dass ich Alterspräsident werde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank, Herr Weber, das hat jetzt nichts mehr damit zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich ziehe meine Kandidatur zurück. Ich möchte mich ab sofort auf die Grossratswahl vom 22. Oktober 2028 konzentrieren. Es geht schnell.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich will nur zu Protokoll geben, meines Erachtens ist nach der letzten Änderung unserer Geschäftsordnung eine Kandidatur eines Fraktionslosen für das Büro, Statthalteramt und Präsidium rechtlich nicht mehr zulässig und all diese eventuellen Stimmen sind als ungültig zu werten. Das Ratsbüro besteht jetzt aus so vielen Personen, wie wir Fraktionen haben, und aus jeder Fraktion ist jemand im Ratsbüro. Das heisst, wenn ein Fraktionsloser gewählt würde, würde das Ratsbüro auf neun erweitert, das ist nicht vorgesehen. Somit haben Sie mit der letzten Änderung der Geschäftsordnung verhindert, dass gültig ein Fraktionsloser gewählt werden kann als Statthalterin oder als Präsidentin. Somit sind allfällige Stimmen, die abgegeben würden für eine Fraktionslosen, als ungültig zu werten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir schliessen die Redner*innenliste. Wir kommen zur Wahl. Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt. Ich bitte Sie alle, Ihre offiziellen Plätze einzunehmen. Die Karten werden nur an Ihrem Platz ausgegeben.

Als Wahlbüro für diese und weitere geheimen Wahlen der heutigen Sitzung schlage ich ihn vor:

Georg Mattmüller, Leiter des Wahlbüros

Brigitte Kühne, Sektor 1 und 4

Harald Friedl, Sektor 2

Michael Graber, Sektor 3

Silvia Schweizer, Sektor 4

Sind Sie damit einverstanden?

Herr Weber, Sie haben Ihre Kandidatur zurückgezogen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Aber ich möchte auch die Wahl kontrollieren, ich möchte auch Stimmen auszählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das ist der erste Ordnungsruf. Sitzen Sie an Ihren Platz zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden, wie ich vorhin gesagt habe, nur am Sitzplatz abgegeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel wieder einzusammeln und danach ausserhalb des Saals auszuzählen. Wir unterbrechen solange die Sitzung. Ich werde wieder läuten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt.

Total ausgeteilte Wahlzettel 97.

Total eingegangene Wahlzettel 95.

ungültig Wahlzettel 3.

gültige Wahlzettel 92

47 ist das absolute Mehr.

Der Grosse Rat wählt

mit 63 Stimmen Gianna Hablützel als Präsidentin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2026/2027.

4. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates für das Amtsjahr 2026/2027

[07.01.26 09:49:55]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Fraktion LDP beantragt die Wahl von Michael Hug als Statthalter. Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt. Ich bitte Sie alle, wieder Ihre Plätze einzunehmen und das Wahlbüro die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden wie vorhin nur am Sitzplatz ausgegeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt.

Total ausgeteilte Wahlzettel 95,

Total eingegangene Wahlzettel 95,

ungültige Wahlzettel 0,

gültige Wahlzettel 95,

absolutes Mehr 48,

Der Grosse Rat wählt

mit 72 Stimmen Michael Hug als Statthalter des Grossen Rates für das Amtsjahr 2026/2027.

Balz Herter, Grossratspräsident: Weitere Stimmen erhalten haben:

Catherine Alioth 6.

Vereinzelte 2.

Es gab 15 leere Wahlzettel.

5. Wahl eines Mitglieds der Begnadigungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP)

[07.01.26 10:07:11]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 5 bis 7 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Ich starte die Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008009, 07.01.26 10:08:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme für offene Wahlen entschieden.

Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Für die Wahl als Mitglied der Begnadigungskommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Seyit Erdogan. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir schreiten damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Seyit Erdogan wählen will, stimmt JA, wer ihn nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008011, 07.01.26 10:09:09]*

Der Grosse Rat wählt

Seyit Erdogan als Mitglied der Begnadigungskommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Seyit Erdogan in die Begnadigungskommission gewählt mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung. Ich gratuliere herzlich zur Wahl in die Begnadigungskommission und wünsche viel Freude im neuen Amt.

6. Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Alexandra Dill, GPK)

[07.01.26 10:09:31]

Balz Herter, Grossratspräsident: Von der GPK vorgeschlagen wurde Amina Trevisan. Es sind nur Mitglieder der GPK wählbar. Wir schreiten damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Amina Trevisan wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008014, 07.01.26 10:10:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Amina Trevisan als Mitglied der IGPK Universität

Balz Herter, Grossratspräsident: Amina Trevisan wurde mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung in die IGPK Universität gewählt. Auch Ihnen viel Erfolg und Freude im neuen Amt.

7. Wahl eines Präsidenten / einer Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

[07.01.26 10:10:31]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der JSSK von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Hanna Bay. Wählbar sind nur Mitglieder der JSSK. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, somit schreiten wir auch hier zur Wahl.

Abstimmung

Wer Hanna Bay wählen will, stimmt Ja, wer die Wahl ablehnt, stimmt Nein.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008016, 07.01.26 10:11:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

Hanna Bay als Präsidentin der JSSK zu wählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Hanna Bay wurde mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung als Präsidentin der JSSK gewählt. Ich wünsche ihr viel Freude im Amt.

8. Basler Personenschifffahrt AG (BPG), Bericht der WAK

[07.01.26 10:11:38, 25.0345.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Kommissionsmehrheit beantragt, ihrer Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Umwidmung. Die Kommissionsminderheit beantragt, ihrer Beschlussvorlage zuzustimmen. Staatsbeiträge. Das Wort hat für die Kommissionsmehrheit Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Die Finanzierung der BPG hat diesen Rat in den letzten Jahren mehrfach stark beschäftigt und die Steuerzahlenden auch viel gekostet. Das lag nur zum Teil an der Covid-Krise. Zur komplexen Vorgeschichte verweise ich auf die Einleitung im vorliegenden Kommissionsbericht sowie die früheren Berichte der WAK und die entsprechenden Grossratsdebatten. Bei allem dem war aber stets klar, es soll eine Personenschifffahrt auf dem Basler Rhein geben.

Da die vom Grossen Rat im Jahr 2024 gewährte Finanzierung der BPG Ende 2025 auslief, unterbreitet der Regierungsrat dem Rat eine neue Grundlage, damit die Fortführung der BPG gesichert werden kann. Entgegen den bestehenden Erwartungen beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat aber keinen neuen Betriebsbeitrag, sondern die Umwidmung der Aktien der BPG ins Finanzvermögen, damit die BPG an die auf Services rund um den Betrieb von Personenflussschiffen spezialisierte Basler Firma United Waterways veräussert werden kann. In der Gruppe von United Waterways kann nach Wertung des Regierungsrats eine stabile Zukunft der BPG gesichert werden.

United Waterways hat dem Kanton angeboten, über ihre hundertprozentige Tochtergesellschaft Floating Venues AG 100% des Aktienkapitals der BPG zu übernehmen. Ich erwähne kurz die wichtigsten Eckpunkte dieser Übernahme. Die BPG ist als eigenständige Gesellschaft mit eigenem Marktauftritt fortzuführen. Der Betrieb eines Mindestangebots ist für eine Zeitdauer von 12 Jahren vereinbart oder wäre, muss man sagen. Vielleicht noch als kleine Rahmenbedingung, es gibt Vorverträge, Letter of Intent, also das ist alles soweit geklärt zwischen der Regierung und der Firma, aber es ist natürlich nicht verbindlich, solange der Verkauf nicht stattgefunden hat.

Die Aktien der BPG sowie die MS Rhystärn dürfen nicht ohne Zustimmung des Kantons weiterverkauft werden. Im Personalbereich dürfen in den nächsten drei Jahren keine Kündigungen ausgesprochen oder Verschlechterungen der Lohn- und Anstellungsbedingungen umgesetzt werden. Kaufgegenstand wären die Aktien der BPG und damit sämtliche beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerte im Eigentum der BPG per Stichtag 31. Dezember 2025 inklusive der Fahrgastschiffe der BPG. Gleichzeitig würden auch alle zum Stichtag 31. Dezember 2025 bestehenden Forderungen an die BPG sowie sämtliche zu diesem Zeitpunkt bestehenden Anstellungs-, Lieferanten-, Service- oder sonstigen Verträge übernommen. Der Kaufpreis für die BPG würde 250’000 Franken betragen.

Der Grosse Rat entscheidet formell nicht direkt über den Verkauf der BPG, sondern lediglich über die Umwidmung der Aktien. Nach der Umwidmung liegt der Verkauf in der Kompetenz des Regierungsrates. Entscheidet der Grosse Rat jetzt halt erst im 2026 über das Geschäft, so kann der Verkauf dennoch rückwirkend per 1. Januar 2026 abgewickelt werden. Das ist vertraglich auch so aufgegleist. Das ist also kein Problem, dass wir das heute erst entscheiden.

Der Regierungsrat begründet seinen Antrag damit, dass ein Weiterbetrieb der BPG in kantonaler Verantwortung mit erheblichen zusätzlichen finanziellen Mitteln verbunden wäre. Ohne strukturelle Veränderungen müsste der jährliche Betriebsbeitrag deutlich erhöht werden. Zudem wären in den kommenden Jahren zusätzliche Investitionen in die Flotte sowie eine Kapitalerhöhung erforderlich. Vor diesem Hintergrund erachtet der Regierungsrat eine privatwirtschaftliche Lösung als finanziell nachhaltiger.

Die Kommission hat diese Vorlage intensiv beraten. Das Ergebnis ist knapp. Mit 6 zu 5 Stimmen beantragt die Mehrheit der Kommission, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen. Die Mehrheit der Kommission teilt die Einschätzung des Regierungsrats, dass die BPG strukturell nicht in der Lage ist, ihren Betrieb langfristig ohne erhebliche zusätzliche öffentliche Mittel sicherzustellen. Sie hält fest, dass die bestehenden finanziellen Rahmenbedingungen bereits heute angespannt sind und sich diese Situation angesichts des Alters der Flotte, steigender Unterhaltskosten sowie notwendiger Investitionen in Sicherheit und Infrastruktur weiter verschärfen dürfte. Weiter hebt die Mehrheit hervor, dass mit United Waterways ein erfahrener Betreiber zur Verfügung steht, der bereits heute im Bereich der Personenschifffahrt tätig ist und über entsprechende betriebliche, organisatorische und kommerzielle Kompetenzen verfügt. Die Mehrheit sieht darin die Chance, das bestehende Angebot stabil weiterzuführen und gleichzeitig gezielt weiterzuentwickeln, insbesondere im Bereich von Rund-, Event- und Charterfahrten. Dies könnte zur besseren Auslastung und damit zu einer wirtschaftlich tragfähigeren Betriebsform führen.

Ein zentrales Argument der Mehrheit betrifft die Risikoverlagerung. Mit dem Verkauf würden nicht nur die laufenden Betriebskosten, sondern auch die Investitions- und Erneuerungsrisiken vollständig auf den privaten Betreiber übergehen. Die Mehrheit anerkennt, dass mit einem Eigentümerwechsel Veränderungen verbunden sein können, erachtet aber die vorgesehenen vertraglichen Absicherungen als ausreichende Garantien für den Übergang, die Weiterführung des Angebots und die Aufrechterhaltung der Anstellungsbedingungen. Diese Elemente werden von der Mehrheit als angemessener Ausgleich zwischen öffentlichem Interesse und unternehmerischer Freiheit gewertet. Auch wenn damit nicht jede künftige Entwicklung vollständig abgesichert werden könnte, sind die zentralen Risiken aus Sicht der Mehrheit hinreichend adressiert.

Sollte vom Grossen Rat die Umwidmung der Aktien ins Finanzvermögen nicht gutgeheissen werden, so wäre es aus Sicht der Kommissionsmehrheit klar falsch, ohne vertiefte Diskussion über den Leistungsauftrag der BPG bereits über die Höhe des Betriebsbeitrags zu beschliessen heute. Sollte die BPG im Eigentum des Kantons verbleiben, so müssen der Grosse Rat und insbesondere die Kommission nochmals die Gelegenheit erhalten, den Businessplan und die Ziele der Leistungsvereinbarung ausführlich zu diskutieren. Das ist in der Kommissionsberatung zu diesem Geschäft nicht geschehen, denn der Regierungsrat hat dem Grossen Rat keinen Eventualantrag für eine neue Leistungsvereinbarung unterbreitet und entsprechend war dies auch nicht Gegenstand der Kommissionsberatung.

Dem Grossen Rat heute als Alternative zur Veräusserung der BPG einen Betriebsbeitrag in der Höhe von 1 Mio. Franken für eine Leistungsperiode von fünf Jahren vorzulegen, erachtet die Kommissionsmehrheit als nicht seriös. Um der Kommission die Möglichkeit zu geben, über die richtige Höhe des Betriebsbeitrags zu diskutieren, wird darum eventualiter bei einer Ablehnung der Veräusserung die Ablehnung des Grossratsbeschlusses beantragt, damit der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Verlängerung der Leistungsvereinbarung unterbreiten kann, die in der Kommission ordnungsgemäss beraten werden wird.

Die Argumente der Kommissionsminderheit, die zur Ablehnung des Vorschlags der Regierung führten, sind die folgenden: Die Kommissionsminderheit beurteilt die Ausgangslage grundlegend anders. Sie hält fest, dass die BPG ein öffentliches, identitätsstiftendes und historisch gewachsenes Angebot darstellt, das über eine rein betriebswirtschaftliche Betrachtung

hinausgeht. Die Personenschifffahrt auf dem Rhein sei Teil des öffentlichen Raums. der touristischen Infrastruktur und des städtischen Selbstverständnisses und erfülle damit aus Sicht der Minderheit sehr wohl eine öffentliche Aufgabe. Die Minderheit äusserte insbesondere Bedenken hinsichtlich des vorgesehenen Kaufpreises von 250’000 Franken. Dieser widerspiegle weder den materiellen Wert der Schiffe noch den immateriellen Wert der Marke, der bestehenden Infrastruktur und der langjährigen Aufbauarbeit. Mit dem Verkauf wird aus Sicht der Minderheit substanzielle öffentliche Wertschöpfung dauerhaft aus der Hand gegeben, ohne dass der Kanton dafür eine angemessene Gegenleistung erhält.

Weiter weist die Minderheit darauf hin, dass ein Verkauf die strategischen Handlungsmöglichkeiten des Kantons unwiderruflich einschränkt. Während eine öffentliche Trägerschaft politische Steuerung, Anpassungen des Angebots und sozialpolitische Rücksichtsnahmen ermögliche, verliere der Kanton bei einer Privatisierung weitgehend den direkten Einfluss auf Ausrichtung, Preispolitik und Angebotsgestaltung. Besondere Bedeutung misst die Minderheit den Auswirkungen auf das Personal bei. Sie gibt zu bedenken, dass die im Kaufvertrag vorgesehenen Regelungen zur Weiterbeschäftigung zeitlich begrenzt sind und keine langfristige Sicherung der heutigen Anstellungsbedingungen gewährleistet sei. Die Minderheit beurteilt zudem die vorgesehenen vertraglichen Sicherungen insgesamt kritischer als die Mehrheit. Schliesslich verweist die Minderheit darauf, dass die BPG in den letzten Jahren bereits Entwicklungsschritte eingeleitet habe und sich in einem strategischen Erneuerungsprozess befinde.

Statt eines Verkaufs beantragt die Kommissionsminderheit daher, die BPG weiterhin in kantonaler Verantwortung zu führen und die Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2026 bis 2030 zu erneuern. Konkret beantragt sie die Bewilligung von insgesamt 6.5 Mio. Franken, davon 5 Mio. Franken für die Betriebsbeiträge über fünf Jahre sowie 1.5 Mio. Franken für eine Kapitalerhöhung, um die finanzielle Stabilität der Gesellschaft zu stärken und notwendige Investitionen zu ermöglichen. Die Minderheit ist der Auffassung, dass mit dieser Lösung eine planbare, transparente und politisch verantwortbare Weiterentwicklung der Basler Personenschifffahrt möglich bleibt und der Kanton die Kontrolle über ein öffentlich relevantes Angebot behält.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bin nun sehr gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir in die Debatte gehen, hat noch die Kommissionsminderheit und Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Gerne berichte ich aus Sicht der Kommissionsminderheit zum vorliegenden Geschäft. Die Kommissionsminderheit vertritt eine mit der Haltung anlässlich der letzten parlamentarischen Debatte vor eineinhalb Jahren zur Basler Personenschifffahrt eine kohärente Position. Wir beantragen Ihnen wie vor eineinhalb Jahren eine Erhöhung des Betriebsbeitrages. Damals haben Sie diesen, entgegen unserem Antrag damals noch als Kommissionsmehrheit, nur reduziert gesprochen, sowohl bezüglich der Dauer als auch der Höhe. Die BPG konnte deshalb ihre damals erarbeitete Strategie auch nur reduziert umsetzen. In der Folge trat im Oktober 2024 der umstrittene Geschäftsführer zurück. Aus unserer Sicht hat sich die BPG seither trotz engem Korsett gut entwickelt, das Angebot wurde ausgebaut und erfreut sich grosser Beliebtheit, wie Sie bei einem Besuch auf dem Rhystärn leicht feststellen können.

Die Kommissionsminderheit wünscht sich weiterhin eine BPG unter kantonaler Kontrolle, den Verkauf der BPG lehnen wir ab. Warum? Die BPG ist kein beliebiges Unternehmen, sie macht den Rhein und damit unsere Stadt erlebbar, für Tourist*innen genauso wie für Einheimische. Die BPG stiftet damit Identität und leistet einen wichtigen Beitrag für den hiesigen Tourismus. Soweit sind wir uns vielleicht einig. Was spricht aber aus unserer Sicht gegen einen Verkauf? Erstens, mit dem vorgesehenen Verkaufspreis von 250’000 Franken verkauft der Kanton seine Schiffe deutlich unter Wert. Zweitens, der Kanton gibt seine Kontrolle über eine zentrale Basler Institution auf. Die Personenschifffahrt auf dem Rhein ist weit mehr als ein touristisches Zusatzangebot, sie ist ein öffentlich relevantes, identitätsstiftendes Element dieser Stadt. Sie ist niederschwellig, generationenübergreifend und für breite Bevölkerungskreise zugänglich. Mit dem Verkauf der BPG gibt der Kanton seine steuernde Einflussmöglichkeit aus der Hand. Er kann künftig weder das Angebot noch die Preisgestaltung oder die Ausrichtung verbindlich mitbestimmen. Es gibt keine Garantien für Fahrten ohne Konsumationszwang, keine Sicherstellung sozialverträglicher Preise und keine Verpflichtung, das Angebot im Sinne der lokalen Bedürfnisse weiterzuentwickeln. Zwar wird auf eine Betriebsgarantie von 12 Jahren verwiesen, doch diese Garantie ist zeitlich begrenzt und danach besteht keinerlei Sicherheit, dass weiterhin eine Personenschifffahrt mit Rücksicht auf die Interessen der Basler Bevölkerung betrieben wird. Der Kanton verabschiedet sich mit diesem Entscheid dauerhaft aus der Verantwortung. Auch die vertraglich vorgesehene Rückkaufoption vermag die Minderheit nicht zu beruhigen. Sie ist aus unserer Sicht politisch kaum realistisch. Sollte das Angebot dereinst als ungenügend beurteilt werden, ist äusserst fraglich, ob dann eine politische Mehrheit für einen Rückkauf zustande käme. Drittens, unzureichende Garantien für das Personal. Während der Betrieb für 12 Jahre abgesichert wird, gelten die Garantien für die Anstellungsbedingungen lediglich für drei Jahre. Diese Diskrepanz ist problematisch und unausgewogen. Viertens, der Verkauf der BPG ist eine irreversible Entscheidung.

Aus diesen Gründen beantragt die Kommissionsminderheit die Ablehnung des Verkaufs. Die Alternative ist dann, wie der Regierungsrat im Ratschlag ausgeführt hat, die Erhöhung des Betriebsbeitrages und damit kommen wir zum zweiten Teil des Minderheitsantrags.

Bereits 2024 haben wir dem Grossen Rat diese Erhöhung beantragt. Damals wurden wir überstimmt. Die Erwartungen, die der Grosse Rat mit diesem Entscheid, nur den halben Beitrag zu sprechen, verknüpft hat, wurden jedoch erfüllt. Das Führungspersonal wurde ersetzt, ein Strategieprozess wurde umgesetzt, Kostenstrukturen wurden verbessert, neue Angebote eingeführt und die Nachfrage gesteigert. Der Geschäftsverlauf der Jahre 2024 und 2025 zeigt klar, die BPG ist heute besser aufgestellt als noch vor zwei Jahren. Bereits seit dem Ratschlag von 2020 ist bekannt, dass die BPG ein stabiles finanzielles Fundament benötigt. Die Erfahrungen nach der Pandemie zeigen jedoch ebenso klar, dass die BPG reformfähig ist. Mit einem angemessenen Betriebsbeitrag kann sie diesen Weg weiterverfolgen und ihr Angebot eigenständig weiterentwickeln.

Ein zentraler Punkt für die Minderheit ist die politische Einflussmöglichkeit. Bleibt die BPG im Eigentum des Kantons, kann ihr Angebot bewusst weiterentwickelt werden, auch in Richtung eines niederschwelligen, quasi öffentlichen Angebotes. Der Rhein soll für alle erfahr- und erlebbar bleiben, nicht nur für den Tourismus. Mit dem Betriebsbeitrag ist die BPG zusätzlich in der Pflicht. Die Minderheit erwartet, dass die Gesellschaft den Weg der Erneuerung konsequent weitergeht, ihr Angebot verbessert und dort, wo es sinnvoll ist, auch Synergien mit privaten Partnern eingeht. Der entscheidende Unterschied bleibt, diese Entwicklung erfolgt unter öffentlicher Steuerung. Ein Betriebsbeitrag ist keine Subvention ohne Gegenleistung. Er ist das Instrument, mit dem der Kanton ein öffentlich relevantes Angebot sichert und gestaltet.

Es gibt heute zwei klare Alternativen, Privatisierung oder Erhöhung des Betriebsbeitrages. Die Minderheit der Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt deshalb, lehnen wir den Verkauf der BPG ab, behalten wir als Kanton die Kontrolle über die Basler Personenschifffahrt, sprechen wir den notwendigen Betriebsbeitrag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Rhein ist wichtig für unsere Stadt, für unsere Selbstverständlichkeit, für unsere Emotionalität. Das Erlebnis des Rheins auch auf den Schiffen ist entsprechend wichtig, wichtig für unsere Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch für unser Angebot an Touristinnen und Touristen und da leistet die BPG ein sehr wichtiges Angebot für unsere Stadt und für unseren Kanton. Da sind wir uns alle einig. Bis anhin gab es keinen privaten Anbieter, der bereit war, dieses Angebot sicherzustellen. Ursprünglich war ja die BPG mal privat, das hat nicht funktioniert, der Staat ist eingesprungen im Interesse, dieses Angebot sicherzustellen und das war auch die Motivation. Weil kein Privater da war, war der Staat bereit, die Firma selber zu besitzen und mit Staatsbeiträgen diese Firma zu finanzieren und die Schiffe jeweils zu kaufen und der Firma zur Verfügung zu stellen.

Die BPG. Wir haben im 2023 nach Covid einen intensiven Strategieprozess gehabt mit externen Spezialistinnen und Expertinnen über die Ausrichtung der BPG. Dieses Ergebnis haben wir Ihnen bei der letzten Leistungsvereinbarung dargelegt. In den vergangenen zwei Jahren, seit 2024, wurden auch diese Strategieempfehlungen konsequent durch die heutige BPG-Führung umgesetzt. Es wurde eine verstärkte Kostensteuerung eingeführt, man hat die Produktionseffizienz vergrössert, man ist einer Einkaufsgemeinschaft beigetreten, man hat Anpassungen bei der Gastronomie vorgenommen, man hat Anpassungen auch bei der Einsatzplanung des Personals und beim Personalaufwand vorgenommen und es gab einen Wechsel in der Geschäftsführung. Alles wichtige Ereignisse, die in den letzten zwei Jahren stattgefunden haben und die die BPG gestärkt hat.

Aber auch diese umgesetzten Massnahmen haben klar und deutlich gezeigt, im Stand-Alone, und das ist der grosse Unterschied zwischen den beiden Varianten, die wir heute diskutieren, die BPG alleine auf sich gestellt, ist auch in Zukunft angewiesen auf staatliche Unterstützungsbeiträge in der Höhe von einer Million. Das haben wir vor zwei Jahren dargelegt, das legen wir Ihnen auch heute dar. Das ist der Gap, der existiert auch nach den Anpassungen, die vorgenommen wurden. Also das bleibt bestehen. Und wie gesagt, dieses Stand-Alone, eine Firma, und nicht die Eigentümerform primär, sondern das Stand-Alone, eine Firma allein für zwei Schiffe trägt alle Fixkosten. Die ganze Produktentwicklung, die ganzen IT-Systeme, die ganze Personalplanung, die ganze Unterhaltsplanung, die ganze Beschaffung von neuen Schiffen, etc. leistet diese kleine Firma allein, da fliesst zu viel Ressourcen in den Overhead, in diese Funktionen.

Deshalb war der Regierungsrat einerseits überrascht, aber auch sehr erfreut, als dieses Angebot, die United Waterways, an uns herangetragen wurde. Das ist ein Basler Unternehmen mit Sitz in Basel, das sehr breit aufgestellt ist. Die Firma besitzt 120 Schiffe. Sie wissen, wie man Schiffe unterhält, sie wissen, wie man Schiffe plant. Diese Firma ist auch aktiv bei städtischen Flussgesellschaften in Köln, in Dresden, sie haben dort bewiesen, dass sie aus defizitären Gesellschaften florierende oder eigenwirtschaftlich funktionierende Unternehmen gemacht haben. Sie sind auch aktiv in London. Das ist also diese Opportunität, die Sie haben, die sich heute ergibt, dass eine Basler Firma in Zukunft das machen wird und die BPG nicht mehr auf sich alleine gestellt ist, sondern integriert wird in diesen Verbund und deshalb all diese Synergien auch

realisiert werden können. Und das ist ein sehr entscheidender Punkt, weshalb diese Variante kostengünstiger ist, weil es eben Teil ist einer grossen erfahrenen Schifffahrtsgesellschaft mit Sitz in Basel.

Der andere Teil ist quasi auf der Umsatzseite, mehr Gäste auf das Schiff zu bekommen. Das ist die Absicht von United Waterways. Wie schafft man das? Das soll geschehen mit mehr Fahrten, das soll geschehen auch mit einer stärkeren Verknüpfung mit anderen Stakeholder, insbesondere auch mit der Kabinenschifffahrt, das heisst, dass die Touristinnen und Touristen, die nach Basel kommen, auch dann noch Tagesausflüge hier in Basel auf der BPG machen können. Das alles spricht dafür. Dann haben wir in dem Vertrag die heutigen Leistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, fixiert. Diese sind sichergestellt, aber der Käufer plant, mehr Leistungen zu fahren, aber dieses Mindestangebot, das heute gefahren wird, das ist auch sichergestellt, vertraglich fixiert mit dem Vertrag, den wir mit United Waterways abgeschlossen haben.

Die Alternative oder der Stand-Alone, quasi das Weiter-Alleinige-Führen der BPG, das ist die andere Variante, die Sie heute wählen können. Der Hauptunterschied ist sicher bei den Kosten. Ich glaube, das muss man so benennen, da sprechen wir von einem jährlichen Betriebsbeitrag von 1 Mio. Franken, das macht auf 12 Jahre rund 12 Millionen. Dann muss die Gesellschaft rekapitalisiert werden, 1.5 Millionen, auch das heute, und dann kommt der ganze Schiffersatz, der auch kommen wird. Die Christoph Merian, die wird man ersetzen müssen in den kommenden Jahren, der Rhystärn hat 9 Millionen gekostet, der Ersatz, es gibt auch im Schiffsbau eine Teuerung und dann muss es auch erneuerbar sein, was höchstwahrscheinlich dazu führen wird, dass die Beschaffung auch eher teuer wird, und wir haben mit United Waterways eine Gesellschaft, die Erfahrung schon hat im Bereich der Dekarbonisierung, die BPG hat keine Erfahrung. Also der Ersatz der Christoph Merian ist da und 2037, das ist am Ende dieser 12 Jahre, da muss auch der Rhystärn dekarbonisiert werden, da braucht es ein zweites neues Schiff. Diese beiden Schiffe, die werden wir, wenn der Stand-Alone bleibt, Ihnen beantragen müssen, dass Sie als Grosser Rat auch diese beiden Beschaffungen finanzieren. Dann sprechen wir von über 40 Mio. Franken in diesen 12 Jahren.

Das ist der finanzielle Unterschied, über den Sie entscheiden können. Und ehrlich gesagt, dann zu sagen, dass die 250’000 Franken ein zu tiefer Verkaufspreis sei, das geht also ökonomisch so was nicht auf. Eine Gesellschaft, die uns 42 Mio. Franken kostet in den kommenden 12 Jahren, können wir noch für 250’000 Franken verkaufen. Ihr Gegenangebot kostet 42 Mio. Franken, bei diesem Angebot erhalten wir 250’000 Franken, also soll mir bitte niemand hier drin sagen, dass dieser Verkaufspreis zu tief sei.

Zu den Anstellungsbedingungen, das ist mir ein wichtiger Punkt, der war auch wichtig bei den Verhandlungen mit der BPG, also nicht mehr BPG, United Waterways. Heute, die BPG ist ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen, die Angestellten sind privatrechtlich angestellt nach Marktbedingungen. Das heisst, im Gastronomiebereich, der allgemeingültige GAV ist gültig heute und der ist auch gültig, wenn der Besitzer / die Besitzerin wechselt, das ist egal, ob es ein Privateigentum ist oder ein staatliches, dieser GAV gilt auch in Zukunft. Das nautische Personal, da ist eher das Problem, die Leute zu finden. Da gibt es einen Arbeitsmarkt, da muss ein Anbieter attraktiv genug sein, damit er die Matrosinnen und Matrosen, die Kapitäninnen und Kapitän überhaupt findet. Mit United Waterways haben wir eine Gesellschaft, die auch nautisches Personal ausbildet und es gelten die branchen- und ortsüblichen Bedingungen. Man kann nicht irgendjemanden hierherbringen, die Schiffe fahren zu lassen und zu einem schlechten Lohn zu bezahlen, das geht nicht, rechtlich nicht, das wird entsprechend kontrolliert. Und es gibt eine Kündigungsfrist von drei Jahren, ja, die gibt es, um Sicherheit zu geben dem Personal, im Stand-Alone gibt es diese Sicherheit nicht. Also das ist einfach eine zusätzliche Sicherheit, die es gibt für diese drei Jahre, um auch diesen Change, um die Akzeptanz zu finden, auch bei der Belegschaft, die auch Chancen erhält durch diese neue Eigentümerschaft.

Risiken, ja, es gibt Risiken, bei beiden Varianten gibt es Risiken, wie das Leben mit Risiken behaftet ist. Der Regierungsrat schätzt die Risiken bei einem Verkauf als deutlich kleiner ein. Wir sind nämlich den Risiken der Geschäftsentwicklung, der Marktentwicklung nicht mehr ausgesetzt, sondern das trägt der private Unternehmer. Falls es nicht funktioniert in den 12 Jahren und das Leistungsangebot nicht erbracht wird, können wir diese Gesellschaft für die gleichen 250’000 Franken zurückkaufen und das wieder zurückführen in eine staatliche Logik, wie wir sie die letzten Jahre geführt haben. Also auch dieses Risiko haben wir abgedeckt.

Und ja, ein Risiko gibt es auch beim Stand-Alone. Das sind auf der einen Seite die Marktentwicklung, die Kostenentwicklung und auch dort braucht es regelmässig Parlamentsentscheide. Alle fünf Jahre für den Staatsbeitrag für die beiden neuen Schiffe und auch dort weiss der Regierungsrat nicht, wie der Grosse Rat entscheiden wird. Also das Risiko für einen allfälligen Rückkauf und Weiterbetrieb, also Risiko, das ist ein parlamentarischer Entscheid, den Sie fällen können, aber auch bei den Leistungsbeiträgen besteht Ihre Kompetenz als Grosser Rat, diese Entscheide so zu fällen, wie Sie möchten, das dann einfach deutlich häufiger, als wenn die Schiffe nicht mehr dem Staat gehören.

Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, dieser Umwidmung zuzustimmen. Der Verkaufsvertrag ist ausgehandelt, wir können es dann umsetzen. Das ist die Variante, die Ihnen der Regierungsrat vorschlägt. Es ist ein wichtiges Angebot, aber nicht ein explizit Service Public, das der Staat erbringen muss, das Angebot kann sehr wohl auch von einem Privaten und vor

allem von einer grossen Firma, wo die BPG ein Teil ist von einem Grossen, erbracht werden. Deshalb bin ich froh, wenn Sie dieser Umwidmung heute zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden, Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Ich gebe es zu, es war taktisch wahrscheinlich unklug, genau nach Regierungsrat Kaspar Sutter hier das Rednerpult zu betreten. Ich muss jetzt mein Votum kurz gedanklich umschreiben, weil sehr vieles schon gesagt wurde, das auch ich berechnet habe. Auch in der SVP-Fraktion gab es die Sofortreaktion bei einzelnen, nein, das darf man ja nicht machen. Das gehört zu Basel, das gehört zum Kanton, das war schon immer so, das darf man auf keinen Fall privatisieren. Nun, in der Politik, neben Leber, Milz und Zwergfell, ist das Herz das wichtigste Organ. Bei gewissen Geschäften, insbesondere auch bei diesem, schadet es aber nicht, auch dem Hirn eine gewisse Bedeutung beizumessen und statt reiner Emotionalität auch ein bisschen Rationalität ins Spiel zu bringen. Rationalität bedeutet eben Zahlen. Im Detail haben Sie sie soeben gehört von Regierungsrat Sutter.

In der Summe rund 40 Millionen über 12 Jahre, ohne die Teuerung einzurechnen. Rund 3.3 Mio. Franken pro Jahr, das ist die Preisdifferenz zwischen dem Verkauf und dem Weiter-wie-bisher-Betrieb. 3.3 Mio. Franken pro Jahr. Überlegen Sie sich mal, wie viele gescheite, von mir aus auch dumme Sachen, man mit 3.3 Mio. Franken Staatsgeld anstellen kann. Über die Budgetpostulate werden wir ja später noch reden. Diese Zahl, auch das hat Regierungsrat Sutter gesagt, ist in Verbindung zu setzen mit dem Kaufpreis. Der Kaufpreis wirkt tief, auch das wurde bei uns bemängelt, aber er ist nicht tief, er ist überhaupt nicht tief im Vergleich zu den Opportunitätskosten. Betriebswirtschaftlich ist diese Lösung schlicht und einfach eine Glanzlösung.

Regierungsrat Sutter hat mit Recht das Thema der kritischen Grösse angesprochen. Wenn Sie ein Restaurant betreiben mit sechs Plätzen, dann können Sie so gut kochen, wie Sie wollen, Sie werden nie profitabel werden. Wenn Sie ein Hotel haben mit 12 Zimmern, ist wahrscheinlich Franz-Xaver Leonhardt der Einzige, der das profitabel betreiben könnte. Oder gehen Sie davon aus, dass das Joggeli mit dem FCB 1’000 Sitzplätze verkaufen könnte, keine Chance, damit profitabel zu werden. Das ist die Problematik der BPG. Man mag sich verbessert haben, man mag sehr vieles sehr gut machen mittlerweile, das will ich gar nicht beurteilen, die Gesellschaft hat mit zwei Schiffen, die Gesellschaft hat mit einem Betrieb ausschliesslich auf dem Rhein und ausschliesslich in Basel keine Chance. Die Käuferin betreibt 120 Schiffe, da sprechen wir von Skaleneffekten. Nicht nur rein finanziell, es ist nicht nur so, dass Sie die IT und die Marketingabteilung für diese Gesellschaft für alles gemeinsam betreiben können, sondern vor allem auch für das Personal. Weil sie können rangieren, sie bieten Jobs an, vielleicht einer Nachwuchsführungskraft, die bisher irgendwo im mittleren Management war, können sie anbieten, dass diese Person verantwortlich wird für den Teil Flusswirtschaft oder umgekehrt, der Chef der Flusswirtschaft ist irgendwann Chef über 120 Schiffe statt über zwei Schiffe. Und vor allem, die Leute haben eine gewisse Sicherheit, die haben die Sicherheit, dass ihre Jobs nicht, nachdem die Staatsbeitragsperiode von fünf Jahren abgelaufen ist, alle vernichtet werden. Also auch für das Personal ist es betriebswirtschaftlich eine viel spannendere Lösung, wenn wir heute diesem Verkauf zustimmen.

Soweit zum Hirn, aber auch das Herz kommt zum Zug, meine Damen und Herren. Es ist eine Basler Lösung. Der Käufer kennt die Gesellschaft, kennt unsere Stadt, kennt die Verhältnisse hier, weiss, worauf er sich einlässt. Es ist eine Lösung mit überraschend vielen Garantien, dass wir so viele Garantien über so lange Zeit bekommen, insbesondere dort, wo sie wirklich nötig sind, Regierungsrat Sutter hat erklärt, weshalb es bei den Jobs gar nicht nötig ist, mehr Garantien zu bekommen, weil der Markt hier zugunsten der Mitarbeitenden funktioniert, GAV, usw., und dass wir eine Lösung haben mit einer Geschäftsidee, die stimmig ist, bei der das Angebot nicht verkleinert werden darf, im Gegenteil davon auszugehen ist, dass das Angebot noch grösser wird, das sind alles Argumente, die auch das Herz zum Jubeln lassen müssen. Ich neige ja nicht zur Euphorie und ich neige schon gar nicht dazu, sozialdemokratische Regierungsräte allzu überschwänglich mit Komplimenten zu überhäufen. Hier mache ich eine Ausnahme. Ich gratuliere Regierungsrat Sutter, dem Regierungsrat als Ganzes, als Gremium zu diesem Deal. Ja, wir haben jetzt gehört, es ist vielleicht auch etwas Glück im Spiel und man hat das als Vorschlag an die Regierung herangetragen, aber ich schlage vor, nehmen Sie das Kompliment an, so viel kommen ja von mir nicht zu Ihnen, Regierungsrat Sutter.

Weder Herz noch Hirn, meine Damen und Herren, können die dogmatische Fundamentalopposition der WAK-Minderheit, sprich der Ratslinken nachvollziehen und dogmatische Fundamentalopposition ist es. Es geht schlicht um das Prinzip, der Staat darf nichts verkaufen, das ihm gehört, Punkt. Andere Argumente, die Sinn machen, habe ich bis jetzt weder gelesen noch gehört. Stimmen Sie also, geschätzte Damen und Herren, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu und sichern Sie damit für die Gesellschaft mindestens die nächsten 12 Jahre, mit grosser Wahrscheinlichkeit eine viel, viel längere gute Zukunft, weil die Alternativen kosten nicht nur einfach viel Geld, Alternativen sind auch der Konkurs der Gesellschaft, das darf man nicht ausschliessen, oder dass wir schlicht und einfach etwas durchfüttern mit abnehmender Produktivität, mit reduziertem Angebot, weil wir es uns irgendwann schlicht nicht mehr anders leisten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Alle sagten, das geht nicht, dann kam einer, der wusste das nicht und hat es einfach gemacht. Dieser eine ist heute Robert Straubhaar. Über Jahre sagte man uns, kein Privater könne Schifffahrt auf dem Rhein kommerziell erfolgreich betreiben. Jetzt haben wir jemanden, der kommt und sagt, ich kann das und ich will das machen. Ich denke, wir alle hier drin haben ein gemeinsames Anliegen. Wir wollen ein gutes Schifffahrtsangebot auf dem Rhein, das den Bedürfnissen der Menschen entspricht. Wie erreichen wir das? Die Geschichte der BPG kann man leider nicht als Erfolgsgeschichte bezeichnen. Davon zeugen nicht nur Darlehen, die wir der BPG erst geben und dann abschreiben mussten, davon zeugt auch das Ringen über zusätzliche Staatsbeiträge, dass wir in diesem Gremium immer wieder hatten. Wir mussten uns angesichts der schlechten Zahlen in einem Detaillierungsgrad mit der BPG auseinandersetzen, der für uns eigentlich zu tief war, aber er war nötig aus Verantwortung gegenüber den Steuerzahlenden.

Wir können mit der aktuellen Situation nicht zufrieden sein. Die BPG, das haben wir von meinem Vorredner gehört, ist gefangen in ihrer Struktur, in ihrer Grösse und ihrem Eigentumsverhältnis. Nur dank massivem Druck, den wir das letzte Mal aufbauen mussten, kam es zu leichten Verbesserungen. Heute aber haben wir die grosse Chance, das zu durchbrechen. Heute können wir der BPG neue Möglichkeiten eröffnen. Wir können erstens der BPG ermöglichen, von den grossen Erfahrungen von United Waterways zu profitieren, die schon in anderen Städten konkret bewiesen hat, dass sie erfolgreich Flussschifffahrt in Städten betreiben kann. Wir können zweitens der BPG ermöglichen, als Teil eines grösseren Unternehmens Skaleneffekte zu nutzen, Kosten zu sparen und damit wirtschaftlich erfolgreich zu werden. Das ist in der jetzigen Struktur, auch das haben wir gehört, einfach nicht möglich. Ohne Grösse, keine Skaleneffekte.

Wir können drittens der BPG ermöglichen, ihr Angebot auszubauen und damit mehr Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, als das heute der Fall ist. Und all dies mit einer Garantie nicht nur für den Betrieb, sondern auch für das Personal. Wer von uns weiss denn schon, was in 12 Jahren ist? Ein Unternehmer, der bereit ist, eine Betriebsgarantie für 12 Jahre abzugeben, muss zutiefst überzeugt sein von seinem Vorhaben. Und wo bitte bekommen Sie als Arbeitnehmer eine Arbeitsplatzgarantie für drei Jahre und das erst noch in dieser wirtschaftlich herausfordernden Zeit? Die implizit geäusserte Erwartung, die Arbeitsplatzgarantie müsse ebenfalls zwölf Jahre betragen, scheint mir doch sehr realitätsfremd zu sein.

Natürlich kann man sich auf den Standpunkt stellen, Privatisierungen seien aus Prinzip abzulehnen, so wie es die Linke heute tut. Lehnen Sie die Umwidmung heute ab, bedeutet das jedoch, die BPG in den Fesseln des Status quo zu belassen. Das bedeutet ein Durchwursteln wie bisher, ohne grössere Entwicklungsmöglichkeiten und ohne Ausbau des Angebotes. Denn die Eigentümerschaft durch den Kanton bedeutet, dass die Politik das Angebot bestimmt. Können wir das wirklich besser als ein Schifffahrtsunternehmer? Ich denke, die Vergangenheit hat gezeigt, dass dem nicht so ist. Zudem hat die Politik, dieser Grosse Rat, vor nicht allzu langer Zeit entschieden, dass sie das heutige Angebot gar nicht ausbauen will. Ich erinnere daran, dass wir vor nicht allzu langer Zeit einen Ausbau in Form von Vaporetti abgelehnt haben, die SP hat das einstimmig abgelehnt mit der Begründung, man wolle den öffentlichen Verkehr nicht konkurrenzieren und auch mein Nachredner hat sich in den Medien entsprechend geäussert.

Lehnen Sie heute die Umwidmung also ab, dann bedeutet das Stillstand für die nächsten Jahre, den Preis für diesen Stillstand zahlen wir, die Steuerzahlenden. Die FDP entscheidet sich klar dafür, der BPG die Perspektive zu geben, eine weitere Erfolgsgeschichte von United Waterways zu werden. Davon profitieren wir alle durch ein besseres Angebot, durch eine Entlastung der Staatskasse und durch eine Schifffahrt auf dem Rhein, die so ausstrahlen kann, wie wir uns das schon lange wünschen. Die FDP-Fraktion unterstützt daher die vom Regierungsrat beantragte Umwidmung und bittet Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Ismail Mahmoud.

Ismail Mahmoud (SP): Ich sehe es ein bisschen anders, ich sehe es ganz anders, und zwar reden wir heute über Grundsätzliches. Es geht um die Privatisierung, es geht darum, wollen wir Einfluss, den wir jetzt haben, wollen wir den abgeben, es geht darum, wollen wir Verantwortung, die wir wahrnehmen sollten, abschieben und es geht um Kontrolle, die wir jetzt noch haben, wollen wir das abgeben oder nicht und das Ganze für den nicht nur kleinwirkenden, sondern der ist wirklich sehr klein, Preis von 250’000 Franken. Denn es geht nicht nur um das defizitäre Unternehmen, das ist momentan so, die BVG hat ihre Probleme, aber es gibt auch andere Gründe, warum diese Firma momentan defizitär unterwegs ist.

Es ist eine Firma, ein Unternehmen, die enorm wichtig ist für diesen Kanton. Das habe ich selbst gemerkt, ich habe es selbst nicht gedacht, aber ich habe es selbst gemerkt im Vorlauf dieser Sitzung, wie viel Nachfrage es gibt. Ich dachte, es gibt viel grössere Geschäfte, aber nein, es besteht ein Interesse, es ist emotional und es ist wichtig und identitätsstiftend für unseren Kanton. Und uns ist es ja auch wichtig, dass wir gute öffentliche Angebote haben, dass wir gute touristische Angebote haben

und das geben wir jetzt aus der Hand und das liegt komplett quer in der Landschaft. Eine gute touristisch genutzte Infrastruktur geben wir ab für 250’000 Franken und den eben genannten Einfluss und die Verantwortung, das alles geben wir ab.

Die Kontrolle ist, wie gesagt, weg, die Kontrolle vor allem auch über die Preispolitik ist auch weg. Während wichtige Eckpunkte gesichert wurden, ist die Preispolitik nicht gesichert und schon jetzt können sich nicht alle eine Fahrt auf dem Rhein leisten. Es ist nicht gesagt, aber das Risiko, dass sich das verschärft, dass die Preispolitik nicht in eine positive Richtung geht für Menschen mit weniger Einkommen, dieses Risiko gehen wir ein mit dem Verkauf.

Kurz zu den Arbeitsbedingungen. Das Angebot wurde für 12 Jahre gesichert, das kann man an dieser Stelle auch sagen, ist eine gute Verhandlungsleistung, aber ich stelle mir schon die Frage, warum dann die Arbeitsbedingungen nicht auch länger gesichert wurden. Man entlässt die Arbeitnehmenden in eine Unsicherheit und es ist einfach ungenügend, wenn man es gegenüberstellt gegen die Sicherung von den zwölf Jahren.

Und jetzt zur Alternative der Kommissionsminderheit respektive auch den Vorschlag der Regierung. Das ist kein Luxusprojekt, es ist wirklich kein Luxusprojekt. Es geht um die Sicherung von einem wichtigen öffentlichen Angebot, von einem touristisch genutzten Angebot, das uns ja eigentlich allen auch wichtig sein sollte, und von einem sozial identitätsstiftenden Angebot. Das ist es, worüber wir reden. Und eine Million pro Jahr, das müssen wir auch mal in Relation setzen zu anderen Betrieben, die wir hier drinnen in diesem hohen Hause schon beschlossen haben, das ist absolut möglich für die nächsten paar Jahre, dieses Unternehmen zu stabilisieren. Und dann haben wir aber auch Ansprüche, also das müssen wir schon sagen. Wenn wir nicht umwidmen und nicht verkaufen und die Beiträge erhöhen, dann haben wir auch Ansprüche an die BPG. Sie soll sich weiterentwickeln, sie soll Synergien nutzen, das wollen wir schon, aber es ist ja schon eine lustige Geschichte, dass wir sagen, ja, die haben ja nichts gemacht, Innovationsmangel und so, und man hat sie aber bewusst unterfinanziert vor ein paar Jahren. Also das müssen wir ja schon sehen, es gibt ja schon einen Grund, warum die BPG nicht dort steht, wo sie jetzt ist. Sie wurde bewusst unter Druck gesetzt und unterfinanziert.

Und zum Schluss möchte ich Ihnen noch eine Frage mitgeben. Das Angebot ist für 12 Jahre gesichert. 12 Jahre sind sehr, sehr lang und United Waterways, ich möchte ihnen gar nichts unterstellen, ich gehe davon aus, die haben die besten Absichten, dieses Unternehmen gemäss einer Basler Lösung weiterzuführen, aber in 12 Jahren, was ist in 12 Jahren? Wir wissen es alle nicht, aber ich kann Ihnen versichern, in 12 Jahren muss sich dieses Parlament wieder damit auseinandersetzen. Wir wissen nicht, in welche Richtung das geht, wir wissen nicht, wo die Schiffe sein werden, ob es das Angebot dann noch gibt, verringert, das wissen wir alles nicht. Und diesen Trade-off sind Sie bereit einzugehen. Und das ist wirklich, wirklich schade.

In diesem Sinne, bitte folgen Sie der Kommissionsminderheit, erhöhen Sie den Beitrag und sichern Sie dieses Angebot.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet. Diese wird entgegengenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Herr Mahmoud, auch Sie möchten Synergien nutzen, wenn es in Staatshand bleibt. Auf dem Bielersee, Genfersee oder Zugersee?

Ismail Mahmoud (SP): Erstens möchte ich mir nicht anmassen zu sagen, was die BPG genau tun sollte, aber Synergien können weitaus anders genutzt werden, zum Beispiel auch der öffentliche Verkehr und allgemein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Zu meinem Vorredner möchte ich gerade noch Bezug nehmen zur Preispolitik. Ich finde 50 Franken für eine Fahrt nach Rheinfelden und zurück auch sehr teuer, aber so wie ich mich erinnere, war vom künftigen Betreiber zu erfahren, dass er es auch zu teuer findet und es günstig anbieten möchte. Dies nur ein kleiner Einschub.

Die Schifffahrt ist Teil der Basler Tradition und die lokale Passagierschifffahrt ein unverzichtbares Angebot für unsere Stadt, das haben wir auch schon gehört. Die Basler BPG ist dabei ein bedeutender Akteur. Ihre Ausflugs- und Charterfahrten erfreuen sich grosser Beliebtheit und werden von der Bevölkerung wie von Gästen vielseitig genutzt. Es ist daher unser gemeinsames Ziel, dieses Angebot zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die vom Grossen Rat im Juni 2024 gewährte Finanzierung der BPG läuft Ende 2025 aus. Ab 2026 braucht es eine neue Grundlage für die Zukunft der Gesellschaft. Die Fraktion der GLP sah stets ein Potenzial in der BPG, war aber auch kritisch gegenüber deren Entwicklung. In jüngster Zeit

hat sich die BPG positiv entwickelt, die Zahlen sind besser als in den Vorjahren, was auf eine angepasste Strategie, verbesserte Abläufe, aber auch weniger wetterbedingte Ausfälle zurückzuführen ist.

Seit Jahrzehnten ist die Basler Personenschifffahrtsgesellschaft ein geschätztes Angebot, doch heute stehen wir vor einer Grundsatzentscheidung und diese ist, soll der Kanton weiterhin erhebliche Mittel in eine kleine und strukturell tendenziell defizitäre Gesellschaft investieren oder die Chance nutzen, die sich mit dem Angebot von United Waterways eröffnet. Die Ausgangslage ist klar, trotz Strategieprozess und Verbesserung konnte die BPG ihre kritische Grösse nicht verändern, was auch nicht zu erwarten war. Der Betrieb bleibt kostenintensiv, die Ertragsschwankungen sind erheblich und die Investitionsbedarfe für Schiffsantriebe und Infrastruktur sind hoch. Es ist schwer abzuschätzen, wie sich der Betrieb in dieser Grösse weiterentwickeln kann.

Für die Jahre 2026 bis 2030 wären jährlich rund 1 Mio. Franken Betriebsbeitrag sowie eine Kapitalerhöhung von 1.5 Mio. Franken nötig, ohne Garantie, dass sich die strukturellen Probleme lösen. Demgegenüber steht das Angebot von United Waterways, ein erfahrener, international tätiger Konzern mit Sitz und Verankerung in Basel, der Knowhow, Synergien und Skaleneffekte einbringt, die eine kleine kantonale Gesellschaft nie erreichen kann. Die Betriebsgarantie über 12 Jahre, das Rückkaufsrecht, die Besitzstandswahrung für das Personal und die Verpflichtung zur CO_2-Neutralität bis 2037 sind starke Sicherheiten. Sie schaffen Vertrauen, dass die Personenschifffahrt nicht verschwindet, sondern sich weiterentwickelt mit einem ganzjährigen Angebot, neuen Kooperationen und einer stärkeren touristischen Positionierung Basels.

Natürlich gibt es Risiken. Der Verkaufspreis ist relativ niedrig, die Einflussmöglichkeiten des Kantons nehmen ab und nach Ablauf der Garantie bleibt eine gewisse Unsicherheit. Doch diese Risiken sind begrenzt und durch vertragliche Mechanismen abgefedert. Die Alternative, eine massive öffentliche Finanzierung ohne Aussicht auf Kostendeckung, ist weder nachhaltig noch verantwortbar. Die BPG bleibt ein Stück Basler Identität, doch Identität entsteht nicht durch Eigentumsverhältnisse, sondern durch erlebte Qualität und die Tatsache, dass die Schiffe weiterhin am Rheinknie fahren werden. Mit United Waterways hat die BPG die Chance, diese Qualität unserer Schifffahrt auszubauen und den Rhein für Bevölkerung und Gäste noch attraktiver zu machen, ohne dass der Kanton weiterhin Millionen investieren muss.

Wie schon 2024 setzt sich die Fraktion der Grünliberalen für das langfristige Überleben der BPG und der Personenschifffahrt auf dem Rhein ein. Die Weitergabe des Unternehmens ist ein grosser Schritt, der umsichtig abgewogen werden muss. Für uns überwiegen die Vorteile klar. Den Verkauf sehen wir nicht als Verlust, sondern als eine Chance für die Zukunft der Personenschifffahrt in Basel. Die Fraktion der Grünliberalen empfiehlt daher, der Umwidmung der Aktien und dem Verkauf an United Waterways zuzustimmen. Wir tun dies nicht nur im Sinne einer liberalen Politik, die den Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren lässt, sondern auch im Sinne einer progressiven Politik, die Chancen nutzt und anstehenden Veränderungen mutig begegnet. Sollte die Mehrheit in diesem hohen Haus eine Umwidmung und somit den Verkauf ablehnen und die BPG im Eigentum des Kantons verbleiben, so müsste der Grosse Rat und insbesondere die Kommission nochmals die Gelegenheit erhalten, den Businessplan und die Ziele der Leistungsvereinbarung ausführlich zu diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Wie schon vor anderthalb Jahren, als wir zuletzt über die BPG diskutiert haben, geht es ja auch heute im Kern wieder um die Frage, ist das Angebot der BPG wichtig für Basel, muss es darum zwingend in unseren Händen bleiben und darf uns das auch etwas kosten. Oder ist es etwas, das wir eigentlich nicht unbedingt brauchen, das uns nur viel kostet und wir deshalb die Marke BPG und die dazugehörende Infrastruktur dringend verscherbeln sollten, wenn sie dann jemand will.

Wir von der Fraktion GRÜNE/jgb erachten die BPG und das Angebot als ein wichtiges Puzzleteil der Identität von Basel-Stadt und stehen darum ganz klar auf der Seite der Kommissionsminderheit, die die BPG unter dem Dach des Kantons behalten will. An unserer Einstellung hat sich also nichts geändert seit der letzten Behandlung dieses Geschäfts. Wenn wir nämlich die Basler Personenschifffahrtsgesellschaft heute verkaufen oder besser gesagt, um einen symbolischen Beitrag loswerden, dann geben wir das Stück Basel langfristig aus der Hand und damit auch die Möglichkeit, unseren Vater Rhein für alle Baslerinnen und Basler sowie für unsere Besucherinnen und Besucher auf dem Wasser erlebbar zu machen.

Die Mehrheit der Kommission ist zwar der Ansicht, und wie Lorenz Amiet sogar euphorisch, dass das Unternehmen BPG und das jetzige Angebot auch mit einem Verkauf an United Waterways respektive Floating Venues langfristig einen Teil des Stadtbilds und ein Angebot für die Bevölkerung und den Tourismus bleiben wird. Ich wünschte, ich könnte auch so euphorisch sein, aber wir haben da unsere Zweifel. Es gibt zwar die Übergangsbestimmung von 12 Jahren, in der die Schiffe weiterhin in Basel bleiben sollten und in einer ziemlich schwammig formulierten Form der Öffentlichkeit zugänglich bleiben müssen. Wie das Angebot dann allerdings genau aussieht, wissen wir nicht. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass es mehr Publikumsfahrten gibt, weil die ja erfahrungsgemäss nicht so gewinnbringend betrieben werden können wie die Charterfahrten.

Der mögliche Neubetreiber hat dann auch durchblicken lassen, dass es wahrscheinlich ist, dass die Schiffe häufiger verchartert werden, vor allem auch innerhalb von seinem grossen Firmenkonglomerat, sprich, dass Gäste, die mit den Hotelschiffen nach Basel kommen, dann gerade noch mit den BPG-Schiffen durch die Altstadt gefahren werden und das Münster anschauen können. Das könnte bedeuten, dass die Schiffe weniger für die Bevölkerung, aber auch weniger für Basler Veranstaltungen wie zum Beispiel das Bücherschiff zugänglich werden und dass das Publikumsangebot auf ein Minimum gemäss dieser Vereinbarung beschränkt wird. Fairerweise muss man auch sagen, dass im Hearing auch mehr Publikumsfahrten versprochen worden sind. Wie rentabel das ist, hat United Waterways aber gerade kürzlich im Rahmen der Vaporetti durchblicken lassen, wo es ganz klar geheissen hat, dass das die öffentliche Hand subventionieren muss, wenn man das möchte.

Und damit sind wir beim nächsten Punkt, bei den Schiffen. Dass man die einigermassen rentabel betreiben kann, wenn man die Investitionskosten nicht hat, United Waterways kriegt den Rhystärn und Christoph Merian ja bekanntlich zu einem Symbolpreis, das leuchtet ein. Wie sieht es aber aus, wenn die die Lebensdauer einmal erreicht haben, wenn schon bei der Anschaffung von Vaporetti eine Subventionierung der Schiffe als notwendig betrachtet wird, wie sieht es denn bei Neuanschaffungen für die BPG aus? Gut vorstellbar, dass es dann einfach keine neuen Schiffe mehr gibt, wenn sich der Betrieb auf dem kurzen Rheinabschnitt als nicht rentabel herausstellt. Was wir eigentlich jetzt schon wissen, dass es das nicht ist. Wahrscheinlicher als ein neues Schiff ist fast mehr, dass der Rhystärn nach der 12-Jahre-Betriebsgarantie an andere Standorte in anderen Gesellschaften wie United Waterways abgezogen wird, beispielsweise nach Köln oder Düsseldorf, wo sie eine grössere Auslastung und Rentabilität erzielen können, und Christoph Merian ersatzlos stillgelegt wird. Dass in diesem Fall ein Rückkauf durch den Kanton mehrheitsfähig ist, halten wir für eine Utopie.

Nicht zu vergessen sind dabei die Angestellten der BPG, die haben, wie wir gehört haben, nur die nächsten drei Jahre Sicherheit, weiterhin für die BPG arbeiten zu können, zum gleichen Lohn. Was nachher passiert, ist unklar und es ist gut möglich, dass die Nutzung von Synergien im United Waterways-Konzern nicht zum Vorteil dieser Menschen sein wird.

Unter diesen Vorzeichen gibt es nach dem Ablauf der 12-jährigen Betriebsgarantie also absolut gar keine Sicherheit mehr, dass die Personenschifffahrt weiterhin im Sinne der Standortinteressen von Basel weitergeführt wird. Wir wissen es nicht, aber es ist durchaus denkbar, dass die BPG sich dann aus weniger rentablen Bereichen zurückzieht und sich mehr auf exklusive Angebote konzentriert, falls die Schiffe überhaupt in Basel bleiben, mit den entsprechenden negativen Folgen für die Basler Bevölkerung, aber auch für den Tourismus insgesamt. Für uns ist klar, eine lebendige, vielfältige und gut zugängliche Personenschifffahrt ist ein wichtiger Standortfaktor. Sie stärkt das Image von Basel als Kultur-, Kongress- und Tourismusstadt. Solche Standortfaktoren lassen sich nicht kurzfristig rechnen, sie wirken langfristig und gerade deshalb müssen sie uns etwas wert sein und gehören zwingend in die öffentliche Verantwortung.

Wir erkennen auch ausdrücklich an, dass in den letzten zwei Jahren bei der BPG viel richtig gemacht worden ist. Die Massnahmen, die im Strategieprozess definiert worden sind, zeigen Wirkung. Die BPG hat ihre Kostenstruktur verbessert, besonders in der Gastronomie und bei den Lohnkosten. Gleichzeitig ist es auf der Ertragsseite gelungen, den Umsatz pro Gast zu steigern. Besonders erfreulich ist die Entwicklung im 2025, neue Stadt- und Hafenrundfahrten sowie thematische Angebote haben zu einer positiven Nachfrage geführt. Gerade solche Angebote sind für den Tourismus Basel entscheidend. Sie schaffen Mehrwert, sprechen unterschiedliche Zielgruppen an und stärken so das Profil von Basel als vielseitige Destination. Der Geschäftsverlauf zeigt auf, die BPG ist auf dem richtigen Weg und die operative Führung leistet starke Arbeit. Gerade deshalb ist der Plan, die BPG jetzt zu veräussern, aus unserer Sicht schwer nachvollziehbar. Mit einem Verkauf würde der Kanton seine Einflussmöglichkeit auf die Ausgestaltung des touristischen Angebots nämlich aufgeben. Es gäbe keine Garantie mehr, dass ein Angebot mit touristischer, aber vielleicht geringer kurzfristiger Rentabilität weiterhin besteht.

Natürlich braucht es dafür auch ein stabiles finanzielles Fundament, wir haben es gehört von Regierungsrat Kaspar Sutter. Wir sind aber überzeugt, dass der erhöhte Betriebsbeitrag gut investiertes Geld ist. Er ermöglicht Planungssicherheit, Angebotsentwicklung und Qualität, alles Faktoren, die direkt zur Standortqualität beitragen. Gleichzeitig erwarten wir von der BPG, dass sie den eingeschlagenen Erneuerungskurs konsequent weiterverfolgt und Synergien mit privaten Partnern dort nutzt, wo es sinnvoll ist, gerade zum Beispiel mit United Waterways und seinen Hotelschiffgästen, das ist offenbar noch ein brachliegendes Potenzial.

Unser Fazit ist klar, die Privatisierung der BPG gefährdet langfristig ein zentrales touristisches Angebot und damit einen wichtigen Standortfaktor für Basel. Der Kanton würde für einen sehr tiefen Preis eine Institution und die zugängliche Infrastruktur aus der Hand geben, die massgeblich zur Attraktivität unserer Stadt beiträgt. In diesem Sinn beantragen wir Ihnen, dem Antrag der Kommissionsminderheit zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Strahm. Diese wird entgegengenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Jérôme Thiriet, was halten Sie davon, wenn sich der Kanton auch noch ein paar Helikopter zutun würde, um attraktive Rundflüge zu machen?

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Da halte ich gar nichts davon.

Balz Herter, Grossratspräsident: Annina von Falkenstein für die LDP.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir beraten heute nicht irgendein Geschäft, wir beraten einmal mehr die Zukunft der Ausflugsschifffahrt auf dem Rhein und damit ein grosses und wichtiges Stück Basel. Ich sage es gleich zu Beginn ganz klar, wir müssen die BPG in und für Basel behalten, aber genau deshalb müssen wir heute Ja sagen zum Verkauf der Basler Personenschifffahrt respektive zur zugrundeliegenden Umwidmung der Aktien.

In den letzten Jahren hat sich etwas Grundlegendes verändert. Früher war im Rat klar, die Personenschifffahrt kostet Geld, viel Geld und wir nehmen das bewusst in Kauf. Dieses Selbstverständnis gibt es heute aus vielerlei Gründen nicht mehr. Vor knapp zwei Jahren haben wir erlebt, wie selbst eine bürgerliche Mehrheit, die hier drin auch nicht immer selbstverständlich ist, inklusive der GLP nämlich, diese hohen Kosten nicht mehr bedingungslos hingenommen hat, obwohl auch dort Konsens bestand, die BPG zu erhalten. Und genau hier liegt das erste zentrale Problem. Wenn der Verkauf heute scheitert, ist die Finanzierung der BPG morgen immer wieder Diskussionsthema, insbesondere wenn grössere Investitionen anstehen und das werden sie, wie wir von unserem Finanzminister sehr eindrücklich mit hohen Zahlen belegt bekommen haben. Dann beginnt ein wiederkehrendes Geschacher um Steuermillionen und diese Situation ist für die BPG und deren Entwicklung, die in den letzten Jahren sehr positiv zu verzeichnen ist, nicht zweckdienlich.

Das zweite Problem, die Flotte, da habe ich auch schon darauf angespielt. Bei der Christoph Merian laufen in absehbarer Zeit die Zulassungen aus und um sie weiter zu betreiben, sind hohe Investitionen nötig oder sogar ein Neubau, Neukauf. Die Kommissionsmehrheit hat es sehr klar benannt, wir sprechen von Investitionen im zweistelligen Millionenbereich, zusätzlich zu jährlich rund 1 Mio. Franken Betriebsbeitrag und wer weiss, vielleicht auch weiteren Kapitalerhöhungen in den jetzt zugrunde stehenden 12 Jahren. Wenn diese Investitionen nicht kommen, bleibt der BPG faktisch nur noch der Rhystärn und mit einem einzigen Schiff kann keine Personenschifffahrtsgesellschaft überleben, ausser mit massiven Subventionen. Und paradoxerweise ist dieses Schiff oft genau dann auf Kursfahrt, wenn man mit Charterfahrten viel Geld verdienen könnte. Das ist ein strukturelles Problem, kein Managementfehler und genau das beisst auch der hier vorhandene Konsens, dass wir die BPG ja eben auch den Baslerinnen und Baslern zur Verfügung stellen wollen und auch den hiesigen Touristen.

Drittens, und auch das ist entscheidend, leidet die BPG als staatliche Miniorganisation unter einem strukturellen Defizit. Sie muss Verkauf, Marketing, Buchhaltung, Personalwesen und IT selbst stemmen für eine sehr kleine Einheit, die je nach Investitionslage noch weiter schrumpft. Nach dem Verkauf würde genau das anders. Unter dem Dach von United Waterways werden diese Leistungen von einer bestehenden Administration mitgetragen. Die Kommissionsmehrheit spricht hier zu Recht von echten Skaleneffekten und Synergien, die der Kanton niemals herstellen kann und für deren Ersatz wiederkehrend Steuermillionen fliessen müssten. Hier kurz zu meinem Vorredner der SP, ich komme nachher noch mehr auf Ihr Votum zu sprechen, Synergien fallen nicht einfach vom Himmel, die sind nicht einfach da. Man kann nicht schnippen und dann hat man die Synergien. Die wären bei United Waterways durch jahrzehntelanges Knowhow, durch professionelle Strukturen vorhanden in einem Rahmen, in dem wir sie nie und nimmer selbst erreichen könnten.

Ein vierter kleiner Punkt ist das Personal und die Wetterabhängigkeit, die wir in den bisherigen Ratschlägen auch immer nachlesen durften. Dort geht auch klar hervor, es braucht eine Flexibilität, die mit den Strukturen von United Waterways gegeben wäre und die die BPG bei bestem Willen nie selbst erreichen könnte. Wenn es zu wenig Wasser hat, hat man zu viel Personal, wenn es gut läuft, ein warmer Sommer, die Leute wollen auf den Rhein, eine Touristenwelle, dann hat man zu wenig Personal, das Einnahmepotenzial geht in die andere Richtung mit, das ist eine schwierige Situation.

Ein weiterer Punkt, den wir offen ansprechen müssen, betrifft den Antrag der Minderheit. Dieser will für weitere vier Jahre Geld sprechen, ohne dass eine vertiefte Berichterstattung durch die neue Geschäftsführung der BPG stattgefunden hätte in der Kommission. Das ist äusserst unseriös und unprofessionell, vor allem wenn man bedenkt, wie viel in der BPG gegangen ist, seit wir vor anderthalb Jahren hier zum letzten Mal debattiert haben. Das ist sehr bemerkenswert und auch höchst problematisch, denn damit wird implizit anerkannt, dass mit den heutigen Strukturen keine weiteren betriebswirtschaftlichen Verbesserungen mehr erwartet werden. Wer Millionen bewilligt, ohne Leistungsziele, ohne klare Erwartungen und ohne strukturelle Änderungen einzufordern, gibt faktisch das Bekenntnis ab, mehr Effizienz erwarten wir jetzt nicht mehr, wir sprechen ein bisschen von Synergien, aber der Kanton muss dann einfach bezahlen. Und genau das hat in den letzten Jahren im Grossen Rat keine Mehrheit mehr gefunden und dafür liegt heute eine gute Alternative vor. Und genau deshalb ist der Weg der Minderheit politisch nicht tragfähig und der Weg der Mehrheit, der vom Regierungsrat vorgeschlagen wird, ein

Win-win-win. Ein Win für die BPG, ein Win für die Kantonsfinanzen und das grösste Win für die Baslerinnen und Basler und Personen, die Basel gerne besuchen und den Rhein erleben möchten.

Ich gehe jetzt gerne noch ein bisschen auf die Argumente, die wir vorher gehört haben, ein und muss hier meine Notizen kurz neu büscheln, und zwar fand ich es recht spannend, dass die SP genannt hat, dass wir die Kontrolle abgeben, aber genau diese Kontrolle eben in Form eines Hearings oder eines kleinen Check-ins in der Kommissionsarbeit mit dem Leitungsteam der BPG nicht stattgefunden hat. Dann ist es einfach eine Scheinkontrolle und dann ist dieses Argument eigentlich nicht gültig. Zudem wurde davon gesprochen, wie wichtig und identitätsstiftend die BPG für Basel ist. United Waterways ist eine Unternehmung mit Sitz in Basel, mit jahrzehntelanger Erfahrung, mit positiven Business Cases, die sich genauso ausgewirkt haben, wie sie es sich vorgestellt haben. Wir verkaufen die BPG jetzt nicht irgendwo hin nach Usbekistan. Es ist ja der Sinn, dass das in Basel bleibt und dass es weiterhin die Basler Personenschifffahrt bleibt. Auch das fand ich ein bisschen strub.

Und die drei Jahre, die Sie kurz finden als Anstellungsbedingungen. Ja, wo genau gibt es drei Jahre Anstellungsbedingungen sonst? Nicht einmal im Kanton ist man so sicher, wie wenn man für einmal weiss, dass man drei Jahre lang sicher das Arbeitsverhältnis nicht verlieren kann. Es nimmt mich wunder, ob bei der Kurierzentrale die Arbeitsverhältnisse auf drei Jahre hinaus garantiert sind. Ich schaue zum grünen Vorredner, ich gehe nicht davon aus. Auch dass wir vom Regierungsrat gehört haben, der auch dem AWA vorsteht, dass durch Kontrollen sichergestellt wird, dass die Arbeitsverhältnisse nicht geltende Gesetze oder Gesamtarbeitsverträge verletzen, stimmt mich sehr zuversichtlich. Ich finde es ein wichtiges Bedenken, wir müssen es thematisieren, aber ich vertraue unseren staatlichen Strukturen, dass dorthin geschaut wird und dass, wenn Risikofaktoren wahrgenommen werden, sehr sauber und gründlich kontrolliert wird.

Die 12 Jahre, das finde ich wirklich auch ein schwieriges Thema, weil das ist eine lange Zeit, da gibt es viele Risiken. Wenige Unternehmer machen heute Prognosen, wo sie in 12 Jahren stehen mit ihren Firmen. Es ist eine so lange Zeit und wir haben jemanden, der sich darauf einlässt und wenn wir nach 12 Jahren Worst-Case als Kanton die BPG wieder zurückkaufen, weil es nicht klappt, dann sind wir im Prinzip mit jedem Preis, der unter 53.5 Millionen liegt, immer noch auf der Seite, wo wir Geld eingespart haben. Ich habe dort die Investitionsbeiträge, die wir grob genannt bekommen haben, reingerechnet, die Million pro Jahr und eine einmalige Kapitalerhöhung, wo ich auch nicht sicher bin, ob die wirklich einmalig bleiben wird, wenn wir die BPG behalten würden, und komme so auf diese 53.5 Millionen. Ich bin überrascht, dass der Regierungsrat die BPG nicht für einen symbolischen Preis von einem Franken an United Waterways weitergegeben hat. Möglich wäre es gewesen.

Das wären diese Punkte gewesen, ich bin also wirklich nicht überzeugt von diesen Argumenten aus der Kommissionsminderheit und möchte so jetzt wirklich noch einmal zusammenfassen, was wir mit einem Verkauf erhalten würden. Eine 12-jährige Betriebsgarantie in Zeiten, in denen viele Leute sich nicht einmal auf einen Einjahreshorizont auf die Äste hinauslassen wollen. Ein Rückkaufsrecht für den Kanton. Es ist also dann noch nicht das letzte bisschen Hoffnung verloren, wenn es nicht klappen sollte mit dem neuen Betreiber. Es wären keine Entlassungen und keine Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für drei Jahre im Verkauf inkludiert und wir hätten ein klares Bekenntnis zu einem CO_2-neutralen Betrieb bis 2037 und Erfahrungen dazu, wie das klappen kann, Knowhow, an das wir anknüpfen können, und eine Unternehmung, die sich zu den Klimazielen des Kantons bereits im Vorfeld eines potenziellen Verkaufs bekennt. Das sind starke Argumente. Der Kaufpreis ist tief, ja, aber er widerspiegelt die Realität, ein hoher Investitionsbedarf, enge Auflagen, keine Subventionen mehr.

Deshalb bitte ich Sie, rein sachlich hier zuzustimmen und nicht auf die emotionale Rhetorik der Basler Dybli-Fans reinzufallen, sondern hier diesen guten Entscheid, der ein Win-win-win ist, heute anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Die BastA hat immer an der BPG festgehalten. Der Grosse Rat hat 2022 bei der Leistungsvereinbarung einen Kompromiss beschlossen. Eine knappe Mehrheit wollte möglichst wenig Mittel sprechen, eine Minderheit, darunter auch meine Fraktion, wollte dem Antrag des Regierungsrates folgen. Das Resultat war eine auf zwei Jahre befristete und finanziell reduzierte Leistungsvereinbarung. Damit hat das Parlament der BPG Zeit gegeben, jedoch mit beschränkten Mitteln. Zeit gegeben, um ihre Strategie zu überarbeiten und sich weiterzuentwickeln. Der Grosse Rat hat aber nicht den Auftrag erteilt, die BPG zu verkaufen und dagegen wehren wir uns.

In der Zwischenzeit hat sich einiges verändert. Es gab einen Wechsel in der Geschäftsleitung. Dieser Abgang ist klar auf den Druck des Parlaments zurückzuführen. Wichtig ist jedoch, die BPG hat ihre Strategie überarbeitet und diese Entwicklung zeigt Wirkung, trotz beschränkter Mittel. Aber solche strategischen Neuausrichtungen brauchen Zeit und öffentliche Unterstützung, sicher aber keinen Verkauf. Ja, dieses Kaufangebot kommt sehr überraschend. Die United Waterways AG ist über ihre Tochtergesellschaft Floating Venues bereit, 100% der Aktien zu übernehmen.

Für meine Fraktion gibt es hauptsächlich vier wichtige Gründe, weshalb wir dieser Umwidmung nicht zustimmen können. Erstens, mit dem Verkauf der BPG verlieren wir die öffentliche und demokratische Kontrolle über die Personenschifffahrt. Das ist leider ein bekanntes Muster bei Privatisierungen. Auch wenn eine Betriebsgarantie für 12 Jahre vorgesehen ist, werden wir danach keinen Einfluss mehr auf das Fahrtenangebot und die Preispolitik haben. Und selbst wenn diese Privatisierungsstrategie scheitern würde, der Kanton Basel-Stadt hätte zwar das Recht, die BPG innerhalb dieser 12 Jahren zurückzukaufen, wir bezweifeln jedoch stark, dass ein solcher Rückkauf tatsächlich erfolgen würde.

Zweitens, die dreijährige Bestandsgarantie für das Personal ist ungenügend. Mit der Umwidmung wird diese Verantwortung an einen privaten Akteur abgegeben mit allen bekannten Risiken für das Personal. Wir teilen die Euphorie der SVP und den anderen Parteien absolut nicht.

Drittens, wir wollen nicht nur Unterhaltung-, Freizeit- und Charterfahrten, sondern auch mehr öffentlichen Verkehr auf dem Rhein. Auch wenn die United Waterway Shuttle-Schiffe auf dem Rhein plant, um Grenzgänger*innen aus Frankreich und Deutschland nach Basel zu bringen, bleibt doch die Finanzierung offen. Da müssten laut dem Hauptaktionär der United Waterway die Gemeinden einspringen. Das heisst also, dass trotz Privatisierung öffentliche Gelder fliessen sollen, wodurch Basel zahlt, ohne die volle Kontrolle zu behalten. Werden wir auch beim Ersatz der Christoph Merian für die Finanzierung gefragt werden? Wieso verkaufen wir überhaupt, wenn wir den Kauf von neuen Schiffen mitfinanzieren sollen?

Viertens, die United Waterways hat nicht nur 120 Schiffe, sie befindet sich auf Expansionskurs, nicht nur dem Wunsch nach Basel. Aber die Gesellschaftsstruktur der United Waterways ist für uns nicht übersichtlich. Diese Gesellschaft hängt ausserdem vom Hauptaktionär ab. Diese beabsichtigte Abhängigkeit der BPG von einer einzelnen Person stellt für uns ein erhebliches Risiko dar. Für uns hat die BPG eine klare öffentliche Nutzung. Sie ist nicht nur ein Wirtschaftsunternehmen, sondern erfüllt einen öffentlichen Auftrag. Sie sichert Mobilität, Tourismus und Lebensqualität. Das sind zwar weiche Faktoren, aber wichtige. Die BPG ist für uns kein Fass ohne Boden. Sie benötigt öffentliche Gelder, ja, aber im Vergleich zu anderen Aufgaben oder Infrastrukturprojekten sind diese Mittel überschaubar. Es handelt sich um einen jährlichen Betriebsbeitrag von rund einer Mio. Franken für einen wichtigen Teil des Basler Tourismus und der Identität der Bevölkerung mit dem Rhein.

Und kurz zum Argument von Luca Urgese, dass die BPG eine Belastung für den Steuerzahler ist. Die Finanzierung ist eine Art Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Mit dem gleichen Argument könnten wir die BVB oder sogar die Spitäler oder die Uni verkaufen. Die Situation bei der BPG hat sich in den letzten Jahren verbessert, trotz strengen finanziellem Korsett. Abläufe wurden optimiert und effizienter gestaltet. Wie bereits gesagt, Strategieänderungen brauchen Zeit und Unterstützung und wir sind bereit, diese Unterstützung zu leisten.

In diesem Sinne stimmen wir dem Antrag der Kommissionsminderheit zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Um es vorwegzunehmen, die Fraktion Mitte-EVP unterstützt den Antrag der Kommissionsmehrheit und stimmt der beantragten Umwidmung der Aktien der Basler Personenschifffahrt vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen zu. Ehrlich gesagt war auch ich überrascht, dass wir einem Vorschlag aus sozialdemokratischer Küche mal ohne Vorbehalte folgen können, und wir finden den Ansatz zukunftsrechtlich. Lassen Sie mich die für unsere Fraktion ausschlaggebenden Gründe wie folgt zusammenfassen:

Erstens stellt sich, und das war der Kern der Diskussion, die Frage der Staatsaufgabe und der staatlichen Verantwortung. Die Personenschifffahrt auf dem Rhein ist zweifellos ein geschätztes und ein identitätsstiftendes Angebot, aber sie ist bei allem Respekt keine Kernaufgabe des Staates. Es handelt sich um ein Freizeit- und Tourismusangebot, nicht um Grundversorgung und nicht um öffentlichen Verkehr. Der Kanton hat diese Aufgabe viele Jahre wahrgenommen, weil sich offenbar kein privater Betreiber fand. Das war im Grundsatz richtig, denn auch unserer Fraktion ist das Angebot der BPG wichtig. Heute aber liegt erstmals ein konkretes, tragfähiges und vertraglich abgesichertes Angebot eines erfahrenen privaten Unternehmens vor. In einer solchen Situation um jeden Preis an einer staatlichen Betriebsführung festhalten zu wollen, wäre aus unserer Sicht kaum zu rechtfertigen.

Das Interessanteste an der heutigen Debatte ist ja die Frage der Rolle des Kantons respektive des Staates bei Freizeitbeschäftigungen. Aus Sicht unserer Fraktion soll der Staat nicht selbst Unternehmer sein. Er kann das schlechter als Private. Wo strukturelle Defizite einer privaten AG im Eigentum des Kantons über Jahre hinweg mit Steuergeldern gedeckt werden müssen, stellt sich nicht primär eine soziale, sondern eine ordnungspolitische Frage. Eine grundsätzliche Skepsis gegenüber privaten Wirtschaftsakteuren und der Glaube, der Staat müsse Leistungen dauerhaft selbst erbringen und finanzieren, führen häufig dazu, dass unternehmerische Risiken verstaatlicht werden. Genau davon lösen wir uns mit diesem Entscheid in verantwortungsvoller Weise und übergeben die Aufgabe einem Privaten, der es nach unserer Auffassung kann.

Zweitens geht es um finanzielle Nachhaltigkeit. Die BPG ist trotz aller Bemühungen, trotz Strategieprozessen und Effizienzsteigerungen strukturell defizitär geblieben. Das ist kein Vorwurf an die Mitarbeitenden oder das Management, sondern eine Folge der Unternehmensgrösse, der hohen Fixkosten und der fehlenden Skaleneffekte. Wenn der Kanton Eigentümer bleibt, bedeutet das mit hoher Wahrscheinlichkeit jährliche Betriebsbeiträge in der Grössenordnung von rund einer Million Franken, zusätzliche Kapitalerhöhungen und mittelfristig Investitionen im zweistelligen Millionenbereich für Flotte und Infrastruktur. Für die Fraktion Mitte-EVP ist klar, dauerhafte Defizitfinanzierung ohne realistische Aussicht auf Eigenwirtschaftlichkeit widerspricht einer verantwortungsvollen Finanzpolitik. Wer entscheidet, muss auch das Risiko tragen und genau dieses Risiko wird mit der vorgeschlagenen Lösung konsequent auf einen privaten Akteur übertragen. Dass wir es einen Privaten machen lassen, ist gerade keine Aussage, dass das Angebot der BPG nicht wichtig sei, im Gegenteil.

Drittens, die Qualität des Angebots wird durch vertragliche Leitplanken gesichert. Ein zentraler Punkt für unsere Zustimmung sind die vertraglich vorgesehenen Sicherheiten. Es handelt sich hier nicht um eine unkontrollierte Privatisierung, sondern um eine klar strukturierte Übergabe mit Leitplanken. Diese Leitplanken sind im Ratschlag und im Kommissionsbericht abgehandelt. Ich wiederhole sie hier nicht, wir erachten sie als verlässlich. Diese Elemente stellen sicher, dass öffentliche Interessen gewahrt bleiben, ohne dass der Staat selbst Unternehmer spielen muss. Das ist aus unserer Sicht zielführend und verantwortungsvoll.

Viertens haben wir mit dem Vorschlag des Regierungsrats und der Kommissionsmehrheit die Chance für eine positive Entwicklung statt einer Verwaltung der aktuellen Mängel. Der Entscheid heute ist nicht primär eine Frage des Sparens, sondern eine Frage der Perspektive. Die Einbindung der BPG in eine international tätige Unternehmensgruppe eröffnet echte Entwicklungsmöglichkeiten, Synergien im Betrieb, professionelles Marketing, bessere Auslastung, ganzjährige Angebote. Das ist etwas, was der Kanton als Eigentümer realistischerweise nicht leisten kann und auch nicht leisten soll.

Zusammengefasst, die vorgeschlagene Lösung ist finanziell vernünftig, ordnungspolitisch sauber und vertraglich gut abgesichert. Sie entlastet den Staat nachhaltig, wahrt die Interessen der Bevölkerung und gibt der BPG eine realistische Zukunftsperspektive. Die Fraktion Mitte-EVP folgt deshalb der Kommissionsmehrheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Fraktionssprechenden ist erschöpft. Wir kommen damit zu den Einzelsprechenden. Als erstes hat sich Beda Baumgartner eingetragen.

Beda Baumgartner (SP): Ich möchte ansetzen bei dem, was Regierungsrat Kaspar Sutter gesagt hat, was ökonomisch Sinn macht und nicht Sinn macht und was gesagt wurde. Also einfach, um das hier mal klarzustellen, wir diskutieren weder über 42 Mio. Franken noch 53 Mio. Franken, sondern wir diskutieren über den Verkauf der BPG und eventuell den Betriebsbeitrag von einer Million Franken für die nächste Betriebsbeitragsperiode. Alle anderen Kosten, die Sie hier gehört haben, würden eventualiter nochmals in diesem Rat diskutiert. Das ist ja auch der Grund, warum gewisse Leute, das habe ich auch schon gehört, diese Gesellschaft am liebsten privatisieren und verkaufen würden, damit wir uns diese knappen und aufwendigen Diskussionen sparen würden. Aber das gehört auch zur Ehrlichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir hier über das diskutieren, was wir wirklich beschliessen im Rahmen dieses Geschäftes.

Dann das zweite zu progressiver Politik und Innovation. Ja, ich muss Ihnen schon sagen, wenn man 2025 sagt, die progressive und innovative Politik ist die Privatisierung eines öffentlichen Unternehmens, einer öffentlichen Institution, dann muss ich sagen, dann bin ich gern in der sogenannten dogmatischen Fundamentalopposition von Lorenz Amiet. Nur etwas noch zur dogmatischen Fundamentalopposition, all diese Punkte, die Sie gesagt haben mit den Leitplanken und das alles, was ja gesichert ist, das ist während 12 Jahren gesichert, liebe Kolleginnen und Kollegen, während 12 Jahren. Ich möchte die Krokodilstränen dann im 13. Jahr in diesem Saal nicht haben von Ihnen allen, wenn wir dann nicht das Angebot haben, das wir möchten für die Basler Personenschifffahrtsgesellschaft.

Dann muss ich auch mal etwas klarstellen, der Zustand des Unternehmens, ich finde es schon ein bisschen dreist fast von bürgerlicher Seite. Vor zwei Jahren haben Sie einen Betriebsbeitrag bewilligt, der ganz klar zu tief war. Trotzdem hat das Unternehmen die Führungsebene gewechselt, das war eine klare Forderung von Ihnen, und hat auch den Turnaround geschafft. Dieses Unternehmen hat mit einem viel zu tiefen Betriebsbeitrag den Turnaround geschafft. Gehen Sie auf die Schiffe, die sind gut besucht. Es ist einfach ein falsches Bild, das von der BPG hier auch gezeichnet wird. Es ist einfach nicht so, dass wir hier einfach vor einem Scherbenhaufen stehen.

Und ja, wenn Sie komplett betriebswirtschaftliche Profitlogik anwenden wollen, dann müssen Sie sofort verkaufen. Machen Sie das sofort, aber dann sagen Sie das auch ehrlich. Die Preispolitik ist nicht gesichert im momentanen Vorschlag, ist einfach nicht so und wir können uns schon verlassen, was der Unternehmer gesagt hat. Wenn ich der Unternehmer wäre, der das Unternehmen kauft, dann würde ich Ihnen auch ganz viele Sachen sagen, die nicht schriftlich gesichert sind, weil ich ja diese Möglichkeit haben möchte, dieses Unternehmen zu bekommen. Es wäre auch ein bisschen strategisch sehr blöd von mir. Wir haben aber einmal ein erstes Anzeichen bekommen, in welche Richtung es gehen könnte, wenn Herr Straubhaar nämlich sagt, ja, wir könnten ja diese Vaporetti-Idee mal testen, aber es wäre gut, wenn die Vaporetti vom Staat

bezahlt würden. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Ausgangslage, wie wir diese Privatisierung diskutieren und es gehört zur Ehrlichkeit auch dazu, dass eigentlich jetzt immer, seit ich in der WAK bin und wir dieses Geschäft behandelt haben, die bürgerliche Seite halt auch nicht bereit war, diesen Betrag zu sprechen, den die BPG braucht.

Dann Synergien. Es gibt ganz viele Sachen, die die neue BPG machen kann. Ja, dann ist meine Erwartung, dass sie auch auf die Privaten zugeht und diese möglichen Synergien nutzt, was ich halt nicht glaube und das glaube ich einfach nicht, nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil ich überzeugt bin, dass jemand, der in der Marktwirtschaft als Unternehmer agiert, auch unternehmerisch denkt, glaube ich einfach nicht, dass er nach den Verpflichtungen, die er gemacht hat mit der Regierung, dass er dann nachher weitergehend etwas einfach aus, ich weiss nicht, Mäzenatentum zur Verfügung stellt oder dann einfach noch Rücksicht nimmt, was wir uns alle eigentlich vorgestellt haben, wie diese Basler Institution in privaten Händen weitergehen soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen einfach fertig überlegen. Wenn wir dieses Unternehmen jetzt verkaufen, dann ist dieses Unternehmen verkauft und dann können Sie noch während den zwölf Jahren, wenn die Privaten es tatsächlich nicht schaffen, die Garantie einzuhalten, können Sie rückkaufen. Aber nachher ist diese Einflussmöglichkeit weg oder, und das fand ich ja dann auch relativ treffend von Frau von Falkenstein, dann zahlen wir 53 Millionen, damit wir die BPG wieder haben können. Also Entschuldigung, irgendwann müssen wir schon ein bisschen eine Realitätsebene in diese Diskussion bringen. Sie wollen privatisieren, okay, aber dann stehen Sie auch zu den Folgen dieser Privatisierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Herrn Amiet und Frau von Falkenstein.

Lorenz Amiet (SVP): Beda Baumgartner, Sie haben ein paar Mal von Ehrlichkeit gesprochen. Können Sie mir erklären, wo die Ehrlichkeit ist, gleichzeitig von einem Turnaround zu sprechen und gleichzeitig den Staatsbeitrag, also die Subvention und das Cash auf eine Million pro Jahr verdoppeln zu wollen?

Beda Baumgartner (SP): Ja, das kann ich sehr gerne. Ich war schon vor zwei Jahren für dieser Forderung und bin auch heute dafür. Wenn Sie innovativere Produkte bei der BPG entwickeln wollen, dann brauchen Sie mehr Spielraum, das wurde uns ausführlich dargelegt und das wäre jetzt nötig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Können Sie sich vorstellen, dass Sie mich falsch verstanden haben, weil ich nicht gesagt habe, dass wir es für 53 Millionen zurückkaufen, sondern dass alles, was darunter liegt, eigentlich eingespart wäre?

Beda Baumgartner (SP): Ja, dann habe ich Sie falsch verstanden, ich kann mir aber bei bestem Willen nicht vorstellen, dass wir diesen Preis, den wir jetzt nur symbolisch abgeben, dass wir den bezahlen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich habe mir überlegt, soll ich was sagen, aber ich möchte was sagen, weil es nicht nur um den Kopf geht, um das Herz, Lorenz Amiet, sondern wir haben auch einen Bauch und gewisse Entscheidungen werden auch im Bauch gefällt. Beim Kopf ist es einfach, der Regierungsrat hat einen Ratschlag, der ist überzeugend. Der Minderheitsvorschlag hat keine wirklich gute Alternative und der Kopf sagt hier, ja, wir sollen das überweisen oder dem zustimmen. Beim Herz ist es etwas schwieriger. Wenn ich in den Saal schaue, es hat sehr viele Abwesende, die lieber Kaffee trinken, also so viel bluten tut es dann im Grossen Rat auch nicht, wenn ich mir die Beteiligung an dieser Diskussion anschaue.

Im Bauch liegt es etwas schwer und ich ziehe einfach den Hut von dem unternehmerischen Mut des Käufers, der das Angebot hier macht. Weil in der ganzen Schweiz ist dieses Angebot auf einem öffentlichen Gewässer mit öffentlichem Teilangebot einfach nicht profitabel. Es gibt es nicht und wenn jemand kommt und sagt, er macht hier ein Geschäft, dann bin ich als Unternehmer etwas skeptisch, aber das ist eben das unternehmerische Risiko und er macht das Angebot, also wünsche ich ihm einfach ganz viel Erfolg und auch der Gesellschaft, die dann nach unserem Entscheid planen kann und ich hoffe natürlich aus touristischer Sicht, dass dieses Angebot attraktiver, vielfältiger wird.

Aber ich habe noch zwei Bemerkungen. Wir werden immer wieder für dieses Angebot auf unserem Rhein Geld in die Hand nehmen müssen, nämlich für Infrastruktur auf dem Land, zum Beispiel die Instandsetzung der Schifflände. Also Geld wird es uns kosten, aber da können wir dann wieder diskutieren. Und ein zweiter Gedanke ist, wenn wir das privatisieren, sollten wir auch kleinen oder anderen Anbietern, die ein Geschäftsmodell haben, keine Steine in den Weg legen und ihnen mit der gleichen Offenheit auch diese Möglichkeit bieten, hier ein Geschäft zu machen, das schlussendlich unseren Bewohnerinnen und Bewohnern, den Besuchenden zugutekommt. Ich wünsche viel Erfolg und persönlich empfehle ich Ihnen jetzt, diesen Ratschlag zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Somit hat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für diese intensive Diskussion über die BPG. Sie liegt uns alle am Herzen und egal, ob Sie der Mehrheit oder der Minderheit folgen heute, die BPG bleibt so bestehen als Aktiengesellschaft privatrechtlich mit dem heutigen Personal, das da ist mit den beiden Schiffen Rhystärn und Christoph Merian, Christoph Merian solange das noch möglich ist. Das bleibt bestehen, die Fahrten bleiben bestehen, so wie sie heute sind, die Firmen können weiterhin diese Charterfahrten buchen, sie als Publikum und die Einwohnerinnen und Einwohner können weiterhin das niederschwellige Fahrangebot nutzen. Das ist auch vertraglich festgeschrieben für diese 12 Jahre, ein niederschwelliges Fahrangebot ohne Konsumationsverpflichtungen. Es gibt auch ein klares mengenmässiges Mindestangebot, das ungefähr dem heutigen entspricht für die Hauptsaison, das ist alles fixiert, niederschwellig, ohne Konsumationszwang, das bleibt bestehen, das Herz und das Erlebnis des Rheins bleibt weiterhin da.

Zwei Punkte möchte ich hervorheben, die mir zu kurz gekommen sind in der heutigen Debatte. Das eine ist, die BPG bewegt sich in einem Markt von Angebot für unsere Einwohner*innen und für unsere Gäste. Niemand muss auf dieses Schiff gehen, man geht freiwillig, wenn man will, wenn das Angebot und der Preis stimmt. Das bedeutet einerseits für die heutige staatliche Lösung, ja, die Steuerungsmöglichkeiten sind da auch begrenzt. Das Unternehmen soll Angebote bringen, die eine Nachfrage finden und soll Angebote zu einem Preis bringen, die einerseits ihre Kosten decken, aber andererseits auch nachgefragt werden. Unter dieser Restriktion ist schon die heutige BPG. Wir haben hier drin nie die Fahrpreise bestimmt von der BPG, ja zum Glück auch nicht, weil der Preis muss dort liegen, dass es überhaupt nachgefragt wird und das wird auch für den zukünftigen Eigentümer, falls Sie dem zustimmen heute, der Fall sein, er muss ein Angebot bringen, das nachgefragt wird und er muss einen Preis bringen, der nachgefragt ist und das gibt automatisch Limitierungen. Weil wenn der Preis zu hoch ist, dann erlebe ich den Rhein im Rhytaxi oder ich sitze in einer Buvette und nehme nachher die Fähre. So simpel ist das.

Von dem her kann ich diese Ängste, dass der Preis da irgendwie nicht staatlich jetzt reguliert wird, die kann ich nicht nachvollziehen, weil wenn er zu hoch geht, dann kommt die Kundschaft nicht mehr, dann erlebt man den Rhein anders. Von dem her haben wir ganz bewusst nicht Preise fixiert, sondern ein Mindestangebot. Natürlich in der Hoffnung, dass das Angebot steigt und da haben wir auch die Zusage des Käufers, dass er das eher steigern will, weil das Geschäft ist fixkostenlastig, mit jedem Gast mehr auf dem Boot verdient er mehr Geld und die Kosten steigen nicht im gleichen Masse, weil die Grenzkosten verglichen zu den Fixkosten relativ tief sind. Das ist der Marktdruck, das ist ein Wettbewerb. Und das ist mir wichtig zu sagen, wir haben nicht ein natürliches Monopol, das wir regulieren müssen in den Preisen, sondern wir haben eine freie Entscheidungsmöglichkeit, unsere Gäste und unsere Einwohnerinnen und Einwohner, die hier die dämpfende Wirkung haben auf diese Preise. Und die BPG hat in der Vergangenheit die Preise auch schon angehoben, wo das möglich war und nötig war und durchsetzbar war.

Der zweite Punkt, der zu kurz gekommen ist, und das erstaunt mich, das ist die Dekarbonisierung. Die Basler Stimmbevölkerung hat entschieden, dass wir bis 2037 Netto-Null erreichen möchten. Das ist in vielen Bereichen gut aufgegleist. Bei der Schifffahrt ist das ziemlich anspruchsvoll, wir haben dort hohe Energiedichten. Diese Schiffe zu dekarbonisieren, ist eine Herkulesaufgabe. Und es ist klar, die Erwartung an die BPG, 2037 fährt die CO_2-frei und das ist keine einfache Aufgabe und ich bin froh, dass mit der möglichen neuen Eigentümerschaft jemand da ist, der schon ein Schiff hat, das CO_2-frei fährt, der Erfahrung hat und auch für die anderen Schiffe auf diesem Weg ist. Ich bin da sehr froh, dass diese Dekarbonisierung, da habe ich grösstes Vertrauen, als wenn wir als Kanton, wir haben noch nie ein Schiff dekarbonisiert, wenn wir als Kanton diese Schiffe dekarbonisieren müssen. Und ich habe wirklich gestaunt, dass die Dekarbonisierung heute in dieser Debatte nicht vorgekommen ist und ich finde das ein sehr wichtiger Bestandteil, war auch immer eine klare Bedingung in den Verhandlungen mit United Waterways, dass die Netto-Null bis 2037 erreicht werden muss. Und es bedingt in der Konsequenz auch, dass auch der Rhystärn nach 2037 nicht mehr fahren wird in Basel. Das heisst, wir müssen den auch, wenn es beim Staat bleibt, abschreiben bis dann, weil spätestens dann, wenn wir weiterhin eine Schifffahrt wollen, braucht es ein erneuerbar betriebenes Schiff, ein zweites, beide müssen dann erneuerbar sein.

Die lieben Vaporetti, ja, das ist so eine schöne Idee, die haben wir schon geprüft. Der Regierungsrat möchte das nicht, der Grosse Rat hat das das letzte Mal auch nicht gewollt, jetzt haben Sie nochmal einen Anzug überwiesen, wir werden das selbstverständlich wieder prüfen und darlegen, was das bedeuten würde an Kosten, an Aufwand, an Verlangsamung des

öffentlichen Verkehrs, das wird dargelegt werden. Aber dieser Entscheid ist ein völlig anderer. Ja, Herr Straubhaar hat hier eine Möglichkeit dargelegt, als Unternehmer sieht er Möglichkeiten, aber auch er sieht, dass das defizitär ist, so ehrlich ist er und wenn wir das wollen als Kanton und als Stadt, dann werden wir entscheiden müssen, ob wir das wollen, wie viel wir bereit sind zu bezahlen und wer das dann machen wird. All diese Entscheide sind da, hat nichts zu tun mit der heutigen Diskussion, einfach gar nichts.

Nochmals zum Preis. Wenn Sie heute nicht umwidmen, dann muss die Gesellschaft rekapitalisiert werden, schon alleine das kostet 1.5 Millionen, das absolute Minimum, das notwendig ist, also Cash-out für den Kanton von 1.5 Millionen an die BPG. Die ist notwendig, wenn Sie heute beim Stand-Alone festhalten möchten. Und ja, wenn wir einen Vertrag über 12 Jahre abschliessen, ich glaube, wenn wir diesen Case mit dem Stand-Alone mit der heutigen Situation vergleichen möchten, dann müssten wir auch auf der Kostenseite diese 12 Jahre anschauen und deshalb ist es korrekt, dass wir nicht nur die nächsten fünf Jahre an Betriebsbeiträgen anschauen. Wir wissen nicht, was in sechs Jahren ist, vielleicht ist ein tieferer Betriebsbeitrag möglich, was meine Hoffnung wäre, vielleicht muss der auch höher sein, das wissen wir heute nicht, das stimmt. Diese Exploration ist eine Schätzung. Aber dass es neue Schiffe braucht und dass die kosten werden, das ist eine Tatsache und da wird es den Grossen Rat und den Kanton brauchen, wenn es beim Staat bleibt, das wird die BPG im Stand-Alone nicht alleine finanziert bekommen. Also diese Kosten, das wissen wir heute schon, wenn wir dieses Angebot möchten, auch nach 2037, brauchen wir zwei erneuerbare Schiffe und die wird der Kanton finanzieren müssen. Also diese Kosten, die kommen. Das wissen wir heute und ich glaube, es ist wirklich fair, wenn man diese Kosten vergleicht zwischen dem Stand-Alone und einer Umwidmung heute.

Zwölf Jahre, ich finde das auch eine lange Zeit, für ein Unternehmen sowieso, aber auch für unseren Kanton. Wir sehen in den 12 Jahren, ob die United Waterways das schafft, ihr Versprechen einlösen kann, wenn nicht, kaufen wir es zurück für 250’000 Franken und können es wieder selber machen und mit Staatsbeiträgen machen. Ja, das ist die Rückfalloption, die bleibt bestehen, aber wenn das Unternehmen das 12 Jahre schafft, dann bin ich ziemlich sicher, dass es auch im 13. Jahr funktionieren wird.

In diesem Sinne, nach Abwägung der Kosten, der Risikostruktur von beiden Varianten möchte ich Sie wirklich bitten, heute jetzt diese Möglichkeit, diese Opportunität wahrzunehmen und der Umwidmung dieser Aktien zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Kommissionsminderheit hat Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Ich möchte hier nicht noch gross verlängern, weil wir kurz vor dem Mittag sind. Die verschiedenen Argumente wurden genannt. Was mir aber wichtig ist zu sagen, wir finden durchaus, dass es seriös ist, Ihnen diesen Antrag heute zu stellen, weil wir hier eine Vorgeschichte haben, nämlich, dass wir vor eineinhalb Jahren bereits den gleichen Antrag gestellt haben und Sie sich damals entschieden haben, die BPG an eine kurze Leine zu nehmen. Wir sind einfach in dieser Zeit von eineinhalb Jahren bestätigt worden, dass das Potenzial besteht, den Betrieb der BPG im Besitz des Kantons weiterzuführen, dass das eine Perspektive hat. Die Vorredner haben das erläutert. In diesem Sinne möchte ich einfach das nochmal sehr stark betonen, dass wir hier mit gutem Gewissen Ihnen diesen Antrag stellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Kommissionsmehrheit hat Andrea Knellwolf das Wort.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Für die Kommissionsmehrheit hat die Debatte und vor allem auch die Ausführungen von Regierungsrat Kaspar Sutter noch einmal ganz klar aufgezeigt, dass es sich hier eigentlich um einen Glücksfall handelt, der doch sehr hoffen lässt, dass wir unsere Basler Personenschifffahrt weiterhin haben werden. Wir alle finden, es ist wichtig, dass diese bestehen bleibt. Die Uneinigkeit besteht darüber, wie viel das kosten soll und in welcher Organisationsform das zu geschehen hat und ich denke, mit der von der Regierung erarbeiteten Lösung, für die ich mich auch nochmal herzlich bedanke, besteht die allergrösste Chance, dass wir dieses wichtige Element für unseren Kanton, für unsere Stadt, für unsere Bevölkerung und Besuchenden weiter erhalten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir werden nun über beide Grossratsbeschlüsse eine Detailberatung durchführen und diese danach gegenüberstellen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses der Kommissionsmehrheit (Seite 11 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Detailberatung des Grossratsbeschlusses der Kommissionsminderheit (Seite 15 des Berichts)

Titel und Ingress

- Staatsbeiträge

- Erhöhung Aktienkapital

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen damit zum Entscheid über den Grossratsbeschluss.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss der Kommissionsmehrheit, Umwindung. NEIN heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss der Kommissionsminderheit, Staatsbeiträge.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008019, 07.01.26 11:53:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Grossratsbeschluss der Kommissionsmehrheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Variante der Kommissionsmehrheit entschieden mit 49 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008021, 07.01.26 11:54:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Aktien des Kantons Basel-Stadt der Basler Personenschifffahrt AG (BPG) werden vom Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen umgewidmet.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 51 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Schluss der 45. Sitzung

11:54 Uhr

Protokoll

der 46. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 7. Januar 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Zaira Esposito (SP), Barbara Heer (SP), Jo Vergeat (Grüne/jgb), Erich Bucher (FDP), Helena Meyer (SP), Stefan Wittlin (SP), Anina Ineichen (Grüne/jgb), Daniela Stumpf (SVP), Oliver Bolliger (BastA!), Andrea Strahm (die Mitte/EVP), Edibe Gölgeli (SP), Ivo Balmer (SP), Nicola Goepfert (BastA!), Adiran Iselin (LDP).

Verhandlungsgegenstände:

22. Neue Interpellationen 2
22.1. Interpellation Nr. 136 Melanie Nussbaumer betreffend Notfalltelefon bei häuslicher Gewalt 2
22.2. Interpellation Nr. 137 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Strategie des Regierungsrats zum Bahnausbau nach der Studie «Verkehr '45» 4
22.3. Interpellation Nr. 138 Johannes Sieber betreffend die Rekrutierung von Journalist:innen für die Kommunikation der Regierung und Verwaltung 5
22.4. Interpellation Nr. 139 Eric Weber betreffend zivile Autos der Basler Polizei und deren Verkauf 6
22.5. Interpellation Nr. 140 Leoni Bolz zur Verteilung der Mittel der Fonds Innovation sowie Gesellschaft & Umwelt 6
22.6. Interpellation Nr. 141 Brigitta Gerber betreffend Stand Aufsichtsstruktur der CMS - transparentes Vorgehen 8
22.7. Interpellation Nr. 142 Lukas Faesch betreffend kohärente Politik zur Begrünung des Öffentlichen Raums 8
22.8. Interpellation Nr. 143 Michael Graber betreffend Littering von Feuerwerksabfall in der Neujahrsnacht 2026 9
22.9. Interpellation Nr. 144 Lorenz Amiet betreffend wie wird eine Katastrophe "Crans-Montana" in Basel verhindert? 10
22.10. Interpellation Nr. 145 Laetitia Block betreffend Bäumlihofstrasse in Fahrtrichtung Stadt noch immer gesperrt 11
22.11. Interpellation Nr. 146 Jean-Luc Perret betreffend Vorgehen des Regierungsrates bei einer möglichen Anpassung des Taxpunktwertes im spitalambulanten Bereich 12
22.12. Interpellation Nr. 147 Anina Ineichen betreffend Verwendung von Copilot Chat in der Basler Verwaltung? 14
9. Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt", Bericht der UVEK 14
9.1. Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Einrichtung eines Stadttaubenkonzepts, Bericht der UVEK 26
10. Finanzierung der weiteren Arbeit im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel. Erster Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten sowie Kenntnisnahme der Vorstudie Stadtraum Bahnhof SBB. Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die weitere Koordination und Planung im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Bericht der UVEK 26
10.1. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend "Besserer Bahnhofplatz für uns alle". Keine Querfahrten mehr vor dem Bahnhofgebäude und erst noch ein flexibleres Tramnetz, Bericht der UVEK 36
10.2. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Margarethenplatz, Bericht der UVEK 36

Beginn der 46. Sitzung

Mittwoch, 7. Januar 2026, 15:00 Uhr

22. Neue Interpellationen

[07.01.26 15:00:12]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Nachmittagssitzung und habe die folgenden Mitteilungen zu machen.

Vertretung von Lukas Faesch in der GPK: Lukas Faesch hat seine Stellvertretung in der GPK durch Raoul Furlano bis 28. Januar 2026 verlängert.

Änderung Fraktionspräsidium: Die Fraktion FDP hat kommuniziert, dass Daniel Seiler ab 1. Februar das Fraktionspräsidium von Erich Bucher übernehmen wird.

Zweite Änderung im Fraktionspräsidium: Die Fraktion Mitte-EVP kommuniziert, dass ab Februar die Fraktion ad interim durch den Vizefraktionspräsidenten Bruno Lötscher geleitet wird, er ersetzt Andrea Strahm.

Schweigeminute am Freitag um 14.00 Uhr auf dem Marktplatz: Am Freitag, 9. Januar findet der nationale Trauertag statt. Um 14.00 Uhr findet schweizweit eine Schweigeminute statt und die Kirchenglocken werden läuten. Die Regierungsmitglieder, ich als Grossratspräsident und auch Sie als Mitglieder des Grossen Rates, sind eingeladen, sich hierfür um 14.00 Uhr vor dem Rathaus auf dem Marktplatz einzufinden. Am Rathaus wird neben der Basler auch die Walliser Fahne gehisst. Ebenfalls ist die Bevölkerung herzlich eingeladen, sich diesem gemeinsamen Akt der Trauer und der Solidarität mit dem Kanton Wallis und den Opfern auf dem Marktplatz anzuschliessen.

Dies waren meine Mitteilungen. Wir kommen zu den Interpellationen.

22.1. Interpellation Nr. 136 Melanie Nussbaumer betreffend Notfalltelefon bei häuslicher Gewalt

[07.01.26 15:01:49, 25.5553.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Einleitend: Für die Umsetzung der 24/7 Erreichbarkeit der Opferhilfe wurde bewusst auf die Kombination der Beratungsstelle der Opferhilfe und der dargebotenen Hand gesetzt. Die beiden Organisationen ergänzen sich gut. Die Opferhilfe, deren Kerngeschäft es ist, Opfer von häuslicher und anderer Gewalt zu beraten und zu unterstützen, und die Dargebotene Hand, die über viel Erfahrung mit der Abdeckung einer 24/7-Erreichbarkeit und Krisenberatungen hat, werden als eine geeignete Kombination erachtet.

Zu Frage 1. Die Freiwilligen der Dargebotenen Hand beraten Menschen, die in Krisen oder gar in akuter Gefahr sind, bereits seit über 50 Jahren. Durch spezifische Schulungen und die kontinuierlichen Weiterbildungen durch die Opferhilfe beider Basel erfüllen die Mitarbeitenden der Dargebotenen Hand die Anforderungen zur Entgegennahme der Anrufe über die nationale Opferhilfenummer vollumfänglich.

Zu Frage 2. Die beiden Basel entrichten einen jährlichen Staatsbeitrag von insgesamt 175’000 Franken an die Dargebotene Hand. Da es sich bei der schweizweiten Opferhilfenummer mit einer Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit um ein neues Angebot handelt, wurden zur Berechnung Richtzahlen des Betriebs der Nummer 143 eingesetzt. Bei der Bemessung des

Staatsbeitrags sind zusätzliche spezifische Ausbildungskurse für die Freiwilligen, zusätzliche Weiterbildungen in Zusammenarbeit mit der Opferhilfe beider Basel, zusätzliche Supervisionen und vermehrte professionelle Begleitung der Freiwilligen berücksichtigt. Konsequenterweise wurde auch das Pensum der Bildungsverantwortlichen der Dargebotenen Hand aufgestockt. Der entsprechende Lohnanteil ist ebenfalls im Staatsbeitrag enthalten, so dass der Zusatzaufwand für Supervision und Betreuung, Weiterbildungen und Qualitätssicherung abgedeckt sind. Abgedeckt sind durch den Staatsbeitrag auch die Anschaffung der notwendigen Infrastruktur und Spesen für die Freiwilligen.

Zu Frage 3: Die Freiwilligen der Dargebotenen Hand verfügen über das erforderliche Fachwissen, auch im Bereich häusliche Gewalt. Sie erhalten neben der Grundausbildung über ca. sechs Monate regelmässige Weiterbildungen durch die Dargebotene Hand. Zusätzlich werden die Freiwilligen regelmässig durch die Opferhilfe beider Basel weitergebildet und begleitet. Bei komplizierten Fällen, die eine umfassende Beratungsleistung erfordern, erfolgt eine Übergabe des Falls durch die Dargebotene Hand an die Opferhilfe beider Basel. Die freiwilligen Mitarbeitenden haben während ihres Dienstes die Möglichkeit und in gewissen Fällen sogar die Pflicht, das weitere Vorgehen mit der Geschäftsleitung abzusprechen.

Zu Frage 4: Bei den fünf Minuten Gesprächszeit handelt es sich um einen Richtwert für die Telefonate, welche eine Triage oder eine schnelle Krisenintervention erfordern. Für die Basisberatung wurde eine Richtzeit von zehn Minuten festgelegt. De facto dauert ein Telefonat der Dargebotenen Hand im Durchschnitt 20 Minuten. In akuten Situationen kann die Telefondauer jedoch auch erheblich länger sein.

Zu Frage 5: Im Rahmen der Leistungsvereinbarung führen die beiden Kantone regelmässige Reporting-Gespräche mit der Dargebotenen Hand. Vor der Erneuerung der Leistungsvereinbarungen wird der Betrieb als Ganzes angeschaut, bewährte Praktiken und Herausforderungen werden thematisiert und es wird evaluiert, wie diesen am besten begegnet werden kann. Sollten ausserhalb der festgelegten Gefässe Schwierigkeiten auftreten, werden Gespräche aufgenommen und Lösungen gesucht.

Zu Frage 6: Insgesamt nutzen 13 Deutschschweizer Kantone für die Erreichbarkeit in der Nacht die Dargebotene Hand, setzen dafür also auf eine Lösung ausserhalb der Opferberatungsstellen, auch die Kantone Aargau und Solothurn. Der Kanton Zürich arbeitet mit einer 2/7-Intake-Lösung der Opferhilfestelle. Dabei werden zwar bezahlte Mitarbeitende zur Bedienung der Opferhilfenummer eingestellt, es handelt sich dabei aber auch um nicht spezialisierte Beraterinnen und Berater. Die SODK leitet einen monatlichen Austausch zwischen den kantonalen Stellen, die mit der Einführung der Opferhilfenummer beauftragt sind. Dabei werden die verschiedenen Modelle verglichen und evaluiert. Aufgrund von unbekannten Faktoren mussten für das neue Angebot der nationalen Opferhilfenummer Annahmen getroffen werden. Der Vertrag mit der Dargebotenen Hand wurde deshalb in einem ersten Schritt bewusst nur für zwei Jahre abgeschlossen. Bei Bedarf können auf die neue Staatsbeitragsperiode Anpassungen vorgenommen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Melanie Nussbaumer (SP): Zuerst einmal vielen Dank für die Antwort. Ich kann schon mal sagen, dass ich teilweise zufrieden bin respektive vor allem auch ein wenig beruhigt werden konnte. Sie haben ausgeführt, dass die Schulungen für diese Freiwilligen für diese spezielle Telefonnummer und Krisenintervention wirklich ausgebaut werden, dass auch die Supervisiongelder gewährleistet sind, etc. Ich glaube, im Rahmen dieser kleinen und günstigen Leistungsvereinbarung ist das das Maximum, das man herausholen kann. In dem Sinne bin ich wirklich ein wenig beruhigt, auch dass es nicht nur fünf Minuten Zeit pro Anruf geben darf, sondern dass das nur ein Richtwert ist und im Durchschnitt so ein Telefonat 20 Minuten dauert. Das hat mich auch beruhigt.

Es macht für mich auch Sinn, dass dieser Vertrag jetzt nur für zwei Jahre ausgehandelt wurde. Ich plädiere hier schon dafür, dass das verlängert wird respektive dass auf keinen Fall noch die Gelder gekürzt werden, sondern unbedingt noch mehr investiert wird. Ich denke, es ist wahnsinnig wichtig, dass hier genau hingeschaut wird, dass hier auch genug Geld fliesst, damit diese Schulungen passieren, damit diese Qualität gewährleistet werden kann.

Es ist auch übrigens wirklich gar keine Kritik an der Opferhilfe oder an der Dargebotenen Hand. Ich bin sicher, die machen sehr gute Arbeit, diese Freiwilligen werden ja eben geschult und machen das auch schon lange, aber hier ist halt wirklich die grundsätzliche Frage, was uns so eine Krisenintervention kostet oder wie wir diese Staatsaufgabe gewährleisten, umsetzen wollen. Das steht hier für mich im Fokus.

Diese Krisenintervention ist eine extrem wichtige Aufgabe. Gerade wenn man bedroht ist, von häuslicher Gewalt betroffen ist, ist es wahnsinnig wichtig, dass diese erste Kontaktstelle gut funktioniert, dass man dort gut aufgehoben ist, dass diese Personen professionell reagieren, triagieren können und so weiter. Und natürlich kann man das mit Freiwilligen machen, natürlich können das auch Freiwillige gut machen, wenn man eben diese Schulungen und Qualität überprüft. Aber es ist trotzdem die Frage: Was ist uns das wert? Wenn wir uns an andere Staatsaufgaben erinnern – mir kommt da zum Beispiel die Polizei in den Sinn oder die Schulen – da kommt niemandem in den Sinn, das mit Freiwilligen zu machen, weil es eben

wichtige Aufgaben sind für die Gesellschaft. Und in diesem Bereich, wenn es um häusliche Gewalt geht, wenn es oft auch um Frauenleben geht, ist es plötzlich okay, wenn wir das mit Freiwilligen machen und so günstig, wirklich extrem günstig. 85’000 Franken pro Jahr ist uns das wert für diese Kriseninterventionsnummer.

Und das ist schon eine grundsätzliche Frage, die ich mir hier stelle. Und ich bin auch nicht einverstanden mit der Regierung, dass man dieses Modell gewählt hat. Ich glaube, es muss da mehr Wertschätzung hinein, es muss schlussendlich auch mehr Geld fliessen, weil das eben eine wichtige, relevante Staatsaufgabe ist und damit das wirklich gewährleistet ist, dass das funktioniert, müssen wir hier mehr investieren.

Es ist typisch, dass für dieses Thema eben nicht so viel investiert wird, wir haben das auch im Dezember vom Nationalrat mitbekommen. Die wollten ja zuerst diese Präventionsmillion nicht sprechen und nur aufgrund von grossem gesellschaftlichem Druck ist man dann darauf eingegangen und dann wurde diese Präventionsmillion gegen häusliche Gewalt trotzdem noch gesprochen. Und das ist sinnbildlich dafür, wie mit diesem Thema umgegangen wird. Und diese Lösung hier, die vom Regierungsrat des Kanton Basel-Stadt ausgearbeitet wurde, ist auch wieder sinnbildlich genau für diese Haltung, dass eben schlussendlich dieses Thema nicht so viel Wert ist und dieses Thema nicht so viel kosten darf.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

22.2. Interpellation Nr. 137 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Strategie des Regierungsrats zum Bahnausbau nach der Studie «Verkehr '45»

[07.01.26 15:12:09, 25.5577.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort,

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu den einleitenden Bemerkungen: Die Ausgangslage für den Bahnausbau hat sich innerhalb eines Jahres grundlegend verändert, zuerst mit der Mitteilung des Bundes vor rund einem Jahr, dass der gesamte Bahnausbau in der Schweiz massiv teurer werde und länger gehe als ursprünglich angenommen, in der Folge mit dem Bericht des ETH-Professors Weidmann, der den ursprünglich geplanten Bahnausbau in Basel als zu teuer und zu gross einschätzte. Angesichts dieser neuen Ausgangslage haben die Regierungen der beiden Basel entschieden, ihre Forderung in Bern zu redimensionieren. Wir fokussieren auf eine Durchmesserlinie für die S-Bahn und fordern dafür eine rasche Realisierung.

Konkret bedeutet dies, dass innert den nächsten rund 30 Jahren mehrere neue S-Bahn-Angebote realisiert werden sollen. Sie sehen das in der Grafik, die nun angezeigt wird, visualisiert. Die grösste Herausforderung, die wir aktuell im S-Bahn-Verkehr in der Region haben, sind die beiden Sackbahnhöfe Basel SBB und Badischer Bahnhof. Nur eine Verbindung zwischen diesen beiden Bahnhöfen ermöglicht, dass S-Bahnen beispielsweise aus dem Birstal bis zum Badischen Bahnhof, sprich zu grossen Arbeitsplatzgebieten wie der Roche oder im Rosental fahren können oder in die andere Richtung, aus dem Wiesental in Richtung Basel SBB ohne langen Stopp beim Basel Badisch Bahnhof. Bei der Grafik sehen Sie die blauen Verbindungen, die heute bestehen, und die roten Verbindungen, diese Durchbindungen, die eben möglich wären mit einer solchen Durchmesserlinie.

Die Konzentration auf diesen Quantensprung soll den Durchbruch in der langjährigen Planung rund um den Bahnausbau bringen. Die Regierungen der beiden Basel erwarten deshalb vom Bundesrat, dass er die Durchmesserlinie in den sogenannten Eckwerten, die im Januar erwartet werden, die Eckwerte zu Verkehr 45, verankert.

Zu Frage 1: Ja, davon ist der Regierungsrat überzeugt. Ohne Tiefbahnhof lassen sich keine zusätzlichen Verbindungen realisieren, da oberirdisch im Bahnhof die Kapazitäten fehlen und ein zeitlicher Ausbau nicht möglich ist, da wir uns da im dicht bebauten städtischen Raum befinden. Der Regierungsrat hat jedoch mit der Redimensionierung des gesamten Ausbaus und damit auch des Tiefbahnhofs die nötigen Weichen gestellt, damit sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Ganzen verbessert. Neu soll der Tiefbahnhof nur zwei statt vier Gleise umfassen und halb so teuer sein. Auch bei geringeren Kosten des Gesamtausbaus muss der Ausbau etappiert werden, da sich die Durchmesserlinie mitsamt Bahnhofsausbauten nicht in einer einzigen Botschaft realisieren lässt. Dies wird übrigens auch in anderen Regionen der Schweiz so gehandhabt. Der Regierungsrat befand sich zu diesen Fragen auch im Austausch mit dem ETH-Gutachter Weidmann, der die neue Stossrichtung der Regierungen mit der fokussierten Durchmesserlinie als sinnvoll und richtig einstuft.

Zu Frage 2: Der Bahnausbau in Basel umfasst mehrere Teilprojekte. Eine andere Reihenfolge wurde untersucht und ist technisch realisierbar, aber wenig sinnvoll. Auch wenn die Durchmesserlinie baulich zuerst realisiert würde, also die unterirdische Verbindung zwischen den Bahnhöfen, braucht es entsprechende Kapazitäten in den Bahnhöfen, damit die neuen S-Bahn-Verbindungen geschaffen werden können.

Zu Fragen 3 und 4: Ja, der Regierungsrat möchte sich genau auf eine solche Durchmesserlinie fokussieren, ein Verzicht auf einen Tiefbahnhof Basel SBB ist aber, wie gesagt, nicht möglich, da es oberirdisch zu wenig Platz gibt, um neue Bahnverbindungen einzuführen, sowohl im Regional- wie auch im Güter- und Fernverkehr.

Dann noch zwei Bemerkungen. Der Planungslead der letzten Jahre lag übrigens, wie immer wieder festgehalten, nicht bei den Kantonen, sondern beim Bund, konkret beim Bundesamt für Verkehr. Der Regierungsrat hat seine Abwägung sorgfältig und im Austausch mit diversen Exponentinnen und Exponenten in Bundesbern gemacht. Zentral ist nun, dass der Bundesrat diese Durchmesserlinie in den Eckwerten zu Verkehr 45 verankert. Dies wäre angesichts der schwierigen Ausgangslage mit beschränkten Finanzierungsmitteln und der Konkurrenz unter den Kantonen ein massgeblicher Erfolg, aber auch der wirtschaftlichen Bedeutung der Region für die Gesamtschweiz angemessen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich bin mit der Antwort insgesamt zufrieden. Meine Interpellation habe ich zu einem Zeitpunkt eingereicht, es war zwar nur ein Tag vor der Pressekonferenz, als der Kanton noch am Tiefbahnhof SBB festgehalten hat. Die Kehrtwende der Regierung Ende Dezember oder Mitte Dezember war atemberaubend. Mit einem Federstrich wurde das 14,2 Mia. Franken teure Projekt Herzstück deutlich verkleinert oder halbiert. Projektiert ist jetzt eine Durchmesserlinie, die tatsächlich Chancen hat, ins nächste Aufbauprogramm des Bundes aufgenommen zu werden.

Ich begrüsse das zwar späte, aber nun hoffentlich rechtzeitige Umschwenken der Regierung. Allerdings macht die Regierung meines Erachtens nicht die beste Figur. Es war doch von Anfang an klar, dass die Finanzierung des Herzstückes mit den über 14 Mia. Franken kein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis hat und im gesamten Budget, das der Bund zur Verfügung hat, eine zu grosse Nummer geworden ist. Ich bin jetzt froh, dass auch der Zeithorizont nicht mehr bei 2080 mit dem Herzstück, sondern jetzt schon bei 2045 plus zehn Jahre hoffentlich eine Chance hat.

Das Projekt Herzstück wurde seit Planungsbeginn immer teurer und irgendwann hätte man im BVD Alarm schlagen müssen. Bei solchen Projekten braucht es Vorgaben, wie teuer es werden darf, damit es politisch eine Chance hat und bis wann der Bau fertig sein muss. Man kann nicht einfach darauf losplanen, sondern muss auch das verkehrstechnisch Wünschbare vom politischen Machbaren trennen.

Ich hoffe nun sehr, wie Regierungsrätin Esther Keller im letzten Teil von ihrem Votum gesagt hat, dass wir jetzt noch kurz vor Schluss in diesem neuen Ausbauteil 2045 Platz haben und wir dann eine Durchmesserlinie haben, die die Region braucht und verdient.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Besuch auf der Zuschauendentribüne: Auf der Tribüne begrüsse ich eine Gruppe von angehenden Informatikerinnen und Informatikern. Der Berufsschule Basel. Lehrperson ist Dominik Beyeler. Herzlich willkommen bei uns. (*Applaus)*

22.3. Interpellation Nr. 138 Johannes Sieber betreffend die Rekrutierung von Journalist:innen für die Kommunikation der Regierung und Verwaltung

[07.01.26 15:20:52, 25.5590.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

22.4. Interpellation Nr. 139 Eric Weber betreffend zivile Autos der Basler Polizei und deren Verkauf

[07.01.26 15:21:12, 25.5589.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist jetzt eine Interpellation, die aus meinem Team kommt, dazu hatte nicht ich die Idee, aber Sie wissen, als Politiker hat man Leute, die Ihnen zuarbeiten als persönliche Mitarbeiter. Das Informationsrecht von uns Grossräten ist ein hohes Gut. Ich kann mich kurz fassen, aber ich freue mich, dass auch andere Grossräte hier vorne reden und sagen, wir seien mit der Antwort der Regierung nicht einverstanden. Teilweise werden unsere Fragen als Grossrat an die Regierung einfach nicht beantwortet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, könnten Sie zum Thema kommen?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich stelle konkrete Fragen an die Polizei und ich möchte nicht den Satz hören, ja, es wurden Autos verkauft. Ich möchte wissen, wie viele zivile Polizeifahrzeuge in den letzten zehn Jahren bei der Basler Polizei ausgemustert worden sind. Und dann muss man halt einmal eine Fleissarbeit machen und die Unterlagen der Steuern und der Verkäufe anschauen. Aber ich werde nicht mehr als Grossrat akzeptieren, dass meine Interpellationen pumpig beantwortet werden, dann werde ich die Interpellation noch einmal einreichen und mit Juristen kämpfen.

Und das ist ganz legal, was ich frage. Bitte nennen Sie Automarke, Automodell, Kilometerstand und Verkaufspreis. Ich bitte um eine Übersicht, und auch wenn die Übersicht fünf Seiten ist und ein Mitarbeiter drei Monate arbeiten muss und ich in der Zeitung lese, Eric Weber beschäftigt den ganzen Kanton, dann ist es so, aber unsere Aufgabe ist es, die Regierung zu kontrollieren, dafür bekommen wir heute Nachmittag 200 Franken, und ich kann mit gutem Gewissen sagen, die 200 Franken heute Nachmittag habe ich mit gutem Glück verdient, weil ich gute Fragen stelle und das ist ein hohes Gut, das ist das höchste Gut, das wir haben, unser Informationsrecht als Abgeordnete. Ein normaler Bürger darf das gar nicht fragen.

22.5. Interpellation Nr. 140 Leoni Bolz zur Verteilung der Mittel der Fonds Innovation sowie Gesellschaft & Umwelt

[07.01.26 15:26:32, 25.5593.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1a: In der Kategorie 1 bis 49 Mitarbeitende, auf Vollzeitstellen Schweiz umgerechnet, wurden 42 Gesuche eingereicht und davon 41 ganz oder teilweise bewilligt. In der Kategorie 50 bis 249 Mitarbeitende wurden 14 Gesuche eingereicht und davon 13 ganz oder teilweise bewilligt. Vom gesamten nach allen Kürzungen bewilligten Fördervolumen entfielen 4,3% auf die erste Kategorie und 4,6% auf die zweite Kategorie.

Zu Frage 1b: In der Kategorie ab 250 Mitarbeitenden wurden 32 Gesuche eingereicht und 30 ganz oder teilweise bewilligt. Der Anteil am Fördervolumen betrug 91,1%. Davon wurden in der Unterkategorie von 250 bis 499 Mitarbeitenden 2,5% des Fördervolumens gewährt, in der Unterkategorie 500 bis 2’499 Mitarbeitenden waren es 6,0%, in der Unterkategorie ab 2’500 Mitarbeitenden waren es 82,6%.

Zu Frage 2: Im Förderbereich Innovation entsprach ein Gesuch nicht den förderberechtigten Branchen, das Unternehmen zog darauf das Gesuch zurück, und bei einem Gesuch waren die Mitarbeiter nicht bei der gesuchsberechtigten juristischen Person angestellt. Bei der Elternzeit wurden zwei Gesuche abgelehnt, da die Einführung der freiwilligen Elternzeit erst im Jahr 2025 erfolgte. Im Förderbereich Umwelt wurde kein Gesuch abgelehnt.

Zu Frage 3: Der Regierungsrat rechnete damit, dass die Förderung in den Bereichen Gesellschaft und Umwelt langsam anläuft und die Nachfrage zu Beginn deutlich tiefer als die zur Verfügung stehenden Mittel ist. Dafür gibt es folgende Gründe. Das massgebende Geschäftsjahr ist 2024. Die Volksabstimmung zum teilrevidierten Standortförderungsgesetz und dann mit zum Basler Standortpaket fand aber erst im Mai 2025 statt. Das bedeutet, dass potenzielle Gesuchsteller:innen erst fünf Monate nach Abschluss des Geschäftsjahres mit Sicherheit wussten, dass eine Förderung mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2024 möglich ist. Eine Verhaltensänderung war dadurch nicht möglich. Beim Förderbereich Innovation war es hingegen deutlich einfacher, Ansprüche auch rückwirkend geltend zu machen, weil die förderfähigen Aufwände ohnehin entstanden waren. Zweitens, die Zeitperiode, in der die Unternehmen Gesuche einreichen konnten, war auch aufgrund des Referendums sehr kurz. Und drittens, die ersten Projektbeiträge für die öffentlichen Forschungskooperationen erfolgen aufgrund der Komplexität erst im Jahr 2026. Diese 15 Millionen konnten deshalb im vergangenen Jahr noch gar nicht ausgeschöpft werden. Und viertens, die im 2025 nicht ausgeschöpften Gelder im Fonds Soziales und Umwelt werden auf das Jahr 2026 übertragen.

Zu Frage 4: Der Kanton kommunizierte via Medienmitteilung und über seine Internetseite. Zudem führte er zwei Webinars in Zusammenarbeit mit der Handelskammer beider Basel und dem Arbeitgeberverband Basel durch. Der Gewerbeverband Basel-Stadt hat das Basler Standortpaket in seinen KMU News 2025 ausführlich gewürdigt, inklusive einem Interview mit den für die Vollzug zuständigen Personen im Amt für Wirtschaft und Arbeit. Im Jahr 2026 wird für die Gesuchseinreichung mehr Zeit zur Verfügung stehen. Der Kanton plant eine breitere Informationskampagne, um besonders KMU zu einer Gesuchseinreichung zu motivieren.

Zu Frage 5: Bereits im ersten Jahr informierte der Kanton auf einer eigenen Website ausführlich, aktuell und vollständig über das gesamte Basler Standortpaket. Diese Webseite bleibt im Jahr 2026 das wichtigste Kommunikationsmittel.

Zu Frage 6: Im ersten Jahr war dies nicht möglich, weil die Förderung sich auf das bereits abgeschlossene Geschäftsjahr 2024 bezog. In Zukunft wird das zukünftige Amt für Wirtschaft und Arbeit das Einführungsjahr der freiwilligen Elternzeit abfragen.

Zu Frage 7: Siehe die Antwort auf Frage 5. Der Regierungsrat geht auch davon aus, dass ein Informationsaustausch unter den berechtigten Unternehmen stattfinden wird.

Zu Frage 8: Bei der Erstellung des Budgets 2025 lag erst der Ratschlag des Regierungsrates vor. Im Ratschlag des Regierungsrates war vorgesehen, dass maximal 300 Mio. Franken in den Fonds fliessen dürfen. Im 2025 war somit der Maximalbetrag budgetiert. Der Grosse Rat hat den Maximalbetrag auf 500 Mio. Franken erhöht. Aufgrund des definitiven Maximalbetrags wurde die Äufnung auf 400 Mio. Franken für das Jahr 2026 budgetiert. Die für 2026 budgetierte Äufnung in Höhe von insgesamt 400 Mio. Franken berücksichtigt die Wahrung des Haushaltsgleichgewichts, wie dies das Standortförderungsgesetz verlangt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Leoni Bolz (SP): Vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation bezüglich der Ausgaben mittels des neu geäufneten Innovations- und Gesellschafts- und Soziales Fonds durch Steuereinnahmen der OECD-Mindeststeuer.

Beim Abstimmungskampf wurde gross versprochen, dass auch die KMU profitieren werden und dass es nicht um eine Rückverteilung der Steuereinnahmen und somit eine Umgehung der OECD-Steuer gehe. Nun sind 82,6% des gesamten Fördervolumens bei Unternehmen mit über 2'500 Mitarbeitenden gelandet. Von den 246,5 gesprochenen Millionen insgesamt sind dies also 203,6 Millionen. Die Anzahl der Gesuche in diesem Bereich wurde nicht wie gewünscht angegeben. Es lässt sich entsprechend nur vermuten, dass es sich nur um ein bis vier Unternehmen, die grössten Player von Basel, handeln kann, die entsprechend diese 203,6 Millionen erhalten haben. Das sind also auch genau diejenigen, die diese Steuern bezahlt haben. Der Anteil der KMU hingegen ist mit 8,9% und damit mit nur 21,9 Millionen erschreckend klein. Befürchtungen, dass das Geld zu einem sehr grossen Teil den grossen Firmen rückverteilt wird beziehungsweise grosse Pharmaunternehmen subventioniert werden, wurden bestätigt. Dass die Gesuche zur Elternzeit im nächsten Jahr noch dazukommen sollten, ist da nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Ich hoffe sehr, dass die erwähnte breitere Informationskampagne im nächsten Jahr tatsächlich die KMU noch etwas erreicht. Dass andere Organisationen als KMU und eine ausführlichere Sensibilisierung nicht in Erwägung gezogen werden, bedaure ich. Ich bin erstaunt, dass die Grundlage für den Entscheid, den Fonds von 300 Mio. Franken auf 400 Mio. Franken im Jahr 2026 zu erhöhen, so dünn ist. Damit werden aufgrund des knappen Budgets Kürzungen in anderen Bereichen oder wie von der GLP jüngst gefordert über alle Departemente hinweg aktiv in Kauf genommen, um, wie es jetzt eben doch wieder klar wurde, den grossen Playern ihre Steuern zu erleichtern. Dies ist nicht im Sinne des OECD-Gesetzes und schlecht mit einer sozialen und grünen Politik zu vereinbaren. Ich bedanke mich für die Antworten, ich bin teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist teilweise zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

22.6. Interpellation Nr. 141 Brigitta Gerber betreffend Stand Aufsichtsstruktur der CMS - transparentes Vorgehen

[07.01.26 15:34:34, 25.5594.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

22.7. Interpellation Nr. 142 Lukas Faesch betreffend kohärente Politik zur Begrünung des Öffentlichen Raums

[07.01.26 15:34:53, 25.5595.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1 zum Thema Grünpolitik: Ja, der Regierungsrat hat 2021 das sogenannte Stadtklimakonzept beschlossen. Das ist der Masterplan für Begrünung im öffentlichen und privaten Raum und umfasst neun Handlungsfelder. Das Stadtklimakonzept verpflichtet die Verwaltung dazu, das Stadtklima bei Planungen angemessen zu berücksichtigen und die Grünversorgung insgesamt zu verbessern. Seither konnte der Grünanteil in den Planungen deutlich erhöht werden.

Zu Frage 2 zum Thema Lead bei der Begrünung: Die Planung und Umsetzung des Stadtgrüns liegt in der Verantwortung des Bau- und Verkehrsdepartements und seiner Vorsteherin. Entsprechend war es auch dieses Departement, das die entsprechenden Ratschläge ausgearbeitet hat, darunter das Förderpaket Grünes Basel und die zusätzlich notwendigen personellen Ressourcen für die Planung und Realisierung von weiteren Strassenbegrünungen im Zuge des Fernwärmeausbaus.

Zu Frage 3: Die Dienststelle Städtebau und Architektur hat den fachlichen Lead bei der Koordination und Umsetzung des Stadtklimakonzepts. Die Massnahmen in Strassen und auf Plätzen werden in intensiver Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen erarbeitet und umgesetzt, vor allem der Stadtgärtnerei und dem Tiefbauamt. Ziel ist es, bis ins Jahr 2037 im Kanton Basel-Stadt mindestens 165’000 m2 neue unversiegelte Flächen zu schaffen und den Baumbestand um mindestens 2’000 neue Bäume zu erhöhen. Diese Forderungen wurden im Rahmen der Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend «Ein gesundes Stadtklima» festgehalten, welche 2024 zuhanden des Regierungsrats überwiesen wurde.

Zu Frage 4 bezüglich Kommunikation: Die Bevölkerung wird über verschiedene Kanäle informiert, einerseits über die Website zum Stadtklimakonzept, andererseits über Medienmitteilungen zu konkreten Projekten. Auch bei der jährlichen Medienorientierung zu den anstehenden Bauprojekten informiert der Kanton über die Grünbilanz verschiedener Projekte. Im Rahmen der Motion Christ wird der Regierungsrat in zwei Jahren über die Zwischenbilanz der Begrünung informieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

22.8. Interpellation Nr. 143 Michael Graber betreffend Littering von Feuerwerksabfall in der Neujahrsnacht 2026

[07.01.26 15:37:43, 25.5596.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat teilt die Auffassung des Interpellanten, dass das Liegenlassen von abgebrannten Feuerwerkskörpern ein Problem ist, unnötige Aufräumarbeiten verursacht und ein Fehlverhalten der Verursacherinnen und Verursacher vorliegt.

Zu Frage 2: Die Personen, welche den Abfall im öffentlichen Raum liegen lassen, wissen in der Regel, dass sie das nicht tun sollten. Informationskampagnen sind möglich, wären aber deshalb in ihrer Wirkung wohl eher bescheiden. Umso wichtiger ist die Verantwortung jeder einzelnen Person, die Abfälle korrekt zu entsorgen und den öffentlichen Raum respektvoll zu behandeln.

Zu Frage 3: Der Einsatz von Abfallkontrolleuren ist dafür nicht geeignet, da ihre Sicherheit nicht ausreichend gewährleistet werden kann, und die Kantonspolizei hat in der Silvesternacht meist dringendere Aufgaben.

Zu Frage 4: Die vorhandenen Abfalleimer sind ausreichend, es braucht keine zusätzlichen. Feuerwerkreste sollten jedoch zuerst auskühlen, bevor sie entsorgt werden, da das Risiko besteht, dass sich infolge der Entsorgung noch glühende Rückstände entzünden. Auch hier liegt es in der Verantwortung der Personen, die Feuerwerke entzünden, die Feuerwerkresten korrekt zu entsorgen. Ist kein Apfeleimer vorhanden, sollen die Abfälle wieder mitgenommen werden, so wie es viele Personen verantwortungsbewusst auch tun.

Zu Frage 5: Die aktuelle gesetzliche Lage verbietet bereits das Liegenlassen von Abfällen im öffentlichen Raum. Es sind daher keine weiteren Vorschriften erforderlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Michael Graber (Mitte-EVP): Ich möchte ganz am Anfang noch kurz darauf aufmerksam machen, dass dies das Foto ist, auf das ich mich beziehe. Ich hoffe, ich kriege keinen Ordnungsaufruf, wenn ich sage, dass ich das eine Sauerei finde.

Ich möchte zuerst dem Regierungsrat danken für die Antwort. Ich habe die Interpellation erst am Sonntagabend eingereicht. In so kurzer Zeit eine Antwort zu erhalten ist super. Danke vielmals.

Was ist meine Antwort dazu? Ich bin mit allem einverstanden, was Sie gesagt haben, es ist alles richtig gewesen, was Sie gesagt haben. Das Problem liegt bei den Verursachern dieses Litterings und wahrscheinlich wissen die Verursacher auch, dass sie das nicht machen dürfen. Jetzt könnte ich sagen, okay, es ist ja alles okay, die Interpellation ist erledigt, der Kessel geflickt, «Tschüss zäme». Das sage ich nicht. Ich sage nicht «Tschüss zäme», ich sage auf Wiedersehen. Warum sage ich das? Ich vermute, wir werden am 2. August und am 2. Januar wieder solche Sachen sehen. Was ich vermisse in der Antwort des Regierungsrats, ist ein Hauch einer Idee oder einer Strategie oder irgend etwas, wie man dem begegnen könnte. Es stimmt, das Problem liegt nicht bei der Regierung, es liegt auch nicht bei der Stadtreinigung, aber trotzdem, es ist ein Problem und das habe ich in der Antwort vermisst. Weil ich da von der Regierung nicht viel gespürt habe, möchte ich einfach zwei Ideen liefern oder zwei Ansätze. Man kann ja vielleicht auf dieser Basis weiterdenken.

Man könnte vielleicht einfach an den Hotspots ein grosses Plakat aufstellen und auf das Verbot von Liegenlassen oder von Littering aufmerksam machen. Es hätte eine gewisse normative Wirkung, wenn man sieht, dass ein Verbot da steht. Die Hürde könnte dann ein bisschen grösser sein, den Abfall liegen zu lassen.

Und eine zweite Idee wäre eine sehr günstige Massnahme, man könnte Fotos machen und mit einer Medienmitteilung veröffentlichen, dann käme es vielleicht in der BAZ und dann gäbe es vielleicht auch ein Echo aus der Bevölkerung. Ich denke, das wäre eine niederschwellige Massnahme.

Wie gesagt, ich vermisse in der Antwort eine Strategie, wie man dem begegnen könnte. Ich finde, das ist eine etwas verpasste Chance. Auf Wiedersehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

22.9. Interpellation Nr. 144 Lorenz Amiet betreffend wie wird eine Katastrophe "Crans-Montana" in Basel verhindert?

[07.01.26 15:42:28, 25.5597.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Stellvertretend für Regierungsrätin Tanja Soland, die in Interlaken an einer Konferenz weilt, hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Der Regierungsrat Basel-Stadt ist erschüttert und zutiefst betroffen von den tragischen Ereignissen in Crans-Montana. Unsere Gedanken sind bei den Opfern dieser fürchterlichen Katastrophe, bei ihren Angehörigen und Freunden. Der Regierungsrat hat auch dem Staatsrat des Kantons Wallis in einem gestern versendeten Schreiben seine grosse Anteilnahme ausgesprochen und weitere Unterstützung angeboten bei der Bewältigung dieses Unglücks. Die Sanität Basel hatte bereits am 2. Januar 2026 mit dem Grossraumrettungswagen bei den Verlegungstransporten unterstützt.

Ein solches Unglück ist auch Anlass, innezuhalten, die eigene Praxis zu überprüfen und mögliche Lehren daraus zu ziehen. Der Regierungsrat steht im Austausch mit der Gebäudeversicherung Basel-Stadt und prüft derzeit prioritär zusätzliche Massnahmen mit Blick auf die kommende Fasnacht. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung sowie die medialen Diskussionen zeigen, dass dies einem Bedürfnis entspricht.

Zu Frage 1: Es gelten die schweizweit einheitlichen Brandschutzvorschriften, welche das Interkantonale Organ Technische Handelshemmnisse IOTH mit Beschluss vom 17. September 2015 als verbindlich erklärt und in Kraft gesetzt hat. Die spezifischen Vorgaben sind unter anderem abhängig von der Art der Nutzung und der Anzahl Personen, die sich im Raum aufhalten.

Zu Frage 2: Im Rahmen der Bewilligungsverfahren für eine entsprechende Lokalität legt die bei der Gebäudeversicherung Basel-Stadt angesiedelte Feuerpolizei die Brandschutzmassnahmen fest. Die Verfügung erfolgt durch das Bau- und Gastgewerbeinspektorat und enthält auch alle anderen Anforderungen betreffend Sicherheit, Gesundheitsschutz, Arbeitnehmerschutz etc. Werden ausserhalb von Bewilligungsverfahren durch die Feuerpolizei brandschutztechnische Mängel festgestellt, so erfolgt deren Bereinigung in der Regel bilateral zwischen der Feuerpolizei und den Betroffenen.

Zu Frage 3: Räume mit grosser Personenbelegung, das heisst mehr als 300 Personen, werden in Basel-Stadt periodisch alle fünf bis sechs Jahre kontrolliert. Ausserdem können die fünf Gebietsverantwortlichen der Feuerpolizei bei jedem Betrieb jederzeit Kontrollen durchführen, was sie bei entsprechenden Meldungen und Vorkommnissen auch tun. Lokalitäten mit einer Kapazität von weniger als 300 Personen werden im Rahmen der Abnahme beziehungsweise der Bewilligungserteilung kontrolliert. Danach werden keine periodischen Kontrollen durchgeführt. Kontrollen finden bei diesen Lokalitäten im Rahmen von Umbauten auf Meldungen und Hinweise gemäss Einschätzung der Gebietsverantwortlichen der Feuerpolizei oder zusammen mit anderen Kontrollen statt.

Zu Frage 4: Die feuerpolizeilichen Abnahmekontrollen im Zusammenhang mit Bewilligungen erfolgen durch die fünf Gebietsverantwortlichen der Feuerpolizei. Diese führen auch allfällige weitere Kontrollen nach Meldungen respektive Vorkommnissen durch. Die periodischen Kontrollen führen ausgebildete, von der Polizei mandatierte Risikoinspektorinnen und -inspektoren durch. Deren Aufwand beläuft sich insgesamt auf 500 bis 1’000 Stunden pro Jahr. Bislang konnte die Feuerpolizei den Auftrag der Brandschutzkontrolle mit den verfügbaren Ressourcen erfüllen. Ob zukünftig allenfalls Anpassungen notwendig sind, wird überprüft.

Zu Frage 5: Die Zahlen der vorher polizeilichen Abnahmekontrollen im Rahmen von Bewilligungsverfahren schwanken von Jahr zu Jahr stark. Eine Statistik zu den Zahlen wird nicht geführt. Die letztmaligen periodischen Kontrollen von Räumen mit Kapazität grösser als 300 Personen fanden 2021 und 2022 statt. Damals wurden rund 40 verschiedene Betriebe kontrolliert. Bei Abnahmekontrollen wie auch bei periodischen Kontrollen sind Mängel, insbesondere kleine, keine Seltenheit. In der Regel werden solche Mängel innerhalb der gesetzten Frist behoben. Bei Betrieben, die eine kleinere Kapazität als 300 Personen haben, werden von der Feuerpolizei rund 20 Kontrollen pro Jahr durchgeführt.

Zu Frage 6: Im Zusammenhang mit Bauabnahmen wird eine Frist von ein bis drei Monaten gewährt. Bei den periodischen Kontrollen beträgt die Frist zur Mängelbehebung drei Monate. Bei gravierenden Mängeln wird die Nutzungsfreigabe verweigert und es erfolgt eine erneute Kontrolle vor Ort.

Zu Frage 7: Ja, für die Cliquenenkeller gelten dieselben Regeln. Die Enthaltung wird im Rahmen des Bewilligungsverfahrens überprüft. Räume mit einer Personenkapazität über 300 Personen werden periodisch alle fünf bis sechs Jahre kontrolliert, Räume mit einer Kapazität unter 300 Personen nach deren Bewilligungserteilung im Rahmen von zusätzlichen Umbauten oder Hinweisen. Vor dem Hintergrund der Vorfälle in Crans-Montane wird Basel-Stadt die bisherige Praxis, die geltendem Recht entspricht, überprüfen. Im Hinblick auf die Fasnacht soll ein Massnahmenpaket erarbeitet werden.

Zu Frage 8: Im Kanton Basel-Stadt gibt es keine speziellen Altersgrenzen für den Aufenthalt in Bar- oder Clubräumen. Betreiberinnen und Betreiber legen teilweise eigene Alterslimiten fest, zum Beispiel ab 18 Jahren. Das Bundesgericht verbietet den Ausschank alkoholischer Getränke an unter 16-Jährige und gemäss dem ergänzten kantonalen Recht ist der Ausschank an unter 18-Jährige nur bis Mitternacht erlaubt. Spirituosen und Mischgetränke mit Spirituosen dürfen gemäss Bundesrecht generell nur erwachsenen Personen ausgeschenkt werden. Der Kanton führt zur Kontrolle und Stärkung des Jugendschutzgesetzes regelmässig Testkäufe durch. Dank einer Anpassung des Bundesrechts ergreift der Kanton seit Anfang 2025 bei Verletzungen der Jugendschutzbestimmungen im Rahmen solcher Testkäufe verantwortungsrechtliche und strafrechtliche Massnahmen.

Zu Frage 9: Die Ereignisse in Crans-Montana haben gezeigt, wie wichtig das Thema Brandschutz ist. Der Regierungsrat ist sich dieser Bedeutung bewusst. Auf nationaler Ebene läuft derzeit eine technische Vernehmlassung der Revision der Brandschutzvorschriften. Nach der Katastrophe von Crans-Montana hat das bei Frage 1 genannte interkantonale Organ IOTH angekündigt, einen Marschhalt einzulegen. Erkenntnisse aus dem Brand in Crans-Montana sollen in den neuen Entwurf einfliessen. Der Regierungsrat wird die Entwicklung sorgfältig verfolgen, ebenso die laufende Untersuchung zum Unglück in Crans-Montana. Er wird beurteilen, ob Anpassungen von kantonalen Vorgaben und Kontrollprozessen sinnvoll sind. Sinnvolle Massnahmen wie beispielsweise mehr Informationen, weitere Angebote für Betreibende zur Thematik und auch Ressourcenaufstockungen sollen geprüft und gegebenenfalls Angriff genommen werden.

Im Hinblick auf die naheliegende Fasnacht legt der Regierungsrat zunächst den Fokus auf dieses Ereignis. Er ist bereits im Gespräch mit der Gebäudeversicherung Basel-Stadt mit dem Ziel, ein sinnvolles Massnahmenpaket zur Brandprävention in Cliquenkellern und anderen Fasnachtslokalen zusammenzustellen. Dieses soll in rund zwei Wochen vorgestellt werden. Das Bewusstsein und die Sensibilität der Betreibenden von Lokalitäten und der verantwortlichen Personen für das Thema Brandschutz aufgrund der tragischen Geschehnisse in Crans-Montana ist feststellbar stark erhöht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Lorenz Amiet (SVP): Selbstredend sind auch wir zutiefst erschüttert über die Ereignisse aus der Silvesternacht in Crans-Montana und in Gedanken bei den Opfern, egal ob sie überlebt haben oder nicht, und deren Familien, insbesondere als Familienvater von drei Kindern, die genau in der Altersgruppe sind wie die Grosszahl der Opfer. Ich danke dem Regierungsrat sehr für die rasche und detaillierte Beantwortung meiner Interpellation. Ich danke an dieser Stelle aber auch der Sanität Basel-Stadt für die Mitarbeit bei der Bewältigung des Ereignisses, insbesondere auch unter dem Aspekt, dass dem Vernehmen nach Freiwillige diesen Einsatz geleistet haben.

Ich bin natürlich froh zu hören, dass bereits drei Arbeitstage nach dem Ereignis das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Sofortmassnahmen bei der Regierung vorhanden ist und erste Massnahmen bereits eingeleitet sind. Etwas erstaunt, das muss ich zugeben, bin ich, dass es offenbar keine Usanz gibt, für Räume mit weniger als 300 Personen Kapazität periodische Kontrollen durchzuführen. Ich bin aber alles in allem sehr dankbar und auch zufrieden mit dieser Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

22.10. Interpellation Nr. 145 Laetitia Block betreffend Bäumlihofstrasse in Fahrtrichtung Stadt noch immer gesperrt

[07.01.26 15:53:50, 25.5598.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten, die Interpellantin möchte begründen.

Laetitia Block (SVP): Ich habe eine Interpellation eingereicht zu der noch immer gesperrten Bäumlihofstrasse. Ich habe diese Baustelle stets beobachtet und diese Fortschritte auch immer verfolgt und mich schon im Dezember gefragt, wie diese Baustelle Ende des Jahres fertig werden soll, da man im Dezember gesehen hat, dass es wohl doch noch nicht ganz am Ende ist. Ich habe dann online nachrecherchiert, gedacht, vielleicht gibt es hier Verzögerungen, das kann es ja geben, aber dann festgestellt, online stehen alle Informationen, dass diese Baustelle Ende Dezember 2025 fertig ist, die Sperrung also beendet ist und es gibt keine anderen Informationen. Sie mögen also mein Erstaunen verstehen, als ich am Montag, 5. Januar, dann durch die Bäumlihofstrasse fahren wollte und das nicht konnte.

Ich denke, ich bin hier nicht die einzige, die sich an die Behördeninformationen hält und sich hier gefreut hat, dass diese Bäumlihofstrasse wieder durchfahren werden kann. Es ist nämlich eine von drei Routen von Riehen und von Kleinbasel in die Stadt und da wäre man sehr froh, wenn es diese eine Route wieder gäbe und man so auch mehr Alternativen hätte. Ich wurde aber enttäuscht.

Das ist schon etwas irritierend, wenn man überlegt, man schaut extra online nach, man sieht, okay, die Baustelle ist beendet oder eben sollte beendet sein, keine alternativen Informationen. Das bedeutet, die Information auf der Website wurde nicht aktualisiert. Ich habe es nochmals nachgeprüft, auch heute Mittag ist es immer noch falsch online, dass diese Baustelle Ende 2025 beendet wäre. Von der Verschiebung oder von einer Verlängerung der Baustelle steht nichts.

Es gibz keine Information, keine Medienmitteilung, nicht mal ein Anwohnerschreiben, die Anwohner wissen also nicht, wie lange diese Verschiebung ist, ob die Sperrung auch noch bleibt. Man muss ja sehen, nach Einreichen meiner Interpellation wurde dann ein Geo-Viewer-Tool verlinkt. Wenn man dann auf die Baustelle klickt, findet man jetzt, dass die Baustelle bis Ende März 2026 dauern soll. Ob das auch die Sperrung betrifft, ob diese auch bis Ende März 2026 bleibt, darüber können wir nur spekulieren.

Ich finde, das ist eine Geringschätzung der Zeit und der Nerven der Anwohner von Hirzbrunnen in Kleinbasel bei dieser Baustelle, aber auch aller anderen Automobilisten, die dort durchfahren möchten und die auch auf Behördeninformationen vertrauen. Und wenn man schon online nachschaut, dann sollte man hier auch richtige Informationen erhalten.

Ich bin sehr gespannt auf die Antworten und die Erklärungen der Regierung und ich hoffe und ich bitte auch die Regierungsrätin, endlich diese Falschinformation über diese Baustelle, die auch heute Mittag immer noch online ist, zu korrigieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank.

22.11. Interpellation Nr. 146 Jean-Luc Perret betreffend Vorgehen des Regierungsrates bei einer möglichen Anpassung des Taxpunktwertes im spitalambulanten Bereich

[07.01.26 15:57:50, 25.5599.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte nicht. Somit hat Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich beantworte Ihnen im Namen des Regierungsrats diese Interpellation wie folgt.

Vielleicht grundsätzlich vorweg: Die Vereinbarung der Tarife ist gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung KVG primär Sache der Tarifpartner, also vorliegend der Leistungserbringer und der Versicherer. Der Kanton ist zuständig für die Genehmigung ihrer Tarifverträge oder für die Tariffestsetzung, falls kein solcher Vertrag zustande kommt.

Zu Frage 1: Mehrere Spitäler haben per Ende 2024 den TARMED-Taxpunktwert von 91 Rappen gekündigt. Der Regierungsrat hat im Januar 2025 den Taxpunktwert provisorisch auf 91 Rappen festgelegt. Da in der Folge keine Einigung zwischen den Tarifpartnern zustande kam, musste das ordentliche Festsetzungsverfahren durch den Kanton eingeleitet werden. Zudem ist für 2026 ein provisorischer TARDOC-Taxpunktwert festzusetzen. Beide Verfahren sind derzeit beim zuständigen Gesundheitsdepartement hängig.

Zu Frage 2: Gemäss KVG ist nicht vorgesehen, bei Tarifverfahren andere Akteure als die direkt betroffenen Verfahrensparteien miteinzubeziehen. Die Tarifhoheit liegt bei den Tarifpartnern, der Kanton darf nur subsidiär eingreifen. Insofern sind Verhandlungen und allfällige Verwaltungsverfahren Sache der involvierten Parteien. Weitere Akteure werden nicht und dürfen auch nicht involviert beziehungsweise informiert werden.

Zu Frage 3: Der Regierungsrat stützt sich bei jedem Tarifverfahren auf die einschlägigen gesetzlichen Vorgaben gemäss dem KVG und der Verordnung über die Krankenversicherung KVV.

Zu Frage 4: Für den spitalambulanten Bereich wurde ein Festsetzungsverfahren für das Jahr 2025 eingeleitet. Bisher gibt es für 2025 lediglich einen provisorischen Tarif. Da sich die Kostenneutralität gemäss Tarifstrukturvertrag über den ambulanten ärztlichen Einzelleistungstarif TARDOC und dem ambulanten ärztlichen Patientenpauschaltarif Ambulante Pauschalen auf die Basis des Jahres 2025 abstützt, ist die Kostenneutralität erst auf dieser Grundlage zu berechnen, also aufgrund des dannzumals definitiv festgesetzten Tarifs.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat darf nicht in die Tarifhoheit der Tarifpartner eingreifen. Somit kann er auch keine unterschiedlichen Tarife aus eigenem Antrieb angleichen. Die Spitäler haben die Tarifverträge mit den Versicherern gekündigt, um neue Verhandlungen zu erwirken. Anderen Leistungserbringern im ambulanten Bereich steht dieses Vorgehen ebenfalls offen. Somit besteht keine Ungleichbehandlung.

Zu Frage 6: Da der Verfahrensausgang offen ist, können dazu noch keine Angaben gemacht werden.

Zu Frage 7: In den vom Parlament Ende 2025 verabschiedeten Abgeltungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen sind gewisse Unterstützungsleistungen zugunsten der spitalambulanten Strukturen, insbesondere in der Kinder- und Jugendmedizin enthalten. Weitere zusätzliche sind derzeit nicht geplant.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Jean-Luc Perret (SP): Ich danke herzlich für die Beantwortung meiner Fragen, die ich ja sehr kurzfristig am Montag erst eingereicht habe. Ich wollte mit dieser Interpellation vor allem Licht ins Dunkel bringen, denn über Weihnachten und in den letzten Tagen gelangten auf verschiedenen Wegen Informationen an die Öffentlichkeit, wonach eine Erhöhung des Taxpunktwertes im spitalambulanten Bereich geprüft werde. In einer so sensiblen tarifpolitischen Frage halte ich es für notwendig, dieses Gerücht einzuordnen und Klarheit zu schaffen.

Das Gerücht sagt, dass im angesprochenen Festsetzungsverfahren der Tarif von 91 Rappen auf 95 Rappen erhöht wird. Leider konnte die Antwort dieses Gerücht auch nicht aus der Welt schaffen, weil das Verfahren offensichtlich noch nicht abgeschlossen ist. Ich wollte aber auch meiner Sorge Ausdruck geben, dass ausgerechnet der Kanton Basel-Stadt bei der Einführung von TARDOC als einer der ersten von den gemeinsam vereinbarten Leitplanken abweichen könnte. Ich finde es problematisch, wenn der Kanton mit den schweizweit dritthöchsten Krankenkassenprämien den vielen Empfehlungen nicht folgt, die Taxpunktwerte zumindest vorerst nicht anzutasten. Diese Empfehlungen kamen ja nicht zufällig zustande. Die Umstellung von TARMED auf TARDOC war und ist eine Herkulesaufgabe mit dem klaren Ziel, die Mittel neu gerechter, aber kostenneutral zu verteilen. Genau deshalb wäre es falsch, bereits in der Einführungsphase wieder an den Preisen zu schrauben, bevor sich das neue System überhaupt einpendeln konnte. Und auch wenn die Basis für die spitalambulanten Tarife nun das Jahr 2025 ist, muss man doch davon ausgehen, dass die ganze Kostenneutralität unter der Annahme berechnet wurde, dass sich langjährige Tarife nicht kurz vor oder während der Einführung des TARDOC noch ändern.

Eine Erhöhung hätte einige Leidtragende. Ich denke da natürlich zuerst an die Prämienzahlenden, denn jede Aufweichung der Kostenneutralität erhöht den Druck auf die Prämien und untergräbt zudem die Glaubwürdigkeit des Systems. Zum anderen aber auch alle übrigen Leistungserbringenden, die sich an die tarifpartnerschaftlichen Abmachungen gehalten haben und nun faktisch dafür bestraft werden oder sich ihrerseits zu eigenen Forderungen oder Massnahmen gedrängt sehen.

Zum Schluss ist mir noch wichtig festzuhalten, ich habe Verständnis dafür, dass die Förderung ambulant vor stationär die Spitäler vor grosse Herausforderungen stellt. Diese lassen sich aber meiner Meinung nach nicht nachhaltig durch eine blosse Preiserhöhung lösen. Dafür braucht es tiefergreifende und koordinierte Massnahmen. Ich bin mit der Antwort aber zufrieden, möchte aber nochmals die ausdrückliche Bitte mitgeben, dass der Kanton Basel-Stadt nicht eine unglückliche Vorreiterrolle in einer Frage übernehmen möge, bei der Zurückhaltung ausdrücklich empfohlen wurde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

22.12. Interpellation Nr. 147 Anina Ineichen betreffend Verwendung von Copilot Chat in der Basler Verwaltung?

[07.01.26 16:05:14, 25.5600.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit sind die Interpellationen abgeschlossen.

9. Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt", Bericht der UVEK

[07.01.26 16:05:35, 24.0556.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Initiative ihren Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratende Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen. Das Wort geht an die Präsidentin der UVEK Raffaela Hanauer..

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Das vorliegende Geschäft hat die UVEK im Juni zur Vorberatung überwiesen bekommen. Wir haben an fünf Sitzungen darüber beraten, wir haben uns das Initiativkomitee angehört und eine Vertretung des WSU, konkret des Amts für Wald und Wild beider Basel. Wir legen dem Grossen Rat einen angepassten Gegenvorschlag vor. In unserem schriftlichen Bericht ist dieser umfassend erläutert. Ich konzentriere mich daher in meinem mündlichen Votum auf das Wesentliche.

Die UVEK findet insgesamt, eine Stadt in der Grösse von Basel braucht ein aktives Taubenmanagement. Die Kommission befürwortet daher im Grundsatz auch die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Kombinationen an Massnahmen. Ich gehe auf die einzelnen Massnahmen ein.

Taubenschläge: Die UVEK hat diverse Abklärungen zu den früher in Basel unterhaltenen Schlägen, deren Wirkung und der Realisierbarkeit getroffen. Die Initiative möchte Schläge in allen Quartieren. Der Regierungsrat sieht drei Schläge vor. Wir haben in der Beratung festgestellt, dass zwei weitere Schläge, jener in der Matthäuskirche und im Brausebad St. Johann in Frage kämen und einfach wieder aktiviert werden könnten. Eine Mehrheit der UVEK ist daher der Ansicht, dass eine Erhöhung der Anzahl Schläge angebracht ist, von drei auf fünf.

Zur Fortpflanzungskontrolle: In den Taubenschlägen sollen die Eier mit Attrappen getauscht werden. Es gäbe auch andere Massnahmen zur Fortpflanzungskontrolle wie Vasektomie oder empfängnisverhütendes Futter. Die UVEK stützt jedoch nach ihren Abklärungen den Weg des Regierungsrates, der sich mit jenem der Initiative grundsätzlich deckt, in Basel auf den Eiertausch zu setzen. Damit die Tauben auch weiterhin in den Taubenschlägen brüten, können jedoch nicht alle Eier immer entnommen werden. Einige Tauben müssen daher schlüpfen dürfen. Sollte dies zu einer zu hohen Populationsdichte in den Schlägen führen, können in den Schlägen gezielt auch Tauben entnommen werden. Dies wird jedoch nur gemacht, wenn es zur Populationskontrolle eines Schlages notwendig ist und nicht grundsätzlich.

Pflegeplätze: Die UVEK hat wie auch der Regierungsrat darauf verzichtet, Pflegeplätze für alle kranken und verletzten Tauben einzurichten, wie das die Initiative fordert. Eine tierärztliche Betreuung für die geschätzt 10’000 Tauben in der Stadt Basel sieht der Gegenvorschlag der UVEK also nicht vor. Die Betreuung der Stadttauben in den Schlägen soll jedoch, wie auch bereits vom Regierungsrat so vorgesehen, ausschliesslich durch ausgebildetes tierpflegerisches Fachpersonal erfolgen und veterinär-medizinisch begleitet sein.

Zu den Greifvogeleinsätzen: Die Regierung sieht vor, Greifvögel an Hotspots einzusetzen. Das wird auch schon heute getan und nach unseren Abklärungen spricht sich auch die UVEK dafür aus, dies weiterhin zu tun.

Gezielte Entnahme von Tauben an Hotspots: Das Konzept des Regierungsrates sieht vor, dass an Hotspots bei zu hoher Belastung Tauben entnommen und fachgerecht getötet werden. Dies wird auch schon heute gemacht und dies ist nicht als Massnahme zur Bestandsreduktion vorgesehen. Auch die UVEK hält diese Massnahme nicht als geeignet für die Bestandsreduktion. Sie soll nur dort erfolgen, wo Vergrämungsmassnahmen nicht wirken und unhaltbare Zustände herrschen.

Vogelkundliche Kompetenzstelle: Die UVEK begrüsst, dass der Regierungsrat eine vogelkundliche Kompetenzstelle schaffen will. Dies ist auch eine Forderung der Initiative. Die UVEK wünscht sich, dass sich diese nicht nur mit Tauben befasst, sondern auch beispielsweise mit Krähen und weiteren Vögeln und sieht darin Synergien.

Öffentlichkeitsarbeit: Der Regierungsrat sieht in seinem Gegenvorschlag einen Betrag für Öffentlichkeitsarbeit vor. Die UVEK begrüsst das und gibt zur weiteren Bearbeitung mit, dass sich in unseren Augen diese Arbeit insbesondere auch auf die Sensibilisierung hinsichtlich des Fütterungsverbots mit Verweis auf die ausreichende Fütterung in Schlägen konzentrieren soll. Der verbesserte Vollzug des Fütterungsverbots wird von der UVEK ebenfalls begrüsst.

Zur Fütterung in den Schlägen: Die UVEK hat fundiert über das Füttern in den Schlägen diskutiert. Und wir kommen zum Schluss, dass die Tauben in den Schlägen ausreichend gefüttert werden. Zwar hat auch in der UVEK die Wortwahl im Ratschlag der Regierung zu Rückfragen geführt. Dort wird von marginaler Fütterung und Anfütterung gesprochen, und auch hat die UVEK sich das Budget für die Futtermenge angeschaut. Die UVEK liess sich jedoch versichern und kommt zum Fazit, dass das Konzept des Regierungsrates nicht vorsieht, die Tauben unzureichend zu füttern. Eine ausreichende und artgerechte Fütterung in den Schlägen ist vorgesehen, und sollte das Budget dafür nicht ausreichen, sind die Futterkosten dermassen gering, dass sich die Finanzmittel auch anderweitig auftreiben lassen, weshalb in der UVEK auch davon abgesehen wurde, das Futterbudget zu erhöhen. Wichtig ist für die Bindung der Tauben an die Schläge und für die Gesundheit der Tiere, dass die Tauben ausreichend gefüttert werden. Und wichtig ist dies auch für die Vermittlung gegenüber der Öffentlichkeit des Fütterungsverbots. Das ist also der Fall, sie werden gefüttert.

Verlängerte Dauer und neue Formulierung des Grossratsbeschlusses: Die grösste Anpassung, welche die UVEK am Gegenvorschlag der Regierung gemacht hat, ist die Verlängerung des Pilots um ein Jahr und die Konkretisierung des Grossratsbeschlusses. Während der Regierungsrat nach drei Jahren Pilot vorsah, im Anschluss an den Pilot über eine eventuelle Weiterführung oder Beendigung des Stadttaubenmanagements zu berichten, war das für eine klare Mehrheit, also 11 zu 1, in der UVEK keine befriedigende Perspektive. Die UVEK ist der Ansicht, dass eine Stadt wie Basel ohnehin ein Stadttaubenkonzept braucht und dass man die Learnings aus dem Pilot darin abbilden und in geeignete langfristige Massnahmen giessen soll. Damit die Dienststellen genügend Zeit haben für die Erarbeitung von einem solchen Konzept und einem Folgeratschlag, verlängert die UVEK den Pilot um ein Jahr. So kann nach drei Jahren Bilanz gezogen werden, während die Taubenschläge im vierten Jahr weiterhin betreut sind. Was wir also hier vorschlagen, ist die Entwicklung eines Basler Wegs zum Taubenmanagement. Der Basler Weg soll auf den Learnings der nächsten drei Jahre Pilot aufbauen und er soll eine Kombination von mehreren Massnahmen sein.

Die UVEK beantragt daher mit 10 zu 2 Stimmen, dem angepassten Gegenvorschlag zuzustimmen. Wir beantragen einstimmig, der Stimmbevölkerung zu empfehlen, die Initiative abzulehnen und mit 10 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Gegenvorschlag zuzustimmen. Einstimmig spricht sich die UVEK bei der Stichfrage für den Gegenvorschlag aus. Zudem beantragt die UVEK mit 7 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung, den Anzug Friedl abzuschreiben, da eine Mehrheit der UVEK mit dem angepassten Gegenvorschlag das Anliegen als erfüllt einstuft.

Abschliessend danke ich dem zuständigen Regierungsrat und dem Amt für Wald und Wild beider Basel für die konstruktive Begleitung der Kommissionsberatung, dem Initiativkomitee für das Anstossen einer spannenden und wichtigen Debatte und freue mich nun auf die Debatte hier im Saal.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir sprechen heute über die Stadttauben. Stadttauben gehören in vielen Städten zum Stadtbild, sie sind Teil der Stadt. Sie verursachen auch Probleme oder werden von vielen auch als problematisch wahrgenommen. Die Grösse der Population wird als zu hoch erachtet, und dies scheint auch mit ein Grund zu sein, diese Problemsituation. Es gibt auch Tiere, die krank sind, es gibt Bewohner:innen von Wohnungen, die brütende Tauben auf ihren Balkonen haben, es gibt Hotspots, wo es zu viele Tauben gibt, und aus diesem Grund ist ein neues Taubenmanagement angezeigt.

Die Initiative, die eingereicht wurde, nimmt einen Teil dieser Problematik auf und fordert auch, dass ein aktives Taubenmanagement erfolgen muss. Sie nimmt ein Problem auf, das real existiert. Die Antwort des Regierungsrats auf diese Probleme ist der vorliegende Gegenvorschlag, der auch von der UVEK in den Grundsätzen mitgetragen wurde.

In Basel gab es Taubenschläge, die von der Universität errichtet wurden, unter Federführung von Professor Harald Wackenagel Diese Taubenschläge gab es bis 2020 und wurden dann aufgehoben. Hauptgrund war das Fütterungsverbot, das Sie legiferiert haben im Übertretungsstrafgesetz. Da ist man davon ausgegangen, dass das nicht mehr notwendig ist. Jetzt gibt es quasi eine Rücküberlegung auf diese Taubenschläge und die sind auch in diesem Gegenvorschlag so enthalten.

Was ist bestimmend über die Populationsgrösse der Tauben? Es sind zwei Aspekte, die sehr entscheidend sind, das eine ist das vorliegende Nahrungsangebot und das zweite ist das Angebot an Nistplätzen. Und deshalb ist ein sehr wichtiger Punkt des Gegenvorschlags das Fütterungsverbot. Da gibt es auch keinen Widerspruch zur Initiative. Das Fütterungsverbot, das im Übertretungsstrafgesetz ausgeführt wurde, soll weiterhin gelten, aber es soll verstärkt auch umgesetzt werden. Bis heute ist für die Sanktionierung bei Übertretungen dieses Fütterungsverbots die Polizei zuständig und Sie können sich vorstellen, dass die Polizei oft andere Prioritäten hat, als Taubenfütterinnen und -fütterer zu sanktionieren. Aus diesem Grund haben wir ja schon als Regierungsrat mit dem Litteringskonzept entschieden, dass neu auch die Abfallkontrolleure die Kompetenz erhalten sollen zu sanktionieren, wenn das Fütterungsverbot übertreten wird, und wir erhöhen ja mit dem Litteringskonzept auch die Anzahl der Abfallkontrolleurinnen und Abfallkontrolleure von vier auf sechs. Also das Fütterungsverbot, das Nichtfüttern der Tauben, ist das wirksamste Instrument zu einer Beschränkung der Population.

Wie schon bereits gesagt, reaktivieren wir die Taubenschläge, die noch vorhanden sind. Der Regierungsrat wollte drei ursprünglich, die Kommission hat das auf fünf erhöht. Die sind bestehend, das ist relativ einfach machbar und aus diesem Grund folgt der Regierungsrat jetzt auch dem Vorschlag der UVEK und folgt diesen fünf statt drei, das ist relativ einfach machbar, da es diese Taubenschläge schon gibt, die können reaktiviert werden oder wir gehen davon aus, dass das möglich ist. Dort werden die Tauben gefüttert, nicht gemästet, gefüttert mit entsprechend fachgerechten und auch tierrechtskonformen Nahrungsmittel. Das Ziel muss sein, dass die Tauben dort bleiben. Wenn es zu wenig Futter hat, dann verhungern die nicht, sondern dann kommen sie einfach nicht, weil sie sind ja frei, rein- und rauszufliegen, sie können sich überall sonst in der Stadt das Futter holen für den Fall, dass es zu wenig Futter gäbe. Daher gibt es überhaupt keine Absicht, zu wenig zu füttern, sondern man möchte ja, dass die Tauben in diesen Taubenschlägen sind.

Die Taubenschläge haben die Vorteile, dass im besten Fall die Tauben in den Schlägen sind und nicht woanders brüten und die Nistplätze dann auch nicht von anderen Vögeln gleich wieder besetzt werden. Die Taubenschläge führen auch zu einer Verbesserung des Gesundheitszustands der Tiere, da sie artgerecht gefüttert werden und eben mit dem Eiaustausch mit Attrappen kann man auch die Geburtenrate oder die Reproduktionsrate reduzieren. Das kann man nicht unendlich machen, weil wenn die Tauben merken, dass es gar keinen Nachwuchs mehr gibt, dann werden sie höchstwahrscheinlich diesen Taubenschlag auch wieder verlassen. Daher ist es auch angezeigt – und deshalb auch die fachgerechte Betreuung dieser Taubenschläge – das richtige Mass zu finden an Fütterung, an Austausch und an Kontrolle dieser Tiere, die in diesen fünf Taubenschlägen sein werden.

Die Hotspots bilden den Punkt, der auch für viele Einwohnerinnen und Einwohner sehr nervend ist in dieser Stadt. Wir brauchen auch Massnahmen für diese Hotspots, da ist die Vergrämung mit Greifvögeln, mit Falken angedacht, um an solchen Hotspots einzugreifen, und auch das Abfangen und die tierschutzgerechte Tötung ist vorgesehen an diesen Hotspots. Die Tötung hilft nicht, die Gesamtpopulation zu reduzieren, das zeigen auch Erfahrungen, aber sie kann an Hotspots helfen, dort punktuell die Probleme zu verringern.

Was auch vorgesehen ist, ist eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und eben diese Vogelkompetenzstelle, die eingerichtet wird. Und auch entscheidend ist die Wirkungskontrolle. Wir wissen heute gar nicht, wie gross die Population ist, daher muss diese zuerst erfasst werden und dann nach den Massnahmen wieder erfasst werden, damit man auch sieht, ob die Massnahmen, die wir ergriffen haben, die gewünschte Wirkung haben oder nicht. Das ist auch Teil dieses vierjährigen Projektes, dass das geschehen wird.

Nach den Erfahrungen der ersten drei Jahre werden wir Ihnen dann diese Erfahrung mitteilen und auch die Schlussfolgerung, die wir daraus ziehen. Ist es wirksam, dann wird es weitergeführt, ist es nicht wirksam, dann wird es nicht in gleicher Form weitergeführt, das obliegt aber dann wiederum Ihnen und uns dann zu bestimmen, wie es mit dem Taubenmanagement weitergehen soll. Das ist auch der Grund, dass wir jetzt mit einer begrenzten Dauer zu Ihnen kommen als Vorschlag.

Die Hauptdifferenz der vorliegenden Initiative ist, schon fast rechtsphilosophischer Art, die Frage, ob es sich bei den Tauben um Haustiere oder um Wildtiere handelt. Diese Frage hat der Bundesgesetzgeber klar beantwortet, indem die verwilderte Haustaube im Jagdgesetz namentlich erwähnt ist, also auf Bundesgesetzesstufe verankert ist und Haustiere darf man nicht jagen. Daher ist klar, der Bund definiert die Stadttauben als Wildtier. Entsprechend sind sie auch bei uns jetzt dem Amt für Wald- und Wildtiere zugewiesen und nicht dem Veterinäramt. Da sehen Sie auch diese Unterscheidung. Wenn man das ändern möchte – und es gibt andere Länder, die das anders einschätzen – dann müsste man das Bundesgesetz ändern und das nicht via kantonale Initiative vorantreiben.

Der Regierungsrat kann aber diese Einordnung nachvollziehen. Die Stadttauben sind heute selbstständig, sie entscheiden selber, mit wem sie sich paaren, wo sie brüten, was sie fressen, wo sie hinfliegen, daher ist es ein Wildtierverhalten dieser Tauben, da braucht es nicht den Menschen, der sich um sie kümmert. Und das hat dann auch Auswirkungen auf die Unterschiede unseres Gegenvorschlag mit der Initiative. Der Gegenvorschlag sieht die Tötung weiterhin vor, und der Gegenvorschlag verzichtet auch darauf, eine tierärztliche Versorgung der Tauben von verletzten und kranken Tauben sicherzustellen. Die Initiative hingegen verlangt das, die will Pflegeplätze für verletzte und kranke Tauben und das erachten wir nicht als zielführend, wenn das Ziel ist, dass die Population in unserer Stadt reduziert werden soll.

Und auch ein Unterschied von Initiative und Gegenvorschlag ist die Frage, wie viele Taubenschläge wir möchten. Die Initiative möchte in allen Quartieren mit 50 Tieren mindestens einen Taubenschlag und der Gegenvorschlag, wie bereits erwähnt, sieht nur fünf Taubenschläge vor, und das auch jetzt mal zeitlich begrenzt auf vier Jahre und dann wird entschieden, ob es weitergeführt wird, ob es mehr gibt, ob es die gleiche Anzahl gibt aufgrund der Erfahrungen, die wir dann daraus gezogen haben.

Zur Schlussfolgerung: Es besteht Handlungsbedarf, das haben die Initiantinnen und Initianten klar auf den Tisch gebracht. Der Regierungsrat und Sie, wir handeln, indem wir diesen Gegenvorschlag heute hoffentlich verabschieden, indem wir ein aktives Stadttaubenmanagement betreiben, das jetzt vormals für vier Jahre, um die entsprechenden Erkenntnisse zu ziehen und dann die Schlüsse zu ziehen, wie das nach diesen vier Jahren weitergeführt werden soll. Aus diesem Grunde bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates, diesem Gegenvorschlag zu folgen und die Initiative abzulehnen und ich möchte mich bedanken einerseits bei der UVEK für die gute und auch sachliche Diskussion bei doch diesem zum Teil emotionalen Thema, und ich möchte mich auch bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amts für Wald- und Wildtiere, die diesen Gegenvorschlag erarbeitet haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, dem Gegenvorschlag der UVEK zuzustimmen und in der Stichfrage dem Gegenvorschlag zuzustimmen. Den Änderungsantrag der Mitte lehnen wir ab. Sollte dieser jedoch mehrheitsfähig sein, würden wir diesen im zweiten Schritt ebenfalls unterstützen, auch bei der Stichfrage.

Nachdem ich nun hoffentlich alle Eventualitäten thematisiert habe, jetzt zum Inhaltlichen. Ich denke, man kann grundsätzlich das Initiativkomitee durchaus würdigen, dass es dieses Thema in Form einer Volksinitiative auf die politische Ebene gebracht hat. Es gab auch den Anzug Friedl, aber mit dieser demokratisch zustande gekommenen Volksinitiative hat man natürlich ein sehr starkes Instrument erfolgreich ausgewählt. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es im Umgang mit den Stadttauben mehr Einsatz des Kantons benötigt. Für viele sind Tauben ein Ärgernis, andere finden wiederum, dass sie besorgt sein müssen um das Wohl der Tauben. Gleichzeitig haben wir aber auch ein Übertretungsstrafgesetz, in dem ein Taubenfütterungsverbot verankert ist, dieses wird aber aktuell kaum angewendet, und so ist es dazu gekommen, dass diese Initianten in dieser Initiative sehr viele Personen abholen konnten und sehr viele Personen diese Initiative auch unterschrieben haben aus unterschiedlichen Anliegen.

Es stellt sich deshalb auch aus Sicht der SVP-Fraktion nicht die Frage, ob man etwas ändern soll, sondern wie, und wenn man sich die unterschiedlichen Ansätze aus der Initiative und aus den Gegenvorschlägen anschaut, dann sind wir grundsätzlich der Meinung, dass der ursprüngliche Gegenvorschlag der Regierung inhaltlich mehr überzeugt als die Initiative, insbesondere aus diesem Punkt, dass wir das absolute Tötungsverbot von Tauben, wie es die Initiative vorsieht, nicht unterstützen können. Mit dem Gegenvorschlag wird eine tierschutzgerechte Tötung von kranken Tieren oder auch bei grosser Belastung von Hotspots nach wie vor möglich sein. Zudem begrüsst es die SVP-Fraktion, dass ein Schwerpunkt auf die Durchsetzung des Fütterungsverbots gesetzt wird und in Zukunft Personen auch vermehrt. gebüsst werden können, wenn sie gegen das Übertretungsstrafgesetz verstossen.

Wo aus unserer Sicht der Gegenvorschlag der Regierung leicht ungenügend war und die UVEK zu Recht Anpassungen vorgenommen hat, war bei der Anzahl der Taubenschläge. Das war ein zentrales Anliegen auch der Initianten. Hier sind wir der Auffassung, dass es sinnvoll ist, fünf statt nur drei Taubenschläge zu reaktivieren, weil es auch. im verhältnismässigen Rahmen ist und damit kommen wir auch den Anliegen der Initianten mehr entgegen. Jetzt kann man natürlich argumentieren, dass die Initianten noch mehr Taubenschläge gewünscht hätten, jedoch konnte auch der Regierungsrat glaubhaft machen, dass es nicht so einfach ist, zusätzliche Räumlichkeiten dafür zu finden. Sie können sich ja selber vorstellen, wenn Sie ein Hauseigentümer sind, dann haben Sie vielleicht nicht gerade die erste Priorität, ihre Dachwohnung für einen Taubenschlag zu vermieten, und die anderen Mieter hätten wahrscheinlich auch nicht so viel Freude in diesem Haus, wenn das geschehen wird. Entsprechend haben wir anerkannt, dass es halt nicht ganz so einfach ist, hier einfach überall, wo es 50 Tauben sind, einen Taubenschlag zu aktivieren. Hier macht es Sinn, dass wir die fünf bestehenden alten Schläge reaktivieren und auch dann zuerst evaluieren und dann vielleicht für die Zukunft etwas Generelles vorsehen.

Die UVEK hat zudem den Gegenvorschlag auch formell noch angepasst, so dass dieser nicht mehr nur den reinen Pilotprojektcharakter hat, sondern dass man effektiv auch diese Evaluation in Zukunft umsetzen kann. Da hat die UVEK etwas klarer und etwas verbindlicher formuliert als der Regierungsrat und dementsprechend ist auch die SVP-Fraktion hier der Meinung, dass man der Version der UVEK folgen sollte. Entsprechend bitte ich Sie, dem Gegenvorschlag der UVEK zuzustimmen, die Initiative zu verneinen. Wir sind der Meinung, dass wir mit diesem Gegenvorschlag eine adäquate Lösung gefunden haben und sind auch der Meinung, dass dieser Gegenvorschlag gute Chancen hat, bei der Bevölkerung eine Mehrheit zu finden. Ich bitte Sie auch, den Anzug von Harald Friedl abzuschreiben, weil wir auch der Meinung sind, dass wir

jetzt mit dieser Volksinitiative und dem Gegenvorschlag ein höheres Level haben, etwas Verbindlicheres als ein Anzug, entsprechend kann dieser Anzug auch als erledigt abgeschrieben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Béla Bartha für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Das grosse Echo, auf das die Initiative bereits im Vorfeld der Einreichung und auch während den Beratungen in der UVEK in den Medien gestossen ist, zeigt, dass die Initianten und Initiantinnen mit ihrer Stadthauben-Initiative ein Thema ins Bewusstsein der Regierung und dieses Parlaments gerückt haben, das es sonst wohl schwer gehabt hätte, je auf die Agenda der Parlamentsgeschäfte zu schaffen. Dafür gebührt den Initiant:innen, die sich mit sehr viel Herzblut für ihre Anliegen einsetzen, unser aller Respekt und Dank.

Die Initiative geht jedoch in ihren Forderungen sehr weit und steht mit ihrer Grundaussage, dass Stadttauben keine Wildtiere seien, im Widerspruch zum Wald- und Wildtiergesetz des Bundes, dass genau dieses postuliert. Dies ist auch ein Grund dafür, dass wir in der UVEK äusserst kompetent durch das Amt für Wald und Wild beraten wurden. Als Biologe konnte ich wieder einmal feststellen und bewundern, wie spannend das Kennenlernen einer Spezies sein kann, die uns eigentlich jeden Tag begegnet und über die wir dennoch so wenig wissen, wenn wir nur einmal richtig hinschauen und uns auf diese einlassen. Ich kann Ihnen versichern, dass sich im Zuge der Beratung unser aller Wissensstand über dieses Wesen grundsätzlich verändert hat.

Aber zurück zum Gegenvorschlag der UVEK, der uns hier nun vorliegt und der den Initiant:innen doch in einigen meiner Meinung nach zentralen Punkten entgegenkommt. So wurde die Anzahl der Schläge, die für den Pilotversuch geöffnet und betrieben werden sollen, von drei auf fünf Schläge erhöht, der Pilotversuch von drei auf vier Jahre erweitert und eine Wirkungskontrolle eingefordert, die den Versuch analysiert und dann die Grundlagen für ein nachhaltiges Taubenmanagementkonzept legt, das die Stadttaubenpopulation auf einer angemessenen und tragbaren Individuenzahl hält.

All diese Massnahmen werden wohl nicht mit Erfolg gekrönt sein, wenn die Fütterung der Tauben ausserhalb der Schläge nicht gestoppt wird. Damit das geschieht, muss die Bevölkerung in die Aktion einbezogen und gut informiert werden, sodass das Fütterungsverbot wirklich auf breiter Front durchgesetzt werden kann. Und hierzu bietet auch dieser Vorschlag nun eine Lösung.

Weiter müssen die Ausnahmen professionell begleitet werden und das ist selbstverständlich nicht gratis zu haben. Sämtliche Arbeiten in der Hauptsache mit Freiwilligen und über Vereine zu bewältigen, scheint uns während des Pilotversuchs nicht zielführend, könnte aber für eine langfristige Umsetzung des Managementkonzepts sehr wohl in Betracht gezogen werden. In der Pilotphase jedoch wird es um die Erhebung von Daten gehen, die wissenschaftlichen Anforderungen genügen sollten und die nach drei Jahren im vierten Jahr analysiert werden müssen, und das muss zentral aus einer Hand erfolgen und kann nicht zwischen verschiedenen Teilnehmergruppen aufgeteilt werden. Der Anspruch der Wissenschaftlichkeit führt auch zur Erhöhung der Taubenschläge, damit wir belastbare Daten erhalten. Steht die Analyse, dann können zielgerichtete Massnahmen allenfalls mithilfe weiterer Akteure umgesetzt werden.

Der uns nun vorliegende Gegenvorschlag, den die UVEK mithilfe des WSU erarbeitet, beschreibt ein machbares und realistisches Vorgehen, das uns nach den vorgesehenen vier Jahren Erkenntnisse geben wird, die wir für ein nachhaltiges Management unserer Stadttaubenpopulation benötigen. So auf jeden Fall sieht es nun dieser Ratschlag vor. Es bleibt aber noch abzuwarten, wie die Regierung und das WSU die Vorgaben wirklich in die Realität umsetzen. Daher bitten wir Sie, den Gegenvorschlag der UVEK anzunehmen und wir werden in einem weiteren Votum dafür einstehen, dass der Anzug von Harald Friedl stehen zu lassen ist, bis die Wirkung der Massnahmen erkennbar werden. Ansonsten werden wir in der Stichfrage gegen die Initiative stimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Nach intensiver Beratung in der UVEK teilen wir grundsätzlich die Ansicht des Regierungsrates, dass ein effektives und langfristig tragfähiges Stadttaubenmanagement aus einer ausgewogenen Kombination verschiedener Massnahmen besteht. Die Rahmenbedingungen für diese Massnahmen sind sowohl ökologisch, wirtschaftlich als auch gesellschaftlich. Wir unterstützen den pragmatischen Gegenvorschlag der UVEK. Die Kommission hat den Gegenvorschlag des Regierungsrates in einigen Punkten noch verbessert. Dies begrüssen wir.

Die nun vierjährige Pilotphase mit den fünf Taubenschlägen ist ein erster Baustein einer langfristigen Gesamtstrategie. Danach geht es darum, aufgrund der Erkenntnisse des Pilotversuches ein langfristiges Stadttaubenkonzept durch eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe mit Fachleuten aus den massgebenden Ämtern und Dienststellen, Tierschutz- und

Tierrechtsorganisationen und dem Tierpark Lange Erlen zu erarbeiten und erfolgreiche Massnahmen später dann demokratisch zu verankern. Wir sind erfreut, dass der Regierungsrat nun auf den UVEK-Gegenvorschlag umgeschwenkt ist.

Somit ist für uns Grünliberale klar, wir empfehlen Ihnen die Initiative zur Ablehnung und bevorzugen den Gegenvorschlag der UVEK vor demjenigen des Regierungsrates. Beim Stichentscheid empfehlen wir den Gegenvorschlag der UVEK. Den Änderungsantrag der Fraktion Mitte-EVP lehnen wir ab. Den Anzug von Harald Friedl empfehlen wir abzuschreiben, da bei Annahme der Initiative oder des Gegenvorschlags ein zusätzlicher Bericht nach zwei Jahren, das heisst noch vor der Auswertung des Pilots, aus unserer Sicht obsolet ist. Falls beides vom Volk abgelehnt wird, würde dem Regierungsrat mit dem Anzug ein nicht erfüllbarer Auftrag vorliegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Brigitta Gerber das Wort.

Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA stimmt dem verbesserten Gegenvorschlag der UVEK, der nun ja auch offensichtlich der Vorschlag der Regierung ist, zu. Bezüglich der Initiative sind wir offen, bei Stichentscheid sind wir dann aber für den Gegenvorschlag. Den Vorschlag der Mitte-EVP lehnen wir ab.

Die Problematik wird von uns anerkannt, die Stadttaubenpopulation ist zurzeit sehr hoch, die Verunreinigungen für die Bewohnenden meist äusserst störend und es ist sehr aufwendig, diese zu säubern. Für die davon betroffenen Einwohnerinnen sind dies auch sehr mühsame Arbeiten. Anfütterungen führen eben oftmals, das wurde uns sehr gut erklärt, zu schlecht ernährten und sogar kranken Tauben.

Und der UVEK war aber auch wichtig, dass das Wildtierrecht nicht vernachlässigt wird und dafür muss eine gute Lösung gefunden werden. BastA ist deshalb der Meinung, dass die UVEK einen Entscheid für das Pilotprojekt getätigt hat, das wichtig und richtig ist, und zwar die Erhöhung von drei auf fünf Taubenschlägen. Damit erhöht sich nämlich auch die Relevanz und Aussagekraft des Pilots selbst. Auch die Verlängerung des Pilots von drei auf vier Jahre scheint uns richtig, um aussagekräftige Resultate zu erhalten. Die Kosten sind vertretbar.

Ganz wichtig scheint uns bei einem erfolgreichen Wildtiermanagement die Aufklärung der Bevölkerung bei Anfütterungen, auch kombiniert mit rechtlichen Konsequenzen. Anfütterungen, vor allem krankmachende Anfütterungen, vergrössern das Problem. Unterstützt werden sollen tiergerechte Abwehr und Schutz betroffener Häuser sowie Balkone, eben auch durch Aufklärung, aber auch die Möglichkeit, in überbordenden Situationen professionelle, tierschutzgerechte Massnahmen von ausgebildeten Wildhütern einzugrenzen.

Entsprechend hat unserer Ansicht nach die UVEK einen valablen Gegenvorschlag geschaffen, der für die Initianten annehmbar sein sollte. Wir stimmen für diesen. Wir wollen dennoch den Anzug Friedl stehen lassen. Wir sehen das nicht als Misstrauensvotum, sondern als folgerichtigen Schritt nach Abschluss eines Pilotes. Dies auch, weil wir der Meinung sind, dass eine gute Lösung und zeitnahe Umsetzung angestrebt werden muss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Mitte-EVP hat Remo Gallacchi das Wort.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Die Fraktion Mitte-EVP ist grundsätzlich für den Gegenvorschlag, lehnt die Initiative ab und möchte den Anzug Friedl abschreiben. Die Mitte/EVP-Fraktion EVP möchte den ursprünglichen Gegenvorschlag der Regierung beibehalten. Dies kann ich auch im Namen der FDP und LDP hier verkünden, die unterstützen diesen Gegenvorschlag der Regierung. Inhaltlich werden sie eventuell noch selber etwas dazu sagen.

Warum sind wir für den regierungsrätlichen Gegenvorschlag? Regierungsrat Kaspar Sutter hat es gesagt, egal, ob Initiative oder irgendein Gegenvorschlag, dass etwas gemacht werden muss, ist unbestritten, aber egal, was gemacht wird, es steht und fällt mit dem Fütterungsverbot. Ob sie in den Schlägen füttern oder nicht füttern, das spielt alles keine Rolle. Die Population steht und fällt mit dem Fütterungsverbot in der Stadt, egal welches Konzept Sie haben. Das wurde uns von der Fachfrau vom Amt für Wald und Wild bestätigt. Und damit spielt es im Prinzip für einen Pilot – und es ist ein Pilot, das ist zeitlich begrenzt, das ist nicht etwas, was weiterläuft, sondern aufgrund des Pilots werden dann Massnahmen ergriffen – für den Pilot spielt es keine Rolle, ob Sie drei oder fünf Taubenschläge bewilligen. Es spielt auch keine Rolle, ob Sie das drei oder vier Jahre laufen lassen. Es stimmt nicht, Béla Bartha, in der Kommission habe ich explizit gefragt, ob es irgendeinen wissenschaftlich begründeten Mehrwert gibt, wenn wir fünf statt drei Taubenschläge machen, oder ob wir den Pilot vier statt drei Jahre laufen lassen. Es wurde uns bestätigt, es spielt keine Rolle. Innerhalb von drei Jahren können Rückschlüsse gezogen werden, wie es weitergehen muss.

Dass es auf fünf Schläge und von drei auf vier Jahre erhöht worden ist, ist quasi ein Entgegenkommen für die Initianten, aber es war auch immer klar, dass die Initianten ihre Initiative nie zurückziehen würden. Jetzt kann man spekulieren, sagt die

Bevölkerung eher ja zum Gegenvorschlag, wenn es fünf Taubenschläge sind anstatt nur drei Taubenschläge, obwohl es ja nur ein Pilot ist. Diese Einschätzung teilt die Mitte-EVP-Fraktion nicht. Es wird nicht jemand die Initiative unterstützen, weil es nur drei Taubenschläge sind und nicht fünf Taubenschläge. Das ist eigentlich die Begründung, warum wir beim regierungsrätlichen Vorschlag bleiben und somit auch 330’000 Franken weniger Ausgaben tätigen. Wir sparen nicht, sondern wir geben einfach weniger aus, das im Hinblick auf die SVP, die auch immer fürs Sparen oder weniger Ausgeben ist.

Nun, wie auch immer, der Antrag steht, auf jeden Fall sind wir, egal, welcher Gegenvorschlag durchkommt, für den Gegenvorschlag und lehnen die Initiative ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen von Pascal Messerli, Oliver Thommen und Béla Bartha. Sie werden entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie argumentieren jetzt mit den Ausgaben. Hätte die Mitte nicht die Möglichkeit gehabt, während der Budgetdebatte einem bürgerlichen Antrag zu folgen, bei dem 19 Millionen hätten eingespart werden können?

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Entschuldigung, das wäre das Budget gewesen. Ich behaupte, die 19 Millionen beruhen quasi auf einem Finanzplan, nicht auf einem Budget.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen stellt die nächste Frage.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie haben gesagt, niemand würde seine Meinung ändern, egal ob es drei oder fünf Taubenschläge sind. Darum die Frage: bin ich niemand?

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Ich habe gesagt ich glaube. Das heisst, Sie würden die Initiative unterstützen, weil es nur drei Taubenschläge sind, und wenn es fünf wären, den Gegenvorschlag? Ja gut, dann gibt es halt eine Stimme weniger.

Balz Herter, Grossratspräsident: Béla Bartha hat das Wort.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Sind Sie der Meinung, dass zwei Jahre genügen würden und dass man genügend Daten hätte, um dann im dritten Jahr eine wirklich gute Aussage zu machen? Wir verlieren da einiges an Zeit.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Vielleicht mögen Sie sich nicht mehr erinnern, die Auswertung erfolgt nach drei Jahren und Regierungsrat Kaspar Sutter hat gesagt, dass nach drei Jahren dann nicht mehr einfach nicht mehr gefüttert wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Stadttauben sind nicht zur Freude von allen. Auch in Basel besteht Handlungsbedarf, was vom Initiativkomitee zu Recht aufgegriffen wurde. Die Initiative stellt jedoch sehr weitgehende Forderungen, die mit einem erheblichen organisatorischen Aufwand und hohen Kosten verbunden wären. Dabei ist je nach Ausführung die Wirksamkeit nicht gesichert. Der Regierungsrat hat einen Gegenvorschlag erarbeitet, der verschiedene Massnahmen kombiniert, Erfahrungswerte aus anderen Städten wurden dabei berücksichtigt. In einem dreijährigen Pilot sollen die Massnahmen erprobt sowie die Taubenpopulation erstmals systematisch erfasst und überwacht werden. Nur so wird ein Blindflug vermieden. Die anderen Massnahmen haben wir ebenfalls bereits gehört, auf die werde ich nicht weiter eingehen.

Im Unterschied zum Ratschlag des Regierungsrats fordert die UVEK die Einrichtung von fünf Taubenschlägen, um mehr Hotspots gezielt zu entschärfen. Das reicht vielleicht nicht, um die Population insgesamt zu reduzieren, aber – und da möchte ich Remo Gallacchi widersprechen – die umliegenden Quartiere werden natürlich entlastet, da die Tauben in den Schlägen brüten und koten, anstatt beispielsweise auf dem Balkon. Zudem beantragt die UVEK eine vierjährige Pilotphase.

Dies gewährleistet, dass Erfahrungen über einen ausreichend langen Zeitraum gesammelt und fundiert evaluiert werden können, bevor nach Ablauf der vier Jahre ein langfristiges Stadttaubenmanagement festgelegt wird.

Sowohl der Gegenvorschlag des Regierungsrats als auch jener der UVEK sehen im Unterschied zur Initiative das Töten von Tauben vor. Dies soll primär bei kranken Tieren sowie punktuell an Hotspots und bei einem Teil der Jungtiere erfolgen. Die Tauben benötigen einen gewissen Bruterfolg aus gesundheitlicher und ethischer Sicht und auch damit sie den Schlag nicht verlassen. Folglich können nicht alle Eier durch Attrappen ersetzt werden. Das Töten von Tieren soll nicht leichtfertig erfolgen und tut es auch hier nicht.

Als Alternative wird häufig die Vasektomie angeführt, die beispielsweise in Bern praktiziert wird. Dabei handelt es sich um einen interessanten Ansatz, dessen Wirksamkeit zwar vielversprechend, jedoch bislang nicht abschliessend belegt ist. Denn um eine effektive Reduktion der Population zu erreichen, müsste ein sehr grosser Anteil der männlichen Tauben eingefangen und sterilisiert werden. Diese Massnahme ist zudem äusserst zeit- und kostenintensiv und erfordert spezialisiertes Personal, das in Basel derzeit nicht verfügbar ist.

Der Ratschlag des Regierungsrats nimmt bereits viele Anliegen der Initiant:innen auf, der angepasste Ratschlag der UVEK kommt den Initiant:innen noch stärker entgegen, entlastet mehr Hotspots und bietet die Möglichkeit, das Taubenproblem anzugehen, wertvolle Erfahrungen zu sammeln und diese nach Abschluss des Pilotprojekts in ein langfristiges Stadttaubenkonzept einfliessen zu lassen. Somit kann das Problem nachhaltig in den Griff gekriegt werden. Die Regierung selbst möchte nicht an ihrem Gegenvorschlag festhalten, ich bitte Sie daher im Namen der SP, dem Gegenvorschlag der UVEK zuzustimmen und den Anzug von Harald Friedl abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat Nicole Strahm das Wort.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Es ist ein sehr emotionales Thema. Wir wissen alle, es gibt Taubenfreund:innen und Taubenfeind:innen, ein schmaler Grat und ich glaube, viel dazwischen gibt es nicht. Es wurde viel gesagt, ich bin fast am Ende der Rednerliste, ich möchte gar nicht mehr lange werden, aber nur noch eine kleine Symbolik für die heutige Zeit.

Die Taube hatte schon früh eine vielfältige kulturelle Bedeutung und wurde als Symbol für Frieden, Liebe, Hoffnung und Treue verehrt. Trotz grosser Symbolik und anhaltender Sympathie wird der Taubenstand aber zu gross, wird auch das Zusammenleben von Mensch und Tier problematisch. Deshalb auch aus unserer Sicht ganz klar, es muss etwas geschehen. Wir von der Fraktion LDP finden es schade, dass der Regierungsrat sein austariertes dreijähriges Pilotprojekt mit den drei sofort reaktivierbaren Taubenschlägen zurückgezogen hat. Es sind nämlich nur drei sofort reaktivierbare Taubenschläge und nicht fünf, die müssen aufwendiger wieder instandgestellt werden.

Wir unterstützen demnach den Änderungsantrag der Mitte-EVP. Remo Gallacchi hat die Gründe dazu schon ausreichend erläutert, das muss ich nicht mehr tun. Bei der Stichfrage empfehlen wir, den Gegenvorschlag vorzuziehen. Und den Anzug von Harald Friedl und Konsorten werden wir als erledigt betrachten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Fraktionssprechenden ist erschöpft. Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Christine Keller hat das Wort.

Christine Keller (SP): Die SP ist offen in der Frage der Initiative. Es wurde, glaube ich, nicht überall korrekt mitgeteilt, erst nachträglich, aber nur damit auch sich alle bewusst sind, wir sind offen und ich darf hier sprechen für diejenigen, die die Initiative befürworten, aber auch dem Gegenvorschlag als Verbesserung gegenüber heute auch zustimmen werden. Allerdings, wie gesagt, hier spreche ich für die Initiative.

Die Taube ist ja seit 1’000 Jahren als Haustier gehalten, das ist unbestritten. Sie kommt nicht von hier, sie kommt von Nordafrika oder Asien. Sie wurde gehalten wegen ihres Fleisches oder als Brieftaube. Sie ist heute eine Pariaform. Der Streit, den Regierungsrat Kaspar Sutter angesprochen hat, ob es jetzt eine Haus- oder Wildtaube ist, ist einer, aber von mir aus gesehen nicht der entscheidende Grund hier in der Haltung zur Initiative. Entscheidend ist ja letztlich, wie man mit diesem Tier umgeht und nicht, ob man es jetzt als Haus- oder Wildtier ansehen. Sicher ist, dass unser Jagdgesetz ausdrücklich vorgibt, dass wir, wenn wir das wollen, selbstverständlich Tiere, auch wenn sie national als Wildtiere gelten, von der Jagd ausnehmen können. Es ist also keineswegs so, dass wir verpflichtet wären, diese Tiere zu jagen.

Die Taube ist ursprünglich aus der Felstaube vom Menschen gezüchtet worden, deshalb sucht sie sich Fassaden, die sie an die ursprünglichen Felsen erinnern. Sie kann nicht, selbst wenn sie es wollte, unsere Städte verlassen und ich muss mich wehren gegen die Haltung, dass das Wildtier für sich selbst sorgen kann. Das kann es eben nicht. Wir Menschen haben es in die Stadt gebracht und wir haben diesem Tier gegenüber eine gewisse Verpflichtung, eine moralische Verpflichtung. Hinzu

kommt, dass es tatsächlich ja auch ein Problem der Menschen ist, wenn Tauben unerwünscht nisten und die Fassaden verschmutzen. Es ist also einmal mehr eine gute Lösung für Mensch und Tier, wenn wir hier eine humane, tierschutzgerechte Lösung, die eben auch wirkt, finden.

Und das Traurige ist, dass das, was am meisten stört bei der Verschmutzung durch Tauben, diese hässlichen «Schlircken», Hungerkot ist, das ist sozusagen Durchfall der Tiere. Würde man sie artgerecht füttern, hätte man dieses Problem weit weniger. Es wurde schon oft gesagt, ein grosser Unterschied, der auch für mich und den Teil der SP, der die Initiative befürwortet, wichtig ist, ist tatsächlich diese sogenannte Entnahme, ein grauenhaftes Wort für Tötung von Jungtauben aus den Schlägen, wo es nötig wird, was die Tiere eben gerade nicht zur Bindung an den Schlag führen wird, ganz im Gegenteil. Wir wissen auch, dass die Tötung von Tieren, wie es hier angeblich ausnahmsweise und diskret erfolgen soll, eben das Problem nicht löst, zwar auch nicht an Hotspots, im Gegenteil. Das Land Niedersachsen hat schon seit 1998 solche Konzepte in verschiedenen Städten gehabt und bei seiner Auswertung 20 Jahre später festgehalten, dass diese Tötung nichts bringt, sondern im Gegenteil sogar wieder Tauben anlockt an die verwaisten Plätze. Also auch in den Hotspots bringt das nichts und es ist nicht wahr, dass das diskret gemacht wird. Ich erhielt schon entsetzte Anrufe, dass beim SBB Tauben geschossen werden.

Also wie gesagt, ich wende mich gegen ein Konzept, das auch die Tötung vorsieht im Gegensatz zur Initiative. Dies ist nicht nur tierschutzwidrig, sondern löst das Problem nur ganz kurzfristig im Sinne einer St. Florians-Politik. Als letztes vielleicht noch zur Frage, warum immer ein Pilot? Das hat Luca Urgese kürzlich in einer viel beachteten Kolumne angesprochen. Basel glaubt immer, alles neu erfinden zu müssen, das ist nicht nötig, im Ausland hat man seit 20 Jahren Erfahrung mit solchen Konzepten, wie sie jetzt die Initiative vorsieht und ich bitte Sie daher, der Initiative zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Jetzt hat Christine Keller schon ein bisschen die Harmonie gestört, darum bin ich froh, dann bin ich jetzt nicht der erste da, der da ein bisschen Gas gibt. Mir kommt es so vor, als erkenne ich hier bei diesem ganzen Verfahren ein altbekanntes Muster. Schon nach der ersten Beantwortung meines Anzugs, der schon ein paar Jahre auf dem Buckel hat, war mir klar, dass der Regierungsrat das Thema des Stadttaubenkonzepts zu wenig ernst nimmt und meiner Meinung nach taktisch auch versucht, ein wenig herauszuzögern. Nun musste er aufgrund einer Volksinitiative – und sie wurde auch schon gewürdigt, da waren sehr engagierte Leute unterwegs und haben da in kurzer Zeit die Unterschriften zusammenbekommen – gezwungen, Vorschläge zu machen.

Ich habe noch selten hier in diesem Grossen Rat Debatten gehört, wo das Wort Handlungsbedarf so oft genannt wurde. Also da ist jetzt etwas gegangen. Leider war der Vorschlag des Regierungsrats zum Gegenvorschlag in meinen Augen, und nicht nur in meinen Augen, das trifft auch für die Initiantinnen zu, zu unambitioniert und ungenügend. Anstelle eines grossflächigen Konzepts präsentiert er wieder einmal ein Pilotprojekt, wie wir es in unserem Kanton schon zur Genüge kennen. Die Pointe oder der Hinweis auf die Kolumne von Luca Urgese wurde auch schon Christine Keller erwähnt, sie ist wirklich sehr lesenswert. Wiederum macht der Kanton ein Pilotprojekt für etwas, das an anderen Orten etabliert ist. Das Beispiel Bern wurde auch schon von mir erwähnt, als es um die Beantwortung meines Anzugs ging. Ich bitte Sie, werfen Sie auch einmal einen Blick dorthin, ich denke, dort ist wirklich einiges aufgegleist und das funktioniert gut.

Ich habe also das Gefühl, der Regierungsrat hat das Setting des Pilots so aufgestellt und gewählt, dass es schon fast zum Scheitern verurteilt sein muss. Die Grösse des Pilots ist meiner Meinung nach wirklich unzureichend, um dann wirklich eine Aussage machen zu können. Vielleicht wäre es besser gewesen, sich wirklich auf ein Quartier zu konzentrieren.

Ich habe den Bericht der UVEK mit grossem Interesse gelesen und weiss die Arbeit der Kommission sehr zu schätzen. Der Bericht ist gut und nachvollziehbar und hat die Meinungen in der Kommission sehr gut wiedergegeben. Ich befürworte natürlich auch die Verbesserungen der UVEK gegenüber dem Vorschlag des Regierungsrats und werde diesen schlussendlich auch zustimmen. Am wichtigsten erscheint mir bei den Verbesserungen, dass der Regierungsrat nur nach drei Jahren schon ein Fazit ziehen muss und dann nicht schon die Schläge geschlossen werden, sodass der Versuch wenigstens weiterläuft. Dies ist übrigens ein Fortschritt, den wir uns auch bei den Superblocks gewünscht hätten.

Sie spüren meine Enttäuschung zu den Gegenvorschlägen, ich werde aber, wie schon gesagt, den Gegenvorschlag der UVEK unterstützen, weil er endlich eine Handlung gibt und ein Anfang sein könnte. Ich werde aber auch als einer der wenigen der Initiative zustimmen, weil darin ein Konzept verlangt wird, wie es übrigens auch mein Anzug zwar nicht verlangt aber vorschlägt, daher sehe ich da gewisse Verknüpfungen von meinem Anzug mit der Initiative.

Ganz zum Schluss noch ein paar Worte zu meinem Anzug, auch wenn es vergeblich scheint, wenn ich die Kreuztabelle anschaue. Ich bin nicht der Meinung, dass er abgeschrieben werden muss. Sie können das auch nachlesen im UVEK-Bericht, da gibt es eine Minderheit und ich finde, das wurde da sehr gut wiedergegeben. Es ist sehr gut nachvollziehbar. Beim Stehenlassen des Anzugs wäre die Gelegenheit da, nach zwei Jahren uns ein Zwischenfazit bei der Beantwortung des

Anzugs mitzuteilen und auch vielleicht schon Verbesserungen anzubringen. Auf jeden Fall bitte ich Sie, meinen Anzug stehen zu lassen und den Rest habe ich ja vorher schon erläutert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist jetzt erschöpft, Regierungsrat Kaspar Sutter hat das Wort. Er verzichtet. Somit hat das Wort Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich möchte auf einzelne Punkte kurz eingehen. Zuerst zur philosophischen Differenz, die Regierungsrat Kaspar Sutter erwähnt hat, betreffend Haustier oder Wildtier. Diese Frage war für die Beratung in der UVEK nicht ausschlaggebend. Für uns stand wirklich im Vordergrund der Debatte, welche Kombination von Massnahmen für ein wirkungsvolles und gleichzeitig tiergerechtes Stadttaubenmanagement in einem Pilot zielführend ist. Wir haben einzelne Massnahmen diskutiert und nicht versucht, Bundesrecht wieder umzustellen mit kantonalem Recht. Wir haben festgelegt, dass es ein Konzept braucht und dieses Konzept braucht es unabhängig davon, ob das Tier ein Haustier oder ein Wildtier ist, und dass die Learnings aus dem Gegenvorschlag zwingend auch in ein Konzept fliessen.

Kurz zu den Jungvögeln, Christine Keller hat diese erwähnt. So wie sie es dargestellt hat, ist das nicht der Fall. Die werden nicht einfach per se entnommen aus den Schlägen. Ich habe in meinem Einstiegsvotum bereits erläutert, wie das zu verstehen ist und verweise darauf.

Nun noch zur Wirkung von Massnahmen auf die Populationsgrösse beziehungsweise die Anzahl der Tauben. Dies wurde in mehreren Voten erwähnt. Ich bestätige, die Kommission hat die Auskunft erhalten, dass die Verfügbarkeit von Futter und auch die Verfügbarkeit von Brutplätzen einen Einfluss hat auf die Fortpflanzung. Das ist unbestritten, ich denke, das ist für sehr viele oder fast eigentlich alle Tierarten unbestritten. Wir haben jedoch auch die Auskunft erhalten, dass es wissenschaftlich umstritten ist, ob der Eiertausch in Schlägen einen Einfluss hat auf die Populationsgrösse. Weil durch Taubenschläge werden Brutplätze geschaffen und es wird auch dort gefüttert, gleichzeitig wird darin aber auch die Fortpflanzung kontrolliert. Entsprechend ist es umso wichtiger, dass der Kanton am Ende des Jahres 3 und ganz am Anfang von dem Pilot auch eine Wirkungskontrolle macht und ein Gesundheitsscreening, um eben dieser Frage nachzugehen, wie denn dieser Effekt der Schläge auch ist.

Man muss auch bedenken, und das wurde in der UVEK auch diskutiert, dass das Fütterungsverbot einfacher vermittelt werden kann, wenn die Menschen wissen, dass in den Schlägen gefüttert wird, was ja der Fall ist. Zudem halten sich Tauben auch weniger im öffentlichen Raum auf, wenn sie Schläge zur Verfügung haben, und sie pflanzen sich weniger fort. Wichtig ist daher wirklich, dies zu prüfen. Wir haben auch in andere Städte geschaut, Harald Friedl hat es erwähnt, in Bern beispielsweise werden die männlichen Tauben sterilisiert. Wir schlagen sehr viele Massnahmen vor, gehen mit eigentlich den meisten Massnahmen auch einig mit dem ursprünglichen Ratschlag der Regierung und schlagen wirklich vor, dass wir mit diesen Massnahmen den Basler Weg entwickeln im Umgang mit unseren Tauben. Besten Dank für die lebendige Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 16 des Berichts.

Titel und Ingress, I Gegenvorschlag, Text der Initiative, Ausgabenbericht für ein vierjähriges Pilotprojekt. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen Mitte, EVP, LDP und FDP vor. Sie beantragen, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen, ein dreijähriges Pilotprojekt mit Kosten von 517’000 Franken. Das Wort hätte der Antragsteller. Er verzichtet. Wünscht die Kommissionssprecherin das Wort? Sie verzichtet. Ich habe auch sonst keine Sprechenden. Regierungsrat Kaspar Sutter verzichtet ebenfalls. Somit kommen wir zur ersten Abstimmung in diesem Geschäft.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der UVEK, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktionen Mitte/EVP, LDP & FDP.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 29 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008044, 07.01.26 17:08:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der UVEK zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich klar für den Antrag der UVEK entschieden mit 63 gegen 29 Stimmen.

Die Kommission beantragt der Initiative den Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag. Wenn Sie dem Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung zustimmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt. Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung. Wir starten auch hier die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf einen Gegenvorschlag.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008046, 07.01.26 17:09:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben mit 93 Stimmen einstimmig für einen Gegenvorschlag gestimmt.

Wir fahren fort mit der Detailberatung, II Unterstellung ausserordentliches obligatorisches Referendum, III weitere Behandlung.

Die Kommission beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung empfehlen. Christine Keller und Harald Friedl beantragen, die Initiative den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen. Es würde auch hier eine Debatte geben. Gibt es Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schreiten wir auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Empfehlung auf Verwerfung, NEIN heisst Empfehlung auf Annahme.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 15 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008048, 07.01.26 17:10:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Gegenvorschlag

Im Sinne eines Gegenvorschlags zu der von 3’035 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten ein-gereichten, vom Grossen Rat in seiner Sitzung vom 20. August 2024 an den Regierungsrat überwiesenen, unformulierten Volksinitiative für ein «Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt» mit dem folgenden Wortlaut:

«Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

2020 wurden in Basel-Stadt alle Taubenschläge geschlossen und somit das Basler Taubenkonzept für beendet erklärt. Es ist jetzt an der Zeit für ein neues, zeitgemässes Stadttaubenkonzept für Kanton Basel-Stadt, welches die ungelöste Stadttaubenproblematik nachhaltig angeht. Es soll ein tierschutzgerechtes Konzept zur Regulierung und Reduzierung der Stadttauben erarbeitet und umgesetzt werden, das zum Wohle von Mensch & Tier ist. In Anlehnung an das Augsburger

Stadttaubenkonzept, das von vielen europäischen Städten als Vorbild genommen wird, soll Kanton Basel-Stadt ein eigenständiges Stadttaubenkonzept anstreben.

Das angestrebte Stadttaubenkonzept soll folgende, wesentliche Punkte beinhalten:

1. *Ziel ist die langfristige Reduktion der städtischen Taubenpopulation auf ca. 3000-4000 Tauben anhand der unten angegebenen Massnahmen.*

2. *Eröffnung von mind. einem Taubenschlag pro Quartier, in denen eine Taubenpopulation von mehr als 50 Tauben angesiedelt sind.*

3. *Versorgung mit artgerechtem Futter in den Taubenschlägen und ein gezieltes Anfüttern der Tauben während der Einführungsphase zu den neuen Taubenschlägen.*

4. *Kontrolle der Taubenpopulation durch Austausch der Eier gegen Attrappen. Keine Tötung von Tauben. Ausnahme: Aus tierschutzrechtlicher Sicht ist die Erlösung von kranken/verletzten Tauben, die stark leiden, durch fachgerechte Euthanasie zu ermöglichen.*

5. *Tierärztliche Versorgung von kranken und verletzten Tauben, wie auch offizielle Pflegeplätze und ggfs. Dauerpflegeplätze.*

6. *Um die Tauben an die neu installierten Taubenschläge zu binden und den langfristigen Erfolg des Projektes zu sichern, ist am Fütterungsverbot (§ 21 Abs. 1, ÜStG) ausserhalb der Taubenschläge weiterhin festzuhalten.*

7. *Integration einer vogelkundigen Fachstelle beim Kanton Basel-Stadt für die Aufklärung der Bevölkerung und eine offene, transparente Kommunikation durch rechtzeitige und umfängliche Bereitstellung von Informationen.»*

wird beschlossen:

Ausgabenbericht für ein vierjähriges Pilotprojekt «Reaktivierung von fünf Taubenschlägen und Begleitmassnahmen in der Stadt Basel»

1. Der Grosse Rat bewilligt den Gesamtbetrag von Fr. 830'000 für das vierjährige Pilotprojekt «Reaktivierung von fünf Taubenschlägen und Begleitmassnahmen in der Stadt Basel», aufgeteilt in vier Jahrestranchen von Fr. 254’500 für das erste Jahr, Fr. 181’000 für das zweite Jahr, Fr. 213’500 für das dritte Jahr und Fr. 181’500 für das vierte Jahr.

2. Der Grosse Rat beauftragt den Regierungsrat, nach Ablauf des dritten Jahres des vierjährigen Pilotprojekts anhand der gewonnenen Erkenntnisse geeignete Massnahmen in einem Stadttaubenkonzept festzuhalten und dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Falls notwendig, legt der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Teilrevision des Wildtier- und Jagdgesetzes vom 27. Oktober 2021 (WJG, SG 912.200) vor.

II. Unterstellung unter das ausserordentliche obligatorische Referendum

Der unter I. aufgeführte Grossratsbeschluss (Gegenvorschlag) wird dem ausserordentlichen obligatorischen Referendum gemäss § 51 Abs. 2 KV unterstellt.

III. Weitere Behandlung

Die kantonale Volksinitiative für ein «Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter I. aufgeführten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative zu verwerfen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative arbeitet der Grosse Rat unverzüglich eine entsprechende Vorlage aus.

Wenn das Initiativbegehren zurückgezogen wird, ist der Grossratsbeschluss (Gegenvorschlag) den Stimmberechtigten zur Abstimmung zu unterbreiten.

IV. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie empfehlen die Initiative zur Verwerfung mit 73 gegen 15 Stimmen bei 6 Enthaltungen.

IV Publikation. Damit ist der Grossratsbeschluss bereinigt und das Geschäft erledigt.

9.1. Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Einrichtung eines Stadttaubenkonzepts, Bericht der UVEK

[07.01.26 17:10:54, 22.5040.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Fraktion GRÜNE/jgb beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Auch hier hätten wir wieder die obligate Reihenfolge. Sie verzichten, auch sonst gibt es keine Sprechenden. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag UVEK, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Grüne/jgb

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008050, 07.01.26 17:11:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 70 gegen 18 Stimmen bei einer Enthaltung für Abschreiben entschieden. Das Geschäft ist erledigt.

10. Finanzierung der weiteren Arbeit im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel. Erster Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten sowie Kenntnisnahme der Vorstudie Stadtraum Bahnhof SBB. Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die weitere Koordination und Planung im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Bericht der UVEK

[07.01.26 17:11:57, 24.1443.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, den Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen und der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Dieses Geschäft ist nach der Margarethenbrücke und dem Ratschlag zur Peter Merian-Brücke inklusive den Veloabstellanlagen Süd das dritte Bahnknotengeschäft eines Viererpacks. Als nächstes Traktandum nächste Woche kommt dann das vierte und das letzte.

Das vorliegende Geschäft ist eigentlich mehrere Geschäfte in einem. Die UVEK hat daher auch in insgesamt zehn Sitzungen über dieses Geschäft beraten. Es geht einerseits um den Zwischenbericht der bisherigen Arbeiten. Diesen beantragt die UVEK zur Kenntnis zu nehmen. Dann werden weitere Gelder beantragt für die weiteren Planungsarbeiten, insgesamt 5,59 Millionen. Diese waren grundsätzlich unbestritten, bis auf die Massnahmen für das Lobbying und Stakeholdermanagement. Darüber haben wir diskutiert und einige Abklärungen getroffen. Sie sind im Bericht umfassend abgebildet. Ich verzichte

darauf, diese zu wiederholen. Und letztlich beantragt die UVEK mit klarer Mehrheit jedoch auch hier, den 850’000 Franken, verteilt auf drei Jahre, zuzustimmen.

Die Mehrheit der Gelder von diesen 3,59 Mio. Franken sind Gelder für die beim Kanton anfallenden Planungen an kantonalen Infrastrukturen rund um den Ausbau des Bahnknotens. Wir gingen während der Beratung davon aus, dass sich diese Planungen am Herzstück orientieren. Während der Kommissionsberatung wurde bereits klar, dass das Herzstück teurer kommt als erwartet und dass es schwierig wird mit den Bundesgeldern dafür. Das Herzstück wurde im vielzitierten ETH-Gutachten depriorisiert, doch die Kommission sah darin keinen Anlass, keine weiteren Planungsgelder für kantonale Infrastrukturen zu sprechen oder keine Gelder für das Lobbying und Stakeholdermanagement zu sprechen oder die Koordinationsarbeiten des Bahnknotenausbaus nicht auszubauen.

Der Bahnknoten Basel ist an seinen Kapazitätsgrenzen und um die Kapazitäten für den Fern- und Güterverkehr auszubauen und gleichzeitig das S-Bahnnetz weiterzuentwickeln, braucht es weitere Planung, namentlich in einem ersten Schritt den Tiefbahnhof und darauf aufbauend eine unterirdische Verbindung der Bahnhöfe SBB, Badisch Bahnhof und St. Johann je nach Projekt. Das ist nicht einfach eine Idee der Kantone BS und BL. Die Auslöser der Planungsarbeiten, für die wir jetzt Gelder sprechen, sind primär auch die Bestrebungen von BAV und SBB, den Kapazitätsausbau des Bahnknotens hier voranzutreiben. Der Kanton muss da Schritt halten können und die Notwendigkeit eines Kapazitätsausbaus bleibt bestehen, unabhängig des Herzstücks.

Die Stadträume und das ÖV-Netz auf den Bahnausbau anzupassen und als Kanton auch da Schritt zu halten mit den Bundesplanungen ist und bleibt wichtig und wir beantragen deshalb einstimmig bei drei Enthaltungen der Erhöhung der Ausgabenbewilligung um 3,59 Mio. Franken, also der damaligen Ausgabenbewilligung des Ratschlags 1, und dieser Ausgabenbewilligung um 5,59 Mio. Franken zuzustimmen.

Nach Abschluss der Kommissionsberatung hat die UVEK im Dezember von der Medienkommunikation der beiden Regierungen BS und BL Kenntnis genommen. Die Regierungen beider Basel möchten sich neu anstelle des Herzstücks auf eine Durchmesserlinie fokussieren. Die UVEK hat daraufhin geprüft, ob sie Handlungsbedarf sieht. Wir sahen jedoch keinen. Die UVEK bedauert, dass die Kantone sich neu auf die Durchmesserlinie konzentrieren, sie hat jedoch gleichzeitig auch Verständnis dafür, dass das Herzstück beim Bund schlechte Chancen zu haben scheint. Wir wünschen uns, dass der Bund die Notwendigkeit des Kapazitätsausbaus von unserem Bahnknoten anerkennt und den Tiefbahnhof Basel SBB in die Botschaft 2026 aufnimmt. Auch mit Fokussierung auf die Durchmesserlinie braucht es einen Tiefbahnhof und damit auch weitere Planungsarbeiten, die beantragten Gelder bleiben also aktuell.

Nun komme ich zum zweiten Teil des Ratschlags, der Studie Stadtraum Basel SBB. Der Regierungsrat beantragt hier die Kenntnisnahme und in der Studie wird die Gestaltung des öffentlichen Raumes rund um den Bahnhof dargelegt. Die Regierung hat darum gebeten, dass die UVEK zu dieser Gestaltung auch explizit politisch Stellung bezieht. Diesem Wunsch ist die UVEK nachgekommen mit einem umfassenden Bericht und mehreren Stellungnahmen. Ich verzichte darauf, alles mündlich zu wiederholen. Wo notwendig werde ich im zweiten Votum noch auf Dinge aus der Debatte eingehen.

Summa summarum kann ich jedoch sagen, dass die Stossrichtung der Studie in der Kommission eine Mehrheit findet. Dies trifft zu auf die MIV-Einspurigkeit der Margarethenbrücke, die alternative Verkehrsführung eines Teils des Autoverkehrs über die Meret Oppenheimstrasse, die Schaffung eines Markthallenplatzes, den Abriss des Markthallenviaduktes und die Schaffung eines neuen Margarethenparks. In unserem mündlichen Bericht zur Margarethenbrücke haben wir zudem in Aussicht gestellt, beim vorliegenden Geschäft umfassend zur Neugestaltung der Margarethenbrücke Stellung zu beziehen. Die UVEK hat dies in ihrem Bericht gemacht. Da während der Beratung auch das Wettbewerbsverfahren abgeschlossen wurde, haben wir auch direkt zum Siegerprojekt Stellung bezogen.

Das Siegerprojekt stösst in der UVEK ausnahmslos auf Zuspruch. Im Bericht hat die UVEK einige Anregungen und politische Einschätzung zur weiteren Ausarbeitung des Projekts gemacht. Hervorheben möchte ich insbesondere, dass die Hilfsbrücke während der Bauzeit eine sichere und attraktive Fuss- und Veloverbindung vom Gundeli über die Gleise und zurück durchgehend während der Bauzeit anbieten muss. Eine Integration der Hilfsbrücke in das Bauprojekt anstelle einer separaten Brücke ist für die UVEK daher nur unter diesen Bedingungen akzeptabel. Wir werden beim nächsten Geschäft dann nächste Woche nochmals auf diese Thematik und die Hilfsbrücke zu sprechen kommen, wenn es dann um die Querungen, Brücken und Unterführungen rund um den Bahnhof geht. Die UVEK wünscht sich zudem, dass der Grosse Rat auch über mögliche Zusatzmodule entscheiden kann, welche die SBB nicht finanzieren würden.

Abschliessend noch zu den zwei Vorstössen. Der Regierungsrat beantragte, sowohl die Motion Leuthardt als auch die Motion Vitelli stehen zu lassen, bis die Ausgabenbewilligung zur Margarethenbrücke vorliegt. Dieser Antrag hat in der Kommission eine Mehrheit gefunden. Wir beantragen daher mit 8 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen, beide Vorstösse stehen zu lassen und nun bin ich gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir in die Debatte einsteigen, hat Regierungsrätin Esther Keller noch das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte der Kommission ganz herzlich danken für die sehr sorgfältige Beratung dieses grossen Geschäfts. Sie haben einige der Ausführungen gehört. Das war ja, wie gesagt, Teil von mehreren Geschäften, auch rund um den Bahnausbau und ein Teil ist bereits beraten und verabschiedet. Natürlich hat mich auch von verschiedener Seite die Frage erreicht, ob es jetzt diesen Ratschlag überhaupt braucht, ob es diese Ausgaben angesichts des Berichts Weidmann braucht, und ich kann Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen, ja, diesen Ausgabenbericht braucht es unbedingt.

Die Regierungen haben vor Weihnachten bekannt gegeben, dass sie sich beim Bahnausbau auf diese Durchmesserlinie fokussieren möchten. Ich habe das heute Nachmittag anlässlich einer Interpellation etwas länger ausführen können. Hintergrund ist die neue Ausgangslage, dass im Bericht des ETH-Professors Weidmann klar wurde, auch im Umfeld der teureren Bahnprojekte, dass das Herzstück in dieser Form, wie man es bisher geplant hat, einfach zu teuer ist, zu lange gedauert angesichts auch des beschränkten Finanzrahmens.

Und nun wollen wir eben auf diese reine Durchmesserlinie fokussieren und diese dafür rasch umsetzen. Konkret soll die Region endlich ein echtes S-Bahn-Netz erhalten. Denken Sie an Zürich, wo das S-Bahn-Netz das Rückgrat der Wirtschaftsregion ist, immer noch ausgebaut wird und einen grossen Effekt hat, auch volkswirtschaftlich. Ich darf vielleicht nochmals um die Grafik bitten von heute Nachmittag. Diejenigen, die im Saal waren, haben es schon gesehen, für die anderen möchte ich es gerne nochmals zeigen. Was Sie hier sehen, ist eine schematische Darstellung dessen, was wir vorhaben mit dieser Durchmesserlinie. Sie sehen die beiden Bahnhöfe Basel SBB und Basel Badisch Bahnhof und alle roten Linien sind eben diejenigen, die neu möglich sind mit einer Durchmesserlinie. Weshalb ist es so wichtig, dass sie nicht oben in den Badisch-Bahnhof fahren, dann dort wieder kehren und dann über den Ostweg quasi zum Basel SBB und dann weiter? Es ist eben wichtig, weil jede Kehrtwende eines Zugs Zeit braucht. Wer aus Riehen hierherkommt oder nach Basel SBB möchte, kann davon ein Lied singen, da sitzen Sie aktuell sieben Minuten im Zug und warten einfach, bis er weiterfährt, weil es eben ein Sackbahnhof ist. Das ist äusserst ärgerlich und führt natürlich dazu, dass die S-Bahn unattraktiv ist.

Und mit dieser Durchmesserlinie zwischen Badisch Bahnhof und Basel SBB ist es möglich, durchzufahren, dann sind Sie in wenigen Minuten von Riehen beispielsweise am Basel SBB oder weiter ins Birstal, ins Ergolztal, ins Fricktal. Auch umgekehrt, überlegen Sie all die Arbeitsplätze im Birstal, ich denke da an Arlesheim, Abtaun oder umgekehrt an all die Wohnorte, die Wohnungen, die dort sind, die Wohngebiete, die vielleicht gerne in den Norden von Basel gehen würden, ins künftige Klybeck oder ins Rosentalgebiet zur Roche und so weiter. Also es ist, ich betone es nochmal, volkswirtschaftlich relevant, dass wir hier ein attraktives S-Bahn-Netz haben. Und wenn ich 50 Haltestellen aufheben könnte eines Trams oder der verschiedenen Tramlinien, niemals wären die Trams schnell genug, um eine echte S-Bahn zu ersetzen. Und deshalb – wir haben schon viel darüber gesprochen, wir warten schon sehr lange in Basel-Stadt auf diesen Bahnausbau – ist es wichtig, dass wir uns jetzt wirklich geeint dafür einsetzen.

Die Fokussierung auf die Durchmesserlinie ist nicht nur ein Befreiungsschlag, jetzt auch im aktuellen Umfeld ein Angebot an den Bund, uns noch einen Platz zu verschaffen in der nächsten Botschaft innerhalb dieses Verkehrs 45, es bedeutet auch, dass diese S-Bahn-Verbindungen früher kommen können. Sie wissen, die Zahl 2080, die durch die Medien gegeistert ist, die eben bei einem Vollausbau der Zielhorizont gewesen wäre, natürlich auch für den Güter- und für den Fernverkehr und alles, was noch geleistet worden wäre, aber wir sind uns einig, das ist zu lange, so lange wollen wir nicht warten.

Und jetzt komme ich zurück zu diesem Ausgabenbericht jetzt. Es gibt zwei Gründe, weshalb Sie wirklich diesem Ausgabenbericht zustimmen sollten. Einerseits ist es jetzt mal eine Stossrichtung, eine vertiefte grundsätzlich, wir haben über diese Planungen auch schon vor ein paar Jahren nachgedacht. Das Bundesamt für Verkehr war im Lead die letzten Jahre. Man hat eine andere Stossrichtung verfolgt, aber wir müssen diese Stossrichtung jetzt vertiefen und dazu brauchen wir auch auf Seiten Kanton personelle Ressourcen. Und das ist Teil dieses Ausgabenberichts.

Dann müssen wir uns auch vorbereiten. Wenn es eben schneller geht, was ich sehr hoffe und davon ausgehe, dass der Bundesrat das eben in den Eckwerten so beschliesst, dass Basel das weiterverfolgen kann, dann müssen wir die ganzen Bauwerke rund um den Bahnhof SBB fit machen. Wir werden mehr Passagierströme sehen, wir können das heute mit den jetzigen Bauwerken und der heutigen Gestaltung der Umgebung nicht bewältigen und das braucht Zeit. Sie können sich das vorstellen, da wird es auch Mitwirkungsverfahren geben und so weiter, also das braucht Zeit und eben auch personelle Ressourcen.

Last but not least, das etwas umstrittene Wort Lobbying, das immer wieder auftraucht, das offenbar auch ein bisschen was Anrüchiges hat, glauben Sie mir, das ist es nicht. Alle Regionen kämpfen in Bern um ihren Teil des Kuchens. Weshalb? Das klingt etwas banal, aber das Geld ist einfach begrenzt. Und es ist so, dass man sich in Bern dafür einsetzen muss, dass die Argumente gehört werden, dass es hier in Basel eben beispielsweise nicht nur um die S-Bahn geht, sondern dass wir so auch Kapazitäten für den Fern- und Güterverkehr schaffen, was wiederum der Schweiz zugutekommt. Und wir müssen uns in Bern hören lassen, wir müssen Kontakt suchen mit Bundesparlamentarier:innen, wenn es dann Richtung Botschaft geht, und dafür braucht es gewisse Mittel.

Der Bahnkongress, der in zehn Tagen stattfindet, ist ein sehr gutes Gefäss. Da kommt die ganze Bahnwelt nach Basel, wir haben auch dieses Jahr wieder ein wirklich gutes Programm mit dem CEO, auch der SBB, mit Bundesrat Albert Rösti. Aber auch darin, klar, stecken viel Organisation und Ressourcen.

Deshalb, ich darf nochmal zusammenfassen: Ich finde es ist heute wirklich ein wichtiges Zeichen nach Bern. Wir stehen kurz vor dem Entscheid des Bundesrats, der entweder für oder gegen Basel ausfällt. Es ist ein wichtiges Zeichen heute nach Bern, dass wir sagen, wir möchten diesen Bahnausbau, wir möchten diese Durchmesserlinie und wir sind bereit, auf unserer Seite die personellen Ressourcen dafür bereitzustellen. Deshalb bittet Sie der Regierung um Zustimmung und jetzt bin ich auch gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Diese starten wir jetzt mit Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Der Bund ist leider keine Eier legende Wollmilchsau. Nach Jahrzehnten der Planung ist das Projekt Herzstück für Basel Geschichte weit zu teuer. Diese Erkenntnis ist ernüchternd, eine sorgfältig, professionell und mit viel Herzblut erstellte Arbeit zum jahrzehntelangen Konzept Herzstück wird kaum gewürdigt und wurde für uns alle überraschend mit einem Satz von der Basler und der Baselbieter Regierung beerdigt. Um in Bundesbern dennoch zu retten, was zu retten ist, gilt nun das erklärte Ziel, und das als Quantensprung, eine einzelne S-Bahn-Tunnelachse als reine Durchmesserlinie vom Bahnhof SBB zum Badischen Bahnhof, und das ohne unterirdische Haltestellen in der Innenstadt oder sonst wo. Für dieses Projekt bestehen derzeit weder planerische Klarheit noch eindeutige Zuständigkeiten, geschweige denn Visionen zur Verkehrsführung. Aber eine erste Lobbying-Massnahme ist dabei schon erkennbar, eine zürcherische Nomenklatur.

Mit der Schrumpfung auf eine S-Bahn-Durchmesserlinie geht auch eine markante Verkleinerung des geplanten Tiefbahnhofs SBB einher. Statt vier Gleise sind nur noch zwei vorgesehen. Gleichwohl soll der Tiefbahnhof gebaut werden. Bevor wir uns aber erneut hoffnungsvoll in ein neues Projekt verlieben, dessen Attraktivität, Nutzen und tatsächlicher Bedarf von beiden Regierungen erstaunlich rasch abgeklärt wurden, stellt sich für mich die Frage, ob das reduzierte Herzstücklein dasselbe leistungsfähige S-Bahn-Netz bieten kann und dieselbe langfristige regionale Bedeutung haben wird. Ferner scheint mir fraglich, ob die vorgesehene Redimensionierung nicht zwangsläufig auch eine Reduktion der vorgesehenen Vorleistungsinvestitionen erforderlich macht. Es muss schon transparent dargelegt werden, dass hier Ausgaben als Vorleistungen für die weitere Planung geleistet werden, und zwar einzig und allein, um sicherzustellen, dass Basel weiterhin an vorderster Front nationaler Bahninfrastrukturplanung mitwirken kann und unsere Schlüsselinfrastrukturprojekte nicht vollständig ins Stoppen geraten.

Gleichzeitig sind meines Erachtens Ausgaben für Planung und Projektierung dort zu begrenzen, wo es möglich ist. Unnötige Kosten, etwa für die Ausbauplanung des S-Bahn-Netzes im und zum Klybeck, sind zu stoppen, da sie durch die Reduktion ja hinfällig sind. Ich befürworte sowieso alle möglichen Einsparungen, denn es ist kaum nachvollziehbar, wieso das redimensionierte Projekt dieselben weiteren Planungskosten verursachen sollte wie die ursprüngliche Vollversion. Ich finde, es sollte schon deutlich werden, dass in und aus unserer Region kein vergoldetes weiteres Projekt nach Bern geschickt wird, sondern ein realistisches, zeitnah umsetzbares und vor allem notwendiges Projekt für alle Beteiligten.

Anderes Thema, die Vorstudie Stadtraum Bahnhof SBB Basel: Die vom BVD geplanten Ausbauwünsche und Verkehrsführungen auf der Margarethenbrücke und in der weiteren Umgebung teilen wir nicht vorbehaltlos. Hier haben wir eine differenzierte eigene Haltung. Die mediale Charakterisierung des BVD aus Baum- und Velodepartement ist dabei bezeichnend, ergänzt um ein F für Fussverkehr entsteht hier ein Bild eines Departements, das für den gesamten Raum rund um die Margarethenbrücke einen eigenen Anspruch auf Gestaltung annimmt. Schon jetzt verbindlich über die Ausgestaltung dieser Brücke zu entscheiden, ist in dieser Phase nicht erforderlich. Erst beim Vorliegen konkreter Ausbauprojekte kann abschliessend entschieden und Stellung dazu genommen werden. Für uns hingegen ist bereits jetzt klar, eine einspurige MIV-Führung über die Margarethenbrücke, eine unnötige Verkehrsbelastung der Meret Oppenheimstrasse oder eine Überbeanspruchung der Peter Merian-Brücke sind nicht unser erklärtes Ziel.

Auch die Frage einer künftigen Umnutzung städtischer Räume in Park- und Grünzonen mit damit einhergehenden Umleitungen, Einschränkungen des MIV, neuen Tram- und Buslinienführungen oder teilweise willkürliche Rückbauten hat in diesem Geschäft gegenwärtig keine Relevanz, solange keine belastbaren Kosten-Nutzen-Analysen vorliegen und der Zeithorizont des Bahnknotenausbaus noch unklar ist.

Dem Projekt eines neuen Perronzugangs über die Margarethenbrücke hingegen stehe ich sehr wohl positiv gegenüber. Es gefällt mir sehr gut und verbessert meines Erachtens die missliche Lage vor dem Zentralbahnplatz, unabhängig von der weiteren Entwicklung des Bahnhofs SBB und des Bahnknotenausbaus. Die Finanzierung des Perrons ist geregelt, das ist erfreulich. Der geplante, breite, gedeckte Boulevard entlang der Margarethenbrücke ist für alle Nutzenden ein Gewinn und ermöglicht eine attraktive, zu Fuss benutzbare Querachse vom Gundeli herkommend und zurück. Meines Erachtens erübrigt

dies die Planung eines zweiten Trottoirs auf der Margarethenbrücke. Die frei werdende Fläche könnte sinnvoll für den MIV nutzbar gemacht werden.

Einknicken aber nur aufgrund des Gutachtens Verkehr 45 der ETH ist aber nicht unser Bestreben und deshalb möchten wir mit der Unterstützung der weiteren Finanzierung den Schwung der Planung im massvollen Rahmen aufrechterhalten und wir in Bern mit vereinten Kräften aus Politik und Wirtschaft weiterhin lobbyieren können. Die Region Basel wird in Bern dann hoffentlich nicht ganz vergessen und selbstverständlich für uns alle wird das Augenmerk berechtigterweise auch mal auf uns Basel geworfen.

Nach all meinen Ausführungen und trotz genannter Einwände bitte ich Sie im Namen der Fraktion LDP, den zusätzlich beantragten Ausgaben zuzustimmen. Den Zwischenbericht zu den Planungen und Projektierungen im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel nehmen wir zur Kenntnis. Weiter beantrage ich im Namen der Fraktion LDP, die Motion Beat Leuthardt und Konsorten sowie den Anzug Jörg Vitelli und Konsorten abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Jean-Luc Perret das Wort.

Jean-Luc Perret (SP): Die Fraktion der SP steht klar hinter dem strategischen Ziel eines leistungsfähigen Bahnknotens mit Durchmesserlinie und Tiefbahnhöfen, nicht aus purer Begeisterung für Grossprojekte, sondern weil es ohne diese Infrastruktur schlicht nicht geht. Die Durchmesserlinie ist die Voraussetzung für ein funktionierendes S-Bahn-System in unserer trinationalen Agglomeration, und nur so schaffen wir den nötigen Platz für den internationalen Fern- und Güterverkehr.

Im vorliegenden Ratschlag geht es jedoch nicht um das Bauwerk der SBB selbst, sondern um die Anpassungen, die der Kanton im Umfeld dieses Bauwerks vornimmt, also um die Frage, wie wir den Stadtraum rund um den Bahnhof umgestalten und künftig nutzen wollen. Ein zentrales Element ist dabei der autoarme Markthallenplatz inklusive Abriss der Markthallenbrücke. Uns überzeugt dieser Ansatz. Wir sehen darin die Chance für einen zweiten Bahnhofsplatz mit hoher Aufenthaltsqualität sowie für einen angrenzenden neuen Park. Der neue Markthallenplatz schafft Raum für den öffentlichen Verkehr und die Voraussetzung, um das Tram 30 weiterzuentwickeln. Eine direkte Linienführung in Richtung Nauenstrasse und Heuwaageviadukt werden so möglich.

Ebenfalls eng mit dem neuen Markthallenplatz verbunden ist die neue Margarethenbrücke. Den Planungskredit dafür haben wir bereits verabschiedet und inzwischen liegt ein sehr vielversprechendes Siegerprojekt vor. Was die Verkehrsführung auf dieser neuen Margarethenbrücke betrifft, ist unsere Haltung auch klar. Wir wollen wenig Autoverkehr und mehr Platz für den Fuss- und Veloverkehr. Der Raum um den Bahnhof ist zu wertvoll, um ihn weiterhin primär dem Durchgangsverkehr zu überlassen. Der Vorschlag einer vorerst einspurigen MIV-Führung ist aus unserer Sicht ein sinnvoller Kompromiss zwischen Erreichbarkeit und Stadtraumqualität.

Zur insbesondere auch aus dem Gundeli oft kritisierten Umleitung in die Meret Oppenheimstrasse möchte ich festhalten, dass wir diese Lösung für vertretbar halten. Uns wurde nachvollziehbar dargelegt, dass der Verkehr im Gundeli insgesamt nur um rund 8% zunehmen wird, eine Grössenordnung, die tragbar ist. Zudem verlagert sich der Mehrverkehr hauptsächlich in eine Strasse, an der deutlich weniger Menschen wohnen als an der Güterstrasse beispielsweise. In der Gesamtbetrachtung bedeutet dies für mehr Anwohnende eine Entlastung als eine zusätzliche Belastung.

Zum Schluss komme auch ich nicht darum herum, die Veränderung des Projekts Bahnknoten Basel zu erwähnen, die uns nach der UVEK-Beratung alle überrascht hat. Das Gesamtprojekt liegt heute in einer deutlich reduzierten Fassung vor. Damit stellt sich die Frage, ob die Teilstrecke Herzstück während der Planung immer grösser geworden ist, um nun sinnbildlich gesprochen von Professor Weidmann wie ein Soufflé aus dem Ofen genommen zu werden und auf eine vernünftige, weiterhin nahrhafte, aber gut verdauliche Grösse zu schrumpfen. Oder planen wir unter dem aktuellen Finanzdruck des Bundes eine abgespeckte Variante, die sich, wie auch schon passiert, bereits bei der Fertigstellung schon wieder als zu klein erweisen wird?

Wir hoffen natürlich auf das erste und in diesem Licht betrachtet sind auch die beantragten Mittel für das Lobbying weiterhin gut investiert und selbstverständlich auch alle anderen Mittel im Ratschlag, um die Umgebung des Bahnhofs fit für die Zukunft zu machen. Die SP-Fraktion bittet Sie deshalb, dem Beschluss zuzustimmen und die Motion Leuthardt sowie den Anzug Vitelli stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Brigitta Gerber das Wort.

Brigitta Gerber (BastA): Der vorliegende Bericht ist ausführlich, informativ, zeigt die grosse Arbeit der Kommission, vor allem durch die Präsidentin und den Kommissionssekretär. Sie haben unseren Dank. Die Margarethenbrücke ist unserer Ansicht nach mit den beiden Perronzügen ein überzeugendes Projekt, das Vorhaben flexibel hinsichtlich MIV (Ein- und Zweispurigkeit) zu bleiben, wie auch hinsichtlich Möglichkeiten, den Tiefbahnhof zu integrieren in das Projekt Margarethenbrücke. Auch die Planung hinsichtlich des Veloverkehrs scheint uns richtig, die Planung des S-Bahn-Netzes wichtig. Eine rasche Umsetzung ist unserer Ansicht nach äusserst wünschenswert.

Allein die Tatsache, dass der Bericht kurz nach der Information der Regierung publiziert wurde, das heisst, nachdem sie öffentlich informiert hat, auf das Herzstück zu verzichten, bringt uns das dazu, eine Rückweisung zu beantragen, da wir der Meinung sind, dass damit der Punkt Lobbying und Stakeholdermanagement 2.2.2 auf veralteten Kenntnissen beruht und wir es durchaus richtig fänden, hier die neuen Erkenntnisse zu haben, um über den Bericht entscheiden zu können. Damit will ich nicht sagen, dass es nicht wichtig ist, Lobbying zu machen und Stakeholdermanagement, aber dadurch, dass das Herzstück wegfällt, ist es ein anderes und ich denke auch vielleicht redimensioniertes.

Deshalb weisen wir zurück an die Regierung. Zudem beantragen wir Stehenlassen der Anträge Leuthardt und Vitelli, wie von der Kommission beantragt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Die UVEK hat sich im vergangenen Jahr über riesige Projekte gebeugt und das wohl grösste betrifft sicher die Bauvorhaben rund um den Bahnhofsplatz im Zusammenhang mit dem Bahnknoten Basel. Im Vordergrund der Projektierungsarbeiten stehen einerseits das Ziel, die heutige unbefriedigende Situation rund um den Bahnhofplatz und die dazugehörige Passerelle, die beide an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt sind, zu verbessern und hier mehr Platz für die Reiseströme zu schaffen und andererseits die Funktion des heutigen Bahnknotens Basel als Tor für den internationalen Personenbahn- und Güterverkehr in die und aus der Schweiz für die Zukunft zu sichern. Dabei sollen gleichzeitig mehr Kapazitäten für den regionalen Personenverkehr sichergestellt werden, was ohne den Bau eines Tiefbahnhofs wohl nicht zu schaffen ist. Ich oute mich da gerade als Riehener und ich wäre natürlich froh, wenn wir da bessere Verbindungen hätten.

Auch wenn der Bund mit einigen Entscheidungen wie der Ablehnung von weiteren Nachtzügen oder der Kürzung von Unterstützungszahlungen für die Umlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene und der grundsätzlichen Infragestellung des Herzstücks keine ermutigenden Signale in Richtung einer klimaverträglichen Mobilität sendet, wollen wir im Grundsatz an diesen Zielen festhalten. Die Projekte, welche die UVEK im Einzelnen geprüft hat, haben das Potenzial, diese Ziele weitgehend zu erreichen. Hier stechen vor allem die Entlastung des Bahnhofplatzes vom Tramverkehr und die Verlagerung desselben in Richtung Markthallenplatz und vor allem auf die Margarethenbrücke sowie der neue Perronzugang von den Margarethenbrücken aus hervor. Dabei konnte das Siegerprojekt des Teams Penzel Valier alle Mitglieder der UVEK vollauf überzeugen, dass allen Ansprüchen, sei es mehr Platz für die Personenflüsse als auch mehr Veloeinstellplätze und eine ansprechende Anbindung an das Gundeliquartier genügt.

Aus der Presse konnte man bereits entnehmen, dass die heutige Zwischenlösung einer provisorischen Passerelle von der Bevölkerung nicht ganz überraschend nicht oder vielleicht noch nicht gut angenommen wird, und dies erhöht den Druck, mit einer besseren und vor allem besseren eingebundenen Lösung vorwärts zu machen und genau das wollen wir mit der Annahme dieses Berichtes auch tun.

Am meisten zu diskutieren gab die Projektierung in der UVEK im Bereich des MIV. Hier befinden wir uns aber noch auf der Ebene von Planspielen, was das Endprodukt betreffen wird. Dennoch müssen wir wohl der Tatsache ins Auge sehen, dass der MIV während der Bauphase der neuen Margarethenbrücke nur in eine Richtung geführt werden wird, was uns aber die Möglichkeit gibt zu sehen, wie sich diese Verkehrsführung auf den Verkehrsfluss auswirken wird und ob die Verlängerungen von Fahrstrecken um einige wenige Minuten im Endeffekt zumutbar sein werden oder nicht. Ganz ehrlich vertraue ich hier schliesslich auf die Macht der Gewohnheit.

Wir beantragen daher, den Bericht der UVEK in seiner jetzigen Form anzunehmen und den weiteren zwei Anträgen der Regierung auf Stehenlassen zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist für die GLP Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir von den Grünliberalen nehmen diese Vorstudie des Stadtraumes rund um den Bahnhof Basel SBB mit Wohlwollen zur Kenntnis, gerade auch nach der vom Regierungsrat im Dezember kommunizierten Durchmesserlinie anstatt dem nun beerdigten Herzstück. Und ja, Regierungsrätin Esther Keller hat es bereits erwähnt, diese Fokussierung auf

die Durchmesserlinie ist nun eminent wichtig. Es muss vorwärtsgehen mit den ÖV-Kapazitäten, denn Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum von Basel-Stadt und der Agglomeration erfordern höhere Kapazitäten und attraktivere Angebote im S-Bahn-, Fern- und Güterverkehr.

Wir Grünliberalen begrüssen die Vorstudie Stadtraum Bahnhof Basel SBB aus den folgenden Gründen. Die Verteilung der Passagierströme zwischen der Bahn und dem städtischen ÖV sowie dem Stadtraum rund um den Bahnhof Basel SBB ist dringend nötig. Für einen sicheren und komfortableren Veloverkehr sowie um bedeutend mehr Veloparkierstationen zu erstellen, braucht es diesen neuen Stadtraum. Zusätzlich gibt es mehr Fläche für den Fussverkehr sowie entsiegelte, begrünte und beschattete Flächen. Und noch einmal, eine zukunftsfähige ÖV-Infrastruktur ist entscheidend für unsere Stadt, die Agglomeration und somit für die Standortattraktivität.

Noch zwei Sätze zum in der UVEK diskutierten Lobbying. Für uns ist klar, dass die vom Regierungsrat beantragten Ausgaben für das gezielte und professionelle Lobbying und das Stakeholdermanagement von insgesamt 850’000 Franken für drei Jahre sinnvoll investiert sind, gerade in der jetzigen Situation nach dem Bericht der ETH Zürich vom Oktober 2025. Wir müssen mit allen Mitteln und mit gemeinsamer Kraft, will heissen, mit einer klar abgestimmten Haltung von Wirtschaft, Kantonen, Gemeinden und Politik auf die nationale Bedeutung des Bahnknotens und damit die internationale Anbindung der Schweiz aufmerksam machen.

Klar, die beiden hier genannten Zeithorizonte 2035plus und 2050plus sind wahrlich für uns hier drin noch weit entfernt, umso wichtiger, dass wir nun ein klares grünes Signal geben für die weitere Planung, die mit der SBB abgestimmt ist. Behalten wir also das grosse Ganze im Auge, nehmen wir diese Vorstudie mit Wohlwollen zur Kenntnis und erhöhen wir die Finanzierung der weiteren Planung. Die beiden Vorstösse Leuthardt und Vitelli lassen wir stehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat Pascal Messerli das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Am 18. Dezember 2025, sechs Tage vor Weihnachten, wurde von den beiden Regierungsräten Esther Keller und Isaac Reber sowie von der Handelskammer wie aus dem Nichts eine Medienmitteilung zum zukünftigen S-Bahn-System der Region verschickt. Von heute auf morgen wurde nun hoheitlich eine drastische Redimensionierung des Herzstückes beschlossen, eine Reduktion auf die sogenannte Durchmesserlinie, von der man sich in Bundesbern nun eine schnelle Umsetzung wünscht. Das jahrzehntelange Narrativ, es gäbe keine Alternative zum Herzstück und insbesondere die Station Mitte und andere Elemente aus dem Herzstück seien bauplanerisch gesehen das einzige Problem, wurde von heute auf morgen über Bord geworfen und dies, nachdem man den Fraktionen und den Parteien jahrelang auch gepredigt hat, man solle doch gegenüber Bundesbern mit vereinter Stimme auftreten. Ob dieses Einknicken jetzt der richtige Weg ist, um in Bundesbern gehört zu werden, darf in Frage gestellt werden, wir werden uns sehr gerne eines Besseren belehren lassen, aber wir werden hier einfach auch das Gefühl nicht los, dass man in Bundesbern jetzt eher von uns denkt, die Basler wissen ja gar nicht, was sie überhaupt wollen.

Fakt ist jedenfalls, und das ist jetzt völlig unabhängig von der Frage der Redimensionalisierung, dass diese beiden Ratschläge, Traktanden 10 und 11, vor der Medienmitteilung behandelt wurden und aus Sicht der SVP-Fraktion haben wir jetzt eine neue Ausgangslage. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man neu überprüfen muss, ob diese beantragten Gelder nach wie vor nötig sind oder ob hier ebenfalls eine Redimensionalisierung stattfinden könnte. Einige Posten müsste man aus Sicht der SVP-Fraktion neu überprüfen, insbesondere auch das mit den Lobbymandaten, das hat ja auch Brigitta Gerber schon gesagt. Und aus diesem Grund müssen wir hier diese Euphorie leider stören und beantragen bei beiden Geschäften ebenfalls die Rückweisung, nicht weil wir grundsätzlich gegen die S-Bahn sind, in welcher Form auch immer, aber wir sind schon der Meinung, dass das hier nochmals sauber abgeklärt werden muss, und wir beantragen deshalb die Rückweisung an den Regierungsrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Mein Vorsprecher hat das ausgeführt, grundsätzlich über das Ganze diskutieren sollten wir in der einen oder anderen Form schon, wir haben nicht mehr so viel Zeit jetzt. Wir diskutieren ja auch über diese Kenntnisnahme dieser Vorstudie, die auch schon zwei Jahre alt ist, die wird jetzt einfach weiterhin so bestätigt, als ob sie ganz neu wäre. Da kann man sicher auch darüber diskutieren. Was mich natürlich auch stört bei all diesen Diskussionen über Verbesserungen für Velofahrer und für Fussgänger, oder wie ich vorhin auch noch gehört habe, Verbesserungen für alle Verkehrsteilnehmer ist, dass man sich schon ein bisschen fragen muss, warum diese Vorstudie jetzt einfach gelobt wird, als ob sie jetzt wirklich die Lösung wäre für die Probleme. Man redet vom Zeithorizont 2035plus, weiss aber ganz genau, dass wir in diesem Zeithorizont wahrscheinlich eher Ende 2050 sein werden, wir werden keine Entlastung durch eine Autobahn haben, wir

werden keine Entlastung durch einen Tiefenbahnhof, was auch immer haben 2035 plus. Wir wollen aber Brücken abreissen, wir reden von Parks in diesem UVEK-Bericht, da ist ein Park, wo Tramschienen durchgeführt werden. Mit Tramschienen fährt man durch ein kleines Pärkchen vor der Markthalle. Man lobt das. Man redet von der Tramschiene 30, die über das Heuwaage-Viadukt geführt werden soll. Jeder, der etwas von Statik versteht, weiss, dass dieses Heuwaage-Viadukt wahrscheinlich komplett neu gebaut werden müsste, wenn wir Tramschienen darüberführen wollen. Sie wollen glaube ich langsam, extra ein Verkehrschaos stiften hier und dann loben, dass ein Pärkchen irgendwo nachher entsteht. Das ist schon nicht mehr seriös, da muss ich schon sagen, da geht man in diesem UVEK-Bericht schon ein bisschen unseriös um.

Und dann will man den ganzen Verkehr über diese Meret Oppenheimer-Strasse um den Bahnhof herumführen für die Autos. Und die Lösung, dass es nicht mehr Verkehr im Gundeli gibt, ist, dass man die Güterstrasse auch noch gleich autofrei machen will. Was aber dann in der Gundelingerstrasse und in der Dornacherstrasse passiert, über das wird mit keinem Wort in diesem Bericht etwas erwähnt. Das finde ich schon ein bisschen realitätsfremd. Im Legislaturplan der Regierung 2017-2021 wurde wenigstens noch der Gundeli-Tunnel erwähnt. Hätten wir diesen Gundeli-Tunnel oder würden wir über den diskutieren, dann könnten wir wenigstens jetzt über solche autofreien Areale vor dem Bahnhof diskutieren, aber diese Bereitschaft, darüber zu diskutieren, ist ja scheinbar auch nicht vorhanden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als kleine Information, wir beraten dieses Geschäft noch zu Ende. Tim Cuénod hat das Wort.

Tim Cuénod (SP): Es gab ja viele grundsätzliche Aussagen zum Herzstück. Ich möchte sagen, ich finde den von der ETH präsentierten Bericht vom letzten Oktober nicht über alle Zweifel haben. Es gibt sehr viele Gründe, ihn sehr kritisch zu sehen aus einer regionalen Basler Perspektive. Aber ich finde es sehr gut dass hier zwar, wie gesagt wurde, eine Alternative aus dem Hut gezaubert wurde, aber dass man das Gespräch gesucht hat mit Professor Weidmann, mit anderen und versucht hat, nun eine Lösung zu finden, die im Bundesparlament eine Chance hat, eine Mehrheit zu finden. Ich hoffe, das wird auch zutreffen, das wäre ein grosser Fortschritt. Und wenn das so ist, dann kann diese erste Etappe der Realisierung eines Herzstücks mit einer Durchmesserlinie deutlich früher realisiert werden.

Wichtig ist einfach, dass die Aufwärtskompatibilität gewährleistet ist, das heisst, dass dieser Bau dieser Durchmesserlinie nicht verhindert, dass in Zukunft dieser Y-Ast dazukommt, nicht verhindert, dass in Zukunft auch noch eine Innenstadtstation realisiert wird, sondern dass man es so baut, dass diese zusätzlichen Bauwerke in Zukunft realisiert werden könnten. Aber es besteht jetzt die Chance, und das sehe ich viel positiver als andere, dass wir in brauchbarer Zeit eine Durchmesserlinie bekommen und eine Taktverbindung im S-Bahn-Netz dadurch möglich wird.

Das ist das eine, das zweite sage ich hier als Gundeli-Vertreter. Es geht hier um ein Gesamtpaket und es geht hier letztlich in der Abstimmung auch um ein Bekenntnis zum Ausbau des Bahnknotens und dass Basel das gut begleitet. Und daher ist ein Ja ohne jeden Zweifel vorhanden. Natürlich bestehen im Gundeli erhebliche Befürchtungen, dass es zu einer stärkeren Verkehrsbelastung kommt, insbesondere zwischen der Peter Merian-Brücke und dem heutigen Postreitergebäude. Und diese Befürchtung ist auch nicht einfach vom Tisch. Aber wir stimmen hier über ein Gesamtpaket ab und über einen Planungskredit und wir werden schauen, wie wir die einzelnen Massnahmen zu einem späteren Punkt beraten können. Hier besteht aber seitens Gundeli wirklich die Befürchtung, dass es quasi auf der schönen Vorderseite des Bahnhofs eine deutliche Verbesserung gibt und das Gundeli daher mit erheblichem Mehrverkehr leben muss. Das wird man anschauen dann im Detailprojekt. Ich bin gespannt, wie bis dahin dann die Zahlen und die Planung sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller hat das Schlusswort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich versuche es angesichts der vorgeschrittenen Zeit kurz zu halten, ich möchte aber zwei, drei Punkte aufgreifen.

Nicole Strahm, Sie haben zu Recht die Frage aufgeworfen, ob die neue Durchmesserlinie denn den gleichen Nutzen entfaltet wie das Herzstück. Natürlich nicht ganz den gleichen, wir denken schon, dass eine Station wie Klybeck oder Mitte sinnvoll sein kann, aber wie ich in der Grafik gezeigt habe, sind das Allerwichtigste diese Durchbindungen aus den verschiedenen Tälern, die Durchbindung zwischen den Bahnhöfen beispielsweise nach Riehen weiter Richtung Deutschland. Das macht eben eine echte trinationale S-Bahn. Wichtig ist, dass es aufwärts kompatibel ist. Vielleicht möchte die nächste Generation da eine Haltestelle bauen, das wird möglich sein, aber wir fokussieren auf das Wesentliche.

Warum überhaupt die Kostensteigerungen von vor zehn Jahren 3 Milliarden, dann 6, dann 9, dann 14. Das klingt aufs erste wirklich schon mal kaum glaubbar. Das sind zwei Faktoren vor allem. Das eine ist, dass man heute nicht mehr nur das Herzstück bauen wollte im letzten Plan, sondern die SBB wollte eben für den Fern-, für den Güterverkehr und den

Regionalverkehr, ich sage mal über die nächsten 100 Jahre die nötigen Kapazitäten bereitstellen. Das ist lobenswert hinsichtlich Sorgfalt und Weitsicht, aber im aktuellen politischen Umfeld mit dem Bekanntwerden seit einem Jahr darüber, dass wir zu wenig Mittel haben schweizweit und dass alle Projekte länger werden, nicht mehr realistisch. Ich kann nicht sagen, dass die Planung des Bundesamts für Verkehr und der SBB falsch war, aber sie war auf 100 Jahre angelegt und das können wir uns im Moment nicht leisten.

Und der zweite Faktor ist ein rein rechnerischer. Das BAV rechnet aus den Erfahrungen der letzten Jahre neu Kostenreserven, also quasi Risikozuschläge ein bei allen Projekten. Da kam Basel jetzt auch als eines der ersten der schweizweiten Projekte dran und da kam ein wesentlicher Mehrbetrag darauf.

Haben wir als Regierung diese Entwicklung kritisiert? Ja, selbstverständlich. Als wir diese Zahlen gehört haben, haben wir uns auch gewehrt und gesagt, das geht so nicht, das muss man nochmals durchrechnen, geht das nicht anders, geht das mit weniger und da waren wir mittendrin, als dann eben die Nachricht kam, dass der schweizweite Rahmen einfach ein anderer ist, als man ursprünglich angenommen hat.

Und vielleicht noch zu Pascal Messerli: Ja, es ging alles sehr, sehr schnell, da gebe ich Ihnen recht. Das war auch für uns so. Wir sind ja nicht alleine in einem kleinen Boot unterwegs, sondern wir sind mit Planungspartnern trinational unterwegs, mit unseren Planungspartnern beim Bund. Das war eine sehr intensive Zeit, vor Weihnachten, glauben Sie mir, aber wir konnten entweder uns bewegen und ein Angebot an Bern machen oder wir hätten in Schönheit sterben können. Wir haben uns für ersteres entschieden, und zwar dafür, ein Angebot zu machen.

Und das auch zur Frage von Brigitta Gerber, ob es diese Ausgaben fürs Lobbying im Moment braucht. Ja unbedingt. Der Ratschlag ist ja nicht nur fürs Lobbying, sondern eben auch für die personellen Ressourcen. Um diese Durchmesserlinie jetzt zu planen und zu vertiefen, wird es einen Einsatz in Bern brauchen. Wir werden die Parlamentarier:innen überzeugen müssen, dass sie eben auch mal in Basel investieren sollen, eine Wirtschaftsregion, die wirklich einiges auch zur Wirtschaftskraft der Schweiz beiträgt.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat um Zustimmung dieses Ausgabenberichts, wohlwissend, dass das jetzt alles sehr schnell kam, aber wir eben auch schnell handeln mussten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer hat das Wort.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Auch ich versuche, mein Schlusswort sehr kurz zu halten. Als erstes möchte ich den Vorwurf der unseriösen Beratung zurückweisen. Die Studie Stadtraum Bahnhof SBB haben wir nicht unseriös beraten. Wir haben einen umfassenden Bericht vorgelegt, wir haben uns Verkehrssimulationen angeschaut, Beispielswege und Reisezeiten, Mehrbelastungen, Umlagerungen vom Autoverkehr auf andere Routen. Und einfach so hat also eine Mehrheit der UVEK diese Stossrichtung der Studie nicht bestätigt. Auch möchte ich sagen, der erhebliche Mehrverkehr, wie er benannt wurde, für das Gundeliquartier ist gar nicht so gross, das kann man dem Bericht entnehmen, und so viele sind davon auch überhaupt nicht betroffen.

Es war eine doch sehr anspruchsvolle Beratung. Es geht um mehrere städtebauliche Eingriffe und zwar keine kleinen, es geht um grosse, es geht um eine neue sozusagen Bahnhofshalle, eine neue Brücke, es geht auch darum, das Quartier abzuholen und gleichzeitig ging es um den S-Bahnausbau, um Bundespolitik, um Kapazitäten von Güter- und Fernverkehr, um Gelder für zahlreiche weitere Planungen von ÖV- und S-Bahnstationen und um die Zukunft, um das Herzstück oder Durchmesserlinie.

Persönlich hätte ich für diese Debatte und auch für die Leitung in der Kommission zwei Geschäfte befürwortet, so hätten wir auch vielleicht fundierter über diese Studie Stadtraum Bahnhof SBB hier im Saal diskutieren können. Wir haben es nun auch so geschafft und daher möchte ich den Mitgliedern der UVEK für ihre Konzentration während den Sitzungen in diesem anspruchsvollen Geschäft danken, der zuständigen Regierungsrätin und den Mitarbeitenden des BVD möchte ich danken für ihre zuverlässige und kompetente Begleitung dieses Geschäfts und unserer Beratungen. Ihnen beantragen wir, wie gesagt, Zustimmung zu den Anträgen der UVEK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde beantragt durch Brigitta Gerber und Pascal Messerli. Wir starten somit mit dieser Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

19 Ja, 72 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008053, 07.01.26 18:02:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 72 gegen 19 Stimmen bei einer Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 20 des Berichts und Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 13 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008055, 07.01.26 18:03:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Grosse Rat nimmt den Zwischenbericht zu den Planungen und Projektierungen im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel zur Kenntnis, im Speziellen die Erkenntnisse aus der bisherigen Planung zum Stadtraum Bahnhof SBB, die den weiteren Arbeiten zugrunde liegen sollen.

2. Für die weitere Finanzierung der Planung und Projektierung der mit dem Bahnausbau zusammenhängenden kantonalen Infrastrukturen werden die mit GRB 20/37/12.1G am 9. September 2020 bewilligten Ausgaben von Fr. 14'416''000 um Fr. 3'590'000 auf insgesamt Fr. 18'006'000 erhöht. Die zusätzlichen Mittel teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 990'000 für die Erhöhung der bisherigen Ausgaben von Fr. 3'106'000 auf Fr. 4'096'000 für die Beteiligung am Aufwand auf Stufe Bahnknoten für die Koordination zwischen Bahnplanung und Planung von kantonalen Infrastrukturen im Zusammenhang mit dem Herzstück und Bahnknotenausbau inkl. Mittel für die befristeten Personalressourcen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements.

- Fr. 1'290'000 für die Erhöhung der bisherigen Ausgaben von Fr. 3'750'000 auf Fr. 5'040'000 für die Finanzierung der Planung von kantonalen Infrastrukturen im Zusammenhang mit dem Herzstück und Bahnknotenausbau (DEFINE) inkl. Mittel für die befristeten Personalressourcen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements.

- Fr. 460'000 für die Erhöhung der bisherigen Ausgaben von Fr. 7'560'000 auf Fr. 8'020'000 für die Finanzierung der Projektierung von kantonalen Infrastrukturen im Zusammenhang mit dem Herzstück und Bahnknotenausbau (DESIGN) inkl. Mittel für die befristeten Personalressourcen zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 2, «Öffentlicher Verkehr».

- Fr. 850'000 für die Finanzierung von Lobbying und Stakeholdermanagement im Zusammenhang mit dem Bahnknotenausbau resp. dem «Herzstück» zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 78 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

10.1. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend "Besserer Bahnhofplatz für uns alle". Keine Querfahrten mehr vor dem Bahnhofgebäude und erst noch ein flexibleres Tramnetz, Bericht der UVEK

[07.01.26 18:03:13, 19.5023.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion Bstehen zu lassen und die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Es wurde von der LDP der Antrag gestellt, diesen abzuschreiben. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Stehenlassen, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 36 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008057, 07.01.26 18:03:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 55 gegen 36 Stimmen.

10.2. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Margarethenplatz, Bericht der UVEK

[07.01.26 18:04:06, 17.5445.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK und der Regierungsrat beantragen, den Anzug stehen zu lassen. Auch hier wurde ein Antrag auf Abschreiben gestellt. Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst Stehenlassen, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 34 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008059, 07.01.26 18:04:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 57 gegen 34 Stimmen. Das Geschäft ist erledigt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in Übereinkunft mit meiner designierten Nachfolgerin werden wir, obwohl wir auf der Traktandenliste nicht so weit gekommen sind, auf eine Nachtsitzung verzichten nächste Woche und die Geschäfte im Februar behandeln. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss der 46. Sitzung

18:05 Uhr

Protokoll

der 47. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 14. Januar 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Tim Cuénod (SP), Oliver Thommen (Grüne/jgb), Maria Iona Schäfer (SP), Daniel Seiler (FDP).*

Verhandlungsgegenstände:

15. Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes vom 11. Dezember 2013 (StBG), Ratschlag des RR 2
15.1. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Anpassung von § 12 des Staatsbeitragsgesetzes, Ratschlag des RR 8
16. Anpassung des Finanzhaushaltgesetzes, Bericht der FKom 8
16.01. Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Bericht der FKom 18
17. Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK 18
18. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Jazz-Live Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK 26
19. Bewilligung Staatsbeitrag zugunsten der Frauenberatungsstelle der familea für den Zeitraum 2026–2029, Bericht der BKK 29
11. Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK 32

Beginn der 47. Sitzung

Mittwoch, 14. Januar 2026, 09:00 Uhr

15. Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes vom 11. Dezember 2013 (StBG), Ratschlag des RR

[14.01.26 09:00:07, 25.1222.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe die folgende Mitteilung zu machen.

Personelle Änderung im Parlamentsdienst: Ich möchte Sie darüber informieren, dass Raymonde Morf-Lange aus gesundheitlichen Gründen ihre Arbeit beim Parlamentsdienst und als Ratsweibelin nicht fortsetzen wird. Wir bedauern dies sehr. Raymonde Morf Lange arbeitete seit 2004 für den damals neu aufgebauten Parlamentsdienst. Wir haben die Zusammenarbeit mit ihr sehr geschätzt und danken ihr sehr herzlich für den Einsatz und die gemeinsame Zeit. Wir wünschen Raymonde Morf Lange für die Zukunft alles Gute und weiterhin gute Genesung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dies war meine Mitteilung. Wir fahren fort mit Traktandum 15, das auf heute Morgen terminiert wurde. Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission hat sich mit dem vorliegenden Ratschlag zur Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes eingehend befasst. Es liegt allerdings kein schriftlicher Kommissionsbericht vor, weshalb ich Ihnen daher heute mündlich Bericht erstatte, gestützt aber selbstverständlich auf die vorliegenden Unterlagen, also sprich auf den Ratschlag des Regierungsrates und die daraufhin folgende interne Beratung in der Finanzkommission.

Kurz zur Historie des Geschäfts: Ausgangspunkt dieser heutigen Behandlung ist die Motion Eberhard und Konsorten, welche eine Anpassung von Artikel 12 des Staatsbeitragsgesetzes verlangte. Konkret geht es um den Teuerungsausgleich bei Staatsbeiträgen, insbesondere bei Finanzhilfen und die geltende Schwelle von 70% Personalkosten. Der Regierungsrat beantragte ursprünglich, die Motion lediglich als Anzug zu überweisen. Der Grosse Rat hat sich jedoch im Juni 2023 dafür entschieden, die Motion als Motion zu überweisen und eine Gesetzesrevision zu verlangen. Der vorliegende Ratschlag des Regierungsrates setzt diesen Auftrag um.

Inhaltlich bewegt sich das Geschäft in einem technisch geprägten Bereich des Staatsbeitragsrechts. Artikel 12 des Gesetzes regelt den Teuerungsausgleich bei laufenden Staatsbeiträgen und unterscheidet dabei zwischen Abgeltungen und Finanzhilfen. Während bei Abgeltungen der Teuerungsausgleich seit jeher automatisch erfolgt, ist er bei Finanzhilfen an einen Schwellenwert gebunden, mindestens 70% Personalkosten an den gesamten Betriebskosten. Diese Schwelle war bereits bei der Einführung des Gesetzes umstritten und hat sich in der Praxis als problematisch erwiesen. Sie führte zu Grenzfällen und Ungleichbehandlungen, insbesondere bei Organisationen mit hohen Sach- oder Mietkosten, aber vergleichsweise tieferen Personalkosten. Genau an diesem Punkt setzt nun die vorgeschlagene Revision an.

Der Regierungsrat schlägt vor, den prozentualen Schwellenwert vollständig aufzuheben. Künftig soll der Teuerungsausgleich bei Finanzhilfen grundsätzlich nach denselben Grundsätzen erfolgen wie bei Abgeltungen, das heisst orientiert an der Personalteuerung des Kantons und am Finanzierungsanteil des Kantons. Gleichzeitig wird vorgesehen, dass Finanzhilfen bis 50’000 Franken pro Jahr von der automatischen Indexierung ausgenommen werden. Diese Ausnahme wird mit verwaltungsökonomischen Überlegungen begründet. Bei sehr kleinen Beiträgen steht der administrative Aufwand in keinem angemessenen Verhältnis zum finanziellen Effekt. Zudem werden diese Beiträge im Rahmen der periodischen Neuverhandlung ohnehin überprüft.

Die Finanzkommission hat dieses Konzept im Rahmen eines Hearings mit der Vorsteherin des Finanzdepartements diskutiert. Dabei wurden insbesondere drei Aspekte vertieft beleuchtet. Erstens die Systematik der neuen Regelungen. Die Kommission teilt die Einschätzung, dass ein fixer prozentualer Schwellenwert bei den Personalkosten nicht zielführend ist, die vorgeschlagene Lösung ist daher aus unserer Sicht einfacher, transparenter und reduziert allenfalls auch willkürliche Grenzfälle. Zweitens, die Abgrenzung bei kleineren Staatsbeiträgen. Auch hier wurde diskutiert, ob mit der 50’000 Franken-

Grenze faktisch ein neuer Schwellenwert geschaffen wird. Die Kommission kam aber zum Schluss, dass diese Grenze sachlich begründet ist, weil sie nicht an Kostenstrukturen anknüpft, sondern an die Relevanz und an den administrativen Aufwand. Drittens, die finanziellen Auswirkungen. Der Regierungsrat beziffert die Mehrkosten auf rund 0,5 Mio. Franken pro Prozent Teuerung. Die Kommission hat diese Grössenordnung zur Kenntnis genommen. Sie bewegt sich im Verhältnis zum Gesamtvolumen der Staatsbeiträge in einem überschaubaren Rahmen und ist auch entsprechend transparent ausgewiesen.

In der kommissionsinternen Beratung wurde festgehalten, dass die Revision insgesamt eine Vereinfachung und Präzisierung der bestehenden Regelung darstellt. Es wurden keine zusätzlichen Abklärungen notwendig. Die Finanzkommission ist zum Schluss gekommen, dass der Ratschlag den parlamentarischen Auftrag umsetzt und keine anderen systemfremden Elemente enthält. Die Kommission hat deshalb den einzelnen Bestimmungen wie folgt zugestimmt: Den Anpassungen in Artikel 12 Abs. 1 mit 9 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung, den Anpassungen in Artikel 12 Abs. 2 einstimmig und dem Antrag insgesamt des Regierungsrates dann ebenfalls einstimmig. Wir danken Ihnen, wenn Sie der Kommission folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet, somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Luca Urgese hat das Wort für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Die FDP-Fraktion hat bereits die Motion abgelehnt und bekämpft, die Ursprung dieser Gesetzesänderung war, und folgerichtig lehnen wir auch jetzt diese Gesetzesänderung ab. Zunächst kann man festhalten, und so hat es der Regierungsrat ja auch in seinem Bericht festgeschrieben, dass in einem interkantonalen Rechtsvergleich die Praxis des Kantons Basel-Stadt heute schon sehr grosszügig ist. Es gibt keinen Kanton, der auch nur ansatzweise ähnlich grosszügig ist, wie wir das sind, wenn es um den Teuerungsausgleich geht.

Unsere Kritik ist sehr grundsätzlicher Natur. Man muss sich vor Augen führen, was die Konsequenzen dieser Gesetzesänderung sind. Die Konsequenz ist, dass es jedes Jahr automatisch einen Teuerungsausgleich für alle diese Organisationen geben wird, so wie das heute beim Staatspersonal der Fall ist. Damit werden das gebundene Ausgaben, die ausserhalb der Kontrolle des Grossen Rates liegen werden. Das schränkt unseren finanzpolitischen Spielraum ein. Man hätte beispielsweise ja vorsehen können, dass dieser Teuerungsausgleich unter Vorbehalt eines Beschlusses des Grossen Rates steht. All das ist nicht der Fall, es ist ein Automatismus.

Nun mag man jetzt natürlich sagen, eine halbe Million Franken für einen Teuerungsprozent, das mag ja nicht viel Geld sein. Aber wir dürfen nicht einfach von der heutigen Situation ausgehen, die heutige Situation, wo wir noch Überschüsse haben und eine überaus tiefe Teuerung. Es ist unsere Aufgabe, nicht einfach nur Schönwettergesetze zu machen, sondern Gesetze, die auch funktionieren, wenn es dann vielleicht irgendwann etwas schlechter laufen sollte wirtschaftlich. Und wirtschaftlich schlechter laufen könnte bedeuten, dass wir plötzlich eine stark steigende Teuerung und gleichzeitig schlechtere Finanzergebnisse beim Kanton haben. Und wenn das gleichzeitig auftritt, dann wären wir auf der einen Seite gehalten, unseren Finanzhaushalt irgendwie in Ordnung zu bringen, wir müssten vielleicht auch mal über Kürzungen sprechen, Gott bewahre, und auf der anderen Seite haben wir aber jetzt diesen Teuerungsausgleich, den wir automatisch gewähren müssen und auf den wir keinen Einfluss nehmen können. Und gerade wenn es mal finanziell etwas knapper wird, dann ist es ja unsere originäre Aufgabe mit der Budgethoheit des Parlaments, dass wir dann Diskussionen darüber führen müssen, wo wir jetzt finanzpolitisch unsere Prioritäten setzen. Gibt es vielleicht so etwas wie Opfersymmetrie, wie man das mit diesem schrecklichen Wort jeweils nennt? Also wir müssen hier drin politische Diskussionen darüber führen, wie wir unseren Finanzhaushalt in Ordnung bringen, und mit der Verabschiedung dieses Gesetzes schränken wir unseren Spielraum für genau diesen Prozess mehr ein, als das heute bereits der Fall ist.

Wir haben das Gefühl, das erfolgt hier ohne Not, wir haben ein Gesetz, das jetzt einfach zu zusätzlichem Kostenwachstum führen wird, wir haben diese Möglichkeit nicht. Jetzt könnte man natürlich sagen, ja gut, wenn es dann so weit ist, dann kann man ja das Gesetz wieder ändern. Aber geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, wie lange es dauert in diesem Haus, bis wir den gesamten Prozess einer Gesetzesänderung durchlaufen haben. Das dauert seine Zeit, es dauert ein, zwei, drei Jahre, je nachdem, wie schnell die Verwaltung, wie schnell wir arbeiten können und wollen, aber es braucht seine Zeit. Man kann sich ja vorstellen, sollten wir irgendwann genötigt sein, dieses Gesetz wieder zu ändern, diese Regelung wieder abzuschaffen, wie gross dann der Widerstand der betroffenen Organisationen sein wird, die werden sich natürlich auf die Hinterbeine stellen. Also es wird praktisch unmöglich sein, falls es irgendwann notwendig sein sollte, diese Regelung wieder entsprechend abzuschaffen.

Wir halten deshalb diese Regelung für falsch, wir wollen unseren finanzpolitischen Handlungsspielraum nicht entsprechend eingeschränkt sehen, wir möchten uns diesen Handlungsspielraum erhalten und aus diesem Grund lehnen wir diese Gesetzesänderung nach wie vor ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP spricht Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt die vorliegende Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes und damit auch die Umsetzung der Motion. Eingereicht habe ich die Motion vor etwas mehr als drei Jahren. Damals waren wir in einer Phase einer vergleichsweise hohen Teuerung und grosser Unsicherheit, insbesondere auch bei den verschiedenen Organisationen in unserem Kanton, die Staatsbeiträge erhalten. Sie sahen sich damals mit der Situation konfrontiert, dass ihre Mitarbeitenden faktisch immer weniger Lohn erhielten beziehungsweise dieser immer weniger Wert hatte und dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt sehr angespannt war. Bei der Überweisung der Motion herrschte im Grossen Rat denn auch ziemlich breite Einigkeit darüber, dass der Ausgleich der Teuerung bei Staatsbeiträgen grundsätzlich richtig und notwendig ist, jedoch die arbiträre Grenze zur Begünstigung angepasst werden sollte.

Regierungsrätin Tanja Soland brachte dies zum Schluss der Debatte dann auch gut zum Ausdruck, als sie festhielt, dass es beim Grundsatz des Teuerungsausgleichs keine unterschiedlichen Meinungen gäbe und dass insbesondere die im Gesetz verankerte Schwelle bei den Personalkosten wirklich nicht sinnvoll sei. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass automatisierte Anpassungen während laufender Vertragsperioden finanzielle Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben und sorgfältig geprüft werden müssen.

Diese Abwägung zwischen sozialer Verantwortung und haushälterischer Sorgfalt zeigt sich nun auch im vorliegenden Ratschlag. Die Ausgangslage hat sich in den letzten drei Jahren zwar teilweise verändert. Die Verträge wurden in dieser Zeit bei Organisationen inklusive Teuerungsausgleich abgeschlossen und dieser wurde jährlich entsprechend der Teuerung des Kantons auch ausbezahlt. Die Praxis hat sich zumindest bei Organisationen mit anteilsmässig hohen Personalaufwänden über 70% etabliert, und der Kanton hat die Prozesse stetig optimiert. Zumindest habe ich das aus der Aussenperspektive so wahrgenommen.

Es freut mich daher sehr, dass wir nun den nächsten Schritt zur Verbesserung der Situation gehen und die gesetzlichen Regelungen so präzisieren, dass sie langfristig tragfähig und für alle Beteiligten verständlich sind. Die SP-Fraktion begrüsst es sehr, dass mit dem vorliegenden Ratschlag zur Revision des Staatsbeitragsgesetzes der bisherige Schwellenwert bei den Personalkosten aufgehoben wird. Die bisherige Regelung führt zu schwer nachvollziehbaren Ungleichbehandlungen, insbesondere bei Organisationen mit hohen Sachkosten wie beispielsweise Mieten. Der Verzicht auf eine starre Grenze entspricht dem damaligen Willen des Grossen Rates sowie der in der Debatte mehrfach geäusserten Einschätzung, dass diese Grenze sachlich nicht überzeugte.

Gestützt auf die bewährte Praxis der letzten Jahre geht die SP-Fraktion davon aus, dass die neuen Bestimmungen in der Umsetzung im Sinne der betroffenen Organisationen ausgelegt werden. Konkret erwarten wir, dass grundsätzlich alle Organisationen mit Staatsbeiträgen über dem Schwellenwert von 50’000 Franken pro Jahr einen Teuerungsausgleich auf ihre Personalkosten erhalten, ebenso dass bei bi- oder mehrkantonalen Staatsbeiträgen weiterhin pragmatische Lösungen möglich bleiben, wie dies in den letzten Jahren auch schon gängige Praxis war.

Abschliessend möchte ich mich namens der SP-Fraktion sehr herzlich für die Umsetzung der Motion durch die Regierung bedanken. Ich freue mich, dass wir mit der Revision die Planungssicherheit für beitragsberechtigte Organisationen stärken und zu fairen Arbeitsbedingungen beitragen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat Philip Karger das Wort.

Philip Karger (LDP): Bei dieser Teilrevision steht die zentrale Frage der staatlichen Zusammenarbeit mit Organisationen, die wichtige Leistungen im öffentlichen Interesse erbringen, im Mittelpunkt. Ist ein jährlicher Teuerungsausgleich fair und finanzpolitisch verantwortungsvoll? Die steigende allgemeine jährliche Teuerung stellt viele beitragsberechtigte Institutionen vor grosse Herausforderungen. Die Organisationen haben nur sehr begrenzt Möglichkeiten, die Mehrkosten beim Personal selbst aufzufangen. Dieses Problem ist real und es ist richtig, dass sich der Kanton damit befasst.

Mit dem vorliegenden Vorschlag legt der Regierungsrat eine ausgewogene Lösung vor, die den unterschiedlichen Ausgangslagen der Institutionen gerecht wird, ohne neue starre Automatismen zu schaffen. Zentral ist der Verzicht auf einen fixen Schwellenwert bei den Personalkosten. Die bisherige Grenze von 70% war letztlich willkürlich. Dieselbe hätte auch für die in der Motion geforderte Absenkung auf 60% gegolten. Solche Schwellenwerte führen zwangsläufig zu Ungleichbehandlungen. Institutionen, die knapp darunter liegen, gehen leer aus, unabhängig davon, wie angespannt ihre finanzielle Situation tatsächlich ist. Das Grundproblem wäre also nicht gelöst, sondern lediglich verschoben worden.

Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Version verzichtet konsequent auf einen solchen Schwellenwert und regelt den Teuerungsausgleich systematisch. Damit wird anerkannt, dass unterschiedliche Kostenstrukturen wie hohe Mietkosten oder bewusst tief gehaltene Löhne nicht automatisch gegen eine Teuerungsanpassung sprechen dürfen. Gleichzeitig bleibt die

Indexierung klar begrenzt. Der Teuerungsausgleich orientiert sich an der Personalteuerung des Kantons und wird nur entsprechend dessen Finanzierungsanteil gewährt. Das schafft Transparenz und Planbarkeit.

Es ist wichtig und gut, dass bewusst auf neue Automatismen verzichtet wird. Der Teuerungsausgleich gilt während laufender Verträge, nicht aber automatisch bei Neuverhandlungen. Steigende Kosten können berücksichtigt, müssen aber weiterhin begründet werden. Damit bleibt der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit gewahrt. Das ist ein zentraler finanzpolitischer Schutzmechanismus.

Die Motion Eberhard greift ein reales Problem auf und setzt einen wichtigen politischen Impuls. Mit der Forderung nach einer fixen Absenkung des Schwellenwerts bietet sie jedoch keine sachliche Lösung. Der Regierungsrat hat das Anliegen aufgenommen, weiterentwickelt und in eine praktikable, rechtlich sauber und finanzpolitisch verantwortbare Vorlage überführt. Aus diesen Gründen unterstützt die LDP die Teilrevision des Staatsgesetzes gemäss Antrag des Regierungsrats und spricht sich gleichzeitig dafür aus, die Motion Eberhard als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Niggi Rechsteiner für die GLP.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Vorweg ein Beispiel des willkürlichen Schwellenwerts. Ich arbeite in einer Organisation, die hat mehrere Institutionen. Zwei sind mit Staatsbeiträgen unterstützt, und im letzten Jahr gab es für die eine einen Teuerungsausgleich auf den Anteil der Personalkosten des Anteils des Staatsbeitrags und für die andere nicht, weil die eine 71% Personalkosten hatte und die andere 59%. Das ist schwer erklärbar, und deshalb findet die Fraktion der Grünliberalen, dass die vorliegende Teilrevision sachlich richtig, pragmatisch ausgestaltet und politisch notwendig ist. Sie trägt einer Realität Rechnung, die viele Organisationen seit Jahren spüren. Die Teuerung betrifft sie unmittelbar, ohne dass sie, anders als der Kanton oder die Wirtschaft, über ausreichende Möglichkeiten verfügen, diese Kostensteigerungen selbst abzufangen.

Besonders zu begrüssen ist der Verzicht auf den bisherigen Schwellenwert von 70% bei den Personalkosten. Diese Grenze war letztlich willkürlich und hat zu sachlich nicht begründbaren Ungleichbehandlungen geführt. Organisationen mit hohen Miet- oder Sach aber tiefen Lohnkosten wurden systematisch benachteiligt, obwohl sie ebenso Leistungen im öffentlichen Interesse erbringen. Die neue Regelung ist gerechter, transparenter und näher an der tatsächlichen Kostenstruktur der Institutionen.

Gleichzeitig bleibt unseres Erachtens die Revision massvoll. Es wird kein unbegrenzter Automatismus eingeführt, Kleinstbeiträge bis 50’000 Franken sind ausgenommen und bei Staatsbeiträgen, die aufgrund von Vollzugsaufgaben des Bundes oder zusammen mit anderen Kantonen geleistet werden, kann von den gesetzlichen Regelungen betreffend Teuerungsausgleich noch abgewichen werden. Auch die bewährte Berechnungsmethode auf Basis des kantonalen Teuerungsausgleichs schafft Planbarkeit für den Kanton wie auch für die betroffenen Organisationen.

Auf Basis der bisherigen Praxis gehen wir davon aus, dass die neuen Bestimmungen pragmatisch umgesetzt werden, insbesondere erwarten wir, dass Organisationen mit Staatsbeiträgen über 50’000 Franken pro Jahr den Teuerungsausgleich unbürokratisch auf die Personalkosten erhalten, und dass bei bi- und mehrkantonalen Beiträgen weiterhin praktikable Lösungen möglich bleiben.

Nicht zuletzt stärkt diese Teilrevision die soziale und kulturelle Infrastruktur unseres Kantons. Wer von diesen Organisationen Qualität, Professionalität und faire Arbeitsbedingungen erwartet, muss ihnen auch ermöglichen, Teuerung zumindest teilweise auszugleichen. Alles andere wäre kurzsichtig und würde langfristig höhere Kosten verursachen. Aus diesen Gründen bittet Sie die Fraktion der GLP, der Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes zuzustimmen. Die Motion Eberhard ist bei einer Annahme der Teilrevision durch den Grossen Rat erfüllt und kann als erledigt abgeschrieben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich kann es kurz machen. Wir von BastA sind froh, dass die Motion von Melanie Eberhard umsichtig umgesetzt wurde und begrüssen die vorliegende Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes und stimmen dieser zu. Die mühsamen Diskussionen über den Teuerungsausgleich für soziale Organisationen, die wesentliche grundlegende Arbeit und wichtige Arbeit für unsere Stadt tagtäglich leisten, sind dann nun endlich vom Tisch.

Ich schätze es sehr, dass der Regierungsrat über die Motionsforderung hinaus gedacht und schlussendlich entschieden hat, in Zukunft keine Prozentgrenze mehr anzuwenden und stattdessen den automatischen Teuerungsausgleich neu an eine Höhe der gesprochenen Finanzhilfe zu koppeln. Von dieser neuen Regelung profitieren deutlich mehr soziale Organisationen als bisher und auch Organisationen mit hohen Infrastrukturkosten werden zukünftig nicht mehr von einer Teuerungsanpassung ausgeschlossen. Dies soll auch für Organisationen gelten, das ist mir auch noch wichtig, die eben

auch bikantonal unterwegs sind, so dass man dort eine gute und pragmatische Lösung finden kann, dass da nicht wieder eine neue Grenze entsteht.

Ebenso ist die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Abgeltung und Finanzhilfe bei der Ausrichtung von Teuerungsausgleichen sehr zu begrüssen, denn durchaus gibt es Organisationen, die beide Varianten von Staatsbeiträgen kennen und korrekterweise die Teuerung wie bis anhin nur an einen Teil der Belegschaft hätten weitergeben können, was aber in der Praxis sowieso nie gemacht wurde. Das ist auch gar nicht umsetzbar.

Kurz noch zur ablehnenden Haltung der FDP und ihrer Bedenken betreffend schwindendem finanzpolitischen Handlungsspielraum: Da verweise ich auf den vom Regierungsrat jährlich festzulegenden Beitrag, welcher in das Standortförderprojekt Zurückverteilung verschoben wird. Wenn es also eng wird, dann soll bitte dort der gewünschte Handlungsspielraum wiederhergestellt werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb spricht Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): In der Finanzkommission bestand grosse Einigkeit, dem Ratschlag zur Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes zuzustimmen und die heute geltende Schwelle von 70% Personalkostenanteil zu streichen, weswegen eben auch kein schriftlicher Bericht der Kommission vorliegt und wir die Debatte deshalb hier noch einmal führen.

Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt die Teilrevision, wie sie von der Regierung vorgeschlagen wird. Wir haben es jetzt mehrfach gehört, eine arbiträre Schwelle, die an die Personalkosten angebunden ist, ist nicht sinnvoll und führt zu einer Ungleichbehandlung, insbesondere von jenen Staatsbeitragsempfangenden, die diese Schwelle knapp nicht erreichen. Eine Senkung der Schwelle würde das Problem nicht lösen, weswegen die Streichung klar zu begrüssen ist, wie sie der Regierungsrat nun vorschlägt und wie sich der Grosse Rat auch in der Debatte in der Zweitüberweisung der Motion bereits einig war und auch heute wieder einig ist, mit Ausnahme der FDP, wobei ich mir vorstellen kann, dass David Jenny seinem Kollegen Luca Urgese vielleicht auch noch widersprechen wird.

Dass kleinere Finanzhilfen von jährlich unter 50’000 Franken von der neuen Regelung ausgenommen bleiben, ist sinnvoll. Bei diesen Finanzhilfen reicht es, wenn ein allfälliger Teuerungsausgleich wie bisher alle vier Jahre ausgehandelt wird. Auch dass für bikantonale Staatsverträge wie etwa die Universität oder die FHNW separate Regelungen ausgehandelt werden müssen, da mehrere Kantone involviert sind, leuchtet ein. Wir begrüssen ausserdem, dass ab Inkrafttreten der neuen Regelung auch all jene Staatsbeiträge einen jährlichen Teuerungsausgleich erhalten werden, die schon zuvor abgeschlossen worden sind, also nicht nur die, die jetzt neu ausgehandelt werden.

Aufgrund der aktuell tiefen Teuerung ist vielleicht etwas aus dem Blick geraten, vor welche Herausforderungen ein fehlender Teuerungsausgleich die Empfänger:innen von Staatsbeiträgen stellen kann. Bei einer jedes Jahr stark steigenden Teuerung, wie wir das in den letzten Jahren eher hatten, sinken die Löhne nominell, die die Beitragsempfänger:innen auszahlen können, empfindlich. Aktuell ist die Teuerung tief, sie kann aber jederzeit wieder anziehen, und dann wird es einen Unterschied machen, ob die Staatsbeiträge jährlich angepasst werden und damit auch die Löhne fair angepasst werden können in den Organisationen oder nicht.

Das vielleicht noch vorgebrachte Argument, dass der Aufwand der Verwaltung zu gross sei für die jährliche Anpassung der Staatsbeiträge, erschliesst sich uns nicht. Wir gehen davon aus, dass jedes Departement einen guten Überblick hat, dass sie Listen mit ihren jeweiligen Staatsbeiträgen haben und dass die Zuständigen dann in der Lage sein werden, den jährlichen Betrag, den sie überweisen müssen, vor der Überweisung noch kurz an den Teuerungsausgleich anzupassen, und das scheint uns zumutbar zu sein. Für die Empfänger:innen von Staatsbeiträgen mit hohen Personalkosten wird die Teilrevision des Gesetzes also einen grossen Unterschied machen, vor allem dann wieder, wenn die Teuerung zunimmt und insofern bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, der Teilrevision zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Einzelsprecher kommt David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich will meinem geschätzten Fraktionskollegen Luca Urgese nicht widersprechen, ich will einfach einige ergänzende Überlegungen einbringen, die mich schon zur Zweitunterzeichnung der Motion geführt haben und mich auch heute zu einem Ja bewegen.

Zuerst einmal dazu, was wir da ändern oder was wir eben nicht ändern. Wir ändern nicht, dass sich die Anpassung der Teuerung auch bei Finanzhilfen auf den Personalkosten entsprechend dem Finanzierungsanteil des Kantons erstreckt. Also wenn der Kanton zu 50% finanziert, wird eben auch nur zur Hälfte ermöglicht, dass dann die Personalteuerung ersetzt werden kann. Und ich weiss aus einer Institution, in der ich bin, zum Beispiel Spitex Basel, da sind die Einnahmen nicht

beliebig heraufschraubbar, die hat aber einen Staatsbeitrag. Ich will das nur als Beispiel nennen, weil zum Beispiel die Krankenkassen freiwillig auch nicht mehr zahlen. Und solche Beispiele gibt es relativ viele. Wenn wir hier die Teuerung anpassen, heisst das schlussendlich nicht, dass wirklich die Löhne auch vollständig der Teuerung angepasst werden können.

Dann darf man doch auch noch sehen, dass unverändert bleibt Artikel 15 des Staatsbeitragsgesetzes, dringliche Massnahmen. Als Beitrag zur Sanierung des kantonalen Finanzhaushalts kann der Regierungsrat nach Anhörung der Finanzkommission Verträge betreffend Staatsbeiträge unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist- und das ist nicht die vertraglich vereinbarte – vorzeitig kündigen und neu vorhanden. Und dann Absatz 2: Vorrangig sind die Verträge betreffend der Finanzhilfe zu kündigen. Und das ist ja hier unangetastet.

Und dann doch noch zur Erinnerung vielleicht an Oliver Bolliger betreffend Steuerungsmassnahmen. Die Institutionen mit Staatsbeiträgen sind im Fachkräftemarkt sehr oft in Konkurrenz mit dem Kanton. Und der Kanton bestimmt das massgebende Lohnniveau hier in Basel-Stadt. Und ich meine, wenn wir uns auch gesamthaft bei den Lohnmassnahmen zurückhalten, dann tragen wir auch dazu bei, dass gemeinnützige Institutionen besser rekrutieren können. Ich glaube, das ist auch eine Stellschraube, die vielleicht nicht so beliebt ist bei der Linken, aber finanzpolitisch ist diese auch anwendbar und ich glaube, der Arbeitsmarkt hat sich ja bei uns auch wieder gedreht. Das muss man unter gewissen Gesichtspunkten bedauern. Ob wirklich alle Massnahmen, wie sie von der Regierung vorgeschlagen werden und die es wiederum schwieriger machen für gemeinnützige Institutionen zu rekrutieren, alle zu 100 oder 120% Sinn machen, ist eine andere Frage und von daher halte ich jetzt die jetzt vorgeschlagene. Änderung für vertretbar, auch unter finanzpolitischen Erwägungen. Und ich glaube, wir haben andere Stellschrauben, ohne um das Mantra, das Oliver Bolliger wieder einmal wiederholt hat, zu kreisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: David Jenny hat schon vieles vorweggenommen, das ich jetzt auch nicht wiederholen möchte. Der Regierungsrat hat die Motion von Ihnen überwiesen bekommen. An Ende heisst es, entweder man indexiert oder man indexiert nicht. Die Schwelle kam ja damals auch nicht vom Regierungsrat ins Gesetz. Ich glaube, dass das keinen Sinn macht, das sehen wir heute wohl alle. Und bei den kleinen Staatsbeiträgen war es uns einfach wichtig, dass wir es gleich machen. Es gab auch eine Überlegung, ob wir die Departemente entscheiden lassen, aber dann hätten wir gleich wieder einen Vorstoss gehabt. Ich glaube, das bringt es auch nicht, es soll einfach gleich sein. Es ist pragmatisch.

Finanzpolitisch ist es nicht die grösste Stellschraube. Ich glaube, die Stellschraube, die wir haben, wenn wir die Staatsbeiträge alle vier Jahre dem Grossen Rat vorlegen, ist wohl grösser. Ich nehme auch an, dass prozentual dieses Wachstum um einiges höher ist, als was jetzt die Teuerung betrifft. Klar, die Situation kann sich einmal ändern, aber im Moment erachten wir die Frage der Teuerung als eher etwas Nebensächliches. Daher gehen wir davon aus, dass dies so nicht problematisch ist.

Und bei den Staatsbeiträgen, an denen mehrere Kantone beteiligt sind, werden Sie im Einzelfall darüber diskutieren können. Persönlich finde ich das schon schwierig, muss ich sagen, wenn wir als Kanton Basel-Stadt überall einfach automatisiert mehr bezahlen sollen und alle anderen Kantone machen das nicht. Diese Praxis ändert sich nicht mit der Teilrevision heute, aber wir haben das schon mehrmals diskutiert. Das ist wirklich schwierig, wenn ein Kanton einen anderen Beitrag leistet. Dieser Umgang ist auch für das Unternehmen, für den Verein nicht wirklich einfach, wenn jeder etwas anderes macht. Daher hoffe ich, dass wir diese Praxis beibehalten können. Am Ende ist auch für die Institution wichtiger, welche Leistung bezahlt wird in diesen vier Jahren, wenn man den ganzen Beitrag anschaut. Das ist viel relevanter als die Frage, ob indexiert wird oder nicht.

Daher danke ich Ihnen für die gute Aufnahme und auch, dass die Finanzkommission dem so zustimmt, was ich Ihnen auch empfehlen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring verzichtet auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Damit kommen wir zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 8 des Ratschlags und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008080, 14.01.26 09:36:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Staatsbeitragsgesetz (StBG) vom 11. Dezember 2013 [1]) (Stand 18. Februar 2021) wird wie folgt geändert:

§ 12 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

1 Staatsbeiträge werden während eines laufenden Vertrags jährlich der Teuerung angepasst. Die Anpassung an die Teuerung richtet sich nach der Personalteuerung beim Kanton und wird auf den Personalkosten entsprechend dem Finanzierungsanteil des Kantons gewährt.

2 Keine Anpassung an die Teuerung gemäss Abs. 1 erfolgt bei Finanzhilfen bis jährlich Fr. 50'000.

3 Von den Regelungen gemäss Abs. 1 und 2 kann abgewichen werden bei Vollzugsaufgaben des Bundes oder bei mit anderen Kantonen gemeinsam ausgerichteten Beiträgen.

§ 26 (neu)

Übergangsbestimmung zur Änderung von § 12 vom [Datum einfügen]

1 Auf bestehende Staatsvertragsverhältnisse ist ab Inkrafttreten der Änderung von § 12 das neue Recht anwendbar.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 80 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Mit dem Beschluss über das Eintreten auf das Geschäft haben Sie die Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Anpassung von § 12 des Staatsbeitragsgesetzes gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

15.1. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Anpassung von § 12 des Staatsbeitragsgesetzes, Ratschlag des RR

[14.01.26 09:36:33, 22.5564.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion als erledigt abzuschreiben.

16. Anpassung des Finanzhaushaltgesetzes, Bericht der FKom

[14.01.26 09:36:45, 25.1115.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir sprechen nun über die besagte Anpassung des Finanzhaushaltsgesetzes sowie über den Bericht zur Motion Tobias Christ und Konsorten, Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel. Worum geht es heute? Im Kern geht es um eine gezielte Präzisierung von § 7 des Finanzhaushaltsgesetzes. Der Regierungsrat soll sich bei der generellen Aufgabenüberprüfung, der sogenannten GAP, die einmal pro Legislatur stattzufinden hat, konkrete Entlastungsziele setzen und dem Grossen Rat über die Erreichung dieser Entlastungsziele berichten. Zusätzlich wird eine zweite, dies allerdings doch nur formale Anpassung mit dieser Revision heute vorgenommen. Das Finanzhaushaltgesetz erhält neu auch im Titel offiziell die Abkürzung FHG, was das Zitieren und die rechtliche Handhabung vereinfacht.

Ein kurzer Blick auf die Geschichte des Geschäfts: Ich möchte kurz in Erinnerung rufen, weshalb wir heute über dieses Geschäft diskutieren und debattieren werden. Ausgangspunkt ist diese besagte Motion Tobias Christ. Sie stellte fest, dass die GAP durchgeführt wird, aber ohne verbindliche messbare Zielvorgaben zur Entlastung. und ohne klare Erfolgsmeldungen. Darum verlangte die Motion eine Ergänzung des FHG, Entlastungsziele sollen gesetzt werden und darüber soll dann auch entsprechend berichtet werden.

Der Regierungsrat nahm 2024 dazu Stellung, er lehnte die Motion ab und begründete dies damit, dass die GAP bewusst ergebnisoffen sei, kein Sparprogramm sei und ein fixes Entlastungsziel, die Aufgabenüberprüfung verzerren könne. Der Grosse Rat hat die Motion dann aber trotzdem zur Erfüllung überwiesen mit dem Auftrag, innert Jahresfrist die gesetzliche Grundlage entsprechend anzupassen. Der Regierungsrat hat diesen Auftrag nun umgesetzt und die vorliegende Teilrevision vorgelegt und beantragt gleichzeitig, die Motion als erledigt abzuschreiben. Wir führen also keine Grundsatzdiskussion, das haben wir auch nicht in der Finanzkommission gemacht, über Sinn und Unsinn der GAP, sondern wir führen eine Diskussion und führten eine Diskussion über eine gesetzliche Umsetzung des parlamentarischen Auftrages der Motion Christ.

Die Finanzkommission hat sich intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt und dabei nicht nur den Gesetzestext, sondern auch die praktische Bedeutung der vorgeschlagenen Ergänzungen des Regierungsrates diskutiert. Ausgangspunkt war für die Kommission stets der Zweck der generellen Aufgabenüberprüfung. Die GAP ist ein Instrument, mit dem der Staat seine Aufgaben periodisch überprüft auf ihre Notwendigkeit, ihre Wirksamkeit, ihre Qualität und ihre Effizienz. Die Kommission teilt diese Grundausrichtung, sie hält aber fest, dass die GAP kein Sparprogramm ist und auch künftig keines sein soll. Ziel ist nicht der pauschale Abbau staatlicher Leistungen, sondern die kontinuierliche Verbesserung der Aufgabenerfüllung zugunsten der Bevölkerung. Effizienzgewinne sollen dort erzielt werden, wo sich Aufgaben aufgrund von Erfahrungswerten, organisatorischen Anpassungen, technologischen Entwicklungen oder veränderten Rahmenbedingungen besser, einfacher oder Ressourcen schonender erfüllen lassen. Vor diesem Hintergrund hat die Finanzkommission die vorgeschlagene gesetzliche Ergänzung grundsätzlich unterstützt, gleichzeitig aber grossen Wert auf eine präzise inhaltliche Einordnung gelegt.

Die Kommission wollte verhindern, dass mit der Einführung eines Entlastungsziels falsche Erwartungen geweckt oder politische Missverständnisse geschaffen werden. Gerade deshalb hat sie ihre Haltung im Bericht sehr klar und bewusst differenziert festgehalten, auch in der Annahme, dass selbstverständlich ein Kommissionsbericht Teil der Materialien bei der Auslegung des FHG ist. Der Begriff Entlastungsziel war in der Kommissionsberatung der zentrale Diskussionspunkt. Die Finanzkommission war sich bewusst, dass dieser Begriff politisch unterschiedlich interpretiert werden kann und teilweise automatisch mit Sparprogrammen oder Leistungsabbau gleichgesetzt werden kann. Genau diese Verkürzung wollte die Kommission vermeiden. Aus Sicht der Finanzkommission bedeutet ein Entlastungsziel keinen pauschalen Sparauftrag und keinen Abbau politisch beschlossener Leistungen. Es geht vielmehr darum, sichtbar zu machen, wo staatliche Aufgaben mit weniger Ressourcen, mit schlankeren Prozessen oder mit moderneren Instrumenten erfüllt werden können, ohne dass der Leistungsumfang oder die politische Zielsetzung in Frage gestellt werden.

Die Kommission hat deshalb auch festgehalten, dass die zentralen Bewertungsgrössen der GAP weiterhin Qualität, Wirksamkeit und Effizienz bleiben sollen. Der Begriff der Entlastung darf nicht dazu führen, dass beispielsweise politisch gewollte Leistungen in Frage gestellt werden. Wo ein politischer Leistungsauftrag besteht, ist dieser grundsätzlich nicht Gegenstand einer Überprüfung auf seine staatliche Notwendigkeit, sondern lediglich auf die Art und Weise seiner Umsetzung. Gleichzeitig verkennt die Finanzkommission nicht, dass Effizienzgewinne sehr wohl auch finanzielle Auswirkungen haben können. Entlastung kann bedeuten, dass Überkapazitäten erkannt, Doppelspurigkeiten abgebaut oder auch Prozesse vereinfacht werden. Solche Effekte sind nicht nur legitim, sondern sie sind ausdrücklich auch erwünscht. Entscheidend ist jedoch, dass sie transparent hergeleitet, sachlich begründet und nachvollziehbar ausgewiesen werden.

Die Finanzkommission hat sich deshalb auch bewusst dagegen ausgesprochen, einen fixen Prozentsatz oder ein starres Sparziel gesetzlich festzuschreiben. Ein solcher Ansatz würde die GAP zu stark in Richtung eines Sparinstruments verschieben und könnte die inhaltliche Qualität der Aufgabenüberprüfung beeinträchtigen. Stattdessen soll der Regierungsrat selbst Entlastungsziele definieren, diese begründen und im Nachgang offenlegen, wie und in welchem Umfang sie erreicht wurden oder weshalb sie in einzelnen Fällen nicht erreicht werden konnten.

Trotz dieser klaren Abgrenzung hat die Finanzkommission die gesetzliche Ergänzung als sinnvoll erachtet, denn die bisherige Praxis der GAP hat gezeigt, dass eine sehr breit angelegte Überprüfung über die gesamte Verwaltung zwar formal korrekt ist, in der Wirkung aber oft an Grenzen stösst. In solchen Prozessen besteht die Gefahr, dass einzelne Dienststellen primär ihre bestehenden Strukturen verteidigen, anstatt offen über Verbesserungsmöglichkeiten zu diskutieren. Mit der Verpflichtung, konkrete Entlastungsziele zu formulieren, wird der Regierungsrat gezwungen, Schwerpunkte zu setzen und die GAP stärker zu fokussieren. Eine solche Fokussierung erhöht aus Sicht der Kommission die Wirksamkeit des Instruments und den eigentlichen Grundgedanken dieses Instruments deutlich. Es erlaubt es, ausgewählte Aufgabenbereiche vertieft oder vertiefter zu analysieren und dort gezielt oder gezielter nach Effizienzpotenzialen zu suchen, anstatt überall ein wenig und nirgends konsequent hinzuschauen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Transparenz gegenüber dem Parlament. Der Grosse Rat erhält künftig nicht nur einen Bericht über durchgeführte Prüfungen, sondern auch eine strukturierte Darstellung darüber, welche Ziele gesetzt wurden und in welchem Umfang diese erreicht worden sind. Damit wird die GAP für das Parlament besser nachvollziehbar und auch einfacher politisch einzuordnen. Schliesslich stärkt die Ergänzung auch die Steuerungsfunktion. Sie macht deutlich, dass Aufgabenüberprüfung kein Selbstzweck ist, sondern ein Instrument, mit dem die Verwaltung lernfähig bleiben und sich weiterentwickeln soll. Entlastungsziele sind dabei kein Dogma, sondern ein Orientierungsrahmen, an dem sich die Analyse und die Berichterstattung ausrichten.

Aus all diesen Gründen ist die Finanzkommission zum Schluss gekommen, dass die vorgeschlagene Anpassung des Finanzhaushaltgesetzes richtig ist unter der klaren Voraussetzung, dass Entlastung im Sinne von Effizienzgewinnen verstanden wird und nicht als Sparprogramm oder Leistungsabbau. Die Kommission unterstützt die deshalb vorgeschlagenen Änderungen, die Beschlüsse in der Detailberatung waren klar. Die Titelanpassung inklusive offizieller Abkürzung FHG wurde einstimmig angenommen, die Ergänzung von § 7 Abs. 2 «setzt sich konkrete Entlastungsziele» wurde einstimmig angenommen bei fünf Enthaltungen und die Ergänzung von § 7 Abs. 3, der Bericht über die Zielerreichung, wurde ebenfalls einstimmig angenommen bei ebenfalls fünf Enthaltungen. Diese Enthaltungen in der Finanzkommission drücken nicht eine Ablehnung des Prinzips aus, sondern widerspiegeln in erster Linie die politische Sensibilität des Begriffs Entlastung. Umso mehr hat die Kommission Wert darauf gelegt, die richtige Interpretation festzuhalten.

Diese Vorlage ist also keine Revolution, sie ist eine sinnvolle Präzisierung und eine Konsequenz aus einem klaren politischen Auftrag des Parlaments, den Sie letztlich auch dem Regierungsrat erteilt haben. Wir stärken damit die GAP, weil diese Veränderung des Prozesses dazu führen wird, dass die Verwaltung stärker verpflichtet sein wird, Ziele zu benennen und Resultate transparent auszuweisen, ohne daraus ein Sparprogramm zu machen. Oder anders gesagt, es geht nicht um Streichen um des Streichens willen, sondern darum, nun besser und effizienter zu werden und das nachvollziehbarer für Parlament und die Öffentlichkeit. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Finanzkommission, dem Antrag zu folgen und die Vorlage anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet in einer ersten Runde. Fleur Weibel hat das Wort für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb hat der Überweisung der Motion Christ, auf die die Anpassung des FHG zurückgeht, zweimal geschlossen abgelehnt. Wir waren der Ansicht, dass mit der generellen Aufgabenüberprüfung GAP bereits jetzt die Effizienz und Wirksamkeit von staatlichen Aufgaben überprüft und allfällige Massnahmen vorgenommen werden können. Die zusätzliche Formulierung eines Entlastungsziels erschien uns deshalb einerseits nicht notwendig und andererseits vermuteten wir hinter dem Begriff des Entlastungsziel ein eigentliches Sparprogramm. Aufgrund der Diskussion in der Finanzkommission über Sinn und Zweck eines extra zu formulierenden Entlastungsziels und einer sorgfältigen Bestimmung dessen, was mit einem konkreten Entlastungsziel genau gemeint ist und was nicht, können wir nun dem vorliegenden Bericht der Finanzkommission aber zustimmen. Kommissionspräsident Joël Thüring hat bereits sehr ausführlich die Diskussion der Finanzkommission dargelegt. Ich gehe jetzt nicht nochmal im Detail darauf ein, sondern halte mich kurz.

Die Fraktion GRÜNE/jgb schliesst sich den von Joël Thüring ausgeführten Formulierungen der Finanzkommission an und betont auch noch einmal, dass das Ziel der GAP weiterhin dasjenige ist, Aufgaben hinsichtlich ihrer Qualität, Effizienz und Wirksamkeit zu überprüfen. Es geht also auch zukünftig nicht um den Abbau von politisch gewollten Leistungen. Für uns ist zentral, wie es auch für die Finanzkommission zentral ist, dass die GAP nicht dazu dienen darf, Leistungen durch die Hintertür abzubauen. Das Entlastungsziel darf also keinesfalls einem Sparprogramm gleichkommen. Durch die neue Schwerpunktsetzung soll vielmehr die Wirksamkeit der GAP erhöht werden. Es geht also darum, Aufgaben anhand von konkreten, überprüfbaren und zu berichtenden Entlastungszielen gezielter hinsichtlich ihrer Qualität und Effizienz zu prüfen und auch die Nachvollziehbarkeit für das Parlament zu erhöhen. Und in diesem Sinne kann die Fraktion GRÜNE/jgb dem Bericht der Finanzkommission und damit auch der Anpassung des Finanzhaushaltgesetzes zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Luca Urgese für die LDP.

Luca Urgese (FDP): Die GAP, die generelle Aufgabenüberprüfung, ist ein sehr wichtiges Instrument. Es liegt in der Natur jeder, vor allem jeder grösseren Organisation, dass sie laufend wächst und deshalb soll man regelmässig überprüfen, ob man all das, was man macht, immer noch machen muss und ob man das, was man weiterhin machen will, nicht noch etwas effizienter machen kann.

Ich weiss nicht, wie es Ihnen ging, ich habe die Berichte über die GAP jeweils mit Interesse gelesen und am Schluss des Berichtes dann jeweils die Stelle gesucht, wo stand, das ist jetzt das Gesamtergebnis, so viel sind wir jetzt effizienter geworden, wir konnten jetzt Franken X sparen, indem wir all diese Effizienzmassnahmen ergriffen haben. Denn wenn man effizienter wird, sollte ja in der Regel am Schluss dann doch in Franken und Rappen irgendetwas dabei herauskommen. Doch Fehlanzeige, ich zumindest habe diese Stelle in den Berichten jeweils vergeblich gesucht. Umso wichtiger ist es, dass wir künftig ein konkretes Entlastungsziel haben, welches dann auch im Bericht entsprechend ausgewiesen werden kann, ob und wie das erreicht wurde oder vielleicht sogar übertroffen, wer weiss.

Die FDP unterstützt deshalb diese Gesetzesänderung klar und ohne Vorbehalte. Wo wir allerdings einen Vorbehalt bzw. wenn man so will, einen Widerspruch zu Handen der Materialien haben, ist bei der von der Finanzkommission im Bericht aufgeführten Haltung, dass staatliche Leistungen und Aufgaben, denen ein konkreter politischer Wille zugrunde liegt, grundsätzlich von einer Überprüfung auf ihre staatliche Notwendigkeit ausgeschlossen werden sollen.

Erstens kennt das Finanzhaushaltsgesetz keine solche Beschränkung. Es steht explizit im Gesetz drin, dass die staatliche Notwendigkeit überprüft werden soll und das kann auch bedeuten, dass man feststellt, dass es nicht mehr notwendig ist, eine bestimmte Leistung durch den Staat zu erbringen. Das macht es dann noch nicht zum Sparprogramm, sondern es kann sein, dass man durch die Entwicklung der Zeit zum Schluss kommt, früher war es notwendig, dass der Staat Leistung XY erbringt, heute ist es nicht mehr notwendig, deshalb verzichten wir darauf.

Und zweitens macht eine solche Einschränkung schlicht und einfach auch keinen Sinn. Jeder staatliche Leistung und Aufgabe lag irgendwann ein politischer Wille zugrunde. Also wenn Sie den politischen Willen als Grundlage nehmen, dass die GAP sich das nicht ansehen darf, dann machen Sie die GAP eigentlich im Ergebnis obsolet. Jede Aufgabe, jede Leistung wurde irgendwann, sei es vom Parlament oder von der Regierung oder von den Stimmberechtigten, politisch beschlossen. Nun, ein politischer Wille gilt ja auch nicht automatisch für immer. Ein politischer Wille kann sich ändern und genau deshalb ist es sinnvoll, dass man im Rahmen der GAP auch die Möglichkeit hat anzusehen, ob es immer noch der aktuelle politische Wille ist, dass eine solche Leistung erbracht werden soll.

Es ist gerade Aufgabe der generellen Aufgabenüberprüfung, Tätigkeiten zu identifizieren, die vielleicht nicht mehr notwendig sind, und dann, wo nötig, den Prozess in die Wege zu leiten, um allenfalls einen neuen politischen Willen abzuholen. Das erfolgt nicht durch die Hintertür, das erfolgt durch die Vordertür. Die Kompetenzen des Grossen Rates bleiben selbstverständlich unberührt. Sollte man zum Schluss kommen, dass eine staatliche Leistung künftig nicht mehr erbracht werden soll und das vom Grossen Rat so beschlossen wurde, braucht es selbstverständlich einen neuen Beschluss des Grossen Rates. Das hatten wir in der Vergangenheit auch schon, dass wir dann hier drin die Diskussion geführt haben, ob es jetzt einen neuen politischen Willen gibt oder eben nicht.

Im Ergebnis, klar, wir unterstützen diese Gesetzesänderung, die Begründung der Finanzkommission oder diese geäusserte Einschränkung können wir nicht mittragen. Das macht es noch nicht zum Sparprogramm, das möchte ich hier klar und deutlich sagen. Es ist schlicht und einfach die Natur der GAP, dass man regelmässig über die Bücher geht und schaut, ob all das, was man macht, auch in Zukunft machen will. Wir bitten Sie, dieser Gesetzesänderung zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat das Wort Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann es relativ kurz machen. Auch die SVP-Fraktion wird dieser Gesetzesänderung zustimmen, im Wissen jedoch, dass wir damit keine finanzpolitische Revolution beschliessen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass auch das Parlament finanzpolitisch einen breiten Handlungsspielraum hat und diesen auch in den letzten Jahren etwas zu wenig ausgenützt hat für unser Empfinden, haben aber zumindest positiv zur Kenntnis genommen, dass wir im Dezember 2025 das erste Mal so etwas wie eine Budgetdebatte hatten. Entsprechend sind wir auch der Meinung, dass wir auch unabhängig von dieser Gesetzesänderung als Parlament diesen Handlungsspielraum in Zukunft mehr wahrnehmen müssten.

Wir sind der Meinung, dass wir hier dieser Gesetzesänderung zustimmen können, müssen aber auch klar festhalten, dass grundsätzlich auch die SVP-Fraktion die Erwartung hat, dass die Verwaltung effizient arbeitet. Das benötigt eigentlich gar nicht mal ein Gesetz, es sollte eigentlich eine Grundhaltung sein. Trotzdem sind wir der Meinung, dass es Sinn macht, dass wir hier dieses Finanzhaushaltgesetz jetzt auch verfeinern, damit der Regierungsrat Schwerpunkte setzen kann, wo er dann entlasten möchte und über diese Entlastungsziele auch periodisch berichtet. Entsprechend sind wir der Meinung, dass es Sinn macht, dass wir hier dieses Gesetz anpassen und verfeinern, aber trotzdem auch mit der Grunderwartung, dass die Verwaltung effizient arbeiten sollte, unabhängig von dieser Gesetzesänderung, und auch, dass wir trotzdem, auch wenn wir dieses Gesetz jetzt ändern, auch im Parlament unsere Hausaufgaben machen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tobias Christ hat das Wort.

Tobias Christ (GLP): Eigentlich wollte ich nach dem Fraktionssprecher der SP sprechen, aber nun hat sich die Rednerliste geändert und ich vertraue darauf, dass Ivo Balmer das ganz gut machen wird und noch einmal helfen kann klarzustellen, was mit diesem ominösen Satz, der von Luca Urgese angesprochen worden ist, mit diesem politischen Willen gemeint war. Ich selber begrüsse zuerst mal im Namen der GLP, dass mindestens im Votum von Fleur Weibel für die Grünen zum Ausdruck gekommen ist, dass sich die Fraktion der Grünen anschliessen kann und diese Änderung unterstützt. Das begrüssen wir sehr. Es war mir und uns Grünliberalen ein grosses Anliegen, dass wir das mit einer soliden Mehrheit auf den Weg bringen können, denn es hat keinen Sinn, dass wir hier mit einer knappen bürgerlichen Mehrheit so eine Änderung im Finanzhaushaltgesetz beschliessen. Das wäre ein schlechter Anfang, um diese Verbesserung der GAP, wie wir sie anstreben mit dieser Motion, auf den Weg zu bringen. Ich hoffe, das bestätigt sich dann nachher auch noch einmal im Votum der Fraktion SP.

Nun eben zu diesem ominösen Satz mit diesem politischen Willen. Ich masse mir nicht an, noch einmal klarzustellen, was die Finanzkommission hier genau gemeint hat. Vielleicht kann Ivo Balmer noch dazu beitragen, das zu klären oder vielleicht auch der Kommissionspräsident. Aber aus Sicht der Grünliberalen müssen wir hier klarstellen, es ist sicherlich nicht das gemeint, was Luca Urgese angedeutet hat, dass, wo immer mal ein politischer Wille war, das nicht hinterfragt werden darf in der GAP. Denn da gebe ich ihm recht, dann gäbe es nichts mehr zu hinterfragen, deshalb kann klarerweise das nicht gemeint sein. Gemeint war, mindestens in unserem Verständnis, dass wenn der politische Wille klar manifest ist, also ganz konkret ein Grossratsbeschluss vorliegt oder sonst ein klarer formaler Beschluss, der auch einigermassen aktuell ist, dass dann die Verwaltung das nicht übersteuern soll im Rahmen der GAP. Oder wenn die Regierung ein hartes Sparziel vorgeben würde, was ja erklärtermassen nicht ihre Absicht ist, dann sollte hier klar sein, es ist nicht die Idee, dass die Verwaltung dann den politischen Willen übersteuern kann und Sparmassnahmen an einem Ort im Rahmen dieser GAP auf den Weg bringen kann, die so nicht gewollt sind. Das ist gemeint damit. Und in dem Sinne stehen wir auch voll hinter diesen Formulierungen als GLP.

Und einfach, dass es noch einmal gesagt ist, wir GLP haben kein Problem mit dem Wort Sparen, wir sind durchaus der Ansicht, dass wir auf der Ausgabenseite ein Problem haben, schon jetzt beim Kanton, auch wenn wir finanziell recht gut dastehen, und wir befürchten, dass das in Zukunft viel stärker wieder ein Thema werden könnte. Daher wäre es kein Problem, wenn die GAP dazu beitragen kann, dass man wirklich spart. Aber wir stehen, wie gesagt, hinter dem, was im Bericht der Finanzkommission zum Ausdruck kommt, dass es mit dieser Änderung hier primär nicht darum geht, Sparprogramme zu ermöglichen, das wäre nicht der richtige Weg, sondern es geht eben um diese berühmten Effizienzgewinne, die anfallen und die man auch realisieren soll. Es geht darum, Ineffizienzen auszumachen in der Verwaltung. Das kann dann zu Einsparungen führen, muss aber nicht, es kann auch nur dazu führen, dass Ressourcen besser alloziert werden. Aber da wollen wir mehr Klarheit, da wollen wir ein klares Ziel haben und mehr Transparenz schaffen, dass es auch wirklich passiert und dass es nicht irgendwo untergeht, auch wenn wir vertrauen, dass die Verwaltung grundsätzlich mit ihren Ressourcen gute Sachen macht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Olivier Battaglia für die LDP.

Olivier Battaglia (LDP): Vor acht Jahren, als ich hier im Grossrat Einsitz nehmen durfte, war meine Vorgängerin in der Finanzkommission Patrizia von Falkenstein und hat schon seit längerer Zeit immer wieder das Thema GAP als Thema hier vorne gefordert. Und sie hat immer wieder gesagt, dass es da Handlungsbedarf gäbe. Ich finde es ein spannendes Umfeld, denn wir haben da eine interessante Spannung zwischen den operativen Aufgaben, die eine Verwaltung wahrnehmen muss, und dem gesetzlichen Auftrag. Mir wurde mal gesagt, es müsse im Prinzip für das administrative Handeln in der Verwaltung zuerst einmal eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, anschliessend müsse Geld gesprochen werden, ein Budget gesprochen werden und dann sei die Verwaltung handlungsfähig. In meiner Zeit bei der Finanzkontrolle durfte ich auch immer wieder sehen, dass neue Leitende von Dienststellen dazugekommen sind aus der Privatwirtschaft, und die haben

auch ganz logischerweise Ideen gehabt, wie man diese Aufgaben erfüllen kann. Zum Teil haben sie diese Mechanismen nicht gekannt, dass man da im Prinzip diesen Auftrag, das Budget und so weiter zuerst haben muss, damit man überhaupt etwas tun darf oder dass dann schlussendlich die Effizienzsteigerung, die neuen Ideen plötzlich so weit sich entwickelt haben, dass dieses «Korsett» der Aufgaben, die zugeteilt worden sind durch das Parlament, dann eine andere Dimension angenommen haben.

Wir möchten nun nicht sagen, dass es eine Sparübung ist, sondern es geht um die kritische Würdigung von den Aufgaben, die die einzelnen Dienststellen vornehmen und dass man sich dort wirklich mal kritisch mit dem Thema befasst, wo haben wir Fortschritt erzielt, positiv, Wo haben wir Effizienzen durchgesetzt? Ich denke heute vor allem auch an die Themen wie die ganze Digitalisierungsthematik, die durchaus Effizienzen mit sich bringen kann. Das ist nicht falsch. Wichtig ist aber, dass wenn wir irgendwelche gesetzlichen Anpassungen machen möchten, wenn wir steuern möchten, wir das hier in diesem hohen Haus machen.

Also für die LDP ist eigentlich die Motion Tobias Christ und Konsorten eine gute Grundlage, damit die GAP endlich die notwendige Messbarkeit bei Wirksamkeit und Effizienz bekommt. Mit dieser Anpassung im Finanzhaushaltsgesetz korrigieren wir ein langjähriges Defizit in der Finanzsteuerung und die LDP stimmt der Gesetzesänderung sowie der Einführung der Abkürzung FHG mit Überzeugung zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP spricht Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Ja, Tobias Christ, ich habe gedacht, wir machen die Dramaturgie ein bisschen spannender am heutigen parlamentarischen Morgen. Wenn Sie dann noch eine Replik auf mich halten möchten, dann sind Sie ja ganz frei, noch ein Einzelvotum zu halten. Angesichts dieser Anpassung müssen wir schon diese Debatte auch führen, was wir intensiv getan haben in der Kommission, und Kommissionspräsident Joël Thüring hat gesagt, wie wir auch gerungen haben um die Auslegung dieses neuen Finanzhaushaltgesetzes, wobei eigentlich nicht viel passiert. Der Titel sei geschenkt, über das spreche ich jetzt gar nicht mehr, aber über diese Ergänzung mit diesem konkreten Entlastungsziel, das eben vor einer Überprüfung gesetzt wird.

Die GAP steht ja schon lange im Gesetz und ist als Instrument angelegt und ist damit verankert, und sie wird auch gemacht. Diese staatlichen Tätigkeiten werden periodisch überprüft und vor allem auch reflektiert und darin Wirksamkeit, Qualität und ja, dann nehme ich dieses betriebswirtschaftliche Argument, Effizienz eben überprüft werden. Bis anhin waren sie ergebnisoffen, weil eben diese Zielsetzungen nicht im Vorfeld explizit gesetzt wurden und explizit auf dieses finanzielle Ziel gesetzt wird.

Die SP-Fraktion ist bei den Grünen. Wir haben beide Male die Motion, die Auslöser war, bekämpft und wir bleiben auch heute kritisch. Und diese Kritik sieht man auch dem Bericht der Finanzkommission an. Es geht eben nicht um die GAP, sondern es geht um diese neue Logik, die sich jetzt mit dieser Nennung von konkreten Entlastungszielen ergeben könnte. Und hier ist der Konjunktiv. Eben gerade deshalb ist es für die SP-Fraktion zentral, dass diese gesetzlichen Anpassungen so verstanden werden - und deshalb ist das auch so deutlich in diesem Bericht erkenntlich –, dass das kein politisches Sparinstrument sein darf in der Anwendung. Es geht eben einzig um Qualität, Wirksamkeit und Effizienz und politisch beschlossene Leistungen stehen mal prinzipiell nicht zur Disposition und das meint, wo es eine gesetzliche Verankerung gibt, wo es einen Grossratsbeschluss gibt, wo wir eben öffentliche Leistungen wahrnehmen, muss es umgesetzt werden.

Dieser Begriff ist spannungsreich, das haben wir aus den Fraktionsvoten herausgehört, und diese Klarstellung aus dem Bericht der Finanzkommission ist deshalb wichtig. Ich glaube, einen Begriff, den man auch nochmals betonen kann, ist eben die Lernfähigkeit der Verwaltung. Natürlich wird sie effizienter, weil auch neue Mittel da sind, das hat Olivier Battaglia schön gesagt. Das soll eben mit einem konkreten Entlastungsziel hinterlegt werden. Aber es ist nicht die Aufgabe dieser neuen GAP, irgendwelche politischen Aufträge, die die Verwaltung hat, aufs Spiel zu setzen oder zu überprüfen.

Die SP-Fraktion verdeutlicht diese kritische Begleitung auch des weiteren Prozesses, indem sie sich heute teilweise enthält, und gewisse Kolleg:innen meiner Fraktion werden auch die Anpassungen ablehnen. Und ein wichtiger Punkt dieses Teils der Fraktion, die ablehnen werden, ist auch die grundsätzliche Überlegung, dass wir eben nicht der Meinung sind, dass öffentliche Verwaltung einfach mal eins zu eins gleichgesetzt werden kann mit Unternehmen. Das ist etwas anderes. Es geht hier um staatliches Handeln, das eben nicht primär über Kennzahlen oder irgendwelche Zielwerte gesteuert werden kann. Ich denke hier an Leistungen im sozialen Bereich, in der Bildung, beim Klima, aber auch beim Wohnen. Das sind politisch gewollte Leistungen, und somit sind sie auch immer normativ irgendwo begründet. Das heisst, diese Effizienz aus dieser Betriebswirtschaftslogik, die kann nur zu einem gewissen Teil in der Umsetzung erfolgen, aber nicht bei der politisch normativen Setzung. Das geht nicht. Und so verstehen wir diese Entlastungsziele, wie sie jetzt ergänzt werden in diesem Finanzhaushaltsgesetz, nicht. Sonst wären für uns Ziel und Zweck auch völlig verfehlt.

Und das möchte die SP mit den Enthaltungen, die kommen werden, unterstreichen und betonen, dass wir mit dieser «Betriebsverwirtschaftlichung» unserer Verwaltung auch vorsichtig umgehen müssen und dieses Entlastungsziel jetzt nicht zur Tabula Rasa führt. Ich glaube, alle hier drin teilen diesen Punkt. Mit Gewissheit kann ich es einfach für meine Fraktion sagen, weil wir oft darüber reden, aber ich glaube, alle hier drin teilen die Grundlage, dass eben diese Vorlage nicht entscheiden wird, was die Aufgabe des Staates ist, es geht nicht um die politische Definition von irgendwelchen Handlungen.

Und das ist der Kern dessen, was nicht passieren darf mit diesen Entlastungszielen. Es geht nicht darum, dass wir dann irgendwann politisch diskutieren, was der Staat, was unsere Verwaltung für unsere Bürger:innen und Mitbewohnenden in unserem Kanton tun und leisten sollte. Und wenn wir das als Klammer haben hier drin, dann denke ich, geht das in die richtige Richtung und dann haben wir eine neue Überprüfbarkeit, so wie es Luca Urgese ja in seinem Votum auch gemeint hat, dass man nämlich sagt, was man jetzt vertieft und zu welchen Schlüssen man gekommen ist. Aber es geht nicht um die politische Diskussion inhaltlicher Natur über Leistungen, die wir erbringen.

Ich danke Ihnen und freue mich, dass wir diesen Diskurs weiterführen können, dass wir dann am Schluss eine gute Entscheidungsgrundlage haben. Ich nehme die beiden Zwischenfragen entgegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben sehr pointiert ausgeführt, wie Sie diese Gesetzesänderung interpretieren und ich sehe da auch keinen Dissens mit der Finanzkommission, dass es eben keinen Leistungsabbau gibt, diese generelle Aufgabenüberprüfung. Aber wieso stimmt denn die SP jetzt gegen diese Gesetzesänderung?

Ivo Balmer (SP): Das ist jetzt Politik. Ich weiss nicht. Wir machen hier eine Gesetzesanpassung. Und da ist die Enthaltung eigentlich falsch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Tobias Christ hat bei der Auslegung des Begriffs des politischen Willens eine gewisse zeitliche Einschränkung gemacht und gesagt, man soll nicht gegen einen aktuellen politischen Willen vorgehen. Teilen Sie das oder würden Sie sagen, ein politischer Wille, egal wann er geäussert wurde, sei es auch vor 100 Jahren, ist unantastbar?

Ivo Balmer (SP): Für mich sind Ziele in der Verfassung unantastbar. Wenn man die überprüfen möchte, dann muss man einen neuen politischen Vorstoss machen, um diese zu ändern oder auch irgendwelche Gesetzesanpassungen festzumachen. Deshalb gibt es im politischen Willen keine zeitliche Einschränkung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Patrizia Bernasconi für die BastA.

Patrizia Bernasconi (BastA): Die Fraktion BastA war immer gegen die Überweisung der Motion Christ. Für uns hätte diese klar die GAP zu einem Sparinstrument verwandelt. Nun haben wir eine formelle Änderung des Finanzhaushaltgesetzes vor uns, beraten von der Finanzkommission, in der wir nicht mehr vertreten sind.

Es ist heute mehrmals beteuert worden, dass diese Gesetzesänderung keinen Sparauftrag bedeutet, keinen Abbau von beschlossenen Leistungen darstellt. Es gehe um Effizienzgewinne. Wir nehmen es jetzt mal einfach so zur Kenntnis. Die Frage aber, wie genau dieses Gesetz umgesetzt wird, bleibt offen und wir kennen heute zu wenig, vor allem nicht, wie ein Entlastungsziel genau konkret definiert werden soll, zumal Entlastungsziel im finanziellen Rahmen immer Ausgabenkürzungen beziehungsweise Sparmassnahmen bedeutet. Was das uns in Zukunft bringen wird, diese Ergänzung des Finanzhaushaltgesetzes, können wir heute nicht bestimmen. Das wird aber im Gesetz sein und kann sich auch wieder ändern.

Meine Fraktion wird sich deshalb enthalten. Damit möchten wir trotz aller Beteuerungen unsere Skepsis ausdrücken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Also ich verstehe nichts mehr. Ich kann mich ganz kurz fassen. Ich weiss nicht, worum es geht, ich bedauere sehr, dass es für uns Grossräte nichts mehr auf Papier gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, wir haben das bereits gehört.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann als Ein-Thema-Partei nicht überall mitreden und ich freue mich über die fünf Stimmen, die ich bekommen habe, als ich gesagt habe, ich wolle es auf Papier. Es vereinfacht einfach die Arbeit im Parlament.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat nichts mit diesem Geschäft zu tun. Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich fühle mich in meine Jugend zurückversetzt, da habe ich einen Aufsatz geschrieben zur Lehre und Praxis der authentischen Interpretation. Die authentische Interpretation ist, wenn ein Parlament verbindlich in einem Rechtsakt festlegt, wie eine Bestimmung zu verstehen ist. Das versuchen jetzt Ivo Balmer und die ihm Folgenden auch, aber da wage ich doch zu bemerken, dieses Rechtsinstitut ist dem basel-städtischen Verfassungsrecht unbekannt und wird sicherlich nicht schon eingesetzt beim Erlass einer Bestimmung. Ich glaube, wenn man zu faul ist, eigene Anträge auch zu formulieren, dann sollte dies auch keine Gnade finden in der zukünftigen Auslegung eines Gesetzes.

Aber es gibt ja sicherlich Sachen, die klar sind. Bei einer GAP geht es zuerst mal wahrscheinlich nicht um das Ob, sondern vor allem um das Wie, aber auch dort kann man entsprechende Ziele festlegen, die können zum Sparen führen, das wollen Sie ja verhindern, und andererseits kann natürlich auch festgestellt werden, dass es Aufgaben geben kann, die es wirklich nicht mehr braucht, aber die nur gesetzlich vorgeschrieben sind, vielleicht auch in der Verfassung. Da dürfen wir – und da ist jedes politische Organ frei, auch der Regierungsrat, der ja als staatsleitende Behörde zu agieren hat – sagen, dass wir das so nicht mehr verantwortlich finden und eine entsprechende Verfassung und Gesetzesänderung vorbereiten werden.

Und wenn Sie jetzt hier mit Ihren Bemerkungen in diesem unglücklich formulierten Kommissionsbericht wie auch jetzt in der Debatte quasi ein allgemeines Denkverbot auf alle Zeiten festschreiben wollen, dann widerspreche ich hier zuhanden der Materialien und ich glaube, es wäre wirklich besser, dass man nicht irgendwo einen Konsens zu einem Vorschlag simuliert und dann von Anfang an Bemerkungen platzieren will, die wirklich aus diesem halbeffizienten Tiger dann vollendlich einen Papiertiger machen. Dann sagen Sie doch, Sie seien dagegen, Sie wollten nirgends sparen, Sie wollten nichts überprüfen, Effizienz sei ein schlimmes betriebswirtschaftliches Wort, das per Verfassungsänderung verbannt werden müsste.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Regierungsrätin Tanja Soland hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Auch ich bin etwas verwirrt, das gebe ich zu, und das eigentlich wegen der ganzen Diskussion. Ich habe mich gefragt, ob Sie die GAP nicht einfach streichen möchten, vor allem wenn ich an die Budgetpostulate denke, die nachher drankommen und aus fast allen Fraktionen herkommen.

Es wurde vom Grossen Rat bestimmt, dass wir diese Aufgabenüberprüfung machen. Ich habe immer die Ansicht vertreten, dass diese Gesetzesänderung an sich nicht viel ändere, weil wir das heute schon hätten machen können mit dem Entlastungsziel, das haben wir nicht gemacht. Wir haben natürlich trotzdem finanzielle Gewinne gehabt. Das war unsere Philosophie bisher, man überprüft und wenn das Departement Geld einspart, dann darf es das behalten und damit etwas anderes machen, damit auch ein Anreiz da ist.

Wir machen das übrigens auch neben der GAP. Wir haben eine Artikel-8-Prüfung, alle Geschäfte werden von uns geprüft auf ihre finanziellen Auswirkungen, dort passiert es eigentlich auch immer wieder, dass wir sagen, braucht es wirklich vier Stellen, geht es auch mit zwei, können wir das mal befristen und so weiter. Das machen wir eigentlich immer. Ebenso wie wir durch das Bevölkerungswachstum nicht jedes Mal die Stellen nachziehen. Ich glaube, das gibt es nur bei den Lehrern, dort ist das automatisch, ansonsten machen wir das nicht. Das ist auch ein Effizienzgewinn, den wir versuchen umzusetzen.

Und man kann das unterschiedlich machen. Wir haben bisher immer diese BAK-Studie gemacht und dann einzelne Themen angeschaut. Das ist eine Art und Weise, die Aufgabenüberprüfung zu machen. Wenn Sie jetzt diese Gesetzesänderung machen, möchten wir das einmal anders versuchen, also dass wir vielleicht wirklich ein Entlastungsziel festlegen. Das haben wir jetzt noch nicht beschlossen, es wird ja nachher auch mit der Finanzkommission diskutiert, dass man vielleicht den Fokus

etwas anders setzt. Ich weiss nicht, warum Sie so Angst haben, es gibt keine Hintertür. Wir sind nicht der Gesetzgeber, das sind Sie. Diese Hintertür gibt es nicht, Sie sind der Gesetzgeber.

Aber selbstverständlich muss man gewisse Aufgaben, auch wenn sie mal politisch gewollt waren, überprüfen, wenn niemand mehr eine Veranstaltung besucht oder wenn es nie wieder schneit, wenn es zehn Jahre nicht mehr schneit im Kanton, wird man vielleicht aufhören mit dem Trottoirreinigungsdienst, den Vorhaltekosten. Das ist doch legitim. Und das geht ja alles wieder zu Ihnen. Der Spielraum, den wir haben, ist nicht sehr gross. Und ich kann mich beim besten Willen wirklich nicht erinnern, wann wir welche Leistung abgebaut haben. Ich bin immer noch beim Sportmuseum, das ist die einzige, an die ich mich erinnern kann, das Kindernest, das sehe ich jetzt auch noch nicht, da nehme ich auch an, das wird weitergehen und wird wahrscheinlich noch viel höher alimentiert werden. Ich kann mich beim besten Willen nicht erinnern. Daher weiss ich nicht, warum Sie sich so Sorgen machen, das ist mir nicht ganz klar.

Aber auch auf der bürgerlichen Seite: Sie wollen die Handänderungssteuer halbieren, aber Sie wollen auch nichts abbauen. Man kann dann das Geld nicht einfach nur ausdrücken, man muss dann auch mal sagen, dass man auf eine Zusatzleistung verzichtet. Aber ich glaube, wir machen das mehr bei den einzelnen Geschäften. Eine GAP kann gewisse Schwerpunkte setzen, wir versuchen das jetzt mal mit einem anderen Ansatz, die kann vielleicht mal ein Thema hinterfragen, anschauen, ob man das auch anders organisieren könnte. Wir versuchen jetzt mal eine andere Umsetzung. Das wird ja durch die Finanzkommission begleitet. ich glaube, es gab mal so ein Entlastungspaket, das war auch im Rahmen einer GAP. Und was ist geblieben? Doch, es stimmt, wir haben noch etwas abgeschafft. Den Apéro des Regierungsrates, genau, das war ein grosser Finanzgewinn.

Sie sehen ja, der Spielraum des Regierungsrates ist nicht so gross. Die wichtigen Fragen kommen alle ins Parlament oder vor die Bevölkerung. Es gibt diese Hintertür nicht. Wir werden jetzt einfach mi diese GAP, die wir machen müssen, ein wenig anders machen und da können wir uns ja am Ende dann darüber unterhalten, wie das war, ob das Sinn macht oder nicht. Man könnte auch die GAP streichen als Entlastungsziel, dann hätten wir auch weniger Aufwand.

Also machen Sie sich keine Sorgen, die Umsetzung wird diskutiert mit der Finanzkommission, die wichtigen Entscheide treffen sowieso Sie, daher müssen Sie keine Befürchtungen haben, es gibt keine Hintertür, wir werden das transparent darlegen. Daher hat der Regierungsrat sich jetzt entschieden, dies so umzusetzen und ich glaube, wir können jetzt dem auch einmal zustimmen und schauen, wie die Umsetzung erfolgt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Kommissionspräsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die lebhafte Diskussion. Ivo Balmer hat mit seinem Votum auch ein bisschen wiedergegeben, wie wir in der Finanzkommission darüber diskutiert haben. Wir haben dabei oft auch das Wort vom Speck verwendet. Wir haben diese Diskussion tatsächlich so geführt, dass der Entscheid für den Antrag der Finanzkommission heute einstimmig war, aber unter Berücksichtigung dieser Enthaltungen. Und wir haben versucht, diese Enthaltungen im Bericht festzuhalten, auch wenn es eigentlich keine Stimmen sind. Und dies, weil es natürlich eine Grundsatzdiskussion ist, wie man diese Formulierung interpretieren will.

Regierungsrätin Tanja Soland hat nun auch ein bisschen das ausgeführt, was ich am Schluss auch als Antwort auf beispielsweise Luca Urgese gesagt hätte: Dieser klare politische Leistungsauftrag oder dieser klare politische Wille bei einem solchen GAP ist natürlich schon vor allem auch auf sehr aktuelle Dinge bezogen. Regierungsrätin Tanja Soland hat jetzt auch dargelegt, dass die Sorge nicht allzu gross sein kann, Luca Urgese. Wenn der Grosse Rat im November beschliesst, den Winterdienst zu verstaatlichen, dann ist es wahrscheinlich nicht besonders klug, wenn der Regierungsrat ein halbes Jahr später in der GAP just das als Entlastungsziel definiert. Das kann wahrscheinlich der Regierungsrat dann auch so verstehen, dass niemand sonderlich erfreut wäre, wenn er genau das dann gleich ein halbes Jahr später wieder hervornimmt und dort quasi damit seine ursprünglich ablehnende Haltung zur Übertragung dieser Aufgabe an den Staat gleich wieder streichen lassen möchte.

Der Regierungsrat, und das ist der zweite Punkt, hat keine Kompetenz, etwas zu streichen. Das ist dieses vielleicht auch ein bisschen sehr theoretische Denken dieser GAP, als man diese GAP eingeführt hat – das war übrigens auch ein politischer Wille diese GAP. Die Entscheidung über Ausgaben fällen Sie, Sie fällen sie regelmässig jeden Monat im Parlament, wir fällen sie grundsätzlich einmal im Jahr mit der Behandlung des Budgets im Dezember eines Jahres für das Folgejahr und Sie fällen sie ganz regelmässig auch entgegen dem Wunsch oder dem Antrag des Regierungsrates. Und das ist letztlich das, was auch entscheidend ist und nicht das, was der Regierungsrat ganz konkret in eine GAP schreiben würde. Denn am Schluss des Tages kann der Regierungsrat in einer GAP alles festhalten. Der Grosse Rat wird immer weiterhin individuell und nicht im Rahmen der Berichterstattung zu diesem Bericht der generellen Aufgabenüberprüfung wieder entscheiden.

Und Sie machen das ja eindrücklich auch regelmässig, nämlich zum Beispiel heute oder nächsten Mittwoch mit Budgetpostulaten, die dann von der Grössenordnung her vermutlich doch auch so sind, dass man beim einen oder anderen

dann die Frage stellen könnte, ob das das etwas wäre, was man als Entlastungsziel definieren könnte oder müsste. Aber selbst dort sind Sie als Parlament (und ich möchte das gar nicht bewerten als Finanzkommissionspräsident) frei, wiederum selber mit Ihren Anträgen zu steuern und zu definieren, wo eben nicht entlastet werden soll oder wo der Staat zusätzlich belastet werden muss.

Deshalb wäre ich hier auch wie Regierungsrätin Tanja Soland etwas lockerer in der Befürchtung, was nun die Umsetzung dieser Motion anbelangt. Wir nehmen aber als Finanzkommission entgegen, dass der Regierungsrat uns zugesichert hat, die Ausgestaltung dieser GAP mit uns zu besprechen. Wir möchten als Finanzkommission diese GAP allerdings dann auch nicht begleiten. Das ist eine Trennung zwischen den Gewalten Exekutive und Legislative, die sinnvoll ist. Aber der Regierungsrat hat uns gegenüber Rechenschaft abzuliefern und deshalb macht es sicher Sinn, dass wir jetzt in diesem ersten neuen Umlauf dann bei der nächsten GAP vorgängig miteinander diskutieren, wie diese neue GAP mit dieser neuen Formulierung im FHG allenfalls präziser umgesetzt werden kann, um möglichst vielleicht auch einen grösseren Mehrwert zu erzielen.

Deshalb bittet die Finanzkommissin Sie noch einmal einstimmig, diesen Änderungen, so wie sie der Regierungsrat vorgelegt hat und wie sie auf Basis der Motion Christ hier drinnen schon behandelt wurde, anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses auf Seite 7 des Berichts und zur Schlussbestimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 11 Nein, 25 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008083, 14.01.26 10:31:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz) vom 14. März 2012 [1]) (Stand 1. Juli 2016) wird wie folgt geändert:

Titel **(geändert)**

Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz, FHG)

§ 7 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

2 Er kann dabei Schwerpunkte vornehmen und orientiert sich an Vergleichsgrössen ausserhalb der kantonalen Verwaltung. Er setzt sich konkrete Entlastungsziele.

3 Der Regierungsrat unterbreitet dem Grossen Rat das Ergebnis der Prüfung zur Kenntnisnahme und veranlasst gegebenenfalls das Erforderliche. Er berichtet über die Erreichung der Entlastungsziele.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 60 Stimmen gegen 11 Stimmen bei 25 Enthaltungen.

16.01. Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Bericht der FKom

[14.01.26 10:31:25, 23.5657.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Mit dem Beschluss über das Eintreten auf das Geschäft haben Sie die Motion Tobias Christ und Konsorten als erledigt abgschrieben.

17. Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

[14.01.26 10:31:41, 25.1408.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Mit dem Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029 beraten wir über die Ausrichtung einer Finanzhilfe in Form von Betriebsbeiträgen an fünf Trägerschaften. Es sind dies der Verein Knaben- und Mädchenmusik Basel, der Verein Knabenkantorei Basel, der Verein Mädchenkantorei Basel, der Verein Musikverband beider Basel und die Genossenschaft Musikwerkstatt Basel zur Förderung improvisierter Musik. Alle fünf Institutionen sind bestens bekannt und werden seit Jahren durch den Kanton unterstützt. Die Knaben- und Mädchenmusik Basel, die Knabenkantorei Basel und der Musikverband beider Basel haben darum ersucht, ihre bisherigen Staatsbeiträge unverändert weiterzuführen. Die Mädchenkantorei und der Musikverband beider Basel haben um eine Erhöhung der Staatsbeiträge ersucht. Die BKK begrüsst das vielfältige musische Angebot der fünf Institutionen ausdrücklich und würdigt auch deren gesellschaftliches Engagement. Die grundsätzliche Unterstützung der fünf Institutionen ist in der Kommission unbestritten. Trotzdem gehe ich ganz kurz auf die Herausforderungen von einzelnen Trägerschaften ein.

Für die Knaben- und Mädchenmusik ist es zunehmend schwierig, die Nachwuchsgewinnung zu gestalten, da das Spielen eines traditionellen Blasmusikrepertoirs in einem urbanen Umfeld immer weniger gefragt ist. Darum hat die KMB frühzeitig reagiert und beispielsweise die traditionelle Basler Fasnachtsmusik im Ausbildungsprogramm gestärkt. Zudem geht die Institution gezielt auch auf Personen zu, die im Erwachsenenalter ein Blasmusikinstrument wieder oder neu erlernen möchten. Mit den erfolgreichen Bläserklassen an Primarschulhäusern hat die KMB schliesslich gezeigt, dass es sich lohnt, Kooperationen mit den allgemeinbildenden Schulen einzugehen.

Die Knabenkantorei bewegt sich in einem für die Nachwuchsgewinnung besonders schwierigen Feld. Knaben geraten immer früher in den Stimmbruch, wodurch sich die Verbleibdauer von Knaben mit Sopran- oder Altstimme in einem Chor stetig verkürzt. Junge Männer mit Tenor- oder Bassstimme sind während ihrer Pubertät aber nur mit grossem Aufwand dazu zu motivieren, regelmässig an Chorproben teilzunehmen. Auch wenn die Konkurrenz durch andere Freizeitangebote stark ist, hat die KKB die Zahl der Aktivmitglieder stabil halten können, was grosse Anerkennung verdient. Wie für viele andere private Trägerschaften im Kulturbereich ist es auch für die KKB zunehmend schwieriger, Beiträge von Stiftungen einzuwerben und das, obwohl die KKB ein hohes Ansehen in der Basler Musiklandschaft geniesst. Die BKK weist in diesem Zusammenhang aber noch darauf hin, dass die evangelisch-reformierte Kirche der KKB den Bischofshof unentgeltlich als Proberaum zur Verfügung stellt und zudem auch einen finanziellen Beitrag leistet. Dies wird im Ratschlag nicht erwähnt, ist für die KKB aber wertvoll und für die BKK nennens- und verdankenswert.

Die Mädchenkantorei hat in ihrem Gesuch für die Erneuerung des Staatsbeitrags auch um eine Erhöhung von 15’000 Franken pro Jahr ersucht. Die MKB zeigt sich sehr dankbar, dass der Kanton für die eben abgelaufene Leistungsperiode bereits eine substanzielle Erhöhung des Staatsbeitrags gesprochen hat. Dies trage essenziell dazu bei, dass die hohen

Mietkosten im Proberaum Don Bosco getragen und damit die Ausbildungsstätte sichergestellt werde. Um der steigenden Anzahl Sängerinnen gerecht zu werden, wurde im März 2023 eine neue Stelle Kursleitung vor allem für die jüngeren Mädchen geschaffen. Da die Mädchenkantorei aus finanziellen Gründen aber nur ein kleines Pensum mit einem unterdurchschnittlichen Lohnabend anbieten kann, war die Stelle lange nicht besetzt und die Arbeit musste vom bestehenden Team aufgefangen werden. Um die prekären Arbeitsverhältnisse im Team, gerade auch was die Lohnsituation betrifft, zu verbessern, brauche die Mädchenkantorei rund 25'000 Franken mehr jährlich. Obwohl die MKB ihre Drittmittelakquise bereits stark intensiviert habe, um das strukturelle Defizit von rund 80'000 Franken aufzufangen, möchte die Institution einen Teil der zusätzlich benötigten Gelder über Drittmittel einwerben. Da das aber nicht gänzlich möglich sein wird, ersucht die MKB, wie erwähnt, um eine Erhöhung des Staatsbeitrages.

Ein Teil der BKK möchte diesen Erhöhungsantrag nicht unterstützen, weil die beantragten Staatsbeiträge an die Knabenkantorei und die Mädchenkantorei in einem Missverhältnis stehen, obschon die Anzahl der Vereinsmitglieder sich auf einem ähnlichen Level bewegt und die Mittelaufstockung bei der MKB mit der gestiegenen Mitgliederzahl begründet würde. Ein anderer Teil der Kommission plädiert hingegen für die Erhöhung des Staatsbeitrages mit dem Argument, dass sich die Knabenkantorei aufgrund ihrer längeren Tradition und umfangreicheren Finanzmittel in einer besseren Position befinde. Zudem macht ein wesentlicher Teil des Staatsbeitrags der Mädchenkantorei die Miete für die Probelokalität, welche sehr hoch ist, aus. Dass die Knabenkantorei derart ideale Konditionen für ihre Proberäume aufweist, darf der Mädchenkantorei nicht zum Nachteil ausgelegt werden. Der Antrag, den Staatsbeitrag an die Mädchenkantorei auf dem bestehenden Niveau zu lassen, wurde in der Kommission mit 6 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ebenfalls einen Erhöhungsantrag hat die Musikwerkstatt Basel gestellt. Die Institution beantragt eine Erhöhung um 30'000 Franken jährlich und möchte damit einen sukzessiven Abbau von der Warteliste bei Instrumenten erreichen, die Löhne des Personals an die indexierte Teuerung anpassen und einen massvollen Aufbau von Rücklagen tätigen können, um das Eigenkapital zu stabilisieren. Der Regierungsrat schlägt eine Erhöhung des Staatsbeitrags von jährlich 15'000 Franken vor, dies, um den Teuerungsausgleich bei den Löhnen des Lehrpersonals und die Stabilisierung des Eigenkapitals zu ermöglichen. Die BKK kann dies einstimmig unterstützen.

Entsprechend dieser Ausführungen beantragt die BKK, die Staatsbeiträge so, wie sie der Regierungsrat vorgelegt hat, zu genehmigen. Für die Knaben- und Mädchenmusik, die Knabenkantorei, den Musikverband beider Basel und die Musikwerkstatt Basel einstimmig mit 12 Stimmen und für die Mädchenkantorei mit 6 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wir reden heute über die musikalische Bildung und ich möchte mir erlauben, zu Beginn meines Votums Ihnen eine kurze Übersicht zu geben über die Art, wie der Kanton Basel-Stadt mit musikalischer Bildung umgeht. Wir haben ja für die musikalische Bildung von Laien die Musikschulen unter dem Dach unserer Musikakademie Basel als verantwortlich und in diesem Fall erfolgt die Finanzierung über einen Staatsbeitrag mit dem Erziehungsdepartement. Sie erinnern sich, dieser Staatsbeitrag wurde im vorletzten Jahr 2024 erneuert mit rund 14,7 Mio. Franken pro Jahr für die Jahre 2025 bis 2028. Wir hatten damals eine Erhöhung beschlossen um 1,1 Mio. Franken pro Jahr. Ich erwähne das deshalb, weil dieser Staatsbeitrag an die Musik-Akademie natürlich vom Volumen weitaus grösser ist als die Beiträge, über die Sie heute entscheiden.

Unter den kleineren Institutionen der musikalischen Bildung nehmen eben ergänzend die Musikwerkstatt Basel, die Knaben- und Mädchenmusik Basel, die Knabenkantorei Basel und die Mädchenkantorei Basel eine wichtige Rolle ein. Hier sind Einzel- und Gruppenunterricht sowie Ensemble musizieren eng verzahnt, es bestehen Angebote zum Singen als auch zum Spielen von Instrumenten. Und dann gibt es natürlich auch etliche Vereine, in denen das Erlernen von Instrumenten, namentlich Blasinstrumenten und das gemeinsame Musizieren im Vordergrund steht. Diese wichtige Basisarbeit der Vereine wird durch den Musikverband beider Basel koordiniert und begleitet.

Und wie Sie zur Kenntnis nehmen, weil ich heute spreche, werden eben die Staatsbeiträge, über die wir heute befinden, im Präsidialdepartement von der Abteilung Kultur betreut. Es gibt dann zusätzlich noch gewisse Bundesbeiträge in allerdings kleinerem Rahmen. Der Kanton Basel-Stadt beteiligt sich am nationalen Förderprogramm Junge Talente Musik.

Das alles ist etwas kompliziert, zugegeben, derzeit ist eine Motion hängig, die Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes. Der Regierungsrat stellte da in seinem Schreiben vom September 2024 auch in Aussicht, in absehbarer Zeit eine Strategie zur Förderung der musikalischen Bildung im Kanton vorzulegen. Das Erziehungsdepartement als zuständiges Departement für die Musikakademie ist hier in der Leitung, alle Abklärungen und Beantwortungen finden natürlich dann auch in enger Abstimmung mit dem für die Kultur zuständigen Präsidialdepartement statt und der Regierungsrat plant im Laufe des Jahres 2026 auch dazu zu berichten. Dies einleitend, weil die Zuständigkeiten vielleicht nicht überall auf den ersten Blick ganz einleuchtend sind und durchaus auch historisch gewachsen sind.

Wir haben nun diesen Sammelratschlag zu den fünf Institutionen der musikalischen Bildung. Bei zweien wurden Erhöhungsanträge gestellt, bei dreien keine. Der Regierungsrat beantragt, einem Anliegen vollumfänglich nachzukommen und beim zweiten die Erhöhung teilweise zu berücksichtigen. Die Verhandlungen mit den Trägerschaften konnten gut geführt werden und wir können hier also sozusagen auch im Konsens mit den Institutionen Anträge unterbreiten.

Die Erhöhungsanträge sind betraglich im Vergleich zu den Beiträgen und den Erhöhungen für die Musikakademie in sehr kleinem Rahmen, es geht um je 15’000 Franken pro Jahr für die Mädchenkantorei Basel und für die Musikwerkstatt Basel. Insgesamt bewegen wir uns in einer Staatsbeitragshöhe von gut 880’000 Franken pro Jahr, für die vierjährige Laufzeit ergibt das dann etwas über 3’500’000 Franken. Der Gesamtbetrag im Vergleich zu dem, was wir sonst auch für musikalische Bildung sprechen, ist nicht gigantisch, die Erhöhung, die darf man als sehr moderat bezeichnen.

Nun möchte ich nicht im Detail auf die einzelnen Institutionen eingehen, im Ratschlag sind dazu eben detaillierte Ausführungen zu finden und auch die Präsidentin der BKK hat schon einige sehr wertvolle Informationen gegeben. Ich möchte auch kurz die Mädchenkantorei Basel erwähnen, die ja eben, wie wir gehört haben, in der Bildungs- und Kulturkommission kontrovers diskutiert wurde. Wir haben seitens Regierungsrats diesen erneuten Erhöhungsantrag der Mädchenkantorei besonders sorgfältig geprüft und können die Ursachen, die zu diesem Erhöhungsantrag geführt haben, sehr gut nachvollziehen. Vor allem auch möchte ich betonen, dass die Situation der Mädchenkantorei und der Knabenkantorei eine andere ist in den Umständen. Es wurde erwähnt von der Präsidentin der BKK, die Situation mit der Miete, aber generell auch mit der Drittmittelakquise sind die Voraussetzungen teilweise unterschiedlich. Das ist nicht eine Gesetzmässigkeit, diese Unterschiedlichkeit, sondern sie ergibt sich in der Historie dieser beiden Institutionen und Sie kennen den Grundsatz und der gilt auch für Staatsbeiträge, wir haben eine Gleichbehandlung, die eben auch beinhaltet, dass man bei ungleichen Voraussetzungen auch ungleich behandeln kann, auch wenn zwei Institutionen ähnliche oder in diesem Fall analoge Dinge anbieten. Es sind zwei unterschiedliche Institutionen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Und entsprechend ist es sinnvoll, jetzt hier bei der Mädchenkantorei eine Erhöhung vorzunehmen, bei der Knabenkantorei nicht. Das sind keine qualitativen Aussagen dahinter, selbstverständlich, die Arbeit beider Kantoreien wird von der Öffentlichkeit und auch vom Regierungsrat hoch geschätzt.

Wenn wir in der Detailberatung noch weiter in die Details gehen wollen bei diesem Erhöhungsantrag von 15’000 Franken pro Jahr, dann können wir es tun. Ich würde jetzt aber vorschlagen, dass ich es auf dieser generellen Ebene belasse. Ich möchte danken allen Institutionen für ihre hervorragende Arbeit. Ich möchte danken auch der BKK für die sorgfältige Prüfung der Erhöhungsanträge und dann auch für den mehrheitlich beschlossenen Entscheid, dem Regierungsrat in seinen Anträgen zu folgen und dies bitte ich Sie auch zu tun, BKK und Regierungsrat in den Anträgen zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Jenny Schweizer hat das Wort für die SVP.

Jenny Schweizer (SVP): Ja, es gibt sie noch, die Vereine der musikalischen Bildung, die keine Erhöhung beanspruchen, und es gibt die, die immer wiederkehren, eine Erhöhung brauchen und fordern. Sie alle haben das Schreiben der Mädchenkantorei erhalten, wie bereits vor vier Jahren findet es die Mädchenkantorei angebracht, nach der Veröffentlichung des BKK-Berichtes dem Grossen Rat nochmals ins Gewissen zu reden.

Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Mädchenkantorei nicht schon wieder wie vor vier Jahren bevorzugt behandelt werden muss. Vor vier Jahren hat der Rat entschieden, der Mädchenkantorei finanziell markant unter die Arme zu greifen, weil sie sich selbstverschuldet in zu teure Räumlichkeiten im Don Bosco eingemietet hat, deren Mietzins sie sich überhaupt nicht leisten konnte und so in eine finanzielle Schieflage geriet. Heute liegen die Wünsche anders, sie möchte mehr Lohn bezahlen, obwohl sie sich dies leider auch nicht leisten kann.

Die Mädchenkantorei vergleicht sich gerne mit der Kantorei der Knaben. Wenn wir aber die Mädchen mit der Knabenkantorei vergleichen, so sehen wir, dass beide gleich viele Kursteilnehmende haben. Daraus können wir doch auch schliessen, dass ebenso der Aufwand für die musikalische Schulung sich im gleichen Rahmen befindet, während die Knabenkantorei sich aber höhere Lohnausgaben mit einem niedrigeren Staatsbeitrag leisten kann. Das Argument der Mädchenkantorei, dass bei ihnen die Drittmittelbeschaffung schwieriger ist als bei der Knabenkantorei, finden wir ein sehr schwaches Argument und auch nicht begründbar.

Aus dem Musterbudget ist zu entnehmen, dass die Mädchenkantorei die Erhöhung für die Ausrichtung eines 13. Monatslohnes einsetzen wird. Die dringende Lohnerhöhung würde aus erhöhten Betriebsbeiträgen der Konzertreise, die alle zwei Jahre stattfindet, bezahlt. Da aber diese Reisen dann im darauffolgenden Jahr wieder wegfallen, erschliesst sich uns nicht, wie dann die erhöhten Löhne wieder beglichen werden können oder aber die nächste Staatsbeitragsperiode wird fällig und es wird wiederum eine Aufstockung dieser beantragt, weil nach einer Erhöhung sicherlich keine Senkung verantwortbar ist.

Sie sehen, es ist in unseren Augen immer eine Aufwärtsspirale und die Schere im Verhältnis zur Knabenkantorei geht immer weiter auf. Bis heute betrug die Differenz 20’000 Franken pro Jahr, wenn Sie der Regierung folgen, werden es 35’000 Franken pro Jahr sein und dies bei gleich hohen Kursteilnehmenden. Daher bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, den Staatsbeitrag für die Mädchenkantorei nicht zu erhöhen und bei 115’000 Franken pro Jahr zu belassen. Bei den Staatsbeiträgen für den Verein Knaben- und Mädchenmusik 1841, Verein Knabenkantorei, Musikverband beider Basel und Musikwerkstatt folgt die SVP-Fraktion der Regierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Wussten Sie, dass musikalische Bildung sich auf die geistige Entwicklung der Menschen auswirkt, das zusammen Musizieren soziale Kompetenz und Emotionalität fördert? Bei diesen Staatsbeiträgen geht es in erster Linie um die Basis, also das Erlernen dieser Fertigkeiten und die Freude an der Musik zu erleben und zu vermitteln. Es geht also nicht darum, Profis auszubilden, auch wenn der eine oder die andere später diesen Weg einschlagen wird.

Ich begrüsse sehr, dass die Regierung im Ratschlag auf das Factsheet des Verbandes der Musikschulen Schweiz eingeht und mit diesem Ratschlag die musikalische Bildung nicht nur fördert, sondern auch ihre Notwendigkeit und ihren Mehrwert erkennt. Vier Vereine und eine Genossenschaft, die sich um diese Fertigkeiten und Freuden in der musikalischen Bildung kümmern, sind in diesem Ratschlag zusammengefasst. Sie arbeiten alle auf einem professionellen und hohen Niveau. Sie ergänzen mit ihrem unterschiedlichen Angebot die Musikschule der Musikakademie. Diese Institutionen erhalten einen Staatsbeitrag, doch bringen sie auch einen hohen Anteil an Drittmitteleigenleistungen auf.

Die Präsidentin hat es auch erwähnt. Es gibt Nachwuchsschwierigkeiten. Beeindruckend ist da, dass Sie hier auf Innovation setzen und beispielsweise hat die Knaben- und Mädchenmusik vermehrt Fasnachtsmusik einbezogen und auch Bläserklassen an Schulen. Und das könnte hier drin ein paar von Ihnen interessieren, es gibt ein Programm für Erwachsene im höheren Alter, die ihr Instrument wieder mal in die Hände nehmen möchten oder einen lang gehegten Wunsch, endlich ein neues Instrument zu lernen. Auch positiv erwähnen möchte ich die vermehrte Zusammenarbeit zwischen der Knaben- und Mädchenkantorei mit gemeinsamen Projekten und Angeboten.

Nun führen wir hier drin aber offensichtlich eine ähnliche Debatte wie in der Kommissionssitzung. Das meiste ist unbestritten, aber diese eine Erhöhung von 15’000 Franken pro Jahr für die Mädchenkantorei, das passt einigen nicht. Der Antrag liegt ja auf dem Tisch. Als ich mein Votum geschrieben habe, wusste ich nicht, was meine Kollegin sagen wird, aber ich konnte antizipieren, dass vielleicht das Wort Gleichbehandlung, jetzt kam das Wort bevorzugt, zur Rede kommt, irgendetwas mit dieser Bedeutung. Wie das Bild einer Waage, ausgeglichen die Waagschalen auf einer gleichen Höhe. Auf den ersten Blick hat man eine Knaben- und eine Mädchenkantorei, beides Chöre, beide mit einem sehr ähnlichen Auftrag. Sie haben unterschiedliche Einnahmen bei den Mitgliederbeiträgen und dem Kursschulgeld, die Mädchen etwas mehr. Auch bekommen Sie schon 20’000 Franken mehr vom Kanton. Die Waage geht immer ein bisschen rauf und ein bisschen runter. Nun kommen aber zwei wichtige Anteile, die ich auf die Waage lege. Die Mietkosten, das ist kein Ertrag, sondern ein Aufwand und es kommt ein sehr tiefer Anteil der Miete ins Gewicht beim KKB. Die Waage geht hier also bedeutend runter. Der Liegensanschaftsanteil für das KKB beträgt 2’835 Franken und ist nicht einmal einfach die Miete, bei den Mädchen 89’369 Franken. Das ist doch ein gewichtiger Unterschied. Sie sehen, die Waage, die Jungs haben bedeutend mehr auf ihrem Konto. Wir rechnen und das ergibt eine Differenz von 86’534 Franken, die die Mädchenkantorei für die Mieter ihrer Räumlichkeiten zahlen muss.

Zurück zur Ausgangslage. Die Knabenkantorei soll laut Ratschlag 95’000 Franken pro Jahr erhalten, die Mädchenkantorei 130’000 Franken. Das ist eine Differenz von 35’000 Franken. Sie erinnern sich, durch die Nichtmiete hat die Knabenkantorei schon mal 86’534 Franken mehr zur Verfügung. Wenn wir das also mit den unterschiedlichen Mietkosten rechnen, bekommen die Mädchen bedeutend weniger für den Restaufwand, also Löhne, allgemeinen Personalaufwand, Verwaltungsbetriebsaufwand.

Oder möchten Sie es lieber mit dem Jahresergebnis vergleichen? Da ist die Differenz nämlich nur noch 10’478 Franken mehr für die Knabenkantorei. Also geht die Waage doch noch ein bisschen mehr ins Ausgeglichene. Die Mädchenkrantorei ersucht nun aber um 15’000 Franken pro Jahr. Also hätten Sie dann 4’522 Franken mehr als die Knabenkrantorei im Jahr. Diesen beantragen sie, weil sie überzeugt sind – und ich sehe diese Begründung als notwendig –, dass sie angemessene und faire Löhne für ihre Mitarbeitenden bezahlen.

Da ich sowohl in der Kommissionsberatung vor vier Jahren wie auch in der vor ein paar Monaten war, weiss ich, dass die Miete ein Thema ist. Ich gönne es der Knabenkantorei und finde es toll, dass sie in der reformierten Kirche eine sehr grosszügige Unterstützerin haben, die de facto keine Miete für ihre Räumlichkeiten verlangt. Und ich danke an dieser Stelle für diese bildungskulturelle Unterstützung. Die Mädchenkantorei hat, bevor sie im Don Bosco die geeigneten Räumlichkeiten gefunden hat, einiges ausprobiert, beispielsweise Klassenzimmer in Schulhäusern. Sie haben lange gesucht. Das Don

Bosco, ja, das ist teuer, dafür kann aber die Mädchenkantorei nichts. Und glauben Sie mir, sie haben nicht einfach das erstbeste Domizil ausgewählt und angenommen.

Der andere Aspekt, das sind die Löhne. Es steht im Bericht, es braucht zusätzlich Gelder für zum Teil prekäre Arbeitsbedingungen im Team, einen möglichen 13. Monatslohn und bessere Anstellungsbedingungen bei einem Kleinstpensum. Ja, Jenny Schweizer, auch Kulturschaffende haben einen angemessenen Lohn verdient. Die Mädchenkantorei benötigt für diese Erhöhung 25'000 Franken. Die Mädchenkantorei hält aber nicht einfach die hohle Hand hin und bittet den Staat, dies zu begleichen. Sie wird 10'000 über Drittmittel selber finanzieren und bittet den Kanton lediglich um 15'000 Franken. Zurück zur Waage. Wir waren etwa hier, Mädchen, Jungs mehr, bedeutend tiefere Mieten, deswegen. Es kommt aber gleich mehr Gewicht noch auf die Waage. Sie haben bedeutend höhere Spenden, die Knaben, abgerundet 211'000 Franken, bei den Mädchen aufgerundet 143'000 Franken. Ich habe natürlich keinen Einblick, wer wie viel spendet, aber ein Verein, der seit 1927 Generationen von Knaben, jetzt erwachsene Männer bis über 90 Jahre alt, musikalisch geprägt hat und ganz anders in dieser Stadt verwurzelt ist, hat mehr Chancen auf hohe Spendeneinnahmen. Die Mädchenkantorei, die erst seit 1991 die singende Mädchengeneration ausbildet, hat es da doch bedeutend schwerer. Der Spendenunterschied 68'412 Franken. So ist es im Moment.

Ich bitte Sie, diese Faktoren zu bedenken, auch ob Gleichbehandlung gleichzusetzen ist mit gleich viel Geld vom Kanton, damit die finanziellen Ressourcen etwa im Gleichgewicht sind. Wir machen hier mal 15'000 Franken drauf, wir nähern uns ein bisschen, ja, noch nicht ganz, aber es könnte hinhauen.

Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Zustimmung den Antrag der BKK-Mehrheit und der Regierung, damit es hier bei diesem Thema bei den Kantoreien zu mehr Gleichgewicht kommt und lehnen Sie den Antrag der SVP ab, die die Waage wieder ins Ungleichgewicht bringen wird. Die Kreuztabelle hat mich etwas irritiert, ich bin davon ausgegangen, dass die meisten den Antrag der Regierung unterstützen. Ich hoffe, Sie bleiben jetzt auch dabei.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitte Gysin für die Mitte.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Meine Vorrednerin hat im ersten Teil ihres Votums zum Ausdruck gebracht, wie bedeutsam die musikalische Bildung ist. Als Fraktion Mitte-EVP teilen wir selbstverständlich diese Einschätzung und ich wiederhole jetzt nicht alle einzelnen Aussagen, die Sasha Mazzotti zu diesem Bereich bereits formuliert hat.

Wir sind auch sehr davon überzeugt, dass es wichtig ist, diesen Bereich auch von den kleineren Institutionen zu unterstützen und in diesem Sinne unterstützen wir auch die Anträge, die im Ratschlag formuliert sind. Allerdings, bei der Mädchenkantorei werden wir den Änderungsantrag der SVP unterstützen. Hierzu ganz kurz. Wir teilen die Haltung von Regierungspräsident Conradin Cramer, dass ungleiche Vorbedingungen auch zu ungleichen Unterstützungsbeiträgen führen können. Das war der Grund, warum wir bei der letzten Runde auch dem damaligen Erhöhungsantrag zugestimmt haben. Wir haben das damals unterstützt. Und als ich vor einer Woche bei der ersten Kopie auf dem Sitz gesehen habe, der Antrag sei 95'000, da habe ich gerade kurz überlegt, nein, also wenn es dann so ist, das wäre jetzt nicht im Sinne, wie wir das als Mitte-EVP-Fraktion sehen, sondern wir sind der Meinung, wir haben diese Ungleichheit, die gerade auch durch diese Mietsituation entsteht, damals mit dem Erhöhungsantrag unterstützt, aber wir sehen bei dem jetzt wiederum vorliegenden Erhöhungsantrag diese Ungleichheit nicht genügend klar, so dass wir sehen könnten, dass dies berechtigt wäre.

Wir denken, dass es fast ein bisschen implizit gesagt wurde im vorherigen Votum, als würde die Knabenkantorei keine angemessenen Löhne zahlen wollen. Ich gehe mal davon aus, dass auch die Knabenkantorei das Anliegen hat, den verschiedenen Leuten, die da tätig sind, auch angemessene Löhne zu bezahlen. Aus diesem Grund sehen wir hier diesen Unterschied jetzt nicht, dass man das nochmals zusätzlich nur auf einer Seite unterstützen sollte.

Es geht uns auch nicht um die 15'000 Franken als Betrag. Selbstverständlich, 15'000 Franken ist im Verhältnis zu anderen Beträgen, über die wir hier diskutieren, ein geringer Betrag. Es geht uns hier auch um Gleichheit, wir denken aber, dass die Ungleichheit ja bereits berücksichtigt ist.

Noch eine kleine Nebenbemerkung, die Knabenkantorei hat mit diesen für sie sehr vorteilhaften guten Bedingungen des Probeortes durchaus auch eine damit verbundene Verpflichtung, auch mitzuwirken an verschiedenen Gottesdiensten im Laufe des Jahres. Es ist also in dem Sinn nicht einfach nur geschenkt. Das scheint mir auch noch wichtig. Wir werden grundsätzlich den Anträgen zustimmen, bei der Mädchenkantorei dem Antrag der SVP folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Sasha Mazzotti. Sie wird entgegengenommen.

Sasha Mazzotti (SP): Ich hoffe sehr, dass die Knabenkantorei gerechte Löhne bezahlt. Wir haben aber festgestellt, dass ja rundum mehr Geld zur Verfügung steht, weil da höhere Spenden sind, weniger Mieten. Sind Sie nicht auch dafür, dass angemessene Löhne bei der Mädchenkantorei bezahlt werden, weil sie ja weniger zur Verfügung haben?

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich bin dafür, die Frage ist, woher das Geld kommt. Es muss nicht von uns kommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungspräsident Conradin Cramer hätte das Wort, er verzichtet, Franziska Roth verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, Verein Knaben- und Mädchenmusik Basel, Seite 8 des Berichts.

Titel und Ingress

Ziffer 1 Staatsbeiträge

Ziffer 2 Teuerungsausgleich

Publikationsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008086, 14.01.26 11:04:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein «Knaben- und Mädchenmusik Basel 1841» werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 803’708 (Fr. 200’927 p. a.), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, Verein Knabenkantorei Basel, Seite 9 des Berichts.

Titel und Ingress,

Ziffer 1 Staatsbeiträge

Ziffer 2 Teuerungsausgleich

Publikationskausel.

Wir kommen auch hier zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008088, 14.01.26 11:05:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein «Knabenkantorei Basel» werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 380’000 (Fr. 95’000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 3, Verein Mädchenkantorei Basel, Seite 10 des Berichts.

Titel und Ingress

Einziger Absatz: Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Sie beantragt eine Kürzung auf insgesamt 460’000 Franken, pro Jahr 115’000 Franken. Das Wort hätte die Antragstellerin. Sie verzichtet. Alle weiteren verzichten ebenfalls. Somit stimmen wir darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung Antrag BKK, NEIN heisst Zustimmung Antrag der SVP.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008090, 14.01.26 11:06:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

der BKK zu folgen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind dem Antrag der BKK gefolgt mit 55 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter und kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008091, 14.01.26 11:06:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein «Mädchenkantorei Basel» werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 520’000 (Fr. 130’000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Ich komme zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 4, Verein Musikverband beider Basel, Seite 11 des Berichts.

Titel und Ingress

Einziger Absatz Publikationsklausel. Auch hier starte ich die Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008092, 14.01.26 11:07:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein «Musikverband beider Basel» werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 440’000 (Fr. 110’000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben diesem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 5 Musikwerkstatt Basel, Seite 12 des Berichts.

Titel und Ingress

Ziffer 1 Staatsbeitrag

Ziffer 2 Teuerungsausgleich

Publikationsklausel.

Ich starte auch hier die Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008093, 14.01.26 11:08:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Genossenschaft «Musikwerkstatt Basel Genossenschaft zur Förderung improvisierter Musik» Basel werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'380’000 (Fr. 345’000 p. a.) bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 94 Stimmen gegen eine Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

18. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Jazz-Live Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

[14.01.26 11:08:22, 25.1387.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Der Bird’s Eye Jazzclub wurde 1994 gegründet und gehört unter den kleineren Clubs zu einem nachgefragten und renommierten Spielort in Europa. Es finden jährlich rund 250 Konzerte an fünf Abenden pro Woche statt. Der Club bietet sowohl international bekannten Musikerinnen und Musikern als auch regionalen Nachwuchstalenten, insbesondere vom Jazz Campus der FHNW, eine wichtige Auftrittsplattform. Zudem erfüllt er einen Bildungsauftrag durch regelmässige Workshops für Schulklassen und pflegt zahlreiche Kooperationen mit regionalen Kulturinstitutionen.

Träger des Clubs ist der Verein Jazz Live Basel. Er wird von einem sechsköpfigen Vorstand geführt. Per 2022 hat eine betriebliche Reorganisation stattgefunden, welche zu einem selbst organisierten Betriebsmodell ohne explizite Position der Geschäftsführung zur Folge hatte. Die künstlerische Leitung wird seitdem von einem dreiköpfigen Booking-Team ausgeübt. Die finanzielle Situation der Institution darf dank grosszügiger und langfristiger mäzenatischer Zuwendungen grundsätzlich als stabil bezeichnet werden. Selbst erwirtschaftete Mittel decken 15 bis 20% der Kosten und der Eigenwirtschaftlichkeitsgrad liegt bei rund 95%.

Mit dem Erneuerungsantrag für die Staatsbeiträge ab 2026 hat die Trägerschaft einen Erhöhungsantrag um 40’000 Franken pro Jahr gestellt. Begründet wird dies mit einem seit 2010 unveränderten Staatsbeitrag trotz erheblichem Leistungsausbau, wie mehr Konzerte, mehr Bands, deutlich mehr Publikum, mit höheren Aufwänden für faire Gagen, mit höheren technischen Anforderungen und organisatorischer Mehrbelastungen. Zudem sollen die Workshops für Schulen weiterentwickelt und ausgebaut werden, indem auch Bands mit grösserer Besetzung diese Workshops geben können.

Der Regierungsrat möchte teilweise auf diesen Erhöhungsantrag eintreten und beantragt im vorliegenden Ausgabenbericht eine Erhöhung des Staatsbeitrags um 20’000 Franken pro Jahr. So soll der erhöhte Aufwand im Zusammenhang mit der künftigen Zielsetzung einer diversen Programmierung berücksichtigt werden, nicht aber der erhöhte Aufwand für grössere Workshop-Besetzungen.

Die BKK erachtet den Verein Jazz Live Basel als kulturelle Bereicherung für Basel. Der Verein hat es geschafft, sich in den rund 30 Jahren seines Bestehens zu einem renommierten und gefragten Jazzlokal zu entwickeln. Ebenfalls würdigt die Kommission den hohen Eigenwirtschaftlichkeitsgrad der Institution ausdrücklich. Trotzdem erachtet eine Kommissionsminderheit die Erhöhung des Staatsbeitrags in Anbetracht der hohen Lohnsumme des Vereins als nicht opportun, da die bezahlten Löhne wohl deutlich über marktüblichen Löhnen lägen. Der Antrag, die Höhe des Staatsbeitrages auf bisheriger Höhe zu belassen, wurde mit 8 zu 2 Stimmen aber abgelehnt. Die Kommissionsmehrheit allerdings heisst die

Erhöhung des Staatsbeitrages gut, da die zusätzlichen Mittel zur Umsetzung einer vielfältigeren Programmgestaltung eingesetzt werden sollen. Entsprechend stimmt die BKK mit 9 zu 2 Stimmen dem vorliegenden Ausgabenbericht zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir zu Regierungspräsident Conradin Cramer kommen, möchte ich Besuch auf der Tribüne begrüssen. Wir haben eine 10. Klasse des Zentrums für Brückenangebote Clara mit Lehrperson Astrid Bertschi hier. Willkommen bei uns, schön, interessiert ihr euch für die Politik.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Der Würdigung der Präsidentin der BKK will ich mich namens des Regierungsrats vollumfänglich anschliessen. Der Verein Jazz Live Basel leistet vor allem auch mit dem Bird's Eye Jazz Club, der uns allen bekannt ist, Ausserordentliches, jährlich rund 250 Konzerte, viele Gastspiele, Vermittlungsangebote, zahlreiche Kooperationen mit anderen Institutionen, etwa mit dem Bebbi sy Jazz, mit Culturescapes, mit diversen Musikfestivals, mit der Musik-Akademie Basel, mit dem Zentrum für Afrikastudien, mit den staatlichen Museen. Mit diesem dichten Programm, mit diesen vielen Kooperationen, ist der Verein Jazz Live Basel ein national und international relevanter Akteur im Jazzbereich, und das alles hier in der Basler Innenstadt. Ein grossartiges Angebot, das wir hier in Basel ermöglicht sehen, immer wieder aufs Neue seit 1994.

Sie haben es auch gehört von der Präsidentin der BKK, der Eigenfinanzierungsgrad von Jazz live ist ganz ausserordentlich, dank einem ganz ausserordentlichen mäzenatischen Engagement über die Stiftung Levedo. Wir haben nun seit längerem auch einen Kantonsbeitrag. Zunächst waren das Beiträge von Basel-Stadt und Beiträge von Basel-Landschaft aus der Kulturvertragspauschale, das war bis 2021, seit 2022 mit dem neuen Kulturvertrag ist die Finanzierung durch die öffentliche Hand nun ganz in der Verantwortung von Basel-Stadt. Wir haben die bisherigen Beiträge aus Basel-Landschaft in den basel-städtischen Beitrag integriert. Und wir haben auch eine Neuerung seit Umsetzung der Trinkgeld-Initiative, dass die Staatsbeiträge an den Verein Jazz Live Basel zu einem Drittel dem Bereich der Alternativkultur zugerechnet werden.

Nun hat die Trägerschaft um eine Erhöhung von 40'000 Franken pro Jahr ab dem Jahr 2026 nachgesucht. Es gab hier Argumente bezüglich der Mehrkosten aufgrund der Programmation vor allem auch von Konzerten und Workshops mit Jazz-Grossformationen, die dann entsprechend mehr Personal und Technik benötigen. Daraus begründet sich der Erhöhungsantrag, den der Regierungsrat sorgfältig geprüft hat und in Würdigung, in Wertschätzung des unglaublichen Angebots des Bird's Eye Jazz Clubs möchte der Regierungsrat nun auch eine Erhöhung sprechen im Umfang der Hälfte des Erhöhungsantrags, im Umfang von 20'000 Franken pro Jahr.

Die Würdigung umfasst auch, dass der Club eben fester Teil unserer Basler Musik- und Kulturlandschaft ist, dass er eine wichtige Plattform ist für den Nachwuchs, dass er wichtig ist für die lokale Szene, aber eben auch als Impulsgeber für Basel. Mit internationalen Gästen und Programmen dient der Club, wie schon gesagt, er liegt im Herzen der Altstadt, er bietet auch eine unvergleichliche akustische Qualität. Er ist da, er ist offen für ein breites Publikum, wird auch von einem breiten Publikum besucht, gleichzeitig ist er ein, ich würde fast schon sagen, Pilgerort für Spezialistinnen und Spezialisten und er ist eben aufgrund dieses Club-Charakters attraktiv für grosse, aber auch für kleinere Formate.

Die Trägerschaft hat den hälftig genehmigten Erhöhungsantrag so auch akzeptiert. Sie wird, die Präsidentin der BKK hat das auch schon ausgeführt, gewisse Dinge einsparen wollen, unter anderem etwa die Produktion der CD Live at the Bird's Eye, die vorerst eingestellt wird. Das Grundprogramm aber wird durch die nur eingeschränkte Erhöhung des Staatsbeitrags natürlich nicht in Frage gestellt.

Wir sind überzeugt seitens Regierungsrats, dass mit einem Staatsbedarf von neu 115'000 Franken im Verhältnis zum Gesamtbudget von rund 2 Mio. Franken eine Entwicklung des Bird's Eye Jazz Clubs weiterhin möglich ist. vom Kanton begleitet wird und eben auch in einem weiterhin absolut moderaten Rahmen weiter ermöglicht wird, und ich empfehle Ihnen daher, diesem Erhöhungsantrag auch zu folgen, nehme auch erfreut zur Kenntnis, dass die BKK nach einlässlicher Diskussion auch grossmehrheitlich diesem Antrag folgen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring hat das Wort.

Joël Thüring (SVP): Sie haben es gesehen, die SVP-Fraktion hat Ihnen einen Änderungsantrag unterbreitet, auch bei diesem Geschäft für den Verein Jazz Live. Wir möchten diese zusätzlichen Staatsbeiträge nicht sprechen. Ich habe heute Morgen in irgendeinem Post einer Grossratskollegin gelesen, die SVP möchte sparen. Nein, die SVP möchte beim Jazz Live nicht sparen, die SVP möchte auch nicht kürzen, sondern die SVP möchte, dass bei diesem Verein die Staatsbeiträge auf der jetzigen Höhe verbleiben und nicht um 20'000 Franken pro Jahr erhöht werden. Das ist der konkrete Antrag, den Sie auch vorliegen haben.

Wir haben uns in der SVP-Fraktion nicht inhaltlich mit dem Verein Jazz Live weitergehend auseinandergesetzt, weil wir der Ansicht sind, dass im Bericht des Regierungsrates und selbstverständlich auch im Bericht der Bildungs- und Kulturkommission ausreichend gewürdigt wird, welche Bedeutung Jazz Live für unseren Kanton und für unsere Region hat. Regierungspräsident Conradin Cramer hat nun auch auf den beachtlichen Eigenfinanzierungsgrad der Institution hingewiesen und das ist genau das Argument, weshalb die SVP-Fraktion gesagt hat, dass sie keinen Bedarf sieht für eine symbolische Erhöhung des Staatsbeitrages. Wenn wir in Zeiten einer vernünftigeren Finanzplanung für den Kanton, in Zeiten, wo wir über die Ausgabenpolitik des Kantons sprechen, sprechen wollen, sprechen müssen, einzelne Dinge anschauen, dann können wir sicher feststellen – und ich hoffe, Sie widersprechen mir nicht- , dass der Verein Jazz Live, wenn er diese 20’000 zusätzlichen Franken Staatsbeiträge des Kantons Basel-Stadt nicht erhält, nicht in Nöte geraten wird und auch nicht in der Existenz gefährdet ist. Und das ist aus unserer Sicht in einer kulturpolitischen Diskussion durchaus auch beachtenswert und aus unserer Sicht eben auch zu gewichten.

Und in dieser Gewichtung haben wir uns entschieden in der Fraktion, dass wir diesem Erhöhungsantrag des Regierungsrates nicht folgen werden, dass wir Ihnen beantragen, bei den heutigen Staatsbeiträgen zu bleiben. Über die Ausgaben der Kulturpolitik werden wir im Rahmen der weiteren Ausgestaltung des Kulturleitbildes dann sicherlich auch noch diskutieren. Der Regierungsrat hat ja dort in der Vernehmlassung auch gewisse Änderungen, was die Schwerpunkte anbelangt, in Aussicht gestellt. Wir wollen in dieser Frage der Ausrichtung der zukünftigen Kulturpolitik in Basel-Stadt schon darauf hinweisen, dass, wenn wir als Kanton weiterhin sehr grosszügig Kulturinstitutionen alimentieren, es aber durchaus sinnvoll ist und richtig ist, dass wir dann schon dort die Prioritäten setzen, wo wir feststellen, dass ohne die Unterstützung des Kantons eine Institution nicht mehr existieren könnte oder aber in Nöte geraten würde. Und hier ist nun der Verein Jazz Live Basel (nicht nur der Verein Jazz Life Basel, das sei an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich erwähnt) sicherlich nicht eine dieser Institutionen, die davon existenziell betroffen wären, wenn der Kanton nun sagt, es muss auch einmal genug sein mit den Staatsbeiträgen, es kann nicht sein, dass regelmässig alle vier oder acht Jahre diese Staatsbeiträge erhöht werden.

Heute machen wir keine Wertung der Arbeit des Vereins Jazz Live Basel, diese haben wir einmal gemacht, Sie können sich erinnern, in der letzten Staatsbeitragsperiode, als es darum ging, auch dann mit der Institution Beiträge zu kürzen. Der Regierungsrat hat dies damals getan, weil der Verein gegen Auflagen in der Corona-Pandemie verstossen hat. Diese Diskussion wurde dort bereits geführt. Wir sind der Meinung, heute ist es mit dem jetzigen Staatsbeitrag gut. Die Arbeit des Vereins ist damit trotzdem ausreichend gewürdigt und deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag heute zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Möchte noch jemand sprechen? Nein, das ist nicht der Fall. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 6 des Berichts.

Titel und Ingress

Einziger Absatz: Hier liegt ein Änderungsantrag der SVP vor. Sie beantragt eine Kürzung auf insgesamt 380’000 Franken, pro Jahr 95’000 Franken. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag BKK, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der SVP.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 21 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008095, 14.01.26 11:23:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

der BKK zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 72 gegen 21 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008096, 14.01.26 11:23:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Jazz-Live Basel werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 460’000 (Fr. 115’000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 89 gegen 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

19. Bewilligung Staatsbeitrag zugunsten der Frauenberatungsstelle der familea für den Zeitraum 2026–2029, Bericht der BKK

[14.01.26 11:24:01, 25.1389.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Die Beratungsstelle für Frauen wird von familea seit 1907 geführt. Sie ist offen für Frauen von 18 Jahren bis zum AHV-Alter, die Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt haben und nicht von einer anderen Institution beraten werden oder nicht in der Lage sind, sich private Unterstützung zu organisieren. Die polyvalente Beratungsstelle unterstützt in Themenbereichen, bei denen sich geschlechtsspezifische Benachteiligungen auf die Lebensverhältnisse der Frauen auswirken, zum Beispiel Arbeit in einem Niedriglohnsektor, alleinerziehend oder alleinstehend. Die Kombination von niederschwelliger Sozial- und Rechtsberatung umfasst Bereiche wie Trennung und Scheidung, Budgetfragen und Schuldenberatung, finanzielle Notsituationen, persönliche und familiäre Probleme, Schwangerschaft, Mutterschaft oder auch Fragen zu rechtlichen Situationen. Sie verfolgt einen ganzheitlichen, systemischen Ansatz, so dass Frauen auch mit Mehrfachproblematiken an einer Stelle umfassend begleitet werden können. Das Beratungsangebot ist im sozialen Basel fest verankert und vernetzt und leistet einen wichtigen Beitrag, um den strukturellen Benachteiligungen von Frauen entgegenzuwirken. Es wird stark nachgefragt. So ist die Anzahl der Klientinnen seit 2020 um rund 51% gestiegen.

Die Frauenberatungsstelle der familea hat um die Weiterführung und Erhöhung des Staatsbeitrages um 160’000 Franken pro Jahr ersucht. Das Gesuch um Erhöhung wird mit stark angestiegenen Fallzahlen, zunehmend komplexen Fragestellungen sowie notwendigen Lohnanpassungen begründet. Zudem sollen ergänzende Angebote geschaffen werden. Mit diesem Ratschlag beantragt der Regierungsrat eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 95’000 Franken jährlich. Damit soll die benötigte Stellenaufstockung sichergestellt werden. Den Ausbau von ergänzenden Angeboten erachtet der Regierungsrat zum aktuellen Zeitpunkt nicht als notwendig und eine allfällige Lohnanpassung sollte die Dachorganisation gewährleisten können.

Die BKK erachtet das Beratungsangebot der Frauenberatungsstelle der familea als sehr wichtig. Die Kommission würdigt zudem die gewachsene vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und dem Verein. Unbestritten ist in der

Kommission die Finanzierung der personellen Aufstockung um 100 Stellenprozent aufgrund der stark gestiegenen Fallzahlen und der erhöhten Komplexität der Fälle. Die Kommission ist sich darüber einig, dass die Zahlung marktkonformer Löhne wichtig ist.

Nicht einig ist sich die Kommission aber, ob es Aufgabe des Staates ist, allgemeine Lohnerhöhungen mitzutragen. Ein Teil der Kommission möchte das mit einer grösseren Erhöhung des Staatsbeitrags unterstützen. Ein anderer Teil der Kommission stellt in Frage, dass familea keine marktüblichen Löhne zahlt, zumal dazu keine Informationen vorliegen. Zudem weisen die Kommissionsmitglieder auf die äusserst komfortable finanzielle Situation des Vereins hin. Diese würde eine Entwicklung der Lohnstrukturen zulassen, sofern sie von den Verantwortlichen als notwendig erachtet werden sollte.

Eine weitere Uneinigkeit besteht darin, ob die Erweiterung des Angebots um die Aspekte Digitalisierung, berufliche Qualifizierung und Begleitung im Rahmen von Kindschutzmassnahmen durch eine grössere Erhöhung des Staatsbeitrags ermöglicht werden soll oder nicht. Mit diesem Angebot soll eine langfristig soziale und finanzielle Stabilisierung der Situation der Frauen erreicht werden. Ein Teil der Kommission findet diese Angebotserweiterung wichtig. Ein anderer Teil der Kommission wiederum möchte diese Angebotserweiterung nicht unterstützen, da die Konzepte dazu nicht bekannt sind. Würden die Projekte ohne Wissen um deren Sinnhaftigkeit und entgegen der Empfehlung des Regierungsrates gefördert, bestände die Gefahr, dass im Kanton Doppelspurigkeiten geschaffen werden. Eine entsprechende Abstimmung zu dieser Frage ist in einer ersten Runde mit Stichentscheid zugunsten einer grösseren Staatsbeitragserhöhung ausgefallen. In einer zweiten Runde ist der Entscheid dann mit 7 zu 5 Stimmen gekippt worden.

Nach eingehender Diskussion beantragt die BKK dem Grossen Rat einstimmig mit 12 Stimmen, den Staatsbeitrag, so wie er vom Regierungsrat vorgelegt wird, zu bewilligen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Auch hier möchte ich mich vollumfänglich der Würdigung durch die Präsidentin der BKK anschliessen. Die Frauenberatungsstelle der familea leistet seit vielen Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag für die Gleichstellung von Frauen in Basel-Stadt. Die Arbeit der Beratungsstelle setzt dort an, wo geschlechtsspezifische Benachteiligungen besonders prägnant hervortreten. Das zeigt sich bei der Zusammensetzung der Klientinnen und auch bei der Bearbeitung der Themen. Die meisten Klientinnen der Frauenberatungsstelle sind alleinerziehende Mütter. Alleinerziehende Mütter sind überproportional von Armut betroffen. Daneben gehören alleinstehende Frauen zur zweitgrössten Gruppe. Viele von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Und die Beraterinnen unterstützen diese Frauen, die oft nicht in der Lage sind, die ihnen zustehenden Hilfen direkt selbst alleine zu beantragen, und die Beraterinnen vermitteln in finanziellen Notlagen unbürokratische Überbrückungshilfen aus einem Fonds von Stiftungen und privaten Spenden.

Die Frauenberatungsstelle arbeitet dabei vernetzt mit anderen sozialen Institutionen und mit staatlichen Stellen zusammen. Vor jeder Beratung klärt sie ab, ob bereits eine andere Beratungsstelle involviert oder ein anderes Angebot auf den konkreten Fall eventuell besser zugeschnitten ist. Es erfolgt also eine sorgfältige Triage und eine effiziente Arbeitsteilung. Die interdisziplinäre Zusammensetzung des Beratungsteams, bestehend aus erfahrenen Sozialarbeiterinnen und einer Juristin, ermöglicht dann auch ein effektives Vorgehen.

In der Beratung werden die ratsuchenden Frauen über ihre Rechte und Pflichten informiert, sie werden bei deren Durch- und Umsetzung unterstützt. Und so trägt das Angebot zur langfristigen sozialen und finanziellen Stabilisierung und zur Selbständigkeit der Klientinnen bei. Der Ansatz Hilfe zur Selbsthilfe entlastet gleichzeitig auch den Kanton, entlastet die kantonalen Behörden.

Die Nachfrage, wir haben es von der Präsidentin der BKK gehört, ist ungebrochen hoch, hat im Verlauf der letzten Staatsbeitragsperiode nochmals stark zugenommen. 2020 berieten die Mitarbeiterinnen der Frauenberatungsstelle 554 Klientinnen, 2024 waren es bereits 834. Aufgrund dieses markanten Anstiegs beantragt der Regierungsrat eine Erhöhung des bisherigen Staatsbeitrages. Die Frauenberatungsstelle der familea ist für die Erfüllung ihres Auftrags auf eine Mittelbeteiligung des Kantons an den Betriebskosten in der Höhe von 484’000 Franken jährlich angewiesen. Ich bitte Sie entsprechend zusammen mit der BKK, diesen Staatsbeitrag für die Jahre 2026 bis 2029 zu bewilligen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Mann und als Grossrat beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten. Ich möchte das begründen. Ich frage meine männlichen Grossratskollegen: Was wird für uns Männer gemacht? Wenn man den Text

durchliest, denkt man immer, der Mann ist der Täter, die Frau ist das Opfer. Das sehe ich nicht ein. Ich bitte auch meinen Kollegen Beat K. Schaller zu dem Thema zu reden. Es wäre schön, wenn hier mehrere Redner auf der Rednerliste stehen würden.

Ich verstehe nicht, dass die Kommissionspräsidentin den ganzen Text abgelesen hat, den wir online haben. Es heisst ja, es sei alles online. Aber meiner Meinung nach liest das ja sowieso keiner.

Und ich muss wirklich sagen, es gibt in unserem Kanton zu viele Angebote für Frauen. Ich stelle fest und ich weiss, wovon ich rede und ich bekomme Unterstützung von vielen Leuten, die sagen, dass die jungen Frauen genügend Hilfe von Männern bekämen, und so ist es. Es gibt Statistiken, die zeigen, dass Frauen Sozialhilfe erhalten, neben dem Geld, das sie vom Mann bekommen. Das ist alles Schwarzgeld. Darum beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank.

Eric Weber (Fraktionslos): Nein, ich bin noch nicht fertig. Ich muss noch zum Regierungspräsidenten Stellung nehmen. Unser Regierungspräsident hat eine gute Rede gehalten und ich muss als Präsident der Liste Ausländer Stopp aufhorchen. Er hat etwas gesagt, was nicht im Onlinebericht steht. Er hat gesagt, es beträfe viele Frauen mit Migrationshintergrund, die diese Gelder nicht allein beantragen könnten. Also es sind Frauen aus dem Ausland, die angeblich die Gelder nicht beantragen können und darum brauchen sie Hilfe. Aber ich frage mich als Mensch und Grossrat, wie denn diese Frauen in die Schweiz gekommen sind, wenn sie die Hilfeleistungen nicht beantragen können.

Ich komme zum Schluss. Wenn es Frauen sind aus dem Ausland, so muss man festhalten, dass jedes Land eine Botschaft in der Schweiz hat. Wenn sie einen syrischen Pass haben, können sie zur syrischen Botschaft in Bern gehen. Die Botschaften sind da, um ihren Landsleuten zu helfen. Und das muss man einfach einmal ordentlich sagen, dass es Botschaften in Bern gibt. Wir haben ja sogar in Basel 20 verschiedene Konsulate, etwa das italienische Konsulat am Rheinweg. Und auf diesen Konsulaten und Botschaften gibt es für die Frauen Hilfe. Und wenn du im Ausland bist, bekommst du auch keine Hilfe. Dann heisst es «Geh auf die Botschaft der Schweiz in Russland, dort bekommst du dann Hilfe». Man darf nicht immer den Kanton in die Haftung nehmen und für uns selber, für uns Schweizer haben wir kein Geld.

Ich komme zum Schluss. Auch ich gehe auf Botschaften, aber ich gehe auf die Botschaft von Belarus, weil ich Wahlbeobachter bin in Belarus, was auch auf der Homepage des Grossen Rats steht. Dann gehe ich auf eine Botschaft. Aber ich bitte diese Frauen, gehen Sie auf die Botschaften von Ihrem Land, dort gibt es Unterstützung.

Darum verlange ich Rückweisung und Nichteintreten, weil es wird mir einfach zu viel in diesem Kanton, in dem man Geld verschleudert. Und hätten wir nicht Novartis und Roche, wären wir sozial pleite und bankrott.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Eric Weber hat Eintreten bestritten und Rückweisung beantragt. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst nicht Zurückweisen.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008098, 14.01.26 11:37:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie wollen auf das Geschäft eintreten mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Jetzt stimmen wir noch über Rückweisung ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 91 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008099, 14.01.26 11:38:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Geschäft nicht zurückweisen mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008100, 14.01.26 11:39:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Frauenberatungsstelle der familea werden für die Jahre 2026–2029 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'936’000 (Fr. 484'000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

11. Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK

[14.01.26 11:39:21, 24.1416.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Der Titel des Geschäfts spricht schon Bände. Das Geschäft ist das vierte und damit auch das letzte der vier Bahnknotengeschäfte, die wir in diesem Jahr in der UVEK und hier im Parlament beraten haben. Auch hier handelt es sich, wie schon bei dem Herzstück/Durchmesserlinien-Geschäft und den Planungsgeldern dort, die wir letzte Woche bewilligt haben, um weitere Planungsarbeiten, hier insgesamt von fünf Infrastrukturen rund um den Bahnhof. Der Regierungsrat beantragt also Planungsgelder für fünf unterschiedliche Projekte. Alle separat sind höher als 300'000 Franken und müssen damit auch durch den Grossen Rat bewilligt werden. Hinzu kommen auch personelle Ressourcen für Koordinationsarbeiten dieser Arbeiten.

Die UVEK hat an fünf Sitzungen über diese Begehren beraten. Im Kommissionsbericht sind die diversen Abklärungen separat nach den jeweiligen Projekten festgehalten. Ich verweise dazu auf unseren Bericht. Ich werde nur auf die wichtigsten Positionierungen kurz eingehen. Insgesamt sind es 6,88 Mio. Franken, die der Regierungsrat ursprünglich beantragte. Die UVEK beantragt jedoch einstimmig eine angepasste Ausgabenbewilligung, reduziert um 0,6 Mio. Franken von 6,28 Mio. Franken. Dabei handelt es sich um eine Reduktion um 100'000 Franken beim Velotunnel Korridor 4 und um eine halbe Million weniger, da die UVEK auf weitere Planungsarbeiten zur provisorischen Velopasserelle ebenfalls verzichten will.

Zuerst kurz zu den 0,1 Mio. Franken zum Velotunnelkorridor 4. Hier hat die UVEK vor allem die Ziele, die mit dem schon seit langem im Richtplan eingetragenen Velotunnel erreicht werden sollen, überdacht und differenziert. Wir halten es in Anbetracht des kommenden Neubaus Nauentor und einer damit entstehenden deutlich attraktiveren, einfacheren Verbindung nicht für angebracht, den Tunnel so mit diesen Funktionen wie ursprünglich vorgesehen, eben als Erschliessung und Anbindung des Gundelis an den Zentralbahnplatz, zu bauen. Die Planungen einstellen wollten wir jedoch natürlich auch nicht, denn wenn ein Tiefbahnhof gebaut würde, würde wohl an dieser Stelle auch eine zusätzliche Unterführung für den Fussverkehr geplant werden, aber nicht vom Kanton, sondern seitens SBB und BAV. Es wäre daher eine vertane Chance, wenn der Kanton nicht parallel zur SBB sich überlegen würde, was er selbst in der Tiefe für das Velo tun könnte. Eine Veloverbindung mit einer damit auch zusätzlich noch verbundenen Velostation oder ähnlichem wäre eine Überlegung wert. Somit soll dieser Velotunnel neu nicht einfach nur von A nach B ein Tunnel sein, der den Zentralbahnplatz und das Gundeli verbindet, sondern Velostationsoptionen und eine Verbindung mit der Fussgängerunterführung soll mitgedacht werden. Diese neue Betrachtungsweise führt zu einer leichten Reduktion der notwendigen Planungsgelder.

Nun zur provisorischen Velopasserelle, die von der Motion Hochuli gefordert wird. Hier hat die UVEK die bisherigen Abklärungen zur Machbarkeit dieser provisorischen Passerelle sich angeschaut und diskutiert. Diese sind auch im Ratschlag der Regierung abgebildet und ausgeführt. Wir kamen in der UVEK zum Schluss, dass eine solche Velopasserelle für den Veloverkehr weder besonders attraktiv noch besonders einfach, gut oder generell realisierbar ist. Wir haben uns die Planungsgruppe Gundeli dazu auch angehört. Diese haben als Alternative eine Velohochbahn auf dem Erdbeergraben eingebracht. In der UVEK stiess die Idee zuerst auf Interesse, weshalb wir von der Verwaltung deren Realisierbarkeit abklären liessen. Die Abklärungen zeigten, dass einerseits diese Hochbahn sehr zahlreiche Problemstellungen aufweist. Die UVEK kam daher auch zum Schluss, dass kaum alle diese Probleme mit weiteren Planungsgeldern behoben werden könnten, und andererseits stellten wir in Frage, ob es tatsächlich ein guter Ersatz wäre für die Passerellen-Idee, da die Hochbahn am Pruntruter-Kreisel enden würde. Wer also vom Gundeli her kommt, würde dennoch lieber über die Margarethenbrücke fahren wollen.

Wir haben daher auch diese Idee nicht weiterverfolgt, sondern kamen zum Schluss, dass die beste Lösung für die Bauphase während dem Neubau der Margarethenbrücke und allenfalls auch Massnahmen auf der Peter Merian-Brücke eigentlich mit dem Neubauprojekt der Margarethenbrücke bereits vorgelegt worden ist. Dort ist eine Hilfsbrücke in Planung bzw. war angedacht, ist es eventuell immer noch. Diese ist an beiden Enden gut an die weiteren Strassen angeschlossen, ist ebenerdig und direkt. Wir haben daher auf die weiteren Planungsgelder für eine provisorische Velopasserelle verzichtet, auch für eine Velohochbahn Erdbeergraben, und möchten politisch mitgeben, dass umso wichtiger ist, dass im Bauprojekt der Margarethenbrücke während der Baustellenzeit eine gute, sichere und attraktive Veloverbindung gewährleistet sein muss, unabhängig davon, ob die Hilfsbrücke nun gebaut wird oder ob sie bereits in das Bauprojekt integriert wird, wie das das Siegerprojekt vorsieht. Eine Integration dieser Hilfsbrücke in das Bauprojekt ist nach Ansicht der UVEK daher nur unter der Bedingung möglich, dass für das Velo und auch den Fussverkehr eine adäquate Verbindung geschaffen wird.

Nun noch kurz zu den anderen Projekten. An diesen haben wir keine Anpassungen vorgenommen, sondern lediglich, wo nötig und wo auch von Seiten Regierung und Verwaltung gewünscht, politische Einschätzungen für die weiteren Planungen mitgegeben. Ich verzichte darauf, diese nochmals zu wiederholen, sondern bitte darum, dass sie in den weiteren Projektphasen der jeweiligen Projekte Berücksichtigung finden. Sie sind alle im Bericht detailliert dargelegt. Am wichtigsten sind dabei wohl die Aussagen zur Ausführungsvariante der Zollibrücke sowie deren gute Anbindung an die weiteren Velorouten und auch die Aussage zur Dringlichkeit der Fuss- und Velobrücke Güterbahnhof Wolf. Die UVEK hat zu jeder der Brücken auch separat eine Abstimmung abgehalten. Nicht jede Brücke beziehungsweise Unterführung erfährt gleich breit Unterstützung, alle finden jedoch eine gute Mehrheit.

Der gesamte Finanzbeschluss wird letztlich einstimmig unterstützt.

Abschliessend möchte ich sagen, dass diese fünf Projekte eigentlich alle unter demselben Stern standen. Immer mehr Menschen möchten zu Fuss oder mit dem Velo an den Bahnhof oder vom Bahnhof an den Arbeitsplatz oder nach Hause gelangen. Mit den rund 6 Millionen, die wir heute für die Planungen von gleich mehreren Brücken und Unterführungen beantragen, soll der Bahnhof SBB deutlich besser erreichbar werden für Menschen zu Fuss und auf dem Velo. Heute wäre dafür ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg.

Nun noch zu den drei Vorstössen, zu denen wir auch Entscheide fällen. Zur Motion Yilmaz betreffend Zollibrücke beantragen wir einstimmig, gleich wie der Regierungsrat das auch vorsah, diese abzuschreiben. Die Zollibrücke scheint auf gutem Kurs.

Zum Anzug Vitelli, der die Velounterführung vom Hexenweglein zum Peter Merianweg fordert, beantragt eine klare Mehrheit der UVEK, den Anzug stehen zu lassen.

Zum Anzug Cuénod zur besseren Veloanbindung vom Gundeli in die Innenstadt beantragt ebenfalls eine Mehrheit der UVEK, diesen stehen zu lassen.

Es bleibt mir nun noch den Mitarbeitenden des BVD sowie der zuständigen Regierungsrätin zu danken für die kompetente Begleitung des doch recht komplexen Geschäftes.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Letzte Woche habe ich an dieser Stelle bei dem artverwandten Geschäft, dem dritten der vier Bahnknoten-Ratschläge, etwas ausführlicher gesprochen. Letzte Woche anlässlich des Zwischenberichts zu den Planungen rund um den Bahnausbau habe ich Ihnen geschildert, wie sich die neue Ausgangslage präsentiert, weshalb die Regierung zur Fokussierung auf die Durchmesserlinie gekommen ist und was die weiteren Schritte sind. Diejenigen, die letzte Woche vielleicht nicht im Saal waren, aber da noch Interesse haben, finden die entsprechenden Dokumente eben in der letztwöchigen Sitzung.

Ich möchte jetzt wirklich einfach nur ganz kurz darauf hinweisen, dass es wirklich auch hier sehr wichtig ist, dass diese Mittel gesprochen werden. Wir haben im Moment die Situation, dass der Bahnhof SBB eine Art Riegel ist, auch zwischen dem Gundeli und der Innenstadt, dass heute sehr viele Fahrrad- und auch Fusswege rund um den Bahnhof SBB nicht optimal sind, und wir möchten unbedingt die ganzen Entwicklungen, die rund um den Bahnhof jetzt stattfinden, nutzen können für Verbesserungen.

Vielen herzlichen Dank der Kommission nochmals für die auch hier sehr sorgfältige Auseinandersetzung, auch noch mit Ideen, die im Verlaufe der Beratung aufgekommen sind, zu denen man nochmals Abklärungen gemacht hat. Vielen Dank auch für die Stossrichtungen, die uns immer helfen, dann im weiteren Verlauf der Bearbeitung zu wissen, was mehrheitsfähig sein wird. Der Regierungsrat bittet Sie um Zustimmung zum Ausgabenbericht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Brigitte Kühne für die GLP.

Brigitte Kühne (GLP): Kurz und bündig zu einem grossen Geschäft: In der UVEK haben wir die Diskussion entlang der einzelnen Projekte geführt und dies waren ja nicht wenige. Und ja, die Handelskammer hat es aus meiner Sicht richtig erkannt, alle Projekte wurden mit Augenmass von der UVEK beurteilt, auch die vorgeschlagene provisorische Velobrücke Erdbeergraben.

Aufgrund der sorgfältigen Beratung in der UVEK ist für uns Grünliberale klar, dass die weitere Finanzierung der Planung und Projektierung über die Gleisquerungen den Fuss- und Veloquerungen in erster Linie das Gundeli mit dem Rest von Basel-Stadt sinnvoll und praktisch verbinden soll und dass die Planung aller Querungen immer Schritt halten müssen mit den SBB.

Daher heissen wir den Bericht der UVEK gut und schreiben die Motion Semseddin Yilmaz und Konsorten ab und lassen den Anzug Jörg Vitelli sowie den Anzug Tim Cuénod stehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Auch die GRÜNEN/jgb unterstützen den Bericht, so wie er jetzt heute vorliegt. Wir haben uns in der UVEK über neun verschiedene Querungsmöglichkeiten gebeugt und wir konnten es wenden und drehen, wie wir wollten, zwischen der Margarethenbrücke und der Merianbrücke wird es sehr schwierig, eine weitere Querung für das Velo vor allem

zu finden und wir müssen in dem Sinn heute schon sagen, dass wir halt erst, wenn wir diesen Tiefbahnhof irgendwie vielleicht einmal realisieren werden können, vielleicht eine Möglichkeit sehen werden, dort das Velo auch mitzuberücksichtigen und da eine weitere zusätzliche Querung zu machen, die das Gundeli eben besser mit der Stadt verbindet. Deshalb haben wir auch dort weiterhin noch Gelder gesprochen, weil wir eben da eine Möglichkeit sehen.

Wir haben uns da ja auch darauf konzentriert, dass der Veloverkehr profund bei den jetzigen Bauvorhaben mitgedacht wird und sich bei dieser die Situation für die Velofahrer:innen massgeblich verbessert. Das gilt also vor allem für die Margarethenbrücke und eben auch für die Peter-Merian-Brücke. Bei letzterer mussten wir auch einige Kompromisse eingehen, weil dort schlicht und einfach auch grosse Interessen bei der SBB bestehen, und wenn da die Stadt zu sehr übersteuert und zu viel will, dann muss sie natürlich auch die Gelder dafür sprechen, und das wollen wir ja in dem Sinn nicht, sondern wir wollen das weiterhin in der Verantwortung der SBB belassen und hier diese Brücke nicht übernehmen. Daher war da ein Kompromiss zu finden und man hat Verbesserungen für den Langsamverkehr, aber sicher nicht das Ideale. Aber so ist es nun mal.

Was wir wirklich profund diskutiert haben, ist die Zolli-Brücke, die gleichzeitig für die Fussgänger und das Velo eine neue Verbindung darstellen soll. Hier wurden auch viele Varianten abgeklärt, die eine direkte Verbindung über das Zolli-Gelände ermöglicht hätten, aber vom Zolli wegen zu grosser Beeinträchtigung des Naturerlebnisses oder der Tierhaltung selbst abgelehnt worden wären. Daher wurden die Querungen im Korridor der Elsässerbahn direkt über den Bahngleisen schliesslich bevorzugt. Dabei wurde ersichtlich, dass alle Bauwerke, Einhausungen oder Brücke massive Eingriffe in die Natursubstanz mit sich bringen und so die von mir geforderten Biotopverbundachsen beispielsweise gefährden und einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen.

Mit einer Volleinhausung zum Beispiel besteht die Möglichkeit, auf dem Deckel zu begrünen und eine Längs- oder auch Quervernetzung zu gewährleisten. Die Einhausung aber wiederum hat dann den Nachteil, dass sie für die Durchlüftung des Tals einen Querriegel bildet, und daher ist diese Brückenidee immer noch da, eine offene Brücke, die eine Durchlüftung ermöglicht. Also Sie sehen, wir haben da einige Diskussionen schon geführt, aber in diesem Fall zum Beispiel stand im Zentrum, eine gute Biotopverbundsachse zu bilden, kombiniert mit dieser Zolli-Brücke. All diese Aspekte müssen in diese Ausformulierung des Auftrags für einen Studienwettbewerb im Fall der Zolli-Brücke einfliessen und es ist zu hoffen, dass wir im Zuge des Wettbewerbs eine gute Lösung präsentiert erhalten werden.

Damit unterstützt die Fraktion GRÜNE/jgb die Anträge der Regierung um Abschreibung der Motion Semseddin Yilmaz und das Stehenlassen der Anzüge Jörg Vitelli und Tim Cuénod.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitta Gerber für die Fraktion BastA.

Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA stimmt einer weiteren Finanzierung der Planung der vorliegenden Projekte zu. Velo- und Fussgängerquerungen mitten im Stadtgebiet, das durch Geleise zerteilt wird, sind wichtig für die beiden Stadtteilseiten. So profitiert die Zollibrücke respektive der Zolli von der Einhausung der Bahnlinie und so können wir das Dach für eine Velo- oder Fussgängerquerung nutzen. Sie sollten allerdings auch nachts gut und sicher sein, dahinter werden wir stehen.

Eine Unterquerung der Münchensteinerstrasse respektive Verbesserung des Hexenwegleins beim Merianweg scheint uns sinnvoll. Wer schon mal in diesem engen Aufgang vor oder nach einem Match im St. Jakobsstadion gestanden hat, weiss das zu schätzen, obwohl der Perimeter auch die Nauenstrasse hätte miteinbeziehen können, um da eventuell auch noch zusätzliche Velofahrkapazitäten zu schaffen. Das hätte uns auch gefallen.

Die Querungen am St. Alban und Wolfsgottesacker sind sehr wichtig, da mit dem Bau von Genossenschaften auf dem frei werdenden Terrain auch dringend gute Anbindungen an Quartiere wichtig sind, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten sollen geschaffen werden. Vorausschauend scheint uns respektive hoffen wir auch, dass hier zusätzlicher Wohnraum entstehen kann. Es ist ein schmaler Schnitz, er ist sehr exponiert.

Der Tunnelplan auf der Höhe des Postgebäudes ist noch nicht ganz ausgegoren, aber die Idee, vom Gundeli direkt auf den Zentralbahnplatz zum Veloparking oder weiter in Aeschenplatz fahren zu können, wie dies in Städten wie Lyon oder Zürich umgesetzt wurde, scheint uns äusserst attraktiv und auf keinen Fall schon zum jetzigen Zeitpunkt wegen irgendwelcher Höhenunterschiede etc. abzuschreiben. Dazu sollte die Projektierung des Tiefbahnhofes erst einmal weiter sein.

Wir stimmen dem Bericht zu, die Motion Yilmaz schreiben wir ab, die Anzüge Vitelli und Cuénod möchten wir stehen lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe mir die Namen für die Rednerliste notiert und wir fahren am Nachmittag weiter.

Schluss der 47. Sitzung

12:00 Uhr

Protokoll

der 48. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 14. Januar 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Maria Ioana Schäfer (SP), Daniel Seiler (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

11. Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK 2
11.1. Motion Semseddin Yilmaz und Konsorten betreffend Verwirklichung der "Zollibrücke" / SNCF Brücke, Bericht der UVEK 7
11.2. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend einer Velounterführung vom Hexenweglein zum Peter Merian-Weg, Bericht der UVEK 7
11.3. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverbindungen vom "Gundeli" in die Innerstadt, Bericht der UVEK 8
12. Ausgabenbewilligung zur Aufwertung Kronenplatz und Grünanlage Schulgasse, Ratschlag des RR 8
13. Erneuerung des Staatsbeitrags an das Felix Platter-Spital für das Projekt "Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)" für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK 10
14. Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels für Sexarbeitende (Ausstiegsprogramm) für die Jahre 2026-2030, Ausgabenbericht des RR 12
14.1. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, Ausgabenbericht des RR 16
20. Petition P494 "Lärmschutz an der Osttangente - jetzt!", Bericht der PetKo 16
21. Petition P498 "Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel", Bericht der PetKo 18
23. Budgetpostulat 1 Johannes Sieber betreffend Justiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsbeiträge (Halt Gewalt: Umfassende Prävention von häuslicher Gewalt) 20
24. Budgetpostulat 2 Christoph Hochuli fürJustiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Personalaufwand (Vollzeitstelle Fachgruppe Menschenhandel) 26
25. Budgetpostulat 3 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen) 30
26. Budgetpostulat 4 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „ooink ooink Production“) 32
27. Budgetpostulat 5 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark) 33
28. Budgetpostulat 6 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen) 35

Beginn der 48. Sitzung

Mittwoch, 14. Januar 2026, 15:00 Uhr

11. Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK

[14.01.26 15:00:16, 24.1416.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zurück zur Nachmittagssitzung und wurde von Seyit Erdogan noch darum gebeten, auf den Apéro der alevitischen Gemeinde aufmerksam zu machen, der heute Abend um 18.30 Uhr im alevitischen Kulturzentrum an der Elsässerstrasse stattfindet. Alle, die noch spontan kommen möchten, können vorbeikommen. Es hat anscheinend genügend Plätze und Verpflegung. Vielen Dank.

Wir gehen zurück zu Traktandum 11. Dort hat sich Nicole Strahm eingetragen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ganz so einen Lobgesang anstimmen wie meine Vorredner*innen kann ich leider, auch wenn ich meine ganze Euphorie für gewisse Projekte hervorhole, dann doch nicht. Alle genannten Projekte, ob ober- oder unterirdisch, werden sehr aufwendig und anspruchsvoll in der Umsetzung und mit erheblichen Hürden bestückt. Das heisst, es dauert und dauert und dauert. Die Illusion einer schnellen Umsetzung ist leider bei keinem dieser Projekte gegeben, auch die Machbarkeit noch nicht überall definitiv abgeklärt und weiter, es wird ausserordentlich teuer in der Realisierung.

Die Fraktion der LDP zeigt sich gleichwohl sehr liberal und grosszügig in Sachen Finanzierung. Wir stimmen der Planungs- und Projektierungsfinanzierung zu, und zwar einfach, weil wir hier nicht die Verhinderung eines grossen ganzen Projekts rund um den Bahnknotenausbau sein wollen und diesem eine Chance geben wollen, und zwar für alle Verkehrsteilnehmenden. Deshalb zeigen wir auch in diesem Geschäft, wie bei den vorangehenden, guten Willen, aber mit kritischen Bemerkungen. Und kleiner Einschub meinerseits, wir haben alle gelernt, alles ist ein Geben und Nehmen und deshalb freue ich mich, dass als nächstes eine allseitige Unterstützung zugunsten des Ausbaus des MIV gesprochen wird. Ideen dazu gibt es mehr als genug.

Diese Vorlage, wir haben es gehört, ist und war für uns in der Kommission sehr komplex und ich bin deshalb sehr froh, dass es sich hier nur um den Planungs- und Projektierungskredit handelt und wir nach dieser Phase die vorgeschlagenen Projekte noch individuell vertieft anschauen können. Zum einen der extrem teure Velotunnel vom Gundeli zum Centralbahnplatz mit allen erdenklichen Hürden und ohne wirkliche Nutzenanalyse. Eine oberirdische Lösung wäre sicher attraktiver, ungefährlicher und schneller realisierbar. Immerhin hat die UVEK das Kosten-Nutzen-Verhältnis auch als ungenügend erachtet und streicht wenigstens beim Budget einige wenige Prozente. Oder weiter, die sehr aufwendig zu realisierende Zolli-Brücke, die das Gundeldinger- mit dem Bachlettenquartier verbinden soll. Die Idee gibt es zwar schon lange, aber die Umsetzung verzögert sich fast ins Unendliche. Die Tiere im Zolli möchten keine Brücke über ihren Köpfen und befürworten sicher nur eine Brücke über den dortigen Gleisen. Die Velofahrenden andererseits möchten möglichst schnell von A nach B kommen, auch hier, ich bin gespannt auf die detaillierten Pläne.

Immerhin gab es bei der provisorischen temporären Passerelle Bahnhof SBB einen endgültigen Entscheid. Da hat sogar die UVEK den Riegel geschoben und die Finanzierung der Planung gestrichen. Und ich sage Ihnen, das will was heissen. Wir bekommen ja eine neue Margarethenbrücke und zur Gestaltung deren Oberfläche kann dann das gesparte Geld eingesetzt werden und das dann vor allem für alle Verkehrsteilnehmenden. Wenn wir wählen könnten, würden wir Projekte wie den Güterbahnhof Wolf, Wolf – St. Alban und das Hexenweglein priorisiert behandelt wünschen, obwohl auch diese Umsetzungen eine Herausforderung werden und noch in den Sternen stehen. Hier muss nämlich die SBB zuerst ihre Hausaufgaben machen, denn hier bestehen komplexe Einbindungen in SBB-Infrastrukturen. Und bei Wolf – St. Alban muss sogar eine Überquerung von Autobahn und Bahngleisen auf verschiedenen Höhen überwunden werden. Detailpläne, ich bin gespannt.

Zu den Personalkosten gibt es auch in unserer Fraktion geteilte Meinungen. Es ist schon nicht ganz nachvollziehbar, dass bei Reduktionen in den Planungen auch die Personalkosten gleichbleiben sollen. Sie bleiben aber, wie beantragt, auf dem

geforderten Niveau. Es sind hier Fachstellen, wie in der Verwaltung nicht anders möglich zu besetzen und es macht den Braten bei all diesen Ausgaben auch nicht mehr feisser, ob es einen 100%-Job werden wird oder einen mit nur 95%. Ich unterstütze deshalb den Entscheid der UVEK zur vollen Finanzierung.

Mit all meinen kritischen Bemerkungen und den gewünschten Priorisierungen in den Projekten empfehlen wir von der Fraktion LDP, die reduziert beantragten Ausgaben zu genehmigen, einhergehend mit dem hoffentlich erhörten Wunsch zu einer sorgfältigen und auch massvollen Ausgabenpolitik. Die Motion empfehlen wir abzuschreiben und die beiden Anzüge stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann es relativ kurz machen und auch auf das Votum von letzter Woche zu Traktandum 10 verweisen, nachdem der Regierungsrat gemeinsam mit der Handelskammer eine Medienmitteilung Ende des Jahres gemacht hat. Fünf Tage vor Weihnachten hat sich für uns sowohl beim Traktandum 10 wie auch beim Traktandum 11 eine neue Situation ergeben, so dass wir der Meinung sind, dass man auch konsequenterweise hier den Rückweisungsantrag an den Regierungsrat stellen muss, was die SVP-Fraktion hiermit auch beantragt. Wir sind hier grundsätzlich inhaltlich nicht der Meinung, dass man das Ganze neu erfinden muss. Der Beschluss bei Traktandum 10 war deutlich umstritten, wir sind aber schon auch der Meinung, dass wir in der Gesamtwürdigung dann doch eine Situation haben, wo man sehr viel für den Fuss- und für den Veloverkehr macht, aber sehr wenig für den motorisierten Individualverkehr. Das hat ja auch Kollege Seiler letzte Woche kritisiert bei Traktandum 10, entsprechend wäre hier inhaltlich die Kritik der SVP-Fraktion geringer, weil wir ja nicht grundsätzlich gegen den Fuss- und Veloverkehr sind. Trotzdem sind wir der Meinung, dass wir hier eine neue Situation haben und es dementsprechend nur konsequent ist, wenn wir auch hier zurückweisen. Es ist ja auch so, dass jetzt beim Traktandum 10 bereits das Referendum angekündigt wurde, das hat man in den Medien lesen können und entsprechend wäre es auch hier vernünftig, wenn wir hier zurückweisen würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Meine Frage ist relativ einfach. Sind Ihnen eigentlich die Menschen im Gundeli, die Zahl der Velofahrenden hat deutlich zugenommen die letzten Jahre, die diese Überquerung seit langem wünschen, sind die Ihnen diesbezüglich vollkommen egal?

Pascal Messerli (SVP): Nein, sind sie nicht, aber für uns hat sich eine neue Situation jetzt ergeben mit dieser Medienmitteilung der Regierung und entsprechend wollen wir das noch einmal sauber geprüft haben, obwohl wir jetzt inhaltlich nicht sämtliche Anliegen anzweifeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Die SP-Fraktion beantragt, der UVEK zu folgen und in diesem Sinne machen wir dasselbe wie die LDP-Fraktion auch und ich gehe auch einig mit Nicole Strahm-Laranchy, dass sämtliche dieser Projekte noch viel Zeit in Anspruch nehmen werden und noch viele Hürden nehmen müssen, um umgesetzt werden zu können. Aber, und das ist wichtig, ich bin um einiges euphorischer und zuversichtlicher, dass diese uns wirklich weiterbringen, dass diese wirklich dieser Stadt und den Menschen dieser Stadt zugutekommen werden, auch wenn es noch einige Zeit dauern wird. Ich möchte gerne kurz von West nach Ost durchgehen und zu jedem dieser Teilprojekte etwas sagen. Wenn Sie denn die Übersicht verloren haben, weil auch die Reihenfolge nicht immer dieselbe ist, dann empfehle ich Ihnen einen Blick auf Seite 3 des UVEK-Berichts, wo diese fünf Orte auf einer Karte dargestellt sind.

Zuerst zur Zollibrücke, die ist tatsächlich ein wichtiger Lückenschluss für den Langsamverkehr, für Velofahrende, für Fussgänger*innen zwischen dem Gundeli und dem Bachlettengebiet. Das ist mehr oder weniger unbestritten, die Umsetzung wird auch hier nicht ganz einfach sein. Wir haben anerkannt, dass für die Lage dieser Querung nur der Korridor Elsässerbahn in Frage kommt. Das ist die bestehende Zäsur im Zolli und wir respektieren in diesem Sinne auch die Vorgaben und Wünsche des Zollis, die anderen möglichen Korridore zu verwerfen. Wir erhoffen uns davon auch, dass wir jetzt wirklich vorwärtskommen. Es bleibt die Abhängigkeit zur SBB, wie übrigens auch in anderen Teilprojekten.

Dann zu sämtlichen Querungsmöglichkeiten, Querungsideen und Gedanken rund um den Bahnhof SBB. Hier besteht ja ein Konnex zu den Geschäften, die wir bereits beschlossen haben, was die Margarethenbrücke und die Peter Merian-Brücke angehen. Was mir bleibt aus der Beratung in der UVEK, ist, dass unsere Erkenntnis schon ist, dass diese beiden bestehenden Brücken die wichtigen Verbindungen sind. Und die müssen wir ausbauen, hier müssen wir sicherstellen, dass sie funktionieren. Alles, was noch dazu kommen soll, ist optional und ist vor allem sehr schwierig umzusetzen.

Zur Margarethenbrücke, hier wurde uns in der Beratung in der UVEK wirklich versichert, dass die Veloverbindung über die Margarethenbrücke immer gewährleistet bleibt, also dass auch während der Bauzeit keine längeren Unterbrüche entstehen werden, unabhängig davon, ob es eine Hilfsbrücke gibt oder ob dies im Bestand mit dem Neubauprojekt gelöst wird. Für das Gundeli ist diese Verbindung essenziell. Die ist auch viel wichtiger als die Schaffung von zusätzlichen Verbindungen oder die Prüfung zusätzlicher Verbindungen, wie beispielsweise diesem vorgeschlagenen Steg, vorgeschlagen von der Planungsgruppe Gundeli am Erdbeergraben.

Wir haben erkannt, dass die geforderte Überführung auf Höhe Elsässertor schlicht nicht sinnvoll umsetzbar ist, vor allem wegen den grossen Höhendifferenzen, die nötig wären, und den langen Rampen, die dann entstehen würden, wie auch aus denkmalpflegerischen Überlegungen. Die UVEK beantragt ja deshalb, auf diese 500’000 Franken zu verzichten. Das wurde auch bereits anerkannt und ich denke, das darf exemplarisch so gelesen werden, dass unsere Kommissionsberatung hier wirklich kritisch war und dass wir auf keinen Fall unnötig Geld für Projektierungen ohne Realisierungschance ausgeben wollen.

Diese Unterführung, an der wir festhalten, diese Unterführung auf Höhe Heumattstrasse, diese Querung, die ist im Teilrichtplan Velo eingetragen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die nur sinnvoll umsetzbar ist gemeinsam mit dem Tiefbahnhof in einem direkten Zusammenhang und sprechen dieses Geld deshalb auch mit dieser Vorgabe. Und da muss ich Nicole Strahm widersprechen, es wurde gesagt, dass dies oberirdisch viel einfacher umsetzbar wäre und jetzt eine teure unterirdische Lösung angestrebt wird. Das stimmt nicht, es ist eben oberirdisch nicht umsetzbar. Wir haben die Fahrleitungen, wir haben grosse Höhendifferenzen, wir haben keine Möglichkeit für die Zugänge zu einer oberirdischen Querung und deshalb ist die unterirdische das, was wir weiterverfolgen müssen, auch wenn das selbstverständlich teuer ist.

Dann die letzte Querung, die jetzt im Bericht nicht gross thematisiert wird, ist die beim Nauentor. Da gibt es, so viel ich weiss, keine Neuigkeiten. Die Resultate aus dem Wettbewerb zum Nauentor, die gehen in eine gute Richtung. Wir hoffen, dass es da vorwärtsgeht.

Dann kurz zur Unterführung Hexenweglein, Unterführung der Münchensteinerbrücke, die ist ja Teil der angedachten künftigen Velovorzugsroute St. Johann –Bahnhof SBB und diese Umsetzung, die wird anspruchsvoll. Die ist vielleicht ein bisschen kleiner und weniger teuer, aber der Veloweg führt durch das Jacob-Burckhardt Haus und das Tramgeleise liegt direkt daneben. Zudem gibt es Abhängigkeiten zum Ausbau des Bahnknotens. Ich bin gespannt, wie es da vorwärtsgeht und drücke allen Involvierten den Daumen.

Die beiden Verbindungen am Wolf zu guter Letzt, die Fuss- und Velobrücke Güterbahnhof Wolf, die steht in einem Zusammenhang mit mehreren Arealentwicklungen. Wir haben das Areal Wolf im Norden des Gleisfelds und wir haben das Areal Dreispitz Nord wie auch Walkeweg im Süden des Gleisfelds und verbunden sind diese Gebiete nur über die Münchensteinerbrücke. Da führt ein Weg von etwa 1,5 Kilometer von Areal zu Areal und mit dieser Brücke, mit diesem Steg wären es nur noch 300 Meter. Hier geht es um städtische Vernetzung, es geht um Schulwege und deshalb ist diese neue Verbindung von grosser Bedeutung. Diesen Steg, den gab es übrigens früher schon mal an gleicher Stelle, im Dach der Historischen Halle auf dem Areal Wolf ist der Einstieg auf diesen ehemaligen Steg noch ersichtlich. Die Weiterführung ins St. Alban-Quartier, da haben wir uns überzeugen lassen, dass diese nicht umgesetzt werden kann bzw. dass es nicht sinnvoll ist, diese umzusetzen, solange dieser Steg nicht gewährleistet ist und deshalb ist dies dann einfach die logische Fortsetzung.

Ich möchte noch kurz auf den Rückweisungsantrag eingehen, der mich schon überrascht, überrascht nicht, weil er steht im «Chrüzlistich», aber etwas irritiert. Ich denke, wir müssen wirklich differenzieren. Bei der letzten Sitzung, als es um die Gelder für das Lobbying ging, da verstand ich den Rückweisungsantrag immerhin. Hier sehe ich schlicht keinen Zusammenhang. Hier geht es um den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur für Velos und Fussgänger*innen rund um den Bahnhof. Was diese fünf Punkte verbindet, ist, dass immer Gleise überquert werden, aber das hat nichts mit dem Herzstück zu tun, das hat sowieso gar nichts mit einer Haltestelle Mitte zu tun. Also das, was jetzt da allenfalls geändert werden muss im Grossen, das hat keine Auswirkungen auf diese städtischen Beziehungen, die wir dringend brauchen. Deshalb finde ich es auch nicht einen logischen Schritt. Falls die Kolleginnen und Kollegen aus der SVP-Fraktion diese Veloinfrastruktur für unnötig halten, dann können Sie auch einfach Nein drücken, aber eine Rückweisung ohne klaren Auftrag verstehe ich wirklich nicht.

Nun, aus Sicht der SP-Fraktion sind dies allesamt wichtige Verbesserungen für die Veloverbindungen und für die fussläufige Vernetzung der Stadt. Ich habe es gesagt, sie sind alle verbunden mit grossen Herausforderungen und wir sind vor allem stark abhängig von der SBB. Wir bitten den Regierungsrat deshalb, sich im Namen der basel-städtischen Bevölkerung hartnäckig bei den SBB für ein zügiges Voranschreiten der Projekte einzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Nicole Strahm. Diese wird entgegengenommen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Stefan Wittlin, gehen Sie mit mir einig, dass die Velofahrenden vom Gundeli über die Peter Merian-Brücke können, und gehen Sie mit mir einig, wieso eine Überquerung beim Wolf umsetzbar sein soll und beim Bahnhof nicht?

Stefan Wittlin (SP): Wir haben ganz andere Platzverhältnisse, wir haben ja die Überquerung im Bahnhof genau geprüft und sie gestrichen, weil wir zum Schluss gekommen sind, dass sie nicht umsetzbar ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die Voten, die Debatte. Ich höre da grundsätzlich eine grosse Einigkeit, das freut mich sehr. Vielleicht auch noch kurz zum Rückweisungsantrag der SVP. Ich könnte ihn nachvollziehen, wenn es so wäre, dass mit dem Entscheid der Regierung zur Fokussierung auf die Durchmesserlinie es so wäre, dass das Projekt nun komplett anders daherkäme oder dass man beispielsweise gar keinen Tiefbahnhof Basel SBB braucht. Es ist aber so, dass man auch mit der Durchmesserlinie auf einen Tiefbahnhof Basel SBB beispielsweise angewiesen ist, einfach eben zwei statt vier Geleise, weil einfach die Kapazität oberirdisch nicht reicht. Und es ist auch nicht so, dass jetzt irgendwie diese ganze Realisierungszeit durch diese Fokussierung länger würde, im Gegenteil. Wir erhoffen uns ja genau durch die Fokussierung, dass man diese ganze Durchmesserlinie mitsamt den Bauwerken, die dafür nötig sind, innerhalb der nächsten 20 bis 30 Jahre realisieren kann. Das ist doch ein wesentlicher Fortschritt, wenn wir daran denken, dass beim BAV zeitweise irgendwie vom Zeithorizont 2080 die Rede war. Umso mehr sollten wir jetzt wirklich vorwärts machen mit diesen Planungen rund um den Bahnhof SBB. Dazu brauchen wir natürlich die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen und deshalb sind wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesem Ausgabenbericht zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an die Präsidentin der UVEK, Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Zuerst zum Rückweisungsantrag. Der Rückweisungsantrag wurde in der UVEK nicht gestellt, die UVEK beantragt, den Ausgaben zuzustimmen. Dann wurde in den Voten von der Peter Merian-Brücke gesprochen, hier einfach kurz, um Missverständnisse zu vermeiden, wir hatten vier Bahnknotengeschäfte, die Peter Merian-Brücke war das zweite, was wir hier in den Rat gebracht haben. Beim vorliegenden vierten Geschäft geht es nicht direkt um die Peter Merian-Brücke, sondern um den, wenn man so will, den Velotunnel des Korridors 4, der eben gleich nebenan liegt. Es gibt einen gewissen Konnex zur Peter Merian-Brücke, weil der Velotunnel und das Nauentor-Projekt und die Peter Merian-Brücke Abhängigkeiten haben bzw. ähnliche Ziele verfolgen, was den Veloverkehr und den Fussverkehr und die Führungen dort in diesen Projekten anbelangt. Es gibt also diesen Konex, aber beantragt sind Gelder für den Velotunnel 4 und zum Nauentor-Projekt haben wir im zweiten Geschäft auch Stellung bezogen, wie auch zur Peter Merian-Brücke.

Dann noch kurz zur Zollibrücke. Dort wurden die Varianten in den Fraktionsvoten erwähnt, Einhausung versus Brücke. Hier, um das noch zu differenzieren, die UVEK hat diese Varianten diskutiert und kam eigentlich zum Schluss, dass sie zwar eine gewisse Präferenz hat für eine Volleinhausung, dass sie aber diese Frage auch als nicht nur politische, sondern auch recht technische Frage von Machbarkeit, von Sinnhaftigkeit, etc. auch einstuft und deshalb haben wir es für den weiteren Wettbewerb offengelassen und uns nicht auf eine Variante festgefahren, obschon wir eine gewisse Präferenz für die Volleinhausung in der Kommission erkannten.

Dann noch zum Velotunnel. Es wurde der Tiefbahnhof als Vorbedingung für diesen Velotunnel im Korridor 4 erwähnt. Hier möchte ich kurz differenzieren. Die Kosten-Nutzen-Frage wurde in der UVEK stark diskutiert beim Velotunnel und es ist auch so, wenn der Tiefbahnhof kommt, verändert das die Kosten-Nutzen-Frage dieses Velotunnels sehr gross. Die UVEK hat also diesen Konnex gemacht zum Tiefbahnhof und zu den Vorteilen, die er bringt. Was wir aber nicht gemacht haben oder diskutiert haben, ist, dass die Planungen erst direkt nur mit dem Tiefbahnhof zusammenhängend gemacht werden sollen oder können. Wir haben beispielsweise auch weitere Dinge diskutiert, die das Kosten-Nutzen-Verhältnis verschieben könnten, beispielsweise die unterirdische Erschliessung des Veloparkings am Centralbahnplatz über das Gundeli oder aber auch Synergien, die es mit den Parkings gäbe, die teilweise nicht ganz ausgelastet sind, wo man allenfalls weitere Velostationen auch schaffen könnte. Der Bedarf an Veloabstellplätzen, da sind wir auch als UVEK schon mehrfach darauf eingegangen in den früheren Bahnknotengeschäften und dieses Mitdenken von möglichen Velostationen unterirdisch und

möglichen Verbindungen unter den Velostationen bzw. unter den Veloabstellplätzen und den Quartieren steht auch unter diesem Stern.

Ob es weitere Varianten gibt für diesen Velotunnel, der ja im Richtplan eingetragen ist, und Varianten, die allenfalls das Kosten-Nutzen-Verhältnis auch verschieben können, das haben wir offengelassen, darüber haben wir auch nicht philosophiert, es kann jedoch sein. Der Tiefbahnhof ist also ein ausschlaggebender Faktor gewesen und wir wünschen uns, dass das miteinander gedacht wird, es ist aber nicht als Bedingung formuliert worden in der Kommission.

In diesem Sinne beantragen wir als Kommission, den Ausgaben zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung durch Pascal Messerli beantragt. Er beantragt, den Ratschlag an die Regierung zurückzuweisen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 82 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008102, 14.01.26 15:26:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 82 Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Wir fahren fort mit der

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 19 des Berichts)

Titel und Ingress

Gesamtbetrag

Finanzierung der Planung

Finanzierung der Projektierung,

Publikations- und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008104, 14.01.26 15:26:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

Der Grosse Rat bewilligt die weitere Finanzierung der Planung und Projektierung der mit dem Bahnausbau zusammenhängenden kantonalen Fuss- und Veloverkehrsinfrastrukturen in der Höhe von Fr. 6'280'000. Diese teilen sich wie folgt auf:

Fr. 3‘700‘000 für die Finanzierung der Planung von Fuss- und Veloquerungen über die Bahn resp. von Fuss- und Veloverbindungen längs der Bahn (zusätzliche Projekte «Define») inkl. Mittel für die befristeten Personalressourcen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements.

Fr. 2‘580‘000 für die Finanzierung der Projektierung von Fuss- und Veloquerungen über die Bahn resp. von Fuss- und Veloverbindungen längs der Bahn (zusätzliche Projekte «Design») inkl. Mittel für die befristeten Personalressourcen zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1, «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur».

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 85 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen.

11.1. Motion Semseddin Yilmaz und Konsorten betreffend Verwirklichung der "Zollibrücke" / SNCF Brücke, Bericht der UVEK

[14.01.26 15:26:48, 19.5284.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, die Motion Semseddin Yilmaz als erledigt abzuschreiben. Die UVEK verzichtet auf ein Votum, der Regierungsrat ebenso. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion als erledigt abzuschreiben.

11.2. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend einer Velounterführung vom Hexenweglein zum Peter Merian- Weg, Bericht der UVEK

[14.01.26 15:27:06, 19.5292.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, die Anzüge Jörg Vitelli und Konsorten sowie Tim Cuénod und Konsorten stehen zu lassen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Pascal Messerli hat sich gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Es ging vorhin im Fraktionsvotum vergessen, die SVP-Fraktion beantragt, die beiden Anzüge Vitelli und Cuénod abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen zuerst über den Anzug Vitelli ab. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Anzug Jörg Vitelli

JA heisst stehen lassen, NEIN heisst abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008109, 14.01.26 15:28:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 67 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Anzug Tim Cuénod. Pascal Messerli beantragt, den Anzug abzuschreiben.

11.3. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverbindungen vom "Gundeli" in die Innerstadt, Bericht der UVEK

[14.01.26 15:28:44, 19.5293.04]

Abstimmung

Anzug Tim Cuénod

JA heisst stehen lassen, NEIN heisst abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008111, 14.01.26 15:28:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten auch diesen stehen lassen mit 68 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

12. Ausgabenbewilligung zur Aufwertung Kronenplatz und Grünanlage Schulgasse, Ratschlag des RR

[14.01.26 15:28:54, 25.1253.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Das vorliegende Geschäft wurde der UVEK im Oktober zur Vorberatung überwiesen. Es sind eigentlich zwei Aufwertungen, über die wir hier sprechen, die des Kronenplatzes und die der Grünanlage Schulgasse.

Die Gelder für diese beiden Umgestaltungen werden in einem Ratschlag beantragt, da der Kronenplatz und die Grünanlage Schulgasse nahe beieinander liegen.

Wir haben das Geschäft in einer unserer Sitzungen im November beraten. Die UVEK hat zu ihrer Beratung eine Vertretung der Stadtgärtnerei eingeladen und wir beantragen dem Grossen Rat nach den Abklärungen einstimmig, dem Gesamtbetrag von rund 2 Mio. Franken zuzustimmen. Für eine Übersicht der zwei geplanten Aufwertungen verweise ich auf den Ratschlag des Regierungsrats. Ich berichte hier mündlich noch über die zusätzlichen Abklärungen der UVEK.

Zuerst zum Mitwirkungsverfahren. Das Mitwirkungsverfahren für die beiden Anlagen hat im 2021 stattgefunden. Umgesetzt wird das Projekt jedoch erst ca. im 2028. Daher hat man sich in der UVEK erkundigt, wie das Quartier, insbesondere die Personen, die am Mitwirkungsverfahren teilgenommen haben, seither weiter informiert und miteinbezogen wurden und wie mit der langen Projektdauer im Allgemeinen umgegangen wird. Die Verwaltung ihrerseits hat geschildert, dass die Stadtgärtnerei das Stadtteilsekretariat Kleinbasel jeweils über die wesentlichen Schritte zum Projekt informiert, wie beispielsweise zur Publikation des Ratschlags, und generell auf dem laufenden halte. Das Stadtteilsekretariat nimmt seinerseits wichtige Informationen in einem E-Mail-Verteiler auf. Auch übergeordnet werden die Stadtteilsekretariate und Quartierkoordinationen über eine jährliche Zusammenkunft zu Partizipationsprojekten orientiert. Dieser Anlass wird vom Präsidialdepartement organisiert.

Zu den Abklärungen der UVEK zu Jugendangeboten. In der UVEK hat man sich erkundigt, inwiefern die Interessensgruppe der Jugendlichen mit den beiden Aufwertungen bedient würde, zumal auf den ersten Blick keine attraktiven Angebote für Jugendliche in den Aufwertungen festgestellt werden konnten. Die Verwaltung hat auf den direkt an die Grünanlage angrenzenden Pausenplatz der Primarschule verwiesen, wo es unter anderem einen Basketballkorb gibt, und auf die Sitzgelegenheiten, die auf beiden Anlagen geschaffen werden, wobei die Grünanlage Schulgasse für Jugendliche wohl attraktiver sei, da sie sich dort geschützter bewegen könnten. Zudem hat sie darauf aufmerksam gemacht, dass im Mitwirkungsverfahren weder von Jugendlichen noch von der Jugendarbeit spezifische Wünsche kamen. Die Jugendarbeit suche primär nach Räumlichkeiten.

Zu den Abklärungen der UVEK zu Sitzgelegenheiten. In der UVEK wurde festgestellt, dass auf der Grünanlage Schulgasse im Gegensatz zum Kronenplatz nur wenige, insgesamt drei Sitzgelegenheiten angedacht sind. Die Vertretung der Verwaltung hat dafür keinen expliziten Grund vorgebracht. Die UVEK wünscht sich daher, dass im Bauprojekt in Bezug auf die Grünanlage Schulgasse nochmals geprüft wird, ob nicht mehr Sitzgelegenheiten geschaffen werden können.

Zu den Abklärungen und zur Haltung der UVEK zum Sandkasten und dessen Beschattung. In der UVEK wurde festgestellt, dass der neue Sandkasten des Kronenplatzes mitten in der Sonne zu liegen kommt. Der heutige Sandkasten befindet sich bereits am selben Ort. In der UVEK hat man sich daher erkundigt, ob der Sandkasten nicht neu im Schatten der Bäume angelegt werden könne. Sie erhielt die Auskunft, dass dies nicht ginge aufgrund des Wurzelwerks der alten Bäume. Am vorgesehenen Ort wird das Wurzelwerk am wenigsten tangiert. Der UVEK ist es ein Anliegen, dass Spielplätze, wenn immer möglich, auch Schatten haben. Sie regt daher an, in der weiteren Feinplanung eine geeignete Beschattung des Sandkastens zu prüfen. Eine solche soll jedoch die Spielmatte nicht tangieren.

Die UVEK macht also zwei Empfehlungen. Erstens wünscht sie sich, dass der Sandkasten in geeigneter Weise beschattet wird zum Schutz der Kinder und zweitens, dass auf der Grünanlage Schulgasse im Bauprojekt noch mehr Sitzgelegenheiten geplant werden. Gestützt auf diese Abklärungen beantragen wir Ihnen einstimmig, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben es gehört, Sie haben hier gleich zwei Anträge für Sanierungen, Neugestaltungen von Anlagen in Kleinhüningen vorliegen in einem Ratschlag. Es ist klar, diese Orte befinden sich in einer sehr dicht bebauten Gegend und es ist deshalb eben besonders wichtig, dass wir dort eine hohe Qualität an Grünflächen haben. Die Projekte wurden unter der Beteiligung von Anwohnenden geplant und jetzt möchten wir da vorwärts machen. Es gibt einen tollen Spielplatz, insbesondere beim Kronenplatz. Sie finden die Pläne im Bericht und wir haben dazu ja schon etwas gehört von der Kommissionspräsidentin. Deshalb mache ich es kurz. Vielen Dank an die Kommission für die Anregungen, die wir mitnehmen und auch die speditive Behandlung. Dank dieser schnellen Behandlung können wir zeitnah jetzt mit den weiteren Planungen und Umsetzung starten, sofern Sie dem Ausgabenbericht zustimmen natürlich und das würde mich sehr freuen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Gesamtausgaben

- Aufwertung Grünanlagen

- Ausgaben Entwicklungsbeitrag

- wiederkehrende zusätzliche Aufgaben

Publikations- und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008113, 14.01.26 15:36:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 2'058’500 für die Aufwertung des Kronenplatzes und Grünanlage Schulgasse bewilligt. Die Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

· Fr. 1'951’000 neue Ausgaben für die Aufwertung der Grünanlagen Kronenplatz und Schulgasse zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur – Mehrwertabgabefonds“. (Baupreisindex Nordwestschweiz Tiefbau, Basis April 2024 = 125.2).

· Fr. 96’000 neue Ausgaben als Entwicklungsbeitrag für die ersten fünf Jahre nach Fertigstellung der Grünanlagen Kronenplatz und Schulgasse zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds.

· Fr. 11’500 als jährlich wiederkehrende zusätzliche Ausgaben für den Unterhalt der Belags- und Vegetationsflächen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

13. Erneuerung des Staatsbeitrags an das Felix Platter-Spital für das Projekt "Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)" für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK

[14.01.26 15:36:05, 25.1426.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen namens der GSK zur Erneuerung des Staatsbeitrags sowie Bewilligung von Ausgaben in der Höhe von 1.66 Mio. Franken an das Felix Platter Spital für das Projekt «AdvantAGE» für die Jahre 2026

bis 2028. Im Kanton Basel-Stadt besteht eine Versorgungslücke in der Übergangspflege für vulnerable ältere Menschen mit Multimorbidität, insbesondere beim Übergang vom Spital ins häusliche Umfeld. Nach Spitalaufenthalten ist das Risiko von Rehospitalisierungen erhöht. Das Modellprojekt AdvantAGE begegnet dieser Problematik mit einem interprofessionellen ambulanten Versorgungsansatz zur Sicherung der Selbstständigkeit und zur Vermeidung von erneuten Spitaleintritten und vorzeitigen Pflegeheimeintritten. Das vom Universitären Altersmedizin Felix Platter (UAFP) gemeinsam mit verschiedenen Partnern entwickelte Angebot entspricht dem Legislaturplan 2025 bis 2029 und dessen Ziel einer qualitativ hochwertigen und finanzierbaren Grundversorgung durch Stärkung ambulanter Leistungen und Prävention.

AdvantAGE besteht aus einem klinischen Team, unter anderem Advanced Practice Nurses, ärztliche, soziale und therapeutische Fachpersonen sowie einem wissenschaftlichen Team für Evaluation und Forschung. Ein regelmässiger Austausch mit relevanten Stakeholdern ist sichergestellt. Die Evaluationen der Jahre 2023 und 2024 zeigen, dass die Projektziele weitgehend erreicht wurden. Das Projekt soll von 2026 bis 2028 weitergeführt und anschliessend in die Regelversorgung überführt werden. Gespräche mit nationalen Akteuren zur tariflichen Abgeltung im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung verliefen positiv. Eine künftige Integration könnte den Kanton finanziell entlasten.

Zum Vorgehen der Kommission. Der Grosse Rat hat den vorliegenden Ausgabenbericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Bericht überwiesen, die Kommission hat die Vorlage inklusive Kommissionsbericht an drei Sitzungen behandelt. Die GSK unterstützt die Vorlage. Sie hatte lediglich Fragen zu einzelnen Aspekten des Projekts. AdvantAGE wird als vielversprechender medizinischer Ansatz im Umfeld von Hospital at Home beurteilt, der jedoch hinsichtlich Finanzierung medizinischer Belastbarkeit weiterentwickelt werden muss. Bei einer Überführung in den Regelbetrieb ist der Einbezug weiterer Spitäler denkbar.

Eine zentrale Voraussetzung ist die ausreichende Verfügbarkeit von Advanced Practice Nurses. Da entsprechende Weiterbildungen derzeit nur an zwei Fachhochschulen angeboten werden, soll die Ausbildungsmöglichkeit ausgebaut und auch berufsbegleitend ermöglicht werden. Ebenso ist eine ausreichende Tarifierung erforderlich, um den verstärkten Einsatz von APN zu erlauben. Aktuell bestehen tarifrechtliche Regelungen nur für stationäre und ambulante Leistungen, nicht jedoch für die Transitionsphase. Eine ordentliche Kassenabrechnung setzt daher die Überführung des Pilotprojektes in den Regelbetrieb voraus. Das Departement geht davon aus, dass dies gelingen wird, insbesondere aufgrund der erwarteten Kosteneinsparungen durch günstigere Behandlungen zu Hause und vermiedene Spitalwiedereintritte. Das Projekt richtet sich an Patientinnen und Patienten ab 65 Jahren und es ist klar in der Altersmedizin verortet. Die Aufgabenverteilung zwischen Spital, Spitex und weiteren Akteuren ist geregelt, die Koordination liegt bei den APN. Angehörige werden informiert, jedoch nicht verpflichtend eingebunden. Ziel bleibt der Erhalt der Selbständigkeit nach der Spitalentlassung.

Zur fehlenden Indexierung der Beiträge nahm die GSK die schriftliche Erläuterung des Gesundheitsdepartements zur Kenntnis, wonach ein Teuerungsausgleich nach Inkrafttreten der Anpassung des Staatsbeitragsgesetzes vorgesehen ist. Darüber haben wir ja bereits heute Morgen debattiert und die entsprechenden Gesetzesänderungen beschlossen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission einstimmig, der nachfolgenden Beschlussvorlage zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke dem Präsidenten der Kommission für seine Ausführungen. Er hat Ihnen bereits dargelegt, worum es geht beim Antrag, den wir Ihnen gestellt haben. Ich kann nur noch ein bisschen vielleicht Kontext geben und die eine oder andere Ergänzung anbringen. Die Ausgangslage ist ja die positiverweise, dass wir eine immer höhere Lebenserwartung haben. Nicht ganz so positiv ist, dass viele von uns nicht bei bester Gesundheit das höhere Alter oder das ganz hohe Alter erreichen, sondern eben im Alter dann auch mit häufigen Spitaleintritten konfrontiert sind. Es ist festgestellt worden, dass sehr häufig einzelne Patientinnen und Patienten der Geriatrie eben wiederkehrend hospitalisiert werden müssen, weil sie nicht richtig trittfassen nach dem Spitalaustritt. Und dort in dieser intensivierten Begleitung nach dem stationären Aufenthalt sehen wir eben ein grosses Potenzial und haben Ihnen das Projekt AdvantAGE erstmals für die Jahre 2023 bis 2025 hier vorgelegt. Ich bedanke mich dafür, dass wir das nötige Vertrauen damals schon erhalten haben und dieses Projekt für die ersten drei Jahre finanzieren konnten.

Nun ist es eben so, dass es noch ein wenig mehr Zeit braucht, um die nötigen Grundlagen zu sammeln und aufzubereiten, damit dann diese Art von Spitalanschlussleistung oder Spitalaustrittsbegleitleistung auch ordentlich tarifiert werden kann. Also wir reden hier von einer Übergangsposition. Es ist nicht der Plan, in dieser Art Projektbeitrag langfristig diese Art von Versorgung zu finanzieren. Das längerfristige Ziel ist, dass derartige Leistungen eben in die Tarifstruktur integriert werden können und ordentlich über die üblichen Finanzierungspfade im Gesundheitswesen abgerechnet werden können und an diesem Punkt sind wir noch nicht. Deshalb ist es wichtig, hier nun dranzubleiben und deshalb bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie auch jetzt für die Jahre 2026 bis und mit 2028 die dafür notwendigen Finanzen im Umfang von 556’000 Franken pro Jahr uns sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008115, 14.01.26 15:45:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Fortführung des Modellprojekts «Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)» des Felix Platter-Spitals werden für die Jahre 2026 bis 2028 Ausgaben von insgesamt 1'668'867 Franken (556'289 Franken jährlich) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

14. Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels für Sexarbeitende (Ausstiegsprogramm) für die Jahre 2026-2030, Ausgabenbericht des RR

[14.01.26 15:45:12, 25.1574.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Die JSSK hat den vorliegenden Ausgabenbericht für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Ausstiegsprogramms für Sexarbeitende an einer Sitzung und im Beisein der entsprechenden Vorsteherin des JSD, der Abteilungsleiterin Recht und Beschaffungen im JSD sowie der neu ernannten Leiterin der Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe behandelt. Da sich die Kommission im Grundsatz einig war über die Unterstützungswürdigkeit des Projekts, wurde auf einen schriftlichen Bericht verzichtet und ich berichte zu diesem Geschäft mündlich.

Der Kanton Basel-Stadt verfolgt im Umgang mit Prostitution seit Jahren ein liberales Modell mit Verbotsvorbehalt. Prostitution ist somit mit gewissen Einschränkungen und Auflagen erlaubt, aber auch reglementiert. Das oberste Ziel ist der Schutz und die sicheren Arbeitsbedingungen für Sexarbeitende. Viele Massnahmen hierfür, namentlich Koordination, Information, Beratung, Unterstützung, aber auch Kontrolle und gewisse Sanktionen, sind etabliert und haben sich in den letzten Jahren bewährt.

Mit dem vorliegenden Ausgabenbericht soll dieses Mehrsäulenmodell um einen weiteren Pfeiler, namentlich die Ausstiegshilfe, im Rahmen eines Pilotprojekts erweitert werden. Das Geschäft geht auf einen Vorstoss von Christoph Hochuli und Konsorten aus dem Jahr 2023 zurück, welcher wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, forderte. Der Regierungsrat hat darauf reagiert und in seinem Ausgabenbericht aufgezeigt, wie ein solches Angebot in Zusammenarbeit mit einer erfahrenen Fachstelle umgesetzt werden kann. Anlässlich der Beratung wurden der Kommission eindrücklich die Hürden für einen Berufswechsel weg von der Sexarbeit aufgezeigt. So wohnen die Sexarbeiter*innen oftmals auch an ihrem Arbeitsort, ein Ausstieg aus ihrem Beruf bedeutet somit auch, dass ihre bisherige Bleibe entfällt. Viele kommen aus dem Ausland, verfügen über keinen längerfristigen oder sicheren Aufenthaltsstatus. Hinzu kommen sprachliche Barrieren oder ein tiefer Bildungsgrad, was es für die Personen oft schwierig gestaltet, ausserhalb der Sexarbeit ein existenzsicherndes Einkommen zu erwirtschaften. Sexarbeiter*innen sind zudem teilweise stark isoliert sozial, verfügen über kein Umfeld ausserhalb des Berufs und schliesslich bestehen teilweise auch familiäre Verpflichtungen im In- und Ausland, so dass Ausstiegswillige nicht nur für sich, sondern auch für weitere Familienangehörige sorgen müssen.

Der Ausgabenbericht sieht daher vor, dass das Ausstiegsprogramm vor diesem Hintergrund dieser Hürden und Bedürfnisse ein abgestimmtes Paket darstellt, welches Unterstützungsleistungen bereitstellen soll. Dies startet bei einer individuellen Beratung über Unterstützung bei der Arbeitsintegration und der Wohnberatung bis hin zu finanzieller Einzelfallhilfe. Das Konzept sieht in den Bereichen Arbeitsintegration und Wohnberatung insbesondere auch vor, dass Mandate an spezialisierte Dritte vergeben werden können. Die einzelnen Massnahmen sind im Ausgabenbericht detailliert beschrieben, weshalb ich an dieser Stelle auf eine Wiederholung verzichte. Begleitet werden soll das Pilotprojekt von einer externen Evaluation. Dies ist wichtig, um die Wirksamkeit und die Massnahmen zu messen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen für ein allfälliges, künftiges, dauerhaftes Angebot.

Mit Freude hat die Kommission zur Kenntnis genommen, dass mit Aliena eine Organisation für das Pilotprojekt gefunden werden konnte, welche seit vielen Jahren im Bereich der Beratung, der Begleitung und der sozialen Unterstützung für Sexarbeitende niederschwellige Arbeit leistet, bestens vernetzt ist und vor allem auch beim Klientel bekannt und geschätzt ist. Auch das JSD verfügt seit 2014 über eine entsprechende Leistungsvereinbarung für das Grundangebot und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, im Namen der Kommission Aliena für ihre wichtige Arbeit zu danken. In zeitlicher Hinsicht ist das Pilotprojekt für fünf Jahre projektiert. Ziel ist es, dass das Projekt im Jahr 2026, also so schnell wie möglich, starten kann. Für 2026 bis 2030 ist die Durchführung des Projekts, die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen und die Evaluation geplant. Für 2031 wären, je nach Ergebnis der Evaluation, Anpassungen zu machen und, falls das möglich und gewünscht ist, die Überführung in die Regelstruktur geplant. Da der Staatsbeitrag für das Grundangebot von Aliena ohnehin im Jahr 2031 erneuert werden müsste, könnte mit der vorliegenden Zeitplanung ein neuer Staatsbeitrag für Aliena erarbeitet werden, welcher auch die Ausstiegshilfe beinhalten würde.

Zu den finanziellen Auswirkungen. Die Finanzhilfe bei den Personalkosten beträgt jährlich knapp 135’405 Franken und beinhaltet insgesamt 120 Stellenprozente. Die Sachkosten betragen jährlich 147’600 Franken und beinhalten auch die Mittel für die Mandatsvergabe für die Pakete Wohnen und Arbeitsintegration an Dritte. Dies ist insbesondere auch deswegen, weil Aliena auch gesagt hat, dass sie da nicht über die entsprechende Expertise verfügen und hier auf bekannte Partner zurückgreifen möchten. Die Kosten für die externe wissenschaftliche Begleitung betragen jährlich 3’600 Franken, insgesamt resultieren somit Kosten von 286’605 Franken respektive 1.43 Millionen insgesamt für das fünfjährige Projekt.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass in der entsprechenden Tabelle auf Seite 5 des Ausgabenberichts sich ein kleiner Fehler eingeschlichen hat. Die jährlichen Personalkosten betragen nicht 138’925 Franken, sondern 135’405 Franken. Dieser Fehler wurde anlässlich der Kommissionsberatung entdeckt und im Nachgang der Sitzung korrigiert. Die Differenz rührt daher, dass die Arbeitsplatzkosten von 4’400 Franken über fünf Jahre bei der Berechnung für das einzelne Jahr nicht nur anteilsmässig, sondern insgesamt berücksichtigt wurden. Deswegen die kleine Abweichung. Die Totalkosten des Pilotprojekts und der Grossratsbeschluss sind aber im Bericht korrekt.

Im Rahmen der Kommissionsberatung waren die Voten im Grundsatz unisono positiv für Unterstützung. Einige Punkte sorgten aber dennoch für Gesprächsbedarf. Ich möchte sie kurz erläutern. Für Diskussionsbedarf sorgte einerseits die Schätzung der Verwaltung, dass jährlich ca. zehn Personen pro Jahr begleitet werden können. Unter Berücksichtigung des Umstandes, dass in Basel-Stadt etwa 2’300 Sexarbeiter*innen angemeldet sind und schätzungsweise nochmals etwa 1’000 unangemeldet hier arbeiten, ist diese Zahl doch sehr tief. Die Verwaltung führte hierzu aus, dass sich in den vergangenen Jahren 25 bis 35 Frauen für einen Ausstieg interessiert hätten und eine Erstberatung in Anspruch genommen haben. Davon hätten aber nur etwa ein Drittel den Ausstieg auch weiterverfolgt. Die Gründe hier für den Abbruch seien sehr unterschiedlich. Zum Beispiel wurde die psychische Labilität, die Verpflichtungen, mangelnde Ausbildung oder geringe Sprachkenntnisse genannt. Es ist ein Pilotprojekt, das aufzeigen soll, ob ein solches Projekt sinnvoll ist. Der grosse Begleitaufwand erfordere zudem die Beschränkung auf eine realistische Zahl und diese Zahl sei namentlich zehn. Die Kommission erachtete diese Ausführungen dann auch mehrheitlich als schlüssig und wies darauf hin, dass Basel-Stadt mit diesem Projekt weitestgehend Neuland betrifft, was auch die hohen Kosten rechtfertigt.

Weiter wurde von einem Teil der Kommission angemerkt, dass fünf Jahre für ein Pilotprojekt doch relativ lang sind. Die Mehrheit der Kommission erachtete aber diese Dauer eben auch mit Blick auf eine allfällige Koordination mit der Erneuerung

des allgemeinen Leistungsauftrags von Aliena sowie der Tatsache, dass es hier grundlegende Aufbauarbeit zu leisten gibt, welche eben halt dauert, was nicht von heute auf morgen geschehen kann, erachtet eine Mehrheit der Kommission die fünf Jahre als angemessen. Ein anderer Antrag wurde jedenfalls nicht gestellt.

Und schliesslich wurde auch mit einer gewissen Ernüchterung festgestellt, dass auch das geplante Ausstiegsprogramm gewisse Probleme, Abhängigkeiten und Prekarisierungen nicht lösen kann. Prostitution ist und bleibt ein globalisiertes Geschäft. Viele Sexarbeiter*innen halten sich nur für kurze Zeit in der Schweiz oder auch in Basel auf und haben aufgrund der migrationsrechtlichen Bestimmungen teilweise keine Aussicht auf einen dauerhaften Verbleib in der Schweiz und damit kommen sie für das Ausstiegsprogramm auch nur beschränkt in Frage. Trotzdem erachtet die Kommission das Projekt für die übrigen Personen als sinnvoll und als wichtig.

Nach engagierter Diskussion stimmte die JSSK dem Ausgabenbericht schliesslich zu und empfiehlt die Zustimmung zum entsprechenden Grossratsbeschluss. Der Anzug von Christoph Hochuli soll infolge Erfüllung des Anliegens abgeschrieben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich möchte mich vorab bedanken bei der JSSK für die gute Zusammenarbeit auch in diesem Geschäft, das wir doch auch sehr speditiv in einer Sitzung haben beraten können. Ich möchte nicht alles wiederholen, was die Kommissionspräsidentin schon erläutert hat, ich stimme diesen Erläuterungen allen zu. Ich möchte dennoch ein paar Dinge noch anmerken. Ich denke, es ist schon wichtig zu sehen, dass der Kanton Basel-Stadt seit den 90er-Jahren ein liberales Modell in der Prostitution fährt. Wir haben es gehört, wir haben eine bewilligungsfreie Regulierung der Sexarbeit mit Verbotsvorbehalt. Der Fokus lag und liegt bis heute auf dem Schutz dieser vulnerablen Sexarbeitenden und eben nicht im Ausbau der repressiven Instrumente. Ich denke, wir sind hier in Basel-Stadt gut gefahren mit diesem Modell und wir wollen auch an diesem Modell festhalten.

Wir haben dieses Mehrsäulenmodell, das wir eben jetzt gezielt weiterentwickeln und um eine weitere Säule, namentlich die Ausstiegshilfe, ergänzen wollen. Der Regierungsrat ist ebenfalls froh, dass wir mit der Fachstelle Aliena über wirklich eine erfahrene Partnerin verfügen in diesem Bereich und die eben auch einen etablierten Zugang hat zu dieser Zielgruppe. Weil wir haben es gehört, in diesem Milieu, in diesem Umfeld ist es entscheidend, dass auch dieses Vertrauensverhältnis aufgebaut wird. Da investieren wir sehr viel auf Behördenseite, aber auch auf Seiten der Fachleute, die wir in den Leistungsvereinbarungen, in den Staatsbeitragsverhältnissen haben.

Wir haben es gehört, es ist ein Pilotprojekt, es dauert über fünf Jahre. Ja, das tönt nach einer langen Zeit, es ist aber schon richtig, auch was die Kommissionspräsidentin gesagt hat, wir müssen das zuerst etablieren, wir müssen es aufbauen und wir haben ja auch inklusive noch den Bericht über die Evaluierung dieser Pilotphase auch drin in diesen fünf Jahren. Ich denke, das ist sicher angemessen, damit wir dann wirklich auch bereit sind, wenn die Staatsbeitragsperiode wieder neu verhandelt wird, dass wir mit Aliena schauen können, was brauchen wir, braucht es Justierungen, braucht es Ausbau, braucht es was auch immer, das müssen wir jetzt eben zuerst schauen, aber ich denke, wir haben dann sicher eine seriöse Datenbasis.

Und vielleicht noch zur zweiten Zahl, die genannt wurde, diese Schätzung der zehn Personen. Das tönt wirklich nach sehr wenig, aber es fehlen, wie gesagt, Erfahrungswerte. Wir haben gehört, es gibt einige Hürden auszusteigen. Es ist immer noch ein sehr mit viel Scham und Tabus behaftetes Metier und da wirklich dann auch den Ausstieg zu finden, entsprechend auch Geld zu verdienen, Unterkunft zu finden, das ist nicht ganz einfach und da braucht es diese vertrauensvolle Begleitung auch und deshalb sind wir von einer vorsichtigen Schätzung ausgegangen. Selbstverständlich wäre es schön und wäre auch das Ziel, dass wir mehr Sexarbeitende damit auch erreichen und auch zeigen können durch diese Begleitung und dieses Angebot, dass es möglich ist und ich denke, deshalb sind wir etwas vorsichtig mit der Schätzung eingestiegen, aber natürlich mit der Erwartung, dass wir genau in diesen fünf Jahren auch dieses Angebot etablieren können.

In diesem Sinne und vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, dem Antrag der JSSK und eben auch des Regierungsrates zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Christoph Hochuli für die Mitte-EVP.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Im Januar 2023 haben Sie meinen Anzug für wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, sehr deutlich an den Regierungsrat überwiesen. Inzwischen hat der Regierungsrat den Anzug erfreulicherweise mit dem vorliegenden Ausgabenbericht beantwortet. Der aktuelle Mehrsäulen-Ansatz soll damit um eine weitere Säule, die Ausstiegshilfe, ergänzt werden. Der Regierungsrat beantragt Ausgaben an den Verein Aliena für

insgesamt rund 1’433’000 Franken, verteilt auf fünf Jahre bis 2030 für den Aufbau und die Umsetzung eines Pilotprojekts zur Ausstiegshilfe für Sexarbeitende. Anschliessend soll ab 2031 aufgrund der Erkenntnisse ein wirksames und bedarfsgerechtes Programm etabliert werden. Dieses Programm wird durch die erfahrene Fachberatungsstelle Aliena mit einer individuellen und bedarfsgerechten Unterstützung im Rahmen eines Case-Managements umgesetzt. Mit einer engen Zusammenarbeit mit diversen Partnerorganisationen, etwa in den Bereichen Arbeitsintegration, Wohnungswesen und Therapieangebote.

Dieses Pilotprojekt ist so wichtig, weil gemäss einer Studie der deutschen Regierung 89% der Prostituierten aus ihrem Beruf aussteigen möchten. Viele dieser Menschen, es sind vor allem Frauen, erleben psychische, körperliche und/oder sexuelle Gewalt in ihrem Beruf. Zwei Drittel der Prostituierten leiden an posttraumatischen Belastungsstörungen, viele auch an Depressionen und greifen deshalb zu Alkohol und Drogen. Die grosse Mehrheit prostituiert sich aus wirtschaftlicher Not heraus oder sogar unter Zwang. Ein Ausstieg scheitert meist an der Alternativlosigkeit, oft verschärft durch unsicheren Rechtsstatus, geringe Berufsausbildung, mangelnde Sprachkenntnisse und psychischen Zustand. Viele leiden auch unter der Stigmatisierung und dem Verlust von sozialen und familiären Beziehungen. Ich bin überzeugt, dass das geplante Pilotprojekt vielen Menschen, vor allem Frauen, helfen wird, ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben ausserhalb der Sexarbeit zu erlangen. Ich bedanke mich herzlich beim Regierungsrat und im Speziellen beim JSD für die gute Umsetzung meines Anzugs und Aliena für die Durchführung des Ausstiegsprogramms.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, den vorliegenden Ausgabenbericht zu genehmigen. Meinen Anzug können wir als erledigt abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Thomas Widmer-Huber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Auch ich begrüsse die Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels. Da schon manches erläutert wurde, halte ich mich kurz. Die Fachstelle Aliena hat viel Erfahrung in der Begleitung von Sexarbeitenden. Ich kenne die Arbeit seit vielen Jahren und auch mehrere Mitarbeitende. Aliena ist als Fachstelle breit vernetzt und ist auch bereit, mit anderen Institutionen zusammenarbeiten, eben gerade, weil sich Aliena auch bewusst ist, dass es Ergänzungen braucht und eine gute Zusammenarbeit mit anderen. Gerne nutze ich die Gelegenheit, Aliena und auch anderen Institutionen wie etwa Rahab von der Heilsarmee für ihr Engagement zu danken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Die Kommissionspräsidentin und die Regierungsrätin verzichten auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008117, 14.01.26 16:04:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Aliena «Fachstelle für Frauen im Sexgewerbe» werden für den Aufbau und die Umsetzung eines Pilotprojekts zur Ausstiegshilfe für Sexarbeitende Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'433’025 für die Jahre 2026 bis 2030 (Fr. 286'605 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

14.1. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, Ausgabenbericht des RR

[14.01.26 16:04:12, 22.5514.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, den Anzug Christoph Hochuli als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

20. Petition P494 "Lärmschutz an der Osttangente - jetzt!", Bericht der PetKo

[14.01.26 16:04:27, 25.5093.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat deren Präsidentin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Lärmschutz an der Osttangente - jetzt!» wurde der Petitionskommission am 19. März 2025 überwiesen. Ende Oktober fand das Hearing mit einer Vertretung der Petentschaft und zwei Vertretern der Verwaltung, also des BVD, sowie einem Vertreter des ASTRA statt. Die beiden Vertreter*innen der Petentschaft erläuterten sehr anschaulich den jahrzehntelangen Einsatz der an der Osttangente ansässigen Bevölkerung für den Lärmschutz. Im Februar 2022 bewilligte der Grosse Rat Ausgaben für die Erstellung eines Vorprojekts für die Überdeckung der Autobahn an der Westseite der Breite in der Länge von 465 Metern für die Erhöhung der Lärmschutzwand an der Schwarzwaldallee und für eine neue Lärmschutzwand an der Signalstrasse.

Die Quartierbevölkerung verbindet grosse Hoffnungen mit diesem vom Kanton zu finanzierenden Vorhaben. Die Petition fordert denn auch konkret, diese sogenannt übergesetzlichen Lärmschutzmassnahmen umgehend umzusetzen. Zudem fordert die Petition auch, die Umsetzung von Tempo 60 als kostengünstigste Lärmschutzmassnahme endlich zu realisieren. Gemäss einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Januar 2025 wird diese Forderung nun zumindest in der Nacht erfüllt. Eine weitere Forderung betrifft Massnahmen zur Verkehrsberuhigung wie lärmarme Strassenbelege und ein Verkehrsleitsystem. Zudem soll die Bevölkerung laufend über den Stand der Planungen informiert werden.

Die Petentschaft kritisierte am Hearing, dass der Regierungsrat noch keinen Fahrplan zur Umsetzung der übergesetzlichen Lärmschutzmassnahmen vorgelegt habe, obwohl der Entscheid des Grossen Rates schon vor dreieinhalb Jahren gefällt wurde. Sie befürchtet auch aufgrund schon gemachter negativer Erfahrungen, dass die Sache auf die lange Bank geschoben werde. Für die Dringlichkeit dieses Anliegens spricht gemäss der Petentschaft auch der Umstand, dass die Verkehrsmenge auf der Osttangente in den nächsten 20 Jahren noch weiter zunehmen wird. Lärmschutzmassnahmen sind gemäss der Petentschaft auch aus Gründen des Gesundheitsschutzes angebracht. Neuere Lärmstudien zeigen, dass jede Massnahme, die zu einer Reduktion der Lärmbelastung beiträgt, potenziell auch den Gesundheitszustand der Bevölkerung verbessern kann. Dies ist insbesondere auch ein wichtiges Argument gegenüber allfälligen Einwänden wegen zu hoher Kosten.

Die Vertreter der Verwaltung und des ASTRA bestätigten, dass Tempo 60 nach der laufenden Sanierung spätestens ab 2029 in der Nacht gelten solle. Wäre der Rheintunnel nicht abgelehnt worden, hätte auch tagsüber generell Tempo 60 eingeführt werden können. Die Vorprojekte für die Lärmschutzwände auf der Signalstrasse und der Schwarzwaldallee würden

voraussichtlich bis Mitte 2026 abgeschlossen sein. Wann der Ratschlag zur konkreten Umsetzung folge, stehe noch nicht fest. Die Lärmschutzwände bei der Galgenhügel-Promenade dürften hingegen bis Ende 2026 gebaut sein. Das Vorprojekt für die Einhausung Breite West der Osttangente wurde im Hinblick auf den Bau des Rheintunnels geplant. Mit der Ablehnung des Rheintunnels in der Volksabstimmung habe sich nun die Ausgangslage geändert und es müsse nun neu geprüft werden, ob und wie die 465 Meter lange Einhausung realisiert werden kann. Dafür brauche es eine neue Machbarkeitsstudie und ein neues Vorprojekt.

Die Petitionskommission hat für die Unzufriedenheit der Petentschaft grosses Verständnis. Die Anwohner*innen, die hinter dieser Petition stehen, kämpfen teilweise seit Jahrzehnten für mehr Wohn- und Lebensqualität entlang der Osttangente. In dieser Zeit sind zwar einzelne Massnahmen wie der Einbau von Schallschutzfenstern oder die Einhausung Breite Ost umgesetzt worden, gleichzeitig hat aber der Verkehr auf der Osttangente massiv zugenommen und dürfte in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Gleichzeitig wurden am Hearing aber auch die Herausforderungen, die sich der Verwaltung stellen, deutlich. Das Bau- und Verkehrsdepartement hat in Bezug auf die Einhausung Breite West nicht mit Szenarien gearbeitet, sondern hat lediglich in der Annahme, dass der Rheintunnel in der Volksabstimmung angenommen werde, projektiert und geplant. Dass man sich in der Verwaltung über allfällige andere Umsetzungsmöglichkeiten erst seit Ablehnung des Rheintunnels Gedanken macht, ist aus Sicht der Petitionskommission ärgerlich. Jedoch muss auch berücksichtigt werden, dass der Kanton den Bau des Rheintunnels offiziell unterstützt hat und es aus dieser Haltung heraus widersprüchlich gewesen wäre, eine Einhausung der Osttangente in der Annahme zu planen, dass der Rheintunnel nicht gebaut wird.

Die PetKo findet es aber bedenklich, dass die übergesetzlichen Lärmschutzmassnahmen seit über zwei Jahren nicht umgesetzt werden, da sie nicht vom Rheintunnel abhängig sind und ein klarer parlamentarischer Auftrag besteht. Für die PetKo ist es unverständlich, warum diese niederschwelligen Massnahmen nicht schneller ergriffen wurden, insbesondere wenn man den hohen Leidensdruck der Anwohnenden und ihr jahrelanges grosses Engagement für Verbesserungen berücksichtigt. Sie wünscht sich diesbezüglich Flexibilität von Seiten Regierungsrat und Verwaltung. Die PetKo stellt fest, dass die Ablehnung des Rheintunnels für die Anwohnenden der Osttangente negative Auswirkungen hat. So fliesst weiterhin der gesamte Verkehr oberirdisch mitten durch das Quartier. Die Einhausung Breite West verzögert sich, Tempo 60 tagsüber dürfte weiterhin nicht eingeführt werden und ein Rückbau der Osttangente scheint keine Option mehr zu sein.

Deshalb fordert die Kommission den Regierungsrat auf, dem Grossen Rat so bald als möglich Ratschläge vorzulegen für jene übergesetzlichen Massnahmen, für die noch keine Ausgaben beschlossen wurden. Die PetKo nennt bewusst Ratschläge in der Mehrzahl, denn die beiden Lärmschutzwandprojekte lassen sich vor der Einhausung Breite West umsetzen. Dass das Vorprojekt für diese über dreieinhalb Jahre nach dem Grossratsbeschluss noch immer in Ausarbeitung ist, steht in keinem Zusammenhang mit der Ablehnung des Rheintunnels. Die Petitionskommission möchte den berechtigten Anliegen der Petentschaft Nachdruck verleihen und beantragt deshalb mit diesen kritischen Bemerkungen, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an die erste Fraktionssprecherin Lisa Mathys für die SP.

Lisa Mathys (SP): Ich schliesse mich in grossen Teilen dem Votum von Heidi Mück an, möchte aber einfach doch noch einmal ein bisschen mehr vielleicht auf den Tisch hauen. Weil ich wirklich finde, erstens sind es nicht nur dreieinhalb Jahre, sondern 16. März 2022, es geht wirklich nicht lange, dann sind es schon vier Jahre seit diesem Beschluss, und seit der Bericht verabschiedet wurde von der Petitionskommission sind ja auch noch wieder ein paar Wochen verstrichen. Ich möchte einfach schon noch einmal darauf hinweisen, dass in diesem Grossratsbeschluss beschlossen wurde, 1.85 Mio. Franken für Vorprojekte zu sprechen und zu bewilligen, und zwar nicht unter dem Vorbehalt, dass ein Rheintunnel gebaut wird. Das war überhaupt nicht Teil dieses Grossratsbeschlusses und deshalb befremdet es mich und die SP-Fraktion auch wirklich, dass wir da noch nicht weiter sind.

Wenn das so ist, wie wir das jetzt auch im Bericht der Petitionskommission wieder lesen konnten, dass man halt einfach irgendwie verpasst hat, in Szenarien zu denken und wirklich ganz fest vom Bau des Rheintunnels ausging und deshalb jetzt wie das neu denken muss, dann bedeutet das in der Schlussfolgerung auch, dass man diese Lärmschutzprojekte erst machen wollte nach 2040. Weil sonst macht der Zusammenhang ja gar keinen Sinn und das finde ich gegenüber der betroffenen Bevölkerung, den Anwohnenden in der Breite und auf der anderen Seite Schwarzwaldallee, etc., das finde ich wirklich ein schlechtes Zeichen, wenn man im März 2022 Gelder spricht, um Lärmschutzmassnahmen umzusetzen, den Auftrag gibt, macht ein Vorprojekt für die ganze Überdachung im Osten, dann kann man das doch nicht erst nach 2040 vorsehen, das ist doch ein Affront.

Deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir diesen Bericht dem Regierungsrat überweisen können und hoffe sehr, dass da jetzt Bewegung in die Sache kommt und dass man die Anliegen der lärmgeplagten Anwohnenden wirklich ernster nimmt und vorwärts macht und da jetzt Nägel mit Köpfen macht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Frau Mück verzichtet in einer zweiten Runde. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition stillschweigend dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

21. Petition P498 "Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel", Bericht der PetKo

[14.01.26 16:14:59, 25.5173.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Für die Kommission hat Heidi Mück das Wort.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel» wurde der Petitionskommission im April 2025 überwiesen. Im November fand das Hearing mit den drei Vertreterinnen der Petentschaft und dem Leiter der Sozialhilfe als Vertreter der Verwaltung statt. Die Petition ist in ihrem Wortlaut relativ ausführlich, weshalb ich zuerst einmal die konkrete Forderung erwähne, die auch aus dem Titel ableitbar ist. Das Verbot der Nutzung des Spielplatzes im Innenhof des Wohnheims für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMAS) an der Reiterstrasse soll aus der Hausordnung dieses Wohnheims gestrichen werden. Die Unterzeichnenden der Petition bestehen zudem auf eine vorurteils- und rassismusfreie Begegnung mit den ankommenden unbegleiteten Kindern und Jugendlichen.

Die drei Vertreterinnen der Petentschaft bezeichneten im Hearing das Verbot zur Nutzung eines Spielplatzes für die Bewohner*innen des im Februar 2025 eröffneten Wohnheims für UMAS als rassistisch. Ihrer Meinung nach wäre es wichtig gewesen, dass die Sozialhilfe eine kritische und verantwortungsvolle Haltung gegenüber den lautstark geäusserten Bedenken eines Teils der Anwohner*innen eingenommen und abgewartet hätte, wie sich die UMAS in ihrem neuen Zuhause einleben, anstatt die Forderung nach einem Spielplatzverbot unhinterfragt zu akzeptieren. Die Vertreterinnen der Petentschaft wiesen auch darauf hin, dass der Rassismus in der Schweiz in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat und dass darüber viel zu wenig gesprochen wird. Mit ihrer Petition sei auch die Absicht verbunden, eine Diskussion über Rassismus anzustossen.

Der Leiter der Sozialhilfe berichtete über die Erfahrung, dass sich kaum jemand grundsätzlich gegen Asylliegenschaften ausspreche, jedoch die Eröffnung einer solchen Liegenschaft in der direkten Nachbarschaft regelmässig Ängste und Befürchtungen auslöse. Nach der Eröffnung stellen die Anwohnenden dann jeweils fest, dass Asylsuchende keine Probleme verursachen. Aufgrund der negativen Stimmung im Quartier, die sich an einer sehr gut besuchten Informationsveranstaltung deutlich gezeigt hatte, habe die Sozialhilfe entschieden, in der Hausordnung des Wohnheims Ende April ein Spielplatzverbot festzuhalten. Sie seien jedoch sowieso davon ausgegangen, dass die UMAS kein Interesse an diesem Spielplatz zeigen würden, sondern ihre Freizeit an anderen Plätzen verbringen möchten. Man habe also den Anwohnenden entgegenkommen können, ohne die Freizeitgestaltung der UMAS einzuschränken. Dies sei auch von der Realität bestätigt worden. An einer zweiten Informationsveranstaltung vor den Sommerferien seien dann nur noch wenige Quartierbewohner*innen erschienen. Sie äusserten keine Kritik, sondern erkundigten sich, wie sie die UMAS unterstützen können.

Mitte August sei nach Rücksprache mit Quartiervertretungen das Spielplatzverbot wieder aus der Hausordnung gestrichen worden. Das Verbot galt also lediglich wenige Monate. Der Leiter der Sozialhilfe gab zu, dass das Spielplatzverbot intern nicht unumstritten gewesen sei. Die Erfahrungen zeigen aber immer wieder, dass ein gewisses Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Quartierbevölkerung zu einer Beruhigung der Situation beitragen könne. Es sei notwendig, auch unberechtigte Ängste ernst zu nehmen. Viele Menschen liessen sich nicht von Fachpersonen oder Peers überzeugen, sondern müssten ihre eigenen Erfahrungen machen, um Vorurteile und unbegründete Ängste zu überwinden.

Die Petitionskommission stellt fest, dass das Spielplatzverbot aus der Hausordnung des Wohnheims für UMAS gestrichen wurde und damit die Hauptforderung der Petition erfüllt ist. Die Meinung darüber, ob das Vorgehen der Sozialhilfe richtig war, gehen in der PetKo auseinander. Ein Teil der Kommission findet es richtig, dass die Sozialhilfe mit einem pragmatischen Vorgehen versucht hat, den Anwohnenden ihre Ängste zu nehmen, anstatt die Fronten zu verhärten. Ein anderer Teil ist hingegen der Meinung, dass mit dem Spielplatzverbot ein falsches Signal gesendet worden ist, insbesondere da ja die Sozialhilfe selbst überzeugt davon war, dass die UMAS den Spielplatz sowieso nicht nutzen würden.

Wir sind in der Kommission nach engagierter Diskussion zum Schluss gekommen, dass die Frage, wie mit diffusen Ängsten, mit Vorurteilen und mit Rassismus umgegangen werden soll, ein generelles und weitreichendes gesellschaftliches Problem ist, das nicht im Rahmen einer Petition gelöst werden kann. Deshalb beantragt die PetKo einstimmig, die Petition «Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel» als erledigt zu erklären. Die Lancierung der Petition war trotzdem richtig und wertvoll, denn sie hat auch den Menschen eine Stimme gegeben, mit der im Nachhinein als unbegründet erwiesenen Vorbehalten gegenüber UMAS etwas entgegensetzen wollten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Zuallererst möchte ich im Namen von BastA den Menschen, welche diese Petition lanciert und eingereicht haben, herzlich danken. Diese Petition war aufgrund des ausschliessenden und diskriminierenden Entscheids der Verwaltung dringend angezeigt und notwendig. Schlussendlich hat diese Petition auch Wirkung erzielt, der Entscheid wurde zurückgenommen und diese Petition ist nun erledigt. Erlauben Sie mir trotzdem ein paar kritische Worte.

Die Sozialhilfe der Stadt Basel ist für die Betreuung von asylsuchenden Minderjährigen zuständig. Sie hat zum Ziel, die jungen Menschen während des Asylverfahrens psychosozial gut zu betreuen, eine angemessene Unterkunft zu gewährleisten, schulische und administrative Unterstützung anzubieten und die Integration zu fördern. Von Ausschluss oder Abschottung ist nirgends da die Rede. Deshalb ist es völlig unverständlich, dass die Sozialhilfe vor dem Bezug der Unterkunft im Neubadquartier ein unbefristetes Verbot für die Nutzung des im Innenhof gelegenen Spielplatzes ausgesprochen hat. Und es macht es auch nicht besser, dass die Sozialhilfe Basel selber davon ausgegangen ist, dass dieses Verbot gar nicht notwendig wäre, da die jungen Menschen den Spielplatz eh nicht nutzen würden und dann das Verbot wieder mit der Zeit aufgehoben werden kann. Das Aussprechen dieses Nutzungsverbots aufgrund besorgter Nachbar*innen, bevor überhaupt Erfahrungswerte bekannt sind, ist im Kern halt eine diskriminierende Vorverurteilung, einzig und allein aufgrund des Asylstatus der jungen Menschen.

Der Vorwurf, dass ein solcher Entscheid von einer unkritischen, unüberlegten, ich würde mal sagen, alltagsrassistischen Haltung geprägt ist, kann nicht ganz von der Hand gewiesen werden, auch wenn ich persönlich dies der Sozialhilfe überhaupt nicht unterstelle und überzeugt bin, dass ganz andere Überlegungen zu diesem Entscheid geführt haben. Aber von der Sozialhilfe unserer Stadt hätte ich eine deutlich andere Positionierung erwartet, eine Positionierung, die den fachlichen Standards der sozialen Arbeit gerecht wird. Anstatt Ängste und Vorurteile, die meiner Meinung nach durchaus ernst zu nehmen sind, mit diesem Verbot zu bestätigen, hätte die Sozialhilfe den Dialog aller Menschen im Quartier und den geflüchteten minderjährigen Menschen weiter begleiten und moderieren sollen und im Gegenteil zum Verbot, Orte der Begegnungen schaffen sollen.

Diese Chance hat man verpasst, obwohl ja mit der Quartiersinformationsveranstaltung ein guter Grundstein gelegt wurde. Auf mögliche Schwierigkeiten sollte immer erst dann reagiert werden, wenn solche auch wirklich bestehen. Dies müsste bekannt sein. Politische strategische Entscheide sind in einem so heiklen Bereich zu vermeiden. Schlussendlich sprechen wir auch nicht Rayonverbote oder Hausverbote präventiv aus, ohne dass es beispielsweise real zu Problemen im öffentlichen Raum gekommen wäre. Regelmässig sprechen wir hier im Grossen Rat über bestehende Stigmas und wie diese abgebaut werden können. Es wäre also wünschenswert, wenn die staatlichen Behörden ebenfalls versuchen, bestehenden Vorurteilen zu begegnen und versuchen, diese abzubauen. Dies wurde hier nach meiner Meinung leider verpasst.

Nun, das Verbot wurde schlussendlich im Sommer 2025 aufgehoben und wir sind froh, dass der Aufenthalt auf dem Spielplatz nicht mehr von vorneherein verboten ist. Es könnte ja durchaus sein, man stellt sich das vielleicht mal vor, dass ein junger Asylsuchender gemeinsam mit einer Familie aus dem Quartier in Kontakt kommt und im Sommer zusammen Tischtennis spielt, das wäre aus Sicht der sozialen Teilhabe und Begegnung von Menschen in dieser Stadt ja ein schönes Bild.

Wir von BastA wünschen uns für die Zukunft, dass solche vorverurteilenden Entscheide nicht mehr vorkommen und dass aus dieser Geschichte die notwendigen Lehren gezogen worden sind, denn es wird in einer engen Stadt immer wieder mal Situationen geben, wo mögliche Nutzungskonflikte bestehen. Wir müssen immer versuchen, im Dialog und in der Begegnung diese zu lösen, bevor ausschliessende Massnahmen getroffen werden. Umso mehr in einer Welt, in der wir tagtäglich den herrschenden Hass und die Ausgrenzung sehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Ein-Thema-Partei muss ich natürlich auch zu diesem Thema reden, relativ sachlich. Ich habe genau zugehört, Frau Mück hat gesagt, es ist nicht gut, wenn sich die Fronten verhärten, das sage ich auch. Ich stelle den

Antrag, dass die Petition nicht abgeschrieben wird, dass die Petition stehen bleibt. Zu Oliver Bolliger, er hat gesagt, dass er das nicht so gut gefunden hat, was die Sozialhilfe gemacht hat. Dazu möchte ich einfach sagen, es ist natürlich so, die Sozialhilfe Basel bekommt auch Rückmeldungen der Bürger, die sagen, wir wollen das nicht und es ist klar, dass die Leute, die dort wohnen, ein bisschen Angst haben, dass dann ihr Haus, das dort steht, an Wert verliert. Ich finde es auch spannend aus meinem Wahlkreis Kleinbasel, dass dann wegen dieser Belastung viele wegziehen von Kleinbasel, nicht nur Bürgerliche, sondern auch SP-Leute, die nach Baselland ziehen.

Ich möchte einfach das einmal zu bedenken geben, es gibt immer zwei Seiten und es ist schön, wenn man sich mit Gleichgesinnten für ein Ziel einsetzt wie die Petition oder die Leute, die das nicht wollen. Ich habe das Zitat so schön gefunden. Es kommt immer öfter vor, dass ich mich frage, was aus diesem Kanton und seinen Menschen geworden ist. Betrachte ich mir das aktuelle Geschehen, dann merke ich oft, dass vieles einfach aus dem Ruder gelaufen ist. Gesunder Menschenverstand ist wichtig und sollte nicht ideologischen Klassenkampf verdrängen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie müssen noch sagen, ob Sie dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung oder zur Stellungnahme überweisen möchten. Zur Stellungnahme. Heidi Mück verzichtet in einer zweiten Runde. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst an den Regierungsrat zur Stellungnahme, NEIN heisst erledigt.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 94 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008121, 14.01.26 16:29:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Petition mit 94 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme als erledigt erklärt.

23. Budgetpostulat 1 Johannes Sieber betreffend Justiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsbeiträge (Halt Gewalt: Umfassende Prävention von häuslicher Gewalt)

[14.01.26 16:29:08, 25.5565.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt hier nur Einzelsprechende, wir haben keine Fraktionssprechenden. Als erstes hat sich Joël Thüring gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Ich spreche im Namen der Fraktion trotzdem. Ich werde nicht lange sprechen, aber ich werde gleich zu allen 11 Budgetpostulaten sprechen, denn wir haben uns in der Fraktion mit diesen Budgetpostulaten auseinandergesetzt und haben hier eine sehr klare Haltung. Wir lehnen sämtliche Budgetpostulate ab, auch genauso, wie es der Regierungsrat tut, wie wir ja in der Zwischenzeit auch noch mitbekommen haben, und einfach aus einem ganz prinzipiellen Grund. Aus unserer Sicht ist das Budget 2026 abgeschlossen. Dieser Prozess mit der Budgetierung für den Kanton Basel-Stadt beginnt in der Verwaltung im Frühjahr, es werden Wünsche deponiert, es werden innerhalb der Departemente diese Wünsche diskutiert, dann wird im Gesamtregierungsrat über diese Wünsche diskutiert und irgendwann entscheidet der Regierungsrat als Gremium, wie das Budget 2026 aussehen soll. Danach geht dieses Budget in die parlamentarische Beratung. Es wird der Finanzkommission vorgelegt, die Finanzkommission berät über zwei Monate intensiv über dieses Budget und auch über entsprechende Themen, die dann an diesen Hearings mit den Verantwortlichen der Departemente behandelt werden.

In dieser ganzen Phase ist es möglich, dass die Finanzkommissionsmitglieder, Sie haben das mitbekommen auch im Rahmen der Budgetdebatte im Dezember 2025 zum Budget 2026, Anträge stellen können zu Veränderungen an diesem Budget 2026. Einerseits Anträge zur Streichung von gewissen «Wünschen», die innerhalb der Verwaltung oder des Regierungsrates bestehen, und aber auch Anträge zu Mehrausgaben. In der Finanzkommission sind mit Ausnahme der BastA alle Fraktionen vertreten, ich würde sogar behaupten, ausreichend vertreten. In dieser Phase können Wünsche, Anträge formuliert werden, sie können diskutiert werden, sie werden von der Regierung, von der Verwaltung auch behandelt, beantwortet und dann gibt es je nachdem Mehrheitsentscheide oder auch einstimmige Entscheide, bis dann das Budget im 2026 hier in diesem hohen Hause letztlich fertig behandelt und beschlossen wird.

Dann haben wir aus meiner Sicht, aus Sicht der SVP-Fraktion, das Budget 2026 eigentlich abgeschlossen. Und nun, wenn Sie diese elf Budgetpostulate anschauen, und ich bin jetzt doch schon einige Jahre in diesem Parlament, dann müssen wir feststellen, es werden a) immer wie mehr Budgetpostulate und b), wenn Sie dann diese einzelnen Postulate etwas genauer anschauen, dann muss ich schon sagen, und das ist jetzt meine persönliche Meinung, befinden wir uns im absoluten Mikromanagement. Wir behandeln hier heute Anträge von 10’000 Franken bis zu 10 Millionen und teilweise gehen diese Anträge in eine Detaillierung hinein, dass man dann sogar noch im Antrag, wenn man den Betrag begründen möchte, festschreibt, wie viel der externe Berater kosten darf und dort ist dann auch noch die Anfahrtspauschale, die er in Rechnung stellen kann, auch gleich noch drin. Also da machen Sie dann nicht nur die Arbeit des Regierungsrates, sondern auch gleich noch der wahrscheinlich innerhalb des Projekts dann wirklich wichtigsten Person des Sachbearbeiters. Sie haben dann Anträge für Kleinigkeiten, und ich möchte das nicht werten, von 10’000 Franken, die wir der Meinung sind, wenn der Regierungsrat es für notwendig erachtet, in einem Projekt, in einem Programm entsprechende Gelder noch aufzuwerfen, dann können diese im Rahmen des ordentlichen Budgets, das eine Dienststelle, ein Departement hat, auch abgerufen werden. Es erscheint uns nicht für sinnvoll, wenn nun der Grosse Rat hier in dieses Klein-Klein hineingeht und quasi den Regierungsrat im Januar mit Budgetpostulaten, zu denen er ja dann wieder Stellung nehmen muss, die wir noch einmal dann auch in irgendeiner Form hier behandeln werden, noch einmal mit dem Budget 2026 beschäftigen lässt. Das, glauben wir, ist nicht die Aufgabe des Parlamentes. Dieser Prozess hätte frühzeitiger beginnen können, indem Sie Ihren Mitgliedern in der Finanzkommission auch diese Wünsche mit auf den Weg geben und dann können diese Themen und diese Wünsche auch entsprechend diskutiert werden.

Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, alle diese elf Budgetpostulate abzulehnen. Aus unserer Sicht sind zehn dieser elf Budgetpostulate im Rahmen der Budgetbehandlung 2026 möglich bereits zum Behandeln gewesen. Das elfte Budgetpostulat, diese 10 Mio. Franken für den Nachtzug nach Malmö, erscheint uns insbesondere deshalb für etwas schwierig, weil die SBB ja selber gesagt hat, selbst wenn Sie diese Gelder sprechen werden, es wird kein Nachtzug nach Malmö fahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat sich gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Ich habe eine gute Nachricht und ich habe eine schlechte Nachricht. Die gute zuerst, ihr seid nicht alleine. Die Sorte Männer, die in heterosexuellen Beziehungen ihre Frauen schlägt, die Sorte Männer schlägt in homosexuellen Beziehungen auch ihre Männer. Ich kenne sie, besser die Opfer. Ich habe zerschlagene Freunde auf Polizeiposten begleitet, dort, wo uns heute noch gesagt wird, ihr seid doch Manns genug, euch selber zu wehren. Ich kenne die betroffenen Freunde, die Nächte auf meinem Sofa verbrachten, weil uns die sicheren Zufluchtsorte fehlen. Ich kenne die Tragödien, ich kenne sie aus eigener Erfahrung, aus einer Beziehung geprägt von Abhängigkeit, Machtgefälle und Ausbeutung. Die Sorte Männer, die in heterosexuellen Beziehungen ihre Frauen unterdrückt, die Sorte Männer, die unterdrückt in homosexuellen Beziehungen auch ihre Männer.

Und das ist gleichzeitig die schlechte Nachricht. Die Exklusivität mit den Opferrollen, Zufluchtsorte und Präventionskampagnen für ein einziges Geschlecht beansprucht werden, diese Exklusivität hat nicht nur Schlagseite, diese Exklusivität macht Gewalt an queeren Menschen unsichtbar. Ja, sie negiert sie. Richtig ist, Frauen sind zahlenmässig mehr und das ist auch ihr Vorteil in der politischen Lobby. Prozentual aber dürfte sich die Gewalt die Waage halten. Studien gibt es kaum. Interesse, das fehlt. Viele wollen gar nicht erst wissen, was ich hier vortrage. Frauen nicht, Männer schon gar nicht. Und selbst die queere Community, in der ist die Beziehungsgewalt ein Tabu. Das hat schwerwiegende Folgen für unsere Gesundheit und auch für das staatliche Handeln. Wer von Ihnen denkt an ein Beziehungsdelikt, wenn ein Mann einen anderen Mann erschlägt? Genau, die Ermittlungsbehörden tun es auch nicht.

Wie auch? Schwule Beziehungen sind oft nicht erkennbar, sie sind absichtlich nicht erkennbar. Unsere Beziehungen landen als ganz normales Gewaltdelikt in der Akte. Geht es um Geld, dann war es ein Streit um Schulden. Liegt am Tatort etwas Koks herum, liegt genauso nahe das Drogendelikt. Ist Sex im Spiel, wird es wohl Prostitution gewesen sein. Geld, Drogen, Prostitution, dort wird Gewalt zwischen Männern verortet. Dass Männer sich lieben oder liebten, das ist offenkundig jenseits des Denkbaren. Das ist so wahr wie traurig und es ist auch eine Folge des Narrativs, die Männlichkeit im Bösen verortet. Ein Mann ist kein Opfer, darin herrscht Einigkeit im Patriarchat und unter vieler jener, die angeben, es zu bekämpfen. Doch wer

Geschlecht und Sexualität differenziert denkt, weiss, der Handlungsbedarf ist grösser als angenommen. Das steht sogar zumindest theoretisch im JSSK-Bericht zum Projekt Halt Gewalt.

Doch wissen Sie, Sie erreichen uns nicht mit Kampagnen wie 16 Tage Gewalt an Frauen. An Ihren Quartiertreffpunkten, da sind wir nicht. Unsere Netzwerke, sie funktionieren anders. Das muss man nicht nur wissen, es gilt auch, danach zu handeln. Ich spreche aus 20 Jahren Community-Arbeit in dieser Stadt. Wir organisieren uns, wir bauen die Netzwerke, wir leisten die Unterstützung, wir sorgen für die Zufluchtsorte, wir tragen unsere Eigenverantwortung. Doch es braucht hier den politischen Willen der Mehrheitsgesellschaft, damit unser ehrenamtliches Engagement mit dem des Kantons verknüpft ist, denn gemeinsam sind wir besser.

Genau darum geht es in diesem Budgetpostulat. Neben den zehn Quartiertreffpunkten soll die queere Community als elfter Netzwerkpunkt berücksichtigt werden, ebenfalls mit 10’000 Franken pro Jahr, um die Expertise und die Erfahrung der engagierten Zivilgesellschaft für die Weiterentwicklung von Halt Gewalt in der Regelstruktur zu gewinnen und ihre Netzwerke zu nutzen. Ich danke für die Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Wie mein Kollege Joël Thüring möchte ich auf einer grundsätzlichen Ebene bleiben, auf einer grundsätzlich finanzpolitischen Ebene und ich spreche in meinem Votum entsprechend gleich für alle 11 Budgetpostulate zusammen. Die FDP lehnt alle Budgetpostulate aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Von uns kommt auch keines, um eine Anmerkung der Finanzdirektorin von heute Vormittag aufzunehmen, wir sind da konsequent.

Nachdem in der Budgetdebatte im Dezember alle Zusatzausgaben angenommen wurden und alle Kürzungsanträge abgelehnt wurden, sehen wir keinen Grund, die Ausgaben noch weiter ansteigen zu lassen, sie sind bereits auf Rekordniveau. Wir halten die Budgetpostulate zum Teil auch für sehr unausgereift, so beispielsweise das Budgetpostulat zu den Nachtzügen. Nachdem das Bundesparlament die Gelder hierfür abgelehnt hat, soll einfach der Kanton Basel-Stadt einspringen und den ganzen Betrag übernehmen. Keine Absprachen mit anderen Städten, um sich die Kosten aufzuteilen, diese Haltung, Basel hat Geld wie Heu, dann zahlen wir das halt selbst, ist für uns keine finanzpolitisch gesunde Haltung. Ich will die Budgetdebatte von Dezember nicht neu lancieren und verzichte deshalb darauf, die Ausführungen meines Ratskollegen Daniel Seiler zu wiederholen, sie gelten unverändert. Aber so viel möchte ich schon festhalten, in der Summe würde die Annahme all dieser Budgetpostulate bedeuten, dass wir statt einem kleinen Überschuss von 8 Mio. Franken mit einem Defizit budgetieren würden. Die FDP hat es mehrmals deutlich gesagt, wir wollen kein Budget mit einem Defizit.

Ohnehin ist dieser Überschuss zu relativieren. Das Betriebsergebnis liegt bei minus 273 Mio. Franken. Das Finanzergebnis liegt bei plus 281 Mio. Franken. Mit anderen Worten, der einzige Grund, weshalb wir nicht schon längst tief in den roten Zahlen stecken, ist das Finanzergebnis. Und was ist das Finanzergebnis? Das ist unter anderem die Rendite aus den Liegenschaften im Finanzvermögen. Dies an die Adresse derjenigen, die behaupten, der Kanton müsse auf seinen Liegenschaften keine Rendite erzielen. Und das sind unter anderem die Gewinne, also die Profite von Unternehmen mit Beteiligung des Kantons, also beispielsweise der Basler Kantonalbank. Damit Sie sich das gut merken können, erlaube ich mir, Ihnen das in Reimform vorzutragen. Ohne Rendite und Profite hagelt es hier drin Defizite. Es ist überfällig, dass wir beim Ausgabenwachstum endlich beginnen, Mass zu halten. Der beste Tag dafür war gestern, der zweitbeste Tag dafür ist heute.

Ich beantrage Ihnen deshalb namens der FDP, alle Budgetpostulate abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lea Wirz ist die nächste Sprecherin.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Wir begrüssen die Verstetigung von Halt Gewalt sehr. Die Verankerung in Regelstrukturen ist für uns ein wichtiger und auch überfälliger Schritt, beinahe schon. Die Ansiedlung bei den Quartiertreffpunkten scheint uns sinnvoll. Sie erreichen eine breite Bevölkerungsschicht auf niederschwellige Art und Weise und können als vielfältige Anlaufstelle bei Fragen dienen, Informationen bereitstellen und die Bevölkerung sensibilisieren. Im Bereich der häuslichen Gewalt ist dies besonders wichtig. Häusliche Gewalt bleibt oft und meistens lange im Verborgenen. Auch der Ausstieg daraus ist für Betroffene sehr schwierig, denn es bestehen in der Regel Beziehungen zu den Tätern, die selbstverständlich mit Emotionen, Träumen und Hoffnungen einhergehen oder einhergegangen sind. Diese loszulassen, fällt nicht leicht. Hinzu können finanzielle Abhängigkeiten kommen und auch Scham über die Gewalt oder das eigene Unvermögen, sich daraus zu befreien. Auch Angst vor Einsamkeit, Überforderung oder einer Gewalteskalation kann ein gewichtiger Grund sein, weshalb Partner*innen in gewalttätigen Beziehungen verbleiben.

Wir sind der Meinung, dass über die Quartiertreffpunkte eine grosse Bevölkerungsgruppe angesprochen werden kann. Aus meiner Sicht suggeriert das Budgetpostulat etwas, dass queere Personen sich dort überhaupt nicht angesprochen fühlen würden. Dem möchte ich entgegnen, dass sich sicher nicht alle Menschen dort angesprochen fühlen, aber ich in meinem Umfeld durchaus auch queere Personen habe, die sich dort engagieren. Nichtsdestotrotz finden wir in der Fraktion es aber wichtig, dass häusliche Gewalt möglichst breit und divers adressiert wird und es auch für queere Personen entsprechende Informationen und Anlaufstellen gibt, die die spezifischen Bedürfnisse und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anerkennen und adressieren.

Wir unterstützen daher das Budgetpostulat im Sinne einer breiten Allianz gegen häusliche Gewalt, die möglichst viele Gewaltbetroffene erreicht. Der Betrag von zusätzlich 10’000 Franken pro Jahr scheint uns dafür sinnvoll investiert. Uns ist wichtig, dass damit keine Parallelstrukturen geschaffen oder gefördert werden, sondern dass es eine Koordination, einen Austausch von Wissen zwischen den verschiedenen Stellen gibt, die sich im Bereich der häuslichen Gewalt engagieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die LDP-Fraktion steht konsequent für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik und die Einhaltung des ordentlichen Budgetprozesses. Daher lehnen wir die heute vorliegenden Budgetpostulate allesamt ab. Nicht, weil uns die Anliegen per se fremd sind, viele dieser Themen sind durchaus wichtig, sondern weil das Budgetpostulat das falsche Instrument ist, um operative Aufgaben zu steuern oder langfristige Verpflichtungen am ordentlichen Prozess vorbei einzugehen. Viele dieser Forderungen sind bereits in bestehenden Strukturen abgebildet oder werden durch bevorstehende Verhandlungen abgedeckt. Ein wesentlicher Punkt für uns als Liberale ist die Förderung von Eigenverantwortung und zivilgesellschaftlichem Engagement. Zahlreiche der vorliegenden Projekte stützen sich dabei auf diese Prinzipien und wir sind der Meinung, dass wir nicht voreilig durch staatliche Zuschüsse und Giesskannenbeiträge eingreifen sollten, um das Engagement von Privatpersonen und Organisationen zu ersetzen.

Betrachten wir die Details in der Justiz und Sicherheit. Beim Projekt Halt Gewalt wurde die Prävention bereits in Regelstrukturen überführt und um zehn Quartiertreffpunkte erweitert. Für die queere Community können und sollten bestehende Netzwerke genutzt werden, anstatt isoliert neue Mittel zu sprechen. Die Förderung nach einer zusätzlichen Stelle für die Fachgruppe Menschenhandel mag inhaltlich begründet sein, doch solche personellen Erweiterungen sollten im ordentlichen Stellenplan der Staatsanwaltschaft verankert werden und nicht in einem Budgetpostulat. Bei der Erziehung, bei den Schullagern ist die gesetzliche Vorgabe nach dem Bundesgericht bereits umgesetzt. Eltern zahlen heute lediglich die reinen Einsparungen für die Verpflegung. Auch zum Beispiel bei der Naturpädagogik sehen wir, dass das Amt für Wald und Wild bereits aus eigener Initiative Mittel aufgestockt hat und das Angebot massgeblich durch Stiftungen und das Naturforum Regio Basel mitgetragen wird.

Private Initiativen stärken, besonders deutlich wird der Wert des privaten Engagements beim Verein ooink ooink Productions, wo Lagerbetreuung durch Freiwillige geleistet wird und die Finanzierung durch Catering, Fundraising und durch die Christoph Merian Stiftung gestützt wird. Da Neuverhandlungen für 2026 anstehen, ist eine Überbrückung per Postulat der falsche Weg. Ähnliches gilt für die Spielbaracke im Giesslipark. Hier führen Eltern aus der Nachbarschaft die Spielgruppe und der Verein Robi-Spiel-Aktionen sucht bereits aktiv nach weiteren privaten Finanzierungsquellen. Da die zuständigen Dienststellen dem Projekt zudem positiv gegenüberstehen, darf es keinen politischen Eingriff in die administrative Planung geben. Anträge, wie die für die Quartiertreffpunkte Breite, Wettstein und Lohler oder Kulturlegi ignorieren, dass die Regierung bereits auf die nächste Startperiode ab 2028 bzw. das neue Kulturleitbild 2026 bis 2031 verwiesen hat. Wir dürfen diesen Rhythmus nicht durch ad hoc Budgeterhöhungen untergraben.

Bei der Verhältnismässigkeit wurde schon bereits angesprochen, ein Betrag über 10 Mio. Franken für einen Nachtzug nach Malmö ist finanzpolitisch schlicht nicht vertretbar, obwohl meine Tochter in Stockholm wohnt und ich das durchaus verstehen könnte. Nachdem der Bund die Förderung eingestellt hat, ein einzelner Kanton kann keine internationale Bahnverbindung dieser Grössenordnung im Alleingang subventionieren. Auch beim Therapiebad Felix Platter handelt es sich um eine betriebliche Entscheidung der Klinikleitung, in der wir nicht politisch eingreifen sollten, so wertvoll das Angebot auch für Partner wie Pro Senectute auch sein kann.

Zusammenfassend, wir betrachten diese Anträge als Anregungen für das nächste ordentliche Budget, aber nicht als Anlass, den Finanzplan aufzuschnüren und unser finanzielles Gleichgewicht zu wahren. Stellen Sie sich das Budget wie einen Nachbarschaftsgarten vor. Der Staat stellt das Grundstück und die Wasseranschlüsse bereit. Das ist die Basisfinanzierung. Aber die eigentliche Vielfalt und Pracht des Gartens entsteht dadurch, dass die Bürger ihre eigenen Setzlinge setzen und gemeinsam jäten. Wenn der Staat nun beginnt, jede Pflanze einzeln vorzuschreiben und zu finanzieren, verlieren wir nicht nur die Eigeninitiative der Gärtner, sondern überlasten auch den Boden oder in unserem Fall dem Steuerzahlenden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, alle Budgetpostulate abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Bevor ich zum Inhaltlichen komme, auch etwas Generelles. Für uns ist es nicht ganz nachvollziehbar, dass Leute, die im Dezember für eine allgemeine Kürzung über 90 Millionen Ja gesagt haben, jetzt Budgetpostulate einreichen. Wir finden, es ist nicht stringent, weil entweder möchte man sparen oder man möchte mehr Geld ausgeben, aber beides gleichzeitig, das ist schon eine sehr flexible Haltung, die Sie mir dann gerne noch erklären dürfen.

Dann zum Inhaltlichen, die SP unterstützt dieses erste Budgetpostulat nicht. Wir haben im Dezember darüber abgestimmt, wie wir Halt Gewalt in die Regelstruktur überführen wollen. Das ist einen Monat her und noch einmal ein Monat vorher war es in der JSSK, in der vorberatenden Kommission und wir finden, die Kommission oder dann hier im Plenum, das ist der Ort, wo man Änderungsanträge stellen kann. Wenn man dann einen Monat später kommt und sagt, nein, wartet, ich habe doch noch eine viel bessere Idee, das finden wir nicht gut. Wenn wir so anfangen, dann können wir ja jedes Geschäft, das wir hier entscheiden, einen Monat später wieder ändern und wir glauben, dass das nicht die richtige Art ist, wie wir hier drin zusammenarbeiten sollen.

Wir finden, dass das Projekt, so wie wir es im Dezember besprochen haben, gut aufgegleist ist. Die Quartierorganisationen, das ist genau der richtige Ort, wo dieses Projekt angesiedelt werden soll. Ich weiss nicht, ob Sie sich noch an den SVP-Sprecher erinnern können, als wir über Halt Gewalt geredet haben. Er hat gesagt, dass wir eben alle Opfer mitdenken sollen, dass es in allen Beziehungen Gewalt gibt, und das möchte ich hier nochmals unterstreichen, das sehen wir auch so. Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und es muss auch so angegangen werden und genau das tun ja die Quartierorganisationen. Darum möchten wir dieses Budgetpostulat nicht unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Franziska Stier als nächste Sprecherin.

Franziska Stier (BastA): Wie meine Vorredner*innen betont haben, häusliche Gewalt bzw. Partner*innenschaftsgewalt ist ein gravierendes gesellschaftliches Problem und vermutlich haben Sie alle in Ihren Familien-, Bekannten- oder Freund*innenkreis Menschen, die solche Erfahrungen gemacht haben. Wenn wir von häuslicher Gewalt sprechen, und auch das wurde bereits gesagt, denken wir zumeist an körperliche Gewalt und an ein klassisches Täter-Opfer-Bild. Doch die Realität ist deutlich vielschichtiger. Partner*innenschaftsgewalt hat viele Formen und kann auch finanziell, psychisch, emotional, sozial und kontrollierend sein, durch Einschüchterung, Isolation, Manipulation oder eben ständige Abwertung. Diese Formen sind weniger sichtbar, aber nicht weniger verletzend und oft viel schwerer zu erkennen.

Und wie das Budgetpostulat deutlich macht, betrifft häusliche Gewalt nicht nur heterosexuelle Beziehungen, sie existiert eben auch in queeren Partner*innenschaften. Die meisten queeren Menschen, die ich kenne, sind sehr gut über Formen von Gewalt informiert, da sie auch täglich die Folgen dieser Gesellschaft und dieser oft sehr gewaltvollen Gesellschaft spüren. Doch das ändert nichts daran, dass Anlaufstellen und Schutz fehlen oder für sie schwer erreichbar wirken. Betroffene leben nicht immer im gemeinsamen Haushalt, manche Beziehungen sind nicht geoutet und die Hemmschwelle, Hilfe zu suchen, ist hoch. Schliesslich kann die Thematisierung von Partner*innenschaftsgewalt auch zu einem Zwangs-Outing führen. Ein Schutzraum, der anerkennt, dass es diese speziellen Schutzstrukturen braucht und dass es eine Gleichzeitigkeit von Gewalterfahrung und Gewaltausübung geben kann, erscheint uns daher nötig.

Die bestehenden Präventions- und Unterstützungsangebote sind wichtig und richtig. Noch können wir nicht sagen, ob und wie die Quartiertreffpunkte auch Gewalt in queeren Kontexten bearbeiten werden. In jedem Fall erscheint es uns aber sinnvoll, zusätzlich Anlaufstellen für queere Paare oder queere Menschen zu ermöglichen und allein mit Blick auf Zielgruppenansprache erscheint uns eine peerbasierte Präventionskampagne als Ergänzung sinnvoll. Häusliche Gewalt ist zwar immer ein patriarchales Problem, es geht um Besitzansprüche, um Kontrolle und um Macht, aber es ist eben nicht immer sinnvoll, alle Betroffenen über einen Zugang zu adressieren. Mit den vergleichsweise bescheidenen 10’000 Franken können queere Netzwerke zur Sensibilisierung genutzt und gestärkt werden. Prävention bedeutet eben hinzusehen, nachzufragen, bevor Gewalt passiert und sie bedeutet, alle Betroffenen mitzudenken und niemanden auszuschliessen. Darum unterstützt die Fraktion BastA dieses Budgetpostulat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank für die vielen Voten. Da ich das erste Budgetpostulat beantworten darf, möchte ich zuerst ein grundsätzliches Statement machen. Wir haben es verschiedentlich gehört, Budgetpostulate behandelt der Regierungsrat sehr zurückhaltend, wir sind in aller Regel ablehnend dem gegenüber, genau aus diesen

finanzpolitischen Gründen, dass wir den Budgetprozess haben, das Budget wohl ausgewogen dann präsentieren und dementsprechend dann eben auch der Meinung sind, das Budget ist jetzt so gemacht für diese Periode. Wir wissen auch, der Budgetprozess wiederholt sich jedes Jahr wieder und dementsprechend gibt es auch wieder die Gelegenheit, neue Vorhaben auch aufzunehmen.

Ich möchte dennoch jetzt gerade auch aufgrund der doch sehr inhaltlichen Diskussion Stellung nehmen zu diesem Budgetpostulat und ich möchte in keiner Weise negieren, dass sexualisierte und eben auch Paargewalt auch in homosexuellen Beziehungen vorkommt und die Dunkelziffer sehr hoch sein dürfte. Herr Sieber, Sie haben ausgeführt, was die Gründe dahinter sein könnten. Psychische und physische Gewalt macht keinen Halt vor Geschlechtern, ja, und auch Männer sind Opfer. Hier liegt der Fokus aber woanders. Sie, Herr Sieber, wollen 10’000 Franken mehr für diese Quartierarbeitsüberführung Halt Gewalt, damit wir das queere Thema und das homosexuelle Thema auch abdecken in einem. Da übersehen Sie etwas, es geht hier um die Überführung dieses spezifischen Halt Gewalt-Projekts. Das haben wir ein paar Jahre jetzt geführt, wir haben es mit den Quartiervereinen, aber auch mit der Verwaltung zusammen aufgebaut. Wir haben es auch am Schluss evaluiert und wir haben hier einen Fokus auf heterosexuelle Paare gesetzt. Wir haben gesagt, es ist nicht ausgeschlossen, auch homosexuelle Paarbeziehungen aufzunehmen, aber jetzt ist der Fokus, so wie er gesetzt ist, da. Wir haben es in die Regelstruktur überführt und das ist der Grund, warum wir jetzt gesagt haben, es ist nicht der Moment, dieses Projekt noch einfach um 10’000 zu erweitern.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Sieber, dass wir das Thema sehr ernst nehmen müssen und wir müssen Hilfsangebote entweder schaffen oder wir müssen sie ausbauen, wir müssen sie bekannter machen, da bin ich ganz einverstanden mit Ihnen. Aber ich bin nicht einverstanden, dass es jetzt hilft, einfach 10’000 Franken in ein eigentlich abgeschlossenes Projekt reinzutun und zu sagen, das muss jetzt einfach auch noch gemacht werden. Ich bin der Meinung, wir müssten das seriöser angehen, wir müssten, was Sie auch gesagt haben, die Community abholen, auch schauen, wie kommen wir an genau diese Klientel heran. Also es ist auch ein Teil des Projekts gewesen, bei Halt Gewalt zu schauen, wie kommen wir überhaupt an die Fälle heran, die wir dann präventiv da auch entgegenwirken können.

Ich erachte es als wirklich besser, wenn wir dieses Thema mitnehmen. Ich bin inhaltlich einverstanden, dass es wichtig ist, aber dass wir uns doch auch die Zeit nehmen, hier den Fokus zu setzen, auch mit meiner Gewalt- und Opferhilfestelle das anzuschauen und dann zu überführen in ein ordentliches Budget respektive auch, dass ich die Chance habe, auch mit einem ordentlichen Ratschlag oder was es auch immer ist, zu diesem Themenbereich auch hier vorstellig zu werden. Das ist eigentlich der Grund, also nicht wirklich die inhaltliche Ablehnung des Themas, sondern wirklich mehr der Prozess jetzt, und das auf ein Projekt, das eigentlich abgeschlossen ist, noch zu erweitern. Einfach dies zu Ihrer Erläuterung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ganz kurz, ich bin wie Olivier Battaglia dafür, er hat gut geredet, alle Anträge abzulehnen. Olivier Battaglia hat richtig gesagt, Eigeninitiative ist verlangt. Bei Frau Franziska Stier oder allgemein, auch bei den anderen Rednern teilweise, wir drehen uns im Kreis, wir haben quasi jeden Monat ähnliche Themen. Und wenn dann angesprochen wird, queere Menschen kann es schon geben, dann muss ich einfach sagen, das mit queeren Menschen, das sind Minderheiten, die eine Mehrheit quasi ständig angehen, ich sage es jetzt mal freundlich, das sind Minderheiten und das ist keine Mehrheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Sieber hat das Schlusswort.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Diskussion, damit ist eigentlich das Ziel schon erreicht. Für mich war das eine wichtige Diskussion und es war auch wichtig zu erfahren, wie die Positionen der Parteien sind und da habe ich einiges erfahren heute. Zu Joël Thüring und Luca Urgese und auch ein Stück weit zur LDP. Ich kann verstehen, dass Sie das grundsätzlich nicht gut finden, wenn wir mit Budgetpostulaten hier antanzen. Es ist aber gleichzeitig so, dass Budgetpostulate schlichtweg ein parlamentarisches Instrument sind, das man wahrnehmen kann und das in gewissen Momenten auch Sinn macht und für mich macht es hier heute Sinn. Deswegen habe ich das auch eingereicht.

Der wichtige Konflikt, den ich irgendwie nicht gelöst habe in der Diskussion, ist die Sache mit den Parallelstrukturen. Also einerseits macht Lea Wirz darauf aufmerksam, dass man keine solche will, da bin ich sehr einverstanden, das will man nicht, auf der anderen Seite höre ich jetzt von der Regierungsrätin, dass man jetzt das mal so für die heterosexuellen Menschen machen will und dann irgendwo zusätzlich für die queeren Menschen aktiv werden will. Das ist völlig unnötig. Also ich verstehe auch nicht, warum die JSD sich überlegen muss, wie man diese Leute erreicht. Das ist ja genau das, was ich hier anbiete eigentlich. Die aktive ehrenamtliche Zivilgesellschaft, die erreicht diese Leute. Unsere Party-Veranstalter haben

eigene Care-Programme. Da gibt es Poster mit QR-Code, mit Links, wo sie sich melden können, wenn sie Drogenprobleme haben, wenn sie Probleme mit Gewalt haben, das wird abgeholt. Es ist ein Knopfdruck, diese Community, dieses ehrenamtliche Engagement an diese Regelstruktur anzubinden. Das wäre kein Problem. Und da verstehe ich jetzt nicht, will man eine Parallelgesellschaft, Parallelstrukturen aufbauen oder will man das in einem Wisch bearbeiten. Da bin ich irgendwie nicht genau schlau geworden aus der Diskussion und ich bin eigentlich der Meinung, dass Gewalt nicht von Geschlecht und sexueller Orientierung abhängen sollte, sondern dass wir das Problem eigentlich gemeinsam angehen sollten.

Dann finde ich halt, dieser Vorschlag ist ein cleveres Stück Gleichstellungspolitik und diese Thematik häusliche Gewalt in queeren Beziehungen, die wird kommen und die wird nochmals kommen. Und da verstehe ich die bürgerliche Seite nicht ganz. Jetzt könnten wir für 10’000 Franken im Jahr das Problem einmal wo verorten und da auch bearbeiten und schauen, wie weit kommen wir. Die Alternative ist eine Motion. Dann bekommt Stephanie Eymann etwas zu tun, eine Studie, dann kommt der Ratschlag, dann kommt die neue Stelle bei der Abteilung Gleichstellung oder beim JSD eine extra Beauftragte und dann eine Sachmittelgeschichte und dann wird das richtig teuer. Und ich sage Ihnen, wenn Sie das nicht anders wollen, dann können Sie das so haben. Mir fehlt kein Zacken aus der Krone, die SP zu unterstützen bei einem solchen Vorstoss, ich würde das sofort machen. Und wenn das Headcounts und Sachmittel bedeutet, ich würde das unterstützen, wenn Sie dieses Angebot nicht annehmen wollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008123, 14.01.26 17:06:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

Das Budgetpostulat nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat nicht überweisen mit 62 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen.

24. Budgetpostulat 2 Christoph Hochuli fürJustiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Personalaufwand (Vollzeitstelle Fachgruppe Menschenhandel)

[14.01.26 17:06:17, 25.5566.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Eingetragen hat sich Joël Thüring als erster Sprecher.

Joël Thüring (SVP): Ich werde jetzt bei jedem Budgetpostulat elfmal dasselbe erzählen. Nein, keine Sorge. Ich möchte hier einfach, weil wir in der Grundsatzdebatte sind, noch einmal auf die Absurdität dieser Budgetpostulate hinweisen. Es tut mir leid, dass jetzt das Sie trifft, Herr Hochuli, aber das ist jetzt ein perfektes Beispiel, weshalb dieses Mittel dafür jetzt einfach zu spät und ungeeignet ist. Sie haben ein Budgetpostulat eingereicht für eine zusätzliche Stelle. Der Regierungsrat wird über dieses Budgetpostulat, sollte es überwiesen werden, im April wieder in diesem Parlament berichten müssen. Das heisst, bis

zum April kann diese Stelle noch überhaupt nicht besetzt werden. Dann müssen Sie ja, wenn der Grosse Rat beschlossen hat, irgendwann mit dem Rekrutierungsprozess beginnen. Der beginnt auch nicht von heute auf morgen. Es ist jetzt auch nicht so, dass alle Stellen beim Kanton gleich am Tag eins bereits besetzt sind, es braucht ja auch eine gewisse Zeit, um einen solchen Prozess der Stellensuche aufzugleisen. Das heisst, eine solche Stelle wird, wenn überhaupt, frühestens im Herbst 2026 besetzt werden können. Und da zeigt sich, dass dieses Instrument des Budgetpostulats gerade dann, wenn es sogar noch um Stellen geht, um eine Headcount-Erhöhung eben nicht sehr geeignet scheint.

Hier wäre jetzt an Ihrer Stelle, ich muss Ihnen ja keine Beratungsdienstleistungen anbieten, aber hier wäre jetzt zum Beispiel fast sinnvoller gewesen, Sie hätten ein Vorgezogenes Budgetpostulat eingereicht. Das wird im nächsten Monat behandelt, im Februar 2026 und würde sich dann auf das Budget 2027 beziehen und dann hätte der Regierungsrat im Wissen des Beschlusses des Grossen Rates zu dieser zusätzlichen Stelle die Möglichkeit, dies im ordentlichen Budgetprozess für das Jahr 2027 einzubauen. Was will ich damit sagen, Sie würden damit wahrscheinlich gar nicht so viel mehr an Zeit verlieren, Sie hätten wahrscheinlich das Ziel genauso erreicht oder auch nicht erreicht, das ist dann wieder die Abhängigkeit des Entscheides des Grossen Rates und das ist genau deshalb, weshalb wir auch eben dieses Budgetpostulat, und ich spreche nachher zu den restlichen neun nicht mehr vermutlich, ablehnen werden, weil es hier gerade auch bei einer Headcount-Erhöhung eben tatsächlich so ist, dass es nicht geeignet ist, hier ein Budgetpostulat für ein Budget, das bereits beschlossen worden ist, einzureichen.

Ich bitte Sie deshalb auch hier im Namen meiner Fraktion mit diesen zusätzlichen Erwägungen, die auch sehr grundsätzlich sind, dieses Postulat Hochuli nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Christoph Hochuli ist der nächste Sprecher.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Wie Sie bestimmt wissen, ist Menschenhandel ein typisches Hohldelikt, denn es gibt kaum Anzeigen. Die Ermittlungen in Strafverfahren wegen Menschenhandel sind sehr komplex, personal- und zeitintensiv, insbesondere, weil die Delikte meistens grenzüberschreitend stattfinden. Ein Problem ist auch oft die sehr geringe Aussagebereitschaft der Opfer. Ohne valide Opferaussagen kann jedoch ein Verfahren in der Regel nicht abgeschlossen werden. Die Fachgruppe Menschenhandel der Kriminalpolizei, die zur Staatsanwaltschaft gehört, ist zurzeit personell sehr schwach aufgestellt und hat zu wenig Ressourcen, um allen Verdachtsmeldungen nachzugehen und die Ermittlungen in den Strafverfahren in der notwendigen Intensität voranzutreiben. So kann sie nur wenige Strafverfahren führen, welche zu einer Anklage und schliesslich zu einer Verurteilung der Täterschaft führen. Deshalb benötigt die Fachgruppe Menschenhandel dringend Verstärkung und soll mit diesem Budgetpostulat eine zusätzliche Vollzeitstelle erhalten, denn von den sechs zusätzlichen Stellen, die wir mit dem Budget 2026 für die ganze Staatsanwaltschaft gesprochen haben, wird die Fachgruppe Menschenhandel nicht profitieren.

Ganz klar, mein Budgetpostulat ist nur für das Jahr 2026, wie Joël Thüring das richtig erläutert hat, und es braucht eine längerfristige Aufstockung der personellen Ressourcen zur Bekämpfung des Menschenhandels. Deshalb bin ich am Schreiben einer Motion, damit im Rahmen des Projekts ReoS, also der Überführung der Kriminalpolizei von der Staatsanwaltschaft in die Kantonspolizei, die personelle Aufstockung im Bereich Menschenhandel mitgeplant wird. Ich bitte Sie deshalb, später meine Motion und heute dieses wichtige Budgetpostulat zur Bekämpfung des Menschenhandels an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Ja, Menschenhandel gibt es auch in Basel und es wird aus Sicht von BastA zu wenig dagegen unternommen. Wir teilen auch die Einschätzung, dass es zu wenig personelle Ressourcen gibt, die darauf verwendet werden, Menschenhandel konsequent anzugehen. Wie viele Ressourcen bei der Staatsanwaltschaft dorthin fliessen, ist aber auch ein Entscheid der Leitung. Christoph Hochuli und ich pflegen einen guten Austausch zum Thema Menschenhandel und ich bin gerne dabei, einen anfälligen Vorstoss weiterzuverfolgen und auch zu unterstützen. Wir finden es grundsätzlich wichtig, dass Menschenhandel in Basel-Stadt stärker angegangen wird und die entsprechenden Stellen auch personell gestärkt werden. Trotzdem lehnen wir das vorliegende Budgetpostulat aus folgenden Gründen ab:

Solange die Leitung der Staatsanwaltschaft Menschenhandel nicht konsequent angehen will und nicht wirklich einen Schwerpunkt darauf legt, bringt eine zusätzliche Vollzeitstelle wenig. Und falls sie doch diesen Schwerpunkt so setzen würde, dann bräuchte es wohl deutlich mehr Personal als diese eine Stelle, die hier gefordert wird.

Wenn man zweitens online nachschaut, was zum Beispiel Zürich gegen Menschenhandel macht, kommt man als erstes auf eine Webseite vom Fachdienst Menschenhandel der Kantonspolizei Zürich, der auch stark auf die Bedeutung des

Opferschutzes hinweist. In Basel kommt man auf eine Medienmitteilung über eine gross angelegte Aktion im Rotlichtmilieu, bei der zahlreiche Menschen festgenommen wurden. Eine Aktion, welche auch von der Fachstelle FIZ scharf kritisiert wurde. Wenn wir in Basel mehr Ressourcen sprechen wollen in diesem Bereich, muss auch die Praxis im Kampf gegen Menschenhandel geändert und der Opferschutz gestärkt werden.

Drittens, und das haben Sie schon erwähnt, läuft aktuell das Projekt ReoS, bei dem die Kripo von der Staatsanwaltschaft zur Kantonspolizei überführt wird. Sobald das vollzogen ist, kann durch den Regierungsrat für die Kantonspolizei und die Kripo zusammen eine entsprechende Schwerpunktsetzung stattfinden und dann können wir auch die notwendigen Stellenprozente sprechen, die wohl die eine Vollzeitstelle übersteigen wird und eventuell wäre dann auch ein Modell, wie es Zürich kennt, sinnvoll.

Wir von BastA teilen also das Anliegen, den Kampf gegen Menschenhandel in Basel auszubauen. Stand jetzt wäre die zusätzliche Stelle aber kaum wirkungsvoll, es ist der falsche Zeitpunkt, auch bezüglich ReoS. Wir bieten aber Hand für einen Vorstoss, der das weiterverfolgt, Menschenhandel umfassend, wirkungsvoll und mit einer Sensibilität auf den Opferschutz anzugehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich kann mich in einigen Dingen Herrn Goepfert anschliessen, aber ich glaube, es ist sicherlich heute abzulehnen. Wir können es Herrn Hochuli, der wirklich ernsthaft an diesem Thema ist, nicht verbieten, dieses Budgetpostulat einzureichen, das nach «Chrüzlistich» die Mitte-EVP als Fraktion dies unterstützt. Er hat mich auf Anhieb überrascht, aber da habe ich zurückgedacht an die neu entdeckte Liebe der Mitte zu den Defiziten und das ist ja ein Mittel dafür. Aber nochmals ernsthaft, es ist wirklich nicht unsere Aufgabe, einzelne Stellen auszuschreiben hier. Ich glaube, wir haben eine Verantwortung, dass die Strafverfolgung als Ganzes genügend Mittel hat, dann gibt es gewisse Allokationen und wir sind auch in diesem ReoS-Prozess jetzt drin. Also jetzt da einzugreifen, es gibt eine Stelle und die ist ja nur für ein Jahr nicht mal wirklich gesprochen und dann ist die Frage, ob es dann im nächsten Budget noch überlebt, also das macht jetzt einfach null Sinn. Und bei aller Anerkennung der Ernsthaftigkeit der Anliegen von Herrn Hochuli, dass man dafür sein kann, ausser weil man weiss, dass es sowieso abgelehnt wird, dafür haben wir recht wenig Verständnis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Gallacchi. Diese wird entgegengenommen.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Besten Dank für die Annahme. Sie haben gesagt, die Mitte hat die Liebe zum Defizit entdeckt. Können Sie mir sagen, in den letzten 15 Jahren, wo da ein Defizit aufgetaucht ist?

David Jenny (FDP): Ich nehme Bezug auf Ihre Äusserungen in der Budgetdebatte, wo Sie gesagt haben, 100, 200, 300 Millionen, alles kein Problem.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich kann mich kurz halten. Kollege Nicola Goepfert hat vieles schon gesagt, an dem ich mich anschliessen kann. Auch die SP hat natürlich grundsätzliche Sympathien und anerkennt die Schwere des Delikts des Menschenhandels. Die Menschen oder die Opfer sind sehr vulnerable, es bestehen sehr viele schwierige Abhängigkeiten. Die Schicksale, die hinter diesen Zahlen und hinter diesen Taten stehen, die sind oftmals schrecklich und ich glaube auch, dass es ein unterschätztes Phänomen ist. Es gibt viele moderne Formen von Menschenhandel, die wahrscheinlich bis jetzt wenig bekannt sind und die vielleicht wirklich auch zu wenig thematisiert werden. Ich glaube aber dennoch, dass es wichtig ist, dass wir hier keine Schnellschüsse machen, sondern einen soliden und durchdachten Aufbau einer entsprechenden Fachstelle.

Herr Hochuli hat es selbst gesagt, zentral sind die Opferaussagen in diesen Verfahren. Wir müssen die Opfer schützen, wir müssen ihnen Perspektiven bieten, wir müssen ihnen unter Umständen ein Bleiberecht bieten, damit sie sicher sind und damit sie sich trauen, Aussagen zu machen. Und da bringen schnelle Razzien in irgendwelchen Nagelstudios oder im Rotlichtmilieu nichts, das ist oft gerade auch für die Opfer sehr traumatisierend. Und ich glaube, deswegen können wir nicht einfach sagen, ein bisschen mehr von dem, was wir bis jetzt tun, sondern wir müssen über die Bücher und das grundsätzlich und deswegen freue ich mich, wenn ein entsprechender Vorstoss kommt. Ich glaube auch, dass eine Stelle mehr hier einfach nicht genügt, aber wenn ich vielleicht die allgemeine Kritik auch als Unmut verstehen kann, dass die sechs

gesprochenen Stellen nicht in diesen Bereich fliessen, dann kann ich das durchaus auch unterzeichnen und auch unterstützen.

In diesem Sinne bleiben wir am Thema dran, aber das vorliegende Budgetpostulat wird die SP ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank auch für diese Debatte. Ich wiederhole mich nur ganz kurz, dass der Grundsatz der Ablehnung vor allem die finanzpolitische Seite ist, aber auch hier würde ich gerne sagen, dass wir inhaltlich auch das nicht das richtige Mittel finden. Ich denke, es wurde jetzt verschiedentlich aus allen Fraktionen gesagt, dass die Bekämpfung vom Menschenhandel ein wichtiges Anliegen ist. Es ist schwierig, Hohlkriminalität zu fassen, richtig zu fassen, Opfer zu Aussagen überhaupt zu bekommen, ein Verfahren lang dann auch zu motivieren irgendwo mitzuarbeiten, damit es dann auch zu Verurteilungen der Hintermänner kommt. Das ist ein Riesenaufwand, es ist Teil der organisierten Kriminalität und braucht massiv Ressourcen.

Wir haben im Budgetprozess 2022 damals Stellen gesprochen für das Migrationsamt, die Kantonspolizei, auch die Staatsanwaltschaft und wir haben gesehen, dass natürlich mehr Ressourcen im Thema auch mehr Fälle bedeutet. Und das ist ja eben das Paradoxe bei der Hohlkriminalität, wenn die Fallzahlen steigen, heisst das eigentlich, dass man mehr hinschaut. Ich bin dennoch der Meinung, dass eine Stelle jetzt ein Tropfen auf den heissen Stein ist. Wir investieren mit dieser Stelle ins selbe System, wir können vielleicht ein bisschen mehr was machen, aber wir haben parallel doch neben dem Schwerpunkt der Regierung der Kriminalitätsbekämpfung, wo Menschenhandel drin ist, auch ein Legislaturziel in dieser Periode, die die Bekämpfung der organisierten Kriminalität als Legislaturziel der Regierung definiert. Menschenhandel ist ein Teil der organisierten Kriminalität und dementsprechend ist es mir wirklich auch ein Anliegen, dass wir hier unsere Strukturen überdenken, dass wir sicher schlagkräftiger werden im ganzen Themenfeld der organisierten Kriminalität, eben inklusive Menschenhandel.

Und da bin ich der Meinung, dass wir da aber schon nicht mit Einzelstellen agieren sollten, sondern wir haben ReoS. Wir werden nächste Sitzung des Grossen Rates im Februar über den Ausgabenbericht für die nächste Phase ReoS beschliessen und das ist ein Teil organisierter Kriminalität, sich da optimal aufzustellen, das wird in ReoS kommen. Danke, dass Sie eine Motion bringen möchten, aber das ist bereits eigentlich mitgedacht, weil ich denke, das ist ein wichtiger Part, dass wir hier die Strafverfolgung an sich stärken.

Und dann ist noch die weitere Frage, und dann höre ich auf, dann wird es zu inhaltlich, müssen wir jedes Knowhow und jede Ressource selber aufbauen oder ist in diesem organisierten Bereich nicht auch wichtig, dass wir über die Kantonsgrenzen schauen. Wir haben Zürich gehört als Beispiel, aber es gibt auch weitere Beispiele. Müssen wir uns nicht auch in solchen intensiven Bereichen so aufstellen, dass wir mit Kompetenzzentren arbeiten und Knowhow irgendwo auch bündeln. Aber das sind Themen, die wir jetzt hoch auf der Agenda haben und ich gebe Ihnen inhaltlich recht, dieses Thema müssen wir weiter bearbeiten und wir müssen vor allem auch stärker werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 79 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008125, 14.01.26 17:22:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

Das Budgetpostulat nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat nicht überweisen mit 79 Nein-Stimmen gegen 9 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

25. Budgetpostulat 3 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen)

[14.01.26 17:22:45, 25.5567.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Gerne mache ich zum vorliegenden Budgetpostulat einige grundlegende inhaltliche Anmerkungen. Die Schullager an den Basler Schulen sind ein wichtiger Teil der Schulerfahrung der Schülerinnen und Schüler. Das System in Basel-Stadt ist bereits heute so, dass Eltern mit niedrigeren Einkommen eine Beitragsreduktion beantragen können. Dafür ist das Einkommen gemäss Prämienverbilligung massgebend. Die Höhe der Elternbeiträge werden aufgrund der Höhe der Verpflegungskosten für die Schullager festgelegt. Würden Sie nun heute dieses Budgetpostulat überweisen, würde dies nicht zu einer Zunahme der Anzahl Lager führen und wir müssen die Regelung der Elternbeiträge überdenken und ändern. Dies lehnt der Regierungsrat ab. Das aktuelle System, das, wie erwähnt, Erleichterungen für niedrigere Einkommen ermöglicht, soll beibehalten werden.

Noch eine Bemerkung zum System der Schullagerfinanzierung. Der Anmelde- und Abrechnungsprozess der Lager wurde deutlich verschlankt. Neu wird ein Maximalbeitrag pro Kind und Tag als Pauschalbeitrag der Schule vor Lagerbeginn ausbezahlt. Budget und Abrechnung liegt neu in der Verantwortung des Standortes, wodurch eine bessere Steuerung des Lagerbudgets und der Lagerabrechnung möglich ist. Die Lagerbudgets der einzelnen Lager sind unabhängig von der Lagerabrechnung der vergangenen Lager. Damit ist auch die im Budgetpostulat getroffene Aussage, dass einzelne Klassen weniger haben, wenn andere Klassen ihr Budget überziehen, so nicht korrekt. Insgesamt, und das ist wichtig, bleibt die Subventionierung der Lager durch die Volksschulen gleich hoch.

Zu Fragen nach der Umsetzung des im Budgetpostulat erwähnten Bundesgerichtsentscheids verweise ich sehr gerne auf die Antwort des Regierungsrats zur entsprechenden Interpellation der geschätzten Kollegin Franziska Roth zu diesem Thema. Nur so viel, der Kanton Basel-Stadt nutzt mit der aktuellen Regelung den verbliebenen Handlungsspielraum.

Ich komme nun zu meinem tagespolitischen ceterum censeo, da ich nachher auch vielleicht zu anderen drei Budgetpostulaten noch reden werde. Was die Regierungskollegin Stephanie Eymann vorhin mit anderen Worten erwähnt hat zur Haltung der Regierung zu Budgetpostulaten, wir lehnen alle aus finanzpolitischen Gründen ab. Vor allem angesichts des aktuellen Finanzplans des Kantons sind alle Departemente verpflichtet, ihren Auftrag innerhalb der vorgegebenen finanziellen Leitplanken zu erfüllen. Für die kommenden Jahre rechnet der Regierungsrat mit einem ausgeglichenen, wenn nicht sogar negativen Jahresergebnis. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, dass wir eine konsequente Budgetdisziplin haben. Der Gesamtregierungsrat setzt den finanziellen Rahmen, innerhalb dessen die Departemente ihren Auftrag wahrnehmen. Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat das vorliegende Budgetpostulat ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thommen. Diese wird entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Danke für die Annahme der Zwischenfrage und für das Teilen Ihrer finanzpolitischen Sicht der Regierung. Meinen Sie, es wäre dann nicht besser, statt Steuern an Unternehmen zurückzuzahlen, einen ganz kleinen Teil davon in die Lager, die ja direkt der Bevölkerung zugutekommen, zu investieren?

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Vielen Dank für die Frage. Der Kanton Basel-Stadt ist nach diesem Bundesgerichtsentscheid mit den Kosten runtergefahren und wie ich vorhin erwähnt habe, auch die Eltern, die Unterstützung brauchen, bekommen auch diese Beiträge.

Balz Herter, Grossratspräsident: Anina Ineichen als Postulantin hat das Wort.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Lager sind wichtige Erfahrungen, sozial stürmische Zeiten, manchmal geprägt von Heimweh, aber ich glaube, niemand möchte die Lager missen, die wir erlebt haben. Lager sind aber auch sehr aufwendig für Lehrpersonen und sie sind sehr teuer. Beim Aufwand können wir wenig ändern. Die Lehrer müssen mit, sie haben 24-Stunden-Schichten, Lehrerinnen müssen auch mit, man muss rekognoszieren und man hat eine strenge Woche vor sich. Wenn man noch Familie zu Hause hat, muss man viel organisieren. Das ist ausserhalb unserer Möglichkeiten, aber bei dem Preis können wir etwas machen, denn zum Aufwand, den die Lehrerinnen und Lehrer sowieso schon haben, müssen sie heute noch Geld schachern. Und es ist halt trotzdem so, wenn die Budgetverantwortlichkeit bei dem einzelnen Standort ist, dann gibt es sehr wohl sehr grosse Diskussionen innerhalb dieses Standortes, wer wo noch Geld hat, das zur Verfügung steht. Wenn das Geld nicht reicht für die Köchinnen oder Köche, dann müssen Freunde angefragt werden, ob sie aushelfen kommen. Es müssen Kuchenstände organisiert werden, um noch ein bisschen Geld einholen zu können und es müssen Elternbeiträge eingeholt werden. Nun beim Kuchen, wir wissen es alle, seit Corona kaufen es die wenigsten freiwillig. Ich habe immer Rückmeldungen von meinen Kindern, dass sie fast ein bisschen enttäuscht sind, dass sie wohl ab und zu Geld bekommen, aber kaum jemand den Kuchen mitnimmt. Die Möglichkeiten dort sind also begrenzt.

Bei den Elternbeiträgen sind die Möglichkeiten theoretisch auch begrenzt. Ich habe eine Verordnung oder eine Weisung gefunden, dass man bei den Primarschulen 16 Franken pro Tag verlangt und bei den Sekundarschulen 25 Franken pro Tag. Ich weiss nicht, ob das aktuell heute noch so ist. Tatsache ist aber auch, dass viele Klassen unterdessen wieder Klassenkassen haben. Das ist eigentlich nicht erlaubt. Die Bildung in der Schweiz ist gratis zugänglich für alle. Diese Klassenkassen sind problematisch. Bei einem von meinen Kindern kostet das 50 Franken, ich habe jetzt nur zwei und ich verdiene gut genug, ich kann mir das leisten, auch bei mehreren Kindern. Für armutsbetroffene Familien wird das irgendwann kritisch und es ist ärgerlich, weil dann ist es eigentlich nicht mehr gratis. Dann ist die Bildung nicht mehr gratis, die Teilhabe ist nicht mehr für alle verfügbar.

Dann kommen wir doch noch zum Bundesgerichtsentscheid. Man kann es immer anders auslegen, drei Juristen, vier Meinungen, wir kennen es, aber das Bundesgericht hat gesagt, weil der Unterricht gratis ist, darf man nur so viel verlangen, wie wir einsparen, wenn unsere Kinder nicht bei uns sind. Grosszügig gesehen ist das das Essen und der Wohnraum, ich könnte ja theoretisch untervermieten während den Ferien, das hat das Bundesgericht so festgehalten. Ich bezweifle, dass das 16 Franken sind, ich weiss nicht, aber ich gebe meinen Kindern nicht jeden Tag Sushi. Gut, das ist wohl vertretbar und wirklich armutsbetroffenen Familien können das Geld, wir haben es gehört, wenn sie Prämienverbilligungen erhalten, wieder einfordern. Das ist immer mit einer Hemmschwelle verbunden und es hat nichts mehr damit zu tun, dass der Unterricht eigentlich gratis ist in der Schweiz, kostenfrei.

Das ED hat diese 300’000 Franken mehr verlangt, weil wir eine Teuerung haben, das ist uns allen bewusst, wir wissen, das Essen ist ein bisschen teurer geworden, wir können das gerade jetzt in den Medien nachlesen, Lagerhäuser sind immer teurer geworden, ich finde es absolut plausibel. Ich habe keine plausible Erklärung bekommen, auch jetzt nicht, wieso dieser Betrag nicht erhöht werden soll, obwohl alles teurer geworden ist. Es ist nicht ein riesiger Betrag, es sind 300’000 Franken für alle Schulklassen der Stadt. Gehen wir doch dort mit diesem Betrag hinauf, erleichtern wir das Lager organisieren, soweit es in unseren Möglichkeiten besteht. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008128, 14.01.26 17:32:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 48 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

26. Budgetpostulat 4 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „ooink ooink Production“)

[14.01.26 17:33:08, 25.5568.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Harald Friedl hat sich gemeldet. Lukas Faesch zuerst.

Lukas Faesch (LDP): Die LDP-Fraktion lehnt auch dieses Budgetpostulat ab, zuerst einmal mit den finanzpolitischen Überlegungen des Kollegen Battaglia, aber hier möchte ich noch etwas sagen, weil es geht mir darum, dass ich diesem Narrativ entgegentreten möchte, dass die CMS ständig Projekte anreisst und dann nachher wieder nicht weiterführt und dann muss der Kanton das übernehmen, dem ist nicht so. Das ist ein gutes Projekt, ein tolles Projekt, das wir unterstützen. Die CMS hat dieses Projekt, und hören Sie gut zu, in den letzten Jahren mit 600’000 Franken unterstützt. Ich meine, das ist ein kleines Projekt, aber 600’000 Franken ist dafür ein grosser Betrag, also von zurückweisen oder nicht mitmachen kann keine Rede sein.

Bei der letzten Besprechung mit der CMS haben dann die Verantwortlichen dieses ooink ooink gesagt, sie möchten gerne eine Erhöhung haben um 13’000 Franken und diese Erhöhung hat die CMS begründet abgelehnt. Also von einem Zurückfahren der Beiträge kann keine Rede sein. Und was ist der Grund für diese Zurückweisung der Erhöhung? Der eine Grund ist, dass das Erziehungsdepartement selber schon die Beiträge an ooink ooink um 20’000 Franken erhöht hat, was auch nicht nichts ist, und zum zweiten hat die CMS festgestellt, dass für eine 60-Prozent-Stelle bei ooink ooink 113’000 Franken Lohn eingesetzt worden sind. Das war für die CMS doch ein etwas zu starkes Stück für ein 60-Prozent-Job für ooink ooink. Ich meine, wir sprechen da von Kinderbetreuung, Landhof und nicht jeden Tag 12 Stunden. Das ist doch relativ viel und das wollten wir nicht mitmachen, weil die CMS natürlich der festen Auffassung ist, dass wir mit den uns anvertrauten Stiftungsgeldern sehr sorgfältig umgehen müssen und ich bitte Sie, das mit den Steuergeldern ebenso zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein wichtiges Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche. Sie bietet Freiräume, um mit anderen Zeit zu verbringen, ohne Leistungsdruck. Kinder und Jugendliche können sich einbringen und auch aktiv sein, dies in ihren Wohnquartieren. Der Regierungsrat anerkennt dies. Zudem wächst die Zahl der Kinder in Basel-Stadt und Prognosen zeigen, dass dieser Trend sich fortsetzt. Der Regierungsrat hat aus diesen und auch aus weiteren Gründen die Finanzhilfen für die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit bereits substanziell erhöht. Konkret, für die aktuelle Leistungsperiode 2024-2027 hat der Kanton die Beiträge um über 1 Mio. Franken pro Jahr erhöht für die gesamte offene Jugend- und Kinderarbeit. Und auch für die offene Kinder- und Jugendarbeit Oberes Kleinbasel, kurz ooink ooink, die am Landhof wichtige Arbeit leistet, wurde mehr Geld bewilligt. Vorhin wurde erwähnt, per 2024 fand eine Erhöhung um 44% statt. Sie hat neu 65’000 Franken statt wie vorher 45’000 Franken erhalten. Beantragt hatten die Verantwortlichen von ooink ooink zwar 78’000 Franken, aber es ist selten, dass der Kanton den gesamt geforderten Beitrag übernimmt. Und wenn Stiftungsgelder wegfallen, kann nicht immer der Kanton einspringen und weggefallene Mittel genau in diesem Betrag kompensieren. Wie ich in meiner Stellungnahme zum vorherigen Budgetpostulat 3 bereits erwähnt habe, spricht sich die Regierung aus finanzpolitischen Gründen gegen die Übernahme dieses Budgetpostulats aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Postulant Harald Friedl hat das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Besten Dank, dass ich hier auch noch dazu sprechen darf. Ich habe einige Punkte. Ich meine, die Arbeit der Kinder- und Jugendarbeit, die ooink ooink Productions leistet, die wird, glaube ich, überall sehr geschätzt, zumindest ist mir nichts anderes zu Ohren gekommen. Ich werde also jetzt den Punkt, warum es so besonders wichtig ist, überspringen. Ich möchte aber gerne auf die Worte von Lukas Faesch und Regierungsrat Atici noch näher eingehen. Es

sollte nicht so daherkommen, als würde Undankbarkeit herrschen. Der Verein ist sehr dankbar für die langjährige und grosszügige Unterstützung durch den Kanton und durch die CMS. Es ist einfach Fakt, dass ihnen die 13’000 Franken weniger zur Verfügung stehen und das bringt sie halt an den Rand ihrer Betriebswirtschaftlichkeit.

Und was Sie jetzt vorhin erwähnt haben, das ist mir auch schon zu Ohren gekommen, bevor jetzt die Debatte hier geführt wird. Ich hatte auch schon bei der Erarbeitung dieses Budgetpostulats Kontakt zum Geschäftsführer, er hat das auch gesagt, dass er das Gesuch gestellt hat und es abgelehnt wurde, und dann wurde mir gesagt, es liegt scheinbar ein Missverständnis vor. Ich kann das nicht bis zum letzten beurteilen, ich kann nur wiedergeben, was mir mitgegeben wurde. Mir wurde gesagt, dass da ein Missverständnis vorliegt, dass die Gesamtlohnkosten des Vereins als das Gehalt des Geschäftsführers ausgelegt werden. Das hat damit zu tun, dass sie alle Lohnkosten in einem Posten zusammenführen. Ich habe mich dann bei ihm versichert, der Geschäftsführer, der als Sozialpädagoge arbeitet, hat ein übliches Gehalt, das man auf dem Markt so weit bezahlt. Er hat mir auch angeboten, dass ich seinen Lohnausweis konsultieren kann.

Von dem her glaube ich, hier liegt ein Missverständnis vor und ich finde es auch nicht ganz korrekt, dass so Zahlen dann hier jetzt im Grossen Rat in die Öffentlichkeit gebracht werden. Ob sie stimmen oder nicht stimmen, das kann ich jetzt hier nicht belegen, aber ich denke, das sollte man untereinander dann ausmachen. Es ist eben auch so, dass in diesen Gesamtlohnkosten auch Reinigungsaufgaben drin sind, die separat ausgezahlt werden. Da liegt kein Festvertrag vor, sondern das ist auf Stundenbasis, das ist ein Mandat und darum wird das wahrscheinlich schwieriger auseinanderzuhalten. Dass die Jahresrechnung bisher zu wenig klar ausgeführt war und zu wenig ausführlich, das ist dem Verein auch klar. Sie wissen aber auch, wie es läuft, Vereine, besonders kleine Vereine sind auf freiwillige Kassiererinnen und Buchhalter angewiesen, die das ehrenamtlich machen, aber sie sind daran, und das wurde mir auch versichert, dass die Jahresrechnung in Zukunft besser und detaillierter ausgeführt wird.

Und die 20’000 Franken, die vom Kanton zusätzlich bezahlt wurden, die sind ja in eine Praktikumsstelle geflossen. Ich glaube, Arbeit gibt es genug. Sie wissen es alle, im Moment ist der Kanton daran, ein Betriebskonzept für den Landhof auszuarbeiten. Da spielt der Verein ooink ooink Productions, der schon seit Jahrzehnten auf diesem Areal tätig ist, eine ganz wichtige Rolle. Ich glaube, das sind die Leute, die am meisten wissen, was dort abgeht und was die Bedürfnisse sind. Von dem her finde ich es wichtig, dass dieser Verein als Übergangslösung, es ist ja auch schon gesagt worden, es gibt dann die neuen Verhandlungen, die dann aber erst ab 2027 oder 2028 laufen sollen, dass es für diese Zeit eine Überbrückung gibt, damit der Verein nicht in Schieflage gerät. Daher danke ich Ihnen bestens für die Überweisung dieses Budgetpostulats.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 34 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008130, 14.01.26 17:42:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 58 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

27. Budgetpostulat 5 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark)

[14.01.26 17:43:05, 25.5570.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Laetitia Block hat sich als erste Sprecherin registriert.

Laetitia Block (SVP): Ich möchte es nicht unnötig in die Länge ziehen, da wir ja bereits gesagt haben, dass wir als SVP alle diese Budgetpostulate ablehnen, aber hier trotzdem noch ganz kurz. Hier werden 150’000 Franken für den Ersatz einer Baracke gefordert und es ist doch erstaunlich, wenn man sich anschaut, das steht, glaube ich, sogar im Budget drin im Text, dass diese Baracke schon seit 40 Jahren, also in den 80er-Jahren, erstellt wurde und seit den 90er-Jahren, 1996 im Besitz der Robi-Spiel-Aktionen ist. Da erstaunt es doch sehr, dass man hier ein Budgetpostulat machen muss und diesen Ersatz nicht vorausschauend planen kann. Das ist ja absehbar, das ist über 40 Jahre alt, dass man hier das auch entsprechend plant, das Geld auf die Seite legt, die Drittmittel akquiriert, auch wenn es positiv hervorgehoben werden kann, dass hier auch die Drittmittel versucht werden zu akquirieren, zumindest teilweise, aber es ist doch sehr erstaunlich, dass man hier nicht vorausschauend plant und hier ein Budgetpostulat notwendig ist. Also schon auch wegen dem inhaltlich muss man das hier ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Lassen Sie mich zu diesem Budgetpostulat Folgendes sagen. Ich versuche mich kurz zu halten, aber ich habe trotzdem ein paar inhaltliche Bemerkungen. Inhaltlich können wir aktuell keine Einschätzungen abgeben, ob es einen Ersatz dieses Pavillons braucht oder nicht. Was dagegen kein schönes Licht wirft, ist der Umstand, dass die bei uns zuständige Fachstelle für offene Kinder- und Jugendarbeit erst nach der Einreichung des Budgetpostulats über dieses Projekt informiert wurde. Das geplante Vorhaben war uns somit bis anhin nicht bekannt. Zudem geht aus dem Antrag auch nicht hervor, ob der Verein Robi-Spiel-Aktionen an anderer Stelle Drittmittel angefragt hat oder dies noch plant. Ein solches einmaliges Engagement wäre ein klassisches Projekt für die Zusammenarbeit mit einer Stiftung. Das Erziehungsdepartement unterstützt die wichtige Arbeit des Vereins bereits mit einer jährlichen Finanzhilfe von 2’230’000 Franken. Und nun mein heutiges ceterum censeo, wie ich in meiner Stellungnahme zum Budgetpostulat 3 bereits erwähnt habe, spricht sich die Regierung aus finanzpolitischen Gründen gegen die Übernahme dieses Budgetpostulats aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Diese wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Ich hätte die Frage auch einem anderen Regierungsrat stellen können, aber nun sind nur Sie gerade hier, das freut mich sehr, dass wenigstens ein Regierungsmitglied anwesend ist, wenn der Grosse Rat tagt. Finden Sie es zielführend, dass in Budgetpostulaten Verwaltungseinheiten, Dienststellen erwähnt werden, also subalterne Stellen erwähnt werden, die einem Projekt positiv gegenüberstehen, die eine solche Kostenfolge haben und die der Regierungsrat ablehnt?

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Vielen Dank für die Frage. Nein, ich finde es nicht recht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion SP und GRÜNE/jgb unterstützen dieses Postulat aus nicht finanzpolitischen Gründen nicht nur, sondern auch inhaltlich, weil es dieser Attraktivität dient und ich glaube, das, was Frau Laetitia Block vorhin gesagt hat, ist eben gerade der Grund, dass dieser Beitrag dieses Projekt zum Fliegen bringen könnte, weil ja gerade sehr viele Drittmittel auch dazu fliessen sollen und der Kanton so zum Ermöglicher wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Postulantin hat das Schlusswort, Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Der Giesslipark ist seit der Umgestaltung im 2013, 2014 ein kleines Juwel in einem Quartier, ich sage es immer wieder, das nicht gerade mit Grün- und Freiflächen verwöhnt ist. Fun Fact am Rande, die Kinder nennen diesen Spielplatz Dennerpark. Eigentlich nicht, weil er so billig ist, sondern weil vis-à-vis eine Denner-Filiale ist. Ich habe die

Umgestaltung dieses Parks damals relativ eng begleitet. Vielleicht erinnert sich ja die eine oder der andere an mein Budgetpostulat für ein öffentliches WC auf diesem Spielplatz. Die Spielbaracke im Giesslipark, die wurde aber damals bei der Umgestaltung nicht einbezogen und ist nun wirklich in die Jahre gekommen. Wie im Budgetpostulat erwähnt, sind die Wände und das Dach sehr morsch, die Fenster sind undicht und der Innenbereich ist stark abgenutzt.

Dass ich jetzt damit komme, mit dem Budgetpostulat, das wird mir ja vorgeworfen, dass wir da nicht längerfristig geplant haben, es ist tatsächlich so, dass die Situation langsam prekär wird. Ich war gestern da und habe das Haus noch einmal angeschaut und das Dach, das hängt einfach so durch an gewissen Stellen. Das ist eine schwierige Situation und da ist Handlungsbedarf hier. Und die Robi-Spiel-Aktionen, die waren wahrscheinlich ein bisschen spontan unterwegs. Sie haben zuerst auf eigene Faust versucht, etwas auf die Beine zu stellen, sie haben mit Architekten gesprochen, die ihnen Pläne gemacht haben. Sie haben auch bei der CMS angefragt, die dann sagte, es sei keine Aufgabe von ihnen, sondern da soll die öffentliche Hand einmal einspringen. Sie sind dann auf mich zugekommen und haben mich gebeten, dieses Budgetpostulat zu machen.

Wie gesagt, die Baracke war immer im Besitz der Robi-Spiel-Aktionen, zu Beginn noch bei der Pro Juventute als damaliger Träger. Aktuell wird die Spielbaracke aber nicht nur von den Robi-Spiel-Aktionen, sondern auch von einer Elterngruppe genutzt, die hier eine Spielgruppe betreibt, die da pro Woche einmal dort ist, und die wären auch wahnsinnig froh, wenn diese Baracke wieder in sicherem Zustand wäre und wenn sie wieder gut nutzbar wäre. Und eigentlich habe ich das eingereicht, weil ich so ein grosses Potenzial sehe, also dort an diesem Ort, dieser Park, der wird sehr gut genutzt. Die Kinder, die dort hingehen, die können allein hingehen, er ist sehr geschützt und die Kinder, die dorthin gehen, die sind eigentlich meist auf diesem Spielplatz, also die nutzen keine anderen. Und wenn die Eltern dort hingehen können und dort ihre Feste machen können oder ihre Nachbarschaftstreffs, dann wäre das ein super Potenzial und wir könnten hier den Giesslipark weiterentwickeln und ich finde, dieses Quartier hat dies verdient. Ich bitte Sie deshalb, dieses Budgetpostulat zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008132, 14.01.26 17:52:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 50 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen.

28. Budgetpostulat 6 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen)

[14.01.26 17:52:49, 25.5569.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Zu diesem Budgetpostulat. Aktuell läuft eine kleine Studie der FHNW zu den Gebäudetemperaturen an diversen Schulstandorten in Basel. Dies ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Erste allgemeine Aussagen können dazu schon gemacht werden. Diese sind jedoch noch nicht verifiziert. Es zeigt sich, dass die Frühauskühlung am Morgen deutlich weniger wirksamer ist als die längere Auskühlung am Abend. Die Nachtauskühlung erweist sich als wesentlicher Effekt. Zudem wird es sehr schwierig sein, einen einzigen Anbieter zu finden, der an allen Standorten gleichzeitig Personal für zwei bis drei Stunden stellen kann, um die Gebäude zu kühlen, was wiederum den Aufwand für die Verwaltung steigern würde.

Das Erziehungsdepartement arbeitet zudem zusammen mit Immobilien Basel-Stadt und dem Bau- und Verkehrsdepartement an einer langfristigen Hitzestrategie für die Schulgebäude. Ziel ist es, die Temperaturen an extremen Hitzetagen in den Schulen durch einen Mix an Massnahmen abzumildern. Geprüft werden bauliche, aber auch organisatorische Massnahmen. Je nach Standort wird es somit unterschiedliche Massnahmen geben müssen.

Wie ich in meiner Stellungnahme zu den vorherigen Budgetpostulaten bereits erwähnt habe, spricht sich die Regierung aus finanzpolitischen Gründen gegen die Übernahme dieses Budgetpostulats aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Es ist kein Luxusbudgetpostulat. Das Thema heisse Klassenzimmer ist schon länger bekannt, und zwar spätestens seit dem Hitzesommer 2023. Da hat der Lehrpersonenverband schon etwas gefordert, das ist schon länger her. Die Verwaltung hat nicht viel unternommen, obwohl das Problem klar war. Es braucht von uns bzw. jetzt von Sandra Bothe diese Motion, jetzt gibt es eine Arbeitsgruppe mit vier beteiligten Departementen, was auch wieder etwas länger sein könnte. Ich denke, ja, das ist nicht eine optimale Lösung, aber es ist eine Lösung, die wir jetzt brauchen können.

Da ich abkürze, es ist eine konkrete kurzfristige Massnahme und wenn der Verantwortliche am ED, den ich gerne noch zitieren möchte, er hat gesagt: Alle Mitarbeitenden des ED verdienen bedarfsgerechte Dienstleistungen und Services, um ihren Auftrag erfüllen zu können. Leider können die Lehrpersonen ihren Auftrag nicht so gut erfüllen, wenn die Klassenzimmer überhitzt sind. Ich habe es gekürzt, es wäre länger gewesen. Bitte unterstützen Sie dringend dieses Budgetpostulat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich kann jetzt nicht mehr alles kürzen, aber wer im Sommer ein Schulzimmer betritt, weiss, Hitze ist kein abstraktes Thema. Sie steht im Raum, sie bleibt in den Wänden und sie belastet Kinder, Lehrpersonen und Schulbetriebe. Und gemäss SECO ist eine Innentemperatur bis 26 Grad erlaubt. Unterricht findet aber teils über mehrere Tage bei Innentemperaturen mit deutlich über 30 Grad statt, in Räumen, die nachts nicht abkühlen. Unter solchen Bedingungen ist Unterricht weder pädagogisch sinnvoll noch gesundheitlich vertretbar. Die Problematik, das hat Sasha Mazzotti schon gesagt, an Schulen ist bekannt und spitzt sich aber weiter zu. Im 2023 hielt die Regierung in einer Antwort fest, dass frühes Lüften und Nachtauskühlung zentrale Voraussetzungen sind, um hohe Temperaturen während des Tages zu vermeiden. Gleichzeitig wurde ebenso klar festgehalten, dass genau diese Massnahmen in vielen Schulgebäuden aus Sicherheitsgründen wegen fehlender technischer Voraussetzung und aufgrund arbeitszeitlicher Rahmenbedingungen nicht umgesetzt werden können.

Wir wissen also, was nötig wäre und weshalb es ohne gezielte Schritte nicht umgesetzt wird. Der Grosse Rat hat darum im 2025 Konsequenzen eingeleitet. Im Mai wurde der Anzug zu Sofortmassnahmen überwiesen, im Oktober folgte die verbindliche Überweisung der Motion für einen nachhaltigen Hitzeschutz an Schulen, aber eben zu spät für den Budgetprozess. Der Auftrag ist hingegen klar, der Kanton soll den Unterricht auch bei zunehmender Hitze verlässlich sicherstellen und den Gesundheitsschutz gewährleisten. Nicht erst morgen oder in sieben Jahren, sondern dieses Jahr. Genau hier setzt dieses Budgetpostulat an. Wenn wir wollen, dass im Sommer 2026 spürbare Verbesserungen eintreten, müssen die notwendigen Vorbereitungen jetzt erfolgen. Das braucht Organisation, konkrete Konzepte und Ressourcen.

Eine zentrale Rolle spielt die Ausgangstemperatur am Morgen. Beginnt der Unterricht bei rund 20 Grad, heizen sich die Schulzimmer deutlich langsamer auf. Entscheidend ist, dass über Tag gespeicherte Wärme aus der Gebäudemasse entweichen kann. Besonders wirksam ist dafür die Früh- bzw. eben Nachtauskühlung ab 4 Uhr morgens durch konsequenten Querlüften. Bleibt diese Auskühlung aus, staut sich die Hitze über mehrere Tage mit direkten Auswirkungen auf Gesundheit, Konzentrationsfähigkeit und Unterrichtsqualität. Die koordinierte Lüftung in den Morgenstunden ist eine realisierbare und technisch verantwortbare Sofortmassnahme. Dass sie bisher nicht umgesetzt werden kann, liegt nicht am fehlenden Engagement des Schulpersonals, sondern an strukturellen Rahmenbedingungen, sprich an der Notwendigkeit von

standortspezifischen Lüftungskonzepten und an personellen Ressourcen, sei das das externe Sicherheitspersonal oder womöglich der Einsatz des Reinigungspersonals. Es ist klar, dass die Hausdienste nicht in allen Schulen gleichzeitig sein können, deshalb braucht es ja Ressourcen.

Ein weiteres Zuwarten würde bedeuten, dass wir trotz überwiesener Vorstösse im 2025 und klarer Problemanalyse auch den Sommer 2026 wieder verstreichen lassen. Und da frage ich mich schon, liebe Kolleginnen und Kollegen, welches Signal wir an die Betroffenen aussenden, wenn wir die Belastungen an Schulen für Kinder, Jugendliche und das Schulpersonal zwar klar anerkennen, sie aber erneut vertagen. Dieses Budgetpostulat soll diese Lücke schliessen und ist gezielt auf jene Gebäude beschränkt, in denen kurzfristige Verbesserungen möglich sind. Und ja, klar, das habe ich im Vorfeld mit der Fachstelle Raum und Anlagen abgeklärt. Darum sind sie ja da, wir können dort fragen. Schulen sind keine Freizeitbetriebe. Hitze macht müde, sie senkt die Konzentration, schränkt die kognitive Leistungsfähigkeit ein und beeinträchtigt Wahrnehmung und Lernfähigkeit. Wir sollten den Gesundheitsschutz ernst nehmen und kein weiteres Jahr verstreichen lassen. Danke an alle, die den Vorstoss unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberwesiung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008138, 14.01.26 18:01:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben das Budgetpostulat überwiesen mit 59 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Schluss der 48. Sitzung

18:01 Uhr

Protokoll

der 49. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 21. Januar 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Georg Mattmüller (SP), Béla Bartha (Grüne/jgb)*

Verhandlungsgegenstände:

29. Budgetpostulat 7 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi) 2
30. Budgetpostulat 8 Laurin Hoppler betreffend Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa) 5
31. Budgetpostulat 9 Patrizia Bernasconi betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, Öffentlicher Verkehr (Globalbudget), (Nachtzugverbindung nach Malmö) 8
32. Budgetpostulat 10 Heidi Mück betreffend Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel) 12
33. Budgetpostulat 11 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter) 13
34. Motion 1 Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser 16
35. Motion 2 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Pilotenausbildung muss am EAP weiterhin möglich sein! 16
36. Motion 3 Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung 19
37. Motion 4 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Gewaltschutz an Grossveranstaltungen 22
38. Motion 5 Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers 22
39. Anzug 1 Adrian Iselin und Konsorten betreffend die Zukunft der Art Basel am Standort Basel 27
40. Anzug 2 Béla Bartha und Konsorten betreffend Methoden zur Förderung von bidirektionalen DC-Ladestationen 29
41. Anzug 3 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung - MINT-Förderung für alle, ab der ersten Stunde 30
42. Anzug 4 Harald Friedl und Konsorten betreffend Schaffung von mehr sicheren Veloabstellplätzen 30
43. Anzug 5 Johannes Barth und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufswelten in der Primarschule entdecken 31
44. Anzug 6 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufsberatung im Gymnasium. Monitoring und bessere Unterstützung bei Abbrüchen 33
45. Anzug 7 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend sicher in Tram und Bus. Nicht nur während der Fahrt, sondern auch beim Ein- und Aussteigen 33
46. Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen 34

Beginn der 49. Sitzung

Mittwoch, 21. Januar 2026, 09:00 Uhr

29. Budgetpostulat 7 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi)

[21.01.26 09:00:20, 25.5572.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen.

Rücktritt aus dem Grossen Rat

Unser Mitglied Erich Bucher hat uns mitgeteilt, dass er auf den 10. März aus dem Grossen Rat zurücktreten wird. Wir werden ihn an seiner letzten Sitzung am 11. Februar gebührend verabschieden.

Letzte Sitzung Franziska Roth

Heute ist die letzte Sitzung von Franziska Roth. Sie ist seit 2013 Mitglied des Grossen Rates und war Mitglied in der GPK, der Petitionskommission, der PUK Biozentrum und der IGPK UKBB. Noch Mitglied ist sie in der Disziplinarkommission und natürlich in der Bildungs- und Kulturkommission, die sie seit 2021 präsidiert. Wir verlieren mit Franziska Roth eine sehr erfahrene Politikerin und möchten uns sehr herzlich für die geleisteten Dienste bedanken. [Applaus]

Letzte Sitzung Andrea Elisabeth Knellwolf

Heute ist auch die letzte Sitzung von Andrea Elisabeth Knellwolf. Sie ist seit 2014 Mitglied des Grossen Rates und war Mitglied der Begnadigungskommission, der Spezialkommission Klima und der Bau- und Raumplanungskommission. Sie ist noch Mitglied der IGPK Rheinhäfen, der Petitionskommission, der Regiokommission, der Delegation des Oberrheinrates und der WAK, die sie seit 2021 präsidiert. Wir verlieren mit Andrea Elisabeth Knellwolf ebenfalls eine sehr erfahrene Politikerin und möchten uns ebenfalls ganz herzlich für die geleisteten Dienste bedanken. [Applaus]

Abgabe persönliche Vorstösse

Da das Geschäftsverzeichnis Februar bereits diesen Freitag publiziert wird, können darin nur persönliche Vorstösse abgedruckt werden, welche bis heute 12.00 Uhr dem Ratssekretariat abgegeben werden. Bitte die Vorstösse jeweils auch per Mail an parlamentsdienst@bs.ch senden.

Dies waren meine Mitteilungen. Wir kommen zurück zur Traktandenliste, Traktandum 29.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Nochmals zum Ablauf. Zuerst haben wir Einzelvoten und am Schluss kann die Antragsstellerin oder der Antragssteller noch das Schlussvotum halten. Ich habe Andrea Elisabeth Knellwolf als erste Sprecherin eingetragen.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich möchte zum Geschäft nur etwas sagen, ich werde mit meiner Fraktion stimmen, allerdings mit etwas zwiespältigen Gefühlen, aber ich werde das tun, so ist halt die Politik und ich möchte mich vor allem hier an dieser Stelle von Ihnen verabschieden. Wie gehört, ist das die letzte Sitzung. Ich habe mich sehr über Ihren warmen Applaus gefreut. Es entspricht jetzt meiner Lebensplanung, dass ich jetzt aufhöre und ist für mich rundum stimmig. Ich bin gespannt, was jetzt kommt. Mein erstes Votum hielt ich übrigens zum Thema Sterbehilfe in Altersheimen, aber viel mehr und viel lieber erinnere ich mich an all die Babys, die hier verkündet werden konnten und ich wünsche diesen und Ihnen allen von Herzen eine gute Welt, eine gute Zukunft, alles Gute.

Ich habe mir etwas überlegt, wie ich mich bedanken kann bei Ihnen für Ihren Einsatz. Ich habe eine Nachtschicht eingelegt und habe kiloweise gebrannte Mandeln gekocht diese Nacht und die sind ungefähr so hart wie die Politik. Sie sind ungefähr gleich ungesund wie die Politik oder auch gleich gesund, je nachdem, welchen Teil der Mandeln man anschaut, und sie sollen Ihnen vor allem Freude und Energie geben, um weiterzumachen, um für Freiheit und Frieden und Entfaltung für alle zu arbeiten.

Ich danke Ihnen sehr herzlich. Kommen Sie vorbei an meinem Tisch, Sie wissen ja, wo Sie mich finden, es hat, solange es hat, und das gilt wirklich auch für die Medienschaffenden und Sie alle. Also Sie werde ich natürlich beliefern, Sie dürften ja nicht weg. Vielen Dank, das war es von meiner Seite.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber ohne Abtrittsrede.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte gerade sagen, Sie müssen mich noch ein bisschen aushalten. Ich möchte dieses Budgetpostulat unterstützen aus verschiedenen Gründen. Wir haben ja auch aus unserer Fraktion schon vor einiger Zeit mal den Anzug überwiesen bekommen von Ihnen, dass wir dieses Angebot ausbauen und es macht auch wirklich Sinn. Ich kann Ihnen sagen, ich veranstalte in Basel und in Zürich und in Zürich, wenn man da an der Kasse steht, dann wird man sehr oft gefragt, nehmen Sie auch die KulturLegi. Also die KulturLegi in Zürich ist total etabliert, es ist überhaupt nicht irgendwie ein Stigma, dass man diese KulturLegi hat und sie auch einsetzt und in Basel ist dieses Angebot völlig unterentwickelt. Also man kann da viel mehr machen, die Zugänglichkeit zur Kultur viel besser stärken und es ist weitaus die bessere Massnahme als diese Preispolitik, die Einzug hält im Kanton Basel-Stadt.

Ich weiss, ich mach mich hier ein bisschen unbeliebt, aber diese Von-bis-Preise, die angeboten werden unter der Prämisse, zahl, so viel du kannst, mit der habe ich ein bisschen Mühe, weil es ist eigentlich nicht, zahl, so viel du kannst, wenn man zwischen 15 und 25 Franken wählen kann, sondern es heisst, zahl, so viel du willst und oftmals in der Kultur bedeutet das dann, der Rest zahlt der Steuerzahler. Ich finde eigentlich, diese KulturLegi ist das Instrument, dass über die Prämienverbilligung gekoppelt ist, also wenn man Prämienverbilligung beanspruchen kann, kann man auch diese KulturLegi beanspruchen und bekommt dann bei diesen Veranstalter*innen, die dieses Angebot anbieten, einen günstigeren Preis. Das ist wirklich ein sehr schlaues Instrument und ich bin sehr dankbar, dass Bruno Lötscher hier das auch anerkannt hat und das Budgetpostulat einreicht. Ich möchte wirklich bitten, dass Sie das breit unterstützen von links bis ganz rechts.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Messerli. Diese wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Johannes Sieber, die GLP hat jetzt mehrere Budgetpostulate eingereicht und unterstützt zahlreiche Budgetpostulate. Ist das die konsequente Sparpolitik der GLP, welche sie vom Regierungsrat verlangt?

Johannes Sieber (GLP): Ich weiss, Sie haben das noch nicht verstanden, aber die GLP ist eigentlich nicht für eine Sparpolitik, sondern für ein Haushalten der Gelder, die über Steuern hereinkommen. Und ich habe jetzt gerade ein Beispiel gemacht, wie wir diese Steuergelder gut einsetzen können, über diese KulturLegi und nicht einfach breit gestreut.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen hier in Vertretung des Regierungspräsidenten Conradin Cramer die Haltung des Regierungsrats darlegen. Wir möchten Ihnen beantragen, das Budgetpostulat nicht zu überweisen. Seit 2019 wird das Projekt KulturLegi der Caritas beider Basel vom Kanton Basel-Stadt mit einem Staatsbeitrag gezielt gefördert. Aktuell, also in der letzten Periode 2022 bis 2025 waren das 20’000 Franken pro Jahr. Das Gesamtbudget des Projekts beträgt gemäss Jahresrechnung 2024 rund 80’000 Franken. Davon finanzieren neben dem Kanton Basel-Stadt auch der Kanton Baselland mit 10’000 Franken sowie die Christoph Merian Stiftung mit 20’000 Franken einen substanziellen Teil. Weitere Mittel werden durch spezifische Aktionen der Trägerschaft beigetragen, etwa durch Spendenaufrufe, den Weihnachtsbrief, den Beitrag Caritas Netz oder die Aktion Fair Friday. Der Regierungsrat anerkennt, dass sich gemäss den aktuellen statistischen Informationen die Nutzungszahlen der KulturLegi erfreulich entwickeln und dass dazu auch massgeblich technische Optimierungen seitens der Trägerschaft Caritas beider Basel in Zusammenarbeit mit dem Kanton, also insbesondere dem WSU beigetragen haben. Das ist insgesamt erfreulich.

Wie der Regierungsrat im Herbst 2024 in seiner Beantwortung des Anzugs von Johannes Sieber und Konsorten betreffend Stärkung der Teilhabe an Kultur durch Ausbau und Konsolidierung des Angebots der KulturLegi erläutert hat, unterstützen wir auch weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten die private Trägerschaft der KulturLegi, diesen möglichst niederschwelligen Zugang für die Anspruchsgruppen zu ermöglichen. Es ist für den Regierungsrat unbestritten, dass das Projekt KulturLegi auch für die nächste Staatsbeitragsperiode substanziell gefördert werden soll. Auch eine massvolle Erhöhung ist für uns denkbar, aber wir möchten deshalb zum jetzigen Zeitpunkt, weil diese Verhandlungen noch nicht ganz abgeschlossen sind, da nicht uns eine Zahl vorgeben lassen. Dafür möchte ich Sie um Verständnis bitten und mache Ihnen beliebt, das Budgetpostulat abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurz fassen. Wie mein Vorredner Johannes Sieber möchte ich das gleiche sagen, bei mir ist es auch keine Rücktrittsrede, ich bleibe auch noch. Ich bin total erschrocken, als es geheissen hat, Rücktritt des Grossrats Eric.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist ein spezieller Moment, so früh am Morgen mit Ihnen in Kontakt zu treten auf diese Art und Weise nach zwei Rücktritten, die tatsächlich an die Substanz unseres Rates gehen, zwei sehr verdiente Mitglieder sind dann bald nicht mehr da. Aber wir haben Gelegenheit, weiterhin Gutes zu tun und eine dieser Möglichkeiten böte sich heute mit diesem Budgetpostulat KulturLegi. Ich habe jetzt zwar gehört, dass der Regierungsrat bereit ist, das weiterhin zu unterstützen im Rahmen der Möglichkeiten, da musste ich noch etwas staunen, weil der Rahmen der Möglichkeiten ist ja im Moment 20’000 Franken. Das ist also ein relativ bescheidener Betrag, der der Kanton Basel hier beisteuert. Die CMS steuert 18’000 Franken bei, das ist enorm wichtig, und Baselland 10’000 Franken.

Worum geht es? Mit dieser KulturLegi können armutsbetroffene Menschen in diesem Kanton, aber auch im Nachbarkanton an der kulturellen Teilhabe wirklich aktiv dabei sein. Etwa 330 Organisationen und Veranstaltungen sind aktuell im Veranstaltungskalender vergünstigt aufgeführt. Für diesen bescheidenen Betrag, den wir hier bis jetzt bezahlen, gibt es Vergünstigungen von 30 bis 100% für Leute, die es wirklich nötig haben. Und jetzt, warum macht das Sinn? Wenn wir uns überlegen, wir bezahlen relativ viel für Kultur, etwa 160 Millionen gemäss Kulturleitbild 2026 bis 2031, davon etwa 96 Millionen ohne die Museen, und die andere Seite der Medaille sind natürlich die Teilnehmer an diesen kulturellen Veranstaltungen, die Leute, die da hingehen. Und wir haben halt einige Menschen in diesem Kanton mit weniger Geld und die sollen eigenverantwortlich, das ist auch eine Integrationsgeschichte, eigenverantwortlich möglichst überall dabei sein können und sind halt darauf angewiesen, dass es etwas günstiger ist. Jetzt können wir von der Caritas her, wie ich das erfahren habe, diese Leistungen in diesem Umfang von der Caritas nicht mehr erbringen, weil die Zahl der Karten, obwohl wir in Basel relativ wenig Karteninhaber im Vergleich zur Schweiz haben, massiv gestiegen ist auf fast 5’000 Teilnehmende in den letzten drei Jahren. Der Betrag ist aber gleich geblieben.

Es braucht etwa 50’000 Franken mehr schon in diesem Jahr nur an Personalkosten, um dieses Angebot aufrechtzuerhalten und die Caritas kann das nicht mehr aus eigenen Mitteln schöpfen, weil, das wissen wir alle, die Caritas ja im Wesentlichen abhängig ist von Unterstützungsbeiträgen der Kirchen und die sind ja rückläufig, da gibt es ja gewisse Probleme mit den Mitgliederzahlen, da ist nicht beliebig einfach mehr Geld vorhanden. Und wenn wir also wollen, dass diese Teilnahme weiterhin möglich ist, dann bitte ich Sie schon sehr darum, über den Schatten zu springen und mal ein Budgetpostulat zu akzeptieren, das nun wirklich sinnvoll ist, bescheiden ist und eine enorme Hebelwirkung hat, enorm viel bewirken kann.

Lassen Sie mich noch ein, zwei Sätze sagen zum Budgetpostulat. Ich habe ja gehört an der letzten Sitzung von Luca Urgese, von Joël Thüring und von Olivier Battaglia, dass das eigentlich etwas schräg in der Landschaft liege, der Garten sei ja jetzt bestellt, wurde da gesagt, in einem schönen Bild. Ich muss Ihnen sagen, da liegen Sie falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen, da liegt Ihr wirklich falsch. Es ist eben so vorgesehen, budgetrechtlich, dass diese sogenannten Verschlechterungen des Budgets nicht in der Budgetdebatte stattfinden, sondern in der Januarsitzung. Das Gesetz sieht das ausdrücklich so vor, § 49 der Geschäftsordnung des Grossen Rates hat das so geregelt. Also bitte, hören Sie doch auf, die Budgetpostulate per se schlecht zu reden und zu sagen, wir schauen die gar nicht mehr an, denn wir haben das Budget ja verabschiedet. Der Gesetzgeber hat eine gescheite Lösung getroffen. Das Budget soll verabschiedet werden können in der Dezembersitzung und die Budgetpostulate, die werden halt dann in der Januarsitzung angeschaut und später dann nochmals zurückgebracht, damit das Budget wirklich durch ist.

Ich bitte Sie also, springen Sie auch von bürgerlicher Seite hier über den Schatten, unterstützen Sie das im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 31 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008163, 21.01.26 09:17:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 63 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden, das Budgetpostulat zu überweisen.

30. Budgetpostulat 8 Laurin Hoppler betreffend Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa)

[21.01.26 09:17:55, 25.5573.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Wir haben nur Einzelsprechende, keine Fraktionssprechenden. Amina Trevisan hat sich als erstes gemeldet.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion unterstützt dieses Budgetpostulat mit voller Überzeugung. Es geht um drei langjährige etablierte Quartiertreffpunkte, die in unseren Quartieren unverzichtbare Arbeit leisten. Den Treffpunkt Breite mit mobiler Altersarbeit, den Quartiertreffpunkt Wettstein «Altersgerechtes Wettstein» und den Quartiertreffpunkt LoLa mit mobiler Quartierarbeit. Bisher wurden diese Projekte aus Projektmitteln und Stiftungen finanziert. Die kantonale Finanzierung lief Ende 2025 aus und eine beantragte Überbrückungsfinanzierung wurde von der Regierung abgelehnt. Ohne zusätzliche Mittel von insgesamt 439’000 Franken müssten die Angebote ab 2026 stark reduziert oder eingestellt werden. Fachpersonal ginge verloren, gewachsene Vertrauensbeziehungen würden unterbrochen, auf öffentlichen Mitteln aufgebaute Strukturen entwertet. Das wäre ein klarer Widerspruch zum Legislaturziel im Legislaturplan 2025 bis 2029, und zwar mit dem Titel «Lebenswerte Quartiere fördern und eine bedarfsgerechte soziokulturelle Infrastruktur sicherstellen». Die beantragte Erhöhung sichert die Vollkostenregelfinanzierung ab 2026. Sie gewährleistet, dass die Projekte ohne Unterbruch weitergeführt werden, dass personal- und strukturintensive Angebote erhalten bleiben und dass die Projekte aus dem Projektstatus in eine stabile Regelstruktur überführt werden. Eine dringend notwendige Planungssicherheit nach Jahren unsicherer Finanzierung.

Diese Treffpunkte sind nicht nur theoretisch wichtig, sie wirken nachweislich. Die FHNW und die HSLU haben die Projekte evaluiert. Nutzungszahlungen, Veranstaltungen, Quartier-Feedback zeigen, diese Angebote erreichen Menschen, die sonst unsichtbar bleiben, fördern soziale Teilhabe, stärken den Zusammenhang in den Quartieren und unterstützen Menschen im Alltag, die auf andere Weise kaum erreicht würden. Manche sagen, professionelle Quartierarbeit verdränge Freiwillige. Das Gegenteil ist richtig. Fachkräfte schaffen den Rahmen, in dem freiwilliges Engagement erst möglich wird. Ohne professionelle Betreuung wären genau die Menschen ausgeschlossen, die am meisten von Mitgestaltung profitieren. Kurz gesagt, dieses Budgetpostulat ist eine Investition in stabile, hochwertige soziale Strukturen. Es sichert die Fortführung bewährter Angebote, setzt den Legislaturplan 2025 bis 2029 um und stärkt die soziale Teilhabe und Nachbarschaft in Basel-Stadt langfristig.

Und zum Schluss, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Erhöhung sichern wir nicht nur Franken, wir sichern Vertrauen, Kontinuität und lebendige Quartiere. Wir investieren in Menschen, die sonst niemand erreicht. Wir investieren in eine Stadt, in der Nachbarschaft, Zusammenhalt und Teilhabe nicht vom Zufall abhängig, sondern strukturell verankert sind. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion diese 439’000 Franken Erhöhung für die Quartiertreffpunkte Breite, LoLa, Wettstein ohne Wenn und Aber.

Balz Herter, Grossratspräsident: Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es mag Sie ja überraschen oder vielleicht auch nicht, dass die GLP dieses Budgetpostulat zur Überweisung empfiehlt, denn eigentlich spricht ja alles dagegen. Der Betrag ist sehr hoch oder zu hoch und die Ausführungen sind zu vage, um via Budgetpostulat gesprochen zu werden. Darum sollte die weiterführende Finanzierung der aufgeführten Projekte eigentlich von einer vorberatenden Kommission geprüft werden. Sollte die Wirkung der Projekte weiterhin gewünscht sein, scheint es uns prüfenswert, wie diese Wirkung über den Wirkungskreis der hier aufgeführten Quartiertreffpunkte oder die Projekte der Quartiertreffpunkte hinausgesichtet werden kann. Zudem erschliesst es uns auch nicht, warum sich die einen Quartiertreffpunkte diese Leistungen über Projekte «finanzieren lassen», während andere dieselbe Arbeit einfach nebenher, bisher im Normalbetrieb schon, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gemacht haben. Gleichzeitig wissen wir aber auch aus den Quartieren, dass die hier genannten Projekte sehr wichtig sind. Die Chance auf die Weiterführung ab der nächsten Staatsbeitragsperiode ab 2028, das geht noch zwei Jahre, ist wahrscheinlich. Doch bis dahin erleiden die angelaufenen, wie man hört, erfolgreiche Projekte einen unnötigen Unterbruch. Diese Zwischenphase, die Pausierung der Projekte bedeutet Knowhow-Verlust, wir haben es gehört, Stillstand und Neuanfang dann ab 2028.

Das macht generell wenig Sinn. Ursprünglich beispielsweise wurde das LoLa vom Präsidialdepartement angefragt, ob sie für das Gebiet Lysbüchel eine mobile Quartierarbeitsequipe betreiben könne. Für die Zwischennutzungsareale war der Bedarf gering, jedoch wurde die mobile Quartierarbeit ein wichtiger Akteur in den neuen Wohnbaugebieten. Gerade aus diesem Gesichtspunkt ist es nun schwer nachvollziehbar, dass bei den Verhandlungen, die im Ratschlag in Aussicht gestellt wurden und darauf verwiesen wurde, dass man die regulären Verhandlungen jetzt nun abwarten soll, eine Pausierung der Beiträge zur Folge hat. Anscheinend, das haben wir jetzt von Amina Trevisan gehört und das habe ich auch sonst gehört, habe die Fachhochschule das Projekt evaluiert und einen Bericht erstellt, dieser sei aber nicht öffentlich und man verfüge nicht über Kenntnisse betreffend dessen Inhalt. Es wird vermutet, dass er eine Empfehlung zur Weiterführung enthält, welche eine Überbrückungsfinanzierung rechtfertigen würde.

Die Fraktion der Grünliberalen empfiehlt deshalb die Überweisung des Budgetpostulats im Sinne einer Erstüberweisung. Wir wünschen uns vom Regierungsrat einen ausführlichen Bericht, der aufzeigt, warum die Wirkung dieser Projekte seiner Auffassung nach entbehrlich sind, wenn allenfalls auch nur vorübergehend, zwei Jahre Pause. Zudem wüssten wir gerne, inwiefern die Thematik von anderen Quartiertreffpunkten bearbeitet wird respektive mit welchen Massnahmen flächendeckend der Bedarf an mobiler Quartierarbeit abgedeckt werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Das Budgetpostulat fordert die Überführung von drei mehrjährigen Projekten der Quartierarbeit in die Regelstruktur. Die mobile Quartierarbeit St. Johann des Treffpunkts LoLa, die mobile Quartierarbeit Breite und St. Alban des Treffpunkts Breite sowie «Altersgerechtes Wettstein» des Quartiertreffpunkts Wettstein. Insgesamt werden 439’000 Franken pro Jahr dafür beantragt. Die Quartierarbeit leistet einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt gegen Einsamkeit und bietet Informationsvermittlung, Beratung und Triage bei individuellen Fragestellungen. Die mobile Quartierarbeit hat dabei in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Ergänzend zu den Quartiertreffpunkten als räumliche Angebote zielt sie darauf, Quartierbewohnende, insbesondere auch schwerer erreichbare Bevölkerungsgruppen direkt in ihrem Lebensumfeld zu unterstützen. Aufgrund der demografischen Entwicklung entstanden in den letzten Jahren zudem auch neue Angebote für Seniorinnen und Senioren.

Der Bedarf für mobile Quartierarbeit sowie der Fokus auf die Zielgruppe Seniorinnen und Senioren soll im Rahmen der nächsten Staatsbeitragsverhandlung im Jahr 2027 dann im gesamtkantonalen Kontext betrachtet und beurteilt werden. Der Regierungsrat hat deshalb die Überführung der drei Projekte in die Regelstruktur zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt und wird die langfristige Finanzierung dieser Projekte für die Staatsbeitragsperiode 2028 bis 2031 prüfen. Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, auf das Budgetpostulat nicht einzutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Kurze Erinnerung, weil es letzte Woche war, Joël Thüring hat es schon beim ersten Budgetpostulat gesagt, die SVP lehnt alle Budgetpostulate ab, dennoch möchte ich zu diesem Budgetpostulat kurz etwas sagen. Wir haben es schon gehört, es geht um diese drei Quartiertreffpunkte, wo 439’000 Franken gefordert wird. Vielleicht zuerst eine allgemeine Bemerkung. Es wird hier jeweils Geld gefordert für Organisationen, es wird aber kein Wort darüber verloren, meistens in den meisten Budgetpostulaten, dass hier auch Drittmittel von Privaten generiert werden könnten und es wird oft auch etwas suggeriert, dass es ohne die Finanzierung des Staates nicht geht. Zitat Vorstoss: Ohne zusätzliche Mittel (hier sind natürlich die Mittel vom Staat gemeint) müssten die Angebote ab 2026 stark reduziert werden. Weshalb? Man kann doch auch von anderer Quelle Mittel generieren und hier schauen, dass gute Projekte, wenn sie gut sind, lassen sich auch

die finanziellen Mittel dafür finden, die Projekte auch weiterführen. Aber hier wird wieder das Geld vom Papa Staat gefordert, hier soll der Staat das Geld rausrücken, ohne dass man hier dann einen eigenen Effort leistet. Also schon allein wegen dem müsste man dieses Budgetpostulat ablehnen.

Dann kann man aber auf diese drei Quartiertreffpunkten noch spezifisch eingehen, insbesondere hier auf das LoLa möchte ich eingehen. Mögen Sie sich erinnern an diese unsäglichen Uni-Besetzungen von der Gruppe Unibas 4 Palestine mit Sachbeschädigungen, Räumungen, Beschimpfungen und antisemitischen Vorfällen? Genau diese antisemitische Gruppierung führte mehrfach Propagandaveranstaltungen mit extremistischen Inhalten genau in diesem LoLa durch. Prime News hat das aufgedeckt, Zitat Prime News: Die Veranstaltungen, darunter Filme und Vorträge mit antiimperialistischen und pro palästinensischen Inhalten richten sich laut Experten möglicherweise gezielt an Jugendliche, um sie zu radikalisieren. Zitat Ende. Das LoLa sollte neutral sein, das musste aufgedeckt werden. Mehrfach wurden dort diese Veranstaltungen durchgeführt, nicht nur einmal. Sollen wir für das Steuergelder ausgeben, für so etwas, das unterstützen? Es ist absolut richtig, wenn man an das denkt, dass wir hier so etwas nicht unterstützen und ich denke, der Regierungsrat weiss schon, warum er hier das Geld nicht gesprochen hat.

Auch beim Quartiertreffpunkt Wettstein habe ich etwas recherchiert und auch dieses Projekt nachgeschaut. Man hat verschiedene Zahlen gefunden, wie teuer das Projekt ist oder war, ob das über ein oder mehrere Jahre war, aber um die 100’000 Franken war das Projekt über mehrere Jahre, zwei, drei Jahre. Hier werden jetzt aber 150’000 Franken gefordert. Auch hier habe ich mich gefragt, weshalb. Ich konnte es leider nicht herausfinden anhand der öffentlichen Quellen, aber auch hier scheint es mir, dass man die vollständige Finanzierung dieses Projekts eben wieder nicht über Drittmittel, sondern direkt komplett und vollständig über den Staat finanzieren lassen möchte. Sie sehen also, es gibt einige Gründe, abgesehen von den allgemeinen, dass man Budgetpostulate ablehnt, dieses spezifische Budgetpostulat abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Trevisan. Diese wird entgegengenommen.

Amina Trevisan (SP): Vielen Dank für die Annahme der Frage. In meinem Votum habe ich aber sehr wohl darauf verwiesen, dass auch Stiftungen die Quartiertreffpunkte finanzieren. Aber meine Frage lautet, sind Sie mit mir einig, dass die Quartiertreffpunkte in Basel unverzichtbar sind für Basel?

Laetitia Block (SVP): Ich glaube, es ist gut, wenn es solche Projekte gibt. Unverzichtbar, ich bin etwas sparsamer mit dem Wort wahrscheinlich als Sie.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Antragsteller Laurin Hoppler hat das Wort.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Der Regierungsrat schreibt in seinem Legislaturplan, dass sie lebenswerte Quartiere fördern wollen und das Zusammenleben stärken. Das ist ein Legislaturziel, das gerade in heutigen Zeiten eine hohe Bedeutung hat und dafür brauchen wir eine funktionierende soziokulturelle Infrastruktur und diese ist zentral. Und eine von den wichtigsten Rollen einer solchen Struktur spielen da die Quartiertreffpunkte und ihre Projekte und Angebote, welche sie ausführen in unserer Stadt. Genau darum geht es in diesem Budgetpostulat. Drei bewährte Quartiertreffpunkte mit ihren Projekten verlieren dieses Jahr die kantonale Finanzierung. Und sie werden nicht nur kantonal finanziert, sie bemühen sich auch um Drittmittel und haben auch bereits Drittmittel. Die Projekte sind teils seit Jahren im Projektstatus, zusätzlich zu den Staatsbeiträgen, die die Quartiertreffpunkte bekommen, und mittlerweile tragen sie massgeblich zur Regelstruktur dieser Treffpunkte bei.

Zum Beispiel die mobile Quartierarbeit vom Treffpunkt Breite bringt eigentlich den Treffpunkt direkt ins Quartier. Ein Team ist da regelmässig unterwegs, zu Fuss oder mit einem Cargovelo, informiert an öffentlichen Orten und organisiert Angebote, die nicht nur immer an einem Ort stattfinden, sondern auch an verschiedenen Orten. In einem Quartier zum Beispiel wie dem St. Johann, wo die mobile Quartierarbeit St. Johann arbeitet, eigentlich so wie eine Aussenstation des Quartiertreffpunkts LoLa, das ist ein Quartier, das über 1’000 neue Bewohnende hat, sich stark weiterentwickelt und da ist es umso wichtiger, dass wir diese Angebote haben, welche eben von Anfang an dieses Zusammenleben im Quartier unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen stärkt und unterstützt. Das Projekt «Altersgerechtes Wettstein» ist auch ein Projekt, das die Arbeit zu den älteren Menschen bringt, also direkt dorthin geht, wo diese Menschen sind. Das ist wichtig für Menschen, die vielleicht nicht die Möglichkeit haben, direkt zu einem Angebot zu gehen. Und so werden eigentlich Senioren und Seniorinnen unter anderem auch abgeholt und unterstützt, dass sie am Quartieralltag ganz normal wie alle anderen teilnehmen können.

Und jetzt kommt der gemeinsame Nenner dieser Projekte, sie stecken alle in der finanzpolitisch gleichen Situation, weil alle drei vom Regierungsrat eine Überbrückung beantragt haben. Diese versprochenen Neuabsprachen haben stattgefunden, doch sie sind beim Regierungsrat abgeblitzt und wurden eigentlich einfach mit einer späteren Aufnahme in Aussicht gestellt und die wäre halt erst 2028. So kann man vielleicht Finanzpolitik machen, aber ein Quartier funktioniert nicht dementsprechend. Ein Quartier ist immer in Entwicklung und man kann es nicht zwei Jahre einfrieren und dann plötzlich wieder auftauen und alles geht weiter, wie es vorhin aufgebaut wurde über längere Zeit. Diese unnötige Lücke möchte ich mit diesem Budgetpostulat schliessen. Wenn wir das nicht machen, dann müssen die Angebote abgebaut oder eingestellt, verkleinert werden, es geht Fachwissen verloren und kurz gesagt, wir entwerten genau diese Strukturen, die der Kanton mehrere Jahre mitfinanziert hat.

Darum ist dieses Budgetpostulat eigentlich sehr simpel. Wir unterstützen hier drei Projekte, nicht, weil sie keine Finanzierung mehr haben, weil sie schlecht funktionieren oder schlecht organisiert sind oder kein Bedarf besteht, sondern einfach, weil sie in einem Projektstatus hängengeblieben sind und jetzt eigentlich der Realität nach bereits eine tragende Funktion in der soziokulturellen Infrastruktur einnehmen und im Regelbetrieb sind. Ich bitte Sie auch darum im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, diesem Budgetpostulat zuzustimmen und auch damit zu verhindern, dass soziokulturelle Infrastruktur entwertet wird in unserer Stadt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 35 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008165, 21.01.26 09:38:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 59 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

31. Budgetpostulat 9 Patrizia Bernasconi betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, Öffentlicher Verkehr (Globalbudget), (Nachtzugverbindung nach Malmö)

[21.01.26 09:38:51, 25.5574.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Daniel Seiler hat sich gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Sie wollen hier entgegen der Empfehlung des Regierungsrats, des Nationalrats und auch der betroffenen SBB einen Nachtzug durchdrücken. Ich frage, haben Sie einmal einen Realitätscheck gemacht, haben Sie einmal über die Bedürfnisse dieses Nachtzugs Abklärung getroffen, das Ganze angeschaut? Die NZZ hat es gemacht und hat mit Anbietern von Nachtzügen in Europa gesprochen. Der eine Nachtzuganbieter heisst Snälltåget oder so, ich bin kein Schwede, das Unternehmen würde zwischen Basel und Malmö keine Verbindung von Nachtzügen anbieten. Das Unternehmen führt aus, dass es möglicherweise Bedarf gibt von Basel nach Malmö, in die andere Richtung scheint es keinen Bedarf zu geben. Die Schweiz wird hier als zu teuer angeschaut, wenn schon Verbindungen in grössere Hauptstädte

müssten in Kombination stattfinden. Das andere befragte Unternehmen kommt aus der Niederlande, heisst European Sleeper. Da meint man, dass alleine die leicht degressiv angesetzte Subvention zeige, dass es hier nicht um eine Anschubfinanzierung handeln kann, sondern eben, dass es eine dauernde Subventionierung brauchen würde. Der Chef von dieser Firma European Sleeper ergänzt dann auch noch, wer so viel Geld erhalte wie die Betreiber der Linie, der müsste fast keine Tickets mehr verkaufen. Ich bitte Sie also, verzichten Sie auf diese Überweisung des Budgetpostulates, weil das Angebot eigentlich keinem Bedürfnis entspricht und wir uns wirklich in Zukunft solche Symbolpolitik für 10 Millionen bald wirklich nicht mehr leisten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Es sollte nicht die Aufgabe von Städten sein, einen Nachtzug finanzieren zu müssen. Deswegen und weil die SBB klar machte, dass selbst bei einer Finanzierung der Nachtzug nicht mehr wie geplant im April zustande kommen würde, ist die SP auf offen. Es sollte wirklich nicht die Aufgabe von Städten sein, einen Nachtzug finanzieren zu müssen, doch es ist schon alarmierend, wie der Bund sich über das CO_2-Gesetz hinwegsetzt, das explizit die Förderung von Nachtzügen beinhaltet. Generell sollte es das Ziel sein, alternative Reisemöglichkeiten zu dem extrem emissionsstarken Flugzeug anzubieten.

Obwohl das revidierte CO_2-Gesetz eigentlich bis zu 30 Mio. Franken jährlich für die Förderung von Nachtzügen vorsieht, wurden nur 10 Millionen veranschlagt und nun auch diese Förderung gestrichen. Das eingesparte Geld kommt aber nicht dem Bundeshaushalt zugute, sondern wird für die Förderung von nachhaltigem Flugtreibstoff verwendet. Nun sollen die gesamten öffentlichen Gelder den Airlines zugutekommen und die Nachtzüge gehen leer aus. Die Flugtickets können so weiterhin günstig gehalten werden. Ich frage Sie, Daniel Seiler, ist da nicht auch eine Dauersubventionierung vorhanden, von der Sie so Angst bei Nachtzügen haben?

Die Schweizer Politik trägt jedoch eine Verantwortung und wir haben das Pariser Klimaabkommen und in Basel die Netto-Null-Strategie. Es kann nicht sein, dass diese Verantwortung und Abkommen nicht wahrgenommen werden und dass das Geld, das reserviert ist für Massnahmen im Verkehr, nicht auch für Nachtzüge eingesetzt wird. Ich kann das Vorgehen in Bern nicht nachvollziehen. Ich war vorletzten Sommer selbst in Malmö, mit dem Nachtzug nach Hamburg und dann weiter via Kopenhagen nach Malmö. Ich kann Ihnen sagen, ich wäre froh um einen direkten Nachtzug gewesen. Ich hatte nicht nur eine Woche zur Verfügung, sondern mehr Zeit, aber Zugausfälle und Wartezeiten beim Umsteigen erschwerten die Reise sehr. Zudem haben andere nicht so viel Zeit und wären sehr froh, eine Alternative zur Flugverbindung zu haben.

Es kann nicht sein, dass die beschlossene Nachtzugförderung nicht umgesetzt wird. Die SP spricht sich klar für die Förderung von Nachtzügen aus. Dies sollte eigentlich auch das Bundesparlament tun. Ob das vorliegende Budgetpostulat das richtige Instrument dafür ist, kann man hinterfragen. Auch die Höhe des Betrags dieses Budgetpostulats ist beträchtlich. Ein Anzug der SP wurde letzte Woche eingereicht, der die Förderung des internationalen Zugverkehrs fordert. Das Budgetpostulat ist also nicht alleine auf weiter Flur.

Meine persönliche Meinung ist abschliessend, wenn es also die in Bern nicht hinkriegen, dann müssen die Städte das zusammen regeln. Das heisst nicht, dass dies künftig zur Regel wird. Basel wäre Ausgangsbahnhof dieser Strecke, das betrifft uns und unsere Bevölkerung direkt. Das Signal an unsere Bevölkerung, dass der Grosse Rat zwar eine Resolution nach Bern schickt, aber nach dem Scheitern bei der Möglichkeit der Finanzierung andere Städte wie Zürich, Lausanne, Genf oder Bern potenziell einspringen lässt, fände ich schwierig. Wir haben es hier und jetzt in der Hand, ob es noch eine Chance gibt, dass dieser Zug an unserem Bahnhof losfährt oder nicht. Wenn der Innovationsfonds von 300 auf 400 Millionen aufgestockt wird, dann scheint es unseren Finanzen gut zu gehen. Wir können uns entsprechend die maximal 10 Millionen leisten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Teilen Sie nicht auch die Meinung, dass die Investition in Forschung und Entwicklung von nachhaltigem Benzin nachhaltiger wäre am Ende des Tages wie die Subventionierung von einem Zug?

Leoni Bolz (SP): Ich denke, es braucht beides und es ist nicht sinnvoll, das Fliegen zu subventionieren, ohne dass es Alternativen gibt, die emissionsärmer sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte das einmal einordnen. Obwohl ich ein Zugfahrer bin, muss ich jetzt einmal sagen, dass das eine Minderheit ist, die es betrifft. Das Zugticket nach Malmö kostet 300 Franken, der Flug kostet 100 Franken. Es ist klar, jeder will sparen, keiner verschenkt 200 Franken, darum nehmen nur 0,5% den Zug. Es ist kein Prozent, das den Zug nimmt. 10% fahren mit dem Auto nach Malmö, 89,5% nehmen das Flugzeug und 0,5% nehmen den Zug. Und das sind einfach die Zahlen, die man sehen muss und ich verstehe wirklich nicht, warum ich seit Wochen und Monaten immer das mit diesem Nachtzug lese. Ich erinnere mich, als ich die Lacher auf meiner Seite hatte, an Johannes Barth, der nette Grossrat, als ich gesagt habe, ich möchte wieder den direkten Zug nach Moskau. Das ist etwas, das man dann wieder bringen könnte. Aber leider gibt es meine Lieblingspartei PdA, Partei der Arbeit, nicht mehr, die hätten meinen Antrag und meine Rede jetzt auch unterstützt und gesagt, Eric Weber hat recht, wir wollen den Nachtzug Basel-Moskau wieder.

Balz Herter, Grossratspräsident: Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt dieses Budgetpostulat, aber mit einigen Vorbehalten. Wenn wir Klimaziele ernst nehmen, brauchen wir Angebote, die Flüge ersetzen. Ein Nachtzug von Basel nach Malmö ist daher eigentlich ziemlich wichtig, weil er wirklich eine Alternative zum Flug darstellt. Basel als Grenzstadt ist ein wichtiger Verkehrsknoten, daher passt dieser Zug zu Basel auch umso mehr. Gleichzeitig sagen wir aber auch, wir finden es eigentlich falsch, wenn Kantone nationale oder internationale Bahnverbindungen mit kantonalen Geldern retten müssen. Diese Aufgabe ist eigentlich beim Bund. Warum unterstützen wir es dann trotzdem? Wir haben das diskutiert und wir sind zum Schluss gekommen, dass wir ein bewusstes Signal senden möchten von Basel nach Bern, weil diese Verbindung wichtig ist und auch verkehrspolitisch eine hohe Bedeutung für Basel als europäische Stadt hat.

Aber wenn wir hier einfach 10 Millionen sprechen, dann sicher nicht einfach so, sondern für uns braucht es klar Bedingungen, und zwar muss klar sein, für was das Geld ist und welche Leistungen damit gesichert sind. Es darf sich nicht um eine Dauersubvention handeln, das ist nicht das Ziel, sie ist befristet und es soll die Möglichkeit geben zu zeigen, dass dieses Angebot funktioniert und dass dieses Geld gut investiert ist. Der Bund muss in die Pflicht und wir möchten damit auch ein Stück weit Druck ausüben und zeigen, dass national diese Finanzierung unterstützt wird zukünftig und das ist wirklich eine Notlösung.

Unter dem Strich sagen wir, dass wir dem auch aus klimapolitischen Gründen zustimmen, aber wie gesagt, mit einem offenen Auge und es soll wirklich nicht zur Normalität werden, dass der Kanton Aufgaben, die der Bund hätte und nicht wahrnimmt, unterstützt. Daher bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dieses Budgetpostulat zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Jenny. Diese wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Herr Hoppler, Ihre Bedingungen finden sich nicht im Wortlaut dieses Budgetpostulates. Wie wollen Sie diese durchsetzen?

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Ich habe bei diesem Anliegen eigentlich auch das Vertrauen, dass der Regierungsrat, der ja jetzt einen Bericht erstellen muss über dieses Budgetpostulat, dem nachgehen wird und diese Bedingungen sicher klären wird. Dementsprechend, wie sie auch schon bundesweit gefordert wurden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Antragstellerin Patrizia Bernasconi hat das Wort.

Patrizia Bernasconi (BastA): Das Bundesparlament hat die Subventionen für den Nachtzug nach Malmö gestrichen. Die Begründung war sehr vereinfacht und zugespitzt, zu teuer für den Nachtzug, also subventionieren wir weiter die Flüge. Doch für mich lautet die entscheidende Frage nicht, ob 10 Mio. Franken viel Geld sind, sondern was ist langfristig wirklich teurer, 10 Mio. Franken oder jahrzehntelang Flüge zu subventionieren, die unser Klima belasten und Basel im europäischen Bahnnetz schwächen? Vergleichen wir diesen Betrag doch mit anderen Infrastrukturprojekten. Ein einziger Kilometer Autobahnausbau, etwa auf der A2 bei Basel, kostet bis zu 50 Mio. Franken. Wollen wir ernsthaft sagen, dass uns das Klima weniger wert ist?

Ein Nachtzug von Basel nach Malmö verursacht bis achtmal weniger CO_2-Emissionen als ein Flug. Trotzdem nimmt der Flugverkehr nach Skandinavien weiter zu. Rund 50 Flüge pro Woche verbinden die Schweiz mit Nordeuropa. Jeder einzelne davon belastet das Klima erheblich. Mit einem Nachtzug können wir konkret handeln. 2'100 Passagiere pro Woche könnten von der Luft auf die Schiene verlagert werden. Jeder einzelne spart hin und zurück rund 500 Kilogramm CO_2 im Vergleich zum Flug. Ein Nachtzug ist deshalb eine realistische, sofort wirksame Massnahme.

Doch es geht nicht nur um Klimapolitik, es geht auch um Basel als attraktive, gut vernetzte Stadt und um unseren Tourismus. Nicht ohne Grund wollte ich diese Mittel ursprünglich beim Präsidialdepartement genau bei der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing ansiedeln. Stellen Sie sich vor, zwei ESC-Städte, eine direkte Verbindung, Malmö 2024, Basel 2025. Ein Nachtzug zwischen diesen beiden Städten wäre ein starkes Symbol und ein echter PR-Gewinn. Wir würden gezielt junge, weltoffene und klimabewusste Gäste anziehen. Skandinavische Touristinnen und Touristen sind bekannt für ihre hohe Kaufkraft und ihre Affinität zu nachhaltigem Reisen. Warum sollen wir ihnen nicht den einfachsten Weg nach Basel bieten?

Ein weiteres Argument ist mir besonders wichtig. Europa investiert derzeit Milliarden in neue Bahnverbindungen, neue Nachtzugkorridore, neue Tunnel, neue Direktverbindungen und die Schweiz droht dabei an den Rand gedrängt zu werden. Basel ist das Tor der Schweiz nach Nordeuropa. Wenn wir hier schwache internationale Verbindungen haben, verlieren wir unsere zentrale Rolle im europäischen Bahnnetz. Wenn das Bundesparlament diese strategische Bedeutung nicht erkannt hat, dann müssen wir selber Verantwortung übernehmen. Die Nachfrage war da, die Tickets wurden bereits verkauft.

Jetzt aber zum Einwand, dass das Angebot nicht mehr besteht und die SBB diese Tickets bereits zurückerstattet hat. Auch dafür gibt es Lösungen und da bin ich eigentlich auch mit den Grünen einverstanden. Diese 10 Mio. Franken können als Anschubfinanzierung dienen und die ersten ein bis zwei Betriebsjahre absichern, um der SBB klar zu signalisieren, Basel steht hinter diesem Projekt. Ergänzend könnte sich Basel zeitlich begrenzt an den Betriebskosten beteiligen und weitere Städte für eine Kofinanzierung gewinnen. Das ist in diesem Budgetpostulat explizit vorgesehen, zumal in anderen Städten ähnliche Vorstösse eingereicht wurden oder noch werden. Das Risiko ist überschaubar, der Nutzen gross und, ich sage es nicht gerne, es gibt auch andere Anbieter als die SBB. So übernimmt beispielsweise die schon erwähnte European Sleeper die Linie Paris-Berlin, die die ÖBB eingestellt hat, und die SBB hätte die Leistung so oder so an die Firma RDC Deutschland übergeben.

Ist ein Budgetpostulat das richtige Instrument? Für mich ja. Es erteilt den politischen Auftrag, Lösungen zu prüfen und vorzulegen. Der Regierungsrat hat die Möglichkeit, in zwei Monaten einen Bericht vorzulegen. Also diese Mittel könnten auch als Defizitgarantie eingesetzt werden, wenn man es will, und ich bin der Meinung, rechtlich gesehen ist dieses Budgetpostulat beim Globalbudget richtig gesetzt. Es gibt die gesetzliche Grundlage dafür.

Meine Damen und Herren, 10 Mio. Franken sind viel Geld, aber was wir heute entscheiden, ist mehr als eine Budgetfrage, es ist auch eine strategische Frage. Ich bin auch der Meinung, dass der Bund zuständig ist, aber wenn der Bund nicht bereit ist, diesen Schritt zu gehen, dann sollte Basel den Mut haben, voranzugehen. Wir sollten nicht Forderungen an den Bund stellen, sondern selber auch handeln. Darum bitte ich Sie, stimmen Sie diesen 10 Mio. Franken zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Ebi. Diese wird entgegengenommen.

Alex Ebi (LDP): Die Zwischenfrage ist ganz einfach. Ich habe immer noch nicht verstanden, warum es ausgerechnet Malmö sein muss. Stockholm, Helsinki, da gibt es ja noch viele andere Städte.

Patrizia Bernasconi (BastA): Das war, was im Bundesparlament diskutiert worden ist, das war diese Verbindung und 10 Mio. Franken waren diese Gelder, die damals hätten gesprochen werden sollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 55 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008167, 21.01.26 09:58:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat nicht überweisen mit 55 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

32. Budgetpostulat 10 Heidi Mück betreffend Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel)

[21.01.26 09:58:15, 25.5575.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Heidi Mück hat das Schlusswort.

Heidi Mück (BastA): Ich hoffe, das ist kein schlechtes Zeichen, dass es zuerst vergessen wurde und jetzt sich niemand meldet. Ich hoffe, es flutscht in dem Fall durch, dieses Budgetpostulat. Ich habe es schon beim Text bei der Einreichung ziemlich ausführlich begründet, dies, weil die Sachlage doch ziemlich komplex ist und ich auch länger recherchieren musste, um überhaupt durchzublicken.

Auslöser war, dass ich im Oktober, November 2025 von Lehrpersonen erfahren habe, dass es kaum mehr Angebote der Naturpädagogik für Basler Schulen im Jahr 2026 gibt. Diese Angebote sind aber sehr beliebt und bringen auch viel. Es war dann ziemlich aufwendig herauszubekommen, was hier schiefgelaufen ist. Vielleicht werde ich der Komplexität der Situation nicht ganz gerecht, aber nach meinem Verständnis lief es tatsächlich so, dass die naturpädagogischen Angebote bis 2024 zu einem grossen Teil beim ED bei der Prävention beheimatet waren, dann wurden sie zum Amt für Wald und Wild transferiert mit der Absicht, diese Angebote zu bündeln und zu stärken. Da die Präventionsangebote im ED ja nicht so üppig ausgestattet sind, wurden diese naturpädagogischen Angebote zwar transferiert, aber nicht mit den dafür notwendigen Finanzen ausgestattet und so kam es, dass das Amt für Wald und Wild 2025 eingesprungen ist und aus eigener Tasche einige Angebote finanziert hat. Die Finanzierung ist jedoch nicht gesichert und es stehen nicht einmal die ursprünglich, also bis 2024 finanzierten Angebote zur Verfügung.

Deshalb also der Unmut der Lehrpersonen. Die naturpädagogischen Angebote sind nicht umsonst so beliebt. Die Kinder und Jugendlichen lernen bei diesen praktischen Naturerlebnissen nicht nur komplexe ökologische Zusammenhänge kennen, sondern erleben die ganze gesundheitsfördernde Wirkung eines Aufenthalts in der Natur, zum Beispiel Stressminderung, Konzentrationsförderung, Beruhigung und Förderung des Gemeinschaftsgefühls. Klar gibt es auch Lehrpersonen, die selbst mit ihrer Klasse in die Natur gehen, doch längst nicht alle trauen sich das zu. Sie profitieren auch gerne vom Expert*innenwissen der Naturpädagog*innen.

Wenn Sie dem Budgetpostulat zustimmen, ermöglichen Sie im 2026 rund 70 Schulklassen von Basel-Stadt ein halbtägiges naturpädagogisches Erlebnis. Damit wäre das Angebot wieder auf dem gleichen Stand wie 2024. Und die verschiedenen Player hätten Zeit, in Ruhe mal zusammenzusitzen und eine nachhaltige Finanzierung auf die Beine zu stellen. Ich bitte Sie deshalb, das Budgetpostulat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008169, 21.01.26 10:02:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 60 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

33. Budgetpostulat 11 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter)

[21.01.26 10:02:47, 25.5576.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Als erster Sprecher hat sich Oliver Bolliger eingetragen.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA unterstützt das Budgetpostulat für den Erhalt des Therapieplatzes am Felix Platter-Spital und wundert sich über das kurzsichtige Knausern fast aller bürgerlichen Parteien in der Gesundheitsbehandlung von älteren Menschen. Ich gehe mal davon aus, dass nicht wirklich nachgedacht oder gerechnet wurde, sondern halt das ideologische Mantra, dass alle Budgetverschlechterungen per se abzulehnen sind, Ihren Entscheid beeinflusst hat. Eine solche Verweigerungshaltung ist in diesem Fall sehr schade, aktuell hat das Felix Platter-Spital eben noch ein Therapiebad. Wenn der Betrieb eingestellt und allenfalls das Bad dann rückgebaut wird, kostet es einiges mehr, wenn dann nach fünf Jahren ein solches Bad wieder dringend zu haben wäre. Und dies könnte durchaus ein Szenario sein, denn es ist ja logisch, es gibt sehr viele gute Gründe für ein Therapiebad im Felix Platter-Spital und somit auch für die Überweisung des Budgetpostulats.

Zuallererst ist Schwimmen und Bewegung im Wasser für ältere Menschen eine sehr etablierte und wertvolle Therapieform und Gesundheitspräventionsmassnahme. Schwimmen ist gelenkschonendes Kernkörpertraining, stärkt den Herzkreislauf und verbessert die Gehirnfunktion, was das Alzheimer-Risiko senkt. Schwimmen ist die Sportart, die bis ins hohe Alter empfohlen werden kann. Es macht also überhaupt keinen Sinn, ein bestehendes Therapiebad bei der Universitären Altersmedizin aufzugeben.

Das UAFP und die Universität Basel haben als Zielsetzung den Aufbau eines Campus für gesunde Langlebigkeit und wollen bei der Universitären Altersmedizin Innovation und Forschung voranbringen. Ebenso besteht ein Lehrstuhl für Geriatrie an der Universität. Ein Campus voranzubringen und gleichzeitig ein Therapiebad einsparen ist nicht wohl überlegt und erst recht nicht, das wissen wir, dass es an Schwimmflächen in Basel, besonders im Grossbasel West sowieso fehlt, also gibt es wirklich keinen guten Grund, dies zu tun.

Aber ich gebe Ihnen auch noch einen finanz- und gesundheitspolitischen Grund für die Überweisung dieses Budgetpostulats. Vor einem Monat haben wir hier im Grossen Rat jährlich 64 Mio. Franken an GWL für die Basler Spitäler gesprochen. 64 Mio. Franken, und wenn ich die Beiträge für das UAFP richtig zusammengezählt habe, werden rund jährlich 2,5 Mio. Franken GWL ans Felix Platter-Spital geleistet. GWL müssen ein öffentliches Interesse bekunden, vom Kanton also bestellt werden und im Zusammenhang mit der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung stehen und zweckgebunden sein. Die Fortführung des Therapiebads kostet gemäss Budgetpostulat 282’000 Franken. In Anbetracht der Grössenordnung zu den GWL ist dies ja fast schon ein lächerlicher Betrag.

Nun stellt sich die Frage, hat das UAFP, also das Felix Platter, das Therapiebad als GWL bestellt, vielleicht, wir wissen es aber nicht ganz genau, aber zumindest hat das Felix Platter auch mehr bestellt, als sie schlussendlich an GWL erhalten haben. Falls das Felix Platter darauf verzichtet hätte, wäre dies auch ein schlechtes Zeichen und Ausdruck, dass aufgrund des Kostendrucks nur noch Sachen bestellt werden, die irgendwie einen Impact auf abrechenbare Leistungen haben. Falls der Antrag für das Therapiebad gestellt wurde und dieser Punkt nicht aufgenommen wurde, ist dies auch nicht

nachvollziehbar. Die Kosten für den Betrieb eines Therapiebads sind meines Erachtens eben genau typische GWL und sollten in diesem Rahmen finanziert und nicht via Budgetpostulat eingefordert werden müssen.

Dieses Bad jetzt aufzugeben und dann nach fünf Jahren dem Bad nachzutrauen, macht wirklich keinen Sinn. Eine Universitäre Altersmedizin und ein Campus für Langlebigkeit mit eigenem kleinen Therapiebad ist kein Luxus, sondern wahrscheinlich einfach Standard, der in Zukunft wichtig ist und jetzt verankert werden muss. Also hier zu sparen, macht nun wirklich aus gesundheitspolitischer Sicht überhaupt keinen Sinn.

Balz Herter, Grossratspräsident: Auf der Redner*innenliste, wie es original wäre, hätte Stefan Wittlin das Wort.

Stefan Wittlin (SP): Auch die SP-Fraktion möchte dieses Budgetpostulat überweisen. Ich bedanke mich bei meinem Vorredner für diese interessante Argumentation, die ich vor allem als gesundheitspolitische Argumentation verstanden habe und ich möchte ein paar Ergänzungen machen, die ich eher als quartierpolitisch verstehe.

Das Schwimmbad im Felix Platter-Spital existiert seit dem Neubau und wurde im April 2019 eröffnet. Wenn ich richtig informiert bin, ich habe das nur vom Hören sagen, brauchte es damals dieses Bad für eine Zertifizierung als Rehaklinik. Nun offensichtlich ist der Bedarf nach einer Therapienutzung nicht so da, wie es geplant gewesen ist und diese sechs Jahre junge Infrastruktur wird offensichtlich kaum benützt. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. Man kann diese wertvolle Infrastruktur vernichten oder man kann sie weiter nutzen und weiter nutzen heisst eben nicht nur, dass da Therapienutzungen unbedingt stattfinden müssen, sondern das wäre eben auch interessant für das Quartier. Der Bedarf ist da, ich denke zum Beispiel an Altersorganisationen, die dieses Bad gut und dringend nutzen könnten. Ich kann mir vorstellen, dass auch Kinder- oder Babyschwimmkurse da drin möglich sind. Vielleicht nicht unbedingt Unterricht für Schulklassen, über diesem Thema werden wir uns im letzten Traktandum dieser Sitzung nochmals unterhalten.

Ich danke Ihnen für die Überweisung dieses Budgetpostulats.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Das vorliegende Budgetpostulat will niederschwellige und bezahlbare Schwimmangebote sichern, indem eben das bestehende Therapiebad am Felix Platter-Spital weiter genutzt werden soll. Das klingt ja sympathisch, allerdings ist es aktuell so, dass der Weiterbetrieb des Therapiebads an der Universitären Altersmedizin Felix Platter nach deren eigener Beurteilung keinen Sinn macht. Das Bad wird intern kaum noch genutzt, es ist aus therapeutischer Sicht nicht erforderlich, es verursacht hohe Kosten im Betrieb. Deshalb haben die Verantwortlichen des Spitals den Betrieb eingestellt. Und wenn man gesundheitspolitisch jetzt das kritisiert, dann glaube ich, macht man sich ein bisschen Illusionen über das, was effektiv Geriatrie und Altersmedizin in einem universitären Spital heute ist. Man darf sich davon keine jugendlich romantische Vorstellung machen. Die Patientinnen und Patienten, die stationär dort sind, die sind zu krank, zu schwach, zu fragil, um ein Bad gewinnbringend nutzen zu können. Das ist die Einschätzung des Spitals. Ich glaube, da müssen wir schon so realistisch sein und diese auch ernst nehmen.

Und nun versucht das Spital Nebennutzungen, Drittnutzungen anzubieten, dem verschliesst sich das Spital ja überhaupt nicht, das ist bisher allerdings noch nicht zustande gekommen. Es gibt so Interessenmeldungen beispielsweise von Schwimmschulen, auch anderen möglichen Nutzerinnen und Nutzern, aber eine verbindliche Zusage sozusagen eben auch eine Miete, die dann auch das Zahlen abdecken müsste, ist noch nicht zustande gekommen. Jetzt möchten Sie das Geld ja dem Gesundheitsdepartement zusprechen, damit wir das dann dem Spital weiterleiten als gemeinwirtschaftliche Leistung. Damit würden wir aber ja nicht Schwimmkurse für Babys finanzieren sollen, nehme ich an, das würde keinen Sinn machen, sondern wenn wir das Geld als gemeinwirtschaftliche Leistung für ein Spital einsetzen, dann muss es therapeutische Zwecke haben und die erfüllt es aktuell eben nicht mehr. Wenn es andere Nutzungsmöglichkeiten gibt, dann verschliessen wir uns dem überhaupt nicht, dann müsste aber auch die Finanzierung von dieser neuen Nutzerseite her gedacht und konzipiert werden.

Deshalb bitte ich Sie um Verständnis, dass wir das Budgetpostulat nicht entgegennehmen wollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen

Daniel Seiler (FDP): Man redet jetzt davon, dass man dieses Bad nicht mehr braucht, was sind denn die Gründe? Das Spital ist ja nicht wirklich alt.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Patientinnen und Patienten sind in einem Alter- und Gesundheitszustand mehrheitlich, wo es keinen Sinn macht für sie, wo sie überfordert sind, wenn sie in ein Schwimmbad gebracht werden. Ich glaube, das ist der medizinische Hintergrund. Wir sind doch älter im Durchschnitt der Patientinnen und Patienten, wir reden hier von spezialisierter Geriatrie, also Altersmedizin, wir reden über hochbetagte Patientinnen und Patienten und da hat sich gezeigt, ist dieses Therapiebad kein passendes Angebot mehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beat K. Schaller als Postulant.

Beat K. Schaller (SVP): Ich bitte Sie, das Budgetpostulat zu überweisen. Das Schwimmbad im UAFP wurde ja tatsächlich vor nur ganz wenigen Jahren eingebaut und es diente seither als eine wesentliche Einrichtung für die Gesundheitsversorgung, es erfüllte Aufgaben, die sowohl medizinisch damals als auch gesellschaftlich von hoher Bedeutung sind. Für ältere, kranke und beeinträchtigte Menschen ist die Bewegung im Wasser ein wertvoller Beitrag zu einer besseren Lebensqualität. Davon zeugen auch die zahlreichen Angebote von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie zum Beispiel Pro Senectute. Ein Auszug aus ihrem Angebot zeigt es deutlich, Aqua Fit, Aqua Power, Aqua Gym, Aqua noch viele andere mehr.

Das ist auf dieser Seite des Altersspektrums, aber auch am anderen Ende des Altersspektrums, für die Jungen und Jüngsten ist ein Bad wie dasjenige im UAFP eben sehr wichtig. Kinder lernen hier sicher schwimmen und das ist eine grundlegende Fähigkeit, welche Leben retten kann. Die Mutter-Kind-Schwimmkurse, Eltern-Kind-Schwimmkurse, Kinder-Schwimmkurse, die angeboten werden, zeigen, dass das Angebot geschätzt wird. Die Aufzählung ist natürlich mitnichten nicht abschliessend, es lassen sich noch viele weitere Möglichkeiten vorstellen, denken wir nur gerade an Physiotherapeuten, welche Aquatherapien anbieten könnten. Sinn des Weiterbetriebs des Bades ist es also, nicht diese Therapie der Spitalpatienten weiter zu fördern, sondern das Schwimmen, das Lernen, das Praktizieren, das sich erholen, das Schmerzen lindern weiter zu ermöglichen.

Der Betrieb dieses Bades erfordert Leistungen, welche von aussen nicht sichtbar sind. Bisher wurden diese vom UAFP im «Hintergrund» finanziert, zum Beispiel die Haustechnik, und das UAFP bestätigte mir persönlich im Gegensatz zur Aussage von Regierungsrat Lukas Engelberger, dass es eben doch sehr interessiert sei an einem Weiterbetrieb dieses Bades und es steht hinter diesem Postulat.

Wie ich ausgeführt habe, besteht ein Bedarf und ein Interesse an einem Bad gerade in einem Quartier, welches mit Schwimmmöglichkeiten für die Jungen und Jüngsten und für die Älteren und Ältesten nicht gesegnet ist. Es muss ein Weg gefunden werden, dieses Bad bestehen zu lassen, bis ein Betriebs- und ein Finanzierungskonzept gefunden ist, um einen langfristigen Betrieb aufrechterhalten zu können und ein solches Konzept kann im 2026 erarbeitet werden. Das wurde mir von mit der Sache vertrauten, wie auch mit der Sache beruflich eng verbundenen kompetenten Personen so bestätigt. Gerade für die älteren und eingeschränkten Personen im Umfeld, in diesem Quartier, im grösseren Umfeld des UAFP ist es wichtig, dass sich solche Möglichkeiten in der Nähe befinden. Denn es ist für sie schwierig, sich durch die halbe Stadt bewegen zu müssen, um ein Schwimmbad zu finden. Und wie gesagt, gerade in Grossbasel West besteht für die Jüngsten und für die Ältesten ein Mangel an solchen Schwimmmöglichkeiten. Und in einer Gegend, in welcher ein solcher Mangel besteht, eine existierende Möglichkeit abzubauen, das ist, wie auch schon gesagt worden ist, nicht sinnvoll.

Der beantragte Betrag geht über das Angebot von Therapiemöglichkeiten hinaus in Richtung einer gesamtheitlichen Gesundheitsversorgung, eine Massnahme zur Prävention von Unfällen, ein Beitrag zur Lebensqualität von älteren Menschen, ein Angebot zur Aufrechterhaltung der Gesundheit, alles in allem und gesamtheitlich betrachtet, ein Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Ich bitte Sie deshalb eindringlich, dieses Budgetpostulat zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 20 Nein, 15 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008171, 21.01.26 10:18:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 63 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 15 Enthaltungen. Die Budgetpostulate sind erledigt.

34. Motion 1 Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser

[21.01.26 10:19:01, 25.5492.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

35. Motion 2 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Pilotenausbildung muss am EAP weiterhin möglich sein!

[21.01.26 10:20:00, 25.5493.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Leoni Bolz hat das Wort.

Leoni Bolz (SP): Ich möchte gerne bestreiten. Ich kann verstehen, dass es für gewisse Menschen von Vorteil ist, wenn die Flugschule nicht geschlossen wird, Jobs erhalten werden und es ist ganz praktisch, wenn man diese Flugausbildung vor der Türe machen kann. Ob man die Freizeitaviatik unterstützen möchte, ist dann aber eine andere Frage und eigentlich geht es um dies in diesem Vorstoss.

Was ich nicht so goutiere, ist, dass im Vorstoss den Anschein erweckt wird, dass EasyJet auf die Ausbildung von Linienpiloten durch diese Flugschule angewiesen ist, denn dies ist schlichtweg nicht zutreffend. EasyJet bildet in einem grossen Trainingsprogramm Piloten aus, 200 Piloten jährlich in Gatwick, Milano, Brüssel und Flugpraxis kriegen sie dann in den USA und in Gatwick, etc. arbeiten sie mit den neusten Flugsimulatoren. Wie im Vorstoss auch zu sehen ist, verfügt die Flugschule nicht über diese Flugsimulatoren und die Ausbildung geht dort etwa drei oder mehr Jahre, während EasyJet in eineinhalb bis zwei Jahren 200 Piloten ausbildet. Ich denke also nicht, dass man sagen kann, dass diese Handvoll Piloten, die dann da ausgebildet werden, von Relevanz sind für den Betrieb von EasyJet. Entweder steht man also dazu, dass man die Freizeitaviatik fördern möchte, oder man lässt es vielleicht bleiben.

Die SP möchte diese Förderung nicht und es besteht auch keine Gefahr, dass dieser Platz genutzt wird dann für eine neue Piste oder Docks, weil der EAP keine Wachstumsstrategie hat. Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich beantrage Ihnen in Stellvertretung von Regierungsrat Kaspar Sutter und im Namen des Regierungsrats, die Motion nicht entgegenzunehmen. Der Entscheid, den dauerhaften stationären Betrieb der Leicht- und Freizeitaviatik am EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg einzustellen, beruht auf betriebswirtschaftlichen und planerischen Überlegungen. Aufgrund der knappen Platzverhältnisse am Boden sowie der fehlenden Wirtschaftlichkeit ist dieser Entscheid sachlich begründet und steht im Einklang mit den Vorgaben des Sachplans Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt (SIL). Gemäss SIL sind die verfügbaren Kapazitäten am EuroAirport prioritär für den Linien- und Charterverkehr vorgesehen. Die entsprechenden Auflagen des Bundes sind erfüllt, da der Flughafen innerhalb der vorhandenen Kapazitäten weiterhin auch anderen Verkehrsarten offensteht.

Wichtig ist festzuhalten, dass Leichtflugzeuge auch künftig am EuroAirport starten und landen dürfen. Nicht mehr möglich ist einzig das permanente Abstellen solcher Flugzeuge. Ausbildungs- und Trainingsflüge können somit weiterhin innerhalb der verfügbaren Kapazitäten stattfinden. Die für die Ausbildung relevanten Trainingsbedingungen an einem internationalen Flughafen bleiben damit gewährleistet. Die Schliessung der stationären Flugschule am EuroAirport gefährdet die Ausbildung von Pilotinnen und Piloten nicht.

Ein zentraler Anbieter der kommerziellen Pilotenausbildung in der Schweiz ist Horizon, ein Unternehmen der Helvetic Airways Group, das insbesondere auch Pilotinnen und Piloten für EasyJet ausbildet. Die Grundausbildung wird dabei regelmässig an kleinen Flugschulen ausgelagert. Neben der Flugschule Basel bestehen in der Schweiz zahlreiche weitere Ausbildungsstandorte, unter anderem in Grenchen und im Fricktal. Aufgrund dieser Vielzahl an Ausbildungsstätten ist der Pilotinnen- und Pilotennachwuchs nicht gefährdet. Zudem ist die Anzahl der von der Flugschule Basel ausgebildeten Pilotinnen und Piloten für EasyJet, der wichtigsten Airlines am EuroAirport, gering. Auch das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) teilt die Einschätzung, dass der Nachwuchs an Pilotinnen und Piloten nicht gefährdet ist. Der EuroAirport steht für Ausbildungszwecke weiterhin zur Verfügung. Ob und in welchem Umfang lokale Infrastruktur für den Schulungsbetrieb bereitgestellt wird, liegt im Ermessen des Flughafens.

Die Motion thematisiert zudem den Aufbau oder Betrieb von Ausbildungssimulatoren. Der Regierungsrat hält fest, dass die Pilotenausbildung in der Schweiz heute weitgehend privatwirtschaftlich organisiert ist. Der Betrieb von Flugschulen gehört weder zu den staatlichen Aufgaben noch zum Service Public. Flugsimulatoren sind mit sehr hohen Investitions- und Betriebskosten verbunden und müssen in der Regel rund um die Uhr ausgelastet werden. Entsprechend konzentrieren sich solche Anlagen auf wenige grosse Ausbildungszentren. Am EuroAirport bestehen zwar Simulatorenstandorte, diese sind jedoch seit Jahren ungenutzt. Die Initiative für ein allfälliges Ausbildungs- und Kompetenzzentrum müsste aus der Privatwirtschaft kommen. Ob hierfür ein Bedarf besteht, ist fraglich, zumal sich in Zürich bereits ein entsprechendes Zentrum befindet.

Zusammenfassend hält der Regierungsrat fest, dass die Pilotenausbildung weiterhin möglich ist, dass der Nachwuchs nicht gefährdet ist und dass weder planerische noch staatspolitische Gründe bestehen, am EuroAirport einen stationären Betrieb der Leicht- und Freizeitaviatik oder eine Flugschule vorzuschreiben. Der Regierungsrat beantragt daher, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen hat das Wort.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie haben es vielleicht gesehen, unsere Fraktion hat ein Offen bei der Frage und ich kann glücklicherweise schon etwas auf die Argumente der Vorsprechenden hinweisen zum Pro und Kontra bezüglich dieser Motion. Allgemein ist für unsere Fraktion die Sachlage so, dass Vorstösse betreffend den EAP sowieso besser geeignet sind, ein Flugzeug zu falten und sie ins Altpapier zu landen, als da die meisten sowieso eigentlich keine Wirkung haben. Das hat auch einen etwas institutionellen Grund. Es handelt sich beim EAP um einen Verwaltungsrat. Ein Verwaltungsrat ist dem Unternehmen verpflichtet und nicht dem Kanton. Natürlich hat man ein Gewissen, kann man etwas mitreden, aber am Schluss ist der Unternehmenserfolg entscheidend und jedes Unternehmen muss entsprechend agieren und der Verwaltungsrat muss sich auch da dann daran halten. Da wird sich also sowieso nichts ändern, egal ob wir das jetzt überweisen oder nicht.

Aber im Sinne einer paradoxen Intervention erlauben wir uns doch, Ihnen auch zum Teil zu empfehlen, diese Motion zu überweisen, weil schliesslich die Privatfliegerei dann Platz wegnimmt beim Ausbau irgendwelcher Terminals oder sonstiger Flugaviatik. Wenn wir die Zahlen sehen, ist der EuroAirport heute wieder auf dem Niveau der Vor-Coronazeit und da wir grundsätzlich gegen einen Ausbau der Flugbewegungen sind, möchten wir in diesem Fall ausnahmsweise mal überweisen, vielleicht hilft das ja dabei etwas.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lorenz Amiet hat als Motionär das Schlusswort.

Lorenz Amiet (SVP): Pilot ist ein Beruf, wie viele andere auch. Pilot bedingt eine Ausbildung, wie bei vielen anderen Berufen auch. Und bei den Piloten herrscht in der Schweiz Fachkräftemangel, wie bei vielen anderen Ausbildungen auch. Geschätzte Frau Regierungsrätin, das ist einer der Hauptgründe, warum jede Menge Swiss-Flüge mit Flugzeugen von airBaltic durchgeführt werden, weil wir in der Schweiz zu wenig Piloten haben. EasyJet beschäftigt am Standort Basel, nur am Standort Basel, knapp 200 Linienpilotinnen und -piloten, Tendenz steigend. EasyJet, das ist richtig, führt selbst Flugschulen und bildet Pilotinnen und Piloten aus, hauptsächlich als Fortbildung, teilweise als Grundausbildung. Die Standorte wurden genannt, in England und in Italien, nicht hier an Basel. Deshalb ist es für mich unverständlich, dass der Verwaltungsrat des EAP den Grundsatzentscheid, auf Leicht- und Kleinfliegerei am EAP zu verzichten, so absolut gefällt hat, dass auch für die Ausbildung von zukünftigen Pilotinnen und Piloten keine Möglichkeit mehr besteht am EuroAirport. Rund 10% der Kleinflugzeuge, die heute am EuroAirport stationiert sind, dienen der Pilotenausbildung.

Das Hauptargument ist jenes des Platzes. Um die Flugausbildung weiterhin zu ermöglichen, braucht es am EuroAirport rund 600 m2 Platz. Setzen Sie das bitte ins Verhältnis mit den 450 Hektaren Platz, die der EuroAirport wirklich hat. Nicht alle von Ihnen sind Architekt oder Raumplaner, deshalb ein Vergleichsbeispiel. Nehmen Sie ein Fussballfeld und der Platz, der da gebraucht wird, ist der Platz, der der Viertelkreis bei der Eckflagge benötigt. Das ist das Verhältnis und jetzt spricht man davon, man hat den Platz nicht. Es ist ein bequemes Argument, es ist kein stichhaltiges Argument und hinter vorgehaltener Hand wird jeder, der am EuroAirport arbeitet, sagen, ja, die 600 m2, die haben wir selbstverständlich schon. Wir sprechen nochmals nur von den Flugzeugen für die Ausbildung, nicht von jenen der Privatpiloten, die heute dort stationiert sind.

Ein anderer Vergleich, der Flughafen Zürich hat rund dreimal so viele Bewegungen wie der Flughafen Basel. Trotzdem ist es in Zürich weiterhin möglich, mit kleinen Privatflugzeugen zu fliegen, die dort stationiert sind, auch mit Flugschulen, eine davon hat vorhin Regierungsrätin Stephanie Eymann genannt mit Horizon. Sie hat auch die Alternative genannt, Grenchen, ja, das stimmt, man könnte natürlich auch nach Grenchen gehen für die Ausbildung. Ich habe vorhin kurz nachgeschaut, ab dem Marktplatz eine Stunde 24 mit dem ÖV oder eine gute Stunde mit dem Auto pro Weg. Natürlich kann man jede Ausbildung irgendwo machen, aber mit diesem Argument müssen Sie Ausbildungen in Basel überhaupt nicht mehr unterstützen. Man kann jede Ausbildung irgendwo sonst machen.

Weniger Piloten, geschätzte Damen und Herren, bedeuten auch nicht weniger Flüge. Dass man das Gefühl hat zum Beispiel, man könnte auf diese Art und Weise den Flugverkehr ab Basel etwas reduzieren und EasyJet ein bisschen die Piloten wegnehmen, das ist klar, das geht nicht. EasyJet wird die Piloten anderswo rekrutieren. Heute rekrutieren sie viele Pilotinnen und Piloten in Basel, in Zukunft würden sie halt mehr von anderswoher rekrutieren, vielleicht von Mailand und von Gatwick, allenfalls auch von Osteuropa, usw. Diese Pilotinnen und Piloten, die ziehen dann bestenfalls in die Region, schlechtestenfalls, und das ist in dieser Industrie Praxis, bleiben sie dort wohnen, wo sie heute wohnen und commuten dann mit dem Flugzeug nach Basel. Es ist selten, dass ich Flüge sinnlos finde, aber diese Flüge, die finde ich wirklich sinnlos. Auf die könnte man verzichten, wenn man die Ausbildung hier macht.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass gerade heute noch Vorstösse behandelt werden, die genau zum Thema Ausbildung sind und die werden praktisch unisono vom ganzen Parlament alle unterstützt. Nur bei dieser Ausbildungsmotion hier fehlt die Unterstützung. Piloten machen einen Beruf wie alle anderen Piloten auch und verdienen eine Ausbildungsmöglichkeit wie alle anderen Berufe auch. Bitte unterstützen Sie in diesem Sinn meine Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 46 Nein, 8 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008174, 21.01.26 10:33:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion nicht zu Überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Motion nicht überweisen mit 46 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei 8 Enthaltungen.

36. Motion 3 Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung

[21.01.26 10:34:03, 25.5508.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Noch einmal Entschuldigung für die Schrecksekunde beim Frauenhausgesetz, ich war da ein wenig übermotiviert, aber bei dieser Motion ist es mir ernst, ich möchte sie bekämpfen. Wenn das nur ein einzelner Vorstoss wäre, dann könnte ich meine Argumentation relativ kurz halten. Einerseits können wir von BastA nicht nachvollziehen, warum dieses Anliegen mit einer verbindlichen Motion verfolgt werden muss, andererseits sehen wir nicht ein, warum eine einzelne Branche hier mit einer Anschubfinanzierung bevorzugt staatlich gefördert werden soll. Da kommen uns x Branchen in den Sinn, bei denen auch ein enormer Bedarf besteht und die gefördert werden müssten, zum Beispiel die Pflege, zum Beispiel die Kinderbetreuung. Aber diese Motion ist ja ein Teil eines ganzen Päcklis an Vorstössen zur Berufsbildung. Einige werden wir bekämpfen, einige auch laufen lassen.

Ich ergreife nun einfach die Gelegenheit, ein paar grundsätzliche Gedanken zu all diesen Vorstössen zu deponieren, die für die BastA-Fraktion wichtig sind. Wir haben stark den Eindruck, dass mit all diesen Vorstössen der mehr oder weniger sanfte Druck auf Kinder und Jugendliche, eine Lehre zu machen, erhöht werden und die Gymnasialquote gesenkt werden soll. Das eigentliche Ziel ist doch aber, dass 95% der jungen Erwachsenen einen Abschluss nach der obligatorischen Schulzeit haben sollen. Ein Abschluss bedeutet Lehrabschluss, ja, aber er bedeutet auch Matur oder Fachmatur. Wir von BastA sind auch für die Förderung der Berufsbildung, aber dies ist für uns einfach der falsche Weg.

Es muss uns wirklich bewusst sein, dass der Schritt aus der Schule in eine Lehrstelle ein sehr grosser Schritt ist, gerade für 15- und 16-Jährige. Sie müssen nicht nur ein klares Berufsziel haben, sondern auch den Biss durchzuhalten, auch wenn es schwierig wird. Diesen Biss haben die wenigstens 15-Jährigen. Auch attraktive Werbeveranstaltungen in der Primarschule für Berufsfelder bringen diesen Biss nicht her. Schon nur das Absolvieren einer Schnupperlehre ist für so junge Menschen sehr anspruchsvoll. Sie kommen aus dem geschützten und gewohnten Rahmen der Schule in einen Betrieb und müssen dort im Berufsalltag sich bewähren, was eine enorme Herausforderung bedeutet. Vielleicht brauchen die Jugendlichen einfach mehr Zeit. Da zitiere ich gerne die Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm, die ich sehr schätze. Sie sagt nämlich, 25 ist das neue 18. 25 sei zwar ein guter Zeitpunkt, um Daten zu erheben, aber ein schlechter, um Bildungsprozesse zu beenden. Jugendliche brauchen heute einfach länger, um sich für eine berufliche Laufbahn zu entscheiden. Geben wir ihnen doch diese Zeit, indem wir die Brückenangebote stärken, die Hürden für das Gymnasium und die FMS nicht erhöhen und Angebote für Erwachsene bieten.

Wie gesagt, ist der Schritt aus der Schule in eine Lehrstelle ein Wahnsinnsschritt und da gehören auch die Arbeitsbedingungen dazu. Es braucht hier einfach Verbesserungen punkto Arbeitszeit, punkto Ferien, punkto Lohn. Gerade in Branchen, die händeringend nach Lehrlingen suchen, können junge Menschen auch ohne Berufslehre arbeiten, zum Beispiel auf dem Bau, zum Beispiel in der Gastro, und sie verdienen dann deutlich mehr als Lehrlinge. Und wir bestreiten auch dezidiert, dass eine künstliche Senkung der Gymnasialquote dazu führt, dass mehr Jugendliche eine qualifizierte Berufslehre machen. Der Effekt dieser politisch herbeigeführten Senkung der Gymnasialquote ist, dass mehr Menschen in einen Ausbildungsweg gezwungen werden, den sie nicht wählen würden und dass wieder mehr junge Menschen aus eher bildungsfernen Familien den Zugang zum Gymnasium nicht schaffen. Wir von BastA möchten das nicht.

Ich könnte noch sehr viel mehr zu dem Vorstosspaket sagen, doch es geht ja um die vorliegende Motion. Diese bitte ich Sie abzulehnen, weil es keinen Sinn hat, eine einzelne Branche herauszupicken und mit einer kantonalen Anschubfinanzierung zu bevorzugen. Zu den anderen Vorstössen werden allenfalls andere Vertreter*innen von BastA sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als ersten Sprecher habe ich Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Die SP-Fraktion hat die vorliegende Motion intensiv diskutiert und ich werde mich jetzt auch nicht zum Vorstosspaket äussern, sondern speziell zu dieser Motion und spreche für eine offene Fraktionshaltung. Ein Teil der SP möchte die Motion ein erstes Mal überweisen, ein anderer Teil steht der Motion kritisch gegenüber. Zunächst zum gemeinsamen Nenner.

Die SP steht klar für eine starke Berufsbildung. Lehrstellen sind zentral für Chancengerechtigkeit, soziale Durchlässigkeit und die Sicherung von Fachkräften. Gerade in einer sich rasch wandelnden Arbeitswelt müssen junge Menschen Zugang zu qualitativ guten Ausbildungsplätzen haben, auch in neuen und digitalen Berufsfeldern. Ein Teil der SP-Fraktion unterstützt die Motion, weil er darin eine mögliche Antwort auf reale Herausforderungen sieht. Der ICT-Bereich ist ein für unsere Volkswirtschaft wichtiger Bereich, die Anforderungen an digitale Kompetenzen steigen und Lehrbetriebe stehen unter Druck, Ausbildungsplätze aufrechtzuerhalten. Aus dieser Perspektive ist es legitim zu prüfen, ob gezielt kantonale Massnahmen helfen können, Ausbildungsqualität und Lehrstellenangebot in einem strategisch wichtigen Bereich zu sichern.

Gleichzeitig, und das ist der zweite ebenso gewichtige Teil der Debatte, teilt ein anderer Teil unserer Fraktion die grundsätzliche Kritik, wie sie auch von Heidi Mück, aber auch vom Gewerbeverband Basel-Stadt vorgebracht wird. Der Gewerbeverband weist zu Recht darauf hin, dass die Stärke der Berufsbildung gerade in ihrer Breite liegt. Unsere KMU bilden Fachkräfte in sehr unterschiedlichen Branchen aus, vom Handwerk über Industrie bis zu den Dienstleistungen. Eine staatliche Förderung einzelner Branchen wirft deshalb Fragen der Gleichbehandlung auf. Wenn der Kanton gezielt ICT-Lehrstellen fördert, warum dann nicht auch andere Lehrstellen, Heidi Mück hat ein paar erwähnt, in der Pflege, aber man kann auch den Bau und das Gewerbe anführen, Bereiche, die ebenfalls einen Mangel an Lehrwilligen haben.

Der Gewerbeverband argumentiert zudem ordnungspolitisch. Berufsverbände kennen ihre Branchen am besten, sie sind näher an den Betrieben, kennen die konkreten Bedürfnisse und können passgenaue Massnahmen entwickeln. Der Staat soll hingegen faire und verlässliche Rahmenbedingungen für alle schaffen, nicht einzelne Sektoren herauspicken und damit andere faktisch benachteiligen. Hinzu kommt ein weiterer Punkt, die Arbeitsmarktentwicklung im ICT-Bereich. Aktuelle Zahlen zeigen, dass die Nachfrage nach ICT-Fachkräften schweizweit zurückgeht. Automatisierung und künstliche Intelligenz verändern Tätigkeitsprofile fundamental. Gleichzeitig steigt die Zahl arbeitsloser ICT-Spezialistinnen und Spezialisten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die berechtigte Frage, ob eine zusätzliche staatliche Förderung in genau diesem Bereich derzeit tatsächlich notwendig und zielgerichtet ist. Schliesslich gibt es auch finanzpolitische Vorbehalte, zusätzliche Förderinstrumente belasten den kantonalen Haushalt. Ein Teil der SP-Fraktion fragt sich, ob diese Mittel nicht wirksamer und gerechter eingesetzt werden, wenn sie der Berufsbildung insgesamt zugutekämen. Etwa über branchenübergreifende Instrumente wie einen Berufsbildungsfonds oder ähnliches.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion zeigt, diese Motion berührt interessante Fragen. Neben der Frage der Gleichbehandlung und der Rolle des Staates aus unserer Sicht auch vor allem die Frage der Prioritätensetzung. Abschliessend möchten wir festhalten, die SP-Fraktion nimmt die in der Motion aufgeworfenen Fragen sehr ernst, ebenso aber auch die kritischen Punkte und wir sind deshalb gespannt auf die Antworten des Erziehungsdepartements, sollte, und es sieht ja so aus, diese Motion ein erstes Mal überwiesen werden. Man kann dann auch die kritischen Punkte beurteilen und sehen, inwiefern das wirklich eine gute Idee ist oder eben doch nicht unverhältnismässig und unfair gegenüber anderen Branchen. Das wird dann für die Meinungsbildung abschliessend in unserer Fraktion zentral sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb hat hier lange diskutiert und wird in diesem Anliegen unterschiedlich abstimmen. Einige Gründe sind hier schon genannt worden. Bei uns wird ein Teil der Fraktion die Motion unterstützen, auch aus der Überzeugung, dass in Basel die Berufsbildung für ICT-Fachkräfte gestärkt werden soll. Denn wir als Grüne haben uns schon mehrfach als Partei gezeigt, die sich konsequent für die Unabhängigkeit, Sicherheit und Qualität von digitalen Lösungen einsetzt und deshalb erachtet ein Teil der Fraktion es als folgerichtigen Schritt, hier die Kompetenzen der zukünftigen ICT-Fachleute im Kanton zu stärken und deshalb die Motion zu unterstützen. Nicht alle in der Fraktion sind jedoch überzeugt, ob branchenspezifische Förderungen der Berufslehre zielführend sind. Da haben wir auch schon Heidi Mück und Pascal Pfister gehört.

Kritisch möchten wir zusätzlich aber auch noch darauf hinweisen, auf die Forderung einer Partnerschaft mit einer geeigneten bikantonal agierenden Organisation. Wir fragen uns da schon, wie viele solche Organisationen kommen in der Region in Frage, vor allem nachdem der Gewerbeverband das Anliegen in diesem Fall ablehnt, und wir erinnern uns, wer war nochmal der Absender dieser Motion und dieses Berufsbildungspakets? Hier stellt sich also doch die Frage, ob es sein darf, dass man sich über den politischen Weg hier kantonale Aufträge möglicherweise einheimsen zu versucht.

Aus diesen Gründen werden wir zum Teil die Motion ablehnen, zum Teil sie unterstützen, werden aber sicher auch nochmal kritisch diskutieren, wenn es dann zu einer Zweitüberweisung kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wenn wir die Entwicklung in diesem Bereich beobachten, sehen wir, dass wir deutlich mehr qualifizierte Fachkräfte brauchen, aber die Lehrstellen in diesem Bereich sind wenig und die Gründe dafür sind vielfältig. Der administrative Aufwand für die Ausbildung sei zu hoch, es fehlten oft qualifizierte Berufsbildnerinnen und Berufsbildner und viele Betriebe könnten zudem nicht alle betrieblich geforderten Leistungsziele abdecken.

Deswegen nimmt der Kanton dieses Anliegen ernst. Im Rahmen des Masterplans Berufsbildung sind Massnahmen zur Lehrstellenförderung auch für den ICT-Bereich zu ergreifen. Wir haben die eidgenössische Hochschule für Berufsbildung beauftragt, die Ausgangslage zu analysieren. Dafür sind unter anderem Betriebe gefragt worden. Die Resultate werden wir im Frühjahr bekanntgeben. Auf dieser Grundlage möchten wir Betriebe und Branchenverbände sinnvoll unterstützen, damit sie sich weiter oder neu für die Ausbildung engagieren.

Und übrigens, alles, was die Berufsbildung unterstützt, nehmen wir sehr gerne und prüfen wir und dann berichten wir, was wir noch unternehmen können. Die Zahlen in unserem Kanton sind ja generell bekannt, wie wir mit der Berufsbildungsquote unterwegs sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat die Motionärin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich bedanke mich für die interessante und angeregte Diskussion. Ich möchte mich jetzt hier nicht zum Vorstosspaket äussern, sondern wirklich ganz spezifisch zu dieser Motion. Wir haben es verschiedentlich gehört, dass es in der Region Basel einen Mangel gibt an Lehrstellen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien, abgekürzt ICT. Die verschiedenen Zahlen der Motion belegen, dass in der Region zu wenige ICT-Fachkräfte ausgebildet werden. Dies betrifft nicht nur den ICT-Bereich im engeren Sinn, sondern die regionale Wirtschaft als Ganzes, denn ICT-Dienstleistungen sind aus keiner Branche wegzudenken und mit fortschreitender Digitalisierung werden unsere Firmen immer mehr ICT-Fachkräfte benötigen.

Bei ICT handelt es sich um ein übergreifendes Berufsfeld, also nicht eine einzelne Branche, das in der heutigen Zeit eine zentrale Rolle in nahezu allen Wirtschaftszweigen spielt. Die Förderung des ICT-Sektors ist weit mehr als nur eine Unterstützung einzelner Unternehmen oder Branchen. Sie stellt eine Investition in ein Berufsfeld mit enormer gesellschaftlicher Bedeutung dar, das für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Wirtschaft und Verwaltung unverzichtbar ist. Die Herausforderungen durch technologische Veränderungen wie KI erfordern dabei eine differenzierte Betrachtung sowie flexible Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote, um den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden und langfristig den Fachkräftebedarf sicherzustellen.

Die Motion fordert deshalb eine zeitlich begrenzte Förderung von ICT-Lehrstellen, die in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft finanziert und organisiert wird. Durch die Nutzung bestehender Synergien sollen die Lehrstellen im ICT-Bereich in den beiden Basel effizient erhöht werden, um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich entgegenzuwirken. Zusammen mit den Motionären und Motionärinnen freue ich mich, wenn Sie diese Motion dem Regierungsrat überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 26 Nein, 9 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008176, 21.01.26 10:51:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Motion überweisen mit 55 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen.

37. Motion 4 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Gewaltschutz an Grossveranstaltungen

[21.01.26 10:51:42, 25.5509.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

38. Motion 5 Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers

[21.01.26 10:52:13, 25.5519.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Eric Weber bestreitet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin Grossrat und Präsident der Liste Ausländer Stopp, Ein-Thema-Partei, und darum muss ich natürlich zu diesem Thema Sans-Papiers reden. Ich habe mir alles durchgelesen, ich habe mir eine Rede geschrieben, ich habe auf diesen Moment gewartet. Ich frage Nicola Goepfert, Erstunterzeichner, ich frage Sie, ich habe wirklich viele Fragen zu dieser Motion. Warum machen Sie das? Warum setzen Sie sich für Ausländer ein, die illegal in unserem Land sind? Was bringt Ihnen das? Haben Sie davon einen Nutzen und wenn ja, welchen? Warum setzen Sie sich für diese Sache ein?

Meine Damen und Herren, ich habe den Text zehnmal durchgelesen und es ist ein Widerspruch im Text dieser Motion. Oben schreiben Sie, diese Leute arbeiten, haben Geld, weiter unten steht aber, sie haben kein Geld. Als Journalist und Grossrat muss ich Ihnen sagen, Herr Goepfert, das ist gar nicht schlüssig geschrieben. Als Chefredakteur würde ich Ihren Text ablehnen und sagen, ungenügend, bitte sofort verbessern, denn ich lese genau. Das ist meine Pflicht.

Ich musste schon schmunzeln, wenn dann steht, die Leute arbeiten. Es steht, die Sans-Papiers haben eine Arbeitsstelle. Sans-Papiers trotz Arbeitsstelle, ja, aber, wenn ich eine Arbeitsstelle habe in Basel, bin ich legal hier anwesend und kann arbeiten und bin nicht jemand, der illegal hier ist, Sans-Papiers ist illegal und gegen das Schweizer Gesetz. Dann muss ich ganz ehrlich sagen, lieber Nicola Goepfert, wenn Sie hier schreiben, die Sans-Papiers arbeiten sogar, dann muss ich sagen, die zahlen aber keine Steuern und weil sie keine Steuern zahlen von 30% haben sie noch einmal 30% mehr Lohn, also muss es diesen Leuten gut gehen. Und ich kann das nicht akzeptieren, dass hier steht, die haben eine Arbeitsstelle, aber sie zahlen keine Steuern. Jeder von uns, der Grossrat ist, muss sein Grossratsgeld versteuern, ausser die 500 Franken Pauschale. Und die Leute, die Sans-Papiers sind, haben sogar noch mehr Geld, weil sie angeblich arbeiten und keine Steuern zahlen.

Wir reden immer, lieber Christoph Hochuli, Sie sind für mich der freundliche Quartierpolizist, was ja auch stimmt, warum unterschreiben Sie das? Und zu meinem Sitznachbar, Thomas Widmer-Huber, wir reden nett auf Instagram, aber Sie haben die Probleme in Riehen nicht, die wir in Kleinbasel haben. Und darum bin ich eigentlich überrascht, dass Sie das unterschrieben haben, weil ich zuerst gedacht habe, das ist nur eine Sache der Linken, aber jetzt sind da auch ein paar bürgerliche Grossräte irgendwie nach links gerutscht und das finde ich nicht okay.

Ich bin nicht für die Überweisung dieser Motion als Präsident der Liste Ausländer Stopp und ich möchte bitten, auch die SVP, meinem Antrag zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch ich möchte Ihnen im Namen der SVP-Fraktion beantragen, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Diese Motion ist politisch völlig falsch. Der Vorstoss fordert, dass der Kanton Basel-Stadt innert zwei Jahren eine dauerhafte finanzielle Grundlage schafft, um Sans-Papiers bei sogenannten zeitlich befristeten Notlagen zu unterstützen. Faktisch bedeutet das also nichts anderes, als der Staat soll Personen ohne Aufenthaltsrecht regelmässig mit Steuergeldern unterstützen. Das ist aus meiner Sicht sehr gefährlich und ich bin auch sehr überrascht, dass der Regierungsrat, der heute einmal mehr mit Abwesenheit glänzt, weil offenbar irgendein internationaler Gast in Davos für Herrn Sutter wichtiger ist, diesen Vorstoss gar entgegennehmen möchte. Das ist auch aus meiner Sicht wirklich rechtlich völlig haltlos, was hier nun der Regierungsrat mit dieser Entgegennahme überhaupt prüfen möchte.

Denn was wir hier diskutieren, ist letztlich eine Untergrabung von Recht und Ordnung. Sans-Papiers, man muss es so deutlich sagen, illegale Personen als Definition haben aus guten Gründen keinen Anspruch auf Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen. Genau das ist die Konsequenz eines rechtsstaatlichen Migrationssystems. Und diese Motion von Herrn Goepfert, der ja bis vor kurzem auch Präsident dieser Anlaufstelle war und nun offenbar auf politischem Wege weiter für diese Stelle arbeitet, versucht, dieses System nun durch die Hintertür auszuhebeln. Sie schafft faktische Sozialleistungen ohne Rechtsanspruch, sie normalisiert illegale Erwerbstätigkeit und sie schwächt die Glaubwürdigkeit von Ausländer- und Asylrecht. Das ist integrationspolitisch falsch und rechtsstaatlich höchst fragwürdig.

Die Motion spricht von Notlagen, gleichzeitig hält sie selbst fest, dass ein grosser Teil der Sans-Papiers seit vielen Jahren hier lebt, viele dauerhaft arbeiten, Kinder hier zur Schule gehen und der Lebensmittelpunkt klar in der Schweiz liegt. Das sind deshalb auch keine zeitlich befristeten Ausnahmesituationen, das ist ein illegaler Daueraufenthalt, der mit dieser Motion faktisch weiter akzeptiert und finanziell abgesichert werden soll. Wer jahrelang ohne Aufenthaltsrecht hier lebt, befindet sich nicht in einer vorübergehenden Notlage, sondern in einem rechtswidrigen Zustand, den der Staat nicht noch belohnen darf.

Und noch gravierender ist die Signalwirkung über den Kanton Basel-Stadt hinaus. Ein offiziell alimentierter Sans-Papiers-Fonds sendet eine klare Botschaft. Wer ohne Aufenthaltsrecht kommt oder bleibt, wird aufgefangen, wird sogar noch dafür belohnt, dass er sich in der Illegalität befinden will. Gerade in einer Zeit hoher Migration und überlasteter Systeme ist das verantwortungslos. Basel-Stadt würde sich einmal mehr als Magnetkanton positionieren mit all den anderen weiteren bekannten Folgen für die Sicherheit, die Sozialwerke, den Wohnungsmarkt und unsere Finanzen. Ja, es gibt Härtefälle, ja, niemand will Elend oder Kriegsgefährdung, dafür gibt es aber ein gut funktionierendes Migrationssystem in der Schweiz. Es gibt bereits heute diese Möglichkeiten, sich in der Schweiz als Asylmigrant ordentlich zu registrieren, es gibt ein Asylverfahren, wer die Bedingungen gemäss unseren schweizerischen Gesetzen erfüllt, kann hier bleiben, wer diese Bedingungen nicht erfüllt, muss zurückgehen. Nur das ist ein humanes und gerechtes Asylsystem und daran sollten wir arbeiten und ich bin auch tatsächlich etwas überrascht, dass nun sogar schon Mitarbeitende unserer Polizei immerhin auch eine Behörde, die Recht und Ordnung durchsetzen muss, solche illegalen Bestrebungen quasi noch unterstützen möchte.

Humanität rechtfertigt keine dauerhafte Legalisierung durch Alimentierung. Ohne Ordnung verliert Humanität, verliert unser Asylsystem die Glaubwürdigkeit. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Joël Thüring hat eigentlich schon relativ vieles gesagt, was ich auch noch gesagt hätte. Diese Motion ist grundsätzlich eigentlich gut gemeint, aber ordnungspolitisch problematisch. Sie verlangt staatlich finanzierte Leistungen für Personen, die sich ohne Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung in unserem Kanton bzw. in unserem Land aufhalten. Damit wird ein Grundprinzip des liberalen Rechtsstaates untergraben, denn Rechte und Leistungen setzen einen legalen Status voraus. Zudem schafft dieser Vorstoss Fehlanreize und verlagert migrationspolitische Probleme in die Sozialpolitik. Anstatt konsequent gegen Schwarzarbeit und gar ausbeuterische Arbeitgeber vorzugehen, sollen hier die Risiken eines oftmals sogar illegalen Arbeitsmarktes abgefedert werden. Dies, werte Kolleginnen und Kollegen, darf aber nicht eine Staatsaufgabe sein. Besonders kritisch ist zudem, dass Kriterien und Auszahlungen ausserhalb klarer gesetzlicher Grundlagen zwischen dem Staat bzw. dem Kanton und einer privaten Stelle vereinbart werden sollen. Das schwächt Transparenz, parlamentarische Kontrolle und auch Gleichbehandlung. Schliesslich wird hier trotz einer sogenannten temporären Überbrückung faktisch eine neue Sozialleistung geschaffen und dies ohne Lösung des Grundproblems. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion FDP diese Motion ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Gmür (SP): Es ist wirklich eine Verständnisfrage, weil ich das zum zweiten Mal jetzt höre. Woher nehmen Sie die Behauptung, dass man einen legalen Aufenthalt haben muss, um vom physischen Verderben bewahrt zu werden? Ich lese die Verfassung sowohl vom Kanton als auch vom Bund anders.

Christian C. Moesch (FDP): Steht das in der Verfassung? Das habe ich so nirgends gelesen, aber vielleicht können wir darüber nachher noch diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Sieber hat auch eine Zwischenfrage.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme. Sie sagen, diese Motion löse das Grundproblem nicht. Was ist das Grundproblem und wie soll es gelöst werden?

Christian C. Moesch (FDP): Das Grundproblem ist ja, welcher Status diese Leute hier überhaupt haben und ich denke, grundsätzlich muss man daran arbeiten, dass die einen legalen Status bekommen einerseits und andererseits natürlich, dass wenn sie arbeiten, dies natürlich auch richtig entlöhnt wird und nicht so, wie das offensichtlich anderweitig auch passiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Im Kanton Basel-Stadt leben mehrere tausend Sans-Papiers, die mehrheitlich seit Jahren hier wohnen, arbeiten und ihren Lebensmittelpunkt hier bei uns in der Gesellschaft haben. Sie sind vor allem in privaten Haushalten, in der Gastro oder auf dem Bau tätig und übernehmen dort unverzichtbare Arbeit, davon profitieren wir alle, dies häufig unter prekären Bedingungen. Trotz ihrer Erwerbstätigkeit und oftmals langjähriger Integration haben diese Personen aufgrund ihres ausländerrechtlichen Status keinen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen. Ich möchte hier gerne einwenden, dass diese Grundrechte auch für diese Personen existieren, auch wenn sie keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Diese gelten für alle Menschen.

Bereits kurze Einkommensausfälle infolge von Krankheit, Unfall oder einer Schwangerschaft oder eines Arbeitsverlustes können sie deshalb in existenzielle Notlagen bringen. Diese Situation ist nicht per se selbst verschuldet, sondern auch strukturell bedingt und betrifft auch Kinder. Der Stress, dem Sans-Papiers ausgesetzt sind, ist ohnehin sehr gross. In einer Notlage multipliziert sich dieser, denn eine finanzielle Absicherung gibt es für diese Person eben nicht. In Anbetracht der vielen unverzichtbaren Arbeit, die Sans-Papiers erbringen, ist eine befristete Überbrückungshilfe eine sinnvolle und auch menschliche Investition.

Die bisherigen Erfahrungen, insbesondere auch während der Covid-19-Pandemie, haben gezeigt, dass zeitlich befristete Überbrückungsbeiträge wirksam sind, um akute Not zu lindern und gravierende Folgekosten, etwa durch medizinische Unterversorgung oder Obdachlosigkeit, zu verhindern. Gleichzeitig ist der Bedarf weiterhin vorhanden, während die bisherigen Mittel, die dafür zur Verfügung stehen, ungenügend sind und die Ansätze, die dort im Moment ausbezahlt werden können, liegen zudem sehr deutlich unter Beiträgen beispielsweise der Nothilfe.

Die Motion verlangt keine umfassende Systemänderung, sondern einen pragmatisch und klar begrenzten Ansatz, eine verlässliche Grundlage nämlich für Überbrückungshilfen in ausgewiesenen Notlagen. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, die Motion zu überweisen und so Hand zu bieten für eine pragmatische Unterstützung für Personen, die sich hier in unserer Gesellschaft befinden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich spreche mich im Namen der LDP gegen die Motion aus, die fordert, Überbrückungsbeiträge für Sans-Papiers in finanziellen Nöten bereitzustellen. Die Forderung mag aus humanitären Überlegungen sehr gut

nachvollziehbar erscheinen, doch sie widerspricht grundlegenden Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit, Marktökonomie und sozialer Gerechtigkeit, die wir als LDP hochhalten.

Erstens stellt die vorgeschlagene Unterstützung für Sans-Papiers eine Aushöhlung der bundesrechtlichen Migrationspolitik dar. Die Zuständigkeit für Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen liegt beim Bund und der Kanton darf diese nicht durch eigenständige Massnahmen umgehen. Eine kantonale Lösung würde nicht nur gegen das föderale Prinzip verstossen, sondern auch die Kohärenz der nationalen Migrationspolitik gefährden. Zweitens können solche Hilfsmassnahmen negative Anreize schaffen. Statt die Menschen zur Legalisierung des Aufenthaltes und zur Integration in den regulären Arbeitsmarkt zu ermutigen, würden wir eine Parallelwirtschaft fördern, in der die Betroffenen weiterhin in einem rechtlichen Graubereich verbleiben würden. Drittens kann die Einführung von Überbrückungsbeiträgen auf lange Sicht die Belastung unseres Sozialsystems erhöhen, ohne dass ein klarer Integrationsweg geschaffen wird. Der Fokus sollte auf Lösungen liegen, die Sans-Papiers helfen, ihren rechtlichen Status zu klären und den Weg zur Integration zu finden, nicht auf temporären finanziellen Hilfen, die Probleme nur verschlechtern und nicht lösen.

Ich appelliere daher an alle, eine nachhaltige Lösung zu unterstützen, die in enger Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden entwickelt wird, um den rechtlichen Status der Sans-Papiers zu regeln und eine echte Integration zu ermöglichen. Vielen Dank für die Nichtüberweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Noch kurz zu meinen Vorrednern. Man muss das mal ein bisschen alles einordnen und ein bisschen darüber nachdenken. Ein grosses Dankeschön an meinen Vorredner Joël Thüring, dass Sie gesagt haben, die Sache ist haltlos, dass das illegal ist und dass wir das nicht annehmen dürfen. Und Sie haben gesagt, Anlaufstellen durch Hintertüren und der Kanton Basel-Stadt darf nicht zum Magnet von Illegalität werden wegen der Sicherheit. Sie sind auch überrascht, dass ein Polizist unterschrieben hat. Sie wissen, ich rede mit allen, ich habe jetzt auch mit Christoph Hochuli, Quartierpolizist in Grossbasel, gesprochen. Wir haben uns zu dieser Sache unterhalten und er sagt, die Sans-Papiers sind teilweise besser integriert als die, die eine Bewilligung haben. Dann habe ich den Mitunterzeichner gefragt, warum machen sie denn keine Bewilligung. Er hat gesagt, weil sie Angst haben, dass sie die Bewilligung nicht bekommen. Ich habe zuerst gedacht, dass die Unterschrift vielleicht hineingerutscht ist von Ihnen, aber gut, Sie haben es mir jetzt begründet, die Unterschrift ist echt. Wir wären dankbar, wenn Sie nicht mehr solche Sachen unterschreiben. Olivier Battaglia aus Riehen, unser höchstgelegener Grossrat, hat gesagt…

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es reicht.

Eric Weber (Fraktionslos): Er hat gesagt, er bittet auch darum, das nicht zu überweisen und ich bitte auch noch einmal darum, das nicht zu überweisen. Ich habe das vergessen, aber Joël Thüring hat gesagt, dass der Erstunterzeichner Nicola Goepfert irgendwie der Verwaltungsratspräsident von dieser Gruppierung ist, Sans-Papiers von diesem Büro und macht das beruflich, also geht es hier um Eigeninteressen. Und da muss ich natürlich schon sagen, wenn es um Eigeninteressen geht, dass man sich dann vielleicht enthalten könnte und nicht hier eine Motion macht. Sie haben mich auch schon persönlich angesprochen wegen anderen Grossräten, darum spreche ich Sie auch an, geht es hier, und ich möchte, dass Sie das auch beantworten, um Eigeninteressen, ganz klar gesagt, um den eigenen Geldbeutel?

Balz Herter, Grossratspräsident: Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Es gehört zu den grundlegendsten, das dachte ich zumindest, bis ich heute einige Voten gehört habe, unbestrittenen Aufgaben des Staates, die Menschen auf seinem Gebiet bei finanziellen und persönlichen Notlagen zu unterstützen. Dass das nicht nur als falsch, sondern sogar gefährlich und widerrechtlich dargestellt wird, schockiert mich, um ehrlich zu sein, ein bisschen. Woher dieses Rechtsverständnis stammt, ist mir schleierhaft. Ich habe mir die Aufgabe gemacht, kurz nachzuschauen, ob ich da vielleicht ein bisschen einseitig bin, habe zu Artikel 12 BV die Kommentare konsultiert und habe gesehen, diese Meinung vertritt zumindest Stand heute niemand. Dass das auch unabhängig vom Aufenthaltsstatus sein muss, hat das Bundesgericht in den letzten 100 Jahren durchgehend immer wieder ganz klar betont und das haben wir deswegen auch in die, wir nennen sie heute noch die neue Bundesverfassung von 1999 überführt.

Bei Sans-Papiers, geschätzte Ratskolleg*innen, handelt es sich um diverse Menschen mitten in unserer Gesellschaft. Sie sitzen vielleicht neben Ihnen im Tram, sie stehen mit Ihnen bei der Coop oder der Migros-Kasse an, sie fiebern mit Ihnen

zusammen mit dem FCB mit und sie arbeiten im gleichen Gebäude wie Sie. Dass sie nicht nur ein Teil unserer Gesellschaft sind, sondern auch ein tragender und wichtiger Teil des Systems, das unsere Gesellschaft am Laufen hält, ist allein den Zahlen zu entnehmen, die Sie auch in der Motion sehen. Solche Personen, und das ist kein Widerspruch, können, selbst wenn sie arbeitstätig sind, denken wir an Arbeitsstellenverluste, an einbrechende Auftragszahlen, in temporäre Notlagen gelangen, wo eine Überbrückungshilfe notwendig ist. Sie können den Zahlen im Motionstext auch entnehmen, es geht hier nicht einfach darum, dass man Sozialhilfe an alle Personen ausbezahlt, die sich kurzfristig oder illegal in der Schweiz aufhalten. Es geht um minimalste Überbrückungshilfe für kurzfristige Notlagen, so dass zum Beispiel nicht massive Krankenkassenschulden entstehen oder direkt ein Wohnungsverlust droht.

Dieser Zugang zu Notfallüberbrückungshilfe ist sodann, und auch hier dachte ich, um ehrlich zu sein, das sei unbestritten, sowohl mit Blick auf die Rechtsprechung als auch auf den gesunden Menschenverstand, dass man das ohne Vorzeigen eines Passes oder einer Aufenthaltsbewilligung erhalten muss. Es geht nicht darum, das ist mir wichtig zu betonen, dass wir heute hier irgendeine neue Leistung einführen wollen. Es geht darum, dass wir Hürden für eine verfassungsmässige Pflicht nicht unnötig künstlich hochhalten. Es geht um nichts anderes. Es geht darum, dass wir als Kanton umsetzen, zu was wir rechtlich verpflichtet sind, nicht zu etwas, das angeblich widerrechtlich oder gefährlich sein soll.

Ich möchte noch zu diesem Anreizargument kommen. Ich glaube, hier hat man nicht verstanden, worum es in dieser Motion geht und in welcher Lebenslage diese Personen sind. Wenn Sie wirklich glauben, dass eine Person aufhört, sich um einen regularisierten Aufenthalt zu kümmern, weil sie, wenn sie in Notlagen gerät, 2,65 Franken bis 4,40 Franken pro Tag erhält, für wirklich das absolute Minimum, um überleben zu können, dass diese Person dann den Anreiz verliert, sich um einen regularisierten Aufenthalt zu bemühen, dann haben Sie wirklich nicht verstanden, worum es hier und in den Lebenslagen dieser Personen allgemein geht. Lassen Sie uns also unsere verfassungsmässige Pflicht umsetzen und diese Motion überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring mit einer Zwischenfrage.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Könnten Sie mir vielleicht noch Ihre Interessenbindung bekanntgeben und erklären, wieso Sie als Vorstandsmitglied dieses Vereins einen Vorstoss unterschreiben, der diesem Verein Gelder zusprechen soll?

Daniel Gmür (SP): Gerne, das verstehen nicht alle Menschen, ich mache das freiwillig, ich kriege keine Entschädigung dafür. Es geht darum, die Leistungen für diese Personen über diesen Verein auszubezahlen, nicht einfach diesem Verein Geld zu geben. Ich bin Vorstandsmitglied von der Sans-Papiers-Anlaufstelle, um ihre erste Frage auch noch zu beantworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nicola Goepfert als Motionär.

Nicola Goepfert (BastA): Vielen Dank, ein Dankeschön an den abwesenden Regierungsrat, nein, Stephanie Eymann ist hier, dass Sie auf die Motion eintreten möchten. Speziellen Dank auch an die Fraktionen, die die Motion unterstützen, speziell an die EVP, welche die grosse Unterstützung darin zeigt, indem die Motion von allen Grossratsmitgliedern mitunterzeichnet wurde. Vielen Dank auch an die Vorredner*innen, die die Motion unterstützt haben.

Sehr vieles wurde schon gesagt, ich möchte nicht alles nochmals aufnehmen, aber auch ein kleines Dankeschön zumindest zum Teil an die Vorredner*innen, die diese Motion eigentlich ablehnen. So hat Christian Moesch zum Beispiel gesagt, dass wir gegen die Ausbeutung am Arbeitsplatz vorgehen müssen. Sehr gerne können wir einen Vorstoss dazu machen, damit Sans-Papiers auch Zugang zur Justiz bekommen und so die Ausbeutung am Arbeitsplatz bekämpfen können. Auch an FDP und LDP, die sagen, ja, wir müssen die Sans-Papiers regularisieren. Es wurde schon eine Motion eingereicht, die diese Regularisierung von Sans-Papiers fördern möchte. Ich freue mich dann auf die Unterstützung von Ihnen für diese Motion.

Um was geht es. Es wurde schon gesagt von Lea Wirz, es gibt viele Situationen, welche Sans-Papiers unerwartet in Not bringen können und mit dieser Motion können wir eine zeitlich befristete Hilfe für diese Menschen in Not, welche keinen geregelten Aufenthaltsstatus haben, schaffen. Denn diese Motion anerkennt ein Stück weit auch die widersprüchlichen Interessen des Staates, wie Joël Thüring es gesagt hat, einerseits Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus auszuschaffen, wenn es sein muss, so fest ich das selbst ablehne, aber andererseits, wie es Daniel Gmür sehr zutreffend gesagt hat, das Recht auf Hilfe in Notlagen, das eben jeder Person zusteht, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Es ist nicht so, dass wir da etwas völlig Neues schaffen, es geht um den Zugang zu einem Recht. Da hat der Kanton auch schon

Erfahrung aus der Corona-Zeit, dort wurde die Notwendigkeit einer direkten Hilfe an Sans-Papiers durch die Regierung anerkannt und darauf soll aufgebaut werden, denn sie zeigte, dass die Hilfe wirkungsvoll und notwendig ist.

Die Motion möchte, anders wie es Joël Thüring impliziert, nicht, dass die Institution Anlaufstelle finanziert wird, sondern dass direkt Hilfe an die betroffenen Personen fliesst. Hier vielleicht noch kurz, ich bin nicht mehr Vorstandsmitglied der Anlaufstelle, ich war das, aber natürlich bleibt mir das Anliegen immer noch sehr wichtig. Ich war auch selbst freiwillig engagiert, habe dort kein Geld verdient, einfach so zur Transparenz. Es gibt tatsächlich Menschen in diesem Kanton, die Ämter ausüben, die nicht bezahlt sind, einfach weil man sie wichtig findet und die Anliegen unterstützt. Es gab auch schon Vorlagen, wo Personen sogar direkt angestellt wurden, die davon betroffen wären, Stichwort Standortfördergesetz, und dort wurde ja auch kein Problem gesehen.

Zum Fazit: Es geht also darum, dass der Kanton seine Verantwortung wahrnehmen kann, trotz möglichem Interessenkonflikt. Es geht darum, dass Menschen, welche Teil unserer Gesellschaft sind, mitten in unserer Gesellschaft leben, Zugang erhalten zu einer zeitlich befristeten Überbrückungshilfe in Notlage. Diese Motion normalisiert nichts, sie ändert auch nichts am Aufenthaltsstatus, sie bietet lediglich eine kleine Hilfe in schwierigen und schlimmen Situationen, von denen Menschen betroffen sind in unserem Kanton. Ich danke allen, welche die vorliegende Motion unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 33 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008179, 21.01.26 11:23:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu Überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Überweisung ausgesprochen mit 62 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

39. Anzug 1 Adrian Iselin und Konsorten betreffend die Zukunft der Art Basel am Standort Basel

[21.01.26 11:23:57, 25.5494.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Heute also die MCH Group bzw. die Art Basel, Klappe, die Dritte. Im Gegensatz zu den bisherigen Vorstössen zur MCH Group scheint dieser Anzug nun überwiesen zu werden, Widerstand kommt nur von unseren Reihen. Vielleicht wird der Vorstoss einfach auch nur laufen gelassen, damit es so aussieht, dass das Parlament nicht untätig ist und ein Zeichen für die Art Basel aussendet. Aber alle eigentlich wissen, dass aus diesem Anzug nicht wirklich Wirkung entstehen wird, keine Wirkung entstehen kann.

Wir von BastA lehnen diesen Anzug ab, wir erachten diesen Vorstoss als nicht notwendig und als reine Kosmetik. Die vergangenen Debatten zum Ausstieg aus der MCH Group bzw. zur Übernahme der Aktienmehrheit hier in diesem Saale haben das Dilemma eigentlich klar aufgezeigt. Aber es ist wahrscheinlich so, die Art Basel scheint eine Art heilige Kuh für die Basler Politik zu sein, egal, was es uns kostet, egal, welche Nebengeräusche die MCH Group produziert, egal, welches

Kapital mit dem internationalen Kunsthandel weiss gewaschen wird und auch egal, welche Ökobilanz eine internationale Kunstmesse nach sich zieht. Wir tun alles, um die Art Basel in ihrem jetzigen Format zu erhalten und hoffen, dass uns dabei die MCH Group erhört.

Dies können wir so nicht unterstützen. Es ist nicht so, dass wir grundsätzlich die Messe Art Basel ablehnen, aber wir müssen hier eine andere Debatte führen. Es geht entweder um eine sinnvolle Transformation der MCH Group in eine andere Rechtsform oder halt dann wirklich Szenarien des Ausstiegs zu skizzieren. Falls uns die Art Basel wirklich so wichtig ist, müssten wir ehrlicherweise mal halt über die zukünftige Rechtsform der Messe Schweiz debattieren, um unseren kantonalen Einfluss wieder zu stärken.

Weshalb bestreiten wir diesen harmlosen Anzug und lassen ihn nicht einfach laufen? Weil wir finden, dass das eine Scheindebatte ist und dies eigentlich nicht notwendig ist. Der Anzug fordert nämlich insgesamt sieben Punkte, eigentlich immer dasselbe, einfach ein wenig anders geschrieben. Der Anzug will, dass der Regierungsrat mit seiner Vertretung im Verwaltungsrat der MCH Group darauf hinwirken soll, dass die Art Basel nicht abwandert, der Standort Basel nicht durch eine neue eigene Art Basel-Formaten an anderen Standorten auf der Welt weiter geschwächt wird und das private Messegeschäft wieder angekurbelt wird. Kurz, es soll einfach alles bitte beim Alten bleiben, so wie es ist.

Wir fragen uns, weshalb hat der Regierungsrat und seine Vertretung dies bis anhin nicht gemacht? Es müsste ja eigentlich logisch sein, dass der Regierungsrat und seine Vertretung im Verwaltungsrat sich per Mandat für die Art Basel in Basel einsetzt. Also warum scheint es so, dass er dies nicht macht bzw. nicht gut genug? Wir haben es Ihnen vor zwei Monaten schon gesagt und ich sage es Ihnen heute nochmals, weil die regierungsrätliche Vertretung es im Rahmen eines internationalen börsenkotierten Unternehmens einfach gar nicht kann. So simpel ist dies. Der VR der MCH Group ist einzig und allein dem Unternehmen verpflichtet und auch die Vertretenden des Regierungsrats im VR sind schlussendlich demselben Ziel unterstellt. Auch wenn wir dies bedauern und auch ich finde, dass durchaus mehr Kritik zum Ausdruck gebracht werden könnte durch den Regierungsrat, innerhalb des Verwaltungsrats können Sie gar nicht gegen die Interessen der MCH Group stimmen. Dass dem so ist, zeigte sich ja eindrücklich beim Entscheid betreffend der Art Basel in Katar und in der Debatte um Ausstieg bzw. Aktienmehrheit hier im Grossen Rat.

Deswegen bestreiten wir als BastA diesen Anzug und werden ihn nicht überweisen. Wir sind aber gerne bereit, mit Ihnen gemeinsam grundsätzlich den Messestandort Basel zu beraten und zu prüfen, wie wir die Messe Basel in einer anderen Organisationsform und mit einer anderen Ausrichtung vielleicht auch neu aufstellen können. Vielleicht wäre dies ja um einiges wirkungsvoller, damit die Art Basel langfristig, vielleicht ist es dann ein wenig anders, in Basel gesichert werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Wir von der SP-Fraktion glauben im Gegenteil meines Vorredners eben an eine Wirkung dieses Vorstosses. Warum? Der Vorstoss wird klar getragen von vielen aus diesem Hause, von vielen Grossrätinnen und Grossräten und der nächste für mich sehr wichtige Punkt, die Abstimmung zur Aktienmehrheit, also ob der Staat die Aktienmehrheit erwerben soll oder es versuchen soll oder nicht, wurde hier drin diskutiert und wurde nur sehr knapp abgelehnt. Das heisst, eine Strategie ist gewollt. Wir brauchen nicht nur eine Strategie, sondern der Wille zu einer klaren Strategie ist auch, so denke ich doch, gegeben und deshalb glauben wir auch, dass der Anzug hier die Regierung klar auffordert, diesen Auftrag auch ernst zu nehmen und uns zu gegebener Zeit, und mit gegebener Zeit hoffe ich, dass das sehr bald schon sein wird, auch einen Vorschlag unterbreiten wird.

Inhaltlich, es ist schon Klappe, die Dritte, wurde viel dazu gesprochen. Wir hoffen, dass nicht nur von der Regierung der Auftrag jetzt klar ist, sondern auch von der MCH Group, dass sie eben nicht einfach machen können, was sie wollen und die Wirtschaft über die Menschen stellen, sondern dass klar ist, die Menschlichkeit muss immer die erste Frage sein. Die Werte, ich spreche selbstverständlich die sozialdemokratischen Werte an, aber auch die Menschenrechtskonventionen zum Beispiel, die müssen immer in erster Linie gelten und dann können wir über die Wirtschaft sprechen. Und deshalb, weil das für uns wirklich nicht einfach wichtig, sondern ein Standard sein muss, sagen wir zu diesem Vorstoss Ja.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Anzugsteller Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Die Art Basel ist weit mehr als eine Kunstmesse. Sie ist eines der wichtigsten internationalen Aushängeschilder unseres Standorts, wirtschaftlich, kulturell und repetitiv. Sie bringt Sichtbarkeit, Gäste, Medienaufmerksamkeit und Wertschöpfung nach Basel. und prägt das internationale Bild unserer Stadt wie kaum ein anderes Ereignis. Gerade weil die Art Basel so erfolgreich ist, steht sie heute aber auch in einem intensiven globalen Wettbewerb. Die internationale Expansion ist unternehmerisch nachvollziehbar. Gleichzeitig zeigen Marktbeobachtungen und

Medienberichte, dass sich Wahrnehmung, Aufmerksamkeit und Sammlerströme verschieben können und genau hier setzt dieser Anzug an. Es geht nicht darum, Internationalisierung in Frage zu stellen. Es geht nicht darum, operative Entscheide der MCH Group zu kommentieren. Und es geht nicht um kulturpolitische Symbolik. Es geht um eine nüchterne, legitime Frage der Standortpolitik. Wie stellen wir sicher, dass Basel auch langfristig das Herz der Art Basel bleibt?

Basel verfügt über echte Standortvorteile, die nicht beliebig kopierbar sind. Ein zentrales Beispiel ist die Messeinfrastruktur. Formate wie Art Basel Unlimited sind in dieser Grössenordnung nur hier möglich. Diese Kombination aus Infrastruktur, Geschichte und internationaler Glaubwürdigkeit ist ein strategischer Asset und genau deshalb nicht selbstverständlich. Auch die ökonomische Bedeutung ist klar belegt. Eine unabhängige Studie zeigt, dass die Art Basel in Basel jährlich rund 340 Mio. Franken Umsatz generiert, eine Wertschöpfung von über 140 Mio. Franken schafft und fast 1’800 Arbeitsplätze sichert. Über 90% dieser Wertschöpfung bleiben in unserer Regierung. Das ist keine Symbolpolitik, das ist harte Standortökonomie.

Gleichzeitig ist wichtig festzuhalten, die Art Basel hat in den letzten Jahren sichtbar geliefert mit Investitionen in Willkommenskultur, Preisdisziplin bei Hotels, Öffnung in den Stadtraum, kostenlosen Angeboten und stärkerer lokaler Einbindung. Sie arbeitet aktiv an ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung, an ihrer sogenannten License to Operate. Dieser Anzug verlangt deshalb keine Vorleistung vom Staat, sondern ein politisches Commitment auf Augenhöhe. Der Kanton Basel-Stadt ist Miteigentümer der MCH Group. Daraus folgt keine operative Verantwortung, sehr wohl aber eine strategische Mitverantwortung. Der Anzug fordert den Regierungsrat auf, diese Rolle aktiv wahrzunehmen, über seine Vertretung im Verwaltungsrat, über den strukturierten Dialog mit zentralen Akteurinnen und Akteuren und über eine kohärente, abgestimmte Standortpolitik.

Wichtig ist mir, dieser Anzug ist bewusst offen und konstruktiv formuliert. Er schreibt keine Massnahmen vor, er verlangt keine Detailsteuerung. Er schafft aber die Grundlage dafür, dass wir diese Diskussion vorausschauend führen und nicht erst dann, wenn Fakten geschaffen sind. Ich erinnere gerne an die Basel World. Michela Seggiani hat es gesagt, die breite Unterstützung der Fraktionen zeigt, die Zukunft der Art Basel ist keine Parteifrage, sondern eine Frage des Selbstverständnisses unseres Standorts. Ich bitte Sie deshalb, diesem Anzug zuzustimmen und dem Regierungsrat den Auftrag zu geben, Basel als zentralen Standort der Art Basel auch langfristig aktiv zu sichern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008181, 21.01.26 11:35:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 88 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen.

40. Anzug 2 Béla Bartha und Konsorten betreffend Methoden zur Förderung von bidirektionalen DC-Ladestationen

[21.01.26 11:35:54, 25.5497.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

41. Anzug 3 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung - MINT-Förderung für alle, ab der ersten Stunde

[21.01.26 11:36:18, 25.5513.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

42. Anzug 4 Harald Friedl und Konsorten betreffend Schaffung von mehr sicheren Veloabstellplätzen

[21.01.26 11:36:48, 25.5511.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Die SVP beantragt Ihnen, diesen Vorstoss nicht zu überweisen. Nicht, weil wir als SVP uns gegen Veloabstellplätze stellen, viele von uns sind selbst Velofahrer und brauchen auch Veloparkplätze, auch wenn ich hier jetzt mal die Platzeffizienz zumindest der Cargovelos etwas in Frage stelle, weil erfahrungsgemäss diese Cargovelos ja manchmal ganze Fahrspuren in Anspruch nehmen oder eben auch ganze Veloparkplätze für sich einnehmen. Die SVP stellt sich also nicht gegen die Schaffung von Veloabstellplätzen, aber wir stellen uns ganz klar gegen die Schaffung von Veloabstellplätzen auf Kosten der noch wenigen in der Stadt übrig gebliebenen Autoparkplätze. Und das ist die grosse Sorge, die wir haben, und das hat uns auch dazu bewogen, hier diesen Vorstoss abzulehnen, die Sorge oder auch die Erfahrung schon, das Wissen, dass hier die Veloparkplätze wieder auf Kosten des Autos geschaffen werden und das ist einfach problematisch.

Zudem empfinden wir auch den Vorstoss als unehrlich, denn die krasse Statistik zu diesen Velodiebstählen, das liegt nicht an den Abstellmöglichkeiten oder an den fehlenden Stangen, um die Velos festzumachen, sondern das liegt daran, dass wir eine sehr grenznahe Stadt sind und wir offene Grenzen haben. Man weiss und man hat Berichte gehabt und Leute haben mit Chips ihre Velos verfolgt, dass es genauso funktioniert, dass hier Kriminaltourismus über die Grenze kommt, die Velos einpackt und mitnimmt. Da sind die Stangen und mehr Festmachmöglichkeiten für die Velos nicht die Lösung, sondern ehrlicherweise müsste man hier nicht das Symptom behandeln, sondern man müsste die Ursache behandeln und hier die Grenzen besser schützen. Deshalb lehnen wir als SVP diesen Vorstoss ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thommen. Diese wird entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie haben das hohe Lied des Grenzschutzes gesungen. Können Sie mir sagen, warum im Vergleich mit anderen Städten, die auch grenznah sind, in Basel-Stadt deutlich, und zwar sehr deutlich, viel mehr Velos gestohlen werden als in vergleichbaren Städten?

Laetitia Block (SVP): Leider, und das ist sehr traurig, schwingen wir generell bei all diesen kriminaltouristischen und Kriminalstatistiken oben aus. Dagegen wehren wir uns und wir geben uns ja Mühe, aber sie machen leider nie mit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Anzugsteller Harald Friedl hat das Schlusswort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Danke, dass es noch zu einer kleinen Diskussion kommt, sonst hätte ich ja nicht mehr allzu viel zu sagen gehabt. Gerade auf das Votum der Kollegin der SVP, ich habe nirgendswo geschrieben, es sollen Autoparkplätze oder andere Parkplätze aufgelöst werden. Jetzt wird ein bisschen gekichert da hinten, das können Sie vermuten, aber es ist nicht die Frage und nicht der Auftrag, den ich hier drin stelle. Sie haben ja gesagt, Sie sind für Veloparkplätze und das ist genau das, was ich fordere, warum stimmen Sie dem nicht zu? Ich bin ein bisschen verwirrt. Und auch was die Diebstähle betrifft, ja gut, dann stellen Sie wahrscheinlich Ihr Velo einfach unabgeschlossen irgendwo hin, weil es spielt ja keine Rolle, wir sind in der Grenzregion.

Ich habe mit diesem Anzug nicht nur die Velosicherheit im Auge gehabt oder im Hintergedanken, mir geht es auch noch in einer zweiten Folge darum, das Stadtbild ein bisschen zu bewahren. Ich beobachte sehr viele Velos, die wild abgestellt werden aus Mangel an sicheren Veloabstellplätzen. Die Leute montieren dann ihr Velo noch an die Signalpfosten, an Gitter, die im Strassenraum stehen. Da gibt es ein wildes Sammelsurium, das kennen Sie selber auch. Diese Velos, das muss ich jetzt auch zugeben, die stören mich und ich verspreche mir da ein bisschen auch eine Verbesserung, wenn es dann mehr gute Veloabstellplätze gibt, die für das gemacht sind, nämlich um die Velos abzustellen. Dieser Platz, der wird nämlich streitig gemacht von Leuten, die zum Beispiel mit einem Kinderwagen unterwegs sind, die mobilitätseingeschränkt sind, und das sind viele Leute hier im Kanton, das sind Leute, die im Rollstuhl sitzen, ein Rollator vor sich schieben müssen oder an Stöcken gehen. Ich denke auch an diese Leute bei diesem Vorstoss.

Ich denke, es ist ein Bedürfnis und ich bin auch der Meinung, dass der Kanton da mal einen Blick darauf werfen soll. Das mit dem Grenzschutz, da gibt es ja auch noch andere Vorstösse in diesem Parlament und ich denke, die gehen Hand in Hand und ich bitte Sie darum, meinen Vorstoss hier auch mit zu unterstützen und ich denke, das wird ja auch klappen. Von dem her bedanke ich mich bei Ihnen für die Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008185, 21.01.26 11:43:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug überweisen mit 79 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

43. Anzug 5 Johannes Barth und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufswelten in der Primarschule entdecken

[21.01.26 11:43:44, 25.5495.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Wir von BastA teilen die Problemanalyse des Anzugs, aber nicht seine Lösung. Unser Bildungssystem selektiert nach Geschlecht, nach sozialer Herkunft. Wir brauchen bildungspolitische Massnahmen, die echte Chancengleichheit ermöglichen. Wir von BastA stehen für eine ganzheitliche Bildungspolitik und die Gleichwertigkeit verschiedener Bildungswege und Bildungsbiografien und wir stellen uns gegen die frühen Leistungs- und Selektionslogiken, bei denen schon in der Primarschule aufs Zehntel genau berechnet wird, wie leistungsorientiert ein Kind ist. Darum stellen wir die Förderung der Begabung und eine partizipative Bildung ins Zentrum.

Die Primarschule ist ein Ort, an dem es um grundlegende Bildung geht, natürlich Lesen, Schreiben, Rechnen, aber eben auch soziales Lernen und Sozialkompetenz. Es geht auch um Demokratiebildung und Zukunftsvorstellungen. Insofern ist ein Lebensweltbezug in der Primarschule wichtig, aber eben nicht unter dem Primat der Arbeitsmarktlogik. Vor diesem Hintergrund teilen wir die Idee einer stufengerechten beruflichen Orientierung auf der Primarschule nicht. Ist es wirklich nötig, dass wir die Primarschüler*innen bereits mit der beruflichen Orientierung konfrontieren? Können wir die Kinder zu diesem Zeitpunkt nicht einfach Feuerwehrfrau, Astronautin oder Krankenpfleger sein lassen? Berufswelten ja, Berufsorientierung im Sinne einer Steuerung, nein. Die Primarschule sieht bereits Zukunftstage vor. Es besteht also bereits ein Angebot.

Ein Ausbau und die gezielte Einbindung der Wirtschaft und ihrer Interessen in den Primarschulen, wie es der Anzug fordert, stellt aus unserer Sicht keine Lösung für die bestehende Bildungsselektion dar. Vielmehr sehen wir darin die Gefahr, dass Kinder zu früh auf berufliche Bahnen gedrückt werden, bevor sie ihre eigentlichen Fähigkeiten und Interessen greifentwickeln konnten. Chancengleichheit bedeutet eben nicht möglichst frühe Anpassungen an Arbeitsmarktlogiken. Frühere Berufsorientierung, wie sie der Anzug fordert, garantiert nicht, dass Kinder aus finanziell schwächeren Haushalten dieselben Chancen erhalten wie Kinder aus privilegierten Familien. Ohne begleitende sozialpolitische Massnahmen wie etwa kostenlose Angebote, gezielte Förderung oder Abbau von sprachlichen und strukturellen Barrieren setzen sich bestehende Ungleichheiten fort.

Es spricht aus unserer Sicht nichts dagegen, den Eltern die umfassenden Möglichkeiten unseres Bildungssystems näher zu bringen und vielleicht braucht es hier tatsächlich mehr Aufklärungsarbeit, damit den Bedürfnissen der Kinder gedient wird. Aber die Interessen und die Einflussnahme der Wirtschaftslobby haben in der Primarschule wirklich nichts verloren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mustafa Atici hat sich gemeldet.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich halte mich ganz kurz, ich möchte ein Beispiel erwähnen. Gestern Abend haben wir mit der Primarschule Bruderholz und mit der Handelskammer für Sechstklässlerinnen und -klässler und ihren Eltern und Lehrerinnen und Lehrer eine Veranstaltung zum Thema «Berufe kennenlernen» organisiert und unser Ziel war, schon um 20 Uhr aufzuhören, aber die Fragen der Kinder waren so viele, dass wir dann irgendwann 20.20 Uhr gesagt haben, jetzt müssen wir dann aufhören. Also ich weiss nicht, warum es ein Problem sein sollte, wenn die Kinder möglichst früh sich verschiedene Berufe vorstellen können und auch damit in Berührung kommen. Wir kämpfen ja auch dafür, dass alle einen Anschluss haben. Also ehrlich gesagt, für mich, jeder, der es verpasst hat, nach der Sek 1 einen Anschluss zu haben, kostet uns gesellschaftspolitisch, finanziell und sonst auf allen Ebenen sehr viel. Und daher verstehe ich nicht, warum Sie gegen diesen Anzug sind und ich wäre froh, wenn Sie es unterstützen könnten, und dann werden wir natürlich berichten, was möglich ist und was nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Barth mit dem Schlusswort.

Johannes Barth (FDP): Mit diesem Anzug setzen wir ein klares Zeichen. Wir wollen unsere Kinder frühzeitig spielerisch mit der Vielfalt ihrer Berufswelt in Kontakt bringen und damit einen Beitrag leisten zu einer chancengerechteren, realistischen, durchlässigen Bildungsbiografie für alle. Heute wissen wir, bereits im Primarschulalter formen Kinder erste berufliche Vorstellungen und diese sind leider oft zu stark durch Geschlechterrollen und soziale Herkunft geprägt.

Genau hier setzt unser Anliegen an. Es geht nicht darum, Kinder zu früh auf eine Laufbahn festzulegen. Es geht darum, ein breites offenes Mindset mitzugeben, bevor sich in der Sekundarschule Vorstellungen verfestigen, die Möglichkeiten unnötig einschränken. Wir alle kennen das Problem, in der 7. Klasse ist das Fenster der Offenheit für viele Jugendliche bereits kleiner geworden. Mädchen orientieren sich vermehrt Richtung akademische Wege, Jungen zu klassischen Rollenbildern. Gleichzeitig kennen viele Kinder nur jene Berufe, denen sie zufällig im Alltag begegnen. Das schränkt Lebenswege ein, bevor sie überhaupt beginnen.

Basel-Stadt braucht deshalb ein Konzept, das die Wirtschaft, die Schulen und die Eltern gemeinsam ins Boot holt. Ein Konzept, das auch zeigt, die Berufsbildung bietet attraktive, moderne, hochqualifizierte Wege, gerade auch in unserer Region mit ihrem vielfältigen Arbeitsmarkt und mit einem grossen Bedarf an Nachwuchskräften. Darum ist es entscheidend, die obligatorischen Elternabende zu nutzen, um sachlich und verständlich über die Stärken unseres Bildungssystems zu informieren und Eltern zu zeigen, dass der P-Zug nicht der einzige Weg zum beruflichen Erfolg ist. Die Berufsbildung eröffnet hervorragende Karrierechancen und sie verdient es, von Beginn weg mitbedacht zu werden. Ebenso wichtig ist die frühzeitige Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft, denn nur so kann Kindern und Eltern vermittelt werden, wie viele spannende Berufe es in Basel tatsächlich gibt und jene, die im Quartier oder im Kinderbuch nicht vorkommen.

Dieser Anzug verlangt nichts Unrealistisches, er verlangt eine Prüfung, eine Konzeptentwicklung und eine Koordination mit Basel-Landschaft. Das ist pragmatisch sinnvoll und finanziell überschaubar, aber mit grosser Wirkung. Wir geben unseren Kindern nichts vor, aber wir geben ihnen mehr Möglichkeiten, mehr Offenheit und mehr Zukunft. Darum bitte ich Sie herzlich um die Unterstützung für diesen Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008187, 21.01.26 11:52:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 73 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

44. Anzug 6 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufsberatung im Gymnasium. Monitoring und bessere Unterstützung bei Abbrüchen

[21.01.26 11:52:22, 25.5512.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

45. Anzug 7 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend sicher in Tram und Bus. Nicht nur während der Fahrt, sondern auch beim Ein- und Aussteigen

[21.01.26 11:52:47, 25.5510.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

46. Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen

[21.01.26 11:53:12, 25.5515.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Heidi Mück hat beim Votum zur Motion Alioth unsere grundsätzliche Kritik am Bildungspaket aus der Feder des Gewerbeverbands und der Handelskammer zum Ausdruck gebracht. Trotzdem haben wir uns entschlossen, haben Sie ja vielleicht gemerkt, die diversen Vorstösse einzeln zu beurteilen. Bei diesem Anzug war es aber offensichtlich. Wir lehnen diesen entschieden ab, denn dieser bringt aus meiner Sicht die dahinterliegende Geisteshaltung der Arbeitgeberverbände wahrscheinlich am klarsten zum Ausdruck.

Es geht hier ganz klar um die Schwächung der FMS und um eine Beschränkung des Zugangs zu einer höheren Bildung mit der Idee, dass damit die Berufslehre aufgewertet werden kann. Das ist sehr gefährlich und klar der falsche Weg. Die FMS ist nach der obligatorischen Schulbildung eine der wichtigsten anschliessenden Schulen im Übergang zur Berufsbildung, und zwar in vielen unterschiedlichen beruflichen Feldern. Beispielsweise, das ist Ihnen sicher bekannt, für die dringend notwendigen Berufe in der Bildung wie Kindergärtnerin und Primarlehrerin. Der Lehrer*innenmangel ist Ihnen bekannt und wird sich auch in den kommenden Jahren akzentuieren. Eine Schwächung dieser Schule wäre also fatal für die jetzt schon fehlenden Lehrberufe.

Es gibt durchaus Probleme und offene Fragen bei der Berufsbildung, da gebe ich Ihnen recht, auch gerade in der höheren Fachausbildung. Weshalb hier beispielsweise in der sozialen Arbeit oder in der Pädagogik die Fachausbildungen sich vom Handwerk immer mehr distanzierten und eine universitäre Richtung angenommen haben, hinterfragen wir sehr wohl kritisch. Aber das ist nicht das Problem der FMS, sondern des jetzt bestehenden Bildungssystems und der Ausrichtung der FHNW. Auch die Berufslehre steht ebenso vor grossen Herausforderungen. Die Annahme, dass viele 15- bis 16-jährigen Jugendlichen schon wissen, welchen Beruf sie zeitlebens ausführen werden und deswegen die entsprechende zwei- bis vierjährige Berufslehre absolvieren, gilt heute einfach nicht mehr. Aber es galt auch schon nicht zu meiner Zeit. Als ich die Lehre gemacht habe, wusste ich einfach, ich gehe nicht in einen handwerklichen Beruf, aber eigentlich ist alles noch offen, also mache ich das KV, da bist du mal gut aufgestellt für alles, was danach kommt. Also es ist schon immer ein Problem gewesen, aber das hat sich ein wenig sicher verschoben.

Zudem sind die Bedingungen in der Berufslehre auch nicht nur rosig. Der Lohn ist gar nicht so entscheidend, sondern die nicht altersentsprechenden Ausbildungsbedingungen. Dies betrifft Ferien, genügend Zeit haben für die schulischen Anforderungen, die immer höher auch werden, persönliche Unterstützung und Wertschätzung durch den Ausbildungsbetrieb, das gibt es sehr wohl, aber auch nicht bei allen, und die Bereitschaft, auch mal einen schulisch etwas schwächeren Lehrling auszubilden, als ein grosses Rating zu machen und dann vielleicht einen Lehrling aus dem Kanton Aargau anzustellen.

Die FMS ist für die Jugendlichen im Alter zwischen 15 bis 18 Jahren einer der wichtigsten Schulen in unserer Stadt. Sie ist beliebt, viele wollen dorthin und der Selektionsdruck ist jetzt schon sehr hoch. Diese noch weiter zu erhöhen bzw. das Angebot einzuschränken, macht überhaupt keinen Sinn. Alle diejenigen hier im Saal, die Kinder in diesem Alter haben oder hatten, werden mir beipflichten, dass gerade dieses Alter geprägt ist von sehr vielen grossen Fragen und Unsicherheiten und die haben sicher in den letzten Jahren nicht abgenommen.

Und was die Abbruchquote betrifft, können Sie sich auch ein wenig entspannen. Abbrüche in den nachobligatorischen Schulen oder in der Lehre sind nicht per se eine Katastrophe, sondern auch Ausdruck einer Gesellschaft, die sich wandelt und einen erhöhten Leistungsanspruch hat, der auch immer wieder mal überfordert. Biografische Entscheidungen haben sich deutlich nach hinten verschoben. Vielleicht wäre es einfach mal an der Zeit, dies anzuerkennen. Nicht erst seit Bourdieu wissen wir, Schule reproduziert soziale Ungleichheit, kleines Zitat: «Von unten bis ganz nach oben funktioniert das

Schulsystem, als bestände seine Funktion nicht darin, auszubilden, sondern zu eliminieren. Besser: in dem Maß, wie es eliminiert, gelingt es ihm, die Verlierer davon zu überzeugen, dass sie selbst für ihre Eliminierung verantwortlich sind».

Also die FMS zu schwächen bzw. den Druck noch weiter zu erhöhen, führt unmittelbar dazu, dass Jugendliche aus bildungsfernen Familien in einem sehr wichtigen Altersabschnitt von Bildungsaufstiegschancen ausgeschlossen werden. Wer diesem Anzug zustimmt, nimmt dieses zumindest auch ein wenig in Kauf. Deshalb, geschätzte Bildungspolitiker*innen hier im Saal, unabhängig welcher Fraktion Sie angehören, lehnen Sie diesen Anzug bitte ab. Sie stärken die Berufsbildung nicht, wenn Sie diesen Anzug überweisen, im Gegenteil, Sie schwächen ihn sogar.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich werde die Sitzung jetzt unterbrechen, da Herr Atici noch redet und Frau Brandenburger und schlussendlich noch Herr Thüring.

Schluss der 49. Sitzung

11:58 Uhr

Protokoll

der 50. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 21. Januar 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Espositio (SP), Pascal Pfister (SP), Nicola Goepfert (BastA!), Béla Bartha (Grüne/jgb)*

Verhandlungsgegenstände:

46. Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen 3
47. Anzug 9 Catherine Alioth und Konsorten betreffend Sicherstellung der gleichwertigen Darstellung der Bildungswege in kantonalen Dokumenten 4
48. Interpellation Nr. 117 Harald Friedl betreffend Magazin «klybeck plus», Oktober 2025, Schreiben des RR 5
49. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Zwischenbericht des RR 5
50. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öV-Erschliessung der Nordspitze Dreispitz und Gundeldingen, Schreiben des RR 8
51. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte, Schreiben des RR 8
52. Interpellation Nr. 123 Daniel Albietz betreffend St. Antonius und der Klimaschutz – Eiszeit bei der Denkmalpflege, Schreiben des RR 10
53. Interpellation Nr. 130 Pascal Messerli betreffend gesperrter neuer Kunstrasen auf dem Rankhof: Verschärft sich die Sportplatzkrise, Schreiben des RR 11
54. Interpellation Nr. 134 Johannes Barth betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz im Bereich Palmenstrasse/Ahornstrasse, Schreiben des RR 11
55. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik, Schreiben des RR 12
56. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Stärkung des Forschungsstandorts im Bereich Klima, Schreiben des RR 13
57. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einsetzung einer regierungsrätlichen Klimakommission in Basel-Stadt, Schreiben des RR 13
58. Anzug Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum, Schreiben des RR 14
59. Anzug der Bildungs- und Kulturkommission betreffend Abgeltung an die Museen für Schulklassenbesuche, Schreiben des RR 14
60. Interpellation Nr. 115 Eric Weber betreffend Angriffe auf das Gemeinwohl - Attacken auf Lokalpolitiker haben fatale Folgen für die Kommunen, Schreiben des RR 14
61. Interpellation Nr. 122 Luca Urgese betreffend Dachterrasse auf der alten Hauptpost: eine verpasste Chance!, Schreiben des RR 15
62. Interpellation Nr. 132 Oliver Bolliger betreffend keinen Rückbau der Superblock-Tests bis zur definitiven Auswertung, Schreiben des RR 17
63. Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen, Stellungnahme des RR 17
64. Interpellation Nr. 135 Ivo Balmer betreffend Verkauf von Bauland in Augst (BL) – Warum verkauft Immobilen Basel-Stadt (IBS) schon wieder Boden, Schreiben des RR 22

65. Motion Johannes Sieber und Michela Seggiani betreffend Verbot von Konversionstherapien in Basel-Stadt, Zwischenbericht des RR 22
66. Motion Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich, Stellungnahme des RR 23
67. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR..... 25

Beginn der 50. Sitzung

Mittwoch, 21. Januar 2026, 15:00 Uhr

46. Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen

[21.01.26 15:00:33, 25.5515.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Als kleine Information: Ich plane, meine Schlussrede gegen 17 Uhr zu halten, damit alle, die das noch möchten, sich noch umziehen, Rucksack deponieren oder sonst was können, bevor wir um 18.30 Uhr in der Mägt weiterfahren.

Wir fahren fort mit Traktandum 46. Das Wort hat Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Wir bestreiten diesen Anzug, weil wir mit der Grundprämisse, von der er ausgeht, nicht einverstanden sind. Wir finden nicht, dass es ein Problem ist, wenn die Fachmaturitätsquote hoch ist. Im Vorstoss wird gesagt, dass es Fachbereiche an der FMS gibt, in denen es auch eine berufliche Grundbildung gibt und dass sich diese Berufslehre dann mit der FMS konkurrenziert. Und das stimmt ja eben genau nicht, weil wenn man die FMS macht, dann bereitet man sich auf ein Studium vor. Und das macht man ja mit der Lehre nicht und man kriegt auch keinen EFZ-Abschluss an der FMS.

Wenn, dann wäre es ja die WMS, weil dort kann man in vier Jahren das eidgenössische Fähigkeitszeugnis EFZ als Kauffrau oder Kaufmann erwerben. Die WMS konkurrenziert eine Berufslehre, weil es eben der gleiche Abschluss ist, aber die FMS, die tut das nicht. Und darum finden wir diesen Vorstoss nicht sinnvoll. Wir möchten diesen Angriff auf die FMS nicht unterstützen, weil wir finden, es bringt keinen Mehrwert und es stärkt auch nicht wirklich die Berufsbildung. Und darum sollte es ja eigentlich in diesem Vorstosspaket gehen und deswegen sind wir dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Dass die FMS-Quote in Basel-Stadt im schweizerischen Vergleich hoch ist, ist unbestritten. Bisher haben wir statistisch nicht erhoben, wie erfolgreich die Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss der FMS im Tertiarbereich sind. Diese Fragestellung ist sinnvoll und wir werden die Daten beim Bundesamt für Statistik bestellen und für unseren Kanton auswerten.

In einem zweiten Schritt werden wir auch prüfen, ob und wenn ja in welchen fachlichen Bereichen eine Konkurrenzsituation zwischen FMS und beruflicher Grundbildung besteht und was man dagegen tun kann. Wir wollen die Allgemeinbildung nicht gegen die Berufsbildung ausspielen, sondern dafür sorgen, dass wir im Kanton ein ausgewogenes Angebot haben, damit alle Schülerinnen und Schüler eine passende Anschlusslösung an die Sek II finden. Wir sind darum bereit, diesen Anzug entgegenzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring hat das Schlusswort.

Joël Thüring (SVP): Besten Dank für das Votum von Regierungsrat Mustafa Atici, der ja im Namen des Regierungsrates bereit ist, diesen Anzug entgegenzunehmen. Regierungsrat Mustafa Atici hat auch ausgeführt, weshalb die Regierung bereit ist, diesen Anzug entgegenzunehmen und das bitte ich selbstverständlich auch. Denn es ist anders, als wir vor dem Mittag gehört haben von Oliver Bolliger und jetzt auch noch einmal nach der Mittagspause von Jessica Brandenburger. Wir haben keinesfalls mit diesem Anzug beabsichtigt, die FMS schlecht zu reden, im Gegenteil. Die Fachmaturitätsschule leistet selbstverständlich auch bei uns hier in Basel-Stadt einen wichtigen Beitrag im Bildungssystem und gerade deshalb ist es richtig, dass wir die Ausrichtung und die Wirkung der FMS auch regelmässig überprüfen. Auch eine FMS muss sich letztlich

daran messen lassen, ob sie die Ziele erreicht und ob sie eben gerade diesen bereits genannten Bedürfnissen von Lernenden, aber auch der Wirtschaft und der Gesellschaft gerecht wird.

Und deshalb glaube ich, ist es richtig, wenn wir diese Ausrichtung nun überprüfen, denn die vorliegenden Zahlen, die wir heute schon kennen, zeigen, dass das eigentliche Bildungsziel, welches die FMS hat, nicht immer in allen Fällen auch tatsächlich erreicht wird. Wir wissen, dass ein erheblicher Teil der Absolventinnen und Absolventen auch noch Jahre nach der Fachmaturität keine Tertiärausbildung abgeschlossen hat und gleichzeitig weist Basel-Stadt eben auch eine überdurchschnittlich hohe Fachmaturitätsquote auf. Sie ist doppelt so hoch wie im schweizerischen Durchschnitt und hat sich in den Jahren 2017 bis 2022 verdoppelt. Das ist kein Vorwurf, sondern ein bildungsstrategisches Warnsignal.

Und deshalb, glaube ich, ist es wichtig, dass wir hier schauen, in welchen Bereichen wir allenfalls Verbesserungen vornehmen können. Wir müssen selbstverständlich auch aufpassen, dass die FMS keine faktische direkte Konkurrenz zur beruflichen Grundbildung ist, denn in Bereichen mit stark praxisorientierten Berufsbildern zeigt sich, dass die Fachmaturität wird oft als Ersatz für eine Lehre wahrgenommen wird, obwohl sie nicht primär für den direkten Berufseinstieg konzipiert ist, und gleichzeitig sinkt, das wissen wir, der Anteil von Personen mit einem EFZ-Abschluss respektive er steigt nicht so, wie wir es uns eigentlich vorstellen und wie es auch der schweizerische Durchschnitt ansonsten aufzeigt.

Wir sind der Meinung, dass zur Stärkung des dualen Berufsbildungssystems eben diese Stärken der verschiedenen Bildungswege auch eingehalten werden müssen, diese Stärken auch ausgelebt werden müssen und hier glauben wir, ist es richtig, wenn nun der Regierungsrat mit diesem Anzug eben auch prüft, wie er die Ausrichtung der FMS noch zielgerichteter verbessern kann, so dass dieses Instrument, den Weg über die FMS zu gehen, auch sinnvoll von Schülerinnen und Schülern respektive Schulabgängerinnen und -abgängern benutzt werden kann.

Deshalb noch einmal, dieser Anzug verlangt keinen Abbau, er verlangt auch keine ideologische Neuausrichtung der FMS. Es soll nun lediglich analysiert werden, ob die FMS ihre Bildungsziele erreicht und wir erwarten uns vielleicht auch seitens des Regierungsrates Vorschläge, wie sie so ausgerichtet werden kann, dass sie nicht in Konkurrenz zur Berufslehre steht. Deshalb freue ich mich, wenn Sie mithelfen, diesen Anzug dem Regierungsrat, so wie er es wünscht, zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 31 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008198, 21.01.26 15:08:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug überweisen mit 57 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

47. Anzug 9 Catherine Alioth und Konsorten betreffend Sicherstellung der gleichwertigen Darstellung der Bildungswege in kantonalen Dokumenten

[21.01.26 15:08:50, 25.5516.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

48. Interpellation Nr. 117 Harald Friedl betreffend Magazin «klybeck plus», Oktober 2025, Schreiben des RR

[21.01.26 15:09:10, 25.5485.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Es ist ja schon eine Weile her seit der Einreichung dieser Interpellation. Der Regierungsrat hätte ja Zeit gehabt, hier ausführlich zu antworten. Ich denke auch, die Interpellation wäre eine Chance gewesen, Vertrauen zu schaffen. Leider, leider muss ich sagen, ist die Antwort des Regierungsrats in meinen Augen zu ausweichend und nichtssagend.

Zum Beispiel in Frage 1 habe ich gefragt, wer denn die Publikation initiiert hat. Darauf antwortet der Regierungsrat nur, dass der Vorschlag im Vorfeld der Präsentation des Richtprojekts im Dezember erfolgte. Ich muss also zur Kenntnis nehmen, dass dies nicht publik gemacht werden soll. Ich könnte jetzt noch weitere Beispiele aufführen, ich will Sie aber nicht langweilen.

Ich habe einige wenige Erkenntnisse aus dieser Interpellationsantwort aber trotzdem heraushören können. So wissen wir jetzt, dass die Publikation insgesamt 120’000 Franken gekostet hat, wovon der Kanton einen Drittel berappte, und dass der Inhalt von einem externen, aber uns nicht bekannten Kommunikationsbüro erstellt wurde. Der Kanton hat lediglich den Inhalt auf Korrektheit überprüft.

Insgesamt konnten mit dieser Beantwortung die Bedenken der Unabhängigkeit im ganzen Prozess bei mir und bei weiteren leider nicht aus der Welt schaffen. Ich erkläre mich daher als nicht zufrieden mit der Beantwortung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

49. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Zwischenbericht des RR

[21.01.26 15:11:15, 19.5281.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein erstes Votum. Dann starten wir direkt mit der Fraktionssprechenden Lisa Mathys für die SP.

Lisa Mathys (SP): Wir beantragen von Seite der SP-Fraktion, diese Motion abzuschreiben.

Die Bevölkerung hat im November 2024 den Ausbau der Autobahnen abgelehnt. In der Beantwortung der Motion respektive im Bericht wird ganz klar darauf Bezug genommen, dass man da eben noch nicht sicher sei, ob doch ein Rheintunnel kommt. Für uns ist ganz klar, Stand heute hat die Bevölkerung das abgelehnt, der Rheintunnel ist tot, es gibt keinen Rheintunnel, entsprechend kann man und soll man diese Motion abschreiben.

Was wir als besonders stossend empfunden haben, ist, dass der Bundesgerichtsentscheid zur Einführung von Tempo 60 in der Nacht angeführt wird als teilweise Erfüllung oder Weg hin zu einer Erfüllung. Ich weiss nicht ganz, wie es gemeint sein soll. Fakt ist, dass wenn man auf einer Autobahn in der Nacht 60 fährt, dann ist es immer noch eine Autobahn. Das ist kein

Rückbau, auch nicht in einem funktionellen Sinn, und entsprechend hat das überhaupt gar nichts zu tun mit der Forderung, die in der Motion eigentlich enthalten war.

Für uns ist klar, sollte der Bundesrat wieder einen Autobahnausbau in unserer Region planen, dann tut er das erstens gegen den Volkswillen und zweitens müssen wir das dann neu beurteilen und dann anschauen, was dann die Optionen sind. Aber das müssen wir dann angehen und die Motion, die sich hier ganz klar um den Rheintunnel dreht, hat sich für den Moment erledigt.

In diesem Sinne beantragt die SP-Fraktion, diese Motion abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat Harald Friedl das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Es mag Sie vielleicht auf den ersten Blick erstaunen, dass die Fraktion, aus der die Motion ursprünglich stammte, hier für Abschreiben votiert und Ihnen das beantragt. Lisa Mathys hat vieles schon vorweggenommen, das ich auch sagen wollte. Ich persönlich muss sagen, dass ich den Inhalt der Motion eigentlich immer noch sehr sinnvoll finde. Diese A2, das wissen Sie selber auch, zerschneidet diese Stadt, die Anwohner:innen leiden unter Lärmgestank, unter Feinstaubemissionen und es ist fast unerträglich, dort direkt an dieser Autobahn zu wohnen.

Also wie schon gesagt, diese Autobahn gehört meiner Meinung nach weg. Leider muss ich konstatieren, dass der Regierungsrat aber nicht bereit ist, den Kerninhalt dieser Forderung näher zu verfolgen. Er bringt Vorschläge der Temporeduktion. Das finden wir super, das bringt einiges, und auch noch weitere Massnahmen, aber die Motion fordert eben noch viel mehr und da sehen wir jetzt in der Beantwortung keinen Lösungsansatz.

Lisa Mathys hat es schon gesagt, auch wir von der Fraktion GRÜNE/jgb sind der Meinung, dass mit dem Nein des Volksmehrs eigentlich der Rheintunnel vom Tisch ist. Es braucht jetzt neue Ansätze, es braucht jetzt neue Gedanken dazu. Und wie die SP-Fraktion werden wir uns mit Händen und Füssen dagegen wehren, falls der Bundesrat den Rheintunnel in dieser Form wieder auf das Tapet bringt, so wie wir das auch schon beim ersten Projekt getan haben. Und wir sind zuversichtlich, dass auch das Stimmvolk hier seine Meinung nicht in so kurzer Zeit ändern wird.

Daher beantragen auch wir Abschreiben dieser Motion und behalten uns vor, mit anderen Mitteln wieder Vorstösse zu machen, wenn neue Vorschläge kommen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Sie wird entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Finden Sie auch, dass statt die Motion stehenzulassen nun vorangetrieben werden sollte, dass die beschlossenen Lärmschutzmassnahmen umgesetzt werden und zwar früher als ein allfälliger Autobahnausbau erfolgt?

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Unbedingt, ich habe auch darauf hingewiesen, dass die Situation unerträglich ist für die Anwohnenden, da muss jetzt auch vorwärts gemacht werden, da stimme ich Ihnen zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich weiss schon nicht, welche Realität wir hier drin zum Teil leben. Die Autobahn muss weg. Ja, das kann man als Meinung vertreten, aber dann soll mir doch bitte mal jemand erklären, was denn die Alternative ist. Wie wollen Sie das machen? Wollen Sie die Brücke sprengen und dann einfach den Leuten sagen, so jetzt gibt es da keine Autobahn mehr nach Deutschland, es gibt keinen Verkehr mehr, es kommt kein Cargo mehr in die Schweiz, es ist alles vorbei.

Ich glaube, es ist schon langsam Zeit, jetzt ein bisschen Realität in diese ganze Verkehrsdiskussion hineinzubringen. Die ganze Zeit bieten wir Hand, wenn es um den Banknotenpunkt geht, wenn es um das Herzstück geht, wir bieten Hand, wir kämpfen mit Ihnen mit. Wenn es um die Autostrassen geht, habe ich das Gefühl, leben Sie in einer ganz anderen Realität.

Ich war gestern in Zürich mit einem bösen Auto, ich bin nach Hause gefahren vom Flughafen. In Zürich sind alle Engpässe beseitigt, in Zürich hat man keinen Stau mehr. Wo man vor Jahren jahrelang im Stau gestanden ist, wenn man die Nordumfahrung macht, ist heute kein Stau mehr oder mindestens viel weniger Stau. Und dann kommt man nach Basel, beziehungsweise man steht schon bei der Windrose. Ich weiss nicht, wieso Sie denken, wir könnten die Zukunft lösen in

dieser Stadt, ohne dass wir die Autoinfrastruktur ausbauen. Ich weiss es wirklich nicht. Es hat mir auch noch niemand eine Antwort geben können, aber der Rheintunnel ist da und die Autobahn muss weg. Also einfacher geht es wirklich nicht mehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Sie wird entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Sie haben gesagt, wir wollten diese Brücke sprengen. Wir sind gerade dafür, dass man die Motion, die den Rückbau fordert, abschreibt und Sie wollen die Motion stehen lassen. Ich habe nicht verstanden, was Sie uns vorwerfen.

Daniel Seiler (FDP): Man kann mich ja korrigieren, aber Harald Friedl hat vorher gesagt, diese Autobahn müsse weg. Und wenn ich das falsch verstanden habe, dann müsste man mich korrigieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, wir müssen schon noch einmal die Motion ansehen und was sie fordert. Sie fordert eine Untertunnelung der Osttangente, also sie fordert einen Tunnel und somit die Verlagerung der Osttangente unter den Boden und dann den Rückbau der Osttangente. Wer sagt, dass es komisch sei, dass die Regierung sich nicht für einen Rückbau der Osttangente einsetzt, obwohl es keinen Rheintunnel gibt, verkennt, dass das in der Motion so vorgesehen ist. Ich glaube, es ist schon wichtig, hier in Erinnerung zu rufen, dass wir auf der Osttangente 75% Regionalverkehr haben. Es ist nicht ausschliesslich Nord-Süd-Verkehr aus dem Ausland oder etwas Vergleichbares, das sich auf der Osttangente bewegt, sondern eben auch sehr viel Regionalverkehr. Wenn man heute ohne Alternative die Osttangente zurückbauen würde, würde das bedeuten, dass sehr viele Autos mehr durch die Quartiere fahren würden. Also das ist wirklich keine Alternative.

Ob Sie jetzt hier diese Motion stehen lassen respektive die Frist erstrecken oder ob Sie sie abschreiben, ist gar nicht so relevant. Tatsache ist, dass der Rheintunnel über die Analyse, die bei der ETH in Auftrag gegeben wurde wieder im Gespräch ist, sie wurde analysiert von Ulrich Weidmann. Was jetzt der Bundesrat mit dieser Ausgangslage oder mit diesen Ergebnissen macht, das wird er sehr bald bekanntgeben, voraussichtlich in etwa einer Woche oder in den nächsten zwei Wochen, im Zuge der Eckwerte zu Verkehr 45. Dann wissen wir, ob der Rheintunnel von Seiten Bund wieder aufs Tapet kommt, und dann müssen wir uns hier überlegen, wie wir damit umgehen.

Also unabhängig davon, was wir mit dieser Motion machen, wir werden uns irgendwie dazu verhalten müssen. Hier denken wir jetzt aber, dass es Sinn macht, die Frist zu erstrecken, wie wir beantragen, und wir bitten Sie nach wie vor, die Motion stehen zu lassen, weil wir nach wie vor davon ausgehen, dass der Wunsch ist, dass auch entsprechende Massnahmen auf Stadtgebiet getroffen werden, wenn ein Rheintunnel kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lisa Mathys hat den Antrag auf Abschreiben gestellt, deshalb stimmen wir darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008202, 21.01.26 15:21:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Fristerstreckung entschieden mit 49 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung.

50. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öV-Erschliessung der Nordspitze Dreispitz und Gundeldingen, Schreiben des RR

[21.01.26 15:22:13, 18.5165.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

51. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte, Schreiben des RR

[21.01.26 15:22:37, 24.5270.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Salome Bessenich hat sich gemeldet.

Salome Bessenich (SP): Ich möchte kurz erklären, wieso sich die SP-Fraktion hier für Abschreiben ausgesprochen hat, denn wir sind natürlich grundsätzlich weder gegen Gauben noch gegen Dacheinschnitte. Der Grund ist relativ einfach, es wurde schon zweimal überwiesen beziehungsweise stehen gelassen und es ist nicht viel passiert. Wir sind auch nicht sicher, ob es zielführend ist, bei den Dächern quasi auf dieser Detailebene zu legiferieren.

Die Regierung führt das aus – ich hatte gehofft, dass Regierungsrätin Esther Keller das vielleicht auch nochmal kurz erklärt -, dass auch schon einiges im Gange ist bei den Dächern in Basel-Stadt. Das sehen wir auch aktuell beim Ratschlag Blockrandbebauung, der in der Bau- und Raumplanungskommission in Beratung ist. Wir kennen das auch alle, dass man von irgendeinem Projekt hört oder ein konkretes Gebäude sieht und denkt, hier wäre doch so eine gute Lösung möglich. Aber die Auswirkungen sind dann eben nicht immer so einfach vorherzusehen. Das sieht man jetzt auch beim Blockrandgeschäft, wo wir gewisse Lockerungen bei den Dachvorschriften wieder rückgängig machen müssen, die bei den Zonen 2a zu unsinnigen Lösungen geführt haben.

Vielleicht noch ein Hinweis auf diesen Ratschlag, der ebenfalls vorsieht, dass sich die Berechnung des Lichteinfallswinkels etwas verändert, etwas vereinfacht wird, wodurch aus unserer Sicht ebenfalls die Möglichkeiten bei einem Dachausbau zu Wohnraum eben verbessert werden sollten.

Und vielleicht dies noch als letzter Hinweis seitens der SP: Für uns ist es ganz wichtig, auch nicht nur auf Gauben oder Dacheinschnitte einzuwirken, sondern wir wünschen uns eigentlich oder wollen das weiter forcieren, dass es eben Vereinfachungen fürs Bauen im Bestand ganz allgemein gibt, für Umbauten, für Aufstockungen und so weiter. Und auch da ist die BRK dran, aber das dauert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bruno Lötscher hat das Wort.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich beantrage Ihnen natürlich das Stehenlassen dieses Anzugs. Ich verstehe nicht ganz, weshalb die Regierung den Anzug als erledigt abschreiben möchte, wir haben ja offensichtlich einen Ratschlag in der BRK, anlässlich dessen dieses Thema mitdiskutiert wird. Als erledigt abschreiben könnte man ihn allenfalls, wenn wir das dann im Parlament behandelt haben. Das ist der normale Fall, das ist der klassische Fall sogar.

Hier wird offensichtlich, dass man möglicherweise eben sehr zurückhaltend ist, sehr zurückhaltend bleiben will in diesen Fragen. Wir brauchen aber dringend zusätzlichen Wohnraum in Basel. Wir haben viele ungenutzte Estrichflächen in Basel, wo mit ökologisch sinnvollem Aufwand relativ rasch nötiger, wichtiger Wohnraum geschaffen werden könnte. Diese Nachverdichtung ist möglich unter Schonung der wirklich knappen Ressource Boden hier in Basel. Ich würde mich sehr dafür einsetzen, dass wir hier vorwärts machen und auch genügend Licht zulassen in diesen Situationen, Licht, wie man das heute erwarten darf beim modernen Wohnungsbau, dass wir nicht nur Lücken zulassen, durch die man drinnen praktisch die Taschenlampe braucht auch tagsüber, sondern dass man da etwas grosszügiger denkt, dass man wohnen kann in Basel auf Wohnflächen, die an sich schon überbaut sind und existieren.

Ich bin ja zuversichtlich und hoffe, dass da ein guter Vorschlag kommt, aber wir sehen ja dann, was kommt und wir können ja dann abschreiben. Vielleicht wollen wir aber auch sagen, doch, es wäre sinnvoll, den Druck noch etwas zu erhöhen, denn ich habe zwischen den Zeilen schon auch gelesen, dass man den Eindruck hat, es sei ja gut, wie das bis jetzt ist, denn die Gerichte würden ja die häufigen negativen Entscheide immer stützen. Das überrascht nicht, weil die Gesetzeslage halt eben so ist, und es ist eben an uns, die Gesetzeslage so zu ändern und zu verbessern, dass eben eine etwas grosszügigere Behandlung dieses Wohnraums, dieser Estrichräume möglich würde und dass wir hier dann tatsächlich einen schnellen Schritt nach vorne machen können, um die Wohnsituation etwas zu verbessern.

Ich bitte Sie dringend, diesen Anzug noch stehenzulassen, wir können ihn dann immer noch abschreiben, wenn wir wissen, was genau geschieht mit dem Ratschlag, der in Aussicht steht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich war jetzt ehrlich gesagt gerade froh um diese Kurzdebatte. Es ist tatsächlich so, dass wir einfach sagen als Regierung, wir haben ja schon Änderungen vorgeschlagen, die befinden sich aktuell in Beratung, und was wir im Moment nicht sehen, ist, parallel zu dieser Beratung nochmals etwas auszuarbeiten und das dann nochmals in Beratung zu geben.

Ich habe Sie, Bruno Lötscher, jetzt aber so verstanden, dass das auch nicht so gemeint ist, dass es eher auch als Zeichen zu werten ist an die Kommission bezüglich Stossrichtung. Ich bin sehr froh, dass wir das präzisieren konnten. Es ist klar, wir werden dann wahrscheinlich in zwei Jahren noch nicht viel mehr berichten können, je nachdem wollen Sie ihn dann auch abschreiben, je nach Resultat der Beratung in der BRK. Es war einfach die Intention des Regierungsrats, zu sagen, wir möchten jetzt nicht parallel zu dieser Beratung nochmals zum gleichen Themenfeld einen Vorschlag bringen, sondern wir möchten zuerst die Beratung in der BRK abwarten, dann auch schauen, was das in der Praxis bedeutet, weil immer wieder stellt sich der Gesetzgeber etwas vor, Sie und wir, und in der Praxis ergeben sich dann neue Problematiken, die man dann wieder korrigieren möchte.

Also wenn das so ist, wie ich Sie jetzt verstanden habe, ist es auch nicht problematisch, den Anzug stehen zu lassen. Ich wusste nicht, ob Sie die Erwartung hatten, dass wir jetzt parallel etwas erarbeiten. Aber das ist nicht der Fall. Aber der offizielle Antrag des Regierungsrates lautet nichtsdestotrotz abzuschreiben und eben zu warten, was in der Beratung der BRK herauskommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 53 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008205, 21.01.26 15:30:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 53 gegen 40 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

52. Interpellation Nr. 123 Daniel Albietz betreffend St. Antonius und der Klimaschutz – Eiszeit bei der Denkmalpflege, Schreiben des RR

[21.01.26 15:30:46, 25.5526.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ich darf vorwegnehmen, dass ich mit der Antwort nicht zufrieden bin. Zufrieden könnte ich sein, wenn in der Antwort eingeräumt worden wäre, dass der durch dieses Parlament ausgerufene Klimanotstand beim Denkmalschutz bisher ignoriert wurde respektive zu wenig in die Ermessensbetätigung der Denkmalpflege eingeflossen ist und dass dies in Zukunft ändern soll. Nichts dergleichen aber bei der Antwort auf meine Interpellation. Zwar ist sie juristisch zu einem guten Teil korrekt formuliert, aber sie bleibt letztlich blutleer und technokratisch. Man könnte die Antwort weniger beanstanden, wenn ich bei der mündlichen Begründung der Interpellation nicht noch auf den ausgerufenen Klimanotstand hingewiesen und ein Beispiel einer gut eingepassten Solaranlage auf einem denkmalgeschützten Kirchengebäude im Bild in diesem Ratssaal gezeigt hätte.

Nun, worum ging es? Eine Kirchgemeinde in Basel möchte einen Beitrag zur klimaverträglichen Energieproduktion leisten und wird vom Denkmalschutz daran gehindert. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, Solaranlagen auf Kulturdenkmälern von kantonaler und nationaler Bedeutung seien weiterhin baubewilligungspflichtig und dürfen diese nicht wesentlich beeinträchtigen. Ob eine Solaranlage ein Kulturdenkmal wesentlich beeinträchtigt, liege in erster Instanz im Ermessensspielraum der kantonalen Denkmalpflege. Also es handelt sich klar um ein Ermessen. Und darum geht es doch. Wird das Denkmal durch eine Solaranlage in Form von Dachziegeln in diesem Fall wesentlich beeinträchtigt? Und ich komme zum Schluss, das Ermessen wurde hier leider in die falsche Richtung betätigt.

Bei diesem Gebäude ist das Dach ohnehin nur sehr beschränkt einsehbar. Bei der Interpellationsbegründung habe ich eben auch gezeigt, dass mit Solarziegeln denkmalverträgliche Lösungen möglich sind. Darauf geht die Antwort mit keinem Wort ein, dass eben Lösungen möglich wären, die beide Interessen quasi bedienen.

Dann wird noch gesagt, dass der Verzicht auf diese Solaranlage vernachlässigbar sei. Meine Damen und Herren, 110 Haushalte wären durch diese Anlage mit Strom versorgt worden. Und wenn ich mir dann überlege, dass das vernachlässigbar ist, dann muss ich schon sagen, die Ausrufung des Klimanotstandes ist der Verwaltung offenbar egal. Wenn bei einer Spendenaktion im Rahmen der Katastrophenhilfe jedoch jeder Rappen zählt, dann zählt beim Klimanotstand wohl jede Kilowattstunde. Hier einfach zu sagen, es sei vernachlässigbar, das finde ich schon ein bisschen einfach.

Und es geht eben ums Mindset, das offenbar auch bei der Denkmalpflege Schwierigkeiten bereitet, nämlich Ermöglichen oder Verhindern. Und offenbar ist die Denkmalpflege hier auf der Verhinderungsseite und es ist die Verwaltung des Stillstands, obwohl hier dringlich gesagt wurde, wir müssen in jeder Hinsicht Fortschritte erzielen in der nachhaltigen Energieproduktion.

Was mich auch ärgert bei solchen Interpellationsantworten ist, dass Fragen nicht vollständig beantwortet werden, hier insbesondere die Fragen 5, 6, 7 und 9. Insbesondere habe ich danach gefragt, wie viel Energieleistung durch die verhinderten Solaranlagen verloren ginge. Es wurde zwar die Zahl genannt, aber nicht, wie viel da an Kilowattstunden nicht produziert wird. Auch auf die Frage der Solarziegel ging der Regierungsrat nicht ein. Das finde ich besonders ärgerlich. Er ging auch nicht darauf ein, wie dem Klimaschutz in der Interessenabwägung mehr Gewicht gegeben werden kann und auch nicht auf die Frage, welche Bedeutung Regierungsrat und Verwaltung in der täglichen Arbeit diesem Klimanotstand zumessen, der durch das Parlament ausgerufen wurde.

Zunächst werde ich nun prüfen, ob ich mit einer schriftlichen Antwort die fehlenden Antworten noch einfordern muss, und ausserdem werde ich prüfen, inwiefern die Solaroffensive bei denkmalgeschützten Gebäuden tatsächlich eine Verbesserung erzielt und ob bezüglich Interessenabwägung im Denkmalschutz nicht zusätzlich gesetzlich nachgebessert werden muss. Ich bin nicht zufrieden mit der Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

53. Interpellation Nr. 130 Pascal Messerli betreffend gesperrter neuer Kunstrasen auf dem Rankhof: Verschärft sich die Sportplatzkrise, Schreiben des RR

[21.01.26 15:35:23, 25.5536.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Pascal Messerli (SVP): Ich nehme die Antwort des Regierungsrates zur Kenntnis, zufriedenstellend ist sie jedoch nur teilweise. Der Regierungsrat bestätigt, dass der neue Kunstrasen auf dem Rankhof wegen unzureichender Wasserdurchlässigkeit gesperrt werden musste und dass das Problem in der obersten Rasenschicht, konkret im verwendeten Sand liegt. Damit ist klar, es handelt sich nicht um einen Bagatellfall, sondern um einen funktionalen Mangel an einem erst wenige Wochen alten Millionenprojekt.

Ich bin froh, ist aktuell – und ich betone aktuell – das Problem aber behoben. In der Antwort geht nämlich nicht ganz klar hervor, was passiert, wenn es wie im Herbst dauerregnet. Etwas witzig finde ich dann die Antwort auf meine Frage 4. Der Regierungsrat hält in der Antwort fest, dass es bei den letzten sieben Kunstraseneinbauten, unter anderem auch auf der Schorenmatte, keine vergleichbaren Herausforderungen gab. Das ist insofern bemerkenswert, als dass es auf der Schorenmatte bis heute gar keinen Kunstrasen gibt. Joël Thüring und der VFR Kleinhüningen haben sich hier also offensichtlich vergebens gefreut.

Positiv zur Kenntnis nehme ich aber, dass der Regierungsrat künftig eine engere Begleitung beim Einbau und bei der Nachbesserung ankündigt. Das ist jedoch kein Fortschritt, sondern sollte bei Projekten dieser Grössenordnung ja eigentlich auch selbstverständlich sein. Die Interpellation hat aber ihren Zweck erfüllt. Sie zeigt, dass bei der Planung, Qualitätskontrolle und Risikoabschätzung weiterhin Handlungsbedarf besteht. Entscheidend wird sein, ob aus diesem Fall tatsächlich Lehren gezogen werden, damit Kunstrasen in Basel künftig das leisten, was sie auch versprechen, nämlich verlässliche Sportinfrastruktur für unsere Vereine.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

54. Interpellation Nr. 134 Johannes Barth betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz im Bereich Palmenstrasse/Ahornstrasse, Schreiben des RR

[21.01.26 15:37:48, 25.5540.02]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Johannes Barth (FDP): Vielen Dank für die Antwort, die teilweise zufriedenstellend ist. Es ist ein grösseres Thema und für die Anwohner dort eigentlich fast nicht haltbar, dass man dies jetzt einfach so auf die lange Bank schiebt.

Im Moment ist die Birmansgasse-Kreuzung hälftig gesperrt und somit eine Aussage über den Rückstau in der Ahornstrasse nicht möglich. Bis vor einer Woche, als die Sperrung gemacht wurde, war es noch immer dramatisch, wie auf dem Film von Bajour gezeigt wurde. Der Rückstau blockiert die Velofahrer, diese müssen stehen bleiben und können gar nicht bis nach vorne fahren und von der eigenen Ampel profitieren, so wie es eigentlich in der Interpellationsbeantwortung steht. Einige weichen dann natürlich aufs Trottoir aus, und das ist sicher nicht die Idee, aber es ist ein Fakt und dadurch auch nicht gerade angenehm für die normalen Bürger, die auf dem Trottoir laufen möchten.

Wenn man die Situation anschaut und die Allschwilerstrasse und die Ahornstrasse miteinander vergleicht, würde man feststellen, dass man dies mit Sicherheit optimieren könnte. Nur ist es immer die Frage der Zeit, denn wenn die Baustelle noch länger läuft, dann bringt es nichts, wenn wir dann in einem bis zwei Jahren eine Antwort erhalten, dass dies ein Problem gewesen wäre. Von der Ahornstrasse aus kann man links und rechts in den Spalenring abbiegen, zudem geradeaus in die Birmannsgasse herunter. Von der Allschwilerstrasse aus, sie ist breiter, übersichtlicher und erst auf Tempo 30 reduziert worden, kann man nur rechts, warum auch immer. Wenn hier auch links abgebogen werden könnte, würde man die Ahornstrasse entlasten, also ein einfaches Mittel. Wenn die Ahornstrasse für Veloverkehr geöffnet werden würde, nachdem sie ja nicht begrünt wird, könnten die Velos, die aus der Allschwilerstrasse kommen, geradeaus fahren. Dies als Beispiel, wie man die Ahornstrasse entlasten könnte ohne grosse Studien und Kommissionsarbeit. Der Rückstau wäre nicht mehr so gross und der Velofahrer wäre nicht blockiert.

Also das Fazit: Aktuell kann man die Situation wegen der Baustelle nicht beurteilen, aber man muss die Ahornstrasse unbedingt entlasten, und zwar je schneller, desto besser. Die Allschwilerstrasse mehr einzubinden, wäre ein Lösungsansatz. Dies kann ich nur so stehen lassen und hoffe darum auf baldige Lösung. Somit bin ich mit der Antwort teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

55. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik, Schreiben des RR

[21.01.26 15:40:51, 21.5754.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Jo Vergeat hat sich gemeldet.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Auch die grüne Fraktion wird sich hier für Abschreiben aussprechen, dennoch möchte ich zu diesem und den nächsten zwei Anzügen gerne kurz Stellung nehmen. Wir erinnern uns vielleicht noch vage daran, auch in der Spezialkommission Klimaschutz gab es grosse Einigkeit insbesondere darüber, dass wir viel zu wenig nahe an der Wissenschaft arbeiten, dass wir hier drinnen Lösungen ausarbeiten, die nicht aufgehen, die nicht genug fundiert abgestützt sind, und es war grosse Einigkeit über alle Parteien hinweg, dass insbesondere diese Beziehungen sich verbessern müssen und dass es eine Annäherung braucht zwischen der Politik und der Wissenschaft, aber auch eben der Verwaltung.

Jetzt ist sehr viel Zeit vergangen und ich habe nicht unbedingt das Gefühl, dass es sich seitdem extrem etwas verbessert hat. Nein, eigentlich eher im Gegenteil, immer wieder greifen wir die Wissenschaft sogar an, weil es einfacher ist, Klimaschutz abzulehnen, wenn wir nicht genau auf die wissenschaftlichen Fakten schauen. Und dabei ist jetzt eigentlich die essenziellste Zeit, wir haben nämlich die Ziele gesetzt, aber wir müssen die Umsetzungen angehen und diese müssen im Einklang mit den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen fungieren.

Dementsprechend höre ich auch immer wieder von Universität und Fachhochschulen, wie wichtig es wäre, dass es einen engeren und direkteren Austausch gibt, dass die Kommissionen enger zusammenarbeiten, aber eben auch die Verwaltung. Und ich glaube, da ist es extrem wichtig, dass wir als Uni Basel in dem europäischen Umfeld auch die neuesten Erkenntnisse von anderen Städten, von grossen Städten einbeziehen können. Denn nur wenn wir informiert entscheiden, entscheiden wir hier drin richtig. Deswegen finden wir es eigentlich nicht sinnvoll, das einfach abzuschreiben, aber weil wir auch anerkennen, dass wir manchmal Geschäfte loswerden müssen, wird vermutlich etwas Neues eingereicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beat K. Schaller hat sich gemeldet.

Beat K. Schaller (SVP): Ich bin hier als Einzelsprecher und äussere eine andere Meinung als die Fraktion der SVP. Ich bitte Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. Vielleicht erinnern Sie sich noch, an der letzten Sitzung vor Weihnachten haben wir ja über diese verschiedenen Anzüge zur Klimathematik gesprochen. Ich habe damals das hohe Lied der Wissenschaft gesungen. Ich bin nach wie vor überzeugt, mit einer einzigen guten Innovation, Entwicklung, können wir weltweit für Klima und Umwelt mehr erreichen, als wenn wir auf unseren paar Quadratkilometern mit CO_2-freiem Beton oder mit lokalem Holz arbeiten.

Wir sind hier in unserem Kanton in einer einzigartigen Position, dass wir wirklich nicht nur im Bereich Life Sciences, sondern auch im Bereich Umwelt und Klima etwas für die ganze Welt erreichen können. Wir haben hier auf diesen paar Quadratkilometern so viel Gehirnschmalz versammelt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass wir hier etwas Neues entwickeln können, das allen zugutekommt, nicht nur unserem Kanton, sehr hoch ist. Es ist angezeigt, dass wir dem Regierungsrat immer wieder einmal vor Augen halten, was er hier tun soll, dass er sich aktiv mit diesem Thema beschäftigt und dem Grossen Rat regelmässig Bericht erstattet. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen und denen, die das tun, danke ich recht herzlich dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wünscht eine Vertretung des Regierungsrates das Wort? Das ist nicht der Fall. Daher kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008210, 21.01.26 15:45:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug abschreiben mit 87 gegen 6 Stimmen bei einer Enthaltung.

56. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Stärkung des Forschungsstandorts im Bereich Klima, Schreiben des RR

[21.01.26 15:46:11, 21.5753.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Antrag als erledigt abzuschreiben. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

57. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einsetzung einer regierungsrätlichen Klimakommission in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[21.01.26 15:46:32, 21.5488.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Auch hier verzichtet der Regierungsrat auf ein Votum. Es wurde auch hier kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

58. Anzug Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum, Schreiben des RR

[21.01.26 15:47:35, 23.5473.02]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

59. Anzug der Bildungs- und Kulturkommission betreffend Abgeltung an die Museen für Schulklassenbesuche, Schreiben des RR

[21.01.26 15:47:37, 20.5252.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Das ist nicht der Fall. Franziska Roth hat sich als erste gemeldet.

Franziska Roth (SP): Ich spreche für die SP und zum letzten Mal auch in meiner Rolle als Präsidentin der BKK. In der BKK haben wir ganz kurz über die vorgeschlagenen Änderungen in Bezug auf die Abgeltung der Schulbesuche in den Museen gesprochen. Teile der Kommission sind zwar der Ansicht, dass Schulbesuche nach den effektiven Kosten abgerechnet werden sollten, im Anzug wird aber lediglich verlangt, dass ein anderes Finanzierungsmodell vorgelegt werden muss, was mit dieser Anzugsbeantwortung nun vorliegt.

Sehr gut dünkt die BKK, dass diese Änderungen in Zusammenarbeit mit den Museumsdirektionen erarbeitet worden sind und dass die Direktorinnen und Direktoren mit dem nun vorliegenden Vorschlag einverstanden sind. Dies zumindest haben wir so in den vergangenen Hearings mit den Museen vernommen. Die BKK ist entsprechend mit Abschreiben auch einverstanden. Allerdings wird sich die BKK die Freiheit nehmen, an weiteren Hearings mit den Museen nachzufragen, ob das neue Modell jetzt die gewünschte Wirkung erzielt. Und zudem bittet die BKK das Präsidialdepartement über die Ergebnisse, die mit dem Kanton Basel-Landschaft über die Vereinbarungen betreffend die gegenseitigen Leistungen der kantonalen Museen getroffen worden sind, in der Kommission zu berichten.

Das war es für mich, ich bedanke mich ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit mit Ihnen allen. Ich habe viel Freude erlebt und ich freue mich jetzt aber auch auf mehr Freizeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

60. Interpellation Nr. 115 Eric Weber betreffend Angriffe auf das Gemeinwohl - Attacken auf Lokalpolitiker haben fatale Folgen für die Kommunen, Schreiben des RR

[21.01.26 15:49:39, 25.5482.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich war mit dieser Interpellation der Zeit voraus, ich habe die Interpellation abgegeben, bevor Basler Lokalpolitiker angegriffen worden sind. Es ist in der Zeitung gekommen, Joël Thüring ist angespuckt worden, eine Politikerin aus Basel-Landschaft ist zurückgetreten, weil sie als lesbisch beschimpft worden ist, und das sind immer mehr Fälle. Ich habe diese seitenlangen Interviews in der Basler Zeitung gar noch nicht gelesen.

Ich bin mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden und ich muss das wirklich jetzt auch begründen. Ich bin wieder erschrocken, wie unsere Regierung mit uns Grossräten umspringt. Das kann man sich nicht vorstellen, ich kenne das nicht von anderen Parlamenten. Die Regierung sagt auf meine vier Fragen, Fragen zur Sicherheit des Ratsbetriebes seien direkt an den Grossen Rat zu richten. Aber meine Damen und Herren, die Antwort ist falsch. Ich stelle einmal fest, es ist die Regierung,welche die Securitas angestellt hat hier im Rathaus für die Sicherheit. Leider gibt es die Securitas nicht mehr. Dann ist eine private Firma gekommen, die billiger ist, über die es zahlreiche Beschwerden gibt, weil die Leute ständig am Handy sind, anstatt aufzupassen, wer hereinkommt. Ich habe schon öfters gesagt, in der Mittagspause kommen ganze Touristengruppen, das finde ich nicht okay.

Meine Damen und Herren, als Journalist möchte ich das einmal durchspielen. Ich habe vier Fragen gestellt und diese Fragen sind nicht beantwortet worden. Ich habe gefragt in Frage 1, ob die Regierung bereit sei, den Schutz für die Parlamentssitzungen im Basler Rathaus zu erhöhen. Die Frage ist nicht beantwortet worden. Aber ich gebe jetzt die Antwort für die Regierung. Die Regierung sagt, «das ist uns egal». Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, drei Kantonspolizeien, Basel-Stadt, Baselland, sogar vier, Solothurn und Kanton Bern haben diesen jungen Mann verhaftet in der Berufsschule, der mir geschrieben hat, er komme in den Grossen Rat, mache einen Amoklauf und erschiesse mich. Der ist verhaftet worden und ich bin dankbar, dass die Akte 800 Seiten hat. Ich habe sie angeschaut bei der Staatsanwaltschaft Olten und dann hat man festgestellt, dass der das von der Berufsschule im Kanton Bern verschickt hat und der junge Mann ist dann verhaftet worden und ist in Untersuchungshaft nach Basel gekommen. Mein Anwalt hat gesagt auf meine Frage gestern, warum die Polizei 800 Seiten Akten gemacht habe und ihn unbedingt finden wolle, ich solle daran denken, was in Zug passiert sei. Im Kanton Zug sind zwei Regierungsräte erschossen worden und 14 Kantonsparlamentarier.

Die Frage 2 ist auch nicht beantwortet worden. Da frage ich, warum die Regierung Sicherheitstüren im Rathaus habe einbauen lassen, aber nur für den Trakt Rathaus und Verwaltung und nicht für den Trakt Basler Parlament. Die Antwort auf die Frage 2 wurde damals gegeben, in der Zeitung, es sei wegen Eric Weber. Aber das kann doch nicht sein, ich bin hoch anständig und ich muss einfach sagen, als Grossrat bin ich nicht einverstanden, wenn man ohne Anmeldung nicht mehr in die Grossratskanzlei hineingehen kann, wie früher, da konnte man die Sachen abgeben und so weiter. Heute muss man unten an der Pforte bitten, hereingelassen zu werden.

Die Frage 3 lautete: Ist es richtig, dass in den letzten Monaten zahlreiche schriftliche Drohungen bei der Regierung eingegangen sind? Wurden Strafanzeigen gegen unbekannt gestellt? Auch diese Frage wurde nicht beantwortet. Ich will wissen, wie die Regierung bedroht wurde und es gibt diese Bedrohungen bestimmt. Auch die Frage 4 wurde nicht beantwortet, nämlich wie der Gesamtregierungsrat in den letzten fünf Jahren bedroht worden sei. Es hat ja auch einmal geheissen vor 15 Jahren, ein Regierungsrat habe Polizeischutz gebraucht.

Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden, meine Fragen wurden nicht beantwortet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

61. Interpellation Nr. 122 Luca Urgese betreffend Dachterrasse auf der alten Hauptpost: eine verpasste Chance!, Schreiben des RR

[21.01.26 15:55:08, 25.5490.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Luca Urgese (FDP): Ich weiss nicht, wie es Ihnen ging, als das Projekt Hauptpost veröffentlicht wurde mit diesen netten Illustrationen, da hat sich bei mir zumindest Vorfreude eingestellt, insbesondere bei diesem Bild mit der Rooftop-Bar hat es mir durchaus angetan und ich erhoffte mir, dass da ein weiterer beliebter Aufenthaltsort in unserer Stadt entstehen würde an einem doch zentralen und historisch bedeutsamen Ort. Umso grösser war natürlich die Enttäuschung, als klar wurde, dass es die Kantonsverwaltung ist, die in diesen schönen Räumlichkeiten Einzug hält, und dass ich mit dieser Enttäuschung nicht alleine war, sieht man ja an anderen Interpellationen und den Äusserungen in den Medien von Ratskolleginnen und Ratskollegen. Nun können wir der Antwort des Regierungsrates auf meine Interpellation entnehmen, dass der Markt das geregelt habe, ob es eine zusätzliche Bar im obersten Stock gibt und dass es der Regierungsrat nicht als Aufgabe des Kantons erachte, die obersten Stockwerke von Liegenschaften im Privatbesitz mit Mitteln aus dem Staatshaushalt für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ich gebe gerne zu, als ich diese Antwort gelesen habe, musste ich etwas lachen. Ich konnte mir vor dem geistigen Auge gerade die Freude der Verfasserin oder des Verfassers vorstellen, endlich eine Gelegenheit zu haben, einem Freisinnigen zu erklären, wie der Markt funktioniert und was nicht Aufgabe des Kantons ist. Also sprechen wir doch mal über den Markt und über die Aufgaben des Kantons. Selbstverständlich ist es so, dass die Liegenschaft der alten Hauptpost in privatem Eigentum ist, die Eigentümerin also selber entscheiden kann, wem sie ihre Räumlichkeiten vermieten will. Das macht zwar die Enttäuschung nicht kleiner, ist aber letztlich als Entscheid einer privaten Eigentümerin zu akzeptieren. Nur, das ist natürlich nur die eine Seite des Marktes.

Eine ebenso wichtige Seite des Marktes ist der Preis, in diesem Fall die Miete und die Bereitschaft des Marktes, diesen Preis zu bezahlen. Wir konnten lesen, dass sich die Miete für diese Büroflächen im obersten Preissegment der Basler Innenstadt bewege. Und wie sich über mehrere Monate gezeigt hat, gab es keinen Privaten, der bereit war, diesen Preis zu bezahlen. Man könnte auch sagen, die Miete war zu hoch. Auf dem Markt passiert nun folgendes, die Miete sinkt auf einem Preis, den der Markt auch wirklich hergibt. Das funktioniert aber natürlich nur dann, wenn nicht der Staat kommt und bereit ist, die Miete zu bezahlen, die von Privaten nicht bezahlt wird. Damit verzerrt der Staat den Markt also auf Kosten der Steuerzahlenden. Also sollte er nicht unbedingt mit dem Markt argumentieren, dieses Argument hinkt beträchtlich.

Der Regierungsrat will keine Auskunft darüber erteilen, was die Mietkonditionen sind. Öffentlich hat er verlauten lassen, die Mietkonditionen am neuen Ort seien vergleichbar mit den bisherigen Mietkosten an den bestehenden Standorten der fünf betroffenen Abteilungen. Achten Sie auf die sprachlichen Finessen. Sie sind vergleichbar. Sie sind nicht gleich hoch, sie sind nicht tiefer, das hätte der Regierungsrat uns sicherlich noch so gerne mitgeteilt, sie sind vergleichbar oder mit anderen Worten, sie sind höher als bisher. Nun würde ich sagen, wenn man bisher fünf Standorte hatte und neu nur noch einen Standort, dann sollte man dadurch tiefere Mietkosten erzielen können, aber Prestige kostet halt. Aber wenn schon bei uns in unmittelbarer Nähe das Staatsarchiv bald den Standort zügelt, hätten man sich beispielsweise auch fragen können, ob nicht diese Räumlichkeiten besser geeignet und vor allem günstiger gewesen wären.

Wie auch immer, wir kommen zu den Aufgaben des Staates. Ich freue mich, wenn der Regierungsrat künftig sehr konsequent überprüft, was Aufgabe des Kantons ist und was nicht, nicht nur im Rahmen der generellen Aufgabenüberprüfung. Dass es nicht seine Aufgabe ist, eine Rooftop-Bar zu betreiben, sei geschenkt. Ich freue mich darauf, wenn er diese Haltung konsequent weiterführt und wenn er dann zum Schluss kommt, dass es nicht Aufgabe des Kantons ist, ein vom Markt nicht nachgefragtes Angebot namens Velospot künftig mit Steuergeldern am Leben zu halten und weil auch das nicht hilft, mit einer Gratisnutzung für Staatsangestellte die Nutzerzahlen künftig nach oben zu drücken. Oder wenn er zum Schluss kommt, dass es nicht Aufgabe des Kantons sei, via Instagram unter dem Titel «Umwelt Basel» den Menschen zu sagen, wo sie einkaufen sollen und zu vermitteln, dass man ja nicht bei Geschäften von Billionären einkaufen soll. Dass es bisher gar keine Billionäre gibt und nicht einmal Elon Musk ein Billionenvermögen hat, muss man wohl als unsorgfältige Übersetzung abtun. Aber wenn es um die Erziehung seiner Bürgerinnen und Bürger geht, dann scheint auch Kapitalismus kritische Polemik zu den Aufgaben des Kantons zu gehören.

Ich freue mich also, wenn der Regierungsrat sich künftig verstärkt marktorientiert verhält und konsequent überprüft, ob seine umfassenden Tätigkeiten tatsächlich alle Aufgaben des Kantons sind. So viel kann ich heute schon sagen, die Nachfrage des Interpellanten auf den politischen Wissensmarkt konnte durch den Anbieter Marke Regierungsrat nicht befriedigt werden. Ich bedanke mich für die Antwort, aber ich bin nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

62. Interpellation Nr. 132 Oliver Bolliger betreffend keinen Rückbau der Superblock-Tests bis zur definitiven Auswertung, Schreiben des RR

[21.01.26 16:00:22, 25.5538.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Falls Sie die Antwort der Regierung auf meine Interpellation gelesen haben, wird es Sie wohl kaum erstaunen, dass ich mit dieser Antwort überhaupt nicht zufrieden bin. Die Antwort ist aus meiner Sicht enttäuschend und mutlos. Mir ist ja schon klar, wenn man etwas gar nicht will und dann vom Parlament dazu verpflichtet worden ist, dann unternimmt man natürlich auch nicht viel, um irgendwelche pragmatische Lösungen oder Ansätze zu finden, sondern man argumentiert mit Gesetzeslage und Rahmenbedingungen. Ich muss Ihnen schon sagen, ich habe den Eindruck, dass die Regierung überhaupt kein Fan von Superblocks ist. Es wirkt alles irgendwie so halbherzig und mit angezogener Handbremse. Kein Wunder, stottert dieses Pilotprojekt. Vielleicht müsste dies der Regierungsrat mal ehrlich kommunizieren, das könnte er ja dann machen, wenn man überhaupt nicht davon überzeugt ist, dann wüssten die Menschen in den Quartieren, welche sich seit August letzten Jahres engagieren, woran sie wirklich sind.

Bei der Beantwortung des Regierungsrats entsteht der Eindruck, dass es überhaupt keinen Grund gebe, irritiert zu sein. Das Ende des Superblocks und der Rückbau der Infrastruktur seien von Anfang an klar kommuniziert gewesen. Nun, meine Damen und Herren, es erstaunt mich dann schon ein wenig, dass so viele Bewohnende in den beiden Quartieren St. Johann und Matthäus dies ganz anders verstanden haben und dies, obwohl sie seit Monaten im engen Austausch sind mit den Behörden. Die Menschen, die bei mir an der Strasse wohnen und sich seit letztem Sommer mit Herzblut engagieren und Stunden an ehrenamtlicher Arbeit reinstecken, fühlen sich überhaupt nicht verstanden und abgeholt. Das Unverständnis ist, dass ab kommendem August alles rückgebaut wird und die Markierungen wieder zurückgemalt werden, die Töpfe wegkommen, der Tisch abgebaut wird, um dann im Frühling 2027 alles oder zumindest einen Teil davon wieder aufzubauen, und das Vertrauen in die Behörden ist dadurch natürlich deutlich gesunken. Diese Vorgehensweise wird dazu führen, dass diese Menschen sich in Zukunft nicht mehr für die Quartierentwicklung engagieren werden, das müsste dann das Präsidialamt in Zukunft selber tun, was halt so nicht funktionieren kann, denn ohne Quartierbevölkerung auch keine Quartierentwicklung.

Dass Superblocks und verkehrsberuhigte Strassen als Pilotprojekte eingeführt und im Echtbetrieb getestet und laufend optimiert werden, ist normaler Standard, ob nun in Barcelona, Gent, Amsterdam, Paris und in weiteren Städten, die das ausprobieren. Ein kompletter Rückbau vor einer definitiven Entscheidung ist in keiner dieser Städte, soweit ich weiss, üblich und macht halt auch nicht wirklich so viel Sinn.

Nun, ich bin kein Jurist und kann diese politische Frage auf der Gesetzesebene nicht beurteilen, ich wünschte mir aber irgendwie, dass der Regierungsrat schon noch Spielraum hat und die Kompetenz zum Beispiel zu entscheiden, dass der Pilot gezeigt hat, ob jetzt eindrücklich oder halb eindrücklich, dass eine Verkehrsberuhigung stattgefunden hat und auch die sozialen Interaktionen im Quartier, auf der Strasse zunehmen und deswegen mutig entscheidet, die beiden Pilotversuche, die es jetzt ja schon gibt, zu verstetigen und bezüglich neuer Superblocks erst nach einer definitiven Auswertung zu entscheiden. Das könnte doch schon auch ein Ansatz sein.

So einen Entscheid hätte ich mir sowie auch die engagierten Quartierbewohnenden gewünscht. Dies wäre dann zweifellos mutig und ein Bekenntnis zur Sinnhaftigkeit der Superblocks gewesen. Aber eben, der Mut fehlt und der Eindruck besteht, dass der Regierungsrat Superblocks nicht wirklich toll und sinnvoll findet und nun wird es wahrscheinlich so kommen, wie es kommt. Ich befürchte, dass das Davidsbodenstrassenfest am 15. August in einer rückgebauten grauen Strasse eröffnet wird, obwohl ein Jahr zuvor die schönsten Töne der Regierung bezüglich Superblocks dort geteilt wurden. Ich bin also nicht zufrieden mit der Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

63. Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen, Stellungnahme des RR

[21.01.26 16:05:29, 25.5256.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir haben Ihnen ausführlich schriftlich berichtet, ich möchte das eigentlich nicht weiter ausführen.Und die, die es gelesen haben, werden auch feststellen, dass wahrscheinlich auch nicht mein Departement zuständig ist, sondern dass es hier vor allem um eine Problematik im IDG geht.

Da ich aber gesehen habe, dass wohl ein grosser Teil jetzt an einer Motion festhalten möchte, möchte ich Sie doch vor der Diskussion noch bitten, dass Sie hier etwas ausführen, was Sie denn geändert haben möchten. Denn das IDG wurde erst auf 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt. Es wurde wohl vorher ausführlich in der JSSK beraten. Wir gingen jetzt bis zur Beantwortung davon aus, dass wir die rechtlichen Grundlagen bereits haben. Daher ist mir nicht ganz klar, was Ihr Wunsch ist, was Sie noch Zusätzliches haben möchten, das müsste man dann wissen. Und zudem würde ich dann eventualiter auch beantragen, die Frist auf zwei Jahre zu erstrecken, denn ich kann Ihnen jetzt schon sagen, es ist nicht realistisch, eine neue Gesetzesvorlage innerhalb eines Jahres vorzulegen.

Dann bin ich jetzt gespannt auf die Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Fraktionssprecher hat sich Adrian Iselin für die LDP eingetragen.

Adrian Iselin (LDP): Der Regierungsrat legt in seiner Stellungnahme zur Motion von Anina Ineichen und Konsorten überzeugend dar, dass für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen bereits heute eine ausreichende und tragfähige gesetzliche Grundlage besteht. Die bestehenden Regelungen, insbesondere im Bereich Datenschutz, Datenverarbeitung im Auftrag sowie beim Einsatz von Cloud-Dienstleistungen sind klar definiert und decken die relevanten Risiken umfassend ab.

Hinzu kommt, dass das Informations- und Datenschutzgesetz, wie Regierungsrätin Tanja Soland gerade ausgeführt hat, erst kürzlich modernisiert wurde und damit auf dem aktuellen Stand der Technik und der rechtlichen Anforderungen ist. Eine zusätzliche gesetzliche Regelung würde aus Sicht der LDP keinen Mehrwert schaffen, sondern vielmehr zu unnötiger Bürokratie führen und die Handlungsfähigkeit der Verwaltung im IT-Bereich einschränken.

Der Regierungsrat zeigt zudem nachvollziehbar auf, dass das bestehende Regelwerk ein hohes Datenschutzniveau gewährleistet und gleichzeitig genügend Flexibilität bietet, um praxistaugliche und effiziente Lösungen umzusetzen. Genau diese Balance zwischen Sicherheit, Stabilität und operativer Effizienz ist entscheidend. Die LDP bittet Sie deshalb, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Salome Bessenich das Wort.

Salome Bessenich (SP): Im Namen der SP-Fraktion möchte ich Sie bitten, die vorliegende Motion als Motion ein zweites Mal zu überweisen. Was verlangt die Motion, was wollen wir? Ich glaube, es ist relativ klar, wir wollen, dass die Regelung zu den Voraussetzungen, zu den Zuständigkeiten, den Verantwortlichkeiten und zu dem Risikomanagement bei der Auslagerung von Informatikdienstleistungen auf Gesetzesebene geregelt werden, Das ist die Forderung der Motion. Und wir sind überzeugt, dass es nicht zu viel verlangt ist, im Gegenteil, es ist das Minimum, was wir unserer Bevölkerung im Umgang mit ihren schützenswerten Personendaten schulden.

Und es geht uns dabei nicht um ein Misstrauensvotum der Verwaltung gegenüber. Es ist sehr hilfreich nachzulesen in der Stellungnahme, was in diesem Bereich schon gemacht wird, wie auch die Grundlagen ausgelegt werden. Das alles ist sehr wichtig und sehr begrüssenswert. Aber wir sind der Meinung, dass es eben eine parlamentarische Aufgabe ist, hier in diesem Bereich auf Gesetzesebene zu konkretisieren, wie und unter welchen Rahmenbedingungen Teile oder auch gesamte Bereiche einer IT-Infrastruktur ausgelagert werden können. Solche Entscheide sind nicht zu vergleichen mit der Auswahl eines neuen Briefpapiers oder so, es sind Entscheide mit enorm weitreichenden Konsequenzen, die wir vielleicht heute auch noch gar nicht richtig einschätzen können.

Gleichzeitig scheint mir wichtig hier zu betonen, dass eine Zweitüberweisung der Motion nicht heisst, dass es keine Auslagerung von IT-Dienstleistungen mehr geben soll und dass es für uns unbestritten ist, dass eine zeitgemässe und einwandfrei funktionierende digitale Infrastruktur eine zentrale Voraussetzung für die Erfüllung aller Staatsaufgaben ist. Und die Überweisung heisst auch nicht, dass die Einführung von Microsoft 365 rückgängig gemacht wird, auch wenn mir

persönlich dieser Entscheid noch immer viel Bauchweh bereitet. Und ich glaube, wir müssen trotzdem nochmals darüber reden, weil es ja der ausschlaggebende Moment war, in dem auch hier erneut Fragen aufkamen zu diesen Rahmenbedingungen, wo wir jetzt Anpassungsbedarf sehen.

Ich habe schon bei der Erstüberweisung darauf hingewiesen und ich möchte das hier nochmals ansprechen, dass ich diese Risikoberechnungen hinsichtlich eines Zugriffs auf unsere Daten für hochproblematisch und fragwürdig halte, zumal diese nur das Risiko eines rechtmässigen Zugriffs anschauen und nicht das Risiko von unrechtmässigen Zugriffen mit Schadensintention. Und ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass all diese Abklärungen vor der zweiten Amtszeit von Trump gemacht wurden. Die Risiken haben sich aus unserer Sicht drastisch verschärft, gerade weil die USA mit dem Cloud Act bereits über die gesetzlichen Grundlagen verfügt, um vollkommen legal auf alle Daten zuzugreifen, die bei amerikanischen Unternehmen angesiedelt sind, unabhängig davon, wo die Server stehen. Und Trump ist alles zuzutrauen, das wissen wir auch wieder seit Anfang Jahr, das Jahr ist noch keine vier Wochen alt und ich erwähne einfach Venezuela und Grönland und wer weiss, wer als nächstes dran ist. Wie einfach es für Trump mittels Informatikdienstleistern ist, anderen zu schaden, das ist nicht einfach ein Gedankenexperiment. Im Mai 2025 hat Microsoft das E-Mail-Konto des Chefanklägers des internationalen Strafgerichtshofs gesperrt, nachdem Donald Trump Sanktionen verhängt hatte. Das ist kein Gedankenspiel, das ist Realität.

Nun aber zurück zu der Motion und den Forderungen hier. Wir wollen eine gesetzliche Grundlage, um die Rahmenbedingungen für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen zu regeln, wir wollen damit Transparenz und wir wollen damit Rechtssicherheit schaffen. Und auch wenn der Regierungsrat hier schon einiges gut macht, wir sehen es eben als legislative Aufgabe, diese Rahmenbedingungen festzusetzen, und wir sehen es als unsere parlamentarische Verantwortung und Pflicht, uns der Risiken und Chancen einer Auslagerung bewusst zu sein und diese abzuwägen. Ich danke Ihnen darum, wenn Sie uns folgen und die Motion ein zweites Mal als Motion überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat Anina Ineichen das Wort.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die Frage, wie der Kanton Daten bearbeitet, wo diese Daten zwischengespeichert oder abgespeichert werden, ist eine zentrale Frage. Es ist eine zentrale Frage, weil die Personen diese Daten uns nicht freiwillig geben, weil diese Daten zum Teil sehr hohen Schutzbedarf haben. Ich weiss, das IDG regelt dies, aber das IDG regelt noch längst nicht alles. Die Daten werden dem Kanton gegeben, weil wir es müssen, weil wir vielleicht Stipendien beantragen wollen, Prämien für Verbilligungen benötigen und vieles mehr, oder weil der Kanton etwas von uns will, beispielsweise Steuergeld.

Daten sind besonders und Daten verdienen eine besondere Behandlung. Daten verdienen es auch, anders behandelt zu werden als andere Verwaltungshandlungen. Mich interessiert nicht, welches Papier die Verwaltung verwendet, auch nicht, welche Kugelschreiber. Hätte ich Ideen dazu? Klar, aber ich mache keine Motion dazu, welches Recyclingpapier verwendet werden soll. Ich anerkenne, dass gewisse Bereiche auch der Verwaltung vorbehalten bleiben sollen. Aber hier geht es halt nicht um die Beschaffung von Kugelschreibern oder Recyclingpapier, hier geht es um die Beschaffung einer Software, mit welcher fast alle oder alle Mitarbeitenden arbeiten und mit welcher fast oder alle Daten bearbeitet werden.

Wir haben ein Datenschutzgesetz, und kurz und knapp ist die Auslagerung von Daten abgehandelt. Aber ich bezweifle, dass das Ausmass, welches wir nun erleben mit der Auslagerung mit diesem M365, vor unseren Augen war, als wir das IDG überarbeitet, also teilrevidiert haben. Ich glaube, niemand hat zu diesem Zeitpunkt begriffen oder vielleicht nur sehr informierte Kreise haben begriffen, worum es eigentlich im Kern geht.

Der Rahmen, in welchem sich diese Software bewegen darf, braucht genaue Regelungen und Grenzen. Ich bin überzeugt, dass diese Grenzen hier im Grossen Rat gesetzt werden oder zumindest diskutiert werden müssen. Ich persönlich möchte, dass die JSSK, der ich sehr vertraue und deren hochkarätige Besetzung ich schätze, sich Gedanken dazu macht. Welche Risiken können eingegangen werden? Unter welchen Bedingungen können wir welche Cloud-Lösungen akzeptieren? Ich meine, wir müssen hier drin darüber diskutieren und entscheiden, wie gross die Abhängigkeit sein darf für das gesamte Betriebssystem. Wie stellen wir sicher, dass Business Continuity gegeben ist, und welche Ansprüche und Anforderungen haben wir an eine Business Continuity? Wie stellen wir fest, dass wir Sozialhilfegelder noch ausbezahlen können, wenn mal der Strom ausfällt in den USA? Diese zentralen Fragen sind nicht im Grossen Rat behandelt worden meines Erachtens.

Wir müssen auch über die Exitstrategie sprechen. Welche Anforderungen haben wir an eine Exitstrategie? Nicht im Detail, das ist mir schon bewusst, dass das die Verwaltung machen muss, aber die Leitplanken einer Exitstrategie müssen wir hier drin setzen. Wir müssen auch darüber diskutieren, wie das Logbuch behandelt werden will. Welche Anforderungen stellen wir an diese Clouds? Wie fest möchten wir nachvollziehen können, welche Personen zu welchem Zeitpunkt auf welche Daten zugegriffen haben? All diese Leitplanken müssen im Grossen Rat gestellt werden.

Ich glaube, diese Fragen sind im Übrigen auch viel wichtiger als die viel diskutierten Lawful und Unlawful Zugriffe, die es hier gibt durch den Cloud Act oder die NSA. Ich glaube, hier geht es um Basic-Sachen, mit welchen sogar die FINMA kämpft, wenn ich auf das Logbuch zu sprechen komme, die hat nämlich diese Anforderungen, und es gibt diverse Gutachten, dass Microsoft diese Anforderungen nach einem Logbuch genau so nicht einhalten kann.

Die Realität ist halt, dass wir uns in eine extrem grosse Abhängigkeit begeben habe. Ich glaube auch, dass die Möglichkeiten klein sind, aber sie bestehen. Aber wenn wir diese Realität haben, dann möchte ich doch möglichst gute Leitplanken, um dieser Realität zu begegnen. Schaffen wir Transparenz, Rechtssicherheit. Schaffen wir die im Grossen Rat und nicht in der Verwaltung. Und ich möchte das auch nicht als Misstrauensvotum verstanden haben, sondern eigentlich als Schutz, weil wir haben die Verantwortung für die Daten unserer Einwohnerinnen und Einwohner und ich möchte, dass wir diese Verantwortung auch wahrnehmen. Ich bitte Sie darum, die Motion dem Regierungsrat ein zweites Mal zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe sehr genau zugehört und ich bedanke mich bei Salome Bessenich. Sie hat wirklich super geredet, auch gegen Trump, und ohne dass sie Angst haben muss, dass er sie heute Abend einsackt und mitnimmt, wie in Venezuela. Das passiert, Trump ist jetzt da.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das tut nichts zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber trotzdem, ich komme jetzt zur Sache zu meinen Vorrednerinnen. Wir halten fest, dass das gesagt worden ist wegen Trump, dass er Zugriff hat auf diese Sachen. Und ich habe jetzt auch ganz spannend recherchiert dazu. Regierungsrätin Tanja Soland weiss das, ich habe mit ihr auch schon darüber gesprochen, ich habe das bei ihr auch abgegeben. Eric Weber hat etwas entdeckt zu dieser Geschichte, worüber wir jetzt reden. Ich habe nicht nur entdeckt vor 14 Jahren, dass das Kunstmuseum zugeht oder die Feier der Frau Herzog, ich habe jetzt auch entdeckt, dass unsere Steuerdaten in Amerika landen. Und auch Anina Ineichen hat richtig gesagt, dass man Grenzen ziehen muss und wir müssen das hier im Rat besprechen. Anina Ineichen hat gesagt, dass das zentrale Fragen sind.

Das sind zentrale Fragen und es gibt Verbindungen unserer Steuerverwaltung Baltax Online zu dieser amerikanischen Firma Red Hat Enterprise Linux in den USA. Wenn Sie die Steuererklärung abgeben dann eine Fehlermeldung kommt oder es nicht weiter geht, wenn beispielsweise die entsprechende Applikation streikt, dann wird eine Seite des amerikanischen Unternehmens Red Hat Enterprise Linux angezeigt. Und das ist natürlich schon verrückt, wenn dann Trump auf unsere Daten Zugriff hat. Und darum möchte ich, dass das besprochen wird.

Darum, benutzt ein Departement des Kantons Basel-Stadt, namentlich die Steuerverwaltung, Software der Firma Red Hat Enterprise Linux und benutzen Departemente des Kantons Basel-Stadt, namentlich die Steuerverwaltung, Cloud-Lösungen im Ausland, Clouds, dann möchte ich wissen, wie die entsprechenden Programme heissen und wo die Server stehen. Welche Firmen wurden von der Basler Steuerverwaltung in den letzten fünf Jahren für Dienstleistungen im Bereich Software, Hardware, Computer und Programmierung engagiert und bezahlt? Ich habe jetzt in der Mittagspause einen Chefbeamten des Kanton Basel-Stadt getroffen und habe ihm das erzählt und er hat gesagt, Eric Weber, Sie haben wieder voll ins Wespennest gestochen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie waren nicht sehr redefreudig. Ich habe jetzt zwei Hinweise bekommen. Der erste Hinweis ist, dass man es auf Gesetzesebene regeln möchte, wenn man Informatikdienstleistungen auslagert. Die rechtliche Grundlage gibt es, Artikel 7 Bearbeiten im Auftrag, das haben Sie schon gemacht. So wie ich Anina Ineichen verstehe, geht es ihr nicht darum, sondern sie möchte M365 regeln und sie möchte die Auswirkungen von M365 im Gesetz regeln, denn das gibt es noch nicht, es gibt keine Regelung, das ist so. Wenn Sie die Regeln von M365, die Fragen der Software und der Daten im Gesetz regeln möchten, dann müssen Sie das noch tun. Aber es gibt eine rechtliche Grundlage zur Auslagerung generell. Aber so wie ich das jetzt verstanden habe, geht es eher um M365.

Ich stelle hier den Antrag auf Fristverlängerung von zwei Jahren. Und trotzdem bitte ich Sie, die Motion nicht als Motion zu überweisen, denn das, was Sie möchten, ist doch sehr operativ. Es ist sehr operativ, wenn Sie bestimmen möchten, welche Software wir bei uns haben, wenn Sie bestimmen möchten, um welche Daten genau es geht, wenn der Grossrat das im

Gesetz regeln bis aufs Detail regeln möchte, dann wird es wahrscheinlich sehr schwierig. aber ich habe das jetzt so verstanden, denn die anderen Grundlagen sind ja vorhanden im IDG, das Sie doch auch länger beraten haben. Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von David Jenny und sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Sie fassen somit Schweigen nicht als Zustimmung zu Ihrer Haltung auf?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich gebe zu, ich bin etwas auf diese Kreuztabelle erpicht, da gibt es so viele Plus. Darüber bin ich etwas irritiert, aber ich lasse mich jetzt überraschen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Wir stimmen zuerst über die Fristverlängerung ab, ob ein Jahr oder zwei Jahre, und in einem zweiten Schritt über die Nichtüberweisung, die Adrian Iselin beantragt hat.

Abstimmung

JA heisst Frist 1 Jahr, NEIN heisst Frist 2 Jahre.

Ergebnis der Abstimmung

19 Ja, 75 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008219, 21.01.26 16:26:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist auf 2 Jahre festzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die zweijährige Frist entschieden mit 75 gegen 19 Stimmen bei einer Enthaltung. Jetzt stimmen wir darüber ab, ob die Motion überhaupt überwiesen wird oder nicht überwiesen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 29 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008221, 21.01.26 16:27:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion mit einer Frist von 2 Jahren dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion mit 64 gegen 29 Stimmen bei 2 Enthaltungen mit einer Frist von 2 Jahren überwiesen. Das Geschäft ist erledigt.

64. Interpellation Nr. 135 Ivo Balmer betreffend Verkauf von Bauland in Augst (BL) – Warum verkauft Immobilen Basel-Stadt (IBS) schon wieder Boden, Schreiben des RR

[21.01.26 16:27:36, 25.5541.02]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Ivo Balmer (SP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich würde mal sagen, die Antworten sind ein bisschen sparsam ausgefallen und sie konnten mich an zentralen Punkten nicht wirklich überzeugen.

Zum Grundsatz: Der Regierungsrat betont in seinen Antworten mehrfach, dass der Entscheid zum Verkauf nicht primär finanziell motiviert sei, sondern auf Lage, Flächenzuschnitt, Zweckmässigkeit beruhe. Für mich stellt sich hier eigentlich genau das Problem beziehungsweise zeigt es ein Missverständnis. Auf der einen Seite bekennt sich der Kanton mit Gesetzen politisch zu einer aktiven Bodenpolitik, und die hat dann auch, so wie ich es bis anhin immer verstanden habe und ich denke, viele hier drin das auch teilen, einen Kern. Boden soll, wo immer möglich, im öffentlichen Eigentum bleiben und dann über das Instrument von Baurechten gesteuert werden. Deshalb kann der Verkauf von wirklich baureifem Wohnland wirklich nicht als neutraler Verwaltungsvorgang oder sonst wie interpretiert werden, sondern das ist ein politischer Entscheid und der hat auch langfristige Konsequenzen, weil dieser Boden weg ist.

Und ich finde, gerade diese Entscheide müssen doch wirklich besonders gut begründet sein. Und deshalb muss ich wirklich sagen, ist diese Antwort auf meine Interpellation schon sehr sparsam. Einerseits müssen da finanzielle Aspekte erläutert werden und zweitens muss es doch wirklich in eine Strategie passen. Das habe ich leider in der Antwort nicht erfahren.

Die Kleinteiligkeit finde ich auch kein überzeugendes Argument. Der Regierungsrat sagt jetzt zum zweiten Mal, dass das eine isolierte Parzelle sei. Also dieses Argument ist wirklich schwach. Diese Parzelle ist klein und sollte weniger gut angebunden sein. Weiter steht in der Antwort, nein, es gehöre aber zu einer grösseren Entwicklung, wovon man dann den Rest sehr wohl im Baurecht abgebe. Ich würde jetzt sagen, diese 30 Wohnungen, die hier entstehen könnten, sind sicherlich auch nicht wenig. Also das heisst, diese Parzelle befindet sich in einem strategischen Entwicklungsgebiet und der Kanton hat dieses Gebiet selbst mitentwickelt und jetzt verkauft er da ein gutes Stück Boden. Ich verstehe es wirklich nicht. Gerade für kleinere Flächen wäre ja dann das Baurecht das entsprechende Instrument, über das man dann auch steuern kann, welche Wohnformen da hinkämen. Wenn es weg ist, ist es weg.

Und jetzt, und da möchte ich wirklich auch nochmals die bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen hier im Saale mitnehmen, dass zu diesen finanziellen Abwägungen einfach gar nichts kommt in dieser Beantwortung, das sehe ich besonders kritisch. Lesen Sie mal die Antworten auf Frage 3, 4 und 5, da kommt nichts. Ich habe gefragt, den einmaligen Verkaufserlös einer hundertjährigen Baurechtszinsnahme entgegenzustellen. Das macht hier die IBS nicht und das finde ich ist absolut kurzfristig, das ist absolut nicht nachhaltig im Sinne unseres Finanzvermögens. Ich erwarte etwas anderes, das ist Verscherbeln von unserem Tafelsilber und sicherlich nicht eine langfristige und sorgsame Anlagepolitik mit unserem Boden in diesem Kanton, auch wenn dieses Grundstück in Augst liegt, und gerade da ist es nämlich eine gute Anlage.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

65. Motion Johannes Sieber und Michela Seggiani betreffend Verbot von Konversionstherapien in Basel-Stadt, Zwischenbericht des RR

[21.01.26 16:33:09, 21.5244.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

66. Motion Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich, Stellungnahme des RR

[21.01.26 16:51:41, 25.5235.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir möchten zurück zu Traktandum 66. Ich eröffne nochmals die Traktandenliste und die Redner:innenliste. Philip Karger hat das Wort.

Philip Karger (LDP): Entschuldigen Sie, dass wir zurückkommen, ich habe mein Votum verpasst. Alle Menschen in der Schweiz, insbesondere auch psychisch Erkrankte, haben grundsätzlich Zugang zu einer Gesundheitsversorgung, die je nach Bedarf präventiv, kurativ, rehabilitiv oder palliativ sind. Ärzt:innen nehmen dabei eine zentrale Rolle ein.

Bei dieser Motion geht es um Menschen, die krankheitsbedingt ihre Wünsche nicht mehr äussern und auch keinen Termin bei einer Spezialärztin vereinbaren können. Für diese Menschen stehen, wie es in der Antwort des Regierungsrates heisst, in eskalierenden Situationen Psychiaterinnen und Psychiater zur Verfügung. Wären wir nicht alle entsetzt, wenn wir nur in eskalierenden Situationen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen könnten

Es ist zu begrüssen, dass die Regierung eine adäquate alterspsychiatrische Versorgung der Kantonsbevölkerung für essenziell erachtet. Genau darum halte ich trotz in Aussicht gestellter personeller Verstärkung an der Forderung fest, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Die Aussage der Regierung, dass die alterspsychiatrische Versorgung in den Pflegeheimen sowie im intermediären und ambulanten Bereich im Kanton Basel-Stadt aktuell in sehr guter Qualität und Quantität sichergestellt ist, wird von Fachpersonen bezweifelt. Ich verweise auf die regierungsrätliche Stellungnahme zum Antrag Brandenburger, die eine Umfrage der Arbeitsgruppe Heimärztliche Versorgung aus dem Jahr 2024 zitiert. Dort zeigte sich, dass der Zugang zu alterspsychiatrischen Expertisen für die Pflegeheime meist nicht in gewünschtem Ausmass beziehungsweise innert gewünschter Frist möglich ist.

Zudem beurteilen Hausärzt:innen in Basel-Stadt die alterspsychiatrische Versorgung von Pflegeheimen als mittelmässig bis ungenügend. Das hat eine Studie KIS 2021 ergeben. Demenzbetroffene und psychisch kranke Bewohnende von Pflegeheimen und ausserhalb von Institutionen lebende Menschen haben ein Anrecht auf qualifizierte ärztliche Behandlung und Beratung. Dass in eskalierenden Situationen Psychiater-innen zur Verfügung stehen, entspricht nicht der Realität. Auch das zeigte die Umfrage. Ausserdem sollten Fachärzt:innen zur Förderung von Gesundheit der Betroffenen und zur Vermeidung von Eskalation präventiv hinzugezogen werden und nicht erst in eskalierenden Situationen.

Ich begrüsse es, dass das GD die Psychiatrische Uniklinik und das Felix Platter-Spital 2023 beauftragt hat, den Zugang zu alterspsychiatrischen Leistungen für Hausärzt:innen zu optimieren. Zudem sollen Massnahmen zur Bekanntmachung der zahlreichen bereits existierenden Angebote eingeleitet werden. Ich weise aber darauf hin, dass die Hausärzt:innen in Basel-Stadt die Etablierung eines aufsuchenden konziliarischen Dienstes für Alterspsychiatrie als dringend erforderlich erachten. Dieser Dienst wurde bis heute nicht realisiert und wird auch in der regierungsrätlichen Stellungnahme nicht erwähnt. Das UAFP verfügt bei weitem nicht über die personellen und finanziellen Ressourcen, um bei den 42 Pflegeheimen im Kanton einen Konsiliardienst anzubieten, der substanzielle Auswirkungen zeigen würde. Dies nicht zuletzt auch, weil die Vergütung der ambulanten Leistungen nicht kostendeckend ist.

So werden sich die Pflegeheime auch nicht, wie in der regierungsrätlichen Stellungnahme vorgeschlagen, diesem Modell anschliessen können. Auch ist die Anzahl der niedergelassenen Fachärztinnen im Schwerpunkt Alterspsychiatrie viel zu gering, als dass diese gemeinsam mit dem bestehenden Angebot der UAFP eine bedarfsgerechte alterspsychiatrische Versorgung der Bevölkerung sicherstellen könnte, zumal weit über 50% der Bewohnenden in Heimen unter einer Demenz oder einer anderen psychischen Erkrankung leiden.

Im Namen der LDP-Fraktion bitte ich Sie, diesen Vorstoss als Motion stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP-Fraktion hat Christine Keller das Wort.

Christine Keller (SP): Ich darf mich hier kurz fassen, da Philip Karger es bereits sehr gut auch erklärt hat und wir ja den Präsidenten an seinem Schlussvotum nicht zu lange hindern sollen.

Auch die SP-Fraktion ist dafür, diese Motion als Motion zu überweisen. Unsere Gesellschaft, wir wissen es, wird immer älter und auch die Demenzerkrankung ist sehr im Zunehmen begriffen und tatsächlich sind auch wir der Meinung, dass gerade auf der zuletzt erwähnten Ebene des konsiliarischen Dienstes in den Altersheimen unbedingt mehr gehen sollte. Es gibt einfach sehr komplexe Situationen und nicht alle können dann im Felix Platter-Spital in der gerontopsychiatrischen Abteilung betreut werden. Viele möchten da sicher auch gerne in der gewohnten. Umgebung in ihren Heimen bleiben, aber dafü braucht es unter anderem eben einen Konsiliardienst, den es, wenn ich es recht im Kopf habe, als Pilot schon gibt, aber der sollte ausgebaut werden.

Er ist offenbar sehr gefragt, regelmässige Sprechstunden in den Heimen wären dringend erforderlich und auch sonst denke ich nicht, dass alles zum Besten in dieser besten aller möglichen Welten steht, wie es in der Stellungnahme der Regierung steht. Ganz sicher wurde viel getan, das soll nicht in Abrede gestellt werden. Aber die immer älter werdende Bevölkerung und die grausamen Fälle dieser Demenzerkrankungen haben verdient, dass man diese Motion jetzt als Motion überweist. Ich habe mich gewundert, dass die Regierung nicht, wie sonst so oft auf Anzug geht, sondern überhaupt nichts überwiesen haben will, also eigentlich sagt, das Problem gibt es nicht, das hat mich doch etwas erstaunt. Ich schliesse mich also wirklich im Namen der SP gerne Philip Karger an und beantrage Überweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Sie dürfen mir glauben, dass wir nicht die Bedeutung des Themas in Abrede stellen wollen, wenn wir Ihnen in diesem Fall beantragen, uns die Motion nicht zur Erfüllung zu überweisen. Wir sehen darin ehrlicherweise auch nicht viel praktische Hilfestellung. Sie geben uns mit, dass Sie es gerne besser hätten, aber Sie geben uns die dafür notwendigen Mittel nicht in die Hand.

Ich muss Ihnen auch sagen, es ist nicht besonders hilfreich, wenn wir abwechslungsweise mit Blick auf die verschiedenen Anspruchsgruppen und Bevölkerungsgruppen darauf hingewiesen werden, dass mehr Psychiatrie noch besser wäre. Wir bemühen uns nach Kräften. Wir haben hier schon öfter über die Psychiatrie und Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen gesprochen. Wir sprechen über die Angebote für Traumabetroffene, für Gewaltbetroffene, für Suchtbetroffene, und wir sprechen auch über die Alterspsychiatrie. Aber wir sollten vielleicht nicht für jede einzelne Anspruchsgruppe eine eigene Motion aufgetragen bekommen, einfach deshalb, weil uns das in der praktischen Bewältigung der Herausforderungen, die es selbstverständlich gibt, nicht wirklich hilft.

Wir haben Ihnen dargelegt, was wir gemacht haben und was wir weiter zu tun gedenken. Es ist überhaupt nicht so, dass wir hier selbstgefällig der Ansicht wären, dass nichts mehr zu tun wäre. Ich muss Ihnen einfach sagen, wir können in vier Jahren noch einmal berichten, was wir gemacht haben. Aber konkret ist wenig da und die Mittel werden uns auch nicht mitgeliefert mit dieser Motion. Insofern habe ich den Eindruck, dass Sie sehr zu Recht ein sehr wichtiges Thema angesprochen haben, aber zur Bewältigung der Fragestellungen und der Herausforderungen helfen Sie uns nur mässig. Daran arbeiten wir weiter, auch wenn Sie jetzt auf diese spezifische Motion, wie wir es Ihnen vorschlagen, nicht eintreten würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 33 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008232, 21.01.26 17:02:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion der Regierungsrat zu Überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Geschäft mit 59 gegen 33 Stimmen bei 3 Enthaltungen als Motion weiterbearbeiten.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche hier bzw. beende die Sitzung mit meiner Schlussrede. Darf ich Sie bitten, ihre Plätze einzunehmen?

67. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[21.01.26 16:33:41, 25.5288.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Melanie Eberhard hat sich als Fraktionssprecherin gemeldet.

Melanie Eberhard (SP): Bereits bei der Erstüberweisung habe ich dargelegt, weshalb die Pflege im Kanton Basel-Stadt vor grossen strukturellen Herausforderungen steht: Fachkräftemangel, hohe Belastung, ungenügende Anerkennung, aber auch weiterhin unzureichende strategische Mitsprache in gesundheitspolitischen Fragen. Diese Ausgangslage hat sich seither nicht verändert, im Gegenteil. Die Anforderungen an unser Gesundheitssystem steigen weiter, die Abhängigkeit vom Ausland bleibt hoch und die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Versorgung wird immer komplexer. Heute geht es deshalb nicht mehr darum, wie das Ob aussehen soll, sondern eben um das Wie.

Der Regierungsrat beantragt in seiner Stellungnahme, die Motion als Anzug zu überweisen, insbesondere aufgrund der folgenden drei Überlegungen. Erstens, mit der befristeten Stelle zur Umsetzung der Pflegeinitiative sei der Bedarf bereits gedeckt, zweitens, die Schaffung der zusätzlichen Funktion könne zu Doppelspurigkeiten führen und drittens, die bestehenden Strukturen seien ausreichend.

Ich möchte klar festhalten, dass diese Einschätzung aus fachlicher, strategischer und langfristiger Perspektive zu kurz greift. In den vergangenen Wochen habe ich die Einschätzung des Regierungsrates mit sehr vielen unterschiedlichen Fachpersonen gespiegelt. Ich habe mit Personen aus der Pflegepraxis, aus Akutspitälern, der Langzeitpflege, ambulanter Versorgung Kontakt gehabt, aus der Versorgungsforschung sowie den Pflegewissenschaften und aus der Hochschullehre. Ich habe Kontakt gehabt mit einer kantonalen Pflegeverantwortlichen eines anderen Kantons, um eben diese Einschätzung spiegeln zu können. Und alle Expertinnen haben mir übereinstimmend die Haltung dargelegt, dass eine kantonale Pflegeverantwortliche eben einen sehr wichtigen Beitrag zur Stärkung und zur Weiterentwicklung der Pflege schaffen würde, was ein zentrales Element ist für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem, auch im Kanton Basel-Stadt.

Ich möchte nur noch auf drei einzelne Elemente besonders fokussiert eingehen. Erstens, die geschaffene befristete Stelle zur Umsetzung der Pflegeinitiative reiche, wurde gesagt. Die Projektstelle zur Umsetzung der Pflegeinitiative erfüllt einen sehr wichtigen, aber auch sehr klar begrenzten Auftrag. Sie fokussiert auf die Ausbildung, auf Personalfragen und die Umsetzung des nationalen Verfassungsauftrages. Eine kantonale Pflegeverantwortliche hingegen versteht Pflege nicht primär als Personalthema, sondern als eigenständigen Steuerungs- und Versorgungsbereich innerhalb des gesamten Gesundheitssystems. Eine kantonale Pflegeverantwortliche könnte dadurch die Koordination der Ausbildungen und die Wirkungsbereiche von Pflegehelfer:innen hin zu promovierten Pflegewissenschaftler:innen aktiv mitgestalten. Zudem würde sich eine kantonale Pflegeverantwortliche mit Versorgungsqualität, integrierter Versorgung, Patient:innen-Sicherheit, Public Health, der evidenzbasierten Weiterentwicklung der Pflegepraxis und der strategischen Nutzung pflegerischer Kompetenzen beschäftigen, also eine breite Palette an Themen abdecken und dabei wichtige pflegerische Perspektiven ins Gesundheitsdepartement einbringen, die heute weitgehend fehlen.

Dann der zweite Punkt mit den Doppelspurigkeiten: Heutzutage sind nicht Doppelspurigkeiten das Problem, sondern die strukturellen Leerstellen. Die Pflege wird heute in der kantonalen Verwaltung fragmentiert, sektorenspezifisch und häufig sehr operativ gedacht. Was aber fehlt, ist eine settingübergreifende und strategische Perspektive. Akutpflege, Langzeitpflege, ambulante Versorgung, Prävention und Public Health sollten übergreifend aus der pflegerischen Perspektive

eben auch mitgedacht werden. Eine kantonale Pflegeverantwortliche schwächt den Kantonsarzt denn auch nicht, im Gegenteil, sie stärkt die gesundheitspolitische Führung insgesamt. Während der Kantonsarzt nämlich eine stark medizinisch geprägte Perspektive einbringt, ergänzt die Pflege eine ganzheitliche Sicht auf Versorgung, Betreuung und Alltagsrealitäten in den unterschiedlichsten Settings. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie zentral diese Perspektive ist und wie wenig sie eben heutzutage institutionell verankert ist, auch in Basel. Andere Kantone haben in den letzten Jahren die Stellen geschaffen und zeigen, dass es sehr gut funktioniert. Die Kantone Luzern, St.Gallen und Waadt verfügen bereits über eine kantonale Pflegeverantwortliche und ich habe gerade gestern gelesen bzw. gestern hat gerade der Kanton Wallis seine Stelle besetzt bzw. eben darüber informiert, wer das zukünftig machen wird.

In der Hoffnung, dass diese Thematik und das Anliegen nach einer kantonalen Pflegeverantwortlichen nun auch angegangen wird, möchte ich auch noch kurz den Blick nach vorne richten und darlegen, welchen Beitrag diese Funktion in unserem Kanton leisten kann. Eine kantonale Pflegeverantwortliche würde die Entwicklung gemeinsamer Leitlinien und Standards im Pflegebereich aktiv vorantreiben. Sie würde die evidenzbasierte Pflege systematisch stärken und die Qualität der Versorgung weiterentwickeln. Sie könnte auch die Integration und den gezielten Einsatz von Advanced Practice Nursing fördern oder die strategische Nutzung von Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und Robotik in der Pflege vorantreiben. Mit einer kantonalen Pflegeverantwortlichen könnte sich die Patientensicherheit erhöhen und die Versorgungsqualität nachhaltig gestärkt werden. Und zu guter Letzt würde die pflegerische Perspektive eben in übergeordnete Fragestellungen der Bevölkerungsgesundheit einfliessen.

Um die Gesundheitsversorgung in unserem Kanton also nachhaltig zu sichern und weiterzuentwickeln und dabei die Ressourcen auch effizient und effektiv einzusetzen, sind das Wissen und die Erfahrung von Pflegefachpersonen und Hebammen für strategische Ziele unabdingbar. Ich bitte Sie deshalb, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen, damit die Stelle einer kantonalen Pflegeverantwortlichen auch wirklich geschaffen wird. Es wäre ein wichtiger Schritt zur Stärkung unseres Gesundheitssystems.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Meine Vorrednerin hat eigentlich das Wesentliche bereits gesagt und ich werde mich kurz halten.

Aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb und auch der Fraktion BastA greift die Stellungnahme des Regierungsrates zu kurz in seinem Verständnis, warum es weiterhin eine Motion braucht. Der Regierungsrat versteht die Funktion der Chief Nursing Officer vorwiegend im Ausbildungs- und Personalbereich. Eine Pflegeverantwortliche versteht Pflege jedoch nicht primär als Projekt- oder Ausbildungsoffensive, sondern als eigenständigen professionellen Steuerungsbereich im Gesundheitssystem. Diese Eigenlogik der Pflege wird im heutigen System unterschätzt und findet im Gesundheitsdepartement nach unserem Verständnis bislang zu wenig systematisch Eingang.

Uns ist es ein Anliegen, dass die Entwicklung der Pflege in unserem Kanton strategisch, dauerhaft und unbefristet verankert wird und nicht ausschliesslich projektbezogen über die Umsetzung der Pflegeinitiative erfolgt, wobei ich hier erwähnen möchte, dass wir von den Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA begrüssen, dass dafür nun eine Projektleitung eingesetzt wurde. Diese kann und soll jedoch eine strukturelle, politische, verankerte Pflegeverantwortung nicht ersetzen.

Die Ansiedlung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen soll zudem dort erfolgen, wo sie Einfluss auf strategischer und politischer Ebene ausüben kann, beispielsweise direkt beim GS, wie dies in anderen Kantonen wie etwa Luzern, St.Gallen oder Waadt der Fall ist. Nur so ist gewährleistet, dass die Pflegeperspektive tatsächlich in politische, strategische und strukturelle Entscheidungsprozesse einfliesst. Die Pflegeperspektive ist im Vergleich zu einem stark medizinisch geprägten Gesundheitsverständnis ganzheitlicher. Sie stellt zudem die grösste Berufsgruppe im Gesundheitswesen dar. Es ist deshalb für uns nur folgerichtig, dass diese Perspektive in der Verwaltung angemessen vertreten ist.

Alle diese Punkte sprechen für uns in der Fraktion und auch für die Fraktion BastA klar dafür, den Vorstoss als Motion zu überweisen. Nur so stellen wir sicher, dass der Regierungsrat verbindlich eine gesetzliche Grundlage ausarbeitet und wir hier im Parlament über die strategische Ausrichtung der Pflege mitentscheiden können. Ich bitte Sie daher auch im Namen der Fraktion BastA bei der Zweitüberweisung bei der Motion zu bleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft, Regierungsrat Lukas Engelberg hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte Ihnen im Namen des Regierungsrats beantragen, diese Motion in der Form des Anzugs weiter zu bearbeiten. Die angesprochenen Fragestellungen sind wichtig. Ich glaube, Sie unterschätzen die Komplexität dieser Fragestellungen, Sie unterschätzen die Komplexität der Pflegethematik und Sie unterschätzen die

Kompetenzen, die wir dazu bereits haben, wenn Sie der Auffassung sind, der Lösungsweg führe darüber, einfach eine neue Stelle mit diesem Titel zu bezeichnen. Entschuldigen Sie meine Wortwahl, ich halte das für einen etwas naiven bürokratischen Ansatz.

Die Pflegethemen durchdringen das Gesundheitswesen in all unseren Funktionen. Wenn wir eine Versorgungsplanung machen, dann ist die nicht ärztlich motiviert, sie ist auch nicht pharmazeutisch motiviert und sie ist auch nicht ausschliesslich pflegerisch motiviert, sondern sie ist selbstverständlich holistisch. Das muss sie sein, das ist unser Anspruch und den, das würde ich für uns in Anspruch nehmen, lösen wir auch ein.

Wir haben sehr wohl Funktionen, die näher und die etwas weiter weg sind zu einem fachlichen Pflegebezug. Sehr nahe ist die Abteilung Langzeitpflege. Dort werden die Pflegeheime- und die Spitex-Leistungen geplant und auch strategisch entwickelt. Und dann gibt es vielleicht einen weniger expliziten Bezug in der Spitalplanung oder im Bereich der Aufsicht über die Gesundheitsberufe. Aber diese Themen kommen zum Tragen. Und sie lassen sich nicht isolieren und auf eine Person oder auf eine Stelle delegieren, weil eine vernetzte Versorgungsplanung und eine holistische Public Health-Politik nicht so einfach gemacht werden kann.

Zum Teil habe ich auch den Eindruck, dass Sie sehr fachliche oder gar akademische Erwartungen haben an so eine Stelle. Dafür ist aber nicht die Verwaltung der Ort, sondern dafür haben wir Ausbildungsbetriebe, wir haben das Bildungszentrum Gesundheit BZG und wir haben die FH nicht Nordwestschweiz, sondern Bern, die in Basel Themen bearbeitet, und wir haben ein Institut für Pflegewissenschaften an der Universität Basel, das älteste in der Schweiz. Es hat eben letztes Jahr das 25-jährige Jubiläum gefeiert. Die haben die Kompetenz zu diesen inhaltlichen Themen und bringen diese auch in die öffentliche Diskussion ein. Das können und wollen wir nicht konkurrieren mit einer kantonalen Funktion.

Insofern glaube ich, ist es der bessere Ansatz, wenn wir diese Themen, die Sie zu Recht ansprechen, in der Anzugsform weiter bearbeiten und nicht diesen schwereren Weg mit Gesetzgebung und Motion beschreiten müssen. Sie müssten dann in der Umsetzung der Motion ohnehin gewärtigen, dass die organisatorische Ausgestaltung sich ausschliesslich im Kompetenzbereich des Regierungsrats befindet und insofern finde ich es nicht richtig, wenn man sich bereits hier im Saal über die organisatorische Anbindung einer solchen Funktion äussert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Melanie Eberhard, diese wird entgegengenommen.

Melanie Eberhard (SP): Sie haben jetzt verschiedene Institutionen beispielsweise eben auch aus der Forschung und der Bildung angesprochen. Gedenken Sie, diese dann auch aktiv einzubeziehen in die weitere Planung, weil es sind genau diese Stellen, mit denen ich ja auch im Austausch stand und mit denen ich gemeinsam diese Motion auch erarbeitet habe. Da spüre ich eine andere Haltung.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ja, da weisen Sie zu Recht darauf hin, dass wir in der Pflicht stehen. Das ist meine Absicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Melanie Eberhard beantragt Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008226, 21.01.26 16:50:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

Überweisung an den Regierungsrat als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Anzug entschieden mit 46 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Sie haben den Anzug dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

Wir haben einen Ordnungsantrag auf dem Tisch. Traktandum 66 ging verloren, dass da andere Anträge gestellt werden sollen. Wir stimmen darüber ab, ob wir nochmal in das Geschäft eintauchen. Es braucht ein Zweidrittelsmehr. Ich starte die Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Wiedererwägung Traktandum 66, NEIN heisst keine Wiedererwägung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 19 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008229, 21.01.26 16:51:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

Wiedererwägung von Traktandum 66.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sehr geehrte Frau Statthalterin, liebe Gianna, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates, sehr geehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte, sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates, lieber Stefan, sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes und der Staatskanzlei, sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter, sehr geehrte Menschen an den Bildschirmen, liebe Familien und Freunde und Freundinnen. Vor exakt 350 Tagen sass ich hier an diesem Pult. Ich erinnere mich gut an diesen Moment. Der Saal war wie heute gefüllt, die Erwartungen waren spürbar und ich blickte mit einer Mischung aus Vorfreude und Respekt in Ihre Gesichter. Damals stellte ich Ihnen eine Frage, die mich seither nicht mehr losgelassen hat. Sie hat mich auch durch das ganze Amtsjahr begleitet. Haben Sie heute Morgen bereits eine Brücke überquert? Damals war diese Frage eine Einladung. Sie war der gedankliche Auftakt zu einem Amtsjahr, das ich ganz bewusst und mit voller Überzeugung unter das Motto Brücken bauen gestellt habe. Ich habe damals von Troubled Waters gesprochen, ich habe Simon & Garfunkel zitiert, nicht aus musikalischer Nostalgie, sondern weil das Bild des aufgewühlten Wassers der stürmischen See die Stimmung unserer Zeit so treffend beschreibt.

Wir leben in Zeiten, in denen Gewissheiten schwinden, in Zeiten, in denen wir Stabilität nicht mehr als gegeben voraussetzen können, sondern sie uns jeden Tag neu erarbeiten müssen. Ich sah das Brückenbauen nie als eine technokratische Bauanleitung für Ingenieure, ich sah es als einen dringenden gesellschaftlichen, ja zutiefst politischen Auftrag an uns alle. In einer Welt, in der die Algorithmen der sozialen Medien uns in Echokammern isolieren, in einer Zeit, in der die Gräben zwischen denen da oben und den da unten, zwischen Stadt und Land, zwischen Tradition und Moderne tiefer zu werden scheinen, wollte ich ein Zeichen setzen. Wenn die Töne schriller werden und die Geduldsfäden kürzer, dann ist es die nobelste Aufgabe der Politik, das Verbindende über das Trennende zu stellen.

Heute sitze ich wieder hier, der Kreis schliesst sich, das Amtsjahr neigt sich dem Ende zu und die Metapher hat sich gewandelt. Ich habe nicht mehr den frischen Bauplan in der Hand, ich stehe nicht mehr am Reissbrett. Stattdessen trage ich einen Rucksack auf dem Rücken. Er ist schwer, aber es ist eine schöne Schwere. Er ist gefüllt mit einem Jahr voller Leben, voller Erlebnisse, voller Begegnungen und Erkenntnisse. Und wenn ich heute an diesem letzten Tag meiner Präsidentschaft auf die vergangenen zwölf Monate zurückblicke, dann tue ich das mit einer tiefen Dankbarkeit und einer wichtigen beruhigenden Erkenntnis: Die Brücken von Basel halten.

Als höchster Basler hatte ich in den vergangenen zwölf Jahren das grosse Privileg, unseren Kanton in einer Intensität und Dichte zu erleben, die man im normalen Alltag kaum für möglich hält und die man vielleicht auch nur einmal im Leben in dieser Form erfährt. Ich durfte in diesem Jahr rund 180 Anlässe besuchen. 180 Mal durfte ich hier hinausgehen, raus aus der Blase des Parlamentsbetriebs, hinein in die echte Welt.

Ich durfte eintauchen in die vielfältigen Realitäten unserer Stadt. Diese 180 Termine waren keine Pflichtübungen, sie waren 180 Lektionen in Staatskunde und Menschlichkeit. Es waren 180 Begegnungen mit den Menschen, die unsere 36,95 km2 ausmachen, die diesem Kanton ihr Gesicht und ihren Charakter geben. Ich habe eine Tour de Bâle erlebt, die mir die Augen geöffnet hat für die unglaublichen Kontraste, die unsere Heimat prägen.

Ich war in jedem Quartier, vom tiefen Kleinbasel hinauf auf das Bruderholz oder Bettingen, von Riehen bis ins Bachletten. Ich habe die Stille erlebt und den Lärm. Ich stand in festlich geschmückten, holzgetäfelten Zunftsälen, in denen Jahrhunderte an Traditionen atmen, wo man Geschichte fast mit Händen greifen kann und wo Rituale gepflegt werden, die uns Halt geben in einer doch sehr schnellen Zeit. Und nur Stunden später sass ich vielleicht in den Gläsern moderner Sitzungszimmern von Firmen, wo die Zukunft gerade erst programmiert wird, wo künstliche Intelligenz und Life Sciences die Welt von morgen formen.

Ich durfte Hände schütteln auf staubigen Sportplätzen, wo Trainerinnen und Trainer bei Wind und Wetter Kindern beibringen, was Fair Play bedeutet. Ich war in unseren Kulturinstitutionen, in unseren Museen und Theatern, die Basel weit über die Landesgrenzen hinaus strahlen lassen. Ich war Gast bei religiösen Feiern unterschiedlichster Glaubensgemeinschaften und durfte spüren, dass der Glaube, egal in welcher Form, auch eine starke Brücke zwischen Menschen sein kann. Und ich war in den Einsatzzentralen und Wachen unserer Blaulichtorganisationen bei der Polizei und der Rettung, Orte, an denen Professionalität über Leben und Tod entscheidet.

Was habe ich bei dieser intensiven Reise an diesen 180 Stationen gelernt? Ich habe gelernt, dass eine Brücke, so elegant der Bogen auch geschwungen sein mag, nur so stark ist wie ihre Verankerung im Boden. Und der Boden unseres Kantons, das fundamentale Gestein, auf dem wir stehen, ist unglaublich solide. Es besteht nicht nur aus Beton und Asphalt, es besteht aus dem Engagement von tausenden Baslerinnen und Baslern, Riehenerinnen und Riehener, Bettigerinnen und Bettigern.

Egal, wo ich hinkam, ob im kleinen, fast familiären Kreis eines Vereinsvorstands, der sich ehrenamtlich um die Quartierarbeit oder die Jugendförderung kümmert, oder vor der grossen internationalen Kulisse eines Jubiläums, überall habe ich denselben Geist gespürt, den Geist der Verantwortung. Ich bin Menschen begegnet, die nicht als erstes fragten, was kriege ich dafür oder lohnt sich das für mich, sondern ich bin Menschen begegnet, die sagen, ich mache das, weil es mir wichtig ist, ich mache das, weil es getan werden muss. Das Milizsystem und das Ehrenamt, diese zwei Säulen unserer Schweizer Identität, die mir politisch wie persönlich sehr am Herzen liegen, sind keine theoretischen verstaubten Konzepte aus dem Staatskundebuch. Sie sind lebendig, sie sind der Mörtel, der diese 180 Mosaiksteine, die ich besuchen durfte, zu einem stabilen Gesamtbild zusammenhält.

Ohne die Menschen, die nach dem Feierabend ihre Uniform anziehen, um für unsere Sicherheit zu sorgen, ohne die, die stundenlangen Instrumente üben oder Larven basteln, um an der Basler Fasnacht Freude zu verbreiten, ohne jene, die sich in sozialen Stiftungen für Schwächere einsetzen oder in der Nachbarschaftshilfe tätig sind, ohne sie alle würde das Bauwerk Basel Risse bekommen. Es würde instabil. Ihnen allen, diesen Tausenden von stillen Brückenbauerinnen und Brückenbauern gebührt mein und unser allertiefster Respekt. Diese 180 Anlässe waren für mich 180 Beweise dafür, dass unsere Zivilgesellschaft lebt, atmet und trägt.

Und hier im Saal, wie steht es um unsere Brücken? Wir haben in diesem Jahr auch hier drin unermüdlich gebaut, zugegeben, wenn wir ehrlich sind, unsere Konstruktionen waren nicht immer von ästhetischer Eleganz, nicht jede Debatte war eine Golden Gate Bridge. Manchmal waren es pragmatische Notstege, um ein dringendes Problem zu überbrücken, manchmal waren es mühsame Pontonbrücken im stürmischen Wasser, schwankend und unsicher, bei denen wir um jeden Meter ringen mussten, um ans andere Ufer zu gelangen. Ja, wir haben gestritten, wir haben hart in der Sache diskutiert, wir haben um Lösungen gerungen, wir haben uns nichts geschenkt und wissen Sie was? Das ist gut so.

Eine Demokratie, die nicht streitet, ist tot. Eine Demokratie, die Harmonie vortäuscht, wo Interessenkonflikte bestehen, ist unehrlich. Ich habe in meiner Antrittsrede das Bild der Dehnungsfuge verwendet. Eine Brücke aus Stahlbeton ohne Dehnungsfugen wird beim ersten Frost oder bei der ersten grossen Hitze reissen. Sie braucht Spielraum. Es braucht Platz für Spannung. Unser Parlament ist diese Dehnungsfuge unserer Gesellschaft. Hier müssen Spannungen ausgehalten werden, damit sie draussen auf der Strasse nicht zur Spaltung führen.

Aber entscheidend ist eines: Wir haben uns meistens am anderen Ufer wiedergefunden. Wir haben bewiesen, dass der politische Diskurs in Basel-Stadt trotz unterschiedlichen Meinungen, trotz unterschiedlichen Ideologien von Anstand und Respekt getragen sein kann. Wir haben gezeigt, dass man hart in der Sache sein kann, ohne die Brücken zum Gegenüber einzureissen, dass man den politischen Gegner kritisieren kann, ohne ihn als Feind zu betrachten. Dafür, für diese politische Kultur, die in der heutigen Welt alles andere als selbstverständlich ist, danke ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein solches Jahr, ein solches Pensum mit 180 Terminen und unzähligen Sitzungen bewältigt man nicht allein. Auch der stabilste Brückenpfeiler braucht einen Untergrund, der ihn trägt. Auch der Präsident braucht Menschen, die ihn stützen, wenn er müde ist, und die ihn korrigieren, wenn er mal falsch liegt. Mein Dank gilt heute jenen Personen, die mir den Rücken gestärkt haben, damit ich dieses Pensum überhaupt stemmen konnte.

Allen voran Jessica. Du warst mein Anker, wenn es draussen stürmisch war. Du hast mir den Rücken freigehalten und mir die Kraft gegeben, dieses Amt mit voller Freude auszuführen. Danke für deine Geduld und dein Verständnis.

Ich danke meiner Statthalterin Gianna und dem gesamten Ratsbüro für die kollegiale Zusammenarbeit. Wir waren ein Team und die Unterstützung bei der Sitzungsleitung war für mich unersetzlich. Es war auch hier ein Miteinander und kein Gegeneinander.

Ein ganz besonders tief empfundener Dank geht an den Parlamentsdienst. Ihr seid die Statikerinnen und Architekten im Hintergrund. Ihr seid die, die im Maschinenraum arbeiten, damit das Schiff auf Kurs bleibt. Ihr sorgt dafür, dass hier nichts einstürzt, dass die Abläufe stimmen, dass die Protokolle korrekt sind und ich mich voll und ganz auch auf meine anderen Aufgaben konzentrieren kann. Eure Professionalität, eure Diskretion und eure Loyalität sind das Rückgrat des Betriebs.

Ein grosser Dank gebührt auch meiner Arbeitgeberin Roche. Dass ein globales Unternehmen mir den nötigen Freiraum gibt, dieses anspruchsvolle und zeitintensive Amt auszufüllen, ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist ein starkes Zeichen für die funktionierende Partnerschaft und die tiefe Verbindung von Wirtschaft und Politik in unserer Stadt. Es ist das Bekenntnis zum Standort Basel und zum sehr wichtigen Milizsystem, das darauf angewiesen ist, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dieses Engagement überhaupt mittragen.

Ganz besonders danke ich auch meinem privaten Umfeld und meinen Freundinnen und Freunden. Sie mussten in diesem Jahr sehr oft auf mich verzichten. Der Balz ist schon wieder weg, hiess es wohl oft. Wenn ich abends noch zu einem Grusswort eilte, wenn ich am Wochenende an Zunftanlässen oder Vernissagen war, haben Sie mir auch den Rücken freigehalten. Ihr seid meine persönliche Hängebrücke, die mich auch über tiefe Täler sicher trägt. Ohne dieses private Netz würde man in der Öffentlichkeit fallen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kreis schliesst sich nun endgültig. Ich gebe den Stab oder die Glocke oder, wie im Bild meiner Präsidentschaft zu bleiben, den Bauhelm nun weiter. Ich verlasse dieses Pult gleich als nicht mehr höchster Basler, sondern kehre zurück in die Reihen als einer von Ihnen. Ich werde wieder Grossrat Herter sein, das bedeutet auch, ich gewinne meine politische Stimme zurück. Als Präsident ist man der Zurückhaltung verpflichtet, man moderiert, man repräsentiert, man muss oft auf die Zunge beissen, wo man gerne mitreden möchte. Ich freue mich darauf, nun wieder Debatten zu führen, ich freue mich darauf, Anträge zu stellen und ja, ich werde etwas parteipolitischer argumentieren, etwas pointierter auftreten, als es mir in diesem Jahr mit der überparteilichen Repräsentation möglich und auch gestattet war.

Ich tue dies aber mit einer grossen Portion Demut und Dankbarkeit. Es war mir eine ganz grosse Ehre, Ihr Präsident zu sein, es war mir eine Ehre, diese wunderbare Stadt und den Kanton 180 Mal repräsentieren zu dürfen. Jede einzelne Begegnung hat sich in mein Gedächtnis eingebrannt.

Ich möchte Sie zum Abschied ermutigen, ja, auffordern, lassen Sie uns auch in Zukunft mutig sein. Die Welt um uns herum wird nicht einfacher, wir sehen das jeden Tag in den Medien. Die Herausforderungen für Basel, für unseren Wirtschaftsstandort, für unseren sozialen Zusammenhalt werden nicht kleiner. Lassen Sie uns in diesem Moment nicht den einfachen Weg wählen. Lassen Sie uns nicht Mauern hochziehen, wenn es schwierig wird. Lassen Sie uns nicht die Schotten dichtmachen, wenn uns die Argumente des anderen nicht passen.

Lassen Sie uns weiter an den Verbindungen arbeiten. Investieren wir in den Unterhalt unserer gesellschaftlichen Brücken. Pflegen wir den Dialog, auch wenn er anstrengend ist, denn, und das hat sich im letzten Jahr bei jeder einzelnen meiner 180 Besuchen bestätigt, sei es am höchsten Feiertag oder am kleinsten Quartierfest, die Aussicht von der Mitte der Brücke, der Blick auf das gemeinsame Ganze, der Blick, der beide Ufer sieht, verbindet und ist immer noch die schönste Perspektive, die wir haben können. Tragen wir Sorge zu Basel, bauen wir weiter.

Hiermit schliesse ich das erste Amtsjahr der 45. Legislatur.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bedanke mich ganz herzlich und freue mich, Sie nachher wieder zu treffen.

Schluss der 50. Sitzung

17:20 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 2**
23.9050

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 09:21:41
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	91	27	12	12	11	10	6	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	12	12	11	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.5603

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 10:07:53
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Begnadigungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	28	12	12	12	10	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	12	12	12	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.5603

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 10:08:47
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Begnadigungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	27	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	12	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
25.5604

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 10:09:51
Geschäft Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Alexandra Dill, GPK)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ent	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	10	12	12	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	10	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5518

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 10:10:55
Geschäft Wahl eines Präsidenten / einer Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ent	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	28	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	12	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
25.0345

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 11:53:29
Geschäft Basler Personenschifffahrt AG (BPG), Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	1	12	12	0	10	7	7	0	0	0
Nein	44	28	0	0	10	0	0	0	6	0	0
Ent	3	1	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
25.0345

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 11:54:13
Geschäft Basler Personenschifffahrt AG (BPG), Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	1	12	12	2	10	7	7	0	0	0
Nein	43	28	0	0	9	0	0	0	6	0	0
Ent	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
25.0345

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 14:35:59
Geschäft Basler Personenschifffahrt AG (BPG), Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Block Laetitia (SVP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	97	30	11	12	12	10	7	7	6	1	1
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.0556

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 17:07:59
Geschäft Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt", Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	63	28	0	11	10	1	7	0	6	0	0
Nein	29	0	13	1	0	8	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	13	12	10	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.0556

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 17:09:01
Geschäft Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt", Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	13	12	10	10	7	7	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	12	10	10	7	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.0556

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 17:10:13
Geschäft Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt", Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ent	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	19	13	11	8	9	5	7	1	0	0
Nein	15	9	0	1	1	0	0	0	4	0	0
Ent	6	1	0	0	1	1	2	0	1	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	10	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9.1**
22.5040

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 17:11:21
Geschäft Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Einrichtung eines Stadttaubenkonzepts, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	75	28	13	12	0	9	6	7	0	0	0
Nein	18	0	0	0	10	1	1	0	6	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	10	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
24.1443

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 18:01:56

Geschäft Finanzierung der weiteren Arbeit im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel. Erster Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten sowie Kenntnisnahme der Vorstudie Stadtraum Bahnhof SBB. Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die weitere Koordination und Planung im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	19	0	1	12	0	0	0	0	6	0	0
Nein	72	29	12	0	8	10	7	6	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	8	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	0	0	3	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
24.1443

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 18:02:39

Geschäft Finanzierung der weiteren Arbeit im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel. Erster Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten sowie Kenntnisnahme der Vorstudie Stadtraum Bahnhof SBB. Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die weitere Koordination und Planung im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	29	12	0	8	10	7	6	6	0	0
Nein	13	0	1	12	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	8	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	0	0	3	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10.1**
19.5023

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 18:03:31

Geschäft Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend "Besserer Bahnhofplatz für uns alle". Keine Querfahrten mehr vor dem Bahnhofgebäude und erst noch ein flexibleres Tramnetz, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	29	0	0	8	6	7	0	5	0	0
Nein	36	0	13	12	0	3	0	7	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	13	12	8	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	0	0	3	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10.2**
17.5445

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 18:04:10
Geschäft Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Margarethenplatz, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	29	0	0	8	7	7	0	6	0	0
Nein	34	0	13	12	0	2	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	13	12	8	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	0	0	3	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
25.1222

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 09:35:58
Geschäft Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes vom 11. Dezember 2013 (StBG), Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	80	28	13	3	12	10	7	1	6	0	0
Nein	13	0	0	8	0	0	0	5	0	0	0
Ent	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	28	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
25.1115

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 10:30:54
Geschäft Anpassung des Finanzhaushaltgesetzes, Bericht der FKom

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ent	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ent
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ent
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ent	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ent	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	60	2	13	12	10	10	7	6	0	0	0
Nein	11	7	0	0	1	0	0	0	2	1	0
Ent	25	20	0	0	1	0	0	0	4	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.1408

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:04:04

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.1408

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:04:49

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.1408

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:05:51

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	29	0	1	12	0	7	0	6	0	0
Nein	40	0	12	11	0	10	0	6	0	1	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.1408

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:06:30

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.1408

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:07:07

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.1408

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:07:44

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	29	13	12	12	10	7	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	12	12	10	7	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
25.1387

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:22:46
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Jazz-Live Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	72	28	9	0	12	9	7	1	6	0	0
Nein	21	0	4	12	0	1	0	4	0	0	0
Ent	3	1	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
25.1387

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:23:24
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Jazz-Live Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	28	13	10	11	8	7	6	6	0	0
Nein	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Ent	3	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	11	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.1389

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:37:28

Geschäft Bewilligung Staatsbeitrag zugunsten der Frauenberatungsstelle der familea für den Zeitraum 2026–2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	29	13	8	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	8	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	3	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.1389

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:38:05

Geschäft Bewilligung Staatsbeitrag zugunsten der Frauenberatungsstelle der familea für den Zeitraum 2026–2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	91	29	13	8	12	10	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	8	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	3	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.1389

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:38:44

Geschäft Bewilligung Staatsbeitrag zugunsten der Frauenberatungsstelle der familea für den Zeitraum 2026–2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	29	13	8	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	8	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	3	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.1416

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 15:25:38

Geschäft Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	12	0	0	12	0	0	0	0	0	0	0
Nein	82	29	13	0	12	9	7	6	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.1416

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 15:26:23

Geschäft Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	30	12	2	12	10	7	6	6	0	0
Nein	11	0	0	10	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11.2**
19.5292

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 15:27:48

Geschäft Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend einer Velounterführung vom Hexenweglein zum Peter Merian-Weg, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	67	30	0	0	12	6	7	6	6	0	0
Nein	26	0	12	12	0	2	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	10	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11.3**
19.5293

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 15:28:24

Geschäft Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverbindungen vom "Gundeli" in die Innerstadt, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	30	0	0	12	7	7	6	6	0	0
Nein	26	0	13	12	0	1	0	0	0	0	0
Ent	3	0	0	0	0	2	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	30	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.1253

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 15:35:37
Geschäft Ausgabenbewilligung zur Aufwertung Kronenplatz und Grünanlage Schulgasse, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	30	13	12	11	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	13	12	11	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
25.1426

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 15:44:46

Geschäft Erneuerung des Staatsbeitrags an das Felix Platter-Spital für das Projekt "Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)" für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	30	13	12	11	10	7	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	10	7	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
25.1574

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 16:03:47

Geschäft Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels für Sexarbeitende (Ausstiegsprogramm) für die Jahre 2026-2030, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	29	12	12	11	10	6	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	12	12	11	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
25.5173

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 16:28:40
Geschäft Petition P498 "Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	94	30	13	12	11	9	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
25.5565

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 17:05:50

Geschäft Budgetpostulat 1 Johannes Sieber betreffend Justiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsbeiträge (Halt Gewalt: Umfassende Prävention von häuslicher Gewalt)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	31	0	0	0	12	6	7	0	6	0	0
Nein	62	29	13	11	0	3	0	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	11	12	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	1	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
25.5566

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 17:22:04

Geschäft Budgetpostulat 2 Christoph Hochuli fürJustiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Personalaufwand (Vollzeitstelle Fachgruppe Menschenhandel)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	9	0	0	0	0	9	0	0	0	0	0
Nein	79	28	12	11	10	0	6	6	6	0	0
Ent	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	12	12	11	9	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	8	2	1	0	1	1	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
25.5567

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 17:32:36

Geschäft Budgetpostulat 3 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	27	0	0	12	1	2	0	6	0	0
Nein	42	0	13	11	0	8	4	6	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	27	13	11	12	9	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	1	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
25.5568

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 17:42:35

Geschäft Budgetpostulat 4 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „ooink ooink Production“)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	29	0	0	12	7	4	0	6	0	0
Nein	34	0	12	12	0	2	2	6	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	12	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
25.5570

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 17:52:20

Geschäft Budgetpostulat 5 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	29	0	0	12	3	0	0	6	0	0
Nein	45	0	13	12	0	6	7	6	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
25.5569

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 18:01:01

Geschäft Budgetpostulat 6 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	28	0	0	11	7	7	0	6	0	0
Nein	33	0	12	12	0	2	0	6	0	1	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	12	11	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
25.5572

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 09:17:26

Geschäft Budgetpostulat 7 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	63	30	0	0	10	10	7	0	6	0	0
Nein	31	0	12	12	0	0	0	6	0	1	0
Ent	2	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	96	30	13	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
25.5573

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 09:38:23

Geschäft Budgetpostulat 8 Laurin Hoppler betreffend Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	31	0	0	11	4	7	0	6	0	0
Nein	35	0	11	12	0	4	0	7	0	1	0
Ent	3	0	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
25.5574

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 09:57:46

Geschäft Budgetpostulat 9 Patrizia Bernasconi betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, Öffentlicher Verkehr (Globalbudget), (Nachtzugverbindung nach Malmö)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ent	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	40	23	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Nein	55	6	13	12	0	9	7	7	0	1	0
Ent	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
25.5575

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 10:02:19

Geschäft Budgetpostulat 10 Heidi Mück betreffend Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	60	31	0	2	11	7	3	0	6	0	0
Nein	35	0	13	9	0	2	3	7	0	1	0
Ent	2	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
25.5576

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 10:18:30

Geschäft Budgetpostulat 11 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ent
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	63	31	0	4	11	8	0	3	6	0	0
Nein	20	0	4	5	0	1	5	4	0	1	0
Ent	15	0	9	3	0	1	2	0	0	0	0
Abgestimmt	98	31	13	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
25.5493

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 10:33:33
Geschäft Motion 2 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Pilotenausbildung muss am EAP weiterhin möglich sein!

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	12	12	5	9	2	2	0	0	0
Nein	46	29	1	0	1	1	4	3	6	1	0
Ent	8	0	0	0	5	0	1	2	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
25.5508

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 10:51:13
Geschäft Motion 3 Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ent	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ent	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ent	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	8	12	9	3	9	7	7	0	0	0
Nein	26	14	0	0	5	0	0	0	6	1	0
Ent	9	7	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	12	10	9	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	1	1	2	2	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 38**
25.5519

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 11:23:28

Geschäft Motion 5 Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	31	0	0	11	7	7	0	6	0	0
Nein	33	0	13	11	0	1	0	7	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	11	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
25.5494

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 11:35:29
Geschäft Anzug 1 Adrian Iselin und Konsorten betreffend die Zukunft der Art Basel am Standort Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	31	13	12	11	8	6	7	0	0	0
Nein	7	0	0	0	0	0	0	0	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	31	13	12	11	8	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	2	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 42**
25.5511

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 11:43:17
Geschäft Anzug 4 Harald Friedl und Konsorten betreffend Schaffung von mehr sicheren Veloabstellplätzen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	30	11	0	11	10	7	4	6	0	0
Nein	13	0	0	11	0	0	0	1	0	1	0
Ent	3	0	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	95	30	11	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 43**
25.5495

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 11:51:54

Geschäft Anzug 5 Johannes Barth und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufswelten in der Primarschule entdecken

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ent
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	19	10	12	10	9	6	7	0	0	0
Nein	3	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	77	19	10	12	10	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	22	12	3	0	1	1	1	0	2	1	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
25.5515

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 15:08:14

Geschäft Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	1	13	12	9	10	5	7	0	0	0
Nein	31	25	0	0	1	0	0	0	5	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	90	26	13	12	10	10	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
19.5281

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 15:21:37

Geschäft Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	0	13	12	0	10	7	7	0	0	0
Nein	44	28	0	0	11	0	0	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	28	13	12	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 51**
24.5270

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 15:30:11

Geschäft Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	40	28	12	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	53	0	1	12	11	10	7	7	5	0	0
Ent	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	13	12	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 55**
21.5754

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 15:45:34

Geschäft Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	28	13	6	11	10	7	7	5	0	0
Nein	6	0	0	6	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	28	13	12	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 63**
25.5256

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 16:26:15

Geschäft Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	19	2	0	1	11	2	0	0	3	0	0
Nein	75	27	13	11	0	8	7	7	2	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	13	12	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 63**
25.5256

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 16:26:58

Geschäft Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	64	29	0	4	11	8	7	0	5	0	0
Nein	29	0	13	7	0	1	0	7	0	1	0
Ent	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	12	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 67**
25.5288

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 16:50:11

Geschäft Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	0	13	11	0	9	6	7	0	0	0
Nein	45	29	0	0	11	0	0	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	29	13	11	11	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 67**
25.5288

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 16:51:19

Geschäft Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	29	13	0	10	6	4	4	5	0	0
Nein	19	0	0	11	0	3	1	3	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	11	10	10	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 66**
25.5235

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 17:01:48

Geschäft Motion Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	30	10	3	11	0	0	0	5	0	0
Nein	33	0	0	8	0	10	7	7	0	1	0
Ent	3	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	11	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1